Digitized by Google

<36626408380015

<36626408380015

Bayer. Staatsbibliothek

Digitized by Google

Digitized by Google

Bayerische Staatsbibliothek München

№ 79. — Montag — den 2. April — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bereichsbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 5 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmied in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Zur Uebersicht der Abstimmungen der Nationalversammlung
vom 27. und 28. März.

I.

Sr **Frankfurt**, 30. März. Die gewichtvollsten Abstimmungen liegen hinter uns. Nachdem, trotz der vereinten Bemühungen der Oesterreicher, bayerischer und anderer Particularisten, der Ultramontanen und der Linken, am 27. März zuerst das Directorium durch Annahme des Satzes: „Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem der regierenden Fürsten übertragen" mit 279 gegen 255 Stimmen beseitigt worden war, ergab sich bei der ferneren Abstimmung über die Erblichkeit der zu übertragenden Würde und bei der am folgenden Tage vorgenommenen Wahl eines Erbkaisers, geordnet nach den einzelnen deutschen Staaten, folgendes Stimmenverhältniß. Es stimmten nämlich, waren und wählten

	Bei der Erblichkeit				Bei der Kaiserwahl		
Aus	Für.	Gegen.	Sich enthaltend.	Abwesend.	Den König von Preußen.	Gar nicht.	Abwesend.
Hannover	19	7	—	—	19	7	—
Braunschweig	3	1	—	—	4	—	—
Oldenburg	3	2	—	—	3	2	—
Lippe	1	—	—	—	1	—	—
Schaumburg-Lippe	1	—	—	—	1	—	—
Bremen	1	—	—	—	1	—	—
Hamburg	2	1	—	—	2	1	—
Lübeck	1	—	—	—	1	—	—
Schleswig-Holstein-Lauenburg (12)	8	2	—	1	10	—	1
Mecklenburg-Schwerin	5	1	1	—	6	1	—
Mecklenburg-Strelitz	1	—	—	—	1	—	—
Anhalt-Dessau	1	—	—	—	1	—	—
Anhalt-Bernburg	1	—	—	—	1	—	—
Anhalt-Köthen	1	—	—	—	1	—	—
Luxemburg-Limburg	4	—	—	1	4	—	1
Kurfürstenthum Hessen	8	2	—	1	9	2	—
Waldeck	1	—	—	—	1	—	—
Sachsen-Weimar	3	1	—	—	3	1	—
Sachsen-Meiningen	2	—	—	—	1	—	1
Sachsen-Altenburg	1	1	—	—	1	1	—
Sachsen-Koburg-Gotha	2	—	—	—	2	—	—
Schwarzburg-Sonderehausen	1	—	—	—	1	—	—
Schwarzburg-Rudolstadt	—	1	—	—	—	1	—
Reuß ältere Linie	1	—	—	—	1	—	—
Reuß jüngere Linie	—	1	—	—	—	—	1
Königreich Sachsen (24)	5	15	—	1	5	15	1
	76	35	1	4	80	31	5
Bayern (71)	14	53	—	2	17	50	2
Würtemberg	7	19	2	—	10	18	—
Baden (20)	5	10	—	4	5	10	4
Hohenzollern-Hechingen (1)	—	—	—	—	—	—	—
Hohenzollern-Sigmaringen	—	1	—	—	—	1	—
Liechtenstein	—	1	—	—	—	1	—
Großherzogthum Hessen (12)	5	6	—	—	5	6	—
Hessen-Homburg	—	—	1	—	—	1	—
Nassau	4	—	2	—	6	—	—
Frankfurt	1	—	—	—	1	—	—
	36	90	5	6	44	87	6
Mit den obigen norddeutschen Staaten	76	35	1	4	80	31	5
	112	125	6	10	124	118	11
Preußen (203)	151	33	2	13	166	20	13
	263	158	8	23	290	138	24
Oesterreich (190)	4	105	1	6	—	110	6
	267	263	9	29	290	248	30

Der 28. März.

II.

Wer den Verhandlungen der Nationalversammlung am 28. März beigewohnt und die dadurch hervorgebrachte Wirkung beobachtet hat, muß die Ueberzeugung haben, daß hier keine Kaiserwahl vorgenommen worden, sondern unter dieser Form der Ausspruch erfolgt ist, daß Preußen an die Spitze des Bundesstaates zu stellen und ihm die Ausführung der neuen Verfassung Deutschlands zu übertragen sei. Der Titel-Kaiser war eine Zugabe, die vielleicht hätte unterbleiben können, die wir aber keineswegs für so schädlich halten, als von Vielen behauptet wird. Der König von Preußen mag denselben annehmen oder ablehnen: an der Sache wird dadurch nichts geändert. Dem deutschen Volke ist es darum zu thun, endlich einmal aus dem ihm unerträglich gewordenen Provisorium herauszukommen. Die Art, wie dies geschieht, steht ihm in zweiter Linie.

Auf die Frage, ob man mit dem preußischen Kaiser zufrieden sei? wird man nicht selten die Antwort vernehmen: „Wenn nur das Geschäft wieder geht." Das Geschäft soll gehen; das ist es, was man von der Nationalversammlung und den Regierungen verlangt, nicht aber die Verwirklichung von Lieblingsideen dieser oder jener Partei. Für das innere Getriebe der letztern sind die Erklärungen und Verwahrungen von Mitgliedern der Nationalversammlung, die wir täglich in den öffentlichen Blättern lesen, belehrend. Der Staatsmann muß sich aber über diese Parteien stellen und die Resultate ins Auge fassen. Als Hauptresultat ergibt sich, daß die preußische Regierung nun im höhern Sinne des Wortes die Vermittlung in den deutschen Angelegenheiten nach allen Seiten hin übernehmen kann. Es ist dies die schönste Aufgabe, die einer deutschen Regierung gestellt werden konnte. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint die Annahme der Verfassung durch die Nationalversammlung und die Bezeichnung des Königs von Preußen als Oberhaupt des Reichs, wie ein Vertrauensvotum, und wir hegen nicht den mindesten Zweifel, daß diesem Vertrauen in allen wesentlichen Punkten werde entsprochen werden. Eben erst haben die Regierungen von Frankreich und England den ernstlichsten Willen an den Tag gelegt, allen fernern revolutionären Umwälzungen in Europa ein Ziel zu setzen, und Oesterreich hat sie hierin durch die Siege des Marschalls Radetzky auf das glorreichste unterstützt.

Preußen wird zuverlässig den gleichen Gang einhalten und daher auch von den Beschlüssen der Nationalversammlung einen weisen, aber auch entschiedenen Gebrauch machen. Wenn etwas geeignet ist, den Frieden Europas aufs neue zu verbürgen, so ist es der Umstand, daß Preußen endlich in ein natürliches Verhältniß gebracht worden ist. Der Dualismus mit Oesterreich war ein künstliches Gebäude, das dem ersten Sturme nicht widerstehen konnte. Nach der Märzrevolution hatte man nur die Wahl, entweder Oesterreich oder Preußen an die Spitze zu stellen; darüber wird man nun wohl im Klaren sein. Hätte Oesterreich an die Spitze des engeren Deutschlands berufen werden können, man hätte es des europäischen Friedens wegen nicht thun dürfen. — Man denke sich diese Macht als Siegerin in Italien, als neu verstärkt im Innern der Monarchie und außerdem noch als Haupt des deutschen Bundesstaates, und man wird bekennen müssen, daß die übrigen Mächte Europas ein solches monströses Staatsgebäude nicht geduldet haben würden, abgesehen davon, daß Oesterreich Deutschland nicht ohne Krieg, nicht ohne die Zertrümmerung Preußens hätte bewältigen können. Preußen dagegen an die Spitze des engeren Deutschlands gestellt, vermag die gleichen Besorgnisse nicht einzuflößen, wird vielmehr dazu dienen, ein wohlthätiges Gleichgewicht zwischen den Mächten Europas zu bilden und zu unterhalten. — Besorgt man daher europäische Verwicklungen in Folge der Umgestaltung Deutschlands, so werden sie zuverlässig nach dem von der Nationalversammlung eingeschlagenen Weg geringer sein, als wenn die österreichische Partei obgesiegt hätte. Der Verdruß über eine augenblickliche Niederlage wird vergehen und man wird finden, daß der Gewinn natürlicher und einfacher Verhältnisse viel größer ist, als der Verlust eines politischen Einflusses, der ohne Gefährdung des europäischen Friedens nicht hätte erhalten werden können. Darum glauben wir auch, daß die Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen jetzt leichter sein wird, als sie es vor dem 28. März gewesen ist. Erstere Macht wird nicht ferner als der Nebenbuhler Preußens in Leitung der inneren Angelegenheiten Deutschlands auftreten können, und daher ihr Augenmerk mehr auf die Errichtung eines Bundesverhältnisses richten, das beiden Theilen gleich erwünscht und vortheilhaft sein muß. Auf die Form dieses Bundesverhältnisses wird es weniger ankommen. Einstweilen kann man immer von der Unterstellung ausgehen, daß der alte Bund, insofern er durch die neue Bundesverfassung keine Abänderung erlitten hat, für Oesterreich fortbesteht, bis er eine neue Sanction erhalten hat. Sind einmal die inneren Verhältnisse Deutschlands geordnet, so wird man an die Abhaltung eines europäischen Congresses denken können, vorher aber nicht. Auf diesem Congresse müssen alle großen Staaten Europas vertreten sein, und es darf Deutschland in ihrer Reihe nicht fehlen, wenn der Congreß einen Erfolg haben soll. Das Völkerrecht Europas bedarf einer neuen Begründung, diese ist aber nur alsdann möglich, wenn über diejenigen, welche es handhaben sollen, kein Zweifel besteht. Hoffentlich wird man nicht daran denken, der deutschen Nation ohne ihre Mitwirkung ein neues Völkerrecht aufzwingen zu wollen. Eine solche Beleidigung würde sie nicht ertragen, dessen sind wir gewiß.

---

* **Frankfurt**, 31. März. *)

Sie fragen mich, was ich von der neuen Verfassung halte: ich will Ihnen darauf eine freimüthige Antwort ertheilen, wenn Sie Ihnen auch nicht gefällt. Die Verfassung ist noch besser, als ihre Urheber. Denn nachdem alle Momente und alle Gelegenheiten, Deutschland Einheit und Freiheit zu verschaffen, in widerlichen Streitigkeiten und doctrinärem Pedantismus versäumt worden, hat die Furcht allein, und zwar die Furcht vor Compromittirung den Ausschlag gegeben, eine Menge von unedeln Leidenschaften aber die Entwickelung, wie sie grade ist, herbeigeführt. Die Linke, welche noch am consequentesten geblieben, hat sich den Kaiser gefallen lassen, weil sie die Octroyirung nahen sah. Die Oesterreicher und Ultramontanen, an dem Gelingen ihrer Plane verzweifelnd, haben das Verderben absichtlich gefördert durch Verwerfung des absoluten Veto, Annahme des Wahlgesetzes, und in letzter Instanz noch gezeigt, wie Ernst es ihnen mit dem Conservatismus war, durch den Verschlag der Appellation an die Urwähler. Die Gemäßigten der Versammlung haben ihren Ruf zu verlieren geglaubt, wenn sie nicht eine Verfassung in der letzten Stunde fertig brächten, gleichviel, welchen Inhalts. Aus solchen Motiven sind die monströsen Verbindungen zu erklären, die wir in den letzten vier Wochen wirken sahen.

Doch kann ich mich mit allen, auch mit den Verfassungsbestimmungen befriedigen, welche den meisten Tadel erfahren, wenn nur das Wahlgesetz anders wäre. Das Suspensivveto hat in einem Bundesstaate sogar eine empfehlenswerthe Seite, und wenn daraus, daß auch bei Aenderungen der Verfassungsbestimmungen dem Kaiser nur ein solches und nicht ein absolutes zugesprochen worden ist, der Schluß gezogen wird, daß unter solcher Gefahr die Krone unannehmbar sei, so hat dies eigentlich keinen rechten Sinn. Denn man muß nur nicht vergessen, daß die Wirkung des Suspensivveto erst nach drei Legislaturperioden verschwindet, also erst dann der Widerstand der Krone gebrochen sein soll, wenn drei verschiedene Legislaturen dasselbe verlangt haben werden. Ist aber dies der Fall, hat in einer so langen Reihe von Jahren eine und dieselbe Meinung so feste Wurzel geschlagen, daß sie in drei verschiedenen Legislaturen die Mehrzahl erhält, dann würde die darin beruhende moralische Macht auch unwiderstehlich sein, wenn gleich das Veto ein absolutes wäre.

* Wer durch eine schwarzgefärbte Brille sieht, der sieht alles schwarz. Anm. d. Red. d. D. P. Z.

Digitized by Google

Der Fehler liegt hier nur in der Verletzung des Princips, nicht in der Anwendung. Das Princip will, daß Gesetze durch das freie Einverständniß von Volk und Fürst in der constitutionellen Monarchie gebildet werden: wenn der Regent in einer bestimmten Frist das Recht der Versagung nicht mehr hat, so ist er nicht mehr frei. Ich hätte das Princip gerne gerettet gesehen: praktisch ist die Sache, für sich allein betrachtet, von geringer Wichtigkeit.

Das Wegfallen des Reichsrathes, worüber hin und wieder Klagen zu vernehmen, scheint mir noch weniger beklagenswerth. Der Regierungsantheil der Fürsten der Einzelstaaten an der Centralgewalt wäre dadurch ein wirklicher nicht geworden; den beiden Häusern gegenüber hätte der Reichsrath nur durch die ihm inwohnende Ueberlegenheit des Geistes, der Kenntniße und Erfahrungen einige Geltung erlangen können. In dieser Hinsicht kann die Organisation der Reichsregierung vollständigen Ersatz bieten.

Die wunde Stelle ist und bleibt das Wahlgesetz, und zwar darum, weil es über die Wahlen zu beiden Häusern entscheidet, und bei dem Ueberwiegen des Demokratiemus der Kaiser dem Andrange beider ausgesetzt sein wird, während das Staatenhaus offenbar eine vermittelnde Rolle übernehmen sollte. Das letztere wird nämlich entweder durch die Wahl der Stände, oder durch die Wahl der Regierungen mit oder ohne directe Einwirkung der Stände gebildet. In allen Particularstaaten sind die Verfassungen im demokratischen Geiste entwickelt, und da in allen Staaten nur parlamentarische Regierungen sich halten können, so werden Stände und Regierungen auch im Staatenhause das demokratische Element prävaliren machen. Dieses ist aber kein Element der Ruhe, der Beharrlichkeit, des allmäligen Fortschreitens. Darin allein liegt der Fehler, den ich aber für heilbar halte, weil der König von Preußen nur sofort nach Annahme der Kaiserwürde die Initiative zur Revision der Verfassung und zwar durch die gegenwärtige Versammlung zu ergreifen braucht. Die Thatsache der Annahme versetzt sogleich die Parteien, und der gesunde Verstand wird alsdann die Oberhand behalten.

Wenn von der Schwächung der kaiserlichen Gewalt geredet wird, so hat der Sprecher immer den Kaiser in abstracto im Auge, übersieht dabei aber, daß ein König über 16 Millionen angestammter Unterthanen Kaiser sein wird.

Inhalt.

Deutschland. **Wien** (Der Krieg in Ungarn). **Berlin** (Eindruck der Kaiserwahl. Verhandlungen der Stadtverordneten und des Magistrats. Preußen und Rußland. Vermischtes). **Köln** und **Düsseldorf** (Die Deputation der Reichsversammlung). **München** (Die Vertagungsfrage). **Dresden** (Kammerverhandlungen). **Freiberg** (Erbe's Wahl). **Meiningen** (Patrimonialgerichte aufgehoben).
Italien. (Nachrichten vom Kriegsschauplatze in Oberitalien).
Frankreich. **Paris** (Ministerconferenzen über die italienischen Verhältnisse. Nationalversammlung. Der König wieder in Turin).
Großbritannien. London (Parlament).
Nachschrift.
Börsenberichte.

Deutschland.

Wien, 27. März. Die Siegesnachrichten aus Italien werden die kaiserliche Armee in Ungarn zu neuen Anstrengungen anspornen, und es läßt sich nicht leugnen, daß dieselben mehr als je nöthig sind. Die Berichte aus den untern Gegenden lauten noch immer nicht günstig, und der zur Nothwendigkeit gewordene Einmarsch einer bedeutenden Anzahl Russen in Siebenbürgen ist nichts weniger als erfreulich. Bereits sollen wieder 30,000 Mann die Grenze überschritten haben, um Bem zur Räumung des unglücklichen Landes zu zwingen. Von Komorn, wo das Bombardement fortgesetzt wird, nichts Erhebliches. Dem Gerücht, daß bereits ein Theil der Vorwerke erstürmt sei, können wir mit Gewißheit widersprechen. Heute und gestern ist ein bedeutender Transport Bomben von hier abgeführt worden. Dem „Soldatenfreund" zufolge sind 5000 Stück zur Beschießung bestimmt. Dasselbe Blatt läßt sich vom 24. aus Osen schreiben: „Der Banus hat sein Hauptquartier noch in Felegyhaza. Seine Vorposten stehen in Kis-Telek, vier Stunden von Szegedin. Generalmajor Theodorovich befindet sich in Klein-Kanisa und die Vorposten in dem eine halbe Stunde von Szegedin entfernten Dorfe Szerög; er unterhält die Verbindung mit dem Banus über Szentes. Szegedin ist halb cernirt, die Theuerung groß (so kostet ein gewöhnlicher Laib Brod 8 fl. W. W.!), und da alle Zufuhren aus dem Banat abgeschnitten sind, so ist eine recht baldige Bezwingung der Stadt demnächst zu erwarten." Feldmarschallieutenant Graf Nugent wurde stündlich in Batina erwartet. Von da soll's nach Zomber und Theresiopel gehen. (A. Z.)

*⁂ **Berlin**, 30. März. Gestern hatte ganz, aber auch ganz Berlin nur ein Thema, auf welches sich alle Unterhaltungen, alle Wünsche, alle Besorgnisse bezogen: die am 28. in Frankfurt vollzogene Wahl eines Reichsoberhaupts, die auf den König gefallen ist. Ich müßte Ihnen einen ganzen Bogen voll schreiben, wenn ich die vielfachen Mittheilungen, Herzenergießungen und Hoffnungen über diese hochwichtige Angelegenheit nur andeuten wollte. Der Grundton ist überall Freude über die Erfüllung einer lange genährten Sehnsucht nach inniger Verbindung der deutschen Stämme. Wurden hin und wieder Besorgnisse laut, ob der König die Wahl auch annehmen werde, so schwanden diese bald vor der Hinweisung auf den bekannten Wunsch seines ganzen Lebens, vor der bis in die letzten Tage anerkannten deutschen Politik Preußens. Uebergehen darf ich aber nicht, daß sich durch alle Gespräche der Name Heinrichs von Gagern zieht, und daß er zudem die Sympathien aller Parteien für sich hat. Wie er für Frankfurt eine Nothwendigkeit war, so kann sich ihm eine noch erfolgreichere Zukunft aufthun. Ihren bestimmten Ausdruck fanden diese Stimmungen, Ansichten und Huldigungen in der gestrigen Abendsitzung der hiesigen Stadtverordnetenversammlung. Sechzig von ihren 102 Mitgliedern hatten sich noch in der Sitzung, während von 4 Uhr ab mehrere städtische Angelegenheiten erledigt wurden, zu folgendem Antrag vereinigt: Die geehrte Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, dem frühern Präsidenten der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt, nachherigen Präsidenten des Reichsministeriums, Frhrn. Heinrich v. Gagern, in Anerkennung seiner wahrhaft patriotischen Bestrebungen und seiner getreuen Hingebung für die heilige Sache des deutschen Vaterlandes, das Ehrenbürgerrecht der Stadt Berlin zu ertheilen. Gleichzeitig hatte ein anderes Mitglied der Versammlung, Hr. Gaillard, denselben Antrag mit eingeschlossenen Motiven in dieser Fassung gestellt: „Die Stadt Berlin hat Männer, die sich hohe Verdienste um das Vaterland erwarben, dadurch geehrt, daß sie ihnen das Ehrenbürgerrecht verlieh. Die Verdienste Gagerns für die Freiheit unter dem Gesetz und für eine unter den gegebenen Verhältnissen der Möglichkeit entsprechende Einheit Deutschlands — zwei Ziele, welche die Stadtversammlung bei allen ihren dies Gebiet betreffenden Beschlüssen angestrebt hat — stehen so unerschütterlich fest, daß die Versammlung sich selbst ehrt, wenn sie Gagern ehrt. Wir, die Vertreter der Stadt, erklären zugleich durch eine solche Auszeichnung, unserer Vergangenheit getreu, wenn auch nur mittelbar, wie der Kern und die Mehrheit unseres Volkes weder von revolutionären Umtrieben, noch von ideologischen Seifenblasen etwas wissen will." Wie von elektrischem Schlage getroffen erhob sich die ganze Versammlung zur Acclamation für den Inhalt beider Anträge, und der Vorsteher Seydel traf sofort Anstalten zur Ausfertigung des Bürgerbriefes für Herrn v. Gagern durch den Magistrat. Dieselbe Zustimmung fand ein vom Magistrat ausgehender Antrag, die Frankfurter Deputation, welche dem Könige das Wahlergebniß vom 28. d. überbringen wird, durch eine Deputation von 8 Stadtverordneten und 4 Magistratsmitgliedern am Bahnhofe feierlich zu empfangen.

AZC Berlin, 30. März. Das Magistratscollegium ha sich auch heute wieder schon in aller Frühe versammelt, um über den Beitritt zur Adresse der Stadtverordneten an den König, die deutsche Oberhauptsfrage betreffend, zu beschließen. Der Magistrat trug Bedenken, den geforderten Anschluß auszusprechen, indem die Adresse die Annahme der Kaiserkrone unbedingt verlange, ohne, was die Majorität des Magistratscollegiums für nöthig erachtete, dem eigenen Urtheil des Königs über die Schwierigkeit der Zeitverhältnisse und einer daraus entspringenden modificirten Entschließung irgend einen Spielraum zu gestatten. Der Magistrat beschloß daher, eine eigene Adresse zu erlassen und gab derselben nach mehrstündiger Debatte folgende Fassung:

„Königliche Majestät! Die Kunde von den bedeutungsvollen Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung macht es uns, dem Magistrat Ew. Königlichen Majestät Residenzstadt, zur unabweislichen Pflicht, in einem Augenblick von unberechenbarer geschichtlicher Wichtigkeit mit unseren Wünschen und Hoffnungen an die Stufen des Thrones zu treten. Der inhaltschwere Augenblick, in welchem die Frucht jahrhundertlanger Kämpfe zur Zeitigung gelangen soll, ist gekommen; die edlen Stämme Deutschlands vereinen sich in dem Gedanken eines großen einigen Vaterlandes und an Ew. Majestät ist der weltgeschichtliche Ruf ergangen, diesen Gedanken zur That reifen zu lassen. Wir verkennen nicht, daß große Bedenken sich der Entschließung Ew. Majestät entgegenstellen könnten; aber wir vertrauen auch, daß dieser Entschluß Ew. Majestät dadurch erleichtert werden wird, daß der Patriotismus der deutschen Fürsten und Stämme die Hindernisse beseitigt, welche der Begründung selbst eines starken, engeren Bundesstaates und der Gestaltung einer lebenskräftigen Organisation desselben, gegenwärtig noch entgegenzustehen scheinen. Preußens Aufgabe ist es allerwege gewesen, sich einzusetzen für die heiligsten Güter des deutschen Volkes; die preußische Nation wird auch jetzt Ew. Majestät zujauchzen bei den Schritten, die Sie als deutscher Fürst für deutsche Kraft und Einheit thun werden."

Diese Adresse geht noch heute Abend an den König nach Charlottenburg ab. — Aus Charlottenburg selbst lauten die neuern Nachrichten über die wichtige Frage mit unseren gestrigen Andeutungen übereinstimmend. Die Wahl selbst hat dort sichtliche Befriedigung erregt, die Annahme derselben dürfte aber wohl von der Zustimmung der Fürsten abhängig gemacht werden, wenigstens ist eine einflußreiche Partei in diesem Sinne sehr thätig. Auch soll, wie wir schon früher einmal mittheilten, der König eventuell die Absicht haben, nicht den Titel eines deutschen Kaisers, sondern eines deutschen Schirmherrn anzunehmen. — Mehrere hiesige Einwohner wollten die Kaiserwahl mit Illumination feiern, doch hat der General v. Wrangel ihre deßfallsigen Gesuche abgelehnt.

Gestern rückten abermals 3 Bataillone sächsischer Reichstruppen ein, welche heute Morgen um 8 Uhr mit einem Extrazuge nach Hamburg weiter befördert wurden. Sie waren in der Friedrichsstadt einquartiert worden und mußten sich schon heute früh um 6 Uhr am Gensdarmenmarkt zum Weitermarsch versammeln. Ihrem Einmarsch sah der Prinz von Preußen vom Perrons seines Palais aus zu. Das Königreich Sachsen hat nun bereits 6000 Mann nach Schleswig abgesandt.

Vor einigen Tagen haben sämmtliche Offiziere des Gardecorps eine prachtvoll geschriebene Anerkennungsadresse, welche auch der Prinz von Preußen mit unterzeichnete, an den General-Feldmarschall von Radetzky in Italien abgesendet. — Der österreichische Courier, welcher der hiesigen österreichischen Gesandtschaft die Siegesbotschaft Radetzky's aus Olmütz überbrachte, ist sofort mit wichtigen Depeschen nach Frankfurt a. M. weiter gereist.

Nach Eingang von der Frankfurter Kaiserwahl wurde noch in der Nacht ein Cabinetscourier nach Petersburg befördert.

* **Berlin**, 30. März. Die neuliche Erklärung des Grafen Arnim in der ersten Kammer in Betreff des Verhältnisses Preußens zu Rußland erregte hier bedeutendes Aufsehen; die Aeußerung, daß das Verhältniß zu Rußland ein ungetrübtes sei, fand eben nicht viel Beifall; um so mehr ist es daher auffallend, daß Graf Arnim seine Aeußerung in der Kammer that, von der es sich voraussehen ließ, daß sie eben keinen großen Anklang finden würde, während der Minister des Auswärtigen neuerdings in einem Privatgespräch meinte: „unsere Stellung zu Rußland ist jetzt der Art, daß es leicht dahin kommen kann, daß die diplomatischen Verhandlungen aufhören und das Petersburger Cabinet durch einen Kampf zu einer andern Stellung Deutschland gegenüber wird gezwungen werden müssen." Uebrigens sind uns von sehr wohl unterrichteter Seite detaillirte Mittheilungen über die Truppenbewegungen an der russischen Grenze zugegangen, wonach jene keineswegs so ganz unverfängliche und alljährlich sich wiederholende Exercierübungen zu sein scheinen. Indem wir uns Genaueres vorbehalten, bemerken wir nur, daß bei Powozki seit dem Ende der Statthalterschaft des Großfürsten Konstantin, und bei Majkow (in der Nähe von Warschau) seit dem Jahre 1834 kein Uebungslager in der Weise und der Ausdehnung des diesjährigen stattgefunden hat.

*⁂ **Berlin**, 30. März. Abends. Mit der hannoverschen Regierung herrscht ein ungemein lebhafter Notenwechsel. Heute Abend ist der Herzog von Coburg mit einem Gefolge von 5 Personen hier angekommen und wird dem Vernehmen nach schon morgen dem Könige sich vorstellen. Man spricht davon, der Herzog von Braunschweig werde ebenfalls erwartet. Was Berlin anbelangt, so ist alles in der lebhaftesten Stimmung, und mit den Süddeutschen, welche sich gegenwärtig hier befinden, soweit man sie berührt, in hohem Grade gemüthlich und vertraulich. Von der undeutschen Partei, die nichts mehr fürchtet, als eine Verbrüderung der deutschen Stämme, und die ihr Möglichstes versucht, um ihre Pläne durchzusetzen, lassen Sie mich schweigen. Das große Werk wird gekrönt werden.

Köln, 31. März. Gestern Nachmittag gegen 5 Uhr langte auf dem festlich beflaggten Dampfboote „Göthe" die Deputation der Frankfurter Reichsversammlung hier an. Vielfach auf der Reise den Strom hinab durch den Festschmuck der Uferstädte begrüßt, fand sie auch hier eine freudige Aufnahme. Wenn auch erst kurz vor ihrer Ankunft die Kunde über das Eintreffen der Deputation sich in der Stadt verbreitete, so hatte doch schnell eine Begeisterung sich improvisirt, die Häuser am Rheine und Schiffe hatten sich mit reichem Flaggenschmuck bedeckt und die Directien der Kölner Dampfschifffahrtsgesellschaft begrüßte die Angekommenen, die unter den fortwährenden Salven der Böller von den Quai's und den Schiffen ihren Eintritt in die alte Colonia hielten. Die Deputation nahm ihr Absteigequartier im „Hotel Disch". Abends erschien in den gefüllten Sälen dieses Gasthofes eine sehr zahlreiche Abordnung des hiesigen Bürgervereines, in dessen Namen der Präsident desselben, Herr Advocat-Anwalt Fay, in kurzer Rede die Deputation bewillkommnete, die Gefühle des Dankes jedes echten Deutschen für die Wirksamkeit der Reichsversammlung und den glücklichen Abschluß ihres Werkes aussprach, und zum Schlusse dem neuen Kaiser der Deutschen ein Lebehoch ausbrachte, das ein donnerndes Echo fand. E. M. Arndt erwiederte zuerst diese Begrüßung, nach ihm sprach Riesser inhaltschwere, kräftige Worte, und als hierauf Hr. N. Benedix an jenen Ausspruch, der in der Paulskirche gefallen — es gebe keine deutsche Geschichte — anknüpfend, in klarer Rede treffend ausgesprochen hatte, wie eines der schönsten Blätter der deutschen Geschichte gerade die Wirksamkeit der Reichsversammlung in Frankfurt am Main sei, ergriff noch G. Beseler die Gelegenheit, einen Rückblick auf die Thätigkeit jener Versammlung zu werfen. Leider hatte ein Haufen zusammengebrachten Gesindels unter Leitung der wohlbekannten stehenden Scandalheldenunserer Stadt sich vor dem Hotel versammelt, und gab seine Sympathien für die Republik auf seine beliebte Weise durch Zischen, Pfeifen und unverständliches Gebeul kund, worunter nur Hochs auf Hecker vernehmbar waren. Wie üblich, wurden auch ein paar Scheiben durch Steinwürfe zertrümmert. Viel Muth schien die Bande für ihre Republik nicht einzusetzen gewillt, denn als eine Postenablösung von nur vier Mann zufällig nahte, stob der Pöbel auf eine wahrhaft erheiternde Weise auseinander. Eine kleine Abtheilung Militär säuberte dann nach einiger Zeit die Straße. — Auf solche Weise sprachen die verhinderten „Volksbeglücker", welche stets Bildung und Humanität im Munde führen, ihre abweichende Meinung aus. Einer der Deputirten, Professor Biedermann aus Leipzig, nahm während der Tafel später Gelegenheit, den Zwischenfall zur Erheiterung der Gesellschaft zu benutzen, indem er in humoristischer Weise aussprach, wie die Frankfurter Versammlung auf derartige Märzerrungenschaften des süßen Pöbels gleichmüthig herabzusehen gelernt habe. (K. Z.)

ƶ **Düsseldorf**, 31. März. Heute Morgen um 9 Uhr langte die Deputation des deutschen Parlaments auf ihrer Reise nach Berlin bei hiesiger Stadt an und wurde auf dem mit Fahnen und Flaggen festlich geschmückten Bahnhofe von dem Jubel des zahlreich herbeigeströmten Volkes auf das Herzlichste begrüßt. Zwei daselbst aufgestellte Militärmusikchöre spielten Arndt's „Was ist des Deutschen Vaterland?" und der Oberbürgermeistereiverwalter, Herr Grev von Villers, bewillkommte in kurzer Rede an der Spitze des Gemeinderathes, dem sich das Offiziercorps der Garnison angeschlossen hatte, die Vertreter des deutschen Volkes und brachte der Einheit Deutschlands, der Nationalversammlung und den anwesenden Mitgliedern derselben ein Hoch, in das die versammelten Tausende unter den Klängen der Musik freudig einstimmten. Der Präsident der Nationalversammlung, Herr Simson, sprach den Dank der Deputation für den freundlichen Empfang aus, und wies auf die schöne Zukunft hin, die dem Vaterlande nunmehr bevorstehe. Bald darauf setzte der Zug sich wiederum in Bewegung. Die heißesten Segenswünsche begleiteten die Abgeordneten auf ihrer Mission, auf die das Vaterland seine größten Hoffnungen setzt.

□ **München**, 30. März. Schon seit einigen Tagen wußte man oder glaubte doch zu wissen, auf den ausdrücklichen Wunsch verschiedener Mitglieder beider Kammern, die zugleich im Parlamente sitzen und gerade jetzt eben so wenig ihren Platz in der Paulskirche verlassen, als bei dem Wiederzusammentritte unserer Kammer hier fehlen möchten,

Digitized by Google

gedenke unser neues Ministerium eine weitere Vertagung des Landtags eintreten zu lassen. Wäre die betreffende Bekanntmachung heute angekündigter Maßen einfach erschienen, so würde wahrscheinlich Niemand viel davon gesprochen haben, eben weil man gerüchtweise schon darauf aufmerksam gemacht war. Nun sind aber einige Nebenumstände eingetreten, die, um uns eines gemeinen Sprüchworts zu bedienen, den Leuten die Mäuler gewaltsam aufreißen. Zuerst erfuhr man, die Regierungsentschließung sei zwei Mal in die Druckerei des Centralschulbücherverlags, wo das Regierungsblatt neben verschiedenen anderen Nichtschulschriften gedruckt wird, geschickt und wieder abgeholt worden. Zuletzt wurde als Thatsache bekannt, daß die neueste Nummer mit der Vertagungs-Ausdehnungs-Entschließung (bis zum 21. April) zwar heute gedruckt, aber sogleich auf Verlangen des Ministeriums des Innern die ganze Auflage an dieses abgeliefert worden sei, statt an die Posten u. s. w. expedirt zu werden. Das Ministerium will vor der Veröffentlichung also offenbar von Außen her noch irgend eine bestimmte Nachricht abwarten. Statt aber, was wohl natürlich, dabei an Frankfurt und an die hochwichtigen Abstimmungen in der Paulskirche zu denken, glaubt weit die Mehrzahl unserer Politiker an einen Einfluß der Siegesnachrichten aus Italien, d. h. man hält die Rückwirkung der Niederlage der Piemontesen bis zu uns für groß und sicher genug, um auf die ohnehin noch frischen Gerüchte von Kammerauflösung, Verfassungsoctroyirung ꝛc. bei erster Veranlassung ernsthaft zurückzukommen. Wir unseren Theils sind der bescheidenen Meinung, die betreffende Nummer des Regierungsblattes werde eben heute oder morgen vom Ministerium des Innern aus expedirt werden, statt vom Vorstande des Centralschulbücherverlags, nachdem die gestrige Abendpost aus Frankfurt gebracht hat, was man wissen wollte, daß nämlich das erbliche Kaiserthum beschlossen ist. — Unser Militär hat keine Freude über die erneuten Friedensaussichten in Schleswig. Alles wäre gern marschirt, selbst auf die Gefahr hin, daß aus dem Kampfe mit Dänemark ein europäischer Krieg entstanden wäre, oder vielmehr das letztere käme als das Allererwünschteste. Daß übrigens der Blick auf die Grenzen und auf von dort kommen sollende Kriegeretten nicht bloß von kampflustigen Militärs gerichtet wird, sondern auch von Tausenden der übrigen Bevölkerung, das ist begreiflich. Ob die Recht haben, welche meinen, Deutschland könne nur auf den Schlachtfeldern und durch seine Feinde gewaltsam zur Einigung und Einheit gelangen, müssen die nächsten Tage endlich entscheiden.

Dresden, 28. März, 2 Uhr Nachmittag. Der Kampf in der zweiten Kammer über das von Tzschirner und 16 Genossen beantragte Mißtrauensvotum gegen das Ministerium ist vorüber; die äußerste Linke, von der es ausgegangen, hat wieder einen Bolzen umsonst abgeschossen. Nach fast vierstündiger heftiger Debatte, zu deren Schlusse Tzschirner noch alle Kräfte in langer Rede aufbot, kam der vermittelnde Antrag der Linken, ausgegangen von Fritzsche und Genossen, zur Abstimmung, nachdem die äußerste Linke umsonst für die Priorität gekämpft hatte und mit 21 Stimmen in der Minorität geblieben war. Fritzsche's Antrag: „es sei zur Zeit von einem Mißtrauensvotum abzusehen", wurde mit 39 gegen 31 Stimmen angenommen. Es verlautete vor der Abstimmung, die äußerste Linke wolle, wenn sie unterliege, austreten und sich einer Neuwahl unterwerfen; wir werden sehen, wie sie den Kampf zwischen materiellen und ideellen Neigungen in sich auskämpft. Das Ministerium war bei der Debatte nicht vertreten, hatte vielmehr schon im Voraus erklärt, daß es bei der Verhandlung über das Mißtrauensvotum gar nicht in der Kammer erscheinen werde.

(B) **Dresden**, 30. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer interpellirt Abg. Riedel wegen Cassation der Wahl Erbes in Freiberg zum Nationalvertreter, welche in Folge eines Formfehlers von der Regierung angeordnet worden sein soll. Der Abgeordnete behauptet dabei, daß nicht die sächsische Regierung, sondern allein die Nationalversammlung zu Frankfurt competent zur Prüfung der Wahl sei. (Die gleiche Interpellation ist auch in der ersten Kammer gestellt worden.) Staatsminister D. Weinlig antwortet vorläufig, daß noch nicht eine Cassation, sondern eine Prüfung der dem Anschein nach illegal zusammengesetzten Deputation der Wahl verfügt worden. Unter den Gegenständen der heutigen Tagesordnung befand sich der Bericht des Ausschusses über die Vereinigung der thüringischen Staaten mit dem Königreiche Sachsen und über die dafür eingegangenen 36 Vorstellungen. Der Ausschuß räth der Kammer folgenden Beschluß an:

„Die zweite Kammer ersucht in Gemeinschaft mit der ersten Kammer die Regierung, daß sie für die Vereinigung des Großherzogthums Sachsen-Weimar-Eisenach, der sächsischen Herzogthümer Koburg-Gotha, Meiningen, Hildburghausen und Altenburg, der schwarzburgischen Fürstenthümer Sondershausen und Rudolstadt und der beiden reußischen Fürstenthümer mit dem Königreiche Sachsen zu einem Gesammtstaate mit einer gemeinschaftlichen Verfassung und obersten Verwaltung angelegentlich besorgt sein, zu diesem Zwecke aber mit den Regierungen jener Staaten sich verständigen, und in Gemeinschaft mit ihnen den betreffenden verfassungsmäßigen Volksvertretern die geeigneten Vorlagen zur Berathung und Entschließung baldigst zukommen lassen möge."

Aus **Freiberg** wird dem „Dresdner Journal" geschrieben, daß das Ministerium die Wahl Erbe's zum Nationalvertreter cassirt hat, weil das dritte Mitglied der Wahldeputation von Seiten der Stadtverordnetenschaft der Wahlhandlung nicht beigewohnt hat.

Meiningen, 26. März. Durch Gesetz vom 20. März ist nun auch im hiesigen Lande die **Patrimonialgerichtsbarkeit**, einschließlich der gutsherrlichen Polizeigewalt, **ohne** irgend eine Entschädigung der Berechtigten, **aufgehoben worden.**

Italien.

Kriegsschauplatz in Oberitalien.

Der bedeutende Schneefall auf dem St. Gothardt hat bewirkt, daß seit vorgestern zum 31. März noch immer keine italienische Post in Bazel eingetroffen ist. — Die „Gazette de Lausanne" läßt sich aus Turin 25. März, 1 Uhr Nachmittags, berichten, die Gesandten von Frankreich und England hätten sich nach dem Hauptquartier begeben, um den Frieden zu unterhandeln und zu erklären, daß bei Fortsetzung des Krieges die Franzosen die Alpen überschreiten würden. Eine außerordentliche Sitzung des Senats habe stattgefunden, das Ministerium habe das von den Deputirten genehmigte Gesetz über Mobilmachung der Nationalgarde vorgelegt, aber man ließ es kaum aussreden, es wurde durch einen Hagel von Anklagen unterbrochen. Die Lombarden wollten in die Kammer eindringen, wurden aber durch die Nationalgarde vertrieben. Sonst unerhörte Verwirrung.

Genf, 29. März. Die schnelle Vernichtung der piemontesischen Armee hat unsere Radicalen so zu sagen auf den Kopf gestellt. Manche behaupten, J. Fazy werde keine 14 Tage mehr an seiner Stelle bleiben. Seine üble Laune wurde namentlich dadurch vermehrt, daß er sein Gesetz über die Festungswerke zurücknehmen mußte und daß von Bern zu uns herübertönte, man werde uns eidgenössische Commissarien senden, um Herrn Fazy zu überwachen. Gewiß ist, daß heute in der Stadt viel Unruhe herrscht. (Basl. Z.)

Bozen, 28. März. Die Sachlage in Piemont scheint sich bereits fester zu gestalten. Der neue König beabsichtigt, die Kammern, die so stürmisch zum Kriege drängten, zu schließen, und wünscht sein Land mit Hilfe Oesterreichs zu pacificiren. In Verona wurde letzter Tage ein gedruckter Lügenbericht verbreitet, als hätte Karl Albert Pavia besetzt, und den Feldmarschall Radetzky zum Rückzug genöthigt. Fast gleichzeitig fanden unruhige Demonstrationen in Como und Bergamo statt, die aber sogleich unterdrückt wurden.

Frankreich.

Paris, 30. März. Die Minister waren heute Morgen in Berathung wegen der Haltung in Betreff der heutigen Discussion in der Nationalregierung. Die Regierung hat sich entschlossen, keine Tagesordnung anzunehmen, wo sie den Punkt fixiren würde, den die französischen Bataillone in Italien besetzen sollten, sofern übrigens diese Maßregel nöthig wäre. Die Regierung will, daß der Besetzungspunkt ihrer Bestimmung überlassen bleibe. Die Regierung scheint zu beabsichtigen, die Truppen auf römischem Gebiete ausschiffen zu lassen. — Das große Interesse, welches die heutige Sitzung der Nationalversammlung bot, hatte zahlreiche Neugierige herbeigezogen; alle Gänge sind buchstäblich von jenen belagert, die auf den Tribunen keinen Platz mehr finden konnten. Die von der Tribune verlesenen telegraphischen Depeschen verbreiteten sich rasch, und ihr Inhalt erscheint sehr dermaßen für Sardinien. Der junge König ist am 25. nach Turin zurückgekehrt und hat am nämlichen Tage eine Heerschau über die Nationalgarde abgehalten, wobei ihm der schmeichelhafteste Empfang zu Theil wurde. Die österreichische Armee hat vor Turin Halt gemacht, und Karl Alberts Sohn scheint mit Radetzky in vollkommenem Einverständniß zu sein. — Nach dem „Constitutionnel" hat die Regierung durch den Telegraphen nach Toulon den Befehl abgeschickt, daß die ideln dort, theils zu Marseille versammelte Division eingeschifft werden soll; ihre angebliche Bestimmung ist Civita-Vecchia.

* **Paris**, 30. März. Laut des heute erschienenen Bankbulletins betrug der Pariser Wechselverkehr vom 22. zum 29. März 51,370,074 Fr. 2 Cent. Die Baarbestände in den Bankkellern betragen bereits 334 Mill. Fr.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde über die Ereignisse in Italien berathen. Nach langer Discussion, an welcher fast alle parlamentarischen Notabilitäten Theil nahmen, wurde eine von Baraguay d'Hilliers beantragte einfache Tagesordnung mit 422 gegen 327 Stimmen verworfen und hierauf die Berathung auf morgen vertagt.

Der Minister des Auswärtigen verlas heute folgende Depesche des französischen Gesandten in Turin: Der König ist nach Turin zurückgekehrt. Er hat über die Turiner Nationalgarde Heerschau gehalten, und ist von der Bevölkerung mit der lebhaftesten Begeisterung empfangen worden.

Großbritannien.

London, 31. März. Im Oberhause brachte gestern Lord Brougham die jüngsten Ereignisse in Italien zur Sprache. Er fragte, ob die Regierung die Nachricht von Radetzky's Siege und der Abdankung Karl Alberts zu Gunsten des Herzogs von Savoyen empfangen habe? Wenn diese Nachricht wahr sei, so müsse man der Fürsehung für ein Ereigniß danken, das Niemand habe vorhersehen oder auch nur hoffen können. Es heiße auch, daß England und Frankreich einzuschreiten beschlossen hätten, um die Integrität Piemonts zu wahren, während doch von Seiten Radetzky's und des Kaisers erklärt worden sei, daß sie nicht die Absicht hätten, diese Integrität anzutasten. Er seines Theils könne an die Einschreitung nicht glauben; sie würde eine Schmach für die zwei Mächte und eine Beleidigung Oesterreichs sein. Lord Lansdown erwiderte, über die Niederlage und Abdankung Karl Alberts und über die Verkündigung des Herzogs von Savoyen zu seinem Nachfolger können gar keine Zweifel herrschen. Vom Einrücken Radetzky's in Turin, obgleich dasselbe wahrscheinlich sei, habe die Regierung noch keine Nachricht erhalten. Die vorerwähnten Ereignisse seien ihr durch den elektrischen Telegraphen zugegangen; er sei also natürlich außer Stande, in irgend ein Detail einzugehen, theile übrigens die Ansicht, daß man Ursache habe, sich über die rasche Beendigung dieses Kampfes zu freuen. Auf eine Frage Lord Aberdeen's entgegnete Lord Lansdowne noch, daß er in Kurzem alle auf die Angelegenheiten Nordtaliens bezüglichen Actenstücke vorlegen werde.

Nachschrift.

Berlin, 31. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer ergreift kurz nach der Eröffnung der Ministerpräsident das Wort: Meine Herren! Es sind in den jüngsten Tagen in Frankfurt Beschlüsse von hoher Wichtigkeit für die Zukunft Deutschlands, Preußens und des Hauses Hohenzollern gefaßt worden. Die in dem „Staatsanzeiger" enthaltenen Nachrichten sind authentisch; doch sind der Regierung noch keine amtlichen Eröffnungen zugegangen. Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß die Regierung den Weg gehen wird, den sie sich schon längst vorgezeichnet hat und der sich gewiß des Beifalls der hohen Kammern zu erfreuen haben wird. Es braucht ferner nicht erwähnt zu werden, daß, sobald die officielle Benachrichtigung eingegangen, den Kammern die nöthigen Mittheilungen werden gemacht werden. v. Unruh stellt den dringlichen Antrag:

eine Adresse an des Königs Majestät zu richten und denselben zu bitten, die ihm von der verfassunggebenden Versammlung zu Frankfurt übertragene deutsche Kaiserkrone anzunehmen, sowie sofort eine Commission von 21 Mitgliedern zum Entwurf einer solchen Adresse zu wählen.

Die Dringlichkeit des Antrages wird nur von 111 Mitgliedern anerkannt, während sich nach dem Geschäftsreglement 120 Abgeordnete für die Dringlichkeit erheben müssen. Hierauf wird ein dringlicher Antrag von v. Vincke verlesen:

Eine Commission zu ernennen, welche eine Adresse an des Königs Majestät zu entwerfen hat, um darin die Gefühle und Erwartungen der Kammer in Bezug auf die zu Frankfurt stattgehabte Wahl Sr. Majestät zum Oberhaupte Deutschlands auszudrücken.

Die Dringlichkeit dieses Antrages wird mehr als hinreichend anerkannt und nach einer kurzen Discussion über die Anlegung des Geschäftsreglements, an welcher sich Waldeck, v. Vincke und v. Berg betheiligen, entscheidet die Kammer, daß die für den v. Vincke'schen Antrag reglementsmäßig niederzusetzende Commission gleichzeitig die Adresse anzufertigen habe.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 1. April. Auch in heutiger Effectensocietät zeigte sich Kauflust, namentlich wurden österreichische Fonds abermals zu verbesserten Preisen umgesetzt. 5pCt. Metall. schließen 74⅛, ⅜ pCt., 2½pCt. do. 39⅜, ⅛ pCt., Wienerbankactien 1167 ß., 500 fl. Loose 125¼, pCt., 250 fl. Loose 78½, pCt., Kurh. 40 Rthlr. Loose wurden zu 27⅞, ⅜ Rthlr. und bad. Loose zu 27¾, ⅛ verhandelt. Für belgische 4½pCt. Obligationen bewilligte man 81⅛ pCt. Holl. 2½ pCt. Integralen 49⅛ pCt. Von Eisenbahnen stellte sich Friedrich-Wilhelms-Nordbahn wegen ihres Rückgangs an der Berliner Börse am 30. v. M. ⅛ Rthlr. niedriger, 33⅞, ⅛ Rthlr., Berbach behielten 72½, pCt., Taunus 290 fl. Für 3pCt. inländ. Span. bleibt die Stimmung fortwährend sehr willig; obgleich von Madrid niedriger im Cours kommend, schließen benannte Fonds dennoch beinahe ganz wie gestern 22⅛ à ⅛ pCt. da man mit voller Zuversicht auf die Siegesnachrichten der österreichischen Waffen in Oberitalien einem merklichen Aufschwung der 3pCt. inländ. Schuld von Madrid entgegen sieht.

Wien, 28. März. 5pCt. Metall 85½. — 4pCt. 67⅛. — 3pCt. —. — 2½pCt. 41⅛. — **Bankactien 1118.** — 500 fl. Loose 142. — 250 fl. Loose 89. — **Nordbahnactien** 97⅛. — Gloggnitzer 93. — Mailänder 66.

Ohne besondere Veränderung in den Coursen die heutige Börse fest, Devisen verfolgten ihre weichende Tendenz, und waren mit wenigen Ausnahmen angeboten. Auch Gold und Silber niedriger.

Berlin, 31. März. Staatsschuldscheine 79⅓ bez., Seehandlungs-Prämienscheine 99 G., Bankantheile 88 bez. u. Br., Berlin-Hamburg 48 bez., Köln-Minden 75⅞ u. ⅓ bez. u. Br., 75 G., Friedr. Wilh.-Nordb. 33 bis 32⅝ bez., Rhein. 47 Br., Thüringische 49 Br., Russische 4pCt. bei Stieglitz 86 G., Pola. 300 fl. Loose 73⅛, bez. u. G., Kur- und Neumärk. 35 ß. 15⅛, G.

Von Fonds und Eisenbahnactien wurden diejenigen, an denen zur heutigen Regulirung noch Bedarf war, etwas besser bezahlt, dagegen waren mehrere andere zu billigeren Coursen zu haben.

Paris, 30. März. Stand der Rente: 5pCt. 88. 30. — 3pCt. 56. 40. — Neue 3pCt. 88. 10. — Neue 3pCt. Span. 30. — Innere Schuld 22⅞. — Bankactien 2350. — St. Germain-Eisenbahn 422. 50. — Versailles, rechtes Ufer 235. — Linkes Ufer 188. 75. — Paris-Orleans 882. 50. — Paris-Rouen 545. — Orleans-Vierzon 360. — Rouen-Havre 285. — Marseille-Avignon 227. 50. — Straßburg-Basel 103. 75. — Nordbahn 458. 75. — Paris-Straßburg 372. 50. — Röm. Anlehen 70. 71. 72. 72½.

Die Nachrichten aus Italien wirkten günstig auf das Steigen der Course. Zu Renten war der Umsatz bedeutend.

Amsterdam, 30. März. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 49⅛, ⅜. — 3pCt. Schuld 58⅛. — do. 4pCt. 77⅛. — 5pCt. Ard. 104⅜, ⅞. — do. à 510 fl. 107⅛. — 3pCt. 22⅞, ⅛. — Coupons 7⅞, 8⅛. — 3pCt. Port. 28⅛. — 4pCt. do 29⅛, ⅜. — Russ. 4pCt. bei Hope 82⅛. — 5pCt. Metall. 74, 74⅛, 72⅛. — 2½ pCt. ditto 38⅛.

Die über Frankreich erhaltenen Siegesnachrichten der österreichischen Waffen in Italien haben in unsern inländischen Fonds eine sehr günstige Stimmung hervorgebracht, und alle Sorten derselben, namentlich Integrale, waren bei lebendigem Geschäft zu höheren Coursen zu placiren. Der Markt in andern Fonds ebenfalls sehr willig gestimmt; es zeigten sich gute Käufer in russischen, österreichischen und französischen Papieren. In Südamerikanischen herrschte ausnahmsweise, aus Anlaß ungünstiger Berichte von Südamerika, eine laue Stimmung.

Madrid, 24. März. 3pCt. 21⅛ P., u. d. B. 21⅜, ⅛ G. — 5pCt. 10⅛, 10 G.

London, 29. März. 3pCt. Stocks 91⅞ à 92. — 5pCt. Span. 16⅛. — Neue 3pCt. 30⅛. — 4pCt. Port. 28. — 2½pCt. Holländ. 50.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Digitized by Google

Führer durch die Messe.

Band-, Seide-, Wolle-, und Baumwolle-Waaren.

Geschäfts-Eröffnung.

Hiermit beehre ich mich, die ergebene Anzeige zu machen, daß ich am heutigen Tage auf hiesigem Platze ein Geschäft in

französischen Bändern, Hutstoffen, Gürtel, Schleier, Tülle, Spitzen, Gimpen, Fransen,

sowie allen in dieses Fach einschlagenden Artikeln eröffnet habe, und halte mich unter Versicherung **billigster** Bedienung geneigtem Zuspruch bestens empfohlen.

Frankfurt am Main, den 31. März 1849.

[928] ***Louis Nössell***, Zeil Haus Mozart 70.

---

[886] **J. C. van der Beeck** aus Elberfeld

hält zur gegenwärtigen Messe Lager ganz wollener Shawls und Long-Shawls im Landsberg Nr. 20.

☞ **Avis für Damen.** ☜

Die anerkannt größte Damen-Mäntel-Fabrik

von **D. H. Daniel** aus Berlin

empfiehlt zur gegenwärtigen Messe ein auf's reichhaltigste assortirtes Lager eleganter und geschmackvoller nach neuester Pariser Façon angefertigter

Mantillen, Mantelets, Palettino's, Frühjahrs-Mäntel und Visites

von Sammet in allen Farben, glatt und damasc. Atlas, Satin chine, moiré, Taffet, changeant und weiß Cachemir.

☞ **Verkaufs-Local: Neue Kräme Nr. 34 im Laden des Herrn Lorie** vis-à-vis vom Braunfels. [924]

---

[920] **Neue Kräme Nr. 18 neu (K 104)**

A. Freund aus Elberfeld,

Lager in Orleans und Lastings.

C. W. Siebel & Brinck aus Elberfeld,

Lager in Band, Kordel und Posamentirwaaren.

---

[717] **Kirchhof & Füchsel**

aus **Schmölln** in Sachsen-Altenburg

haben zur diesjährigen Ostermesse das Lager ihrer Fabrikate, bestehend in glatten und façonnirten Thibets ꝛc wieder wie in letzter Herbst-Messe in der goldenen Leiter, neue Kräme Lit. K. Nr. 95.

---

[896] **Joseph Schell**, Corsetten-Fabrikant aus **Ludwigsburg**,

empfiehlt für diese Messe wieder sein schon längst bekanntes Lager in Damen- und Kinder-Corsetten, sowie auch Morgen-Leibchen, mit und ohne Elastik, und verkauft en gros wie en detail zu äußerst billigen Preisen. Auch habe ich wieder eine große Auswahl aller Arten Gummi-Bälle und gebe diese ebenfalls zu sehr billigen Preisen ab.

Meine Bude befindet sich wie gewöhnlich auf dem Römerberg, hinterer Gang, vis-à-vis dem Römer.

Das Flanellwaaren-Lager von **A. Herold** aus Dingelstädt ist jetzt Schnurgasse 38.

[855] [836] Fabrik-Lager in **baumwollenen** und **wollenen Möbel-Damasten, Sarsenets** und **Schirtings** von **J. Schüler** aus Dingelstädt im Thüringen. Schnurgasse 46.

---

[826] **Mantillen** nach den neusten Pariser Modells bei L. B. Schuster, Bleidenstraße, Nr. 5.

Uhren.

[870] **Commissions-Lager** von Schwarzwälder Uhren bei **A. J. Stiebel**, Schnurgasse 23, in Frankfurt a. M.

Die Schwarzwälder-Uhrenfabrik-Niederlage bei **J. Eckhardt**, Roßmarkt F. 107. empfiehlt sich mit großer Auswahl der neuesten Gegenstände, nebst Lager von Pariser und Wiener Pendul- und Rahmen-Uhren, Genfer Musik-Dosen und Musikwerke, Vogel-Orgeln ꝛc. in der besten Qualität zu den billigsten Preisen. [781]

Möbel.

Möbel-Verkauf.

Mein reichhaltig assortirtes Lager aller Gattungen Holz- und Polster-Möbel, Spiegel, fertigen Betten, in einfachem als auch reichem Styl, beehre ich mich Freunden und Gönnern unter Garantie solidester Arbeiten und sehr billig gestellten Preisen auf das Angelegentlichste zu empfehlen; Ausstattungen und Einrichtungen größerer Gebäude können in kürzester Frist geliefert werden.

Mainz, im April 1849.

[925] **Johann Heininger**, Möbelfabrikant.

Kurze und Quincaillerie-Waaren.

[647] **Leonhard Hitz,**

Schirmfabrikant,

empfiehlt sein wohlassortirtes Lager in Regen- und Sonnenschirmen in den neuesten und geschmackvollsten Dessins, sowohl in Seiden als in Baumwolle ꝛc.

Mein Lager befindet sich in Offenbach am Main vis-à-vis der Hauptwache.

---

[795] **Bernhard Ullmann & Comp.**

aus **Fürth**, Königstraße, und **Wien**, Schottenfeld Nr. 491,

während den Messen

in **Leipzig** Reichstraße Nr. 45., in **Frankfurt a. M.** am Fahrthor Nr. 1.

empfehlen ihr bekanntes En-gros-Lager Nürnberger und Wiener Kurzwaaren, bestehend in dem mannigfachsten Sortiment Cigarrenspitzen, Pfeifenröhren, Meerschaum-Masse und Thonköpfen, ächte Weichsel, Perlmutter-Lava- und Hornknöpfen, Mund- und Klappen-Harmonikas, feine Lederwaaren u. s. w., sowie eine sehr reichhaltige Auswahl aller bekannten und neueren Nürnberger Industrie-Erzeugnisse.

Die Harmonica's-Fabrik

von **Wagner & Comp.** in Gera

empfiehlt zur Frankfurt a. M. Frühjahrsmesse ihre bekannten solid gearbeiteten Fabrikate in allen Sorten Accordion und Accord-Harmonica's zu billigen Preisen, und macht außerdem auf ihr gut assortirtes Lager in Berliner Kurz-Waaren, namentlich Cigarren-Spitzen, Papp-Galanterie, Leder, lackirte Blecharticel ꝛc. aufmerksam.

Verkaufslocal, Markt Nr. 46 (früher Lit. K Nr. 128, auf dem Römerberg neben dem steinernen Hause. [792]

Fasolt, Enß & Greiner

aus Lauscha bei Coburg

beziehen auch diese Messe wiederum mit ihrem bestens assortirten Lager von feinen und ordinären gemalten Pfeifenköpfen, sowie gemalte Blättchen für Brosches, Ohrringe, Nadeln ꝛc. und empfehlen sich unter Versprech reeller Bedienung zur gemalten Abnahme bestens. Ihr Lager befindet sich am Main in der Eckbude dem Geißpförtchen vis-à-vis. [851]

Wechsler-, Effecten- und Lotterie-Bureaux.

[60] Staats- und Standesherrliche Obligationen, Staats-Lotterie-Effecten, Eisenbahn-Actien, Coupons, werden ge- und verkauft bei **J. N. Trier & Cie.**, Zeil, im Türkenschuß.

---

[921] **Anzeige.**

Die von den Unterzeichneten gestempelten Coupons à R° 30. in Papier pr. 1/13. Jan. 1849 von Hope'schen Certificaten über 6pCt. Russische Inscriptionen werden, à fl. 15. 34 kr. per Stück bei denselben eingelöst.

Frankfurt a. M., den 31. März 1849.

Grunelius & Comp.

Commission und Spedition.

☞ **Den resp. Besitzern von Gasthöfen, Weinwirthschaften ꝛc.,**

welche einen Wechsel ihres Dienstpersonals beabsichtigen, empfehle ich mich mit tauglichen Köchen, Kellnern, Marqueurs, Köchinnen, Kellnerinnen ꝛc. zu geneigten Aufträgen ergebenst, wobei blos die gesetzliche Einschreib- und Placements-Taxen in Anspruch genommen werden.

Amtlich bestätigtes Dienst- und Stellen-Gesuch-Büreau

[836] von **F. A. Wüst**, Paulsplatz 13 neu.

---

[976] **Sehr wichtig**

für **Gasthalter**, sowie für **Eisenbahn-, Dampfschiff-** und **Lebens-Versicherungs-Gesellschaften.**

Der Unterzeichnete erlaubt sich hiermit, obige Etablissements darauf aufmerksam zu machen, daß es für sie von wesentlichem Vortheil sein wird, bei herannahender **Sommer-Saison** sich in den **Hauptblättern von Deutschland, Frankreich, England, Holland, Belgien, Italien** und **Spanien** zu empfehlen.

Der Unterzeichnete ist bevollmächtigt, die Annoncen für benannte Blätter, sowie deren Redaction in den bezüglichen Sprachen unter den billigsten Bedingungen zu übernehmen. — **NB. Briefe franco.**

J. P. Greim, General-Agent in Frankfurt am Main, Döngesgasse Nr. 35 neu (zum Maulbeerhof).

Verschiedene Anzeigen.

[823] **Chemisches Laboratorium zu Wiesbaden.**

Der Sommerkursus in der praktischen Chemie für Chemiker, Pharmaceuten, Landwirthe, Bergleute, Gewerbtreibende ꝛc beginnt am 1. May, desgleichen die von mir im Sommersemester zu haltenden Experimental-Vorlesungen über allgemeine und analytische Chemie.

Chemische Analysen von Natur- und Industrie-Produkten jeder Art übernimmt das **chemische Laboratorium** zu festen und billigen Preisen.

Professor **Dr. R. Fresenius.**

---

[880] Im verflossenen Freitag wurde vom Main-Neckar-Bahnhof zur Revision ein Ballen baumwollener Waare C. K. Nr. 463 verloren oder entwendet und wird dem Finder eine dem Werth angemessene Belohnung zugesichert.

---

[923] **Zu vermiethen.** Vier möblirte Zimmer. Schnurgasse, dem „Nürnberger Hof" gegenüber Nr. 54 neu.

---

[929] **Bekanntmachung.**

Die Postverbindungen mit Dänemark betreffend.

Nach amtlichen Nachrichten hat in Folge der Aufkündigung des Waffenstillstandes von Malmö der Transit der dänischen Posten durch Schleswig-Holstein am 26. l. M. aufgehört, und es ist für die Dauer des Kriegszustandes eine wöchentlich dreimalige Dampfschifffahrt von Lübeck nach Kopenhagen für die Beförderung der nordischen Posten in Gang gesetzt worden, nämlich jeden Dienstag und Samstag Mittags durch das Dampfschiff „Lübeck" und jeden Freitag Mittag durch das in Kopenhagen anlaufende schwedische Dampfschiff „Malmö".

Außerdem wird eine vierte wöchentliche Postverbindung mittels des jeden Mittwoch um 4—5 Uhr Nachmittags von Wismar nach Kopenhagen abgehenden Dampfschiffs „Obotrit" unterhalten werden.

Auf den Grund dieser Einrichtung werden die Briefe nach Dänemark von Hamburg abgefertigt werden:

Montags, Dienstags, Donnerstags und **Freitags,**
um 7 Uhr Abends.

Fahrpoststücke nach Dänemark werden bis auf Weiteres nur über Lübeck spedirt, und müssen bei der Aufgabe bis Lübeck frankirt werden.

Frankfurt a. M., den 31. März 1849.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.
vdt. Kölle.

Kaufmännische Lehr- u. Erziehungsanstalt.

Am 16. April beginnt in meiner Anstalt das neue Schuljahr. Die geehrten Eltern, welche mir die Erziehung ihrer Söhne anzuvertrauen geneigt sind, ersuche ich ergebenst, dieselben bis dahin bei mir anmelden zu wollen.

[811] **F. J. Lander**, Director.

Wasserheilanstalt Mühlbad bei Boppard am Rhein.

Für die Badesaison des laufenden Jahres wird obgenannte Anstalt vom 1. März ab dem Publikum wieder geöffnet sein. Bei der steigenden Frequenz, deren sie bisher sich zu erfreuen hatte, und die namentlich im verwichenen Jahre noch so bedeutend war, daß Mangel an Raum entstand und längere Zeit hindurch Gäste dislocirt werden mußten, bittet man diejenigen, welche sie zu besuchen die Absicht haben, mit ihren Anmeldungen nicht allzulange zu zögern, besonders dann, wenn sie auf schöne und bequeme Wohnungen reflectiren. — Näheres bei dem in der Anstalt wohnenden Arzte, Kreisphysicus Dr. Heusner. [756]

Châles & Nouveautés en gros

von [846]

Ch. Rosenthal & Cie. aus Paris.

Lager im Gasthof zum „Schwan" Zimmer Nr 16.

Versteigerung moussirender Weine.

Dienstag den 20. April, Nachmittags 3 Uhr, werden auf freiwilliges Ansetzen

circa 100 Flaschen moussirende Weine von vorzüglicher Qualität

in der Behausung Nr. 35 neu große Eichenheimer Gasse gegen baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

[906] **C. Belschner**, Ausrufer.

---

[813] Dienstag den 3. k. M., Vormittags 10 Uhr, sollen in dem hiesigen Gräflich v. Giech'schen Hofe nachbezeichnete in den vorzüglichsten Lagen der Lorcher Gemarkung erzogene Weine, als:

1 Stück 1842er weiße,
6 „ 1825er „
1 Zulast 1846er rother,

meistbietend versteigert werden.

Nassau, den 22. März 1849.

Gräflich von Giech'sche Receptur.
Haupt.

Digitized by Google

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

(Beilage zu Nr. 79.)

Montag. 2. April 1849.

Deutschland. Berlin, 27. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Geheimen Regierungs-Rath Wentzel zu Coblenz den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Geheimen Regierungs-Rath Schmidt zu Trier den Rothen Adler-Orden dritter Klasse, dem Geheimen Regierungs-Rath Schmitz zu Aachen den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Geheimen Regierungs-Rath Schmidt zu Coblenz den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Geheimen Regierungs-Rath Schmidt zu Trier den Rothen Adler-Orden vier

bindung der gemäßigten Parteien auf beiden Seiten für eine Adresse im oben begehrten Sinne ausfallen dürfte. Der Widerstand kommt von den Extremen. Die äußerste Linke widersetzt sich der ganzen Wahl und ist gegen jede Adresse. Die äußerste Rechte will eine Adresse, aber darin zugleich den Wunsch ausdrücken, daß der König die Wahl nur bedingungsweise annehmen, sich insbesondere gegen das suspensive Veto und das allgemeine Wahlrecht aussprechen, so wie die freie Wahl seiner Residenz vorbehalten möge. Die gemäßigte Rechte will diese Punkte in der Adresse ganz mit Stillschweigen übergehen und hofft sich dabei des Beistandes der gemäßigten Linken zu versichern. Diese Andeutungen werden das Verständniß der Kammerverhandlungen erleichtern, auf welche wir im Weitern verweisen. — Das Staatsministerium ist mehrfach über die Frage zum Ministerrath versammelt gewesen, und wie wir aus guter Quelle vernehmen, soll in letzter Sitzung die Annahme der Kaiserkrone definitiv beschlossen worden sein, nachdem zuvor eine Verständigung mit den deutschen Fürsten stattgefunden habe. In demselben Ministerrath soll zugleich die Ertheilung einer Amnestie festgesetzt sein, sobald die Annahme der neuen Würde als officiell verkündigt worden. Man ist mit allen diesen Dingen außerordentlich geheimnißvoll, vielleicht aus Besorgniß, daß noch irgendwelche unvorhergesehene Umstände dazwischen treten könnten, ehe die ganze Angelegenheit zur Entscheidung des Königs gelange; wenigstens ist in diesem Sinne ein kleiner in der heutigen Spenerschen Zeitung enthaltener offenbar officieller Artikel zu verstehen, wonach bis zu dem abzuwartenden Eintreffen der Frankfurter Deputation alle Gerüchte über Annehmen oder Ablehnen für irrig und auch die Schritte der städtischen Behörden „als durchaus voreilig" bezeichnet werden. In der Stadt coursiren schon jetzt die wunderlichsten Gerüchte. Bald hört man, die Frankfurter Opposition habe eine Coalition der süddeutschen Fürsten zu Stande gebracht, bald, es seien bei Frankfurt in einer Versammlung Unruhen ausgebrochen u. dgl. m. Indeß geben sich aber auch auswärtige Sympathien kund. So hat die braunschweigische Kammer auf gefaßten Beschluß eine Deputation hierher gesandt, um den König von Preußen zur Annahme der Kaiserkrone zu bewegen. Die Deputation besteht aus neun Mitgliedern, deren zwei, worunter Dr. Arnim, bereits hier angelangt sind. Die übrigen sieben haben sich zuvor zum Herzog von Braunschweig nach Blankensee begeben, um ihn von jenem Beschluß in Kenntniß zu setzen und darauf bezügliche Angelegenheiten mit ihm zu verhandeln.

Italien.

Einem uns gefälligst mitgetheilten Schreiben eines Baseler Handlungshauses an ein hiesiges Handlungshaus entnehmen wir Folgendes:

‖* Basel, 31. März. Die italienische Post ist heute wieder ausgeblieben, dagegen erhalte ich über Genf heute folgendes Schreiben aus Chambery vom 28. d.: „Nach heute Morgen aus Turin hier eingetroffenen Nachrichten hat Karl Albert abgedankt. Sein ältester Sohn, der Herzog von Savoyen, hat als Victor Amadeus II. den Thron bestiegen. Nach den neuesten Nachrichten ist der Friede zwischen Piemont und Oesterreich bereits abgeschlossen und zwar unter folgenden Bedingungen: Oesterreich erhält eine Entschädigung von 100 Millionen für die Kriegskosten. Bis zur gänzlichen Abtragung dieser Summe wird die Citadelle von Alessandria besetzt gehalten. Die Entschädigung soll so repartirt werden, daß Piemont 50 Millionen und die Lombardei 50 Millionen zu zahlen hat. Savoyen ist von der Contribution befreit." Obiger Bericht ist auch durch einen Courier bestätigt worden, welchen der Bundesrath gestern früh vom Staatsrath in Wallis erhalten hat.

Frankreich.

*__Paris__, 30. März. Die Ereignisse in Oberitalien, deren Folgen für den europäischen Frieden und namentlich die Stellung, welche die französische Regierung ihnen gegenüber einzunehmen habe, bildeten bereits seit mehreren Tagen wie das allgemeine Tagesgespräch, so auch den Gegenstand der Berathung in den Ministerconferenzen und den Sitzungen des Ausschusses der auswärtigen Angelegenheiten. Heute endlich kamen sie auf der Tribune der Nationalversammlung zur Sprache. Zuerst ergriff Namens des genannten Ausschusses Herr Birio das Wort, um den Bericht zu erstatten. Er leitete diesen mit folgenden Worten ein: „In Italien liegen vollendete Thatsachen vor. Das Loos der Waffen hat das einzige organisirte Heer Italiens vernichtet; Oesterreich beherrscht die ganze Halbinsel. In dieser Lage haben wir Pflichten gegen uns selbst zu erfüllen; die Frage wird französisch. Die Integrität Piemonts ist eine Frage unserer Sicherheit. Unter Ludwig XIV., wie unter der Republik, ist der Uebergang über den Tessin als eben so drohend betrachtet worden, wie zuvor über den Var. Die öffentliche Meinung harrt ungeduldig unserer Entscheidung. Wir müssen mit Oesterreich unterhandeln, ohne Zögern, ohne nachzulassen. Das Comité überläßt der Regierung die Sorge, den Sinn der österreichischen Mittheilungen zu würdigen; wenn sie nicht auf sofortigen Rückzug der Oesterreicher hinauslaufen, so wird die Regierung sich nicht auf Kanzleworte beschränken. Ohne unsere eigenen Interessen preiszugeben, können wir nicht anders handeln. Frankreich will keine Eroberungen; davon hat es Europa Beweise genug gegeben. Aber sind wir allein des Rechtes enterbt, unsere Freunde zu schützen? Ist nicht Rußland in Siebenbürgen eingerückt? Nein, Europa wird sich über eine solche Demonstration nicht beunruhigen; es weiß, daß wir aufrichtig sind." Der Redner wollte nun den Beschluß des Comité's verlesen, machte aber, da hiergegen Einspruch erhoben ward, den Beschluß zu dem seinigen und bezeichnete denselben als einen Entwurf, den er der Versammlung vorlege. Den von ihm verlesenen Beschluß theilten wir bereits mit. Der Verlesung des Beschlusses folgte die lebhafteste Aufregung, inmitten deren Hr. Birio abtrat. Graf Mole erklärte, daß das Comite der auswärtigen Angelegenheiten dem Berichte des Hrn. Birio fremd geblieben sei. Nachdem Hr. de Beaumont das Recht des Comité's, der Versammlung Beschlüsse vorzuschlagen, verfochten hatte, nahm der Minister des Auswärtigen, Herr Drouyn de Lhuys, das Wort und sagte: Die Versammlung hat zu entscheiden, unter welcher Form die Erörterung stattfinden soll. Ich werde die Aufschlüsse geben, die wir in Händen haben, und theile nachstehend die neuesten Nachrichten aus Turin mit. Die Regierung hat folgende vom 25. März, 6 Uhr Abends, datirte Depesche empfangen: „Der französische Gesandte an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten: Die piemontesische Regierung hat in der Unkunde und Ungewißheit, worin sie ist, geglaubt, sich an Hrn. Abercromby und mich wenden zu müssen, um uns zu bitten, bei dem Marschall Radetzky einzuschreiten. Wir haben nicht gezögert, diese Humanitätsmission anzunehmen; wir haben uns zum Prinzen von Carignan begeben und ihn veranlaßt, den Stadtrath zu versammeln und eine Berathung dieses Körpers zu bewirken. Sobald das Ergebniß dieser Berathung constatirt war, schickten wir uns an, um Mitternacht in Begleitung des Stadtsyndicus abzureisen. Wir reisen, wir hoffen den Marschall zu Novara zu finden. Wir werden bloß für die Stadt Turin stipuliren und dem neuen Könige die Sorge überlassen, den Frieden abzuschließen; er hat Unterhandlungen mit Radetzky angeknüpft. Unsere Pflicht ist es, dem Könige in der Politik und in den Unterhandlungen auf keine Art hinderlich zu sein. Ich hoffe, Herr Minister, daß sie mein Verhalten billigen werden; Turin hat die Kunde von dem Schritte, den wir thaten, mit lebhafter Dankbarkeit aufgenommen. Einige Personen möchten einen kräftigen Widerstand leisten; aber diese Gesinnung existirt nicht in der Bevölkerung, welche nur die Ordnung und den Frieden will." (Heftige Unterbrechung.) Nachdem der Minister diese gerügt hatte, verlas er folgende Depesche vom 26. März: „In Turin herrscht Ruhe; das Ministerium ist abgetreten. Die Abdankung des Königs Karl Albert ist eine vollendete Thatsache. Man kündigt mir so eben an, daß man den Waffenstillstand unterzeichnet hat. Die österreichische Armee wird den Pietza nicht überschreiten. Ich habe dem Aufrufe der piemontesischen Regierung entsprechen müssen, welche an die Vertreter der großen Mächte geschrieben hat. Sie äußerte darin, daß sie die wohlwollende Loyalität des Gesandten der französischen Republik kenne, und darauf rechne, er werde nicht zögern, den von ihr gewünschten Schritt zu thun." Der Minister verlas sodann folgendes neuere vom 27. März datirte Schreiben des Gesandten: „Ich komme den Augenblick von Novara zurück. Der Waffenstillstand ist gestern früh 1 Uhr festgestellt worden. Der Marschall Radetzky hat erklärt, nur direct mit dem Könige in Person unterhandeln zu wollen. Die Unterhandlungen werden die Vertreter der großen Mächte zu Zeugen haben. Der Marschall verpflichtet sich, bis die Grundlagen des Vertrages definitiv festgestellt werden, dahin, daß die österreichische Armee das linke Ufer des Pretaia nicht verlassen wird, die Stadt Alessandria wird eine österreichische und piemontesische Besatzung erhalten. Der König wird zu Turin seine volle Freiheit behalten können. Es ist ausdrücklich stipulirt, daß die Ausgewanderten der Herzogthümer und der Lombardei in ihre Heimath und in die kaiserlichen Staaten zurückkehren sollen. Man wird unverzüglich zur Verminderung der piemontesischen Armee schreiten. Der König ist nach Turin zurückgekehrt." Zuletzt verlas der Minister noch folgende, ebenfalls vom 27. datirte, aber in späterer Tagesstunde geschriebene Depesche: „Der König hat über die Turiner Nationalgarde Heerschau gehalten. Er ist von der Bevölkerung mit der lebhaftesten Begeisterung empfangen worden." Der Minister sagte nach Verlesung dieser Actenstücke: „Somit kennen sie die Thatsachen; ich habe sie Ihnen genau berichtet. Sie kennen auch die Absichten der Politik der Regierung. Die Regierung hat begriffen, daß diese Lage ihr eine große Pflicht auferlegte. Der Conseilspräsident hat Ihnen erklärt, daß wir Willens seien, die Integrität des piemontesischen Gebiets, so wie die Würde und die Interessen Frankreichs zu wahren. Ich wiederhole Ihnen, daß die Regierung dies zu thun fest entschlossen ist. Sie verlangt zu diesem Zwecke von der Versammlung die Ermächtigung, zu handeln; sie erwartet mit Ungeduld eine Tagesordnung, einen in den Worten, die Sie vernommen haben, abgefaßten Beschluß. Die Versammlung gebe die Ermächtigung und die Regierung muß sie dankbar annehmen. Sie wird davon einen zugleich nachdrücklichen und weisen Gebrauch machen. Sie hat die Thatsachen auseinandergesetzt, damit Sie ihr helfen, dieselben zu würdigen. Während sie von Ihnen den Beschluß erwartet, den sie in Vollzug zu setzen verpflichtet sein würde, wacht sie unaufhörlich über die Interessen und Würde der Republik. Die Versammlung spreche sich aus und die Regierung wird gehorchen." Zum Schlusse führte der Minister noch an, daß Fürst Schwarzenberg dem französischen Geschäftsführer wiederholt erklärt habe, daß Oesterreich nicht an Eroberungen denke, daß es Piemont nichts nehmen wolle, daß es die Integrität des sard. Gebiets anerkennen, und daß nach dem Siege einzig und allein der Friede sein Ziel sein werde. Hierauf verlangte Herr Billault das Wort, um den Wortlaut der von Herrn Birio vorgeschlagenen Erklärung einer Prüfung zu unterziehen. Er theile das Vertrauen des Berichterstatters in die Haltung des Ministeriums nicht; er könne nicht begreifen, daß man so viel Worte darüber mache, wenn ein Zustand bewahrt würde, den Niemand, selbst Oesterreich nicht, anzugreifen gedenke. Der Redner zeigte hierauf, auf welchen Abweg die französische Politik seit dem 24. Mai gerathen. Damals handelte es sich nicht um die Integrität Piemonts, sondern um die Befreiung Italiens. Das Verlassen der Lombardei sei die Basis der von dem Wiener Cabinet angenommenen Unterhandlungen gewesen; dies gehe aus einer in dem Oberhause in London gemachten Versicherung hervor; aber diese Willfährigkeit sei bald modificirt worden. Die österreichische Regierung wolle jetzt die isolirte Intervention Frankreichs und Englands nicht mehr annehmen; sie verlange einen von allen Mächten, welche die Verträge von 1815 mitunterzeichnet haben, zu beschickenden Congreß; und wie es scheine, habe die französische Regierung eingewilligt, unter diesen Bedingungen die Unterhandlungen wieder aufzunehmen und so die Verträge von 1815 zu befestigen. Der Redner frägt, ob die Versammlung ein solches Verfahren des Ministeriums billigen könne, und erklärt schließlich, sich einer solchen Billigung anzuschließen nicht im Stande zu sein. Der Minister des Auswärtigen meinte hierauf, die eben auseinandergesetzte Diplomatie sei eine Diplomatie der Phantasie und die von Herrn Billault angeführten Thatsachen ungenau; er bleibe dabei, daß auch die provisorische Regierung sich nicht absolut verflichtet habe, die Befreiung der Lombardei zu garantiren. Der bekannten Tagesordnung vom 24. Mai habe nur eine Politik der Versöhnung, der Klugheit, der Mäßigung zu Grunde gelegen, keineswegs aber sei in ihr ein Casus belli enthalten gewesen. Dies gehe daraus am deutlichsten hervor, daß, anstatt in Turin und Venedig bewaffnet zu intervenriren, der Chef der executiven Gewalt nur mit einem Anerbieten der Vermittelung geantwortet habe. Der Minister setzt darauf mit seltener Klarheit die Unterhandlungen von ihrem Beginn an auseinander und zeigt, daß sie nothwendiger Weise zugleich mit den Ereignissen auch ihren Charakter ändern mußten. Das frühere Cabinet habe die bewaffnete Intervention stets verweigert und eine diplomatische Vermittelung angeboten. Der Minister leugnet die Genauigkeit der von Hrn. Billault angeführten Depeschen; die Regierung habe sich durchaus geweigert, die Basis der Verträge von 1815 anzunehmen. Der Redner schließt mit einigen Bemerkungen über die römische Frage, welche ein dreifaches Interesse darbiete: das der europäischen Ordnung, das religiöse Interesse, welchem Frankreich einstimmig zugethan ist, und endlich das Interesse der Freiheit, welches die Regierung nie vergessen wird. Hierauf betrat Ledru Rollin die Tribune mit heftigen Angriffen gegen das Ministerium. Er suchte hauptsächlich darzuthun, in welchem Widerspruch Odilon Barrot und Thiers von 1848 mit Odilon Barrot und Thiers von 1849 ständen. Nachdem noch die Herren Billault und Drouyn de Lhuys abermals gesprochen hatten, wurde die von Birio vorgeschlagene motivirte Tagesordnung, der auch das Ministerium beitrat, von Flocon bekämpft. Er schlug eine motivirte Tagesordnung vor, nach welcher die Versammlung, stehen bleibend bei ihrer Erklärung vom 24. Mai, die Regierung auffordern wolle, die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, um Italien frei zu machen. Die einfache Tagesordnung, welche Herr Baraguay d'Hilliers beantragte, kam zuerst zur Abstimmung und wurde mit 442 gegen 327 Stimmen verworfen. Hierauf verlangte Herr Thiers das Wort, wegen der sehr vorgerückten Tageszeit aber wurde die Berathung auf morgen vertagt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Cours der Staats-Papiere. 2. April 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	75½	75⅛	Würtemb.	Obligationen b. Roths.	3½	79	78½
»	ditto ditto . .	4	59⅜	59⅛	»	Neue Württemberg.	4½	94½	94
»	ditto ditto . .	2½	40⅛	39⅞	Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	81	80½
»	Bank-Actien p. D. .		1181	1176	»	fl. 35 Loose		21	20⅛
»	fl. 250 Loose v. Roth.		79½	79	Frankfurt	Obligationen	3	77½	77
»	fl. 500 » ditto		126½	126	»	ditto v. 1839	3½	92⅜	91⅞
»	Bethmann. Obligat.	4½	73	72	»	ditto v. 1846	3½	88⅜	88⅛
»	ditto ditto	4	63½	63	»	Taunusbahnactien .		276	275
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	80⅞	80⅛	Holland	Integrale	2½	49⅛	49½
»	Prämienscheine . .		—	100	»	Holländische	4	—	77½
Bayern .	Obligationen . . .	3½	79⅜	78⅞	»	Syndicate	3½	—	77½
Darmstadt	fl. 50 Loose		70½	70	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—
»	fl. 35 ditto		22½	22	»	Innere Sch. neue Obl.	3	22⅛	22⅛
»	Obligationen	3½	78½	77⅞	Portugal	Consols Lat. à fl. 13.	3	—	—
»	ditto	4	86⅜	86⅛	Polen	fl. 300 Loll. Loos Rth.		—	98
Baden .	Obligationen v. 1849	3½	76¾	76⅛	»	Obligationen de fl. 500	4	74½	74⅛
»	fl. 50 Loose v. 1846		49	48½	Russland	in R. à. fl. b. Grun. etC.	4	—	82
»	fl. 35 Loose		28½	27⅞	»	ditto b. Stieglitz et C.	4	—	82

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.	Diverse Actien u. Loose.	Briefe.	Geld.
Pistolen	9	55	Geld al Marco .	382	—	Kurhessische Loose . . .	27⅞	27⅝
Pr. Friedrichsd'or	9	56½	Laubth., ganze. .	—	—	Sardinische Loose	26¼	25⅞
Holl. 10 fl. Stücke	10	4	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	38	5 Frankenthaler.	—	—	Cöln-Minden	76⅛	75⅞
20 Francsstücke	9	39	Hochhaltig Silber	24	30	Ludwigsh.-Berbach. . .	73½	72⅞
Engl. Souvereins	12	3	Gering u. mittelh.	24	20	Frdr.-Wilhs.-Nordbahn .	33½	33

Nach der Börse: 2½ pCt. Met. —; 3 pCt. Span. Inl. —; Taunusbahn-Actien (pr. Ult.) —; Ludw.-Bexb. —; F.-W.-Nordb. — fl.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Extra-Beilage.)

Digitized by Google

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.
Erscheint täglich Nr. 1 — Nr. 2

Frankfurt, 1. Januar 1871.

Die Redaktion der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung hat mit dem heutigen Tage ihre Arbeit aufgenommen. Sie wird sich bemühen, ihren Lesern täglich die neuesten Nachrichten aus dem Reich und der Welt zu bringen, soweit sie für den Postbetrieb von Interesse sind.

Die Redaktion bittet um Zusendung von Mitteilungen, Berichtigungen und Anregungen.

Frankfurt, 1. Januar 1871.

Die Redaktion der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung hat mit dem heutigen Tage ihre Arbeit aufgenommen. Sie wird sich bemühen, ihren Lesern täglich die neuesten Nachrichten aus dem Reich und der Welt zu bringen, soweit sie für den Postbetrieb von Interesse sind.

Die Redaktion bittet um Zusendung von Mitteilungen, Berichtigungen und Anregungen.

2) in **Blomberg**:
   a) (früh gegen 4 Uhr) an die Personenposten **nach** Meinberg, Detmold, Lage, Bielefeld (mit Influenz auf den zweiten Zug nach Cöln und Minden).
   b) (Abends gegen 9½ Uhr) **von** Meinberg, Detmold, Lage, Bielefeld (mit Influenz von der Cölner und Mindener Eisenbahn).

3) in **Barntrup**:
   a) (früh gegen 3½ Uhr) **nach** Lemgo, Schöttmar, Salzuffeln und Herford (mit Influenz auf die Bahn nach Cöln und Minden).
   b) (Abends gegen 10 Uhr) **von** Lemgo, Schöttmar, Salzuffeln und Herford (mit Influenz von der Bahn von Cöln, auch Minden).
   c) (Abends gegen 10 Uhr) Anschluß der Personenpost von Bückeburg und Rinteln nach Pyrmont.

4) in **Alverdissen**: an die tägliche Botenpost nach und von Alverdissen, welche vom 1. k. M. an früh 5 Uhr aus Alverdissen und Abends 7 Uhr aus Bösingfeld abgefertigt wird;

5) in **Rinteln**: an die tägliche Personenpost nach Oldendorf, Morgens 9½ Uhr und resp. von Oldendorf Abends 6 Uhr.

6) in **Bückeburg**: früh 6½ Uhr an den ersten Zug nach Minden und Cöln, sowie an den ersten Zug nach Hannover früh 7½ Uhr (in Bremen 1 Uhr 50 Minuten Nachmittags und in Harburg 4 Uhr 40 Min. Nachmittags ꝛc.); ferner: Influenz von den beiden ersten Zügen von Hannover (Bremen und Harburg) und den drei ersten Zügen von Minden ꝛc.; auch Anschluß nach und von Obernkirchen, Nenndorf und Rodenberg.

Das Personengeld bei der Post zwischen Carlshafen und Bückeburg beträgt, unter Gestattung eines Freigepäcks von 40 Pfd., 6 Sgr. pro Meile excl. der Wagenmeistergebühr; die Personenannahme ist unbeschränkt.

II. Zwischen **Bückeburg** und **Rinteln** coursiren die bisherigen drei Personenposten vom 1. k. M. an, im Zusammenhange mit den correspondirenden Dampfwagenzügen, wie folgt:

aus **Rinteln**:	aus **Bückeburg**:
1. täglich früh 5 Uhr (Personenpost von Carlshafen und von Detmold);	1. Morgens 8½ Uhr (Localwagen);
2. Morgens 9 Uhr (Localwagen);	2. Nachmittags 5 Uhr (Personenpost nach Carlshafen);
3. Nachmittags 2½ Uhr (Localwagen);	3. Abends 8½ Uhr (Personenpost nach Detmold).

III. Zwischen **Oldendorf** und **Rinteln** coursiren vom 1. k. M. an täglich zweimalige Personenposten für gleichzeitige Brief- und Päckereibeförderung und mit unbeschränkter Personen-Annahme, wie folgt:

aus **Oldendorf**:	in **Rinteln**:
1. täglich Morgens 8 Uhr (resp. nach Ankunft der Post von Hameln);	Morgens 9½ Uhr;
2. Nachmittags 4½ Uhr (zum Anschluß nach Carlshafen, nach Lemgo und Detmold);	Abends 6 Uhr;
aus Rinteln:	**in Oldendorf**:
1. täglich Morgens 9½ Uhr (Influenz von Carlshafen, auch Lemgo und Detmold);	Vormittags 11 Uhr;
2. „ Abends 6½ Uhr (zum Anschluß nach Hameln);	Abends 8 Uhr.

Das bisherige Personengeld und Freigewicht bleibt unverändert.

IV. Die Local-Personenposten zwischen **Detmold** und **Lemgo** coursiren vom 1. k. M. an täglich zweimal in folgender Weise:

aus **Detmold**:	aus **Lemgo**:
1. täglich früh 6½ Uhr direct;	1. Morgens 8½ Uhr pr. Lage (in Lage Influenz nach Bielefeld und auf die Cölner Eisenbahn);
2. Nachmittags 5 Uhr pr. Lage (in Lage Influenz von Bielefeld und von der Cölner Eisenbahn);	2. Nachmittags 5 Uhr pr. Lage.

Außerdem coursirt auch künftig noch zwischen Detmold und Lemgo die Bückeburger Personenpost, welche nach wie vor Abends 11 Uhr aus Detmold abgefertigt und früh 3 Uhr daselbst eingeliefert wird. Dagegen cessiren vom 1. k. M. an:
   a) die bisherige tägliche Personenpost zwischen Lemgo und Blomberg über Detmold und Meinberg;
   b) die tägliche Carriolpost zwischen Rischenau und Pyrmont über Lügde;
   c) die wöchentlich fünfmalige Botenpost zwischen Alverdissen und Hameln über Aerzen;
   d) die wöchentlich viermalige Botenpost zwischen Rischenau und Holzminden pr. Polle;
   e) die wöchentlich dreimalige Botenpost zwischen Carlshafen und Uslar, sowie
   f) die sub I gedachten, durch die Eisenbahn ersetzten, täglichen Personenposttransporte zwischen Cassel und Carlshafen über Grebenstein, Hofgeismar und Trendelburg.

B. zwischen Cassel—Hersfeld und Fulda.

I. Durch die täglich zweimaligen Dampfwagenzüge zwischen (Cassel) **Guxhagen** und **Bebra** über Melsungen, Morschen und Rotenburg (abgehend aus Bebra: früh 6½ Uhr und Nachmittags 1 Uhr; aus Guxhagen: Morgens 8½ Uhr und Nachmittags 3 Uhr), welche beide zur Beförderung von Briefen und Päckereien benutzt werden, wird der bisherige Eilwagen auf dieser Strecke ersetzt.

Unter Umwandlung des letzteren in eine tägliche Personenpost zu gleichzeitiger Brief- und Päckereibeförderung und unter gleichzeitiger Herstellung einer zweiten Personenpost zu demselben Zwecke, gestalten sich demnach die Postverbindungen zwischen Cassel resp. Bebra—Hersfeld Hünfeld und Fulda vom 1. k. M. an, wie folgt:

aus **Cassel**:	aus **Guxhagen**:	in **Bebra**:	aus **Bebra**:	pr. **Hersfeld**:	in **Hünfeld**:	in **Fulda**:
1) täglich 6 Uhr früh	8½ Uhr Morg.	10 Uhr Vorm.	gegen 10½ Uhr Vormitt.	Mittags 12 Uhr.	Nachmitt. 2½ Uhr.	Nachmitt. 4½ Uhr,
2) „ 12½ „ Mitt.	3 „ Nachm.	4½ „ Nachm.	„ 4½ „ Nachm.	Abends 6½ „	Abends 8½ „	Abends nach 10½ „
pr. Packwagen ohne Passagierbeförderung.		pr. Eisenbahn.		von Bebra ab pr. Personenpost.		

aus **Fulda**:	aus **Hünfeld**:	pr. **Hersfeld**:	in **Bebra**:	aus **Bebra**:	in **Guxhagen**:	in **Cassel**:
1) tägl. 11 Uhr Abds.	gegen 1 Uhr Nachts,	4½ Uhr früh,	6 Uhr früh,	6½ Uhr früh,	Morgens 8 Uhr,	Vormittags 10 Uhr,
2) „ 6½ „ früh	„ 8 „ Morgs.	10½ „ Vorm.	12½ „ Mitt.	1 „ Mitt.	Nachmitt. 2½ „	Nachmittags 4½ „
pr. Personenposten bis Bebra.				pr. Eisenbahn.		pr. Packwagen ohne Passagierbeförderung.

Personenbeförderung findet Seitens der Postanstalt nur zwischen Bebra und Fulda statt, da dieselbe zwischen Bebra und Guxhagen pr. Eisenbahn, und zwischen Guxhagen und Cassel pr. Privat-Omnibus vermittelt wird, mittelst des zwischen Cassel und Guxhagen coursirenden Postwagens aber nur Correspondenzen und Päckereien befördert werden.

Die erste Personenpost von Bebra (Vormittags 10½ Uhr abgehend) schließt in Fulda an den Eilwagen nach **Würzburg** und an die Diligence nach **Frankfurt** an; die zweite Personenpost von Bebra (Nachmittags 4½ Uhr abgehend) schließt bereits in Hünfeld an den Eilwagen nach Frankfurt an, mit welchem außer Personen nur noch Correspondenzen befördert werden.

Die erste Personenpost aus Fulda nach Bebra (Abends 11 Uhr, Anschluß an den ersten Zug) hat Influenz von der Frankfurter Diligence; die zweite dagegen (aus Fulda früh 6½ Uhr abgehend) von dem Frankfurter Eilwagen, auch von dem Frankfurter Omnibus und von dem Würzburger Eilwagen.

Die Personen-Annahme zu beiden, zwischen Bebra und Fulda über Hersfeld, Neukirchen und Hünfeld coursirenden Posten ist unbeschränkt; das Personengeld beträgt, bei einem Freigepäck von 40 Pfund, 6 Sgr. pro Meile exclusive der Wagenmeistergebühr, und zwar ohne Unterschied der Wagenplätze.

Mit dem Eintritte dieser neuen Postverbindungen cessiren:
   a) Die bisherigen Eilwagenfahrten zwischen Cassel und Fulda über Schwarzenbach, Melsungen, Morschen, Rotenburg, Bebra, Hersfeld, Neukirchen und Hünfeld, und
   b) Die bisherigen, täglich zweimaligen Personenposten von Bebra nach Hersfeld, sowie die tägliche Personenpost von Hersfeld nach Bebra.

II. In Folge der sub I gedachten Coursveränderungen wird die tägliche Botenpost zwischen Morschen und Spangenberg, welche aus Morschen früh 6 Uhr abgeht, mit dem 1. k. M. von Spangenberg um 11½ Uhr Vormittags (statt bisher 12 Uhr) abgefertigt, um in Morschen noch den Anschluß an den zweiten Zug nach Cassel zu erreichen.

Auch wird

III. Die wöchentlich dreimalige Botenpost von Schenklengsfeld nach Hersfeld an den bisherigen Wochentagen (Montag, Mittwoch und Freitag) mit dem 1. k. M. schon um 7 Uhr Morgens (statt bisher 7½ Uhr Morgens) abgefertigt werden, während in der Richtung von Hersfeld nach Schenklengsfeld keine Veränderung eintritt.

Die zwischen **Cassel** und **Hersfeld** zur Nachtzeit coursirende tägliche Personenpost, welche an beiden Endpunkten Abends 8 Uhr abgeht und in Hersfeld mit den Posten nach und von Bacha resp. Schmalkalden, sowie auch und von Alsfeld ꝛc., auch nach und von Ziegenhain ꝛc. in Verbindung steht, wird vorerst in ihrer dermaligen Einrichtung noch fortbestehen.

Frankfurt a. M., den 31. März 1849.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

Druck von August Osterrieth.

Für die Waisen von Auerswalde ist uns ferner zugegangen von D. K. eine Gabe von 5 fl. Bei Gelegenheit eines Kretanisses ein kleines Scherflein: 1 fl. aus Mainz. Für den armen Lehrer auf dem Lande haben wir empfangen und an denselben befördert von C. B. 1 fl., was wir dankbar bescheinigen.

Frankfurt a. M., 30. März 1849.

Redaction der O.P.A.Zeitung.

Verzeichniß

der für die Abgebrannten von Güglingen dahier eingegangenen Beiträge.

Von Herrn S. Stiebel 5 fl. J. Glauberg 30 kr. C. W. Fink 1 fl. N. N. 1 fl. 16 kr. N. N. 1 fl. von Frau St. 1 fl. Fräulein St. 1 fl. Herrn H. Fr. 2 fl. M. Martin 1 fl. Linker 24 kr. Reichel 30 kr. J. T. Ehemann 1 fl. 45 kr. G. Fleck 1 fl. 30 kr. J. K. Petri 10 fl. Fulda Hirsch 30 kr. M. Leopold Doctor 1 fl. Andr. B.... 6 fl. Unbenannt 3 fl. Joh. Heinr. Reeb 1 fl. 45 kr. Carl Mumm 3 fl. 24 kr. Min. v. Dusch 10 fl. Dr. Mappes 2 fl. 42 kr. J. u. C. R. 5 fl. Julius Baumann de Neuville (einen halben Friedrichsd'or —) 5 fl. L. 1 fl. 12 kr.

Indem ich für diese Gaben meinen verbindlichsten Dank ausspreche, bin ich gerne bereit, weitere Beiträge in Empfang zu nehmen.

Frankfurt a. M., den 28. März 1849. [-93]

Obertribunalrath Frhr. v. Sternenfels,
wohnhaft bei Hrn. Maurermeister Schaffner auf der Bleichstraße.

[2592] ## Bekanntmachung.

Bei den nachstehend bezeichneten Herzoglich Nassauischen Postämtern befinden sich mehrere Packete und Werthbriefe, welche als unbestellbar von den resp. Bestimmungsorten zurückgesendet worden sind, sowie einige in den Eilwagen aufgefundene Gegenstände, nämlich:

bei der Postverwaltung zu Wiesbaden ein Packet an Herrn Wilhelm Zerbe in Oberramstadt,
bei der Postverwaltung zu Limburg mehrere in den Eilwagen aufgefundene Gegenstände,
bei der Postverwaltung zu Weilburg ein Werthbrief an Herrn Becker in Wiesbaden, so wie mehrere in den Eilwagen aufgefundene Gegenstände,
bei der Postverwaltung zu Rüdesheim ebenfalls mehrere in den Eilwagen aufgefundene Gegenstände,
bei der Postverwaltung zu Ems ein Packet an Hrn. Carl Becker in Nastätten und
bei der Posterpedition zu Herborn ein Packet an Herrn Justizrath Schenk in Weilburg und zwei Packete an Hrn. Kaufmann Hatzfeld in Driedorf.

Die Eigenthümer dieser Gegenstände werden daher hiermit aufgefordert, solche bei den benannten Postämtern gegen gehörige Legitimation, resp. gegen Rückgabe des betreffenden Postscheines, sowie gegen Bezahlung des darauf haftenden Porto's binnen sechs Monaten in Empfang zu nehmen, widrigenfalls nach Umfluß dieses Termins anderweit darüber wird verfügt werden.

Frankfurt, den 16. November 1848.

Ober-Post-Amt.

Taunus-Eisenbahn.

Im Monat März l. J. wurden auf der Taunus-Eisenbahn, ausschließlich der Militärtransporte, 42,890 Personen befördert.

Die Einnahmen betrugen während dieser Zeit:

a)	für Personentransport und Gepäck	21942 fl. 34 kr.
b)	„ Transp. von 29,420 Ctr. Frachtgut	4034 „ 25½ „
c)	„ „ „ beladenen Frachtwagen	380 „ — „
d)	„ „ „ 10 Reisewagen	60 „ 48 „
e)	„ „ „ 312 St. Schlachtvieh, 196 Hunden und 1158 Tragl.	343 „ 27 „
	Summe der Einnahmen	26830 fl. 14½

Frankfurt a. M., den 1. April 1849.

In Auftrag des Verwaltungsraths
der Director der Taunus-Eisenbahn

[937] **Weil.**

Weinversteigerung.

Am gräflich v. Schönborn'schen Weinen werden Mittwoch den 18. April d. J., Vormittags 10 Uhr anfangend, dahier öffentlich versteigert:

a. vom Lager zu Hattenheim:

2	Stück Hallgartener,	
2	„ Hattenheimer,	1847er.
1½	„ Forster,	
5½	„ Rüdesheimer,	
1	„ Johannisberger,	
3	„ Hallgartener,	
5	„ Hattenheimer,	
1½	„ Kiedricher,	
2	„ Forster,	1848er.
1	„ Mittelheimer,	
3	„ Marcobrunner,	
3	„ Pfaffenberger,	
3½	„ Rüdesheimer.	

b. vom Lager zu Geisenheim:
5 Stück Geisenheimer 1847er,
5 „ „ 1848er.

c. vom Lager zu Hochheim:
4 Stück Hochheimer 1847er.

Proben an den Fässern können am 16. und 17. k. M. erhalten werden; am 18. ejusd. werden solche nur während der Versteigerung gegeben.

Hattenheim, den 25. März 1849.

Gräflich v. Schönborn'sches Rentamt.
C. Volz.

Lienhardt.

[727] ## Weinversteigerung.

Montag den 16. April nächsthin, des Morgens 10½ Uhr anfangend, lassen die Gutsbesitzer Kollet, Brun und Klein in Bübesheim bei Bingen am Rhein, Präsident Kollet in Kaiserslautern, Hypothekenverwahrer Brück und Advocat Lehne in Alzei, in gemeinem Büdesheim, ihre nachverzeichneten in den besten Lagen der dasigen Gemarkung erzielten Weine, vermuthet namentlich mehrere Nummern Scharlachberger Auslese, öffentlich versteigern, nämlich:

6 Stück	1845er.
40 „	1846er.
40 „	1847er.
50 „	1848er.
20 Ohm reiner	1848er.

Die Weine lagern zu Büdesheim in den Kellern der Versteigerer, woselbst Küfermeister Adam Krämer auch schon vor der Versteigerung an den Fässern die Proben zu verabreichen beauftragt ist.

№ 80. —— Dienstag —— den 3. April —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Vereinsgebiet von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (5½ Zeile) aus Petitschrift oder deren Raum 3 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33; in Deutschland: 1) Dr. Haasenstein in Wien, Landstraße Nr. 396; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Wegel u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 75a.; 3) Hofcommissär C. Flores in Leipzig; 4) Oberpostamts-Herrlein in Hamburg; 5) Oberpostcommissär De Bay in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt.

Adresse der ersten preußischen Kammer an den König.
Der Krieg mit Dänemark.
Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.
Deutschland. Wien (Aus Ungarn. Zoll- und Handelsangelegenheiten. Die Amnestiefrage. Todtenfeier für Latour. Vermischtes). Prag (Ein teutscher Beschluß der Slovanska lipa). Halle (Eindruck der Kaiserwahl). Elberfeld (Adresse an den König um Annahme der Kaiserwürde). Leipzig (Eindruck der Kaiserwahl). Hannover (Verwahrung der hannoverschen Regierung gegen ihr gemachte Vorwürfe). Eßlingen (Für das preußische Kaiserthum). Mannheim (Illuminiren deshalbiger Scharfschützen nach Schleswig-Holstein). Wiesbaden (Schwurgerichtsgesetz). Ems (Die Kaiserwahl). Oldenburg (Mobilmachung der Truppen. Anwerbung für die Marine). Meiningen (Jubel über die Kaiserwahl). Altenburg (Die Ratifikationsfrage). Hamburg (Constituirende Versammlung).
Frankreich. Paris (Aus der Nationalversammlung).
Nachschrift.
Börsenberichte.

†* **Frankfurt**, 2. April Abends.
(Telegraphische Depesche.)

Berlin, 2. April. Die erste preußische Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung folgende Adresse an den König einstimmig angenommen:

„Königliche Majestät! Den Wünschen und ahnungsvollen Erwartungen, welche wir noch in jüngster Zeit über Deutschlands neue Gestaltung und den Beruf Preußens, dazu in besonderer Weise mitzuwirken, vor Eurer Majestät ausgesprochen haben, sind mit raschem Schritte entscheidende Ereignisse gefolgt. Die zu Frankfurt a. M. versammelten Vertreter der deutschen Nation haben Friedrich Wilhelm den Vierten, König von Preußen, wir sagen mit erhebendem Gefühl unseren König, zum erblichen Kaiser der Deutschen feierlich gewählt. Diese Botschaft hat uns auf das Tiefste ergriffen. Wir sehen durch diese Wahl, welche das Haus Hohenzollern zur Oberleitung unseres deutschen Vaterlandes berufen, das Vertrauen besiegelt, welches sich Preußen und sein König im Streben und Kämpfen für Deutschlands Interessen und Ehre errungen haben. Auch wir wünschen und vertrauen, daß Eure Majestät sich der Erfüllung der Hoffnungen der Nation nicht entziehen und in Ihre starke Hand die Leitung der Geschicke des Vaterlandes nehmen werden. Wir erkennen die Schwierigkeit der Fragen, die dabei zur Erwägung kommen. Die Verständigung mit andern deutschen Regierungen, der Inhalt mehrerer in die Reichsverfassung aufgenommenen Bestimmungen, die Anforderungen und Opfer, welche für Preußen aus dieser neuen Stellung erwachsen können, wiegen in der Wagschale der Entscheidung, deren das deutsche Volk sehnsüchtig harrt. Wir vertrauen jedoch, daß es der Weisheit Eurer Majestät und Ihrer Hingebung an die Sache der deutschen Einheit gelingen werde, diese Schwierigkeiten zu überwinden, und in Uebereinstimmung mit der deutschen Nationalversammlung und mit den deutschen Regierungen eine Centralmacht zu begründen, die stark genug sei, eben so sehr nach Außen hin Deutschlands Recht und Würde zu wahren, als im Innern die Gerechtigkeit, Ordnung und gesetzliche Freiheit zu schirmen und zu befestigen.

„Königliche Majestät! Es treffen Bewegungen und Ereignisse in außerordentlicher Weise zusammen, womit sich der Beginn neuer großen Epochen kundgibt. Die Fügung, wodurch Eure Majestät zur Eröffnung einer solchen der Beruf wird, bringt vorzüglich eine schwere Bürde und Verantwortlichkeit mit sich. Das Gefühl derselben erhöht den Ernst der Stunde der Entscheidung. Um so mehr ist es an uns, hier die Zuversicht auszusprechen, daß unser Volk seinem Könige mit voller Kraft und Begeisterung in Allem zur Seite stehen werde, was derselbe zur Ausführung der zu übernehmenden großen Pflichten zum Heile Deutschlands für nothwendig erkennen wird.

„Berlin, 2 April 1849."

Ueber den Krieg mit Dänemark.

Die Siege der österreichischen Waffen in Italien werden nicht ohne Rückwirkung auf Deutschland bleiben. Eines Theils dürfte die österreichische Regierung weniger geneigt sein, ihren althergebrachten politischen Einfluß auf Deutschland aufzugeben, andern Theils werden aber auch die deutschen Regierungen dadurch mehr in den Stand gesetzt, billigen Anforderungen zu entsprechen. In der Niederlage der revolutionären und propagandistischen Regierung Sardiniens liegt für die Regierungen aller übrigen Länder Europas die Warnung, mit den erstarkten Elementen der Ordnung nicht neuerdings in Kampf zu treten. Wir sind überzeugt, daß wenn es der republikanischen Partei gelänge, die Regierung eines deutschen Landes an sich zu reißen, ihrer eine gleich schmähliche Niederlage wartete. Durch die Lorbeeren, welche die österreichische Armee auf den Schlachtfeldern von Mortara und Novara gepflückt, ist ein Wetteifer unter alle deutsche Armeen gekommen, deren keine hinter der erstern wird zurückbleiben wollen. Hierin liegt sogar eine Gefahr, daß der sonst beklagenswerthe Krieg mit Dänemark am Ende doch wieder ausbrechen könnte. Auch die preußische Armee bedarf der Lorbeeren, und wir fürchten, daß die dänische Armee dies zu empfinden haben würde. Uebrigens bietet das Verfahren der dänischen Regierung mit der Sardiniens die Aehnlichkeit, daß erstere den Waffenstillstand nicht ernstlich benutzte, um den Frieder mit Deutschland abzuschließen, ihn vielmehr unter nicht hinreichenden Gründen kündigte. Es ist für minder mächtige Staaten immer gewagt, mächtigern zu provociren und dabei auf die Unterstützung und den Schutz dritter Mächte zu zählen. Eben haben wir gesehen, daß Frankreich, weit entfernt, den König von Sardinien in einem ungerechten Kriege zu unterstützen, ihn seinem Schicksale überlassen hat. Das Gleiche könnte dem König von Dänemark widerfahren, besonders da die Mächte, auf welche derselbe baut, am Ende auch mit sich zu Rathe gehen und fragen werden, ob es zu verantworten wäre, wegen des tractatenmäßig stipulirten Nexus socialis zwischen Holstein und Schleswig vielleicht ganz Europa in Krieg und Anarchie zu stürzen. In der Politik pflegt man Vortheil und Nachtheil genau abzuwägen und die untergeordneten Interessen den höheren zu opfern. Sobald der König von Preußen die Leitung der deutschen Angelegenheiten übernommen haben wird, ist die Allianz mit Deutschland sicher von einem ganz andern Werthe, als die mit Dänemark, das auf dem besten Wege ist, sich durch seine Danomanie völlig zu Grunde zu richten. Das Beispiel des Königs der Niederlande, der durch ein ähnliches Verfahren Belgien verlor, sollte zur Warnung dienen. Das magna verba locit ist nicht überall so gut angebracht, als bei dem liber baro, dem die Finanzen Europas in den Leib gefahren. Wir möchten daher rathen, die magna verba bei Seite zu lassen, und endlich die Angelegenheit Schleswigs zum Schlusse zu bringen. — So viel ist klar, daß man in Berlin nicht länger wird sagen können, daß der Abschluß des Friedens mit Dänemark von der Centralgewalt abhänge. Nachdem die Nationalversammlung das Verfassungswerk vollendet und Preußen an die Spitze Deutschlands gestellt hat, ist es an dieser Macht, das entscheidende Wort zu sprechen, nicht aber an der Centralgewalt, die virtuell bereits abgedankt hat und zu solchen Beschlüssen nicht mehr qualificirt ist. Gerade dieser Umstand sollte aber die dänische Regierung doppelt vorsichtig machen. Uebrigens überlassen wir uns der Hoffnung, daß auch dieser Sturm an uns vorübergehen und die Herstellung eines geordneten Zustandes in Deutschland nicht aufhalten werde.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

† **Hamburg**, 30. März. Gestern im Verlaufe des Tages kam der königlich dänische außerordentliche Gesandte am englischen Hofe, General Oxholm, von London hier an und Abends der Reichscommissär Stedmann von Schleswig. Beide sollen eine gemeinschaftliche Conferenz mit dem englischen Geschäftsträger, Oberst Hodges, abgehalten haben, und man glaubt, daß der Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Dänemark auch für den 3. April noch keineswegs gewiß ist. General Oxholm reiste heute Morgen nach Kopenhagen ab.

† **Kopenhagen**, 28. März. Der König war am 24. auf Alsen und begab sich selbigen Tages über Faaborg nach Fridericia. Den Offizieren äußerte er, daß, wenn am 3. April keine befriedigende Antwort von London gekommen, keine Stunde mit dem Einrücken in Schleswig gesäumt werden solle. — Der Kriegsminister geht diesen Abend von hier nach Alsen ab. Das Dampfboot „Schleswig" ging gestern Abend mit Armaturstücken nach Fridericia ab. Die als Kriegsschiff ausgerüstete Bark „Saga" von 12 Kanonen, ist am 26. von der Rhede gesegelt. Der Kriegsminister hat nachstehende Proclamation erlassen:

„Schleswigsche Krieger! In dem Augenblick, da das Schwert gezogen wird zur Entscheidung, ob es einer aufrührerischen Partei mit Hülfe fremder Unterstützung gelingen soll, Recht und Pflicht zu vergessen, und das uralte Band, welches Schleswig an Dänemark knüpft, zu zerreißen, wendet Euer König sich nochmals an Euch. Ueberzeugt, daß Ihr nur durch solche Verhältnisse und durch verführende Versprechungen verleitet worden, für einige Zeit dem Vaterlande zu verlassen, den Ihr Eurem angestammten, Euch wohlgesinnten Könige schuldig seid, bietet er Euch nochmals Gelegenheit, von einem Kampfe abzustehen, der in seinem Falle Verderben über Euch und Euer Land bringen muß. In seiner Nachricht und Milde verspricht der König jedem Soldaten, der eingedenk seiner Pflicht, die Reihen der Aufrührer verläßt, unter seinen rechtmäßigen Fahnen zum Gehorsam zurückkehrt, völlige Amnestie; er soll, insofern es irgend möglich, sogleich in seine Heimat entlassen und nicht wieder zum Kriegsdienste aufgerufen werden. Eben so soll jeder Unteroffizier, der bereits vor dem Ausbruche des Aufruhrs in königlichen Diensten gestanden, auf Verlangen den Abschied erhalten, und zwar mit der Pension, auf welche er zur Zeit dieses Ausbruches, mit Rücksicht auf Grad und Dienstalter, Anspruch hatte. Unteroffizieren, welche später in das Heer der Aufrührer eingetreten, wird völlige Amnestie und Beförderung vom nächsten Kriegsschritte zugesichert. Soldaten! Legt die Waffen nieder! Laßt ab von dem verbrecherischen Kampfe gegen Ehre und Recht, und zuletzt wißt, zum Gegentheil, daß Ihr pflicht zuwiderhandelnden Euer König gabt! Euch hier einen ihrerseits Beweis, wie sehr das Glück aller Seiner Unterthanen ihm am Herzen liegt! Kopenhagen im Kriegsministerium, den 27. März 1849. C. A. Hansen, Generalmajor und Kriegsminister."

NC **Kopenhagen**, 29. März. Nachdem gestern Vormittag die Nachricht eingelaufen, daß die Deutschen auf dem Dappelberge ständen, wurde ein Staatsrath gehalten, in welchem beschlossen wurde, daß der Kriegsminister sich schleunigst zur Armee auf Alsen zu begeben habe, um die Kriegsoperationen zu leiten, zu deren unverzüglichem Beginn man jetzt nicht mehr zweifelt. Der General Hansen reist darauf in Begleitung des vielfach von der Volkspresse wegen der Hopitruper Affaire angefeindeten Generals v. d. Tenburg, den er sich zum ersteren Kriegsrathe erkoren, mit einem Extra-Eisenbahnzuge über Land nach Sonderburg ab. — Die wenigen Getreuen, welche die Herzogthümer noch in dänischen Diensten zählen mögen, werden nach dem ausdrücklichen Willen des Königs nicht entlassen werden. — Man erwartet heute die Bekanntmachung wegen der Blokade der deutschen Häfen oder besser der Elbe-, Weser- und Odermündungen, denn weiter wird sie sich, der maritimen Kräfte halber, nicht füglich erstrecken können.

Deutschland.

[·] **Wien**, 27. März. Die glänzenden Nachrichten aus Italien haben zwar in den hiesigen höhern Kreisen die freudigste Sensation erregt, in der tiefgedrückten Handelswelt jedoch keineswegs das erloschene Vertrauen auf eine bessere Gestaltung der Zukunft erweckt. Zum Beweise dient der unerhörte Cours des Silbergeldes pro 15 pCt., welcher um so auffallender ist, als man weiß, daß die Forderungen des Marschalls sich lediglich auf den Ersatz der Kriegskosten in Baiern beschränken, von diesem Punkte jedoch beim Monitgreiche Sardinien nicht das Geringste mehr nachgesehen werden. Das fernere Motiv jener Quasiflaue mag in den widersprechenden Nachrichten aus Ungarn liegen, indem Hermannstadt von Bem geplündert, dann von den Russen wieder erobert worden sein, der übrige Theil des Landes dagegen fast durchgängig in den Händen der Insurgenten sich befinden soll, worüber indeß alle officiellen Nachrichten noch fehlen. Fürst Windischgrätz scheint die persönliche Leitung der Belagerung von Komorn übernehmen zu wollen; man vermuthet, er werde sodann seiner leidenden Gesundheit wegen in den Ruhestand treten, aber die Würde eines ersten Oberbefehlshabers Sr. Majestät annehmen. Feldzeugmeister Welden wird allgemein als derjenige bezeichnet, welcher berufen werden würde, die Insurrection in Ungarn zu beendigen; jedenfalls werden bis zum Eintritte der besseren Jahreszeit starke Truppensendungen nach Ungarn geschehen, und im Falle Komorn sich bis dahin ergeben hat, fernere 10,000 Mann zu der Hauptarmee bei Szolnok stoßen. — Im Uebrigen vermuthet man in gut unterrichteten Kreisen, es sei der Einmarsch einer geregelten Anzahl russischer Truppen höchst wahrscheinlich, ja, zur Unterdrückung der Kossuth'schen Insurrection beinahe nothwendig, indem die Sümpfe an der Theiß die Operationen sehr hemmen, und Dämmerstein zu wenig Macht besitzt, um, von Norden aus, mit Erfolg operiren zu können.

[·] **Wien**, 28. März. Nachrichten aus Bukarest vom 14. melden, daß Bem die Russen bei Hermannstadt geschlagen, diese Stadt in Flammen gesetzt und die Bevölkerung niedergemacht habe. — Die Details jener Nachrichten sind zu empörend, um sie zu wiederholen, das Resultat ist jedoch, daß die russische Hilfe eine höchst ungenügende gewesen zu sein scheint!

† **Wien**, 28. März. Ein Bulletin vom ungarischen Kriegsschauplatze wird noch heute erwartet. General Bem soll vom General der Cavallerie, Puchner, einerseits und von den Russen anderseits geschlagen worden sein, ohne daß es zu einer Vereinigung der abgesondert operirenden Corps gekommen wäre. Briefe aus Siebenbürgen melden, daß man daselbst dem Einmarsch von 60,000 Russen entgegensehe. Man wollte wissen, daß Kaiser Nikolaus in einem besondern Manifeste die Nothwendigkeit dargethan habe, zur Sicherung seiner eigenen Länder sich der polnischen Propaganda entgegenzustellen, welche zugleich die Bezwingung der ungarischen Insurgenten seinem Bundesgenossen, dem Kaiser von Oesterreich, erschwere. Ein Theil der neuen russischen Truppen soll bereits die Grenze überschritten haben. Mit dem für gestern Briefe, den der „Lloyd" aus Hermannstadt mittheilte, würde diese Angabe übrigens vollkommen übereinstimmen. Endlich sprach man an der Börse stark davon, daß binnen ganz Kurzem eine allgemeine Amnestie erfolgen und die

Digitized by Google

politischen Angeklagten dem Forum der Criminalgerichte entzogen werden sollen. — Das Programm der neuen unter den Auspicien des Handelsministeriums erscheinenden Zeitschrift „Austria“ kann gewissermaßen als dessen eigenes betrachtet werden. Es geht daraus hervor, daß es im ernstlichen Streben liegt, nicht nur den eigenen innern Markt zu Gunsten der inländischen Industrie möglichst zu kräftigen, sondern auch den Verkehr auf der Donau von Ulm bis zur Sulina-Mündung neu zu bilden. (Wir erlauben uns hier an das jusqu' à la mer und jusque dous la mer zu erinnern und hoffen, daß hier das „dans“ gemeint ist.) Ferner soll der österreichische Seehandel mit besonderer Rücksicht auf Triest geweckt werden, und in Beziehung auf Deutschland eine baldige Annäherung rücksichtlich der Zoll- und Münzfrage erfolgen. Ein kräftiges Schutzzollsystem ist bestimmt, an die Stelle des verwitterten Prohibitivsystems zu treten.

† **Wien**, 29. März. Die gestern in der ganzen Stadt sehr lebhaft besprochene Ertheilung einer allgemeinen Amnestie hat sich wenigstens für jetzt noch nicht bestätigt. Indeß verlautet, der Kaiser werde um Mitte April hier eintreffen und dann diesen so sehr ersehnten Gnadenact üben. — Die italienischen Zeitungen fehlen, da die Mailänder Malleposten von Räubern bei Brescia überfallen und ihrer Packete und Briefschaften beraubt worden ist. — Der „Soldatenfreund“ gibt nach zuverlässigen Erhebungen die Namen der gegenwärtigen Insurgentenanführer in Ungarn. Sie heißen: Bem, Bozinzki, Bednitzki, Czartoryszki, Duchatei, Don Prado, Dembinski (Obercommandant), Guyon, Görgey, Fürst Mikoveli, Józseli (ein Engländer), Ernest Kiß, Klapka, Nack, Meßaros, Perczel, Repassi, Riske, Romarino, Graf Szalonoveli, Damjanich, Strzinerzki, Uminski, Bologevski, Vetter, Graf Otto Zichy, Cuminski, Meßlenyi, Bulgenßy, Tarovlaski, Kamienski, Seult, Lengyel und Vecsey. — Zur Errichtung eines freiwilligen Scharfschützencorps ist vorzüglich von Seite der großen Banquiers eine bedeutende Summe aufgebracht worden. Zur Anmeldung ergeht von Seite des hiesigen Gouverneurs eine Aufforderung, worin den geeigneten Individuen nebst einem Handgeld von 10 fl. eine tägliche Löhnung von 12 kr. C.-M. und von 18 und 24 kr. für die unteren Chargen nebst Brodportion und Equipirung zugesagt wird. — Der Exminister Schwarzer, Redacteur der verbotenen „Allg. österr. Ztg.“, ist wegen eines Zeitungsartikels, überschrieben: „Der Freiheit eine Gasse!“ zu einem 48stündigen Stockhausarrest verurtheilt worden. — Das heutige „Amtsblatt“ der „Wiener Ztg.“ bringt eine Kundmachung der Staatsanwaltschaft in Preßsachen. Hiernach wird Leopold Hasner wegen eines in der Constitution vom 29. Sept. 1848 enthaltenen Artikels „Zwei Aristokraten“ auf Grund der provisorischen Preßordnung vom 18. Mai 1848 als Mitschuldiger in Anklagestand versetzt und dessen Verhaftung angeordnet. — Bei dem gestrigen Trauergottesdienste zum Andenken Latours hielt der bekannte Domprediger Beith die Predigt, welche sich jedoch fast durchgehends auf politischem Boden hielt. Des Reichstags ward hierbei als der Fleckausbringungsanstalt zu Kremsier gedacht, welcher es jedoch trotz aller Arcana nicht gelang, den Fleck des 6. Oct. auszubringen. — An der Börse ist gestern der Verkehr in Silberscheidemünze, heute jener in Livorneser Eisenbahnactien untersagt worden.

Nach Mittheilungen von Reisenden, die diesen Morgen aus Ungarn kommen, bestätigt es sich, daß die Dinge vorerst noch nicht zum Besten dort stehen. Man war selbst nicht ohne Besorgniß für die Behauptung der Schwesterstädte. In den südlichen Gegenden hat Feldmarschallieutenant Rukawina den separatistischen Gelüsten der Serben gegenüber einen harten Stand und die Widersetzlichkeit der letzteren soll beinahe bis zu einer offenen ausgeartet sein. Die Gastwirthe in Temesvar, welche eine Anzeige über aufreizende Reden unterlassen, werden mit Arrest und Geldbußen von 100 fl. bestraft, was bei Wiederholungen verschärft wird.

Wien, 29. März. Was man befürchtet hatte, traf ein. Unmittelbar, nachdem die italienische Armee nach Sardinien abmarschirt war, wurden Versuche gemacht, das Land hinter ihrem Rücken zu insurgiren. Bereits bildeten sich kleine Insurgentenschaaren, durch deren eine die Mallepost von Mailand, die gestern hier eintraf, bei Brescia angehalten und aller Briefschaften und Packete beraubt wurde. In Como wurde die dreifarbige Fahne ausgesteckt und eine provisorische Regierung eingesetzt. Zum Glücke erfolgte der glänzende Sieg der kaiserlichen Truppen in so unerwarteter Schnelle, daß wohl die Insurrectionsversuche im Keime erstorben werden.

In der Umgegend Pests (in einer Entfernung von 6 bis 10 Meilen von dieser Stadt) haben dieser Tage mehrere blutige Gefechte mit den Insurgentenschaaren stattgefunden, welche nach einigen Nachrichten von Görgey, nach anderen von Vetter commandirt werden. Die Insurgenten scheinen es weniger auf Pest abgesehen, sondern vielmehr die Absicht zu haben, eine Diversion zu Gunsten des hartbedrängten Komorn zu machen. — Vor Komorn steht eine Belagerungsarmee von 21,000 Mann, und diese hat ungeachtet des bereits am 17. d. M. begonnenen Bombardements bis zum Augenblick noch keinen Vortheil erzielt, wohl aber Ende voriger Woche einen solchen Unfall erlitten, daß das Ziel dieser Operation wieder weit hinausgerückt scheint. Der Commandant der Festung war in der That, wie versichert wird, gesonnen, die Festung bei geeigneter Gelegenheit den kaiserlichen Truppen zu öffnen und hatte sich dieserhalb durch einen geheimen Boten mit dem Befehlshaber des Belagerungsheeres ins Einvernehmen gesetzt und denselben zu einem entscheidenden Sturmangriff aufgefordert. Da die Festung auf einer Insel liegt an dem Punkte, wo sich die Waag in die Donau ergießt, so müßten, um den Sturm seitens der kaiserlichen Armee auf die Festung zu ermöglichen, Pontons über die Arme der Donau und Waag geschlagen werden zur Hinüberschaffung der Sturmcolonnen und Geschütze. Die Belagerten ließen dies auch ruhig geschehen, und wenn gleich bei dem Uebergange auf die kaiserlichen Truppen aus der Festung heraus gefeuert wurde, so war dieses Feuer doch nur blind, wodurch die kaiserlichen Truppen nur noch mehr ermuthigt wurden. Bei dem wirklichen Sturme wurden aber die Colonnen mit einem so furchtbaren Kanonenfeuer aus der Festung empfangen, daß an ein weiteres Vordringen nicht mehr zu denken war, vielmehr mußten sich die Truppen über die Pontons schleunigst wieder zurückziehen. Der Verlust an Mannschaft soll dabei für die Oesterreicher sehr bedeutend gewesen sein. Man sagt, daß ein Theil der Besatzung mit dem Commandanten wegen Uebergabe der Festung einverstanden gewesen sei, daß aber im entscheidenden Momente der übrige Theil derselben die Vertheidigung erzwungen habe. Der Commandant wurde, wie erzählt wird, sofort gehängt.

In **Preßburg** wurde ein Ingenieur, Namens Baltini, der im vorigen Jahre mehrere Soldaten des Infanterieregiments Cecopieri für die Magyaren angeworben hatte, kriegsrechtlich erschossen. Er denunzirte vor seiner Hinrichtung mehrere angesehene und wohlhabende Bürger, die ihn in der Werbung eines magyarischen Freicorps unterstützt hatten, und so wurden auch diese in einen Capitalproceß verwickelt.

Prag, 29. März. Schon früher hatte die „Slovanska lipa“ beschlossen, eine Petition an den Kaiser auszuarbeiten, es möge Se. Majestät die Charte, wie sie vom Reichstag zu Kremsier ausgearbeitet wurde, für die Völker Oesterreichs octroyiren, und die Charte vom 4. März zurücknehmen. Herr Fr. Hawlicek war mit der Ausarbeitung dieser Petition beauftragt, und er bearbeitete sie in dem Sinne, daß daraus drei Petitionspunkte wurden, nämlich: a) es möge Se. Maj. der Kaiser geruhen, das Ministerium Schwarzenberg-Stadion zu entlassen, b) alle von ihnen erlassenen Gesetze annulliren, c) die vom Reichstag ausgearbeitete Charte octroyiren, und jene vom 4. März zurücknehmen. Alle diese Petitionspunkte wurden angenommen. Das „Const. Bl. a. Böhmen“ hat wohl nicht Unrecht, wenn es meint, durch diesen Beschluß habe die „Slovanska lipa“ einen Schritt gethan, der über ihr Sein oder Nichtsein entscheiden werde.

*** **Halle**, 30. März. Als die Nachricht von Welcker's Antrag bei uns ankam, beschloß der Wahlverein, sofort eine Extraversammlung zu halten, um den König durch eine besondere Deputation wegen der Kaiserkrone zu beglückwünschen und um deren Annahme zu bitten. Leider fand Welcker's Antrag in Frankfurt nicht die Majorität. Auf die gestrige Nachricht von der Kaiserwahl trat indeß der Vorstand des Wahlvereins sofort zusammen, entwarf die Adresse, in welcher besonders auf die Aussprüche des Königs über die deutsche Einheit und Freiheit verwiesen wird, berief den Wahlverein, welcher die Kaiserwahl mit unendlichem Jubel begrüßte, und beauftragte etliche seiner Mitglieder, die Adresse dem König persönlich zu überbringen. Der Wahlverein erkennt in der Kaiserwahl die Erfüllung der deutschen Revolution und die Rettung Preußens wie Deutschlands. — Der Preßverein hat dem hiesigen Magistrat eine mit vielen Namen bedeckte Petition um Abschaffung der Bürgerwehr zugesandt! — Zur Wahl der Gewerberäthe ist man bei uns geschritten.

Elberfeld, 30. März. Der Gemeinderath von Elberfeld hat eine Adresse an den König beschlossen, und den gerade in Berlin anwesenden Oberbürgermeister von Carnap ersucht, sie ihm persönlich zu überreichen. Dieselbe spricht den Wunsch aus, daß der König die deutsche Kaiserwürde annehmen möge.

*** **Leipzig**, 31. März. Der Eindruck, welchen die deutsche Kaiserwahl bei uns hervorgerufen hat, ist als ein überaus günstiger zu bezeichnen. Nirgends eine Spur von jenem „entschiedenen Widerwillen des sächsischen Volkes“ gegen ein preußisches Erbkaiserthum, von welchem doch unsere Kammerbeiden noch vor wenigen Wochen so viel zu erzählen wußten. Vielmehr scheint diesmal sogar in der extrem radicalen Partei der Geist, der stets verneint, verstummt zu sein, während anderseits die Anhänger der gemäßigten Linken in der Kaiserwahl einen Act politischer Nothwendigkeit offen anerkennen. Mit lauter und aufrichtiger Freude wird dagegen das große Ereigniß in jenen zahlreichen Kreisen begrüßt, welche schon seit langer Zeit in der nun wirklich erfolgten Lösung der Oberhauptsfrage den einzig möglichen Weg zu Deutschlands Einheit und Größe erblickten. Zu dieser Partei gehört der deutsche Verein, in dessen gestrigen Sitzung der Vorsitzende Dr. Göschen zunächst der allgemeinen Freude über das glücklich vollendete Verfassungswerk Worte lieh und zugleich im Namen des Vereins die zuversichtliche Hoffnung aussprach, daß Deutschlands Fürsten ihrerseits die Beschlüsse der Nationalversammlung mit aller Kraft fördern und verwirklichen werden. Die Versammlung gewährte das Bild glücklicher zufriedengestellter Ruhe, sicher aber würde die stillere Freude einem stürmischen Jubel gewichen sein, wenn die Reichsversammlung nicht durch Verwerfung des Welcker'schen Antrags dem ersten Eindruck schon die Spitze abgebrochen hätte. — Prof. Haupt geißelte in derselben Sitzung mit wohlverdienter Satire die unvergleichlichen Verhandlungen unserer zweiten Kammer über das dem Ministerium zu gebende Mißtrauensvotum, wobei zum ersten Male die Kluft zwischen der Linken und der äußersten Linken oder „den entschieden Freisinnigen und den äußerst Entschiedenen“ in aller Schroffheit zu Tage kam. Der Redner bemerkte mit Recht, daß solche Verhandlungen, in welchen u. A. der Abg. Meier das große Wort sprach: „die Weisheit hat das Volk zu Grunde gerichtet; das Volk will keine Weisheit“, das Volk wohl am sichersten von der Krankheit des Radicalismus heilen würden, und wünschte daher den Kammern noch ein recht langes Beisammensein.

Hannover, 29. März. Die „Hannov. Ztg.“ weist mit höchster Entrüstung die von der „Parl. Corresp.“ veröffentlichte Mittheilung über den von der hannoverschen Regierung bei den Kriegsrüstungen gegen Dänemark bewiesenen Particularismus als eine „Verleumdung“ zurück. Sie verweist zunächst auf die Thatsache, daß eine hannoversche Brigade schon über die Elbe gerückt und längst in Rendsburg angekommen sei, als der Artikel von Frankfurt aus in die Welt geschickt sei. Dann fährt die Hannov. Z. fort: „Diese Thatsache allein genügt, um jene Unverschämtheit an den Pranger zu stellen. Eine umständliche Berichtigung würde den Raum dieser Blätter zu sehr in Anspruch nehmen. Bemerkt mag daher nur noch werden, daß die hannoversche Brigade den Marsch nach den Herzogthümern angetreten hat, sobald man in Hannover die Gewißheit erlangt, daß sie durch eine genügende Verstärkung mit anderen Reichstruppen vor feindlicher Uebermacht gesichert sei. Nicht am Platze ist, so viel man weiß, bis jetzt auch das preußische Contingent, das im ersten Anlauf bei mit 10,000 bis 12,000 Mann die erste Stelle einnimmt. — Preußen, von der Lage der Waffenstillstandsverlängerungs- und Friedensunterhandlungen genau unterrichtet, wird gewußt haben, daß das prompte Eintreffen seiner Sache sei. Warum verkriecht sich nun die Verläumdung vor Preußen und greift gegen Hannover? Man schämt sich dessen! Was die „Bezahlung der durch das Contingent und die Zusammenziehung erwachsenden Kosten“ betrifft, so hat Hannover, wie uns aus guter Quelle versichert wird, bis jetzt nicht nur für keinerlei vorig- und dies jährige eigene Leistungen zu Reichs- oder Bundeszwecken das Geringste vergütet erhalten, sondern sogar die Erstattung der vorschußweise bestrittenen Kosten zur Verpflegung anderer Bundestruppen im eigenen Lande noch immer zu erwarten. Und gleiche Vorschußzumuthungen sollen für die noch andauernden Durchmärsche abermals ergangen sein. Für den Anmarsch der übrigen Reichstruppen hat zur Verspätung aus dem Verhalten der hannoverschen Brigade um so weniger folgen können, da von der Centralgewalt von Anfang an mit Macht darauf gezählt werden ist, daß für die Beförderung und Bequartierung der Ersteren auf hannoverschen Eisenbahnen und im hannoverschen Gebiet mit bewährter Pünktlichkeit werde gesorgt werden. Eine Verspätung von 10 Tagen ist eine wahrhaft lächerliche Behauptung. Ueberhaupt irrt sich die Frankfurter Erbkaiserei, wenn sie glaubt, durch Verdrehen und Entstellen von Thatsachen und Haschen nach Verläumdungsmaterial sich ihre Partei zu machen u. s. w.“

†† **Hannover**, 1. April. Als sich am gestrigen Mittag die Nachricht verbreitete, daß die Frankfurter Deputation auf ihrer Reise nach Berlin am Abende gegen 8 Uhr bei uns eintreffen werde, gerieth Alles in eine freudige, eifrige Bewegung. Es war am letzten März und Jedermann gedachte mit begeistertem Herzen der ersten Märztage des Jahres 1848, der Tage, aus welcher die Nationalversammlung zu Frankfurt hervorging. Man beschloß aller Orten, die Deputation, so viel das die Kürze der Zeit nur gestattete, auf das Festlichste, auf das Herrlichste, mit glühender Begeisterung zu empfangen. Officiell geschah natürlich nichts, aber das Volk hat wiederum seinen echt deutschen Sinn auf das Herrlichste gezeigt und bewährt. Schon gegen 6 Uhr Abends wälzten sich die Volksmassen dem Eisenbahnhofe zu. Die große Halle war bald mit Reisenden angefüllt. Auf dem Bahnhofe selbst war die zahlreich erschienene Bürgerwehr unters Gewehr getreten und die schwarz-roth-goldenen Fahnen flatterten leise in den lauen Märzlüften. Als gegen 8 Uhr der sehnlich erwartete Zug ankam, erschallte ein brausendes Hurrah, ein Hoch und abermals Hoch, das nicht enden wollte. Die Deputation ward auf dem Bahnhofe durch eine Rede des Bürgergenerals Holscher empfangen, die von dem Reichstagsabgeordneten Bauer in herzlicher Weise erwidert wurde. Fortwährender Jubel der Volksmassen. Dann begab sich die Frankfurter Deputation zu ihrem Nachtquartier, dem britischen Hotel an der Calenberger Straße. Die Bürgerwehr und das jubelnde Volk folgten ihr. Es sind unsere Vertreter, es sind unsere Brüder und Freunde, riefen hundert und aber hundert Stimmen einander zu. Vor dem britischen Hotel umringte die immer größer werdende Schaar des Volkes und die Bürgerwehr die aus den Wägen steigenden deutschen Abgeordneten. Präsident Simson sprach herrliche, zündende Worte zu dem lautlos horchenden Volke vom einigen freien deutschen Vaterlande, von der großen Mission, welche der Deputation zu Theil geworden. Als er geendet, stieg ein unendlicher Jubel zum Himmel empor. Nun begab sich die Deputation in den festlich geschmückten Saal. Als darauf eben der alte würdige Lang I. aus Verden, welcher in unserer Mitte erschienen war, an der Tafel der Deputation ein herzliches Willkommen brachte, ihre weltgeschichtliche Mission erwähnte, von der Nationalversammlung redete, deren erster Präsident er gewesen, erschien unter den Fenstern des Hotels ein glänzender Fackelzug, und mit ihm noch Tausende von neuen Ankömmlingen. Die sämmtlichen Vereine unserer Stadt: der Volksverein, der neue vaterländische, der alte vaterländische Verein, der Arbeiterverein, der städtische Verein, die Excesorff'schen Arbeiter waren in einem großartigen Zuge erschienen, um der Frankfurter Deputation ihre Huldigung darzubringen. Nun trat zuerst Riesser zum versammelten Volke. Das große, freie und jetzt hoffentlich bald einige Deutschland war der Gegenstand seiner sehr gelungenen Anrede. Er dankte zugleich für den begeisterten Empfang in Hannover und brachte schließlich Deutschland ein Hoch. Rauschender jubelnder Beifall. Nun spielte die Musik Arndt's: „Wo ist des Deutschen Vaterland“ und Tausende von glühenden hochschlagenden Herzen sangen dies ewig schöne Lied. Wie soll ich aber nun den Jubel schildern, der ausbrach, als der greise Sänger dieses Liedes vor das Fenster trat und zu den Versammelten redete? Es ist mir nicht möglich. Er hatte kaum gesagt: Als ich das eben gesungene Lied dichtete — — da konnte er in dem Jubelrufe des Volkes nicht weiter reden. Endlich konnte er noch Worte sagen von dem edelsten Volke der Erde, von dem deutschen Volk und von den tapferen Cheruskern, deren Nachkommen die braven Hannoveraner. — Schließlich redete dann noch einer der Lieblinge des hannoverschen Volkes, Freudentheil von Stade. Er schloß mit den Worten: Deutschland über Alles. Das Volk spendete seinem Lieblinge den herzlichsten Beifall. Dann spielte die Musik: „Schleswig Holstein meerumschlungen,“ und das Volk brachte Lebehoch den „Grundrechten,“ „dem Präsidenten Simson,“ „der D

deputation," „dem Abgeordneten Freudentheil." Im Saale war inzwischen eine Deputation der eben erwähnten Vereine erschienen, welche den einen Abgesandten unserer Residenz, Herrn Gödeke, zum Sprecher ernannt hatte: Er begrüßte in wenigen Worten die Deputation, worauf Beseler erwiederte, der schließlich dem Reich und dem Kaiser ein Hoch brachte. An der Tafel darauf noch viele Toaste. Wachsmuth von Hannover: Heinrich Gagern! Biedermann von Leipzig: den deutschen Volksvertretungen, namentlich der zweiten hannover'schen Kammer, die in der deutschen Frage so muthig und kräftig gehandelt. Lang L. Freudentheil x. Grafen Dorfen von Lüneburg: dem Präsidenten Simson! Hölscher von Hannover: Arndt! Arndt: dem deutschen Genie! Gödeke: Dahlmann! Dahlmann: dem Gelingen der Mission! Sonne: der Bruderliebe aller deutschen Volksstämme! Cohen von Hannover: der Reichsversammlung und dem Wahlgesetze x. — Es waren herrliche schöne Augenblicke, die wir verlebten! — Von Braunschweig war eine Deputation erschienen, um die Frankfurter Deputation schon hier zu begrüßen. Heute 9 Uhr sind die Frankfurter weiter gereist und werden sie in Magdeburg übernachten.

Eßlingen, 31. März. Hier besteht einer der thätigsten und einflußreichen unserer sämmtlichen politischen Vereine, von den Reichstagsabgeordneten Wurm Erfaßmann, Fabrikant Mayer, geleitet. Gleich am Abend des 29. März, der uns die Frankfurter Kunde gebracht, fand eine von Einwohnern aller Ansichten besuchte Versammlung statt, und diese beschloß eine Erklärung, welche namentlich sagt: „Obgleich wir in unsern politischen Ansichten unter uns sehr verschieden sind und obgleich Manchen unter uns die heutige Nachricht nicht als ein freudiges Ereigniß erscheint, so waren wir doch seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung stets darin einig, daß dieselbe mit der Souveränetät des deutschen Volkes bekleidet sei, und daß es ihr einzig und allein zustehe, die Verfassung für Deutschland zu geben, ohne sich mit den Regierungen der einzelnen Staaten vereinbaren zu müssen. Getreu diesem von uns jederzeit ausgesprochenen Grundsatze anerkennen wir auch die letzten Beschlüsse der Nationalversammlung als für uns verbindliche, und unterwerfen uns allen ihren gesetzlichen Folgen." Das Gleiche mag im hiesigen Volksverein der leitende Gedanke gewesen sein. Der Redacteur des „Beobachters" wollte dort eine Demonstration, indem die „Nationalversammlung durch die Kaiserwahl ihre Befugniß überschritten habe". Allein sein Antrag blieb in glänzender Minorität. Freilich die äußerste Linke sperrt sich: schon behandelt die „Ulmer Schnellpost" den Abg. Schoder als Ueberläufer, als „einen Gegner des demokratischen Princips mehr". Bedeutlicher noch ist ein anderer Gegner: die Ultramontanen mit ihrem Hauptquartier in Oberschwaben. So meint bereits das Organ dieser Seite, das ultramontane deutsche Volksblatt, es könne noch auf dem gesetzlichen Wege gewirkt werden und fordert zu einem Petitionssturm an die Regierung auf: der Abg. Gfrörer wird wohl nicht ermangeln, seine Thätigkeit hierzu aufzubieten. Aber es spricht das Blatt auch von seiner „Entrüstung", von der Annahme des Königs von Preußen als einem „offenen Aufruf zum Bürgerkrieg"! Hier zu beruhigen sind die maßlosen Aufrufe des hiesigen vaterländischen Vereins, welche unsere Katheliken beharrlich vor den Kopf stoßen, am allerwenigsten geeignet.

Viel Aufsehen und Bekümmerniß unter den Gewerbtreibenden unserer Grenzstädte macht eine Verfügung des großen Raths in St. Gallen, welche ausländischen Handwerkern das Feilbieten und Verkaufen verarbeiteter Handwerksartikel niederlegt. Die Regierung ist bereits bedacht, Abhilfe dieses Mißstandes auf diplomatischem Wege zu erlangen. (D. J.)

Mannheim, 31. März. Man beabsichtigt hier, wenn der König von Preußen die Annahme der Wahl erklärt, eine Illumination zu veranstalten. Die Stimmung ist durch die Entscheidung in Frankfurt eine bessere geworden. Morgen werden Scharfschützen zu dem badischen Bataillone nach Schleswig-Holstein geschickt. Die Infanterietheilungen haben durch die Einführung der Scharfschützen an Kampflustigkeit sehr gewonnen.

Oldenburg, 30. März. In Folge eines Befehls der Reichsgewalt in Frankfurt ist auf der heutigen Parade die Ordre gegeben, unsere Truppen marschfertig zu halten. Das erste, dritte und vierte Bataillon — 2400 Mann — und 8 Geschütze, sollen mobil gehalten werden, um auf die erste Nachricht an die Eide marschiren zu können, um dort vorläufig ein Observationscorps zu bilden. Zur Einberufung der Mannschaft sind heute schon Dragoner nach allen Theilen des Landes abgegangen. — Das erste Bataillon wird hier bleiben.

Unser Staatsministerium fordert diejenigen seefahrenden jungen Leute des Großherzogthums, welche, wenn auch noch wehrpflichtig, doch den dienenden Truppencorps nicht bereits einverleibt, geneigt sind, auf der deutschen Kriegsmarine in Dienst zu treten, auf, sich dieserhalb bei dem Reichscommissarius, Fregattencapitän Brommy in Bremerhaven, zu melden.

Wiesbaden, 31. März. So eben verlassen wir die 94. Sitzung unserer Abgeordnetenkammer und können dem Lande und allen Freunden der Schwurgerichte die freudige Nachricht mittheilen, daß endlich nach langen und heftigen Debatten über den nach langen und schweren Geburtswehen zur Welt gekommenen ständischen Entwurf, der Regierungsentwurf, mit wenigen unerheblichen Abänderungen, durch unsere Kammer mit 28 Stimmen gegen 3 Stimmen (Siebert, Lang und Gedecke) angenommen worden ist. Wir sind mit den Ergebnissen im Ganzen zufrieden und wollen es der Praxis und der geläuterten öffentlichen Meinung überlassen, dasjenige, was fehlerhaft, überflüssig und mangelhaft ist, zu ermitteln, und der späteren legislativen Abhilfe durch Ausscheiden, Zusätze und Umänderungen zu bringen.

Bad-Ems, 29. März. Mit großem Jubel wurde hier die unerwartete Freudenbotschaft aus der Nachmittagssitzung unseres Parlamentes vom 28. d. Mts. empfangen. „Verloren ist die kaiserlose, die schreckliche Zeit, und ein Richter ist wieder auf Erden", das war der bewußte oder unbewußte Ausdruck der Empfindung der meisten unserer Mitbürger. In diesem Augenblicke weht wieder, wie weiland zur Feier der Eröffnung unseres Parlaments die schwarz-roth-goldene Fahne auf unsern Bergen, diese Schlössern, an ihrer Spitze der Gesangverein, ziehen aus, und Freudensalven, Lieder und Böllerschüsse verkünden weithin die kaiserliche deutsche Gesinnung unserer Bürgerschaft.

Meiningen, 30. März. Das war ein heller Jubel nach manchem trüben Tag, als wir gestern Abend wußten, daß unsre beiden Abgeordneten ihr Wort auch zu Kaiser und Reich gegeben haben. Da erklangen alle Glocken, die Freudenschüsse und die Musik, die die Straßen durchzog, wurden von dem unendlich wiederholten Jubelruf der nachströmenden Menge übertönt; theilweise war die Stadt erleuchtet, und bis tief in die Nacht saßen deutsche Männer voll inniger Herzensfreude laut jubelnd beisammen; in manches Auge traten heute Freudenthränen, dem gerade 8 Tage früher Thränen des Kummers nahe waren.

Als die Glocken unvermuthet erklangen und das Volk zusammenströmte, hörte ich Jemanden fragen: wer ist denn gestorben? Ein Nahestehender rief ihm zu: Die Republik!

Frankreich.

* **Paris**, 31. März. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung nahm zuerst in der Fortsetzung der Berathung über die italienischen Angelegenheiten General Cavaignac das Wort. Er ist gestern, begann der ehemalige Chef der Executivgewalt, der Politik derjenigen Regierung, welcher ich vorstand, Erwähnung gethan. Hr. Ledru-Rollin hat die Kluft hervorgehoben, welche die Politik der heutigen Regierung von der der provisorischen Regierung und der meinigen scheide. War die Politik der provisorischen Regierung wirklich so, wie sie Ledru-Rollin geschildert hat, so war der Unterschied zwischen ihr und der unsrigen in der That unbedeutend. Wenn Hr. Drouyn de Lhuys von einer Solidarität sprach, die zwischen seiner und unserer Politik herrsche, so sagte er ebenfalls nur die Wahrheit. Es herrschte allerdings ein gewisser Zusammenhang sowohl zwischen den politischen Systemen meiner Vorgänger, als meiner Nachfolger. Im Lamartine'schen Manifest lag nur der Keim zum Kriege. Die Nationalversammlung genehmigte dieses Manifest und überließ der vollziehenden Gewalt die Ergreifung der zu einem Bruderbund mit Deutschland und zu der Befreiung Italiens nöthigen Maßregeln. Es handelt sich also nicht darum, ob unsere Politik gut oder schlecht war, sondern ob wir in dem Sinne unseres Mandats handelten. Hierauf bestieg Herr Thiers die Rednerbühne. Die vorliegende Frage, sagte er, ist ernst, sie verdient die größte Berücksichtigung, und Jeder ist verpflichtet, zu ihrer Aufklärung beizutragen. Ich besteige also diese Bühne, nicht weil ich von Herrn Ledru-Rollin provocirt wurde, sondern weil auch ich mich verpflichtet fühle, den Tribut meiner Erfahrung beizubringen, nicht weil ich die Angriffe Ledru-Rollins verachte, sondern weil ich sehe, daß er ganz verschiedenartige Dinge durcheinander wirft. Wie? Weil die Coalition (Thiers und Guizot) die von Mole verfügte Räumung Ancona's bekämpfte, will man daraus folgern, daß wir heute die Politik Ledru-Rollins befolgen sollen? Das klänge gerade so, als wenn Sie behaupteten, ich müsse jetzt ein demokratischer Republikaner sein, weil ich unter dem vorigen Regierungssystem zur Opposition gehörte. Ihre heutige Politik ist Krieg! Italien ist untergegangen. (Widerspruch.) Ja es ist untergegangen, doch nicht für immer, bedenken Sie, aber für lange Zeit. Hören Sie die Thatsachen; man darf auf die Bühne nicht bloß schöne Phrasen bringen. Man muß wissen, was Sie wollen, und ich werde sprechen, als ob ich am grünen Tische inmitten von Ministern säße. Sie wollen den Beschluß vom 24. Mai 1848 festhalten, der einen Bruderbund mit Deutschland und Befreiung Italiens vorschreibt; nun, das ist der Krieg! Sie wollen die Lombardei und Venedig den Oesterreichern entreißen, und Sie glauben, daß dies keinen Krieg gebe? Enttäuschen Sie sich. Krieg mit Oesterreich ist eine ernste Sache, selbst wenn Oesterreich ganz allein stände. Aber steht Oesterreich so ganz allein? Sie, die überall Coalitionen sehen, wollen nicht zugeben, daß Rußland und Preußen hinter Oesterreich steht? Sie schmeicheln sich mit der Allianz der Völker: eine traurige Hilfe. Als Ungarn sich erhob, meinten Sie, die Ungarn, welche ein Fünftel zu dem österreichischen Heere stellten, würden sich nicht gegen Ungarn, ihre Brüder schlagen; nun, ich glaube, Sie sind jetzt vom Gegentheil überzeugt, die Ungarn waren die Tapfersten in Oberitalien. Einige Mißvergnügte, einige Ehrsüchtige haben Sie für sich, die Massen der Völker haben Sie gegen sich. Aus Rücksicht für Italien möchten Sie uns in einen allgemeinen Krieg verwickeln. Welches Interesse hat denn Frankreich eigentlich an Italien? Nur das des Einflusses (un interêt d'influence), und darum wollen Sie dem Bauer seine Hütte entreißen und ihn in einen blutigen Krieg werfen, das wäre eine arge Thorheit (haute folie). Der Redner entwickelte sodann die Ansichten der Opposition aus den letzten Zeiten der Monarchie über die italienischen Angelegenheiten. Die provisorische Regierung habe, fuhr er dann fort, mit der in dem Manifeste ausgesprochenen Erklärung, daß die Verträge von 1815 rechtlich aufgehoben seien, aber factisch existiren, eine große Unvorsichtigkeit begangen, welche Europa glücklicherweise nicht ernst genommen habe. Die Sprache des Manifestes übrigens ist, wie Herr Thiers meint, sehr gemäßigt gewesen und auch die Handlungen der provisorischen Regierung waren dieser Sprache so angemessen, daß man in den ersten drei Monaten nichts that, um die Armee zu organisiren. Auf den Widerspruch, welchen Garnier-Pages und Charras dagegen erhoben, wiederholte der Redner seine Behauptung und bewies, daß die Alpenarmee sich nur auf 30,000 Mann belief, die leicht nach einem einzigen Marschtage auf 20 bis 24,000 Mann reducirt werden wäre. Könne man mit einer solchen Armee den Krieg gegen Oesterreich wagen? Nach den ersten Erfolgen der Lombardei habe das Wiener Cabinet ein seit Jahrhunderten nicht gehofftes Anerbieten gemacht, Trennung der Lombardei, Freigebung Venedigs, und die provisorische Regierung habe die Thorheit begangen, dieses außerordentliche Glück nicht anzunehmen. Der Redner bewies hierauf, daß es unsinnig wäre, jetzt etwas zu verlangen, was man unter hundertmal günstigeren Umständen unterlassen habe. Was sollte es nützen, Nizza und Chambery zu besetzen? Es würde nur die verzweifelte Lage Piemonts noch verzweifelter machen. Zum Schluß warf der Redner noch einen Blick auf die gegenwärtige Lage Europas und schilderte die ungünstige Lage aller Länder, mit Ausnahme Rußlands. (Schluß folgt.)

Nachschrift.

** **Berlin**, 1. April. Schon gestern Abend trat die zur Abfassung der auf Vincke's Antrag von der zweiten Kammer gebildeten Adreßcommission zusammen. Es wurden mehrere Entwürfe vorgelegt; einer vom Grafen Arnim, ein anderer von v. Unruh. Zum Berichterstatter wurde v. Berg ernannt. Vincke hatte nichts dagegen, die v. Unruh'sche Vorlage zu Grunde zu legen, wenn einige Stellen verändert würden. Dazu boten die Amendements Auerswald's Gelegenheit. Die Commission, aus 21 Mitgliedern der 2. Kammer bestehend und den Präsidenten der Kammer an der Spitze, entschied sich aber mit 12 gegen 10 Stimmen für die Unruh'sche Vorlage. Wir theilen diese dem Wortlaute nach mit:

„Königliche Majestät!"

„Die deutsche Reichsversammlung zu Frankfurt hat durch ihre letzten Beschlüsse das Werk der Einigung und Kräftigung Deutschlands seiner Vollendung entgegen geführt. Dieselbe hat in Verfolg ihrer Beschlüsse Ew. Majestät zu der glorreichen Aufgabe erkoren, das erste Oberhaupt des wiedererstandenen Deutschlands zu sein. Die zweite Kammer legt die dringende Bitte ehrfurchtsvoll an Ew. Majestät königliches Herz, die Erwartung der deutschen Nationalversammlung und die Hoffnungen des durch dieselbe vertretenen deutschen Volkes zu erfüllen. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, welche sich der Erreichung dieses großen Zieles entgegenstellen; aber Ew. Majestät Weisheit, sowie die Thatkraft der deutschen Volksstämme und die Liebe derselben zu ihrem Vaterlande werden Ew. Majestät zustimmenden Entschluß stählen."

Die Minorität hat an dieser Adresse auszusetzen, daß sie zu viel Phrase, zu wenig politischer Gedanke ist; sie wird daher in der morgenden Sitzung der zweiten Kammer in einem Minoritätserachten eine zweite Vorlage der v. Unruh'schen entgegen stellen. Unzweifelhaft ist indessen, daß der Zielpunkt kein anderer, als der in vorgegebener ausgesprochen sein wird. Da dieser zweite im Augenblick noch nicht abgefaßt ist, so würde jedes Urtheil über den Ausgang der morgenden Discussion ein Vorurtheil sein. Eines Wunsches aber glauben wir uns nicht enthalten zu dürfen; des Wunsches nämlich, daß Herr Jung und Waldeck nicht durch eine unzeitige Interpellation wegen ihrer gestern gestörten Parteibestrebungen inmitten von Berliner Wahlmännern einen Mißklang in die morgende Verhandlung bringen mögen. Die Adresse der ersten Kammer ist mir noch nicht zu Gesicht gekommen.

München, 31. März. Das Gerücht von der Auflösung der Abgeordnetenkammer und von der Octroyirung eines neuen Wahlgesetzes, das, so unglaublich es schien, dennoch in manchen Schichten des Volkes nicht bezweifelt wurde, hat in den heutigen „Neuesten Nachrichten" eine, wie es scheint, halboffizielle Widerlegung gefunden. Es heißt darin, „daß der König den entschiedensten Unwillen über diese Lüge ausgesprochen und bei dieser Gelegenheit geäußert habe: Er wünsche nur, daß die Volksrepräsentanten und das Volk ebenso treu an der Basis der Verfassung und den constitutionellen Principien festhalten möchten, wie dies die Regierung thun werde, dann wäre die sichere Hoffnung vorhanden, daß die nothwendigen Reformen sowohl innerhalb der bayerischen als der deutschen Verfassung bald und zur Zufriedenheit des Volkes gewährt werden könnten." (N.C.)

** **Frankfurt**, 3. April. Se. k. Hoheit der Kurfürst von Hessen ist gestern hier eingetroffen und im russischen Hofe abgestiegen.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 2. April. Der Abschluß des Waffenstillstandes in Oberitalien, mit sehr mäßig gestellten Bedingungen von Seiten Oesterreichs, wirkte hier ebenso vortheilhaft wie zu Paris auf den Stand der Course ein, und obwar am Schlusse der Börse die Zeuds etwas mattriger als bei Eröffnung derselben blieben, so stellten sich im Allgemeinen dieselben dennoch höher im Preise als gestern. 5pCt. Metall. schließen 75¼, pCt. G., 2½pCt. do. 39⅞, pCt., Wienerbanknoten 1176 fl., 500 fl. Loose 126 pCt., 250 fl. Loose 79 pCt., Karl. 40 Rthlr. Loose 27½, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 27⅞, fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 70 fl., Nassauer 25 fl. Loose 20¾, fl., Sardinische Loose 25½, fr., Poln. 500 fl. Loose 74½, Rthlr. Den südwestlichen Obligationen 4½pCt. Württemberger 94 pCt., do. 3½pCt. 78½, pCt., Badische 3½pCt. Obligationen 76½, pCt., do. 5pCt. v. Jahr 1848 95⅞, pCt., Nassauer 3½pCt. Obligationen 80¾, pCt., do. 5pCt. vom Jahr 1849 99⅛, pCt. Von belgischen Obligationen 2½pCt. belgische 43, do. 4½pCt. 82⅛, do. 5pCt 88⅛, Holl. 2½, pCt. Integralen 49⅛, pCt. Von Eisenbahnen schließt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn wie zu Berlin wiederum matter, 33 Rthlr., Berbach 72⅞, pCt., Köln-Minden 75⅛, pCt. 5pCt. ital. Span. anfangs 22½, pCt. G. bleiben 22½, à ⅛, pCt. Auch von Wechseln heute die Devisen fast sämmtlich besser, Wien 101⅛, Mailand 95⅛, Hamburg 88⅛, Amsterdam 100⅞, London 120⅛, Paris 95⅛. Auf dieser erhaltene Anweisungen auf Amsterdamer Börsennotirungen zeigte sich Abends in der Effectenscheu wiederum mehr Kauflust; 5pCt. Metall. blieben 75⅛, pCt., 2½pCt. Metall. 40⅛, 40. 5pCt. inländ. Span. 22½, à 22⅝.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Führer durch die Messe.

Band-, Seide-, Wolle-, und Baumwolle-Waaren.

[986] **J. C. van der Beeck aus Elberfeld**

hält zur gegenwärtigen Messe Lager ganz wollener Shawls und Long-Shawls im Landsberg Nr. 20.

[717] **Kirchhof & Füchsel**
aus **Schmölln** in Sachsen-Altenburg

haben zur diesjährigen Ostermesse das Lager ihrer Fabrikate, bestehend in glatten und façonnirten Thibets ꝛc wieder wie in letzter Herbst-Messe in der goldenen Teller, neue Kräme Lit. K. Nr. 95.

[830] **Ausverkauf französischer Châles zu bedeutend herabgesetzten Preisen.**

Um während der Messe mit meinem auf's reichhaltigste assortirten

Lager französischer Châles

vollständig aufzuräumen, verkaufe ich solche zu folgenden billigen Preisen.

½ gewirkte Châles in Schwarzgrund und durchaus gewirkt à 5, 6, 7, 8 und 9 fl.
½ gewirkte Châles in Schwarzgrund und in allen Farben mit wollenem Stich à 10, 11 und 12 fl
½ gewirkte Châles, garantirt ganz Wolle, à 15, 16, 17 und 18 fl. | in schwarz und
½ Châles Cachemire Indoux superfin, à 20, 22, 24, 27 und 30 fl. | in allen Farben.
Châles long, schwarz und in allen Farben, garantirt ganz Wolle, à 40, 45, 50 und 60 fl.
Créppe de Chine-Châles, glatt und gestickt, Sommertücher, **Echarpes** ꝛc.,

so wie alle meine vorräthigen Waaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

S. F. Cahn, Zeil Nr. 61.

Kleider und Putz für Herren und Damen.

[942] **Verehrte Bewohner Frankfurts und der Umgegend!**

Wem daran gelegen ist, für wenig Geld sich dennoch mit nobler Frühjahrs- und Sommer-Kleidung zu versehen, der beehre sich gefälligst während der diesmaligen Messe Nr. 56.

Nur Zeil Nr. 56, das zweite Haus neben der Post.

Daselbst empfangen Sie die prachtvollsten in sehr reichster Auswahl vorhandenen

Berliner Herren-Anzüge

zu nachstehend sehr billigen Preisen, als: 1000 kostbare Sommer-Röcke und Palletots in Drell und Leinen von 2 fl. 30 kr. an; 500 kostbare Sommer-Röcke und Palletots in leichter Wolle, Tasfinets, Buckskin von 4 fl. an; 1000 elegante Buckskin-Hosen von leichten und schweren Stoffen von 3 fl. an; 2000 leichte Sommer-Hosen in Drell und Leinen von 1 fl. 30 kr. an; 2000 feine Westen in den modernsten Stoffen von 1 fl. bis 6 fl.; 200 elegante Tuchröcke und Fracks mit Atlas und Seide von 12 fl. bis 24 fl.; 500 Haus-, Garten-, Comptoir-, Jagd- und Schlaf-Röcke von 2 fl. an;

wattirte Palletots, Tuchmäntel und Bournusse spottbillig.

Meine Herren! liegt Ihnen daher Ihr Interesse am Herzen, so benutzen Sie diese günstige Gelegenheit, denn es wird 50 Procent billiger als überall verkauft nur **Zeil 56.**

Berliner Hauptfabrik von **Adolph Behrens.**

NB. **Als besonders empfehle deutsche Einheits-Palletots, das Neueste zur jetzigen Saison.**

Anzeige für Damen!

Die bevorstehende Ostermesse beziehe ich wiederum mit einem sehr reichhaltig sortirten Lager der elegantesten nach neuester Pariser Façon geschmackvoll angefertigten

Mantillen, Mantelets, Pallettino's, Frühjahrsmäntel und Visites,

sowohl von Sammt als auch von den schwersten schwarzen und coul. seidenen Stoffen und reiner Wolle, weraus ich die geehrten hiesigen und auswärtigen Damen aufmerksam mache.

Mein Verkaufslocal werde ich in einigen Tagen bekannt machen.

[949] **D. H. Daniel** aus Berlin.

Tafelwaaren und Delicatessen.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustsaft von **Georgé** in Epinal, welcher derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditor **Scholl**, große Sandgasse, zu haben.

Commissionäre sind: Hr. Conditor J. C. Schlemmer in Mainz. [586]

[829] **Salami di Verona**
Milani-Minoprio,
kleiner Hirschgraben Nr. 3

bei

Parfümerie- und Toilette-Waaren.

Keine grauen Haare mehr!!

Das einzige in Paris approbirte

Chantal-Wasser

färbet Kopf- und Bart-Haare augenblicklich und dauerhaft in allen Nüancen, wofür garantirt wird. Preis 7 Franken im Hauptdepot bei Hrn. **H. C. v. Oven**, Bleidenstraße 24. [682]

[2547] **Zahntinctur.**

Cresson de Para Camphré von Herrn *Grandhomme*, Zahnarzt in Paris, ist in Dépôt bei **F. Brenl jun.**, die Flasche zu 5 Fr. oder 2 fl. 20 kr.

Commission und Spedition.

Ich erlaube mir hiermit die ergebenste Anzeige zu machen, daß ich außer meinem Commissions-Büreau auch ein

Dienst- und Stellen-Gesuch-Bureau jeder Branche

auf hiesigem Platze errichtet habe und empfehle mich hierin zu geneigten Aufträgen unter reeller und billiger Bedienung ergebenst. Zugleich halte ich mich wie bisher mit Ver- und Ermiethen von Wohnungen und Localen jeder Art, An- und Verkauf von Häusern ꝛc., An- und Ablage von Capitalien, Besorgung von Commissions-Artikeln und allen im Commissions- und Speditions-Geschäft vorkommenden Fälle, zu geneigten Aufträgen bestens empfohlen.

Amtlich bestät. Dienst- und Stellen-Gesuch- und Commissions-Bureau
[767] von **F. A. Wüst**, Paulsplatz **13** neu.

Den resp. Herrschaften und Prinzipalitäten,

welche einen Wechsel oder eine Vermehrung ihres Dienstpersonals beabsichtigen, hält sich mit tauglichen Individuen bestens empfohlen das amtl. bestät. Dienst- und Stellen-Gesuchs-Büreau
[944] von **F. A. Wüst**, Paulsplatz 13.

Transport.

Nach San Francisco in Californien

sollen gegen den 15. April bestimmt expedirt werden unsere schönen schnellsegelnden, gekupferten und kupferfesten Schiffe

Reform, Capt. H. Hattendorff mit Passagieren,
Express, „ D. Christoffers mit Gütern

und halten wir diese vorzügliche Gelegenheit für Passagiere und Frachtgüter oder Consignationen an unsere Freunde, die Herren Paiskes, Fritius und Comp. in San Francisco, wohin dieselben jetzt unterwegs sind, besonders empfehlen.

Nähere Auskunft ertheilt unser Agent Herr **J. P. Reuter** in Frankfurt a. M. auf gefällige Franco-Anfragen. [941]

Heydorn & Co. in Bremen.

Transport.

[936] **ROSZTOK & Co.** in **Eisenach**

verladen jeden **Montag** und **Donnerstag** durch **Eilfuhre**, an andern Tagen durch gewöhnliche Fuhre nach **Frankfurt a. M.**, dem **Rhein** etc., und empfehlen sich zu geneigten Aufträgen.

Königl. Bayer. Donau-Dampfschiffahrt

[917] zwischen

Regensburg und **Linz**

im Anschluß an die Oesterreichischen Dampfboote in Linz.

Fahrordnung im Monat April 1849:

Von Regensburg nach Linz jeden Tag ungeraden Datums, Abfahrt früh 5 Uhr
„ Linz „ Vilshofen „ „ „ „ „ 4 „
„ Vilshofen „ Regensburg „ „ graden „ „ „ 5 „

☞ **Für Auswanderer.** ☜

„Die Hoffnung."

Concessionirte deutsche Büreaux
für

Auswanderer nach Amerika
von J. M. Bielefeld in Mannheim.

London bei **Ullmann, Hirschhorn & Co.** — **New-York** bei **Schulz und Bleitorn.**

Regelmäßige Fahrten gekupferter Dreimaster erster Klasse, sogenannte Packetboote,

nach New-York und New-Orleans.

Bei Gründung dieser Linie habe ich zunächst mein Augenmerk darauf gerichtet, daß der Auswanderer auf der ganzen Reise nur mit Deutschen zu verkehren hat, deren Aufgabe es ist, sich mit aller Wärme seiner anzunehmen und ihn mit Rath und That zu unterstützen; auch bei seiner Ankunft in Amerika wird er von **Deutschen** empfangen, welche ihm jede Auskunft, seine Weiterreise und Ansiedelung betreffend, unentgeltlich zu ertheilen haben.

Außer dem Schutze, den vorzugsweise das englische Gesetz dem Auswanderer bietet, ist er auch in den Seestädten vor Uebervortheilung dadurch geschützt, daß er in **Rotterdam** sowohl, als in **London** während der ganzen Dauer seines Aufenthalts **freie Beherberge** und **Beköstigung** in guten deutschen Gasthäusern findet, wodurch ihm gewiß die beste Bürgschaft für rasche Beförderung gegeben ist.

Die Preise sind auf das Billigste berechnet.

Zur näheren Erläuterung, so wie zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen, beliebe man sich an meine unterzeichneten General-Agenten oder deren Agenten zu wenden, bei denen Prospecte **gratis** abgegeben werden.

Mannheim, im März 1849. **J. M. Bielefeld.**

Frankfurt a. M. Herr **Heinrich Klippel.** — Mainz Herr **Heinrich Zix.**
Stuttgart „ **Friedr. G. Schulz** sen. — Cöln „ **Teuff & Doeves.**
Straßburg „ **Louis Bielefeld.** — Rotterdam „ **L. Mayer & Co.**
Diedrich Herr **J. K. Lembach.**

In Bezug auf Obiges bemerke ich noch, daß im Monat Mai 4 Boote und zwar am 3., 10., 24. und 31. expedirt werden und empfehle ich mich zu jeder Auskunft und zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen
[949] **Heinrich Klippel**, General-Agent in Frankfurt a. M.

Verschiedene Anzeigen.

Deutscher Phönix.

Vierte ordentliche General-Versammlung.

Zu Gemäßheit des § 37 der Statuten werden die nach § 39 derselben stimmberechtigten Actionäre der Versicherungsgesellschaft „der Deutsche Phönix"

zu der Samstag den 28. April, Vormittags 10 Uhr,
zu Karlsruhe in dem Locale des dortigen Museum

stattfindenden ordentlichen General-Versammlung eingeladen.

Diejenigen stimmberechtigten Actionäre oder deren Bevollmächtigte, welche in dieser Versammlung zu erscheinen gedenken, haben sich am 16. und 17. April in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr über ihre statutenmäßige Qualification entweder **dahier** auf dem Büreau der Gesellschaft (Börsengebäude), oder in **Karlsruhe** auf dem Büreau der daselbst errichteten Section zu legitimiren (§ 39) und die Beschneidung Pferäder in Empfang zu nehmen.

Diese Legitimation wird zu bewirken sein: von den Namen-Actionären durch Angabe der Nummern der auf ihren Namen in die Register der Gesellschaft eingetragenen Actien; von den Bevollmächtigten außerdem durch Einreichung ihrer Vollmachten; von den Inhabern der Actien zu porteur durch Vorzeigung dieser Actien mit einem Nummern-Verzeichnisse in doppelter Ausfertigung.

Am 23. und 24. April in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr können sodann von den Berechtigten die zum Eintritt in die Versammlung erforderlichen nur für ihre Person gültigen Einlaßkarten, gegen Rückgabe der obgedachten Legitimations-Bescheinigung, auf dem Büreau der Gesellschaft **dahier**, oder bei der Section in **Karlsruhe** in Empfang genommen werden.

Frankfurt a. M., den 31. März 1849.

[927] **Der Verwaltungsrath der Gesellschaft des deutschen Phönix.**

[796] **Wichtige Anzeige**
für
Taube und Harthörige.

Von dem viel berühmten Gehör-Oel von Doctor John Robinson in London ist bei dem Unterzeichneten die einzige alleinige ächte Niederlage. Dieses Oel heilt binnen kurzer Zeit die Taubheit, falls solche nicht angeboren; — es bekämpft alle mit der Harthörigkeit verbundenen Uebel, als: der Ohrenschmerzen und das Sausen und Brausen in den Ohren, und erlangen selbst ältere Personen durch Anwendung dieses Oels das feinste Gehör wieder. Uebrigens habe ich nicht nöthig dasselbe weiter anzupreisen. — Die Wirksamkeit hat sich tausendfältig bestätigt, — und folgen nur noch zwei der jüngsten Genesungs-Atteste — alle mitzutheilen ist zu kostspielig. Jeden mir werdenden Auftrag, den ich mir franco erbitte, wird prompt und reell ausgeführt.

Soest, Regierungs-Bezirk Arnsberg, den 15. März 1849.

H. Brakelmann.

Attest.

Das Gehör-Oel von Doctor John Robinson in London, wovon Herr H. Brakelmann in Soest Verkauf und Niederlage hat, habe ich gegen meine Harthörigkeit angewandt; nach kurzem Gebrauch spürte ich gleich Besserung, welche sich in dem Maaße gesteigert hat, daß ich jetzt förmlich wieder hergestellt bin. — Ich attestire dieses der Wahrheit gemäß.

Fröndenberg bei Unna. gez. Christ. Kröner.

Attest.

Das Gehör-Oel von Doctor John Robinson in London, wovon Herr H. Brakelmann in Soest Niederlage hat, habe ich gegen meine Harthörigkeit angewandt, und bin in Folge dieses Gebrauchs davon befreit worden. Ich attestire dieses der Wahrheit gemäß.

Oestinghausen bei Soest. gez. Marcus Rosenberg.

H. W. Winter, früher im **„Hof von Holland"** [962]

beehrt sich hiermit einem verehrlichen Publikum, seine neu etablirte Weinwirthschaft und Restauration, große Sandgasse Nr. 25 neu im ersten Stock, aufs beste zu empfehlen, mit der Versicherung prompter und billiger Bedienung.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Dienstag (Beilage zu Nro. 80.) 3. April 1849.

Telegraphische Depesche.

†* **Frankfurt**, 3. April, Morgens 9 Uhr. So eben ist die nachstehende telegraphische Depesche von Berlin hier eingetroffen:

In der Sitzung der zweiten Kammer in Berlin ist gestern das nachstehende Amendement zu dem Adreßentwurfe der Commission mit 156 gegen 151 Stimmen angenommen worden:

„Königliche Majestät!

„Noch sind die Worte kaum verhallt, mit denen die Vertreter des preußischen Volkes vor dem Throne Eurer Majestät ihre Hoffnung für die Zukunft Deutschlands aussprachen, und schon ist durch die dringenden Ereignisse der entscheidende Augenblick gekommen, von welchem Deutschlands Geschick seine Lösung erwartet. Es ist das Vertrauen der Vertreter des deutschen Volkes, welches Eurer Majestät zu der glorreichen Aufgabe beruft, das erste Oberhaupt des wieder erstandenen Deutschlands zu sein und mit starker Hand die Leitung der Geschicke des Vaterlandes zu übernehmen. Wir verkennen nicht den Ernst der Stunde, das schwere Gewicht unabweisbarer Erwägungen. Im Angesichte aber der unberechenbaren Gefahren, wenn inmitten des in allen seinen Fugen erschütterten Continents Deutschland ohne lenkende Hand den streitenden Bewegungen der Zeit überlassen bleibt, vertrauen wir Eurer Majestät Weisheit und Hingebung für die Sache des Vaterlandes, daß Sie den rechten Weg erkennen und alle Schwierigkeiten überwinden werden. Wir legen ehrfurchtsvoll die dringende Bitte an Eurer Majestät königliches Herz: Sich dem Rufe der deutschen Nationalversammlung nicht entziehen und die Hoffnungen und Erwartungen des deutschen Volkes erfüllen zu wollen. (gez.) v. Bincke, Menzel, Ulrich, Urlichs, Lensing, Wiethaus. Berlin, den 2. April 1849."

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Hamburg, 30. März. Der dänische Unterhändler bei den Friedensunterhandlungen in London, Generalmajor Orholm, traf gestern hier ein, um nach Kopenhagen das Endresultat der Bunsen'schen Friedenspräliminarien zu bringen. Es ereignete sich zufällig, daß der Reichscommissär Stedmann, von Schleswig auf der Reise nach Frankfurt begriffen, hier anwesend war und daher in Gemeinschaft mit Orholm und dem Generalconsul, Oberst Hodges, über den Stand der Dinge conferirte. Was wir hierüber erfahren haben, ist leider nicht geeignet, die in Ungewißheit schwebenden Gemüther zu beruhigen; denn es soll den dänischen Forderungen in einem nicht unwesentlichen Maße Vorschub geleistet worden sein und die Früchte der diplomatischen Unterhandlungen dürften wohl bald ans Tageslicht treten. Wir Hamburger sowohl, als auch unsere Nachbarn, die Schleswig-Holsteiner, erwarten von Preußen, daß es, eingedenk der deutschen Gesinnung, von welcher seine Politik sich zu durchdringen bemüht, auch in dieser vaterländischen Angelegenheit seine Pflicht thue. (D. Ref.)

Kiel, 30. März. Die Erhebung des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser hat hier allgemein (natürlich mit Ausnahme des demokratischen Vereins, der aber nur einen sehr kleinen Bruchtheil der Bevölkerung repräsentirt) große Freude erregt; obwohl die Feier dieser Begebenheit noch bis zur Annahme der Würde von Seiten des Königs ausgesetzt werden muß, beeilten sich doch heute schon, wie eben die Nachricht eingetroffen, mehrere Einwohner, ihre deutschen Fahnen wieder paradiren zu lassen, und viele Schiffe flaggten. Für Schleswig-Holstein ist dies Ereigniß aber auch von der größten Wichtigkeit, ja wir können wohl unsere Rettung darin sehen, wenn nicht schon ein ungünstiger Frieden unterschrieben sein sollte. Letzteres ist indeß nicht anzunehmen, und hoffentlich werden die von Dänemark zuletzt gestellten Forderungen wirklich so gewesen sein, wie aus Kopenhagen berichtet worden; in diesem Falle kann man natürlich an ihre Annahme nicht denken, und jedenfalls kann ja ohne die Zustimmung der Reichsversammlung kein Friede definitiv abgeschlossen werden. Ueberdies können wir aus guter Quelle mittheilen, daß unser höchstcommandirender General, Prittwitz, die Fortsetzung des Krieges als ausgemacht ansieht. General Prittwitz soll den Eindruck eines resoluten Kriegers machen, der den Krieg liebt; da nun auch General Bonin, dessen jüngster Briefwechsel mit dem dänischen Commissär v. Bülow ihn als einen festen Charakter zeigt, sich als ausgezeichneter Militär in so vieler Rücksicht bereits bewährt hat, so können wir gewiß zu der Führung unserer Armee das größte Vertrauen hegen. So sind also die Aussichten jetzt mehr als je für den Krieg, wenn die dänische Regierung sich nicht plötzlich bekehren sollte; letzteres ist aber kaum zu glauben, weil die Dänen nun einmal beharrlich auf den gänzlichen Zerfall Deutschlands und die Ohnmacht der Centralgewalt vertrauen. — Dänische Kriegsschiffe sieht man hier noch immer nicht, die Waffenstillstandsräthsel sind aber auch noch nicht gehörig aufgeklärt.

Einem amtlichen Bericht zufolge haben die Dänen am 26. und 27. d. M. einige zwanzig Eingesessene der Insel Alsen ohne alle Angabe von Gründen von der Insel vertrieben. Die Ausgewiesenen gehören zum größten Theil der Bürgerklasse an, doch sind auch einige Studirte darunter. Es wurde erwartet, daß noch mehrere in gleicher Weise ihren Familien würden entrissen werden.

Aus dem nördlichen Schleswig, 29. März. Dieser Tage trafen in Apenrade mehrere aus Alsen verwiesene Sonderburger Einwohner ein; in ihrem Verweisungsdecret war nicht das geringste Motiv angegeben. Die Commandantur in Apenrade hat ihrerseits eine Anzahl dänisch gesinnter und mit dem Feinde in verdächtiger oder überwiesener Verbindung stehender Einwohner aus der Stadt verwiesen und nach Norden consignirt. Eine dänische Corvette von 20 Kanonen ist vorgestern auf der Rhede angekommen; sie machte sich das Vergnügen, einige hundert Schüsse blind zu feuern. — Die dänische Truppenmasse auf Alsen und in Jütland soll sich ziemlich gleich sein und wird auf resp. 16 bis 20,000 Mann angeschlagen. Der König soll mehr zu Schiff als auf dem Lande leben. Kopenhagen ist von Truppen entblößt und man soll dort nicht ohne Besorgniß vor Volksaufständen sein.

Bei Sylt soll ein dänisches Kriegsschiff gestrandet sein.

Kopenhagen, 28. März. Der dänische Hof hat auf sieben Tage Trauer um den Prinzen Waldemar von Preußen angelegt.

Stockholm, 23. März. Es werden ziemlich viele schwedische Offiziere namhaft gemacht, die an dem dänischen Kriege Theil nehmen werden. — Von Rüstungen ist es hier ganz still.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 3. April. Die heute ausgegebene Nr. 40 des Amtsblatts der freien Stadt Frankfurt enthält das Einführungsgesetz zu der allgemeinen deutschen Wechselordnung.

Wien, 30. März. Seltsames Spiel des Schicksals! ist man versucht auszurufen, wenn man liest, daß der ehemalige Minister Schwarzer zu zweitägigem Prosseßarrest verurtheilt worden ist; indessen ist dieses Urtheil in der heutigen „Wiener Zeitung" mit aller möglichen Delicatesse motivirt und der Verurtheilte darf sich Glück wünschen, mit einer so gelinden Strafe davon gekommen zu sein. — Heute geht General Welden nach Komorn und dürfte einige Zeit auf dem Kriegsschauplatze verweilen müssen, da er in der Armee ein großes Vertrauen genießt und die ungarischen Angelegenheiten so mißlich stehen, daß nur ein energischer General wird durchdringen können. Wie man aus Pest schreibt, verursacht die schlechte Witterung allein die Verzögerung in den Operationen der Armee. — Ein gestern Abend hier verbreitetes Gerücht, daß der Ban geschlagen worden sei, bestätigt sich zwar nicht, doch fiel ein Treffen vor, in welchem er einige Verluste erlitten hat. Sein Hauptquartier ist in Czeglèd. Gergey ist bei Tokay über die Theiß gegangen, um, wie man meint, sein Corps so weit vorwärts zu schieben, daß er nach Vereinigung mit allen Versprengten zum Entsatz von Komorn schlagfertig stehen kann. Die Gegend um Pest ist nach mehreren Richtungen hin sehr unsicher geworden. — Den glänzenden Armeebericht des Grafen Radetzky haben Sie wohl bereits und bemerke ich bloß, daß dieses Ereigniß sehr viel dazu beiträgt, die Ruhe der Residenz zu erhalten und das Vertrauen in die Kraft und in den Bestand der Regierung zu vermehren. Sehr verschieden von ähnlichen Bulletins läßt der Feldmarschall der feindlichen Tapferkeit Gerechtigkeit widerfahren, wodurch natürlich die Leistungen seiner Truppen um so verdienstlicher sind. Man erwartet ein neues Bulletin, in welchem die Friedensbedingungen zwischen Oesterreich und Sardinien enthalten sein sollen. Ein Courier ist in der That heute von Turin hier durchgereist, um sich nach Olmütz zu begeben. — Aus Triest wird gemeldet, daß ein nach Ancona mit Mehl befrachtetes Schiff angehalten und in demselben ein kostbarer Fund von einer Million Gulden in C.-M. gemacht worden ist. — Der „Olmützer Correspondent", halboffizielles Hofblatt, will wissen, daß die Russen bereits in Galizien und auf dem Marsche nach Ungarn begriffen sind. Nach ziemlich zuverlässigen Nachrichten ist Bem aufs Haupt geschlagen worden (s. unten). — Der Kaiser kommt, wie es heißt, am 15. April nach Wien.

Vom Kriegsschauplatz. Auf außerordentlichem Wege ist gestern die Nachricht angelangt, daß Bem hauptsächlich unter Mitwirkung von russischen Truppen eine mörderische Niederlage erlitten hat und aus Siebenbürgen geworfen worden ist. Fünf von den gefangenen Offizieren sollen schon durch den Strang hingerichtet worden sein. — Eine andere Nachricht meldet den Einmarsch von 30 bis 40,000 Russen und den Rückzug Bem's nach der Walachei.

In Wien hieß es am 29., daß die Festung Peterwardein capitulirt habe. Auch war an der Börse das Gerücht von der Einnahme von Komorn verbreitet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Festung sich nicht mehr lange wird halten können, und daß unsere Truppen sich bereits im Besitze von drei Vorwerken derselben befinden. Die Stadt selbst ist durch das Bombardement fast ganz eingeäschert. (C. Z.)

† **Wien**, 30. März. Der gestrige „Abend-Lloyd" bestätigt die Nachricht von einem verstärkten Einmarsch der Russen in Siebenbürgen. „Sicherem Vernehmen nach", sagt dieses halbofficielle Organ, „hatten 30,000 Russen den Befehl erhalten, in Siebenbürgen einzurücken und soll dieses bereits geschehen sein." Weiterhin heißt es, sei ein Courier mit der Nachricht angelangt, daß Bem, von den Russen gänzlich aufs Haupt geschlagen, sich in die Walachei geworfen habe. Fünf seiner Oberoffiziere sollen ihr Verbrechen bereits am Galgen gebüßt haben. Nach Privatnachrichten hätten die Russen noch weit stärkere Repressalien für die von Bem an Russen geübten Gewaltthätigkeiten geübt. — Auch sollen die Russen in der Bukowina eingerückt sein.

Der berühmte Sinolog und Botaniker Endlicher ist vorgestern im kräftigsten Mannesalter mit Tod abgegangen. — Vom Grätzer Gemeinderathe ging eine Deputation an den regierenden Kaiser nach Olmütz ab, um den Dank für die verliehene Reichsverfassung darzubringen, und zugleich nach Prag an Kaiser Ferdinand, um ihn zu bitten, seinen Aufenthalt in Gratz zu nehmen. — Die politische Eintheilung Niederösterreichs ist bereits vollendet. Jeder Kreis enthält 6 Amtshauptmannschaften. Die Provinz zerfällt in 2 Kreisregierungen. Ober- und Niederösterreich sammt Salzburg haben einen gemeinsamen Statthalter.

Die österreichische Armee wird nach den neuesten Berichten im „Tiroler Boten" also dislocirt: erstes Armeecorps Mailand, zweites Piacenza, Parma, Modena, drittes Bergamo, Brescia, viertes im Piemontesischen. Brescia ist verbarrikadirt. Kaiserliche Truppen umschließen es von außen; indessen hat man das Bombardement der Stadt von der Citadelle aus eingestellt.

Ueber Unruhen in Brescia schreibt der „Tiroler Bote" vom 26. März: Durch eine Staffette gelangte heute die Nachricht hierher, daß in Brescia bedeutende Unruhen ausgebrochen sein sollen, die sich nicht nur auf die Stadt, sondern auch auf das brescianische Gebiet erstrecken. Der Postwagen von Mailand wurde ausgeraubt und die Bagage des Regiments Erzherzog Albrecht sammt Transport aufgehoben. Der Castellcommandant, welcher sich unvorsichtiger Weise vom Castell in die Stadt begab, um nachzusehen, was vorgefallen, wurde von den Aufrührern gefangen genommen, und der ihn begleitende Offizier soll erschossen sein. Vom 23. auf den 24. wurde Gewehrfeuer mit Kanonendonner vermischt gehört, was vermuthen läßt, daß die Stadt bombardirt wird. Es werden demzufolge wieder 6 Tiroler Schützencompagnien zum Ausmarsch an die italienische Grenze aufgeboten.

Eine spätere Nachricht sagt: Brescia wurde bombardirt in Folge des dort gemachten Versuchs zum Aufstande. Siebenzig Bomben thaten ihre Wirkung, und mehrere Deputationen erschienen um Gnade flehend. Der 25. März war der zu einer allgemeinen Erhebung der Lombardei bestimmte Tag. — Die Venetianer haben einen Ausfall versucht, der zurückgeschlagen wurde. Dabei geriethen einige Gebäude in Mestre in Brand, weil die kaiserlichen Truppen den Feind in einen Hinterhalt locken wollten. Die Größe des durch das Feuer angerichteten Schadens ist noch nicht bekannt.

Olmütz, 29. März. Die Prinzessin Wasa hat sich gestern nach Wien begeben. Auch steht die Abreise der Wittwe des Palatinus von Ungarn bevor. — Der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg verließ gestern ebenfalls Olmütz, dürfte jedoch, wie es heißt, in wenigen Tagen wieder zurückkehren. — Ein Reisender, der mit der Eisenbahn hier eintraf, gab uns die Versicherung, er habe aus guter Quelle in Erfahrung gebracht, daß die Russen in Galizien eingerückt seien, um von dort sogleich nach Ungarn zu marschiren. — Das schon mehreremal aufgetauchte Gerücht von dem Tode Bems wiederholt sich. Dembinski soll den rechten Arm verloren haben. (Oest. C.)

Ueber Ungarn scheint die Regierung neue Beschlüsse gefaßt zu haben. Einer derselben soll die wiederholte Aufforderung sein, die Waffen niederzulegen, nebst der Zusage der vollen Straflosigkeit (Amnestie) für alle jene Truppen und Offiziere, die zum Gehorsam zurückkehren. Dies mag wohl die Veranlassung zu dem Gerüchte gewesen sein, das allenthalben cursirte: es werde eine Amnestie für alle politischen Verbrecher erlassen werden. Wollte Gott, es wäre so! (D.-D. P.)

AZC **Berlin**, 1. April. Gestern Abend fand eine sehr glänzende Soiree bei dem Grafen v. Brandenburg statt, in welcher die deutsche Frage fast das einzige Gespräch bildete. Den württembergischen Gesandten erblickte man in sehr lebhaftem und ernsten Zwiegespräch mit dem englischen Gesandten. Besonders beachtenswerth war es, daß viele Herren aus der Hofregion, denen man sonst eine ganz andere Ansicht zusprach, sich jetzt entschieden der deutschen Sache anbequemt zu haben schienen. Als Grund ihrer Meinungsänderung hörte man sie die Ueberzeugung äußern, daß die Zerrissenheit Deutschlands bis zu der bedrohlichsten Ausdehnung wachsen müsse, wenn Preußen sich nicht an die Spitze stelle und das von 28 deutschen Regierungen in seine Hingebung gesetzte Vertrauen durch kräftiges Handeln rechtfertige. Daneben wurde sogar die freudige Hoffnung ausgesprochen, daß der König sich nicht einer zu weit gehenden Pietät gegen das Haus Habsburg und andere Dynastien überlassen, sondern des welthistorischen Berufes der Krone Preußen eingedenk sein werde. In dieser Sphäre sehr beachtenswerthe Stimmen! — Ganz unerwartet hat gestern das 22. Infanterieregiment Marschordre erhalten und ist heute Morgen bereits auf der Hamburger Eisenbahn nach Schleswig abgegangen. Das 15. Infanterieregiment soll hier seine Stelle ersetzen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Kellen.

Der Kampf um den Frieden

Rede des Führers vor dem Reichstag

Fortsetzung von Seite 1

Ich habe mich daher entschlossen, dem Reichstag vorzuschlagen, die Zahl der Abgeordneten auf 600 zu erhöhen. Ich bitte den Reichstag, diesen Vorschlag zu genehmigen.

Ich habe weiter mich

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Dienstag (Extra-Beilage zu Nro. 80.) 3. April 1849.

Deutschland.

München, 31. März. Dem „Nürnberger Correspondenten" wird geschrieben: Der Eindruck der gestern hier eingetroffenen Nachricht von der Erwählung des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser macht sich bei dem politischen Publikum in bittern Bemerkungen über die Consequenz und Weisheit der Frankfurter Versammlung Luft; im Volke selbst ist sie mit vollständiger Theilnahmlosigkeit oder mit ironischen Aeußerungen aufgenommen worden. Man würde dem bayerischen Volke Unrecht thun, wenn man diesen entschieden ausgesprochenen Widerwillen dem Particularismus zuschreiben würde. Man hätte sich in Anbetracht der verwickelten Zustände in Oesterreich einer Erwählung des Königs von Preußen zum Reichsstatthalter auf eine Reihe von Jahren gewiß gefügt; aber man will von einem Erbkaiser gar nichts wissen, von einem deutschen Kaiser aber vor Allem erst Bürgschaften haben, daß er den Geist der neuen Zeit in großem Sinne erfaßt hat und den Einheitsdrang der Nation zu befriedigen versteht und aufrichtig bestrebt ist, — Bürgschaften, welche bis jetzt keine der Großmächte und Preußen ebensowenig als Oesterreich gegeben hat. Abgesehen von diesem Cardinalbedenken, dessen Geltendmachung sich für Bayern, als den größten der reindeutschen Staaten, wohl geziemt, hat hier das terroristische Verfahren der „Kaiserlichen" gegen die österreichischen Vertreter aufs Aeußerste erbittert. Es läßt sich voraussehen, daß, wenn auch unsere Regierung wollte, doch das Volk selbst eine Verewigung der Scheidung von Oesterreich durch einen preußischen Erbkaiser nicht zugeben würde. Eines Stammes sind Bayern und Oesterreich und durch ihre Lage, Stromgebiet und die unauflöslichsten materiellen Interessen geborne Brüder und werden dies trotz häuslicher Zwiste, wegen deren man sie oft die „feindlichen Brüder" genannt, wohl oder übel bleiben müssen. Uebrigens spricht sich hier vielfach eine Ansicht aus, die in der Paulskirche selbst — in dem Votum Fürst Waldburg-Zeil's: „ich bin kein Kurfürst" — ihren Ausdruck gefunden hat: man stellt die Competenz der Versammlung zu einer Kaiserwahl in Frage, da sie hierzu kein Mandat erhalten hat. An den Straßenecken erschienen gestern Abend Maueranschläge mit den Worten: „Deutsches Volk! Friedrich Wilhelm IV. Kaiser der Deutschen", welche aber sehr schnell wieder verschwanden, d. h. abgerissen wurden. Ein hiesiges Lokalblatt macht darauf aufmerksam, daß die Kunde von der Kaiserwahl hier am sogenannten „schmerzhaften Freitag" eingetroffen sei.

In **Zittau** fand am 26. März die Wahl eines Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung statt; dieselbe fiel auf den Subrector Kämmel in Zittau; zum Stellvertreter ward Bürgermeister Friedrich in Löbau gewählt.

Oldenburg, 30. März. In Folge einer Aufforderung des Reichshandelsministers in Frankfurt an unsere Regierung, ihm zur Mitwirkung bei Feststellung der Tarife für Eisen und Gewebe einige Personen vorzuschlagen, aus denen er sich nach Belieben wählen könne, sind vom Handels- und Gewerbeverein folgende Personen als geeignet vorgeschlagen: für Eisen: die Kaufleute v. Buttel zu Dreisielen und Elting (auch Eisengießereibesitzer) zu Varel; für Gewebe: Spinnereibesitzer Rade zu Varel und Kaufmann Schröder zu Oldenburg. — Die Vorgeschlagenen werden sich für freie Einfuhr des fremden Eisens und mäßige Schutzzölle (etwa 3 Thaler per. Centner) für Spinn- und Webefabrikate aussprechen.

Gotha, 30. März. Ich freue mich, meinen Bericht vom 28. März dahin erweitern zu können, daß der Herzog am gestrigen Abend, wo er die Abgeordneten des Landes zur Tafel eingeladen hatte, in Gegenwart derselben den Eid auf die Verfassung, den er schriftlich abgegeben, mündlich wiederholt und damit auch dem Wortlaute des Staatsgrundgesetzes genug gethan hat. Die Behörden der Stadt nahmen feierlichen Abschied von demselben und dankten ihm für den schnellen Vollzug der Verfassung, ohne jedoch den letzten Tag seines Hierseins durch irgend eine Festlichkeit zu verherrlichen. Am heutigen Morgen ist nun der Herzog nach Schleswig abgereist. Die Bürgerwehr der Stadt und der Umgegend hatte sich mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen auf dem Bahnhofe versammelt. Zu ihnen gesellten sich die sämmtlichen Abgeordneten, und es tönte dem Landesfürsten, den seine Gemahlin bis Halle begleitet, unter herzlichem Lebewohl ein tausendstimmiges Vivat nach. — Die Abgeordnetenversammlung wird sich nach der morgenden Sitzung auf zwei Wochen vertagen.

Altenburg, 30. März. Die Mediatisirungsfrage hat für jetzt hier ihr Ende erreicht. Die Landschaft trat in der heutigen Sitzung dem Commissionsantrage, diese Frage als beseitigt zu betrachten, faß ohne alle Debatte einstimmig bei. Selbst der Advocat Oelzsch, auf dessen Antrag sich der hiesige Bürgervorstand mit allen Stimmen gegen eine einzige für die Mediatisirung und den Anschluß an Sachsen in einer Petition an die Landschaft ausgesprochen hatte, hielt es nicht für inconsequent, für den Commissionsantrag zu stimmen, suchte jedoch diese Abstimmung durch ein dem Präsident übergebenes Schreiben, welches seine Parteigenossen mit unterzeichneten, zu motiviren.

Hamburg, 29. März. In der gestrigen Sitzung der constituirenden Versammlung wurde die allgemeine Discussion über die Grundbestimmungen des Verfassungsentwurfs fortgesetzt und beendet, und die Versammlung schritt darauf zur Berathung der einzelnen Entwurfsbestimmungen. Nach längerer Debatte wurden an der Stelle des § 1 des Entwurfs folgende beiden dem Verfassungsentwurfe der Frankfurter constituirenden Versammlung entlehnten Paragraphen angenommen: „§ 1. Das Hamburgische Volk ist in einem demokratischen Freistaate vereint. § 2. Der Freistaat Hamburg bildet einen selbstständigen Einzelstaat des deutschen Reichs. Die für sämmtliche Einzelstaaten erlassenen Bestimmungen des öffentlichen Rechtes des deutschen Reichs sind zugleich ein Theil des Verfassungsrechtes des Freistaats Hamburg." — Alsdann kam der § 2 des Entwurfs als § 3 zur Annahme. Derselbe lautet: „Alle Staatsgewalt geht von der Gesammtheit der Staatsbürger aus." — Zu diesem Paragraph beantragte der Abgeordnete Prof. Wiebel folgenden Zusatz: „und wird nach Maßgabe der Verfassung ausgeübt: 1) unmittelbar von den stimmfähigen Bürgern in den Urversammlungen, 2) mittelbar von den durch die Verfassung eingesetzten Behörden." Demnach folgen zu lassen: „1) Die Urversammlungen; §. §. Bildung und Rechte derselben." — Nachdem der Antragsteller seinen Antrag ausführlich motivirt hatte, wurde die weitere Berathung auf heute vertagt.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 1. April. Der Bundesrath bleibt trotz der Angriffe der radicalen Presse und ungeachtet ihrer Drohungen mit dem Volkswillen dem strengen Neutralitätsprincip treu. Mit Kreisschreiben vom 28. März an die Kantonsregierungen hat er die Werbungen für die zwischen dem Propagandistenchef Becker und den sicilischen Abgeordneten durch eine Capitulation beschlossene Organisation einer deutsch-helvetischen Legion in sicilischen Diensten verboten. Ebenso ist der deutsche Flüchtling Heinzen, welcher sich bisher in Genf aufhielt und von dort die „Evolution" redigirte, aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft ausgewiesen, weil er sich bei diesen Werbungen betheiligt. Ein anderer Flüchtling, Lommel, soll auch ausgewiesen werden, wenn seine Theilnahme an der Becker'schen Expedition sich bestätige. „Die fortdauernde Verletzung der Verfassung und der Gesetze des Landes durch Fremde darf in der Schweiz nicht länger geduldet werden;" diesen seinen Worten gibt der Bundesrath durch seine bisherigen Verfügungen allen nur möglichen Nachdruck. — Die Regierungen von Luzern und Freiburg haben, wie diejenige von Bern, für einstweilen die Werbungen für den König von Neapel untersagt.

Frankreich.

* **Paris**, 31. März. (Schluß.) Herrn Thiers' Rede machte die allgemeinste Sensation und die Bewegung, welche ihr folgte, war so groß, daß sich der Präsident veranlaßt sah, die Sitzung auf eine Viertelstunde zu suspendiren. Nach dieser Unterbrechung betrat Herr Ledru Rollin die Rednerbühne. Wenn die provisorische Regierung, sagte das frühere Mitglied derselben, in Italien nicht intervenirte, so geschah es, weil sie die Arsenale durch die Monarchie gänzlich entblößt fand. Wir wollen nicht den Krieg um des Krieges willen, aber wir wollen die Ehre Frankreichs, und das Volk, in dessen Namen ich rede, liebt die Ehre mehr als die Schande. Nach ihm sprach Odilon Barrot. Er that dar, daß Italien einzig und allein durch das vorherrschende demagogische Element zu Grunde gerichtet werde. Solle nun Frankreich sein Blut vergießen und seinen Schatz erschöpfen, um ungezügelte und vereinzelt dastehende Anarchisten zu unterstützen? Nachdem er hierauf gezeigt, daß es thöricht wäre, jetzt etwas zu thun, was Ledru Rollin im Februar nicht thun wollte, äußerte er, daß die Minister nicht deßhalb die Geschäfte übernommen hätten, um Herrn Ledru Rollin's Wünschen nachzuhelfen, sondern um dem Ruin aufzuhelfen, mit welchem derselbe das Vaterland überhäuft. Diese Aeußerung erregte lebhaften Beifall. Hr. Odilon Barrot schloß seine Anrede an Ledru-Rollin mit den Worten: Der ehrenwerthe Deputirte des Berges scheint einen Umstand zu übersehen, nämlich die Kraft, welche einer Regierung ihre Mäßigung und ihre Gesetzlichkeit verleihen. Die Herren Dupont (de Bussac) und Flocon machten hierauf noch vergebliche Versuche, der Versammlung ihre leidenschaftlichen Ansichten aufzudringen. Die motivirte Tagesordnung der Herren Bixio und Paguerre erhielt die Priorität und wurde mit 444 gegen 320 Stimmen angenommen. Herr Leon Faucher wollte diesen Sieg dazu benutzen, für den nächsten Montag die dritte Berathung des Clubgesetzes auf die Tagesordnung zu bringen, die Versammlung entschied indeß, daß diese Discussion erst am nächsten Freitag stattfinden solle.

Nachschrift.

** **Paris**, 1. April. An der heutigen Sonntagsbörse war die fünfprocentige Rente zu 88. 60 zu haben.

Die Zeitungen enthalten größtentheils nur Reflexionen über die italienischen Verhältnisse. Neuigkeiten von Belang finden sich nicht in ihnen.

Die Regierung hat gestern telegraphische Depeschen erhalten, welche melden, daß die Oesterreicher in Eilmärschen nach Toscana marschiren.

* **Bourges**, 31. März, 7 Uhr Abends. Eben wird Huber eingebracht und dadurch das für morgen Abend erwartete Ende des großen Processes verzögert. Seine Anwesenheit ruft nothwendig eine Nachinstruction hervor.

Basel, 2. April. (Basl. Z.) Gestern Abend sind endlich Mailänder Berichte vom 28., 29. und 30. März, heute Morgen vom 31. angekommen. Die „Gazzetta di Milano" vom 28. bringt den Text des Waffenstillstandes vom 26. März. Folgendes ist der Hauptinhalt: 1) Der König von Sardinien gibt die bestimmte und feierliche Zusicherung, daß er sich beeilen werde, Frieden zu schließen. 2) Er wird, sobald möglich, die aus Lombarden, Ungarn und Polen, österreichischen Unterthanen, bestehenden Corps auflösen, sich vorbehaltend einige Offiziere aus jenen Corps in seiner Armee zu behalten. Den betreffenden Militärs, die in ihr Land zurückkehren, wird von Radetzky volle Amnestie zugesichert. 3) Der König gestattet während des Waffenstillstandes die Occupation mit 20,000 M. des Landes bis an die Sesia, 3000 Oesterreicher besetzen gemeinschaftlich mit 3000 Piemontesen die Stadt und Festung Alessandria. Das Wort Sr. Majestät ist Bürge für die Sicherheit dieser Truppen des Kaisers. Diese Truppen werden auf Kosten der sard. Regierung verpflegt. Der König von Sardinien räumt das Gebiet von Piacenza, Modena und Toscana. 4) Da die Oesterreicher erst in 3—4 Tagen in Alessandria einrücken können, so garantirt der König von Sardinien deren ordentlichen Einzug in diese Festung. 5) Die sämmtliche sardinische Flotte verläßt binnen 14 Tagen das adriatische Meer. Der König ruft alle seine Truppen und Unterthanen durch den bestimmtesten Befehl aus Venedig zurück. 6) Der König verspricht, seine Armee in kürzester Zeit auf den Friedensfuß zu reduciren. 7) Da der König von Sardinien das Recht des Kriegs und Friedens hat, so sieht er aus diesem Grunde diesen Waffenstillstand für unverletzlich an (d. h. er bedarf keiner Genehmigung der Kammer). 8) Der König wird unverzüglich einen Bevollmächtigten in eine gemeinsam zu bestimmende Stadt senden, um den Frieden zu unterhandeln. 9) Der Friede wird nach gegenseitiger Convenienz abgeschlossen werden, der Marschall wird seinen Hof unverzüglich von dem ernsten Wunsche des Königs nach Frieden unterrichten. 10) Der Waffenstillstand gilt für die Dauer der Friedensverhandlung, im Fall des Abbrechens derselben soll er auf zehn Tage gekündigt werden. 11) Die Kriegsgefangenen werden unverzüglich durch beide Theile zurückgegeben. 12) Die kaiserlichen Truppen stellen ihre Bewegungen ein, die, welche die Sesia überschritten haben, ziehen sich wieder hinter dieselbe zurück. Unterzeichnet: Radetzky, Victor Emanuel und Chrzanowsky." Die in unserer letzten Nummer mitgetheilte Nachricht vom Abschluß des Friedens war nach Obigem voreilig.

Am 29. März ist Feldmarschall Radetzky in Mailand eingezogen mit zwei Brigaden und seinen Trophäen. — Die durch den gewaltigen Stoß hervorgebrachte Aufregung der Geister ist noch immer sehr groß. Viele wollen nicht an das Geschehene glauben, selbst in Mailand gibt es Leute, die die Rückkehr Radetzky's für einen Rückzug halten. Aus dieser Stimmung entstehen abenteuerliche Gerüchte, welche namentlich im Tessin herumgeboten und von manchen Schweizerblättern begierig aufgenommen werden. Namentlich sind die Berner Blätter unermüdlich, die handgreiflichsten Widersprüche und Erdichtungen zu verbreiten.

** **Turin**, 28. März. Der neue König Victor Emanuel hat folgendes Ministerium ernannt: Delaunay Auswärtiges und Conseilpräsident; Pinelli Inneres; Da Bormida Krieg; Nigra Finanzen; Christiani Justiz.

Ramorino ist unter scharfer Bedeckung hier eingetroffen und vor ein Kriegsgericht gestellt worden.

In der gestrigen überaus stürmischen Kammersitzung wurde auf den Antrag Josti's beschlossen, daß die Kammer sich permanent erklärt, auf den Lanzo's, daß der Waffenstillstand unverfassungsmäßig sei und die Executivgewalt ihn nicht annehmen könne ohne die Gesetze zu verletzen, endlich auf den Ravino's, daß das Ministerium sich des Hochverraths schuldig machen würde, sobald es den Einmarsch österreichischer Truppen in Alessandria zuließe oder die sardinische Flotte von Venedig zurückzöge.

Ueber den Aufenthalt Karl Alberts verlautet noch immer nichts Bestimmtes. Nach einigen Berichten hat er sich nach Portugal begeben, andere wollen wissen, daß er unter dem Namen eines Grafen von Bard ins Kloster von St. Moritz im Kanton Wallis gegangen sei. Unser Bericht aus Turin schließt mit den Worten: Turin ist ruhig und traurig.

Börsenberichte.

Wien, 30. März. 5pCt. Metall. 86⅛. — 4pCt. 68½. — 3pCt. —. — 2½pCt. 44⅞. — Bankactien 1120. — 500 fl. Loose 143½. — 250 fl. Loose 90. — Nordbahnactien 97⅝. — Gloggnitzer 93. — Mailänder 68.

An der Börse wurde der nahe Friedensabschluß mit Sardinien nicht bezweifelt, was die Kauflust für Fonds und Actien zu höhern Coursen erregte. Devisen sind etwas zurückgegangen, und zu Ende der Börse angeboten.

London, 31. März. 3pCt. Stocks 92⅛ à ⅜. — 5pCt. Span. 16⅞. 17⅛. — Neue 3pCt. 30⅝. ⅞. — 4pCt. Port. 26½. — 2½pCt. Holl. 49⅝.

Madrid, 26. März. 3pCt. 21⅞ B., n. d. B. 21⅝. ½ G. — 5pCt. 10, 9⅞ G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Naller.

| | | |

№ 81. —— Mittwoch —— den 4. April —— 1849.

Der Pränumerationspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postverwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 25.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Beilschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 25.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 75a.; 3) Hofkommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrseldt in Hamburg; 5) Obersecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt.

Telegraphische Depesche (Erwiederung des Königs von Preußen auf die Anrede der Deputation der deutschen Nationalversammlung).
Erinnerungen.
Deutschland. Frankfurt (Die Reichsverfassung im Druck erschienen). Prag (Wahl nach Frankfurt). Berlin (Preußens König und der Kaiserthumsstreit). Vom Niederrhein (Preußen und die Kaiserwahl). München (Eindruck der Kaiserwahl). Nürnberg (Bayern und die Kaiserwahl). Leipzig (Stadtverordnetenversammlung). Stuttgart (Der Abg. Schoder an seine Wähler. Zwei neue Gesetze). Rastatt (Struve und Blind Festungsgefangene). Gerlachsheim (Jubel über die Kaiserwahl). Kassel (Das Wahlgesetz angenommen). Darmstadt (Dankadresse an die Reichsversammlung) Auerbach (Versammlung von Vaterlandsfreunden). Lübeck (Die Freihafenanzeigenfrage).
Schweiz. Bern (Verbot der Werbungen für Sicilien und Neapel. Heinzen ausgewiesen).
Italien. (Officieller Bericht über die Schlacht von Novara).
Großbritannien. London (Die Fonds. Parlament).
Rußland. (Russische Circulardepesche).
Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.
Nachschrift.
Börsenberichte.

†* **Frankfurt**, 3. April, 9 Uhr Abends. *

Telegraphische Depesche.

Berlin, 3. April.

Erwiederung Sr. Majestät des Königs von Preußen
auf die Anrede der Deputation der deutschen Nationalversammlung.

Seine Majestät der König hat heute um 11 Uhr auf dem Schlosse die Deputation der deutschen Nationalversammlung empfangen und auf die Anrede derselben Folgendes erwiedert:

„Meine Herren! Die Botschaft, als deren Träger Sie zu Mir gekommen sind, hat Mich tief ergriffen. Sie hat Meinen Blick auf den König der Könige gelenkt, und auf die heiligen, unantastbaren Pflichten, welche Mir, als dem Könige Meines Volkes und als einem der mächtigsten deutschen Fürsten, obliegen; solch ein Blick, meine Herren, macht das Auge klar und das Herz gewiß.

In dem Beschluß der deutschen Nationalversammlung, welchen Sie, meine Herren, Mir überbringen, erkenne Ich die Stimmen der Vertreter des deutschen Volks. Dieser Ruf gibt Mir ein Anrecht, dessen Werth Ich zu schätzen weiß. Er erfordert, wenn Ich ihm folge, unermeßliche Opfer von Mir. Er erlegt Mir die schwersten Pflichten auf. Die deutsche Nationalversammlung hat auf Mich vor Allen gezählt, wo es gilt, Deutschlands Einheit und Preußens Kraft zu gründen. Ich ehre Ihr Vertrauen, sprechen Sie Meinen Dank darüber aus. Ich bin bereit, durch die That zu beweisen, daß die Männer sich nicht geirrt haben, welche ihre Zuversicht auf Meine Hingebung, auf Meine Treue, auf Meine Liebe zum gemeinsamen deutschen Vaterlande stützen. Aber, meine Herren, Ich würde Ihr Vertrauen nicht rechtfertigen, Ich würde dem Sinne des deutschen Volkes nicht entsprechen, Ich würde Deutschlands Einheit nicht aufrichten, wollte Ich mit Verletzung heiliger Rechte und Meiner früheren ausdrücklichen und feierlichen Versicherungen ohne das freie Einverständniß der gekrönten Häupter, der Fürsten und freien Staaten Deutschlands, eine Entschließung fassen, welche für sie und für die von ihnen regierten deutschen Stämme die entschiedensten Folgen haben müßte. An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Berathung zu prüfen, ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt, ob die Mir übertragenen Rechte Mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie ein solcher (?) ** es von mir fordert, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen. Dessen aber möge Deutschland gewiß sein, und das, meine Herren, verkündigen Sie in allen seinen Gauen: bedarf es des Preußischen Schildes und Schwertes gegen äußere oder innere Feinde, so werde Ich auch ohne Ruf nicht fehlen, Ich werde dann getrost den Weg Meines Hauses und Volkes gehen, den Weg der deutschen Treue.

Berlin, den 3. April 1849.

* Einem Theil unserer Leser ist diese telegraphische Depesche bereits durch ein Extrablatt mitgetheilt worden. Red. d. O.P.A.Z.

** Hier scheint in der telegraphischen Mittheilung ein Wort ausgefallen zu sein.

* Erinnerungen.

Den 28. März 1849 hat die Nationalversammlung das Ihrige gethan, um eine Verheißung zu erfüllen, welche die verbündeten Monarchen in der Proclamation von Kalisch am 25. März 1813 gemacht hatten. Sie hatten verheißen: „Die Wiederkehr eines ehrwürdigen Reiches in zeitgemäßer Gestaltung, welche allein den Fürsten und Völkern Deutschlands anheim gestellt bleiben und in ihren Grundzügen und Umrissen möglichst aus dem ureigenen Geiste des deutschen Volkes hervorgehen solle, damit Deutschland verjüngt und lebenskräftig und in Einheit gehalten unter Europa's Völkern dastehe." Fünfunddreißig lange Jahre war die zeitgemäße Gestaltung des ehrwürdigen Reiches den Fürsten allein anheim gestellt geblieben. Im sechsunddreißigsten Jahre gaben sich die Völker an die Arbeit und sind in zehn Monaten damit zu Stande gekommen. Werden die Fürsten noch einmal versuchen, das Werk, zu dessen Beginne sie ihre Zustimmung im März 1813, wie im März 1848 gegeben, im April 1849 zu vereiteln? Sie werden es nicht versuchen, wenn sie erwägen, wie ihre früheren Gegendestrebungen in Vorarbeiten umgeschlagen sind. Wenn die Regierungen ihren Klüber nicht vergessen haben, so werden sie sich erinnern, daß bei den ersten Berathungen über die Erfüllung der gegebenen Zusagen die Freiheit der Deutschen nicht nur, sondern auch die Einheit, und zwar durch ein erbliches mit Macht ausgerüstetes Kaiserthum ihnen vorschwebte; daß bald die einheitliche Spitze aufgegeben, dagegen eine Nationalrepräsentation am Bundestage vorgeschlagen wurde; daß Bayern und Württemberg sich der Errichtung eines Bundesstaates widersetzten, weil sie die Freiheit ihrer Unterthanen durch die Landesverfassungen besser gesichert glaubten; daß endlich der völkerrechtliche Staatenbund siegte, und die Bundesacte, von den Gebern als ein unvollständiges Werk bezeichnet, zur einstweiligen Beruhigung der Nation dargereicht wurde. Das deutsche Volk wird nicht vergessen, wie es fünfunddreißig Jahre lang mittelst der Bundesacte beruhigt worden ist, und wie ihm mit der Einheit, mit dem ehrwürdigen Reiche, auch die Freiheit abhanden kam. Der „unvollständigen" Bundesacte folgten vier Jahre später einige kleine „provisorische Ausnahmsmaßregeln", die Karlsbader Beschlüsse, welche durch die Censur, die Mainzer Centraluntersuchungscommission, durch Aufsicht über die Universitäten und die Ständekammern noch mehr Ruhe schaffen sollten. Zur Durchführung dieser Beschlüsse ward eine Executionsordnung erlassen, zu deren Anwendung der Bundestag bei der Willfährigkeit aller Regierungen keine Gelegenheit fand. Da dessen ungeachtet die Bundescommissionen immer mehr von Vulkanen und Umtrieben zu berichten wußten, welche den Boden der gesetzlichen Ruhe und Ordnung unterwühlten, auch Throne und Altäre in die Luft zu sprengen drohten, so ließen Oesterreich und Preußen im Jahre 1833 ihre Mitverbündeten zur Beschickung von Ministerialconferenzen einladen. Die Conferenzen wurden im Jahre 1834 gepflogen, und brachten eine Menge neuer Beruhigungsmittel zum Vorschein. Beamte sollen nicht ohne Urlaub in die Kammern treten, die Stände nicht über Bundesbeschlüsse berathen, die Soldaten nicht auf die Verfassung beeidigt, die Censurstriche nicht durch Lücken angedeutet werden, und was dergleichen Vorsichtsmaßregeln mehr waren. Das Ende davon war, daß der Bundestag im März 1848 alle diese Recepte zerreißen und der Unruhe ihren Lauf lassen mußte. Läßt sich auch nicht gerade behaupten, daß der Weg, welchen die deutschen Regierungen vom Wiener Congreß an bis zum Februar 1848 verfolgten, in der Absicht eingeschlagen wurde, die Verheißungen von Kalisch zu erfüllen, so ist doch thatsächlich richtig, daß er, wenn schon als Umweg, zu diesem Ziele geführt hat. Man hatte den Bundesstaat aufgegeben und aus Liebe zur Freiheit den Staatenbund vorgezogen. Allein, um für die Ruhe zu sorgen, wich man von dem Grundsatze der völkerrechtlichen Verbindung ab, und gerieth durch die Karlsbader und Wiener Conferenzbeschlüsse immer tiefer in ein staatsrechtliches Verhältniß hinein. Da man aber zauderte, den Bundesstaat ganz herzustellen, sah sich das Volk genöthigt, mitzuwirken. Der Bundestag schrieb die Wahlen aus, und nun ging die Sache ziemlich gut. Die Freiheit ist gesichert durch die Grundrechte, die Einheit durch die Reichsgewalt, es bedarf jetzt nur noch etwas guten Willen von Seiten der Regierungen und das ehrwürdige Reich steht da, ganz wie es die Proclamation von Kalisch gewollt, in zeitgemäßer Gestaltung, aus dem ureigenen Geiste des deutschen Volkes hervorgegangen. Die Geschichte lehrt, daß ohne die Beihilfe des Volkes nichts Gutes zu Stande kommt, und daß die deutschen Fürsten gewiß nicht wohl daran thun würden, wenn sie noch einmal einen Umweg zu dem nahe liegenden Ziele deutscher Freiheit und Einheit versuchen wollten. Die Durchführung der Verfassung vom 28. März 1849 liegt nicht minder im Interesse der deutschen Fürsten wie des deutschen Volkes. Schon bei den Karlsbader Conferenzen im Jahre 1819 sagte der württembergische Bevollmächtigte, Graf von Winzingerode: die Regierungen hätten mit der Volksvertretung das Princip der Volkssouveränetät anerkannt, und gegen die damit verbundene Gefahr gebe es keine Mittel mehr. Seine Worte waren: „Die Partie ist angefangen, die Regierungen haben diesen Point vergeben zu können geglaubt; wie sehr sie es bereuen mögen, die Partie muß ausgespielt werden."

Deutschland.

** **Frankfurt**, 4. April. Soeben ist in „amtlicher Ausgabe" und in der am 29. März d. J. von der deutschen Reichsversammlung beschlossenen Form „die Verfassung des deutschen Reichs" bei C. Krebs-Schmitt dahier im Druck erschienen. Der Eingang lautet demnach:

„Die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung hat beschlossen und verkündigt als Reichsverfassung:"

folgt der Wortlaut der Verfassung, am Schluß „zur Beurkundung" unterzeichnet von 366 Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung. — Bei der Kaiserwahl waren 538 Abgeordnete in der Paulskirche anwesend. Mithin haben mindestens 172 Abgeordnete die Reichsverfassung nicht unterzeichnet; unter ihnen die weitaus überwiegende Mehrzahl der Oesterreicher, Herrn v. Schmerling an der Spitze. Im übrigen finden wir in den Unterschriften, welche die Reichsverfassung als endgiltig uns verkündigt, alle Parteien und Fractionen der Reichsversammlung von der äußersten Rechten bis zu der äußersten Linken schon durch ihre bekannten Führer vertreten. Als die prägnantesten heben wir die Namen v. Radowitz, Gfrörer, Karl Vogt und Ludwig Simon hervor. — Die Reichsversammlung hält heute nach einwöchentlicher Ferie Sitzung. Auf der Tagesordnung steht Berathung des vom Abg. Bock Namens des Wehrausschusses erstatteten Berichts über zwei Petitionen aus Lübeck, betreffend Befreiung der Seeleute vom Wehrdienst im Landheer.

Prag, 29. März. Im Wahlbezirke Plan wurde Dr. Zimmer als Abgeordneter zur Frankfurter Nationalversammlung und Dr. Franz Klier als Ersatzmann gewählt.

† **Berlin**, Ende März. Es ist ein Verkennen unserer Verhältnisse, wenn man den Widerwillen der starkrömischen Partei gegen Preußen, wie er sich in Frankfurt bei allen Abstimmungen und hier wie dort durch die Verbündung mit der Demokratie gezeigt hat, in den Anstrichen suchen will, die sie sich scheinbar zu geben gewußt. Nicht nationale Triebfedern, sondern kirchliche Bestrebungen sind es, welche ihrem Operationsplane zu Grunde liegen. Sie erblicken in Preußen den Altar des Protestantismus und geben sich der festen Hoffnung hin, daß, wenn der Altar gefallen ist, das Feuer der Freiheit von selbst erlischt. Nichts beweist dies mehr, als die Wahlagitationen in der Erzdiöcese Köln, wo der Pinsverein stellenweise conservative, anderwärts radicale Abgeordnete durchgebracht hat; Alles aber unter der Voraussetzung, daß die Gewählten ihren Bund verstärken würden. Allein diese preußenfeindliche Partei ist in dem dichten Irrthume befangen, den es nur geben kann. Die reichen Spenden des Königs zum Kölner Dombau nahmen sie mit Dank gegen die Person des Gebers hin, wiewohl auch dieser zuweilen zweifelhaft erscheinen mußte. Die Regierung sollte nun alle Schuld tragen, und es sind ihr wirklich Dinge aufgebürdet, vor denen man staunen muß. Daß Preußens Regierung den Grundsatz unparteiischer Gerechtigkeit gegen alle Confessionen übt, wird durch ein Ereigniß bewiesen, welches Jedem, der bisher noch nicht hat sehen wollen, die Augen öffnen muß; in Schlesien hat es, soweit es bekannt geworden, freudige Anerkennung gefunden, und sie wird ihm bei keinem Ehrenmanne fehlen. Von 1810 an und im Laufe der folgenden Jahre waren nämlich in dieser Provinz die unbesetzt gebliebenen Pfarrstellen bis gegen 80 gestiegen; es war Niemand da, der das Pfarrgut für sich auf Grund eines Rechtstitels in Anspruch nahm, und die Regierung zog es als herrenloses Gut ein. Nachdem sich nun das Bedürfniß zur Errichtung neuer Pfarrsysteme in neuerer Zeit herausgestellt hatte, trat die fürstbischöfliche Curie in Breslau deßhalb mit der Regierung in Unterhandlung. Diese wurde von dem trefflichen Diepenbrock mit so viel Ruhe und Würde geführt, daß eine Verständigung auf Grund vorgenommener Abschätzung ohne alle Zwischenfälle zu Stande kam, und vor einigen Tagen hat die Regierung Anweisung zur Empfangnahme von 120,000 Thlr. gegeben. Die Briefe, welche Diepenbrock in dieser Angelegenheit hierher geschrieben, sind voll von der Genugthuung über die Gerechtigkeit der Regierung; und wenn irgend Etwas, so ist diese Maßregel im Stande, von ihren Absichten gegen die katholische Kirche das beste Zeugniß abzulegen. Sollte diese so unglücklich sein, aus ihren Angelegenheiten eine rein politische Frage zu machen, so wird sie zu spät zu der Erkenntniß kommen, daß sie an ihrem Untergange gearbeitet hat. Deutschland würde ein beklagenswerthes Land sein, wenn die alten kirchlichen Mißhelligkeiten wieder in den Vordergrund geschoben würden, und um die politische Freiheit wäre es geschehen.

Nach dem neuesten Militärwochenblatte ist dem Generallieutenant v. Prittwig, Commandeur der Garde-Infanterie ꝛc., der Oberbefehl über die nach Schleswig-Holstein bestimmten Reichstruppen übertragen und der Generalmajor v. Hahn zum Chef des Stabes bei demselben ernannt, dem Generalmajor v. Hirschfeldt, Commandeur der 7. Division, das Commando über die nach Schleswig-Holstein bestimmte Division übertragen.

** **Vom Niederrhein**, 3. April. Nicht nur aus der Paulskirche in Frankfurt, von den Vertretern des deutschen Volkes, ergeht der Ruf an Preußens König, dem mühsam aufgerichteten Einheitsbau unseres Vaterlandes durch Annahme der Kaiserkrone den Schlußstein einzufügen, theils die Freude über den Frankfurter Beschluß, theils Besorgniß, daß derselbe in Berlin vergebens seiner Vollziehung harre, läßt nun, in der ersten Stunde, in allen Gauen das Volk unmittelbar seine Stimme erheben, auf daß das große Wort vom 28. März zur lebendigen That werde, noch ehe der Mai in das Land geht. Zeuge dessen ist der Triumphzug der Frankfurter Reichsdeputation durch das Rheinthal, die preußische Rheinprovinz und Westphalen, der Festschmuck und der Volksjubel, mit welchem sie in Städten nicht nur wie Düsseldorf, Dortmund, Bielefeld, Minden, Bückeburg, Hannover, sondern auch in den kleineren und kleinsten Orten empfangen und gefeiert wurde. Zeuge dessen sind die Volksabgeordneten, die, wie z. B. von Braunschweig, der Deputation der Reichsversammlung nach Berlin vorausgeeilt sind, um den König zur Annahme der ihm vom deutschen Volk dargereichten Krone zu bewegen, Zeuge dessen sind endlich die Adressen, welche die constitutionellen Vereine von Bonn, Hamm, Iserlohn, in gleicher Absicht an den König von Preußen gerichtet haben und denen voraussichtlich noch viele andere folgen werden. Wird Friedrich Wilhelm IV., kann er den Ruf der Nation ungehört lassen? Die Rheinlande und die rothe Erde von Westphalen sind zu deutsch, als daß sie solches von ihrem deutschen König befürchten könnten.

□ **München**, 31. März. Jetzt wissen wir, warum vorgestern das Regierungsblatt mit der Vertagungsverlängerung wieder zurückgezogen worden ist. Aber die Minister selbst wissen zur Stunde kaum, was sie thun sollen; denn es kann für kommende Fälle ebense gut sein, die bayerischen Parlamentsmitglieder bis zum letzten Augenblicke in der Paulskirche anwesend sein zu lassen, als wie die Kammern baldmöglichst um sich zu versammeln. Beide bayerischen Kammern haben bekanntlich jüngst sehr großdeutsch debattirt und beschlossen. Der altbayerische Adel mit sammt dem altbayerische Clerus haben sich nicht irre machen lassen in ihrer alten Vorliebe und würden noch heute und augenblicklich lieber ganz österreichisch, als deutschbayerisch sein und werden zu sollen unter dem protestantischen Preußenkaiser. Aber der altbayerische Adel mit sammt dem altbayerischen Clerus und dessen zahlreichem Anhang ultramontaner Natur in Stadt und Land machen gleichwohl das Volk der Bayern vom Inn bis an die Saale und vom Böhmerwald bis an den Niedermain nicht aus, von der Rheinpfalz gar nicht zu reden. Wir meinen, das wird sich auch, — freilich nicht im Reichsrathe, wohl aber sicher und bestimmt in der Volkskammer zu erkennen geben, wenn erst die entscheidenden Fragen entscheidend besprochen werden müssen. Darum möchten wir es für gerathen erachten, die Vertagung abzukürzen statt zu verlängern, damit wir bald erfahren, woran wir sind und sein sollen. Wird der König von Preußen ausschlagen oder annehmen? Während wir diese Zeilen schreiben, ist der Telegraph vielleicht schon thätig, die Antwort an das Wesende Deutschlands zu bringen. Wir werden einige Tage in höchster Spannung zubringen müssen. Abends nach dem Eintreffen des Wahlresultats, — denn um des Himmels willen nicht die traurige Abstimmung mit einer Majorität von bloß vier Stimmen bei der Vorfrage über das Erbkaiserthum hätte vorausgehen sollen, — erschienen bald große Maueranschläge von unbekannter Hand, um das Volk auf die wichtige Neuigkeit aufmerksam zu machen. Ein Morgenblatt sagt heute boshaft, die Anschläge seien, wohl aus Theilnahme des Volks, zumeist abgerissen worden. Werden wir Fahnenschmuck sehen und Illuminationen? Werden die Glocken ertönen und Volksjubel vernehmbar sein? Aber noch fehlt ja zunächst die Antwort aus Berlin und dann fehlt für uns erst noch manches Andere.

Nürnberg, 31. März. Wir haben seit längerer Zeit mit trüben Blicken auf die Frankfurter Versammlung gesehen. Durch die Verhandlungen blickte in den letzten Wochen wenig deutscher Sinn hindurch, es schien sich Alles in particularistische und Parteiinteressen aufzulösen. Man mußte sich beschämt gestehen: wir sind der nationalen Einheit nicht mehr fähig; zu lange waren die Glieder auseinander getrennt; zu mächtig wirken die Herrschergelüste der Dynastien ein; zu wenig deutsch sind die Republikaner, sie verbinden sich für ihre Idee mit der ganzen Welt, wenn auch Deutschland darüber in Trümmer ginge; völlig undeutsch sind die Ultramontanen, ihre Privatzwecke gehen ihnen über das Vaterland und die Freiheit verlangen sie nur, um unter ihrem Namen zu herrschen. Was soll so werden? — Da hören wir heute die Wahl des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser. Fast die Hälfte der Versammlung hat sich nicht in deutschem, sondern in republikanischem, dynastischem und ultramontanem Interesse der Abstimmung enthalten. Eine klägliche Erscheinung! Das ist Deutschland! War's doch Allen beim Beginne der Nationalversammlung klar, daß uns Einheit vor Allem Noth thue, daß dem deutschen Volke Einheit der höchste Wunsch sei, daß eine feste Einheit nicht unter einem fürstendirectorium, sondern nur unter einem einzigen, einem Kaiser möglich sei — und um dieses Resultat, diese geringe Mehrheit selbst gegen das Opfer eines Wahlgesetzes, das bei seiner weiten Ausdehnung der Wählbarkeit wahrlich wenig Segen verspricht. Wird der König von Preußen die Wahl annehmen? Werden sich die anderen Könige fügen? Wir Bayern befinden uns bei diesen neuen Verhältnissen in einer bedenklichen Lage. Unsere Regierung hat bis jetzt ganz und gar keine Neigung für das preußische Kaiserthum gezeigt; noch in den letzten Tagen lasen wir in halboffiziellen Münchener Blättern von der Nothwendigkeit, eine deutsche Verfassung zu octroyiren und an die Spitze von Deutschland ein Bundesdirectorium zu setzen. Die Stimmung des Volkes in Franken ist für das preußische Kaiserthum; sie will die Einheit, eine kräftige Einheit des Vaterlandes mit Hintansetzung aller anderen Rücksichten. Auch das südliche Bayern sieht nach den letzten Schritten Oesterreichs ein, daß für die Einheit kein anderer Weg ist, als den König von Preußen an die Spitze zu stellen — wird unsere Regierung, ohne sich einer kräftigen Unterstützung im Volke bewußt zu sein, gegen Preußen sich erklären, sich mit Oesterreich etwa zu einer Protestation durch die Waffen verbinden? Wir können und wollen das nicht glauben, vielmehr wünschen und erwarten, daß unsere Dynastie dem deutschen Vaterland das nothwendige Opfer willig bringe! Die Folgen eines bewaffneten Einschreitens wären unabsehbar!

*~ **Leipzig**, 2. April. Auf Anregung des Vicebürgermeister Koch berief der Stadtrath gestern die Stadtverordneten zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen und empfahl ihnen folgenden Antrag zur Annahme: das Collegium möge durch eine aus Mitgliedern des Stadtraths und der Stadtverordneten zu bildende Deputation den von der Reichsversammlung nach Berlin gesendeten Abgeordneten bei ihrer heutigen Durchreise durch Magdeburg die Sympathien der Stadt Leipzig für die Kaiserwahl ausdrücken lassen. Das Collegium der Stadtverordneten hat diesen Antrag mit bedeutender Majorität (nur acht Mitglieder stimmten dafür) abgelehnt. Es befremdet dies um so mehr, je günstiger im Allgemeinen die Kaiserwahl hier aufgenommen wurde, und nur die Besorgniß, Preußens König werde die dargebotene Krone nicht annehmen, den freudigen Eindruck schwächte. Die Erklärung zu jener Abstimmung dürfte indeß am sichersten in dem Uebelstande zu suchen sein, daß wie unsere Ständeversammlung, so leider auch das Collegium der Stadtverordneten aus den vom deutschen Verein und vom Vaterlandsverein veröffentlichten Candidatenlisten hervorgegangen und somit das Parteiwesen selbst in jene früher über den Parteien stehende Versammlung übertragen worden ist. Die 8 Stimmen für den Antrag gehören fast sämmtlich Mitgliedern des deutschen Vereins, die Mehrzahl der gegnerischen Stimmen Mitgliedern des Vaterlandsvereins an.

* **Stuttgart**, 3. April. Der Reichstagsabgeordnete Schoder hat von Frankfurt aus folgende Erklärung an seine Wähler gerichtet:

Das erblich deutsche Kaiserthum ist geschaffen. Ich habe aus den in meinem letzten Berichte angegebenen Gründen gegen dasselbe gestimmt. Nachdem aber die Mehrheit sich für dasselbe entschieden hatte, erachtete ich es für meine Pflicht, an der Wahl Theil zu nehmen, welche natürlich auf keinen anderen der regierenden Fürsten fallen konnte, als auf den König von Preußen, nicht wegen seiner Persönlichkeit, sondern wegen der Macht, welche er vertritt. Ich habe zu allen Zeiten den Grundsatz aufgestellt und vertheidigt, daß die Nationalversammlung einzig und allein die Verfassung festzustellen habe; darunter verstand ich nicht blos, daß sich die Fürsten zu unterwerfen haben, sondern auch das Volk. Will aber der Abgeordnete diese Forderung stellen, so muß er zugleich selbst mit gutem Beispiele vorangehen und sich, wenn er in der Minderheit sich befindet, glattfalls den Beschlüssen der Mehrheit unterwerfen. Darum habe ich, abweichend von einem großen Theile meiner politischen Freunde, an der Wahl Theil genommen, nachdem die Mehrheit beschlossen hatte, daß ein regierender Fürst erblich an die Spitze Deutschlands zu stellen sei. Ganz in gleicher Weise habe ich mich bei der Bildung der provisorischen Centralgewalt verhalten, wo ich gegen die ein, einen Beschränkungen des Gesetzes, wie die Unverantwortlichkeit des Reichsverweses u. s. w. war, nach Annahme des Gesetzes aber des bei der Wahl mich betheiligte. Möge die neue Verfassung, welche man die freisinnigste monarchische Verfassung Europas wird nennen können, gute Früchte tragen, und möge dieselbe ohne ernstliche Verwickelungen zum Heile des Vaterlandes durchgeführt werden, so, daß sich auch die große Zahl derer damit versöhnen kann, welchen die Schaffung eines erblichen Kaiserthums als ein Verstoß gegen die Richtung der Zeit und die Bedürfnisse des Volkes erscheint. Adolph Schoder.

Im heutigen „Schwäbischen Merkur" ist die Bekanntmachung zweier Gesetze enthalten. Das eine betrifft die Erhöhung der Streitmacht bis zur Höhe von zwei Procent nach dem Beschlusse der deutschen Reichsversammlung vom 15. Juli 1848, das andere die Aufhebung der den Standesherren und deren Familien bisher zugestandenen Ausnahme von der Kriegsdienstpflicht und der Stellvertretung bei Erfüllung derselben. — Der ehemalige Kriegsminister, Generallieutenant (a. D.) Frhr. v. Hügel, ist in Kirchheim im Alter von 75 Jahren mit Tod abgegangen.

Rastatt, 2. April. Mit dem Bahnzug, der um 12 Uhr Mittags aus dem Oberland hier ankommt, sind heute die Verurtheilten Struve und Blind, unter Bewachung einer Abtheilung des 2. Infanterieregiments, hier eingetroffen, und wurden vom Bahnhof aus in zwei Wagen mit angemessener Bedeckung nach der Basteі 30 gebracht, wo sie vor ihrer Verurtheilung gesessen. Der hiesige Aufenthalt wurd nur bis zur Entscheidung des Oberhofgerichts über das von dem Vertheidiger Brentano ergriffene Rechtsmittel der Cassation dauern.

Garlachsheim, im Taubergrunde, 30. März. Die gestern Nachmittag hier angelangte Nachricht von der Wahl des erblichen Kaisers der Deutschen wurde hier mit großem Jubel aufgenommen und Abend durch Kanonendonner und Musik gefeiert. Auch von auswärts hörten wir den ganzen Nachmittag Kanonendonner, ein Beweis, daß das Volk einverstanden ist mit der That der Nationalversammlung, obgleich unser Abgeordneter Damm von Tauberbischofsheim gegen die Erblichkeit gestimmt und bei der Wahl des Kaisers sich der Abstimmung enthalten hat. (D. Z.)

|| * **Mannheim**, 30. März. Der hiesige neue vaterländische Verein hat nachstehende Adresse an die deutsche Reichsversammlung gerichtet:

„Hohe Nationalversammlung! Endlich hat diese hohe Versammlung die Thatkraft wieder gefunden, welche bei den uns rings umher drohenden Gefahren allein im Stande war, das Vaterland zu retten! Mit banger Erwartung hatten wir seit längerer Zeit dieses Augenblicks geharrt, und wir begrüßen ihn daher um so freudiger, je fester bei uns die Ueberzeugung wurzelt, daß das große Ziel der Wiedergeburt, die Einigung der deutschen Volksstämme, nur durch diese hohe Versammlung erreicht werden konnte. Sie haben diese schwierige Aufgabe würdig gelöst; nehmen Sie dafür unsern aufrichtigen Dank! Wir sind überzeugt, daß Tausende und aber Tausende heute dasselbe Gefühl durchdringt, und wir dürfen die beruhigende Hoffnung hegen, daß, sowie die deutsche Nation in den Jahren 1813—15 sich in einem gewaltigen, der Befreiung von fremdem Joche begeisterte, sie auch heute die endliche Einigung der deutschen Stämme, die Begründung des deutschen Bundesstaats, die Wiederherstellung des deutschen Kaiserreichs mit Jubel begrüßen wird. Freilich wird sich in diesen Jubel der Schmerz über die scheidenden Brüder aus Oesterreich mischen. So ist im Leben keine Freude ungetrübt! Aber uns tröstet der Gedanke, daß die Bande, welche gleiche Sprache, gleiche Geschichte, und gleiche Interessen seit vielen Jahrhunderten geknüpft haben, nachhaltiger sind, als daß sie durch Machtgebote zerrissen werden können. Wir vertrauen fest darauf, daß Deutschl aus Vaterlandsliebe den Faden finden wird, aus dem der neue Bund Deutschlands mit Oesterreich gestaltungen werden kann. Unterstützen lohne Sie, deutsche Männer, das Bewußtsein, nach bestem Wissen und Gewissen das Möglichste, das Erreichbare erstrebt und den Grund zu einem Bau gelegt zu haben, der, wenn dem menschlichen Auge irgend ein Blick in die Zukunft gestattet ist, dem deutschen Vaterland wieder die alte Herrlichkeit, Macht und Größe zu verbürgen scheint. Mannheim den 30. März 1849. Der neue vaterländische Verein. Zur Beglaubigung Dr. Ladenburg."

* **Kassel**, 2. April. Die Ständeversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung das Gesetz zur Einführung des neuen Wahlgesetzes einstimmig (41 Stimmen) angenommen.

** **Darmstadt**, 31. März. In der letzten Sitzung des hiesigen constitutionell-monarchischen Vereins entstand eine ziemlich lebhafte Discussion über eine Aufforderung des Heidelberger Vereins, sich an dessen schon mehrfach besprochener Adresse an die Nationalversammlung für Ausschluß der österreichischen Abgeordneten aus derselben anzuschließen. Wiewohl dies einerseits bedeutende Bedenken erregte und man im jetzigen Augenblicke eine solche Sprache nicht für angemessen, vielmehr die der Versöhnung und Mahnung zur Verbrüderung und Eintracht für räthlicher hielt, so drang doch bei der Mehrheit der nicht großen Anzahl Anwesender, aus Besorgniß noch bevorstehender Kämpfe in der Nationalversammlung über die neue Verfassung, welche der König von Preußen in ihrer alldemokratischen, neuen Umwälzungen die Bahn eröffnenden Form (man hob namentlich das suspensive Veto hervor) nicht annehmen werde, die entgegengesetzte Ansicht durch und der Beitritt zur Heidelberger Adresse wurde beschlossen. Indessen ist man doch zu milderen Ansichten zurückgekommen, wie die abgefaßte Adresse beweist, die also lautet:

„Hohe Nationalversammlung! Wir wollte es unternehmen, den tiefen und schmerzlichen Eindruck zu schildern, den die Abstimmung über den Welcker'schen Antrag in der Nationalversammlung am 21. v. M. auf alle Freunde unseres theuren Vaterlandes gemacht. Schon glaubte man die Einheit, und mit ihr die Freiheit und das Glück der Deutschen, wofür sich dieselben mit einer Begeisterung und Aufopferung vor einem Jahre erhoben, wie kein Beispiel in der deutschen Geschichte zu finden ist, für lange Zeit zu Grabe getragen. Trauer und wieder Trauer sah man auf allen Gesichtern. Diesem tiefen Schmerz folgte das Gefühl der entsetzlichsten Schaam, denn wer hätte es für möglich gehalten, daß Deutsche nur um ihre Parteizwecke zu erreichen, einen Bund schließen könnten, der gar nichts weiter gerichtet war, als die Verfassung Deutschlands um jeden Preis unmöglich zu machen und in diesem Chaos ihre ganz entgegengesetzten Bestrebungen zu vermirklichen. Wer hätte geglaubt, daß sich an diesem Bunde mit wenigen Ausnahmen alle Oesterreicher betheiligten, deren Pflicht nach der octroyirten Verfassung Oesterreichs es nothwendig muß, aus der Nationalversammlung zu scheiden. — Allein der Genius Deutschlands hat gewacht; ein Theil der Parteien erschrak vor der Tragweite dieses unheilschwangeren Sieges, und trat zu der Fahne des Vaterlandes zurück, wodurch die verlorne Schlacht zu einem Siege sich umwandelte, der zur Ehre dieser Männer in der Geschichte seinen Platz einnehmen wird! — Vertreter des deutschen Volkes! Der 28. März 1849, der alle Hoffnungen des Vaterlands wieder erweckt hat, wird für Euch ein Ehrentag sein. Ihr hatt an diesem Tage den Grundstein der deutschen Einheit und Größe, und soweit des Glückes gelegt. Der Dank des Vaterlandes wird aus allen Gauen zu Euren Ohren dringen, und es wird Euch das Bewußtsein erfüllen, Eure große Aufgabe wie deutsche Männer gelöst zu haben. Gott schütze das Vaterland!"

Eine Adresse desselben Sinnes und Inhalts hat der vaterländische Verein an die deutsche Reichsversammlung gerichtet.

† **Auerbach**, 1. April. Diesen Nachmittag hatten wir hier eine Versammlung der vaterländischen Vereine unserer Gegend, fern von all dem Fahnen- und Kranzgepränge, dem Schiessspectakel und der an die Charlatans früherer Tage stark mahnenden Musik der Volksversammlungen, fanden sich die Mitglieder, deren viele den beiden Darmstädter constitutionellen Vereinen angehörten, um 3 Uhr in den großen Saal desselben Gasthofs ein, in dessen Hof wir unlängst die Zeugen der pöbelhaftesten Auftritte gegen die Grundrechte, den deutschen Kaiser u. s. w. waren, Damals tobte die Darmstädter Demokratie ohne allen Beifall der Bergsträßer gegen alles Errungene; heute sahen wir von den tüchtigsten und besten Bürgern und Bauern das Errungene froh und freudig begrüßt, es mit warmer Herzlichkeit anerkannt. Sehr treffend und schön sprach der Vorsitzende des Benshеimer Vereins, Dr. Kraus, sich über Zweck und Bedeutung der vaterländischen Vereine aus. Advocat Fuhr aus Darmstadt folgte ihm in gediegener Rede, in der er die Grundrechte als ein Heiligthum empfahl, dem jeder seine Wünsche und Bestrebungen unterzuordnen nannte. Die Volkssouveränetät der Demokratie, sagte er, erschiene ihm, wie das goldene Kalb, die der wahren Männer der Freiheit wie die Arche des Bundes. Advocat Kraus brachte am Schluß seiner Rede dem neugewählten Kaiser ein dreifaches mit Jubel begrüßtes Hoch. Pirscher und Lipp sprachen sich in begeisternder Weise über Heinrich Gagern aus, besonders der Letztere, dessen Rede oft von rauschendem Beifall unterbrochen wurde. Folge der erst spät sich trennenden Versammlung war die Bildung eines vaterländischen Vereins in Auerbach, dem ein anderer in Seeheim wahrscheinlich schon in dieser Woche folgen wird. Ich darf Sie bei dieser Gelegenheit wiederholt versichern, daß die Volksversammlungen und andere Umtriebe der Umsturzmänner in unserer Gegend nicht den mindesten Boden finden.

Lübeck, 30. März. Dem hiesigen Handelsstande ist angezeigt worden, daß binnen Kurzem zwei Reichscommissarien eintreffen würden, um die in der Lübecker Denkschrift ausgesprochenen Wünsche eines Entrepots mit Freihafenberechtigung an Ort und Stelle einer näheren Prüfung zu unterziehen und über die Ausführbarkeit an das Reichshandelsministerium zu berichten.

Italien.

Hauptquartier Novara, 24. März. (Officieller Bericht.) Die für unsere Waffen so glänzenden Gefechte von Gambalo und Martara, in welchen der Feind eine bedeutende Macht entwickelte, zeigten, daß wir es mit der Hauptmacht unseres Gegners zu thun hatten. Es handelte sich also nur darum, zu wissen, ob der bereits überflügelte und im Rücken genommene Feind seine Kräfte bei Novara concentriren und dort eine Hauptschlacht wagen, oder trachten würde, Vercelli zu erreichen und sich hinter der Sesia mit den jenseits des Po noch befindlichen Streitkräfte in Verbindung zu setzen. Demgemäß waren sämmtliche Corps dergestalt disponirt, daß sie sich nach Umständen rechts gegen Novara oder links gegen Vercelli wenden konnten. Das zweite Armeecorps, unter Befehl des Feldzeugmeisters Baron d'Aspre, war von Mortara aus auf der directen Straße gegen Novara vorgerückt, ihm folgten das dritte und Reservecorps; das vierte und erste bewegten sich in paralleler Richtung gegen die Rückzugslinie des Feindes. Am 23. Vormittags 11 Uhr stieß das zweite Armeecorps bei Olengo auf den Feind, welcher Anfangs wenig Kräfte entwickelte und daher zu glauben Anlaß gab, daß er hier uns eine Arrieregarde zur Deckung seines Rückzuges gelassen habe. In dieser Voraussetzung drang Se. k. Hoh. Erzherzog Albrecht mit seiner Division rasch vor, ihm folgte in einiger Entfernung die Division des Feldmarschallieutenants Graf Schaffgotsch. Allein bald zeigte diese Voraussetzung sich irrig und man erkannte, daß man es mit der ganzen, gegen 50,000 Mann starken Hauptmacht des Feindes zu thun habe. Sogleich entspann sich ein blutiges Gefecht, welches von unserer Seite mit beispiellosem Muthe geführt ward, während der Feind mit nicht minderer Energie angriff und stets neue Kräfte ins Gefecht brachte. Die Truppen des Erzherzogs, der sich auf allen bedrohten Punkten in Person befand, thaten Wunder der Tapferkeit, und da der Erzherzog keinen Fuß breit weichen wollte, so war unser Verlust auf dieser Seite sehr beträchtlich. Inzwischen war die Division Schaffgotsch auch in die Schlachtlinie eingerückt, allein die Uebermacht des Feindes war immer noch zu groß, als daß diese verhältnißmäßig so schwache Truppe hätte lange Widerstand leisten können. Der Feldmarschall, von der Lage der Dinge unterrichtet, ließ sogleich das dritte Armeecorps, welches Feldzeugmeister d'Aspre bereits zu seiner Unterstützung aufgefordert hatte, dann das Reservecorps in Eilschritten vorrücken, während gleichzeitig der Befehl an das erste und vierte Armeecorps ertheilt ward, sich gegen die rechte Flanke des Feindes zu dirigiren. Beiläufig um 4 Uhr Nachmittags traf das dritte Armeecorps, 14 Bataillons stark, auf dem Schlachtfelde ein. 7 Bataillone rückten in die Schlachtlinie ein, während die übrigen 7 Bataillone als Reserve dem Mittelpunkte folgten, hinter welchen sich noch das Reservecorps als Unterstützung befand. Ungefähr um 6 Uhr traf auch das vierte Corps ein und stellte sich à Cheval der Straße nach Vercelli auf. Jetzt begann von allen diesen Punkten ein concentrischer Angriff auf den Feind, der demselben nicht widerstehen konnte und daher überall zu weichen begann. Von seiner natürlichen Rückzugslinie abgedrängt, mußte er sich gegen die Gebirge werfen. Während des Rückzugs ward Novara von den eigenen Truppen geplündert, ja an vielen Orten angezündet. In der Nacht abdicirte König Karl Albert zu Gunsten seines Sohnes, des Herzogs von Savoyen. Bereits waren die Dispositionen zur Verfolgung des Feindes getroffen, als Parlamentäre eintrafen und Waffenstillstand ansuchten. Tags darauf fand eine Unterredung zwischen dem neuen König und dem Feldmarschall statt, in Folge deren der Waffenstillstand wirklich abgeschlossen wurde. Die Bedingnisse desselben werden seiner Zeit zur öffentlichen Kenntniß kommen. Der beiderseitige Verlust ist groß, doch jener des Feindes bei Weitem bedeutender als der unserige. Das Schlachtfeld ist mit Todten bedeckt und Tausende von Verwundeten füllen die Spitäler von Novara. Unter den Todten und Verwundeten finden sich von beiden Armeen mehrere Generale und viele Officiere höheren Ranges. Wir enthalten uns, die Namen derjenigen aufzuzählen, die sich an diesem Tag mit Ruhm bedeckten, und werden diese Pflicht nachtragen, sobald die Details bekannt sein werden. Mehrere Tausend Gefangene, viele Kanonen und anderes Kriegsmaterial fielen in unsere Hände.

Großbritannien.

London, 31. März. Die Fonds sind heute etwas gestiegen, weil die italienischen Nachrichten Vertrauen erwecken; über die Folgen der deutschen Kaiserwahl sind dagegen die Ansichten sehr verschieden. Auf dem Discontomarkt hält es fortwährend schwer, die vorhandenen Geldmassen in größeren Beträgen und sicher anzubringen. Dieser Zustand wird wohl noch fortdauern, da das Geld sich schneller anhäuft, als der Handel zunimmt. Der Wochenbericht der Bank ergibt in den Hauptrubriken nur geringe Veränderungen. Da die erwarteten Gelder für die mexikanische Dividende ausgeblieben sind, so hat das Steigen der mexikanischen Papiere aufgehört.

Im Oberhause erklärte gestern Lord Lansdowne, daß zu seinem Bedauern die auf den Krieg in Italien bezüglichen Papiere nicht vor Ostern vorgelegt werden könnten. Er zeigte zugleich an, daß der neue König von Sardinien, zum Zwecke weiterer Unterhandlungen und Uebereinkommen, einen Waffenstillstand mit Radetzky abgeschlossen habe; auch sei bereits ein Ablemmen getroffen, kraft dessen das Herzogthum Savoyen nicht länger durch österreichische Truppen besetzt gehalten werde, während die wichtigen Grenzfestungen zugleich österreichische und piemontesische Truppen zur Besatzung erhalten würden. Auf beiden Seiten seien ferner Schritten zur Leitung der künftigen Unterhandlungen, die hoffentlich zu einem dauernden Frieden führen würden, Bevollmächtigte ernannt. Lord Aberdeen äußerte, daß er diese Nachrichten mit Vergnügen höre, und darin, falls Alles sich so verhalte, einen neuen Beweis der österreichischen Mäßigung erblicke.

Im Unterhause gab Sir R. Peel eine allgemeine Uebersicht der Lage Irlands und hob die Punkte hervor, welche nach seiner Ansicht die von der Krone zu ernennende Commission vorzugsweise ins Auge fassen müsse, um Anhaltspunkte für eine durchgreifende und umfassende Besserung der irischen Zustände zu gewinnen; insbesondere müsse auf Hebung der aus der schlimmen Lage der Grundbesitzer erwachsenden Uebelstände hingearbeitet werden.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

☞ **Hamburg**, 1. April. 6½ Uhr Abends. Die Kopenhagener Post ist von Obetrit über Wismar um 5 Uhr Nachmittags hier angekommen. Die Zeitungen reichen bis zum 30. Abends. Sie lauten wieder sehr kriegerisch. Namentlich sind sie darüber sehr ungehalten, daß doch bereits Reichstruppen ins Schleswigsche eingerückt sind. Die guten Dänen waren naiv genug, zu glauben, man werde sie am 27. März ohne Schwertstreich über die Königsau ziehen lassen. Eine besondere Entrüstung gibt sich wiederum bei ihnen gegen Preußen kund, welches neben dem früheren General (Bonin) noch einen Oberbefehlshaber in der Person des General v. Prittwitz den Anführern zu Hilfe gesandt habe. Der Kriegsminister General Hansen hat am 28. die Hauptstadt verlassen, um sich zum Heere nach Alsen zu begeben; er soll vom Staatsrathe unumschränkte Vollmacht erhalten haben, und wird eine Zusammenkunft mit dem Könige halten, der von Alsen nach Fridericia gereist, dort die neuen Befestigungen besichtigt und jetzt im Schlosse „Frederiksgave" auf Fühnen seine einstweilige Residenz genommen hat. „Fyens Avis" will wissen, General v. Krogh werde den Oberbefehl über das dänische Operationsheer übernehmen. Bis zum letzten Augenblicke (noch am 29. und 30.) glaubte man übrigens in Kopenhagen, die Dänen würden am 27. unbedingt ins Schleswigsche eingerückt sein. Besonders haben sie es dies Mal nach ihren eigenen Aeußerungen auf die Besetzung der Inseln an der schleswigschen Westküste, namentlich Sylt's, Romöe's und Föhr's, abgesehen. — Ein russischer und ein englischer Courier war in den letzten Tagen in Kopenhagen angekommen. So dürfte denn doch der Ausbruch des Krieges am 3. d. M. unvermeidlich sein. Jedenfalls müßte dann aber die Centralgewalt die erst kürzlich wieder in Schwerin und Lübeck abgeschlossenen Verträge wegen der Fortdauer der Postverbindung über Wismar-(pr. Obotrit) und über Lübeck (pr. Malmö und pr. Lübeck) annulliren, weil sonst von hier und von Altona aus nach Kopenhagen fortwährend Nachrichten über die Stellung und die Operationen des Reichsheeres würden gegeben werden können und gegeben werden.

Die „Deutsche Reform" theilt als Beitrag zu den über die Verlängerung des schleswig-holsteinischen Waffenstillstandes gepflogenen Verhandlungen folgende zwei Schreiben mit:

„Der Reichscommissär Stedmann hat eine schriftliche Erklärung darüber gewünscht, wie ich die hinsichtlich der verlängerten Waffenruhe mir gegebene Ordre aufgefaßt habe, und dabei bemerkt, daß seines Wissens in diesem Augenblicke sich wohl fünf Bataillone Reichstruppen in der Stadt Schleswig befänden. Ich trage kein Bedenken, die von mir mündlich ertheilte Antwort hier schriftlich wiederzugeben, indem ich erkläre: Daß, insofern nicht die Feindseligkeiten von der andern Seite ihren Anfang nehmen, und in sofern die in Schleswig eingerückten Reichstruppen wieder zurückgehen, ich laut meiner Instruction bis zum 2. April, Abends 12 Uhr, den Waffenstillstand als bestehend betrachten werde. Sollte es unmöglich sein, die Entfernung der vorgenannten fremden Truppen aus Schleswig zu bewirken, werde ich demnach die Waffenruhe als fortbestehend betrachten, bis ich Instructionen, die ich mir gleichfalls ausbitten werde, vom Ministerium erhalte, immer jedoch unter der Voraussetzung, daß keine Feindseligkeiten von dort her begangen werden und daß nicht mehre Reichstruppen im Herzogthum Schleswig einrücken als die jetzt dort befindlichen. Sonderburg, am 28. März 1849, 4 Uhr Nachmittags. (Gez.) Bülow, Generalmajor, Hochstcommandirender der königl. dänischen Truppen auf der Insel Alsen.

Das darauf bezügliche Schreiben des Reichscommissars Stedmann in Rendsburg an den General v. Prittwitz lautet:

„Ew. Exc. beehre ich mich, anbei abschriftlich eine Erklärung des königl. dänischen commandirenden Generals in Bezug auf der Waffenruhe mitzutheilen. Der Termin ist so kurz und die Betrügung so unausführbar, wenn derselbe in Kopenhagen festgehalten wird, daß ich meinerseits von aller politischen Rücksicht absehen muß, und es Ew. Exc. nur anheim geben kann, Hochstero militärische Zwecke ohne weiteres zu verfolgen. Die Blokade der schleswig-holsteinischen Küsten tritt jedenfalls erst mit dem 3. April Morgens ein. Da der Rücktritt der gemeinsamen Regierung der Herzogthümer gestern gleichzeitig eingetreten ist mit dem Ablauf des Waffenstillstandes von Malmö, so lege ich mein Mandat als Commissär nach Art. 8 dieses Vertrages als in jeder Hinsicht erloschen an. Mit vorzüglicher Hochachtung Ew. Exc. gehorsamster Diener (Gez.) Stedmann, Reichscommissar."

Nachschrift.

Frankfurt, 4. April. Zur näheren Erläuterung der Antwort des Königs von Preußen an die Deputation der Reichsversammlung dient folgende Aeußerung des Ministerpräsidenten in der Sitzung der zweiten Kammer am 2. April anläßlich der Adreßdebatte: Ministerpräsident: Ich will den Weg näher bezeichnen, den die Regierung zu gehen gedenkt! Die Regierung hat stets den Standpunkt der Hingebung an die Sache der deutschen Einheit und Einigkeit, aber auch den der gewissenhaften Achtung der Rechte der deutschen Regierungen eingenommen. Nachdem das große Werk um einen neuen Schritt weiter geführt worden, wird die Regierung Alles aufbieten, daß das Ziel ganz erreicht werde; sie hält aber die letzten Frankfurter Beschlüsse nur für diejenigen Regierungen für verbindlich, welche ihre freie Zustimmung dazu geben, und wird nichts unversucht lassen, eine Einigung unter den Fürsten zu Stande zu bringen. (Beifall rechts, Zischen links.) (Vergl. auch den heutigen Berliner Börsenbericht.)

München, 1. April. Einem heute hier verbreiteten Gerüchte zufolge solle bezüglich der Kaiserwahl wie der von der Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung überhaupt, eine Proclamation des Königs an das bayerische Volk erscheinen. Es dürfte dies indessen wohl erst der Fall sein, wenn man aus Berlin die Bestimmtheit hat, daß Friedrich Wilhelm die Kaiserkrone angenommen habe, wie man in den höheren Regionen unserer Stadt befürchtet. Im schnellsten Falle kann indessen hierüber erst bis morgen bestimmte Nachricht aus Berlin hier eintreffen. Einstweilen betrachtet man im Publikum die Kaiserwahl im Allgemeinen noch sehr gleichgiltig; man hört weder von Demonstrationen für, noch gegen dieselbe, obwohl die Ansichten hierüber hier sehr getheilt sind.

Die „Neue Münchn. Zeitung" meint, es verstehe sich von selbst, daß Bayern die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung, sowie die Kaiserwahl nicht anerkennen werde; deßgleichen dürfe keinerlei Zweifel darüber sein, daß „Bayern die neuesten Beschlüsse der Frankfurter Versammlung in keiner Beziehung als endgiltig ansehe."

Pest, 27. März. Baron Rübeck ist nicht, wie anfangs in mehreren Zeitungen gemeldet wurde, mit Leitung der Civilangelegenheiten Ungarns betraut, sondern in amtlicher Stellung an die Seite des Feldmarschalls Windischgrätz getreten. Indessen verlautet noch nichts über sein Wirken. Man erzählt sich von einem Armeebefehl, welcher in Folge der eingetretenen neuntägigen nassen Witterung den weiteren Operationen der k. k. Truppen gegen die Theiß und gegen Debrezin Halt gebiete. Die eigenthümliche Beschaffenheit Mittelungarns, diese sumpfigen Niederungen machen bei schlechter Witterung das Fortschaffen eines großen Artillerie- und Bagagetrains, wie ihn die k. k. Armee mit sich führt, fast zur Unmöglichkeit. Die Operationen der Truppen sollen sich demnach auf Behauptung des bereits besetzten Terrains und auf die eifrige Bewürmung der Festungen Komorn und Peterwardein beschränken. Ban Jellachich, der in letzterer Zeit mit seinem Armeecorps in Ketskemet stand, hat sein Hauptquartier auf Szegled zurückgeschoben. Das in Oberungarn operirende Armeecorps soll zum Theil auf Waitzen zurückgegangen sein, wo eine Schiffbrücke geschlagen wurde, muthmaßlich um diese Truppen ebenfalls vor die Komorner Laufgräben zu ziehen. Der Insurgentenhaufe unter Görgey hat sichern Nachrichten zufolge Loschong in Oberungarn genommen und scheint zum Ersatz Komorns herbeieilen zu wollen. Aber der unermüdliche Schlick eilt über Hevesch und Borschod (ungarische Comitate) dem kühnen General nach und leicht dürfte diesem der Rückzug abgeschnitten werden. Dembinski soll das Obercommando an General Better abgetreten haben, und von Debrezin aus als Kriegsminister die Operationen leiten. Relata refero. (A. Z.)

Pest, 27. März. Dembinski versteht sich auf combinirte Manöver und unerwartete Märsche, das muß ihm sein Todfeind nachsagen; dies hat schon früher sein Auftreten in Lithauen bewiesen; dazu hat er in Ungarn an dem lehmigen Boden und der fortwährend nassen Witterung zwei gefährliche Alliirte. Der unaufhörliche Landregen hat den Boden dermaßen unterwaschen, daß man fast zu dem Glauben kommt, die pontinischen Sümpfe seien gleich hinter dem Weichbild der Stadt Pest gelegen. Mit Kanonen und schwerer Cavallerie ist es platterdings unmöglich durchzukommen. Dies und der Flankenmarsch des Insurgentenchefs Görgey hat das am linken Flügel operirende Armeecorps veranlaßt, sich auf Waitzen zurückzuziehen, um den Plan der Rebellen zu vereiteln, über die Waag zu setzen und den Entsatz von Komorn zu versuchen. Gestern um 1 Uhr Nachmittags passirte die Bagage der Reserve die hiesige Schiffbrücke. Auch der Ban, dessen Hauptquartier gestern in Czegled (an der Eisenbahn zwischen Pest und Szolnok) war, wird sich mit seiner Heerjäule näher gegen die Hauptstadt ziehen und eine feste Stellung nehmen. In dieser sichern und sichernden Stellung gedenkt man trockenes Wetter abzuwarten, um dann erst die Offensive mit aller Heeresmacht aufs neue zu ergreifen. Die Capitulation von Peterwardein und der Fall von Komorn hat sich bis jetzt noch nicht bestätigt. Nach einem Briefe aus Raab vom 20. März begann die Beschießung der letztern Festung erst am 19. März. Die Garnison versuchte abermals einen Ausfall aus dem Donaubrückenkopf gegen unsere Schanzarbeiten, wurde jedoch zurückgeworfen. (A. Z.)

Börsenberichte.

☞ **Frankfurt**, 3. April. Die steigende Tendenz hielt auch an heutiger Börse an; für sämmtliche Fondsgattungen konnte man abermals höhere Course als gestern bedingen. Von österreichischen Papieren bleiben 5pCt. Metall. 75⅛ „ ⅜, 2½pCt. Metall do. 40⅛ „ ⅜. Wienerbankactien 1190 fl., 500 fl. Loose 126½ pCt., 250 fl. Loose 79⅛ „ ½ pCt. Von den übrigen Anlehenslosen Kurh. 40 Rthlr. Loose 27½ Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 28½ fl., do. 50 fl. Loose 45¼ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 70 fl., Nassauer 25 fl. Loose 20⅞ fl., Sardinische Loose 25⅛ Fr., Polz. 500 fl. Loose 74½ Rthlr. Von säcularischen Obligationen 4½pCt. Württemberger 94½ pCt., do. 3½ pCt. 75¾ pCt., Badische 3½pCt. Obligationen 77 pCt., do. 5pCt. v. Jahr 1848 95½ pCt., Nassauer 3½pCt. Obligationen 80¾ pCt., do. 5pCt. vom Jahr 1849 99⅝ „ ⅜ pCt. Holländische 2½pCt. Integralen 49¾ pCt., Portugies. 2½pCt. 43⅛, do. 4½pCt. 83⅝ „ ditto 5pCt. 89½ „. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 33⅛ Rthlr., Berbach 73½ pCt., Köln-Minden 75½ pCt., Taunus 279 fl. ex dividend. 3pCt. inländ. Sysn. anfangs 22½ pCt. G., schließen Ende Börse 22⅛ à 22½ pCt. Alle Wechsel heute wieder gestiegen. Paris 95½, texten 120½, Wien 104½, Leipzig und Berlin 105½, Amsterdam 100½, Hamburg 88⅝. Abends in der Effectensocietät, nach Ausgabe der Madrider Post, bleiben 3pCt. inl. Sysn. 22½ pCt. Geld.

Berlin, 1. April. Staatsschuldscheine 79⅝ bez., Seehandlungs-Prämienscheine 93⅛ G., Bankanzeile 88⅛ u. ⅞ bez., Berlin-Hamburg 46½ bez., Köln-Minden 75¼ à 76⅛ bez., Friedr. Wilh.-Nordb. 32⅛ bis 33⅛ bez. u. Br., Rhein. 48 Br., Thüringische 49 bez., Russische 4pCt. bei Stieglitz 86½ G., Poln. 300 fl. Loose 73½ bez. u. G., do. 200 fl. Loose 97½ G., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 15½ bez. u. G.

Die Mittheilung des Ministerpräsidenten in der heutigen Kammersitzung über die Annahme der deutschen Kaiserwürde seitens unseres Königs machte einen sehr günstigen Eindruck auf die Börse; von Fonds wurden besonders die inländischen Staatseffecten, von Eisenbahnactien aber mehrere bedeutend besser bezahlt, und blieben fast ohne Ausnahme auch am Schlusse der Börse zu den erhöhten Preisen gefragt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. J. Müller.

Führer durch die Messe.

Band-, Seide-, Wolle-, und Baumwolle-Waaren.

Geschäfts-Eröffnung.

Hiermit beehre ich mich, die ergebene Anzeige zu machen, daß ich am heutigen Tage auf hiesigem Platze ein Geschäft in

französischen Bändern, Hutstoffen, Gürtel, Schleier, Tülle, Spitzen, Gimpen, Fransen,

sowie allen in dieses Fach einschlagenden Artikeln eröffnet habe, und halte mich unter Versicherung billigster Bedienung geneigtem Zuspruch bestens empfohlen.

Frankfurt am Main, den 31. März 1849.

[928] ***Louis Nössell***, Zeil Haus Mozart 70.

Zur Messe in Frankfurt am Main, Neue Kräme, im Weed.

Die Strumpfwaaren- und Tüllspitzen-Manufactur

von **G. Bach** in Limbach bei Chemnitz in Sachsen

Zur Messe in Leipzig, Schuhmachergäßchen Nr. 14.

empfiehlt ihr Lager von allen Sorten

Baumwollen-, Fil d'Ecosse-, Halbseidner-, Seidner- und Wollner-Handschuhe und Mitaines, so wie Geldbörsen, Damen- und Kinder-Hauben, Hosenträger, Unterhosen und Unterjacken. Alle Arten Baumwollner- und Frobinet-Spitzen sowohl in glatt als auch gestickt. [967]

---

[995] **Joseph Schell**, Corsetten-Fabrikant aus Ludwigsburg,

empfiehlt für diese Messe wieder sein schon längst bekanntes Lager in Damen- und Kinder-Corsetten, sowie auch Morgen-Leibchen, mit und ohne Elastik, und verkauft en gros wie en detail zu äußerst billigen Preisen. Auch habe ich wieder eine große Auswahl aller Arten Gummi-Bälle und gebe diese ebenfalls zu sehr billigen Preisen ab.

Meine Bude befindet sich wie gewöhnlich auf dem Römerberg, hinterer Gang, vis-à-vis dem Römer.

B. Tollmann aus Schönkirch, bei Weyden in der Oberpfalz,

empfiehlt sich in allen Sorten Beutelleinen und Kreyp zu den billigsten Fabrikpreisen. Sein Lager befindet sich während der Messe in Frankfurt a. M. an der Stadtwage. [957]

Kleider und Putz für Herren und Damen.

[945] ☞ **Ein großes Leipziger Meß-Lager** ☜

ist zur Versteigerung bestimmt!

Das ganze Lager steht aber vor der Versteigerung während der Messe dem hiesigen Publikum zu Gebot und kann daselbst noch billiger gekauft werden als auf der Versteigerung selbst.

Die Ausstellung und der Verkauf der Waaren befindet sich während der Messe:

☞ im Laden Neukräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels. ☜

Verzeichniß und Preis-Courant der Waarrn.

Sommer-Hosenzeuge und Sommer-Bukskin, neueste geschmackvollste Muster, die ganze Hose 1 fl., 2 fl. und höher; **feinste Tuche und Bukskin**, die ganze Hose 3½ bis 6½ fl.

3000 Stück Westenstoffe in Wolle, Seide, Sammt, Piqué u. s. w., die neuesten geschmackvollsten Muster, von 24, 30, 36, 48 kr., 1 fl. bis 1 fl. 45 kr.

2000 fertige Sommerröcke in besten Stoffen, nach neuestem Schnitt angefertigt, pr. Stück 2 fl. 42 kr., 3½, 4½ bis 8½ fl.

Schlafröcke und Hausröcke, gut wattirt, von 2 fl. 42 kr. bis 5½ fl.

1000 Stück Regenschirme in schwerster Lyoner Seide und mit dauerhaften Gestellen, von 3½ bis 5½ fl.

2000 Stück feinste Tuchschirme vom besten Verdan, pr. Stück 1 bis 2 fl.

Ueberraschende Auswahl in Sonnenschirmen, die neuesten geschmackvollsten Muster, mit Garnituren, Verbrämungen und Fransen, pr. Stück 1 fl. 45 kr. bis 3½ fl.

500 Stück Reisetaschen pr. Stück 1 fl. 36 kr. bis 2½ fl.; fertige Hemden von 1 fl. bis 2½ fl.; Cravatten in Atlas und Lasting von 18, 24, 36 kr. bis 1 fl. 12 kr.; seidene Foulards (Taschentücher) von 1 bis 2 fl.; viereckige Herrenbinden in Seide von 1 fl. bis 1 fl. 45 kr.; Atlas-Shawls und Schlips für Herren von 1 fl. bis 1 fl. 45 kr.; Sommertücher, Sommerbinden, feinene bunte Taschentücher u. s. w. von 9 kr. und höher.

2000 Paar Gummihosenträger von 8 bis 48 kr.; Glacé-Handschuhe von 18 kr. und höher; Fichus in Seide von 12 kr. an und noch viele Artikel, die zum Ausverkauf bestimmt sind.

☞ Sämmtliche Waaren sind von der Commission abgeschätzt und daher die oben bezeichneten Preise der Waaren aufs äußerste gestellt; es wird jedoch bei Abnahme von größeren Partien ein Abzug von 10 Procent bewilligt.

☞ Der öffentliche Verkauf vor der Versteigerung ist nur während der Messe **Neukräme Nr. 27**, dicht neben dem Braunfels, bei

J. Sachs aus Berlin.

Im Laden Neukräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels.

☞ **Avis für Damen.** ☜

Die anerkannt größte Damen-Mäntel-Fabrik

von **D. H. Daniel** aus Berlin

empfiehlt zur gegenwärtigen Messe ein aufs reichhaltigste assortirtes Lager eleganter und geschmackvoller nach neuester Pariser Façon angefertigter

Mantillen, Mantelets, Paletting's, Frühjahrs-Mäntel und Visites

von Sammet in allen Farben, glatt und damass. Atlas, Satin chine, moiré, Taffet, changeant und weiß Cachemir.

☞ **Verkaufs-Local: Neue Kräme Nr. 34 im Laden des Herrn Lorie** vis-à-vis vom Braunfels. [924]

---

[772] **H. G. von Oven**, Bleidenstraße 24., empfiehlt sein wohlassortirtes Lager in:

schwarzen seidenen Herrenhalsbinden in Taffet und Atlas, Sommerhalsbinden in Seide, Halbseide, Jaconnet und Foulard, ächt ostindischen Taschentüchern, Chatelaines, Foulard- und Atlas-Brochetüchern.

---

[724] **Local-Veränderung.**

Das Mantillen-, Mode- und weiße Waaren-Lager von

C. Schlesinger

befindet sich von heute an Liebfrauenberg Nr. 33 neu.

Kurze und Quincaillerie-Waaren.

[969] **Carl Stoll** aus Ulm

macht die Anzeige, daß er mit einer Partie ausgezeichnet feiner elfenbeinener Musterwaaren in geschnittener und gemusterter Arbeit hier angekommen ist, und empfiehlt sie zur gefälligen Einsicht. Hotel Schröder Zimmer Nr. 18.

Die Harmonica's-Fabrik

von **Wagner & Comp.** in Gera

empfiehlt zur Frankfurt a. M. Frühjahrsmesse ihre bekannten solid gearbeiteten Fabrikate in allen Sorten Accordion und Accord-Harmonica's zu billigen Preisen, und macht außerdem auf ihr gut assortirtes Lager in Berliner Kurz-Waaren, namentlich Cigarren-Spitzen, Papp-Sachen, Lanterie, Leder, lackirte Blechartikel ꝛc. aufmerksam.

Verkaufslocal, Markt Nr. 46 (früher Lit. K Nr. 124, auf dem Römerberg neben dem steinernen Hause. [792]

Fasolt, Enß & Greiner

aus Lausch a bei Coburg

beziehen auch diese Messe wiederum mit ihrem bestens assortirten Lager von feinen und ordinären gemalten Pfeifenköpfen, sowie gemalte Bildchen für Broschen, Ohrringe, Nadeln ꝛc. und empfehlen sich unter Versprech reeller Bedienung zur geneigten Abnahme bestens. Ihr Lager befindet sich am Main in der Ecke zum Gerbergäßchen vis-à-vis [951]

Alfred Richard Seebaß u. Co. aus Offenbach a. M. und Berlin

empfehlen ihr mit vielen neuen Gegenständen assortirtes Fabrik-Lager

seiner Eisengußwaaren, Berliner bronzirten Korbwaaren, gefaßten und ungefaßten Lithophanien.

Meßlager in Frankfurt am Main: Römerberg nahe dem Römer.

Fabrik- und Haupt-Lager in Offenbach am Main: Waldstraße 39. [950]

Uhren.

Die Schwarzwälder-Uhrenfabrik-Niederlage bei J. Eckhardt, Rossmarkt F. 10 empfiehlt sich mit großer Auswahl der neuesten Gegenstände, nebst Lager von Pariser und Wiener Pendul- und Rahmen-Uhren, Genfer Musik-Dosen und Musikwerke, Vogel-Orgeln ꝛc. in der beliebten Qualität zu den billigsten Preisen. [781]

Stein-Waaren, Porzellan, Steingut.

Die Porzellain-Fabrik von C. G. Schierholz aus Plauen bei Arnstadt empfiehlt während der Messe ihr wohl assortirtes Lager in Lithophanien, Figuren, Vasen und allen der Fabrikation anpassenden Gegenständen. — Logis: **Hôtel Schröder Nr. 5.** [962]

Tafelwaaren und Delicatessen.

[904] **Dürre Morcheln,**

für Käufer en gros à 2 fl. 42 kr. bei

Milani-Minoprio,

kleiner Hirschgraben 3.

---

[570] Spanische und deutsche Prunellen, Pistol und Palermo Pflaumen, getrocknete saure und süße Kirschen, Mirabellen, Zwetschen, mehrere Sorten Capern, Oliven, Nürnberger Essiggurken, reiner und weißer Burgunder-Essig, Tafel-Olivenöl, Pariser und Düsseldorfer Senf, getrocknete Champignons, Morcheln mit Trüffeln, neue Ta'elfeigen, Datteln, Citronen, Orangen, Malaga- und Sultanini-Rosinen, römische Haselnüsse, Schalen- und andere Mandeln, Parmesan- und Schweizerkäse, Göttinger Würste, weißhängende Schinken, holl. und Genueser Sardellen, holländ. und marinirte Häringe, Büdinge, Lavendan und Strecksische billigst en gros et en detail bei

A. Heuninger,

Markt, in den drei Römern, 40 neu

Wechsler-, Effecten- und Lotterie-Bureaux.

Lotterie-Comptoir

von **Michael Oppenheimer**, Zeil 47, Hrn. Bohler gegenüber. [847]

---

[849] **Coupons und Staatspapiere**

An- und Verkauf bei **Michael Oppenheimer**, Zeil 47, Herrn Bohler gegenüber.

---

[921] **Anzeige.**

Die von den Unterzeichneten gestempelten Coupons à N° 30. in Papier pr. 1/13. Jan. 1849 von Hope'schen Certificaten über 6pCt. Russische Inscriptionen werden, à fl. 15. 34 kr. per Stück bei denselben eingelöst.

Frankfurt a. M., den 31. März 1849.

Grunelius & Comp.

---

[943] **Benachrichtigung.**

Zum Behuf der kostenfreien Besorgung neuer Zins-Coupons-Bogen zu den K. K. Oesterreichischen unterm 1. April 1836 ausgestellten 5pCt. Metallique-Obligationen können die denselben beigegebenen Talons vom 1. April bis 1. Juni 1849 jeden Mittwoch und Samstag in den Vormittagsstunden zur Abstempelungbei uns vorgezeigt werden.

Frankfurt a. M., 1. April 1849.

Gebrüder Bethmann.

Transport.

Rheinische Dampfschiffahrt.

Kölnische Gesellschaft

Tägliche Fahrten vom 1. März 1849:

Von **Mainz** Morgens **6** Uhr nach **Köln (Düsseldorf, Elberfeld-Hamm)**.

„ **Mainz** **8½** „ „ **Köln (Aachen)**.

☞ Durch die Post- und Schnellschiffe „Beethoven" und „Rubens", im Anschluss an den Eisenbahnzug Morgens 7 Uhr von **Frankfurt**.

„ **Mainz** Morgens **10½** Uhr nach **Köln (Minden-Berlin** etc.)

„ **Mainz** Nachmitt. **2½** „ „ **Mannheim**.

☞ Von **Biebrich rheinabwärts ½ Stunde später wie in Mainz.**

Von **Mannheim** Morgens **6** Uhr nach **Köln**.

„ **Coblenz** rheinaufwärts Morgens **6, 8** und **12** Uhr, rheinabwärts Morgens **10½** und Nachmittags **12½** und **2½** Uhr.

„ **Köln** Morgens **5½** Uhr nach **Mainz**, Morgens **9½** und Abends **10** nach **Coblenz-Mannheim**, Morgens **5½** nach **Arnheim**.

„ **Arnheim** Morgens **6** Uhr nach **Köln, Coblenz, Mainz, Mannheim.** [539]

Nähere Auskunft und Billete in Frankfurt a. M. bei dem Agenten Herrn **F. Böhm**, Rossmarkt, auf dem Filial-Bureau bei Herrn **G. B. Pelli** auf der Zeil, im Taunus-Bahnhofe, und für die Postrei-enden im Posthureau.

Verschiedene Anzeigen.

Bonn-Kölner Eisenbahn-Gesellschaft.

[956]

Einladung zur Generalversammlung.

In Gemäßheit des § 19 des Statuts unserer Gesellschaft wird hiermit die

diesjährige General-Versammlung der Herren Actionäre auf Montag den 7. Mai, Morgens 9 Uhr,

im großen Saale des Gasthofs zum Stern dahier

einberufen.

Die nähere Anzeige hinsichtlich der nach § 24 des Statuts erforderlichen Legitimation über den Actienbesitz, sowie der Verabfolgung der Eintrittskarten und Stimmzettel, wird zeitig erfolgen.

Bonn, 28. März 1849. **Die Direction der Bonn-Kölner Eisenbahn-Gesellschaft.**

Christian Walter in Freiburg

läßt den 13. April und folgende Tage gebundene Bücher aus allen Wissenschaften versteigern, wovon auf frankirte Briefe das Verzeichniß zu erhalten ist und Aufträge angenommen werden von

[953] **H. L. Bl. Goar**, Zeil 33.

Ein kleines Oekonomie-Gut

im Umkreis von 10 à 15 Stunden von Frankfurt, im Preise von ca. 20 bis 50,000 fl. wird zu kaufen gesucht. Portofreie Offerten nebst genauer Beschreibung ertheilt hierüber

Friedr. Dilthey in Frankfurt.

---

[971] In ein Institut wird ein französischer Lehrer gesucht, welcher nicht ganz unbekannt mit der deutschen Sprache ist und bald eintreten kann. Briefe franco.

Ein kleines Landgut, des besten Ackerlandes, Wiesen und Gärten, mit mehreren großen ausländischen Zierbäumen ꝛc., in deren Mitte das Wohn- und Oekonomie-Gebäude (meistens ganz neu erbaut) sich befindet, ist in Unterrad, nur fünf Minuten von einer lebhaften Stadt a. M., an den königl. Hofgarten und Palmerie-Park angrenzend, gelegen, unter annehmbaren Bedingungen zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfrage J. G. Müller in Frankfurt a. M. Allerheiligengasse Nr. 30. [945]

---

[968] **Meß-Local.**

Ein geräumiger Laden sammt Comptoir und Wohnung in vorzüglichster Meßlage ist für die folgenden Messen zu vermiethen. Näheres bei G. D. Winter im Nürnberger Hof Nr. 10 neu.

Sehenswürdigkeiten.

[964] **Kunst-Anzeige.**

Die Gebrüder Johannowitsch nebst Damen aus Pesth sind hier angekommen und werden ihre Vorstellungen, bestehend aus Tänzen und lebenden Bildern (welche von Damen ausgeführt werden) während der Messe allen im Saale des deutschen Hofs. Der Anfang Dienstag den 10. April. Den Schluß der Vorstellungen bilden 24 Gruppen lebende Bilder, ausgeführt von Damen. Näheres die Zettel.

Druck von August Osterrieth.

(Rest Kourscollationsblatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch. (Extra-Beilage zu № 84.) 4. April 1838.

Oesterreich. Kaiserliche Verordnung vom 28. Februar, wodurch die Einfuhr fremder Bücher, Musikalien, Landkarten, Kupferstiche, Lithographien und Holzschnitte verboten wird.

Wir Ferdinand der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Hungarn und Böhmen, König der Lombardie und Venedig, Dalmatien, Croatien, Sclavonien, Galizien, Lodomerien und Illyrien, König von Jerusalem, Erzherzog von Oesterreich, Herzog von Lothringen, Salzburg, Steyer, Kärnthen, Krain und der Bukowina, Großherzog von Siebenbürgen, Markgraf von Mähren, Herzog von Ober- und Niederschlesien, Großherzog von Krakau, Herzog von Modena, Parma, Piacenza, Guastalla, Auschwitz und Zator, Fürst von Trient und Brixen, Markgraf von Ober- und Niederlausitz und in Istrien, Graf von Hohenems, Feldkirch, Bregenz, Sonnenberg, Herr zu Triest, Cattaro und auf der Windischen Mark, Großwoiwod der Wojwodschaft Serbien, etc. etc. etc.

Finden Uns bewogen, die Einfuhr fremder Bücher, Musikalien, Landkarten, Kupferstiche, Lithographien und Holzschnitte, welche bisher nur mit Bewilligung der Hofkanzlei gestattet war, gänzlich zu verbieten.

Wir verordnen demnach, daß alle Bücher, Musikalien, Landkarten, Kupferstiche, Lithographien und Holzschnitte, welche nicht in Unseren Erbländern gedruckt oder verlegt worden sind, ohne Ausnahme, sie mögen in was immer für einer Sprache geschrieben oder gedruckt sein, von der Einfuhr in Unsere Erbländer ausgeschlossen bleiben.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. Mai 1838 in Wirksamkeit.

Gegeben in Unserer Residenzstadt Wien, den 28. Februar im Jahre Eintausend Achthundert Achtunddreißig, Unserer Regierung im Achtzehnten.

Ferdinand.

Graf Kolowrat.

Graf Inzaghi.

Graf Mittrowsky.

Graf Sedlnitzky.

Graf Taaffe.

Graf Wrbna.

Graf Hartig.

Graf Pachta.

Graf Salm.

Graf Wilczek.

Graf Stadion.

Graf Ugarte.

Graf Hoyos.

Graf Dietrichstein.

Graf Saurau.

Graf Mitrowsky.

Graf Kinsky.

Graf Clam.

Graf Czernin.

Graf Chotek.

Graf Wallis.

Graf Sternberg.

Graf Lazansky.

Graf Kuefstein.

Graf Breuner.

Graf Hardegg.

Graf Thun.

Graf Colloredo.

Graf Wimpffen.

Graf Auersperg.

Graf Lamberg.

Graf Schaffgotsch.

Graf Schlick.

Graf Nostitz.

Graf Harrach.

Graf Fünfkirchen.

Graf Haugwitz.

Graf Kollowrat.

Graf Zichy.

Graf Waldstein.

Graf Wurmbrand.

Graf Stubenberg.

Graf Fiquelmont.

Graf Pergen.

Graf Ficquelmont.

Graf Reichenbach.

Graf Sedlnitzky.

Graf Taaffe.

Graf Wrbna.

Graf Hartig.

Graf Pachta.

Graf Salm.

Graf Wilczek.

Graf Stadion.

Graf Ugarte.

Graf Hoyos.

Graf Dietrichstein.

Graf Saurau.

Graf Mitrowsky.

Graf Kinsky.

Graf Clam.

Graf Czernin.

Graf Chotek.

Graf Wallis.

Graf Sternberg.

Graf Lazansky.

Graf Kuefstein.

Graf Breuner.

Graf Hardegg.

Graf Thun.

Graf Colloredo.

Graf Wimpffen.

Graf Auersperg.

Graf Lamberg.

Graf Schaffgotsch.

Graf Schlick.

Graf Nostitz.

Graf Harrach.

Graf Fünfkirchen.

Graf Haugwitz.

Graf Kollowrat.

Graf Zichy.

Graf Waldstein.

Graf Wurmbrand.

Graf Stubenberg.

Graf Fiquelmont.

Graf Pergen.

Graf Ficquelmont.

Graf Reichenbach.

Zur Geschichtsschreibung der Kaiserwahl.

Wir haben bereits in unserer Zeitung mehrere Nachrichten über die Wahl Karls des Großen zum römischen Kaiser mitgetheilt. Wir fügen heute noch einige Bemerkungen über die Geschichtsschreiber dieser Wahl hinzu. Die Hauptquellen sind: Einhard, Annalen; Nithard, Geschichte; Ermoldus Nigellus, Gedicht; Theganus, Leben Ludwigs des Frommen; Astronomus, Leben Ludwigs des Frommen; Annalen von Fulda; Annalen von Metz; Annalen von St. Bertin; Annalen von St. Vedast; Annalen von Xanten; Annalen von Lorsch; Annalen von Salzburg; Annalen von Mailand; Annalen von Pavia; Annalen von Genua; Annalen von Venedig; Annalen von Ravenna; Annalen von Rom; Annalen von Neapel; Annalen von Benevent; Annalen von Capua; Annalen von Amalfi; Annalen von Gaeta; Annalen von Sorrent; Annalen von Salerno; Annalen von Otranto; Annalen von Bari; Annalen von Tarent; Annalen von Brindisi; Annalen von Lecce; Annalen von Gallipoli; Annalen von Taranto; Annalen von Reggio; Annalen von Messina; Annalen von Palermo; Annalen von Trapani; Annalen von Marsala; Annalen von Girgenti; Annalen von Syracus; Annalen von Catania; Annalen von Augusta; Annalen von Noto; Annalen von Modica; Annalen von Ragusa; Annalen von Scicli; Annalen von Vittoria; Annalen von Comiso; Annalen von Chiaramonte; Annalen von Licata; Annalen von Terranova; Annalen von Caltagirone; Annalen von Piazza; Annalen von Enna; Annalen von Nicosia; Annalen von Troina; Annalen von Cefalù; Annalen von Termini; Annalen von Corleone; Annalen von Monreale; Annalen von Partinico; Annalen von Alcamo; Annalen von Castellammare; Annalen von Trapani; Annalen von Marsala; Annalen von Mazara; Annalen von Sciacca; Annalen von Agrigento

und die Deputirten, geleitet von Magistrat und Stadtverordneten, in offenen Wagen durch die Volks- und Wagenreihe einfuhren.

— **Berlin**, 2. April. Von der letzten Sitzung der ersten Kammer, am vorigen Freitag, war kaum etwas zu berichten. Die Kammer hat ihre Geschäftsordnung en bloc angenommen. Die heutige Sitzung begann, bei leerem Ministertisch, mit Urlaubsangelegenheiten. Dann wurde auf Vorschlag des Präsidenten v. Auerswald die letzte Nummer der Tagesordnung, der Antrag von Bergmann, zur ersten gemacht. Dieser Antrag lautet: „Die hohe Kammer wolle beschließen: über die, von der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt in jüngster Zeit gefaßten Beschlüsse eine Adresse an Se. Maj. den König zu richten." Der Antrag wird hinreichend unterstützt und unter großer Spannung der dichtgefüllten Tribunen die Sitzung auf ½ Stunde, um die Wahl der Adreßcommissionen in den Abtheilungen vorzunehmen, vertagt. Da in einer Vorversammlung der Mitglieder der ersten Kammer am Sonnabend durch Privatbesprechung schon alles wesentlich vorbereitet ist, so schreitet die Adreßangelegenheit schnell, für die Ungeduld des Publikums aber immer noch zu langsam vor. Um 11 Uhr werden nach Wiedereröffnung der Sitzung als in die Commissionen gewählt, die Namen folgender Abgeordneten verlesen: Köcher, Bergmann, Graf Bülow, Graf Alvensleben, Hansemann, Graf Kanitz, Walter, Leue, Graf Wintzerstein, Eichmann. Dieselben begeben sich sogleich an ihre Arbeit, während die Versammlung, in der inzwischen auch die Minister Graf Brandenburg, Graf Arnim, Rabe erschienen sind, sich mit Wahlprüfungen und der ersten Lesung einiger Anträge beschäftigt, mit dem erst jetzt gedruckt vorliegenden Antrag von Wachler und Genossen, der schon in voriger Sitzung zur Abstimmung gekommen ist und auch heute angenommen wird, demnächst mit einem Antrag von Kupfer und Genossen, darnach nicht nur die Einführungsordnung der allgemeinen deutschen Wechselordnung, sondern auch diese selbst einer Prüfung unterworfen werden soll, um etwa nöthig scheinenden Veränderungen bei der Reichsgewalt zu beantragen, endlich mit einem Antrag von Denzin und Genossen, welcher einen Gesetzvorschlag über die zu Gunsten der Gutsherrn auf Mahlgrundstücken haftenden Besitzerungen, Lasten und Abgaben betrifft. Beide Anträge werden zur weiteren Berathung in die Abtheilungen verwiesen. Bei erschöpfter Tagesordnung wird noch die Wahl der Quästoren vorgenommen, die auf die Abgeordneten Magnus mit 116 und Mätzke mit 121 Stimmen fällt, und hierauf die Sitzung zum zweitenmal auf eine halbe Stunde vertagt, nach deren Verlauf die entworfene Adresse, durch den Berichterstatter Walter vertreten, zur Verlesung kommt. Der Inhalt der Adresse wird Ihnen anderweitig schon bekannt geworden sein (vgl. unser gestriges Hauptblatt), weßhalb ich ihn hier nicht einschalte. Er spricht in deutlichen und männlichen Worten an des Königs Herz und scheint auch beim Publikum Beifall zu finden. Sobald beschlossen ist, daß überhaupt eine Adresse erlassen werden soll, erhebt sich der Ministerpräsident, lesend: „Die Regierung hat Ihnen, meine Herren, schon wiederholentlich den Standpunkt mit Offenheit bezeichnet, den sie in der hochwichtigen deutschen Frage einnimmt. Es ist der Standpunkt der Hingebung für Deutschlands Einheit und Freiheit, aber auch der Standpunkt gewissenhaftester Achtung der Rechte der deutschen Regierungen. Inmittelst ist ein Ereigniß von höchster Wichtigkeit eingetreten: der bekannte Beschluß der deutschen Nationalversammlung. Die Regierung erkennt in diesem Beschluß einen wesentlichen Fortschritt auf der Bahn der Entwickelung der deutschen Verhältnisse; sie wird alles aufbieten, daß das erstrebte, jetzt nahe gerückte Ziel bald ganz erreicht werde; aber sie hat deßhalb ihren früheren Standpunkt nicht aufgegeben; sie hält also dafür, daß dieser Beschluß nur für diejenigen deutschen Regierungen gültig und verbindlich ist, welche demselben aus freier Entschließung beistimmen, und die Regierung wird ihrerseits nichts unversucht lassen, ein Einverständniß darüber zu fördern." Dieser Erklärung gibt die Versammlung durch Beifallsruf ihre Zustimmung zu erkennen, und es wird, nachdem ein von Sperling eingebrachtes Amendement, welches den von den Schwierigkeiten der hohen Mission handelnden Passus gekürzt wissen wollte, wieder zurückgezogen ist, die Adresse der Commission mit allen gegen 3 Stimmen (darunter die v. Gerlache) angenommen und der Präsident mit deren Ueberreichung beauftragt. Unwillen und Murren erregte es, daß Stahl die Interpretation des Referenten, jene oben erwähnte Stelle angehend, nicht gelten lassen wollte. Zur Motivirung seiner Abstimmung, sagte der ehrenwerthe Abgeordnete, müsse er sich vorbehalten, die Adresse auf seine Weise auszulegen. Jedermann in der Kammer weiß aber auch ohnedem, daß Herr Stahl die Schwierigkeiten, die gegen eine Annahme der Kaiserwürde sprechen, als ziemlich unübersteiglich ansieht. Der Schluß der Sitzung erfolgte um 1 Uhr; die nächste wurde auf Mittwoch um 10 Uhr anberaumt.

*** **Berlin**, 2. April. Die heutige Tagesordnung legte der zweiten Kammer vor der Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten, die Berathung der Adresse wegen Annahme der Reichserbkaiserwürde auf. Außer dem gestern mitgetheilten Commissionsentwurfe lagen 2 Amendements vor, eins vom Grafen v. Arnim nebst 17 Genossen und eins von Binde, mitunterzeichnet von Wenzel, Ulrich, Urlichs, Lenning, Wiethaus. Ich übergehe die Reihe der Förmlichkeiten, welche zu durchlaufen waren, um die Discussion beginnen zu können. Graf Arnim vertritt sein Amendement gegen den Commissionsentwurf. In diesem findet er nicht das nationale Vertrauen auf Preußens Herrscher ausgesprochen, und führt rhetorisch aus, worauf dieses Vertrauen sich gründe. Es ist der Geist, der Preußen ins Leben rief, der es mit Deutschland einigt, während Oesterreich seine Geschicke von Deutschland durch Centralisation schied; der Geist Stein's und Scharnhorst's, der in Preußens Entwickelung drang, der es stets zuerst auf den Platz rief, wenn die Fesseln übermüthiger Feinde zu brechen waren; der einen selbstständigen Staat, ein deutsches Recht, eine deutsche Armee schaffen will: der Geist der Unabhängigkeit, der Einheit, der Gerechtigkeit. Einen schneidenden Eindruck machte im ganzen Hause die Schilderung der Schattenseite, wovon allerdings das abgelaufene Jahr nicht frei ist, die er aber als solche zu bezeichnen unterließ. Das nachfolgende Dringen auf constitutionelle Verfassung wurde als ein hinkender Bote angesehen. Ruhiger wurde die Versammlung, als er für die Annahme der Wahl war, die sich oder auch wiederum auf den negativen Grund stützte, daß Deutschland sonst zerfiele. Er erklärt sich gegen den Commissionsentwurf, weil dieser selbst sage, er stehe auf dem Boden der Volkssouveränetät. Zwischen dem Binde'schen und dem seinigen sei nur der Unterschied des Ausdrucks, nicht der Grundsätze (?). „Der Mann, der in Frankfurt sagte, das Werk soll zwischen dem Volke und den Regierungen zu Stande gebracht werden, wird von seinem Werke nicht ablassen." Diese Einheit gefördert zu haben, sei sein Trost: dixi et animam salvavi. (Schwacher Beifall.) Ministerpräsident:

> In dem Augenblicke, wo die Adresse in der deutschen Sache an des Königs Majestät berathen wird; an dem Tage, wo eine Deputation in Berlin eintreffen wird, um dem König das Ergebniß der Frankfurter Wahl zu überbringen, hält es die Regierung für Pflicht, nochmals den Weg näher zu bezeichnen, den sie diesen ernsten Ereignissen gegenüber zu gehen gedenkt. Die Regierung hat Ihnen schon wiederholt den Standpunkt angedeutet, den sie einnimmt. Es ist der Standpunkt der Einheit und Freiheit, aber auch der der deutschen Unabhängigkeit, den sie stets eingenommen. Den bekannten Beschluß der Frankfurter Versammlung erkennt die Regierung für einen bedeutenden Schritt vorwärts. Sie wird Alles aufbieten, daß das nahe gelegte Ziel bald ganz erreicht werde. Sie hält aber dafür, daß dieser Beschluß nur für diejenigen Regierungen giltig ist, welche demselben aus freier Entschließung beitreten, und wird nichts unversucht lassen, eine Einigung unter den Fürsten zu Stande zu bringen.

(Rechts ein kräftiges Bravo; links mäßiges Zischen.) v. Unruh spricht für den Commissionsentwurf. Er hegt den innigen Wunsch, daß ein einmüthiger Beschluß gefaßt werde, und glaubt denselben dadurch herbeizuführen, daß das Haus sich für Annahme auf Grund der deutschen Reichsverfassung erkläre. Vermeidung des Bürgerkrieges, Zustimmung der Fürsten und eine Umgestaltung der innern wie äußern Politik würde die Folge davon sein. Mit diesem Gedanken wendet er sich auch angreifend gegen die Amendements. Er vermißt die Hervorhebung der Verfassung nicht bloß bei Arnim, sondern auch bei Binde, und nimmt die „Thatkraft des Volkes" in dem Commissionsentwurf gegen die Auslegung als rohe Gewalt in Schutz. Die allgemeine Discussion wird auf Berg's Wunsch und Zustimmung des Präsidenten zugleich die besondere. Schmidt (Landshut) spricht gegen Alles, Amendements und Adresse; er hält Alles für nutzlos. Parrisius formulirt nun ein Amendement zum Commissionsentwurfe, statt: „ihre letzten (Frankfurter) Beschlüsse", zu setzen: „die Feststellung der Verfassung". Die Rede derselben, zu einem genauen Auszug nicht geeignet, geht von dem Gedanken aus, daß es jetzt Pflicht eines jeden deutschen Staates sei, die Verfassung anzunehmen, da sie vollendet sei; doch dürfe durch Waffengewalt Niemand dazu gezwungen werden. Ob die Frankfurter Versammlung souverän sei, ist ihm „ganz egal"; die Verfassung sei gut, und müsse deßhalb angenommen werden. Binde verarbeitet eine Kritik der vor ihm gehaltenen Reden zu lebendiger Darstellung. Die Adresse ist nicht nutzlos; das Gewicht der preußischen Volksvertretung in die Wagschale der Entscheidung zu legen, ist ihr Zweck. Im Gegensatz gegen Unruh und das demokratische Princip, stimmt er mit Arnim überein; gegen mehrere Redner macht er statt der erwähnten Fürsten die verfassungsmäßigen Regierungen geltend, auf deren Zustimmung es ankomme. In der Adresse des Abgeordneten für Prenzlau (Arnim) ist ihm der Styl auf Schrauben gestellt; die Bedenken nicht am Platze; sie hätten sollen zerstreut werden. Die Wahrung jedes Rechts verstoße gegen das Princip der politischen Zweckmäßigkeit. Dem Commissionsentwurf wirft er unter Anziehung des Ausdrucks Thatkraft Unbestimmtheit, Mangel an Wärme, an Begeisterung vor. Er will, mit Beziehung auf seine Adresse, die Annahme der Wahl unter der Voraussetzung freier fürstlicher Zustimmung; die Feststellung der Verfassung als Bedingung verwirft er, weil die Volksvertretung in Frankfurt wie Berlin ihre Verfassungen noch zu revidiren hätten. Die Folgen der Nichtannahme schildert er durch lebendige historische und politische Anschauungen, und schließt: Deutschland erwartet, daß Jedermann seine Schuldigkeit thut. Zum Schluß spricht der Berichterstatter v. Berg mit mehr Gewandtheit, als man ihm bisher für längere Vorträge zugetraut. Er geht zuviel in Einzelnes ein, als daß wir Alles wiedergeben könnten, was er vorbringt. Kintel muß auf Entscheidung der Versammlung dem Ordnungsrufe des Präsidenten gemäß von der Tribune abtreten. Der Entwurf Arnim's hat bei der Abstimmung ohne Namensaufruf nicht 20 Stimmen für sich. Der Binde'sche dagegen (der Wortlaut, auf telegraphischem Weg in Frankfurt angelangt, ist in der ersten Beilage unserer gestrigen Nummer mitgetheilt) wird mit 156 gegen 151 Stimmen angenommen, obgleich sich mehrere Mitglieder der Rechten der Abstimmung enthielten; doch thaten dies auch einige Polen (zusammen 23). Damit fiel die Abstimmung über den Commissionsentwurf und das Parrisius'sche Amendement weg. Die Adresse sollte ohne Verzug vom Präsidenten beglaubigt und mit einem Begleitschreiben versehen, an den König geschickt werden. Bei der Präsidentenwahl erhielt Grabow 171, v. Unruh 167, v. Auerswald 1 Stimme. Erster Vicepräsident wurde v. Auerswald mit 167 Stimmen; die übrigen vertheilten sich auf Waldeck mit 139, Phillips 4, Venting 2, Koch 2 Stimmen. Venting wurde weiter Vicepräsident mit 125 Stimmen; Phillips hatte 106.

Nachschrift.

Turin, 29. März. Heute beschwor Victor Emanuel die Verfassung, die Versammlung leistete ihm hierauf den Eid der Treue und wurde sodann vertagt. Der kriegerischen Stimmung der Deputirtenkammer gegenüber soll beim Senat und dem Volk keine Kriegslust, vielmehr große Ermüdung herrschen.

Aus **Genf**, 1. April, wird uns geschrieben, es heiße, der König sei zu Wiederaufnahme der Feindseligkeiten genirgt. (B. Z.)

** **Paris**, 2. April. Die Nationalversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung die Prüfung des Budgets des Innern begonnen. Die Debatten waren sehr stürmisch und endeten damit, daß dem Wunsche des Ministeriums entgegen mit 363 gegen 350 Stimmen beschlossen wurde, die Anträge nochmals an den Ausschuß zu verweisen.

Karl Albert hat am 27. März das Gebiet Frankreichs betreten und sich nach Annecy begeben.

Bidocq soll auf dem Transport von Bourges nach Paris in Vierzon entkommen sein.

Börseberichte.

Wien, 31. März. 5pCt. Metall. 88⅛. — 4pCt. 70. — 3pCt. —. — 2½pCt. 44⅛. — Bankactien 1124. — 500 fl. Loose 144⅛. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnactien 97¼. — Gloggnitzer 94. — Mailänder 69.

Die Börse sehr fest in Fonds und Eisenbahnactien bei fehlenden Abgebern Devisen sind weiter zurückgegangen, und die meisten blieben unter Notiz angeboten.

Amsterdam, 2. April 4 Uhr. 2½pCt. Integr 49⅛/₁₆ ⅛/₁₆ — 3pCt. Schuld 55⅜/₁₆ ⅛/₁₆ — do. 4pCt. 77⅛/₁₆ ⅛/₁₆ — 5pCt. Anl. 104⅛/₁₆ — do. à 5100 fl. 104⅛/₁₆ ⅛/₁₆ — 3pCt. incl. à 6000 fl. 22⅝/₁₆ ⅛/₁₆ — Coupons 8⅛/₁₆ — 3pCt. Port. 28⅝/₁₆ — 4pCt. do. 29⅛/₁₆ ⅛/₁₆ ⅛/₁₆ ⅛/₁₆ ⅛/₁₆ — Russ. 4pCt. bei Stieglitz 82⅛/₁₆ ⅛/₁₆ — 5pCt. Metall. 73⅛, 74⅛/₁₆ — 2½pCt. ditto 39⅛/₁₆ 39.

Bei einigem Geschäft in Integralen waren heute unsere inländ. Fonds gut preishaltend. Span. und Portug. Coupie unverändert Franz. blieben nach einer Neigung zum Rückgang wieder ganz wie gestern. Von Oesterr. waren namentlich 5pCt. Mtl. sehr gesucht. Von Südamerik. waren Peru etwas angenehmer, dagegen Mexicaner mehr angeboten.

Paris, 2. April. (Nach belgischen Blättern.) 3pCt. 56. 75.. 5pCt. 88. 90. Bankactien 2400. Röm. Anleihe 74.

Madrid, 27. März. 3pCt 22. 5pCt. 10¼.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

[966] Ich suche einen vollständigen Jahrgang der Postzeitung von 1848 zu kaufen. H. Oehler.

[979] **Bürger-Verein.**

Versammlung im Wolfseck Donnerstag den 5. April, Abends 7 Uhr.

[935] **Bekanntmachung.**

Bei hiesiger Fahrpost-Expedition befinden sich nachstehend verzeichnete Fahrpost-Gegenstände (Rohrbriefe), deren Adressaten nicht ermittelt werden konnten, oder welche wegen erfolgter Adresse der Adressaten als unbestellbar hierher zurückgekommen sind:

1) Ein Brief an Herrn Gastwirth Zugschwert zu Höchst a M.
2) Eine Rolle an Herrn Hupel in Straßburg.
3) Ein Packet an Herrn Ortsvorstand in Neckrod, Amts Eltersfeld.

Die Aufgeber, beziehungsweise die Eigenthümer dieser Fahrpostsendungen werden hiermit aufgefordert, innerhalb 14 Tagen von heute an bei der Fahrpost-Inspection dahier sich über ihr Eigenthumsrecht gehörig auszuweisen und die betreffenden Gegenstände gegen Entrichtung des darauf haftenden Portos und Zurückgabe des Aufgabe-Scheines in Empfang zu nehmen.

Frankfurt a. M., den 2. April 1849.

Ober-Post-Amt.

[951] **Versteigerungs-Anzeige.**

Montag den 16. und Dienstag den 17. April Vor- und Nachmittags, werden auf freiwilliges Ansuchen des Herrn G. D. Keßler, Unternehmer des Stadtfuhrwerks dahier, der größte Theil seines Inventars, bestehend in:

45 bis 50 egale Wagen-, und Dienstpferde und 6 Reitpferde,
10 zum Theil elegante Wagen, wobei 30 ein- und zweispännige Droschken mit Glasvorderdeck,
8 einspännige sogenannte Vigilants (auf dem Verdeck mit Gallerie für das Gepäck), 4 leichte Tilburys, die Sitze zum Wechseln, 6 Omnibus, wobei ein ganz neuer Einspänner, (NB. diese sämmtliche Wagen sind auf Druckfedern) und 6 verschiedene ein und zweispännige Chaisen
Leiter- und Kastenwagen, Lackirer- und Fourage-Wägelchen, Schlitten und Schlittenkufen, eiserne- und hölzerne Dungkarren, viele Garnituren, neue und gebrauchte Druckfedern aus der Fabrik von W. Lihn in Remscheid, neue und gebrauchte Räder, Lanzen ꝛc., 50 schwarze, weiße und gelb plattirte ein- und zweispännige Pferdegeschirre, lederne und wollene Pferdedecken, Glockengeläute, Stallhalftern, Trensen, Sattelzeug, Gießkannen, Stallkamm, Schmierbücke, eine englische Strohschneidemaschine, eine Hausspritze und viele Stallutensilien,

in dem Locale der Anstalt, Allegasse Nr. 31 neu, gegen baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

C. Belschner, Ausrufer.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nro. 81.) 4. April 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

198. Sitzung.

Vorsitzender: Vicepräsident E. Kirchgeßner.

II Frankfurt, 4. April.

(Telegraphische Mittheilung der Deputation in Berlin an den Vicepräsidenten E. Kirchgeßner. Austritts- und Eintrittsanzeigen. Flottenbeitrag. Eröffnungen des Reichsministerpräsidenten v. Gagern über den Stand der Schleswig-holsteinischen Frage. Bericht des Abg. Duttel im Namen des Petitions- und Petitionsausschusses. Tagesordnung: Berathung des vom Abg. Bek Namens des Gehrauszuss erstatteten Berichts über zwei Petitionen aus Lübeck, betreffend Befreiung der Seeleute vom Werbedienste im Landheere.)

Die Sitzung wird um 9½ Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank sehen wir heute wieder die Herren Reichsminister v. Gagern, v. Beckerath, v. Peucker, Mohl, die Unterstaatssecretäre Bassermann und Mathy. Die Abgeordneten sind allgemein in lebhaftem Gespräche begriffen. Gegenstand ihrer Unterredung ist, so viel zu ersehen, die auf telegraphischem Wege eingelangte Antwort Sr. Maj. des Königs von Preußen. Nach Verlesung des Protocolls macht der Vorsitzende eine ihm von der Deputation aus Berlin zugekommene telegraphische Mittheilung bekannt. Sie lautet: „Präsentirt Abends 9½ Uhr. Frankfurt a. M., 3. April 1849. Die Deputation der Reichsversammlung an den Vicepräsidenten, Herrn Kirchgeßner. Die Deputation ist nach empfangener Antwort Sr. Majestät des Königs sofort in Berathung getreten über das, was in Folge derselben ihr zu thun obliege. Sie wird über das Ergebniß dieser Berathung spätestens morgen berichten. Die Deputation ist sich ihrer Pflicht und Verantwortlichkeit gegenüber Vollmachtgeber vollständig bewußt. Berlin, den 3. April 1849." (Heiterkeit links.) Der Vorsitzende verkündet den Austritt der Abgg. Rothe aus Berlin, Ambrosch aus Breslau, Dröge aus Brünn, Weißenborn aus Eisenach. Eingetreten sind seit dem 30. v. M. die Abgg. Barth aus Bregenz, Meier aus Bremen, Szabel aus Olmütz, Rochen aus Oplau, Zamorsky. — Ein Flottenbeitrag von 35 fl. ist eingelaufen. — Abg. Kreuzberg verliest hierauf eine Interpellation an das Reichsministerium. Er fragt dasselbe, welche Maßregeln dasselbe gesonnen sei bei dem bevorstehenden Wiederausbruche des Krieges zwischen Oesterreich und Sardinien zu treffen. Der Abgeordnete fügt hinzu, daß er die Interpellation zu einer Zeit eingereicht habe, als der Erfolg der österreichischen Waffen noch nicht vorauszusehen gewesen. Reichsministerpräsident v. Gagern, nachdem er erklärt in Betreff der Kreuzberg'schen Interpellation, daß kein weiterer Grund zu Maßregeln mehr vorliege, macht dem Hause folgende Mittheilungen über den Stand der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten: „Der Nationalversammlung hat am 5. vorigen Monats das Reichsministerium Mittheilung gemacht, daß die am 26. August 1848 zu Malmöe abgeschlossene Waffenstillstandsconvention dänischer Seits, ungeachtet der unter Vermittelung Großbritanniens bereits eingeleiteten Friedensunterhandlungen, gekündigt worden sei. Es wurde von mir dabei bemerkt, daß die Friedensunterhandlungen als unterbrochen zu betrachten seien, so lange man sich nicht einige, daß bis zu einem weiter zu bestimmenden Termine die Feindseligkeiten nicht würden erneuert, der status quo würde aufrecht erhalten werden. Ich hatte hinzuzufügen die Ehre, daß weitere Unterhandlungen auf diesen vorläufigen Zweck gerichtet seien. Auf die Nachricht von der Kündigung des Waffenstillstandes hatte nämlich das Reichsministerium an die großbritannische Regierung die Anfrage gerichtet, ob letztere die Versicherung ertheilen könne, während der Dauer der unter ihrer Vermittlung geführten Friedensunterhandlung den Wiederbeginn der Feindseligkeiten nicht zugeben, und nöthigenfalls mit allen erforderlichen Mitteln verhindern zu wollen. Erst nachdem die vermittelnde Macht erklärt hatte, eine solche Versicherung nicht ertheilen zu können, setzte die Centralgewalt die zur Abwehr des drohenden Angriffs erforderliche Truppenmacht in Bewegung, und ließ diese Truppen in die Stellungen einrücken, welche dieselben nach Artikel II des Malmöer Vertrags nach erfolgter Kündigung des Waffenstillstandes wieder einzunehmen haben. Die vermittelnde Macht verfolgte zwar ihre angelegentlichen Bemühungen, eine angemessene vertragsmäßige Verlängerung der Waffenruhe zu erwirken, wie sie zur gedeihlichen Führung und Beendigung der Friedensverhandlung erforderlich war; aber es setzten sich diesen Bemühungen unzulässige und stets gesteigerte Ansprüche Dänemarks entgegen, und sie hatten keinen andern Erfolg, als daß am 25. vorigen Monats dem Reichsministerium neue Vorschläge zum Abschlusse von Friedenspräliminarien aus Kopenhagen mit dem Bemerken zugegangen waren, daß die dänische Regierung, um die Antwort abwarten zu können, die Feindseligkeiten zu Lande und zur See nicht vor dem 3. April beginnen lassen werde, falls dem Marsche der deutschen Truppen Einhalt geschehe. Auf letztere Bedingung konnte bei der Kürze der Frist so wenig eingegangen werden, als auf die Vorschläge selbst, in welchen die Forderungen Dänemarks weiter gehen als in allen früheren. Jener Termin ist nun abgelaufen; der Krieg kann wieder beginnen, vielleicht haben die Feindseligkeiten in diesem Augenblicke schon begonnen. Da aber die dänische Regierung fortwährend versichert, daß ungeachtet der Kündigung des Waffenstillstandes die Erneuerung der Feindseligkeiten nicht in ihrer Absicht liege, so wird nicht der bloße Ablauf des Waffenstillstandes, sondern erst ein wirklicher Angriff Dänemarks die Entscheidung der Waffen hervorrufen. Die provisorische Centralgewalt hat ihr Bestreben auf die Erzielung eines für beide streitenden Theile billigen, die contestirten Rechte vermittelnden Friedens gerichtet; sie hat im letzten Augenblicke noch Europa ein Pfand ihrer Friedensliebe dadurch dargebracht, daß der Befehlshaber des deutschen Operationscorps, als welcher der königl. preußische Generallieutenant von Prittwitz ernannt ist, die Weisung erhalten hat, seinerseits nicht anzugreifen, sondern in der Vertheidigungsstellung zu verharren, so lange kein Angriff von Seiten Dänemarks erfolgt. Die in Folge des Vertrags von Malmöe eingesetzte gemeinsame Regierung der Herzogthümer hat ihr Amt niedergelegt, nachdem mit Ablauf dieses Vertrages ihre Vollmacht erloschen war. Es ist daher von Seiten der provisorischen Centralgewalt, welcher die Sorge für die vorläufige Verwaltung der Herzogthümer obliegt, eine Statthalterschaft eingesetzt worden, welcher die Ausübung sämmtlicher Regierungsrechte bis zum Abschlusse eines Friedens, mit Vorbehalt der Rechte des Landesherrn, unter Zustimmung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung übertragen worden ist." (Schluß in der Extrabeilage.)

"△" **Frankfurt**, 4. April.

Die Art, wie die „Deutsche Zeitung" die Frage „Annehmen oder Ablehnen" behandelt, und die man mindestens als einseitig und in formellen Gesichtspunkten befangen bezeichnen darf, gibt uns Veranlassung zu einigen Gegenbemerkungen, die wir mit einer richtigen Stellung der Frage beginnen wollen, dem, bien demander c'est presque repondre. Zunächst nämlich ist zu bemerken, daß es sich hier nicht einfach von einem Annehmen oder Ablehnen der deutschen Kaiserkrone handelt, sondern ganz unabhängig davon fragt es sich, ob die preußische Regierung, die das Recht der Vereinbarung, oder wenn man es lieber hört, der Verständigung, für sich nie aufgegeben, und dasselbe in der Note vom 23. Januar auch für alle anderen deutschen Regierungen in Anspruch genommen, ihre Erinnerungen zu dem aus erster Lesung hervorgegangenen Verfassungsentwurfe hinlänglich berücksichtigt glauben wird, um damit auf eine weitere formlichere Vereinbarung verzichten zu dürfen. Man verwirrt die Frage, indem man den Punkt der erblichen Oberhauptswürde, der in der bekannten Collectiv-Note gar nicht einmal berührt worden, immer voranstellt. Das Annehmen der Stellung, der Würde und des Titels eines Kaisers ist eine Sache, die allerdings Preußen mit den übrigen Fürsten, mit Oesterreich, vielleicht auch mit Europa abzumachen hat; aber dieser, wenn auch interessanteste Punkt der Verhandlung, darf nicht alle anderen verdecken, man darf darüber nicht vergessen, daß die Erinnerungen Preußens und 28 anderer Staaten, kurz daß die Collectivnote in ihren wichtigsten Einzelheiten so gut wie gar keine Berücksichtigung gefunden hat, und daß es sich für Preußen darum handelt, ob es bei dieser Nichtbrachtung seines in mildester Form ausgeübten Rechtes sich beruhigen dürfe. Die preußische Regierung will nach ihrer wiederholten Erklärung für Deutschland das, was die unermeßliche Mehrheit des deutschen Volkes will, nämlich eine constitutionell-monarchische Gesammtverfassung. Aus diesem Gesichtspunkte hat sie die Verfassung vom 28. März zu prüfen, und sollte sie zu der Ansicht gelangen, daß dieser Verfassung insbesondere um der §§ 108 und 202 willen der constitutionell-monarchische Charakter zu bestreiten sei, so würde, wie nicht zu bezweifeln, die öffentliche Meinung entschieden auf ihre Seite treten.

Viele bisherigen Freunde der „Deutschen Zeitung", an deren Leitartikel in Nr. 90 angeknüpft werden mag, werden nicht ohne Erstaunen das Festhalten an dem freien Zustimmungsrechte der Krone als eine theoretische Starrheit, als eine „Lieblingsmeinung" behandelt sehen, die man auf den Altar des Vaterlandes niederlegen könne und müsse. Es mag unerörtert bleiben, ob die tiefste Grundlage der constitutionellen Monarchie, die gegenseitige Freiheit des Volkes und des Fürsten, und das Bewußtsein dieses sittlichen Verhältnisses der Freiheit, welches die freie Uebereinstimmung mit dem Gesetze an die Stelle des Zwanges und des todten Gehorsams setzt, als ein „bloß theoretisches Interesse" bezeichnet werden darf; genug, daß die Anhänger der constitutionellen Monarchie gerade um jener Anschauung willen in dieser besonderen Form die höchste Vollendung des Staats, die vollkommenste Durchdringung und Ausgleichung der Antriebe, die überhaupt in jedem Staatsleben walten, der Freiheit und Selbstverleugnung erblicken, und daß sie nie zustimmen werden, in dem Staate, wo alle frei sein und nur dem selbstgegebenen Gesetze gehorchen sollen, den Fürsten allein dem Zwang und dem Gebote eines fremden Willens zu unterwerfen. Das Königthum hörte damit auf, eine gleichberechtigte Macht zu sein, es würde einer höheren Macht untergeordnet, es verlöre das Vertragsverhältniß und träte in ein Dienstverhältniß. Abgesehen von allgemeineren Betrachtungen, die aus den Verhandlungen der französischen Constituante (September 1789) so wie der deutschen Nationalversammlung Jedem geläufig sein werden, müssen die Bemerkungen billig auf die Eigenthümlichkeiten unserer deutschen Verhältnisse beschränkt bleiben, und da glaubt man nun in dem aufschiebenden Veto des königlich gesinnten Norwegen eine auf den deutschen Bundesstaat anwendbare Analogie gefunden zu haben. Bei einem Volke von tief wurzelnder monarchischer Gesinnung mag allerdings diese Schwächung der königlichen Prärogative lange Zeit ohne Nachtheil bleiben, zumal bei geringen oder ganz fehlenden Bezügen zu den großen europäischen Gesellschaften. Die Staaten hingegen, mit denen Preußen eine Verschmelzung eingehen soll, sind nur der Form, nicht aber der Volksgesinnung nach monarchisch — mores plus valent quam leges — sie sind theilweise der Sitz eines königsfeindlichen Fanatismus in einem solchen Grade, daß man verzweifeln möchte, für diese Krankheit noch das Heilmittel zu finden. Ein Ueberblick der Geschichte der meisten deutschen Staaten und ihrer Dynastien erweckt nicht die Vermuthung, daß in dem Gefühle ihrer Bewohner das Fürstenthum als ein „Großes, Schützendes, Erhaltendes" sich werde geltend gemacht haben; seit Jahrhunderten hingegen hat Preußen nur Fürsten gehabt, die wohlwollend, milde, strenge haushaltend mit den Kräften ihrer Unterthanen sich erwiesen; mehrere derselben zählen zu den größten Männern aller Zeiten, und es kann daher keine Frage sein, wenn die constitutionelle Monarchie in Deutschland dauerhaft begründet werden soll, wo der Kern für diese Staatsbildung zu suchen ist, und welches Stammes Gefühle und Ueberlieferungen gerade für die Frage der königlichen Prärogative den Ausschlag zu geben berechtigt sind. Gerade die Ereignisse der letzten Monate geben Aufschluß darüber, was in Preußen das Volk zu „einer Kaiserwürde auf Kündigung" sagen mag. Es ist wahr, daß Norwegen in dem aufschiebenden Veto nicht sowohl gegen den König, als gegen den schwedischen Staat eine Bürgschaft gesucht hat, und daß die deutschen Fürsten aus denselben Gründen ein ähnliches Begehren hätten stellen können. In der Wirklichkeit findet aber gerade das Gegentheil statt. Die Unterzeichner der Collectiv-Erklärung, ebenso Sachsen, haben sehr entschieden für das künftige Reichsoberhaupt das absolute Veto beansprucht, und es ist nicht denkbar, daß ein einziger deutscher Fürst wähnen könnte, die Glieder würden eine Verletzung nicht empfinden, die man dem Haupte zufügte. Das Veto, als ein rein negatives Recht, kann nicht zur ungebührlichen Ausdehnung der Rechte des Oberhauptes führen, folglich auch den deutschen Fürsten keine Furcht einflößen; dagegen scheint es gerade nach den besonderen Bestimmungen der Verfassung vom 28. März als ein letztes Rettungsmittel unentbehrlich, mag man nun das ultrademokratische Wahlgesetz, oder das particularistische Staatenhaus, in welchem (Oesterreich abgerechnet) auf 162 Mitglieder Preußen nur 40 zählen wird, oder mag man endlich den nicht unwahrscheinlichen Bund des demokratischen und particularistischen Elements ins Auge fassen.

Die Beurtheilung dieser Verhältnisse wird dadurch getrübt, daß man bei der Betrachtung der bedenklichen Vorgänge im Schooße der Nationalversammlung zulange verweilt oder ein ungebührliches Gewicht darauf legte. Es ist wahr, wie die „Deutsche Zeitung" (Nr. 93) bemerkt, daß es nur mit der äußersten Anstrengung gelungen ist, in der Nationalversammlung die Parteien zu dieser Verfassung zu vereinigen; aber jedermann weiß auch, daß ihrer wahrhaftigen Überzeugung nach eine überwiegende Mehrheit in der Versammlung der constitutionellen Monarchie ergeben war, und daß die Grundsätze derselben nur unehrlichen Parteiumtrieben geopfert worden. Und wäre es anders, wie es aber nicht ist, so kann man doch wahrlich nicht der preußischen und den übrigen Regierungen zumuthen, auf eine andere als die constitutionelle, etwa auf die republikanische Partei, eine freundliche Rücksicht zu nehmen.

Die Fragen sind also sorgfältig zu sondern: Den König von Preußen mehr persönlich betrifft die Annahme der erblichen Oberhauptswürde und des entsprechenden Titels; der preußischen und den zur Collectiverklärung verbundenen Regierungen liegt die Erwägung ob, in wiefern sie nach der bisherigen Berücksichtigung ihrer Erinnerungen auf dem Rechte der Vereinbarung noch ferner bestehen wollen oder nicht. Irren wir nicht, so wird, abgesehen von der Verwerfung vieler ihrer Anträge, in erster Linie die Betrachtung sich geltend machen müssen, daß in den meisten deutschen Staaten das Fürstenthum mit und ohne seine Schuld die Wurzeln verloren, daß die unermeßliche Mehrheit des Volkes die Wiederbefestigung der constitutionell-monarchischen Grundsätze von der Erhebung des preußischen Hauses hofft, daß diese Hoffnung aber erschüttert werden müßte, wenn man die deutsche Kaiserkrone mit der Erklärung in die Welt einführte: „das deutsche Volk erachte die Freiheit des Kaisers für unverträglich mit dem gemeinen Wohle."

Die Stellung der Nationalversammlung ist nach der Kaiserwahl dieselbe wie vor ihr; sie hat nirgends ausgesprochen, bei dem Buchstaben ihrer Beschlüsse beharren zu wollen; sie würde sonst der Nation gegenüber in die bedenkliche Stellung gerathen, mit ihrer Machtvollkommenheit die Bildung des Bundesstaates für die willigen Glieder zu erschweren, ohne doch den Zutritt der widerstrebenden erzwingen zu können. Eine Revision der Verfassungsbeschlüsse widerspricht nicht dem bisherigen Standpunkte der Nationalversammlung. Es ergibt sich aus der Partei-

stellung der Abgeordneten derjenigen Staaten, die wahrscheinlich allein in den Bundesstaat eintreten werden, daß die Mehrheit derselben in den wichtigsten Bestimmungen die Verfassung nicht billigt, sondern nur überstimmt, oder zur Nachgiebigkeit gezwungen werden ist. Sobald die ablehnende Erklärung der betreffenden Regierungen erfolgt ist, so wird sich ergeben, daß die Verfassung den Ansichten der Mehrheit des Volkes und seiner Vertreter nicht entspricht, sondern durch fremden Einfluß entstellt worden ist. Zur Hebung dieses Uebelstandes kann nicht auf den in der Verfassung vorgeschriebenen Weg der Abänderung hingewiesen werden, denn eben die rechtliche Giltigkeit dieser positiven Bestimmungen wird angefochten. *)

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 4. April. Der bisherige König von Sardinien, Karl Albert, ist geboren den 2. October 1798. Er ist also 51 Jahr alt. Sein Sohn und Nachfolger auf dem Thron, der gewesene Herzog von Savoyen, ist geboren den 14. März 1820, also 29 Jahr alt, vermählt den 12. April 1842 mit der Erzherzogin Adelheid, zweiten Tochter des Erzherzogs Rainer von Oesterreich. Der gegenwärtige Kronprinz von Sardinien, Humbert, geboren den 14. März 1844, ist 5 Jahr alt.

*** **Berlin**, 31. März. Ueber das Hauptereigniß in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer, die Mittheilung des Präsidenten von der von der deutschen Reichsversammlung vollzogenen Wahl des Königs von Preußen zum Kaiser der Deutschen und von dem hierauf erfolgten Beschluß der Kammer, den König mittelst einer Adresse um Annahme der Kaiserkrone zu ersuchen, ist schon das Nähere berichtet. Nachträglich über den ferneren Inhalt der Sitzung noch Folgendes: Auf der Tagesordnung standen mehrere Interpellationen. Möller wollte vom Minister des Innern wissen, ob dieser von dem indirecten Verbote der Volksversammlung zu und bei Minden durch Verfügung dortiger Regierung vom 16. Januar d. J. Kenntniß habe, und was er in dieser Sache zu thun gedenke. Der Minister billigte das Verfahren der Regierung, weil sich Volksversammlungen herausgenommen, in Gemeindehäusern zu berathen und im Namen der Gemeinden Beschlüsse zu fassen, und weil das Recht der letztern auf deren Beschwerden zu schützen sei. Er billige den Erlaß vollständig und werde keine Schritte dagegen thun. Pape interpellirte die Minister des Krieges und der Finanzen: ob die in 46ster Sitzung der Nationalversammlung v. J. gefaßten Beschlüsse zur Unterstützung hilfsbedürftiger Invaliden ausgeführt seien? und kündigte, falls die Antwort nicht befriedigend ausfiele, einen neuen Antrag an. Der Antwort des Ministers v. Strotha entnehmen wir Folgendes: Der Beschluß der Nationalversammlung ist mittels Cabinetsordre vom 21. October v. J. sanctionirt. In Beziehung auf Unterstützung der Veteranen genügt der Nachweis der Armuth. Dieselbe ist nach der angeführten Cabinetsordre von 2 und 3 Rthlr. je nach den Klassen, in die die Invaliden jetzt eingetheilt sind, bis auf 4 Rthlr. erhöht. Gegenwärtig erhalten 32,000 alte Krieger Unterstützung, der der Name Pension beigelegt ist. Die Invalidencompagnien werden eingehen, damit die Veteranen zu ihrer Pension in der Heimath durch Landbau zuverdienen können. Das Invalidenhaus ist verbessert und erweitert. Wenn die hohe Kammer, sagte der Kriegsminister, auf Feststellung des Princips eingeht, daß die Unterstützung der Invaliden auf alle Krieger ausgedehnt wird, so werde ich der Erste sein, der Ihnen im Namen der Veteranen den wärmsten Dank sagt. Der Finanzminister fügte hinzu, es seien bei ihm noch keine Beschwerden eingegangen. Rinkel's dringender Antrag, die beiden Strafprocesse, in welchen er in zweiter Instanz auf den 18. April d. J. vor das Landgericht zu Köln geladen ist, vorläufig zu sistiren, wurde vom Präsidenten auf Grund der Geschäftsordnung an die Petitionscommission verwiesen. Der Bericht der Petitionscommission, betreffend das Gesuch des Abg. Dr. Arnz um Genehmigung einer gegen ihn einzuleitenden Untersuchung, beantragt: zur Tagesordnung überzugehen. Diesem Antrage tritt die Versammlung bei, nachdem v. Berg für, Ulrichs gegen Arnz gesprochen. Abg. Jung hat den Magistrat zu Berlin durch eine Druckschrift beleidigt und der Staatsanwalt Seibe bittet um Genehmigung der gerichtlichen Verfolgung. Die Petitionscommission beantragt mit 9gegen 7 Stimmen, dieselbe nicht zu ertheilen, das Gegentheil das Amendement Martens; allein die Versammlung entscheidet sich für den Antrag der Commission. Graf Renard's Antrag auf gleichzeitige Regelung der landwirthschaftlichen Verhältnisse neben den Verfassungsartikeln bestimmt den Centralausschuß zu dem einhelligen Beschlusse, daß zu diesem Behuf die Ernennung einer Commission von 21 Mitgliedern zu beantragen. Da aber bereits eine agrarische Fachcommission von 14 Mitgliedern besteht, so wird gegen Schaffgotsch's Amendement auf Niedersetzung einer besonderen Commission für die schlesischen Verhältnisse das Stein'sche, zur motivirten Tagesordnung überzugehen, angenommen.

München, 1. April. Ueber die Berathungen unseres Cabinets in Betreff der neuesten Beschlüsse in der Paulskirche scheint ein dichter Schleier gezogen zu sein, denn selbst in höheren Kreisen verlauten nur Vermuthungen; es ist daher noch ungewiß, welchen Weg unsere Regierung einschlagen wird. In einem Ministerrath soll es zu sehr heftigen Debatten gekommen sein, da unter den Portefeuilleträgern entgegengesetzte Meinungen in der deutschen Einheitsfrage herrschen und wie Unterrichtete wissen wollen, so dürfte es leicht zu einem Bruch zwischen denselben kommen. Man spricht sogar davon, daß der Minister des Innern, Herr v. Fortsch, bereits die Contrasignatur eines ihm vom Cabinets'zugeschickten Erlasses verweigert habe.

*) Das den obenstehende Artikel vor dem Eintreffen der telegraphischen Depesche [illegible] schrieben, bedarf wohl kaum noch einer Bemerkung. Red. der D.P.A.Z.

Graf Lerchenfeld-Köfering, bisher bayer. Gesandter in Berlin und dermalen in Frankfurt, soll bereits zum Minister des Aeußern ernannt sein; da die Familie desselben dieser Tage Berlin verläßt und hierher kömmt, so erscheint diese Ernennung als wahrscheinlich. Graf Bray, heißt es, würde dann als Gesandter nach Berlin gehen, wenn überhaupt die Verhältnisse sich so gestalten, daß Bayern noch einen Gesandten an den preußischen Hof schickt oder vielmehr schicken kann.

Laut Anschlags an allen Straßenecken war diesen Nachmittag eine große Arbeiterversammlung in der Vorstadt Au, zur Berathung einer Adresse an den König um Abhilfe des jetzigen Arbeitsmangels. Eine Arbeiterdeputation will die Adresse dem König selbst überreichen. (N. W. Z.)

Italien.

✕ **Florenz**, 25. März. So eben habe ich der Eröffnung der constituirenden Versammlung von Toscana beigewohnt. Die Feierlichkeit war ziemlich frostig. Das trübe Wetter und ein feiner Regen, der von Zeit zu Zeit fiel, verhinderten die Menge, den Weg, auf welchem sich die Deputirten in das Sitzungsgebäude begaben, einzunehmen, und so kam es, daß der großherzogliche Platz, gegenwärtig Volksplatz genannt, als der Zug daselbst anlangte, ganz leer war. Der Sitzungssaal hingegen war mit Zuschauern angefüllt, allein das düstere und eisige Stillschweigen, welches die Mitglieder der provisorischen Regierung bei ihrem Eintritt empfing, war nur zu bedeutsam. Kein Ruf, kein Beifall! Und man weiß, wie leicht sonst das toscanische Volk zu Applausen und Acclamationen zu bringen ist. Der Triumvir Joseph Montanelli verlas im Namen der provisorischen Regierung eine Rede; nur einige Stellen derselben wurden applaudirt und auch diese nur frostig. Ein Passus der Rede enthielt eine ernste Mahnung an diejenigen Geistlichen, welche die Heiligkeit ihres Berufs verkennend, ihren Einfluß dazu benutzen, die Söhne eines und desselben Vaterlandes gegen einander aufzureizen; ein anderer wies auf die vielfachen Schwierigkeiten hin, welche die provisorische Regierung auf ihrem Weg gefunden, und auf die Ungerechtigkeit der ihr gemachten Vorwürfe; ein anderer endlich betraf den Unabhängigkeitskrieg und die Pflichten, welche der edelmüthige Vortritt Piemonts allen Italienern auferlege. Die Rechte der verschiedenen italienischen Regierungen auf Selbstständigkeit werden, wie Montanelli sagte, nach dem Grade der Anstrengungen, welche sie für den gemeinsamen Zweck, die Verjagung der Fremden, machen werden, bemessen werden. Diese Worte erregten einigen Enthusiasmus in der Versammlung. Von hundertundzwanzig aufgerufenen Deputirten antworteten etwa achtzig. Hierauf wurde sofort zur Prüfung der Vollmachten geschritten. Leicht möglich, daß diese zu einigen Kämpfen Anlaß gibt, indem der Chef der ultrarepublikanischen Partei, der in Lucca gewählt worden, ein Römer ist, und man ihn deßhalb ausschließen will. Je nachdem dieser Zwischenfall erledigt werden wird, wird sich die in der Kammer vorherrschende Stimmung beurtheilen lassen.

⚓ **Rom**, 23. März. Bereits sind es acht Tage, daß die Nachricht von der Kündigung des Waffenstillstandes in Oberitalien hier eingetroffen ist, doch zeigen sich keine Scenen, wie wir sie heute vor einem Jahre erlebten, als der Padre Gavazzi seine Kreuzzugspredigt hielt. Der Enthusiasmus ist verraucht. So muß denn jetzt die Regierung, d. h. dieselbe Partei, die im vorigen Jahre den Lärm machte, die Sache zur Hand nehmen, und wenigstens auf dem Papiere an dem erneuten Feldzuge theilnehmen. Eine Menge Decrete und Proclamationen sind zu diesem Zwecke heute erschienen. Polizei und Finanzsoldaten, die akademische Legion ꝛc., werden dem Kriegsminister für die guerra dell' indipendenza zur Verfügung gestellt. Für den Dienst innerhalb des Staates werden zwölf Bataillone Bürgergarde mobil gemacht und den Uebrigen ihre Pflicht in einem Tagesbefehl auf einer eigens angeordneten Parade vor S. Peter eingeschärft. Was von Militär irgend mobil zu machen war, ist schon vorgestern Abend theils nach Norden, theils nach Süden marschirt, so daß selbst im Castell S. Angelo der Dienst von der Bürgerwehr versehen wird und alle Thore mit dieser besetzt sind. Ein wirklicher Aufschwung des Volkes ist nicht mehr möglich. Die Republik vegetirt nur noch. Um ihr Dasein zu fristen, muß sie hier und dort capituliren. Sie braucht Geld, wagt es aber nicht, obwohl das Gesetz es so verlangen würde, dieses von den Reichen mit Gewalt einzutreiben, und nimmt in der Stille mit dem vorlieb, was ihr geboten wird. Toscana soll sich erklärt haben, 60,000 Scudi zur Zwangsanleihe beizusteuern, doch nur unter der Bedingung, daß man alle seine Geschäftspapiere unberührt lasse. Andere wieder berechnen ihre Einnahmen netto, d. h. mit Abzug alles dessen, was für den eigenen Bedarf des Hauses nöthig ist, wodurch sich natürlich eine geringe Steuer ergibt; die Kosten eines Krieges werden auf solche Weise nicht aufgebracht werden. Auch von der Moneta erosa fürchtet man sich wegen der Leichtigkeit der Fälschung einen ausgedehnten Gebrauch zu machen. Welchen Credit, oder wenigstens welche Achtung vor der Republik diese Münze einflößt, zeigt sich schlagend daran, daß man den Adler der römischen Republik, der zuerst auf ihr sich dem Publikum vorgestellt, nach der bekannten Oper la gazza ladra (die diebische Elster) getauft hat.

Rußland.

Das russische Ministerium hat an alle seine Repräsentanten im Auslande nachstehende Circulardepesche erlassen:

„Da die Nachricht von dem Einmarsch unserer Truppen in Siebenbürgen zu falschen Auslegungen Veranlassung geben kann, so erhalten Sie hierüber folgende Aufklärungen. Es ist allgemein bekannt, welche Gräuelthaten von den ungarischen Insurgenten in Siebenbürgen begangen worden sind, welche unter der Anführung des flüchtigen Polen Bem von der österreichischen Armee in neuester Zeit dahin zurückgedrängt worden sind. Der Schreck, welcher durch solche empörende Ausschweifungen in der ganzen Umgegend von Hermannstadt und Kronstadt verbreitet worden war, und der augenblickliche Mangel an Streitkräften, der die öfterr. Generale außer Stand setzte, die Einwohner dieser beiden Städte, die, so zu sagen, unseren Vorposten vor Augen liegen, vor Brand und Plünderung zu schützen, hatten die genannten Einwohner vermocht, durch das Organ ihrer vorgesetzten Behörden den commandirenden General unserer Truppen um Beistand zu bitten. Die österreichischen Generale theilten diesen in derselben Absicht zu erlangten gewünscht, in wie weit sie, im Fall sie es bedürften, auf eine Verstärkung von unserer Seite rechnen könnten. Dem General Lüders, der darüber dem Kaiser Bericht erstattet hatte, wurde auf Befehl Sr. Maj. geantwortet, daß er in dem Fall, wenn die Städte Kronstadt und Hermannstadt ernstlich von einem Einfall der ungarischen Insurgenten bedroht wären, und wenn die österreichische Regierung für den Augenblick die Mittel nicht besäße, sie gegen so großes Unglück zu schützen, ermächtigt sei, ein hinreichendes Truppencorps in diese beiden Städte zu werfen; daß er dies aber nur im Fall einer unvermeidlichen Nothwendigkeit thun solle, und nicht anders, als auf das ausdrückliche an ihn von der vorgesetzten österreichischen Militärbehörde. Als nun nach erhaltener eventueller Ermächtigung die Gefahr, welche den beiden Städten drohte, dringender geworden war in Folge eines Vortheils, den die Insurgenten bei Mediasch errungen hatten, und als die dringenden Bitten der Einwohner jener Städte an unseren commandirenden General sich wiederholten, begleitet von einer Aufforderung in aller Form der Generale Puchner und Schurter, da glaubte General Lüders, nicht länger Wünsche unerhört lassen zu dürfen, die ihm auf solche Weise ausgedrückt waren. Er ließ also demgemäß die beiden Städte mit Truppenabtheilungen besetzen, deren Zahl und Waffengattung von den österreichischen Generalen vorher bestimmt worden war. Die Ankunft dieser Truppen wurde von den Bewohnern mit den lebhaftesten Freudenbezeugungen gefeiert, vorzüglich aber von der deutschen Bevölkerung dieser Städte, denen mit Recht vor der rohen Grausamkeit der Szekler bangte. Unsere Soldaten wurden mit offenen Armen empfangen, man kam ihnen mit Brod und Salz entgegen, und eine Menge deutscher und walachischer Familien, welche im Begriff standen, über die Grenze zu fliehen, beeilten sich, in ihre Heimath zurückzukehren, nachdem sie jetzt Leben und Eigenthum gesichert sahen. So ist der einfache Thatbestand in seiner nackten Wahrheit! Sie werden daraus ersehen, daß der Kaiser, indem er den Einmarsch einiger Truppen nach Siebenbürgen erlaubte, einzig und allein aus Gründen der Menschlichkeit hierzu bewogen wurde, — ja, daß es sich hier um nichts anderes handeln konnte, als um eine locale Maßregel, die weit entfernt ist, mit der bewaffneten Intervention in die inneren Angelegenheiten des österreichischen Kaiserstaates etwas gemein zu haben. Dieser ist zu mächtig, wie er es in der neuesten Zeit ruhmwürdig durch die Energie bewiesen hat, mit der er nacheinander aller Insurrectionen unterdrückt hat, als daß er in Siebenbürgen einer materiellen Hilfe von unserer Seite bedürfen sollte. Jetzt schon Herr in Ungarn, wird die Rebellenherrschaft in kurzer Zeit ihr Ende erreichen, und wenn es auch dem durch die Unzulänglichkeit der österreichischen Streitkräfte gelungen wäre, Hermannstadt und Kronstadt einzunehmen, so hätte diese Besetzung doch nur momentan sein können, ohne dadurch die Insurrection vor dem gänzlichen Fall zu retten, der ihrer wartet. So kurz aber auch eine solche Occupation gewährt hätte, sie wäre hinreichend gewesen, dem Mord und der Plünderung diese blühenden Städte Preis zu geben und dieses schreckliche Unglück eben dann nie zu verhindern, wenn die österreichischen Behörden vermeiden wollen. Das allein war der Zweck des Einmarsches unserer Truppen und eben daher verfehlt es sich von selbst, daß die Besetzung der beiden Städte durch sie nur temporär sein kann. Unsere Generale haben bereits den Befehl erhalten, sie ungesäumt zu räumen und zurück über die Grenze zu gehen, sobald die Gefahr vorüber ist, in der sie schweben."

Es geht aus diesem Actenstück also klar hervor, was die österreichisch-ministeriellen Blätter in Abrede stellen möchten, daß die österreichischen Militärbehörden den Einmarsch der Russen gewünscht und veranlaßt haben.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. v. Malten.

Cours der Staats-Papiere. 1 April 1849. (Schluß der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat.	5	76½	75¾	Nassau.	Obligationen b. Rothsch.	3½	79	78½
»	dito dito	4	60	59½	»	Neue Württemberg.	4½	94¾	94½
»	dito dito	2½	40½	40¼	»	Obligat. d. Rothsch.	3½	81½	80½
»	Bank-Actien v. J.		1191	1186	»	à 25 Loose		21	20½
»	à 500 Loose v. Roth.		80	79½	Frankfurt	Obligationen	3	77¾	77¼
»	à 500 » dito		127¾	126½	»	dito v. 1830	3½	92½	92
»	Bethmann. Obligat.	4½	73½	72½	»	dito v. 1846	3½	89¾	89½
»	dito dito	4	64	63½	»	Taunusbahnactien		284	281
Preußen	Staatsschuldscheine	3½	80¾	80¼	Holland	Integrale	2½	49¾	49½
»	Prämienscheine		—	100	»	Holländische	4	—	77¾
»	dito Loose	4	79½	77¾	»	dito	3½	—	77¾
Darmstadt	à 50 Loose		70½	70	Spanien	Activschuld. incl. 16 Cp	5	—	—
»	à 35 dito		22½	22	»	Innere Sch. incl. Ctl.	3	23½	22¾
»	Obligationen	3½	76½	75½	Portugal	Consols Lot. à 5 18.	3	—	—
»	dito	4	86¼	86¼	Polen	à 500 poln. Loose Hlb.			95
Baden	Obligationen v. 1842	3½	77½	76¾	»	Obligationen à 5 300	4	74½	74½
»	à 50 Loose v. 1840		45¾	45½	Russland	in S. à 5 R. Gruss. etC.	4	—	82½
»	à 35 Loose		26½	27½	»	dito à Silberguld. et C.	4	—	82½

Gold.			Silber.			Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Pistolen	9	36	Geld al Marco	392	—	Kurhessische Loose	27½	27½
Pr. Friedrichsd'or	9	34½	Laubth., ganze	—	—	Hardtmische Loose	26½	25½
Kais. 10 F. Stücke	10	4	Preuss. Thaler	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand-Ducaten	5	29	5 Frankenthaler	—	—	Cöln-Minden	76½	76
20 Francsstücke	9	29	Vereinsthaler	24	30	Ludwigsh.-Bexbach	73½	73
Engl. Souverains	12	1	Conventg. Gulden	24	30	Prinz-Wilhelm-Nordbahn	22½	22

Wechsel-Cours.

		Papr.	Geld.
Den 3. April.			
Amsterdam	(k.S.	100¾	100¼
(100 fl. Crt.)	(2M.	—	100¼
Augsburg	(k.S.	119¾	—
(100 fl. Crt.)	(2M.	—	—
Berlin	(k.S.	—	105¾
(100 Thlr.)	(2M.	—	—
Bremen (50 Thlr.)	(k.S.	99	—
Bthlr. d. Ld-or	(2M.	—	—
Hamburg	(k.S.	88½	88
(100 Mk. Bco)	(2M.	—	—
Leipzig (100 Thlr.)	(k.S.	—	97¾
	(2M.	—	—
London	(k.S.	—	120½
(1 Lst. à 6 fl.)	(2M.	—	120¼
Lyon	(k.S.	—	95¼
(300 Fr.)	(2M.	—	—
Mailand (250)	(k.S.	95¾	—
Ldr. Austr.)	(2M.	—	—
Paris	(k.S.	—	—
(300 Fr.)	(2M.	—	—
Wien (100 fl.	k.S.	—	104½
in K. 20 F.	2M.	—	—
Disconto		—	1

A. Schlesinger, Comt. Maller.

Druck von August Osterrieth.

(Hierzu Extra-Beilage.)

№ 82. —— Donnerstag —— den 5. April —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23, und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/9 Bogen) mit Beischrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23, und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; in Deutschland: 1) Dr. Hamerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Wesl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrseldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt.

Frankfurt. (Bemerkungen über einen Artikel der „Allgemeinen Zeitung": Die Interessen Oesterreichs, Deutschlands und Rußlands an den Donaumündungen und am schwarzen Meere." Die abwesenden Mitglieder der Nationalversammlung. Eindruck der Antwort des Königs von Preußen an die Deputation der Reichsversammlung. Die Deputation der Reichsversammlung auf der Reise nach Berlin. Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.
Deutschland. Wien (Der Krieg in Ungarn. Die Russen in Galizien. Dem Welten nach Komorn. Resultate politische Briefe verboten). Olmütz (Gerücht). München (Die „Münchener Zeitung über die Kaiserwahl). Hamburg (Aus der Constitutante). Bremerhaven (Kanonenboot).
Italien. Turin (Neues Ministerium. Erklärung des Königs). Rom (Bürgerwehr gegen die neapolitanische Grenze). Neapel (Nahe bevorstehende Intervention im Kirchenstaat).
Frankreich. Paris (Gesinnungen nach Civita-Vecchia. Telegraphische Depeschen. Verdrießlichkeiten der Arbeiterunruhen).
Spanien. Madrid (Befürchtungen).
Nachschrift.
Börsenberichte.

∥ **Frankfurt**, 4. April. Es ist uns nachstehender Aufsatz aus wohlunterrichteter Quelle zugekommen. Ungeachtet seiner Ausführlichkeit gebenwir ihn unverkürzt, weil er eine der wichtigsten Fragen unserer Zeit, die Verhältnisse Deutschlands zu Rußland, aus russischem Standpunkte behandelt und es gut ist, auch die entgegengesetzten Ansichten kennen zu lernen. Aus diesem Grunde haben wir auch die Aufsätze auf die deutschen Demokraten, auf den Schwindel unserer Zeit, die Umsturzpläne unserer Revolutionäre unverändert stehen lassen, so wenig wir verkennen, daß in diesem Theile des Aufsatzes Einseitigkeit herrscht, und so fest wir glauben, daß auch eine andere Auffassung der Sache Berechtigung hat. Uebrigens sind auch wir der Meinung, daß die Wichtigkeit der Donaumündungen und der Fürstenthümer für Deutschland ungemein überschätzt worden, und daß z. B. der Besitz Serbiens und Bosniens nebst einer leicht ausführbaren Eisenbahn von Semendria an der Donau längst der Morava und des Vardar bis Salonich für Oesterreich und den deutschen Handel eine ganz andere Bedeutung haben würde. Da wir indessen nicht gesonnen sind, der Conventionspolitik das Wort zu reden, so unterlassen wir es, diesen Satz weiter auszuführen. Unser russische Correspondent läßt sich also vernehmen:

„Der Verfasser des Aufsatzes betitelt: „Die Interessen Oesterreichs, Deutschlands und Rußlands an den Donau-Mündungen und am schwarzen Meere (vergl. Nr. 43, 48 und 50 (1849) der „Allgemeinen Zeitung"), gehört offenbar zu denjenigen, die nach etwas veralteten politischen Traditionen Rußland durchaus als einen erobernden, für Europa und namentlich für Deutschland gefährlichen Staat zu betrachten sich gewöhnt haben, und sich alle erdenkliche Mühe geben, diese Meinung bei jeder Gelegenheit geltend zu machen, um in Deutschland, Rußland gegenüber, eine feindselige Stimmung zu erhalten. Ob dieses System des beständigen Aufreizens und Herausforderns gegen einen jedenfalls doch mächtigen Nachbar, und besonders während man noch so viel bei sich zu thun hat, um im Innern nur eine Art materieller Ordnung zu schaffen, klug und besonnen sei, das überlassen wir jedem Unbefangenen zu beurtheilen. Wenn in Rußland die Zustände der Presse der Art wären, daß sie erlaubten diesen Gegenstand im russischen Sinne auszubeuten und Haß mit Haß zu vergelten, so wäre man sich schon längst in die Haare gefallen. Dem ist aber Gottlob nicht so, und man hat sich in Rußland gewöhnt, alle derlei Provocationen mit Gleichgiltigkeit zu übergehen.

„Wo keine Unbefangenheit des Urtheils mehr stattfindet, wo vorgefaßte Meinungen sich einmal eingewurzelt und die Oberhand erhalten haben, da wäre es vergebliche Mühe, sie mit Vernunftgründen zu bekämpfen, und da ist es wohl das Beste, die Lösung dieser Aufgabe der Zeit zu überlassen. Einige Bemerkungen werden wir indessen uns doch in Bezug auf diese so verschriene Eroberungssucht Rußlands erlauben.

„„Hier ist der Weg nach Konstantinopel,"" mit diesen Worten Potemkin's fängt der Artikel des Herrn Kohl an. Dieses politische Motto, über welches mehr als sechs Decennien verflossen sind, dient dem Verfasser zum Ausgangspunkt seiner Ansichten.

„„Daß der Besitz von Konstantinopel für Rußland, sowie vielleicht auch für Oesterreich in mancher Beziehung angenehm wäre, wird wohl Niemand ableugnen wollen. Ob aber, in Bezug auf Eroberungen, alles was angenehm und für den Ruhm eines Staates ersprießlich, auch immer im Gebiete einer vernünftigen Politik wünschenswerth ist? Ob die Ausdehnung Rußlands, von Kamtschatka und Nowaja Zemlja bis Konstantinopel, nicht bedenklich, für die Erhaltung des Gesammtstaates nicht gefährlich wäre? ohne von den äußeren und politischen Verwickelungen zu sprechen. Das sind Fragen, deren Erörterung uns zu weit führen würde, um hier darauf einzugehen. Zu diesen Fragen erlauben wir uns nur noch folgende anzuschließen, deren Beantwortung wir dem Herrn Kohl und Genossen gerne überlassen.

„Wir fragen nämlich, ob nach den Umwälzungen, die wir seit der ersten französischen Revolution erlebt haben, nach den während dieses letzten, an politischen belehrenden Beispielen so reichen halben Jahrhunderts gemachten Erfahrungen, die politische Tendenz der großen europäischen Staaten sich nicht nur modificirt, sondern wesentlich verändert hat? Ob nach dem Beispiele Napoleons sich leicht noch ein Eroberer finden könnte, der so kühn wäre, eine Art Universalmonarchie zu stiften und zu diesem Zwecke einen allgemeinen Krieg anfangen zu wollen? Ob in der gegenwärtigen Zeit jeder große Staat nicht mehr bemüßigt sein muß, das, was er hat, zu behalten, als neue Eroberungen zu machen? Wir fragen ferner, ob man heutzutage billigerweise die Politik Preußens nach den Traditionen der Zeit Friedrichs des Großen, oder die von Frankreich nach den Tendenzen Ludwigs XIV. oder des Kaiserreiches, oder selbst jene Englands, gewiß eines der eroberungssüchtigsten Staaten, nach den Traditionen des achtzehnten Jahrhunderts beurtheilen könnte?

„Glaubt denn Herr Kohl wirklich, daß die politische Richtung Katharina's in Bezug auf Konstantinopel auch noch heutzutage der Leitstern der Politik des russischen Cabinets ist? Wenn er es wirklich glaubt, so ist das nur ein Beweis, daß er weder die gegenwärtige politische Lage Europa's, noch jene Rußlands und die wahren inneren und auswärtigen Interessen dieser Macht, gehörig und unbefangen zu beurtheilen vermag.

„Daß Rußland nicht dulden kann, daß an den Dardanellen ein anderer Staat, wie die Türkei, sich niedersetzt, welcher die Macht hätte, aller Verträge ungeachtet diesen Engpaß seinem Handel willkürlich zu versperren, das versteht sich wohl von selbst, das könnte auch Niemand dem russischen Cabinete übel deuten. »C'est la clef de ma maison«, wie Kaiser Alexander einmal sagte. Zwischen dieser Ansicht aber und der Absicht, Konstantinopel zu erobern, ist ein immenser Unterschied, wenn man nur alle damit verbundene Umstände und äußere Verhältnisse unbefangen in Betracht zieht. Wenn man aber nur die geographische Lage der Dardanellen betrachtet und darnach die Tendenz der russischen Politik beurtheilen will, so könnte man mit ebensoviel Recht behaupten, daß Preußen die Absicht hege, Dänemark zu erobern, um sich die freie Sundpassage zu sichern.

„Wir überlassen, wie gesagt, den Herrn Genossen der Ansichten des Herrn Kohl die Erörterung der hier erwähnten Fragen und kommen nun auf den wahren Kern des Aufsatzes, die Frage nämlich der Donaumündungen. (Fortsetzung folgt.)

⊙ **Frankfurt**, 4. April. Die heutige Sitzung sollte nur eine formelle sein; nichts desto weniger wurde der Versuch gemacht, durch Einbringung dringlicher Anträge die allerwichtigsten Gegenstände zur Verhandlung und Beschlußnahme zu bringen. Die Antwort, welche der König von Preußen der an ihn gesendeten Deputation ertheilt, gab zu diesen Anträgen den nächsten Anlaß. Die Zusammensetzung der Nationalversammlung ist durch die Absendung der Deputation und durch die freiwillige Abwesenheit sehr vieler Mitglieder, welche sich fast etwas leichtsinnig darauf verlassen zu haben scheinen, daß die heutige Sitzung wirklich nur einen formellen Charakter haben werde, in ihrer ganzen Zusammensetzung wesentlich verändert. Es mag zweifelhaft sein, ob der Versuch, wider die stillschweigende Uebereinkunft aller Parteien durch Dringlichkeitsanträge der Sitzung den Charakter einer rein formellen zu nehmen und Abstimmungen über die wichtigsten Gegenstände herbeizuführen, einen peinlichern Eindruck machte, oder die Sorglosigkeit, mit welcher viele Mitglieder der Partei, welche kaum einen Sieg errungen hat, den Kampfplatz verlassen und die Erhaltung und Befestigung des Erkämpften dem Zufalle und dem guten Willen feindlicher Parteien preisgegeben haben. Nur mit geringer Majorität wurde die Dringlichkeit jener Anträge abgewiesen, welche in etwas anderer Form eingebracht, leicht hätten als dringlich anerkannt werden können. Auch wurde es nur eben durchgesetzt, daß die nächste Sitzung erst Mittwoch den 11. April stattfinden wird. Mit Sicherheit muß darauf gerechnet werden, daß sie die wichtigsten Verhandlungen bringen wird. Wir werden ja sehen, wer dann auf seinem Platze ist und wer leichtsinn genug hat, die Geschicke des Vaterlandes dem Zufall zu überlassen.

RC **Frankfurt**, 4. April. Wie natürlich bildete die durch telegraphische Depesche hierher gemeldete Antwort des Königs von Preußen an die Deputation der Nationalversammlung einen Hauptgegenstand der Unterhaltung sowohl vor als während der nicht zahlreich besuchten heutigen Sitzung. Es wäre offenbar vorteilig, ein abschließendes Urtheil über eine Antwort fällen zu wollen, von welcher wir selbst hoffen, daß sie keine abschließende, keine den Entschluß des Königs vollständig und unwiderruflich ausdrückende sein möge. Wir beschränken uns darauf, im Allgemeinen von dem Eindrucke und den Urtheilen Einiges wieder zu geben, welche durch die Depesche hervorgerufen wurden. Unverhehlt war die Freude der Oesterreicher und ihrer Bundesgenossen, zum Beweis, daß die königliche Antwort auch eine den Hoffnungen und Erwartungen der deutschen Patrioten ungünstige Auslegung zuläßt. Von unsern Freunden hörten wir so manchen mit dem leidigen Trost sich beruhigen, daß man einen anderen Bescheid nicht erwartet habe. Andere dagegen glaubten besonderen Anstoß an der von dem Könige geforderten „gemeinsamen Berathung der einzelnen deutschen Regierungen" nehmen zu müssen; das Princip der Vereinbarung, meinten sie, sei damit unnöthiger wie unerwarteter Weise überspannt. Aber schwerlich dürfte doch in dem angeführten Passus mit Nothwendigkeit der Hinweis auf einen Gesammtcongreß der deutschen Regierungen zu finden sein. Der König spricht andererseits von den durch die Nationalversammlung ihm „übertragenen Rechten", sowie davon, daß er bereit sei, durch die That zu beweisen, „daß die Männer sich nicht geirrt haben, welche ihre Zuversicht auf meine Treue, auf meine Liebe zum gemeinsamen deutschen Vaterlande stützen." Wir glauben ein Recht zu haben, gerade auf diese letzteren Worte und gerade auf unsre Interpretation der bedeutlicheren Stellen den Nachdruck zu legen, da die Erklärung des Ministers von Brandenburg in der Kammersitzung vom 2. April sie unterstützt. Wie dem aber sei, der Einfluß der königlichen Antwort wie nicht minder des Schreibens unserer Deputation auf die heutige Sitzung war kein günstiger. Wir stehen durch unsere letzten Beschlüsse mit der Linken insoweit auf wesentlich gleichem Boden, als wir mit ihr die Verpflichtung zur Durchführung unserer Verfassung anerkannt haben. Möge aber die Linke nicht vergessen, daß diese Durchführung nur dann gelingen kann, wenn die Beschlüsse und Schritte der Versammlung nie das Maß der im Volke sich regenden Sympathien, nie das Maß des praktisch und moralisch Möglichen überspringen. Wir wünschen, daß man sich auf jener Seite die Mahnungen Bassermann's zu Herzen nehme. Dringliche Anträge auf Conventemaßregeln sind schwerlich geeignet, in der Nation den Glauben zu stärken, daß in Frankfurt diejenigen Männer noch sortiagen, welche neben der Entschiedenheit des Entschlusses die Weisheit und die Mäßigung in der Wahl der Mittel nach wie vor zu bewahren verstehen. Die Erfahrungen der heutigen Sitzung haben übrigens die Weidenbuschpartei aufs neue zum engsten Zusammenhalten ermahnt. Die nie unterbrochene Continuität ihrer Zusammenkünfte wird auch ferner während der jetzt abermals eingetretenen Ferien aufrecht erhalten werden; vor Allem aber und wir eifrig bemüht, unser Lager, vielfach decimirt wie es ist, zu vervollständigen, und wir erlassen auch auf diesem Wege die dringende Aufforderung an alle die Unsrigen, nicht durch Abwesenheit die heute nur kaum vermiedene Gefahr zu vergrößern. Daß neulich ein rettender Entschluß gefaßt wurde, schließt nicht aus, daß noch einmal ein verderbender gefaßt werden kann. Mögen Alle eingedenk sein, daß noch immer das Vaterland in Gefahr ist!

Die Deputation der Reichsversammlung auf der Reise nach Berlin.

** Wir haben unsern Lesern bereits mitgetheilt, mit welchem Festjubel und Feierlichkeiten die Deputation, welche namens der Vertreter des deutschen Volks dem König von Preußen die deutsche Kaiserkrone anzubieten beauftragt werden, am Rhein und in Westphalen begrüßt worden und wie sie dort überall mit heißen Segenswünschen für das Gelingen ihrer hohen Mission begleitet wurde. Wie das alte Köln, wie Düsseldorf, wie Hannover im Empfang der Abgeordneten des deutschen Volkes ihren deutschen Sinn kundgegeben, ist bereits ausführlicher gemeldet. Zeit und Raum nöthigen uns, über den ferneren Verlauf des Triumphzugs uns möglichst kurz zu fassen, so sehr es uns auch schmerzt, von der großartigen Aufnahme und Festfeier in Braunschweig zum Beispiel und noch an andern Orten nur gedrängte Berichte geben zu können. Nach uns vorliegenden Mittheilungen stellen wir deßhalb nur in Kürze Folgendes zusammen:

Essen, 31. März. Heute Morgen gegen 11 Uhr fuhrte der Eisenbahnzug von Köln die Kaiserdeputation an unserer Stadt vorüber. Die drei letzten prächtig eingerichteten Waggons, in welchen sich die Abgeordneten befanden, wa-

ren freundlich mit deutschen Fahnen geschmückt. Der alte, aber noch kerperlich und geistig jugendliche Arndt, der deutsche Sänger, begrüßte die auf dem Bahnhofe Versammelten, aus deren Mitte ein begeistertes Hoch auf die Deputirten erscholl.

Bielefeld, 31. März. Nachdem die „Kölnische Zeitung" uns heute früh die Nachricht gebracht, daß heute Mittag die Deputation der deutschen Nationalversammlung an unseren König hier durchkommen werde, erkannten die hiesigen Einwohner sofort die Pflicht, derselben einen würdigen Empfang zu bereiten, und dadurch zu manifestiren, daß sie von der unermeßlichen Wichtigkeit dieser Sendung und von dem heißen Wunsche erfüllt seien, daß unser König nicht anstehen möge, dem an ihn ergangenen Rufe zu folgen, und die ihm von der deutschen Nation übertragene Kaiserkrone anzunehmen. Das Aufziehen der deutschen und preußischen Fahnen, Glockengeläute und Böllerschüsse von den Bergen verkündeten Stadt und Umgegend das Nahen der Deputation. Magistrat und Stadtverordnete, in Begleitung vieler der angesehensten Einwohner, empfingen dieselbe am Bahnhofe. Der Bürgermeister Körner und Justizrath Beckhaus begrüßten die Deputation, sprachen ihr den Dank der Einwohner für die Nationalversammlung aus und wünschten ihrer Sendung den glücklichsten Erfolg. Der Präsident Simson, welcher sich durch Unwohlsein entschuldigte, ließ die Anrede durch Herrn Löwe von Calbe beantworten, der in schönen und begeisternden Worten die Größe und Bedeutung des Augenblickes hervorhob, zur Einigkeit ermahnte und mit einem Hoch auf die deutsche Einheit schloß. Die begeisterte Menge stimmte jubelnd ein, erwiederte mit einem lauten Hoch auf die Nationalversammlung, worauf der Zug unter den Segenswünschen aller Anwesenden weiter fuhr. Morgen geht eine Aufforderungsadresse an den König von hier ab. Mögen ihr recht viele folgen!

Magdeburg, 1. April. Von hier schreibt ein Mitglied der nach Berlin entsendeten Reichsdeputation der „Deutschen Zeitung": Ich hatte mich nicht getäuscht in der Hoffnung, daß die begeisterte Theilnahme, die uns während des ganzen zweiten Tages unserer Reise begleitete, auch an den folgenden Tagen nicht wieder aufhören, vielmehr sich noch steigern werde. In Hannover bei der Abfahrt heute früh abermals von einer großen Menschenmenge am Bahnhof erwartet und mit Jubelruf verabschiedet, fanden wir in Lehrte eine zweite Deputation aus Braunschweig, die gekommen war uns einzuholen, und nachdem selbst der kleine Ort Peine uns nicht ohne herzliche Begrüßung, Anrede und Festmusik vorüberfahren lassen, langten wir in dem festlich geschmückten und von einer zahllosen Menschenmenge erfüllten und umwogten Bahnhof zu Braunschweig an. Durch die aufgestellte Bürgerwehr wurden wir in den mit deutschen Farben verzierten Saal des Gebäudes geführt, hier von den Behörden der Stadt und den Vorständen mehrerer Vereine, auch von Deputirten Wolfenbüttels begrüßt und uns ein Ehrentrank aus zwei großen goldenen Pokalen von alter Arbeit gereicht. Die Stadtbehörde hatte ein Festmahl veranstaltet, an welchem auch die Minister Theil nahmen. Erst um 4 Uhr verließen wir den frohen und hochbegeisterten Kreis, wurden in Wolfenbüttel und Schöppenstädt ebenfalls festlich empfangen und angeredet, und kamen spät in Magdeburg an, wo ein gleich begeisterter Empfang, wie in Hannover und Braunschweig, uns erwartete. Am Bahnhof empfing uns — eine besonders willkommene Erscheinung — eine Deputation der deutschen Vereine Sachsens in der Person der DD. Göschen und Haupt von Leipzig und in unserm Hotel wartete unser eine andere, nicht minder werthvolle Deputation von Stadtrath und Stadtverordneten Berlins. Den ganzen Abend über füllte eine dichtgedrängte Menschenmenge den Platz vor dem Hotel; Gesang und Musik wechselte ab mit den Anreden, welche einzelne der Deputation an's Volk hielten, und welchen dieses begeistert zujubelte.

Der Reichszeitung entnehmen wir noch folgende Mittheilungen: In Oschersleben wurde die Deputation des Reichstages von dem Magistrat und den Stadtverordneten Magdeburgs und Halberstadts begrüßt. In Magdeburg bei ihrer Ankunft vom Commandanten empfangen, in die Stadt London gefahren, wo ihr ein Ständchen von den Singvereinen und der Militärmusik gebracht ward. Abends fanden sich auch Deputationen von Berlin und Leipzig ein. Die Abgeordneten werden heute um 10 Uhr durch einen Extrazug nach Berlin abgehen, Magistrat und Stadtverordnete Berlins werden ihnen entgegenkommen, so wie es auch gewiß ist, daß sie auf allen ferneren Stationen mit demselben Jubel werden empfangen werden, wie in Magdeburg.

Berlin, 1. April. Der Empfang der morgen (den 2. April) von Magdeburg aus Frankfurt a. M. ankommenden Deputation der deutschen Nationalversammlung seitens der städtischen Behörden ist vorläufig Folgendes bestimmt: Die beiden Magistratsmitglieder Hohlfeld und Duncker begrüßen gedachte Deputation am Abend in Magdeburg und begleiten solche mit einem Extraeisenbahnzuge nach Berlin. Auf dem Eisenbahnhofe wird dieselbe von Magistrats- und Stadtverordnetenmitgliedern feierlich empfangen und von dort dann in 17 offenen Galawagen durch die Leipziger- und Wilhelmsstraße, die Linden entlang nach ihnen für sie unter den Linden bereits eingerichteten Wohnungen gefahren werden. Ein Theil der Tribune im Opernhause, wo Feststücke während des Hierseins der Frankfurter Deputation zur Aufführung kommen sollen, wird für diese hochverehrten Gäste auch eingerichtet werden.

In Berlin waren Deputationen aus Baden und Würtemberg, um für Annahme zu wirken.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Altona, 1. April. In der „Börsenhalle" wurde heute ein Circular der königlich preußischen Gesandtschaft in London durch Anschlag veröffentlicht; es bezieht sich auf die nemliche Anzeige des preußischen Generalconsuls Hebeler, welcher den Consulaten irrig mittheilt, die k. dänische Regierung habe, wenn auch ohne officielle Kundgebung, die Blokade bis zum 15. April verschoben. Jenes berichtigende Gesandtschaftscircular lautet: „Ich bin so eben von dem Baron Bunsen benachrichtigt worden, Sie zu benachrichtigen, daß der dänische Gesandte am hiesigen Hofe, Graf Reventlow, erklärt hat, es sei ihm keine Mittheilung darüber geworden, daß seine Regierung die Absicht habe, die Waffenruhe bis zum 15. April dauern zu lassen, daß vielmehr, nach den ihm zugekommenen Depeschen, dieselbe nur bis zum 2. April (einschließlich) dauern werde."

Von Seiten der preußischen und hanseatischen Consulate in den verschiedenen englischen Häfen sind sofort die erforderlichen Maßregeln getroffen worden, um die deutschen Schiffe von diesem Stande der Dinge in Kenntniß zu setzen, damit sie sich möglichst vor der drohenden Gefahr schützen können. — Man ist hier sehr aufgebracht gegen die leichtfertige Handlungsweise des Herrn Generalconsuls, welcher schon im vorigen Jahre sich ein ähnliches Versehen zu Schulden kommen ließ; ungenaue officielle Angaben sind in dieser Periode der Ungewißheit und Trüglichkeit aller Privatnachrichten für Handel und Schifffahrt natürlich höchst gefährlich und können, trotz der getroffenen vorbeugenden Maßregeln, leicht die empfindlichsten Verluste nach sich ziehen. — Die gestern Abend hier angelangten zwei halben Batterien sächsischer Artillerie werden schon diesen Morgen weiter nach dem Norden expedirt. — Auch nach Ansicht der heute zuerst erschienenen „Norddeutschen freien Presse" sind die Chancen für den Krieg sehr gestiegen, sowie ebenfalls in den höheren militärischen Regionen, laut Nachrichten aus Schleswig, der Glaube an den Ausbruch desselben wieder vorherrschend wurde. (K. Z.)

Von der Niederelbe, 1. April. Folgende deutsche Staaten sind jetzt durch Contingente in Schleswig-Holstein vertreten: (Schleswig-) Holstein, Hannover, Bayern, Königreich Sachsen, Preußen, Kurhessen, (Infanterie, Cavallerie, Artillerie, großentheils auch Pioniere), Braunschweig, Hessen-Darmstadt, Nassau, Würtemberg, Baden, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Gotha, Sachsen-Altenburg, Reuß, Bremen, Lübeck, Hamburg. Die in den Herzogthümern am 1. April stehende Macht beläuft sich schon auf etwa 60,000 Mann. — Heute Morgen hat der Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha Hamburg wieder verlassen, um sich nebst seiner militärischen Begleitung, den vier Stabsoffizieren, Oberst v. Treitschke, Rittmeister v. Fritsch, Hauptmann v. Stiegl und Baron v. Pawel-Rammingen, von Altona nach Rendsburg zu begeben. — Der Aussage eines gestern von Schleswig angelangten glaubwürdigen Reisenden zufolge stehen schon Bayern, Kurhessen, Sachsen und Thüringer in der Stadt Schleswig; ein Theil der Preußen ist schon in Kiel einquartiert. — In Altona ist bereits die Einrichtung zur Verpflegung von 7—900 Kranken und Verwundeten getroffen worden; doch soll bald für 1200 Betten gesorgt werden.

Es erregt hier nicht geringes Aufsehen und große Indignation, daß der preußische Generalconsul Hebeler in London, ähnlich wie er es im vorigen Jahre gethan, die deutschen Schiffseigenthümer hinter's Licht geführt hat. Da sind unsere Dänen in Hamburg besser unterrichtet, und wenn auch ihre Prophezeihung, daß der König unfehlbar am 27. die Königsau überschreiten werde, sich als falsch erweisen hat, so war sie doch wenigstens auf Facta basirt, wie sie bis zum 24. v. M., d. h. bis zur Erklärung des dänischen Ministeriums in der geheimen Reichstagssitzung, vorlagen. Indessen wäre es wirklich an der Zeit, die Communication mit Dänemark, auch über Lübeck und Bremar, wenn nicht ganz abzubrechen, so doch streng zu überwachen; denn die Vollmacht zur Verletzung des Briefgeheimnisses, die die Landesversammlung in Betreff der Correspondenz innerhalb der Herzogthümer ertheilt hat, nützt nichts, so lange der Verkehr auf dem Seewege mit Dänemark offen bleibt. Ich würde gewiß dieser totalen Absperrung nicht das Wort reden, wenn nicht die Correspondenz der Dänen und Dänischgesinnten in Hamburg und Kopenhagen so lebhaft und den deutschen Kriegsoperationen so nachtheilig wäre. (Wes. Z.)

Heute ist zum ersten Male die bisherige „Schlesw.-Holst. Ztg." als „Norddeutsche freie Presse" unter Theodor Olshausen's und Otto Fock's Redaction in Altona und Hamburg ausgegeben worden.

Osnabrück, 31. März. Um Mittag traf hier heute das 11. preußische Husarenregiment, das lange Jahre in Münster gestanden, etwa 650 Pferde stark, ein und wird morgen hier Rasttag halten. Die Offiziere werden morgen Mittag vom „großen Club" festlich bewirthet. Am 2. April werden wieder 3 Schwadronen, gegen 500 Pferde, vom 6. preußischen Husarenregiment, aus Düsseldorf kommend, hier einquartiert werden, ferner ist für den 3. April eine Munitionscolonne von 34 Wagen, 175 Mann und 221 Pferden, sowie eine Administrationscolonne mit 26 Offizieren und Beamten, 171 Mann und 234 Pferden in Begleitung einer Schwadron von 150 Pferden vom 8. Husarenregimente angemeldet. Auch wird an diesem Tage eine reitende Batterie (Nr. 21 aus Düsseldorf) mit 271 Mann und 291 Pferden durchpassiren und in der Nähe der Stadt untergebracht werden. Sämmtliche Truppen nehmen ihren Marsch über Bremen nach Schleswig-Holstein.

Wir haben Berichte aus Kopenhagen bis zum Sonnabend den 31. März erhalten. Man zweifelt nicht an dem Ausbruch der Feindseligkeiten am 3., indeß ist die einzige zuverlässige Nachricht über die Lage der Dinge die, daß der Kriegsminister General Hansen am 29. Abends nach Alsen zum Heere abgegangen, mit Vollmacht, nach seiner eigenen Ueberzeugung und Verantwortung zu handeln, ohne erst die Meinung des Ministeriums einholen zu müssen, sondern nach dem Stande der Dinge den Krieg zu eröffnen, wann und wie er es nothwendig und angemessen findet. In dieser Entscheidung scheint „Fädrelandet" den General Hansen passender zu finden als zum Oberbefehlshaber des Heeres und Leiter des Feldzuges, denn jenes Blatt bemerkt, wenn Hansen sich auch nicht gerade als ein General en chef bewährt, so sei er doch als ein besonnener und kaltblütiger Mann bekannt. Oberst Bagegesen und der Marineminister theilen sich zu Kopenhagen in die Geschäfte Hansen's. Die Berlingsche Zeitung bringt fortwährend auf rasche und kräftige Eröffnung des Krieges.

Der König hat sich einige Zeit in Fridericia aufgehalten, dort die neuen Festungswerke besehen und sich sodann nach dem Lustschlosse Fredericksgave auf Fühnen begeben.

Harburg, 2. April. (per electro-magnet. Telegraph.) Diesen Mittag 1 Uhr sind hier per Eisenbahn eine Abtheilung bayerischer Infanterie, 78 Mann, sowie um 2 Uhr 2 Regimenter kurhessischer Husaren, 600 Mann, und um 5 Uhr das 3. Bataillon des 16. preuß. Landwehrregiments, 800 Mann stark, angekommen. Dies Militär bleibt die Nacht hier. Die gestern angekommene Zwölfpfünderbatterie ist gegen Mittag nach Altona befördert.

Deutschland.

□ **Frankfurt**, 4. April. Durch mehrere Zeitungen läuft die Nachricht, daß der nassauische Minister Hergenhahn der Nationalversammlung die Berechtigung abspreche, Gesetze zu erlassen, und daß daher die Spielbank in Wiesbaden trotz der Aufhebung durch die Nationalversammlung bestehen bleiben werde. Wir können versichern, daß diese Nachricht jeden Grundes entbehrt.

† **Wien**, 31. März. Wiederholt wird bestätigt, daß die Russen in Galizien eingerückt sind, um von dorther die nöthige Verstärkung zur schnellern Beendigung des ungarischen Feldzugs zu liefern. Es ist nur allzu wahr, daß unsere Armee dort Unfälle erlitten und namentlich das eingetretene anhaltende Regenwetter die weitere Betreibung der Kriegsoperationen verhindert hat. — Die Nachrichten über Bem sind sehr widersprechend. Die eine läßt ihn auf unerklärliche Weise sich aus Siebenbürgen retten und an der Spitze der unseren Heerescolonnen überlegenen Magyaren die Theiß überschreiten, nach den andern wäre sein Corps von den Russen gänzlich zersprengt und in die Walachei gedrängt worden. (Vergl. unten die Mittheilung der „Wiener Ztg.".) — Gestern ist Gouverneur Welden von hier abgereist, um, wie man versichert, die Belagerung Komorn's zu leiten und den Feldmarschall Windischgrätz abzulösen, der bereits nach Olmütz gereist sein soll. Man hält den Abgang des F.Z.M. Welden für definitiv und bezeichnet als dessen Nachfolger den F.M.L. Böhm. — Aus Komorn selbst erfährt man, daß das Bombardement der Festung Tag und Nacht nur mit geringen Unterbrechungen fortgesetzt wird. Ein weiteres Resultat ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden. — Am 25. v. M. trafen 5 Batterien und 6 Compagnien Artillerie, von Wien kommend, in Ofen ein; ein Beweis, daß die k. k. Armee fortwährend Verstärkungen an sich zieht. — Die barbarische Kriegsführung in Ungarn erinnert an die finstersten Jahrhunderte. Man versichert, daß die Russen 75 Ober- und Unteroffiziere in Hermannstadt gehenkt haben sollen. Anderseits hätten die Serben 22 Juden (darunter 2 Rabbiner) wegen ihrer offenkundigen Anhänglichkeit an die kaiserliche Sache ebenfalls aufgeknüpft. Die furchtbarsten Landstriche werden auf Jahre hinaus verwüstet. — Dembinski hat vor seiner Abreise aus Frankreich in Pariser Blättern eine Erklärung veröffentlicht, worin er die Beweggründe, die ihn nach Ungarn führten, aufzählt; es ist daraus ersichtlich, daß er für die politische und überhaupt für die slavische Sache kämpft. Wenn er in Ungarn keine so lauteren Motive findet, als er sucht, heißt es in jener Erklärung, so werde er sich augenblicklich zurückziehen. — 30 ungarische Comitate haben bereits Huldigungsadressen an den Kaiser gesandt; 6 haben den Kossuth'schen Landesvertheidigungsausschuß nie anerkannt, und 16 Comitate halten es noch mit den Insurgenten.

Es ist gewiß, daß die Russen vom Torzburger und Rothenthurmer Paß in zwei Colonnen, 40,000 Mann stark, eingerückt sind. Fünf der hierbei aufgegriffenen und gehenkten Offiziere der polnischen Legion werden nachstehend genannt: Fürst Woronicki, Bilski, Dumanski, Podalecki und Wronski. Der bekannte General Freitag hat das Commando der russischen Truppen in Siebenbürgen übernommen. — Aus einer Eröffnung des Gemeinderaths geht hervor, daß in diesem Jahre zwar eine Losung, aber keine Militärstellung für die Stadt Wien stattfinden werde, da dieselbe ihr Contingent bereits gestellt habe.

Die seit gestern hier verbreitete Nachricht von dem Verbote der politischen Briefe A. Neustadts erregte gerechte Verwunderung. Der Verfasser, als ein liberaler constitutioneller Anhänger der Gesammtmonarchie schon seit der ersten Zeit des Jahres 1848 bekannt, ein consequenter Bekämpfer unserer schlechten Revolutionspresse, findet das Gebaren seit November nicht ganz mit seinen Ansichten über die Reconstituirung und Erhaltung der Monarchie übereinstimmend. Das ist denn freilich eine Kühnheit, und bei uns, wie bekannt, hielt man die kühnen Griffe nicht.

Eben eingehende Nachrichten aus Krakau vom 28. melden, daß dort die Nachricht einlangte, daß das Armeecorps des berüchtigten Bem in Siebenbürgen, von allen Seiten durch Russen und F.Z.M. Puchner gedrängt, keinen Ausweg mehr wußte, als sich in die Walachei zu werfen, allwo es entwaffnet und gefangen wurde. Bem hatte sich am 16ten aus dem Staub gemacht, und soll sich zu der an der Theiß operirenden magyarischen Armee begeben haben; so sagt ein amtlicher Bericht der Wiener Ztg.

Olmütz, 29. März. Hier verbreitet sich das Gerücht, daß die ganze Besatzung, namentlich die Kanoniere, nach Ungarn abmarschiren und daß die nöthigen Posten in der Stadt die Garden, die Festungsposten aber die Russen versehen werden. Man bringt damit die Abreise mehrerer Prinzen und Prinzessinnen und die Vorbereitungen in Schönbrunn für den kaiserlichen Hof in nahe Verbindung. (C. Bl. a. B.)

München, 31. März. Die „Neue Münch. Ztg." sagt über die Erbkaiserwahl. „Diese Wahl wäre sehr lächerlich, wenn es erlaubt wäre, da zu lachen, wo die Hoffnungen einer großen Nation so jammervoll getäuscht und die Ehre des deutschen Namens so sehr bloßgestellt worden.

Statt der deutschen Einheit bringt uns die Frankfurter Versammlung die Entzweiung und den Riß, statt des Friedens ruft sie den innern und äußern Krieg herbei, und als Garantie für die Wahrung neuer Volksfreiheiten bietet sie dem deutschen Volke eine unleidliche Doppelherrschaft an. So gänzlich unfähig, ihre Aufgabe zu erfüllen, erweist sie sich, daß sie selbst den allgemeinen Spott und Hohn der Völker Europa's nicht scheut, welchem durch die unfruchtbare Wahl eines todtgeborenen Erbkaisers für Kleindeutschland die deutsche Ehre ausgesetzt wird. Der König von Preußen kann die Wahl nicht annehmen, ohne sich mit den Erklärungen seiner Regierung, mit dem gesunden Menschenverstand und den Interessen von Preußen und Deutschland in schroffen Widerspruch zu bringen, und noch weniger wird Deutschland die Mißgriffe gutheißen, welche eine unvollständige kleine Mehrheit einer Versammlung begangen hat, die zu einem ganz andern Zwecke berufen worden ist. Es versteht sich ganz von selbst, daß Bayern eine Verfassung nicht anerkennen wird, durch welche es aus dem Centrum von Deutschland zu einer Grenzprovinz von kleindeutsch und gestempelt werden soll, welche seine ökonomische Wohlfahrt untergräbt, welche seine uralte, mit schweren Opfern behauptete und erweiterte Freiheit und Selbstständigkeit aufhebt, welche seine theuersten Rechte verletzt und seine ganze staatliche Existenz dem Zweifel und steter Anfechtung Preis gibt. Es versteht sich von selbst, daß Bayern eine Wahl nicht anerkennen wird, durch welche über Bayern wie über eine eroberte Provinz verfügt, sein altes freies, den Hohenzollern nicht unterthäniges Königshaus zum erblichen Vasallen eines preuß. erblichen Oberherrn herabgewürdigt, die bayerischen Völker zu erblicher Erniedrigung unter die preußischen Stämme verdammt und ganz Süddeutschland zerrissen und dem nordischen Einflusse erblich unterworfen werden soll. Das Unternehmen von Frankfurt wäre sehr großartig und die Cascadirung der ganzen deutschen Bewegung zu Gunsten eines unter der Vormundschaft einiger Professoren und Burschenschaftler stehenden Erbkaiserthums wäre sehr kühn, wenn sie nicht zugleich sehr absurd wären. Noch ist die Aufgabe Bayerns die der Vermittlung. Aber eben damit diese von Erfolg und damit trotz des Unverstandes, welcher in der deutschen Verfassungsfrage eine so eingreifende Rolle gespielt hat, eine der gesammten deutschen Nation zusagende deutsche Verfassung endlich doch noch Stande komme, darf von Anfang an keinerlei Zweifel darüber sein, daß Bayern, sowie es dem österreichischen Cabinete gegenüber die Nothwendigkeit und das Recht einer Volksvertretung neben dem Staatenhause zu vertreten berufen ist, die neuesten Beschlüsse der Frankfurter Versammlung in keiner Beziehung als giltig ansehe. Eine baldige und offene officielle Erklärung darüber von Seite der bayerischen Regierung selbst würde sehr zur Beruhigung der theils beirrten, theils unwilligen Gemüther beitragen. Wohl kann sich Jedermann denken, daß kein bayerischer Minister zu dem Verrathe an seinem Volke und seinem Könige Hand bieten und die kühnen Mißgriffe von Frankfurt gut heißen oder denselben sich unterziehen wird. Aber die öffentliche Meinung sehnt sich nach einem kräftigen und entscheidenden Ausspruche der gesetzlichen Staatsmacht. Das Volk sehnt sich nach einem klaren, sein Vertrauen stärkenden und seine unverfälschte und treue bayerische und deutsche Gesinnung befriedigenden Worte seines Königs. Ein solches Wort wird in den Herzen der Nation einen unermeßlichen Anklang finden, und die Pläne derer, welche die allgemeine Verwirrung zu bösen Dingen auszubeuten suchen, sowie die unreifen Intriguen der Erbkaiserlichen werden zu Schanden werden."

In einem andern Artikel sagt die „N. Mch. Ztg.": „Die Beschlüsse Frankfurts sind ein Hohn gegen die Freiheit; ein Versuch, Preußen mit dem Geschenke des übrigen Deutschlands zu vergrößern. Wir sagen: ein Hohn gegen die Freiheit, denn alle Freiheit beruht auf der Selbstbestimmung oder der Theilnahme an Staats- und Regierungsgewalten. Durch die Frankfurter Verfassung aber sollen die Repräsentanten des Volks in den Einzelstaaten alles wesentliche Selbstbesteuerungsrecht verlieren, sollen selbst die Gemeindesteuern der Einzelstaaten der preußischen Majorität des deutschen Parlaments zur Beschlußnahme anheimfallen, sollen alle Regierungsgewalten dem Berliner Kaiser übertragen werden. Dieser soll nicht einmal gebunden sein durch ein begutachtendes Collegium, das man Anfangs noch unter dem Titel Reichsrath ihm zur Seite gestellt hatte. Es soll in allen Territorien eine doppelte Regierung errichtet werden, also eine preußische Reichsregierung und Oberaufsicht und eine Landesregierung; preußische Reichsinspecteren, preußische Reichszollbeamten, Reichssteuerbeamten, Reichsmünzbeamten, Straßenbeamten, Eisenbahnbeamten, Postbeamten, Militärinspectoren werden nun nach Bayern, Württemberg, Hannover und Sachsen kommen. Das Volk wird jährlich ein doppeltes Budget, eine doppelte Civilliste, doppelte Diäten für Reichstagsdeputirte und Landesrepräsentanten, doppelte Steuern für das neue Reichsbeamtenheer zu zahlen haben; es werden hinzutreten die an sich allerdings nothwendigen Flottenbeiträge, Matricularbeiträge für die verstärkten Heereseontingente und die Vorwegnahme an den Zöllen, die in Frankfurt beschlossen ist: ungeheure Lasten für die Vernichtung aller Stammesfreiheiten und die Vernichtung des Selbstregierungsprincips. Dabei eine Scheinrepräsentation Süddeutschlands, eine Scheinrepräsentation sagen wir, weil nach dem Ausschlusse Oesterreichs die preußische Majorität innerhalb des Volkshauses allein schon überwiegt. Das ganze übrige Kleindeutschland hat nicht mehr Einwohner als Preußen allein mit den von ihm unbedingt abhängigen Duodezstaaten Norddeutschlands. Daneben aber regiert der preußische Kaiser absolut, er ist ganz absolut in allen Regierungsgewalten gestellt; Krieg und Frieden, Bestimmung der Heereseontingente, Ansetzung der commandirenden Reichsgenerale die Leitung der auswärtigen Politik, der Abschluß der Handelsverträge, die Ernennung der Gesandten und Consuln, kurz Alles, was Macht gewährt und zur Ausbeutung und Belastung der Einzelvölker führt, hängt von ihm ab. So viel ist also gewiß, wer jetzt noch von einer unbedingten Unterordnung unter die Frankfurter Beschlüsse sprechen kann, ist entweder unzurechnungsfähig oder er handelt gegen das eigene Land in einer Weise, für welche die Qualificationen nicht schwer zu finden sein dürfte."

Karlsruhe, 4. April. Die heutige „Karlsruher Zeitung" enthält folgende:

Erklärung.

Einige Zeitungen, die ich erst jetzt, nach den schweren politischen Kämpfen der letzten Tage, durchlief, enthalten in Beziehung auf meinen Antrag: die Verfassung schnell und mit dem Erdkaiserthum für Preußen zu beendigen, nichtswürdige Verleumdungen über meine Beweggründe, über Besoldungsverhältnisse, ministerielle Betrachtungen. So wie stets in meinen dreijährigen politischen Kämpfen, so erwiedere ich auch jetzt — vertrauend dem Urtheile derer, die mich kennen oder aus meinen offen vorliegenden Worten kennen wollen — solcher unwürdige Angriffe nur mit dem Stillschweigen der Verachtung. Mitunterwerfte Menschen, die für alles Handeln Anderer unedle Beweggründe annehmen, weil sie für das eigene keine anderen kennen! Nur das will ich, weil die Verleumdungen nicht blos mich berühren, noch besonders als Lügen bezeichnen, daß mein Ministerium mir irgendwie schriftlich oder mündlich die Zumuthung oder auch nur den Wunsch ausgesprochen habe, ich möge in meiner parlamentarischen Wirksamkeit mich für die preußische Oberhauptswürde erklären, oder daß dasselbe meinen Antrag zu Gunsten derselben, von welchem es, ehe er öffentlich gestellt war, nicht die mindeste Kenntniß hatte, irgendwie veranlaßt habe. Bei der nothwendigen, mir von meiner Regierung stets in der würdigsten Weise belassenen Unabhängigkeit der parlamentarischen Wirksamkeit mußte ich schon deßhalb vorausgehende Mittheilung über ähnliche parlamentarische Anträge vermeiden, um meine Regierung von jeder Verantwortlichkeit in Beziehung auf dieselben frei zu halten. Denn verschieden ist der Standpunkt für das Wirken, für das Zeit- und Fermgemäße in den parlamentarischen Parteikämpfen, und der Standpunkt der Regierungen, welche außer oder über diesen Kämpfen stehen. Frankfurt 30. März 1849. C. Welcker.

Italien.

△ **Turin**, 29. März. In Folge der Weigerung mehrerer gestern ernannten Minister, die ihnen zugedachten Portefeuilles anzunehmen, wurde heute das Ministerium gebildet wie folgt: Delaunay, Auswärtiges; Pinelli, Inneres; de Margherita, Justiz und Cultus; Morozzo della Rocca, Krieg und Marine; Nigra, Finanzen; Galvagne, Staatsbauten, Ackerbau und Handel; Mameli, Unterricht; da der letzte noch behindert ist, tritt der Abbé Vicenzo Gioberti ad interim an seine Stelle. Die Kammer ist immer noch in Permanenz und hörte gestern Abend den Bericht der Deputation an, die zu dem neuen König geschickt worden war. Der letzte hat erklärt, daß er hoffe, Radetzky werde seine Waffenstillstandsbedingungen wesentlich mildern. Uebrigens werde er (der König) die von seinem Vater verfolgte Richtung nicht verlassen. Man erwartet stündlich die Antwort Radetzky's auf die ihm gemachten Modificationsvorschläge und ist sehr gespannt auf deren Annahme oder Verwerfung.

Turin, 31. März. Gestern Nacht verreiste Gioberti in diplomatischer Mission nach Paris.

† **Neapel**, 24. März. Nach Gaeta sind von hier für 60,000 Mann Lebensmittel abgegangen. Sie sind für die Armee bestimmt, die gegen Rom marschiren soll.

⊙ **Rom**, 24. März. Zwölf Bataillone mobile Bürgerwehr sind auf dem Marsche gegen die neapolitanische Grenze.

Frankreich.

** **Paris**, 2. April. Auf die Nachricht hin, daß die Oesterreicher gegen Florenz und die Neapolitaner gegen Rom marschiren, ist (heißt es im Conferenzsaale der Nationalversammlung) das französische Geschwader von Toulon und Marseille nach Civitavecchia gesegelt. — Die Polizei hat heute begonnen, das ministerielle Verbot des Zeitungsverkaufs an den Straßenecken in Ausführung zu bringen. — Eine telegraphische Depesche aus Lyon brachte der Regierung heute die Nachricht, daß Victor Emanuel die Kammern aufgelöst habe. — Eine andere telegraphische Depesche zeigt der Regierung an, daß der König von Preußen die deutsche Kaiserkrone nicht annehme. — Im Loirethale, namentlich zu Rive de Gier, dauern die Arbeitseinstellungen fort.

Spanien.

* **Madrid**, 28. März. Für den 26. und 27. hatte man den Ausbruch eines großen Complotts befürchtet. Beide Tage sind jedoch ruhig geblieben. Der Hof begibt sich gegen den 15. April nach Aranjuez.

Nachschrift.

Berlin, 3. April. Ueber den Empfang der Reichsdeputation meldet der „Staatsanzeiger": Die in Folge der Wahl des Reichsoberhaupts für Deutschland abgeordnete Deputation der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M., welche gestern Nachmittag hier eingetroffen war, ist von Sr. Majestät dem Könige heute Mittag um 12 Uhr im Rittersaale des königlichen Schlosses im Beisein der Prinzen des königlichen Hauses und des Staatsministeriums empfangen worden. Nachdem der Präsident des Staatsministeriums, Graf v. Brandenburg, die Deputation eingeführt hatte, hielt der Präsident der deutschen Nationalversammlung, Simson, folgende Anrede:

„Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung, im Frühling des vergangenen Jahres durch den übereinstimmenden Willen der Fürsten und Volksstämme Deutschlands berufen, das Werk der deutschen Verfassung zu Stande zu bringen, hat am Mittwoch, den 28. März des Jahres 1849, nach Verkündigung der in zweimaliger Lesung beschlossenen deutschen Reichsverfassung, die in derselben begründete erbliche Kaiserwürde auf Se. königl. Majestät von Preußen übertragen. Sie hat dabei das feste Vertrauen ausgesprochen, daß die Fürsten und Volksstämme Deutschlands großherzig und patriotisch in Uebereinstimmung mit der Nationalversammlung die Verwirklichung dieser von ihr gefaßten Beschlüsse mit aller Kraft fördern werden. Sie hat endlich den Beschluß gefaßt, den erwählten Kaiser durch eine Deputation aus ihrer Mitte ehrfurchtsvoll einzuladen, die auf ihn gefallene Wahl auf Grundlage der Verfassung annehmen zu wollen. In der Vollziehung dieses Auftrags stehen vor Ew. Majestät der Präsident der Reichsversammlung und 32 ihrer Mitglieder, in der ehrfurchtsvollen Zuversicht, daß Ew. Majestät geruhen werden, die begeisterten Erwartungen des Vaterlandes, welches Ew. Majestät als den Schirm und Schutz seiner Einheit, Freiheit und Macht zum Oberhaupte des Reichs erkoren hat, durch einen gesegneten Entschluß zu glücklicher Erfüllung zu führen."

Die Antwort des Königs ist den Lesern bereits bekannt. (Das in der telegraphischen Mittheilung ausgefallene Wort heißt: Beruf.)

Se Majestät geruhten hierauf, sich durch den Präsidenten Simson die einzelnen Mitglieder der Deputation vorstellen zu lassen und sich mit denselben längere Zeit zu unterhalten. Die Deputation ist von Sr. Majestät zum Diner heute Mittag in Charlottenburg eingeladen.

Ueber den Empfang in der Hauptstadt heißt es im „Staatsanzeiger": Gestern Nachmittag um fünf Uhr traf die von der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. hierher entsendete Deputation mit einem in den deutschen Farben festlich geschmückten Extrazuge der Berlin-Magdeburger Eisenbahn von Magdeburg hier ein. Von den städtischen Behörden und Deputationen beider Kammern am Bahnhofe empfangen, wurde sie von denselben, unter Freudenbezeugungen der versammelten Menge, nach den Hotels unter den Linden geleitet, in welchen für die Mitglieder derselben Wohnungen in Bereitschaft gehalten waren.

Bozen, 31. März. Die Provinz Brescia befindet sich noch im Aufstand, dessen Unterdrückung nach der jetzigen Sachlage aber keinem Zweifel unterliegen kann.

** Vom Kriegsschauplatz in Ungarn lauten die neuesten Nachrichten dahin, daß Welden mit 36 Kanonen und 3 Bataillonen am 26. vor Komorn angekommen ist. Das furchtbare Bombardement der Festung dauert fort. Die Donaufürstenthümer werden immer mehr mit russischen Heermassen überschwemmt. Nicht Bem, sondern Puchner soll geschlagen und in die Walachei gedrängt worden sein.

Stettin, 2. April. (Ostsee-Z.) Heute früh um 8 Uhr ging die „Amazone" mit 6 Kanonenböten nach Swinemünde ab. Die Flotille wurde von drei Dampfern geschleppt.

München, 2. April. In der „N. M. Z." heißt es heute: „Wie wir vernehmen, ist aus Anlaß der neuesten Beschlüsse der Nationalversammlung zu Frankfurt von Seite unserer Staatsregierung bereits eine Erklärung an den bayerischen Gesandten nach Berlin abgegangen mit dem Auftrage, von derselben dem dortigen Cabinete Kenntniß zu geben. Die bayerische Erklärung ist durchaus in dem Sinne gehalten, welcher den stets ausgesprochenen und beharrlich festgehaltenen Grundsätzen der bayerischen Regierung und ihrer Auffassung der deutschen Frage entspricht, also in Uebereinstimmung mit der die Einigung des gesammten großen Vaterlands anstrebenden Politik, welche sie stets befolgt hat. Wir freuen uns darüber, daß unsere Regierung ungesäumt gethan, was ihre Stellung und ihre Pflicht gegen ganz Deutschland, wie gegen unser engeres bayerisches Vaterland vorschrieb, und hegen das Vertrauen, daß diese Erklärung, von welcher, wie wir vernehmen, auch den übrigen größeren deutschen Regierungen Mittheilung gemacht worden ist, auch bei Preußens edlem Könige und seiner Regierung, im eigenen Interesse Preußens ebenso sehr als in dem von ganz Deutschland, Beachtung und Berücksichtigung finden werde. Die nächsten Tage schon werden uns hoffentlich den Beweis davon bringen."

Börsenberichte.

Frankfurt, 4. April. Die durch telegraphische Depesche aus Berlin vom 3. d. M. erhaltene Erwiederung des Königs von Preußen auf die Anrede der Deputation der deutschen Nationalversammlung, hat wohl Sensation, übrigens aber durchaus weiter keinen Einfluß auf den Stand der Börse hervorgebracht; obwohl theilweise diverse Fonds sich etwas niedriger stellten, so schlossen doch im Allgemeinen alle Course fest, und österreichische Effecten waren theilweise noch begehrter als gestern. 5pCt. Metall. blieben 75⅛, 2½pCt. Metall. 40¼, pCt., Bierervbankactien 1186 fl., 500 fl. Loose 127 pCt., 250 fl. Loose 79½, pCt., Kurh. 40 Rthlr. Loose 27½, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 27½, ⅜ fl., do. 50 fl. Loose 48¾, fl., Darmstädter 25 fl. Loose 20¾, fl., do. 50 fl. Loose 70 fl., Nassauer 25 fl. Loose 20¾, fl., Sardinische Loose 25¾, Fr., Poln. 500 fl. Loose 74½, Rthlr. Süddeutsche und belgische Obligationen gut preishaltend. Holländ. 2½pCt. Integralen 49½, pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 33½, ⅛, 33 Rthlr., Berbach 73 pCt., Köln-Minden 76 pCt., Taunus 281 fl. 5pCt. inländ. Span. schließen 22¼, pCt. G. Für Wechsel zeigte sich auch heute Anima, Amsterdam 100½, Paris 95½, London 120⅛, Mailand 95½, Wien 105½. Abends in der Effectensocietät, nach Ausgabe der Amsterdamer und Brüsseler Pos. bleiben 5pCt. Metall. sehr gesucht 76½, pCt. G., 5pCt. inl. Span. 22½, à 22¼, pCt.

Berlin, 3. April. Staats-Schuldscheine 79⅞, bez., Seehandlungs-Prämienscheine 99½, etw. bez., Bankantheile 88⅝, bez., Berlin-Hamburg 46½, bez. u. G., Köln-Minden 76 etw., 76½, mehr bez. u. G., Friedr.-Wilh.-Nordb. 33½, à ⅛, bez., Thüringische 49 Br., Russische 4pCt. bei Stieglitz 87 bez. 5. 86½, Br., Poln. 500 fl. Loose 73½, bez. u. G., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 15½, G.

Die günstige Stimmung von gestern konnte sich in Folge der der Frankfurter Deputation ertheilten Antwort des Königs an der heutigen Börse im Allgemeinen nicht behaupten; die Course erhielten sich jedoch mit geringer Ausnahme ziemlich fest, und besonders waren Köln-Mindener per Cassa gefragt.

Paris, 2. April. Stand der Rente: 5pCt. 89. 25. — 3pCt. 57. 20. — Neapol. 61¼, — Neue 3pCt. Span. 22½, ⅞, 23 pr. comptt. — Bankactien 2400. — Versailles, rechtes Ufer 230. — linkes Ufer 185. — Paris-Orleans 885. — Paris-Rouen 562. — Orleans-Vierzon 360. — Rouen-Havre 280. — Marseille-Avignon 227. 50. — Straßburg-Basel 103. 75. — Nordbahn 465. — Paris-Straßburg 372. 50. — Römisches Anlehen 73. 74.

Heute herrschte an der Börse aus Anlaß der Abrechnung große Bewegung und starke Variation. Die Course, anfangs weichend, hoben sich später rasch über den gestrigen Stand. Bank- und Eisenbahnactien behaupteten sich gut.

Madrid, 27. März. 3pCt. 22 P., u. d. B. 21⅞, ⅝ G., — 5pCt. 10¼, P.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matter.

Vol. XXXIII. No. 382. Price 2s. 6d.

Printed for the Author, and Sold by Mr. Nourse, Opposite the Savoy in the Strand.

Where may be had the Numbers of these Transactions, from the Beginning to the End of the Year 1735.

Of whom may be had compleat Sets of the Philosophical Transactions, from the Beginning to the End of the Year 1733, in 32 Volumes, or any Part or Number to complete Sets.

Of whom may be had the Philosophical Transactions, Abridged by Mr. Lowthorp, Mr. Jones, and Mr. Eames, and Dr. Hutton, Dr. Shaw, and Mr. Pearson, in 3 Volumes

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung

Donnerstag (Beilage zu № 80.) 4. April 1850.

Der Oberpostamts-Zeitung ist heute beigelegt: Verzeichniß der Postanstalten, welche Briefe und Packete nach Portugal befördern.

Andere Empfangsfeierlichkeiten fanden im Milenzhotel statt, welche indeß lediglich von der rechten Seite beider Kammern veranstaltet waren. Die Oppositionsdeputirten hatten sich wie gewöhnlich in der Conversationshalle versammelt. Auf der Börse machte die Antwort des Königs keinen besondern Eindruck. Man glaubte die unter diesen Umständen nöthige Entschiedenheit darin zu vermissen und die Course sanken. Noch größere Bewegung entstand aber darüber in der zweiten Kammer: Man beschloß auf einen schleunigen Antrag sofort eine energische Adresse an den König, um ihn zu größerer Entschiedenheit aufzufordern. Die zu dieser Adresse erforderliche Commission wurde aus folgenden Abgeordneten zusammengesetzt: v. Vincke, v. Berg, Dörk, Mevissen, Wirtbaus, v. Schleitheim, Pape, Berends, Schramm, v. Auerswald, Phillips, Ulrich, Grün, Dane, Ziegler, Waldeck, Wolff, v. Kirchmann, Wenzel (Natibor), Pegel (Lennepp), Fabel. 12 Linke gegen 9 Rechte! Kurz zuvor erlitten die Minister in der Frage über die Justizorganisation eine Niederlage von 11 Stimmen. Die Sitzung dauerte bis nach 5 Uhr.

Adressen, welche den König von Preußen angehen, die deutsche Kaiserkrone anzunehmen, sind ferner eingegangen aus Bielefeld, Barmen, Gorlitz, Weimar. Aus Kurhessen und süddeutschen Staaten werden Deputationen erwartet, welche in gleicher Richtung wirken wollen; andre Deputationen sind bereits eingetroffen. Daß zustimmende Noten der Regierungen von Sachsen und Hannover eingetroffen seien, bedarf noch mehr der Bestätigung. Von Bayern kann es entschieden in Abrede gestellt werden, wenn man die Mittheilung der halboffiziellen „Neuen Münchner Zeitung" gelesen hat, nach welcher eine Erklärung in Berlin abgegeben ist, die einem Protest jedenfalls ähnlicher sieht, als einer Zustimmung.

† **Berlin,** 3. April. Bei der tiefgreifenden Bewegung, welche sich Berlins heute Nachmittag bemächtigt hat, erlassen Sie mir einen ausführlichen Bericht über die heutigen Verhandlungen der zweiten Kammer. Was sind Gnadengesuche schlesischer Bauern, Anträge Kinkel's auf Sistirung einer gegen ihn eingeleiteten Untersuchung, und selbst der Bericht des Centralausschusses über den Parrisius'schen Antrag auf Sistirung der Ausführung der Gerichtsorganisation gegen das ungeheure Gewicht der deutschen Frage! Genug, Kinkel bleibt hier, das Begnadigungsgesuch ist scheinbar zur Berücksichtigung dem Justizminister überwiesen, und über den Parrisius'schen Antrag ist man nach dreitägiger Debatte zu der durch Bücher motivirten Tagesordnung übergegangen. Wichtiger als Alles ist die officielle Mittheilung, welche der Minister des Innern gegen 1 Uhr der Kammer von der Antwort des Königs an die Frankfurter Deputation machte. Er las sie der Kammer so schnell vor, daß man kaum mit den Ohren folgen konnte. Alles schwieg und hielt den Odem an, um kein Wort, keinen Laut entschlüpfen zu lassen. Und welchen Eindruck machte die Antwort? Tiefes, zum Nachdenken auffordrndes Schweigen war die Erklärung des Eindrucks. Der Minister entfernte sich, nachdem er vorgelesen. Kein Minister war sonst anwesend, nur ein Stellvertreter des Justizchefs. Als aber über das Bucher'sche Amendement namentlich abstimmt wurde, bildete sich eine große Gruppe um Vincke. Was soll das bedeuten? war überall die Frage. Nicht lange und Vincke antwortete durch einen Antrag:

> In Erwägung, daß die Antwort, welche die Minister Sr. Majestät dem Könige angerathen und welche an die Deputirten der Frankfurter Nationalversammlung ertheilt worden ist, mit den von der hohen Kammer in der gestrigen Adresse ausgesprochenen Ansichten nicht im Einklange steht, und daß das deutsche Vaterland den größten Gefahren ausgesetzt ist, eine Commission zu ernennen, welche mit Bezug auf diese Antwort eine Adresse an Se. Majestät zu entwerfen hat, worin die Ansichten der Kammer über die jetzige Lage des Landes ausgesprochen werden.

Nicht, wie man irrthümlich glaubte, vom Grafen Arnim, sondern von Martens, Wiethaus und von Beuggem ist der Antrag mit unterzeichnet. Die Unterstützung war fast einstimmig, ja es ist für ein Glück zu halten, daß Vincke die Sache in die Hand nahm; denn ein Theil der äußersten Linken war Willens, ein Mißtrauensvotum an die Minister zu beantragen, und würde ihren Plan ausgeführt haben, wenn nicht Vincke sich der Sache angenommen hätte. Die Commissäre wurden von den Abtheilungen, die sich eine Viertelstunde zurückgezogen, ernannt. Vincke gehört zu derselben, außerdem die übrigen Antragsteller; die Linke hat darin das Uebergewicht. Nach einem heftigen Streite wurde beschlossen, daß morgen um 4 Uhr Sitzung gehalten werden soll, in der die Berathung des Vincke'schen Antrages erfolgen wird. Zugleich muß ich aber erwähnen, daß die Bewegung auch in der ersten Kammer groß ist. Sie hat auf heute Abend 8 Uhr eine geheime Sitzung anberaumt, und da es im Augenblick 9 Uhr ist, kann ich den Ausfall des Beschlusses noch nicht melden. — Mit Bedauern habe ich heute in allen Blättern vermißt, daß die zahllose Menschenmasse, welche der Frankfurter Deputation gestern Nachmittag auf dem Bahnhof entgegen eilte, untere Schichten gar nicht in ihrer Mitte hatte. Es ist daher die intelligente, die wissende Klasse, deren sich die deutsche Bewegung bemächtigt hat, und wie wichtig dies ist, hat uns die Erfahrung eines ganzen Jahres gelehrt.

Der in den Abtheilungen gewählte Adreßausschuß der ersten Kammer, wegen einer an den König zu erlassenden Adresse in Betreff der deutschen Frage, besteht aus folgenden Mitgliedern: Bergmann, Kühne, Gr. Bülow, Gr. Alvensleben, v. Kanitz, Hansemann, Walter, Leue, Eichmann, v. Wittgenstein. — Walter (Bonn) wurde zum Berichterstatter ernannt.

Heute Abend wird der König in Potsdam erwartet, wo Allerhöchstderselbe bis Sonnabend verweilen wird.

† **Wien,** 1. April. Die Minister sind gestern nach Olmütz abgereist, was sowohl mit den italienischen als ungarischen Angelegenheiten in Verbindung gebracht wird. — Feldmarschallieutenant Wohlgemuth ist gestern mit den Friedenspräliminarien hier durchgereist. — Der österreich. Vicеadmiral Dahlerupp ist hier angekommen.

Aus Czernowitz wird gemeldet: Feldmarschallieutenant Malkowski hat mit seinen Truppen Siebenbürgen geräumt und das Hauptquartier nach Ober-Widow, 20 Meilen herwärts von der siebenbürgischen Grenze, verlegt, da er auf höhere Anordnung nur die Defensive zu beobachten hat. Der Romanenoberst Urban steht mit seiner Truppenabtheilung bei Dorna. — In Novoseliza, unweit Czernowitz, stehen an der russischen Grenze unter General Freitag 10,000 Russen. Die ganze moldauische Grenze gegen die Bukowina ist von den russischen Truppen eingesäumt. Briefe aus Jassy bringen uns die Nachricht, daß die Türken in Galatz, sowie in die Walachei in bedeutender Stärke, man spricht von 100,000 Mann, eingerückt sind, um mit bewaffneter Hand gegen die Besetzung der Donaufürstenthümer zu protestiren.

Pest, 29. März. General Welden ist mit 36 Kanonen und drei Bataillonen auf Dampfschiffen bereits am Montag im Lager des Belagerungsheeres vor Komorn eingetroffen. Die Festung wird Tag und Nacht beschossen; nur an den ersten zwei Tagen — 19. und 20. März — wurden an 400 Bomben und Granaten hineingeschleudert. Gegenwärtig haben die Kaiserlichen bereits die ersten Werke der Palanallinie genommen. Görgey scheint wirklich die Absicht zu hegen, Komorn zu entsetzen. Noch am letzten Sonntag wurde das Dorf Aszod auf der Hatvaner Straße durch die Ungarn genommen, und als es die Oesterreicher am nächsten Morgen mit dem Bajonnet wieder erstürmen wollten, waren die Insurgenten schon vom rechten Flügel abmarschirt, um die Waag zu gewinnen, woran sie jedoch die Concentrirung der k. k. Truppen bei Waitzen hinderte. Auch bei Baimak in der Nähe von Theresiopel waren die Insurgenten vom Kriegsgeist begünstigt, und die Serben, welche ihre vortheilhafte Stellung verließen und dem dreimal geschlagenen Feind unvorsichtig nachjagten, konnten ihre zwei an die Uebermacht verlornen Kanonen nur durch unglaubliche Tapferkeit zurückerobern. Die Siegesbulletins von Mortara und Novara haben unsere hiesigen Dreifarbigen bedeutend verstimmt. Schick, der ein paar Tage in der Hauptstadt verweilte, begab sich vorgestern zu seinem Armeecorps zurück. Heute lacht die Sonne. Der Frühling ist da, leider aber noch nicht das Ende dieses traurigen Kampfes.

Briefe aus der Moldau und Walachei datiren vom 18. März, aus der Bukowina vom 24. Da fortwährend aus Siebenbürgen alle directen Berichte fehlen, keine Zeitungen, keine Briefe von dort kommen, ja selbst die Wiener halboffiziellen Blätter nichts irgend Bestimmtes von dort zu berichten wissen, müssen wir aus Galatz und Jassy, aus Bucharest und Folschani, aus Kasa und Czernowitz Kunde holen über das Schicksal der österreichischen Armee in Siebenbürgen, über das Loos unserer armen deutschen Landsleute im Sachsenlande, das wechselseitig von Magyaren und Walachen, von Szeklern und Polen gebrandschatzt, geplündert, verheert, und von mit schwerem Herzen berufenen, um schweres Geld erkauften russischen Hilfe so schlecht geschützt wurde, daß die Rache der wilden Sieger nur um so grausiger über die Verlassenen einbrach. Sie stoben, verzweifelnd, all ihr Hab und Gut den polnisch-magyarischen Freibeutern überlassend, nach der nahen Walachei, und suchten Schutz in dem Lande, das — nach kurzem Freiheitstraume — von russischen Bajonneten starrt. Die Donaufürstenthümer werden mehr noch als zuvor von den Heeren des Czars überschwemmt, auch in Galizien und Siebenbürgen sind 30,000 Mann eingerückt, wohl nicht zu spät, um Bem endlich zu besiegen, aber wie es scheint, zu spät, um den alten tapferen Puchner von einer traurigen Niederlage zu retten. Wenigstens versichern zwei Briefe aus Czernowitz (Bukowina) vom 24. und von der moldauisch-siebenbürgischen Grenze vom 20. März, daß Feldmarschallieutenant Puchner auf walachischem Gebiet angekommen sei. Sie fügen bei, derselbe sei mit seinem Armeecorps am 17. März wieder vor Hermannstadt erschienen; sie wissen aber nichts Näheres über die Katastrophe anzugeben, die ihn dann nach der Walachei gedrängt. Von anderer Seite fehlt bis jetzt die Bestätigung dieser Unglücksbotschaft. In Widerspruch damit steht die nun auch von der neuesten „Wiener Zeitung" wiederholte (von uns schon vorgestern erwähnte), aber aller nähern Angaben entbehrende Nachricht, wonach Bem, in Folge der Zersprengung seines Corps, selbst Zuflucht in der Walachei hätte suchen müssen. Es wird nicht gesagt, wer diesen Sieg über ihn eigentlich erfochten haben soll, ob Puchner oder die Russen.

Semlin, 25. März. Die „Erbs. Nov." berichten: „Soeben erhielten wir aus Sissek eine Privatnachricht vom 18. d. M., daß das Oguliner Regiment die neue Verfassungsurkunde zerrissen und verbrannt habe, die sich mit der Freiheit der Militärgrenze ein kühnes Spiel erlaubt, indem sie auch jetzt noch sich der Grenzen als eines Schildes deutscher Gloire und Größe bedienen will. Das 5. Liccaner Bataillon wollte dem Militärbefehl, nach Italien zu ziehen, nicht Folge leisten, sondern prügelte vielmehr, wie der Brief sagt, seinen Commandanten durch. Auch hier in Pancova und Mitrowic äußerte sich große Unzufriedenheit mit der octroyirten Verfassung und es scheint, daß verschiedene Zwistigkeiten unter der Nation bevorstehen, während Eintracht gegen den gemeinsamen Feind Noth thät. Alles ist gereizt, und Gott weiß, wer im Stande sein wird, den Frieden lange zu erhalten." (C. Bl. a. B.)

Neapel, 24. März. Ein Kreisschreiben der Regierung vom 22. d. M. kündigt den Gesandten und Consuln die Blokade Siciliens an. — Ein anderes Rundschreiben des Ministerpräsidenten vom 22. März macht den Handelsstand auf den Wiederbeginn der Feindseligkeiten aufmerksam und fordert auf, Leben und Güter vor den Gefahren des Kampfes in Sicherheit zu bringen, da die königliche Regierung nach dieser Mittheilung für keinen Schaden Ersatz leisten werde. Diese Umlaufschreiben haben die Handelswelt in die größte Bestürzung versetzt. Der englische und der französische Consul sind gleich nach Palermo abgereist, um einen letzten Vergleichsversuch zu machen. Der Vorschlag von Welcker in Frankfurt, der König von Preußen zum deutschen Kaiser zu machen, hat uns Deutsche hier mit großem Jubel erfüllt. Gott gebe, daß er durchgehe, dann werden wir armen Deutschen im Auslande doch nicht mehr gehänselt und verlacht werden, sondern ein großes mächtiges Vaterland haben. Gottlob, daß das Parlament in Frankfurt endlich einmal practisch wird und sich nicht mehr mit Träumereien abgibt, sondern der Gebote der politischen und geschichtlichen Nothwendigkeit folgt. (Schw. Merkur.)

⊙ **Paris,** 2. April. Karl Albert reist in Frankreich unter dem Namen Graf von Bard. Er befindet sich noch in Nizza und scheint sich nach der Schweiz begeben zu wollen. Es ist unwahr, daß Ludwig Napoleon einen Adjutanten zu ihm geschickt habe.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. D. Kalten

Wasser-, Molken- und Trauben-Curanstalt

Gleisweiler

bei Landau in Rheinbayern.

(3 Zahrstunden von Mannheim entfernt.)

Zum Gebrauch der Wasserkur in gemeinte Heilanstalt das ganze Jahr über, zum Gebrauch der Ziegenmolken vom 1. Mai bis November geöffnet.

Betreffende Prospectus ertheilt die Expedition dieses Blattes gratis, jede nähere Auskunft der unterzeichnete Arzt der Anstalt unter portofreier Adresse. [52

Dr. L. Schneider zu Landau in Rheinbayern.

Taunus-Eisenbahn.

Die Auszahlung der Dividende auf die Taunus-Eisenbahn-Actien, welche zufolge Beschluß der Generalversammlung der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft vom 21. d. M. für das Jahr 1848 auf fl. 11. pr. Actie festgesetzt worden ist, beginnt Montag den 16. April an der Hauptkasse der Taunus-Eisenbahn-Verwaltung im Stationsgebäude zu Frankfurt, gegen Ablieferung der betreffenden Coupons, und zwar den 16., 17. und 18. April d. J., Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr; später kann die Auszahlung nur Montags und Freitags in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr stattfinden. Zur Erleichterung der in Mainz, Wiesbaden und der Umgegend wohnenden Actionäre, ist auch die Stationscassen von Castel und Wiesbaden die Weisung erlassen worden, die Dividende-Coupons, nach vorher regulirter Anmeldung, ebenfalls auszubezahlen.

Frankfurt a. M., den 30. März 1849.

Der Verwaltungsrath

der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft.

Cours der Staats-Papiere. 5. April 1849. (Schluss der Börse.)

		₰Ct.	Papier	Geld.			₰Ct.	Papier	Geld
Oesterreich	Metalliq. Obligat.	5	77½	76½	Württemb.	Obligationen b. Roths.	3½	79½	78½
»	ditto ditto	4	60½	59½	»	Neue Württemberg.	4½	95½	94½
»	ditto ditto	2½	41½	40½	Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	81½	80½
»	Bank-Actien p. D.		1199	1194	»	fl. 25 Loose		21	20½
»	fl.250Loose v. Roth.		80½	79½	Frankfurt	Obligationen	3	77½	77½
»	fl.500 » ditto		128	127½	»	ditto v. 1839	3½	92½	92
»	Bethmann. Obligat.	4½	74	73	»	ditto v. 1846	3½	89	88½
»	ditto ditto	5	64½	63½	»	Taunusbahnactien		287	284
Preußen	Staatsschuldscheine	3½	81	80½	Holland	Integrale	2½	50	49½
»	Prämienscheine		—	100	»	Hollandische	4	—	78
Bayern	Obligationen	3½	79½	79	»	Syndicats	3½	—	78
Darmstadt	fl. 50 Loose		70½	70	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—
»	fl. 25 ditto		22½	22	»	Innere Sch. neue Obl.	3	23	22½
»	Obligationen	3½	79	78½	Portugal	Consols Lat. à fl. 12	3	—	—
»	ditto	4	86½	86½	Polen	fl. 300 Lott. Loos Bth.		—	98
Baden	Obligationen v. 1845	3½	77½	77	»	Obligationen de fl. 500	4	74½	74½
»	fl. 50 Loose v. 1840		49½	49½	Russland	in R. fl. p. b. Gruz. etC.	4	—	82½
»	fl. 35 Loose		28½	28	»	ditto b. Stieglitz et C.	4	—	82½

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.
Pistolen	9	56	Gold al Marco	382	—
Pr. Friedrichsd'or	9	56½	Laubth., ganze	—	—
Holl. 10 fl. Stucke	10	4	Preuss. Thaler	—	—
Kais. Ducaten	5	39	5 Frankenthaler	—	—
20 Francsstücke	9	39	Hochhaltig Silber	24	30
Kurz. Souverains	12	4	Conv. u. ausländ.	24	20

Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Kurhessische Loose	28	27½
Sardinische Loose	26½	25½
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Minden	76½	76½
Ludwigsh.-Berbach	73½	73½
Prdr.-Wilhs.-Nordbahn	33½	33½

Wechsel-Cours.

Den 5 April.	Papr.	Geld.
Amsterdam (k.S. 100 fl. Crt.)	100½	100¼
	(2M.	—	100
Augsburg (k.S. 100 fl. Crt.)	113⅞	—
	(2M.	—	—
Berlin (k.S. 60 Thlr.)	—	105⅜
	(2M.	—	—
Bremen (k.S. Rthlr. i. L.-Conv.)	—	99½
	(2M.	—	—
Hamburg (k.S. 100 M. Bco.)	88½	88
	(2M.	—	87⅝
Leipzig (k.S. 100 fl.)	—	105½
	(2M.	—	—
Thür. (k.S. 100 fl.)	—	—
	(2M.	—	—
London (k.S. 1 Livr. St.)	—	120½
	(2M.	—	120¼
Lyon (k.S. 300 Fr.)	—	95½
	(2M.	—	—
Mailand (k.S. 150 Lir. Austr.)	98½	—
	(2M.	—	—
Paris (k.S. 300 Fr.)	—	95¾
	(2M.	—	—
Wien (k.S. 100 fl. im f. 20 F.)	—	105½
	(2M.	—	—
Discconto	—	1

A. Sulzbach, beeid. Mäkler.

Nach der Börse: 2½pCt. Met. —; 4pCt. Span. Int. —; Taunusbahn-Actien (pr. Ult.) —; Ludw.-Berb. —; Pr.-W.-Nordb. — &c.

Druck von August Osterrieth.

Nebst Extra-Beilage.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Extra-Beilage zu Nro. 82.) 6. April 1849.

Inhalt.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.
Deutschland. Wien (Eindruck der Frankfurter Nachrichten. Aeußerungen der „Presse“. Die Generale in Ungarn. Amtliches aus Italien). Triest (Französisches Kriegsdampfboot. Zustände in Venedig. Wahlen nach Frankfurt). Berlin (Der Centralausschuß des Belagerungszustandes. Ein Mißgriff. Nachträgliches vom 2. April. Eine Antwort des Prinzen von Preußen). Königsberg (Die Russen an der Grenze). Magdeburg (Eine Auszeichnung Rieffel's). München (Note an die preußische Regierung. Die Grundrechte. Stimmung). Leipzig (Truppenmarsch). Stuttgart (Das Wahlgesetz). Mannheim (Die Ersatzwahl für Bruchsal). Freiburg (Berufung wegen Preßvergehen). Kassel (Aus der Ständeversammlung). Darmstadt (Das Wahlgesetz in den Kammern. Auswanderung. Communistische Colonie). Braunschweig (Die Deputation des ständischen Ausschusses nach Berlin). Hamburg (Constituirende Versammlung). Bremerhaven (Kanonenboot).
Frankreich. Paris (Ledru-Rollin und Proudhon. Vermischtes).
Donaufürstenthümer. Jassy (Russische Gebiete).
Nachschrift.
Börsenberichte.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Wenn wir uns, schreibt man der „Deutschen Reform“ unterm 31. März aus den Herzogthümern, die letzten an dem dänischen Starrsinn und Uebermuth gescheiterten Vermittlungs- und Friedensversuche vor Augen halten, so scheint es uns keinem Zweifel mehr unterworfen, daß es mit Dänemark zum ernsten Kriege kommen werde. Wir erfahren von wohlunterrichteter Seite, daß Ritter Bunsen bei den Friedensconferenzen in London gegenüber den russischen, dänischen und englischen Unterhändlern und diplomatischen Geschäftsträgern eine energische, von deutscher Gesinnung durchglühte Sprache geführt, und wenn er Anfangs die Sonderconstituirung eines Staates Schleswig als Grundlage zu den Friedensunterhandlungen aufgestellt, so soll ihm der staatsrechtliche, geschichtlich begründete Punkt der Zusammengehörigkeit von Holstein und Schleswig immer mehr eingeleuchtet haben, je mehr sich die dänischen und russischen Unterhändler von der bestimmten Bunsenschen Basis entfernten und den Gedanken einer staatlichen Selbstständigkeit des Herzogthums Schleswig umgekehrt in einen Incorporationsplan Schleswigs in die dänischen Erblande zu verwandeln strebten. Der dänische Gesandte am Hofe von St. James, Graf Reventlow, zeigte sich weniger zähe bei der Feststellung der Friedenspräliminarien, denen man deutscherseits entgegen kommen könnte, als sein College, der Flügeladjutant und Vertraute des dänischen Königs, Generalmajor Orholm, welcher Letztere neben seiner diplomatischen Gewandtheit und Glätte einen glühenden Haß gegen alles Deutsche im Busen trägt und in dieser Beziehung ganz auf dem bekannten fanatischen Standpunkt des ehemaligen sogenannten Casineministeriums steht. Diese Thatsache dürfte genügen, um zu zeigen, in welchem Lichte dieser dänische diplomatische Sendbote die schleswig'sche Frage betrachtet, ein Mann, der im Rathe des dänischen Königs zu vielen wichtigen Staatsfragen herbeigezogen wird, wo seine Stimme nicht selten den Ausschlag gibt. Man hatte sich dänischer Seits im letzten Stadium der Friedensunterhandlungen, da man keinen Ausweg wußte und sich nicht gut in staatsrechtliche Erörterungen einlassen konnte und wollte, eine russisch-österreichisch-absolutistische Auffassung der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten anzueignen gesucht, um hierdurch einer vernünftigen Lösung der deutsch-dänischen Streitfrage auszuweichen. Deßhalb ist der Krieg unvermeidlich, und wenn es hieß, daß man von deutscher Seite klein zugeben wollte, um einen, wie die Sachen liegen, möglichst weitverzweigten Krieg zu vermeiden, so ist dies in Rücksicht auf Bunsen nicht anzunehmen, da derselbe schon vor mehreren Monaten in Depeschen geäußert haben soll, daß es bei dem schroffen Entgegentreten in der Anbahnung eines Friedens von Seiten Dänemarks und seiner Fürsprecher, um die Rechte der Herzogthümer zu retten, zu einer blutigen Entscheidung würde kommen müssen. Ich habe mir erlaubt, Ihnen diese aus gut unterrichteter Quelle geschöpften Thatsachen über den Gang der Friedensunterhandlungen mitzutheilen, damit hier und dort die etwa über diesen Punkt entstandenen irrigen Voraussetzungen und Ansichten schwinden und eine richtige Beurtheilung der Sachlage eintrete.

Die gesetzgeberische Thätigkeit der Landesversammlung erstreckt sich auf einige nothwendige Erweiterungen und Modificationen bereits bestehender Gesetze. So wurde das Kriegsgesetz stellenweise in mildere Formen umgegossen, so wie einige auf die öffentliche Ruhe und Ordnung Bezug habende Verordnungen theilweise erweitert. Die Statthalterschaft ist zwar constituirt, aber nicht vollständig. Ueber das dritte Mitglied der Statthalterschaft hat noch nichts Bestimmtes verlautet, und dürfte wohl dieser Gegenstand, da tüchtige Departementschefs den zwei ernannten Mitgliedern zur Seite stehen, vorläufig als beseitigt zu betrachten sein.

Aus Kopenhagen lauten Nachrichten vom 29. März wie folgt: Die Rüstungen dauern noch immer fort; die beiden Fregatten „Freia“ und „Nymphen“ werden getakelt; dagegen werden keine Linienschiffe mehr ausgehen. — Zwei Gerüchte, deren Wahrheit ich mich jedoch nicht zu verbürgen getraue, circuliren heute in der Stadt und haben die Gemüther sehr bewegt. Das eine erzählt, daß 26,000 Mann deutscher Reichstruppen sich in Flensburg befinden, und daß die dänische Armee auf die Nachricht von dieser Verletzung (?) der letzten Bedingung der Waffenstillstandsverlängerung gleich über die Königsau gegangen sei und schon in Hadersleben stehe. So viel ist gewiß, daß der Kriegsminister gestern spät in der Nacht abreiste, und daß heute Morgen ein königliches Dampfschiff nach Alsen gegangen ist. Das andere berichtet, daß in dem Ministerium eine Differenz entstanden sei, wie es heißt, über die schleswig-holsteinischen Verhältnisse, und daß zufolge dieser mehrere Mitglieder desselben ihre Demissionen dem König einsenden würden. Als solche bezeichnet man den Cultusminister Madvig und den Minister des Innern, Etatsrath P. G. Bang, welcher Letzte, wie bekannt, früher ein eifriger Gesammtstaatsmann war und gewiß zu alt ist, um seine Gesinnungen zu ändern. Im Reichstage herrschte gestern in Folge dieser Gerüchte große Bewegung; man bemerkte, daß der Prof. Hor Madvig mit Etatsrath Ussing ein langes und sehr lebhaftes Gespräch hatte, während P. G. Bang gar nicht zugegen war.

Schleswig, 31. März. Die Landesversammlung hat heute zwei Sitzungen gehalten. Mittags von 12 bis 4½ Uhr. Der Kriegsminister zog die frühere Vorlage des Kriegsgesetzes zurück, brachte eine neue Vorlage ein. In Folge dessen wurde eine Abendsitzung auf 7 Uhr angesetzt. In der Tagessitzung fand die Vorberathung über den Antrag des Syndicus Preyn wegen des beantragten Dankes statt, sowie mit der Berathung über die Wechselordnung begonnen wurde. Folgendes Schreiben wurde von dem Präsidenten verlesen:

„Der den unterzeichneten Mitgliedern der Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein zustehenden Wahl eines dritten Mitgliedes, welches nach ertheilter Zustimmung der Landesversammlung von der Reichsgewalt zu bestätigen sein würde, stehen Schwierigkeiten entgegen, deren Beseitigung zur Zeit noch nicht gelungen ist. Wir befinden uns daher in der Lage, des weiter die Statthalterschaft ohne einen beigeordneten Dritten führen zu müssen. Indem wir dem Herrn Präsidenten der Landesversammlung hiervon Anzeige zu machen uns beehren, mit dem Ersuchen, der Versammlung demnach gefällig Mittheilung machen zu wollen, geben wir uns noch Inhalt des Beschlusses der Landesversammlung vom 20. d. der Hoffnung hin, daß in dieser Pflicht von derselben nichts zu erinnern gefunden wird. Gottorf, den 31. März 1849. Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein. Reventlow. Beseler. — Hardon. An den Präsidenten der schleswig-holsteinischen Landesversammlung, Herrn Bargum.“

Der Präsident schlug vor, dies Schreiben dem früher wegen Einsetzung einer Statthalterschaft bestellten Ausschuß zu überweisen, womit die Versammlung sich einverstanden erklärte.

Nach einer Correspondenz eines sächsischen Offiziers in Holstein ist der jetzige Stand der Reichstruppen folgender: Erste Division: Schleswig-Holsteiner (über 20,000) unter General Bonin, in und bei Flensburg bis zur Königsau. Zweite Division: Bayern, Württemberger, Badener und die thüringischen Truppen unter den bayerischen Generalen Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg und Spangenberg, in und bei Schleswig. Dritte Division: Hannoveraner und Sachsen unter General Wynken, in und bei Rendsburg. Vierte Division, Preußen, in und bei Neumünster. Sämmtliche Truppen unter dem Obercommando des Generals von Prittwitz. (L. Tgbl.)

Harburg, 1. April. Um 5 Uhr kam hier das erste Bataillon vom 17. preußischen Landwehrregiment, 800 Mann stark, an.

Den Wiederausbruch des Krieges bestätigt folgendes Schreiben der „Köln. Ztg.“ aus **Altona**, 1. April, Abends. Wir erhalten wenige Augenblicke vor Postschluß von wohlunterrichteter Seite folgende Mittheilungen, die wir Ihnen eiligst zugehen lassen: Die Unterhandlungen über Verlängerung der Waffenruhe oder Friedensbedingungen sind in London resultatlos geblieben und werden einstweilen nicht fortgesetzt. Das Schwert soll entscheiden zwischen dänischem Starrsinn und deutschem Recht. Verschiedene Londoner Briefe, aus höheren Regionen, über Ostende heute in Hamburg angelangt, enthalten dieselbe Nachricht. Ferner wissen wir aus guter Quelle von der Ankunft mehrerer Depeschen aus dem Norden Schleswigs, wonach auch die anfänglich nur für Holstein bestimmt gewesenen preußischen und hannoverschen Truppenabtheilungen schleunigst nach dem nördlichen Schleswig vorrücken sollen. Westphälische Infanterie (sie stand in Münster) kam heute von Harburg her über die Elbe zu uns; ein Bataillon preußischer Infanterie (es stationirte in Sorau) kam heute Nachmittags auf der Berliner Bahn nach Hamburg, wo es einquartiert wird. — Es werden vielleicht noch diesen Abend, spätestens morgen, neue preußische Truppen eintreffen und sogleich weiter befördert werden. Sächsische Pioniere und sächsisches Fuhrwesen wird ebenfalls erwartet. Dienstag den 3. April ist ein wichtiger Tag. Jedenfalls beginnt, wenn die Diplomatie nicht ein wirkliches Wunder als Reserve eintreten läßt, die Blokade der schleswig-holsteinischen Häfen, wenn nicht schon Blutigeres sich ereignet.

Altona, 2. April. Ein Artikel aus Kiel in dem gelesensten Hamburgischen Tagesblatte beginnt heute mit den Worten: „die Dänen haben unseren Hafen blokirt.“ An der Hamburgischen Börse, wo wir uns so eben wegen dieser alarmirenden Meldung näher erkundigten, wußte man nichts weiter anzugeben, als daß sich ein großes dänisches Kriegsschiff unweit von Lodon gezeigt, und ein englisches Fahrzeug, das in den Kieler Hafen wollte, zurückgewiesen habe; doch gerade der letztere Theil dieser Nachricht, obwohl übereinstimmend mit den Morgenberichten, scheint uns wenig haltbar. Wäre aber auch die Blokademeldung verfrüht, sicher könnte sie morgen zu einer thatsächlichen werden. — Bei Helgoland sind ebenfalls bereits ein paar dänische Schiffe gesehen worden; wir hören auch, daß mehrere höhere Marineoffiziere dort ans Land gingen.

Deutschland.

Wien, 31. März. Die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments für die Wahl eines regierenden deutschen Fürsten zum Reichsoberhaupte wurden hier heute bekannt und erregten, nachdem man schon nach dem Verwerfen des Welckerschen Antrags den Sieg für ein österreichisch Deutschland gewonnen zu haben glaubte, eine gewisse Bestürzung. Der ministerielle „Lloyd“ meint, der Beschluß erregt die Befürchtung, „daß die Unversöhnlichkeit und Leidenschaftlichkeit der Männer in der Paulskirche sich auch in weitere Cirkel, Zwietracht und Streit erregend, verbreiten dürfte.“ Auch die „Oesterreichische Post“ ist der Meinung, daß weder Preußen noch Oesterreich die Wahl annehmen werde und könne; nicht der Kaiserschnitt, aber der Schnitt durch Deutschland werde gemacht.

Der Artikel des „Lloyd“ lautet vollständig: „Gerne hätten wir es gesehen, wenn die Paulskirche mit weiser Mäßigung in ihrem unpraktischen Bestreben, für das deutsche Volk einen erblichen Kaiser zu wählen, eingehalten, und den Regierungen die nöthige Zeit gewährt hätte, zur Vereinbarung der Oberhauptsfrage mit jener Versammlung zu schreiten. Welche Autorität können Abstimmungen mit sich führen, die mit der Majorität einiger wenigen Stimmen die wichtigsten Lebensfragen des deutschen Volkes entscheiden wollen? Sie zeigen bloß, daß das deutsche Volk in zwei fast gleiche Hälften scharf und tief gespalten ist, und erregen die Befürchtung, daß die Unversöhnlichkeit und die Leidenschaftlichkeit der Männer der Paulskirche sich auch in weitere Cirkel, Zwietracht und Streit erzeugend, verbreiten dürfte.“ — Eine Erläuterung zu diesem Artikel gibt ein anderer, welcher wenige Tage zuvor und zwar nach der Verwerfung des Welckerschen Antrags im „Lloyd“ zu lesen war. Er lautet: „Wir dürfen den indirecten Sieg, welchen die großdeutsche durch die Niederlage der preußischen Partei in der Paulskirche errungen hat, nicht überschätzen. Alles, was wir sagen können, ist, daß die deutschen Angelegenheiten noch nicht in ein Stadium getreten sind, wo eine Spaltung Deutschlands unvermeidlich wäre. Wir können noch viel Gutes hoffen, hauptsächlich deßwegen hoffen, weil die Paulskirche und Deutschland zwei nicht gleichbedeutende Begriffe sind, und weil es sich nicht von selbst versteht, daß Deutschland thun wird, was die Paulskirche will, daß es thun soll. Wir haben stets die letztere Ansicht vor der Welt zur Schau getragen, daß dem Frankfurter Parlament die Basis fehlte, auf welcher es festen Grund für seine Arbeiten finden könnte. Das Frankfurter Vorparlament, diese sonderbare Versammlung, welche Vorläufer einer noch sonderbareren war, übersah gänzlich, daß Deutschland nicht allein aus Land und Menschen, sondern auch aus Staaten bestand. In dem Rausche der Begeisterung hatte sie einige Dinge doppelt, andere Dinge gar nicht gesehen, welche letztere jetzt bei wiederkehrender Nüchternheit in ihrer ganzen Realität sich den verdrossenen Augen der Betroffenen präsentiren. Der Staat, welcher als solcher eine Einheit repräsentirt, kann nur durch diejenige Macht, welche ihn einheitlich darstellt, nämlich durch seine executive Gewalt, Verträge schließen. Es beliebte dem Frankfurter Vorparlamente dieses Factum zu übersehen. Der alte Bundesvertrag ward als aufgehoben betrachtet, aber kein neuer ward geschlossen, hauptsächlich deßwegen, weil die legislative Gewalt, die ihren Sitz in Frankfurt hat, zu gleicher Zeit die executive Macht zu usurpiren Lust bezeigte. Die nordamerikanische Union ward durch einen Conföderationsact geschlossen, welcher die Staaten als solche beitraten, und dann erst, nachdem die Basis gegeben war, versammelte sich der constituirende und legislative Körper. Die Deutschen haben einem so weisen Beispiele nicht gefolgt. Nach einem sehr bezeichnenden, obgleich nicht schwunghaften englischen Sprichworte spannten sie den Karren vor den Gaul, begannen sie den Ueberbau vor dem Unterbau, und deßhalb droht auch dem Gebäude jetzt, da es seine Bedachung empfangen soll, der Einsturz. Es muß auch ein deutscher Conföderationsact zwischen den deutschen Staaten geschlossen werden, soll Deutschland einheitlich organisirt werden. Die größern Regierungen Deutschlands sind zu dieser Einsicht gelangt, und werden nicht gewillt sein, auf eine in der Welt bisher unerhörte und allen Begriffen vom Privat- wie vom öffentlichen Recht widerstrebende Weise den Mitgliedern eines gesetzgebenden Körpers das Recht einzuräumen, nach Simmenmehrheit Verträge zwischen unabhängigen Staaten zu schließen.“

Auch ist der „Lloyd“ bitterböse über die czechischen Deputirten, welche in einer Denkschrift ihr Wirken auf dem Reichstage gerechtfertigt haben. Er erwidert sich gegen diese in folgenden Worten: „Wir sind billig genug, um den verletzten Interessen, dem beleidigten Stolze und Selbstgefühl der Deputirten Rechnung zu tragen, welche durch das kaiserliche Patent vom 4. März ihrer Würde entkleidet, aus Kremsier nach ihrer Heimath entsendet wurden. Wir dürfen nicht von Männern in ihrer eigenen Sache

die faſt übermenſchliche Selbſtverleugnung erwarten, welche es erfordern würde, um ſich als unparteiiſche Richter aus und über ſich ſelbſt zu erheben, und die bittere Wahrheit der Ausſprüche anzuerkennen, welche in jenem Patent über den Reichstag enthalten waren. Den Deputirten dürfen wir einen andern Standpunkt zugeſtehen, aus dem ſie das große Ereigniß der Auflöſung des Reichstages beurtheilen werden, als dem Volke, das ſie hätten vertreten ſollen. Wir können im Allgemeinen ſehr zufrieden ſein mit der Art und Weiſe, wie das letztere jene entſcheidende Maßregel der Executivgewalt aufgenommen hat, und finden es, wenn auch unwahr, doch nicht unnatürlich, daß die czechiſchen Deputirten nicht umhin können, die Auflöſung des Reichstages „als ein über unſer ſchönes Vaterland, ja über die ganze Monarchie ohne Noth heraufbeſchworenes Unglück zu beklagen.“ In dieſem Tone geht es fort, und der „Lloyd“ verſpricht, morgen auf dies Thema zurückzukommen.

Ein Schreiben aus Wien in der „Allg. Ztg.“ klagt ſehr über die Begünſtigung untüchtiger adeliger Generale, wie Graf Wrbna, Graf Nugent ꝛc., durch den Fürſten Windiſchgrätz, während tüchtige Männer, Jellachich, Zeisberg, Hartlieb, Haslaub ꝛc., denſelben nachſtehen mußten. Graf Stadion arbeite dieſem ariſtokratiſchen Bevorzugungsſyſtem kräftigſt entgegen.

Nach den heutigen Nachrichten aus Verona vom 25. und aus Mailand vom 26. machten die ſiegreichen Nachrichten des Marſchalls Radetzky allbort einen unbeſchreiblichen Eindruck. Man wußte aus dem Hauptquartier Novara, daß Karl Albert durch Vercelli mit öſterreichiſchen Dragonern begleitet werden mußte, um nicht der Volkswuth als Opfer zu fallen. Nach mehreren übereinſtimmenden Mittheilungen iſt in den Gewölben des königlichen Palaſtes in Novara eine bedeutende Summe in Gold und Silber vorgefunden worden. Es iſt dies der Schatz der aus Mailand geflüchteten Conſulta, womit ſie bisher den Krieg gegen Oeſterreich fortſetzte und ihre Freiſchaaren bezahlte. Mailand iſt nach den bereits erzählten Exceſſen vom 24. wieder ruhig geworden. Das Proletariat hat eine Plünderung beabſichtiget, allein das kluge Benehmen der Militärgewalt, welche den Tumult austoben ließ, hat dieſes große Unglück verhindert. Bergamo hat ſich nach einer halben Stunde militäriſchen Einſchreitens wieder beruhigt, und von Brescia iſt eine Deputation nach Verona unterwegs, welche um Schonung für die Stadt bitten will. Der Landespräſident Graf Montecuccoli verlangt einen Geldbetrag als Strafe von der Stadt. (Wien. Z.)

† **Trieſt**, 29. März. Geſtern Abend langte das franzöſiſche Kriegsdampfboot „Brassier“ hier an, das an demſelben Tage Venedig verlaſſen. Die dortigen Zuſtände werden mit jedem Tage kritiſcher; Manin ſpielt wie Mazzini zu Rom die Rolle eines Dictators. Das Fort Malghera wird unaufhörlich von den Oeſterreichern beſchoſſen, und dürfte ſchwerlich noch lange Widerſtand leiſten. Immer fühlbarer wird trotz der zeitweiligen auswärtigen Hilfe der Mangel an gemünztem Gelde, da die dortigen Kaſſenſcheine nur in der Stadt ſelbſt Geltung haben, und auch hier ſchon 35 pCt. unter Pari ſtehen. Albini kreuzt noch immer mit der ſardiniſch-venetianiſchen Flotte zwiſchen Ancona und Venedig, ſcheint ſich aber aller Feindſeligkeiten gegen Trieſt enthalten zu wollen.

† **Trieſt**, 30. März. Nachdem nun die Gefahr der Beſeitigung Oeſterreichs glücklich abgewendet iſt, werden auch die Neuwahlen für Frankfurt und zwar am 4. April hier ſtattfinden.

Berlin, 1. April. In der geſtern abgehaltenen Sitzung des Centralausſchuſſes, in welcher über die Aufhebung des Belagerungszuſtandes berathen wurde, ward der Abgeordnete Dr. Joh. Jacoby zum Vorſitzenden, der Abgeordnete Bucher zum Schriftführer gewählt. Die Linke hatte alſo im Centralausſchuſſe das Uebergewicht, und wahrſcheinlich wird auch der Referent aus ihrer Mitte gewählt werden. Der Vorſitzende hat bereits den Miniſter des Innern, Herrn v. Manteuffel, ſchriftlich eingeladen, dem Ausſchuſſe etwanige Eröffnungen mitzutheilen. Wie wenig aber bis dieſen Augenblick von Seiten der Behörden an die Aufhebung oder Ermäßigung des Belagerungszuſtandes gedacht wird, gab ſich an demſelben Abende kund. Als ſich nämlich die Deputirten Berlins an dieſem Abende im Begriffe befanden, ihren Wahlmännern im Locale von Jaroſchewitz Bericht abzuſtatten, und die Deputirten Waldeck, Reutter und Jung bereits geſprochen hatten, erſchienen Polizeibeamte, welche die Geſellſchaft auseinander ſchickten. — Es iſt von Seiten der Stadt mit dem Intendanten des königlichen Theaters, Herrn v. Küſtner, über die Wahl der für die Anweſenheit der Deputation aufzuführenden Stücke verhandelt und dadurch der Mißgriff abgewendet worden, dieſelben, wie im Werke war, mit Schillers „Räubern“ (!!) zu empfangen. So komiſch dies klingt, ſo iſt es doch Thatſache. Es wird jetzt zu Ehren der Deputation Schiller's „Don Carlos“ aufgeführt werden. Die Aufführung einer großen Oper hatte Herr v. Küſtner unter dem Vorwande, daß er ein Extraauftreten der erſten Sängerin, Mad. Köſter, nicht zumuthen könne, abgelehnt. Dieſe Ablehnung iſt indeſſen durch die Bereitwilligkeitserklärung der Künſtlerin, welche ſich ein ſolches Auftreten zur höchſten Ehre rechnete, beſeitigt worden. (K. Z.)

Berliner Berichten vom 2. April entnehmen wir nachträglich noch Folgendes: Geſtern Abend wurden ſowohl ſeitens der Majorität der zweiten wie der erſten Kammer Schritte gethan, um die Minorität der zweiten Kammer zu veranlaſſen, ſich einer projectirten großen Tripeldeputation (Frankfurter Deputation und erſte und zweite Kammer) anzuſchließen. Herr Bannſtark erſchien zu dieſem Zwecke mit zwei andern Mitgliedern der erſten Kammer in der Converſationshalle. Auch aus Stadt „London“ (dem Sitzungslocale der Rechten) hatte man eine Deputation zu der Linken geſchickt; dieſe ſtellte die Bedingung, daß die Adreſſe ohne weitere Rede überreicht würde, eine Bedingung, der die Majorität nicht willfahren zu können glaubte. Der König iſt heute Morgen mit dem Bahnzuge nach Neuſtadt Eberswalde abgefahren, um ſich von da mit der geſtern ſchon dorthin abgegangenen königlichen Equipage nach Freienwalde zu begeben. Heute Abend wird der König wieder nach Berlin zurückkehren, um am Dienſtag Morgen die Deputation des deutſchen Parlaments, die im Laufe des Tages hier eintrifft, empfangen zu können. — Den Präſidenten beider Kammern iſt ſeitens des Miniſteriums als der Wunſch des Königs angedeutet worden, die Adreſſe in der deutſchen Frage nicht durch eine Deputation perſönlich überreichen zu laſſen. Die Präſidenten haben deßhalb nach der ihnen in der Geſchäftsordnung zuſtehenden Befugniß einen andern Modus der Abſendung gewählt.

In Bezug auf die Abſtimmung über die Adreſſe in der zweiten Kammer bemerken wir noch, daß ſich ein Theil der Linken vor derſelben entfernte. Für den Antrag des Grafen v. Arnim erhoben ſich kaum 15 Mitglieder, unter ihnen die Miniſter v. d. Heydt und v. Manteuffel. Der Abſtimmung über das Amendement v. Binde enthielten ſich die polniſchen Mitglieder, ſowie die Mitglieder der katholiſchen Partei, auch v. Saucken-Julienfelde.

Einer Deputation der Stadt **Potsdam**, welche dem König eine Glückwunſchadreſſe überreichen wollte, iſt das Bedauern des Königs ausgedrückt worden, ſie ohne Einführung durch einen verantwortlichen Miniſter nicht empfangen zu können.

† **Berlin**, 3. April. Der Prinz von Preußen hat dem Magiſtrat auf deſſen Gratulation zu ſeinem Geburtstage folgendes Antwortſchreiben zugehen laſſen: „Ich habe die mir vom Magiſtrat zu Berlin bei Gelegenheit meines Geburtsfeſtes dargebrachten Wünſche mit dem aufrichtigſten Danke und mit Wohlgefallen aufgenommen, um ſo mehr, als der Magiſtrat der ſchweren Prüfungen gedenkt, die mir auferlegt geweſen ſind. Ich theile vollkommen die ausgeſprochenen Hoffnungen für eine friedliche gedeihliche Entwickelung der ſtaatlichen Zuſtände, zunächſt für Preußen, dann aber auch für die der geſammten deutſchen Gauen. Berlin, den 24. März 1849. Prinz von Preußen.“

Die Nachricht von einem bevorſtehenden Rücktritt des Miniſters Grafen Arnim entbehrt, wie ein Berichterſtatter der „Köln. Ztg.“ ſicher wiſſen will, bis jetzt jedes Grundes. Ladenberg iſt noch immer kränklich, nimmt zwar an den Hauptgeſchäften Antheil, iſt aber für Beſuche nicht zugänglich.

Königsberg, 30. März. So entſchieden ich ſonſt in meinen Berichten den Gerüchten über ruſſiſche Truppenbewegungen entgegentrat, mit eben ſolcher Entſchiedenheit muß ich jetzt dergleichen Gerüchte und Nachrichten befürworten. Das Factum ſteht feſt, Rußland rüſtet mit großer Kraft, und der nördliche Grenzſtrich bei Georgenburg wird in neueſter Zeit von bedeutenden Truppenmaſſen beſetzt. (Köln. Ztg.)

Magdeburg, 2. April. Von der freudigen und feſtlichen Aufnahme, welche die Deputation hier gefunden, iſt berichtet. — Zu erwähnen iſt noch, daß die hieſige ſächſiſche Gemeinde dem wackern Abgeordneten Rieſſer aus Hamburg einen werthvollen, koſtbar gearbeiteten ſilbernen Pocal als Anerkennung ſeiner großen Verdienſte, welche er ſich durch jahrelange Mühen und Kämpfe für politiſche Freiheit ſeiner Glaubensgenoſſen erwarb, bei ſeiner Durchreiſe heute überreicht hat.

⊙ **Stuttgart**, 4. April. Das von der Regierung an die Stände gebrachte Wahlgeſetz beſchränkt die Zuſtändigkeit der Verſammlung von Volksvertretern auf die von der Staatsregierung vorgeſchlagenen Abänderungen der Verfaſſung. Eine einzige Kammer von 96 Abgeordneten wird einberufen; je zwei der bisherigen Bezirke wählen drei Vertreter. Wahlberechtigt ſind alle volljährige im Land wohnhafte württembergiſche Staatsbürger, welche zu der directen Staatsſteuer im letzten Finanzjahre beigetragen haben und noch beitragen. Wählbar iſt jeder württembergiſche Staatsbürger, welcher das dreißigſte Lebensjahr zurückgelegt hat. Die gewöhnlichen geſetzlichen Ausnahmen gelten natürlich auch hier. Wer ſich der unbedingten Ablegung des Eides, das Wohl des Königs und des Vaterlandes gewiſſenhaft zu wahren, weigert, verzichtet auf ſeine Stelle als Abgeordneter. Motivirte Abſtimmungen ſind unzuläſſig. Ueber die Annahme der Abänderungen der Verfaſſung iſt eine wiederholte Abſtimmung in drei wenigſtens drei Tage auseinander liegenden Sitzungen erforderlich.

Mannheim, 2. April. Da ſich bei der Erſatzwahl für Brentano heute 32 Wahlmänner der Wahl enthielten, ſo wurde die Wahl unmöglich gemacht. Die Stimmung der hieſigen Bürgerſchaft über dieſe Renitenz iſt eine getheilte, und die Debatten hierüber werden ſehr heftig geführt. Dieſen Abend wird deßwegen der hieſige neue vaterländiſche Verein eine außerordentliche Sitzung halten.

* **Freiburg**, 3. April. Der verantwortliche Redacteur der „Oberrheiniſchen Zeitung“, Dr. Schreiber von hier, ſtand heute, zweier Preßvergehen angeklagt, vor Gericht. Nur des einen Vergehens, einer Beleidigung des Kaiſers Ferdinand in einem Correſpondenzartikel, wurde er für ſchuldig erkannt und zu 4 Wochen bürgerlichem Gefängniß und in die Koſten verurtheilt.

Geſtern früh wurden Struve und Blind mit einer ſtarken Bedeckung auf der Eiſenbahn abgeführt, einſtweilen nach Raſtatt (ihre Ankunft daſelbſt wurde ſchon gemeldet), bis über die Nichtigkeitsbeſchwerde vom Oberhofgericht entſchieden ſein wird. — Die Punkte, in Bezug auf welche die Geſchworenen ein Schuldig ausſprachen, habe ich zum Theil ſchon berichtet; vollſtändig und beſtimmt gehen ſie darauf, daß die Angeklagten ſich verabredet hätten zum gewaltſamen Umſturze der beſtehenden Staatsordnung; daß ſie ein Regierungsblatt herausgegeben, in dem ſie die Leute aufforderten, die Waffen zu ergreifen zur gewaltſamen Einführung der Republik; daß ſie öffentliche Gelder weggenommen, und endlich, daß ſie die ganze waffenfähige Mannſchaft von 18—30 Jahren unter Androhung von Geldſtrafen, ja ſogar der Todesſtrafe, zu dem eben bezeichneten Zwecke aufgeboten. Alle andern Fragen wurden mit Nein oder mit Nichtſchuldig beantwortet. Dahin gehört ſelbſt die auf das Gefecht bei Staufen ſich beziehende, ebenſo Alle, die den erſten Aufſtand betrafen, und zwar aus dem Grunde, weil der letztere in die Zeit der allgemeinen Revolution gefallen ſei. Was nun die Verurtheilung ſelbſt anbelangt, ſo geſtehen ſogar ganz entſchiedene Angehörige von Struve, daß, wenn man auf die Stimmung des Volkes in Bezug auf den zweiten Aufſtand Rückſicht nimmt, das Urtheil der Geſchworenen durchaus nicht zu ſtreng geweſen.*)

* **Kaſſel**, 2. April. In der heutigen Sitzung der Ständeverſammlung wurde nach Erledigung mehrerer andern Angelegenheiten von örtlichem Intereſſe über den Bayrhoffer'ſchen Antrag, die Feſtſtellung der Grundrechte in Kurheſſen betreffend, berichtet. Der Ausſchuß iſt einſtimmig der Anſicht, daß der beim Stadtgericht angeblich vorgekommene Fall der Geltung der Grundrechte nicht entgegenſtehe und daß nach gegenwärtiger Lage der deutſchen Verfaſſungsangelegenheit kein Grund vorliege, auf die Sache ausführlicher einzugehen, beantragte deßhalb, den Antrag auf ſich beruhen zu laſſen. Nach längerer Diecuſſion, am Schluſſe welcher der Antragſteller Hr. Bayrhoffer ſagte: „Werde die deutſche Einheit befeſtigt, ſo mache ſich alles von ſelbſt, ſcheitere ſie aber, ſo werden die Grundrechte der Willkür der Einzelſtaaten verfallen; ſein Antrag bezwecke nur, dieſe „Magna Charta“ dem Volke für den ſchlimmſten Fall zu ſichern,“ wurde der Ausſchußantrag angenommen.

** **Braunſchweig**, 2. April. Bekanntlich hat der Ausſchuß unſerer Landesverſammlung den Beſchluß gefaßt, im Einverſtändniß mit der Regierung eine Deputation aus der Mitte der Vertreter des Landes nach Berlin abzuſenden, um auch ihrerſeits dem König von Preußen die Bitte ans Herz zu legen, im Intereſſe des gemeinſamen deutſchen, wie des engeren braunſchweigiſchen Vaterlandes die übertragene Kaiſerkrone anzunehmen. Bekannt iſt auch, wie der Herzog von Braunſchweig der zu dieſem Behuf an ihn entſendeten Deputation erklärt hat, daß er mit der Anſicht und dem beabſichtigten Schritte der braunſchweigiſchen nach Berlin zu entſendenden Deputation vollkommen einverſtanden ſei und überdies ſelbſt Alles thun werde, den König zur Annahme der deutſchen Kaiſerkrone zu bewegen. Nun leſen wir heute in der „Reichszeitung“: „Der vom Ausſchuß der braunſchweigiſchen Landesverſammlung gefaßte Entſchluß, der erſte Schritt, welcher zur Unterſtützung des von der Nationalverſammlung gefaßten folgenreichen Beſchluſſes von der Vertretung eines deutſchen Stammes geſchehen iſt, erfreut ſich der unbedingten Anerkennung der preußiſchen Landesregierung und der Mitglieder der preußiſchen Kammern. Die Deputation iſt von den preußiſchen Miniſtern empfangen, und es iſt ihr die Hoffnung eröffnet, auch bei Sr. Majeſtät perſönlich zur Audienz zu gelangen.“

Frankreich.

⊙ **Paris**, 3. April. Es iſt hier im Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten eine Note der preußiſchen Regierung eingetroffen, in welcher die Beweggründe auseinander geſetzt ſind, welche den König Friedrich Wilhelm IV. veranlaßt haben, die ihm von der deutſchen Nationalverſammlung angetragene Würde eines Kaiſers der Deutſchen nicht anzunehmen. Der Hauptgrund der Ablehnung ſoll, wie man verſichert, in dem feſten Entſchluſſe Sr. Maj. beruhen, nur in Folge freier Vereinbarung mit den übrigen regierenden Fürſten Deutſchlands zu verfahren, und in keiner Weiſe die Angelegenheiten Deutſchlands und Europas noch mehr zu verſchürzen. — Nach einem Schreiben aus Turin beabſichtigt, ſagt man, die öſterreichiſche Regierung die Zuſammenberufung eines Congreſſes, welcher die Aufgabe haben würde, einen italieniſchen Bundesſtaat unter dem Schutze Oeſterreichs zu conſtituiren. Der Congreß würde ſeine Sitzungen in Mailand halten. Je nach der Ausdehnung und Bevölkerung der Staaten würden vertreten ſein: Lombardei und Venedig durch 10, Neapel durch 10, Piemont durch 10, Rom durch 6, Toscana durch 3, Parma und Modena durch 2 Stimmen. Der Papſt und der Großherzog von Toscana würden in ihre Rechte wieder eingeſetzt, die Verfaſſung ihrer Staaten mit jener des übrigen Italiens aber in Uebereinſtimmung gebracht werden.

** **Paris**, 3. April, 2 Uhr Nachm. So eben bringt der Eiſenbahnzug das Urtel aus Bourges. Barbes und Albert ſind zu lebenslänglicher Deportation, Blanqui zu zehnjährigem, Sobrier zu ſiebenjährigem, Raspail zu ſechsjährigem, Flotte zu fünfjährigem und Quentin ebenfalls zu fünfjährigem Gefängniß verurtheilt. General Courtais, Degre (genannt le pompier) Borme und Villain ſind freigeſprochen. Ueber Huber, der ſich erſt geſtern ſtellte, iſt ein Separatproceß eingeleitet. Die übrigen Angeklagten ſind in contumaciam verurtheilt. Der Urtheilsſpruch erfolgte geſtern Abend um 11 Uhr.

Gioberti iſt heute mit außerordentlichen Aufträgen aus Turin im Elyſee National eingetroffen.

** **Paris**, 3. April. Die Nationalverſammlung hat auf den Vorſchlag Ledru Rollins den Gehalt von 50,000 Fr. für den Obercommandanten der Pariſer Bürgerwehr geſtrichen. — Die bonapartiſtiſche Zeitung „Liberté“ meldet: Auf außerordentlichem Wege erfahren wir, daß ſich die kriegeriſch geſinnte zweite Kammer aus Turin nach Genua zurückgezogen und dort die Republik proclamirt habe. Ein ähnliches Gerücht geht an der Börſe. — Cardinal Giraud iſt von Gaeta zurückgekehrt; dagegen hat der aus Freiburg geflüchtete Biſchof Marilley vom Miniſterium Päſſe nach Gaeta verlangt. Vom Biſchof von Rennes ſind 20,000 Fr. als Papſtſteuer nach Gaeta geſchickt worden.

Donaufürſtenthümer.

Jaſſy, 12. März. So eben iſt von der hieſigen Metropolitanbehörde, zufolge höherer Weiſung, der Auftrag an

*) Nein, wahrhaftig nicht, der Berichterſtatter des „Schwäbiſchen Merkurs“ hat Recht. Struve und Blind mögen es noch Gott und ihrem Glück danken, daß ſie in einem monarchiſchen Staate verurtheilt worden ſind. Man vergleiche mit ihrem Straferkenntniß jenes eben in der vielgerühmten Republik Frankreich gegen Albert, Barbes und Genoſſen gefällte Urtheil. Barbes und Albert zu lebenslänglicher Deportation verurtheilt, ihre Complicen zu 4, 6, 8 ꝛc. Jahren Zuchthaus. Und wer ſich wohl ſchwerer gegen ſein Vaterland und ſeine Verfaſſung vergangen hat, ob Albert und Barbes oder nicht vielmehr Struve und Blind! D. Red. d. D. P.-Z.

alle Pfarrer ergangen, den Kaiser Nikolaus im Kirchengebete einzuschließen. (Bukowina.)

Nachschrift.

Berlin, 4. April. Der Protest der Kammern gegen den letzten Act der Regierung ist wesentlich dadurch geschwächt, daß die erste sich an ihm vorläufig nicht betheiligen und ein gemeinsames Handeln der beiden Gewalten dadurch unmöglich wird. Die erste Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung eine Commission zu wählen beschlossen, welche die Lage des Vaterlandes erwägen, eventuell eine Adresse an Se. Maj. entwerfen soll, um eine mit den Wünschen der Kammer übereinstimmende Entschließung Sr. Maj. herbeizuführen. Inzwischen vertagt sie sich auf eine Woche.

Der zweiten Kammer wird es ohne Zweifel schwerer werden, in einem Augenblick, wo das Vaterland in Gefahr ist, sich zu vertagen, obwohl nicht vorherzusagen ist, ob und zu welchem Resultate sie gelangen wird. In der gestern gewählten Adreßcommission ist sowohl Bincke's als Kirchmann's Entwurf verworfen, und es soll der Kammer heute Abend überlassen bleiben, neue Anträge zu stellen. Dem aber wird die Geschäftsordnung hindernd in den Weg treten, der zufolge alle Anträge 24 Stunden vorher gedruckt in den Händen der Mitglieder sich befinden müssen, eine Bestimmung, die höchstens durch Stimmeneinhelligkeit aufgehoben werden kann. Die äußerste Rechte aber wird dem ohne Zweifel widersprechen.

Von der äußersten Linken ist heute Abend ein Antrag auf Tagesordnung zu erwarten!

Die Antwort, welche die Deputation gestern erhielt, wird übrigens auch von Freunden der Regierung, denen die deutsche Sache am Herzen liegt, entschieden gemißbilligt. Selbst von ihrem Standpunkte aus, bei allen Bedenken gegen die Ausführbarkeit der Reichsverfassung, vermissen sie am Schlusse jener Antwort die Erklärung, daß der König in Betracht der gegenwärtigen Lage Deutschlands einwerfen und vorläufig, bis eine Verständigung mit den Regierungen zu Stande kommt, die Würde eines Oberhaupts annehme. Die Nothwendigkeit eines entschiedenen Zugreifens wird von Allen anerkannt, welche die deutsche Frage aus dem Netz der Intrigue gern befreit sehen möchten, nicht aber von der äußersten Rechten und den Ultramontanen, die ihren Gegenfüßlern auf der Linken nach wie vor die kräftigste Stütze sind.

Daß die Deputation der Nationalversammlung unter solchen Umständen nicht auf Rosen gebettet ist, braucht nicht erst gesagt zu werden. Das Festmahl der beiden Kammern wird heute nicht stattfinden. Die Deputation ist gegenwärtig mit Abfassung einer Erwiederung auf die ihr gestern gewordene Antwort beschäftigt.

Die erste Kammer versammelt sich heute noch einmal um 4 Uhr. Tagesordnung: Mittheilung einer telegraphischen Depesche durch das Ministerium und weitere Eröffnungen in Bezug auf die deutsche Frage.

Bericht über den Antrag der Abgeordneten v. Bincke und Genossen, den Erlaß einer Adresse an des Königs Majestät betreffend.

Die Antragsteller haben in der heutigen Sitzung den nachfolgenden dringlichen Antrag gestellt:

Die hohe Kammer wolle beschließen:

„in Erwägung, daß die Antwort, welche die Minister Sr. Majestät des Königs allerhöchstdemselben auf die von der Deputation der deutschen Nationalversammlung gestellten Anträge angerathen haben, mit den von der hohen Kammer gestern Sr. Majestät dem Könige dargelegten Ansichten nicht im Einklange steht, und das deutsche Vaterland den größten Gefahren preiszugeben droht, eine Commission zu ernennen, welche mit Bezug auf diese Antwort eine Adresse an des Königs Majestät zu entwerfen hat, worin die Ansicht der Kammer über die jetzige Lage der Sache ausgesprochen wird."

Die unterzeichnete Commission hat diesen Antrag einstimmig als dringlich anerkannt, und die Mehrheit hat sich aus den in demselben entwickelten Motiven für die Entwerfung einer Sr. Majestät dem Könige einzureichenden Adresse entschieden.

Ueber die Fassung dieser Adresse konnte indeß eine Einigung in der Commission nicht erzielt werden.

Zuerst wurde von dem unterzeichneten Referenten der nachstehende Entwurf vorgelegt:

Königliche Majestät!

Die Antwort, welche Ew. Maj. den Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung zu ertheilen geruht haben, hat uns tief erschüttert.

Angesichts der dringenden Gefahren, welche von Innen und Außen der Neugestaltung des deutschen Vaterlandes drohen, hatten wir die Ansicht auszusprechen uns gestattet, daß Ew. Maj. dem von den Vertretern des deutschen Volkes ergangenen Rufe Sich nicht entziehen wollen.

Soll aber, wie wir mit Schmerz vernommen, die auch nur vorläufige Annahme dieses Rufes von dem ferneren Resultate der gemeinsamen Berathung der deutschen Regierungen abhängig gemacht werden, so wird — wir dürfen das nicht verschweigen — eine so lange Verzögerung des beschwichtigen Werkes vielleicht das Werk selbst gefährden und zerstören.

Wir wiederholen daher nochmals in Ehrfurcht die dringende Bitte:

Ew. Majestät wollen die oft bewährte deutsche Gesinnung auf's Neue bestätigen und — unter Voraussetzung der Zustimmung der betreffenden deutschen Regierungen — die Würde eines Oberhauptes des deutschen Bundesstaates ohne Zögerung übernehmen.

Bei der Abstimmung entschied sich die Commission mit 12 gegen 10 Stimmen für die Verwerfung dieser Fassung.

Sodann legte der Abgeordnete v. Kirchmann den nachfolgenden Adreßentwurf vor:

Königliche Majestät!

Die verantwortlichen Räthe der Krone haben uns die Antwort mitgetheilt, welche Ew. Majestät der Deputation der deutschen Nationalversammlung auf die Botschaft wegen Ew. Majestät Wahl zum deutschen Kaiser ertheilt haben.

Ew. Majestät haben darnach die Annahme der Wahl von dem Einverständniß mit den gekrönten Häuptern und freien Städten Deutschlands und von den Erwägungen der Regierungen der deutschen Einzelstaaten über die deutsche Verfassung abhängig gemacht.

Erschüttert von dem Gedanken an die Gefahren solcher Ew. Majestät von Ihren verantwortlichen Ministern angerathenen Grundsätze, und erfüllt von der Größe und dem Ernste des Augenblicks, nahen wir, die Vertreter eines großen deutschen Volksstammes, nochmals Ew. Majestät.

Mögen Ew. Majestät nicht zögern, mögen Ew Majestät die Wahl jetzt annehmen, und auf Grund der beschlossenen Verfassung den Kaiserthron Deutschlands besteigen.

Ein kühnes und entschlossenes Ja, es wird durch ganz Deutschland wiederhallen, ein solches Ja wird dem deutschen Volke die Bürgschaft sein, daß sein Kaiser die volle Einheit, die ganze Freiheit und die wahre Ordnung von ganz Deutschland pflegen und schirmen werde.

Die Frage ist groß, lassen Ew. Majestät groß auch die Antwort sein.

Auch für diese Fassung entschied sich indeß nur eine Minderheit von 10 gegen 12 Stimmen.

Die Commission sieht sich daher außer Stand, einen bestimmten Antrag zu stellen, und muß es der hohen Kammer anheim stellen, ob und welche Anträge aus ihrem Schoße hervorgehen sollen.

Berlin, den 3. April 1849.

Grabow. Grün. v. Bincke (Referent). Berends. Schramm. Dane. Pape. Ziegler, v. Berg. Detrl. v. Werdeck. Weiß. v. Kirchmann. Wentzel (Randow). Pelzer (Lennep). Jubel. Moritz. Wiethaus. v. Schleiheim. Philipps. Ulrich. v. Auerswald.

*** **Berlin**, 4. April. Der Minister-Präsident Graf Brandenburg machte heute in der zweiten Kammer folgende Mittheilung einer Circularnote an die bei den deutschen Regierungen beglaubigten k. Gesandten: Welche Eröffnung Se. Majestät der König der Deputation der deutschen Nationalversammlung gemacht haben, die hierher gekommen war, um auf Grund der gefaßten Beschlüsse Allerhöchstdemselben die Kaiserkrone Deutschlands anzutragen, wollen Ew. ꝛc. aus der Anlage entnehmen. Diese Rede bedarf keiner weiteren Deutung. Während auf der einen Seite die Bedeutung der in Frankfurt a. M. getroffenen Wahl anerkannt und in Folge derselben die Bereitwilligkeit, an die Spitze Deutschlands zu treten, erklärt wird, haben Se. Majestät auf der anderen Seite festgehalten daran, daß die Verfassung Deutschlands nur im Wege der Vereinbarung festgestellt werden und daß die getroffene Wahl nur durch das freie Einverständniß der Regierungen zur vollen Rechtsgiltigkeit gelangen kann. Um diesem Einverständniß in keiner Weise vorzugreifen, um selbst den Schein eines indirecten Zwanges zu vermeiden, ist auch nicht, wie es von mehreren Seiten erwartet wurde, unter Vorbehalt oder unter Voraussetzung des nachfolgenden Einverständnisses der Einzelstaaten, die Annahme der Wahl ausgesprochen worden.

Je größere Gewissenhaftigkeit und Zurückhaltung in dieser Beziehung bewiesen werden, um so mehr ist aber auch die Regierung Sr. Majestät der Verpflichtung sich bewußt, soviel an ihr ist, die Geschicke Deutschlands auf der Bahn ihrer Entwickelung zu fördern und der ersehnten Vollendung entgegen zu führen. Sie hält sich daher jetzt für eben so verbunden, als berechtigt in dieser Angelegenheit ein offenes Wort an die übrigen deutschen Regierungen zu richten.

In Betracht, daß der Erzherzog Reichsverweser den Entschluß gefaßt hat, seine Stelle niederzulegen, und in Betracht der großen Gefahren, welche Deutschland aus der Verwirklichung dieses Entschlusses erwachsen können, sind Se. Majestät der König bereit, auf den Antrag der deutschen Regierungen und unter Zustimmung der deutschen Nationalversammlung die provisorische Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen.

Seine Majestät sind dem ergangenen Rufe Folge leistend, und eingedenk der Ansprüche, welche ihm Preußens Stellung in Deutschland gewährt, entschließen, an die Spitze eines deutschen Bundesstaats zu treten, der aus denjenigen Staaten sich bildet, welche demselben aus freiem Willen sich anschließen möchten. Die Formen dieses Bundesstaates werden wesentlich davon abhängen, wie viel und welche Staaten sich demselben anschließen.

Mit Rücksicht aber auf die politischen Zustände von ganz Deutschland und auf die Lage, in welcher die deutsche Nationalversammlung sich gegenwärtig befindet, darf der zu fassende Beschluß nicht aufgehalten werden. Ew. ꝛc. wollen demnach an diejenigen deutschen Regierungen, bei welchen Sie beglaubigt sind, die dringende Aufforderung richten, ohne allen Verzug bevollmächtigte in Frankfurt zu bestellen, welche bindende Erklärungen abzugeben im Stande sind

1) über den Beitritt zum Bundesstaate und die Bedingungen, unter denen er erfolgt,
2) über die Stellung, welche die solchergestalt zu einem Bundesstaate zu vereinigenden Regierungen demnächst zu der deutschen Nationalversammlung und den von ihr bereits gefaßten Beschlüssen einzunehmen haben, mit der Maßgabe, daß das Werk der Vereinbarung über die Verfassung unverzüglich in Angriff genommen wird.
3) über das Verhältniß zu denjenigen deutschen Staaten, welche diesem Bundesstaate beizutreten Anstand nehmen, wobei es wünschenswerth und anzustreben ist, die noch bestehenden Bundesverhältnisse der neuen Staatsform anzupassen. Die Regierung Sr. Majestät wird binnen längstens acht Tagen einen Bevollmächtigten in Frankfurt mit der erforderlichen Instruction und Autorisation versehen haben, und darf sich der Hoffnung hingeben, daß die übrigen Regierungen mit gleichem Eifer diese wichtige Angelegenheit behandeln und wenigstens ungesäumt ihre Erklärungen sowie über das Provisorium, ebenso über die übrigen Vorschläge hierher gelangen lassen werden.

Wir sind hiernach der zuversichtlichen Ueberzeugung, daß wir in den Stand gesetzt sein werden, binnen längstens 14 Tagen eine definitive Erklärung über die deutsche Sache abzugeben.

Von der moldauisch-siebenbürgischen Grenze, 20. März. So eben trifft die Nachricht ein, daß Feldmarschallieutenant Puchner sich bereits auf walachischem Gebiet befinde. Wie dies geschommen ist, vermögen wir uns noch nicht zu erklären, da die österreichischen Truppen in Siebenbürgen, die unter seinem Commando standen, noch immer sich auf 12—14,000 Mann beliefen, die am 17. März wieder vor Hermannstadt erschienen waren, worauf sie je jedoch plötzlich verschwanden. Man in hier in vollkommener Ungewißheit über das, was aus ihnen geworden sein mag. Der Eindruck, den diese Hiobspost auf alle hervorgebracht, die eine baldige Beendigung des unheilvollen Kriegs in Siebenbürgen erwarteten, war ein erschütternder. Die hier (in der Moldau) weilenden, so zahlreichen Flüchtlinge aus Siebenbürgen, deren Unglück bei ihren Stammesbrüdern hier so warme Theilnahme findet, waren umsomehr bestürzt, als sie baldige Rückkehr in ihre Heimath hofften. Von der russischen Besatzung in Hermannstadt, die 4000 Mann zählte, gelangten unter Oberst Slatarin bloß 2000 Mann in die Walachei, die übrigen sollen theils im Kampf gefallen, theils von den Insurgenten gefangen worden sein.

In der ersten Kammer fand ein Antrag des Abg. Kuh auf Erlassung einer Adresse in Bezug auf die von dem König gegebene Antwort, eventuell, um eine andere mit den Wünschen der Kammer übereinstimmende Entschließung Sr. Maj. herbeizuführen, die nöthige Unterstützung und wurde an eine zu ernennende Commission verwiesen, die nächste Sitzung aber nach lebhafter Debatte auf Mittwoch 11. April anberaumt.

Harburg, 3. April (per electro-magnet. Telegraph). Um 5 Uhr sind per Eisenbahn 400 Mann bayerischer Infanterie hier angekommen.

Hamburg, 3. April, Nachmittags (per electro-magnet. Telegraph). Laut amtlicher Meldung von Curhaven wird von Neuwerk signalisirt, daß dänische Kriegsschiffe gesehen werden.

⊙ **Mailand**, 2. April. Der Friede zwischen Oesterreich und Sardinien ist, nach den bereits für den Waffenstillstand aufgestellten Bedingungen, wirklich geschlossen worden.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 5. April. Die Börse war heute wieder sehr animirt, und bei allgemeiner Kauflust stellten sich Fonds sowohl, wie Eisenbahnactien abermals höher im Course als gestern. 5pCt. Metall. sehr gesucht: 76⅞, pCt. G., 2½pCt. Metall. 40⅝, pCt., Wiener Bankactien 1194 fl., 500 fl. Loose 127⅛, pCt., 250 fl. Loose 79½, pCt., Kurh. 40 Rthlr. Loose 27½, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 28, 28⅛, fl., do. 50 fl. Loose 45⅞, fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 70 fl., Nassauer 25 fl. Loose 20⅝, fl., Sardinische Loose 25½, Fr., Polnische 500 fl. Loose 74½, Rthlr. Von süddeutschen Obligationen 4½pCt. Würtemb. 94⅝, pCt., 3½pCt. do. 79⅞, pCt., Badische 3½pCt. Obligationen 77 pCt., do. 5pCt. v. Jahr 1848 95⅝, pCt., Nass 3½pCt. Obligationen 80½, pCt., do. 5pCt. v. J. 1849 99⅝, pCt. Von belgischen Obligationen 2½pCt. Belgische 43½, ditto 4½pCt. 93⅝, ditto 5pCt. 90. Holländische 2½pCt. Integralen 49⅜, pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 33⅜, Rthlr., Berbach 73½, pCt., Köln-Minden 76½, pCt., Taunus 284 fl. 3pCt. inländ. Spanische Fonds hoben sich durch starke gemachte comptante Ankäufe, die in benannten Fonds geschahen, um ½ pCt. und schlossen 22½, pCt. pr Cassa. Ebenso bleiben heute alle Wechsel bei ziemlichem Umsatz beliebt. Wiener 105½, Paris 95½, London 120½, Bremen 99, Berlin und Leipzig 105½, Amsterdam 100⅝.

Wien, 2. April. 5pCt. Metall. 88½. — 4pCt. 70. — 3pCt. —. — 2½pCt. 45. — Bankactien 1124. — 500 fl. Loose 144. — 250 fl. Loose 96½. — Nordbahnactien 94. — Glogauer 94. — Mailänder 70.

Die Börse matter gestimmt, schloß zuletzt fester. In Wechsel und Geld wenig Veränderung.

Berlin, 4. April. Staatsschuldscheine 79½ u. ½ bez., Gerbandlungs-Prämienscheine 99⅛ etw. bez., Bankantheile 87⅛ u. ⅜ bez., Berlin-Hamburg 47⅞ bez., Köln-Minden 76 u. 76⅛ bez., Ariel. Mill. Nordb. 32⅛ u. ⅜ u. ½ bez., Rheinische 47½ Br., Thüringische 49⅛ u. 49 bez., Russische 4pCt. bei Stieglitz 86⅞, G. 5. 86 G., Poln. 500 fl. Loose 73½ bez., Kurhess. Prämien-Sch. à 40 Rthlr. 27 zu machen, Neue Bad. Anl. à 35 fl. 15⅞ u. ½ bez.

Mehrere Fonds und Actien wurden heute billiger verkauft, die meisten blieben jedoch zu den gemachten Coursen per Cassa gefragt, während auf spätere Lieferung mehrseitig Abgeber waren.

Amsterdam, 3 April. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 49⅛ ⅜ ⅛. — 3pCt. Spanier 35⅞ ½ — do. do. 4pCt. 77⅛ ⅛. — 3½pCt. do. 79⅛. — 5pCt. Ard. 10⅛. — 3pCt. 31⅛. — do. int. à 6000 fl. 22⅛ ⅜. — 3pCt. Port. 28⅛. — 4pCt. do. 29⅛ ⅜. — Russ. 4pCt. bei Hope 82⅛. — do. bei Stieglitz 82⅛ ⅜. — 5pCt. Metall. 74⅛ ⅛. — 2½pCt. ditto 39⅛ ⅛.

Paris, 3. April. Stand der Rente: 5pCt. 89. 50. — 3pCt. 57. — Neapol. 80 Fr. — Neue 3pCt. Span. 30⅛ ⅛. Bankactien 2405. — St. Germain-Eisenbahn 430. — Versailles, rechtes Ufer 230. — Linkes Ufer 185. — Paris-Orleans 877. 50. — Paris-Rouen 555. — Orleans-Bordeaux 415. — Orleans-Vierzon 360. — Rouen-Havre 290. — Marseille-Avignon 228. 75. — Straßburg-Basel 196. 25. — Nordbahn 465. — Paris-Strasburg 106. 25. — Römisches Anlehen 75. 73½. 76. 76⅛.

London, 2. April. 3pCt. Stocks 92⅝ à ⅜. — 5pCt. Span. 16⅛. — Neue 3pCt. 31⅛. 30⅝. — 4pCt. Port 29⅛. — 2½pCt. Dut. 50. 49⅞.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Kallen.

[913] So eben erschien bei uns, und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Parlaments-Album.

Autographirte Denkblätter

der

Mitglieder des ersten deutschen Reichstages.

1. Lieferung.

Subscriptions-Preis der Lieferung von je 50 Blättern gr. 4. Velinpapier 54 kr. od. 15 Sgr. — Kupferdruckpapier fl. 1. 36 kr. od. 27½ Sgr. Folio Pracht-Ausgabe fl. 2. 42 kr. od. Thlr. 1. 15 Sgr.

Das Ganze wird vollständig in 5 bis 6 Lieferungen.

S. Schmerber'sche Buchhandlung.
Nachfolger Heinrich Keller.

---

[863] In der Joh. Chr. Hermann'schen Buchhandlung in Frankfurt a. M., Zeil Nr. 15, ist so eben erschienen und durch alle deutsche Buchhandlungen zu beziehen:

Mißgriffe bei den deutschen Gesetzen über Schwurgerichte, Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Unabhängigkeit der Richter von K. Gaerth, Advokat zu Frankfurt a. M. Preis 30 kr.

Wir empfehlen die obige Schrift der allgemeinen Beachtung mit der Bemerkung, daß der Verfasser durch einen elfjährigen Aufenthalt in England Kenntniß über Geschworen-Verfassung, Oeffentlichkeit, Mündlichkeit, Staatsanwaltschaft gewonnen, die von den in Deutschland herrschenden Meinungen in vielfacher Beziehung sehr verschieden sind.

---

[960] Dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere vielgeliebte Mutter und Schwiegermutter,

Anna Maria Josepha Freifrau von Perglas,
geborne Gräfin von Taufkirch,

nach einem kurzen Krankenlager im 81. Jahre ihres, allen Menschen so wohlwollenden Lebens, in ein besseres Jenseits abzurufen. Ihr Ableben erfolgte am 22. dieses, Abends halb 9 Uhr, mit Ergebung in den göttlichen Willen. Indem wir einer traurigen Pflicht Genüge leisten, dieses hiermit anzuzeigen, bitten wir zugleich um stille Theilnahme an unserm unendlichen Schmerz und um fernere Wohlwollen.

Darmstadt, den 25. März 1849.

Maximiliane, Gräfin v. Oyen, geb. Gräfin v. Benzel.
Louise, Freifrau v. Boyneburg, geb. Freyin v. Perglas.
Karl, Freyherr v. Perglas, Großh. Hess. Kammerherr u. Kapitain.
Franz, Freyherr v. Perglas, Großh. Hess. Kammerherr und Stallmeister.
Carl, Freyherr v. Boyneburg-Lengsfeld, Großh. Hess. Kammerherr und Hofmarschall.
Stephanie, Freyfrau v. Perglas, geb. Betzler.

---

[931] Anlehen Sr. Königl. Hoheit des regierenden Herrn Herzogs **von Lucca** von fl. 1,050,000 im fl. 24 Fß. d. d. Wien 4. October 1836.

In der heute stattgehabten Verloosung des obengenannten Anlehens sind folgende Partial-Obligationen, als:

Litr. A. Nr. 304. 312. 691. à fl. 1000 } pr. 1. Juli
„ B. „ 1. 39. 45. . „ „ 500 } 1849

zur Rückzahlung — nach Eingang — gezogen worden, und hört von diesem Tage an deren Verzinsung auf.

Frankfurt a. M., den 29. März 1849.

M. A. von Rothschild & Söhne.

---

[932] Anlehen des hochgebornen Herrn **Hugo**, Grafen **Henkel von Donnersmark** von fl. 1,125,000 Conv. Mze. d. d. Wien 28. Mai 1846. à 4 pCt.

In der heute stattgehabten 5. Verloosung sind nachstehende Partial-Obligationen des rubricirten Anlehens, als:

Litr. A. Nr. 49. 132. 142. 695. à fl. 1000 } pr. 1. Juli
„ B. „ 86. 194. . . . „ „ 500 } 1849

zur Rückzahlung — nach Eingang — gezogen worden, von welchem Termine an deren Verzinsung aufhört.

Frankfurt a. M., den 29. März 1849.

M. A. von Rothschild & Söhne.

---

[933] Anlehen Sr. Königl. Hoheit des regierenden Herrn Herzogs **von Lucca** von fl. 1,120,000 Conv. Mze. d. d. Wien 20. Dec. 1843.

In der obligationsmäßig vorgenommenen 11. Verloosung des vorstehenden Anlehens sind die nachbenannten Partial-Obligationen zur Rückzahlung — nach Eingang — auf den 1. Juli 1849 bestimmt worden, von welchem Tage an deren Verzinsung aufhört:

Litr. A. Nr. 165. 187. 241. 281. 350. 407. 446. 511. 523. 609. 646. 654. 699. 743. 759. à fl. 1000.
„ B. „ 94. 233. 315 316. 430. 459. 485. 494. 498. 586. à fl. 500.

Frankfurt a. M., den 29. März 1849.

M. A. von Rothschild & Söhne.

---

[934] Anlehen Sr. Durchlaucht des Herrn Herzogs **Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha** von fl. 1,000,000 Conv. Mze. d. d. Wien den 12. September 1842.

In der heute stattgehabten dritten Verloosung des obengenannten Anlehens sind folgende Partial-Obligationen zur Rückzahlung — nach Eingang — gezogen worden. Die Verzinsung derselben läuft nur bis zu den beigesetzten resp. Verfallterminen, nämlich:

Litr. K. Nr. 2163. 2204. 2222. . . à fl. 1000 } rückzahlbar
„ L. „ 1538. 1559. 1750. . . „ „ 500 } pr. 1. Juli
„ M. „ 1267. 1372. 1379. 1380. „ „ 250 } 1849.
„ K. „ 2145. 2155. 2206. . . „ „ 1000 } rückzahlbar
„ L. „ 1599. 1615. 1694. . . „ „ 500 } pr. 1. Jan.
„ M. „ 1251. 1255. 1263. 1366. „ „ 250 } 1850.
„ K. „ 1968. 2139. 2198. . . „ „ 1000 } rückzahlbar
„ L. „ 1560. 1669. 1710. . . „ „ 500 } pr. 1. Juli
„ M. „ 1204. 1238. 1245. 1277. „ „ 250 } 1850.
„ K. „ 2194. 2264. 2272. . . „ „ 1000 } rückzahlbar
„ L. „ 1537. 1545. 1558. . . „ „ 500 } pr. 1. Jan.
„ M. „ 1270. 1310. 1337. 1346. „ „ 250 } 1851.
„ K. „ 2023. 2045. 2137. 2235. „ „ 1000 } rückzahlbar
„ L. „ 1604. 1662. 1719. . . „ „ 500 } pr. 1. Juli
„ M. „ 1248. 1285. . . . „ „ 250 } 1851.
„ K. „ 2081. 2107. 2243. 2269. „ „ 1000 } rückzahlbar
„ L. „ 1554. 1621. 1635. . . „ „ 500 } pr. 1 Jan.
„ M. „ 1290. 1343. . . . „ „ 250 } 1852.

Frankfurt a. M., den 29. März 1849.

M. A. von Rothschild & Söhne.

Versteigerung moussirender Weine.

Dienstag den 20. April, Nachmittags 3 Uhr, werden auf freiwilliges Ansehen

circa 1100 Flaschen moussirende Weine von vorzüglicher Qualität

in der Behausung Nr. 35 neu große Eschenheimer Gasse gegen baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

[906] **C. Belschner, Ausrufer.**

---

*) Bei der ersten Einrückung steht unrichtiger Weise 100 Flaschen statt 1100 Flaschen.

Für Auswanderer.

„Die Hoffnung."

Concessionirte deutsche Büreaux
für

Auswanderer nach Amerika
von **J. M. Bielefeld** in **Mannheim.**

London
bei **Ullmann, Hirschhorn & Co.**

New-York
bei **Schulz und Bielefeld**

Regelmäßige Fahrten gekupferter Dreimaster erster Klasse, sogenannte Packetboote,
nach **New-York** und **New-Orleans.**

Bei Errichtung dieser Linie habe ich zunächst mein Augenmerk darauf gerichtet, daß der Auswanderer auf der ganzen Reise nur mit Deutschen zu verkehren hat, deren Aufgabe es ist, sich mit aller Wärme seiner anzunehmen und ihn mit Rath und That zu unterstützen; auch bei seiner Ankunft in Amerika wird er von Deutschen empfangen, welche ihm jede Auskunft, seine Weiterreise und Ansiedelung betreffend unentgeltlich zu ertheilen haben.

Außer dem Schutze, den vorzugsweise das englische Gesetz dem Auswanderer bietet, ist er auch in den Gasthäusen vor Uebervortheilung dadurch geschützt, daß er in Rotterdam sowohl, als in London während der ganzen Dauer seines Aufenthalts freie Beherbergung und Beköstigung in guten deutschen Gasthäusern findet, wodurch ihm gewiß die beste Bürgschaft für rasche Beförderung gegeben ist.

Die Preise sind auf das Billigste berechnet.

Zur näheren Erkundigung, so wie zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen, beliebe man sich an meine unterzeichneten General-Agenten oder deren Agenten zu wenden, bei denen Prospecte gratis abgegeben werden.

Mannheim, im März 1849. **J. M. Bielefeld.**

Frankfurt a. M.	Herr **Heinrich Klippel.**	Mainz	Herr **Heinrich Zix.**
Stuttgart	„ **Friedr. G. Schulz sen.**	Cöln	„ **Vogel & Mack.**
Straßburg	„ **Louis Bielefeld.**	Rotterdam	„ **L. Mayer & Co.**
	Bliedtsch Herr **J. N. Lembach.**		

In Bezug auf Obiges bemerke ich noch, daß im Monat Mai 5 Boote und zwar am 3., 10., 17., 24. und 31. expedirt werden und empfehle ich mich zu jeder Auskunft und zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen

[949] **Heinrich Klippel,** General-Agent in Frankfurt a. M.

---

[977] ## Bekanntmachung.

Fast noch in jedem Jahre sind Auswanderer, falschen Vorspiegelungen Glauben schenkend, auf's Geradewohl nach Havre gereist, in der Absicht, sich dorten über Ueberfahrt nach den Vereinigten Staaten zu einem billigeren Preise als in der Heimath zu verschaffen. Bei ihrer Dahinkunft fanden dieselben jedoch, daß in Folge der starken Auswanderung und einer nicht genügenden Anzahl von Schiffen die Fahrpreise eine ungewöhnliche Steigerung erfahren hatten, und mußten nun diese armen Leute, da sie das Ueberfahrtsgeld nicht erschwingen konnten, oft in großer Anzahl in Havre zurückbleiben, zehrten sich auf und fielen alsdann der Gemeinde in Havre zur Last.

Um diesem vorzubeugen hat die Bürgermeisterei in Havre in diesem Jahre das französische Ministerium des Innern veranlaßt, alle Präfekturen der französischen Grenze dahin zu instruiren, solche Auswanderer, welche durch Frankreich nach Havre reisen wollen, zurückzuweisen und ihnen den Eintritt zu verweigern, wenn sie nicht darzuthun im Stande wären, daß sie sich ihre Ueberfahrt von Havre nach den Vereinigten Staaten gesichert haben.

Zur Verhütung von Mißverständnissen eben so sehr, als zur Beruhigung aller solcher Auswanderer, welche mit mir oder meinen Agenten Ueberfahrtsverträge für die Fahrt von Deutschland über Havre nach den Vereinigten Staaten abgeschlossen haben oder noch abschließen werden, bemerke ich daher, daß diesen bei ihrer Ankunft in Frankreich auch nicht das mindeste Hinderniß in den Weg gelegt werden wird, und der einfache Verweis ihres Ueberfahrtsvertrages an der französischen Grenze genügend ist, ihre Reise nach Havre ungehindert fortsetzen zu können.

Mainz, den 1. April 1849. ***Washington Finlay.***

Den resp. Herrschaften und Prinzipalitäten,

welche einen Wechsel oder eine Vermehrung ihres Dienstpersonals beabsichtigen, hält sich mit täglichen Anerbieten bestens empfohlen das amtl. bestät. Dienst- und Stellen-Gesuchs-Büreau

[944] von F. A. Wüst, Paulsplatz 13.

---

[745] **Aufforderung**

zur Antretung der Erbschaft von dem am 18. November 1848 zu Holzer verstorbenen **Philipp Beul**

Die unbekannt wo abwesenden Intestaterben des Philipp Beul von Holzer, nämlich Jakob Beul, Marie Beul und Johannes Beul, welche nach einer dahier vorliegenden Anzeige der dasigen Ortsbehörde sich in Edersfeld resp. in Meiningen aufhalten sollen, dorten aber nicht ermittelt werden konnten, haben sich innerhalb

60 Tagen

über die Antretung der Erbschaft von demselben dahier zu erklären, widrigenfalls nur diejenigen von ihnen in deren Besitz gesetzt werden sollen, welche die Erklärung abgeben werden, daß sie solche antreten wollten.

Dillenburg, den 10. März 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Krafft.

---

[708] **Edictalladung.**

Forderungen und Ansprüche jeder Art an das für concursmäßig erkannte Vermögen des Christian Ziegenbain zu Schlechtenwegen sind im Termine Donnerstag, 21. Juni l. J. Morgens 8 Uhr dahier anzugeben und zu begründen, gegenfalls ohne besonderes Ausschlußerkenntniß, Ausschluß von der Masse erfolgen wird.

Altenkirchen, 7. März 1849.

Großh. Hess. Landgericht.
Weidig. Cetzner.

---

[941] **Decret**

auf die Klage des Johann Philipp Kunz von Münchenroth, Klägers

gegen

Conrad Noll von Bockenheim und Margaretha Caroline Jacoby zu Weitenbach, Beklagten

wegen Zahlung von 410 fl. für ein den Beklagten am 8. Juli 1843 um die angegebene Summe verkauftes und überliefertes Haus zu Weitenbach nebst 5 Prozent Verzugszinsen von der Hälfte von Weihnachten 1843 an und von der anderen Hälfte von Weihnachten 1845 an, 1 fl. 28 kr. früherte und 1 fl. 28 kr. jetzige Kosten.

Den Beklagten, von welchen Conrad Noll dermal unbekannt wo abwesend ist, wird aufgegeben den Kläger zu bescheidigen oder sich durch einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten

binnen 40 Tagen

auf die Klage dahier zu erklären, bei Vermeidung der Rechtsnachtheile des Eingeständnisses und des Verlustes der Einreden. Fernere Decrete werden dem abwesenden Beklagten nur durch Anschlag an das Gerichtsbrett bekannt gemacht.

Nastätten, den 19. März 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Gail.

---

[810] Da Nikolaus Mebreuer und dessen Ehefrau Christine, geborne Ober, von Geisenheim, heute ihr Vermögen an ihre Gläubiger abzutreten erklärt, und auf das Rechtsmittel der Appellation gegen das hierauf ergangene Concurserkenntniß verzichtet haben, so wird zur Anmeldung dinglicher und persönlicher Ansprüche unter dem Rechtsnachtheile des Ausschlusses von der vorhandenen Masse Termin auf

Freitag den 27. April d. J.
Vormittags 8 Uhr

anberaumt.

Rüdesheim, den 15. März 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Langsdorff.

---

[771] Auf den Antrag der Verwandten des Kasyar Müller aus Bernburg, ehemaligen Copisten bei der Akademie der Musik zu Paris, welcher sich vor längerer Zeit von hier und seinem Geburtsort Bernburg entfernt, in Paris sich aufgehalten, seit länger als zehn Jahren aber seinen Anverwandten von seinem Leben und Aufenthalt keine Nachricht gegeben hat, derselbe aus dem Nachlasse der Kaiser-Antzingischen Eheleute ein Erbtheil von 112 Thlr. 12 gr. 3 pf. angefallen ist — wird der genannte Copist Kasyar Müller resp. seine rechtmäßigen Nachkommen, sowie auch alle diejenigen, welche an dem Vermögen derselben Erb- oder sonstige Ansprüche machen zu können glauben, hierdurch edictaliter geladen,

am 2. October 1849,

wird sein Dienstag nach dem 17. Trinitatissonntag, Vormittags 11 Uhr in Person oder durch gehörig Bevollmächtigte an hiesiger Stadtgerichtsstelle zu erscheinen, sich gehörig zu legitimiren und ihre Ansprüche anzumelden und zu bescheinigen, widrigenfalls aber gewärtig zu sein, daß sie mit ihren Ansprüchen ausgeschlossen und das gedachte Vermächtniß unter die instituirten Nachrehen vertheilt und denselben in gesetzlicher Maße überlassen werden wird.

Gotha, den 9. März 1849.

Das Stadtgericht.
C. F. W. Gnosch.

---

[710] **Edictalladung.**

In Sachen der Anna Elisabetha Batthaser Gunkel Ehefrau in Gundernhausen, Klägerin gegen ihren Ehemann daselbst, Beklagten, Ehescheidung betreffend, hat Erstere Klage dahin erhoben, daß ihr Ehemann seit Jahr 1847 sich ziemlich entfernt und seitdem keine Nachricht von sich gegeben habe, und daß sie deßhalb um Trennung der mit dem Beklagten bestehenden Ehe dem Bande nach bitte, falls Beklagter nicht innerhalb der vom Gericht gesetzt werdenden Frist zu ihr zurückkehre.

Beklagter wird deßhalb aufgefordert, sich innerhalb

sechs Monaten

gehörig auf die Klage zu erklären, oder in gleicher Frist zur Klägerin zurückzukehren, widrigenfalls er die Klage für geständig erachtet, mit Einreden ausgeschlossen und weiter was Rechtens erkannt werden wird.

Alle weiter in dieser Sache zu erlassenden Verfügungen werden nur durch Anschlag an das Gerichtslocal veröffentlicht werden.

Reinheim, den 10. März 1849.

Großherzogl. Hess. Landgericht.
Kleinschmidt.
Streit.

---

[507] **Gantedict.**

Gegen Eisenhändler Friedrich Meurer von Lahnstein wird Gant erkannt, und es wird zum Tagfahrt zur Anmeldung aller Forderungen und Vorzugsrechte anberaumt auf

Mittwoch den 11. April, Vorm. 8 Uhr.

Hiebei haben alle Diejenigen, welche irgend einen Anspruch an die Masse zu machen gedenken, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte zu erscheinen, ihre Forderungen zu begründen und nöthigenfalls zu beweisen.

In derselben Tagfahrt soll der Versuch eines Gantvergleichs — vorbehaltlich richterlicher Bestätigung — gemacht, auch die Wahl eines Massepflegers und Gläubiger-Ausschusses vorgenommen werden, und es beiderlei Hinsicht werden die Nichterscheinenden als der Mehrheit der Erscheinenden beitretend angesehen werden.

Der Tag des Gantausbruchs wird nach geschehener Anmeldung richterlich bestimmt werden.

Lahr, den 10. Februar 1849.

Das Großherz. Badische Oberamt
Sayd.
Dischler.

Druck von August Osterrieth.

№ 83. —— Samstag —— den 7. April —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksgebiet von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 33 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Beischrift oder deren Raum 6 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmied in Wien, Landstraße Nr. 396; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofkommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Wegen des h. Osterfestes erscheint morgen weder die Oberpostamts-Zeitung noch deren Beiblätter.

v **Frankfurt**, 6. März. Wie wir aus sicherer Quelle hören, ist die in Ihrer Beilage vom 4. d. erwähnte Streitfrage zwischen der fürstlich Reußischen Regierung jüngerer Linie und dem Landtag zu Gera an demselben Tage von dem Reichsministerium in seiner Eigenschaft als Schiedsgericht entschieden worden. Das Urtheil fiel dahin aus, daß das Wahlgesetz vom 22. April, auf dessen Giltigkeit das ganze Bestehen des Landtags beruht, in allen seinen Theilen aufrecht zu erhalten sei, also auch den nach § 16 dieses Wahlgesetzes beigezogenen Mitgliedern der früheren Stände die Theilnahme an der Beschlußfassung über die neue Verfassung nicht entzogen werden dürfe. In der Sache selbst wird dadurch nichts geändert, da die 26 neuerwählten Abgeordneten unter sich vollkommen einig sind, ja die fünf Mitglieder der frühern Stände zum Theil selbst mit ihnen stimmen werden. Der ganze von den 26 erhobene Streit war, wie dies jetzt öfter vorkommt, ein leerer Principienstreit ohne praktischen Werth, da schon in vierzehn Tagen die neue Verfassung vollendet sein wird, wo dann jede Spur der früheren Landstände verschwindet. Interessanter aber als die Streitfrage selbst, die unter den großen Fragen, welche jetzt die Aufmerksamkeit fesseln, verschwindet, ist die Art und Weise, in welcher die Entscheidung herbeigeführt werden. Statt des früher üblichen langwierigen Verfahrens, waren die Vertreter der beiden Parteien, Freiherr v. Holzhausen für die Regierung, der von den 26 abgeordnete Hr. Jäger für diese, zu mündlichem Verfahren eingeladen. Man hörte beide Theile, that Fragen nach beiden Seiten, und nach einer Stunde stand nicht allein bei den richtenden Mitgliedern des Reichsministeriums die Ueberzeugung darüber fest, welcher der streitenden Parteien das Recht zur Seite stehe, sondern als noch weit schönere Frucht des hier eingeschlagenen mündlichen Verfahrens und persönlichen Meinungsaustausches ergab sich, daß der unterliegende Theil sich selbst von der Richtigkeit des Urtheils überzeugte. Ueberrascht wird Hr. Jäger, obschon noch sehr jung an Jahren, als ein Mann gerühmt, der durch Unbefangenheit und Bildung sehr von der ungeschlachten Großmäulerei unsrer heutigen Volksmänner absticht. — Es sollte uns nicht wundern, wenn das von dem Reichsministerium so glücklich gewählte Verfahren, noch andere Streitfragen, welche vielleicht wo friedliche Erledigung finden können, vor seinen Schiedsrichterstuhl führte.

RC **Frankfurt**, 5. April. Die nächste Sitzung der constituirenden Nationalversammlung ist auf den 11. d. M. hinausgeschoben, trotz der Mühe, welche sich eine äußerste Partei des Hauses gab, den keineswegs nach allen Seiten hin günstigen Eindruck der Antwort des Königs von Preußen zur Erlangung fortlaufender Sitzungen und möglichst extemporer Beschlüsse zu benutzen. Wagte sie es doch, bei der durch Abwesenheit so vieler wesentlich veränderten Zusammensetzung des Hauses, die Einsetzung eines Vollziehungsausschusses vorzuschlagen. Der 11. d. M. wird jedenfalls ein Tag heftigen Kampfes sein, an welchem sich die Parteien von neuem messen werden; ohne Verletzung seiner amtlichen Pflicht darf an demselben kein Streiter fehlen. Mögen das die bedenken, welche in Privatangelegenheiten von hier abwesend sind, oder welche gar nur ihrem Vergnügen folgen; der üble Eindruck, den die Abwesenheit so vieler, selbst solcher, die erst seit einigen Wochen Mitglieder der Nationalversammlung sind, bereits gemacht hat, läßt sich nicht ableugnen.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Schleswig, 2. April. (A. M.) Ich beeile mich, Ihnen mitzutheilen, daß Lord Palmerston und Bunsen das dänische Ultimatum verworfen, daß Letzterer jetzt auch eine den Dänen früher gemachte Concession zurücknahm, und daß nunmehr der dänische Gesandte im Namen seines Hofes erklärte, die Dänen würden nach dem 3. (24.) April sofort den Krieg zu Lande und zu Wasser beginnen.

Schleswig, 2. April. Das Hauptquartier hat unsere Stadt verlassen und ist dem Feinde entgegengerückt. Auch der regierende Herzog von Gotha, welcher das thüringische Armeecorps commandiren wird, ist angelangt, und mit Freuden begrüßt man die hohe Gesinnung, die er in seiner Proclamation an seine Landsleute für unser gutes Recht ausgesprochen hat. Er ist der Bruder des Gemahls der Königin von England, und sein persönliches Erscheinen in dem Kampfe für unser Recht und Deutschland nicht ohne höhere politische Bedeutung. — Es wird hier von politischen Autoritäten der letzte Versuch Friedensunterhandlungen in London, die nun wohl bestimmt ganz abgebrochen sein sollen, so erzählt: Palmerston hätte einen Vorschlag auf ein Provisorium auf der Basis, daß alle deutschen Truppen aus Schleswig entfernt und daselbst eine Regierung von Dänemark eingesetzt würde, freilich nur provisorisch, doch mit der definitiven Anerkennung der vollkommenen Trennung Schleswigs von Holstein, den Friedensunterhändlern vorgelegt. Aber dieser Vorschlag selbst ist denn von dem dänischen Unterhändler als unzureichend verworfen worden.

Aus dem **nördlichen Schleswig**, 1. April. Von mehreren Seiten bestätigt sich, daß dänische Truppen von Jütland nach Ussens in Fühnen übergeschifft wurden, ohne Zweifel zur Landung am diesseitigen Ufer bestimmt. Es scheint, daß die Dänen auf drei oder vier Punkten einzufallen gedenken. In der Nähe der Königsau lassen sich keine Truppen erblicken; sie liegen tiefer ins Land hinein. Die beste dänische Truppengattung, die Reiterei, befindet sich größtentheils in Jütland, wahrscheinlich 14 Schwadronen zumeist im Südwesten. Zeugniß von der Furcht vor einer abermaligen Ueberziehung Jütlands durch deutsche Truppen legen die überall dort getroffenen Vertheidigungsanstalten, die Verhacke, die Eggen in den Furchen, die vor der Stadt Veile aufgeworfenen Schanzen ab. Bei den in Caputröcken stehenden Truppen wird der Muth durch die magische Vorstellung besprochen, daß der Kampf nur der lumpigen, von Bau her bekannten Rebellenarmee gelte, die beim ersten Einschreiten der Dänen theils übergehen, theils Fersengeld zahlen werde. Reichstruppen, aber keine Preußen, seien zwar nach Holstein beordert, aber nur um die Holsteiner im Zaum zu halten. Die Leute werden, ganz im Gegensatz zu den unsrigen, schroff und abstoßend behandelt; der humanere Zeitgeist ist dem dänischen Heere völlig fremd geblieben.

Schleswig, 1. April. Der dänische Gesandte Graf v. Reventlow in London hat dem Bevollmächtigten der Centralgewalt, Dr. Bunsen, die Anzeige gemacht, daß am 3. d. M. die Blokade von Seiten Dänemarks eintreten, die Waffenruhe aufgehoben werde. In Folge dessen werden also die Feindseligkeiten wieder beginnen. Mit jener gestern oder heute eingetroffenen Nachricht stimmt die Antwort des Departementschefs der auswärtigen Angelegenheiten überein, welche er gestern Abend in der Landesversammlung auf die von dem Abgeordneten Dr. Heiberg gestellte Interpellation ertheilte. Der Departementschef v. Hardon antwortete: Daß, obwohl er sonst die Geheimnißkrämerei nicht liebe, er doch Befehl habe, sich über die Friedensbasis nicht zu äußern. In Betreff der Bevollmächtigten wären die nöthigen Schritte bei der Centralgewalt geschehen; die Sache sei noch nicht zum Abschluß gekommen. Im Uebrigen fänden gegenwärtig keine Friedensverhandlungen statt. Der Abgeordnete Heiberg bemerkte darauf: Nach dieser Mittheilung sei also der Frieden schon abgeschlossen, oder der Krieg stehe nahe bevor. Der Departementschef antwortete darauf: Er glaube allerdings, daß der Krieg nach der Waffenruhe bevorstehe.

Glückstadt, 2. April. Einem Privatschreiben entlehnt die „Reichsztg.": Soeben kommt uns die Nachricht, daß die Dänen die Feindseligkeiten eröffnet haben. So sind denn die Würfel gefallen, und jedenfalls wird der Krieg blutiger, als voriges Jahr. Der Himmel gebe nur, daß er sich auf unsere Herzogthümer beschränken möge. Wahrscheinlich wird Ostern wieder, wie voriges Jahr, eine entscheidende Feiereier werden, und wenn es wahr ist, wie ich höre, daß Alsen um jeden Preis genommen werden soll, so wird das Osterfest für Manchen ein Leidensfest werden. Unter diesen Umständen ist es nicht räthlich, seinen Herd zu verlassen, namentlich da nach dänischen Blättern das Linienschiff Christian VIII. nach Kiel bestimmt ist, und wir selbst hier einen Besuch der Fregatte Thetis zu erwarten haben. — In einigen Tagen wird der Oberstlieutenant von der Tann in Apenrade und in Hadersleben erwartet. Der alte Major Haale, Anführer des vortrefflichen 9., zum großen Theile aus früheren Tann'schen Leuten bestehenden Bataillons, hat sich den Scherz gemacht, dem dänischen Obercommando eine prächtige Visitenkarte zu übersenden.

Deutschland.

= **Berlin**, 4. April. Mit verdrossenem Muthe und zögernder Hand schreibe ich Ihnen von der Lage, in der wir uns befinden. Wenn auch Manchem, wie mir (meine früheren Correspondenzen schlugen nicht den siegesgewissen Ton an, der in den meisten anderen herrschte), die Antwort des Königs an die Frankfurter Deputation nicht so unerwartet kam, so hat sie doch alle Parteien, denen es mit der Einheit Ernst ist, tief niedergebeugt und auf das Schmerzlichste berührt. Keiner ist befriedigt; denn selbst der Zunft der Neuen Preußischen genügt das Geschehene nicht ganz; um sie zu befriedigen, hätte noch ein altpreußischer Trumpf auf die vorläufig ablehnende Antwort gesetzt werden müssen. Trauer ist überall, schweigende oder beredte Niedergeschlagenheit, zugleich aber auch Rathlosigkeit — auch in den Kammern. Sie schwanken wie vom Windstoß überraschte Schiffe schwerfällig hin und her und wohin sie die Richtung endlich nehmen werden — ob gegen das Ministerium, nicht nachlassend, bis es gestürzt? — noch ist es nicht zu erkennen. Auf die erste Kammer ist diesmal, falls nicht die Anberaumung einer außerordentlichen Sitzung dazwischentritt, nicht mehr zu rechnen; denn sie hat sich bis Mittwoch nach Ostern vertagt. (!) Die zweite hat in diesem Augenblick, Nachm. ½5 Uhr, Session, leider wohl eine resultatlose; denn die auf den Antrag Bincke's in der gestrigen Sitzung niedergesetzte Commission, welche über die gegenwärtige Lage des Vaterlandes und eine etwa zu entwerfende Adresse berathen sollte, ist zu einem rein negativen Beschluß gekommen; in dem sie mit 12 gegen 10 St. sowohl die von Bincke als die von Kirchmann vorgelegte Adresse verworfen hat, und noch weniger eine motivirte ingrimmigen Tagesordnung von Jacoby und Genossen annehmen konnte. Wie die Dinge stehen, so wagt Niemand ein Prophet zu sein. Auflösung der zwei Kammern und Stärkung des Ministeriums oder Sturz desselben oder eines Theils, kühne oder schwache Entschlüsse, Verwickelungen des Kleinmuthes oder des Muthes, das Alles liegt im Dunkel der Schicksalssterne, die zum Osterfest 1849 aufgestellt ist. Ich könnte Ihnen noch Vieles schreiben, von Begebnissen im Schooß des Ministeriums und heftigen Scenen vor der Feststellung der Antwort für die Deputation, von Sinnesänderungen, von Schwankungen, Hoffnungsstrahlen, neuen Parteibildungen und Majoritätscombinationen. Doch am besten ist es, in solchen Momenten, die, ich vertraue fest darauf, nur vorüberziehende Wolken an unserem Himmel sind, möglichst wenig zu sagen, ich beschränke mich daher auf das schon Mitgetheilte.

= **Berlin**, 4. April. Die erste Kammer hielt heute ihre neunzehnte Sitzung. Präsident von Wittgenstein, am Ministertisch: v. Strotha, v. Rabe, und für den Justizminister: v. Zur Mühlen. Die Tagesordnung ist reichhaltig an Anträgen, zum Theil nicht unwichtiger Art, die zur ersten Lesung kommen, z. B. Vorschläge zur Verbesserung des Looses der Fabrikarbeiter ꝛc. Alle die auf einen werden durch hinreichende Unterstützung an die Abtheilungen oder an eine Commission verwiesen, erregen aber im gegenwärtigen Moment bei der Aufregung über die deutsche Frage wenig Interesse. Die deutsche Frage selbst wird schon im Eingang der Sitzung durch die seitens des Ministers Strotha vorgenommene Verlesung der bekannten königlichen Antwort an die Deputation der Frankfurter Nationalversammlung angeregt. Der Minister fügte hinzu:

„Das Ministerium nimmt in dieser Stunde Anstand, sich darüber schon zu äußern, was in Folge der allerhöchsten Antwort Sr. Majestät geschehen muß und wird. Das Ministerium kann aber die Versicherung geben, daß es auf Grund der Circularnoten vom 23. Januar und 16. Februar, auf Grund der darauf sich beziehenden Mittheilungen des Herrn Conseilpräsidenten, mit Rücksicht auf die Bedeutung des Moments ungehindert handeln wird, daß es aber mit Hinsicht auf die in der Adresse dieser hohen Kammer enthaltene Andeutung, welche aufmerksam macht auf vorhandene Schwierigkeiten, mit derjenigen Besonnenheit handeln zu müssen glaubt, welche die Rücksicht auf die Wohlfahrt Preußens und die darauf gestützte Einheit Deutschlands erfordert."

Diese rechts mit Bravo, sonst mit tiefem Schweigen aufgenommene Erklärung knüpfte sich, wenn nicht der Zeit, so doch dem Zusammenhange nach unmittelbar an die letzte nachträglich auf die Tagesordnung gesetzte Nummer. Es ist der dringliche Antrag von Kuh, Dyhrn und Genossen, welcher die Tribunen gefüllt und auch viele Mitglieder der zweiten Kammer, darunter: Grabow, Auerswald, Behrends, Riedel u. A. herbeigeführt hat. Er geht auf:

„die Ernennung einer Commission, welche die durch die Antwort Seiner Majestät des Königs an die Deputation der Frankfurter Nationalversammlung herbeigeführte Lage der Dinge in Erwägung ziehe; eventuell eine Adresse an des Königs Majestät entwerfe, um eine anderweite mit den Wünschen der Kammer übereinstimmende Entschließung Sr. Majestät herbeizuführen."

Grund: Die drohende Lage des deutschen Vaterlandes. Nachdem der Antrag durch eine Unterstützung von 60 Stimmen als dringlich anerkannt ist, wird vom Präsidenten die betreffende Aufforderung an die Abtheilungen zu

Wahl der Commission erlassen, damit dieselbe den Nachmittag schon zusammentreten könne. Die nächste Sitzung aber, in der der Bericht der Commission vorzutragen wäre, glaubt er, da viele Mitglieder schon abgereist, andere im Begriffe zu reisen, und die nächsten Tage Feiertage sind, erst auf Mittwoch nach Ostern, heute über 8 Tage, ansetzen zu können, welchen Termin er dann auch der Versammlung vorschlägt. Hierüber entspinnt sich eine zum Theil, wie begreiflich, mit Heftigkeit geführte Debatte. In den wärmsten Worten wurde dargestellt, wie unverantwortlich eine solche Vertagung sein würde. In diesem Sinn sprachen Bracht, der von den jetzt schon verreisten Mitgliedern meinte, daß sie nicht die seien, deren Abwesenheit am meisten zu bedauern (Bravo — Oh!). Dyhrn, der in Fortsetzung der Sitzung nicht eine Störung, sondern Hebung des öffentlichen Gefühles fand, Hermann, Sperling, Fischer, Milde, Kuh. Dagegen sprachen aus formellen, juristischen und sogenannten besonnenen Gründen, darnach wo möglich vor einer Erklärung die ganze Frankfurter Verfassung debattirt werden sollte: Hansemann, Jtzenplitz, Heffter, Gerlach, Sagert. Von diesen Rednern entwickelten das meiste Talent, Mißfallen selbst bei sonst Zustimmenden zu erregen, Hansemann und Gerlach. Ersterer meinte, wobei er mehrmals unterbrochen wurde, daß ohne specielle Untersuchung der Verfassung die Versammlung blind in eine so wichtige Verhandlung renne. Letzterer sprach unter Gelächter und Murren von der „Begeisterung", welche die weise und gerechte Antwort des Königs im Lande wach rufen werde. Der Einzige, der mit Feuer aus politisch-patriotischen Gründen für die Vertagung sprach, war Sagert. Nach dem lebhaften, den Rednern, die keine Vertagung wollten, geschenkten Beifall hätte man erwarten sollen, daß die Vertagung fiele, aber nein, — zum Erstaunen der Tribunen wurde die Vertagung auf Mittwoch den 11. April, 12 Uhr, angenommen. Man trennte sich in Aufregung.

Abends 7 Uhr. Der Nachmittag brachte eine neue Sitzung oder richtiger einen Versuch zu einer neuen Sitzung der ersten Kammer. Zwischen 3 und 4 Uhr wurden die Deputirten, deren man gerade habhaft werden konnte, von der Straße oder wo sie sonst waren, zu einer außerordentlichen Sitzung abgerufen, die um 4 Uhr stattfinden sollte. Ich erfuhr es erst 4½ Uhr mit dem Bemerken, es handle sich um eine telegraphische Depesche und Mittheilung neuer Eröffnungen über die deutsche Frage. Als ich die spärlich besetzten Tribunen betrat, fand ich die Anwesenden in größter Bewegung. Der Präsident war eben mit einem Namensaufruf beschäftigt, die Deputirtenplätze, namentlich der Rechten, waren zum größern Theil leer. Häufig bildeten sich lebhafte Gruppen, darunter auch einige der Frankfurter Deputirten zu bemerken waren. Dazwischen tönte aus den Nebensälen lauter Wortwechsel und einige Mal traten einzelne Deputirte mit lauten Ausrufungen ungestüm in den Sitzungssaal, in dem der Präsident mit Mühe die Ordnung herstellte. Der Hergang war folgender gewesen: Graf Arnim, der sich gleich darauf wieder entfernte, hatte mitgetheilt, daß ein Rundschreiben an sämmtliche deutsche Regierungen erlassen sei, ihre Erklärungen über die Frankfurter Beschlüsse binnen 8 Tagen zu erbitten, nach Eingang dieser Erklärungen werde für die Consentirenden der König die angebotene Würde annehmen, und, wie er hoffe, darüber binnen 14 Tagen der Frankfurter Versammlung seine definitive Entschließung zugehen lassen. Nachdem hierauf von Graf Dyhrn der Antrag eingebracht worden war: den Beschluß der Vertagung bis nächste Mittwoch wieder aufzuheben und morgen Sitzung anzusetzen, hatte die Rechte dagegen protestirt und ein Theil den Saal verlassen. Von diesem rührten die aus den Nebensälen dringenden Stimmen her, während der Vorsitzende, um die Beschlußfähigkeit festzustellen, einen namentlichen Aufruf vornahm. Dieser ergab nur 77 Anwesende, so daß die Versammlung als beschlußunfähig nicht zur Eröffnung der Sitzung schreiten konnte. „Dann sind, sagte Graf Dyhrn, auch die Mittheilungen nicht der 1. Kammer gemacht." Ich gebe in dem Niedergeschriebenen nur den unmittelbaren Eindruck. Für die Richtigkeit der ministeriellen Eröffnung, die Ihnen ohne Zweifel schon anderweitig zugekommen sein wird (siehe die gestrige Beilage), kann ich nicht bürgen. Es coursirten darüber die verschiedensten Versionen. Die allgemeine Aufregung hatte eine richtige Auffassung verhindert. Sei aber der Inhalt, wie er wolle, ein Fortschritt ist jedenfalls geschehen. Die neue Erklärung ist eine Modificirung der ersten, welche dem Nein näher als dem Ja stand, während jetzt offenbar das Ja überwiegt. Vielleicht schon eine Frucht der schriftlichen von der Frankfurter Deputation aufgesetzten Adresse an den König.

Posen, 1. April. Heute war eine von dem hiesigen Bezirksvereine der deutschen Verbrüderung veranlaßte, überaus zahlreich besuchte Volksversammlung unserer hiesigen deutschen Bewohner. Die Veranlassung war die in Frankfurt erfolgte Wahl des Königs zum Reichsoberhaupte. Mit allgemeinem Jubel wurde der Antrag angenommen, dem Könige durch eine besondere Deputation eine Adresse überdringen zu lassen, in welcher er dringend ersucht wird, die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen. Es werden sich Deputirte aus den verschiedensten Theilen von Deutsch-Posen anschließen. — In gleicher Absicht geht morgen auch eine Deputation der Stadtverordneten nach Berlin. — Alle politischen Parteien, außer den äußersten Reactionären, sind durch den einen Gedanken, jetzt eine neue Aera der deutschen Geschichte beginnen zu sehen, geeinigt. — Aus der Provinz sind zwei neue Wahlen zu berichten. In Pleschen sind für Lipski und Cieszkowski am 29. v. M. Potworowski, der jetzt in der ersten Kammer sitzt, und Szuman für die zweite Kammer gewählt worden. (C. Z.)

Hannover, 2. April. Es verlautet, daß gestern eine Note unserer Regierung nach Berlin abgegangen sein soll, welche dem König von Preußen die Annahme der Kaiserkrone unter Bedingungen (ohne Zweifel hinsichtlich des Veto, des Wahlgesetzes, einiger Grundrechtsparagraphen rc.) empfiehlt. (H. M.)

JW Schwerin, 31. März. Sogleich nach der Kunde von der Erwählung des Königs von Preußen zum Kaiser der Deutschen, hat der Großherzog von Mecklenburg einen warmen Brief an den König geschrieben, in welchem er ihn auf das Dringendste gebeten, diese Wahl doch ja und unter allen Umständen anzunehmen, da das Heil von ganz Deutschland allein davon bedingt sei. Ueberhaupt ist hier Alles, bis auf unsere hocharistokratischen Kreise, die auf Alles, was von Frankfurt kommt, verächtlich herabblicken und sich in Schmähungen und Spötteleien über die Reichsversammlung und die Centralgewalt gefallen, ungemein über diese Wahl erfreut; die frühere Eifersüchtelei, die hier vielfach gegen Preußen herrschte, ist ganz verschwunden, man fühlt immer mehr, wie unumgänglich nothwendig uns die ganze Macht dieses Staates zu einem einigen, festen Deutschland ist, und ist entschlossen, sich unter allen Umständen so eng als möglich an diesen Staat anzuschließen. Unsere Truppen haben Befehl erhalten, sich zum Marsche zu rüsten. Die weitere Bestimmung ist unbekannt, man glaubt, daß Mainz vielleicht ihr Ziel sein dürfte.

Hamburg, 3. April. Auch von hier aus wird eine Deputation nach Berlin geschickt, um im Namen des Staates oder einer Anzahl Hamburgischer Bürger den König von Preußen zu ersuchen, die deutsche Kaiserkrone anzunehmen. — An den Senat ist eine Supplik von mehreren hundert Bürgern mit der Bitte gerichtet, daß die Deputation von ihm ausgehe. Sollte dieses Gesuch nicht berücksichtigt werden, so wollen die Unterzeichner auf ihre Hand am Donnerstag eine Deputation nach Berlin absenden.

Frankreich.

** **Paris**, 4. April. Karl Albert ist von Antibes über Marseille, Toulouse und Bourges gestern Abend hier eingetroffen. Er fuhr von Marseille aus vierspännig mit Extrapost und bewahrte das strengste Jncognito. Im Hotel „de l'Europe" zu Toulouse erkannte ihn jedoch Don Enrique, der in demselben Gasthofe wohnt, seitdem ihn die spanische Regierung wegen seiner Hinneigung zu den Exaltados und der Tochter des Bankiers O'Shea aus Spanien verbannt. Als Karl Alberts Anwesenheit bekannt wurde, sammelten sich viele Neugierige vor dem Gasthofe. Der Postillon erhielt von dem Reisenden Befehl, auf die Straße nach Bayonne zu fahren, vor der Stadt ließ jener jedoch in die Richtung nach Paris einlenken. In Bourges nahm der König einen Specialzug der Centralbahn, der ihn nach Paris brachte. — Auch Gioberti ist hier. Man versichert, sagt das „Journal des Debats", daß es sich um einen Plan handelt, über den der neue König von Sardinien mit Radetzky übereingekommen sei, und der in nichts Geringerem bestehen soll, als alle italienischen Staaten zu einem Bundesstaate nach dem Vorbilde des bisherigen deutschen Bundes zu vereinigen. — Der Handelsminister benachrichtigt die Handelswelt, daß vom 1. April an die sicilischen Häfen von der neapolitanischen Flotte blokirt werden. — Der „Nouvelliste von Marseille" meldet, daß der Papst gesonnen sei, sich von Gaeta nach Marseille zu begeben.

Bourges, 3. April. Heute Mittag 1 Uhr wurde gegen die abwesenden Angeklagten: Louis Blanc, Seigneuret, Honneau, Caussidiere, Lavirron und Chancel, die Strafe der Deportation ausgesprochen.

Nachschrift.

†* **Frankfurt**, 6. April. In der Antwort, die der König von Preußen am 3. d. M. der Deputation der Nationalversammlung ertheilt hat, fiel, nach der ersten von der O.P.A.Z. gegebenen telegraphischen Mittheilung, mit Recht der Satz auf: Die deutsche Nationalversammlung hat auf mich vor Allen gezählt, wo es gilt, Deutschlands Einheit und Preußens Kraft zu gründen. Die Vermuthung, daß hier ein Irrthum obwalte, hat sich bestätigt. Im Preußischen Staatsanzeiger und in allen andern Berliner Zeitungen, sowie in den amtlichen Abdrücken der königlichen Rede heißt es an der angeführten Stelle: „wo es gilt, Deutschlands Einheit und Kraft zu gründen."

Berlin, 5. April. Die Deputation der deutschen Nationalversammlung hatte gestern Abend bei Mielenz noch eine Zusammenkunft mit Mitgliedern beider Kammern. Die Stimmung war trübe. Die Decorationen des Saales, die deutschen Fahnen und die lorbeerbekränzte Büste des Königs erinnerten an das Festmahl, das unterbleiben mußte. Heute Mittag um 1 Uhr reiste die Deputation ab.

Die Antwort, welche ihr das Staatsministerium auf ihr Schreiben hat zugehen lassen, lautet:

„Das von der Deputation der Nationalversammlung an uns gerichtete sehr geehrte Schreiben vom gestrigen Tage haben wir erhalten. Die Deputation wird, wie wir nicht zweifeln, mit uns die Ansicht theilen, daß wir uns nicht in der Lage befinden, über den Jnhalt dieses Schreibens mit Wohlderselben in nähere Verhandlung zu treten, vielmehr diejenigen Beschlüsse abzuwarten haben, zu denen sich die deutsche Nationalversammlung in Folge der der Deputation derselben von Sr. Maj. dem Könige ertheilten Antwort etwa bewogen finden möchte.

Schließlich benutzen wir gern die Gelegenheit, der Deputation hierbei Abschrift des an die diesseitigen diplomatischen Agenten bei den deutschen Regierungen in Verfolg jener Antwort Sr. Majestät gerichteten Erlasses ganz ergebenst mitzutheilen.

Berlin, den 5. April 1849.

Folgen die Unterschriften der Minister.

Neuestes aus den Herzogthümern.

** Wie wir bereits in unserer heute ausgegebenen außerordentlichen Beilage gemeldet, sind in den Herzogthümern am 3. April die Feindseligkeiten eröffnet und haben bereits einige Vorpostengefechte stattgefunden. Die „Börsenhalle" enthält darüber folgende Mittheilungen:

Apenrade, 3. April. Die Feindseligkeiten haben begonnen. Sowohl bei Aller, als bei Ulderup fochten die schleswig-holsteinischen Truppen mit den Dänen. Die Blokade des hiesigen Hafens ist heute officiell von dem Chef der Corvette „Najade", Dirckinck-Holmfeldt, angekündigt worden. Außer der Corvette blokiren 7 Kanonenboote den Meerbusen.

Flensburg, 3. April, Abends. Die Dänen sind heute Morgen von Alsen herübergekommen und haben die schleswig-holsteinische Avantgarde angegriffen, die sich auf die Linie zurückgezogen hat; die Dänen sind in diesem Augenblick in Gravenstein. Ebenso sind die Dänen vom Norden her in das Herzogthum eingerückt und stehen jetzt zwei Meilen nördlich von Hadersleben. (M. s. Apenrade) In der Bucht von Apenrade liegen mehrere dänische Kriegsschiffe. Bei Holnis liegt ebenfalls ein dänisches Kriegsschiff. In Hadersleben liegen ungefähr 1000 Jäger, die in der Stadt, wie es heißt, den Straßenkampf wagen wollen. Einige Wagen mit Verwundeten sind schon hier angekommen. Der Rückzug der Schleswig-Holsteiner ist in aller Ordnung geschehen und hat wohl nur den Zweck, die Dänen weiter ins Land zu locken. — General v. Prittwitz hat sein Hauptquartier hier.

Kiel, 3. April. Die Blokade unseres Hafens ist heute durch einen dänischen Officier in Friedrichsort angezeigt worden, und schon sind mehrere Schiffe, welche noch hinaussegeln wollten, zurückgewiesen. Man will von Friedrichsort aus drei Kriegsschiffe, darunter ein Dampfschiff, gesehen haben, ein viertes soll signalisirt sein. Der furchtbare Sturm, welcher heute herrscht, läßt nichts recht Gewisses ersehen.

Einen ausführlichen Bericht bringt die „Fr. n. Presse" in folgendem Brief aus

Flensburg, 3. April. Die Feindseligkeiten sind heute Vormittag von den Dänen eröffnet, nachdem in der verflossenen Nacht um 12 Uhr die Batterie bei Eggesund durch die halbe 12pfünder Batterie Beltz und die Vorpostenstellung zwischen Nöbel und Apbüll von dem 3. Jägercorps (Stückroth) und dem 2. Linienbataillon (Willmann) besetzt war, drangen Vormittags 10 Uhr die Dänen in starken Massen gegen die deutschen Vorposten vor und wurden zu dieser Zeit die ersten Schüsse gewechselt. Nach einem anderthalbstündigen Tirailleurfeuer, welches zu Zeiten sehr lebhaft wurde, eröffnete eine schleswig-holsteinische Sechspfünderbatterie ihr Feuer gegen die jenseits Apbüll stark vordringenden Dänen, — ihre Stärke, soweit sie im Gefecht gewesen, wird auf über 6000 Mann angegeben, — und wurde dies von der dänischen Artillerie erwiedert. Gleichzeitig beschoß die halbe Batterie Beltz die bei Eggesund hervorkommenden Dänen; sie mußte jedoch vor dem Feuer einer dänischen Fregatte, die sich dem südlichen Ende des langgedehnten Dorfes Ninkenis gegenüber legte, die Verschanzung bei Eggesund räumen, setzte indeß bis zwei Uhr ihr Feuer von einer höher gelegenen Koppel gegen vier Kanonenböte fort. Mittlerweile hatte die durch das 1. Bataillon (Wasmer) verstärkte Avantgarde sich langsam fechtend der im Voraus getroffenen Disposition gemäß durch Grovenstein nach Hoderup auf Colonnenwegen zurückgezogen, woselbst sie sich mit dem 5. Jnfanteriebataillon vereinigte, und verließ hierauf, nachdem das 8. Bataillon Stellung bei Nielenis genommen, auch die halbe Batterie Beltz ihre obige Stellung, da sie ihre Aufgabe, die Bewegung der Avantgarde gegen die Wasserseite zu decken, vollständig erfüllt hatte. Die Truppen bivouakiren bei Hoderup. Der Theil unserer jungen Armee, welcher heute dem Landesfeind gegenüber gestanden, hat den größten Erwartungen entsprochen, die für den Fall eines überlegenen feindlichen Angriffs getroffenen Dispositionen sind in bester Ordnung und Ruhe zur Ausführung gebracht; unser Referent verließ die Unsrigen, „Schleswig-Holstein" singend und voll freudigen Muthes, im Bivouac bei Hoderup. Dasselbe präcise und ruhige Schießen der Batterie Beltz wird namentlich gerühmt. Ein Musketier wird vermißt, verwundet sollen 5 bis 7 sein. Vor 2 Uhr wurde das Gefecht abgebrochen, und wird es heute Nachmittag wohl nicht wieder zu einem ernsten Zusammentreffen gekommen sein.

Börsenberichte.

†† **Frankfurt**, 6. April. Das Geschäft in heutiger Effectenverkehr war von keinem Belang, es geschahen nur Abschlüsse in diversen Effecten. 5pCt. Metall. gefragt: 77, 77½, pCt., 2½pCt. Metall 40⅞ pCt. G., Wiener Bankactien 1194 fl., 500 fl. Loose 127½ pCt., 250 fl. Loose 79½ pCt., Kurh. 40 Rthr. Loose 27½, Rthr., Bad. 35 fl. Loose 28⅛ ⅛ fl. Von Eisenbahnen Friedrich-Wilhelms-Nordbahn wie zu Berlin am 4. d. M. ⅞, ⅝ pCt. niedriger im Cours, 32½, 33 Rthr., Berbach 73¼, pCt., Taunus begehrt 286 fl. 3pCt. inländ. Span. heute etwas matterer Haltung, schließen 22½ pCt. G.

Berlin, 5. April. Staatsschuldscheine 79½ bez., Seehandlungs-Prämienscheine 99⅝ Br., Bankanttheile 87½ bez., Berlin-Hamburg 47½ etw. bez., Köln-Minden 76 Br., Friedr.-Wilh.-Nordb. 32⅝ bis ⅝ bez., Thüringische 48¾ a. ½ bez., Russische 4pCt. bei Stieglitz 36½ G. 5. 86 G., Poln. 500 fl. Loose 73½ bez., do. 300. fl. Loose 97½ bez., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 15½ bez.

Bei sehr geringem Verkehr in Fonds und Eisenbahn-Actien waren die Course zwar zum Theil noch etwas niedriger, im Allgemeinen aber doch ziemlich fest.

Paris, 4. April. Stand der Rente: 5pCt. 89. 90. — 3pCt. 56. 80. — Neapol. 80 50. — Jnnere Schuld 23 compt. u. pr. Ult. — Bankactien 2425. — St. Germain-Eisenbahn 430. — Versailles, rechtes Ufer 225. — Linkes Ufer 197. 50. — Paris-Orleans 892. 50. — Paris-Rouen 535. — Orleans-Bordeaux 415. — Orleans-Bierzon 368. 75. — Rouen-Havre 207. 50. — Marseille-Avignon 227. 50. — Straßburg-Basel 110. — Nordbahn 465. — Paris-Straßburg 110. — Römisches Anlehen 77. 75½. 79. 80.

Die Geschäfte der heutigen Börse minder belebt, es geschahen mehr Käufe auf Zeit als gegen comptant. Man glaubt nicht an Karl Albert's Anwesenheit.

Madrid, 29. März. 3pCt. 21¾. P. u. d. B. 21⅝. ⅞. G. — 5pCt. 10⅛. G.

London, 3. April. 3pCt. Stocks 92½ ⅛. — 5pCt. Span. 16⅞. — Neue 3pCt. 30⅛. 30. — 4pCt. Port. 28½. 29. — 2½pCt. Holl. —.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Führer durch die Messe.

Band-, Seide-, Wolle-, und Baumwolle-Waaren.

Geschäfts-Eröffnung.

Hiermit beehre ich mich, die ergebene Anzeige zu machen, daß ich am heutigen Tage auf hiesigem Platze ein Geschäft in

französischen Bändern, Hutstoffen, Gürtel, Schleier, Tülle, Spitzen, Gimpen, Fransen,

sowie allen in dieses Fach einschlagenden Artikeln eröffnet habe, und halte mich unter Versicherung **billigster** Bedienung geneigtem Zuspruch bestens empfohlen.

Frankfurt am Main, den 31. März 1849.

[928] ***Louis Nössell***, Zeil Haus Mozart 70.

Zur Messe in Frankfurt am Main, Neue Kräme, im Bogel.

Die Strumpfwaaren- und Tüllspitzen-Manufactur von **G. Bach** in Limbach bei Chemnitz in Sachsen

Zur Messe in Leipzig, Schulmacherhäuschen Nr. 14.

empfiehlt ihr Lager von allen Sorten

Baumwollen-, Fil d'Ecosse-, Halbseidnen-, Seidner- und Wollner-Handschuhe und Mitaines, so wie Geldbeutel, Damen- und Kinder-Hauben, Barethen, Unterröcken und Unterjacken. Alle Arten Baumwollnen- und Reddiseed-Spitzen sowohl in glatt als auch gestickt. [667]

---

[772] **H. G. von Oven,**

Bleidenstraße 24., empfiehlt sein wohlassortirtes Lager in:

schwarzen seidenen Herrenhalsbinden in Taffet und Atlas, Sammethalsbinden in Seide, Halbseide, Jaconet und Foulard, ächt ostindischen Taschentüchern, Mantelmanes, Foulard- und Atlas-Brochetüchern.

[734] **Local-Veränderung.**

Das Mantillen-, Mode- und weiße Waaren-Lager von

C. Schlesinger

befindet sich von heute an Liebfrauenberg Nr. 33 neu.

Das Flanellwaaren-Lager von

A. Herold aus Dingelstädt

ist jetzt Schnurgasse 38. [855]

[836] Fabrik-Lager in baumwollenen und wollenen Möbel-Damasten, Sarsenets und Schirtings von **J. Schüler** aus Dingelstädt in Thüringen. Schnurgasse 46.

---

[926] **Mantillen** nach den neusten Pariser Modells bei L. B. Schuster, Bleidenstraße, Nr. 5.

---

[717] **Kirchhof & Füchsel**

aus **Schmölln** in Sachsen-Altenburg

haben zur diesjährigen Ostermesse das Lager ihrer Fabrikate, bestehend in glatten und façonnirten Thibets ꝛc. wieder wie in letzter Herbst-Messe in der goldenen Leier, neue Kräme Lit. K. Nr. 95.

---

[835] Die Band-, Kordel- und Posamentier-Waaren-Fabrik

von **C. W. Siebel & Brinck** in **Elberfeld**

empfiehlt zur Messe ihr Lager in Fransen, Agrement und Gimpen, Wagenborden mit completen Garnituren; Schuhkraminen und gedruckte Pantoffel; seidene Damen-Gürtel, Litzen und Nirmen, so wie alle Sorten Besatzbänder und Kordel.

Das Lager befindet sich Weselgasse in Bebel.

B. Tollmann aus **Schönkirch**, bei Weyden in der Oberpfalz,

empfiehlt sich in allen Sorten Beutelleder und Kreyp zu den billigsten Fabrikpreisen. Sein Lager befindet sich während der Messe in Frankfurt a. M. an der Stadtwage. [957]

☞ **Avis für Damen.** ☜

Die anerkannt größte Damen-Mäntel-Fabrik

von **D. H. Daniel** aus **Berlin**

empfiehlt zur gegenwärtigen Messe ein aufs reichhaltigste assortirtes Lager eleganter und geschmackvoller nach neuester Pariser Façon angefertigter

Mantillen, Mantelets, Paletino's, Frühjahrs-Mäntel und Visites

von Sammet in allen Farben, glatt und damass. Atlas, Satin chine, moiré, Taffet, Changeant und weiß Cachemir.

☞ **Verkaufs-Local: Neue Kräme Nr. 34 im Laden des Herrn Lorie** vis-à-vis vom Braunfels. [924]

---

[935] **J. C. van der Beeck** aus Elberfeld

hält zur gegenwärtigen Messe Lager ganz wollener Shawls und Long-Shawls im Lumberg Nr. 20

---

[830] **Ausverkauf französischer Châles zu bedeutend herabgesetzten Preisen.**

Um während der Messe mit meinem auf's reichhaltigste assortirten

Lager französischer Châles

vollständig aufzuräumen, verkaufe ich solche zu folgenden billigen Preisen.

10/4 **gewirkte Châles** in Schwarzgrund und buntem gewirkt à 5, 6, 7, 8 und 9 fl.

10/4 **gewirkte Châles** in Schwarzgrund und in allen Farben mit wollenem Stoff à 10, 11 und 12 fl.

10/4 **gewirkte Châles**, garantirt ganz Wolle, à 15, 16, 17 und 18 fl. in schwarz und

10/4 **Châles Cachemire Indoux superfin**, à 20, 22, 24, 27 und 30 fl. in allen Farben.

Châles long, schwarz und in allen Farben, garantirt ganz Wolle, à 40, 45, 50 und 60 fl.

Crêppe de Chine-Châles, glatt und gestickt, **Sommertücher, Echarpes** ꝛc.,

so wie alle meine vorräthigen Waaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

C. F. Cahn, Zeil Nr. 61.

---

[920] **Neue Kräme Nr. 18 neu (K 104)**

A. Freund aus **Elberfeld**,

Lager in Orleans und Lastings.

C. W. Siebel & Brinck aus **Elberfeld**,

Lager in Band, Kordel und Posamentirwaaren.

Eisenguß-Waaren.

Alfred Richard Seebaß u. Co. aus Offenbach a. M. und Berlin

empfehlen ihr mit vielen neuen Gegenständen assortirtes Fabrik-Lager

feiner Eisengußwaaren, Berliner bronzirten Korbwaaren, gefaßten und ungefaßten Lithophanien.

Meßlager in Frankfurt am Main: Römerberg nahe dem Römer.
Fabrik- und Haupt-Lager in Offenbach am Main: Waldstraße 33. [930]

Kleider und Putz für Herren und Damen.

[942] **Verehrte Bewohner Frankfurts und der Umgegend!**

Wem daran gelegen ist, für wenig Geld sich dauerhaft mit modischer Frühjahrs- und Sommer-Kleidung zu versehen, der beehre sich gefälligst während der diesmaligen Messe Nr. 56.

Nur Zeil Nr. 56, das zweite Haus neben der Post.

Daselbst empfangen Sie die geschmackvollsten in sehr reichster Auswahl vorhandenen

Berliner Herren-Anzüge

zu nachstehend sehr billigen Preisen, als: 1000 feinbare Sommer-Röcke aus Paletots in Drell und Leinen von 2 fl. 30 kr. an; 500 feinbare Sommer-Röcke aus Paletots in leichter Wolle, Cassinets, Buckskin von 4 fl. an; 1000 elegante Buckskin-Hosen von leichten und schweren Stoffen von 3 fl. an; 2000 leichte Sommer-Hosen in Drell und Leinen von 1 fl. 30 kr. an; 2000 feine Westen in den modernsten Stoffen von 1 fl. bis 6 fl.; 200 elegante Tuchröcke und Fracks mit Orlin und Seide von 12 fl. bis 24 fl.; 500 Haus-, Garten-, Comptoir-, Jagd- und Schlaf-Röcke von 2 fl. an;

wattirte Paletots, Tuchmäntel und Bournusse spottbillig.

Meine Herren! liegt Ihnen daher Ihr Interesse am Herzen, so benutzen Sie diese günstige Gelegenheit, denn es wird 50 Procent billiger als überall verkauft nur **Zeil 56.**

Berliner Hauptfabrik von Adolph Behrens.

NB. Als besonders empfehle deutsche Einheits-Paletots, das Modische zur jetzigen Saison.

---

[936] **Joseph Schell**, Corsetten-Fabrikant aus Ludwigsburg,

empfiehlt für diese Messe wieder sein schon längst bekanntes Lager in Damen- und Kinder-Corsetten, sowie auch Morgen-Leibchen, mit und ohne Fischbein, und verkauft en gros wie en detail zu äußerst billigen Preisen. Auch habe ich wieder eine große Auswahl aller Arten Gummi-Bälle und gebe diese ebenfalls zu sehr billigen Preisen ab.

Meine Bude befindet sich wie gewöhnlich auf dem Römerberg, hinterer Gang, vis-à-vis dem Römer.

Kunst-Gegenstände.

[1000] **Photographisches Institut**

für Lichtbilder auf Papier und Daguerreotyp-Portraits von

JACOB SEIB

in **Frankfurt am Main**, Bockenheimer Straße Nr. 9 im „Deutschen Hof".

Aufnahmen von Morgens 8 bis 4 Uhr im Pavillon, bei jeder Witterung.

Fasolt, Eus & Greiner

aus Lausche bei Coburg

befinden auch diese Messe wiederum mit ihrem bestens assortirten Lager von feinen und ordinären gemalten Pfeifenköpfen, sowie gemalte Stäbchen für Bretchen, Ofenrohr, Kabeln ꝛc. und empfehlen sich unter Versprech reeller Bedienung zur geneigten Abnahme des Benötigten. Ihr Lager befindet sich am Pan in der Ecke vom Gritzpförtchen vis-à-vis. [851]

Für Seiden- und Wollen-Färber

ist das neue Verfahren Kalldion in einer Flotte, ohne Vorbeize, ohne Eisen, ohne Composition zu färben, welches nur den zehnten Theil des bisher kostet, was die ältere Art kostete, bei **E. Lenchs & Co.** in Nürnberg gegen Einsendung von 12 preuß. Thalern und Versprechen der Geheimhaltung bis 1860 zu erhalten. [938]

Zu Etiquetten, Firmas, Preiscouranten in allen Schriften, Zahlen in allen Größen in Bausch-Manier, sowie zu calligraphischen und anderen Schreibarbeiten empfiehlt sich unter Versicherung reeller und schneller Bedienung

[766] **L. Müller,**
Heilige Kreuzgasse Nr. 9. (neu).

---

[843] **Meyer & Wried,**

Stobwasser's Nachfolger, aus Braunschweig.

empfehlen ihre feinen Malerei-Waaren, nebst einer reichen Auswahl schöner Gemälde in Rahmen. Schnurgasse, Ecke der Neuen Kräme, bei Herrn Heyne, zweite Etage.

Kurze und Quincaillerie-Waaren.

[647] **Leonhard Hitz,**

Schirmfabrikant,

empfiehlt sein wohlassortirtes Lager in Regen- und Sonnenschirmen in den neuesten und geschmackvollsten Dessins, sowohl in Seiden als in Baumwolle ꝛc.

Mein Lager befindet sich in Offenbach am Main vis-à-vis der Hauptwache.

---

[850] **Gebrüder Arzt** aus Michelstadt im Odenwalde

beziehen auch diese Messe wiederum mit einem wohlassortirten Lager von langen und kurzen Pfeifenröhren, allen Sorten Pfeifenfetzen, so wie gravirte Hirschhorn- und Elfenbein-Arbeiten. Die billigsten Preise durch die regsten Fabrikaten, verbunden mit reichster Auswahl, lassen einen recht zahlreichen Besuch hoffen. Ihr Lager befindet sich im Hause Herrn Joh. Georg Stadler's Wwe. am Fischmarkt Nr. 11 neu.

---

[967] **Carl Stoll** aus Ulm

macht die Anzeige, daß er mit einer Partie ausgezeichnet feiner allerdreinster Musterwaaren in geschnittener und gewalkter Arbeit hier angekommen ist, und empfiehlt sie zur gefälligen Einsicht. Hotel Schröder Zimmer Nr. 18.

Die Harmonica's-Fabrik

von **Wagner & Comp.** in Gera

empfiehlt zur Frankfurt a. M. Frühjahrsmesse ihre bekannten solid gearbeiteten Fabrikate in allen Sorten Accordion und Accord-Harmonica's zu billigen Preisen, und macht außerdem auf ihr gut assortirtes Lager in Berliner Kurz-Waaren, namentlich Cigarren-Spitzen, Papp-Galanterie, Leder, lackirte Blechartikel ꝛc. aufmerksam.

Verkaufslocal, Markt Nr. 48 (frühen Lit. K Nr. 125, auf dem Römerberg neben dem steinernen Hause. [784]

Parfümerie- und Toilette-Waaren.

Keine grauen Haare mehr!!

Das einzige in Paris approbirte

Chantal-Wasser

färbet Kopf- und Bart-Haare augenblicklich und dauerhaft in allen Nüancen, wofür garantirt wird. Preis 7 Franken im Hauptdepot bei Hrn. **H. C. v. Oven**, Bleidenstraße 24. [682]

Von dem Haarmittel

des Professors Thibaud, à 1 fl. 36 kr. per Topf, Ursache der Kahl- und Grauköpfe und Herstellung des männlichen Bartes, befindet sich fortwährend ein Depot bei Herrn Ph. Wm. Hölz am Liebfrauenberg in Frankfurt a. M.

Die beste Bürgschaft für die Untrüglichkeit besteht in der gewissenhaft eingehaltenen Zurückgabe der Beträge, im Falle des Mißlingens nach vorschriftsmäßigem Gebrauche des 4ten Topfes, durch den Agenten des Beförderers, Herrn Carl Graf in Augsburg.

Die Beträge sind baar und franco nebst 3 kr. Verpackungsgebühr einzusenden. [683]

[2347] **Zahntinctur.**

Cresson de Para Camphré von Herrn *Grandhomme*, Zahnarzt in Paris, ist zu Depôt bei **F. Brenl jun.**, die Flasche zu 5 Fr. oder 2 fl. 20 kr.

Parfümerie- und Toilette-Waaren.

[912] Einen neuen entscheidenden Beweis der vortrefflichen Eigenschaften des ächten

Schweizer Kräuter-Oeles

liefert nachstehende Abschrift des Schreibens von Herrn Heinrich Ludwig Börner in Siegen.

Herrn Karl Willer im Hardthurm bei Zürich.

Siegen, den 9 Januar 1849.

Beim Anfang eines neuen Jahres ermangle ich nicht, Ihnen gegenseitig die Rechnung vom vorigen Jahre mitzutheilen. Es thut mir leid, daß das vorige Jahr kein besseres Resultat geliefert hat. Es ist bisher ungeheuer in diesem Artikel gepfuscht worden, jedoch hat es sich in letzterer Zeit gefunden, daß wieder Viele, welche sich durch den Gebrauch wohlfeilerer Oele betrügen ließen, wieder auf Ihr Haaröl zurückkommen.

sign. **Heinr. Lud. Börner.**

Für richtige Abschrift aus dem vorgelegten Originalbrief
Auferstehi, den 30. Januar 1849. Der Gemeindammann
(L. S.) J. H. Gugolz.

Unterschrift und Siegel des Gemeindammannamts Auferstehi bestätigt
Zürich, den 2. Februar 1849. Der Bezirks-Statthalter.
(L. S.) H. Hotz.

Von diesem ächten Schweizer Kräuter-Oel befindet sich seit 1939 die alleinige Niederlage für Frankfurt am Main bei

Herrn **A. E. Wild sel. Erben**, kleiner Kornmarkt F 195 (neu 7) im ersten Stock, bei welchem das ganze Fläschchen für 2 fl. — das halbe für 1 fl. — gegen vorherige Einsendung (nebst 6 kr. für Postfreischreibgeld und Emballage) in stets frischer Qualität mit Gebrauchsanweisung zu haben ist.

Nicht zu übersehen.

Da ich in Frankfurt a. M. wie in andern großen Städten nur eine Niederlage meines Schweizer Kräuter-Oels errichtet, so haben sich diejenigen selbst zuzuschreiben, die obige Angabe nicht genau beachten, wenn sie mit sämtlich auf meinen Namen ausgemachten Oele betrogen werden, das unter Nichtbrand meiner Namensunterschrift, und Alles was sich auf mein Fabrikat bezieht, in andern Lagern verkauft wird.

Karl Willer im Hardthurm bei Zürich.

[796] **Wichtige Anzeige**
für
Taube und Harthörige.

Von dem viel berühmten Gehör-Oel von Doctor John Robinson in London ist bei dem Unterzeichneten die einzige alleinige ächte Niederlage. Dieses Oel heilt binnen kurzer Zeit die Taubheit, falls selbige nicht angeboren; — es bekämpft alle mit der Harthörigkeit verbundenen Uebel, als: der Ohrenschmerzen und das Sausen und Brausen in den Ohren, und erlangen selbst ältere Personen durch Anwendung dieses Oels das feinste Gehör wieder. Uebrigens habe ich nicht nöthig dasselbe weiter anzupreisen. — Die Wirksamkeit hat sich tausendfältig bestätigt, — und folgen nur noch zwei der jüngsten Genesungs-Atteste — alle mitzutheilen ist zu kostspielig. Jeden mir werdenden Auftrag, den ich mir franco erbitte, wird prompt und reell ausgeführt.

Soest, Regierungs-Bezirk Arnsberg, den 15. März 1849.

H. Brakelmann.

Attest.

Das Gehör-Oel von Doctor John Robinson in London, wovon Herr H. Brakelmann in Soest Verkauf und Niederlage hat, habe ich gegen meine Harthörigkeit angewandt; nach kurzem Gebrauch spürte ich gleich Besserung, welche sich in dem Maße gesteigert hat, daß ich jetzt förmlich wieder hergestellt bin. — Ich attestire dieses der Wahrheit gemäß.

Fröndenberg bei Unna. gez. Christ. Krömer.

Attest.

Das Gehör-Oel von Doctor John Robinson in London, wovon Herr H. Brakelmann in Soest Niederlage hat, habe ich gegen meine Hartthörigkeit angewandt, und bin in Folge dieses Gebrauchs davon befreit worden. Ich attestire dieses der Wahrheit gemäß.

Oestinghausen bei Soest. gez. Marcus Rosenberg.

Stein-Waaren, Porzellan, Steingut.

Die Porzellain-Fabrik von **C. G. Schierholz** aus Plauen bei Arnstadt empfiehlt während der Messe ihr wohl assortirtes Lager in Lithophanien, Figuren, Vasen und aller der Fabrikation anpassenden Gegenständen. — Logis: **Hôtel Schröder** Nr. 5. [962]

[443] **Feuerfeste Thonerde**
für Glas- und Porzellan-Fabriken ꝛc.

Wir empfehlen uns zu Lieferungen der seit Jahren stets rühmlich bekannten

Klingenberger feuerfesten Thonerde,

die vom 5. April d. J. an nur allein bei uns zu haben ist.

Das Bergwerk betreiben wir unter der Firma

Wagner & Cie.

Klingenberg a. M. bei Oberndorf in Baiern.

Die Bergwerksbesitzer:
Sebastian Wagner jun.
Balthasar Heßler.
Franz Xaver Wagner.

Meine

vergoldeten Porzellain-Waaren

in reichhaltigster Auswahl empfehle ich wiederum zu der bevorstehenden Frankfurter Ostermesse zu den bekannten billigen Preisen. Zugleich erlaube ich mir auf die schöne und dauerhafte Vergoldung, die an Schönheit keiner nachsteht und an Dauer alle übrige weit übertrifft, noch besonders aufmerksam zu machen.

Heinrich Siegelmann
aus Mühlhausen in Thüringen.

Mein Stand ist in einer Bude in der Bleidenstraße beim Liebfrauenberge. [728]

Tafelwaaren und Delicatessen.

C. P. SCHOTT,
Pasteten-Bäcker, große Sandgasse Nr. 25,

empfiehlt sich mit täglich frischen Pasteten von Kalbfleisch und Schinken, kleinen Fleisch- und Sardellen-Pastetchen, spanisch Brod und Obstkuchen; ferner mit Gänseleber in Gelee und Pariser Cayennen-Preßkopf, in Portionen und im Ganzen.

Ferner mit Vol au vents und russischen Vol au vents, leer oder mit Ragout gefüllt, Jus- und Milch-Pasteten und immer vorräthiger Fleischgelee zu 45 kr. pr. Pfund.

Um ganz nach Wunsch bedient zu werden, beliebe man, kalte Pasteten drei Tage vorher zu bestellen, besonders wenn dieselben versendet werden sollen.

Wirthschaften, Conditoren, Handlungen

empfehlen wir bei herannahendem Frühjahr die neue Art Essig aus Spiritus oder Wein, Bier, Syrup ohne allen Zusatz ꝛc., ohne Essigbilder, ohne Spänen, ohne Aufgießen und Arbeit in gewöhnliches Fäßern zu machen, wobei er wohlfeiler zu stehen kommt, als bei jeder andern Art und kein Umschlagen möglich ist. Die Vorschrift ist gegen Einsendung von 5 preuß. Thalern zu haben bei [997]

C. Leuchs & Co. in Nürnberg.

[901] **Dürre Morcheln,**
für Käufer en gros à 2 fl 42 kr. bei
Milani-Hinoprio,
kleiner Hirschgraben 3.

Uhren.

Die Schwarzwälder-Uhrenfabrik-Niederlage bei **J. Eckhardt**, Roßmarkt F. 102 empfiehlt sich mit großer Auswahl der neuesten Gegenstände, nebst Lager von Pariser und Wiener Pendul- und Rahmen-Uhren, Genfer Musik-Dosen und Musikwerke, Vogel-Orgeln ꝛc. in der besten Qualität zu den billigsten Preisen. [791]

[870] **Commissions-Lager von Schwarzwälder Uhren bei** **A. J. Stiebel**, Schnurgasse 23. in Frankfurt a. M.

Commission und Spedition.

Ich erlaube mir hiermit die ergebenste Anzeige zu machen, daß ich außer meinem Commissions-Büreau auch ein

Dienst- und Stellen-Gesuch-Bureau jeder Branche

auf hiesigem Platze errichtet habe und empfehle mich hierin zu geneigten Aufträgen unter reeller und billiger Bedienung ergebenst. Zugleich halte ich mich wie bisher mit Ver- und Ermiethen von Wohnungen und Localen jeder Art, An- und Verkauf von Häusern ꝛc., An- und Ablage von Capitalien, Besorgung von Commissions-Artikeln und allen im Commissions- und Speditions-Geschäft vorkommenden Fälle, zu geneigten Aufträgen bestens empfohlen.

Amtlich bestät. Dienst- und Stellen-Gesuch- und Commissions-Bureau
[767] von **F. A. Wüst**, Paulsplatz **13** neu.

[808] **Amerikanisch-deutsches Geschäftsbüreau**
Philadelphia und **Heidelberg.**

Der Unterzeichnete empfiehlt sein allgemeines Geschäftsbüreau in Philadelphia, Nr. 37, Wallnut-Straße, für alle von Deutschland aus in Nordamerika zu betreibenden Rechtsgeschäfte, namentlich außer Erkundigungen und Betreibungen von Erbschaften in Nordamerika, auch die Geltendmachung, Einkassirung und Anlegung von Forderungen an nach Amerika ausgewanderte Schuldner aus Deutschland, so wie auch im Allgemeinen Auskunfts-Einziehungen und Erhebungen über Personen und Verhältnisse in Nordamerika ꝛc. Ich kann dies um so besser und schneller ausführen, als ich auch in den einzelnen Staaten Nordamerikas Geschäftsverbindungen habe.

Für die, welche mein Anerbieten beachten wollen, übernimmt und vermittelt für Deutschland jeden Geschäftsauftrag zwischen dem Auftragenden und mir, wie auch Feststellung von Bedingungen und Honorar, mein Vater, der Großh. Badische Staatsdirector a. D. **Wilhelm Deurer** in Heidelberg.

Philadelphia, Staat Pennsylvania, 19. Februar 1849.

German Law Agency of Frederik Deurer.

Der Unterzeichnete, obige Vermittlung übernehmend, erbittet sich alle Briefe hierwegen franco.

Heidelberg, 23. März 1849.

Wilhelm Deurer, Großherzogl. Badischer Staatsdirector a. D.

Transport.

Eisenbahnfahrten.

Taunusbahn	von	Frankfurt	nach	Mainz	.	.	.	.	.	.	7.	10½. 2½. 7½.
„	„	Mainz	„	Frankfurt	.	.	.	.	.	.	8.	10½. 2½. 7½.
Main-Neckarb.	„	Frankfurt	„	Darmstadt	.	.	.	.	.	.	7.	12. 4. 7.
„	„	Darmstadt	„	Frankfurt	.	.	.	.	.	.	7.	9. 2. 6.
Hanauerbahn	„	Frankfurt	„	Hanau	.	.	.	.	.	.	8½.	12½. 3. 6. 8.
„	„	Hanau	„	Frankfurt	.	.	.	.	.	.	7½.	10. 2. 4. 7.
Offenbacherb.	„	Frankfurt	„	Offenbach	6.	7.	8.	10.	11.	1.	2.	3. 4. 6. 8.
„	„	Offenbach	„	Frankfurt	6.	7.	8.	10.	11.	1.	2.	3. 4. 6. 7.

[938] **ROSZTOK & Co.** in **Elsenach**

verladen jeden **Montag** *und* **Donnerstag** *durch* **Eilfuhre**, *an andern Tagen durch gewöhnliche Fuhre nach* **Frankfurt a. M.**, *dem* **Rhein** *etc., und empfehlen sich zu geneigten Aufträgen.*

Nach San Francisco in Californien

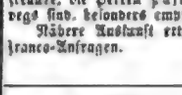
sollen gegen den 15. April bestimmt expedirt werden unsere schönen schnellsegelnden, gekupferten und kupferfesten Schiffe

Reforma, Capt. **W. Hattendorff** mit Passagieren,
Express, „ **D. Christoffers** mit Gütern

und halten wir diese vorzügliche Gelegenheit für Passagiere und Frachtgüter oder Consignationen an unsere Freunde, die Herren Palsten, Felsing und Comp. in San Francisco, wohin dieselben jetzt unterwegs sind, besonders empfohlen.

Nähere Auskunft ertheilt unser Agent Herr **J. P. Reuter** in Frankfurt a. M. auf gefällige franco-Anfragen. [941]

Heydorn & Co. in Bremen.



Regelmäßige Dampfschiffahrt

[543] zwischen

Wismar und **Kopenhagen.**

Das, als vorzüglich eingerichtet bereits bekannte, kupferfeste und kupferbodene Dampfschiff „Obotrit", geführt vom Capitain J. J. Seid, wird regelmäßig jeden Mittwoch, nach Ankunft der Eisenbahnzüge von Hamburg und Berlin, Nachmittags 4 Uhr mit Passagieren, Gütern und Posteffecten von Wismar nach Kopenhagen, und jeden Sonnabend Nachmittag von Kopenhagen nach Wismar, wo es sich an die nach Hamburg und Berlin abgehenden Eisenbahnzüge anschließt, abgehen.

Die erste Fahrt von Wismar nach Kopenhagen findet am Mittwoch den 7. März d. J. statt.

Passage-Preise, so wie Güterfrachten sind aufs billigste gestellt.

Nähere Auskunft wird ertheilt:
in Kopenhagen bei den Herren Fiedler & Co.,
„ Hamburg „ „ „ Hamel & Co.,
„ Berlin „ „ „ Fetschow & Sohn,
„ Wismar im Büreau der Dampfschiffahrt.

Wismar, im Februar 1849

Direction der Mecklenb. Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Königl. Bayer. Donau-Dampfschiffahrt

[917] zwischen

Regensburg und **Linz**

im Anschluß an die Oesterreichischen Dampfboote in Linz.

Fahrordnung im Monat April 1849:

Von Regensburg nach	Linz	jeden Tag ungeraden Datums,	Abfahrt früh	5	Uhr
„ Linz	„	Bilchofen	„	„	„	„	„	4	„
„ Bilchofen	„	Regensburg	„	„	graden	„	„	5	„

Sehenswürdigkeiten.

[964] **Kunst-Anzeige.**

Die Gebrüder Johannowitsch nebst Damen aus Pesth sind hier angekommen und werden ihre Vorstellungen, bestehend aus Tänzen und lebenden Bildern (welche von Damen ausgeführt werden), während der Messe geben im Saale des deutschen Hofs. Der Anfang Dienstag den 10. April. Den Schluß der Vorstellungen bilden 24 Gruppen lebende Bilder, ausgeführt von Damen. Näheres die Zettel.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Beilage zu Nro. 83.) 7. April 1849.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 7. April. Ritter Bunsen hat seine Stelle als Reichsgesandter in London niedergelegt.

† **Wien**, 2. April. Die Proclamation, welche Feldzeugmeister Baron Welden bei seiner Ankunft vor Komorn an die Besatzung der Festung erlassen hat, lautet wie folgt: „Se. k. k. Majestät Franz Joseph I. hat nach Besiegung des Thrones dem Königreich Ungarn Gleichberechtigung mit den übrigen k. k. Ländern und den reumüthig Zurückkehrenden Verzeihung zugesagt. Diesen Grundsatz befolge auch der Oberfeldherr Fürst Windischgrätz, als er mit seiner siegreichen Armee bis zur Theiß vordrang und nach der Einnahme Kaschau und Tokays Niemand zur Verantwortung zog, welcher sich dem Gesetze unterwarf. Nur auf die Verräther, die ihrem elenden Ehrgeiz zu Liebe ihr eigenes schönes Vaterland noch jetzt verwüsten und diesem gottlosen Bürgerkrieg auf alle mögliche Weise Vorschub leisten, nur Jenen ist Tod und Verderbniß zugesagt. Demzufolge gebe ich noch 12 Stunden Frist, um daß ein Jeder zu den k. k. Fahnen noch zurückkehren kann. Mit Verlauf dieser Frist werde ich aber die Zernirung Komorns so lange fortsetzen, als ich noch einen braven Soldaten und meine Kanonen noch Schießbedarf haben. Gott wird helfen!" Vor Komorn, 30. März 1849. Oberbefehlshaber Welden, Feldzeugmeister.

Die „Agramer Zeitung" hat plötzlich ihren Ton geändert. Unterm 30. März bringt sie noch einen leitenden Artikel, der mit den Worten beginnt: „Von allen Seiten treffen aus unserem Vaterland übereinstimmende Nachrichten über die ungünstigste Aufnahme des Olmützer Verfassungswerkes ein." Dagegen beginnt die eben angelangte Nummer vom 31. März mit folgenden Worten: „Hier hat ein Plakat in der Landessprache die freudigste Sensation erregt. Die Beschlüsse des croatischen Landtags vom Jahr 1848 und namentlich der Artikel XXVI in Bezug auf das künftige Verhältniß der Militärgrenze wurde von Sr. Maj. unserm jugendlichen Kaiser und König Franz Joseph I. bestätigt." Der Aufruf schließt mit den Worten: „Es lebe der constitutionelle Kaiser und König Franz Joseph I.! Es lebe der Liebling der Nation, der tapfere Ban Jellachich!"

Die Rüstungen in der Türkei werden immer bedenklicher, man besorgt, daß dabei magyarisch-serbische Umtriebe stattfinden. — Auch die unvermuthete Abreise des türkischen Botschafters gibt zu verschiedenen Auslegungen Anlaß.

Briefe aus Jassy melden, daß in der Moldau große Kriegsrüstungen zu einem Kriege getroffen werden, zumal, da russische Truppen in großer Menge von allen Seiten heranrücken und General Paskewitsch täglich erwartet wird.

Heute Morgen hat sich eine Deputation der hiesigen israelitischen Gemeinde nach Olmütz begeben, um dem Kaiser eine Dankadresse für die in der Reichsverfassung ausgesprochene Gleichberechtigung der Glaubensbekenntnisse zu überreichen.

An die Stelle des verewigten Endlicher soll Prof. Fenzl, der ihm bisher auch zur Seite stand, den Lehrstuhl der Botanik einnehmen.

An der Börse ging das Gerücht, der König von Preußen habe abgedankt, fand aber keinen Glauben.

Die für die Kaiserlichen bedenkliche Lage der Dinge in Siebenbürgen findet nun auch ihre Bestätigung in folgendem Schreiben des „Constit. Bl. a. Böhmen" aus Bukarest, 20. März: Seit meinem letzten haben sich in unserm benachbarten Siebenbürgen, namentlich in und um Hermannstadt, unglaubliche, schauderhafte Dinge zugetragen, wodurch wir nun auf diesem Wege ganz außer aller Communication, und in die Nothwendigkeit gesetzt worden sind, unsere Briefe nach Wien u. s. w. über Jassy laufen zu lassen. Aus vielen Gründen bezweifelnd, daß Ihnen directe Nachrichten vom Schauplatz der oben erwähnten Ereignisse zukommen werden, beeile ich mich, Ihnen nachstehende kurze und gedrängte Mittheilungen darüber auch schon aus dem Grunde zu machen, damit Sie erfahren mögen, was hierorts davon bekannt, und wie die Sachen hier aufgefaßt worden sind. Von Puchner in einer Weise verfolgt, daß der Weg nach Hermannstadt freiblieb, benutzte Bem dieses Manöver und warf sich am 11. d. mit einer ganzen, 12,000 Mann und 26 Kanonen starken Macht nach Hermannstadt. Von 5 Uhr früh bis 9 Uhr Abends währte Obrist Skariatin, der mit bloß 2000 Mann und 12 Kanonen in Hermannstadt zurückgeblieben war, in der Hoffnung eines schnellen Nachrückens der von Puchner beschäftigten Truppen den möglichsten Widerstand, erlitt sehr bedeutende Verluste, und mußte sich endlich, nachdem die Stadt bereits angegangen war, und an mehren Orten brannte, nach Schellenberg, und endlich nach Boitza am Rothenthurmer Paß zurückziehen. Die ersten Nachrichten hierüber meldeten von gräßlichen Verwüstungen und Greuelthaten, welche die Bem'schen Horden bei der Einnahme der Stadt verübt haben. Manche Opfer sind gefallen, unter ihnen der hochgefahrte, auch als Schriftsteller bekannte, ehemalige k. k. Kriegssecretär, zuletzt Redacteur des „Siebenbürger Boten", Benigni von Mildenberg. Bem soll jedoch schon am folgenden Tage die strengste Mannszucht angeordnet, und bloß eine Brandschatzung, wie es heißt, von 20,000 C.-M. der Stadt auferlegt haben. — Am zweiten Tag endlich war Feldmarschall-Lieutenant Puchner bis Girelsau vorher gegen Hermannstadt, und Obrist Skariatin nach Talmatsch vorgerückt. Hier aber müssen ferner die Einlags erwähnten, unerklärlichen, unerhörten Dinge vorgefallen sein, worüber ich Ihnen das warum? wie? wann? nicht zu melden weiß, und mich begnügen muß, Ihnen zur beliebigen eigenen Erklärung nachstehende Thatsachen und glaubwürdigen Details mitzutheilen, welche bis zum heutigen Datum gelten. Bem ist nicht nur fortwährend im Besitz von Hermannstadt, sondern hat sein Hauptquartier in Persen im sogenannten, den Gebirgspaß nach der Walachei beherrschenden rothen Thurm. Die russischen Truppen sind zum Theil in den Localitäten der dortigen Grenzcontumaz, zum Theil auf walachischem Boden selbst, und wie es heißt, sind auch Abtheilungen der Puchner'schen Corps mit ihnen. Der größere Theil dieses Corps ist unter General Kaliari nach Kronstadt abmarschirt, wo diese Truppen vorgestern eingetroffen sein sollten. Wie es heißt, sollen auch Bem'sche Abtheilungen am rechten Altufer gegen Haromszek gleichzeitig vordringen, und Bem sowohl als die österreichischen Truppen kleine Observationscorps bei Hermannstadt zurückgelassen haben. Die Russen haben Befehl erhalten, sich von Hermannstadt und Kronstadt in die Walachei zurückzuziehen. Das Merkwürdigste an dit ist und es scheint glaubwürdig, daß 4 k. k. Generäle, unter ihnen Puchner, Pfersmann und Gedeon, sich seit den letzten Tagen in der Walachei aufhalten. — Uebrigens ist die Gegend an der Grenze voll von Flüchtlingen aus Hermannstadt, und das Schicksal aller wirklich erbarmungswürdig. Was kaun, was wird noch geschehen?

Wien, 3. April. Die „Wiener Zeitung" meldet: Den von mehreren Zeitungen vorgebrachten Gerüchten, daß ein Einmarsch der russischen Truppen in Galizien bevorstehe, ist auf das Bestimmteste zu widersprechen. — Gestern ist der Erzherzog Wilhelm von hier mittelst der Eisenbahn nach Italien abgegangen. — Von Seite der k. k. Militärstadtcommandantur ist der Debit der in Leipzig erscheinenden Zeitschrift „Der Leuchtthurm" auf dem hiesigen Platze verboten worden. — Bei der gestern und in verflossener Nacht im Weichbilde Wiens vorgenommenen allgemeinen Streifung wurden, so viel bis jetzt bekannt ist, 127 anoweisloſe und bedenkliche Individuen, sämmtlich der untersten Volksklasse angehörig, betreten und in Verhaft genommen.

Minister Bruck geht heute Abend nach Verona, um die Friedensunterhandlungen mit Sardinien zu leiten. Neuesten Nachrichten zu Folge werden 18,000 Mann Infanterie, 2000 Mann Cavallerie in dem sardinischen Gebiete zwischen Jesia und Ticino, dann in Alessandria verbleiben; nach Bergamo, wo aufständische Bewegungen eintraten, wird das ganze dritte Corps, nach Mailand das erste und zweite Corps, nach Modena, Parma und Mantua das vierte Corps entsendet. Feldmarschall-Lieutenant Haynau wird Malghera mit Nachdruck angreifen, und zugleich eine entsprechende Truppenzahl zur allfälligen römischen Intervention bereit halten. Der Verlust an Todten beläuft sich nach bisherigen Nachrichten auf 70 Offiziere und 2000 Mann vom Feldwebel abwärts. Zwei Generäle sind blessirt. Generalmajor Graf Nugent ist mit zureichender Mannschaft nach Brescia aufgebrochen, hat St. Euphemia mit Sturm genommen, und ist im Begriffe, sich mit der Besatzung des Castells von Brescia in Verbindung zu setzen. Brescia ist vom Castell aus durch beinahe 6 Stunden bombardirt worden. (Wien. Z.)

Auch aus den bis zum 3. April der „Presse" zugegangenen Nachrichten ergibt sich, daß alle Berichte vom Einrücken der Russen, von Vernichtung Bems und seiner Horden erfunden waren. Puchner, 15 Stunden zu spät vor dem brennenden Hermannstadt anlangend, wendete sich sogleich mit einem Corps nach Kronstadt, der letzten noch von den Rebellen unbesetzten sächsischen Stadt. Abgeschnitten von den großen Munitionsvorräthen in Hermannstadt, — körperlich krank und erschöpft, gänzig niedergebeugt durch die erschütternde Hilflosigkeit seiner Lage, hat Puchner das Commando niedergelegt und sich in die Walachei begeben. Zufolge Nachrichten aus Bukarest stand er in Rimnik, Bem hatte Rothenthurm, die Russen die Quarantaine besetzt. Von Seite der russischen Truppen waren die in den vorausgängigen Kämpfen gefangenen Szekler sammt Geld und Effecten an die kaiserlich österreichischen Behörden in Synonz ausgeliefert worden. Der F.-M.-L. Pfersmann und Gedeon und Generalmajor Schurtier hatten sich in die Walachei zurückgezogen, bei der Truppe selbst war nur Generalmajor Kalliani. Die Russen in Kronstadt hatten nur Munition auf einen Tag und erklärten, diese gegen den Feind verschießen, dann aber sich in die Walachei zurückziehen zu wollen. Ihre Bagagen waren bereits dahin abgegangen. Bem hatte also schon fast das ganze Land im Besitze und schickte sich eben an, Kronstadt zu besetzen, den letzten Ort, wo die kaiserliche Fahne weht! Man muß darauf gefaßt sein, auch in dieser reichen und blühenden Stadt von fast 30,000 Einwohnern die Greuel wiederholt zu sehen, welche wir bei Hermannstadt beweinen!

† **Berlin**, 4. April. Die gestrigen Erfahrungen haben die Frankfurter Deputation nicht befriedigt. Gestern Abend waren sie beim Prinzen von Preußen, der sie und die Familien sämmtlicher Minister zum Thee geladen hatte. So viel ich von einigen der Herren erfahren, sind sie über die Entschiedenheit und Festigkeit des Prinzen sehr erfreut; und wenn sie wüßten, daß dieser einst so viel verkannte Prinz ein Mann ist, der lieber sein Leben läßt als von seinem Worte, und sein Wort nicht früher gibt, als bis es aus seiner innigsten Ueberzeugung kommt, dann würden sie seinem Urtheil noch mehr Werth und Gewicht beimessen. Gestern Abend war die Commission zusammen, welche dem von der zweiten Kammer angenommenen Binckeschen Antrag Ausführung geben wollte. Es wurden zwei Adressen an den König in der Commission ausgearbeitet (ein trauriges Zeichen!) und jede erhielt von 22 Stimmen nur 10 für sich. In der auf heute um 4 Uhr anberaumten Sitzung erwartete man allgemein, daß eine derselben oder beide, da von Seiten der Berichterstattung keine vorgelegt werden konnte, als dringende Anträge eingebracht werden würden. Es kam aber nicht dazu. Vielleicht wäre es den Frankfurter Deputirten interessanter gewesen, einem geistigen Kampfe unserer zweiten Kammer beizuwohnen. Fast alle hatten sich auf einer für sie in Bereitschaft gehaltenen Tribune neben den Journalisten eingefunden. Sie hörten nur einige Abstimmungen über Anträge, die heute, da sie erst gedruckt werden mußten, die zweite Lesung fanden; so fiel der Bucher'sche Antrag auf motivirte Tagesordnung mit 2 Stimmen. Vergebens sind unsere Frankfurter Gäste aber nicht gekommen. Der Ministerpräsident machte in Bezug auf die jetzige Lage der deutschen Frage eine Eröffnung, die Alles fesselte, spannte. (Es ist die an die deutschen Regierungen gerichtete Circularnote gemeint, die wir bereits gestern ihrem Wortlaut nach mitgetheilt haben.) Gewiß wird die Frage aufgeworfen werden: wie wurde die Mittheilung dieser Note aufgenommen? Von den Gästen schweige ich; sie enthielten sich natürlich jeder Aeußerung; die Tribunen nahmen ohne zu geben. Auch in der Mitte des Saales herrschte tiefe Stille; nur bei der Stelle in der dritten Position der Aufforderung an die deutschen Regierungen und zwar bei den Worten, welche vom Anpassen der noch bestehenden Bundesverhältnisse an die neue Staatsform handeln, ließ sich in der äußersten Linken ein Zeichen des Mißfallens nicht verkennen, welches aber von der entgegenstehenden Seite des Hauses schnell zum Verstummen gebracht war. Die erste Kammer hat, wiewohl sie heute Mittag Vertagung bis zum 11. April beschloß, heute Abend gleichzeitig mit der zweiten eine Sitzung gehabt; und ich kann so viel bemerken, daß auch diese die Abfassung einer Adresse einer Commission übertragen hatte, von der es sehr zweifelhaft ist, ob sie im Sinne der Regierung sich aussprechen wird. Morgen hat die zweite Kammer wiederum Sitzung; der Binde'sche Antrag wird auf der Tagesordnung stehen.

Berlin, 5. April. Morgens. Die Deputation der Frankfurter Versammlung wird, wie wir hören, heute noch zurückreisen. Die hiesigen Kammern, in welchen der beste Wille herrschte, sie in ihrer Mission zu unterstützen, werden zu einer energischen Darlegung wohl nicht gelangen, weil die Parteien sich in dieser Frage all zu sehr spalten, und — weil die Masse der Bevölkerung sich lau dabei verhält. Die äußerste Linke will über den donnernden Binde'schen Dringlichkeitsantrag zur Tagesordnung übergehen, weil „die Einheit der deutschen Volksstämme nur dann einen Werth hat, wenn zugleich die in der Revolution erkämpfte Freiheit zur vollen Geltung gelangt u. s. w." (Antrag von Waldeck, Jacoby und Genossen); die Rechte „in der Erwartung, daß die Regierung Sr. Majestät auch durch ihre ferneren Schritte beweisen werde, daß sie den hohen Beruf Preußens, die Begründung des deutschen Bundesstaates wesentlich in der Form, wie sie von der deutschen Nat.-Vers. beschlossen, in kürzester Frist zum Ziele zu führen, nicht verkenne u. s. w." (Antrag des Grafen v. Schwerin und Genossen); endlich Hr. v. Binde selbst: „weil die beschlossene Ablehnung der Sr. Majestät angetragenen Würde eines Oberhauptes des deutschen Reiches das Zustandekommen des deutschen Verfassungswerkes auf eine ferne und ungewisse Zukunft verschiebt und Deutschland, wie Preußen, der bedenklichsten Lage entgegenzuführen droht"; dann aber, weil nun „einmal durch die mitgetheilte Circularnote vom 3. d. M. die Erklärungen der deutschen Regierungen mit Anberaumung einer Frist von 14 Tagen erfordert sind, der Ablauf dieses Zeitraums zuvörderst abgewartet werden muß, um die eingegangene Verbindlichkeit nicht zu verletzen." — Außer diesen ist noch eine Zahl von Anträgen auf motivirte und unmotivirte Tagesordnung gestellt. Die zweite Kammer wird also heute zwischen einer billigenden, einer mißbilligenden und einer einfachen Tagesordnung zu wählen haben. Das Ministerium, welches an Einem Tage durch seinen Präsidenten eine Mittheilung machte, aus der Jedermann die Annahme der Kaiserwürde herauslas, am folgenden Tage Sr. Maj. eine Antwort anrieth, welche Annahme wie Ablehnung zweifelhaft ließ, und das nun gestern die Circularnote beschloß, welche auch die provisorische Uebernahme der Centralgewalt von der Beschlußnahme der Bevollmächtigten aller deutschen Fürsten über die Verfassung und die Wahl abhängig macht, — das Ministerium wird eine belobende Tagesordnung wohl selbst nicht beanspruchen. Eine mißbilligende, wie der nunmehrige Antrag des Herrn v. Binde, würde zugleich den materiellen Theil der eingeschlagenen Politik Preußens in Betreff der deutschen Sache verdammen — und wir zweifeln, ob sich eine Mehrheit dafür finden wird. Nimmt die Linke Satz 1 an, die Rechte Satz 2, so muß bei der Gesammtabstimmung nothwendig der Antrag des verehrten Mitgliedes, über seinen eigenen Antrag zur Tagesordnung überzugehen, bei der Gesammtabstimmung durchfallen. — So scheint es nach natürlichen logischen Regeln; aber über Kammerabstimmungen waltet freilich manchmal ein eigenes Schicksal, und die Logik ist nicht selten eine ganz unnütze Wissenschaft dabei. Die erste Kammer hat sich über Ostern vertagt. Sie sieht in einer Uebereilung größere Gefahr für das Vaterland, als in einiger Zögerung. Soweit die „Const. Ztg." Daß die Kammer in

Aus unserer Provinz und Nachbarschaft.

Bad Nauheim, 7. Juli. Der Kaiser ist heute Vormittag 10 Uhr 30 Min. mit Gefolge hier eingetroffen und hat im Hotel Trier Wohnung genommen. Nachmittags 4 Uhr 30 Min. fuhr der Kaiser mit Gefolge nach Homburg, um dort Thee bei der Kaiserin Friedrich zu nehmen. Abends 8 Uhr 30 Min. kehrte der Kaiser nach Nauheim zurück. Heute Abend findet Gala-Vorstellung im Kurhause statt

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Außerordentliche Beilage zu Nro. 83.) 7. April 1849.

Deutschland.

Frankfurt, 6. April. Ein Mitglied der Reichsgesandtschaft in Berlin sendet der „Deutschen Zeitung" den Text der von den Mitgliedern der Reichsgesandtschaft am 4. April Mittags 2 Uhr dem Staatsministerium überreichten Erklärung:

„Die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung hatte die unterzeichnete Deputation beauftragt, Sr. Majestät den König zur Annahme der in der deutschen Reichsversammlung begründeten, auf Se. Majestät übertragenen erblichen Kaiserwürde ehrfurchtsvoll einzuladen.

Se. Majestät der König hat, nach den in der Audienz vom gestrigen Tage der Deputation gemachten Eröffnungen dieser ehrfurchtsvollen Einladung keine Folge zu geben dürfen geglaubt und sich bewogen gefunden, die Ablehnung derselben durch die zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Gründe näher zu motiviren.

Die deutsche Reichsversammlung hatte am 28. März zur Vollziehung eines Theiles der Verfassung, der Wahl des Reichsoberhauptes, nicht anders als nach Verkündigung der ganzen von ihr beschlossenen Reichsverfassung schreiten können; die Uebertragung der erst in der Verfassung begründeten erblichen Kaiserwürde auf einen der regierenden deutschen Fürsten setzte das Zurechtbestehen der Verfassung an sich voraus.

Die Erklärung Sr. Maj. des Königs sieht dagegen die gedachte Verfassung in keiner Weise als ein bereits geschlossenes, auch nur für einen größeren oder kleineren Theil von Deutschland bereits verbindliches Ganze an.

Sie bezeichnet nicht einmal, gleich der am 2. April von dem Herrn Ministerpräsidenten der hiesigen Kammer gemachten Eröffnung die Verfassung, als für die deutschen Staaten giltig und verbindlich, deren Regierungen derselben aus freien Stücken zustimmen möchten. Sie erkennt den einzelnen Regierungen nicht blos, wie jene Eröffnung, das Recht zu, die Verfassung als ein Ganzes anzunehmen und dadurch dem neuen Bundesstaate beizutreten oder abzulehnen und sich dadurch von dem neuen Bundesstaate auszuschließen. Indem die Erklärung Seiner Majestät sich über diesen Punkt vielmehr folgendergestalt ausspricht: („An den Regierungen ꝛc." bis „erfüllen. Siehe Antwort des Königs in der außerordentlichen Beilage zu Nr. 80.), macht sie aus der von der deutschen Reichsversammlung verkündigten Verfassung einen, der gemeinsamen Berathung der deutschen Regierungen, also auch deren Beschlußfassung durch Majoritäten oder Minoritäten zu unterstellenden Entwurf.

Es ist nicht die Aufgabe der Deputation, die Richtigkeit der von dieser Auffassung so durchaus verschiedenen der Reichsversammlung in allen ihren Fractionen aus staatsrechtlichen oder andern Gründen zu vertreten. Aber dem Mißverständniß, welches der Deputation in Betreff der königlichen Erklärung in überraschender Weise mehrfach entgegengetreten ist, als ob mit der in derselben enthaltenen Anschauung des in Frankfurt beschlossenen Verfassungswerkes eine Annahme oder auch nur eine Nichtablehnung der seitens der Reichsversammlung an die Majestät gerichteten Einladung irgendwie zu vereinigen wären, diesem Mißverständniß hat sie sich, zur Vermeidung fernerer Irrungen, ohne Aufschub und vor ihrer Rückkehr nach Frankfurt entgegenzutreten für verpflichtet gehalten. Die Einladung, auf Grundlage der Reichsverfassung die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen, mußte in dem Augenblick als von dem König abgelehnt angesehen werden, in welchem Se. Maj. ihre Willensmeinung dahin zu erkennen gaben, daß die von der verfassunggebenden Reichsversammlung in zweimaliger Lesung beschlossene Verfassung überall noch keine rechtliche Existenz und Verbindlichkeit habe, einer solchen vielmehr erst durch gemeinsame Beschlußnahme der deutschen Regierungen theilhaftig werden könnte. Unter dieser Voraussetzung wäre die Verfassung zwar wohl die Grundlage fernerer Berathungen der Regierungen, aber unmöglich die der gesetzlichen Gewalt eines Reichsoberhauptes abzugeben im Stande.

Berlin, 4. April 1849. (Folgen die Unterschriften.)

*** **Frankfurt**, 6. April. Die Kaiserdeputation ist gestern in Berlin abgereist und wird wohl morgen hier ankommen.

Ueber eine Adresse an den König, ihn zur unbedingten Annahme zu bestimmen, ist die zweite Kammer nicht zu einem Beschlusse gekommen.

** **Frankfurt**, 6. April. Die Circularnote, welche die preußische Regierung unter dem 3. April durch die Vermittelung ihrer resp. Repräsentanten allen Regierungen des deutschen Bundesstaates betreffs der deutschen Verfassungs- und Oberhauptsfrage hat zustellen lassen, ist uns so eben in officieller Abschrift zur Veröffentlichung zugegangen. Die Note ist von dem preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Arnim unterzeichnet. Da der Wortlaut mit der in der Berliner zweiten Kammer vom Ministerpräsidenten gemachten und in unserer gestrigen Beilage nachschriftlich mitgetheilten Eröffnung vollkommen übereinstimmt, so können wir von einem nochmaligen Abdruck Umgang nehmen.

Frankfurt, 6. April. Nach heute eingetroffener telegraphischer Nachricht ist es am 3. im Sundewitt'schen bereits zu ernsthaften Vortreffen zwischen den Reichstruppen und den Dänen gekommen. Eine Schlacht steht zu erwarten.

Frankfurt, 6. April. Zur vorläufigen Besprechung wegen einer am Ostermontag in Heidelberg stattzufindenden großen Volksversammlung begaben sich heute viele Mitglieder der linken dorthin. — Man spricht überdieß von verschiedenen Volksversammlungen, welche an den Osterfeiertagen außer dem Vorbeitragen unserer Stadt abgehalten werden sollen. Keiner Frage unterliegt es, daß dabei namentlich die gegenwärtige Krisis der deutschen Reichsverfassung besprochen werden wird. (D. Z.)

Wien, 1. April. Die „Wiener Zeitung" meldet: Sämmtliche Länderchefs wurden angewiesen, die im Zuge befindlichen Wahlen zur Nationalversammlung in Frankfurt einzustellen und die erst in jüngster Zeit gewählten Abgeordneten, welche noch nicht abgereiset sind, aufzufordern, die Reise nach Frankfurt nicht anzutreten.

Berlin, 3. April. Man versichert, daß der Prinz von Preußen in Bezug auf die deutsche Frage viel entschiedener sein soll, als der König, und daß er eine günstigere Antwort binnen wenigen Tagen in Aussicht gestellt hat.

Einige Mitglieder der Deputation waren heute Mittag nach ihrer Audienz nahe daran, wieder abzureisen; Herr v. Vincke hielt sie aber zurück.

Gestern Abend wurde die dritte Vorstellung des neuen Ballets „Catharina" mit dem Besuche der Frankfurter Deputation beehrt. Seit dem Indelempfang, der dem König bei Eröffnung des neuen Opernhauses zu Theil wurde, füllte die dichtgedrängten Räume des Hauses kein ähnlicher Beifallssturm des begeisterten Publikums, wie wir ihn diesen Abend erlebten. — Die Vorstellung wurde mit dem Vaterlandsliede Arndts eröffnet, welches von der Bühne aus durch ein Sängerchor vorgetragen wurde. Das gesammte Publikum stimmte in den Gesang ein, und am Schluß erscholl donnerndes Hoch auf die anwesenden Deputirten. — Die Hoflogen waren sämmtlich leer.

† **Berlin**, 4. April. Von hier ist nur Unerquickliches zu berichten. Gestern und vorgestern konnte man sich noch darüber hinwegsetzen, daß der Belagerungszustand unserer Freude und Begeisterung in Erwartung uns beim Einzug der Reichsgesandtschaft die Flügel stutzte. Wir konnten uns achselzuckend darüber hinwegsetzen, daß General Wrangel das Aushängen der deutschen Fahnen verbot, daß der Generallieutenant v. Küstner sich in mehrfacher Beziehung in Betreff unserer willkommenen Gäste recht unbequem und unwirthlich benahm, indem er kaum ein entsprechendes Repertoir für die Festvorstellungen zu Stande brachte und neben der Hoflage, anstatt der städtischerseits bestellten 50 Sitze für die Ehrengäste nur 25 reservirte, weil er sich „verzört" hatte; über dies alles und noch anderes konnten wir uns, sage ich, hinwegsetzen; es waren Nebendinge, und für die Hauptsache waren ja die günstigsten Aussichten da, nachdem der Ministerpräsident in der Kammer am Montag die Ihnen bekannte Erklärung abgegeben hatte. Aber Alles hat ein recht verstimmtes und verdüstertes Ansehen gewonnen, seit des Königs Antwort auf das ihm von den Vertretern des deutschen Volkes gemachte Anerbieten bekannt ist. Die Minister hatten eine andere, eine mindestens in der Hauptsache zusagende Antwort entworfen; sie würde hier und in allen Gauen des Vaterlandes befriedigt haben; aber der König schwankte wieder und in der entscheidenden Stunde hat er aus sich selber geredet. Jedes Wort seiner Erwiederung muß Ihnen das deutlich machen. Daher denn auch der Widerspruch zwischen der Erklärung des Grafen Brandenburg am 1. und den Worten des Königs am 2. April. Es ist zum Verzweifeln. Gestern war Jedermann, der es mit Deutschland wie mit Preußen wohl meint, in seinem Herzen froh über die Beschlüsse der Kammern, über die Erklärungen des Ministerpräsidenten in den Kammern und die Aeußerungen mehrer Minister gegen verschiedene Personen, unter Andern gegen zwei der braunschweigischen Deputirten. Und heute! Nie hat eine größere Entscheidung in eines deutschen Fürsten Hand geruht. Herr von Vincke hat, so wird aufs Bestimmteste versichert, die königliche Antwort, wie sie von den Ministern gestern entworfen, gehört und ist vollkommen von ihr befriedigt gewesen. Heute, wie er die vom Könige wirklich gegebene Antwort hört, ist er aufs lebhafteste überrascht und ruft: Das ist ja das gerade Gegentheil! Entweder hat der König, wie schon öfter, ohne seine Minister zu befragen, seine ganz persönlichen Gefühle ausgesprochen — und das darf kein constitutioneller König — oder seine Minister haben im Gegensatze zu den Ansichten beider Kammern und zu ihren feierlich vor denselben abgegebenen Erklärungen gehandelt — und das dürfen keine constitutionellen Minister. Als die Frankfurter Deputation vom Schlosse zurückkam, blieb sie einige Zeit versammelt. Zuerst soll sie beabsichtigt haben, auf der Stelle nach Frankfurt zurückzukehren, obwohl sie nach Charlottenburg zur königl. Tafel geladen war. Dann aber siegte die ruhigere Ueberlegung, daß eine genaue Verständigung mit den hiesigen Kammern und einzelnen hochstehenden Personen, von deren Entschließungen jetzt sehr viel abhängt, durchaus nothwendig sei. Man fuhr also nach Charlottenburg hinaus zu dem Königsmahle. Selten haben wohl so viele solche Männer in so düsterem Schweigen neben einander gesessen. Nur das nothdürftigste Gespräch, kein Toast. Für den Abend war eine Feier im Theater vorbereitet. Die Deputation empfing beim Eintritt ein schwacher, gedrückter Zuruf. Als der Vorhang aufging, erblickte man einen Chor auf der Bühne, der Arndt's Lied anstimmte. Aber es waren nur Wenige in der Stimmung, mitzusingen. So ist Alles deprimirt zum Aeußersten. Vielleicht bringt aber schon die morgende Sitzung der zweiten Kammer eine neue Wendung.

Der König wollte sich gestern nach dem Empfang der Deputation der deutschen Nationalversammlung mit der Königin nach Potsdam begeben und dort am heiligen Charfreitage mit dem Hofe communiciren, am Sonnabend aber wieder mit dem Hofe nach Charlottenburg zurückkehren. Die neueste Wendung der Dinge scheint auch hierauf verändernd eingewirkt zu haben.

Man spricht von einem großen Familienrath des königl. Hauses, der vorgestern stattgefunden haben soll.

Die Reichsdeputation befand sich gestern Abend im Opernhause. Sie war in Folge allerhöchsten Befehls von der Generalintendantur eingeladen worden. Nachdem sie in reservirten Logen Platz genommen, wurde sie durch ein donnerndes Lebehoch des Publikums und einen Tusch von Trompeten und Pauken begrüßt. Im Zwischenacte trug das Sängerpersonal der Oper Arndts „Was ist des Deutschen Vaterland" vor.

Heute sind sämmtliche Frankfurter Deputirte von dem Magistrate und den Stadtverordneten zur Tafel und Abends zur Theatervorstellung im Schauspielhause eingeladen.

In dem Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater wurde gestern nach einer Festouvertüre ein auf die Mission der Frankfurter Abgeordneten bezughabender Prolog vorgetragen — und darauf das Lied „Was ist des Deutschen Vaterland" unter allgemeiner Begeisterung gesungen.

Der Generaladjutant des russischen Kaisers, General v. Stroganoff, ist mit wichtigen Depeschen aus Petersburg hier eingetroffen.

Die Antwort des Königs an die Reichsdeputation zog gestern Abend in sämmtliche öffentliche Locale ein ungewöhnlich zahlreiches Publikum, unter welchem man auch Offiziere und Soldaten wahrnahm. Auch in der „Conversationshalle" hatten sich außer einer Menge Civilpersonen gleichfalls Offiziere eingefunden. Selbst Mitglieder von Preußenvereinen mischten sich in die Gespräche der Oppositionspartei.

Aachen, im März. Das die hiesige Spielbank betreffende Rescript des Ministers des Innern vom 16. d. M. lautet wörtlich wie folgt: Nachdem von der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. beschlossen und von der provisorischen Centralgewalt als Gesetz verkündet worden ist, daß alle öffentlichen Spielbanken vom 1. Mai d. J. in ganz Deutschland geschlossen sein sollen, habe ich nicht unterlassen können, bei des Königs Majestät darauf anzutragen, daß die Fortsetzung des der Stadt Aachen, unter dem Vorbehalt des Widerrufs zu jeder Zeit, erlaubten Spielbankbetriebes nur noch bis zum 1. Mai d. J. gestattet werde. Damit die Stadt Aachen, welche dadurch einen sehr erheblichen Einnahme-Ausfall erleiden wird, sich nicht zugleich in ihrer Concurrenz mit dem Badeort Spaa benachtheiligt sehen möge, wird mit dem belgischen Gouvernement wegen gleichzeitiger Schließung der Spielbank in Spaa verhandelt. (A. Z.)

Aus **München**, 3. April, schreibt die „Allg. Post-Ztg." anderseitige Mittheilungen im Wesentlichen desselben Inhalts: „Gestern ist von unserer Regierung eine Note an die preußische abgegangen, in welcher sich König Max ernstlich gegen die Uebertragung der deutschen Kaiserkrone an Friedrich Wilhelm IV. von Seiten des dazu ganz unbefugten Frankfurter Parlaments verwahrt und auf dem Grundsatz fußt, daß über die Oberhauptsfrage nur durch Vereinbarung der deutschen Fürsten entschieden werden darf." — Andere bayerische Berichte machen darauf aufmerksam, daß die bayerische Abgeordnetenkammer aus Anlaß der Frage über die Anerkennung der Grundrechte sich entschieden für Unterwerfung unter die Beschlüsse der deutschen Reichsversammlung ausgesprochen hat. Ein Münchner Brief der „Allg. Ztg." sagt: „Daß die große Menge geneigt wurde, auch um den Preis ihrer sämmtlichen Abneigungen eine preußische Hegemonie weit günstiger anzunehmen, als noch vor wenigen Wochen, unterstützte besonders der Umstand, daß die reactionären Parteien Bayerns an Hoffnung und Siegessicherheit mit der Verwerfung des Welcker'schen Antrags gewonnen zu haben schienen, was Deutschland an Zuversicht auf irgend eine Feststellung seiner Verhältnisse im Geist der Zeit damit verloren hatte."

NR **Darmstadt**, 4. April. Auf der Tagesordnung der zweiten Kammer der Stände des Großherzogthums stand wiederholte Berathung des Wahlgesetzes, welches mit wesentlichen Modificationen von der ersten Kammer zurückgekommen war. Namentlich sind die Beschlüsse beider Kammern in Beziehung auf Census abweichend, die erste Kammer hat für die demnächstige erste Kammer einen Passivcensus von 200 fl. angenommen; die zweite Kammer hat diesen, sowie weitere Anträge auf einen Passivensus von 100 fl. und eventuell 75 fl. verworfen. Gleiches Schicksal hatte der Beschluß der ersten Kammer, wonach die active Wahlfähigkeit zur künftigen zweiten Kammer durch einen Census von 6 fl. bedingt sein soll. Es bestehen überhaupt in Beziehung auf das zukünftige Wahlgesetz zwischen beiden Kammern noch sehr bedeutende Differenzen; die Art deren Erledigung ist noch nicht abzusehen, man fürchtet, daß es am Ende zu einer Durchzählung der Stimmen kommen wird, in welchem Falle die erste Kammer mit den meisten ihrer Beschlüsse, namentlich aber den wesentlichen,

in der Minorität bleiben dürfte. Beim Beginn der Sitzung wurde von dem Abg. v. Rabenau II. folgende Interpellation an das Finanzministerium gestellt: Hat das Ministerium der Finanzen Kenntniß davon, daß auf dem Gebiet der Stadtgemarkung Frankfurt an der Main-Weser-Eisenbahn — mit Ausnahme eines Durchlasses — noch nicht ein Spatenstich geschehen ist, so daß die in die Bahnlinie fallenden Grundstücke zum Theil mit Winterfrüchten ausgestellt sind, zum Theil in diesem Augenblick wieder mit Sommerfrüchten ausgestellt werden; steht hierdurch nicht zu befürchten, daß die Eröffnung der Bahn von Frankfurt nach Friedberg noch auf längere Zeit verschoben werden muß, und bejahendenfalls, welche Maßregeln gedenkt das Ministerium zu ergreifen, um diesen Anstand rechtzeitig zu beseitigen? — Die Kammer vertagte sich am Schluß der Sitzung bis Montag über 14 Tage.

) **Darmstadt**, 5. April. Die zweite Kammer ist den Beschlüssen der ersten über das neue Wahlgesetz fast in allen Punkten nicht beigetreten. Sie hat namentlich den activen Census von 6 Gulden für die zweite, und den passiven von 200 Gulden für die erste Kammer und gleicher Weise die Vertretung der Kirche und der Universität verworfen. Da nun die erste Kammer die Umbildung in eine Wahlkammer nur unter der Bedingung zugeben will, daß hierfür der Census von 200 Gulden von der zweiten Kammer angenommen würde, so ist ein gemeinschaftlicher Beschluß über die Aufhebung der auf Standesvorrechten beruhenden Standschaft nicht erzielt. Es tritt hiernach der in dem Einführungsgesetz der Grundrechte vorgesehene Fall ein, und sicherm Vernehmen nach werden wir nach Ablauf der von der zweiten Kammer gemachten 14tägigen Ferien das interessante Schauspiel einer gemeinschaftlichen Sitzung beider Kammern unter dem Präsidium des Prinzen Emil erleben. Man ist hierauf um so gespannter, als die Sitzungen der ersten Kammer geheim sind und das Publikum daher jetzt zum erstenmale Gelegenheit hat, deren Reden zu hören. — Die Auswanderung nach Amerika wird dieses Jahr in unserer Gegend eine ungewöhnliche Höhe erreichen. Der Hauptzug geht nach Wisconsin und Missouri. Viele Personen gedenken jedoch auch nach Texas sich zu wenden. Vor einigen Jahren ist nämlich eine, communistischen Grundsätzen huldigende Gesellschaft aus Hessen dahin ausgewandert. Einer ihrer Hauptführer, Herr Dr. v. Herf, ein begeisterter Anhänger des Communismus, ist nun auf einige Zeit wieder zurückgekehrt, und da nach seinen Schilderungen diese Colonie mehr prosperirt als Cabets ähnlicher Versuch, so wird voraussichtlich in der Kürze eine ziemliche Anzahl von Jüngern der neuen Lehre nach Ikarien eilen.

Hamburg, 1. April. Die gestrige Sitzung unserer constituirenden Versammlung, die mit Einschluß einer kurzen Pause von 6 bis 11½ Uhr Abends dauerte, schloß mit der Verwerfung des Veto der Urwähler bei wichtigen Gesetzen und mit der Annahme des von der Majorität des Verfassungsausschusses beantragten Satzes: „Das Recht, Gesetze zu beschließen, steht allein der Bürgerschaft zu."

Bremerhaven, 31. März. Soeben wurde auf dem Werft des hiesigen Schiffsbaumeisters, Herrn R. C. Rickmers, ein fertiges Kanonenboot vom Stapel gelassen. Bald wird man vielleicht sehen, was mit dieser Art Kriegsfahrzeuge ausgerichtet werden kann.

Ungarn.

Pest, 27. März. Die Vermuthung, daß das jetzt eingetretene Thauwetter den Kriegsoperationen an der Theiß hinderlich werden könnte, hat sich bestätigt. Aus gut unterrichteter Quelle vernehme ich, daß zwischen heute und morgen ein Armeebefehl erwartet wird, wonach die Operationen auf der vorgehabten Linie wegen der überaus ungünstigen Witterung vor der Hand sistirt werden, und unter Abwartung dieses vorübergehenden Elementarhindernisses die bereits in Angriff genommene Eroberung Komorns und Peterwardeins mit allem Nachdruck und der durchgreifendsten Kraftanwendung fortgesetzt werden wird. In Waizen wurde schon vorgestern eine Brücke geschlagen, um das Corps des Feldmarschallieutenants Ramberg auf das rechte Donauufer überzusetzen. Der Banus hat sein festes Hauptquartier in Czegled.

Gestern sind mehrere Verurtheilungen bekannt geworden. Ein Lieutenant wurde wegen eines im November erschienenen Wehrliedes, welches nach Petöfi übersetzt war und zu den Waffen aufrief, zu zweijährigem Festungsarreste in Eisen verurtheilt, und ein Kaufmann nebst zwei Agenten, die Banknotenpapier nach Debrezin lieferten, wurden zu acht- und zehnjährigem Kerker verurtheilt. Es ist für diese Beiden, die sich zur israelitischen Religion bekennen, von Seite der Pester Gemeinde die Strafe von 40,000 Gulden, und zwar ein Drittheil in klingender Münze, zu erlegen. Der Bericht schließt mit der interessanten Mittheilung, „daß die erschreckte Gemeinde nach erforschtem Sachverhalte den unerwarteten Umstand geltend macht, daß jene beiden Lumpe nur sogenannte Hergelaufene sind und bei ihr nie incorporirt waren."

Schweiz.

△ **Genf**, 2. April. Verstärkt durch die Siege der österreichischen Waffen in Oberitalien, gewinnt die politische Gährung in unserem kleinen Staate immer mehr Raum und bedroht uns mit einer abermaligen Revolution. Ob eine solche unter den jetzt hier obwaltenden Umständen ein Unglück sein würde, lasse ich anheim gestellt, glaube jedoch, daß sie nicht ohne hartnäckigen Widerstand von Seiten des bei uns herrschenden Radicalismus in Ausführung gebracht werden könnte. Gestern und vorgestern hatten wir das Vorspiel zu einer förmlichen Auflehnung der Conservativen, oder vielmehr der überwiegenden Mehrheit der Staatsbürger, welche das verderbliche Treiben der regierenden Revolutionäre nicht länger ertragen wollen, gegen diese letzten. Die nicht mit der erforderlichen Uebereinstimmung und dem gehörigen Nachdruck in Ausführung gebrachten Versuche scheiterten. — Herr v. Röder, Erzieher des Prinzen Alexander von Preußen, ist von hier weggewiesen worden, weil er angeblich gegen Heinzen gewirkt haben soll.

Frankreich.

Paris, 1. April. Radetzky steht vor Turin, — Proudhon ist zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt; ein und dieselbe Stunde brachte diese beiden Nachrichten, auf einer Spalte der Journale lasen wir sie neben einander, beide wurden uns von Freunden und Bekannten, denen wir an diesem Abende begegneten, gleichzeitig mitgetheilt, in politischen Kreisen, in den Couleirs der Nationalversammlung, wie in den Gruppen, die sich auf den Straßen gebildet hatten, wurden beide mit einander genannt, beide mit einander besprochen. Jeder fühlte, daß zwischen dem welthistorischen Ereignisse, welches uns von dem leichenbedeckten Schlachtfelde Italiens zukam, und zwischen jener anscheinend unbedeutenden Begebenheit, deren Schauplatz eine enge Gerichtsstube war, ein innerer moralischer Zusammenhang bestehe, daß derselbe Geist der Weltgeschichte uns aus beiden entgegen weht. Wirklich finden wir nun auch in den Journalen aller Parteien die beiden Ereignisse aneinander geknüpft, ihren inneren Zusammenhang nachgewiesen, nur der Faden, der sie miteinander verbindet, oder vielmehr die Farbe dieses Fadens ist verschieden nach der Anschauungsweise der verschiedenen Parteien. Die Socialisten sehen in dem Urtheile gegen Proudhon, wie in der Niederlage der Italiener, die beiden Erfolge der ministeriellen Politik, die jedem Freiheitsbestreben entgegentritt, unter welchem Namen es auch immer auftrete, die in Italien wie in Frankreich österreichisch-russische Principien wieder zur Geltung bringen will. Die Ministeriellen dagegen sehen den Verbindungsfaden roth, hier wie in Italien wird durch demagogische Umtriebe (ein Ausdruck, der wieder sehr beliebt wird) die Sache der Freiheit vernichtet, und die Verurtheilung Proudhon's dient den Ministeriellen zur Entschuldigung für seine Unthätigkeit Italien gegenüber, wie sie der Gegenpartei als Commentar für diese Unthätigkeit oder, wie jene sagen, für die geheime Thätigkeit dient. Die „Patrie", das halboffizielle Organ, spricht diesen Gedanken am klarsten in einer ihrer neuesten Nummern aus. „Hätte die rothe Republik in Paris, in Rom und Florenz ihre Schuldigkeit gethan, hätte sie nicht immer revolutionäre Bewegungen angeregt, hätte sie nicht die Nationen gezwungen, ihre eigene Existenz zu wahren, dann wäre heute Italien unabhängig und frei." Uns scheint diese Stelle darum bedeutend, weil sie das Geständniß enthält, daß das Gouvernement sich endlich seiner Rolle Italien gegenüber zu schämen anfängt. In wie weit die Entschuldigung begründet ist, muß ich heute unberührt lassen. (K. Z.)

Allgemein wird versichert, daß Proudhon sich gestern der Vollziehung der gegen ihn ausgesprochenen Strafe auf die einfachste Art, nämlich durch die Flucht entzogen habe; sein Journal „Le Peuple" sagt jedoch nichts davon, sondern kündigt bloß an, daß Proudhon morgen vom Präsidenten der Nationalversammlung Urlaub begehren werde, um zur Unterstützung seines Cassationsgesuchs in der Einsamkeit eine ausführliche Schrift auszuarbeiten. Bloß deßhalb wolle sich der „große Bürger" für einige Zeit entfernt halten. Als Dupin der Aeltere gestern die Flucht Proudhon's erfuhr, sagte er: „Die Götter machen sich fort." Wie man hört, sind die entschiedensten Anhänger Proudhon's über seine Flucht sehr niedergeschlagen; sie hatten gehofft, daß er sich die Ehren eines „Märtyrers" nicht nehmen lassen und die gerichtliche Verfolgung zum Vortheile seiner Sache ausbeuten werde. Schon heißt es, daß Proudhon zu London ein socialistisches Journal herauszugeben beabsichtige.

*** **Paris**, 3. April. Die Gesellschaft zur Verbreitung antisocialistischer Schriften, welche aus der Reunion der Straße Poitiers hervorgegangen ist, hat die Liste der Subscriptionen veröffentlicht, wodurch die Kosten ihrer Publicationen gedeckt werden sollen, so daß die antisocialistischen Schriften wo möglich unentgeldlich unter dem Volke verbreitet werden können. Da schon die ersten Zeichnungen über hundert Tausend Franken betragen, so läßt sich annehmen, daß in Kurzem eine große Anzahl Schriften im Sinne der conservativen Gesellschaft verbreitet sein werden. Die socialistische Partei macht ihrerseits ähnliche Anstrengungen, um durch propagandistische Schriften ihre Ideen zu vertheidigen. Auch dieser Partei fehlt es nicht an freiwilligen Subscriptionen; es sind hauptsächlich die Arbeiter der großen Städte, welche zu diesem Zwecke beisteuern. So finden wir jetzt in jeder Partei eine ausgesprochene Tendenz nach friedlichen Mitteln. Man darf sich jedoch keine Illusionen über den Geist der Parteien machen. Die friedlichen Mittel, welche man jetzt den kriegerischen vorzieht, haben ihren Grund mehr in der momentanen Situation, als in einer Sinnesänderung der extremen Parteien. Wir stehen am Vorabend der Wahlen, und da richtet jeder sein Hauptaugenmerk zunächst auf das gesetzliche Mittel, welches der Masse durch das allgemeine Stimmrecht geboten ist, um seine Ansichten zur Geltung zu bringen. Vom Resultat der Wahlen wird es abhängen, ob und von welcher Seite aus eine Schilderhebung wieder versucht wird. Wäre in den Wahlen für die Legislative eine eben so große Einstimmigkeit denkbar, wie in der Präsidentenwahl, dann würden keine Ultras es wagen, einer so entschiedenen Manifestation der öffentlichen Meinung feindselig entgegen zu treten. Es ist aber zu befürchten, daß die nächste Kammer verhältnißmäßig noch weit mehr Ultras der Rechten und Linken in ihrer Mitte haben wird, als die sanctionirende. In diesem Falle läßt sich voraussehen, daß es hier nicht ruhig bleibt.

Großbritannien.

London, 2. April. Der „Sun" sagt: Man fürchtet, daß die Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Dänemark fast unverzüglich wieder beginnen werden. Der König von Dänemark verweigert die Annahme der von der deutschen Centralgewalt vorgeschlagenen Bedingungen, während letztere ihrerseits dem Entwurfe Lord Palmerston's ihre Zustimmung versagt. — Die „Times" versichert, seit lange habe kein auswärtiges Ereigniß so allgemeine und innige Befriedigung erweckt, als der Sieg Radetzky's, welcher mit Bestimmtheit hoffen lasse, daß er die Grundlage eines dauernden Friedens sein werde. Mit einer einzigen Ausnahme, die zu auffallend sei, um näher bezeichnet zu werden, sei auch der österreichische Gesandte von allen wirklichen englischen Staatsmännern, wie von der Königin, aufs Herzlichste beglückwünscht worden, und Graf Colloredo sei schon lange genug in England, um zu wissen, daß die Sprache des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten nicht der Maßstab für die Ansichten des englischen Volkes oder seiner Souveränin über fremde Angelegenheiten sei. Nach Belobung der außerordentlichen Mäßigung, welche Radetzky nach seinem Siege bewiesen, äußert die „Times", daß offenbar gerade der gemäßigte Charakter der Bedingungen, welche Radetzky freiwillig und direct dem Könige von Sardinien angeboten habe, die diplomatische Dazwischenkunft der Gesandten von England und Frankreich ganz überflüssig gemacht hätten. Zum Schlusse sucht sie darzuthun, daß die jetzige Sachlage in Italien auf keine Weise die Interessen oder die Würde Frankreichs bedrohe und daß letzteres ebensowenig Grund zur Einschreitung, als überhaupt zur Beschwerde habe, da seine wahren Interessen mit jenen Oesterreichs identisch seien, indem beiden gleich sehr an Erhaltung des Friedens und Herstellung der Ordnung in Norditalien liegen müsse. Jedenfalls werde das jetzige Verhalten Frankreichs in Betreff Italiens eine wichtige Einwirkung auf die Beziehungen der Republik zu dem übrigen Europa ausüben. Eine französische Expedition nach der italienischen Küste zu dem eingestandenen Zwecke, die österreichische Armee einzuschüchtern, müßte nothwendig die noch glücklich fortbestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und England in Kälte und Argwohn umwandeln, während die Republik durch diesen Schritt mit Rußland in Feindseligkeit und mit Oesterreich in Krieg gerathen würde.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

[1003] **Frankfurt-Hanauer Eisenbahn.**

Bei günstiger Witterung finden künftigen Sonntag, Montag und Dienstag den 8., 9., und 10 d. M. die Nachmittagsfahrten in folgender Weise statt:

Von Hanau: nach Wilhelmsbad, Mainkur und Frankfurt:	Von Frankfurt: nach Mainkur, Wilhelmsbad und Hanau
2 Uhr	12½ Uhr
4 „	3 „
6 „	5 „
8 „	7 „
	9 „

Spezial-Agentur

der einzigen regelmäßigen Postschiffe zwischen

LONDON und NEW-YORK.

Concessionirt durch die betreffenden Regierungen.

Diese Linie besteht aus den folgenden 16 schnellsegelnden, gekupferten amerikanischen Postschiffen von 800 bis 1200 Tonnen Gehalt, nämlich: Yorktown, London, Devonshire, Independence, American Eagle, Prince Albert, Westminster, Sir Robert Peel, Margaret Evans, Nordhumberland, Gladiator, Switzerland, Mediator, Victoria, Wellington und Hendrik Hudson, welche regelmäßig am 6., 13., 21. und 28. eines jeden Monats im Jahr von London nach New-York absegeln.

Einschreibungen zu herabgesetzten Preisen, so wie jede nähere Auskunft ertheilt auf frankirte Briefe der Unterzeichnete.

Mainz, 1. April 1849.

G. H. Paulsen,

Special-Agent der Postschiffe zwischen London und New-York, wohnhaft in Mainz.

Ferner die Agenten derselben:

Herr **Gustav Rosalino & Co.** in Frankfurt a. M.
„ J. B. Ullmann Sohn in Biegen.
„ Carl Vincenti in Obermoschel.
„ Christoph Wagner in St. Goarshausen.
„ Felix Laugenbach in Worms.
„ Joh. Schuler Wittwe & Söhne in Alzey. [996]

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Bill betreffs Ein-Pfennig-Porto für Postkarten.

Berlin, 15. Juni. Der Reichstag hat in seiner heutigen Sitzung in dritter Lesung die Vorlage betreffs Ein-Pfennig-Porto für Postkarten angenommen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Extra-Beilage zu Nro. 83.) 7. April 1849.

Amtlicher Theil.

Frankfurt, 7. April.

Nach einer gestern Abend beim Reichskriegsministerium eingegangenen telegraphischen Depesche sind am 3. d. M. gegen Mittag die Feindseligkeiten durch einen Angriff der von Alsen aus vordringenden dänischen Truppen gegen die [illegible] der Gegend von Gravenstein aufgestellten Vorposten eröffnet worden. Nachdem sich das Gros des diesseitigen Armeecorps demzufolge sofort bei Flensburg concentrirt hat, ist nach einer heute Morgen hier eingegangenen weiteren telegraphischen Depesche das gedachte im Sunde erschienene dänische Corps in der Stärke von ungefähr 15 Bataillone auf allen Punkten in der Richtung nach Sonderburg und Duepel wieder zurückgegangen. Gleichzeitig mit dem Angriff von Alsen her, rückte von der jütischen Grenze aus ein dänisches Corps, anscheinend 3 Bataillone und 12 Schwadronen stark, vor, welchem die schleswig-holsteinische Division Bonin, deren Vortruppen jenseits Apenrade stehen, entgegengehen und seine Vereinigung mit dem von Alsen vordringenden Corps erwarten wird. — Das Hauptquartier des Höchstcommandirenden, General von Prittwitz, war am 4. d. M. in Flensburg.

Nichtamtlicher Theil.

Deutschland.

Frankfurt, 6. April. Die Nachrichten, welche uns über dem Meiningischen über die Verhandlungen des dortigen Landtags zugehen, haben wir bei der Masse wichtigeren Stoffs bisher unbeachtet lassen müssen. Aber wir dürfen unsern Lesern nicht vorenthalten, auf welche unerhörte Weise das dortige Fürstenhaus, eines der reichsten Dynastengeschlechter Deutschlands, in der Domänenfrage nach einer uns heute zugegangenen Berichte behandelt wird. Da hat der Abgeordnete Pommel den Kern der Ansprüche des Landes an das Domänenvermögen als Staatsgut [illegible] gefunden, daß Jeder, der nicht Eigenthum denke, ein Proletarier sei, daß der Staat ohne Vermögen dieselbe Rechnung verdiene, und daß darum der Staat Vermögen haben müsse, es komme woher es wolle. Nun ist es klar, daß schwerlich bessere Gründe dafür gefunden werden konnten, als im vergangenen Frühjahre dem Herzoge die Abtretung seines unbestrittenen Familieneigenthums an [illegible] in dem alten Herzogthum Meiningen und in den Gothaischen Erwerbungen mit Ausnahme des Herzogthums Hildburghausen belegenen Domänen zugemuthet und abgezwungen worden ist. In dieser Abtretungserklärung behielt der Fürst für den Fall einer Mediatisirung sich und seiner Familie einen höchst mäßigen, schon damals auszuscheidenden Antheil vor. Die Realisirung dieses Vorbehalts ist nun Sache des Angriffs geworden. Wir beklagen die unverdiente Kränkung, welche dadurch dem ehrwürdigen Hause bereitet worden, fast eben so sehr aber die ministerielle Vertheidigung, die immer auf die Bitte hinausläuft, „den Herzog honnet zu behandeln".

Wien, 1. April. In diesem Augenblick erfahre ich, daß heute eine Depesche angekommen ist, nach welcher ein türkisches Armeecorps von 12,000 Mann in Galacz eingetroffen ist. Der Gouverneur ist verhaftet, und es sind Befehle gegeben, für 30,000 Mann Türken, die demnächst über die Donau gehen sollen, Lebensmittel zu beschaffen. Die Pforte soll mit bewaffneter Hand gegen die Besetzung der Provinzen von Seite der Russen protestiren. Die russische Armee besteht aus 12—15,000 Mann in der Walachei und aus 25—30,000 Mann in der Moldau. Das letztere Corps soll von dem General Lüders befehligt, der das volle Vertrauen des Kaisers genießt. (B. N.)

Wien, 3. April. Der Sensation, schreibt man der „deutschen Reform", welche die Nachricht von der in Frankfurt erfolgten Wahl des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser hervorgerufen hat, kommt nur die Spannung gleich, mit der man der Entschließung Ihres Königs entgegensieht. Die hiesigen Politiker geben sich der Ueberzeugung hin, der König werde die Kaiserkrone, wenn sie nicht ihm von den Fürsten ihm überreicht werde, nicht annehmen. Unsere Regierung ist nun fest entschlossen, mit Frankfurt gänzlich zu brechen. Bereits sind alle Wahlen in Frankfurt, deren ziemlich viele im Zuge waren, eingestellt; wie man mir berichtet, haben sogar die dort anwesenden österreichischen Deputirten den Auftrag erhalten, abzureisen. Ja, man glaubt erwarten zu können, daß auch die übrigen süddeutschen Deputirten, die gegen die Kaiserwahl sich erklärten, abreisen oder von ihren Regierungen zurückberufen werden würden.

Die Nachrichten aus Siebenbürgen von einer gänzlichen Niederlage der Insurgenten erweisen sich leider als falsch. Bem hat sich in die Walachei geflüchtet, sondern der [illegible]liche Commandirende Puchner, der verzweiflungsvoll sein Commando niederlegte. Ganz Siebenbürgen mit Ausnahme der einzigen Stadt Kronstadt befand sich in der Gewalt der Insurgenten, in Kronstadt befand sich noch eine russische Besatzung, aber mit so geringer Munition, daß sie voraussichtlich nicht mehr lange sich halten konnte. In Hermannstadt haben die Szekler wahrhaft kannibalisch gewüthet. Unter Andern fiel auch der als Schriftsteller bekannte Benigni von Mildenburg, ein 70jähriger Greis, als Opfer ihrer Wuth.

Gouverneur Welden ist Sonntag Abends von seiner Inspectionsreise zur Belagerungsarmee von Komorn zurückgekehrt. Doch wird er bald wieder dahin abgehen, da er die Belagerung als Oberbefehlshaber leitet. Er hatte an die Belagerten eine Proclamation mit der Aufforderung zur Uebergabe binnen 12 Stunden erlassen, jedoch ohne Erfolg. Die Beschießung der Festung wird daher auf das Energischste fortgesetzt.

Feldmarschallieutenant Wohlgemuth, der mit den Waffenstillstandsbedingungen, welche zwischen Radetzky und dem jungen Könige von Sardinien geschlossen wurden, hier anlam, ist nicht unbedeutend erkrankt. An der Börse circuliren schon zwei Tage mannigfache Gerüchte aus Italien. Der Waffenstillstand wäre von den Kammern in Turin nicht anerkannt, vielmehr daselbst die Republik ausgerufen und die äußersten Vorkehrungen zum Widerstande getroffen worden; und Marschall Radetzky befinde sich deßhalb in Anmarsch gegen Turin. Diese Gerüchte sind durchgehends falsch und scheinen nur von Contremineurs ausgesprengt zu sein, um dem Steigen der Course einen Damm entgegenzusetzen.

Die im März vorigen Jahres zu Grabe getragene censurliche Bücherrevision ist wieder ins Leben gerufen. Den hiesigen Buchhandlungen wurde von der Stadtcommandantur angezeigt, daß das Hauptzollamt den Auftrag habe, keinen Bücherballen, ohne daß er vorher durch einen Polizeibeamten revidirt wäre, auszufolgen.

Wie man erfährt, hat General Dembinski mit einem Armeecorps die Donau passirt und bedroht Weißenburg, welches auf der geraden Straße nach Ofen liegt.

München, 5. April. Man harrt in unserer guten Stadt in einer verschiedenartigen Empfindung dem Resultate entgegen, welches der König von Preußen durch seine Erklärung den letzten Frankfurter Beschlüssen geben wird. Die Bevölkerung Münchens erscheint wenigstens mir weder sehr weiß und blau, noch auch sehr kaiserlich gestimmt, und auch die Galle der Pfahlbürger über die mit Deutschland identisch erklärte Gewerbefreiheit ist verraucht. Doch in den höhern Kreisen und insonderheit in Nymphenburg ist die Gereiztheit ungemein groß, und doch hatte man Zeit genug, und leider zu viel, sich auf dieses Ereigniß vorzubereiten. Die Entschiedensten sprechen von einer Kriegsdrohung, doch dürften einer solchen zur praktischen Ausführung mancherlei Hindernisse entgegentreten. Die officiellen Organe haben die Weisung erhalten während zu sein, und führen diese in einer Weise aus, daß man über den Scharfsinn, mit welchem Gründe zur Ungiltigkeitserklärung der letzten Frankfurter Beschlüsse, und wo diese mangeln, Verdächtigung, ja selbst Schimpfworte und grobe Schmähungen hervorgesucht werden, den Kopf schütteln möchte. Der Staatsrath sitzt fast permanent, und der Hof wird die nächsten Tage nach München auf einige Zeit hereinziehen — jedoch nur wegen den kirchlichen Feierlichkeiten. Die Proclamation an das bayerische Volk soll bei einem der einflußreichsten Mitglieder der nähern Umgebung des Königs schon bereit liegen, und da der Verfasser geborner Preuße sein soll, so darf man erwarten, daß er die schwachen Seiten seines Vaterlandes geeignet wird hervorheben können. Auch scheint man den Particularismus von Seite der Regierung durch Gewährung verschiedener Volksverlangen stärken zu wollen; wenigstens circuliren bestimmte Gerüchte von Publication der Grundrechte, ja sogar von Aufhebung des Staatsrathes, wozu jedenfalls die oben mitgetheilte Nachricht von dessen erhöhter Thätigkeit den besten Commentar bildet. Bei all diesem kann ich nicht verhehlen, daß in den eigentlichen politisch gebildeten Kreisen der particularistischen Partei die Nachricht von der Wahl Friedrich Wilhelms zum deutschen Kaiser bei Weitem kein solcher Donnerschlag war, als die Kunde, daß es der erbkaiserlichen Partei nicht in den Sinn komme, eines der deutschen Länder zum Kaiserthume zwingen zu wollen, sondern daß es jedem Einzelstaate frei stehen solle, dem kleindeutschen Bundesstaate beizutreten oder sich davon auszuschließen. Wenn diese besonnene und mäßige Politik festgehalten wird, und man darf diese Hoffnung hegen, dann ist der Particularismus verloren; und die öffentliche Meinung, wenn auch durch augenblickliche Machinationen in einzelnen Theilen verwirrt, wird nach und nach klarer sehen, daß es mit dem Aufgehen in das große Vaterland nicht so bedenklich aussieht, wie man ihr glauben machen will. Selbst hier am Sitze der Centrifugalkraft beginnt sich schon eine Meinung anzusetzen, die zwar dem Kaiserthum als Form deutscher Einheit im Principe nicht zugethan ist, aber doch lieber diese als gar keine Einheit wünscht, und diese Ansicht wird immer weiter um sich greifen.

Auch die „Neue Würzburger Zeitung" meldet: Von hier aus ist, wie schon mitgetheilt, in Betreff der Kaiserwahl und der von der Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung eine im entschiedensten Tone abgefaßte Erklärung und resp. Verwahrung nach Berlin und nach Frankfurt abgegangen. Heute heißt es nun, diese Erklärung sei nicht, wie es sonst bei so hochwichtigen Angelegenheiten zu geschehen pflegt, von dem Gesammtministerium unterzeichnet, sondern dieselbe habe lediglich die Unterschrift des interimistischen Ministers des Aeußern, des Grafen Bray, ein Umstand, der, wenn er begründet ist, von hoher Wichtigkeit erschiene, denn es würde durch denselben den hier umlaufenden Gerüchten, als seien die Minister in der deutschen Verfassungs- und Kaiserangelegenheit nicht gleicher Ansicht, einige Wahrscheinlichkeit beizulegen sein. Uebrigens glaubt man hier noch immer, daß der König von Preußen die Kaiserkrone nicht annehmen werde, obwohl officielle Mittheilungen, die gestern aus Berlin hier eintrafen, nicht alle Befürchtungen verscheucht haben sollen. Dennoch hat die „Neue Münchner Zeitung", die vorgestern in einem sehr unterlaßten Tone vom „Berliner Kaiser" sprach, heute schon wieder einen freundlicheren Ton angestimmt; sie spricht heute von „Preußens edlem König".

Dresden, 4. April. Hinsichtlich der deutschen Sache ist höchsten Orts durch die entscheidenden Frankfurter Beschlüsse, und durch die voraussichtliche Erwartung, daß Sachsen in keinem Falle sich dem Wege Preußens hemmend entgegenstellen könne, endlich durch persönliche Verständigung mit dem Könige von Preußen und der Ueberzeugung des Ministeriums ein Meinungsumschlag vorgegangen. Es ist wahrscheinlich, daß von hier aus die Billigung nach Berlin für die Annahme der deutschen Kaiserwürde in diesem Augenblick ausgesprochen wird. Eben darum sind die Ferien der Kammer bis zum 13. April gesetzt, weil bis dahin eine volle Erledigung dieser Angelegenheit gehofft wird, so daß man mit einem fait accompli vor die Kammer treten kann. Das Ministerium würde dann auch für die Könneritzsche Sache eine natürliche Erledigung gewinnen. Denn sogleich nach Annahme der deutschen Kaiserwahl von Seiten des Königs von Preußen, würden dann alle Gesandten zurückberufen werden und sich damit selbstredend alle Erklärungen etwa gepflogener Intriguen in dieser Sache aufheben (D. Ref.)

Annaberg, 2. April. Bei der heute hier für den 16. sächsischen Wahlbezirk stattgefundenen Wahl eines Abgeordneten zur Nationalversammlung in Frankfurt wurden Dr. Braun in Plauen, vormaliger Staatsminister, zum Abgeordneten, und der Mathematikus Schubert allhier zum Stellvertreter, Beide mit absoluter Stimmenmehrheit, gewählt. Von den gewählten 16 Wahlmännern waren 15 erschienen. 27 Ortschaften des Wahlbezirks hatten bei den Wahlmännerwahlen sich gar nicht betheiligt.

Aus dem Hannoverschen, 1. April. Nachstehende Adresse an den König ist heute in einer zahlreichen Versammlung in Rotenburg beschlossen, unterzeichnet und nach Hannover abgegangen:

Indem wir Eure königliche Majestät bitten, die in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung und Kaiserwahl kräftigst zu unterstützen, leiten uns folgende Beweggründe. Das deutsche, insbesondere das hannoversche Volk, wie Eurer königlichen Majestät bekannt, ist ein Rechtsvolk. Wer die Zukunft Deutschlands reifigen will, muß von der Grundlage des Rechtsgefühls ausgehen. Die Zahl der Rechtswidrigen ist gering und durch alle Stände zerstreut. — Zu oberst will das deutsche Volk zu seinem europäischen Rechte nach Größe und innerer Kraft, zu gleichem Rechte mit den anderen großen Nationen Europas. Darum der Kampf um die Einheit, um ein nationales Vaterland, dauernd zusammengehalten und wirkend unter der Oberhoheit des Kaisers. — In dieser erstandenen Einheit will das Volk das Erstehen des Rechts jedes Einzelnen, die Gleichberechtigung Aller in der Theilnahme am Reiche, das ist die Freiheit, die zugleich die Wurzel unüberwindlicher Reichsmacht ist. Aus der staatlichen Einheit und Freiheit erquillt die Liebe, welche vor der Majestät des Rechts in Huldigung sich beugt, und dem Vaterlande das Höchste opfert. Das, königliche Majestät, ist im deutschen Volke das Grundwesen, das in Fülle dem Reichs- und dem Staatenregimente zuströmen wird, was traditionelle Anschauung aus vergangener Zeit an der jetzt beschlossenen Reichsverfassung etwa vermissen möchte. Deßhalb bitten wir dringend in schuldiger Unterthänigkeit Eure königliche Majestät: die in der verfassunggebenden Nationalversammlung in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung und Erwählung des Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum Kaiser der Deutschen, mit aller Macht zu unterstützen. Rotenburg, den 1. April 1849.

Schleswig, 3. April. In der heutigen Sitzung ging ein Schreiben der Statthalterschaft ein, in welchem diese mittheilt, daß sie auf die Ausschreibung von Wahlen zu einer neuen (ordentlichen) Landesversammlung Bedacht nehmen zu müssen glaube, welcher dann die gegenwärtige (constituirende) Platz zu machen haben würde. Da indeß verschiedene Paragraphen des Staatsgrundgesetzes zu Zweifeln Veranlassung gäben, so wünsche die Statthalterschaft obschon sie die angeregten Zweifel selbst nicht begründet finde, sich dieser Angelegenheit wegen mit der Landesversammlung in Einvernehmen zu setzen. Die Versammlung erwählte einen Ausschuß zur Begutachtung des Gegenstandes. (Bhlle.)

Italien.

Aus **Mailand**, 1. April, bringt die „Allgemeine Zeitung" die Meldung, daß Como und Bergamo von den kaiserlichen Truppen besetzt werden, und daß auch Brescia — gegen das man 10,000 Mann mit 50 Kanonen aufgeboten — auf Gnade und Ungnade sich ergeben hatte. Der französische und der englische Gesandte waren von Turin angelangt, um wegen Piemonts wieder Unterhandlungen anzuknüpfen, auf die sich Radetzky nicht einlassen zu wollen schien.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 4. April. Der Nachricht, daß Karl Albert in Paris angekommen sei, wird halbofficiell widerlegt und hinzugefügt, daß der gewesene König von Sardinien von Bourges sich nach Spanien begeben habe. In sonst gut

Ladies' Home Journal
Subscription Department
Philadelphia, Pa.

Please enter my subscription for one year to the Ladies' Home Journal, beginning with the ..... number.

Name .....

Address .....

Date .....

Enclosed find $1.00 (Canada $1.50, Foreign $2.00)

Ladies' Home Journal
Subscription Department
Philadelphia, Pa.

Please enter my subscription for one year to the Ladies' Home Journal, beginning with the ..... number.

Name .....

Address .....

Date .....

Enclosed find $1.00 (Canada $1.50, Foreign $2.00)

Ladies' Home Journal
Subscription Department
Philadelphia, Pa.

Please enter my subscription for one year to the Ladies' Home Journal, beginning with the ..... number.

Name .....

Address .....

Date .....

Enclosed find $1.00 (Canada $1.50, Foreign $2.00)

Ladies' Home Journal
Subscription Department
Philadelphia, Pa.

Please enter my subscription for one year to the Ladies' Home Journal, beginning with the ..... number.

Name .....

Address .....

Date .....

Enclosed find $1.00 (Canada $1.50, Foreign $2.00)

№ 84. —— Montag —— den 9. April —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Würzburg fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Kantons des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 83.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Beischrift oder deren Raum 6 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaction dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 83.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmied in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Klorey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Was ist jetzt die Aufgabe der Nationalversammlung?

Manche vermuthen aus der plötzlichen Berufung des Hrn. Camphausen nach Berlin, die Abreise der Kaiserdeputation habe dort einen stärkeren Eindruck hinterlassen, als das jetzige preußische Ministerium vertragen gekonnt. Um eines solchen und ähnlichen Eindrucks willen möchte das Verfahren der Kaiserdeputation gerechtfertigt erscheinen; ihre dem Gesammtministerium abgegebene, auf des Königs Antwort bezügliche Erklärung aber vermögen wir nicht zu billigen. Lassen wir die Frage unerörtert, ob sie zu einer solchen Erklärung befugt, oder ob es nicht vielmehr der Nationalversammlung selbst zu überlassen war, die Antwort des Königs zu deuten. Wir fragen nur überhaupt — so sehr auch wir diese Antwort für ein Nationalunglück halten — ob in des Königs Worten in der That schon eine Ablehnung zu finden, ob nach ihnen wirklich schon die Ausführung des Beschlusses, durch welchen die Kaiserwahl stattfand, unmöglich geworden. So wenig man es wünschen konnte, so war doch ein Jeder seit lange darauf gefaßt, der König werde nur mit Zustimmung der deutschen Fürsten die Kaiserwürde annehmen, oder mindestens doch, er werde nur über diejenigen Staaten noch als Oberhaupt betrachten wollen, welche sich ihm freiwillig unterordnen. Und nun, da man ihm diese Oberhauptswürde von Seite der Nationalversammlung anträgt, ist es denn da so ganz und gar unnatürlich, daß er spricht: ich will vorerst sehen, ob und welche Staaten mich als Oberhaupt anerkennen? Denn, daß er durch Bürgerkrieg die Anerkennung erzwinge, will Niemand. Und wenn er hinzufügt, den Regierungen dieser Staaten müsse das Recht zustehen, vorerst doch die Verfassung zu prüfen, nach welcher das Oberhaupt über sie herrschen soll, ist denn damit gesagt, daß er, der König, seinerseits die Verfassung nicht so annehmen wolle wie sie beschlossen worden? Die allzuzarte Rücksicht auf die bisherige Selbstständigkeit der Einzelstaaten würde von Preußens König sicher nicht erhoben werden sein, wäre er nicht der betheiligte Ausdrucke. Diese Rücksicht mag dem Alle meinen schädlich werden, und mag mehr in das Privatleben passen, als dem großen Berufe einer Nation entsprechen — aber daß eine solche Rücksicht auch ihre ehrenwerthe Seite habe, wer kann dies leugnen? Wir fragen nun aber weiter, ob denn auf dem durch die Circulardepesche angetretenen Wege die Ausführung der Verfassung unmöglich geworden? Wie, wenn die Bevollmächtigten nun in Frankfurt zusammentreten und die 28 Regierungen, welche die Collectivnote unterzeichnet, mit Einschluß Preußens erklären: „Nach nunmehr geschehener Prüfung und gemeinsamer Berathung tragen wir kein Bedenken, die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung anzunehmen"? Wie dann? — Wird der von Preußen angesetzte Termin eingehalten, so kann von heute schon in 10 Tagen eine solche Erklärung der Nationalversammlung vorliegen, und wir fragen: Was ist in diesem Falle verloren? Wir fragen ferner, ob es, da der von Preußen eingeschlagene Weg denn doch zu diesem Ziele führen kann, wohlgethan war, in dem Betreten dieses Weges selbst schon eine Ablehnung zu erkennen? Man denke sich doch nur einen Augenblick in des Königs Lage, und frage sich, ob in der Bedrängniß, die er sich ausdiniet, in der Rücksprache mit denen, über die er herrschen soll, eine verneinende Antwort wirklich gefunden werden dürfe? Wahrlich es zeugt von argem Kleinmuthe, nunmehr wieder einmal Alles verloren zu geben, weil, nachdem so mancher Berg überstiegen, wir noch vor einem neuen hoffentlich letzten stehen! Statt zu verzweifeln frage man sich lieber, wie er zu übersteigen. Einig nicht durch die verschiedenen dringlichen Mittel, die in der letzten unerquicklichen Sitzung der Nationalversammlung angeraten worden; gewiß nicht dadurch, daß man nach dem Wunsch des Herrn Schleiffel einen Vollziehungsausschuß ernennt, der nun in Deutschland umherzureisen hätte, um die Verfassung in's Leben zu führen. Wenn in irgend einem Augenblick Besonnenheit von den Männern, denen des Vaterlandes endliche Rettung anvertraut ist, erfordert war, so ist es in dem jetzigen Augenblicke. Hätten wir den Weg zu zeigen, so würden wir der Nationalversammlung rathen, ruhig bei ihrem Werke stehen zu bleiben und es nun der Nation selbst zu überlassen, dasselbe in's Leben zu führen. Da mögen alle Vereine, alle Magistrate, alle Kammern, die ganze deutsche Presse sich erheben, um die Einzelregierungen zu veranlassen, sich bei dem bevorstehenden Zusammentritt der Bevollmächtigten für die unbedingte Annahme der Verfassung zu erklären; wir sagen für die unbedingte, denn sobald auch nur eine Regierung mit der Aufstellung einer einzigen Bedingung begönne, so würde ein Einverständniß nicht zu erzielen sein, ganz abgesehen von der Gefährlichkeit, neue Abstimmungen über die Verfassung im Schooße der zerklüfteten Nationalversammlung hervorzurufen, wo die wichtigsten Bestimmungen nur mit einer Mehrheit von wenigen Stimmen beschlossen werden konnten.

Wir können es den Regierungen nicht eindringlich genug erklären, daß jede, auch die kleinste Bedingung einer Annahme des Ganzen gleichkommt, und die Aufgabe der Bevollmächtigten eines jeden einzelnen Landes ist es, nun dafür zu sorgen, daß ihre Regierung von allen und jeden Bedingungen abstehe. Wenn auf diese Weise das deutsche Volk seine Schuldigkeit thut, dann kann seine Einheit noch gerettet werden.

Unsere Meinung ist also, die Nation hat jetzt zu handeln und die Nationalversammlung zu ruhen. Es sollte uns nicht wundern, wenn wir auf solchem Wege nach Ablauf des anberaumten Termins mehr noch als die genannten 28 Regierungen einig fänden in der Annahme der Verfassung. Darum ist Verzagen Thorheit. War bisher durch Thätigkeit der Versammlung das Ziel zu erreichen, so hat sie jetzt nur in würdiger Ruhe bei ihrem Werke zu verharren; dasselbe vermag durch seine bloße Schwerkraft seine Ausführung zu sichern.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 7. April. Der König von Preußen unterstellt die Reichsverfassung einer gemeinsamen Berathung der deutschen Regierungen; das Ministerium erläßt die Einladung zur schleunigen Eröffnung dieser Berathungen in Frankfurt; die Deputation betrachtet die Antwort des Königs als eine Ablehnung der Wahl und reist nach Frankfurt zurück; die Kammern in Berlin versuchen ihre Stimme zu erheben, um einen günstigeren Bescheid zu erzielen, gehen aber ohne Beschluß auseinander. Dies ist der Hauptinhalt der Nachrichten, die wir seit drei Tagen aus Berlin erhalten, und von denen wir keine mehr belagen, als die von dem Zepter beider Kammern, auf deren Ausspruch zu Gunsten der deutschen Sache wir gerechnet hatten. Uebrigens und wir weit entfernt, zu verzagen. Wir haben die Flügel nicht hängen lassen, als am 21. März Welcker's Antrag verworfen war, wir können die deutsche Sache darum nicht verloren achten, weil sie nicht mit dem ersten Anlaufe in Berlin vollständig gewonnen worden ist. Die Paulskirche hat ihren 28. März gehabt; für Berlin wird der Tag von Damaskus nicht ausbleiben, aber er muß bald kommen. Die Deputation wird Bericht erstatten. Sie hat für sich die Schuldcertrin, die abstracte Logik. Wer die Verfassung vom 28. März nicht als rechtsbeständig anerkennt, der hat keinen Rechtsboden für den Erbkaiser und für die Wahl. Der König von Preußen erkennt die Verfassung nicht als rechtsbeständig, folglich hat er die Wahl abgelehnt. Das ist der Schluß der Deputation. Der König von Preußen und das Ministerium erwidern: Ihr bringt die Wahl zum Kaiser auf den Grund einer Verfassung für das Reich. Da ihr mir aber nicht sagen könnt, wer die Verfassung annehmen und zum Reiche gehören will, so laßt mir Zeit, um nachzufragen. Sobald ich die Antworten habe, werde ich mich näher erklären; für jetzt kann ich nur sagen, daß ich bereit bin, die Oberhauptswürde in dem Reiche anzunehmen, wenn sich ein solches auf deutscher Erde gestaltet und nicht bloß in den Gedanken lebt. Die Deputation war nicht so billig, die Frist zu gestatten; die Nationalversammlung wird hoffentlich billiger sein.

** **Frankfurt**, 7. April. Wie wir hören wird in der nächsten Sitzung der constituirenden Versammlung des Freistaates Frankfurt ein dringlicher Antrag dahin gestellt werden: Die Versammlung erklärt, daß sie die von der Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung für unbedingt gültig und rechtsverbindlich erachtet, und zählt darauf, daß der Senat den Bestrebungen einzelner Regierungen, den Vollzug derselben zu behindern, mit aller Entschiedenheit entgegentreten wird.

† **Wien**, 4. April. Es wird sehr wahrscheinlich, daß Windischgrätz das Obercommando der k. Armee in Ungarn an einen anderen General abgibt und an irgend einer Hofcharge berufen wird. Ich erfahre aus sehr guter Quelle, daß das Offizierecorps der ungarischen Armee eine Petition vorbereitet, in welcher es Seine Majestät mit allerhand Umschreibungen um einen andern Commandanten bittet. Es ist auffällig, daß das gestrige Abendblatt der „Wiener Zeitung" den Feldmarschalllieutenant Grafen Schlick, der vor Kurzem schon auf einige Zeit das Obercommando übernommen hatte, plötzlich, ohne daß im amtlichen Theile dieser officiellen Zeitung die Ernennung kund gemacht worden wäre, in einem Artikel aus Pest Feldzeugmeister nennt. So wie Windischgrätz sich vom Ministerium gänzlich unabhängig stellt, so soll Augent, der wie vor Treviso mit ungemeiner Langsamkeit operirt, sich sehr wenig um Windischgrätz's Befehle kümmern. Siebenbürgen ist nun bis auf Kronstadt vollständig in den Händen der rohen Szellerhorden, die in Hermannstadt wie die Cannibalen wütheten. Alle hiesigen Journale enthalten einen Aufruf zu milden Beiträgen für die unglücklichen deutschen Brüder in Siebenbürgen; sie laufen ziemlich reichlich ein. Wir hoffen, daß auch die außerösterreichischen Deutschen dem äußersten tapferen Vorposten ihrer Nationalität in seinem grenzenlosen Elende nicht vergessen werden. — Außer der bereits angefangenen Schleppbahn, die, die Stadt durchziehend, den Bahnhof der Nordbahn mit dem der Südbahn verbindet, soll auch, was den beabsichtigten Zwecken erst vollkommen entspräche, ein Centralbahnhof auf dem Glacis bei der Vorstadt Landstraße erbaut werden. Dies wäre um so nöthiger, als der Nordbahnhof mit seinen kleinlichen Dimensionen gänzlich unzulänglich geworden ist und es noch mehr werden wird. Die hölzerne Brücke der Nordbahn über die Donau soll durch eine nicht schwankende und unnachgiebige Hängebrücke ganz eigener Construction ersetzt werden. Es sind bereits sehr genügend ausgefallene Versuche über ihre Tragfähigkeit angestellt worden.

† **Wien**, 4. April. Sämmtliche Minister (vorgestern zu einer Conferenz nach Olmütz abgereist), sind heute Nacht von dort wieder zurückgekehrt. Es sind dort sehr wichtige Berathungen gepflogen worden und namentlich soll es sich um die Frage der Pacificirung Ungarns gehandelt haben. — Die Deputation der Wiener israelitischen Gemeinde, die sich nach Olmütz zur persönlichen Unterbreitung ihres Dankes für die ausgesprochene Gleichberechtigung begeben hatte, ist vom Kaiser sehr huldreich empfangen und der vorgetragene Dank mit folgenden Worten von ihm erwidert worden: „Es gereicht mir zum Vergnügen, den Ausdruck der Gefühle treuer Ergebenheit und Anhänglichkeit entgegenzunehmen, welche Sie mir im Namen der israelitischen Gemeinde von Wien vorbringen. Durch die Gleichberechtigung aller Völker und aller Stämme, welche die von mir verliehene Verfassung zu einem großen mächtigen Reiche vereinigt, wird, wie ich fest vertraue, die Wohlfahrt und das Glück des Ganzen, wie des Einzelnen dauernd begründet und einer gedeihlichen Entwicklung zugeführt werden." — Man gibt wieder den 20. d. als den Tag an, an welchem der Kaiser Schönbrunn beziehen dürfte. Um diese Zeit glaubt man mit Gewißheit, daß der Belagerungszustand vor den Linien Wiens aufgehoben würde. — Die Wiener Nationalgarde, nach ihrer Constituirung „deutsche Volkswehr" benannt, soll sich nicht über 15,000 Mann belaufen. — Das Militärgouvernement hat dem hiesigen Buchhandlungs-Gremium eröffnet, daß das hiesige Hauptzollamt angewiesen worden sei, keinen aus dem Auslande hierher gelangenden Bücherballen vor dessen Revision durch einen Polizeibeamten auszufolgen. — Abermals haben Verurtheilungen von Professionisten zu schwerem Kerker und Stockhausarrest wegen geleisteter Dienste in der Mobilgarde nach der Proklamation vom 23. October, ferner wegen Waffenverheimlichung und aufreizenden Reden stattgefunden. — Der ehemalige Deputirte Marcher, von dem man sagte, es stehe ihm ein politischer Kriminalproceß bevor, hat sich freiwillig dem Kriminalgerichte gestellt. Er befindet sich jedoch zur Zeit noch auf freiem Fuße. — Man versichert heute, die „Presse" solle wegen des gestrigen Artikels über die mißlichen Zustände in Siebenbürgen suspendirt werden.

Am dritten Sonntage nach Ostern wird in Wien eine Synode der römisch-katholischen Bischöfe aller jener Provinzen statt finden, auf welche das Patent über die politischen Rechte der österreichischen Staatsbürger vom 4. März Bezug hat. Die Versammlung soll rücksichtlich der Paragraphen 2 u. 4 des genannten Patents die künftige Verfassung der katholischen Kirche und die diesfälligen Eingaben der Kirchenprovinzen berathen.

Nach den Berichten aus Mailand vom 31. v. M. waren die Städte Varese, Como, Bergamo u. s. w. bereits entwaffnet. Ueberall ziehen fliegende Colonnen aus, allein sie finden nirgends Freischaaren, die sich nach allen Seiten zerstreuten. F. M. L. Thurn ist mit dem 4. Armeecorps im Piemontesischen zurückgeblieben. Die Entwaffnung der dortigen Truppen, eben so von allen Städten und Dörfern, war in drei Tagen vollendet. Es herrscht in Mailand wieder die tiefste Ruhe. Der tapfere Marschall Radetzky steht um 10 Jahre verjüngter aus. (Wiener Z.)

Das ministerielle Journal des Lloyd sagt in seiner gestrigen Nummer: „Wir theilten in unserer gestrigen Abendausgabe die Nachricht mit, wie sämmtliche Länderchefs angewiesen worden sind, die im Zuge befindlichen Wahlen zur Nationalversammlung in Frankfurt einzustellen und die in jüngster Zeit gewählten Abgeordneten, welche noch nicht abgereist sind, aufzufordern, die Reise nach Frankfurt nicht anzutreten. Wir dürfen als nächste Consequenz für gewiß annehmen, daß die zu Frankfurt befindlichen Abgeordneten von der Regierung abberufen werden. Der Reichsverweser, Erzherzog Johann, hat seine Würde bereits niedergelegt, und somit hat sich Oesterreich von Frankfurt, jedoch nicht von Deutschland zurückgezogen."

Ueber die österreichische Truppenvertheilung in

Italien liest man im Lloyd: „Neuesten Nachrichten zufolge werden 18,000 Mann Infanterie, 2000 Mann Cavallerie in dem sardinischen Gebiete zwischen Sesia und Ticino, dann in Alessandria verbleiben; nach Bergamo, wo aufständische Bewegungen eintraten, wird das ganze dritte Corps, nach Mailand das erste und zweite Corps, nach Modena, Parma und Mantua das vierte Corps entsendet. F. M. L. Haynau wird Malghera mit Nachdruck angreifen und zugleich eine entsprechende Truppenzahl zur allfälligen römischen Intervention bereit halten. Der Verlust an Todten beläuft sich nach bisherigen Nachrichten auf 70 Offiziere und 2000 Mann vom Feldwebel abwärts. Zwei Generale sind blessirt. General-Major Graf Nugent ist mit zurrichender Mannschaft nach Brescia aufgebrochen, hat St. Eupbemia mit Sturm genommen und ist im Begriffe, sich mit der Besatzung des Kastells von Brescia in Verbindung zu setzen. Brescia ist vom Kastell aus durch beinahe sechs Stunden bombardirt worden."

Die bereits mitgetheilten Nachrichten aus Bukarest werden nun auch durch das Abendblatt zur Wiener Zeitung vom 2. April bestätigt. Demzufolge stand F. Z. M. Puchner am 19. März in Rimnik (in der Walachei, ungefähr 6 Meilen von dem Rothenthurmpaß). Dem hatte Rothenthurm, die Russen die Quarantäne besetzt. Von Seite der russischen Truppen sind die in den vorausgegangenen Kämpfen gefangenen Szekler sammt Geld und Effecten an die k. österr. Behörden in Synang ausgeliefert worden. Ein von Kronstadt kommender Courier brachte am 26. März nach Czernowic die Nachricht, daß das k. k. siebenbürgische Truppencorps, nachdem es zu spät zum Entsatze von Hermannstadt kam, sich nach Kronstadt zurückgezogen habe, um diese Stadt zu decken. Feldzeugmeister Puchner hat wegen Erkrankung das Commando dieses Corps dem General-Major Calliany übergeben und sich selbst mit dem General-Commando nach Rimnik zurückgezogen.

Die Presse vom 3. April schreibt: So eben erhalten wir aus zuverlässiger Quelle die verzweiflungsvolle Nachricht, daß alle Berichte vom Einrücken der Russen, von Vernichtung Bem's und seiner Horden erfunden waren. Puchner, 15 Stunden zu spät vor dem brennenden Hermannstadt anlangend, wendete sich sogleich mit seinem Corps nach Kronstadt. Abgeschnitten von den großen Munitionsvorräthen in Hermannstadt, körperlich krank und erschöpft, geistig niedergebeugt durch die erschütternde Hilflosigkeit seiner Lage, hat Puchner das Commando niedergelegt und sich in die Walachei begeben. Der Feldmarschallieutenant Pfersmann und Gedeon, und Generalmajor Schurtter hatten sich in die Walachei zurückgezogen, bei der Truppe selbst war nur Generalmajor Kalliani. Die Russen in Kronstadt hatten nur Munition auf einen Tag und erklärten, diese gegen den Feind verschießen, dann aber sich in die Walachei zurückziehen zu wollen. Ihre Bagagen waren bereits dahin abgegangen. Bem hatte also schon fast das ganze Land im Besitz und schickte sich eben an, Kronstadt anzugreifen, den letzten Ort, wo die kaiserliche Fahne weht! — Der Lloyd berichtet, wie am 26. März nach Czernowitz die Nachricht gelangt sei, daß die kaiserlichen Truppen, nachdem sie die Deckung von Hermannstadt verfehlt, sich nach Kronstadt zurückgezogen hätten. Zu dem Allem wird von der „Breslauer Zeitung" noch folgendes Bulletin des Insurgentengenerals Bem mitgetheilt:

„Hauptquartier Rothenthurm (Borostorony), den 16. März. Meine gestrigen Operationen zur Verdrängung der Russen aus dem rothenthurmer Engpaß sind von so glücklichem Erfolg gekrönt worden, daß wir noch in derselben Nacht um 11 Uhr die Russen aus dieser festen Position geworfen. Der 15. März, der Geburtstag der Völkerfreiheit, konnte wohl nicht würdiger gefeiert werden. Heute Nachmittag um 5 Uhr haben die Russen die wildeste Flucht über Hals und Kopf ergriffen. Vier österreichische Generale: Puchner, Pfersmann, Gläser und Jovich sind mit etwa 3 Compagnien nach der Walachei geflohen. Den rothenthurmer Engpaß habe ich selbst sorgfältig inspicirt und solche Anstalten getroffen, daß die Russen hier schwerlich mehr eindringen werden. Einen andern Theil meiner Armee habe ich zur Verfolgung der Oesterreicher ausgeschickt, welche, nach Aussage der Kriegsgefangenen, entmuthigt und in Unordnung gegen Kronstadt sich gewendet. Ihre Hauptmacht ist bei Zojaras, die Arrieregarde hat soeben Zrei verlassen. Die Brücke über den Olt hatte der Feind hinter sich abgebrochen, was die nachtheilige Verfolgung desselben einige Zeit hemmte. Jetzt nach Wiederherstellung der Brücke werde ich die Verfolgung mit allem Nachdrucke fortsetzen. Ich hoffe, binnen 3—4 Tagen Kronstadt zu nehmen, wodurch die kaiserlich österreichische Armee theils vernichtet, theils zerstreut, jedenfalls aber für die innere Ruhe dieses Landes unschädlich gemacht sein wird. Um so leichter wird dann auch die Zurückführung der vereinzelt noch auftretenden walachischen Banden zum Gehorsam sein. Nachschrift. Nach der Einnahme Kronstadts werde ich gleich mit einem Armeecorps nach Ungarn aufbrechen.

Prag, 4. April. Wegen der bekannten slavisch-italienischen Vereinsproklamation wurden heute die Redacteure der Slovanska Lipa und der Constitutionellen Allgemeinen Zeitung von Böhmen, die Herren Sabina, Bawra und Polz auf Befehl des Preßgerichts verhaftet. Jener Aufruf fordert die Slaven zwar zum Anschlusse an die Italiener und zur gemeinsamen Bekämpfung Oesterreichs auf, doch gaben ihn die genannten Redactionen nicht ohne Bemerkung und wollten ihn blos als historisches Actenstück betrachtet wissen. Bei dem jetzt herrschenden Geiste der Preßgeschwornen möchte eine Freisprechung der Angeklagten, welchen noch mehrere andere hiesige Redacteure beigesellt werden sollen, eher als die Verurtheilung zu erwarten sein. — Im Schooße des Vereins der Slovanska Lipa ist entschiedene Spaltung eingetreten. Die mehr altnationale und conservative Partei sondert sich von der numerisch überwiegenden demokratischen ab. Die gleichnamige Vereinszeitschrift wird eingehen; dagegen ist der Beschluß wegen der dem Kaiser zu überreichenden Petition aufrecht erhalten worden. (L. Z.)

Berlin, 5. April. Die Reichs-Deputation, schreibt man der „Kölner Zeitung" unter dem 5. April, hat uns heute verlassen, nachdem sie noch auf eine Anfrage über den eigentlichen Sinn der königlichen Antwort vom Ministerium sehr kurz und wenig höflich war beschieden worden. Das Ministerium will die Antwort des Königs durchaus nicht als eine „ablehnende" aufgefaßt haben, indem es wohl einsieht, daß durch ein einfaches Ablehnen Preußen aus seiner bisherigen Stellung in Deutschland und Europa nothwendig würde hinausgedrängt werden. Nach allem, was man hier aus den besten Quellen vernimmt, bestätigt es sich denn auch vollkommen, daß die königliche Antwort kein ursprüngliches und freies Werk des Cabinets ist. Dem gestern umlaufenden Gerüchte, als ob die Antwort vor der Deputation sei anders gesprochen worden, als sie im Ministerrathe sei beschlossen gewesen, wird entschieden widersprochen. Der König — wir müssen diesen Namen hier schon nennen, da die constitutionelle Etiquette uns doch nicht die Einsicht in die thatsächlichen Verhältnisse ganz entziehen darf — soll durchaus offen mit seinem Ministerium gehandelt und die Nachgiebigkeit desselben durch ein alternatives Anerbieten erlangt haben, das so ohne Weiteres anzunehmen das Cabinet nicht sofort den Muth fassen konnte. So ist die Antwort so geworden, wie das Publikum dieselbe kennt. Die eilig hinternher gesandte Circularnote hat derselben dann möglichst die Interpretation gegeben, welche der ursprünglichen Ansicht des Ministeriums am meisten entspricht, — die Interpretation der Annahme des in der Frankfurter Wahl gelegenen „Anrechts". Die Circularnote hat damit dem König von Preußen, den andern Fürsten gegenüber, eine gewisse Position gewahrt, ein gewisses Recht der Initiative, das, da die Nationalversammlung sich glücklicher Weise auf acht Tage vertagt hat, nicht ohne Werth ist, indem es einer späteren befriedigenderen Erklärung des Königs Raum schafft. Gelingt es inzwischen, einen Ministerwechsel zu Stande zu bringen, so dürfen wir neue Hoffnung fassen. Aus Kurhessen, Braunschweig, Bremen erwartet man mit jedem Tage den Eingang zustimmender Erklärungen — und dann wird nöthigenfalls noch vor Ablauf der Frankfurter Vertagung, im Sinne v. Vincke's, die Annahme der Oberhauptswürde auf Grund der Reichsverfassung erfolgen können.

*† **Berlin**, 6. April. Gestern um 1 Uhr hat uns die Frankfurter Deputation verlassen. Mit Wehmuth blickt ihr Berlin nach. Die Herolde der deutschen Einheit sind mit schwererem Herzen geschieden als gekommen. Wenn ich sage Berlin, so nehme ich mit diesem Ausdrucke keine der Parteistellungen aus, die im Volke Wurzel haben. Die Antwort des Königs hat niederschlagend gewirkt. Aber wir Alle wollen uns mit Herz und Mund und Hand zu dem großen Vaterlande bekennen, auf das wir ein heiliges Anrecht haben; und wenn auch die Flügel unserer Hoffnungen in diesem Augenblicke keines Aufschwunges fähig sind, so lassen wir sie doch nicht in dem Maße sinken, wie es unsere verehrten Gäste vom zweiten Tage ihres Hierseins an thaten. Im nordischen Volke lebt der Drang und das Bedürfniß deutscher Einheit und aus diesem Grunde wiederhole ich noch heute in festem Glauben, daß das Werk gekrönt werden wird, weil es gekrönt werden muß. Ich lasse mir diesen Glauben auch nicht durch die gestrige Sitzung der zweiten Kammer nehmen. Eine nachträgliche Abstimmung über ein Mevissen'sches Amendement und eine wegen Regulirung des Oberdeltes vom Abg. Pflücker an den Handelsminister gerichtete Interpellation hat mit der deutschen Angelegenheit nichts zu thun. Diese berührte erst der Bericht über den Vincke'schen Antrag auf Erlaß einer Adresse an den König in Betreff der Antwort Sr. Majestät auf das Anerbieten durch die Frankfurter Deputation. Die zu derselben gewählte Commission hatte zunächst eine Adresse von Vincke in Berathung. Ihr gilt des Königs Antwort einer Ablehnung gleich; sie dringt auf Annahme der Reichsoberhoheit unter Voraussetzung der Zustimmung der Fürsten. In der Commission konnte sie nur 10 Stimmen für sich gewinnen; 12 waren dawider. Nun legte v. Kirchmann eine vor; sie will den König mit der Verfassung in der Hand auf dem Kaiserthrone sehen, und fordert dazu ein entschiedenes, kühnes Ja. Doch auch ihr begegnete genau dasselbe Schicksal in der Commission, wie ihrer Schwester. So standen die Sachen am 3. Am 4. April brachte der Ministerpräsident die an die preußischen Gesandten erlassene Note vom 3. Diese hatte einen Theil der Kammer befriedigt, einem andern bis zum Eingehen des in Aussicht gestellten Ergebnisses der Circularnote Geduld eingeflößt. Ein anderer Theil beharrte bei einer Adresse; der vierte wollte aus Grundsatz von keiner Berathung der Kammer mit dem Cabinet etwas wissen. Graf Schwerin und Genossen waren die Befriedigten. Einfache Tagesordnung war ihr Antrag. Vincke brachte eine motivirte Tagesordnung; denn man würde die von der Regierung mit Erlaß der Note eingegangenen Verbindlichkeiten verletzen, wenn man nicht noch die 14 Tage warten wollte. Aehnlich vermittelnd ist das Amendement von Ulrich, Waldeck, Jacoby u. s. w. wollten die Kammer „in Erwägung, daß die Einheit der deutschen Stämme nur dann einen Werth hat, wenn zugleich die in der Revolution erkämpfte Freiheit zur vollen Geltung gelangt; daß eine solche deutsche Einheit bei der freiheitsfeindlichen Politik, welche das gegenwärtige Ministerium sowohl in der deutschen Angelegenheit, als besonders in den Angelegenheiten Preußens selber befolgt hat, durchaus nicht zu erwarten steht; daß endlich unter diesen Umständen eine neue Adresse an die Krone keinen günstigern Erfolg hat, als die früher beschlossenen" — veranlassen, zur Tagesordnung überzugehen. Befriedigung, Erwägung, Hoffnungslosigkeit sind also die drei Steigerungsstandpunkte, welche die Tagesordnungen repräsentiren. Beiläufig sei erwähnt, daß Menzels alle diese motivirten Tagesordnungen nicht gelten; er verlangte, daß die Kammer darüber zur Tagesordnung übergehen sollte. Da Kirchmann's Adresse noch übrig war, so entstand natürlich die Frage: Ob Adresse oder keine Adresse? Um diese Frage drehte sich eine so leidenschaftliche Discussion, wie sie die vorjährige Nationalversammlung kaum aufzuweisen hat. Vincke erstattete jedoch vorher den Bericht der Commission. Er bezeichnete, was sie auch ist, seine Tagesordnung als die der Mitte, und äußerte sich stark gegen die Politik des Ministeriums, dem er mit Annahme derselben ein Mißtrauensvotum abzulegen hat. Drei Redner sprachen für, drei gegen den Erlaß einer Adresse. Dafür: 1) Löbert: es müsse der Herrschaft der Fürstencongresse entgegengearbeitet werden; — 2) v. Kirchmann: der Octroyirung einer deutschen Verfassung müsse die Annahme der Kaiserkrone auf Grund der Reichsverfassung entgegengestellt und hierauf im Namen des Volkes gedrungen werden; 3) v. Berg. Dagegen sprachen 1) Waldeck, der sich gestern selbst übertraf. Er sprach lange, fließend, und mit dem Feuer der höchsten Leidenschaft. In jedem Worte klang das Thema heraus: ein solches Ministerium ist keiner Adresse werth. Er entrollte ein langes Sündenregister bald der octroyirenden Partei in Frankfurt Hohe zutheilend, bald in Mecklenburg die Morgenröthe der Freiheit begrüßend. Es schien, als wollte er auf Preußen, das die Reichseinheit von jeher vernichtet, Pfeile des Todes schießen; und dennoch drängte sich doch das Anerkenntniß von Preußens Beruf zur deutschen Reichsgewalt aus seiner Seele. Mit glänzenden Worten entfaltete er das Volksprogramm deutscher Rechte und Freiheiten. Ein Kaiser, der nicht weiter zu gehen weiß, als die deutsche Verfassung, wird kein Volkskaiser werden. Es genügt ihm, die Stimme der Wahrheit erhoben zu haben; die Völker werden wissen, was ihnen zu thun obliegt. 2) Grün: Ihm gilt die Freiheit mehr als die Einheit; er wirft besonders einem frühern Minister vor, auf dieser Tribune von einer sogenannten Revolution gesprochen und dennoch vor ihr die Flucht ergriffen zu haben. 3) d'Ester: richtet sich wieder gegen das Vereinbarungsprincip und zwar, vielleicht aus Besorgniß eines nicht in seinem Sinn möglichen Ministerwechsels, den jetzigen das Lob der Ehrlichkeit: „Lieber den Wolf, der beißt, als den Fuchs, der gleißt." Zubel sprach für Vincke's Amendement vor gleichgiltigen Ohren, welche Stellung die Minister bei der Discussion einnahmen, gegen die Erklärungen v. Heidt's und v. Manteuffel's. Jener äußerte nach Kirchmann's Rede: daß die Minister neben den Rechten des Volkes auch ein Recht der Fürsten anerkennen; daß an diese die Note hätte müssen erlassen werden, weil sie sonst ihr Jawort versagen könnten. Der König habe übrigens nicht abgelehnt, sondern angenommen, das Oberhaupt des Bundesstaates zu werden. Der Minister des Innern antwortete auf v. Berg's Erwähnung und Verlesung der von der Frankfurter Deputation abgegebenen Erklärung, daß dieselbe noch nicht das ganze Frankfurter Parlament vertrete, verwahrt aber die Regierung gegen jede Anerkennung der Volkssouveränetät. Eine stürmische Scene veranlaßte das Auftreten v. Bodelschwingh's zu persönlicher Bemerkung gegen die angeführte Grün'sche Aeußerung, die er auf sich bezog. Als er den 18. März keine Revolution, sondern einen Straßenkampf nannte, der Land und Stadt entehrt habe, sprang die Linke von ihren Sitzen auf. „Runter!" „Er muß herunter!" „Schändlich!" „Runter mit ihm!" und ein Strom von Worten, die nicht verstanden werden konnten, rauschte wie ein Katarakt vor den Ohren der Hörer vorbei. Einige schrien so angestrengt, daß die Stimme sich bereits überschlagen hatte. Die Tribunen wurden sogar davon ergriffen und es ist zu Schmähungen und Forderungen gekommen. Lensing, der präsidirte, drang nicht mit der Glocke, geschweige mit der Stimme durch. Der Sturm dauert fort, so lange Bodelschwingh, mit dem Gesicht nach der Linken gewandt, auf der Tribune stehen bleibt. Graf Schwerin faßt ihn endlich beim Rocke und zieht ihn herunter. Ein Mitglied holt dem Präsidenten den Hut, den er aufsetzt. „Hut runter!" Der Präsident willfahrt und endlich gelingt es ihm, mit den Worten: die Sitzung ist auf eine Stunde vertagt, durchzudringen. Es war ½ nach 4 Uhr. Nach einer Stunde gibt er dem Abg. Bodelschwingh das unterbrochene Wort zurück. Die Linke ergreift die Flucht, sobald er auf der Tribune erscheint, zum Theil als Gegendemonstration gegen den Vorfall in der ersten Kammer. Er erklärt nun, daß am 18. März wirklich keine Revolution gewesen. Persönliche Bemerkungen v. Berg's und Berends' rufen den Herrn v. Bodelschwingh noch einmal auf die Tribune, und die Flucht wiederholt sich. Bei Vincke's Schlußwort tritt eine förmliche Andacht ein. Das Gewicht, das er in der deutschen Sache der öffentlichen Meinung beilegt; das Urtheil: die kühnste Politik Preußens ist die beste — ernten entschiedenen Beifall, und es kommt zur Abstimmung. Das Ergebniß ist kurz, daß alle Amendements, also alle Tagesordnungen eben so wie der Antrag auf Erlaß einer Adresse sämmtlich in Minorität bleiben, und daß aus dem Sturm aller Berathungen, Angriffe und Vertheidigungen kein inhaltsvoller Beschluß hervorgeht. Hatte, kann man fragen, das Land eine Repräsentation in der 2. Kammer? Nein! Sie ging gestern in die Ferien, um nächsten Donnerstag, 12. d. M., ihre Arbeiten wieder aufzunehmen.

Die „deutsche Reform" sieht trübe; sie sagt: Die Circularnote soll nachholen, was bei der Antwort an die Deputation versäumt worden ist: „Se. Majestät sind, dem ergangenen Rufe Folge leistend, entschlossen, an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten." Bis die Einzelstaaten sich darüber erklärt haben, „sind Se. Majestät bereit, auf den Antrag der deutschen Regierungen und unter Zustimmung der deutschen Nationalversammlung die provisorische Leitung der Angelegenheiten zu übernehmen." Es sollen also Unterhandlungen sowohl über das Provisorium als über das Definitivum angeknüpft und das Resultat abgewartet werden. Diese Note hat den Abgeordneten v. Vincke bewogen, seinen Antrag auf eine Adresse zurückzuziehen, und die gestrige Sitzung der zweiten Kammer schloß ohne Ergebniß. Die Zerklüftung der Parteien ließ keine Mehrheit für irgend einen Antrag zu Stande kommen. Die Erfüllung unserer Geschicke schwebt noch und wird wahrscheinlich noch etwas länger in der Schwebe bleiben, als die verheißenen 14 Tage. Derweilen waren bei allen Regierungen, die sich schon früher für ein preußisches Oberhaupt ausgesprochen, Deputationen bereit, um ihre Einwilligung zu erklären, falls Preußen die angetragene Würde annahm. In Hannover und selbst in Sachsen schlug die Stimmung bereits zu seinen Gunsten um, Württemberg wäre in Kurzem nachgefolgt und Bayern hätte auf die Dauer die Isolirung mit Oesterreich nicht ertragen können. Jetzt wird sich zeigen, ob „die gemeinsamen Berathungen" wieder eindringen, was aus den Händen gegeben ist. Wir fürchten, daß uns der Ring der Einheit unter schweren Schicksalsschlägen aufgenöthigt werden wird.

AZC **Berlin**, 6. April. Die gestrige Sitzung der zweiten Kammer bildet, wie sich denken läßt, heute, trotz des großen

kirchlichen Feiertages, das allgemeine und ausschließliche Gespräch. In der That überbot sie alles, was die bewegtesten Tage der Nationalversammlung je aufzuweisen hatten. Es ließ sich allerdings ein heißer Kampf erwarten; doch aber wäre der Sturm ohne die maßlose Ausdrucksweise des Hrn. v. Bodelschwingh, die ihm bei seinen politischen Antecedenten am wenigsten zustehen mochte, nie zu dieser Heftigkeit ausgeartet. Dazu kam, daß die eigene Partei des Hrn. von Vincke den Antrag desselben mißbilligte und ihm vorwarf, daß er ihn im Drange des Augenblicks ohne ihre vorherige Zustimmung eingebracht habe. Dies gab der ganzen Debatte einen zerfahrenen Charakter, der nur in dem einzigen Punkt der schärfsten und allseitigsten Opposition gegen das Ministerium einen Halt fand, ohne mit einem wirklichen Resultat zu enden. Man glaubt indeß nicht, daß daran die Sitzung auch wirkungslos bleiben werde. Die schon früher besprochene Alternative von einer Entlassung des Ministeriums oder einer Auflösung der zweiten Kammer taucht wieder auf und wir glauben, daß diese Frage jetzt von Seiten des Hofes auf's Neue in ernstliche Erwägung gezogen werden wird. Wir können aus sicherster Quelle melden, daß der Justizminister Rintelen nur formell seiner Gesundheit halber Urlaub genommen, in Wirklichkeit seinen Abschied nachgesucht hat und denselben auch erhalten wird. Eben so sicher ist, daß in Folge der deutschen Angelegenheit auch der Minister des Auswärtigen Herr v. Armin in Kurzem sein Portefeuille niederlegen wird. Es hängt hiermit ohne Zweifel bereits das bedarrliche Schweigen zusammen, welches der Minister des Auswärtigen gestern allen Angriffen auf seine Person entgegensetzte. Als Nachfolger des Herrn Rintelen wird der gegenwärtige Chefpräsident des Oberlandesgerichtes zu Rastor Herr Wenzel bezeichnet. — Nachdem nunmehr beide Kammern des Osterfestes halber ihre Sitzungen bis respective zum Mittwoch und Donnerstag nach Ostern ausgesetzt haben, ist ein großer Theil der Abgeordneten mit den Eisenbahnen in die Provinzen gereist.

§§ **Naumburg**, 7. April. Die Deputation der deutschen Nationalversammlung, welche am Gründonnerstage von Berlin, wohin sie im Namen des deutschen Volkes die deutsche Kaiserkrone getragen hatte, wieder abgereist war, ward, als sie Abends ½10 Uhr mit einem Extrazuge hier anlangte, von der hiesigen Bürgerschaft freudig durch Ansprachen und Lebehochs begrüßt. Nachdem der Präsident Simson und der Altvater Arndt, dessen Einheitslied die begeisterte Menge sang, kräftige Worte und die Hoffnung ausgesprochen, daß trotz der sich jetzt zeigenden Hindernisse die deutsche Einheit dennoch zu Stande kommen werde und müsse, drückte Arndt den Umstehenden zum Abschied die Hände und der Zug ging nach Weimar.

München, 5. April. Mit vieler Bestimmtheit wird neuerdings versichert, daß Graf Lerchenfeld-Köfering das Ministerium des Auswärtigen übernehmen, dagegen Graf v. Bray den Gesandtschaftsposten am Berliner Hof erhalten werde. (Bayr. Bl.)

Erlangen, 5. April. Der akademische Senat der Universität Erlangen hat aus Anlaß der jüngsten Beschlüsse in Frankfurt heute eine Adresse an Se. Majestät den König abgehen lassen. Dem Vernehmen nach drückt darin der Senat sein tiefes Leid darüber aus, daß es in Frankfurt nicht gelungen sei, das ganze Deutschland zu einer einheitlichen Verfassung herbeizuziehen, er glaubt aber, daß die Beschlüsse, wie sie in Frankfurt gefaßt worden sind, durch die Umstände geboten waren, und spricht die Bitte an Se. Majestät aus, derselbe wolle diesen jüngsten Beschlüssen der Nationalversammlung seine Anerkennung nicht vorenthalten. (N. C.)

Hannover, 5. April. Die Stände sind weiter vertagt laut folgender

„Bekanntmachung. Da der Grund, aus welchem die allgemeine Ständeversammlung durch unser Schreiben vom 15. März d. J. bis zum 12. d. M. vertagt worden: die Ungewißheit über die in der deutschen Verfassung liegende Grundlage der gesammten Staatsverhältnisse, noch fortdauert, so wird die Vertagung der Stände bis zum Donnerstage den 3. Mai d. J. erstreckt, an welchem Tage die Stände sich wieder zu versammeln haben werden. Hannover, den 4. April 1849. Königlich hannoversches Gesammtministerium. Graf v. Bennigsen."

✠ **Weimar**, 6. April. Auf ihrer Rückkehr von Berlin traf gestern gegen Mitternacht die Deputation der Nationalversammlung hier ein und übernachtete im Gasthof zum Erbprinzen. Endloser Jubel und ein fröhliches Gewoge des Volkes gab sich überall kund; die Hauptstraßen der Stadt strahlten von einem Feuermeer und am Bahnhofe empfing eine unzählige Menschenmenge die Männer der Paulskirche und geleitete sie mit Fackeln und Lebehochs bis in das Innere der Stadt. Musik und Bürgerwehr stand zum Empfange am Erbprinzen bereit; auch hier begrüßten sie schallende Lebehochs und Arndts: „Was ist des Deutschen Vaterland?" Der Advocat Dr. Hase begrüßte die Männer des Volks und ermahnte sie zum muthigen Ausharren; Beseler erwiderte diese Anrede und gelobte im Namen der übrigen Abgeordneten, daß die Verfassung dem deutschen Volke überantwortet werden solle, wie sie von ihnen berathen und beschlossen worden sei, unverklauselt und unverkürzt. „Ob wir zur Rechten oder zur Linken gesessen, sprach er, darauf kommt jetzt nichts mehr an; jetzt gilt es mit dem Volke zu stehen wie ein Mann, damit die von uns geschaffene Verfassung zum Eigenthum der Nation werde." Seine Rede wurde mit lebhaftem, langanhaltendem Beifall aufgenommen. Ueber den Ausfall der Sendung nach Berlin schwieg er, was um so unangenehmer war, als sich manche besorgliche Gerüchte darüber verbreitet hatten, daß der König von Preußen die ihm dargebotene Kaiserkrone nicht angenommen, oder doch die Annahme an Bedingungen geknüpft habe, auf welche die Nationalversammlung unmöglich eingehen werde. „Die Nation erwartet, sagt es in einem hier erscheinenden Blatt, daß ihre Revolution, kraft deren die Reichsversammlung in Frankfurt jetzt und ein Kaiser die deutsche Krone trägt, wahr und treu anerkannt werde mit allen Folgerungen, die sich daraus ergeben. Ist jemals eine gerechtfertigt gewesen, hat jemals eine sich weniger befleckt, so ist sie es; eben darum rechnet die Nation darauf, daß die ganze Umgestaltung im Innern und nach Außen vollendet werde. Sie hat diese hehre Aufgabe mit treuherzigem Vertrauen in die Hände einer Nationalversammlung, einer Centralleitung, jetzt in die eines Kaisers gelegt; es gibt keinen andern Weg zur Rettung unseres Vaterlandes, als die unbedingte Erfüllung."

Dessau, 2. April. Heute Mittag reiste der Erbprinz zu Anhalt von hier nach Bonn, um an der Hochschule daselbst die Vorlesungen der dortigen Lehrer über Staatswissenschaften zu hören. Als Begleiter reist mit ihm der Frdr. v. Schrecke, welcher bereits seit einigen Jahren sein Führer ist. (Mgd. Z.)

Auch von **Kiel** erhalten wir einen ausführlichen, mit dem vorstehenden übereinstimmenden Bericht über das Gefecht im Eckernförder Hafen. Derselbe fügt noch hinzu, daß die Zahl der gefangenen dänischen Matrosen 760 beträgt; unter den gefangenen Offizieren sind der Commandeur Paludan und der Capitän Meyer. In der Stadt Eckernförde sind durch die Kugeln der Dänen nur einige Dächer und eine alte Frau in ihrem Bette getödtet worden. Besonders ausgezeichnet hat sich die schleswig-holstein. Strandbatterie unter dem Untercommissär Brederlow (aus Altona). Das Aufstiegen des „Christian VIII." hat man nicht bei Kiel gesehen.

Hamburg, 6. April. Se. Hoh. der Erbprinz von Sachsen-Meiningen, in Begleitung des Hrn. Baron v. Egloffstein, Major und Flügeladjutant des regierenden Herzogs von Sachsen-Meiningen, ist diesen Morgen auf seiner Durchreise nach Schleswig-Holstein hier im „Hotel de Russie" abgestiegen.

Bremen, 5. April. Die Bürgerschaft hat in ihrer gestrigen Versammlung, in demselben Augenblick, wo die Antwort des Königs von Preußen ihr bekannt wurde, mit folgendem beinahe einstimmig gefaßten Beschluß den Senat aufgefordert, zur Verwirklichung der von der Reichsversammlung gefaßten Beschlüsse das Seinige beizutragen. Dieser Antrag der Bürgerschaft an den Senat lautet:

„Veranlaßt durch die in ihrer gestrigen Versammlung ihr bekannt gewordene Erklärung des Königs von Preußen auf den Beschluß der deutschen Nationalversammlung, durch welchen die in der Reichsverfassung begründete erbliche Kaiserwürde auf diesen Fürsten übertragen wird, und durchdrungen von der Nothwendigkeit, daß dieser Beschluß der Nationalversammlung in allen Stämmen und Staaten als der Ausdruck des Nationalwillens seinen Widerhall finde, damit dessen Verwirklichung beschleunigt und auf Grund der Reichsverfassung die Freiheit, Einheit und Macht des deutschen Vaterlandes bald und dauernd gesichert werde, hat die Bürgerschaft das von der deutschen Nationalversammlung selbst ausgesprochene Vertrauen, so viel an ihr ist, rechtfertigend, unverweilt zu dem Beschlusse sich vereinigt:

„Den Senat aufzufordern, sich geeigneten Orts Namens des Bremischen Freistaats vollkommen einverstanden zu erklären, daß der König von Preußen dem an ihn durch Beschluß der deutschen Nationalversammlung ergangenen Rufe folgend auf Grund der Reichsverfassung die erbliche deutsche Kaiserkrone annehme." (Brem. Z.)

Schweiz.

⊙ **Bern**, 6. April. Bei uns gehen wunderliche Dinge vor. Wie ich Ihnen neulich schrieb, hat der Bundesrath den Flüchtling Heinzen aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft ausgewiesen. Nach der heutigen Berner Zeitung nimmt aber die Regierung von Genf den Herrn Heinzen in Schutz und verweigert dessen Ausweisung, weil die ihm vom Bundesrath gemachten Anschuldigungen falsch seien. Die Genfer Regierung werde in dieser Sache nur einem Beschluß der Bundesversammlung Folge leisten. Auch Heinzen erklärt, sich an den Expulsionsbeschluß des Bundesraths nicht kehren zu wollen, und appellirt an das schweizerische Volk gegen die schreiende Ungerechtigkeit, deren sich der Bundesrath gegen ihn schuldig gemacht habe, da ein Kapitulationsvertrag zwischen Becker und den italienischen Abgeordneten zur Gründung einer helvetisch-deutschen Legion nicht existire, er deßwegen auch keine Dispensstelle in derselben übernehmen oder Werbungen betreiben könne; mit der Gesellschaft „Hilf dir" habe er nichts zu thun; an der Redaction der „Evolution" habe er nicht den mindesten Antheil ꝛc. Diese Angelegenheit wird wohl in der am 16. d. zusammentretenden Bundesversammlung zur Sprache kommen.

Italien.

Mailand 3. April. Die hiesige Zeitung enthält den Bericht von der Einnahme von Brescia, wo sich die Insurgenten aus der ganzen Lombardei gesammelt hatten. In der Stadt bestand eine provisorische Regierung und ein Vertheidigungscomité; Offiziere der Besatzung wurden gefangen und mißhandelt. Zuerst rückten nun kleine Abtheilungen von Verona und Mantua gegen die Stadt; sie nahmen das Dorf St. Euphemia. Am 30. März rückte dann Feldmarschallieutenant Haynau mit Truppen aus Padua und Verona, zusammen 3200 Mann und 6 Kanonen, vor Brescia. Er gab ihr Bedenkzeit zur Uebergabe. Statt der Unterwerfung vernahm man aber Sturmgeläute. „Er mußte daher zur Gewalt schreiten, vertheilte seine kleine Schaar in 5 Sturmcolonnen, von denen jede ein Thor stürmen sollte. Vom Castell aus spie die Artillerie Tod und Verderben in die Stadt. Der Angriff war fürchterlich, die Vertheidigung einer bessern Sache würdig; jedes Haus wurde mit Sturm genommen. Am 1. April war der Sieg entschieden; unsere Truppen hatten mit Heldenmuth und Hartnäckigkeit gefochten; jeder Widerstand war eitel. Der Verlust kann noch nicht angegeben werden." Zur Ermuthigung der Aufständischen hatte die prov. Reg. Bulletins verbreitet, in welchen Chrzanowski einen erfochtenen Sieg und einen mit Radetzky abgeschlossenen Waffenstillstand ankündigte, in Folge dessen Radetzky die Lombardei bis an die Etsch zu räumen habe. (Basl. Z.)

Turin, 1. April. Am 31. März langte die Deputation aus Genua, welche die Deputirtenkammer nach dieser Stadt einladen sollte, in Turin an. Da sie die Kammer bereits aufgelöst fand, blieb ihr nichts übrig als die Adresse zu publiciren, die der Municipalrath ihr mitgegeben hatte.

****Turin**, 2. April. Eine Ordonnanz des neuen Königs vom heutigen Tage ernennt den Vetter desselben, Prinzen Eugen von Savoyen, zum Befehlshaber sämmtlicher Bürgerwehren des Königreichs. Nach Genua sind einige piemontesische Regimenter aufgebrochen.

Briefe piemontesischer Offiziere, in französischen Blättern veröffentlicht, bieten ein trauriges Bild von der geschlagenen Armee. Demoralisirt, zum größten Theile aufgelöst, seien keine 20,000 Mann mehr bei einander. Einer sucht die Ursache der Niederlage auf den andern zu wälzen. Chrzanowski schreibt, die Lombarden seien die ersten, welche davon gelaufen wären. Romarino seinerseits protestirt gegen seine Verhaftung, da er seine Pflicht gethan habe. Die Anschuldigungen gegen Chrzanowski sind ziemlich allgemein; auch von Verrath ist viel die Rede, wie gewöhnlich in solchen Fällen, ohne daß klar wäre, wo, wie und wann?

In Savoyen herrscht bedeutende Aufregung. In Albertville wurde eine Volksversammlung veranstaltet, in welcher eine Commission von 5 Mitgliedern erwählt wurde, um eine nähere Verbindung aller Provinzen Savoyens zu betreiben und auf die schleunige Zusammenberufung einer constituirenden Versammlung hinzuwirken. Die Versammlung gab sich den Namen „provisorischer Centralcirkel Savoyens" und erklärte sich in Permanenz. Ein anderer Theil Savoyens wünscht dagegen dringend, daß der Friede sobald als möglich abgeschlossen und das Land mit den Wahlen in die neue Kammer so lang als möglich verschont werde; denn gegenwärtig habe man das Wählen satt, und wenn sich die Wahlcollegien in einigen Tagen versammeln sollten, würden zwei Drittheile der Wähler zu Hause bleiben.

Florenz. In der Sitzung vom 27. v. M. votirte das toscanische Parlament folgende Bestimmung: Die Executive wird einer einzigen Person anvertraut, sie wird dem Bürger Francesco Domenico Guerrazzi übertragen. Guerrazzi versprach am andern Morgen in einem Manifest kraft seiner Gewalt die Freiheit zu schützen und die Ruhe im Staate zu hüten. Die „Florentiner Alba" erklärt während der Dictatur sich aller politischen Reflexionen zu enthalten, ob freiwillig oder einem Winke folgsam, läßt sich nicht errathen. Am 27. hatte man in Florenz die Nachricht von der Abdankung Karl Alberts.

Briefe aus Südtirol über die Erstürmung Brescia's (am 1. April unter Haynau's Oberbefehl) lauten traurig genug. Den blutigen Gräueln welche die Insurgenten vorher an den Oesterreichern, an allen Deutschen, die in ihre Hände gefallen, begangen hatten, entsprach auf schreckliche Weise die Wuth der erbitterten Soldaten. Der Sieg ward nicht ohne Opfer errungen: von den Officieren verlor Generalmajor Graf Nugent das rechte Bein; Oberst Graf Havencourt erhielt einen Schuß durch die Brust; Oberstlieutenant Graf Mütz, von den Aufständischen gefangen, ward von ihnen grausam ermordet; ein Major, zwei Hauptleute und mehrere andere Officiere sind unter den Gebliebenen. (A. Z.)

Der Herzog von **Modena** ist aus Brescello wieder nach seiner Hauptstadt zurückgekehrt.

Briefe aus **Genua** vom 28. März zeigen an, daß daselbst von den Massen die Republik ausgerufen wurde, und daß auch in Nizza (durch das Karl Albert gekommen) eine Revolution ausbrach, bei der alle Behörden verjagt wurden.

In **Rom** ist am 23. März folgende Proclamation erschienen: „Die constituirende Versammlung an die Völker der römischen Republik. — Die italienische Kanone, das Signal der Schlacht und Befreiung, ertönt von Neuem in den lombardischen Ebenen. Zu den Waffen! der Augenblick zum Handeln ist gekommen. Die Italiener sollen nicht mehr unter sich streiten als durch ihre Tüchtigkeit und die Größe ihrer Opfer. Verflucht sei derjenige, der in diesem höchsten Augenblick die Brüder mit den Brüdern zu entzweien sucht! So lange der Oesterreicher den geheiligten Boden des Vaterlandes niedertritt, gibt es von den Alpen bis zum Meer weder wahre Freiheit noch Unabhängigkeit. Das Vaterland verlangt von Euch Männer und Geld; entsprechet seiner Aufforderung. Zu den Waffen! Italien erstehe wieder! Der Präsident: C. L. Bonaparte."

Den „Debats" wird aus Rom vom 24. März geschrieben: Mazzini, Canino, sowie die Clubs drängen auf eine Auflösung der constituirenden Versammlung und auf Concentration der Gewalt in wenigen Händen hin. Diese Idee gewinnt jeden Tag mehr Boden. Sterbini, der sein Portefeuille bedauert, hat sich in seinem Blatt, dem „Contemporaneo", zum Verbreiter derselben gemacht. Mazzini wird beim ersten Ereigniß Dictator werden.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 6. April. Nach Mittheilungen, welche dem Ministerium über die Reise des gewesenen Königs von Sardinien, Karl Albert, zugekommen sein sollen, würde derselbe wirklich die Absicht haben, sich in ein portugiesisches Kloster zurückzuziehen. — Die Longchamps-Promenade ist diesmal sehr traurig gewesen. Ungeachtet des herrlichen Wetters hatten sich nur sehr wenige Spaziergänger und noch weniger Kutschen und Reiter eingefunden. Am zweiten Tage waren die elysäischen Felder, sonst an diesem Tage so belebt, gänzlich verödet.

** **Paris**, 6. April. An der Börse ging gestern das Gerücht, Hr. von Rothschild habe genaue Nachrichten aus Berlin erhalten und dadurch die Ueberzeugung gewonnen, daß Friedrich Wilh. IV. die Kaiserkrone annehmen werde. Die Börsenwelt glaubt, daß der Weltfriede dadurch befestigt werden wird.

Der „Moniteur" bringt den neuesten Bankbericht. Die leidenden Papiere sind vom 29. März bis 5. April von 7,711,757 Fr. 66 Cent. bis auf 7,351,080 Fr. 36 Cent. und der Wechselverkehr in Paris von 51,370,074 Fr. auf 51,005,883 Fr. 86 Cent. gefallen.

Der „National" enthält von Genua, 1. April, folgende Nachricht: „Ich höre großen Lärm unter meinen Fenstern. Die Ursache desselben ist die Erklärung einer Batterie auf dem Hafen, genannt la Galleria, durch die Bürgerwehr. Die Geschütze werden im Triumph in den Dogenpalast gezogen. Heute früh überraschte uns die Nachricht von der Auflösung der Kammern in Turin. Dieselbe bringt hier eine solche Aufregung hervor, daß wohl heute Abend die Republik proclamirt werden dürfte."

Spanien.

** **Madrid**, 31. März. Den neuesten Berichten aus London zufolge ist das Mißverständniß zwischen England

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung, betr. die Aufstellung der Listen der Geschworenen und Hilfsgeschworenen für das Jahr 1901.

Auf Grund der §§ 85 ff. des Gesetzes, die Einführung der Reichsgesetze über die Gerichtsverfassung, die Strafprozeßordnung und die Konkursordnung betreffend, vom 1. Oktober 1879 in Verbindung mit § 1 der Verordnung, die Ausführung des Gesetzes, die Einführung der Reichsgesetze über die Gerichtsverfassung, die Strafprozeßordnung und die Konkursordnung betreffend, vom 1. Oktober 1879 vom 30. Januar 1880 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen 1880, S. 1 ff.) ist für das Jahr 1901 die Liste der Geschworenen und Hilfsgeschworenen aufzustellen.

Zu Geschworenen sollen nur solche Personen berufen werden, welche das 30. Lebensjahr vollendet haben, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, in der Gemeinde, in welcher sie ihren Wohnsitz haben, zu den Gemeindelasten beitragen und in der Urliste der Geschworenen stehen.

Zu Hilfsgeschworenen sollen nur solche Personen berufen werden, welche das 30. Lebensjahr vollendet haben, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, in der Gemeinde, in welcher sie ihren Wohnsitz haben, zu den Gemeindelasten beitragen und in der Urliste der Hilfsgeschworenen stehen.

Nicht berufen werden sollen:

1. Personen, welche in Vermögensverfall geraten sind, solange sie sich nicht durch Zahlung oder Vergleich mit ihren Gläubigern befriedigt haben oder solange nicht ihr Vermögen durch Verwaltung wieder in Ordnung gebracht ist;
2. Personen, welche wegen Verbrechens oder Vergehens, das ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkennt, oder wegen Verbrechens oder Vergehens gegen die Sittlichkeit, wegen Diebstahls, Betrugs, Hehlerei, Wuchers, Meineids, falscher Anschuldigung, Begünstigung, Strafvereitelung, Bestechung, Erpressung, Unterschlagung, Urkundenfälschung, Bankerotts, Pfandkehrung, Pfandverschleppung, Verleitung zum Meineide oder zu einer falschen Anschuldigung, Verletzung des Briefgeheimnisses, Verletzung des Amtsgeheimnisses, Verletzung der Eidespflicht, Verletzung der Vormundschaftspflicht, Verletzung der Wehrpflicht, Verletzung der Steuerpflicht, Verletzung der Zollpflicht, Verletzung der Gewerbepflicht, Verletzung der Jagdpflicht, Verletzung der Fischereipflicht, Verletzung der Bergpflicht, Verletzung der Forstpflicht, Verletzung der Baupflicht, Verletzung der Feuerpflicht, Verletzung der Polizeipflicht, Verletzung der Gesundheitspflicht, Verletzung der Sittlichkeitspflicht, Verletzung der Religionspflicht, Verletzung der Ehrenpflicht, Verletzung der Treuepflicht, Verletzung der Gehorsamspflicht, Verletzung der Dienstpflicht, Verletzung der Amtspflicht, Verletzung der Standespflicht, Verletzung der Berufspflicht, Verletzung der Vertragspflicht, Verletzung der Schuldpflicht, Verletzung der Haftpflicht, Verletzung der Versicherungspflicht, Verletzung der Unterhaltspflicht, Verletzung der Alimentationspflicht, Verletzung der Armenpflicht, Verletzung der Krankenpflicht, Verletzung der Invalidenpflicht, Verletzung der Altersversorgungspflicht, Verletzung der Witwen- und Waisenversorgungspflicht, Verletzung der Beamtenpflicht, Verletzung der Militärpflicht, Verletzung der Kriegspflicht, Verletzung der Friedenspflicht, Verletzung der Völkerrechtspflicht, Verletzung der Staatsrechtspflicht, Verletzung der Verfassungspflicht, Verletzung der Gesetzespflicht, Verletzung der Rechtspflicht, Verletzung der Moralpflicht, Verletzung der Religionspflicht, Verletzung der Ehrenpflicht, Verletzung der Treuepflicht, Verletzung der Gehorsamspflicht, Verletzung der Dienstpflicht, Verletzung der Amtspflicht, Verletzung der Standespflicht, Verletzung der Berufspflicht, Verletzung der Vertragspflicht, Verletzung der Schuldpflicht, Verletzung der Haftpflicht, Verletzung der Versicherungspflicht, Verletzung der Unterhaltspflicht, Verletzung der Alimentationspflicht, Verletzung der Armenpflicht, Verletzung der Krankenpflicht, Verletzung der Invalidenpflicht, Verletzung der Altersversorgungspflicht, Verletzung der Witwen- und Waisenversorgungspflicht, Verletzung der Beamtenpflicht, Verletzung der Militärpflicht, Verletzung der Kriegspflicht, Verletzung der Friedenspflicht, Verletzung der Völkerrechtspflicht, Verletzung der Staatsrechtspflicht, Verletzung der Verfassungspflicht, Verletzung der Gesetzespflicht, Verletzung der Rechtspflicht, Verletzung der Moralpflicht

Bekanntmachung, betr. die Aufstellung der Listen der Geschworenen und Hilfsgeschworenen für das Jahr 1901.

Auf Grund der §§ 85 ff. des Gesetzes, die Einführung der Reichsgesetze über die Gerichtsverfassung, die Strafprozeßordnung und die Konkursordnung betreffend, vom 1. Oktober 1879 in Verbindung mit § 1 der Verordnung, die Ausführung des Gesetzes, die Einführung der Reichsgesetze über die Gerichtsverfassung, die Strafprozeßordnung und die Konkursordnung betreffend, vom 1. Oktober 1879 vom 30. Januar 1880 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen 1880, S. 1 ff.) ist für das Jahr 1901 die Liste der Geschworenen und Hilfsgeschworenen aufzustellen.

Zu Geschworenen sollen nur solche Personen berufen werden, welche das 30. Lebensjahr vollendet haben, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, in der Gemeinde, in welcher sie ihren Wohnsitz haben, zu den Gemeindelasten beitragen und in der Urliste der Geschworenen stehen.

Zu Hilfsgeschworenen sollen nur solche Personen berufen werden, welche das 30. Lebensjahr vollendet haben, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, in der Gemeinde, in welcher sie ihren Wohnsitz haben, zu den Gemeindelasten beitragen und in der Urliste der Hilfsgeschworenen stehen.

Nicht berufen werden sollen:

1. Personen, welche in Vermögensverfall geraten sind, solange sie sich nicht durch Zahlung oder Vergleich mit ihren Gläubigern befriedigt haben oder solange nicht ihr Vermögen durch Verwaltung wieder in Ordnung gebracht ist;
2. Personen, welche wegen Verbrechens oder Vergehens, das ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkennt, oder wegen Verbrechens oder Vergehens gegen die Sittlichkeit, wegen Diebstahls, Betrugs, Hehlerei, Wuchers, Meineids, falscher Anschuldigung, Begünstigung, Strafvereitelung, Bestechung, Erpressung, Unterschlagung, Urkundenfälschung, Bankerotts, Pfandkehrung, Pfandverschleppung, Verleitung zum Meineide oder zu einer falschen Anschuldigung, Verletzung des Briefgeheimnisses, Verletzung des Amtsgeheimnisses, Verletzung der Eidespflicht, Verletzung der Vormundschaftspflicht, Verletzung der Wehrpflicht, Verletzung der Steuerpflicht, Verletzung der Zollpflicht, Verletzung der Gewerbepflicht, Verletzung der Jagdpflicht, Verletzung der Fischereipflicht, Verletzung der Bergpflicht, Verletzung der Forstpflicht, Verletzung der Baupflicht, Verletzung der Feuerpflicht, Verletzung der Polizeipflicht, Verletzung der Gesundheitspflicht, Verletzung der Sittlichkeitspflicht, Verletzung der Religionspflicht, Verletzung der Ehrenpflicht, Verletzung der Treuepflicht, Verletzung der Gehorsamspflicht, Verletzung der Dienstpflicht, Verletzung der Amtspflicht, Verletzung der Standespflicht, Verletzung der Berufspflicht, Verletzung der Vertragspflicht, Verletzung der Schuldpflicht, Verletzung der Haftpflicht, Verletzung der Versicherungspflicht, Verletzung der Unterhaltspflicht, Verletzung der Alimentationspflicht, Verletzung der Armenpflicht, Verletzung der Krankenpflicht, Verletzung der Invalidenpflicht, Verletzung der Altersversorgungspflicht, Verletzung der Witwen- und Waisenversorgungspflicht, Verletzung der Beamtenpflicht, Verletzung der Militärpflicht, Verletzung der Kriegspflicht, Verletzung der Friedenspflicht, Verletzung der Völkerrechtspflicht, Verletzung der Staatsrechtspflicht, Verletzung der Verfassungspflicht, Verletzung der Gesetzespflicht, Verletzung der Rechtspflicht, Verletzung der Moralpflicht

Bekanntmachung, betr. die Aufstellung der Listen der Geschworenen und Hilfsgeschworenen für das Jahr 1901.

Auf Grund der §§ 85 ff. des Gesetzes, die Einführung der Reichsgesetze über die Gerichtsverfassung, die Strafprozeßordnung und die Konkursordnung betreffend, vom 1. Oktober 1879 in Verbindung mit § 1 der Verordnung, die Ausführung des Gesetzes, die Einführung der Reichsgesetze über die Gerichtsverfassung, die Strafprozeßordnung und die Konkursordnung betreffend, vom 1. Oktober 1879 vom 30. Januar 1880 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen 1880, S. 1 ff.) ist für das Jahr 1901 die Liste der Geschworenen und Hilfsgeschworenen aufzustellen.

Zu Geschworenen sollen nur solche Personen berufen werden, welche das 30. Lebensjahr vollendet haben, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, in der Gemeinde, in welcher sie ihren Wohnsitz haben, zu den Gemeindelasten beitragen und in der Urliste der Geschworenen stehen.

Zu Hilfsgeschworenen sollen nur solche Personen berufen werden, welche das 30. Lebensjahr vollendet haben, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, in der Gemeinde, in welcher sie ihren Wohnsitz haben, zu den Gemeindelasten beitragen und in der Urliste der Hilfsgeschworenen stehen.

Nicht berufen werden sollen:

1. Personen, welche in Vermögensverfall geraten sind, solange sie sich nicht durch Zahlung oder Vergleich mit ihren Gläubigern befriedigt haben oder solange nicht ihr Vermögen durch Verwaltung wieder in Ordnung gebracht ist;
2. Personen, welche wegen Verbrechens oder Vergehens, das ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkennt, oder wegen Verbrechens oder Vergehens gegen die Sittlichkeit, wegen Diebstahls, Betrugs, Hehlerei, Wuchers, Meineids, falscher Anschuldigung, Begünstigung, Strafvereitelung, Bestechung, Erpressung, Unterschlagung, Urkundenfälschung, Bankerotts, Pfandkehrung, Pfandverschleppung, Verleitung zum Meineide oder zu einer falschen Anschuldigung, Verletzung des Briefgeheimnisses, Verletzung des Amtsgeheimnisses, Verletzung der Eidespflicht, Verletzung der Vormundschaftspflicht, Verletzung der Wehrpflicht, Verletzung der Steuerpflicht, Verletzung der Zollpflicht, Verletzung der Gewerbepflicht, Verletzung der Jagdpflicht, Verletzung der Fischereipflicht, Verletzung der Bergpflicht, Verletzung der Forstpflicht, Verletzung der Baupflicht, Verletzung der Feuerpflicht, Verletzung der Polizeipflicht, Verletzung der Gesundheitspflicht, Verletzung der Sittlichkeitspflicht, Verletzung der Religionspflicht, Verletzung der Ehrenpflicht, Verletzung der Treuepflicht, Verletzung der Gehorsamspflicht, Verletzung der Dienstpflicht, Verletzung der Amtspflicht, Verletzung der Standespflicht, Verletzung der Berufspflicht, Verletzung der Vertragspflicht, Verletzung der Schuldpflicht, Verletzung der Haftpflicht, Verletzung der Versicherungspflicht, Verletzung der Unterhaltspflicht, Verletzung der Alimentationspflicht, Verletzung der Armenpflicht, Verletzung der Krankenpflicht, Verletzung der Invalidenpflicht, Verletzung der Altersversorgungspflicht, Verletzung der Witwen- und Waisenversorgungspflicht, Verletzung der Beamtenpflicht, Verletzung der Militärpflicht, Verletzung der Kriegspflicht, Verletzung der Friedenspflicht, Verletzung der Völkerrechtspflicht, Verletzung der Staatsrechtspflicht, Verletzung der Verfassungspflicht, Verletzung der Gesetzespflicht, Verletzung der Rechtspflicht, Verletzung der Moralpflicht

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Beilage zu Nro. 84.) 9. April 1849.

Frankfurt, 8. April.

Nach den hier eingegangenen Berichten des commandirenden Generals der Operationsarmee in Schleswig, vom Nachmittage des 4. April, hatte sich das dänische im Sundewitt erschienene Corps auf allen Punkten in der Richtung auf Sandberg und Düppel zurückgezogen, so daß es nur noch von den diesseitigen Patrouillen aufgefunden werden konnte.

Die erste Brigade der holsteinischen Division war am 1. bei Gravenstein, die zweite Brigade derselben bei Feldstedt aufgestellt worden, so daß auf der Linie Gravenstein-Feldstedt 15 Bataillone vereinigt waren. Ein Theil der Cavallerie war nach Kylding und Baurup, ein anderer nach Hostrup detaschirt. Die erste Division der Reichstruppen (Bayern-Kurhessen) war bei Höckerup und Hoteböll auf der Straße nach Sonderburg, die zweite Division (Hannover-Sachsen) bei Flensburg aufgestellt.

Am 5. sollte die erste Division die Stellung bei Gravenstein und Atzböll zur Deckung der südlichen Straße nach Sonderburg einnehmen und die dort abgelöste erste Brigade der holsteinischen Division nach Feldstedt abrücken, um die nördliche Straße auf Sonderburg zu besetzen. — Die übrigen Truppen der holsteinischen Division sollten sodann gegen Apenrade Stellung nehmen, und gegen den von Jütland eingedrungenen Feind vorgehen, die hannoversche Brigade der zweiten Division zur Verbindung zwischen der holsteinischen Division und der bei Gravenstein stehenden ersten Division Reichstruppen, nach Seegard vorgehen, die sächsische Brigade der zweiten Division aber die vorwärts Flensburg belegenen Punkte Bau, Krusau, Frosleu und Horrisley besetzen, die Brigade Chamier der dritten (preußischen) Division aber von Schleswig nach Flensburg vorrücken, die Reservebrigade (Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha) war zur Deckung von Eckernförde und Kiel in Gettorf aufgestellt.

Das Hauptquartier des commandirenden Generals sollte am 5. nach Seegard verlegt werden.

Die holsteinischen Truppen haben sich nach dem Zeugniß des commandirenden Generals bei dem ersten Zusammentreffen mit dem Feinde sehr gut geschlagen. Auch bei Hadersleben hat am Nachmittage des 3. ein unbedeutendes Cavalleriegefecht an der Aller stattgefunden.

ψ **Frankfurt**, 8. April Dem königl. dänischen Geschäftsträger bei der prov. Centralgewalt Deutschlands, Baron v. Dirckinck-Holmfeld, sind, wie wir aus guter Quelle hören, vom Reichsministerium gestern die Pässe zugestellt worden. Gleichzeitig wird der deutsche Gesandte von Kopenhagen abgereist sein.

Gefecht in dem Eckernförder Hafen.

Das Linienschiff „Christian VIII." und die Fregatte „Gefion" haben sich ergeben.

Das Linienschiff „Christian VIII." ist in die Luft geflogen.

** Schon gestern ging uns über Berlin eine telegraphische Depesche zu folgenden Inhalts:

Berlin, 7. April, Abends 9 Uhr.

Am 5. früh war ein Theil der dänischen Flotte in die Bucht von Eckernförde eingesegelt und hatte im Hafen dieser Stadt das Feuer gegen die Strandbatterie begonnen. Nach mehrstündigem Feuer war das Linienschiff Christian VIII. auf den Grund gerathen, wurde in Brand geschossen und flog in die Luft. Die Fregatte Gefion verlor das Steuerruder und wurde genommen. Die deutsche Flagge weht auf derselben. Dieses unglaubliche Resultat ist von 12 Kanonen in den Landbatterien gegen 140 Kanonen am Bord der Schiffe erreicht. Der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha commandirte an diesem Punkte.

Genauere Mittheilungen über diesen ersten Seesieg der Deutschen enthält folgender Bericht eines Augenzeugen in der „Börsenhalle":

Eckernforde, 5. April, Abends. Gestern Nachmittags 6 Uhr erschienen, von Norden her kommend, folgende dänische Schiffe: das Linienschiff „Christian VIII." von 84 Kanonen, die Fregatte „Gefion" von 42 Kanonen, die Brigg „St. Croix" und die Dampfschiffe „Geyser" und „Skirner", nebst noch einem dritten Dampfschiffe und 6 Landungsfahrzeugen, die gegen Abend im Eingang der Eckernförder Bucht bei Noer vor Anker gingen. Das eine Dampfschiff und die Brigg segelten heute Morgen zwischen 4 und 5 Uhr wieder ostwärts, die andern Schiffe lichteten die Anker um 7 Uhr und segelten vor günstigem Winde in den Eckernförder Hafen hinein, wo sie um 8 Uhr das Feuer auf die Strandbatterien begannen, welches, von diesen kräftig erwidert, unablässig bis 1 Uhr Vormittags fortgesetzt wurde, und bei welchem durch das Dampfschiff „Geyser" die nördl. Hafenbatterie für einige Zeit zum Schweigen gebracht wurde, indem mehrere Kanonen demontirt wurden. Um 1 Uhr war das Linienschiff „Christian VIII." im inneren Hafen auf den Grund gerathen und „Gefion" hatte das Steuer verloren; nun wurde vom Commandeurschiff eine Parlamentairflagge aufgezogen und durch einen Parlamentair angeboten, daß, wenn die Strandbatterien das Feuer einstellen wollten, damit die Schiffe den Hafen unbelästigt verlassen könnten, man die Stadt verschonen wolle, widrigenfalls sie in einen Schutthaufen verwandelt werden sollte. Die Antwort der Militärbehörden war, daß man es nicht verantworten könne, das Feuer einzustellen und die Antwort der städtischen Behörden ging dahin, daß man es der Geschichte anheimgeben müsse, ein Urtheil über einen solchen Vandalismus zu sprechen, sich übrigens in das Schicksal, welches die Vertheidigung des Vaterlandes herbeiführen möchte, zu finden wissen würde. Da indeß die Remontirung der nördlichen Batterie, sowie eine Ruhe für die südliche Batterie sehr wünschenswerth war, so wurde von dem Höchstcommandirenden, Sr. Hoheit dem Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, eine Waffenruhe von 2 Stunden bewilligt. Diese Zeit benutzten die beiden Dampfschiffe, die sehr gelitten hatten, um in die Föhrde hinauszugehen und ihre Schäden auszubessern, während der „Christian VIII." wieder flott zu werden sich bemühte. Als ihm dies nach drei Stunden gelungen war, während welcher das Feuer schwieg, signalisirte er eines der Dampfschiffe an sich heran, wahrscheinlich um ihn aus dem Hafen zu bugsiren. Das Dampfschiff lichtete die Anker und drehete nach dem Hafen hinein, erhielt aber sogleich zwei scharfe Warnungsschüsse von der nördlichen Batterie und wendete darauf wieder aus der Föhrde hinaus, indem es östlich steuerte. Es war inzwischen 5 Uhr geworden und jeder Grund zu einer längeren Zögerung mit Wiedereröffnung des Feuers der Batterien verschwunden. Die Zwischenzeit war benutzt worden, um mit großer Umsicht eine halbe Nassauer Batterie zwischen der südlichen Batterie und der Stadt solchergestalt aufzustellen, daß sie beide Schiffe, die vor Anker lagen und bei starkem Ostwind den Spiegel gerade auf's Land zeigten, von hinten der Länge nach bestreichen konnten. Das Feuer, das nun von beiden Batterien sowohl, als von dieser Feldbatterie sehr lebhaft unterhalten wurde, beantworteten beide Schiffe, besonders aber das Linienschiff bald mit vollen Lagen und bald mit nacheinanderfolgenden Schüssen. Das Linienschiff hatte während der Zeit so viel Segel zugesetzt, als zur Bewegung erforderlich war, und lichtete die Anker, um sich mit der flachen Seite gegen die südliche Batterie zu legen, und dadurch dem incommodirenden Feuer der Nassauer Batterie zu entgehen. Bei diesem Manoore, welches mit großer Ungeschicklichkeit ausgeführt wurde, gerieth es abermals auf den Grund und zwar auf Kartätschuß-Distance von der südlichen Batterie. Diese unterhielt nun ein so wohlgezieltes Feuer mit glühenden Kugeln, daß das Schiff innerhalb einer halben Stunde in Brand gerieth, sein Feuer einstellen und seine Mannschaft zum Löschen verwenden mußte, was ihm aber dennoch nicht gelang, und so mußte dieses renommirte, mit so vielem Luxus ausgestattete, mit so vieler Drohung ausgeschickte Schiff die dänische Flagge vor einer mit vier Kanonen besetzten schlesw.-holstein. Batterie streichen. Nun rich eten sich die Schüsse auf die ihres Steuers beraubte Fregatte „Gefion", die darauf ebenfalls sich auf Gnade und Ungnade ergab. Sofort wurde mit der Rettung der Mannschaft des Linienschiffes begonnen; es glückte aber nur etwas über 400 Mann vom Bord zu bringen, als um 7½ Uhr das Schiff mit noch darauf befindlichen 200 Mann in die Luft flog. Die Zahl der Bemannung der „Gefion", die sofort mit deutschen Truppen besetzt ward, und auf welcher die deutsche Flagge aufgehißt wurde, soll angeblichermaßen aus 250 Gesunden und 150 Verwundeten bestehen. Das Schiff sollte beim Abgang dieses noch weiter in den Hafen hineingebracht und von den aus Holtenau herbeieilenden schleswig-holsteinischen Seeleuten unter dem Commando des Capitän Donner besetzt werden. Leider ist zu beklagen, daß der Commandeur der südlichen Batterie (ein schleswig-holsteinischer Oberfeuerwerker) als er an Bord des Linienschiffes gegangen war, um die Debarkirung der gefangenen Mannschaft zu beschleunigen, mit dem Schiffe in die Luft gesogen ist. Uebrigens ist es erfreulich, daß die ganze Affaire, die sieben Stunden bei starkem Feuer dauerte, und bei welcher man, wenig angeschlagen, 6 bis 7000 Schüsse rechnen kann, von unserer Seite nur einen Todten und 13 leicht Verwundete gekostet hat. Es haben die vier 24-Pfünder in diesem Gefechte 500 und einige sechzig Schüsse gethan und auf solche Weise, da sie hauptsächlich das Gefecht gemacht haben, 140 dänische Kanonen zum Schweigen gebracht. Den eigentlichen Grund des Angriffs der dänischen Schiffe und die Art, wie er ausgeführt wurde, vermag gewiß kein Uneingeweihter zu enträthseln; denn auf eine Landung war es nicht abgesehen, weil kein Militär am Bord der Schiffe gewesen ist. Eine Demontirung der Strandbatterien, die mit dem Wind auf das Land unternommen wird und bei der man 140 Kanonen gegen 12 aufbietet, scheint doch wirklich ein so verwegener Streich, daß man fast glauben möchte, die Dänen seien in ihrem Uebermuthe so weit gebracht, daß sie selbst den Elementen keine Achtung mehr zollen. Denn einfach ist es zu begreifen, daß wenn Schiffe sich ins Kreuzfeuer zweier Batterien legen, das Steuerruder, wie es auch geschehen ist, ihnen abgeschossen werden kann und sie solchergestalt dem Lande zugetrieben, auf jede Möglichkeit, sich frei zu vertheidigen, verzichten müssen. Man muß daher den Muth der dänischen Seeleute anerkennen, so ohne alle Rücksicht auf Gefahr, selbst ihre Schiffe zu verlieren, ihren Haß gegen die Schleswig-Holsteiner an den Tag zu legen. Auf der andern Seite darf aber auch nicht den hiesigen Truppen die volle Anerkennung ihrer festen Haltung, ihres kaltblütigen Benehmens in diesem die Entschlossenheit und Unverzagtheit des Kriegers so sehr auf die Probe stellenden Gefechte verweigert werden, und der umsichtigen Leitung des hohen Führers muß ebenfalls alles gebührende Lob gezollt werden, was um so mehr sich herausstellen muß, da Se. Hoheit der Herzog von Sachsen-Coburg im Inlande schwerlich mit dem Seegefechte sich hat bekannt machen können. (Von einem Augenzeugen.)

Der in die Luft gesogene „Christian VIII." war das neueste und beste der wenigen dänischen Linienschiffe und hatte am 1. April um die Mittagsstunde vom Dampfboot „Schleswig" dugsirt und unter salutirendem Geschützdonner aller dänischen Kriegsschiffe den Hafen verlassen, um die Feindseligkeiten kräftig zu unterstützen.

Nachstehend die wichtigeren Nachrichten älteren Datums aus den Herzogthümern:

& **Schleswig**, 3.4. April. Der Berichterstatter der Commission, welcher das Schreiben der Statthalterschaft betreffs Ausschreibung der Wahlen zu einer neuen constituirenden Versammlung überwiesen worden ist, Theodor Olshausen, referirte in der heutigen Abendsitzung der Landesversammlung, daß das Comite einstimmig zu der Ansicht gekommen, daß diese Angelegenheit von so großer Wichtigkeit sei und so verschiedene Gesichtspunkte darbiete, daß sie Bedenken tragen, der Versammlung in so geringer Anzahl (etwa 64) ihren Bericht mitzutheilen. Sie habe sich geeinigt, einen Tag vor dem Wiederzusammentritt der Versammlung (dieselbe hat sich bis zum 16. heute vertagt) hier zusammen zu kommen, um dann sofort ihren Bericht zu erstatten. — Deutsche Reichstruppen ziehen fortdauernd zum Norden. Die Sachsen, die gestern in Schleswig eintrafen, wurden heute Morgen früher, als bestimmt war, durch den Klang der Hörner zum Marsche aufgerufen, so daß sie, ohne ihr Frühstück einzunehmen, uns verlassen mußten. Einem Gerüchte zufolge soll bei Düppel gestern ein Gefecht stattgehabt haben. (Authentische Nachrichten sind unsern Lesern bereits mitgetheilt.) Die Insel Föhr ist nicht von Dänen besetzt. Dagegen ist in den Kirchen, die zu Schleswig gehören, von Seiten des Königs von Dänemark verlesen worden, daß er den in dem zu Dänemark gehörigen Theil der Insel fungirenden Beamten auch die Administration über den andern Theil übertragen habe. Es wäre wünschenswerth, wenn die Reichsgewalt durch die Statthalterschaft erklären ließ, daß die in dem Herzogthum Schleswig liegenden dänischen Enclaven sofort mit dem Herzogthum verbunden und einverleibt würden und daß die Kirchenhoheit des dänischen Reichs oder des Königs von Dänemark über einzelne Districte des Herzogthums Schleswig aufgehoben würden. Dieser Schritt ist absolut nothwendig, um ein klares und dauerndes Verhältniß festzustellen. Derselbe ist im Kriege thunlich. Als fait accompli wesentlich wichtig für die spätere Grenzregulirung. Da die Dänen Alsen occupirt halten, so nehme die Reichsgewalt die Stadt Rieyen, die Lehnharde und so weiter. Die Enclaven sind nicht überall abgeschlossen; in demselben Dorfe sind schleswig'sche und dänische Bauern. Man muß durchgreifen, wenn man diesen Krieg schnell beendigen will. Die Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt kennen diese Verhältnisse. Sie könnten dem Reichsministerium ein klares deutliches exposé vorlegen und dann den Beschluß erwirken. Eine feste bestimmte Grenze muß doch später hergestellt werden. Alle Verhandlungen zwischen der deutschen und dänischen Kanzlei haben keinen Erfolg gehabt. Jetzt ist aber der Zeitpunkt da. — Heute kommen die Preußen. Die bayerischen Batterien sind schon nach dem Norden. Jostrow hat sein Quartier nach Hadersleben gelegt, Bonin in Apenrade, Prittwitz in Flensburg. Man spricht, es seien 17 Verwundete von Hadersleben in Flensburg angekommen.

A **Hamburg**, 5. April. Die Berling'sche Zeitung bringt in ihrer neuesten Nummer die amtliche Bekanntmachung der Blockade der Elbe, Weser und Jahde vom 12. d. M. ab, spricht sich aber in einem officiösen, diesen Punkt motivirenden Artikel dahin aus, daß die Friedensunterhandlungen noch keineswegs abgebrochen seyen, sondern da sie bisher zu keinem für Dänemark ersprießlichen Resultate geführt, habe man zum Schwerte greifen müssen; es werde indeß nichts unversucht gelassen, was zur baldigen Lösung der schleswig'schen Streitfrage führt. In der That ziehen schon wieder die Sturmvögel der Diplomatie, die fliegenden Couriere von Kopenhagen nach London, von London nach Berlin und diese Bemerkung des Organs der Regierung, der Berling'schen, dürfte dennoch, obgleich die Feindseligkeiten bereits begonnen, viel für sich haben.

Flensburg, 4. April. 6 Uhr Abends. (B.-H.) Gestern Abend war hier allgemein die, auch von Offizieren getheilte Meinung verbreitet, daß heute ein entscheidender Schlag geschehen werde, das Hauptquartier des Generals v. Bonin wurde nach Quars verlegt und fortwährend Truppen aus dem Süden herangezogen; vom frühesten Morgen zogen fortwährend Truppen nach dem Norden zu. Die Dänen haben aber ihr Neckereisystem vom vorigen Jahre wieder begonnen und sich in der Nacht wieder nach Alsen zurückgezogen. Auf dieser Seite haben sie nur noch die Verschanzungen des Brückenkopfs besetzt. Heute Vormittag war eine dänische Fregatte im hiesigen Meerbusen sichtbar, die aber später wieder zurückging. Auf der Seite von Hadersleben her stehen die dänischen Vorposten in Gjenner, ungefähr eine Meile von Apenrade; letzterer Ort ist gänzlich von

deutschen Truppen, die sich südlich zurückgezogen haben, geräumt.

Ueber die Ereignisse des gestrigen Tages erfährt man jetzt, daß die Dänen zu gleicher Zeit an drei verschiedenen Punkten in Schleswig einrückten: 1) ins Sundewitt, wo sie (wie schon erwähnt) die Vorhut angriffen, unterstützt von einer Fregatte, die ungefähr 150 Schüsse that, die sich aber auf ihre Linie bis diesseits Gravenstein vor der Uebermacht zurückzog. Der Major derselben wurde leicht an der Hand verwundet; außerdem sind 16 Verwundete hier eingebracht. Das Ganze war jedoch nichts weiter als Tirailleurgefecht. 2) Rückte eine ziemlich starke Abtheilung, meist Infanterie, von Kolding aus auf Hadersleben vor: das erste schleswig-holsteinische Jägerbataillon hatte einen Kampf mit derselben in Hadersleben, der aber nicht bedeutend gewesen sein kann, da nur ein Mann verwundet sein soll. 3) Ist mehr westlich eine Abtheilung, größtentheils Cavallerie, eingerückt, worüber hier noch keine weitere Nachricht. Heute ist, so viel man bis jetzt hier weiß, gar nichts vorgefallen. Von Hadersleben und Apenrade sind eine Menge Flüchtlinge hier, außerdem wimmelt die Stadt von Militär aller Arten. — Wie man hier hört, soll die dänische Cavallerie und Artillerie in einem sehr guten, die Infanterie dagegen in einem kläglichen Zustande sein.

Nachschrift, 7½ Uhr. Dem officiellen Berichte zufolge beläuft sich der ganze Verlust des gestrigen Tages auf 4 Todte und 16 Verwundete. Die Dänen haben 4 Gefangene gemacht, 2 schleswig holstein'sche und 2 hanseatische Dragoner auf Vorposten.

Der „Ostsee-Telegraph schreibt über das Gefecht vom 3.: Es geschieht nicht aus leerer Convention, wenn wir hier sagen: die Unsrigen haben sich bei dieser Gelegenheit brav und unerschrocken, als trefflich Krieger gezeigt, sondern wir haben dieses Urtheil von Augenzeugen, die es nicht ohne Grund aussprechen würden. Besonders gerühmt wird die Präcision, die ausgezeichnete Ruhe und Ordnung im Schießen und überhaupt in Ausführung der Befehle, welche unsere Truppen gezeigt haben. Planmäßig haben sie sich indessen über Gravenstein hinaus zurückgezogen, und die Dänen haben diesen Ort besetzt. Auch wurde die Schanze zu Alsonoer, zwischen Gravenstein und Rinkenis, von ihnen genommen, aber ohne das Geschütz, nachdem solche von dänischen Kanonenböten ziemlich lange beschossen. Von einigen schleswig-holsteinischen Kanonen, die auf einer Koppel zwischen Gravenstein und Agbüll standen, wurde mit bedeutender Wirkung besonders auf dänische Dragoner geschossen, welche durch das Feuer derselben in große Unordnung geriethen. Eine Corvette, welche am Beschießen jener Schanze Theil nahm, hat verschiedene Schüsse erhalten.

Kiel, 4. April, Abends. Von der Laboer Schanze wird heute Abend gemeldet, daß 1 Linienschiff, 5 Corvetten, 1 Brigg, 2 große Dampfschiffe, sowie allem Anschein nach 4 Transportschiffe unter kleinen Segeln nach Ekernförde steuern. Als authentisch kann ich Ihnen mittheilen, daß die Instructionen des Generals Prittwitz sehr zufriedenstellend für uns lauten, indem sie durchaus nicht vermuthen lassen, daß wieder ein diplomatischer Krieg, mit ängstlicher Rücksichtnahme auf Schonung Dänemarks und die Ansichten fremder Mächte, wie der vorige war (im Volk nennt man diesen den Kartoffelkrieg) geführt werden solle, vielmehr steht zu erwarten, daß der General den Dänen sehr ernstlich zu Leibe gehen werde und dem Einmarsch der Unsrigen in Jütland dürfen wir, falls, was Gott verhüten wolle, nicht neue Waffenruhe von deutscher Seite zugestanden würde, ehestens entgegensehen.

** **Gottorff**, 4. April. Hier erschien heute folgende

Proclamation:

Mitbürger! Die Würfel sind gefallen. Die Feindseligkeiten sind eröffnet. Nachdem die gütliche Vermittelung nicht gelungen, gilt es jetzt, mit den Waffen unser Recht zu schützen. Unser junges Heer steht wohl gerüstet unter bewährten Führern dem Feinde gegenüber, fest entschlossen, des Ruhmes der Väter und des deutschen Namens sich würdig zu beweisen. Unsere tapferen deutschen Waffenbrüder sind freudig herbeigeeilt, um im Kampfe für die heilige Sache des Vaterlandes uns treu zur Seite zu stehen. Schleswig-Holsteiner! An Euch ist es jetzt, das Wort Eurer Vertreter zu erfüllen; sie haben einmüthig erklärt, daß dem Lande kein Opfer zu groß sein werde, wenn es die Abwehr einer unwürdigen Fremdherrschaft gilt. Stehen wir Alle fest und einig unter dem Gesetze zusammen im Kampfe für unser Recht, für die Freiheit und das Vaterland! Mit Gottes Beistand wird der Sieg unserer gerechten Sache nicht entstehen. Gottorff, den 4. April 1849. Die Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein. Reventlou, Beseler. Hardou.

Aarhusen, 3. April. Das deutsche Kriegsdampfboot Hamburg, nach der Weser bestimmt, ist diesen Morgen früh von hier in See gegangen.

Kopenhagen, 3. April. Der Minister des Innern hat in der gestrigen Reichstagssitzung amtlich anzeigt, daß der Waffenstillstand mit dem 3. April aufhöre und daß die deutschen Häfen nun so bald wie möglich in Blockadezustand versetzt werden sollen. — Der König hat gestern die Stadt verlassen, um sich zum Heere zu begeben. — Heute sind 9 mecklenburgische Schiffe auf und nach unserer Rhede gebracht.

[916] **Vorlesungen**

auf der Universität Marburg im Sommerseme 1849 welches mit dem 30. April beginnt, und den 15. September schließt.

I. Theologische Facultät. Reitberg: Religionsphilosophie, Dogmengeschichte, comparative Symbolik, Dogmat. Societät. Henke: Einleitung in das theologische Studium, Kirchengeschichte 2 Thl. biblische Theologie, Homilent, Societät. Scheffer: Brief an die Römer, Katechetik und Pastoraltheologie, katechetische Uebungen, Recht u. Verfassung der evangelischen Kirche. Bildemeister: Psalmen, exegetische Societät für das A. T., Einleitung in das N. T., Lassens Sanskritanthologie, ein indisches Drama, neuperische Sprache, syrische Interpretationsübungen, arabische Sprache. Thiersch: Einleitung in das N. T. in Verbindung mit der Geschichte des apostolischen Zeitalters, synopt. Exegete der drei ersten Evang., Apologetik. Adam: Briefe an die Corinther, Religionsphilosophie, Examinatorium. Hassenkamp: Briefe an die Galater, an die Hebräer, Hessische Kirchengeschichte mit Rücksicht auf die kirchlichen Zeitfragen, Examinat.

II. Juristische Facultät. Platner I: Rechtsphilos. Geschichte des römischen Staatsrechts, des römischen Privatrechts, Criminalrecht. Löbell: Pandecten, 1. Thl. des Erbrechts, Criminalrecht, Criminalproceß. Bolligraf: Staats- und Rechtsphilosophie, Staatsrecht, Völker- und Bundesrecht. Büchel: juristische Encyclopädie und Methodologie, Institutionen Justinians, Institutionen des römischen Rechts, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Kirchenrecht. Wetzell: Pandekten, römisches Erbrecht, dingliche Rechte. Röstell: deutsches Privatrecht und Lehnrecht. Handels-, Wechsel- und Seerecht. Sternberg: deutsche Rechtsgeschichte. Platner II.: Grundrechte des deutschen Volks, das Privatrecht und Lehnrecht, Wechselrecht, Staatsrecht des deutschen Reichs und der einzelnen deutschen Staaten. Fick: das Privat- und Lehnrecht, Civilproceß, Practicum nebst Relatorium.

III. Medicinische Facultät. Wenderoth: medicinische Botanik, allgemeine Botanik, Agrikultur-Botanik, Anleitung zur Bestimmung der Gewächse, botanische Excursionen. Herold: allgemeine Geschichte der Thiere, Examin. über allgemeine und specielle Geschichte der Thiere. Henfinger: Iatrotechnik und Semiotik, spec. Pathologie und Therapie, medicinische Klinik, klinisches Examinator. Hüter: Geburtskunde, geburtshülfliche Klinik, Examinator. über geburtshülfliche Gegenstände, Repetitorium über geburtshülfliche Operationen. Fid: Anatomie 2 Thl., Osteologie und Syndesmologie, pathologische Anatomie, Präparator. des Nervensystems und der Sinneswerkzeuge, Entwickelungsgeschichte des Menschen. Zeis: Chirurgie 1 Thl., Verbandlehre, Augenheilkunde, chirurgische Universal-Klinik, Examinat. über chirurgische Gegenstände. Nasse: Zeugung und Entwickelung des Menschen und der Wirbelthiere, Physiologie des Menschen u. der Hausthiere, Augenkrankheiten, ophthalmologische Uebungen. Sonnenmeyer: Augenheilkunde, ägyptische Augenkrankheiten, ophthalmologische Operationen, Augenklinik. Robert: chirurgische Anatomie der wichtigsten Regionen des menschlichen Körpers, chirurgische Pathologie und Therapie, Instrumenten- und Verbandlehre, chirurgische und ophthalmologische Operationen an lebenden Thieren, chirurgische und ophthalmologische Klinik. Zwenger: pharmaceutische Chemie, medicinische Chemie, Examinator. Chemie und Pharmacie. Ludwig: vergleichende Anatomie, physikalische und chemische Eigenthümlichkeiten der menschlichen Gewebe, Conservatorium über physiologische Gegenstände. Eichelberg: Apporismen des Hippokrates, pathogenetische Physiologie des Geistes, philosophische Geschichte der Psychiatrie. Falk: Arzneimittellehre und Toxikologie, Nahrungsmittel des Menschen und diätetische Heilmittellehre, Heilquellen, Receptirkunde, Staatsarzneikunde.

IV. Philosophische Facultät. Gerling: Repetitorium über Physik, reine Mathematik, praktische Geometrie mit Uebungen, besondere Abschnitte der praktischen Geometrie. Hessel: Technologie, Geognosie, technische Mineralogie, Statik, Integralrechnung, Primzahlen. Koch: bisherige Pädagogik, Conservatorium über Philosophie und Geschichte als Hauptwissenschaften der Pädagogik. Bunsen: Experimentalchemie, organische Chemie, Stöchiometrie, praktisch-chemische Uebungen. Hildebrand: National-Oekonomie, politische und sociale Fragen der Gegenwart, Uebungen im staatswirthschaftlichen Societät. Bergk: des Plautus Trinummus, des Aeschylus Prometheus, auserlesene Gedichte Catulls im philologischen Seminar, philologische Uebungen. Geschichte der griechischen Literatur, griechische Antiquitäten. Rubino: Pindars olympische Gesänge, Geschichte des mazedonischen Reichs und Zeitalters, Geschichte des alten Italiens und Roms bis auf August. Byrhoffer: Einleitung in die Philosophie, Geschichte der Philosophie, Logik. v. Sybel: Politik, Geschichte des Mittelalters, Geschichte des preußischen Staats. Dietrich: Geschichte der althebräischen Literatur, Buch Hiob, arabische Uebungen, chaldäische Sprache, hebräische Fundamentale, altdeutsche Gedichte. Stegmann: analitische Geometrie im Raume, theoretische Mechanik, Uebungen in mathematischen Aufgaben. Müller: reine Mathematik, niedere Algebra, algebraische Gleichungen, einige in harmonischer Beziehung merkwürdige Punkte des Dreiecks und Theorie der musikalischen Intervalle aus einem pythagoreischen Dreieck. Cäsar: des Aristoteles Poetik, Mythologie und Religionsgeschichte der Griechen. Vorländer: Geschichte der Philosophie, Logik, Psychologie und Anthropologie, Aesthetik. Hinkel: englische Sprache, ausgewählte Stücke aus Hubers englischem Lesebuch, desgl. aus Idelers Handbuch der französischen Literatur, italienische Sprache, Logik, physikal. Conservator. Waitz: Ethik, philosophisches Conservatorium, Geschichte der neuern Philosophie. Amelung: Reden Perikles und Murets, deutscher Styl, griechische und französische Privatissima. Hoffa: lateinischer Styl, englische Grammatik mit Uebungen Shakespeare's Hamlet, Ranaus Phädrus, französische Conservator., griechische und lateinische Privatissima. Kaies: Geschichte Europas vom Herbst 1847 an, Statistik. Wigand: allgemeine Botanik, specielle Botanik der officinellen und nutzbaren Gewächse nebst Erklärung der natürlichen Pflanzenfamilien, Uebungen im Zergliedern und Bestimmen der Gewächse, Examinator. über Pharmacognosie mit Uebungen im Unterschreiben, botanische Excursion

[791] **Gesuch.**

Ein Ingenieur, der auf einer der besten Hochschulen Deutschlands studirte und längere Jahre beim Eisenbahnbau als praktischer Ingenieur angestellt war, wünscht in der Mathematik Unterricht zu ertheilen. Gefällige frankirte Anfragen bei der Expedition dieses Blattes unter Nr. 791.

[976] Ein hiesiger cautionsfähiger Kaufmann wünscht einige Agenturen für hiesige Stadt und Umgegend zu übernehmen. Näheres sub Nr. 976 dieser Blätter.

[819] Eine Dame, welche fertig französisch und englisch spricht, außerdem die gediegenen Kenntnisse und Eigenschaften besitzt, um die Stelle als Lehrerin der ersten Klasse einer höhern Töchterschule übernehmen zu können, kann in letztgenannter Eigenschaft in einer größern Stadt Norddeutschlands eine Anstellung finden. Hierauf Reflectirende werden ersucht, ihre Briefe portofrei an die Redaction dieser Zeitung unter der Bezeichnung A. B. einzusenden.

Ein kleines Oekonomie-Gut

im Umkreis von 10 à 15 Stunden von Frankfurt, im Preise von ca. 30 bis 50,000 fl. wird zu kaufen gesucht. Portofreie Offerten nebst genauer Beschreibung erbittet hierüber [969]

Friedr. Dilthey in Frankfurt.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[673] Edictalladung.

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß der verstorbenen Wittwe des gewesenen hiesigen Bürgers Wilhelm Peter Binding des Raths, Christine Dorothea, geb. Krieg, Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen

zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen, zum Theile auswärts wohnenden Testaments-Erben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 9. März 1849.

Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Böhmer.
Dr. Epsen, Ir. Secr.

[674] Edictalladung.

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des verstorbenen hiesigen Handelsmannes Johann Georg Scheveler und dessen gleichfalls verstorbenen Ehegattin, Anna Elisabetha, geb. Debenstreit, Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen

zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen, zum Theile auswärts wohnenden Erben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 9. März 1849.

Stadt-Gericht.
Schöff Dr. Böhmer.
Dr. Epsen, Ir. Secr.

[672] Edictalladung.

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß der verstorbenen hiesigen Bürgerstochter Margarethe Wilhelmine Gontel Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen

zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen, zum Theile auswärts wohnenden Testaments-Erben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 9. März 1849.

Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Böhmer.
Dr. Epsen, Ir. Secr.

[834] Edictalladung.

Alle diejenigen, welche an die Verlassenschaften nachbenannter verstorbener Personen:

1) des hiesigen Bürgerlohns Heinrich Rapprecht;
2) des Schreinergesellen Michael Ed aus Tschau bei Aschaffenburg;
3) des Pfannenmachergehülfen Johannes Zörle aus Alteren;
4) des Schneidergesellen Michael Ehelins aus Höchst im Odenwalde;
5) des Bierbrauergesellen Johannes Schreiber aus Oberesbach;
6) des hiesigen Bürgers und Handelsmanns David Ber Stiebericher;
7) des hiesigen Linienfoldaten Heinrich Wilhelm Süchsenbach aus Cassel;
8) der hiesigen Bürgerstochter Rosine Elisabetha Salome Lemme;
9) des hiesigen Bürgers und Handelsmanns Georg Christoph Scherr

Erb- oder sonstige Ansprüche und Forderungen zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, solche so gewiß in dem anmit auf

Montag den 23. April, Vorm 9 Uhr

anberaumten Termine dahier anzuzeigen, als ansonsten jene Nachlässe, vorgängiger öffentlicher Versteigerung der vorgefundenen Mobiliarschaft, an diejenigen, welche sich mit Ansprüchen angemeldet und solche als richtig nachgewiesen haben werden, vertheilt, die etwaigen Ueberschüsse aber dem hiesigen Aerario überwiesen werden sollen.

Frankfurt, den 23. März 1849.

Stadt-Amt.
Bansa.
Dr. G. Jäger, Act.

[765] Auf den Antrag der Geschwister des am 10 Januar 1779 geborenen unbekannt wo abwesenden Friedrich Sebastian Häther von hier, dessen Vermögen seither unter gerichtlicher Verwaltung stand, wird der gesannte Sebastian Häther hierdurch aufgefordert, binnen 3 Monaten und längstens bis zum Termin den 11. Juni d. J. dahier sich zu melden, und sein Vermögen in Empfang zu nehmen.

Für den Fall, daß eine Anmeldung nicht erfolgen sollte, wird derselbe für todt erklärt werden, und es werden dahier zugleich alle Diejenigen, welche Erbrechte geltend machen können, aufgefordert, dieselben an bestimmten Termin anzumelden und zu begründen, bei Vermeidung, daß der Nachlaß den gemeldet habenden Verwandten überwiesen werde.

Hanau, den 7. März 1849.

Kurfürstliches Landgericht.
Giller.
vd. Kahler

[735] Edictalladung.

Nachdem der Soldat Philipp Schäfer, Gemeinsch, Herzgl. Amts Braubach, aus Urlaub nicht zurückgekehrt und vom Regiment als Deserteur abgemeldet worden ist, so wird derselbe nunmehr vom unterzeichneten Gerichte aufgefordert sich zu seiner Verantwortung binnen drei Monaten

ersten Mail. J.

dahier zu stellen, widrigenfalls er des Verbrechens der Desertion für schuldig erkannt und den desfallsigen Gesetzen gemäß zur Bezahlung eines Einfachen Capitals, zum Ersatze des Verzugenen und in gleicher Summe Unkostenstrafen verurtheilt, das deßfalls Erkenntniß aber nur bei dem Regiment bekannt gemacht werden wird.

Wiesbaden, den 16. März 1849.

Militärgericht des Herzgl. Nass. II. 3 Regiments
Bekenburg, Auditeur.

[747] Edictalladung.

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des verstorbenen hiesigen ersten Syndicus, Schöffen und Senators, Doctors der Theologie und der Rechte, Johann Friedrich von Meyer, dessen Ehegattin, Maria Magdalena, geborenen von Swack, Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen

zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen, zum Theile auswärts wohnenden Intestaterben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 19. Februar 1849.

Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Böhmer.
Dr. Epsen, Ir. Secr.

Druck von August Osterrieth.

№ 85. —— Dienstag —— den 10. April —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bereichsgebiet von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Nassau fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/9 Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Klorey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär De Noy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt.

Zumuthung an die deutschen Regierungen.
Deutschland. Frankfurt (Ordensverleihung). Wien (Die Besatzung Komorns). Prag (Der Waffenstillstand mit Sardinien. Cameralien. Conferenzen. Croatien). Berlin (Der König. Die große Kunst Schwurgericht. Bürgerwehr. Die Kammern und das Cabinet. Parteien und Fractionen. Benachrichtigung des Handelsministeriums nach den Seehäfen). Königsberg und Breslau (Adressen an den König). Erfurt (Dr. Stockmann. Der Belagerungszustand) München (Hinderpesten aus Ungarn. Des Königs von Preußen Antwort. Räuber und Mörder). Aus Baden (Ein Anfang demokratischer Klugheit). Freiburg (Die Geschworenen des Struve-Blind'schen Processes). Marburg (Professor Rettberg †).
Italien. Rom (Ausgrabung des ganzen alten Forum Romanum. Papiergeld. Niederschlagende Nachrichten. Triumvirat).
Frankreich. Paris (Tagesneuigkeiten). Marseille (Erklärung des Belagerungszustandes der sicilianischen Häfen).
Spanien. Madrid (Postvertrag mit Frankreich).
Griechenland. Athen (Contos Rücktritt. Neue Polizei. Lyons und die englische Politik. Albanien).
Nachschrift.
Börsenberichte.

Amtlicher Theil.

Das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten hat von dem bisher in außerordentlicher Sendung bei der deutschen Centralgewalt beglaubigt gewesenen königl. dänischen Gesandten unter dem 8. April Mittheilung eines am 2. d. M. in Kopenhagen erlassenen Circulars erhalten, wornach die Blokade der Häfen Cammin, Swinemünde, Wolgast, Greifswalde, Stralsund und Rostock am 5. d. M., die von Pillau, Danzig, wie der Elbe-, Weser- und Jahdemündungen mit dem 12. April effectiv beginnen wird. Zugleich wurde angezeigt, daß die neutralen Schiffe bei ihrer Einfahrt in die Ostsee von dem effectiven Blokadezustand der Ostseehäfen benachrichtigt werden würden.

Nichtamtlicher Theil.

Zumuthung an die deutschen Regierungen.

Wir haben in unserem leitenden Artikel von gestern die Ueberzeugung ausgesprochen, daß nur die unbedingte Annahme der vorliegenden Verfassung die deutsche Einheit retten könne, und wir haben die Nation aufgefordert, nun ihrerseits dafür zu sorgen, daß bei dem bevorstehenden Zusammentritt der Bevollmächtigten keinerlei Bedingungen von den Einzelregierungen gestellt werden. Dies thaten wir, wir sagten es offen, nicht weil wir glaubten, es würde der Ehre der Nationalversammlung zu nahe treten, in eine nachträgliche Aenderung der Verfassung zu willigen, wenn mit einer solchen Aenderung das Einigungswerk könnte in's Leben geführt werden. Man weiß, daß wir im Gegentheil manche Bestimmung der Verfassung und vor Allem das Wahlgesetz geändert wünschten. Wir würden die Einigung für gleich gut erachten, ob die Nationalversammlung oder die Regierungen das letzte Wort haben. Das Einigungswerk selbst, das Gelingen dreißigjähriger Anstrengungen hätte in unseren Augen einen größeren Werth, als ein Principienreit um die logisch richtige Auslegung des Wortes „Volkssouveränetät", oder um die Vereinbarungstheorie. Wir gönnten den Regierungen die Ehre oder den Triumph, jetzt noch bei der Nationalversammlung ein paar Paragraphe durchzusetzen — wenn dies nur möglich wäre! Aber es ist eben durchaus nicht möglich, und das ist es gerade, worüber die Cabinete, welche die Versammlung nicht so genau kennen, wie wir, sich wahrscheinlich täuschen. Wo es Zustandegekommene in Bielen so bitteren Grimm erregt, da lauert die mit vergiftetem Kugel geladene Büchse auf den Augenblick, wo der Feind etwa noch einmal durch die hohle Gasse der zweischneidigen Abstimmungen wandern müßte. Um dieses sichere Verderben zu vermeiden, nicht um einem theoretischen Grundsatze Geltung zu verschaffen, müssen wir im Namen des Vaterlandes auf unserer Forderung bestehen. Und wenn die Regierungen, welche den Bundesstaat wollen, mit Recht darüber klagen, daß sie den Beschlüssen einer Versammlung sich fügen sollen, in welcher ein namhafter Theil der Stimmen diesen Bundesstaat nicht will, in welcher, wie noch nirgend in der Geschichte erhört, ein Volk dem seinen die Verfassung votirt, so mögen sie bedenken, daß es hier kein anderes Mittel gibt, diese Versammlung los zu werden, als eben nur durch Annahme der von ihr beschlossenen Verfassung. Thut man dies, so kann man nach dieser Verfassung die Wahlen ausschreiben und dann erhält man die wahren und eigentlichen Vertreter des wahren und eigentlichen Bundesstaatsgebiets. „Dann ist es aber zu spät", sagen die Bedenklichen, „dann ist die Verfassung Gesetz, dem wir unterworfen bleiben." Wohl war, und darum ist ohne Wagniß nichts Großes zu erreichen. Allein, wenn noch irgend Etwas bei der gegenwärtigen Versammlung durchzusetzen möglich, so ist es vielleicht der Beschluß, dem ersten Reichstage eine Revision mittelst einfacher Stimmenmehrheit vorzubehalten. Eine solche Anforderung, von den Regierungen gestellt, müßte wohl von allen Seiten für billig erachtet werden, und haben die Regierungen Vertrauen in eine fortschreitende gesunde Entwickelung des öffentlichen Geistes (wozu sie freilich gerade im jetzigen Augenblick durch ihr Verhalten am meisten beitragen können), so kann und muß ihnen diese Aussicht genügen.

Wir hören aber noch andere Bedenken, und zum Beweise, daß die Verfassung dennoch in keinem Falle so bleiben könne, wie sie jetzt geschrieben steht, nennt man den § 1, der ja nur durch einen siegreichen Krieg gegen Oesterreich vollzogen werden könnte, und der, wenn er nicht als ein Ausdruck der Unwahrheit stehen bleiben solle, noch jetzt geändert werden müßte; man nennt ferner die Bestimmung über ein einheitliches Zollgebiet und fragt sich, wie dieselbe zur Ausführung kommen könnte, im Falle Bayern nicht gleich von Anfang an beiträte, da dieses bis 1854 ein Recht auf das Fortbestehen des Zollvereinsvertrages besitzt. Müsse aber die Nothwendigkeit auch nur einer einzigen Aenderung der Verfassung zugegeben werden, so könne gegen anderweite Aenderungen aus anderweiten, nicht minder wichtigen Gründen keine Einsprache erhoben werden. Wir wissen nicht, ob es nöthig, gegen solche Einwürfe ausführlich zu sein. Bayerns Verhalten wäre doch jedenfalls erst abzuwarten und über das Gebiet kann sich das Gewissen der Vollzieher der Verfassung dadurch beruhigen, daß in der Bestimmung über das Staatenhaus der Nichthinzutritt Oesterreichs vorgesehen ist. Ueberhaupt ist ja das Gebiet ein bei jedem Volk mehr oder weniger wechselndes. So wie es heute durch eine neue Eroberung wachsen könnte, so möchte es morgen sich durch eine verlorne Schlacht verringern. Wäre dadurch die Giltigkeit der Verfassung in Frage gestellt? — Mit solchen Feinheiten bewältigt man nicht die gefährliche Krisis eines großen Volkes. Da gilt und hilft nur der einfache Gedanke, ein gerades und unbedingtes Handeln und ein Vertrauen auf das Gute und auf sich selbst. In den Händen der Fürsten liegt jetzt des harrenden, vielgeprüften Volkes ganze Zukunft. Möchten sie denen nicht Recht geben, welche seit einem Jahre der Nation den Satz predigen: „Es wird aus Deutschland nichts werden, so lange die Fürsten auf ihren Thronen sitzen". Möchten sie die Verfassung vollziehen, auf daß sie nicht von Anderen vollzogen werde.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 9. April. Se. königl. Hoheit der Großherzog von Hessen haben bei Gelegenheit der Wiederherstellung Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers von einer lebensgefährlichen Krankheit, dem Leibarzte Sr. kaiserl. Hoheit, Herrn kaiserl. Rath und Regimentsarzt Dr. Taubes das Ritterkreuz des Ludwigordens 1. Klasse zu verleihen geruht.

Wien, 5. April. Die „Wiener Zeitung" enthält in ihrem amtlichen Theile Folgendes: „In Verfolg der unter dem 3. April bekannt gemachten Operationen und Vorfallenheiten vor Komorn wird nach neuesten Berichten Weiteres mitgetheilt: Die engere Cernirung hat mit dem 2. April begonnen, die noch übrigen schweren Geschütze sind in der Nacht vom 1. auf den 2. in die Batterie Nr. 8 eingeführt worden, und mit Tagesanbruch begann aus dieser sehr entsprechend aufgeführten Batterie das Feuer aus 24-Pfündern mit glühenden Kugeln gegen die alte Festung. Vom Feinde wurde das Feuer aus der Palatinallinie, der alten Festung und dem Brückenkopfe nur sehr mäßig erwiedert. Aus der Festung herübergetretene Honveds geben an, daß die Besatzung des Waagbrückenkopfes allein, am 31. v. M., durch unsere Truppen bei dem stattgehabten Scheinangriffe einen Verlust von zwei Offizieren und 13 Mann an Todten und 40 Verwundeten erlitten hat."

Dasselbe Blatt meldet ferner, daß wegen Abwesenheit des Hofes in diesem Jahre die übliche Fußwaschungsceremonie am Gründonnerstage nicht stattfinden, dessenungeachtet aber die Aufnahme von zwölf armen alten Männern und eben so vielen Frauen vorgenommen und dieselben eben so wie in den früheren Jahren die Kleidung, Verpflegung und die Geldgeschenke erhalten sollen, als ob diese Feierlichkeit wirklich stattgefunden hätte.

Prag, 5. April. Sicherem Vernehmen nach hat sich im Ministerrathe der Zweifel geltend gemacht, ob der von dem Könige von Sardinien mit Radetzky abgeschlossene Waffenstillstand vor eingeholter Meinung der sardinischen Kammern zu ratificiren sei, nachdem der Wortlaut der sardinischen Constitution den Kammern das Zustimmungsrecht zusichert. Einstweilen ist der Vertrag in der „Wiener Ztg." veröffentlicht worden. — In der ungarischen Angelegenheit, die neuestens eine so bedenkliche Wendung genommen, ist das Ministerium zu versöhnlichen Schritten mehr als je, im Falle der Weigerung aber zur Entwicklung der äußersten Energie entschlossen. — Komorn wird unausgesetzt bombardirt; die Stadt liegt in Trümmern, der Commandant der Besatzung will nur auf Grundlage vollständiger Amnestie und freien Abzugs capituliren. — Windischgrätz und Welden sind nach Olmütz zu einer entscheidenden Conferenz berufen. Auch die Minister verweilten einige Tage der italienischen Frage wegen daselbst; doch sind sie am 4. d. M. wieder in Wien eingetroffen. — Man vernimmt noch mit Bestimmtheit, daß in den slovakischen Bezirken Ungarns (im karpathischen Norden) die slavische Sprache zur Geschäftssprache erhoben wurde. Auch die Croaten bekamen eine wichtige Concession: die Militärgrenze soll nämlich definitiv zu ihrem dreieinigen Königreiche geschlagen, auch sollen ihre Landtagsbeschlüsse v. J. 1848 allerhöchsten Orts sanctionirt werden. (L. Z.)

♀ **Berlin**, 7. April. An unserm König bemerkt man seit den letzten bedeutungsvollen Tagen eine große innere Gemüthsbewegung, welche klar kund gibt, daß sein Geist fortwährend mit der großen deutschen Angelegenheit beschäftigt ist, die sein inneres Leben und Sinnen fast ausschließlich in Anspruch nimmt. Die Bewegung des Gemüthes des Königs scheint eine gewaltige zu sein, so daß wohl auf gewichtige Entschlüsse zu schließen sein dürfte. Aller Blicke sind nun auf Frankfurt gerichtet. Mit großem Bangen befürchtet man (aber gewiß mit Unrecht!) übereilte Beschlüsse von Seite der dortigen Nationalversammlung, welche die vorhandene Verwirrung noch vergrößern und auf eine gefährliche Weise steigern könnten. Die zu rasche Abreise der Frankfurter Abordnung von hier wird von manchem aufrichtigen Vaterlandsfreund sehr bedauert, da ein längeres Verweilen der Abordnung in unserer Hauptstadt in mehr als einer Beziehung günstige Wirkungen veranlaßt haben würde und auch die Beseitigung von Mißverständnissen bedeutend erleichtert hätte. Die weitere Kundgebung der Gesinnungen der Berliner Bürgerschaft, die durch die Uebereilung der Frankfurter Abordnung gleichsam abgeschnitten wurde, würde wenigstens nicht bedeutungslos gewesen sein. Der Art und Weise der Abreise war eine gewisse Empfindlichkeit beigemischt, die nicht als eine heilsame und fördernde von den Vaterlandsfreunden erachtet wird, da diese Empfindlichkeit nicht ohne Rückwirkung hier geblieben ist. So viel ist aber Jedem klar, daß, wenn je Besonnenheit und reifliche, ruhige Erwägung Noth thut, solches im gegenwärtigen Augenblick gebieterische Pflicht ist, wenn Deutschland nicht in einen gefahrvollen Strudel, dessen Tiefe nicht zu ermessen ist, hineingeschleudert werden soll! Um ihrer selbst willen möge die deutsche Nationalversammlung jeden übereilten Beschluß vermeiden, da er ein Verhängniß in sich bergen kann! Außerdem — die Sturmvögel schaaren sich und schlagen geschäftig mit ihren Schwingen, sie wittern Sturm und baldige Beute auf den himmelanschäumenden Wogen. — Die deutsche Frage hält die hiesige Aufmerksamkeit noch fortwährend in einem solchen Grade gefesselt, daß andere staatliche Angelegenheiten wenigstens für den Augenblick fast ganz in den Hintergrund gedrängt sind. Auf einige wichtigere wollen wir hier hinweisen. Da es gegenwärtig hier in Berlin an einem Gerichtshof für die politischen und Preßvergehen fehlt, so wird mit der Einrichtung des Geschwornengerichts aufs Rascheste vorgeschritten. Die erforderlichen Listen derjenigen hiesigen Bürger, welche zu Geschwornen geeignet sind, hofft man bis zum 1. Mai zu Stande gebracht zu haben. Der für das Geschwornengericht eingerichtete Sitzungssaal geht noch in diesem Monat seiner Vollendung entgegen. Die ausgezeichnete, in einem hiesigen Bezirksvereine gehaltene Rede des Sohnes des früheren Justizministers v. Mühler über Geschwornengerichte ist jetzt hier im Druck erschienen. Die Neugestaltung der hiesigen Bürgerwehr wird vor der Hand wohl ganz unterbleiben, da sich nun die Mehrheit der Stadtverordneten in gleichem Sinne wie der Magistrat dahin ausgesprochen hat, daß bis zur Feststellung der Verfassung und Verkündigung der Gemeindeordnung füglich von der Neugestaltung der Bürgerwehr Abstand genommen werden könne. Mit diesem Ausspruch dürfte die hiesige Bürgerwehr so ziemlich zu Grabe getragen sein, da die große Mehrheit der Bürger sie schwerlich aus ihrem Todesschlummer erwecken wird. — Die vielfach verbreitete Behauptung, daß in Folge der deutschen Frage mehrere Mitglieder der Rechten zum linken Centrum übergegangen seien, wird von Abgeordneten der zweiten Kammer als eine unbegründete bezeichnet.

Die neueste Nummer des Amtsblatts erneuert den hinter den Literaten Dr. Ludwig Eichler wegen Majestätsbeleidigung und versuchten Aufruhrs erlassenen Steckbrief. — Das zehnte und zwölfte Infanterieregiment sind beide plötz-

lich beordert worden, am Sonnabend nach Schleswig-Holstein aufzubrechen. — Gestern sind zwei preußische Infanterieregimenter nach Schleswig weiter befördert worden, was in Folge der eingetroffenen telegraphischen Depeschen geschah, daß die Dänen einen Theil Nordschleswigs occupirten. Es liegt im Plane des commandirenden Generals v. Prittwitz, erst dann die Dänen mit überlegener Heeresmacht anzugreifen, nachdem sie auf dem schleswiger festen Boden in größerer Anzahl sich versammelt. — Billets zu den letzten beiden Sitzungen der zweiten Kammer wurden Händlern mit fünf Thalern bezahlt.

Wie man uns heute Vormittag berichtete, sollte heute Nachmittag fünf Uhr eine geheime Sitzung der Stadtverordneten stattfinden, um die Uebersendung des Ehrenbürgerrechtes an Herrn v. Gagern, seitens der städtischen Behörden zu berathen. Die mit diesem Auftrage betraute Deputation dürfte am 9. d. M. abgehen. — Am Donnerstag Abend fanden in dem Bierlokale des Herrn Flügge in der Leipzigerstraße unter dem dortigen Publikum, das dem gebildeteren Stande angehörte, Zänkereien statt, die in Thätlichkeiten ausarteten, denen zufolge das Lokal geschlossen werden mußte.

*** **Berlin**, 7. April. Das Ministerium hat von der Volksvertretung in letzter Zeit harte Angriffe erlitten. Ungerechte zum Theil über Gegenstände innerer Verwaltung. Gerechte und darum starke wegen seiner Politik in der deutschen Frage. Nachdem Graf Dyhrn in erster Kammer den Sturm seiner deutschen Begeisterung, nachdem Binde in der zweiten die eclatantesten Schläge einer deutschen Derbheit losgelassen hatte, konnte man sich in der That wundern, wie es einem Ministerium möglich sei, noch länger diesen Angriffen Preis zu geben, ohne dem Schwerte des Angriffes Spitze und Schärfe zu nehmen. Es ist in demselben noch unter Bülow's Leitung des Auswärtigen hart genug hergegangen, um eine entschiedene Politik in der deutschen Angelegenheit herbeizuführen, bis Herr v. Bülow endlich durch den Grafen v. Arnim ersetzt wurde. Auein die Note vom 10. März zeigte nur zur deutlich, daß das System der Unschlüssigkeit den Sieg davon getragen hatte. Auf den Chef des Departements des Auswärtigen war es daher bei allen Angriffen der Kammern vornehmlich abgesehen. Er blieb. Andere Minister lenkten als Wortführer ein, um die Kammern zu beruhigen. Aber an männliches Handeln wurde nicht gedacht. Inzwischen brach ein neuer Sturm auf den Grafen Arnim von anderer Seite los; im Ministerrathe selbst erhoben sich gewaltige Bedenken, welche Anlaß zur Wiederaufnahme des von Bülow und seinen Freunden festgehaltenen Fadens der deutschen Politik wurden. Seit gestern ist nun ein formlicher Umschwung erfolgt. Es ist aller Grund zu der Erwartung vorhanden, daß die deutschen Regierungen auf die Note vom 3. d. M. hierorts nach der Stellung anfragen werden, welche Preußen zu der deutschen Verfassung einnimmt; und die Antwort von hier wird in kurzester Frist so unbedingt und rückhaltlos erfolgen, daß jede Regierung, welche durch ihre Bevollmächtigten in Frankfurt auf die hierortige Note vom 3. eine andere als in diesem Sinne lautende Beitrittserklärung abgäbe, zu spät erkennen würde, sich auf vulkanischen Boden von unten und unter drückende Atmosphäre von oben gestellt zu haben. Graf Arnim ist dazu seiner Verwaltung so herzlich müde, daß er bereits Schritte zum Rückzuge gethan hat; und wenn derselbe etwa nicht angenommen werden sollte, so hat dies einzig und allein in der Rathlosigkeit über einen ausfüllenden Ersatz im Amte des Auswärtigen seine Ursache. Daß Heinrich v. Gagern viel und oft genannt wird, ist so natürlich, daß es eigentlich nicht angeführt werden sollte. Es geschieht dies aber, damit der deutsche Standpunkt, der hier im Ganzen und Großen maßgebend ist in den Urtheilen, bemerkbar gemacht werden kann. Wenn man einerseits den deutschen Präsidenten aus Patriotismus an die Spitze des Auswärtigen gestellt sehen will, so muß andererseits dem größeren Patriotismus, der ihn für jetzt noch in Frankfurt für schlechterdings unentbehrlich hält, die Anerkennung gezollt werden, daß in diesem letztern Urtheile mit der Vaterlandsliebe vaterländische Weisheit verbunden ist. Von einem ausfüllenden Ersatzmanne wird also hauptsächlich die Annahme des Arnim'schen Rücktrittes abhängen. Die Angelegenheiten sind aber, um mich eines sprudischen Ausdruckes zu bedienen, noch nicht spruchreif, und wir müssen das Weitere von der Zukunft erwarten, zufrieden, wenigstens den Anfang zu einer gesunden und thatkräftigen Politik gemacht zu sehen, zu der nicht nur die Kammern hindrängten, sondern die auch die öffentliche Meinung in ihren urtheilsfähigen Vertretern von Tag zu Tag gebieterischer fordert. Auch heute kann ich nicht umhin, zu erwähnen, wie trefflich und entschieden sich der Prinz von Preußen den ihm hin und wieder begegnenden Halbheiten entgegenstellt. Meine Hoffnungen, die ich nie fallen ließ, werden sich denn endlich doch noch erfüllen. — Die meisten Mitglieder unserer Kammern sind abgereist, um im Kreise der Ihrigen die Osterfeiertage zu verleben. Viele sind indessen hier, und diese lassen es nicht an Thätigkeit fehlen, so wie es die Tendenz ihrer Farbe mit sich bringt. Der Bemerkung werth ist die Veränderung der Parteibildung, die vielleicht schon heute Abend zu Stande kommt. Die Rechte wird nämlich in zwei Sectionen auseinandergehen; in die äußerste und in eine zweite Fraction, als deren Chef bisher Binde betrachtet werden konnte, wiewohl sich beide zusammen in der Stadt London versammelten. Die letztgenannte Section wird wahrscheinlich schon heute Abend nach Stadt Petersburg oder Hotel du Nord unter den Linden übersiedeln und sich fortan unter die Agide v. Auerswald's und Lensing's stellen. Wie groß der Kreis um Binde bleiben wird, läßt sich natürlich noch nicht bestimmen, wohl aber mit Grund annehmen, daß er der Zahl nach nicht sehr beträchtlich erscheinen mag. In der Linken sind die Aeußersten unter Waldeck, eine zweite mit Körsgen, Grebel u. s. w. von milderer Farbe, die sich unter den Linden bei Caspari zweimal in der Woche besonders versammelt, die Unruh-Berg-Rodbertus'sche Fraction, und die Koch'sche Partei mit Rupp, Weese u. s. w. die Weißandtheile, deren gemeinsamer Mittelpunkt die Conversationshalle ist. Auch Täuffi hat ein paar Collegen im Rheinischen Hofe um sich. Die Gliederung ist hier stärker als in der Rechten, in der jedoch die kleine Partei Immermann noch zu nennen ist.

Berlin, 6. April. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten hat heute nachstehende Benachrichtigung an den Handelsstand in den Seehäfen ergehen lassen:

Nach einer am 3. d. M. erlassenen Bekanntmachung des Marineministeriums zu Kopenhagen werden, außer den durch die Bekanntmachung vom 7. v. M. in Blokadezustand erklärten Häfen und Einlaufen der Herzogthümer Schleswig und Holstein, ferner noch: von dem 5. an gerechnet, die Häfen von Kamin, Swinemünde, Wolgast, Greifswald, Stralsund und Rostock; und von dem 12. April an gerechnet die Häfen von Pillau und Danzig, so wie die Eide, Weser- und Jahdeströme blokirt werden. Indem ich den Handelsstand hiervon in Kenntniß setze, bemerke ich, daß der königliche Gesandte in London, nach Inhalt eines heute eingegangenen Berichts vom 2. d. M., die unverzügliche Aussendung eines großen Dampfschiffes angeordnet hat, welches im Kanal kreuzen und die deutschen Schiffe von der ihnen bevorstehenden Gefahr benachrichtigen soll. Die dortigen Consulardamten in Großbritannien sind gleichzeitig von der Lage der Sache in Kenntniß gesetzt worden. (St.-Anz.)

Königsberg, 3. April. In der außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurden folgende zwei Adressen an den König besprochen und angenommen:

I. Der Beschluß, durch welchen Ew. Maj. an die Spitze Deutschlands berufen werden, ist das Siegel auf die glorreichste Schicksalsbestimmung des erhabenen Hauses Hohenzollern. Oft für die eigene Macht kämpfend, hat es die Treue des Volkes stets zu wahren gewußt und den heiligen Boden des Vaterlandes gegen die Fremdherrschaft überall vertheidigt. Dieses Bewußtsein war es, das die deutsche Nationalversammlung bestimmt hat, die Hegemonie der Freiheit Ew. Majestät Botschaft anzuvertrauen. Mit tiefster Rührung erfüllt uns diese große Ereignis. Als Preußen knüpfen wir daran die sichersten Hoffnungen und bringen unsere ehrfurchtsvollsten und freudigsten Glückwünsche an die Stufen des Thrones, der Millionen freier getreuer Deutschen fortan in einem einigen starken Volke beschirmen soll. Der Magistrat.

II. Das Herz jedes ächten Preußen schlägt freudiger in der Brust, weil sein König durch die Vertreter des deutschen Volkes zum Haupte des einigen Deutschland berufen. Wie könnte die Stadt, in welcher Ew. Majestät großer Vorfahr sich die Königskrone selbst aufs Haupt gesetzt, um Preußen in die Reihe stimmführender Staaten zu erheben, jetzt in Schweigen verharren, da ihrem Könige die deutsche Kaiserkrone angetragen wird. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß Ew. Majestät das angebahnte Werk eines einigen Deutschlands zu einer glücklichen Vollendung führen werden, rufen wir mit Begeisterung: Heil unserm Könige! Heil dem erwählten Kaiser der Deutschen! Die Stadtverordneten hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Breslau, 5. April. Unsere Stadtverordneten berathen heute in außerordentlicher Sitzung über eine Adresse an den König in Betreff der Kaiserfrage. Der Vorsitzende, Prof. Regenbrecht, wies auf die Antwort des Königs hin und machte auf die Gefahren des Vaterlandes aufmerksam. Es werde wahrscheinlich zu einem Fürstencongresse kommen und die Hoffnungen für die deutsche Sache unerfüllt bleiben. Der Redner beantragte schließlich, die Stadtverordnetenversammlung möchte gemeinsam mit dem Magistrat in einer Adresse die Wünsche des Volkes dem Könige lebhaft ans Herz legen. Der Vorschlag wurde angenommen, und darauf eine aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zusammengesetzte Commission zur Abfassung der Adresse ernannt. Die Commission soll in derselben Dank dafür aussprechen, daß der König als Oberhaupt für die deutsche Sache eintreten will, während ein Passus darauf hinweisen soll, daß das deutsche Parlament als gesetzgebender und vom Volke ermächtigter Körper zu betrachten sei. Die Stadtverordneten haben die Adresse bereits angenommen und wahrscheinlich wird auch der Magistrat sie annehmen.

§§ **Erfurt**, 7. April. Der seit dem November v. J. hier gefangen gehaltene Dr. med. Stockmann aus Bidra ist in den letzten Tagen des vorigen Monats nach seinem neuen Bestimmungsorte Magdeburg abgeführt worden, wo er zunächst etliche Jahre Strafhaft verbüßen soll. — Für die Schuldverhehlung Bidras im November v. J. ist Stockmann vom Oberlandesgericht in Naumburg in erster Instanz zu 2jähriger Festungsstrafe verurtheilt, wogegen sein Defensor Bromme in Naumburg bereits appellirt hat. — Mehr als 1000 hiesige Einwohner haben sich zu der Bitte vereinigt, daß der bereits fünf Monate dauernde Belagerungszustand Erfurts nicht aufgehoben werden möchte. — Die am 5. April hier verbreitete (ungegründete!) Nachricht von der nahe bevorstehenden Vertagung oder Auflösung der beiden Kammern in Berlin hat eine bedeutende Mißstimmung hervorgerufen.

□ **München**, 7. April. Man las gestern Abends in den Kaffeehäusern Briefe aus Pest und aus Wien vor, welche in der Schilderung des Unglücks der österreichischen Waffen in Ungarn und Siebenbürgen Alles übertreffen, was die öffentlichen Berichte und sonstigen Mittheilungen bisher gemeldet haben. Uebereinstimmend wird diesen Hiobsposten und den entsetzlichen Raub- und Mordzügen der Magyaren ꝛc. zugefügt, daß je länger desto mehr die Bevölkerung des Landes, selbst in den sonst durchaus kaiserlich gesinnten Provinzen mit gemischter Einwohnerschaft zu den Waffen greift und sich den Reihen derjenigen anschließt, die außerdem für sie zu Feinigern und Feinden werden würden. So werden die Führer der Magyaren immer mehr in den Stand gesetzt, auch in Oberungarn wieder Boden zu gewinnen, und gelingt ihnen da das eine oder andere Unternehmen, so kann der Krieg sich über Nacht bis an die österreichische Grenze ziehen. Zum zweiten Mal dürfte Pest wahrscheinlich nicht ungestraft so gut wie von aller Besatzung entblößt gelassen werden. Die selbst von dem Ministerium mißbilligten Maßregeln des Fürsten Windischgrätz und seines Militärbureaus scheinen nämlich auch dort die öffentliche Mißstimmung wieder bis zum Aeußersten gesteigert zu haben, was auch daraus hervorgeht, daß sich die Deutschen wieder sehr hüten müssen, von denen wenigstens diejenigen ihres Lebens nicht eine Stunde sicher zu sein scheinen, welche sich dem Verdachte ausgesetzt haben, dem Gouvernement gegen die Revolution gute Dienste geleistet zu haben. Bisher sind alle Gerüchte von der herbeigeeilten großen Russenmacht unbestätigt geblieben. Jetzt heißt es, erst nunmehr sei russische Hülfe wirklich in Anspruch genommen worden und sie werde nicht lange auf sich warten lassen. Wir wollen dies nicht in Abrede stellen; aber für die Regierung in Wien liegt in diesem Nothanker keine Sicherstellung für die Dauer, das ist gewiß. Nicht minder wahr ist, daß die elektrische Wirkung, welche das österreichische Waffenglück in Italien auf die exponirtesten Punkte geübt hatte, durch das große Unglück in Ungarn mehr als gelähmt worden ist. Dem ruhigen Beobachter vermochte und vermag selbst hier in München diese Wahrnehmung nicht zu entgehen! — Möchten wir nicht in die Nothwendigkeit versetzt sein, dessen gedenken zu müssen, was hier über die Antwort geäußert wird, welche der König von Preußen den Parlamentsabgeordneten ertheilt hat. Es ist möglich, daß dieselbe, so wie die Menschen und Dinge nun einmal sind, nicht hat anders ausfallen können; aber das eben ist ja das Allertraurigste, daß man so oft durch das Natürlichste am empfindlichsten überrascht und verletzt wird. Die Antwort gehört übrigens nach der alten Logik zu den Reden, von denen man sagt, daß sie zwar ein Ende haben, aber des Schlusses entbehren. Man muß in sie nicht blos Verschiedenes zwischen den Zeilen lesen, sondern man muß schließlich auch noch das Eine und Andere zusetzen, um ein hinnehmbares und festzuhaltendes Ganzes zu erhalten. Eben weil dem so ist, wollen wir uns auch noch nicht überreden lassen, daß im Anfang auch schon das Ende liege. Aber so urtheilt natürlich nicht die Menge. Daher hört man die härtesten und mitunter Mark und Seele zugleich angreifenden Urtheile. Minder schwer treffen die Anklagen und Beschwerden den Ausgang in Berlin, vielmehr just sie, und zwar in maßloser Heftigkeit, gegen Frankfurt gerichtet. Dafür gibt's aber auch Kreise, in denen man das Parlament hoch leben läßt und sich schon rüstet, seine Mitglieder mit Ehren aller Art zu überhäufen. — Heute meldet das „Tagblatt" eine sonderbare Neuigkeit. Die Packetpost soll zur Entdeckung einer in Württemberg und Bayern verzweigten Räuber und Mörderbande Veranlassung gegeben haben, nämlich durch Anzeige bei den Behörden (?), daß an ein gewisses Individuum regelmäßige Packetsendungen stattfänden. Die Gerichte hätten nun dergleichen Packete geöffnet, den Verdacht bestätigt gefunden, und nun hätten die weiter gepflogenen Untersuchungen zu wichtigen Fängen und Verhaftungen geführt. Selbst die Mörder des Canonicus Schwarz sollen dabei in die Hände der Gerechtigkeit gefallen sein.

** **Aus Baden**, 7. April. In dem engern Kreise unseres Badens wiederholt sich das Bild der Zustände des großen Vaterlandes, und was gerade jetzt in dem ersteren vorgeht, verdient die öffentliche Aufmerksamkeit nicht minder als Alles, was seit dem März vorigen Jahres auf unserem Boden zu Tage getreten ist. Hier haben die neuen Einrichtungen der Freiheit die erste bedeutendere Probe zu bestehen; hier können wir Deutsche wahrnehmen, ob wir die ersehnten Formen auch mit dem rechten Leide auszufüllen vermögen. Einen Anhaltspunkt dazu gibt das jüngst gefällte Urtheil über Struve und Blind, das erste Volksurtheil über eine größere politische Unternehmung unserer Tage. Wer hat über dieses Urtheil seine Freude geäußert? Niemand als die alte reactionäre Partei, die jeden vermeintlichen Beweis, daß nur durch völlige Rückkehr zum Alten die Staatsordnung wieder befestigt werden könne, mit Frohlocken begrüßt. Und wahrlich, die 26 Antworten der Geschwornen auf die ihnen gestellten 26 Fragen geben zu diesem schadenfrohen Frohlocken Anlaß genug. Was soll der Sinn für Wahrheit und Gerechtigkeit dazu sagen, wenn Thatsachen, welche die Angeschuldigten eingestanden, ja deren sie sich vor den Geschwornen gerühmt, von diesen geleugnet werden? Wenn auf die Fragen: „ob sie zum gewaltsamen Umsturz der badischen Staatsverfassung Verabredung getroffen; ob sie dem Militär bewaffneten Widerstand geleistet; ob sie öffentliche Kassen weggenommen; ob sie den Gendarmen Fritz haben erschießen helfen; ob sie in Lörrach eine provisorische Regierung errichtet," — wenn alle diese Fragen, von den Angeklagten bejaht, von den Geschwornen als verneint werden? Noch mehr, was wird aus dem Glauben, das Schwurgericht sei deswegen gefahrlos, weil es nur über die Thatsache mit Ja oder Nein, nicht aber über die Rechtsfrage zu antworten habe; wenn auf die erste Frage: „Ist der Angeklagte G. Struve schuldig, daß derselbe im April vorigen Jahres mit anderen Personen sich verabredet und beschlossen hat, mittelst Anwendung von Gewalt die im Großherzogthum Baden bestehende Staatsverfassung umzustürzen?" die Antwort erfolgt: „Nein, weil es im Laufe der Revolution geschehen ist!" Und was bleibt vollends von der Achtung vor dem Urtheil der Richter übrig, wenn diese auf die Frage: „ob die Angeklagten Besetzt zur Beschlagnahme der Staatskassen gegeben?" das erste Mal antworten: „Ja, mit mildernden Umständen," und das zweite Mal, da der Vorsitzende ein einfaches ja oder nein verlangt: Nein"!! So schaden reh übrigens die alte Reactionspartei zubelt, so niedergeschlagen ist die republikanische, welche gar auf ein völliges Freisprechen gesetzt, was freilich auch den Feinden des Schwurgerichts noch lieber gewesen wäre. Man sieht, auch hier gehen die bornirten Menschen, welche sich Demokraten nennen, mit den Leuten des Rückschritts blindlings Hand in Hand und ich kann versichern, daß letztere an keinem Blatte größere Freude haben, als an der „Mannheimer Abendzeitung," die, wenn sie im Solde Metternich's stände, nicht anders geschrieben sein könnte. Diesen beiden Parteien gegenüber aber führen die aufrichtigen Anhänger der Freiheit eine Sprache, die wohl auch anderwärts nicht überhört werden sollte. Sie fragen, ob denn das Urtheil angefeindeter Richter stets ein gerechtes gewesen, ob sich in den Processen über Jordan, Wendig, Behr und Eisenmann mehr Charakterstärke bei den Richtern gefunden, als jetzt bei den Geschwornen in Freiburg; ob der Beginn einer Einrichtung mitten in der aufgeregtesten Zeit schon berechtige, über die ganze Institution zu urtheilen, ob nicht überhaupt die wahre Freiheit von einem seit 33 Jahren unterdrückten Volke wie alles andere hienieden erst gelernt sein müsse? Freilich bangt ihnen dabei im Stillen vor den künftig ohne allen Census zu ermittelnden Geschwornen, die wir Herrn Mittermaier verdanken; doch muß auch deren Wirksamkeit erst abgewartet wer-

den. Ein anderer Gegenstand aber ist es, der gegenwärtig nicht minder die allgemeine Aufmerksamkeit erregt. Sie wissen, daß die besonnene Haltung unserer zweiten Kammer längst der Wühlerpartei ein Dorn im Auge ist. Das Drängen behufs ihrer Auflösung war bisher erfolglos, und man kennt das für die Republikaner klägliche Ende der Sitzung, in welcher eine sogenannte constituirende Versammlung beschlossen werden sollte. Eine solche soll nun auf anderem Wege herbeigeführt werden. Man nimmt zur Grundlage seiner Rechnung das Einführungsgesetz der deutschen Grundrechte, welches in seinem Artikel 8 die Berufung einer einzigen Versammlung zur Revision der Landesverfassung verordnet, wenn dieselbe nicht innerhalb 6 Monaten den Grundrechten angepaßt worden ist. Um nun das redliche Bemühen der Regierung, diese Aenderung der Verfassung vor Ablauf dieser Zeit zu verwirklichen, zu vereiteln, hat unsere republikanische Partei zu folgendem Mittel ihre Zuflucht genommen. Sie, d. h. der Landesausschuß der Volksvereine, hat nämlich die Mitglieder der zweiten Kammer ihrer Farbe zum Austritt und die Wahlmänner der betreffenden Bezirke zur Verweigerung von Neuwahlen aufgefordert, in der Hoffnung, die Kammer dadurch unter diejenige Zahl herunterzudrücken, welche nöthig, um Verfassungsveränderungen zu beschließen (48). Dies Mittel scheint nicht anzuschlagen. Wenn auch Brentano zur Freude Aller, die des ewigen Gekeifes müde sind, mit einigen Gleichgesinnten ausgetreten, so ist doch selbst Jolly mit einigen Andern geblieben, und wenn auch ein paar Bezirke die Neuwahl verweigert haben, so haben doch andere Bezirke gewählt und zwar conservativ. Nach dem badischen Wahlgesetze müssen drei Viertel der Wahlmänner erscheinen, wenn eine Wahl soll vorgenommen werden können. Wenn also auch zwei Drittel, die überwiegende Mehrheit, wählen will, so kann ein Drittel, die Minderheit, die Wahl vereiteln. Und gerade hierauf baut die Umsturzpartei, nicht bedenkend, daß sie sich mit Hrn. v. Schele und Hrn. v. Abel, welche den Wahlen ebenfalls die Minderheit entscheiden ließen, dadurch auf eine Stufe stellt. Kommen daher auch in einigen Bezirken Neuwahlen nicht zu Stande, so kann nimmermehr gesagt werden, daß nicht die Mehrheit dieser Bezirke wählen wollte, wie ja dann neulich in Mannheim die Mehrzahl der Wahlmänner zum Wählen bereit war. — Sieht man übrigens auch ganz ab von dem Ungesetzlichen und Unmoralischen dieses Parteimanövers, so begreift man nicht, wie, nur aus dem rein politischen Standpunkte betrachtet, diese Partei sich so sehr vergreifen konnte. Der Art. 8 des Einführungsgesetzes droht nämlich mit einer constituirenden Versammlung für den Fall, daß die Regierungen oder die abzuschaffenden bevorrechteten ersten Kammern der Umwandlung der Verfassung Hindernisse in den Weg legen sollten. Wäre aber auf dieser Seite nur Bereitwilligkeit und die Hindernisse auf der entgegengesetzten Seite, dann wird, wir sind dessen gewiß, es der Centralgewalt nicht im Entferntesten in den Sinn kommen, die badische Regierung zur Einberufung eines constituirenden Landtags zu veranlassen. Dann bleibt ein anderer Weg nicht übrig, als der in Preußen eingeschlagen worden, da auch die dortige Kammer fortwährendes Opponiren mit Patriotismus verwechselte. Dann ist die badische Regierung vollkommen berechtigt, die durch die Grundrechte nöthigen Abänderungen der Verfassung zu octroyiren, und den danach einzuberufenden Kammern die Revision vorzubehalten. Dahin und dahin allein kann es die republikanische Partei bringen, und sie wird dann abermals wieder nur der alten Reactionspartei in die Hände gearbeitet haben. Von den deutschen Demokraten kann man noch viel mehr, als von den Bourbonen sagen, daß sie weder vergessen, noch lernen. Weil die freisinnige österr. Verfassung vom April den Wienern nicht genügte, darum erhielten sie jetzt die vom 4. März. Weil die Ungarn von dem großen Maße von Unabhängigkeit und Freiheit, das ihnen 1848 gewährt worden, noch immer nicht gesättigt waren, darum haben sie nun fast Alles verloren. Weil die preußische Versammlung des vorigen Sommers einen Schwerin, einen Auerswald, Camphausen und Hansemann bekämpfte, als habe man gegen Tirannen zu Felde zu ziehen, tagen die jetzigen Kammern unter dem Belagerungszustande und dem Ministerium Manteuffel gegenüber. So wiederholt sich Alles im Leben und die wahre Freiheit muß darunter leiden, daß sie so einfältige und darum so falsche Freunde hat.

Freiburg, 6. April. (Fr. J.) Die Geschwornen, welche in dem Struve-Blind'schen Proceß fungirten, haben von dem ihnen zustehenden Rechte des Ruckritts für eine Reihe von Proceduren Gebrauch gemacht. In dem nächsten Proceß werden daher Andere an ihre Stelle treten, die den künftigen Mittwoch durch das Loos ermittelt werden sollen. Zunächst wird nunmehr Fickler und Bornstedt vor den Schranken des Geschwornengerichts erscheinen. Der erstere hat wieder Brentano zu seinem Vertheidiger gewählt, Bornstedt hat erklärt, sich allein vertheidigen zu wollen. Es wurde ihm daher nach Vorschrift des Gesetzes ein Vertheidiger von dem Hofgerichte an die Seite gegeben, und zwar in der Person des hiesigen Advocaten Thoma.

Marburg, 8. April. Unsere Hochschule hat ein schweres Verlust betroffen. Der Professor der Theologie, Consistorialrath Dr. F. W. Reitberg ist gestern frühe nach nicht langem Krankenlager im kaum vollendeten 44. Lebensjahre gestorben. Mit ihm verliert die Wissenschaft einen gelehrten Kirchenhistoriker, der namentlich in jüngster Zeit ein sachgemäßes Werk, die Herausgabe einer ausführlichen Kirchengeschichte Deutschlands, unternommen hat.

Altona, 6. April. Ein stattliches Corps von Reichstruppen aus den verschiedensten Theilen Deutschlands ist hier schon durchmarschirt und fortwährend treffen neue Zuzüge ein, die sogleich den Marsch weiter nach dem Norden fortsetzen. Heute Morgen kam ein Bataillon Bayern vom Regiment Seckendorf aus Passau von Harburg und wurde sogleich per Eisenbahn nach Rendsburg befördert, nach welcher Richtung auch 4 Schwadronen kurhessischer Husaren und 2 Schwadronen hannöverscher Dragoner vom 4. Regiment marschirten. Ein Bataillon preußischer Infanterie vom 12. Regiment wird heute Abend hier durchkommen, preußische Soldaten werden in den nächsten Tagen erwartet. Alle Reichstruppen ohne Ausnahme sind vom besten Geiste beseelt und hegen dringendes Verlangen, sobald als möglich gegen den Feind geführt zu werden. „Wir müssen Jütland ganz bengen und die Dänen vollkommen schlagen", solche Worte hört man beständig aus dem Munde aller Soldaten. Seit die Kunde hier eingetroffen, daß die Dänen die Feindseligkeiten im Sundewitt schon begonnen haben, sind die Truppen kaum zu halten und wollen gern doppelte Märsche machen, wenn sie nur vor den Feind kommen können."

Italien.

§ **Rom**, 29. März. Die Regierung hat ein Unternehmen beschlossen, das zwar zunächst dem Nationalstolz schmeichelt, aber zugleich der gelehrten Welt zu gute kommen wird, nämlich die Ausgrabung des ganzen alten Forum Romanum. Die auf 16,000 Scudi berechneten Kosten sind bewilligt, und eine Reihe Bäume wird schon gefällt. Den Anstoß dazu verdanken wir dem unermüdlichen Eifer Canina's, welcher auch die vor einiger Zeit begonnene Ausgrabung der Basilica Julia leitet. Er hat dafür schon jetzt die Genugthuung, dieses Gebäude in der Wirklichkeit so zu finden, wie er es in seinem letzten Werke über das romische Forum angedeutet hat. — Einen andern patriotischen Act glaubt die Republik damit zu vollziehen, daß sie den mit Venedig an Oesterreich übergegangenen venetianischen Palast Venedig wieder zurückerhält. Auch religiös will sich die Regierung zeigen und verordnet ein feierliches Triduum, um den Beistand der Gottheit bei der Wiederaufnahme des Krieges anzurufen, dessen Kosten man durch den Werth der heiligen Geräthe u. s. w. zu decken beabsichtigt und dessen Material theilweise die Glocken liefern müssen. In den Finanzen nimmt man eigenthümliche Operationen vor, die das Papiergeld noch mehr im Werthe herabdrücken werden. An die Stelle der verschiedenartigen Klassen verzinslicher Schatzscheine soll nur ein einziges republikanisches Papier ohne Zinsen treten. Die Zinsen aber, die der Staat hatte zahlen müssen, werden zum Capital geschlagen, und man gewinnt auf diese Weise 400,000 Scudi, die für die Bedürfnisse des Augenblicks gute Dienste leisten werden. Zu den höchst niederschlagenden Nachrichten vom Kriegsschauplatze in Norditalien gesellen sich andere gleicher Art aus dem Süden. Durch die Provocation der Römer ist es bei Terracina zu einem Conflicte gekommen, dessen Endresultat hier ziemliche Besürzung zu verursachen scheint.

* **Rom**, 29. März. Die Niederlage der Piemontesen hat die Constituente veranlaßt, die Bürger Mazzini, Armellini und Saffi zu Dictatoren mit den ausgedehntesten Vollmachten zu ernennen.

Frankreich.

** **Paris**, 7. April. Gestern Vormittag um 11½ Uhr langten die sieben Hauptverurtheilten aus Bourges unerwartet im Bahnhofe der Orleans-Eisenbahn an; sie wurden unter starker Militärbedeckung nach der Nordbahn gebracht, von wo sie ein Extrazug nach Doullens beförderte. Raspail, Sobrier, Blanqui, Quentin und Flotte werden in der dortigen Citadelle aufbewahrt, während Barbes und Albert nur so lange dort bleiben, bis sie deportirt werden können.

⊙ **Paris**, 7. April. Lord Brougham ist heute hier eingetroffen und wird über Ostern hier verweilen. Ihm vorangegangen sind etwa 3000 Bürger von London (größtentheils dem Mittelstande angehörig, und aus kleinen Kaufleuten, wohlhabenden Handwerkern ꝛc. bestehend), welche den Parisern, die im letzten Jahre in großer Menge, und zwar in ihrer Bürgerwehruniform, sich nach London begeben hatten, einen Gegenbesuch abstatten. In Boulogne, Amiens und hier wurden die britischen Gäste feierlich empfangen und ihnen alle Sehenswürdigkeiten gezeigt. — Die hiesige Polizei will eine Verschwörung entdeckt haben, welche morgen oder übermorgen zum Ausbruch kommen sollte, und zwar hauptsächlich in den Vorstädten St. Antoine und St. Jacques. Es soll angeblich um nichts weniger als den Umsturz der gegenwärtigen Regierung und die Ausrufung der socialen Republik zu thun gewesen sein. — Die Conferenzen hinsichtlich der Bildung eines italienischen Bundesstaats und der durch den letzten Feldzug in Oberitalien neuerdings verschürzten Verhältnisse zwischen Oesterreich und Sardinien dauern ununterbrochen fort. Man erwartet von demselben jedenfalls ein definitives Ergebniß. — Der Schwiegervater des Herrn Thiers, der bisherige Bankregent Doone, ist an der Cholera gestorben und heute begraben worden. Die Seuche richtet neuerdings auffallende Verheerungen in unserer Stadt an. Bis jetzt sind vorzugsweise die bessern und wohlhabenden Stände von ihr heimgesucht worden, und 21 Mitglieder der Nationalversammlung sollen bis heute davon befallen worden sein. Ein Arzt, Namens Ducheane-Duparc, macht in den Zeitungen den Vorschlag, in den Straßen große Feuer anzuzünden, um die Luft zu reinigen. — Das „Journal des Debats" spricht sich in seinem heutigen Leitartikel gegen die Nationalversammlung in Frankfurt und gegen die Kammern in Berlin, bezüglich der Kaiserangelegenheit, in scharfer Weise aus.

* **Marseille**, 4. April. Die Bekanntmachung des Präsidenten der hiesigen Handelskammer zeigt an, daß laut Depeschen des neapolitanischen Consuls in Marseille und des französischen Consuls in Palermo die Feindseligkeiten zwischen Neapel und Sicilien wieder begonnen haben.

Spanien.

* **Madrid**, 2. April. Der neue Postvertrag zwischen Spanien und Frankreich ist definitiv abgeschlossen.

Griechenland.

*) **Athen**, 25. März. Der Minister des Aeußern, Anastasius Lontos, hat zu spät für seinen Ruf die Entlassung gegeben. Die Ursache war die, daß der König die Absetzung des langjährigen Directors im Aeußern, Legationsrath Deligiannis, nicht unterschrieb. An seine Stelle ist provisorisch der Justizminister Rhallis gesetzt, welcher zur russischen Partei zählt. — Die Regierung hatte ein Gesetz vorgeschlagen, welches ihr die Polizei in der Hauptstadt, dem Piräus und Territorien in die Hand gibt. Die Kammern haben es votirt. Allerdings war der Zeitpunkt gut gewählt, da der immer bedenklicher überhand nehmende Straßenraub mit bisher unbekannter Frechheit sogar in der Hauptstadt verübt wird, und zwar hier unter dem Schutze derjenigen, welchen bisher die Communalpolizei anvertraut war. — Sir Edmund Lyons bereitet sich zur Abreise vor. Man glaubt nicht, daß er aus Ungnade versetzt werden, weil er seine Instruction überschritten. Vielmehr scheint Lord Palmerston, in Folge der Occupation der Donaufürstenthümer durch die Russen, für nöthig zu halten, dem völlig gesunkenen englischen Einfluß in Griechenland wieder aufzuhelfen. In Güte wäre dies durch Hrn. Lyons unmöglich, da dieser rauhe Seemann allzu mißliebig geworden, worauf schon vor 6 Monaten Lord Stratfort Canning nach seinem diesjährigen Besuche aufmerksam gemacht hatte. Die englische Partei ist guten Muthes. Wie in Konstantinopel, hofft sie, werde auch hier der vereinigte anglo-gallische Einfluß den russischen verdrängen, und nöthigenfalls eine englisch-französische Flotte in den Piräus einlaufen. — Auf dem benachbarten Albanien erfahren wir, daß die Pforte alle Individuen männlichen Geschlechts über 9 Jahre der angesehensten Primatenfamilien nach Brussa und Cogne (Iconium) versetzt hat, und allgemeine Entwaffnung beabsichtigt. Sie regiert nämlich durch das Mittel der albanischen Aristokratie, deren Häupter sie zu Bais ernannt, beargwohnt aber jetzt ihre Treue und fürchtet ihren Einfluß.

Nachschrift.

Berlin, 7. April. Es klingt zwar wie ein Wunder und es wäre für Einen Tag des Glückes fast zu viel, aber wir können es uns doch nicht versagen, eine Nachricht mitzutheilen, die uns so eben aus nicht schlechter Hand zukommt, daß nämlich eine dänische Fregatte von 60 Kanonen in Swinemünde von der „Amazone" und den preußischen Kanonenbooten genommen sei. (D. Ref.)

Hamburg, 7. April. Der bisherige Reichsgesandte in Kopenhagen, Graf Bismark, ist auf seiner Rückreise nach Deutschland und der mit einer handelspolitischen Mission beauftragte österreichische Ministerialrath Becher von Wien hier angekommen.

In nächster Woche wird sächsische, bayerische und preußische Cavallerie durch Altona nach Norden zu passiren und zum Theil daselbst über Nacht einquartiert werden. (Bh.)

Ofen, 30. März. Wegen der schlechten Witterung und der ungenügenden Zahl der kaiserlichen Truppen ward, wie Sie wissen, in der letzten Zeit der Beschluß gefaßt, sich für die nächsten vier Wochen rein auf die Defensive zu beschränken. Mittlerweile ist in Debrezin der Landtag aufgelöst und bis zum 24. April hierher nach Pest! einberufen worden. Sie sehen, der Muth der Kossuth-Partei ist im Wachsen begriffen. Die nächsten Folgen dieser Zustände können sein, daß das numerisch weit zahlreichere Heer die Oesterreicher, ehe diese Zeit haben, sich zu verstärken, bis Ofen-Pest zurückdrängt, und beide Städte der Schauplatz des fürchterlichsten Kampfes würden. Denn Windischgrätz geht von Ofen nicht so gutwillig fort, wie es am 5. Jan. die Ungarn gethan. Während man Komorn fleißig bombardirt, so daß man die Kanonade bis in die nächsten Berge hierher hört, versuchte Görgey einen Entsatz dahin zu bringen, und zwar von Debrezin aus über Mistolcz, Loschonz, Balassa-Gyarmat. Die Truppen unter Görgey sind indeß geworfen worden; die Brigaden Götz und Jablonowsky rückten in Loschonz ein, wo wenige Tage zuvor ein paar Compagnien — wie es scheint in Folge der Sorglosigkeit ihrer Führer — überfallen und zersprengt worden waren. (A. Z.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 9. April. Auch in heutiger Effectenscheität war das Geschäft von keinem Belang; es geschahen jedoch Abschlüsse in diversen Papieren, und die Course zeigten im Allgemeinen viel Festigkeit, österreichische Fonds waren wegen ihrer Besserung zu Wien um 5. d. M. mehr gesucht. 5pCt. Metall. blieben 77⅛, pCt., 2½pCt. Metall. 41⅛, pCt., Wiener Bankactien 1193 fl., 500 fl. Loose 127⅛ pCt., 250 fl. Loose 80 pCt., Kurh. 40 Rthlr. Loose 27½ Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 28⅛. 25 fl. Ben Ludenbahnen Friedrich-Wilhelms-Nordbahn wie zu Berlin begeben 33¾ Rthlr., Verbach 73pCt., Taunus 288 fl. 3pCt. inländ. Span. wurden anfangs zu 22⅞ pCt. verhandelt, blieben zuletzt aber zu demjenigen Cours angeboten.

Paris, 7. April. Stand der Rente: 5pCt. 88. 75. — 3pCt. 56. 30. — Neue 88. 25. — Neue 3pCt. Span. 31. — Bankactien 2410. — St. Germain-Eisenbahn 430. — Versailles, rechtes Ufer 220. — Linkes Ufer 152. 50. — Paris-Orleans 560. — Paris-Rouen 516. 25. — Orleans-Bordeaux 407. 50. — Rouen-Havre 300. — Marseille-Avignon 220. — Straßburg-Basel 107. 50. — Nordbahn 455. — Paris-Straßburg 372. 50. — Röm. Anlehen 75. 78⅛. 74. 73.

An heutiger Börse geschehen viele complexe Anerbietungen, welches die Course leicht zurückgehen machte.

Madrid, 2. April. 3pCt. 22⅛ Pap., n. d. B. 22¹¹/₁₆ ⅛, G. — 5pCt. 10⅛, G.

London, 6. April. Heute keine Börse.

Amsterdam, 7. April. 4 Uhr. 2½ pCt. Integr. 49⅞ ⅛, — 3pCt. Schuld 35⅞ — 4pCt 77⅛ ⅛, — 5pCt. Act. à 510 pf. St. 9⅛ — 3pCt. inländ. à 6000 fl. 22⅛ — 4pCt. Port. 29. — Russ. 4pCt. bei Hope 82⅛ ⅛. — do. bei Stieglitz 82. — 5pCt. Metall. 73. 72⅛. — 2½ pCt. do. 35⅞ ⅛.

In unserm inländ. Zeuge herrscht wenig Handel noch Variation. Alle fremden Effecten zu niedrigern Coursen angeboten, ohne daß der Handel auch darin von besonderer Lebhaftigkeit war.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Ich erkläre, daß Alles was seither in öffentlichen Blättern über Sr. Maj. des Königs Gebräch mit mir gestanden hat, durchaus nicht der Wahrheit gemäß, vielmehr ganz erfunden ist.
[.045] **Fr. v. Raumer.**

Führer durch die Messe.

Seide-, Wolle-, und Baumwolle-Waaren.

[856] Fabrik-Lager in baumwollenen und wollenen Möbel-Damasten, Sarsenets und Schirtings von **J. Schüler** aus Dingelstädt in Thüringen. Schnurgasse 46.

Das Flanellwaaren-Lager von **A. Herold** aus Dingelstädt ist jetzt Schnurgasse 38. [535]

[526] **Mantillen** nach den neuesten Pariser Modells bei **L. B. Schuster**, Bleichstraße, Nr. 5.

[1022] **Ferdinand Eulenstein**, Saalgasse Nr. 27, empfiehlt sein Leinwand-Lager eigner Fabrik, welches diese Messe wieder aufs Vollständigste assortirt ist.

Kurze und Quincaillerie-Waaren.

[647] **Leonhard Hitz,**
Schirmfabrikant,
empfiehlt sein wohlassortirtes Lager in Regen- und Sonnenschirmen in den neuesten und geschmackvollsten Dessins, sowohl in Seiden als in Baumwolle &c.
Mein Lager befindet sich in Offenbach am Main vis-à-vis der Hauptwache.

Stein-Waaren, Porzellan, Steingut.

Die Porzellain-Fabrik von **C. G. Schierholz** aus Plauen bei Arnstadt empfiehlt während der Messe ihr wohl assortirtes Lager in Lithophanien, Figuren, Vasen und allen der Fabrikation anpassenden Gegenständen. — Logis: **Hôtel Schrödter** Nr. 5. [962]

Commission und Spedition.

☞ **Den resp. Besitzern von Gasthöfen, Weinwirthschaften &c.,** welche einen Wechsel ihres Dienstpersonals beabsichtigen, empfehle ich mich mit tauglichen Köchen, Kellnern, Marqueurs, Köchinnen, Kellnerinnen &c. zu geneigten Aufträgen ergebenst, wobei blos die gesetzliche Einschreib- und Placements-Taxen in Anspruch genommen werden.
Amtlich bestätigtes Dienst- und Stellen-Gesuch-Büreau
[836] von **F. A. Wüst**, Paulsplatz 13 neu.

[926] **Sehr wichtig**
für **Gasthalter**, sowie für **Eisenbahn-, Dampfschiff-** und **Lebens-Versicherungs-Gesellschaften.**

Der Unterzeichnete erlaubt sich hiermit, obige Etablissements darauf aufmerksam zu machen, daß es für sie von wesentlichem Vortheil sein wird, bei herannahender **Sommer-Saison** sich in den **Hauptblättern von Deutschland, Frankreich, England, Holland, Belgien, Italien** und **Spanien** zu empfehlen.

Der Unterzeichnete ist bevollmächtigt, die Annoncen für benannte Blätter, sowie deren Redaction in den bezüglichen Sprachen unter den billigsten Bedingungen zu übernehmen. — **NB. Briefe franco.**

J. P. Greim, General-Agent in Frankfurt am Main,
Döngesgasse Nr. 35 neu (zum Maulbeerbos).

Wechsler- und Effecten-Bureaux.

Lotterie-Comptoir
von **Michael Oppenheimer**, Zeil 47, Hrn **Böhler** gegenüber. [847]

[849] **Coupons und Staatspapiere**
An- und Verkauf bei **Michael Oppenheimer**, Zeil 47, Herrn Böhler gegenüber.

[954] **Staats-Obligationen,**
Lotterie Loose, Eisenbahnactien, Coupons, Banknoten, so wie alle Geldsorten werden zum Tages-Cours gekauft und verkauft bei **J. L. Aub**, Zeil vis-à-vis der Post.

Verschiedene Anzeigen.

Wilhelms-Bad.

Grosses Concert.

Alle Tage von 3 bis 6 Uhr.

Die Leitung des Orchesters, bestehend aus 24 Personen, ist durch die Herren **Appuhn** und **Heller.**

Restauration.

Table d'hôte um 1 und 5 Uhr.

Extra-Züge finden statt an den Feiertagen Sonntag, Montag und Dienstag von **Frankfurt** um 12½, 3, 5, 7 und 9 Uhr.
„ **Hanau** „ 2, 4, 6 und 8 „ [1016]

[1021] **Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.**

Dritte ordentliche General-Versammlung.

In Gemäßheit § 36 der Statuten werden die Actionäre der Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu der

Samstag den 21. April, Vormittags 9 Uhr,

in dem auf den Einlaßkarten bezeichneten Locale dahier stattfindenden ordentlichen General-Versammlung eingeladen.

Diejenigen Actionäre oder deren Bevollmächtigte, welche in dieser Versammlung zu erscheinen gedenken, haben sich am 12. und 13. April, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, über ihre statutenmäßige Qualification (§ 37) auf dem Büreau der Gesellschaft (Börsengebäude) zu legitimiren (§ 38) und die Bescheinigung hierüber in Empfang zu nehmen.

Diese Legitimation wird zu bewirken sein: von den Actionären durch Angabe der Nummern der auf ihren Namen in die Register der Gesellschaft eingetragenen Actien; von den Bevollmächtigten außerdem durch Einreichung ihrer Vollmachten.

Am 18. und 19. April, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, können sodann von den Berechtigten die zum Eintritt in die Versammlung erforderlichen nur für ihre Person gültigen Einlaßkarten gegen Rückgabe der obgedachten Legitimations-Bescheinigung auf dem Büreau der Gesellschaft in Empfang genommen werden.

Frankfurt am Main, den 7. April 1849.

Der Verwaltungsrath
der Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

[823] **Chemisches Laboratorium zu Wiesbaden.**

Der Sommercursus in der praktischen Chemie für Chemiker, Pharmaceuten, Landwirthe, Bergleute, Gewerbtreibende &c beginnt am 1. May, desgleichen die von mir im Sommersemester zu haltenden Experimental-Vorlesungen über allgemeine und analytische Chemie.

Chemische Analysen von Natur- und Industrie-Produkten jeder Art übernimmt das chemische Laboratorium zu festen und billigen Preisen.

Professor Dr. R. Fresenius.

Sehenswürdigkeiten.

Große Vorstellung des Monster-Elephanten nebst einem ihm befreundeten spanischen Pferde mit Abwechslungen täglich von Montag dem 9. April an von Morgens 10 bis Abends 8 Uhr. Die Fütterung wird um 11, 2, 3, 4 und 5 Uhr stattfinden. Um 6 Uhr Hauptfütterung, wo man zugleich sehen kann, wie er 6 bis 8 Eimer Wasser verschlingt, und auf welche Weise er sich des Rüssels bedient, um das Wasser zu sich zu nehmen. Um 7 Uhr letzte und große Fütterung. Der Schauplatz befindet sich Schäfergasse vis-à-vis dem „Sächsischen Hofe".

Weinversteigerung.

An gräflich v. Schönborn'schen Weinen werden Mittwoch den 18. April d. J., Vormittags 10 Uhr anfangend, dahier öffentlich versteigert:

a. vom Lager zu Hattenheim:

2	Stück	Hallgartener,	1847er.
2	„	Hattenheimer,	
½	„	Lorcher,	
5½	„	Rüdesheimer,	
1	„	Assmannshäuser,	
3	„	Hallgartener,	1848er.
5	„	Hattenheimer,	
1½	„	Kläuser,	
2	„	Lorcher,	
1	„	Mittelheimer,	
3	„	Marcobrunner,	
3	„	Pfaffenberger,	
3½	„	Rüdesheimer,	

b. vom Lager zu Geisenheim:
3 Stück Geisenheimer 1847er,
5 „ „ 1815er.

c. vom Lager zu Hochheim:
4 Stück Hochheimer 1847er.

Proben an den Fässern können am 16. und 17. l. M. erhalten werden; am 18. ejusd. werden solche nur während der Versteigerung gegeben.

Hattenheim, den 25. März 1849.

Gräflich v. Schönborn'sches Rentamt.
[894] C. Volz.
Lienhardt.

[918] **Friedrich Wilhelms Nordbahn.**

Von den Certificaten 18. Termins Nr. 49,654, 49655, 58574 und 73490 ist bis jetzt die Ratenzahlung 19. Termins (1. Februar 1849) nicht geleistet worden. Die Besitzer jener Certificate werden daher hierdurch aufgefordert, unter Einlieferung derselben die gedachte Ratenzahlung nebst Erlegung von 2 Thlr. Conventionalstrafe für jedes Stück binnen vier Wochen an die Gesellschaftskasse dahier zu bewirken, widrigenfalls dem §. 21 des Statuts gemäß jene Certificate für ungültig werden erklärt werden.

Cassel, den 29. März 1849.

Die Direction der Friedrich Wilhelms Nordbahn.
A. Schwarzenberg.
Dr. Eisenberg.

Kaufmännische Lehr- u. Erziehungsanstalt.

Am 16. April beginnt in meiner Anstalt das neue Schuljahr. Die geehrten Eltern, welche mir die Erziehung ihrer Söhne anzuvertrauen geneigt sind, ersuche ich ergebenst, dieselben bis dahin bei mir anmelden zu wollen.
[841] **F. J. Lauber**, Director.

[951] **Versteigerungs-Anzeige.**

Montag den 16. und Dienstag den 17. April Vor- und Nachmittags, werden auf freiwilliges Anstehen des Herrn G. D. Keßler, Unternehmer des Stadtfuhrwerks dahier, der größte Theil seines Inventars, bestehend in:

45 bis 50 egale Wagen- und Dienstpferde und 6 Reitpferde,
60 zum Theil elegante Wagen, wobei 36 ein- und zweispännige Droschken mit Glasvorderdeck,
8 einspännige sogenannte Bigilants (auf dem Verdeck mit Gallerie für das Gepäck), 4 leichte Tilburys, die Sitze zum Wechseln, 6 Omnibus, wobei ein ganz neuer Einspänner, (NB. diese sämmtliche Wagen sind auf Druckfedern) und 6 verschiedene ein und zweispännige Chaisen
Leiter- und Kastenwagen, Lackirer- und Fourage-Wägelchen, Schlitten und Schlittenkufen, eiserne und hölzerne Dungkarren, viele Garnituren, neue und gebrauchte Druckfedern aus der Fabrik von W. Lihn in Remscheid, neue und gebrauchte Räder, Lannen &c., 50 schwarze, weiße und gelb plattirte ein- und zweispännige Pferdegeschirre, lederne und wollene Pferdedecken, Glockengläute, Stallhalftern, Trensen, Sattelzeug, Gießkannen, Stalleimer, Schmierbödc, eine englische Strohschneidemaschine, eine Hausspritze und viele Stallutensilien,

in dem Locale der Anstalt, Altegasse Nr. 31 neu, gegen baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

C. Belschner, Ausrufer.

Dampfschifffahrts-Gesellschaft für den Nieder- und Mittel-Rhein.

Unterzeichnete Stelle bringt hierdurch zur Kenntniß der Actionäre der Gesellschaft, daß die laut Art. 12 des Statuts festgesetzte alljährliche Generalversammlung der Betheiligten für dieses Jahr auf

Samstag den 12. Mai, Morgens 10 Uhr,

im Saale des Gasthofes zum „Breitenbacher Hofe" hierselbst anberaumt worden ist.

Demgemäß werden sämmtliche Actionäre hierdurch ergebenst eingeladen. Eintrittskarten für die Actionäre oder deren Bevollmächtigte (für letztere mit Rücksicht auf den Art. 14 des Statuts unter der Bedingung der Vorlage der Vollmacht) können am vorhergehenden Tage in dem Gesellschaftslocale der Gesellschaft in Empfang genommen werden.

Düsseldorf, 10. April 1849.

Die Direction:
Luckemeyer. Wülfing.
[1028] C. Metzer, Sub-Director.

Versteigerung moussirender Weine.

Dienstag den 20. April, Nachmittags 3 Uhr, werden auf freiwilliges Anstehen

circa 1100 Flaschen moussirende Weine von vorzüglicher Qualität

in der Behausung Nr. 35 neu große Eschenheimer Gasse gegen baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert.
[906] C. Belschner, Ausrufer.

Wasserheilanstalt Mühlbad bei Boppard am Rhein.

Für die Badesaisen des laufenden Jahres wird obgenannte Anstalt vom 1. März ab dem Publikum wieder geöffnet sein. Bei der steigenden Frequenz, deren sie bisher sich zu erfreuen hatte, und die namentlich im verwichenen Jahre noch so bedeutend war, daß Mangel an Raum entstand und längere Zeit hindurch Gäste dislocirt werden mußten, bittet man diejenigen, welche sie zu besuchen die Absicht haben, mit ihren Anmeldungen nicht allzulange zu zögern, besonders dann, wenn sie auf schöne und bequeme Wohnungen reflectiren. — Näheres bei dem in der Anstalt wohnenden Arzte, Kreisphysikus Dr. Heusner.
[750]

[727] **Weinversteigerung.**

Montag den 16. April nächstkün. des Morgens 10½ Uhr anfangend, lassen die Gutsbesitzer **Kollet, Brun** und **Klein** in Bärsenheim bei Bingen am Rhein, Präsident Kollet in Kaiserslautern, Hypothekenbewahrer Brück und Advocat Lehne in Alzey, in genannten Bädesheim, ihre nachverzeichneten in den besten Lagen der dasigen Gemarkung erzielten Weine, worunter namentlich mehrere Nummern Scharlachberger Auslese, öffentlich versteigern, nämlich:

6	Stück	1845er,
40	„	1846er,
40	„	1847er,
30	„	1848er,
20	Ohm	rother 1846er.

Die Weine lagern zu Bädesheim in den Kellern der Versteigerer, woselbst Küfermeister Adam Krämer auch schon vor der Versteigerung an den Fässern die Proben zu verabreichen beauftragt ist.

[993] Da die nöthige Anzahl von Arbeitern beim Festungsbau nunmehr angenommen ist, so macht die unterzeichnete Stelle bekannt, daß sie von jetzt an gar keine weitere Arbeiter mehr anstellen wird.

Ulm, den 2. April 1849.

Die Reichsfestungsbaudirektion.

[914] Bei Ed. Anton in Halle ist so eben erschienen, und durch alle Buchhandlungen zu haben: in Frankfurt a. M. in der Andreäischen Buchhandlung:

Leo, H., Lehrbuch der Universalgeschichte, 1. Bd., die Einleitung und die alte Geschichte enthaltend. 3 zum Theil umgearbeitete Aufl. gr. 8. Preis 2 Thlr. 18½ Sgr.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Konversationsblatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Dienstag (Beilage zu Nro. 85.) 10. April 1849.

× Entweder die Verfassung oder die Revolution.

Die Nationalversammlung wird die Frist von vierzehn Tagen, welche der König von Preußen für die Abgabe seiner Erklärung über die auf den Grund der Reichsverfassung vom 28. März ihm übertragene Oberhauptswürde verlangt hat, nicht verweigern können. Bis zur nächsten Sitzung, Mittwoch den 11. April, ist die eine Hälfte schon verstrichen; wird der Bericht der Deputation zur Vorberathung an einen Ausschuß verwiesen, so läuft auch die zweite Hälfte ab, ohne daß die Versammlung von dem ordentlichen Geschäftsgange abgewichen wäre. Inzwischen werden die Bevollmächtigten der Regierungen berathen und beschließen, sie werden auf die öffentliche Meinung hören, die sich in der Presse kund gibt. Die freie Presse allein hat bis jetzt ihre Schuldigkeit gethan; in allen ihren deutschen Organen ist sie für die Verfassung vom 28. März und gegen die Halbheit und Unschlüssigkeit zu Berlin in die Schranken getreten. Die preußischen Kammern haben die Erwartung der Nation getäuscht; die allgemeine Stimme ruft ihnen zu, sich zu ermannen, den ärgerlichen Parteihader fallen zu lassen, für Deutschlands Einheit und Freiheit ihr gewichtiges Wort zu sprechen, bevor es zu spät ist. Allmälig erhebt sich auch das Volk und spricht unmittelbar oder durch seine Körperschaften zu den Regierungen. Aus allen Gegenden Preußens nicht nur, aus den Hansestädten, von den Gestaden der Nordsee bis an den Oberlauf der deutschen Ströme schwillt höher und stärker der Ruf nach dem Reiche, nach seiner Form und seinem Haupte, nach der endlichen Gestaltung eines freien, deutschen Vaterlandes. Wehe den Fürsten, welche diesem Rufe ihr Ohr verschließen, welche an dem Werke, das die Nation geschaffen und errungen, zu drehen und zu zerren versuchen! — Doch, schon vernimmt man, daß der Großherzog von Mecklenburg nicht mehr der einzige deutsche Fürst ist, welcher die Uebertragung der Kaiserkrone an Preußen auf den Grund der Verfassung vom 28. März gewünscht und unterstützt hat. Es werden wenige, es wird wohl nur Einer zurückbleiben. Bayern, wo die Hofblätter und Blumauer'o Harppen das Reich mit unsäthigen Worten besudelu, Bayern will die Verfassung und das Oberhaupt nicht annehmen. Gut; — man wird ihm weder die eine noch das andere aufzwingen; nicht durch äußere Gewalt, sondern durch den Drang der inneren Nothwendigkeit soll Bayern dem Reiche zugeführt werden. Will es sich nicht stark fühlen als Glied eines großen Ganzen, eines freien und einigen Deutschlands, so mag es sich nach wie vor gängeln lassen von der Metternich'schen Politik und mag diesen Zustand Selbstständigkeit und Unabhängigkeit nennen. Die bayerische Kammer aber und ihre Wähler mögen sich der Freiheit erfreuen, um deren Willen Bayern auf dem Wiener Congresse sich der Gründung eines Bundesstaates widersetzt und den Staatenbund verlangt hat. Diese Freiheit werden sie durch Absonderung von dem deutschen Reiche wieder gewinnen, der Hof und seine Partei steuern mit vollen Segeln darauf los. Die Deputation wird in ihrem Berichte nichts Neues, vielleicht nicht Alles, was bereits bekannt ist, sagen können. Man weiß, daß Graf Brandenburg am 2. April erklärt hat, die Regierung betrachte die Verfassung als giltig für die Staaten, welche sie annehmen wollen; daß die Annahme der Wahl in diesem Sinne als eine ausgemachte Sache betrachtet wurde; daß aber der König am Vorabende durch österreichisch-russischen Einfluß auf die Höhe seiner eigenen Richtung gesteigert, Krone und Verfassung nur aus den Händen der Fürsten einer Annahme würdig erklärte, und der Deputation der Nationalvertretung den Grad der Achtung bezeigte, welchen er einer aus dem Volke hervorgegangenen Körperschaft und ihrem Werke zollt; daß die Deputation, hierüber entrüstet, ihre Erklärung abgab, wonach die Antwort des Königs als eine Ablehnung der Wahl angesehen wird, eine Ansicht, die wohl einer Auslegung insoweit bedarf, als die Ablehnung nur für den Augenblick galt, die endgiltige Erklärung vorbehalten blieb. Man weiß, daß am 4. April das Ministerium den Kammern die Circulardepesche an die deutschen Regierungen mittheilte, wonach der König den Ausspruch der Fürsten und freien Städte über die Verfassung und die Kaiserwahl erwartet, und sich zur Uebernahme der Stelle eines Reichsverwesers erbietet, unter der irrigen Voraussetzung, daß Erzherzog Johann dieselbe verlassen habe. Es ist bekannt, daß die Kammern, für welche das Ministerium Brandenburg-Manteuffel eine unabänderliche Größe zu sein scheint, einen Beschluß für die Verfassung vom 28. März und die Kaiserwahl nicht erzielt haben. Die Deputation wird uns nichts sagen können, was wir nicht schon wissen, zumal da sie nicht so glücklich war, Herrn Heckscher in ihrer Mitte zu besitzen, um die Freuden unterwegs zu beschreiben. Aus Allem kann für den Augenblick nichts Anderes gefolgert werden, als daß der Ablauf der Frist von der Versammlung mit Ruhe, von der Nation mit Bewegung abzuwarten ist. Zeigt es sich, daß die Fürsten den König von Preußen auf den constitutionellen reformatorischen Boden zurückführen können und wollen, auf welchem ihn weder seine Minister noch die Kammern festhalten konnten, so ist das nächste Ziel, welches sich die Nation gesteckt hat, erreicht. Wird dagegen die Fahne des göttlichen Rechtes der Könige noch einmal aufgepflanzt, um den Willen und das Bedürfniß der Nation zu brechen, so wird ihr gegenüber die Fahne der Revolution sich erheben, sie wird das Ziel erreichen, aber der Abschnitt vom Reichsoberhaupt nebst manchem Andern wird dann nicht stehen bleiben. Die Nationalversammlung kann von der Verfassung vom 28. März nicht ablassen; sie wird keine bessere, keine andere zu Stande bringen. Sind Aenderungen nöthig, und sie werden nöthig, wenn nicht alle Staaten beitreten und gegen die zurückbleibenden kein Zwang geübt werden soll, so wird der erste Reichstag sie beschließen. Der Reichstag aber kann, falls Preußen nicht an die Spitze tritt, durch Beschluß der Nationalversammlung berufen, und die provisorische Centralgewalt mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt werden. Das Directorium wäre dann erst möglich, wenn der Bundesstaat als unmöglich erkannt wird, denn das Directorium ist der Staatenbund, und Oesterreich hat vollkommen recht, wenn es mit diesem ein Volkshaus unvereinbar findet. Der bayerische Zwittergedanke eines Directoriums mit einem Volkshause ist eine Täuschung, denn an eine so schwache Spitze wird kein größerer Einzelstaat diejenigen Rechte abgeben, welche die Centralgewalt im Bundesstaate haben muß, um ihre Zwecke zu erreichen. Deutschland hat die Wahl zwischen der Verfassung vom 28. März und der Revolution. Ein Drittes können wir uns nur denken als kurze Uebergangslinie zu der einen oder der andern.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

§ **Schleswig**, 6. April. Das schöne stolze Linienschiff „Christian VIII." ist vernichtet; zwei dänische Flottencapitäne, zwei Aerzte, zwei Cadetten, überhaupt 2—300 Menschen und mit demselben in die Luft gegangen. Die „Gefion" hat sich an die Schleswig-Holsteiner ergeben. 800 Gefangene, unter denen 500 Landungstruppen, sind in unsere Hände gerathen. „Es ist der Todesstreich Dänemarks," hat der gefangene Admiral Paludan in seinem Bericht, den er durch unsere Behörden nach Kopenhagen übersandte, geschrieben. Die Südbatterie am Strande beschoß das Linienschiff mit glühenden Kugeln. Vergebens suchte man die brennende Stätte seit Mittags 12 Uhr. Man bemühte sich das Schiff zu senken, um dem Flammenmeere zu entgehen. Von da an war an eine Rettung nicht mehr zu denken. Daher das Parlamentiren. Ein Parlamentär an die Civil- und Militärobrigkeit der Stadt Eckernförde wurde an den Befehlshaber der Strandbatterie, den Hauptmann Jungmann, gewiesen. In diesem Schreiben war die Aufforderung enthalten, mit dem Schießen einzuhalten, dann würde auch das Linienschiff sein Feuern einstellen, indem man wegen der weiteren Folgen, die sonst für die Stadt daraus entstehen könnten, alle Verantwortung ablehne. Die Bürger und ihr Bürgermeister erklärten aber, daß es auf die Folgen, die aus diesem Fall für die Stadt erwachsen könnte, jetzt nicht ankomme, sondern daß man das Schiff sich nicht entgehen lassen wolle. Jungmann gab den Dänen eine Frist bis vier Uhr Nachmittags, wo sich die Dänen erklären sollten, ob sie sich ergeben wollten. Die Zeit verstrich; die Batterie schwieg noch, aber die ungeduldigen Nassauer begannen mit ihrer Batterie zu spielen, namentlich als man bemerkte, daß zwei Böte die „Gefion" wegbugsiren wollten. Noch wehte der Dannebrog auf dem Linienschiffe; endlich gegen acht Uhr sank er! Da brach großer Jubel am Lande aus. Man stieß mit Kähnen und Böten ab und ruderte auf das Linienschiff hin. Das zweite Boot besteg der siebzigjährige Admiral Paludan. Bis an die Brust mußten die Meisten ins Wasser springen, um das Land zu erreichen, aber sie thaten es gerne; die Rettenden kannten die Gefahr nicht, Wenige auf dem Lande wußten, wie es eigentlich mit dem Schiffe stand, bis sich das Feuer mächtiger verbreitete. Ein Unteroffizier, Prauß, von der schleswig-holsteinischen Batterie, nahte sich demselben, um von Neuem von den unglücklichen vom Feuertod bedrohten Dänen ans Land zu bringen. Ein entsetzlicher Knall, der bis in die Stadt Schleswig gehört ward, und der stolze Bau war nicht mehr! Die mächtigen Anker, die Kanonenkugeln und Stücken flogen prasselnd hoch in die Luft und schlugen krachend in die Erde nieder. Das Schiff hat noch kurz vor der Explosion seine Lage geändert, weil das Ankertau abgeschossen worden war. Der Herzog von Koburg-Gotha umarmte Jungmann und lobte die Kaltblütigkeit der Truppen. Das ist ein seltner Sieg. Dänemarks Stolz hat die nieste Niederlage erlitten. Vier Schiffe fast unfähig, eines vernichtet, eines genommen und die andern Dampfschiffe stark beschädigt von einer 18pfündigen und 84pfündigen Batterie. In früheren Zeiten strichen die Batterien die Fahnen, wenn sich Schiffe nahten. Der stolze Wahn, daß dies hier auch geschehen werde, hat jene Flotille in den Meerbusen geführt. Das Linienschiff und der „Gefion" mit 500 Mann Landungstruppen würde dann immer in bedrohlicher Stellung der Stadt gegenüber geblieben sein, um ein nicht unbedeutendes Truppencorps zur Deckung Rendsburg vom Wegzuge nach dem Norden abzuhalten. Die Bürger der Stadt Eckernförde haben sich würdig benommen. Das erste deutsche Linienschiff werde nach dieser Stadt benannt. Einer der dänischen Offiziere so wie die Verwundeten sollen die Absicht ausgesprochen haben, sich mit in die Luft sprengen zu lassen! Das ist der alte dänische Seemannsmuth, den man hoch ehren muß. Es ist ein tragisches Ereigniß und von unberechenbaren Folgen. Wir können auf eine Katastrophe in Kopenhagen gefaßt sein.

In der „Gefion", der besten dänischen Fregatte, lagen 40 Todte; das Innere sah entsetzlich aus. Das Steuerruder war abgeschossen, und dadurch wurde die Fregatte abgehalten, das Meer zu suchen. Schleswig-holsteinsche Matrosen haben dieselbe schon besetzt. Heute zeigten sich 5 dänische Schiffe. Wie man sagt, hat das eine Dampfschiff, welches heute als Parlamentär erschien, die Aufforderung gestellt, daß man die „Gefion" und die gefangen genommenen Matrosen herausgeben solle, weil man sonst Eckernförde bombardiren werde. Die Matrosen, die Soldaten sind bereits nach Rendsburg abgeführt. Beseler hielt eine Rede an die Kanoniere und versprach, daß sie gut belohnt werden sollten. Der Rumpf des Linienschiffes brennt noch.

Das frühere Mitglied der gemeinsamen Regierung, der Landvogt Boysen, ist wieder zurückgekehrt, um das Departement des Innern zu übernehmen, indem Herr Regierungsrath v. Harbou das Departement der auswärtigen Angelegenheiten und des Cultus beibehalten wird. An die Stelle des Ritter Bunsen wird jetzt eine neue Wahl stattfinden. Für den vierten Schleswigschen Wahldistrict, Bezirk III. oder für die Stadt Schleswig ist die Wahl auf den 10. d. M. so eben angesagt worden. Die Landesversammlung so wie der Krieg hat bisher jede Vorberathung hier behindert. Heute traf abermals preußische Landwehr sowie das 7. Jägercorps ein. Nicht bloß am 3., sondern auch am 4. d. M. hat man sich in Sundewitt geschlagen. Am 4. blieben 7 Jäger. Apenrade war von den Dänen besetzt, die Flüchtlinge wurden auf der offenen Chaussee, die sich eine Viertelmeile am Strande hinzieht, von den Schiffen im Apenrader Meerbusen aus beschossen. Ein Ziegeleibesitzer, zu dem sie sich retteten, wurde getödtet. Die Deutschen stehen wieder in unsere Apenrade und Gravenstein nach so eben eingegangenen Nachrichten.

§ **Altona**, 7. April. Mit dem heutigen Mittagsbahnzug ist aus dem Norden nichts wesentlich Neues eingetroffen; die Dänen haben Apenrade verlassen, das hierauf von schleswig-holsteinischen Bataillonen besetzt wurde. Jenseits Gravenstein stehen die dänischen Vorposten und man erwartet, daß sich der Feind bald im Sundewittschen wieder wird sehen lassen. Es ist der Wunsch des diesseitigen Oberbefehlshabers der deutschen Streitkräfte, daß die Dänen bis diesseits Hadersleben, das man hat sie besetzen lassen, vorrücken, damit in der Ebene von Bau ein entscheidendes Gefecht gegen den Feind geführt werden könnte. Dies fürchten die Dänen und deßhalb halten sie sich nahe an den Küsten und tauchen bald an diesem, bald an jenem Punkte auf, ohne sich tiefer landeinwärts zu wagen. Wie wir aus sicherer, verläßlicher Hand erfahren, sollen die Dänen in den letzten Tagen den Plan gehabt haben, zu gleicher Zeit auf zwei Punkten in der Richtung von Eckernförde nach Kiel, und zwar bei Eckernförde selbst und bei Bülk oberhalb Kiel zu landen, um mit stärkeren Truppenmassen die Unsrigen in Flanke und Rücken anzugreifen; denn es hat sich ergeben, daß in Begleitung des „Gefion" und des Linienschiffes „Christian VIII." sechs Transportschiffe waren, die sich indeß, als sie unsern in See wahrnahmen, wie es diesen beiden Kriegsschiffen ergangen, rechtzeitig und mit heiler Haut davon machten. Es sei mir vergönnt, in einigen Worten auf die denkwürdige, der schleswig-holsteinischen deutschen Tapferkeit und Ausdauer ruhmbringende Affaire bei Eckernförde zurückzukommen, weil die Größe dieses Ereignisses von tiefgreifender Bedeutung ist. Das Kriegsschiff „Gefion", das im vorigen Jahre bei Curhaven manches deutsche Schiff genommen, das Linienschiff „Christian VIII.", ein während der Dauer des Waffenstillstandes neugebautes gutarmirtes und große Summen kostendes Schiff, diese zwei Perlen der dänischen Marine, haben sich vor der Entschlossenheit und Kaltblütigkeit deutscher Kampfesenergie beugen müssen. Ohne Zweifel hat die Natur durch den starken Ostwind, welcher genannten Schiffen im Vorwärtskommen hinderlich war, einen bedeutenden Antheil an dem glücklichen Ereignisse; indessen wird die Bedienung der Batterien auf südlicher und nördlicher Seite des Eckernförder Hafens vorzüglich gerühmt, ebenso sollen die Strandbatterien insbesondere mit einer bewunderungswürdigen Schnelligkeit und Präcision auf die feindlichen Kriegsschiffe gefeuert haben. Die Kanonade dauerte 7 volle Stunden und zwar mit einer solchen Heftigkeit, daß die Erde in einem Umkreis von sechs Meilen erröhnte, die Bewohner Eckernfördes aus ihren Häusern gingen, weil sie glaubten, daß durch die Erschütterung manches schwache Gebäude zusammenstürzen könnte. Von der Kanonade kann sich ungefähr einen Begriff machen, wer bedenkt, daß das Linienschiff allein, welches 84 zwölfpfündige Kanonen am Bord hatte, 86 glatte Lagen gegeben. Die glühenden Bombenkugeln der schleswig-holsteinischen Batterien gaben den Ausschlag. Das Linienschiff mit 200 Seesoldaten ist in die Luft gegangen, von der „Gefion", der ein Steuerruder abgeschossen wurde, die aber sonst nicht sehr beschädigt ist, weht die deutsche Flagge weithin in die See. Die Capitäne der beiden Schiffe, Paludan und Mayer, und die gerettete Mannschaft, 750 Gefangene, sind nach Flensburg gebracht worden. Der Jubel der Bevölkerung ist groß. Unter ähnlichen Verhältnissen weiß die Geschichte wenig dergleichen aufzuführen, als dieser Fall ist. Dem Herzog

von Koburg-Gotha, welcher im stärksten Kugelregen stand und die Artillerie leitete, gebührt der Dank des Vaterlandes; er ist ein energischer, entschlossener Mann, der es mit der gerechten Sache ehrlich meint. Schließlich noch eine Bemerkung der Berlingschen in jüngster Nummer, wo es heißt, daß durch einen energischen Schlag den noch obschwebenden Verhandlungen eine günstige (!!) Wendung gegeben werden könne. Dies erläuternd meine im Eingange des Briefes erwähnte Thatsache, daß die Dänen bei Eckernförde und oberhalb Kiel landen wollten, was jedoch so total mißglückt ist, daß man in Kopenhagen ob der Kunde vom Verluste zweier Kriegsschiffe einstweilen auf andere Gedanken kommen wird.

Aus **Kiel** vom 5. April wird dem „Altonaer Merkur" ein Bericht über die dänische Niederlage bei Eckernförde eingeschickt, woraus wir Folgendes entnehmen: Vielleicht ist auch ein Dampfschiff verloren, welches heute Abend dienstunfähig nicht weit von Noer lag, während ein anderes Dampfschiff, gleichfalls sehr beschädigt, mit Mühe sich entfernte. Eine nassauische Batterie Sechspfünder, welche bei Gettorf stationirt war und nach dem Strande bei Schuellmark eilte, hatte das Glück, daß eine ihrer ersten Kugeln den Räderkasten eines feindlichen Dampfschiffes traf und die Maschinerie schwer beschädigte.

Verlust der Dänen auf dem in die Luft gesprengten Linienschiff reichlich 200 Mann, von denen schon früher wohl manche getödtet waren, und auf der „Gefion" 35 Todte und 50 großentheils schwer Verwundete. Offiziere todt von „Christian VIII.": der zweite Befehlshaber Cap. Krieger, Cap. Morstrand, Lieutenant Ulstrup, Landsoldatenanführer Cap. Gudenberg und ein anderer Offizier. Offizier Skidstedt von der „Gefion" schwer verwundet. Gefangen etwa 900, worunter etwa 16 bis 20 Offiziere und Cadetten. Auch ein Neffe unseres Majors Michelsen ist dabei. Verlust der Schleswig-Holsteiner, außer Preuß, nur einige sehr leicht verwundet; Preußische Infanterie 1 todt, 3 verwundet. Nassauer Halbbatterie 2 Pferde todt. Dies das Resultat des Kampfes von fast 140 schweren Schiffsgeschützen gegen etwa 10—12 (bis auf 2) leichte Geschütze. Die 18-Pfünder haben am meisten gewirkt. Der Verlust der Dänen an Menschen und Schiffswerth ist sehr groß, es waren die besten und größten kampffähigen Schiffe; aber unendlich größer ist die moralische Niederlage für die Marine.

Von der Elbe erhalten wir noch einige briefliche Nachrichten über den schönen Sieg vom 5. April. Auf der Locomotive, welche die Nachricht von demselben nach Altona brachte, wehte eine große deutsche Fahne. — Der Christian der Achte, ein Linienschiff von 84 Kanonen, gilt für eines der schönsten Fahrzeuge der dänischen Marine, und die Fregatte Gefion, von 42 Kanonen, welche im vorigen Jahre die Elbe blockirte, unbedingt für das allerschönste. Die letztere ist bereits mit deutschen Seeleuten bemannt, und wird uns von großem Nutzen sein. Es war eine bodenlose Frechheit, zu welcher nur dänischer Uebermuth sich versteigen konnte, daß sie sich in die „Eckernförder Mausefalle" wagten. Der Jubel ist hier unbeschreiblich. Sogar die mehr als vorsichtige Hamburger Börse hat die deutsche Flagge aufstecken lassen. — Die dänischen Schiffe kannten das Fahrwasser in der Bucht nicht genau, und ohnehin wehete Ostwind. Der Christian der Achte gerieth auf eine Untiefe, und war so dem Feuer unserer deutschen Strandbatterien ausgesetzt; jetzt wollte er parlamentiren, erklärte Eckernförde nicht bombardiren zu wollen und signalisirte nach einem Dampfschiffe. Der Herzog von Sachsen-Gotha, der sich dem stärksten Kugelregen aussetzte, benahm sich wie ein wackerer deutscher Mann; er ließ den Dänen sagen: sie könnten thun, was sie wollten, er aber lasse so lange auf das Schiff feuern, bis es sich ergebe oder zum Teufel fahre. Das Dampfboot näherte sich, erhielt aber von der nassauischen Batterie so heißen Empfang, daß es schwankend und unsichern Laufes die Flucht antrat; es ist so zugerichtet, daß es sich im nächsten besten Hafen ausbessern lassen muß, also vorerst unschädlich. Die deutschen Batterien sind trefflich bedient worden; die Leute alle thaten ihre Pflicht, einer wie der andere, fast keine Kugel ging fehl. Es war ein großartiger Anblick, als der Christian sich in dunkeln Rauch hüllte, aus welchem dann gleich Feuersäulen schlängelnd emporstiegen und sich an Masten und Tauwerk hinaufwanden. Feuerstücke flogen dazwischen wie ungeheure Sternschnuppen in düsterer Nacht. Nach und nach ergriffen lodernde Flammen das Düstere des schwarzen Rauches, und nun erschien das Schiff wie eine einzige Feuermasse. Dann rollte ein fürchterlicher Donnerschlag über die weite Fläche und der „Christian der Achte" flog in die Luft. Die „Gefion" hatte sich in ein falsches Fahrwasser locken lassen, gerieth gleichfalls auf den Strand und unter unsere Batterien. Sie ergab sich mit der ganzen Besatzung, sonst wäre auch sie in die Luft gesprengt worden. Das Feuer der Pairhansgeschütze gegen die Schiffe war von großer Wirkung. „Christian VIII." soll 1½ Mill. Rthlr. gekostet haben, das schönste Linienschiff von 84 Kanonen; die Fregatte circa 40 bis 48 Kanonen, und dagegen die unbedeutenden Landgeschütze. Wenn es nicht Augenzeugen gesehen hätten, kein Mensch würde es glauben.

Admiral Paludan und Capitän Meyer haben als Gefangene bei der Landung dem Herzog von Coburg persönlich ihre Degen überreicht. In Flensburg, Eckernförde, Kiel, Altona, Hamburg, allüberall grenzenloser Jubel über das Ereigniß.

Deutschland.

** **Berlin**, 7. April. Nichts erheblich Neues. Die Gerüchte von einem nahen Rücktritt des Ministeriums erhalten sich, sei es auch nur deßhalb, weil man denselben wünscht. Wenn vielleicht auch nicht wahr, so doch wahrscheinlich ist, was man sich heute erzählt: es habe nämlich das Gesammtministerium am Donnerstag Abend, gleich nach dem Schluß der Sitzung der zweiten Kammer, seine Entlassung angeboten, dieselbe sei aber nicht angenommen worden.

)(**Hanau**, 9. April. Der hiesige politische Verein hat in seiner Generalversammlung am 7. d. M. nachstehende an die kurhessische Staatsregierung gerichtete Adresse einstimmig angenommen:

„**Hohe Staatsregierung!** Glaubhaften Nachrichten in öffentlichen Blättern zufolge hat die preußische Regierung, jetzt, nach der durch die Nationalversammlung bewirkten Vollendung der deutschen Verfassung, das hinsichtlich dieses von den Edelsten der Nation längst verworfene Princip der Vereinbarung wieder aufgestellt, und ihm gemäß die übrigen deutschen Regierungen zur Abgabe von Erklärungen über ihren Eintritt in den Bundesstaat, die deßfallsigen Verhandlungen, und die der Nationalversammlung, sowie den von ihr gefaßten Beschlüssen gegenüber einzunehmende Stellung, aufgefordert. Tief, ja bis in das Innerste, sind wir hierdurch erschüttert, und mit klarem Blick sehen wir unserm Vaterland Gefahren nahen, welche wir in freier Innerheit als glücklich beseitigt betrachteten! — Aber noch können diese Gefahren vielleicht vermieden werden, noch bleibt die Hoffnung, daß Deutschland ohne weitere innere Kämpfe zur Umgestaltung gelange, wenn die Regierungen nur in diesem Augenblick noch mit wahrer Treiheit so handeln, wie es die Pflicht von ihnen fordert! — Vertrauend legte das deutsche Volk im Frühling vorigen Jahres die Bestimmung seiner Geschicke nieder in die Hände von ihm selbst gewählter Vertreter, jubelnd begrüßte es den Ausspruch derselben, daß nur sie Deutschlands Verfassung bestimmen würden, und machte sich denselben nicht allein selbst zu eigen, sondern sandten in der Zuversicht auf dessen Unumstößlichkeit auch einen Trost dafür, daß noch Vieles sich nicht so rasch entwickelte, wie man erwartet hatte. — Sollte nun aber auch dieser Trost ihm entrissen werden, sollte es einsehen lernen, daß man ihm denselben nur zertreute als Beruhigungsmittel gelassen, dann werden auch diejenigen, welche sich bisher fern von der Umsturzpartei gehalten haben, welche das wahre Wohl des Vaterlandes stets nur in gesetzlicher Freiheit erblickten, auf den Ruf der Nationalversammlung sich wie ein Mann erheben, um mit vereinten Kräften das von dieser geschaffene Werk aufrecht zu erhalten und gegen jeden Angriff zu vertheidigen. Was kann also natürlicher, was dem Wohle des Ganzen förderlicher sein, als daß die Regierungen auch in dieser Hinsicht sich nicht absondern von dem Volke, das auch sie übereinstimmend mit dem Willen dieser, die von der Nationalversammlung gegebene Verfassung als rechtsgültig anerkennen und dadurch nicht allein in kluger Vorsicht den drohenden Gefahren vorbeugen, sondern auch den Beweis liefern, daß diejenigen, die ihr Vertrauen auf sie bisher gesetzt haben, sich nicht täuschten. — Deßhalb hoffen, deßhalb erwarten wir, daß oben berührte Aufforderung der preußischen Regierung von allen Seiten durch die Erklärung des unbedingten Eintritts in den Bundesstaat, der unbedingten Unterwerfung unter die von der Reichsversammlung gefaßten Beschlüsse begegnet werde, und von unserer Staatsregierung, die sich bisher stets als rein deutsch gesinnt gezeigt hat, sehen wir voraus, daß sie allen übrigen mit ihrem deßfallsigen Ausspruch vorausgehen werde. Dies einer hohen Staatsregierung in dem entscheidenden Moment klar und offen auszusprechen, halten wir aber um so mehr für unsere Pflicht gehalten, als wir wissen, daß die Männer an der Spitze derselben, die sich die Liebe und Achtung des Volkes in so hohem Grade erworben haben, auch jetzt es nicht unbeachtet lassen werden, wenn wir ihnen zurufen: Das Vaterland ist in Gefahr und Ihr könnt es retten! Möge Gott Ihren Entschluß lenken! In tiefstem Respect verharren die Mitglieder des politischen Vereins. (Folgen die Unterschriften.) Hanau, den 7. April 1849."

B* **Koburg**, 7. April. Sobald der Mann heraustritt aus dem engeren Kreis seines Berufes, verfällt er jetzt unerbittlich der öffentlichen Kritik. Sofort hat er Parteien mit ihren Führern für und wider sich. Dies hat auch der Herzog von Koburg in diesen Tagen zur Genüge erfahren. Sein Eintritt in das deutsche Heer ist bereits der Gegenstand der widerstreitendsten Besprechungen in den öffentlichen Blättern geworden. Eine Stimme von der Weser stellt ihm die glänzendsten Aussichten als deutschem Helden, bringt ihn in Parallele mit dem Feldmarschall Prinzen Koburg, dem Sieger bei Fockschan, einem Bernhard von Weimar, ein Berichterstatter in Gotha in der „Deutschen Zeitung" läßt ihn dagegen nur ins Feld mitziehen, weil er die Hand über seine Truppen halten wolle, damit sie nicht von der preußischen Bureaukratie, welche die thüringschen Staaten gern von Preußen mediatisiren lassen wolle, im Kriege so verwundet würden, daß sie nothwendig als Opfer fallen müßten; ein Schreiber in der „Dorfzeitung" warnt wiederum vor ihm, weil leichthin die Blüthe unseres Landes unter dem kriegskundigen Führer dahingeschlachtet würde. Beklagenswerthe Widersprüche der Freunde und der Feinde unseres edelmuthkräftigen Herzogs! Er, der aus Liebe zu dem deutschen Vaterlande den heimischen Herd und Alles, was seinem Herzen theuer ist, verlassen hat, um unter den Reihen der Söhne und Brüder seiner Landsleute als deutscher Krieger mitzukämpfen für Deutschlands Ehre und Deutschlands Größe, — sollte sobald seinen Schritt, zu dem unser ganzes Land vertraut, daß er nur in patriotischem Sinne geschehen, so hämisch bekrittelt sehen! Er, der aus Eifer für die deutsche Sache vor allen deutschen Fürsten zuerst nach Berlin geeilt, um in Person dem neu erwählten Kaiser der Deutschen seine Glückwünsche darzubringen, soll nun als Preußenfeind verdächtigt werden, der, wie es in jenem Artikel der „deutschen Zeitung" weiter heißt, schon früher gegen Preußen die Stimmung seines Landes einzunehmen bestrebt gewesen sei. So boshafter Art sind die Insinuationen, die man dem charaktervollen, durch seine echtdeutsche Gesinnung sich auszeichnenden, jungen Fürsten auf seiner neuen Laufbahn nachsendet. In Ihren Blättern war's, wo die bekannte herzliche Ansprache des Herzogs an seine Landsleute zum Abschied von dem Heimatlande in ihrem ganzen Inhalte wieder gegeben war, Ihre Leser werden darum auch jene Verdächtigungen am Besten zu würdigen wissen.*)

Bremen, 7. April. Das 11. preußische Husarenregiment, welches etwa 650 Mann stark in Münster stationirt, ist heute auf dem Marsche nach Schleswig-Holstein hier eingetroffen und mit dem Jubel über die Siegesbotschaft empfangen worden. Das Offizierscorps hat für den Abend eine Einladung zu einer Festlichkeit im Weinkeller angenommen. Jedem Soldaten soll, wie wir hören, zur Feier des Tages eine Flasche Wein auf Kosten der Stadt verabreicht werden.

Italien.

† **Rom**, 31. März. Die Republik ist seit gestern in ein neues Stadium getreten. Das bisherige Triumvirat (und damit wahrscheinlich auch das Ministerium) ist aufgelöst. Ein neues Triumvirat mit unbeschränkter Vollmacht für den Unabhängigkeitskrieg und für die Rettung der Republik ist eingesetzt; die Constituente wird rein constituirend und entsagt der Theilnahme an der Executivgewalt. Mazzini steht an der Spitze der neuen Gewalt, mit ihm Saffi, der Minister des Innern, und Armellini, der von seiner bisherigen ersten nun an die dritte Stelle rückt. Die Stimmung ist sehr gedrückt und trübe, Jeder fühlt, daß die Entscheidung naht. Manches deutet darauf hin, daß Rom sich bald in zwei Lager spalten wird. Die erste Nummer eines aus der Epoca hervorgegangenen Blattes: „La Speranza dell' Epoca" enthält einen Artikel mit P unterzeichnet, offenbar von Pantaleoni, in dem das bisherige Streben Italiens als durch die vorhandenen Kräfte nicht ausführbar hingestellt wird. Zwar gibt das neue Triumvirat die Hoffnung, daß in den nächsten Tagen auch Genua in die Reihe der italienischen Republiken eingetreten sein wird. Aber gerade jetzt wird die Republik schon unverhüllt und heftig angegriffen. Dazu droht der Angriff im Süden. Jede Verbindung zwischen Rom und Neapel ist abgebrochen. Hier werden Donnerbüchsen aus früheren Jahrhunderten in Stand gesetzt, um in Ermanglung von Kanonen die Thore damit zu vertheidigen. Verhaftungen sollen vorgenommen sein. Doch ist es schwer, darüber ins Klare zu kommen. Die seltsamsten Gerüchte werden von zwei entgegengesetzten Seiten absichtlich ausgesprengt und verfehlen wenigstens den Zweck nicht, die Köpfe so in Verwirrung zu setzen, daß man im letzten Moment die Entscheidung ruhig hinnehmen wird, wie sie auch fallen möge.

*) Ein noch trefflicheres Zeugniß für den jungen Herzog ist der 5. April, an welchem Tage unter seinem Oberbefehl der erste deutsche Sieg bei Eckernförde erfochten worden ist. Unserm Herrn Berichterstatter war bei Abfassung des obigen Schreibens jene Waffenthat noch nicht bekannt. (D. Red. d. D. P. A.-Z.)

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Taunus-Eisenbahn.

Die Auszahlung der Dividende auf die Taunus-Eisenbahn-Actien, welche zufolge Beschluß der Generalversammlung der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft vom 29. d. M. für das Jahr 1848 auf fl. 11. pr. Actie festgesetzt worden ist, beginnt Montag den 16. April an der Hauptkasse der Taunus-Eisenbahn-Verwaltung im Stationsgebäude zu Frankfurt, gegen Ablieferung der betreffenden Coupons, und zwar den 16., 17. und 18. April d. J., Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr; später kann die Auszahlung nur Montags und Freitags in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr stattfinden. Zur Erleichterung der in Mainz, Wiesbaden und der Umgegend wohnenden Actionäre, ist an die Stationscassen von Castel und Wiesbaden die Weisung erlassen worden, die Dividende-Coupons, nach vorhergegangener Anmeldung, ebenfalls auszubezahlen.

Frankfurt a. M., den 30. März 1849.

Der Verwaltungsrath
der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft.

Cours der Staats-Papiere. 10 April 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	77	76⅞
»	ditto ditto . .	4	60⅜	60⅛
»	ditto ditto . .	2½	41⅛	41
»	Bank-Actien o. D. .		1195	1190
»	fl.250Looseo. Bolh.		79⅞	79½
»	fl.500 » ditto		127½	127
»	Rothmann. Obligat.	4½	73⅝	73⅛
»	ditto ditto	4	64⅛	64
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	80⅝	80⅛
»	Prämienscheine . .		—	100⅜
Bayern .	Obligationen	3½	79½	79
Darmstadt	fl. 50 Loose		70⅝	70⅛
»	fl. 25 ditto		22⅜	22
»	Obligationen	3½	77	76⅜
»	ditto	4	86⅛	86
Baden .	Obligationen v. 1842	3½	77	76⅛
»	fl. 50 Loose v. 1840		49	48½
»	fl. 35 Loose		28½	27⅞
Würtemb.	Obligationen b.Roths.	3½	79⅝	79½
»	Neue Württemberg.	4½	94½	94
Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	81⅛	80⅝
»	fl. 25 Loose		21	20⅝
Frankfurt	Obligationen	3	77½	77
»	ditto v. 1839	5½	92½	92
»	ditto v. 1846	3½	89	88½
»	Taunusbahnactien .		292	290
Holland	Integrale	2½	45⅝	45⅜
»	Hollandsche	4	—	77⅝
»	Syndicats	3½	—	79
Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—
»	Innere Sch. neue Ob.	3	22⅛	21⅝
Portugal	Consolid. Lot. à 2. 42.	3	—	—
Polen	fl. 300 Loose Lem. Bth.		—	98
»	Obligationen de fl. 500	4	74	73⅝
Russland	in R. S. S. b. Gren etC.	4	—	82½
»	ditto S. Petersbg. et C.	4	—	82½

Gold.	fl.	kr.
Pistolen	9	50
Pr. Friedrichsd'or	9	57
Holl. 10 fl. Stücke	10	4
Rand Ducaten . .	5	50
20 Francsstücke	9	39
Kurz. Souverains	12	4

Silber.	fl.	kr.
Geld al Marco .	152	
Laubth., ganze . .	—	
Preuss. Thaler . .	—	
5 Frankenthaler .	—	—
Hochhaltig Silber	24	30
Gering n. raubth.	24	20

Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Kathenower Loose . . .	27⅛	27
Nordische Loose	26½	26
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Minden	76⅛	76
Ludwigsh.-Berbach. . .	72⅝	72½
Pr.-Wilhe.-Nordbahn .	33	32½

Wechsel-Cours.		Papr.	Geld.
Den 10. April.			
Amsterdam	(k.S.	100⅜	—
(100 fl. Crt.)	(2M.	—	100
Augsburg	(k.S.	119	—
(100 fl. Crt.)	(2M.	—	—
Berlin . .	(k.S.	—	105
(60 Thlr.)	(2M.	—	—
Bremen (50	(k.S.	—	99⅝
Rthlr. i. L.-Fuss)	(2M.	—	—
Hamburg .	(k.S.	88½	88
(100 Mk. Bco)	(2M.	—	87½
Leipzig (60	(k.S.	—	105
Thlr.) L.-F.	(2M.	—	—
London . .	(k.S.	—	120⅜
(10 Livr. St.)	(2M.	—	120
Lyon . . .	(k.S.	—	95½
(300 Fr.)	(2M.	—	—
Mailand (300 L.	(k.S.	—	99
Fr. Ausser.)	(2M.	—	—
Paris . . .	(k.S.	—	95½
(300 Fr.)	(2M.	—	—
Wien (100 fl.	(k.S.	—	100
im 24 20 Fl.	(2M.	—	—
Dukaten . .		—	1

A. Sulzbach, beeid. Makler.

Nach der Börse: 21½ pCt. Met. —; 4pCt. Span. Int. —; Taunusbahn-Actien (pr. Ult.) —; Ludw.-Berb. —; F.-W.-Nordb. —.

Druck von August Osterrieth.

№ 86. —— Mittwoch —— den 11. April —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestirkbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Gemeinschaftsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/5 Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmied in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrseldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt.

Die nächste Zukunft.
Frankfurt. (Die Parlamentscorrespondenz der Centren über die Krisis. Die österreichischen Abgeordneten. Herr v. Closen).
Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.
Deutschland. **Wien** (Die Presse über die deutsche Krisis. Die Erstürmung Brescias. 3/4 Armeebulletin. Sieg der Serben bei Szenta. Ordensverleihungen. Protest der Buchhändler. Officielle Berichte der „Wiener Zeitung" aus Siebenbürgen, Mailand, Triest. Vermischtes). **Berlin** (Camphausen. Die Reichstagsdeputation und die Minister. Stimmung. Schreiben des Kaisers von Rußland. Die Prinzessin von Preußen. Wrangels Porträt. Ein räthselhafter Verlust). **Elberfeld** (Adressen für die Reichsverfassung und den deutschen Kaiser). **Leipzig** (Hausuchungen und Anweisungen. Stimmung). **Hannover** (Das Ministerium und die Kammern. Beschränkung der Vereinsfreiheit erwartet. Preßproceß. Bevorstehender Zusammentritt von Abgeordneten der zweiten Kammer) **Celle** (Volksversammlung für die Reichsverfassung und den deutschen Kaiser).
Italien. **Turin** (Genua in den Händen der Republikaner).
Frankreich. **Paris** (Telegraphische Depesche).
Großbritannien. **London** (Hoffnung auf Frieden in Schleswig-Holstein).
Nachschrift.
Börsenberichte.

Die nächste Zukunft.

Es scheint, daß wir Deutschen von der Systemsucht und der Principienreiterei nun einmal nicht lassen sollen. Nachdem die Nationalversammlung nach langen Wochen endlich eine Verfassung zu Stande gebracht und mit einem Oberhaupte versehen hat, wird dieselbe, weil sie von Volkes Gnaden erlassen, nicht angenommen und ihr das von Gottes Gnaden entgegengehalten. Von Gottes Gnaden soll nunmehr unter den Regierungen eine Bundesverfassung vereinbart werden, die aber alsdann von der Nationalversammlung ihres Ursprungs wegen zurückgewiesen werden wird. Dritten Unbetheiligten muß es unbegreiflich sein, wie man sich fortwährend um die Schale zanken, den Kern aber unberücksichtigt lassen mag. In der von der Nationalversammlung zu Stande gebrachten Verfassung liegt zuverlässig, auch in den Augen ihrer Gegner, viel des Guten und Unvermeidlichen, und man hätte daher glauben sollen, daß man wenigstens dieses Gute und Unvermeidliche acceptirt und nur wegen des etwa darin enthaltenen Schädlichen oder Ueberflüssigen Verwahrung eingelegt haben würde. In dem Falle hätte man in der Mitte zusammenkommen und sich verständigen können. Die Nationalversammlung würde sich ohne Zweifel in einzelnen Punkten zur Nachgiebigkeit bequemt und zuletzt das Siegel auf das Ganze gedrückt haben. *) Nunmehr aber scheint man Willens zu sein, ihr eine neue Verfassung aufzudringen, und dieses wird sie sich ihrer Ehre wegen nicht gefallen lassen. Dadurch hat man die Sache auf die Spitze getrieben, und dem Annehmen oder Ablehnen steht das Sein oder Nichtsein entgegen. Uns ist es augenscheinlich, daß der König von Preußen in seiner der Deputation der Nationalversammlung ertheilten Antwort über das Ziel hinausgegangen ist, und daß deßhalb der Nationalversammlung nichts erübrigt, als den Schild der Loyalität vor sich zu halten, das Weitere aber den Ereignissen und dem Willen des deutschen Volkes anheimzustellen. Die nächste Sitzung der Nationalversammlung wird hierüber Aufschluß geben. Daran ist nicht zu denken, daß die Nationalversammlung neue Beschlüsse zu Stande bringe. **) Einen Convent wird sie nicht bilden können und wollen, weil sie keine unmittelbare Regierungsgewalt besitzt, und sich diese nur durch den Umsturz der bestehenden Regierungen zu verschaffen vermöchte. Dadurch ist ihr von selbst Stillstand geboten. Die von ihr beschlossene Verfassung wird aber eben so wenig geändert werden, vielmehr eine Thatsache sein, auf die man immer wieder wird zurückkommen müssen. Dies wird um so sicherer geschehen, wenn die republikanisch Gesinnten sich aufrichtig an sie anschließen und für ihre Vollziehung die Fahne erheben. Die kaiserlich Gesinnten im Verein mit der Linken haben offenbar die Majorität für sich und da sie den Vortheil genießen sich auf etwas bereits Gemachtes zu stützen, werden sie voraussichtlich den Sieg davon tragen. Müssen wir uns alsdann mit einer weniger vollkommenen und in einiger Beziehung sogar bedenklichen Verfassung begnügen, so liegt die Schuld an denjenigen Anhängern der Regierungen, die sich zu lange und zu hartnäckig von dem Verfassungswerke ausgeschlossen haben. Derselbe Mißgriff ist von Oesterreich im Großen begangen worden, und dürfte die gleiche Folge haben. Die österreichische Regierung hat die Idee der Bildung eines engeren und weiteren Bundesvereins beharrlich zurückgewiesen und wird dadurch nichts Anderes herbeiführen, als daß der engere Verein dennoch zu Stande kömmt, Oesterreich aber sich von demselben lossagen muß, ohne in dem weiteren Bundesverband eine genügende Entschädigung zu finden. Auch hierüber werden wir Aufschluß erhalten, sobald die letzte preußische Circularnote eingetroffen ist. So stehen wir vor den Räthseln der Zukunft. Wir vertrauen der gütigen Vorsehung, daß die Lösung eine günstige sein wird und daß die getäuschten Völker nicht über die Mißgriffe der Lenker ihrer Geschicke zu Gericht sitzen müssen. Das Urtheil der Völker würde ein strengeres sein und wir wünschen und hoffen, daß es uns erspart werden möge.

*) Wer die Parteistellungen in der Versammlung genau kennt, wird es für rein unmöglich halten, daß dieselbe ohne das Ganze zu gefährden, auf irgend eine Bestimmung der Verfassung zurückkomme. Nichts wäre gefährlicher für die Regierungen, als sich darüber zu täuschen. Die Nationalversammlung wird nicht aus Trotz, oder sie muß aus gebietert dster Nothwendigkeit auf der Verfassung, wie sie ist, bestehen bleiben.

**) Stimmt mit unserer vorstehenden Anmerkung überein.

RC **Frankfurt**, 8. April. Von der nach Berlin entsandten Deputation der Nationalversammlung waren einzelne Mitglieder bereits gestern früh hier wieder angelangt. Andere kamen in später Abendstunde nach. In einer von allen Fractionen, überwiegend jedoch von der Linken besuchten Versammlung in der Mainlust machte Löwe von Calbe, im Casino, dem dermaligen Lokal der Weidenbuschpartei, Zacharia von Göttingen Mittheilungen über den Verlauf und das Resultat ihrer Mission. Dieselben bestätigten im Allgemeinen das schon Bekannte; sie waren leider nicht geeignet, das Vorgefallene in einem günstigeren, Hoffnung erweckenden Lichte erscheinen zu lassen. Es ist so, wie schon von Berlin aus angedeutet wurde: die Antwort des Königs ist eine andere als die im Ministerrathe beschlossene, der Passus, welcher von einer gemeinsamen Berathung der Einzelregierungen spricht, ist ein nachträglich eingelegter; es ist so: die constitutionell sein sollenden Minister in Preußen kennen ihre Pflicht nicht, und endlich, was das Schmerzlichste ist, — von den Kammern ist in der nächsten Zeit schwerlich etwas zu erwarten. So lassen sich übereinstimmend alle diejenigen Mitglieder unserer Deputation aus, welche wir bisher gesprochen haben. Sie fügen hinzu, daß die Berliner Bevölkerung ohne eigentliches Verständniß den Kommenden zugejubelt und ebenso die Gehenden habe scheiden sehen. Verständniß, Theilnahme und ernstliches Eingehen wird am meisten von einer hochgestellten Dame gerühmt; auch im Palais des Prinzen von Preußen jedoch hatte die Deputation Mühe, ihrer Auffassung von der wesentlich ablehnenden Bedeutung der königlichen Antwort Eingang zu verschaffen. Und so motivirt sich denn der Erlaß der bekannten von der Reichsgesandtschaft dem preußischen Ministerium übergebenen Erklärung, einer Erklärung, die, wie wir hören, selbst Herr v. Bunde der Lage der Dinge angemessen fand, wenn er auch nach seinen bekannten Principien mit dem Inhalt derselben nicht einverstanden sein konnte. Daß übrigens die Circularnote vom 4. d. M. nicht erst in Folge dieser Erklärung erlassen werden, bedurfte kaum der ausdrücklichen Versicherung unserer Abgesandten. Die Lage der Dinge kann nach alledem nicht trüber sein. Was wird die Nationalversammlung thun? Wir wiederholen, daß es nach unserer Ueberzeugung für sie keine Wahl gibt. Wir wenigstens, die Kaiserlichen, werden die Erklärung unserer Deputation mit unserm Votum decken, wir werden an der ganzen, als Gesetz publicirten, durch unsere Unterschriften beglaubigten Verfassung, noch einmal: an der ganzen Verfassung festhalten. Wir haben nur sehr vereinzelte österreichische Stimmen von der Linken gehört, welche die Oberhauptsparagraphen ändern, sich auf ein Directorium einlassen wollten. Die übrige Linke ist unseres Wissens, wie wir, zur Aufrechthaltung der ganzen ungetheilten Verfassung entschlossen. Es dürfte diesem Entschluß die Majorität der Versammlung gewiß sein. Mit diesem Verfahren sind wir uns bewußt, nicht nur wie Patrioten und wie ehrliche Männer, sondern auch wie Politiker zu handeln. Der gute Rath, welchen uns z. B. die „Constitutionelle Zeitung" ertheilt, herabzusteigen von der idealen Höhe der Dictatur, die Selbsttäuschung einer absoluten Macht aufzugeben, — dieser gute Rath geht von einer völlig irrigen Voraussetzung, von einer gründlichen Unkenntniß unseres Wesens und von einer oberflächlichen Auffassung des Souveränitätsbegriffes aus; wir müssen ihn entschieden zurückweisen. Von einer einseitigen Dictatur hat die Majorität der deutschen Nationalversammlung niemals etwas wissen wollen. Wer ihre Schritte verfolgt hat, der weiß, daß sie eingegeben waren von dem aufrichtigen Bestreben des Zusammengehens mit den deutschen Regierungen. Die Vereinbarung ist daher unser Programm gewesen von dem Augenblicke unseres Zusammentretens bis zu der Zeit, da unser Verfassungsausschuß die Bedenken der Einzelregierungen für die Vorlage zur zweiten Lesung der Verfassung seiner sorgfältigsten Prüfung und Berücksichtigung gewürdigt hat. Das war denn freilich keine Vereinbarung nach juridischer Theorie. In Zeiten, da sich große Umgestaltungen vorbereiten, sind dergleichen Theorien lahm; beweglich nur der praktische Sinn, der die Kräfte braucht, wie sie sich bieten, das Bedürfniß erfüllt, wie es sich aufdrängt. Das starre Recht dagegen wird in solchen Zeiten nur zu leicht die Maske der Gewalt. Wer uns vorschlägt, in diesem Augenblicke den Weg der Vereinbarung mit den Einzelregierungen zu gehen, der schlägt uns vor, die Verfassung durch so und so viel Bevollmächtigte machen, er schlägt uns vor, die Verfassung octroyiren zu lassen. Eben deßhalb aber, weil wir unser Recht, die Verfassung endgiltig zu Stande zu bringen, auf unsere Mäßigung, unsere Loyalität und unseren Patriotismus gründen, eben deßhalb mag man sich versichert halten, daß wir dies Recht auch durch keine andere Mittel vertheidigen werden. Wir werden auf alle Fälle unsere Mäßigung und damit unsere Würde bewahren; die Majorität der Versammlung wird sich nimmermehr zu Conventsmaßregeln oder sonst excentrischen Beschlüssen fortreißen lassen. Sie wird einfach bei ihrem Werke stehen bleiben. Sie wird es der zustimmenden Aufnahme des Volkes überantworten. Sie wird diese Zustimmung nicht in gewaltthätigen Ausbrüchen, sondern in der Stimme der legalen Volksvertretung erwarten. Sie wird, wenn diese Zustimmung ausbleiben sollte, der festen Zuversicht leben, daß die deutsche Verfassung ein niemals verjährender Besitz der Nation und das Ziel ihrer Sehnsucht und ihrer Kämpfe sein wird, bis dasselbe, wenn auch spät erst, erreicht ist.

RC **Frankfurt**, 9. April. Wir haben unserer gestrigen Correspondenz heute nur wenig hinzuzufügen. Das Bild der Hergänge in Berlin, unsere Vorstellung von der Wirksamkeit, der Aufnahme und den Erfolgen unserer Deputation vervollständigt sich mehr und mehr. Man trägt sich, zu unserm Bedauern, mit einer Reihe von Anekdoten, welche Aeußerungen des Königs von Preußen, gleichsam als Glossen zu seiner Antwort an die Deputation, zum Inhalte haben. Wir freuen uns, diese Anekdoten für theils erfunden, theils verfälscht erklären zu können, nachdem wir aus dem Munde der betreffenden Mitglieder der Deputation das Factische davon vernommen haben. Wichtiger sind die ferneren Aufklärungen, die wir aus derselben Quelle über die bekannte Erklärung erhalten. Die Auffassung derselben ist nicht zum Wenigsten dadurch erschwert gewesen, daß uns nur eine an mehreren Stellen incorrecte Abschrift durch die „Deutsche Zeitung" bekannt geworden. So ist namentlich in der Erklärung nicht das Wort „Ablehnung", sondern „Entschließung" gebraucht, unwichtigerer Abweichungen zu geschwigen. Es war überhaupt nicht die Absicht der Deputation, sich darüber auszusprechen, wie die Antwort des Königs, ob als Annahme, ob als Ablehnung, aufzufassen sei; sie hat lediglich der Ansicht auf das Bestimmteste entgegentreten wollen, als ob die Frage von der Annahme der Kaiserkrone irgend getrennt werden könne von der Frage der Anerkennung und Annahme der Verfassung. Die Deputation hat somit keineswegs die erstere Frage coupirt, sie hat nicht jede Brücke abgebrochen, wohl aber die, wonach zwar die ganze oder halbe Consequenz der Verfassung, die Kaiserkrone oder irgend welche Oberleitung, aber nicht zugleich die Bedingung und das Fundament davon, nicht zugleich die Verfassung acceptirt werden könnte. In diesem Sinne ist die Erklärung erlassen worden, und es verdient bemerkt zu werden, daß sie, von einer Commission entworfen, einstimmig von der gesammten Deputation angenommen worden ist.

Am Mittwoch den 11. wird nun die Deputation durch den Präsidenten Simson der Nationalversammlung über ihre Mission Bericht erstatten; in welcher Weise sich hierbei die Versammlung zu verhalten haben werde, ist gegenwärtig der Gegenstand der Berathungen unserer Parteiversammlungen. In uns Allen, um es wieder und immer wieder zu sagen, lebt kein anderer Gedanke, als der von der Aufrechthaltung der Verfassung als eines ungetheilten und untheilbaren Ganzen. Unentschieden ist man bis jetzt nur darüber, ob der Bericht der Deputation zunächst an einen Ausschuß verwiesen, oder sofort durch einen beifälligen Beschluß der Versammlung erledigt werden solle. Jenen wir nicht, so wird ein zwischen Beidem vermittelnder Entschluß gefaßt werden.

Wir können schließlich den Eindruck nicht verschweigen, welchen die gestern hier eingetroffene Nachricht von dem erstaunlichen Erfolge in dem erneuten Kampfe der „Dogge gegen den Fisch" in unseren Kreisen hervorgebracht hat. Der Jubel über dieses Ereigniß war unermeßlich. Die detaillirte Erzählung, welche ein Augenzeuge in der gestrigen Weidenbuschversammlung mittheilte, wurde mit lauten Bravo's und wiederholten Lebehochs auf die siegbaften Batterien beantwortet. Möchte dem unerwarteten Succeß zur See bald ein ebenso bedeutender Landsieg nachfolgen!

** **Frankfurt**, 10. April. Veranlaßt durch einen Bericht, welchen der Abg. Löwe aus Calbe am vorigen Sonn-

abend vor einer in der Mainlust abgehaltenen Versammlung von Mitgliedern der Reichsversammlung aller Parteien über den Erfolg der Mission der Deputation in Berlin abgestattet hat, soll Hr. Moriz Mohl beabsichtigen, den Antrag in der Paulskirche einzubringen, daß die Reichsverfassung in allen Punkten aufrecht erhalten, daß aber statt des erblichen Oberhauptes das Directorium aufgenommen werde. Die „lithogr. Corresp." der Centren weiß nun heute überzeugend nach, daß auch die Reichsversammlung selbst, nach Verkündigung der Verfassung, das Recht nicht habe, so ohne weiters die wichtigsten Bestimmungen derselben zu ändern, und fährt dann fort: „Fragt man uns nun, was soll aber geschehen? so antworten wir kurz:

Die Nationalversammlung erkläre am Mittwoch in ihrer Sitzung, daß sie unumstößlich an der einmal und endgiltig beschlossenen Verfassung wie an ihrem Gotte festhalte, — sie ernenne dann aber einen Ausschuß, lasse durch diesen den erstatteten Bericht genau prüfen, und verlange zunächst von ihm ein Gutachten darüber, ob in der Antwort des Königs eine Ablehnung enthalten oder nicht?

Wird diese letzte Frage mit Zustimmung der Nationalversammlung verneint, dann liegt es zu Tage, daß zunächst die definitive Antwort des Königs von Preußen abzuwarten. Was dagegen im bejahenden Falle zu thun, darüber müssen wir uns eine frühere Erklärung umsomehr vorbehalten, als wir außer Stande sind, die Ereignisse, welche täglich neu hervortauchen und die schwer in die Wagschale fallen dürften, vorauszusehen und zu bestimmen."

* **Frankfurt**, 10. April. Die Wiener Nachricht, daß die österreichischen Abgeordneten von hier abberufen, ihnen bereits das Reisegeld angewiesen worden sei, ist der „Deutschen Zeitung" zufolge ungegründet. Aber wenigstens das Letztere stand doch in der officiellen Wiener Zeitung zu lesen.

* **Frankfurt**, 10. April. Gleich nachdem die hier erfolgte Wahl des Königs von Preußen zum Kaiser der Deutschen in München bekannt geworden, sollte Briefen und Blättern aus Bayern zufolge Herr v. Closen, mit einer Mission seines Hofes betraut, nach Olmütz abgegangen sein. Aus einer Correspondenz, welche der „Deutschen Zeitung" aus Coburg zugegangen, ergibt sich indeß, daß Herr v. Closen seit acht Tagen in letzterer Stadt verweilt und zwar zum Besuch seiner Verwandten in Coburg und dessen Umgegend.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

w **Frankfurt**, 10. April. Es liegen uns über das Ereigniß zu Eckernförde eine Reihe berichtlicher Schilderungen des merkwürdigen Kampfes vor, die wir nicht wiedergeben, weil sie in dem bereits Bekannten wesentlich übereinstimmen. Als Schattenseite des Jubels, welche ja auf keinem Schlachtfelde fehlt, zeichnet der eine dieser Briefe den grausigen Anblick weit und breit umhergestreuter einzelner Gliedmaßen und zerrissener Menschenkörper. Man beschäftigte sich sofort mit deren Bestattung, aber auch die weit herumgeschleuderten Trümmer des Linienschiffes, Holz, Metall und Tafelwerk, waren Hunderte von Menschen beflissen, aufzusammeln. Nicht minder wird man die 84 versunkenen Kanonen aus dem nur 24 Fuß tiefen Meeresgrunde heraufzufördern suchen. Die Zahl der Gefangenen hat sich nach officiellem Berichte als 1023 ergeben, worunter ein Flottenoffizier, der, obschon hoch in die Luft geschleudert, doch unversehrt ins Wasser herabfiel und ans Ufer schwamm. Mit den ums Leben gekommenen ergibt sich demnach ein Menschenverlust für die Dänen von nahe an 1300 Mann. Von den sieben Linienschiffen, welche Dänemark besitzt, war „Christian VIII." das einzige, welches für den jetzigen Krieg ausgerüstet worden, die andern liegen als abgetakelte leere schwerfällige Körper in Kopenhagen und weder Zeit noch Geld wird reichen, für den gegenwärtigen Krieg ein zweites auszurüsten. Wie wir hören, beabsichtigt das Reichsministerium die genommene Fregatte „Gefion" in „Eckernförde" umzutaufen. Das würdige Benehmen der Bürgerschaft dieser Stadt verdient diese Ehre.

Rendsburg, 7. April. Nachstehendes ist der Bericht, welchen der Hochcommandirende auf dem Linienschiff Christian VIII., unmittelbar nach der großen Katastrophe, an das dänische Marineministerium erstattet hat.

Eckernförde, den 5. April 1848. „Unterthänigst Bericht. Niemals hatte ich ein so grenzenloses Unglück erleben zu sollen geglaubt, als mir heute widerfahren durch den Verlust des herrlichen Schiffes Christian VIII., welches zugleich mit der Fregatte Gefion der der feindlichen Uebermacht (!) die Segel hat streichen müssen, nachdem beiden Schiffen Kampf und Tapferkeit gänzlich zu Grunde gerichtet waren und das Linienschiff in Schußweite vom Lande südlich von der Stadt Eckernförde vom Ostwinde auf den Grund getrieben war. Ich habe heute Nachmittag Gelegenheit gefunden, dem Commandeur Garde meinen Bericht zuzustellen; unterdessen wird derselbe dem hochverehrlichen Ministerium von meinem in jenem Augenblicke höchst bedrohlichen Lage Mittheilung gemacht haben; über die näheren Umstände behalte ich mir meinen Bericht vor, wie über das noch weit schrecklichere Ereigniß, daß das Linienschiff in die Luft sprang, während noch die Capitäne Krieger und Martfeldt, der Capitän vom Lazarett Hohlenberg, die Aerzte Smidt und Jessen, und dem Vernehmen nach 700 Mann der Besatzung an Bord waren. Der Verlust ist so schauerlich, daß es mir vorkommt, man könne wohl so etwas erzählen hören, aber nicht selbst erleben; ich bin außerordentlich erschüttert, aber ich finde einige Beruhigung darin, mich vorwurfsfrei zu wissen, und die Folgen dieses Ereignisses für mich und meine Zukunft ruhig tragen zu können. Die Zeit, die mir gelassen, wenn ich von der sich darbietenden Gelegenheit Gebrauch machen will, ist zu kurz, um ausführlich zu sein; indem ich den diesfälligen Mangel zu entschuldigen bitte, werde ich sobald als möglich das Fehlende nachzuholen suchen. gez. Paludan. P. S. Ich und die zurückgebliebene Besatzung sind zu Kriegsgefangenen gemacht worden. An das Marineministerium."

Wenn schon dieser Bericht geeignet ist, unser Mitgefühl anzuregen, so entnehmen wir der nachfolgenden Erzählung eines Augenzeugen über das sich ihm noch am folgenden Tag," in Eckernförde darbietende Schauspiel einige Momente, welche jene Theilnahme nur erhöhen und für den Augenblick das Triumphgefühl des errungenen Sieges vor ernsteren Empfindungen zurücktreten lassen wird. Stark rauchend wurde noch Tags darauf das Linienschiff gefunden, doch ragte dasselbe nur noch als Gerippe oben über der Wasserfläche hervor. Die Balken waren weit am Strande hingeschleudert, Hunderte von Menschen mit dem Aufsammeln von Eisen- und Holzstücken beschäftigt. Von den 200 in die Luft gesprengten Seeleuten lagen noch halbe Leiber, Arme und Beine am Strande; in den Straßen hielten die Wagen mit den gefangenen Offizieren, die Matrosen standen daneben je drei in einer Reihe, umgeben von einem Musketiercordon; sie werde alle nach Rendsburg (nicht nach Flensburg, wie es gestern in einem unserer Berichte durch einen Setzfehler lautete) gebracht werden. Die Zahl der Gefangenen mit Einschluß der Verwundeten beläuft sich nach vorgenommener Zählung, der Angabe des Commandanten von Eckernförde zufolge, auf 1023. Der Gefion ist möglichst nahe an die Schiffbrücke der Stadt gezogen, er ist übel zugerichtet, an Rumpf, Masten und Takelage jedoch vollkommen herstellbar. Im Hafen kreuzten zwei feindliche Segel und zwei Kriegsdampfschiffe, bald näher, bald etwas weiter, doch ohne anscheinend sofortige Angriffsabsicht. Daß die Fregatte sich so bald ergeben, wird dem Umstande beigemessen, daß die Mannschaft vor Angst sich verkrach und die Kanonen nicht mehr bedienen wollte. (D. Z.)

y **Altona**, 7. April, Abends. Es sind gestern Nachmittag mehrere dänische Kriegsschiffe im Eckernförder Meerbusen gewesen und sollen auch einen Parlamentär mit dem Verlangen einer Herausgabe der Fregatte „Gefion" abgeschickt haben, ohne jedoch auf den erhaltenen abschlägigen Bescheid etwas weiter zu unternehmen. Die Dänen müssen wahrlich einen starken Glauben an die deutsche Gutmüthigkeit haben, wenn sie glauben, daß man so ohne Weiteres die Fregatte herausgeben werde. Vielleicht läßt ein guter Genius ein paar dänische Kriegsschiffe in den Kieler Hafen einlaufen, und sie könnten ein gleiches Schicksal erwarten; das Ansehen und die moralische Macht der dänischen Marine sind gebrochen, und die Papiere der dänischen Anleihe in der City in London werden wahrscheinlich bei dieser Nachricht etwas weniger als in die Höhe steigen. Interessant sind die mir von einem glaubwürdigen Versender mitgetheilten Details bei der denkwürdigen Eckernförder Seeaffaire. So wird das Aufsteigen des großartigen Linienschiffes „Christian VIII." als eine grauenhafte Scene geschildert. An dem ganzen Strande von Eckernförde bis zum Sandkruge fand man verstümmelte Leichname und menschliche Glieder. Der Commandeur dieses Schiffes, Admiral Paludan, soll die schreckliche Vernichtung von 200 Mann, welche mit dem Schiffe in die Luft flogen, verschuldet haben, weil er mit der Rettung der Mannschaft gezögert, als er sah, daß das Feuer im Linienschiffe nicht mehr gelöscht werden und dann auch die Pulverbehälter — denn hierdurch geschah die Explosion — ergreifen könne. Durch die bis in Angeln hinein erdröhnende Explosion haben auch Manche, die schon gerettet am Ufer waren, das Leben verloren, während Einige, die mit dem Schiff aufflogen, wunderbarerweise gerettet sind, z. B. der norwegische Lieutenant Graf Wedel-Jarsberg. Der Verlust an Todten im Gefechte war am größten auf der Fregatte „Gefion", weil diese von der nassauischen Batterie mehrmals der Länge nach bestrichen werden konnte. Viele Neugierige von Hamburg und hier haben sich gestern nach Eckernförde begeben, um sich mit eigenen Augen und Ohren von dem Wunder zu überzeugen, dessen moralische Wirkung noch nicht zu berechnen ist. Mit dem Abendbahnzuge haben wir gar keine Neuigkeiten vom Norden erhalten, weil nichts vorgefallen ist. — Was die Haltung Schweden-Norwegens in Beziehung zum dänischen Krieg betrifft, so soll zwar nach der „Malmoer Schnellpost" nach Schonen der Befehl ergangen sein, beim Armeecommando Listen einzureichen über die zur Einquartierung bestimmten Ortschaften, um dort ein Armeecorps schlagfertig zu halten, es gelten indeß diese Maßnahmen nur pro domo, weil von schwedischen Sympathien für Dänemark in diesem Jahre, wenigstens nach allen bisherigen Ergebnissen, nicht die Rede sein kann. Schließlich noch die monumentale, dem Literaturfreund genehm erscheinende Notiz, daß dem unsterblichen Dichter der Frithiofsage, Esaias Tegner, von seinen Landsleuten ein Denkmal gesetzt werden ist; die Kosten, auf 16,000 Rthlr. Bco. angeschlagen, sind durch Subscription im Laufe einiger Wochen aufgebracht worden.

Deutschland.

Wien, 5. April. Natürlich ist die deutsche Frage heute das vorherrschende Thema der Besprechung. Die ministerielle Presse jubelt über die Nachricht aus Berlin. Frankfurt ist jetzt vollends der verächtlichste Name von der Welt. So sagt der „Lloyd": „Mit der Ansicht des preußischen Cabinets sind wir ganz einverstanden. Die deutschen Angelegenheiten sind jetzt in ein Stadium getreten, wo die von den Einzelstaaten getragenen constitutionellen Regierungen die Entscheidung geben werden, und dieser wollen wir uns gern unterwerfen. Die deutschen Staaten werden nicht bloß in der Oberhauptsfrage das letzte Wort zu reden haben. Sie werden auch die von der Frankfurter Versammlung für Deutschland entworfene Verfassung einer Prüfung und Begutachtung zu unterziehen, und alles dasjenige aus ihr auszuscheiden haben, was einerseits nicht mit den gegebenen Verhältnissen der deutschen Länder, andererseits nicht mit der Würde und dem Frieden derselben, noch mit der Würde und Unabhängigkeit der Einzelstaaten verträglich ist. Die Frankfurter Constituante wird keine Ursache haben, sich darüber zu beklagen, wenn ihre Arbeit einer strengen Revision und einer durchgreifenden Verbesserung unterzogen wird. Wir beanstanden nicht allein die Kaiserwahl zu Frankfurt, wir beanstanden auch die ganze dort erlassene Verfassung." Das Olmützer officielle Blatt äußert sich ebenso: „Trotz der neuen Nacht und Verwirrung, die über die Paulskirche hereingebrochen ist, glauben wir doch den entscheidenden Moment der beginnenden Klarheit und der Lösung näher als sonst. Gerade jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo in früher verwickelten und umnachteten Köpfen der Gedanke einer Möglichkeit der österreichischen Vorschläge vom 4. März aufblitzen dürfte, und wir sehen auch nur in der Realisirung dieser Vorschläge die Bedingung einer allgemeinen friedlichen Verständigung und die künftige Möglichkeit einer wachsenden Fortentwickelung des neuen unermeßlichen Staatengebietes."

† **Wien**, 6. April. Gestern Abend wurde ein Extrablatt über die Bestürmung Brescia's ausgegeben. Der Bericht ist schaudererregend, denn der Widerstand war groß und hat viel Blut gekostet, wofür auch die Strafe furchtbar ausfiel. Der am 31. v. M. in der Stadt vorgefallene Kampf wurde von 2—6 Uhr Nachmittags mit Erbitterung fortgeführt, und höhere Offiziere büßten dabei das Leben ein oder wurden schwer verwundet. Oberst Graf Havancourt starb an den Folgen eines Schusses durch die Brust; Oberstlieutenant Milez desselben Regiments Großherzog Baden wurde schwer verwundet von den Rebellen ermordet. Generalmajor Graf Nugent mußte wegen einer Schußwunde am Knöchel amputirt werden. Im Ganzen zählte man bei Abgang des Berichtes an Todten 50 Offiziere und 80 Mann, an Verwundeten die doppelte Zahl. Am 2. April wurde das 3. Armeecorps in Brescia erwartet. Die der rebellischen Stadt auferlegte Strafe ist auf 2 Mill. Gulden und außerdem eine große Summe zum Ersatz des verursachten Schadens festgesetzt. Alle mit den Waffen in der Hand ergriffenen Rebellen erlitten die Todesstrafe.

Das 32. Armeebulletin, welches diese Ereignisse ausführlicher berichtet, meldet ferner einen Erfolg der österreichischen Waffen bei Peterwardein wie folgt:

„An diesem Tage, wo Brescia erstürmt und die Insurgenten geschlagen wurden, hat eine andere brave Truppenabtheilung unter dem Herrn Obersten von Mamula einen andern Sieg gegen die Rebellen bei Kamenitz außer Peterwardein erfochten. Der Feind war nämlich aus dieser Festung, wo Verräther noch immer die Oberhand haben, mit 1 Bataillon Don Miguel, 1 Bataillon Ferdinand d'Este Nr. 32, 1 Bataillon Gyulay, 2 Bataillons Honvéds, vier Batterie-, die 12- und 6pfündige, und 3 Escadronen Husaren, im Stande gegen 5000 Mann um 9 Uhr Morgens aus der Festung gegen die Stellung bei Kamenitz vorgerückt, wo 5 Compagnien von Prinz Lothringen, 5 Compagnien Grenzer, 2 12pfündige, 3 6pfündige und 3 3pfündige Kanonen etwa 1400 Mann aufgestellt waren, während von dem linken Donauufer her eine andere feindliche Batterie unsere Stellung in die Flanke nahm. Der Feind rückte vorzüglich gegen den linken Flügel der Stellung, unter unserm tapfern Kanonenkreuzer vor, wurde jedoch zurückgewiesen, gegen unseren rechten Flügel, aber eben so erfolglos. Mater Barea exerzirt von Piret [illegible] Mayer Bajonnovich vom Banalregimente, Artillerielieutenant Ludwig, Hauptmann Leitel von Piret, die Feldwebels Tomassevich und Abramovich von der Grenzartillerie, führten ihre Truppen mit dem glänzendsten Beispiele im Feuer. Hauptmann Mayer von dem Peterwardeinerregimente, Rittmeister Wagner von Sachsen-Cürassier, Oberlieutenant Zaxenberger des Ingenieurcorps, werden noch von dem Obersten von Mamula, der mit dem vielfach übertragenen Feind dessen Kampf so rühmlich bestand, mit Auszeichnung genannt. Wir haben im Vergleiche mit dem Feinde nur den Verlust von zwei Todten und fünf Verwundeten zu beklagen, während dieser über 150 Todte und Verwundete auf dem Platze ließ. Ein Mann unserer Seite fiel in unsere Hände. Der Kampf dauerte von 6 Uhr Morgens bis 1 Uhr Nachmittags, das Plankenfeuer aber gegen Carlowitz bis in die sinkende Nacht."

Der „Lloyd", welcher einen entscheidenden Sieg der Serben bei Szenta einräumt, schildert zugleich die Grausamkeiten, womit dieser Sieg geschändet ward. Vom angezündeten und vernichteten Hab und Gut läßt sich gar keine Beschreibung machen. Von der israelitischen Bevölkerung wurden allein 60 Menschen hingeschlachtet, unter ihnen der greise Rabbiner. — Nach demselben Blatt wären, einem Berichte aus Pest zufolge, die Russen denn doch in Galizien eingerückt, um dieses Land so lange besetzt zu halten, als das Corps des General Hammerstein, das noch größeren Succurs erwartet, gegen Debreczin und Großwardein operiren wird.

Der Kaiser hat den Erzherzog Wilhelm, jüngsten Sohn des Erzherzogs Karl, nach Mailand entsendet, um dem Feldmarschallieutenant Radetzky die Insignien des goldnen Vließes zu überbringen. Weiterhin erhielt der Chef des Generalquartiermeisterstabs, Feldmarschallieutenant Heß, das Großkreuz des Leopoldordens und Feldmarschallieutenant v. Schönhals den Orden der eisernen Krone 1. Klasse. — In Schönbrunn herrscht große Thätigkeit im Schlosse; gestern und heute hat man großes Meublement hinaustransportirt. Ein Zeichen, daß die baldige Ankunft des Monarchen erwartet wird. — Die hiesigen Buchhändler haben nicht nur einen förmlichen Protest gegen das angeordnete Verfahren der Revision der einlangenden Bücherballen vom Auslande durch die Militärbehörde eingelegt, sondern denselben auch dadurch bekräftigt, daß sie, in so lange diese Anordnung nicht zurückgenommen wird, die ein langenden fremden Bücherballen uneröffnet retour senden. Der „Wanderer" enthält darüber Folgendes: „Seit einigen Tagen sind in Wien keine ausländischen Journale mehr durch den Buchhandel zu beziehen, indem die Ballen unberührt in dem Hauptmauthgebäude liegen, weil die Buchhändler nicht daran wollen, nach der neuen Verordnung die Ballen nur in Gegenwart eines Polizeibeamten zu öffnen. Von Seiten des Buchhandlungsgremiums so. en gegen diese Maßregel, in der sie nur in anderer Form eine Censur sehen, die gehörigen Schritte gemacht werden und wir hoffen, daß dem diesfälligen Gesuche Gewährung geleistet werde, da beispielsweise dadurch wirklich — die Redactionen spricht hier aus Erfahrung — für dabei ganz Indifferente, für solche nämlich, welche fremde Journale bestellt haben und solche wirklich brauchen, Nachtheile und Geschäftsstörungen eintreten."

Die Nationaldank hat ihren Beamten Reiter seines Dienstes entsetzt, weil er bei der Frankfurter Kaiserwahl für den König von Preußen gestimmt hatte.

Von allen Seiten werden Verstärkungen der Armee in Ungarn nachgeschickt. Von Wien aus gingen gestern 3 Bataillone, sowie seit mehreren Tagen große Geschützabtheilungen dahin ab; ebenso von Olmütz Cürassiere nach Preßburg. Die Besorgniß einer momentanen Räumung Pests und Ofens war noch nicht verschwunden.

Aus Siebenbürgen lauten neuere Nachrichten, daß die k. k. Truppen wegen Mangel an Munition sich von Kronstadt in die Walachei zurückgezogen haben. Dort befinden sich nun an österreichischen Truppen 8000 Mann bei

Zumpina, die über Tömös kamen, 12,000 Mann bei Kimpolung, die über Törzburg kamen, 1200 Mann in Rumik, die über den Rothenthurmpaß einrückten; außerdem 3000 Pferde und 50 Stück Geschütze. In Bukarest ist der k. k. General Jdvich angekommen. An russischen Truppen stehen längs der siebenb. Grenze 8000 Mann mit 16 Geschützen; ferner 12,000 Mann Infanterie, 2800 Mann Cavallerie und 3 Batterien in Bessarabien, die nur den Befehl des russischen Generals Moller gewärtigen, um über Lipkani bei Herza in die Moldau einzurücken, zu welchem Zwecke eine Schiff- und eine fliegende Brücke geschlagen werden, an der bei 1000 Arbeiter beschäftigt sind. In den Districten von Bolluschan, Dorohoi und Foltitzeni werden die erforderlichen Verpflegemagazine eingerichtet. (Wien. Z.)

Briefe aus Mailand vom 2. April melden die schon bekannte Einnahme von Brescia durch den Feldmarschalllieutenant Hainau. Es ist ein stark verbreitetes Gerücht, daß während der Schreckenstage, welche der Erstürmung vorangingen, alle in Brescia lebenden Deutschen von den rasenden Fanatikern hingeschlachtet wurden. Nur zwei Deutsche, welche in den Kerkern vergessen wurden, sind diesem Blutbad entronnen. Man kann sich daher die Erbitterung der Soldaten denken. In Mailand herrscht fortwährend die tiefste Ruhe. (Wien. Ztg.)

Aus Triest wird vom 4. d. M. gemeldet, daß sich der Admiral Dalerup bereitet, nach den Gewässern in Venedig abzusegeln. Die sardinische Flotte soll in Folge des Waffenstillstandes am 1. von Venedig abgesegelt sein. (W. Z.)

Berlin, 7. April. Die durch verschiedene Blätter verbreitete Nachricht von einem Fürstencongreß entbehrt, wie man der „Köln. Ztg." schreibt, jeder Wahrheit. Dagegen ist Camphausen nach Berlin berufen worden, um bei den Verhandlungen im Ministerium über die Kaiserfrage gegenwärtig zu sein. Sollten Camphausen's persönliche Ansichten kein Hinderniß bieten, so beabsichtigt man, denselben als Gesandten wiederum nach Frankfurt zu senden. Auffallen ist es hier, daß die Mitglieder der Frankfurter Deputation keinem Minister die Aufwartung gemacht haben, was jedenfalls, ohne den Privatansichten der Herren zu nahe zu treten, als ein Formfehler zu bezeichnen ist. Das Ministerium steht nun einmal an der Spitze des Staates. Wäre Simson nicht krank gewesen, so hätte vielleicht eine Ausgleichung stattfinden können. Nur Beseler und Rieser theilten dem Ministerpräsidenten die Anwesenheit der Deputation mit. Die Minister beabsichtigten, wenigstens den Deputirten wo möglich einen angenehmen Abend zu bereiten, standen jedoch bei der Verletzung der Form auch ihrerseits von jeder Einladung ab. Die Stimmung der Hauptstadt seit jener unglückseligen Bescheidung der Kaiserdeputation ist unverkennbar eine niedergeschlagene. Und wie sollte sie anders? Man sah sich dem vierzehnten Ziele einer endlichen festen staatlichen Gestaltung so nahe, und sieht plötzlich sich in die Wechselfälle eines gefahrvollen Provisoriums zurückgeschleudert. Die Räthe der Krone haben eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Wer noch irgend sich täuschen könnte über das Unheilvolle des eingeschlagenen Weges, der befrage nur die Mienen der rothen Republikaner und der rothen Reactionäre. In beiden Lagern herrscht Jubel und Hoffnung. Wir kennen nur Einen Weg, der noch zur Versöhnung und zum Heile zu führen vermag, unverzügliche Anerkennung des Verfassungswerkes und tüchtiges deutsches Dreinschlagen im Dänenlande!

Der „Weser-Zeitung" schreibt man aus Berlin, der Fürst Galitzin habe ein Schreiben des Kaisers von Rußland an den König überbracht, in welchem der Kaiser bemerkt, er sei der treueste Verbündete des Kaisers von Oesterreich und werde gegen jeden Versuch einer Verkürzung der Rechte Oesterreichs dem österreichischen Kaiser alle von diesem verlangten Hilfsmittel zur Disposition stellen, um die durch die Verträge von 1815 datirten Rechte zu schützen.

Die Prinzessin von Preußen hat, wie von vielen Seiten bestätigt wird, sich besonders bemüht, den niederschlagenden Eindruck, den die Antwort des Königs auf die Reichsdeputation gemacht hat, zu verwischen. „Sagen Sie es in Frankfurt und überall, wohin Ihr Weg Sie führt, daß mein Herz stets warm für die große deutsche Sache schlagen wird." Diese Worte richtete die Prinzessin beim Abschied an die Frankfurter Deputation. (W. Z.)

Se. Maj. der König hat das Bild des Generals von Wrangel in Lebensgröße von Magnus anfertigen lassen. — Man erzählt sich Folgendes: In der Nacht vom 6. zum 7. d. M. langte ein Cabinetscourier aus Petersburg hier an, der, als er seine Depeschen abgeben wollte, dieselben nicht bei sich fand. Derselbe glaubte dieselben auf einer Station bei Frankfurt a. O. verloren zu haben. Wem bekannt ist, auf welche Weise Depeschen von Cabinetscouriren aufbewahrt werden, dem muß der Verlust derselben räthselhaft erscheinen. (C. Z.)

** **Gibersfeld**, 8. April. Gestern fand hier eine zahlreiche Bürgerversammlung, veranlaßt durch die von dem König in Bezug auf die Kaiserwahl abgegebene Erklärung statt, in welcher berathen und einstimmig angenommen wurden: 1) eine Adresse an die Reichsversammlung in Frankfurt, dieselbe auffordernd, an ihren Beschlüssen und an der Reichsverfassung, gestützt auf die Zustimmung des Volkes, unmittelbar festzuhalten; 2) an die beiden preußischen Kammern, dieselben angehend, „das ganze Gewicht ihrer hohen Stellung in die Wagschale der weltgeschichtlichen Entscheidung zu legen, damit der König mit volksthümlichen Räthen sich umgebe und die ihm so vertrauensvoll dargebotene Kaiserwürde unbedingt annehme".

** **Leipzig**, 7. April. In der Wohnung Arnold Ruge's und seines Geschäftsführers, ferner in einem Gasthaus, wo gegenwärtig der Hauptclub aller meistentheils aus Flüchtlingen bestehenden Demokraten sich versammelt, ist vorgestern von der Polizei eine Haussuchung vorgenommen worden und viele Papiere sollen in Beschlag genommen sein. Die Maßregel erfolgte auf Requisition einer fremden Regierung, wie man der „Köln. Ztg." schreibt. Mehrere Flüchtlinge haben in Folge dessen die Weisung erhalten, binnen kürzester Frist Stadt und Land zu verlassen, darunter der deutschkatholische Prediger Schell und der gegenwärtige Obmann des deutschen Vaterlandsvereins, Windwart, ein geborner Schlesier und ehemaliger Schauspieler. — Auch hier, und zwar nicht nur auch bei bisher Gleichgiltigen, sondern sogar bei seitherigen Gegnern des Princips macht sich immer mehr das Verlangen geltend, den König von Preußen mit der Kaiserkrone an der Spitze des wiedererstellten deutschen Reichs zu sehen.

†† **Hannover**, 8. April. Unsere Kammern sind von unserm so constitutionell gesinnten Ministerium Stüve anderweitig bis zum 3. Mai d. J. vertagt worden. Es hieß vor der officiellen Bekanntmachung dieser Vertagung allgemein, daß eine solche bis zu den letzten Tagen des Monats Mai stattfinden werde. Nun, wenn das Ministerium Stüve am 3. Mai in der deutschen Frage noch keine solche Stellung erlangt hat, wie es wünscht und hofft, so wird es natürlich eine anderweitige Vertagung der Kammern eintreten lassen. Daß unser Ministerium über die Antwort des Königs von Preußen an die Frankfurter Deputation ungemein erfreut ist, und daß die treuen Schildknappen desselben, die Geistlichen, Bureaukraten und der größte Theil des Adels in den ministeriellen Jubel einstimmen, bedarf wohl keiner ausführlichen Beschreibung. — Es wird uns von mehreren Seiten versichert, daß unser constitutionelles Ministerium beabsichtige, allernächstens das Associationsrecht zu beschranken. Herr Stüve, sowie seine Collegen, haben wohl schwerlich jemals einen Volksverein besucht. Wir besitzen eine ziemlich genaue Kenntniß aller hiesigen Vereine, und können behaupten, daß keiner derselben zu beschränkenden Verfügungen welcher Art auch nur den mindesten Anlaß gegeben hat. Wir sind deßhalb sehr gespannt darauf, in welcher Art das Ministerium seine etwa gegen das freie Vereinigungsrecht zu erlassenden Verfügungen begründen wird. — Ein neuer Preßproceß ist in diesen Tagen hierselbst in erster Instanz zur Entscheidung gekommen. Hr. Dr. Th. Althaus, Redacteur der „Zeitung für Norddeutschland", wurde wegen eines in seiner Zeitung erschienenen Artikels, in welchem die Politik unseres constitutionellen Ministeriums bitter angegriffen worden war, von dem Stadtgerichte dafür zu sechswöchentlichem Gefängnisse sowie zur Tragung der Untersuchungskosten verurtheilt. Natürlich im alten geheimen Verfahren, da wir noch keine Schwurgerichte besitzen. Ein Stadtrichter hat indessen erklärt, daß die ministerielle Denunciation wider die Redaction jener Zeitung zurückzuweisen sei, da im beregten Artikel nur eine Kritik der Handlungen des Ministeriums enthalten. Die andern Richter haben jedoch in ihm Beleidigungen, Calumnien u. dgl. gegen die Minister gefunden. Hr. Althaus wird appelliren.

Nachschrift: Wir vernehmen soeben, daß eine große Zahl der Abgeordneten unserer zweiten Kammer beabsichtigt, sich in den nächsten Tagen hierselbst zu versammeln, um darüber zu berathen, was unter den gegenwärtigen Umständen von ihnen zu beschließen sei.

Celle, 7. April. Es sind auf der Versammlung zu Celle fünfundsiebenzig Vereine vertreten, meistens Volksvereine, dann mehrere Arbeitervereine, darunter der von Goslar, der 800 Mitglieder zählt, ein Turnverein von Celle und ein vaterländischer Verein, der neue vaterländische zu Hannover. Die wichtigsten Fragen, die zur Sprache kamen, war das Verhalten des Ministeriums zu den Grundrechten, die deutsche Verfassung und die Kaiserfrage. Der Widerstand Stüve's gegen die Grundrechte ward von allen Seiten getadelt, aber auch die innere Verwaltung fand keineswegs das unbedingte Lob, das so sehr zum guten Ton der sogenannten hoheren Stände gehört; sind ja doch auch die meisten versprochenen Reformen bis jetzt nichts als Gesetzentwürfe und durch die Vertagung der Stände und die nothwendigsten Gesetze, so namentlich das Gesetz über die Geschwornen, weit hinaus, vielleicht weiter, als wir wissen können, hinausgeschoben. — Der Vorschlag, eine Deputation aus der Mitte der Versammlung an den König zu senden, um sich gegen das Ministerium auszusprechen, wurde abgelehnt, namentlich weil man kein Seitenstück zu dem brillanten Zug vom 8. März geben wolle. — Beschlossen wurde dagegen, eine Adresse an den König zu erlassen, um im Sinne der Majorität zweiter Kammer auszusprechen, daß nur ein Ministerium das Vertrauen des Landes haben könne, welches in Anerkennung der von den Ständen ausgesprochenen Grundsätze nicht zögern werde, die deutsche Reichsverfassung ins Leben zu führen. Ferner sollte an die Reichsversammlung eine Eingabe abgehen, sie wolle alle Mittel ergreifen, um das Ministerium Stüve zur Unterwerfung unter die Verfassung und die Grundrechte zu zwingen, und drittens an die demnächst wieder zusammentretende Ständeversammlung die Bitte zu richten, sie wolle der Krone eine Beschwerde gegen das Ministerium überreichen, die nach den Bestimmungen der Verfassung deren Entlassung zur Folge haben muß. Die deutsche Kaiserfrage wurde unter dem truben Eindrucke der eben bekannt gewordenen Antwort des Königs von Preußen berathen. Angenommen wurde der Antrag an die gesetzliche Vertretung Preußens, an die Kammern die Bitte zu richten, sie wolle den König auffordern, die deutsche Verfassung unbedingt anzuerkennen und die Kaiserkrone anzunehmen. Einstimmig angenommen wurde dann der Antrag, die Reichsversammlung zu bitten, sie möge am Principe der Volkssouveränetät festhalten, nicht dulden, daß der König von Preußen die Annahme der Kaiserwürde an Bedingungen knüpfe, durch welche eine Abänderung der Verfassung erwirkt werden könne. (Wes. Z.)

Italien.

* **Turin**, 4. April. Am 2. April war Genua mit allen seinen ungeheuren Festungswerken in den Händen der Republikaner. De Azarta, Befehlshaber der Truppen, mußte nach einem mörderischen Kampfe mit dem Volk und der Bürgerwehr die Stadt verlassen, die sich hinter ihm für alle königlich gesinnten Truppen schloß. Victor Emanuels letzte Oeffnung ist auf La Marmora's Devisen und die Oesterreicher gesetzt. Mellana, Lanza und Depretis bilden die Dictatur in Genua. Eine Ordonnanz Victor Emanuels erklärt Genua in Belagerungszustand und gibt La Marmora unbedingte Vollmacht.

Frankreich.

** **Paris**, 8. April. Die Regierung hat auf telegraphischem Wege die Nachricht erhalten, daß Graf Montemolin, der Sohn Don Carlos, an der Grenze gerade in dem Augenblick als er sich nach Spanien begeben wollte, gefangen genommen wurde. — Eine andere telegraphische Depesche hat der Regierung angezeigt, daß der Kaiser von Oesterreich seinen Handelsminister nach Piemont geschickt habe, um wegen des Friedens zu unterhandeln. Oesterreichs Gesinnungen seien durchaus friedlich, und es scheine gewiß, daß es nicht entschließen sei, mit bewaffneter Hand in Rom und Toscana zu intervenieren.

Der „Moniteur" enthält in seinem amtlichen Theile folgende Mittheilung: Ruffini, dessen Mission als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Karl Alberts mit der Abdankung desselben aufgehört hat, ist in einer Abschiedsaudienz vom Präsidenten der Republik empfangen worden. An demselben Tage hat Gioberti die Briefe, die ihn in der gleichen Eigenschaft für Victor Emanuel accreditiren und die Abdication Karl Alberts und den stattgehabten Thronwechsel anzeigen, überreicht.

Großbritannien.

* **London**, 7. März. In Folge des Wiederbeginns der Feindseligkeiten in Schleswig-Holstein sind die Fonds gefallen. Man hofft indeß, daß der geringste Erfolg, welchen eine der beiden Parteien davontragen sollte, augenblicklich eine friedliche Ausgleichung nach sich ziehen wird.

Nachschrift.

Hannover, 8. April. Ein Extrablatt zur „Hannoverschen Zeitung" meldet: Die hannoversche Brigade, welche am 5. d. M. in Seegard angekommen war, rückte am 6. auf der Straße von Apenrade nach Sonderburg vor. In Ulderup traf sie auf den Feind. Das Dorf wurde von unsern Truppen genommen. Es entspann sich darauf ein ziemlich heftiges Gefecht. Da die Dänen immer mehr Truppen ins Feuer brachten und namentlich den linken Flügel der Brigade zu umgehen drohten, so hielt Generalmajor Wynecken es für angemessen, das Gefecht abzubrechen und gegen Baurup zurückzugehen. Generalmajor Wynecken rühmt das Benehmen der Truppen und die Ordnung, womit die verschiedenen Bewegungen ausgeführt worden sind. Da das Gefecht in einem sehr coupirten Terrain stattfand, so ward es lediglich durch die Infanterie unterhalten. Der Verlust war leider nicht ganz unbedeutend. Von Offizieren sind gemeldet: Getödtet: Major Müller vom 3. Infanterieregimente. Verwundet: 4 schwer, 6 leicht. Der Verlust an Unteroffizieren und Soldaten ist noch nicht bekannt. Gefangene scheinen von beiden Seiten nicht gemacht zu sein.

* **Briefen aus Pest** vom 3. u. 4. April zufolge ziehen sich die österreichischen Truppen immer mehr zwischen Theiß und Donau in der Nähe jener Stadt zusammen, ihre frühere Stellungen den Ungarn überlassend und in den nächsten Tagen vor Pest einer entscheidenden Schlacht gewärtig. Windischgrätz ist wieder zur Armee abgegangen. Nachrichten von der moldauischen Grenze bestätigen, daß mit Ausnahme der Veste Karlsburg ganz Siebenbürgen sich in Bems Gewalt befindet. Auch Galizien ist von den Magyaren bedroht.

Börsenberichte.

Frankfurt, 10. April. Auch an heutiger Börse zeigte das Geschäft wenig Leben, die Stimmung war jedoch im Allgemeinen minder günstig, die Course weigten zum Flauseln, und Fonds sowohl wie Eisenbahnen ein waren größtentheils zu niedrigern Preisen als gestern zu erhalten. Von österreichischen Papieren blieben 5pCt. Metall. 76⅞, pCt., 2½pCt. Metall 41, 40⅞ pCt., Wienerbankactien 1190 fl., 500 fl. Loose 127 pCt., 250 fl. Loose 79⅝, pCt. Von den übrigen Anlehensloosen waren Kurse: 40 Rthlr. Loose 27⅞, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 27⅞, fl., do. 50 fl. Loose 48⅝, fl., Darmstädter 2 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 70⅛, fl., Nassauer 25 fl. Loose 20⅝, fl., Sardinische Loose 26 Fr., Polnische 500 fl. Loose 73½, Rthlr. Von sämmtlichen Obligationen 4½pCt. Württemb. 94 pCt., 3½pCt. do. 75⅝, pCt., Badische 3½pCt. Obligationen 70½, pCt., do. 5pCt. vom Anlehen v. 1848 95⅝, pCt., Nass 3½pCt. Obligationen 80⅝, pCt., do. 5pCt. v. J. 1849 99⅜, pCt. Holländische 2½pCt. Integralen 49⅝, pCt. Von Eisenbahnen blieben Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 32⅝, 32⅞, Rthlr., Berg. 72½, pCt., Köln-Mindener 76½, pCt., Taunus beliefen 290 fl. 3pCt. inländ. Span. schloß zu 22½, pCt. Geld. Auch sämmtliche Wechsel waren bei schwachem Verkehr mehr angeboten.

Wien, 7. April. 5pCt. Metall 86⅞. — 4pCt 63. — 4½pCt. —. — 2½pCt. 36. — Bankactien 1127. — 500 fl. Loose 147. — 250 fl. Loose 91⅛. — Nordbahnactien 96⅞. — Glogganitzer 93. — Mailänder 69

Die Börse in Folge günstiger Berichte aus Ungarn sehr gut gestimmt. Wechsel und Gold etwas matter.

Paris, 8. April. An der heutigen Sonntagsbörse waren die 5pCt. 88. 70.

London, 7. April. 3pCt. Stocks 91⅛ à ⅜. — 5pCt. Span. —. — Neue 3pCt. 30⅛. — 4pCt. Port. 28. — 2½pCt. Holländ. 49⅛.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Kalten.

Führer durch die Messe.

Leine-, Wolle-, und Baumwolle-Waaren.

[717] **Kirchhof & Füchsel**
aus **Schmölln** in Sachsen-Altenburg
haben zur diesjährigen Ostermesse das Lager ihrer Fabrikate, bestehend in glatten und façonnirten Thibets ꝛc wieder wie in letzter Herbst-Messe in der goldenen Leiter, neue Kräme Lit. K. Nr. 95.

B. Tollmann aus Schönkirch, bei Weyden in der Oberpfalz,
empfiehlt sich in allen Sorten Bentelitch und Krepp zu den billigsten Fabrikpreisen. Sein Lager befindet sich während der Messe in Frankfurt a. M. an der Stadtwage. [937]

Aecht irländische Leinwand (rein Leine).
Um diese Messe wirklich noch unser Lager ganz auszuverkaufen, geben wir unsere feinste irländische Leinwand grade für die Hälfte des Fabrikpreises ab.
Wm. Bell Sohn aus Dublin,
[1041] Katharinenpforte neben dem großen Kaffeehaus, der kleinen Sandgasse gegenüber.

Kleider und Putz für Herren und Damen.

☞ **Avis für Damen.** ☜
Die anerkannt größte Damen-Mäntel-Fabrik
von **D. H. Daniel** aus Berlin
empfiehlt zur gegenwärtigen Messe ein aufs reichhaltigste assortirtes Lager eleganter und geschmackvoller nach neuester Pariser Façon angefertigter
Mantillen, Mantelets, Paletino's, Frühjahrs-Mäntel und Visites
von Sammet in allen Farben, glatt und damast. Atlas, Satin chine, moiré, Taffet, Herzogin und weiß Cachemir.
☞ **Verkaufs-Local: Neue Kräme Nr. 34 im Laden des Herrn Lorie** vis-à-vis vom Braunfels. [924]

[1036] **Gummy-Schuhe** en gros et en detail bei **Fr. Bettenhäuser Sohn** am Schwan.

[696] **Joseph Schell**, Corsetten-Fabrikant aus Ludwigsburg,
empfiehlt für diese Messe wieder sein schon längst bekanntes Lager in Damen- und Kinder-Corsetten, sowie auch Morgen-Leibchen, mit und ohne Elastik, und verkauft en gros wie en detail zu äußerst billigen Preisen. Auch habe ich wieder eine große Auswahl aller Arten Gummi-Bälle und gebe diese ebenfalls zu sehr billigen Preisen ab.
Meine Bude befindet sich wie gewöhnlich auf dem Römerberg, hinterer Gang, vis-à-vis dem Römer.

Tafelwaagen und Delicatessen.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.
Der Brustteig von **Georgi** in Epinal, wofür derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditer **Schott**, große Sandgasse, zu haben.
Commissionäre sind: Hr. Comtoir z. C. Schlemmer in Mainz. [586]

[904] **Dürre Worcheln,**
für Käufer en gros à 2 fl. 42 kr. bei
Allani-Minoprio,
kleiner Hirschgraben 3.

Wechsler- und Effecten-Bureaux.

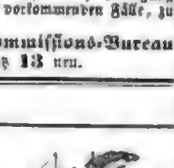
[1024] **Original-Obligationen**
des Anlehens vom Verein deutscher Fürsten und Edelleute, garantirt von Adolph Herzog von Nassau, Ernst Herzog zu Sachsen-Coburg, Friedrich Prinz von Preußen ꝛc. und womit fl. 25,000, 20,000, 16,000, 15,000, 14,000, 13,000, 12,000 ꝛc. erlangt werden können, erläßt Unterzeichneter à fl. 8 und für die nächste am 15. Mai l. J. stattfindende Ziehung einzeln à 1 fl. — 10 : tät zu 7 fl. — Listen und Plane gratis.
Julius Stiebel junior, Hauptcollecteur
Büreau: Wollgraben in Frankfurt a. M.

Commission und Spedition.

Ich erlaube mir hiermit die ergebenste Anzeige zu machen, daß ich außer meinem Commissions-Büreau auch ein
Dienst- und Stellen-Gesuch-Bureau jeder Branche
auf hiesigem Platze errichtet habe und empfehle mich hierin zu geneigten Aufträgen unter reeller und billiger Bedienung ergebenst. Zugleich halte ich mich wie bisher mit Ver- und Ermiethen von Wohnungen und Localen jeder Art, An- und Verkauf von Häusern ꝛc., An- und Absatz von Capitalien, Besorgung von Commissions-Artikeln und allen im Commissions- und Speditions-Geschäft vorkommenden Fälle, zu geneigten Aufträgen bestens empfohlen.
Amtlich bestät. Dienst- und Stellen-Gesuch- und Commissions-Bureau
[767] von **F. A. Wüst**, Paulsplatz **13** neu.

Transport.

☞ **Für Auswanderer.** ☜
„Die Hoffnung."
Concessionirte deutsche Büreaux
für
Auswanderer nach Amerika
von **J. M. Bielefeld** in **Mannheim.**
London bei **Ullmann, Hirschhorn & Co.** — **New-York** bei **Schulz und Bleidorn**
Regelmäßige Fahrten gekupferter Dreimaster erster Klasse, sogenannte Packetboote,
nach **New-York** und **New-Orleans.**



Bei Erlassung dieser Linie habe ich zunächst mein Augenmerk darauf gerichtet, daß der Auswanderer auf der ganzen Reise nur mit **Deutschen** zu verkehren hat, deren Aufgabe es ist, sich mit aller Wärme seiner anzunehmen und ihn mit Rath und That zu unterstützen; auch bei seiner Ankunft in Amerika wird er von **Deutschen** empfangen, welche ihm jede Auskunft, seine Weiterreise und Ansiedelung betreffend, unentgeltlich zu ertheilen haben.
Außer den Schutz, den verfassungsmäßig das englische Gesetz dem Auswanderer bietet, ist er auch in den Seehäfen vor Uebervortheilung dadurch geschützt, daß er in Rotterdam sowohl, als in London während der ganzen Dauer seines Aufenthalts freie Beherbergung und Beköstigung in guten deutschen Gasthäusern findet, wodurch ihm gewiß die beste Bürgschaft für rasche Beförderung gegeben ist.
Die Preise sind auf das Billigste berechnet.
Zur näheren Erkundigung, so wie zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen, beliebe man sich an meine unterzeichneten General-Agenten oder deren Agenten zu wenden, bei denen Prospecte gratis abgegeben werden.
Mannheim, im März 1849. **J. M. Bielefeld.**

Frankfurt a. M.	Herr **Heinrich Klippel.**	Mainz	Herr **Heinrich Zix**
Stuttgart	„ **Friedr. G. Schulz** sen.	Cöln	„ **Vogel & Mack.**
Straßburg	„ **Louis Bielefeld.**	Rotterdam	„ **L. Mayer & Co.**
	Diedrich Herr **J. K. Lembach.**		

In Bezug auf Obiges bemerke ich noch, daß im Monat Mai 5 Boote und zwar am 3., 10., 17., 24. und 31. expedirt werden und empfehle ich mich zu jeder Auskunft und zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen.
[949] **Heinrich Klippel**, General-Agent in Frankfurt a. M.

Transport.

Rheinische Dampfschiffahrt.
Kölnische Gesellschaft.

Tägliche Fahrten vom 1. März 1849:

Von **Mainz** Morgens **6** Uhr nach **Köln (Düsseldorf, Elberfeld-Hamm).**
„ **Mainz** „ **8½** „ „ **Köln (Aachen).**
☞ Durch die Post- und Schnellschiffe „*Leathorca*" und „*Rudeus*", im Anschluß an den Eisenbahnzug Morgens 7 Uhr von Frankfurt.
„ **Mainz** Morgens **10½** Uhr nach **Köln (Minden-Berlin** etc.)
„ **Mainz** Nachmitt. **2½** „ „ **Mannheim.**
☞ Von **Biebrich rheinabwärts ½ Stunde später wie in Mainz.**
Von **Mannheim** Morgens **6** Uhr nach **Köln.**
„ **Coblenz** rheinaufwärts Morgens **6, 8** und **12** Uhr, rheinabwärts Morgens **10½** und Nachmittags **12½** und **2½** Uhr.
„ **Köln** Morgens **5½** Uhr nach **Mainz**, Morgens **9½** und Abends **10** nach **Coblenz-Mannheim**, Morgens **5½** nach **Arnheim.**
„ **Arnheim** Morgens **6** Uhr nach **Köln, Coblenz, Mainz, Mannheim.** [867]

Nähere Auskunft und Billete in Frankfurt a. M. bei dem Agenten Herrn **F. Böhm**, Rossmarkt, auf dem Filial-Bureau bei Herrn **G. B. Pelli** auf der Zeil, im Taunus-Bahnhofe, und für die Postreisenden im Postbureau.

Niederländische Dampfschiffe.

Abfahrt von Frankfurt mit dem ersten Eisenbahnzug vorläufig
jeden Montag, Dienstag, Donnerstag, Samstag (ohne umzuladen)
nach **Koblenz, Köln, Düsseldorf** und **Rotterdam,**
jeden Samstag vermittelst des „Battaviers" nach **London.**

Personenbillete zu sehr ermäßigten Preisen: nach **Köln** Vorzügliche 2 fl. 30 kr. Salon 5 fl.
„ **Rotterdam** „ 5 „ — „ „ 10 „
und (mit der Eisenbahnkarte von Frankfurt) bis **London** „ 11 „ 30 „ „ 20 „
Güter- und Geldsendungen werden auf's prompteste befördert.
Der Agent **E. L. Beyschlag,**
[1037] im Wolfs-Eck am Paradeplatz in Frankfurt.

[1038] **Güter-Transport**
nach allen Gegenden Deutschlands und des Auslands
insbesondere
nach allen Stationen des Rheins,
wobei nach Trier, Luxemburg, nach Belgien-Paris und Havre, nach Holland, England und den überseeischen Häfen, sowie auch nach Bremen, Hamburg und dem Norden, billige Uebernahmen gestellt, und die prompteste Beförderung zugesichert werden kann.
Bei Versendungen in größeren Quantitäten können auch zeitweise Fracht-Ermäßigungen stattfinden, und besonders für London noch besondere Vortheile eingeräumt werden.
E. Louis Beyschlag,
im Wolfs-Eck am Paradeplatz in Frankfurt a. M.

[1039] **Nach Nord-Amerika**
habe ich für Reisende und Auswanderer fortwährend billige und solide Fahrgelegenheit; auch empfehle ich mich zur Beförderung der Güter.
NB. Die Verträge sind zu denselben Preisen, wie in Mainz, schon von Frankfurt gültig.
Der Agent **E. Louis Beyschlag,**
am Paradeplatz in Frankfurt a. M.

Friedrich-Wilhelms-Nordbahn.

Es sind dem Vernehmen nach über die Verhältnisse der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn in mehrfacher Beziehung so ungünstige Urtheile laut geworden, dass wir, ohne auf die unlautere Quelle derselben zurückzugehen, im Interesse der Wahrheit und des durch uns vertretenen Unternehmens über das Sachverhältniss Folgendes hierdurch zur öffentlichen Kenntniss zu bringen uns veranlasst sehen.
Die Friedrich-Wilhelms-Nordbahn, deren Länge einschliesslich der dazu gehörigen, an die Weser führenden Zweigbahn, die kalenbahn genannt, 19½ Meilen beträgt, ist dermalen in einer Ausdehnung von 16½ Meilen vollendet und dem Betriebe übergeben, oder doch, so weit letzteres noch nicht geschehen, zur alsbaldigen Betriebseröffnung vorbereitet.
Noch nicht ganz vollendet ist: a) die Strecke von Kassel bis Guntershausen (ca. 2½ Meilen), auf welcher indessen in 3 bis höchstens 4 Monaten der Betrieb eben wohl eröffnet werden wird; b) die Strecke von Hösebach bis zur sächsischen Gränze bei Gerstungen (ca. 1½ Meilen), welche bis zum September d. J. vollendet sein wird.
Die Resultate des bis jetzt eröffneten Betriebes waren verhältnissmässig über alle Erwartung günstig, zumal wenn man in Betracht zieht, dass der Betrieb auf getrennten, noch nicht sämmtlich mit der Residenzstadt Kassel in Verbindung stehenden Bahnstrecken eröffnet wurde, die noch keine zusammenhängende Linie bildeten, dass ausserdem für den Anfang mannigfache Hindernisse zu überwinden waren, und dass endlich der Anschluss an die benachbarten Bahnen, in welche die Friedrich-Wilhelms-Nordbahn einzumünden bestimmt ist, noch nach keiner Seite hin stattgefunden hat, so dass also nur Local-Verkehr auf der Bahn im Gange sein konnte, und der sicher zu erwartende durchgehende Verkehr für die Bahn, auf welchen das Unternehmen vorzugsweise gegründet worden ist, noch gar nicht ins Leben trat. Ist der Anschluss an die übrigen Bahnen erst hergestellt, wozu alle Vorbereitungen getroffen sind, und insbesondere die nach **Frankfurt a. M.** führende Main-Weserbahn dem Betriebe übergeben, was zum grossten Theile schon in diesem Herbste der Fall sein wird, so steht nach den bisher gemachten Erfahrungen mit Sicherheit zu erwarten, dass der Betrieb auf der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn als einem integrirenden und wesentlichen Bestandtheile des grossen deutschen Eisenbahnnetzes, die befriedigendsten Resultate ergeben wird, als die in Betracht kommenden Verhältnisse billige Betriebskosten erwarten lassen, und die Bahn an Bedeutung überhaupt gewinnen wird, da sie vermöge ihrer Lage in der Mitte Deutschlands den Durchgangspunkt für die wichtigsten, nach verschiedenen Richtungen hin sich durchkreuzenden Handelsstrassen bildet.
Was die **Finanzlage** der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-Gesellschaft anlangt, so haben wir bereits in unserm jüngsten Rechenschaftsberichte vom 22 December v. J. die noch aufzubringende Bedarfssumme auf 1½ Millionen Thaler angegeben. Diese Bedarfs-Summe beruht auf einer sorgfältigen Berechnung der zur Vollendung des Baues und zur Beschaffung sämmtlicher Betriebsmittel noch erforderlichen und reichlich veranschlagten Kosten, wobei selbst etwaige Eventualitäten in Betracht gezogen und die **Zinsen des ganzen Actien-Kapitals bis zum Schlusse des Jahres 1849** mitberechnet sind. Zur Deckung jener Bedarfs-Summe wird von Seiten des kurhessischen Staates ein Kapital von 500,000 Thlr. unverzinslich hergeschossen, dessen Tilgung in der Weise erfolgt, dass vom Jahre 1852 an, wo der Anschluss an die benachbarten Bahnen vollständig hergestellt und die Gesellschaft im Genusse ihrer vollen Revenüen sein wird, jährlich 25,000 Thlr. zurückgezahlt werden, und es bleibt daher nur die Summe von 1 Million Thlr. mittelst Emission von Prioritäts-Obligationen aufzubringen. Es werden zwar für 2 Millionen Thaler Prioritäts-Obligationen angefertigt, davon jedoch für 600,000 Thlr. bei der kurfürstlichen Regierung als Sicherheit für das gedachte Darlehn hinterlegt, so dass noch Obligationen im Normalbetrage von 1,400,000 Thlr. zur freien Disposition der Gesellschaft übrig bleiben, um davon so viel zu emittiren, als zur Beschaffung der Summe von 1 Million Thlr. erforderlich ist, demnach also die Gesellschaft **für alle mögliche Eventualitäten** ein bedeutendes Reserve-Kapital zur Verfügung behält.
Aus der vorstehenden Darstellung der Sachlage ergiebt sich, dass die Verhältnisse der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn keineswegs von der Art sind, um den Actionären oder denen, die sich bei dem Unternehmen betheiligen, irgend gegründete Besorgnisse einzuflössen.
Kassel, den 2. April 1849.
[1032] Die Direction der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn.

Druck von August Osterrieth.

(Siehe Konversationsblatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpfiamts-Zeitung

Mittwoch (Abdruck p. N° 185.) 14. April 1830.

Rede des Abgeordneten Hr. Benedey.

Meine Herren! Ich habe mich nicht gemeldet, um über die Frage, ob Preßfreiheit oder Preßzwang, mich zu verbreiten, sondern um einige Worte über die Art und Weise, wie diese Frage behandelt worden ist, zu sagen. Ich habe mich gemeldet, weil ich glaube, daß es nicht gut ist, wenn man eine Frage, die so wichtig ist, wie diese, nicht ganz erschöpft. Ich habe mich gemeldet, weil ich glaube, daß es nicht gut ist, wenn man eine Frage, die so wichtig ist, wie diese, nicht ganz erschöpft. Ich habe mich gemeldet, weil ich glaube, daß es nicht gut ist, wenn man eine Frage, die so wichtig ist, wie diese, nicht ganz erschöpft.

Deutsche Bundesversammlung.

Frankfurt, 12. April.

Sitzung der Bundesversammlung vom 8. April.

Präsidium des Herrn Gesandten Grafen von Münch-Bellinghausen.

Der Vortrag des Protokolls der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Der Vortrag des Protokolls der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt. Der Vortrag des Protokolls der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt. Der Vortrag des Protokolls der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Der Vortrag des Protokolls der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt. Der Vortrag des Protokolls der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt. Der Vortrag des Protokolls der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt. Der Vortrag des Protokolls der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Der Vortrag des Protokolls der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt. Der Vortrag des Protokolls der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt. Der Vortrag des Protokolls der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt. Der Vortrag des Protokolls der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Der Vortrag des Protokolls der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt. Der Vortrag des Protokolls der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt. Der Vortrag des Protokolls der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt. Der Vortrag des Protokolls der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

eine Stimme der Anerkennung in der Versammlung über die Würde, mit welcher sich die Deputation benommen. (Brave.) Das Wesentliche der Verfassung der Erbkaiser ist nicht zu finden. Man kann wohl Matrosen, aber keine Kaiser pressen. (Bravo.) Deßhalb verharrt der Redner bei seinem Antrage, die Oberhauptsfrage als eine offene zu behandeln. Abg. Simon v. Trier fragt, ob der Ausschuß das Verhältniß der Antwort des Königs von Preußen zur deutschen Reichsverfassung aufklären und erst festsetzen solle. Dieses Verhältniß kann nicht zweifelhaft sein. Er trägt darauf an, daß man die Antwort der Deputation anerkenne und erkläre, daß man an der ganzen Verfassung, wie sie vorliegt, festhalte. Unter dieser Verfassung sei es allen Parteien möglich sich zu schaaren und deßwegen halte seine Partei mit derselben. Der Redner wendet sich an die Abgeordneten der Rechten und der Centren. Meine Herren, Sie haben den äußersten Partei öfters Vorwürfe wegen ihrer Ungeduld gemacht, ich habe Ihnen entgegnet, daß Sie nur schwarzen Undank zu erwarten haben. Sie sehen, es ist so eingetroffen. Allein wir werden jetzt festhalten und uns zu Ihnen schaaren, um die Verfassung zu schützen. Aus den trüben Gewässern der vormärzlichen Diplomatie sind kalte Nebel aufgestiegen. Kann das Gestirn der deutschen Einheit und Freiheit die Wahl und Wärme gewinnen, um diesen Nebel zum fallen zu bringen und zu zerstreuen, so werden wir blauen Himmel und jedes Wetter haben. Steigen aber die Nebel, so werden sie sich als Wolken zusammenziehen und wir werden ein verderbenschwangeres Gewitter haben, welches zunächst in den Thurm der Kirche einzuschlagen droht, in der wir sitzen. Wachen und sorgen Sie für einen Blitzableiter, welcher den Blitz von Ihnen ableite und auf die Häupter der sichtbaren Schuldigen schleudere. (Großer Beifall.) Abg. Simon war der letzte eingeschriebene Redner. Der Vorsitzende will die Dringlichkeitsfrage zu den übrigen Anträgen stellen. Ueber die Reihenfolge derselben entspinnt sich eine kleine Debatte. Nachdem allen übrigen Dringlichkeitsanträgen die Dringlichkeit von der Versammlung nicht zuerkannt worden, wird zur Abstimmung über den Kierulf'schen bereits discutirten Antrag geschritten. Ueber die Fragestellung desselben und der dazu von den Abgg. Simon aus Trier und Roßmäßler gestellten Verbesserungsanträge entspinnt sich eine kurze Debatte. Zuerst kommt der Antrag des Abg Kierulf mit dem Verbesserungsantrage des Abg. Simon aus Trier zur Abstimmung. Derselbe will, daß die Bestimmung der Bildung eines Ausschusses wegbleibe und die Anerkennung der Antwort der Deputation zu Eingang desselben ausgesprochen werde. Ueber den Kierulf'sche Antrag in Verbindung mit dem Verbesserungsantrage des Abg. Ahrens, welcher verlangt, daß eine Bestimmung eingeschoben werde, wodurch die Oberhauptsfrage als eine offene zu betrachten sei, über welche ein besonderer Ausschuß geeignete Vorschläge zu machen habe, wird namentlich abgestimmt. Der Ahrens'sche Verbesserungsantrag wird mit 328 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Es wird sogleich zur namentlichen Abstimmung über den Kierulf'schen Antrag geschritten. Er lautet: Die verfassunggebende Reichsversammlung, veranlaßt durch den Inhalt des von der Deputation erstatteten Berichts: 1) erklärt hierdurch feierlich vor der deutschen Nation, an der in zweiter Lesung beschlossenen und verkündigten Reichsverfassung und dem Wahlgesetze unwandelbar festzuhalten; 2) sie verweist den von der Deputation erstatteten Bericht an einen durch die Abtheilungen zu erwählenden Ausschuß von 30 Mitgliedern zur möglichst schleunigen Berichterstattung und zur Vorbereitung der Maßregeln, welche zur Durchführung der unter 1 gegebenen feierlichen Erklärung nöthig erscheinen. Der Antrag wird mit 276 gegen 159 Stimmen angenommen. 1 Stimme enthält sich der Abstimmung. Ungefähr 40 Abgeordnete der Linken reichen eine Erklärung ein, dahin lautend, daß sie sich deßwegen der Abstimmung enthalten, weil sie es für unlogisch und unpraktisch halten, an einem Kaiserthume ohne Kaiser festzuhalten. — Die Versammlung beschließt, daß die Abtheilungen zur Wahl des Ausschusses morgen früh 9 Uhr zusammentreten. Nächste Sitzung: Freitag, 14. April. Tagesordnung: Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten. Bericht des volkswirthschaftlichen und des Prioritäts- und Petitionsausschusses. Schluß der Sitzung 2½ Uhr.

Italien.

Turin, 4. April. General Dabormida und Graf Nerel sind als sardinische Bevollmächtigte in das österreichische Hauptquartier abgegangen. Romarino befindet sich als Gefangener in der hiesigen Citadelle. Man sagt, er habe versprochen, wichtige Enthüllungen zu machen, wenn man ihm das Leben garantire. Ein gewisser Major Galanti ist verhaftet worden. Durch königliche Ordonnanz vom 3. April ist eine Untersuchungscommission, präsidirt von General Saluzzo, gebildet worden, um über die Ereignisse des letzten Feldzugs einen Bericht einzugeben. — Die bremenkranischen Zirkel von Annecy und Bonneville haben ihre Zustimmung zu den von der Volksversammlung in Albertville gefaßten Beschlüssen gegeben und erklärt, daß sie sich mit dem provisorischen Centralzirkel in Verbindung setzen werden, um gemeinsam über die Interessen des Vaterlandes zu wachen.

Aufstand in Genua.

Die „Basler Zeitung" enthält nach dem „Repubblicano" einige nähere Angaben über den Aufstand in Genua, der ziemlich bedeutend gewesen zu sein scheint. Als Grund desselben wird die Unzufriedenheit mit dem Waffenstillstand von Novara, „einer zweiten Auflage des Waffenstillstandes Salasco," angegeben. Am Palmsonntag den 1. April fing man an, die Straßen zu verbarrikadiren. Der Divisionsgeneral de Asarta befand sich mit dem Regierungspersonal und 4000 Mann Truppen sammt Artillerie bei dem großen Gebäude von Spirito Santo. Die Nationalgarde bemächtigte sich deßhalb der Höhen von Castelletto, Pietra Minuta und Monte Sano, welche die vier Seiten von Spirito Santo beherrschen. Zu gleicher Zeit stürzte sich ein Volkshaufe auf das Zeughaus, überwältigte die Wache, tödtete zwei Unteroffizire und bemächtigte sich 15—20,000 Gewehre, einer großen Menge Pistolen, Säbel und anderer Kriegswerkzeuge. Der bewaffnete Volkshaufe gewährte den wunderlichsten Anblick; Menschen jedes Standes und Alters, Priester, Mönche, Frauen, Knaben befanden sich unter demselben. General de Asarta verweigerte die Uebergabe von Spirito Santo. Die Nationalgarde, vereint mit der bewaffnen Menge, rückte also gegen denselben heran. Sie wurn von 4—500 Carabinieri mit Flintenschüssen empfange. Der Kampf wurde jetzt allgemein; da man sah, daß man ohne Artillerie die gewünschte Stellung nicht erobern kann, wurden Kanonen herbeigebracht. Die Kanonade und das Sturmgeläute dauerte die ganze Nacht hindurch. Des andern Tags gegen 10 Uhr Morgens verlangte der General zu capituliren. Er erhielt für sich und seine Besatzung freien Abzug mit allen Kriegsehren; ein Theil derselben soll jedoch vorgezogen haben, zu dem Volk überzugehen. Je die Carabinieri, die zuerst auf das Volk gefeuert hatten, mußten sich die fremden Consuln verwenden; sie mußten di Waffen niederlegen und wurden dann zur Stadt hinaus escortirt. Der Verlust auf Seiten des Volks beträgt 45—5 Todte und Verwundete; derjenige der Truppen ist nich bekannt.

Ein Passagier, der sich i Genua auf einem französischen Dampfboot nach Marseilleinschiffte, schreibt vom 2. April: „Gestern Nachmittags 4 Uhr hörten wir starkes Gewehrfeuer und Kanonade. Wr verließen Genua um 6½ Uhr Abends und um 7 Uhr hörten wir noch feuern. Während wir auf der Rhede lagen, zalten die Insurgenten die Frechheit, uns einige Kugeln gegen Bord zu senden." — Die provisorische Regierung, welche sich gebildet hat, besteht aus dem Commandant der Nationalgarde Avezzana, dem Deputirten Netta und den Advocaten Marchic. Die Familie des Generals Azarti und General Ferretti, bisheriger Commandant der Stadt, wurden als Geißeln zurückbehalten. Der Aufstand soll dadurch veranlaßt worden sein, daß man eine Depesche des Generals an La Marmora auffing, die also lautete: „Unsere Wünsche sind erfüllt, kommen Sie die Rebellion zu ersticken." Man bezog diese Worte auf den Sieg der Oesterreicher. General Azarta hat dagegen protestirt. Die Regierung ist entschlossen, den Aufstand mit Gewalt zu unterdrücken.

Zu Folge der Unruhen in Genua hat der König durch Decret vom 3. April auf den Vorschlag des Ministeriums verfügt: 1) Die Stadt Genua ist in Belagerungszustand erklärt. 2) General La Marmora ist zum außerordentlichen Commissär ernannt; alle Civil- und Militärbehörden von Genua sind seinen Befehlen unterworfen.

Florenz, 2. April. (Bad. Z.) Die Nachricht von der Niederlage der Piemontesen, die seit dem 28. März vollständig bekannt wurde, hat auf die Regierung einen furchtbaren Eindruck gemacht. In Folge dieser Nachricht vereinigte sich die constituirende Versammlung alsbald in geheimer Sitzung. Was verhandelt wurde, ist ein Geheimniß, aber das Resultat ist, daß die ganze Regierungsgewalt und außerordentliche Vollmachten in die Hände von Guerazzi gelegt wurden. Guerazzi ist ohne Zweifel ein weit bedeutenderer Mann, als Montanelli, Nicolini und Consorten. Er diente früher der gesetzmäßigen Regierung aufrichtig, aber weil die gemäßigte Partei ihm nicht die Hand bot, fiel er der Demagogie in die Arme. Er ist kein Republikaner von Grundsatz, aber durch seinen Ehrgeiz ist er Revolutionär geworden. Das Einzige, was Guerazzi bis jetzt gethan hat, ist, daß er eine Proclamation erließ, welche folgende dunkle Stelle enthält: „In allen Prüfungen, in welche die Vorsehung bisweilen die Völker führt, kann man immer die Ehre und die Seelenruhe sich erhalten. Ich werde die Vollmachten, mit denen ich bekleidet wurde, gebrauchen, nicht um die Freiheit zu bekämpfen, sondern um das Land zu beschützen." Man zerbricht sich den Kopf darüber, was Guerazzi damit habe sagen wollen. Einige glauben, er denke an nichts Geringeres als an eine Verständigung mit dem Großherzog Leopold und an eine Zurückberufung desselben. Von einem Anrücken der kaiserlichen Truppen nach den toscanischen und römischen Grenzen ist noch nichts bekannt.

Frankreich.

*** **Paris**, 8. April. Während des Processes in Bourges haben bekanntlich die Geschwornen, welche aus sämmtlichen Departementen Frankreichs genommen waren, sich nebenbei über die politische Situation ihres Landes besprochen und sich namentlich über die Grundsätze verständigt, welche in den bevorstehenden Wahlen zu empfehlen seien. Wir erfahren jetzt das Resultat dieser Berathungen, welches ohne Zweifel von großem Einfluß auf die Wahlen sein wird. Die Zusammenkunft der Abgeordneten sämmtlicher Departemente fand am häufigsten bei Bayez statt. Man theilte sich zunächst die bekannt gewordene Gesinnung der Majorität eines jeden Departementes mit, und nachdem die von jedem einzelnen Mitgliede gelieferte Auskunft über die Stimmung in seinem Departemente gehört worden war, vereinigte man sich über den Weg, der bei den nächsten Wahlen einzuschlagen sei, um durch dieselben eine möglichst getreue Willensäußerung der Majorität des Landes zu erzielen, damit ein dauernder gesetzlicher Zustand eintrete und das Vertrauen hergestellt werde. Wie man sich leicht denken kann, waren sämmtliche Mitglieder darüber einig, daß die Regierungsgewalt mehr befestigt werden müsse, als sie es unter den heutigen Umständen sein kann; aber man mußte auch auf der andern Seite nach reiflicher Prüfung des Zustandes von Frankreich sich eingestehen, daß vor der Hand zur Vermeidung größerer Zerwürfnisse und endloser Bürgerkriege keine andere Regierungsform, als die bestehende republikanische einzuführen sei, da die drei großen Parteien, welche eine Wiederherstellung der Monarchie wollen, die Legitimisten, Orleanisten und Bonapartisten, zusammen zwar die bei weitem große Mehrzahl für sich haben, sich aber, einzeln genommen, in der Minorität befinden gegenüber den beiden andern monarchischen und den verschiedenen republikanischen Fractionen. Ein Umsturz der Republik, beschloß man, würde nicht zur Wiederherstellung der Monarchie und des Vertrauens, sondern zu neuen Katastrophen führen, welche Frankreich unfehlbar in die Hände der Socialisten liefern müßte. Die Klugheit gebiete daher, die Constitution aufrecht zu erhalten, bis die Zeit gekommen sei, wo man dieselbe auf gesetzlichem Wege umändern könne, d. h. bis zur Beendigung der nächsten Kammersessionen. Alsdann werde man erst nach den Umständen und der Stimmung des Landes das Weitere beschließen. 72 von den Geschwornen haben sich einstimmig für diesen Weg erklärt und beschlossen, daß Jeder in seinem Departemente dahin wirken solle, durch die Wahlen dieses Ziel zu erreichen. Von allen reactionären Parteien ist jetzt die bonapartistische diejenige, welche am meisten zu fürchten, theils wegen ihres großen Einflusses, theils wegen ihrer Ungeduld; sie scheut sich nicht, schon von der nächsten Kammer eine Aenderung der Constitution in ihrem Sinne zu verlangen und den Krieg nach Außen zu empfehlen als ein Mittel zur Erhaltung des Friedens im Innern. Diese reactionäre Partei einerseits, so wie die demokratisch-socialistische andererseits sind die eigentlichen Ultras, welche ohne Rücksicht auf die weiteren Folgen ihrer extremen Tendenzen nur den Sieg ihrer Meinung verfolgen und der Erhaltung des innern wie europäischen Friedens in hohem Grade gefährlich sind. Es wäre wohl möglich, daß in der Legislative diese beiden extremen Parteien unter Umständen sich alliirten und die Coalition der verschiedenen Friedensparteien paralysirten.

Gestern war der Gerant des Journals „le Peuple" wieder vor dem Assisenhofe wegen eines Feuilletons von Louis Menard über die Junierereignisse. Der Gerant, wie der genannte Verfasser, wurden verurtheilt, jener zu drei Jahren Gefängniß und einer Geldstrafe von 5000 Franken, dieser zu fünfzehn Monaten Gefängniß und einer gleichen Geldstrafe, wie der Gerant. Der Zeugenbeweis zur Constatirung der im Feuilleton veröffentlichten Thatsachen wurde für nicht zulässig erklärt, und der Proceß, der um 10 Uhr Vormittags begann, ging doch erst um neun Uhr Abends zu Ende. Zweitausend Franken sind bereits zur Deckung der Geldstrafe gezeichnet, zu welcher das Journal in den letzten acht Tagen verurtheilt worden ist.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. D. Warten

[103] **Oelgemälde-Versteigerung.**

Mittwoch den 18 April Vor- und Nachmittags werden auf freiwilliges Ansuchen

circa 120 Stück Oelgemälde

von vorzüglichen ältern und neuern Meistern in dem Versatzungszimmer gegen baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

C. Belschner, Auskufer.

Cours der Staats-Papiere. 11. April 1849 (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.			pCt.	Papier	Geld
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	76½	76⅛	Westfalen	Obligationen v. Ruhr.	3½	78½	78
»	ditto ditto . .	4	60	59⅝	»	Neue Wurttemberg.	4½	94½	94
»	ditto ditto . .	2½	40⅜	40⅛	Nassau	Obligat. v. Rothsch.	3½	81⅛	80⅜
»	Bank-Actien v. J.		1193	1185	»	d. 35 Loose		21	20⅞
»	1.250 Loose v. Roth.		130⅛	130⅛	Frankfurt	Obligationen	3	77½	77
»	1.500 » ditto		127½	127	»	ditto v. 1839	3½	92¼	92⅛
»	Metkmann. Obligat.	4½	73	72½	»	ditto v. 1846	3½	89	88½
»	ditto ditto	4	64	63½	»	Taunusbahnactien .		207	205
Preussen	Staats-Schuldscheine	3½	80⅜	80⅛	Holland	Integrale	2½	49¼	49½
»	Prämienscheine . .		—	100⅜	»	Hollandische	4	—	77⅜
Bayern	Obligationen	3½	79½	79	»	Syndicats	3½	—	79
Darmstadt	1. 50 Loose . . .		70⅝	70⅜	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—
»	2. 25 Gilde		22⅛	22	»	Innere Sch. neue Obl.	3	22⅛	22½
»	Obligationen	3½	79	78½	Portugal	Consols Lot. à fl 12	3	—	—
»	ditto	3	86⅝	86⅜	Polen	d. 300 Loll. Loos Rth.			98
Baden	Obligationen v. 1812	3½	77⅛	76⅞	»	Obligationen de fl 500	4	74⅛	73⅞
»	fl. 50 Loose v. 1840		42	41⅞	Russland	in R. à. v. h. Gruss. C.	4	—	82⅛
»	fl. 35 Loose		28⅛	27⅞	»	ditto b. Stieglitz et C.	4	—	82

Gold.		Silber.		Actien.	Brief.	Geld.
Pistolen	9	56	Geld al Marco .	Kurhessische Loose . .	27½	27⅛
Dr. Friedrichsd'or	9	57	Laubth., ganze .	Sardinische Loose . . .	26½	26
Holl. 10 fl. Stücke	10	4	Preuss. Thaler .	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	39	5 Frankenthaler.	Cöln-Minden	76½	76⅛
20 Francsstücke	9	39	Hochhaltig Silber	Ludwigsh.-Bexbach. .	72⅝	72⅜
Engl. Souvereins	11	4	Gering v. mittelh.	Prär.-Wilhe.-Nordbahn	22⅝	22⅜

Agio der Börse: 2½ pCt. Met. — 3 pCt. Span. Int. —; Taunusbahn-Actien pr. Cass. —; Ludw.-Bexb. —; F.-W.-Nordb. — %.

Druck von Eugen Osterrieth.

(Nebst Extra-Beilage.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

(Extra-Beilage zu № 86.)

Mittwoch 11. April 1860.

Bekanntmachung, die Ausgabe von Postanweisungen auf Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg betreffend.

Vom 1. April d. J. an werden Postanweisungen auf Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg nur noch bis zum Betrage von 50 Thlr. ausgegeben.

Frankfurt a. M., den 31. März 1860.

Königlich Preußisches Oberpostamt.

Volksversammlung.

Sonntag, den 5. Januar, vormittags 10 Uhr, im Saalbau Bornheimer Hang.

Tagesordnung: Der Bruch Deutschlands mit Wilson.

Es sprechen:

Dr. Cohen-Reiß
Dr. Ernst Däumig
Ernst Meyer
Paul Levi
Wilhelm Pieck
Heinrich Ströbel
Arthur Zickler

Alle Mitglieder und Freunde der Partei müssen in dieser Versammlung erscheinen.

Die Bezirksleitung.

Spartakus in Leipzig.

Leipzig, 2. Januar.

Die Spartakusleute haben in Leipzig eine Zeitung herausgegeben, die sich „Die Rote Fahne“ nennt. Sie ist ein Organ der Spartakusgruppe und der Internationalen Kommunisten Deutschlands. Sie ist ein Kampforgan gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, gegen die Nationalversammlung und gegen alle Parteien, die nicht auf dem Boden der Spartakusleute stehen. Sie ist ein Kampforgan für die Diktatur des Proletariats, für die Räterepublik, für den Bürgerkrieg.

Die Nummer 1 der „Roten Fahne“ ist vom 18. Dezember datiert. Sie ist also schon vor 14 Tagen erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 2 der „Roten Fahne“ ist vom 21. Dezember datiert. Sie ist also schon vor 11 Tagen erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 3 der „Roten Fahne“ ist vom 25. Dezember datiert. Sie ist also schon vor 7 Tagen erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 4 der „Roten Fahne“ ist vom 28. Dezember datiert. Sie ist also schon vor 4 Tagen erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 5 der „Roten Fahne“ ist vom 31. Dezember datiert. Sie ist also schon vor 1 Tag erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 6 der „Roten Fahne“ ist vom 1. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 7 der „Roten Fahne“ ist vom 2. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 8 der „Roten Fahne“ ist vom 3. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 9 der „Roten Fahne“ ist vom 4. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 10 der „Roten Fahne“ ist vom 5. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 11 der „Roten Fahne“ ist vom 6. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 12 der „Roten Fahne“ ist vom 7. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 13 der „Roten Fahne“ ist vom 8. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 14 der „Roten Fahne“ ist vom 9. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 15 der „Roten Fahne“ ist vom 10. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 16 der „Roten Fahne“ ist vom 11. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 17 der „Roten Fahne“ ist vom 12. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 18 der „Roten Fahne“ ist vom 13. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 19 der „Roten Fahne“ ist vom 14. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 20 der „Roten Fahne“ ist vom 15. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 21 der „Roten Fahne“ ist vom 16. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 22 der „Roten Fahne“ ist vom 17. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 23 der „Roten Fahne“ ist vom 18. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 24 der „Roten Fahne“ ist vom 19. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 25 der „Roten Fahne“ ist vom 20. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 26 der „Roten Fahne“ ist vom 21. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 27 der „Roten Fahne“ ist vom 22. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 28 der „Roten Fahne“ ist vom 23. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 29 der „Roten Fahne“ ist vom 24. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 30 der „Roten Fahne“ ist vom 25. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 31 der „Roten Fahne“ ist vom 26. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 32 der „Roten Fahne“ ist vom 27. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 33 der „Roten Fahne“ ist vom 28. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 34 der „Roten Fahne“ ist vom 29. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 35 der „Roten Fahne“ ist vom 30. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 36 der „Roten Fahne“ ist vom 31. Januar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 37 der „Roten Fahne“ ist vom 1. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 38 der „Roten Fahne“ ist vom 2. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 39 der „Roten Fahne“ ist vom 3. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 40 der „Roten Fahne“ ist vom 4. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 41 der „Roten Fahne“ ist vom 5. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 42 der „Roten Fahne“ ist vom 6. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 43 der „Roten Fahne“ ist vom 7. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 44 der „Roten Fahne“ ist vom 8. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 45 der „Roten Fahne“ ist vom 9. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 46 der „Roten Fahne“ ist vom 10. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 47 der „Roten Fahne“ ist vom 11. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 48 der „Roten Fahne“ ist vom 12. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 49 der „Roten Fahne“ ist vom 13. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 50 der „Roten Fahne“ ist vom 14. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 51 der „Roten Fahne“ ist vom 15. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 52 der „Roten Fahne“ ist vom 16. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 53 der „Roten Fahne“ ist vom 17. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 54 der „Roten Fahne“ ist vom 18. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 55 der „Roten Fahne“ ist vom 19. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 56 der „Roten Fahne“ ist vom 20. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 57 der „Roten Fahne“ ist vom 21. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 58 der „Roten Fahne“ ist vom 22. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 59 der „Roten Fahne“ ist vom 23. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 60 der „Roten Fahne“ ist vom 24. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 61 der „Roten Fahne“ ist vom 25. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 62 der „Roten Fahne“ ist vom 26. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 63 der „Roten Fahne“ ist vom 27. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 64 der „Roten Fahne“ ist vom 28. Februar datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 65 der „Roten Fahne“ ist vom 1. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 66 der „Roten Fahne“ ist vom 2. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 67 der „Roten Fahne“ ist vom 3. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 68 der „Roten Fahne“ ist vom 4. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 69 der „Roten Fahne“ ist vom 5. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 70 der „Roten Fahne“ ist vom 6. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 71 der „Roten Fahne“ ist vom 7. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 72 der „Roten Fahne“ ist vom 8. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 73 der „Roten Fahne“ ist vom 9. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 74 der „Roten Fahne“ ist vom 10. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 75 der „Roten Fahne“ ist vom 11. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 76 der „Roten Fahne“ ist vom 12. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 77 der „Roten Fahne“ ist vom 13. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 78 der „Roten Fahne“ ist vom 14. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 79 der „Roten Fahne“ ist vom 15. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 80 der „Roten Fahne“ ist vom 16. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 81 der „Roten Fahne“ ist vom 17. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 82 der „Roten Fahne“ ist vom 18. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 83 der „Roten Fahne“ ist vom 19. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 84 der „Roten Fahne“ ist vom 20. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 85 der „Roten Fahne“ ist vom 21. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 86 der „Roten Fahne“ ist vom 22. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 87 der „Roten Fahne“ ist vom 23. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 88 der „Roten Fahne“ ist vom 24. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 89 der „Roten Fahne“ ist vom 25. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

Die Nummer 90 der „Roten Fahne“ ist vom 26. März datiert. Sie ist also heute erschienen. Sie ist aber nicht in Leipzig gedruckt worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig verkauft worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig gelesen worden, sondern in Berlin. Sie ist nicht in Leipzig bekannt geworden, sondern in Berlin.

№ 87. —— Donnerstag —— den 12. April —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Würtemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 28. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 6 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 28.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 356; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär C. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrseldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt.

Amtlicher Theil.
Ueber den Bevollmächtigten-Congreß.
Vortrag des Reichsministers des Kriegs in der Nationalversammlung.
Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.
Deutschland. Wien (Die „Presse" über die deutsche Frage. Der österreichische Gesandte bei der Pforte abberufen. Vom Kriegsschauplatz). Berlin (Stimmung. Camphausen. Ministerrath). München (Bayern und die deutsche Krise). Karlsruhe (Für die Reichsverfassung und den deutschen Kaiser). Darmstadt (Für die Reichsverfassung und den deutschen Kaiser).
Nachschrift.
Börsenberichte.

Amtlicher Theil.

Nach den eingegangenen Berichten des commandirenden Generals der Operationsarmee in den Herzogthümern Schleswig-Holstein war der nächste Zweck der Bewegungen derselben, Concentrirung der Streitkräfte und Verhinderung einer Vereinigung der sowohl von Jütland als von Alsen her vordringenden feindlichen Colonnen, erreicht und es begannen nunmehr offensive Bewegungen in beiden gedachten Richtungen. Am 6. hatte sich die hannoversche Brigade, durch 2 Bataillone und 1 Batterie verstärkt, auf der Straße von Apenrade nach Sonderburg aufgestellt. Sie sollte in der Gegend von Baurup und Schreirup bleiben, und ihre Vorposten so weit vorschieben, als die holsteinischen Truppen, welche sie ablösten, das gethan hatten. Um der 1. Division das Vorschieben der Vorposten von Apbüll hinaus und die Aufnahme der Verbindung mit der hannoverschen Brigade zu erleichtern, war angedeutet worden, daß ein Vorrücken der Vorposten, soweit der Feind sich ohne ein Gefecht zurückdrängen lasse, wünschenswerth sei. Demzufolge nahm der hannoversche General v. Wynecken fast ohne Widerstand das Dorf Ulderup, ging aber demnächst noch weiter gegen Satrup vor, wo derselbe auf eine feindliche Uebermacht, anscheinend von 15 Bataillonen, stieß. Hierdurch wurde ein lebhaftes Gefecht entwickelt, welches ohne Erfolg blieb, indem beide Theile ihre früheren Aufstellungen wieder einnahmen. Die hannoversche Brigade erlitt einen Verlust von 1 todten und 11 verwundeten Offizieren, und 20 todten und 169 verwundeten Unteroffizieren und Gemeinen. Der Verlust der Dänen war mindestens eben so groß. 9 Mann wurden gefangen.

Am 7. rückte die schleswig-holsteinische Division unter dem General v. Bonin über Apenrade vor, die Avantgarde bis gegen Hoptrup vorschiebend.

Die sächsische Brigade rückte am 7. von Quars zwischen die hannoversche Brigade und die 1. Division (Bayern und Hessen) ein, welche letztere ihre Stellung bei Gravenstein behielt. Die Vorposten aller drei Abtheilungen reichen von Zischkel bis Blans quer über den Sunderwitt. Eine Brigade der preußischen Division steht um und bei Flensburg, die zweite Brigade derselben in und bei Schleswig.

Nichtamtlicher Theil.

Ueber den Bevollmächtigten-Congreß.

Es muß die Frage aufgeworfen werden, welchen Erfolg die Verhandlungen der Bevollmächtigten über die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung, zu denen von Preußen eingeladen worden, haben können? Hätten diese Verhandlungen, wie so oft angerathen worden, vor der zweiten Lesung der Reichsverfassung stattgefunden und zu einem übereinstimmenden Resultate geführt, das der Nationalversammlung als Gesammtansicht der Regierungen vorgelegt worden wäre, so hätte dieser Schritt einen günstigen Erfolg haben müssen, weil die Nationalversammlung, um nicht Alles aufs Spiel zu setzen, gezwungen gewesen wäre, sich zu verständigen und in ihren Forderungen Maß und Ziel zu halten. Da Oesterreich aber sich über die Verfassung gar nicht, Bayern, Sachsen, Hannover und Würtemberg hingegen auf eine mit Preußen und den kleinen Staaten nicht übereinstimmende Weise erklärt haben, so mußte die Nationalversammlung die Verfassung zum formellen Abschluß bringen, ohne auf die Forderungen der Regierungen, selbst wenn sie es gewollt hätte, erschöpfende Rücksicht nehmen zu können. — Zweifelhaft muß es erscheinen, ob das früher Versäumte nachgeholt werden kann. Es ist nichts weniger als wahrscheinlich, daß es den Bemühungen Preußens gelingen werde, nunmehr noch eine Uebereinstimmung unter den Ansichten der Regierungen zu Stande zu bringen. Der Abstand zwischen dem, was Oesterreich allenfalls zulassen könnte, und dem, was die kleinen deutschen Staaten verlangen müssen und Preußen gewähren sollte, ist zu groß, als daß auf dem Wege der Unterhandlung im Verlaufe weniger Tage zum Ziele zu gelangen wäre. Ist dies der Fall, so wird der Nationalversammlung nichts erübrigen, als fest auf dem einmal Beschlossenen zu beharren *). Sollte aber auch unter den größeren deutschen Staaten eine Verständigung erzielt werden, so würde dies nur dadurch möglich sein, daß man sich auf ein Minimum der den deutschen Völkern zu gewährenden Rechte, etwa nach dem Vorschlage Bayerns, beschränkte und statt eines starken, einheitlichen Bundesstaats einen durchaus losen und lockern Staatenbund zu gründen oder vielmehr zu restauriren übernehme, was aber alsdann auf dem Wege der Octroyirung geschehen müßte, indem die Nationalversammlung sich nun und nimmermehr auf etwas dergleichen einlassen könnte. Eine solche Octroyirung wäre aber so gewagt, daß wir nicht wissen, wer den Muth dazu haben sollte. Nur unter dem Schutze siegreicher Heere und einer Off- und Defensivallianz zwischen Oesterreich, Preußen und Rußland ließe sich eine solche Maßregel zur Ausführung bringen; allein die siegreichen Heere Oesterreichs werden eine dringendere Verwendung in Ungarn finden, und auch Rußland wird seine Armeen dorthin senden müssen, wo die Flamme des Aufruhrs unter zwar ungebildeten aber naturkräftigen Völkerstämmen wüthet und die eigene Monarchie zu ergreifen droht. Preußens Heere dagegen werden, dessen sind wir gewiß, zum Schutze und nicht zur Unterjochung Deutschlands dienen, und eben deßhalb kann von einer Off- und Defensivallianz zwischen den nordischen Mächten für den vorhin bezeichneten Zweck keine Rede sein. Wir besorgen, daß der König von Preußen sich durch seine Antwort auf die Ueberreichung der hiesigen Verfassung in die Alternative versetzt hat, entweder diese Verfassung im Ganzen anzunehmen, oder ein Spiel zu spielen, dem er und kein Fürst Deutschlands gewachsen sein dürfte. Wir beklagen diese Wendung der Dinge, die so leicht hätte vermieden werden können. Es ist der Unsegen unserer Zeit, daß die leitenden Staatsmänner sich immer noch nicht zur völligen Unbefangenheit zu erheben vermögen und stets noch mehr oder minder durch gefärbte Brillen sehen. Der Himmel wolle, daß die wahre Einsicht ihnen baldigst zu Theil werde, wir fürchten aber, daß diese nur die Folge überwältigender Ereignisse sein wird, die uns näher stehen dürften, als Manche wähnen.

*) Ist durch den gestrigen Beschluß, an welchem sich die loyalsten, besonnensten Männer, wie Hagern, Beckerath, Bassermann, Beseler, Dahlmann, Mathy ꝛc. betheiligten, geschehen.

Vortrag

des Reichskriegsministers v. Peucker über die Thätigkeit des Reichsministeriums des Kriegs im dänisch-deutschen Kriege und über den dermaligen Stand der Dinge in demselben.

(Nachtrag zum gestrigen Sitzungsberichte.)

Frankfurt, 12. April.

„Meine Herren! Es liegt dem Reichsministerium die Pflicht ob, dieser hohen Versammlung Rechenschaft zu geben über die Maßregeln, die zur Wahrung der Waffenehre und der Rechte Deutschlands in dem so eben wieder begonnenen Kampfe mit Dänemark getroffen worden sind. Die Kündigung des Waffenstillstandes erfolgte dänischerseits, wie Ihnen bereits bekannt ist, zu einer Zeit, wo es am wenigsten erwartet werden konnte, das heißt in dem Augenblicke, wo die von der vermittelnden Macht vorgeschlagenen Grundlagen für den Frieden die diesseitige Zustimmung erhalten hatten, und die Bevollmächtigten zu Friedensverhandlungen zusammengetreten waren. Dänemark erklärte, daß trotz der Kündigung des Waffenstillstandes die Wahrung des Friedens seine Absicht sei. Die Centralgewalt glaubte daher dem Vaterlande zunächst keine größeren Anstrengungen für Rüstungen auferlegen zu dürfen, als durch die Nothwendigkeit des Augenblicks bedingt wurden. Sie glaubte sich vorerst auf die Mobilmachung einer Streitmacht beschränken zu dürfen, welche im Stande war, die im verflossenen Herbste verlassenen Stellungen in den Herzogthümern vertragsmäßig wieder einzunehmen. Am 3. März erfolgte daher der Befehl zur Mobilmachung von 3 Divisionen des Reichsheeres und zur vorläufigen Bereitstellung von noch 3 anderen, um den ersteren im Falle des Bedarfs Unterstützungen zuweisen zu können. In der ersten darauf folgenden Woche wurde der Centralgewalt klar, was Dänemark mit seinen Friedensversicherungen eigentlich meine. Am 11. März erging daher der Befehl an jene 3 Divisionen, sich, sobald ihre Mobilmachung erfolgt sei, unverweilt nach den Herzogthümern in Bewegung zu setzen. Bei den großen Entfernungen, die bis zum Kriegsschauplatz zurückzulegen waren, und für einzelne Heeresabtheilungen über 100 deutsche Meilen betrugen, war der ausgedehnte Gebrauch der Dampfkraft für die Beförderung dieser Truppen unerläßlich. Generalstabsoffiziere wurden daher von hier ab in mehrfachen Richtungen vorausgesendet, um die nöthigen Vorbereitungen zu treffen, etwaige Anstände zu beseitigen, und mögliche Verwirrungen in den Marschdispositionen zu verhüten. Am 26. März, genau drei Wochen nach dem Tage, wo der erste Befehl zur Mobilmachung in Frankfurt unterzeichnet worden war, standen auf dem Boden der Herzogthümer 30 Bataillone mit 100 Feuerschlünden bereit, den Feind zu empfangen. (Bravo.) Diese Streitkraft verstärkt sich im Laufe der nächsten 8 Tage bis zur Höhe von 45,000 Mann und 150 Geschützen, nur die Reiterei konnte der raschen Bewegung der Infanterie und Artillerie mittelst Dampfkraft nicht so schnell folgen. Auf diese Thatsachen dürfen wir mit gleichem Stolz und gleicher Zuversicht unsere Freunde wie unsere Feinde verweisen. Das Ausland hat auf eine Zerrissenheit unseres Vaterlandes und auf einen Mangel an Thatkraft und Uebereinstimmung in unseren Heeresabtheilungen gerechnet. — Es hat sich verrechnet — wie alle diejenigen sich verrechnen werden, die auf solche Voraussetzungen Pläne gegen unser Vaterland würden schmieden wollen. (Bravo.) Bei dem noch stattfindenden Mangel einer Kriegsmarine ist der Kriegsschauplatz den Operationen unseres Heeres nicht günstig. Nur zwei Operationslinien erstrecken sich an der Ost- und Westküste der Provinz entlang. Während das dazwischen liegende Land von Mooren und Hecken durchschnitten ist, sind beide Operationslinien nur durch wenige militärisch brauchbare Transversalen mit einander verbunden, und überall durch das nahe Meer flankirt. Das Heer wird daher zu vielfachen Sicherungsstellungen genöthigt, die einen großen Theil der Streitmacht der freien Verfügung für das offene Feld dauernd entziehen. Die Centralgewalt hat daher für nothwendig erachtet, von den drei vorläufig bereit gestellten Divisionen noch eine der Operationsarmee zuzuweisen. Der Feldzug selbst ist diesseits mit einer glänzenden Waffenthat eröffnet worden, welche in ihrer Eigenthümlichkeit in der Kriegsgeschichte einzig dasteht, und sich daher einen dauernden Platz in derselben erworben hat. Die Einzelheiten davon sind Ihnen, meine Herren, durch die öffentlichen Blätter bereits bekannt geworden. Am 5. April segelte mit frischem Winde ein starkes dänisches Geschwader, bestehend aus 1 Linienschiff, 1 Fregatte und 3 Kriegsdampfbooten und einer Kriegsbrigg in die Bucht von Eckernförde ein, mit solcher Geringschätzung auf zwei einfache Strandbatterien blickend, die dort, wie auf andern Punkten der Küste, vorsorglich errichtet worden waren. Ein Geschwader, welches gegen 170 Feuerschlünde am Bord hatte, glaubte jenen einfachen Erdschanzen keine besondere Beachtung schenken zu dürfen, welche nur mit zehn schweren Geschützen bewaffnet waren, und durch den tapfern Hauptmann Jungemann und zwei tüchtige Unteroffiziere Preußen und Stinte von der schleswig-holsteinischen Artillerie befehligt wurden. Der Feind hatte übersehen, den moralischen Exponenten in Erwägung zu ziehen, welcher diese kleine entschlossene Schaar und die umsichtige Vertheidigung derselben beleben sollte. Durch einen fünfstündigen heißen Kampf, bei welchem von dem Hagel der feindlichen Geschosse mehrfach die deutsche Flagge beider Batterien herunter geschossen, und unter lautem Jubel der Besatzung immer wieder aufgepflanzt wurde, sahen die drei Dampfschiffe und die Brigg sich genöthigt, die Bucht zu verlassen, das Linienschiff und die Fregatte aber sich gezwungen, um einen mehrstündigen Waffenstillstand zu bitten, welcher diesseits bewilligt wurde, weil unsere Geschütze in Folge des anhaltenden Feuerns ganz glühend geworden waren und kaum mehr bedient werden konnten. In Geltorf, auf dem halben Wege zwischen Kiel und Eckernförde, war durch die Verfügung des commandirenden Generals die Brigade des Herzogs von Sachsen-Coburg aufgestellt worden, um nach Erforderniß jedem der beiden Hafenplätze Hilfe leisten zu können. Der herbeigeeilte Herzog zog nun während der Waffenruhe die zu seiner Brigade gehörende nassauische sechspfündige Fußbatterie heran, und stellte vier Geschütze davon zweckmäßig hinter einer Deckung von Erde gegen das Linienschiff auf. Bei dem Wiederbeginne des Kampfes eröffneten diese Feldgeschütze aus einer Nähe von nur 400 Schritten ein so mörderisches Feuer gegen das Deck des Linienschiffes, daß letzteres sich genöthigt sah, seine Stellung zu verändern, und hierbei auf den Grund gerieth. Die nassauische Batterie hat daher unter dem Befehle ihres tapfern Capitäns Müller wesentlich zu dem glänzenden Endergebniß des Tages beigetragen; das Linienschiff und die Fregatte mußten mit den 140 Geschützen, welche sie an Bord hatten, vor den 10 Kanonen der Strandbatterien, von denen 3 durch das feindliche Feuer demontirt worden waren, und den 4 leichten Feldgeschützen der nassauischen Artillerie die Flaggen streichen. Das Linienschiff, welches durch glühende

Kugeln in Brand gesetzt worden war, flog, nach dem der größte Theil der Mannschaft gerettet worden, mit noch 200 Mann und vielen Offizieren, und leider auch mit dem tapfern Oberfeuerwerker Preußer, welcher sich zur Rettung von Mannschaften und Geräth an Bord begeben hatte, in die Luft, und bedeckte weithin das Gestade mit rauchenden Trümmern und verstümmelten Gliedmaßen zerrissener Körper. Durch die feindliche Fregatte, auf welcher 140 Mann kampfunfähig geworden waren, wurde das erste derartige Kriegsschiff der deutschen Flotte zugeführt und die deutsche Flagge mit großem Jubel auf derselben aufgehißt. Von den mehr als tausend Mann betragenden Gefangenen wurden über 700 bereits nach Rendsburg geführt. Die Centralgewalt hat verfügt, daß diese Fregatte den Namen Eckernförde erhalte, und die Flaggen der Schiffe hierher nach Frankfurt gesendet werden, um mit einer Gedächtnißtafel, welche diese schöne Waffenthat und die Namen der Tapferen, welche sie vollbrachten, der Nachwelt überliefern wird, aufgestellt zu werden. Die Operationen des Landesheeres haben begonnen; sie haben zunächst den Zweck gehabt, die Streitkräfte zu concentriren, die Vereinigung der beiden von Jütland und von Alsen her vordringenden Colonnen des Feindes zu verhindern. Nachdem beide Zwecke erreicht sind, haben die offensiven Bewegungen in beiden Richtungen begonnen. Die Führung des Heeres ist einem entschlossenen und hochgebildeten Offizier anvertraut, noch 2 weitere Divisionen stehen in Bereitschaft, um die Streitkräfte der Herzogthümer zu verstärken. Die Verpflegung des Heeres ist selbst noch für eine größere Stärke auf mehrere Monate durch die energischen Anstrengungen der Herzogthümer sicher gestellt worden, deren patriotische Hingebung und Bereitwilligkeit zu allen nöthig werdenden Unterstützungen des Kampfes nicht rühmend genug anerkannt werden kann. Auch die Pflege der Verwundeten und Kranken ist vorbereitet. Ambulante Lazarethe für 1200 Kranke folgen den Abtheilungen des Heeres, 2000 Krankenbetten sind rückwärts in der Nähe aufgestellt und 1000 andere in der Aufstellung begriffen. Der Geist des Heeres ist vortrefflich. Die verschiedenen Volksstämme, welche auf dem dortigen Felde der That in Wahrheit die deutsche Einheit darstellen und bereit sind, sie mit ihrem Blute zu verlitten, wetteifern mit einander in der Hingebung für das Vaterland und in treuer und inniger Bruderliebe. Deutschland darf erwarten, daß in diesem Kampfe, den es nicht hervorgerufen hat, sein Heer überall seine Pflicht erfüllen und den Erwartungen entsprechen wird, die das Vaterland an dasselbe zu stellen ein Recht hat. (Allgemeines Bravo und Beifallklatschen.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

☞ **Hamburg**, 8. April. Auch in unserem als so materiell verschrienen und wirklich gar sehr materiell gesinnten Hamburg denkt heute Niemand an die nach der officiellen dänischen Bekanntmachung doch schon in 4 Tagen bevorstehende Blokade der Elbe. Das Eckernförder Ereigniß vom 5. bildet fortwährend den alleinigen Mittelpunkt aller Unterhaltungen. Schaarenweise strömen unsere Hamburger, Alt und Jung, Vormittags und gegen Abend nach Altona hinaus, um dort durch die mit dem von Kiel und von Neudsburg kommenden Eisenbahnzuge anlangenden Reisenden neue Details über „C. rsland VIII." Untergang und „Gefion" Gefangennehmung zu erfahren. Nur Wenige denken auch an den Eindruck, den jenes Ereigniß in Kopenhagen gemacht haben wird und von dem wir noch heute die erste Kunde erwarten, und nur in einzelnen Gruppen unterhält man sich von der vorgestern erfolgten Räumung Haderslebens durch die Dänen, und der gestern stattgehabten Wiederbesetzung dieser seit einem Jahre zur bessern Hälfte gleichsam auf dem Sprunge nehenden nördlichsten deutschen Stadt. Und doch ist vorgestern wieder viel Blut nutzlos im Sunderwitschen vergossen worden. Es stießen nämlich deutsche Truppen, etwa 3000 an der Zahl — hannoversche Infanterie und Artillerie nebst Gyelarschen Jägern und dem badischen Infanteriebataillon — bei Ulderup und bei Satrup auf eine vielleicht doppelt so große dänische Macht. Der Kampf blieb unentschieden; die Hannoveraner kehrten nach Ulderup, die Dänen wahrscheinlich nach Sonderburg zurück. Ich wiederhole, was ich Ihnen vor reichlich 4 Monaten geschrieben: Alsen muß selbst mit den schwersten Menschenopfern von uns Deutschen occupirt werden, damit wenigstens der eine Taubenschlag (Jütland hat nicht ganz dieselbe Wichtigkeit), aus dem die Dänen aus- und einfliegen können, geschlossen werde; es müßte denn sein, daß man es vorzöge, die Sundewitschen Holzungen auszuroden oder in Brand zu stecken. Denn der ganze gewaltig fehl, der da glaubte, die Dänen würden durch den allerdings ungeheuren Verlust, den sie am 5. im Eckernförder Meerbusen erlitten, gedemüthigt und zur Nachgiebigkeit bewegen werden. Sie werden es werden, aber nur auf 24 Stunden; dann aber wird der alte Groll dreifach stärker erwachen und uns klar beweisen, daß ein dauernder Friede nur durch Dänemarks gänzliches Aufgehen in Scandinavien und durch Deutschlands Erweiterung bis an Jütlands Nordspitze zu erlangen ist. Die deutschen, insbesondere die schleswig-holsteinischen, aber auch die nassauischen, die hannoverschen, die badischen und die preußischen Truppen und um Einen besonders zu nennen, der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, haben in der verflossenen Woche eine rühmliche Tapferkeit an den Tag gelegt. Uebrigens sind alle in Schleswig-Holstein stehenden deutschen Truppen (in diesem Augenblicke 60—70,000 M.) von gleich gutem, das heißt vom besten Geiste beseelt. Es war eine Freude, seit 14 Tagen die verschiedenen Contingente und Truppengattungen aus etwa 20 deutschen Staaten durch Altona oder Hamburg marschiren zu sehen. Dem äußern Ansehen nach trugen die preußische Infanterie, die hannoversche und die braunschweigische Artillerie, die kurhessischen Husaren und die hannoverschen Dragoner den Preis davon. In den letzten Tagen sind hier viele namhafte Fremde durchpassirt; so außer dem regierenden Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha auch der Erbprinz von Meiningen (beide nach Schleswig-Holstein), Prof. Droysen (von Frankfurt nach Kiel, und zurück), der bisherige Reichsgesandte Graf Bismark von Kopenhagen nach Berlin und Frankfurt; noch weilen der oesterreichische Ministerialrath v. Becher und der preußische (bisherige) Generalconsul in den Donaufürstenthümern, Baron v. Richthofen, der lauenburgische Parlamentsabgeordnete Dr. Riesser und der Reichstagsdeputirte Merck, endlich Prof. Steinheil aus München hier. — Unsere Flotille soll am Mittwoch nach Glückstadt auslaufen. Möge das für sie nomen et omen sein. — Ein kaum glaubliches Gerücht will wissen, v. d. Tann habe mit 6000 Bauern einen Parteigängercoup (nach Jütland oder der schleswigschen Westküste?) unternommen.

☞ **Hamburg**, 9. April. Die Gefechte im Sunderwitschen am Charfreitage, von denen ich Ihnen gestern berichtete, waren, wenn auch resultatlos, doch bei Weitem blutiger als man Anfangs glaubte. Den Hannoveranern, unter denen besonders die Artillerie (mit Shrapnells) und die Goslar'schen Jäger tapfer kämpften, stand noch hannoveranische, badische und württembergische Infanterie zur Seite. Die Hannoveraner und die Badenser schienen am meisten gelitten zu haben. Es fielen u. A. ein hannoverscher Major und ein hannoverscher Hauptmann; 80 Verwundete, unter ihnen 12 Offiziere, und etwa 9 dänische Gefangene wurden vorgestern nach Flensburg gebracht. — Andererseits erfährt man täglich mehr und mehr, welch' ungeheueren Umfang der Verlust der Dänen bei Eckernförde hatte. „Christian VIII." war kurz nach dem Erlasse des offenen Briefes, im Herbste 1846, vom Stapel gelassen worden; „Gefion" machte ein Jahr vorher seine erste Probefahrt. Auf der „Gefion" fand man 42 Todte und 150 Verwundete. Die 46 Kanonen und außer den obengedachten Verwundeten noch 250 Gesunde, die auf ihr waren, sind eine Beute der Deutschen. Von den 84 Kanonen des „Christian VIII." hofft man wenigstens die Hälfte emporzuziehen; 400 Mann von diesem Linienschiffe sind gefangen; 200 Mann, darunter Kapitän Krieger, die Aerzte Schmidt und Ipsen, 2 Cadetten u. s. w., mit aufgefischt. Hauptmann Jungmann ist Major, der die jütländische Batterie commandirende schleswig-holsteinische Unterofficier Lieutenant geworden, die Artilleristen haben reiche Geldgeschenke aus der Staatskasse erhalten. — Gestern kam das schaumburg-lippe'sche Contingent (2 Compagnien) von Harburg herüber in Altona an. — Baron C. v. Plessen, bisher diplomatischer Agent für Dänemark in Berlin, ist gestern hier durchgereist.

Altona, 8. April. Im Hafen von Eckernförde erschien am 6. ein dänisches Dampfschiff mit der Parlamentärflagge. Hierdurch entstand die Meinung von einer bei Nacht ausgeführten Landung, die aber bis jetzt unterblieb. Jenes Schiff war entsendet, um sich bei den Deutschen zu erkundigen, welches der im Gefechte gewesenen Kriegsfahrzeuge in die Luft geflogen sei und wie viele Gefangene man gemacht habe. Die Zahl derselben beträgt 911, darunter einige 40 Offiziere und auch 6 schwedische. Einer der letzteren, Wedel-Jarleberg, hatte das unerhörte Glück, nachdem er mit dem „Christian VIII." aufgelegen und in die See gestürzt war, sich, da er durch das kalte Bad wieder zur Besinnung gekommen, als tüchtiger Schwimmer an das Ufer zu retten. Zu den Verwundeten gehört auch der Commandeur-Capitän Paludan. Derselbe stand übrigens, wie auch Capitän Meyer von der „Gefion", unter dem Oberbefehle Warde's, welcher das für die Ostküste der Herzogthümer bestimmte Geschwader commandirte. Auf die Frage, wie die Dänen zu einem so unverantwortlich verwegenen Streiche gegen Eckernförde gekommen, antworteten verschiedene der gefangenen Offiziere, daß man hierzu die gemessene Ordre erhalten habe. Es hat sich herausgestellt, daß am 5. Eckernförde mittels Bombardements genommen werden und dann am 6., mit kräftiger Unterstützung vom Lande aus, Kiel bedroht und, wenn erforderlich, in einen Schutthaufen verwandelt werden sollte. — Eine Masse Neugieriger strömt aus hiesiger Gegend und von anderen Punkten nach Eckernförde. — Das deutsche armirte Dampfboot „Hamburg" kam ungefährdet nach der Weser, wohin es für die dort auszurüstenden Schiffe „Alkadia" und „Erzherzog Johann" Kanonen und anderes Kriegsmaterial brachte. In den letzten Tagen sind überhaupt keine dänischen Kriegsfahrzeuge in der Nordsee gesehen worden. Die Blokade unseres Stromes beginnt am 12. April. (H. Z.)

Deutschland.

Wien, 7. April. Noch immer ist die Kaiserfrage Lieblingsthema der Besprechung, namentlich in den ministeriellen Blättern. Das Olmützer Blatt triumphirt noch immerfort über die Nachricht aus Berlin. Es läßt sich aus Wien Folgendes schreiben: „Was die Kaiserwahl anbelangt, so ist das Staunen über die Anmaßung der preußischen Professoren und die Entrüstung über die vier Oesterreicher nicht zu beschreiben. Die französische Nationalversammlung traute sich nicht zu, ihren Präsidenten und gar nur auf die Dauer von vier Jahren zu wählen. Ein Rumpfparlament, das, wie man immer zählen mag, gar keine Majorität bildet, maßt sich die Wahl eines erblichen Kaisers an. Es ist dies jedenfalls die treffendste und schlagendste Einwendung gegen diesen abenteuerlichen Wahlact, der nur ein Gutes hat, daß ihn die „fliegenden Blätter" gewiß ausbeuten und Ironie und Satyre dadurch verewigen werden, was durch seine unrühmliche Lächerlichkeit derselben verfallen ist. Die Namen der vier Oesterreicher möge aber in später Zukunft ewige Schmach ferben und nie sollten sie es mehr wagen dürfen, die Grenzen des Heimathlandes zu überschreiten."

Der an der heutigen Börse bekannt gewordene Entschluß des Königs von Preußen, sich dennoch an die Spitze des Bundesstaates zu stellen, welcher aus den aus freier Wahl beitretenden Staaten gebildet würde, hat wenig Eindruck gemacht.

Der k. k. Internuntius Graf Stürmer in Konstantinopel hat sein Abberufungsschreiben erhalten und wird demnächst die Türkei verlassen, wo die Kriegsrüstungen auf das Eifrigste betrieben werden. Diese Abberufung ist die nothwendige Folge der Abreise des türkischen Botschafters von Wien, und es schein kein Zweifel, daß sich diese Vorgänge auf die Allianz Oesterreichs mit Rußland beziehen, indem in dem bezüglichen Vertrag sehr feindselige Punkte gegen das ottomanische Reich enthalten sein sollen. Sehr ungewiß wäre aber, ob die christlichen Unterthanen der hohen Pforte im Falle eines Krieges treu verbleiben und gegen Rußland und Oesterreich die Waffen führen würden, falls nicht England, Frankreich und Ungarn als Verbündete der Türken auftreten.

† **Wien**, 7. April. Man ist in der gespanntesten Erwartung der Nachrichten vom ungarischen Kriegsschauplatze, indem man einer Schlacht entgegensieht. Die Insurgenten sollen wenige Stunden vor Pest stehen. Verstärkungen sind auf das schleunigste dem Heere zugeführt worden. Feldmarschall Windischgrätz hat sich persönlich nach Hatwan begeben, bei welchem Orte wahrscheinlich die Entscheidung erfolgen wird. Man will wissen, daß das Heer der Insurgenten auf 150,000 Mann angewachsen ist. Auch die ganze in Waizen concentrirt gewesene Division des Feldmarschallieutenants Csorich ist gegen Hatwan aufgebrochen; dagegen hat sich Ban Jellachich von Szegled nach Alberti zurückgezogen, und von Pest aus sind bedeutende Truppenmassen gegen Gyöngyös zu abmarschirt. Von allen Seiten werden Verstärkungen der Armee in Ungarn nachgeschickt. Von Wien aus gingen vorgestern 3 Bataillone, so wie seit mehreren Tagen große Geschützabtheilungen dahin ab; eben so von Olmütz Kürassiere nach Presburg. Die Besorgniß einer momentanen Räumung Pests und Ofens war immer noch nicht verschwunden. — Die Magyaren haben die Kette, womit sie Fürst Windischgrätz an der Theiß umschlingen wollte, durchbrochen, und schon nicht bloß durch Oberungarn, wo sie Kaschau, Eperies, Leutschau und so weiter abermals besetzt haben, bis vor Komorn und an die Grenze Mährens, sondern drücken auch mit aller Macht auf die Serben im Banat, gegen welche sie bereits bedeutende Fortschritte gemacht haben, so zwar, daß diese, durch das schroffe Verfahren des Feldmarschallieutenants Rukawina ohnehin schwer beleidigt, mit Kossuth unterhandeln wollen. In Galizien und Mähren werden deßhalb starke Truppenmassen zusammengezogen, um die Gegenden im Rücken der Armee zu säubern, und die Bürger der Hauptstadt Wien haben sogar den Wunsch ausgedrückt, es möchte ein Theil der Nationalgarde neuerdings bewaffnet werden, um den Wachtdienst zu besorgen, indeß die Garnison nach Ungarn abmarschiren solle. Mittlerweile ist dem „Wanderer" zufolge vom Kriegsschauplatze die sichere Nachricht eingegangen, daß die Brigaden Götz und Jablonowsky die Loschonez verdrangen und Görgey flüchtig wurde. Dem soll an der Theiß erschienen sein, mit der öffentlichen Versicherung, er habe 20,000 M. in Siebenbürgen und das Land sei als erobert zu betrachten. General Hammerstein hat sich von Lemberg aus erst den 1. April mit 10 Bataillonen gegen die ungarische Grenze zu in Bewegung gesetzt. Unterhalb Pest haben die Operationen der Insurgenten plötzlich eine andere Richtung genommen: sie ließen ein Beobachtungscorps gegen den Banus zurück, und wendeten sich mit dem Gros der Better-Damianichschen Abtheilung über Theresiopel gegen die Serben, die schon früher in einer andern Gegend bei Deepa und Gyala eine große Niederlage erlitten, nahmen Verpaß und Jombor, so daß, wenn dem General Theodorowich nicht schleunigst Hilfe wird, die sogenannte serbische Wojwodina bald in den Händen der Magyaren sein könnte.

In Pest erschien am 2. April folgende Kundmachung: „Die Rebellen, welche schon bisher das Land mit verschiedenen ungesetzlichen Geldnoten überschwemmten, hören nicht auf, ihr Unwesen noch weiter zu treiben, und haben nun wieder Geldnoten zu 10 fl. emittirt. Es wird daher Jedermann vor der Annahme der erwähnten 10 fl.-Noten mit dem gewarnt, daß diese werthlosen Papiere nicht nur der Confiscation unterliegen, sondern diejenigen, bei welchen dieselben vorgefunden werden sollten, auch noch überdies bestraft werden."

Auch die israelitische Gemeinde zu Assed in Ungarn hat eine Geldbuße von 20,000 fl. C.-M. für den aus diesem Orte gebürtigen Israeliten Spitzer erlegen müssen.

Aus Belgrad erfährt der „Lloyd", daß die Russen in großen Massen in Siebenbürgen eindringen, und daß die Magyaren die errungenen Vortheile daselbst verloren haben.

Feldmarschall Radetzky hat vom König von Bayern die Insignien des königlichen Hausordens vom heil. Hubertus erhalten.

Olmütz, 5. April. Deputationen deutscher und böhmischer Bauern sollen hier bei Hofe sein, vom Kaiser die Kremsierer Verfassung zu erbitten. Sie argumentiren so: Die Regierung hat die Deputirten nach Wien und Kremsier zur Constitutionsbestimmung zusammenberufen, wir müssen diese Abgeordneten bezahlen, wir wollen daher für unser Geld auch von den Gesandten Etwas haben. (C. V. a. B.)

Die Oberstlieutenantsdivision von Kaiser Ferdinand Cürassier marschirt morgen per Eisenbahn nach Preßburg. Das Infanterieregiment Mazzuchelli und das Grenadierbataillon Hora erhielt soeben Marschbereitschaft. Statt dieser Truppen kommt das Infanterieregiment Zanini aus Steiermark hierher in Garni on.

*** **Berlin**, 9. April. Die Stimmung ist hier anhaltend trübe und niedergeschlagen. Besonders auffällig und im seltsamen Contraste gegen das heitere Wetter des gestrigen Tages, das Tausende ins Freie lockte, trat dies hervor, wenn sich aus den Ostergästen draußen größere Kreise bildeten und die deutsche Angelegenheit zum Mittelpunkte der Gespräche machten. Wenn man auch dreist behaupten kann, daß Berlin aufrichtig deutsch ist, und schon durch so mancherlei Interessen auf den Lebenspunkt der deutschen Gegenwart hingewiesen wird, so wird man hier wieder doch selbst eines Einflusses gewahr, von dem man glauben sollte, er hätte längst alle Hoffnung auf Gelingen und Erfolg aufgegeben. Kein Particularismus, sei er provinziell,

ei er kirchlich, darf bei dem lebendigen und unwiderstehlichen Strome des politischen Strebens auf Erfolg rechnen. Deutschland hat den Particularismus über drei Jahrhunderte in Geltung erhalten; so viel davon nothwendig ist für das Bedürfniß des deutschen Volkes, in welchem das Recht der Individualität kräftiger als irgend wo sich behauptet, wird ihm verfassungsmäßig verbleiben; aber der Zug der Gegenwart geht in ihren kreisten Kräften auf Ueberwindung alles Particularen hinaus. Aus den Provinzen lauten die Nachrichten leider noch unerquicklicher. Von einigen Deputationen, z. B. aus Magdeburg, ist man hier gar nichts gewahr geworden; ein Zeichen, daß sie sich in kürzester Frist wieder nach der Provinz begeben hat. Die gestern hier verbreitete Nachricht, daß Bayern dem zukünftigen Kaiser mit offenem Herz Gruß und Handschlag entbieten, glaubt kein nur mittelmäßig Unterrichteter. — Gestern Abend kam der Minister Camphausen mit dem letzten Bahnzuge über Köln von Frankfurt hier an. Er erhielt auch sogleich heute früh einer Sitzung des Gesammtministeriums bei in demselben Gebäude des Staatsministeriums, das er selbst einst bewohnte. Die Sitzung dauerte von 9 Uhr Morgens bis nach 2 Uhr Mittags. Wenn etwas Näheres über die Verhandlungen in derselben noch nicht berichtet werden kann, so ist das erklärlich; so viel kann ich aber mit Bestimmtheit melden, daß einige Mitglieder des Ministeriums Camphausen sich sehr zuneigen, und daß namentlich Hr v. Manteuffel Camphausen's Ansicht sehr zugänglich sich gezeigt hat. Auch Graf Arnim, der Minister des Auswärtigen, wohnte der Conferenz von Anfang bis Ende bei, woraus man indessen noch keinen Schluß auf das Gegentheil dessen ziehen darf, was nur gemeldet. Da gewisse Personen den Grafen Arnim aus dem Ministerrathe scheiden sehen würden, so ist es leicht möglich, ja wahrscheinlich, daß er auch hier, wie in den Kammern, ein Freund der Connivenz gewesen ist; darum wird aber sein Verhältniß zur deutschen Frage und den Kammern kein anderes werden, als es bisher gewesen. Eines Wunsches, den hier alle Freunde des Vaterlandes hegen, muß ich hier gedenken, des Wunsches, daß wir nicht so unglücklich werden mögen, die deutsche Sache vorzugsweise von den Händen der Extremen bedient zu sehen. Man sieht darin das größte Unglück, das uns widerfahren kann, und es möchte selbst die guten Stimmungen einiger Fürsten, die bereits erklärende Noten hergeschickt haben sollen, vernichten. Ein paar Schlagwörter von den Radicalen, und ich fürchte, sie schaden mehr, als viel redliche Männer wieder gut machen können. In der Nacht vom Sonnabend zum Ostertag ist ein angesehenes Mitglied der ersten Kammer, Herr v. Forckenbeck, gestorben. Eine brave, aber etwas heftige Natur, wurde der ehrenwerthe Abgeordnete vor etwa 14 Tagen vom Schlage getroffen. Die Aerzte hielten seinen Zustand zwar für bedenklich, bezweifelten indeß nicht an der Möglichkeit seiner Genesung. Gestern Nacht machte indessen ein wiederholter Schlagfluß seinem Leben ein Ende. Er war Vicepräsident des Oberlandesgerichts zu Glogau, und ist in den besten Mannesjahren, irre ich nicht, im 54. Jahre verschieden.

[1] **München**, 9. April. Die Freude über die Antwort des Königs von Preußen an die Deputation, welche ihm im Namen der Nationalversammlung die deutsche Kaiserkrone anbot, die in den officiellen Journalen und — Gesichtern sich kund gab, und die den merkwürdigen Erfolg hatte, daß derselbe Tags zuvor noch arg geschmähte und als protestantischer „Oberwühler" angeklagte Monarch plötzlich wieder zu Gnaden kam: diese Freude ist durch die vom Minister der ersten Kammer in Berlin mitgetheilte Circularnote in bittern Schmerz verwandelt worden. Der Hof und die ihm Angehörigen sind, ich kann die Stimmung nicht milder bezeichnen, bestürzt und suchen diese Bestürzung mühsam hinter einem unwilligen Achselzucken zu verbergen. Dabei sucht man auf alle mögliche Weise eine gewisse ostentiöse Erfreutheit über die Dinge in Italien zu zeigen, und in gewissen Kreisen bedient man sich der Redeweise: „wir haben in Novara einen Sieg erfochten." Trotzdem bei all diesem, und trotz des lauten specifisch bayerischen Geschreies der Münchener Presse, ist man von der Anschauung einer particularistischen Politik, die sich, so viel recht man wohl ein, auf die Mehrheit des bayerischen Volkes nicht stützen kann, nur zu gut überzeugt, und darum jene Mißstimmung über die preußische Circularnote in den höheren Kreisen". Im Publikum herrscht eine anderweitige Spannung darüber, welche Stellung die Nationalversammlung nach der von ihr schon ertheilten Verkündigung der Verfassung als Gesetz gegenüber dem Vereinbarungsprincipe und dem dasselbe repräsentirenden Congresse der Regierungsabgeordneten, wie ihn die Circularnote verlangt, einnehmen werde. Man kann sich nicht verhehlen, daß bei einer weiteren Abänderung der Verfassung diejenige Partei, welche jetzt für die deutsche Einheit in der verfassungsmäßigen Form ist, sich nur verringern kann; denn jene Parteigänger, die jetzt gegen das Kaiserthum sind, die werden auch gegen dasselbe bleiben, mag die Verfassung im Uebrigen geändert werden, wie sie will. Dagegen würde mit dem suspensiven Veto, einer Aenderung des Wahlgesetzes, überhaupt wenn das erbliche Kaiserthum nicht mehr als das Werk der souveränen Nationalversammlung dastände, die ganze Partei, welche in Bayern jetzt kaiserlich gesinnt ist, abfallen; denn es ist dies die linkestehende und man weiß ja, daß diese überall nicht aus Sympathie für die Idee des Kaiserthums ihre Zustimmung gegeben hat. Darauf hoffen denn auch die hiesigen Particularisten, und darum reden sie eines Theils davon, was das für ein schwaches Oberhaupt sei, wie man einem Fürsten eine solche Kaiserkrone anbieten könne, und Aehnliches; während sie innerlich das Kaiserthum nur noch schwächer wünschen, und wenn sie keinen Ausweg mehr sehen, gewiß Alles aufbieten werden, in diesem Sinne zu wirken. Man müßte die deutsche Geschichte früherer Zeit übrigens gänzlich vergessen haben, wenn man sich über derlei Dinge im Geringsten wundern wollte. Gegenüber aller dieser Intriguen ist es aber an den legalen Vertretern Deutschlands, um so fester zu halten und vom einmal beschlossenen Werke den Grundstein nicht mehr rütteln zu lassen.

(Fortsetzung folgt nächstens.)

△ **Karlsruhe**, 10. April. Gestern tagten hier die badischen vaterländischen Vereine, 32 an der Zahl. Der Seekreis und der Schwarzwald waren ebenso wohl wie der Taubergrund und das Unterland vertreten. Auch die hessischen Vereine: Mainz, Darmstadt, Worms, Bensheim, hatten Deputationen gesendet; ebenso der Stuttgarter vaterländische Verein. Beschlossen wurde auf den Antrag des Vororts eine Adresse an die deutsche Nationalversammlung: festzuhalten an der verkündeten Verfassung; auf den Antrag von Häusser (aus Heidelberg) eine Adresse an den Großherzog, er möge die deutsche Verfassung sowie die daraufhin vollzogene Kaiserwahl unbedingt anerkennen; endlich eine Ansprache an die deutschen Bruderstämme, bei ihren Fürsten in gleicher Richtung wirksam und thätig zu sein. Das volle Bewußtsein der gefahrdrohenden Lage des Vaterlandes sprach sich in der Einstimmigkeit der gefaßten Beschlüsse aus. Ein einfaches Mahl gab dann Gelegenheit zu begeisterten Tischreden, welche durch die Nachricht des Ausgangs des Gefechts bei Eckernförde unterbrochen wurden. Endloser Jubel erschallte beim Verlesen derselben, und es bewahrheitete sich schnell, was Häusser wenige Minuten in einem Toaste auf die Verfassung gesprochen: „Es ist der Thatendrang, der mächtig in dem Volke lebt; was es seit einem Jahrhundert geträumt, wovon seine Dichter gesungen, das will es verwirklichen: Deutschlands Einheit, Macht und Größe!"

[1] **Darmstadt**, 9. April. Die neueste Wendung der deutschen Angelegenheit fängt an in unserm Großherzogthum eine Bewegung hervorzurufen, die, mag sie nun praktischen Erfolg haben oder nicht, jedenfalls Beachtung verdient. In den hessischen constitutionellen Vereinen, die in den letzten Monaten sich durch das ganze Land verzweigt haben, ist nämlich der Plan aufgetaucht, die hessische Regierung zu einer unverzüglichen öffentlichen Erklärung aufzufordern, daß sie, ihrem bisherigen System getreu, die von der Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung als endgiltig festgesetzt und sofort rechtsverbindlich ansehe. Man hofft, daß ein solcher Schritt Nachahmung finde, namentlich in den benachbarten kleinen Staaten, und erwartet hiervon wenigstens eine moralische Einwirkung. Ob unsere Regierung den gegenwärtigen Zeitpunkt zu einer solchen vereinzelten Demonstration für geeignet hält, darüber möchten freilich einige Zweifel erlaubt sein. Soviel steht aber fest, daß in keinem deutschen Staate die jetzt die Einheitsbestrebungen in gleichem Maße von oben begünstigt worden sind, wie in dem Großherzogthum Hessen, — vielleicht dem einzigen deutschen Lande, wo dieselben nur auf der linken Seite auf Widerstand stoßen, wo es aber eine einheitsfeindliche äußerste Rechte gar nicht gibt. Noch in neuester Zeit hat die Regierung die Erhöhung des Militärs auf zwei Procent mit Energie durchgesetzt und den heftigen Widerstand gegen diese begreiflicherweise nicht sehr populäre Maßregel mit Erfolg bekämpft. Die Grundrechte sind bei uns in voller unbeschränkter Anwendung und es ist nicht einmal der sehr natürliche Vorbehalt gegen solche Staaten, welche mit der Einführung noch zurückhalten, gemacht worden. Seit einigen Tagen ist der Criminalsenat des hiesigen Hofgerichts ins Leben getreten. Director ist Geh. Rath v. Hombergk. Die Assisen beginnen im Juli und werden wenigstens 30 Criminalfälle zu entscheiden haben, hierunter sind 7—8 politischer Natur. Als Staatsanwälte fungiren die Herren Weber und Siebert, Ersterer seither Mitglied des Hofgerichts, Letzterer des hiesigen Stadtgerichts. Präsident wird voraussichtlich Oberappellationsgerichtsrath Merkel, früher Richter in Mainz.

Bremen, 9. April. Das amerikanische Postdampfboot „Washington" ist gestern Mittag auf der Rhede von Bremerhaven angekommen. — Das 11. preußische Husarenregiment hat gestern um 9 Uhr unsere Stadt wieder verlassen und seinen Marsch nach Harburg über Otterberg fortgesetzt. Auf dem Domhofe brachten die Mannschaften auf des Obersten Aufforderung der Stadt Bremen in Anerkennung der freundlichen Aufnahme, die sie hier gefunden, ein donnerndes Hoch.

Nachschrift.

* **Frankfurt**, 11. April. Graf Rechberg, der Nachfolger des Hrn. v. Schmerling in der Eigenschaft als Bevollmächtigter bei der Centralgewalt, ist gestern hier angekommen.

w **Frankfurt**, 12. April. Wie wir hören, hat das Reichsministerium Nachricht, daß von den 84 Kanonen des Christian VIII. bereits ein Theil aus der Tiefe heraugeholt ist, wobei sich zeigt, daß es nicht eiserne, sondern die schönsten metallnen Kanonen sind. Man zweifelt nicht, alle 84 herauszuholen. Das noch auf dem Wasser schwimmende Wrack wird die Kosten reichlich decken.

** **Wien**, 7. April. 33. Armeebülletin. Se. Durchlaucht der Feldmarschall Fürst zu Windischgrätz hatte in Erfahrung gebracht, daß sich bedeutende Streitkräfte der Rebellen zwischen Gyöngyös und Hatvan concentriren, und daher dem Feldmarschallieutenant Grafen Schlick den Auftrag ertheilt, Recognoscirung dahin vorzunehmen. In Folge dessen war Feldmarschallieutenant Schlick am 2. d. M. von Hatvan gegen Hort aufgebrochen, fand aber die Macht des Gegners der Seinigen so überlegen, daß er es vorzog, bei Gödöllö eine feste Stellung zu nehmen, bis weitere Verstärkungen ankämen. Bei diesem Rückmarsch wurde dem Hauptmann von Kalchberg von Probaela Infanterie der Befehl gegeben, die Brücke hinter Hatvan zu zerstören. Hauptmann Kalchberg bewirkte diese Zerstörung mit seiner sehr braven Compagnie unter dem heftigsten Geschütz- und Kleingewehrfeuer mit musterhafter Ausdauer und hielt den Feind hierdurch der Art auf, daß der Rückmarsch des Corps nur wenig von demselben belästigt werden konnte. Der Feldmarschall beorderte die Division des Feldmarschallieutenants Csorich zur Verstärkung gegen Gödöllö, und ertheilte dem Banus den Befehl, mit dem ersten Armeecorps nachzurücken und die Verbindung mit dem Corps des Feldmarschallieutenants Grafen Schlick zu erhalten. Der Fürst Obercommandant begab sich selbst zur Armee und nahm sein Hauptquartier am 3. in Gödöllö und am 4. d. M. in Agod. Als das erste Armeecorps unter dem Banus diesem Befehle Folge leistend einen Flankenmarsch machte, wurde selbes bei Tapio-Bicske von den Insurgenten angegriffen. Generalmajor Nastic ging schnell in die Offensive über, griff den andringenden überlegenen Feind mit dem Bajonnete an und warf ihn zurück, bei welcher Gelegenheit den Insurgenten zwölf Kanonen genommen wurden, von denen vier bespannt waren und gleich in Sicherheit gebracht, und acht andere vernagelt wurden. Wir machten noch mehrere Gefangene, doch bedauern wir auch den Verlust des tapfern Majors Baron Riedesel und des Rittmeisters Gyurkovics von Banderial-Husaren. Am 5. dieses Monats unternahm der Feldmarschall einen Angriff auf den bei Hatvan postirten Feind, bei welcher Gelegenheit eine Division Civitari Uhlanen und drei Escadronen Kreß Chevauxlegers mit seltener Bravour auf vier Divisionen feindlicher Husaren attaquirten, und mit einem geringen Verlust von 2 Todten und 10 Verwundeten einen glänzenden Erfolg errangen. Sechzig todte Husaren, worunter zwei Officiers, bedeckten den Wahlplatz; außerdem hatten die Insurgenten 40 Verwundete, und wurden ihnen 32 Gefangene, worunter ein Officier, abgenommen. Wien, am 7. April 1849. Militär- und Civilgouverneur: Freiherr v. Welden, Feldzeugmeister.

Wien, 7. April. So eben trifft folgende officielle Nachricht über ein siegreiches Treffen hier ein, welches der Banus mit einem Theil des Insurgentenheers am 4. d. M. bei Jasbereny bestanden hat: „Ofen, 5. April 1849, Nachmittags 2 Uhr. Eine Brigade von dem Corps Sr. Exc. des Banus ist gestern auf dem Wege von Jasbereny auf eine feindliche Abtheilung gestoßen. Obwohl der Feind unsern Truppen an Zahl überlegen war, wurde er sogleich angegriffen, gesprengt und demselben siebzehn Kanonen abgenommen. Dies der Beginn der Operationen, welche mit Vernichtung der Rebellen enden werden. Graf Wrbna, Feldmarschallieutenant und Commandant des 2. Armeecorps." Der Fürst Windischgrätz, welcher sich am 3. in Gödöllö befand, hatte sein Hauptquartier am folgenden Tage nach Hatvan verlegt, und vorgestern (den 5.) sollte der Hauptangriff auf der ganzen Linie stattfinden. In Pest vernahm man an diesem Tage deutlich den Kanonendonner in jener Richtung und die nächsten Nachrichten müssen uns entscheidende Ergebnisse bringen. (A. Z.)

* **Berlin**, 10. April. Der „Staatsanzeiger" meldet heute amtlich die Entlassung des Justizministers Rintelen und die Ernennung des Geh. Justizrath Simons zum Justizminister.

Hadersleben, 8. April. Die Dänen haben Hadersleben wieder verlassen und sind nach dem Norden gegangen. Sie zogen hier am 3. d. M. ein und das erste Jägercorps zog sich fechtend vor ihnen zurück. Die Macht der Dänen in und um Hadersleben wird auf 10,000 Mann angegeben. Beim Zurückziehen der Jäger gab es auf unserer Seite 2 Verwundete, auf dänischer Seite 9 Todte und 12 Verwundete. Der Abzug der Dänen erfolgte in aller Stille zwischen dem 6. und 7. d. M., des Nachts um 12 Uhr. Sie haben keine Bürger noch sonstige Bewohner weggeschleppt, obgleich der Pöbel viele denuncirte. Das dänische Militär hat sich sehr gut benommen; die Soldaten, sowie die mehrsten Officiere waren sehr gedrückt. Requisitionen sind nicht ausgeschrieben worden. Morgen soll eine deutsche Brigade hier hingelegt werden; wir erwarten von unsern schleswig-holsteinischen Truppen das erste Jägercorps und das 9. und 10. Bataillon.

Kopenhagen, 7. April. Die „Berlingsche Zeitung" meldet mit wenigen Worten die heute eingetroffene Nachricht von dem Auffliegen des „Christian VIII." und der Wegnahme der „Gefion", ohne sich auf Einzelnheiten einzulassen, die weder ihr, noch dem „Faedrelandet" zugekommen zu sein scheinen. Die „Berlingsche Zeitung" fügt hinzu, daß sofort Befehl gegeben sei, eine neue Matrosenrekrutirung auszuschreiben und neue Schiffe auszurüsten. Nach dem „Faedrelandet" hat der Marineminister die Ausrüstung eines Linienschiffes und einer Fregatte beordert. „Fädrelandet" vom 7. meldet, daß am Tage vorher General Fabvier nach Kopenhagen zurückgekehrt sei. Nach der „Berling'schen Zeitung" geht er nach Frankreich zurück.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 11. April. Die flaue Tendenz hielt auch an heutiger Börse an, die Course schlossen im Allgemeinen matter, namentlich wurden österreichische Effecten durch Verkaufscommissionen, die heute darin zur Ausführung an Markt waren, zu niedrigern Preisen verhandelt. 5pCt Metall. anfangs 76⅛, pCt., schließen 76⅛, pCt. G., 2½pCt. Metall bleiben 40⅜, ⅝, pCt., Bienerbankactien 1188 fl., 500 fl. Loose 127 pCt., 250 fl. Loose 79½, pCt., Karlsr. 40 Rthlr. Loose 27½, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 27⅝, ⅜, G., do. 50 fl. Loose 48½, fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 70½, fl., Nassauer 25 fl. Loose 20½, fl., Sardinische Loose 26 Fr., Poln. 300 fl. Loose 73⅛, Rthlr. Säcularische Obligationen preishaltend. Von belgischen Obligationen 2½pCt. Belgische 43⅝, ditto 3½pCt. 82⅝, ditto 5pCt. 90⅛. Holländische 2½pCt. Integralen 49⅜, pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 32⅜, Rthlr., Berbach 72⅜, pCt., Köln-Minden 76⅛, pCt., Taunus abermals sehr gefragt 295 fl G. 3pCt. inländ. Spar. schließen 22½, à 22⅝, pCt. Wechsel war Mailand gesucht, Bremen auch begehrt 99⅛, alle übrige Devisen ohne Courosveränderung.

Berlin, 10. April. Staats-Schuldscheine 79⅞ u. 80 bez. Seehandlungs-Prämienscheine 99½ bez. Berlin-Anhalter 85½ u. ⅝ bez., Berlin-Hamburg 47½, zu machen, Köln-Minden 76 etw., 76½ mehr bez., Friedrich Wilh.-Nordb. 33½, ⅜, u. ½ bez., Rheinische 47 Br., Thüringische 49½, Br., Russische 4pCt. bei Stieglitz 87½, Br. 5 86½ bez., Poln. 300 fl. Loose 74 G., Kurhess. Prämienscheine à 40 Rthlr. 27½ bez., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 16 bez. u. G.

Für Fonds und Eisenbahnactien herrschte heute eine günstige Stimmung, und mehrere wurden, einige merklich, höher bezahlt; das Geschäft blieb im Allgemeinen beschränkt.

Berichtigung. In dem gestrigen Sitzungsberichte, Rede des Abg. Simon aus Trier, Zeile 24 von oben, lies „Kraft" statt „Wahl".

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Malten.

Benachrichtigungen.

Ausstellung von Spinn- und Webe-Maschinen in Belgien.

Im Monat Juli 1849 soll in Gent eine Ausstellung von Maschinen, Stühlen und Werkzeugen stattfinden, welche — in Belgien oder im Auslande verfertigt — speciell bei der Spinnerei und Weberei zur Anwendung kommen. Hierbei ist zu bemerken, daß nur von Maschinen im engern Sinne des Worts, nicht aber von Bewegungsmitteln (monteurs) oder von Kuppelungen (transmissions) die Rede ist.

Goldene, silberne und bronzene Denkmünzen sollen als besondere Belohnung jenen Ausstellern ertheilt werden, deren Zusendung eine Auszeichnung verdienen möchte.

Die Regierung behält sich vor, die Maschinen, Stühle oder Werkzeuge, welche namhafte Verbesserungen darbieten sollten, als Modelle — entweder zur sofortigen Anwendung in den Gewerben oder zur Aufstellung in den Sammlungen des Staates — käuflich erwerben zu können.

Die vom Auslande zur Ausstellung zu bringenden Maschinen sollen einem Zoll beim Eingang in Belgien nicht unterworfen sein; auch soll der Nachlaß jedes Zolls, wenn sie daselbst verkauft würden, insofern stattfinden, als sie nach einem in Belgien neuen Modell gefertigt wären.

Bezüglich auf Transport und Aufstellung sollen die Erzeugnisse des Auslandes jenen des Inlandes gleichgehalten werden. Es wird nöthig sein, den Herrn Minister des Innern zu Brüssel einige Tage vor der zu machenden Absendung, dieserhalb zu benachrichten.

Den Maschinen ꝛc. muß eine ihren Gebrauch erläuternde Beschreibung und, so weit thunlich, die Angabe des Preises beigefügt sein.

Die Ausstellung der landwirthschaftlichen Produkte und jene der fämischen Gewerbe-Erzeugnisse, welche gleichzeitig mit der erwähnten Ausstellung stattfinden werden und mit den städtischen Kirchweihfesten zusammenfallen, sind geeignet das lebhafteste Interesse der Besuchenden in der mannigfaltigsten Weise in Anspruch zu nehmen. [1059]

Weinversteigerung.

Am gräflich v. Schönborn'schen Weinen werden Mittwoch den 18. April d. J., Vormittags 10 Uhr anfangend, dahier öffentlich versteigert:

a. vom Lager zu Pattenheim:

2	Stück	Hallgartener,	
2	„	Pattenheimer,	1847er.
½	„	Forcher,	
5½	„	Rüdesheimer,	
1	„	Ellmannshäuser,	
3	„	Hallgartener,	
5	„	Pattenheimer,	
1½	„	Kiedricher,	
2	„	Forcher,	1818er.
1	„	Mittelheimer,	
3	„	Marcobrunner,	
3	„	Hassenberger,	
3½	„	Rüdesheimer,	

b. vom Lager zu Geisenheim:
5 Stück Geisenheimer 1847er.
5 „ „ 1818er.

c. vom Lager zu Hochheim:
4 Stück Hochheimer 1818er.

Proben an den Fässern können am 16. und 17. l. M. erhalten werden; am 18. ejusd. werden solche nur während der Versteigerung gegeben.

Pattenheim, den 25. März 1849.

Gräflich v. Schönborn'sches Rentamt.

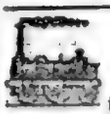
[894] C. Volz. Lieutenant.

[1010] Blumenausstellung in Mainz.

Sonntag den 15. April d. J., des Vormittags 8 Uhr, wird die von dem Mainzer Gartenbau-Verein in der Fruchthalle dahier veranstaltete Blumenausstellung eröffnet und Dienstag den 17. April, des Abends 7 Uhr geschlossen. Der Eintrittspreis beträgt 12 kr. für die Person.

Mainz, den 8. April 1849.

Der Vorstand des Gartenbauvereins.



Verpachtung

der Bahnhofs-Restauration zu Braunschweig.

Zur anderweiten Verpachtung des Restaurations-Betriebes auf dem Bahnhofe zu Braunschweig von Michaelis d. J. auf 3 Jahre ist Termin auf den 15. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr, angesetzt. Pachtlustige, welche sich über ihr Vermögen und ihre sonstige Befähigung ausweisen können, werden eingeladen, sich zur Abgabe der Pachtgebote in dem Termine im Geschäftslocale der unterzeichneten Behörde einzufinden. Die Pachtbedingungen sind vom 15. April d. J. an auf dem Bureau der unterzeichneten Behörde einzusehen, können auch gegen Erstattung der Copialien zu 12 ggr. mitgetheilt werden.

Braunschweig, den 31. März 1849. [903]

Herzogl. Braunschw. Lüneb. Eisenbahn-Commission.
F. Kunzen.

[1053] Von meinen verbesserten von vielen hohen Sanitätsbehörden geprüften und von den berühmtesten Aerzten vielfach empfohlenen, einzig und allein königl. preußisch, königl. sächsisch u. s. w.

concessionirten galvano-elektrischen

Rheumatismus-Ketten,

à Stück mit Gebrauchs-Anweisung 25 Sgr., stärkere 1½ Rthlr., ganz starke nach Verordnung vieler Aerzte 2 Rthlr., befindet sich die Haupt-Niederlage für ganz Süd-Deutschland bei Herrn

E. Niemann in Frankfurt a. M.,

Ecke der Fahr- und Allerheiligen-Gasse Nr. 91 neu.

Diese Ketten sind ein vielfach bewährtes, auch hier schon häufig ärztlich verordnetes Heil- und Präservativmittel gegen alle nervösen, rheumatischen und gichtischen Uebel und Congestionen, als: Kopf-, Hals-, Brust-, Zahn- und Ohrenschmerzen, Sausen in den Ohren und Hartohrigkeit, Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Paralysen, Schlaflosigkeit, Krämpfe, Lähmungen, Rücken- und Lendenweh, Gesichtsrose und andere Entzündungen, Gliederreißen u. s. w.; auch werden dieselben von besorgten Müttern und Ammen während des Stillens getragen, da sie jeden Schreck ꝛc. unschädlich machen.

Tausende von Aerzten befunden die vorzügliche, schnelle und sichere Heilkraft meiner aus dem reinsten Metall gearbeiteten Ketten, welche sich vor allen nachgebildeten und fast täglich angepriesenen Fabrikaten auch noch durch ihren billigeren Preis und dadurch, daß sie bei dem Gebrauche nicht zerbrechen, vortheilhaft auszeichnen. ☞ Da meine mehrfach patentirten galvano-elektrischen Rheumatismus-Ketten bereits vielfach nachgebildet sind, bitte ich darauf zu achten, daß nur solche Exemplare ächt sind, deren verschlossenes Etui dreifach mit meinem Namen versehen ist.

A. Kunzemann, königl. preuß. und königl. sächs. concessionirter Fabrikant von galvano-elektrischen Apparaten und wirkl. Mitglied der Leipziger polytechnischen Gesellschaft.

N. S. Bei Herrn **Niemann** befindet sich auch die Hauptniederlage von meinen übrigen galvano-elektrischen Apparaten, Ohren-Magneten u. s. w.

[981] Kaltwasser-Heilanstalt Herrenalb

im romantischen Albthal in der Nähe von Baden-Baden, Wildbad und der Residenz Karlsruhe.

Die Anstalt liegt 1137 Fuß über der Meeresfläche, in einem offenen bewaldeten Wiesenthale, in welchem stets die reinste Luft herrscht, für dieser jedem sie beschwerden Leidenden alle nöthigen Bequemlichkeiten bar, und ist durch ihre Ruhe und Abgeschiedenheit für alle Störungen der Kur abgeschlossen. Sämmtliche Bäder werden mit dem reinsten Quellwasser gespeist, welches, da weder Kalk- noch Gypslager in der Nähe sind, sich einer chemischen Reinheit nähert, die Temperatur wechselt zwischen + 4 und + 6° R., das Wasser ist sehr weich, leicht verdaulich und besonders bei chronischen Krankheiten von schneller, kräftiger Wirkung und unterscheidet sich hierin wesentlich von den andern Anstalten, welche genöthigt sind, Wasser aus Bächen und Flüssen zu Hülfe zu nehmen, das im Sommer warm und im Winter zu kalt ist, während unsere Quellen ihre unabhängige Temperatur bis auf diese unbedeutende Differenz bewahren. Das milde Klima des Thales und seine kräuterreichen Gebirge, welche den Ziegen so kräftige Nahrung zur Bereitung der Molken liefern, bestimmten die Unternehmer auch eine Molkenkur-Anstalt ins Leben zu rufen, vom Mai bis Ende September werden unter Aufsicht des Arztes der Anstalt, Molken getrunken.

Da diese Gegend wegen ihrer milden und stärkenden Luft, zum Zwecke einer Luftveränderung vorzüglich geeignet ist, werden auch solche, welche nach erschöpfenden Krankheiten völlige Genesung suchen, dortwünschige Aufnahme finden.

Mit Recht kann man behaupten, daß Herrenalb von der Natur selbst zu einer Heil-Anstalt geschaffen ist, vermöge seines Reichthums an frischem Quellwasser, welches auf den meisten Spaziergängen gefunden wird, seiner kräftigen reinen Bergluft, der großen Auswahl von schattigen Spaziergängen durch die balsamisch duftenden Waldungen, ein Vorzug, dessen wenig Anstalten sich erfreuen können, da seine abgesonderte Lage allen Zwang verbannt, so ist es jedem Kranken dadurch möglich, entweder in Gesellschaft seine Zeit angenehm hinzubringen, oder nach seiner Stimmung sich im Schatten der Tannen- und Nußbaumwälder zurückziehen zu können; Jagd und Forellen-Fischerei werden den rüstigen Fußgängern die nöthige Unterhaltung gewähren, so wie drei schlechten Wetter gedeckte Gänge, Kegelbahnen, Billard und Conversations-Zimmer zur Erheiterung beitragen.

Eine besondere Rücksicht wird der Diät der Kranken gewidmet, und diese den verschiedenen Krankheitsformen angepaßt.

Außer gut eingerichteten künstlichen Douchen, sind in nächster Entfernung auf einem sehr schönen schattigen Spaziergange natürliche angebracht, welche nach dem Urtheil aller Sachkundigen nichts zu wünschen übrig lassen; ferner ist eine Einrichtung zu Wellenbäder getroffen, die ebenfalls jeden Wunsch befriedigen wird, daher auch Herrenalb in Beziehung auf Wasser und Luft nicht allein Graefenberg gleich ist, sondern sogar vorausteht.

Die Krankheiten welche durch die Wasserkur geheilt werden, sind im Prospect näher bezeichnet.

Die wöchentlichen Preise, je nach der Lage und Größe der Zimmer in 3 Klassen getheilt, sind:

I.	Klasse fl.	15	oder Thlr.	9.	4 gr.	Preuß. Cour.
II.	„ „	12	„ „	6.	25 „	„ „
III.	„ „	9	„ „	5.	4 „	„ „

Hierfür wird gegeben: möblirtes Zimmer, Leinewand, Handtücher, 2 Badetücher, die durch den Arzt vorgeschriebene Kost, Badebedienung und ärztliche Behandlung.

Reise: rheinaufwärts mit der Eisenbahn bis Eitlingen bei Carlsruhe, woselbst in den Hotels zur Sonne und Kreuz Fahrgelegenheit ist;

Reise rheinabwärts mit der Eisenbahn bis Baden-Baden, von da mit Fahrgelegenheit nach hier.

Die Eröffnung der Anstalt findet am 1. Mai d. J. statt, und wird die Kur das ganze Jahr ununterbrochen fortgesetzt.

Eine nähere Beschreibung der Anstalt (Prospectus) wird gratis ertheilt in Frankfurt bei Herrn Schaack, Kornmarkt Nr. 11.

Die ärztliche Oberleitung hat Herr Doctor Weiß, welcher sich früher diesem Zweig der Heilkunde schon in Graefenberg gewidmet hat übernommen, man bittet daher, die vor seinen Ressort gehörigen Anfragen franco an ihn zu richten, Anfragen aber in jeder andern Beziehung franco an den Vorstand der Anstalt

Dr. Weiß. G. A. Mahl.

Herrenalb, Post-Amt Pforzheim, im März 1849.

[444] Reisende!

Von unserer feuerfesten Thonerde beabsichtigen wir, Muster an solide Häuser, die Glas- und Porzellanfabriken ꝛc. besuchen lassen, provisionsweise zu übergeben.

Deutschland, Frankreich ꝛc., auch Amerika waren bereits starke Abnehmer. Es läßt sich noch vieles darin machen. Auf franco-Briefe Näheres.

Klingenberg a. M. bei Obernburg in Bayern.

Wagner & Cie.

Deutscher Phönix.

Vierte ordentliche General-Versammlung.

In Gemäßheit des § 37 der Statuten werden die nach § 38 derselben stimmberechtigten Actionäre der Versicherungsgesellschaft „der Deutsche Phönix"

zu der Samstag den 28. April, Vormittags 10 Uhr,

zu Karlsruhe in dem Locale des dortigen Museum

stattfindenden ordentlichen General-Versammlung eingeladen.

Diejenigen stimmberechtigten Actionäre oder deren Bevollmächtigte, welche in dieser Versammlung zu erscheinen gedenken, haben sich am 16. und 17. April in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr über ihre statutenmäßige Qualification entweder dahier auf dem Büreau der Gesellschaft (Börsengebäude), oder in Karlsruhe auf dem Büreau der daselbst errichteten Section zu legitimiren (§ 39) und die Bescheinigung hierüber in Empfang zu nehmen.

Diese Legitimation wird zu bewirken sein: von den Namen-Actionären durch Angabe der Nummern der auf ihren Namen in die Register der Gesellschaft eingetragenen Actien; von den Bevollmächtigten außerdem durch Einreichung ihrer Vollmachten; von den Inhabern der Actien au porteur durch Vorzeigung dieser Actien mit einem Nummern-Verzeichnisse in doppelter Ausfertigung.

Am 23. und 24. April in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr können sodann von den Berechtigten die zum Eintritt in die Versammlung erforderlichen nur für ihre Person gültigen Einlaßkarten, gegen Rückgabe der obgedachten Legitimations-Bescheinigung, auf dem Büreau der Gesellschaft dahier, oder bei der Section in Karlsruhe in Empfang genommen werden.

Frankfurt a. M., den 31. März 1849.

[927] **Der Verwaltungsrath der Gesellschaft des deutschen Phönix.**

[433] Feuerfeste Thonerde

für Glas- und Porzellan-Fabriken ꝛc.

Wir empfehlen uns zu Lieferungen der seit Jahren stets rühmlichst bekannten

Klingenberger feuerfesten Thonerde,

die vom 5. April d. J. an nur allein bei uns zu haben ist.

Das Bergwerk betreiben wir unter der Firma

Wagner & Cie.

Klingenberg a. M. bei Obernburg in Bayern.

Die Bergwerksbesitzer:
Sebastian Wagner jun.
Valtin Hepler.
Franz Alex Wagner.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[990] **Grundrentenablösung.**

Die dem Herrn Grafen zu Stolberg Wernigerode und Andern in der Gemarkung Gehern zustehende Gefälle, im Gesammtbetrag von 1997 fl. 17½ kr., sollen auf Antrag der Pflichtigen nach Maßgabe des Gesetzes vom 27. Juni 1836 abgelöst werden, weshalb alle bei der Ablösung Betheiligte, wie Diejenigen, welche etwa Pfandrecht oder sonstige auf die erwähnten Gefälle radicirte Gerechtsame geltend machen zu können glauben, auf Ersuchen der Großherzgl. Regierungs-Commission aufgefordert werden, die ihnen zustehenden Ansprüche um so gewisser binnen zwei Monaten von heute an dahier geltend zu machen, als sonst in Gemäßheit des Art 23 des allerhöchsten Gesetzes die Auszahlung des Ablösungscapitals im Betrage von 30,352 fl. 36 kr. an den genannten Herrn Grafen gestattet werden würde.

Otzenberg, den 31. März 1849.

Großherzgl. Hess. Landgericht das.
Schaum.

[978] **Edictaladung.**

Den Concursproceß über das Vermögen der Eheleute des Wilhelm Machenhauer, Elisabeth geb. Kremer zu Limburg, zeigt zu Mainz, betreffend.

Nachdem über das Vermögen der Eheleute des Wilhelm Machenhauer, Elisabetha geb. Kremer von Limburg, zeigt zu Mainz, der Concursproceß rechtskräftig erkannt worden ist, werden alle, welche dingliche oder persönliche Forderungen an der Masse zu machen haben, aufgefordert, solche

Montag, den 30. April l. J.,
Morgens 8 Uhr,

bei dem unterzeichneten Amte zu liquidiren, bei Vermeidung des von selbst eintretenden Rechtsnachtheiles des Ausschlusses von der vorhandenen Masse.

Limburg, den 28. März 1849.

Herz. Nass. Amt.
Schröder.

[910] **Edictaladung.**

Nachdem bei vorliegender Ueberschuldung und nach vorgenommenen Güterversuche über den Nachlaß der verstorbenen Ehefrau Maurer Ludwig Stanger und Mariana, geb. Meininger, in Nidda zeigen der förmliche Concurs erkannt worden ist, so werden sämmtliche Gläubiger des gedachten Nachlasses, sie mögen sich bereits gemeldet haben oder nicht, hiermit vorgeladen, ihre Ansprüche entweder in Person oder durch gehörig bevollmächtigte Vertreter in dem, zur förmlichen Schuldenliquidation auf

den 15. Mai d. J.,
Morgens von 10 bis 12 Uhr,

vor das unterzeichnete Gericht angesetzten Termin unter dem Rechtsnachtheile der Ausschließung von diesem Verfahren, anzumelden, und mittelst Vorlage der in Händen habenden Urkunden und sonst geboten zu begründen.

Amoneburg, den 28. März 1849.

Kurfürstl. Hess. Justiz-Amt.
Michling.

[900] Der abwesende Johannes Eisländer von Hanau, geboren am 10. März 1779, wird aufgefordert, sich bis längstens zum Termine

den 11. Juni d. J.,
Morgens 9 Uhr,

dahier zu melden und sein Vermögen in Empfang zu nehmen, anfonst derselbe für todt erklärt werden wird, für den Fall der Eröffnung der Succession werden auch diejenigen, welche Erbrechte zu haben vermeinen, aufgefordert, sich in jenem Termine zu melden und zu legitimiren, bei Vermeidung, daß auf diejenigen, welche nicht erscheinen, bei Ueberweisung des Nachlasses oder des Besitzes desselben keine Rücksicht genommen wird.

Hanau, den 20. März 1849.

Kurfürstl. Hess. Landgericht.
Gilser.

[916] **Edictaladung.**

Ueber das Vermögen des Schneidermeisters Jacob Neustadter dahier, ist Concurs erkannt, es werden daher sämmtliche Gläubiger desselben zur Liquidation ihrer Forderungen und weiteren das Concursverfahren betreffenden Verrichtungen auf

Dienstag, den 8. Mai d. J.,
Vormittags 11 Uhr,

unter dem Rechtsnachtheil des Ausschlusses von der Masse geladen.

Darmstadt, den 24. März 1849.

Großherzl. Hess. Stadtgericht.
Strecker. Dr. Siebert.
Stumken.

[975] Dingliche und persönliche Ansprüche an das Vermögen des Friedrich Heß l. von hier, über welches der Concursproceß erkannt worden ist, sowie an das Vermögen seiner Ehefrau Margaretha geb. Küster, sind

Mittwoch, den 16. Mai d. J.,
Morgens 8 Uhr,

dahier geltend zu machen, bei Vermeidung des von selbst eintretenden Ausschlusses von der vorhandenen Masse.

Idstein, den 24. März 1849.

H. R. Amt.
Habel.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Konversationsblatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nro. 87.) 12. April 1849.

Ungarischer Kriegsschauplatz.

Wie vorauszusehen war, sind die ungarischen Kriegsangelegenheiten an einen entscheidenden Wendepunkt gelangt. Die Siegesbotschaften des 32. und 33. Armeebulletins und die von Feldmarschallieutenant Grafen Wrbna verkündeten Waffenerfolge des Banus bei Jaszbereny am 4. April haben wir bereits mitgetheilt. Dem ist nun Folgendes nachzutragen:

Die „Presse" schreibt aus Pest vom 4. April: Gestern ging Fürst Windischgrätz nach Gödöllö ab. Eine Schlacht haben wir nun jedenfalls zu erwarten, und sogar mehr als Eine Schlacht, denn es soll auf der ganzen Linie von Balassa-Gyarmath bis nach Czibakhaz an der Theiß, drei Meilen unter Szolnok gelegen, angegriffen werden. In diesem entscheidenden Entschlusse ist man im Hauptquartier aber erst durch die drohenden und herausfordernden Bewegungen der Insurgenten gekommen. Da dem Görgeyschen Schlachthaufen jener des General Klapka nachgefolgt ist und nun bei Hatvan eine Position genommen hat, überdies auch Dembinski bei Czibakhaz über die Theiß gegangen sein soll, um sich nach Umständen auf Keiskemet oder Czegled zu werfen, so mußte man den Fehdehandschuh noch in der Charwoche aufnehmen. Die Eisenbahn brachte gestern aus Waitzen einige zwanzig verwundete Soldaten. Feldzeugmeister Schlick hat nämlich schon am 2. April den Reigen eröffnet und hierbei beiläufig 300 Gefangene gemacht. Es war bloß ein kurzes Scharmützel. Doch wo und ob gegen Görgey oder Klapka? ist nicht bekannt geworden.

Der Kriegsgott, schreibt man der „Allg. Ztg." unter dem 5. aus Pest, schüttelt hart in unserer Nähe seine schweren Locken, und die Tage entscheidenden Kampfes sind gekommen. Die Ungarn sind numerisch bedeutend stark, schlagen sich fanatisch, und wollen — wie die einen meinen — die Verheißung Kossuth's, daß er das Osterfest in Pest feiern werde, zur Wahrheit stempeln. Kriegskundige sind jedoch der Meinung, daß der Feind bloß die Straße nach Waitzen forciren und später Komorn entsetzen wolle. Drei Armeecorps ringen um den blutigen Lorbeer. Den linken Flügel der Kaiserlichen bilden die Brigaden Jablonowsky und Götz, welche die Gegend ober Waitzen bis Gyurmath und weiter hinauf besetzt halten, und bis jetzt noch keinen Zoll Boden verloren haben. Das Centrum, dessen Hauptquartier sich in Gödöllö befindet, befehligt Graf Schlick. Er hatte bereits am Montag zwischen diesem Ort und Hatvan ein Treffen zu bestehen, und warf den Feind bis Gyöngyös zurück. Am selben Tag traf auch der Feldmarschall auf dem Kampfplatz ein. Gestern und heute wogte und wogt dort eine mörderische Schlacht. Noch steht sie und mit ihr unsere Hoffnung auf ein ungarisches Novara. Schlimmer geht es am rechten Flügel auf der Straße nach Szolnok zu, der von einer großen Uebermacht angegriffen wurde. Der Ban, der gestern Abends nach der Hauptstadt zurückkehrte, hat, um sein Armeecorps besser zu concentriren und dasselbe in nähere Verbindung mit dem Centrum zu setzen, sich näher gegen Pest gezogen, und die Feinde bis etwa zwei Stationen Entfernung von hier herankommen lassen. Schon gestern um 6½ Uhr Abends langten die Munitionswagen der Reserve an, um neuen Pulver- und Kugelvorrath zu fassen. Heute wimmeln die Landstraße und die südöstlichen Theile des städtischen Weichbildes von Grenzern, welche bekanntlich den Kern des Fußvolkes unter dem Commando von Jellachich bilden. Noch vertrauen wir auf ihr so oft siegreiches Bajonnet, doch sieht man bereits, wie dies in solchen Fällen immer der Fall ist, da und dort die besorglichsten Gesichter.

Ein anderes Schreiben aus Pest vom 5. April lautet: Es ist ausgemacht, daß seit 36 Stunden um Pest herum große Schlachten geschlagen werden. Die Insurgenten haben sich ganz unerwartet in der Gegend von Czegled, wo der Banus fortwährend sein Hauptquartier hatte, auf das engste concentrirt, und plötzlich selbst die Offensive ergriffen. Unsere braven Truppen kämpfen in dieser Stunde mit der anstrengendsten Bravour gegen eine Uebermacht an, die sich immer mehr gegen uns heranwälzt, und mit bevorstehenden Gräueln und Verwüstungen bedroht. Gestern Abend rückte das zur Besatzung unserer Schwesterstädte bestimmte Reservecorps — ein Theil des ersten Armeecorps — durch die Kerepesterstraße ein. Diesem folgten lange Züge von leeren Munitionskarren und anderem überflüssigen Heergeräthe, das den Bewegungen der Truppen im Falle einer Schlacht nur hinderlich wäre. Die Bevölkerung, welche sich in dichtgedrängten Massen, besonders in der großen Brüdgasse angehäuft hatte, sah dies Alles für — Retirade der Kaiserlichen an, und der Cours der ungarischen Banknoten ging in die Höhe. Das Wagengerassel war aber mit geringen Unterbrechungen die ganze Nacht vernehmbar, und nach Mitternacht rasselte nicht mehr überflüssiges Heergeräthe über unser Straßenpflaster der Festung Ofen zu, sondern Bauernwagen mit kranken und verwundeten Kriegern. Andere Soldaten folgten zu Fuß, jedoch, wahrscheinlich in Folge übergroßer Erschöpfung, ohne jenen, den kaiserlichen Truppen so eigenthümlichen Anstand, den man nur in den seltensten Fällen vermißt. Es waren Croaten, welche etwas verwirrt von einem Gefechte bei Czegled zu erzählen wußten, in dem es sehr heiß zugegangen sein mag; besonders das Freicorps des Grafen Szirmay soll arg mitgenommen sein. Ueber den Erfolg des Treffens läßt sich trotz dieser auffallenden Restante, die keineswegs geeignet sind, die Siegeszuversicht der kleinen gutgesinnten Partei zu erhöhen, noch nichts Bestimmtes angeben; denn auch nach siegreichen Treffen pflegt man Verwundete und Kranke nach rückwärts in die Spitäler zu schicken. Aber selbst wenn das erste Armeecorps von Czegled zurückgedrängt ist, so dürfte dieser Nachtheil durch die imponirende Haltung des Hauptcorps zwischen Gödöllö und Hatvan aufgewogen werden, und dort — müssen erst die Würfel fallen. In Ofen ist übrigens Alles guten Muths; die Centraluntersuchungscommission setzt ruhig ihre Verhöre fort; Artilleristen üben die Handgriffe beim Laden, Richten und Abfeuern der Bombenmörser, und Infanteristen exerzieren auf dem Abgange, welcher sich von den Wällen zur Kettenbrücke niederzieht, auf Gesellen mit den schweren Wallflinten. Mit den militärischen Vorsichtsmaßregeln geht man immer weiter. Mannschaft steht bereit, um die Schiffbrücken im Falle der eintretenden Nothwendigkeit augenblicklich ausheben zu können; die Truppen sind fort und fort consignirt, und werden nicht mehr in Privathäusern untergebracht; an den Wohnungen, welche auf den tambourirten Gang sehen, der das feste Neugebäude mit der Kettenbrücke verbindet, werden die Fenster mit Sandsäcken geblendet. Bei Hatvan hat am 2. ein Treffen stattgefunden, von dem noch kein Detailbericht erfolgte; soviel ist gewiß, daß F. M. L. Schlick, von doppelt starker Heeresmacht angegriffen, dieselbe bis nach Gyöngyös zurückgedrängt hat. — Von der in Pest herrschenden Aufregung kann man sich schwerlich einen Begriff machen. Alle Dampfschiffe sind auf Befehl geheizt, alle ersten Stöcke an der Donauseite mußten heute geräumt werden, um das Militär im Falle der Nothwendigkeit in den Wohnungen placiren zu können. Seit drei Tagen werden keine Pässe mehr nach der Untergegend ausgegeben.

Dem „Lloyd" vom 7. April zufolge sind 20,000 Russen bereits gegen Siebenbürgen aufgebrochen, und General Murawiew eilt mit einem Corps von 20,000 Mann aus Bessarabien herbei. Auch die Türken sind zur Bewachung der Walachei an die Grenze gezogen. Die türkischen Truppen, ungefähr 6000 Mann, welche bisher in Galacz und Ibrail garnisonirten, begaben sich am 21. März nach Bukarest, und binnen einigen Tagen erwartet man in Galacz neue türkische Besatzung.

Krakau, 7. April. Der Sicherheitsausschuß macht bekannt, die Militärbehörde habe neuerdings angeordnet, daß die Patrouillen, sobald die in den Straßen versammelten Menschenhaufen der Aufforderung der Offiziere zum Auseinandergehen nicht genügten, sofort von ihrer Schießwaffe Gebrauch machen sollten. (Gaz. Krak.)

Deutschland.

† **Berlin**, 10. April. Morgen früh geht die Deputation unserer städtischen Behörde nach Frankfurt ab, welche bestimmt ist, dem Reichsminister v. Gagern das Ehrenbürgerrecht der Stadt Berlin zu überbringen. Die Deputation besteht seitens des Magistrats aus dem Bürgermeister Naunyn und dem Stadtrath Seeger, seitens der Stadtverordnetenversammlung aus dem Vorsteher Seydel und den Stadtverordneten Ilsert, Bock und Scheffer. Das ausgefertigte Diplom ist ein schönes Kunstwerk. Es besteht aus einem Pergamentstadtleau von achtzehn Zoll Höhe und zwanzig Zoll Länge. Arabeskirte Randverzierungen in verschiedenen Goldfarben umgeben dasselbe in geschmackvoller Weise. Die Schrift ist Fractur in einer schönen Mischung von Farben mit Gold und Silber. Das Siegel befindet sich in einer silbernen Kapsel, welche mittelst starker, mit schwarzer Seide durchflochtener Silberschnüre unten an dem Pergament befestigt ist. Letzteres liegt in einer großen Kapsel von purpurrothem Sammet, auf welchem sich inmitten reicher Goldverzierungen die aus Silber getriebenen, stark vergoldeten Wappen des Magistrats und der Stadtverordneten zu Berlin befinden. Die Schrift ist von dem Magistratssecretär Weiß, die Buchbinderarbeit vom Hofbuchbinder Schwarz. Der Inhalt des Diploms lautet also:

„Wir der Magistrat und die Stadtverordneten der königl. Haupt- und Residenzstadt Berlin urkunden und bekennen hiermit, daß wir dem Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung und Präsidenten des Reichsministeriums, Herrn Heinrich, Freiherrn Dr. v. Gagern, welcher mit Weisheit, Vaterlandsliebe und treuer Hingebung für das deutsche Volk unter den schwierigsten Verhältnissen die Vereinigung des freien Deutschlands herbeizuführen bestrebt war, in Anerkennung seiner bei diesem ruhmvollen Werke bewiesenen edlen Selbstverleugnung und aufopfernden Liebe, in Gemäßheit der Declaration vom 4. Juli 1812 zum § 16 der Städteordnung vom 19. Nov. 1808 zum Ehrenbürger unserer Stadt ernannt haben. Dessen zu Urkund und als ein Zeichen unserer besondern Hochachtung und Verehrung haben wir diesen Brief unter unserer Unterschrift, so wie unter Anhängung unseres großen Stadtsiegels ausfertigen lassen. Geschehen Berlin den ꝛc." (Folgen die Unterschriften sämmtlicher Mitglieder des Magistrats- und der Stadtverordnetencollegiums.)

In dem Eingange des Diploms findet sich eine bemerkenswerthe Veränderung der gesetzlichen also lautenden Formel: „Wir Bürgermeister und Rath der königl. Haupt- und Residenzstadt Berlin urkunden und bekennen hiermit, daß wir, im Einverständniß mit der Versammlung der Stadtverordneten den Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung ꝛc., zum Ehrenbürger ernannt haben." Bei dieser Formel würde, wie sonst üblich, bloß der Magistrat zu unterschreiben gehabt haben, da aber diesmal auch die Stadtverordneten sich mit zu unterzeichnen wünschten, so wählte man die im obigen Diplom enthaltene Wendung.

Der hier noch weilende dänische Bevollmächtigte, Herr v. Plessen, hat gleich nach dem Eintreffen der Nachricht von dem Verluste der beiden dänischen Kriegsschiffe „Christian VIII." und „Gefion" Berlin in größter Aufregung verlassen. Jene fabelhaft merkwürdige Affaire hat übrigens hier das Interesse an den eigenen Angelegenheiten auf einen Augenblick fast ganz zurückgedrängt. — In Folge der Blokade der deutschen Ost- und Nordseehäfen beginnen die Colonialwaaren bereits im Preise zu steigen.

Ueber die Vorgänge im Staatsministerium am Montag und Dienstag hört man interessante Einzelheiten. Es hatten sich zwei Parteien gebildet; die Hofpartei machte ihren ganzen Einfluß geltend, um den König zu bestimmen und die Minister zu bearbeiten. Seit längerer Zeit weiß man, daß Herr Eichmann hinter den Coulissen dirigirt und der wichtigste Rathgeber sowohl bei den höchsten Personen, wie bei dem Ministerpräsidenten ist, der überhaupt nur nominell den Titel führt. Die äußerste Rechte in den Kammern klammert sich, mit Herrn v. Bodelschwingh und dem Grafen Arnim an der Spitze und dem Junkerrortage der Herren v. Kleist, Zieten, Meusebach, Bismark u. s. w. an jene Partei fest. Von dieser Seite getrennt, stellte sich Hr. v. Manteuffel bei der deutschen Frage auf die gemäßigte Rechte, und unterhandelte mit Hrn. v. Binde und Hrn. v. Auerswald, denen er einen Entwurf der Antwort mittheilte, welche Se. Maj. der Deputation geben würde, welcher ganz im Binde'schen Sinne war. Der König nahm darin die angebotene Krone an unter Vorbehalt der Zustimmung der deutschen Regierungen. So standen die Sachen am Montag, wo ein letzter Ministerrath gehalten wurde, in welchem auch der König erschien. Herr v. Manteuffel theilte seinen Entwurf mit, allein zu seinem Erstaunen fand er nur vom Kriegsminister v. Strotha Unterstützung. Hierauf stand Herr v. Ladenberg auf und las einen andern Entwurf vor, welcher die Antwort enthielt, die der König am Dienstag wirklich gegeben hat. Der Ministerpräsident erklärte sich sogleich dafür und nach einer Debatte, in welcher die verschiedenen Principien entwickelt wurden, standen die Herren v. Manteuffel und Strotha allein; sämmtliche Minister stimmten dagegen; die Antwort wurde angenommen und beschlossen. Daß sie nicht von Herrn v. Ladenberg herrührt, wird Niemand bezweifeln, er war nur das Instrument, wie schon öfter. Der eigentliche Verfasser soll Herr Eichmann sein, der, wie Styl und Handhabung bezeugten, im Cabinet die Ausarbeitung gemacht hat. So wird erzählt. Wenn nicht ein Weg gefunden wird, die constitutionelle Partei aus dem linken Centrum zu ergänzen; wenn nicht die patriotischen Männer der Fraction Kosch sich von den revolutionären Elementen der Linken gänzlich losmachen wollen, dann ist kaum noch zu hoffen, daß wir eine starke und energische constitutionelle Regierung, wie sie um Preußens und um ganz Deutschlands willen dringendes Bedürfniß ist, so bald schon erhalten werden. — Die zur Beglückwünschung des Königs, bei der auf denselben gefallenen Wahl eines deutschen Kaisers, aus Schleswig angelangte Deputation befindet sich noch hier.

Swinemünde, 6. April. So eben trifft beim hiesigen Viceconsulat eine Depesche von der unweit der Oe kreuzenden dänischen Corvette „Flora", Capitän van Dockum ein, wonach der Beginn der Blokade für Swinemünde mit dem 5. notificirt wird.

„Uebersetzung der Blokadedeclaration. (Das Original ist in französischer Sprache.) Da der Hafen von Swinemünde vom heutigen Tage ab in Blokadezustand erklärt ist, so habe ich die Ehre durch Gegenwärtiges den in genanntem Hafen wohnhaften Herren Consuln der befreundeten oder neutralen Mächte die Anzeige davon zugehen zu lassen. Ich bin gleichzeitig beauftragt worden, die Herrn Consuln im Interesse des Handels ihrer respectiven Länder zu bitten, sich mit dem Befehlshaber der Streitkräfte an diesen Küsten, Herrn Capitän Pedersen, Fregatte „Havfruen", ins Einvernehmen zu setzen über einen Termin, bis zu welchem die im Hafen befindlichen neutralen Schiffe mit ihrer Beladung fertig sein können, damit diese Schiffe bis zu jenem Zeitpunkt den Hafen verlassen können, ohne durch unsere Kreuzer molestirt zu werden. Jede Mittheilung zu diesem Ende wird an Bord der Fregatte „Havfruen" oder an Bord der vor dem Hafen sich befindenden Kreuzer expedirt werden können. Corvette Flora, 5. April 1849. (gez.) C. van Dockum. (Ostsee-Z.)

Swinemünde, 8. April. Gestern Abend waren in weiter Ferne eine dänische Kriegsfregatte und Corvette, ohne Zweifel „Havfruen" und „Flora", kreuzend, welche jetzt Morgens jedoch außer Sicht sind. — Im Laufe des Tages sind 4 Kanonenjollen stromwärts fortbugsirt worden; es verlautet, daß 2 nach Divenow und 2 nach Peenemünde bestimmt sind. Dagegen trafen auf dem Dampfboot „Oder" aufs Neue 50 Marineleute ein. (Ostsee-Ztg.)

* **Stuttgart**, 11. April. Der hiesige vaterländische Verein hat in seiner letzten Versammlung eine Aufforderung, die Verwirklichung der deutschen Verfassung betreffend, abgefaßt, in welcher es am Schlusse heißt: Diese Verfassung, und mit ihr das Ansehen der Nationalversammlung, gilt es jetzt aufrecht zu erhalten; es gilt, den Uebergriffen eines Fürsten- oder Ministercongresses, der sich über die Nationalversammlung zu stellen versuchen wollte, falls dieser Gedanke irgendwo auftauchte, vorzubeugen, weil dadurch das ganze schwere Werk der Vertreter Deutschlands, weil das Princip und die Frucht der ganzen Bewegung des Jahres 1848 bedroht würde. Zu unserer vollthümlichen Regierung, welche wiederholt erklärt hat, sich

rückhaltlos den Beschlüssen der Nationalversammlung unterwerfen zu wollen, dürfen wir das volle Vertrauen haben, daß sie jetzt nicht säumen werde, durch ihre Zustimmung zu der deutschen Verfassung und der Uebertragung der Erbkaiserwürde an das preußische Königshaus dem drückenden und peinlichen Zustande von Unsicherheit, der Gefahr des Sieges der Anarchie oder des Absolutismus, so viel an ihr ist, ein Ende zu machen, und unser König, welcher stets seinen Stolz darein gesetzt, ein deutscher König zu sein, welcher vor dreißig Jahren sich den Ruhm des Stifters der württembergischen Verfassung erworben hat, der für Deutschlands Freiheit mit Ruhm das Schwert geführt, wird gewiß für die zu begründende Einheit Deutschlands mit gleicher Hochherzigkeit einstehen und nicht gering anschlagen das Lob der Geschichte, im entscheidenden Augenblick eine entscheidende Stimme abgegeben zu haben zur Verwirklichung der deutschen Verfassung, zur glorreichen Wiedergeburt des Fürsten und Völkern gemeinsamen Vaterlandes. Alle unsere Mitbürger, die, was sonst ihre politische Ansicht sein mag, mit uns übereinstimmen in dem Wunsche, die Freiheit gesichert, Deutschland einig, stark und geehrt, den Zustand der Unsicherheit und die Gefahren der Anarchie oder der Reaction beseitigt zu sehen, fordern wir auf, ihre dahin gehenden Gesinnungen auf jede Weise kundzugeben und so zur baldigen Verwirklichung der Verfassung Deutschlands mitzuwirken."

Flensburg, 8. April. Ueber das Gefecht, welches vorgestern in Sundewitt stattfand, kann nachträglich Folgendes berichtet werden. Die deutschen Truppen waren ungefähr 4000 Mann, die Dänen wenigstens dreimal so stark. Die Hannoveraner und Badener haben bei der hervortretenden entschiedenen Ueberlegenheit der Feinde mit ausgezeichneter Tapferkeit gefochten; ein besonderes Resultat des Gefechtes hat sich, wie es scheint, nicht herausgestellt; auf beiden Seiten sind Mehrere gefallen, Viele verwundet worden. Unter den in die hiesigen Lazarethe gebrachten Verwundeten befinden sich zwei schwer verwundete dänische Offiziere. Die außerdem hier eingebrachten dänischen Gefangenen betragen 14 Mann; unseres Wissens haben die Dänen keine Gefangenen gemacht. — Der gestrige Tag ist in soweit ein Ruhetag gewesen, als es zum ersten Male seit der Wiedereröffnung des Krieges zwischen den im Sundewitt einander gegenüberstehenden Truppen zu keinem Gefecht gekommen ist.

Der „Düsee-Telegraph" berichtet über den Verlust im gestrigen Gefecht Folgendes: In der vorigen Nacht sind hier circa 80 Verwundete, meistens Badener und hannoversche Jäger, worunter 12 Offiziere, angekommen. Die Zahl der Gefallenen, worunter ein Major und ein Hauptmann, ist noch nicht bekannt. Des Feindes Verlust kennt man nicht; solcher ist, wie es auch schon aus dem Vorstehenden zu folgern, groß.

Neun gefangene dänische Soldaten sind heute durch Flensburg transportirt. Mit ihnen bringt man nach Rendsburg einen Einwohner von Uiderup, einen Grützmüller Nicolaisen, der einem hannoverschen Offizier durch die Hand schoß und auf frischer That ergriffen wurde. Dieser verursachte hier einen kleinen Straßenkrawall. Ein dänisch gesinnter Bürger legte seine Theilnahme für jenen unter Schimpfen auf die Deutschen an den Tag, wofür ihm von Soldaten, die zugegen waren, derbe Kopfnüsse verabreicht wurden.

Weimar, 9. April. Bereits in voriger Woche war unser Minister v. Watzdorf zu gleicher Zeit mit der Deputation aus Frankfurt in Berlin, um dem König im Namen unseres Großherzogs ein Schreiben zu überreichen, worin entschieden gewünscht wurde, daß der König dem aus Frankfurt an ihn ergangenen Ruf folgen möge. Heute ist nun der Minister wieder nach Frankfurt zu dem von Preußen ausgeschriebenen Congreß abgereist; er soll nach seinen in Berlin gemachten Beobachtungen eine Verständigung auf dem Grund der publicirten Reichsverfassung zu deren noch größerer Haltbarkeit für bevorstehend ansehen. (L. Z.)

Gotha, 9. April. Die Nachricht von dem unter der Mitleitung unsers Herzogs bei Eckernförde gewonnenen Siege hat hier allgemeinen Jubel erregt. — Gestern Abend brachte unsere Bürgerwehr der Herzogin als Glückwunsch einen glänzenden Zapfenstreich. — Man spricht hier davon, daß der nach Ostern beabsichtigte Fürstencongreß hier abgehalten werden solle; an Raum dazu würde es nicht fehlen.

Großbritannien.

K **London**, 7. April. Die „Times" stellt in ihrer gestrigen Nummer über die Ablehnung der Kaiserwürde seitens des Königs von Preußen in einem längeren Artikel ihre Betrachtungen an, dem wir folgende Stellen entheben: Der König von Preußen hat durch seine Weigerung, die deutsche Kaiserkrone anzunehmen, aus einer sehr kritischen Lage herauszukommen gesucht. Diese Weigerung geschah in Ausdrücken, welche den Geist ihres Urhebers treffend charakterisiren: sie waren beredt, enthusiastisch, fromm, zweideutig. Die Deputation der Frankfurter Versammlung aber, welche nach Berlin gekommen war, um dem König von Preußen die sogenannte (!) deutsche Krone anzubieten, verlangte eine positive Antwort. Wie indeß die Sachen stehen, wäre eine Entscheidung dieses Fürsten, gleichviel ob bestimmt annehmend oder ablehnend, immerhin von den größten Schwierigkeiten gefolgt gewesen. Das Votum zu Gunsten der Erhebung des Königs von Preußen zur Kaiserwürde war in Frankfurt durch eine sehr unberechtigte Mehrheit erlangt worden; es war dies die letzte Zuflucht eines politischen Convents, der sich in einem Revolutionsdrange verirrt hatte. Aus diesem Grunde entbehrte jenes Votum eines imposanten Ansehens, aus diesem Grunde war die dem König angebotene Würde durch ebenso beengende als unzulässige Bedingungen gefesselt. Oesterreich, Bayern, Hannover hatten sich auf das Bestimmteste widersetzt. Die außerordentlichen Schwierigkeiten nun, welche die Annahme der Kaiserkrone im Innern nach sich ziehen und die Gefahren, die eine solche im Herzen Europas bewerkstelligte Aenderung nach Außen hin hervorrufen würde, hat der König v. Preußen vorausgesehen. Seine abschlägige Antwort war indeß nur eine bedingte; er hat die Annahme der Kaiserwürde von der Zustimmung der andern gekrönten Häupter und Staaten Deutschlands abhängig gemacht. In dieser Hinsicht hat der König ganz der seit 150 Jahren von Preußen befolgten Politik gemäß gehandelt. Diese Politik bestand stets in dem Vorhaben, unter den deutschen Mächten den ersten Rang zu erreichen, das Banner der deutschen Einheit vermittelst des Geistes und der Institutionen Preußens zu entfalten, Oesterreich auf den Orient und seine slavischen Provinzen hinzuweisen, mit einem Worte, die kaiserliche Krone des Hauses Habsburg dem Hause Hohenzollern zu gewinnen. Zu unsern Zeiten ist diese Tendenz weniger durch den Ehrgeiz des preußischen Monarchen, als durch den der preußischen Nation verfolgt worden. Dem nationalen Selbstgefühl des preußischen Volkes ist der Gedanke, die letzte der fünf Großmächte zu sein, ebenso unerträglich, als es in früheren Zeiten seinen Herrschern unerträglich war, sich unter den Kurfürsten des deutschen Reichs sehen zu müssen. Man wird sich zweifelsohne erinnern, daß der König am 18. März des vorigen Jahres der Deputation der Rheinprovinz das Versprechen gab, sich an die Spitze der Bewegung in Deutschland zu stellen, ein Versprechen, welchem bald darauf die bekannte Proclamation folgte. Man weiß ferner, daß der König damals mit den deutschen Farben geschmückt vor das Volk hintrat, und obschon er die Kaiserkrone ausschlug, dennoch eine Sprache führte, welche die Absicht, Preußen an die Spitze Deutschlands zu stellen, deutlich kund gab. Diese etwas voreiligen Verpflichtungen sind in der Erinnerung geblieben, und eine zahlreiche Partei von Männern, die kühner und verlangender sind als der König, behauptet, daß jenes Ziel nur durch Uebertragung der erblichen Kaiserkrone an den König von Preußen erreicht, der Friede des einigen Deutschlands nur dadurch gesichert werden würde. Nach ihrer Ansicht läßt eine Verwerfung solchen Anerbietens die letzte Hoffnung auf eine Umgestaltung des deutschen Bundes schwinden und gibt zu gleicher Zeit der republikanischen Partei einen neuen Impuls; sie öffnet der Anarchie in den kleineren Staaten Thür und Thor und raubt dem König selbst das Vertrauen seiner eigenen Unterthanen sowohl wie des deutschen Volkes. Diese Ansichten theilt Herr v. Bincke und mit ihm die gemäßigte Majorität in Frankfurt sowohl wie in Berlin. Es liegt ohne Zweifel in diesen Befürchtungen etwas Wahres, allein sie sind auf der andern Seite noch größer. Es ist nicht wahr, daß die Annahme einer auf solche Weise übertragenen Würde dem ganzen deutschen Volke Frieden und Einheit verleihen würde. Selbst unter denen, welche in der gegenwärtigen Stunde der Gefahr jenem Mittel beigetreten sind, werden sich Viele finden, die eine so anomale Verbindung bei dem ersten Anlaß einer Collision mit ihren Localinteressen, ihren religiösen Ueberzeugungen, oder ihren alten Eifersüchteleien zurückweisen werden. Außerdem aber bilden Oesterreich und Bayern zwei Fünftheile der gesammten deutschen Bevölkerung des Bundes, und Oesterreich stützt sich überdies auf die Militärkraft seiner nichtdeutschen Unterthanen. Diese Staaten — ohne von Hannover zu sprechen, das der preußischen Besitzergreifung mehr Preis gegeben ist — sind unstreitig darauf gefaßt, eher zum Aeußersten zu schreiten, als sich einer Macht unterzuordnen, deren Existenz als eine gänzliche Abweichung von den Grundsätzen der Bundesakte von 1815 erscheinen und mit den neuesten Erklärungen der Politik des Wiener Hofs im directesten Widerspruch stehen würde. Und hinter ihnen steht Rußland, jetzt eingestandenermaßen mit Oesterreich durch die Bande einer engen Allianz, durch die gemeinsame Feindschaft gegen die revolutionären Doctrinen, welche Deutschland erschüttert haben, und durch die gleiche Abneigung gegen die Vorstellung verbunden, daß ihr ehemaliger Verbündeter in Berlin die Grundsätze ihrer Tripleallianz aufgeben sollte, um die höchste Gewalt in nicht ihm angehörigen Besitzungen zu erlangen. Frankreich sieht mit Gleichgiltigkeit (?) auf diesen Plan, einzig und allein weil es ihn für unausführbar hält, aber das erste Zeichen einer positiven preußischen Union des westlichen Deutschlands würde seine ganze Feindseligkeit wieder entzünden. England, unbekümmert um den Wechsel an sich, würde mit Bedauern eine so große Abweichung von den Grundsätzen des allgemeinen Friedens wahrnehmen; so daß, Alles zusammen in Einem ausgesprochen, Preußen durch die Annahme der Kaiserkrone allein der gesammten Reihe der deutschen Mächte, welche mehr oder weniger zum Widerstand vereinigt, von denen aber sicherlich keine zum Beistand bereit sein würde, gegenüber treten müßte. Ein kühner, kriegerischer und ehrgeiziger Monarch möchte dieser Ungleichheit trotz geboten haben, aber der König von Preußen besitzt keine dieser Eigenschaften. Er ist, um ihn mit einem Worte zu schildern, ein „romantischer" Fürst — nicht ohne glühende Ueberzeugungen und chevalereske Antriebe, aber in einer Welt bunter Phantasiegestalten lebend und mehr geeignet in lebhaften Ausdrücken als in energischen Handlungen sich zu bewegen. Nach eigenem Muster hatte er sich die constitutionelle Wiedergeburt Preußens vorgenommen, er wurde durch eine blutige Revolution an den Pforten seines Schlosses aufgescheucht; das Phantom eines deutschen Reichs schwebte ihm vor und er verpflichtete sich halb und halb, dessen Krone zu tragen, aber wie Don Juan bei der Ankunft seines Kirchhofsgastes, so schrickt er jetzt vor der Erscheinung zurück. Es ließ sich voraussehen, daß ein Mann von schwankender Sinnesart in solch drängenden und schwierigen Umständen dabei bleiben wird, eine bestimmte oder entscheidende Entschließung zu vermeiden und kein Ausweg befremdet uns, den Friedrich Wilhelm IV. einschlagen mag, um der schweren Alternative der Anarchie in einem Theile Deutschlands oder des Bürgerkriegs mit dem andern zu entgehen. Aber so viel ist gewiß, die sonderbare Sprache, welche in dem Berliner Schlosse gegen die Frankfurter Deputation geführt wurde, entscheidet noch auf keine Weise jene schwierige und bedeutungsvolle Frage.

Nachschrift.

†* **Frankfurt**, 12. April. Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß Hr. v. Schmerling unterm 5. April von Wien angewiesen sei, den österreichischen Abgeordneten zu eröffnen, „daß sie sofort in die Heimath zurückzukehren hätten, da ihre immerwährende Theilnahme an einer Versammlung, welche durch den am 28. März gefaßten Beschluß den Boden des Rechts und Gesetzes verlassen habe, durchaus nicht mehr stattfinden könne."

Frankfurt, 12. April. 8. Ziehung 6. Klasse der 115. hiesigen Stadtlotterie. Hauptgewinne: Nr. 12472 50,000 fl., Nr. 7278, 3916, 12177, 7539 jede 1000 fl., Nr. 5851 300 fl., Nr. 19536 (Niete) 300 fl. Prämie, Nr. 7852 (Niete) 300 fl. Prämie.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Matten.

[1045] **Versteigerungs-Anzeige.**

Montag den 16. und Dienstag den 17. April Vor- und Nachmittags, werden auf freiwilliges Ansuchen des Herrn G. D. Keßler, Unternehmer des Stadtfuhrwerks dahier, der größte Theil seines Inventars, bestehend in:

45 bis 50 Pferde, wobei egale Wagenpferde und 6 Reitpferde,
60 zum Theil elegante Wagen, wobei 36 ein- und zweispännige Droschken mit Glasverdeck,
8 einspännige sogenannte Vigilants (auf dem Verdeck mit Gallerie für das Gepäck), 4 leichte Tilburys, die Sitze zum Wechseln, 6 Omnibus, wobei ein ganz neuer Einspänner, (NB. diese sämmtliche Wagen sind auf Druckfedern) und 6 verschiedene ein und zweispännige Chaisen.
Leitr- und Kastenwagen, Lackirer- und Fourage-Wägelchen, Schlitten und Schlittenkufen, eiserne- und hölzerne Durchfahrten, englische Collings-Patent, Mail- und gewöhnliche Achsen, viele Garnituren, neue und gebrauchte Druckfedern aus der Fabrik von W. Lihn in Remscheid, neue und gebrauchte Räder, Lannen ꝛc., 50 schwarze, weiße und gelb plattirte ein- und zweispännige Pferdegeschirre, lederne und wollene Pferdedecken, Glockengeläute, Stallhalftern, Trensen, Sattelzeug, Gießkannen, Stalleimer, Schmierböcke, eine englische Strohschneidemaschine, eine Hausspritze und viele Stallutensilien,

in dem Locale der Anstalt, Allegasse Nr. 31 neu, gegen baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

C. Belschner, Ausrufer.

Cours der Staats-Papiere. 12 April 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	70⅝	70⅜
»	ditto ditto . .	4	60⅝	60⅛
»	ditto ditto . .	2½	40⅞	40⅝
»	Bank-Actien a D.		1191	1186
»	250fl.Loose v. Roth.		79½	79⅜
»	4-500 » ditto		127⅛	127¼
»	Bethmann. Obligat.	1½	73⅛	73
»	ditto ditto	1	64⅛	64
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	80¾	80¼
»	Prämienscheine . .		—	100⅜
Bayern	Obligationen	3½	79½	79
Darmstadt	fl. 50 Loose		70⅝	70½
»	fl. 25 ditto		22⅛	22
»	Obligationen	3½	79	78½
»	ditto	4	86¾	86⅛
Baden	Obligationen v. 1845	3½	77⅛	76⅞
»	fl. 50 Loose v. 1840		49	48½
»	fl. 35 Loose		28	27⅞
Württemb.	Obligationen b. Rothsch.	3½	78⅛	78
»	Neue Württemberg.	4½	94½	94
Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	81¼	80⅝
»	fl. 25 Loose		21	20⅝
Frankfort	Obligationen	3	77½	77
»	ditto v. 1839	3½	93	92½
»	ditto v. 1846	3½	89⅛	88⅝
»	Taunusbahnactien .		292	290
Holland	Integrale	2½	49⅜	49⅛
»	Hollandische	4	—	77⅜
»	Syndicats	3½	—	79
Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—
»	innere Sch. neue Obl.	3	23	22⅞
Portugal	Consols Lst. à 6 12.	3	—	—
Polen	fl. 300 Loll. Loos-Sch.		—	98
»	Obligationen de fl. 500	4	74½	74
Russland	in S. fl. p. b. Grun. etC.	4	—	82½
»	Ditto b. Stieglitz et C.	4	—	82

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.
Pistolen	9	56	Gold al Marco .	382	—
Pr. Friedrichsd'or	9	57	Laubth., ganze. .	—	—
Holl. 10 fl. Stücke	10	3	Preuss. Thaler .	—	—
Rand Ducaten . .	5	39	à Frankenthaler .	—	—
20 Francsstücke	9	39	Hochhaltig Silber	24	30
Engl. Souvereins	12	4	Gering o. mittelh.	24	20

Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Kurhessische Loose . . .	27½	27⅛
Sardinische Loose . . .	26½	26
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Minden	76⅛	76⅛
Ludwigsh.-Bexbach. . .	73⅛	72⅞
Prdr.-Wilhs.-Nordbahn .	33½	33⅛

Wechsel-Cours.			
Den 12. April.		Papr.	Geld.
Amsterdam (100 fl. Crt.)	(k.S.	100⅛	—
	2M.	—	100⅛
Augsburg (100 fl. Crt.)	(k.S.	119⅜	—
	2M.	—	—
Berlin (60 Thlr.)	(k.S.	—	105⅛
	2M.	—	—
Bremen (50 Rthlr.)	(k.S.	—	99⅛
	2M.	—	—
Hamburg (100Mk.Bco)	(k.S.	68½	—
	2M.	—	67⅝
Leipzig (50 Thlr.)	(k.S.	—	105⅞
	1 d. M.	—	—
London (10 Livr. St.)	(k.S.	121	120⅞
	2M.	—	120⅛
Lyon (300 Fr.)	(k.S.	—	95⅛
	2M.	—	—
Mailand (250 Lr. Austr.)	(k.S.	—	99⅛
	2M.	—	—
Paris (300 Fr.)	(k.S.	—	953⅛
	2M.	—	—
Wien (100 fl. im 2. 20 F.)	(k.S.	103⅝	—
	2M.	—	—
Discreto		—	1

A. Sulzbach, beeid. Makler.

Nach der Börse: 2½ pCt. Met — ; 3pCt. Span. Int. — ; Taunusbahn-Actien pr. Ult.) — ; Ludw.-Bexb. — ; F.-W.-Nordb. — G.

Druck von August Osterrieth.

№ 88. —— Freitag —— den 13. April —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Gebietsbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Winterthur fl. 2. 35 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/9 Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 356; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Wenz u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 784.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt.

Frankfurt. (Volksversammlung. Zusammensetzung des Ausschusses für Begutachtung des Deputationsberichts rc. Die sächsische zweite Kammer für die Reichsverfassung. Auszeichnung. Abberufung der österreichischen Abgeordneten. Die badische Regierung für die Reichsverfassung. Camphausen).
Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.
Deutschland. Berlin (Erklärung des Verfahrens des preußischen Ministeriums in der Kaiserfrage. Anschußbericht über den Radowitz'schen Antrag). Hannover (Einführung der deutschen Wechselordnung). Kassel (Für die Reichsverfassung und das Erbkaiserthum). Dessau (Der Herzog für das Erbkaiserthum).
Italien. Rom (Das österreichische Expeditionscorps von den Republikanern occupirt).
Frankreich. Paris (Nationalversammlung. Graf Montemolin. „Le Peuple". Vermischtes).
Großbritannien. London (Graf Reuilly).
Nachschrift.
Börsenberichte.

⊙ **Frankfurt**, 12. April. (Volksversammlung in der St. Katharinenkirche.) Die Versammlung ist sehr zahlreich; die Kirche bietet nicht Raum genug für alle, welche daran Theil nehmen wollen. Nach 4½ Uhr eröffnet der Präsident, Herr N. Hadermann, die Verhandlung mit einer Rede, worin er sich im Wesentlichen dahin ausspricht: Der Zweck der Versammlung sei in der Einladung ausgesprochen. Sonderwecke suchen sich auf Kosten der Gesammtheit geltend zu machen. Vor einem Jahr sei der Grundsatz der Volkssouveränetät anerkannt worden, und diese Anerkennung habe damals die Throne gerettet. Die Nationalversammlung sei zusammengetreten, aber die auf dieselbe beruhenden Hoffnungen und Wünsche seien nicht in Erfüllung gegangen; dennoch habe sie die Reichsverfassung zu Ende gebracht, durch welche man die Revolution geschlossen glaubt. Man habe die Blicke nach Norden gerichtet, aber von dort eine Antwort erhalten, welche alle Hoffnungen vernichte, indem die Wirksamkeit der Verfassung vorerst einer Vereinbarung mit den Fürsten unterworfen werden solle. Es handle sich jetzt um die Vollendung der Verfassung. „Vor einem Jahre," fährt der Redner fort, „bat Ihr Euch Alle hergedrängt, um eine Verfassung zu verlangen; werdet Ihr heute muthlos dastehen und Euch auf dem alten Wege fortschleppen? (Nein!) Wollt Ihr dies nicht, so erhebt Euch, um Euer Recht zu schützen durch Festhalten an der gegebenen Verfassung. Es kann nicht die Rede davon sein, ob die Verfassung gut oder schlecht sei; heute gilt es nur, sie zu vertheidigen. Sie ist der Ausdruck der Vertreter des Volkswillens; laßt daher kommen die Kämpfe der Privatansichten. Wir haben alle Parteien eingeladen, und alle fordere ich auf: Schützet Eure Verfassung, Eure Freiheit und Einheit." Dr. Reinganum wirft einen Blick auf den Ursprung der Nationalversammlung, die, wie jede Regierung, nach der ewigen Weltordnung nur aus dem Volkswillen entstanden. Sie habe Regierungshandlungen geübt, zu welcher sie keines Fürsten Zustimmung eingeholt; sie habe Armeen aufgeboten; sie habe gesetzgebende Handlungen vorgenommen, die überall anerkannt worden seien, namentlich habe Oesterreich zuerst das von ihr erlassene Wechselgesetz eingeführt. Wer nun leugnen wolle, daß ihr auch die verfassunggebende Gewalt zustehe? Der Uebel größtes sei die Unentschlossenheit. Heute handle es sich um Höheres als vor einem Jahre; damals sei das Erringen, jetzt das Festhalten der Zielpunkt gewesen. Er will, daß Alle wie ein Mann sich für die Nationalversammlung erheben, und bringt eine Adresse an dieselbe in Vorschlag, deren wesentlicher Inhalt ist: „1) die Versammlung anerkennt die am 28. März 1849 von der Nationalversammlung beschlossene und verkündete Reichsverfassung als endgiltiges, oberstes und unwandelbares Grundgesetz. 2) Sie wird unter allen Umständen daran fest halten, und hofft, daß weder Fürsten noch einzelne Volksstämme sich dagegen auflehnen. 3) Nur der Nationalversammlung oder den verfassungsmäßigen Behörden stehen Abänderungen derselben in den vorgeschriebenen Formen zu. 4) Sie erwartet, daß auch die Nationalversammlung unerschütterlich an derselben festhalten werde. 5) Sie spricht die Erwartung aus, daß auch die Behörden des Freistaates Frankfurt aus allen ihren Kräften dazu beitragen werden, dieselbe in das Leben zu führen und aufrecht zu erhalten. 6) Sie hofft zuversichtlich, daß die unendliche Mehrheit des deutschen Volkes auf die Seite der Nationalversammlung treten und dadurch allen Widerstand, komme er, woher er wolle, vereiteln werde." Dr. Mappes zeigt durch geschichtliche Andeutungen, daß auch unter der Fremdherrschaft der vaterländische Sinn nicht unterdrückt worden sei. Was man jetzt wolle, das hätten die Fürsten durch ihre Proclamationen versprochen. Die Thätigkeit des Bundestags sei eine freiheitsmörderische gewesen. Das Verfassungswerk aber sei vom Volke ausgegangen und dadurch das große Wort, das vor einem Jahre Deutschland durchtönt, in Erfüllung gegangen. Wenn auch die Verfassung nicht allen Wünschen entspreche, so sei doch nirgends eine freisinnigere zu Stande gekommen; und kein Volk der Erde könne sich rühmen, solche Freiheiten zu besitzen, wie sie die Grundrechte enthalten. Er empfiehlt die Anträge zur Annahme; jeder solle zu seinem Worte stehen und es in Ehren halten. Er schließt mit einem: „Hoch der deutschen Verfassung!" in das die Versammlung einstimmt. Dr. Löwenthal: Die Frage sei, ob die deutsche Nationalität, oder ob die Fürsten von Gottes Gnaden, oder ob die Volkssouveränetät Wahrheit oder Lüge sei. Die Verfassung in das Leben einzuführen, sei vor allem das Nothwendigste, und die Pflicht des Volkes sei, für die Nationalversammlung einzustehen. „Wollt Ihr dies, so erhebt Euch von Euern Sitzen!" (Die Versammlung erhebt sich.) Sollten die Fürsten sich gegen die Verfassung auflehnen, so muß man ein ernstes Wort mit ihnen sprechen. (Stürmischer Beifall.) Kämpfe sind voraussichtlich; allein eine Nation kann Alles erreichen, wenn sie nur sich selbst treu bleibt. Simon von Trier: (Rauschender Beifall, Ruf: Hut ab!) Vor sieben Monaten habe er hier zu einer Volksversammlung gesprochen und sei dafür in Criminaluntersuchung gezogen worden; trotz diesem aber habe er ausgeharrt und stehe noch jetzt in erster Linie, wenn Gefahr drohe. Bisher habe er die Republik vertheidigt; dennoch erkläre er denjenigen als einen Verräther am Vaterlande, der sich der Verfassung entziehe. Wenn schon durch dieselbe nicht alle seine Wünsche erfüllt seien, so erkenne er sie doch als diejenige Fahne, unter welcher sich Alle vereinigen müssen. Die angeregte Vereinbarung verpflichte Alle, die Verfassung ganz aufrecht zu erhalten, und wenn dies geschehe, so sei es genügend. Die Worte seien nun zur That geworden und die That soll sprechen. Er fordert die Anwesenden auf, überall Volksversammlungen im Sinne der gegenwärtigen zu veranstalten, alle Parteien dazu einzuladen, namentlich aber Söhne und Brüder, welche zweierlei Tuch auf dem Rocke tragen, abzuhalten, daß sie nicht gemeinschaftliche Sache mit „gekrönten Rebellen" machen. Er schließt mit den Worten des Dichters Uhland: „Noch ist kein Fürst so hoch gefürstet." Mittermaier: Die Verfassung enthalte alle Elemente des Fortschrittes. Deutschland werde dadurch kein Einheitsstaat, wohl aber soll es ein einiger Staat werden, und jedem kleinen Staate sei der Weg offen gelassen, soviel Gutes zu stiften, als er könne und wolle. Der Ernst der Zeit mahne die Versammlung an ihre frühern Worte, die Allmacht ruhe nicht mehr in den Händen der Fürsten; das Volk habe seine Urrechte wieder erworben und darum „Hoch dem deutschen Volke!" (Ein dreimaliges Hoch! erschallt.) Der Präsident Hadermann läßt über jeden einzelnen Punkt durch Handerheben abstimmen; es erfolgt keine Einsprache, und die beantragte Adresse wird angenommen. Er schließt die Versammlung, die ohne die mindeste Störung verlief, mit den Worten: „Wir stehen, wir fallen mit unserer Verfassung!"

Frankfurt, 12. April. In den nach dem gestrigen Beschlusse der Reichsversammlung zu bildenden Ausschuß zu Begutachtung des Berichts der nach Berlin entsandten Deputation und zur Vorberathung der zur Aufrechthaltung der Verfassung nöthig scheinenden Maßregeln sind heute durch die Abtheilungen folgende Mitglieder gewählt worden:

Von der 1. Abth. die HH.			Matz und Engel von Pinneberg.
„	„ 2.	„	„ Wydenbrugk u. Eckert v. Bremberg.
„	„ 3.	„	„ Platzner und Vogt.
„	„ 4.	„	„ Wurm und Fehrenbach.
„	„ 5.	„	„ Rösler und Eisenstuck.
„	„ 6.	„	„ Droysen und Spatz.
„	„ 7.	„	„ Welcker und Umbscheiden.
„	„ 8.	„	„ Breusing und Hagen.
„	„ 9.	„	„ Stahl und Fröbel.
„	„ 10.	„	„ Langerfeld u. Tafel aus Stuttgart.
„	„ 11.	„	„ Wernher und Raveaux.
„	„ 12.	„	„ Dunker u. Tafel aus Zweibrücken.
„	„ 13.	„	„ Reichensperger und Detmold.
„	„ 14.	„	„ Fischer aus Jena und Venedey.
„	„ 15.	„	„ Kierulff und L. Simon aus Trier.

Sichern Vernehmen nach wird in der sächsischen Abgeordnetenkammer alsbald der Antrag gestellt werden, die von der deutschen Reichsversammlung festgestellte Verfassung als endgiltig, also auch das erbliche Kaiserthum, anzuerkennen. Man sieht der Opposition, aber auch dem Sturze des Ministeriums (?), entgegen. (D. Z.)

* **Frankfurt**, 12. April. Se. Maj. der König von Preußen haben allergnädigst geruht, aus Anlaß der Wiederherstellung Sr. kaiserl. Hoh. des Erzherzogs Reichsverwesers höchstdessen Leibarzte, kaiserl. Rath und Regimentsarzt Herrn Dr. Taubes, das Ritterkreuz des königl. rothen Adlerordens 3. Klasse zu verleihen.

—Folgende Nachrichten sind in der gestrigen Beilage nur unsern städtischen Lesern mitgetheilt; deßhalb ihre Wiederholung:

⁂ **Frankfurt**, 12. April. Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß Hr. v. Schmerling unterm 5. April von Wien angewiesen sei, den österreichischen Abgeordneten zu eröffnen, „daß sie sofort in die Heimath zurückzukehren hätten, da ihre immerwährende Theilnahme an einer Versammlung, welche durch den am 28. März gefaßten Beschluß den Boden des Rechts und Gesetzes verlassen habe, durchaus nicht mehr stattfinden könne."

⊙ **Frankfurt**, 12. April. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die großherzogl. badische Regierung den Beschlüssen der Nationalversammlung vom 27. und 28. März über die Reichsverfassung und das Oberhaupt beigetreten ist.

⁂ **Frankfurt**, 12. April. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, wird Herr Camphausen vor nächstem Sonntag hier nicht zurückerwartet.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Vom **Strande zu Eckernförde**, dem Schauplatze des ersten deutschen Seefieges, kamen noch eine Menge von Schilderungen der zahlreichen Besucher ein, welche aus Kiel, Schleswig, Rendsburg und der Umgegend dort zusammenströmen. In Kiel und den nächsten Dörfern war an folgenden Tagen kein Pferd mehr zu bekommen. Wir heben aus diesen Erzählungen in den schleswig-holsteinischen Blättern das Interessanteste hervor.

Kiel, 7. April. Etwa 150 Schritte von der Südbatterie entfernt liegen die rauchenden Trümmer des Stolzes der dänischen Flotte, „Christian VIII."; Trümmer, die kaum ahnen lassen, daß vor wenigen Stunden daselbst eines der schönsten Linienschiffe strandete und in die Luft flog. Nur abgebrannte und abgesprengte Rippen ragen wenige Fuß hoch über die Oberfläche des vom Ostwind stark bewegten und schäumenden Wassers hervor. Am Strande erst sieht man, wie furchtbar die Pulverexplosion gewirkt; denn nicht tausende, sondern ohne Uebertreibung Millionen nicht Stücke, sondern Splitter, decken den Strand in der Länge fast eine viertel Meile; dazwischen umgeschlagene Zollen, zerschmetterte Barkassen und Böte, einzelne noch erkennbare Stücke, wie Kanonenlader mit zerbrechenen Stielen, Schubladenstücke, einzelne Kanonenlavetten, Eisenbolzen in Elle dicken Eichenribben, Matrosenhüte, Jacken, Seelangmatratzen, zerfetzt und verbrannt, zerschmetterte Stücke von Bilderrahmen, Spitter vom Cajütenmobiliar, Stücke von Raen und Masten — und zwischen diesem Trümmerchaos zerrissene, zerschmetterte, schwarzgebrannte Leichname. So sieht es am Strande aus. Vor der Stadt liegt die schönste dänische Fregatte „Gefion," Schutzengel von Seeland; und am Hintermast weht — die schwarz-roth-goldene Fahne. „Gefion" hat sehr gelitten, ihre Besatzung noch mehr. Der Spiegel des Schiffes ist, abgerechnet die Schüsse, welche durch die Kanonenluken gezogen sind, von 15 Schüssen über Wasser durchbohrt. Zwei der stolzen Masten sind durch schwere Geschützkugeln so geschwächt, daß sie schwerlich Segeldruck mehr ertragen, das Tauwerk der Segel ist so zugerichtet, daß ein Kreuzen gegen den Wind nicht mehr ausführbar gewesen. Ich schildere nicht den Anblick im Innern des Schiffes.

Die „Gefion", an deren Bord sich jetzt 200 Matrosen der deutschen Flotte befinden, wird jetzt abgetakelt, da sie ganz neuer Masten bedarf, indem ihre jetzigen zu arg zerschossen sind. Die Verletzungen im Rumpf, obgleich auch ziemlich bedeutend, bedürfen nur einer starken Verzimmerung und in sechs bis acht Wochen dürfte nach dem Ausspruch der Sachverständigen das Schiff wieder vollkommen für den Dienst der deutschen Flotte herzustellen sein. Auch von den Trümmern des „Christian VIII.", die der Ostwind jetzt in Menge an den Strand treibt, ist Vieles noch zur Erbauung eines neuen Kriegsschiffes brauchbar. Besonders die großen schönen Schiffsböle sind alle gerettet, eben so viele Lavetten, Wassertonnen u. s. w. noch ganz unversehrt. Auch die Kanonen hofft man alle wieder aus dem Meere aufwinden zu können, da der Boden des hiesigen Hafens aus festem Lehmgrund besteht. Daß ein dänisches Dampfschiff, man glaubt der „Geiser", in Folge der hier erhaltenen Schüsse, in der Ostsee gesunken ist, wird von Fischern, die es gesehen haben wollen, bestätigt. (Nach andern Mittheilungen wäre diese Nachricht stark zu bezweifeln.) Auch sagten die Kanoniere der Süderbatterie, die den Tag über an 500 Schüsse aus ihren 4 Geschützen gethan, aus, sie hätten absichtlich mehr auf die Dampfschiffe geschossen, so daß diese arg zugerichtet sein müssen.

Eckernförde, 7. April. Gestern Morgen halb drei Uhr gingen der Schiffer Barteljen aus Schleswig, das Mitglied der Marinecommission Lorenz Harberg, der Schiff-

bauconstructeur Schau aus Kiel, mit noch 25 Mannern — hauptsächlich von Arnis und Cappeln — und 10 Mann schleswig-holsteinischer Soldaten an Bord der auf der Rhede liegenden dänischen Fregatte „Gefion", entnahmen der dänischen Besatzung das Commando, machten das schöne Schiff segelklar, hißten die deutsche schwarz-roth-goldene Flagge unter dreimaligem begeisterten Hurrahruf unterm Gaffel, und brachten diese nunmehr deutsche Fregatte gegen 5 Uhr Morgens sicher in den Hafen von Eckernförde, wonach der Capitän Donner — der von Holtenau mit Matrosen gerade angelangt war — die Fregatte mit seinen Leuten besetzte. Die Fregatte trägt 60pfündige, 30pfündige und lange 18pfündige Kanonen.

Kopenhagen, 4. April. Vor einigen Tagen ist der Baron Zülpen-Adler nach Stockholm gereist, um die schwedische Hilfe wieder in Anspruch zu nehmen. Man behauptet schon, daß in Schonen eine bedeutende Macht zusammengezogen werde. (?) — Der Dänen Abgott zur See, der alte Steen Bille, Commandeur des Geschwaders in der Nordsee, ist Montag Abend vor vollen Segeln mit den Fregatten „Bellona" und „Rota" in See gegangen; nach 1½ Stunden passirte er schon Helsingör. Gestern in aller Frühe begab sich die Corvette „Flora" auf die Jagd und hatte zu Mittag schon 8 deutsche Schiffe aufgetrieben, darunter vier Ladungen Weizen, sechs Briggs, eine preußische, fünf mecklenburgische und eine Corvette und eine Galeasse. Heute Mittag ist die Zahl schon zu 24 angewachsen, sie liegen aber noch nicht alle hier. — Der Rest der dänischen Armee, welcher bisher noch in seinem Cantonnement auf Fühnen gelegen, wird dieser Tage von Faaborg aus theils nach Alsen, theils nach dem Festlande übergeschifft worden sein.

Die dänische Kriegsflotte bestand vor Beginn des Krieges aus dem einzigen ausgerüsteten Linienschiffe „Christian VIII."*), aus 5 Fregatten („Havfruen", „Thetis", „Bellona", „Rota" und „Gefion"**), 4 Corvetten („Polder", „Walkyrien", „Galathea", „Flora und Najaden"), 4 Briggs, 4 Kriegsdampfschiffen, 6 andern Dampfschiffen, einer Division Kanonenfahrzeugen, 3 Barkschiffen und Kuttern und 3 Wachtschiffen.

Harburg, 9. April. (Telegr. Nachricht.) Cuxhaven. Morgens 7 Uhr 35 Min. Laut Postdampfboot „Countess of Lonsdale", Nachts 12 Uhr eingegangen, sind jetzt vier dänische Fregatten bei Helgoland und haben dieselben gestern Jagd auf einen Schoner gemacht. (Rhezg.)

Harburg, 9. April, Vormittags. (pr. elektro-magnet. Telegraph.) Mit dem Dampfboot „Altona" trifft hier soeben der Adjutant des commandirenden Herzogs von Coburg von Eckernförde ein, mit dem Säbel des Commandeurs Paludan, und geht mit dem Zuge um 1 Uhr 10 Min. nach Gotha. — Gestern Abend 5 Uhr pr. Eisenbahn hier angekommen: der Erbprinz von Schaumburg-Lippe und 250 Bückeburger Infanterie, welche sofort nach Altona expedirt wurden.

Neuesten Nachrichten der „Weserzeitung" zufolge sollte auf den 10. April zu dem Einmarsch der schleswig-holsteinischen Truppen in Jütland der Befehl gegeben sein.

Bremen, 10. April. Heute Vormittags um 11 Uhr ist das 8. preußische Husarenregiment, von Düsseldorf kommend, auf seinem Marsche nach Schleswig-Holstein hier durchpassirt.

Deutschland.

♂ **Berlin**, 9. April.***) Herr Camphausen, unser Bevollmächtigter bei der deutschen Centralgewalt, ist gegenwärtig hier anwesend, um in Betreff der letzten Note an die deutschen Regierungen seine speciellen Instructionen entgegen zu nehmen. Dieselben werden ihn anweisen, in den bevorstehenden Unterhandlungen über die Oberhauptsfrage so weit als irgend möglich mit der deutschen Nationalversammlung Hand in Hand zu gehen und dem Grundsatze Preußens, welcher bisher den hauptsächlichsten Differenzpunkt zwischen der preußischen und österreichischen Politik bildete, nämlich der Vereinbarung mit der volksthümlichen Vertretung von Deutschland, bis an die äußersten Grenzen der Möglichkeit treu zu bleiben. Andererseits freilich werden diese Instructionen auch den Fall berücksichtigen müssen, daß die Macht der jetzt weniger als je berechenbaren Umstände ein weiteres Festhalten an dieser Vereinbarung vollkommen unthunlich macht, den Fall etwa, daß die Nationalversammlung in ihrer ersten Erregung von der Mißstimmung der Deputation (deren Berechtigung hier unerörtert bleiben mag) sich zu Beschlüssen hinreißen ließe, welche die wichtigsten Interessen Preußens und somit die Kraft und Festigkeit des zu begründenden Bundesstaates ernstlich zu compromittiren geeignet wären. Für diese traurige Eventualität werden die unserm Bevollmächtigten ertheilten Anweisungen den Weg bezeichnen, auf dem er auch ohne jene, von Preußen mit so großer Vorliebe festgehaltene volksthümliche Grundlage das Werk der Vereinbarung mit den deutschen Regierungen zu fördern und wo möglich zu vollenden haben wird. Leider stellt die Auffassung, welcher die Antwort unseres Königs an die Frankfurter Deputation unterlegen hat, die Möglichkeit dieses letzten Falles nur zu sehr in Aussicht. In ihm aber liegt die größte Gefahr für die jetzt noch einzig mögliche Einheitsform Deutschlands. Es ist daher unumgänglich nothwendig, diesen kritischen Punkt scharf ins Auge zu fassen, d. h. das Verhältniß Preußens zur deutschen Nationalversammlung von allen excentrischen Gefühlsausschraubungen zu entkleiden und es sich so zum Bewußtsein zu bringen, wie es wirklich ist. Die deutsche Nationalversammlung ist hervorgegangen aus Wahlen, welche von den Regierungen angeordnet wurden, und zusammengetreten zu einem ganz bestimmten, von denselben Regierungen bezeichneten Zwecke, zu dem der Vereinbarung einer Verfassung mit den Regierungen (welche ihrerseits sich wiederum mit der Volksvertretung der einzelnen Staaten zu verständigen hatten). Die Existenz der deutschen Nationalversammlung ist also eine ganz legale und ihr Mandat ein unbestreitbares. Sie hat dieses Mandat aber bei verschiedenen Gelegenheiten überschritten. Die preußische Regierung hat es jedoch bisher fortdauernd vermieden, deswegen mit ihr zu brechen; sie hat, ohne die Consequenzen solcher Ueberschreitungen irgendwie anzuerkennen, an dem Princip der Vereinbarung mit der Frankfurter Versammlung beharrlich festgehalten, weil sie die großen und über jeden Zweifel erhabenen Verdienste der letzteren um die deutsche Sache anzuerkennen sich gedrungen fühlte, und weil diese Vereinbarung der geeignetste Weg zu einer den Bedürfnissen entsprechenden schleunigen Herstellung einer deutschen Einheit war; denn nur hierdurch war es möglich, der ins Endlose führenden Vereinbarungen mit jedem einzelnen Regenten und jeder einzelnen Ständeversammlung in Deutschland zu entgehen. Aus diesen Rücksichten hat die preußische Regierung die Versammlung in der Paulskirche ruhig ihren Weg gehen lassen und sich der Hoffnung hingegeben, daß ihr patriotisches Gewissen von selbst ihre Beschlüsse in die Schranken der Ausführbarkeit, ihre Schritte auf den einzig möglichen Weg zurücklenken werde. Diese Hoffnung ist leider getäuscht worden; die Versammlung hat sich, namentlich in der neuesten Zeit, in einer Weise überstürzt, die alle Voraussicht übertraf. Es soll ihr daraus kein Vorwurf gemacht werden; die gewaltige Wucht der Ereignisse, welche fast alle Verhältnisse aus dem Geleise drängte, hat auch auf sie ihren Einfluß geübt. Aber man fordere auch nicht die unbedingte Anerkennung der aus solchen Umständen hervorgegangenen Resultate; man verlange nicht, daß man die Wirkungen so außerordentlicher Einflüsse auf die Versammlung für den wahren Ausdruck des Volkswillens halte. Jene Beschlüsse, welche aus der unnatürlichen Coalition der äußersten Linken mit den Oesterreichern und Ultramontanen hervorgingen, drückten der ganzen Versammlung einen so demokratischen Stempel auf, daß eine Vereinbarung zwischen ihr und constitutionellen Regierungen kaum mehr möglich schien. Das Parteiinteresse, wenn nicht die Parteileidenschaft, hatte nach und nach die natürliche Stellung der Nationalversammlung gänzlich verschoben und die Verbindlichkeit der aus ihrem Schooße hervorgegangenen Beschlüsse mehr als problematisch gemacht. Das Wesen derselben wird sehr schlagend dadurch illustrirt durch die kürzlich veröffentlichten Briefe der beiden Herren Simon an ihre Wähler, in dem sie mit anerkennenswerther Offenheit aussprechen, daß sie nur deßhalb für den deutschen Kaiser gestimmt hätten, weil die von der Versammlung angenommene Verfassung und das Wahlgesetz die Möglichkeit gewährten, sich baldigst wieder des Kaisers zu entledigen und auf gesetzlichem Wege zur Republik zu gelangen. Daß eine Kaiserwürde, welche aus einer so gestimmten Versammlung, von einer also zusammengesetzten Majorität, und noch dazu einer Majorität von 4 Stimmen, hervorgegangen war, von unserem Könige nicht unbedingt angenommen werden konnte, leuchtet ein. Wo war die Garantie dafür, daß dieser Beschluß der Ausdruck des Volkswillens, daß bei den übrigen deutschen Völkern und Fürsten die Geneigtheit vorhanden sei, sich ihm zu unterwerfen? Die unbedingte Annahme hätte einen Anstrich von Lächerlichkeit bekommen müssen, wenn sie nicht die ernste Seite gehabt hätte, daß aus ihr möglicher Weise ein Krieg mit Oesterreich, Bayern und Würtemberg entstehen konnte. Aber auch selbst die mildere Ansicht, daß der König der Deputation wenigstens hätte eine hinhaltende Antwort ertheilen sollen, ist gänzlich zu verwerfen. Die Deputirten traten ja nicht einmal mit der Frage vor unsern König, ob er gesonnen sei, die Krone anzunehmen, sondern erklärten geradezu, sie seien beauftragt, dieselbe Sr. Majestät zu übertragen. Einem solchen, den gegenseitigen Standpunkt völlig verrückenden Gewaltschritt gegenüber konnte man ohne Peinliche nicht mehr temperiren; es war vielmehr das einzig angemessene, es war ein offenes, ein edles Verfahren, unter solchen Umständen den Standpunkt der Regierung klar darzulegen und, um allen ferneren Verwickelungen zuvorzukommen, es ein für allemal deutlich auszusprechen, wie in keiner Weise davon die Rede sein könne, dem Beschlusse ohne weiteres irgend einen Beschluß der Versammlung, und wenn er eine Krone enthielte, zu oktroiren. — Nichtsdestoweniger bleibt dieser Beschluß der Frankfurter Versammlung immer ein wichtiges Moment, und die preußische Regierung hat gezeigt, daß sie keineswegs gewillt sei, sich dem Einflusse desselben gänzlich zu entziehen; sie hat es vielmehr offen ausgesprochen, wozu sie in Folge dieses Beschlusses sich verstehen könne und auch wirklich erbötig sei, nämlich zur Bildung eines engeren Bundesstaates auf dem Wege der Vereinbarung, zur Anbahnung und Vorbereitung des weiteren Bundesstaates und zur Uebernahme der provisorischen Centralgewalt. Das ist Alles, was vernünftiger Weise geschehen konnte, und es ist geschehen. Nur von diesem Gesichtspunkte aus darf die Antwort des Königs beurtheilt und die aus ihr hervorgegangene Note darf demgemäß keineswegs als eine Concession, vielmehr nur als die That aufgefaßt werden, welche unmittelbar dem vorhergegangenen königlichen Worte folgte. Möchte diese einfache Darlegung Einiges zur Berichtigung der durch Gereiztheit alterirten Ansichten in Frankfurt beitragen und die so heiß ersehnte Verständigung, mit der es gewiß auch unserer Regierung heiliger Ernst ist, herbeiführen helfen! Den unbesonnenen Exaltados aber, welche, ohne näher zu prüfen, sogleich à tue-tête ein Pereat schreien, wenn sie ihre Meinung nicht verwirklicht sehen, denen, welche in das schmetternde Horn der „Deutschen Zeitung" stoßen, halten wir, damit sie sich schämen, als Spiegel die zutreffenden Verse Göthes vor:

Die Deutschen sind ein gut Geschlecht,
Ein jeder sagt: will nur was recht:
Recht aber soll vorzüglich heißen:
Was ich und meine Gevattern preisen;
Das Uebrige ist ein weitläuftig Ding,
Das schätz' ich lieber gleich gering.

♂ **Berlin**, 10. April. Die Antwort unseres Königs an die Deputation der deutschen Nationalversammlung gab bekanntlich in unsern beiden Kammern Veranlassung zu Anträgen auf Abfassung von Adressen, welche eine Mißbilligung gegen die in diesem Punkte befolgte Politik der Regierung aussprechen sollten. Bekanntlich führten die Debatten in der zweiten Kammer über diesen Gegenstand zu dem Resultat, daß der Erlaß einer solchen Adresse abgelehnt wurde. In der ersten Kammer war der Antrag von den Abgg. Kuh und Genossen gestellt, und der Commissionsbericht über denselben soll morgen zur Berathung kommen. Derselbe ist vom Professor Walter aus Bonn abgefaßt und mit der allgemeinsten Spannung erwartet worden. Er spricht sich durchaus zu Gunsten der Regierung aus. Da ich bereits heute in den Besitz dieses interessanten Schriftstückes gelangt bin, und da dasselbe mit Gründlichkeit einerseits nachweist, daß die Antwort des Königs in vollkommenem Einklange mit den bisher von der Regierung ausgesprochenen Grundsätzen steht, und andererseits, daß das Ministerium recht gethan hat, dem Könige nicht zur unbedingten Annahme der angetragenen Kaiserwürde zu rathen, so theile ich es Ihnen sogleich mit; es lautet folgendermaßen:

Bericht der Commission, betreffend den dringenden Antrag der Herren Abgeordneten Kuh und Genossen vom 3. d. M. (Berichterstatter: Rosenkranz.) Der Antrag, in Verbindung mit seiner kurzen, jedoch inhaltschweren Motivirung, spricht die Ansicht aus, daß durch die Antwort Sr. Majestät des Königs an die Deputation der Frankfurter Nationalversammlung das deutsche Vaterland in eine drohende Lage gebracht worden, und die Ernennung einer Commission zur Erwägung der dadurch herbeigeführten Lage der Dinge dringend nothwendig erscheine. Wäre diese Ansicht begründet, wäre also wirklich durch die Antwort Seiner Majestät eine neue und drohende Lage der Dinge herbeigeführt worden, so könnte dieses nur einen zweifachen Grund haben: 1) Entweder den, daß jene Antwort eine Abweichung von den bisher von der Regierung des Königs befolgten Grundsätzen in sich schlösse; 2) oder den, daß dadurch die Erwartungen nicht erfüllt worden, die man von den Entschließungen Seiner Majestät zu hegen berechtigt gewesen, und deren Erfüllung das Heil des deutschen Vaterlandes erfordere. Diese beiden Punkte waren daher von der Commission in Erwägung zu ziehen.

Zu 1. Die Grundsätze, welche Seiner Majestät Regierung bei der Behandlung der deutschen Frage befolgt, sind von derselben in der neuesten Zeit mehrfach ausgesprochen worden. Die Grundlage bildet die Circularnote vom 23. Jan., in welcher zwei Hauptgedanken hervortreten. Einmal der, daß, wenn Oesterreich durch seine eigenthümlichen Verhältnisse an der Hingebung an eine innige deutsche Einheit verhindert werde, neben der Aufrechthaltung und Entwickelung des deutschen Bundes in seinem bisherigen weiten Umfang, der Zusammentritt der deutschen Staaten mit Anschluß Oesterreichs zu einem engeren Verein, zu einem Bundesstaat innerhalb des Bundes, von Preußen zur Förderung der deutschen Einheit für zuträglich erachtet und dazu die Mitwirkung der anderen deutschen Staaten angebahnt werde. Zweitens sprach die Note aus, daß die Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung sich dem Zeitpunkt näherten, wo sich die deutschen Regierungen über deren Resultate zu äußern haben würden, und forderte diese demgemäß auf, ihre Bedenken und Verbesserungsvorschläge dahin gelangen zu lassen und gemeinschaftlich darüber zu verhandeln. Beide Ansichten wurden, nachdem jener Circularnote von Seiten Oesterreichs die Note vom 4. Februar entgegengestellt worden, in der Note vom 16. Februar mit Nachdruck wiederholt und namentlich die freie Zustimmung der einzelnen deutschen Staaten, als zur Endgültigkeit der zu Frankfurt berathenen Verfassung erforderlich, unumwunden bezeichnet. Denselben Standpunkt hat die am 26. Februar gehaltene Thronrede in der die deutsche Frage betreffenden Stelle festgehalten. Endlich hat auch der Herr Ministerpräsident Graf v. Brandenburg während der Adreßdebatte am 14. März Gelegenheit genommen, ausdrücklich zu erklären, daß die Regierung für die Behandlung der deutschen Angelegenheit den in der Circularnote vom 23. Januar eingeschlagenen Weg verfolgen werde. Alle diese Erklärungen wurden von der öffentlichen Meinung überwiegend gebilligt und auch in Frankfurt günstig aufgenommen. Die erste Kammer sprach in ihrer an Se. Maj. den König auf die Thronrede gerichteten Antwort ihre Zustimmung zu den Schritten der Regierung, namentlich für die Bildung eines engern Vereins innerhalb des Bundes, mit dem größten Nachdruck aus. In ähnlicher Weise äußerte sich die zweite Kammer. Diese Uebereinstimmung steigerte die frohe Erwartung, daß die Begründung eines engeren Bundesstaates in Erfüllung gehen, und der wenn auch anfangs nur kleinere Umfreis desselben sich durch die ihm innewohnenden wohlthätigen Wirkungen bald von selbst erweitern werde. Nach diesen hier oder von hier aus stattgehabten Vorgängen geschah am 28. März die Kaiserwahl zu Frankfurt. Dieser Act ist, wie man wohl bemerken muß, von der von Preußen aufgestellten Idee eines engeren Bundesstaates an sich unabhängig, wenn er auch in den Wirkungen mit ihr zusammentreffen kann. Er ist der Schlußstein des von der deutschen Nationalversammlung aufgeführten Gebäudes, welches ganz Deutschland, also auch Oesterreich, umfassen soll. Erwägt man nun nach diesen Bemerkungen den Inhalt der von Sr. Maj. dem Könige an die Deputation der deutschen Nationalversammlung erlassenen Antwort, so stimmt dieselbe theils in der Erklärung der Bereitwillig-

*) Am 5. April von den Deutschen in die Luft gesprengt.
**) Am 5. April von den Deutschen genommen.
***) Der obenstehende Brief geht uns von achtbarer Hand in Form einer Vertheidigung des bekannten Verfahrens des preußischen Ministeriums zu. Wir nehmen keinen Anstand ihn zu veröffentlichen, weil es, unseres Erachtens, nicht unwichtig ist, möglichst allseitig die Gründe kennen zu lernen, auf welche die Politik des Cabinets in Berlin sich stützt. Uebersehen scheint uns in dieser Erläuterung jedoch der Umstand, daß, indem man das Mißliche des einen Wegs nachzuweisen sich bemüht, man vergißt, daß er der einzige ist. Alle Staatskunst wird wohl an dem Versuche eines andern Weges scheitern. Jedenfalls ist und ein wenn auch holpriger Weg lieber als keiner, und wer sich, aus Besorgniß auf jenem vielleicht zu fallen, gar nicht auf die Reise begeben mag, der wird auch nicht ein Ziel erreichen.
Red. der D. P. u. Z.

sur für Deutschlands Einheit und Kraft, selbst auf die Gefahr großer Opfer hin, einzutreten, theils in dem Vorbehalte des freien Einverständnisses der deutschen Regierungen zu der von Sr. Maj. zu fassenden Entschließung, endlich auch in der von den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten vorbehaltenen Prüfung der zu Frankfurt festgestellten Verfassung, mit der Circularnote vom 23. Januar überein. Dagegen fand sie in dem Antrage der deutschen Kaiserwürde keine unmittelbare Veranlassung, sich auch über die unter allen Umständen festzuhaltende Bildung eines engeren Bundesstaates auszusprechen. Auch ließ die Art, wie darin die den deutschen Regierungen vorbehaltene Prüfung erwähnt wurde, dem Zweifel Raum, ob nicht dadurch der Fortgang der Verhandlungen bedeutend aufgehalten, ob nicht etwa dazu die Berufung eines Fürstencongresses beabsichtigt, und ob nicht gar die Endgiltigkeit der Verfassung an die Zustimmung sämmtlicher Regierungen gebunden werde. Es ist jedoch überflüssig, in diese Bedenken einzugehen, weil dieselben seitdem durch die Circulardepesche vom 4. April widerlegt sind, und dadurch das Verharren der Regierung in den durch die Circularnote vom 23. Januar bezeichneten Grundsätzen klar dargethan ist. Nachdem auf diese Weise der eine Grund der durch die Antwort Sr. Majestät bei den Herrn Antragstellern erregten Besorgnisse erledigt ist, so wendet sich die Commission zu II oder mit anderen Worten zu der Frage: „ob unter den jetzt eingetretenen Umständen die verantwortlichen Räthe der Krone nicht Sr. Maj. dem Könige die unbedingte Annahme der angetragenen Kaiserwürde, als zum Heile des deutschen Vaterlandes dringend nothwendig, hätten anrathen sollen?“ Um diese Frage richtig zu erwägen, muß die Commission vor Allem darauf aufmerksam machen, daß die Regierung des Königs in der Circularnote vom 23. Jan. ausdrücklich erklärt hat, daß Preußen keine ihm angebotene Stellung anders als mit freier Zustimmung der verbündeten Regierungen annehmen werde, ja sogar, daß nach der Ansicht Sr. Maj. des Königs und dessen Regierung die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen und umfassenden Einigung nicht nothwendig, vielmehr zu befürchten sei, es werde das ausschließliche Anstreben gerade dieser Form der Erreichung des Zieles der Einigung wesentliche und schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg legen. Man wird einräumen müssen, daß nach so bestimmten Erklärungen nur die dringendsten Gründe des allgemeinen Wohles es rechtfertigen könnten, davon abzuweichen, und dadurch auf die Vortheile zu verzichten, welche eine aufrichtige und consequente Politik für Sr. Majestät Regierung schon an sich, insbesondere aber bei dieser Angelegenheit mit sich führt, deren Gelingen ganz vorzüglich durch das Vertrauen der deutschen Stämme und Regierungen zu Preußen bedingt ist. Die Commission ist allerdings weit entfernt, die große Wichtigkeit zu verkennen, die es für die deutsche Nationalversammlung hat, ihr wahrsames und verdienstvolles Werk durch einen raschen Entschluß Sr. Maj. des Königs gekrönt zu sehen. Wir fühlen von ihrem Standpunkte aus die Besorgniß der Gefahren, welche die Ungewißheit und das lange Hinausschieben einer festen Entscheidung für Deutschland hervorrufen könnte, und ehren insofern auch die Motive, wovon die Herren Antragsteller bei der Begründung der Dringlichkeit ihres Antrages ausgegangen sind. Allein andererseits durfte sich die Commission der Aufgabe nicht entziehen, von ihrem Standpunkte aus mit jener Besorgniß die Folgen zu vergleichen, welche die unbedingte Annahme der deutschen Kaiserkrone und damit auch der zu Frankfurt festgestellten Verfassung des deutschen Reiches für Preußen haben würde. Die Commission durfte dieses um so weniger, als die erste Kammer selbst in ihrer am 2. April an Se. Maj. den König gerichteten Adresse diese Bedenklichkeiten zum Theil bezeichnet hat und keine Gründe vorliegen, weßhalb man dieselben als während der seitdem verflossenen wenigen Tage gehoben oder gemildert ansehen könnte. Ohne hier in eine Kritik des deutschen Verfassungswerkes einzugehen, ist hervorzuheben, daß die von Preußen in Verbindung mit andern deutschen Regierungen eingesandten Bemerkungen in mehreren sehr wichtigen Punkten nicht nur keine genügende Berücksichtigung gefunden haben, sondern daß selbst von der deutschen Nationalversammlung bei der zweiten Lesung äußerst wichtige Abänderungen beschlossen werden sind, ohne daß den einzelnen Regierungen die Möglichkeit gegeben war, darüber noch ihre Bemerkungen vorzubringen, z. B. die Festsetzung des suspensiven Veto's selbst bei Verfassungsveränderungen, des geheimen Stimmgebens, die Aufhebung des Reichsrathes. Andere erhebliche Bedenklichkeiten, die aus dem Wahlgesetze, aus den Bestimmungen der Reichsverfassung über das Reichsheerwesen, über die Schifffahrt, Flüsse, Landstraßen, die Besteuerung u. dgl. entstehen können, sollen hier blos angedeutet werden. Jedenfalls ist es einleuchtend, daß die sofortige unbedingte Annahme der Verfassung für die Geschicke unseres Landes eine inhaltschwere Frage ist, woran sich große Verwicklungen knüpfen können. Der Gedanke eber Vorbehalt einer künftig möglichen Revision und Verbesserung der Reichsverfassung kann über diese Gefahren nicht beruhigen, und die Commission hat diese Eventualität zur Beseitigung ihrer Bedenken keineswegs ausreichend halten können. Nach der Erklärung der Deputation der deutschen Nationalversammlung kann oder will die gegenwärtige Nationalversammlung keine Aenderung vornehmen; die künftige aber würde auf den Grund der deutschen Verfassungsurkunde (Abschnitt IV, Art. III, § 94) nach den Vorschriften des Reichswahlgesetzes berufen werden, und ob oder zu welchen Modificationen sich diese verstehen würde, vermag Niemand vorauszusagen. Da überdieß nach Abschnitt VII, Art. I, § 189 der Kaiser erst nach geleistetem Eide: „die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten und sie gewissenhaft zu vollziehen“, Regierungshandlungen vorzunehmen berechtigt ist, so würde die Annahme der angetragenen Kaiserwürde ohne allen Vorbehalt entweder der unbedingten Unterwerfung unter ein wesentliche Bedenken erregendes Gesetz gleich kommen, oder statt eines Regierungsantrittes der Beginn eines Interregnums werden. Statt eine wirkliche Reichscentralgewalt zu schaffen und die Einheit zu fördern, würde die Regierungsgewalt sowohl in Preußen als in den zu einem Reiche zu vereinigenden Staaten alsbald in höchst schwierige Verwicklungen gebracht werden. Wenn man demnach die mit der unbedingten Annahme der Kaiserwürde nach den gegebenen Verhältnissen unzertrennbar verbundenen Folgen den bloß möglichen Gefahren gegenüberstellt, welche mit einem Aufschub derselben verbunden sein können, so wird man zugeben müssen, daß erstere schwerer in die Wagschale fallen. Die Besorgniße vor den Gefahren einer bedingten Annahme würden nur dann einen schreibaren Grund für sich haben, wenn entweder in Folge des vom Erzherzog Reichsverweser gefaßten Entschlusses, seine Stelle niederzulegen, das Aufhören der provisorischen Centralgewalt, oder wenn das Hinausschieben des von Sr. Majestät dem Könige zu fassenden definitiven Entschlusses in eine ungewisse Zukunft zu befürchten wäre. Wider beiderlei Befürchtungen gewährt aber die Circulardepesche vom 4. April Beruhigung. Es ist auch zu hoffen, daß die öffentliche Meinung dieses so auffassen, und daß die in Aussicht gestellte kurze Frist von vierzehn Tagen, weit entfernt Unzufriedenheit und eine Agitation in Deutschland hervorzurufen, vielmehr zur ruhigeren und reiferen Entwickelung dieser Verhältnisse beitragen wird. Aus diesen Gründen, und insbesondere in Erwägung der nach Einbringung des Antrags ergangenen Circulardepesche vom 4. April ist die Commission einstimmig der Ansicht, daß kein Grund vorhanden sei, eine neue Adresse an des Königs Majestät zu entwerfen, um eine anderweite Entschließung Sr. Majestät herbeizuführen. Sie trägt daher auf den Grund des § 29 der Geschäftsordnung darauf an: Die Kammer wolle die Dringlichkeit des Antrages nicht anerkennen. Berlin, den 8. April 1849. Ruhne. Graf Bülow. Freiherr v. Canitz. Graf Eulenburg. Flottwell. Goltdammer. v. Gruner. Hansemann. Rosenkranz. (Ref.) Walter. (Corref.)

Hannover, 9. April. In unserer Gesetzsammlung wird heute das Gesetz über die Einführung der allgemeinen deutschen Wechselordnung publicirt.

Kassel, 9. April. Der hiesige „Vorort des nationalen Vereins für Deutschland“ hat auf Grund des statutenmäßigen Geschäftes: „die Beschlüsse der deutschen Reichsversammlung gegen alle ungesetzlichen, anarchischen wie reactionären Angriffe aufrecht zu erhalten“, im Namen der zahlreichen verbundenen Vereine eine Adresse in diesem Sinne an die Reichsversammlung erlassen und fordert zugleich mittelst Rundschreiben die einzelnen Vereine auf, auch ihrerseits, jeder für sich, mit ähnlichen Adressen ungesäumt vor die Versammlung zu treten. Wir entnehmen der Adresse die folgenden bezeichnenden Stellen:

„Auch die preußischen Volksvertreter hat der große Augenblick nicht groß genug gefunden. Von der Parteiwuth gerissen, durch untergeordnete Rücksichten gefesselt, haben sie sich in der entscheidenden Stunde nicht bis zu jener imponirenden Einheit des Entschlusses zu erheben vermocht, welchem auch die adelsstolzeste Gewöhnung der preußischen Minister nicht hätte widerstehen können. Sie haben sich dann vertagt und die Geschicke des deutschen Vaterlandes dem Ausgange der Berathungen überlassen, welche schon in der nächsten Woche Deutschland in einen unermeßlichen Abgrund des Verderbens stürzen können. So ist es denn wiederum die constituirende deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., von welcher das deutsche Volk ausschließlich sein Heil und seine Rettung zu erwarten hat. Und wie im Frühlinge des vergangenen Jahres die hohe Versammlung von den Fürsten und Völkern berufen ward, um für die Gesammtheit dasjenige zu thun, was die Selbstsucht der Einzelnen nimmer zu thun weiß, — die Verfassung für das deutsche Reich zu schaffen, so ergeht jetzt und aus gleichen Ursachen gleicher Maßen an sie der Ruf der Geschichte: die Verfassung Deutschlands zu vertheidigen und durchzuführen! Die Würde und Besonnenheit, womit die hohe Versammlung ihr Werk unter tausendfachen Schwierigkeiten seit und treu zu Ende führte, ist in der Geschichte ohne Beispiel; möchte auch die Thatkraft, womit die deutsche Nationalversammlung im Geiste des 18. März und 4. April beharren wird, in der Geschichte ohne Beispiel sein. Der hohen Versammlung aber möge der Jubel und Dank, den ihr Werk im besten, im unverdorbenen Theile des Volkes gefunden hat, eine Bürgschaft dafür sein, daß dieses Werk auch in der Ausführung gelingen muß. In der hohen Versammlung selbst wird die erneute Eintracht und die erneute Begeisterung, womit auch die verschiedensten Parteien des Hauses für die gemeinsame Pflicht zusammenstehen werden, dem ganzen Volke zum leuchtenden Beispiel dienen. Aber es wohl mit dem Vaterlande wenig, und wenn die moralische Kraft nicht in politischen Ausschweifungen ganz verzehrt ward, der wird, wie in jenen Frühlingstagen des verwichenen Jahres, aufs Neue zu seinem Parlamente stehen. Es gilt dieses Mal keine leichtsinnige, treulose und schwankende Bewegung. Dies ist unser! So laßt uns sprechen, und ist es bestanden.“

Italien.

Briefe aus **Rom** vom 31. März melden eine Thatsache, die — scheinbar wenig bedeutend — die Stellung Oesterreichs zu der Bewegung im Kirchenstaat nahe berührt. Oesterreich besitzt in Rom bekanntlich als Erbe der Republik S. Marco den sogenannten venetianischen Palast, worin die österreichischen Botschafter ihren Sitz haben. Dieser Palast wurde von der jetzigen dictatorischen Regierung mit Beschlag belegt, besetzt und die Fahne von S. Marco auf ihm aufgepflanzt.

Frankreich.

** **Paris**, 10. April. In der Nationalversammlung wurde heute versichert, daß Frankreich und England im Einverständniß mit Oesterreich und Piemont beschlossen hätten, zur Regelung der italienischen Angelegenheiten in Verona einen Congreß zusammenzuberufen.

Die französische Regierung hat nach Perpignan den Befehl abgesendet, den Grafen von Montemolin aus der Citadelle zu entlassen und ihn bis an diejenige Grenze, welche er wählen wird, begleiten zu lassen.

Das Journal „le Peuple“ ist heute abermals, zum sechsten Mal in vierzehn Tagen, wegen Preßvergehens vor Gericht erschienen. Der Gerant des Journals, Duchene, wurde zu 5 Jahren Gefängniß und 6000 Francs Schadenersatz verurtheilt.

** **Paris**, 10. April. Von Seiten des Handelsministers ist allen Handelskammern die Nachricht zugegangen, daß Fürst Schwarzenberg den Vertreter der französischen Republik in Wien amtlich vom Wiederbeginn der Blokade Venedigs in Kenntniß gesetzt habe. Diese Blokade soll sehr streng ausgeführt werden.

Changarnier ist zum Großoffizier der Ehrenlegion ernannt worden.

Heute Abend sind die Wahllisten für die neue Kammer geschlossen worden. Es haben sich hier an 8000 Wähler aufschreiben lassen.

Wir können — schreibt die Generalcorrespondenz — die von mehreren Journalen gegebene Nachricht, daß die französische Regierung im Voraus gegen die Annahme der Kaiserkrone von Seiten des Königs von Preußen protestirte, für grundlos erklären. Unseres Dafürhaltens hat die französische Republik gegenüber den deutschen Angelegenheiten, welche sich von Tag zu Tag mehr verwickeln, keinen andern Weg zu verfolgen, als den der strengsten Neutralität. Wenn auch das Wiener Cabinet seine Unzufriedenheit durch Zurückrufung der österreichischen Abgeordneten aus Frankfurt an den Tag gelegt hat, so ist es doch nicht in der Lage, mit dem König von Preußen, falls dieser von dem gesammten Centraldeutschland unterstützt würde, einen offenen Krieg anzufangen.

Großbritannien.

* **London**, 9. April. Der Graf und die Gräfin von Neuilly und die gesammte Familie des Exkönigs von Frankreich sind zum Besuch der Königin hier angekommen.

Nachschrift.

** **Berlin**, 12. April. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer wurde die Dringlichkeit des Kuh'schen Antrags (vgl. oben Art. Berlin) mit 75 gegen 38 Stimmen abgelehnt. (Aufregung.) Der Ministerpräsident Graf v. Brandenburg gab vor der Abstimmung folgende Erklärung ab: Die Instructionen für Frankfurt werden in diesem Augenblick ausgearbeitet, der Bevollmächtigte für Frankfurt ist bereits durch eine telegraphische Depesche hierher berufen und wird heute wieder abreisen. Sein Stellvertreter ist bereits vorläufig mit Instructionen über die nothwendigsten Schritte versehen. Uebrigens ist es die Absicht der Regierung Seiner Majestät des Königs, daß die Ungewißheit über die Neugestaltung Deutschlands ein schnelles Ende erreiche. (Bravo rechts.)

* **Aus Schleswig-Holstein** nichts erheblich Neues. Von einem unbedeutenden Gefecht bei Eversted, bei welchem die Dänen an Todten 2, an Verwundeten 1, und an Gefangene 2 Mann verloren. Heute Mittag mehr.

** Neueste Nachrichten aus **Pest** vom 6. April bringen noch keine Entscheidung, die Gefechte dauern fort, der Vortheil scheint sich mehr auf Seite der österreichischen Waffen zu wenden. Im übrigen hat man nur Gerüchte. Gegen die Bevölkerung in Pest ist man fortwährend auf der Hut und werden militärischerseits große Vorsichtsmaßregeln getroffen. Graf Stefan Karoly ist eingezogen worden.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 12. April. Fonds sowohl wie Eisenbahnactien zogen heute durch Ankäufe, die zur Börse geschahen, größtentheils im Course etwas an. Von österreichischen Papieren bleiben 5pCt. Metall. 76⅛, pCt., 2½pCt. Metall 40⅝, pCt., Wienerbankactien 1186 fl., 500 fl. Loose 122⅞, pCt, 250 fl. Loose 79⅛, pCt., Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27⅞ Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 27⅞ fl., do. 50 fl. Loose 48⅛ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 70⅝ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20⅞ fl., Sardinische Loose 26 Fr., Poln. 500 fl. Loose 71 Rthlr. Süddeutsche Obligationen preishaltend. Von belgischen Obligationen 2½pCt. Belgische 4⅜, ditto 4½pCt. 82⅛, ditto 5pCt. 90⅞. Holländische 2½pCt. Integralen 49⅞, pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 33⅛, Rthlr., Berbach 72⅞, pCt., Köln-Minden 76⅛, pCt., Taunus drue weniger gefragt 290 fl. G. In Pct. inländ. Span. zeigte sich auch mehr Leben, günstigere Börsenberichte von Madrid, sowie anscheinliche gemachte Ankäufe, die in benannten Fonds geschahen, haben den Cours derselben um ½pCt., schließen 2½ à 22½, pCt. Von Wechseln Wien flauer 105⅝, in haben, Amsterdam 100⅝, ⅛, Augsburg 119¼, Pariser 95⅛, London 120⅞, ⅛, Berlin und Leipzig 105⅛, Mailand beliebt 99⅛.

Berlin, 11. April. Staatsschuldscheine 80 bez., Seehandlungs-Prämienscheine 99⅓, G., Bankantheile 89 u. 88⅔, etw. bez., Köln-Minden 76⅛, G., Friedrich-Wilh.-Nordb. 34⅛, 34 u. 34⅛, bez., Rheinische 47 Br., Thüringische 48⅛, G., Russ. 5pCt. bei Stieglitz 87⅛, Br. 5 86⅛, Br., ⅛, G., Poln. 500 fl. Loose 74⅛, G., Kurhess. Prämienscheine à 40 Rthlr. 27⅛, Br., ⅛, bez. u. G., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 16 bez.

Die günstige Stimmung für Fonds und Actien hielt auch heute an; von ersteren waren besonders Staatsschuldscheine zu besseren Preisen gefragt, von letzteren wurden namentlich Friedrich-Wilhelms-Nordbahnactien höher bezahlt.

Amsterdam, 10. April. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 49⅞, ⅛. — 3pCt. Schuld 38⅛. — do. 4pCt. 77⅛. — 5pCt. Anl. 10. — do. à 510 Pf. St. 9¼, — 3pCt. 31⅛. — do. inl. à 6000 fl. 22½, ⅛. — 3pCt. Port. 27¹³/₁₆. — 4pCt. do. 28⅛. — Russ. 4pCt. bei Hope 82⅛. — do. bei Stieglitz 81⅞. — 5pCt. Metall. 72⅛, ⅛. — 2½pCt. ditto 38⅝, ⅛.

In unsern inl Fonds war heute keine nennenswerthe Variation. In Integr. war wenig Geschäft. Span. Fonds gut preishaltend. Alle übrigen ausländ. Effecten waren zu niedrigern Preisen zu erhalten. In Franz. und Mexic. zeigte der Handel einige Lebhaftigkeit.

Paris, 10. April. Stand der Rente: 5pCt. 89. 50. — 3pCt. 56. 65. — Neue 3pCt. 30½. — Sp. inn. Sch. 23⅝. — Bankactien 2425. — St. Germain-Eisenbahn 425. — Versailles, rechtes Ufer 217. 50. — Linkes Ufer 173. 75. — Paris-Orleans 856. 25. — Paris-Rouen 552. 50. — Orleans-Bordeaux 412. 50. — Orleans-Bierzon 362. 50. — Rouen-Havre 305. — Marseille-Avignon 225. — Straßburg-Basel 107. 50. — Nordbahn 457. 50. — Paris-Straßburg 328. 25. — Römisches Anlehen 75, 75¼, ⅜. 76.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Führer durch die Messe.

Leine-, Wolle-, und Baumwolle-Waaren.

[717] **Kirchhof & Füchsel**
aus **Schmölln** in Sachsen-Altenburg
haben zur diesjährigen Ostermesse das Lager ihrer Fabrikate, bestehend in glatten und façonnirten Thibets ꝛc wieder wie in letzter Herbst-Messe in der goldenen Leier, neue Kräme Lit. K. Nr. 95.

[695] **Joseph Schell**, Corsetten-Fabrikant aus Ludwigsburg,
empfiehlt für diese Messe wieder sein schon längst bekanntes Lager in Damen- und Kinder-Corsetten, sowie auch Morgen-Leibchen, mit und ohne Elastik, und verkauft en gros wie en detail zu äußerst billigen Preisen. Auch habe ich wieder eine große Auswahl aller Arten Gamms-Bälle und gebe diese ebenfalls zu sehr billigen Preisen ab.
Meine Bude befindet sich wie gewöhnlich auf dem Römerberg, hinterer Gang, vis-à-vis dem Römer.

[526] **Mantillen** nach den neuesten Pariser Modells bei L. B. Schuster, Bleidenstraße, Nr. 5.

[1022] **Ferdinand Eulenstein**, Saalgasse Nr. 27, empfiehlt sein Leinwand-Lager eigner Fabrik, welches diese Messe wieder aufs Vollständigste assortirt ist.

Aecht irländische Leinwand (rein Leine).
Um diese Messe wirklich noch unser Lager ganz auszuverkaufen, geben wir unsere feinste irländische Leinwand grade für die Hälfte des Fabrikpreises ab.
Wm. Bell Sohn aus Dublin,
[1041] Katharinenpforte neben dem großen Kaffeehaus, der kleinen Sandgasse gegenüber.

[567] Neueste **Tolle du Nord**-Kleider zu 3 fl. 15 kr. bei L. B. Schuster, Bleidenstraße Nr. 5.

☞ Avis für Damen. ☜
☞ Berlins größte Damen-Mäntel-Niederlage ☜ ist durch bedeutende Zusammenkäufe der neuesten und elegantesten fertigen
☞ Mantillen, Mantelets, Palettino's und Visites ☜
wiederum auf's reichhaltigste sortirt zu sehr soliden Preisen
☞ Neue Kräme Nr. 31 bei Herrn Korte, [1066] vis-à-vis vom Braunfels.

[1036] **Fabrik-Lager** in baumwollenen und wollenen **Möbel-Damasten, Barsenets** und Schirtings von **J. Schüler** aus Dingelstädt in Thüringen. Schnurgasse 46.

[772] **H. G. von Oven,**
Bleidenstraße 24, empfiehlt sein wohlassortirtes Lager in:
schwarzen seidenen Herrenhalsbinden in Taffet und Atlas, Sommerhalsbinden in Seide, Halbseide, Jaconet und Foulard, ächt ostindischen Taschentüchern, Chatelaines, Foulard- und Atlas-Brochetüchern.

Das Flanellwaaren-Lager von
A. Herold aus Dingelstädt
ist jetzt Schnurgasse 38. [835]

Stein-Waaren, Porzellan, Steingut.

Die **Porzellain-Fabrik** von **C. G. Schierholz** aus Plauen bei Arnstadt empfiehlt während der Messe ihr wohl assortirtes Lager in Lithophanien, Figuren, Vasen und allen der Fabrikation anpassenden Gegenständen. — Logis: **Hôtel Schröder** Nr. 5. [962]

Tafelwaaren und Delicatessen.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.
Der Brustsaft von Georgé in Colmar, welcher derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditor **Schott**, große Sandgasse, zu haben.

Commissionäre sind: Hr. Conditor J. C. Schlemmer in Mainz. [568]

[1051] **Malaga-Tafel-Rosinen**, 7 fl. pr. Kiste, **Messina-Citronen**, 14 fl. pr. Kiste, für Wiederverkäufer bei
Milani-Minoprio,
kleiner Hirschgraben 3.

Parfümerie- und Toilette-Waaren.

[1019] **Von dem Haarmittel**
des Professors **Thibaud**, à 1 fl. 36 kr. per Topf, für Kahl- und Grauköpfe und Herstellung des männlichen Bartes, befindet sich fortwährend ein Depot bei Herrn **Ph. Ehm.** Pölz am Liebfrauenberg in Frankfurt a. M.
Die beste Bürgschaft für die Untrüglichkeit besteht in der gewissenhaft eingehaltenen Zurückgabe der Beträge, im Falle des Mißlingens nach vorschriftsmäßigem Gebrauche des 6ten Töpfchens, durch den Agenten des Verfertigers, Herrn Carl Graf in Augsburg.

Die Beträge sind baar und franco nebst 3 kr. Verpackungsgebühr einzusenden.
☞ Da obiges Mittel im Frühjahr und Sommer seine Wirksamkeit am besten äußert, so ist hierzu gegenwärtige Jahreszeit besonders zu empfehlen.

Keine grauen Haare mehr!!
Das einzige in Paris approbirte
Chantal-Wasser
färbet Kopf- und Bart-Haare augenblicklich und dauerhaft in allen Nüancen, wofür garantirt wird. Preis 7 Franken im Hauptdepot bei Hrn. **H. C. v. Oven**, Bleidenstraße 24. [687]

Uhren.

Die **Schwarzwälder-Uhrenfabrik-Niederlage** bei **J. Eckhardt**, Roßmarkt F. 107. empfiehlt sich mit großer Auswahl der neuesten Gegenstände, nebst Lager von Pariser und Wiener Pendul- und Rahmen-Uhren, Genfer Musik-Dosen und Musikwerke, Vogel-Orgeln ꝛc. in der besten Qualität zu den billigsten Preisen. [781]

Wechsler- und Effecten-Bureaux.

Zehn Gulden Partial-Obligationen
vom Anlehn des Vereins deutscher Fürsten und Stellente, diesjährige Hauptziehung am 15. Mai in Wiesbaden. 709 Gewinne von fl. 20,000, 5000, 1500, 600, 400 ꝛc. ꝛc. bis fl. 12 abwärts Original-Obligationen coursmäßig, Certificate für die vorstehende Ziehung Zehn Stück für Sieben Gulden, im Bank- und Wechsel-Comptoir von **J. J. Goldschmidt**, Frankfurt a. M.
Briefe werden franco erbeten und jede Auskunft mit Bereitwilligkeit gegeben. [987]

[954] **Staats-Obligationen,**
Loterie Loose, Eisenbahnactien, Coupons, Banknoten, so wie alle Effecten werden zum Tages-Cours gekauft und verkauft bei **J. L. Aub**, Zeil vis-à-vis der Post.

Lotterie-Comptoir
von **Michael Oppenheimer**, Zeil 47, Hrn. Böhler gegenüber. [847]

[848] **Coupons und Staatspapiere**
An- und Verkauf bei **Michael Oppenheimer**, Zeil 47, Herrn Böhler gegenüber.

Commission und Spedition.

Ich erlaube mir hiermit die ergebenste Anzeige zu machen, daß ich außer meinem Commissions-Büreau auch ein
Dienst- und Stellen-Gesuch-Büreau jeder Branche
auf hiesigem Platze errichtet habe und empfehle mich hierin zu geneigten Aufträgen unter reeller und billiger Bedienung ergebenst. Zugleich halte ich mich wie bisher mit Ver- und Ermiethen von Wohnungen und Locales jeder Art, An- und Verkauf von Häusern ꝛc., An- und Klage von Capitalien, Besorgung von Commissions-Artikeln und allen im Commissions- und Speditions-Geschäft vorkommenden Fälle, zu geneigten Aufträgen bestens empfohlen.
Amtlich bestät. Dienst- und Stellen-Gesuch- und Commissions-Bureau
[767] von **F. A. Wüst**, Paulsplatz **13** neu.

Transport.

[938] **ROSZTOK & Co.** in **Eisenach**
verladen jeden **Montag** und **Donnerstag** durch **Eilfuhre**, an andern Tagen durch gewöhnliche Fuhre nach **Frankfurt a. M.**, dem **Rhein** etc., und empfehlen sich zu geneigten Aufträgen.

Bekanntmachung.
Statt der früher angekündigten Fahrten des Dampfschiffes **Lübeck**, Capt. **G. Jahr**, welches Travemünde, Kopenhagen, Gothenburg und Christiania, wird dasselbe bis auf Weiteres zweimal wöchentlich, und zwar Dienstags und Sonnabends Nachmittags 6 Uhr von Travemünde mit der Post, Passagieren und Gütern nach Kopenhagen abgehen und Donnerstags und Sonntags von dort seine Rückreise antreten. Es wird am Dienstag, den 27. März, zuerst von Travemünde seine Fahrten beginnen.
Lübeck, den 23. März 1849.
Die Direction der Lübecker Dampfschifffahrts-Gesellschaft.
NB. Federn, Bettfedern und Haare werden nicht geladen. [569]

Zu empfehlende Gelegenheit für Passagiere und Auswanderer nach
[688] **New-York.**
Expeditionstage der Schiffe der Hamburg-Amerik.-Packetfahrt-Actien-Gesellschaft.
Das kupferbodene Hamburger Schiff **Deutschland**, Capt. Hancke, „ 21. April „
„ „ „ „ **Nordamerika**, „ Raabje, „ 19. Mai „
„ „ „ „ **Elbe**, „ Heitmann, „ 23. Juni „
Ueber obige Schiffe, welche durch hohes luftiges Zwischendeck und elegant eingerichtete Cajüten sich auszeichnen, ertheilen auf frankirte Anfragen nähere Auskunft:
in Hamburg der Schiffsmakler August Wolters (Wm. Miller's Nachfolger),
in Frankfurt a. M. der Agent der Gesellschaft: J. H. Stiegebauer, Buchgasse Nr. 5.

☞ Für Auswanderer. ☜
„Die Hoffnung."
Concessionirte deutsche Büreaux
für
Auswanderer nach Amerika
von **J. M. Bielefeld** in Mannheim.
London bei Ullmann, Hirschhorn & Co. — **New-York** bei Schulz und Bleiker.
Regelmäßige Fahrten gekupferter Dreimaster erster Klasse, sogenannte Packetboote,
nach **New-York** und **New-Orleans.**
Bei Gründung dieser Linie habe ich zunächst mein Augenmerk darauf gerichtet, daß der Auswanderer auf der ganzen Reise nur mit Deutschen zu verkehren hat, deren Aufgabe es ist, sich mit aller Sorgfalt seiner anzunehmen und ihn mit Rath und That zu unterstützen; auch bei seiner Ankunft in Amerika wird er von Deutschen empfangen, welche ihm jede Auskunft, seine Weiterreise und Anforderung betreffend, unentgeltlich zu ertheilen haben.
Außer dem Schutz, der vorzugsweise das englische Gesetz dem Auswanderer bietet, ist er auch in den Seestädten vor Uebervortheilung dadurch geschützt, daß er in Rotterdam sowohl, als in London während der ganzen Dauer seines Aufenthalts freie Beherbergung und Beköstigung in guten deutschen Gasthäusern findet, wodurch ihm gewiß die beste Bürgschaft für rasche Beförderung gegeben ist.
Die Preise sind auf das Billigste berechnet.
Zur näheren Erkundigung, so wie zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen, beliebe man sich an meine unterzeichneten General-Agenten oder deren Agenten zu wenden, bei denen Prospecte gratis abgegeben werden.
Mannheim, im März 1849. **J. M. Bielefeld.**

Frankfurt a. M.	Herr **Heinrich Klippel.**	Mainz	Herr **Heinrich Zix.**
Stuttgart	„ **Friedr. G. Schulz** sen.	Cöln	„ **Vogel & Mack.**
Straßburg	„ **Louis Bielefeld.**	Rotterdam	„ **L. Mayer & Co.**

Liebrich Herr **J. N. Lembach.**
In Bezug auf Obiges bemerke ich noch, daß im Monat Mai 3 Boote und zwar am 3. 10., 17., 24. und 31. expedirt werden und empfehle ich mich zu jeder Auskunft und zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen.
[949] **Heinrich Klippel**, General-Agent in Frankfurt a. M.

Verschiedene Anzeigen.

[796] **Wichtige Anzeige**
für
Taube und Harthörige.
Von dem viel berühmten Gehör-Oel von Doctor John Robinson in London ist bei dem Unterzeichneten die einzige alleinige ächte Niederlage. Dieses Oel heilt binnen kurzer Zeit die Taubheit, falls selbige nicht angeboren; — es bekämpft alle mit der Harthörigkeit verbundenen Uebel, als: der Ohrenschmerzen und das Sausen und Brausen in den Ohren, und erlangen selbst ältere Personen durch Anwendung dieses Oels das feinste Gehör wieder. Uebrigens habe ich nicht nöthig dasselbe weiter anzupreisen. — Die Wirksamkeit hat sich tausendfältig bestätigt, — und folgen nur noch zwei der jüngsten Genesungs-Atteste — alle mitzutheilen ist zu kostspielig. Jeden mir werdenden Auftrag, den ich mir franco erbitte, wird prompt und reell ausgeführt.
Soest, Regierungs-Bezirk Arnsberg, den 15. März 1849.
H. Brakelmann.

Attest.
Das Gehör-Oel von Doctor John Robinson in London, wovon Herr H. Brakelmann in Soest Verkauf und Niederlage hat, habe ich gegen meine Harthörigkeit angewandt; nach kurzem Gebrauch spürte ich gleich Besserung, welche sich in dem Maaße gesteigert hat, daß ich jetzt förmlich wieder hergestellt bin. — Ich attestire dieses der Wahrheit gemäß.
Fröndenberg bei Unna. gez. Christ. Krömer.

Attest.
Das Gehör-Oel von Doctor John Robinson in London, wovon Herr H. Brakelmann in Soest Niederlage hat, habe ich gegen meine Harthörigkeit angewandt, und bin in Folge dieses Gebrauchs davon befreit worden. Ich attestire dieses der Wahrheit gemäß.
Oestinghausen bei Soest. gez. Marcus Rosenberg.

☞ **Von mehreren Staaten bereits patentirtes neu erfundenes Geheimmittel zur gänzlichen Vertilgung der Ratten und Mäuse ohne Gift.**
[1056] Die Untrüglichkeit kann durch viele amtlicher Atteste ꝛc. erwiesen werden. Die Krake nebst Gebrauchs-Anweisung ist à 1 fl. 30 kr. und 54 kr. nur allein ächt zu haben bei
C. Niemann in Frankfurt a. M., Eck der Fahr- und Allerheiligengasse Nr. 9.

[1059] **Nach Bensheim.**
Hic Peregrinus! hic Avarus! Erhalten wir bald eine Nachricht.
Den 24. 49. **C. H. A. W.**

[1065] Ja ein Institut wird ein französischer Lehrer gesucht, welcher nicht ganz unbekannt mit der deutschen Sprache ist und bald eintreten kann. Briefe franco

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Konversationsblatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Beilage zu Nro. 88.) 13. April 1849.

Wie ist das Ziel zu erreichen?

Die Nationalversammlung hat am 11. d. M. gethan, was wir in den leitenden Artikeln seit der in Berlin eingetretenen Wendung für nothwendig, für das allein Richtige erklärt haben. Sie hat eine feste, eine entschiedene Stellung eingenommen, und an den Regierungen ist es nun, dieser gegenüber die ihrige zu finden, und an dem Volke ist es, sein volles Gewicht in die Wagschale zu werfen. Die Nationalversammlung beharrt auf der Verfassung, und zwar, wie wir schon einmal ausgesprochen, aber den Regierungen gegenüber nicht laut genug wiederholen können, sie beharrt auf der Verfassung, weil sie muß, nicht weil sie eigensinnig denselben das letzte Wort in diesem oder jenem Punkte mißgönnte. Stünde der Nationalversammlung, wie dies in England der Fall war, nur ein Regent gegenüber, der einen einzigen und darum einigen Willen hat, so ließe sich fragen, ob nicht der Weg des Vertrags, der Vereinbarung weiter verfolgt werden könnte. Wir sind überzeugt, der besonnene Kern der Nationalversammlung würde sich dem nicht widersetzen. Allein etlichen dreißig Regierungen gegenüber, welche unter sich so wenig übereinstimmen, wie man dies von Oesterreich und Preußen, Bayern und Baden, Hessen und Hannover ꝛc. weiß, muß das letzte Wort da gesprochen werden, wo der Vielheit eine Einheit gegenüber steht; und war von dieser Einheit das Wort gesprochen, so mußte um so mehr darauf beharrt werden, als sonst die Gefahr auftauchte, daß auch diese einzige mühsam erzeugte Einheit in die Vielheit der Parteien sich zersplittere. Mag daher auch die beschlossene Verfassung einem Schiffe gleichen, das nicht ganz so mit allen Bequemlichkeiten ausgerüstet ist, wie man sie gewohnt gewesen und darum gewünscht, so wäre es doch mehr als thöricht, lieber unterzugehen, als ein solches Fahrzeug besteigen zu wollen. Wir sagen umsonst, und sagen damit nicht zu viel. Denn außer der Einheit wäre für die nächste Zukunft auch noch mehr verloren. Möge man sich höheren Orts nicht täuschen. Im März des vorigen Jahres blieb die Bewegung vor den Thronen stehen, weil sie nicht glaubte, sie würden der Einheit ein Hinderniß sein. Vergegenwärtige man sich doch die Tage, wo so manche Krone nur die Schneide eines Messers zur Unterlage hatte und es des ganzen Kraftaufwands besonnener und gewichtiger Männer bedurfte, den Glauben an die Monarchie aufrecht zu erhalten. Die öffentliche Meinung hat sich von den deutschen Republikanern nur abgewendet, weil deren Führer durch die Wahl ihrer Mittel das Vertrauen des gebildeten und ehrlichen Theils der Nation sofort verlieren mußten. Wenn aber statt solcher sich selbst vernichtender Gegner Männer wie Gagern, Dahlmann, Beckerath, Beseler, Mathy, Bassermann den Regierungen entgegentreten müssen und, um die heißersehnte Einheit zu retten, sich an die Spitze der neuen Bewegung stellen, dann wird diese Bewegung in einem ganz andern Vertrauen getragen, dann wird — wie auch immer einzelne Wechselfälle sich dazwischen drängen mögen — auf die Dauer unwiderstehlich werden; und den Männern gegenüber, welche die Nation unter ihre besten zählt, wird auf die Bajonnete unserer Söhne und Brüder kein Verlaß sein. Wir sagen nicht aus Drohung, aber als eine Voraussicht, die an jenen Orten fehlen muß, wo man für eine solche Erkenntniß zu hoch oder zu ferne steht: Die Throne derjenigen Fürsten, welche dem Verfassungswerke jetzt ihre Zustimmung verweigern, werden auf schwachen Füßen stehen, und das deutsche Volk wird in diesen Tagen lernen, welche Namen auf der Liste seiner 33 Fürsten es roth und welche es schwarz wird anzustreichen haben. Mit Freuden haben es vernehmen, daß, wie wir uns guter Quelle sagen, Preußen, Baden, Darmstadt, Nassau, Braunschweig, Oldenburg und die Thüringenschen Staaten ihre Bevollmächtigten für die unbedingte Annahme des Verfassungswerks instruirt haben. Auch von Württemberg ist das Gleiche zu erwarten sein. Jeder einzelne Volksmann hat nun dafür zu sorgen, daß seine Regierung ihn jetzt auf der Seite der Gegner der deutschen Einheit einreihe. An den deutschen, den vaterländischen Vereinen ist es nun, eine entscheidende Thätigkeit zu entwickeln, wie dies die wackeren badischen Vereine, unter dem Vortritt des so rühmlich thätigen Mannheimer vaterländischen Vereins, bereits gethan, obschon die bekannte deutsche Gesinnung des Großherzogs Leopold dies in diesem Lande weit am wenigsten nothwendig gemacht. So folge nun Land dem andern, und es werden immer wenigere sein, die widerstehen können der großen und großartigen Nationalbewegung. Auf diesem Wege könnte das Ziel noch auf friedlichen Mitteln erreicht und der Macht des deutschen Geistes ein Sieg bereitet werden, wie er gerade einem Volke so wohl anstände. Damit dieser Sieg aber gewonnen werde, ist vor allem nöthig, daß die Nationalversammlung dem Volke Zeit gebe und lasse, den Beschluß vom 11. April zu würdigen und nach seinem Anstoße zu handeln. Erst in dem Widerhall dieser Wirkung wird die Nationalversammlung ihre wahre Stärke finden. Wir wiederholen daher was wir vor wenigen Tagen ausgesprochen: Die Nation hat jetzt zu handeln, die Nationalversammlung aber zu ruhen.

---

§ **Frankfurt**, 12. April. Bereits sind die Bevollmächtigten mehrerer deutschen Regierungen hier eingetroffen, um die in der letzten preußischen Circulardepesche verlangte Erklärung über Annahme oder Ablehnung der von der Reichsversammlung beschlossenen Verfassung und den Eintritt in den neuen deutschen Bundesstaat abzugeben. Es belebt unsere Hoffnungen für ein glückliches Zustandekommen des deutschen Einigungs- und Verfassungswerkes gar wesentlich, von mehreren derselben mit Bestimmtheit zu hören, daß sie dahin instruirt sind, sich für unbedingte Annahme der Verfassung zu erklären, und daß ihre Regierungen die Ueberzeugung haben, daß etwa nöthige Abänderungen der Verfassung dem durch diese selbst vorgeschriebenen Wege mit der mindesten Gefahr überlassen bleiben können. Jeder, welcher die gegenwärtige politische Lage klar überschaut und die Stellung und Stärke der Parteien in der constituirenden Reichsversammlung vollständig kennt, wird dieser Ansicht, als der allein richtigen und heilbringenden, beitreten müssen. Abänderungen der beschlossenen und publicirten Verfassung von der gegenwärtigen Versammlung fordern, heißt, wenn man auf einem vorbestimmten Erfolge besteht, Unmögliches verlangen, im andern Falle die Geschicke des Vaterlandes im Voraus durchaus nicht berechenbaren und vielleicht sehr unwillkommenen Entscheidungen preisgeben. Diese Versammlung kann an der Verfassung nichts mehr ändern; wir sagen das nicht aus irgend einer Theorie heraus, sondern aus der Kenntniß der in ihr factisch bestehenden Verhältnisse; dieser Versammlung darf eine Abänderung der Verfassung nicht zugemuthet werden; wir sagen das nicht, weil wir alle Bestimmungen der Verfassung für vortrefflich hielten, mehrere Bestimmungen scheinen uns kaum durchführbar und werden unserer Ueberzeugung nach die nächste Gesetzgebungsperiode nicht überleben; aber wir sagen es in dem klaren Bewußtsein, daß durch eine solche Zumuthung ein bestimmtes Ziel schwerlich zu erreichen, durch den ungewissen Ausfall derselben die Geschicke des Vaterlandes wesentlich gefährdet werden können. — Die beiden Parteien, von denen der einen die Einheit des Vaterlandes wo möglich noch über die Freiheit, welche sie als natürliche Folge jener ansieht, geht — die andere die Freiheit hoch über die Einheit stellt, haben sich in einem fast jahrlangen Kampfe müde gerungen. Die endlich zu Stande gekommene Verfassung ist das Resultat dieses Kampfes, ist der Compromiß zwischen diesen beiden Parteien, das Banner, um welches sich jetzt die Besten beider fest schaaren werden, wie schon die letzten Abstimmungen bewiesen haben. Wir hoffen, daß in denselben weder der Einheit noch der Freiheit zu nahe getreten ist. Leugnen läßt es sich aber nicht, daß, wenn sich das Gewicht beider balancirte, die Fractionen, welche das Werk nach der einen und nach der andern Richtung hin nicht gedeihen und zum Abschluß kommen lassen wollten, den Ausschlag bald nach der einen, bald nach der andern Seite gegeben haben, so daß sich unleugbare, schon mehr als erforderlich gerügte Inconsequenzen in der Verfassung finden, welche gar zu ängstliche Gemüther fast an der Lebensfähigkeit derselben zweifeln lassen. Wir theilen diese Befürchtung nicht. Die Verfassung muß sich mit der Geschichte des Volkes herausbilden. Sorgen die Regierungen nur durch ihre Beistimmung und ihren Zusammentritt, daß sich diese Geschichte großartig entwickeln könne! An den kleinen Nachbesserungen, welche das Verfassungswerk bedarf, um dem deutschen Volke zu einem ganz wohnlichen und sicheren Hause zu werden, wird es wahrhaftig nicht fehlen. Man sorge für den baldigen Zusammentritt von Abgeordneten der Staaten, welche ohne Rückhalt und unnütze Bedingung den deutschen Bundesstaat bilden wollen. Eine solche Versammlung wird sich ganz anders bewegen, als es die jetzige kann, beschwert von mancher, ihr ruhiges Gleichgewicht störenden Last, auf die mit Fingern hinzuzeigen, wohl nicht nöthig ist; ihr mutze man eine Veränderung der Verfassung nicht zu! Lasse man sich durch den letzten mit so großer Majorität gefaßten Beschluß derselben, „an der einmal beschlossenen Verfassung festzuhalten", warnen! Sehe man ihn nicht für einen Ausfluß mit starrer Einseitigkeit festgehaltener Theorie an, während er in der That der genaue Ausdruck der factischen Sachlage ist. — Ein Theil der hier angelangten Bevollmächtigten wird sich heute bereits zu einer vorläufigen Conferenz vereinigen. Möge diese Versammlung zu ihrer nächsten Folge den Entschluß haben, den Bevollmächtigten der größern Staaten, und namentlich auch dem Bevollmächtigten Preußens, mit der festen und unabänderlichen Erklärung einer unbedingten Annahme der Verfassung entgegenzutreten. Auf diese Weise und nur auf diese Weise, wird es den einer patriotischen Hingebung fähigen Regierungen gelingen, sich zu einem festen Angel- und Haltpunkte des letzten nun noch nöthigen Umschwunges zu machen, und sich ein dauerndes Verdienst um die Zukunft unsers großen Vaterlandes zu erwerben. Ihre Lage ist, wenn sie dieselbe recht zu benutzen verstehen, eine sehr günstige. Preußen hat sich das Recht, mit andern deutschen Staaten zu einem engeren Verbande, einem Bundesstaate zusammenzutreten, in seinen früheren Erklärungen gewahrt; es kann dieses Recht andern deutschen Staaten, und würde es ihm selbst gegenüber geltend gemacht, nicht bestreiten. Darin liegt es, daß diejenigen Staaten, welche ohne Vorbehalt auf die Verfassung eingehen, an der Spitze der jetzigen Entwickelung stehen und alle andern nöthigen werden, sich ihnen anzuschließen. Ob mehr oder weniger Staaten diese Partei bilden, ob die zu ihr gehörenden Staaten größer oder kleiner sind, ist in der That von viel geringerer Wichtigkeit, als daß sie bei ihrer Erklärung mit eiserner Festigkeit stehen bleiben, und sich nicht in das politische Geleise, welches einige der größeren Staaten verfolgen möchten, hinüberziehen lassen. Wir wollten es ihnen sehr verdenken, wenn sie den Haß mit auf sich nehmen wollten, welchen das Einschlagen eines andern Weges zur unheilvollen Folge haben muß, und wenn sie durch denselben vielleicht selbst ihre Existenz wagten. Möge sich der Unwille des deutschen Volkes gegen die Regierungen wenden, welche es nicht für ihre Pflicht halten, dem heiligen Rechte der Nation auf politische Einheit und Größe in gleicher Weise zu genügen. Wir glauben nicht, daß viele Regierungen so unüberlegt sein werden, den Sturm selbst heraufzubeschwören. Am wenigsten aber dürfte die preußische Regierung geneigt und in der Lage sein, ihrerseits noch besondere Bedingungen zu stellen, wenn ihr auch nur einige Regierungen mit der festen Erklärung entgegenträten, die Verfassung ohne jede Restriction annehmen zu wollen; es ist das die natürliche und nothwendige Folge der Stellung der übrigen deutschen Fürsten zu dem unter ihnen, welchem sie sich zum Heile des Vaterlandes unterordnen wollen. Wir haben von vielen derselben bereits Proben eines Patriotismus, an dem zu zweifeln ein Unrecht wäre. Auch ein Aufruf, das Rechte schnell zu thun, ist wohl überflüssig. Aber am Rechten festhalten, das thut Noth!

H **Frankfurt**, 13. April. In der heutigen Sitzung der Reichsversammlung wurden die Herren E. Simson aus Königsberg mit 295 Stimmen zum Vorsitzenden, Bauer aus Bamberg mit 182 Stimmen zum ersten und Eisenstuck aus Chemnitz mit 165 Stimmen zum zweiten Vorsitzenden-Stellvertreter erwählt. Die Versammlung beschloß ferner nach dem Antrage des volkswirthschaftlichen Ausschusses über die Petition des Stadtraths und der Bürgerschaft von Homburg um die Erhaltung der Spielbanken, zur Tagesordnung überzugehen.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

§ **Altona**, 10. April. Seit der denkwürdigen Affaire von Eckernförde ist nichts Erhebliches im nördlichen Schleswig — so kann man den Kriegsschauplatz nennen — vorgefallen; denn einige Gefechte im Sundewitt können, obgleich das am Charfreitag stattgefundene nicht unbedeutend war, schon deßhalb nicht in Betracht gezogen werden, weil sie für die ferneren Operationen nicht entscheidend genug sind. Sie erlauben mir die Bemerkung zu machen, daß die Halbinsel Sundewitt wegen ihres coupirten, von Föhrden und Buchten durchfurchten Terrains ein unglücklicher Wahlplatz für deutsche Truppen ist; die Dänen im Sundewitt gleichen der lernäischen Schlange, man kann ihnen tausendmal den Kopf abschlagen, und sie kommen tausendmal wieder, weil schon ein Blick auf die Karte zeigt, daß die Dänen diesen Punkt theils durch Kanonenboote, theils Kriegsschiffe beherrschen können. Es hat uns daher gefreut, heute die Mittheilung aus Norden erhalten zu haben, daß man die deutschen Streitkräfte dermaßen concentriren werde, daß ein Theil derselben zwischen Glücksburg (angrenzend an Sundewitt), Flensburg und Apenrade, der andere im südöstliche Schleswig in der Richtung von Eckernförde nach Kiel aufgestellt werden solle. Die Dänen können sich dann nicht mehr hinter den Düppeler Schanzen versteckt halten, weil sie ihre Truppen nach andern Punkten ausschicken würden und müßten, und das Sundewitt könnte man dann doch unvermuthet occupiren. Es gilt jetzt, wie ein höherer Offizier heute Mittag am Bahnhof sagte, die dänischen Streitkräfte bis diesseits Hadersleben kommen zu lassen, wo dann auf der großen, sich nach Norden, Osten und Westen ausdehnenden Hochebene von Bau, wo treffliche Verschanzungen angelegt sind, eine entscheidende Schlacht geschlagen werden könnte. Man spricht bereits davon, daß unter dem Vortrab der schleswig-holsteinischen Armee unter Bonin und Major v. Zastrow, welcher das Flankencorps zu commandiren hat, nächster Tage der Einzug in Jütland geschehen solle. Wir geben die Nachricht so, wie sie als vielfach verbreitetes Gerücht in Aller Mund ist. Kleine Plänkeleien haben gestern in der Gegend von Hadersleben (bei Eversted) zwischen schleswig-holsteinischen und dänischen Vorposten stattgefunden, wobei 10 Dänen gefangen wurden; sonst nichts Neues. Die „Gefion" wird reparirt und man gedenkt sie dann nach dem Kieler Hafen zu bringen. Der Rumpf des in die Luft geflogenen „Christian VIII." liegt im Eckernförder Hafen und soll ebenfalls zu Marinezwecken benutzt werden.

JW **Eckernförde**, 9. April. Unter der Führung des Herzogs von Koburg-Gotha bewegte sich gestern Nachmittag der Leichenconduct, der den am 5. d. M. hier gebliebenen 3 deutschen und 57 dänischen Kriegern die letzte militärische Ehre erwies, nach dem hiesigen Friedhof. Abtheilungen der hier liegenden schleswig-holsteinischen, sachsenmeiningischen, koburg-gothaischen und preußischen Truppen, alle in ihren ganz verschiedenen Uniformen, bildeten den Zug. Von den Leichen der mit dem „Christian VIII." in die Luft Gegangenen werden noch fortwährend weit ab in Wäldern und Feldern viele gefunden. Oft freilich auch nur einzelne Gliedmaßen. Das Meiste deckt, übrigens das Meer. Da der Boden des „Christian VIII." unterhalb der Pul-

verflammer noch ganz unversehrt ist und als Wrack im hiesigen Hafen herumtreibt, so hofft man dasselbe für den Bau einer Corvette noch benutzen zu können. Auch die 81 Kanonen des Schiffes dürften noch aus dem Wasser heraufzuwinden sein, da der Boden des hiesigen Hafens fester Lehmgrund ist, wodurch ein weiteres Versinken gehindert wird. Jetzt wimmelt ganz Eckernförde schon von einberufenen Matrosen der deutschen Flotte, die theils die Bemannung der „Gefion" bilden, theils zur Bergung des Wracks von „Christian VIII." verwandt werden sollen. Auch Mineure von Rendsburg sind gekommen, um die Zahl der Hafenbatterien zu vermehren, da man glaubt, daß die Dänen vielleicht einen Versuch wagen werden, sich der „Gefion" wieder zu bemächtigen. Daß letztere den Namen „Eckernförde" erhalten möge, ist hier allgemeiner Wunsch, um so die Erinnerung an diese ruhmvolle That unserer Waffen noch lange in dem Gedächtniß des deutschen Volkes wach zu erhalten und die Bürgerschaft der verdienten Stadt zu ehren.

Kopenhagen, 7. April. Die Blätter enthalten folgende (ihrem wesentlichen Inhalte nach bereits mitgetheilte) amtliche Mittheilung: „Im Augenblick kommt Nachricht, daß nach langem Kampf mit den Batterien bei Eckernförde das Linienschiff Christian VIII. in Brand geschossen und in die Luft geflogen und die Fregatte Gefion, nachdem sie von Kugeln durchbohrt und kampfunfähig geworden, genommen ist. Die Bemühungen zweier Dampfschiffe, die Schiffe herauszubringen, waren vergebens bei dem heftigen, sie beschädigenden Feuer und dem frischen, gegen das Land wehenden Winde. Der größte Theil der Mannschaft ist gerettet und befindet sich in Gefangenschaft. Es ist dies ein harter Schlag für Dänemarks gerechte Sache, aber Gottes Prüfung muß nur unsern Muth stärken. Es ist augenblicklich Befehl gegeben zu einer neuen Ausschreibung von Seevolk und Ausrüstung anderer Schiffe und sämmtliche Blokaden können trotz dieses Verlustes ausgeführt werden. Nähere Mittheilungen werden möglichst schnell gegeben werden. Der Staatsrath. Sonnabend, 7. April 1849."

„Faedrelandet" sagt, daß eine Fregatte und ein Linienschiff (die Dronning Maria wird gemeint) ausgerüstet werden sollen. Das genannte Blatt ist zwar überzeugt, daß der „ausgezeichnete Offizier", der die Gefion geführt, nur aus Menschenpflicht seine Flagge gestrichen; allein erinnert doch an Ivar Hvitfeldt, der lieber in die Luft geflogen, als sich ergeben. „Die Siegesfreude, welche unsre Feinde zum Mindesten eine kurze Stunde genießen werden — sagt „Faedrelandet" — wird wie ein furchtbarer Hohn in den Ohren des Volkes klingen bis das Unglück aufgewogen ist. Aber das wird geschehen, dafür bürgt uns die Erbitterung, welche vor Allem die Seeleute ergriffen" u. s. w.

Der Geyser ist in Kopenhagen angekommen, das andere Dampfschiff soll nur bis Sonderburg haben kommen können.

Die officielle Mittheilung vom Marineministerium lautet: „Laut vorläufigen Berichts aus Marineministerium ist das Linienschiff „Christian VIII." während eines Angriffs vom 5. d. auf die Batterien in der Eckernförder Bucht nach einem langwierigen Kampfe, von 7½ Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends, in Brand geschossen und in die Luft geflogen. Die Fregatte „Gefion", welche am Kampfe theilnahm und sehr bedeutend gelitten hatte, hat kurz darauf streichen müssen und sich den Batterien ergeben, unter denen sie lag, da sie mit dem Winde aufs Land nicht zur See kommen konnte. Die Dampfschiffe „Hekla" und „Geiser" haben beide sehr gelitten. „Hekla" hatte zwei Todte und sechs Verwundete. Der Chef des Linienschiffs sowohl wie der Fregatte und der weit überwiegende Theil der Besatzung sind Gefangene."

Ein Bericht aus dem Kriegsministerium meldet: „Es ist Rapport eingelaufen, daß die Fregatte „Havfruen", Capitän Petersen, später unterstützt von der zweiten Division Kanonenböte, unter Capitänlieutenant van Dockum, am 3. April die Insurgenten von einer Batterie auf der Westseite von Ekensund delogirt haben. Die Fregatte hat einzelne Löcher im Rumpf und den Rundhölzern erhalten. Die Kanonenböte haben nicht gelitten. Am 4. wurden vordringende feindliche Jäger von der Fährstelle bei Ekensund durch ein Dutzend Schüsse vom Dampfschiff „Skirner" vertrieben. Am 3. April um 11 Uhr ging Capt. Dirckinck-Holmfeldt mit der Corvette „Najaden" und der dritten Division Kanonenböte unter Capitänlieutenant Gottlieb gegen Apenrade vor, welches vom Feinde verlassen wurde, worauf die Stadt besetzt wurde, wobei ein Jäger gefangen und eine aufgeworfene Schanze demolirt wurde. Alle aufrührerische Beamte waren geflüchtet, nachdem sie die Kassen geleert und die Archive und Bücher mitgenommen. Am 5. wurde Capitän Dirckinck-Holmfeldt durch das Dampfschiff „Hertha", Capitänlieutenant Sommer, verstärkt. — Am 7. April hat sich die Fregatte „Freia", Capitän P. Bruun, in die Rinne hinausgelegt; gleichfalls eine Galeasse, mit scharfen Patronen beladen, soll mit dem ersteren Dampfschiffe nach Alsen abgehen.

Hadersleben, 9. April. Nachmittags 5 Uhr, nachdem mein gestriger Brief abgesandt war, kam eine Anzeige vom Norden, daß die Dänen sich wieder bei Aller blicken lassen. Es marschirte darauf das 1. Jägercorps gleich nach Mastrup, das 9. Bat. Infanterie auf den Weg nach Christiansfeld, das 10. Bataillon postirte sich mit einer schleswig-holsteinischen Batterie im Norden der Stadt; ein kleines Gefecht fand statt bei Evestedt, wo die Dänen 2 Todte, 1 Verwundeten und 2 Gefangene verloren, dem Adjutanten Ahlmann beim 1. Jägercorps wurde sein Pferd erschossen. Es waren zu diesem Gefecht aus Gelting auemarschirt: 2 Compagnien Jäger und 1 Escadron Dragoner. Wie man sagt, hatten sie, da es ihnen nicht bekannt war, daß Hadersleben bereits von unsern Truppen besetzt ist, sie aber wußten, daß mehrere Beamte nach Hause zurückgekehrt sind, diese letztern abholen wollen. Um 10 Uhr Abends kehrte die Batterie zurück und wurde im Süden der Stadt, das 10. Bataillon hier einquartiert. — Soeben zieht Oberstlieutenant v. Zastrow mit dem Generalstab ein. — Die dänische Armee besteht aus 15 Bataillonen Infanterie, 5 Bataillonen Jäger, 6 Bataillonen Reserve, und 22 Escadronen Cavallerie, zusammen 30,000 Mann. — Laurig Stau war heute in Fobesley und ritt über Orddis nach dem Westen, wahrscheinlich nach seinem Geburtsort Sommersted! — General von Bonin wird heute mit seinem Stabe hier erwartet, worüber man allgemein sehr erfreut ist.

Ungarischer Kriegsschauplatz.

Abermals ist ein Armeebulletin, das 34., erschienen. Es lautet: Mittheilungen Sr. Durchlaucht des Herrn Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz aus Pest, vom 7. Abends, liefern die Resultate der schon früher erwähnten großen Recognoscirung, welche der Feldmarschall in Person den 4. und 5. d. M. gegen die feindlichen Truppen vorgenommen hatte. Diese hatten sich nämlich, angeblich 30,000 Mann, mit bedeutendem Geschütz und vorzüglich stark an Cavallerie, von Miskolcz bis Mezö-Kövesd unter Görgey und Klapka gegen Gyöngyös bewegt, während ihre Avantgarde unter Dembinski bis gegen Hatvan vorgerückt war. Es war diese, welche am 2. d. M. von dem Herrn Feldmarschallieutenant Grafen Schlick angegriffen und mit bedeutendem Verluste an Geschütz und Gefangenen bis Hort zurückgedrängt wurde. Ein anderer Insurgentenhaufen stand am rechten Theißufer zwischen Szolnok und Jasz-Apathie in Bewegung gegen den Feldzeugmeister Baron Jellachich. Das dritte Corps des Feldmarschallieutenants Grafen Schlick hatte seine Stellung hinter der Zagyva, während das erste bei Tapio-Bicske aufgestellt war. Bei dieser Sachlage wollte der Feldmarschall sich selbst von der Stellung und Stärke des Feindes überzeugen, und traf deßhalb den 4. in Gödöllö ein, wohin ein Theil des zweiten Armeecorps ebenfalls beschieden wurde, während dessen linker Flügel in Balassa-Gyarmath und Vad-Kert aufgestellt blieb. Die vorgenommene Recognoscirung zeigte die ganze Stärke des Feindes, welcher nun, einen Angriff vermuthend, zuerst seine Hauptkräfte gegen das dritte, endlich gegen das erste Armeecorps entwickelte. — Es mochten beiläufig vier feindliche Corps sein, die sich jetzt vor Gyöngyös und Szolnok vereiniget hatten und den Versuch machten, unser Centrum gegen Tot-Almas anzugreifen. — Eine Bewegung mit dem dritten Corps in des Feindes rechte Flanke, ein rühmliches Gefecht, welches Feldzeugmeister Baron Jellachich, wie bereits mitgetheilt, bei Tapio-Bicske bestand, hatten dem Feldmarschall die Ueberlegenheit des Feindes, vorzüglich an leichter Cavallerie, in einer ganz offenen Gegend, dargethan, und er hatte sonach den Befehl ertheilt, um sich seinen von allen Seiten nachrückenden Reserven zu nähern, das erste und dritte Corps, so wie das zweite, welches bisher zwischen Waitzen und Pest in Reserve gestanden, so lange in eine concentrirte Stellung vorwärts Pest so zu vereinigen, daß diese Stadt, in einem großen Bogen, der sich von Palotta, Keresztur bis Soroksar ausdehnt, umschlossen blieb. Bei dieser Bewegung, welcher der Feind mit großer Eile folgte, und sich vorzüglich auf das erste bei Jsaczeg aufgestellte Armeecorps warf, während er das vor Gödöllö aufgestellte dritte Armeecorps zu beschäftigen vermeinte, kam es am 6. gegen Mittag zu einem Gefechte, bei welchem die Brigade Fiedler, verstärkt durch eine Abtheilung der Division von Lodkovitz, den Feind zwang, den Rückzug anzutreten, den er später durch eine große Cavallerieattaque von zwölf Escadrons zu decken suchte, die aber durch einen Flankenangriff von zwei Escadronen Kreß Chevauxlegers und einer Escadron Max Auersperg Kürassier, ebenfalls vereitelt wurde, bei welcher Gelegenheit dem Feinde weitere 6 Kanonen abgenommen, und er viele Todte auf der Wahlstatt gelassen, da das wohlangebrachte Feuer unserer Geschütze verheerend in seinen Reihen wirkte. Auch der Feldzeugmeister Baron Jellachich griff den Feind lebhaft an, und nahm dann die für ihn bestimmte Stellung ein. Se. Durchlaucht, der Herr Feldmarschall, ist entschlossen, in derselben jene Verstärkungen abzuwarten, welche von allen Seiten in diesem Augenblicke gegen Ungarn vorrücken, und da seine Armee vollkommen concentrirt ist, bietet ihm dieses Gelegenheit, nach allen Richtungen mit Kraft zu operiren, welche die Ereignisse erheischen könnten. Wien, am 9. April 1849. Welden.

Aus diesem Bulletin, verglichen mit den vorangegangenen Armeeberichten, scheint hervorzugehen, daß wenigstens drei große Treffen vom 2. bis 4. d. M. stattgefunden haben, und das Endergebniß kein günstiges zu nennen ist. Der erste Angriff der Insurgenten galt dem Grafen Schlick an der Zagyra (nahe bei Aszod); ein etwa gleichzeitiger dem Ban Jellachich, der von seinem offenbar mißlungenen Versuch auf Szegedin sich rück- und nordwärts erst auf Czegled bewegt, dann eine Stellung zwischen den beiden Zweigen der ungarischen Eisenbahn, der oberen Theiß, genommen hatte. Beide Gefechte werden in einer wackern Abwehr der in starken Abtheilungen herbeigezogenen Insurgenten bestanden haben. Das dritte, am 4., ist wohl ein concentrirter Angriff der k. k. Hauptmacht unter Windischgrätz gewesen, der mit dem eingeschlagenen Rückzug an die Donau, nahe bei Pest — dann dort lieg Soroksar — geendigt hat. Die „für Jellachich bestimmte" Stellung ist nicht näher angegeben; der tapfere Schlick wird sich hoffentlich mit Windischgrätz vereinigt haben (C. Z.)

Von der unteren Save, 3. April. Nach verläßlichen Nachrichten sind die Magyaren auf mehreren Punkten der Bazka vorgedrungen und haben mehrere Ortschaften in Flammen gesteckt. Den Rebellenführern Perczel und Bathyany ist es sogar gelungen, sich mit 300 Husaren und einigen Honved's in die Festung Peterwardein zu werfen. Im Zusammenhange mit dieser kühnen Diversion ist der Ausfall, der am 29. März gegen das Cernirungscorps in der Richtung des Louisenbades gemacht wurde. Der Erfolg war für die Cernirungstruppen sehr günstig; denn von der Belagerten sind 150 M. gefallen und wurden zwischen 3—400 verwundet, von denen sogleich Wie Folge der schweren Wunden starben. Ein Munitionswagen wurde von den Unsrigen mittelst eines Raketenschusses in der oberen Festung in die Luft gesprengt. Eine weitere Folge der Perczel-Bathyanischen Diversion war die, daß er alle Kaiserlichgesinnte für vogelfrei erklärte und ihnen bloß einen Termin von 24 Stunden zum Abzuge gewährte. Somit hat das ganze General commando-Personale mit Feldmarschallieutenant Blagojevi und Feldmarschallieutenant Zahn sammt den pensionirte Offizieren die Festung geräumt und Cuha ist als Festunge commandant geblieben. — Im syrmischen Comitate ist de Landsturm aufgeboten. — Die serbische Besatzung hat Zom bor preisgegeben. (Agr. Z.)

[:] **Wien,** 9. April. Der k. k. Legationsrath Hübne ist in außerordentlicher Sendung nach Paris abgegange vermuthlich, um der dortigen Regierung beruhigende Erklärungen über die Tendenz der österreichischerseits dictirte Friedensbedingnisse zu ertheilen. Man ist hierorts viel de Meinung, daß Radetzky's Devise „nach Turin" noch immer gelegentlich in Erfüllung gehen könnte. Des jungen König Benehmen bietet keine Garantien; Albini's Tücken sind be kannt, und Palmerston's Hostilität, so oft es das gute Rech Oesterreichs gilt, scheint nunmehr das napoleonische Cabinet anzuspornen, dem Marschall derartige Friedensmodalitäten aufzudringen, daß die Begriffe von Siegern un Besiegten total verdreht werden. Mögen diese un ähnliche Besorgnisse nicht in Erfüllung gehen! Man vernimmt so eben, es sei aus Olmütz das Ansinne an den Kaiser von Rußland ergangen, für die Pacification Siebenbürgens und des östlichen Ungarn durch Zusendung einer starken Armee die bereits früher freundschaftlich zugesicherte Mitwirkung nunmehr ohne Aufschub eintreten lassen zu wollen. — Die Schlacht bei Hatvan dauert fort. Di Banus hat den Insurgenten 60,000 Mann entgegengestellt Man kämpfte bei Abgang der letzten Nachrichten mit der größten Erbitterung auf alle Punkten.

Nachdem alle Angriffe auf Komorn fruchtlos waren, so morgen der Waagbrückenkopf beschossen, und dann Sturm gelaufen werden. Esterhazy-Boisin und Mack führen drobei ein Schreckensregiment; wer auf Uebergabe hindeutet, verfällt dem Strange.

Feldmarschallieutenant Heß und General Benedek gehen zur ungarischen Armee ab; desgleichen mehrere leich Cavallerieregimenter.

Frankfurt, 13. April. 9. Ziehung 6. Klasse der 1 hiesigen Stadtlotterie. Hauptgewinne: Nr. 2776 12,000 Nr. 4559 1000 fl., Nr. 14473, 1817 jede 300 fl.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matte

Cours der Staats-Papiere. 13 April 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	76⅜	76⅛
»	ditto ditto . .	4	60½	60
»	ditto ditto . .	2½	40⅝	40⅜
»	Bank-Actien p D. .		1182	1175
»	250Loose v. Noth.		79½	79⅛
»	500 » ditto		127½	127
»	Bethmann. Obligat.	5½	73⅛	73
»	ditto ditto	4	64	63½
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	81	80⅝
»	Prämienscheine . .		—	100¾
Bayern .	Obligationen	3½	79½	79
Darmstadt	2. 50 Loose		70⅜	70⅛
»	2. 25 ditto		22⅛	22
»	Obligationen	3½	79	78½
»	ditto	4	86½	86¼
Baden .	Obligationen v. 1842	3½	77⅛	76¾
»	2. 50 Loose v. 1840		48¾	48½
»	2. 25 Loose		28	27½

		pCt.	Papier.	Geld.
Würtemb.	Obligationen b. Roths.	3½	78⅝	77½
»	Neue Württemberg.	4½	94⅛	93½
Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	61¼	60⅜
»	2. 25 Loose		21	20⅝
Frankfurt	Obligationen	3	77½	77
»	ditto v. 1839	3½	93	92½
»	ditto v. 1845	3½	89	88½
»	Tannusbahnactien .		292	290
Holland	Integrale	2½	49⅜	49⅛
»	Hollandische	4	—	77⅜
»	Syndicats	5	—	78⅛
Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—
»	Innere Sch. perus Obl.	3	23	22⅜
Portugal	Coupons Lei. à 5 fl. 12.	3	—	—
Polen	fl. 500 Loll. Loos Rth			99
»	Obligationen de fl. 500	4	74½	74⅛
Russland	in fl. 5. 2. b. Grun. et C.	4	—	82¼
»	ditto b. Stieglitz et C.	4	—	82

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.
Dukaten	9	56	Conv. 20 Mark .	22	—
Pr. Friedrichsd'or	9	57	Laubth., ganze .	—	—
Holl. 10 fl. Stücke	10	3	Preuss. Thaler .	—	—
Rand Ducaten . .	5	39	5 Frankenthaler .	—	—
20 Francsstücke	9	38	Hochhaltig Silber	24	20
Engl. Souvereigns	12	4	Gering. u. kaltfeik.	24	20

Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Kurhessische Loose . . .	27½	27⅛
Nassauische Loose	26½	26
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Minden	77½	76¾
Ludwigsh.-Bexbach . . .	73⅝	72⅞
Fdr.-Wilhs.-Nordbahn . .	33⅜	33⅛

Wechsel-Cours.

Den 13. April.	Papr.	Geld
Amsterdam (k.S.	100⅛	—
(100 fl. Crt.) (2M.	—	100
Augsburg (k.S.	119⅞	—
(100 fl. Crt.) (2M.	—	—
Berlin . . (k.S.	—	105⅜
(60 Thlr.) (2M.	—	—
Bremen (50 (k.S.	—	99⅜
Rthlr.) (2M.	—	—
Hamburg . (k.S.	99⅛	—
(100 Mk. Bco) (2M.	—	97
Leipzig (60 (k.S.	—	105
Thlr.) (2M.	—	—
London . . (k.S.	121	120
(10 Livr. St.) (2M.	—	120
Lyon . . . (k.S.	—	95
(300 Fr.) (2M.	—	—
Mailand (250 (k.S.	—	98
Liv. Austr.) (2M.	—	—
Paris . . . (k.S.	95⅜	95
(300 Fr.) (2M.	—	—
Wien (100 fl. (k.S.	103½	—
in fl. 20 F. (2M.	—	—
Disconto . . .	—	3

A. Sulzbach, konzess. Makler.

Auch der Börse: — Crt. — Agio. — Tauschhandel-Actien. — Ludw.-Berb. — F.-W.-Nordb. —

Druck von August Opferkeitz.

(Nebst Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

(Extra-Beilage zu № 98.)

Freitag 13. April 1849.

Deutsche Reichsverfassung.

Abdruck der Verfassung.

Siehe: Verfassung des Deutschen Reichs.

Reichsverfassung. Siehe: Verfassung des Deutschen Reichs.

Reichsverweser. Siehe: Verweser des Reichs.

Reichsvogt. Siehe: Vogt des Reichs.

Reichsvorsteher. Siehe: Vorsteher des Reichs.

Reichswappen. Siehe: Wappen des Reichs.

Reichswappenschild. Siehe: Wappenschild des Reichs.

Reichswappenzeichen. Siehe: Wappenzeichen des Reichs.

Reichswehr. Siehe: Wehr des Reichs.

Reichswesen. Siehe: Wesen des Reichs.

Reichswirthschaft. Siehe: Wirthschaft des Reichs.

Reichswirthschaftsamt. Siehe: Wirthschaftsamt des Reichs.

Reichswirthschaftsbeamter. Siehe: Wirthschaftsbeamter des Reichs.

Reichswirthschaftsbehörde. Siehe: Wirthschaftsbehörde des Reichs.

Reichswirthschaftsbeschluß. Siehe: Wirthschaftsbeschluß des Reichs.

Reichswirthschaftsbezirk. Siehe: Wirthschaftsbezirk des Reichs.

Reichswirthschaftsdirektor. Siehe: Wirthschaftsdirektor des Reichs.

Reichswirthschaftsgesetz. Siehe: Wirthschaftsgesetz des Reichs.

Reichswirthschaftsgesetzgebung. Siehe: Wirthschaftsgesetzgebung des Reichs.

Reichswirthschaftsgrundsatz. Siehe: Wirthschaftsgrundsatz des Reichs.

Reichswirthschaftsinspektor. Siehe: Wirthschaftsinspektor des Reichs.

Reichswirthschaftsinstruktion. Siehe: Wirthschaftsinstruktion des Reichs.

Reichswirthschaftskommissär. Siehe: Wirthschaftskommissär des Reichs.

Reichswirthschaftsordnung. Siehe: Wirthschaftsordnung des Reichs.

Reichswirthschaftsrath. Siehe: Wirthschaftsrath des Reichs.

Reichswirthschaftsverfassung. Siehe: Wirthschaftsverfassung des Reichs.

Reichswirthschaftsverwaltung. Siehe: Wirthschaftsverwaltung des Reichs.

Reichswirthschaftsvorschrift. Siehe: Wirthschaftsvorschrift des Reichs.

Reichswirthschaftswesen. Siehe: Wirthschaftswesen des Reichs.

Reichswirthschaftszweig. Siehe: Wirthschaftszweig des Reichs.

Reichswirthschaft. Siehe: Wirthschaft des Reichs.

Reichswirthschaftsamt. Siehe: Wirthschaftsamt des Reichs.

Reichswirthschaftsbeamter. Siehe: Wirthschaftsbeamter des Reichs.

Reichswirthschaftsbehörde. Siehe: Wirthschaftsbehörde des Reichs.

Reichswirthschaftsbeschluß. Siehe: Wirthschaftsbeschluß des Reichs.

Reichswirthschaftsbezirk. Siehe: Wirthschaftsbezirk des Reichs.

Reichswirthschaftsdirektor. Siehe: Wirthschaftsdirektor des Reichs.

Reichswirthschaftsgesetz. Siehe: Wirthschaftsgesetz des Reichs.

Reichswirthschaftsgesetzgebung. Siehe: Wirthschaftsgesetzgebung des Reichs.

Reichswirthschaftsgrundsatz. Siehe: Wirthschaftsgrundsatz des Reichs.

Reichswirthschaftsinspektor. Siehe: Wirthschaftsinspektor des Reichs.

Reichswirthschaftsinstruktion. Siehe: Wirthschaftsinstruktion des Reichs.

Reichswirthschaftskommissär. Siehe: Wirthschaftskommissär des Reichs.

Reichswirthschaftsordnung. Siehe: Wirthschaftsordnung des Reichs.

Reichswirthschaftsrath. Siehe: Wirthschaftsrath des Reichs.

Reichswirthschaftsverfassung. Siehe: Wirthschaftsverfassung des Reichs.

Reichswirthschaftsverwaltung. Siehe: Wirthschaftsverwaltung des Reichs.

Reichswirthschaftsvorschrift. Siehe: Wirthschaftsvorschrift des Reichs.

Reichswirthschaftswesen. Siehe: Wirthschaftswesen des Reichs.

Reichswirthschaftszweig. Siehe: Wirthschaftszweig des Reichs.

von nassauischen Fürsten glänzt ruhmvoll in der deutschen Kriegsgeschichte. Wir sind überzeugt, daß Herzog Adolf sich muthig zur Seite stellen wird jenen Grafen von Nassau, die einst in den Ebenen der Niederlande so muthig und ausdauernd für Freiheit und Recht deutscher Stammesgenossen fochten, welche in ähnlicher Weise von den Spaniern unterdrückt waren, wie jetzt Dänemark die Schleswig-Holsteiner unterdrücken möchte.

Bis zum kommenden Sonntag, Montag und Dienstag wird das 2. nassauische Infanterieregiment nach Schleswig-Holstein aufbrechen, und zwar in der Weise, daß je ein Bataillon von 800 Mann an jedem Tage abmarschirt.

Italien.

In Betreff der Uebergabe von Genua enthält die „Basler Zeitung" folgende nähere Angaben: General Lamarmora stand am 4. d. an der Spitze von etwa 20,000 Mann vor der Stadt. Er bemächtigte sich durch einen kühnen Angriff der Forts Lunetta, Crovetta di Belvedere, Tenaglia und aller Außenwerke, von wo er ein lebhaftes Feuer gegen die Stadt eröffnete. Am Morgen des 5. drang er durch die Straßen von S. Benigno und Angeli, bemächtigte sich der Vorstadt S. Teodoro und gelangte bis zum Palast Doria. Um 11 Uhr erschienen die fremden Consuln und verlangten einen Waffenstillstand. General Lamarmora bewilligte einen solchen von 3 Stunden, und schlug folgende Bedingungen vor: Uebergabe der Forts, Auslieferung der zurückgehaltenen Geißeln und der Waffen, und Anweisung der am meisten betheiligten Aufrührer in Zeit von 24 Stunden. Die Insurgenten verwarfen diese Bedingungen und benützten, ohne den Ablauf der 3 Stunden abzuwarten, andere Positionen, um den königl. Truppen in die Flanke zu fallen. Der Kampf begann von Neuem. Lamarmora bemächtigte sich der starken Position von San Rocco, der Thore San Romano und Pila und rückte bis auf den Platz Acqua verde vor. Hier fand er Barrikaden, die tapfer vertheidigt wurden. Er forderte die Aufständischen zur Uebergabe auf, mit der Drohung, im Weigerungsfalle das Bombardement von den Forts aus zu beginnen. Diese Drohung schien zu genügen; sie hatte zur Folge, daß eine Gegenbewegung gegen die prov. Regierung ausbrach; diese flüchtete sich auf ein französisches Kauffahrteischiff. Der Municipalrath übernahm nun die Gewalt, pflanzte die weiße Fahne auf und verlangte zu capituliren, unter der einzigen Bedingung, daß eine allgemeine Amnestie gewährt werde. Lamarmora erklärte sich hierzu nicht für ermächtigt, bewilligte aber einen 48stündigen Waffenstillstand, während dessen sich eine Deputation nach Turin begeben und mit dem Beschluß der Regierung zurückkehren solle. Die Deputation, aus 5 Bürgern bestehend, langte am 7. Morgens in Turin an. Man glaubt, daß ihr eine vollständige Amnestie bewilligt werden wird. — Die Zahl der Opfer auf beiden Seiten soll nicht unbedeutend sein. Sollte die Amnestie nicht bewilligt werden, so wird sich der Kampf erneuern, doch ohne große Aussicht auf Erfolg für die Insurgenten, da diese bereits die wichtigsten Positionen verloren haben. Die Stadt Genua ist eine der besten und vielleicht der größte feste Platz von Europa. Sie hat einen äußeren Umfang von 4 Stunden, umgeben von Forts, und einen inneren Umfang von 1¼ Stunden, ebenfalls gedeckt von mehreren Forts, von denen einige zu gleicher Zeit die Stadt, die Außenwerke und den Hafen beherrschen. Wenn das Meer frei ist, so kann sich dieser Platz mit einer nur mäßigen Besatzung wegen der steilen Böschung und der vorzüglichen Construction seiner Festungswerke, die meistens auf Felsen erbaut sind, sehr lange halten. Dies zeigte sich nirgends deutlicher, als bei der Belagerung, die Massena 1799 durch die Oesterreicher zu bestehen hatte. Nach monatelanger hartnäckiger Vertheidigung capitulirte Massena erst 10 Tage vor der Schlacht bei Marengo

‡ **Rom**, 3. April. Allmälig erholt man sich wieder etwas von der ersten Bestürzung, da das Gebiet der Republik noch nicht angegriffen ist. Vorgestern hatte die Stadt ein beinahe festliches Ansehen. Civica mit Musik durchzog die Straßen. Die Nachrichten aus Genua wurden von der Regierung, um die Hoffnung neu zu beleben, ausgebeutet. Selbst verständige Leute wollen es sich nicht ausreden lassen, daß ein Verrath Karl Alberts und seiner Generale das Unglück absichtlich herbeigezogen! Abends durchzog ein lärmender Haufe den Corso, sei es um Mazzini zum Dictator oder die rothe Republik auszurufen. Es ging jedoch ohne irgend einen Conflict ab. Ein Bataillon Civica muß fortwährend unter den Waffen sein, und die ganze Bürgergarde ist dem Kriegsdepartement untergeordnet. Die Zahl der Carabinieri ist bedeutend verstärkt worden. Alle Gewehre müssen von denen, die nicht activen Dienst in der Bürgerwehr leisten, abgeliefert werden, da die Mannschaften, die nach den Grenzen beordert sind, nicht die nothwendigsten Waffen haben. Die Urlaubsbewilligungen für alle Mitglieder der Constituente sind annullirt. Das Ministerium ist von dem neuen Triumvirat fast unverändert beibehalten worden. An Saffi's Stelle tritt Berti-Pichat, vor einiger Zeit Prolegat in Bologna. Das Kriegsministerium ist allein von der Kriegscommission verwaltet, da der interimistische Minister Calandrelli sich mit derselben nicht vertragen zu können scheint. Saliceti, der bisherige Triumvir, wird mit der Präsidentschaft des Cassationshofes belehnt.

Frankreich.

** **Paris**, 10. April. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Wahl der vierzig Staatsräthe vorgenommen. Während des Scrutiniums verlas der Präsident ein Schreiben des Vicepräsidenten der Republik, Herrn Boulay, in welchem derselbe, da seine Einrichtungskosten nicht auf Kosten des Staats bestritten werden könnten, auch auf seinen ganzen Gehalt von 48,000 Frs. verzichtet, um als einfacher, bescheidener Bürger fortleben zu können. Dieses Schreiben, ein seltenes Beispiel von Würde und Uneigennützigkeit, machte auf die Versammlung einen tiefen Eindruck. Hierauf schritt die Versammlung zur zweiten Berathung des Gesetzes über die gerichtliche Organisation. Mit 344 gegen 322 Stimmen wurde ein Amendement des Herrn v. Montalembert, die Unabsetzbarkeit der Richter betreffend, angenommen; mit 545 gegen 86 Stimmen der Antrag auf eine dritte Berathung verworfen. Mithin ist das Princip der Unabsetzbarkeit der Richter gerettet.

Nachschrift.

** **Paris**, 11. April. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung war überaus stürmisch. Ledru Rollin interpellirte gerade des Ministerium wegen der von demselben in Betreff der Ueberwachung der Wahlversammlungen angeordneten polizeilichen Maßregeln, als seine Rede durch einen in der parlamentarischen Welt eigenthümlichen, noch nicht vorgekommenen Vorfall gestört wurde. Ein Abgeordneter nämlich, Eugène Raspail, der Neffe des bekannten Raspail, gab einem andern Deputirten, Point, nach einem heftigen Wortwechsel ohne Weiteres eine Ohrfeige. Man kann sich denken, welches Aufsehen dieses Intermezzo erregte; die Sitzung mußte auf zehn Minuten suspendirt werden und nach Wiederaufnahme derselben wurde auf den Antrag des Generalprocurators des Appellationsgerichtshofes von Paris gegen Raspail die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens wegen dieser That beschlossen. Hierauf wurde die Interpellation wieder aufgenommen und nach längerer Debatte mit 409 gegen 261 Stimmen über dieselbe der Uebergang zur einfachen Tagesordnung angenommen.

Die auf telegraphischem Wege eingelaufene Nachricht von der Einnahme Genua's durch La Marmora hat sich nicht in ihrem ganzen Umfang bestätigt. Am 5. Abends hatte der Kampf daselbst noch fortgedauert. Die Uebergabe wird also nicht vor dem 6. oder 7. erfolgt sein.

* **Turin**, 7. April. Im Laufe des morgenden Tags soll, wie die „Concordia" berichtet, ein neues österreichisches Corps von 8000 Mann einrücken.

° **Rom**, 30. März. Die Republik stellt ein Corps von 10,000 Mann ins Feld, das mit dem Corps Pepe's gemeinschaftlich operiren soll.

Kassel, 12. April, Mittags. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung wurden verschiedene Anträge bezüglich der Aufrechthaltung der Beschlüsse der Nationalversammlung und der durch selbige begründeten Verfassung gestellt und ein Ausschuß ernannt, um selbige sofort in einen Gesammtantrag zu formuliren; die Sitzung wurde inzwischen auf einige Zeit suspendirt und alsdann beschlossen: bei der Staatsregierung zu beantragen, ihren Bevollmächtigten zu der Erklärung zu instruiren: „1) daß Kurhessen an der von der National-Versammlung auf Grund der Volksfreiheit verkündigten Verfassung Deutschlands als zu Recht bestehend halte und gegen jeden Eingriff in dieselbe protestire als gegen Verrath am deutschen Volke; 2) daß die Annahme der Kaiserkrone an keine Bedingungen geknüpft werde; 3) Kurhessen erwarte, daß alle deutschen Staaten sich in gleichem Sinne aussprechen werden." Morgen Vormittag ist Sitzung, um die Erklärung der Regierung hierauf entgegenzunehmen.

Nach einem Schreiben aus dem kurhessischen Hauptquartier zu Rinkenis vom 8. schickte man sich zum Angriff auf Sonderburg an. Bereits waren Streitkräfte nach dem Brückenkopf beordert. (Kss. Z.)

Börsenberichte.

Amsterdam, 11 April 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 49⅜ ⅛. — 3pCt. Schuld 58⅜ ⅛. do. 4pCt. 77⅛ ⅛. — 3½pCt do. 78⅛ ⅛. — 5pCt. Ard. 10⅜ — do. à 510 Pf. St. 10⅜. — 3pCt. inl. à 6000 fl. 22¹³/₁₆ ⅛. — — 3pCt. Port. 27¹⁵/₁₆. — 4pCt. do. 28⅛ ⅛. — Russ. 4pCt. bei Stieglitz 81⅛. — 5pCt. Metall. 73⅛ ⅛. — 2½pCt. ditto 38⅛ ⅛.

Holländische Fonds schließen nach einer Neigung zur Preisverbesserung wieder ganz wie gestern. Von fremden Effecten waren Franz. und Span. etwas angenehmer, in erstgenannten war das Geschäft animirt. Portugiesische unverändert. Russische und Französische etwas fester. Von Südamerika waren Peru mehr angeboten, Mexic. ein wenig angenehmer.

Paris, 11. April. Stand der Rente: 5pCt. 89. 45. — 3pCt. 56. 70. — Neue 3pCt. Sp. 31. — Inn. Sch. 23 G. — Bankactien 2420. — St. Germain-Eisenbahn 425. — Versailles, rechtes Ufer 215. — Linkes Ufer 170. — Paris-Orleans 856. 25. — Paris-Rouen 555. — Orleans-Bordeaux 412. 50. — Orleans-Vierzon 362. 50. — Rouen-Havre 300. — Marseille-Avignon 220. — Straßburg-Basel 107. 50. — Nordbahn 457. 50. — Paris-Strasburg 373. 75. — Römisches Anlehen 76, 76⅛. 77.

Der Umsatz war heute sehr unbedeutend.

London, 10. April. 3pCt. Stocks 91⅛ à ⅜. — 5pCt. Span. 18⅝ ⅞ ⅜. — Neue 3pCt. 30, 30⅛. — 4pCt. Port. 28⅛. — 2½pCt. Holländ. 50⅛.

Madrid, 6. April. Heute war keine Börse.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Benachrichtigungen.

Verein süddeutscher Gewerbehallen.

Um zur Hebung der gedrückten Gewerbe ein Schärflein beizutragen, haben sich, nachdem Kanzlist Speyer von Darmstadt, von welchem der Plan ausgegangen, die erforderlichen Vorbereitungen getroffen hatte, die unterzeichneten Abgeordneten der Gewerbehallen und Vereine in Darmstadt versammelt, um den Plan einer gemeinsamen Gewerbeausstellung und Verloosung zu besprechen.

Nachdem die Versammlung die erforderlichen Berathungen gepflogen hatte, wurde beschlossen, das Publikum zur kräftigen Unterstützung aufzufordern, demselben das Wesentliche des Planes in Kürze mitzutheilen. Dieses ist folgendes. In den Hallen der einzelnen Städte findet dieses Frühjahr eine Local-Gewerbeausstellung statt, und werden dieselben aus dem Ertrag der Loose preiswürdige Gegenstände angekauft, sodann im Monat Juni nach Darmstadt gebracht, um zu einer gemeinsamen Gewerbeausstellung vereinigt und nach dem deßfalls entworfenen und später besonders ausgegebenen Plane verloost zu werden.

Die Unterstützung, welche das Unternehmen bereits von den Landesstellen der betheiligten Städte und insbesondere von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzoge von Hessen durch Einräumung des ergenannten Locals und Uebernahme des Protectorats, so wie von dem Reichsministerium des Handels geworden ist, läßt die Unterzeichneten hoffen, beim Publikum im weiteren Kreise durch Abnahme von Loosen die gleiche Unterstützung zu finden, und sie bitten daher Jeden, welcher ein Herz hat für das Gedeihen der Gewerbe, sich der Sache kräftigst anzunehmen.

Das ganze Geschäft besorgt in Darmstadt eine Centralstelle des Vereins süddeutscher Gewerbehallen, welche besteht aus:

1) dem Director beim großh. hess. Administrations-Justizhof Herrn Gottmann zu Darmstadt, als erster Präsident,
2) dem großh. hessischen Kanzlisten Herrn L. Speyer zu Darmstadt, als zweiter Präsident,
3) und 4) zwei Secretären:
dem großh. Badischen Kammerrath Herrn Bender zu Bessungen und
dem großh. Hessischen Regierungssecretär Herrn Freiherr von Jungenfeld aus Darmstadt,
5) dem Gewerbehallen-Director Herrn Wagner aus Frankfurt, als Controleur,
6) dem Kaufmann Herrn Hemmerle aus Darmstadt, als Centralcassier,
7) dem Herrn Zimmermeister Georg Amend aus Darmstadt, als Mitglied der Centralstelle,
8) dem Herrn Schreinermeister Philipp Genter jun. aus Darmstadt, als Mitglied der Centralstelle.

Darmstadt, den 5. April 1849.

Adel aus Heidelberg.
Kapff aus Stuttgart.
Kammerer aus Karlsruhe.
König aus Mainz.
Löwenhaupt a. d. Mannheim.
Müller aus Bensheim.
Otto aus Worms.
Odernheimer aus Wiesbaden.
Schweitzer aus Gießen.
Speyer aus Darmstadt.
Wagner aus Frankfurt.
Walther aus Offenbach.
[1016] Westerfeld aus Hessen-Homburg.

[1010] Blumenausstellung in Mainz.

Sonntag den 15. April d. J., d. 6 Vormittags 8 Uhr, wird die von dem Mainzer Gewerbe-Verein in der Fruchthalle dahier veranstaltete Blumenausstellung eröffnet und Dienstag den 17. April, des Abends 7 Uhr geschlossen. Der Eintrittspreis beträgt 12 kr. für die Person.

Mainz, den 8. April 1849.

Der Vorstand des Gartenbauvereins.

[1021] Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Dritte ordentliche General-Versammlung.

In Gemäßheit § 36 der Statuten werden die Actionäre der Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu der

Samstag den 21. April, Vormittags 9 Uhr,

in dem auf den Einlaßkarten bezeichneten Locale dahier stattfindenden ordentlichen General-Versammlung eingeladen.

Diejenigen Actionäre oder deren Bevollmächtigte, welche in dieser Versammlung zu erscheinen gedenken, haben sich am 14. und 13. April, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, über ihre statutenmäßige Qualification (§ 37) auf dem Büreau der Gesellschaft (Börsengebäude) zu legitimiren (§ 38) und die Bescheinigung hierüber in Empfang zu nehmen.

Diese Legitimation wird zu bewirken sein: von den Actionären durch Angabe der Nummer der auf ihren Namen in die Register der Gesellschaft eingetragenen Actien; von den Bevollmächtigten außerdem durch Einreichung ihrer Vollmachten.

Am 18. und 19. April, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, können sodann von den Berechtigten die zum Eintritt in die Versammlung erforderlichen nur für ihre Person gültigen Einlaßkarten gegen Rückgabe der abgestempelten Legitimations-Bescheinigung auf dem Büreau der Gesellschaft in Empfang genommen werden.

Frankfurt am Main, den 7. April 1849.

Der Verwaltungsrath
der Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Großherzoglich Badisches Bezirksamt Schwan.
den 12. März 1849.

[705] **Gantedict.**

Gegen den Bürger, Holz- und Eisenhändler Johann Böhler von Schön u haben wir Gant erkannt und Tagfahrt zum Schuldenrichtigstellungs- und Vorzugsverfahren a.

Freitag den 20. April d. J., früh 8 Uhr,

anberaumt.

Alle Jene, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Gantmasse machen wollen, werden hiemit aufgefordert, solche in der angesetzten Tagfahrt bei Vermeidung des Ausschlusses von der Gant persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden und zugleich die etwa ihren Vorzugs- oder Unterpfandsrecht zu bescheinen, die der Anmeldende geltend machen will, mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweise Landen oder Anerbietung des Beweises mit andern Beweismitteln.

Zugleich wird in dieser Tagfahrt ein Massepfleger ernannt und Borg- und Nachlaßvergleich verfucht und werden in Bezug auf Borgvergleich und Ernennung des Massepflegers und Gläubigerausschusses die Nichterscheinenden als der Mehrheit der Erschienenen beistimmend angesehen

Th'vergärtner.
vd. B. Regenger, act. jur.

[618] **Decret**
die Vermögensüberschuldung des Wittwers Peter Stein zu Schnibach betreffend.

Da durch das unterm 27. rechtskräftige Urtheil des hiesigen Amts vom 27. December v. J. über das Vermögen des Wittwers Peter Stein zu Schnibach ein Concurs erkannt worden ist, so werden Alle, welche dingliche oder persönliche Ansprüche an die Concursmasse machen wollen, aufgefordert, diese

Donnerstag den 19. April d. J.,
Morgens 8 Uhr

unter dem Rechtsnachtheile des von selbst eintretenden Ausschlusses von der vorhandenen Masse dahier anzumelden.

Kuckei, den 27. Februar 1849.

Herzoglich Nass. und Fürstl. Wied. Amt.
Kerkel

Druck von August Osterrieth.

№ 89. —— Samstag —— den 14. April —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 36 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und deutsche in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4½ Sgrosch) mit Beilschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 356; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Mayer u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrefeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt.

Telegraphische Depesche aus Berlin.
Frankfurt. (Die österreichischen Ergebenheiten. Die schleswig-holsteinische Regierung und die Reichsverfassung.)
Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.
Vom ungarischen Kriegsschauplatze.
Deutschland. Wien (Die „Presse" über die Kaisertage. Die Verluste in Italien. Aus Triest. Aus Ungarn. Kossuth. Die Censur). Berlin (Aus der ersten Kammer. Major Dery entkannt. Die Marine und deren Flagge betreffend. Der Belagerungszustand). Stettin (Die Blokade) Köln (Einberufung der Landwehr. Maiorerregimenter. Einkommensteuer). Aachen (Verordnung gegen die Steindanken). München (Die deutsche und die ungarische Krisis). Dresden und Leipzig (Adresse an das sächsische Staatsministerium). Dessau (Für den Erbkaiser). Hamburg (Die Deputation der schleswig-holsteinischen Landesversammlung von Berlin zurück).
Schweiz. Genf (Die Anweisung des Herrn v. Rüder).
Italien. Bozen (Die jüngsten Vorgänge in Brescia). Venedig (Der Belagerungszustand beschlossen). Gaeta (Empfang des Papstes).
Börsenberichte.

Frankfurt, 13. April. Abends.

Telegraphische Depesche.

Berlin, 13. April.

In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer ist von dem Abg. **Rodbertus** folgender dringlicher Antrag gestellt worden:

I. Die Kammer wolle folgende Beschlüsse fassen:
In Erwägung, daß bei den Verwickelungen der europäischen Verhältnisse und der eigenen Lage des Vaterlandes die baldige Verwirklichung eines den Erwartungen des deutschen Volkes entsprechenden öffentlichen Rechtszustandes in Deutschland dringendes Bedürfniß ist; daß es Pflicht der einzelnen deutschen Staaten ist, zur baldigen Herbeiführung eines solchen Rechtszustandes nach Kräften mitzuwirken, daß ein solcher Rechtszustand nur dann in kurzer Frist ins Leben gerufen werden kann, wenn die deutschen einzelnen Staaten sich der von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen Verfassung nicht entziehen;
erklärt die zweite Kammer:
1) daß sie den in der Circularnote vom 3. April betretenen Weg der Vereinbarung der deutschen vereinzelten Staaten unter sich und mit der deutschen Nationalversammlung als ungeeignet zur baldigen Herbeiführung eines entsprechenden öffentlichen Rechtszustandes in Deutschland entschieden mißbillige;
2) daß sie insbesondere in der Verwirklichung dessen, was die Note über die Modalitäten eines weiteren und die eventuelle Form eines engern Bundes andeutet, eine Täuschung der Erwartungen Deutschlands erblicken würde;
3) daß sie vielmehr ihrerseits die von der deutschen Nationalversammlung vollendete Verfassung als rechtsgiltig anerkenne und die Ueberzeugung hege, daß eine Abänderung derselben nur auf dem von der Verfassung selbst vorgeschriebenen Wege zulässig ist.

II. Zur Berathung dieses Beschlusses denselben an eine, von den Abtheilungen zu wählende, aus 21 Mitgliedern bestehende Commission zu verweisen.

Der Antrag hat in Bezug auf die Dringlichkeit genügende Unterstützung erhalten.

Frankfurt, 12. April. Sicherem Vernehmen nach, sieht der schleswig-holsteinische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt sich im Stande, die unbedingte Anerkennung der Beschlüsse der Reichsversammlung vom 27. und 28. März, hinsichtlich des Verfassungswerkes und des Oberhauptes, Namens seiner Regierung auszusprechen.

Die Nachricht von der von Seiten der kaiserlichen Regierung verfügten Abberufung der österreichischen Abgeordneten aus der Paulskirche wird von der „Dtsch. Ztg." bestätigt. Einige derselben wollen sofort austreten, andere das Ergebniß des Dreißigerausschusses abwarten, ehe sie sich über ihr Gehen und Bleiben entscheiden. Unter den heute neu eingetretenen, aber bis jetzt wenigstens von Seiten des Bureaus noch nicht verkündigten Mitgliedern, ist Herr Haus Alfred Erbe aus Altenburg, der Platz für den 19. königl. sächsischen Wahlbezirk an Herrn Joseph's Stelle nimmt. Also doch noch. Die in Freiberg erfolgte Wahl des steckbrieflich verfolgten Altenburger Demagogen erregte bekanntlich in Sachsen nicht geringes Aufsehen.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Von der Niedereibe, 10. April. Der Schmerz über den herben Verlust, den die dänische Marine am 5. d. M. erlitten, scheint schon am andern Tage, nachdem die erste Nachricht von diesem Verluste in Kopenhagen angelangt war, einer gesteigerten Energie Platz gemacht zu haben. Wäre diese Energie weniger mit Erbitterung gegen die Deutschen, Ingrimm gegen die „Anführer" und Nationalhaß amalgamirt, man müßte sie loben und rühmend anerkennen. Aber so wie die Sachen jetzt stehen, muß man sich auf das Aergste gefaßt machen, wenn nicht von deutscher Seite Gleiches mit Gleichem vergolten wird. Wer daran noch zweifeln könnte, daß die Dänen ihr Spiel mit uns treiben, darf bloß daran erinnert werden, daß die ersten deutschen Schiffe, die in der Ost- und Nordsee dieses Jahr von ihnen aufgebracht wurden, mecklenburgische waren, während erst am Ende vorigen Monats durch einen Vertrag die Fortdauer der Communication über Wismar den Dänen von der mecklenburgischen Regierung gesichert worden war. Darum so bald als möglich die gefährliche Position im Sundewittschen aufgegeben und Jütland occupirt! Die Schleswig-Holsteiner sind jetzt zahlreich genug, um dort den Dänen die Spitze zu bieten und nicht bloß Bonin, sondern jetzt auch schon Prittwitz und was am ehrenvollsten für sie ist, auch die Dänen ertheilen ihrem Muthe und ihrer Tüchtigkeit die ausgezeichnetsten Lobsprüche. — Dem (früher in preußischen, jetzt in schleswig-holsteinischen Diensten stehenden) Oberstlieutenant v. Zastrow, der die Avantgarde, lauter Schleswig-Holsteiner — 1. Jägercorps, 9. und 10. Infanteriebataillon und Dragoner, commandirt, hat sich v. d. Tann angeschlossen. — Der Kampf im Sundewittschen am Charfreitage, über den ich Ihnen am Sonntage die erste flüchtige Mittheilung machte, ist jetzt seinen näheren Details nach durch den an den König von Hannover gesandten Rapport bekannt geworden. Indeß erfährt man mit jedem Bahnzuge noch mehr Bedeutendes über die Verluste, welche die Hannoveraner und Badenser bei jener Affaire erlitten. — Diese Verluste bleiben auch dann noch sehr empfindlich, wenn man die ganze Größe des am 5. davongetragenen materiellen und moralischen Successes ihnen gegenüberstellt. Die Gefangenen vom „Christian VIII." und von der „Gefion" sind schon in Rendsburg; unter ihnen befinden sich zwei namhafte Kopenhagener Aerzte, Hornemann und Curländer. Ob man wirklich, wie Kopenhagener Briefe versichern, sofort wieder zur Ausrüstung zweier großer Kriegsschiffe als Ersatz für die verlornen schreitet, müssen wir dahingestellt sein lassen. Die Angaben schwanken zwischen der „Dronning Maria" und dem „Skjold" (66 Kanonen). — Außer dem gestern erwähnten Kanonenboote, das auf dem Dreyerschen Werfte gebaut wird, ist auch noch ein zweites auf dem Dolckschen in derselben Straße (große Elbstraße in Altona) der Vollendung nahe. (Wes.-Ztg.)

Flensburg, 8. April. Ueber das Gefecht, welches vorgestern Hannoveraner, Badener und Württemberger im Sundewittschen zu bestehen hatten, theilen wir Ihnen heute aus einer guten Quelle folgendes Nähere mit. Der Feind setzte sich im Kirchdorfe Ulderup, eine Stunde nördlich von Gravenstein, und hielt sich dort hartnäckig. Erst als die hannoversche Artillerie mit Shrapnells schoß, welche furchtbar gewirkt haben, gelang es, die Dänen aus dem Dorfe zu treiben. Das Dorf Baurup wurde von den Unsrigen genommen, dann wieder geräumt und endlich behauptet. In der gestrigen Nacht sind hier demzufolge circa 80 Verwundete, meistens Badener und hannoversche Jäger, worunter 12 Offiziere, angekommen. Die Zahl der Gefallenen, worunter ein Major und ein Hauptmann, ist noch nicht bekannt. Des Feindes Verlust kennt man nicht; solcher ist, wie es auch schon aus dem Vorstehenden zu folgern, groß. — Die Bewohner des kleinen Ortes Treppe, zwischen Gravenstein und Rinkenis, haben die Weisung erhalten, was sie von ihrem Zuguie nicht der Zerstörung aussetzen wollen, aus ihren Häusern fortzuschaffen und diese jeden Morgen zu verlassen, wonach man schließt, daß ein kräftiger Angriff auf die in der Nähe liegenden dänischen Kanonenboote in den nächsten Tagen geschehen dürfte. — Die hier anwesenden flüchtigen Gravensteiner und Sundewitter sehen sich nunmehr durch die deutschen Militärposten an der Heimkehr behindert. Die am 5. von hier ostwärts gegangenen zwei Bataillone sächsischer Infanterie mit einigen Geschützrohren marschirten gestern wieder durch Flensburg. Diese, sowie 6 Compagnien sächsischer Schützen, die sächsischen Batterien, schleswig-holsteinische Pioniere und 1 Bataillon hessischer Jäger mit einigen Geschützstücken sind sämmtlich in nördlicher Richtung von hier weiter marschirt. Vorgestern sind hier angelangt: 5 Bataillons preußischer Infanterie, eine 12- und eine 6pfündige preußische Batterie; dann rückten gestern wieder 2 Bataillons und eine Batterie östlich, 1 Bataillon nördlich aus. Angekommen sind dagegen gestern von Süden 1 Bataillon Düsseldorfer Jäger, 1 Bataillon preußischer Landwehr und eine Abtheilung bayerischer Infanterie. — Heute an dem Jahrestage der Einnahme Flensburgs durch die Dänen wurden die ersten deutschen Krieger, welche hierselbst an ihren Wunden gestorben, sieben an der Zahl, beerdigt; an dem feierlichen Leichenzuge nahmen Hunderte der hiesigen Einwohner Theil.

Die „Hannoversche Zeitung" enthält einen Auszug aus den ferneren Berichten des Generals Wynecken aus Schelsgaard vom 7. und 8. April. Am 7. war bei der hannoverschen Brigade alles ruhig geblieben. Die Truppen waren noch in ihrer Stellung vom vorigen Tage. Das Nähere über das Gefecht vom 6. kann der General noch nicht berichten; doch hat jedes engagirte Bataillon sich brav geschlagen. Die Liste des Verlustes gibt an Todten 1 Offizier, 2 Unteroffiziere und 15 Soldaten, an Verwundeten 11 Offiziere, 10 Unteroffiziere, 105 Soldaten. In allem 144 Mann. (Den stärksten Verlust hatte das 1. Bataillon des 3. Regiments, welcher 38 Mann beträgt.) Der 8. ist ruhig vergangen. Die Dänen schienen Ulderup zu räumen und sich auf Satrup zurückzuziehen.

JW. **Schleswig**, 10. April. Die Truppenmärsche hierdurch nach dem Norden drängen sich jetzt fortwährend, denn man hofft, daß es in diesen Tagen im Sundewitt zu einem entscheidenden Kampfe kommen soll. Hier liegt posensche Landwehr als Reserve, ebenso auch der Stab und 1 Bataillon des 19. preußischen Regiments. Bayerische Infanterie und hannoversche Dragoner sind heute hier durch nach Flensburg marschirt, wo ein Corps von 18,000 Mann zusammengezogen werden soll. Der Eifer unserer Truppen an den Feind zu kommen, ist ungemein groß, wie überhaupt ihr ganzer Geist in jeder Beziehung der beste ist. So ist auch bis jetzt noch nicht die mindeste Streitigkeit irgend einer Art vorgekommen, und zwischen allen Soldaten ohne Ausnahme herrscht das innigste Einvernehmen. So sah ich z. B. heute einen Trupp Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberger, Hannoveraner, Schleswig-Holsteiner, alles bunt durch einander aus dem Hospital kommend hier durchmarschiren. Alle sangen in vollem Chor: „Was ist des Deutschen Vaterland," theilten sich gegenseitig von ihren Proviantvorräthen mit und benahmen sich so innig und kameradschaftlich, wie man es nur wünschen kann. Auch der Eifer der hiesigen Bevölkerung für energische Fortführung des Krieges ist sehr groß, wie denn überhaupt alle Zustände hier ein viel erfreulicheres Bild zeigen als im vorigen Jahre. Einen Frieden wie noch im vorigen Herbste läßt Schleswig-Holstein sich jetzt nicht mehr gefallen, jetzt ist völlige Lossreißung dieser beiden Länder von Dänemark die Losung.

§ **Altona**, 11. April. Die letzten Nachrichten aus dem Norden gehen im Wesentlichen dahin, daß das Generalcommando Bonin in Hadersleben, das Standquartier des Höchstcommandirenden dagegen auf dem Gute Seegard (in der Richtung von Flensburg nach Apenrade) aufgeschlagen werden. Die Dänen haben sich, was die Halbinsel Sundewitt betrifft, hinter die Düppeler Schanzen zurückgezogen, sind dagegen in nördlicher Richtung über die Königsau gegangen. Es heißt nun bestimmt, daß demnächst Bonin mit 30,000 Mann nach Jütland gehen werde, während im süd- und nordöstlichen Schleswig Generallieutenant v. Prittwitz operiren soll. Das Festland soll mit der Halbinsel Sundewitt durch eine Truppenkette, die sich von Glücksburg, Flensburg und Apenrade zu erstrecken hat, verbunden werden, und dieserhalb ist nach einem hartnäckigen Gefecht der wichtigste Punkt im Sundewittschen, die Schanze bei Eggensund, wieder von Deutschen in Besitz genommen und mit grobem Geschütz versehen worden, welches das dortige Fahrwasser zu bestreichen im Stande ist. Es bestätigt sich, daß das bei Eckernförde am denkwürdigen 5. April stark beschädigte Dampfschiff „Stürmer" Tags darauf am Ostseestrande des Gutes Damp gestrandet sei, wobei jedoch glücklicherweise die Mannschaft gerettet worden. Die Truppendurchzüge dauern fort und soll dies, wie verlautet, bis zum 16. d. M. geschehen. Preußische Artillerie und Husaren, bayerische Chevauxlegers und sächsische Gardecavallerie sind theils angekommen, theils werden sie noch erwartet. An Geschütz ist Seitens in den Herzogthümern kein Mangel, was auch wegen der Küstendeckung sehr nothwendig ist. Mit Einschluß der schleswig-holsteinischen sechs Feldbatterien befinden sich 140 grobe Feldgeschütze im Schleswigschen.

A **Hamburg**, 11. April. An die Stelle des Commodore Parker, welcher bekanntlich die Stellung an der Spitze der deutschen Flotille abgelehnt, soll der Commodore Parry nebst einigen amerikanischen Marineoffizieren in den deutschen Marinedienst zu treten genöthigt sein. Es wird derselbe nebst den Offizieren in unserer Schwesterstadt Bremen Ende dieser Woche erwartet. — Nach der letzten officiellen Meldung des Oberstlieutenant Heinzen von Ha

zerstieben, ist die hanseatische Cavalleriedivision nach einem mehrtägigen, sehr schweren Vorpostendienst abgelöst und nach Alsleben und Stäbel in der Nähe von Apenrade zurückverlegt worden. Seit Kurzem sind von dem Feuerwerker Stahmer in Bergedorf auf höhere Anordnung Bomben angefertigt, die vermöge ihrer besonderen Beschaffenheit wohl geeignet erscheinen, auch das stärkste Kriegsschiff durch ihr Einschlagen sofort zu vernichten.

Daß man über das Schicksal des „Stirner" noch immer in Ungewißheit ist, beweist folgendes Schreiben aus

Kiel, 9. April. Bei Friedrichsort soll durch einen dänischen Parlamentär angefragt sein, ob man über das Schicksal des Dampfschiffs „Stirner" keine Kenntniß habe, woraus leider die Befürchtung entsteht, daß alle Verwundeten, welche man am 5. während der Waffenruhe vom „Christian VIII." und „Gefion" auf dies Transportschiff hatte bringen sehen, mit demselben untergegangen sind. (Nach andern Berichten soll der „Stirner" bei Alsen liegen.) In Eckernförde und Rendsburg befinden sich von der Mannschaft der dänischen Schiffe reichlich 70 bedeutender Verwundete. (A. M.)

Verfügung des Departements des Innern und des Kriegswesens, betreffend die Untersagung des Verkehrs mit dem Königreiche Dänemark, vom 7. April. Nachdem die Feindseligkeiten zwischen den Herzogthümern Schleswig-Holstein und dem Königreiche Dänemark wiederum begonnen haben, wird alle und jede Verbindung der Bewohner der Herzogthümer mit dem Feinde, namentlich auch jeder Verkehr mit den feindlichen Kriegsschiffen, bei Vermeidung strenger Ahndung, untersagt.

* Vom ungarischen Kriegsschauplatz

erhalten wir heute durch die bayerischen Blätter nur weniges Neuere und dazu nur spärliche Nachrichten. Zwei Briefe, der eine an den „Nürnberger Correspondenten", der andere an die „Allgemeine Zeitung" gerichtet, stimmen im Wesentlichen dahin überein, daß das Waffenglück auf Seite der Insurgenten war. Doch hören wir die Berichterstatter selbst:

Pest, 7. April. Heute lauten die Nachrichten für die Kaiserlichen viel düsterer. Allerlei nachtheilige Gerüchte sind in Umlauf, die Ungarn sollen bereits Gödöllö und Peczel, 3 Stunden von Pest, besetzt haben; beide Orte sollen in Brand stehen. Die Ankunft großer Wagenzüge Kranker und Blessirter dauert fort. Besonders scheinen die Kroaten viel gelitten zu haben, die aber auch ihrerseits in mehreren Orten geplündert haben sollen. Unsere Stadt ist bis jetzt noch ruhig und die starke Besatzung scheint ganz sorglos zu sein. So viel ist gewiß, daß noch nichts entschieden ist; Niemand ist im Stande, zu ermessen, wohin sich die Chancen des Kriegsglückes wenden werden. Wenn auch die Oesterreicher Disciplin und Taktik auf ihrer Seite haben, so haben sie es mit einer überaus großen Uebermacht zu thun. (Nachschrift.) In der Stadt spricht man jetzt, daß die Oesterreicher wieder im Vortheil wären. Beim Abgang der Post ziehen wieder lange Wagenreihen mit Gepäck durch die Stadt. Man sagt, daß dies auf Veranlassung des Feldmarschallieutenants Schlick geschähe, der durchaus keine überflüssige Equipagen bei der Armee duldet.

So der „Nürnberger Correspondent"; der Brief der „Allgemeinen Zeitung" vom 7. lautet:

Das gestern erwartete officielle Bulletin erschien nicht und die Lage der Dinge scheint sich für die Oesterreicher bedenklicher gestaltet zu haben. Die Ungarn sollen über alle Erwartung große Massen im Feld haben, und der Kriegsschauplatz ist unserer Stadt näher gerückt. Die fortwährend hier ankommenden Wagenzüge mit Gepäck, Kranken und Verwundeten, die jetzt eben erfolgte Rückkehr einer vor zwei Tagen abgegangenen Brückenequipage sind Thatsachen, welche die Besorgnisse vermehren. Viele Personen schicken sich an, die Stadt zu verlassen, mehr aus Furcht vor einem Bombardement von Ofen aus, als vor etwa eindringenden Ungarn. Allem Anschein nach dauern die Manöovers fort und ist der Ausgang des Kampfes noch nicht entschieden. Man hat hier bis jetzt keine Kanonade gehört, und der Kampfplatz muß so ziemlich ferne sein. Von dem Blocksberge aus bemerkte man gestern in der Ferne Rauchwolken, und man vermuthet, daß einige Ortschaften in Brand gerathen. Am thätigsten bei diesen Kämpfen sind die Generale Schlick und Jellachich. — Nachschrift. Soeben ist ein Courier angekommen, der etwas tröstlichere Nachrichten mitgebracht haben soll.

† Wien, 10. April. Die erschienenen 33. und 34. Armeebulletins geben über den Stand der feindlichen Heere Aufschluß, ohne eine Entscheidung zu bringen. Dagegen schildern Privatbriefe die Lage der kaiserlichen Truppen sehr bedenklich und auch die stattgefundene Recognoscirung war nicht ohne bedeutenden Verlust für selbe abgelaufen. Hunderte von Wägen mit Verwundeten seien in Pest eingebracht und am Abend des 7. in der von Truppen entblößten Hauptstadt den angelangten ungarischen Generälen ein Fackelzug gebracht worden. (?) — So eben läuft uns folgende Privatmittheilung von Pest ein: Die ganze k. k. Armee steht heute (8. d.) vor Pest und man glaubt, daß noch heute eine Hauptschlacht geliefert werden wird. Seit 48 Stunden sind die Rekruten der Bagage ꝛc. statt.

Das vom Feldmarschallieutenant Haynau befehligte und vor Venedig gelegene Reservearmeecorps, bei 30,000 Mann stark, soll vom Feldmarschall Radetzky den Befehl erhalten haben, sogleich nach Ungarn abzurücken. In längstens 12 Tagen muß dieses Corps auf ungarischem Boden stehen.

Von der untern Donau erfährt man, daß die Magyaren auf mehreren Punkten der Bacska vorgedrungen sind. Perczel und Batthyany gelang es, sich mit Truppen in die Festung Peterwardein zu werfen. Die Besatzung machte, um dies zu erleichtern, am 29. März einen Ausfall, der auch gelang. Sogleich nach der Ankunft Perczels und Batthyanys in der Festung wurde allen Kaiserlichgesinnten freier Abzug gestattet. In Folge dessen haben Frauen und Kinder in langen Wagenreihen Peterwardein verlassen, eben so wie das ganze Generalcommandopersonale mit Feldmarschallieutenant Blagovic und Feldmarschallieutenant Jahn sammt den pensionirten Offizieren. Essegg ist ihr Ziel. Cuba ist Festungscommandant geblieben. — Von Zombor hat sich die serbische Besatzung zurückgezogen. In Folge davon ziehen Schaaren von Bewohnern der Bacska mit Weibern, Kindern und wenigen Habseligkeiten nach Syrmien. Auch die serbischen Truppen suchen in das Banat oder nach Erdobran zu kommen, wo sie Stand halten zu können hoffen. Feldzeugmeister Augent soll sich augenblicklich, als er von dem Preisgeben Zombor's erfuhr, von Valpa nach Szegedin begeben haben, um Zombor wieder zu besetzen, wenn ihm nicht bereits die Magyaren aus Theresiopel zuvorgekommen sind. Graf Albert Augent, Sohn des Feldzeugmeisters, war Commandant in Zombor. Er hatte am 30. März diesen Ort verlassen, nachdem er am selben Tage dortselbst den Belagerungszustand erklärte, was um so unerklärlicher ist, als er über 3000 Mann k. k. Truppen, 2000 Serben und 2000 bewaffnete Bacskaer Einwohner verfügen konnte. Die Magyaren sollen blutige Rache an den Serben geübt und schonungslos Männer, Weiber und Kinder geschlachtet haben.

Die „Presse" weiset in ihrem heutigen leitenden Artikel wiederholt auf die Nothwendigkeit hin, den Feldmarschall Windischgrätz abzuberufen. Der Feldherr, welchen sie an dessen Stelle designirt, ist Feldzeugmeister Welden, welcher aber ihrer Meinung nach die Ertheilung unumschränkter Vollmachten zur Bedingung der Annahme des Commandos gemacht haben soll.

Deutschland.

Wien, 7. April. Die österreichischen Blätter erörtern noch immer die Kaiserfrage. Der „Oesterreichische Correspondent" kann noch immer nicht von seinem Tadel der deutschen Nationalversammlung lassen. Sie habe, meint er, ihr Mandat überschritten, indem sie nicht auf die Bedürfnisse Oesterreichs vollständige Rücksicht genommen habe. „Man löst den Knoten keineswegs, wenn man sagt, wir zwingen ja Oesterreich nicht zum Eintritte in den neuen Bund; es mag nun mit sich selbst zurecht kommen und sein neues Kaiserthum nach Lust und Liebe ausbilden. Oesterreich kann und will nicht von Deutschland lassen; es besteht darauf, mit seinen 7 Millionen Deutschen den Neubau der Deutschen mit zu begründen; es muß auf seiner Meinung beharren, daß eine Bundesform oder Staatenform beliebt werde, an der es mit Fug und Recht Theil nehmen könne. Dieses ganze Verhältniß hat man in Frankfurt schlau umgangen. Um auch noch andere deutsche Michel zu verblüffen, wurde in aller Eile das tragikomische Spiel des Welcker'schen Dringlichkeitsantrages aufgeführt, das Vaterland in Gefahr erklärt, und so die Deutschen in aller Geschwindigkeit eigentlich um ihre Freiheit betrogen. Die in der Uckermark schlagen sich ein Schnippchen um das andere — denn das Vaterland ist gerettet!" Der „Lloyd" führt natürlich eine ganz ähnliche Sprache. In einem seiner neuesten Artikel, der über die bekannte Erklärung der Abgg. Heinrich und Max Simon abhandelt, insinuirt er folgende Verdächtigung: „Niemand, der die preußische Partei aus dem Munde ihrer Wortführer und ihrer Presse kennt, zweifelt daran, daß ihr tief und nicht gar zu geheim angelegter Plan dahin ging, den Samen der Zwietracht in Deutsch-Oesterreich zu säen, nach Kräften Haß und Feindschaft zwischen den verschiedenen Volksstämmen dieses Kaiserstaates ins Leben zu rufen und zu nähren, und auf jede mögliche Weise die Empörung der deutsch-österreichischen Lande, ihre eventuelle Abtrennung von der Gesammtmonarchie, und ihre Unterordnung unter Preußisch-Deutschland zu begünstigen. Glücklicherweise kennen wir die freundnachbarlichen Absichten der preußisch-deutschen Partei, und wissen, wie wir uns gegen dieselben zu wahren haben." Die „Presse" aber schlägt schon einen anderen Ton an. Sie sagt: „Die Aeußerungen des „Lloyd" erregen viele Bedenken. Das Blatt der Minister hat nur verletzenden Spott für die Männer, die in der Paulskirche das Oberhaupt gewählt haben; eben so gut, meint er, könnten 290 Herren eines Clubs einen Kaiser wählen, als die 290 Abgeordneten in Frankfurt. Das Wort Club ist recht gut gewählt, aber ein Club, der einen Erzherzog von Oesterreich zum Reichsverweser ernannte, von dem man erwartete, er würde Oesterreich die Führung Deutschlands anvertrauen können, ein Club, der in diesem Augenblick auf Preußen zählen darf, verdiente wohl einige Rücksicht. Es ist noch nicht zu lange, daß die Wahlen durch besondere Befehle geändert wurden; man legte großen Werth darauf, die österreichischen Abgeordneten vollzählig zu haben, und jetzt, nach der preußischen Kaiserwahl, ist man vom Unmuthe ganz beherrscht und äußert ihn in allen Formen. Ist das die ganze Politik, die einem großen Staate in solchen Verhältnissen ziemt?" Einfach hält allen diesen Tadlern die „Odeutsche Post" den Satz entgegen: „Diejenigen, die jetzt in ihrem Herzen frohlocken, weil das Parlament gedemüthigt und Preußen den Nationalversammlung den Rücken zu kehren scheint, diese Frohlocker und Freudentänzer mögen nicht zu laut jubeln. Es ist kein Dienst für die Sache des Friedens und der Ordnung, wenn das Frankfurter Parlament gesprengt wird."

Wien, 7. April. Aus Triest erfahre ich, daß die sardinische Flotte ebenso wie im verflossenen Sommer allerhand Ausflüchte macht, um nur den traktatmäßigen Abzug aus dem adriatischen Meere so lange als möglich zu verschieben. — Nach der Wiener Zeitung betrug der Verlust unserer Truppen in dem 5tägigen Feldzug: an Todten, 16 Stabsoffiziere, 8 Oberoffiziere, 457 Mann vom Feldwebel abwärts; an Verwundeten: 2 Generale, 121 Stabs- und Oberoffiziere, 1992 Soldaten. Außerdem wurden später noch vermißt 1 Offizier 1070 Mann. — Reisende aus der Gegend um Debreczin versichern, daß die Fahnen der Ungarn mit dem Worte „Elisen Ferdinand V." geschmückt sind, was sehr charakteristisch für den monarchischen Geist des Volkes spricht, wenn es nur nicht erfunden ist. Einem mir vorliegenden Briefe aus Pest entnehme ich einige charakteristische Stellen, um Ihren Lesern die dortige Stimmung anschaulich zu machen: „Das Armeebulletin des Grafen Wrbna findet wenig Anklang; denn nach der Ansicht unserer Enthusiasten bleibt der Ban doch geschlagen — und General Schlick rettungslos verloren. Wie pfiffig diese Deutschen sind, meinte ein neben mir stehender Ungar: ihre eigenen schwarzgelben Kanonen haben sie draußen tricolor angestrichen und kommen jetzt mit angeblich erbeuteten Kanonen, um den Rückzug zu decken. Heute soll erst der Hauptangriff stattfinden. Die schwere Reiterei gibt und nimmt kein Quartier; ebenso die Husaren. Seit drei Tagen wüthet der Kampf im Halbkreise um Pest, von Czegled über Gödöllö bis gegen Waitzen, und erst heute der Hauptangriff! Auch Kossuth steht an der Spitze einer Brigade, um die Seinen durch die Macht seiner seltenen Rednergabe, gleich dem Tyrtäus der Griechen, zu Heldenthaten zu begeistern. General Umineli soll in der letzten Schlacht gefallen (nach andern Berichten ist Umineli nie in Ungarn gewesen) und General Klapka verwundet und gefangen worden sein. Moritz Perczel soll eine bedeutende Truppenmacht in der Backa concentriren, um Peterwardein zu entsetzen. Es soll ihm sogar auch gelungen sein, eine Verstärkung in die Festung zu werfen." — Unsere hiesigen Buchhändler verweigern noch immer die Oeffnung der Bücherballen, so lange, als die Censur sich eine Einsicht in den Inhalt der elben durch Beaufsichtigung erlauben will; auf diese Weise sind wir schon seit 10 Tagen von Deutschland abgeschlossen und gebe Gott, daß nicht härtere Schläge uns dem großen Vaterlande noch mehr entfremden. (C. Z.)

Der „Lloyd" sagt: „Die im letzten Armeebulletin erwähnte Wunde des Generals Grafen Nugent ist minder gefährlich, als sie anfangs erschien, so daß die Amputation des Fußes nicht nöthig sein wird. Ebenso ist Oberst Graf Favancourt nicht todt. Die Kugel ging durch die Brust und verletzte zwar die Lunge, aber die Aerzte geben bei der gesunden Constitution des Verwundeten die Hoffnung auf Heilung nicht auf."

* **Berlin**, 11. April. „Der 11. April", sagte heute ein Abgeordneter der ersten Kammer, „ist in der Geschichte Preußens bedeutsam. An diesem Tage trat 1847 der erste vereinigte Landtag zusammen, an diesem Tage unterschrieb derselbe 1848 sein Todesurtheil, an diesem Tage wird 1849 in Frankfurt vielleicht ein für Preußen wichtiger Beschluß gefaßt." In der That schien der heutige Tag in Berlin wenigstens ein Nachklang seiner Vorgänger werden zu wollen. Die erste Kammer hatte sich in ihrer Vormittagssitzung am 4. d. M., trotz des dringlichen, die Antwort Sr. Majestät des Königs an die Deputation der Frankfurter Nationalversammlung betreffenden Antrags der Abgeordneten Kuh und Genossen bis auf heute vertagt und konnte in der außerordentlichen Nachmittagssitzung, trotz der wichtigen Mittheilung von Seiten des Ministeriums (Note vom 4. April), beschlußunfähig, ihren Vertagungsbeschluß nicht zurücknehmen. Doch aufgehoben ist nicht aufgehoben: es wurde von der heutigen Sitzung der ersten Kammer etwas erwartet, und wenn nicht mehr, so doch ein offenes Urtheil über die unerwartete Antwort des Königs. Das Publikum ließ es seinerseits an nichts fehlen; es ließ keinen Platz auf den Zuhörertribunen unbesetzt, ja man kann sagen, unbestanden; es richtete seinen Blick auf den Ministertisch und wurde noch gespannter, denn dieser sonst weder ganz noch pünktlich besetzte Tisch zählte bereits vor dem Beginn der Sitzung seine Sieben. Doch was geschah? Die Commissionen, auf deren Bericht alles gespannt war, erklärte, daß sie sich von der Dringlichkeit des Antrags der Abgg. Kuh und Genossen nicht habe überzeugen können. Es sprach darauf ein Redner für, ein Redner gegen die Dringlichkeit des Antrags, und es wurde sodann bei namentlicher Abstimmung mit 75 gegen 38 Stimmen die Nichtdringlichkeit anerkannt, dem Ministerium also ein Vertrauensvotum gegeben. Ein Anhänger des Ministeriums, der Abgeordnete Goldammer, beschuldigte das Frankfurter Parlament der Starrheit weil es an seiner Souveränetät festhalte; es habe Preußen gewählt, um es zu gewinnen. Doch die so gegründete Kaiserkrone werde nicht fest sein, sie werde nothwendig angefaßt werden; man könne dies am besten daraus erkennen, daß selbst Republikaner es wünschen, daß Preußen die ihm angetragene Kaiserkrone unbedingt annehme. Vergebens suchte gegen ihn der Antragsteller nachzuweisen, daß das Frankfurter Parlament nicht bloß von der Bundesversammlung ausdrücklich, sondern auch früher von der preußischen Regierung stillschweigend als constituirende Versammlung anerkannt sei; vergebens rief er: „Wenn Fürsten eine Verfassung octroyiren, dann soll der beschränkte Unterthanenverstand nichts einzuwenden haben; wenn aber eine Nationalversammlung als Vertreterin von Millionen eine Verfassung gibt, dann wollen die Fürsten noch auf ihrem Recht bestehen." Außerdem wurde noch ein anderer Antrag, betreffend die Religionsübung der katholischen Soldaten, in Folge einer Erklärung des Kriegsministers, für nicht dringlich erklärt und ein Antrag vom Antragsteller zurückgenommen: dies war die ganze Arbeit, welche die hohe Kammer dem gespannten Publikum bot.

ϑ **Berlin**, 11. April. Der Major Deetz, Mitglied der Reichsdeputation, welche von Frankfurt nach Berlin gesendet wurde, ist hier plötzlich schwer erkrankt. Aerztliche Hilfe und die Sorgfalt seiner herbeigeeilten Familie lassen seine baldige Herstellung und seine Rückkehr nach Frankfurt erwarten.

Die „Deutsche Reform" enthält in ihrer Nr. 226 ein Schreiben aus Frankfurt a. M., worin es heißt, „daß die in Preußen erbauten Schiffe nicht unter deutscher, sondern unter preußischer Flagge segeln würden. Diese Schiffe also, die dem Reiche als Flottenbeiträge angerechnet worden, sollen nicht deutsche, sondern preußische Schiffe sein." Demwider spricht heute der „Staatsanzeiger" wie folgt: Diese mindestens übereilte Voraussetzung sammt der daran geknüpften Folgerung ist falsch, da es bekannt ist, daß die in Preußen gebauten Kanonenschaluppen und Jollen noch gar

nicht von der provisorischen Centralgewalt für die deutsche Marine übernommen werden sind, eben so wenig, als über die Einstellung der königlichen Corvette „Amazone“ in die deutsche Marine bereits entschieden ist. Am Bord dieser Schiffe kann also für jetzt selbstredend nur die preußische Flagge wehen.

In Folge der angekündigten Jung'schen Interpellation über die Ausweisungen hat die Polizeibehörde in Betreff dieser Maßregel mildere Bestimmungen eintreten lassen, trotzdem daß sie von einer bevorstehenden Schlußerhebung in Kenntniß gesetzt worden sein soll. Jene mildernde Bestimmungen treffen namentlich die Herren Dr. Schütte aus Wien und Mai aus Breslau, welche unbehindert hier verweilen. Eine über Letztgenannten verhängt gewesene Ausweisung ist sogar wieder zurückgenommen worden.

Aachen, 11. April. Die königliche Bestimmung hinsichtlich der Spielbank ist so eben eingetroffen und lautet wörtlich: Auf Ihren Bericht vom 17. März d. J. bestimme ich hierdurch, daß der Spielbankbetrieb zu Aachen nur noch bis zum 1. Mai d. J. zu gestatten, alsdann aber die dortige Spielbank zu schließen ist. Ich beauftrage Sie, für die Ausführung dieser Bestimmung zu sorgen. Charlottenburg, den 23. März 1849. Friedrich Wilhelm. (gegengez.) v. Manteuffel. An den Minister des Innern, v. Manteuffel. (Aachn. Anz.)

△ **Köln**, 11. April. Das Tagesgespräch bildet die Einberufung der Landwehr. Am Montag wurde den Behörden angezeigt, daß alle Reclamationen gegen das Eintreten binnen zwei Tagen eingereicht sein müßten. Von Seiten der Stadt werden Stallungen zu miethen gesucht zur Aufnahme von Artillerie- und Cavalleriepferden. Maßregeln, die zu den verschiedenartigsten Deutungen Veranlassung gegeben haben und von den Tagespolitikern nach allen Richtungen hin ausgebeutet werden, indem man sogar schon wissen wollte, daß das achte Armeecorps in unserer Provinz zusammengezogen werden sollte. Zu welchem Zwecke weiß ich nicht. Man sagt, unsere Landwehr werde, wie dies schon mit einem westphälischen Bataillon der Fall, nach Schleswig-Holstein geschickt werden. — Mehrere hier in Garnison stehende Artillerieoffiziere haben sich zu den Marineregimentern versetzen lassen. Die Marineregimenter sollen in Stettin gebildet werden. Des Himmels Segen dem ersten Unternehmen der deutschen Flotte! — Die Einführung der Einkommensteuer statt der Schlacht- und Mahlsteuer ist jetzt bestimmt beschlossen und schon seit mehreren Wochen liegen auf dem Rathhause Listen auf, wo sich die Bürger selbst abschätzen sollen.

Stettin, 9. April. Schon am 7. d. M. Abends wurde die Wegnahme der beiden dänischen Kriegsschiffe hier durch Extrablätter der Ostsee- und der Norddeutschen Zeitung bekannt. Seit langer Zeit hat sich unsere Stadt nicht in einer solchen freudigen Aufregung befunden. Das Gefecht von Eckernförde bildete gestern in allen Kreisen den einzigen Gegenstand der Unterhaltung; selbst unsere Kaufleute, Aeder und Schiffer vergaßen auf einen Augenblick die Trauerbotschaft der Swinemünder Blokade, welche am 7. Morgens eine Stafette von Swinemünde hierher gebracht hatte. Die Sanguiniker sehen schon das Morgenroth des Friedens heraubrechen und und unsere Handelsflotille mit vollen Segeln durch den Sund schwimmen. Wird auch diese Hoffnung wohl noch so bald nicht Wahrheit werden, so ist doch der materielle Verlust der Dänen allerdings nicht gering anzuschlagen. Nach den Angaben von Männern, die mit der dänischen Marine näher bekannt sind, beträgt der Verlust des „Christian VIII.“ und des „Gefion“ den Kanonen und der Schiffsmannschaft nach den vierten Theil ihrer ganzen Seemacht. Fast wichtiger noch als dieser materielle Schaden ist der moralische Einfluß anzuschlagen, den das Eckernförder Gefecht äußern wird. — In Swinemünde ist die Amazone mit 14 Kanonen, 2 Kanonenböte und 4 Zollen unter dem Befehle des Commodore Schröder stationirt. Die beiden andern Auemündungen der Oder — die Peene und Divenow — sind jede mit 2 Kanonenzollen besetzt. Nach den letzten Nachrichten von Swinemünde war kein Kriegsschiff in Sicht.

□ **München**, 11. April. Eine köstlichere Osternachfreude, als die über den Anfang des Kampfes gegen die Dänen, hätte uns wahrhaftig nicht gebracht werden können. Möchte auch bald ein Dänenschiff durch ein deutsches genommen werden! Leider daß in allen übrigen Beziehungen kein erfreuliches Ergebniß in Aussicht kommen will. Hat der König von Preußen abgelehnt, oder ist seine Antwort an die Parlamentsabgeordneten vielmehr eine zusagende gewesen, trotz ihrem negativen Inhalte? Welcher Ansicht hier in den höchsten Regionen gehuldigt wird, darf als allbekannt vorausgesetzt werden. Daher verdient wohl neu sei gestern verbreitetes Gerücht Beachtung, nach welchem auch die neueste Collectivnote der preußischen Regierung auf die anfrage nur einen entgegengesetzten Einfluß geübt haben soll. Weit entfernt, die frühere Protestation gegen die Endbeschlüsse des Parlaments zurückzunehmen oder zu mäßigen, wird unsere Regierung nach wie vor auf derselben beharren, sowohl was das Erbkaiserthum im Allgemeinen, als was die Uebertragung der deutschen Krone an das Haus Hohenzollern betrifft. Man bleibt, um sich die Mitbetheiligung zu sichern, bei der Directorialfrage! Kann aber unter all' diesen obwaltenden Umständen, — diese letzte Instanz vorausgesetzt, — auch selbst von einem Fürstencongresse Etwas erwartet werden?? — Mit Hast drängt man sich nach Briefen aus Wien. Es zittert dort der Boden unter den Füßen von Kanonendonner, der aus Ungarn herauftröhnt an die Ohren und an die Herzen! Bewahre Gott Oesterreich nach seinem gewohnten Glücke vor dem Verluste einer entscheidenden Schlacht. Eine Niederlage wäre bedenklich; Zurchtsame sehen denn schon die Ungarn auch auf deutschem Boden, oder sogar vor den Thoren Wiens. Dazu wird's nicht kommen. Die Neugierde muß sich noch gedulden. Den brieflichen Berichten sind vorlängst nur bestätigte Gerüchte vorausgeeilt, und nach diesen wäre zwar entsetzlich viel Menschenblut vergossen worden, aber ohne zur Entscheidung zu führen, indem sich beide Theile den Sieg beimessen könnten. — Gestern hatten wir zwar nicht den ersten Gewitterregen, wohl aber ein erstes Gewitter mit Donner und Blitz, in so früher Zeit auf unserer Hochebene angeblich ein sehr gutes Zeichen für den Sommer und den Herbst mit ihren Gaben.

Die „Allgemeine Zeitung“ sagt in einem halboffiziellen Artikel: „Die Erklärung, welche die bayerische Regierung nach Berlin und Wien abgehen ließ, geht nur gegen das Kaiserthum in seinen Consequenzen, und deßhalb nur gegen diejenigen Theile der deutschen Verfassung, welche Oesterreich und alle größeren Regierungen von der Theilnahme an der Centralgewalt und allen Executivgewalten ausschließen. Bayern hat aber ausdrücklich in dieser Verwahrung darauf hingewiesen, daß es sich dem deutschen Parlament und allen nothwendigen Bedingungen des deutschen Bundesstaats anschließen werde. Zugleich hat Bayern, wie wir hören, eine Aufforderung an Oesterreich ergehen lassen, sich zu erklären darüber, ob es ein Volkshaus neben einem Staatenhause, an welchen beiden seine deutschen Provinzen theilnähmen, anerkennen wolle, unter der Voraussetzung, daß dann Oesterreich und Preußen mit einem Directorium wenigstens der mächtigeren Staaten Deutschlands an die Spitze der Centralgewalt treten würden. Hier wird in den höheren Kreisen allgemein die Nothwendigkeit zugestanden, daß die wahren Freiheits- und Repräsentationsgrundlagen des deutschen Bundesstaats von den Regierungen nicht getrübt werden dürfen.“

Dresden, 9. April. Der deutsche Verein hat an das sächsische Staatsministerium folgende Adresse erlassen: „Dem deutschen Verfassungswerk ist durch die Beschlüsse der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. vom 27. und 28. März der Schlußstein eingefügt worden. Haben auch alle deutschen Herzen mit uns zu trauern, daß den deutschen Landen Oesterreichs der Eintritt in den neuen Bundesstaat zur Zeit versagt zu sein scheint, so müssen wir doch, im Angesicht der unserer Einigung von außen und innen drohenden Gefahren, mit Freuden die Vollendung des großen Werkes begrüßen, um so mehr, als noch die Hoffnung bleibt, daß eine Wiedervereinigung mit unsern Brüdern in Oesterreich nicht für alle Zeiten abgeschnitten sein wird. An den deutschen Regierungen ist es nun, mit Selbstverleugnung und edler Hingebung für den großen Zweck das von den Vertretern der deutschen Nation Beschlossene ins Leben einzuführen, und der König von Preußen, an die Spitze des neuen Bundesstaates berufen, hat dieselben bereits zu bindenden Erklärungen aufgefordert. Wir müßten uns selbst und die von unserem Vereine festgehaltenen Grundsätze ganz aufgeben, wollten wir in einem so entscheidenden Augenblicke unserer Regierung gegenüber schweigend verharren. Auch jetzt noch durchdringt uns die innige Ueberzeugung, daß die Erreichung des hohen Ziels, nach welchem die Völker Deutschlands seither hingestrebt haben, wesentlich bedingt ist durch die freudige Anerkennung der Frankfurter Beschlüsse, auch in dem, was den Wünschen und Erwartungen der einzelnen deutschen Stämme nicht entsprechend sein mag. Und daher erheben wir auch jetzt in diesem Sinne unsere Stimme und wenden uns an die königl. Staatsregierung mit dem dringenden Gesuch: in thunlichster Beschleunigung den Eintritt des sächsischen Staates in den deutschen Bundesstaat zu erklären und das Anerkenntniß der deutschen Verfassung, wie sie in zweiter Lesung von der Nationalversammlung beschlossen worden, auszusprechen, auch so weit möglich dahin zu wirken, daß ein Gleiches von den übrigen Regierungen Deutschlands geschehe. Erwartungsvoll und laden nicht ohne Bejorgniß sind die Augen aller deutsch gesinnten Männer namentlich auch auf Sachsen gerichtet; haben sich doch auch hier undeutsche Sonderbestrebungen kund gethan und geben doch geographische Lage, historische Ueberlieferungen und politische Bedeutung Sachsens seiner Stimme ein besonderes Gewicht. Mit zuversichtlichem, wohl begründetem Vertrauen überlassen wir uns aber der Hoffnung, daß die große Stunde, welche uns geschlagen hat, unsere Staatsregierung auch zu einem großen Entschluß führen werde. Dazu berechtigt uns die bereitwillige Einführung der Grundrechte, dazu berechtigt uns vor allem die wahrhaft deutsche Gesinnung unseres hochverehrten Königs, der seinem deutschen Fürsten in aufopferungsvoller Liebe zum Vaterlande nachstehen wird. Dresden, den 8. April 1849. Der Ausschuß des deutschen Vereins.“

□ **Leipzig**, 11. April. Die deutsche Partei in Sachsen läßt es nicht an sich fehlen, immer wieder zu bekennen, wie sie sich zu dem Parlament in Frankfurt steht. Am Sonntag hat eine Deputation des deutschen Vereins zu Dresden dem Ministerpräsidenten Held eine Adresse überreicht, deren wesentlichster Inhalt in folgenden Worten besteht: „Die Staatsregierung möge in möglichster Beschleunigung den Eintritt des sächsischen Staates in den deutschen Bundesstaat erklären und das Anerkenntniß der deutschen Verfassung, wie sie in zweiter Lesung von der Nationalversammlung beschlossen worden, auszusprechen, auch soweit möglich dahin wirken, daß ein Gleiches von den übrigen Regierungen Deutschlands geschehe.“ Der deutsche Verein zu Leipzig benutzte die gestrige Anwesenheit des Herrn Held, um durch eine Deputation ihm die vollste Zustimmung zu dieser Adresse auszusprechen. Dieselbe ist von dem Herrn Minister auf das freundlichste empfangen und hat, wie man hört, die genügendsten Zusicherungen erhalten.

Dessau, 5. April. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß schon in den letzten Tagen des vorigen Monats, unmittelbar nachdem die Nachricht von der in Frankfurt erfolgten Wahl des Königs von Preußen zum deutschen Erbkaiser ihre Bestätigung gefunden, von Seiten unseres Herzogs ein officielles Glückwunschschreiben nach Charlottenburg abgegangen ist. Unser Herzog, heißt es dann wie entschuldigend weiter, wollte in der Gewißheit der freudigen Annahme nur der erste deutsche Fürst sein, welcher dem neuen Kaiser die aufrichtigste und unumwundenste Anerkennung zollte. (Mgd. Ztg.)

Hamburg, 10. April. Die von der schleswig-holsteinischen Landesversammlung nach Berlin gesandte Deputation hat bei dem Könige keine Audienz erlangen können, vielmehr von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Arnim, auf die Bitte um Vermittlung einer Audienz, nach zweitägigem Harren zur Antwort erhalten, daß Se. Maj. die Deputation als solche nicht werde empfangen können, den einzelnen Mitgliedern aber gerne Audienz geben und sie zur Tafel ziehen werde. Die Mitglieder der Deputation sind einstimmig der Meinung gewesen, von ihrem Auftrage, als Deputation der schleswig-holsteinischen Landesversammlung deren Freude und Hoffnungen wegen der Kaiserwahl vor dem Könige von Preußen auszusprechen, nicht abgehen zu dürfen, haben daher dem Minister v. Arnim folgendes Schreiben zugehen lassen:

„Excellenz! hochgeehrter Herr Minister! Nachdem die unterzeichnete Deputation der schleswig-holsteinischen Landesversammlung die gütige Vermittlung Ew. Exc. in Anspruch genommen hatte, um bei Sr. Maj. dem König eine Audienz zu erhalten, haben Ew. Exc. am heutigen Tage dem Präsidenten Bargum die Mittheilung gemacht, daß Se. Maj. der König die Deputation als solche zu empfangen verhindert sei, den einzelnen Mitgliedern derselben aber nach den Feiertagen Audienz zu ertheilen bereit sein werde. Wir hatten gehofft, Sr. Maj. dem Könige die Freude und die Hoffnung, durch welche die Bewohner aller deutschen Lande seit dem 28. März d. J. beseelt werden, und welche vor Allem in den nördlichsten Marken des Vaterlandes laut geworden sind, im Namen des Schleswig-Holstein ehrfurchtsvoll bezeugen zu dürfen. Da uns dieses nach Ew. Excellenz Mittheilung zu unserem innigen Bedauern versagt ist, und wir nach unserem Auftrage nur als Deputation vor Sr. Maj. dem Könige erscheinen können, so eilen wir am morgenden Tage zurück in die Heimath, in welcher unsere Brüder den Vertheidigungskampf für die Rechte eines deutschen Landes mit deutscher Hülfe gegen einen ungerechten Angriff aufs Neue zu bestehen haben, in das Land, welches vor allen Preußens König und Preußens Kriegern zu ewigem Dank verpflichtet ist. Genehmigen Ew. Excellenz die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung, mit welcher wir die Ehre haben zu sein Ew. Exc. ganz gehorsamste Deputation der schleswig-holsteinischen Landesversammlung. Bargum. Falck. Steindorff. Rathgen. Lorenzen. Berlin, den 8. April 1849. An Sr. Exc. den Herrn Minister für die auswärtigen Angelegenheiten, Grafen v. Arnim.“

und sind sofort am folgenden Morgen von Berlin abgereist. Hochgestellte Personen wollen wissen, daß die Versagung der Audienz mehr das Resultat einer Berathung des gegenwärtigen Ministeriums, als des persönlichen Wunsches des Königs sei. — (Die von der schleswig-holsteinischen Landesversammlung nach Berlin gesandte Deputation ist bereits gestern auf der Rückreise nach Schleswig durch Hamburg gekommen.) (H. C.)

Schweiz.

Genf, 11. April. Die Ausweisung des Hrn. v. Röder aus Genf, hat den preuß. Gesandten Hrn. v. Sydow, veranlaßt, eine energische Note an den Bundesrath zu richten, worin er auf unmittelbare Rücknahme des Genfer Ausweisungsdecrets, sowie auf vollkommene Genugthuung für Hrn. v. Röder dringt.

Italien.

Venedig, 2. April. Die Assemblea hat decretirt: „Widerstand gegen Oesterreich, es koste was es wolle; dem Präsidenten Manin wird unbeschränkte Vollmacht übertragen.“

Bozen, 5. April. Nach einer gestern eingetroffenen Privatnachricht scheinen die der Erstürmung vorangegangenen Verfälle in Brescia den blutdürstenden und fanatischen Charakter nicht in dem Maße zu tragen, wie anfangs das Gerücht behauptete. Ich schreibe Ihnen diese neue Version ohne zu entscheiden, welche Darstellung der Sachlage näher kommt. Die neuern Berichte wissen nichts von den an Gefangenen, Kranken und Weibern verübten Grausamkeiten; Feldmarschallitutenant Haynau habe vielmehr die Erstürmung der Stadt einer längeren Einschließung schon deßhalb vorgezogen, weil sich darin ein mit 1000 österreichischen Kriegern angefülltes Hospital befunden, die man durch eine Belagerung gefährdet glaubte. Nachdem die österreichischen Truppen durch einige Breschen eingedrungen, habe der furchtbare Barrikadenkampf in den Straßen begonnen, der nach der Aussage einiger Offiziere, die auch bei der Erstürmung Wiens mitgefochten, dem in der Hauptstadt geleisteten Widerstand nichts nachgegeben. Feldmarschallieutenant Haynau ist bereits über Verona nach Padua zurückgekehrt.

Gaeta, 2. April. Der Papst hat einen Bußgang gemacht, den Strick um den Hals, Sandalen an den Füßen und von allen Cardinälen, vom Erzbischof, der Geistlichkeit, dem Volke und der königlichen Familie gefolgt. Man spricht von baldiger Abreise des Papstes mit seinem Gefolge und der Diplomatie nach Barcellona.

Frankfurt, 11. April. Oesterreichische Papiere zeigten heute eine mattere Haltung, und wurden zu niedrigren Preisen als gestern verhandelt. 5pCt Metall. bleiben 76⅛, ⅛ pCt., 2½ pCt. Metall 40⅛ pCt., Wienerbankactien 1475 fl., 500 fl. Loose 127 pCt., 250 fl. Loose 79½ pCt. Von den übrigen Anlehnsloosen Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27½ Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 27½ fl., do. 50 fl. Loose 48⅛ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 70½ fl., Sardinische Loose 26 Fr., Poln. 500 fl. Loose 71½ Rthlr. Südrussische und belgische Obligationen preishaltend. Holländische 2½ pCt. Integralen 49½ pCt. Von Eisenbahnen waren namentlich für Friedrich-Wilhelms-Nordbahn und Köln-Minden wegen ihres Steigens zu Berlin am 11. d. M. auch hier höhere Course zu bedingen, Friedrich-Wilhelms-Nordbahn schließt 34½ ⅛ Rthlr., Verbach 72½ pCt., Köln-Minden 76½ pCt., Taunus 290 fl. 3pCt. inländ. Spanier wurden zu 22½ umgesetzt.

Wien, 10. April. 5pCt. Metall 86⅞. — 4pCt. 70. — 3pCt. —. — 2½ pCt. 46. — Bankactien 1125. — 500 fl. Loose 146. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnactien 96. — Glogauer 91. — Mailänder 68.

Berlin, 12. April. Staatsschuldscheine 80 bez., Seehandlungs-Prämienscheine 99½ etw. bez., Bankantheile 89 B., Berlin-Hamburg 49 bez., Köln-Minden 76½, ⅛ bez. u. B., Friedr.-Wilh.-Nordb. 34½, ⅛ u. 34 bez., Rheinische 47 Br., Thüring. 19½, u. 49 bez., 4pCt. Anl. bei Stieglitz 86½, B., ½ G., Poln. 500 fl. Loose 74⅞ bez., Ende etw. ⅛ verk., Kurhess. prämienfr. à 40 Rthlr. 27⅛ Br., ⅛ G., Neue Badische Anleihe à 35 fl. 16⅛ Br.

Die Course der Fonds und Actien waren heute ohne erhebliche Veränderung; Anfangs der Börse behaupteten sich dieselben fest, schlossen aber meistentheils matter und zum Theil etwas niedriger.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Matten.

Nur 3 Tage in Hamm (Westf.) am Bahnhof!

Dr. Sommer's Heil-Institut

Spezialarzt für Syphilis, Haut- & Harnleiden

Dr. Sommer ist staatlich geprüfter Arzt und hat eine Approbation als solcher. Er ist Mitglied mehrerer ärztlicher Vereine und hat seine Studien auf den Universitäten Berlin, Wien und Prag gemacht. Er ist der einzige Spezialarzt, welcher in Hamm (Westf.) ansässig ist.

Syphilis (Lustseuche) jeder Art, auch die schlimmsten Fälle, heilt Dr. Sommer durch seine neue Methode in kurzer Zeit, ohne Quecksilber und ohne Berufsstörung.

Geschwüre jeder Art, offene Füsse, Krampfadern, Flechten, Ausschläge, Hautjucken, Blutvergiftung, Drüsenleiden, Knochenschmerzen, Rheumatismus, Gicht, Ischias, Nervenschmerzen, Nervenschwäche, Impotenz, Pollutionen, Folgen von Onanie, Unterleibsleiden, Hämorrhoiden, Mastdarmleiden, Blasenleiden, Nierenleiden, Bettnässen, Harnröhrenleiden, Tripper, Hodenentzündung, Weissfluss, Frauenleiden, Gebärmutterleiden, Eierstockleiden, Unfruchtbarkeit, Menstruationsstörungen, Bleichsucht, Fettsucht, Magenleiden, Verstopfung, Leberleiden, Gallensteine, Darmkatarrh, Hämorrhoiden, Lungenleiden, Husten, Heiserkeit, Asthma, Kehlkopfleiden, Herzleiden, Kopfschmerzen, Schwindel, Epilepsie, Veitstanz, Zittern, Lähmungen, Gesichtsschwäche, Ohrenleiden, Taubheit, Ohrensausen, Zahnschmerzen, Zahnfleischschwund, Mundgeruch, Kropf, Drüsenschwellungen, Abmagerung, Blutarmut, Wassersucht, Nervenfieber

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Beilage zu Nro. 89.) 14. April 1849.

* Die ganze Verfassung, nicht die halbe.

Die Nationalversammlung hat Mittwoch (11. April) den Bericht der Deputation über ihre Verrichtung in Berlin vernommen; sie hat darauf die Erklärung gegeben, daß sie an der Verfassung vom 28. März festhalte. Mit Abweisung aller Anträge, die zurück zum Directorium, oder abgar zur Conventionspielerei verleiten wollten, hat sie den Bericht an einen Ausschuß von 30 Mitgliedern gewiesen, welcher zugleich über die Mittel, die Verfassung durchzuführen, vorberathen soll. In diesem Ausschusse sind alle Fractionen vertreten, die einig geworden, daß sie die ganze Verfassung wollen, und wenn die linke Seite darin zahlreich erscheint, so verdankt sie dies ihrem Entschlusse, für die Verfassung mit einzustehen, keineswegs einer Neigung der Mehrheit für politische Kinderkrankheiten, die durch bittere Arzneien geheilt werden müssen. Die ultramontane und particularistische Richtung ist in dem Ausschusse nur durch zwei Mitglieder vertreten, welche sich, dem Vernehmen nach, zur äußersten Linken schlagen, um den auf einen traurigen Ausgang zielenden Anträgen Vorschub zu leisten. Durch die Verweisung des Berichtes der Deputation an den zahlreichen Ausschuß ist die Frist für die Abgabe der Erklärungen gewonnen, die nach der Einladung des preußischen Ministeriums vom 4. April von den Regierungen über die Verfassung und die Kaiserwahl zu erwarten sind. Das Reichsministerium, welchem die Beschlüsse vom 28. März und 11. April endlich zugekommen sind, wird dieselben, wie wir hören, in einer auf Samstag, 14. April, anberaumten Conferenz den Bevollmächtigten amtlich mittheilen, und ohne Zweifel bei dieser Gelegenheit seinen Entschluß aussprechen, der verkündeten Verfassung mit allen ihm zustehenden Mitteln Geltung zu verschaffen, im Vertrauen auf die Unterstützung, welche die Weisheit und die Vaterlandsliebe der deutschen Fürsten, der Regierungen und der Ständeversammlungen, sowie die öffentliche Meinung der Nation ihm angedeihen lassen werden.

Bei dieser Conferenz wird Oesterreich schwerlich vertreten sein. Das Cabinet von Olmütz hat erklärt, daß es die Nationalversammlung in Frankfurt als nicht mehr vorhanden betrachte, es hat seine Abgeordneten aus der Paulskirche abberufen; sobald diesen die Aufforderung zugestellt sein wird, dürften nur Wenige die Folgeleistung verweigern, selbst auf die Aussicht hin, ihre Diäten aus der Reichskasse zu erhalten, worauf heute ein Antrag eingebracht worden ist. Erzherzog Johann hat, dem Vernehmen nach, die Einladung erhalten, auf seinem hohen Posten, als Inhaber der Bundesgewalt, auszuharren. Zur Regelung des künftigen Verhältnisses zwischen Oesterreich und dem deutschen Reiche ist ein Organ des Bundes ein geeigneter Vermittler, zumal da vielfache bleibende Interessen miteinanderzusegen sind. Wäre Oesterreich dabei durch den Erzherzog Johann vertreten, so würden wir beiden Theilen Glück dazu wünschen, indem das so ersprießliche freundschaftliche Entgegenkommen von beiden Seiten uns alsdann gesichert erschiene. Preußen will, nach der Erklärung des Grafen Brandenburg in der ersten Kammer, daß die Unsicherheit über die Neugestaltung Deutschlands ein schnelles Ende erreiche. Sein Bevollmächtigter, Hr. Camphausen, wird heute in Frankfurt erwartet. Haben seine Ansichten, wie man vernimmt, die Zustimmung des Königs von Preußen und seiner Minister erhalten, so wird auch von dieser Seite die Aufgabe der Nationalversammlung als gelöst, ihre Thätigkeit mithin als geschlossen betrachtet werden. Diese Ansicht wird jedoch nur in dem Falle keinen erheblichen Widerspruch erfahren, wenn Preußen mit den übrigen Staaten die Verfassung vom 28. März, und die auf Grund derselben erfolgte Wahl des Reichsoberhauptes anerkennt. Daß die Instruction des Herrn Camphausen für diese unbedingte Anerkennung laute, dürfen wir kaum erwarten; dagegen geben wir die Hoffnung nicht auf, daß die Anerkennung erfolgen werde, nachdem sich herausgestellt haben wird, daß nur dieser und kein anderer Weg zum Ziele führen kann. Wird etwa der Vorschlag gemacht, daß diejenigen Staaten, welche dem Reiche beitreten wollen, ihre Abgeordneten zur Nationalversammlung, dazu ein Staatenhaus, nach Gotha oder Weimar senden, um dort unter Mitwirkung von Regierungscommissären die Verfassung vom 28. März für den Hausgebrauch zurechtzumachen, so werden diesem Vorschlage alsbald unübersteigliche Schwierigkeiten entgegentreten. Er wird weder die Paulskirche, noch die Centralgewalt, weder die Regierungen noch die Stände, er wird am wenigsten die öffentliche Meinung für sich haben. Die Nation will weder, nach dem Plane des Cabinets von Olmütz, zu dem alten Bunde mit Reichskreisen zurückkehren, noch einen preußischen Sonderbund statt des deutschen Bundesstaates haben. Je eher man diesen Plan aufgibt, desto besser wird es für seine Urheber sein. Ein hartnäckiges Verfolgen desselben würde zeigen, daß Preußen zwar stark genug wäre, sich zu isoliren, das heißt, sich selbst und Deutschland zu schwächen, keineswegs aber, um einen namhaften Theil von Deutschland mit Preußen in eine falsche Bahn zu reißen. Wenn Deutschland mit schwerem Herzen vorerst darauf verzichten muß, Oesterreich in den Reichsverband aufzunehmen, so will das Reich doch keines seiner übrigen Glieder missen, und zu diesem Zwecke bedarf es der Verfassung vom 28. März, gegen welche kein anderer deutscher Staat, auch ohne äußeren Zwang, sich lange wird sträuben können; ein preußischer Sonderbund wäre weit neben das Ziel geschossen. Wir hoffen, daß dies die Sprache sein wird, welche Preußen von den Bevollmächtigten der übrigen Staaten vernimmt, und daß diese Sprache ihren Eindruck nicht verfehlen wird. Die Gegner der Reichsverfassung rechnen auf die vier Königreiche Bayern, Hannover, Württemberg und Sachsen. Diese Rechnung wird sich als irrig erweisen, die deutschen Könige werden nicht als die Pfähle erscheinen wollen, welche Napoleon im deutschen Fleische zurückgelassen, um es durch Zwietracht zu schwächen. Wollten sie diese Rolle spielen, — desto schlimmer für sie. Die Verwirrung, welche sie anrichten können, würde ihnen keine guten Früchte bringen. Zudem hat die württembergische Regierung wiederholt erklärt, daß sie die Beschlüsse der Nationalversammlung, auch wenn sie ihrer Ansicht entgegen laufen, anerkennen werde; die Stände und das Volk von Hannover sind für die Verfassung und werden sie durchsetzen; Sachsen kann nicht zurückbleiben, seine Kammern sogar werden einsehen lernen, daß sie der Freiheit nicht dienen, wenn sie der Einheit widerstreben. Bayern endlich würde der täglich zunehmenden Erkenntniß, daß sein Herkules am Scheidewege zwischen Olmütz und Frankfurt nicht stehen bleiben darf, nur dann auf die Dauer widerstreben können, wenn Berlin an die Stelle von Frankfurt, der Sonderbund an die Stelle des Reiches träte.

Der Gedanke der Einigung geht durch die ganze Nation. Wir sahen ihn heute walten in dem Kreise, der sich um die Vertreter der Stadt Berlin gebildet hatte, die einem Staatsmanne aus dem Süden das Ehrenbürgerrecht ihrer Vaterstadt überbrachten; wir sehen ihn thätig in dem Werke der Verbrüderung unter den Vertretern der deutschen Stämme in den Ständesälen und auf dem Schlachtfelde. Und diesem Geiste der Einigung ist eine Form gefunden, die ihn einführt in die Wirklichkeit, so weit es in unseren Tagen möglich ist. Wir wollen sie uns nicht verkümmern lassen, diese Form; wir wollen festhalten an der ganzen Verfassung vom 28. März; sie muß eine That, sie muß eine Wahrheit werden.

⊙ **Frankfurt**, 14. April. Wir sind im Stande, den vollständigen Inhalt der vorgestern erwähnten würdigen und zeitgemäßen Erklärung der badischen Regierung, welche in ihrem Auftrag der badische Bevollmächtigte Welcker der preußischen Gesandtschaft übergeben hat, nachstehend mitzutheilen.

„Se. königl. Hoh. der Großherzog, im Einklang mit seinen Ständen von dem fortdauernden Bestreben geleitet, dem Zustandekommen des deutschen Verfassungswerkes keinerlei Schwierigkeit zu bereiten, erkennt die aus den Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung vom 27. und 28. März hervorgegangene Reichsverfassung und Wahl des Oberhauptes bestimmend an, hofft auf eine baldige Vereinbarung hinsichtlich der vorbehaltenen hochwichtigen Verhältnisse mit Oesterreich, und vertraut die allerdings wünschenswerthen wesentlichen Verbesserungen der deutschen Verfassung einer nachfolgenden Revision.

„Der Großherzog würde glücklich sein, wenn er einer allseitigen Uebereinstimmung begegnete, in welcher die große politische Bewegung des verflossenen Jahres ihren sichern Ruhepunkt der Befriedigung finden könnte."

„Sollte aber, wider Hoffen, der Fall eintreten, daß außer Oesterreich, für welches die Beschlüsse der Nationalversammlung Vorbehalte machen, auch noch hinsichtlich anderer deutscher Staaten ein Anschluß durchaus nicht zu erwirken wäre, und somit die Beschlüsse der Nationalversammlung als solche nicht zum Vollzug kämen, so würden Se. königl. Hoh. unter Vorbehalt der Zustimmung ihrer Stände zu weiteren Schritten und Erklärungen sich veranlaßt sehen, in welcher Beziehung dem großherzogl. Bevollmächtigten noch besondere Instructionen zugehen werden."

m **Frankfurt**, 11. April. Seiner Hoheit dem Generalmajor, regierenden Herzog von Nassau, ist von der provisorischen Centralgewalt das Commando einer Brigade Reichstruppen bei der Armee in Schleswig übertragen worden. — Seine Hoheit der Erbprinz von Sachsen-Meiningen ist bei dem herzoglichen Bataillon, welches sich bei der Armee in Schleswig befindet, als zweiter Stabsoffizier eingetreten, um dem Feldzuge in Reihe und Glied beizuwohnen. — Seine Durchlaucht der Erbprinz von Schaumburg-Lippe hat die Führung der zur Armee nach Schleswig aufgebotenen fürstlichen Jägerabtheilung persönlich übernommen.

RC **Frankfurt**, 13. April. Wir haben schon früher berichtet, wie sich die Centren mit den gemäßigten Fractionen der Linken auf dem eben gewonnenen Rechtsboden der Verfassung zusammengefunden haben. Auch die heutige Präsidentenwahl gab ein Zeugniß der neuen Parteistellung. Es wurde nach Simson zum ersten Vicepräsidenten Bauer von Bamberg von der Rechten und zum zweiten Vicepräsidenten Eisenstuck von Chemnitz von der Linken gewählt. Die österreichischen Abgeordneten traten heute wieder in Berathung über ihre von Wien aus schon vor mehr als 8 Tagen verfügte Abberufung, welche damals auch officiell in Berlin notificirt worden ist.

⊙ **Frankfurt**, 13. April. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt zeigt das Präsidium an, daß es die Vertheilung einer Anzahl Exemplare der Reichsverfassung an die Mitglieder angeordnet habe; ferner mehrere Eingänge, von welchen bloß Notiz zu nehmen sein werde, nämlich: Mittheilung des Senats, daß er der Reichsverfassung beigetreten sei und deren Publication verfügt habe; Mittheilung desselben über die weitern Verhandlungen mit der großh. hess. Regierung wegen Erstehung von Freiungsstrafen, zu welchen Offiziere des Linienmilitärs und Bürger verurtheilt werden können, wonach von Seiten Hessens die Uebernahme derselben zugesichert wird. Tagesordnung: 1) Antrag der Abgeordneten Jul. Friedleben und A. Vogtherr, die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung betr. Dieser Antrag lautet: „Die constituirende Versammlung erklärt zu Protocoll, daß sie die am 28. März l. J. verkündete Verfassung des deutschen Reichs für unbedingt giltig und rechtsverbindlich erachte, und spricht gegen den Senat die Erwartung aus, daß er in diesem Sinne die Rechte und Freiheiten des Volkes wahren werde." Dr. Binding stellt den Antrag, in dieser hochwichtigen Sache keiner Discussion Raum zu geben. Die Versammlung gebe ihre Zustimmung dadurch zu erkennen, daß sie sich wie ein Mann erhebe. Dies geschieht. Bürgermeister Cöster theilt mit, daß von Seiten des Senats heute eine ähnliche Erklärung an das Reichsministerium abgegangen sei. 2) Berichte des Petitionsausschusses über folgende Gesuche: a) der Gemeinde Bonames wegen gleichmäßigerer Vertheilung der Gemeindegüter. In Uebereinstimmung mit dem Antrage des Ausschusses wird beschlossen: einen in nächster Sitzung zu wählenden, aus 15 Mitgliedern bestehenden landwirthschaftlichen Ausschuß zu ernennen, und demselben diesen Gegenstand zur Begutachtung zu überweisen. b) Mehrerer Gemeindebürger von Hausen, Gemeindeangelegenheiten betreffend. An den landwirthschaftlichen Ausschuß gewiesen. c) Bitte der Staatsbürger Angst und Adolai, Wegstreitigkeiten betreffend. Tagesordnung. d) des Chausseegelderhebers Vogt, seine Dienstverhältnisse, resp. Pensionirung betreffend. Tagesordnung. e) des Bürgers Bachmann-Corbett, wegen Versorgung der im Dienste verwundeten Stadtwehrmänner, sowie der Hinterlassenen der Gebliebenen. An den Ausschuß über die Reorganisation der Stadtwehr. f) des Buchdruckers Stritt, polizeiliche Maßregeln betreffend. Der Ausschuß zeigt an, daß das Verhöramt sich geweigert habe, ihm die fraglichen Untersuchungsacten mitzutheilen. Auf den Antrag von Dr. Reinganum und auf eine Erläuterung von Dr. Burkard wird beschlossen: das Präsidium wird beauftragt, von dem Verhöramte die Mittheilung dieser Acten zu begehren, sobald der Stand der Untersuchung dies zuläßt. 3) Antrag des Abgeordneten Dr. med. Friedleben, die Verwendung städtischer Güter betreffend. An den landwirthschaftlichen Ausschuß. 4) Antrag des Abgeordneten Dr. Thomas auf eine durchgreifende Revision der Postverträge von 1822, oder wenn eine solche auf unvorhergesehene Hindernisse stoßen sollte, auf Unterhandlungen mit den benachbarten Staaten zur Uebernahme der Posten in Selbstadministration. Beschluß: Ueberweisung an einen in nächster Sitzung zu wählenden Ausschuß von sieben Mitgliedern. 5) Beschwerde des Dr. August Wagner, vormaligen Redacteurs des „Tagblattes", gegen ein über ihn gefälltes Urtheil wegen Preßvergehen, mit Bitte um Suspension der Vollziehung bis zu Einführung der Schwurgerichte. An den Petitionsausschuß. 6) Bericht des Ausschusses über den die Abschaffung der Vaterschaftsklagen betreffenden Antrag. Dr. Neukirch erstattet den den Gegenstand nach allen Seiten beleuchtenden Bericht, wonach die Commission einstimmig ist über die Aufhebung dieser Klagen und in Abänderung ihres diesfallsigen Gesetzesentwurfes ein Project von Dr. Reinganum angenommen hat, das nach seinem Wortlaute bei der Abstimmung ausgeführt werden wird. Hierüber entspann sich eine mehr als dreistündige Discussion, deren Inhalt wir nur andeuten können. Dr. Braunfels ist gegen den Bericht. Es gebe gar keine Vaterschafts-, sondern bloß Alimentationsklagen; für diese erschwere der Entwurf den Beweis. Er ist ferner dagegen, daß dieser Gegenstand aus der allgemeinen Gesetzgebung herausgerissen, und nicht vielmehr einer gänzlichen Revision der Gesetze vorbehalten werde. Er trägt auf Tagesordnung und eventuell auf Rückweisung an die Commission an, die, da sie nach dem Berichte ihre Ansichten schon einmal geändert, dieselben auch ein zweites Mal ändern könne. Dr. med. Friedleben zeigt durch Zahlen, daß in Frankreich, namentlich in Paris, seit der Abschaffung der Vaterschaftsklagen die Zahl der unehelichen Geburten sich beträchtlich vermehrt habe. Er stimmt zu dem Antrage des Verredners. Dr. Binding wünscht bis zu einer allgemeinen Gesetzgebung zu warten, und ist gegen den Antrag. Dr. Reinganum für den Antrag. Was von Seiten des Staates für die Verbesserung der Lage der unehelichen Kinder gethan werden könne, sei geschehen, indem man sie den ehelichen völlig gleichgestellt habe. Dr. Schwarzschild stimmt für den Entwurf und wünscht, daß wenn man Gesetze anführen wolle, man es auch recht thue. Schöff Souchay führt aus seinen Erfahrungen als Richter an: wer sich als Vater bewußt sei und sich vor Gericht ziehen lasse, der schwöre auch. Dr. Behaghel widerlegt in ausführlicher Rede die Anführungen des Dr. Friedleben. Senator Hessenberg spricht gegen den Entwurf und nachdem der Berichterstatter Dr. Neukirch denselben noch

gründlich vertheidigt hatte, wird zur Abstimmung über die Anträge des Dr. Braunfels geschritten. Die Tagesordnung wird durch Namensaufruf mit 68 gegen 31 Stimmen verworfen, und die Rückweisung an die Commission ebenfalls abgelehnt, dann aber um 9 Uhr die Sitzung abgebrochen und die weitere Abstimmung und die Berhandlung der übrigen Gegenstände auf Montag den 16. April vertagt.

Wien, 10. April. Mit der größten Spannung sieht ganz Wien auf den Ausgang des vor den Mauern Pests sich entspinnenden Kampfes und klagt laut den Fürsten Windischgrätz des Mangels an kriegerischen Talenten an. — Die hiesige „Presse" bemerkt sehr richtig, daß „eine tapfere Armee" einer glücklichen Führung bedarf, um einen Erfolg zu erringen. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Nachricht, Feldzeugmeister Baron Welden werde das Obercommando der ungarischen Armee übernehmen, einen allgemeinen Glauben findet; dieser tapfere General, den die öffentliche Stimme als den geeignetsten nennt, hätte gewiß nicht Anstand genommen, diese Mission zu erfüllen, wenn sie ihm auf eine Art angeboten worden wäre, welche ihn hoffen ließe, seine Pläne mit der nöthigen Unabhängigkeit durchzuführen." — Seit 6 Monaten hat hier kein öffentliches Organ gewagt, einen Tadel gegen den allmächtigen Fürsten Windischgrätz auszusprechen, und wenn die „Presse", welche mit dem Grafen Stadion in mehr als gewöhnlichen Beziehungen steht, einen so herben Tadel ausdrücken darf — so muß es mit den „entente cordiale" des Ministeriums und des Fürsten schlecht aussehen. — Gut unterrichtete Personen wollen überdies wissen, daß es mit dem „Einverständniß" unserer drei militärischen Potenzen, Windischgrätz, Jellachich und Welden, übel stehe, und wird insbesondere die so schnelle Rückkehr Weldens von Komorn in einer Weise gedeutet, welche obige Behauptung bestätigt. — Aus Pest erhielt ich ein Schreiben vom 8. d. M. darin, in welchem Gerüchte über Gerüchte mitgetheilt werden. — Der Feldmarschall ist in Pest angekommen und hat in einem dortigen Gasthofe „zum Schwan" sein Quartier genommen, anstatt wie gewöhnlich in Ofen zu bleiben. Niemand durfte am Abend vor die Linie gehen, obgleich Pässe nach Wien immerhin verabfolgt wurden. Auf dem weltberühmten Rakosefelde stehen die kaiserlichen Truppen aufgestellt. Nach der Ansicht meines Berichterstatters haben die Ungarn in einem Halbkreise von Szolnok aus gegen Pest eine solche Macht concentrirt, um einen Hauptschlag gegen diese Stadt zu versuchen, während andererseits versichert wird, ihre Hauptabsicht sei der Entsatz Komorns. — Der dortige Commandant, Graf Wrbna, macht die Bewohner aufmerksam, daß sie sich im Belagerungszustande befinden und jeder Tumult mit der Beschießung der Stadt bestraft werden würde. — Von hier gehen fortwährend Verstärkungen nach Ungarn und auch aus Italien erwartet man den General Haynau mit einem bedeutenden Truppencorps von dreißigtausend Mann.

Aus einer Proclamation des Banus an die Dalmatiner geht hervor, daß der ritterliche Herr vielen Kummer und Verdruß — aber wenig Freude an der gegenwärtigen Gestaltung der Verhältnisse habe. Uebrigens erklärt er das Gebiet von Fiume in Belagerungszustand.

Heute wurde von Seiten des Militärcommandos in einem Placat das Tragen von rothen Halstüchern, Kappen und überhaupt auffallenden Kleidungsstücken, welche auf ein polnisches Abzeichen deuten können, untersagt und die betreffenden Uebertreter mit dem kriegsrechtlichen Verfahren bedrohet. — Die „Wiener Zeitung" bringt noch immer Verurtheilungen von Personen, die in halbtrunkenem Zustande Dinge geplaudert, die in Anbetracht der zahlreichen „Spitzel" besser zu verschweigen sind.

Auf der Börse wußte man nichts Neues über den Kriegsschauplatz.

Einem übrigens völlig unverbürgten Gerüchte zufolge soll Dr. Fischhof zum Strang verurtheilt und zu zwölfjähriger Kerkerstrafe begnadigt worden sein, weil er während seiner Mission in Galizien den bekannten General Bem nach Wien beschieden. Ich wiederhole, daß das Gerücht sehr unwahrscheinlich ist. (L. Z.)

Preßburg, 7. April. Unser Losungswort ist jetzt Komorn, zu dessen Einnahme die ernstesten Maßnahmen getroffen werden. Die Festung soll mit Sturm genommen werden, und um die Operationen vollkommen und ungestört ausführen zu können, sind 12 Bataillone, theils Infanterie, theils Cavallerie, bestimmt den Belagerungstruppen den Rücken zu decken; daher, wie wir vernehmen, alle entbehrliche Mannschaft aus andern Provinzen herbeigezogen werden wird, um das Cernirungsnetz um Komorn in weitester Ausdehnung zu ziehen, und so die Waffenbrüder vor einem Ueberfall von der nördlichen Seite zu schützen. — Die Stadt Komorn ist unbewohnbar; man hat daher, wie wir vernehmen, die dortigen politischen Verbrecher ihrer Haft entlassen, und in den dumpfen Löchern und Gefängnissen die Komorner Einwohner einquartiert. In diesem Augenblicke marschiren mehrere Bataillone Khevenhüller, Baumgarten Infanterie (Grenadiere), Uhlanen und Chevauxlegers durch unsere Stadt.

Der Banus hat in Folge der Unruhen, welche in Cattaro ausgebrochen, an die Bocesen eine Proclamation erlassen, in welcher er sagt: daß diejenigen, welche die Ordnung und Ruhe stören, den glorreichen Namen des Slaventhums, mit welchem sich Serben und Croaten schmücken, schänden, ihm aber, der ohnehin mit Sorgen überhäuft sei und mit Schwierigkeiten aller Art zu kämpfen habe, die Last des Herzens vermehren. An den Montenegriner Wladika erließ der Ban gleichfalls ein Schreiben des Inhalts: daß ihn große Sorgen plagen, da zu den Mühseligkeiten des Krieges täglich neue Unannehmlichkeiten politischer Art in dem Slaventhume des Kaiserstaates vorgehen. Er beschwört ihn, mit seinem ganzen Ansehen dahin zu wirken, daß die Bocesen ihre Wünsche und Beschwerden auf gesetzlichem Wege vorbringen.

Prag, 10. April. Aus verläßlicher Quelle kann ich Ihnen die Mittheilung machen, daß russische Hilfe in Ungarn und Siebenbürgen vor der Hand nicht wieder einschreiten wird. Es sind nämlich von Paris, London und zuletzt selbst von Berlin dringende Noten angelangt, welche der österreichischen Regierung so rücksichtswürdig erschienen, daß sie durch erneuertes Aufgebot ihrer eigenen Kräfte dem ungarischen Aufstande zu begegnen beschloß. Man spricht von einer neuerlichen Entsendung von wenigstens 30,000 Mann. (L. Z.)

*** **Berlin**, 12. April. Die zweite Kammer nahm heute ihre durch das Fest unterbrochenen Arbeiten wieder auf. Daß ein Abgeordneter, wenn er sein Mandat niedergelegt, aber erklärt hat, so lange in der Versammlung zu bleiben, bis sein Nachfolger erschienen, darin zulässig sei, war der Beschluß, welchen die Kammer bei dem analogen Veranlassungsfalle des ausscheidenden Abg. Simon (Trier) faßte, und zugleich ergänzend in das Geschäftsreglement aufnehmen wollte. Die Tagesordnung brachte sodann zwei Interpellationen. Die erste von Jung an den Minister des Innern wegen der zahlreichen Ausweisungen von Personen, die ein Recht haben, in Berlin zu wohnen. Zuerst nannte Hr. Jung den Abg. Robbertus, schwächte jedoch die Wirkung seiner Interpellation durch Parallelisirung des Falles mit der Ausweisung von Hecker und Itzstein unter dem Polizeiministerium des Grafen v. Arnim. Denn im Verlauf der Verhandlung nahm dieser selbst das Wort: „Ich halte es nicht für der Mühe werth, meine Handlungen dem Abgeordneten von Berlin gegenüber zu verantworten. Was die Ausweisung von Hecker und Itzstein betrifft, so wäre es zu wünschen gewesen, daß aus allen Staaten eine Person ausgewiesen wäre, die mit fremden Schaaren in Deutschland einfiel, um deutsches Blut zu vergießen." Mit vielem Anstand benutzte Robbertus das Recht persönlicher Bemerkung zur Exposition, daß er, als ehemaliger Minister, als Mitbesteuerpflichtiger keineswegs in die Kategorie der Fremden gehört habe, als er ausgewiesen wurde. Als dessen Leidensgefährte nannte Jung die Herren Hoppe, Referendar Schramm, den Republikaner, Krehlinger, Schwarz und Löwenstein. Mehr denn zehnmal hörte man während seines Vortrags aus der Linken die Worte „Pfui! Pfui!" Das Urtheil über das Verfahren der Polizeiverwaltung lag in der Beantwortung der Interpellation durch den Minister: „Wenn Jemand hier sein Domicil hat und ausgewiesen ist, so erkenne ich das für Unrecht, und es würde, wenn es zu meiner Kenntniß gekommen wäre, Remedur gefunden haben." Wenn aber Jung am Schlusse seiner Interpellation den letzten Schleier vom Ministerium reißen, wenn er seine Anklage desselben bis in die Paulskirche tragen wollte, um diese zu belehren, welch einen Griff sie am 28. v. M. gethan: so hat der Abgeordnete von Berlin gewiß die Reichsversammlung zu Frankfurt vollständig verkannt; und ich glaube nicht gegen deren Sein und Geist zu verstoßen, wenn ich behaupte, daß dieselbe nicht in irgendwelchen Ministerien, sondern in der Verbündung des gesammten deutschen Volkes das Band und die Stärke der deutschen Einheit gesucht hat und finden wird. Besser würde der Abgeordnete von Berlin gethan haben, wenn er die Minister gefragt hätte: Bei'm Belagerungszustande wolltet Ihr von der theoretischen Freiheit nichts wissen. Ihr stelltet damals durch Eure Handlungen die Behauptung auf, daß Ihr nur eine Staatsverwaltung aus praktischen Gründen und Rücksichten für die allein vernünftige, für die allein ausführbare hieltet. Wie steht es mit Eurer Politik um die deutsche Frage? Seid Ihr hier Euern Grundsätzen getreu geblieben? Die deutsche Einheitsfrage ist eine durch und durch praktische Frage. Von ihrer Lösung hängt die Rettung der Nationalität, hängt sogar der Bissen Brod ab, von dem sich die Armuth nährt: Wollt Ihr praktische Staatsmänner sein und nicht in den Fehler Eurer Gegner verfallen, so zeigt, daß es Euch Ernst, daß es Euch Lebensaufgabe ist, die Einheit Deutschlands um jeden Preis herbeizuführen. — Eine zweite Interpellation richtete Graf Poninski (Wreschen) an das Staatsministerium wegen Abführung eines Preußen im polnischen Theile des Großherzogthums nach Warschau, weil er, sich im Königreiche aufhaltend, der russischen Behörde gegenüber sich nicht gehörig legitimiren konnte. Die Sache wird nach v. Manteuffel's Versicherung auf diplomatischem Wege geordnet werden. Den Schluß der Sitzung machte der Bericht der Petitionscommission. Es gereicht dem Sinne des Volkes zur Ehre, daß die Zahl der eingelaufenen Petitionen gegen voriges Jahr sehr abstich. Der Bericht umfaßte nicht 90 Nummern, während vergangenes Jahr gegen 12,000 in Privatangelegenheiten eingegangen waren. In der morgenden Sitzung wird in der deutschen Frage ein Antrag der Fraction Robbertus eingebracht, das Vereinbarungsprincip desavouirt und wenn nicht also Zeichen trügen, dasselbe auch von der Rechten kräftig unterstützt werden. (Dieser Antrag, wirklich gestellt und auf telegraphischem Wege hier bekannt geworden, ist unsern Lesern bereits durch ein Extrablatt mitgetheilt.)

Auf der Ministerbank sah man heute den neuen Justizminister. Dies veranlaßt den Abgeordneten Grün im Lauf der Debatte zu der Aeußerung das Wort zu nehmen: er bemerke auf der Ministerbank einen Unbekannten, sollte dieser der neue Herr Justizminister sein, so sehe er in diesem ungemeldeten Erscheinen eine grobe Mißachtung der Kammer. Der Präsident Grabow bemerkt, daß ihm keine officielle Mittheilung zugegangen sei. Es ist zu bedauern, daß das Ministerium auch in solchen Aeußerlichkeiten seinen Gegnern fortwährend Grund zur wohlfeilen Polemik liefert.

Um die vom Westen her nach dem Kanal kommenden deutschen Schiffe von den dänischerseits angeordneten feindseligen Maßregeln schleunigst zu unterrichten und zu warnen, ist bereits von London aus durch die Vermittelung der dortigen preußischen Gesandtschaft das schnellgehende Dampfschiff „William Gunston" von 60 Pferde Kraft nach dem Kanal entsendet. Ferner ist zu noch mehrer Vorsicht am 5. d. ein zweites englisches Dampfschiff „Britannia" von Dover in See gegangen, um im Kanal zu kreuzen. Endlich sind die Lootsen in den am Kanal belegenen englischen Häfen angewiesen, den Capitänen der ihnen begegnenden oder dort anlaufenden deutschen Schiffe die geeigneten Warnungen zukommen zu lassen. Es steht zu hoffen, daß diese zeitig angeordneten Maßregeln dazu beitragen werden, das Interesse des deutschen Handels und der Rhederei möglichst zu wahren. (Staatsanz.)

Emden. In der Versammlung des hiesigen vaterländischen Vereins am 5. d. M. wurde einstimmig beschlossen, „Sr. Majestät dem Könige und dem Gesammtministerium die Bitte vorzutragen, daß beide ihren ganzen Einfluß verwenden möchten, damit die Krone Preußen den ihr gewordenen Beruf als deutsches Oberhaupt unbedingt annehme." Ferner wurde der Antrag, die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt zu ersuchen, den Abgeordneten aus Oesterreich bei den ferneren Beschlüssen, betreffend die Einheit Deutschlands, und die deutsche Reichsverfassung, eine entscheidende Theilnahme nicht ferner zu gestatten, auch zur Beschlußnahme über diese Angelegenheit die Genannten nicht zuzulassen, einstimmig angenommen.

± **Darmstadt**, 13. April. Die zweite Kammer hat sich auf kurze Zeit vertagt, zugleich zu dem Zweck, um abzuwarten, was, ihrem Beharren bei ihren Beschlüssen hinsichtlich des Wahlgesetzes gegenüber, die erste Kammer thun wird. Ohne Zweifel wird in der ersten Sitzung ein Antrag wegen Anerkennung der Reichsverfassung durch die Staatsregierung auftauchen. — In dem Proceß Görlitz sind dieser Tage neue Ergebnisse gewonnen worden. Bei einem in Kurhessen lebenden Verwandten des angeschuldigten Bedienten der Gräfin haben sich werthvolle Effecten gefunden, die als Eigenthum der unglücklichen Gräfin recognoscirt wurden. Wahrscheinlich wird dieser Proceß einer der ersten sein, welche den im Juni zum ersten Mal zu Gericht sitzenden Assisenhof beschäftigen werden.

Handelsnachrichten.

Mainz, 13. März. (M. Z.) Die Stimmung für Getreide mit Ausnahme von Waizen, ist sehr flau und der Umsatz schwach; dagegen bleibt für diese letzte Fruchtgattung eine gute Meinung vorherrschend. Heute notirten wir sowohl effectiv, als auf Lieferung pr. Mai: Waizen (Pfälzer) 8¾ fl., (Franken) 9 fl., Korn 5¾ fl. per 100 Kil.; Gerste 4½ fl., Haser 3½ fl. per Malter. Hülsenfrüchte sind ebenfalls vernachlässigt und nur in kleinen Partien zu placiren. Man offerirt Bohnen zu 8 fl., Erbsen zu 6 fl., Linsen zu 6—5½ fl. per Malter. Rüböl effectiv, sowie pr. Mai behauptete zwar seinen bisherigen Standpunkt, doch bestellt weniger Frage dafür. Per Oct. ist die Tendenz flau in Folge der für die Repsfrüchte äußerst günstigen Witterung, warme Temperatur mit abwechselndem Regen. In notirten ist: Effectiv 45 Rthlr., pr. Mai 43⅓ Rthlr., pr. Oct. 40—39½ Rthlr. Rohöl 30½ fl. Leinöl 34½ Rthlr. Branntwein (50 Procent) 20 fl. per heß. Ohm.

Frankfurt, 14. April. 10. Ziehung 6. Klasse der 115 hiesigen Stadtlotterie. Hauptgewinne: Nr. 1907 10,000 fl. Nr. 21293 2000 fl., Nr. 16324 19499 10831 jede 1000 fl., Nr. 15781, 13176 jede 300 fl.

Cours der Staats-Papiere. 14. April 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	76	75¾	Würtemb.	Obligationen b. Rothsch.	3½	78⅛	77⅛
»	ditto ditto . .	4	60	59⅛	»	Neue Württemberg.	4½	94⅛	93⅞
»	ditto ditto . .	2½	40⅜	40⅛	Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	81	80⅜
»	Bank-Actien p. St. .		1178	1173	»	fl. 25 Loose		21	20⅜
»	fl. 250 Loose b. Roth.		79½	78⅜	Frankfurt	Obligationen	3	77½	77
»	fl. 500 » ditto		127	126½	»	ditto v. 1839	3½	92⅞	92⅛
»	Bethmann. Obligat.	4½	73	72½	»	ditto v. 1846	3½	89	88⅛
»	ditto ditto	4	63½	63	»	Taunusbahnactien .		292	290
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	81	80½	Holland	Integrale	2½	49⅝	49½
»	Prämienscheine . .		—	100¾	»	Hollandische	1	—	77⅛
Bayern .	Obligationen	3½	79½	79	»	Syndicate	2½	—	78¼
Darmstadt	fl. 50 Loose		70⅝	70¼	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—
»	fl. 25 ditto		22¼	22	»	Innere Sch., neue Obl.	3	23	22¾
»	Obligationen	3½	79	78½	Portugal	Consols Lot. à fl. 12.	3	—	—
»	ditto	4	87½	86⅜	Polen	fl. 300 Loll. Loos Rth.		—	98
Baden .	Obligationen v. 1848	3½	77⅜	76½	»	Obligationen de fl. 500	4	74½	74⅛
»	fl. 50 Loose v. 1840		48¼	48⅛	Russland	in R. à fl. b. Grm. ccC.	4	—	82½
»	fl. 35 Loose		28	27¾	»	ditto b. Stieglitz et C.	4	—	82

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.
Pistolen	9	56	Gold al Marco .	382	—
Pr. Friedrichsd'or	9	57	Laubth., ganze. .	—	—
Holl. 10 fl. Stücke	10	3	Preuss. Thaler .	—	—
Rand Ducaten . .	5	39	à Frankenthaler .	—	—
20 Francsstücke	9	38	Hochhaltig Silber	24	30
Kngl. Souverains	12	4	Gering u. mittelh.	24	20

Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Kurhessische Loose . . .	27½	27⅜
Sardinische Loose . . .	26½	26
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Minden	77¼	76¾
Ludwigsh.-Bexbach. . .	73½	72½
Präs.-Wilhs.-Nordbahn .	34½	34¼

Wechsel-Cours.		Papr.	Geld.
Den 14. April.			
Amsterdam	k.S.	100⅝	—
(100 fl. Cnl.)	2M.	—	100¼
Augsburg	k.S.	119½	—
(100 fl. Cnl.)	2M.	—	—
Berlin . .	k.S.	—	105½
(60 Thlr.)	2M.	—	—
Bremen (50	k.S.	—	99⅛
Rthlr. L.-Cnl.)	2M.	—	—
Hamburg .	k.S.	88½	—
(100 Mk. Bco.)	2M.	—	87¾
Leipzig (60	k.S.	—	105⅝
Thlr.) L. n. M.		—	—
Londres . .	k.S.	121	120¾
(10 Livr. St.)	2M.	—	120¼
Lyon . . .	k.S.	—	95¼
(300 Fr.)	2M.	—	—
Mailand (250	k.S.	—	99½
Lir. Austr.)	2M.	—	—
Paris . . .	k.S.	95¾	—
(300 Fr.)	2M.	—	—
Wien (100 fl.	k.S.	105¼	—
im 24 fl. F.	2M.	—	—
Disconto		—	1

A. Sulzbach, beeid. Makler.

Nach der Börse: 2½ pCt. Met. —; 3pCt. Span. Inl. —; Taunusbahn-Actien (pr. Ult.) —; Ludw.-Bexb. —; F.-W.-Nordb. — fl.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Extra-Beilage.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

(Zweite Extra-Beilage zu Nr. 985.) 14. April 1916.

Dienstag

Deutsches Reich.

Berlin, 13. April. (Amtlich.) Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, dem Generalmajor Freiherrn von Lyncker, Chef des Militärkabinetts, den Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern zu verleihen.

selbst jetzt ihr Hauptquartier ist, Windischgrätz und Jellachich sind hier, und die militärischen Bewegungen haben einen außerordentlichen Charakter angenommen. Die österreichische Armee, welche bei Pest concentrirt ist, soll 60,000 Mann stark sein, und es sollen heute noch 10,000 Mann, von Wien kommend, erwartet werden. Die ungarische Armee, welche eine große Linie von Kerepes bis Vecses (zwei Stunden von Pest) einnehmen soll, wird auf 90,000 angegeben, ohne den ungeheuren Landsturm zu rechnen. Allen Nachrichten zufolge soll es noch heute zur entscheidenden Schlacht kommen; bis jetzt aber (12 Uhr Mittags) ist die Generalität noch hier. Da wegen des Feiertags (Ostersonntag) eine Unzahl von Menschen auf den Straßen sich bewegt und man Unordnungen befürchtet, so wurde in einem öffentlichen Anschlag an den Belagerungszustand erinnert und bei einem etwaigen Krawall mit Beschießung der Stadt gedroht. Bisher ist hier Alles ruhig. Der aus Galizien anrückende Hammerstein soll bereits in Kaschau eingerückt sein; nach anderen Nachrichten soll er erst am 12. d. M. dort erwartet werden.

† **Wien**, 11. April. Von dem Kriegsschauplatze wußte man bis gestern Abend nur so viel, daß die Macht der Insurgenten auf dem Rakosfelde (der ehemaligen Wahlstatt der ungarischen Könige) ½ Stunde von Pest aufgestellt sei und man einer Schlacht entgegen sah. Dennoch zweifelte man einerseits, daß Feldmarschall Windischgrätz bei der Ueberlegenheit des Feindes solche annehmen werde, anderseits, daß die Magyaren das Schicksal Pests auf das Spiel setzen würden, eine Schlacht zu erzwingen. Viele aus Pest geflüchtete Familien waren hier und in Ofen angelangt. — Einem Berichte im gestrigen Abend-Lloyd zufolge mußte man in Pest den Ban Jellachich einige Zeit lang für gefangen gehalten haben, und war sehr angenehm überrascht, wieder Nachrichten über ihn zu erhalten. — Es läßt sich mit ziemlicher Gewißheit aus den geschilderten Operationen die Schlußfolge ziehen, daß der rechte Flügel der k. k. Truppen zurückgedrängt wurde und näher zu Pest steht, als für die Gesammtoperationen gut ist. — Der Kaiser hat in Würdigung der Verdienste, welche das treue und tapfere Grenzvolk durch die in neuester Zeit für den allerhöchsten Thron und im Interesse der Gesammtmonarchie geleisteten Dienste sich erworben hat, dann um denselben in dieser Rücksicht bis zur Vollendung der aus der neuen Verfassung des Kaiserreichs hervorgehenden Vorschriften und Einrichtungen jede mögliche Erleichterung gleich augenblicklich zu Theil werden zu lassen, über Anhörung des Ministerraths beschlossen: die Schulden der Grenzer, welche noch aus den in früheren Nothjahren auf Rechnung des Grenzapprovisionirungsfonds geschehenen ärarischen Verleihungen an Samen- und Nahrungsfrüchten entstanden sind, gänzlich nachzusehen.

Das an der Börse verbreitete Gerücht, daß die Ungarn geschlagen worden sind, wurde trotz des Steigens der Fonds nur mit Mißtrauen aufgenommen.

Wien, 11. April. So viel ich einstweilen erfahre, sind alle Gerüchte, die Sie von anderer Seite über die ungarischen Verhältnisse erfahren möge, gewiß übertrieben, denn ich habe Briefe bis Mittag des 9. und diese wollen nichts davon wissen, daß Bem vor den Mauern Pest's stehe, oder daß diese Stadt bereits von den Magyaren besetzt worden ist. Indessen circulirt hier das Gerücht, daß Bem nun doch vor Pest stehe. Wie man mir übrigens schreibt, wird Niemanden gestattet, die Stadt zu verlassen und werden sogar Pässe nach Wien verweigert. — Heute am frühen Morgen verließ uns wieder ein Theil der Garnison, um sofort nach Ungarn zu marschiren. Daß es dort nicht am besten steht, ist eine unleugbare Thatsache. — Der rechte Flügel, unter der Leitung des Banus ist zurückgedrängt worden, und, wie ich Ihnen gestern gemeldet, steht das Gros der Armee auf dem Rakosfelde. — Minister Stadion soll seine Entlassung eingereicht haben, und auch der Finanzminister Krauß ein Gleiches beabsichtigen; man hofft, Hrn. v. Schmerling zu gewinnen. — So eben höre ich, daß die Belagerung von Komorn aufgehoben ist. Die „Bukarester Zeitung" meldet: So eben eingegangenen Nachrichten zufolge ist Feldzeugmeister Puchner endlich in dem Dorfe Gerelsdau unweit Hermannstadt eingetroffen und hat seine Verbindung mit Oberst Stariantin hergestellt, der sich in Tolmasch befindet. Beide Truppenkörper werden ungesäumt Hermannstadt angreifen. Diese Nachricht klingt sehr abenteuerlich, und dürfte sich schwerlich bestätigen. (C. Z.)

Daß wirklich auch Kronstadt in die Hände der Insurgenten gefallen, bestätigt jetzt die „Wiener Zeitung" selbst. In Hermannstadt soll Meszaros, in Kronstadt Bem befehligen, der jetzt in die Bukowina sich werfen zu wollen scheine. So wenig noch Komorn gefallen ist, so fest halten die Insurgenten auch Peterwardein, dessen Besatzung in den letzten Tagen durch Perczel und Bathyani Verstärkung erhalten haben soll.

Deutschland.

†† **Frankfurt**, 14. April. Beda Weber, Professor aus Meran, Abgeordneter zur deutschen Nationalversammlung, ist durch das Domcapitel zu Limburg zum katholischen Pfarrer an der Bartholomäuskirche (Dom) in hiesiger Stadt ernannt worden.

Swinemünde, 10. April. Heute Nachmittag wurden, dem Lande zusteuernd, eine dänische Fregatte und Corvette signalisirt, worauf der Commodore Schröder mit dem Dampfboot „die Oder" den Hafen verließ und jenen Schiffen entgegenfuhr, während die Kanonenböte sich in Bewegung setzten und bis in See hinein folgten. Plötzlich, etwa eine Meile vom Lande entfernt, wendete zuerst die Fregatte und in größerem Abstand die Corvette um, in Folge dessen auch das Dampfboot „die Oder" umkehrte und nebst den Kanonenböten Abends in den Hafen zurückkehrte.

Köln, 12. April. Aus Ostfriesland gehen der „Köln. Ztg." seit mehreren Tagen massenhaft Adressen und Petitionen zu, in welchen sich die freudige Beistimmung jenes Landes zu der Wahl unseres Königs zum deutschen Kaiser ausspricht. Man sieht, Ostfriesland hat seine preußischen, und was mehr als das ist, seine deutschen Erinnerungen nicht vergessen.

0 **Dresden**, 11. April. Die erste Sitzung der ersten Kammer nach den Osterferien hat mit einem schlimmen Omen begonnen. Der Abgeordnete Jahn nämlich stellte, als sich Staatsminister v. Ehrenstein bei der Beantwortung einer Interpellation wegen der Steuererhebung auf die am 30. März erschienene Verordnung bezog, den Antrag, daß, da die letztere in offenbarem Widerspruch mit den Beschlüssen der Kammern stehe, der Finanzminister in Anklagestand versetzt werde. Hierauf interpellirte der Abgeordnete Hitschold wegen eines angeblichen Verbotes der Kanzelvorträge des deutsch-katholischen Pfarrers Scholl, da ein unlängst in Leipzig von ihm gehaltener eine „Verleitung zur Unsittlichkeit" involvire. Abgesehen davon, bemerkt der Interpellant, daß dem Ministerium eine Entscheidung über das, was unsittlich sei, nicht zustehe, so dürfe es auch nicht in die inneren Angelegenheiten der Kirche eingreifen, deren Freiheit durch die deutschen Grundrechte gewährleistet sei. Hätte die genannte Predigt wirklich etwas Verbrecherisches enthalten, so hätte nach dem gesetzlichen Gange die Justizbehörde eine Untersuchung eröffnen müssen. Wäre das Verbot wahr, so würde es eine Hantirung der Cabinetsjustiz sein; doch da der jetzige Vorstand des Cultusministeriums nur ein provisorischer und außerdem als scharfsinniger Jurist bekannt sei, so sei solch ein Einschreiten nicht glaublich, und aus diesem Grunde frage er (der Abgeordnete): ob das Ministerium die in öffentlichen Blättern genannten Verordnungen wirklich erlassen habe, aus welchen Motiven dies geschehen sei, und durch welche gesetzlichen Bestimmungen es diese Maßnahmen rechtfertigen wolle? Die Kammer wendet sich sodann zur Berathung des längst erwarteten Berichtes (Referent Bürgermeister Klinger) über I. das Reichsgesetz, die Einführung einer allgemeinen Wechselordnung für Deutschland, II. den Gesetzentwurf, die Einführung der allgemeinen Wechselordnung für Deutschland in Sachsen, III. den Gesetzentwurf, die kaufmännischen Anweisungen und IV. den Gesetzentwurf, den Schuld- und Wechselarrest betreffend. Einstimmig beschließt die Kammer, im Verein mit der zweiten auszusprechen, daß die Publication des Reichsgesetzes vom 28. Nov. 1848, die Einführung einer allgemeinen Wechselordnung für Deutschland betreffend, auch in unserm Gesetz- und Verordnungsblatt, als sich von selbst verstehend, sofort zu erfolgen habe. Ebenso wird der Gesetzentwurf, die Einführung der allgemeinen deutschen Wechselordnung betreffend, unverändert angenommen, nur zu § 7 wird auf Antrag der Deputation ein kleiner Zusatz beschlossen. Der Gesetzentwurf, die kaufmännischen Anweisungen betreffend, gibt Veranlassung zu einer längeren Debatte, welche jedoch wegen vorgerückter Zeit unterbrochen wird.

0 **Dresden**, 12. April. Sitzung der ersten Kammer. Die heutige Sitzung war bei zahlreich besetzter Tribune ohne Zweifel die wichtigste unter allen bisherigen. Auf der Tagesordnung befanden sich zwei Anträge, der eine von Heubner und Genossen, der andere von Dörstling und Genossen, beide im Sinne gleich, auf Anerkennung der deutschen Reichsverfassung gehend und als dringlich anerkannt. Nach Verlesung derselben beantragt Abg. Hitschold, daß über die Anträge wegen ihrer Dringlichkeit und ihres bedeutungsschweren Inhalts ohne Discussion Beschluß gefaßt werde, da anzunehmen, daß Niemand die Annahme, wenn auch aus verschiedenen Motiven, verneinen werde. Diesem Antrage tritt die Kammer bei, vorbehaltlich der Begründung von Seiten der beiden Antragsteller, zu welcher diese jetzt das Wort ergreifen. (Die Begründungen werden wir morgen nachtragen.) — Bevor die Kammern nach dieser mit lautem Bravo aufgenommenen Rede zur Abstimmung schritt, trägt Vicepräsident Tschucke darauf an, daß zu Protocoll bemerkt werde: die Minister seien heute sämmtlich von der Sitzung weggeblieben und haben sich also die Gelegenheit entgehen lassen, auch ihre Meinung über diese hochwichtige Angelegenheit zu äußern. Der Präsident veranlaßt die Schriftführer die Bemerkung ins Protokoll zu setzen. Heubner's Antrag ging dahin:

„Die Kammer möge im Verein mit der zweiten bei der Staatsregierung beantragen, dieselbe wolle die von der Nationalversammlung beschlossene und verkündete Verfassung des deutschen Reichs sammt dem Reichswahlgesetz sofort und ohne vorher mit den andern Regierungen in Verhandlung zu treten, anerkennen und auf verfassungsmäßige Weise publiciren. Die Kammer genehmigt den Antrag gegen eine Stimme (Floß), worauf auf den Vorschlag Klinger's die Sitzung geschlossen wird, damit dieser feierliche Eindruck, den dieser Augenblick hinterlassen, nicht gestört werde. In gehobener Stimmung ging die Versammlung auseinander.

) **Darmstadt**, 14. April. Mehrere Deputirte unserer zweiten Kammer, die sich vor einigen Wochen bis zum 23. April vertagt hat, haben den Präsidenten aufgefordert, die Kammer zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzuberufen. Der Zweck dieser Sitzung, welche in den nächsten Tagen auch wirklich stattfinden wird, ist, die Staatsregierung zu ersuchen, unverzüglich die Reichsverfassung öffentlich anzuerkennen. Auch in der ersten Kammer wird derselbe Antrag, wie man aus sicherer Quelle vernimmt, und zwar noch heute gestellt werden. Man zweifelt nicht daran, daß ein übereinstimmender Beschluß beider Kammern erfolgen wird.

Italien.

Da die Turiner Blätter am Sonntag nicht erschienen, so weiß man noch immer nichts Gewisses über das weitere Schicksal Genuas. Laut Nachrichten, die der „Semaphore von Marseille" hat, war die nach Turin abgegangene Deputation am 8. April 4 Uhr Abends noch nicht in Genua zurück. Der „Semaphore" meldet übrigens, daß der Kampf in den Straßen sehr mörderisch gewesen und 200 Feuerschlünde unablässig thätig gewesen seien. Die Schiffe im Hafen wimmelten von Flüchtigen.

Frankreich.

** **Paris**, 12. April. In Bezug auf den Vorfall in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung schreibt man der „Independance" von hier: Der Berg wird meines Erachtens aus der nächsten Versammlung verbannt sein, und zwar nicht, weil er zerstörend und revolutionär ist, weil er fortwährend Verschwörung macht, sondern weil er den ersten Erfordernissen der Ordnung, der Schicklichkeit und der Würde dermaßen fremd ist, daß er im Schoße des Parlaments eine lebendige Anomalie bildet, wie sie noch nie dagewesen ist und sich auch nie wieder finden kann.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung gab die Budgetsdebatte zu sehr lebhaften und imposanten Discussionen Veranlassung. Eine bedeutende Zahl der hier anwesenden Engländer, welche Einwohner von Westminster sind, haben Hrn. von Lamartine eine ihm am 4. April zu London zuerkannte Anerkennungsadresse überreicht. In seiner Antwort erklärte Hr. v. Lamartine der Deputation, daß Frankreich nicht nöthig habe, einen Krieg anzufangen, um sich aus inneren Wirren zu retten. Der Krieg sei bis jetzt abgewendet worden und die gemeinsamen Bestrebungen Frankreichs und Englands würden ihn hoffentlich auch ferner abwenden; denn Friede nach Außen sei nicht bloß die Tendenz der Republik, sondern auch der jetzigen Repräsentativregierung. Der gestern den Engländern zu Ehren im Prinzenhotel veranstalteten Soiree wohnten etwa 400 Personen bei. Viele Franzosen erschienen in der Uniform der Nationalgarde. Das Orchester des Hrn. Strauß spielte erst die englische Nationalmelodie und dann auf Begehren der Engländer die Marseillaise. Engländer und Franzosen hielten Reden und beiden Ländern wurden Vivats gebracht. Morgen wollen die Nationalgardisten den Engländern ein Bankett geben.

Bei seiner Durchreise nach Madrid hat Napoleon Bonaparte zu Bordeaux in einer Wahlversammlung eine sehr heftige und für einen Gesandten jedenfalls unziemliche Sprache geführt. Er äußerte unter Anderm, sein Vetter, der Präsident, stehe jetzt unter dem Joche von Thiers und Mole, trachte aber, sich von demselben loszumachen. Ein für ministeriell geltendes Blatt, welches die Aeußerungen bespricht, will zuverlässig wissen, daß Ludwig Napoleon alle politischen Beziehungen zu jenen Mitgliedern seiner Familie abgebrochen habe, welche der gemäßigten Partei feindlich und mehr oder minder den rothen Republikanern zugethan seien, deren erste Handlung, falls sie bei den Wahlen obsiegen sollten, der Sturz des Präsidenten der Republik sein würde.

Hr. v. Salvandy, Erminister Ludwig Philipps, ist hier angekommen. Er begibt sich in das Departement Eure et Loire, um dort als Candidat für die Nationalversammlung aufzutreten. Der Erminister Duchatel hat die im Departement der Charente inferieure ihm angetragene Candidatur abgelehnt; Guizot und Hebert dagegen beharren auf ihren Candidaturen.

Großbritannien.

London, 11. April. In der City heißt es heute, daß unsere Regierung einen neuen Versuch gemacht habe, zwischen den in Schleswig-Holstein kriegführenden Parteien zu vermitteln. Der „Globe" erklärt, er könne zwar nicht dafür bürgen, daß dies übrigens in gut unterrichteten Kreisen verbreitete Gerücht begründet sei; wohl aber könne er versichern, daß die Bestätigung desselben dahier von allen Seiten laut und angelegentlich gewünscht werde. — Die Sodafabrikanten am Tyne, deren Geschäft sich seit Aufhebung der Salzzölle wesentlich hob, indem sehr viel ausgeführt wurde, sind durch das Gerücht, daß Preußen den Einfuhrzoll auf Soda erhöhen wolle, sehr beunruhigt worden. Sie hielten neulich eine Versammlung und beschlossen, Lord Palmerston zu ersuchen, daß er seinen Einfluß dazu verwenden möge, die preußische Regierung von ihrem angeblichen Vorhaben abzubringen.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 14. April. Das Geschäft war an heutiger Börse von keinem Belang, österreichische Fonds stellten sich abermals niedriger im Cours, 5pCt. Metall. blieben 75⅞ pCt., 2½ pCt. Metall 40⅛ pCt., Wienerbankactien 1173 fl., 500 fl. Loose 126⅛, pCt. B., 250 fl. Loose 79 pCt. Alle übrigen Anlehensloose bei sehr stillem Handel ohne Coursveränderung. Süddeutsche und belgische Obligationen preishaltend. Holländische 2½ pCt. Integralen 49½ pCt. B. Von Eisenbahnen hob sich Friedrich-Wilhelms-Nordbahn heute als Neue ⅛ Rthlr. im Cours, schließt 34⅛ Rthlr., Berbach bleibt 72⅛ pCt., Köln-Minden 76⅞ pCt., Taunus 290 fl. In 3pCt. inländ. Span. wurde nur sehr wenig gethan, 22½ pCt. blieb Geld dafür.

Wien, 11. April. 5pCt. Metall. 88. — 4pCt. 70. — 3pCt. —. — 2½ pCt. 46⅜. — Bankactien 1130. — 500 fl Loose 147. — 250 fl. Loose 91⅛. — Nordbahnactien 96⅛. — Glogauitzer 93⅛. — Mailänder 70.

Der Effectenmangel war an heutiger Börse sehr fühlbar, wodurch sich sämmtliche Staatsfonds merklich höher im Cours als gestern stellten. Von Wechseln Genua höher und gesucht. Sonst nicht viel Veränderung. Geld fest.

Berlin, 13. April. Staatsschuldscheine 80 bez., Seehandlungs-Prämienscheine 99¼ G., Bankantheile 88⅛ u. ⅜ bez., Berlin-Hamburg 49½ bez., Köln-Minden 76 bez., Friedr.-Wilh.-Nordb. 93¾ à ½ bez., Rheinische 47 Br., Thüring. 49¼ B., 4pCt. Rust. bei Stieglitz 87 B., 5. 86½ B., Poln. 500 fl. Loose 74⅜ Br., do. 300 fl. Loose 97½ etw. bez., Kurhess. Prämiensch. à 40 Rthlr. 27½ bez., Neue Bad. Anleihe à 35 fl. 16½ Br.

Die Course der Fonds und Eisenbahnactien waren heute im Allgemeinen matter, und von einigen etwas niedriger, das Geschäft blieb sehr unbedeutend.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Extra-Beilage zu Nro. 89.) 14. April 1849.

* **Frankfurt**, 14. April. Heute Vormittag eilf Uhr hat eine Conferenz des Reichsministeriums mit den Bevollmächtigten stattgefunden, über welche wir Nachstehendes mittheilen können. Anwesend waren 29 Bevollmächtigte; Oesterreich durch Herrn v. Schmerling, Preußen durch Herrn v. Kampz vertreten, da Herr Camphausen noch nicht von Berlin zurückgekehrt war; der Bevollmächtigte von Hannover fehlte ebenfalls. Ministerpräsident Herr v. Gagern richtete folgende Anrede an die Versammelten: „Die verfassunggebende Reichsversammlung hat in ihrer 175. Sitzung am 27. März d. J. die zweite Lesung der deutschen Reichsverfassung zu Ende geführt und in ihrer 176. Sitzung am 28. März d. J. die Reichsverfassung verkündigt. Die ganze Nation, die Fürsten und Regierungen sind den Arbeiten der Reichsversammlung gefolgt, haben an dem Zustandekommen des Verfassungswerkes Theil genommen und konnten sich von den großen Schwierigkeiten desselben überzeugen. Die Aufrichtung des Bundesstaates mit starker Centralgewalt und einer mit umfassenden Rechten ausgestatteten Volksvertretung erfordert große Opfer von Seiten der Regierungen der Einzelstaaten. Die Entschädigung dafür liegt in der Wohlfahrt des Ganzen, in der Gesammtmacht, welche auf die Einzelnen zurückfließt. Das Ministerium der Centralgewalt sieht es für seine Pflicht an, zur Verwirklichung der nunmehr beendigten Reichsverfassung so viel an ihm ist mitzuwirken; es ist der Ansicht, daß durch den § 1 in Verbindung mit dem § 87 der Reichsverfassung künftigen Bestimmungen über das besondere Bundesverhältniß Oesterreichs, deren Nothwendigkeit von der Nationalversammlung durch Beschluß vom 12. Januar d. J. anerkannt worden ist, nicht präjudicirt werde. Indem ich mich beehren werde, einem jeden der Herren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt nebst einer Ausfertigung des Protocolls über die heutige Conferenz ein Exemplar der authentisch ausgefertigten Verfassung des deutschen Reiches zum Zwecke der gefälligen Mittheilung an die resp. Regierungen zuzustellen, drücke ich nur noch Namens des Ministeriums der Centralgewalt den Wunsch und die Hoffnung aus, alle Staatenregierungen möchten in dieser Verfassung das sicherste und einzig mögliche Band der Einigung unter den Fürsten und Völkern Deutschlands erblicken, und deßhalb durch deren Vollziehung dem Vaterlande die langersehnte friedliche und gesetzliche Grundlage sichern." H. v. Schmerling dankt für die Mittheilung der von der Nationalversammlung als endgiltig beschlossenen Verfassung, und hat, da hieran nur der Wunsch, daß sie ins Leben geführt werde, geknüpft sei, nur die Bemerkung zu machen, daß Oesterreich stets das Princip der Vereinbarung festgehalten habe, dasselbe, ungeachtet der Beschlüsse der Nationalversammlung, auch jetzt wahre, und sich seine Anträge und Erklärung vorbehalte. Luxemburg schließt sich dieser Aeußerung an. Welcker ist in der Lage, die Zustimmung der badischen Regierung zu den Beschlüssen der Nationalversammlung zu erklären. In ähnlicher Richtung äußern sich: Nassau, beide Hessen, Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, Altenburg, die drei Anhalt, Frankfurt u. a. Oldenburg wird mit Weimar, Meiningen, Coburg-Gotha, Braunschweig, Bremen, Lübeck u. a. auf die preußische Circularnote eine Erklärung wahrscheinlich heute noch abgeben, welche ohne Zweifel ebenfalls den Beschlüssen der Nationalversammlung zustimmen wird. Preußen, Bayern und Königreich Sachsen behalten ihre Erklärung vor. Württemberg hat noch keine officielle Aeußerung seiner Regierung, zweifelt aber nicht, daß dieselbe nach den bereits ausgesprochenen Grundsätzen sich den Beschlüssen der Nationalversammlung anschließen und thun werde, was die Lage der Sache erheischt.

Frankfurt, 14. April. Eine Extrabeilage zur „Reichstagszeitung" bringt folgende Nachricht: „Dresden 13.(X) April. Der Vicepräsident Dr. Schaffrath und mehrere andere Abgeordneten haben in der zweiten Kammer folgenden Antrag gestellt: „„Die zweite Kammer der Volksvertretung im Königreiche Sachsen ersuche ich, in Gemeinschaft mit der 1. Kammer an die Staatsregierung den Antrag zu stellen: 1) daß sie die von der deutschen verfassunggebenden Reichsversammlung in Frankfurt in zweimaliger Lesung beschlossene und am 29. März d. J. als Reichsverfassung bereits verkündigte, von ihrem Gesammtvorstande und ihren Mitgliedern unterschriebene „Verfassung des deutschen Reichs" nebst dem am 28. März in zweiter Lesung gleichfalls angenommenen „Reichswahlgesetze" für das Königreich Sachsen als endgiltig und verbindlich, in dem Gesetz- und Verordnungsblatte bekannt mache; und 2) daß auch sie, die Staatsregierung, wie die Kammern, jeder Aenderung dieser „Verfassung des deutschen Reiches" und dieses Reichswahlgesetzes, welche auf andere, als die in jener selbst bestimmte Weise etwa versucht werden sollte, den entschiedensten Widerstand entgegensetze."" — Ein gleicher Antrag ist in der ersten Kammer von dem Abgeordneten Heubner aus Freiberg gestellt, welcher früher ebenfalls Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt und zwar der linken war.

⊙ **Stuttgart**, 11. April. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten begann Stockmaier als Berichterstatter der staatsrechtlichen Commission seinen Vortrag über die Apanagen damit, daß er sagte, im ganzen württembergischen Volke herrsche nur eine Stimme darüber, daß die Ausgaben für Pensionen und Apanagen die Steuerpflichtigen auf die drückendste Weise belästigen. Auch die Regierung erkenne es an, daß diese Ausgaben mit den Kräften des Landes nicht in Einklang stehen, sie gehe aber von der Ansicht aus, daß eine Veränderung der gegenwärtigen Bezüge der Apanagen nicht eintreten könne, indem man wohlerworbene Rechte nicht kränken dürfe, ja selbst den im activen Staatsdienste stehenden Dienern glaube die Regierung die Wohlthaten des bisherigen Pensionsgesetzes verbehalten zu müssen. Einen Ausweg glaube die Regierung in einer Besteuerung dieser Bezüge zu finden, wobei jedoch die auf solche Weise Besteuerten sowohl von dem beabsichtigten Zwangsanlehen, als von der Beiziehung zu den Amtskörperschafts- und Gemeindeanlagen befreit sein sollen. Wenn nun die Ansicht der Regierung sei, daß die vorgeschlagene Besteuerung eine außerordentliche sein solle, so spreche sich die Commission dahin aus, daß jeder Versuch, auf dem indirecten Wege einer außerordentlichen Besteuerung ein Einkommen zu schmälern, welches auf dem geraden Wege der gewöhnlichen Gesetzgebung zu vermindern man für unerlaubt hält, als ein sehr verunglückter angesehen werden müsse. Staatsrath Goppelt gab jedoch die Zusage, daß die vorgeschlagene Besteuerung in den Rahmen der ordentlichen Besteuerung gefaßt werden solle. Die Kammermehrheit war aber auch mit diesem Mittel, wenn es das einzige sein sollte, nicht zufrieden und die Debatte ging zunächst dahin, ob nicht die Regierung wiederholt um Revision des königlichen Hausgesetzes über die Apanagen gebeten werden solle? Zunächst wurde der Punkt ins Auge gefaßt, ob es rechtlich zulässig sei, den bereits im Genusse stehenden Mitglieder des k. Hauses ihre Apanagen herabzusetzen? Von Director v. Roser, geh. Legationsrath v. Wächter wurde dies bestritten, während es von Andern entschieden bejaht wurde. Süskind z. B. sagte, es sei hier der Streit zwischen dem alten und dem neuen Rechtsboden, die Apanagen rühren aus der Zeit des alten Patrimonialstaates her, und das formelle Recht, wenn es eine Beschädigung des Landes in sich schließe, habe keine Geltung mehr. Schweikart behauptete, er beharre auch in dieser Frage auf dem Boden der Revolution, welchen er mit ganz Deutschland vor einem Jahre betreten habe. Die Apanagirten hätten damals schon weggeweht werden können, dann gäbe es heute keinen Streit mehr; wenn sie sich aber zu keinen bedeutenden Opfern verstehen, so werde der nächste Sturm sie wegwehen. Die Stimmung des Landes sei einmal überall von der Art, daß man der lästigen Apanagen entledigt zu werden wünsche. Auf letzteres antwortete Staatsrath Goppelt treffend: wenn es am Ende die Stimmung des Landes sein sollte, nach welcher man sich in diesem Saale zu richten habe, so brauche man hier nicht zu tagen, sondern müsse Alles auf eine große Volksversammlung ankommen lassen. Uebrigens wurde vom Ministertisch zugestanden, daß neben einer Besteuerung auch noch eine gesetzliche Verminderung der Apanagen eintreten könne. Der Antrag, die Sache zu besserer Belehrung noch einmal an die Commission zu verweisen, wird mit 52 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Hierauf wird mit 51 gegen 21 Stimmen der Antrag Zwerger's zum Beschluß erhoben: Die königl. Staatsregierung um Revision des königl. Hausgesetzes zu bitten, im Sinne einer durchgreifenden und bleibenden Herabsetzung der Apanagen, und zwar auch rücksichtlich der im Genusse befindlichen Apanagirten. Die Besteuerungsfrage aber bleibt spätern Beschlüssen vorbehalten.

---

*) **Athen**, 1. April. Gestern ist die große Angelegenheit des Tages, die Regierungspolizei für Athen und den Piräus, ins Leben getreten. Abends zuvor, um 7 Uhr, als der König von seinem gewöhnlichen Spazierritte zurückkehrte, erfolgten bei dem alten Palais in einem Graben einige Detonationen. Die begleitenden Adjutanten und Gendarmen verhafteten die Urheber derselben, einige Knaben. Sofort verbreitete sich das Gerücht, es sei ein Attentat gegen den König verübt worden. Meiner sorgfältigsten Erkundigung nach (ich habe die Ansicht des Premier, des Ministers des Innern, des Cabinets, der nächsten Dienerschaft des Königs, des Vaters eines der verhafteten Jungen zu erfahren getrebt) bereiteten sich die Jungen, hier Mostomangas genannt, für das nahe Osterfest vor, an welchem im Orient bekanntlich viel Pulver verpufft wird, indem sie Pistolen probirten und ein paar Frösche oder Schwärmer abbrannten. Ein solcher sprang nach den Meisten auf des Königs Fußanelle; Andere widersprechen. So viel ist gewiß: der König ist unverletzt; er scherzte selbst über die Aengstlichkeit seiner Begleiter, und ist gestern mit der Königin ohne verstärktes Gefolge wieder ausgeritten; weder eine Proclamation des Ministeriums, noch ein Extrablatt der Oppositionszeitungen erschien, den Vorfall anzuzeigen.

Nachschrift.

Kassel, 13. April. Der Landtagscommissär erklärte so eben in der Ständeversammlung auf die gestrigen Anträge in Betreff der deutschen Verfassungsfrage, daß die Regierung die Verfassung des deutschen Reiches anerkenne und eine Abänderung derselben nur auf dem in der Verfassung gegebenen Wege zulässig halte, die Zustimmung zu der Kaiserwahl auch unter dieser Bedingung ertheilen und bei allen andern Regierungen auf gleiche Anträge hinwirken werde.

Harburg, 11. April, 4 Uhr 15 Minuten Nachmittags. Außer aus dem Sundewitt sind sämmtliche Dänen aus dem Schleswig'schen verschwanden. Ihr Abmarsch wurde durch einen telegraphirenden Müller veranlaßt, welcher statt 3 Compagnien 3 Brigaden deutscher Truppen im Anmarsch meldete.

20,000 Mann deutsche Truppen standen gestern an der Königsau.

Die Dänen sammeln ihre sämmtlichen Schiffe in der Ostsee, wahrscheinlich zu einem entscheidenden Schlage.

** **Paris**, 12. April. Louis Napoleon ist gestern bei einem Spazierritt im Boulogner Gehölz vom Pferde gestürzt. Augenblicklich verbreitete sich das Gerücht, der Präsident habe in Folge dieses Sturzes das Leben verloren, ein Gerücht, welches jedoch gänzlich unbegründet war. Der heutige „Moniteur" zeigt an, daß Louis Napoleon keine Verletzung davon getragen hat.

Proudhon's Volksbank hat liquidirt: das ganze Unternehmen dauerte mithin keine zwei Monate.

Eugene Raspail ist wegen des Vorfalls in der Nationalversammlung verhaftet worden.

* **Marseille**, 9. April. Das Postboot „Alexandre", welches Genua am 7. April Abends verließ, lief gestern Abend mit folgenden Nachrichten hier ein: Nach einem zweitägigen Bombardement durch Lamarmora kam man überein, zu parlamentiren. Es wurden dem General folgende Anträge eines Waffenstillstandes gestellt: Lamarmora's Truppen besetzen die Stadt und ihre Forts; volle Amnestie für Alle; das Eigenthum ist gewährleistet; alle Kriegsgefangenen, Geißeln u. s. w. werden gegenseitig ausgeliefert. Diese Bedingungen wurden durch eine Deputation nach Turin geschickt und das Bombardement auf zwei Tage (bis zum 9.) eingestellt.

* **Turin**, 7. April, Abends. Genua verlangt unter gewissen Bedingungen zu capituliren. Die piemontesische Regierung ist jedoch entschlossen, nur in eine unbedingte Uebergabe zu willigen.

* **Madrid**, 7. April. Karl Albert ist in Oporto eingetroffen.

Börsenberichte.

Paris, 12. April. Stand der Rente: 5pCt. 89. 90. — 3pCt. 57. 25. — Neue 3pCt. Spar. 31. — Inn. Sch. 23¼. G. — Bankactien 2415. — St. Germain-Eisenbahn 425. — Versailles, rechtes Ufer 213. 75. — Linkes Ufer 170. — Paris-Orleans 800. — Paris-Rouen 555. — Orleans-Bordeaux 412. 50. — Orleans-Bierzon 365. — Rouen-Havre 300. — Marseille-Avignon 222. 50. — Straßburg-Basel 106. 25. — Nordbahn 456. 25. — Paris-Straßburg 373. 75. — Römisches Anlehen 77. 76.

Die Geschäftslust war heute bedeutender, wie gestern, die Rente ging in die Höhe.

London, 11. April. 3pCt. Stocks 92⅛ à ⅜. — 5pCt. Span. 17⅛. — Neue 3pCt. 31. — 4pCt. Port. 28½. — 2½pCt. Holländ. 50⅛.

Madrid, 7. April. 3pCt. 23⅜ à 23¹¹/₁₆ compt., n. D. 23¹¹/₁₆ ⅜ G. — 5pCt. 10⅝ ⅛ G.

Amsterdam, 12. April. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 49⅜ ⅛ — 3pCt. Schuld 38¹⁵/₁₆ ⅜ ⅜. — do. 4pCt. 77¹⁵/₁₆ ⅜ ⅜. — 5pCt. Anl. 10⅛ — do. à 510 Pf. St. 10⅛ ⅛. — 3pCt. ind. à 6000 fl. 22¹⁵/₁₆. 23. 22¹⁵/₁₆. — Coupons 7¹⁵/₁₆ 8⅛. — 4pCt. Port. 28⅛. — Russ. 4pCt. bei Hope 52½. — 5pCt. Metall. 73¼. — 2½pCt. ditto 39, 38⅞.

Bei sehr lebendigem Umsatz waren heute unsere inländ. Fonds etwas angenehmer. Von fremden Effecten waren Span. sehr fest, Portug. unverändert, Oesterr. und Franz. bei animirtem Handel sehr gesucht, Russ. preishaltend. Von Südamerik. waren Merr. wiederum höher. Peru aufs Neue mehr angeboten.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Malten.

Benachrichtigungen.

[1070]

Ausschreiben.

Die Dotation aus der Koppel Levi'schen Stiftung betreffend.

Nach der Rechnung der Koppel Levi'schen Stiftung ist eine Dotation von 400 fl. zur Austheilung gemäß der Anordnung des Stifters bereit. Es werden daher alle diejenigen Verwandtinnen des Stifters, welche hierauf Anspruch zu machen gedenken, aufgefordert, längstens bis zum 1. Juli l. J. bei der unterfertigten Stiftungsverrechnung sich anzumelden, und dabei beglaubigte Zeugnisse vorzulegen

1) in welchem Grade und in welcher Linie sie mit dem Stifter Koppel Levi verwandt sind,
2) ob sie ehelichen sind oder nicht,
3) daß sie kein eigenes oder elterliches Vermögen von 400 fl. besitzen,
4) daß sie ehemündig und noch unverheirathet sind.

Dabei wird bemerkt, daß die Gesuche, welche nicht mit allen oben bezeichneten oder nicht mit gehörig beglaubigten Zeugnissen begleitet sind, so wie die nach der gesetzten Zeit kommenden für diese Periode nicht mehr berücksichtigt werden.

Mannheim, den 11. April 1849.

Die Stiftungs-Verrechnung.
Rosenfeld.

№ 90. Montag den 16. April 1855

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Preis des Jahrgangs 12 fl. rhein. Man abonnirt bei allen Postämtern des In- und Auslandes. Insertionsgebühren für die Petitzeile oder deren Raum 3 kr. rhein.

Oesterreich.

Wien. Ernennungen. Verleihung des Ritterkreuzes des Leopold-Ordens. Verleihung des Ehrenkreuzes 1. Klasse des Franz Joseph-Ordens. Verleihung des Ehrenkreuzes 2. Klasse des Franz Joseph-Ordens. Verleihung des Ehrenkreuzes 3

Tod des Hochverräthers stirbt, hat der alte Graf Esterhazy, sein Vater, so eben den Belagerungstruppen vor Komorn 100 Eimer Wein geschenkt, um sie zur Erstürmung der Festung zu ermuntern. Es sind Nachrichten eingelaufen, daß Hammerstein und Vogel in der That mit 20,000 Mann bereits in Kaschau und Eperies eingerückt wären. Puchner hat mit seinem Corps die Walachei verlassen und ist bis Orsova vorgeschritten; aus Mähren und Oesterreich brachen gestern und vorgestern 11 Bataillone auf; von der italienischen Armee marschiren 25—30,000 Mann über Agram; endlich haben 30,000 Mann Russen den bestimmten Befehl zur Besetzung Siebenbürgens, wo sie eine Niederlage zu sühnen haben. Der Fürst ist zur energischsten Kriegsführung gedrängt worden; er kann sich nicht mehr darüber täuschen, daß er die Verantwortung für jedes Zaudern, jeden Fehlgriff hat. Aus dem Solter Bezirk, der schon vollkommen pacificirt zu sein schien, sind mir heute wieder einige schlimme Details mitgetheilt worden, wovon ich aber erst nach besserer Bestätigung in meinem nächsten Schreiben sprechen will. — Vorgestern Nachts ist das Dampfboot „Schlick“ nach den untern Gegenden abgegangen. — Nach dem „Figyelmezö“ sind die Kassennoten, die Donnerstag 4 fl. 30 bis 40 kr. galten, Freitags wieder auf den Preis von 3 fl. 30 kr. gesunken.

Deutschland.

[:] **Wien**, 11. April. Marschall Windischgrätz hat eine sehr feste Stellung in dem Umkreise von Ofen eingenommen und behauptet die Defensive; eine insofern nothwendige Maßregel, als die Reservetruppen noch vor vierzehn Tagen unter seinem Commando concentrirt sein können. General Haynau zieht mit 30,000 Mann nach Ofen, welche aus der Operationsarmee gegen Venedig entlehnt werden. — Radetzky wird sich dagegen mit allen disponiblen Truppen an die Lagunen begeben, um auch den letzten Sitz der Empörung zur Unterwürfigkeit zu zwingen. Man vernimmt, die Flotte von Sardinien habe bereits die Rückfahrt angetreten, und Admiral Dahlerup beschäftigt sich emsig mit der Blokade von Venedig, sowie denn auch im ganzen Küstengebiete dafür gesorgt worden ist, daß keine ferneren Lebensmittel den Venetianern zugeführt werden. — Ueber die Punctationen des Friedens mit Piemont, sowie über die Haltung, welche Frankreich und England hierbei beobachten werden, verlautet noch nichts Bestimmtes; recht sehr ist zu wünschen, daß die Diplomatie den Marschall nicht zwinge, ein drittes Mal zum Schwerte zu greifen. — Die Gerüchte über die Rückkehr des Kaisers und eine Aufhebung des Belagerungszustandes entbehren zur Stunde aller Wahrscheinlichkeit einer Realisirung; auch scheint Feldzeugmeister Welden keineswegs mit der hiesigen, wenn gleich etwas gebesserten Stimmung so sehr zufrieden zu sein, um diesen Zustand modificiren zu können. Das Tragen von Halsbinden und Abzeichen rother Farbe wurde heute kriegsrechtlich untersagt. — Die Besatzung von Wien wird durch ein kleines, neu errichtetes Corps Dalmatiner-Sereffaner vermehrt werden.

P. S. Unlängst sind zwei Bataillone von hier nach Ungarn abgegangen, desgleichen viele Munition. Gestern zog ein italienisches Regiment hier durch. Drei Bataillone, 2 Batterien und 2 Divisionen Cürassiere sind von Olmütz so eben nach Ungarn entsendet worden. — Kaiser Ferdinand gedenkt auf 2 Tage nach Olmütz sich zu begeben. Franz Joseph wird am 19. den Besuch zu Prag erwiedern. — Seine Majestät haben mittelst allerhöchsten Handschreibens an den Banus den k. k. Grenzregimentern ihre Approvisionirungsschulden an das Aerar per 1,424,000 fl. C.-M. in Würdigung ihrer Verdienste erlassen.

Die „Ostdeutsche Post“ schreibt aus **Wien** vom 9. April: Aus der „Laibacher Zeitung“ vom 7. April erfahren wir zuerst, daß unser Ministerium nunmehr in der deutschen Frage zu einem völlig bestimmten Entschlusse gekommen ist. Der amtliche Theil dieses Blattes enthält nämlich folgende Erklärung:

Nachdem die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt sich für einen erblichen Kaiser als Oberhaupt Deutschlands erklärt und diese Würde mit Stimmenmehrheit dem Könige von Preußen übertragen hat, kann sich Oesterreich, nach einem diesfälligen Ministerialbeschlusse laut heraborlangter Eröffnung des hohen Ministeriums des Innern vom 31. März v. J. an der Wirksamkeit der gedachten Versammlung durch seine Vertreter nicht mehr betheiligen. Vom k. k. illyrischen Landespräsidium. Laibach, am 4. April 1849.

Nach dem obigen Erlasse und dem „Lloyd“ ist die Abberufung der österreichischen Abgeordneten aus Frankfurt nicht mehr zweifelhaft. Der „Lloyd“ schreibt unterm 9. April: Die Nationalversammlung in Frankfurt hat sich auf ein falsches Terrain gestellt. Sie ist nicht mehr eine Constituante; sie hat sich zu einem Convent umgewandelt. Sie hat das Vereinbarungsprincip verleugnet, als wäre Deutschland schon heute eine Republik. Noch vor einigen Wochen war die Frankfurter Nationalversammlung eine gesetzliche Macht in Deutschland; jetzt hat sie den gesetzlichen Boden verlassen und hat gerade darum aufgehört, eine Macht zu sein. Sie wollte keine Vereinbarung mit den Regierungen; jetzt können die Regierungen keine Vereinbarung mit ihr wollen. Oesterreich will ein einheitliches Deutschland, ein Deutschland, aus dem keine Gewalt es zum Weichen bringen soll, ein Deutschland, in dem es verbündet mit allen deutschen Staaten, aber keinem deutschen Staate oder Fürsten unterthan, die Freiheit und Größe des Gesammtstaats mitbegründen kann. Unsere Deputirten sind jetzt aus Frankfurt abberufen. Wir ergeben uns der Hoffnung, daß andere deutsche Regierungen das Angemessene des Schritts, welchen Oesterreich gethan hat, anerkennen und demselben folgen werden. Dem Erzherzog-Reichsverweser aber möchten wir jetzt den Wunsch an das Herz legen, seinen Posten nicht zu verlassen. Er allein ist für den Moment der Repräsentant der deutschen Einheit, und durch seinen Rücktritt würde sie vielleicht auf immer gefährdet werden.

Der Kaiser hat, wie der „Lloyd“ berichtet, zu Ehren des Feldmarschalls Radetzky eine Medaille prägen lassen, von welcher durch den Generaladjutanten Sr. Majestät, Grafen Grünne, eine goldene, eine silberne und eine von Bronze dem greisen Helden übersendet wurden. In dem folgenden Schreiben, an den Grafen Grünne gerichtet, spricht der Marschall seinen tiefgefühlten Dank gegen den kaiserlichen Geber aus:

„Hochgeborner Graf! Der als Courier bei mir eingetroffene Rittmeister Graf Reigersberg hat mir die Medaille überbracht, welche Se. Majestät auf mich prägen zu lassen, die Allerhöchste Gnade hatten. Ich erhielt sie am Tage nach der Schlacht bei Novara, und so ward sie mir gewissermaßen zum Unterpfand, daß Se. Majestät mit meinen schwachen Leistungen zufrieden sind. Ich bitte Ew. Hochgeboren, Sr. Majestät meinen unterthänigsten Dank zu Füßen zu legen und Allerhöchstdemselben zu sagen, daß ich aus dem Munde meiner Soldaten oft während der Schlacht den Wunsch hörte, wenn doch unser Kaiser den heutigen Tag mit uns theilen könnte. Es war ein schöner Tag, unter dem Schall der Volkshymne und mit Hurrah mit meinen schwachen Leistungen zufrieden sind. Ich bitte Ew. Hochgeboren, Sr. Majestät meinen unterthänigsten Dank zu Füßen zu legen und Allerhöchstdemselben zu sagen, daß ich aus dem Munde meiner Soldaten oft während der Schlacht den Wunsch hörte, wenn doch unser Kaiser den heutigen Tag mit uns theilen könnte. Es war ein schöner Tag, unter dem Schall der Volkshymne und mit Hurrah zog der Kaiser zog die Armee Lobend in die Schlacht. Aus dem Munde Sterbender drang oft noch der schwache Ruf: Es lebe der Kaiser! zu meinen Ohr. Einer solchen Armee vermochte der Feind, obgleich er tapfer focht, doch keinen Widerstand zu leisten, und wenn ich meinen Gegner nicht zum Aeußersten drängte, so geschah es, weil ich wußte, daß Gott die Mäßigung mehr als den Uebermuth des Siegers schätzt. Empfangen Ew. Hochwohlgeboren die Versicherung meiner Werthschätzung und besonderen Hochachtung. Hauptquartier Mailand, am 31. März 1849. Radetzky m. p.“

Der Kaiser hat an den Banus von Croatien, Feldzeugmeister Freiherrn von Jellachich, nachstehendes Handschreiben erlassen:

„Lieber Freiherr von Jellachich! In Vollziehung des § 75 der von mir meinen Völkern verliehenen Verfassung habe ich mich bewogen, Ihnen bekannt zu geben, daß meine tapferen getreuen Grenzer zwar in ihrer Eigenschaft als Soldaten und in allen den Militärgrenzverhältnissen betreffenden Angelegenheiten der vollziehenden Reichsgewalt untergeordnet bleiben, jedoch ihre eigene Gemeindeverfassung behalten und überhaupt an allen meinen übrigen Völkern verliehenen Gerechtsamen Theil nehmen sollen. Sie haben mir demzufolge die Anträge zu stellen, wie dies mit den Einrichtungen des für die Gesammtmonarchie so wichtigen und nützlichen Grenzinstitutes in Einklang zu bringen sei. Olmütz, den 31. März 1849. Franz Joseph. Kulmer.“

In dem letzten Treffen bei Zagbereny ist der ehemalige polnische General Uminski gefallen.

Von Seite des neuen Königs von Sardinien sind zwei Generale, denen der Marschall Graf Radetzky den österreichischen General Mastrazzi zugesellte, über Padua nach Venedig abgegangen, um den Befehl wegen Abzug der sardinischen Flotte zu überbringen. Sie passirten am 5. Padua. Nach einer heute über Triest vom 9. gekommenen Anzeige hat ihre Aufforderung sogleich den erwünschten Erfolg gehabt, denn man meldet, daß diese Flotte abgesegelt sei. (Wien. Z.)

† **Berlin**, 13. April. Also eine neue österreichische Note! Eben so unglaublich, sagt die „Constitutionelle Correspondenz“, wie die erste Nachricht von dem Ekernförder Siege, klingt die in's Publikum gelangte Kunde von einer neuesten Note des Olmützer Ministeriums, in der unserer Regierung mit klaren und barren Worten der entschiedenste Protest gegen jede Aenderung in Deutschland in nicht österreichischem Sinne mitgetheilt wird. Und doch ist die Sache wahr! — Eben so wahr aber ist es auch, daß vorgestern auch eine russische Note hier angelangt ist, in welcher Kaiser Nicolaus seine Zustimmung zur Frankfurter Wahl ausspricht, vorausgesetzt, daß Preußen im Stande ist, die Anarchie in Deutschland niederzuhalten. Sie enthält ferner die Zusicherung, daß Rußland in die dänische Angelegenheit sich nicht einmischen werde, und die Mittheilung, daß es von den Donaufürstenthümern bereits Besitz ergriffen habe (!!).

Die deutsche Nationalversammlung, schreibt die „Deutsche Reform“, hat, wie vorauszusehen war, erklärt, daß sie an der von ihr beschlossenen Verfassung festhalten werde. Eine Vereinbarung zwischen ihr und den Regierungen ist also unmöglich. Aber auch eine Verständigung Preußens mit den Regierungen der kleineren Staaten ist mehr als zweifelhaft. Sachsen, Hannover und Württemberg sollen entschlossen sein, der Reichsverfassung beizutreten. Also auch die gemeinsamen Berathungen werden ohne Resultat sein. Was aber auch geschehen mag, — Oesterreich protestirt von vornherein gegen die von Preußen eingeschlagene Politik, gegen die provisorische Uebernahme der Reichsoberwesenschaft, wie gegen jede Form der preußischen Suprematie; es will nicht dulden, daß ein engerer Bundesstaat, an dessen Spitze Preußen steht, zu Stande komme. Wie es den Erzherzog Johann in seiner provisorischen Stellung bestätigt habe, so bedürfe auch die definitive Centralgewalt der Bestätigung Oesterreichs. Daß die Versammlung in Frankfurt in seinen Augen als nicht existirend betrachtet wird, versteht sich von selbst. In seiner Erwiederung auf die Circularnote vom 3. April ist Oesterreich endlich mit der Sprache herausgekommen. Der Ton, in dem sie abgefaßt ist, lehrt deutlicher als alles Andere, was Deutschland und Preußen von Wien zu erwarten hat. Diese Sprache der Drohungen und Einschüchterungen, der offenen Feindschaft gegen das Werk der Einigung, deren wir bedürfen, muß Allen die Augen öffnen und unsere Politik aus der Schmach ihrer Abhängigkeit befreien.“

Die Erklärung, durch welche der Abg. v. Saucken-Tarputschen seinen Austritt aus der ersten Kammer motivirt hat, lautet wörtlich dahin:

„Einem hohen Präsidium zeige ich gehorsamst die Gründe an, die meinen Austritt aus der ersten Kammer zum 20. d. M. und die Niederlegung meines Mandats in die Hände meiner Wähler Behufs einer Neuwahl veranlassen. Ich erkläre meinen Wählern, daß ich die Wahl nur dann annehmen könnte, wenn es mir gestattet würde, meine früher bei der verfassungsgebenden deutschen Reichsversammlung übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, deren baldige Arbeit ich aber in Kurzem erwartete, um dann bleibend den Platz in der ersten Kammer einzunehmen. Durch die die ganze deutsche Verfassung in Zweifel stellende Macht Deutschlands, wenn nicht gänzlich zerstörende, so doch mindestens in weitere Ferne hinausschiebende Politik des königl. Ministeriums, wie sich diese in den Eröffnungen, der Deputation Frankfurts gegenüber, und in verschiedenen Noten ausgesprochen hat, — sind die Verhältnisse Deutschlands und die Stellung der verfassunggebenden Reichsversammlung so von Grund aus verändert, daß das Streben war, nur Großes zu bewirken, wird es jetzt Anstrengungen erfordern, die Uebelstände abzuwenden, die durch den von der königlichen Regierung vertretenen Weg hervorgerufen sind. Je mehr ich diese Politik des königlichen Ministeriums als eine unheilvolle für Preußen erkenne und meine Bestrebungen von jenem sich scheiden, um so mehr ist mein Platz jetzt unter in Frankfurt, und es mir eine gebotene Pflicht, meinen Wählern die Gelegenheit zu geben, durch eine Neuwahl sich anderweitig vertreten zu lassen. Ich bitte gehorsamst, die Erklärung der hohen Kammer mitzutheilen, damit die Gründe bekannt werden, die meinen Austritt veranlaßten. Berlin, den 11. April 1849. (gez.) v. Saucken-Tarputschen, Abgeordneter für den Brombergers Wahlbezirk. An ein hohes Präsidium der ersten Kammer zu Berlin.“

Ihre königl. Hoheit, Prinzessin Louise (Tochter des Prinzen Karl), wird, von ihrem zweijährigen Nervenleiden vollständig hergestellt, Freienwalde verlassen und Charlottenburg oder Bellevue beziehen.

Wir haben vor Kurzem erwähnt, daß ein russischer Courier in Frankfurt a. O. bedeutende diplomatische Papiere verloren habe. Diese Papiere sind jetzt an einem gewissen Orte wieder aufgefunden und dem Courier, welcher sie zur Zeit noch hier befand, unversehrt wieder zugestellt worden.

Die Kriegsarbeiten in den Artilleriewerkstätten dauern noch fort. Man sagt, dieselben müssen bis zum 16. April beendet sein. 9000 Spiegel haben neuerdings diese Werkstätten verlassen; andere fertige Kriegsarbeiten sind theils nach Reichsfestungen und theils zur Reichsmarine abgeführt worden.

⊙ **Stuttgart**, 14. April. Die Kammer der Abgeordneten hielt gestern zwei Sitzungen über die gegenwärtige Lage des Vaterlandes, von welchen die Abendsitzung bis in die späte Nacht hinein dauerte. In der Morgensitzung war dem Antrag des Abg. Seeger nebst 27 seiner Freunde die Dringlichkeit in der Art zuerkannt worden, daß die Berathung des Nachmittags schon erfolgen sollte. Der Antrag selbst lautet wie folgt:

„Die hohe Kammer beschließt:

1) gegen die Staatsregierung die Erwartung und die Bitte auszusprechen, sie möge Angesichts der neuen Schwierigkeiten, welche der endlichen festen Gestaltung der deutschen Verfassungsverhältnisse entgegenzustellen versucht werden, und in Uebereinstimmung mit der von der Staatsregierung und von der Kammer wiederholt erklärten Unterwerfung unter die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung, gegenüber der deutschen Centralgewalt und vor dem gesammten deutschen Volk die unumwundene und offene Erklärung abgeben, daß sie die von der deutschen Nationalversammlung, als einzig und allein hierzu berechtigtem Organe, beschlossene und verkündigte Reichsverfassung unbedingt als für alle deutschen Regierungen und Volksstämme giltiges Gesetz anerkenne, und daß sie mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln dahin zu wirken bereit sei, daß diese Reichsverfassung, einschließlich der Grundrechte und des Wahlgesetzes, in sämmtlichen deutschen Staaten zur vollen Geltung gelange;
2) das Präsidium zu beauftragen, diesen Beschluß unverweilt durch das Präsidium der deutschen Nationalversammlung zur Kenntniß der letzteren zu bringen.“

Ueber diesen Antrag entspann sich eine lange und lebhafte Debatte, da derselbe auch seine scharfen Gegner fand. Als die Kammer sodann zur Abstimmung schritt, wurde zuerst der Antrag Schaizer's: die Nationalversammlung wolle an dem Princip der Volkssouveränetät festhalten, nur, sollte die Vollziehung ihrer Beschlüsse über das Reichsoberhaupt an dem Verhalten der deutschen Fürsten scheitern, an das gesammte deutsche Volk, von welchem sie ihren Auftrag hat, appelliren, mit 37 gegen 33 Stimmen abgelehnt. Zuletzt kommt der Seeger'sche Hauptantrag, mit der Abänderung durch den hinzugefügten ersten Satz des Amendements von Stockmaier, dahin lautend:

„die Kammer möge erklären, daß Abänderungen der Reichsverfassung nur in der durch die Reichsversammlung festgesetzten Form vorgenommen werden,“

zur Abstimmung, und wird mit 59 gegen 14 Stimmen zum Beschluß der Kammer erhoben.

Homburg, 12. April. Heute ist die Eröffnung des constituirenden Landtags durch den landgräflichen geheimen Rath Dr. Bansa erfolgt. Abg. Albert aus Meisenheim wurde zum Präsidenten gewählt und ein Verfassungsausschuß ernannt. 200 hessen-homburgische Jäger gehen nächstens nach Schleswig-Holstein ab.

Italien.

* Am 10. hat sich Genua unterworfen. Die Truppen sind Tags darauf in die Stadt eingezogen.

Frankreich.

* **Paris**, 13. April. Nach dem im „Moniteur“ veröffentlichten neuesten Wochenbericht der Bank ist der Pariser Wechselverkehr von 51,695,883 Fr. 86 Cent. abermals auf 50,292,321 Fr. 76 Cent. gesunken und die leidenden Papiere auf 7,103,543 Fr. 34 Cent. stehen geblieben.

General Aupick, der Vertreter Frankreichs in Konstantinopel, hat auf Verstärkung des dortigen französischen Geschwaders angetragen in Hinsicht auf die Ereignisse, die sich am Bosporus vorzubereiten scheinen.

Guizot erläßt aus Brompton den 6. April unter der Ueberschrift: „M. Guizot an seine Freunde“ eine Art Wahlmanifest. Lavaignac wird darin ein ehrenwerther Mann genannt und die Nothwendigkeit vollständiger Einheit aller Conservativen dargethan. Herr Guizot sieht den Klassenkampf (zwischen Arm und Reich, Proletariat und Bourgeoisie) mit Riesenschritten herannahen. Er schließt: „Wenn Sie meine Gegenwart in der nächsten Kammer für die gemeinschaftliche Sache nützlich halten: ich bin bereit. Mögen Sie im einzigen Interesse des Landes, dem einzigen Gesetze für uns Alle, entscheiden.“

In der Nationalversammlung wurde heute die Berathung des Budgets fortgesetzt.

Die Cholera greift nach amtlichen Berichten langsam, aber unverkennbar um sich. Während sie bisher fast nur in den Spitälern ihre Opfer suchte, verbreitet sie sich jetzt auch in der Stadt. In den Spitälern waren bis gestern an der Cholera 1470 Personen erkrankt und 877 gestorben.

Großbritannien.

* **London**, 12. April. Dem „Evening Sun“ schreibt man aus Malta unterm 2. d.: Hier angelangte Briefe

Digitized by Google

s Konstantinopel berichten von den russischen Intriguen
hufs der Erlangung der Durchfahrt durch die Dardaellen. Rußland habe dem Divan Geld leihen wollen, sei
er in der Ausführung dieses Planes durch die Gesandten
n Frankreich und England verhindert worden.

Spanien.

* **Madrid**, 8. April. Napoleon Bonaparte ist
ßern hier eingetroffen und dem General Narvaez vorstellt worden.

In Folge der auf telegraphischem Wege hier angelangten Nachricht von der Gefangennehmung des Grafen Montolin in Frankreich ist die 3procentige Schuld auf 24¼ gestiegen.

Nachschrift.

Antwort der österreichischen Regierung auf die preußische Circularnote vom 3. April.

Wien, 12. April. Die heutige „Wiener Zeitung" enthält folgende amtliche Mittheilung: Nachstehendes ist der Inhalt einer von dem kaiserlichen Cabinete an den Herrn k. Gesandten, Freiherrn v. Prokesch, in Berlin unterm 4. April 1849 erlassenen Depesche:

„Der Graf von Bernstorff hat mir eine gleichzeitig an sämmtliche bei den deutschen Höfen beglaubigten königlich preußischen Gesandtschaften erlassene Circulardepesche mitgetheilt, durch welche Se. Majestät der König sich in Folge der von dem Erzherzog-Reichsverweser ausgesprochenen Absicht, seine Stelle niederzulegen, bereit erklärt, auf den Antrag der deutschen Regierungen und unter Zustimmung der deutschen Nationalversammlung die provisorische Leitung der deutschen Angelegenheiten mit dem zugleich kundgegebenen Entschlusse zu übernehmen, dem erhaltenen Rufe zu folgen und an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten, der sich aus denjenigen Staaten bilden würde, welche demselben aus freiem Willen sich anzuschließen geneigt wären.

„An diese Erklärungen wird ferner die an sämmtliche Regierungen gerichtete Aufforderung geknüpft, ohne allen Verzug besondere Bevollmächtigte in Frankfurt zu bestellen, welche bindende Erklärungen abzugeben im Stande sind,

1) über den Beitritt zum Bundesstaate und die Bedingungen, unter denen er erfolgt,
2) über die Stellung, welche die solchergestalt zu einem Bundesstaate zu vereinigenden Regierungen demnächst zu der deutschen National-Versammlung und den von ihr bereits gefaßten Beschlüssen einzunehmen haben, mit der Maßgabe, daß das Werk der Vereinigung über die Verfassung unverzüglich in Angriff genommen wird,
3) über das Verhältniß zu denjenigen deutschen Staaten, welche diesem Bundesstaate beizutreten Anstand nehmen, wobei es wünschenswerth und anzustreben ist, die noch bestehenden Bundesverhältnisse der neuen Staatsform anzupassen.

„Wie bereitwillig wir Vorschlägen entgegenkommen sein würden, wenn solche von Seiten Preußens in seiner Eigenschaft als Genosse des vertragsmäßig und faktisch noch bestehenden deutschen Bundes gemacht worden wären, um auf der Grundlage eines von der deutschen Nationalversammlung berathenen Verfassungsentwurfes eine Vereinbarung über die zeitgemäße Neugestaltung Deutschlands auf gesetzlichem Wege herbeizuführen, dafür bürgen unsere bündigen Erklärungen, dafür bürgen die wiederholten und entschiedenen Schritte, welche wir zu diesem Ende in Berlin gethan haben.

„Dagegen aber vermögen wir nicht, der Ausführung der von dem preußischen Cabinete in seiner Circular-Depesche vom 3ten d. M. ausgesprochenen Absichten unsere Zustimmung zu ertheilen und noch viel weniger dieselben zu theilen.

„Die National-Versammlung, nur berufen, in Gemeinschaft mit den Fürsten das Verfassungswerk zu Stande zu bringen, hat ihrer gesetzlichen Thätigkeit selbst ein Ziel gesetzt, indem sie das Werk für vollendet erklärt, und, die ihr obwaltenden Befugnisse überschreitend, nicht allein die eigenmächtig beschlossene Verfassung vollzogen und als Gesetz verkündet hat, sondern sogar ohne Vollmacht Deutschland einen Erbkaiser zu geben beabsichtigte.

„Sollte demnach der Erzherzog-Reichsverweser, an welchen von Seiten Sr. Majestät des Kaisers eine dringende Aufforderung ergangen ist, sein Amt noch fortzuführen, auf gesetzlichem Wege für die Leitung der deutschen Angelegenheiten Vorsorge getroffen sein wird, diesem Wunsche unvorhergesehenen Gründen nicht zu entsprechen vermögen, müßten wir gegen die Uebernahme und Ausübung einer Gewalt durch eine der deutschen Regierungen allein unsere wiederholte Einsprache erheben und darauf bestehen, daß in einer Weise organisirt werde, welche sämmtlichen Regierungen eine gerechte Vertretung in derselben zu sichern im Stande wäre."

„Waren diese Vorgänge schon ungesetzlich, so hat diese Versammlung den Boden des Rechts vollends verlassen, indem sie sich nicht minder eigenmächtig für permanent erklärte. Aus diesen Gründen können wir die Gültigkeit der von der Nationalversammlung außerhalb dem Bereiche ihrer Befugnisse gefaßten Beschlüsse eben so wenig anerkennen, als ihr das Recht auf fernere Thätigkeit zuzugestehen vermögen. Für uns besteht die Nationalversammlung nicht mehr; kann daher weder auf Anordnungen hinsichtlich einer neu einzusetzenden provisorischen Centralgewalt Einfluß üben, noch auf Antheil an Verhandlungen zum Behufe einer Vereinbarung über das von ihr selbst für abgeschlossen erklärte Verfassungswerk nehmen.

„Da unter diesen Umständen mit der Nationalversammlung keine weitere Verhandlung über das Verfassungswerk gepflogen werden kann, die Centralgewalt aber in ihrer Wirksamkeit als eine rein executive Behörde hierzu nicht berufen wäre und Se. Majestät der Kaiser an dem bereits ausgesprochenen Grundsatze festhalten müssen, sich und Ihre Völker von einem anderen deutschen Fürsten gehandhabten Centralgewalt unterordnen zu können, wir demnach auf der von Preußen aufgestellten Grundlage auch mit dessen Bevollmächtigten, wie mit jenen anderer deutschen Fürsten, in Frankfurt nicht zu unterhandeln vermögen, sind wir nicht in der Lage, der an uns ergangenen Einladung zu entsprechen und einen Bevollmächtigten zu den daselbst beabsichtigten Verhandlungen zu entsenden.

„Unser allergnädigster Herr ist vielmehr bemüßigt, dieser Erklärung noch jene hinzuzufügen, daß Allerhöchstdieselben gegen alle und jede aus solchen Verhandlungen etwa hervorgehenden Beschlüsse, wie gegen deren Folgen, unter Vorbehalt der Sr. Majestät dem Kaiser, seiner Regierung und seinen deutschen Provinzen aus den noch rechtskräftig bestehenden Verträgen erwachsenden Ansprüche und Rechte feierliche Verwahrung einzulegen.

„Ew. Hochwohlgeboren haben dem königlich preußischen Cabinete, in Erwiderung auf seine uns durch den Grafen v. Bernstorff zugegangene Mittheilung eine Abschrift gegenwärtiger Depesche einzuhändigen.

Empfangen ꝛc. ꝛc."

† **Wien**, 12. April. Man stritt sich gestern Abend hinsichtlich der aus Ungarn eingelangten Nachrichten lebhaft herum, indem die Einen von einer bedeutenden Niederlage der Ungarn wissen wollten, die Andern nur eine Dislocirung des Insurgentenheeres zum Entsatze Komorns zugaben. Am wahrscheinlichsten ist es, daß es in der Umgegend dieser Festung zu einer Hauptschlacht kommen werde, wenn nicht, wie wiederholt die Meinung auftaucht, Vermittelungsvorschläge sich Eingang verschaffen sollten. Man wollte wissen, der junge Fürst Windischgrätz habe gestern Nachmittag die Demission seines Vaters überbracht, worauf die telegraphische Berufung sämmtlicher Minister nach Olmütz erfolgt wäre. Im Falle des Abtretens des Feldmarschalls Windischgrätz sollte Feldzeugmeister Welden das Obercommando übernehmen und der Chef des Generalstabs, Feldmarschallieutenant Heß, an die Stelle des Feldmarschallieutenants Nobili treten. Der gestrige „Abend-Lloyd" berichtet als authentisch, daß Feldmarschallieutenant Wohlgemuth das Commando über das bei Komorn concentrirte Armeecorps übernommen habe.

Daß die Magyaren nun auch die wichtige Position von St. Thomas eingenommen haben, wird auch vom „Lloyd" berichtet. In einem Briefe aus Semlin vom 5. d. heißt es: Eine große Bestürzung hat die Gemüther der diesigen Bewohner ergriffen, Furcht und Angst hat sich ihrer bemeistert. Mehrere Hausväter aus Bacska kamen flüchtend und todtenbleich hier an. Die Magyaren, welche auch St. Thomas erobert haben, morden und schlachten die Bewohner von Verbaß, Szenta, Ada, Mohol ꝛc. erbarmungslos und schonen selbst Weiber und Kinder nicht. Die Serben haben, der magyarischen Uebermacht weichend, Zombor räumen müssen und haben stark gelitten. In Neusatz wurden mehrere angesehene Bürger zum Tode verurtheilt. Die ungarischen Truppen sollen bereits bis Beseé vorgedrungen sein. — Der Patriarch sah sich genöthigt, Becskerek zu verlassen und sich nach Pancsova zu begeben, von wo er heute hier erwartet wird.

Die heutige „Presse" meldet aus Siebenbürgen, daß nach der Einnahme Hermannstadts durch Bem daselbst ein großes Gastmahl zur Feier einer Verbrüderung der Magyaren und Romanen (Walachen) stattgefunden habe, bei welchem unter gegenseitigen Trinksprüchen Oesterreich und den Deutschen Verderben zugeschworen wurde. — Von anderer Seite erhalten wir die Bestätigung, daß alle nur halbwegs dienstauglichen Sachsen und Romanen mit Gewalt unter die Bem'schen Honveds gepreßt und so in die Lage gebracht werden, gegen Oesterreich kämpfen zu müssen.

Pest, 9. April. Noch keine Schlacht! In der Lage unserer Hauptstädte hat sich seit gestern nichts geändert; immer dieselbe Bewegung, dieselbe Unentschiedenheit der Dinge. Seit gestern Abend erhält sich das Gerücht, daß die Ungarn auf einen oder auf mehreren Punkten eine rückgängige Bewegung machten, und somit einer erwarteten Schlacht ausgewichen wären. Die Ungarischgesinnten behaupten, es wäre nur eine Seitenbewegung, um entweder eben bei Waitzen oder unten bei Pentele über die Donau zu gehen, und so die Kaiserlichen auf der Ofener Seite anzugreifen. Allem Anscheine nach wollen die Ungarn es zu keiner entscheidenden Hauptschlacht kommen lassen, sondern trachten einzig und allein die österreichischen Truppen durch Hin und Hermärsche zu ermüden und durch Ueberfälle zu schwächen. Jedenfalls wären bedeutende Verstärkungen dringend nothwendig, und jeder längere Verzug ist gefahrdringend.

Berlin, 11. April. Auch heute wieder spricht die „Deutsche Reform" von der neuen österreichischen Note, und zwar wie folgt: „Niemanden kann es entgangen sein, daß die Antwort, welche die Deputation erhielt, und die Circularnote an die deutschen Regierungen sehr verschiedenartigen Ursprungs sind. In jener Antwort erfaßt man deutlich den Einfluß einer Hofpartei, der die Allianz mit Oesterreich über alles geht; in der Circularnote den Versuch, diesen Einfluß abzuschütteln und der deutschen Sache einigermaßen gerecht zu werden. Diese Note hat von Seiten Oesterreichs eine Erwiederung hervorgerufen, die, wenn wir nicht irren, am Abend des 11. d. M. hier eingetroffen ist. Oesterreich protestirt darin gegen das Recht Preußens, die Leitung der deutschen Angelegenheiten provisorisch oder definitiv zu übernehmen; es protestirt gegen die Bildung des engeren Bundesstaates, wie gegen jede organische Veränderung der bisherigen Ordnung, welche nicht die Zustimmung aller deutschen Regierungen erhielte. Es legt damit ein Veto ein gegen jede Neugestaltung Deutschlands, die nicht in seinem Sinne ist, und erlaubt sich diese Erklärungen in einem so hochfahrenden Tone zu geben, wie er in dem diplomatischen Verkehr zwischen Großmächten kaum jemals angeschlagen ist. Wir haben zu unserer Genugthuung erfahren, daß die preußische Regierung auf so viel Anmaßung die gebührende Antwort ertheilt hat, und auf den Kern der Circularnote vom 3. April mit einer Entschiedenheit zurückgegangen ist, daß man annehmen kann, die Politik unserer Regierung in der deutschen Frage habe eine entschieden günstige Wendung genommen. Wie unter solchen Umständen Graf Arnim länger im Amte bleiben kann, ist unbegreiflich; wir rechnen jetzt mit Sicherheit auf seinen Rücktritt."

00 **Dresden**, 13. April. Nach längerer Pause hielt heute die zweite Kammer wieder Sitzung. Vicepräsident Schaffrath stellt den Antrag, Regierung und Kammern wollen 1) die deutsche Reichsverfassung als endgiltig betrachten und im verfassungsmäßigen Wege bekannt machen; 2) jeder Aenderung derselben aber, welche auf anderem Wege erzielt werden sollte, den entschiedensten Widerstand entgegensetzen. Dieser Antrag kommt morgen ohne vorhergehende Begutachtung auf die Tagesordnung. Derselbe Abgeordnete stellt, nachdem gestern der Sitzung der ersten Kammer kein Minister beigewohnt, den Antrag, daß morgen nach § 156 der Geschäftsordnung der Berathung der Kammer ein Minister beiwohne. Vicepräsident Tzschirner ergreift das Wort zu einer Interpellation folgenden Inhalts: Das Volk sei schmählich getäuscht; zum Theil wegen der von den Volksvertretern gezeigten Schwäche. Die Diplomatie habe alle Zügel wieder in den Händen. Nun wolle der König von Preußen die Krone nur aus den Händen der Fürsten empfangen; aus den Händen des Volkes scheine sie für eine Dornenkrone angesehen zu werden. Es verlaute von einem Fürstenkrongresse und die Regierungen sollen nach der preußischen Note vom 3. April die Deutsche Verfassung berathen. Er frage daher an 1) ob die Regierung diese Note empfangen, 2) ob sie dieselbe, als die Rechte und Ehre der Nation verletzend, nicht zurückgewiesen, 3) welche Erklärung an sie darauf zu geben beabsichtige? Man ging hierauf zur Tagesordnung über.

A **Hamburg**, 13. April. Nach den letzten Nachrichten aus Kopenhagen soll die Kunde von der Eckernförder Katastrophe dort in allen Klassen der Bevölkerung einen betäubenden, schmerzlich tiefen Eindruck hervorgebracht haben und gegentheils wie man vielleicht voraussetzt, die Kriegsstimmung selbst bei den exaltirtesten Eiderdänen hierdurch eine kühlere, besonnenere Wandlung erfahren. Der König von Dänemark hielt mit dem Commandirenden der dänischen Armee, General Hansen, sofort nach der Bekanntwerdung des großen Ereignisses ein geheimes Concil, in dem beschlossen wurde, sich gegen die „Uebermacht" der deutschen Streitkräfte zurückzuziehen und auf den Inseln und in Jütland eine Defensivstellung einzunehmen. Dieser Plan ist eigentlich ein Product des französischen Commissairs, des General Gavdrier und der etwas eigensinnige Kriegsminister bedauert nunmehr, daß er Anfangs diesen Plan verworfen und in Landungsversuchen und Drohungen zur See experimentirt hat. Daß der Dänenkönig so eilig vom Kriegsschauplatz nach Kopenhagen gereist, ist nicht etwa deßhalb, um in Sturmesseile ein Linienschiff und eine Fregatte als Ersatz des Verlorenen ausrüsten zu lassen, was man gerne thun möchte, wenn es finanziell möglich wäre, sondern einfach deßhalb um seinen vertrauten diplomatischen Agenten, Generalmajor Orholm mit neuen Instructionen für die Friedensunterhandlungen auszurüsten. Es ist unbeschreiblich, welch günstige Wendung die Lage der Dinge in der schleswigschen Frage seit dem 5. April für Deutschland genommen hat und es liegt nunmehr an der Energie, Einsicht und und patriotischen Gesinnung unserer Vermittler und Geschäftsträger bei den Friedensconferenzen, um ein gedeihliches Resultat herbeizuführen. Von schleswig-holsteinischer Seite ist von der Statthalterschaft der Baron Heintzell, früher Mitglied der gemeinsamen Regierung mit einer besonderen Mission nach London betraut worden. Dieser Schritt der Statthalterschaft wird auf Anrathen gewichtvoller Stimmen aus Berlin mit Frankfurt unternommen.

Börsenberichte.

⅓ **Frankfurt**, 15. April. Das Geschäft in heutiger Effectensocietät zeigte mehr Leben. Obgleich die Nachrichten vom Kriegsschauplatz aus Ungarn, für Oesterreich nicht befriedigend lauten, so gingen doch heute auf Veranlassung der höheren Wiener und Amsterdamer Börsennotirungen von österreichischen Papieren auch hier benannte Fonds merklich in die Höhe. 5pCt. Metall. wurden zu 76⅜ pCt. verhandelt, 2½pCt. Metall. 40⅛, ⅜ pCt., Bankactien 1179 fl. G., 500 fl. Loose 128 pCt., 250 fl. Loose 79⅞ pCt. G. Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27¼ Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 27½, à 25 fl., Polz. 500 fl. Loose 74⅛ Rthlr. Von Eisenbahnen Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 34 Rthlr., Berbach 73½ pCt., Köln-Minden 76⅛ pCt., Taunus begehrt 293 fl. 3pCt. inländ. Span. schließen 22½, pCt. G. Abends waren benannte Papiere auf höher erhaltene Madrider Course gefragter, 23 pCt. G.

Paris, 12. April. Stand der Rente: 5pCt. 89. 60. — 3pCt. 57. 25. — Neue 3pCt. Sp. 31⅝. — Inn. Sch. 23½. — Bankactien 2425. — St. Germain-Eisenbahn 425. — Versailles, rechtes Ufer 216. 25. — Linkes Ufer 180. — Paris-Orleans 865. — Paris-Rouen 560. — Orleans-Bordeaux 412. 50. — Orleans-Bierzon 365. — Marseille-Avignon 222. 50. — Straßburg-Basel 106. 25. — Nordbahn 456. 25. — Paris-Straßburg 373. 75. — Römisches Anlehen 76⅛. ⅜. 77. 76⅞. 77.

Bei weniger belebtem Geschäft ging die Rente etwas zurück. Man wartet mit einer gewissen Aengstlichkeit auf Nachrichten aus Italien und Deutschland. Actien blieben im Preis.

Wien, 12. April. 5pCt. Metall. 87⅛. — 4pCt. 70. — 3pCt. —. — 2½pCt. 46⅜. — Bankactien 1138. — 500 fl. Loose 147. — 250 fl. Loose 91⅛. — Nordbahnactien 94⅛. — Glogauiger 94. — Mailänder 69⅛.

Die Fonds waren fest und namentlich Bankactien beliebt. Im Ganzen war jedoch das Geschäft nicht sehr belebt. In Wechseln und Comptanten fand keine Veränderung.

London, 12. April. 3pCt. Stocks 92⅛. — 5pCt. Span. —. — Neue 3pCt. —. — 4pCt. Peri. —. — 2½pCt. Holländ. —.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

[1074] So eben erschien bei Gustav Oehler in Frankfurt am Main:

Parlaments-Kalender

herausgegeben

im Auftrag des März-Vereins von

A. Rösler von Oels

unter Mitwirkung der Abgeordneten **Freese, Roßmäßler** und Anderer.

Groß 4. brosch. Preis fl. 1. 12 kr. oder 20 Sgr.

[1075] Um vorgekommenen Mißverständnissen zu begegnen, finde ich mich zu der Erklärung veranlaßt, daß die im October v. J. im Verlage des Herrn **C. Jügel** hier erschienene „Ollendorf'ö neue Methode zur Erlernung der englischen Sprache u. s. w. von P. Gands" keineswegs eine Umarbeitung irgend eines andern Werkes dieser Art, sondern eine **durchaus von mir selbst als Originalwerk verfaßte Anleitung zur Erlernung der englischen Sprache** ist. Es existirt auch keine Grammatik zur Erlernung der englischen Sprache von Ollendorff; nur die Methode desselben habe ich, da ich sie als zweckmäßig befunden, im Allgemeinen befolgt.

P. Gands,

Lehrer der englischen Sprache und beeidigter Uebersetzer.

[1076] Bei Hoffmann und Campe in Hamburg sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu bekommen, in Frankfurt a. M. vorräthig in der Hermann'schen Buchhandlung, Zeil Nr. 15:

Specialkarte von Holstein	. .	fl. 1. 33 kr.
"	" **Nord-Schleswig**	33 "
"	" **Süd-Schleswig**	30 "
"	" **Jütland** . .	33 "

Dieselben sind sämmtlich auch auf Battist gedruckt zu haben.

Diese, auf trigonometrischen Vermessungen beruhenden, Karten sind die genauesten und besten von allen im deutschen Buchhandel erschienenen.

---

[561] Im Verlage der Dyk'schen Buchhandlung in Leipzig ist so eben erschienen und in der Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkartenhandlung in Frankfurt a. M. zu haben:

Varente, M. de, constitutionelle Fragen. Aus dem Französischen von J. Cornet. gr. 8. geh. 36 kr.

Inhalt: Souveränetät. — Allgemeines Stimmrecht. — Regierung und Gesetzgebung. — Von den öffentlichen Aemtern. — Eigenthum. — Arbeit. — Revision der Verfassung.

Wir machen auf dieses gehaltreiche Schriftchen ganz besonders aufmerksam.

☞ Bei Abnahme von 15 Exempl. auf einmal 7 fl. 12 kr.

[1071] Bei H. L. Brönner in Frankfurt a. M. ist so eben erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Der Eckernförder Spaß. Ein Volkslied nach der Mel.: „Schleswig-Holstein meerumschlungen" ꝛc. Preis 6 kr.

Epistel der Frau Germania an ihren Sohn, den deutschen Michel. Geh. Preis 6 kr.

---

[884] In der Schmid'schen Buchhandlung in Augsburg ist erschienen, und in der Andreä'schen Buchhandlung in Frankfurt a. M. zu haben:

Preußens Politik in Bezug auf Deutschland. Eine historische Skizze von einem Bayer. Zweite unveränderte Auflage. gr. 8. geh. 24 kr.

Die erste 2000 Exemplare starke Auflage war binnen 8 Tagen vergriffen.

[1096] Im Verlage von Eduard Mayer in Frankfurt a. M. (Paulsgasse Nr. 1) sind erschienen und durch alle Buch- und Kunsthandlungen zu beziehen:

Die Grundrechte des deutschen Volkes, illustrirt von J. B. Scholl. Colorirt 54 kr., schwarz 36 kr.

Michels März-Errungenschaften. Spielerei von Recht und Licht. 21 bewegliche Bizarren (satyrische Porträts). 2te Auflage. Herabgesetzter Preis 4 fl. 30 kr.

Reichswespen. Launige Erinnerungen an das erste deutsche Parlament (enthält 74 Karrikaturen). Herabgesetzter Preis compl. 4 fl. 30 kr.

Das Seegefecht bei Eckernförde. Nach dem Gericht eines Augenzeugen gezeichnet von J. Bentadour. Preis: schwarz 18 kr., Lithodruck 24 kr., colorirt 36 kr.

Porträts der Mitglieder der Linken des Parlaments in der Paulskirche, gezeichnet von W. Bölcker. Preis: weiß Papier 1 fl. chines. 1 fl. 30 kr.

Demnächst erscheinen:

Militärische Skizzen. Erinnerungen an die in Frankfurt stationirten Reichstruppen, gez. von J. Bentadour. 6 Blatt mit Umschlag colorirt 3 fl. 30 kr., einzelne Blätter 45 kr.

[1009] **Bekanntmachung.**

Bei der heute stattgefundenen zwanzigsten Verloosung der Herzoglich Sachsen Meiningischen 3½ procentigen Staatsschuldbriefe sind nachverzeichnete, der bequemeren Uebersicht halber in die Zahlenfolge gebrachten Nummern, gezogen worden:

Lit. F. à 1000 fl. Nr. 90. 101. 315. 325. 404. 536. 682. 842. 846. 872. 964. 983. 1197. 1232. 1319. 1349. 1586. 1610. 1649. 1701. 1712.

Lit. G. à 500 fl. Nr. 9. 19. 253. 357. 407. 411. 434. 596. 607. 696. 762. 783. 850. 1165. 1171. 1262. 1460. 1521. 1523. 1585. 1599. 1687. 1712. 1785. 1970. 1994. 2160. 2175. 2356. 2359. 2538. 2706. 2805. 3140. 3176. 3183. 3220. 3251. 3340. 3474. 3562. 3754. 3782. 3858. 3948. 3995.

Lit. H. à 200 fl. Nr. 90. 92. 126. 252. 477. 580. 640. 696. 796. 904. 937. 1074. 1079. 1323. 1390. 1480. 1541. 1839. 1861. 1863. 1883. 1954. 1963. 1965. 1975. 2219. 2234. 2360. 2424. 2447. 2462. 2489. 2611. 2620. 266 2694. 2718. 2572. 3189. 3281. 3330. 3332. 3517. 3709. 382

Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntniß mit dem B merken, daß

1) die gezogenen Nummern der Staatsschuldbriefe v 1. October 1849 an, auf Präsentation, wenn sie d den Inhaber ausgestellt, oder wo sie auf den Nam eines besondern Staatsgläubigers inscribirt word sind, gegen Quittung desselben auf dem Staatsschu briefe, bei der hiesigen Staatsschuldentilgungska ausbezahlt werden.
2) daß zugleich mit dem Staatsschuldbriefe die säm lichen noch nicht fälligen Zinsabschnitte und die Zin leiste abgegeben werden müssen, widrigenfalls dere Betrag zurück behalten wird, und
3) daß die ausgelooften Staatsschuldbriefe mit dem 1 October 1857 — ein tausend achthundert sieben un fünfzig — verjähren und der Eigenthümer, rücksichtl Inhaber derselben, nach dem 1. October 1857 kei Ansprüche mehr an die Staatskasse darauf begrün den kann.

Meiningen, den 2. April 1849.

Die Herzogl. Staatsschuldentilgungs-Commission.

Bloemeyer. V. Trinckl. Butler.

[1073] **Une boite d'armes**

contenant: fusil de chasse, des pistolets excellents etc. etc. (fabriquée à Paris)

est a vendre, à cause de départ.

Prix: 50 Louis.

S'adresser à Mr. **H. Jaquet fils,** Zeil 60 à Francfort s. M.

[1035] **Bekanntmachung.**

Durch Rescript des Herrn Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vom 26. Februar d. J. ist in den Angelegenheiten der National-Subscription für die Hinterbliebenen Auerswald's sowohl für die an das unterzeichnete Comite gerichtete Correspondenz, als auch für die an Kasselde eingehenden Gelder die Portofreiheit auf den preußischen Posten bewilligt, unter der Bedingung: daß die nicht mit Geld beschwerten Briefe offen, oder unter Kreuzband versendet und die Adressen im Allgemeinen mit der Aufschrift „National-Subscriptions für die Hinterbliebenen Auerswald's bezeichnet werden.

Wir bitten diese Bestimmung bei der Einsendung fernerer Beiträge und sonstiger Correspondenz im Interesse des Fonds gefälligst zu beachten.

Marienwerder, 22. März 1849.

Das Central-Comite der National-Subscription für die Hinterbliebenen Auerswald's.

Im Auftrage:

Der Schriftführer Reg.-Rath **Reichenau.**

[1098] **Anzeige.**

Die halbjährige **freie Conferenz evangelischer Kirchenfreunde aus Frankfurt a. M. und den Nachbarländern** findet Mittwoch den 18. d. M. auf dem Sandhof bei Frankfurt a. M. statt. Anfang Morgens 9 Uhr.

Freie Uebersetzung der Nov. Epistolae obscurorum virorum etc. in Jobsischen Reimen.

[945] So eben erschien bei H. L. Brönner in Frankfurt a. M. und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Neue Briefelein der Männer im Trüben

aus Frankfurt der Stadt am Main geschrieben in Freude und Trauer an den fürtrefflichen Weltanschauer und hochgelahrten Doctorum Herrn Arnoldum Nugium.

Aus altrömischer Schrift übersetzet und in zierliche Reimlein gebrachet, auch mit Sprüchlein durchwebt und durchwind't von einem Frankfurter Bürgerskind.

Geh. Preis 3 Sgr. oder 9 kr.

Ausverkauf von Sonnenschirmen und Regenschirmen.

Nur während der Messe Neuekräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels.

Regenschirme in schwerster Seide von 3½ bis 5½ fl. — Sonnenschirme in schwerster Lyoner Seide, höchst geschmackvolle Muster, pr. Stück 1 fl. 45 kr. bis 3½ fl.

Neuekräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels, bei

[1077] **J. Sachs,** aus Berlin.

---

[926] **Sehr wichtig**

für **Gasthalter,** sowie für **Eisenbahn-, Dampfschiff- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaften.**

Der Unterzeichnete erlaubt sich hiermit, obige Etablissements darauf aufmerksam zu machen, daß es für sie von wesentlichem Vortheil sein wird, bei herannahender **Sommer-Saison** sich in den **Hauptblättern von Deutschland, Frankreich, England, Holland, Belgien, Italien** und **Spanien** zu empfehlen.

Der Unterzeichnete ist bevollmächtigt, die Annoncen für benannte Blätter, sowie deren Redaction in den bezüglichen Sprachen unter den billigsten Bedingungen zu übernehmen. — **NB.** Briefe franco.

J. P. Greim, General-Agent in Frankfurt am Main,

Döngesgasse Nr. 35 neu (zum Maulbeerhof).

Großer Ausverkauf während der Messe Neuekräme 27.

Tuch und Buckskin zu Hosen, Westenstoffe in Wolle, Seide, Sammet und Plüsch die Weste 24, 30. 36 kr. bis 1 fl. 45 kr., Sommerbeinkleider und Sommer-Buckskin der Hose 1 fl. bis 4 fl. 48 kr., 1300 Stück Sammetröcke und Paletots von 2½ bis 8½ fl., Schlafröcke und Hausröcke von 2½ bis 6½ fl.

Im Laden Neuekräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels, bei

[1078] **J. Sachs,** aus Berlin.

Mme **Pillant** a l'honneur de prévenir les dames qu'elle vient d'ouvrir chez M. Christ Zeil 56 maison Mozart avec assortiment de corsets, aussi l'ingerie, broderies et trousseaux d'enfants et après mon départ chez Mlles. **Kraus** et **Zwecker.** [1097]

Aechte englische Jahnperlen für Kinder um das Jahnen der Kinder zu erleichtern, die wohlbekannte Sorte in versiegelten Packeten, empfiehlt

[1092] **J. W. Albert Sohn** in Frankfurt a. M.

[1041] A louer Gallusthor. bel appartement meuble I avec balcon et jardin. S'adresser Zeil chez **J. L. Aub.**

---

[80] Staats- und Standesherrliche Obligationen, Staats-Lotterie-Effecten, Eisenbahn-Actien, Coupons, werden ge- und verkauft bei

J. M. Erler & Cie., Zeil, im Türkenhof.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[534] **Edictalladung.**

Alle Diejenigen, welche an die Verlassenschaften nachbenannter verstorbener Personen:

1) des hiesigen Bürgerlohnes Heinrich Karrrecht;
2) des Schreinergesellen Michael Ett aus Eschau bei Aschaffenburg;
3) des Pumpenmachergehülfen Johannes Zürle aus Fürden;
4) des Schneidergesellen Michael Cyelius aus Pächt im Odenwalde;
5) des Bierbrauergesellen Johannes Schreiber aus Obertosbach;
6) des hiesigen Bürgers und Handelsmanns David Bier Silberkron;
7) des hiesigen Liniensoldaten Heinrich Wilhelm Süssenbach aus Cassel;
8) der hiesigen Bürgerstochter Rosine Elisabetha Salome Lemme;
9) des hiesigen Bürgers und Handelsmanns Georg Christoph Schorr

Erb- oder sonstige Ansprüche und Forderungen zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, solche so gewiß in dem anmit auf

Montag den 23. April, Vorm. 9 Uhr

anberaumten Termine dahier anzuzeigen, als ansonsten jene Nachlässe, vorgängiger öffentlicher Versteigerung der vorgefundenen Mobiliarschaft, an diejenigen, welche sich mit Ansprüchen ausgewiesen und solche als richtig nachgewiesen haben werden, vertheilt, die etwaigen Ueberschüsse aber dem hiesigen Fiscus überwiesen werden sollen.

Frankfurt, den 23. März 1849.

Stadt-Amt.

B-kard.

Dr. G. Jäger, Act.

[2106] **Bekanntmachung.**

Der am 29. Juni 1802 geborne Schlossergesell Johann Gottfried Ernst **Manke,** ein Sohn des hier verstorbenen Schmiedmeisters Ernst Christian Manke, hat sich vor etwa 28 Jahren von hier auf Wanderschaft begeben und seit dem 16. Juli 1838 keine weitere Nachricht von sich gegeben.

Derselbe oder seine etwaigen unbekannten Erben und Erbnehmer werden hierdurch aufgefordert, sich spätestens in dem auf

den 2. Juli 1849

an hiesiger Gerichtsstelle anberaumten Termine schriftlich oder persönlich zu melden, widrigenfalls der ꝛc. Manke für todt erklärt und sein Vermögen den nächsten gesetzlichen Erben ausgeantwortet werden wird.

Zu Bevollmächtigten werden die Justizcommissarien Just in Rügenwalde und Drewe in Stolp vorgeschlagen.

Schlawe in Pommern, den 18. August 1848.

Königl. Stadtgericht.

---

[999] **Oeffentliche Ladung.**

Julius Ohlmann aus Kassel, dessen vermuthlicher Aufenthalt an seinem seitherigen Wohnorte unbekannt ist, wird hiermit benachrichtigt, daß Salomon Schnadt zu Uffeln, zur Sicherung der Zollstrafung eines Urtheils des Großherzoglichen Handelsgerichts in Mainz d. 5. October 1848 in Betreff einer Forderung von 200 fl. nebst Zinsen und Kosten auf mehrere Ausstände bei diesigen Bierbrauern vorläufige Beschlagnahme erwirkt hat, und zum Rechtfertigungsverfahren Tagfahrt auf

Freitag den 27. April, Vorm. 11 Uhr

bei unterzeichnetem Gerichte anberaumt ist, wozu derselbe unter dem Rechtsnachtheile unbedingter Bestätigung der Beschlagnahme mit dem Bemerken geladen wird, daß die weiteren Verfügungen an ihn in dieser Anlegenheit nur durch Anschlag am Gemeindehause dahier bekannt gemacht werden würden.

Darmstadt, den 27. März 1849.

Großherzogl. Hess. Stadtgericht.

Strecker.

---

[501] **Decret**

in Sachen

des Caspar Mille zu Frankfurt a. M., Klägers,

gegen

den Friedrich Bach und dessen Ehefrau Henriette geb. Henriet zu Rumbach, Beklagte,

wegen Forderung von 500 fl. Darlehn vom Jahr 1845 nebst 4½ pCt. d. bezogene Zinsen seit dem 19. April 1847.

Dem, unbekannt wo? abwesenden Beklagten, Friedrich Bach, wird aufgegeben, sich bis zum 21. April l. J. auf die bezeichnete Klage, deren Einsicht ihm dahier freisteht, zu erklären, bei Vermeidung der Rechtsnachtheile des Eingeständnisses des Klaggrundes und des Verlustes der Einreden.

Demselben wird zugleich eröffnet, daß alle weiteren Decrete in dieser Sache nur durch Anschlag an das Gerichtshaus bekannt gemacht werden.

Wiesbaden, den 9. Februar 1849.

Herzogl. Nass. Amt.

Winter.

---

[638] **Oeffentliche Aufforderung.**

Forderungen und Ansprüche aller Art an das erbschaftliche Vermögen des Michael Schrod IV. von Oberrorn müssen, bei Vermeidung des Ausschweigens eintretenden Präclusivs von der Masse,

Freitag den 20. April d. J.,

Nachmittags 2 Uhr

dahier angezeigt und rechtlich bezeichnet werden.

Langen, den 1. März 1849.

Großherzl. Hess. Landgericht.

Schulz.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Beilage zu Nro. 90.) 16. April 1849

Inhalt.

Amtlicher Theil.
Frankfurt (Erklärung des Bevollmächtigten von Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen für die Reichsverfassung).
Deutschland. Wien (Die Krisis in Ungarn. Verstärkungen dahin. Die Minister nach Olmütz. Gerüchte von Windischgrätz's und Stadion's Rücktritt. Spannung der Gemüther. Vermischtes). Prag (Kaiser Ferdinand nach Olmütz. Petitionen an den Kaiser gegen die octroyirte und für die Kremsierer Verfassung). Berlin (Oesterreichische Note und deren Einwirkung. Gerüchte von einem Aufstand in Kopenhagen. Kanonenboote. Kammerverhandlungen). Posen (Abmarsch der Russen von der Grenze [schwindet]). Dresden (Kammerverhandlungen über die Reichsverfassung). Hannover (Abgeordnete der 2. Kammer an das Staatsministerium). Leer (Kanonenboote). Bremen (Der Senat für die Reichsverfassung).

Amtlicher Theil.

Reichs-Marine.

Der Erzherzog-Reichsverweser hat unterm 5. d. M. ernannt:

I. Zum Capitän zur See und ad interim Seezeugmeister für die Nordseeküste:

Carl Rudolph Brommy, bisherigen Fregattencapitän in königl. griechischen Diensten.

II. Zum Corvettencapitän:

Hammel Ingeld Strutt, ad interim Befehlshaber des Fregattschiffs „Deutschland".

III. Zu Lieutenants 1. Klasse:

1) Thomas King, ad interim Befehlshaber der Kriegs-Dampfcorvette „Bremen".
2) William George Jackson, bisher Offizier in der britischen Flotte.
3) Theodor J. Reichert, bisheriger interimistischer Befehlshaber der Kriegs-Dampfcorvette „Hamburg".
4) Thomas William Thatcher, bisheriger interimistischer Befehlshaber der Kriegs-Dampfcorvette „Lübeck".
5) Edmund Pougin.

Die letzten drei unter Vorbehalt der Bestimmung ihrer Anciennetät.

IV. Zu Lieutenants 2. Klasse:

1) William King.
2) Felix Hippolyt Smits.

V. Zu Hilfsoffizieren:

1) Johann Holst.
2) Wilhelm Theodor Dreyer.
3) C. G. Clodius.

VI. Zu Schiffsfähndrichen:

1) Friedrich Wilhelm Adolph Rölting.
2) Friedrich Julius Rudolph Bostelmann.
3) Franz Kinderling.
4) Georg Friedrich Büttner.
5) Hermann Reniers.
6) Anton Wilhelm Peter v. Heemskerck.
7) Adolph Schädtler.
8) Johann August Wilhelm Ubbelohde.

VII. Zum Premierlieutenant im Mariniercorps: Ludwig Weber.

VIII. Zum Secondelieutenant im Mariniercorps:

Ernst M. Freudenthal.

IX. Zum Zahlmeister 1. Klasse:

Ernst Rudolph, bisher königlich preußischer Intendantur-Secretär.

X. Zum Zahlmeister 2. Klasse:

Karl Döring.

XI. Zu Unterzahlmeister:

1) Johann Hermann Danger Mertens.
2) Friedrich Victor Emanuel Wettstein.
3) Georg Reuter.

Frankfurt a. M., den 13. April 1849.

Reichsministerium des Handels; Abtheilung für die Marine.

Der interimistische Minister Duckwitz.

Nichtamtlicher Theil.

† **Frankfurt**, 15. April. Der heute hier eingetroffene Specialbevollmächtigte der Staatsregierungen von Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen, wirkliche Geheimerath und Ministerpräsident Habicht, hat zu der an den Bevollmächtigten der königl. preußischen Regierung bei der Centralgewalt gestern abgegebenen Collectivnote folgende Erklärung nachträglich beigefügt:

„Die hohe Regierung Sr. Majestät des Königs von Preußen hat durch Circularnote die Regierungen der Herzogthümer Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen aufgefordert, einen besonderen Bevollmächtigten zu bestellen, welcher bezüglich der deutschen Verfassungsangelegenheit und der damit verknüpften Fragen bindende Erklärungen abzugeben beauftragt sei. Auf den Grund der mir in Folge dessen von den Regierungen der erwähnten Staaten ertheilten besondern Vollmacht und in Betracht des zwischen diesen Regierungen und den Volksvertretern der Herzogthümer Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen vereinbarten Grundsatzes:

daß die genannten Staaten sich den Beschlüssen des deutschen Nationalparlaments bezüglich der Verfassung des deutschen Reichs unbedingt zu unterwerfen haben,

habe ich die Ehre, zu der Ew. Excellenz übergebenen, und von dem herzogl. anhalt-dessauischen und anhalt-köthenschen Generalbevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt mit vollzogenen Collectivnote vom 14. April d. J. nachträglich die Erklärung abzugeben:

daß Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen die von der Nationalversammlung in zweiter Lesung beschlossene Verfassung des deutschen Reichs unbedingt für rechtsgiltig und verbindlich halten, sowie, daß ferner die Regierungen dieser Staaten mit der Wahl Sr. Maj. des Königs von Preußen zum Kaiser der Deutschen, nicht minder mit den in der obengenannten Collectivnote ausgesprochenen Wünschen und Erwartungen vollkommen einverstanden sind.

Ich benutze diese Gelegenheit, Ew. Exc. meine vorzügliche Hochachtung zu versichern.

Frankfurt, 15. April 1849. Habicht.

Sr. Exc. dem königl. preuß. wirklichen Geheimenrath und bevollmächtigten Minister bei der provisorischen Centralgewalt für Deutschland, Herrn Camphausen hier."

Deutschland.

Wien, 11. April. Der Drang der Umstände in Ungarn verlangt eilige und bedeutende Verstärkungen der in jenem Lande operirenden kaiserlichen Armee, in deren Reihen der Typhus sehr stark aufräumen soll, wozu aus Italien und Galizien beträchtliche Truppenmassen bestimmt sind. Die eben ausgehobenen 6 Bataillone der Infanterie-Regimenter werden rasch eingekleidet und ausgerüstet, um sie in kleinen Abtheilungen zur Armee zu senden; inzwischen vernimmt man, daß bereits die Errichtung eines siebenten Bataillons beschlossen sei und bloß die Mobilisirung der schon abgewartet werde, um sofort zu einer neuen Aushebung zu schreiten.

Verstärkungen, schreibt die „Schles. Zeitg." sind von allen Seiten nach Ungarn disponirt. Der Feldmarschall-Lieutenant Hammerstein ist mit 10 Bataillonen vorgestern nach Dalia vorgerückt; Feldmarschall-Lieutenant Puchner hat mit seinem Corps die Walachei verlassen und ist bis Orsova vorgeschritten; aus Mähren und Oesterreich brachen zwischen gestern und vorgestern 11 Bataillone auf; von der italienischen Armee marschiren 25—30,000 Mann über Agram; endlich haben 30,000 Mann Russen den bestimmten Befehl zur Besetzung Siebenbürgens, wo sie eine Niederlage zu sühnen haben, erhalten. Der Fürst ist zur Offensive genöthigt, darüber kann kein Zweifel obwalten.

† **Wien**, 12. April. Man sieht sehr wichtigen Ereignissen entgegen, indem sämmtliche Minister mittelst telegraphischer Depesche gestern nach Olmütz berufen wurden und auch bereits dahin abgegangen sind. Da nun auch gleichzeitig ein Adjutant des F.-M.-L. Windischgrätz eintraf, so wurden hierdurch verschiedene Vermuthungen rege, die auch schon heute in den Organen der Presse ihren Ausdruck finden. Hiernach wird eine Veränderung im Obercommando der Armee in Ungarn gleichwie im Ministerium besprochen. Der gestern hierverbreiteten Nachricht von einem errungenen glänzenden Siege über die Ungarn glaubten wir die Mittheilung versagen zu müssen aus der heute völlig gerechtfertigten Besorgniß, zum Widerruf verhalten zu werden. Es scheint vielmehr erst vor Komorn, nach welcher Richtung das ungarische Heer sich gewendet hat, zu einer Hauptschlacht kommen zu sollen. F.-M.-L. Wohlgemuth ist bereits nach Ungarn abgereist, wo er das Commando der bei Waitzen zusammengezogenen Truppen übernommen hat.

Die fieberhafte Spannung, mit welcher man hier die Blicke nach dem ungarischen Kriegsschauplatze richtet, absorbirt alle andern Interessen. Ein auf der Börse verbreitetes Gerücht von einem Siege unserer Truppen gab fast Veranlassung zu einer kleinen Rauferei; denn bis in später Abendstunde umlagerten ungeheure Gruppen die Staatsdruckerei, um ein angebrochenes Siegesbulletin zu erwarten. Es erschien jedoch nicht und man mußte die Menschenmenge mit Gewalt von dem Gebäude zu entfernen suchen. — Dieselben Sanguiniker erwarten nun schon seit dem frühen Morgen das Erscheinen eines Bulletins. — Die mir bis gestern immer regelmäßig zugekommenen Pester Briefe und Zeitungen sind heute ausgeblieben, was den hier circulirenden Gerüchten eines Straßenkampfes und dergl. einen kleinen Schein von Wahrscheinlichkeit verleiht.

Graf Stadion will aus dem Cabinete treten; es ist jedoch Hoffnung, seinen Entschluß geändert zu sehen. — Die wahren Ursachen, welche ihn dazu bewegen, sind wohl nicht schwer zu errathen; er ist nämlich mit dem Gange der ungarischen Angelegenheiten längst schon unzufrieden, und hat in diesem Sinne durch das von ihm begünstigte Journal „die Presse" machtig auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung hingewirkt. (L. Z.)

Briefe aus Pest vom 9. April enthalten nichts Erhebliches. Sicher ist, daß gestern ein Parlementär von Seiten der Magyaren im Hauptquartier eintraf. Die Posten kommen übrigens vollkommen regelmäßig an. (Wand.)

Der F.-M.-L. Ritter v. Heß ist hier angekommen, und soll sicherm Vernehmen nach zu einer wichtigen Bestimmung in Ungarn berufen sein. Auch General Benedek wird, wie man hört, ein Commando in Ungarn erhalten. Dagegen erhält das Gerücht von der Absetzung eines starken Corps unter General Haynau nach Ungarn bisher keine Bestätigung. (Oest. C.)

Prag, 12. April. Heute Morgens 8½ Uhr fuhr der Kaiser Ferdinand in einem besonderen Eisenbahnzuge nach Olmütz. Man hofft bis Sonnabend wieder auf seine Rückkehr, schmeichelt sich indeß wiederholt mit der Hoffnung, die gesammte kaiserliche Familie hier zum Besuche für die Dauer mehrerer Wochen zu erblicken. — Morgen kommt der Preßproceß des Erdeputirten Karl Hawliczek, wegen Schmähung der octroyirten Reichsverfassung, zur Verhandlung.

Die Narodni Nowiny theilen eine Petition an den Kaiser mit, worin es heißt: Ew. Maj. geruhe, dem österreichischen Volke jene Grundrechte zuzugestehen, welche der Reichstag zum Theil schon durch wiederholte Beschlüsse angenommen hat, und zugleich den Verfassungsentwurf, wie ihn die Vertrauensmänner des Reichstags und aller darin vertretenen Länder verfaßt, unter gleichzeitiger Zurücknahme der octroyirten Charte vom 4. März, als Verfassung Oesterreichs anzunehmen, auf Grundlage derselben den Reichstag einzuberufen, damit dieser die Revision dieser Verfassungsurkunde vornehmen könne. Diese Petition soll an die Stelle der früher von der Slowanska Lipa projectirten treten. — Gubernialvicepräsident Mecsery und Gubernialrath Halbhuber sind nach Wien berufen worden, um über die politische Organisirung Böhmens ihre Stimmen abzugeben. (C. Bl. a. B.)

† **Berlin**, 13. April. Die heutige Tagesordnung der zweiten Kammer begann mit einem Dringlichkeitsantrage des linken Centrums. Er war von Rodbertus, v. Berg, Arnz, Phillips, v. Unruh, Hansen, Moritz, Parrisius, Knauth, Schulze, Ludewig (Thüringen), Bleibtreu, Wessel, Pfuhler, Majunke, Müller (Brieg), Bruchhausen, Bliesener, Heinze, Schneider (Schönebeck), Eberty, Par, Schellenberg, v. Schirnding, Bauer (Krotoschin), Pietz (Stolp), Rambe, Schnele, v. Kirchmann, Müller, Riotte, Rupp, Eikemann, Pilet, Hildenhagen, Naud, Zorn, Dr. Rosch, Mattray, John, Schlick, Urban, Lachlin, Loper unterzeichnet und lautet: (Es ist der bekannte die deutsche Frage betreffende Antrag.) Der Antrag wurde nicht nur von der ganzen Linken, sondern auch von einem Theile der Rechten, namentlich von Harkort, von v. Beughem und andern unterstützt, und der Präsident forderte die Abtheilungen auf, schleunigst nach Ende der Sitzung zur Wahl des Ausschusses behufs der Berichterstattung zu schreiten. Die erste und dritte Abtheilung werden aber erst morgen wählen. In den übrigen ist das Resultat folgendes: 2. Abtheilung Troska, Wernich und ein drittes Mitglied der Rechten. 4. Abtheilung Poppenburg, Ulrichs, Klein-Rentzow. 5. Abtheil. Par, Riotte, Knauth, 6. Abtheil. Graf Arnim, Hentrich, v. Schlotheim. 7. Abtheil. Sperling, Schlick, Schulze. Der Dringlichkeitsantrag Sperling's auf Herabsetzung des Servis-Contingents seiner Waarstadt Gumbinnen konnte aus einem formalen Mangel noch nicht zur Unterstützung gestellt werden. Lisiecki interpellirte das Staatsministerium wegen Verwendung posenscher Landwehr zum dänischen Kriege. Daß das Großherzogthum nicht zu Deutschland gehöre, daß der Krieg gegen die Dänen im Interesse Deutschlands geführt werde, die ausgehobene Landwehr aber der Provinz, die einer Erholung bedürfe, unentbehrlich sei, waren etwa die Hauptpunkte der ungeordneten, deutschfeindlichen Rede, die er mit so viel fremdartigem vermengte, daß er vom Präsidenten in die Schranken seiner Anfundigung gerufen werden mußte. Der Kriegsminister v. Strotha widerlegte nicht nur die aus Tractaten geschöpften Beweisgründe des Interpellanten, sondern zollte auch der reclamirten Landwehr das Vollmaß militärischen Lobes und gab sich der Hoffnung hin, daß das Institut der Landwehr bald in ganz Deutschland Eingang finden werde. Lisiecki's verdrießliche Androhung seines Austritts aus der Kammer unter dem Vorwande persönlicher Bemerkung glitt an tauben Ohren vorüber. Hierauf erstattete Abg. v. Rodbertus den Bericht des Centralausschusses über die Ministerialgesetzvorlage, das Ankleben von Anschlagzetteln und Plakaten in Städten und Ortschaften, sowie den Verkauf und das Vertheilen von Druckschriften oder bildlichen Darstellungen in öffentlichen Straßen betreffend. Der Entwurf umfaßt 3 §§. Das Anschlagen der Plakate ist darin auf Bekanntmachungen von Behörden, Anzeigen von Vergnügungen, gewerblichen Verkehr u. s. w. beschränkt, der Verkauf von Druckschriften auf Straßen durch eine widerrufliche Concession bedingt, und das höchste Strafmaß auf 50 Rthlr. gesetzt. Der Centralausschuß empfiehlt die Annahme des Gesetzes, jedoch mit mehrfachen Modificationen. Wesendonck brachte dazu ein Amendement ein: „Die Kammer wolle, ohne in die Berathung der einzelnen paragraphen der Vorlage einzugehen, dieselbe als unzulässig zurückweisen." Die Frage des Tages war also: ein Plakatengesetz oder keins? Bevor jedoch die allgemeine Discussion eröffnet wurde, wurde dem Amendement das Recht, mit derselben berathen zu werden, bestritten, bis es genügende Unterstützung fand. Für dasselbe sprach Rupp. In dem Gesetze sieht er ein schlechtes Mittel zur Abwendung politischer Gefahren, Verletzung des Art. 24 der Verfassung, welcher die Preßfreiheit gewährleistet, und den Versuch, den Polizeistaat an die Stelle des Rechtsstaats zu setzen. Sein parlamentarischer Gegner war Riedel. Er nahm die Präventive in Schutz, weil durch

das Unwesen der Plakate als Mittel der Aufregung, zur Entzündung der Leidenschaften des Hasses und der Rache benutzt, Lügen und Verleumdungen verbreitet würden und diese Unbilden nicht rückgängig gemacht werden könnten. Die Beschränkung der Presse sei nur ein Scheingrund; das Gesetz taste die Preßfreiheit nicht im geringsten an. Das unantastbare Heiligthum freier Völker, der geistige Kampf um die Wahrheit, dürfe nicht in einen Straßenkampf ausarten, wie ihn Berlin länger als ein halbes Jahr mit Ekel gesehen habe. Die Linke zeigte sich mit dieser Rede sehr unzufrieden, während die Rechte ihr Beifall zollte. Nunmehr machte der Ministerpräsident brieflich die Mittheilung von der Ernennung des Geh. Justizrathes Simons zum Justizminister. Dieser nahm auch sofort das Wort. Er führte in fließender Relation aus, daß sich die Regierung mit dem Gesetze auf legalem Boden befinde, indem er die Erzeugnisse der Presse von deren Veröffentlichung unterscheide und namentlich eine gleiche Praxis aus der französischen Rechtsgeschichte unter der ersten Republik nachwies. Berends klagt aber das Ministerium auf Grund des Gesetzes der Eingriffe in die Verfassung und Volksrechte an, und kann sich nicht erinnern, daß die Regierungsplakate aus dem Anfange Novembers im vorigen Jahr etwas Beruhigendes gehabt hätten. Nachdem der Berichterstatter einige Worte gesprochen, bricht ein Kampf über die Art der Fragestellung aus, welcher von der Rechten aus die Abstimmung über Wesendend's Amendement verschieben, entgegengesetzterseits sogleich vorgenommen wissen will, und mit 161 gegen 144 Stimmen gemäß dem Vorschlage des Präsidenten entscheidet, daß das Amendement sogleich in Frageſtellung kommt. Die Stimmen für und wider waren gleich, nämlich 152. Es fehlten 21 Mitglieder; 19 waren beurlaubt. Nach § 51 der Geschäftsordnung war dasselbe verworfen und morgen wird die specielle Discussion beginnen. Vor dem Schlusse der Sitzung bemerkte v. Berg noch, er gehöre zu denen, welche sich beschwert, daß Hrn. Simons' Ernennung zum Justizminister der Kammer nicht notificirt sei, was er der Schicklichkeit halber fordern zu können glaubt.

Aus der ersten Kammer geht mir folgender Bericht zu. Vor der Sitzung hatte sich, man wußte nicht durch welchen Anlaß, das Gerücht einer Vertagung bis zum 5. Mai verbreitet und williges Gehör gefunden, als der Präsident die Kammer heute zu einer außerordentlichen Sitzung berufen hatte. Alles im Saale war denn auch im lebhaftesten Gespräche über diese Angelegenheit begriffen und erwartete, daß nach der betreffenden Bekanntmachung durch das Staatsministerium die Vertagung sofort erfolgen würde. Die Abwesenheit des Ministerpräsidenten erweckte indeß schon einige Zweifel, und der Verlauf der Sitzung hat auch bewiesen, daß man im Glauben zu voreilig gewesen war. Protocollsverlesung, Neuwahlen, Urlaubsgesuche, Wahlprüfungen gingen den beiden vorliegenden Anträgen voraus. Der erste von Hülsmann, Colsmann und Nitzsch lautet: „Daß der Herr Finanzminister gebeten werde, die zu außerordentlichen Unterstützungen der Elementarlehrer pro 1849 auf den Etat übernommene Summe bis zu dem Betrage von 63,000 Thlr. zu erhöhen.“ Sie war in diesem Jahre nur auf 27,000 angesetzt. Ein reiches Material zur Ergänzung der Verordnungen vom 2. und 3. Januar, die Reorganisation des Gerichtswesens betreffend, bot der Abg. v. Daniels in seinem 7 Gesetzentwürfe nebst gründlicher Motivirung enthaltenden Antrage. Der Zweck dieses Antrages geht dahin, einmal den Gerichtseingesessenen weite Wege bei Wahrnehmung ihrer Gerechtsame zu ersparen und die in der Verfassung verheißene Vereinigung des altländischen geb. Obertribunals zu Berlin mit dem rheinischen Revisions- und Cassationshofe anzubahnen, was bei den vielen Protesten gegen diese Vereinigung um so nothwendiger ist, als es sonst an einem obersten Gerichtshofe fehlen würde, welcher bei Anklagen der Minister wie in allen verfassungsmäßigen Fällen erkennt. Bis zur wirklichen Vereinigung der höchsten Gerichtshöfe zu einer obersten Stelle läßt der IV. Entwurf das Landes-Tribunal aus 4 Senaten bestehen, in denen 1) das bisherige geb. Ober-Tribunal, 2) der rheinische Cassationshof, 3) die Höfe für das gemeine deutsche Recht zu Ehrenbreitstein und Greifswald und 4) ein Compete-gerichtshof ihre coordinirte Stelle finden. Die Arbeit v. Daniels', 33 Folioseiten umfassend, zeichnet sich durch strenges Anpassen an die Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes aus und fand die verdiente zahlreiche Unterstützung, die auch dem zu Gunsten der Lehrer lautenden Antrage zu Theil geworden war, so daß beide in die Abtheilungen übergehen konnten. Die nächste Sitzung ist kommenden Dienstag.

) **Berlin**, 14. April. Als ich die heutige Sitzung der zweiten Kammer verließ, konnte ich mich der Bedenklichkeit und Ungewißheit über deren zukünftige politische Gestalt nicht erwehren. Sie tagt nun bald zwei Monate; noch aber gewährt sie kein klares Bild eines politischen Willens, der sich in consolidirter Form irgend einer Wahrheit bemächtigt hätte. Sind es die heterogenen Elemente, aus denen sie zusammengesetzt ist; ist es das Ringen zwischen der Vergangenheit und einer nicht klar erkannten Zukunft — Beides will ich unentschieden lassen; es drängte sich jedoch bei der Discussion über das Plakatgesetz unwillkürlich auf. — Mit den Abgeordneten v. Berg, Pape (Ratibor), v. Brandt, Borchardt, Benning (der das Wunder leistet, Arndt und Schlöffel in der Commission [illegible] Amendements-Antrages vollständig. Das Commissionsmitglied, [illegible] Commissionsberathung [illegible] Sitzung, [illegible] Sendungen durch seine Vermittlung Portefeuille genommen, eine Bestimmung, durch welche das Ministerium [illegible] ohne Zweifel der Agitation wehren will. Die Linke wird, wie ich vernehme, des Nächsten ihr Gesuch durch einen Antrag auf Portefeuille erregen. Ein gestern Schreiben des Staatsministeriums erklärte, daß der Grelle'sche Antrag auf Modification der Verordnungen vom 2. u. 3. Januar da, wo es die Oertlichkeiten erlaubten, in Ausführung gebracht werden würde. Es folgten nun mehrere dringliche Anträge. 1) Sperling's von gestern wiederholt. 2) von Pflücker und Genossen auf Begnadigung und beziehungsweise auf Rehabilitirung der seit dem 18. März verurtheilten politischen Verbrecher und Aufhebung der seit jenem Tage schwebenden gleichnamigen Untersuchungen, nach dessen Verlesung der Justizminister erinnerte, es sei eine unrichtige Motivirung, daß der Antrag der Kammer (in der Adresse) erfolglos geblieben; vielmehr habe das Ministerium von den betreffenden Collegien Bericht und Gutachten eingefordert, um die Begnadigung eintreten zu lassen; nur könne diese keine allgemeine sein. 3) Schulze beantragt Aufnahme der Grundrechte des deutschen Volkes in die Gesetzsammlung und Niedersetzung einer Commission von 21 Mitgliedern zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse; 4) Rambs will den Antrag der Spr's auf Niederschlagung einer Aachener Tumultuntersuchung als dringlich anerkannt, und 5) Knauth folgende Bestimmung in die Geschäftsordnung aufgenommen wissen: die Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten wird in je vier Wochen erneuert: allen diesen Anträgen gesteht die Kammer zu, daß sie dringlich seien, und geht sodann nach der Berichterstattung v. Rohrscheidt's zur Discussion der §§ des Plakatengesetzes über. Gegen den ersten Paragraphen macht Eberty geltend, der Märzkampf und das Beispiel freier Völker unter loyalen Regierungen berechtige zur Mittheilung durch Plakate. Urlichs tritt ihm mit der Bemerkung entgegen, daß wir eine Vergleichung mit England nicht zu scheuen hätten. Die Anhänger des Gesetzes wollten aber keinen Polizeistaat, durch dessen Annahme dem Belagerungszustande ein Endemachen, und Barbarei und Anarchie verhüten. v. Kirchmann bekämpft das Gesetz als einen Eingriff in das Privatrecht, indem jeder Eigenthümer an seine Mauern kleben lassen könne, was er wolle, und wundert sich, wie auch der Herr Justizminister Recht und Polizei getrennt habe verwechseln können. Aus Furcht vor einem Gespenst sei das Gesetz entsprungen; nicht die Plakate hätten die Berliner Tumulte vorigen Jahr hervorgerufen, sondern ganz andere Dinge, die er der Reihe nach bei dem Sturm auf die Ministerhotels, das Zeughaus, das Schauspielhaus durchgeht. Die Plakate hätten im Gegentheil die Wahrheit an den Tag gebracht; schnitte man sie dem Volke ab, so verkümmere man dem Volke sein Wahlrecht, da es sich durch die Plakate ein Urtheil bilden müsse. Luther habe durch ein Plakat die Reformation angefangen; und aus Preußlau habe er eine Petition von 2600 Unterschriften gegen das Gesetz erhalten. Der Justizminister: Der Redner habe ihm Argumente in den Mund gelegt, die er nicht gebraucht, was er ausführt. Keller schildert, wie die durch Plakate aufgeregte Menge in ihrer vorjährigen Minorität gegen die Majorität einen heillosen Terrorismus in Berlin ausgeübt habe, und leitet daraus die Geduld ab, womit eine Bevölkerung, wie die Berliner, den Belagerungszustand so lange ertragen. Esser hat das Wort zu persönlicher Bemerkung, muß aber abtreten, als er von den Eindrücken spricht, die die gestrige Rede des Justizministers auf ihn gemacht. Bevor nach Rohrscheidt's Resume zur Abstimmung über den § 1 des Jung'schen Amendements geschritten wird, zieht dieser den Paragraph zurück; jedoch wird auch der § 1 des Gesetzes mit 162 gegen 148 Stimmen bei Namensaufruf verworfen. Zum § 2 spricht Borchardt, eigentlich aber nur gegen den Justizminister, Rechtssacta anführend, die dieser widerlegt. Gegen den Paragraph Jung, Wollheim; dafür v. Meusebach und der Minister des Innern. Das Jung'sche Amendement wird verworfen. Der § 2: „Wer auf öffentlichen Straßen zur Verbreitung im Publikum bestimmte Druckschriften oder bildliche Darstellungen verkaufen oder vertheilen, oder das Anheften derselben zweckmäßig betreiben will, bedarf dazu einer Erlaubniß der Ortspolizeibehörde, und muß den Erlaubnißschein, in welchem sein Name ausgedrückt ist, bei sich führen“, wird mit 157 gegen 152 Stimmen angenommen; desgleichen das Amendement des Centralausschusses, statt der Schlußworte: „die Erlaubniß kann jederzeit zurückgezogen werden“ zu setzen: „die Erlaubniß kann aus den Gründen zurückgenommen werden, aus welchen nach der allgemeinen Gesetzgebung die Entziehung gewerblicher Concessionen erfolgt.“ § 3 der Vorlage wird, nachdem Wenzel (Ratibor) dafür, Borchardt und Wollheim kürzlich dagegen gesprochen, und nachdem die Amendements von Jung und Borchardt verworfen sind, in dieser durch den Centralausschuß amendirten Fassung: „Zuwiderhandlungen wider die vorstehenden Vorschriften (§ 2) ziehen polizeiliche Ahndung bis zu 50 Thlrn. Geldbuße, im Unvermögensfalle 6 Wochen Gefängniß nach sich.“ angenommen. In der Montagssitzung wird über das ganze Gesetz abgestimmt werden.

AZC **Berlin**, 14. April. Die heute durch die „Wiener Zeitung“ vom 12. d. M. zur Kenntniß gelangte neueste österreichische Note vom 8., worin das Olmützer Cabinet, unter Verweisung auf den „vertragsmäßig und factisch noch bestehenden deutschen Bund“ die Abordnung eines Bevollmächtigten nach Frankfurt kurzweg verweigert, und zugleich gegen alle durch die preußische Note vom 3. d. M. angebahnte Verhandlungen und Beschlüsse „feierliche Verwahrung“ einlegt, hat hier eine außerordentliche Bewegung hervorgerufen. An der Börse ging das einzige dorthin gelangte Zeitungsexemplar von Hand zu Hand und wurde wiederholt öffentlich vorgelesen. Seltsamerweise äußerte das Document indeß auf die Course keinen Einfluß, dieselben blieben fest; ja es erzeugte sich sogar unter den Börsenmännern eine förmliche kriegerische Stimmung, und von mehreren Seiten fiel die in diesen Kreisen mit einer fast seltsamen Ruhe aufgenommene Aeußerung, schlimmstenfalls werde Preußen wieder in die Lage kommen, wie am Beginn des siebenjährigen Krieges. Als indeß späterhin die Kunde an die Börse gelangte, daß das Plakatgesetz in der zweiten Kammer so gut wie verworfen sei, da änderten sich die Mienen und die Papiere gingen um Etwas herunter. Man glaubte die Excesse des vorigen Sommers sich erneuern zu sehen. In der Kammer hatte man von der Note noch keine Kenntniß; dagegen war sie in den öffentlichen Locales gegen Mittag allgemein bekannt und erregte hier die lebhaftesten Discussionen. Die Ansichten über Ursache und Folgen waren natürlich sehr getheilt, wobei wir jedoch nicht unbemerkt lassen, daß das tiefe Mißtrauen gegen das jetzige Cabinet sich auch hier in eigenthümlichen Conjuncturen und Vermuthungen Luft machte. In zwei Punkten kam man zumeist überein, darin, daß das Olmützer Cabinet jetzt offen und rückhaltslos gesprochen habe, wie es sein Interesse bedinge, daß es aber nun Sache des Berliner Cabinets sei, von seinem Standpunkt aus eben so rückhaltlos zu antworten.

Gerüchte von einem Aufstande in Kopenhagen, sowie von republikanischen Demonstrationen seitens der dortigen Studenten sind seit gestern und heute im Umlauf. Sie scheinen indeß grundlos zu sein, denn es liegt uns ein neuester Kopenhagner Brief vor, welcher bloß davon spricht, daß durch die dänische Niederlage bei Ekernförde unter der Bevölkerung, namentlich unter dem Schiffsvolk, eine große Aufregung hervorgerufen sei, welche sich indeß bisher bloß in einzelnen Zusammenrottungen vor den Ministerhotels, sowie in einer Renitenz der Rekruten bei ihrer Aushebung gezeigt habe. Diese Renitenz — heißt es weiter — zeige sich auch zum Theil unter dem activen Militär, welches bisher der Meinung gewesen sei, daß Dänemark es bloß mit den Herzogthümern, aber nicht mit ganz Deutschland zu thun habe; nachdem es jetzt das wahre Sacherhältniß erfahren, behaupte es, gegen eine solche Uebermacht nichts ausrichten zu können. (Dies würde mit der Erklärung, unter welcher der General Hansen sich soeben nach Alsen zurückgezogen hat, übereinstimmen.) Freilich, schließt jener Brief, hört man wohl auch von einem Verrath sprechen, der bei der Ekernförder Affaire obgewaltet, doch sind das nur vereinzelte Stimmen.

Das vor einigen Tagen in Moabit aus der Borsig'schen Maschinenbauanstalt vom Stapel gelaufene Kanonenboot ist vollständig ausgerüstet und mit zwei schweren Geschützen armirt bereits nach Stettin abgegangen. — Heute Nachmittag ist abermals ein Kanonenboot vom Stapel gelaufen. Dasselbe ist durch die Maschinenbauanstalt der Seehandlung in Moabit erbaut.

Zu den obigen Nachrichten aus Kopenhagen fügen wir nachträglich hinzu, daß bei dem Schluß unseres Blattes neue Gerüchte von blutigen Auftritten in der dänischen Hauptstadt circulirten, die von Hamburger Reisenden überbracht wurden.

‡ **Posen**, 10. April. Obgleich jetzt in öffentlichen Blättern die bestimmte Behauptung ausgesprochen wird, daß eine Besetzung Galiziens durch russische Truppen außer aller Wahrscheinlichkeit liege, so glauben wir doch Grund zu haben, dieselbe unter gewissen Eventualitäten als unvermeidlich bezeichnen zu dürfen. Daß die österreichischen Waffen vielfache und nicht unerhebliche Niederlagen in Ungarn und Siebenbürgen erlitten haben, ist uns längst kein Geheimniß mehr, wie sehr auch die officiellen Blätter bemüht waren, die Sache euphemistisch zu behandeln; in Krakau und Galizien herrscht, wenigstens unter den höhern und — so weit sie vorhanden sind — den mittleren Ständen, ein gar unruhiger Geist, der loszubrechen droht, sobald er es mit einiger Aussicht auf Erfolg und ohne besondere Gefahr thun kann. Ueberdies dürften die Oesterreicher in der Lage sein, alle nur irgend disponiblen Truppen in Ungarn zu concentriren, denn daß mit den jetzt dort vorhandenen Streitmitteln das Land nicht unterworfen werden kann, liegt für jeden, der die Wiener Berichte nicht etwa für Evangelien hält, auf der Hand; und hierin erblicken wir auch vorzugsweise den Grund der neuesten Bewegungen der russischen Armee in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Es ist bekannt, daß die Russen ihre sämmtlichen Streitkräfte im Königreich Polen unmittelbar an unsere Grenze, nach Kalisch und dessen Umgegend, verlegt hatten: die Stadt, das große Lager bei Kirchdorf, und alle Dörfer weit umher wimmelten von russischen Soldaten, die in solchen Massen angerückt waren, daß in der vorletzten Woche wohl kein Dorf in der Nähe unserer Grenze gefunden wurde, welches nicht eine Besatzung von mindestens hundert Mann gehabt hätte. Dieser Zustand nun hat sich in der verflossenen Woche plötzlich geändert: eine unerwartete Marschordre hat die ganze Armee auf einmal in Bewegung gebracht, die in starken Brigaden die hiesige Gegend nach und nach gänzlich verlassen und sich einer südöstlichen Richtung zugewandt hat. Wohin die Truppen bestimmt sind, darüber weiß Niemand Auskunft zu geben, und die Sache wird von den Eingeweihten mit diplomatischer Geheimnißkrämerei behandelt; nur die Marschrouten, die zunächst eingeschlagen sind, kennt man, und daraus läßt sich der Schluß ziehen, daß die galizische Grenze die Bestimmung der Truppen sein müsse. — Aus Kalisch meldet man uns über dies Ereigniß, daß die Ausmärsche so schnell aufeinander gefolgt seien, daß die Stadt jetzt gänzlich von Truppen entvölkert, und die großen Kirchdörfer an der Grenze nur noch mit einer Garnison von circa zwanzig Mann besetzt wären; auch das mit so bedeutendem Aufwande hergestellte große Lager habe nur eine Besatzung behalten, wie sie durchaus erforderlich sei, um den Verfall desselben zu verhindern. Seit dem Abzuge der Truppen sind die Getreidepreise plötzlich ungeheuer gefallen, so daß von einer Noth des gemeinen Mannes nicht die Rede ist, zumal nach einer neuen russischen Anordnung den Geistlichen der Unterhalt der Ortsarmen überwiesen ist. Dazu kommt, daß seit einiger Zeit wieder russisches Silbergeld in Circulation gesetzt ist, welches schon ganz aus dem Königreiche verschwunden zu sein schien. Recht interessant sind jetzt die Warschauer Zeitungen, die in ihrer Art die Ereignisse in Deutschland, und insbesondere in Preußen commentiren. Die zweite Berliner Kammer fährt dabei besonders schlecht, da sie als ein Tummelplatz aller Hungerleider und Revolutionärs bezeichnet wird, die nur darauf hinarbeiten, ihre communistischen Grundsätze durchzuführen, die besitzende gutgesinnte Volksclasse zu berauben und dem Könige zuletzt die Krone zu entziehen. Die Stadt Kalisch, die bekanntlich sehr viel deutsche Elemente enthält,

und nicht eben in der Gunst des Gouvernements steht, ist seit längerer Zeit einem systematischen Verfalle geweiht, denn nachdem sie schon vor längerer Zeit aufgehört hatte, Regierungssitz zu sein, hat sie nunmehr auch das obere Gericht verloren, das kürzlich nach Warschau verlegt worden ist. So wird der Stadt eine Nahrungsquelle nach der andern entzogen. Durch diese letztere Maßregel leidet aber nicht bloß die Stadt, sondern das Land weit und breit umher, indem nun Jeder, der irgend eine Rechtssache durchzuführen hat, sich persönlich nach der Hauptstadt begeben muß, wo er immer nur durch verhältnißmäßig große Opfer sein Ziel erreichen kann. In Deutschland hat man keinen Begriff davon, welche unerschwingliche Kosten ein Proceß in Polen verursacht, und wie schamlos die Advocaten, hier Kaccene genannt, sich ihre geringe Thätigkeit bezahlen lassen.

Vom Rheine, 10. April. Die Central-Rheinschifffahrts-Commission hat im vorigen Jahre den Beschluß gefaßt, daß durch Bevollmächtigte der verschiedenen Uferstaaten der Rheinstrom von Straßburg bis Holland befahren werde, um sowohl die einzelnen Wasserbauten zu besichtigen, als auch die eigentliche Fahrlänge zu bestimmen. Die Inspections-Reise dieser Agenten beginnt sicherem Vernehmen zufolge mit dem heutigen Tage am Oberrheine und wird wohl mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Ueber die Aufhebung, beziehungsweise Herabsetzung der Rheinzölle verlautet übrigens gar nichts mehr, da mehrere der betheiligten Staaten sich gegen die Ausfälle verwahren, welche eine derartige Maßregel ihren Kassen verursachen würde. Die Vorschläge der französischen und der niederländischen Regierung, welche in der neuesten Zeit gemacht wurden, bleiben eben so unbeachtet, wie die in früheren Jahren eingereichten Noten. (K. Z.)

0 **Dresden**, 12. April. Sitzung der ersten Kammer. Die heutige Sitzung war bei zahlreich besetzter Tribune ohne Zweifel die wichtigste unter allen bisherigen. Auf der Tagesordnung befanden sich zwei Anträge, der eine von Heubner und Genossen, der andere von Dörstling und Genossen, beide im Sinne gleich, auf Anerkennung der deutschen Reichsverfassung gehend und als dringlich anerkannt. Nach Verlesung derselben beantragt Abg. Hilscholb, daß über die Anträge wegen ihrer Dringlichkeit und ihres bedeutungsschweren Inhalts ohne Discussion Beschluß gefaßt werde, da anzunehmen, daß Niemand die Annahme, wenn auch aus verschiedenen Motiven, verneinen werde. Diesem Antrage tritt die Kammer bei, vorbehaltlich der Begründung von Seiten der beiden Antragsteller, zu welcher diese jetzt das Wort ergreifen. Dörstling stellt zuvörderst den Satz an die Spitze seiner Rede: daß man sich den Beschlüssen der Nationalversammlung unterwerfen müsse, damit nicht das, was durch die Revolution im März gewonnen sei, verloren würde. Die beschlossene Verfassung sei jetzt ein Eigenthum der Nation, und nur die unbedingte Annahme derselben werde zu einer dauernden Versöhnung zwischen den Fürsten und dem Volke führen. Die sächsische Regierung aber werde sich durch solche Anerkennung und dadurch, daß sie ihren Einfluß geltend mache, andere Regierungen ebenfalls dazu zu veranlassen, ein großes Verdienst erwerben. Die deutsche Verfassung sei als die einzige und hoffentlich dauernde Erbschaft der Revolution anzusehen, und Oesterreich, das jetzt noch geschieden sei, werde mit seinen deutschen Ländern in den großen Verband des deutschen Volkes eintreten, wenn jetzt die Verfassung rückhaltlos angenommen werde. Mit begeisterten Worten sprach hierauf Heubner über den Inhalt seines Antrags. Gekommen, hob er an, sei die Stunde der Entscheidung; die Nationalversammlung habe die deutsche Verfassung beschlossen und verkündet, und das deutsche Volk müsse sich nun darüber klar werden, welche Stellung es dieser Verfassung gegenüber einzunehmen habe. Es handle sich darum, ob man mit oder ohne die Verfassung gehen solle. Es sei schwer, über gewisse Stellen in der Verfassung hinwegzugehen, und dazu gehörten namentlich drei Punkte: 1) die Erblichkeit des Oberhauptes, 2) die auf die Belagerungszustände und die zeitweilige Aufhebung der Habeascorpusacte bezüglichen Bestimmungen, so wie 3) daß keine Verfassung eines Einzelstaates abgeändert werden könne ohne Zustimmung der Reichsobergewalt. Es sei schwer, sage er, diesen Punkten gegenüber zu sprechen: das deutsche Volk muß unter der Verfassung des deutschen Reichs stehen! Aber dennoch muß es geschehen; auch wenn man die Milderungsgründe dieser drei Punkte nicht ins Auge fasse, müsse das Volk an der Verfassung halten, weil mit ihr der Augenblick gekommen, wo es die Waffe in die Hand nehmen könne, sich im Bewußtsein seines Rechtes und auf Grund seiner Machtvollkommenheit seine Freiheit und Einheit zu schaffen. Es sei oft von der Demokratie behauptet worden, die Nationalversammlung habe durch Gründung der Erblichkeit des Oberhauptes, indem sie dadurch ihr Mandat überschritten, und durch den Ausschluß Oesterreichs die Volkssouveränetät verletzt, aber dies sei nicht wahr; das Mandat sei unbeschränkt, und Oesterreich sei im Grundsatze nicht ausgeschlossen, da es gleich im Anfange der Verfassung heiße: daß das deutsche Reich aus dem dem ehemaligen Bunde gehörigen Gebiet bestehe. Der Ausschluß Oesterreichs sei daher nicht im Princip ausgesprochen. Im Interesse der Demokratie liege es, fest an der Verfassung zu halten, und außerdem möge sie nicht vergessen, daß diese Verfassung eine Waffe sei, mittelst welcher wir das Ziel erreichen, das wir erstreben. Nachdem im 16. Jahrhundert Luther seine Theses angeschlagen, haben die Protestanten eine gemeinsame Urkunde festgehalten, trotzdem, daß nicht alle Punkte darin Allen entsprechend gewesen wären. Hätten sie das nicht gethan, wer weiß, wie es jetzt um die Glaubensfreiheit stünde? Das möge man jetzt bedenken bei der großen Urkunde, die uns die politische Freiheit verbürge. Zwar habe die Nationalversammlung ihre treuesten Freunde verleugnet, aber man müsse ihr dies vergeben, denn sie sei mit der Urkunde, die sie geschaffen, vor die Fürsten getreten und habe gesagt: „Dies ist euer Gesetz und daran seid ihr gebunden!“ Die kleineren Regierungen würden, wenn sie ihr wahres Interesse erkennten, die Annahme nicht verweigern; dies stehe zu erwarten; aber Zweifel seien aufgegangen über die Absicht der größern Regierungen, seit die Antwort, die, wie bekannt, der König von Preußen der Deputation der Nationalversammlung gegeben. Gehe man von dem eingeschlagenen Wege nicht ab, so beginne man den Kampf mit der Nationalversammlung. Wollen wir in diesem Kampfe uns auf die Seite der größern Regierungen stellen? Nein, wir müssen uns selbst Recht verschaffen den Ansprüchen der Legitimität gegenüber! Eine Krone, weil sie nicht „legitim“ sei, abzulehnen, sei möglich; aber unmöglich sei es, einem Volke seine heiligsten Rechte zu nehmen, wenn es einig sei. Was habe die deutschen Völkerschaften niemals zu etwas Rechtem, Ganzen kommen lassen? Nichts anderes, als weil sie keinen Mittelpunkt gehabt, um den sie sich gemeinsam haben scharen können. Jetzt gelte es, kein Jota von der Verfassung sich rauben zu lassen; eins müssen wir sein, das ganze Volk müsse sich um dieses Panier schaaren. Mit der Verfassung müsse das Volk stehen und fallen; sie möge ein gerechtem Kampfe vorantragen, und in diesem Kampfe werde es siegen! Bevor die Kammer nach der mit lautem Bravo aufgenommenen Rede zur Abstimmung schritt, trägt Vicepräsident Tschucke darauf an, daß zu Protocoll bemerkt werde: die Minister seien heute sämmtlich von der Sitzung weggeblieben und haben sich also die Gelegenheit entgehen lassen, auch ihre Meinung über diese hochwichtige Angelegenheit zu äußern. Der Präsident veranlaßt die Schriftführer, die Bemerkung ins Protocoll zu setzen. Heubner's Antrag ging dahin:

„Die Kammer möge im Verein mit der zweiten bei der Staatsregierung beantragen, dieselbe wolle die von der Nationalversammlung beschlossene und verkündete Verfassung des deutschen Reichs sammt dem Reichswahlgesetz sofort und ohne vorher mit den andern Regierungen in Verhandlung zu treten, anerkennen und auf verfassungsmäßige Weise publiciren.“

Die Kammer genehmigt den Antrag gegen eine Stimme (Flor), worauf auf den Vorschlag Klingers die Sitzung geschlossen wird, damit dieser feierliche Eindruck, den dieser Augenblick hinterlassen, nicht gestört werde. In gehobener Stimmung ging die Versammlung auseinander.

0 **Dresden**, 13. April. Sitzung der ersten Kammer. Heute wurde die Berathung über die allgemeine deutsche Wechselordnung und die dazu gehörigen Gesetzentwürfe geschlossen und nachdem jene bereits angenommen worden war, diese mit einigen vom Ausschusse (Referent Klinger) beantragten Modificationen genehmigt.

00 **Dresden**, 14. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer bat Abg. Müller um Urlaub, um am Kriege gegen Dänemark Theil nehmen zu können. Tzschirner und Köchly sprachen dagegen: Letzterer berief sich auf eine Entscheidung des Reichsverwesers in einem gleichen Falle, nämlich Röringer betreffend. Der Urlaub wurde verweigert. Nachdem die Minister, deren heute drei anwesend waren, einige unwichtige Interpellationen beantwortet hatten, und der erste Gegenstand der Tagesordnung ausgefallen war, begann die Berathung über den Schaffrath'schen Antrag, den ich nachstehend in seinem Wortlaut mittheile:

> Die zweite Kammer wolle im Verein mit der ersten bei der Staatsregierung beantragen, daß dieselbe
> 1) die von der Nationalversammlung gegebene und in zweimaliger Lesung beschlossene und von deren Organen unterschriebene und bekannt gemachte Verfassung des deutschen Reichs nebst dem Reichswahlgesetze als endgiltig und verbindlich für das Königreich Sachsen erachten und publiciren,
> 2) daß sie jeder Aenderung der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes, welche etwa auf anderem, als in der Verfassung selbst vorgeschriebenen Wege versucht werden sollte, den entschiedensten Widerstand entgegensetzen solle.

Zuförderst wurden die Anträge Heubners und Dörstlings, welche in der ersten Kammer gestellt worden, nebst dem Protocolle der darüber dort gepflogenen Verhandlung vorgelesen. Hierauf bestieg der Antragsteller die Rednerbühne. Er beklagt, daß wohl das initium germaniae zugleich finis Saxoniae sei; gesteht seinen früheren sächsischen Particularismus ein; spricht die Ueberzeugung aus, daß der gestellte Antrag seinem Rufe als Demokrat schaden werde. Doch ein Freund des Vaterlandes müsse das physische Leben, also auch seine Ueberzeugung für des Vaterlandes Wohl zu opfern bereit sein; mit ihr seinen Namen. Die Lage Sachsens rathe zur Annahme der Reichsverfassung. Denn Sachsens Freiheit sei, wenn es allein dastände, gefährdet. Die Zeitlage dränge. Man müsse sonst eine Octroyirung fürchten. Die Ehre der Nationalversammlung erheische es, daß die Kammern der Einzelstaaten ihr beipflichten. Ein Hauptgewicht legt der Redner auf die Frage: was soll werden, wenn wir die Reichsverfassung nicht annehmen? Nachdem derselbe ziemlich 1½ Stunde gesprochen, werden zwei Anträge oder Zusätze gestellt. Der eine will ausgesprochen wissen, daß die Grundrechte nur das geringste Maß von Freiheit enthalten (schon mehrmals dagewesen!); der andere, daß man über § 195 sein Mißfallen ausspreche. Tzschirner spricht im Namen des souveränen Unverstandes gegen den Antrag, und wird darin von Wehner, Berthold u. A. unterstützt. Uebrigens hat der Antrag auch seine Verfechter gefunden. Die Berathung dauerte bei Postschluß noch fort, und ich kann nur die Vermuthung aussprechen, daß wahrscheinlich der Antrag angenommen werden wird.

Hannover, 12. April. Vier und vierzig Abgeordnete aus beiden Kammern der Ständeversammlung sind gestern hier zusammengetreten, um eine Aufforderung an das Ministerium zu richten, die Stände sofort wieder einzuberufen. Dieselbe lautet:

„Bei der unterm 15. März ertheilten Vertagung der allgemeinen Ständeversammlung schien die hervorgehobene Ungewißheit über die Grundlage der deutschen Verfassung diese außerordentliche Maßnahme um so weniger zu rechtfertigen, als diese Ungewißheit seit einem vollen Jahre bestand. Wenn es indessen von Anfang an ernste Bedenken erregte, daß eine vorgängige Veröffentlichung der Grundrechte des deutschen Volks, und während die Verhandlungen in Frankfurt auf der äußersten Spitze standen, dem Lande durch die Vertagung sein verfassungsmäßiges Organ entzogen wurde, so hat die gegenwärtige Vertagung dieser Bedenklichkeiten Anlaß geben müssen, welche der königlichen Regierung vorzulegen die Unterzeichneten sich für verpflichtet halten. In einem Augenblicke, in welchem die Regierungen einen inhaltschweren Entschluß über das Schicksal des Vaterlandes zu fassen im Begriffe stehen, der auf lange Zeit über Frieden oder Unfrieden entscheiden muß, erwartet Deutschland mit vollem Rechte, daß auch das deutsche Volk in Hannover seine Schuldigkeit thue, wozu es der Stimme seiner gesetzlichen Vertretung dringender als jemals bedarf; zumal wenn die Absicht der königl. Regierung mit der entschiedenen Ueberzeugung der großen Mehrheit im Lande, welche eine rechtliche Ungewißheit nicht weiter anerkennt, nachdem die Reichsversammlung einen endgiltigen Beschluß gefaßt hat, im Widerspruch stehen und die königliche Regierung nicht geneigt sein sollte, die unbedingte Durchführung der deutschen Verfassung mit allen Kräften zu unterstützen. Die Unterzeichneten können nicht daran zweifeln, daß diese Erklärung über die Ansicht des Landes bei der königlichen Regierung eine weitere Beachtung finden werde als diejenige, welche der Ausspruch von Männern bei jeder constitutionellen Regierung verdient, denen eine Kenntniß über die Stimmung des Landes zugetraut werden darf. Sie sind aber um so mehr überzeugt, daß die auf sie gefallene Berufung zu Mitgliedern der Ständeversammlung ihnen in einem Augenblicke von so schwerem Gewicht die unerläßliche Verpflichtung auferlegt, die königliche Regierung dringend zu ersuchen, daß sie durch sofortige Wiedereinberufung der Ständeversammlung sich in die Lage versetze, das verfassungsmäßige Organ des Landes zu hören und den nachtheiligen Folgen längerer Unterbrechung in den ständischen Berathungen über die innere Umgestaltung der Landesverhältnisse vorzubeugen. Hannover, den 11. April 1849.“

(Folgen die Unterschriften von 12 Mitgliedern erster und 32 Mitgliedern zweiter Kammer aus allen Theilen des Landes.)

Die Regierung wird muthmaßlich diese Aufforderung lediglich zu den Acten legen, aber Deutschland und sein höchstes gesetzgebendes Organ, die Nationalversammlung, werden sehen, daß der hannoversche Stamm die deutsche Sache mit allen Kräften zu unterstützen strebt und daß es lediglich an der hannoverschen Regierung liegt, wenn von hier aus diesem Sinne entgegengehandelt werden sollte.

Leer, 8. April. Die für Rechnung der deutschen Kriegsmarine auf dem hiesigen Schiffswerfte Concordia erbauten beiden Kanonenboote sind gestern vom Stapel gelaufen. (Bfbll.)

Karlsruhe, 13. April. In der heutigen Sitzung der Kammer übergab Staatsrath Bekk das von der Regierung zugesicherte Wahlgesetz über die künftige Zusammensetzung beider Kammern der Ständeversammlung, welcher sodann die Berathung der übrigen allenfalls nothwendig werdenden Verfassungsänderungen überlassen werden sollen. Als Hauptpunkte dieses Gesetzes wurden von ihm vorläufig bezeichnet: daß bei der ersten Kammer die Standesvorrechte aufhören und deren Mitglieder ebenfalls vom Volke gewählt werden sollen, ebenso falle das Vorrecht, welches seither die Städte vor den Landgemeinden hatten, weg, so daß erstere keine eigenen Abgeordneten mehr in die zweite Kammer wählen dürfen. Die Zahl der Mitglieder der ersten Kammer ist auf 33, jene der zweiten auf 55 festgesetzt und in beide wird nach dem jetzt bestehenden oder nach dem künftigen Reichswahlgesetze gewählt. Das Wahlrecht in die erste Kammer ist ein allgemeines und jeder badische Staatsbürger, der nur einige Steuer bezahlt, zu dessen Ausübung befugt, jedoch werden die Steuerpflichtigen in drei Klassen abgetheilt, deren jede einen Abgeordneten wählt. Die Wählbarkeit ist ebenfalls frei, nur muß der Gewählte in die erste Kammer ein Alter von 40 Jahren, und in die zweite ein solches von 30 Jahren nachweisen nebst gutem Leumund u. s. w. Die Wahl in beide Kammern ist eine directe und geheime. Die Kammer beschloß, durch die Abtheilungen sogleich eine Commission zur Prüfung und Berichterstattung über dieses Gesetz wählen zu lassen, und dieselbe sodann um vier Mitglieder zu verstärken.

Bremen, 11. April. (Wes. Ztg.) Auf den Antrag der Bürgerschaft in Betreff der Uebertragung der deutschen Kaiserwürde auf den König von Preußen hat der Senat mit folgender Erklärung geantwortet:

„Sowie der Senat die von der Bürgerschaft in ihrer Versammlung vom 4. d. M. in Veranlassung damaliger Bekanntwerdung der Tags zuvor erfolgten Erwiderung des Königs von Preußen auf die Anrede einer Deputation der deutschen Nationalversammlung ausgesprochenen Hoffnungen und Entschließungen auch seinerseits als der Lage der Verhältnisse entsprechend anerkennen mußte, — so wird er auch nach Maßgabe der noch mit keiner Zuversicht vorherzusehenden weiteren Ereignisse alles, was zu baldigster und dauernder Befestigung der Freiheit, Einheit und Macht des deutschen Vaterlandes zu führen vermag, und zwar auf dem von der Nationalversammlung eingeschlagenen Wege, soweit es die Verhältnisse gestatten, seinerseits zu fördern bemüht sein.“

Börsenberichte.

Berlin, 14. April. Staats-Schuldscheine 80 bez., Seehandlungs-Prämienscheine 109 bez., Bankantheile 85½ G., Berlin-Hamburg 50 zu machen, Köln-Minden 76 bez u. Br., Friedr.-Wilh.-Nordb. 33½ u. ½ bez u. G., Adrianische 47 Br., Thüringer 49 bez., 4proz. Anl. bei Stieglitz 87 B., 5. 86½ B., ½ G., Pots. 300 fl. Loose 74½ G., do. 200 fl. Loose 97½ bez., kurhess. Prämiensch. à 40 Rthlr. 27½ Br., Neue Bad. Anleihe à 35 fl. 16½ Br.

Bei sehr geringem Geschäftsgange sehr in Fonds und Eisenbahnactien blieben die Course zwar im Allgemeinen matt, behaupteten aber ziemlich unverändert ihren gestrigen Stand.

Frankfurt, 16. April. 11. Ziehung 6. Klasse der 115. hiesigen Stadtlotterie. Hauptgewinne: Nr. 13013, 13660, 122 jede 1000 fl., Nr. 16519, 19751, 16922, 14017, 6005, 11528 jede 300 fl.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matzen.

Benachrichtigungen.

Wasserheilanstalt Mühlbad bei Boppard am Rhein.

Für die Badesaison des laufenden Jahres wird obgenannte Anstalt vom 1. März ab dem Publikum wieder geöffnet sein. Bei der stets steigenden Frequenz, deren sie bisher sich zu erfreuen hatte, und die namentlich im verflossenen Jahre noch so bedeutend war, daß Mangel an Raum entstand und längere Zeit hindurch Gäste dislocirt werden mußten, bittet man diejenigen, welche sie zu besuchen die Absicht haben, mit ihren Anmeldungen nicht allzulange zu zögern, besonders dann, wenn sie auf Säle und bequeme Wohnungen reflectiren. — Näheres bei dem in der Anstalt wohnenden Arzte, Kreisphysicus Dr. Heußner. [756]

Grab-Denkmäler und Kreuze

in großer Auswahl

von rothem, grünem und weißem Sandstein

sind vorräthig zu haben bei

A. Sprückmann vor dem Allerheiligenthor.

[89] Wohnung im Pfuhlhof, Roßmarkt.

Niederländische Handelsgesellschaft.

Die Direction bringt hiermit zur Anzeige, daß die Gesellschaft ihre Frühjahrs-Auctionen von Indigo und Cochenille an nachstehenden Tagen:

in Amsterdam am Dienstag den 1. Mai 1849 über
413 ganze / 1470 viertel } Kisten Java-Indigo daselbst lagernd
25 Kisten Java-Cochenille
in Rotterdam am Freitag den 4. Mai 1849 über
754 ganze / 1313 viertel } Kisten Java-Indigo daselbst lagernd
8 " " Sumatra-Indigo " "
254 " " Java-Cochenille " "
5 " " Texel " "

abhalten wird und zwar mit dem Vorbehalt, obige Quantitäten

in Amsterdam um 934 halbe u. viertel Kisten } zu vermehren.
in Rotterdam um 520 " " " "

falls solche noch zeitig eintreffen.

Die Direction gibt übrigens die Versicherung, daß sie vor ihren gewöhnlichen Herbst-Auctionen, außer obigen Partien, von erwähnten Artikeln nichts mehr an Markt bringen wird.

Notizen und Verkaufsbedingungen werden zeitig ausgegeben.

Amsterdam, 17. März 1849.

Van der Oudermeulen, Präsident.
[814] **Goudwaard**, Dir. fung. Secretär.

Wasser-, Molken- und Trauben-Curanstalt.

Gleisweiler

bei Landau in Rheinbayern.

(3 Jahrstunden von Mannheim entfernt.)

Zum Gebrauch der Wasserkur in genannte Heilanstalt das ganze Jahr über, zum Gebrauch der Ziegenmolken vom 1. Mai bis 1. November geöffnet.

Betreffende Prospectus ertheilt die Expedition dieses Blattes gratis, jede nähere Auskunft der unterzeichnete Arzt der Anstalt unter der Adresse [827]

Dr. L. Schneider zu Landau in Rheinbayern.

[763] ### Guts-Verpachtung.

Mittwoch den 25. April d. J., Vormittags 10 Uhr, wird in dem Gesellschaftslocal der unterzeichneten Stelle das Fürstlich Isenburgische Dotal-Gut — Neuhof genannt — öffentlich verpachtet, und zwar von Petri 1850 an. Dasselbe enthält:

1) 203 Morgen Ackerfeld, 2) 148 " Wiesen, 3) 16 " Weihedämme } Großherzoglich Hessisches Maaß.

Sämmtliches Gelände liegt zusammenhängend rund um die mit einem sehr geräumigen Wohnhaus, großen massiven Scheuern so wie Stallungen und Brandhaus versehenen Hofgebäude, so daß man von diesem aus, mit Ausnahme eines Theils der Wiesen, das ganze Gut übersehen kann. Dasselbe ist ½ Stunde von Sprendlingen und ¾ Stunden von der von Frankfurt überhaupt führenden Chaussee entfernt, und mit beiden durch gute fahrbare Wege verbunden. Die Entfernung von Offenbach beträgt 2 Stunden. Da das erwähnte Wohnhaus weit mehr Raum, als erforderlich, hat, so könnte vor oder mit Stock desselben, der eine schöne Aussicht auf das Dorf und die anstoßenden fürstlichen Wald, so wie auf das Taunusgebirg gewährt, auch füglich für eine Familie zu einem angenehmen Sommeraufenthalt noch besonders benutzt werden.

Besonders wird bemerkt, daß das Gut größtentheils schwere Lehm- und nirgends Sandboden hat, und nach Umständen eine Schäferei daselbst gehalten werden kann.

Die nähern Bedingungen werden bei der Verpachtung bekannt gemacht.

Offenbach, den 16. März 1849.

Fürstlich Isenburgische Kellerei.

[1089] ### Todes-Anzeige.

Auswärtigen Freunden und Bekannten machen wir in unserm und unserer übrigen Anverwandten Namen hiermit die ergebenste Anzeige, daß unser Oheim, Herr Domdech. a. D. Jacob Fölix, in seinem 77sten Lebensjahre nach langem Leiden, gestärkt mit den hh. Sterbesacramenten, am 5. d. M. selig im Herrn entschlafen ist.

Limburg, 10. April 1849.

Anna Fölix.
Josephine Fölix.

Cours der Staats-Papiere. 16. April 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	76⅞	76⅛	Württemb.	Obligationen d. Rothsch.	3½	78⅜	78⅛
»	dito dito . .	4	60	59⅜	»	Neue Württemberg.	4½	94⅛	94⅛
»	dito dito . .	2½	40⅛	40	Nassau	Obligat. d. Rothsch.	3½	81	80½
»	Bank-Actien p. St.		1184	1179	»	d. 35 Loose		21	20⅝
»	5 250 Loose p. Roth.		79⅜	79⅛	Frankfurt	Obligationen	3	77½	77
»	5 500 » dito		126½	126	»	dito v. 1830	3½	92⅞	92⅛
»	Bethmann. Obligat.	4½	73½	73	»	dito v. 1846	3½	89	88½
»	dito dito	3	63½	63	»	Taunusbahnactien .		294	292
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	81½	81	Holland	Interrale	2½	50	49⅝
»	Prämienscheine . .		—	103	»	Holländische	4	—	76½
Bayern .	Obligationen	3½	79½	79	»	Syndicats.	3½	—	78½
Darmstadt	2. 50 Loose		70⅝	70½	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp	5	—	—
»	2. 35 dito		22½	22	»	Innere Sch. neue Obl.	3	23½	23
»	Obligationen	3½	79½	79	Portugal	Cunnels Lot. à £ 12.	3	—	—
»	dito	4	87⅛	86⅝	Polen	5. 500 Loll. Loos Bth.		—	98
Baden .	Obligationen v. 1849	3½	77½	77	»	Obligationen de 5. 500	4	74½	74⅛
»	2. 50 Loose v. 1845		45½	45	Russland	in R. S. d. Gran. st. C.	4	—	82
»	2. 35 Loose		28¼	27⅞	»	ditto d. Stieglitz et C.	4	—	81⅜

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.	Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Pistolen	9	56	Gold al Marco .	382	—	Kurhessische Loose . . .	27½	27⅛
Pr. Friedrichsd'or	9	57	Laubth., ganze. .	—	—	Karlsruher Loose	25½	25
Holl. 10 fl. Stücke	10	3	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	39	5 Frankenthaler.	—	—	Cöln-Minden	78½	78⅛
20 Francsstücke	9	38	Hochhaltig Silber	24	30	Ludwigsh.-Bexbach. . . .	73½	72⅞
Engl. Souvereins	12	4	Gering u. mittelh.	24	20	Frdr.-Wilhs.-Nordbahn .	24½	23⅝

Wechsel-Cours.

Den 16 April.	Papr	Geld.
Amsterdam (k.S. 100 fl. Crt.)	100⅜	—
(M. 100 fl. Crt.)	—	100⅛
Augsburg (k.S. 100 fl. Crt.)	119⅜	—
(M. 100 fl. Crt.)	—	—
Berlin . . (k.S.	—	105⅛
(80 Thlr.) (M.	—	—
Bremen (50 (k.S.	—	99⅛
Rthlr. à 1. Gold (M.	—	—
Hamburg . (k.S.	85⅛	—
(100 Mk. Bco) (M.	—	87⅝
Leipzig (60 (k.S.	—	105⅞
Thlr.) à d. M. (M.	—	—
London . . . (k.S.	121	—
(10 Livr. St.) (M.	—	120⅛
Lyon . . . (k.S.	—	95⅛
(300 Fr.) (M.	—	—
Mailand (350 (k.S.	—	99⅛
Lir. Austr.) (M.	—	—
Paris . . . (k.S.	95⅜	—
(300 Fr.) . (M.	—	—
Wien (100 fl. (k.S.	105⅛	—
in 20 Fl. (M.	—	—
Disconto	—	1

A. Sulzbach, bestd. Makler.

Nach der Börse: 2½ pCt. Cert. —; 3pCt. Span. inl. —; Taunusbahn-Actien pr. Ult. —; Ludw.-Berb. —; Fr.-W.-Nordb. — ⅛

[1065] In ein Institut wird ein französischer Lehrer gesucht, welcher nicht ganz unbekannt mit der deutschen Sprache ist und bald eintreten kann. Briefe franco.

[853] **Decret.**

Das Ableben der Katharina Schmelzer von Stephanshausen betreffend.

Nachdem die letzige großjährige Katharina Schmelzer von Stephanshausen am 13. Januar d. J. ohne Hinterlassung eines Testaments verstorben ist, werden deren bekannte und unbekannte Intestaterben unter der Ankündigung, daß nur diejenigen, welche erscheinen und eine Erklärung abgeben, in den Nachlaß immittirt werden können, aufgefordert, sich über Antretung der Erbschaft genannter Katharina Schmelzer

Montag den 21. Mai d. J. Vorm. 9 Uhr

vor unterzeichnetem Amte zu erklären.

Rüdesheim den 13. März 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Langsdorff.

[978] **Edictalladung.**

Den Concursprozeß über das Vermögen der Ehefrau des Wilhelm Machenhauer, Elisabetha geb. Kremer zu Limburg, jetzt zu Mainz, betreffend.

Nachdem über das Vermögen der Ehefrau des Wilhelm Machenhauer, Elisabetha geb. Kremer von Limburg, jetzt zu Mainz, der Concursprozeß rechtskräftig erkannt worden ist, werden alle, welche dingliche oder persönliche Forderungen an der Masse zu machen haben, aufgefordert, solche

Montag, den 30. April l. J., Morgens 8 Uhr,

bei dem unterzeichneten Amte zu liquidiren, bei Vermeidung des von selbst eintretenden Rechtsnachtheiles des Ausschlusses von der vorhandenen Masse.

Limburg, den 28. März 1849.

Herz. Nass. Amt.
Schröder.

[994] **Edictalladung.**

Die Wittwe des dahier verstorbenen 2. Lehrers Philipp Walter, Maria Eva geb. Weber zu Neustadt, hat ihre Ueberschuldung angezeigt und ihr Vermögen ihren Gläubigern abgetreten.

Die Gläubiger derselben werden zur Anmeldung und Begründung ihrer Forderungen in Person oder durch gehörig legitimirte Bevollmächtigte so wie zum Güterverfuch beim Rechtsnachtheil des Ausschlusses bezüglich des Beitritts der Bestimmung der Erschienenen zum Termin

den 27. d. M., früh 11 Uhr,

unter vorgeladen, worin sie auch ihre Erklärung über die Beibehaltung des einstweilen zum Curator bestellten Advokaten Schiele dahier abzugeben haben.

Neuhof, am 3. April 1849.

Fürstliches Justiz-Amt.
Goeßmann.

[992] **Edictalladung.**

Ueber das um 89 fl. 32 kr. überschuldete mit einer Forderung von 813 fl. aus vorbehaltenem Eigenthum und rückständigen Staatssteuern belastete, aus 841 fl. bestehende Activvermögen des Sattlers Georg Gerhard und dessen Ehefrau Maria Anna Ritter von Mendabaur, ist der Concursprozeß erkannt worden. Dingliche wie persönliche Ansprüche sind bei Strafe des ohne weitere Decretur erfolgenden Ausschlusses von der Masse

Mittwoch, den 2 Mai l. J., Morgens 8 Uhr

dahier zu liquidiren.

Montabaur, den 27. März 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Zimmermann.

[1012] **Edictalladung.**

Dinzliche oder persönliche Ansprüche an die Concursmasse des Johannes Nicolai und dessen 3. Ehefrau Margaretha geb. Lehr, ferner an das Vermögen seiner 1. Ehefrau, Marie Elisabethe geb. Läppler, und seiner 2. Ehefrau, Margarethe geb. Läppler, sind

Dienstag, den 8. Mai 1849, Morgens 8 Uhr,

dahier zu liquidiren, bei Vermeidung des Rechtsnachtheils des ohne weiteres Decret eintretenden Ausschlusses von der vorhandenen Masse.

Usingen, den 29. März 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Kramer.

[1013] Nachdem gegen den Handelsmann Sebastian Hassenpflug dahier heute der sämmtliche Concurs erkannt worden ist, so werden alle Gläubiger desselben hierdurch aufgefordert, in dem auf

den 23. Juli d. J., Vormittags 10 Uhr,

bestimmten Liquidations-Termin ihre Forderungen bei Meidung der Ausschließung von der Concursmasse anzumelden und gegen den bestellten Contradictor die ihr rechtlichen Sätze zu verhandeln.

Hanau, den 31. März 1849.

Kurfürstliches Landgericht.
Giller.
Kayser.

[1011] **Edictalladung.**

Nachdem über das Vermögen des Johann Odemer und seiner Ehefrau Anna Catharina geb. Bohrmann von Niederrodenbach, dermalen wohnhaft zu Lorsbach, der Concursprozeß rechtskräftig erkannt worden ist, wird Termin zur Anmeldung dinglicher wie persönlicher Ansprüche, bei Vermeidung des Ausschlusses von der vorhandenen Masse, auf

Freitag den 27. April d. J., Morgens 8 Uhr,

hiermit anberaumt.

Hochheim, den 30. März 1849.

Herz. gl. Nass. Amt.
Giese.

[-97] Nachdem heute der förmliche Concurs gegen den Schlossermeister Heinrich Kirchhof von hier erkannt worden, so ergeht an alle Gläubiger desselben die Aufforderung, im Termin

den 9. Juli d. J., Morgens 9 Uhr,

ihre Forderungen unter Vorlage der darüber sprechenden Urkunden entweder in Person oder durch gehörig bevollmächtigte Vertreter beim Rechtsnachtheil der Ausschließung von der Concursmasse dahier anzumelden, und gegen den bestellten Contradictor die ihrem ermäßigten Sätze zu verhandeln.

Hanau, den 17. März 1849.

Kurfürstl. Landgericht.
Giller.
Kayser.

[1034] Nachdem die Wittwe des Carl Philipp Baumann, Justiz geb. Lamm von hier, verstorben und deren Verlassenschaft unter Siegel gelegt worden ist, ohne daß bis jetzt Erbberechtigte dahier aufgetreten sind, so werden nunmehr alle Diejenigen, welche Forderungen an die Erbmasse haben und alle, die Erbansprüche geltend machen wollen, aufgefordert, im Termin

den 3. l. M., Vormittags,

ihre desfallsigen Ansprüche anzumelden und zu begründen, widrigens auf die Nichterscheinenden keine Rücksicht genommen werden wird.

Hanau, den 3. April 1849.

Kurfürstliches Landgericht
Giller.
Kayser.

[1008] **Edictalladung.**

Nachdem der Soldat Joh. Conrad Heinrich Vetter von Oberlauken, Herzogl. Amts Usingen, aus Urlaub entwichen und vom Regiment als Deserteur abgeführt worden ist, so wird derselbe unmedt von dem unterzeichneten Gerichte aufgefordert, sich zu seiner Verantwortung deshalb bis zum

ersten Juni l. J.

dahier zu stellen, mit Einfalls er des Verbrechens der Desertion für schuldig erkannt und den b fehlenden Gesetzen gemäß zur Bezahlung eines Einhundert-Capitales, zum Ersatze des Vertragenen und in die Inquisitionskosten verurtheilt, das Urtheil aber nur bei dem Regiment bekannt gemacht werden wird.

Wiesbaden, den 1. April 1849.

Militair-Gericht des Herzogl. Nass. II. Regiments.
Geran, Oberst. Besterding, Auditeur.

[1095] **Oeffentliche Ladung.**

Nachbenannte fünf, seit vielen Jahren unbekannt wo? abwesende Personen, nämlich die Bürgerssöhne:

Johann Heinrich Schnell, getauft am 17. November 1778;
Johann Tadeus Eiser, geboren am 11. März 1790, und
Friedrich Andreas Brunner, geboren am 12. August 1790;

sowie die beiden Stadtsoldatenkinder:

Maria Thresia Wenz, getauft am 21. Januar 1761, und
Johann Peter Wenz, getauft am 21. April 1765,

oder deren etwaige Leibeserben werden hiermit aufgefordert, sich

binnen sechs Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte zur Empfangnahme ihres dahier verwaltet werdenden geringfügigen Vermögens anzumelden, beziehungsweise zu legitimiren, bei Vermeidung, daß sonst nach Ablauf dieser Frist sie, die genannten Verschollenen, für todt und als ohne Leibeserben verstorben erklärt werden sollen.

Frankfurt a. M., den 11. April 1849.

Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Böhmer,
Dr. Eysen, I. Secr.

[1102] Nachdem der von uns steckbrieflich verfolgte Herr Advokat Hans Ulrich Erbe von hier im Königreich Sachsen zum Abgeordneten bei der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. erwählt worden ist, müssen die gegen denselben anhängigen Untersuchungen nach Art. 1 des Reichsgesetzes vom 30. September 1848 bis nach von der deutschen Nationalversammlung erlangter Genehmigung zu deren Fortstellung ruhen.

Es wird daher auch der gegen Herrn Erbe von uns unter dem 23. November v. J. erlassene und unter dem 20. Februar d. J. erneuerte Steckbrief somit bis auf Weiteres zurückgezogen.

Altenburg, am 12. April 1849.

Herzogl. Sächs. Stadtgericht das.
Bonde

[1030] Die zur Concursmasse der Albert Blatz'schen Eheleute von Mitenberg gehörigen Realitäten als:

1) Ein Wohnhaus in der Auteaasse Folio 5 Nr. 30.
2) Ein Wohnhaus und Brauhaus mit Brauereieinrichtung Fol. 15. Nr. 28.
3) Eine Scheune Fol. 18. Nr. 33
4) Ein Keller unter dem Hause des Franz Brohm Fol. 168 Nr. 380.
5) Ein Pfeffergarten jenseits des Mains zu ⅜ Mor. 12.
6) Fünf Ruthen Garten im unteren Gewand, werden am

Montag, den 21. Mai l. J., Vormittags 8 Uhr

am Gerichtsorte dahier versteigert, wozu man Steigerungsliebhaber einladet. Die von den Gläubigern festgesetzten Versteigerungsbedingungen können in jeder Zeit eingesehen werden.

Mitenberg, den 23. März 1849.

Königliches Gericht I.
Mayer.

[1062] **Edictalladung.**

Nachdem über das Vermögen des Peter Martin und seiner Ehefrau Eva geb. Schell von Oberlauterbach wegen zu Mannheim temporär sich aufhalten, der Concursprozeß rechtskräftig erkannt worden ist, werden Alle, welche dingliche oder persönliche Forderungen an der vorhandenen Masse zu machen haben, hiermit aufgefordert, solche

Montag den 14. Mai l. J., Morgens 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Amte zu liquidiren, bei Vermeidung des von selbst eintretenden Rechtsnachtheils des Ausschlusses von der vorhandenen Masse.

Dachsenburg, den 10. April 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Hammer.

[1027] **Edictalladung.**

Die Ueberschuldung des Vermögens des Philipp Weinbach, seiner Ehefrau Margaretha geb. Eibert und seiner Kinder erster Ehe von Niederlahnstein betreffend.

Nachdem über das Vermögen der Philipp Weinbach'schen Eheleute von Niederlahnstein der Concurs erkannt und das Erforderniß rechtskräftig erworben ist, so wird zur Anmeldung persönlicher oder dinglicher Ansprüche Termin auf

Mittwoch, den 25. April l. J., Morgens 8 Uhr,

anberaumt, bei Vermeidung des Ausschlusses von der vorhandenen Masse.

Braubach, den 28. März 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Brunner.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag ((Extra-Beilage zu Nro. 90.)) 16. April 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

201. Sitzung.

Vorsitzender: Zweiter Vicepräsident E. Eisenstuck

H **Frankfurt**, 16. April.

(Austritts- und Eintrittsanzeigen. Flottenbeiträge. Erklärung der würtembergischen zweiten Kammer in Betracht der deutschen Reichsverfassung. Interpellationen der Abgg. v. Reden, Kreuzberg, Bürth aus Sigmaringen.)

Die Sitzung wird um halb 10 Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Ministerpräsident v. Gagern, Finanzminister v. Beckerath, Justizminister R. Mohl; die Unterstaatssecretäre Bassermann, Mathy, Fallati. Der Vorsitzende verkündet mehrere Austrittserklärungen. Die Abgg. Wessely aus ung. Brod und Matzegger aus Tirol haben ihren Austritt angezeigt. Durch den Beschluß der Nationalversammlung vom 27. März d. J. finden sich auszutreten bewogen, und reichen eine motivirte Austrittserklärung ein 25 Abgeordnete aus Oesterreich: v. Mühlfeld, Egger und Herz aus Wien, v. Neuwall aus Brünn, Fr. Graf Deym aus Hohenelbe in Böhmen, Dr. Bauer aus Baden in Unteröstereich, Schuler aus Innsbruck, v. Kaiserfeld aus Gratz, Höchsmann aus Sternberg in Mähren, Benedict aus Kärnthen, Duesar aus Steiermark, Fügerl aus Kornenburg, Mally aus Steiermark, Schulheim, Knar aus Steiermark, Gspan aus Tirol, Achleitner, Reindl aus Oberösterreich, Neubauer, v. Hayden aus Steiermark, Graf Coronini-Cronberg aus Görz, Beda Weber aus Meran, Fr. Göbel aus Jägerndorf in Schlesien. Abg. Peyer aus Tirol reicht eine motivirte Austrittserklärung ein. Abg. Müller aus Sachsen-Meiningen hat gleichfalls seinen Austritt angezeigt. Eingetreten ist Herr Erbe aus Altenburg. Noch drei österreichische Abgeordnete Lienbacher, Kehrer und Stülz zeigen ihren Austritt an. Zwei Flottenbeiträge sind eingelaufen. — Der Vorsitzende verliest ein Schreiben der württembergischen Kammer an das Bureau des Hauses, worin dieselbe erklärt, daß sie die Reichsverfassung als rechtsgiltig und endgiltig für Deutschland anerkenne. (Bravo.) — Der Vorsitzende gibt hierauf mehreren Abgeordneten zu Interpellationen das Wort. Abg. v. Reden frägt das Marineministerium, ob und welche Maßregel es zu treffen gedenke, um die öffentliche Stimme in den Stand zu setzen, ein richtiges Urtheil über die Thätigkeit der Marineabtheilung zu fällen. — Abg. Kreuzberg frägt das Ministerium des Handels, ob eine Einladung an die österreichische Regierung um Hersendung sachverständiger Personen zur Vorberathung über die Regelung des Zoll- und Handelstarifs ergangen sei, und wenn nicht, warum dieselbe unterblieben. Abg. Würth von Sigmaringen frägt, welche Maßregeln das Reichsministerium mit Rücksicht auf den § 189 der Reichsverfassung zu treffen gedenke, gegenüber der Anweisung des bei dem Hecker'schen Aufstande betheiligten preußischen Lieutenants Willich aus Frankreich, woselbst er sich aufhielt, durch das Ministerium Barrot-Faucher. Der Interpellant fügt bei, daß Willich, wie französische Blätter selbst bekannt machen, einem Galeerensträflinge gleich, mit einem eisernen Halsringe von Station zu Station geschoben und so über die Grenze gebracht worden sei. — Abg. Gevekoht zeigt Namens des Marineausschusses an, daß derselbe auf den Antrag des Abg. Venedey hin beantrage, 1) ein Gesetz über die Vertheilung der Prisengelder für den Seedienst zu entwerfen und der Nationalversammlung vorzulegen, 2) nach Eingang der näheren Berichte über das ruhmwürdige Gefecht am 5. April diejenigen Männer, welche sich bei demselben besonders ausgezeichnet haben, namhaft zu machen und zu entsprechenden Belohnungen in Vorschlag zu bringen. Der Antrag wird sogleich zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen. Der Ausschuß spricht sich ferner in seinem Gutachten dahin aus, daß die Fregatte „Gefion", welche bereits von der Centralgewalt den Namen der deutschen Stadt erhalten habe, unter deren Augen jene glänzende Waffenthat vorgegangen sei, diesen Namen beibehalte. — Es wird hierauf zum ersten Gegenstande der Tagesordnung, der Wahl zweier Schriftführer, geschritten. Die Stimmzettel werden eingesammelt. — Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des vom Abg. v. Buttel, Namens des Prioritäts- und Petitionsausschusses erstatteten Berichts über eine Reihe von Vorstellungen, Anträgen und Beschwerden, betreffend die im Herzogthum Bernburg vorhandenen Mißstände. Der Antrag des Ausschusses geht dahin: In Erwägung: 1) daß, was zunächst die über den Reichscommissär v. Ammon erhobene Beschwerde betrifft, solche jedenfalls, abgesehen von ihrer thatsächlichen Begründung, mittlerweile durch die erfolgte Abberufung des genannten Reichscommissärs für erledigt zu halten; in ferneter Erwägung: 2) daß die sonstigen Anträge und Vorstellungen, welche darauf gerichtet sind, daß wegen der bezweifelten Regierungsfähigkeit des zeitigen Inhabers der Regierungsgewalt in Bernburg eine Dessau'sche Regentschaft angeordnet werden möge, oder, daß eine völlige Vereinigung Bernburgs mit Dessau zu Stande komme, oder endlich, daß der in Bernburg verhängte Belagerungszustand wieder aufgehoben werde, theils die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen, welche zu wahren, gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über die Centralgewalt, zunächst Aufgabe des Reichsministeriums ist, theils aber unter den von der Nationalversammlung in der Mediatisirungsfrage gefaßten Beschluß fallen, welchem zufolge ebenfalls zunächst das Reichsministerium die Vermittlung zu übernehmen hat; endlich in Erwägung: daß die obigen Anträge und Vorstellungen durchgängig auch bereits bei der Centralgewalt angebracht sind, und die Nationalversammlung von den Bittstelle zumeist nur um eine fördernde Unterstützung angegangen ist, — beschließt die Nationalversammlung: über den ersten Gegenstand zur Tagesordnung überzugehen; dagegen im Uebrigen die Angelegenheit dem Reichsministerium mit der Aufforderung zu überweisen, die Absendung eines Reichscommissärs oder sonst das Geeignete in der Sache zu verfügen. Bei der Dringlichkeit der Sache beantragt der Ausschuß, solche auf die nächste Tagesordnung zu setzen. An der Berathung über den Gegenstand betheiligen sich die Abgg. Buttel, Berichterstatter des Ausschusses, Mölling, Zacharia, Wedekind. Die Theilnahmlosigkeit an der Erörterung ist sehr groß. Man hört kaum die Redner. Erst als Unterstaatssecretär Bassermann die Tribune betritt, wird es im Hause ruhiger. Derselbe vertheidigt den Reichscommissär und beleuchtet die bernburgischen Zustände. Er gibt während seines Vortrages Daten über dort vorgefallene Excesse und getroffene Maßregeln, welche nicht zu Gunsten der Beschwerdesteller sprechen. So die Besetzung der Galerien im Bernburger Landtage durch mit Knüppeln bewaffnete Personen, welche dem Minister drohten und den Präsidenten zwangen, seinen Sitz zu verlassen, dann das Erlassen eines Beschlusses, dahin gehend, revolutionäre Bestrebungen zur Untersuchung und Verantwortung zu ziehen. (Heiterkeit.) Die bedauerlichen Bernburger Ereignisse wurden durch diejenigen hervorgerufen, welche das Militär reizten, ja mißhandelten, und fallen auf diejenigen zurück, welche das Volk so weit brachten. Der Redner macht im Verlaufe seiner Rede noch Eröffnungen über die Vereinigungsfrage der Herzogthümer. (Ausführlicheres davon werden wir nachträglich mittheilen). Die Discussion ist geschlossen. Abg. Mölling erhält noch zu einer persönlichen Bemerkung das Wort. Der Vorsitzende stellt hierauf die Unterstützungsfrage zu mehreren Verbesserungsanträgen. Ueber die Fragestellung bei der Abstimmung entspinnt sich eine kurze Debatte. Zuerst gelangt zur Abstimmung der erste Theil des Verbesserungsantrags des Abgeordneten Naumerck, welcher lautet: Die Nationalversammlung beschließt: 1) das Reichsministerium wird aufgefordert, dem Prioritäts- und Petitionsausschuß sämmtliche auf die Bernburgische Angelegenheit bezügliche Acten vorzulegen. Dieser Unterantrag wird abgelehnt, der Antrag des Ausschusses, über den ersten Punkt zur Tagesordnung überzugehen, wird angenommen. Dadurch erledigen sich mehrere Verbesserungsanträge. Ein Antrag des Abg. Wiesner auf Einberufung des Landtages wird gleichfalls abgelehnt. Ein Verbesserungsantrag des Abg. Mölling, dahin gehend, zwei aus der Versammlung zu wählende Commissäre zur Prüfung der Zustände nach Bernburg zu schicken, wird gleichfalls verworfen. Ein Antrag des Abg. Wedekind, die bernburgischen Angelegenheiten an das Reichsministerium zu verweisen, die Absendung eines neuen Reichscommissärs zu verfügen, die augenblickliche Zusammenberufung des Landtages, wegen des über das Land verhängten Belagerungszustandes auszuschreiben, wird gleichfalls abgeworfen und hierauf der zweite Theil des Ausschußantrages angenommen. Der letzte zur Abstimmung gelangende Punkt ist ein Zusatzantrag des Abg. Cramer aus Köthen. Dieser lautet: In Erwägung: 1) daß der Herzog von Bernburg der letzte seines Stammes ist und eine Vereinigung von ganz Anhalt nach dessen Tode eintreten muß; 2) daß die gesonderte Verfassung und die darauf beruhende gesonderte neue Gesetzgebung und Verwaltung in Bernburg eine spätere Vereinigung sehr erschwert; 3) daß die bunte in einander verschlungene Lage der anhaltischen Länder die Durchführung gemeinsamer Einrichtungen erleichtert, ja nothwendig macht; 4) daß Anhalt sich allgemein für eine Vereinigung ausgesprochen hat; beantrage ich, daß nach den Worten des Ausschußantrages: „oder sonst das Geeignete in der Sache zu verfügen" noch hinzugesetzt werde: „besonders aber dahin zu wirken, daß Anhalt-Bernburg mit Dessau-Köthen schon jetzt gleiche Verfassung und gleiche Einrichtung in Justizpflege und Verwaltung erhalte." Da das Resultat der Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben zweifelhaft ist, wird durch Stimmzettel abgestimmt. Die Stimmzettel werden eingesammelt. — Der Vorsitzende verkündet vor der Einsammlung der Stimmzettel, daß die Abgg. Goßmann mit 157 und Sprengel mit 151 Stimmen zu Schriftführern erwählt worden. — Der Zusatzantrag des Abg. Cramer wird mit 156 gegen 195 Stimmen abgelehnt. 351 haben gestimmt. Somit wäre der Gegenstand der heutigen Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende verliest hierauf eine Zuschrift des Stadtgerichts zu Altenburg um Gestattung der Fortsetzung der Untersuchung und Verhaftung des Abg Erbe, und die Austrittserklärungen der Abgg. Neumann aus Wien und Keller. Die Versammlung bewilligt mehrere Urlaubsgesuche. Abg. Mammen frägt den neuen Ausschuß, wann er Bericht erstatten werde. Abg. Simon von Trier, Mitglied der Vorcommission Ausschusses, antwortet, daß aller Wahrscheinlichkeit nach bis Mittwoch, längstens Donnerstag die Sache zur Verhandlung kommen könne. Die nächste Sitzung wird auf Dienstag, 17. April anberaumt. Der Vorsitzende setzt Ausschußberichte auf die Tagesordnung. Schluß der Sitzung 1/2 2 Uhr.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kopenhagen, 11. April. General Hansen hat aus Sonderburg vom 8. April folgenden merkwürdigen Armeebefehl erlassen: „Se. Majestät der König hat bei seiner allerhöchsten Anwesenheit gestern mit besonderer Zufriedenheit und mit Wohlgefallen die vortreffliche Haltung und die gute Stimmung, von der das ganze Heer beseelt ist, gesehen. Se. Majestät hat den Kriegsminister beauftragt, sämmtlichen Offizieren und Soldaten seine warme Anerkennung des unverzagten Muthes und der kräftigen Ausdauer, womit sie die täglichen Kämpfe im Sundewittschen bestanden haben, auszusprechen; und der Kriegsminister zollt hiermit seinen Dank und die Bezeugung seiner Hochachtung jedem Krieger und namentlich den Herren Offizieren, deren kühnes Benehmen schon so manche Opfer gekostet. — Es bestätigt sich von mehreren Seiten, daß fast alle Könige und Fürsten Deutschlands zahlreiche Truppen in die Herzogthümer senden, um die aufrührerische Partei in ihrem Kampfe gegen den rechtmäßigen Herrn der Herzogthümer und gegen Gesetz und Recht zu unterstützen. In den täglichen Kämpfen mit dieser Uebermacht wird nur Kraft verloren und Blut vergossen, ohne daß damit etwas gewonnen wird. Das Heer hat deshalb Befehl erhalten, das Sundewittsche zu verlassen und auf Alsen den Augenblick abzuwarten, wo die Umstände es erlauben, dem Feinde Mann für Mann zu begegnen. Das Heer wird die kühne Haltung, die Ausdauer und Kriegszucht, welche es bisher ausgezeichnet haben, zu bewahren wissen; es wird sich erinnern, daß auf seinen Muth und seine Standhaftigkeit das Vaterland seine Hoffnung eines glücklichen Ausfalls unserer gerechten Sache baut."

Der König hatte sich auf die Nachricht von der Niederlage der dänischen Marine vor Eckernförde sogleich von Frederiksgave nach Alsen begeben und die Befestigungen und die Vorposten bei Düppel inspicirt; er präsidirte dann einem Kriegsrathe mit General Hansen, ging mit dem Dampfschiffe „Aegir" nach Corsoer, und stellte dasselbe sofort zur Disposition des Kriegsministers, den er nach Alsen zurückschickte. Der König reiste dann mit Postpferden nach Frederiksberg, wo er am 9. Morgens 2 Uhr ankam.

Die Blätter verhehlen nicht länger den erschütternden Eindruck, den die Niederlage der dänischen Marine vor Eckernförde gemacht hat. „Faedrelandet" gesteht, das Ereigniß noch immer nicht zu begreifen. „Flyveposten" tröstet sich damit, daß nicht der Muth der Feinde, sondern die Elemente das Unglück herbeigeführt. Nach den Warnungen des „Faedrelandet" vor auftauchenden, bisher schlummernden schleswig-holsteinischen Sympathien, und vor Plänen, diese Begebenheit zu benutzen, um die Regierung oder gewisse Mitglieder derselben zu stürzen, scheint die so lange terrorisirte Partei des Friedens und der Besonnenheit doch endlich wieder mehr Kraft zu gewinnen. „Flyveposten" erwartet, daß das Interesse die Mächte England, Rußland und Frankreich für Dänemark in die Waffen rufen werde.

Das Original des gestern mitgetheilten bei Eckernförde in Copie aufgefundenen Rapports des Capitain Paludan über den Verlust des „Christian VIII." und der „Gefion" wird von hiesigen Blättern mitgetheilt.

Nach hiesigen Berichten waren nur die Kriegsdampfschiffe „Hekla" und „Geyser" und nicht der „Skirner" bei der Eckernförder Katastrophe betheiligt. Die „Hekla" hat das Steuer verloren und 2 Todte und 6 Verwundete. Der hier durch das Dampfschiff „Sleswig" eingebrachte „Geyser" hat einen Todten und 8 Verwundete, und außer andern Schaden einen durchschossenen Kessel, der angeblich bald wieder in Stand gesetzt werden wird. Das Geschwader vor Eckernförde war von drei Transportschiffen begleitet.

Die Dampfschiffe „Sleswig", „Victoria" und „Orphelia" sind mit Armaturen und eine Galeasse mit Geschützgut flugfrend, nach Sonderburg abgegangen. Die Fregatte „Freya" ist südlich abgesegelt, und das Linienschiff „Skiold", so wie die Fregatte „Nymphen" werden ausgerüstet.

Nach einem Befehle des Justizministers soll sofort eine außerordentliche Aushebung seedienstpflichtiger Mannschaft vorgenommen werden. (Alle in Kopenhagen und auf Schiffen im Hafen befindlichen Seeeinrollirten, Steuerleute, Volontaire oder welche Andere für sich gestellt haben, sollen, sobald sie nicht über 30 Jahr alt sind, eintreten, unter Androhung polizeilicher Abholung.)

Die Dänen geben ihren Verlust in dem Gefechte bei Ulderup am 6. selbst auf 122 Mann Verwundete, unter denen 10 Offiziere, und auf 25 Todte an. Es wurden einige deutsche Gefangene eingebracht. Die Feinde hätten 200 Wagen voll Verwundeter (nach „Flyveposten") nach Flensburg gebracht, und es seien nur 3 Bataillone dänische Reserven mit Verstärkung gegen 6 Bataillone Deutsche im Gefecht gewesen.

Das jütische Corps unter General Rye, welches sich zurückgezogen, hat 3 Todte und 6 Verwundete.

Kopenhagen, 12. April. Der Kriegsminister General Hansen ist mit dem „Aegir" in Kopenhagen eingetroffen; er bringt einen gefangenen Offizier (Premierlieutenant v. Wundt, vom 8. württembergischen Regiment), einen Unteroffizier (Clausen, von der schleswig-holsteinischen Artillerie) und 9 Gemeine mit. Dieselben wurden wie „Flyveposten" sagt, nicht im Gefecht, sondern in Folge des Umstandes gefangen, daß sie dänische Vorposten für Deutsche ansahen. — Die Dänen zeigen an, daß bei Ulderup zwei ihrer Offiziere (Jahn und Kohl) gefallen seien. Comman-

deur Thomsen soll zum Commandeur des Linienschiffes „Skjold" bestimmt sein.

Deutschland.

= **Stuttgart**, 15. April. Als am Donnerstag Abend der wichtige Beschluß der Nationalversammlung, fest und unabänderlich auf der Verfassung zu beharren, anlangte, traten die Ausschüsse des vaterländischen und des Volksvereins, jeder für sich, zusammen, und beide Ausschüsse beschlossen, den Stadtrath zur Abhaltung einer Volksversammlung durch eine Deputation zu veranlassen. Am Freitag früh trafen beide Deputationen bei dem Stadtschultheißen zusammen und es findet nun Mittwoch, 18. April, Vormittags 11 Uhr, eine Volksversammlung auf dem Marktplatz in Stuttgart statt, wo der Stadtschultheiß eine Erklärung des Stadtraths an die Regierung vortragen und die gesammte Bürgerschaft zum Beitritt auffordern wird, eine Erklärung des Inhalts: „die Regierung möge aus ihrem Stillschweigen heraustreten, unumwunden und vor ganz Deutschland die unbedingte Annahme der deutschen Reichsverfassung erklären und alle Vereinbarungstheorien zurückweisen." Die Stimmung spricht sich hier überhaupt sehr energisch aus, und sogar in gemäßigten Kreisen hört man häufig die Aeußerung: es gilt nur: Verfassung oder Revolution. So müßte es kommen; alle Parteien bieten sich nun zu gemeinschaftlichem Handeln brüderlich die Hand.

⊙ **Stuttgart**, 12. April. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten war auf der Tagesordnung der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einiger gesetzlichen Bestimmungen über Quiescirung und Pensionirung von Civilstaatsdienern. Vor allem fragte es sich, ob eine Abänderung der durch § 57 der Verfassungsurkunde festgesetzten Pensionsnormen auf diesem Landtage vorzunehmen sei, was die staatsrechtliche Commission, Angesichts der enormen Summen für Pensionen, unbedenklich bejahte. Die zweite Frage, welche lange und heftige Debatten herbeiführte, war, ob dem neuen Gesetze eine rückwirkende Kraft zu geben sei? Die Staatsregierung war nicht dieser Meinung, indem sie die Bestimmungen des Gesetzes bloß auf die Diener anwenden wollte, welche nach Erlassung des Gesetzes angestellt werden, und sich nicht dazu entschließen konnte, die wohlerworbenen Rechte der theils im Ruhestande, theils im activen Dienste befindlichen Diener anzutasten. Die Motive der Regierung sind hierbei, daß der Staatsdienst vom Gesichtspunkt des Vertrages aus zu beurtheilen sei, und daß die Pension einen Theil der vertragsmäßigen Gegenleistung des Staates gegen die Dienste des Beamten bilde. Der Berichterstatter der Majorität, Stockmaier, bestritt diesen Grundsatz, indem vielmehr das Pensionsrecht nur kraft eines Gesetzes dem Staatsdiener gegeben sei, und er dieses Recht in dem gleichen Betrage nur so lange habe, als dieses Gesetz zu Recht besteht. Deßhalb wollte die Commissionsmehrheit die neuen Pensionsnormen auf alle Staatsdiener anwenden, welche im activen Staatsdienste sich befinden. Eine Minoritätsansicht, vertreten von Reyscher, ging davon aus, daß dem Dienstcandidaten das allgemeine Dienstrecht zur Zeit seiner Anstellung oder Beförderung die erwünschte Sicherheit und Beruhigung geboten habe, und daß es Grundsatz unter allen Umständen sei, daß von einer Aenderung der Gesetze bereits begründete Rechtsverhältnisse und Rechtsgeschäfte nicht betroffen werden. So habe eine Autorität, welche die linke Seite der Kammer gewiß anerkennen werde, Gustav Struve, es anerkannt, daß ein neues Gesetz nicht rückwirken könne, und zu revolutionären Zeiten seien von den Obergerichten in Bern und in Zürich den Doctoren Schere und Strauß Pensionsrechte nicht verweigert worden. Ebenso führte Kanzler v. Wächter an, bei Verletzung der Pensionsberechtigten würden auch die Staatsgläubiger alle Garantie verlieren. Staatsrath Goppelt führte Billigkeitsgründe und die finanzielle wie politische Lage der Sache zur Unterstützung der Grundsätze der Regierung an. Wenn man davon spreche, daß die Sache auf eine ungeordnete immunitarische Weise geordnet werde, wenn man jetzt nicht nachgebe (Eijenlohr), so möchte er fragen, ob dieser Redner nicht auch schon Versuche gemacht haben, das Volk über diese Verhältnisse aufzuklären und zu belehren? Wenn nicht — so haben diese Volksabgeordneten ihrer Stellung nicht entsprochen; wenn es aber geschehen sei, so wäre es an der Zeit, daß diese Männer mit voller Entschiedenheit auf die Seite der Regierung treten, denn diese Pensionslast sei nicht das größte der Uebel, die auf diesem Lande ruhen (Bravo), und es sei die Herrschaft der Menge, welcher man sich in einem solchen Falle unterwerfen würde, eine Herrschaft, welche weiter gehe, als aller Despotismus. (Brave.) Wenn man endlich immer auf das Sinken des Volkswohlstandes hinweise, so müsse man auch auf die Quellen davon hinweisen, auf die Schaaren taumelnder Betrunkener, welche den Wohlstand ihrer Familien untergraben haben und sich zu Volksverbesserern aufwerfen wollen. Nach langem Streit wurde jedoch der der Regierung am meisten entgegenstehende Antrag Schnitzer's mit 40 gegen 33 Stimmen angenommen, daß die Normen des neuen Pensionsgesetzes auf alle Staatsdiener Anwendung finden sollen, stehen sie im activen Dienst, im Pensions- oder Quiescenzstand. Auch Reyscher's Antrag: die Regierung wolle auf allmälige Abschaffung des ganzen Pensionsinstituts hinwirken, wurde zum Beschluß der Kammer erhoben.

Braunschweig, 10. April. In einer am heutigen Tage abgehaltenen Sitzung des Ausschusses der Abgeordnetenversammlung hat dieser das nachfolgende Schreiben an herzogliches Staatsministerium zu erlassen beschlossen:

„Herzogliches Staatsministerium wird mit uns die Erfahrungen der letzten Tage schmerzlich beklagen, durch welche die Hoffnungen auf ein kräftiges, einiges Deutschland, wenn nicht vereitelt, doch in ungewisse Ferne verschoben zu werden drohen. Wir lassen es unerörtert, wer die neuen Gefahren des Vaterlandes verschuldet hat. wir vermeiden die Anregung theoretischer Fragen über die rechtlichen Befugnisse der Nationalversammlung, ihre Stellung zu den Einzelstaaten und deren Regierungen, da nach unserer Ansicht im gegenwärtigen verhängnißvollen augenblicke alle Patrioten, vom mächtigsten Fürsten bis zum einfachen Bürger, nicht kleinlich und ängstlich um Rechte hadern, sondern mit dem Wahlspruche: „des Vaterlandes Wohlsicht sei das höchste Gesetz," die ernstlich dargebotene Einheit mit dem wärmsten Eifer erfassen sollten. Wir können uns nach dem bisherigen Verfahren der Landesregierung in der Ueberzeugung hingeben, herzogliches Staatsministerium werde auch ferner seine deutsche Gesinnung bewähren. Wir glauben erwarten zu dürfen, die Landesregierung werde in dem Bewußtsein, daß für die kleineren Staaten nur auf den Grund einer zeitgemäßen nationalen Gesammtverfassung eine politische Existenz möglich ist, daß dieselben im entgegengesetzten Falle der wilden Anarchie oder der Zwingherrschaft mächtiger Nachbarn unfehlbar Preis gegeben sind, jeden Conflict mit den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung zu verhüten wissen, und nicht nur selbst den endlichen Beschlüssen ihre freie Zustimmung ertheilen, sondern auch bei den übrigen deutschen Regierungen eine gleiche Zustimmung nach Kräften zu erwirken sich bemühen. — Die Wichtigkeit der Sache, die eigenthümliche Lage, in der wir uns befinden, legt uns jedoch die Pflicht auf, bei dem bloßen Ausspruche unserer Erwartungen nicht stehen zu bleiben. Die deutsche Nationalversammlung ist auf den Grund der in den einzelnen deutschen Ländern erlassenen Wahlgesetze zusammengetreten, und von diesem Standpunkte aus hat ohne Zweifel auch der Ausschuß über dieses Gesetz und dessen vollständige Ausführung zu wachen. Wir müssen in der Erfüllung unserer Pflicht um so sorgsamer sein, da auf unsern Betrieb die Landesversammlung vertagt ist und es uns leicht zum Vorwurf gereichen könnte, wollten wir in diesem Augenblicke für sie und jeden bekannten Ansichten der Abgeordneten nicht als deren getreues Organ die Stimme erheben. Auch scheint es der Geist unserer Verfassung zu fordern, daß wir in Tagen, welche das gemeinsame und unser engeres Vaterland mit den schwersten Calamitäten bedrohen, jene Vertrauensmänner, um eine unter den jetzigen Umständen doppelt beklagenswerthe Differenz zwischen Regierung und Abgeordneten des Landes zu verhüten. Jedenfalls wird bezeugt, Staatsministerium diese unsere Bestrebung nicht verkennen, wenn wir beantragen: Die Landesregierung möge den deputirten Bevollmächtigten in Frankfurt a. M. mit einer in obigen Sinne und Geiste abgefaßten Instruction versehen und uns, wenn irgend thunlich, eine Abschrift dieser Instruction zukommen lassen oder doch von den getroffenen Maßregeln möglichst bald in Kenntniß setzen."

Italien.

Die „Basler Zeitung" entnimmt dem „Semaphore von Marseille" Folgendes aus Genua: Während des Bombardements herrschte im Hafen die größte Unordnung. Es befanden sich daselbst nur zwei Kriegsschiffe, der „Tonnerre", ein französisches Schiff, und der „Vanguar", ein englisches Schiff. Diese Fahrzeuge, sowie alle Handelsschiffe, waren mit Franzosen, andern Fremden und genuesischen Familien angefüllt, welche den Gefahren der Belagerung entflohen waren. Der „Tonnerre" besonders war mit Flüchtlingen, Frauen und Kindern, vollgepfropft. Mehrere Frauen kamen an Bord nieder. Verschiedene Fahrzeuge wurden von Kugeln erreicht. Zwei wurden in den Grund gebohrt und mehrere fremde Seeleute wurden getödtet. Der „Vanguar" erhielt eine Kanonenkugel an Bord; auch der „Alexandre" hatte eine ganze Ladung auszuhalten, ohne jedoch erheblichen Schaden zu leiden oder Menschen zu verlieren. Die Piemontesen hatten den „Alexandre" für ein toskanisches Schiff genommen, das sie mit Lombarden angefüllt glaubten, die Genua zu Hülfe eilen wollten. Die beiden Mitglieder der provisorischen Regierung Morchio und Reta haben sich an Bord des „Tonnerre" geflüchtet.

Folgendes ist das officielle Bulletin des Generals Lamarmora über die Einnahme von Genua: Am 3. laufenden Monats vereinigte ich mich mit meinen Truppen in Pontedecimo. An demselben Tage unternahm ich eine Recognoscirung bis unter S. Pier d'Arena, und da ich die Positionen schlecht bewacht sah, überfiel ich am folgenden Tag, den 4., mit nur zwei Compagnien Schützen (bersaglieri), die Forts von Belvedere, Crocetta und Tanaglia, sowie die äußere Linie und die Batterien zwischen S. Benigno und Tanaglia. Am 5. griff ich mit 3 Colonnen die Stadt an und trotz dem von den Barrikaden und den Häusern aus geleisteten Widerstande bemächtigte ich mich in kurzer Zeit des ganzen Stadttheils, der vor dem Thor San Tommaso liegt, und eroberte die Batterie und die Thore von Lanterna, während eine andere Colonne den ganzen Umkreis bis unter Begatto einnahm. Die Soldaten kämpften tapfer und vertrieben überall mit Gewalt die Rebellen. Die Schützen und die Artillerie verdienen besondere Erwähnung. Das 18. Infanterieregiment zeichnete sich ebenfalls nicht wenig aus. Die Anordnungen waren schon getroffen, um den übrigen Theil der Stadt mit Sturm zu nehmen, als von ihr Parlamentäre abgesandt wurden, die um eine milde Capitulation und eine allgemeine Amnestie bitten sollten. Ich stellte die Forderung, die Forts und die Stadt auf Gnade und Ungnade zu übergeben und in Betreff der Amnestie gestatte ich heute den 6. April einer Deputation, nach Turin abzugehen, um dort direct sich an die souveräne Gnade zu wenden. — Zu diesem Zweck werden die Feindseligkeiten 48 Stunden eingestellt. Vom Hauptquartier der Porta Lanterna vor Genua den 6. April 1849. — Die officielle „Gazz. Piemontese" meldet als Neuestes, daß der 48stündige Waffenstillstand auf ebenso viele Stunden erneuert werden sei. Gerüchte von Ankunft Mazzinis, von Brechung des Waffenstillstandes von Seiten der Insurgenten und Besitznahme des Forts Ratti durch die Truppen sind nicht sicher. Ein Bombardement wird von offic. Ztg. bestimmt in Abrede gestellt.

Modena, 6. April. Der Herzog ist in seine Hauptstadt zurückgekehrt. Er hat seine Ankunft durch folgende Proclamation verkündet: Wir Franz V. von Gottes Gnaden ꝛc. Alles was wir vorgesehen, hat sich erfüllt, und eher, als wir es gehofft; die Sache der Gerechtigkeit triumphirt. Gott sei Dank, die sardinische Armee ist vernichtet. Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß einige Elende während der Tage der Wirren Empörung und Ungehorsam gegen unsere gesetzmäßige Autorität verbreitet haben; wir verordnen, daß sie vor eine besondere Militärcommission gestellt werden, die in Modena ihren Sitz hat. Gegeben zu Brescello den 29. März 1849. Franz.

Durch das Dampfboot „Philippe Auguste", das von Malta kommt, hat man in Marseille Nachrichten aus Sicilien bis zum 5. April. Die neapolitanischen Streitkräfte waren vor Catania und Messina angekommen, aber die Feindseligkeiten hatten noch nicht begonnen. Man sagt, es sei die Absicht des Generals Filangieri, sich jeder Landung zu enthalten und sich auf einen Angriff der verschiedenen Häfen Siciliens zu beschränken. Die französische Dampffregatte „Vauban" war auf der Rhede von Palermo vor Anker und sollte während der Dauer der militärischen Operationen daselbst bleiben.

Briefe aus **Mailand** bringen, freilich noch unverbürgt, die Nachricht, daß der Friede mit Piemont unter folgenden Bedingungen in Turin geschlossen worden. Piemont zahlt eine Kriegsentschädigung von 118 Millionen, dagegen werden ihm die Herzogthümer Parma und Piacenza als Erweiterung seines Territoriums abgetreten. Piemont liefert zur Wiederherstellung der früheren Zustände in Toscana und dem Kirchenstaat eine Armee von 50,000 Mann. Die Lombardei und Venedig verbleiben unter österreichischer Botmäßigkeit. Ein Congreß italienischer Fürsten wird die Verhältnisse der einzelnen Staaten zu einer Union ermitteln.

Nachschrift.

Von der Unterweser, 12. April, schreibt die „Zeitung für Norddeutschland": Es geht das Gerede, daß der Landsturm sich in den Gegenden der Unterweser vorbereiten solle gegen einen Landungsversuch der Dänen. Man will bei Helgoland mehrere dänische Kriegsschiffe mit Truppen gesehen haben. Es sollte uns gar nicht wundern, wenn die Marschen von einer dänischen Razzia heimgesucht würden.

** **Paris**, 14. April. Gestern und heute war großer Ministerrath im Elysee. Es wurde in demselben, trotz der lebhaftesten Vorstellungen seitens der Minister Falloux und Buffet, beschlossen, von einer Intervention in Italien zu Gunsten des Papstes abzustehen.

In der Nationalversammlung interpellirte heute der bekannte Socialist Victor Considerant das Ministerium wegen seiner Verwaltungsmaßregeln und verbreitete sich bei dieser Gelegenheit in einem dreistündigen Vortrage über seine socialistischen Ideen und Verbesserungspläne. Zum Präsident der Nationalversammlung für den nächsten Monat wurde abermals Marrast und zwar mit 417 von 622 Stimmen gewählt.

Gestern hat sich Ledru Rollin mit dem Legitimisten Denjoy geschossen. Nach dem ersten glücklicherweise fruchtlosen Pistolengange erklärten die Zeugen: Felix Pyat, Baraguay d'Hilliers, Joly und Lauffat, die Beleidigung für gesühnt und der Kampf wurde hierauf eingestellt. Das Duell hatte in einer der jüngsten Debatten der Nationalversammlung seinen Anlaß.

Der Pariser Assisenhof verurtheilte gestern das Journal „le Peuple" in der Person des Geranten Duchene abermals zu fünf Jahren Gefängniß und 6000 Fr. Geldstrafe.

Der Pariser Gerichtshof hat die Volksbank versiegeln lassen.

* **Parma**, 7. April. Wimpfen hat sich trotz der Protestation des außerordentlichen sardinischen Commissarius und trotz des Wortlauts des Waffenstillstandsvertrags d. d. Novara, 26. März, als Gouverneur von Parma durch Radetzky installiren lassen.

* **Turin**, 10. April. Die Provinz Polcevera ist in großer Gährung. Die übrigen Provinzen dagegen ruhig. Der Minister des Innern will sich zurückziehen.

Börsenberichte.

Amsterdam, 11. April. 4 Nor. 2½ pCt. Integr. 49¹⁵/₁₆. ⅞. — 5pCt. Anl. 10⅛. — do. à 510 Pf. St. 10⅜. — 3pCt. int. à 6000 fl. 23⅝. ⅛. — 3pCt. Port. 28½. — 4pCt. do. 29½. — Russ. 4pCt. bei Hope 82½. — do. bei Stieglitz 81⅛. — 5pCt Metall. 71½. 73⅛. — 2½ pCt. ditto 39½.

Mit Ausnahme von französischen Fonds, die zu erhöhten Preisen einige Lebendigkeit zeigten, war der Markt heute im Allgemeinen stationär. Beinahe kein Handel und keine nennenswerthe Variation.

Paris, 14. April. Stand der Rente: 5pCt. 89. 65. — 3pCt. 57. 25. — Neue 3pCt. Spanische 32. — Innere Schuld 23½ Geld. — Bankactien 2420. — Versailles, rechtes Ufer 217. 50. — Linkes Ufer 187. 50. — Paris-Orleans 861. 25. — Paris-Rouen 561. 50. — Orleans-Bordeaux 412. 50. — Orleans-Bierzon 362. 50. — Rouen-Havre 800. — Marseille-Avignon 222. 50. — Straßburg-Basel 108. 25. — Nordbahn 457. 50. — Paris-Straßburg 375. — Römisches Anlehen 76⅛. 77. 76⅛. 77.

Das Geschäft war heute sehr unbedeutend. Die Course neigten zum Fallen.

London, 13. April. 3pCt. Stocks 92⅛. — 5pCt. Span. 17⅞. ⅝. ⅝. — Neue 3pCt. 31⅛. 31⅛. — 4pCt. Port. 28⅝. — Holländ. 50¼. ⅛. 50.

Die Madrider Post ist in Paris nicht angekommen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

[741] Zur Beförderung von Personen und Waaren von ab **Köln** vermittelst der Rheinischen, Belgischen und Französischen Nordbahn nach **Aachen, Brüssel, Antwerpen, Paris, Calais** und **Havre** werden die nöthigen Anleitungen und Tarife bei mir unentgeltlich ertheilt.

Frankfurt, im März 1849.

Franz Jos. Böhm Sohn.

Druck von August Osterrieth.

Nr. 91. Dienstag. Juni 27. Juni 1939.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Postrecht.

Postsendungen nach Ungarn.

Nach Ungarn können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Portugal.

Nach Portugal können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Rumänien.

Nach Rumänien können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Schweden.

Nach Schweden können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Spanien.

Nach Spanien können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Spanisch-Marokko.

Nach Spanisch-Marokko können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Tanger.

Nach Tanger können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Tschechoslowakei.

Nach Tschechoslowakei können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Türkei.

Nach Türkei können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Ungarn.

Nach Ungarn können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Portugal.

Nach Portugal können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Rumänien.

Nach Rumänien können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Schweden.

Nach Schweden können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Spanien.

Nach Spanien können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Spanisch-Marokko.

Nach Spanisch-Marokko können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Tanger.

Nach Tanger können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Tschechoslowakei.

Nach Tschechoslowakei können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Türkei.

Nach Türkei können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Ungarn.

Nach Ungarn können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Portugal.

Nach Portugal können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Rumänien.

Nach Rumänien können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Schweden.

Nach Schweden können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Spanien.

Nach Spanien können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Spanisch-Marokko.

Nach Spanisch-Marokko können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Tanger.

Nach Tanger können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Tschechoslowakei.

Nach Tschechoslowakei können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Postsendungen nach Türkei.

Nach Türkei können Postsendungen bis zu folgenden Höchstgewichten versandt werden:

Briefe 2 kg,
Postkarten 1 kg,
Drucksachen 2 kg,
Warenproben 350 g,
Blindenschriftsendungen 7 kg,
Postwurfsendungen 1 kg,
Päckchen 5 kg.

Sonderburg gehört haben. So viel ist aber wohl gewiß, daß man heute Vormittag aus der Nähe Flensburgs einen Brand in Osnerdoll gesehen; nach dem Dafürhalten Einiger möchte die Düppeler Mühle niedergebrannt sein oder gebrannt haben; Andere vermutheten den Brand in Sonderburg. Gerüchte, jedoch unverbürgte, lassen die dänischen Kriegsfahrzeuge größtentheils von Sonderburg weggegangen sein und sprechen zugleich von unruhigen Bewegungen in Kopenhagen. — Nachschrift. Das Gerücht von einer Feuersbrunst in Sonderburg hat sich nicht bestätigt, wohl aber, daß die Düppeler Mühle und mehrere Höfe in Düppel in Flammen aufgegangen sind. Mehrere Verwundete, dem Vernehmen nach Bayern, sind hier eingebracht. (M. s. Ulberup.)

Hadersleben, 13. April. Die erste schleswig-holsteinische Brigade rückt heute nach Jütland vor und wird morgen dort wohl einrücken. Auch das Hauptquartier geht weiter nordwärts. Hier kommen neue schleswig-holsteinische Truppen nach. Kolding, ja ganz Jütland, wird ohne ernstlichen Widerstand besetzt werden können, denn die dort stehende dänische Armee ist, nach der übereinstimmenden Aussage der Gefangenen, größtentheils ganz entmuthigt und mehrere Infanteriebataillone, zur Mehrzahl aus älteren verheiratheten Männern, die jetzt erst mit Gewalt für das Militär ausgehoben sind, desertiren, sind im Begriff, auseinander zu laufen. Mit einiger Energie von unserer Seite kann dieser Krieg sehr bald siegreich für uns beendet sein, dies ist hier die allgemeine Ansicht aller Erfahrenen. Dänemark ist so erschöpft an Geld und außer Kopenhagen im Allgemeinen so wenig kriegslustig gestimmt, daß es eine 4wöchentliche Occupation von Jütland nicht mehr ertragen kann, sondern um Frieden bitten muß. Aber Jütland muß ganz von uns besetzt sein, dies ist die erste Erforderniß von unserer Seite.

Rendsburg, 12. April. Die dänischen Gefangenen, nach genauer Zählung 911 ohne die Offiziere, befinden sich noch hier; die hannoversche Regierung soll sich geweigert haben, sie in Stade aufzunehmen. (N. f. P.)

Unterm 7. April d. J. ist der Oberstlieutenant v. Zastrow, Inspecteur des Jägercorps, provisorisch zum Obersten in der schleswig-holsteinischen Armee ernannt worden. — Unterm 11. April d. J. ist der Hauptmann v. Jungmann bei der schleswig-holsteinischen Artillerie zum Major bei derselben ernannt worden. (A. M.)

---

* Vom ungarischen Kriegsschauplatz

erhalten wir auch heute keine entscheidende Kunde, weder durch die neuesten Briefe aus Wien, die bis zum 13., noch durch die aus Pest, welche bis zum 10. April reichen. Daß die Absicht der Magyaren nicht sowohl auf Pest, als auf die Einnahme von Waitzen und den Entsatz von Komorn geht, ist jetzt außer Zweifel gestellt, denn Görgey hat seine Schaaren bereits bis gegen Gran vorgeschoben. Die österreichische Heeresmacht steht noch immer um Pest concentrirt; der Banus, die Stadt deckend, auf dem rechten, Fürst Windischgrätz auf dem linken Flügel. Die Hauptmasse unter Schlick auf dem Rakoczfelde, der Wahlstadt der ungarischen Könige. Im Hauptquartier der Magyaren soll sich Kossuth mit seinem Parlament befinden und nicht wenig zur Entflammung der Kampflust beitragen.

Wien, 12. April. Aus Ungarn nichts wesentlich Neues. Der Feldmarschall hat sich auf seinen linken Flügel gegen Waitzen zu begeben, und leitet in Person die Operationen gegen den keck vordringenden Görgey, während Graf Schlick im Centrum durch Dembinski vollauf beschäftigt wird. Die Husaren schlagen sich mit einer Tapferkeit, welche jedes Verdringen der kaiserlichen Armee, ohne bedeutende Verstärkungen, unmöglich macht. Diese Magyaren sind keine Piemontesen; selbst Radetzky's ganze Armee hätte hier ein schweres Spiel. Sowie aber Fürst Windischgrätz mit 100,000 M. im Felde wird operiren können, rückt er vor, und schwerlich dürfte außer der leichten Reiterei ein Drittel der Insurgenten über die Theiß entkommen. Ob die von allen Seiten heranziehenden Bataillone rechtzeitig ankommen werden? das ist die Frage, um deren Lösung es sich jetzt handelt. Die Vorhut des Generals Hammerstein ist schon in Kaschau und Eperies (d. h. jetzt im Rücken der Insurgenten); General Benedek eilte hier durch gestern nach Kaschau um die Brigade zu übernehmen. Das Corps des Baron Haynau bleibt vor Venedig und marschirt nicht nach Ungarn, wie hiesige und Olmützer Blätter wissen wollen; ebenso falsch ist das in alle hiesigen Blätter übergegangene Börsengerücht eines entschiedenden Sieges vor Pest. Die Insurgenten scharmützelten ohne Erfolg, die kaiserliche Armee behauptete ihre Stellung. In Folge dieses Gerüchtes stiegen aber die Metalliques auf 88⅞; nun erdichteten die Contre-Mineurs eine Abdankung des Grafen Stadion, der heftiger Kopfschmerzen wegen gestern nicht nach Olmütz zur Conferenz fahren konnte, und die fünfprocentigen fielen auf 86. Letztere Nachricht ist aber ebenso falsch als die erste; kein Mitglied des Ministeriums denkt an eine Resignation. Amtliche Berichte von Temeswar melden das Einrücken der Russen in Siebenbürgen von der Hermannstädter und Klausenburger Seite; das Ministerium konnte aus Rücksicht auf die dort bloßgestellte Bevölkerung diese Pille nicht abwenden. Nach Ungarn aber kommen keine Russen. Der junge Kaiser soll eine entschiedene Abneigung gegen die Intervention derselben in Ungarn hegen, und um jeden Preis sie zu vermeiden suchen. (A. Z.)

Directe Briefe aus Pest bis zum 10. April bestätigen die Nachrichten obiger verläßlicher Wiener Correspondenz. (A. Z.)

Von der ungarischen Grenze, 12. April. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Magyaren den Donauübergang unterhalb Pest-Ofen versuchen wollen, um von Stuhlweissenburg aus sowohl Komorn als die beiden Schwesterstädte zu bedrohen. Es wird sogar versichert, es sei die telegraphische Meldung eingelaufen, jener Uebergang sei von der magyarischen Armee unter Dembinski bereits bewerkstelligt worden. Auch vernimmt man mit Bestimmtheit, das Ministerium habe beschlossen, den ungarischen Krieg unter Ausschließung russischer Hilfe und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu führen, so daß jene nur im äußersten Falle eintreten würde.

Pest, 8. April. Die Stellung der k. k. Truppen um Pest gleicht ungefähr jener, die sie im October vor Wien hatten, und es ist fast unmöglich, anzunehmen, daß das magyarische Heer hier einen Angriff wagen wird. Es dürfte schwer fallen, die Stimmung in Pest zu schildern. Ruhig ist Niemand, die Götter der Lüge und der Narrheit schalten frei. Es läßt sich nicht anders denken, nachdem uns der Kriegsschauplatz so nahe gerückt. — Auf dem Rakosch concentriren sich bedeutende Streitkräfte, um Pest gegen ein von Czegled heranrückendes Insurgentencorps zu decken. — Der Feldmarschall ist gestern Abend hier angekommen. — Man versichert, die Hauptmacht der Insurgenten sei nordwärts gegen die Berge gedrückt worden. Daß fort und fort auf verschiedenen Punkten um Pest herum gekämpft wird, liegt außer Zweifel. Die Insurgenten sollen sich mit hunnischer Wuth und Hartnäckigkeit schlagen.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 16. April. Das heute ausgegebene 13. Stück des Reichsgesetzblattes verkündet 1) das Gesetz, betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause; 2) Gesetz, betreffend die Taggelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichstage.

⊙ **Frankfurt**, 14. April. Die Generalversammlung des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit fand vom 10. bis 13. April hier statt. Sie war von etwa 100 Mitgliedern besucht; Fürst Felix von Hohenlohe führte den Vorsitz. Die erste Sitzung am 10. d. M. eröffnete derselbe mit einer Uebersicht über die Ausbreitung des Vereins, der alle Theile Deutschlands und alle Gewerbszweige umfasse. Diese Ausbreitung habe großentheils die Thätigkeit des Ausschusses in Anspruch genommen; die andere Seite derselben sei durch die handelspolitische Frage und durch die der innern Organisation der Gewerbe ausgefüllt worden. Dr. Steinbeis aus Stuttgart theilt einen Plan über Organisation des Vereins mit. Dr. Vögel aus Augsburg verbreitet sich über die Tarifangelegenheit, die Opposition der Freihandelspartei gegen nothigen Schutz der Arbeit, die Principien des vorgelegten Tarifentwurfs und die in der nächsten Zukunft zu befolgende Taktik gegenüber den Freihändlern und auf der andern Seite den gesetzgebenden Körpern. Dr. v. Kerstorf aus Augsburg spricht über die Petitionen um Schutz der Arbeit, welche bis Anfang Aprils durch Vermittelung des Vereins der Nationalversammlung und dem Reichsministerium übergeben worden. Die Gesammtzahl dieser Unterschriften beläuft sich auf 243,559 Familienhäupter und 974,236 Angehörige. Zugleich gibt er Andeutungen über die politische Stellung des Vereins, namentlich sein Verhältniß zu den Regierungen und Behörden, und knüpft daran seine Ansicht von der Lage der handelspolitischen Angelegenheit inmitten der politischen Bewegung. Alexander aus Bockenheim berichtet über die Vereinsfinanzen. Das Resultat des Berichts stellt sich als wünschenswerth heraus. Schließlich werden zwei Commissionen für weitere Organisation des Vereins und zur Begutachtung des vorgelegten Tarifprojektes entworfen. — In der zweiten Sitzung am 11. April wurden Anträge süddeutscher Vereine auf kräftige Schutzzölle, über Bildung von Innungen, Beförderung des Handels nach Außen und Colonisationen an die Organisationscommission gewiesen. Diese Commission erstattet Bericht. Es soll ein engerer Ausschuß zur Leitung der Vereinsgeschäfte gebildet, und ein weiterer Ausschuß gewählt werden, in welchem 18 Mitglieder die Fabrikindustrie und 6 Mitglieder die Handelsindustrie zu vertreten haben. Für die Amtsdauer des engern Ausschusses trägt die Commission auf eine Zeit von vier Jahren an; über die Einrichtung des Finanzwesens des Vereins wird sie einen besondern Bericht abstatten. In der hierauf eröffneten allgemeinen und speciellen Discussion wird besonders die vierjährige Amtsdauer des engern Ausschusses bekämpft und auf nur einjährige mit nachheriger Wiederwählbarkeit angetragen. Die Versammlung beschließt: es soll ein Präsident, ein Vicepräsident und ein engerer Ausschuß von vier Mitgliedern auf ein Jahr gewählt werden. Dem Präsidenten steht es zu, in Verhinderungsfällen ein Mitglied des Vereins als seinen Stellvertreter zu bezeichnen. Dann wird ein weiterer Ausschuß von 24 Mitgliedern gebildet und dem engern Ausschusse das Recht vorbehalten, denselben nach Bedürfniß zu vermehren. Der weitere Ausschuß wird von dem Vereinspräsidenten einberufen; der engere Ausschuß ist permanent. (Schluß folgt.)

* **Wien**, 11. April. Gewissermaßen als Vorläufer der neuesten österreichischen Note und als Erläuterung zu derselben ist ein Artikel im „Lloyd" zu betrachten, den wir unsern Lesern nicht vorenthalten dürfen. Der „Lloyd" ist bekanntlich ein ministerielles Organ; in seinen leitenden Artikeln sind die Ansichten des österreichischen Cabinets vertreten. Die Ansicht über die Reichsversammlung lautet wie folgt:

„Die Nationalversammlung in Frankfurt hat sich auf ein falsches Terrain gestellt. Sie ist nicht mehr eine Constituante; sie hat sich zu einem Convente umgewandelt. Sie hat das Vereinbarungsprincip verleugnet, als wäre Deutschland schon heute eine Republik. Sie hat den souveränen Staaten gegenüber die Rolle des Souveräns gespielt. Sie hat ihnen ein Oberhaupt eingesetzt, und aus eigener Machtvollkommenheit versucht, eine Dynastie zu gründen. Sie hat die Constitution, welche sie gemacht, ohne die Formen zu beobachten, welche auch in Republiken aufrecht erhalten werden, selbst proclamirt. Sie hat ihr Mandat in jeder möglichen Weise überschritten, und selbst eine Revolution gemacht, anstatt die Revolution zu schließen. Sie hat Deutschland, welches ohne große Schwierigkeit einheitlich hergestellt werden konnte, zu zersplittern und zu zerspalten gesucht, aus dem verwerflichen und selbstsüchtigen Grunde, um dem Hause Hohenzollern die Oberherrlichkeit zu verschaffen, um den größten Theil Deutschlands preußisch zu machen. Sie hat durch ihre Permanenz-Erklärung, nachdem, ihren eigenen Aussagen nach, ihr Werk vollendet war, ihrem revolutionären Treiben die Krone aufgesetzt, und steht jetzt da, ein Körper, neben welchem keine andere gesetzliche Macht in Deutschland bestehen könnte. Noch vor einigen Wochen war die Frankfurter Nationalversammlung eine gesetzliche Macht in Deutschland; jetzt hat sie den gesetzlichen Boden verlassen, und hat gerade darum aufgehört, eine Macht zu sein. Ihre Worte sind uns jetzt eben leere Worte, ihre Befehle, Gesetze, Verfassungsvorschriften sind uns eitel Wind. Wir betrachten die Versammlung als eine, die durch ihre letzten Acte muthwillig Alles zerstört, was sie seit Monaten vollbracht, als eine Versammlung die sich selbst aufgelöst und vernichtet hat. Sie wollte keine Vereinbarung mit den Regierungen; jetzt können die Regierungen keine Vereinbarung mit ihr wollen. Oesterreich wird von jetzt an die Frankfurter Nationalversammlung nicht mehr kennen und anerkennen. Oesterreich will ein einheitliches Deutschland, ein Deutschland, aus dem keine Gewalt es zum Weichen bringen soll, ein Deutschland, in dem es verbündet mit allen deutschen Staaten, aber keinem deutschen Staate oder Fürsten unterthan, die Freiheit und Größe des Gesammtstaates mitbegründen kann. Unsere Deputirten sind jetzt aus Frankfurt abberufen. Sie verdienen unsern Dank dafür, daß sie bis zum letzten Momente ausgeharrt in dem edlen Bestreben, Nichts unversucht zu lassen, um die deutsche Einheit herzustellen. Auf den Ruf ihrer Regierung verlassen sie jetzt eine Versammlung, deren Mehrheit ihr Mandat, Deutschland groß zu machen, dahin verstanden und ausgelegt hat: Preußen groß zu machen. Wir ergeben uns der Hoffnung, daß andere deutsche Regierungen das Angemessene des Schrittes, welchen Oesterreich gethan hat, anerkennen, und demselben folgen werden. Dem Erzherzog-Reichsverweser aber möchten wir jetzt den Wunsch an das Herz legen, seinen Posten nicht zu verlassen. Er allein ist für den Moment der Repräsentant der deutschen Einheit, und durch seinen Rücktritt würde sie vielleicht auf immer gefährdet werden."

† **Wien**, 12. April. Im Gemeinderath wurde gestern die Antwort verlesen, welche der Feldmarschall Radetzky der Deputation gab, die ihm das Ehrenbürgerrecht der Stadt Wien überreicht hat. Die Antwort ist voll Anerkennung des ihm zugedachten Ehrengeschenkes und voll Sympathie für die Stadt Wien. Zugleich wird dieser die tröstlichere Zukunft in der bestimmten Aussicht gestellt, den Kaiser sehr bald in ihren Mauern zu begrüßen, wo derselbe sich die Krone eines großen Oesterreichs auf das Haupt setzen werde. — In Bezug darauf müssen wir erwähnen, was wir eben jetzt aus ziemlich zuverlässiger Quelle erfahren, daß nämlich die kaiserlichen Gemächer in Schönbrunn hergerichtet werden, so daß sie zum 1. Mai völlig bewohnbar sein müssen, weil man dann bestimmt die Ankunft des Kaisers und seiner Eltern erwartet. Für die Rückkehr des Kaiser Ferdinand haben wir wenig Hoffnung. — Das Verbot, rothe Abzeichen zu tragen, wird mit aller Schärfe gehandhabt. Man versichert, daß Dienstmädchen, weil sie rothe Corallen und rothe Tücher trugen, festgehalten und dieser Abzeichen beraubt wurden. — Man spricht heute mit größter Bestimmtheit davon, daß Graf Stadion sein Ministeramt niederlege, Herr v. Schmerling an dessen Stelle treten werde, bis dahin aber der ehemalige Staatsrath Pipitz interimistisch das Portefeuille übernehme.

Aus Prag wird unterm 9. d. M. über die unter dem Namen des neuen Associationsgesetzes stattgefundene Versammlung der Slovanska lipa berichtet, daß man sich hierbei über mehrere Punkte der Statuten vereinigte, namentlich über den Zweck des Vereins. Dieser wird erreicht 1) durch die Wahrung des constitutionellen Princips innerhalb der durch das Gesetz gezogenen Schranken, 2) durch die Sorge für die Realisirung des Grundsatzes der Gleichberechtigung beider Nationalitäten in Schule und Amt 3) durch die Pflege der Wechselseitigkeit aller slavischen Stämme des österreichischen Kaiserstaates, mit besonderer Berücksichtigung Mährens, Schlesiens und der Slovakei 4) durch Eröffnung neuer Handelswege für die heimische Industrie, besonders nach Süden, 5) durch die Pflege slavischer Literatur und Kunst. Die Mittel, durch welche der Verein wirken will, sind die Gründung einer Lesehalle, die Anlegung von Bibliotheken und selbstständigen Lese- und ökonomischen Vereinen, die Unterhaltung einer eigenen Zeitschrift, Versammlungen und Berathungen. — Das Unwesen der in Böhmen sich aufhaltenden Secte der Adamiten breitet sich immer mehr aus; wenn sie auch jetzt nur das religiöse Gebiet bebaut, so dürfte wohl bald die politische Tendenz ans Licht treten. Bei den Deutschen findet sie noch mehr Anklang als bei den Czechen, und bereitet sie ganz für den Deutsch-Katholicismus vor. Die Geistlichkeit ist hinter dem Zeitgeist zu weit zurückgeblieben, um noch Einfluß auf die vorangeeilte Verstandesbildung des Volkes zu behaupten. Der Satz des neuen Testaments: „Glaub versetzt Berge," scheint die Hauptrolle in dem Bekenntni zu spielen.

Berichte aus Mailand vom 8. melden die Ankunft de sardinischen Ministers Grafen Revel, welcher von seine König zum Abschlusse des Friedensvertrages mit Oesterrei an den Feldmarschall Grafen Radetzky abgesendet wurd Einige Tage früher war der Handelsminister v. Bruck au Wien eingetroffen, um den Conferenzen beizuwohnen. Ge nua ist am 6. von dem sardinischen General della Mar mora bombardirt worden und hat sich hierauf dem Köni unterworfen. Die sardinische Flotte ist am 9. aus Venedi abgesegelt und befindet sich seit dem 10. in Pirano, u allzort Wasser einzunehmen. Sie wurde von den österreich schen Schiffen mit den Friedenssalven salutirt und wir unverzüglich das adriatische Meer verlassen. Palermo i am 5. d. M. von den neapolitanischen Truppen erobe worden, so wird aus Ancona geschrieben. (Wien. Z.)

Leipzig, 14. April. In der gestrigen Sitzung des deutschen Vereins berichtete der Vorsitzende Dr. Göschen über die ebenso freudige als herzliche Aufnahme, welche ihm und Prof. Haupt, als Vertretern der deutschen Vereine in Sachsen, bei ihrer Begrüßung der Kaiserdeputation in Magdeburg von dieser zu Theil geworden, ferner über die ehrende Anerkennung, welche die Frankfurter Abgeordneten dem Wirken der deutschen Vereine, als den hervorragendsten Trägern der deutschen Sache in Sachsen, gezollt haben. Göschen knüpfte hieran die weitere Mittheilung, daß der gegenwärtige Ministerpräsident Dr. Held bei seiner neulichen Anwesenheit in Leipzig einer Deputation unsers deutschen Vereins auf seine Beitrittserklärung zu der von dem Dresdner Brudervereine dem Ministerium überreichten Adresse (ihr Inhalt geht dahin: „die Staatsregierung möge in möglichster Beschleunigung den Eintritt des sächsischen Staates in den deutschen Bundesstaat erklären, das Anerkenntniß der deutschen Verfassung, wie sie in zweiter Lesung von der Nationalversammlung beschlossen worden, aussprechen, auch so viel möglich dahin wirken, daß ein Gleiches von den übrigen Regierungen Deutschlands geschehe") persönlich die Versicherung ertheilt habe: „die sächsische Regierung werde nun und nimmer von der deutschen Sache lassen." Ebenso freudig wurde von der Versammlung die Nachricht begrüßt, daß selbst unsere erste Kammer die unbedingte Anerkennung und sofortige Publication der von der Nationalversammlung beschlossenen deutschen Verfassung beantragt habe: ein Antrag, welcher in allen Kreisen einen um so bessern Eindruck macht, je unzufriedener man seither mit dem bloß grundrechtlichen Deutschthum oder vielmehr Deutschthun unserer Kammern war. Nachdem die Versammlung auf Anregung Prof. Jahns den tapfern Truppen in Schleswig-Holstein und der hochherzigen Stadt Edernförde ein dreimaliges Hoch gebracht hatte, hielt der ehemalige Reichstagsabgeordnete Dr. Laube einen höchst gediegenen Vortrag über die gesammte Wirksamkeit der Nationalversammlung und über die mannigfaltigen Geschicke, welche über ihr und ihren Entschließungen gewaltet haben. Der Redner sprach die kühne Hoffnung aus, daß möglicher Weise binnen 8 Tagen Deutschlands Verfassung ins Leben treten könne, fügte eine glänzende Rechtfertigung der hier wegen ihrer so genannten „Concessionen an die Linke" arg verdächtigten Centren hinzu und schloß mit der Versicherung, daß die Reichsversammlung in ihrem großen und makellosen Streben nach Deutschlands Einheit und Größe auch fernerhin die treue Liebe des deutschen Vereines verdiene. Die Versammlung dankte dem Redner mit stürmischem, wohlverdientem Beifall. Der Bericht eines Augen- und Ohrenzeugen läuterte unsere Vorstellungen von vielen schiefen Vorstellungen, welche theils durch die Entfernung zwischen Leipzig und Frankfurt, theils durch entstellende Zeitungsberichte über die Reichsversammlung nur zu allgemein verbreitet sind. Auch war es ungemein wohlthuend, trotz der entmuthigenden Antwort des Königs von Preußen einmal den Ton unverzagter Hoffnung in der deutschen Sache anstimmen zu hören. Nächsten Sonntag wird hier eine Generalversammlung der deutschen Vereine gehalten, womit zugleich eine Festfeier für das einjährige Bestehen des hiesigen Vereins verbunden werden soll. — Zu der von Ihnen bereits berichteten Demokratenausweisung sei noch ergänzend hinzugefügt, daß sich dieselbe nur auf den Comödiant Windwart, stellvertretenden Obmann des Jäckelschen Vaterlandsvereines, und den deutsch-katholischen Prediger Schell bezog. Letzterer hatte in der deutsch-katholischen Gemeinde eine Predigt gehalten, welche selbst die tollsten Ausgeburten theologischer Freigeisterei weit hinter sich ließ.

Kassel, 13. April. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung interpellirte Herr Theobald das Ministerium: in wie fern das am 9. d. M. an das hiesige Volkscomite ergangene Verbot, bei der Pflanzung der Blum'schen Eiche rothe Fahnen zu tragen, mit dem Gesetz vom 19. Juli v. J., das Associations- und Petitionsrecht betreffend, im Einklange stehe. Es seien in diesem Gesetze nur Vereine und Versammlungen zu ungesetzlichen Zwecken, sowie die Erreichung gesetzlicher Zwecke durch ungesetzliche Mittel verboten. Von diesen beiden Sachen habe aber das Volkscomite nichts beabsichtigt. Der Zug selbst habe nicht gegen das Gesetz verstoßen, weil er 24 Stunden vorher angezeigt war und rothe Fahnen seien kein ungesetzliches Mittel zur Erreichung erlaubter Zwecke. Die rothe Farbe repräsentire überhaupt äußern Glanz; so tragen die Husaren rothe Beutelmützen, die Garde rothe Fahnen, die Eisenbahnwärter rothe Signalfahnen und die Vorhänge zur fürstlichen Loge im Ständehause seien roth. Alles dieses bedeute aber weder rothe Republik, noch Communismus. Das Volkscomite sei bis jetzt keine communistische Behörde gewesen und habe auch bei dieser Gelegenheit nicht erklärt, daß die rothen Fahnen die rothe Republik und den Communismus repräsentiren sollten. Die Fahnen hätten rothen Grund, schwarze Embleme und goldne Verzierungen gehabt, also die Nationalfarben. Kein Gesetz verbiete das Tragen solcher Fahnen. Vor Zeiten sei wohl durch Bundestagsbeschlüsse das Tragen der schwarz-roth-goldenen Farbe verboten gewesen; er selbst habe sie als Mitglied der Burschenschaft und in den dreißiger Jahren getragen; damals sei wacker hinter ihm der agirt worden; er kenne Leute, die jetzt schwarz-roth-goldene Cocarden zwei Zoll groß im Durchmesser tragen, welche damals eifrig bemüht gewesen seien, dieselben zu vertilgen. Jetzt verbiete man die rothen Fahnen, wie man damals die schwarz-roth-goldenen, lange Haare, deutschen Rock, Spitzentragen und andere dergleichen gefährliche Dinge verdolen habe. An und für sich sei die Sache ziemlich gleichgültig; allein wenn man rothe Fahnen verbiete, könne man auch andere Sachen verbieten, und es sei dieses daher der erste Schritt zu Consequenzen, die er nicht gezogen sehen möchte; er würde es für einen eben so großen Eingriff halten, wenn man etwa den Absolutisten in der Residenz verbieten wollte, aschgraue Fahnen zu tragen. In dem Verbote liege dreierlei: 1) daß etwas an sich Bedeutungsloses untersagt sei, 2) daß die Meinung unterstellt sei, man habe in Kassel die rothen Fahnen als Zeichen der rothen Republik und des Communismus zu tragen beabsichtigt, 3) daß das Volkscomite auf dem Verwaltungswege gewissermaßen verurtheilt worden sei. Von Seiten der Landtagscommission erfolgte heute noch keine Antwort. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen. (K. Z.)

) **Darmstadt**, 15. April. Heute waren Deputationen aus hiesiger Stadt und aus verschiedenen Theilen des Landes bei dem Großherzog, um die Anerkennung der Reichsverfassung zu erbitten. Der Großherzog konnte ihnen antworten, daß er bereits sein früher gegebenes Versprechen gelöst habe. Der nunmehr erledigte Antrag in der ersten Kammer rührte, wie man vernimmt, von dem protestantischen Prälaten Dr. Zimmermann her, den auch das größere Publikum als Stifter des Gustav-Adolph-Vereins kennt. Der hiesige Märzverein, der übrigens, beiläufig bemerkt, durch einige mißglückte Volksversammlungen alle Bedeutung verlor, hat sich endlich auch entschlossen, dem Impuls aus Frankfurt zu folgen, und wirkt jetzt für das Kaiserthum, so daß in unserer Stadt keine Spaltung der Parteien mehr hinsichtlich dieser Frage besteht. — Es dürfte von Interesse sein, zu vernehmen, daß im Großherzogthum Hessen die Abschaffung der kein Amt bezeichnenden Titel bereits eingetreten ist. Der erste öffentliche amtliche Erlaß, der dies ins Leben führt, ist die Bekanntmachung der Vorlesungen an der Universität Gießen. Die Geheimräthe, Geheime-, Regierungs-, Justiz-, Medicinal-, Oberstudien- und andere Räthe sind verschwunden. — Die Wahl der Geschwornen durch den hiesigen Bezirksrath ist fast durchgängig auf Männer von gemäßigter Richtung gefallen. Unter den 100 Gewählten befinden sich kaum sechs Radicale. Alle Stände sind vertreten und es befinden sich auch namentlich einige Offiziere unter den Gewählten.

Mainz, 16. April. (M. Z.) So eben ist, wie uns aus guter Quelle mitgetheilt wird, an die Commandantur der hiesigen österreichischen Garnison die Ordre eingelaufen, von jeder der hier liegenden Artilleriecompagnien die 80 bestexercirten Leute direct nach Ungarn abgehen zu lassen. Es liegen hier drei Compagnien, jede zu 150 Mann.

Wiesbaden, 16. April. Gestern Morgen hat sich die erste Abtheilung unserer nach Schleswig-Holstein bestimmten Infanterie in Biebrich eingeschifft.

Bernburg, 11. April. Der am 16. März verhängte Belagerungszustand ist von heute an aufgehoben.

Hamburg, 12. April. Nach der Erneuerung des Bureaus und Erwählung des Redactionsausschusses für die bis jetzt angenommenen Grundbestimmungen der Verfassung, berath die constituirende Versammlung weiter über den Abschnitt „vom Rath". Nach längerer Berathung wurde der Antrag der Majorität des Elferausschusses: „§ 12. Der Bürgerschaft steht das Recht zu, Gesetze auszuarbeiten und dem Rathe die Ausarbeitung der Gesetzesvorschläge aufzutragen", mit Hinzufügung des nachstehenden, vom Abgeordneten Tritian gestellten Amendements: „Jeder Abgeordnete hat das selbstständige Recht, einen Gesetzentwurf zu formuliren und den formulirten Gesetzentwurf in der Bürgerschaft zu beantragen. Die Bürgerschaft ist verpflichtet, darüber abzustimmen, ob derselbe in Betracht zu ziehen sei. Erklärt sich die Majorität für die Inbetrachtnahme, so ist der Entwurf nach vorgegangener Prüfung und Berathung zur Abstimmung zu bringen;" von der Versammlung angenommen. (B.-H.)

Frankreich.

w **Paris**, 14. April. Herr Guizot hat (wie wir bereits gestern anzeigten) von Brompton aus ein Kreisschreiben an die Wähler ergehen lassen, in welchem er sich unverändert als derselbe, der er vormals war, bewährt. „Lange Zeit," sagte er, „habe ich zur Gründung der constitutionellen Monarchie mitgewirkt, und lange Zeit eine vielfach angefochtene Politik unterstützt und ausgeübt. Ich bereue noch jetzt nicht, von 1814 bis 1848 die Ansicht verfochten zu haben, daß die constitutionelle Monarchie für Frankreich die entsprechendste Regierung sei. Betreffs meiner Politik, bin ich, ohne begangene Fehler oder Mißgriffe ableugnen zu wollen, überzeugt, daß sie eine gute, wesentlich gute gewesen, welcher das Land zugleich Fortschritt und Ordnung, Freiheit und Sicherheit, nach Außen hin Größe und nach Innen Wohlfahrt verdankte. Dieser Politik, sie möge besiegt oder siegreich sein, muß ich aus Ehre und Ueberzeugung getreu bleiben. Nur eine ruhige, vernünftige, ausführbare Politik kann unter den Umständen, die wir jetzt erleben, empfohlen werden und die richtige sein; das müssen Alle anerkennen, die sie früher anfeindeten und, seitdem ans Ruder gelangt, ja befolgen sich gezwungen sahen. Die Wahrheit stellt sich aus den Ereignissen heraus, eine und dieselbe Wahrheit, und all diejenigen, die von den verschiedensten Endpunkten ausgehen, treffen zuletzt auf demselben Boden zusammen, wo ihnen diese Wahrheit einleuchtet." Dies das Glaubensbekenntniß Guizot's. Nach seiner Ansicht ist die Republik in Frankreich unhaltbar. Doch sind ihm dies alles lässige Fragen; die drohendste ist die Gefahr, in welcher Frankreich schwebt. „Frankreich," sagt er, „liegt in einem Abgrund, und es gelingt trotz tagtäglicher Kämpfe und Anstrengungen ihm nicht etwa daraus emporzuklimmen, sondern nur dies eine: nicht tiefer zu versinken. Darum muß alles zu Hilfe eilen, was Sinn hat für Ordnung, für Sittlichkeit und Haus und Hof. Es müssen alle Parteien sich zu diesem Zwecke die Hand reichen, sonst ist es vorbei. Nur aus solcher Vereinigung wird eine dem Ernste der Zeit entsprechende Nationalversammlung hervorgehen und das Erste, vor allem Große, das Eine was noth thut in solcher Zeit: eine feste kräftige Regierung. Herr Guizot stellt die kritische Lage der Gesellschaft auf wahrhaft beängstigende Weise dar, und verkündet nicht undeutlich den Untergang der jetzigen Gesittung, die nur durch das Festhalten auf Tod und Leben aller Freunde der Ordnung, welcher Partei sie auch angehören mögen, gerettet werden könne.

Nach einem Schreiben aus Nimes hat die Polizei am vorigen Sonnabend in den Wohnungen bekannter Ultrademokraten Nachsuchungen angestellt und Papiere entdeckt, aus welchen hervorgeht, daß sie militärisch organisirt sind und Nimes, ohne es zu ahnen, die Ehre hatte, die Compagnien Barbes, Babeuf, Robespierre und ähnliche zu besitzen. Die Namen der Führer sollen in diesen Papieren angegeben sein. Im Heere übrigens greift der Socialismus auf bedenkliche Weise um sich, und die Militärchefs haben die größte Mühe, die unentgeldliche Vertheilung socialistischer Blätter und Flugschriften zu hintertreiben.

Spanien.

w **Madrid**, 9. April. Aus Tolosa wird gemeldet, daß Karl Albert am 3. d. in einem Gasthofe daselbst in Gegenwart eines Notars und mehrerer Zeugen für gut befunden, seine Thronentsagung durch Namensunterzeichnung zu bekräftigen. Zeugen waren der Marquis de Lamarmora, Fürst von Masserano, erster Adjutant des Königs, Graf Penza de San Martin, Generalintendant, Don Antonio Vicente de Parga, Gouverneur der Provinz (Guipuzcoa), und Don Javier de Barcaiztegui, Generalabgeordneter. In Gegenwart aller hat Karl Albert die Erklärung abgegeben, daß er aus eigenem Antriebe und freiem Willen die mündlich zu Novara in der Nacht vom 23. März erklärte Abdankung zu Gunsten Victor Emanuels nunmehr durch handschriftliche Namensunterzeichnung bestätige und begütige. Das Document ist ins Archiv des Notars zur Verwahrung niedergelegt und eine Abschrift davon dem Fürsten von Masserano und dem Grafen von San Martin behändigt worden, die den Weg nach Turin eingeschlagen.

Nachschrift.

** **Frankfurt**, 16. April. Der badische Staatsminister v. Dusch ist in Begleitung des großherzoglichen Legationsrathes v. Meysenbug heute von Karlsruhe hier eingetroffen.

Dresden. Die zweite Kammer hat den Schaffrath'schen Antrag angenommen.

Stuttgart, 15. April. Auf morgen ist Cabinetsrath angesagt, zu welchem Staatsrath Römer durch Estaffette von Frankfurt berufen wurde. Er wird heute noch hier erwartet. Gegenstand der Berathung soll der Beitritt zur Erklärung der 28 deutschen Staaten für unbedingte Annahme der Reichsverfassung und unbedingte Zustimmung zur Wahl des Königs von Preußen zum Erbkaiser sein. Der König ist, wie es heißt, keineswegs geneigt, zu einer solchen Erklärung seine Zustimmung zu geben, die ihm eine Unterwerfung scheint. Unsere Minister aber sind entschlossen, den Beschlüssen der Reichsversammlung Folge zu geben, und, wenn sie damit nicht durchdringen, augenblicklich ihre Entlassung anzubieten. Man ist hier fest überzeugt, daß auch Römer hierin mit seinen Ministercollegen einverstanden sein wird, und so wird Würtemberg das erste deutsche Königreich sein, welches die Hand bietet zum einigen deutschen Reich. (D. Z.)

Kassel, 15. April. Die Ständeversammlung ist gestern Nachmittag in außerordentlicher Sitzung durch allerhöchstes Reskript auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Schwerin, 13. April. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung wurde folgender Antrag von Pohle, Bolten, Spangenberg ꝛc.: „Die Kammer der Abgeordneten wolle beschließen und den Beschluß schleunigst der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. mittheilen: die Mecklenburger Kammer der Abgeordneten, fern davon, die Festigkeit der hohen Nationalversammlung in Aufrechthaltung und Durchführung der von ihr beschlossenen Reichsverfassung zu bezweifeln, fühlt sich aus Veranlassung der preußischen Circularnote vom 3. April d. J. dennoch gedrungen, ihr im Namen des mecklenburgischen Volkes die Anerkennung der Rechtsverbindlichkeit dieses Reichsgrundgesetzes mit der Aufforderung auszusprechen, daß sie im Vertrauen auf den Beistand des deutschen Volkes, durch etwaige Zumuthungen einzelner deutscher Regierungen sich zu Abänderungen desselben nicht bestimmen lassen wolle," mit 72 gegen 9 St. angenommen.

Börsenberichte.

½ **Frankfurt**, 16. April. Fonds sowohl wie Eisenbahnactien wichen an heutiger Börse nur wenig von ihrem gestrigen Standpunkt ab. Oesterreichische Papiere schlossen wie zu Wien am 12. d. M. etwas niedriger im Cours. 5pCt. Metall. bleiben 76⅛ pCt., 2½pCt. Metall. 40⅛, 40 pCt., Wienerbankactien 1179 fl., 500 fl. Loose 127 Bf, 250 fl. Loose 79⅛ pCt. G. Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27½ Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 27⅞ à 28 fl., do. 50 fl. Loose 48 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 70⅞ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20⅝ fl., Poln. 500 fl. Loose 74½ ⅝ Rthlr. Von süddeutschen Obligationen waren 4½pCt. Württemb. 94¼, pCt., 3½pCt. do. 78¼, pCt., Badische 3½pCt. Obligationen 77 pCt., do. 5pCt. vom Jahr 1848 95½ pCt., Nass 3½pCt. Obligationen 80½ pCt., do. 5pCt. v. J. 1849 99½ pCt. Von belgischen Obligationen 2½pCt. belgische 43½, ditto 4½pCt. 83½, do. 5pCt. 90½ pCt. Holländische 2½pCt. Integr. 49¾, pCt. Von Eisenbahnen Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 34, 33⅞, Rthlr. G., Berbach 73, 72½ pCt. G., Köln-Minden 76½, pCt. G., Taunus 293 fl. 3pCt. inländ. Span. schließen 23 pCt. G. Wechseln mit Ausnahme Mailand zu 99⅛ gefragt alle übrigen Devisen flauer und angeboten. Amsterdam 100½, zu haben, Paris 95½, zu haben, London 120⅞ zu haben, Wien in kurzer Sicht 105½, Hamburg 88, Berlin 105½, Leipzig 105½.

Wien, 13. April. 5pCt. Metall. 81½. — 4pCt 70. — 3pCt. —. — 2½pCt 48⅛. — Bankactien 1138. — 500 fl Loose 147. — 250 fl. Loose 92. — Nordbahnactien 96½. — Glogauer 92. — Mailänder 69½.

Bei geringem Umsatz behaupteten sich die Course. Wechsel etwas mehr gefragt ohne besondere Veränderung.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten

[1090] Bei Sauerländer, Sandgasse Nr. 8 neu, zu haben:

Die Wage.

Deutsche Reichstagsschau

von

J. Venedey.

Siebentes Heft, enthaltend: Die erste Jahresfeier der März-Revolution. — Rede, gehalten am 4. März bei der Jahresfeier der Revolution zu Wiesbaden.

Preis: 21 kr. oder 6 Sgr.

NB. Es erscheint so möglich regelmäßig alle 14 Tage ein Heft von 3 Bogen. Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen darauf an

Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914.
Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914.
Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914.
Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914.

Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914.

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914.

Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

(Extra-Beilage zu № 90.)

Dienstag 17. April 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 14. April. (Schluß der Sitzung.)

Präsident Simson: Ich habe noch Einiges zu bemerken. Es ist mir eine Zuschrift zugekommen, worin mir angezeigt wird, daß der Abgeordnete Wesendonk, der sich in Urlaub befindet, sich in Bern befinde, und daß er dort Gelegenheit gehabt habe, mit dem Gesandten Preußens, Herrn von Bonin, zu sprechen, und daß dieser ihm gesagt habe, daß er, Herr von Bonin, sich nicht mehr in Bern aufhalten werde, wenn die Reichsverfassung angenommen sei. Ich habe diese Mittheilung nicht für nöthig gehalten, der Versammlung zu machen, weil ich glaube, daß sie sich nicht mit Privatmittheilungen, die Einzelne machen, befassen kann. Ich habe aber geglaubt, es sei meine Pflicht, Ihnen diese Mittheilung zu machen, damit Sie sich darüber aussprechen können, ob Sie es für nöthig halten, eine Mittheilung an die Centralgewalt zu machen, damit diese sich darüber erkläre, ob sie es für nöthig halte, Herrn von Bonin zu instruiren, daß er sich nicht in dieser Weise gegen Mitglieder der Reichsversammlung äußere. Ich habe weiter nichts zu bemerken, als daß ich es für meine Pflicht halte, Ihnen diese Mittheilung zu machen, und daß ich es Ihnen überlasse, darüber zu beschließen, ob Sie es für nöthig halten, eine Mittheilung an die Centralgewalt zu machen.

Simon von Trier: Ich glaube, daß es nicht nöthig ist, eine Mittheilung an die Centralgewalt zu machen, weil wir nicht wissen, ob Herr von Bonin wirklich diese Aeußerung gethan hat, und weil wir nicht wissen, ob Herr Wesendonk sie richtig aufgefaßt hat. Ich glaube, daß es nicht nöthig ist, eine Mittheilung an die Centralgewalt zu machen, weil wir nicht wissen, ob Herr von Bonin wirklich diese Aeußerung gethan hat, und weil wir nicht wissen, ob Herr Wesendonk sie richtig aufgefaßt hat.

Präsident Simson: Ich habe noch Einiges zu bemerken. Es ist mir eine Zuschrift zugekommen, worin mir angezeigt wird, daß der Abgeordnete Wesendonk, der sich in Urlaub befindet, sich in Bern befinde, und daß er dort Gelegenheit gehabt habe, mit dem Gesandten Preußens, Herrn von Bonin, zu sprechen, und daß dieser ihm gesagt habe, daß er, Herr von Bonin, sich nicht mehr in Bern aufhalten werde, wenn die Reichsverfassung angenommen sei. Ich habe diese Mittheilung nicht für nöthig gehalten, der Versammlung zu machen, weil ich glaube, daß sie sich nicht mit Privatmittheilungen, die Einzelne machen, befassen kann. Ich habe aber geglaubt, es sei meine Pflicht, Ihnen diese Mittheilung zu machen, damit Sie sich darüber aussprechen können, ob Sie es für nöthig halten, eine Mittheilung an die Centralgewalt zu machen, damit diese sich darüber erkläre, ob sie es für nöthig halte, Herrn von Bonin zu instruiren, daß er sich nicht in dieser Weise gegen Mitglieder der Reichsversammlung äußere. Ich habe weiter nichts zu bemerken, als daß ich es für meine Pflicht halte, Ihnen diese Mittheilung zu machen, und daß ich es Ihnen überlasse, darüber zu beschließen, ob Sie es für nöthig halten, eine Mittheilung an die Centralgewalt zu machen.

Simon von Trier: Ich glaube, daß es nicht nöthig ist, eine Mittheilung an die Centralgewalt zu machen, weil wir nicht wissen, ob Herr von Bonin wirklich diese Aeußerung gethan hat, und weil wir nicht wissen, ob Herr Wesendonk sie richtig aufgefaßt hat.

Abschnitten 180 Paragraphen umfassenden Entwurf einer Verfassung des Freistaates Frankfurt vor und beantragt: die Berathung desselben sofort zu beginnen und derselben, außer den für die laufenden Geschäfte nöthigen Sitzungen, wöchentlich zwei zu widmen. Dr. Braunfels will damit nächsten Montag beginnen. Schöff Souchay glaubt, da die Commissionen fünf Monate Zeit gebraucht habe, um die Verfassung zu entwerfen, so dürfte man der Versammlung wohl 14 Tage Zeit lassen, um sich damit vertraut zu machen. Dr. Reinganum erklärt sich für baldmöglichste Behandlung. Dr. Jucho möchte dem gewährten Petitionsrechte Raum geben, und der Bürgerschaft Gelegenheit, ihre Bemerkungen einzubringen, was in so kurzer Zeit kaum möglich sei. Ebenso Dr. Binding. In der Abstimmung wird der Antrag: der Berathung des Verfassungsentwurfs wöchentlich zwei Sitzungen ausschließlich zu widmen, mit großer Mehrheit angenommen, und der weitere, damit am 23. April zu beginnen, in namentlicher Abstimmung mit 54 gegen 44 Stimmen ebenfalls angenommen. Außer der Reihe der Tagesordnung wird ferner behandelt: 6) Vortrag des Senats, die Einführung des Helms und Waffenrocks bei dem hiesigen Linienmilitär betr. Die Dringlichkeit des Gegenstandes wird nachgewiesen, sowie auch, daß diese Umformung keine außerordentlichen Kosten veranlasse. Der Vortrag wird an den Wehrausschuß und in Beziehung auf den Kostenpunkt auch an den Finanzausschuß überwiesen, welchem 7) ebenfalls ein nachträgliches Creditbegehren des Senats von 2500 fl. für militärische Zwecke zugewiesen wird. 8) Fortsetzung der Berathung über Abschaffung der Vaterschaftseklagen. Es liegen drei Gesetzentwürfe vor: einer von dem Ausschusse, ein anderer von Dr. Reinganum, dem sich der Ausschuß angeschlossen, und ein dritter von Dr. Jucho. Art. 1 des Antrags des Ausschusses lautet: Außerehelicher geschlechtlicher Umgang gibt keine Entschädigungsansprüche und macht ein unformliches Eheversprechen nicht giltig. Nach längerer Erörterung, in welcher Dr. Braunfels, Dr. Binding, Dr. Jucho, Schöff Souchay, Dr. Reukirch, Dr. Goldschmidt, Dr. Reinganum u. A. sprechen, wird Art. 1 unverändert angenommen. Ein Zusatz von Dr. Goldschmidt, wonach der außereheliche Umgang näher bezeichnet werden sollte, fällt in das Protocoll. Art. 2 lautend: Ein gerichtliches Verfahren zur Ermittelung des Vaters eines unehelichen Kindes findet nicht statt. Nur im Fall der gewaltsamen Entführung oder der Nothzucht kann der Schuldige als Vater des unehelichen Kindes erklärt werden. Der erste Satz findet keinen Widerspruch. Dagegen will Dr. Binding im zweiten Satz das Wort „gewaltsam" gestrichen wissen, weil es auch Entführungen durch Ueberredung geben könne. Dr. Goldschmidt möchte den Satz so abgefaßt haben: „Nur in den im Art. 296, 329 und 330 des Strafgesetzbuches erwähnten Fällen kann der Schuldige auf Ansehen des Betheiligten als Vater des unehelichen Kindes erklärt werden." Diese Fassung wird nach kurzer Discussion angenommen. Art. 3 wird satzweise berathen. Der erste Satz heißt: Die freiwillige Anerkennung eines unehelichen Kindes durch seinen Vater ist gestattet. Dr. Braunfels will das Wort „freiwillige" streichen, was aber verworfen wird. Der Satz wird angenommen. Zweiter Satz: Sie kann nur erfolgen mittelst einer von einem Civilstandsbeamten oder von einem Gerichte aufgenommenen Urkunde, oder mittelst eines von einem Notar unter Zuziehung zweier Zeugen errichteten Protocolls, oder mittelst eines letzten Willens; andere Urkunden, Zeugenvernehmungen und Eidesleistung werden bloß zur Ergänzung eines Beweises zugelassen. Der Satz wird angenommen. Dritter Satz: Die freiwillige Anerkennung ertheilt dem unehelichen Kinde Anspruch gegen den Vater auf Ernährung und Erziehung; seine Erbrechte sind durch ein besonderes Gesetz bestimmt. Auf den Antrag von Dr. Reinganum wird nach dem Worte „Vater" eingeschaltet „und dessen Erben" und so der Passus genehmigt. Art. 4. Die Anerkennung der in der Blutschande oder im Ehebruch erzeugten Kinder ist untersagt. Dieser Artikel erregt eine lebhafte Discussion. Dr. Jucho fragt: Warum diese Kinder vom Rechte auf Ernährung und Erziehung ausschließen? warum den Vater erleichtern und diese schon an sich unglücklichen Kinder noch unglücklicher machen? Schöff Souchay und Dr. Braunfels beantragen die Streichung des Artikels, die ausgesprochen wird. Art. 5 (jetzt 4): Aus Rechtsverhältnissen, die vor der Verkündung dieses Gesetzes entstanden sind, bleiben die Ansprüche aufrecht, welche nach dem ältern Rechte galten. Schöff Souchay will einen bestimmten Termin, wenn dieses Gesetz in Wirkung treten solle, etwa 1. Januar 1850. Auch die Fassung selbst wurde angefochten und dafür vorgeschlagen: Auf Rechtsverhältnisse, welche vor der Verkündung dieses Gesetzes entstanden sind, bleiben noch ferner die Bestimmungen des früheren Rechts anwendbar. Dies wurde nach einigen Debatten angenommen; als aber über den ganzen Gesetzesentwurf abgestimmt werden wollte, ergab es sich, daß die erforderliche Anzahl Mitglieder (80) nicht mehr gegenwärtig sei, weshalb die letzte Abstimmung annullirt und auf die nächste Sitzung verschoben wurde.

Aus Ancona enthält „Galignani's Messenger" einen aus zuverlässiger Quelle kommenden Brief vom 31. v. M. Derselbe lautet: „Die Zustände in den römischen Staaten bieten ein unerreichtes Bild von Anarchie, Schrecken und Zerstörung. Ancona, die Hauptstadt der Marken, mit einer Bevölkerung von 30,000 Seelen, wird von 20 Schurken der niedrigsten Klasse, Thürhütern, Weinwirthen u. s. w., beherrscht. Sie sind Verbandsmitglieder des Circolo del Popolo und maßen sich die ausübende Gewalt, sowie die Leitung der Geschäfte an. Jedermann, der sich diesen Leuten unangenehm macht, fällt einem sicheren Tode zur Beute, und ein Wort, welches das republikanische System mißbilligt, ist hinreichend, ihr Mißvergnügen zu erregen. Diese Brüderschaft führt die von ihr decretirten Acta selbst aus, indem sie auf öffentlichen Plätzen ihre Mordthaten völlig straflos unter den Augen des „Corpo di Guardia" begeht. Es ist keine Uebertreibung, wenn ich sage, daß im Laufe der letzten drei Monate mindestens 100 solcher Ermordungen in unserer Stadt vorfielen. Die Mörder sind alle bekannt, gehen aber trotzdem frei umher, da die Regierung sie entweder nicht bestrafen kann oder nicht will. Sie haben das Erdolchen zu solcher Meisterschaft gebracht, daß der erste Stoß selten eines zweiten bedarf; ist dies aber einmal nicht der Fall und das Opfer kommt in ärztliche Behandlung, so erhalten die Chirurgen Drohbriefe, worin ihnen gesagt wird, daß sie es büßen würden, wenn ihr Patient genese. Vor einigen Tagen wurden bei hellem Tage, inmitten einer großen Menschenmasse, zwei Pistolenschüsse auf den Marquis D. M. gefeuert, glücklicherweise aber ohne ihn zu treffen. Durch die Richtung der Schüsse wurde es klar, daß sie von verschiedenen Seiten abgefeuert, aber Niemand der Umstehenden bewegte sich, die Thäter zu ergreifen. Dies ist der dritte Mordversuch, den man seit drei Wochen auf diesen jungen Edelmann unternimmt. Er ist verheirathet und Vater mehrerer Kinder, und die wüthendsten Republikaner vermögen ihm nichts anderes vorzuwerfen, als daß er „im Herzen" ein Aristokrat sei und einmal von der „Canaille" gesprochen. Die schändlichste Handlung übrigens hatte vergangene Nacht statt, wo zehn oder zwölf der bereits vorhin erwähnten Menschen in das Lesezimmer des Casino drangen und die Auslieferung der „Bologneser Zeitung" verlangten, worin die piemontesische Niederlage bei Novara gemeldet wurde, um das Blatt zu verbrennen. Um dies Verlangen deutlich zu machen, fielen sie über die sieben bis acht Personen, welche sie im Salon fanden, her und mißhandelten sie. Einer davon, Marchese Membrini, empört darüber, leistete ihnen Widerstand; er wurde umringt und augenblicklich durchs Herz gestoßen. Es ist nicht sicher, ob dieser Mord vorbedacht war, aber wahrscheinlich, da der arme Marchese seine Meinung auszusprechen pflegte und natürlich dem jetzigen Zustande der Dinge abhold war. Am anderen Morgen standen die Mörder, ihrer That sich rühmend, in einer Gruppe mitten auf dem großen Platze und Niemand wagte es, sie zur Rechenschaft zu fordern. Man kann nicht sagen, welches Gefühl am vorherrschendsten ist: Mitleid mit der armen Bevölkerung oder Verachtung ihrer Feigheit. In derselben Nacht, in welcher die erwähnte Scene vorfiel, fanden noch vier andere Ermordungen statt und alle straflos; denn man kann sich keinen Begriff von der Furcht machen, die alle Menschen hier lähmt. Personen, die voriges Jahr als Ultraliberale galten, werden nun denuncirt, weil sie ihren früheren Grundsätzen treu geblieben und nicht die Stichwörter der rothen Republikaner im Munde führen, deren Herrschaft mit blutigen Lettern einst in der Geschichte prangen wird."

Nachschrift.

A **Hamburg**, 14 April. Unsere Constituante hat sich in ihrer heutigen Sitzung zu einem wahrhaft patriotischen Beschluß aufgerafft, der ihr hier und in der Ferne wegen ihrer mannhaften Gesinnung und Haltung neue Freunde zuführen wird. Auf Antrag des Abgeordneten Wille legte die verfassunggebende Versammlung im Hinblick auf die deutsche Frage einhellig die feierliche Erklärung nieder, daß sie die Reichsverfassung, wie sie von der deutschen Nationalversammlung beschlossen, als endgiltig anerkenne und jede willkürliche Abänderung derselben als einen Eingriff in die Rechte des deutschen Volkes ansehe und dagegen feierlichst Verwahrung einlege. Es soll eine Abschrift dieser Erklärung oder Manifestation an den Senat mit dem Bemerken eingereicht werden, daß er dieselbe durch das Gewicht seiner Stellung unterstütze.

§ **Altona**, 14. April, Abends. Die gestern erfolgte Erstürmung der Düppeler Schanzen ist von den sächsischen und bayerischen Divisionen mit außerordentlicher Bravour ausgeführt worden, und ist es ihnen auch gelungen, den diesseitigen Brückenkopf am Alsund in Besitz zu nehmen. Es heißt sogar, daß die Stadt Sonderburg, in welcher mehrere dänische Bataillone liegen, von Düppel aus von der sächsischen Artillerie beschossen wurde, und daß bereits der Uebergang nach Alsen unternommen worden, worüber indeß die mit dem heutigen Abendbahnzuge ankommenden Nachrichten, soweit es den Uebergang nach Alsen betrifft, noch nichts Gewisses mitgebracht haben. Der Bahnhof ist fortwährend von dichten Menschenmassen belagert und man ist mit Recht sehr gespannt auf die neuesten Mittheilungen aus dem Sundewitt, da mit der Occupation der Insel Alsen einerseits, und dem Einmarsch eines deutschen Armeecorps nach Jütland andererseits die glänzendsten Resultate für die Sache der Herzogthümer Schleswig-Holstein gewonnen sein würden.

* **Paris**, 15. April. Der heutige „Moniteur" enthält die Bestätigung der von uns bereits gestern mitgetheilten Nachricht von der Unterwerfung Genuas in folgender Bekanntmachung: „Die Regierung hat eine aus Turin vom 12. und Lyon vom 14. April datirte Depesche erhalten, welche ihr die Unterwerfung Genuas vollständig anzeigt."

Die „Opinion" meldet: „Der Graf v. Montemolin ist heute Nacht zwischen zwei Adjutanten und einem Präfecturrathe durch Paris nach Calais abgereist, woselbst er sich wieder nach England einschiffte."

Die Nationalversammlung hat die Considerant'schen Vorschläge, auf die wir näher zurückkommen, an ihren Ausschuß des Innern gewiesen.

An der Börse bei Torteni wurde heute kein Geschäft gemacht.

* **Marseille**, 12. April. Im hiesigen Gymnasetheater brach gestern Abend beim Beginn des Stückes „Eigenthum ist Diebstahl" ein solcher Tumult los, daß zwei Bataillone Infanterie zu den Waffen gerufen wurden, um in Verbindung mit der Gensdarmerie den Saal zu räumen. Das Parterre und die Logen waren hart an einander gerathen.

Wie man aus **Genua** erfährt, ist die provisorische Regierung entflohen. Die Stadt hat weniger gelitten als zu fürchten war; ein einziger Palast ist ganz zerstört, so wie einige Nachbarhäuser desselben, wo sich die Insurgenten verschanzt hatten. Im Ganzen gab es ungefähr 50 Todte und 350 — 400 Verwundete.

Eine am 13. d. in Bern eingetroffene Privatnachricht aus **Sicilien** meldet, daß die Insurgenten sich im letzten entscheidenden Augenblicke unterworfen haben und die neapolitanischen Expeditionstruppen bereits in Palermo eingezogen seien.

London, 14. April. 3pCt. Stocks 92¾, ⅛. — 5pCt. Span. 17⅛. — Neue 3pCt. 32¼. — 4pCt. Port. —. — Holländ. —.

Frankfurt, 17. April. 12. Ziehung 6. Klasse der 115. hiesigen Stadtlotterie. Hauptgewinne: Nr. 9267, 5000 fl., Nr. 21269, 1000 sede 1000 fl., Nr. 8222, 12171, 1809, 8045, 2351, 9092, 7783 jede 500 fl.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

☞ **Sehr billige irländische Leinwand** sowohl in Resten als im Ganzen werden diese Woche noch abgegeben bei

Wm. Bell Son,
Katharinenpforte neben dem großen Kaffeehaus.
[1110]

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[1029] Nachdem der Tabaksfabrikant Joseph Springmühl dahier seine Insolvenz angezeigt und Termin zur summarischen Schuldenliquidation und zum Gläubigerspruch auf

den 7. k. M.
Morgens 10 Uhr

bestimmt ist, werden sämmtliche Gläubiger des Gemeinschuldners aufgefordert, in demselben entweder in Person oder durch gehörig bevollmächtigte zum Vergleichsabschluß ermächtigte Vertreter ihre Forderungen anzumelden und bei weiteren Handlungen, insbesondere die Wahl eines Massenpflegers und eines mit besonderer Instruction versehenen Ausschusses, aus ihrer Mitte vorzunehmen, widrigenfalls die nicht erschienenen Gläubiger als dem Beschluß der Mehrzahl der erschienenen beigetreten angesehen werden.

Passau, den 4. April 1849.
Kurfl. Hess. Landgericht.
Giller.
Katzler.

[1063] Edictalladung.

Der ledige Bäcker und Conditor Sebastian Rumpf und dessen Ehefrau Maria Anna geb. Melzer, [illegible] den Grund eines mit der ledigen Permissionistin Maria Eva Dreyer aus Mannheim unter dem 19. Februar 1841 abgeschlossenen Verpfleganz- und Vermögensabtretungs-Vertrags nach dem am 21. Januar 1849 erfolgten Ableben der Letzteren beantragt, sie, die Rumpf'schen Eheleute, zur Erhebung einer von der Maria Eva Dreyer bezahlt deren hiesigen Aufenthalts bei dem Recturat-Amt hinterlegten Caution von fl. 300 zu ermächtigen. Da die Erben der genannten Dreyer unbekannt sind, so werden dieselben zur Wahrung ihrer Rechtszuständigkeiten andurch aufgefordert, sich

binnen sechs Wochen

rücksichtlich des obgedachten Antrags der Sebastian Rumpf'schen Eheleute dahier zu erklären, bei Vermeidung, daß auf obigen Antrag sofort willfahrt werden wird.

Frankfurt a. M., den 28. März 1849.
Stadt-Amt II.
Dr. Pfarr.
Dr. Antoni.

[1040] Da Nikolaus Mebrenner und dessen Ehefrau Christine, geborne Oder, von Griesheim, ihre Vermögen an ihre Gläubiger abgetreten erklärt, und auf das Rechtsmittel der Appellation gegen das hierauf ergangene Contursverkennntniß verzichtet haben, so wird zur Anmeldung dinglicher und persönlicher Ansprüche unter dem Rechtsnachtheile des Ausschlusses von der vorhandenen Masse Termin auf

Freitag den 27. April d. J.,
Vormittags 8 Uhr

anberaumt.

Rüsselsheim, den 15. März 1849.
Herzogl. Nass. Amt.
Langsdorff.

[1083] Bekanntmachung.

Johann Jost Kohl aus Zweiten, geboren am 2. December 1790, ist nach vorgelegter Bescheinigung mit den vormaligen westphälischen Truppen nach Rußland marschirt, ohne daß eine Nachricht über sein Leben oder seinen Tod in seine Heimath gelangt wäre. Auf den Antrag seines Bruders Johannes Kohl in Zweiten wird er desgleichen geladen, sich so gewiß im Termine

den 31. Mai l. J.,
Vormittags 10 Uhr,

dahier persönlich oder durch einen Bevollmächtigten zu melden, als er sonst den deßfallsigen Bestimmungen der Verordnung vom 5. Juli 1816 zufolge für todt würde gehalten werden müssen.

Verfügt Jesberg, den 4. April 1849.
Kurfürstliches Justizamt.
Weber.

---

[916] Edictalladung.

Ueber das Vermögen des Schneidermeisters Jacob Neugaedter dahier, ist Concurs erkannt, es werden daher sämmtliche Gläubiger desselben zur Liquidation ihrer Forderungen und weiteren das Concursverfahren betreffenden Verhandlungen auf

Dienstag, den 8. Mai d. J.,
Vormittags 11 Uhr,

unter dem Rechtsnachtheil des Ausschlusses von der Masse geladen.

Darmstadt, den 21. März 1849.
Großherzogl. Hess. Stadtgericht.
Strecker. Dr. Siebert.
Stamm.

---

[959] Decret.

Das Schuldenwesen des Philipp Salziger und seiner Ehefrau Katharine Elisabethe geb. Gemmer zu Bogel ist der Concursproceß rechtskräftig erkannt worden.

Persönliche oder dingliche Ansprüche an der Masse müssen

den 23. April d. J., Morgens 8 Uhr

dahier bei Vermeidung des Ausschlusses von derselben angemeldet und begründet werden.

Rokkiten, den 22. März 1849.
Herzogl. Nass. Amt.
Müller.

---

[876] Edictalladung.

Vom Großh. Hofgerichte zu Gießen ist über das mit 1821 fl. 51 kr. verschuldete Vermögen des Konrad Schultheiß von Romrod der formelle Concurs erkannt worden. Alle, welche Ansprüche an die Masse haben, werden bei Vermeidung des Ausschlusses aufgefordert, solche

Dienstag, den 8. Mai,
Vormittags 9 Uhr,

bei dem unterzeichneten Gerichte zu liquidiren, auch sich über Vergleichsvorschläge zu erklären, als sonst sie der Mehrzahl der Gläubiger beigetreten angesehen werden.

Schotten, den 24. März 1849.
Großh. Hess. Landgericht.
Bindheim.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Dienstag (Beilage zu Nro. 91.) 17. April 1849

Inhalt.

Die österreichische Note vom 8. April.

1. Deutschland. Wien (Nachrichten vom ungarischen Kriegsschauplatz. Wahrscheinlicher Wechsel des Obercommandos. Gerüchte von einer Niederlage der Kaiserlichen bei Waitzen). Berlin (Die österreichische Note. Couriere und Diplomatenwechsel). München (Das Ministerium und die Kammern). Dresden (Erklärung des Staatsministeriums über die Reichsverfassung. Die verzögerten Matricularbeiträge). Leipzig (Adresse der Generalversammlung der deutschen Vereine). Altona (Die Erstürmung der Düppeler Schanzen). Oldenburg (Einberufung einer evangelischen Generalsynode. Aufgebot nach Schleswig-Holstein). Braunschweig (Gerücht von Abdankung des Herzogs). Hamburg (General Fabvier).

× Die österreichische Note vom 8. April.

Oesterreich hat mit der Antwort auf die Einladung Preußens nicht gezögert. Die Aufforderung an sämmtliche Regierungen, Bevollmächtigte zur Abgabe bindender Erklärungen nach gemeinschaftlichen Berathungen über die Herstellung des deutschen Bundesstaates alsbald nach Frankfurt zu entsenden, erging von Berlin am 3. April. Die Antwort aus Olmütz erfolgte beinahe umgehend, am 8. April. Man wartete nur vier Tage, nicht länger als bis die Note in den Händen des Ministers v. Arnim sein konnte, um sie in der „Wiener Zeitung" vom 12. April der Oeffentlichkeit zu übergeben. Einiges von dem Inhalte war von Berlin her in die Zeitungen geträufelt, Herr Camphausen scheint die Staatsschrift am 14., 15. und 16. zu Frankfurt als Geheimniß in der Tasche behalten zu haben, am 16. fand sie aus dem Wiener Blatte ihren Weg in die „Oberpostamts-Zeitung", wo sie der Erklärung der 28 Regierungen für unbedingte Annahme der Reichsverfassung und der Oberhauptswahl als schroffer Gegensatz auf dem Fuße folgte.

Für Oesterreich besteht, nach der Note vom 8. April, vertragsmäßig und factisch der deutsche Bund, und als Inhaber der Bundesgewalt der Reichsverweser. Die Nationalversammlung besteht für Oesterreich nicht mehr und Hr. v. Schmerling wird es zu verantworten haben, daß er die Mehrzahl der Abgeordneten aus Oesterreich noch immer zurückhält, dem Beispiele der Einunddreißig zu folgen, die heute, nach dem Gebote der Regierung, ihren Austritt aus der Paulskirche angezeigt haben. Die Nationalversammlung besteht für Oesterreich nicht mehr, einmal, weil sie selbst ihr Werk für vollendet erklärt, sodann, weil sie ihre Befugnisse überschritten habe. Drei Ueberschreitungen werden ihr nachgewiesen, wovon zwei — die eigenmächtige Veröffentlichung der Verfassung und die Permanenzerklärung — als minder erheblich nur kurz erwähnt werden, die dritte dagegen, die Absicht, ohne Vollmacht Deutschland einen Erbkaiser zu geben, stärker betont wird. Bei dieser Gelegenheit wird das Erbieten des Königs von Preußen, die für erledigt gehaltene Stelle des Reichsverwesers aus den Händen der Regierungen und der Nationalversammlung zu übernehmen, von der Hand gewiesen, und die „ungesetzlichen Vorgänge", von denen unmittelbar darauf gesprochen wird, stehen hiernach mit den Schritten Preußens in noch engerem Zusammenhange als mit den Ueberschreitungen, welche der Nationalversammlung vorgeworfen werden. Im Interesse der deutschen Sache müssen wir dem Minister Schwarzenberg für seine unumwundene Sprache Dank wissen, und können es füglich der preußischen Presse überlassen, die Tonart zu bezeichnen, aus welcher dem Anerbieten des Königs und der Einladung des Grafen Arnim aufgespielt wird.

Der nicht mehr vorhandenen Nationalversammlung kann Oesterreich auch keinen Einfluß auf die Errichtung einer neuen provisorischen Centralgewalt, und auf die Vereinbarung über eine Verfassung für Deutschland weiter einräumen. In der künftigen Centralgewalt müssen alle Regierungen ihre Vertretung haben, sie kann nur eine zweite Auflage des Bundestages sein; ebenso haben die Regierungen das Werk vom 28. März lediglich als einen Entwurf anzusehen, über den sich die Genossen des Bundes vereinbaren werden. Was dann aus dieser Vereinbarung hervorgeht, das allein ist die Neugestaltung Deutschlands auf gesetzlichem Wege, dem einzigen, welchen Oesterreich betreten wird. Da also nach seiner Ansicht die Nationalversammlung nicht mehr vorhanden, die provisorische Centralgewalt eine rein executive, zur Vereinbarung über die Verfassung nicht geeignete Behörde ist, auch der Kaiser von Oesterreich keinen andern Fürsten über sich duldet: so folgt daraus, daß Oesterreich an Verhandlungen auf der von Preußen bezeichneten Grundlage (eines deutschen Bundesstaates) nicht theilnehmen kann, sich gegen dieselben und die daraus hervorgehenden Beschlüsse verwahrt, und seine Ansprüche und Rechte nach den bestehenden Verträgen vorbehält.

Zunächst können wir kaum begreifen, wie die Note, nachdem sie die Nationalversammlung aus dem Wege geräumt, die provisorische Centralgewalt stehen lassen darf. Die Persönlichkeit ihres Inhabers, so hoch wir sie schätzen, ist dafür kein hinreichender Grund. Die Centralgewalt ist aus der Nationalversammlung hervorgegangen, sie besteht kraft eines von dieser erlassenen Gesetzes. Ohne die Nationalversammlung hat die Centralgewalt keinen Boden mehr, sie schwebt in der Luft, und es bedürfte, selbst von dem österreichischen Standpunkte aus, eines Beschlusses sämmtlicher Regierungen, um der Centralgewalt auf dem Grabe der Nationalversammlung ein gesetzliches Dasein zu fristen. Wir geben zu, daß für den Minister Schwarzenberg ein guter Grund vorlag, in diesem heiklen Punkte die Logik aus dem Spiele zu lassen. Hätte er reine Arbeit gemacht, und mit der Nationalversammlung auch ihren revolutionären Sprößling, die Centralgewalt, über Bord geworfen, so konnte er nicht bei der unhöflichen Ablehnung der preußischen Einladung stehen bleiben, sondern er mußte den positiven preußischen Vorschlägen nicht minder positive österreichische entgegensetzen. Die Note konnte dann nicht mit einem „Nein" und mit einer Verwahrung schließen, sie mußte sagen, was Oesterreich wolle. Die Schlußfolgerung aber, welche aus der ganzen Note mit Nothwendigkeit zu ziehen war, konnte nicht anders lauten als so: „Die Nationalversammlung und folgeweise die provisorische Centralgewalt bestehen nicht mehr; an ihre Stelle tritt sofort der Bundestag; er ist das Organ, durch welches die Regierungen, auf Grundlage des von der Nationalversammlung ausgearbeiteten Verfassungsentwurfes, die Neugestaltung Deutschlands vereinbaren — oder auch nicht vereinbaren werden."

Das ist, was Oesterreich bietet; das ist, was Deutschland mit Entrüstung verwirft. Wird Preußen, nachdem 28 Regierungen mit gutem Beispiele vorangegangen sind, noch länger zögern, zu der Verfassung vom 28. März und zu der Wahl des Reichsoberhauptes sein entscheidendes Ja zu sprechen; werden die vier Könige dem lauten Begehren ihrer Völker nach dem Bundesstaate noch länger widerstehen? Die schleunige Durchführung der Reichsverfassung ist nicht nur das einzige Mittel gegen eine zweite durchgreifendere Revolution, nicht nur die einzige würdige Antwort auf die österreichischen Erklärungen, denen die Note vom 8. April die Krone aufgesetzt hat, sie ist auch der alleinige Weg, das Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich befriedigend zu ordnen. Sobald der Bundesstaat feststeht, wird das Cabinet von Olmütz sich erinnern, daß es in seiner Erklärung vom 27. November an den Reichstag zu Kremsier aussprach, es sei dann erst möglich, die gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen, wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sein werden. Dann, wenn durch die That bewiesen ist, daß Deutschland sich nicht beirren läßt in dem Werke der Einigung mittelst der endlich gefundenen neuen und festen Form, dann wird Oesterreich, besser als jetzt berathen, der neuen Schöpfung seine Anerkennung nicht versagen, dann wird von beiden Seiten das hohe Interesse einer möglichst innigen Verbindung seine Befriedigung suchen und finden.

Deutschland.

Wien, 13. April. Einem gestern allgemein verbreiteten Gerüchte zufolge ist der Sohn des Fürsten Windischgrätz als Courier durchgereist, um die Abdankung seines Vaters nach Olmütz zu überbringen. Es soll nun General Heß das Commando übernehmen und zuerst eine Proclamation an die Armee der Insurgenten erlassen, in welcher sie gegen das Versprechen der Amnestie zur Niederlegung der Waffen aufgefordert werden sollen. Ein uns heute zugekommenes Schreiben aus Pest zeigt, daß sich vor der Hand die Sachlage gar nicht geändert habe; am 11. habe man zwar eine bedeutende Kanonade gehört; doch erwies es sich später, daß es bloß ein kleines Gefecht in der Gegend um Waitzen gewesen sei, wo auch die Oesterreicher Sieger blieben. Da übrigens heute und gestern keine amtliche Pester Zeitung erschienen ist, theile ich Ihren Lesern eine mir brieflich zugekommene Proclamation vom 7. mit, aus welcher aber keineswegs zu entnehmen ist, daß der Fürst das Commando niederlegen will. — Sie lautet:

„Soldaten! Die von mir verfügte Vereinigung bedeutender Streitkräfte bietet nun die angenehmste Veranlassung, an Euch tapfere Kämpfer für die gebeugten Rechte unseres Monarchen, für die Erlangung des Friedens in einem durch verbrecherische Umtriebe zerrütteten Lande einige Worte des innigsten Dankes für Eure musterhafte Haltung und Ausdauer unter nicht gewöhnlichen Strapatzen, für Euren in jeder Gelegenheit sich bewährten Heldenmuth — zu richten. — Es ist für mich ein erhebendes Gefühl, den nächsten zu gewärtigenden Ereignissen an der Spitze einer so ausgezeichneten Heeresabtheilung mit der festen Zuversicht entgegensehen zu können, daß mit einer von solch' vortrefflichem Geiste durch alle Chargenstufen beseelten Truppe, unterstützt durch Eure tapferen Führer, ich ein glänzendes Resultat erreichen muß. Es ist mir ein wahres Bedürfniß, bei diesem Anlaß Euer gestrigen schönen Waffenthat zu erwähnen, und insbesondere jenen Truppenabtheilungen meine volle Anerkennung auszudrücken, welche unmittelbar unter meinen Augen sich durch eine wahre Todesverachtung ausgezeichnet haben. Nicht minder gereicht es mir zum Vergnügen, die Schnelligkeit und Präcision zu belobnen, mit welcher die Division des F. M. L. Baron Csorich nach zurückgelegten angestrengten Märschen gleichzeitig mit den andern beiden Armeekorps in schlagfertiger Verfassung heute vor Pest eingetroffen ist." Fürst zu Windischgrätz m. p., k. k. Feldmarschall.

Findet man in dieser Ansprache auch nur einen Funken jener Beredsamkeit, mit welcher der greise Radetzky seine Truppen zu so glänzenden Siegen zu begeistern versteht? Welchen moralischen Gewinn hätte ein anderer Führer aus den Siegen der italienischen Armee für seine Truppen gezogen! Während die Magyaren bei der ersten Nachricht derselben noch von der ganzen Wucht dieser Ereignisse betäubt waren, hätte ein wohlcombinirter Angriff ganz andere Resultate geliefert, als die jetzige Rath- und Thatlosigkeit. Gerade die erklärtesten Schwarzgelben, die noch vor vier Wochen auf die Unfehlbarkeit des Fürsten geschworen, fallen jetzt am wüthendsten über ihn her. — Der Rücktritt des Grafen Stadion wird im österreichischen Correspondenten in Abrede gestellt. Das erwähnte Journal ist Organ des Justizministers Bach und wird zugleich als Hofblatt bezeichnet. Sie sehen, daß bei uns jeder Minister sich durch ein oder zwei Organe vertreten läßt, von denen Graf Stadions „Presse" unstreitig mit viel Geist und Tact redigirt wird.

Ich theile Ihnen hier ein Gerücht mit, ohne dessen Wahrhaftigkeit verbürgen zu wollen: Die Oesterreicher sind geschlagen worden in der Gegend von Waitzen. General Götz ist gefallen und die Magyaren rücken nun gegen Komorn. Zugleich heißt es, daß in der Staatsdruckerei bereits ein Armeebefehl gedruckt wird, nach welchem General Welden sich unverzüglich an die Spitze der Armee zu stellen hat. Vor Postabgang bin ich wohl noch im Stande, genauere Nachrichten zu erlangen und sie Ihnen mitzutheilen.

5 Uhr. Meine Nachrichten schreinen leider nicht ganz ungegründet zu sein; denn selbst gutunterrichtete Personen wollen es nicht mehr in Abrede stellen, daß unsere Truppen eine Schlappe erlitten. (C. Z.)

Der „Lloyd" schreibt: Man erwartet im Publikum ein entscheidendes Ereigniß von dem in Olmütz unter den Augen Sr. Maj. abzuhaltenden Ministerrathe, zu welchem die Mitglieder des Cabinets abzugehen im Begriffe stehen. Alles deutet auf eine wichtige Veränderung in der Leitung der ungarischen Angelegenheiten hin, die Ansichten des Grafen Stadion schreinen die Oberhand gewonnen zu haben und die Einheit im Cabinete wieder hergestellt zu sein. Man wollte sogar wissen, daß Se. Maj. sich persönlich zur ungarischen Armee zu verfügen gedächten; wir geben das Gerücht, wie es uns zu Ohren kam.

† **Berlin**, 15. April. Die Wiener Note vom 8. d. M. bildet auch noch heute in allen politischen Kreisen das Hauptthema der Unterhaltung. Höheren Orts ist es besonders übel empfunden worden, daß man gegen das diplomatische Herkommen, wenigstens nach altem Styl, sogar mit einer vorthreitigen Veröffentlichung jener Note vorgeschritten ist. Man findet darin eine Animosität, die um so bedeutsamer veranschlagt wird, als die Veröffentlichung in einem halbofficiellen Organ nicht als Zufälligkeit oder journalistische Indiscretion angesehen werden will. Wie wir aus sicherer Quelle vernehmen soll das diesseitige Ministerium seine gegenseitige Ansicht bereits in einer sehr ernsten und entschiedenen Antwortsnote niedergelegt haben, welche gleichzeitig auch den übrigen deutschen Regierungen mitgetheilt worden ist. Die Regierung spricht darin ihre grundsätzliche Abneigung gegen jedes particularistische Bestreben in der deutschen Einheitsfrage aus und erklärt, daß sie unter festem Beharren auf den in der Circularnote vom 3. d. M. niedergelegten Grundsätzen, außer Stande sei, auf die Ansichten des Olmützer Cabinets einzugehen. Es ist gleichzeitig der Befehl ergangen, alle schlesischen Festungen, besonders, wie wir schon früher meldeten, Glogau für den Eintritt gewisser Eventualitäten schleunigst mit allem Kriegsbedarf zu versehen. Der hiesige österreichische Gesandte Herr von Prokesch entfaltet in dieser Sachlage eine ganz außerordentliche Thätigkeit und man darf annehmen, daß der berühmte Diplomat, General und Schriftsteller alle Befähigung, welche ihm seine Erziehung in der Metternich'schen Schule erworben hat, aufwenden wird, um die Sache seines Hofes so günstig als möglich zu stellen. Es gibt allerdings gewichtige Stimmen, welche diesmal am Erfolge zweifeln und es für möglicher erklären, daß Herr von Prokesch in kurzer Zeit seinen Wohnsitz von Berlin nach Wien zurückverlege; indeß müßte doch bis dahin in höchsten Kreisen vorher eine weit größere Entschiedenheit erwachen, als wir bis jetzt wahrzunehmen vermögen. Es scheint leider, als ob in jenen Regionen noch immer die schwankende Unentschiedenheit vorwaltete, die eben so sehr in eigener Unklarheit über das zu verfolgende Ziel, als in dem Hemmniß sich durchkreuzender Einflüsse ihren Grund zu finden scheint. Es entsteht hieraus ein fortwährendes Aendern der Pläne und Absichten, die nicht bloß bereits zu Mißhelligkeiten innerhalb höchster Familienkreise, sondern selbst zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Hofe und der verantwortlichen Regierungsgewalt geführt haben. Eine solche Differenz besteht z. B. augenblicklich in Betreff eines neuen Planes, wonach für die Zeit einer beabsichtigten Reiseabwesenheit Sr. Majestät des Königs die Regentschaft dem präsumptiven Thronfolger übertragen werden soll. Mindestens erscheint die Zeit übel gewählt, sofern nicht in dieser Maßregel eine allerhöchste Entschließung angedahnt werden soll, wie wir sie unlängst in einem mächtigen Nachbarstaat haben fassen sehen, wir meinen — einen freiwilligen Thronwechsel. — Das schon früher von uns gemeldete Gerücht von einem nahe bevorstehenden Ausscheiden des Ministers des Auswärtigen von Arnim erhält sich um so mehr, als in neuester Zeit selbst Mitglieder von der rechten Seite der zweiten Kammer lebhaft darauf gedrungen haben sollen. Auf diese Stimmen dürfte man aber um so größeres Gewicht legen, als obnehin seit den jüngsten Vorgängen in den Fractionsversammlungen der Rechten eine völlige Desorganisation in diese Partei zu dringen droht. Einige Mitglieder beabsichtigen die Bildung eines rechten Centrums, andere die einer äußersten Rechten, mehrere sind geradezu

zur Linken übergetreten. In den letzten Parteiversammlungen der Stadt London sah man kaum die Hälfte der früheren Mitgliederzahl erscheinen und ein gestern Abend veranstaltetes Zwecken war überaus spärlich besucht. Man erklärt sich hiergegen die Niederlagen, welche das Ministerium beim Plakatgesetz erlitt, und die Linke ist der festen Hoffnung, daß sie morgen bei der Berathung des Versammlungsrechts weitere Siege erringen werde.

Der Courier- und Diplomatenwechsel ist noch immer im Gange. Den früher gemeldeten Veränderungen im diplomatischen Corps schließt sich abermals die des Signore de Barbrea, bisherigen portugiesischen Gesandten beim hiesigen Hofe, an. Derselbe hat in diesen Tagen, seine Abschiedsaudienz beim Könige gehabt und ist bereits über Brüssel und Paris nach Lissabon zurückgereist. Portugal soll gleich mehreren mittleren Staaten Europas die Absicht hegen, sich am hiesigen und wahrscheinlich auch an den übrigen Höfen fortan nur durch einen Chargé d'Affaires vertreten zu lassen. Ferner ist auch dem hiesigen nordamerikanischen Gesandten Herrn Donelson von seiner Regierung der Befehl geworden, seinen Platz dem Herrn Hannigan zu räumen, um seinerseits fortan die nordamerikanische Regierung bei der Frankfurter Centralgewalt zu vertreten. Herr Hannigan ist in seinem Lande als ein sehr radicaler Demokrat bekannt. Ihm ist der Herausgeber des radicalen „National Intelligencer", Herr Gales, als Secretär attachirt. Dieser amerikanische Gesandtschaftswechsel wird etwa in 2 bis 3 Wochen stattfinden. Herr Donelson erwartet zwar in kurzer Zeit seine Zurückversetzung nach Berlin, hat indeß doch bereits einen Termin für die Versteigerung seines Mobiliars ansetzen lassen.

□ **München**, 15. April. Noch eine kurze Woche, und die zweite Vertagung des Landtags hat ein Ende. Wird bis dahin die Nationalversammlung über die Endfragen entschieden haben? Wird's bis dahin Ernst mit dem Fürstencongresse? Oder werden unsere Minister den Vortheil haben, aus dem strategischen Grunde der Fortdauer der allgemeinen Ungewißheiten noch eine dritte Vertagung vernehmen zu dürfen? Wer kann es wissen. Wir sehen und hören bloß, daß in Nymphenburg immer mehr Ernst und Kraft entwickelt wird, daß man dort je länger desto fester die Regierungszügel in die Hände nimmt, und daß die Minister sich auf die Currentien beschränken. Um desto gewisser darf denn auch wohl darauf gerechnet werden, daß, wenn es zu einem Spruche und Entscheid endlich kommen wird, dieser auch ein letztwilliger, ein wirklich entscheidender sein werde. Die Parteien sind unterdessen keineswegs unthätig und eine natürliche Folge davon dürfte sein, daß sich auch die Kräfte in der Abgeordnetenkammer nach deren Wiederzusammentritt etwas anders gestalten dürften. Wie man aber auch die Stimmen zählen mag, immerhin bleibt der Linken und dem linken Centrum im Falle des einigen Ganges eine unbestreitbare Majorität. Daraus erklärt sich, daß gewisse Parteiblätter immer wieder auf die Auflösungsfrage zurückkommen. — Gestern hat das Appellationsgericht, bei einer Berufung auf die Grundrechte, nach Titel VII, § 2 und § 30 unserer Verfassung sich dahin ausgesprochen, daß die deutschen Grundrechte für Bayern annoch keine rechtgiltige Kraft haben (weil nicht zwischen Ständen und Krone auf gesetzlichem Wege vereinbart).

Dresden, 14. April. Ueber die heutige Sitzung der 2. Kammer, in welcher der Schaffrath'sche Antrag debattirt wurde, ist nachträglich weiter zu berichten. Nachdem die Abgg. Bertholdt und Benseler für den Antrag und Abg. Helbig dagegen gesprochen, ergreift Staatsminister Held das Wort:

„Die Regierung hat von dem Tage an, wo die deutsche Nationalversammlung einberufen wurde, ihre Bestrebungen nur dahin gerichtet, daß die Einheit und Freiheit Deutschlands von den deutschen Regierungen Hand in Hand mit der Nationalversammlung begründet werde. Sie ist hierbei von andern Rücksichten als denen, welche die Herstellung einer dauernden und vollständigen Einheit des Gesammtvaterlandes und die wahren Interessen des eignen Landes erheischten, niemals geleitet gewesen, und nie hat sie ihre freie und selbstständige Thätigkeit durch Verabredungen irgend einer Art gebunden. Beweis dafür ist die Publication der Grundrechte, womit die sächsische Regierung selbstständig den meisten andern Staaten vorangegangen ist. Die sächsische Regierung wird daher auch jetzt einer raschen und befriedigenden Entwickelung der ihrer endlichen Lösung zugeführten Frage alle ihre Kräfte widmen und dahin trachten, daß die von der deutschen Nationalversammlung gepflogenen Berathungen und gefaßten Beschlüsse nicht vergeblich seien. Allein die Verfassung, selbst wie sie aus diesen Berathungen und Beschlüssen hervorgegangen ist, beruht ihrer Bestimmung nach sowol als in ihren Grundzügen auf der Voraussetzung der Theilnahme aller deutschen Länder, wie dies schon ein Blick auf den ersten Artikel derselben klar an den Tag legt. Schon hieraus folgt, daß die einseitige Einführung dieser Verfassung, welche eben eine Reichs- und nicht eine Landesverfassung ist, für ein einzelnes Land wie Sachsen unausführbar sein würde. Es würde dadurch der Zweck der Einigung nicht erreicht, vielmehr nur so viel erzielt werden, daß Sachsen sich der Möglichkeit beraubt sähe, bei denjenigen Verhandlungen, welche die Förderung eben dieses Zweckes zum Gegenstande haben, sich thätig zu betheiligen, und gerade hierin erkennt die Regierung ihren dringendsten Beruf. Die Regierung ist fern von allem die Einheit Deutschlands hemmenden Particularismus, ihre Handlungsweise wird dies klar zu Tage legen."

Die Aeußerung des Ministers findet vielfache Angriffe, und es wird, nachdem noch die Abgg. Tzschirner, Linke gegen, Köchly, Bertling, Spitzner, Schieck und Schaffrath für den Antrag gesprochen, der erste Theil desselben von 49 gegen 19 Stimmen (äußerste Linke und die Abgg. Linke, Schneider, Hensel, Garbe, Gruner und Bauer), der zweite Theil gegen eine Stimme (Bauer) angenommen. Ein Antrag des Abg. Bertling auf Erklärung, daß der Abschnitt der Reichsverfassung, welcher die Grundrechte einschließt, nur das mindeste Maß der Rechte und Freiheiten enthalte, wird gegen 28 Stimmen angenommen.

Wegen verzögerter Abführung der Matricularbeiträge zur Gründung einer deutschen Flotte ist unter dem 2. April d. J. von dem Reichsministerium der Finanzen nach Beschluß des Gesammtreichsministeriums ein mit Executionsmaßregeln drohendes Schreiben an den sächsischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ergangen. Nachdem darin auf den Beschluß der Nationalversammlung vom 14. Juni v. J., auf die Verordnungen vom 10. Oct. v. J. und 4. Febr. d. J. und auf die Conferenzen mit den Bevollmächtigten der Einzelstaaten aufmerksam gemacht, auch hervorgehoben worden ist, daß mit Ausnahme Oesterreichs sämmtliche Bevollmächtigte sich bereit erklärt hätten, die Beschaffung der auf ihre Regierungen fallenden Beiträge an den festgesetzten Terminen möglichst zu fördern, heißt es in dem Reichsministerialschreiben weiter:

„Im Vertrauen auf die Erfüllung dieser Zusagen, welche von mehreren Regierungen noch durch besondere Mittheilungen bekräftigt wurden, hat die Centralbehörde für die Marine Verfügungen getroffen, welche die als verbindlich in so bestimmte Aussicht gestellten Mittel vollständig in Anspruch nehmen. Das Reichsministerium konnte dem Gedanken nicht Raum geben, daß eine deutsche Regierung der Erfüllung einer anerkannten Bundespflicht selbst dann nicht nachkommen werde, nachdem ihr bekannt war, daß die pflichtwidrige Unterlassung als eine Schmach und angesichts des zu erwartenden Wiederbeginns der Feindseligkeiten von Seiten Dänemarks als Verrath am Vaterlande erscheinen würde. Das Reichsministerium konnte sonach den zweckmäßigen Anordnungen der Marinebehörde seine Zustimmung nicht versagen. Ihre Regierung, Herr Bevollmächtigter, gehört zu den wenigen, welche dem Vertrauen der Centralgewalt nicht entsprochen und Ihre Verbindlichkeit nicht erfüllt haben. Alle unsere wiederholten dringenden Aufforderungen, sowie die Ablehnung der unbegründeten Behauptung, daß Ihre Regierung an die vorgängige Bewilligung der Stärke für diese bundesmäßige Leistung gebunden sei, haben nichts gefruchtet. Die Centralgewalt, als legales und anerkanntes Organ der Bundesgewalt, im Hinblick auf die Pflichten, welche ihr nach den Grundgesetzen des Bundes und nach dem Gesetz vom 28. Juni 1848 obliegen, sowie im Hinblick auf die Verantwortlichkeit des Ministeriums, darf nun nicht länger säumen, gegen Ihre Regierung von den Mitteln Gebrauch zu machen, welche ihr gegen Regierungen zustehen, insofern sie ihren bundesmäßigen Verpflichtungen nicht nachkommen. In Gemäßheit der Art. 31—34 der Wiener Schlußacte vom 15. Mai 1820 und des Art. 3 der Executionsordnung vom 3. August 1820, sowie des Art. 2a und Art. 14 des Gesetzes vom 28. Juni 1848 fordern wir demnach Ihre Regierung auf, die rückständigen Beiträge für Königreich Sachsen zur Gründung einer deutschen Flotte und zwar zusammen 207,293 Fl. 13½ Kr. innerhalb 14 Tagen vom Tage des Empfangs dieses Schreibens an die Reichscassenverwaltung einzahlen zu lassen. Wir ersuchen Sie, Ihre Regierung von dieser Aufforderung mit dem Bemerken in Kenntniß zu setzen, daß nach vergeblichem Ablaufe dieser Zeit das weitere Verfahren nach Maßgabe der Executionsordnung aufzeitdar einerseits wird ... Gez. v. Beckerath."

Die Regierung hat einfach dieses Schreiben mittels königl. Decrets unter dem 11. d. M. an die Kammern gelangen lassen und dabei an die in dieser Angelegenheit ergangenen Decrete vom 2. Febr. und 17. März erinnert. An eine Verweigerung der Matricularbeiträge ist, so viel wir wissen, weder von der Staatsregierung noch von unsern Kammern gedacht worden, sondern die Verzögerung hat lediglich in äußern Umständen ihren Grund.

Leipzig, 15. April. Heute fand hier eine Generalversammlung von Deputirten der deutschen Vereine in Sachsen statt, in der man sich hauptsächlich mit der Berathung eines Organisationsstatuts der deutschen Vereine beschäftigte und dann nachstehende Adresse an die Nationalversammlung zu Frankfurt beschloß: „Hohe Reichsversammlung! In erster Stunde nahen wir uns wiederum mit den Gefühlen des Danks und Vertrauens. Sie haben nach schwerem Kampfe die deutsche Verfassung beschlossen und verkündet, Sie haben im entscheidenden Augenblicke dem Zweifel und der Zaghaftigkeit zum Trotz, wie es Männern geziemt, die Erklärung gegeben, daß Sie festhalten wollen an dem Werke, welches Sie kraft der Souveränetät der Nation geschaffen haben. Was seit Jahren heiß ersehnt und erwünscht worden ist, das hat in der Verfassung Gestalt gewonnen, in ihr ist der Mittelpunkt gegeben, der alle Parteien unter der Fahne der Vaterlandsliebe vereinigt, sie ist der Fels, auf dem Deutschlands Freiheit und Macht gegründet wird. Hochverehrte Männer! durch Sie ist die Verfassung Deutschlands zur Wahrheit geworden; die Aufgabe des deutschen Volks ist es, sie zur Wirklichkeit zu machen. Es wird sie lösen mit seiner Beharrlichkeit und seinem Muthe. Was auch kommen mag, es wird zu seiner Verfassung stehen, es wird sie hochhalten über Alles, es wird sie schirmen und schützen, es wird sie, wenn es sein muß, erkämpfen. Das geloben auch wir, wir geloben es dem Vaterlande, wir geloben es Ihnen, wir geloben es in der freudigen Zuversicht, daß ganz Sachsen seine Pflicht erfüllen werde.

§ **Altona**, 14. April. Mit dem gestrigen Abendbahnzuge lief hier bereits die Kunde ein, daß man gestern in der nördlichen Richtung von Flensburg einen heftigen Kanonendonner vernommen, der zur Annahme berechtigte, es sei aufs Neue im Sundewittschen, da unsere Vorposten die Schanzen von Eggensund (eine der wichtigsten Positionen der Halbinsel) inne haben, ein hartnäckiger Kampf entbrannt, der den Uebergang nach Alsen zum Ausgangspunkt hätte. Heute haben die Nachrichten aus dem Norden eine bestimmtere, verläßlichere Form und zwar haben uns unsere Voraussetzungen nicht irre geführt, sondern es hat wirklich ein Treffen bei Eggensund stattgehabt, das mit der Erstürmung der Düppeler Schanzen durch sächsische und bayerische Truppen rühmlichst geendigt. Die Düppeler Schanze ist hügelartig angelegt und sehr fest und gleicht wegen ihrer Lage einer kleinen Festung, wo sich die Dänen festgesetzt hatten. Wir haben daher Grund, das Treffen als ein bedeutendes zu bezeichnen, weil durch die Besitzergreifung dieses in der Richtung nach Alsen hin wichtigen strategischen Punktes die Occupation Alsens ermöglicht wird. Wie ich Ihnen bereits in einem früheren Briefe geschrieben, scheint man nun diesseits ernstlich daran gehen zu wollen, die nordschleswigschen Inseln und Jütland zu besetzen. Die Dänen erwarten einen Angriff auf Alsen, und wie kundige Offiziere behaupten, soll diese Insel, obgleich mit großen Schwierigkeiten, dennoch, wenn man nur ernst will, einzunehmen sein. Da eine genügende Anzahl schweren Geschützes im Schleswig'schen ist, so ist es möglich, nicht nur die feindlichen Befestigungswerke, sondern auch die den Alssund bewachenden Schiffe zu vertreiben; freilich würde die Stadt Sonderburg, falls die Dänen nicht auf andere Weise daraus zu vertreiben wären, geopfert werden müssen. Die schleswig-holsteinische Division Zastrow ist an die Königsau gerückt und gewärtigt nur des Befehls aus dem Hauptquartier des Höchstcommandirenden, um nach Jütland zu marschiren. Nach einer unverbürzten Nachricht vom Kriegsschauplatze würde an der Königsau vor dem Einrücken in Jütland eine Aufforderung an Dänemark ergehen, die Inseln Alsen und Arröe heraus zu geben.

Oldenburg, 12. April. Das heute erschienene Gesetzblatt enthält das landesherrliche Patent wegen Einberufung der zur Generalsynode der evangelischen Kirche des Herzogthums Oldenburg gewählten Abgeordneten (14 geistliche und 21 weltliche). Die Verhandlungen der Synode sollen am 30. d. M. beginnen. — Der Entwurf der neuen Kirchenverfassung wird in diesen Tagen im Druck erscheinen. Wir werden zur Zeit das Wichtigste daraus mittheilen. — Drei Bataillons und eine Batterie wird Anfangs nächster Woche nach der Elbe marschiren und dort mit den Hanseaten, Braunschweigern und Lippern unter dem General Ranzow eine Brigade bilden.

Braunschweig, 11. April. In einem Kreise, der darüber recht wohl unterrichtet sein kann, wurde gestern Abend die Besorgniß ausgesprochen, der Herzog gebe ernstlich damit um, binnen Kurzem der Regierung zu entsagen. Es ist bekannt, daß der Herzog schon seit geraumer Zeit nicht mehr hier, sondern in Blankenburg residirt. — Uebermorgen, am 13., fahren auf der Eisenbahn zwei Bataillone Linientruppen und gegen 300 Husaren von hier nach Schleswig-Holstein ab.

Hamburg, 14. April. General Baron Fabvier ist in Begleitung seines Adjutanten Herrn Laplumardie und des Stabsadjutanten Herrn Ducal du Fraville gestern auf der Rückreise von Kopenhagen nach Paris hier angekommen.

Nachschrift.

** **Frankfurt**, 17. April. Hier ist heute früh die zuverlässige Nachricht vom ungarischen Kriegsschauplatz eingegangen, daß Waitzen, wo eine österreichische Besatzung von 5000 Mann lag, von den Magyaren eingenommen, daß ferner der kaiserliche General Götz geblieben und endlich Generalfeldmarschall Fürst Windischgrätz im Oberbefehl über die kaiserliche Operationsarmee in Ungarn durch den seitherigen Civil- und Militärgouverneur von Wien, Feldzeugmeister v. Welden ersetzt worden ist.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matzen.

Cours der Staats-Papiere. 17. April 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	76⅛	75⅞
»	ditto ditto . .	4	60	59½
»	ditto ditto . .	2½	40⅛	39⅞
»	Bank-Actien a. D. .		1182	1177
»	3.350Loose v. Roth.		79⅛	79
»	2.500 » ditto		126	125½
»	Bethmann. Obligat.	4½	73⅛	72⅞
»	ditto ditto	4	63⅛	63
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	81⅛	80⅝
»	Prämienscheine . .		—	102
Bayern .	Obligationen	3½	79½	79
Darmstadt	2. 50 Loose		70⅜	70⅛
»	2. 35 ditto		22⅛	22
»	Obligationen	3½	—	79
»	ditto	4	87⅛	86⅞
Baden .	Obligationen v. 1849	3½	77½	77
»	2. 50 Loose v. 1840		48⅛	48
»	2. 35 Loose		29⅛	27⅞

		pCt.	Papier.	Geld.
Württemb.	Obligationen b.Rothz.	3½	78⅛	78⅛
»	Neue Württemberg.	4½	94⅞	94⅜
Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	81⅛	80⅜
»	2. 35 Loose		21	20⅞
Frankfurt	Obligationen	3	73⅛	72⅞
»	ditto v. 1839	3½	92⅞	92⅜
»	ditto v. 1846	3½	89⅛	88⅝
»	Taunusbahnactien .		293	291
Holland	Integrale	2½	50	49⅝
»	Hollandische	4	—	78⅛
»	Syndicats.	3½	—	78⅛
Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—
»	Innere Sch. neue Obl.	3	23⅛	22⅞
Portugal	Consols Lat. à 3. 12.	3	—	—
Polen	2. 300 Loll. Loos Rth.		—	93
»	Obligationen de 2.500	4	74½	74⅛
Russland	in S. 2. 2. b. Grun. etC.	4	—	82
»	ditto b. Stieglitz et C.	4	—	81½

Gold.	S.	kr.	Silber.	S.	kr.
Pistolets	9	56	Gold al Marco .	383	—
Fr. Friedrichsd'or	9	57	Laubth., ganze. .	—	—
Holl. 10 fl. Stücke	10	3	Preuss. Thaler .	—	—
Rand Ducaten . .	5	39	5 Frankenthaler.	—	—
20 Francsstücke	9	58	Hochhaltig Silber	24	30
Engl. Souverains	12	4	Gering d. mischalt.	24	20

Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Kurhessische Loose . . .	27½	27⅛
Sardinische Loose	26½	26
Cöln-Aachen.	—	—
Cöln-Minden	76⅝	76⅛
Ludwigsh.-Bexbach. . . .	73⅛	72⅝
Friedr.-Wilhs.-Nordbahn	33⅞	33⅝

Nach der Börse: 2½ pCt. Mat. — ; 5 pCt. Span. Inl. — ; Taunusbahn-Actien pr. Ult.) — ; Ludw.-Bexb. — ; F.-W.-Nordb. — (.

Wechsel-Cours.			
Den 17. April.		Papr.	Geld.
Amsterdam	k.S.	100⅛	—
(100 fl. Crt.)	2M.	—	100⅛
Augsburg	k.S.	119⅜	—
(100 fl. Crt.)	2M.	—	—
Berlin . .	k.S.	—	105⅛
(50 Thlr.)	2M.	—	—
Bremen (50	k.S.	—	99⅛
Rthlr. i. L.-fuss	2M.	—	—
Hamburg .	k.S.	88⅛	—
(100 Mk. Bco)	2M.	—	87⅝
Leipzig (50	k.S.	—	105⅛
Thlr.) i. 14. M.			
London . .	k.S.	121	—
(10 Livr. St.)	2M.	—	120⅛
Lyon . . .	k.S.	95½	—
(300 Fr.)	2M.	—	—
Mailand (250	k.S.	—	99⅛
Lir. Anstr.)	2M.	—	—
Paris . . .	k.S.	95½	—
(300 Fr.) .	2M.	—	—
Wien (100 fl.	k.S.	105½	—
im 20 F.	2M.	—	—
Disconto		—	1

d. Sulzbach, beeid. Makler.

Druck von August Osterfeld.

(Rest Extra-Beilage.)

№ 92. — Mittwoch — den 18. April — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 3. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Bogen) mit Beilschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nehmen Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmied in Wien, Landstraße Nr. 388; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt.

Gegenwärtige Sachlage.
Frankfurt. Die deutsche Verfassungskrisis. Generalversammlung des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der Arbeit).
Deutschland. Wien (Die ungarischen Verhältnisse. Windischgrätz durch Welden, Welden durch Wohlgemuth ersetzt. Hofball. Visitation der Büchersäle). Prag (Preßproceß). Berlin (Die österreichische Note). Aus Sachsen (Die Angelegenheit des Herrn v. Könneritz). Hannover (Krisis und Verstimmung. Die Grundrechte vom Gerichtshof in Celle nicht anerkannt. Preßproceß). Kassel (Regierungsbevollmächtigte nach Frankfurt. Abmarsch nach Schleswig-Holstein. Aus dem Standesaal). Darmstadt (Abgeordnete der zweiten Kammer für die deutsche Reichsverfassung). Mainz (Assisen. Oesterreichische Artillerie nach Ungarn. Auswanderer). Sigmaringen (Eröffnung des Landtags).
Italien. (Die Oesterreicher in Parma).
Großbritannien. London (Die Politik Palmerston's vom „Globe" vertheidigt)
Nachschrift.
Börsenberichte.

☩ Gegenwärtige Sachlage.

Durch den Austritt Oesterreichs aus dem deutschen Verfassungswerke und die Collectiverklärung der fürstlichen Regierungen über die unveränderte Annahme der Reichsverfassung, sind wir der endlichen Lösung unserer inneren Verhältnisse so nahe gerückt, daß eine neue Verwickelung derselben kaum mehr denkbar ist. Mit jedem Tage wächst die Schwierigkeit etwas Anderes an die Stelle dieser Verfassung zu setzen und vermindert sich die Wahrscheinlichkeit, daß dergleichen werde versucht werden. Sollten, wie angenommen wird, auch noch einige der königlichen Höfe dem von den Fürsten gegebenen Beispiele folgen, so wäre an die Octroyirung einer neuen Reichsverfassung auch von fern nicht mehr zu denken, und man wäre von selbst an die von der Nationalversammlung zu Stande gebrachte Verfassung gewiesen. Zwar sagt man, daß die preußische Regierung auf Aenderung der Verfassung in mehreren wesentlichen Punkten bestehen und hierin von den königlichen Höfen unterstützt werde. Ist man indeß allerseits so weit gekommen, daß die Verständigung mit der Nationalversammlung als ein unabweisbares Bedürfniß anerkannt ist, so wird man sich am Ende wohl mit dem begnügen müssen, was die Nationalversammlung allein zu bieten hat, und dieses ist die von ihr nach so langen Wehen zu Stande gebrachte Verfassung. Uebrigens versteht sich wohl von selbst, daß in der Verfassung diejenigen Veränderungen vorgenommen werden müssen, die eine nothwendige Folge neu eingetretener Thatsachen sind. Hierher rechnen wir den einstweiligen Austritt Oesterreichs aus dem engeren Bunde, unter Aufrechthaltung der alten bundesgesetzlichen Beziehungen mit diesem Staate; dann aber könnte auch der Titel des Reichs-Oberhauptes eine Modification nothwendig machen, insofern der König von Preußen dessen Annahme beharrlich verweigern und politische Bedenken geltend machen sollte, die als Thatsachen anerkannt werden müßten. Für einen günstigen Umstand halten wir es, daß der mit den deutschen wie mit den europäischen Verhältnissen gleich innig vertraute österreichische Staatsminister v. Wessenberg hier eingetroffen ist. Wenn gleich derselbe in keiner öffentlichen Stellung sich befindet, so ist doch sein Wort von solchem Gewicht, daß es nicht unbeachtet bleiben kann, und wir hoffen, daß er seinen Rath nicht vorenthalten wird. Von ihm haben wir keine Kernsprüche über das angebliche Hinauswerfen Oesterreichs aus Deutschland, die Einfalt, Deutschland um ein Drittel zu verstümmeln, das Usurpiren einer Stelle, die Oesterreich gebührt u. zu besorgen, vielmehr wird derselbe die Verhältnisse nehmen, wie sie nun einmal sind, und eine innige Verbindung Oesterreichs mit Deutschland nicht deßhalb von sich stoßen, weil sie nicht in der früheren Form aufrecht erhalten werden kann. Möge derselbe in diesem entscheidenden Momente dem Reichsverweser wenn auch nur als Freund zur Seite stehen, und ihm die Schwierigkeiten beseitigen helfen, mit denen er zu kämpfen hat! Es gibt der Geschäftsmänner so viele, die nur zuverwirren, statt zu ordnen und zu beschwichtigen trachten, daß es wohl thut, wenn man einem Staatsmanne begegnet, der Einsicht mit großer Erfahrung verbindet und den weder Leidenschaften noch Privatinteressen verblenden können. Einem solchen Staatsmanne wird es nicht entgehen, daß Deutschland in einem Crystallisationsproceß begriffen ist, und daß es völlig vergeblich wäre, diesem Processe Einhalt thun und ihm neue Formen aufzwingen zu wollen. Aus dem Chaos der hiesigen Elemente haben die Strahlen sich zu bilden angefangen und da das Gleichartige zusammenschießt, muß das Ungleichartige sich trennen; so will es das Gesetz der Natur, dem wir alle unterthan sind. So viel kann man mit Gewißheit sagen, daß die neue Verfassung in ganz Deutschland nirgends auf ernstlichen Widerstand stoßen wird, und daß man vergebens versuchen dürfte, den Partieularismus gegen dieselbe aufzustacheln. Selbst in Altbayern ist nichts von einem Wittelsbacher Enthusiasmus bemerkbar geworden, zum Beweise, daß es nicht mehr die dynastischen Interessen sind, welche die Welt bewegen. Deutschland wird nicht in sich zerfallen, dessen sind wir gewiß, und da die von der deutschen Nationalversammlung gebotene Verfassung der einzig mögliche gesetzliche Ausdruck dieser Wahrheit ist, so wird sie auch, man mag machen, was man will, ins Leben eingeführt und so Gott will mit der Zeit zu der Reife und Vollständigkeit gebracht werden, daß unsere Söhne die Früchte unserer Sorgen und Leiden ernten können.

RC **Frankfurt**, 17. April. Alles war hier auf die Rückkunft Camphausens und auf die Erklärungen gespannt, die er seitens der preußischen Regierung in Beziehung auf die deutsche Verfassungsfrage abgeben werde. Nun trifft es sich, daß der Patriotismus und die Politik von 28 anderen deutschen Regierungen die der preußischen bereits überflügelt hat; die Instructionen des Hrn. Camphausen sind erloschen, noch ehe er im Stande gewesen, sie hieher zu tragen. Nichts anderes ist der Inhalt einer von demselben abgegebenen Erklärung, welche die Besprechung über die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung als vorläufig erledigt betrachtet, bis sich die Voraussetzung bestätigt habe, unter welcher die Beitrittserklärungen jener Regierungen erfolgt seien. Mit andern Worten: wir sind in Beziehung auf die Stellung Preußens zu dem Verfassungswerke und der in demselben begründeten Kaiserwürde noch um keinen Schritt weiter; wir haben die Wirkung des patriotischen Vorantritts jener Staaten auf das preußische Cabinet, wir haben die von Neuem nachgesuchten weiteren Instructionen des preußischen Bevollmächtigten abzuwarten. Zu einem solchen Abwarten zeigen sich zwar die linken Mitglieder des Dreißiger-Ausschusses wenig bereit und sie finden für dieses Verhalten in einem ultraconservativen großdeutschen Mitgliede die nöthige Unterstützung. Nichtsdestoweniger aber ist es der gemäßigten Hälfte des Ausschusses gelungen, die Beschlußfassung aufzuhalten und im Sinne politischer Klugheit und Mäßigung zu dirigiren. Wir machen wiederholt auf diesen Umstand sowie auf die gemäßigte Stimmung der Mehrheit des Parlamentes aufmerksam. Dieselbe wird nicht lassen von ihrem Werke; aber eben weil es ihr wie der Nation theuer ist, so wird sie es auch nicht den raschen Händen einer Partei überlassen, welche, wenigstens in den Mitteln, nur zu sehr geneigt ist, den conservativen Sinn zu verleugnen, welcher mit dem Festhalten einer Verfassung nothwendig verbunden ist. Wir hören, daß die Linke sich mehrfach bemüht hat, den Austritt der österreichischen Abgeordneten zu hintertreiben. Sie verkannte nicht, daß ein als möglich in Aussicht gestelltes Bündniß zwischen ihr und den Oesterreichern ein bereits erprobtes Mittel sei, die erbkaiserlichen Centren in Schach zu halten. Andererseits ist man doch nicht im Stande gewesen, bestimmte Zusagen zu machen, und so scheint es, daß nach dem gestrigen Vorgange von etwa dreißig Oesterreichern, auch der Rest derselben allmälig eine Versammlung räumen werde, welche von der eignen Regierung so vollständig desavouirt ist. Andere Gerüchte sprechen von angeknüpften Beziehungen der Linken zu den Bayern, wonach bei der Weigerung Preußens die Wahl eines anderen Kaisers in Aussicht gestellt werde — ein Plan, der doch sicher weder die Majorität der deutschen Regierungen, noch die der Nationalversammlung für sich gewinnen würde. Wie dem aber sei, und wie vielfach auch auf der Linken sich die Gedanken mit allerlei Eventualitäten beschäftigen mögen, wir unsererseits beharren ebenso in loyaler Treue auf dem Boden unseres Beschlusses vom 11., wie wir andererseits Sorge tragen, uns nicht von unsern neuen Bundesgenossen überholen zu lassen. Zu diesem Ende hat sich die Weidenbuschpartei aufs Neue zusammengeschlossen, und sich in einer gestern Abend abgehaltenen Sitzung zur Abhaltung regelmäßiger wöchentlicher Zusammenkünfte verpflichtet. Ein anderes Ergebniß dieser Sitzung war die Verabredung zu einer auf heute Nachmittag angesetzten Versammlung der preußischen Abgeordneten, in welcher die Mittel in Erwägung gezogen werden sollen, durch die das preußische Volk noch reger und lebendiger als bisher in das Interesse der deutschen Verfassung und ihrer Durchführung hineingezogen werden könne. Denn in der That: wie im März des vorigen Jahres das zaudernde Preußen die Hoffnungen auf die Neugestaltung unsrer staatlichen Verhältnisse am längsten täuschen zu wollen schien, so ist es auch jetzt wieder im Rückstande gegen das Hoffen und Drängen des übrigen Deutschlands. Preußen zu gewinnen ist die einzige Aufgabe, welche uns noch gestellt bleibt. Wir rechnen nicht wenig auf den Eindruck der neuesten österreichischen Note, einer Note, deren Original sogar noch schlimmer lauten soll als der bekannt gewordene Abdruck. Man sagt uns — und wir glauben die Quelle loben zu können, daß dieser Abdruck einen Passus des Inhalts übergehe, daß Oesterreich sich niemals den Beschlüssen einer Versammlung fügen werde, welche außerhalb seiner Grenzen tage. Sollen wir aber diejenigen Symptome angeben, welche uns wirklich auf eine günstige Wendung der Entschlüsse in Berlin hoffen lassen, so erwähnen wir für diesmal eines kleinen Schriftchens, welches gestern durch unbekannte Vermittelung in die Paulskirche geworfen worden war, und welches die Antwort des Königs von Preußen und die Erklärung unsrer Deputation in Parallele stellte. Das Schriftchen, an sich werthlos und nur eine Homilie, deren Text die königlichen Worte bildeten, verrieth doch das Eine aufs deutlichste; daß die Deputationserklärung aufs Beste gewirkt, daß man in Berlin um Alles in der Welt nicht wünsche, als ablehnend erschienen zu sein. Da denken wir denn nun, daß es einen sichern Weg gibt, diesen Schein von sich abzuwenden. Dieser Weg ist die entschiedene Annahme. Die Nachrichten, welche Hr. v. Saucken, heute zum erstenmal wieder unter uns, mit hierhergebracht hat, lassen überdies aufs Neue eine Vermuthung auftauchen, welche, wenn sie zur Wahrheit würde, der unseligen Haltung Preußens zur deutschen Sache am raschesten ein Ende machen würden. Es gehen eigenthümliche Bewegungen am preußischen Hofe vor. Man spricht von einer beabsichtigten Abreise des Königs, man spricht sogar ausdrücklich von einem Abdicationsplane. Wie dem sei: wir wollen es heute wiederholen, daß ein solcher Schritt in denjenigen Kreisen nicht die wenigste Zustimmung finden würde, wo man es mit dem Königthum am besten meint.

⊙ **Frankfurt**, 14. April. (Schluß.) Die dritte Sitzung der Generalversammlung des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit war am 12. April. Der Organisationsausschuß trug auf die Ernennung von sechs Vertrauensmännern zur Unterstützung der Ausschüsse an, was angenommen wurde. Diese Vertrauensmänner, nach Gewerben gruppirt, bilden den Kern des weitern Ausschusses und sollen unter Zuziehung der Organisationscommissionen den engern Ausschuß wählen. Ferner wurde beschlossen, ein Vereinsblatt zu gründen; die Generalversammlung ermächtigte den Kern des weitern Ausschusses, unter Zuziehung der Organisationscommission deßhalb das Nöthige zu besorgen. Ueber die Verpflichtung zur Mitgliedschaft und zu Beiträgen brachte die Commission den Antrag, solche auf vier Jahre zu stellen, was eine längere Discussion und mehrfältige Anträge hervorrief. Endlich wurde derjenige von Sutter von Schopfheim in folgender Fassung angenommen: 1) Den Vertrauensmännern wird Vollmacht ertheilt, unter Zuhetrachtziehung der in der Discussion kundgegebenen Ansichten Mittel und Wege aufzufinden, in welcher Weise ein Vereinsjournal gegründet und die Kostendeckung geordnet werden kann. 2) Der engere Ausschuß wird mit Vollziehung der Beschlüsse der Vertrauensmänner beauftragt. 3) Die Beitragspflicht der Mitglieder besteht in der bisherigen Weise fort bis zu neuer Organisation. Gottschalk von Schopfheim dankte dem Ausschuß für seine mühevolle Arbeit; eine solche Entwicklung von Thätigkeit habe besonders bei einem Prinzen doppelten Werth. Nach einigen erkenntlichen Worten des Präsidenten wurde zur Erneuerungswahl des Vorstandes geschritten. Gottschalk beantragte, den bisherigen Präsidenten durch Acclamation wieder zu ernennen, was geschah. Mit 28 Stimmen wurde Degenkolb aus Eilenburg als Vicepräsident bezeichnet. Die Bildung des weitern Ausschusses wurde dem Kern anheimgestellt. — In der vierten und letzten Sitzung, am 13. April, stellte Graf von Solms-Laubach einen Antrag, die Vertretung der Landwirthe betreffend, und beschwerte sich über die Ausschließung derselben aus dem Ausschusse, in dem es ein unheilvoller Irrthum sei, die Factoren der Nationalwirthschaft zu trennen oder einander feindlich gegenüber zu stellen. Der Verein sei ein Verein zum Schutze der deutschen Arbeit, der größte Theil der deutschen Arbeitskraft werde in der Landwirthschaft verwendet, und diese sei eine mächtige Stütze der Industrie. Die Versammlung nahm den Antrag mit Acclamation auf, und der Antragsteller wurde eingeladen, sich dem Ausschusse anzuschließen. Ueber den Antrag von Gottschalk, dem engern Ausschuß den Auftrag zu geben, sich mit dem landwirthschaftlichen Ausschuß in Verbindung zu setzen, erklärte sich die Versammlung einverstanden. Der Antrag von Hausmann auf der Josephshütte: Der Verein möge dahin wirken, daß die Regierungen sich der Gewerbsinteressen eifrig annehmen, und sich eigener Gewerbsunternehmungen enthalten, wurde an den engern Ausschuß gewiesen. Die Tarifcommission zeigte an, daß sie bei der Kürze der Zeit keinen gründlichen Bericht erstatten könne, es sei ihr nur eine kurze Durchsicht möglich gewesen. Sie frage daher an: ob die Generalversammlung sie ermächtigen wolle, aus den einlaufenden Bemerkungen Ansätze zu formuliren? Nach

längeren Debatten wird beschlossen: Aus den einlaufenden Anträgen solle die Commission vermittelnde Tarifsätze bestimmen, das ganze Material aber in angemessener Fassung dem Handelsministerium übergeben. Ueber die Anträge von Stephanus aus Frankfurt: bei Verhandlungen und Beschlüssen über Organisation der Gewerbe die Hälfte Handwerker beizuziehen, und v. Kerstorf aus Augsburg: bei Gewerbefragen auch die Vertretung der Lohnarbeiter, Gesellen und Fabrikarbeiter zu gestatten, wurde auf den Antrag von Winter aus Nürnberg folgende motivirte Tagesordnung angenommen: es sei dem engern Ausschuß anheimgegeben, welche Kräfte er bei Berathung der Gewerbeordnungsfrage aus dem weitern Ausschuß zuziehen wolle. Auf den Antrag von Dücker zu Medinghausen wurde beschlossen: einen Protocollauszug über die Verhandlungen zu veröffentlichen. Ebenso sollen auch die Verhandlungen der Vertrauensmänner im Resultate bekannt gemacht werden. Der Vorschlag des Präsidenten: dem Reichshandelsministerium durch eine Deputation von den Verhandlungen der Generalversammlung Nachricht und von dem Fortbestand des Vereins Kenntniß zu geben, wurde angenommen und die Deputation bezeichnet; ebenso wurde die Mittheilung desselben gebilligt, daß er dem Reichsverweser von der Versammlung Anzeige gemacht, und demselben von den Ergebnissen derselben Kunde versprochen habe. Er beschloß die Versammlung mit der Hoffnung, daß die gefaßten Beschlüsse Segnungen auf alle Brüder des Vaterlandes werfen werden. Das Mißtrauen unter den verschiedenen Ständen sei geschwunden, und die Gewerbe werden sich zum Heil des Vaterlandes kräftig erheben.

Deutschland.

† **Wien,** 13. April. Die gestern allgemein gehegte Vermuthung, Graf Stadion würde aus dem Ministerium scheiden, muß heute als voreilig oder irrig angesehen werden; indessen wird es immer wahrscheinlicher, daß das Obercommando der ungarischen Armee eine Aenderung erleidet. Das Abendblatt des gestrigen „Lloyd" erörtert den beklagenswerthen Stand der ungarischen Angelegenheiten, den er aber mehr den Umständen als den leitenden Personen zuschreibt. Nichtsdestoweniger wird die Nothwendigkeit hervorgehoben, dem Ministerium einen directeren Einfluß als bisher auf die ungarischen Verhältnisse zu gestatten, und eine Civilregierung in Ungarn eintreten zu lassen. „Wir hatten, heißt es im „Lloyd", schöne Hoffnungen auf die Mission des Baron Kübeck nach Ofen gesetzt, indem wir seiner Zeit glaubten, daß er dorthin gesandt sei, um dem Feldmarschall in der Regierung des Landes zur Seite zu stehen, und wir haben uns bis heute nicht vom Erstaunen erholt, das uns ergriff, als wir in der „Pester Zeitung" lasen, daß dessen amtliche Wirksamkeit erloschen sei." Schließlich wird dann im Sinne der Humanität wie einer gesunden Politik erklärt, daß Maßregeln der Milde für nöthig gehalten werden. — Nachrichten von heute bestätigen uns in dem Glauben, daß der Feldzugmeister von Welden an die Stelle des Fürsten Windischgrätz tritt, und der Feldmarschallieutenant von Wohlgemuth zum Gouverneur von Wien bestimmt ist. — Ueber den Abgeordneten Fischhof circulirten die verschiedensten Gerüchte, es hieß sogar, er sei des Hochverraths überwiesen und zu mehrjähriger Kerkerstrafe verurtheilt. Diesem können wir mit Bestimmtheit widersprechen, da die Criminaluntersuchung gegen ihn erst begonnen hat und noch zu keinem Resultat gelangt ist. Fischhof soll leidend sein, und sich im Spital des Criminalgebäudes befinden.— Den hiesigen Buchhändlern ist bekanntlich das Verbot zugegangen, die ihnen von Leipzig aus geschickten Bücherballen, ohne die Gegenwart eines Commissärs, zu öffnen. Das Buchhändlergremium sah dadurch das kaiserliche Patent, worin die Censur aufgehoben, beeinträchtigt, und wendete sich deßhalb an das Ministerium. Dieses gab den Bescheid, daß während des Ausnahmszustandes die Anordnung des Stadthauptmanns in Kraft bleiben müsse. Heute ist nun die Eröffnung der Bücherballen erfolgt, indessen ist nur die Zeitschrift „der Leuchtthurm" confiscirt worden. Auch die aus Prag, Graz ꝛc. kommenden Bücherballen werden visirt.

Prag, 13. April. So hatten wir denn heute den ersten öffentlichen Staatsproceß, zum erstenmale einen Urtheilspruch des Volkes zwischen Einem aus seiner Mitte und der Regierung! Der Gerichtssaal war schon eine Stunde vor Beginn der Sitzung gedrängt voll. Mit der ungetheiltesten Spannung folgte das Auditorium der ganzen Verhandlung und besonders der trefflichen Vertheidigungsrede des Angeklagten. Die Urtheilsfrage lautete: Ist Herr Hawlicek schuldig, in seinem Artikel in Nr. 60 der „Narodni nowiny" versucht zu haben, durch Schmähungen oder andere unwahre und höhnische Darstellungen die Constitution der österreichischen Monarchie verächtlich zu machen? Die Berathung der Geschworenen dauerte kaum zehn Minuten; ihr Wahrspruch: „Nichtschuldig" war beinahe vorauszusehen. Er wurde vom Auditorium mit stürmischem Beifall aufgenommen. — Die ganze Verhandlung wurde in böhmischer Sprache geführt.

† **Berlin,** 15. April. Welchen Eindruck die letzte österreichische Note vom 8. April in allen Kreisen hier gemacht hat, läßt sich ohne Commentar kaum ermessen. Extreme wollten behaupten: sie sei von hier aus veranlaßt. Wäre sie dies, so läge darin der glänzendste Beweis, daß man hierorts eine passende Gelegenheit suchte, sich so gegen Oesterreich auszusprechen, wie es Deutschland erwartet. Dies ist denn auch geschehen. Die Antwort auf die Note ist vorgestern abgefaßt und sogleich abgegangen. Sie ist, wie von unterrichteten Männern gleichlautend behauptet und von jedem Deutschen mit größter Genugthuung aufgenommen werden wird, vom Herrn v. Bülow verfaßt, und in einer so würdigen Haltung und entschiedenen Sprache, daß ihr schon um dieses Namens willen Niemand seinen Beifall versagen wird; auch eine Frucht der Bemühungen Camphausen's, daß Herr v. Bülow, der vom Eintritt Graf Arnim's in das Amt des Auswärtigen an sich nur mit Verwaltungssachen beschäftigt hatte, jetzt wieder in den deutschen Angelegenheiten thätig zu werden angefangen hat. Wie es unter ähnlichen Umständen immer zu gehen pflegt, so ist die Stimmung gegen Oesterreich eine höchst gereizte bis in den Bürgerstand; und mit Geschäftigkeit wurden heute die Wiener Courszettel verbreitet, welche das vorgestrige Weichen der dortigen Course den ungünstigen Nachrichten vom ungarischen Kriegsschauplatze zuschrieben.

Aus **Sachsen,** 12. April. Die Dresdner Regierung ist bekanntlich auf die Kammeranträge wegen der Abberufung des sächsischen Gesandten in Wien, Herrn v. Könneritz, nicht eingegangen, und hat dem Ausschusse der ersten Kammer eine Schrift zugehen lassen, in welcher sie die Gründe ihrer Weigerung darlegt. Sie beruft sich darauf, daß namentlich unter den obwaltenden Umständen höhere politische Rücksichten diese Abberufung nicht gestatten; diese Rücksichten hätten eben jetzt eine erhöhte Bedeutung. Man müsse in ungestörtem guten Einvernehmen mit den größeren deutschen Staaten und insbesondere mit den zwei größten bleiben. Eine Abberufung würde zu ernsten Zerwürfnissen mit der österreichischen Regierung führen. Die Kammern würden sich nicht verhehlen, wie folgenschwer eine Störung des guten Einvernehmens mit einem mächtigen Nachbarstaate sein könne, wenn sie in Erwägung zögen, daß die endliche Feststellung der deutschen Verfassungsfrage noch nicht erreicht sei, und daß in Bezug darauf die Kammern selbst sich gegen ein Ausscheiden Oesterreichs aus dem deutschen Bundesstaat ausgesprochen hätten. — Der vom Abgeordneten Heubner erstattete Kammerbericht beantragt: die Kammer möge bei ihren Anträgen fest beharren, und im Verein mit der zweiten Kammer der Regierung erklären, daß sie in der Verzögerung der Ausführung dieser Beschlüsse ein die Ehre und Selbstständigkeit des sächsischen Volkes gefährdendes Regierungssystem und eine Unverträglichkeit mit den Bedingungen erblicke, unter welchen allein die Kammern mit der Staatsregierung zum Wohle des Vaterlandes fortzuwirken im Stande sind. Außerdem wird vorgeschlagen, der Regierung zu erklären, daß sie für die Könneritz'sche Gesandtschaft kein Geld mehr aus der Staatscasse zu erwarten habe. — Die Kreuzzeitung will wissen, Minister v. Beust habe in geheimer Kammersitzung erklärt, man werde in der Oberhauptsfrage mit Oesterreich Hand in Hand gehen; Oesterreich habe erklärt, wenn Herr v. Könneritz abberufen werde, so werde es keinen andern Gesandten Sachsens wieder annehmen. Und wenn man noch irgend Hoffnung habe, die thüringischen Staaten zu einem Anschluß an das Königreich Sachsen zu gewinnen, so müsse man sich hauptsächlich auf Oesterreich stützen.

†† **Hannover,** 15. April. Unsere Kammern, die bekanntlich bis zum 3. Mai vertagt wurden, werden aller Wahrscheinlichkeit nach trotz der Eingabe der hier versammelt gewesenen 44 Abgeordneten unserer ersten und zweiten Kammer an das Gesammtministerium, die sofortige Wiedereinberufung der Kammern betreffend, nicht früher als an dem bemerkten Tage wieder zusammenberufen werden, vorausgesetzt jedoch, daß das Ministerium Stüve bis dahin einen günstigen Standpunkt in der deutschen Frage erlangt hat. Sollte das nicht der Fall sein, so werden die Kammern weiter vertagt, oder gar aufgelöst werden. Die Auflösung kann jedoch dem Landesverfassungsgesetz zufolge nur über die zweite ausgesprochen werden. Die Verstimmung im ganzen Lande wird täglich größer, allein das constitutionelle Ministerium kehrt sich nicht daran. — Das Oberappellationsgericht in Celle hat sich gegen die Grundrechte erklärt. Man erzählt sich, die hiesige Justizkanzlei habe in einer Criminalsache ein Todesurtheil ausgesprochen. Darauf habe sich nun der Vertheidiger des Verurtheilten an das höchste Gericht nach Celle gewandt, und unter Bezugnahme auf § 9 der Grundrechte, welcher bekanntlich die Todesstrafe abschafft, Aufhebung jenes Urtheils verlangt. Das Oberappellationsgericht in Celle hat aber entschieden, daß die Grundrechte bei uns nicht zur Anwendung gebracht werden könnten.— Der Oberappellationsgerichtsrath v. Pape hat in der Hahn'schen Hofbuchhandlung dahier eine Broschüre erscheinen lassen, die sich gleichfalls gegen die Giltigkeit der Grundrechte ausspricht. — Der Redacteur der hiesigen Volkszeitung ist in zweiter Instanz wegen eines in seinem Blatte enthalten gewesenen Artikels, durch welchen das Amt Bovenden seine Amtsehre beleidigt hält, zu vierzehntägigem Gefängniß verurtheilt worden. Ein Gesuch beim Justizministerium, dahin gerichtet, die Gefängnißstrafe in eine entsprechende Geldbuße verwandeln zu wollen, ist dem Redacteur, Fr. A. Mensching, abschlägig beschieden worden. Der Redacteur der früheren hiesigen Vaterlandsblätter, Hr. Dr. Schläger, wird nächstens wahrscheinlich auch eine vierzehntägige Gefängnißstrafe wegen eines sogenannten Preßvergehens zu verbüßen haben.

Kassel, 16. April. Die Vorstände der Ministerien des Aeußern und der Finanzen, Geh. Rath Schenk zu Schweinsberg und Staatsrath Wippermann, sind heute nach Frankfurt abgereist; ersterer, dem Vernehmen nach, als Specialbevollmächtigter Kurhessens.

Der Generallieutenant Bauer ist heute mit einem zahlreichen Generalstabe auf der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn nach Schleswig abgereist, wo derselbe ein Divisionscommando übernehmen wird. Morgen wird eine Batterie und das 2. Bataillon der Leibgarde und übermorgen das 2. Bataillon des Leibregiments nach derselben Bestimmung abgehen.

In der Nachmittagssitzung der Ständeversammlung am 14. d. M. antwortete der Landtagscommissär auf die Interpellation des Herrn Theobald wegen des Verbotes der rothen Fahnen bei der Robert Blum's-Feier Folgendes: Die Interpellation gehe über die für eine solche bestehenden Grenzen weit hinaus, indem sie sich nicht darauf beschränke, über Thatsachen eine Auskunft zu erbitten, sondern Rechenschaft über die Anwendung und Auslegung eines Gesetzes verlange. Das Tragen rother Fahnen stehe übrigens mit dem Vereinbarungsrecht in keiner Verbindung; das Gesetz vom 19. Juli 1849 leide daher gar keine Anwendung darauf. Da die Sache jedoch einmal angeregt sei, so nehme die Regierung keinen Anstand, zu erklären, daß das Verbot erfolgt sei, weil nach vorgenommenen Ermittelungen rothe Fahnen, welche weltkundig als das Banner der rothen Republik betrachtet werden, zum Zweck einer Demonstration hätten getragen werden sollen, und zwar von Seiten einer Partei, welche die bestehende monarchische Verfassung beseitigen und die Republik einführen wolle. Die Regierung werde dem Recht der freien Meinungsäußerung und der Vereinigung zu erlaubten Zwecken nicht zu nahe treten, sie werde aber auch die bestehende Verfassung zu schützen wissen. Nach einigen Bemerkungen erklärte Herr Theobald, die Sache auf sich beruhen lassen zu wollen. — Der Landtagscommissär verlas hierauf eine landesherrliche Verordnung, wodurch die gegenwärtige Ständeversammlung vertagt wird.

Darmstadt, 17. April. Von mehreren hier wohnenden Mitgliedern der 2. Kammer wurde am 15. d. M. der Präsident derselben in einer motivirten Eingabe gebeten, die bis zum 23. d. M. vertagte 2. Kammer unverzüglich einzuberufen, um sich über die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung von Seiten der großh. Regierung auszusprechen. Da aber im Laufe des 15. d. M. die officielle Nachricht eintraf, daß diese Anerkennung bereits am 14. stattgehabt hat, so glauben die Abg. Reh, Elwert und Kahlert von jenem Verlangen um so mehr abstehen zu müssen, als die entfernter wohnenden Mitglieder der 2. Kammer doch nur höchstens 1—2 Tage vor dem 23. hier eintreffen könnten, und übergaben dem Präsidenten eine hierauf bezügliche Erklärung, welche wir morgen mittheilen. (D. Z.)

> **Mainz,** 16. April. Künftigen Montag den 23. d. M. beginnen die Sitzungen der Assisen des zweiten Quartals 1849, unter dem Präsidium des Herrn Obergerichtsraths Mey. Diebstähle und Meineide sind die hauptsächlichsten Gegenstände. Den 21. d. M. werden von der hiesigen k. k. österreichischen Artilleriebesatzung 200 Mann zur Armee nach Ungarn gehen. Die Zahl der Auswanderer ist hier seit einigen Tagen sehr stark, namentlich treffen aus der Schweiz viele wohlhabende Familien zur Einschiffung hier ein.

Sigmaringen, 14. April. Heute ist der ordentliche Landtag des hiesigen Fürstenthums durch den Geh. Conferenzdirector v. Sallwürk eröffnet worden.

Italien.

Parma. Am 5. April ist das zweite Armeecorps der kaiserlichen Truppen hier eingerückt. Der Befehlshaber desselben, General d'Aspre, hat mehrere Beschlüsse erlassen. Durch den einen ordnet er eine allgemeine Ablieferung der Waffen an. Durch einen andern zeigt er an, daß er, d'Aspre, gemäß den Befehlen des Marschalls Radetzky und dem Proclam des regierenden Herzogs Karl II. vom 21. August 1848, die oberste Civil- und Militärregierung der Staaten von Parma und Piacenza übernehme, daß alle Regierungsbeschlüsse im Namen Karls II. erlassen werden und daß zum Commandanten der Stadt Parma der Generalmajor Wimpffen ernannt ist. Eine dritte Bekanntmachung vom 6. April erklärt alle Gesetze, Acte u. s. w., die von der revolutionären Regierung seit dem 20. März 1848 ausgegangen sind, für null und nichtig, setzt eine Centraljunta ein, die in Parma ihren Sitz haben und aus dem Generalgouverneur und drei Räthen bestehen soll. Für Piacenza wird eine Junta, die aus dem Gouverneur und zwei Räthen besteht, angeordnet. Die Centraljunta besorgt alle administrativen Geschäfte; die von Piacenza regiert dieses Herzogthum, ist aber von jener in Parma abhängig. Alle Staatsangestellten werden bestätigt, und haben den Eid der Treue zu leisten. Durch einen fernern Beschluß wird die von der revolutionären Regierung errichtete Nationalgarde aufgelöst; ebenso das sogenannte Hoffnungsbataillon (Battaglione della Speranza) in Parma. Das Tragen von Uniformen und militärischen Abzeichen wird untersagt. Endlich wird durch einen Avis vom 7. April in Erinnerung gebracht, daß der vom Generalmajor Degenfeld am 12. März 1849 erklärte Belagerungszustand der Stadt Parma mit allen damals verordneten Maßregeln fortbesteht. (Basl. Ztg.)

Großbritannien.

London, 14. April. Der „Globe" bespricht in einem ziemlich langen Artikel die neulich von Lord Aberdeen auf die auswärtige Politik Lord Palmerstons gerichteten Angriffe. Das ministerielle Blatt erklärt, daß die Sympathien Englands ohne irgend einen Vorbehalt auf Seiten der Freiheit der Völker seien, und daß die Wiederkehr der absolutistischen Politik, die Lord Aberdeen als Minister des Auswärtigen befolgte, fortan unmöglich geworden sei. Der „Globe" sagt zum Schlusse, daß, wenn auch die Ligue der absoluten Mächte England feindlich sei, durch die letzten Berichte aus Ungarn doch wenigstens der Beweis geliefert werde, daß eines der Mitglieder dieser Ligue genug daheim zu thun habe, um nach Außen nicht gefährlich zu sein.

Nachschrift.

Die Erstürmung der Düppeler Schanzen am 13. April.

Am 13. April haben die deutschen Truppen einen neuen Sieg erfochten, der ein gewichtiges Zeugniß gibt für den hohen Muth und die unerschütterliche Tapferkeit der deutschen Jugend, wo es gilt, für Recht und Freiheit eines bedrängten Brudersstammes zu kämpfen. Das Kirchdorf Düppel, auf Sundewitt gelegen, dehnt sich bekanntlich hart an der Landstraße entlang, welche von Gravenstein aus hinunter nach der Alsener Fähre führt, durch welche die Verbindung der Halbinsel Sundewitt mit der Insel Alsen erhalten wird. Die Fähre aber ist, seitdem die Dänen Alsen besetzt halten, schon längst außer Thätigkeit gesetzt, und dafür eine Schiffsbrücke über den Alsener Sund gelegt, welche bei ihrer Ausmündung auf Sundewitt mit einem starken, reichlich mit Geschütz besetzten Brückenkopfe versehen wurde.

im jedoch diesen Brückenkopf zu decken und die einzige nach dem Alsener Sund führende Landstraße zu versperren, wurden bei dem Kirchdorfe Düppel schon im vorigen Jahre bedeutende Schanzen, im weiten Umkreise, mit Kanonen schweren Kalibers armirt, aufgeführt, und auch jetzt wieder, gleich nach Ankündigung des Waffenstillstandes von dänischer Artillerie besetzt. Die deutschen Heerführer mögen zu der Einsicht gelangt sein, daß die Eroberung Alsens, oder wenigstens die Vernichtung der von der Insel nach Sundewitt führenden Schiffbrücke unumgänglich nothwendig sei, um den Krieg mit einem Schlag zu endigen. Denn eben dieses Alsen diente den Dänen gewissermaßen als Fuchshöhle, aus welcher sie hervorbrachen, um auf Sundewitt irgend einen Raubzug auszuführen, oder mit Uebermacht eine der vorgeschobenen kleinern Abtheilungen des deutschen Heeres zu überfallen und nach verübtem Unheil sich eilig wieder nach der Insel unter den Schutz ihrer Schanzen und Kriegsschiffe zurückzuziehen. Zu einer entscheidenden Schlacht aber wäre es doch nie gekommen, denn im offenen Felde, auf förmlichem Schlachtplane sich den Unsrigen gegenüber zu stellen, dazu war die dänische Armee bereits viel zu sehr entmuthigt und demoralisirt. Deßhalb war es nothwendig, um den nutzlosen Plänkeleien, Neckereien und den selbst völkerrechtswidrigen Raubzügen ein Ende zu machen, entweder die Dänen ganz von Alsen zu vertreiben, oder doch wenigstens die von ihnen über den Sund gelegte Schiffbrücke zu zerstören, um ihnen den Weg nach Sundewitt abzuschneiden. Deßhalb war im Kriegsrathe der bayerischen und sächsischen Heerführer schon am 12. d. M. Mittags ein Sturm auf die Düppeler Schanzen beschlossen worden, und mit wahrer Kampfeslust nahmen die Truppen die Ordre auf, sich zum Vordringen marschfertig zu halten. Schon während der Nacht wurden die verschiedenen Bataillone enger zusammengezogen, und beim Anbruch des Morgens begann die Operation. Die Bayern zogen, ungefähr 5000 Mann stark, von Sucgbeck, Satrup und Stenderup, die Sachsen unter Anführung ihres königlichen Prinzen Albert, circa 6000 Mann, von Arbüll, Lundgard und Rübel herbei und einigten sich in der Gegend von Nackebüll, von wo aus sie die Düppeler Schanzen in Sicht bekamen und ihre Schlachtordnung entwickelten. Den rechten Flügel bildeten die Sachsen, den linken Flügel die Bayern, das Centrum wurde von der vereinten Artillerie aus 6 Batterien, von einem Regimente bayerischer Cavallerie gedeckt, gebildet. Ungefähr um 8 Uhr Morgens begann der Sturm; mehr als 30 deutsche Geschütze von verschiedenem Kaliber eröffneten den Kampf, und die Dänen antworteten mit ihren 36 Kanonen, mit welchen sie, da sie die Kartätschen gegen die offen vor ihnen entwickelten bayerischen und sächsischen Colonnen weit wirksamer anwenden konnten, als die Unseren gegen die hinter den hohen Schanzen versteckten Feinde, anfangs großen Schaden anrichteten. Im wilden gegenseitigen Kampfe wurde leider die Düppeler Mühle und mehrere Höfe in Brand geschossen, ja sogar die Kirche stand in Gefahr, von den Flammen ergriffen zu werden. Doch dies brach den Muth der wackeren deutschen Truppen nicht, sie standen fest wie Mauern im stärksten Feuer, und mit wahrhaft begeistertem Hurrahruf begrüßten sie das Commando zum Sturm, und nun entwickelte sich ein Bajonnetangriff, wie er seit den Zeiten der Napoleonischen Kaisergarde nicht wieder erlebt wurde. Die Trommeln wirbelten, die Hörner tönten, die Kanonen donnerten, und jauchzend, als ob es zum fröhlichsten Feste ging, stürmten die wackern Bayern und Sachsen mit dem Bajonnet gegen die Schanzen. Wohl Viele wurden von den Kartätschen und vom Kleingewehrfeuer noch hingerafft, aber ob sich auch Leichenberge um sie her bildeten, um so wüthender drangen die Deutschen vor. Endlich hatten sie die Schanzen erreicht, es entspann sich ein Kampf, Mann gegen Mann, Auge in Auge, und nach kurzem Widerstande wichen die Dänen, alle ihre Kanonen im Stiche lassend, flohen unaufhaltsam die Landstraße hinab nach der Schiffbrücke, um die Hiobspost ihrer Niederlage nach Alsen zu bringen, während die schwarz-roth-goldene Fahne hoch auf den eroberten Schanzen wehte. Um Mittag war der Sieg vollständig errungen. Die Artillerie wurde sogleich beordert, dem fliehenden Feinde nachzurücken und den Brückenkopf zu zerstören. Auch dies gelang über alles Erwarten, trotz der verzweifelten Gegenwehr, und gegen Abend waren sämmtliche am diesseitigen Ufer aufgeworfene Schanzen zerstört und ein Theil der Brücke vernichtet, so daß es wohl schwerlich den Dänen sobald wieder gelingen dürfte, aus ihrem Schlupfwinkel hervorzubrechen und Sundewitt auf diesem Wege zu beunruhigen. Kriegsschiffe befanden sich nicht im Sonderburger Hafen, aber Sonderburg selbst, ein Städtchen von circa 3000 Einwohnern, auf Alsen, am Strande der Ostsee gelegen, und terrassenförmig an einer Anhöhe erbaut, wurde leider in Brand geschossen, und stand bei Abgang dieser Nachrichten in hellen Flammen. Dieser zweite vollständige Sieg, welcher leider wieder viele Opfer gekostet, — man soll von Seiten der Unsrigen 1000, von Seiten der Dänen 3000 Todte und eine große Menge Verwundete und Gefangene verloren haben, — hat den Beweis geliefert, daß die alte deutsche Thatkraft, der alte deutsche Heldenmuth noch lebt, und wird sicher ein entscheidender Schritt zu einem ehrenvollen Frieden für Schleswig-Holstein werden. Deutschland hat seinen Ruhm und seine Macht bewährt! Deutschland hoch für immer!

Vom ungarischen Kriegsschauplatz.

Die neuesten Nachrichten bestätigen die Einnahme von Waitzen durch die Magyaren und den Tod des alten kaiserlichen General Götz. Noch fehlen indeß bestimmtere Angaben. Der Banus steht auf dem rechten Donauufer und ist von dem Insurgentengeneral Nacklevc bedroht. Man glaubt, daß es auf einen Handstreich gegen Ofen abgesehen ist. Die nächsten Tage müssen denn endlich die Entscheidung bringen.

† **Wien**, 14. April. Noch gestern Abend wurde die Kunde eines von den k. k. Truppen erlittenen bedeutenden Unfalls bei Waitzen ruchbar. Trugen diese Nachrichten nicht, so ward derselbe durch das Vorhaben des F.-M. Windischgrätz herbeigeführt, das Centrum der feindlichen Armee zu durchbrechen. Dieser Plan sei aber nicht nur völlig mißlungen, sondern es sei den Insurgenten gelungen, den linken Flügel der österreichischen Truppen bei Waitzen zu umgehen, diese Stadt zu erstürmen und sich hiedurch die Straße nach Komorn offen zu halten. Man besorgte nun, daß ein Uebergang bei Gönyö und eine Vereinigung mit Dembinski, welcher bei Weißenburg stehen soll, ermöglicht würde. Nicht zu bezweifeln ist der Tod des Generalmajor Götz: nur wird die Todesweise von den Einen in der Affaire, von den Andern durch Meuchelmord der Seinen angegeben. — Bem soll bei Debrecezin stehen. — Nach Privatnachrichten aus Pest vom 11. d. sah man für den folgenden Tag dem Einzug der Magyaren, zugleich aber einem Bombardement von Ofen aus entgegen. Daß ein solches Ereigniß nach Gebot der Umstände ohne Rücksicht auf die magyarisch gesinnte Bevölkerung eintreten werde, konnte schon aus mehreren Artikeln in den gestrigen Abendblättern entnommen werden. — Der Verlust der k. k. Truppen bei Gödöllö wird vom „Lloyd" nicht geringer als jener des Feindes, nämlich auf 3000 Mann angegeben. — Feldzeugmeister Welden geht heute zur Armee nach Ungarn ab. — Die Plünderungen in Pest, namentlich in den Vorstädten, von Seite der Croaten hatten auf sehr arge Weise überhand genommen. Zwei auf frischer That ertappte Croaten wurden standrechtlich erschossen. — Außer den überlegenen Streitkräften der Ungarn sollen ihnen noch sehr ansehnliche Reserven zu Gebote stehen.

Aus Pest wird ferner unter'm 11. d. M. berichtet: Die ungarischen Insurgenten sind unter der Führung Dembinski's und Görgey's über Hatvan gegen Waitzen vorgedrungen, während sie die k. k. Truppen durch eine Reihe von Scheingefechten vor Pest beschäftigten und irre zu führen suchten. Ihr Angriff auf Waitzen gelungen, so ist der eine Flügel der Armee bedroht, während der andere Flügel durch den Donauübergang des ungarischen Generals Vetter an einem Orte gefährdet wird, wo es uns nicht möglich ist, eine Truppenmacht entgegenzustellen. Während so die Ungarn auf beiden Flügeln gegen Waitzen und Pentele operiren, haben sie die Hauptmacht des F. M. Windischgrätz in einer Linie umstellt, die von Dunakeß über Teth bis nach Sarokkar geht. Wird man hier einen Kampf wagen, wird man ihn auch nur annehmen zu können in der Lage sein, wenn unsere Truppen nördlich bis nach Gran gedrängt sind, wenn der Ban Jellachich nach St. Andre und Bogdan am rechten Ufer zu gehen genöthigt ist, um ein völliges Ueberflügeln zu verhindern? Wir wagen es nicht zu besehen, und fürchten, es zu verneinen. — So eben trifft die Nachricht vom Tode des braven Generals Götz ein. Er starb an einem Schusse, der aus einem Hause in Waitzen fiel, in einem Alter von nahe an 70 Jahren. Er war einer der besten und tapfersten Offiziere, und wurde leider nicht seinem Talente entsprechend verwendet.

Pest, 11. April. In der Lage der Dinge hat sich seit meinem Letzten nichts Wesentliches geändert. Die beiderseitigen Armeen stehen noch immer in der Nähe von Pest, kleine Gefechte müssen gestern und heute vorgefallen sein, da man kanoniren hören wollte; über den Ausgang derselben circuliren entgegengesetzte Gerüchte. Indessen sind hier die Gemüther in größter Spannung und jede politische Partei ist auf Alles gefaßt. Viele Personen verlassen wegen ihrer Sicherheit die Stadt, denn man befürchtet, falls die Oesterreicher unterliegen, ein Bombardement von Ofen aus und einen Straßenkampf. — Die Croaten, welche sich jetzt nicht sonderlich auszeichnen, bewähren auch eine schlechte Mannszucht und sollen sich auch auf befreundetem Boden Plünderungen zu Schulden kommen lassen. Es ist deßhalb in der Armee gestern unter ihnen das Standrecht publicirt worden. — Soeben höre ich, daß die Oesterreicher eine offensive Bewegung machen.

Briefe aus Pest vom 12. d. M. melden, daß man fortwährend auf dem Rakosfelde Kanonendonner höre und einer entscheidenden Affaire noch entgegensehe. Daß die Ungarn bei Waitzen einen bedeutenden Vortheil errungen haben, geht gleichfalls daraus hervor. Auch wird F.-M.-L. Heß bei der k. k. Armee in Ungarn erwartet.

Krakau, 11. April. (Gaz. Kr.) Schon seit einigen Tagen begann die Rekrutirung in unserm Bezirke. Jeden Tag sieht man junge Rekruten unter Escorte hier ankommen. Gestern kamen noch 50 an und heute erfahren wir, daß in Chrzanow sechs Meilen von Krakau, die Juden, Bürger und Knechte sich empörten, die Gensdarmen und Finanzwächter aus einander jagten und auf diese Weise die von jenen escortirten Rekruten in Freiheit setzten. In Folge dessen erließ F.-M.-L. Legedycz am gestrigen Tage den Befehl zum Abmarsche zweier Compagnien Infanterie nach Trzebini, einem Städtchen zwei Meilen von Chrzanow entlegen, und heute gehen ihnen zwei andere Compagnien nach. — Aus öffentlichen Blättern erfahren wir, daß in Warschau Stimmen rege wurden: es lebe Bem! Bei dieser Demonstration sollen viele Personen compromittirt sein.

Czernowic, 4. April. (Bul.) Kodylica, der (wie schon gemeldet) mit seinem Agenten Birla Mironiul wieder im Gebirge unter den (ruthenischen) Huzulen erschienen ist, eifert die Gemeinden zu Eingriffen in die herrschaftlichen Wälder und Weiden an, sowie damit sie bei ihrer renitenten Haltung verbleiben: er werde ihnen nächstens mit einer ungarischen Armee zu Hilfe kommen. Der hierdurch hervorgerufene Geist der Aufregung ist namentlich in der Umgebung von Berhometh bedenklich geworden, daher das Kreisamt zur Entsendung einer completen Compagnie in diese Gegend und zu sonstigen energischen Maßregeln sich veranlaßt gesehen hat.

Wien, 13. April. Die „Wiener Zeitung" meldet: Der Minister des Innern ist gestern wieder von Olmütz zurückgekehrt. Sein, durch die übergroße Anstrengung der letzten Wochen hervorgerufenes Leiden hat ihn genöthigt, sich für einige Tage von den Geschäften zurückzuziehen. Mittlerweile übernimmt der Minister der Justiz die Geschäfte des Ministeriums des Innern, und der Minister der Landescultur jene des Ministeriums des Unterrichts.

Ein außerordentlicher Courier aus Petersburg brachte die Nachricht, daß, als am 5. die Kunde von den Siegen des tapferen Marschalls Radetzky im kaiserlichen Hoflager eintraf, Se. Maj. der Kaiser Nikolaus unter seine Gardeofficiere trat, ihnen den Waffenstillstand von Novara verkündete, und dabei ausrief: „Ein Hurrah dem Helden-Marschall!" Am 7. sandte dieser ritterliche Monarch einen Generaladjutanten mit seinen Glückwünschen an den Marschall Radetzky nach Mailand ab. Derselbe ist gestern hier durchpassirt, und überbringt, wie man sagt, dem Helden das Marschallsdiplom aller russischen Armeen, so wie die Ernennung zum Inhaber des Husarenregiments, welches der eben verstorbene König der Niederlande inne hatte.

† **Wien**, 14. April. Die Minister sind gestern von Olmütz zurückgekehrt, Graf Stadion aber so abgespannt und leidend, daß er sich acht Tage aufs Land zurückzieht, was aber nicht mit dem verbreiteten Gerücht seines Rücktritts in Verbindung steht. Während seiner Abwesenheit übernimmt Bach das Ministerium des Innern, und Thienfeld das des Unterrichts. Auf den Antrag des Ministers des Innern ist der Vicepräsident Pipitz zum Unterstaatssecretär des Ministeriums des Innern ernannt worden. — Der äußerst bedenkliche Zustand in den ungarischen Angelegenheiten läßt Viele einer Verstärkung durch ansehnliche russische Streitkräfte entgegensehen, und den Einmarsch bedeutender Truppenmassen über Krakau vermuthen; andererseits wird behauptet, daß der jugendliche ritterliche Kaiser sowohl, wie Graf Stadion, sich dem entgegenstellen. — Feldzeugmeister Welden übernimmt das Obercommando der ungarischen Armee und wird morgen dahin abgehen, nachdem er gestern auf dem Glacis eine große Parade der hier stationirten Truppen vorgenommen. F.-M.-L. Böhm ist interimistischer Commandant von Wien. — Das Verbot gegen das „Rothe" wird immer schärfer ausgeübt. Ein Dienstmädchen wurde von der Sicherheitswache zur Rede gestellt, weil das Kind, welches sie trug, ein rothes Band am Häubchen hatte. Ein Student wurde auch wegen Mütze und Ziegenhainer, als von der bürgerlichen Kleidung abweichend, eingezogen.

Wiesbaden, 18. April. Der Herzog hat vor seinem Abmarsche nach Schleswig-Holstein folgende Proclamation erlassen: „Nassauer! Von dem Erzherzog-Reichsverweser ist der Ruf an mich ergangen, meine tapferen Soldaten, Eure Söhne und Brüder, mit andern Deutschen Truppen zu einer Brigade vereint, in den Krieg gegen Dänemark zu führen. Diesem Ruf im Dienste des Vaterlandes muß ich folgen, und ich folge ihm gern. Nachdem in der inneren Landesverwaltung alle Aenderungen, die ich Euch zugesichert, theils ausgeführt, theils so weit vorbereitet sind, daß sie nur noch die Zustimmung der Stände bedürfen, nachdem ich mich bereit erklärt habe, die Opfer zu bringen, welche die Einigung, die Macht und Größe des gemeinsamen Vaterlandes von mir forderten: halte ich mich auch verpflichtet, da wo Deutschlands Gefahren und Deutschlands Ehre meine persönlichen Dienste in Anspruch nehmen, hinter keinem Sohne des Vaterlandes zurück zu bleiben. Für die laufenden Verwaltungsgeschäfte während meiner Abwesenheit habe ich Fürsorge getroffen; die wichtigeren Gegenstände werden und können schnell zu meiner Kenntniß gelangen. Haltet fest an Ordnung und Gesetz, wie es einem freien Volke geziemt, und bewahrt mir Eure Liebe und Treue, wie ich sie Euch bewahre. Gott sei mit uns Allen! Biebrich, den 17. April 1849. Adolph, Herzog zu Nassau.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 17. April. Bei trägem Geschäft machte sich an heutiger Börse keine wesentliche Courveränderung bemerkbar; österreichische Fonds folgten der rückgängigen Bewegung der Wiener Börse vom 13. d. M. und schlossen abermals niedriger im Cours als gestern. 5pCt. Metall. blieben 73¼ pCt. G., 2½ pCt. Metall. 39½ pCt., Bienerbanlactien 1177 fl., 500 fl. Loose 126 Br., 250 fl. Loose 79 pCt. Kurtess. 40 Rthlr. Loose 27½ Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 27½ fl., do. 50 fl. Loose 48 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 70½ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20¾ fl., Serbische Loose 26 Fr. Pein. 500 fl. Loose 74½ Rthlr. Süddeutsche und belgische Obligationen gut preishaltend. Holländische 2½ pCt. Integr. 49½ pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn wie zu Berlin etwas niedriger im Cours 33½ Rthlr., Berbach 72½ pCt. G., Köln-Minden 76½ pCt., Taunus 282 fl. 3pCt. inländ. Spez. anfangs zu 23 pCt. verhandelt, blieben am Schluß der Börse zu benanntem Cours angeboten. Von Wechseln Amsterdam 100½ à ½ Paris 95½ G., London 120½ G., Mailand 99½ G., Wien 105½ 105½ G., Hamburg 88 G.

Wien, 14. April. 5pCt. Metall. 87. — 4pCt 69½. — 3pCt. —. — 2½ pCt. 46½. — Bankactien 1132. — 500 fl. Loose 146. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnactien 95. — Glogauer 93. — Mailänder 68.

Der Umsatz ohne Belang. Course fast unverändert. Gold und Devisen sind gemieden.

Berlin, 16. April. Staatsschuldscheine 80½ bez. u. G., Seehandlungs-Prämienscheine 99½ G., Bankantheile 88½ u. ½ bez., Berlin-Hamburg 50½ à 51 etw. bez., Köln-Minden 76 u. 76½ bez., Friedr.-Wilh.-Nordb. 33½ bez. u. Br., Rheinische 47 Br., Thüring. 49½ Br., 49 G., 4pCt. Ruß bei Stieglitz 86½ bez., 5. 86½ B., Poln. 500 fl. Loose 74½ B., Kurhess. Prämiensch. à 40 Rthlr. 27½, Neue Bad. Anleihe à 35 fl. 16½ Br.

Die Course der Fonds und Eisenbahnactien waren fest, und von ersteren besonders die inländ. Staatspapiere zu besserem Preise gesucht, von letzteren wurden mehrere, namentlich Berlin-Hamburger, höher bezahlt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Kaffee, Tee, Cacao und Chocolade in allen Preislagen empfiehlt
Wilhelm Hoffmann, Ecke der Kirchgasse.

Daniel Bernhard
Wiesbaden, Langgasse 27,
empfiehlt sein Lager in Tuch, Buckskin, Cheviot, Double, Flanell, Satin, Sammet, Seide, Westenstoffen, Cravatten, Shlipse, Chemisetten, Kragen, Manschetten, Hosenträger, Handschuhe, Regenmäntel, Gummischuhe, Reisekoffer, Reisetaschen, Plaids, Reisedecken, Schlafröcke, Hausjacken, Unterkleider, Strümpfe, Socken, Filzschuhe, Pantoffeln, Hüte, Mützen, Stöcke, Schirme, Bürsten, Kämme, Parfümerien, Toilette-Seifen, Haarmittel, Zahnpulver, Zahnbürsten, Schwämme, Rasirmesser, Rasirpinsel, Rasirseife, Rasirpulver, Rasirwasser, Rasirbecher, Rasirspiegel, Rasirtaschen, Rasirmesserbestecke, Rasirmesserschleifer, Rasirmesserstreicher, Rasirmesserputzer, Rasirmesserkasten

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Extra-Beilage zu Nro. 92.) 18. April 1849.

Der deutsche Bund und die Bundesverfassung haben rechtlich zu sein aufgehört.

D* In der österreichischen Note vom 8. April d. J. an das preußische Cabinet wird behauptet, daß der deutsche Bund „vertragsmäßig und factisch noch bestehe". Am Schlusse werden dem Kaiser von Oesterreich und den deutsch-österreichischen Provinzen „aus den noch rechtskräftig bestehenden Verträgen" Ansprüche und Rechte vorbehalten.

Wir wollen nicht untersuchen, ob Oesterreich, das sich, gegen die Verträge von 1815, Krakau angeeignet hat, auf die von dieser Macht gebrochenen Verträge rechtsgiltig berufen könne, ungeachtet im Völkerrecht der Grundsatz feststeht, daß derjenige, welcher einen Vertrag gebrochen hat, daraus keine Rechtsansprüche weiter habe. Diesen allein schon wider Oesterreich entscheidenden Rechtsgrundsatz wollen wir bei Seite legen. Wir wollen bloß untersuchen, ob noch der deutsche Bund thatsächlich und vertragsmäßig bestehe und ob die österreichische Regierung aus dem Bundesvertrage Rechtsansprüche herzuleiten, sowie den deutschen Bundesstaat rechtlich zu hindern vermöge. Wir leugnen das thatsächliche und rechtliche Dasein des deutschen Bundes aus folgenden Gründen:

Mit der Aufsetzung der Bundesversammlung und der Errichtung einer provisorischen Centralgewalt hat die völkerrechtliche Verbindung der deutschen Staaten aufgehört und ist an deren Stelle eine ganz neue Schöpfung, ein Bundesstaat, getreten, für dessen Verfassung das Gesetz der Nationalversammlung vom 28. Juni nur die allgemeinsten Umrisse enthielt, welche Verfassung aber jetzt ganz vollendet ist. Oesterreich hat gleich allen andern deutschen Staaten die Aufhebung der Bundesversammlung genehmigt, sowie die provisorische Centralgewalt anerkannt. Oesterreichs Präsidialgesandter, v. Schmerling, war es, welcher am 12. Juli 1848 folgenden Antrag stellte: „Präsidium eröffnete die heutige Plenarsitzung mit der Anzeige, daß Se. kaiserl. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog-Reichsverweser die hohe Würde eines Regenten Deutschlands in einer diesen Vormittag stattfindenden feierlichen Sitzung der deutschen Nationalversammlung antreten werde und die Bundesversammlung in Folge dessen Seine kaiserliche Hoheit durch eine an Höchstdieselben zu entsendende Deputation geziemend einzuladen hätte, nach Beendigung jener Feierlichkeit in ihrer Mitte erscheinen zu wollen, um die Ausübung der verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen, welche der Bundesversammlung zugestanden haben, und nunmehr Namens der deutschen Regierungen auf die provisorische Centralgewalt zu übertragen, beziehungsweise in die Hände Seiner kaiserlichen Hoheit als Verweser des deutschen Reichs zu legen sein werden, mit der von der Bundesversammlung als Organ dieser Regierungen gleichzeitig abzugebenden Zusicherung entgegen zu nehmen, daß dieselben der Centralgewalt ihre Mitwirkung zu allen Verfügungen, welche Deutschlands Macht im Innern wie nach Außen begründen und befestigen sollen, freudig bieten werden." Diesem Präsidialantrage wurde allseitig beigestimmt. Es ward beschlossen, das Präsidium zur Geschäftsübergabe an das Organ der provisorischen Reichscentralgewalt zu ermächtigen. Der Reichsverweser erschien bekanntlich noch am 12. Juli 1848 in der Sitzung der Bundesversammlung, und es wurden auf denselben die Rechte der Bundesversammlung übertragen.

Bei denjenigen Mitgliedern der Nationalversammlung, welche von einer Vereinbarung mit den Regierungen nichts wissen wollten, erregte dieser ganze Act bekanntlich eine große Mißstimmung, er rief auf der linken Seite des Hauses einen Antrag hervor, welcher unerledigt liegen geblieben ist. Dagegen wurden alle diejenigen, welche den Grundsatz der Vereinbarung festhielten, durch diese nachträgliche Zustimmung der Regierungen in die Aufhebung der Bundesversammlung und in die Uebertragung der Bundesgewalt auf den Reichsverweser befriedigt.

Wir stehen auf der Seite der großen Majorität in der Nationalversammlung, welche den Standpunkt der Vereinbarung verwirft. Indeß fragen wir: Kann die Partei der Herren v. Binde, v. Schmerling, Gombart und Genossen, welche mit der österreichischen Regierung an der Vereinbarungstheorie festhält, es leugnen, daß der deutsche Bund rechtlich und mit Zustimmung der österreichischen Regierung aufgehört hat? Im Art. 7 der Wiener Schlußacte heißt es ausdrücklich: „Die Bundesversammlung stellt den Bund in seiner Gesammtheit vor und ist das beständige verfassungsmäßige Organ seines Willens und Handelns. Wenn nun mit Zustimmung aller Regierungen dieses Organ zu sein aufgehört hat, so ist diejenige Verbindung rechtlich und thatsächlich aufgelöst, welche wir deutschen Bund nennen. Wir möchten die österreichische Regierung bitten, die einzelnen Rechte namhaft zu machen, welche sie noch als Mitglied des deutschen Bundes zu haben glaubt. Oesterreich hatte den Vorsitz in der Bundesversammlung? Behauptet es noch ein solches Recht in einer rechtlich und thatsächlich nicht mehr existirenden Versammlung? Hat Oesterreich noch vier Stimmen im Plenum und eine Stimme in der engern Versammlung? Wird jetzt noch im Plenum durch eine Stimmenmehrheit von Zweidrittheilen der Krieg für Deutschland rechtlich beschlossen? Gelten noch die Vorschriften der Wiener Schlußacte in den Artikeln 40—49 für den Fall eines Bundeskrieges, nachdem, in Gemäßheit des Gesetzes über die provisorische Centralgewalt, der Reichsverweser über Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten im Einverständniß mit der Nationalversammlung beschließt? Ernennt etwa noch die Bundesversammlung den Bundesfeldherrn? Haben die Artikel 50 bis 53, die Verhältnisse des Bundes zum Auslande betreffend, noch Giltigkeit? Kann noch der deutsche Bund rechtlich Deutschland vertreten, nachdem dem Reichsverweser ausdrücklich die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands überwiesen ist? Der Reichsverweser hat nach dem Gesetz über die Centralgewalt „die vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen", derselbe hat die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht, er hat die ganze Gewalt des deutschen Bundes in sich aufgenommen, einen erheblichen Zuwachs dazu erhalten. Die provisorische Centralgewalt wird auch von der österreichischen Regierung als eine legitime anerkannt; der Bundesstaat, in dem Gesetz vom 28. Juni 1848 begründet und ausdrücklich bezeichnet, ist seit dem 12. Juli rechtlich und mit Zustimmung der österreichischen Regierung an die Stelle der frühern völkerrechtlichen Verbindung getreten. Hat doch die österreichische Regierung seitdem bei dem provisorischen Oberhaupt des neuen Bundesstaates einen Bevollmächtigten gehabt! Der deutsche Bund besteht demnach weder rechtlich noch thatsächlich. Deutschösterreich hat nur die Rechte und Pflichten einer Provinz des neuen, bereits im Sommer 1848 errichteten und jetzt mit einer Verfassung versehenen Bundesstaates.

Auf die Anordnung, also mit Zustimmung aller deutschen Regierungen, ist die Nationalversammlung zusammen berufen, sie ist in dem diese Zusammenberufung anordnenden Bundesbeschluß als eine constituirende ausdrücklich bezeichnet, sie ist zusammen getreten mit dem Auftrage, für Deutschland eine Verfassung zu Stande zu bringen. Da eine Vereinbarung mit 38 Regierungen und 38 Volksvertretungen, welche überdies in mehreren Staaten noch aus zwei Kammern bestehen, eine klar vorliegende Unmöglichkeit war: so mußte der Auftrag der Nationalversammlung den weitesten Umfang haben. Das Bedürfniß und die Macht des deutschen Volkes erforderten dieses dringend. Die Nationalversammlung hat eine Verfassung beschlossen, welcher rechtlich auch Deutschösterreich unterworfen ist. Entzieht Oesterreich sich den Pflichten des Bundesstaates und faßt Deutschland dies zu, so ist dies das größte Zugeständniß, welches Deutschland machen kann. Das alte Bundesverhältniß mit Oesterreich ist mit der Bildung des neuen Bundesstaates schlechterdings unvereinbar. Ueber den Krieg beschloß für den Bund das Plenum mit zwei Drittheilen der Stimmen, beschließt jetzt der Kaiser allein. Sollte Oesterreich ohne Theilnahme an dem deutschen Bundesstaate über einen Krieg Deutschlands mit zu entscheiden haben? Und in welcher Weise? Sollte etwa der deutsche Kaiser von den 70 Stimmen des Plenum 66 und Oesterreich vier darstellen? Mehr kann Oesterreich nach der Bundesgesetzgebung nicht fordern. Da aber zwei Drittheile der Stimmen entscheiden, so wäre diese Theilnahme Oesterreichs ohne Einfluß. Nach der Reichsverfassung haben der Kaiser und der Reichstag für das Heerwesen, für den Civil- und Strafproceß, für das Civil- und Strafrecht die Gesetzgebung. In einem beschränkteren Kreise bestand die Bundesgesetzgebung. Wie nun? Bedürfen die Reichsgesetze noch immer für ihre Giltigkeit der Mitwirkung Oesterreichs? Will man dies selbst für die nichtösterreichischen deutschen Staaten behaupten, deren Gesetzgebungsrecht nach der Bundesverfassung doch unbestritten war? Im engeren Rath hatte Oesterreich von 17 Stimmen eine. Dieselbe wäre völlig wirkungslos, wenn die 16 Stimmen der übrigen Staaten schon eine entschiedene Richtung genommen hätten. Sollte demnach Oesterreich auf das alte Bundesverhältniß zurückgehen, so ginge für die österreichische Regierung daraus die Consequenz hervor, daß das bundesstaatlich verbundene Deutschland in der That allein darüber entschiede, welcher Krieg und welche Gesetze für Deutschösterreich gelten sollen. Organisch mit Deutschland durch 120 Mitglieder im Volkshause und 38 Mitglieder im Staatenhause verbunden, kann Deutschösterreich auf die deutschen Verhältnisse einen sehr großen gesetzlichen Einfluß üben, zumal da Süddeutschland mehr mit Oesterreich, als mit Preußen sympathisirt. Allein die österreichischen vier Stimmen im Plenum und eine Stimme im engern Rathe sind offenbar gegen 66 und 16 ohne allen Einfluß. Wir wollen uns ganz auf den österreichischen Standpunkt stellen. Gesetzt das staatlich verbundene Deutschland sagte: Wohlan, der alte Bund werde wieder hergestellt. Es erscheinen in Frankfurt 17 Bundesgesandten, wovon 16 unter sich einig sind. Dieselben beschließen durch Stimmenmehrheit die deutschen Grundrechte und beauftragen die Executionscommissionen, dieselben in Deutschösterreich einzuführen. Wir sehen nicht, was Oesterreich rechtlich dagegen einwenden wollte. Beschloß die Bundesgesetzgebung früher die Censur, warum sollte sie jetzt nicht Preßfreiheit beschließen dürfen? Beschränkte der Bund früher vielfach die Freiheit, warum sollte er sie jetzt nicht sichern dürfen? Die Streitfrage, in welchen Fällen Stimmeneinheit oder Stimmenmehrheit erfordert wird, entscheidet nach Bundesrecht, nach der Geschäftsordnung vom 14. November 1816, bekanntlich der engere Rath mit einfacher Stimmenmehrheit. Deutschösterreich ist demnach dem staatlich verbundenen einigen Deutschland völlig preisgegeben, unterliegt der Dictatur des übrigen Deutschlands, wenn es sich auf die Bundesgesetze zurückziehen will. Es gibt Deutschland eine furchtbare Waffe, wenn es das Gespenst der Bundesverfassung aus dem Grabe heraufbeschwört.

Es ist klar, Deutschösterreich muß in den Bundesstaat unbedingt eintreten, oder es ist von Deutschland ganz ausgeschlossen. Mittelwege gibt es nicht. Will Oesterreich mit Deutschland einen Zoll- und Handelsverein? Deutschland wird den Zolltarif auf dem Reichstage feststellen wollen. Daraus folgt: Entweder Oesterreich läßt sich im Staaten- und Volkshause vertreten, oder es wird von deutschen Zoll- und Handelsverein ausgeschlossen, sofern es nicht den auf dem Reichstage festgestellten Tarif unverändert annimmt. Will Oesterreich mit Deutschland eine Gemeinschaft der Gesetzgebung? Deutschland macht seine Gesetze auf dem Reichstage und nicht mittelst Fürstenverträgen. Deutschland würde also Oesterreich Gesetze dictiren, wenn letzteres auf dem deutschen Reichstage nicht vertreten ist. — Dasselbe gilt von der Gemeinschaft des Heerwesens, dessen Gesetzgebung und Organisation. Eine Gemeinschaft der völkerrechtlichen Vertretung wird Oesterreich vollends nicht wollen.

Denkbar bliebe daher fast nur ein gemeinschaftliches Schutz- und Trutzbündniß, wenn Oesterreich sich staatlich vollständig absondert. Allein welche Ströme Bluts hat Oesterreich in Italien und Ungarn vergossen? Welche Verwickelungen stehen der Monarchie in diesen Ländern und in Polen vielleicht noch bevor? Soll Deutschland Gut und Blut hergeben, um Oesterreich diese Länder zu sichern? Die öffentliche Meinung in Deutschland ist einem solchen Bündniß so entschieden entgegen, daß der deutsche Kaiser, wenn er ein Bündniß dieser Art schließen wollte, für einen solchen, das Reich belastenden völkerrechtlichen Vertrag gewiß niemals die nach dem § 102 der Verfassung erforderliche Zustimmung des Staaten- und Volkshauses erlangen würde. *)

Das Ergebniß unserer Betrachtungen wäre also dieses: Rechtlich ist Deutschösterreich eine Provinz des deutschen Reichs, der Rechte und Pflichten der Reichsverfassung theilhaftig, nachdem schon im Sommer 1848 mit Zustimmung von Oesterreich der deutsche Bund aufgehoben und an dessen Stelle ein Bundesstaat getreten ist. Gestattet Deutschland gleichwohl der österreichischen Regierung die Nichttheilnahme an den Pflichten und Rechten eines Gliedes des deutschen Reiches, so sind zwischen Oesterreich und Deutschland alle Bande gelöst. Ein Zoll- und Handelsverein mit Oesterreich hat große Schwierigkeiten, ein Schutz- und Trutzbündniß mit demselben widerstreitet der sittlichen Ueberzeugung des besseren und einsichtigen Theils von Deutschland und dessen Interessen. Deutschland richte sich deßhalb zuvörderst für sich ein, ohne alle Rücksichtsnahme auf Oesterreich, welches den deutschen Bundesstaat rechtlich nicht hindern kann.

*) Wir sind mit Hrn. v. Gagern anderer Meinung, und glauben, die kaiserliche Unionsacte mit Oesterreich müßte zum mindesten in einem Schutz- und Trutzbündniß bestehen. Red. d. O.P.A.-Ztg.

Schweiz.

△ **Bern**, 16. April. Die Bundesversammlung ist heute zu ihrer ordentlichen diesjährigen Sitzung zusammengetreten, welche voraussichtlich von längerer Dauer und wegen der Wichtigkeit der zu behandelnden Gegenstände sowohl für die Schweiz als auch für das Ausland von Interesse sein wird. Beide Räthe hielten Sitzung; der Nationalrath beschäftigte sich hauptsächlich mit Constituirung seines Bureau's, welches verfassungsgemäß für jede Sitzung erneuert wird. An die Stelle des Hrn. Dr. Steiger von Luzern, welcher gesetzlich nicht wieder wählbar war, wurde erst im vierten Wahlgange Dr. Alfred Escher von Zürich erwählt. Zum Vicepräsidenten wurde ebenfalls im vierten Wahlgange erst General Dufour gewählt. Im Ständerath wurden der seitherige Präsident und Vicepräsident wiedererwählt, Briatte (v. Waadt) und Steiger (v. St. Gallen).

Frankreich.

Paris, 14. April. Das gestern vom „Constitutionnel" ausgesprengte und von den übrigen Blättern heute wiederholte Gerücht, in Toscana seien 18,000 Oesterreicher eingerückt, ist eine jener Zeitungsenten, welche die hiesige Presse so häufig den politischen Rückenfängern aufzutischen pflegt. Sicherem Vernehmen nach hat das Wiener Cabinet jede Art von Intervention in Mittelitalien bis zu dem Abschluß des definitiven Friedens mit Sardinien, der Unterwerfung Venedigs, und der Beendigung des Krieges in Ungarn vertagt. Die siegreiche Armee Radetzky's soll theilweise zur Einnahme von Venedig und theilweise zur Verstärkung der kaiserlichen Truppen in Ungarn verwendet werden. Ist im Innern des Kaiserreiches die Ruhe und Ordnung wieder gesichert, so wird Oesterreich sein besonderes Augenmerk auf die politischen Wirren in Mittelitalien richten. Mit der Intervention im Kirchenstaate wird es jedenfalls Ernst werden, denn der Papst hat sich, da ihm Frankreich und Spanien ihre bewaffnete Hilfe noch vorenthalten, mit wiederholtem Ansuchen darum ausschließlich an den Kaiser von Oesterreich gewendet. Auch ist dem Papste von Seiten Oesterreichs die bestimmte Versicherung geworden, daß, sobald die innere Lage des eigenen Staates es gestattet, eine hinreichende Truppenmacht zur Verfügung des h. Vaters gestellt werden soll. Bei dieser Gelegenheit verhehlte das Wiener Cabinet nicht im mindesten seine Absicht, für sich

allein zu intervenirn, falls Frankreich und Spanien sich nicht zu betheiligen gedächten, mit dem Beifügen übrigens, daß es die gemeinschaftliche Intervention, wie sie ursprünglich vom Papste angerufen wurde, wünsche und vorziehe. Da nun Frankreich aus naheliegenden Gründen Oesterreich nicht allein im Kirchenstaat intervenirn lassen darf, so ist in unserm Ministerrathe bereits entschieden worden, daß Frankreich im Verein mit Oesterreich und Spanien förmlich zu Gunsten des Papstes intervenirn soll. Nur wünscht die französische Regierung vorerst das Ergebniß der nächsten Wahlen, welche am 13. kommenden Monats erfolgen werden, abzuwarten, um sich dann freier bewegen zu können. Die gegenwärtige Nationalversammlung zählt in ihrem Schooße zu viele Alterpublikaner, als daß sie nicht trachten sollte, den Entwurf eines Zelozugs gegen die römische Republik zu vereiteln. Die nächsten Wahlen werden zweifelsohne dem conservativen Princip das Uebergewicht verschaffen, und die Regierung kann dann ungehindert in Gemeinschaft mit Oesterreich die Wiederaufrichtung des päpstlichen Thrones ins Werk setzen, so daß zu Ende Mai oder zu Anfang Juni Pius IX. seine Residenz wieder in Rom aufzuschlagen hoffen darf. (Marler. Ztg.)

* **Paris**, 15. April. Wir haben bereits berichtet, daß Victor Considerant in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung seine Ansichten über den Socialismus von der Rednerbühne aus kundgab, und wollen nun jetzt den wesentlichen Inhalt seiner Rede, so wie die näheren Einzelnheiten dieser an sich sehr interessanten Sitzung mittheilen. „Herr Faucher," sagte Considerant, „hat den Socialismus eine Pest genannt. Allerdings genießt derselbe hier keines größern Credits, allein ich darf hoffen, daß mein hochwichtiger Zweck mir Gehör verschaffen wird. Die Feudalität war doch wenigstens eine geordnete Gesellschaft, wo jede Klasse, jeder Einzelne seinen bestimmten Platz hatte; seit aber die Revolution dies Alles umstürzte, leben wir in einem Chaos. Genußsucht ist der hervorstechende Zug der Gesellschaft; der Glaube ist zerstört und daher die Civilisation in Gefahr. Die Socialisten erkennen aufrichtig an, daß wir im Chaos sind, und sie erstreben eifrig die Mittel, auf friedlichem Wege sich zu fester Ordnung emporzuarbeiten; die Anti-Socialisten aber sind es, die das Chaos, die moralische Anarchie vertheidigen und beibehalten wollen." Der Redner fuhr alsdann in der Entwickelung seiner Theorien fort, definirte das Recht des Besitzes als unumschränkt, und erklärte, daß er bei seiner socialen Umwandlung von dem Stande des Besitzthums, wie es jetzt eingerichtet, ausgehen wolle. Das Capital sei achtbar, aber Arbeit und Intelligenz müßten auch Berücksichtigung finden. Es gelte also, zwischen Capital und Arbeit eine Art Verlobungsheirath, die bald eine Heirath aus Liebe sein werde, zu Stande zu bringen. Schmählich sei es, daß die Vertheidiger des Eigenthums noch kein wahres Creditsystem für die Arbeit vorgebracht hätten. Der Grundbesitz, statt vom Capital abzuhängen, sollte vielmehr letzterem Gesetze vorschreiben können. Der Redner schlug nun ein Credit- und Hypothekensystem vor, wonach verzinsbare Scheine, im Publikum als eine Art Banknotel umlaufend, den Grundbesitz gleichsam repräsentiren und von einer unter Staatsaufsicht stehenden Grundbesitzbank ausgegeben werden sollen. Nach Entwicklung seines Creditsystems forderte der Redner die Versammlung auf, mit ihm dahin zu streben, daß das Reich Gottes auf Erden nach dem Vorschlage Christi verwirklicht werde. Um mit einer nach seinen Grundsätzen geregelten Gesellschaft den Versuch zu machen, verlange er, daß man ihm ein Grundstück von 1200 Morgen Land und das nöthige Geld zur Verfügung stelle. Ueberzeuge er dann nicht die Gegner des Socialismus durch die That, daß diese Wissenschaft keine Pest sei, so möge man ihn für den Rest seines Lebens ins Narrenhaus sperren. Was die antisocialistische Subscription des Clubs Poitiers angehe, so werde sie den Socialismus nur fördern. Der Redner suchte nun darzuthun, daß die seciale Umwandlung zuerst durch Umwandlung der Gemeinde vor sich gehen und vor Allem die Arbeit anziehend gemacht werden müsse. Er gab sodann eine ausführliche Beschreibung des Phalansteriums, wovon man sich, wie er sagte, im Publicum ganz irrige Begriffe mache. Er räumte ein, daß das Phalansterium nur erst nach zahlreichen Versuchen praktisch ausgeführt werden könne und sagte: „Wollt Ihr uns nicht die Mittel zur praktischen Ausführung geben, so werden wir fortfahren, durch die Presse, durch den mündlichen Vortrag Proselyten zu machen; aber ich sage vorher, daß alsdann, bevor das Jahr 1850 endigt, Europa in einem Meere von Blut und Feuer untergehen wird." Der Redner mißbilligt, daß man das Scheitern der communistischen Expedition nach Icarien lediglich verhöhne, und daß man Proudhon, statt ihm die begehrten 50,000 Fr. zur Einrichtung seiner Volksbank zu geben, durch wiederholte Verfolgungen und Verurtheilungen zur Flucht genothigt habe. Statt den Socialisten Gelegenheit zu geben, die Wahrheit oder Falschheit ihres Systems praktisch zu beweisen, behandele die Regierung sie als Leute, mit denen sich einzulassen unter ihrer Würde sei. Zum Schlusse schlug der Redner vier Gesetzentwürfe vor. Der erste bezweckt eine veränderte Einrichtung des Hypothekensystems, der zweite die Errichtung von verathenden Kammern für die Producenten und die Arbeiter. Durch den dritten Gesetzentwurf soll der Staat 12 bis 1500 Morgen Land im Walde von St. Germain oder sonst irgendwo bei Paris sammt dem nöthigen Gelde dem Bürger Considerant zur Verfügung stellen, damit er dort ein Phalansterium von mindestens 150 Mitgliedern bilde. Nach zwei Jahren soll das Experiment von der gesetzgebenden Versammlung geprüft und über dessen Gelingen oder Mißlingen abgeurtheilt werden. Das Geld soll nicht durch Considerant's Hände gehen, sondern das Ministerium nur die mit seinem Visa versehenen Rechnungen bezahlen; auch soll ein Regierungscommissär das ganze Unternehmen überwachen dürfen. Durch den vierten Gesetzentwurf verlangt Considerant ein Ministerium des Fortschritts. Ihm entgegnete Desjobert, indem er sein Erstaunen darüber aussprach, daß man noch socialistische Experimente beantrage, nachdem Owen und L. Blanc mit ihren Ideen an der Praxis gescheitert seien und namentlich nach dem unglücklichen Versuche mit dem Fourrierismus, wobei ein früherer Deputirter ein Vermögen von 30,000 Fr. Renten eingebüßt habe; Considerant möge es machen, wie Proudhon, und auf Kosten seiner Gläubigen experimentiren. Considerant leugnete, daß je ein wirklicher Versuch mit dem Fourrierismus gemacht worden sei. Pailleser führte gegen das socialistische System das Beispiel einer von Bugeaud eingerichteten Militärcolonie in Algerien an, wo fünf Sechstel der Gemeinde in Gemeinschaft lebten und bei der Ernte weniger hervorgebracht hatten, als das übrige Sechstel, dessen Mitglieder ein jeder für sich arbeiteten. P. Leroux vertheidigte die Theorie des Communismus, der sich auf die Formel der Bruderschaft gründe, während der Fourrierismus mehr die Formel der Freiheit verwirkliche. Die Considerant'schen Anträge wurden hierauf einem Ausschusse überwiesen und die Sitzung geschlossen.

Großbritannien.

London, 14. April. Nach dem Wochenbericht der Bank hat ihr Metallvorrath um 322,204, ihr Notenumlauf um 370,769 und ihre Notenreserve um 723,624 Pf. St. zugenommen.

Die „Times" protestirt gegen die von einem Theile der nach Paris gereisten Engländer in einer angeblich im Namen der Bewohner von Westminster an Lamartine überreichten Adresse kundgegebenen Sympathien für die Februar-Revolution, indem sie erklärt, daß England im Allgemeinen, d. h. die ungeheure Mehrheit der britischen Bevölkerung, durchaus keine Sympathie für das Februarereigniß empfinde, und eben so wenig der provisorischen Regierung oder einer ihrer Handlungen irgend eine Art von Bewunderung zolle.

Rußland.

St. Petersburg, 5. April. Durch ein Manifest des Kaisers vom 31. v. M. ist für 21 Gouvernements der westlichen Hälfte des Reiches eine Recrutenaushebung von 5 Recruten auf je 1000 Seelen befohlen worden, welche am 1. Mai beginnen und am 1. Juni beendigt sein soll. Als Motiv dieser Verfügung wird in dem Manifeste angegeben, daß der Kaiser unter den gegenwärtigen Umständen für nothig erachte, einen großen Theil der Armee, welche im vorigen Jahre durch die Cholera bedeutende Verminderung erlitten, auf dem Kriegsfuße zu belassen. — Ueber den Rückzug der russischen Truppen aus Siebenbürgen bringt der „Javaude" folgenden Bericht: „Die im südlichen Siebenbürgen operirenden österreichischen Truppen sind wegen der ungünstigen Wendung, welche die Kriegsereignisse für sie genommen, in die Walachei gerückt. In Folge dessen sind die Truppenabtheilungen des Flügel-Adjutanten Obersten Stariatin und des Generalmajor Engelhardt, nachdem sie den Abzug der Oesterreicher, die sich in äußerst bedrängter Lage befanden, gedeckt hatten, ebendahin zurückgekehrt, da ihre Anwesenheit in Siebenbürgen keinen andern Zweck hatte, als die Oesterreicher in der Belagerung der Stadt Kronstadt und Hermannstadt zu unterstützen. Ueber die letzten Ereignisse in diesem Lande haben wir folgende Nachrichten erhalten: Nach der Einnahme von Hermannstadt durch die Rebellen langten die österreichischen Truppen am 13. März vor dieser Stadt an, nahmen 10 Werst von derselben ihre Stellung in Heraldsau, auf dem Wege nach Kronstadt, und setzten sich mit der Heeresabtheilung des Flügel-Adjutanten Obersten Stariatin, der beim Dorfe Tolmatsch stand, in Verbindung. Die anfängliche Absicht der Oesterreicher ging auf die Wiedereroberung von Hermannstadt, aber in der Nacht vom 14. zum 15. März gaben sie ganz unerwartet ihre Stellung auf und entfernten sich: die Hauptmacht, gegen 8000 Mann mit 36 Geschützen, unter dem Befehl des Generals Kpliani in der Richtung von Kronstadt; eine Abtheilung von 1200 Mann aber wandte sich nach der Rothenthurmer Quarantäne, um in die Walachei zu rücken. Dadurch ward es für uns zur Unmöglichkeit, beim Dorfe Tolmatsch zu bleiben, und Oberst Stariatin führte die ihm anvertraute Heeresabtheilung bis zum Eingang in den Rothenthurmer Paß. Die Ungarn griffen am 16. März die Quarantäne an, wurden aber zurückgeschlagen. Die Hauptmacht der Oesterreicher, verfolgt von den Ungarn, hatte einige Nachtrabsgefechte und erreichte Kronstadt am 19. März. Indessen setzten die Szekler von Neuem mit bedeutenden Streitkräften über die Olta und rückten am 20. im Vereine mit den Ungarn vor die Stadt. Die Oesterreicher, die Unmöglichkeit einsehend, sich dort zu halten, da es ihnen an Mundvorrath und Munition fehlte, zogen sich in den Engpaß von Temesch zurück, wohin zur rechten Zeit das Gepäck des Heeres und der Bürger vorausgesandt war. Unter solchen Umständen entsprach ein längeres Verweilen unserer Truppen in Kronstadt nicht mehr ihrer Bestimmung und Generalmajor Engelhardt zog sich gleichfalls, ohne verfolgt zu werden, nach den Grenzen der Walachei zurück, und zwar nach dem Kloster Predicla, wo er die österreichischen Truppen, die Bewohner der Stadt und der umliegenden Dörfer an sich vorbei ließ. Gegenwärtig sind die nöthigen Maßregeln getroffen zum Schutze der Uebergangspunkte aus Siebenbürgen nach den Fürstenthümern. Die türkische Behörde hat ihre volle Bereitwilligkeit erklärt, sich bei der Beschützung der Grenze zu betheiligen, und in Folge dessen befindet sich ein Theil der türkischen Truppen zugleich mit den unsrigen bei dem Observationscorps. Alle zu diesem Zweck getroffenen Anordnungen werden in völliger Uebereinstimmung zwischen der Ortsbehörde und den Commandirenden der die Fürstenthümer besetzenden Truppen ausgeführt."

Nach dem „Oesterreichischen Lloyd" ist die Räumung Kronstadts nicht die Folge der ungeeigneten Maßregeln der österreichischen Generale, von denen vielmehr General Kyliani die Absicht hatte, die Stadt zu vertheidigen, sondern eines plötzlich anlangenden Befehls des russischen Obergeneral Lüders.

Nachschrift.

Der amtliche Bericht des Generals Wyneken über die Erstürmung der Düppeler Schanzen lautet: Ulderup, 13. April, Morgens 9 Uhr. Der Oberbefehlshaber der Armee hatte auf heute Morgen früh eine Recognoscirung gegen die stark verschanzten Düppeler Höhen befohlen. Es sollte damit der Versuch verbunden werden, diese Stellung durch Ueberraschung des Feindes zu nehmen. Zu dem Ende sollte die königlich bayerische Brigade auf der südlichen auf Sonderburg führenden Straße vor Tagesanbruch gegen die Höhen vorgehen. Die k. sächsische Brigade sollte den Angriff auf der nördlichen Straße unterstützen, und die königl. hannoverschen Truppen sollten als Reserve in Bereitschaft sein. Der Befehl ward pünktlich ausgeführt, und das Unternehmen gelang vollkommen. Die Bayern waren 1½ Uhr Morgens von Düppel aufgebrochen. Sie überraschten die dänischen Schildwachen, rannten sie mit dem Bajonnet nieder und setzten sich, ohne namhaften Widerstand zu finden, in den Besitz der südlichen Verschanzungen. Erst jenseits der Höhen stießen sie auf größere Infanterieabtheilungen, die sie in den dicht am Ufer vor Sonderburg liegenden Brückenkopf trieben. Die Sachsen rückten, dem Befehl gemäß, etwas später vor. Als sie die feindliche Infanterie, welche wieder aus dem Brückenkopf debouchirt war, angriffen, eröffneten — etwa um halb fünf Uhr — die Alsener Strandbatterien ein sehr heftiges Kanonenfeuer, an welchem später noch einige Kanonenböte Theil nahmen. Die bayerische und sächsische Artillerie fuhr dagegen auf. Ungeachtet des heftigen Geschützfeuers rückte die sächsische Infanterie muthig vor und trieb die Dänen, welche verschiedentlich wieder vorzudringen versuchten, fortwährend zurück. Um 6 Uhr waren die verschanzten Höhen vollständig in dem Besitze der deutschen Truppen und die Dänen lediglich auf den Brückenkopf beschränkt. Auf diese Weise haben die Dänen eine durch ihre Lage und Stärke ungemein wichtige Stellung verloren, welche sie mit großer Anstrengung und vielem Zeitaufwande verschanzt hatten. Von der hannoverschen Brigade waren nur die ersten Bataillone des 2. und 3. Regiments und die dritte Fußbatterie, ohne an dem Gefechte Theil zu nehmen, als Reserve bei Oster-Snabeck und Ulderup ausgerückt. Die übrigen Truppen waren zum Ausrücken bereit. Der Verlust der deutschen Truppen ist noch nicht genau bekannt, er ist im Vergleich zu dem Erfolg nicht bedeutend. (H. Z.)

** **Paris**, 16. April. Die französische Regierung hat sich endlich entschlossen, in Bezug auf die Intervention im Kirchenstaat einen entscheidenden Schritt zu thun, und zu dem Behuf eine Flotte mit 14,000 Mann unter dem Befehle des General Dubinot nach Civita-Vecchia abzusenden. Die Flotte war am 14. in Toulon und Marseille segelfertig.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung machte der Conseilpräsident die Anzeige, daß die Regierung es an der Zeit halte, den Beschluß der Nationalversammlung, welcher die Besetzung irgend eines Punktes der italienischen Halbinsel gutheißt, auszuführen. Die drohende Lage des Kirchenstaates erheische die Absendung eines Expeditionscorps nach dem mittelländischen Meer. Die Regierung verlange deßhalb einen Credit von 1,200,000 Frcs. um während dreier Monate ein solches Expeditionscorps auf dem Kriegsfuße erhalten zu können. Da der Ministerpräsident seinen Antrag als einen dringlichen bezeichnet hatte, wurde sofort ein Ausschuß zur Berichterstattung gewählt, und einstweilen in der Budgetberathung, dem eigentlichen Gegenstande der Tagesordnung, fortgefahren. Auf die Mittheilung Marrast's, daß der Ausschuß um acht Uhr Abends seinen Bericht fertig haben werde, wurde auf halb neun Uhr eine Abendsitzung anberaumt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dem Antrag des Ministeriums willfahrt werden wird.

Die Regierung soll, wie man wissen will, unterm 12. April folgende telegraphische Depesche erhalten haben: Toscana hat sich zu Gunsten des Großherzogs erhoben, die Republik ist gestürzt. Der Municipalrath in Florenz hat die gesetzmäßigen Gewalten in die Hand genommen und bewahrt sie, um sie dem Großherzog wieder zuzustellen.

Börsenberichte.

Amsterdam, 17. April. 2½pCt. Integr. 49⅞. 11/16. — 3pCt. Schuld 58⅛. 7/16. — 4pCt. do 77⅞. ⅜. — 5pCt. Ard. 10⅝. ⅝. ⅞. — do. à 510 Pf. St. 10⅝. ⅝. ⅝. — 4pCt. 32⅛. — do. int. à 6000 fl. 23⅛. ⅜. — Coupons 8⅞. ⅞. — 3pCt. Port. 25⅝. — do 4pCt. 29⅛. ⅜. — Russ. 4pCt. bei Hope 82⅛. — do. bei Stieglitz 82. — 5pCt. Metall. 74⅛. 73⅞. — 2½pCt. do. 39⅞. ⅛.

Bei geringem Geschäft waren heute unsre inländ. Fonds etwas flauer. Von Span. waren inländ. und ausländ. 3pCt. zu erhöhten Coursen gefragt, Lotos preishaltend bei sehr lebendigem Umsatz. Port. gesucht, Franz. zu den Preisen von gestern angeboten. In Russ. und Oesterr. ist nichts von Belang umgegangen. Peru sind heute mit Coupons und mit Bezahlung von 4pCt. Interessen auf Primo April verhandelt. Der Preis ist beinahe wie letzten Samstag geblieben.

Paris, 16. April. (Nach belg. Blättern.) 3pCt. 57. 30. — 5pCt. 89 60. — Bankactien 2425. — Röm. Anleihe 77⅛. — Span. 4pCt. 32⅛.

Madrid, 10. April. 3pCt. 21⅛. — 5pCt. 11.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

[1119]

Bürger-Verein.

Versammlung im Welfeck Donnerstag den 19. April, Abends 7 Uhr.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nro. 92.) 18. April 1849

Amtlicher Theil.

Nachdem der commandirende General der Operationsarmee am 12. April die Stärke und Stellung des Feindes in den Verschanzungen auf den Höhen bei Düppel recognoscirt hatte, ließ derselbe am 13. eine halbe Stunde vor Tagesanbruch durch vier Bataillone der königl. bayerischen Brigade auf der südlichen Straße nach Sonderburg, und gleichzeitig durch die königl. sächsische Brigade auf der nördlichen Straße nach Sonderburg, jene Verschanzungen angreifen. Der Angriff gelang vollkommen. Nach einem Gefechte von einer halben Stunde war der überraschte Feind zurückgeworfen, und die diesseitigen Truppen im Besitz jener Höhen. Es erfolgte hierauf von der dort stationirten feindlichen Flottenabtheilung eine überaus heftige Kanonade aus schwerem Geschütz mit Vollgeschossen und Shrapnels, und nachdem solche eine Stunde angehalten, ein feindlicher Angriff zur Wiedereroberung jener Stellungen, welcher zurückgeschlagen wurde. Ein nochmaliger, durch eine gleiche Kanonade eingeleiteter Angriff wurde ebenfalls zurückgewiesen und einen gleichen Erfolg hatte ein am Nachmittage stattfindendes heftiges Tirailleurgefecht, an welchem vorzugsweise die königlich-sächsische Brigade Theil nahm.

Alle Truppen haben sich nach dem Zeugnisse des commandirenden Generals überaus tapfer geschlagen.

Durch die Behauptung der gedachten verschanzten Höhen wird das Offensivvermögen des wichtigen Brückenkopfes von Sonderburg vollkommen paralisirt. Das Hauptquartier des commandirenden Generals war am 13. in Kieding, dasjenige des Generals v. Bonin in Hadersleben, mit den Vorposten an der Tapsaue.

Die erste und zweite Division der Reichstruppen stand auf dem Sundewitt und vor Sonderburg.

Eine Brigade der preußischen Division war zwischen Flensburg und Seegard, die zweite Brigade dieser Division südlich von Flensburg aufgestellt. Die Reservebrigade stand zwischen Ekernförde und Kiel.

Die Cavallerie war bei der Armee theils eingetroffen, theils wurde sie für den 14. und 15. erwartet.

Nichtamtlicher Theil.

∞ Guter Rath ist theuer

So sagt ein deutsches Sprichwort. Theuer ist aber nur, was selten ist und es ist wahr: guter Rath ist selten. Und warum ist guter Rath selten? Weil die Güte des Rathes nicht darin besteht, daß gerathen werde, was im Augenblick dem Rathnehmenden am angenehmsten ist, worauf jeder ohnehin von selbst verfällt, sondern was auf die Dauer am ersprießlichsten sein kann. Ein guter Rathgeber ist also nur, wer einen Blick in die Zukunft hat. Wie oft hört man im gemeinen Leben rufen: „Was gäbe ich darum, wenn ich dieses oder jenes voraus wüßte!" Ja, einen solchen Blick voraus in die Dinge, wie sie doch kommen müssen, den möchte mancher Privatmann „theuer" bezahlen. Guter Rath ist theuer.

Wie viel theurer, werthvoller als dem Privatmann ist aber der gute Rath dem Fürsten, dem Staate, dem Vaterlande! Steht dort vielleicht der Verlust eines Vermögenstheils auf dem Spiele, so hier öfter Wohl und Wehe eines Geschlechts. — Ein solches Wohl und Weh steht jetzt in Deutschland auf dem Spiele. Darum auch sieht alle Welt aus nach einem guten Rathe. Es gibt der Rathenden so viele, und jeder will der rechte sein. Wer gibt den fünf deutschen Königen, welche mit ihren Erklärungen noch zurück sind, ein Zeichen, an welchem sie den rechten Rathgeber zu erkennen vermögen? Als Antwort hierauf diene folgende rückerinnernde Frage: Wer hat im vorigen Jahre, im Jahre der vollblütigen Hoffnung, der frohen Zuversicht, den Gedanken gewagt, es werde sich das neue Deutschland ohne Oesterreich gestalten müssen? Welches betäubende Erstaunen, ja welche Entrüstung auf allen Seiten, als am 26. October Heinrich v. Gagern es aussprach: Oesterreich könne und werde an der Gestaltung des deutschen Bundesstaates keinen Antheil nehmen! Mit welcher Zuversicht, die ihnen jetzt wohl selbst kindisch vorkommen mag, glaubten damals diejenigen für Großdeutschland zu kämpfen, welche für die §§ 2 und 3 stritten! Stand nicht H. v. Gagern's Meinung noch an jenem Tage so vereinzelt, daß er seinen Antrag zurückziehen mußte? „Wie schade," sagten damals routinirte Diplomaten, „daß dieser Mann so fehlgegriffen und seinen staatsmännischen Ruf so gefährdet hat!" Die Trias war die aufgefundene Lösung aller Räthsel, und wer dieser Parole nicht zuschwor, dem folgte von unseren gewiegten Staatsmännern nur ein Blick über die Schulter. Und noch am 18. December, als Heinrich v. Gagern das berühmte Programm des Gesammtreichsministeriums der Nationalversammlung vorlegte, welcher Sturm, welche Vorwürfe! Und jetzt? Jetzt liegen uns Oesterreichs Noten vor vom 5. und 8. April und geben Zeugniß von dem, der vorausgesehen, was Anderen undenkbar geschienen, ja der es nicht erst vorausgesehen am 26. October, der schon im März 1848 in der hessischen Ständeversammlung einen andern Ausgang der großen deutschen Umgestaltung als den jetzt erfolgten, nicht anerkannte, und der jubelnden allgemeinen Täuschung sich nicht hingab, die bei dem Eintritt der ersten Oesterreicher in den Fünfzigerausschuß die kurzsichtige Menge auf kurze Zeit glücklich gemacht.

Wie man nun im Felde das militärische Genie herauszufinden vermag aus der Menge gelehrter Strategen, so ist es die Zeit verwirrender staatlicher Umgestaltung, welche dem Vaterlande seine wahren Piloten offenbart. Und je theurer wir die Umwälzungen bezahlen, die der Staat erleidet, um so höher wollen wir schätzen die Errungenschaft des Erkennens der Männer echter Voraussicht und also guten Rathes. Möge er uns theuer sein dieser gute Rath. Mögen ihn beherzigen die Fünf, deren Wort noch aussteht!

× Ein schlimmer Fall.

Die Erwartung, daß die Reichsverfassung ohne große Schwierigkeiten in das Leben treten werde, hat in den letzten Tagen reiche Nahrung erhalten. Der größere, der bessere Theil der Nation will die Verfassung als eine Bürgschaft für die Freiheit und Einheit, für die Wiederkehr des öffentlichen Vertrauens, einer gesetzlichen Entwickelung und einer besseren Zeit für Erwerb und Verkehr. Achtundzwanzig Regierungen haben ihre Erklärung für die Annahme der Verfassung vom 28. März und für die Wahl des Reichsoberhauptes abgegeben. In den Königreichen, deren Regierungen noch nicht gesprochen haben, sind Volk und Stände für das Reich. Man harrt von Stunde zu Stunde auf Württemberg; Sachsen und Hannover können nicht ausbleiben; für Bayern mag die Thüre noch eine Weile offen bleiben; Preußen hat hinreichende Zustimmungen, um jetzt schon anzunehmen. So lebt man voll Zuversicht und entschlägt sich jeder Besorgniß. Es thut uns leid, daß wir uns diesen frohen Erwartungen noch nicht hingeben können; aber wir sind nicht beruhigt über den leitenden Gedanken in Berlin. Wie, — wenn die Cabinete in Berlin und Olmütz nicht so weit auseinander wären, als es den Anschein hat; wenn beide zunächst dasselbe wollten, die Auflösung der Nationalversammlung und die Wiedereinsetzung des Bundestags, und dasselbe nicht wollten, die Verfassung vom 28. März? Wie, — wenn der Unterschied nur in dem Wege zu diesem Ziele läge, indem Olmütz geradezu sagt: das will ich, und das will ich nicht; Berlin dagegen andeutet: ich habe Besseres gewollt, aber Dieser oder Jener hat nicht zugestimmt; er trägt die Schuld, nicht ich, daß die Sachen so gekommen sind. Man thut wohl, den schlimmsten Fall ins Auge zu fassen, bemerkte unlängst die „Deutsche Zeitung" richtig, — und zu überlegen, was man zu thun hat, wenn er eintritt. Der Fall aber, den wir als möglich denken, er ist möglich und auch schlimm; man schreibt in München etwas davon gemüthet zu haben, denn schon ist man bei der Hand, um im Trüben zu fischen, wie damals, wo die Verhandlung über den Waffenstillstand von Malmoe einen Bruch zwischen Berlin und Frankfurt herbeizuführen drohte.

Jetzt hat Oesterreich offen mit Frankfurt gebrochen und wechselt unangenehme Noten mit Berlin. Aber ist etwa Preußen entschieden auf die Seite von Frankfurt getreten, und wenn dies nicht der Fall ist, auf wessen Seite wird es sich schließlich neigen? Darauf weiß man vermuthlich selbst in Berlin keine bestimmte Antwort zu geben; es wird von den Umständen abhängen. Preußen will einen Bundesstaat, und zwar, wenn nicht alle Staaten beitreten, den engeren und den weiteren Bund; es hat eine Verständigung mit der Nationalversammlung über die meisten Bestimmungen der Verfassung vor der zweiten Lesung versucht, nicht ganz vergebens, auch nicht ganz nach Wunsch ausfallend, wie es bei solchen Unterhandlungen zu gehen pflegt. Die Verfassung wird verändert, der König von Preußen zum Kaiser gewählt, er verlangt Bedenkzeit und hält Umfrage bei den Fürsten. Die meisten haben geantwortet; vielleicht besser, als man in Berlin gewünscht. Aber noch fehlen die Könige, und so lange noch Einer außer Oesterreich fehlt, ist eben dieser und nicht Preußen schuld, wenn der Bundesstaat nicht vorwärts geht. Inzwischen verstreicht die Zeit, die Nationalversammlung verliert die Geduld, faßt revolutionäre Beschlüsse, macht sich unmöglich, und man sieht sich mit Bedauern in die traurige Nothwendigkeit versetzt, das Nämliche zu thun, was Olmütz bereits gethan hat: die Abgeordneten nach Hause zu rufen; Herr v. Manteuffel hat es uns schon gesagt. Dann findet sich die alte Freundschaft wieder, es bleibt zunächst nichts übrig, als dem unauflöslichen Bunde sein Organ wieder zu geben. Oesterreich überweist ihm die Vereinbarung über den Entwurf vom 28. März zur Neugestaltung Deutschlands, wozu nicht weniger Zeit erforderlich sein wird, als zum Kölner Dombau, Preußen behält sich vor, indessen seinen engeren Bund zu schließen mit denen, die ihn wollen, und so, wie sie ihn wollen; wie man Bundesgenossen findet und was man aus ihnen machen kann, das wußten die Römer schon. Dies ist der schlimme Fall, den wir als möglich vor Augen haben, und auf welchen gefaßt zu sein nicht schaden wird.

Auf die Einwendung, dieser Fall werde nicht eintreten, geben wir um so weniger Antwort, je mehr wir wünschen, daß jene begründet sein möchte. Wenn uns daher entgegen gehalten wird: Unmöglich kann Preußen seinen hohen Beruf so sehr verkennen, sich selbst und Deutschland durch die kleinliche Auffassung einer großen Aufgabe in das Verderben stürzen, den Augenblick, der vielleicht nie wiederkehrt, verscherzen, um die Nation zu Macht und Wohlfahrt emporzuheben, statt der fast mühelosen Einfahrt in den Hafen, das Schiff den Stürmen und Klippen preisgeben und Verzweiflung in die Gemüther schleudern, — wenn man uns dies und noch viel Schöneres entgegenhält, so haben wir nur den heißen Wunsch, die Bestätigung in vollstem Umfange zu erleben.

Einstweilen aber wünschen wir, die Mittel angewendet zu sehen, welche unsern schlimmen Fall zu verhüten geeignet sind. Zu diesem Zwecke empfehlen wir, wie seit der Antwort des Königs von Preußen an die Reichsboten schon mehrmal geschehen, der Nationalversammlung Ruhe und Vorsicht, der Nation Bewegung. Mäßigung in der Paulskirche bei entschiedenem Festhalten an der Verfassung, damit nicht übereilte Beschlüsse Anlaß geben, ihr das Schicksal zu bereiten, das ihr bis jetzt erklärtermaßen nur von Olmütz zugedacht ist. Bewegung nach dem Ziele der Verfassung überall, wo die Zustimmung noch nicht erfolgt ist; Bewegung in Hannover, in Dresden, in Stuttgart und in München. Wenn Preußen Niemanden mehr findet, dem es die Schuld zuschieben kann, der Verfassung vom 28. März widerstanden zu haben, so wird es nicht umhin können, dieselbe anzunehmen; und wenn nur Bayern fehlt, so sind dennoch die Voraussetzungen vorhanden, unter denen Preußen einzuwilligen erklärt hat. Vielleicht kömmt morgen der Bericht, daß die zweite Kammer in Berlin den Antrag von Rodbertus zum Beschluß erhoben hat. Dann wird das Ministerium ernstlich die Frage zu erwägen haben: was soll aus Preußen werden, wenn aus Deutschland nichts wird — durch Preußens Schuld?

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

JW **Hadersleben**, 14. April. Ist es denn wirklich wahr, was heute Morgen allgemein bei unseren Truppen erzählt wurde, das Ministerium Arnim-Brandenburg habe in Frankfurt gegen eine Besetzung von Jütland durch unsere Reichstruppen protestirt, und demzufolge sei diese bis auf Weiteres aufgeschoben worden? Wir können es, wir wollen es, wir dürfen es nicht glauben, aber verbreitet ist diese Nachricht hier allgemein, und hat einen unbeschreiblichen Mißmuth sowohl unter den Truppen, wie unter der ganzen Bevölkerung hier erweckt. Hoffentlich strafen die nächsten Tage dies Gerücht Lügen; es wäre zu traurig, sollte es begründet sein! Ueber 10,000 Mann Infanterie, 1200 Mann Cavallerie, 16 Geschütze, alle von Kriegsmuth entflammt, trefflich equipirt, von tüchtigen Führern commandirt, und von einem Befehlshaber, wie der General v. Bonin, der das unbedingteste Vertrauen, die innigste Verehrung aller Soldaten ohne Ausnahme besitzt, stehen hier gerüstet, um in wenigen Stunden in Jütland einzumarschiren. Es ist gar keinem Zweifel mehr unterworfen, daß wir ganz Jütland besetzen können, ohne irgend auf ernsthaften Widerstand zu stoßen, daß wir die Mittel vollkommen in Händen haben, einen ehrenvollen Frieden in wenigen Wochen zu schließen. General Bonin sagte gestern zu den ihn freudig begrüßenden schleswig-holsteinischen Truppen: „Nur in Jütland dürfen wir Frieden schließen!" und vollkommen begründet sind seine Worte. Dänemark kann die Einkünfte von Jütland nicht 4 Wochen entbehren, kann nicht dulden, daß wir dieser Provinz die Kriegscontributionen auflegen, die wir mit Recht fordern können, um den Verlust unserer 30—40 friedlichen Handelsschiffe, welche die dänischen Kriegsschiffe schon wieder uns genommen haben, zu ersetzen. Haben wir Jütland erst, so haben wir den ehrenvollsten Frieden bald, und nicht, wie im vorigen Jahre, wird unser ganzer Seehandel vernichtet, unsere Schifffahrt gelähmt während des ganzen Sommers. Was ich hier schreibe, ist die Ansicht des ganzen Heeres, es ist auch kein denkender Mensch in demselben, der eine andere Ueberzeugung hätte. Gerade wir hier oben können die hiesigen Verhältnisse aus eigener Anschauung am besten beurtheilen, und es ist gewiß nicht schädlich, wenn man unsere Stimme hierüber vernimmt. Darum noch einmal, die Besetzung von ganz Jütland bietet in militärischer Hinsicht gar keine Schwierigkeiten dar, innerhalb vierzehn Tagen weht, sobald es von Frankfurt aus befohlen wird, die deutsche Fahne in allen jütländischen Städten. Vorwärts, vorwärts nur! ist hier allgemein die Losung.

Soeben traf der Statthalter Beseler, mit Courierpferden von Schleswig kommend, bei dem commandirenden General Bonin hier ein. Der heute bestimmt von unsern Truppen erwartete Einmarsch in Jütland ist, zum großen Mißvergnügen derselben, unterblieben; auch General Bonin hat noch nicht, wie er anfänglich beabsichtigte, sein Hauptquartier weiter nordwärts verlegt. Zwei Schwadronen schleswig-holsteinischer Dragoner und eine Compagnie Jäger haben gestern Nachmittag eine Recognoscirpatrouille in mehrere jütländische Dörfer gemacht, ohne auf Feinde zu stoßen. (Bylle.)

Altona, 15. April. In Folge gestern Abend angelangter Ordre aus dem Hauptquartier im Sundewitt sind die noch hier verbliebenen preußischen Pioniere diesen Morgen früh mit einem Extrazuge nach dem Norden abgegangen.

∞ **Frankfurt**, 18. April. Die seit einigen Tagen umlaufenden Gerüchte von Unruhen in Kopenhagen bestätigen sich nach uns vorliegenden Briefen dahin, daß der Volksunwille über die Niederlage bei Ekernförde sich in Straßendemonstrationen gegen das Ministerium Luft macht, dem die für Dänemark nachtheilige Kriegführung allein Schuld

gegeben wird. Das Ministerium sieht sich daher zu neuen energischen Rüstungen gezwungen, und es zeigt sich, daß diejenigen sich getäuscht, welche aus dem Ereigniß zu Eckernförde auf nahe Friedensanerbietungen von Seiten Dänemarks geschlossen haben. Auch die Armee fügt sich nur ungern der Ausführung des nun angenommenen Planes, wonach sie auf Alsen und hinter der jütischen Grenze neue bessere Wendungen, vielleicht russische Hilfe, abwarten soll. Der König persönlich soll indeß nicht wenig entmuthigt sein, zeigt sich nicht mehr in den Straßen von Kopenhagen, wo er in den letzten Zeiten so gern den Beifall der untern Volksklassen entgegennahm, und seine Leibgarde, in deren Begleitung er an der Spitze der dänischen Armee den Siegeszug in die Herzogthümer unternehmen wollte, ist bereits nach Kopenhagen zurückgekehrt. Am meisten schmerzt die Dänen die Uebergabe der „Gefion", und sie verdenken es dem Capitän Meyer, daß er nicht lieber die Fregatte in die Luft gesprengt, was sie von „Christian VIII." fortdauernd annehmen, obschon nicht zu begreifen ist, wie sie dies mit der Gefangenschaft des Admirals und 1023 Mann vereinigen können. — Wie wir hören, beabsichtigen die Dänen einen Racheangriff auf Bremerhafen, wo man indeß gewarnt und gerüstet sein wird.

⊙ **Frankfurt**, 17. April. Der in der gestrigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt vorgelegte Verfassungsentwurf enthält elf Abschnitte, mit 180 Artikeln. Der erste Abschnitt (Art. 1—4) handelt von der Regierungsform des Freistaates als eines demokratischen, in welchem die für sämmtliche Einzelstaaten erlassenen Bestimmungen des öffentlichen Rechts des deutschen Reiches als Theil der Verfassung des Freistaates erklärt werden. Der zweite Abschnitt (Art. 5—55) führt die Grundrechte auf, welche mehrere Erweiterungen der von der deutschen Reichsversammlung beschlossenen und verkündeten Grundrechte enthalten, namentlich in Beziehung auf Auswanderungsfreiheit, Abschaffung der Vorrechte, Orden, Waffenrecht, Schutz der persönlichen Freiheit, Ruhetage, Eingehung der Ehe, Petitionerecht, Aufhebung der Steuerbefreiung. Der dritte Abschnitt (Art. 56—62) spricht von den Staatsgewalten, der gesetzgebenden, der vollziehenden und der richterlichen, als getrennten Gewalten. Der vierte Abschnitt (Art. 63—96) behandelt die Bildung der gesetzgebenden Gewalt, des Volksrathes, aus 96 Mitgliedern bestehend, nämlich 80 von der Stadt und 16 vom Lande. Die Wahlen sind direct mit geheimer Abstimmung und an keinen Census gebunden; ferner dessen Sitzungen und Verhandlungen, seine Zuständigkeit. Der fünfte Abschnitt (Art. 97—118) stellt einen Regierungsrath von sieben Mitgliedern auf, dem die vollziehende Gewalt und die Staatsverwaltung übertragen wird, und dessen Amtsdauer auf fünf Jahre festgesetzt ist. Er wird von dem Volke gewählt, das für diesen Zweck einen einzigen Wahlkreis bildet. Der Regierungsrath legt dem Volksrathe den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben vor, und gibt Rechenschaft über seine Verwaltung. Für diese werden nach einzelnen Zweigen Abtheilungen eingerichtet. Er ernennt seinen Präsidenten und Vicepräsidenten auf ein Jahr. Der sechste Abschnitt (Art. 119—143) behandelt die richterliche Gewalt. Sie ist von den andern Gewalten getrennt und selbständig; diese können weder ein Urtheil für nichtig erklären, noch irgend einen Einfluß auf dieselbe üben. Das Gerichtsverfahren ist in der Regel öffentlich und mündlich. In Strafsachen gilt der Anklageproceß; in schweren Strafsachen, so wie bei politischen und solchen Preßvergehen, welche von Staatswegen verfolgt werden, urtheilen Geschworne. Der privilegirte Gerichtsstand ist aufgehoben. Es besteht keine Verwaltungsrechtspflege mehr. Ein Gesetz bestimmt das Nähere über Organisation, Verfahren und Competenz. Der siebente Abschnitt (Art. 144—150) enthält die Bestimmungen über die religiösen Gesellschaften. Diese verwalten ihre innern Angelegenheiten selbst; sie erhalten von Staatswegen keine Dotationen mehr; es dürfen keine Klöster gegründet, noch geistliche Orden oder Körperschaften gestiftet und eingeführt werden. Der achte Abschnitt (Art. 151—161) regelt das Erziehungs- und Unterrichtswesen. Der Unterricht in den Volksschulen ist unentgeldlich, und Unbemittelten wird auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten freier Unterricht gewährt. Die öffentlichen Lehrer sind Staatsdiener. Der neunte Abschnitt (Art. 162—173) handelt von den Gemeinden, ihrer Eintheilung, der Erwerbung des Gemeinderechts, den Gemeindevorstehern und Gemeindeausschüssen, der Verwaltung des Gemeindevermögens und der Gemeindeordnung. Der zehnte Abschnitt (Art. 174—178) setzt die Bedingungen fest, unter welchen eine Abänderung der Verfassung geschehen kann. Hierfür ist namentlich ein Beschluß des Volksraths, gefaßt von Zweidrittteln seiner sämmtlichen Mitglieder, erforderlich. Der elfte Abschnitt (Art. 179 und 180) enthält die Schlußbestimmungen, wonach im Zweifelfalle alle Sätze der Verfassung nur zu Gunsten der größeren Volksrechte und der bestimmteren Freiheit der Bürger ausgelegt und alle ältern Grundgesetze und die daraus abgeleiteten Staatseinrichtungen aufgehoben werden sollen.

Wien, 13. April. Noch immer keine entscheidende Nachricht von Pest, doch zeigte sich schon deutlich die Absicht der Insurgenten, nicht nur Komorn zu entsetzen, sondern auch in der Nähe von Ofen den Donauübergang zu erzwingen, und diese Festung von der Rückseite anzugreifen. Während der tagtäglichen hartnäckigen Gefechte einzelner Brigaden suchten sie die Vorbereitungen hiezu zu treffen. Sie gaben sich den Anschein, den Uebergang bei Raczkevi zwei Stunden unter Pest erkämpfen zu wollen. Als hier das Gefecht entsponnen war, und die kaiserlichen Geschütze von drüben lustig aufräumten, wendeten sich die Insurgenten, mit Zurücklassung ihrer Vorposten, dem kaiserlichen Centrum gegenüber, am 10. April Nachmittags mit aller Kraft gegen den linken Flügel der kaiserlichen Armee, welcher oberhalb Pest gegen Waitzen zu aufgestellt ist. Hier versuchten sie die kaiserlichen Truppen namentlich bei Szent-Endre zu durchbrechen, und an diesem Orte, anderthalb Stunden von Pest, eine Brücke über die Donau zu schlagen. Die Insurgenten fochten mit Wuth und Ausdauer; mit Tapferkeit schlugen die Kaiserlichen mehrere Angriffe zurück, doch gelang es den Husaren, die eherne Kraft der österreichischen Colonnen zu brechen, oder wurde bei einbrechender Nacht der Rückzug anbefohlen, genug — mehrere Schaaren der Insurgenten gelangten an das Donauufer und machten Anstalten zum Schlagen der Brücke. Indessen erneuerten die kaiserlichen Truppen vorgestern früh den Angriff, und als die Post abging, währte das Gefecht noch unentschieden fort. Aus diesen Vorgängen erhellt die Absicht der Insurgenten, die Stadt Pest, wo unter den Kanonen Ofens der Uebergang unmöglich wäre, unberührt zu lassen, denselben in der Nähe zu forciren, und wenn er auch nicht gelingt das Gros der kaiserlichen Armee in Schach zu halten, um Görgey's Vordringen gegen Komorn zu erleichtern. — Ueber Bem, ob er wirklich in Kalotscha erschienen, verlautet seit jener ersten Nachricht nichts Bestimmtes. General Wohlgemuth ist bereits nach Neudäusel abgegangen, und man erwartet demnächst einen Bericht über die Operationen des dort aufgestellten Corps, welches der von den Insurgenten ergriffenen Offensive rasch ein Ende machen könnte. Komorn wird noch immer beschossen. Die Festung hat die schwarze Flagge als Zeichen der höchsten Noth (oder des entschlossensten Widerstandes?) aufgezogen. (A. Z.)

Gratz, 12. April. Die heutige „Gratzer Zeitung" bringt ein Schreiben des Erzherzogs Johann an den Gemeinderath und die Bürgerschaft von Gratz, offenbar aus dessen eigener Feder, da es ganz den Stempel der Eigenthümlichkeit trägt, worin Se. kais. Hoheit in gewohnter herzlicher Weise seine Freude über die von Gratz an ihn gerichtete Dankadresse wegen seines Verhaltens, wieder in der Steiermark seinen Aufenthalt zu nehmen, seine stete Zuneigung zu diesem schönen Lande, worin er seit 40 Jahren gelebt und gewirkt, worin er „sich seine Freunde erwarb, und das, was zum Glücke des häuslichen Lebens sein Herz bedurfte, fand," — und endlich seine Hoffnung ausspricht, nun bald wieder in dem heimatlichen Lande vereint mit dem Volke zum allgemeinen Besten zu wirken.

***** Berlin**, 16. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer machte Präsident Grabow bekannt, daß sich die Commission zur Prüfung des Rodbertus'schen Dringlichkeitsantrages in Sachen der deutschen Verfassung constituirt habe, und zum Vorsitzenden v. Bincke, zu dessen Stellvertreter Graf Arnim (Boyzenburg), zum Schriftführer Prof. Ulrichs und zu dessen Vertreter Sperling ernannt sei. Zusätzlich bin ich im Stande, zugleich über den Beschluß der Commission zu berichten, daß sie sich mit 12 gegen 7 Stimmen in heutiger Commissionssitzung gegen die Dringlichkeit des Rodbertus'schen Antrages für jetzt entschieden hat, weil sie erst das von der Regierung vom 3. abgerechnet in 14 Tagen in Aussicht gestellte Frankfurter Ultimatum der deutschen Regierungen abwarten zu müssen geglaubt hat. Im Uebrigen war man über die Annahme der Reichsverfassung nicht im Zweifel. v. Bincke stimmte für die Dringlichkeit; das Verhältniß der Stimmen erklärt sich daraus, daß zwei Commissionsglieder der Berathung nicht beiwohnten. Es eröffnete sich sodann eine Debatte über das vom Ministerium eingebrachte Gesetz, die freie Vereinigung und die Volksversammlungen betreffend. An derselben betheiligten sich gegen die ministerielle Vorlage: Bauer (Stolpe), Temme, Ziegler, Schneider, d'Ester und Schultze (Delitzsch); dafür: Graf Arnim, Ulrichs, Viebahn, Stiehl, Schwerin. Ein von Temme gestelltes Amendement auf Verwerfung des ganzen Gesetzes wurde mit 187 gegen 141 verworfen. Wir werden auf die Verhandlungen zurückkommen.

Die Anwesenheit des sächsischen auswärtigen Ministers Herrn v. Beust soll die Bedeutung gehabt haben, daß er die Zustimmung seiner Regierung zu den preußischen Noten über die deutsche Frage überbracht haben soll. Er hielt sich 4 Tage hier auf.

Breslau, 13. April. Nach Angabe eines in Oberschlesien erscheinenden Blattes ist am 4. April der Cadet Höcke, wegen Theilnahme an den Octoberereignissen angeklagt und in Breslau verhaftet, preußischerseits als Deserteur an die österreichische Behörde ausgeliefert worden.

Elberfeld, 15. April. In einer heute hier abgehaltenen, zahlreich besuchten Volksversammlung wurde nachstehende Erklärung einstimmig angenommen und deren Ueberreichung an die Reichsversammlung zu Frankfurt beschlossen: „Wir erklären und anerkennen: die von der deutschen verfassunggebenden Reichsversammlung zu Frankfurt am Main endgiltig beschlossene und verkündigte Reichsverfassung ist einziges und höchstes Reichsgrundgesetz; eine Abänderung ist einzig und allein zulässig in den Formen dieser Verfassung; wir verpflichten uns, dieselbe aus allen Kräften und mit allen gesetzlichen Mitteln aufrecht zu erhalten.

München, 15. April. (Pr.-Corr.) Aus der zuverlässigsten Quelle erfahre ich soeben, daß unsere Kammer abermals, und zwar bis zum 15. Mai vertagt wird. Obgleich diese Nachricht hier in diesem Augenblick noch nicht officiell bekannt ist, so kann ich Ihnen doch die bestimmte Versicherung geben, daß dieselbe kein leeres Gerücht, sondern Wahrheit ist. — Die Unterhandlungen mit Herrn von der Pfordten sollen nun zum Schlusse gelangt sein, und der sächsische Exminister dieser Tage zum bayerischen Minister des Aeußern ernannt werden, oder bereits ernannt sein. Bestätigt sich dieses, so gäbe es einen neuen Beweis davon, was man hier zu Lande noch immer unter constitutioneller Regierung versteht. Das Ministerium Beisler mußte bekanntlich abtreten, weil es mit der Ansicht der Volkskammer, daß die Reichsgesetze rechtsgiltige Kraft in Bayern hätten, nicht einverstanden war, und nun ernennt man von der Pfordten zum Minister, der aus dem gleichen Grunde in Sachsen sein Portefeuille niederlegen mußte. Da nicht anzunehmen ist, daß Hr. v. d. Pfordten seitdem seine politischen Ansichten geändert hat, noch weniger aber, daß die bayerische Volkskammer die ihrigen ändern wird, so ist nicht abzusehen, wie beide neben einander werden bestehen können. Wird v. d. Pfordten Minister, so muß angenommen werden, daß die übrigen bayerischen Minister seine Ansicht theilen, so daß wir also allernächst, da Ende der Woche die Kammern wieder zusammentreten, wieder einmal eine Ministerkrisis, oder vielleicht auch eine Kammerauflösung zu erwarten haben. Letzteres gehört jedenfalls nicht zu den Unmöglichkeiten; denn wie zu erwarten steht, wird sich die Volkskammer mit großer Majorität für die unbedingte Geltung der von der Nationalversammlung beschlossenen und verkündeten Reichsverfassung aussprechen. Die Majorität des bayerischen Volkes erwartet von seiner Wahlkammer einen solchen Ausspruch und es wird, so Gott will, sein Erwarten nicht getäuscht sehen.

Auch der „Allgemeinen Zeitung" schreibt man von dem Gerücht, daß v. d. Pfordten nun doch ins Cabinet treten und das Portefeuille des Auswärtigen erhalten werde. Gewiß ist, daß nach königlicher Entschließung der Landtag abermals bis zum 15. Mai vertagt worden, und zwar aus demselben Grunde, aus welchem die letzte Prorogation erfolgte — wegen der verlängerten Ungewißheit der Lösung der Dinge in Frankfurt. Es fragt sich nur, ob er nicht gerade deßwegen berufen werden sollte.

Würzburg, 17. April. Gestern wurde hier im Garten des „Römischen Kaisers" eine stark besuchte Volksversammlung abgehalten. Zweck derselben war die Vorlage zweier Adressen, deren eine an die Nationalversammlung in Frankfurt, die andere an unsere Volkskammer in München gerichtet ist, in welchen unsere Vertreter zur Aufrechterhaltung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung nebst dem Reichswahlgesetz energisch aufgefordert werden. Beide Adressen wurden sofort mit zahlreichen Unterschriften bedeckt. Das Parlamentsmitglied, Herr Kirchgeßner, trat in dieser Versammlung als Redner auf und motivirte seine Abstimmung in der Oberhauptsfrage in einem gediegenen Vortrage, der mit dem ungetheiltesten Beifall aufgenommen wurde.

Freiburg, 16. April. Heute wurden in öffentlicher Sitzung des Hofgerichts die Namen der Geschwornen für die nächsten Verhandlungen des Geschwornengerichts aus der Urne gezogen. Durch Verfügung des großherzogl. Staatsministeriums vom 13. d. M. ist das weitere gerichtliche Verfahren gegen die wegen Hochverraths in Anklagestand versetzten Amalie v. Struve und deren Bruder Peter Dusar unter der Voraussetzung künftigen gesetzlichen Betragens niedergeschlagen, und sind in Folge dessen beide der Haft entlassen worden. — Die öffentliche gerichtliche Verhandlung gegen Joseph Fickler ist nunmehr auf den 2. Mai festgesetzt.

Frankfurt, 18. April. 13. Ziehung 6. Klasse der 115. hiesigen Stadtlotterie. Hauptgewinne: Nr. 5411, 19104, 11741 jede 1000 fl., Nr. 2092, 20481, 12983, 20705 jede 300 fl.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten

Cours der Staats-Papiere. 18. April 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	76⅛	76	Würtemb.	Obligationen b. Rothsch.	3½	75⅛	73½
»	ditto ditto . .	4	60	59½	»	Neue Württemberg.	4½	94⅛	94⅛
»	ditto ditto . .	2½	40⅜	40⅛	Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	80⅜	80⅛
»	Bank-Actien p. St.		1162	1177	»	L. 35 Loose		21	20⅜
»	L. 250 Loose p. Kass.		79½	79	Frankfurt	Obligationen	3	77⅜	77½
»	L. 500 » ditto		127	126½	»	ditto v. 1839	3½	92⅝	92⅜
»	Rothmann. Obligat.	4½	72½	72	»	ditto v. 1846	3½	89⅛	88⅜
»	ditto ditto	5	62½	—	»	Taunusbahnactien .		293	291
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	81	80⅛	Holland	Integrale	2½	50⅛	50
»	Prämienscheine . .		—	102	»	Holländische	4	—	98⅛
Bayern .	Obligationen	3½	79½	79	»	Syndicats	3½	—	73⅛
Darmstadt	L. 50 Loose		70⅜	70½	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—
»	L. 35 Ditto		22½	22	»	Innere Sch. neue Obl.	3	23½	23
»	Obligationen	3½	—	79	Portugal	Consols Lit. A L. 12.	3	—	—
»	ditto	4	87½	87	Polen	L. 300 Loll. Loos Rth.			98
Baden .	Obligationen v. 1849	3½	77⅜	77½	»	Obligationen de L. 500	4	74½	74⅜
»	L. 50 Loose v. 1840		48½	48	Russland	in R. S. L. Gr. à C.	4	—	82
»	L. 35 Loose		28½	27½	»	ditto b. Stieglitz et C.	4	—	81½

Gold.	L.	kr.	Silber.	L.	kr.	Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Pistolen	9	56	Geld al Marco .	383	—	Kurhessische Loose . . .	27⅜	27⅛
Pr. Friedrichsd'or	9	57	Laubth., ganze .	—	—	Sardinische Loose . . .	26½	26
Holl. 10 fl. Stücke	10	3	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	39	5 Frankenthaler .	—	—	Cöln-Minden	76⅜	76⅛
20 Francsstücke	9	38	Hochhaltig Silber	24	30	Ludwigsh.-Bexbach. . .	73⅛	73
Engl. Souverains	12	4	Gering z. mittelh.	24	30	Prinz-Wilhs.-Nordbahn .	84⅛	83½

Nach der Börse: 2½ pCt. Hut. — 1 pCt. Spanien. — Taunusbahn-Actien pr. Ult. — Ludw.-Bexb. — P.-W.-Nordb. — G.

A. Sulzbach, beeid. Makler.

Druck von August Oberrieth.

(Acht Extra-Beilage.)

№ 93. —— Donnerstag —— den 19. April —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Postbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/5 Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 73a.; 3) Postcommissär C. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Aus- und Ansichten.

Man sucht die neue Reichsverfassung häufig dadurch zu verdächtigen und herabzusetzen, daß man sie für das Werk zusammengewürfelter Majoritäten der Nationalversammlung erklärt, und ihr Schuld gibt, daß sie des innern Zusammenhanges und der praktischen Anwendbarkeit entbehre. So richtig es ist, daß die Parteistellungen in der Nationalversammlung nur zu oft gewechselt haben, und daß dadurch Verwirrung und Inconsequenzen in den Gang und das Resultat der Verhandlungen gebracht worden sind, so unrichtig ist es, wenn geleugnet werden will, daß ein Grundgedanke durch die ganze Verfassung hindurchläuft, der den Wünschen und Forderungen des größeren Theils von Deutschland entspricht, daher sich unfehlbar Bahn brechen und zur Anerkennung und Vollziehung der Verfassung führen muß. Dieser Grundgedanke besteht in dem Siege der Demokratie über jede Art von Bevorzugung, und findet seinen vollständigsten Ausdruck in dem von der Nat.-Vers. angenommenen Wahlgesetze. Hätte die Nationalversammlung sich die größtmögliche Schonung des Particularismus zur Hauptaufgabe gestellt, und wäre sie dabei von dem Grundsatze ausgegangen, daß die Stellung und Rechte der verschiedenen Stände möglichst gewahrt werden müßten, so würde die Verfassung nicht den allgemeinen Anklang gefunden haben, der ihr jetzt zu Theil wird. Die Idee der Einheit und Macht Deutschlands hat zwar eine weite Verbreitung erhalten und vorzugsweise die edleren Gemüther ergriffen, allein ohne den demokratischen Beigeschmack würde man sie in den Einzelstaaten meist ungenießbar gefunden und ihr so viel Schwierigkeiten in den Weg gelegt haben, daß man zuletzt von deren Verwirklichung hätte abstehen müssen. Wir wollen daraus kein Argument für die Güte der neuen Reichsverfassung, die wir in vielen Punkten anders gewünscht hätten, ableiten, sondern einfach eine Thatsache constatiren, die uns bei Beurtheilung der politischen Lage Deutschlands von der höchsten Wichtigkeit scheint. Schon jetzt ergibt es sich, daß wenn, wie wir nicht zweifeln, Sachsen und Württemberg sich für die unveränderte Annahme der neuen Reichsverfassung aussprechen, dies vorzugsweise auf Rechnung der Grundrechte und des Wahlgesetzes geschrieben werden muß. Sollten Preußen und Bayern einen entgegengesetzten Weg einschlagen, so würde sich in einzelnen Provinzen dieser Staaten das Gleiche ergeben, und gerade hierin liegt das Bedenkliche der von ihnen jetzt zu fassenden Entschließungen. Es ist als ausgemacht anzunehmen, daß die preußische Regierung sowohl, wie die bayerische die Absicht haben (oder doch hatten), die neue Reichsverfassung nur unter wesentlichen Modificationen zu genehmigen. Die Verwirklichung dieser Absicht ist durch die bereits erfolgte Erklärung der kleineren Staaten bedeutend erschwert worden, und würde es noch ungleich mehr werden, wenn auch Sachsen, Hannover und Württemberg sich auf die Seite der Nationalversammlung stellen sollten. In dem Falle würde man in Berlin und München erwägen müssen, ob man es auf die Gefahr der Spaltung des eigenen Staates wagen wolle, der Nationalversammlung mit einem Ultimatum entgegenzutreten und ihr dieses aufzunöthigen. In der Politik läßt man sich in der Regel mehr durch Besorgnisse als durch Hoffnungen bestimmen, und wir glauben daher, daß man die Sache weder in Berlin, noch in München auf die Spitze treiben, vielmehr nur solche Aenderungen in Anspruch nehmen wird, die sich, wie wir uns früher ausdrückten, als nothwendige Folge veränderter Thatumstände ergeben. Dies dürfte um so sicherer geschehen, als Oesterreich in seiner Circularnote vom 8. d. M. eine Sprache führt, die in dem übrigen Deutschland nicht verstanden wird, daher auch keinen günstigen Eindruck machen kann. Diese Note enthält nichts als eine protestatio facto contraria, und dürfte daher in Berlin zunächst Verlegenheiten, später aber eine große Mißstimmung erregen, sowie man sich von der Unmöglichkeit überzeugt haben wird, den Anforderungen Oesterreichs zu entsprechen. Deßhalb sind wir auch der Ansicht, daß jene Note den Sieg der demokratischen Ideen in Deutschland befördern, nicht aber ihn aufhalten wird. Man hat in gewissen Regionen den kleinen deutschen Staaten zum Vorwurf gemacht, daß sie sich der neuen Reichsverfassung mit zu großer Hast angeschlossen und ihrer früheren Unabhängigkeit sich begeben hätten. Dieser Anschluß ist durch das Benehmen Oesterreichs und insbesondere durch die in Vorschlag gebrachte Kreiseintheilung in so fern gerechtfertigt, als jene Staaten nur in einer auf ganz Deutschland anwendbaren gleichheitlichen Verfassung Entschädigung finden können, nichts aber ihnen mehr widerstreben würde, als Unterordnung unter bevorzugte Mittelglieder des neuen deutschen Reichs. Man drückt dies auch dadurch aus, daß man wohl zum Vortheil der deutschen Großmacht, nicht aber zum Vortheil von fünf oder sechs deutschen Kleinmächten auf seine Unabhängigkeit verzichten könne, und hierin stimmt die Ansicht der Regierungen mit der Gesinnung der Bevölkerung ihrer Staaten vollkommen überein. Dulce est socios habere malorum, und so möge man sich denn in das gemeinschaftliche Schicksal finden, nicht aber davon Anlaß zu gegenseitigen Anklagen und zu neuen Verwirrungen entnehmen.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

** Neuere Nachrichten von besonderer Wichtigkeit sind uns heute aus dem Norden nicht zugegangen. Dafür schwellen die Berichte über die zweite große Waffenthat unsrer tapfern Deutschen, über die Erstürmung der Düppeler Schanzen zu einer wahren Literatur an. Wir lassen weiter unten noch einiges darüber folgen. Eine Bestätigung der gestern als Gerücht gegebenen peinlichen Nachricht, als sei von Berlin aus unserm braven Heer Befehl gegeben, an der Königsau Halt zu machen und die jütländische Grenze nicht zu überschreiten, finden wir glücklicherweise in den heutigen Mittheilungen nicht. Wir wollen deßhalb auch noch nicht daran glauben. Das deutsche Schwert wird den Frieden schneller aufs Papier bringen als die diplomatische Feder, und wenn dänische Schiffe mit Hales'schen Raketen versehen, gegen deutsche Seestädte steuern, um die Brandfackel hineinzuwerfen, so muß der Krieg auf dänischen Boden getragen und an Wrangels Wort erinnert werden, „daß für jedes Haus in den Herzogthümern ein Dorf in Jütland und für jede Stadt hier zwei Städte dort brennen würden." v. d. Tann macht ernstliche Anstalten, die Insel Alsen zu nehmen. An dem Erfolg zweifelt wohl Niemand. So lauten die Stimmen in den Herzogthümern. Wir lassen nun unsere Berichte folgen:

** **Schleswig.** 14. April. Dem Siege bei Eckernförde ist rasch die Einnahme der Düppeler Höhen mit den darauf gelegenen Schanzen gefolgt. Am 12. d. M. Abends 8 Uhr drangen die Bayern nach Nübel vor, und stürmten am folgenden Morgen mit der Morgendämmerung die Düppeler Höhen. Ehe sie aber Meister derselben wurden, entstand ein gewaltiges Artilleriefeuer von dem jenseitigen Ufer unterstützt. Nachdem deutscherseits die Düppeler Mühle genommen war, wurde diese um 8½ Uhr von den Dänen in Brand geschossen, so wie auch andere Bauernhäuser in Brand gerathen sind. Wie man sagt, sollen zwei Compagnien Dänen ins Meer gedrängt sein, welche die Brücke nicht hätten gewinnen können; doch bedarf diese Nachricht noch einer Bestätigung. Es wurden anfangs 5 Wagen mit Verwundeten nach Flensburg gebracht, etwa 21 Mann; allein diese Anzahl hat sich vermehrt. Gerüchte gingen heute Morgen, welche unsern Verlust auf 500, ja auf 1000 Mann angeben. Allein dem ist nicht so. Unter den Verwundeten ist auch der aus dem vorjährigen Kriegszug bekannte bayerische Hauptmann Albosser. Oberstlieutenant von der Tann soll commandirt haben. Um Mittag griffen die Dänen die besetzten Höhen wieder an; nun kamen aber die Hannoveraner herbei, die sich bei Ulderup so tüchtig geschlagen haben, und warfen dieselben. Man erwartete verwundete Dänen, die gefangen genommen waren, heute Abend in Schleswig eintreffen zu sehen, da die fünf Hospitäler in Flensburg so ziemlich gefüllt und für die schwer Verwundeten offen gehalten werden müssen. Man sagt hier an mehreren Stellen, daß Sonderburg brenne; gewiß ist, daß manche dänisch-gesinnte Familie Sonderburg bereits verlassen und sich nach Fühnen übergesiedelt hat. Gestern Morgen gingen bedeutende Pontons mit preußischen Pionieren nach Flensburg durch. Beunruhigend wirkte ein flüchtiges Gerücht, als würden die Reichstruppen nicht in Jütland einrücken, wozegen die allgemeine Ansicht sich dahin ausspricht, daß der Uebergang über die Königsau durch die noch fehlende Cavallerie bedingt sei, die aber in diesen Tagen eintreffen wird. Die Dänen beunruhigen den Westen des Herzogthums Schleswig auf eine störende Weise. Man hat die kleinen Schiffe nicht weggebracht. Dieser haben sie sich nun bemächtigt und setzen von ihren in der Nordsee liegenden Schiffen Truppen ans Land. So sind sie am 12. in beträchtlicher Anzahl nach Föhr gekommen. Die Einwohner flüchteten nach Husum. Man sagt, daß 12 bis 16 Flüchtlinge, welche einem in der See bereits liegenden Fahrzeuge zu Fuß bei der Ebbe noch nacheilten, von der inzwischen eingetretenen Fluth, ehe sie das Fahrzeug erreicht hätten, verschlungen sein sollen. Man hat auch am Eingang der Hafen Schiffe wahrgenommen, so wie man heute sagte, daß die Dänen in Brunsbüttel an der Elbe eine Landung sollen versucht haben. Ein Bauer hat auf dem Coseler Felde — Cosel, ein Kirchdorf an der Schlei zwischen Schleswig und Eckernförde — den in dänischer Sprache geschriebenen Plan über die verunglückte Expedition bei Eckernförde gefunden, der von dem Pastor Rönnerkranz dem Generalcommando zugestellt worden ist. Hiernach hat man eine Allarmirung Südschleswigs bezweckt. Die Batterien sollten genommen und Eckernförde besetzt werden. Dadurch glaubte man — nicht wissend, daß unter dem Befehle des Herzogs von Koburg-Gotha hier ein Corps stand, zu bewirken, daß die Deutschen von Flensburg herbeieilen würden, um Eckernförde zu entsetzen. Die Nachricht von der Zerstörung der Strandbatterien, die man in einer Zeit von einer halben Stunde zu bewirken glaubte, sollte sofort in Flensburg durch ein Dampfschiff angezeigt werden. Dann beabsichtigte man mit einem bedeutenden Truppencorps vom Sundewitt aus Flensburg zu nehmen. An demselben Tage wurde die Westseite des Landes allarmirt. Eine weitere Aussage, die Graf Wedell-Jarsberg in Eckernförde gemacht haben soll, geht dahin, daß man nach Zerstörung der Schanzen durch das gelandete Heer Friedrichsort hat einnehmen wollen, indem die Orlogschiffe es von der Seeseite hätten angreifen sollen. — Nach den jetzt eingegangenen Wahllisten aus den einzelnen Districten des 4. schleswigischen Wahldistricts für die Wahl eines Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung, ist der Abgeordnete zur schleswig-holsteinischen Landesversammlung Dr. Steindorff gewählt worden. Aus dem adeligen Güterdistrict hatte der vormalige Präsident der gemeinsamen Regierung, Graf von Reventlow-Jersbeck, ebenfalls Stimmen; außerdem der Abg. Bremer und der Director Olshausen. Dr. Steindorff gehört dem Centrum der linken Fraction der schleswig-holsteinischen Landesversammlung an; er ist ein klarer, besonnener, aber entschiedener Charakter. Ob aber seine physische Constitution, nachdem er seit einem Jahre sich bei unserer Erhebung lebendig betheiligt hat, der aufreibenden Debatte in der Paulskirche lange gewachsen ist, ist eine andere Frage. Man wünschte vorzugsweise einen Schleswiger zu wählen, und bei den möglichen Eventualitäten, zu denen die Nationalversammlung in dem Falle unbedenklich kommen kann, wenn man das von ihr festgestellte nationale Verfassungswerk noch sollte modificiren wollen, wünschte die größere Mehrheit nicht den Director Olshausen dort hinzusenden, dessen politische Anschauung auf den demokratischen Staatsbau entschiedener gerichtet ist. Die eigenthümliche Lage, worin der schleswig-holsteinische Staat, factisch bestehend, von der Centralgewalt in seinem Regierungsorgane abhängig, von Preußen aber, wie die nicht angenommene Deputation der schleswig-holsteinischen Landesversammlung denkundet, nicht vollständig noch anerkannt, sich befindet, gebietet allerdings, daß diese politischen Verhältnisse berücksichtigt werden.

Von der **Niederelbe**, 12. April, 12 Uhr. Heute ist im „Altonaer Merkur" der (erste) Bericht über die Operationen der schleswig-holsteinischen Armee vom 3. bis 8. April erschienen, dem zwei Berichte Jungmann's über die Eckernförder Affaire vom 5. angehängt sind. Indeß ist sogar das letztgenannte Ereigniß seit gestern ganz in den Hintergrund getreten und seit 24 Stunden hört man von nichts mehr, als von der Eroberung der Düppeler Schanzen durch die Sachsen und Bayern sprechen. Es scheint, daß der Oberbefehlshaber der Reichsarmee in den Herzogthümern die momentane Abwesenheit der dänischen Schiffe, insbesondere der Kanonenböte, in der Gegend von Düppel benutzt und zugleich das Gerücht von dem bevorstehenden Einmarsche in Jütland und der Aufgebung des Sundewittschen hat verbreiten lassen, um die Dänen in den Düppeler Schanzen zu überraschen. Indeß scheint die dänische Macht, welche diese besetzt hielt, ziemlich stark gewesen zu sein. Vorgestern eröffneten nun eine Anzahl deutscher Batterien (man gibt ihre Zahl auf 9 [= 72 Geschütze] an) ihr Feuer gegen die Schanzen, die nach mehrstündigem hartnäckigem Widerstande der Dänen von den Sachsen und Bayern genommen wurden. Die vereinigten sächsischen und bayerischen Brigaden wurden vom Prinzen Eduard von Sachsen-Altenburg angeführt, aber der Held des Tages soll dessen Adjutant, der Freiherr v. d. Tann, gewesen sein. Der Verlust auf beiden Seiten muß nicht unbedeutend gewesen sein, da 15 Wagen mit Todten und nahe an 2000 Verwundete (Bayern und Sachsen) gestern nach Flensburg gebracht werden sein sollen. Auch des diesseitigen Brückenkopfs hatten sich die Deutschen bemächtigt, aber ihn als unhaltbar wieder aufgegeben. Noch gestern Abend erging an eine erst gestern in Altona angelangte preußische Pionierabtheilung der Befehl, sofort nach Düppel aufzubrechen und heute Früh 6 Uhr ging sie schon mit einem Extrazuge nach Rendsburg ab.

Die Flensburger Lazarethe sind schon mit Verwundeten ganz angefüllt; die Fieberkranken sind daher bereits sämmtlich weiter südlich geschafft und nachdem die Altonaer Hospitäler gestern Abend wiederum einen Zuwachs von 100 Kranken vom Norden her erhalten haben, werden auch da wohl nahe an 1000 Betten besetzt sein.

Dabei ist schon in Flensburg ein sehr bedeutender Mangel an Charpie eingetreten und Sie werden sich gewiß namentlich bei einem großen Theile

Ihrer Leser und Leserinnen ein Verdienst erwerben, wenn Sie ihnen dies zur Beherzigung mittheilen und zu Beiträgen für die Verpflegung der zahlreichen im Kampfe für das Vaterland Verwundeten auffordern.

Vorgestern gegen Abend haben plötzlich die Dänen in ziemlich großer Anzahl unvermuthet die Insel Föhr besetzt. Viele Bewohner der Insel sind geflüchtet, theils nach Husum, theils zunächst nach den nahe liegenden Halligen z., woran sich leider ein großes Unglück knüpft. Als man flüchtete, wars erste Fluth und auch um vor Ebbe das rettende Gestade zu erreichen, mußte man die Abfahrt beschleunigen. Ein Fahrzeug, welches gegen 9 Uhr Abends 16 Flüchtlinge nach Husum gebracht hat, war schon eine Strecke vom Lande entfernt, da trachtete noch eine, wie es heißt, ungefähr ebenso große Anzahl Fliehender zu Fuße, wie es nach dem augenblicklichen Wasserstande noch möglich schien, an Bord desselben zu gelangen. Aber wehe, die Fluth schwoll zu rasch, sie fanden sämmtlich oder größtentheils ihr Grab in den Wellen. Auf den westschleswigschen Inseln haben die Dänen friesische Seeleute gepreßt und eine Menge kleiner Küstenfahrzeuge genommen, mit denen sie jetzt der für größere Kriegsschiffe unzugänglichen Westküste unwillkommene Besuche abstatten. Man befürchtete in Husum einen Handstreich gegen die Stadt von einer derartigen Flottille. (D. T.)

Flensburg, 14. April. (B.-H.) Der Kampf, welcher stattfand, beschränkte sich nicht auf die Nähe von Düppel, sondern erstreckte sich auch weiter nordwärts nach Ballegaarde, Hardesboy (auf Alsen) gegenüber, und östlich von Ulderup. Bei Düppel wurden nicht nur die Schanzen (oder der Platz, wo diese gestanden) genommen, — sondern einige Truppen — vielleicht zwei Compagnien — sollen bis an die Fährstelle bei Sonderburg oder in die Nähe derselben vorgedrungen sein und einige und zwanzig Dänen unter einem Lieutenant theils aufgehoben, theils niedergemacht haben. Bei Ballegaarde — so wird erzählt — hätten die deutschen Truppen 2 Compagnien Dänen mit dem Bajonnet ins Wasser getrieben; Einige wären gerettet, Viele ertrunken. Bis jetzt hört man nur von Bayern, welche im Gefecht gewesen. Der Obristlieutenant von der Tann soll das, oder wenigstens ein, Commando gehabt haben. Der Hauptmann Aldosser ist durch einen Schuß, aber Gottlob nur leicht verwundet worden. Zwanzig bis dreißig Verwundete, Bayern, wurden gestern Abend hier eingebracht. Man sprach von 10 Gefallenen. — Es ist Mehreren aufgefallen, daß gestern Nachmittag nicht wenige kleinere Fahrzeuge in der Richtung von Höruphaff — südlich von Sonderburg — wo die Dänen Magazine haben sollen, in östlicher Richtung segelten. — Die Zahl der gestern hier vermeintlich ein-, durch- und ausgerückten preußischen Bataillone war in der letzten Mittheilung wohl zu hoch angegeben; heute aber sind hier 3 Bataillone des 12. preußischen Infanterieregiments und außerdem 2 Bataillone eingetroffen; außerdem ein Regiment bayer. leichte Cavallerie und das 4. hannov. Dragonerregiment durchpassirt. — Weder aus dem Norden noch aus dem Sundewittschen gibt es für heute etwas Neues mitzutheilen. (Bhl.)

JW **Flensburg**, 13. April. Wieder eine wichtige Siegesbotschaft aus diesem kurzen so glänzend begonnenen Feldzuge. Alle Schanzen von Düppel, die den Uebergang nach Alsen, diesen wichtigen Waffenplatz der Dänen, decken, sind vollkommen in der Gewalt unserer Truppen. Alsen selbst wird schon in den nächsten Tagen eingenommen werden, da der Uebergang jetzt sicher von unseren schweren Batterien, mit denen die Düppler Schanzen bedeckt sind, gedeckt wird. Die ganze Brückenequipage der schleswig-holsteinischen Armee eilte zu diesem Zwecke hier heute durch, um sich zu der Verfügung des Oberstlieutenants v. d. Tann, der dies Unternehmen besonders leitet, zu stellen. So ist jetzt das ganze schleswig-holsteinische Festland völlig von den dänischen Truppen geräumt, was im Laufe des ganzen vorigen Feldzuges nie erreicht wurde, obgleich damals die gleichen Mittel zu Gebote standen; aber es herrscht jetzt ein ganz anderer Eifer wie damals. Bei der Einnahme der Düppler Schanzen haben sich besonders die sächsischen und bayerischen Truppen ausgezeichnet, die trotz des heftigen Kanonenfeuers der dänischen schweren Geschütze unaufhaltsam fortstürmten. Besonders des zweiten bayerischen Jägerbataillons, welches diesen Winter in Frankfurt stand, wird vielfach rühmend erwähnt. Ueber die Verluste, welche unsere Truppen bei diesem glänzenden Siege erlitten, läßt sich noch nichts Genaueres berichten; doch müssen dieselben leider nicht gering sein, denn lange Wagenzüge mit Verwundeten, besonders Bayern, Sachsen und Hannoveraner, kommen hier an und die Hospitäler hier sind schon sehr gefüllt.

Von dem Gefecht am 13. wird noch erzählt, daß ein Bataillon Bayern von numerisch überlegenen Dänen, nach Schätzung 2 Bataillonen, angegriffen und in einer Entfernung von nicht unter 150 Schritt beschossen, diese bis auf 40—50 Schritt nahe kommen ließ und sie da mit einem mörderischen Feuer empfing und zurücktrieb. Erzählt wird noch, daß v. d. Tann der Erste in oder am Brückenkopf (bei der Sonderburger Fähre) gewesen sei. In der Nähe des Alsener Sundes soll man unserer Seite mit Eifer an Verschanzungen arbeiten. Bestimmt wird erzählt, daß wenige oder gar keine dänische Kriegsfahrzeuge bei Sonderburg liegen; vielmehr seien sie bei Höruphaff stationirt. Die Häuser in Sonderburg sollen tarirt und manche Sachen von Werth weggeschafft sein. — Die Ankunft der Dänen, 200 bis 300 Mann, aber nicht reguläres Militär, auf den Inseln in der Wesser (Nordsee) hat viele junge Leute von dort vertrieben, welche fürchteten, gepreßt zu werden. Auch wird die Erscheinung der Dänen in den Gewässern die Nordfriesen in der Marsch alarmirt haben (vermuthlich hat man eine Landung bei Südwesthörn, einem kleinen Hafen der Südspitze Sylts gegenüber, gefürchtet): denn in Niebüll und Deezbüll gingen die Sturmglocken, und in kurzer Zeit sah man 1200 Mann Friesen nach der bedrohten Küste ziehen.

Altona, 15. April. In Folge gestern Abend angelangter Ordre aus dem Hauptquartier im Sundewitt sind die noch hier verbliebenen preußischen Pioniere diesen Morgen früh mit einem Extrazuge nach dem Norden abgegangen.

* Vom ungarischen Kriegsschauplatz

** Auch heute keine andre Nachrichten als die officielle Bestätigung dessen, was unsern Lesern bereits gestern und vorgestern, wenn auch in minder bestimmter Weise, mitgetheilt werden ist: die Erstürmung von Waitzen durch die Magyaren, die Abberufung von Windischgrätz, die Aenderung seines Generalstabes, die Ernennung von Welden zum Oberfeldherrn. Graf Wrbna ist pensionirt. Der Insurgentengeneral Perczel, nicht Bem, ist bei Földwar über die Donau gegangen. Welden sollte sich am 15. in das Lager nach Ungarn begeben, nachdem er noch am 14. eine großartige Revue über die Wiener Garnison abgehalten hatte, um Abschied zu nehmen. Ob die Angabe in Wiener Briefen, daß russischer Beistand in Anspruch genommen werden solle, begründet ist, müssen wir um so mehr dahin gestellt sein lassen, als es heißt, daß gegen solchen Beistand nicht nur die Minister Stadion und Bach, sondern der junge Kaiser selbst gestimmt und hierüber entstandene Cabinetsdifferenzen wieder beigelegt seien. Nichtsdestoweniger wiederholen wir diese Angaben, denen zufolge 60,000 Mann Russen von zwei Seiten in Siebenbürgen, und 30,000 M. über Krakau in Galizien einrücken sollen, damit die hier verwendeten österreichischen Truppen für Ungarn disponibel werden. Ueber die jüngste Lage der Dinge gibt nachstehender Brief der „Allg. Zeitung" den besten Aufschluß:

Wien, 14. April. Durch das gestern erwähnte hitzige Gefecht bei Szent-Endre, in welchem die Insurgenten die Oberhand behaupteten, wurde das in Waitzen selbst stehende Corps von 8000 Mann unter Feldmarschallieutenant Csorich von dem übrigen linken Flügel der kaiserlichen Armee abgeschnitten. Dembinski, der durch Zurücklassung seiner Vorposten das auf dem Felde Rakosch stehende Centrum der kaiserlichen Truppen zu täuschen suchte und mit dem Angriff auf Szent-Endre den linken Flügel beschäftigte, umging mit einem Theile seiner Mannschaft die kaiserliche Armee, gewann die Straße bei Dunakezi nach Waitzen, eilte mit seinen Husaren dahin, vereinigte sich mit Görgey und überfiel mit dreifacher Uebermacht das Csorichische Corps, welches, sich in die Stadt zurückziehend, dort einen wüthenden Straßenkampf zu bestehen hatte. Dieser aber konnte bei der für die Insurgenten günstigen Stimmung der dortigen Bevölkerung, welche hie und da schon aus den Fenstern schoß, natürlich nur mit Nachtheil geführt werden, daher General Csorich sich zurückzog und Waitzen den Insurgenten überließ. Der Verlust an Todten und Verwundeten auf beiden Seiten ist bedeutend, der kaiserl. General Götz wurde in diesem Straßenkampf, wie man behauptet, von einer aus dem Fenster geschossenen Kugel tödtlich verwundet; nach neuern Berichten soll er aber noch am Leben sein. Zwölf kaiserl. Offiziere seien verwundet in die Hände der Insurgenten gefallen; ein neuer Beweis für die letzthin geäußerte Meinung, daß die Insurgenten, wo sie nur können, einzelne Corps zu überfallen und aufzureiben suchen. Uebrigens vollzog General Csorich in geordneten Reihen seinen Rückzug auf der Straße gegen Komorn zu. Gran liegt drei Stunden von Waitzen neben dieser Straße, jedoch auf dem rechten Donauufer. Möglich, daß er hier über die Schiffbrücke setzt, wahrscheinlicher, daß er sich mit der kaiserlichen Abtheilung in Balossa-Gyarmat vereinigt und Waitzen wieder angreift oder dem Komorner Cernirungscorps sich anschließt, um, wenn das bei Neuhäusel sich versammelnde Hilfscorps schon marschfertig wäre, dem weitern Vordringen der Insurgenten Einhalt zu thun. Von den Operationen des übrigen linken Flügels unter Fürst Windischgrätz weiß man nichts Bestimmtes. Jedenfalls befindet sich in Ofen, sein Corps steht knapp vor Pesth, den Insurgenten unter Vetter gegenüber, die dasselbe mit kleinen Gefechten beschäftigen und das Resultat des versuchten Uebersetzens der Donau bei Földvar abzuwarten scheinen, wo nicht Bem, wie es früher hieß, sondern Perczel mit einem ziemlich starken Insurgentencorps auf das rechte Donau-Ufer wirklich übergegangen sein soll und den Landsturm aufzubieten versucht. Graf Schlick rückt mit dem Centrum der kaiserlichen Armee dem Dembinski nach, um die Entsetzung Komorns zu hindern. Sie sehen, daß die Insurgenten, ohne eine Hauptschlacht zu liefern, durch die Schnelligkeit ihrer Manöver ihren Zweck — die Straße nach Komorn zu gewinnen — erreicht haben. Ob sie bei Szent-Endre den Uebergang auf die Ofener Seite bewerkstelligen konnten, ist noch ungewiß. Andererseits können sie eben deßhalb, weil die kaiserliche Armee — durch keine entscheidende Schlacht zurückgedrängt — noch immer Herr ihrer Bewegungen bleibt, leicht in eine Stellung gerathen, welche alle durch die Insurgenten errungenen Vortheile vernichtet. Ich theile daher durchaus noch nicht die Befürchtungen, welche die Schlappe in Waitzen beim größern Publikum in Wien hervorrief. (Die „Ostdeutsche Post" erwähnt ein unbestimmtes Gerücht, wonach Waitzen von den kaiserlichen Truppen wieder genommen wäre.) Fürst Windischgrätz konnte der immer wachsenden Uebermacht der Insurgenten nicht die erforderliche Zahl von Truppen entgegensetzen; die Verstärkungen sind erst im Anmarsch, ohne diese kann der beste Feldherr gegenüber der Ueberzahl fanatisirter und gut geführter Insurgenten nicht viel ausrichten. Indessen schreibt man die Schuld auch auf die Unzulänglichkeit und Fehlerhaftigkeit seines entworfenen Operationsplanes, daher der Feldmarschall den Befehl erhielte sich allsogleich ins Hoflager nach Olmütz zu begeben. Nach einigen soll er zum Oberhofmeister bestimmt sein, was aber unwahrscheinlich ist; vielmehr dürfte er das Generalcommando in Böhmen wieder übernehmen. General v. Welden ist (wie schon gestern gemeldet) zum Oberbefehlshaber der ungarischen Armee ernannt; er reist morgen mit Freiherrn v. Jozika, der die Civilverwaltung ordnen soll, nach Ofen ab, die Gouverneursstelle in Wien bleibt übrigens für ihn offen. Der hiesige Commandirende, F.-M.-L. Böhm, besorgt einstweilen auch dieses Amt. Der Chef des Windischgrätzischen Generalstabes, Graf Nobili, und General Rousseau sind von Ofen gleichfalls abberufen; F.-M.-L. Graf Wrbna, der jetzige Commandirende in Ofen, ist pensionirt, und so hoffen nun Alle von den neuen Führern der Armee, welche die Verstärkungen baldigst an sich gezogen haben wird, eine glücklichere Bekämpfung der Insurgenten. — Obrist Möllner, Militärreferent, wurde General und Unterstaatssecretär des Kriegsministers, General Baron Zettwitz an dessen Stelle Militärreferent. Man sagt, daß der Kaiser sich zur ungarischen Armee begeben soll. Ich glaube nicht, daß in den jetzigen Verhältnissen das Ministerium einen solchen Rath ertheilen konnte, daher wohl auch diese Nachricht zu den vielen falschen Gerüchten gehört.

Inhalt

Deutschland. Frankfurt (Schrift über des Königs von Preußen Antwort. v. Beckerath nach Berlin. Anzeichnung). Triest (Die sardinische Flotte). Berlin (Verhandlungen der zweiten Kammer). Aus Bayern (Die Vertagung der Kammern). München (Graf Lerchenfels-Köfering). Dresden (Kammerverhandlungen). Leipzig (Eindruck der nordischen Siegesnachrichten). Norden (Für den deutschen Kaiser). Braunschweig (Heinrich von Gagern Ehrenbürger dieser Stadt). Biebrich (Adreise des Herzogs nach Schleswig-Holstein). Lübeck (General Fabvier).
Börsenberichte.

Deutschland.

Kr **Frankfurt**, 18. April. In einer hier vielfach verbreiteten, unter den Abgeordneten und andern Männern von Einfluß unentgeltlich vertheilten, am 9. d. M. in Berlin geschriebenen Brochure, über die Antwort des Königs von Preußen und die Erklärung der Reichstagsdeputirten, heißt es S. 18: „Da in der Circularnote vom 3. April gesagt sei, Se. Majestät sei, dem ergangenen Rufe Folge leistend, entschlossen, an die Spitze desjenigen deutschen Bundesstaates zu treten, der aus denjenigen Staaten sich bilde, welche demselben aus freiem Willen sich anschließen würden: so sei es perfide gehandelt, wenn die Deputation vorausgesetzt habe, der von der Note vorbereitete Congreß solle sich in corpore über die Annahme der Reichsverfassung erklären. Die Entschließung sei jedem einzelnen Staate, unabhängig von den übrigen, überlassen worden. Von irgend einem Amendiren der Verfassung sei mit keinem Worte die Rede!! Nun aber sagt uns die gestrige Beilage zur „Deutschen Zeitung", der preußische Bevollmächtigte habe den Bevollmächtigten der Staaten, welche die wahrhaft deutsche Collectivnote vom 14. d. M. unterzeichneten, erklärt, daß die von Preußen beabsichtigte commissarische Verhandlung durch das Entgegenkommen der 28 Regierungen überflüssig geworden sei. Also lag denn doch wenigstens eine Commission, richtiger wohl eine collegialische Berathung, in der Absicht der preußischen Regierung, und diese konnte doch wohl nichts anderes zum Gegenstande haben, als Amendirung der Reichsverfassung, wenn die Annahme derselben von Seiten vieler Regierungen dem Bevollmächtigten der Plan verwirrte und ihn nöthigte, neue Instructionen zu fordern. Indem übrigens die übrigen Bevollmächtigten am 14. sich erklärten, haben sie sich nicht im Geringsten überstürzt. Denn nach der eigenen Aufforderung der preußischen Regierung durften sie darauf rechnen, daß spätestens am 12. der preußische Bevollmächtigte „mit der erforderlichen Instruction und Autorisation versehen" in Frankfurt anwesend sein werde.

* **Frankfurt**, 18. April. Se. Majestät der König von Bayern haben allergnädigst geruhet, aus Anlaß der glücklichen Wiederherstellung Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers, höchstdessen Leibarzte Herrn kaiserlichen Rath und Regimentsarzt, Dr. Taubes, das Ritterkreuz des königlichen Verdienstordens vom heiligen Michael zu verleihen. Aus derselben Veranlassung fanden sich Se. königliche Hoheit der Großherzog von Baden gnädigst bewogen, dem Leibarzte Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers das Ritterkreuz vom Orden des Zähringer Löwen zu verleihen.

w **Frankfurt**, 18. April. Heute ist der Herr Reichsminister v. Beckerath nach Berlin abgereist.

Triest, 13. April. Die feindliche Flotte lichtete gestern die Anker und segelte nach Venedig, um die dort befindlichen Piemontesen an Bord zu nehmen und die zwei sardinischen Schiffe, die man mit Gewalt zurückhält, herauszufordern. Die hier stationirte Fregatte „Guerriera" hat sich zu unserer Flotte in Pirano begeben.

† **Berlin**, 16. April. Ueber die heutige Sitzung der zweiten Kammer ist zu dem bereits Gemeldeten (vgl. erste Beilage zur gestrigen Nummer) noch Folgendes nachzutragen. Ein dringender, durch eine Petition von 3580 Bürgerwehrmänner motivirter Antrag von Stein und Genossen auf Rehabilitirung der suspendirten Breslauer Bürgerwehr geht in die Justizcommission. Pfeiffer interpellirt die Minister des Innern und des Krieges langweilend über das Auswanderungsrecht der Militärpflichtigen, und findet in dessen Verlegung eine Verletzung des Artikel 10 der Verfassung. Der Minister des Innern antwortet: Das Ergebniß der zwischen den betreffenden Ministerien gepflogenen Verhandlungen sei die Verordnung vom 4. März d. J. Art. 10 könne unmöglich den Sinn haben, daß jeder Preuße unter allen Umständen auswandern könne; sonst wäre es jedem im Heere Stehenden jederzeit erlaubt, seine Waffen niederzulegen und das Heer zu verlassen. Beide Behörden wären einverstanden, daß die durch gewisses Alter und Eigenschaften bedingte Verpflichtung jedes Staatsbürgers zum Waffendienste aufrecht erhalten werden müsse, und demnach werde § 17 des Gesetzes vom 31. December 1842 noch immer ohne Verletzung der Verfassung als maßgebend betrachtet. Kriegsminister v. Strotha weist mehrere unrichtige Behauptungen des Interpellanten und als Verleumdung die Angabe zurück,

daß preußische Landwehroffiziere aus Furcht vor Gefahr ausgetreten seien. (Links: Zur Ordnung! Zur Ordnung!) v. Berg: Es steht keinem Minister, der nicht Abgeordneter ist, zu, Aeußerungen von Abgeordneten unpassend zu nennen. Graf Schwerin: Es steht jedem Mitgliede dieses Hauses zu, ein Urtheil auszusprechen, ob es Etwas für passend halte oder nicht; und es gibt kein Gesetz, welches dem Herrn Minister das Recht abschneidet. Justizminister Simons antwortet noch auf einen in früherer Sitzung gefallenen Vorwurf des Abg. Haade, diesem sei nicht gestattet, sich in seiner Anwaltschaft durch einen Referendar vertreten zu lassen, daß ein Stellvertreter dieselbe Amtsqualification besitzen müsse, wie der Vertretene: daß eine Verletzung des Art. 77 der Verfassung nicht vorliege, der nur bestimme, Abgeordnete bedürfe keines Urlaubs; und daß der Staat in fremde Rechte eingreifen würde, wenn er Stellvertreter anschaffen wollte. Von jetzt ab beginnt eine mehr als dreistündige Discussion über das Gesetz, betreffend die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes, welches nach der Regierungsvorlage 23, nach dem Bericht des Centralausschusses 18 Paragraphe umfaßt, also wesentlich von diesem umgearbeitet ist. Unter Anschluß an die Meinung sämmtlicher Abtheilungen hat dieser ein solches Gesetz als Bedürfniß erachtet, andererseits aber auch fest daran gehalten, daß das Recht zur freien Vereinigung und Versammlung als ein dem Volke verfassungsmäßig gewährleistetes aufrecht erhalten werden müsse. Diese Stellung zum Volke und dessen Rechten repräsentirte die eine Seite des Hauses; die andere bekundete ihre politische Richtung in dem Amendement von Ziegler und Temme: „Die Kammer wolle beschließen: das ganze Gesetz wird zurückgewiesen und dem Ministerium anheimgegeben, nach der 2. Alinea des § 27 der Verfassung vom 5. Dec. 1848 ein Gesetz über Versammlungen unter freiem Himmel einzubringen.“ Die Unterstützung erfolgt, und nächstdem die allgemeine Discussion. Bauer (Stolpe) spricht gegen das Gesetz Worte, in denen nach dem Urtheile des Berichterstatters Scheerer am Schlusse der Discussion kein zusammenfassender Gedanke war. Graf Arnim entwickelte dagegen, zwischen dem Standpunkte des Rechts und der Polizei liege ein dritter höherer, der der Politik, und weiß die Aufmerksamkeit des ganzen Hauses zu fesseln. Er erkennt von diesem Standpunkte aus an, daß das Clubgesetz Beschränkungen enthalte, welche einem vollendeten constitutionellen Staatsleben noch keineswegs entsprechen, die aber durch dessen Neuheit und praktische Bedürfnisse geboten und daher als ein Durchgangspunkt im öffentlichen Leben zu betrachten sind. Die Rede hat so viel Practisches und versöhnlich Ansprechendes, daß sich unter das am Schlusse ertönende Bravo nur zwei, höchstens drei Zischer der äußersten Linken mischen. Temme berichtet, daß das Urtheil des In- und Auslandes über die drei Gesetze des Ministeriums, das Placaten-, das Club- und Preßgesetz, ein vernichtendes sei, und kann noch immer nicht vergessen, wie die Politik der Minister in der Paulskirche nicht habe an die Spitze Deutschlands gestellt werden können, als ob Deutschland überhaupt nach dem Paleschlage der Neuzeit sein Heil in irgend einem Ministerium finde. Er wirft die drei Gesetze sogar mit dem längst verschollenen Ehegesetze von 1842 in einen Topf; und fällt vollends aus der Consequenz, indem er noch ein Strafgesetz über bewaffnete Theilnahme an Volksversammlungen zulässig findet. Die Verworrenheit der Vorlage wie des vom Centralausschusse aufgestellten Entwurfes habe ihn und Herrn Ziegler bewogen, das Amendement zu stellen. Die Eröffnung der Aussicht auf baldige Revolution nacht den Schluß der Rede. Urlichs, den von Temme angedeuteten Weg friedlicher Entwicklung vorziehend, weist die Revolution zurück. Er vertheidigt sodann den Entwurf des Centralausschusses gegen die Vorwürfe der Prävention, der Verfassungsverletzung, und vindicirt dem Staate das Recht, Kenntniß von den Handlungen der Versammlungen durch seine Organe zu nehmen. Er gebrauche nur dasselbe Recht, welches jeder Bürger ausübe. Die Männer in Frankfurt seien es, welche die Grundsätze ausgesprochen, die hier angefochten würden. Ohne deren Ausführung gehe das Vaterland einer drakonischen Gesetzgebung entgegen. Ziegler, den Urlichs'schen Vortrag der Unklarheit zeihend, spricht sich anerkennend über die Ordnung der Arnim'schen Rede aus, und will sie deßhalb widerlegen. Dies geschieht durch die Behauptung, ein successives Uebergehen zu einer freiern Gesetzgebung verhindere die Excesse nicht. Von den alten Gesetzen kommt er dann auf die alten Beamten zu sprechen, und meint, wenn es so fort gehe, so rennen wir in den Polizeistaat hinein. Wäre das Ministerium nicht ängstlich, so hätten es die Grundrechte eingeführt. Aber das Volk, gibt er zu bedenken, ist ein Riese. Ueber die französische Revolution von 1789 seien wir das neue Urtheil, sie habe das Unglück gehabt, daß die französischen Staatsmänner das Volk sich nie in dieselbe hätten hinein leben lassen. „Hätte man das Volk einmal ohne Steigbügel und Sattel reiten lassen, so würde es frei geworden sein.“ Er fragt, ob wir den Weg Englands oder Frankreichs gehen würden, und stellt Letzteres in Aussicht, ohne jedoch zum Schlusse die Bitte zu verschweigen, daß die in der Verfassung zugesicherten Freiheiten erhalten werden möchten. Es folgt noch eine Reihe von Rednern für und wider. Jene sind v. Vicbahn, Stiehl, Graf Schwerin. Gegen die Entwürfe sprachen noch Schneider (Köln), d'Ester, Schulze (oft mit großem Beifall seiner Partei). Zum dritten Male erhoben wird der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Indessen haben zu persönlichen Bemerkungen noch Graf Arnim, v. Kirchmann, Kleist-Nangow, v. Vicbahn, d'Ester, Graf Schwerin und nochmals v. Kirchmann das Wort, bevor der Referent, Abg. Dr. Scheerer (Düsseldorf) durch ein ausgezeichnetes Resume und beigefügte Schlußentwickelung der Sachlage die Ehre hat, der Wahrheit durch öfter auf ihn einbrechenden Sturm die glänzendste Anerkennung zu verschaffen. Am Schlusse erntet er denn auch ein stürmisches Bravo, dem ein gräßliches Charivari sich beigesellt, beides sich immer überbietend und donnernd anhaltend. Das Amendement von Ziegler und Temme wird bei Namensaufruf mit 187 gegen 141 Stimmen verworfen und die Sitzung erst um 4 Uhr geschlossen; ein Resultat, das allein dem entschieden freisinnigen Auftreten vieler Redner der Rechten zuzuschreiben ist, und welches uns den Weg zeigen sollte, den unsere Volksvertreter gehen müssen, um die Maßlosigkeit zu überwinden und die Nation zu befriedigen.

Bayern. Durch Bekanntmachung im Regierungsblatt vom 16. April wird der Landtag weiter bis zum 15. Mai vertagt. Die „Neue Münchener Zeitung“ motivirt das, wie folgt: „Da die Ungewißheit über die Lösung der deutschen Frage, wodurch die unterm 29. März l. J. erlassene allerhöchste Entschließung veranlaßt wurde, immer noch fortdauert, die Art dieser Lösung aber von Einfluß auf mehrere wichtige Gesetzesvorlagen ist, so haben sich Se. Maj. der König unterm 15. d. M. bewogen gefunden, den Landtag unter Bezugnahme auf die Bestimmung des Tit. VII § 23 der Verfassungsurkunde bis zum 15. Mai d. J. weiter zu vertagen.“

München, 15. April. Graf Lerchenfeld-Köfering ist heute wieder von hier abgereist, jedoch nicht nach Frankfurt, wie man vermuthet hatte, sondern nach Berlin, wo derselbe indeß nur kurze Zeit verweilen dürfte. Wen die bayerische Regierung in Folge der preußischen Circularnote vom 3. d. M. als Bevollmächtigten nach Frankfurt senden wird, oder ob sie überhaupt eine solche Sendung beabsichtigt, darüber vernimmt man durchaus nichts Bestimmtes. (N. C.)

00 **Dresden,** 16. April. Der Staatsminister v. Beust beantwortet die in Bezug auf die preußische Circularnote vom 3. April gestellte Interpellation in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer dahin, daß die Regierung jene Note erhalten, sich mit der badischen Regierung in Vernehmen gesetzt, aber eine definitive Antwort noch nicht abgegeben habe. Der Interpellant Tzschirner macht einige Ausfälle auf das abgetretene Ministerium, welches ohne die Kammer die erstbehandelte preußische Circularnote beantwortet habe, und erwartet, daß das jetzige Ministerium eine definitive Antwort ohne Zustimmung der Kammern nicht abgeben werde. Abg. Finke begründet seinen Antrag, die Niedersetzung eines außerordentlichen Ausschusses für Reform der Rechtspflege betreffend. Der Abgeordnete findet in der jetzigen Rechtspflege nicht weniger als Alles schlecht, spricht von „Zopf“, „Hierarchie“, „gegenseitiger Assecuranz“ ꝛc. und scheint alles Heil darin zu finden, daß das Unterste zu Oberst gekehrt werde. Das Volk soll sich seine Richter selbst wählen (vielleicht auch künftig das Kind seinen Lehrer?); die Appellationsgerichte und Gerichtshöfe mit gelehrten, bezahlten Juristen müssen aufhören, an deren Stelle „Volksgerichte“ (warum nicht gleich die Vaterlandsvereine genannt?) treten; die Ehe-, Militär- ꝛc. Gerichte sind aufzuheben (natürlich, da das Militär — vielleicht auch die Ehe? — als besonderer Stand künftig nicht mehr existirt); alles Strafgericht ist den Geschwornen zu überlassen!! — Sie sehen, wenn das goldene Zeitalter irgendwo beginnt, so sind wir Sachsen die Ersten, zu denen es kommt! — Der Gegenstand der ferneren Berathung war der Bericht des ersten Ausschusses über das königliche Decret vom 2. März d. J., den Gesetzentwurf wegen Ausführung des Art. III der Grundrechte des deutschen Volkes betreffend. (Darüber morgen.)

*= **Leipzig,** 16. April. Die Schanzenerstürmung bei Düppel und der Antheil, welchen Sachsens Truppen an der ruhmvollen Waffenthat gehabt haben, hat hier die allgemeinste und freudigste Sensation hervorgerufen. Vor solchen Nachrichten treten selbst die Meßinteressen, welche jetzt vorzugsweise unsere Stadt beschäftigen, zurück; sie werden andererseits zu siegreichen Waffen gegen das specifische Sachsenthum, welches unsere Reactionäre und ein Theil der radicalen Partei noch nicht völlig überwunden hat. — Die Stadt füllt sich allmählig mit Meßfremden. Man hofft diesmal allgemein, daß die gegenwärtige Messe eine gute sein werde.

Norden (im Hannoverschen), 6. April. Von hier ist eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Adresse an den König abgegangen, mit der Bitte, dahin zu wirken, daß der König von Preußen zur Annahme der auf ihn gefallenen Wahl sich bereit erkläre. In gleichem Sinne haben die Einwohner Greetsyhls (in Ostfriesland) Adressen an den König von Hannover und den König von Preußen gerichtet.

† **Wiesbaden,** 18. April. Gestern Vormittag reiste der Herzog von Nassau, begleitet von seinem Bruder, dem Prinzen Nikolaus, nach Schleswig-Holstein ab. Die Bürgerwehren von Wiesbaden und Biebrich und eine große Menschenmenge hatten sich am Landungsplatz der Dampfschiffe zu Biebrich versammelt. Sie riefen dem im Dienste des Vaterlandes in die Ferne ziehenden Herzog ein tausendstimmiges Hoch! zu.

Braunschweig, 15. April. Die „deutsche Reichszeitung“ berichtet: „In einer Versammlung der städtischen Behörden, Magistrat und Stadtverordneten vom 12. wurde auf den Antrag des Stadtverordneten Willies einstimmig beschlossen, dem Reichsminister Heinrich v. Gagern das Ehrenbürgerrecht der Stadt Braunschweig zu verleihen. Es war dieser Schritt, durch welchen städtische Corporationen wohl den klarsten Ausdruck ihrer Gefühle und Gesinnungen zu geben vermögen, längst beabsichtigt, nach dem Wunsche Vieler aber deßhalb verschoben, weil sie der Urkunde eine würdige Hülle zu geben für angemessen hielten. Der schwere Ernst dieser Tage drängt aber jene Rücksicht in den Hintergrund: gerade jetzt wollte man dem Manne, dessen Arbeit wieder mit Vereitelung bedroht wurde, seine innige Anerkennung aussprechen, gerade jetzt, wo von neuem schwarze Wolken ihren Ring über die deutsche Erde nehmen, wollte man sich dankbar dessen erinnern, der mit unwandelbarer Treue und unermüdlicher Thätigkeit dahin gestrebt hat, daß es bei uns licht und helle werde. Die Braunschweiger werden auf diesen Ehrenbürger stolz sein, wie Deutschland auf diesen Deutschen stolz ist, aber noch mehr werden sie ihren Stolz darin setzen, unter denen stets eine der ersten Stellen einzunehmen, welche den großen Weg Gagern'scher Politik trotz aller Mühen und Fährlichkeiten hinanwandelu zum Heile Deutschlands.

Lübeck, 13. April. General Fabvier ist heute mit dem Dampfschiffe „Lübeck“ von Kopenhagen hierselbst eingetroffen. Nach seinen Aeußerungen bestätigt es sich vollkommen, daß er mit dem Kriegsminister Hansen in ernstlichen Conflict gerathen. Er hatte Kopenhagen in hohem Grade unbefriedigt verlassen, und soll von der Gehaltlosigkeit des dänischen Kriegsenthusiasmus, sowie von der Unmöglichkeit, den Krieg auch nur auf einige Wochen fortzusetzen mehr als überzeugt sein. Interessant ist, daß das Ministerium auch ihm gegenüber das System der Täuschung, mit dem es das Heer zu ermuthigen und das Ausland zu schrecken wähnte, hat befolgen wollen. Zu seinem großen Befremden hat der General die Entdeckung gemacht, daß in dem ihm vorgelegten Status der Armee die dänische Landmacht um mehrere tausend Mann höher angegeben war, als sie wirklich betrug, und daß von der auf dem Papier befindlichen Reserve auch nicht ein einziger Mann vorhanden war. Sehr begreiflich hat der General unter solchen Umständen seine Stellung nicht mehr behaupten wollen. Schließlich noch die Nachricht, daß nach den Mittheilungen eines mit dem Kopenhagener Hofe liirten Diplomaten von dem dänischen Cabinet Anträge auf Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen demnächst zu erwarten sind.

Börsenberichte.

½ **Frankfurt,** 18. April. Die Börse zeigte heute mehr Leben, es geschahen mehrfache Ankäufe, und größtentheils konnte man für sämmtliche Fonds sowohl wie Eisenbahnactien wilig bessere Preise als gestern bezahlen. Von österreichischen Effecten blieben 5pCt. Metall. 76 pCt., 2½pCt. Metall. 40½ pCt., Wienerbankactien 1177 fl., 500 fl. Loose 126½ pCt., 250 fl. Loose 79 pCt. G. Alle übrigen Anlehensloose sehr fest im Cours, Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27½ Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 27½ fl., do. 50 fl. Loose 48 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 70½ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20½ fl., Sardinische Loose 26 Fr., Poln. 500 fl. Loose 74½ Rthlr. Sämmtliche süddeutsche und belgische Obligationen beliebt, und gut preishaltend. Dänische 2½pCt. Integr. sehr gesucht 50 pCt. G. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 33½, Rthlr., Berbach 73 pCt., Köln-Minden 76½, pCt., Taunus 292 fl. In 3pCt. inländ. Span. war das Geschäft sehr animirt; bereits vor der Börse haben sich benannte Fonds durch Ankäufe, welche für ein grosses Banquierhaus darin geschahen, auf 23½ pCt. und schließen an der Börse 24½ à 23½ pCt. In Wechseln wurde zu den gestrigen notirten Coursen in sämmtlichen Devisen nur sehr wenig gethan. Abends in der Effectensocietät wurden 3pCt. inl. Span. zu 23½ pCt. verhandelt.

Berlin, 17. April. Staats-Schuldscheine 80½ bez., Gerhandlungs-Prämienscheine 99½ G., Bankantheile 84½ u. etw. 85 bez., Berlin-Hamburg 51 bez. u. G., Köln-Minden 76½ u. ¼ bez. u. G., Friedr.-Wilh.-Nordbahn 33½ bis ½ bez., Rheinische 47 Br., Leipzig. 49 G., 4pCt. Anl. bei Stieglitz 5. 86½ B., Poln. 500 fl. Loose 74½ etw. bez., do. 300 fl. Loose 93 Br., Kurhess. Prämienob. à 40 Rthlr. 27½ B., Neue Bad. Anleihe à 35 fl. 16½ Br.

Bei sehr beschränktem Geschäft blieben die Course der Fonds sowie die der Eisenbahnactien fest, und mehrere wurden noch etwas besser bezahlt.

Paris, 16. April. Stand der Rente: 5pCt. 89. 90. — 3pCt. 57. 50. — Neue 3pCt. Span. 32½. — Innere Schuld 21 G. — Bankactien 2425. — St. Germain-Eisenbahn 430. — Versailles, rechtes Ufer 220. — linkes Ufer 190. — Paris-Orleans 862. 50. — Paris-Rouen 562. 50. — Orleans-Bordeaux 412. 50. — Orleans-Bierzon 362. 50. — Rouen-Havre 300. — Marseille-Avignon 221. 25. — Strasburg-Basel 105. — Nordbahn 458. 75. — Paris-Strasburg 373. 75. — Römisches Anleihen 77. 77½. 77. 77½.

Zu Anfang der Börse schwankten die Course, stellten sich aber später wieder fest.

Verantwortlicher: Redacteur Dr. H. Matten.

Erziehungs- und Unterrichts-Anstalt
für Töchter höherer Stände in Bonn am Rhein.

Das Ziel dieser seit mehreren Jahren bestehenden Anstalt ist eine auf sittlicher Grundlage ruhende, den Anforderungen der Familie und der höhern Geselligkeit entsprechende Ausbildung der Zöglinge. Die Anstalt hat so wenig als möglich den Charakter einer blossen Schule und die Zahl der Zöglinge ist so beschränkt, daß eine strenge Eintheilung in Klassen nicht stattfindet, der Unterricht vielmehr immer nach Verhältniß der Anlagen, Kenntnisse und Fortschritte der Zöglinge ertheilt wird.

Nähere Auskunft und den, die Unterrichtsgegenstände, so wie die Bedingungen der Aufnahme enthaltenden Prospectus ertheilen auf portofreie Anfragen

in Koblenz: Herr Consistorialrath Cuno, Herr Generalarzt Dr. Hübener, Herr J. Clemens;

in Sinzig: Herr Schulinspector Pastor Stumpf;

in Köln: Herr Appellationsgerichtsrath Broicher, Herr Stadtrath Dr. Canella, Herr Commerzienrath Herstatt, Herr Geheimerath Kiel;

in Bonn: Herr von Noorden, Herr Commerzienrath Weerth und die unterzeichnete Vorsteherin.

Bonn, im Februar 1849.

[451] **Henriette Lottner.**

Briefgeheimniß unverletzbar!!!!

Neu erfundene Briefcouverts mit Metallverschluß.

Ohne das Papier zu verletzen ist es unmöglich den Metallverschluß zu öffnen und sind daher diese Couverts besonders für Correspondenten zu empfehlen, denen daran gelegen ist, daß die Briefe nur von solchen gelesen werden, an die das Schreiben gerichtet ist.

Einzige und alleinige Niederlage für ganz Deutschland, das Dutzend zu 18 Sr., nur während der Messe bei

J. Sachs aus Berlin.

[1079] Neue Krämer Nr. 27 dicht neben dem Braunfels.

Führer durch die Messe.

Leine-, Wolle- und Baumwolle-Waaren.

[717] **Kirchhof & Füchsel**
aus **Schmölln** in Sachsen-Altenburg
haben zur diesjährigen Ostermesse das Lager ihrer Fabrikate, bestehend in glatten und façonnirten Tüllets ꝛc wieder wie in letzter Herbst-Messe in der goldenen Leiter, neue Kräme Lit. K. Nr. 95.

[598] **Joseph Schell**, Corsetten-Fabrikant aus Ludwigsburg,
empfiehlt für diese Messe wieder sein schon längst bekanntes Lager in Damen- und Kinder-Corsetten, sowie auch Morgen-Leibchen, mit und ohne Fischbein, und verkauft en gros wie en detail zu äußerst billigen Preisen. Auch habe ich wieder eine große Auswahl aller Arten Gummi-Bälle und gebe diese ebenfalls zu sehr billigen Preisen ab.
Meine Bude befindet sich wie gewöhnlich auf dem Römerberg, hinterer Gang, vis-à-vis dem Römer.

[1022] **Ferdinand Eulenstein**, Saalgasse Nr. 27, empfiehlt sein Leinwand-Lager eigner Fabrik, welches diese Messe wieder aufs Vollständigste assortirt ist.

[547] Neueste **Tolle du Nord**-Kitteln zu 3 fl. 15 kr. bei **L. B. Schuster**, Bleidenstraße Nr. 5.

Großer Ausverkauf während der Messe Neukräme 27.
Tuch und Buckskin zu Hosen, Westenstoffe in Wolle, Seide, Sammet und Piqué die Weste 24, 30, 36 kr. bis 1 fl. 45 kr., Sommerhosenzeuge und Sommer-Buckskin die Hose 1 fl. bis 4 fl 48 kr., 1500 Stück Sommerröcke und Paletots von 2½ bis 8½ fl., Schlafröcke und Hauströcke von 2½ bis 6½ fl.
Im Laden Neukräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels, bei
[1078] **J. Sachs**, aus Berlin.

Kurze und Quincaillerie-Waaren.

[647] **Leonhard Hitz,**
Schirmfabrikant,
empfiehlt sein wohlassortirtes Lager in Regen- und Sonnenschirmen in den neuesten und geschmackvollsten Dessins, sowohl in Seiden als in Baumwolle ꝛc.
Mein Lager befindet sich in Offenbach am Main vis-à-vis der Hauptwache.

Ausverkauf von Sonnenschirmen und Regenschirmen.
Nur während der Messe Neukräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels.
Regenschirme in schwerster Seide von 3½ bis 5½ fl. — Sonnenschirme in schwerster Lyoner Seide, blos geschmackvolle Muster, zu Stück 1 fl. 45 kr. bis 3½ fl.
Neukräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels, bei
[1077] **J. Sachs**, aus Berlin.

Uhren.

Die **Schwarzwälder**-Uhrenfabrik-Niederlage bei **J. Eckhardt**, Roßmarkt F. 107 empfiehlt sich mit großer Auswahl der neuesten Gegenstände, stets Lager von Pariser und Wiener Pendul- und Rahmen-Uhren, Genfer Musik-Dosen und Musikwerke, Vogel-Orgeln ꝛc. in der besten Qualität zu den billigsten Preisen. [781]

Tafelwaaren und Delicatessen.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.
Der Brustteig von **Geraco** in Epinal, wofür derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditor **Schott**, große Sandgasse, zu haben.
Commissionäre sind: Hr. Conditor **C. C. Schemmer** in Mainz. [556]

Aechte **Salami di Milano, di Verona** und **di Codogno** sind angekommen bei
Joseph Milani,
[1113] Bleydenstraße G Nr. 6 neu.

Commission und Spedition.

Ich erlaube mir hiermit die ergebenste Anzeige zu machen, daß ich außer meinem Commissions-Büreau auch ein
Dienst- und Stellen-Gesuch-Büreau jeder Branche
auf hiesigem Platze errichtet habe und empfehle mich hierin zu geneigten Aufträgen unter reeller und billiger Bedienung ergebenst. Zugleich halte ich mich wie bisher mit Ver- und Ermiethen von Wohnungen und Localen jeder Art, An- und Verkauf von Häusern ꝛc., An- und Anlage von Capitalien, Besorgung von Commissions-Artikeln und allen im Commissions- und Speditions-Geschäft vorkommenden Fälle, zu geneigten Aufträgen bestens empfohlen.
Amtlich bestät. Dienst- und Stellen-Gesuch- und Commissions-Büreau
[767] von **F. A. Wüst**, Paulsplatz 13 neu.

Wechsler- und Effecten-Büreaux.

[954] **Staats-Obligationen,**
Lotterie Loose, Eisenbahnactien, Coupons, Banknoten, so wie alle Geldsorten werden zum Tages-Cours ge- und verkauft bei
J. L. Aub, Zeil vis-à-vis der Post.

Die Hauptziehung 6. Klasse **26. Braunschweiger Lotterie**
beginnt am 3 Mai d. J.
Haupttreffer: fl. **87,500 52,500 35,000 17,500** u. s. f. Ganze Loose zu fl. **56**, ½ zu fl. **28**, ¼ zu fl. **14**, so wie Loose mit Verzichtleistung auf die Gewinne unter 100 Thaler ganze zu fl. **32**, ½ zu fl. **16**, ¼ zu fl. **8** empfiehlt
Carl Höchberg, Hauptcollecteur.
[1099] Bräuhofstraße in Frankfurt am Main.

Lotterie-Comptoir
von **Michael Oppenheimer**, Zeil 47, Hrn. Böhler gegenüber. [847]

[848] **Coupons und Staatspapiere.**
An- und Verkauf bei **Michael Oppenheimer**,
Zeil 47, Herrn Böhler gegenüber.

[1115] **Staats-Obligationen,**
Lotterie-Loose, Coupons, verfallene und nicht verfallene, Banknoten, Eisenbahnactien, so wie alle Geldsorten werden zum Tagescours ge- und verkauft bei
Gerhard Schuster,
Düngesgasse neu 35 (zum „Maulbeerhof") erster Stock.

Transport.

Dampfschiffahrt für den Nieder- und Mittel-Rhein.

Düsseldorfer **Gesellschaft.**

Vom 16. April 1849 fahren die Boote täglich:

Von **Mainz** nach **Cöln** *(Schnellboot)*	. . . . .	Morgens	7½ Uhr.
„ **Mainz** nach **Cöln, Düsseldorf, Arnheim** u. **Rotterdam-London**		„	10½ „
„ **Mainz** nach **Cöln** *(Schnellboot)*	. . . . .	Mittags	12½ „
„ **Mainz** nach **Mannheim-Carlsruhe**	. . . . .	Morgens	11 „
„ **Mainz** nach **Mannheim-Basel**	. . . . .	Abends	10 „
Von **Mannheim** nach **Cöln, Düsseldorf, Arnheim** u. **Rotterdam-London**		Morgens	6½ Uhr.
„ **Mannheim** nach **Mainz**	. . . .	Nachmitt.	3 „
Von **Cöln** nach **Mainz-Frankfurt** u. **Mannheim** (Schnellboot)	. .	Morgens	5½ „
„ **Cöln** nach **Coblenz**	. . .	„	8½ „
„ **Cöln** nach **Mainz-Frankfurt** u. **Mannheim** (Schnellboot)	. .	Abends	9½ „
„ **Cöln** nach **Düsseldorf, Arnheim** und **Rotterdam-London**	. .	„	7½ „

Frankfurt a. M., den 13. April 1849.
[1082] Der Agent: **Georg Krebs.**

Verschiedene Anzeigen.

Park von Wilhelmsbad.

Sonntag den 22. April
Grosses Concert.
Militär-Musik von den Bayerischen Jägern.
Eisenbahn-Abgang: 12½, 3, 6, 8 Uhr.
[1128] retour: — 2, 5, 7 „

Große Vorstellung des Monster-Elephanten nebst einem ihm befreundeten spanischen Pferde von Morgens 10 bis Abends 8 Uhr. Der Schauplatz befindet sich Sälergasse vis-à-vis dem „Güldenen Hofe". Die Fütterung wird um 11, 2, 3, 4 und 5 Uhr stattfinden. [1103]

[971] In ein Institut wird ein französischer Lehrer gesucht, welcher nicht ganz unbekannt mit der deutschen Sprache ist und bald eintreten kann. Briefe franco.

Ein kleines Landgut, des dessen Ackerländer, Wiesen und Gärten, mit mehreren großen ausländischen Zierbäumen ꝛc., in deren Mitte das Wohn- und Oekonomie-Gebäude (meistens ganz neu erbaut) sich befinden, ist in Unterfranken, nur fünf Minuten von einer lebhaften Stadt a. M. an den königl. Postorten und Falanerie-Park angrenzend, gelegen, unter annehmbaren Bedingungen zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfrage **J. G. Müller** in Frankfurt a. M. Allerheiligengasse Nr. 30. [948]

[564] Im Verlage von **G. J. Manz** in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (durch Gebhard und Körber in Frankfurt) zu beziehen:
Amulet wider die deutsche Cholera. Katholischer Volkskalender für das Jubeljahr 1849. 4. geh. 9 kr. oder 2½ Gr.
Gaume, J., Europa im Jahr 1848. Oder: Betrachtungen über die Organisation der Arbeit, den Communismus und das Christenthum. Nebst zwei Beigaben: Die Lösung der Frage: Warum gibt es Reiche? Warum gibt es Arme? — Volksfaulheitsmus, oder Fragen und Antworten über die Pflichten der Gesellschaft. Aus dem Französischen. gr. 8. geh. 40 kr oder 10 Gr.
Westermanner, A., von Volks- oder von Gottes-Gnaden. Beantwortet in einer christlich-politischen Bauernpredigt am 3. Sonntag nach Epiphanie. gr. 8. geh. 9 kr. oder 2½.

Fliegende Blätter für die Jugend.

Von dieser neuen, reich illustrirten Jugendzeitung erscheint alle 14 Tage eine Nummer mit Beiträgen von den beliebtesten Jugendschriftstellern des Vaterlandes. —
Der vierteljährige Preis ist 15 Sgr. oder 54 kr rheinisch.
Das so eben fertig gewordene erste Quartal ist in elegantem Umschlag broschirt in allen Buch- und Kunsthandlungen zu haben, und als schönstes Geschenk zu empfehlen. — Es kann auf die fliegenden Blätter ebensowohl Nummern- als Quartalheft-weise abonnirt werden.
Stuttgart im März 1849.
Edward Hallberger.
In Frankfurt a. M. durch die Andreäische Buchhandlung zu beziehen. [1049]

[1105] Im Verlage von **Justus Albert Wohlgemuth** in Berlin, Neu Cöln a. W. Nr. 19, ist erschienen und durch jede gute Buchhandlung zu haben, in Frankfurt a. M. durch **Heinr. Zimmer:**

Bibel und Astronomie,
nebst
mehreren Zugaben verwandten Inhalts.
Ein Beitrag zur biblischen Kosmologie für Freunde der heiligen Schrift
von **J. H. Kurtz**, Dr. theol.
Zweite gänzlich umgearbeitete und vielfach erweiterte Auflage.
21 Bogen gr. 8. geh. Preis 1 Thlr. 15 Sgr.

Die Pastoral-Kirchenzeitung bemerkt hierüber: „Auch die Besitzer der ersten Auflage dieses Werkes werden diese zweite nicht wohl entbehren können, indem namentlich das vierte Kapitel: „die biblische Anschauung von der Entstehung, Entwicklung und Vollendung des Weltalls," und das sechste: „Conflict und Harmonie zwischen Bibel und Astronomie" ganz neu bearbeitet und fast um das Zehnfache erweitert erscheinen. Das Buch hat sich dermaßen Bahn gebrochen, daß es einer Empfehlung nicht mehr bedarf.

Die Wasser-Heilanstalt zu Bad Weilbach,
erst vor einigen Jahren auf das vollkommenste und den jetzigen Anforderungen der Hydriatrik entsprechend eingerichtet, ist bei der allgemein anerkannten größeren Wirksamkeit der Kaltwasser-Curen während der kälteren Jahreszeit mit dem 1. April d. J. eröffnet worden.
Die Frische und Reinheit des hiesigen Quellwassers von nur 5° Reaumur Temperatur, die geschmackvolle und bequeme Einrichtung der Wohnungen, die Wohlfeilheit der Preise (für Wohnung, Kost, Bäder und ärztliche Behandlung, je nach der Schönheit der Wohnungen von 12—35 Gulden wöchentlich), die Annehmlichkeit einer wildreichen Jagd, dicht beim Curhause, sowie die nur sehr geringe Entfernung von der Taunus-Eisenbahn, mittelst welcher Ausflüge nach Wiesbaden, Frankfurt, Mainz und dessen reizende Umgebungen ohne große Kosten gemacht werden können, lassen auf einen recht zahlreichen Besuch hoffen.
Bad Weilbach, im April 1849.
[1026] **Ph. Seebold.**

Versteigerung von moussirendem Wein.
Samstag den 28. April, Vormittags 10 Uhr, werden auf freiwilliges Anstehen
300 Flaschen moussirende Weine
in dem Versteigerungszimmer gegen baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert.
[1100] **C. Belschner**, Ausrufer.

[1111] **Bekanntmachung.**
Zum Verkauf des Rittergutes **Meisebach**, unmittelbar an der Gemarkung der Stadt Hersfeld gelegen, und außer den erforderlichen Wohn- und Oekonomiegebäuden in circa 250 Kasseler Acker Land, Wiesen, Wald ꝛc. bestehend, so wie mit Brandweinbrennerei, Bierbrauerei, Schank- und Schäfereigerechtigkeit versehen, ist dritter und letzter Termin auf
den 2. Mai l. J., Morgens 9 Uhr,
in das Landgerichtslocal Hersfeld anberaumt worden, wovon Kauflustige hierdurch noch besonders in Kenntniß gesetzt werden.

[1085] **Edictalladung.**
Nachdem der Soldat Ludwig Joseph Staader von Singhofen, herzogl. Nass. Amts Nassau, aus Urlaub entwichen, und vom Regiment als Deserteur abgeführt worden ist, so wird derselbe nunmehr von dem unterzeichneten Gerichte aufgefordert, sich zu seiner Verantwortung deßhalb bis zum
ersten Juni l. J.
dahier zu stellen, widrigenfalls er des Verbrechens der Desertion für schuldig erkannt und den bestehenden Gesetzen gemäß zur Bezahlung eines Einstands-Capitals, zum Ersatze des Verpflegungs- und in die Untersuchungskosten verurtheilt, das deßfallige Urtheil aber nur bei dem Regiment bekannt gemacht werden wird.
Wiesbaden, den 11. April 1849.
Militär-Gericht des Herzogl. Nass. 2. Regiments.
Gerau, Oberst. Westerburg, Auditeur.

[1087] **Edictalladung.**
Nachdem der Soldat Andreas Johann Michel von Niederwalluf, Herzogl. Amts Eltville, aus der Garnison entwichen und vom Regiment als Deserteur abgeführt worden ist, so wird derselbe nunmehr von dem unterzeichneten Gerichte aufgefordert, sich zu seiner Verantwortung deßhalb bis zum
ersten Juni l. J.
dahier zu stellen, widrigenfalls er des Verbrechens der Desertion für schuldig erkannt und den bestehenden Gesetzen gemäß zur Bezahlung eines Einstands-Capitals, zum Ersatze des Verpflegungs- und in die Untersuchungskosten verurtheilt, das deßfallige Urtheil aber nur bei dem Regiment bekannt gemacht werden wird.
Wiesbaden, den 11. April 1849.
Militär-Gericht des Herzogl. Nass. 2. Regiments.
Gerau, Oberst. Westerburg, Auditeur.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Konversationsblatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Donnerstag (Beilage zu № 85.) 13. April 1848.

Deutschland.

Oesterreich. Wien, 7. April. Die Nachricht, daß Se. Majestät der Kaiser Ferdinand I. Sich entschlossen habe, Seine Residenz in Prag zu nehmen, hat hier eine große Sensation gemacht. Man sieht darin eine Bestätigung der Gerüchte, daß Se. Majestät Sich nicht mehr mit Seinen Ministern vertragen könne, und daß Er Sich von ihnen trennen wolle. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß Se. Majestät Sich von Seinen Ministern trennen werden, da Sie Sich Ihm ja ganz zur Disposition gestellt haben. Es ist vielmehr wahrscheinlich, daß Se. Majestät Sich nicht mehr mit Seinen Ministern vertragen können, weil Sie Sich Ihm ganz zur Disposition gestellt haben. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß Se. Majestät Sich von Seinen Ministern trennen werden, da Sie Sich Ihm

wenn eine Wiese ungleich ist, oder wenn sie Gräben hat, so ist es gut, wenn man sie mit einer Walze, oder mit einem Brette, das man mit Steinen beschwert, abwalzt. Dadurch wird sie eben, und das Heu kann leichter gemacht werden. Wenn man das Gras mähet, so muß man es nicht zu kurz abschneiden, weil es sonst nicht wieder wachsen kann. Wenn man es zu spät mähet, so wird es hart und dürre, und das Vieh frißt es nicht gern. Wenn man es zu früh mähet, so ist es zu saftig, und das Heu wird nicht gut. Man muß also die Zeit wohl in Acht nehmen, wenn man mähen will. Wenn das Gras gemähet ist, so muß man es nicht liegen lassen, sondern es bald zusammenrechen, damit es nicht verdirbt. Wenn es trocken ist, so muß man es in Haufen bringen, und wenn es recht trocken ist, so muß man es einführen. Wenn man es zu früh einführt, so kann es sich erhitzen, und wenn es sich erhitzt, so kann es sich entzünden. Wenn man es zu spät einführt, so kann es vom Regen naß werden, und wenn es naß wird, so kann es faulen. Man muß also auch hier die Zeit wohl in Acht nehmen. Wenn man das Heu einführt, so muß man es nicht zu hoch aufladen, weil es sonst leicht umfallen kann. Wenn man es zu niedrig aufladet, so kann es nicht viel auf einmal fassen, und man muß also viele Fuhren machen. Man muß also auch hier die Mittelstraße halten. Wenn man das Heu in die Scheune bringt, so muß man es nicht zu fest treten, weil es sonst nicht luftig genug bleibt. Wenn man es zu locker tritt, so kann es sich leicht erhitzen. Man muß also auch hier die Mittelstraße halten. Wenn man das Heu in die Scheune bringt, so muß man es nicht zu hoch aufschichten, weil es sonst leicht umfallen kann. Wenn man es zu niedrig aufschichtet, so kann es nicht viel auf einmal fassen, und man muß also viele Fuhren machen. Man muß also auch hier die Mittelstraße halten. Wenn man das Heu in die Scheune bringt, so muß man es nicht zu fest treten, weil es sonst nicht luftig genug bleibt. Wenn man es zu locker tritt, so kann es sich leicht erhitzen. Man muß also auch hier die Mittelstraße halten.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Donnerstag (Extra-Beilage zu Nro. 93.) 19. April 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

203. Sitzung.

Vorsitzender: Erster Vicepräsident C. Bauer.

Frankfurt, 19. April.

(Austritts- und Eintrittsanzeigen. Zielleinbeiträge. Schreiben des preuß. Bevollmächtigten an den Reichsministerpräsidenten v. Gagern. Oesterreichische Note vom 15. April. Berichterstattung des volkswirthschaftlichen Ausschusses. Tagesordnung: Berathung mehrerer Ausschußberichte).

Die Sitzung wird um 9½ Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank Reichsministerpräsident v. Gagern, Justizminister R. Mohl und Unterstaatssecretär Bassermann. Der erste Vicepräsident Bauer aus Bamberg, welcher seit seiner Wahl noch nicht anwesend war, richtet, bevor er die Leitung der Geschäfte des Hauses beginnt, einige Worte des Dankes für das ihm geschenkte Vertrauen an die Versammlung. Hierauf meldet derselbe den Austritt folgender Abgeordneten aus Oesterreich: Schreiner aus Grag, Schiedermayer aus Frankenmarkt, Pierringer aus Kremsmünster, Huber aus Linz, C. v. Kürsinger aus Tamsweg, Jg. v. Kürsinger aus Salzburg, Renger aus Böhm. Kamnitz, Tomaschek aus Iglau, Lindner aus Weissenegg, Lausch aus Troppau, Fritsch aus Ried, Cam. Wagner aus Steyer, Strefler aus Wien, Riegler aus mährisch Budwitz, v. Unterrichter aus Klagenfurt. Nachträglich meldet noch Abg. Barth aus Tirol seinen Austritt. Eingetreten sind die Abgg. Seydel aus Bunzlau und Haußmann aus Brandenburg, Letzterer an die Stelle des Abg. Schrader, dessen Austritt heute gleichfalls angezeigt wurde. Folgende Zielleinbeiträge sind eingelaufen: 2 Thlr. verspäteter Beitrag von drei Bürgern in Nossen im Königreich Sachsen. 12 fl. Beitrag eines Theils des landwirthschaftlichen Vereins zu Pautitzsche, gesammelt beim Eintreffen der Siegesbotschaft von Eckernförde. — Der Vorsitzende verliest hierauf eine ihm von dem Präsidenten des Reichsministerrathes zugekommene Erklärung des preußischen Bevollmächtigten, Minister v. Camphausen. Sie lautet:

„Herr Minister!

In der Antwortsrede an die Deputation der deutschen Nationalversammlung vom 3. April haben Seine Majestät der König in Uebereinstimmung mit früheren wiederholten Erklärungen der königlichen Regierung die Uebernahme der Oberhauptswürde im deutschen Bundesstaate an das freie Einverständniß der deutschen Regierungen als an eine Vorbedingung geknüpft. — Daß die k. k. österreichische Regierung, abgesehen von der Oberhauptsfrage, in einen Bundesstaat mit Repräsentativ-Verfassung nicht eintreten werde, war zu erwarten und ist neuerlich von derselben bestätigt worden. Die königliche Regierung erachtet dadurch den Bundesstaat innerhalb des deutschen Bundes nicht ausgeschlossen, um so weniger als diese Ausnahme von der Nationalversammlung in ihren Beschlüssen vorgesehen ist. Von den übrigen deutschen Staaten haben 28 ihr Einverständniß mit der von der Nationalversammlung getroffenen Wahl zu erkennen gegeben, indem sie von der Ueberzeugung ausgingen, daß alle deutschen Regierungen, welchen der Eintritt in den zu errichtenden Bundesstaat nicht durch ihre besonderen Verhältnisse unmöglich sei, einer völligen Einigung sich anschließen würden. Insbesondere hat die großherzoglich badische Regierung für den Fall außer Oesterreich auch noch andere deutschen Staaten sich nicht anschließen und die Beschlüsse der Nationalversammlung als solche somit nicht zum Vollzuge kommen würden, weitere Schritte und Erklärungen vorbehalten. — Mehrere der größeren Staaten Deutschlands haben ein Einverständniß bis jetzt nicht zu erkennen gegeben. Hiernach ist zur Zeit die Vorbedingung der Entschließung Sr. Maj. des Königs nicht vorhanden. Mit Rücksicht jedoch auf die Wichtigkeit des Augenblicks für die künftigen Geschicke Deutschlands erachtet die königliche Regierung angemessen, noch eine kurze Frist zu warten, bevor sie ihren weiteren Entschlüssen die Thatsache zum Grunde legt, daß die Zustimmung größerer deutschen Staaten zu der Sr. Majestät von der Nationalversammlung zugedachten Stellung fehle. — Ich stelle Ihnen, Herr Minister, ergebenst anheim, der hohen Nationalversammlung von der gegenwärtigen Eröffnung Kenntniß zu geben.

Frankfurt a. M., den 17. April 1849.

Der k. preuß. Bevollmächtigte bei der prov. Centralgewalt.

(gez.) Camphausen.

An den Reichsministerpräsidenten Freiherrn v. Gagern."

Der Vorsitzende zeigt ferner an, daß ihm eine andere Zuschrift der k. k. Regierung an ihren Bevollmächtigten in Frankfurt zur Mittheilung an die Versammlung übergeben worden und verliest dieselbe wie folgt:

Der k. k. Bevollmächtigte bei der Centralgewalt an das Reichsministerium des Innern! Die k. k. Regierung hat aus Anlaß der von der deutschen Nationalversammlung über die Einführung der Verfassung und die Wahl eines Reichsoberhauptes gefaßten Beschlüsse mit dem Rescripte vom 5. d. M. Folgendes an mich erlassen: „Die deutsche Nationalversammlung hat nach Ansicht der k. k. Regierung den von ihr gehegten Erwartungen nicht entsprochen. (Hört! Heiterkeit; links: Ja!) — Statt eines einigen, mächtigen und daher an Zukunft reichen Deutschlands, dessen Gründung ihre Thätigkeit hätte anbahnen sollen, hat sie ein ideales Reich (Heiterkeit. Hört!) zu schaffen angestrebt; ein Versuch, welcher nur dazu führen könnte, die Bande zu lockern, ja vielleicht zu lösen, welche die verschiedenen deutschen Stämme seit Jahrhunderten umschlungen hielten. — Es kann hier nicht in Absicht der k. k. Regierung liegen, dem von der Nationalversammlung seit ihrem Bestehen eingehaltenen Gange zu folgen und die Nachtheile näher zu entwickeln, welche deren fortwährende Schwankungen und ihre nur zu häufigen Eingriffe in das Bereich der executiven Centralgewalt nothwendig erzeugen mußten. Man will sich darauf beschränken, jene Beschlüsse hervorzuheben und zu beleuchten, welche Oesterreich unmittelbar berühren und für die Stellung maßgebend werden müssen, die Oesterreich in Folge derselben unter den gegebenen Umständen einzunehmen gezwungen ist. Seitdem das gegenwärtige Ministerium in seinem Antrittsprogramme vom 27. Nov. v. J. die Absicht ausgesprochen, alle Lande und Stämme der österreichischen Monarchie durch das feste Band einer gemeinschaftlichen Verfassung zu Einem großen Staatskörper zu vereinigen, hat sich in der Nationalversammlung eine Partei gebildet, welche Alles aufbot, um Oesterreichs Verbleiben bei Deutschland unmöglich zu machen. Sie hat dieses Ziel zu erreichen geglaubt, indem sie die Bestimmungen des § 2 der zu Frankfurt berathenen Verfassung durchzusetzen wußte, welche für deutsche Lande, die mit nichtdeutschen ein gemeinschaftliches Staatsoberhaupt haben, getrennte eigene Verfassung, Regierung und Verwaltung anordnen. Daß solche Verfügungen mit dem von der k. k. Regierung nicht nur angekündigten, sondern auch hinlänglich motivirten und seither zur vollen Anwendung gekommenen Grundsatze der Einheit des österreichischen Kaiserstaats unvereinbar seien, war demnach vorauszusehen. Mögen daher Jene, welche dessenungeachtet diesen durch keine Nothwendigkeit bedingten Beschluß herbeigeführt haben, auch dessen Folgen vertreten. Ferner hat die Nationalversammlung durch die am 27. v. M. beschlossene Wahl eines erblichen Reichsoberhauptes sich von den Formen des beabsichtigten Bundesstaates entfernt und jenen eines Einheitsstaates in einer Weise genähert, welche mit der Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Regierungen unverträglich ist, die nur in den wesentlichen Bundeszwecken eine unvermeidliche Beschränkung finden soll. Endlich hat die Nationalversammlung durch ihre Beschlüsse vom 28. v. M., welche anordnen, daß die von ihr allein beschlossene Reichsverfassung zu vollziehen und als Gesetz zu verkünden sei, den Weg der Vereinbarung verlassen, den allein sie zu gehen berufen und berechtigt war, und den die Regierungen sich ausdrücklich vorbehalten hatten. Sie hat zugleich durch die eigenmächtig von ihr ausgegangene Erklärung ihrer Permanenz die zum Zusammentritt der einzuberufenden Reichsversammlung sich auf einen ungesetzlichen Boden gestellt, auf welchen ihr zu folgen die Regierungen sich nicht veranlaßt sehen können. Oesterreich, innig verbunden mit Deutschland durch die so lange bestandene enge Gemeinschaft, durch die aus dieser erwachsenen unzertrennlichen Interessen und durch die unbestreitbar noch giltigen Verträge, kann und wird sich nie von solchen Banden losesagen. Noch ist der deutsche Bund, wie ihn die Tractate schufen, nicht aufgelöst (Oh! Hört! Bravo! Heiterkeit.), noch bestehen die Rechte und Verbindlichkeiten seiner Glieder. Wenn Oesterreich demnach unter den eben angeführten Verhältnissen für den Augenblick an einem Bundesstaate, wie die Beschlüsse der Nationalversammlung ihn zu schaffen beabsichtigen, obgleich mit Vorbehalt der Rechte, welche die Geschichte und die Verträge ihm sichern, Theil zu nehmen nicht vermag, so wird es nichts destoweniger fortfahren, an den Schicksalen seiner alten Bundesgenossen aufrichtigen Antheil zu nehmen, und diesen Antheil bei dem Eintritte veränderter Verhältnisse stets mit Freuden zu bethätigen bereit sein. Dies ist die Absicht Sr. Maj. des Kaisers, welcher Allerhöchstderselbe getreu bleiben wird. Wie aber Se. Majestät sich in der am 4. Februar erlassenen Depesche gegen eine Unterordnung unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt auf das Feierlichste verwahrt haben, ist derselbe auch nicht minder fest entschlossen, die verfassungsmäßig von ihm in Gemeinschaft mit den Repräsentantenkörpern Oesterreichs auszuübende gesetzgebende Gewalt niemals und unter keiner Bedingung einer fremden (Oh! oh! hört!) gesetzgebenden Versammlung unterzuordnen. Was die österreichischen Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung betrifft, haben dieselben ihre Sendung, in Folge des Schlusses der Berathung über das Verfassungswerk, als beendet zu betrachten und sofort in ihre Heimat zurückzukehren, da ihr fernere Theilnahme an einer Versammlung, welche, wie bereits erwähnt, durch den von ihr am 28. v. M. gefaßten Beschluß den Boden des Rechtes und des Gesetzes verlassen hat, durchaus nicht mehr stattfinden kann." Indem ich mich beehre, den Inhalt dieser an mich erlassenen Depesche hiermit zur Kenntniß des Reichsministeriums zu bringen, füge ich das Ersuchen bei, hiervon die Mittheilung an die deutsche Nationalversammlung zu machen.

Frankfurt a. M., den 15. April 1849.

Schmerling.

Beide Zuschriften werden an den neuen Ausschuß verwiesen. Abg. Giskra erhält das Wort. Aus der eben vorgelesenen Erklärung gehe hervor, daß die österreichische Regierung in mehr als kategorischem Tone den Austritt der österreichischen Abgeordneten verlange. Die Regierung in Oesterreich, bemerkt der Redner, hat mir mein Mandat nicht gegeben, sie kann mir es auch nicht nehmen. (Bravo! links.) Der Vorsitzende verliest hierauf mehrere Zustimmungsadressen der mecklenburgischen, meiningischen, coburgischen, gothaischen Abgeordneten- und Ständekammern zu dem deutschen Verfassungswerke. Abg. v. Reden berichtet Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses über:

1) die in Beziehung auf das Postwesen vorliegenden Anträge und Eingaben;

2) diejenigen Eingaben, welche auf die Verhältnisse des Weserstromes sich beziehen, betreffend;

3) über das Gesuch der Vorsteher der Saalfloßcommune zu Kahla, Herzogthum Sachsen-Altenburg, die Ueberlassung der Saale-Flößfahrt durch Abgaben betreffend;

4) über das Gesuch der Mälzer und Brauergilde in Niederschlesien, um Anwendung verschiedener die Aufhilfe des Brauereigewerbes bezweckenden Maßregeln;

5) über eine Anzahl Eingaben, welche die Gleichstellung der Besteuerung von beweglichen und unbeweglichen Gütern betreffen.

Der Ausschuß trägt darauf an, daß alle diese Eingaben an das Reichsministerium zur Berücksichtigung zu überweisen seien.

Herr Reichshandelsminister Duckwitz läßt anzeigen, daß er die Interpellationen der Herren Kreuzberg und v. Reden in den ersten Tagen der nächsten Woche beantworten werde, in der Absicht, eine ausführliche Darstellung der Verhältnisse der deutschen Marine vorzulegen, wozu er einer Zeit bedürfe. — Der Vorsitzende verkündigt den Uebergang zur Tagesordnung. Erster Gegenstand derselben ist die Berathung des vom Abg. Wurm, Namens des völkerrechtlichen Ausschusses, erstatteten Berichts über den Antrag des Abg. Michelsen, die Errichtung von deutschen Consulaten betreffend. Der Ausschuß beantragt, den Antrag des Abg. Michelsen nebst der Beilage zu bald thunlicher Berücksichtigung zu überweisen. Der Antrag des Ausschusses wird angenommen. Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des vom Abgeordneten v. Buttel Namens des Petitions- und Prioritätsausschusses erstatteten Berichts über den Antrag des Abg. Lasaulx vom 27. November vorigen Jahres auf Erläuterung des Gesetzes vom 30. September, betreffend das Verfahren im Falle gerichtlicher Anklage gegen Mitglieder der verfassunggebenden Reichsversammlung. Das hier gemeinte Gesetz lautet folgendermaßen: „Ein Abgeordneter zur verfassunggebenden Reichsversammlung darf vom Augenblicke der auf ihn gefallenen Wahl an — ein Stellvertreter von dem Augenblicke an, wo das Mandat seines Vorgängers erlischt — während der Dauer der Sitzungen ohne Zustimmung der Reichsversammlung weder verhaftet, noch in strafrechtliche Untersuchung gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf frischer That." Abg. v. Lasaulx beantragte nun, es möge die Nationalversammlung zur Wahrung deutscher Ehre feierlich erklären: „Daß die Bestimmungen des angeführten Gesetzes keine Anwendung erleiden auf solche Mitglieder der Versammlung, welche ihren Posten verlassen und anderswo durch Wort und That an Aufruhr und Meuterei Theil nehmen, oder welche ohne Urlaub an Orten der Empörung sich aufhalten, daß sie vielmehr solche pflichtvergessene Männer unbedingt dem Arme der Gerechtigkeit überläßt." — Der Ausschuß beantragt bei der hohen Nationalversammlung: „dieselbe wolle über den gemachten Vorschlag zur Tagesordnung übergehen," um so mehr, als auch bei der ersten Lesung des § 31 des Reichstages keine derartige besondere Ausnahme beliebt worden ist. — Der Antrag des Ausschusses wird angenommen. — Dritter Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des vom Abg. Blömer, Namens des Gesetzgebungsausschusses, erstatteten Berichts, über den Antrag des Abg. Wesendonck auf Verweisung der Anklage und Aburtheilung der bei den Frankfurter Ereignissen vom 16. bis 18. September betheiligten Beschuldigten vor das Appellationsgericht zu Köln, beziehungsweise die Assisen zu Koblenz. Der Antrag des Abg. Wesendonck lautet: Die Nationalversammlung wolle beschließen: „Nachdem die von dem Justizminister am 19. d. M. angekündigte Untersuchung beendigt ist, werden die sämmtlichen Untersuchungsacten an den Anklagesenat des rheinischen Appellationsgerichtshofes zu Köln eingesandt. Auf den Antrag des Generalprocurators prüft derselbe die Anklage gegen alle Betheiligten auf Grund der zutreffenden Strafgesetze und verweist die Entscheidung an den bei dem königlichen Landgerichte zu Koblenz zusammentretenden Assisenhof. Diese Entscheidung des Anklagesenats, so wie alles fernere Verfahren findet nach denjenigen Formen und Fristen und unter Zulassung derjenigen Rechtsmittel statt, welche das rheinpreußische Straf-Prozeßverfahren an die Hand gibt. Frankfurt, den 25. September 1848." Der Ausschuß beantragt, die Nationalversammlung wolle über den vorstehenden Antrag des Abg. Wesendonck zur Tagesordnung übergehen. Der Ausschußantrag wird angenommen. Vierter Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung der vom Abgeordneten Arndt, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses erstatteten Berichte: a. auf den dringlichen Antrag des Abgeordneten Esterle, das Verfahren des Feldmarschalls Radetzky in der Lombardei betreffend. b. über den Antrag des Abgeordneten Nauwerk, die österreichisch-italienische Frage betreffend. Der Antrag des Abg Esterle ging dahin: „Das Ministerium werde aufgefordert, aus Gründen der Gerechtigkeit und Humanität im Interesse der Ehre Deutschlands und im Interesse einer unglücklichen Nation mit al-

sen ihm zu Gebote stehenden Mitteln sich zu verwenden, damit in den lombardisch-venetianischen Provinzen 1) die Militärherrschaft durch eine Civilherrschaft ersetzt werde; 2) daß die Zusicherungen Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich, sowie die übrigen Verträge geachtet und vollzogen werden, und daher die nach denselben unzulässliche auf Privatpersonen verhängte Strafe der gezwungenen Contributionen oder der Güterconfiscation sofort zurückgenommen werde; 3) daß sobald als möglich ein billiger und ehrenvoller Friede geschlossen werde." Abg. Nauwerck hatte folgenden Antrag gestellt: „Die deutsche Nationalversammlung wolle beschließen: daß der Reichsminister des Auswärtigen dem internationalen Ausschusse die auf die Verhandlungen wegen der österreichisch-italienischen Frage bezüglichen Schriftstücke vorzulegen und sich gegen denselben Ausschuß auszulassen habe, ob und welche Grundsätze die Centralgewaltin besagter Angelegenheit fernerhin befolgen wolle." Der Ausschuß beantragt, über beide Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Die Abgg. Nauwerck und Esterle stellen neuerdings folgenden Antrag: Die Nationalversammlung erkennt der italienischen Nation das Recht auf Unabhängigkeit und selbstständige Nationalentwickelung vollkommen an, und wird daselbe niemals weder hemmen, noch erschweren. 2) Es sollen nach Ordnung der beiderseitigen Verhältnisse ständige Gesandte in den italienischen Staaten angestellt werden. Abg Arndt als Berichterstatter des Ausschusses erhält zuerst das Wort. Die Einmischung in fremde Verhältnisse, meint der Redner, seien immer ohne Erfolg gewesen. Es brauche dazu Thaten und nicht bloß Worte. Auch seien die Anträge, um die es sich handle, und die bereits vor fünf Monaten gestellt waren, durch die Thatsachen bereits erledigt und hinsichtlich des neu eingebrachten Antrags rathe er von einer Betheiligung an den so verwickelten Knäueln ab. Die Abgg. Nauwerck und Esterle aus Cawalese sprechen für ihren Antrag. Letzterer fordert nur einen Ausspruch zu Gunsten der italienischen Unabhängigkeit, wie er eines freien Volkes würdig sei, und glaubt, daß sich zu einem solchen Ausspruche auch wohl bald ein mächtiger Arm finden werde. Die Nationalversammlung sei es der Ehre des deutschen Namens schuldig, öffentlich zu erklären, daß sie an der Unterdrückung der italienischen Freiheit und Unabhängigkeit keinen Theil habe, noch haben wollen, und daß die Politik Oesterreichs aufgehört habe, die Politik Deutschlands zu sein. Die Nationalversammlung, welche in diesem Augenblick die Volkssouveränetät thatsächlich auf das Vollständigste zur Geltung gebracht habe, könne unmöglich dem italienischen Volke das nämliche Recht, die nämliche Freiheit nicht einräumen wollen. Was das dadurch berührte Verhältniß zu Oesterreich anbelangt, so habe dessen Regierung mit der Nationalversammlung so vollständig gebrochen, daß wohl weitere Rücksichten nicht mehr am Plage seien. Die italienische Nation stehe auf ihrem Rechtsboden. Die österreichische Regierung habe keinen für ihre Ansprüche auf Italien, diese seien nur begründet auf fürstliche Willkür. Wie man z. B. dem Freistaate Venedig das Recht abstreiten wolle, sich als solcher zu constituiren, da dieses Recht doch durch 14 Jahrhunderte sanctionirt sei, und nur durch Gewalt und Verrath zerstört worden. Beim Congresse in Wien habe man nur die Fürsten entschädigt, jetzt sei die Zeit gekommen, die Völker für ihre ihnen vorenthaltene Selbstständigkeit zu entschädigen. Oesterreich wolle wahrscheinlich Italien mit Olmützer Constitutionen beglücken. Es schütze die kleinen Fürsten, deren Existenz eine zwecklose sei, die bei jedem Crawalle davon laufen und dann unter dem Schutze österreichischer Bajonnete, des Standrechtes und Belagerungszustandes zurückkehren. In seinen eigenen Ländern scheine Oesterreich die Politik Machiavelli's zu befolgen, welche sagt: das beste Mittel, eine Provinz zu erhalten, sei, dieselbe gänzlich zu Grunde zu richten. Man darf nicht, schließt der Redner, einem Volke die Freiheit vorenthalten, weil es nicht reif genug ist. Nur durch die Freiheit wird man zur Freiheit reif. Wenn aber bei dem italienischen Volke der Uebergang schroffer ist, so ist die Schuld an den Regierungen, welche durch lange Jahre seine Größe- und Thatkraft zu erdrücken suchten. Doch auch dieses Volk wird sich wieder erheben, in seinem Interesse, in demjenigen der Freiheit, und der deutschen Einheit. Reichsministerpräsident v Gagern erklärt sich gegen die beiden in Frage stehenden Anträge. Die Einsicht in die Acten, welche der Nauwerck'sche Antrag verlange, könne höchstens die Neugierde befriedigen; denn Eröffnungen von Verhandlungen zum Zwecke der Erringung des Friedens haben gar nicht stattgehabt. Man dürfe die Politik nicht auf dem Markte treiben, um nicht dadurch fremden Staaten den diplomatischen Verkehr mit dem Cabinete zu verleiden. Er ersucht die Versammlung, gegen den Nauwerck'schen Antrag zu stimmen. Er habe die österreichische Politik hier nicht zu vertreten, welche, wie bekannt, neben ihrer deutschen noch eine nichtdeutsche Nebenpolitik verfolgen müsse, wodurch leider das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland erschwert werde. Was Esterle's Antrag betreffe, so sei es nicht zu leugnen, daß die öffentliche Meinung Sympathien für die italienische Unabhängigkeit habe. Allein, ein solcher Ausspruch der Nationalversammlung, wie ihn der Abg. Esterle wünsche, sei ungeeignet. Der Begriff der Freiheit, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Italiens sei noch nicht genau genug hervorgetreten. Der Norden Italiens wolle den Bundesstaat, in Mittelitalien neige man sich zum Einheitsstaate. Er glaube nicht, daß Oesterreich weder das alte System in Italien einführen wolle; es habe zu wiederholten Malen erklärt, daß es dieses nicht beabsichtige. Solch ein Beschluß, wie der Abg. Esterle ihn wünsche, sei nur dazu geeignet, die Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Oesterreich zu vermehren, welche in diesem Augenblicke obwalten. Er leugne es, daß ein Bruch zwischen Oesterreich und Deutschland bereits erfolgt, und sollte er es ja, dann sei Versöhnung und Ausgleichung mit allen Mitteln zu erstreben. (Beifall.) Der Vorsitzende bringt den Ausschußantrag zur Abstimmung. Die Versammlung geht über die Anträge der Abgg. Nauwerck und Esterle zur Tagesordnung. Somit ist die Tagesordnung für die heutige Sitzung erledigt. Der Vorsitzende verliest noch folgende Erklärungen österreichischer Abgg.: „Der Unterzeichnete fühlt sich gegenüber der Abberufung der österreichischen Abgeordneten von Seite des österreichischen Ministeriums zu der Erklärung gedrungen, daß er seinen ihm vom Volke anvertrauten Posten in der deutschen Nationalversammlung so lange zu behaupten entschlossen ist, als diese Versammlung selbst besteht. Frankfurt, 19. April 1849. A. Wiesner." — „Auf Grund der eben verlesenen Note der k. k. österreichischen Regierung halten wir uns verpflichtet, hier zu erklären, daß wir ein Recht der österreichischen Regierung, Abgeordnete abzurufen, weder anerkennen können, noch dürfen, und daß daher auch unser etwaiger Austritt aus der Nationalversammlung nicht in Folge einer Zurückberufung der Regierung, sondern aus andern Motiven geschehen könnte, die im Augenblicke für uns nicht vorhanden sind. Frankfurt, 19. April. C. Welly, J. N. Kudlich, Demel, Rank, Rösler aus Wien, Marek, Makowiczka, Strache, Stremayr, Esterle, Dr. Löschnigg, Möller, Groß, Dr. Giskra, Reitter, M. Hartmann, Dr. Borzel, Stark, Mayfeld, Kolaczek, Riehl, Laschan." Die Sitzung wird um 11½ Uhr geschlossen. Der Vorsitzende beraumt die nächste Sitzung auf Montag den 23. April an, und setzt den Bericht des neuen Ausschusses, falls derselbe bis dahin fertig geworden, auf die Tagesordnung.

**Paris, 16. April. Die Forderung, welche der Conseilpräsident in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung an das Haus richtete, der Regierung einen außerordentlichen Credit zu bewilligen, leitete derselbe mit folgenden Worten ein: Bürger Vertreter! Als wir Sie von den jüngsten Ereignissen, deren Schauplatz Italien gewesen ist, unterrichteten, hat die Versammlung im Voraus die Nothwendigkeit gefühlt, in welcher sich die Regierung befinden könnte, einen Punkt der italienischen Halbinsel zeitweise (temporairement) zu besetzen. Sie haben der Regierung die Ermächtigung gegeben, eine solche Maßregel nach ihrem Ermessen zu ergreifen. Seit diesem Beschluß hat die zu jener Zeit noch ungewisse Lage eine feste Gestaltung angenommen. Oesterreich verfolgt die Consequenzen seines Sieges. Es könnte sich gegen die an dem Kampfe zwischen ihm und Sardinien mehr oder minder betheiligt gewesenen Staaten der Kriegsrechte bedienen. Der Rückschlag dieser Ereignisse hat sich in Mittelitalien demerkbar gemacht. Die neuesten Berichte, welche wir erhalten, stellen eine Crisis in dem Kirchenstaat als nahe dar. Frankreich kann bei dieser Schlage nicht indifferent bleiben. Das Protectorat über unsere Stammesgenossen (nationaux), die Sorge für die Aufrechthaltung unseres gesetzmäßigen Einflusses in Italien, das Verlangen, den römischen Völkern eine gute, auf freie Institutionen gestützte Regierung erlangen zu helfen, — alles dies legt uns die Pflicht auf, von der Ermächtigung, die Sie uns gegeben haben, Gebrauch zu machen. Es wäre uns unmöglich, in weitere Details einzugehen, ohne den Zweck, den wir im Augen haben, bloßzustellen; unter solchen Umständen muß ein Theil immer auf Eventualitäten gefaßt sein; aber versichern können wir heute schon, daß aus der Thatsache unserer Intervention wirksame Garantien sowohl für die Interessen unseres Landes, als auch für die Sache der wahren Freiheit sich ergeben werden. Die Regierung hält es für nothwendig, die Beschaffenheit und Wichtigkeit ihres heutigen Antrages genau festzustellen. Bereits im Besitze eines Mandats, dessen hohe Wichtigkeit sie zu schätzen weiß, entsagt sie diesem nicht; sie verlangt kein neues; sie hielte jeden Versuch, ihre Verantwortlichkeit mit der der Nationalversammlung zu decken, für unwürdig ihrer Stellung und Pflichten. Indem sie heute den Credit, welcher ihr zu sicherer Ausführung des empfangenen Mandats unumgänglich nothwendig ist, verlangt, will sie für alle Consequenzen vollständig verantwortlich bleiben. Ihre Verantwortlichkeit würde erst dann aufhören, wenn die Verweigerung jenes Credits, indem sie ihr die gebieterische Nothwendigkeit auflegen würde, den Ereignissen gegenüber, welche sich jetzt erfüllen, unthätig zu bleiben, ihr bewiese, daß die Versammlung gesonnen ist, ihren Beschluß vom 30. März für ungiltig zu erklären.

St. Petersburg, 8. April. Der Kaiser hat, wie das heutige „Journal de St. Petersbourg" meldet, mittelst Tagesbefehls vom 6. d. M. dem Feldmarschall Radetzky den Titel eines Marschalls der kaiserlichen Armeen Rußlands verliehen und ihn zugleich zum Chef des Husarenregiments Weiß-Rußland ernannt, welches nun den Namen „Husarenregiment des Marschalls Grafen Radetzky" erhält. (Pr. St.-A.)

Warschau, 5. April. Einem Briefe aus Warschau zufolge ist die starke Festung Nowo-Georgiewsk (Modlin) am Zusammenfluß der Narew mit der Weichsel, Brzazy-Litewski am Bug, Demblin am Nieper und Zamosk im Gouvernement Lublin außerordentlich stark besetzt worden. Nowo-Georgiewsk und die Citadelle in Warschau bilden ein Waffen- und Reservedepot für 250,000 Mann. Die Anlage von Magazinen für Mundvorräthe wird durch Zwangsbons betrieben, wonach jeder Grundbesitzer eine gewisse Quantität Naturalien, welche zur Verpflegung der Armee dienen sollen, einliefern muß. Im künftigen Jahre werden diese Bons in Zahlung für Abgaben angenommen werden. Daher also die vor einiger Zeit verbreitete Nachricht, als habe die russische Regierung in Polen die Abgaben für ein Jahr im voraus beitreiben lassen. (Oester.-Ztg.)

Nachschrift.

Hannover, 16. April. (Auszug aus den Berichten des Generalmajors Wynekken.) Ulderup, 14. April 1849, Morgens 9 Uhr. Die Dänen versuchten am 13. d. M. sich wieder in den Besitz der am Morgen desselben Tages durch Ueberfall verlorenen Höhen von Düppel zu setzen. Sie debouchirten mit bedeutenden Massen aus dem Brückenkopfe vor Sonderburg, etwa um 10 Uhr Morgens. Es entspann sich nun ein lebhaftes Gefecht, an welchem unsererseits die Bayern und Sachsen Theil nahmen. Das Gefecht dauerte mit abwechselndem Erfolge bis nach 1 Uhr, und endete mit dem vollständigen Rückzuge der Dänen und mit der Behauptung der Düppeler Höhen durch die deutschen Truppen. Der Verlust der königlich sächsischen Brigade in den Gefechten am 13. war: Getödtet: 2 Offiziere, 13 Unteroffiziere und Soldaten. Verwundet: 10 Offiziere, 129 Unteroffiziere und Soldaten. Auf den Düppeler Höhen steht jetzt eine starke Avantgarde, wozu auch zwei hannoversche Bataillone commandirt sind. Die Stellung wird von unserer Seite befestigt. Am 14. d. M. war bis Abends 7 Uhr nichts weiter vorgefallen. (H. Z.)

⊙ **Stuttgart**, 18. April. Heute um die Mittagsstunde wurde eine von den städtischen Collegien einberufene Volksversammlung auf dem Marktplatze abgehalten; die zwei Redner, Hölder und Seeger, sprachen von dem Rathhausbalcon herab. Die Zahl der Anwesenden war nicht größer als bei gewöhnlichen Wochenmärkten, welche auf diesem Platze gehalten werden, dagegen sah man viel mehr, als bei solchen Gelegenheiten sonst der Fall ist, Theilnehmer aus den gebildeten Ständen. Der Entwurf einer Adresse an die Staatsregierung wurde angenommen, worin erklärt wird: 1) unverbrüchliches Festhalten an der Reichsverfassung mit dem Reichswahlgesetz als einem untrennbaren Ganzen; 2) die Erwartung, daß alle Fürsten, und 3) das Vertrauen, daß namentlich unsere Regierung der Reichsverfassung sich unterwerfen und sie ins Leben führen werden. Die ausgelegten Bögen füllten sich mit Unterschriften, und auch die städtischen Collegien unterzeichneten. Militärpersonen betheiligten sich nicht, denn es war gerade eine Parade in der Kaserne, welche der mit Hoch empfangene König selbst abnahm. Uebrigens soll der König gesonnen sein, die Reichsverfassung nicht so ganz unbedingt anzunehmen zu wollen; dagegen beharren die Minister fest darauf, und es wird die nächste Woche die Entscheidung bringen.

Gestern ist der württembergische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, Obertribunalrath Sternenfels, in der deutschen Verfassungsfrage hieher berufen, hier eingetroffen, und wohnt, wie wir hören, der heutigen Sitzung des Ministerraths bei.

** **Paris**, 17. April. Nachdem in der gestrigen Abendsitzung der Nationalversammlung, welche bis um halb ein Uhr dauerte, der erste Paragraph des von der Regierung eingebrachten Antrags auf Bewilligung eines außerordentlichen Credits behufs der Expedition nach Italien mit einer Mehrheit von 112 Stimmen angenommen worden war, aus formellen Gründen aber die Abstimmung über den ganzen Antrag auf heute verschoben werden mußte, wurde dieser in der heutigen Sitzung mit 338 gegen 161 Stimmen gutgeheißen. Die nach Civita-Vecchia bestimmte Flotte, welche bereits segelfertig war, und von dem Ministerium nur so lange zurückgehalten bis die Nationalversammlung einen Beschluß gefaßt haben würde, hat sofort durch den Telegraphen den Befehl erhalten, in See zu gehen.

Die Regierung hat heute eine aus Marseille vom 16. April, 9 Uhr Morgens, datirte telegraphische Depesche erhalten: „Florenz 12. April. Der französische Gesandte an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Eine Reaction zu Gunsten des Großherzogs hat so eben in Florenz stattgehabt. Die ganze Bevölkerung hat sich mit Enthusiasmus für denselben ausgesprochen. Guerazzi ist streng bewacht, die Versammlung aufgelöst. Man sendet eine Deputation nach Gaeta."

* **Madrid**, 10. April. Napoleon Bonaparte hat der Königin Isabella gestern Abend sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Die amtliche Zeitung bestätigt die Nachricht von der Gefangennehmung Marsal's, eines der thätigsten Insurgentenchefs.

* **London**, 16. April. Einer Mittheilung im „Morning-Chronicle" zufolge soll der Kaiser von Rußland am 28. März seinen Adjutanten, den General Grabbe, nach Konstantinopel geschickt haben mit einem Ultimatum, in welchem Rußland die sofortige Einstellung der Rüstungen in der Türkei und die Zurückberufung der an der Donau concentrirten türkischen Streitkräfte fordert. Auch wird darin die Einwilligung der Pforte in die Besetzung der Walachei und Moldau durch russische Truppen, so lange die russische Regierung eine solche für nöthig halten wird, verlangt. Im Weigerungsfalle soll der russische Gesandte sofort Konstantinopel verlassen und eine russische Armee den Balkan überschreiten, die russische Flotte in Sebastopol endlich diese Bewegung unterstützen.

Amsterdam, 17 April. 2½pCt. Integr. 49⅞/₁₆ ⅝/₁₆ — 3pCt. Schuld 58⅝/₁₆ ½/₁₆ — 4pCt. do. 77⅛/₁₆ ⅜/₁₆ — 5pCt. Anl. 10⅛/₁₆ — do. à 510 Pf. St. 10⅛/₁₆ ⅛/₁₆ ⅛/₁₆ — 4pCt. 32⅛/₁₆ — do. int. à 6000 fl. 23⅜/₁₆ ⅜/₁₆ ⅜/₁₆ Coupons 8⅛/₁₆ — 3pCt. Port 28⅛/₁₆ ⅛/₁₆ ⅜/₁₆ — do 4pCt. 29⅛/₁₆ ⅜/₁₆ — Russ. 4pCt. bei Horze 82½/₁₆ — do. bei Stieglitz 82. — 5pCt. Metall. 72⅛/₁₆ ⅛/₁₆ — 2½pCt. do. 38⅛/₁₆ ⅛/₁₆.

In unsern inländischen Fonds war heute wenig Variation, nur in Integralen war der Handel von Lebendigkeit. Span. zu den Preisen von gestern angeboten, bei einigem Geschäft in den besten Hauptsorten. Oester. Kau auf niedrigere Wiener Notirung. Franz. etwas mehr gesucht. Von Südamerikanische, waren Peru mehr angeboten.

Paris, 17. April. (Nach belg. Blättern.) 3pCt. 57. 30. — 5pCt. 89 55. — Bankactien 2115. — Röm. Anleihe 79. — Span. 3pCt. 31.

Madrid, 11. April. 3pCt. 24¼/₁₆. — 5pCt. 10⅞/₁₆.

Frankfurt, 19. April. 14. Ziehung 6. Klasse der 115. hiesigen Stadtlotterie. Hauptgewinne: Nr. 6225 100,000 fl., Prämie 100,000 fl, Nr. 14236 (Miete) 1000 fl., Nr. 4938 (Miete) 1000 fl., Nr. 21638 5000 fl., Nr. 9605, 17359, 15677, 12335, 3948 jede 1000 fl., Nr. 8293, 21928, 1862, 20796 jede 300 fl.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Druck von August Osterrieth.

№ 94. — Freitag — den 20. April — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in den Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 3. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 25. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Bogen) mit Beifügung der Kürze 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebt man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 25. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmid in Wien, Landstraße Nr. 356; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Kommissär C. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsekretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsekretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Oesterreichische Blätter über die österreichische Depesche und Note.

Ueber die Depesche an Herrn v. Schmerling bemerkt ein Wiener Blatt, die „Ostdeutsche Post", Folgendes: Die ungarischen Wirren sind uns näher, sie berühren uns unmittelbarer, aber die Wirren, denen wir in Deutschland entgegen gehen, sind deßhalb nicht minder gefährlich. Oesterreich gegen Preußen! Wahrlich, wenn wir es nicht schwarz auf weiß vor Augen hätten, wir glaubten zu träumen. Oesterreich in Fehde gegen seinen natürlichen Alliirten — das heißt ja die Weltgeschichte und die diplomatischen Erfahrungen um hundert Jahre zurückdatiren. Und welche Zeit wählt man zu dieser Politik! Als Friedrich II. der großen und herrlichen Thereſia ins Land fiel, da eilte sie in die Mitte ihrer treuen Ungarn, die voll Begeisterung ihre Schwerter für sie zogen. Und jetzt, wo jeder Vaterlandsfreund das Herz voll Kummer hat über die unglückselige Richtung, welche die Treue jener heldenmüthigen Nation genommen, ist es jetzt etwa an der Zeit, sich die Kaunitz'sche Politik gegen Preußen zu repetiren? Kaunitz war im Recht! Nie war ein Krieg gerechter, als der gegen die Eroberungssucht des großen Friedrich, dessen Genie ihn zum gefährlichsten Feinde machte. Aber heute, wo uns weder Genie noch Eroberung aus Potsdam bedroht, wo man kein Stück Schlesien abzutreten braucht, um den Frieden zu behalten, ist dieser Ton gegen Preußen ein doppelter Anachronismus. Die deutsche Centralgewalt? Wir haben sie in Händen gehabt, und haben doch nichts daraus zu machen gewußt. Vom Reichsverweser zum Kaiser von Oesterreich war nur ein Schritt. Eine halbwegs kluge Politik hätte im Sommer 1848 den deutschen Kaiserhut nach Wien zu bringen gewußt. Es ist nicht das gegenwärtige Ministerium, welches der Tadel trifft, daß der kostbare Moment so schmählich verloren ging. Aber den Tadel können wir ihm nicht sparen, daß durch die gegenwärtige Trennung und Lossagungspolitik ein zweiter, nicht minder kostbarer Moment für Oesterreichs Zukunft in Deutschland verloren geht. Das Cabinet ruft die Deputirten aus Frankfurt zurück, gerade in dem Augenblicke, wo sie dort (wir stellen uns hier auf den Standpunkt, den das Cabinet beobachtet hat) erst von Nutzen hätten sein können; es wendet der Nationalversammlung den Rücken in dem Momente, wo diese, von der Antwort des Königs beleidigt, die getroffene Wahl bereut; es protestirt gegen Preußens Aufruf an die Regierungen in dem Momente, wo dieses viel energischer als je früher den Weg der Vereinbarungs- und Octroyirungspolitik einschlägt. Die preußische Regierung und die Frankfurter Nationalversammlung, die auf dem Punkte standen, mit einander zu brechen, werden durch die österreichische Depesche gezwungen, sich einander in die Arme zu werfen. Dem Erzherzog Johann aber, den sein deutscher wie sein österreichischer Patriotismus veranlaßte, seine undankbare Stellung nicht zu verlassen, wird durch diese Depesche die Aufgabe schwieriger gemacht, als sie gewesen. Der Reichsverweser stand bisher über den Parteien — nun wird er plötzlich zum Parteimann gemacht. Der Reichsverweser führt die Centralgewalt, die ihm die Nationalversammlung durch freie Wahl anvertraute. Die Nationalversammlung ist für Oesterreich nicht mehr da — welche Stellung hat dann der Reichsverweser? Der Reichsverweser regierte durch seine Minister; diese Minister sind der Nationalversammlung verantwortlich. Hört diese, wie Oesterreich annimmt, jetzt auf — so wird die Centralgewalt plötzlich absolut. Welche Anomalien, welche Widersprüche, welche Verwirrung wird dies Alles zur Folge haben!"

Wir fügen hier gleich eine zweite Nummer der Presse bei, ein Urtheil, welches wir im „Constit. Blatte aus Böhmen" über die österreichische Note an das Berliner Cabinet finden. „Die Antwort unseres Cabinets auf die letzte preußische Circularnote liegt vor uns, und somit wäre mit Preußen, mit dem neuen Deutschland und mit der Nationalversammlung in Frankfurt gebrochen. Der Inhalt hat uns weniger überrascht, als die Form, in welcher sie gegeben wurde. Die Form ist herb, derb, sie riecht weniger nach ministeriellen Salons als — nach russischer Juchten. Gehen wir auf den Inhalt dieser Note auch nur oberflächlich ein, so ist sie eine Reihe von Negationen und Protestationen gegen die ganze deutsche Bewegung vom Jahre 1848. Die Beschlüsse des deutschen Parlaments werden annullirt. Der König von Preußen wird nicht minder hart zurechtgewiesen wegen seines ausgesprochenen Entschlusses, an die Spitze eines deutschen Bundes treten zu wollen. Es wird ihm geradezu das Recht, und etwas mehr verblümt — die Macht dazu abgesprochen. Oesterreich faßt sich auf die Verträge von 1815, und nur von dieser Basis ausgehend sei eine Reconstituirung Deutschlands durch Vermittlung der Regierungen möglich — eine Vermittlung, welche, wie aus dieser Note klar hervorgeht, nicht einmal mehr auf dem Wege der Vereinbarung mit der Nationalversammlung angebahnt werden kann, seitdem diese von unserer Regierung als nicht mehr existirend angesehen wird. Somit hat Oesterreich mit dem deutschen Westen gebrochen, und wenn wir auch nicht, wie Viele, schon einen deutschen, zumal einen preußischen Krieg vor der Thüre sehen, wenn wir immerhin eine Aussöhnung der beiden größten deutschen Cabinete mit der Zeit für möglich halten, so steht es andererseits unwiderruflich fest, daß unsere Regierung mit dem deutschen Volke aufs Entschiedenste gebrochen hat. Die Slaven mögen sich dessen im Geheimen und auch offen freuen, der Oesterreicher — nicht bloß der Deutschösterreicher — kann in diesem extremen Schritte keine Garantien für die Zukunft der österreichischen Freiheit finden. Der russische Einfluß hat hier mehr gethan, als sich mancher Patriot zu gestehen wagt — wir gehen noch weiter und behaupten, daß der Bruch mit Deutschland die erste erfüllte Bedingung gewesen sein mag, um sich die Intervention Rußlands zu verdienen. So rücksichtslos hätte Oesterreich mit dem allerersten und natürlichsten seiner Bundesgenossen nicht brechen dürfen, wenn der erbetene Helfer des Nordens sich nicht jede Verklausulirung ausdrücklich verbeten hätte."

Endlich enthält der „Lloyd" folgenden Artikel: „Es wird Niemand der Depesche des Fürsten Schwarzenberg an Herrn von Prokesch-Osten, welche wir im gestrigen Abendblatte mittheilten, das große Verdienst der Klarheit, Bündigkeit und Aufrichtigkeit absprechen können. Es ist überflüssig, deren Inhalt zu commentiren. Wer sie liest, der muß sie verstanden haben. Das Verhältniß der beiden Großstaaten Oesterreich und Preußen zu Deutschland ist jetzt ein sehr verschiedenes. Preußen will ein Deutschland ohne Oesterreich, Oesterreich will ein Deutschland mit Preußen. Preußen will in Deutschland herrschen, Oesterreich will in Deutschland Niemanden unterthan sein. Oesterreich will die Gleichberechtigung der Staaten, Preußen will die Suprematie seines Staates. Mit Preußen an der Spitze werden die souveränen Staaten zu abhängigen Provinzen, die erbliche Gouverneure haben, mit der Aussicht, bald in kleine Departements, ohne erbliche Gouverneure, zersplittert zu werden; mit Oesterreich im Bunde wird jeder einzelne Staat seine Unabhängigkeit wahren, und doch dem Gesammtstaate eine feste Säule sein. Der König von Preußen hat erklärt, er sei gewillt, an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten, aus den Staaten zusammengesetzt, welche sich freiwillig zum Beitritte melden. Die Frage ist jetzt: was soll aus den andern Staaten werden, welche wahrscheinlich nicht freiwillig beitreten wollen? Was aus Bayern, aus Württemberg, aus Baden, aus Sachsen, selbst aus Hannover? Wir wissen diese Frage nicht zu beantworten. Was wäre die Folge, wenn Oesterreich, seinen eigenen Nutzen mehr als den Nutzen des Allgemeinen vor Augen habend, dem Beispiele Preußens folgte, und seinerseits erklärte, gleichfalls an die Spitze eines Bundes von deutschen Staaten treten zu wollen, welche sich ihm freiwillig anschlössen? Preußen hat Oesterreich jetzt die Berechtigung zu einem solchen Schritte gegeben, aber wir hoffen, daß unser Staat seinem Vorgange folgen wird, welcher die Zersplitterung Deutschlands herbeiführen könnte. Wir hoffen, daß er sein das Ziel der Einheit des ganzen Deutschland im Auge behalten, und sich gerade dadurch die Sympathien des deutschen Volkes sichern wird. Der sonderbündlerischen Stellung norddeutscher Staaten gegenüber thut es jetzt vor Allem Noth, daß die süddeutschen Staaten sich verständigen, nicht etwa, um einen süddeutschen Sonderbund herzustellen, nein! um auf die Constituirung des ganzen Deutschland, Großdeutschlands, zu bestehen, und dem Projecte eines kleineren Bundesstaates entgegenzutreten. Wir hoffen, daß die deutschen Staaten, welche nach Preußen die größten und mächtigsten sind, Oesterreich in seinem Bestreben, Deutschland zu einigen, ihre kräftigste Unterstützung angedeihen lassen werden."

△ **Frankfurt**, 19. April. Die Besorgnisse, die Nationalversammlung möchte in ihrer Mehrheit es nicht verstehen, ihre besonnene Haltung während der Zeit zu bewahren, welche von der Nation benutzt werden muß, um die noch rückständigen zustimmenden Erklärungen der vier oder eigentlich fünf Königreiche zu erwirken, haben sich als unbegründet erwiesen. Die heutige Sitzung hat wiederholt gezeigt, daß leere Phrasen nichts mehr wirken. Herr Esterle mit seiner wörtlich studirten Rede, Herr Naumerck mit seinen ängstlichen Sprachanstrengungen hatten keinen andern Erfolg, als daß einige würdige schlagende Worte Herrn v. Gagerns unter dem zustimmenden Gelächter des Hauses den Herren bewiesen, daß man mit eiteln Sympathieausſprüchen keine staatsmännische Politik und auf dem offnen Markte keine Diplomatie treiben kann. Wir nehmen solche Wahrnehmungen als ein erfreuliches Zeichen, daß wir Deutsche, obschon so lange von der Politik zurückgehalten, doch rasch zur Einsicht des Praktischen gelangt sind, wodurch die Engländer so groß geworden. Eine Naumerck'sche Rede wäre im englischen Parlament gar nicht möglich, hoffentlich ist sie es bald auch bei uns nicht mehr; denn so gerecht auch die Klagen über die alte Regierungskunst waren, was die neue Regierungskunst dieser Partei zu bieten vermag, das ist der großen Mehrheit des deutschen Volks, das ist auch dem blödesten Auge jetzt offenbar geworden, mit allem durch die Schilderungen der gräßlichen Zustände in den italienischen Republiken von Rom und Toscana, das war nicht allein aus den Organen der Presse unserer deutschen Republikaner längst zu errathen, das ist uns unter Anderem kürzlich durch Herrn Bassermann an dem, wenn auch kleinen, doch charakteristischen Beispiele des Bernburger Landtags vor Augen geführt worden, und man konnte dabei unwillkürlich eine Ahnung des Zustandes erhalten, in welchen die deutsche Nationalversammlung selbst gerathen wäre, wenn nicht die Mehrheit, was ihr nie genug wird können zum Ruhme angerechnet werden, den Phrasen und ausschweifenden Anträgen der Linken fortwährend widerstanden hätte. Daß sie vor einigen Tagen der Anforderung eines Gerichtshofs — Antrag auf Verhaftung Peters — nicht entsprach, kann zwar auch unsere Billigung nicht finden, da wir im Interesse der Gleichheit vor dem Gesetze und weil wir nicht wollen, daß das deutsche Parlament ein Asyl für Gesetzübertreter werde (ob politische oder nicht politische), überhaupt nicht Freunde des Privilegiums sind. Allein dieses Votum, vor allem durch Mittheilung mit dem kranken Manne hervorgerufen, ist kein Zeichen, daß die Mehrheit ihren bisherigen Grundsätzen des Rechtes untreu geworden wäre, und wir sind überzeugt, die am nächsten Montag stattfindende Berathung über den Kierulffschen Bericht wird Zeugniß davon ablegen, daß die Nationalversammlung sich ihrer großen Aufgabe wohl bewußt ist. Es gibt eine Partei, welche nichts sehnlicher wünscht, als daß die Versammlung sich zu Unbesonnenheiten mege hinreißen lassen, auf daß man über sie den Stab brechen könne, wie im November über die Berliner Versammlung, nachdem sie den Steuerverweigerungsbeschluß gefaßt hatte; es gibt wohl auch auf der Linken der großen Staatsmänner genug, welche in ihrer Weisheit dieser Partei in die Hände zu arbeiten bereit wären; allein wir vertrauen auf die bewährten Führer der Mehrheit, sie werden über des Vaterlandes Schicksal auch in diesen entscheidenden Augenblicken wachen. — Wie wir hören, ist eine Interpellation vorbereitet, dahin gehend: ob es wahr sei, daß Preußen gegen den Einmarsch in Jütland Verwahrung eingelegt habe. Wir glauben aus bester Quelle mittheilen zu können, daß dem Reichsministerium von einer solchen Verwahrung zur Zeit nichts bekannt ist.

Ⓡ **Frankfurt**, 19. April. Unter den zahlreichen Adressen, die der Nationalversammlung zu Gunsten ihres Verhaltens am 27. und 28. März und 11. April zugehen, (nachdem er 4 Zuschriften von Ständekammern verlesen hatte, zeigte der Vorsitzende heute ein ganzes Convolut vor) heben wir eine heraus, weil sie aus der conservativen Residenzstadt Oldenburg, von einem constitutionellen Vereine kommt, und nur von Staatsdienern unterschrieben ist. Es heißt im Verlauf derselben: „Das deutsche Volk, in dessen Namen und in dessen Vollmacht Sie in Frankfurt als constituirende Versammlung tagen, kann und wird es nicht ertragen, daß das, was ein Jahr lang vor den Augen der Welt als Wahrheit bestand, in einem Augenblicke zur Lüge werde, daß die Vertretung einer ganzen großen Nation zu der kläglichen Bedeutung einer Verfassungscommission herabsinke. Der Beschluß vom 11. April gibt uns die freudige Gewißheit, daß die Nationalversammlung zu solcher Schmach die Hand nicht bieten will. In dieser Zuversicht sprechen wir uns aus, und — dessen sind wir gewiß — mit uns wird aller Orten in Deutschland so gesprochen: Wir hoffen und erwarten von der Nationalversammlung, daß sie in ihrem Berufe bis ans Ende treu und entschlossen ausharren, daß sie die von ihr geschaffene Reichsverfassung mit aller Energie auch durchführen und zur Anerkennung bringen wird, und daß in diesem einen Punkte alle Parteien der Versammlung sich mit patriotischer Hingebung vereinigen und vereinigt handeln werden."

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

✻ **Schleswig**, 15. April. Meinem Berichte über die Einnahme und Besetzung der Düppeler Höhen von Seiten der deutschen Reichstruppen kann ich jetzt nach den theils, wie ich vernommen, bei der Statthalterschaft und sonst eingegangenen Nachrichten folgendes berichtigend hinzufügen. Die Bayern rückten am 12. d. M. Abends in der Stille nach Nübel und erstürmten ohne zu schießen mit Tagesanbruch mit gefälltem Bajonnete die Düppeler An-

höhen, welche von zwei Bataillonen Dänen und zwei Kanonen besetzt waren. Die Dänen zogen sich mit einigem Verlust zurück. Wahrscheinlich ist es damals gewesen, daß ein Bayer bis an die ersten Häuser in Sonderburg mit vorgedrungen gewesen, dann aber unversehrt zurückgekehrt ist. Allein nun kehrten die Dänen mit verstärkter Macht zurück. Gedeckt von ihren Kanonenböten stürmten sie drei Mal die Höhen, wurden aber von den Bayern und Sachsen und Hannoveranern mit Verlust zurückgetrieben. Die Deutschen blieben Herren der Anhöhen, allein der Sieg kostete fünf sächsischen und zwei bayerischen Offizieren das Leben; vier sächsische Offiziere sind nebst Adjofier verwundet. Kanonen sind nicht genommen. Die Höhen werden verschanzt und sollen mit 84-Pfündnern bereits besetzt sein. Der Verlust an Verwundeten und Todten wird noch immer sehr verschieden angegeben; man glaubt aber, daß hundert die höchste Zahl sei. Ueber den Verlust der Dänen vernimmt man durchaus nichts. — Wie man hört, wird der morgen wieder zusammentretenden Landesversammlung eine Vorlage zur Aufbringung von Geldmitteln gemacht werden, namentlich um die angemeldeten Entschädigungen zu decken, und weil das Finanzministerium zu den vielfachen Ausgaben Geld bedarf, da die vom Reiche zu ersetzenden Vergütungen für den vorjährigen Feldzug noch nicht eingehen. Hier fühlt man die noch immer precäre Lage des schleswig-holsteinischen Staats. Wäre derselbe bereits anerkannt, so würde eine Anleihe leicht und möglich sein. Wenn aber sogar die letzte Friedensbasis noch eine Trennung des ungetheilten Schleswig-Holsteins zuließ, so begreift es sich, daß die disponirenden Geldmächte uns schwerlich eine Anleihe verschaffen werden. Einen Extracredit von vier Millionen Mk. Cr. zum Zweck der ferneren Kriegsrüstung hat die Landesversammlung der gemeinsamen Regierung bewilligt und diese Kriegssteuer von 1 pCt. vom Landsteuerdurchschnittswerthe der Ländereien und ½ pCt. vom Brandtarat der hausteuerpflichtigen Gebäude ist unterm 24. März von der Statthalterschaft ausgeschrieben, welche in drei Terminen, den 15. Mai mit ½, den 15. Juli mit ¼ und den 15. Sept. mit ¼ bezahlt werden soll. Daran reiht sich dann die Einkommensteuer. Eine neue Zettelemission, da die emittirte durch jene Einkommensteuer nach und nach eingelöst werden soll, gleichwie die Grundsteuer, ist in diesem Augenblick bedenklich, weil man sie nicht gleich anfangs zu einem höhern Belaufe proponirt hat. Vielleicht daß eine Anleihe unter Garantie der sämmtlichen Communen des schleswig-holsteinischen Staats das Beste wäre. So eben rückt das schöne bayerische Garderegiment vier Schwadronen stark hier ein; stärkeres Geschütz ist nach dem Norden gegangen.

□ **Aus dem Sundewitt**, 16. April. Die Düppeler Schanzen sind vollständig von unseren Truppen besetzt, und erwartet man nun das nöthige schwere Geschütz, um die weiteren Operationen gegen Alsen zu beginnen. Der Verlust der Bayern ist verhältnißmäßig gering gewesen, und hat namentlich das 2. rheinbayerische Jägerbataillon, das zuerst stürmte, nur 4 Todte und 7 Verwundete gehabt. Am stärksten ist der Verlust der Sachsen, die 11 todte und verwundete Offiziere und 147 todte oder stark verwundete Soldaten gehabt haben. Besonders das Leipziger Schützenbataillon, welches 3 sächsische Geschütze, die in einen Sumpf gerathen waren, mit Gewalt wieder nehmen wollte, und dabei stark in das dänische Kartätschenfeuer gerieth, wurde hart mitgenommen, dem sächsischen General wurde ein Pferd unter dem Leibe erschossen, ebenso ist der Prinz Albert von Sachsen stark im Kanonenfeuer gewesen, auch die Kurhessen haben ziemliche Verluste erlitten. Bedeutend muß der Verlust der dänischen Truppen gewesen sein, die, als sie die Düppeler Schanzen wieder zu nehmen versuchten, von unsern Kanonen stark von oben herab beschossen wurden, zwei dänische Gefangene sind von uns gemacht. Die Düppeler Mühle, deren Besitzer erweislich den Dänen die Stellung unserer Truppen signalisirte, ist auf Befehl des commandirenden Generals von einem bayerischen Offizier in Brand gesteckt worden. — So eben kommt eine sehr vollständige Brückenequipage hier an, um bei Alsen verwandt zu werden.

Vom Kriegsschauplatze in **Schleswig** ist die Nachricht eingelaufen, daß die Dänen den Brückenkopf bei Düppel, bei einem erfolgreichen Angriffe der Reichstruppen auf denselben, in die Luft gesprengt haben, wobei viele Deutsche, besonders Sachsen und Hannoveraner, aber auch viele Dänen geblieben seien. (Berl. Const. Corr.)

Vom ungarischen Kriegsschauplatz.

† **Wien**, 16. April. Es heißt, daß 1 Escadron ungarischer Husaren zu den k. k. Truppen, in deren Händen sich Waitzen befinden soll, übergegangen sei. Die Fonds sind hierauf gestiegen. — Hinsichtlich der zu Ende gegangenen Mission des F.-M.-L. Windischgrätz soll sich der Kaiser selbst gleich bei Ankunft der Minister sehr entschieden geäußert haben. Es soll sich immer mehr herausstellen, daß unwürdige Intriguen in der Umgebung des Fürsten vorgingen, welche zur Förderung der Pläne der Insurgenten nicht wenig beitrugen. Die Arglosigkeit des Fürsten soll daher Vieles zum Mißlingen der seitherigen Operationen beigetragen haben. — Die Nachricht, daß F.-M.-L. Haynau mit einem Armeecorps von 30,000 Mann aus Italien zur ungarischen Armee stoßen werde, bestätigt sich nicht, indem F.-M. Radetzky bei der noch immer nicht beruhigenden politischen Lage Italiens nicht so viele Truppen entbehren zu können erklärt hat. Wohl aber marschirt alle disponible Cavallerie seiner Armee (Chevaux-Legers und Uhlanen) nach Ungarn, um durch Vermehrung dieser Waffengattung den Insurgenten, in deren Reihen 96 Schwadr. stehen sollen, die Spitze zu bieten. Nachdem F.-Z.-M. Welden vorgestern auf dem Glacis eine Heerschau über die hiesige Garnison abgehalten hatte, ist er gestern nach Ungarn zur Uebernahme des dortigen Obercommandos abgereist, ohne daß jedoch Feldmarschall Windischgrätz eigentlich eine Abberufung erhalten hätte. Die Operationen gegen das Insurgentenheer werden mit Nachdruck begonnen, da letzteres den Plan zu haben scheint, mittelst der ausgedehnten beiden Flügeln unter Kasimir Batthyany und Dembinski in Nord- und Südungarn, die k. k. Truppen um Ofen und Pest einzuschließen. Die der Armee in jüngster Zeit zukommenden Verstärkungen betragen 50,000 Mann. Aus Böhmen und Galizien ist alle disponible Mannschaft dahin gezogen worden; auch von Olmütz sind 2 Bataillons Infanterie, 2 Divisionen Kürassiere und 2 Feldbatterien abmarschirt. — Der Courierwechsel zwischen hier und St. Petersburg war in letzterer Zeit sehr lebhaft und betraf die russische Intervention in Siebenbürgen. Im hiesigen Cabinet soll sich eine Meinungsverschiedenheit in diesem Punkte gezeigt und Stadion in Folge dessen einen Urlaub genommen haben. Die Ansicht von der Nothwendigkeit des russischen Einschreitens aus Menschlichkeitsgründen für die Siebenbürger hat die Oberhand erhalten und es stehen zu diesem Zwecke 44,000 Russen des Befehls zum Marsche gewärtig. Die nach Italien von Olmütz abgegangenen Friedensbedingungen weichen von dem frühern Vorschlage durch strengere Bestimmungen ab.

Aus **Lemberg**, 11. April, schreibt man dem „Rürnb. Corresp.“: Nun endlich ist doch die Beistimmung aus St. Petersburg zu der von Oesterreich angesprochenen Hilfe gegen die in Siebenbürgen wüthenden magyarischen Raubschaaren angelangt. Diesem nach leistet Rußland Beistand mit 20,000 Mann Infanterie, 4000 Mann Cavallerie und 24 Geschützen unter Befehl des russischen Generallieutenant v. Möller, eines tapfern Liefländers. Dieses russische Corps besetzt unverzüglich die siebenbürgische Grenze und wird nicht eher zu operiren beginnen, bis nicht aus Süden, Westen und Norden der verabredete Angriff auf die Landesstrecke am linken Theißufer beginnt. Das Ganze wird der Feldmarschall Windischgrätz (?) leiten, dem der vormalige Chef des Generalstabs bei der italienischen Armee F.-M.-L. Heß und auch der tapfere nunmehrige General Benedek beigegeben ist. Zu diesem Ende werden zwischen dem 13. und 16. d. M. acht starke Bataillone (darunter das Grenadierbataillon Trenk), 1200 Pferde und 15 Geschütze nach der ungarischen Grenze abmarschiren; sechs Bataillone, achthundert Pferde und neun Geschütze werden diesen als Reserve folgen. Der commandirende General in Galizien General der Cavallerie v. Hammerstein behält den Oberbefehl über dieses Corps. Zahlreiche Reserven und Depots, ferner die an der Grenze entbehrlich gewordene Finanzwache, vor Allem aber das brave und der Regierung ganz ergebene Landvolk in Galizien sind mehr als zureichend, um die Ruhe hier im Innern zu bewahren. Im schlimmsten Falle stehen bei Brody (in Radziwilow) 50,000, ferner bei Tomaszow an der polnischen Grenze 40,000 Russen bereit, um jeden Eventualitäten kräftig zu begegnen. Das für Siebenbürgen zur Hilfe bestimmte russische Armeecorps hat den Befehl von seinem Kaiser erhalten, auf die erste Aufforderung des Kaisers von Oesterreich allsogleich das Land wieder zu räumen und nach der Walachei und Moldau zurückzukehren. Unsere Truppen jauchzen vor Freude, daß ihnen doch auch Gelegenheit wird, sich mit dem Feinde zu messen. — Die Regierung hat jetzt die Verfügung getroffen, daß die russisch-polnischen Flüchtlinge, welche das Land durchziehen, ohne Weiteres den Russen ausgeliefert werden, welche ihre Regimenter am Kaukas damit ergänzen.

Kronstadt, 24. März. Nachdem am 20. März früh unsere militärische Besatzung ausmarschirt war, schickte der Magistrat eine Deputation an General Bem nach Weidenbach, um ihn zu begrüßen und um Schonung für die Stadt zu bitten. Der General versprach nicht nur Sicherheit der Person und des Eigenthums, sondern ermahnte die Behörden, den Leuten zuzureden, zu ihren Geschäften zurückzukehren. Nachmittags rückte die Avantgarde, Cavallerie, ein, und gegen Abend der General selbst mit 12,000 Mann. Nun erging der Befehl, binnen 24 Stunden alle Waffen abzuliefern unter Androhung standrechtlicher Behandlung, wer welche verheimlichen werde. Am folgenden Tage rückten 8000 M. Szekler ein, von denen die Unbewaffneten mit den abgelieferten Waffen versehen wurden. Truppen marschirten welche zurück nach Hermannstadt, während wieder andere kamen, so daß wir eigentlich nie wissen, wie viele hier sind. Um unsere Freunde zu beruhigen, kannst du ihnen sagen, daß nicht geplündert ist, sondern daß strenge Mannszucht gehalten wird; aber die 150 Wagen, welche sich der Arrieregarde der nach der Walachei marschirenden Truppen anschlossen und natürlich viele werthvolle Sachen enthielten, sind von den Ungarn im Gebirge unweit von Tömös genommen und für gute Prise erklärt worden. (Bul. Z.)

Aus dem Zipser Comitate kommt uns, schreibt der „Lloyd“ vom 13. April, die Nachricht zu, daß ein großer Rebellenhaufen sich dort unter Anführung eines polnischen Offiziers gezeigt hat, welcher das Land durchzieht und mit Gewalt Rekruten preßt. Am 6. April wendeten sie sich nach Leutschau und dann nach Rosendorf. Die zwei Reservebataillone der Regimenter Welden und Haynau sind nach Eperies abgegangen, um den Rebellen die Spitze zu bieten.

Deutschland.

† **Berlin**, 17. April. Was man von der Charakterfestigkeit unserer zweiten Kammer denken soll, möchte schwer zu entscheiden sein, wenn man die gestrige Abstimmung mit der heutigen in ein und derselben Frage vergleicht und bedenkt, daß zwischen beiden nicht 24 Stunden liegen. Die paragraphenweise Verhandlung über das Clubgesetz wurde fortgesetzt. Der erste des zu Grunde gelegten Regierungsentwurfes: „Vereine und Versammlungen, welche strafbare Zwecke verfolgen oder zur Erreichung erlaubter Zwecke sich verbrecherischer Mittel bedienen, sind verboten und unterliegen der gesetzlichen Ahndung“, war schon vom Centralausschusse excludirt, und wurde ohne Discussion durch große Mehrheit verworfen. Der zweite Paragraph der Vorlage rief mehrere Redner in die Schranken, zumal 9 Amendements zu demselben vorlagen. Gegen denselben sprach **Elkemann**; er hielt alle drei Gesetze für unvereinbar mit der Verfassung, und nannte sie verjudetes Gift, welches das Volk verschlucken solle. **Wenzel** (Ratibor) sprach gründlich für die Vorlage, jedoch unter Empfehlung seiner zwei Amendements, deren eins den Begriff der Volksversammlungen zum Schutze geselliger Familienzusammenkünfte präcisirte, das andere die vorherige Anmeldungsfrist von 24 auf 6 Stunden beschränkte. Diese 6 Stunden wollte **Pape** (Münsterberg) im Gegensatz gegen die Vorlage und laut seines Amendements noch um zwei vermindert sehen, da die Ereignisse jetzt rasch drängten und die Polizei 4 Stunden vor Versammlungen frühzeitig genug davon unterrichtet sei. Ein Amendement Caspary's läßt nur 1 Stunde zu. Gegen diese Minusdictation nahm **Camphausen** die Vorlage in Schutz, und suchte auferdem die Congruenz derselben mit der Verfassung aus dem Gesichtspunkte der Staatsverwaltung zu rechtfertigen. Höher als Verfassung und „Grundrechte“ stand dem Abgeordneten **Phillips** das Gesetz vom 6. April 1848, worin kein Vereinsrecht beschränkt wird, dessen Unterdrückung zu Conspirationen führe. **Riedel** erklärt sich ebenfalls für einen Feind aller Geheimthuerei und geheimen Polizei, und findet die Vorlage vortrefflich, weil sie eben Ehrlichkeit, Offenheit, Geradheit befördere. Der Antrag auf Schluß konnte nicht angenommen werden, so **Waldeck** der nächste Redner war. Er sah schon das Ende aller Errungenschaften, wenn der Paragraph angenommen würde, und zeigt nun, was Versammlungsrecht sei. „Es besteht in der Combination zweier Rechte, des Rechts zu gehen und zu sprechen. Es wird Keinem, der gehen darf, bestritten werden können, stille zu stehen, und während er mit einem Andern stille steht, kann er mit ihm sprechen.“ Und über die Ausübung eines solchen Rechtes solle eine Polizei wachen, die unmoralischer sei, als die Versammelten? „Fassen Sie bei diesem Paragraphen zugleich den Beschluß, auch die Anzeige nicht zuzulassen.“ Waldeck ist gleich ein anderer, wenn er aus der Sprache der Leidenschaft in den Ton der belehrenden Erörterung übergeht. Er kann dann selbst trivial werden. Die Debatte wurde geschlossen. Der Berichterstatter, Dr. **Scheerer**: Da das Gesetz vom 6. April 1848 dasselbe besagt, was die Verfassung und die Grundrechte, so halte er sich an jenes. Es sei eine Verordnung über einige Grundlagen der künftigen Verfassung. So laute die Ueberschrift in der Gesetzsammlung. In demselben sei weiter nichts gesagt, als daß ein solches Versammlungsrecht der polizeilichen Erlaubniß nicht unterworfen werden solle. Dies schließe gewisse Modificationen nicht aus. So das Eigenthumerecht. Dies bestehe in der freien Verfügung über den Besitz, und doch müsse es an gewisse Modalitäten geknüpft werden. Diese Grundsätze würden jetzt bestritten. Sollten dieselben nun zerstört werden, so würde die Verfassung illusorisch. Es werde nur verlangt, der Polizei Anzeige zu machen, und darin liege keine Beschränkung des Rechts. Die Anzeige aber sei nothwendig, da die Erfahrung lehre, daß mit Volksversammlungen auch Gefahren verknüpft sein könnten, und aus diesem Grunde könne er auch gegen die 24stündige Anmeldungsfrist nichts Wesentliches einwenden. (Donnerndes: Schluß! Schluß! von der Linken.) Er geht nun die Amendements durch, und erklärt bei dieser Gelegenheit auf untergelaufene Angriffe, daß er es sich zur hohen Ehre anrechne, zum Frankfurter Vorparlament gehört zu haben, einer nach ihrer Majorität so ausgezeichneten und patriotischen Versammlung. Es wird nunmehr über § 2 der Vorlage abgestimmt. Die Amendements **Pape's** und v. **Seckendorf's** werden verworfen. Das **Caspary'sche**: vor den Worten: „Vorsteher, Unternehmer, Ordner, Leiter (der Versammlungen) oder der Inhaber des Versammlungslocals nur: „**Unternehmer**“ stehen zu lassen, wird mit 168 gegen 165 gezählte Stimmen angenommen; seine eine Stunde aber **verworfen**. Dagegen werden die Amendements **Wenzel's**, nach den Worten: „von allen Versammlungen“ einzuschalten: „zu denen eine öffentliche oder allgemeine Einladung erlassen wird“, nebst den sechs Stunden **angenommen**. Der Centralausschuß hatte amendirt: das Schlußwort im ersten Passus der Vorlage „ertheilt“ in „zu ertheilen hat“ zu verwandeln, und den zweiten Passus derselben: „die Berufung einer solchen Versammlung darf weder unter einem falschen, noch unter einem Gesammtnamen geschehen“, zu streichen. Beides **angenommen**. Ein Zusatzamendement **Caspary's**: „Versammlungen, welche an bestimmten Tagen ihre Zusammenkünfte wiederholen, haben dies ein für allemal anzugeben und bedarf es nur dann einer neuen Anzeige, wenn sie den festgesetzten Tag wechseln oder wenn sie überhaupt aufhören“, wird **verworfen**. Die Abstimmung über den amendirten ganzen Paragraphen erfolgt auf Pelzer's (Lennep) Antrag nach Namensaufruf. Für denselben stimmten 169, dagegen 164 (4 fehlten, 1 Frank, 6 beurlaubt). Der Paragraph lautet demnach, wie folgt: „Von allen Versammlungen, zu denen eine öffentliche oder allgemeine Einladung erlassen ist (und) in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, hat der Unternehmer mindestens 6 Stunden vor dem Beginne der Versammlung, unter Angabe des Orts und der Zeit derselben, Anzeige bei der Ortsbehörde zu machen, welche darüber sofort eine Bescheinigung zu ertheilen hat.“

Heute früh 9 Uhr hatte wiederum die Commission zur Prüfung des Rodbertusschen Antrages Sitzung. Mit großer Majorität ist in derselben ein Amendement v. Vincke's des Inhalts, daß in der deutschen Frage von den Fehlgriffen der Vergangenheit abzusehen und nur die Zukunft Deutschlands mit Entschiedenheit im Auge zu behalten sei, angenommen worden.

Die einständige Sitzung der ersten Kammer bietet nichts Wesentliches dar. Von den Referenten für den Verfassungsausschuß sind bekannt geworden: in der zweiten Abtheilung v. Wilgleben und Baumstark; in der dritten v. Ingenplitz und Jordan; in der vierten Gr. Eulenburg und Rintin der fünften Märkle und v. Ammon. Ueber die Freiheitsrechte referiren in der vierten Lenz, fünften Rosenkranz. Das Staatsministerium macht durch ein Schreiben in Beziehung auf den Beschluß der zweiten Kammer vom 4. d. M.

über die Reorganisation des Gerichtswesens dieselbe Mittheilung, welche dieser zugegangen ist. Wahlprüfungsbericht. Hierauf wird der Bericht der Commission für die Geschäftsordnung verlesen, welche sich auf Anträge von Bötticher, dann von Schmidert, ferner von Risler und endlich von Walter erstreckt. Die Verlesung des Antrages von Magnus, den Minister der Justiz zu ersuchen, die Vorlage einer für alle Landestheile giltigen Concurs- und Prioritätsordnung in möglichst kürzester Frist an die Kammer gelangen zu lassen, macht den Schluß der Sitzung.

∘ **Berlin**, 17. April. Die hiesigen Demokraten waren früher durch die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung wenig befriedigt, doch jetzt, wo sie der einzige Anker für die Einheit Deutschlands ist, ist ihre Sympathie für dieselbe eben so groß, wie ihre Antipathie gegen das österreichische Cabinet und das Ministerium Brandenburg; wenn der Belagerungszustand nicht hinderte, so würden gewiß viele Adressen von hier nach Frankfurt geschickt werden, um die deutsche Nationalversammlung zum muthigen Festhalten an der Verfassung aufzufordern.

AZC **Berlin**, 18. April. Die Kammerverhandlungen über das Clubgesetz werden voraussichtlich die Sitzungen der Woche füllen, worauf wahrscheinlich mit Hintansetzung des Waldeckschen Antrags über die Belagerungszustände, zu der viel wichtigeren Berathung des die deutsche Frage betreffenden Rodbertus'schen Antrags weiter geschritten wird. Hinsichtlich dieser Frage ist jetzt unverkennbar das Augenmerk von ganz Deutschland, namentlich aber Frankfurts, auf Berlin gerichtet. Täglich laufen gegenwärtig von letzterer Stadt Briefe hier ein, welche mahnend und zagend unter den Parteien ein Einverständniß hervorzurufen streben. Man beabsichtigt weitere Schritte in Frankfurt so lange zu meiden, bis sich Berlin entschieden hat. Angesichts dieser großen neuen Bewegung, versehlen auch hier die Parteien nicht, ein übereinverständiges Handeln unter sich zu erzielen. Nur die beiden Extreme des Hauses zeigen sich noch renitent, wiewohl die äußerste Linke, welche über diese Angelegenheit viele Separatversammlungen gehalten hat, zur Aufopferung ihrer politischen Ueberzeugung weit mehr geneigt erscheint, als die äußerste Rechte. Eine große Anzahl von Mitgliedern aus jener Fraction hat sich bereits für den Rodbertus'schen Antrag ausgesprochen; vornehmlich nur die d'Ester'sche Spitze verharrt noch bei ihrem bisherigen Widerstande. Hiernach erscheint an einer großen Majorität für den Rodbertus'schen Antrag nicht zu zweifeln und dies um so weniger, als die betreffende Commission sich bereits überwiegend für denselben ausgesprochen hat. Wenn eventuell der Waldeck'sche Antrag über den Belagerungszustand noch vor dem Preßgesetze zur Berathung kommt, so scheint die Kammer demselben deßwegen die Priorität zuzuerkennen, weil sie von dem Grundsatze ausgeht, daß bei gerechtem Club- und Plakatenwesen die freieste Presse der öffentlichen Ordnung nicht so erscheine, daß deßwegen ein Ausnahmezustand noch länger beizubehalten sei. Wenigstens haben sich die Commissionen und Abtheilungen in dieser Weise ausgesprochen

∘∘∘ **Halle**, 17. April. Die Schritte, welche die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt gethan hat, werden von dem größten Theil der hiesigen Einwohner mit Freude und Dankbarkeit begrüßt. Zwar jubeln die Ultrademokraten über die königl. Antwort; zwar hetzen die Schwarzweißen zur Unterdrückung der Nationalversammlung, ja stimmen sogar die sogenannten Constitutionellen um, aber der Wahlverein tritt mit aller Entschiedenheit für Frankfurt auf und er bildet die mächtigste Partei, denn mit ihm steht der Bürgerverein und der neu gebildete Bürgerwehrclub in engster Verbindung. Der Wahlverein hat nachfolgende Adresse erlassen, die mehr als 3000 Unterschriften trägt:

„Hohe deutsche Nationalversammlung! Der unterzeichnete Verein, zu dem sich eine nicht geringe Zahl von Bürgern und Einwohnern der Stadt Halle unterschriftlich bekannt hat, ergreift nach Vollendung des Verfassungswerkes für die deutsche Nation durch die Nationalversammlung die Gelegenheit, derselben in Anerkennung ihrer unbestrittenen Verdienste um das Vaterland seinen innigen und aufrichtigen Dank für das gelungene Werk hiermit auszusprechen. Der Verein erkennt in der Wahl des Königs von Preußen zum Kaiser der Deutschen den Schlußpunkt der glücklichen, mit staatsmännischer Weisheit gefundenen Lösung der großen Aufgabe, welche der Nationalversammlung gestellt war, und hat seine Ueberzeugung bereits in der abschriftlich beigefügten Petition ausgesprochen, welche er während der Anwesenheit der Deputation in Berlin an den König richtete, um mittelst derselben die Annahme der angetragenen Würde zu unterstützen. Mit großem Bedauern hat der Verein vernommen, daß Rücksichten Sr. Maj. abhielten, dem ihr gewordenen Antrage sofort zu willfahren; er hofft indeß, daß anderenfalls andere bedeutungsvolle Betrachtungen den König weiter bestimmen werden, in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Volkes die angetragene Kaiserkrone schließlich nicht von der Hand zu weisen. Deshalb ersucht der Verein die hohe Nationalversammlung, bei ihrem gefaßten Beschlusse entgültig zu verharren und namentlich auch die deutsche Verfassung, so wie sie aus der zweiten Lesung hervorgegangen ist, einschließlich der Grundrechte, als ein unabänderliches Staatsgrundgesetz gegen alle und jede Umbildungsversuche festhalten zu wollen. Dann wird die deutsche Nation mit unauslöschlichen Gefühlen der Dankbarkeit auf die Wirksamkeit der Volksvertreter zurückblicken, die das Vaterland mittelst der Verfassung zu dem längst gewünschten Ziele der Einigung führen wird. Pallet darum fest am Errungenen, ihr Vertreter des Nationalwillens, wir werden auch daran festhalten, so daß Ihr auf unsere Unterstützung rechnen könnt! Halle, 13. April 1849. Der Wahlverein.

∘∘∘ **Provinz Sachsen**, 18. April. Die Verwicklungen, in welche Preußen durch die undeutsche, unvolksthümliche Politik seiner Minister gerathen ist, haben eine Vereinigung der wahrhaft constitutionellen Vereine der Provinz herbeigeführt, damit sie mit allen gesetzlichen Mitteln die Rechte und die Machtvollkommenheit der deutschen Nationalversammlung schützen können. Außerdem ist in Halle noch ein Bürgerwehrclub durch den Lehrer Körner gebildet, durch welchen eine Einigung der politischen Parteien in Halle erzielt werden soll, damit man mit um so größerer Kraft für die von der Nationalversammlung vertretenen Volksrechte wirken könne. Der Club ist mit 600 Mitgliedern eröffnet, denn auch Kurzsichtige sehen jetzt ein, daß die Erfolge des Jahres 1848 nur durch die Frankfurter Versammlung gerettet werden können, da diese Alles besitzt, was Deutschland an politischer Bildung und wahrem Patriotismus aufzuweisen hat. — Da die Hallischen Stadtverordneten die Organisation der Bürgerwehr sistiren wollten, so forderte der Bürgerwehrclub dieselben in einer Petition auf, sofort zur Organisation zu schreiten. Denn das Recht, Waffen zu tragen, sei eine der Märzerrungenschaften, die man freiwillig nicht wieder hergebe, und das Institut selbst sei ein zu Recht bestehendes, weßhalb es Pflicht jeder Behörde sei, diesem bestehenden Gesetze Folge zu leisten. In einem wohlgeordneten Staate dürfe keine Unterbehörde unter irgend einem Vorwande mit der Ausführung rechtsgiltiger Gesetze zögern, weil alsdann Ruhe und Ordnung gefährdet würden. Die Stadtverordneten haben auch sofort nach Verlesung dieser Petition einstimmig beschlossen, die Bürgerwehr einzurichten.

* **Braunschweig**, 17. April. Nach längerer Vertagung hat die Kammer ihre Sitzungen heute wieder aufgenommen und wird sich nun in ununterbrochener Folge der großen Aufgabe der Neuconstituirung des Landes widmen. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Punkte erstattet im Namen des Ausschusses der Abg. Trieps Bericht über die von jenem in den letzten Wochen in Bezug auf die deutsche Verfassungsangelegenheit gethanen Schritte. Wir heben daraus hervor: Der Bevollmächtigte bei der Centralgewalt sei bereits dahin instruirt, daß eine Uebernahme der provisorischen Centralgewalt durch Preußen, falls der Reichsverweser zurücktreten sollte, zuzugeben sei, in Bezug auf die Verhandlungen der Circularnote aber eine definitive Instruction noch nicht erfolgt. Nach dieser Mittheilung geht der Berichterstatter zu einer Darlegung des jetzigen Standes der Sache über, und spricht die feste Ueberzeugung aus, daß das Einigungswerk, welches das deutsche Volk zu vollenden entschlossen sei, zu Stande kommen werde, sollte auch eine Welt darüber zu Trümmern gehen. Der Geheimerath von Geyso (der Staatsminister von Schleinitz ist nicht anwesend) eröffnet darauf der Versammlung, daß am 14. d. M. 28 Regierungen, unter ihnen auch die hiesige, sich dahin erklärt haben, daß sie die Verfassung, wie sie von der Nationalversammlung verkündigt, als giltig und verbindlich und ebenso die Wahl des Königs von Preußen zum Kaiser anerkennen. Auch hofft die Regierung bald in der Lage sein zu können, mitzutheilen, daß auch die übrigen Regierungen sich dieser Erklärung anschließen werden. Der Abg. Lyncker mit 9 anderen Mitgliedern beantragt:

„In Erwägung, daß die von der constituirenden Nationalversammlung zu errichtende Verfassung mit Einschluß des Wahlgesetzes endgiltig festgestellt ist; in Erwägung, daß es nunmehr Sache des Volkes ist, die gegebene Verfassung in Kraft treten zu lassen und zu erhalten; in Erwägung endlich, daß die Nationalversammlung nicht in der Lage ist, an der einmal beschlossenen Verfassung Aenderungen vorzunehmen, beschließt die Versammlung: 1) Ihre Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß die von der Nationalversammlung erlassene und publicirte Verfassung als ohne Weiteres rechtsgiltig zu betrachten sei; 2) herzogliches Staatsministerium aufzufordern, die Verfassung auf geeignetem Wege zur allgemeinen Kenntniß des Landes zu bringen."

Die sofortige Berathung jenes Antrags wird zwar beschlossen; da es indeß nach der Geschäftsordnung dazu der Genehmigung des Staatsministeriums bedarf, und der Herr von Geyso eine vorgängige Erörterung des Antrags in einem Ausschusse für zweckmäßig hält, insofern er nicht bloß beabsichtige, die Ueberzeugung der Versammlung über die Gültigkeit der Verfassung auszusprechen, sondern bestimmte Schritte zu veranlassen, über die zu gleicher Zeit von der Nationalversammlung selbst berathen werde, wird zunächst auf Aronheim's Antrag nur der erste Punkt des Antrags zur Berathung gebracht, womit sich das Ministerium einverstanden erklärt. Nachdem der Antragsteller den Antrag motivirt, und die Abgeordneten Lucius und Schaper ihn befürwortet haben, wird er auf I einstimmig angenommen. Der nicht erledigte Theil des Antrags wird an den Verfassungsausschuß zur Berichterstattung in der nächsten Sitzung verwiesen und diese auf Donnerstag 19. April anberaumt.

Schweiz.

§ **Aus der Schweiz**, 13. April. Die in den nächsten Tagen zusammentretende Bundesversammlung wird zu entscheiden haben, ob der Bundesrath befugt gewesen, die Ausweisung des bekannten Flüchtlings Heinzen, welcher sich gegenwärtig in Genf aufhält, aus dem Gebiete der Eidgenossenschaft zu verfügen. Die Regierung von Genf bejaht die Befugniß des Bundesrathes zu der Ausweisung und behauptet, daß Heinzen ungefährlich und unschuldig sei. Sie verweigert daher entschieden dessen Wegweisung von Genf. Dagegen hat dieselbe Herrn v. Röder, einen preußischen Offizier, der sich mit einem preußischen Prinzen als dessen Erzieher in Genf aufhielt, ausgewiesen. Es scheint, daß bei dieser Gelegenheit der Chef des eidgenössischen Polizeidepartements, Herr Druey, mit Herrn James Fazy in ernstlichen Zwiespalt gerathen, dessen Verbindung mit der ausländischen Revolutionspropaganda ihn hindert, überall die wahren schweizerischen Interessen zu beherzigen und zu wahren. Wir zweifeln keineswegs, daß der Bundesrath sich über seine Maßnahme in rechtlicher und politischer Beziehung zu rechtfertigen wissen werde, und die Bundesversammlung die Genehmigung seiner Beschlußnahme gegen die Umtriebe der fremden Propagandisten aussprechen, und somit die Regierung des Kantons Genf in die gehörigen Schranken zurückweisen werde. Bereits hat der preußische Gesandte eine energische Note an den Bundesrath gerichtet und die unmittelbare Zurücknahme des Genfer Ausweisungsdecretes, sowie auch vollkommene Genugthuung für Herrn v. Röder verlangt.

⊙ **Bern**, 16. April. Mit großer Spannung sieht das Publikum den Verhandlungen der Bundesversammlung über die wichtigen sich auf die materiellen Interessen des Landes beziehenden Gesetze entgegen, unter welchen das Zollgesetz den ersten Platz einnimmt. Die Verhandlungen der heutigen Sitzung in beiden Räthen waren ohne allgemeines Interesse. Von den erledigten Geschäften erwähne ich die Zuschrift des schweizerischen volksthümlichen Vaterlandsvereins von Bern, welcher verlangt, alle seit diesem Jahrhundert (!) naturalisirten Deutschen sollen sich erklären, ob sie Bürger der Schweiz oder Deutschlands sein wollten; eines von beiden Bürgerrechten müßten sie aufgeben. Auch fordert dieser Verein ein Gesetz gegen die Beschimpfung des Schweizernamens. Diese in mancher Hinsicht originelle, von den Demokratenblättern ausgehende Eingabe wird dem Bundesrath zur Erledigung überwiesen. Eine Zuschrift des Staatsraths von Freiburg, den Nachlaß der Sonderbundskriegskosten betreffend, soll der Bundesrath vorberathen.

Italien.

† **Rom**, 10. April. Die Ostertage sind vorüber und wir befinden uns noch immer in der früheren bedenklichen Lage. Nur um einige Thorheiten ist unsere Geschichte bereichert worden. Die Republik hat eine Osterfeier veranstaltet, wie sie vielleicht noch nie dagewesen. Daß eine feierliche Messe veranstaltet wurde, an der die Repräsentanten und Würdenträger der Republik theilnahmen, mag hingehen, selbst wenn es nur als Förmlichkeit geschehen ist. Was sagen Sie aber dazu, daß bei dieser Gelegenheit in S. Peter von mehreren Militärmusiken eine Volkshymne vorgetragen wird, welche der Marseillaise ganz ähnlich ist? Was sagen Sie, wenn man einem anrüchigen Priester auf die mit den Landesfarben geschmückte Loggia der Basilika schickt, um an der Stelle des Papstes dem Volke den Segen zu ertheilen? Solches ist geschehen zu Rom am ersten Ostertage des Jahres 1849. Die Canonici der Peterskirche, die an solchem Verfahren sich nicht betheiligen wollten, sind deßhalb von den Triumvirn jeder zur Erlegung einer Geldbuße von 120 Scudi verurtheilt worden. Abends Kuppelbeleuchtung nach einer neuen Manier; Colonnaden, Facade und Kuppel wurden mit bengalischem Feuer erhellt. Der Effect, namentlich in den Säulenwäldern der Colonnaden war schön, das Volk klatschte Beifall und rief da Capo, worauf man jedoch nicht vorbereitet war. Der Finanzminister Manzoni ist nach England abgereist, wie man glaubt, um eine Anleihe zu beantragen, ohne welche die Republik sich nicht mehr halten kann. Im Kriegsdepartement soll Verlegenheit um einen Minister sein. Der einzige Candidat, ein gewisser Bartolucci, wird selbst von der liberalen Partei als unfähig bezeichnet. Man will zwei Lager, eins bei Bologna und eins bei Terni, errichten. Wohlunterrichtete stellen eine unausbleibliche Intervention in Aussicht.

Venedig, 4. April. In Erwiederung einer Aufforderung zur Uebergabe von Seiten des Marschalls Haynau, sandte ihm die Regierung Venedigs den bekannten kurzen Beschluß der Repräsentantenkammer: „Venedig wird um jeden Preis widerstehen." Diese Antwort wurde von der ganzen Bevölkerung mit Jubel und dem Geläute aller Glocken aufgenommen; Reiche und Arme wetteifern, Gut und Blut zur Vertheidigung der Republik anzubieten. Alle verdächtigen Individuen werden ausgewiesen. General Pepe hat den Oberbefehl über die Stadt, die Festungen und alle Truppen wieder übernommen. Manin ist Dictator der Republik.

Börsenberichte.

∴ **Frankfurt**, 18. April. Ebenso wie gestern war auch heute die Stimmung der Börse willig, durch fortgesetzte Ankäufe blieben fast sämmtliche Course abermals höher. Von österreichischen Papieren stellten sich 5pCt Metall. 76½ pCt., 2½pCt. Metall. 40⅛ pCt., Wienerbankactien 1182 fl., 500 fl. Loose 128 pCt, 250 fl. Loose 79⅛ pCt. Alle übrigen Anlehensloose beliebter, Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27½, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 25⅛ fl., do. 50 fl. Loose 45⅛ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 70⅛ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20⅛ fl., Poln. 500 fl. Loose 74½, Rthlr. Von fürstenschen Obligationen 4½pCt. Württemb. 94½, pCt., 3½pCt. do. 78½, pCt., Badische 3½pCt. Obligationen 77½, pCt., do. 5pCt. vom Jahr 1848 95⅞, pCt. Geld, Nassauer 3½pCt. Obligationen 80⅛, pCt., do. 5pCt. v. 3. 1849 99⅛, pCt. Von belgischen Obligationen 2½pCt. belgische 43⅞, ditto 4½pCt. 83⅜, ditto 5pCt. 90⅛, Holländische 2½pCt. Integr. 49⅞ pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 34½, Rthlr., Berbach 73⅛, pCt., Köln-Minden 76⅛, pCt., Taunus 293 fl. 5pCt. inländ. Span. hoben sich wiederum bei sehr lebhaftem Umsatz um ⅛ pCt., schließen 24½ à 24⅝, pCt. Von Wechseln Wien flauer 105⅛, Br., Amsterdam 100⅛, Br. u. G., Paris 93⅞, Br, London 120⅜, G., Berlin und Leipzig 103⅛ G. Hamburg 85⅛, Br., Mailand 100 G., Bremen 99⅛, G.; in allen Devisen der Verkehr unbedeutend. Ducaten ⅜, pCt. G. Abends in der Effectensocietät wurden 5pCt. inländ. Span. zu 24⅜ à 24⅝, verhandelt.

Wien, 16. April. 5pCt. Metall. 88. — 4pCt. 70 — 2½pCt 46⅛. — Bankactien 1142. — 500 fl. Loose 136. — 250 fl. Loose 91⅛. — Nordbahnactien 95½. — Gloggnitzer 93. — Mailänder 68.

Bei mäßigem Umsatz behaupteten sich 5pCt. Metall. bei sehr stark gesuchten Stücken zu höheren Coursen. Actien sind etwas gewichen, da auf der Nordbahn wieder ein Unfall vorgekommen sein sollte. Wechsel ist besonders London höher. Gold unverändert.

Berlin, 18. April. Staatsschuldscheine 80⅛ bez., Seehandlungs-Prämienscheine 100 bez. u. G., Bankantheile 89⅛ bez., Berlin Hamburg 52 bez. u. G., Köln-Minden 76⅞, G., Nieder. Märk-Nordbahn 33⅛, bis 34⅛, bez. u. G., Rheinische 47 etw. bez. u. Br., Thüring. 49 G., 5pCt. Ruff bei Stieglitz 86½, B., Poln. 300 fl. Loose 74½, Br., Kurhess. Prämiensch. à 40 Rthlr. 27⅛, B, Neue Bad. Anleihe à 35 fl. 16⅛, Br.

Von Zeats blieben die inländ. fest im Preise, von Eisenbahnactien wurden mehrere höher bezahlt, das Geschäft war jedoch im Allgemeinen sehr unbedeutend.

London, 16. April. 3pCt. Stocks 92. — 5pCt. Span. 17⅞, 18. — Neue 5pCt. 32⅛, ⅞. — 4pCt. Port. 29⅛, 29⅜. — 2½pCt. Holländ. 50⅛.

Verantwortlicher Redakteur Dr. H. Matzen.

Führer durch die Messe.

Leine-, Wolle- und Baumwolle-Waaren.

[717] **Kirchhof & Füchsel**
aus Schmölln in Sachsen-Altenburg
haben zur diesjährigen Ostermesse das Lager ihrer Fabrikate, bestehend in glatten und façonnirten Thibets ꝛc wieder wie in letzter Herbst-Messe in der goldenen Leiter, neue Krämе Lit. K. Nr. 95.

Großer Ausverkauf während der Messe Neukräme 27.
Tuch und Buckskin zu Hosen, Westenstoffe in Wolle, Seide, Sammet und Piqué die Weste 24, 30. 36 kr. bis 1 fl. 45 kr., Sommerhosenstoffe und Sommer-Buckskin die Hose 1 fl. bis 4 fl 48 kr., 1500 Stück Sommerröcke und Paletots von 2½ bis 8½ fl., Schlafröcke und Hauskröcke von 2½ bis 6½ fl.
Im Laden Neukräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels, bei
[1078] **J. Sachs**, aus Berlin.

[696] **Joseph Schell**, Corsetten-Fabrikant aus Ludwigsburg,
empfiehlt für diese Messe wieder sein schon längst bekanntes Lager in Damen- und Kinder-Corsetten, sowie auch Morgen-Leibchen, mit und ohne Elastik, und verkauft en gros wie en detail zu äußerst billigen Preisen. Auch habe ich wieder eine große Auswahl aller Arten Gummi-Bälle und gebe diese ebenfalls zu sehr billigen Preisen ab.
Meine Bude befindet sich wie gewöhnlich auf dem Römerberg, hinterer Gang, vis-à-vis dem Römer.

Mme **Pillaut** de Paris a l'honneur de prévenir les dames qu'elle est arrivée à Francfort chez M. Christ Zeil 58 près de la maison Mozart avec un assortiment de corsets, aussi lingeries, broderies et trousseaux d'enfants et après son départ son dépôt chez Mlles. **Krauss et Zwecker**, grosser Kornmarkt No. 28. [1139

[771] **H. G. von Oven**,
Bleidenstraße 23., empfiehlt sein wohlassortirtes Lager in:
schwarzen seidenen Herrenhalsbinden in Taffet und Atlas, Sammethalsbinden in Seide, Halbseide, Jaconnet und Foulard, 3/4 ostindischen Taschentüchern Chatelaines, Foulard- und Atlas-Brocktüchern.

Avis für Damen.
Berlins größte Damen-Mäntel-Niederlage ist durch bedeutende Zusendungen der neuesten und elegantesten fertigen
Mantillen, Mantelets, Palettino's und Visites
wiederum aufs reichhaltigste sortirt zu sehr soliden Preisen.
Neue Krämе Nr. 34 bei Herrn Lorie, [1095] vis-à-vis vom Braunfels.

Sehr billige irländische Leinwand
sowohl in Resten als im Ganzen werden diese Woche noch abgegeben bei
Wm. Bell Son,
Kaiserpforte neben dem großen Kaffeehaus.
[1110]

Kurze und Quincaillerie-Waaren.

Ausverkauf von Sonnenschirmen und Regenschirmen.
Nur während der Messe Neukräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels.
Regenschirme in schwerster Seide von 3½ bis 5½ fl. — Sonnenschirme in schwerster Lyoner Seide, höchst geschmackvolle Muster, pr. Stück 1 fl 45 kr. bis 3½ fl.
Neukräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels, bei
[1077] **J. Sachs**, aus Berlin.

Parfümerie- und Toilette-Waaren.

[970] Die über 30 Jahre berühmte
Dr. **Vogiers**
die Zähne reinigende, das Zahnfleisch stärkende, lose Zähne befestigende und die heftigsten Zahnschmerzen lindernde
Zahntinctur,
welcher schon am 14. Februar 1822 in Nr. 20 der „Allgemeinen Preußischen Staats-Zeitung", von mehreren königl. Regierungen die im Gebrauchszettel wörtlich abgedruckte ehrenvolle Auszeichnung zu Theil wurde. Außer dieser sind über deren Zweckmäßigkeit von mehreren Professoren der Medizin begutachtete Zeugnisse ausgestellt.
Diese Zahntinctur wird seit dieser langen Zeit, das Glas für 1 fl. 12 kr., das halbe für 36 kr. gegen portofreie Einsendung (nebst 8 kr. für Postenschreibgeld und Emballage) mit Gebrauchszettel in Commission verkauft bei
M. C. Wild sel. Erben,
kleiner Kornmarkt F 195 (neu 7) im ersten Stock in Frankfurt a. M.

Commission und Spedition.

Ich erlaube mir hiermit die ergebenste Anzeige zu machen, daß ich außer meinem Commissions-Büreau auch ein
Dienst- und Stellen-Gesuch-Bureau jeder Branche
auf hiesigem Platze errichtet habe und empfehle mich hierin zu geneigten Aufträgen unter reeller und billiger Bedienung ergebenst. Zugleich habe ich mich wie bisher mit Ver- und Emiethen von Wohnungen und Localen jeder Art, An- und Verkauf von Häusern ꝛc., An- und Anlage von Capitalien, Besorgung von Commissions-Artikeln und allen im Commissions- und Speditions-Geschäft vorkommenden Fälle, zu geneigten Aufträgen bestens empfohlen.
Amtlich bestät. Dienst- und Stellen-Gesuch- und Commissions-Bureau
[767] von **F. A. Wüst**, Paulsplatz 13 neu.

Geschäfts-Eröffnung.

Ich beehre mich, verehrlichem Handelsstande hierdurch anzuzeigen, daß ich unterm heutigen Tage ein
Speditions- und Verladungs-Geschäft
zur Beförderung von Gütern durch die Dampfboote nach allen Stationen des Rheins die **London**, nach **Holland**, **Belgien**, dem nördlichen **Frankreich** und allen überseeischen Häfen, so wie durch die Eisenbahnen nach **Mainz**, **Biebrich**, **Wiesbaden**, **Hanau**, **Darmstadt**, **Heidelberg**, **Mannheim**, überhaupt nach **Baden**, **Rheinbayern**, **Württemberg**, der **Schweiz** und dem südlichen **Frankreich**, auf hiesigem Platze errichtet habe.
Die Güter werden durch meine Fuhre bei den Herren Beziehern abgeholt.
Jede nähere Auskunft ertheile ich bereitwilligst und empfehle mich zu geneigten Aufträgen.
Heinrich Henlé,
[1131] Neue Krämе Nr. 34 neu, dem Braunfels gegenüber.

Uhren.

Die Schwarzwälder-Uhrenfabrik-Niederlage bei J. Eckhardt, Roßmarkt F. 107. empfiehlt sich mit großer Auswahl der neuesten Gegenstände, stets Lager von Pariser und Wiener Pendul- und Rahmen-Uhren, Genfer Musik-Dosen und Musikwerke, Vogel-Orgeln ꝛc. in der besten Qualität zu den billigsten Preisen. [781]

Transport.

Für Auswanderer.
„Die Hoffnung."

Concessionirte deutsche Büreaux
für
Auswanderer nach Amerika
von **J. M. Bielefeld** in **Mannheim.**
London bei **Ullmann, Hirschhorn & Co.** — **New-York** bei **Schulz und Bleikorn.**
Regelmäßige Fahrten gekupferter Dreimaster erster Klasse, sogenannte Packetboote,
nach **New-York** und **New-Orleans.**
Bei Gründung dieser Linie habe ich zunächst mein Augenmerk darauf gerichtet, daß der Auswanderer auf der ganzen Reise nur mit **Deutschen** zu verkehren hat, deren Aufgabe es ist, sich mit aller Wärme seiner anzunehmen und ihn mit Rath und That zu unterstützen; auch bei seiner Ankunft in Amerika wird er von **Deutschen** empfangen, welche ihm jede Auskunft, seine Weiterreise und Ansiedelung betreffend, unentgeltlich zu ertheilen haben.
Außer dem Schutze, den vorzugsweise das englische Gesetz dem Auswanderer bietet, ist er auch in den Seestädten vor Uebervortheilung dadurch geschützt, daß er in Rotterdam sowohl, als in London während der **ganzen Dauer seines Aufenthalts freie Beherbergung** und **Beköstigung** in guten deutschen Gasthäusern findet, wodurch ihm gewiß die beste Bürgschaft für rasche Beförderung gegeben ist.
Die Preise sind auf das Billigste berechnet.
Zur näheren Erkundigung, so wie zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen, beliebe man sich an meine unterzeichneten General-Agenten oder deren Agenten zu wenden, bei denen Prospecte gratis abgegeben werden.
Mannheim, im März 1849. **J. M. Bielefeld.**

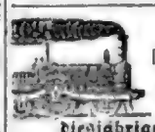
Frankfurt a. M.	Herr **Heinrich Klippel.**	Mainz	Herr **Heinrich Zix.**
Stuttgart	„ **Friedr. G. Schulz** sen.	Cöln	„ **Vogel & Mack.**
Strasburg	„ **Louis Bielefeld.**	Rotterdam	„ **L. Mayer & Co.**

Biebrich Herr **J. K. Lembach.**
In Bezug auf Obiges bemerke ich noch, daß im Monat Mai 5 Boote und zwar am 3., 10., 17., 24. und 31. expedirt werden und empfehle ich mich zu jeder Auskunft und zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen
949) **Heinrich Klippel**, General-Agent in Frankfurt a. M.

Verschiedene Anzeigen.

Park von Wilhelmsbad.

Sonntag den 22. April
Grosses Concert.
Militär-Musik von den Bayerischen Jägern.
Eisenbahn-Abgang: 12½, 3, 6, 8 Uhr.
[1128] retour: — 2, 4, 7 „



Bonn-Kölner Eisenbahn-Gesellschaft.

[956]
Einladung zur Generalversammlung.
In Gemäßheit des § 19 des Statuts unserer Gesellschaft wird hiermit die
diesjährige General-Versammlung der Herren Actionäre auf Montag den 7. Mai, Morgens 9 Uhr,
im großen Saale des Gasthofs zum Stern dahier
einberufen.
Die nähere Anzeige hinsichtlich der nach § 21 des Statuts erforderlichen Legitimation über den Actienbesitz, sowie der Verabfolgung der Eintrittskarten und Stimmzettel, wird zeitig erfolgen.
Bonn, 28. März 1849. **Die Direction der Bonn-Kölner Eisenbahn-Gesellschaft.**

Deutscher Phönix.

Vierte ordentliche General-Versammlung.
In Gemäßheit des § 37 der Statuten werden die nach § 38 derselben stimmberechtigten Actionäre der Versicherungsgesellschaft „der Deutsche Phönix"
zu der Samstag den 28. April, Vormittags 10 Uhr,
zu Karlsruhe in dem Locale des dortigen Museum
stattfindenden ordentlichen General-Versammlung eingeladen.
Diejenigen stimmberechtigten Actionäre oder deren Bevollmächtigte, welche in dieser Versammlung zu erscheinen gedenken, haben sich am 16. und 17. April in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr über ihre statutenmäßige Qualification entweder dahier auf dem Büreau der Gesellschaft (Börsengebäude), oder in Karlsruhe auf dem Büreau der daselbst errichteten Section zu legitimiren (§ 39) und die Beischließung hierüber in Empfang zu nehmen.
Diese Legitimation wird zu bemerken sein: von den Namen-Actionären durch Angabe der Nummern der auf ihren Namen in die Register der Gesellschaft eingetragenen Actien; von den Bevollmächtigten außerdem durch Einreichung ihrer Vollmachten; von den Inhabern der Actien am portour durch Vorzeigung dieser Actien mit einem Nummern-Verzeichnisse in doppelter Ausfertigung.
Am 23. und 24. April in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr können sodann von den Berechtigten die zum Eintritt in die Versammlung erforderlichen nur für ihre Person giltigen Einlaßkarten, gegen Rückgabe der obgedachten legitimativen Bescheinigung, auf dem Büreau der Gesellschaft dahier, oder bei der Section in Karlsruhe in Empfang genommen werden.
Frankfurt a. M., den 31. März 1849.
[927] **Der Verwaltungsrath der Gesellschaft des deutschen Phönix.**

[1090] Bei Sauerländer, Sandgasse Nr. 8 neu, zu haben:
Die Wage.
Deutsche Reichstagsschau
von
J. Venedey.
Siebentes Heft, enthaltend: Die erste Jahresfeier der März-Revolution. — Neue, gehalten am 4. März bei der Jahresfeier der Revolution zu Wiesbaden.
Preis: 21 kr. oder 6 Sgr.
NB. Es erscheint so möglich regelmäßig alle 14 Tage ein Heft von 3 Bogen. Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen darauf an.

[1096] Im Verlage von Eduard Mayer in Frankfurt a. M. (Paradegasse Nr. 1) sind erschienen und durch alle Buch- und Kunsthandlungen zu beziehen:
Die Grundrechte des deutschen Volkes, illustrirt von J. B. Schoff. Colorirt 54 kr., schwarz 36 kr.
Michels März-Errungenschaften. Spielzeug von Rechts und links. 21 bewegliche Figuren (satyrische Portraits). 2te Auflage. herabgesetzter Preis 4 fl. 30 kr.
Reichswespen. Lustige Erinnerungen an das erste deutsche Parlament (enthält 74 Karrikaturen). Herabgef. Preis compl. 4 fl. 30 kr.
Das Zweigefecht bei Eckernförde. Nach dem Bericht eines Augenzeugen gezeichnet von J. Bentadour. Preis: schwarz 18 kr., Tondruck 24 kr., colorirt 36 kr.
Portraits der Mitglieder der Linken des Parlaments in der Paulskirche, gezeichnet von B. Völcker. Preis: weiß Papier 1 fl. chines. 1 fl. 30 kr.

Demnächst erscheinen:
Militärische Skizzen. Erinnerungen an die in Frankfurt stationirten Reichstruppen, gez. von J. Bentadour. 6 Blatt mit Umschlag colorirt 3 fl. 30 kr., einzelne Blätter 45 kr.

[1129] Die in Nr. 91 dieser Zeitung enthaltene Nachricht, wonach ich einen Antrag auf Anerkennung der Reichsverfassung von Seiten unseres Großherzogs gestellt, bedarf einer Berichtigung. Wohl hatte ich einen solchen Antrag eingereicht. Da aber von Seiten des Großherzogs jene Anerkennung bereits erfolgt war, ehe mein Antrag in der ersten Kammer konnte vorgetragen werden, so habe ich ihn wieder zurückgezogen.
Darmstadt, 17. April 1849.
D. K. Zimmermann.

Druck von August Osterrieth.
(Red) Redactionsblatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Beilage zu Nro. 94.) 20. April 1849.

Deutschland.

RC **Frankfurt**, 19. April. Für die Nachrichten von eigenthümlichen Bewegungen am preußischen Hofe nannte unsere vorgestrige Correspondenz Herrn von Saucken als Quelle. Wir müssen diesen Irrthum berichtigen. Nicht Herr von Saucken hat jene Nachrichten hieher gebracht; sie bildeten den Inhalt eines Briefes, dessen Verfasser den politischen Hergängen in der preußischen Hauptstadt sehr nahe steht.

Hiesige Blätter berichten über die neuesten Berathungen des Dreißigerausschusses, die zur Aufstellung eines Majoritätsantrags geführt haben. Der Kierulff-Waitz'sche Antrag (dessen Fassung wir unten mittheilen) erhielt die Mehrheit mit 15 gegen 14 Stimmen. Der combinirte Antrag von Raveaux und Umbscheiden erhielt 13 Stimmen gegen 16, der Antrag von Eisenstuck und Simon 8 Stimmen gegen 21. Der Antrag der Abg. Reichensperger und Detmold, die Beschlußnahme bis zum Eingang der Erklärungen aller Regierungen auszusetzen, erhielt nur die Stimmen seiner beiden Urheber. Antrag der Abg. Kierulff und Waitz:

„Die Reichsversammlung erklärt in Uebereinstimmung mit der Reichstagsdeputation, daß die Annahme der durch die verfassunggebende Reichsversammlung dem Könige von Preußen übertragenen Würde des Reichsoberhauptes die Anerkennung der Verfassung voraussetze. 2) Die Reichsversammlung beschließt: die preußische Regierung so wie die übrigen deutschen Regierungen, welche die Annahme der von der Reichsversammlung beschlossenen und verkündigten Verfassung noch nicht erklärt haben, sind aufzufordern, ihre Anerkennung nunmehr auszusprechen — und erklärt, daß zugleich mit der Verfassung seitens der preußischen Regierung die Uebertragung der Würde des Reichsoberhauptes an den König von Preußen in Wirksamkeit tritt. 3) Die Reichsversammlung beschließt, die provisorische Centralgewalt aufzufordern, mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln zur Durchführung der Verfassung mitzuwirken. 4) Der erwählte Ausschuß bleibt bestehen, um je nach der Lage der Dinge weitere Maßnahmen vorzuberathen und der Reichsversammlung vorzuschlagen."

Antrag der Abgeordneten Raveaux und Umbscheiden:

„Die Reichsversammlung 1) genehmigt die von ihrer Deputation nach Empfang der Antwort des Königs von Preußen an das preußische Ministerium abgegebene Erklärung als der Lage der Sache vor Erlassung der Circularnote vom 3. April vollkommen angemessen. 2) sie erklärt unter gebührender Berücksichtigung des Gesetzes vom 28. Juni 1848. sofort zur Verwirklichung der Verfassung zu schreiten; 3) sie beauftragt demgemäß die Centralgewalt, die Wahlen zum ersten Reichstage in der Art auszuschreiben, daß die Eröffnung desselben am 15. Juli d. J. stattfinden könne; 4) sie beauftragt ferner die Centralgewalt, sämmtliche Regierungen aufzufordern, das Heer, die Bürgerwehr und die Beamten auf die Reichsverfassung vereinigen zu lassen; 5) sie beschließt, einen Aufruf an das deutsche Volk zu erlassen, in welchem dasselbe aufgefordert wird, unverbrüchlich an der von der Reichsversammlung endgiltig festgestellten Verfassung festzuhalten; 6) sie beauftragt endlich ihren Ausschuß: a) mit dem Vorschlage aller weiteren Maßregeln, welche durch Renitenz einzelner Regierungen gegen den Vollzug der Verfassung nothwendig werden können; b) zu dem Ende nöthigenfalls in directe Benehmen mit der Centralgewalt zu treten, und setzt schließlich die Sitzung am 24. d. M. fest, in welcher über die Vorschläge sub a weiter verhandelt werden soll."

⊙ **Frankfurt**, 19. April. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaats Frankfurt kamen folgende Gegenstände zur Berathung: 1) Dr. Kriegk gibt seine Entlassung, die eine Ersatzwahl nothwendig mache. 2) Fortsetzung der Berathungen und Abstimmung über den Gesetzentwurf, die Vaterschaftsklagen betreffend. Derselbe wird angenommen und lautet: „Wir Bürgermeister und Rath der freien Stadt Frankfurt verordnen hiermit auf verfassungsmäßigen Beschluß der constituirenden Versammlung vom..... Art. 1. Außerehelicher geschlechtlicher Umgang gibt keine Entschädigungsansprüche und macht ein unförmliches Eheversprechen nicht giltig. Art. 2. Ein gerichtliches Verfahren zur Ermittelung des Vaters eines unehelichen Kindes findet nicht statt. Nur in den in §§ 290, 329 und 330 des großherzoglich hessischen Strafgesetzbuches vorgesehenen Fällen der gewaltsamen Entführung oder der Nothzucht kann der Schuldige auf Anstehen des Betheiligten als Vater des unehelichen Kindes erklärt werden. Art. 3. Die freiwillige Anerkennung eines unehelichen Kindes durch seinen Vater ist gestattet. Sie kann nur erfolgen mittelst einer von einem Civilstandsbeamten oder von einem Gericht aufgenommenen Urkunde, oder mittelst eines von einem Notar unter Zuziehung zweier Zeugen errichteten Protocolls, oder mittelst eines letzten Willens. Andere Urkunden, Zeugenvernehmungen und Eideszuschiebung werden bloß zur Ergänzung eines Beweises zugelassen. Die freiwillige Anerkennung ertheilt dem unehelichen Kinde Anspruch gegen den Vater und dessen Erben auf Ernährung und Erziehung; seine Erbrechte sind durch eine besonderes Gesetz bestimmt. Art. 4. Aus Rechtsverhältnissen, die vor der Verkündigung dieses Gesetzes entstanden sind, bleiben auch ferner die Bestimmungen der früheren Gesetze anwendbar." 3) Ueber den Senatsvortrag, den Art. 37 der Grundrechte des deutschen Volks (die Ausübung des Jagdrechts) betreffend, wird die Niedersetzung eines Ausschusses von fünf Mitgliedern beschlossen. 4) Antrag des Abg. Aler. Friedleben, den Vertrag zwischen Frankfurt, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Nassau und Hessen-Homburg über die Verhaftung von Verfolgten oder Verdächtigen aus jedem dieser Einzelstaaten durch die uniformirten Sicherheitsbeamten dieser Staate betr. Der Antragsteller erblickt hierin einen Staatsvertrag, welcher verfassungsgemäß nur durch die Sanction der Volksvertretung Giltigkeit erlange; diese Sanction sei aber nicht ertheilt worden, daher der Vertrag auch keine Anwendung auf Frankfurt haben könne, indem der Senat nicht befugt gewesen, von sich aus einen solchen Vertrag abzuschließen, noch das Reichsministerium, diesen Abschluß anzuordnen. Er trägt darauf an, den Senat anzugehen, einen Bevollmächtigten hierher abzuordnen, der über diesen ungiltig abgeschlossenen Staatsvertrag Auskunft zu geben habe. Es wird sofortiges Eintreten beschlossen. Schöff Souchay sieht in diesem Vertrag keinen Staatsvertrag, sondern eine zum Schutze der Nationalversammlung in Uebereinstimmung mit den angrenzenden Staaten getroffene Uebereinkunft, die einer Genehmigung von Seiten der legislativen Behörde, die ohnehin erst nach dem Abschluß derselben niedergesetzt worden, nicht bedürfe. Nachdem noch Dr. Reinganum und Dr. Jucho gesprochen, schneidet Dr. Binding die weitere Discussion durch den Antrag ab: die vorliegende Eingabe dem Senat zu überweisen, was angenommen wird. 5) Vortrag des Senats, Capitalablage betreffend, sowie 6) ein weiterer Vortrag desselben über Heimzahlungen von Capitalien durch Verloosung werden an den Finanzausschuß gewiesen. 7) Berichte des sogenannten Einheitsausschusses a) über eine Vorlage des Senats, betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der unehelichen Kinder. Abweichend von dem Antrage des Senats schlägt der Ausschuß folgende abgekürzte Fassung dieser Bestimmung vor: In dem Staatsbürgerrecht und in dem Gemeindebürgerrecht sind die unehelichen Kinder den ehelich gebornen gleichgestellt. Dr. Braunfels beantragt als Amendement: Uneheliche Kinder sind in Staat und Gemeinde den ehelichen vollkommen gleich gestellt. Nach kurzer Discussion, an welcher Dr. jur. Friedleben, Schöff Souchay, Dr. Reinganum, Dr. Binding u. A. Theil nahmen, wird der Antrag des Ausschusses genehmigt. b) Die Aufhebung der bisher üblichen Verwarnung vor dem Meineide und der Belehrung über die Wichtigkeit des Eides betreffend. Der Senatsvortrag beantragt jene Aufhebung, und will es in Beziehung auf letztere dem Ermessen des Richters anheimstellen, erforderlichen Falls den Schwörenden zu ermahnen, sich darüber mit seinem Gewissen ins Reine zu setzen. Der Ausschußantrag geht aber dahin, kurz zu sagen: die bisher übliche oder gesetzliche Verwarnung vor dem Meineide und die Belehrung über die Wichtigkeit des Eides findet nicht mehr statt, weil, wie Dr. Reinganum bemerkt, eine Vorschrift für den Richter in das Civil- oder Criminalproceßgesetz gehört. Angenommen. 8) Rückäußerung des Senats über die Anfrage, die der Reichskasse vorgeschossenen Gelder ꝛc. betreffend, daß er den Senator Rieg mit den Aufschlüssen über diesen Gegenstand beauftragt habe. Dieser erklärt, daß er sie am nächsten Montag geben werde. 9) Rückäußerung des Senats, betreffend den Verkauf, resp. Verpachtung der auf Sachsenhauser Gemarkung liegenden städtischen Güter. Der Senat behält sich weitere Mittheilungen vor. An die landwirthschaftliche Commission. 10) Beschwerde des hiesigen Bürgers und Buchdruckers Vogt gegen eine polizeiliche Verfügung, wodurch ihm das Hausiren mit Druckschriften untersagt worden, mit Bitte, die Polizeibehörde zu Schadenersatz anzuhalten. An den Petitionsausschuß. 11) Petition des ärztlichen Vereins in Betreff des diesseitigen Beschlusses über die Ueberflüssigkeit des Doctordiploms zu einer öffentlichen Anstellung. An den Senat zur Rückäußerung. 12) Antrag des Abg. Habermann, eine hier stattgefundene gesetzwidrige Verhaftung durch die Militärbehörde betreffend. Auf die Klage eines kurhessischen Husarenunteroffiziers habe ein Lieutenant vom hiesigen Linienmilitär durch vom Posten abgesandte bewaffnete Mannschaft einen hiesigen Bürger in einem Wirthshause verhaften lassen, weil dieser über die Fürsten geschimpft haben sollte. Dies Verfahren sei gegen Verfassung und Grundrechte und er begehre, den Senat um Antwort zu ersuchen, was derselbe in der Sache gethan, ob eine Untersuchung angeordnet und ob der Uebertreter des Gesetzes bestraft worden; ferner denselben anzugehen, dem hier garnisonirenden Militär den Inhalt der Grundrechte über die persönliche Freiheit der Bürger speciell bekannt machen zu lassen. Ein ähnlicher Fall hätte sich am letzten Sonnabend abermals zugetragen. Nach einiger Discussion wird die Ueberweisung dieses Antrags an den Senat zur Rückäußerung beschlossen. 13) Dr. Braunfels stellt den Antrag: daß für die Verhandlungen über die Verfassung, bei welchen sich voraussichtlich ein größeres Auditorium einfinden werde, für ein geräumigeres Local gesorgt werden möchte. Er schlägt den Kaisersaal dazu vor. Schöff Souchay möchte in diesem Falle die Errichtung einer Rednerbühne empfehlen, um besser verstanden werden zu können. Dr. jur. Friedleben ist dagegen, weil aus Mangel eines Beleuchtungsapparates die Sitzungen schon um 7 Uhr geschlossen werden müßten. Herwig befürchtet, daß durch die Ausdünstung einer großen Versammlung die Kunstwerke im Kaisersaal leiden könnten; er schlägt dagegen die Nikolaikirche vor. Die Versammlung beschließt, es vor der Hand beim Alten zu lassen.

Wien, 16. April. Wenn nicht Alles trügt, so haben sich unsere Radicalen gewaltig verrechnet, wenn sie so froh über die Entfernung des alten Welden waren. Sein Nachfolger „Freiherr Böhm" hat sich in einer sehr kernigen Proclamation als einstweiligen Stellvertreter seines Vorgängers angekündigt und scheint nicht der Mann zu sein, dessen Wien bedurft hätte, um versehnende Maßregeln durchzuführen. — Das erwähnte Actenstück ist sehr präcis und lautet: An die Einwohner Wiens! Se. Majestät haben dem F. Z. M., Freiherrn von Welden, eine andere wichtige Aufgabe anzuvertrauen, und mich zum commandirenden Generale in Ober- und Niederösterreich und Stellvertreter des Gouverneurs zu ernennen geruhet. Es wird meine Sorge sein, die während des Ausnahmezustandes von meinem Vorgänger angeordneten Maßregeln mit strengster Gerechtigkeit aufrecht zu erhalten. Die friedlichen Bürger Wiens sollen denselben Schutz, wie bisher, finden. Den Uebelgesinnten, den Störern der öffentlichen Ruhe und Ordnung aber werde ich mit Kraft entgegenzutreten und ihre Pläne zu vereiteln wissen. Wien, den 15. April 1849. Der commandirende General von Ober- und Niederösterreich und Stellvertreter des Militär- und Civilgouverneurs, Freiherr Böhm, F.-M.-L. — Der ehrenwerthe alte Herr General ist der Schrecken aller Lieutenants und hat sehr strenge Begriffe von Disciplin, weßhalb er geeignet schien, die etwas unwirsch gewordene Residenz in Zaum zu halten. Ein heute Morgens hier eingetroffener Courier soll höchst wichtige Nachrichten aus Ungarn überbracht haben und erwartet man daher ein Bulletin. Unsere Nachrichten aus Pest reichen bis zum 14. und melden nichts Bedeutendes. Ein Plakat des königlichen Commissärs verbietet den Pestern das Hinausströmen in's feindliche Lager. Der Commandant eines Insurgentenhaufens hat aus Waizen die Anzeige gemacht, daß General Götz mit allen seinem Range gebührenden Ehren begraben worden ist. In Pest werden Wollsäcke u. dgl. aus den Magazinen genommen und nach Ofen zu dem Schanzenbau gebracht. Die Steurung der Lebensbedürfnisse ist auf's Höchste gestiegen.

5 Uhr. Ich öffne noch einmal den Brief, um Ihnen ein so eben verbreitetes Gerücht zu melden. Die Brigade Ramberg soll von den Ungarn gefangen genommen worden sein. Hier in Wien bereiten sich ängstliche Familien vor, die Stadt zu verlassen, weil sie thörichterweise bereits die Ungarn vor den Mauern der Stadt sehen. (C. Z.)

Berlin, 18. April. In der ersten Kammer wird am Freitag der Abgeordnete Graf Dyhrn an den Minister v. Arnim eine Interpellation des Inhalts richten, daß die auf die letzte österreichische Note ertheilte Antwort dem Hause vorgelegt werden möge. (D. Ref.)

Der Ausgang eines gestern stattgehabten Pistolenduells erregt in der Stadt eine um so allgemeinere Theilnahme, als die Betheiligten sehr bekannten Familien angehören und der Anlaß zu jenem Vorgange unter den schwebenden Fragen in erster Reihe steht. Die Ankunft der Frankfurter Kaiserdeputation hatte den Assessor Neander, einen Sohn des bekannten Bischofs Neander, mit dem Studiosus Brandt, einem Sohne des Bürgermeisters von Brandenburg, in einen Streit verwickelt, der gestern durch Zweikampf ausgeglichen werden sollte. Das Ergebniß war ein sehr blutiges. Neander ist in Folge der erhaltenen Wunde sofort gestorben, und Brandt ist lebensgefährlich verwundet.

Stettin, 17. April. So eben mit der vorpommer'schen Post geht von Stralsund die Nachricht ein, daß in der Nähe von Stralsund ein kleiner dänischer Kriegsluttier mit Proviant und Munition für die in der Ostsee kreuzenden Kriegsschiffe auf seichten Strand gelaufen ist. Das Dampfschiff der „Adler" ist sofort mit Militär besetzt ausgegangen, um obiges Schiff zu nehmen und mit Preußen zu besetzen. Es soll 12 bis 16 Kanonen führen.

Swinemünde, 14. April. Auch gestern ist von dänischen Kreuzern nichts sichtbar gewesen. Eine Jacht ist heute ganz unbehindert in den Hafen gekommen; die angesagte Blokade besteht demnach factisch gar nicht. (Ostsee-Ztg.)

München, 17. April. V. d. Pfordten's Ernennung als Minister des Aeußern soll gewiß sein, und er soll gestern Abend bereits Instructionen an Perchenfeld-Köfering in Frankfurt abgesendet haben. Es ist wirklich Schade, daß dieser ganz gewiß sehr gescheidte, doch leider zu juristische Mann so gar particularistisch und in vielen Beziehungen reactionär geworden ist; jedenfalls wird er der Geist des jetzigen Ministeriums sein, und zugleich derjenige, der das Wort für dasselbe zu führen hat. Ein Münchener Brief in der „Augsburger Abendzeitung" macht darauf aufmerksam, daß in der Frage der Grundrechte nicht der beinahe aus sechzig Mitgliedern bestehende oberste Gerichtshof, sondern nur der betreffende aus sieben Mitgliedern bestehende Senat sich ausgesprochen habe. (Bayer. Bl.)

V **Dresden**, 17. April. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer begründete Vicepräsident Tschucke einen Antrag auf Aufhebung der Elbzölle. Beantragt wird: 1) die Kammer möge die Regierung ersuchen, die Elbzölle sofort aufzuheben; 2) den Regierungen der übrigen Elbuferstaaten gegenüber zu erklären, daß auf Grund von § 25 der Reichsverfassung die Aufhebung jener Zölle gegen billige Ausgleichung ausgesprochen werde, und daß durch die Erklärung des Reichsministeriums das Gesetz erledigt sei; 3) endlich den Elbuferstaaten zu erklären, daß sie die Schiffer kräftig in Schutz nehmen werde. Der Antragsteller schließt seine Rede mit den Worten, es gehöre die deutsche Geduld hierzu, die Elbzölle und die lästige Art, wie sie jetzt wieder erhoben würden, zu leiden. Man solle sich hüten, Excesse herbeizuführen, und sage man, die Reichsversammlung sei noch nicht gemeinsam anerkannt, so möge man antworten: unsre Kammern haben sie anerkannt und wir müssen gar keinen Zweifel gegen die Anerkennung aufkommen lassen. In einer der nächsten Sitzungen werden die Anträge ohne vorherige Begutachtung eines Ausschusses zur Berathung kommen.

Hannover, 27. April. Die „Morgenzeitung" berichtet: Professor Briegleb, Präsident der ersten Kammer, ist hier. Es handelt sich, wie man hört, darum, eine Gegenadresse gegen die der 50 Abgeordneten zu Stande zu bringen. Wir möchten sehen, wer den Muth hat, jetzt der Regierung zu rathen, daß sie die gesetzliche Volksstimme nicht zum Ausspruch kommen lasse und daß ein Ministerium diesen Ausspruch thue, welcher vor den Niederlagen, die ihm die Volksvertretung in beispielloser Uebereinstimmung eine nach der andern bereitete, nicht anders zu bewahren wußte und weiß, als durch Vertagung und abermals Vertagung.

Göttingen, 14. April. Die Abgeordneten Dr. Dieck, Dr. Fiedermann und Senator Meyer, die verhindert waren, am 11. d. M. in Hannover zu erscheinen, haben dem königl. Gesammtministerium unter dem heutigen Datum angezeigt, daß sie dem von mehreren Deputirten erster und zweiter Kammer an dasselbe gerichteten Gesuche um sofortige Wiedereinberufung der Ständerversammlung beitreten.

Coburg, 17. April. Die hiesige Ständeversammlung hat nachstehendes Schreiben an die constituirende Nationalversammlung beschlossen und nach Frankfurt abgehen lassen:

„Hohe Nationalversammlung! Die hiesige Ständeversammlung, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es gerade in den jetzigen entscheidenden Augenblicken des deutschen Volkes heiligste Pflicht ist, sich einmüthig um seine in Frankfurt tagenden Vertreter zu schaaren, hat mit Stimmeneinhelligkeit den förmlichen Beschluß gefaßt, daß sie die von der hohen Nationalversammlung in zweiter Lesung beschlossene und zu Ende des vorigen Monats verkündigte Reichsverfassung in allen deren Bestimmungen für unbedingt gültig und rechtsverbindlich erachte und unwandelbar an ihr festhalte. Die Ständeversammlung hat zugleich auch die herzogliche Staatsregierung dahier dringend aufgefordert, unverweilt nicht nur für die Bekanntmachung der deutschen Reichsverfassung im hiesigen Gesetzesblatte Sorge zu tragen, sondern auch auf den Grund dieser Verfassung ihre Bereitwilligkeit zum Eintritte des Herzogthums Coburg in den deutschen Bundesstaat auszusprechen. Die Ständeversammlung, beeilt sich der hohen Nationalversammlung hiervon Nachricht zu ertheilen und verharrt ꝛc."

Hamburg, 16. April. Eine Adresse, welche der deutsche Club in der deutschen Angelegenheit beschlossen hat, und gestern von seinen Mitgliedern hat unterschreiben lassen, ist durch einen Schritt der Bürgerschaft selbst überflüssig geworden. — In der heute stattgefundenen Versammlung Erbgesessener Bürgerschaft wurde nämlich in sämmtlichen Kirchspielen der Antrag gestellt und einstimmig angenommen: „Die Erbgesessene Bürgerschaft spricht die zuversichtliche Erwartung aus, daß der Senat das deutsche Verfassungswerk, wie es aus der Beschlußnahme der Nationalversammlung hervorgegangen ist, Namens des hamburgischen Staates unbedingt als rechtsverbindlich anerkannt habe, oder, wenn dies noch nicht geschehen sein sollte, fordersamst anerkennen werde." Der Senat empfing diese Botschaft und beantwortete sie dahin, daß er dem hiesigen Bevollmächtigten zu Frankfurt bereits Instructionen ertheilt habe, sich den, behufs Anerkennung der von der Nationalversammlung angenommenen Beschlüsse abzugebenden Erklärungen anzuschließen.

Frankreich.

Paris, 17. April. Ueber die vorgestrige Nachtsitzung der Nationalversammlung, deren Resultat wir bereits mitgetheilt haben, theilen wir noch folgende Einzelheiten mit. Um 8½ Uhr nahm Marrast den Präsidentensitz ein. Der Saal ist glänzend erleuchtet und die Galerien dicht besetzt. Marrast: Bis die Commissionen wegen Italien ihre Creditprüfung vollendet, schlage ich vor, das Budget vorzunehmen. Stimmen: Die Berichterstatter sind in der Oper! Goudchaux: Nein! wir sind hier. Marrast: 311,000,000 Fr. (Oh! Oh! kein Budget! Heftige Unterbrechung.) Marrast: Die Commission ist noch nicht fertig! Wortmacher-Ternaux: Ich schlage vor, Staatsräthe zu ernennen. (Tumult.) Endlich wird entschieden, daß man warten wolle. Um 9½ Uhr erscheint die Commission im Saale. (Auf die Plätze! Auf die Plätze!) Lamoricière in Präsident dieser Commission und Jules Favre ihr Schriftführer. Thiers, Lamoricière und die übrigen Commissionsglieder setzen sich auf die Vorderbänke nächst der Bühne nebeneinander nieder. Jules Favre (Stille): Die Commission, die Sie mit Prüfung der Dringlichkeit des ministeriellen Antrags beauftragt, spricht sich einstimmig für die Dringlichkeit aus. Um zu diesem Entschlusse zu gelangen, war es nöthig, die Thatsache selbst zu prüfen und in den Grund der Frage zu dringen; die Commission rief deßhalb den Conseilspräsidenten und den Minister des Auswärtigen in ihre Mitte. Aus den Erklärungen beider Minister geht hervor, daß die Regierung nicht den Gedanken hegt, zum Sturz der römischen Republik beizutragen; daß sie in voller Freiheit handele, von jeder Solidarität mit irgend einer Macht fernstehe und nur ihr Interesse, ihre Ehre und den Einfluß wahrnehme, welcher der französischen Republik in jeder europäischen Angelegenheit gebühre. Ihre Commission hat diese bestimmten Erklärungen der Minister zu den Acten genommen und bittet Sie, dieselben als Richtschnur bei der Debatte zu betrachten. Tochter einer volksthümlichen Revolution, kann die französische Republik, ohne sich herunterzusetzen, bei der Unterwerfung einer unabhängigen Nationalität nicht mitwirken. Die Nationalversammlung, die ihre Sympathien für die italienische Sache so hoch aussprach, kann sich nicht herabwürdigen, Oesterreichs Mitschuldige zu werden. (Beifall.) Aber eben da nach der Niederlage Piemonts, Oesterreich Toscana und die Romagna in Folge der Kriegsgesetze und Siegesprivilegien bedroht und grausame Reactionen ausbrechen dürften, so ist es die Pflicht Frankreichs, seine Fahne in Italien wehen zu lassen, damit unter ihrem Schatten die Menschheit geachtet und die Freiheit wenigstens theilweise gerettet werde. Ihre Commission sieht in Ihrem frühern Votum, das die Executivgewalt zur Besetzung eines Punktes ermächtigt, den Auftrag für dieselbe: den Prätentionen Oesterreichs eine Grenze zu setzen und auf gütlichem Wege (par arbitrage), dem unsere Waffen eventuell den gehörigen Nachdruck geben würden, die Differenzen zu schlichten, welche die Halbinsel noch zerreißen, und dieser Ausgleichung um der Ehre und des Interesses willen eine der Entwickelung demokratischer Institutionen möglichst vortheilhafte Wendung zu geben. Ueberzeugt, daß die Regierung sich dieser Politik beigesellt und keine der jetzt schwebenden wichtigen Fragen desertirt, hat Ihre Commission die Ehre, Ihnen die Dringlichkeit des Credits vorzuschlagen und Sie einzuladen, sofort zur Debatte zu schreiten. (Beifall.) Die Dringlichkeit wird ausgesprochen. Die Versammlung schreitet zur Debatte. Arago (Emanuel) verlangt in kurzem aber energischem Vortrage, daß der Conseilspräsident feierlich erkläre, welche Grundsätze er den die Expedition befehligenden Generalen vorschreibe oder ertheilt habe. Er werde doch nicht die Fahne der Republik neben der ältern Kaiserfahne wehen lassen. Der Redner hofft, daß die Römer Widerstand leisten (zweifelhafte Bewegungen) und daß wir in jedem Falle den Oesterreichern den Siegeslauf hemmen sollen. Er will den Credit nicht bekämpfen, verlangt aber obige Erklärung. Odilon-Barrot spricht unter fortwährender Unterbrechung eine Stunde. Er befolge die Politik der Majorität der Versammlung, die Politik des Rechts, des gesunden Sinnes, die Politik der Vernunft, die Politik unserer legitimen Interessen in den Grenzen des Möglichen, die Politik einer Regierung, deren Hände frei sind und die sich nicht von blinden und närrischen Leidenschaften hinreißen lasse. (Pyat ruft ihm zu: Sie sind der ganze Guizot!) Ledru-Rollin hob hervor, daß die ganze Expedition eine Folge der in Gaeta gesponnenen Intriguen sei und auf Wiederherstellung des Papstthums mit allem seinem Alterthumskrame hinauslaufe. Es sei ein Verfassungsbruch, eine Verrätherei. Lamoricière sprach als Soldat. Er fragte den Vorredner, ob er die Oesterreicher denn mit Redensarten in ihrem Siegeszuge aufhalten wollte? Seine Rede gefiel ungemein. Nachdem noch Schölcher gesprochen hatte, wurde der Artikel 1 (Hauptsache) des Entwurfs mit 345 gegen 283 Stimmen angenommen und die Sitzung um 12½ Uhr geschlossen.

Frankfurt, 20. April. 15. Ziehung der 5. Klasse der 115. hiesigen Stadtlotterie. Hauptgewinne: Nr. 1038, 5804, 9874, 8807 jede 1000 fl.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matzen

Benachrichtigungen.

Für einen Standesherrn,

der in der Lage ist, eine Summe von Einer Million und mehr auf einen der ersten Gütercomplexe verwenden zu wollen, und der sonst geneigt wäre, sich direct mit dem bevollmächtigten Unterzeichneten in weitere Beziehungen zu setzen, bietet sich zur Zeit Gelegenheit zur Acquisition einer Besitzung dar, die in jeder Hinsicht geeignet erscheint, die Wünsche und Erwartungen der hohen Personen zu befriedigen.

Im beiderseitigen Interesse der Umgehung hoher Personen würde es gerathen, auf den Inhalt dieser Annonce geeigneten Orts aufmerksam zu machen, nachdem derber in Briefwechsel mit mir zu treten beliebt werden. Alle und jegliche Bewährungen in dieser Angelegenheit werden im Falle des Erfolges durch den Unterzeichneten reichlich vergütet.

Otto Spamer, Bevollmächtigter,
[1122] Königsstraße Nr. 16, eine Treppe, in Leipzig.

Bitte, betreffend die Herkunft des Carl Theony in Mainz.

Carl Theony ist im Jahr 1796 oder 1799 als ein Kind von sechs oder acht Tagen durch den kurpfälzischen Geheimsecretär, späterhin königl. bayerischen Rath Heidel oder Peittel seiner Schwester, der Ehefrau von Johann Schertz in Großwinternheim bei Mainz, zur Erziehung übergeben worden, und soll in dem Gasthof zu den „drei Kronen" in Mainz geboren sein. Nach fünfjährigem Aufenthalt in Großwinternheim verehelichte sich der eben genannte Rath Heidel und Theony kam in das Haus von demselben; Heidel starb im Jahre 1813. Er war mit der reichsten Ausstattung versehen und große Versprechungen wurden seinen Erziehern gemacht. Im Alter von etwa fünfzehn Jahren, nachdem Herr Heidel ihm von seiner den Namen Theony beigelegt hatte, war er in dem bayerischen Heer, und machte den Feldzug von 1815 mit. Damals erfuhr er von seinen Pflegeltern Schertz, es sei der Fürst Carl v. Isenburg sein Taufvater gewesen; auch sei eine Frau v. Kling von Adelshausen bei Neuburg an der Donau häufig zum Besuch gekommen, und habe ihm eine mütterliche Liebe und Sorgfalt angedeihen lassen. Im Jahr 1819 ließ sich Frau v. Kling von Adelshausen, welche damals in Bayern lebte, zu wiederholtenmalen durch den Dekan Aichmayr in Adelshausen in Großwinternheim nach dem Aufenthalt und den Schicksalen des Carl Theony erkundigen; doch dort wußte man nichts von dessen Aufenthalt. Im Jahre 1821 nahm Theony seinen Abschied und kehrte 1823 in seine Heimath zurück. Jetzt erst erfuhr er die Schritte, welche Frau v. Kling sechs Jahre zuvor gethan hatte. Allein in der Zwischenzeit war Frau v. Kling gestorben, und auf alle Erkundigungen erhielt Theony keine weitere Antwort, als daß sein Name sich weder in den Papieren noch im Testamente der Frau v. Kling finde.

Zum Behufe des in dürftigen Vermögensverhältnissen (als Hausknecht!) lebenden Carl Theony mit Frau und drei unerzogenen Kindern ergreift man daher den Weg der Oeffentlichkeit, und bittet alle diejenigen, welche über die Herkunft des Carl Theony und insbesondere über den Inhalt des Testaments der Frau v. Kling (welche im Jahr 1823 zu Karlsruhe bei Neuburg an der Donau verstorben ist) irgend eine Auskunft zu geben vermögen, dieselbe gefälligst an den Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Mainz, April 1849.

[1138] **v. Horix**, Lit. E Nr. 233.

Bibliotheca F. Jacobsii.

Die Auction dieser Bibliothek, deren gedruckter Catalog bereits längere Zeit ausgegeben und noch von jeder Buchhandlung zu beziehen ist, findet im Monat Mai statt. Zugleich muss ich bemerken, dass pag. XIII No. 215—19 carmina und pag. XIV—XXIII No. 229—665 epistolae VV. DD. ad F. Jacobs. und epistolae collectae F. Jacobsii aus Versehen mit in den Catalog gekommen und folglich nicht zur Auction werden gestellt werden.

Berlin, April 1849.

Theod. Mueller, Auctionscommissar.

Wein-Versteigerung.

[1123] Dienstag den 1. Mai, Nachmittags 2 Uhr, werden in Gemäßheit Stadtgerichtsdecrets vom 23. Februar d. J. die zum Nachlaß des Herrn Dr. Felix Hoffmann gehörigen rein gehaltene und sorgfältig erzogene Weine, als:

9	Stück	1846er	Dürkheimer,
10	„	1846er	Ungsteiner,
3	„	1846er	Deidesheimer,
5	„	1846er	ditto Traminer,
2	„	1846er	ditto Riesling,
1	„	1846er	Forster,
3	„	1846er	Ruppertsberger Traminer,

in dem Keller der Unger'schen Behausung, große eisenbeimergasse Nr. 72 neu, öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

Samstag den 28. und Montag den 30. April, Vormittags von 10 bis 12 und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr, können diese Weine an den Fässern probirt werden.

C. Belschner, Ausrufer.

Cours der Staats-Papiere. 20 April 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metallig. Obligat. .	5	76½	76	Kurhessen	Obligationen b. Rothsch.	3½	79	78½
„	ditto ditto .	4	60	59½	„	Neue Württemberg.	3½	95	94½
„	ditto ditto .	2½	40⅞	40½	Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	84½	83½
„	Bank-Actien p. St. .		1194	1189	„	d. 25 Loose		21	20½
„	5.250 fl. Loose p. Roth.		79½	79	Frankfurt	Obligationen . . .	3	77½	77
„	5.500 „ ditto		128½	128½	„	ditto v. 1822	3½	92⅛	92
„	Bethmann. Obligat.	5½	70½	—	„	ditto v. 1845	3½	89½	88½
„	ditto ditto .	4	60½	—	„	Taunusbahnactien .		296	294
Preußen	Staatsschuldscheine	3½	84⅞	84	Holland	Integrale	2½	56½	49½
„	Prämienscheine .		—	102	„	Holländische . . .	4	—	78½
Augsb.	Obligationen	5	—	79½	„	Syndicats	3½	—	78½
Bremen	d. 50 Loose . . .		71½	70	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp	5	—	—
„	d. 25 ditto . . .		23½	22	„	Innere Sch. neue Ord.	5	24	23½
„	Obligationen . . .	5½	—	79	Portugal	Consols Lst. à 4 12	3	—	—
„	ditto . . .	4	57½	57	Polen	d. 5000 Loll. Loos Hdl.		—	98
Baden	Obligationen v. 1845	3½	77½	77½	„	Obligationen de d. 500	4	74½	74
„	d. 50 Loose v. 1840		28½	28	Russland	in fl. S. b. Grun. et C.	4	—	82
„	d. 35 Loose . . .		25½	25½	„	ditto b. Stieglitz et C.	4	—	81½

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.	Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Pistolen	9	56	Geld al Marco .	30	—	Kurhessische Loose . . .	28	27½
Pr. Friedrichsd'or	9	57	Laubth., ganze .	—	—	Sardinische Loose . . .	26½	26
Holl. 10 fl. Stücke	10	4	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	30	5 Frankenthaler .	—	—	Cöln-Minden	77½	77
20 Francsstücke	9	54	Hochhaltig Silber .	24	30	Ludwigsh.-Berbach . .	79½	79
Kais. Souverains	12	4	Gering d. ditto .	24	20	Prior.-Wilhe.-Nordbahn	35	34½

Wechsel-Cours.			
Den 20. April.	Fuss.	Geld.	
Amsterdam . .	k.S.	100	—
(100 fl. Cvt.)	kM.	—	100½
Augsburg . .	k.S.	119½	—
(100 fl. Cvt.)	kM.	—	—
Berlin . . .	k.S.	—	100½
(50 Thlr.)	kM.	—	—
Bremen (50	k.S.	—	99½
Bibl. LL.-Ducaten		—	—
Hamburg . .	k.S.	151	—
(100 Mk. Bco)	kM.	—	150½
Leipzig (100	k.S.	—	100½
Thlr.) 1. d. M.		—	—
London . . .	k.S.	121	—
(10 Livr. St.)	kM.	—	120½
Lyon	k.S.	101	—
(300 Fr.)	kM.	—	—
Mailand (350	k.S.	—	99½
Lir. Austr.)	kM.	—	—
Paris	k.S.	95½	—
(300 Fr.) .	kM.	—	—
Wien (100 fl.	k.S.	105½	—
in fl. 20 F.	kM.	—	—
Livorno . . .		—	1

A. Stoltzlach, Land-Makler.

Auch der Börse: 21 [illegible] fl. —; 3 [illegible] pari. —; Partialobligationen Actien (pr. Cvt.) —; Ludw.-Berbach . . F.-W.-Nordb. — fl.

[1050] **Bekanntmachung.**

Gegen die von uns bis zum 31. Jan. 1849 abgestempelten Talons, zu den K. K. Oesterreichischen Metallique-Obligationen à 5 pCt. und 4 pCt. d. d. 1. Nov. 1823 und 1835 können die betreffenden neuen Zins-Coupensbogen täglich in den Vormittagsstunden bei uns in Empfang genommen werden.

Frankfurt a. M., 11. April 1849.

Gebrüder Bethmann.

Große Braunschweiger Lotterie.

Ziehung ist am Hauptplatze vom 3—10. Mai 1849. Mit **12,100** Loosen bietet diese Lotterie **6150** Gewinne von fl. **80,000, 52,000, 35,000, 17,500, 8800, 5000, 3500, 4400, 2 à 2500, 2 à 2200, 21 à 1000** ꝛc. In dieser in jeder Hinsicht schön getheilten Lotterie empfehlen wir Loose à fl. 7., ½ à fl. 14, so wie mit Rücksicht auf Einsätze unter 100 Thaler ganze à fl. 32, ½ à fl. 16., ¼ à fl. 8. [1127]

Julius Goldschmidt jun., Hauptcollecteur,
Börsen-Vorhalle in Frankfurt a. M.

[1057] **Edictalladung.**

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des verstorbenen hiesigen Bürgers und Handelsmanns Johann Tobias Lochner und dessen vor ihm verstorbenen Ehefrau Maria Margaretha, geborenen Baum, Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hiermit vorgeladen, solche binnen

zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen, zum Theil auswärts wohnenden Intestaterben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 28. Februar 1849.

Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Boymer.
Dr. Epstein, 1c Secr.

[1066] **Edictalladung.**

Nachdem der Soldat Joh. Conrad Heinrich Better von Oberlauken, Herzogl. Amts Idstein, aus Urlaub entwichen und vom Regiment als Deserteur abgeführt worden ist, so wird derselbe hiermit von dem unterzeichneten Gerichte aufgefordert, sich zu seiner Vertheidigung binnen

drei Monaten

spätestens bis zum

ersten Juni l. J.

dahier zu stellen, widrigenfalls er des Verbrechens der Desertion für schuldig erkannt und den hierüber bestehenden Gesetzen gemäß zur Bezahlung eines Einlands-Capitales, zum Ersatze des Verpflegungs- und in die Untersuchungskosten verurtheilt, das deßfallige Urtheil aber nur bei dem Regiment bekannt gemacht werden wird.

Idstein, den 11. April 1849.

Herzogl. Nassauisches Militair-Gericht des Herzogl. Nass. II. Regiments zu Fuß.
Geran, Oberst. Becker'sen, Auditeur.

Druck von August Osterrieth.

№ 95. — Samstag — den 21. April — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Würzburg fl. 2. 28 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (⅛ Bogen) mit Beilschrift einen Raum 6 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmied in Wien, Landstraße Nr. 366; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78.; 3) Hofcommissär G. Flörcy in Leipzig; 4) Oberpostcommissär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostcommissär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

RC **Frankfurt**, 20. April. Am gestrigen Tage beabsichtigten die Bevollmächtigten der 28 Staaten, welche bereits ihre unbedingte Zustimmung zur Reichsverfassung gegeben haben, bei dem Bevollmächtigten Preußens gemeinsame Schritte zu thun, um von Preußen eine definitive Erklärung über Annahme der Reichsverfassung und der Würde des Reichsoberhauptes zu erlangen. Man sprach sogar von einer bestimmten Frist, die einzelne seiner Herren dem preußischen Bevollmächtigten im Namen ihrer Regierungen zur Abgabe der Erklärung stellen möchten. Die Note, welche Herr Camphausen an den Präsidenten des Reichsministeriums erlassen hat, und die gestern in der Nationalversammlung zur Verlesung kam, hat solche Schritte verhindert. Aber was die Bevollmächtigten der einzelnen Staaten nicht gethan haben, das thut jetzt das gesammte deutsche Volk. Es hat sich mit Vertrauen an Preußen gewendet, um von Preußen die Einheit zu erhalten, durch Preußen das Werk der Nationalversammlung auf friedlichem Weg ins Leben geführt zu sehen; es verlangt jetzt, daß Preußen dieses Vertrauen rechtfertige; es stellt eine Frist, innerhalb deren es sich entscheiden muß, ob die preußische Regierung fähig und geneigt ist, den hohen Beruf Preußens zu erkennen und zu erfüllen, oder ob sie das Vertrauen Deutschlands auf Preußen lieber für immer vernichten will. Was wird die preußische Regierung thun? Wir glauben annehmen zu dürfen, daß auch, wenn der Rodbertus'sche Antrag und jeder ähnliche wieder, wie es schon den Anschein hat, an dem schroffen Gegensatze der Parteien in der zweiten Kammer Preußens scheitern sollte, doch die preußische Regierung, im Falle daß die übrigen rein deutschen Staaten die Reichsverfassung mit dem Erbkaiserthum als rechtsgiltig anerkennen, für sich keine Aenderungen derselben verlangen wird. Sprach dafür schon früher die in dieser Correspondenz bereits erwähnte Broschüre, die den hiesigen Abgeordneten von unbekannter Hand aus Berlin zugesandt worden ist, in Verbindung mit der neuesten Zuschrift Camphausens, in welcher der Reichsverfassung durchaus nicht erwähnt wird, so mag dafür jetzt der Ton, worin die halboffiziellen Organe der preußischen Regierung und ihrer Bevollmächtigten gegenwärtig geschrieben sind, und besonders auch der Umstand angeführt werden, daß selbst die „Neue preußische Zeitung" mit dem Erbkaiserthum sich auszusöhnen anfängt. Aber Preußen will, ehe es sich für Annahme des Erbkaiserthums und der Reichsverfassung erklärt, daß erst die übrigen reindeutschen Staaten sich bereit erklären, der Verfassung mit dem Kaiserthum sich zu unterwerfen. Und die Regierungen dieser Staaten, soweit sie nicht deutsch gesinnt sein mögen, erklären sich natürlich dazu nicht eher bereit, als bis sie durch die Nothwendigkeit der Verhältnisse gezwungen sind. In Sachsen will das Ministerium die Reichsverfassung, die für ganz Deutschland beschlossen sei, nicht einseitig einführen und vermuthlich auch nicht einseitig anerkennen, weil Sachsen dadurch „sich der Möglichkeit beraubt sähe, bei denjenigen Verhandlungen, welche die Förderung der deutschen Einheit zum Zweck haben, sich thätig zu betheiligen." In Württemberg scheint Herr v. Schmerling, der sich im entscheidenden Augenblicke zu Stuttgart aufgehalten, wahrscheinlich um hier den Einfluß bekannter Personen und Parteien durch den seinen zu verstärken und das herzliche Einverständniß zwischen russischen und österreichischen Wünschen und Planen zu beweisen, zwar nicht bei dem volksthümlichen und deutsch gesinnten Ministerium, wohl aber bei Hof einstweilen einen gleichen Entschluß bewirkt zu haben. In Hannover wird man nicht anders, in Bayern anders, aber schlimmer verfahren. Preußen jedoch hat es in seiner Hand, diese königlichen Regierungen zu einer patriotischeren Entschließung und Erklärung zu bringen. Nimmt Preußen die Reichsverfassung mit dem Erbkaiserthum für sich unbedingt an, und führt sie dadurch ins Leben: so wird die Natur der Verhältnisse, das Interesse und der Wille des Volkes Hannover, Württemberg und Sachsen schon binnen wenigen Tagen zum Eintritt in den deutschen Bundesstaat veranlassen, und Bayern wenigstens der sonst gar bedenkliche Tag der nächsten Wahlen zum Reichstage vermuthlich schon in demselben finden. Möge Preußen daher vorgehen! Möge Preußen für sich, unter Voraussetzung der theilweise bereits erfolgten Zustimmung der Einzelstaaten, die Reichsverfassung mit dem Erbkaiserthume definitiv und unbedingt annehmen! Die Erklärung der badischen Regierung, auf welche Herr Camphausen in seiner dilatorischen Zuschrift Bezug nimmt, darf einen solchen Entschluß nicht hindern. Die badische Regierung kennt die deutschen Verhältnisse zu wohl, um für den Fall, daß einzelne rein deutsche Staaten nicht sofort beitreten sollten, wieder zurücktreten zu wollen. Sie hat durch ihre besondere Erklärung sich nur gegen die ziemlich klar ausgesprochenen Ideen und Plane einer Partei verwahrt, welche, wenn noch Verhandlungen über die Reichsverfassung zwischen den einzelnen Staaten erfolgen sollten, die unbedingt zustimmenden Staaten zum Nutzen der Königreiche und ihrer Mediatisirungswünsche, in Erinnerung an eine frühere Zeit, von jenen Verhandlungen ausschließen möchte. Möge Preußen daher sich erklären! Die Nationalversammlung wird dann dem Antrag ihres Dreißiger-Ausschusses gemäß, die übrigen Staaten zur Erklärung auffordern, und dadurch zwar keinen indirecten Zwang anwenden, was die preußische Regierung vermieden wissen wollte, wohl aber den Vollsstämmen Gelegenheit geben, sich den Sondergelüsten einzelner Personen gegenüber auszusprechen.

* **Frankfurt**, 20. April. Zu dem in Nr. 91 und 92 dieser Blätter erstatteten Bericht über die Generalversammlung des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit ist nachträglich zu bemerken, daß der bisherige Vicepräsident des Vereins, Regierungsrath Dr. Steinbeiß aus Stuttgart, durch Acclamation in der genannten Eigenschaft wieder erwählt wurde, die Wahl des zweiten Vicepräsidenten aber auf den Abgeordneten Degenkolb fiel.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Apenrade, 14. April. (N. f. P.) Der Umstand, daß durch die Schlacht bei Eckernförde ein großer Theil Gefangener in unsere Hände gefallen ist, wird hoffentlich veranlaßt auf die Behandlung derjenigen einwirken, die als Gefangene in die Hände der Dänen fallen. Zum Beleg dafür, wie wenig Humanität die Dänen noch immer in dieser Hinsicht bewiesen, diene nachstehendes verbürgte Factum. Dem aus 8000 Mann bestehenden s. g. nordjütischen Flankencorps, das unter General Rye's Commando in Nordschleswig einrückte und bekanntlich vor den wieder andringenden Schleswig-Holsteinern nicht Stand gehalten hat, war es gelungen, einen schleswig-holsteinischen Dragoner zum Gefangenen zu machen, dessen Pferd in einem Moor stecken blieb. Der Unglückliche ward nach dem Pastorate von Meltrup gebracht, woselbst General Rye sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, dort an einen Wagen gebunden und den Beschimpfungen der Soldateska preisgegeben, bis ihm vor Wuth der Schaum vor die Lippen trat. Später erbat sich der Prediger in Meltrup die Erlaubniß, den Armen mit Speise und Trank erquicken zu dürfen, erhielt indeß von dem General, der sich im Uebrigen human erwies, einen abschlagigen Bescheid. Wir wollen hoffen, daß die Dänen von einer solchen Behandlung der Gefangenen fernerhin abstehen werden, widrigenfalls die Ergreifung von Retorsionsmaßregeln durch die Pflicht geboten sein würde.

Corps-Befehl vom 12. April. Um das Andenken des gebliebenen Unteroffiziers Preußer von der Artillerie wegen seines ausgezeichneten Benehmens auf ewige Zeiten zu ehren, bestimme ich, daß derselbe als Lieutenant der Artillerie in den Offiziers-Ranglisten von der Artilleriebrigade aufgenommen, und als solcher fortgeführt werde. Dieser Befehl ist sämmtlichen Mannschaften beim Apell vorzulesen. (gez.) v. Bonin.

Einem Privatschreiben aus **Hadersleben** entnehmen wir die Nachricht, daß General Bonin sein Hauptquartier nach Christiansfelde verlegt hat.

Flensburg, 14. April. Es bewahrheitet sich, daß zwei dänische Bataillone ins Wasser getrieben, so wie auch viele unserer Verwundeten vom Feinde mitgenommen worden sind. Hierher kamen während der Nacht 32 meist leicht Verwundete, alle schwer Blessirten sind in Gravenstein untergebracht. Zur Versorgung von etwa 500 Verwundeten waren hier die geeigneten Maßregeln ergriffen. Heute wird Sonderburg bombardirt. — In unserer Stadt befanden sich zwölf Lazarethe, ein preußisches Feldlazareth ist in der Errichtung begriffen. Die Zahl aller Verwundeten und inneren Kranken (meist an Wechselfiebern und Lungenentzündung Erkrankte) belief sich heute Morgen auf 721, unter diesen etwa 230 Blessirte. Gestorben sind 11 der letztern, unter ihnen ein hannoverscher Major (Müller) und Hauptmann (von Uelar Gleichen), beide am Charfreitage bei Ulderup blessirt. — Heute passirte das preußische 12. Infanterieregiment, dessen Füsilierbataillon die ersten hier gesehenen Zündnadelgewehre besaß, unsere Stadt. Ferner bleibt heute im Cantonirungsquartier, um morgen weiter vorzurücken, das 3. Bataillon (Oroteeyn) 16. Landwehrregiments und zwei Escadrons hannoversche Leib-Dragoner.

Harburg, 16. April. Von heute bis zum 18. d. incl. werden noch sieben Züge mit Militär hier erwartet. — Mit dem Kölner Bahnzuge sind die Quartiermacher des braunschweiger Husarenregiments, 24 Mann, hier angekommen und sofort nach Altona expedirt worden.

Hamburg, 16. April. Nach einem fünfwöchentlichen höchst beschwerlichen Vorpostendienst hat die hanseatische Cavallerie am 15. d. ihren Rückmarsch nach Eckernförde angetreten und wird am 19. d daselbst eintreffen, um der Reservebrigade, welche der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha befehligt, beigegeben zu werden. Zu dieser Reservebrigade sind noch ein Bataillon Württemberger, ein Bataillon Badenser und eine kurhessische Batterie befehligt.

Von deutschen Fürsten, Prinzen und Mediatisirten nehmen folgende an dem diesjährigen schleswig-holsteinischen Feldzuge Theil: Der regierende Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha (Oberbefehlshaber der thüringisch-sächsischen Brigade), der Erbprinz von Schaumburg-Lippe (Führer des schaumburg-lippischen Contingents), der Prinz Albert von Sachsen, der Herzog von Sachsen-Meiningen, der Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg (bayerischer Generallieutenant), Graf Croy, Herzog Eugen von Württemberg, Prinz Salm-Salm, Offiziere in preuß. Cavalleriediensten. Folgende deutsche Staaten sind jetzt durch Contingente in Nordalbingien vertreten. Die 5 Königreiche (Preußen, Sachsen, Hannover, Württemberg und Bayern.) Die Großherzogthümer Baden, Weimar und Hessen-Darmstadt. Die Herzogthümer Holstein, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Koburg-Gotha, Nassau, Braunschweig. Das Kurfürstenthum Hessen. Die Fürstenthümer Reuß-Schleiz-Lobenstein und Schaumburg-Lippe. Die freien Städte Hamburg, Lübeck und Bremen. Da nun noch das Großherzogthum Oldenburg, das Großh. Mecklenburg-Schwerin und die Fürstenthümer Sigmaringen, Lippe-Detmold und Liechtenstein Contingente zur Reichsarmee stellen sollen, so würden nur folgende Contingente fehlen: Das Kaiserthum Oesterreich, freie Stadt Frankfurt a. M. (1848 in Schleswig-Holstein), die anhaltischen Herzogthümer, die schwarzburg. Fürstenthümer; die Landgrafschaft Hessen-Homburg, das Großherz. Mecklenburg-Strelitz (1848 in Schleswig-Holstein), das Fürstenthum Hohenzollern-Hechingen, das Fürstenthum Reuß-Greiz, die Großherzogthümer Lauenburg und Limburg, das Herzogthum Lauenburg und das Fürstenthum Waldeck. Wahrscheinlich haben noch nie so verschiedene und zahlreiche deutsche Contingente neben einander im Felde gestanden. (Weserz.)

Kopenhagen, 16. April, Morgens. Der commandirende General v. Krogh und sein Stabschef, Oberst Läffe, sind von ihrer Stellung abberufen; General Bülow soll an Krogh's Stelle das Commando erhalten. Daß diese Entsetzung großes Aufsehen macht, begreift sich um so mehr, als keinerlei Thatsache dem Publikum bekannt ist, welche diese Veränderung im Oberbefehl beim Beginn des Krieges erklärt. (B.-H.)

Der officielle Rapport im Kriegsministerium über die Affaire vom 13. lautet: „Am 13. April Morgens gegen 4 Uhr rückte der Feind in starken Colonnen und mit bedeutender Artillerie plötzlich gegen unsere Stellung bei Alsund und placirte eine Zwölfpfünderbatterie gerade unsern festen Batterien auf Alsen gegenüber. Es entstand ein heftiger Artilleriekampf, und nach einer halben Stunde war die feindliche Batterie zum Schweigen gebracht. Das 10. leichte Bataillon rückte nun rasch über den Brückenkopf und bemächtigte sich zweier sächsischer 12pfünd. Metallkanonen. Einige Kanonenboote, resp. östlich von Sonderburg und in Venningbond stationirt, nahmen am Kampfe Theil. Nachdem der Feind sich zurückgezogen, nahmen unsere Vorposten wieder ihre Aufstellung ein. Unser Verlust an Todten und Verwundeten beträgt circa 40 Mann; Lieutenant v. Dorchens ist schwer verwundet. Düppelmühle und 2 Gehöfte auf Düppelmark sind während des Gefechts in Brand gerathen. Die Stellung der Feinde in Nordschleswig ist unverändert. Auf Befehl ꝛc." (Der dänische Bericht verschweigt die Eroberung der Düppeler Schanze, obgleich diese erfolgt sein mußte, wenn die Deutschen eine Batterie von Zwölfpfündern den Alsener Batterien gegenüber aufstellten, wie der Rapport besagt.) Der Bericht des Geschwaderchefs Garde über dieselbe Affaire hebt die Theilnahme der 2 Kanonenboote unter den Lieutenants Mac Dougall und v. Deckam hervor, die mit Hilfe der Batterien von Alsen den Feind zurückgetrieben, ohne Verlust zu erleiden.

Heute Nachmittag begab sich der König nebst Gefolge an Bord des in der Ausrüstung begriffenen Linienschiffes „Skjold" und der Fregatte „Nymphen".

Stockholm, 10. April. Der Kammerherr und Adjutant des Königs von Dänemark, Baron von Zytphen-Adeler, der am 6. d. M. hier angekommen, ist am 7. vom dänischen Gesandten dem Könige vorgestellt worden, um ihm einen Brief des Königs von Dänemark zuzustellen. Nachdem er am 8. vom König und der Königin zur Mittagstafel gezogen, ist er gestern Morgen wieder nach Kopenhagen gereist, um sich von da ins königl. dänische Hauptquartier zu begeben. Wie in privaten Kreisen verlautet, nimmt obenerwähnter Gesandter die Ueberzeugung mit, daß in diesem Jahre schwerlich eine Betheiligung Schwedens am Kriege zu erwarten sei.

Neuestes.

§ **Altona**, 17. April. Heute hier angekommene Militärpersonen, die sich in den letzten Tagen unmittelbar am Kriegsschauplatze aufgehalten haben, berichten, daß die Dänen in Folge des Duppeler Treffens ihre Lage auf Alsen zu begreifen anfangen und sich auf dieser stark befestigten Insel nicht mehr sicher halten. Durch die gute Anwendung des schweren Geschützes wird das feindliche Feuer von dem diesseitigen Strande zuschwärmenden Kanonenböten vollständig neutralisirt, und die preußischen Pioniere sind nahe daran, eine Schiffbrücke nach Alsen hinüber zu schlagen und die diesseitigen Verschanzungen zu vergrößern. Wie es scheint, wollen die Dänen einige Truppencorps von Alsen nach Jütland überschiffen, um die auf jütischem Boden aufgeworfenen Schanzen bei Beile und an mehreren Punkten zu besetzen; denn es sind bereits zu diesem Behufe auf der jenseits gelegenen Küste, Fühnen und Arroe gegenüber, mehrere Landungsbrücken vom Feinde dort aufgeschlagen worden. Ferner sind durch ein Dampfschiff, begleitet von einem Kanonenboot, sämmtliche Jachten aus der Gjenner Bucht (zwischen Apenrade und Hadersleben) nach Alsen herübergeholt worden. Gegenwärtig steht sämmtliche dänische Cavallerie zwischen Beile und Kolding, und Alles deutet darauf hin, daß die Dänen sich auf jütischem Boden mit den Deutschen schlagen möchten. Es scheint indeß noch nicht gewiß zu sein, daß deutsche Truppen die Königsau überschreiten werden. Wir glauben jedoch, daß der hier angekommene und mit einem Extrazug nach Norden beförderte Courier aus Frankfurt, der großherzoglich hessische Major de Hall, den Schleswig-Holsteinern wohl gute Nachrichten wird gebracht haben, und man ist hier sehr gespannt auf die Nachrichten der nächsten Tage aus dem Norden, ob und wann die Deutschen nach Jütland vorrücken. Die schleswig-holsteinische Armee, welche die Avantgarde der in Schleswig operirenden Streitkräfte bildet, ist vollständig bis auf die in Rendsburg zurückgebliebene Reserve auf dem Wahlplatze. Wir erhielten heute auch Zuzug aus dem Süden, so ein nassauisches Bataillon, eine preußische reitende Batterie aus Düsseldorf; braunschweigische Husaren werden morgen hier eintreffen und sofort weiter mit dem Bahnzug befördert werden.

A **Hamburg**, 18. April. In Folge der Eckernförder Katastrophe ist der Commandeur des in der Nordsee stationirten Blockadegeschwaders, Capitän Steen Bille, wahrhaft erfinderisch in Ergreifung von Repressalien, sodaß wider alles Völkerrecht selbst unschuldige Auswandererschiffe von demselben zurückgewiesen werden. Vor der Elbemündung befinden sich die „Rota", „Thetis" und „Bellona" und soll noch ein viertes Kriegsschiff in Sicht gekommen sein, dessen Name noch nicht bekannt ist. An unserer Börse gibt sich, der diesjährigen Blokade gegenüber, ein besserer Geist zu erkennen, als im vergangenen Jahre. Hamburgs Kaufmannschaft scheint nachgerade zur guten Erkenntniß gekommen zu sein, daß es noch höhere Interessen gibt, als die merkantilischen, und daß eine Nation ihre Ehre nicht in die Schanze schlagen kann, wenn auch Handel und Gewerbe vorübergehend leiden. Es ist freilich nicht zu vergessen, daß die Verhältnisse vor dem Beginn des Feldzuges diesmal der Art waren, daß man sich vor dem Wiedereintritt der Blokade vorbereiten und demnach die Engagements ordnen und bestimmen konnte.

Vom österreichischen Kriegsschauplatz

liegen heute neuere Nachrichten von Belang nicht vor. General Welden hat den Befehl über die kaiserliche Operationsarmee durch folgende Proclamation angetreten:

„An die kaiserl. königl. Armee in Ungarn! Mit der Führung der militärischen Operationen der Armee in Ungarn von Sr. Majestät beauftragt, wird es die einzige Aufgabe meines Lebens bleiben, mich des Vertrauens unseres geliebten Kaisers würdig zu zeigen. Mit Vertrauen trete ich auch unter Euch, meine braven Kriegsgefährten! Wird doch mein ganzes Wirken nur durch Eure Mithilfe bedingt; sie besteht in der Intelligenz, Umsicht und Entschlossenheit der einzelnen Führer, vorzüglich dort, wo sie selbstständig zu handeln haben; in dem Muthe, der unbegrenzten Hingebung von Seite der Offiziere und der Mannschaft. Doch zu wem spreche ich? Ihr seid ja Oesterreichs tapfere Soldaten, getreu in Noth und Tod, vom Ticino bis an die Donau dieselben von der halben Welt angestaunten Helden, die mit ihrem Herzblute die Monarchie gerettet. Ihr könnt nur siegen oder sterben! Es ist die gerechte Sache, für welche wir fechten, und der Himmel wird sie nicht untergehen lassen. Seht! was uns gegenübersteht; es sind verruchte Bösewichter; der Auswurf aller Völker, die eine ganze Nation betrügen und ihren selbstsüchtigen Plänen opfern, die ein gesegnetes Land, das sonst edle Ungarn, jetzt das Spielwerk feiler Polen, auf ein Jahrhundert in eine Wüste verwandeln. Mit ihnen also Kampf auf Leben und Tod! versöhnend aber noch einmal die Hand dem irregeleiteten Bruder geboten. Bisher konnte der Krieg in Ungarn noch nicht so erfolgreich geführt werden, als es der heiße Wunsch des hohen Führers war, der die edelsten Proben unbegrenzter Hingebung für den Staat gegeben: denn, je ausgedehnter die Landesstrecke wurde, welche die Armee bei ihrem Vorrücken zu besetzen hatte, desto mehr mußten unsere Streitkräfte jenen des Feindes nachstehen, als auch die bereits eroberten Punkte bei der noch immer durch die Rebellen erhaltenen Aufregung besetzt bleiben mußten. Dagegen konnte der Feind sich nach allen Richtungen hin unbesorgt bewegen; er fand überall Verräther, welche die schlechte Sache unterstützten, und erhielt so selbst Auskünfte über unsere Pläne; in der Wahl der schändlichsten Mittel nie verlegen, Raub und Mord in seinem Gefolge, wußte er durch Schrecken selbst die Friedlichsten zur Beihilfe zu zwingen. So bestehen wir, die wir nur auf der Bahn des Rechtes und der Ordnung vorgehen wollen, einen ungleichen Kampf, und doch, wir müssen siegen, wir setzen ja unser Leben, und was noch mehr ist, unsere Ehre ein! Darum vorwärts! meine getreuen Kameraden! Dies sei unser Wahlspruch! Welden, Feldzeugmeister und Armeeobercommandant.

Vom ungarischen Kriegsschauplatz wenig Neues. Nach dem „Figyelmező" dem Organe der altconservativen Partei in Ungarn, haben die Insurgenten sich aus der unmittelbaren Nähe Pest's zurückgezogen und ihre alte Position gegen Norden eingenommen; sie hatten gehofft, die Bevölkerung von Pest würde bei ihrer Annäherung einen Ausfall wagen und so das k. k. Militär in die Mitte gerathen. Die Kanonen auf den Ofner Wällen haben diese Combination durch ihre Pest bedrohende Stellung vereitelt. — Aus Croatien laufen beruhigendere Nachrichten über die daselbst herrschende Stimmung ein. Die beiden Handbillets an ihren angebeteten Banus Jelachich haben das Ihrige gethan, doch die Octroyirte hat durch diese Erlasse den ersten Stoß erlitten. — Aus Böhmen dagegen wird berichtet, daß Kossuth'sche Agenten daselbst ihr Wesen treiben, um die Massen für sich zu gewinnen. Dieses Gerücht gewinnt an Wahrscheinlichkeit durch den Umstand, daß die beabsichtigte Aufbietung des Landsturmes, um der Slovakei zu Hilfe zu kommen, gar keine Sympathien fand. Die Magyaren wollen keine thatsächliche, nur eine moralische Hilfe, eine Art Indifferenz, um die Maßnahmen des Ministeriums unpopulär zu machen; dafür versprechen sie den Czechen, falls die kaiserliche Regierung zu pacifiziren gezwungen würde, die Annullirung der octroyirten Charte und die Zustandebringung der Sanction für den Kremsierer Verfassungsentwurf (das politische Ideal der österreichischen Slaven). (N. C.)

Wien, 15. April. Die Voraussetzung, daß General Csorich Waitzen wieder zu nehmen trachten werde, hat sich verwirklicht; nach den letzten Berichten sind die kaiserlichen Truppen ohne besonderen Widerstand in die Stadt wieder eingerückt. Das dortige Corps der Insurgenten hatte nur ein Bataillon Honved zurückgelassen und die Straße nach Komorn verfolgt; hier aber trafen sie bei Gran auf 10,000 Mann der angerückten Verstärkungen, die — im Besitz der dortigen Schiffbrücke — auf das linke Donauufer übersetzten und das Vorrücken der Insurgenten hinderten. Das Geschützfeuer, welches in der dortigen Gegend vernommen wurde, deutet auf ein starkes Gefecht, dessen Resultat noch nicht bekannt ist. Baron Welden ist erst heute um 3 Uhr früh mit dem Dampfschiffe abgereist und begibt sich alsogleich nach Neuhäusel an der Waag, um vermuthlich im Verein mit dem dort versammelten Hilfscorps von 12,000 Mann und mit dem Corps bei Gran die Insurgenten von der Komorner Straße zurückzuhalten. Komorn selbst wird seit drei Tagen heftiger als je beschossen. Nach der Aussage einiger Ueberläufer von dort soll Guyon, ein Insurgentenchef unter Görgey's Commando, auf einem Kahn über die Waag gesetzt und eine Unterredung mit dem Festungscommandanten gehabt haben, dann zurückgekehrt sein. Es scheint daher, daß eine Insurgentenabtheilung in der Nähe der Festung sich herumtreibt. Während dieser Bewegungen gingen einige Compagnien der Insurgenten bei Szent-Endre, das auf dem rechten Ofner Donauufer liegt, und vor welchem, wie letzthin erwähnt wurde, das hitzige Gefecht am 10. d. auf dem linken Ufer stattfand, in Plätten auf die in der Mitte des Stromes liegende Insel hinüber und wollten hierdurch das Schlagen einer Brücke ermöglichen. Sie wagten sich sogar bis an das andere Ufer, doch erschien kurz darauf Oberst Horvath mit einigen kaiserlichen Bataillonen, trieb sie zurück und beschoß die Insel so, daß der Uebergang nicht bewerkstelligt werden konnte. Die gegenseitige Beschießung dauerte fort. Vor Pest steht die Hauptstärke der beiden Armeen sich noch immer gegenüber. Nachdem Waitzen besetzt und die Verbindung mit dem linken kaiserlichen Flügel hergestellt war, rückte Graf Schlick wieder in seine Stellung auf dem Rakoschfeld ein, sowie auch Dembinski seine vorige Position wieder bezog. Die Insurgenten wollen, wie es scheint, jede Hilfeleistung auf der Komorner Seite hindern, während die kaiserl. Armee ihre Verstärkungen abwarten zu wollen scheint. Das Insurgentencorps, welches bei Földvar über die Donau gesetzt hatte, marschirte nicht, wie man glaubte, über Stuhlweißenburg gegen Ofen, sondern wendete sich längs der Donau in die untere Gegend, um die Operationen gegen die Serben zu unterstützen und Peterwardein zu entsetzen. Der serbische Patriarch hat sich nach Semlin geflüchtet, seine Wojwodina ist in den Händen der Ungarn. Kanischa, ein großer Marktflecken im Zalader Comitate, hat sich wieder für die Insurgenten erhoben. Truppen eilten dahin, um diese im Rücken der Armee gefährliche Empörung im Keime zu unterdrücken. Sonst verhalten sich die Comitate diesseits der Donau ruhig. Von Siebenbürgen noch immer keine bestimmten Nachrichten. General Sujan von der italienischen Armee ist Chef des Generalstabs bei Baron Welden. (A. Z.)

† **Wien**, 17. April. Im Ganzen lauteten die bis gestern Abend aus Ungarn eingelaufenen Nachrichten für die kaiserliche Sache günstiger, wenn schon einzelne sehr erhebliche Thatsachen, die von den ministeriellen Organen selbst zugegeben wurden, auf das Gegentheil schließen lassen. Waitzen soll durch F.-M.-L. Csorich den Insurgenten wieder entrissen worden sein, und wenn auch das Corps des F.-M.-L. Hapnau für jetzt in Italien unentbehrlich erschien, so rückten doch von so vielen andern Seiten Verstärkungen vor, daß man mit denselben und mit der sicher erwarteten Russenhilfe die Insurgenten zu erdrücken hoffte. — „Vor der Hand," sagt der gestrige „Abend-Lloyd", „geberden sich die Ungarn in Waitzen ziemlich hochmüthig und schicken Briefe und Effecten, die durchpassiren, ungefährdet nach Pest, nur daß dieselben früher geoffnet, durchsucht und mit dem amtlichen Siegel des Landesvertheidigungsausschusses versehen werden. Unter solchem Couvert kam auch eine Depesche mit der Nachricht nach Pest, daß Generalmajor Götz im ungarischen Lager mit allen Ehren zur Erde bestattet wurde. Bei der Feierlichkeit waren 12 Bataillons ausgerückt. — Auf höhern Befehl wurden in Pest in den letzten Tagen alle Thurmuhren gesperrt und die Glöckner außer Function gesetzt. — Einiges Aufsehen hat die plötzliche Arretirung des reichen Bürgers Szilagyi gemacht, ein in Pest sehr beliebter Mann von magyarischer Gesinnung. — Feldzeugmeister Nugent ist von dem Commando des in Südungarn operirenden Armeecorps abberufen und dasselbe dem F.-M.-L. Castiglione übergeben worden, demselben, der durch sein entschlossenes und muthvolles Benehmen bei dem Aufruhr in Krakau sich ausgezeichnet hat. — Einem Privatbriefe aus Temeswar entnehmen wir, daß daselbst seit einigen Tagen die größte Bestürzung herrscht, ein großer Theil der Bewohner sich zur Flucht anschickt und alle Vorbereitungen zur Sperre der Festung getroffen werden. Sodann erzählt man, Bem habe den Festungen Temeswar und Arad 3 Tage Zeit zur Uebergabe anberaumt. — Der serbische Nationalgeneral Knitzanin ist mit 3000 serbischen Freischärlern aus Serbien in die Wojwodina eingerückt, um seinen Stammesgenossen zu Hilfe zu eilen.

Man will an die Reise des Baron Kübeck nach Pest die Hoffnung einer friedlichen Ausgleichung mit Ungarn knüpfen.

Der „Wanderer" meldet, daß der Fürst Alfred Windischgrätz, in Begleitung seines Sohnes, des Flügeladjutanten Fürsten Alfred, in Olmütz angekommen ist.

Agram, 10. April. Die Woywodewina wird von harten Drangsalen heimgesucht. Die magyarischen Siegesbulletins nehmen gar kein Ende. Perczel feiert einen Triumph nach dem andern, und wenn das so fortgeht, so wird sehr bald das Banner des ungarischen Landesvertheidigungsausschusses auch in Slavonien, und dann ist für Croatien Hannibal ante portas. Peterwardein hat sich, wie vorauszusehen war, nicht ergeben, und wird dies auch nicht so bald thun, denn Perczel soll nun die Festung für ein ganzes Jahr verproviantirt haben. Die Bezwingungspläne Nugent's sind an der Strategie eines Kossuthgenerals gescheitert und in Peterwardein haben sich die Truppen der Debrecziner Regierungsjunta so festgesetzt, daß es ihnen nur ein Spiel wird, die ganze Umgebung dem magyarischen Dictator unterthan zu machen. Einige Ausfälle aus der Festung haben dies bereits mit wirksamem Erfolge bewiesen. — Serbobran (St. Thomas), die festeste Position der Serben, in welcher sie, bevor k. k. Generäle das Commando führten, unbezwinglich gewesen sind, ist in die Hände der Honvedtruppen gefallen. Das Tschaikistenbataillon wird nun von den Wuth schnaubenden Schaaren Perczel's mit Feuer und Schwert verheert dastehen und somit die Batschka dem Großreiche der Magyaren von dem an Perczel's Seite stehenden Kossuth'schen Commissär Casimir Batthyany einverleibt sein. Die k. k. Truppen sind theils im Banate, theils stehen sie um Peterwardein herum zerklüftet und zerrissen, — wie es das Feldherrnpaar der Grafen Nugent zu verfügen für gut fand. Unter diesen traurigen Aspecten sehen die Serben einer harten, prüfungsvollen Zukunft entgegen.

Deutschland.

§ **Berlin**, 18. April. Die österreichische Note so wie die Erklärungen der deutschen Regierungen scheinen bedeutende Hindernisse hinsichts der Annahme der deutschen Kaiserkrone auf Seiten unseres Königs hinweggeräumt zu haben, so daß gegenwärtig in den hiesigen höhern Kreisen die Ansicht vorwaltet, daß unser König nicht allein die provisorische Leitung der deutschen Angelegenheiten übernehmen, sondern auch der Wahl als Kaiser der Deutschen, nach Beseitigung einzelner noch entgegenstehender Schwierigkeiten, Folge leisten werde. Von vielen Staatsmännern hört man die Meinung jetzt unumwunden aussprechen, daß das auf das Haus Hohenzollern von der deutschen Nationalversammlung unter nachträglicher Zustimmung der Fürsten übertragene deutsche Erbkaiserthum nunmehr ein unausweichliches geworden sei. Es ist mithin große Hoffnung vorhanden, daß die inhaltsschwere deutsche Frage unter entgegenkommender Verständigung zwischen dem erwählten Kaiser und der deutschen Nationalversammlung eine Lösung finden werde, wie noch vor wenigen Tagen es keineswegs den Anschein hatte. Wie von unserm König mit warmem Herzen für Deutschlands Wohlfahrt und friedliche Entwickelung den gegenwärtigen Umständen Rechnung getragen werden dürfte, so kann man ein Gleiches auch wohl mit Gewißheit von der deutschen Nationalversammlung erwarten, die in voller Würdigung der größern drohenden Gefahren zweifelsohne mit aller Bereitwilligkeit die Hand bieten wird, das große Ziel in einer das Erbkaiserthum kräftig stützenden und den gesunden Organismus des deutschen Bundesstaats sichernden Weise zu erreichen. Es bedarf wahrlich nicht der Mahnung, daß es jetzt nicht Zeit ist, mit unbeugsamem Sinne nur bei der eigenen Ansicht zu beharren und Meinung hartnäckig zu verharren, sondern Zeit ist, daß von beiden Seiten mit hochherziger Selbstüberwindung die unumgänglichen Opfer auf den Altar des Vaterlandes freudig niedergelegt werden, auf daß der Genius Deutschlands seine Fittige zur zukunftreichen Stunde der Einigung schlagen könne. — Die Finanzen Preußens befinden sich, wie man aus guter Quelle erfährt, in einem in Ansehung der Zeitverhältnisse sehr günstigen Zustande, so daß in dieser Beziehung wohl kein europäischer Staat, der von dem Sturme unserer Zeit unmittelbar betroffen ward, Preußen voranstehen dürfte. Die freiwillige Anleihe vom vorigen Jahre soll noch wenig in Anspruch genommen sein, so daß Preußen, ohne seine Zuflucht zu einer neuen Anleihe nehmen zu müssen, ein Heer von mehr denn 300,000 Mann ins Feld stellen kann, wenn die Sicherheit des deutschen Vaterlandes den Arm Preußens erheischen sollte. — Personen, welche aus München hier eingetroffen sind, bringen die erfreuliche Kunde, daß die dortige Stimmung sich dem deutschen Erbkaiserthum täglich mehr zuneigt und daß selbst von Ultramontanen die Ansicht geäußert wird, es würde Bayern nichts übrig bleiben, als sich ins Unvermeidliche zu fügen, wenn es seine tiefen Wurzeln dem deutschen Boden nicht entreißen wolle. — Bei den Geldsammlungen, welche hier für den Papst Pius veranstaltet werden, haben sich auch arme und unbemittelte Personen betheiligt.

§§ **Erfurt**, 17. April. Hiesige Stadt ist noch immer im Belagerungszustande, bei dem die ziemlich starke Partei des sperrischen Preußenthums sich wohl befindet. Wiederholte Bitten um Aufhebung dieses seit fast 6 Monaten bestehenden Ausnahmezustandes sind bis jetzt unberücksichtigt geblieben.

§§ **Naumburg an der Saale**, 17. April. Auch hier gibt es eine specifisch preußische Partei, deren Führer der Publicist Fr. v. Florencourt ist, der bereits im vorigen Jahre gegen die deutsche Nationalversammlung zu Frankfurt geschrieben und nach Kräften für das Ministerium Brandenburg-Manteuffel gewirkt hat. Seit einem Jahre hat er die Redaction des preußischen Volksblattes des Hrn. v. Tippelskirch und später die eines hiesigen Localblättchens übernommen und diese Organe im Interesse der Preußenvereine benutzt, ohne jedoch den gehofften Anklang im Publikum zu finden.

*** **Dresden**, 14. April. Die gegenwärtigen sächsischen, zunächst Dresdener politischen Zustände sind schwer zu verstehen und können im Auslande kaum richtig gewürdigt werden. Das sonst so ruhige, indifferente, conservative Königreich Sachsen hat sich mit einemmale viel weiter nach links als vielleicht irgend eine andere deutsche Provinz gewendet und so staunenswerth auch diese Thatsache, muß man sie allerdings als solche anerkennen. Ja, ich bin überzeugt, daß wenn, was der Himmel verhüte! außerordentliche neue Begebenheiten gegenwärtig eine ernste republikanische Schilderhebung des ganzen Volkes gewaltsam herorriefen, Sachsen nicht zögern würde, sich dem zumeist republikanisirten Franken und Thüringen anzuschließen. Leipzig war als Handelsort von jeher nicht sehr monarchisch gestimmt und für das übrige Land wird der künftige Geschichtschreiber der Gegenwart keine Mühe haben, die Ursachen der neuen Wendung der Gemüther aus der Geschichte der letzteren Jahre zu erklären. Die sehr erheblichen religiösen Zwiespälte und Umtriebe im Lande, sowie der zähe Eigennutz der kleinen begünstigten Adelsfamilien spielen dabei die Hauptrolle. Für Dresden treten aber noch ganz eigenthümliche Verhältnisse hinzu. Ich verstehe darunter den schädlichen Einfluß der nüchternen, ungebildeten Hofwelt und den geradezu demoralisirenden der unzähligen reichen und vornehmen Fremden und Ausländer, welche Jahr aus Jahr ein wie in einem europäischen Hotel hier leben und der halben Stadt nicht selten auf nicht sehr erfreuliche Weise ihre Nahrung leihen. Diese Hauptstadt in der Stadt nimmt keinen Antheil am Leben und der Wohlfahrt des Volkes und erbittert und verderbt durch den immerwährenden Anblick des schreienden Mißverhältnisses ihrer Zustände zu den einheimischen, den sie darbietet. Ueberdies ist in den höheren Ständen die Frauenwelt hier weit vor den Männern an Zahl überwiegend und bei ihr denn auch weder Gesinnungstüchtigkeit noch irgend Charakter zu suchen. Frivolität, Vergnügungssucht, Servilität, Gleichgiltigkeit gegen alles Höhere oder Vaterländische bezeichnen ihre Stimmung. Man kann wohl sagen, daß in dem großen Augenblicke jetzt vielleicht in ganz Deutschland nicht so wenig Abndungen als in diesen Kreisen von seiner weltgeschichtlichen Bedeutung aufragen. Man entsetzt sich vor dem Leichtsinn, womit hier der Winter verbracht wurde. Nichts, nichts als Ruhe wollen die alten männlichen und weiblichen Frauen, um nur ihren ästhetischen und unästhetischen Vergnügungen nachleben zu können. Seltsam genug, daß bei ihnen, wo sonst der widerwärtigste Haß alles Preußischen vorherrschte, jetzt auch vielmehr eine entschiedene, sogar bis in das höhere Militär gedrungene Zuneigung zu Preußen eingetreten ist, weil sie glauben, daß das damit für sie synonyme Ministerium Brandenburg dort länger als sonst wo die glückselige Ruhe des Belagerungszustandes der Gegenwart aufrecht erhalten werde. Mit Einem Worte denn, unsere Verhältnisse sind, diesen hier näher ins Auge gefaßten Zuständen die Kammern und Vaterlandsvereine gegenüber gestellt, durchaus unterwühlt und höchst bedenklich. Ein neuer eintretender Sturm ist, wie es mir scheint, im Stande, Alles zusammenzuwerfen. Halten Sie mich nicht für zu radical; allein der sittliche Ernst ist im eigentlichen sächsischen Volke viel tiefer als in den höheren Ständen festgewurzelt. Und endlich vergesse man nicht, wenn man im Auslande die sächsischen Verhältnisse erwägt, die Persönlichkeit des Herrscherpaares! Der König von Sachsen ist ein Mann vom edelsten, reinsten negativen Willen, die Königin die Zwillingsschwester der Erzherzogin Sophie von Oesterreich. — Noch für weit bedenklicher als die hiesigen Verhältnisse sind, nach allen eingehenden Nachrichten, die des nahen Böhmens anzusehen. Wohlunterrichtete sagen bestimmt, daß binnen drei Wochen alda große, bedeutende Ereignisse eintreten müssen. Die Geldnoth ist aufs äußerste gestiegen, Gold wird mit 11 pCt. Agio gesucht, Silbermünze ist so selten, daß man für einen preußischen Silbergroschen schon zehn Kreuzer zahlt. Jede Ortschaft hat sich bereits ihr eigenes Papiergeld geschaffen, mit welchem der Einzelne seine täglichen Bedürfnisse deckt.

(o) **Dresden**, 18. April. Die zweite Kammer hat am 13. d. M. beschlossen, „seitens der Volksvertretung gegen die Regierung die Erwartung auszusprechen, daß vom 1. Juli d. J. ab der für das Kirchenwesen seither beanspruchte Aufwand aus der Staatskasse, soweit er auf Bestätigung beruht, in Wegfall kommen werde." Da dadurch mehrere Kirchenbeamte brodlos, viele Wittwen und Waisen ihrer Unterstützung beraubt würden, überhaupt die jetzt noch bestehende Verbindung der Staats-, Kirchen- und Schulbehörden aufgelöst werden müßte, ehe noch die protestantische Kirche sich neu constituirt habe, so hat der hiesige evangelische Verein offenen Protest gegen den oben mitgetheilten Beschluß erlassen. Das ist das erste Lebenszeichen dieses Vereins. — Gestern Abend brachte man dem jetzt hier anwesenden Volksvertreter Prof. Wigard ein Fackelständchen.

Emden, 14. April. (Ostfries. Z.) Heute lief das auf der Schiffswerft der Herren Tholen und van Nees für die deutsche Marine erbaute Kanonenboot vom Stapel. Nach der Aussage aller Kenner ist der Bau dieses Boots ausgezeichnet zu nennen und darf als Muster für weiter zu bauende Boote erachtet werden.

⊙ **Stuttgart**, 18. April. Der Bericht über den Bau und Betrieb der Eisenbahnen, erstattet von Dörtenbach, stand auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten. Der Fordbau der Staatseisenbahnen bedarf für das Jahr 1848—49 die Summe von 4,940,000 Gulden. Unter diesem Aufwand laufen für allgemeine Verwaltungskosten 51,000 fl. Eine Hauptreparaturwerkstätte befindet sich in Eßlingen, dem Plane der Regierung, eine andere für Wägen in Heilbronn zu errichten, gab die Kammer ihre Zustimmung nicht. Die Anschaffung einer gewöhnlichen Locomotive kostete 30,000 fl., und einer schweren Locomotive (deren sechs die Alpbahn erfordert) 32,000 fl. Der Aufwand auf die Eisenbahnstrecke von Heilbronn bis Süßen ist in runder Summe auf 12 Mill. Gulden anzunehmen, was für die Stunde 430,000 fl. ausmacht. Der Aufwand für den Betrieb beläuft sich auf 52 Procente der Bruttoeinnahme, welches Verhältniß in Berücksichtigung der auf die Einnahmen aus dem Betrieb sehr ungünstig einwirkenden Zeitumstände befriedigend erscheinen dürfte. Bei der Strecke von Heilbronn bis Süßen berechnet sich der Reinertrag dem Jahre nach zu 2⅞ pCt. des Bauaufwandes, wozu für die Zukunft günstigere Verhältnisse kommen werden, wie die Ausdehnung des Gütertransports.

Donaueschingen, 16. April. Heute begann die rückgängige Bewegung der hier und in der Umgegend stationirten württembergischen Truppen, um, wie es heißt, den von denselben schon längst ersehnten Rückmarsch in das engere Vaterland anzutreten. Sie nehmen alle das beste Zeugniß mit sich; ihre Haltung war wirklich in jeder Hinsicht musterhaft, und der Eindruck, den sie zurücklassen, wird uns stets ein freundlicher bleiben. Aufgabe des Oberlandes wird es nun sein, zu beweisen, daß Besonnenheit und Ueberlegung, Sinn für Ruhe und gesetzliche Ordnung zurückgekehrt seien und Ausnahmsmaßregeln überflüssig machen. Die allgemeine Stimmung in unserer Gegend ist ernst und so, daß eine Verkümmerung der Frankfurter Verfassung alle Parteien vermissen und die Gesammtbevölkerung zu ihrer Vertheidigung vereint finden würde. Bebte uns der Himmel vor der Nothwendigkeit einer solchen Gestaltung der Dinge. Möge die vielverkannte Mehrheit unserer Nationalversammlung festen Muthes zu ihrem Werke, der Hoffnung unserer Zukunft, stehen, sie wird sich in dem großen Mehr der Nation nicht täuschen und auch das badische Oberland zu jedem Opfer entschlossen finden. (Schw. M.)

Rastatt, 19. April. In Folge gestern eingetroffenen Befehls werden morgen 80 Mann von der hiesigen österreichischen Artillerie unsere Festung verlassen, um, wie man vernimmt, nach Ungarn zu marschiren. Gleichzeitig soll auch von Mainz eine Abtheilung der dortigen österreichischen Artillerie abgehen.

Kassel, 18. April. Am 17. Morgens ist auch das zweite Bataillon des ersten Linieninfanterieregiments (Kurfürst) nebst weiteren drei Geschützen nach Schleswig-Holstein abmarschirt.

ζ **Kassel**, 20. April. Außer den bereits genannten deutschen Herzögen und andern fürstlichen Personen nimmt auch der bisher noch nicht erwähnte Prinz Alexis von Hessen zu Philippsthal-Barchfeld als Lieutenant im zweiten kurhessischen Husarenregiment an dem Kampfe in Schleswig Theil. In Reihe und Glied fechtend, gleich seinem Vater und Oheim, die aus dem Kampfe für Deutschlands Freiheit, nach dem Jahre 1813 mit schweren Wunden von den denkwürdigsten Schlachtfeldern heimkehrten, möge auch er die alte hessische Tapferkeit bewähren, wie er die Pflicht fürs Vaterland höher als sein nahes verwandtschaftliches Verhältniß zur dänischen Königsfamilie geachtet zu haben beweist.

Rintelu, 17. April. In der gestern Abend gehaltenen Sitzung des hiesigen Bürgervereins wurden die in Folge der Antwort des Königs von Preußen erlassenen Rundschreiben des Vororts des „nationalen Vereins" mitgetheilt und fanden allgemeine Billigung. Eine Adresse an die Nationalversammlung wurde aber nicht für nöthig erkannt nach ihrem Beschlusse vom 11. d. M. Unserer Staatsregierung wurde einstimmig eine dankende Anerkennung dafür ausgesprochen, daß sie als die erste unter allen deutschen Regierungen die Reichsverfassung unumwunden anerkannt hat.

In **Hanau** hat der „politische Verein" am 14. wieder eine Adresse an die Nationalversammlung erlassen, worin er ihr seine Freude über den Beschluß vom 11. d. Mts., festzuhalten an der Verfassung, ausdrückt und ihre Maßregeln zur Durchführung zu unterstützen verspricht. Auch der Hanauer Märzverein hat unterm 15. den verbrüderten Vereinen eine Zuschrift des Central-Märzvereins durch Circular mitgetheilt, um für die beschlossene Reichsverfassung einzustehen, dem Vereinbarungsprincip zu widersetzen, die Volkssouveränetät aufrecht zu halten, treu und fest zum Parlament zu halten. Deutschland erwarte, daß Jeder seine Schuldigkeit thue.

k **Gießen**, 20. April. Der hiesige vaterländische constitutionelle Verein hat dem Großherzoge in einer Adresse seinen Dank ausgesprochen für die Hingebung an das Werk der Einigung und Kräftigung Deutschlands, welche unsere Regierung als eine der ersten und auch jetzt wieder bewiesen habe. Hinzugefügt wird im Namen aller Wohldenkenden im Lande, daß gerade durch diese Hingebung für Deutschlands Einheit, Kraft und Größe das Band der Liebe und des Vertrauens um Fürst und Volk nur so fester geschlungen werde.

Wiesbaden, 19. April. Folgendes ist der Wortlaut des heute von der Kammer angenommenen Großmann-Braun'schen Antrags: Die Versammlung der nassauischen Volksabgeordneten erklärt: „daß sie sich der Verfassung des deutschen Reiches, einschließlich des Wahlgesetzes, weil und nachdem dieselbe von der constituirenden Nationalversammlung, als dem einzig und allein hierzu berechtigten Organ, beschlossen und verkündigt worden ist, als einem hierdurch für alle deutsche Regierungen und Volksstämme zu Recht bestehenden Gesetze unterwirft, und daß sie eine Abänderung derselben nur auf dem in der Verfassung vorgeschriebenen Wege für zulässig, somit eine Abänderung auf dem Wege der Vereinbarung für unzulässig halte; sie verbindet hiermit den Antrag an die herzogliche Regierung, dieselbe möge darauf mit allen Kräften hinwirken, daß von denjenigen deutschen Regierungen, welche ihre Anerkennung der deutschen Reichsverfassung noch nicht ausgesprochen haben, diese baldigst und unbedingt erfolge, — sie beauftragt endlich das Bureau, diese Erklärung sofort zur Kenntniß der constituirenden Nationalversammlung zu bringen."

Frankreich.

* **London**, 17. April. Die gesammte Familie Louis Philipps hat Claremont verlassen und sich nach St. Leonard begeben, woselbst sie sich gegen 6 Wochen aufhalten wird.

Der Graf von Montemolin ist vorgestern früh hier angekommen.

Handelsnachrichten.

§ **Mainz**, 20. April. Das Geschäft in Oel war diese Woche sehr bedeutend, effectives Oel ist sehr wenig am Platz, der Bedarf aber auch sehr klein, faßweise wird solches zu 44 à 45 pr. 250 Pf. leicht Gewicht mit Faß verkauft. Oel pr. Mai ist noch manches zu decken und wird 42½, und 43 dafür bezahlt. Der Umsatz auf diesen Termin war nicht bedeutend, und wird der größte Theil des verkauften Quantum in effectiver Waare geliefert werden. — pr. October hat die Kauflust etwas nachgelassen, und auf die eingetretene kältere Witterung sind die Verkäufer auch etwas zurückhaltender, deutiger Preis ist 39½ ℔. — Einzelne Kaufsanträge vom Norden liegen noch hier, und der Niederrhein ist meistens Verkäufer. Mohnöl ist ziemlich Vorrath am Platze zu 30 fl. pr. 50 Kil. Leinöl 35½, Sämerthran fl. 19½. — Nepskuchen kam einiges aus dem Main und von dem Niederrhein, doch behaupten sich die Preise auf 54 fl. Fracht mit Ausnahme von Waizen ganz vernachlässigt. Von Waizen wurde einiges nach Köln und manches für England im Laufe dieser Woche zu fl. 9. 10—15 kr. gekauft, doch hat heute auf die eingetroffenen niederenen Kölner Preise die Kauflust nachgelassen. — Der heutige Markt war schwach besetzt.

Börsenberichte.

ζζ **Frankfurt**, 20. April. Auch heute war die Haltung der Börse überaus fest, und viele Effecten sowohl wie Eisenbahnen wurden abermals zu erhöhten Preisen verhandelt. Von österreichischen Fonds blieben 5pCt. Metall. 76½ pCt., 2½pCt. Metall. 40½ pCt., Bancactien 1179 fl., 500 fl. Loose 128½ pCt., 250 fl. Loose 79½ pCt. G. Alle übrige Anlagenstoeck in sehr angenehmer Stimmung, Andreff. 40 Rthlr. Loose 27½ Rthlr. G., Bad. 35 fl. Loose 29½, fl., do. 50 fl. Loose 48½ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 71 fl. G., Sardinische Loose 26 Fr., Nassauer 25 fl. Loose 20½ fl., Poln. 500 fl. Loose 74½ Rthlr. Sämmtliche süddeutsche und belgische Obligationen gut preishaltend. Holländische 2½ pCt. Integr. 49½ pCt. G. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 35, 34½ Rthlr., Verbach 73½ pCt., Köln-Minden 77 pCt., Taxus 294 fl. G. 3pCt. inländ. Span. schließen 23½ pCt. Von Wechseln Wien zu 105 etwas weniges gemacht und Br., Paris 95½, gemacht, Amsterdam 160½, gemacht, Berlin und Leipzig 105½ G., Mailand 100½ G., Augsburg 119½ G., London 120½ Br. u. G. Das Geschäft in Wechseln war im Allgemeinen matt. Abends nach Ausgabe der Madrider Post boten sich 3pCt. inländ. Span. in der Effectenbörse durch fortgesetzte Anläufe, die ein großes Bankierhaus darin machen soll, kaufmännisch um ½ pCt., und schließen benannte Fonds 24½ pCt G.

Wien, 17. April. 5pCt. Metall 88½. — 4pCt 70½. — 2½pCt. 46½. — Bankactien 1114. — 500 fl. Loose 146. — 250 fl. Loose 91½. — Nordbahnactien 95. — Glogauer 94. — Mailänder 69.

Verantwortlicher Redacteur Dr. H. Matten.

Aufforderung.

Zufolge sichern uns zugekommenen Nachrichten aus Flensburg, ist bereits ein sehr fühlbarer Mangel an Charpie und Verbandmaterial in den dortigen Lazarethen eingetreten. Es bedarf gewiß nur des Bekanntwerdens dieser Thatsache, um recht viele Bewohnerinnen Frankfurts zu veranlassen, zur Abhilfe dieses Mangels rasch beizutragen, um so zur Linderung der Schmerzen der für das Vaterland Verwundeten mit beitragen zu können.

Die Gemahlin Sr. kaiserl. Hoheit des Herrn Erzherzog-Reichsverwesers, die Frau Baronin von Brandhofen, hat sich bereit erklärt, Beiträge aller Art für die verwundeten deutschen Krieger in Schleswig-Holstein in Empfang zu nehmen.

Die Unterzeichneten werden derartige Gaben ebenfalls dankbar entgegennehmen und unverzüglich an ihren Bestimmungsort weiter befördern.

Frankfurt a. M., den 20. April 1849.

Major v. Abendanz, Ec der Mainzer Chaussee, Lattmännisches Haus. M. v. Bethmann, Buchgasse. Bernus du Fay, Neue Mainzer Gasse. Louis Brentano, Taunusstraße. Böhm-Brentano, Zeil. Eindigler, Bockenheimer Gasse. M. Geß, Langestraße. Alex. Gontard, Roßmarkt. Lebrecht v. Guaita, Eschenheimer Thor. Ihlee, Zeil. C. Jügel, an der Hauptwache. J. F. Mack, Schiffermeister, Fahrgasse. Müller, Schreinermeister, am Hanauer Thor. August Mumm, Ec der Gallusgasse Nr. 9. Obermüller, Großer Kornmarkt. Quilling, Liebfrauenberg. Reisenbach, Schäfergasse, zur Stadt Ulm. Rothenburger, Major, in Sachsenhausen. Schäfer, Sattlermeister, Gallusgasse. Dr. F. Scharff-Rutteroth, Roßmarkt. Georg v. St. George, Neue Mainzer Gasse. Franz Stiebel, Möbelhändler, Fischerfeldstraße. Pfarrer Wehner, in Sachsenhausen.

Verlobung mit Frl. Elisabeth Gräfin von Bismarck, Tochter des Fürsten Otto von Bismarck, zeigen an
Graf Herbert von Bismarck
Kgl. Preuß. Rittmeister à la suite des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1.
Elisabeth Gräfin von Bismarck
Friedrichsruh, 1. Juli 1892.

Verlobung mit Frl. Elisabeth Gräfin von Bismarck, Tochter des Fürsten Otto von Bismarck, zeigen an
Graf Herbert von Bismarck
Kgl. Preuß. Rittmeister à la suite des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1.
Elisabeth Gräfin von Bismarck
Friedrichsruh, 1. Juli 1892.

Verlobung mit Frl. Elisabeth Gräfin von Bismarck, Tochter des Fürsten Otto von Bismarck, zeigen an
Graf Herbert von Bismarck
Kgl. Preuß. Rittmeister à la suite des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1.
Elisabeth Gräfin von Bismarck
Friedrichsruh, 1. Juli 1892.

Frankfurter Oberpotamts-Zeitung.

Samstag (Extra-Beilage zu No. 95.) 21. April 1849.

Deutschland.

† **Wien**, 17. April. Auf allerhöchste Anordnung wird ein Reservecorps von 22 bis 25,000 Mann auf dem Marchfelde bei Wien und ein zweites solches Corps von ohngefähr 15,000 Mann bei Pettau in Untersteiermark, längstens bis zum 10. k. M. zusammengezogen sein. Auch soll ein Reservecorps von noch größerer Stärke als diese beiden in Böhmen zwischen Tabor und Budweis gebildet werden. — Das hier garnisonirende Bataillon von Wocher Infanterie kommt zur Armee nach Ungarn, ebenso kommt das in Oedenburg stationirte Bataillon von Kinsky Infanterie nach Raab. — Gestern Morgen ist das k. k. Chevauxlegerregiment Graf Wrbna von hier nach Ungarn abgegangen. Die Straßen, durch welche das Regiment zog, erschallten weithin vom lauten Jubel der Scheidenden. In vier Tagen werden sie auf dem Kriegsschauplatz ankommen. — Fürst Windischgrätz wird heute in Olmütz erwartet. Das Gerücht wiederholt sich, daß derselbe zum Oberhofmeister des Kaisers ernannt sei.

Der F.-M.-L. Baron d'Aspre hat Parma und Piacenza militärisch besetzt und die ganze Strenge des Belagerungszustandes eintreten lassen.

Dem Vernehmen nach wird Kaiser Franz Joseph gegen Ende des Monats die Reise nach Wien antreten; man hofft, daß er dabei Brünn berühren werde. — Freiherr v. Rüdeck hat sich nach Olmütz begeben und wird binnen Kurzem in Pest zurückerwartet. — Dr. Bonitz ist als ordentlicher Professor der classischen Litteratur an die Wiener Universität berufen, Dr. Leopold Neumann ist zum ordentlichen Professor ernannt worden.

Sehr wichtig ist ein von der heutigen „Ostdeutschen Post" mitgetheiltes Actenstück in Betreff einer neuen staatlichen Dreieinigkeit in der Mitte des einheitlichen Oesterreiche, nämlich des dreieinigen Königreichs Croatien, Slavonien, Dalmatien. Dieses dreieinige Königreich soll den Kristallisationskern bilden, um welchen die übrigen slavischen Länder Oesterreichs in der Folge sich beliebig zu einem Ganzen gruppiren können; nie aber soll das dreieinige Königreich ohne Beistimmung von Zweidrittheil seiner Landtagsmitglieder in irgend einen Verband gezogen werden können, welchen Oesterreich mit Deutschland jetzt oder in Zukunft eingehen sollte. Unter wesentlichen Bestimmungen dieses Actenstücks heben wir hervor: Unter der Benennung des dreieinigen Königreichs wird verstanden: a) Croatien, und zwar nicht nur das Provinziale, sondern auch die Militärgrenze desselben sammt dem croatischen Küstenlande, der Murinsel, der Frei- und Hafenstadt Fiume mit ihrem Bezirke; b) Slavonien, das Provinziale und Militärgrenzgebiet desselben; c) Dalmatien mit Einschluß aller zu demselben gehörigen, so wie auch der Quarner Inseln, welche letztere gegenwärtig in administrativer Beziehung vom Triester Gubernium abhängen. — Das Königreich Dalmatien wird zu dem dreieinigen Königreiche in jenen Beziehungen stehen, welche dessen Vertreter in Gemeinschaft mit dem Landtage des dreieinigen Königreichs festsetzen werden. Die Beziehungen des dreieinigen Königreichs zur serbischen Wojwodschaft, so wie auch ihrer gegenseitigen Territorialverhältnisse, werden im Wege gemeinschaftlicher Uebereinkunft geregelt und diese erhält sofort Gesetzeskraft, wie sie vom Kaiser sanctionirt wird. Das dreieinige Königreich kann auf Grund gegenseitiger Uebereinkunft auch mit den übrigen slavischen Provinzen des österreichischen Kaiserstaats in engeren politischen Verband treten. Dies natürliche Recht der Vereinigung kann unter keinerlei Vorwand, weder dem dreieinigen Königreiche, noch jenen österreichisch-slavischen Ländern verweigert oder gehindert werden, welche sich mit demselben aus Anlaß der gleichen und verwandten Nationalität politisch zu vereinigen wünschen. Der König des dreieinigen Königreichs ist im Sinne der pragmatischen Sanction der jedesmalige Kaiser v. Oesterreich. Die Regierung des dreieinigen Königreichs ist eine doppelte, nämlich die Landesregierung unter dem Namen „des Staatsrathes des dreieinigen Königreichs" und die allgemeine österreichische Centralregierung. Als vermittelndes Glied zwischen dem dreieinigen Königreiche und dem Könige ist für alle Angelegenheiten, die im Sinne des vorliegenden Gesetzes nicht in den Bereich der Centralregierung, sondern zum Ressort des Staatsrathes dieser Königreiche gehören, an der Seite des Königs ein Minister anzustellen, der mit dem nöthigen Amtspersonale versehen, alle auf die besagten Angelegenheiten der Staatsverwaltung Bezug habenden Entschließungen und Anordnungen des Königs gegenzeichnen wird und dafür dem Landtage dieser Königreiche verantwortlich ist. Die ganze Heeresmacht des dreieinigen Königreiche, sowol die regulare als irregulare, wird dem altherkömmlichen Rechte gemäß dem Ban untergeordnet.

Aus **Wien** vom 17. d. M. schreibt man nur von günstigen Gerüchten, die über neuere Kriegsvorfälle in Ungarn sich verbreitet, doch Positives wußte man nicht. Einen üblen Eindruck machte die Nachricht, daß die österreichische Regierung die Absicht habe, zur Deckung finanzieller Ausfälle und der weiteren Kriegskosten ein neues Papiergeld mit Zwangscours zu creiren, das, wie man sagte, auf — ungarisches Cameralgut hypothecirt werden solle!

Pest, 14. April. Gestern verbreitete sich die Sage, die Ungarn hätten sich zurückgezogen; dies war indeß irriges Stadtgerede; noch Abends sah man e äußersten Vorposten an den Pester Weinbergen. Ssache ist es, daß sich die Entscheidung nach ihrem rech Flügel hindrängt, General Götz, der wirklich von ein Stück Kartätschenkugel getroffen wurde, ist gestorbenab in Waitzen von dem Feind mit allen üblichen militärischen Ehren beerdigt worden. Wie man sagt, soll sich i fliegendes Corps der Insurgenten bereits nach dem Zon von Komern in Marsch gesetzt, und die Waag pas haben. Die Pontons der Ungarn erinnern lebhaft an die altrömischen Schiffsbrücken: ihre Brückenequipe besteht aus nichts anderm als einem Kahn, mit den Hilfe starke Stricke nach dem andern Flußufer gebrachterden; an diese werden leere Tonnen befestigt, darü senk- und wagrecht Balken gelegt und die Schiffsbrückeht fertig. Was über die Wegnahme des Dampfers Pz Friedrich und den Uebergang nach Sanct André gesait wird, gehört in das Reich der tausend und ein Märch von Pest-Ofen. Die kaiserliche Division Ramberg, di früher in Gran stand, rückte gestern gegen Waitzen vor, erwann gestern bis spät Abends fortwährend Terrain unitwurde von einem Angriff des linken Flügels der östreichischen Hauptarmee unterstützt, was den Insurgentenarm genug gemacht zu haben scheint. Es hieß sogar, der hef der letztern, Klapka, sei gefangen. In Alt-Ofen kennt man die lebhafte Kanonade deutlich vernehmen. (A. Z.)

Stettin, 18. April. Der bei Stralsund auf den Sand gelaufene dänische Cutter hatte ch bei Eintritt der Fluth wieder losgemacht, und war also bei Ankunft des „Adler" nicht mehr dort; doch soll er ar dadurch flott geworden sein, daß er seine sämmtlichen Kanonen über Bord geworfen, welche wohl von unseren Spitzern ohne große Schwierigkeit aus dem Strandsande heraus zu holen sein werden.

"Ö" **Dresden**, 18. April. Die erste Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung den im gestrigen Bericht mitgetheilten Antrag Tschucke's einstimmig angenommen und dadurch die Aufhebung der Elbzölle beschlossen.

Stuttgart, 20. April. Wir haben eine Ministerkrisis. Der Anlaß derselben ist bekannt. Das Ministerium Römer besteht, gemäß seinen bisherigen Erklärungen, auf Unterwerfung der württembergischen Staatsregierung unter die beschlossene deutsche Reichsverfassung. Hinderniss dieser Unterwerfung, wenn sie nicht zu überwinden sind, führen natürlich das Abtreten des Ministeriums mit sich. Wir theilen unsern Lesern mit, was wir über den Stand der Sache in Erfahrung gebracht. Die Minister haben über die deutsche Verfassungsfrage schon gestern eine ausführliche Erklärung Seiner Majestät des Königs erhalten. Wir hörten, daß in derselben besonders die Oberhauptsfrage beantwortet, sowie am Vereinbarungsprincip hinsichtlich des Abschlusses der Verfassung festgehalten werde. Heute geben die Minister ihre Antwort darauf ein. Der größere Theil der Mitglieder unserer Abgeordnetenkammer war mit dem Präsidenten Murschel gestern Abend vereinigt, und setzte sich durch Deputationen mit den Ministern in Verbindung. Heute sollte keine Sitzung der Kammer sein, es ist jedoch auf heute Vormittag 10 Uhr eine vertrauliche Besprechung sämmtlicher Kammermitglieder zusammenberufen worden, welche den Bericht einer um 8 Uhr zu den Ministern gesandten Deputation vernehmen wird. Um 10 Uhr vereinigten sich die städtischen Collegien und haben einstimmig beschlossen, eine Bitte um Beibehaltung des Ministeriums an den König zu richten, unter Hinweisung auf die unheilvollen Folgen, welche seine Entlassung unter den vorliegenden Umständen für das Vaterland haben müßte. Diese Bitte wird, von sämmtlichen Mitgliedern der städtischen Collegien unterzeichnet, sogleich abgehen. Bereits gestern hörte man vielerlei Gerüchte über ein etwaiges neues Ministerium. Man sprach von den Freiherren v. Linden und v. Varnbüler, und hörte, daß Ersterer sogleich abgelehnt habe. Gestern Abend war der frühere Minister Schlayer im Schloß. Die Aufregung war schon gestern Abend, als man von dem Stand der Sache hörte, groß. Die Versammlung des Volksvereins war außerordentlich zahlreich besucht. Heute um 11 Uhr tagte der Ausschuß des vaterländischen Vereins, um 1 Uhr tritt der des Volksvereins, wie auch der Landesausschuß zusammen; ein Anschlagzettel an den Straßenecken ruft die Mitglieder des vaterländischen Vereins und alle Freunde des Vaterlands zu einer außerordentlichen Versammlung auf 2 Uhr, der Volksverein wird in jedem Augenblick, wenn ein neues Factum sich ereignet, und jedenfalls heute Abend sich versammeln. Adressen an Se. Majestät, an die Mitglieder des Märzministeriums, Erklärungen ꝛc. werden vorbereitet, alle im Sinne des Festhaltens an den Beschlüssen der Kammer der Abgeordneten vom 13. d. M. und der Stuttgarter Volksversammlung vom 18. d.

Nachschrift. Mittags 12 Uhr. Soeben ist die vertrauliche Besprechung der Kammer der Abgeordneten zu Ende. Diesen Nachmittag um halb 2 Uhr wird eine öffentliche Sitzung derselben stattfinden, worin eine Commission gewählt wird, welche sich mit dem Ministerium in Betreff der zu ergreifenden Schritte in Verbindung setzen soll. Um 5 Uhr wird dann eine zweite öffentliche Sitzung stattfinden, in welcher dem Vernehmen nach folgende drei Punkte beantragt werden sollen: 1) solle die Kammer ihre Uebereinstimmung mit dem von dem Ministerium in der deutschen Frage betretenen Wege erklären; 2) sich dahin aussprechen, daß sie einem andern Ministerium, welches in dieser Frage eine andere Richtung befolgen würde, keinerlei Unterstützung gewähren würde; 3) sie solle unter Berufung auf die früheren mit Zustimmung der Krone erlassenen Erklärungen der Staatsregierung hinsichtlich ihrer Unterwerfung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung aussprechen, daß eine Widersetzung gegen diese Beschlüsse ein Verlassen des gesetzmäßigen Weges sei, und mit solchem jede Regierung sich den größten Gefahren aussetzen würde.

Mittags 2 Uhr. So eben theilte der Präsident der zweiten Kammer dieser die Nachricht mit, daß er sich aus Veranlassung mehrerer Abgeordneten mit einigen Mitgliedern der Kammer zu einem der Herren Minister begeben habe, um bestimmte Nachrichten über den Stand der Ministerkrisis zu erhalten. Der Herr Minister habe keinen Anstand genommen, in Uebereinstimmung mit sämmtlichen andern Herren Ministern die Erklärung abzugeben, daß allerdings wesentliche Meinungsverschiedenheit zwischen der Krone und den Ministern bestehe, und zwar sowohl hinsichtlich des Vereinbarungsprincips, als auch hinsichtlich der unbedingten Anerkennung der deutschen Reichsverfassung, deren Nichthebung den ungesäumten Rücktritt des Gesammtministeriums zur Folge haben würde. Die Kammer beschloß sofort, auf den Antrag Kuhns, eine Deputation von acht Mitgliedern zu erwählen, welche sich mit dem Herrn Präsidenten zu den Herrn Ministern begeben soll, um authentische Nachrichten einzuziehen, und sofort heute Abend um 5 Uhr der Kammer Bericht zu erstatten und die betreffenden Anträge zu stellen. So eben wird die Deputation erwählt. Die Commission bilden der Präsident und Becher, Kuhn, Mack, Graf v. Degenfeld, Reyscher, Seeger, Prälat Meyring, Zwerger.

Stuttgart, 20. April, Mittags 12 Uhr. Unter diesem Datum theilt die „Laterne", ein halboffizielles Blatt, Folgendes mit: Wir befinden uns seit einigen Tagen in einer Ministerkrisis, welche heute ihren Höhepunkt zu erreichen scheint. Das Ministerium sei der Ansicht, daß es jetzt schon erforderlich sei, von Seite Württembergs die Anerkennung der Reichsverfassung und die Unterwerfung unter den König von Preußen als Reichsoberhaupt auszusprechen, während der König erkläre: daß er die Reichsverfassung annehme und seinem Volke die freiesten Institutionen gewähre, deren sich irgend eine Nation der Erde zu rühmen habe, daß er sich aber nimmermehr entschließen könne, die unantastbaren Rechte seiner Krone einem andern Souverän abzutreten. Die Minister sollen ihre Entlassung eingegeben, der König aber solche noch nicht angenommen und denselben ein Memorandum zugesandt haben, mit dessen Erwiederung dieselben in gegenwärtigem Augenblicke beschäftigt seien. Der Stadtrath und Bürgerausschuß ist versammelt; die Stände halten Sitzung und der vaterländische und der Volksverein haben Versammlung.

In **Ludwigsburg** haben die bürgerlichen Collegien nebst Abgesandten des Volksvereins die Veranstaltung einer Volksversammlung wegen der deutschen Verfassungsfrage beschlossen.

Ulm, 19. April. Von hier gehen von einer österreichischen Artilleriecompagnie 50, von der anderen 66 M. nach Oesterreich zurück, nebst 11 Corporalen und zwei Offizieren. (U. Schnellp.)

Altenburg, 18. April. In der gestrigen Sitzung des Bürgervereins wurde eine Adresse an die Reichsversammlung beschlossen, worin die Zustimmung zu der beschlossenen Reichsverfassung ausgesprochen und die Versammlung zum unverbrüchlichen Festhalten an ihrem Werke aufgefordert wird.

Italien.

Florenz, 13. April. In ganz Toscana ist die Gegenrevolution so rasch und so unblutig durchgeführt worden wie in Florenz, überall sanken die Freiheitsbäume, um den großherzoglichen Wappen wieder Platz zu machen. Selbst in Livorno ging es ohne Tumult ab. Guerrazzi ward in Florenz fortwährend in gefänglichem Gewahrsam gehalten. (A. Z.)

Florenz, 13. April. Der in eine Regierungscommission verwandelte Municipalrath hat vom Palast Vecchio und von den andern Regierungsgebäuden Besitz genommen, die Wiederherstellung der constitutionellen Monarchie proclamirt und die Rückkehr des Fürsten als nahe bevorstehend versprochen. Er hat die Municipalgarde aufgelöst und die Bildung einer öffentlichen Sicherheitsgarde angeordnet. Die politischen Clubs (circoli) sind verboten, die constituirende Versammlung ist aufgelöst. Die öffentlichen Erlasse geschehen im Namen Leopolds II., Großherzogs von Toscana. Lucca und Pisa sollen die neue Regierung bereits ihrer Zustimmung versichert haben. (Bael. Z.)

Polen.

Warschau, 17. April. Der Flügeladjutant des Kaisers, Pasklewicz, Sohn des Fürsten von Warschau, ist nach Mailand abgereist.

Nachschrift.

** **Paris**, 19. April. General Fabvier, der aus Kopenhagen hierher zurückgekehrt ist, erläßt im „Journal des Debats" eine sehr leidenschaftlich geschriebene Erklärung gegen die Wuth, mit welcher Deutschland den geheiligten Verträgen von 1815 zum Trotz Dänemark erobern wolle.

Die Nationalversammlung beschäftigte sich heute mit der Berathung der für die Ertheilung des Urlaubs zu

Bekanntmachung, betreffend Ausführung des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 24. März 1897 (Reichs-Gesetzbl. S. 97).

Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 24. März 1897 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) bestimme ich, daß für die Amtsgerichte Bonn, Brühl, Euskirchen, Hennef, Königswinter, Rheinbach, Siegburg und Waldbröl die Amtsgerichte Bonn, Brühl, Euskirchen, Hennef, Königswinter, Rheinbach, Siegburg und Waldbröl zuständig sind.

Köln, den 15. Dezember 1909.

Der Regierungspräsident.
In Vertretung:
Dr. Kruse.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Sonntag (Beilage zu № 85.) 11. April 1886.

Deutscher Theil.

Se. Maj. Kaiserschiff „Hohenzollern" ist gestern Abend 6 Uhr in Kiel eingetroffen und hat sich sofort nach Neumühlen begeben, wo Se. Majestät der Kaiser und König Wilhelm an Bord des Schiffes Wohnung nahm.

Se. Maj. Kaiserschiff „Hohenzollern" ist heute Morgen 8 Uhr von Kiel nach Neumühlen zurückgekehrt

Verordnung des Bundesrates über die Ausfuhr von Kriegsmaterial.

(Vom 3. Februar 1939.)

Der Bundesrat,

gestützt auf Artikel 102 Ziffer 8 der Bundesverfassung,

in Ausführung des Bundesgesetzes vom 30. September 1938 über die Ausfuhr von Kriegsmaterial,

beschließt:

Art. 1. Kriegsmaterial darf nur mit einer Bewilligung des Bundesrates ausgeführt werden.

Kriegsmaterial im Sinne dieser Verordnung sind die Waffen, Munition und Kampfmittel, die in der Liste des Anhangs aufgeführt sind.

Art. 2. Die Bewilligung wird nur erteilt, wenn:

a. der Empfänger eine Regierung oder eine von ihr ermächtigte Stelle ist;

b. der Empfänger eine Bescheinigung der Regierung des Bestimmungslandes vorlegt, wonach diese Regierung keine Einwendungen gegen die Durchfuhr des Kriegsmaterials durch ihr Gebiet erhebt;

c. der Empfänger eine Bescheinigung der Regierung des Bestimmungslandes vorlegt, wonach diese Regierung keine Einwendungen gegen die Einfuhr des Kriegsmaterials in ihr Gebiet erhebt;

d. der Empfänger eine Bescheinigung der Regierung des Bestimmungslandes vorlegt, wonach diese Regierung keine Einwendungen gegen die Ausfuhr des Kriegsmaterials aus ihrem Gebiet erhebt.

Der Bundesrat kann Ausnahmen von diesen Bedingungen gestatten.

Art. 3. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 4. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 5. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 6. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 7. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 8. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 9. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 10. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 11. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 12. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 13. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 14. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 15. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 16. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 17. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 18. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 19. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 20. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 21. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 22. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 23. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 24. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 25. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 26. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 27. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 28. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 29. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 30. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 31. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 32. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 33. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 34. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 35. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 36. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 37. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 38. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 39. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 40. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 41. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 42. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 43. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 44. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

d. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist.

Art. 45. Die Bewilligung wird nicht erteilt, wenn:

a. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet;

b. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Landes, in dem er seinen Wohnsitz hat, bestimmt ist;

c. der Empfänger in einem Land seinen Wohnsitz hat, das sich in einem Krieg befindet, es sei denn, daß er das Kriegsmaterial für die Regierung des Land

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Sonntag (Beilage zu Nro. 95.) 22. April 1849

Nr. **Frankfurt**, 21. April. Es würde in der That ein Unrecht gegen diejenigen deutschen Bürger, welche der Nationalversammlung gegenüber durch ausdrückliche Erklärungen ihre Theilnahme an deren Arbeiten ausdrücken, darin liegen, wenn diese Erklärungen nur von Wenigen beachtet zu den Akten gehen sollten. Wir geben deßhalb einen Auszug aus den, allein am 19. d. M. registrirten derartigen Eingaben. Es enthalten diese: I. Hauptsächlich dankende Anerkennung der Haltung der Versammlung bei der Verfassungsarbeit und dem Beschlusse vom 11. d. M., theilweise mit ausdrücklichen Seitenblicken auf den Undank der Fürsten der größeren Staaten. Dahin gehören 1) Eingabe des Bürgervereins zu Fritzlar in Kurhessen; 2) des vaterländischen Vereins zu Walsrode in Hannover; 3) des Bürgervereins zu Wiesbaden; 4) des Vereins zur Wahrung der Volksrechte zu Dohndorf in Anhalt-Dessau; 5) des Volksvereins zu Melsungen in Kurhessen; 6) des vaterländischen Vereins zu Gandersheim; 7) des politischen Vereins zu Liebles bei Hanau. II. In anderen bilden die Versicherung des Festhaltens an der Reichsverfassung und dem Wahlgesetze und die Aufforderung zur Feststellung von Maßregeln zur Durchführung die Hauptgedanken. Dahin sind zu rechnen die Adressen 1) der Vertreter von 32 deutschen Vereinen im Königreich Sachsen; 2) des Volksvereins zu Münden in Hannover; 3) des vaterländischen Vereins zu Darmstadt; 4) des Volksvereins zu Oldenburg; 5) des Bürgervereins von Jever im Oldenburgischen; 6) des nationalen Vereins zu Holzminden; 7) des Volksvereins zu Hachenburg; 8) von 218 Bürgern von Wörth; 9) des Bürgervereins zu Selingen; 10) des Gemeinderaths von Weilburg; 11) der Bürgervereine von Osthofen, Westhofen und Bechtheim in Rheinhessen; 12) von 38 Bürgern in Biedenkopf; 13) des Bürgervereins von Blankenburg am Harz; 14) des Vereins zur Wahrung der Volksrechte zu Jeterin; 15) von 179 Bürgern von Pößneck in Sachsen-Meiningen; 16) von 356 Bürgern von Meiningen; 17) des demokratisch-constitutionellen Vereins zu Laasphe im Herzogthum Sachsen; 18) des Volksvereins zu Altensteig in Württemberg; 19) des deutschen Vereins zu Wiesbaden; 20) von 46 Bürgern von Vörde im Regierungsbezirk Düsseldorf; 21) des nationalen Vereins der Aemter Frankenau und Gemünden in Kurhessen; 22) der Volksversammlung zu Offenbach (circa 1200 Unterschriften). III. Im Wesentlichen denselben Inhalts und in mehr demokratischem Tone gehalten sind die Zuschriften von 1) Düsseldorf (circa 270 Unterschriften); 2) einer Volksversammlung in Blemberg (184 Unterschriften); 3) dem Vaterlandsverein zu Zittau (260 Mitglieder); 4) 57 Bürgern von Scheiderhöhe und Altenrath im Siegkreise; 5) einer angeblich circa 8000 zählenden Volksversammlung zu Alsfeld im Großh. Hessen; 6) eine allgemeine Volksversammlung zu Marburg; 7) dem Reformverein zu Strelitz; 8) dem Märzverein zu Neu-Strelitz; 9) dem Bürgerverein zu Hofgeismar; 10) dem demokratisch-socialen Verein in Marburg; 11) dem Volksvereine zu Molzers. — Gegen diese 40 Adressen steht nur eine, die über die Abtrennung Oesterreichs klagt. Sie ist aus Achim und unterschrieben von Dr. Tewes, dem österreichischen Oberlieutenant Torni und 24 Andern.

* **Frankfurt**, 22. April. Neuesten brieflichen Mittheilungen aus Stuttgart zufolge dauert daselbst die Ministerkrisis noch fort und herrscht in Folge deren eine bedeutende Spannung. Von einer Ruhestörung verlautet indeß nicht das Mindeste; es geht vielmehr aus diesen aus sehr gut unterrichteter Quelle herrührenden Schreiben hervor, daß, wie auch immer die Entscheidung des Königs ausfallen möge, an Excesse irgend welcher Art auch nicht im Entferntesten zu denken sei.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

* **Schleswig**, 14. April. Vom Kriegsschauplatze sind keine neuere Nachrichten eingetroffen, außer, daß seit drei Tagen bei den Düppeler Anhöhen alles ruhig ist. Nur wenn sich Soldaten auf denselben zeigen, werfen die Dänen von Alsen her einige Bomben hinüber. Inzwischen wird in der Nacht an den Deckungen und Blockhäusern gearbeitet, die bis an die Abdachungen der Höhen vorgeschoben werden sollen. Oberstlieutenant von der Tann soll am Abend nach dem Kampfe ganz erschöpft gewesen sein; General v. Prittwitz lobt den Muth der Bayern und Sachsen sehr, doch hat er nicht verhindern können, daß dieselben sich dem feindlichen Feuer zu sehr aussetzten, als sie den heranströmenden Dänen entgegeneilten. Die Sachsen haben drei Kanonen, welche demontirt waren und im Sumpfe stecken blieben, verloren; die Dänen sollen sie geholt haben. Gestern hörte man, daß General Bonin die jütische Grenze überschritten werde. Die Stimmung in der dänischen Armee ist gedrückt. Aus einem Briefe geht hervor, daß die Soldaten still und niedergeschlagen sind; sie haben geäußert: sie begriffen nicht, daß sie gegen eine so große deutsche Armee einen nutzlosen Kampf beziehen sollten; sie wären von den Russen, auf deren Hilfe sie sicher gebaut hätten, getäuscht.

Die am 16. d. M. wieder zusammengetretene Landesversammlung hat gestern auf Antrag des Abgeordneten Matthiesen folgenden Beschluß gefaßt: Die Landesversammlung erklärt, daß sie unverbrüchlich festhalte an der von der deutschen Nationalversammlung rechtsgiltig beschlossenen Reichsverfassung; die Landesversammlung beschließt, an die Statthalterschaft die Aufforderung zu richten, die Statthalterschaft wolle mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln kräftigst dahin wirken, daß die Reichsverfassung zur allseitigen Anerkennung und Geltung komme. Ferner beschloß die Versammlung einstimmig auf den Antrag des Pastors Gardthausen: die Landesversammlung erklärt, daß die Strandbatterie bei Eckernförde und die nassauischen Feldbatterien, welche unter dem Oberbefehl Sr. Hoheit des Herzogs von Koburg-Gotha am 5. d. M. einen siegreichen Geschützkampf mit feindlichen Kriegsschiffen bestanden, sich um das Vaterland wohl verdient gemacht. Der Abg. Dr. Heiberg interpellirte in der vergestrigen Sitzung: ob die Statthalterschaft, nachdem der Krieg sich erneuert, die Friedensunterhandlungen abgebrochen, jetzt die auf diese Verhandlungen bezüglichen Aktenstücke der Landesversammlung zur Einsicht vorlegen werde, da der Chef der auswärtigen Angelegenheiten früher, als die Frage noch schwebend, dies abgelehnt habe. Er hielt die Einsicht präjudicirlich für die Frage, ob die Versammlung sich auflösen solle, um einer andern Versammlung, auf Grundlage des Staatsgrundgesetzes erwählt, die aber aufgelöst werden könne, Platz zu machen. Es scheint nämlich, daß die abgegebene Erklärung an den Reichsverweser, daß eine Trennung Schleswig-Holsteins unmöglich sei und daß man für eventuelle Fälle den Krieg auf eigene Hand auskämpfen werde, bei jener Friedensbasis nicht beachtet worden sei. Der Departementschef v. Hardon äußerte, daß, da die Friedensverhandlungen zwischen der Centralgewalt und Dänemark wie der Krieg zwischen Deutschland und Dänemark stattgefunden, das Reichsministerium bei Mittheilung der Friedensbasis an die Regierung sich aber dahin geäußert, daß diese der schleswig-holsteinischen Landesversammlung nicht mitzutheilen sei, bevor die Aktenstücke der Nationalversammlung werden vorgelegt werden, auf den Wunsch nicht werde eingetreten werden. Der Interpellant behielt sich einen geeigneten Antrag vor. — Eine Interpellation, ob der Baron v. Heintze im Auftrag der Statthalterschaft nach London abgesandt worden, steht heute bevor, weil man von nun angeknüpften Verhandlungen spricht, die Landesversammlung aber ernster über diese Angelegenheiten jetzt wachen wird. Eine geheime Sitzung, welche die Landesversammlung gehabt, dauerte sehr kurz. Es ward ein Comite zur Prüfung einer Vorlage von Seite des Departementschefs der Finanzen erwählt. Da wir die Truppen vorschußweise verpflegen müssen, so müssen wir Mittel herbeischaffen. Sehr schlimm ist die Besetzung der Inseln Sylt und Föhr. Hier sind 400 Mann Dänen gelandet. Außer der Fregatte, die dort liegt, haben die Dänen eine Menge kleine Schiffe genommen, so daß die Wiedereinnahme dieser Inseln schwierig ist. Sie haben die confirmirten Knaben zu Matrosen gepreßt, weil außer diesen und Frauen und Greisen keine Bewohner mehr auf den Inseln sind. Soeben geht der Befehl ein, daß die Oeconomen für die Hospitäler am Platze sein sollen. Man erwartet deßhalb hier bald Verwundete eintreffen zu sehen. Heute kommen die preußischen Husaren.

Flensburg, 17. April. Man erzählt sich hier, v. d. Tann sei Sonnabend den 15. als Unterhändler wegen der Herausgabe Alsens bei Friedrich VII. in Sonderburg gewesen und habe ihm die Wahl gestellt zwischen der Einäscherung dieser Stadt und der gutwilligen Räumung der Insel binnen einer Frist von drei Tagen. Der dänische König habe erwiedert, in eine freiwillige Aufgabe Alsens werde er nie willigen und demnächst den Bewohnern Sonderburgs erklären, daß sie drei Tage Zeit hätten, um Habe und Leben zu retten. Diese Frist liefe also heute ab. Bisher aber haben wir noch keine Geschütze gehört. (Von den umliegenden Höhen, wie der wo die Ruine des Schlosses Duberg steht, ist der Kanonendonner deutlich zu hören.) Die Kriegsunfähigen, welche eintreffen, sind keine Verwundete, sondern Erkrankte, deren Zahl bedeutend ist. Es sind hier die beiden Armenschulen, Harmonie und Bürgerverein, mehrere Tanzsäle, im Ganzen 12 Räumlichkeiten zu Lazarethen eingerichtet, zum größten Theil mit innerlich Erkrankten gefüllt, die meistens schon krank waren vor dem Zusammentreffen mit dem Feinde bei Ulderup. (N. s. P.)

Altona, 18. April. Gestern gegen Abend wurden wir durch die Ankunft eines Couriers des Reichskriegsministeriums in Frankfurt überrascht. Es war der großherzogl. hessische Major du Hall, welcher sich mit einem Extrazuge sogleich nach Rendsburg begab, um von da in das Hauptquartier des Generals v. Prittwitz zu eilen. Nach einigen Aeußerungen, welche von dem Major du Hall vernommen wurden, und welche die Wichtigkeit seiner Depesche außer Zweifel stellen, darf man auch auf einen der energischen und nachhaltigen Fortführung des Krieges sehr günstigen Zweck dieser Beschaft schließen. Daran knüpft sich natürlich die Hoffnung auf endliches Einrücken in Jütland. — Im Norden Schleswigs ist dieser Tage nichts von Erheblichkeit vorgefallen. Man vermuthet eine geheime Mission der in der Nordsee kreuzenden dänischen Kriegsschiffe, weil sich diese meistens an den Mündungen der Elbe und Weser aufhalten. Der Commandant dieser Escadre, Steenbille, war vor einigen Tagen auf Helgoland. — Kopenhagener Notizen zufolge feuert der König selbst durch Besuch bei den Arbeitern des Linienschiffes „Sjöld" dieselben zum raschen Fortschreiten an. Zwei Abtheilungen von Zimmerleuten, die einander ablösen, sind Tag und Nacht beschäftigt, diesen Ersatz für den aufgefegten „Christian VIII." schleunigst herzustellen. Es scheint, daß man, so par force betrieben, die Beendigung der Arbeiten schon bis zum 25. d. M. erwartet. (K. Z.)

Harburg, 19. April, Vorm. (Per elekt.-magn. Tel.) Gestern Abend kam hier der Herzog von Nassau an und ging sofort nach Altona. — Ferner brachte der gestrige Abendzug die bayerische Feldcapelle, 2 Feldprediger und einen Küster, welche diesen Morgen nach Altona abgehen. — Heute Morgen sind hier pr. Extrazug angekommen: 380 Mann des 2. Bataillons vom 5. hannoverschen Infanterieregiment; dieselben gingen sogleich nach Buxtehude, um von dort über die Elbe gesetzt zu werden.

Harburg, den 19. April, Nachm. (Per elekt.-magn. Tel.) Vom 24. bis 28. d. Mts. wird eine großherzogl. oldenburgische Brigade hier durch nach Schleswig-Holstein passiren, bestehend aus dem Brigade-Stab, drei Batail. Infanterie, jedes 800 Mann stark, einer Fußbatterie mit 8 Geschützen und dem Train der Brigade. — Diesen Nachmittag 2½ Uhr sind pr. Eisenbahn hier angekommen und sogleich nach Altona gegangen: der kurhessische General Bauer nebst Generalstab, so wie 1 Bataillon braunschweiger Infanterie, 800 Mann stark.

Deutschland.

† **Wien**, 18. April. Auf Antrag des Justizministers hat der Kaiser befohlen, daß, aus Anlaß der im October v. J. in Wien stattgehabten Ereignisse, von den Civilstrafgerichten nur jene Personen in Untersuchung und Strafe gezogen werden sollen, welche sich als Rädelsführer, Urheber oder besonders thätige Beförderer dabei betheiligt haben; so wie überhaupt alle öffentlichen Beamten und Seelsorger, welche einer Theilnahme hieran rechtlich beanzeigt werden. Gegen minder betheiligte Personen, wenn sie nicht gleichzeitig anderer Verbrechen angeklagt sind, soll die Untersuchung geschlossen sein, und die etwa Verhafteten sind sogleich auf freien Fuß zu setzen.

In **Olmütz** ist ein kaiserlicher Familienrath über den künftigen Aufenthalt der einzelnen Familienglieder der Dynastie und die jedem festzustellende Appanage, abgehalten worden.

Aus Prag wird der „Presse" von einer Veränderung der Gesinnung der czechischen Partei, zu Gunsten der Magyaren, berichtet. So wurde neulich dem auf der Eisenbahn weggegangenen Bataillon des Regiments Großfürst Michael, von dem zahlreich versammelten Volke manches „Eilen Kossuth" nachgerufen. — Der Wischerad wird stark befestigt und den Civilpersonen ist der Zutritt zu den dortigen Bastein streng untersagt.

† **Wien**, 19. April. Vom Kriegsschauplatze ist es wieder stille. Die Gerüchte über den Donauübergang der Insurgenten, Besetzung Stuhlweißenburgs, Wieselburgs, Semlins haben sich als ungegründet erwiesen. — Die Requisition von Wolle, Woll- und Sandsäcken ist dahin zu erörtern, daß sie auf Antrag der Pester Stadthauptmannschaft als Vorsichtsmaßregel und zu dem Ende erfolgte, die Archivsgebäude bei einem als möglich vorauszusetzenden Bombardement zu schützen. — F.M.L. Wohlgemuth ist in Neutra eingetroffen, um ein selbstständiges Corps von drei Brigaden zu übernehmen. Komorn, wo die Besatzung noch an 14,000 Mann stark sein soll, wird aus 140 Geschützen bombardirt. Die Cernirungstruppen zählen an 20,000 M. Mack soll durch Török gestürzt worden und Letzterer nunmehr der Leiter der Bewegung in der Festung sein; Mack wird durch seine eigenen Leute als Verräther bewacht, weil er, nach seiner Ueberzeugung, sich geäußert haben soll, die Festung binnen 8 Tagen übergeben zu müssen, wenn kein Entsatz anlangt. — Nach einer in ministeriellen Blättern mitgetheilten Proclamation des ungarischen Kriegscommissärs Szemere werden bei den Insurgenten Guerilla's-Corps organisirt. Der Tagessold eines Gemeinen in 12 kr. C.-M. Alles, was das Corps dem Feinde abnimmt, bleibt sein Eigenthum, auch wenn die Beute fl. 100,000 ausmacht. Jeder bekommt von der Regierung eine Guba, Stiefel und Waffen, dann jährlich zu Kleinigkeiten fl. 5 C.-M.

Die Maßregel eines neuen, zwangsweise in Ungarn zu emittirenden Papiergeldes gibt viel zu sprechen. Sie erweckt bei den Einen Tadel bei der um so näher liegenden Vergleichung mit den französischen Assignaten, als das Quantum der Ausgabe vorerst unbeschränkt und uncontrolirt erscheint, und bei der Besorgniß, dem Unmuth im Lande dadurch neue Nahrung zu geben; sie erweckt hingegen bei den Andern ungemessenes Lob, indem sie hierin den glücklichsten Ausweg finden, um die ungarischen Banknoten zu paralysiren, die Kriegslast von den andern Kronländern auf Ungarn, das sie hervorgerufen, zu wälzen und mit der neuen Anleihe zur bessern Wahrung des allgemeinen Staatscredits zurückzuhalten.

Aus **Semlin** wird unterm 12. d. geschrieben: Das traurige Loos, welches im vorigen Jahr das Banat getroffen hatte, ereilte jetzt auch die Bewohner von Bacska, Zomber, Szenta, St. Thomas, Verbasz, Szivacz und Kula, welche Orte von den Magyaren eingenommen und verwüstet wurden. Gospoglinczi, Racsi und Vilovo wurden von selben in Brand gesteckt. In Csurug, wo die Serben früher starke Verschanzungen hatten, liegen nun Magyaren, und drohen Titel, die Stabsstation des Czaikistenbataillons, zu bombardiren. Der Schrecken ist allgemein, der Muth der Serben sinkt. Auch die Bewohner diesseits der Donau schweben in großer Gefahr. Alles flieht und sucht seine

Habseligkeiten nach Belgrad zu retten. Semlin selbst ist bedroht und die hiesigen Bewohner haben den Entschluß gefaßt, die Consuln von England, Frankreich und Rußland, ja selbst den Pascha zu Belgrad anzugehen, Semlin in Schutz zu nehmen, da es das Interesse auch dieser Staaten in Bezug auf den Handel erheischt, Semlin vor magyarischer Verwüstung zu bewahren. — Am 9. d. sind 2 Deputirte in die Walachei abgegangen, um vom General Lüders russische Hilfe zu erbitten. — Heute Morgen soll ein Courier mit günstigeren Nachrichten vom ungarischen Kriegsschauplatze hier angelangt sein.

Zuverlässige Angaben über die Streitkräfte der beiden Heere in Ungarn fehlen noch immer. Man gibt indessen die Stärke der Kaiserlichen auf 90,000 bis 100,000 Mann an. Davon sollen bei Pest etwa 50,000 concentrirt sein; hinter Gran standen in der zweiten Aprilwoche 7 Brigaden, 5 davon schon seit einiger Zeit, und die 2 bisher von Götz befehligten Brigaden, welche sich von Waitzen dorthin zurückgezogen hatten. Diese 7 Brigaden befehligte Wohlgemuth; sie sollen etwa 25,000 Mann zählen. Aus Galizien rückten zwölf Bataillone (10,000 Mann) unter Vogel nach Nordungarn. Dazu kommen noch die Streitkräfte, welche bisher an der untern Donau standen, Nugent soll dort etwa 8000 Mann befehligt haben, und das Corps, welches bisher Komorn belagerte. Man will aber jetzt die Armee um jeden Preis auf wenigstens 150,000 Mann bringen, um den Ungarn an Zahl gewachsen zu sein. Auch aus Böhmen, was beinahe ganz von Soldaten entblößt wurde, ist alle irgend verfügbare Mannschaft nach dem Kriegsschauplatze befehligt worden; am 14. sind auch von Olmütz 2 Bataillone Fußvolk, 2 Divisionen Cürassreiter und 2 Feldbatterien abmarschirt.

Bukarest, 6. April. Von der magyarischen Regierung ist ein neuer bevollmächtigter Commissär nach Hermannstadt und Kronstadt gekommen, der allen Einwohnern unter der Bedingung des Gehorsams (mit Hinweisung auf Standrecht), Sicherheit der Person und des Eigenthums zugesichert, den Geflüchteten aber einen Zeitraum von 10 Tagen zur Rückkehr, bei Confiscation ihres sämmtlichen zurückgelassenen Hab und Gutes, anberaumt. Diese Verkündigung hat schon manche der hier befindlichen Flüchtlinge veranlaßt, an die Rückkehr zu denken. — Das aus Hermannstadt zurückgedrängte russische Corps, welches den Paß bei der Rothenthurmer Quarantäne noch immer besetzt hielt, ist vor einigen Tagen durch die Bemschen Truppen, welche auf siebenbürgischem Boden keine Feinde dulden wollen, bis über die Grenze nach Kineni zurückgeschlagen worden, und hat bei der engen Passage, welche die Bemsche Artillerie der Länge nach bestrich, bedeutende Verluste erlitten. Hier wird (officiell) der Zusammenstoß ein Vorpostengefecht gegen die zu weit vorgedrungenen und sofort zurückgeworfenen Magyaren genannt.

Agram, 14. April. Aus all den Gerüchten, die hier umlaufen, ist nur so viel gewiß, daß Perczel, dem amtlichen Berichte des bei den Serben operirenden Generals Hajnal zufolge, nach Syrmien vorzudringen und Slavonien überhaupt seinem Commandostabe zu unterwerfen beabsichtige. Welche Gegenmaßregeln von Nugent, Trebersburg und dem hiesigen Interims-Commandirenden, Dahlen, getroffen worden seien, ist bis zur Stunde noch unbekannt. Das Publikum ist ob dieser Nachricht sehr beunruhigt.

* **Berlin**, 19. April. Der Reichsfinanzminister Herr v. Beckerath ist hier angekommen.

Seit einigen Tagen, schreibt die „Const. Ztg.“, circuliren hier, besonders an der Börse, Gerüchte von der unbedingten Annahme der Kaiserwürde von Seiten der Krone Preußens, auf Grund der von der Nationalversammlung beschlossenen und in allen wesentlichen Punkten unveränderten Verfassung und der Zustimmung einer größeren Zahl deutscher Fürsten. — Wir halten diese Gerüchte für unbegründet, und glauben vielmehr, daß in den nächsten Tagen schon die Bedenken Preußens zur öffentlichen Kenntniß gelangen werden.

* **Berlin**, 20. April. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer interpellirte der Graf Dyhrn: Ob der Minister der auswärtigen Angelegenheiten gewillt sei, der Kammer mitzutheilen: 1) die Instruction, welche der besondere Bevollmächtigte in Frankfurt erhalten hat; 2) die Antwort, welche das Ministerium auf die österreichische Depesche vom 8. d. M. ertheilt hat; und die betreffenden Papiere auf die Tafel der Kammer niederzulegen.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten: „In Rücksicht darauf, daß in einigen Tagen eine entscheidende Erklärung in dieser Sache abgegeben werden soll, sehe ich mich veranlaßt, die Beantwortung der Interpellation abzulehnen. Präsident fragt den Minister, ob hierin eine definitive Ablehnung enthalten sei, was vom Minister, nach einem Einwand des Grafen Dyhrn, bejaht wird. Hierauf folgt die Interpellation von Bergmann. Anknüpfend an die, der Kammer mitgetheilte Note vom 3. d. M. und in Erwartung der nach Ablauf der darin gestellten Frist zugesagten definitiven Erklärung ersuche ich das königl. Staatsministerium, der Kammer 1) über die inzwischen getroffenen Maßregeln und namentlich über den Inhalt der dem dieseitigen Bevollmächtigten in Frankfurt a. M. ertheilten Instruction, 2) darüber, welche deutsche Regierungen über die in der Note vom 3. d. M. hervorgehobenen Punkte Erklärungen, und welchen Inhalts abgegeben haben, und 3) darüber Mittheilungen zu machen, welche Schritte von der Regierung Sr. Majestät in Folge der beiden Depeschen getroffen sind, die das kais. österreichische Cabinet an seine Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt und bei der hiesigen Regierung am 5. respective am 8. dieses Monats erlassen hat. Der Ministerpräsident erklärt sich bereit, dieselbe, so weit es möglich, sogleich zu beantworten. Graf Brandenburg: Ad 1 muß ich bedauern, da die Unterhandlungen noch schweben, keine Erklärung hier abgeben zu können. Ad 2 stelle ich es anheim, ob ich die Erklärungen der 28 Regierungen, die an unsere Bevollmächtigten in Frankfurt abgegeben sind, hier vorlesen soll; sie werden aber wohl schon den Meisten bekannt sein. (Der Vorschlag des Präsidenten, diese Erklärungen auf das Bureau niederzulegen, wird angenommen.) Ad 3. Auch dieser Gegenstand gehört in die Reihe derjenigen Verhandlungen, über die ich, da sie noch obschweben, verhindert bin, eine Erklärung abzugeben. Doch kann ich das hinzufügen, daß ich hoffe, schon in den nächsten Tagen im Stande zu sein, über die Sache Auskunft in einem Umfange geben zu können, wie sie die Wichtigkeit der Sache erfordert. (Bewegung.)

Der bereits gestern dem Wortlaut nach mitgetheilte, die deutsche Frage betreffende dringliche Antrag des Abg. Gierke fand die für die Dringlichkeit nöthige Unterstützung nicht.

□ **München**, 19. April. Während wir uns in Gottes freier Natur wieder in den tiefsten Winter zurückversetzt sehen, nämlich durch einen schuhtiefen Schnee und durch 3 Grad Kälte, keimts und beginnts zu grünen in unserem Ministerium, als wenn von Wien, von Berlin und von Frankfurt her die allermildesten Frühlingswinde wehten. In Dresden hinterläßt, so glauben wir, Hr. v. d. Pfordten bei allen gutunterrichteten Personen auch ein gutes Andenken, und wir können kaum zweifeln, daß er, wenn er bis zu diesem Augenblicke vielseitigen Umschwungs auf seinem Posten geblieben wäre, es ihm kaum mißlingen würde, auch mit den sächsischen Kammern sich auf einen guten Fuß zu setzen und mit ihnen bei Lösung hochwichtiger Fragen Hand in Hand zu gehen. Heute nun übernimmt Hr. v. d. Pfordten die wichtigste Stelle in unserem bayerischen Ministerium. Nicht daß ihm gerade seine beiden Portefeuilles, nämlich das des Aeußern und das des Handels, unmittelbare Veranlassung um ihrer Bürden willen gäben, vor den Kammern der eigentliche Träger aller Last des Tages zu werden, wohl aber liegt es sonst in den Verhältnissen und Persönlichkeiten, daß er das Haupt, daß er die belebende Seele des Ministerraths werde. Die Beweise kann erst der Landtag liefern. Einstweilen mag zur Beurtheilung seiner gegenwärtigen Stellung und seiner zukünftigen Wirksamkeit dienen, was man über die Bedingungen vernimmt, unter denen er die Berufung an das Staatsruder angenommen hat. Diese Bedingungen sind doppelter Art. Einmal beziehen sie sich auf die allgemeinen deutschen Fragen, und in dieser Beziehung soll Herr v. d. Pfordten darauf gedrungen haben, daß Bayern seinen eigenen Weg selbstständig gehe und daß es sich demnächst aus aller absoluten Abhängigkeit von der österreichischen Tagespolitik emancipire. Dafür könnte ihm Bayern wahrhaftig nicht dankbar genug sein; denn so würden unsere Minister erst auf einen Standpunkt gelangen, von welchem aus sie die deutschen Fragen unbefangen ins Auge fassen und die bayerischen Beziehungen zu denselben regeln könnten, ohne nach der einen oder andern Seite hin wehe zu thun. Ferner sollen sich diese Bedingungen eben auf unsere sogenannten bayerischen Sonderinteressen beziehen, rücksichtlich welcher Herr von der Pfordten, darin erfreulichem Vernehmen nach mit allen seinen Collegen übereinstimmend, die Zurückführung sowohl der dynastischen als der Landesanstrebungen bis auf das äußerste Minimum verlangt, um sich den Frankfurter Beschlüssen desto unbedingter unterordnen zu können. In Folge der wiederholten Anwesenheit des Herrn v. d. Pfordten dahier darf man wohl annehmen, daß er schon auf die neuesten Rückäußerungen und Beschlüsse aus Nymphenburg nach Berlin und nach Frankfurt nicht ohne Einfluß gewesen sei. Gleichwohl darf angenommen werden, daß die Kaiser- und Kaiserwahlfrage hier noch immer für ein Ultimatum offen gehalten wird. Man will die Ereignisse nicht machen heißen, gedenkt ihnen aber auch nicht vorzugreifen, ist vielmehr entschlossen, seine letzten Entscheidungen den Ereignissen anzupassen. Noch kann Alles besser endigen, als wir selbst vor wenigen Tagen fürchten zu müssen glaubten. — In Folge der grundlosen Wege sind alle Morgenposten noch zurück. Daher weder aus Wien etwas Neues, als das schon gestern Abend bestätigte Gerücht von der Wiedereroberung Waitzens durch die kaiserlichen Truppen, noch aus dem Norden irgend eine nähere Angabe über den Sieg der Unsrigen gegen die Dänen. Man sieht Briefen von dort mit um so größerer Spannung entgegen, als Gerüchte von sehr bedeutenden Verlusten der Bayern an Mannschaften verbreitet worden sind.

Würzburg, 21. April. Von einer großen Anzahl hiesiger Einwohner wurde an das Collegium der Gemeindebevollmächtigten unserer Stadt der Antrag gestellt, dasselbe möchte, in Berücksichtigung des zu erwartenden guten Erfolgs, wenn ganze Corporationen den Willen des Volkes den Regierungen gegenüber aussprechen, im Verein mit dem Magistrat an Se. Maj. unsern König die Bitte stellen, derselbe möge 1) den nun zum dritten Mal vertagten Landtag sogleich einberufen, 2) die von der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung in Frankfurt in zweiter Lesung beschlossene und verkündigte Reichsverfassung nebst dem Reichswahlgesetz auch für das Königreich Bayern als endgiltig und verbindlich erklären, und 3) jeder Abänderung dieser Verfassung und des Reichswahlgesetzes, welche auf andere, als auf die in jener selbst bestimmten Weise etwa versucht werden sollte, den entschiedensten Widerstand entgegensetzen. Dieser Antrag wurde von dem Collegium der Gemeindebevollmächtigten einstimmig angenommen, die Dringlichkeit desselben unterstützt und zugleich der Beschluß gefaßt, daß, wenn der Magistrat auf die beantragte Adresse an den König etwa nicht eingehen sollte, dieselbe von dem Collegium der Gemeindebevollmächtigten allein zur Durchführung gebracht werden soll. — Würzburg geht hier den Schwesterstädten Bayerns mit einem guten Beispiele voran, möge dasselbe schleunigst überall Nachahmung finden; der Erfolg wird dann ein segensreicher sein.

Nürnberg, 19. April. Der hiesige constitutionelle Verein hat in seiner gestrigen Versammlung eine Adresse an den König um Anerkennung der deutschen Reichsverfassung beschlossen.

Nürnberg, 20. April. Das Collegium der Gemeindebevollmächtigten hat, wie wir vernehmen, in seiner gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, den Magistrat zu veranlassen, daß derselbe eine Commission zur Anfertigung einer Adresse an den König niedersetze, worin Se. Majestät ersucht werden soll, die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung unbedingt anzuerkennen. (N. C.)

* **Lüneburg**, 14. April. Vorgestern hat im hiesigen Bürgerverein der Reichsabgeordnete Grumbrecht die deutsche Verfassungsangelegenheit zum Gegenstand eines Vortrags gemacht, der zu dem Resultat führte, daß die preußische Dynastie mit der erblichen Kaiserwürde belehnt werden mußte. Der Redner stellte sodann den von ihm besonders formulirten Antrag, das Ministerium in einer Adresse um schleunige Zurücknahme der unbefugten Vertagung der Stände anzugehen. Die Adresse wurde von dem Bürgerverein angenommen. Das Ministerium wird von derselben angegangen, die sofortige Zusammenberufung der Stände bei dem König erwirken zu wollen.

> **Mainz**, 21. April. Mit zwei Maindampfbooten sind heute 325 Mann von der österreichischen Artillerie, unter welchen 85 Mann von der Besatzung in Rastatt, von hier abgefahren, um als Verstärkung nach Ungarn zu kommen. Unter dem Zusammenströmen einer großen Menschenmenge wurden diese Soldaten von einem preußischen und einem österreichischen Musikcorps bis zum Einschiffungsplatze begleitet, von wo sie unter oft wiederholtem Hurrahruf abfuhren.

Mannheim, 20. April. Bei der heute stattgehabten Wahl eines ersten Bürgermeisters unserer Stadt, an die Stelle des von der Regierung nicht bestätigten gewählten Bürgermeisters Brentano, ist Brentano abermals gewählt worden.

Braunschweig, 19. April. Es sind in den letzten Tagen von unsern Truppen 2 Bataillons Infanterie und 2 Schwadronen Husaren weiter nach den Herzogthümern ausgerückt. (D. Rchztg.)

△ **Marseille**, 17. April. Die Militärbehörde hat soeben eine telegraphische Botschaft von Paris erhalten, welche die Einschiffung der Division Gueswiller anordnet, sobald die zu diesem Behufe von Toulon geschickten Dampfer in Marseille vereinigt sind. Die Flotille ist gestern in unsern Hafen eingelaufen. Wir haben allmählig die Fregatten „Albatros“, die Flagge des Contreadmirals Trehuart tragend, den „Labrador“, den „Orenoque“ und den „Christophe Colomb“ ankommen gesehen; ferner die Corvetten „Infernal“, „Brieee“ und „Tenare“. Die beiden ersteren Fregatten sowie der „Tenare“ liegen am Quai St.-Jean vor Anker; die andern Schiffe liegen an der Juliette. Die Truppen, welche abfahren sollen, haben im Laufe des Tages ihre Vorbereitungen gemacht. Man versichert, daß die Einschiffung der Truppen, des Gepäckes und des Materials heute Vormittags bewerkstelligt werden wird.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 21. April. Das Geschäft war heute minder belebt, die Course jedoch im Allgemeinen von sämmtlichen Papieren sehr fest. 5pCt. Metall. bleiben 76⅞, pCt., 2½pCt. Metall. 40⅝, pCt., Bienerbankactien 1176 fl., 500 fl. Loose 128⅛, pCt., 250 fl. Loose 79½, pCt., Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27½, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 28⅛ fl., do. 50 fl. Loose 48⅞, fl., Darmstädter 20 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 71½, fl., Nassauer 25 fl. Loose 20½, fl., Sardinische Loose 20½, Rr. Poln. 500 fl. Loose 71½, Rthlr. Süddeutsche und belgische Obligationen preishaltend, mit Ausnahme Württemberger Obligationen, die etwas niedriger im Cours als gestern schlossen. Holländische 2½ pCt. Integr. 49⅝, pCt. G. Eisenbahnen sämmtlich belebt, und höhere Preise als gestern willig dafür zu bedingen. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn bleibt 35⅛, Rthlr., Berbach 73½, pCt., Köln-Mindener 77½, pCt., Taunus 294 fl. G. Rthl. inländ. Span. schlossen wie gestern Abend im Cours 24½, pCt. G.

Wien, 18. April. 5pCt. Metall. 68⅛. — 4½Pct. 70. — 3pCt. —. — 2½pCt. 46⅞. — Bankactien 1135. — 500 fl. Loose 146. — 250 fl. Loose 91⅞. — Nordbahnactien 96⅞. — Glogganitzer 94. — Mailänder 69⅛.

Günstige Gerüchte vom ungarischen Kriegsschauplatz heben die Course. Von den Devisen sind die italienischen bedeutend höher gegangen. Gold fest.

Berlin, 20. April. Staatsschuldscheine 80⅞, Br., Seehandlungs-Prämienscheine 100⅜ bez., Bankantheile 89⅞ à ⅛ bez. u. G., Berlin-Hamburg 52⅞ bez., Köln-Minden 77 bez., Friedr.-Wilh.-Nordb. 35, 31⅞ à 35⅛ bez., Rheinische 47 Br., Thüring. 50 bez., 4pCt. Anl. bei Ostpreuß., 5. 86⅜, B., Pomm. 100 fl. Loose 74⅛, Br., Kurhess. Prämiensch. à 40 Rthlr. 27⅛, B., Raab. Bad. Anleihe à 35 fl. 16⅛, Br.

Die Course der Fonds und Actien waren heute zum Theil etwas niedriger, schlossen aber im Ganzen ziemlich fest.

Berichtigung. In der im gestrigen Hauptblatt enthaltenen Aufforderung ist Franz Stiebel, Schreinermeister (nicht Möbelhändler) zu lesen.

Verantwortlicher Redacteur Dr. D. Walter

Beiträge zu Charpie

für die in Schleswig Verwundeten wird hier in Frankfurt das Kronprinzliche Damenstift zu übernehmen die Gefälligkeit haben. Für die Uebermachung nach Schleswig wird demnächst mit dem Reichsministerium des Krieges in Verbindung getreten werden. Frankfurt, den 21. April 1849.

Deutsche Frauen und Jungfrauen!

In der „Oberpostamts-Zeitung“ Nr. 93 wurde aus Flensburg über Mangel an Charpie geklagt. Laßt uns so schnell wie möglich diesem Mangel abhelfen, wie durch anderweitige Beiträge zur Verpflegung die Wunden und Schmerzen der tapfern Reichstruppen lindern, die dem In- und Ausland ein so schönes Bild deutscher Einheit geben.

Druck von August Osterrieth.

№ 96. —— Montag —— den 23. April —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt f. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen f. 2. 45 kr. — 3) in Nassau f. 2. 30 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets f. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (¹/₄ Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 79a.; 3) Hofcommissär G. Flores in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrseldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Amtlicher Theil.

Aus den weiteren Berichten des commandirenden Generals über die am 13. d. M. bei der Erstürmung und Behauptung der verschanzten Höhen bei Düppel stattgefundenen Gefechte geht hervor, daß die beiden königlich sächsischen Batterien (eine 6-Pfünder und eine 12-Pfünder) dadurch, daß solche gegen die mit schwerem Schiffscaliber besetzten Küstenbatterien von Alsen aufführen, und demnächst noch durch eine in ihrer Flanke erscheinende 12pfündige Feldbatterie des Feindes beschossen wurden, in ein sehr heißes und an Kräften völlig ungleiches Gefecht verwickelt worden sind, in welchem zwei Geschütze demontirt wurden, ein 12pfündiges Geschütz in einen Sumpf gerieth und demnächst alle drei Geschütze nach Beendigung des darauf folgenden Tirailleurgefechts auf demjenigen Terrain liegen blieben, welches zwischen der dieseitigen und der feindlichen Aufstellung befindlich war, und unter dem unmittelbaren Feuer der Küstenbatterien lag. Da eine beabsichtigte Unternehmung, diese Geschütze bei eindrechender Dämmerung zurückzuholen, nicht rechtzeitig ausgeführt wurde, so erhielt der Feind Gelegenheit, die Dunkelheit der Nacht zu benutzen, um die Rohre der beiden demontirten Geschütze zu holen, wogegen das in dem Sumpfe versunkene Geschütz demnächst von den dieseitigen Truppen wieder ausgehoben und zurückgebracht wurde.

Nichtamtlicher Theil.

Krisis in Württemberg.

** Seit dem 20. April ist in Württemberg eine Krisis eingetreten, die ihrer Lösung nach den neuesten Nachrichten, die bis zum 21. Abends gehen, noch um keinen Schritt näher gerückt ist. Der König verweigert die unbedingte Zustimmung zu der von der Reichsversammlung beschlossenen deutschen Reichsverfassung und auch zu der Oberhauptsfrage, während das Ministerium durch früher gegebene Zusicherungen auf dieser Zustimmung beharrt, oder zurücktreten muß. Bekannte, zum größern Theil außerwürtembergische Personen werden von Stuttgarter Blättern als diejenigen bezeichnet, welche den König zu der dem Rathe seines Cabinets und dem Wunsche seines Volkes widerstrebenden Entschließung vermocht haben, unter ihnen auch jener Herr Klindworth, von welchem unsern Lesern bereits bei einem frühern Anlaß ein Bild vorgeführt worden ist. Der König, sagt man nun, gehe von der Ansicht aus, daß die politischen Verhältnisse Württembergs ihm die Pflicht auferlegen, sich über jene wichtige Fragen erst alsdann mit Entschiedenheit auszusprechen, wenn sie durch die größeren Staaten Deutschlands ihre Erledigung gefunden haben. Das Ministerium dagegen will, wie auch bei Verkündigung der Grundrechte, daß Württemberg abermals größeren Staaten mit seinem Beispiel vorangehe. Da hierfür zunächst keine Aussicht war, so hat das Ministerium seine Entlassung gegeben; das Land aber will es um seiner Volksthümlichkeit erhalten und von ihm seine Wünsche durchgesetzt sehen: daher die Aufregung, die sich nunmehr von der Hauptstadt aus über alle Klassen der Bevölkerung, über die Gemeinden und das ganze Land verbreiten wird. „Die allewerg gut Württemberg!“ war Jahrhunderte lang ein Wahlspruch der Schwaben, mit welchem er sich verläßlich an das große Vaterland anschloß; dem guten Württemberger ist die Erinnerung an das frühere deutsche Reich ins Fleisch und ans Herz gewachsen. Die schwäbischen Kaiser, die Hohenstaufen, haben für Deutschland einst die größten und schönsten Tage heraufgeführt, und das deutsche Schwert mit Sieg und Ehren nach Palästina und in die lombardischen Ebenen getragen; um Deutschlands willen hat der letzte Hohenstaufe in Neapel sein Haupt auf den Block legen müssen; für Deutschland haben die Herzoge von Württemberg des Reiches Banner getragen: die guten Württemberger wollen auch heute wieder Kaiser und Reich, um beiden wieder zu sein, was sie ihm vordem waren. Wir begreifen deßhalb die heutige Aufregung im schwäbischen Land; sie war für den Fall einer Weigerung des Königs vorauszusehen; möge sie schnell zum guten Ende führen! Dies unsers Herzens sehnlichster Wunsch, weil wir befürchten müssen, daß im andern Fall die Bösen in Württemberg, die Anarchisten, die Sache am schlimmen Ende anfassen und für ihre Zwecke ausbeuten werden. Doch kehren wir zur Sachlage zurück! In einem den Ministern übergebenen Memorandum hat der König die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung mit den Beschlüssen über die Oberhauptsfrage abgelehnt. Dadurch sahen sich die Minister veranlaßt, ihre Demission zu geben. Diese kritische Lage und der Umstand, daß die Bewegung zu Gunsten der Reichsverfassung durch alle officiellen und nichtofficiellen Kreise geht, hat zunächst die Kammer der Abgeordneten bewogen, für den Wunsch und Willen des Landes einzutreten. Der Präsident berief zu dem Zweck am 20. Nachmittags eine außerordentliche Sitzung, deren Resultat die Wahl einer aus 8 Mitgliedern bestehenden Deputation war, welche eine Conferenz mit dem Ministerium halten sollte, um von demselben das entgegenzunehmen, was zur ferneren Grundlage der Kammerverhandlungen dienen solle. Die Commission, in welche Becher, Kuhn, Mack, Graf v. Degenfeld, Reyscher, Seeger, Prälat von Mehring und Zwerger gewählt wurden, sollte einem weiteren Kammerbeschlusse zufolge in einer um 5 Uhr anzuberaumenden Sitzung Bericht erstatten. Wir können in Betreff des Weiteren auf das bereits in der ersten Beilage zu unserer gestrigen Nummer und auf unsere untenfolgende Correspondenz verweisen. Hier sei nur noch erwähnt, daß in der Abendsitzung am 20. der Ministertisch unbesetzt, daß aber sämmtliche Galerien dicht mit Menschen gefüllt waren, ebenso alle Räume des Ständehauses und die Zugänge bis in den Saal hinein, während noch viele Hundert auf den Straßen, im Hofe ꝛc. standen. Ergänzend die unten folgende Correspondenz, muß hier eingeschaltet werden, daß Reyscher als Berichterstatter der Achtercommission die Nothwendigkeit einer schnellen Lösung des Conflictes zwischen der Krone und dem Cabinet namentlich auch damit motivirte, „daß von Seiten des Königs von Preußen nicht, wie früher vorausgesetzt worden ist, eine Ablehnung der Kaiserwürde erfolgt ist, sondern wie wir aus neueren Mittheilungen der preußischen Regierung entnehmen, vielmehr bloß eine alsbaldige Erklärung derjenigen königl. Regierungen erwartet wird, welche mit ihrer Erklärung noch im Rückstande sind.“ Während die Abgeordnetenkammer handelte, blieben auch Behörden, Corporationen und Vereine nicht unthätig, den Wunsch und Willen des Landes zu manifestiren. Stadtrath und Bürgerausschuß haben am 20. einstimmig eine Eingabe beschlossen und dem k. geheimen Cabinet übergeben, in welcher der König um Beibehaltung des Ministeriums, als welches das Vertrauen des Volks in so hohem Grad besitze, gebeten wird. Der vaterländische Verein hat am 20. Nachmittags dem König eine Adresse überreichen lassen, in welcher er, sich berufend auf seine Loyalität und erfolgreiche Wirksamkeit gegen Wühlerei und Anarchie und dem Fürstenhause seine treue Anhänglichkeit versichernd, jetzt seine Pflicht darin erkennt, den König auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die aus einer Verweigerung der Anerkennung der von der Reichsversammlung gefaßten Beschlüsse erwachsen müsse. Es heißt in dieser Adresse:

Wenn es sich von dem großen Preise der Kämpfe der letzten Zeit, von der Einigung Deutschlands handelt, so weichen alle Parteibestrebungen, und die unendliche Mehrzahl des deutschen Volkes, die besonnenen und ehrenhaften Bürger, welche die Ruhe begehren, mit eingeschlossen, stehen unwandelbar auf der Seite der Nationalversammlung und halten sich an deren Beschlüsse. Ueber die Haltung der Württemberger bei der drohenden Spaltung zwischen der königl. Regierung und dem Volke kann ein Zweifel nicht bestehen, und wenn schon der Vaterlandsfreund beim Anblick derselben erzittern mußte, so dürfte er doch nicht schwanken, auf welche Seite er sich zu stellen habe. In dieser gefahrvollen Lage des Vaterlandes wenden wir uns mit dem Vertrauen, welches das Bewußtsein der Treue und der redlichen Absicht gewährt, an Ew. Königl. Majestät mit der ehrfurchtsvollen, dringenden Bitte: Allerhöchstdieselben möchten den gefaßten Beschluß in nochmalige Erwägung ziehen, das deutsche Verfassungswerk aus freie zu dem gemeinsamen Vaterlande unbedingt anerkennen, und eben damit dem Lande ein Ministerium erhalten, welches das bedauernde Vertrauen desselben besitzt. Der König aller Könige regiere Ew. Majestät Herz, und lege Entschließungen in dasselbe, durch welche sich Dieselben ein unvergängliches Denkmal der Dankbarkeit in dem deutschen Volke errichten werden.“

Der Landesausschuß hat unter dem 20. April einen Aufruf an die Volksvereine und an das württembergische Volk erlassen, in welchem der Reichsversammlung das Recht der endgiltigen Beschlußfassung über die Reichsverfassung vindicirt und die gegenwärtige Lage der Dinge nach der Weigerung des Königs dahin bezeichnet wird, daß nunmehr auf dem württembergischen Boden ausgemacht werde, ob es eine deutsche Einheit, eine deutsche Nation geben solle. Jeder einzelne Mann im Volke sei nun dem deutschen Vaterlande verantwortlich, ob er seine Schuldigkeit thue oder nicht. Vor ungesetzlichen Wegen wird gewarnt; aber alle gesetzlichen Mittel sollen angewendet werden, die württembergische Krone zur Unterwerfung unter die Verfassung des deutschen Reiches zu bewegen. „Nur zwingende äußere Gewalt könnte den entschiedenen Willen des Volkes brechen, zur Nationalversammlung zu halten.“

Dem „Schwäbischen Merkur“ liegen folgende Actenstücke bei:

Unterthänigste Bitte der Stuttgarter Weingärtner um Anerkennung der deutschen Reichsverfassung und Beibehaltung unseres Ministeriums.

Euer königlichen Majestät

erlauben sich die unterzeichneten Weingärtner der Stadt Stuttgart ehrfurchtsvoll zu nahen, um ihr tiefes schmerzliches Bedauern darüber auszudrücken, daß Eure Majestät die Ansichten unseres volksthümlichen Ministeriums nicht gutheißen können, und deßhalb dasselbe wahrscheinlich entlassen werde. Wir Weingärtner bekümmern uns sonst wenig um Politik und Staatsangelegenheiten, wir halten aber auf Gesetz und Ordnung, und haben es im vorigen Jahre bewiesen, daß wir treu unserem König und Vaterland allen wühlerischen und republikanischen Gelüsten entgegengetreten sind, und uns fest auf die Seite der Ordnung stellten. Wir haben dies in der zuversichtlichen Hoffnung gethan, daß das Werk der deutschen Abgeordneten in Frankfurt auch von unserem hochverehrten König und seinen Ministern unumwunden anerkannt und in Vollzug gesetzt werde. Es ist uns dies damals feierlich versprochen worden! Wir haben seither manche Erleichterungen und Freiheiten theils bekommen, theils noch zu erwarten, und danken also Eure Majestät namentlich für die Einführung der Grundrechte, als einen reichen Schatz wahrer Freiheit und Volksglückes. Wenn aber alle diese Dinge Bestand haben und uns etwas nützen sollen, so müssen sie durch die Reichsverfassung verbrieft und vollendet sein. Diese Reichsverfassung ist nun vollendet und von der Nationalversammlung als Gesetz verkündigt. Dieselbe mag, wie alles menschliche Machwerk, ihre Mängel haben, aber die Mehrheit hat nun einmal diese Verfassung beschlossen, und wenn in der Welt etwas herauskommen soll, so muß die kleinere Zahl der größern sich unterwerfen. Der beschlossene Kaiser ist uns ganz recht, denn unter den Kaisern ist Deutschland groß, reich und mächtig gewesen; er wird dann hoffentlich mit kräftiger Hand allen Wühlereien und Streitigkeiten ein Ende machen, uns unsere Freiheiten erhalten und Gesetz und Wohlstand wiederbringen. Wenn man blos statt Einem mehrere Fürsten an die Spitze stellen wollte, so gäbe das kein kräftiges Regiment, denn wo Etwas herauskommen soll, muß Einer entscheiden und nicht Viele; wir wollen ja eine Einheit und keine Vielheit. Wenn wir diese starke Regierung nicht bekommen, so ist die Sache nicht mehr zu halten, und es droht uns entweder der alte schmachvolle Bundestag, oder die Republik, wo nicht noch Schlimmeres. Das wollen wir vermeiden so lang als möglich, denn wir sagen uns, daß dann Wohlstand, Zucht und Sitte noch mehr untergraben, und fürchterliches Elend über unser armes Vaterland hereinbrechen würde. Der liebe Gott bewahre uns davor. Man hat uns immer gesagt, daß unsere Regierung die deutschste in Deutschland sei, und den andern mit gutem Beispiele vorangehe; die Minister haben ja vor ganz Deutschland erklärt, daß sie sich den Beschlüssen der Nationalversammlung unterwerfen. — Wir denken, daß dies nicht blos leere Worte waren, und daß die Minister so Etwas nicht ohne höhere Genehmigung thun konnten. Darum möchten wir Eure Majestät dringend und unterthänig bitten, im Interesse des Wohls des Volkes, das wohl weiß, was ihm frommt, nicht auf den Rath von Andern, sondern auf den unserer Minister zu hören, denn zu diesen hält uns glaubt das Volk mit Leib und Leben. Indem wir Weingärtner uns die Freiheit nehmen, unsere Ansichten und Bitten unterthänig vor Euer Majestät zu bringen, verbleiben wir mit der Versicherung unserer aufrichtigen Hingebung für das Wohl von König und Vaterland Euer Majestät gehorsamste Diener.

Stuttgart, den 21. April 1849.

Aufruf der Stuttgarter Weingärtner an ihre Mitbürger auf dem Lande.

Nachdem die deutschen Abgeordneten in Frankfurt in der Nationalversammlung eine Verfassung beschlossen und als Gesetz verkündigt haben, ergeht an alle fürsten Deutschlands der Ruf, diese Verfassung nicht nur gutzuheißen, sondern auch so schnell als möglich ins Leben zu rufen, damit das deutsche Volk sich endlich eines geordneten Zustandes wieder erfreuen möge, Handel und Gewerbe blühen und der Landmann wieder in Ruhe und Frieden den Lohn für seine saure Arbeit ernten könne, welchem durch die Opfer des vorigen Jahres der Wohlstand so arg untergraben worden war. Die volksthümlichen Minister, welche unser König im vorigen Jahr in die Regierung berief, haben uns bisher auf der rechten Bahn geleitet und beim Eintritt in ihr Amt erklärt, daß sie die von der Nationalversammlung zu beschließende Reichsverfassung anerkennen werden. Nun ist die Verfassung fertig und von der Nationalversammlung unbedingt angenommen worden. Aber als die Minister Se. Maj. ersuchten, seine Zustimmung zu der Verfassung zu geben, verweigerte dies unser König. — Dadurch sind natürlich unsere, aus dem Volke hervorgegangene Minister verhindert, ihr vor ganz Deutschland gegebenes Versprechen zu erfüllen, wie es Männern von schwäbischer Treue und Redlichkeit gebührt, und werden demnach gezwungen sein, ihr Amt niederzulegen. Unser König, wahrscheinlich übel berathen von einer gewissen Partei, bei unsern und andern Höfen, die das Vaterland, um ihre besondern Interessen und Privilegien ungestört zu erhalten, nicht groß und stark wissen wollen, ist also auf dem Punkte, Manner aus seinem Rathe zu entlassen, ohne deren kräftige Amtsführung es im vorigen Jahre anders um Thron und Land ausgesehen hätte. — Damit es aber nun nicht geschehe, fordern wir alle Gemeinden, alle Landleute und Weingärtner auf, ihre Stimmen zu erheben und alle gesetzlichen Mittel zu ergreifen, um den König mit den Wünschen des Volkes bekannt zu machen und ihn zu veranlassen, Männer nicht aus seinem Rathe zu entlassen, die allein unser Vaterland vor unheilvollem Zimmer erretten können.

⊙ **Stuttgart**, 21. April. Der Conflict zwischen der Krone und dem Ministerium ist im Lauf des gestrigen Tages ziemlich offen hervorgetreten, und der König in theils über das Vereinbarungsprincip wegen Anerkennung der deutschen Reichsverfassung, theils wegen der Oberhauptsfrage anderer Meinung, so daß wir in einer bedenklichen Lage uns befinden. Dies veranlaßte zahlreich unterschriebene Adressen beider politischen Vereine, ebenso von den städtischen Behörden, wegen Anerkennung der Reichsverfassung. Eine Deputation in diesem Sinne wurde aber heute um Schluß nicht vorgelassen. Es veranlaßte ferner zwei außerordentliche Sitzungen in der Kammer der Abgeordneten, in deren erster eine Commission von acht Mitgliedern gewählt wurde, um in einer Conferenz mit dem Ministerium zu berathen, was die Kammer in diesem kritischen Augenblicke, in welchem das Vaterland sich befindet, zu thun habe. In der Abendsitzung wurde von Reyscher als Berichterstatter dieser Deputation das Er-

gebniß vorgetragen, das darin besteht, daß zwar nicht ausgeschlossen ist, daß die Krone später zu einer Anerkennung der Reichsverfassung sich noch entschließt, daß aber für jetzt bloß soviel entschieden ist, daß diese Anerkennung nicht alsbald unumwunden erfolgt. Das Ministerium glaubt mit Rücksicht auf die früheren Erklärungen der Regierung eine offene Anerkennung der Reichsverfassung dem deutschen Vaterlande und Württemberg alsbald schuldig zu sein. Der mit den Schritten des Ministeriums vollkommen einverstandenen Kammer wird nun folgende Adresse an den König von Reyscher vorgelegt:

„Ew. königl. Majestät haben durch Ihre Minister zu wiederholten Malen in der Ständeversammlung die unbedingte Unterwerfung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung erklären lassen. Diese Erklärung steht nicht nur mit den Beschlüssen der Kammer der Abgeordneten in Uebereinstimmung, sondern sie ist auch von dem gesammten Volke mit dem tiefsten Danke aufgenommen worden. Mit um so größerer Besorgniß hat uns, die Abgeordneten des württembergischen Landes, die Kunde erfüllt, welche soeben gegen eine ständische Commission von den hierzu eingeladenen Departementsrath bestätigt worden, daß Ew. königl. Majestät hegen, die von dem Ministerium beantragte vollständige und unverweilte Anerkennung der Gültigkeit der deutschen Reichsverfassung, wie sie aus den Beschlüssen der constituirenden Nationalversammlung hervorgegangen, auszusprechen. Die Kammer der Abgeordneten, erfüllt von dem Gedanken an die schweren Folgen, welche ein solcher Widerspruch mit dem offenkundigen Willen des deutschen Volkes für das Wohl der Regierung und die Ruhe unseres engeren und weiteren Vaterlandes haben müßte, hält sich verpflichtet, Ew. königlichen Majestät dringend vorzustellen, wie unzweideutig es ist, getreu den ertheilten Zusagen und entsprechend dem Ruhme, den höchstdieselben in dem bisherigen Laufe Ihrer Regierung erworben haben, als der deutscheste unter den deutschen Fürsten den andern königlichen Regierungen voranzugehen in der ausdrücklichen Anerkennung der Rechtsbeständigkeit des lange ersehnten Verfassungswerkes. Die Kammer der Abgeordneten, welche keinem Ministerium ihre Unterstützung gewähren könnte, das in der deutschen Frage andere Gesinnungen und Ansichten verträte, als die gegenwärtigen Minister des Königs, fühlt sich um so mehr gedrungen, Eure königliche Majestät in Ehrfurcht zu bitten, die unumwundene Anerkennung der Gültigkeit der deutschen Reichsverfassung für Württemberg durch Ihre Regierung sofort aussprechen zu lassen. Wir verharren in tiefster Ehrfurcht Ew. königlichen Majestät unterthänigste treugehorsamste Kammer der Abgeordneten."

Die Debatte dauerte bis in die späte Nacht, und an dem gehaltenen, ruhigen Tone derselben, welcher gegen manche frühere Verhandlungen abstach, konnte der Vaterlandsfreund den Ernst des Augenblickes ebenso, wie das gute Recht unseres Stammes, auch hier voranzugehen, richtig ermessen; aber es war bedauerlich, daß die Zuhörer bis in den Saal herein und bis dicht an den Präsidentenstuhl standen, wodurch die Berathung gefährdet erschien. Das einzige, die Grenzlinie für jetzt Ueberspringende war Rettenmaiers Verlangen, im Fall einer Vertagung der Kammer sich für so lang permanent zu erklären, bis die deutsche Reichsverfassung ihrem ganzen Inhalte nach angenommen sein werde. Von der Prälatenbank nicht minder als von der linken Seite, und eben so vom Centrum wurde in entschiedener Weise für Annahme der Adresse gesprochen. Von den Gegnern wurde hervorgehoben, daß die Reichsverfassung noch nicht fertig sei, und daß erst ein fertiges Werk der Annahme Seitens der Krone gewiß sein könne (Freiherr v. Varnbüler), während dem Abg. Kuhn dieselbe nur zu sehr fertig war, indem ihm ihre enge Verbindung mit dem preußischen Erbkaiserthum als Grund zu ihrer Verwerfung erschien, Freiherr v. Linden aber sagte, es sei viel offener von dem Staatsoberhaupte, daß es jetzt, wo von der Hauptregierung noch nichts vorliege, noch zögere und abwarte, anstatt, wie z. B. die badische Regierung, an die Annahme den Vorbehalt weiterer Erklärungen zu knüpfen. Bei der Endabstimmung wurde die Adresse unverändert mit 70 gegen 7 Stimmen angenommen und soll heute Mittag 4 Uhr durch eine Deputation von 13 Mitgliedern, den Kammerpräsidenten an der Spitze, dem Könige vorgetragen werden. Die Stadt ist inzwischen sehr ruhig und die Menschenmasse vor dem Ständehaus bringt nicht die geringste Störung. Die Bürgerwehr soll zu einer Demonstration, um den Ministern durch Hochrufen ihre Uebereinstimmung darzulegen, ausrücken, ihr Befehlshaber, v. Alberti, hat abgedankt. Trotz des strömenden Regens rücken sämmtliche Corps, die Artillerie mit ihren Kanonen, zahlreich aus, womit ausgedruckt sein soll, daß sie die Reichsverfassung nöthigenfalls zu schützen wissen. Ob eine solche bewaffnete Demonstration von den Grundrechten erlaubt ist, sei dahingestellt. Die Deputation kommt so eben aus dem Schlosse zurück, und es verlautet, daß der König nicht nachgegeben hat. Eine Abendsitzung der Kammer findet nicht statt. Daß der König verreisen wolle, daß der Kronprinz eiligst von Petersburg zurückberufen sei, sind Gerüchte. Etwas Weiteres wird heute Abend nicht verfallen, die Bürgerwehr und die Menge der Zuschauer verlauft sich.

Die 7 Abgeordneten, welche gegen die Adresse an den König gestimmt haben, sind die Freiherrn v. Berlichingen, v. Linden, v. Varnbüler und Prielmaier, Eggmann, Kuhn und Oesterdinger.

Wie wir vernehmen, sind sämmtliche württembergische Abgeordnete zur Reichsversammlung von Frankfurt nach ihrer Heimath abgereist.

Wir fahren fort, schreibt der „Schwäbische Merkur" aus Stuttgart, vom 21. April, die Tagesereignisse des gestrigen Nachmittags, des heutigen Vormittags zu schildern. In der Angelegenheit der Ministerkrisis verlautet nichts, man weiß zur Stunde nichts Bestimmtes, wohl aber ist die Aufregung von Stadt und Land seit gestern früh zusehends gestiegen, und die Erklärungen in dem bekannten Sinn, für die Reichsverfassung, werden immer allgemeiner unter allen Ständen. Gestern Nachmittag von 1 Uhr an bis tief in die Nacht war eine ungeheure Menschenmenge auf den Straßen der Stadt im lebhaftesten Verkehr, sich um den Stand der Angelegenheit, welche die Herzen Aller erfaßt, erkundigend. Wir haben nirgends Störung der Ruhe wahrgenommen. Ganz besonders drängte sich Alles zu den beiden Sitzungen der Abgeordneten. Um 2 Uhr war eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung des vaterländischen Vereins auf dem Museum; die angenommene und durch eine Deputation überbrachte, von Herrn Karl Osterlag verfaßte Erklärung ist oben erwähnt. Eben dort und auf dem Bürgerhaus fand eine andere Adresse an den König zahlreiche Unterschriften, welche die bekannte Bitte stellt, und den durch eine ablehnende Erklärung herbeigeführten Rücktritt der jetzigen Minister als das größte Unglück für das Land betrachtet. Auch diese Adresse wurde durch eine Deputation in das geheime Cabinet überbracht. — Um 6 Uhr fand eine Versammlung der Offiziere der hiesigen Bürgerwehr statt. Der Antrag, zur Feier der deutschen Reichsverfassung eine Musterung der Bürgerwehr auf heute Abend 5 Uhr zu veranstalten und der Bürgerwehr eine Erklärung zur Annahme vorzulegen, wurde einstimmig angenommen. Herr Generalmajor v. Alberti erklärte, daß das Oberbefehlshaberamt die Zustimmung nicht versage, daß aber er selbst verhindert sei, die Musterung vorzunehmen. Er legte sofort sein Amt als Oberbefehlshaber nieder. Die Erklärung, welche zur Annahme vorgelegt werden wird, lautet: „Die Stuttgarter Bürgerwehr, in Erwägung ihres Berufs, zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung mitzuwirken; in fernerer Erwägung, daß die Reichsverfassung, welche sich das deutsche Volk durch seine freigewählten Vertreter gegeben, durch ihre Verkündigung Gesetzeskraft erlangt hat; erklärt: daß sie, so viel an ihr ist, entschlossen sei, der Reichsverfassung Gehorsam zu leisten und zu verschaffen." — Nach dem Schlusse der Sitzung der Kammer der Abgeordneten, um 9½ Uhr, herrschte noch große Aufregung in den Straßen. Der Volksverein hatte sich bei E. Werner so zahlreich versammelt, daß die Hälfte der Versammlung nur im Freien (Garten) Platz fand. Der Beschluß der Kammer wurde mit ungeheurem Enthusiasmus aufgenommen. — Die Deputation der Kammer, beauftragt mit Uebergabe der Adresse, war bis jetzt noch nicht bei Sr. Maj. dem König. Wir wissen nicht, wann dieselbe empfangen werden wird. Sie wird bestehen aus dem Präsidenten Marschel und folgenden Mitgliedern: Graf v. Degenfeld, Prälat v. Mehring, Prälat v. Gerock, v. Zwerger, Dörtenbach, Wiest von Ulm, Reyscher, Veiel, Wizemann, Bunz, Frhr. Hofer v. Lobenstein, Paulen. — Um 11 Uhr fand auf dem Rathhause eine Weingärtnerversammlung statt. Die beschlossene Erklärung fand sehr zahlreiche Unterschriften.

Vom Lande waren gestern, den 20., aus vielen Orten Deputationen wie Einzelne hier in Stuttgart, um Erklärungen ꝛc. im Sinne der Rechtsbeständigkeit der Reichsverfassung zu übergeben; so eine Deputation von Kirchheim u. T., welche die von den bürgerlichen Collegien daselbst beschlossene Erklärung dem Ministerium überbrachte, daß in Kirchheim die gesammte Bürgerschaft unwandelbar an den Beschlüssen der Nationalversammlung halte, die Unterwerfung der Fürsten erwarte und in der gegenwärtigen großen deutschen Frage unbedingt zum Ministerium stehe. — Weitere Deputationen waren hier aus Gmünd, Weilheim, Göppingen ꝛc.; der Befehlshaber der Bürgerwehr von Sulz überbrachte eine Erklärung dieser und der Bürgerwehr von Oberndorf für die Reichsverfassung. — Die bürgerlichen Collegien in Heilbronn bitten in einer Adresse die Staatsregierung um Anerkennung der ganzen Reichsverfassung als giltigen Gesetzes. Weitere Schritte werden in Heilbronn vorbereitet. — Diesen Vormittag war eine Deputation der bürgerlichen Collegien und der Bürgerschaft von Nürtingen hier und übergab Adressen in dem bekannten Sinn, welche, bereits mit zahlreichen Unterschriften bedeckt, noch ungleich mehr, und zwar vom ganzen Amte, erhalten hätten, wenn nicht die Deputation eilig ihre Sendung hätte antreten wollen. — Eine Deputation der städtischen Collegien in Eßlingen wird heute Nachmittag erwartet. — Eine Adresse des vaterländischen Vereins in Herrenberg erklärte sich auf's Entschiedenste für die Reichsverfassung und spricht aus, daß vom Rücktritt des Ministeriums die ernstlichsten Gefahren zu besorgen wären.

△ **Frankfurt**, 23. April. Nach eben einlaufender sicherer Nachricht hat Se. Maj. der König von Württemberg der ständischen Abordnung, welche ihn um unbedingte Anerkennung der deutschen Verfassung anging, erklärt: „er gebe ihr sein Ehrenwort, daß er die deutsche Verfassung ganz so anneime, wie sie seiner Zeit im Reichsgesetzblatt werde verkündet werden. Was die Uebertragung der Kaiserwürde auf Se. Maj. den König von Preußen betreffe, so könne er darüber um so weniger eine bestimmte Erklärung abgeben, als der König von Preußen selbst sich über die Annahme dieser Würde noch nicht entscheidend ausgesprochen. So viel aber könne er versichern, daß wenn die übrigen deutschen Fürsten mit dieser Uebertragung einverstanden seien, er sich von der Anerkennung nicht ausschließen werde."

Vom österreichischen Kriegsschauplatz

Pest, 15. April. Ein Brief aus der Nachbarschaft von Komorn meldet, daß gewaltige Truppenbewegungen stattfinden, Couriere hin und her fliegen und der Anmarsch des Generals Görgey am linken Donauufer täglich erwartet werde. Die von mir seit zwei Wochen prophezeite Schlacht zum Entsatz Komorns wie zur Entscheidung noch wichtigerer strategischer Fragen wird also vielleicht im Laufe dieser Tage vor Komorn erfolgen. Daß dem F.-M.-L. v. Wohlgemuth, dessen Name aus den italienischen Bulletins ruhmvoll bekannt ist, das Commando über das bei jener Festung vereinigte Armeecorps übertragen wurde, werden Sie bereits wissen. An diese bedeutende Streitkraft dürfte sich auch die Division Ramberg anschließen, die bei Parkany, gegenüber von Gran, ein hitziges Gefecht ehrenhaft bestanden haben soll. Uebereinstimmend mit obigem Briefe sind in der heutigen Nacht — nicht bereits gestern, wie hiesige Blätter wissen wollen — die hier lagernden Ungarn rechts abmarschirt; nur noch ihre Nachhut soll zwischen Dunakesz und Waitzen stehen. Ihre Wachtfeuer wurden von gepreßten Bauern bis zur Morgendämmerung unterhalten. Unsere Hauptarmee scheint sich gleichfalls in Bewegung zu setzen.

Einer Verordnung des Feldmarschalls zufolge muß die Stadt 8000 Säcke Wolle, 10,000 Sandsäcke und 2000 Klaftern Holz unverzüglich und ohne Widerrede und Entschuldigung für die Armee liefern. Das Gesagte deutet entweder auf Verschanzung und Befestigung des ausgebreiteten Lagers um Pest oder auf Bedürfnisse der Festung Ofen hin. Jedenfalls bleibt uns der Trost, daß der Feldmarschall die Schweinestädte um jeden Preis halten will. Es scheint, die Insurgenten möchten die Armee von Pest weglocken, denn sie sind von mehreren Punkten verschwunden und ein großer Theil derselben eilt, sichern Berichten zufolge, gegen Komorn. (Wd.)

Wien, 17. April. Das gestern erwähnte Gefecht in der Nähe von Gran auf dem linken Donauufer lieferte Fürst Franz Liechtenstein, der bis zur Ankunft des Generals Wohlgemuth die drei Brigaden bei Neuhäusel commandirt, und dem gegen Komorn vorrückenden Insurgentencorps unter Görgey den Uebergang über den Fluß Gran wehrend, bei Kalna dasselbe angriff. Nach einigen scharfen Reitergeplänkeln, welche zum Vortheil der Husaren ausfielen, bildete Fürst Liechtenstein von zwei schweren Cavallerieregimentern eine Masse, und attakirte in Fronte die Husarenlinie, die mit starkem Verlust geworfen wurde. Hinter ihnen warf die kaiserliche Cavallerie alles nieder was sich entgegensetzen wollte. In wilder Hast floh die Infanterie, bis sich die Husaren unter dem Schutze ihrer Kanonen sammeln und den Rückzug decken konnten, welchen die Insurgenten nach Ipolyschagy, den Fluß Gran aufwärts, also nicht mehr gegen Waitzen zu bewerkstelligten. Von diesem Orte drohten sie noch immer Neuhäusel und die Straße nach Komorn. Werden sie in die Enge getrieben, so dürften sie über Leva, Schemnitz nach Oberungarn sich flüchten. Vermuthlich wissen sie noch nicht, daß in Eperies und Kaschau schon die Vorhut des galizischen kaiserlichen Corps eingerückt ist, welches ihnen auch den andern Rückzug über Miskolcz abschneiden könnte, vorausgesetzt, daß es in der Schnelligkeit seiner Bewegungen die Insurgenten nachahmt. General Götz wurde von Görgey mit allen militärischen Ehren in Waitzen begraben; er starb im Kampfe, nicht durch eine Fensterkugel getödtet. Das Gerücht seines Todes bei einer Recognoscirung durch eine Polenabtheilung ist falsch. Ueber die Besetzung der Stadt Waitzen durch die kaiserlichen Truppen kam zwar noch kein amtlicher Bericht, sie ist jedoch durch Briefe einiger Offiziere außer Zweifel gesetzt. Warum die Insurgenten diese Stadt verließen, weiß man nicht, vermuthlich wollten sie mit ihrem ganzen dortigen Corps die weitere Straße nach Komorn forciren, und hier nicht über die Donau setzen. Vor Pest sind bis 15. April keine besondere Veränderung in den beiderseitigen Stellungen statt. Die kaiserliche Armee hat dort eine Stellung inne, welche schwer zu nehmen wäre, Dembinski läßt zwar seine Truppen bald rückbald vorwärts manövriren, greift hie und da an, um seine Gegner aus jener Stellung zu locken; doch gelingt es ihm nicht, und die Kaiserlichen ersparen den Angriff ihrerseits die die Verstärkungen die energische Verfolgung eines Sieges möglich machen. Das Insurgentencorps, welches bei Feldvar über die Donau setzte, und von Vetter commandirt wird, marschirt längs des Stromes gegen Essegg, die jüngst von den Kaiserlichen eingenommene Festung; ein dunkles Gerücht will dieselbe von den Insurgenten schon erobert wissen. Dem rückte mit einem Theile seiner Truppen, wie ich Ihnen schon vor zehn Tagen schrieb, seit 23. März von Hermannstadt über Haßegh und Lugosch gegen Temeswar, welche Festung er nun zur Uebergabe hat auffordern lassen. Die Festung Arad ist seit einem Monat von den Insurgenten belagert und gleichfalls aufgefordert. Nach Briefen aus Orschowa kam am 10. d. M. Baron Puchner mit einem Corps von 12 bis 14,000 Mann dort an; er wird vermuthlich über Mehadia, Karanschebesch, Hatschegh nach Hermannstadt eilen, wohin die Russen — man sagt 40,000 Mann — durch den Rothenthurm-Paß vorzudringen trachten. Man besorgt, daß Bem von Temeswar nun sich schnell zurückziehen und bei Karanschebesch, wo die Straße für Baron Puchner sich links nach Temeswar, rechts nach Hermannstadt wendet, diesen angreifen wird, bevor derselbe seine Verstärkungen an sich ziehen kann. Gegen die Russen stehen vom Bemschen Corps die Szekler und die Polenabtheilung; ohne einen starken Conflict werden die Russen durch den Engpaß kaum durchdringen. Ob die Russen auch schon von Czernowitz her gegen Klausenburg marschiren, weiß man noch nicht bestimmt.

Neuere Nachrichten versichern, daß die Rückkehr Puchners mit seinen Truppen nicht über Orsowa ins Banat, sondern nach Siebenbürgen durch die Moldau und die Bukowina bewerkstelligt werden soll, und zwar entweder über Kornuluntschii, oder über Michaileni und Sinoug. Reisende versichern, bereits den greisen Puchner und seine unglücklichen Kampfgenossen, die Generale Gedeon, Hermann, Schurter, Kaliani, Jowich ꝛc., bei Folschani gesehen zu haben. Die Zahl der Truppen, die sie mitführen, wird sehr widersprechend angegeben. Nach einigen soll sie nicht 12,000 Mann (die „Wiener Zeitung" selbst hatte anfangs von 12,000 Mann gesprochen, welche mit Puchner nach Rimnik gekommen seien; einige Tage darauf berichtigte sie: 1200 Mann) wie es anfangs hieß, sondern nur 7—8000, nach anderen gar nur 3—4000 Mann betragen. Urban ist noch immer bei Dorna, während Malakowski mit 4000 Mann durch die Moldau in Siebenbürgen einzufallen bereit sein soll. Die dicht an der Grenze der Walachei gegen Siebenbürgen aufgestellten Russen scheinen weitern Befehlen entgegen zu sehen. Ob wir eine zweite Auflage der russischen Intervention zu erwarten haben, ist noch sehr ungewiß. Als gewiß kann ich Ihnen bloß die Thatsache berichten, daß die Pforte den Einmarsch der Russen in Siebenbürgen für eine Verletzung des walachischen Gebiets erklärt und dagegen Verwahrung eingelegt hat, und daß die Bemühungen des Grafen Stürmer zur Zurücknahme dieser Verwahrung erfolglos geblieben sind. Fuad Effendi war es, der zuerst gegen diese Intervention protestirt hat. Gleichwohl hören wir jetzt, daß sowohl er als Omer Pascha den St. Annenorden erster Klasse erhalten. Aus Konstantinopel lauten die Nachrichten friedlicher als bisher. Eine Verständigung zwischen Rußland und der Pforte in Bezug auf die Donaufürstenthümer wird in sehr

nahe Aussicht gestellt. Möge sie recht bald erfolgen und dem jetzigen Zustand unerträglicher Willkür und Gewaltherrschaft ein Ende machen. (A. Z.)

Ein gut unterrichteter Correspondent der „Allgemeinen Zeitung“ schreibt aus Wien vom 18. April. Ueber die Bewegungen der Insurgenten am Flusse Gran sind heute keine Nachrichten eingetroffen; so viel scheint gewiß, daß sie den Fluß von der Waitzner Seite her nicht überschritten haben. In Folge ihres gestern erwähnten Rückzuges wollen sie vermuthlich Verstärkungen bei Ipolysbag abwarten, um mit erneuerter Anstrengung gegen Komorn zu agiren. Die Entsetzung dieser Festung möchten sie um jeden Preis bewerkstelligen, sowie andererseits die Kaiserlichen nichts unversucht lassen, um die Uebergabe zu erzwingen. Tag und Nacht währt seit drei Wochen das Bombardement; es wurde ein Courier aufgefangen, der Görgey auffordern sollte, schleunigst anzurücken, sonst werde die Besatzung sich durchschlagen oder in die Luft sprengen müssen, da die Magyaren den Tod einem längern Aufenthalte in den engen Räumen vorziehen; von einer Uebergabe wollen sie nichts hören. General Wohlgemuth hat das Commando über das Corps bei Neuhäusel (nicht Wagujhely, sondern Erschekujvaroscb, deutsch Neuhäusel, an dem Flusse Gran, nicht weit von Komorn) übernommen. Nach der Stadt Gran zogen sich die zwei Brigaden des Csorich-Rambergischen Corps, welche in Waitzen von den Insurgenten überfallen worden waren, zurück, vereinigten sich dort mit zwei frisch angerückten Brigaden, und gingen wieder über die Donau, um nun mit dem Neuhäusler Corps — zusammen 22,000 Mann — unter General Wohlgemuth zu operiren. Waitzen muß daher vom General Csorich mit dem Theile seines Corps, welches sich nach der dortigen Schlappe auf den linken kaiserlichen Flügel gegen Pest zurückzog, wieder besetzt worden sein, obgleich noch immer amtliche Berichte über diese Besetzung fehlen. Jedenfalls kann Görgey, der mit seinen 20,000 Mann zu schwach ist, um dem General Wohlgemuth hier am Flusse Gran die Spitze zu bieten, nur von Gyöngyös her über die Bergstraße Verstärkungen hoffen. Ein coup de main über Neuhäusel wird ihm kaum gelingen, und gedrängt muß er sich schnell zurückziehen nach Komorn, sonst wäre sein Corps verloren. Die allgemeine Aufmerksamkeit richtet sich daher, wegen der wichtigen Festung Komorn, nun auf diese Gegend, in welcher die kaiserliche Armee durch das glückliche Gefecht der Brigade Liechtenstein einen bedeutenden Vortheil errungen hat. — Bei Pest ertönte den 16. April nach Mittag ein heftiger Kanonendonner vom Felde Rakosch her, es entwickelte sich ein Gefecht, bei welchem die Insurgenten bis zum Stadtwäldchen, den Prater der Pester Bevölkerung, vordrangen, doch wieder zurückgeworfen wurden. Indessen hörte man bis Abend das Geschütz- und Flintenfeuer auf dem Felde Rakosch, ohne das Resultat dieses Gefechtes zu kennen, vielleicht wollten die Insurgenten hierdurch wieder eine anderweitige Bewegung maskiren. Pest war in größerer Aufregung als je, doch fanden keine Demonstrationen statt.

* Wiener Briefe vom 19. April bestätigen die Nachricht von einem Sieg der magyarischen Uebermacht über die Kaiserlichen bei Gran und sprechen von Gerüchten, die in Wien über eine angebliche Flucht Kossuths und über die Andahnung einer friedlichen Pacification von Ungarn verbreitet waren. Diese Gerüchte lauten so verwirrt und unbestimmt, daß wir genauere Nachrichten abwarten müssen. Nur so viel sei hier noch bemerkt, daß man in Pest selbst sich erst von Wien aus über den Stand der Dinge in Ungarn muß belehren lassen, weil über die Bewegungen und Kämpfe der beiden feindlichen Heere keine verläßliche Kunde in die ungarische Hauptstadt gelangt.

Was es übrigens heißen soll, wenn aus Pest unter dem 16. geschrieben wird, die österreichische Armee gedenke sich nunmehr von dort aus in Bewegung zu setzen, General Schlick sei schon am 15. aufgebrochen, sei aber gegen Abend in seine alte Stellung zurückgekehrt, wissen wir nicht. Von der ungarischen Grenze, 16. April, schreibt man dem „Constitutionellen Blatt“: Die Nachrichten, die heute hier vom Kriegsschauplatze eintreffen, klingen so traurig, daß wir sie nicht glauben wollen und nur mit Widerstreben daran gehen, sie Ihnen mitzutheilen. So heißt es hier, Görgey habe, nachdem er Waitzen genommen hatte, nur noch ein einziges, ernsteres Gefecht zu bestehen gehabt, in welchem er Sieger blieb, und sei jetzt auf dem Wege — nach Wieselburg!! Die kaiserlich königlichen Truppen haben sich, als sie Waitzen verließen, nach Gran zurückgezogen, und gingen da über die Donau. Doch da erschien (so erzählen die hier cursirenden Gerüchte weiter) plötzlich Repassy, der unterhalb Pest die Donau überschritten hatte, zugleich mit Dembinsky, und das k. k. Armeecorps des General Jablonovsky in Verbindung mit einem Theil des Komorner Belagerungsobseeres ward geschlagen. Dembinsky stand gestern vor Bingle, eine Stunde vor Ofen. — Ich schreibe Ihnen diese Nachrichten, ohne, wie gesagt, sie selbst glauben zu wollen, gerade wie sie hier allgemein erzählt werden. Der neueste Befehl in Ofen aber, durch welchen alle Säcke requirirt werden, um dieselben mit Wolle und Sand zu füllen, und mit Hilfe derselben die Festungswerke zu verstärken, ist eben nicht geeignet, Beruhigung über den Stand des Kriegesglückes zu verbreiten.

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 23. April. Die heute ausgegebene Nr. 14 des „Reichsgesetzblattes“ enthält folgende Verordnung, betreffend das Verbot der Ausfuhr von Munitionsgegenständen, Pferden und Schiffsbauholz nach Dänemark; vom 22. April 1849: „Der Reichsverweser, auf den Vortrag der Reichsminister des Krieges und des Handels, verordnet wie folgt: § 1. Für die Dauer des gegenwärtigen Krieges mit Dänemark wird der Verkauf, die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Pulver, Munitionsgegenständen aller Art, Pferden und Schiffsbauholz nach Dänemark im ganzen Umfange des deutschen Gebietes verboten. § 2. Diese Verordnung tritt überall unmittelbar mit dem Erscheinen derselben in Kraft. § 3. Die Reichsminister des Krieges und des Handels sind mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt. Frankfurt, den 22. April 1849. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Die interimistischen Reichsminister des Krieges: v. Peucker, des Handels: Duckwitz.

** **Berlin**, 21. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer, die von 9 Uhr früh bis Abends 5 Uhr dauerte, war abermals die deutsche Frage an der Tagesordnung. v. Vincke erstattet Namens der Commission Bericht über den Rodbertus'schen Antrag; 13 Mitglieder der Commission gegen 7 beantragen einen Beschluß der Kammer auf Mißbilligung des von der Regierung durch die Circulardepesche vom 3. April eingeschlagenen Weges und auf Annahme der Oberhauptswürde durch den König auf Grund der Reichsverfassung und unter Voraussetzung der Zustimmung der deutschen Regierungen. Die Dringlichkeit des Antrags wird von der Kammer mit 210 gegen 113 Stimmen anerkannt. Im Verlauf der Discussion gab der Ministerpräsident folgende Erklärung:

Ad 1. Die Regierung Seiner Majestät ist sich bewußt, daß sie den von ihr in der Circularnote vom 23. Januar betretenen von beiden Kammern gebilligten Weg nicht verlassen hat, und daß sie demselben insbesondere auch in der Circulardepesche vom 3. d. M. getreu geblieben ist.

Ad 2. Die Regierung Seiner Majestät hat von jeher den lebhaften Wunsch gehegt, daß es gelingen möge, alle deutschen Staaten zu einem Bundesstaate zu vereinigen. Sie kann es daher nur schmerzlich bedauern, daß eine solche Vereinigung in bekannten Verhältnissen für jetzt ein unübersteigliches Hinderniß gefunden hat, erblickt darin eine Täuschung ihrer eigenen Hoffnungen. Sie würde aber glauben, mit den von beiden Kammern in den Antwortsadressen auf die Thronrede angedeuteten Wünschen in Widerspruch zu treten, wenn sie sich durch die angegebenen Verhältnisse wollte abhalten lassen; ihre Bestrebungen auf die Bildung eines engern deutschen Bundesstaates zu richten.

Ad 3. Daß die von der deutschen Nationalversammlung beschlossene Verfassung für Deutschland zu ihrer Rechtsgültigkeit der Annahme der deutschen Regierungen bedarf, ist schon öfter, und zuletzt in dem Berichte der Commission übereinstimmend nachgewiesen. Die Regierung Sr. Maj. des Königs hat in Folge der Circularnote vom 23. Januar im Verein mit vielen anderen deutschen Regierungen die von ihr als nothwendig erachteten Abänderungen der Verfassung, wie sie aus der ersten Lesung hervorgegangen war, zur Kenntnißnahme der deutschen Nationalversammlung gebracht. Sie gab sich der Hoffnung hin, daß es auf diesem Wege gelingen werde, der Verfassung eine Gestalt zu verschaffen, in welcher sie zur Annahme geeignet gewesen wäre. Leider! leider! ist diese Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen. Die von der Regierung Sr. Maj. in Gemeinschaft mit andern deutschen Regierungen gemachten Erinnerungen sind bei der zweiten Lesung der Verfassung größtentheils ganz, ganz unberücksichtigt geblieben. Dieselbe hat überdies bei der zweiten Lesung noch einige Abänderungen erlitten, welche die Regierung Sr. Majestät nur für höchst nachtheilig erachten kann.

Die Nachtheile, welche demnach mit der Annahme der Verfassung verbunden sein würden, sind, der pflichtmäßigen und gewissenhaften Ueberzeugung des Ministeriums zufolge, so überwiegend, daß dasselbe sich außer Stande befindet, Sr. Maj. dem König die unbedingte Annahme der in Frankfurt beschlossenen Verfassung zu empfehlen. Das Ministerium glaubt vielmehr, daß diese Annahme von einigen Abänderungen abhängig gemacht werden muß.“

Meine Herren! fährt der Ministerpräsident in freier Rede fort, ich erkenne die Macht der öffentlichen Meinung an; aber man darf nicht rücksichtslos das Schiff den Winden und den Strömungen hingeben. Sonst wird es niemals in einen sichern Hafen gelangen — niemals — niemals — niemals!

Der von v. Biemark gestellte Antrag auf einfache Tagesordnung wurde verworfen. Dasselbe Schicksal hatten alle Amendements und Gegenanträge, ebenso der erste und zweite Satz des Commissions- und des Rodbertus'schen Antrags. Der dritte Satz des Rodbertus'schen Antrags, der die Rechtsgiltigkeit der deutschen Reichsverfassung anerkennt, wird mit 175 gegen 149 Stimmen angenommen.

Der Abg. Graf Dyhrn hat, im Verein mit Leue, Cetto, Böcking, Milde, Jungbluth, v. Bockum-Dolffs, Herrmann, Guradza u. A. folgenden Antrag gestellt, der ohne Zweifel in der Montagssitzung der ersten Kammer zur Sprache kommen wird: „Die Kammer möge beschließen, das Staatsministerium aufzufordern: 1) die Instructionen, welche der besondere Bevollmächtigte in Frankfurt erhalten hat; 2) die Antwort, welche das Ministerium auf die österreichische Depesche vom 8ten d. M. ertheilt hat, so wie 3) alle die deutsche Frage und Kaiserwahl betreffenden Papiere auf die Tafel der Kammer niederzulegen. Die Motivirung fordert, daß endlich „jedes Geheimniß falle, und daß die Minister, wenn sie Muth und Kraft haben, das Vaterland zu retten, mit ihren Handlungen und Absichten vor die Kammern und das Volk treten, und sich deren Unterstützung versichern sollen.“

* Die neuesten Nachrichten aus den Herzogthümern Schleswig-Holstein enthalten durchaus nichts Neues von Erheblichkeit.

Italien.

* **Turin**, 16. April. Romarino und Galanti, die, des Verraths angeklagt, vor ein Kriegsgericht gestellt waren, sind unschuldig befunden und freigelassen worden.

□ **Mailand**, 14. April. Die Generäle Dabormida und Boncompagni sind als bevollmächtigte Abgesandte des Königs von Sardinien hier angekommen, um über den Frieden zu unterhandeln. Sie sind begleitet von dem Major der Artillerie Ponza di S. Martino. — Das Geld, die Habseligkeiten und Depositen, welche, im Betrag von 50 Millionen, beim Beginn des Kriegs nach Verona in Sicherheit gebracht wurden, sind nach Mailand zurückgebracht worden, da in dieser Stadt jetzt die größte Ruhe herrscht. — Die früher ausgesprochene Erwartung, daß Alessandria von den Oesterreichern nicht werde besetzt werden, erweist sich als ungegründet. Die kaiserlichen Truppen werden am 16. oder 17. d. in die Festung einziehen.

Das preußische Gardecorps hat an Radetzky ein Glückwunschschreiben gerichtet, welches bewirkt, daß nicht bei allen Preußen solche Animosität gegen Oesterreich herrscht, wie in manchen Berliner Blättern. „Fünfunddreißig Jahre, heißt es darin, sind seit jener denkwürdigen Zeit verflossen, wo Oesterreichs und Preußens Heere in Waffenbrüderschaft zusammenstanden und treuen Sinnes das Recht und die Ehre Deutschlands verfochten. . . . Als in letzter Zeit das Schwert an Oesterreichs Grenzen gezogen wurde, war das Herz unseres Heeres bei unsern alten Kriegsgefährten....“

Venedig, 9. April. General Pepe, der sein Hauptquartier wieder hierher verlegt hat, macht durch Tagesbefehl bekannt, daß Venedig sich auf die Defensive beschränken werde. Es heißt, die Regierung werde mehrere tausend österreichisch gesinnte Personen von hier fortweisen. Ein sogenannter Sicherheitsausschuß gibt sich damit ab, diese Personen ausfindig zu machen. Die sardinische Flotte soll nun wirklich unser Gewässer verlassen. Die Lebensmittel fangen wieder an zu steigen und das Papiergeld ist selbst mit 30 Proc. Verlust gegen Silber nicht anzubringen.

* **Rom**, 11. April. Galletti ist wieder zum Präsidenten und Bonaparte mit Saliceti zu Vicepräsidenten der Constituante ernannt worden.

Frankreich.

** **Paris**, 20. April. Die heutige Nummer des „Moniteur“ enthält folgende Depesche: „Palermo, 10. April. Die kleine sicilische Armee (unter Mieroslawski) hat sich, nachdem sie Taormina verlassen, in voller Unordnung aufgelöst, einige ihrer Offiziere ermordet und die Kriegskasse geplündert. Catania hat sich ohne Schwertstreich ergeben. In Palermo herrscht große Besorgniß und alles läßt annehmen, daß diese Stadt sich nicht vertheidigen werde. Man fürchtet allein, daß die vom Gebirge herabkommenden Bauern Palermos noch vor Ankunft der Neapolitaner plündern werden.“ Eine andere Depesche meldet der Regierung die Rückkehr des Großherzogs Leopold II. von Gaeta nach Florenz. Die „Assemblee nationale“ sagt bei dieser Gelegenheit: „Die toscanische Constituante ging aus dem allgemeinen Stimmrecht hervor, und doch jagt sie das Volk auseinander und jauchzt seinem Fürsten freudig entgegen.“ Heute feiert man im Elysee National den 42. Geburtstag des Präsidenten der Republik. Er wurde am 20. April 1808 zu Paris geboren.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 22. April. Oesterreich. Effecten blieben in heutiger Effectensocietät wegen ihrer festen Haltung an der Wiener Börse auch hier gesteigert. 5pCt. Metall. wurden zu 76⅞, ¾ umgesetzt, 2½pCt. Metall. 40⅜, ½ pCt. G., Wiener Bankactien 1180 fl. G., 500 fl. Loose 128½, pCt., 250 fl. Loose 79½, pCt. Von den übrigen Anlehenslosen kurzen 40 Rthlr. Loose 27⅞, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose sehr beliebt, und der Umsatz darin von ziemlichem Belang 29⅜ à ⅛ fl., Darmstädter 50 fl. Loose 72 fl. bezahlt. Poln. 500 fl. Loose 74½ Rthlr. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 35½, ½ G., Berbach 73⅛ pCt., Köln-Minden 77½, pCt., Taunus 291 fl., 3pCt. inl. Span. stellten sich, da die bis jetzt darin stattgehabten Ankäufe für ein großes Bankierhaus heute nicht weiter fortgesetzt wurden, durch einige gemachte Verkäufe für starke Gewinnrealisationen ¾ pCt. niedriger im Cours 24½, pCt. G. Abends nach Ausgabe der Madrider Post, welche einen Aufschwung von obn benannten Fonds mit ½ pCt. von Madrid brachte, wurde 3pCt. inländ. Schuld zu 24⅝ pCt. verhandelt.

Wien, 19. April. 5pCt. Metall. 89½. — 4pCt. 71. — 3pCt. —. —. 2½pCt. 47½. — Bankactien 1145. — 500 fl. Loose 147. — 250 fl. Loose 92 /. — Nordbahnactien 97½. — Glogauer 94. — Mailänder 70.

Durch günstige Nachrichten aus Italien und Ungarn, die eingelaufen sein sollen, war die Börse neuerdings sehr willig gestimmt. Italienische Devisen höher.

Berlin, 21. April. Staatsschuldscheine 80½ Br., Seehandlungs-Prämienscheine 100½, etw. bez., Bankantheile 88½, à ½ bez., Berlin-Hamburg 53½, u. 53 bez., Köln-Minden 76½, bez., Berl.-Anh.-Nordb. 34½, à ½ bez. u. B., Rheinische 47 Br., 2haring. 49½, Br., ½ G., 4pCt. Anh. bei Stieglitz, 5. 85½, Br., Pots. 500 fl. Loose 74½, Br., Kurhess. Prämiensch. à 40 Rthlr. 27½, B., ½ G., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 16½, Br.

Die Nachricht, daß der König nicht geneigt sei, die deutsche Kaiserwürde unter unbedingter Anerkennung der Verfassung anzunehmen, veranlaßte eine flaue Stimmung der Börse, in deren Folge mehrere Fonds und Actien im Course zurückgingen; das Geschäft war unbedeutend.

Amsterdam, 20. April. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 49⅞. — 3pCt. Schuld 58⅛. — 4pCt 77⅛. — 5pCt. Anl. 101, ½. — do. à 510 Pf. St. 10⅜, ⅛. — 3pCt. inländ. à 6000 fl. 21⅛, ⅛. — Coupons 8½, ⅛. — 3pCt. Port. 25⅞. — 4pCt. do. 30⅛. — Russ. 4pCt. bei Hope 82⅛. — 5pCt. Metall. 73⅛, ⅛. — 2½pCt. do. 38⅛, ⅛.

Der Markt in unseren inländ. Fonds lieferte heute wieder nichts Belangreiches ab. Die Preise derselben waren im Allgemeinen fest. In Span. herrschte viel Bewegung, namentlich waren inländ. 3pCt. ebenfalls wie zu Madrid und Paris sehr gesucht, und circa 1pCt. höher als gestern. Von den übrigen ausländ. Effecten läßt sich nichts besonders mittheilen.

Madrid, 14. April. 3pCt. 25⅛. n. d. B. 25⅛. ⅛. G. — 5pCt. 11 G.

Paris, 20. April. Stand der Rente: 5pCt. 88. 60. — 3pCt. 56. 70. — Neapol. 82. — Neue 3pCt. Span. 38½. — Innere Schuld 21½, G. — Bankactien 2400. — Versailles, rechtes Ufer 215. — Linkes Ufer 160. — Paris-Orleans 850. — Paris-Rouen 552. 50. — Orleans-Bordeaux 410. — Orleans-Vierzon 360. — Marseille-Avignon 215. — Straßburg-Basel 105. — Nordbahn 455. — Paris-Straßburg 372. 50. — Römisches Anlehen 77, 77½. 78, 78⅛. ⅛. 78.

Die Course, welche zu Anfang der Börse abermals fielen, gingen später wieder in Folge der Gewinnrealisationen in die Höhe.

* Verantwortlicher Redacteur Dr. H. Matten.

Führer durch die Messe.

Leine-, Wolle- und Baumwolle-Waaren.

[717] **Kirchhof & Füchsel**
aus **Schmölln** in Sachsen-Altenburg
haben zur diesjährigen Ostermesse das Lager ihrer Fabrikate, bestehend in glatten und façonnirten Thibets ꝛc. wieder wie in letzter Herbst-Messe in der goldenen Leiter, neue Kräme Lit. K. Nr. 55.

[696] **Joseph Schell**, Corsetten-Fabrikant aus Ludwigsburg,
empfiehlt für diese Messe wieder sein schon längst bekanntes Lager in Damen- und Kinder-Corsetten, sowie auch Morgen-Leibchen, mit und ohne Elastik, und verkauft en gros wie en detail zu äußerst billigen Preisen. Auch habe ich wieder eine große Auswahl aller Arten Gummi-Bälle und gebe diese ebenfalls zu sehr billigen Preisen ab.
Meine Bude befindet sich wie gewöhnlich auf dem Römerberg, hinterer Gang, vis-à-vis dem Römer.

[1022] **Ferdinand Eulenstein**, Saalgasse Nr. 27, empfiehlt sein Leinwand-Lager eigner Fabrik, welches diese Messe wieder aufs Vollständigste assortirt ist.

Großer Ausverkauf während der Messe Neukräme 27.
Tuch und Buckskin zu Posen, Wollenstoffe in Wolle, Seide, Sammet und Plüsch die Werst 24, 30, 36 kr. bis 1 fl. 45 kr., Sommerpostanzüge und Sommer-Buckskin die Hose 1 fl. bis 4 fl 45 kr., 1500 Stück Sommerröcke und Paletots von 2½ bis 8½ fl., Schlafröcke und Hausröcke von 2½ bis 6½ fl.
Im Laden Neukräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels, bei
[1078] **J. Sachs**, aus Berlin.

Friedrich Voetliner
aus Stuttgart
empfiehlt sein reichhaltiges Lager von Damen-Corsetten zu geneigter Abnahme. Die Preise sind fest und möglichst billig gestellt. Sein Laden ist oben am Römerberg Nr. 7. [1152]

☞ Avis für Damen. ☜
☞ Berlins größte Damen-Mäntel-Niederlage ☜ ist durch bedeutende Zusendungen der neuesten und elegantesten fertigen
☞ **Mantillen, Manteletts, Palettino's und Visites** ☜
wiederum aufs reichhaltigste sortirt zu sehr soliden Preisen.
☞ Neue Kräme Nr. 31 bei Herrn Lorie, [1006] vis-à-vis vom Braunfels.

Kurze und Quincaillerie-Waaren.

Ausverkauf von Sonnenschirmen und Regenschirmen.
Nur während der Messe Neukräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels.
Regenschirme in schwerster Seide von 3½ bis 5½ fl. — Sonnenschirme in schwerster Lyoner Seide, höchst geschmackvolle Muster, pr. Stück 1 fl. 45 kr. bis 3½ fl.
Neukräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels, bei
[1077] **J. Sachs**, aus Berlin.

Parfümerie- und Toilette-Waaren.

[196] **Wichtige Anzeige**
für
Taube und Harthörige.
Von dem viel berühmten Gehör-Oel von Doctor John Robinson in London ist bei dem Unterzeichneten die einzige alleinige ächte Niederlage. Dieses Oel heilt binnen kurzer Zeit die Taubheit, falls selbige nicht angeboren; — es bekämpft alle mit der Harthörigkeit verbundenen Uebel, als: der Ohrenschmerzen und das Sausen und Brausen in den Ohren, und erlangen selbst ältere Personen durch Anwendung dieses Oels das feinste Gehör wieder. Uebrigens habe ich nicht nöthig dasselbe weiter anzupreisen. — Die Wirksamkeit hat sich tausendfältig bestätigt, — und folgen nur noch zwei der jüngsten Genesungs-Atteste — alle mitzutheilen ist zu kostspielig. Jeden mir werdenden Auftrag, den ich mir franco erbitte, wird prompt und reell ausgeführt.
Soest, Regierungs-Bezirk Arnsberg, den 15. März 1849.
H. Brakelmann.

Attest.
Das Gehör-Oel von Doctor John Robinson in London, wovon Herr H. Brakelmann in Soest Verkauf und Niederlage hat, habe ich gegen meine Harthörigkeit angewandt; nach kurzem Gebrauch spürte ich gleich Besserung, welche sich in dem Maaße gesteigert hat, daß ich jetzt förmlich wieder hergestellt bin. — Ich attestire dieses der Wahrheit gemäß.
Gründenberg bei Unna. gez. Christ. Kröner.

Attest.
Das Gehör-Oel von Doctor John Robinson in London, wovon Herr H. Brakelmann in Soest Niederlage hat, habe ich gegen meine Harthörigkeit angewandt, und bin in Folge dieses Gebrauchs davon befreit worden. Ich attestire dieses der Wahrheit gemäß.
Oestinghausen bei Soest. gez. Marcus Rosenberg.
☞ Die Expedition der Oberpostamts-Zeitung nimmt Anfragen entgegen.

Uhren.

Die Schwarzwälder-Uhrenfabrik-Niederlage bei **J. Eckhardt**, Roßmarkt F. 107 empfiehlt sich mit großer Auswahl der neuesten Gegenstände, nebst Lager von Pariser und Wiener Pendul- und Rähmen-Uhren, Genfer Musik-Dosen und Musikwerke, Vogel-Orgeln ꝛc. in der besten Qualität zu den billigsten Preisen. [781]

Wechsler- und Effecten-Bureaux.

[954] **Staats-Obligationen,**
Lotterie Loose, Eisenbahnactien, Coupons, Bankvoten, so wie alle Geldeffecten werden zum Tages-Cours gekauft und verkauft bei **J. L. Aub**, Zeil vis-à-vis der Post.

Die Hauptziehung 6. Klasse 26. Braunschweiger Lotterie
beginnt am 3. Mai d. J.
Haupttreffer: fl. 87,500 52,500 35,000 17,500 u. s. f. Ganze Loose zu fl. 56, ½ zu fl. 28, ¼ zu fl. 14, so wie Loose mit Verschleißgewinn auf die Gewinne unter 100 Thaler ganze zu fl. 32, ½ zu fl. 16, ¼ zu fl. 8 empfiehlt
Carl Höchberg, Hauptcollecteur,
[1099] Buchhofstraße in Frankfurt am Main.

Lotterie-Comptoir
von **Michael Oppenheimer**, Zeil 47, Hrn. Böhler gegenüber. [847]

[848] **Coupons und Staatspapiere**
An- und Verkauf bei **Michael Oppenheimer**, Zeil 47, Herrn Böhler gegenüber.

Zehn Gulden Partial-Obligationen
vom Anlehn des Vereins deutscher Fürsten und Edelleute, Wiesbaden, 700 Gewinne von fl. 20,000, 5000, 1500, 400 ꝛc. ꝛc. bis fl. 12 abwärts. Original-Obligationen coursmäßig, Certificate für die vorstehende Ziehung Zehn Stück für Sieben Gulden, im Bank- und Wechsel-Comptoir von **J. J. Goldschmidt**, Frankfurt a. M.
Briefe werden franco erbeten und jede Auskunft mit Bereitwilligkeit gegeben. [987]

Commission und Spedition.

Geschäfts-Eröffnung.
Ich beehre mich, verehrlichem Handelsstande hierdurch anzuzeigen, daß ich unterm heutigen Tage ein
Speditions- und Verladungs-Geschäft
zur Beförderung von Gütern durch die Dampfboote nach allen Stationen des Rheins bis **London**, nach **Holland**, **Belgien**, dem nördlichen **Frankreich** und allen überseeischen Häfen, so wie durch die Eisenbahnen nach **Mainz**, **Biebrich**, **Wiesbaden**, **Hanau**, **Darmstadt**, **Heidelberg**, **Mannheim**, überhaupt nach **Baden**, **Rheinbayern**, **Württemberg**, der **Schweiz** und dem südlichen **Frankreich**, auf hiesigem Platze errichtet habe.
Die Güter werden durch meine Fuhre bei den Herren Versendern abgeholt.
Jede nähere Auskunft ertheile ich bereitwilligst und empfehle mich zu geneigten Aufträgen.
Heinrich Henlé,
[1131] Neue Kräme Nr. 34 neu, dem Braunfels gegenüber.

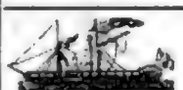
Ich erlaube mir hiermit die ergebenste Anzeige zu machen, daß ich außer meinem Commissions-Büreau auch ein
Dienst- und Stellen-Gesuch-Bureau jeder Branche
auf hiesigem Platze errichtet habe und empfehle mich hierin zu geneigten Aufträgen unter reeller und billiger Bedienung ergebenst. Zugleich halte ich mich wie bisher mit Ver- und Ermiethen von Wohnungen und Locales jeder Art, An- und Verkauf von Häusern ꝛc., An- und Ablage von Capitalien, Besorgung von Commissions-Artikeln und allen in Commissions- und Speditions-Geschäft vorkommenden Fälle, zu geneigten Aufträgen bestens empfohlen.
Amtlich bestät. Dienst- und Stellen-Gesuch- und Commissions-Bureau
[767] von **F. A. Wüst**, Paulsplatz 13 neu.

926] **Sehr wichtig**
für **Gasthalter**, sowie für **Eisenbahn-, Dampfschiff- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaften.**
Der Unterzeichnete erlaubt sich hiermit, obige Etablissements darauf aufmerksam zu machen, daß es für sie von wesentlichem Vortheil sein wird, bei herannahender **Sommer-Saison** sich in den **Hauptblattern von Deutschland, Frankreich, England, Holland, Belgien, Italien** und **Spanien** zu empfehlen.
Der Unterzeichnete ist bevollmächtigt, die Annoncen für benannte Blätter, sowie deren Redaction in den bezüglichen Sprachen unter den billigsten Bedingungen zu übernehmen. — **NB. Briefe franco.**
J. P. Greim, General-Agent in Frankfurt am Main,
Döngesgasse Nr. 35 neu (zum Maulbeerhof).

Versicherungen.

Die Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft in Paris
für See-, Fluß- und Landtransporte versichert zu äußerst billigen Prämien, und der unterzeichnete Agent ist ermächtigt, alle Assecuranzen auf dem Rhein, den in denselben sich ergießenden Flüssen und Kanälen, zur See zwischen Holland, Belgien, England, Frankreich, Spanien, Portugal und dem mittelländischen Meere, der Donau und dem Ludwigs-Kanale, so wie zu Lande per Fuhre oder Eisenbahn zu übernehmen und rechtsgültig abzuschließen. — Nähere Auskunft ertheilt auf das Bereitwilligste
der General-Agent **E. Louis Beyschlag**,
[1157] am Paradeplatz, Ecke der großen Eichenheimerstraße, in Frankfurt a. M.

Transport.



Niederländische Dampfschiffe.
Abfahrt von Frankfurt mit dem ersten Eisenbahnzug vorläufig
jeden Montag, Dienstag, Donnerstag, Samstag (ohne umzuladen)
nach **Koblenz, Köln, Düsseldorf** und **Rotterdam,**
jeden Samstag vermittelst des „Battaviers" nach **London.**

Personenbillette zu sehr ermäßigten Preisen: nach Köln		Vorzüge 2 fl. 30 kr.		Salon 5 fl.	
	Rotterdam	„ 5 „ — „		„ 10 „	
und (mit der Eisenbahnkarte von Frankfurt) bis London		„ 11 „ 30 „		„ 20 „	

Güter- und Geldsendungen werden auf's prompteste befördert.
Der Agent **E. L. Beyschlag**,
[1154] im Wolfs-Eck am Paradeplatz in Frankfurt

[1155]
Güter-Transport
nach allen Gegenden **Deutschlands** und des **Auslands**
insbesondere
nach allen Stationen des Rheins,
wobei nach Trier, Luxemburg, nach Belgien-Paris und Havre, nach Holland, England und den überseeischen Häfen, sowie auch nach Bremen, Hamburg und dem Norden, billige Uebernahmen gestellt, und die prompteste Beförderung zugesichert werden kann.
Bei Versendungen in größeren Quantitäten können auch zeitweise Fracht-Ermäßigungen stattfinden, und besonders für London noch besondere Vortheile eingeräumt werden.
E. Louis Beyschlag.
im Wolfs-Eck am Paradeplatz in Frankfurt a. M.

1156] **Nach Nord-Amerika**
habe ich für Reisende und Auswanderer fortwährend billige und solide Fahrgelegenheit; auch empfehle ich mich zur Beförderung der Güter.
NB. Die Verträge sind zu denselben Preisen, wie in Mainz, schon von Frankfurt gültig.
Der Agent **E. Louis Beyschlag**,
am Paradeplatz in Frankfurt a. M.

Verschiedene Anzeigen.

Große Vorstellung des Monster-Elephanten nebst einem ihm beigesellten spanischen Pferde von Morgens 10 bis Abends 8 Uhr. Der Schauplatz befindet sich Schäfergasse vis-à-vis dem „Sächsischen Hofe". Derselbe ist bis zum 25. d. M. zum Letztenmal zu sehen. [1145]

[1150] Bei einer chemisch-technischen Fabrikation wünscht man eine Verbesserung einzuführen. Als Honorar für die Angabe einer entsprechenden Verbesserungsweise würde man dem Erfinder sogleich zehn Friedrichsd'or bezahlen, und überdies lebenslänglich zehn Friedrichsd'or. Chemiker, die auf die Sache eingehen wollen, belieben sich in frankirten Briefen an die Expedition der Oberpostamts-Zeitung zu wenden, um nähere Auskunft zu erhalten.

☞ Ein junger wissenschaftlich gebildeter Mann sucht eine Stelle als Correspondent auf einem Geschäftsbüreau oder in einem Handlungshause. Gefällige Offerten unter der Zuschr „S. 18818" besorgt die Redaction d. Bl. [1164]

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Beilage zu Nro. 96.) 23. April 1849.

♀ Ueber einen Sicherheitsausschuß.

Seitdem sich die Linke in der Nationalversammlung mit der kaiserlichen Partei vereinigt hat, und beide nur noch eine große Reichspartei bilden, läßt sich der Gang der Ereignisse schon eher ermessen. Fata sua trahunt; von Mäßigung und Vermittlung im früheren Sinne kann keine Rede mehr sein. Der Reichspartei ist ein bestimmtes Thema gegeben, das der Durchführung der Reichsverfassung, und alle ihre Schritte müssen dazer auf dieses Ziel gerichtet sein. Je schwieriger aber die Verhältnisse sind, in der diese Partei sich befindet, um so mehr ist es Pflicht, zur Klugheit und Vorsicht aufzufordern. Zuvörderst ist zu bemerken, daß die Centralgewalt derselben Bewegung folgen, oder daß es zuerst mit ihr zum Kampfe kommen muß. Das Gesetz vom 28. Juni v. J. besagt: „1) Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland, soll eine provisorische Centralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden," und: „15) Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit der provisorischen Centralgewalt auf." Hiernach ist es keinem Zweifel unterworfen, daß bis zur Vollendung und Ausführung der Reichsverfassung die Wirksamkeit der Centralgewalt in keiner Weise beeinträchtigt werden darf. Diese Wirksamkeit umfaßt aber die vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen; die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht, die völkerrechtliche und handelspolitische Vertretung Deutschlands. Es bedarf keiner Ausführung, daß die Bestellung eines Sicherheitsausschusses von Seiten der Nationalversammlung hiermit unverträglich wäre. Zwar sagt § 3 des Gesetzes vom 28. Juni v. J.: „Die Errichtung des Verfassungswerkes bleibt von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgeschlossen;" allein damals war man der Ansicht, daß in der Ausführung der von der Nationalversammlung zu errichtenden neuen Verfassung die Hauptaufgabe der Centralgewalt bestehen werde, und gerade zu diesem Zwecke wurde sie mit so ausgedehnten Befugnissen bekleidet. Sollten der Centralgewalt nun diese Befugnisse wieder entzogen werden, so wäre dies der Aufhebung des Gesetzes vom 28. Juni v. J. gleich zu achten, und die Centralgewalt hätte zu bestehen aufgehört. In dem Wesen eines Sicherheitsausschusses liegt die Dictatur, und neben einer solchen ist keine provisorische Centralgewalt gedenkbar. Es ist daher nur die Alternative gegeben, daß die Centralgewalt diese Dictatur selbst übernimmt, oder daß dieselbe, wenn die Dictatur einem Sicherheitsausschusse übertragen werden soll, ihre Functionen einstellt. Die Centralgewalt hat aber ihre Befugnisse durch die Regierungen auszuüben, und es ist nur zu bekannt, daß die Unterordnung der letzteren eine sehr bedingte gewesen ist. Es entsteht daher die fernere Frage, ob die Regierungen sich der Dictatur eines an die Stelle der Centralgewalt getretenen Sicherheitsausschusses unterwerfen würden? Es ist erlaubt, hieran zu zweifeln, besonders da die preußische Regierung bereits erklärt hat, daß sie nach dem Rücktritt des Reichsverwesers die provisorische Centralgewalt bis zur Ausführung des zu errichtenden Verfassungswerkes übernehmen wolle. Die Errichtung eines Sicherheitsausschusses würde sonach nicht nur zu einem Conflicte mit der Centralgewalt, insofern diese nicht mit der Reichspartei gemeinsame Sache machen kann und will, sondern auch mit den Regierungen, und insbesondere mit Preußen führen. Da nun ohnedies schon vielfältig die Meinung besteht, die Nationalversammlung habe durch die Wahl eines Reichsoberhauptes ihr Mandat überschritten, so würde es sich um nichts weniger handeln, als um den Fortbestand dieser Versammlung selbst, indem sie mehr und Größeres übernommen haben würde, als sie auszuführen im Stande ist. Wir wissen, daß die linke Seite die Nationalversammlung dahin zu treiben sucht, die Offensive gegen die Regierungen zu ergreifen, die sich dem Verfassungswerke abgeneigt bezeigen, und daß sie es für möglich hält, bei diesem zweiten Wurfe zu erreichen, was ihr bei dem ersten, im Sommer des vorigen Jahres, nicht gelungen ist; allein wir geben zu bedenken, ob es patriotisch ist, den Versuch zu wagen, die Revolution noch einmal zu beginnen, wenn man die Gewißheit hat, daß die Regierungen, bei einem defensiven Verhalten der Nationalversammlung, das Vernünftige und Nothwendige dennoch nicht versagen können. Die bloße Passivität der Nationalversammlung und der Centralgewalt werden hinreichen, die Regierungen zu nöthigen, ohne längeren Verzug entweder die neue Reichsverfassung anzunehmen, oder sich doch über das, was sie an deren Stelle setzen wollen, positiv auszusprechen. In dem einen wie in dem anderen Falle wird die Sache factisch entschieden werden. Bezeigen sich die deutschen Völker damit einverstanden, so bedarf es keines Sicherheitsausschusses der Nationalversammlung, deren Mandat alsdann erloschen ist; findet das Gegentheil statt, so ist es immer noch Zeit zu extremen Schritten überzugehen, vor denen uns übrigens der Himmel bewahren wolle.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Wie man aus Hamburg schreibt, hofft man dort zum 19. die Nachricht von dem Einrücken in Jütland zu erhalten. Derselbe müßte dann also bereits erfolgt sein, wenn nicht ein neues Moratorium eintritt. Die deutschen Vorposten standen am 16. schon eine Stunde jenseits Christiansfelde, sehnsüchtig des Befehls zum Vordringen harrend. Alle Briefe aus den Herzogthümern athmen ein tiefes Mißtrauen gegen die Diplomatie; möge dasselbe bald durch recht schlagende Thatsachen beseitigt werden.

Bei **Düppel** ist bis zum 18. Vormittags nichts Erhebliches vorgefallen; die Schanzen werden fortwährend befestigt, um die Unsrigen wirksam gegen die Bomben zu schützen, welche die Dänen täglich hinüberwerfen, ohne indeß großen Schaden anzurichten. Es scheint auf einen Artillerieangriff gegen den Brückenkopf und die Sonderburger Batterien abgesehen zu sein. Ist erst der Brückenkopf genommen und nach Umdrehung seiner Verschanzungen mit schweren Kanonen gegen Sonderburg gerichtet, so sollen die Mittel zum Uebergange nach Alsen vorhanden sein. Jetzt heißt es sogar schon, daß Pontons und Pioniere auch nach der Königsau beordert seien; dies würde auf ein anderes, ungleich wichtigeres Unternehmen deuten.

Rendsburg, 17. April. (H.W.N.) Von den dänischen Gefangenen und heute Morgen um 4 Uhr 600 Mann mit einem Extrazuge nach Glückstadt transportirt worden. Die mitgefangenen Cadetten sind ihren Eltern und Angehörigen wiedergegeben worden. Man hat sie durch einen Parlamentär an die dänischen Vorposten abliefern lassen unter dem Bedeuten: Da wir keinen Krieg gegen Kinder führten, so sehe man keinen Grund ein, warum man sie länger in Gefangenschaft halten sollte. — Paludans Bericht datirt Rendsburg, den 8. April, ist auf eine eigenthümliche Weise an das dänische Hauptquartier gelangt. Paludan richtete an die Statthalterschaft das Verlangen, man möge seinen Rapport über die Eckernförder Bataille an das dänische Kriegsministerium gelangen lassen. Die Statthalterschaft sendet darauf die Depesche an den General Prittwitz zur weiteren Besorgung. Dieser sitzt gerade mit seinen Officieren bei der Mittagstafel, und als er mit dem ihm gewordenen Auftrage bekannt geworden, wirft er schreiend die Frage auf, ob etwa einer der Herren Lust habe, als Parlamentär den Dänen den Uriasbrief zu überbringen. Der mit an der Tafel sitzende v. d. Tann, der mit seiner ritterlichen Tapferkeit den liebenswürdigsten Humor verbindet, erbietet sich sogleich, dieses Geschäft zu übernehmen. Der General überreicht ihm die Depesche, worauf er sich zu Pferde setzt und nach Kriegsgebrauch einen Trompeter mitnimmt. Durch die erste Vorpostenkette kommt er unbemerkt, und als man auf der zweiten ihn auch nicht zu bemerken scheint, läßt er das Parlamentärsignal blasen. Nun werden die Dänen seiner ansichtig, während er vom Pferde herab die Befestigungswerke der Feinde ruhig überschaut. Sie rufen ihm auf dänisch zu, er solle mit dem Pferde sich umkehren, er aber stellt sich, als verstehe er diese Rede nicht. Darauf kommen sie heran, drehen den Gaul um, nöthigen ihn abzusitzen und führen ihn mit verbundenen Augen zum commandirenden General. Dieser empfängt in Gegenwart seines Generalstabes die höchst fatale Botschaft und richtet darauf an den Ueberbringer die Frage, ob er sonst noch etwas an und vorzubringen habe, welches derselbe verneint und im höflichsten Tone die Gegenfrage macht: ob auch sonst etwas zu Befehl stehe. Der General antwortet gleichfalls verneinend, nimmt aber Veranlassung, den ihm besonders auffallenden Parlamentär zu fragen: Darf ich fragen, mit wem ich die Ehre habe, zu sprechen? „Ich bin der Oberstlieutenant v. d. Tann," antwortet dieser, und als hätte Banko's Geist geredet, stehen die dänischen Kriegshelden verblüfft da, und von der Tann verließ sie zur selbigen Stunde, um ihnen bald darauf auf den Düppeler Höhen einen zweiten Besuch zu machen.

Christiansfeld, 17. April. Die schleswig-holsteinische Armee hat gegenwärtig ihre Vorposten bis jenseits Ostorp vorgeschoben; ihr Gros liegt in und um Christianofeld. Sie hält die Linie von Ostorp bis Gramm besetzt. Ihr gegenüber stehen zwischen Wonsild und Kolding ungefähr 2 Bataillone dänischer Infanterie, während man jenseits Kolding die Armee concentrirt glaubt. Die verschiedenen Gerüchte über Friedensverhandlungen mögen etwas Wahres haben; aus einer sehr zuverlässigen Quelle erfahre ich indessen, daß wir jedenfalls nach Jütland rücken; als Grund des bisherigen Zögerns wird die Schwäche der Armee angegeben. Dies hat etwas für sich, denn erst im gegenwärtigen Augenblick bewegt sich eine preußische Brigade auf dem Wege von Apenrade nach Hadersleben.

Husum, 16. April. (D. u. E. Bl.) Die Strandwache am neuen Teiche beim Porrenkoge ist unter den hiesigen Einwohnern und Bürgern zu Stande gekommen, die denn vom vorigen Sonnabend an jede Nacht mit Sachkundigen und Geschütz Wache hält. Sollten die Dänen dennoch eine Landung hier versuchen wollen, was wohl nicht unwahrscheinlich, so glaubt man ihnen so entgegentreten zu können, daß sie an einen ferneren Landungsversuch nicht denken sollen. Uebrigens machen sich, was jedenfalls sehr weise, die Pellwormer und Nordstrander Schiffer bei Zeiten von ihren Inseln weg und hier her, damit ihnen die Dänen ihre kleinen Fahrzeuge nicht wegkapern können, worin jene, wie man vernimmt, besonders routinirt sein sollen. Von Tag zu Tag treffen hier noch immer Flüchtlinge von den Inseln ein, die sich nicht zum Militärdienst pressen lassen wollen.

Nach **Eckernförde** hat man Taucher verschrieben, welche die auf dem Meeresgrunde liegenden Kanonen des dänischen Linienschiffs heraufholen sollen. Die große Ankerkette ist bereits geborgen worden.

Hannover, 19. April. (Auszug aus den Berichten des Generalmajors Wincken.) Ulderup, den 17. April 1849, Abends 7½ Uhr. Auf den Düppeler Höhen ist heute, mit Ausnahme eines unbedeutenden Scharmützels zwischen den Bückeburger Schützen und den dänischen Vorposten, nichts vorgefallen.

Cuxhaven, 19. April. Die Admiralitäts-Lootsen sind gestern mit der Jolle bis zum kleinen Feuerschiffe gewesen, und berichten, keine Schiffe gesehen zu haben. Capt. Bierow, vom kleinen Feuerschiff, hatte eine Bark, muthmaßlich eine dänische Kriegs-Corvette, gesehen. Von Helgoland gestern Abend hier angekommene Helgolander berichten: es sei dort bekannt, daß einige von den ersten dänischen Marine-Officieren des in der Nordsee stationirten Geschwaders, man meint, auch der Commandeur Steen-Bille, von dort abberufen sind, um auf der Ostsee verwendet zu werden.

Oldenburg, 15. April. Zu Bieren, insofern einem wichtigen Punkte für uns, als von hier aus das Einlaufen feindlicher Schiffe in die Weser verhindert werden kann, ist zu diesem Zwecke die dortige Batterie schon vor längerer Zeit montirt und auch mit einem kleinen Detachement Infanterie besetzt worden. Gestern ist wiederholt ein Detachement Infanterie dahin abgegangen, und auch beim Flaggbalgersiel, zwischen Bieren und Großensiel, wird eine Batterie errichtet und armirt; ebenso ist auch ein kleines Detachement Artillerie nach Travemünde abgegangen, um die dortige Strandbatterie zu bedienen. Gestern ist ein großer Theil der Eutiner Mannschaft angelangt und bereits dem hiesigen Bataillon überwiesen. (W. Z.)

Dem Oberbefehlshaber in den Herzogthümern, General v. Prittwitz, stehen jetzt 54 Bataillone Infanterie, 40 Schwadronen Cavallerie, 140 Feldgeschütze und 600 Pioniere zur Verfügung.

Schleswig, 19. April. Nach einem heute hier angekommenen Privatbriefe von der Armee hat gestern der Einmarsch der Unsrigen in Jütland wirklich stattgefunden. Wahrscheinlich ist dies die Folge der Sendung des Majors du Hall an den General Prittwitz.

Kopenhagen, 18. April. Die „Berling'sche Zeitung" bringt eine Adresse an die Bewohner der Hauptstadt, unterschrieben „Viele Jüten", worin aufgefordert wird, keine Sorge um das Schicksal Jütlands während einer etwaigen Occupation durch deutsche Truppen zu haben. Jütland sei bereit, der großen Sache des Vaterlandes jedes Opfer zu bringen, wenn nur die Regierung sich fest und unerschütterlich zeige. Daß General v. Bülow an Krogh's Stelle den Oberbefehl übernommen, bestätigt sich vollständig. Ueber General Fabvier wird halboffiziell berichtigt, derselbe habe sich nur als Privatmann in Kopenhagen aufgehalten und das Herr in Augenschein genommen. Der König hat den „Stfold" besucht. Das neue Linienschiff, das auf dem Nyholm in Bau und bald fertig ist, soll „Dannebrog" heißen; ein neues Dampfschiff, „Holger Danske," soll im Laufe des Sommers fertig werden. Die auf die Friedensunterhandlungen bezüglichen Papiere sind zur Einsicht der Reichstagsmitglieder deponirt.

Deutschland.

Wien, 19. April. Einer officiellen Bekanntmachung zufolge wäre dem Fort Komorn mittelst der zu hoffenden Eroberung des Brückenkopfs bald entgegen zu sehen, da die feindliche Brücke, welche zur Verbindung des Brückenkopfes mit der Festung diente, zerstört worden war. — Um das Fort Malgdera wird ein Armeecorps von 25,000 Mann mit einem Park von 80 schweren Belagerungs-Geschützen zusammengezogen, und es durfte nach Herbeischaffung des nöthigen Materials mit dem Aufwerfen der Trancheen unverzüglich begonnen werden. — Glaubwürdigem Vernehmen nach sollen für die Lombardei besondere Spät. einstragende Cental-Anweisungen in Umlauf gebracht werden. — Gerüchte über die Pacification (?) Ungarns waren sehr verbreitet.

Baron Josika will, wie es heißt, den ihm zugedachten Posten der Civilverwaltung in Ungarn nicht annehmen, und ist deßhalb nach Olmütz gereist, um vom Kaiser seine Enthebung zu erwirken.

Agram, 15. April. Der Banalrath hat gestern die Aushebung von 20 Gardebataillons aus dem Provinzialgebiete Croatiens und Slavoniens beschlossen, welche unverzüglich ausgerüstet und für den ungarischen Krieg verwendet werden sollen. — Aus der Wojwodowina erhielten wir mit der gestrigen Post die Nachricht, daß nach dem Falle von St. Thomas auch Jarak, wo sich ein Theil der in St. Thomas geschlagenen serbischen Truppen concentrirte, gefallen sei. Dagegen rücken Stratimirowitsch und Knischanin tapfer vorwärts und haben bereits die Magyaren bei Zabalj geschlagen. Nun sich das Truppencommando wieder in den Händen Knischanin's und Stratimirowitsch's befindet, fassen die Serben neuen Muth, und was sich früher durch die Flucht dem Kriege zu entziehen suchte, eilt wieder zu den serbischen Fahnen zurück. (Const. Bl. a. B.)

Prag, 19. April. Gestern Nachmittag langte hier telegraphisch die Nachricht an, daß der Kaiser Franz Joseph nicht eintreffen würde. Dafür langten nach 6 Uhr Abends Erzherzog Franz Karl und Erzherzogin Sophie mit ihren drei jüngeren Söhnen, ferner Erzherzog Ludwig an und stiegen im Hradschin ab. Abends war die Stadt zur Feier

des Geburtsfestes des Kaisers Ferdinand festlich beleuchtet. Die Radicalen wollten in diesen Act der Pietät eine Art stillschweigender Demonstration hineingelegt wissen.

Berlin, 18. April. Seit etwa acht Tagen ist die Mehrzahl unserer Hofleute ungemein deutsch gesinnt. Dieselben Männer, welche noch vor wenigen Wochen in Uebereinstimmung mit der „Neuen Preußischen Zeitung" behaupteten, Preußen müsse nothwendig zu Grunde gehen, wenn der König die deutsche Kaiserwürde annehme, hört man jetzt sehr eifrig den Satz verfechten, die Ehre des Königs erfordere es unbedingt, daß er diese Würde annehme, und der Einspruch Oesterreichs, der noch vor Kurzem so berechtigt war, wird jetzt geradezu als eine Beleidigung bezeichnet, welche der König von Rechtswegen durch eine unverzügliche Kriegserklärung beantworten sollte. Da die Stimmung dieser Leute stets ein getreuer Abdruck der Stimmung höchster Personen ist, so kann diese plötzliche Bekehrung als ein Beweis gelten, daß die persönliche Ansicht des Königs jetzt von seinen nächsten Umgebungen vollständig angenommen ist. Dagegen erheben sich aus der Mitte der gemäßigten Partei viele Stimmen gegen die unbedingte Anerkennung der in Frankfurt beschlossenen Verfassung, und verhehlen kann man sich allerdings nicht, daß diese Anerkennung in der Zukunft jedenfalls zu den seltsamsten Verwicklungen führen wird. Da indessen Jedermann zugeben muß, daß es für jetzt keinen andern Weg gibt, aus dem jedenfalls nachgrade unerträglichen Provisorium herauszukommen, so fangen auch unsere Conservativen an, sich mit dieser „nothwendigen" Anerkennung zu befreunden. Die zur Berathung über den Rodbertus'schen Antrag wegen der deutschen Frage niedergesetzte Commission hat beschlossen, der Kammer vorzuschlagen, daß sie sich mit dem von der Regierung in dieser Frage eingehaltenen Verfahren nicht einverstanden erkläre. Zum Referenten ist Herr v. Binde ernannt. Die Commission will, daß der König unter Voraussetzung der Beistimmung der Fürsten annehme. Seltsamer Weise verwirft aber diese Commission die Dringlichkeit dieses Antrags. Die Verfassungscommission hat soeben den Entschluß gefaßt, den Antrag von Schulze und Genossen auf Publicirung der deutschen Grundrechte in Preußen nicht zu befürworten. (L. Z.)

Bei der fortgesetzten Berathung des Vereins- und Versammlungsgesetzes in der Sitzung der zweiten Kammer am 19. April wird der erste Satz des § 9 nach dem Regierungsentwurf, der zweite Satz des Pilet'schen Amendement und ein Zusatz vom Abgeordneten Schulze (Delitzsch), ferner § 11 nach der Pilet'schen Fassung und § 10 nach dem Eweli'schen Amendement angenommen. Die betreffenden §§ lauten in dieser neuen Fassung: § 9. „Sobald der Abgeordnete der Polizeibehörde die Versammlung für aufgelöst erklärt hat, sind alle Anwesenden verpflichtet, sich sofort zu entfernen. Jene Erklärung kann nöthigenfalls durch die bewaffnete Macht zur Ausführung gebracht werden. Polizeibeamte, welche die ihnen im § 4 beigelegten Befugnisse bei der Auflösung einer Versammlung überschreiten, sind auf Antrag jeden Theilnehmers, insofern sie nach dem Gesetze wegen Mißbrauchs ihres Amtes keine härtere Strafe verwirkt haben, mit Geldbuße bis zu 50 Thlrn. oder Gefängniß bis zu 6 Wochen zu bestrafen." § 10. „Die Vorsteher solcher Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken und welche nicht zu den kirchlichen oder religiösen Vereinen gehören, sind verpflichtet, Statuten über Verfassung und Wirksamkeit des Vereins, sowie alle Abänderungen binnen drei Tagen, nachdem sie zu Stande gekommen, der Ortspolizeibehörde zur Kenntnißnahme einzureichen, derselben auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu ertheilen." § 11. „Niemand darf in einer Versammlung bewaffnet erscheinen, mit Ausnahme der im Dienst befindlichen Polizeibeamten und der von der Obrigkeit requirirten bewaffneten Macht."

† **Berlin**, 20. April. Die Tribunen der ersten Kammer waren heute sehr zahlreich besetzt, und da die zweite keine Sitzung hat, waren deren Logen zum Erdrücken voll. Die Erwartung des Publikums war im höchsten Grade gespannt, als die Interpellation von Graf Dyhrn an den Minister des Auswärtigen, ob er genillligt sei, der Kammer 1) die Instruction, welche der besondere Bevollmächtigte in Frankfurt erhalten hat; 2) die Antwort, welche das Ministerium auf die österreichische Depesche vom 8. d. M. ertheilt hat, mitzutheilen und die betreffenden Papiere auf der Tafel der Kammer niederzulegen. Da die Interpellation gehörig unterstützt war, so zweifelte man wenigstens nicht an einer einigermaßen befriedigenden Antwort. Allein Graf Arnim hielt es nicht für angemessen, irgend eine Antwort zu ertheilen, da in Kurzem die Veröffentlichung der in der beregten Angelegenheit gefaßten Beschlüsse erfolgen würde. Wenn ich sage, daß Alles wie versteinert war nach dieser Antwort, so übertreibe ich nicht. Graf Dyhrn traute seinen Ohren nicht und glaubte vernommen zu haben, der Minister wolle, nur nicht augenblicklich, seine Interpellation beantworten, bis ihm der Präsident Auerswald auch diese Täuschung benahm. Die folgende Nummer war die Interpellation Bergmann's. Als der Graf Brandenburg erklärt hatte, daß er sofort antworten wolle, motivirte der Interpellant seinen Antrag in einem Tone, der zwar von fester Männlichkeit, nicht minder aber von dem Eindrucke der Abfertigung seines Vorgängers gefärbt erschien. Des Ministerpräsidenten Beantwortung ist Ihnen schon bekannt. Endlich kam der zahlreich unterstützte dringende Antrag von Gierke an die Ordnung. Die Dringlichkeit wurde abgelehnt. Die weiteren Verhandlungen der Kammer über Geschäftsordnung, über Borcmann's Antrag betreffend die Gerichtsorganisation und der Bericht der Petitionscommission, konnte in Vergleich zur deutschen Frage kein Interesse haben; es verlitzen auch nach Ablesung des Gierke'schen Antrages Viele, darunter Ihr Berichterstatter, die Tribunen. Was auf dieses in der That an das Ungewöhnliche grenzende Auftreten des Grafen Arnim in der zweiten Kammer, wo der Antrag von Rodbertus auf die Tagesordnung kommt, erfolgen wird, läßt sich ohne Commentar errathen, da viele der Mitantragsteller in der ersten Kammer zugegen und in einer Stimmung waren, für deren Bezeichnung es mir an einem passenden Worte fehlt.

Berlin, 20. April. Die „Deutsche Reform" schreibt: Während man in Frankfurt einer entscheidenden Erklärung des preußischen Bevollmächtigten mit Spannung entgegensieht, lebt man in Berlin in derselben Ungewißheit. Zwar wurde schon vor einigen Tagen versichert, daß der König entschlossen sei, dem Rufe der Nationalversammlung und der Mehrzahl der deutschen Fürsten mit dem einzigen Vorbehalt Folge zu leisten, den Eid auf die Reichsverfassung erst nach erfolgter Revision abzulegen und daß die betreffende Instruction dieses Inhalts an Herrn Camphausen abgehen werde; allein die Antworten auf die Interpellationen in der ersten Kammer beweisen, daß die Regierung noch immer zu keinem Entschluß gekommen ist. Die Antworten des Grafen Arnim und des Ministerpräsidenten waren beide, wie vorauszusehen war, ablehnend, nur mit dem Unterschiede, daß der erstere geradezu jede Erklärung verweigerte, der letztere aber eine Erklärung, so weit es möglich sei, abzugeben sich bereit zeigte, um hinterher ebenfalls keine zu geben. Der Zwiespalt im Schoße des Staatsministeriums, daß Graf Arnim jeder Erklärung sich weigerte und Graf Brandenburg sich zu ihr bereit erwies, war also nur ein scheinbarer und der Erfolg nur der, daß Graf Dyhrn an der Begründung seiner Interpellation verhindert und Herrn Bergmann die Begründung der seinigen gestattet wurde. Der Verhang selbst wurde auch nicht um die Breite einer Linie gelüftet und die Kammer und das Land wissen so viel und so wenig, als zuvor. Derweilen wächst die Spannung der Nation mit jedem Tage des Aufschubs. Die Nationalversammlung aber, auf deren extravagante Schritte nicht Wenige zu rechnen scheinen, handelt mit großer Mäßigung: der Bericht des Dreißigerausschusses soll erst am Montage zur Berathung kommen, damit Preußen in der Zwischenzeit seine Entschließungen fassen könne, und alles übereilte Handeln vermieden werde. Was uns beruhigt mitten in der Unruhe, welche die Verzögerung der Entscheidung hervorruft, ist die Macht der Nothwendigkeit, welche Preußen zur Annahme der höchsten Würde in Deutschland drängt und alle Bedenken, so gerechtfertigt sie auch sein mögen, niederschlagen muß. Hoffentlich hat auch Herr v. Beckerath dazu beigetragen, diese Nothwendigkeit auch denen klar zu machen, die sie noch immer nicht anerkennen wollen.

ξ **Berlin**, 21. April. In der gestern Abend hier stattgehabten Sitzung des Gesammtministeriums, welcher mehrere Unterredungen des Königs mit Herrn v. Beckerath vorangegangen waren, scheint eine Entscheidung in der bedeutungsvollen deutschen Frage erfolgt zu sein. Um 10 Uhr Abends begab sich der König nach Potsdam, wo man eine sehr heitere Stimmung an demselben bemerkte. Wie wir von Personen aus der Umgebung des Königs erfahren, machte er auf Alle den Eindruck, als ob sein Herz von einer schweren drückenden Last befreit sei und er wieder freier aufathme. Die Königin begibt sich unverzüglich nach Dresden, wo sie acht Tage verweilen dürfte. Es mag wohl keinem Zweifel unterliegen, daß diese plötzliche und unvorbereitete Abreise der Königin nach dem sächsischen Hoflager mit der deutschen Frage in enger Verbindung steht. Herr v. Beckerath speiste gestern an der königlichen Tafel und erfreute sich von Seite des Königs überhaupt der freundlichsten Aufnahme. Nach der Rückkehr der Königin von Dresden, von wo man sie mit erfreulicher Kunde zurückerwartet, siedelt der k. Hof von Charlottenburg nach Potsdam über. Mit fieberhafter Spannung sieht man hier der entscheidenden Erklärung unserer Regierung in der großen deutschen Angelegenheit entgegen. „Die kühnste Politik ist für Preußen die beste!" Dieser Wahlspruch Preußens wird sich hoffentlich auch jetzt bewähren. — Das vielfach verbreitete Gerücht, welches auf eine Abdankung unsers Königs hindeutet, kann als ein unbegründetes bezeichnet werden. Es dürfte dasselbe seinen Ursprung in einem Umstand haben, der bereits in die Reihe der Thatsachen übergegangen ist und überhaupt durch die gegenwärtige Lage der Dinge ein veränderter geworden ist. Das Gerücht ist in die Zeit vor der Antwort unsers Königs an die Frankfurter Abordnung zurückzuweisen. Diese Andeutung dürfte hinreichen. — Die Berliner Abordnung, welche Herrn v. Gagern das Ehrenbürgerdiplom überbracht hat, ist hierher zurückgekehrt und weiß nicht genug zu rühmen, welche günstige Stimmung für Preußen sie allenthalben gefunden habe. Gern erkennt man an, daß die Beseitigung früherer Vorurtheile gegen Preußen zum großen Theil der trefflichen Haltung der preußischen Truppen in verschiedenen Landen unserer deutschen Brüder zu danken ist.

Stettin, 18. April. Obwohl eine eigentliche Blokade unserer Küste gar nicht stattfindet, und daher den neutralen Schiffen die freie Fahrt rechtlich zusteht, so sind doch bereits mehrere englische Schiffe, die mit Kohlenladungen für preußische Häfen bestimmt waren, von Helsingör nach Kopenhagen abgesegelt, um daselbst ihre Ladungen zu verkaufen. Es erscheint daher dringend wünschenswerth, daß die gegenwärtige Lage unserer Häfen zur Kenntniß der englischen Handelswelt gebracht werden. Zu diesem Zwecke ist hier bereits eine Adresse an den hiesigen englischen Consul in Umlauf gesetzt, welche unter Beifügung der erforderlichen Beweismittel denselben auffordert, seine Regierung davon in Kenntniß zu setzen, daß der Swinemünder Hafen selbst nach § 1 des dänischen Blokadereglements vom Mai v. J. nicht blokirt sei. (D. Ref.)

Swinemünde, 17. April. Seit mehreren Tagen haben sich dänische Kreuzer gar nicht mehr blicken lassen; die Blokade unseres Hafens beschränkt sich demnach darauf, daß jene Schiffe den Kauffahrern die Fahrt hierher abzuschneiden suchen, um sie zu nöthigen, andere Häfen zu suchen oder nach dem Sunde zu retourniren. — Der Commodore Schröder ist gestern mit dem Dampfer „Danzig" binnenwärts retournirt. Unsere Seeleute werden tüchtig eingeübt, es sind kräftige, muthige Leute.

Greifswald, 17. April. Mit Bezug auf die Notiz, der Staat werde in Stralsund einen Kriegshafen anlegen, kann ich Ihnen mittheilen, daß auch hier eine Marinecommission erwartet wird, um unsern eine halbe Meile von der Stadt entfernten Hafen **Wyck** zu inspiciren und zu untersuchen, ob und wie sich derselbe für Kriegsfahrzeuge einrichten. Wie Sachkundige versichern wäre derselbe schon jetzt brauchbarer, als der von Stralsund, und mit viel geringeren Kosten auszubaggern und auszubauen.

△ **Köln**, 19. April. Aus allen Gegenden Deutschlands sind Vertreter der Pius-Vereine hier zu einem Congresse versammelt, der heute Abend eröffnet werden soll. Es werden verschiedene Notabilitäten der katholischen Partei aus Süddeutschland genannt, die sich an dem ehrenden Theiligen, und zwar verschiedene ihrer ausgezeichnetsten Schriftsteller. Ueber hundert auswärtige Pius-Vereine sollen hier vertreten sein und zwar selbst aus Hessen, Württemberg, Bayern, Schlesien u. s. w. Die wichtigsten politischen und socialen Fragen werden zur Verhandlung kommen, und unser Erzbischof wird die heutige Versammlung mit seiner Gegenwart beehren. Man rechnet hier auf eine Versammlung von mindestens 1200 Personen, denn der hiesige Pius-Verein allein zählt über 900 Personen. Diese Association ist übrigens auf einen großartigen Maßstab berechnet, denn nach allen Seiten wirkt man auf die Errichtung von Filialvereinen hin, so daß bald kein Flecken oder Dorf in dem katholischen Theile unserer Provinz mehr sein wird, wo nicht ein Pius-Verein besteht. Es kann daraus der öffentlichen Meinung gegenüber eine gewaltige Macht erwachsen, denn diese Vereine werden nach einem und durch einen Willen gelenkt und geleitet, und haben in dem Klerus aller Orten natürliche Vertreter. — Vor den hiesigen Assisen wurde gestern der Proceß eines Menschen verhandelt, der angeklagt, im September v. J. hier mit Barrikaden gebaut und in einem Waffenladen Waffen genommen zu haben. Der Angeklagte, der übrigens mit der Criminaljustiz schon in manchem Conflict gewesen war, war dessen, worüber man ihn beschuldigte, geständig, und glaubte sogar Heldenthaten verrichtet zu haben. Die Geschwornen sprachen diesmal das „Schuldig" aus, und das Urtheil lautet auf fünf Jahre Kettenstrafe oder Eisen. Da bisher noch alle ähnlicher Verbrechen Angeklagten frei ausgegangen waren, da die Geschwornen noch immer das Nichtschuldig ausgesprochen, so machte dies Urtheil einen gewaltigen Eindruck, und sicher werden manche Leute, welche man mit allerhand politischen Utopien zu verwirren gewußt hat, jetzt zur Besinnung kommen und doch wohl einsehen, daß man sie nur mißbrauchen will, wenn es auch den Führern unserer Arbeitervereine selbst vielleicht noch nicht klar ist, zu welchen Zwecken. — Wahrhaft indignirt sind unsere Landwehrleute über eine Nachricht aus dem Kreise Bonn, daß ein dortiger, zur Garde-Landwehr gehörender Wehrmann, weil er gestohlen hat, aus der Garde-Landwehr in die Provinzial-Landwehr versetzt worden ist. Wird durch solch ein Verfahren nicht die Ehre des ganzen Instituts der Landwehr angegriffen? — Ende dieser Woche geht eine Gesellschaft, aus 90—100 Köpfen bestehend, von hier nach Amerika. Wie es heißt, ist noch eine größere Menge bereit, ihnen zu folgen, wenn ihre Berichte nur in etwas günstig lauten werden.

‖ **München**, 18. April. Es wird Sie in Frankfurt gewundert und nicht gewundert haben, als Sie das neue Vertagungsdecret der bayerischen Kammer lasen. Bereits die dritte Vertagung in einer Zeit, wo, wenn jemals, es eilig wäre für die Regierung sich um die legale Willenserklärung des Landes umzuschauen; ich will gar nicht sagen um einer tüchtigen offenen Politik, sondern um ihres eigenen Vortheiles willen. Man muß lachen, mit welchem Pathos die halbofficiellen Federn in die Welt hinausschreiben: die Regierung Bayerns gehe Hand in Hand mit dem Volke, wenn sie der neuen deutschen Verfassung entgegentrete. Man spielt hiermit auf den bekannten Beschluß oder vielmehr auf die Protocollerklärung an, welche im Vereine mit der Erklärung, daß die Grundrechte, weil von der souveränen Nationalversammlung beschlossen, schon an und für sich Geltung haben, von der zweiten Kammer auf Anstoß der patriotischen und phantasischen „Philosophen" der Kammer, dem tüchtigen aber zu viel mit dem Herzen politisirenden Müller von Damm abgegeben wurde. Daraus will man nun eine Uebereinstimmung des bayerischen Volkes mit der Sonderpolitik von Rumphenburg folgern, und vergißt ganz und gar, daß grade die Kammer mit aller Entschiedenheit den Augenblick vor jenem Wunsche die unbedingte Geltung der Frankfurter Beschlüsse anerkannt hatte. Würden die Kammern wieder zusammentreten, so wäre ihr erster Schritt der Antrag, die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung als endgiltig anzuerkennen, und wie man schon jetzt berechnen kann, dieser Antrag würde außer den wenigen Stimmen Abels und seiner Anhänger alle Parteien übereinstimmend finden, selbst diejenigen, welche mit dem erblichen Kaiserthume an und für sich nicht einverstanden sind. Diesem Ausspruche seiner Vertreter würde auch die entschiedene Mehrzahl des Volkes Kraft geben, und die Wucht einer solchen allgemeinen und gesetzlich ausgesprochenen Meinung würde schwer, ja niederschlagend auf die particularistische Politik drücken. Das eben will man aber vermeiden, und darum vertagt man die Kammern einmal über das andere, indem nach der unklaren Fassung der Verfassungsurkunde der König dieselben jederzeit, also auf immer vertagen könnte, wenn das Budget nicht wäre. Weil jedoch die Steuern nur mehr bis zu Ende Septembers bewilligt sind, werden wir wenigstens noch im Laufe dieses Sommers aus der Vertagung herauskommen. Welche wichtige Interessen aber durch dieses Zögern verletzt werden, zeigt ein Blick auf den Zustand des Landes. Ich will gar nicht davon reden, welche Folgen schon die Ungewißheit der deutschen Nationalangelegenheit mit sich führt; man betrachte nur die Halbheit aller speciellen Landesverhältnisse, zum Theil neues, zum Theil noch das alte Gerichtsverfahren, alte Gesetze aufgehoben, und neue dafür nicht eingeführt, Vieles bis zum Zusammentritt der Kammern versprochen, aber die Kammern treten nicht zusammen. Daß die Fäulniß in allen Staatsschichten täglich mehr einreißt, begreift sich leicht. Und all' dies um kleinlicher Eifersüchteleien halber. Eine Bestätigung meiner Ansicht, daß die Vertagung nur aus negativen Gründen geschehe, da-

Gesetz über die Ernennung von Beamten vom 30. Januar 1933

Gesetz über die Ernennung von Beamten

Vom 30. Januar 1933

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein anderes Amt derselben oder einer anderen Laufbahn mit gleichem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben. Sie können auch in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 2

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 3

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 4

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 5

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 6

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 7

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 8

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 9

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 10

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 11

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 12

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 13

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 14

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 15

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 16

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 17

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 18

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 19

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 20

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 21

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 22

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 23

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 24

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 25

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 26

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 27

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 28

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 29

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 30

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 31

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 32

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 33

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 34

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 35

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 36

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 37

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 38

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 39

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 40

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 41

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 42

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 43

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 44

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 45

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 46

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 47

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 48

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 49

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 50

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 51

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 52

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 53

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 54

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 55

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 56

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 57

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 58

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 59

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 60

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 61

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 62

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 63

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 64

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 65

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 66

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 67

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 68

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 69

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 70

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 71

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 72

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 73

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 74

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 75

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 76

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 77

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 78

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 79

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 80

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 81

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 82

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 83

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 84

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 85

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 86

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 87

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 88

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 89

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 90

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 91

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 92

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 93

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt mit gleichem Endgrundgehalt nicht übertragen werden kann.

§ 94

Beamte, die nach dem 9. November 1918 ernannt worden sind, können durch Verfügung der obersten Dienstbehörde ohne Einhaltung der Vorschriften über das förmliche Disziplinarverfahren in ein Amt mit niedrigerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn sie sich nicht bewährt haben und ihnen ein Amt

Ueberzeugung. Von den privilegirten Ständen stimmten unter Braverufen Graf Degenfeld und Prälat Hafner für den Antrag. Staatsrath Römer hatte gewarnt, daß nicht, wie es anfangs den Anschein zu haben schien, der Antrag als Erklärung an das Volk, um zwangsweise auf dasselbe zu wirken, gerichtet werde, denn, fügte er unter Beifallsbezeugungen hinzu, noch bilden wir die Regierung, und werden nicht zugeben, daß der Boden des Gesetzes verlassen werde und die Kammer in die Prärogative der Krone eingreife. Noch wurde der Zusatz Zwergers, in einer Adresse der Nationalversammlung zu erklären, daß die Kammer der Abgeordneten die Reichsverfassung als Gesetz anerkenne und dieselbe von ihren weiteren Beschlüssen in Kenntniß gesetzt werde, angenommen und die Sitzung um die Mittagsstunde geschlossen.

Ueber den ferneren Verlauf der Dinge außerhalb der Kammer liegen uns noch folgende Berichte vor. Im „Schwäb. Merk." heißt es vom 22. April Vormittags: Gestern Abend hatten sich die Mitglieder der Kammer zahlreich im Ständehause eingefunden, um zu erfahren, welche Antwort die Deputation, die auf 4 Uhr Abends zu Seiner Majestät beschieden war, mitbringen werde. Man erwartete eine Abendsitzung der Kammer, und es hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge vor dem Ständehaus eingefunden. Doch wurde statt der Abendsitzung erst diesen Morgen Sitzung gehalten; dagegen versammelten sich Abends die meisten Mitglieder der Kammer zu einer vertraulichen Besprechung im Bürgerhaus. — Im Volksverein im Emil Wernerschen Locale fand sich eine so zahlreiche Versammlung ein, daß der größte Theil kennen Platz im Hause fand und bis tief in die Nacht, des Regens unerachtet, im Garten aushielt. Uebrigens herrschte neben großer Spannung die größte Ordnung, wie auch heute (Sonntag) Morgen. Die Wichtigkeit der Verhandlungen, die ungewohnte Zeit treibt eine große Zahl der Einwohner vor das Ständehaus, das von einer Compagnie des ersten Banners der Bürgerwehr besetzt ist. Auch in anderen Straßen ist es sehr lebhaft; man bemerkt viele Auswärtige, deren Zahl sich wohl Nachmittags noch vermehren wird. Viele Adressen von auswärts sind bereits durch eigene Deputationen überbracht, andere werden erwartet. Zeit und Raum gestatten uns nicht, die uns mitgetheilten vollständig zu geben. Alle stimmten darin überein, daß die Rechtsbeständigkeit der Reichsverfassung alsbald anerkannt und das gegenwärtige volksthümliche Ministerium dem Lande möge erhalten bleiben. Gestern früh 4 Uhr versammelten sich der Stadtrath und Bürgerausschuß von Heilbronn zu einer dringenden Bitte, die sogleich mit dem ersten Bahnzuge durch eine Deputation hierher gebracht wurde. Mittags war eine Deputation von Besigheim hier. In Ulm war Versammlung der Bürgerwehr und der Vereine. Eine Adresse der Stadt Brackenheim ist mit zahlreichen Unterschriften abgegangen; eine andere circulirt im Amte. In Eßlingen, Geislingen und an vielen andern Orten finden heute Volksversammlungen statt. Von Ludwigsburg kam gestern eine Adresse hier an. Weitere Adressen sind von Bietigheim, Biberach, Ehingen ꝛc. Gestern Abend um 5 Uhr rückte die hiesige Bürgerwehr, Cavallerie, Artillerie, die sechs Banner und das Bataillon der Scharfschützen so zahlreich, als es die letzten Male der Fall gewesen, zur Feier der Reichsverfassung aus. Sämmtliche Banner marschirten auf dem Marktplatz auf, eine Erklärung für die Reichsverfassung wurde in den einzelnen Abtheilungen angenommen, und der Reichsverfassung wie den Ministern donnernde Hochs gebracht. — Heute Vormittag noch ist Staatsrath Goppelt mit Oberregierungsrath Camerer nach Heilbronn abgereist, um über die Sachlage zu beruhigen.

⊙ **Stuttgart**, 22. April, Abends. Der heutige Nachmittag verlief ruhig; eine Versammlung der Jugend Stuttgarts, so weit sie nicht bürgerwehrpflichtig ist, rief eine Masse Einheimischer und Fremden zusammen. Wir haben die Hoffnung auf eine friedliche Lösung nicht aufgegeben, in der deutschen Frage sind wir Alle Eines und eines guten Rechts uns bewußt, und appelliren getrost von der nicht gut unterrichteten Krone an die besser unterrichtete. Der unendlich wichtige Einfluß, den Württemberg auf das ganze übrige Deutschland ausüben wird, wenn es als das erste der Königreiche mit dem deutschen Banner vorangeht, steht allen vor Augen.

Deutsche Reichsversammlung.

204. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident G. Simson.

II **Frankfurt**, 23. April.

(Austrittsanzeigen. Flottendebatte. Interpellationen der Abg. Vogt und Simon und Beantwortung derselben durch die Herrn Minister v. Gagern und v. Peucker. Dringlichkeitsantrag des Abg. Grävell. Ausschußberichte. — Tagesordnung: 1) Ergänzungswahl dreier Mitglieder des Marineausschusses. 2) Berathung des vom Abg. Riesser erstatteten Berichts, Namens des Ausschusses zur Berichterstattung über den Bericht der Deputation von Berlin und zur Vorberathung derjenigen Maßregeln, welche zur Durchführung der verkündigten Reichsverfassung nöthig erscheinen.)

Auf der Ministerbank: Reichsministerpräsident v. Gagern, Kriegsminister v. Peucker, Justizminister R. Mohl, Unterstaatssecretär Bassermann. — Nach einigen Worten des Dankes, welche der heute zum ersten Male in der Versammlung erschienene neuerdings gewählte Vorsitzende E. Simson an das Haus gerichtet, beginnt derselbe die Leitung der Geschäfte. Er meldet den Austritt folgender österreichischen Abgeordneten: Stremayer aus Graz, Graffel, Fritsch, Kapp aus Wien, Mullay aus Westernstein, Werner aus Niederösterreich und J. N. Berger aus Wien. Ausgetreten ist ferner der Abg. Leue aus Köln. Mehrere Flottenbeiträge von 16 fl. 56 kr., 670 fl. 46 kr. aus Bamberg, 10 Pf. Sterling aus Amerika sind eingelaufen. — Zustimmungsadressen zur deutschen Verfassung sind geschickt von dem Landtage zu Schwarzburg-Rudolstadt, der Nassauer Abgeordnetenkammer und der Landesversammlung in Schleswig-Holstein. — Abg. Vogt fragt das Reichsministerium, ob es wahr sei, daß das preußische Ministerium gegen den Einmarsch der deutschen Reichstruppen nach Jütland protestirt habe. Ministerpräsident v. Gagern erklärt, daß von Seiten des preußischen Ministeriums keine solche Verwahrung erfolgt sei, sondern daß dasselbe vollkommen mit dem Reichsministerium darin einverstanden sei, daß der Krieg gegen Dänemark auf die energischste Weise offensiv fortgeführt werde. (Bravo.) Abg. Simon von Trier frägt das Reichskriegsministerium, auf wessen Befehl und zu welchem Zwecke die württembergischen Reichstruppen aus Baden zurückgezogen würden. Reichskriegsminister v. Peucker erklärt, daß dieser Befehl nicht vom Reichsministerium ertheilt, die Vornahme dieser Maßregel auch nicht dem Ministerium bekannt gegeben worden. Das Reichskriegsministerium hat letzten Samstag eine Anfrage um Aufklärung über den Thatbestand abgeschickt. (Bravo.) Der Vorsitzende verliest hierauf einen Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Grävell, dahin gehend, daß die österreichischen Abgeordneten sich an den Verhandlungen der Nationalversammlung auf so lange nicht betheiligen, als Deutschösterreich nicht wieder thatsächlich unter der Hoheit des deutschen Bundesstaats steht. Denjenigen von ihnen, welche als Zuhörer der Nationalversammlung verbleiben wollen, sollen in Anerkennung der gleichen Nationalität abgesonderte Ehrenplätze angewiesen werden. (Der Antrag wird von der Linken mit Zeichen des Unwillens aufgenommen.) Die Dringlichkeit wird demselben nicht zuerkannt. Nur die Linke erhebt sich dafür. Die Abgg. Lette, Schwarzenberg, Gevekoht berathen im Namen ihres Ausschusses.

Der Vorsitzende verkündet hierauf den Uebergang zur Tagesordnung. Es wird zum ersten Gegenstande geschritten. Die Stimmzettel werden eingesammelt. Der Vorsitzende verkündigt hierauf den Uebergang zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung. — Die Anträge der Majorität und der Minoritäten sind folgende:

Antrag der Majorität des Ausschusses:

1) Die Reichsversammlung erklärt, in Uebereinstimmung mit ihrer nach Berlin gesandten Deputation, daß die Annahme der durch die verfassungsgebende Reichsversammlung dem Könige von Preußen übertragenen Würde des Reichsoberhauptes die Anerkennung der Reichsverfassung voraussetze. 2) Die Reichsversammlung beschließt: Die preußische Regierung, sowie die übrigen deutschen Regierungen, welche die Annahme der von der Reichsversammlung beschlossenen und verkündeten Verfassung noch nicht erklärt haben, sind aufzufordern, ihre Anerkennung derselben nunmehr auszusprechen; und erklärt: daß zugleich mit der Anerkennung der Reichsverfassung seitens der preußischen Regierung die Uebertragung der Würde des Reichsoberhauptes an den König von Preußen in Wirksamkeit tritt. 3) Sie beschließt, die provisorische Centralgewalt aufzufordern, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung der Verfassung mitzuwirken. 4) Der erwählte Ausschuß bleibt bestehen, um je nach Lage der Dinge weitere Maßnahmen zu berathen und der Reichsversammlung vorzuschlagen.

Minoritätserachten I. 1. Die Nationalversammlung erklärt in Folge der Antwort Friedrich Wilhelms IV. die auf ihn gefallene Wahl zum Kaiser der Deutschen für erledigt. II. Zur Vollziehung der Reichsverfassung beschließt, demzufolge die Nationalversammlung: a) Sie wählt durch absolute Majorität aus ihrem Schoße eine Regentschaft von fünf Mitgliedern; 2) der Regentschaft stehen alle verfassungsmäßigen Befugnisse des Kaisers zu; 3) die Regentschaft ist gehalten, den verfassungsmäßigen Reichstag auf Grund der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes auf den 1. Juli 1849 nach Frankfurt a. M. einzuberufen; 4) der Reichstag wählt in gemeinsamer Sitzung beider Häuser den Kaiser mit absoluter Stimmenmehrheit; 5) die Regentschaft hat auf Grund der §§ 14, 191, 193 der Verfassung ungesäumt die ganze bewaffnete Macht einschließlich der Bürgerwehren, sowie sämmtliche Beamte des Reichs und der Einzelstaaten auf die Verfassung vereidigen zu lassen; 6) die Regentschaft hat für die unverzügliche Aufstellung einer zum Schutze der Nationalversammlung und zur Durchführung der Verfassung erforderlichen bewaffneten Macht Sorge zu tragen; 7) die Reichsversammlung fordert die Volksvertretungen der Einzelstaaten auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Durchführung der Reichsverfassung zu unterstützen; 8) die Nationalversammlung beschließt, das deutsche Volk durch einen Aufruf zur thatkräftigen Durchführung der Reichsverfassung aufzufordern, und beauftragt den Ausschuß mit der desfallsigen Vorlage." Frankfurt a. M., den 14 April 1849. Simon von Trier. Eisenstuck. Wurt. Spatz. Hagen. Tafel von Stuttgart. Tafel von Zweibrücken. Zetzenbach.

Minoritätserachten II. 1) Die Nationalversammlung genehmigt die von ihrer Deputation nach dem Empfang der Antwort des Königs von Preußen an das preußische Ministerium abgegebene Erklärung, als der Lage der Sache von Erlassung der Circularnote vom 3. April 1849 vollkommen angemessen; 2) sie erklärt, unter gehöriger Berücksichtigung des Gesetzes vom 28. Juni 1848 sofort zur Verwirklichung der Verfassung zu schreiten; 3) sie beauftragt demgemäß die Centralgewalt, die Wahlen zum ersten Reichstage in der Art aufzuschreiben, daß die Eröffnung derselben am 1. Juli 1849 stattfinden kann; 4) sie beauftragt ferner die Centralgewalt, sämmtliche Regierungen aufzufordern, das Heer, die Bürgerwehr und die Beamten auf die Reichsverfassung beeidigen zu lassen; 5) sie beschließt, einen Aufruf an das deutsche Volk zu erlassen, in welchem dasselbe aufgefordert wird, unverbrüchlich an der von der Nationalversammlung endgiltig festgestellten Verfassung festzuhalten; 6) sie beauftragt endlich ihren Ausschuß: a) mit dem Vorschlage aller weiteren Maßregeln, welche durch Renitenz einzelner Regierungen gegen den Vollzug der Verfassung, sowie zur Durchführung der Verfassung überhaupt nothwendig werden können; b) zu dem Ende nöthigenfalls in directen Benehmen mit der Centralgewalt zu treten; — und setzt schließlich die Sitzung vom 24. l. Monats fest, in welcher über die Vorschläge sub a weiter verhandelt werden soll. Raveaux. Umbscheiden. Engel. Frödel. v. Wydenbrugk. Eventuell: Vogt. Zetzenbach. Eisenstuck. Simon von Trier. Spatz. Hagen. Tafel von Stuttgart. Tafel von Zweibrücken.

Sondergutachten. In Erwägung, daß: 1) was die Frage in Betreff der Deutung der Antwort Sr. Maj. des Königs von Preußen an die Deputation der Reichsversammlung betrifft, in wenigen Tagen eine Erklärung der königl. preußischen Regierung zu erwarten steht, welche als authentische Interpretation entscheidend sein wird; — 2) was die Durchführung der Verfassung anbelangt, die Mehrzahl der deutschen Regierungen die Verfassung bereits unbedingt anerkannt hat, die Erklärungen der übrigen Regierungen aber in kürzester Frist zu erwarten sind; daß aber, wenn die Anerkennung der Verfassung von seiten sämmtlicher Regierungen erfolgen sollte, es weiterer Maßregeln zur Durchführung derselben seitens der Reichsversammlung nicht bedarf: setzt die Reichsversammlung ihre Beschlußnahme über den Bericht der Deputation, sowie über die etwa zur Durchführung der Verfassung nothwendig werdenden Maßregeln bis dahin aus, daß die Erklärung der königl. preußischen Regierung und der sonst noch mit ihren Erklärungen über die Verfassung in Rückstand befindlichen Regierungen eingegangen sein werden. Detmold. Reichensperger.

Außer den Ausschußrachten sind noch mehrere Anträge eingereicht. Abg. Grävell will, daß dem Könige eine peremptorische Frist bis zum 28. d. M. gegeben und daß alsdann der Bericht des Ausschusses in Berathung gezogen werde. Der Abg. Hermann Müller beantragt die am 28. März und 11. April gefaßten Beschlüsse seien außer Kraft zu setzen, die Erklärungen der Einzelregierungen seien einzuholen, ein Ausschuß von 30 Mitgliedern zur Revision der Verfassung sei niederzusetzen und habe bis zum 14. Mai zu berichten. (Heiterkeit.) Abg. v. Diesfau beantragt neuerdings seinen Präsidenten. Abg. M. Mohl und 29 Andere beantragen, daß die Nationalversammlung beschließe: die Nationalversammlung genehmige die Erklärung ihrer Deputation, dieselbe beauftrage ihren Ausschuß, Vorschläge zur Durchführung der Verfassung zu machen. Abg. Schulz von Darmstadt: Diejenigen Fürsten, welche bis zu einer bestimmten Frist ihre Zustimmung zu der Verfassung nicht gegeben, sollen ihrer Würde verlustig erklärt werden. (Bravo links.) Die Versammlung wähle einen Vollziehungsausschuß aus ihren Mitgliedern von 5 Gliedern. Ferner werde das Ministerium beauftragt, ein vorläufiges Anlehen von 5 Millionen zu machen, die bewaffnete Macht werde unverzüglich auf die Verfassung beeidigt, die jungen Männer vom 18. bis zum 25. Jahr treten sogleich unter Waffen, die Offiziere erhalten Kriegszulage, Amnestie allen politischen Verbrechern wird ertheilt. Diese Verbesserungs- und Zusatzanträge sollen an den Ausschuß zur Berichterstattung verwiesen werden. (Schluß folgt.)

Nachschrift.

w **Frankfurt**, 23. April. Wie wir eben aus sicherer Quelle hören, hat Herr Camphausen, sobald ihm die Erklärung des Ministers Brandenburg vom 21. d. M. bekannt geworden, seine Entlassung genommen. Es freut uns, daß dieser gewichtige Mann sich von einer Politik lossagt, welche Preußen mitsammt Deutschland ins Verderben führen mußte. Ein solches Lossagen aber wird wohl gehörigen Orts ein nicht zu übersehender Fingerzeig sein, welchen Weg man nun endlich einzuschlagen habe. Ueberhaupt sind wir der Meinung, daß es in Berlin zu dem jetzt eingetretenen Wendepunkt hat kommen müssen, ehe eine heilsame Krisis eintreten konnte, die wir näher glauben als je, sobald nur das preußische Volk selbst, gleich dem württembergischen, es am rechten Gebrauch seiner gesetzlichen Organe nicht fehlen läßt.

•• **Paris**, 21. April. Die Nationalversammlung setzte in ihrer heutigen Sitzung die Berathung über das Cautionsgesetz fort und erhob dasselbe nach sehr stürmischer Debatte mit Hinzufügung einiger die Verbreitung von Druckschriften noch mehr beschränkender Amendements zum Beschluß.

• **Florenz**, 14. April. Das neue Ministerium hat sich bereits mit dem diplomatischen Corps in Verbindung gesetzt. General Thiers ist mit dem Oberbefehl über sämmtliche hier stationirte Truppen bekleidet worden.

In **Piacenza** ist eine von London aus datirte Proclamation des Sohnes des alten Herzogs Carl Louis angeschlagen worden, in welcher sich derselbe unter dem Namen Carl der Dritte als Herzog von Parma und Piacenza erklärt und eine Regentschaft ernennt, welche die Regierung der Herzogthümer bis zu seiner Rückkehr von London führen soll.

• **London**, 20. April. Die seit mehreren Tagen ausgebliebenen Londoner Blätter sind uns heute wieder zugekommen. Gestern war im Oberhause die erste Sitzung nach den Osterferien. Auch im Unterhause wurde gestern und heute Sitzung gehalten.

Börsenberichte.

Amsterdam, 21. April. 2½pCt. Integr. 49⅞. ⅜/₁₆. — 3pCt. Schuld 38³¹/₁₆. — 4pCt. do. 77⅛. — Handelsmaatschappij 147⅜. — 5pCt. Anl. 10⅞. ⅜. ⅝. — do. à 510 Pf. St. 10⅞. ⅜/₁₆. ⅜. — 3pCt. int. à 6000 fl. 24⅛. ⅛. ⅜. ⅝. — 3pCt. Port. 29. — do. 4pCt. 30⅛ ⅝. Russ. 4pCt. bei Stieglitz 82. — 2½pCt. do. 38⅝. ⅜.

Bei geringem Geschäft waren heute unsere inländischen Fonds zu den Coursen von gestern angeboten. In Span. war der Handel in den beiden Hauptsorten wiederum sehr lebendig. Die Preise derselben blieben nur wenig niedriger als gestern. Portug. gut preishaltend. Oester. und Franzöf. etwas sauer. In den übrigen ausländ. Effecten ging wenig oder nichts um.

Paris, 20. April. 3pCt. 56. 20. — 5pCt. 88. 10. — Bankactien 2392. 50. — Röm. Anleihe 78½. — 3pCt. Span. 33. Nachrichten von den Siegen der Ungarn, welche das Gerücht sogar bis nach Wien vordringen ließ, bewirkten den Rückgang sämmtlicher Fonds.

Frankfurt, 23. April. 17. Ziehung 6. Klasse der 115. hiesigen Stadtlotterie. Hauptgewinne: Nr. 17253 (Miete) 10,000 fl. Prämie, Nr. 13953 (Miete) 2000 fl. Prämie, Nr. 8228 (Miete) 1000 fl. Prämie, Nr. 18405 (Miete) 500 fl. Prämie, Nr. 6999 (Miete) 450 fl. Prämie, Nr. 12919 (Miete) 400 fl. Prämie, Nr. 10927 100 fl. Gewinn und 300 fl. Prämie.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Wallau.

Bekanntmachung.

Mit Beziehung auf den Plan vom 1. November 1847 wird den Inhabern der Partialobligationen des Anlehens des Vereins deutscher Fürsten und Excellente bekannt gemacht, daß die planmäßige dritte Verloosung Dienstag den 15. Mai l. J., Morgens 9 Uhr, in dem Rathhause dahier öffentlich stattfindet und die Zahlung der Beträge demnächst durch das Bankierhaus Philipp Nicolaus Schmidt zu Frankfurt a. M. nach dem Plane erfolgt.

Wiesbaden, den 18. April 1849.

Vermöge Auftrags des Vereins.

[1124] **Neuscher.**

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Extra-Beilage zu Nro. 96.) 23. April 1849.

Krisis in Württemberg.

** Die Nachrichten aus **Stuttgart** reichen bis zum 22. April Abends. Die Ministerkrisis und der Widerspruch des Königs wegen der Oberhauptsfrage hat seine Lösung noch nicht gefunden. Trotz eines Zuströmens von Adressen, Deputationen und Volksversammlungen herrscht Ruhe in der Stadt, das Gesetz ist noch nicht überschritten, aber man befindet sich, so schreibt uns unser ⊙ Correspondent, an der Grenzlinie desselben. Zunächst sind zwei wichtige Actenstücke mitzutheilen. 1. die der ständischen Deputation von dem König ertheilte Antwort; 2. das königliche Decret vom 19. April, welches die nächste Veranlassung der Ministerkrisis war. Wir theilen dieselbe nach dem Schwäb. Merkur mit:

Antwort des Königs an die ständische Deputation,

abgegeben den 21. April.

Meine Herren! Ich danke Ihnen, daß Sie mir Gelegenheit geben, mich in dieser Angelegenheit offen aussprechen zu können. Sie kennen meine Freimüthigkeit und Offenheit, die ich in meinen Regierungshandlungen immer an den Tag gelegt habe, ich werde es auch in diesem Falle thun. Ich muß mich auf den Boden der Thatsachen stellen. Die Reichsversammlung hat eine Verfassung gefertigt, sie ist aber noch nicht vollendet. Der König von Preußen hat die deutsche Reichsverfassung noch nicht anerkannt, er hat die Kaiserkrone abgelehnt; nach heute erhaltenen Nachrichten hat Camphausen mit Gagern über die Aenderungen der Verfassung unterhandelt, was soll ich also schon jetzt anerkennen, was noch gar nicht existirt? Lassen Sie mir Zeit. Ich versichere Sie, daß ich die ganze Reichsverfassung mit Ausnahme der Oberhauptsfrage anerkenne. Dem Hause Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht. Ich bin dieses meinem Lande, meiner Familie und mir selbst schuldig. Würden aber alle Fürsten von Deutschland es thun, so würde auch ich dieses Opfer für Deutschland bringen, aber mit gebrochenem Herzen. Ich kann durch Ihre Erklärungen, durch Aufruhr im Lande dazu genöthigt werden. Wenn Sie sich auf den Boden der Revolution stellen und mich zwingen, mein Wort zu geben, so ist es kein freies. Das erkennen Sie selbst an und können es auch nicht wollen; denn ein erzwungenes Wort wäre für mich nicht bindend, ich könnte es ja widerrufen, wenn mein Wille wieder frei wäre. Die deutsche Verfassung werde ich in meinem Lande durchführen, wie ich die Grundrechte zuerst eingeführt habe. Ich gebe Ihnen mein Wort, aber dem Hause Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht, mein Gewissen und meine Ueberzeugung lassen es nicht zu. Dem Kaiser von Oesterreich, wenn er gewählt worden wäre (da ich die Ueberzeugung habe, daß es für Württemberg vortheilhaft gewesen wäre), würde ich mich unterworfen haben. Ich bin mit meinem Ministerium nicht uneins, ich bin mit ihm bis diesen Augenblick ganz zufrieden. Eine Meinungsverschiedenheit herrscht zwischen uns nicht, nur über die Zeit meiner Erklärung bin ich mit ihm nicht einig. Ich vertraue auf den guten Sinn meines Volks. Der Kern des Volks ist gut gesinnt. Die Aufregung ist durch die Vereine, welche auch eine Märzerrungenschaft sind, künstlich hervorgebracht. Wollen Sie mich zwingen, ich muß es darauf ankommen lassen. Sie kennen meinen Muth. Es ist nicht um meinetwillen, ich habe nur noch wenige Jahre zu leben, aber mein Vaterland, mein Haus, meine Familie legt mir diese Pflicht auf. Ich würde es sehr bedauern, wenn gerade jetzt in dieser wichtigen Sache die Stände mit der Regierung nicht Hand in Hand gingen.

Königliches Decret an das Gesammtministerium vom 19. April 1849.

Ich hatte Sie zu einer Berathung über die Reichsverfassungsfrage zusammenberufen, weil ich es für meine erste Pflicht erkannte, einen so hochwichtigen Gegenstand einer gemeinschaftlichen, gründlichen und umfassenden Erörterung mit meinen verantwortlichen Räthen zu unterziehen. Sie haben mir in der Sitzung vom 16. d. M. die gewünschte Gelegenheit dazu gegeben; sie haben mir ihre Ansichten vollständig entwickelt; ich habe Ihnen dagegen die meinigen nicht vorenthalten; sie haben nach der gepflogenen Berathung sich über denselben Gegenstand gegen mich schriftlich geäußert, und ich will daher meinerseits mich eben so auf demselben Wege wiederholt gegen Sie aussprechen. Sie stellen mir den Antrag: „daß ich die deutsche Reichsverfassung, so wie solche von der verfassunggebenden Versammlung in Frankfurt beschlossen wurde, unverzüglich anerkenne und diese Anerkennung mit der Erklärung an die Centralgewalt begleiten lassen möge, daß ich gegen die Wahl des Königs von Preußen zum erblichen Kaiser von Deutschland keine Einwendung zu machen habe." Die Beweggründe, mit welchen Sie diesen Ihren Antrag unterstützen, sind: „daß, weil diese Versammlung überhaupt berechtigt sei, für Deutschland aus eigener Machtvollkommenheit eine Verfassung zu geben und die Anerkennung dieser Verfassung allseitig und unbedingt zu verlangen, ihr auch das Recht und die Befugniß zustehen müsse, einen eben so unbedingten Ausspruch in der Oberhauptsfrage zu thun und in Ansehung dieses Ausspruches eine gleich unweigerliche und gleich allseitige Anerkennung, wie für alle anderen Bestimmungen dieser constitutiven Acte, zu gewärtigen." Sie sind ferner der Ansicht, „daß es bei der von Ihnen beantragten Erklärung an die Centralgewalt ganz gleichgiltig sei, ob Seine Majestät der König von Preußen die Würde eines deutschen Erbkaisers ablehne oder nicht, denn wenn Er ablehne, so sei damit die Erblichkeitsfrage und mit dieser derjenige Theil der Verfassung, welcher sie festsetzt, von selbst beseitigt, und wenn Er annehme, so könne Württemberg die neue Würde dieses Fürsten, ebensowohl preußens als der zahlreichen revolutionären Partei in Deutschland wegen, nicht zurückweisen." Endlich fügen Sie hinzu, daß es sich unter solchen Umständen nur davon handeln könne, „ob Württemberg früher oder später die fragliche Verfassung anerkenne, daß Sie aber für eine unverzügliche Anerkennung derselben sich deßhalb erklären müßten, weil dadurch der Schein vermieden werde, als sei meine Regierung zu einer solchen durch die öffentliche Meinung gezwungen worden." Dies ist Ihr Antrag, dies sind Ihre Beweggründe dafür. Ich kenne in Geschäften nur Offenheit und Wahrheit, ich werde auch von dieser meiner Richtschnur gegen Sie bei diesem neuen Anlaß nicht abweichen. Ich muß damit anfangen, Ihnen offen zu bekennen, daß, nach meiner innersten Ueberzeugung, die Nationalversammlung nicht das Recht hatte, Oesterreich aus dem bisherigen Staatenverbande auszustoßen, noch das von ihr vollendete Verfassungswerk, so wie dies von ihr geschehen ist, abzuschließen und zu verkünden, noch den Knoten der Oberhauptsangelegenheit in der Weise, wie sie dies für gut gefunden hat, theoretisch und faktisch zu zerhauen; vielmehr bin und bleibe ich der festen Ansicht, daß diese Versammlung zu einer rechtsgültigen Lösung dieser Hauptfragen, sowie um der allseitig entgegenkommenden Anerkennung und des so höchst wesentlichen moralischen Ansehens eines so bedeutenden constitutiven Gesetzes willen, der Berathung und der Zustimmung der sämmtlichen Einzelstaaten, ihrer Fürsten, Regierungen und Obrigkeiten, über den Gegenstand unabweislich bedurft hätte. Indem sie einen solchen echt vaterländischen und allseitig versöhnenden Weg nicht betrat, indem sie das Princip der Vereinbarung und des Einverständnisses mit den verschiedenen Regierungen und den verschiedenen Volksstämmen unseres gemeinschaftlichen großen Vaterlandes beharrlich von der Hand wies, setzte sie selbst zuerst an die Stelle der Einigung aller Völkerstämme die Völkerzwietracht und an die Stelle der deutschen Einheit die deutsche Spaltung, trat sie in den bedauernswerthen Conflict grade mit den mächtigsten Einzelstaaten und Einzelregierungen des Bundes, fuhrte sie zuletzt ganz allein die große Frage des Tages aus dem Gebiet des gemeinsamen Einverständnisses und des gegenseitigen Rechts auf das der Verwicklung und der Thatsachen. Welches sind diese Thatsachen? Die kais. österr. Regierung erklärt in der bestimmtesten Weise, die deutsche Nationalversammlung und die seitherigen verfassunggebenden Beschlüsse und verfassunggebende Wirksamkeit derselben nicht anzuerkennen. Sie erklärt ferner, daß sie andererseits nicht gewillt ist, ihre vertragsmäßige Stellung im Bunde aufzugeben und ebenso wenig sich einer einheitlichen Spitze desselben unterzuordnen, erbietet sich dagegen aber, nach wie vor, zu einer jeden Verständigung mit sämmtlichen Einzelregierungen zum Behufe einer Vereinbarung über das Verfassungswerk. Der König von Preußen lehnt die Kaiserkrone ab, und die Regierung Seiner königlich preußischen Majestät gibt dabei auf eine unzweideutige Weise zu erkennen, daß sie ihrerseits die vorliegende Reichsverfassung unverändert nicht annehmen könne; sie kündigt dieserhalb ausdrücklich in der kürzesten Frist eine schließliche Erklärung an und ladet zu einer gleichen Beanstandungs- und Verständigungserklärung die übrigen Bundesregierungen ebenmäßig ein. Die königlich bayerische Regierung besteht sowohl auf der Beseitigung der Kaiserfrage, als auf dem Vereinbarungsprincipe. Die k. hannoversche Regierung endlich macht ihrerseits eine erschöpfende Erklärung über die ganze Frage von der Beantwortung verschiedener an das königl. preußische Ministerium von ihr gestellten Vorfragen abhängig. Dies sind die bis zu diesem Augenblick vorliegenden Thatsachen über den wichtigen Gegenstand. Was aus ihnen unwidersprechlich folgt, ist:

1) daß die Kaiserfrage sammt ihren Consequenzen eines vorgeschlagenen Einheitsstaats von heute an als politisch beseitigt betrachtet werden muß, in so fern der König von Preußen die ihm dargebotene Krone eines deutschen Erbkaisers feierlich ausgeschlagen hat und eine jede Wiederaufnahme dieser Frage alle Elemente einer unseligen Spaltung von Deutschland sofort aufs Neue in den Vordergrund des Verfassungswerkes drängen mußte;

2) daß die unbedingte und unveränderte Annahme der Reichsverfassung, so wie solche aus den Debatten der Nationalversammlung schließlich hervorgegangen ist, weder von Oesterreich, noch von Preußen und Bayern anerkannt wird; endlich

3) daß es von Oesterreich selbst und von den mit ihm bisher verbündeten und verbrüderten Regierungen und Völkerstämmen des gesammten Deutschlands, nicht aber von der Nationalversammlung ausschließlich abhängen kann und wird, ob diese Macht aus dem bisherigen staatlichen Verbande auszuscheiden hat oder nicht.

Sie sehen, daß das unverrückte Beharren Frankfurts auf der Kaiserfrage ein vergebliches ist, und daß es sich heute nicht mehr um diese Frage, sondern um die gesammte Reichsverfassung und deren Anerkennung oder vielmehr Nichtanerkennung in ihrer jetzigen Fassung handelt. Unter solchen Umständen würde eine jede einseitige und voreilige Zustimmungserklärung von Seite Württembergs zu dem vorliegenden Verfassungswerke, würde insbesondere, dem Könige von Preußen gegenüber, meine einseitige Anerkennung einer Würde, die dieser Fürst ausschlagen zu müssen geglaubt hat, nicht nur höchst unzeitig, sondern auch völlig überflüssig sein; sie würde weder bei den Einzelregierungen, noch in Frankfurt den gegenwärtigen Stand der Dinge im Geringsten verändern; dagegen müßte sie unser Vaterland, meine Regierung und mich selbst gegen Se. königl. preuß. Majestät, sowie gegen meine übrigen Mitfürsten und deren Cabinete in einen höchst bedenklichen und noch dazu ganz vergeblichen Widerspruch setzen. Benehmen wir in dieser schweren Krise, in diesen Tagen einer folgenreichen Entscheidung unserem theuren Vaterlande, benehmen wir uns selbst nicht die Mittel und Wege, nach bestem Wissen und Gewissen für dessen Wohlfahrt und dessen Zukunft zu wirken und einzustehen. Wir können die schweren Pflichten, welche die Versehung uns auferlegt hat, nur dann genügend erfüllen, wenn wir mit Vorsicht und Ruhe, und ohne alle Vorurtheile und alle Leidenschaften zu Werke gehen. Die große Frage, um welche es sich handelt, liegt heute zunächst und ausschließlich in Wien, in Berlin und in Frankfurt. Wir unsererseits können uns gottlob nicht den Vorwurf machen, diese Frage erschwert oder verwickelt zu haben, wir können sie aber eben so wenig entwirren oder beendigen. Uebereilen wir uns daher nicht; sehen wir zuvörderst, in welcher Gestalt und mit welcher Wendung sie aus den dortigen Erörterungen hervorgehen wird, warten wir vor allen Dingen die weiteren Erklärungen des königlich preußischen Ministeriums ab; nur dann werden wir im Stande sein, eine für unser theures Vaterland, so wie für ganz Deutschland allseitig reife und wahrhaft ersprießliche Entschließung zu fassen. Ich rechne in dieser Beziehung, wie bisher, so auch in der Folge, zuversichtlich auf den einsichtsvollen Rath, so wie auf den patriotischen und treuen Beistand meiner sämmtlichen Minister und Räthe.

Außerordentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer, 22. April früh 7 Uhr.

Vorstehende zwei Actenstücke veranlaßten gestern, Sonntag, Morgens 6½ Uhr eine **außerordentliche Sitzung der zweiten Kammer**. Die Gallerien dicht besetzt. Auf der Straße und im Hause eine vom Präsidenten requirirte Compagnie Bürgerwehr. Am Ministertisch Staatsrath **Römer**, Director **Roser**, Staatsrath **Duvernoy**, Oberregierungsrath **Schmidlin**, General **Rüpplin**, Staatsrath **Goppelt**. Der **Präsident** eröffnet die Sitzung mit Hinweisung auf die Wichtigkeit der Sachlage des Vaterlandes, welche diese Sonntagssitzung nöthig mache. Er theilt sofort mit, daß gestern Nachmittag um 4 Uhr die ständische Deputation von Sr. Majestät empfangen worden; er, der Präsident, habe die ständische Adresse verlesen, worauf Se. Maj. ein Decret vom 19. d. M. übergeben und in freiem Vortrag seine Antwort ertheilte. Letztere wurde alsbald von der Deputation zu Papier gebracht und Seiner Majestät sofort vorgelegt. Der König machte bloß wenige Zusätze hiezu, und das von ihm unterzeichnete Actenstück ist in den Händen des Präsidenten. Der Präsident verliest nun diese Antwort, wie sie oben mitgetheilt ist. Nachdem auf diese Antwort einige Mitglieder der Deputation dem König gegenüber Bemerkungen gemacht hatten und der Präsident beifügte, daß gerade die Zeit es sei, die so außerordentlich dränge, so daß jede weitere Zögerung in Anerkennung der deutschen Reichsverfassung die Folgen haben könnte, daß wir alle Ruhe und Ordnung im Lande zu erhalten nicht mehr im Stande wären; und dieses Sr. Maj. im Namen der Abgeordnetenkammer aufrichtig auszusprechen sei unsere Pflicht — erwiederte Se. Maj.: Wir wollen sehen, ich muß es darauf ankommen lassen. Ich habe nach meiner Ueberzeugung, nach meinem Gewissen gesprochen. — Sofort verliest der Secretär das Decret vom 19. April. **Reyscher** beantragt, bei solcher Sachlage eine Commission niederzusetzen, welche über die dringliche Lage des Vaterlandes und die zu ergreifenden Maßregeln morgen zu berichten hätte. Für den Antrag erheben sich viele Redner, Reyscher besteht aber selbst nicht auf ihm, indem er sich mit folgendem Antrage **Stockmaiers** vereinigt:

> die Kammer wolle beschließen, in Erwägung, daß die königliche Staatsregierung das zu Recht Bestehen der deutschen Reichsverfassung bis jetzt noch nicht anerkannt hat, spricht die Kammer der Abgeordneten in Uebereinstimmung mit ihren früher gefaßten Beschlüssen ihre Ueberzeugung dahin aus: 1) daß die von der deutschen Nationalversammlung verkündigte deutsche Reichsverfassung in Württemberg als **Gesetz** besteht; 2) daß jeder württembergische Staatsbürger, gleichviel ob er dem Civil- oder Militärstand angehört, zur Befolgung und zum Schutz dieser Reichsverfassung ebenso, wie der württembergischen Landesverfassung, verpflichtet ist; 3) daß jeder Angriff auf dieselbe ein **Verbrechen** sei, und daß deßhalb weder Civil-, noch Militärbeamte verpflichtet seien, einem Befehl Folge zu leisten, bei dessen Ausführung sie sich an diesem Verbrechen betheiligen würden.

Dieser Antrag wurde mit 46 gegen 23 Stimmen angenommen, nachdem die Debatte im Ganzen ruhig verlaufen war, Freiherr v. **Linden** den Antrag einen verderbenbringenden genannt, dagegen **Scherr** das Verhalten der Krone ein muthwilliges geheißen und **Schnitzer** geäußert hatte, der König will gezwungen sein; wir wollen ihn zwingen durch

gestrebten Ruf als Staatsmann selbst verwundete, indem er jetzt noch Gagerns Programm als fehlerhaft verwarf, während doch noch nie eine staatsmännische Voraussicht glänzender gerechtfertigt worden, als grade die in dem Programm ausgesprochene? Bemerkenswerth an der Rede war übrigens vor Allem die Behauptung, es gebe wohl eine nassau'sche, hildeburg'sche und waldeck'sche, aber keine deutsche Volkssouveränetät. Diese Behauptung steht der bekannten Erklärung Römers gerade gegenüber, oder ergänzt sie. Ob die letztere, daß es nämlich keine württembergische, sondern nur eine allgemeine deutsche Volkssouveränetät gebe, richtiger sei, mag jeder beantworten, der sich die Frage vorlegt, ob z. B. die württembergischen Staatsbürger gegenüber ihrem Fürsten rechtlich und moralisch weniger gebunden sind, als gegenüber allen anderen deutschen Fürsten. Minderes Interesse noch als Hr. Heckscher erregte uns Hr. Schmidt von Löwenberg, bekannt aus jener Zeit, wo das, was sich an die Namen Schmidt und Wiesner knüpfte, Manchen besorgt machte, es sei in Deutschland das Gefühl für sittliche Würde in unreifer Halbbildung und widerlicher Sullisuden — denn ein deutsches Wort gibt es gottlob hiefür nicht — untergegangen. Bei diesem Mangel aller Selbstkritik merkte denn auch Hr. Schmidt nicht, daß ihm heute das erbliche Kaiserthum einmal ein schwacher Strohhalm und dann wieder der starke eiserne Käfig war, der die arme sociale Demokratie gefangen hatte. Er merkte nicht, daß er die Volkssouveränetät verwarf, als er die Beschlüsse der Nationalversammlung verdammte, was ihn aber natürlich nicht hinderte, den Willen der Vertreter des Volkes als den allein giltigen darzustellen. Als wir zuletzt noch hörten, daß Hr. Schmidt auch noch von einer künftigen Umwälzung träumt, durch welche alle gesellschaftlichen (socialen) Uebel sollen gehoben werden, da waren wir nach Welcker's Ausspruch: der Verstand des Volkes werde alle Tage größer, gewiß, daß dieses verständige Volk in den nächsten Reichstag solche Vertreter nicht mehr senden werde. Welckers Rede war dagegen ganz vortrefflich. Sie war vor Allem nach der Seite hin berechnet, von welcher die Bedenken und der Widerstand gegen die Verfassung kommen. Möge man sie in diesen Kreisen nicht übersehen. Sie verdiente wohl eine besondere Verbreitung.

*** **Frankfurt**, 23. April. Die badische Regierung erklärt: Wir nehmen die Beschlüsse der Nationalversammlung vom 27. und 28. März unbedingt an und wünschen sehnlich, daß alle andern Regierungen diesem Beispiele folgen mögen. Geschieht dies nun, so ist alles fertig, die Reichsverfassung kommt zum unverkürzten Vollzug und der König von Preußen nimmt an. In Württemberg sagt man: Wir können uns über die Oberhauptsfrage noch nicht erklären, weil die übrigen Fürsten sich noch nicht darüber ausgesprochen haben. — Wenn nun andere Regierungen dem Beispiel Württembergs folgen, wie sieht es dann mit dem Zustandekommen der Sache aus? Zudem erwartet der König von Preußen, nach seiner Rede an die Deputation, zuerst die Erklärungen der Fürsten, um sich seinerseits über die Annahme der Oberhauptswürde auszusprechen. Der König von Württemberg erwartet seinerseits zuerst die Erklärung des Königs von Preußen. Das hindert aber (nach der Frankf. „O.P.A.-Z." von heute) den Freiherrn v. Linden nicht, zu behaupten: die württembergische Erklärung sei viel offener, als die badische Erklärung, der ja ein Vorbehalt hinzugefügt sei. Indessen dürfen wir wohl darauf vertrauen, die Welt wird es nicht übersehen, wie es Freiherr v. Linden übersehen hat, daß die badische Regierung kein versteckes „Nein", sondern ein unumwundenes „Ja" ausgesprochen hat, und daß der Vorbehalt eben nur für den unglücklichen Fall beigefügt ist, daß durch ähnliche Erklärungen, wie die der württembergischen Regierung, zuletzt wirklich nichts zu Stande kommen könnte. Auf der badischen Regierung wird der Verdacht nicht haften, als seien ihre Erklärungen keine „offenen" gewesen. Der Großherzog von Baden hat von Anfang an die deutsche Nationalsache mit einer Wärme ergriffen, er hat den Gang derselben nicht bloß mit den besten Wünschen begleitet, sondern mit so vielen offenen Erklärungen vorangehend unterstützt, daß er gewiß sein darf, die dankbarste Anerkennung in der deutschen Nation zu finden. Um so mehr dürfen wir annehmen, daß selbst in jenem unglücklichsten Falle, den wir nicht denken mögen, die vorbehaltenen Schritte, die der Großherzog im Einverständniß mit seinen Ständen alsdann zu thun hätte, kein anderes Ziel haben würden, als immer wieder die allgemeine Sache der deutschen Nation nach den Umständen, so weit es möglich ist, thätig zu fördern, und Alles was derselben nachtheilig werden könnte, zu vermeiden.

RC **Frankfurt**, 23. April. Der Augenblick, welcher die Einigung Deutschlands vollenden sollte, fand in Berlin das Ministerium Brandenburg und niemals — das ist nun leider mehr als gewiß — hat ein großer Moment kleinere Männer gefunden; niemals ist die Politik Preußens, selbst in den traurigsten Zeiten dieses Staates, unter Friedrich Wilhelm II., unter Hangwitz, kläglicher und jammervoller gewesen, als heute. Eine mächtige Revolution wird durch eine patriotische Versammlung in gemäßigte und gesetzliche Bahnen hinübergeführt, unübersteigliche Hindernisse in den Abneigungen und Vorurtheilen der Stämme werden mit ausharrender Geduld überwältigt, die Unmöglichkeiten, welche in Oesterreichs besonderer Stellung liegen, werden durch eine entschlossene Revolution, der Weg, der allein die Einheit begründen kann zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland, der diese beiden gleichen Hälften des Vaterlandes zu einer unauflöslichen Ehe einigt, führt nach langen und schweren Kämpfen zum endlichen Ziel. Die Stämme überwinden sich selbst, ihren alten Haß und ihre Abneigungen, Preußen, welches inzwischen Alles gethan hat, um nach Kräften die Thätigkeit der Erbkaiserlichen zu schwächen und ihre Erfolge zu verkümmern, wird an die Spitze gerufen. Deutschland bricht in Jubel aus, es glaubt sich am Ende der langen Irrfahrt — aber es ist April, das Ministerium Brandenburg findet den dargebotenen Sitz nicht bequem genug, es wünscht ihn besser gepolstert! Bei alledem erklärt Graf Brandenburg noch am 21. April in der Berliner zweiten Kammer: das Ministerium sei sich bewußt, von der Note vom 23. Januar nicht abgewichen zu sein! Man erklärt zu gleicher Zeit, daß die Annahme der deutschen Verfassung von einigen Abänderungen abhängig gemacht werden muß. Und doch will man, daß Bayern, Sachsen, Hannover anerkennen sollen, man legt ihnen also die Mittel ausdrücklich in die Hand, nicht anzuerkennen, man legt es ihnen in den Mund zu sagen: wir werden auch anerkennen, aber unter gewissen Abänderungen! In dieser Lage wird sich auch Oesterreich befinden. Wenn der Staat, den die Verfassung begünstigt, Abänderungen verlangt, wozu berechtigt man die andern, welche sich unterwerfen sollen, durch solche Erklärungen?! Und man verargt es der Reichsversammlung, daß sie dieser schwachsinnigen Politik, der plötzlich aus der Pistole geschossenen Vereinbarungstheorie vom 3. April gegenüber, die nun und nimmer zu einem Resultate geführt haben würde, am 11. April erklärt hat, bei ihrer Verfassung stehen bleiben zu wollen! Wir haben nach alledem mit großer Freude vernommen, daß die zweite Kammer in Berlin sich endlich ermannt und das Ministerium gestürzt hat. Die Entlassung, welche Herr Camphausen unmittelbar nach dem Eintreffen der Nachricht von dem Votum über den Roddertus'schen Antrag gefordert hat, wird das Gewicht jener Abstimmung bedeutend vermehren. Von Neuem schöpfen wir Hoffnung, daß ein neues Ministerium die deutsche Frage im Sinne Deutschlands lösen werde. Wir wiederholen diesem neuen Ministerium, daß es unmöglich ist, einen andern Weg zu gehen als den der Reichsversammlung.

Frankfurt, 22. April. Gestern Abend war Versammlung im Weidenbusch. Zuvörderst ward ein präjudizieller Antrag bekämpft und abgelehnt, wonach die Discussion über den Dreißigerausschuß bis auf Donnerstag den 26. d. M. ausgesetzt werden sollte und zwar in Betracht verschiedener neuer Ereignisse, deren Entwicklung abzuwarten sei, bevor man auf irgend eine Beschlußnahme eingehe. Man verlannte nicht, daß es von der höchsten Wichtigkeit sei, gegenwärtig nicht durch ein vielleicht zaghaft scheinendes Zögern das Vertrauen des Volkes auf den Ernst und die Festigkeit der Reichsversammlung zu schwächen, und man machte mit Grund geltend, daß eben diese Festigkeit gebiete, den Dingen frisch und muthig in das Auge zu blicken. Man verlangte keine überstürzenden Maßregeln, aber doch erschien vielen der Majoritätsbeschluß des Ausschusses als zu milde und ward insbesondere deßhalb angegriffen, weil er eine Aufschiebung ins Unbestimmte zu enthalten scheine, welche nicht in der Absicht der Reichsversammlung liegen könne. Es wurden verschiedene Anträge gestellt und man vereinigte sich dahin, alle diese Anträge dem Vorstande der Weidenbuschversammlung zu übergeben, damit derselbe mit Zuziehung noch einiger Mitglieder der Versammlung sie erwäge und heute Abend in einer um 7 Uhr angesetzten Versammlung darüber Vortrage mache.

Frankfurt, 23. April. Im Weidenbusch hat man gestern Abend sich dahin vereinigt, der Discussion heute ihren Fortgang zu lassen und alle etwa zu stellende Anträge noch zu verschieben, um jede Ueberstürzung nach Möglichkeit zu verhüten. Mitgetheilt ward die Nachricht, daß in der zweiten Kammer zu Berlin der dritte Satz des Roddertus'schen Antrags angenommen sei. Von Stuttgart lief die eigenthümliche Nachricht ein, es habe der Prinz Friedrich ohne Wissen des dortigen Kriegsministers die im badischen Oberlande stehenden württembergischen Truppen zurückbeschieden, indessen sei ihnen bereits durch den Kriegsminister der strengste Gegenbefehl zugesendet worden. Also auch dort Kamarilla hinter der Regierung? (D. Z.)

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Altona, 20. April. Mit dem um 8 Uhr abgegangenen Morgenzuge begab sich der Herzog Adolph von Nassau zur Armee. — Nach dem Bericht des Haderslebener Postamts vom 19. April ist diesen Morgen der General Bonin mit dem Hauptquartier nach Christiansfeld abgegangen.

△ **Schleswig**, 19. April. Wie wir hören, hat Herr Major Duhall den Oberbefehlshaber v. Prittwitz auf den Düppeler Schanzen getroffen, wo er persönlich die Befestigungsarbeiten leitete, vor deren wenigstens theilweiser Beendigung er nicht glaubte, nach Jütland vorrücken zu sollen. Der Bau von Blockhäusern war in vollem Gange und die Schanzen sollen durch vier vollständige Redouten gegen jeden Angriff gesichert werden. Der Besitz Alsens und des Brückenkopfs wird dadurch den Dänen werthlos und die Hauptmacht der Deutschen kann dann unbesorgt sich im Norden bewegen. Die Dänen scheinen dies auch bereits einzusehen. Sie haben nur noch 5—6000 Mann auf Alsen. Alle übrige Mannschaft ist nach Jütland gebracht, wo es denn auch zu einen entscheidenden Schlage wird hoffentlich kommen können. — Wir haben hier kaltes Wetter und die braven Soldaten bivouakiren auf den Düppeler Schanzen im Schnee und Eis. — Wimpel und Hauptflagge der „Gefion" und die Flagge des Hauptboots von „Christian VIII." sind bereits nach Frankfurt abgesendet. So gern wir diese Trophäen hier behalten hätten, so fühlen wir doch, daß sie dahin gehören, wo die Männer wirken, welchen wir so energischen Schutz verdanken.

Apenrade, 20. April. Heute ist die Avantgarde der schleswig-holsteinischen Armee, nämlich das 1. Jägercorps, das 9. und 10. Infanteriebataillon nebst Artillerie und Cavallerie, in Jütland eingerückt.

In Kopenhagen soll sich der Staatsrath mit der Frage, was zu thun sei, wenn die Deutschen in Jütland einrücken, ernstlich beschäftigt haben. Der erste bedrohte Punkt ist die kleine Festung Fridericia, welche, unbedeutend als Waffenplatz, von großer strategischer Wichtigkeit ist, weil sie den Uebergang vom Festlande über den dort sehr schmalen und für große Kriegsschiffe unfahrbaren kleinen Belt nach der Insel Fühnen beherrscht. General Rye wird daher wahrscheinlich auf diesem Punkte die dänische Hauptmacht concentriren und den Platz mit Hilfe der Strandbatterien von Steib auf Fühnen, der Kanonenböte und Dampfschiffe zu vertheidigen suchen.

Auf Alsen hat an General Bülow's Stelle der Ritter de Meza, ein tüchtiger Artillerieoffizier, das Commando erhalten. Die Besatzung der Insel besteht aus zwei Brigaden, nach anderen Berichten nur aus fünf Bataillonen. Man will wissen, daß sie sich auf eine Occupation Alsens durch die Deutschen schon gefaßt machen, indem sie ihre Magazine einschiffen und die Halbinsel Kekenis, die an einem schmalen Damme unten an der Insel hängt, durch starke Verschanzungen in einen sicheren Zufluchtsort für die Truppen verwandeln. Bis zum 19. ist auf den Düppeler Schanzen nichts Bemerkenswerthes vorgefallen, doch deutet die Errichtung von Blockhäusern auf jenem Punkte auf ein größeres Unternehmen.

Deutschland.

Wien, 19. April. Das gestern erwähnte Gefecht bei Pest am 16. April endete um 9 Uhr Abends mit der Wiedereinnahme der vorigen Stellungen durch beide Heere, welche den 17. ruhig verblieben. Indessen hat sich die Besorgniß bestätigt, daß die Insurgenten durch jenes Gefecht nur die Bewegung eines Corps von 30,000 Mann, welches Dembinski den unter General Vogel (Hammerstein blieb in Lemberg) nach Oberungarn über Eperies nach Kaschau eingerückten 16,000 Mann kaiserlicher Truppen in Eilmärschen entgegensendet, maskiren und die Armee vor Pest von der Absendung eines Hilfscorps in jene Gegend abhalten wollten. Dieses Insurgentencorps soll bereits in Miskolcz sein und operiri wieder nach dem alten Plan: das vereinzelte kais. Corps mit Uebermacht zu überfallen und zurückzudrängen. Auch Görgey soll von Jpolyschag über Nimaezombat gegen General Vogel anrücken. Wenn indessen General Wohlgemuth mit seinem Corps ihm auf dem Fuße folgt, so müssen beide Corps der Insurgenten über die Theiß zu entkommen suchen. Alles hängt von der Schnelligkeit der beiderseitigen Bewegungen ab. Diese Diversion scheint von Komorn den Anfall der Insurgenten für jetzt abgewendet und zugleich zu der in hiesigen Zeitungen veröffentlichten Fabel Anlaß gegeben zu haben, daß Kossuth über Eperies die Flucht ergriffen habe. An dem Gefecht am Flusse Gran bei Parkany oder Kalna, einem kleinen Dörfchen daneben, (nicht Kalna bei Lewa) scheiterte der Insurgentenmarsch nach Komorn, und da General Welden am 17. April Abends schon in Gran war und die Insurgenten vor dem Einlangen der Verstärkungen kein entscheidendes Resultat erzielten, so können wir bald von Offensivbewegungen der kaiserlichen Armee hören. (A. Z.)

Der am 10. d. M. bei Waitzen gebliebene Generalmajor Christian Götz, geboren zu Lieben im Jahr 1783, evangelischer Religion, trat am 27. November 1800 als Gemeiner freiwillig bei Prinz Coburg Dragoner Nr. 6 in österreichische Kriegsdienste und ist bis 1815 stufenweise zum Premierrittmeister vorgerückt. 1828 quittirte derselbe und verehelichte sich. 1831 trat er als Hauptmann bei Herzog von Nassau Infanterie Nr. 29 wieder ein, ward 1835 Major, 1838 Oberstlieutenant, 1843 Oberst und 1848 Generalmajor.

Es wird von Reisenden, die aus Pest kommen, versichert, daß man daselbst oft weniger von dem Stande der Kriegsoperationen, als in Wien erfahre. Hiermit stimmen auch die heutigen neuesten Nachrichten in der „Ostdeutschen Post" zusammen, wo es bei Pest heißt: Vor der Hand ist die ungarische Armee abermals verschwunden. Es ist Thatsache, daß wir in diesem Augenblick nicht wissen, wo der Kern des Feindes steht.

Triest, 16. April. Die Sardenflotte hat endlich die Gewässer von Pirano verlassen. Schon gestern wurden die Segelschiffe jenes Geschwaders auf den Höhen von Lissa gesehen. Venedig hat erklärt, auf dem Widerstand zu verharren; so lautet die Antwort auf Haynau's Aufforderung zur Uebergabe. Verläßliche Privatnachrichten lauten weniger beklemmütig. Seit 5 Tagen sah man kein Fleisch in der Dogenstadt. Das anhaltend stürmische Wetter, die seit Wochen ununterbrochenen Südwinde halten die Blokade zur See, da sie keinem Fahrzeuge das Einlaufen nach Venedig gestatten. Die österreichischen Kriegsschiffe stehen noch auf der Rhede von Pirano. Der Vicеadmiral erwartet den Witterungswechsel, um seine Operationen beginnen zu können.

Die „Zeitung für Norddeutschland" meldet in einem ihrer neuesten Blätter aus **Berlin**: Während so viele große politische Ereignisse den Thron der Hohenzollern bedrängen, wird der Familienkreis derselben auch von störenden häuslichen Begebnissen heimgesucht. Am 28. März erfolgte auf dem Kammergericht die Trennung der Ehe des Prinzen Albrecht mit der Prinzessin Marianne der Niederlande, welche schon seit einigen Jahren in Folge mancher Zerwürfnisse drohte. Der Prinz hatte zuletzt auf Scheidung geklagt und als Grund unüberwindliche Abneigung angegeben. Da mit dem 1. April alle Ehescheidungsklagen an die Untergerichte übergegangen sind, wurde der Schlußtermin in Eile noch am 28. v. M. gehalten. Der Prinz war in Person vorgefordert, erschien jedoch nicht, die Sachwalter beider Parteien standen daher allein vor dem Kammergerichtspräsidenten v. Strampf und dem Staatsanwalt Seibe. Eine Vernehmung des Leibarztes des Prinzen, Dr. v. Arnim, währte mehrere Stunden, worauf die Scheidung ausgesprochen wurde. Der Prinz wurde von der Zahlung einer bedeutenden Entschädigungssumme, welche von der andern Seite gefordert wurde, freigesprochen, ebenso ihm die Kinder zuerkannt. Die Prinzessin befindet sich gegenwärtig im Haag; sie hat die ihr gehörige schöne Herrschaft Camenz in Schlesien verkauft und keine Erlaubniß erhalten, wieder nach Preußen zurückzukehren. Sobald die Verhältnisse es erlauben, will die Prinzessin nach Italien gehen und dort ihren ferneren Aufenthalt nehmen.

Die Anhalt'schen Herzogthümer haben ihre unbedingte Unterwerfung unter die von der Frankfurter Nationalver-

sammlung gefaßten Beschlüsse officiell erklärt und die Kammern der genannten Länder haben die Souveränetät dieser Versammlung ohne Rückhalt anerkannt. Wir sind zu dem Verlangen berechtigt, daß nun den hochklingenden Worten auch die nachdrückliche That folgen werde. Wenn daher ein vom Sittlichkeitsgefühl der gesammten Nation gebilligter Beschluß der Nationalversammlung die Aufhebung sämmtlicher Spielhöllen am 1. Mai gebietet, so erwarten wir, daß Herr Minister Habicht die Spielbank in Cöthen, diese auf dem Knotenpunkte der wichtigsten Verkehrslinien Norddeutschlands belegene privilegirte Freistätte der Verführung und Plünderung, zur festgesetzten Zeit unfehlbar schließen wird. In Anerkennung der von der Frankfurter Versammlung gegebenen Verfassung ist Cöthen der preußischen Regierung zuvorgekommen; dagegen hat diese die Aufhebung der Aachener Spielbank bereits angeordnet. Nicht die benachbarten Länder allein, welche jener Hölle die zahlreichsten Opfer senden; nein, die öffentliche Meinung des ganzen Deutschlands verlangt, daß der dankenswerthe Vorgang der preußischen Regierung in dem „freisinnigen" Cöthen sofortige Nachahmung finde. Der Termin ist gegeben; die öffentliche Meinung wird die Einhaltung desselben auch in Cöthen überwachen. (C. Z.)

Was schon lange als bevorstehend bezeichnet wurde, das ist jetzt geschehen. Die Abgeordneten der zweiten Kammer Harkort, Ostermann, Müller, Erbreich, Platzmann, Brüninghaus, Möcke, Ludwig, Seiffert, Jordan, Kießling, Kartenè, v. Beughem, Jacob, Thiel, Gellern, Geßler, Püz, Eames, Bolze und Tiesterweg haben sich am 16. April als rechtes Centrum constituirt und folgendes Programm aufgestellt, in dem man besonders die Entschiedenheit über die deutsche Frage billigen muß:

„Wir halten fest an dem Princip der constitutionellen Monarchie unter der erblichen Regierung des Hauses Hohenzollern; erkennen die Verfassung vom 5 December v. J. als rechtsgültiges Grundgesetz des preußischen Staates an und verzichten uns, zu der vorbehaltenen Revision dieselben nur auf dem im § 112 daselbst vorgezeichneten Wege mitwirken und das Ergebniß dieser Revision als verbindlich anerkennen zu wollen. Da wir indessen nicht so sehr in der strengen Befolgung abstracter Theorien, als wie in Hebung der geistigen Bildung und des materiellen Wohlstandes das Heil der Nation erblicken, so soll unsere angestrengteste Thätigkeit in der zweiten Kammer vorzugsweise auf folgende Punkte gerichtet sein: 1) Verbesserung der Schulen und des Volksunterrichts. 2) Verwirklichung des Princips der Selbstregierung und Verwaltung durch Einführung einer einfachen, freien und kräftigen Gemeindeordnung, in Verbindung mit der entsprechenden Kreis- und Bezirksordnung. 3) Entlastung des Grund und Bodens, möglichste Entwickelung des Ackerbaues, des Handels und der Gewerbe. 4) Sorgfältige Prüfung des Staatshaushaltes. 5) Gleichmäßige Vertheilung der Steuerlast. 6) Schließlich bekennen wir uns zu einer entschieden deutschen Politik, und erachten es für den Beruf Preußens, sich an die Spitze zu stellen und den übrigen deutschen Staaten ein edles Beispiel durch Annahme der Verfassung zu geben, deren zweckmäßige Abänderung später auf gesetzlichem Wege erfolgen soll."

Stettin, 20. April. Die hiesige Schifffahrtscommission hat am 16. d. M. dem britischen Vicecons[ul] in Stettin, Herrn Petersen, eine Vorstellung übergeben, in welcher sie ihn auffordert, seine Regierung von der Unzulänglichkeit der dänischen Blokade der preußischen Ostseehäfen in Kenntniß zu setzen, damit dieselbe Maßregeln treffe, der völkerrechtlich unzulässigen Belästigung der neutralen Schiffe durch die dänischen Kreuzer ein Ende zu machen. Sie beruft sich darauf, daß eine giltige Blokade nur stattfindet, wenn ein Kriegsschiff vor dem zu blokirenden Hafen in Sicht stationirt ist, daß aber die zur Blokirung von fünf preußischen Ostseehäfen bestimmten beiden Kriegsschiffe „Havfruen" und „Flora", abgesehen davon, daß sie ihrer Zahl nach dazu nicht hinreichen, vor keinem dieser Häfen stationirt sind, sondern sich damit begnügen, die neutralen Schiffe auf hoher See von der Fahrt nach jenen Häfen abzumahnen und sich seit dem Beginn der Blokade nur ab und zu vor jenen Häfen kreuzend gezeigt haben.

Würzburg, 23. April. Gestern Nachmittag fand im Garten des „Römischen Kaisers" dahier eine Volksversammlung statt, um über eine Adresse an den König zu berathen, worin um unverzügliche Einberufung der Kammern gebeten wird. Die Adresse wurde unverändert angenommen.

++ **Hannover**, 21. April. Es wird allgemein behauptet, daß unsere vertagten Kammern in den nächsten Tagen, mithin vor dem 3. Mai, wieder in Thätigkeit gesetzt werden sollen. Wir schenken dieser Mittheilung indessen keinen rechten Glauben. Entweder müßte das Ministerium in der deutschen Frage eine ihm sehr günstige Stellung erreicht haben, oder es müßte in dieser wichtigen Angelegenheit anderer Ansicht geworden sein. Aber weder für die eine, noch für die andere Annahme können wir uns in diesem Augenblicke entscheiden. Unsere politischen Vereine sind fortwährend sehr thätig. Volksverein und neuer vaterländischer Verein haben Adressen an die Nationalversammlung gesandt, in welcher erklärt wird, daß man mit der Nationalversammlung unerschütterlich an der Reichsverfassung festhalten werde. Der neue vaterländische Verein hat die Mannheimer Adresse adoptirt, wovon er die Brüder in Mannheim in Kenntniß setzen wird. — Großes Aufsehen erregt hier die plötzlich erfolgte Versetzung des Kanzlei-Auditors Planck von der hiesigen Justizkanzlei an die zu Osnabrück. Hr. Planck war eines der ausgezeichnetsten Mitglieder des Volksvereins und des neuen vaterländischen Vereins, ein junger höchst begabter, aber keineswegs excentrischer Mann. Es ist wohl keinem Zweifel unterworfen, daß man bei dieser Versetzung die politische Richtung des Auditors Planck im Auge gehabt hat. Unser Gesammtministerium macht sich doch täglich beliebter, denn wenn diese Versetzung auch nur vom Ministerium der Justiz beliebt worden ist, so ist sie doch im Geiste des ganzen Ministeriums erfolgt.

Aurich, 16. April. Der hiesige Bürgerverein hat eine Petition an den König erlassen, derselbe möge dahin wirken, daß der König von Preußen die auf ihn gefallene Kaiserwahl auf Grund der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung unbedingt annehme. Zugleich spricht der Verein seine Uebereinstimmung mit der am 11. von Abgeordneten beider Kammern an das hannoversche Ministerium gerichteten Vorstellung aus und bittet Se. Majestät, die sofortige Wiederberufung der Ständeversammlung verfügen zu wollen. Das Centralcomite der verbundenen ostfriesischen Vereine fordert nun heute sämmtliche politische Vereine und die Gemeinden Ostfrieslands auf, sich dieser Petition anzuschließen, damit „der König sich von der überwiegend deutschen Gesinnung Ostfrieslands überzeuge".

Emden, 16. April. Von vielen achtbaren Bewohnern hiesiger Stadt ist eine Adresse an den König gerichtet, in welcher an denselben die Bitte gestellt wird, „das Gesammtministerium entlassen und Männer berufen zu wollen, deren System mit der allgemeinen Stimmung des Landes im Einklang stehe."

Stuttgart, 23. April. Eine Extrabeilage zum „Schwäbischen Merkur" enthält folgende

Proclamation:

„Württemberger! Seit 32 Jahren habe ich die Geschicke unseres gemeinschaftlichen Vaterlandes gelenkt, habe ich nur einen Gedanken, nur eine Aufgabe, die Eurer steigenden Wohlfahrt und Zufriedenheit verfolgt! In ernsten und in guten Tagen habt Ihr mir vielfache Beweise Eures Vertrauens und Eurer Liebe gegeben, habt Ihr ein Beispiel von Eintracht zwischen Fürst und Volk geliefert, welches der Ruhm des Landes bei unsern Nachbarn und zugleich mein Stolz, so wie das beständige Ziel aller meiner Regierungmühen war. Württemberger, die Zeiten sind ernst, das Vaterland, das gemeinschaftliche, wie das besondere, ist von vielen und großen Gefahren bedroht. Mehr als je gilt es, daß wir fest und einträchtig Hand in Hand gehen. Wie Ihr, will auch ich ein großes, einiges und starkes Deutschland. Ich werde jedes Opfer freudig zu Gunsten eines so gemeinnützigen Zieles bringen. Wo es das wahre Wohl des gemeinschaftlichen Vaterlandes gilt, müssen alle Interessen, die großen wie die kleinen, schweigen. Die Nationalversammlung hat das Verfassungswerk ihrerseits vollendet, allein Ihr wißt, daß zwischen ihr und den größeren Regierungen Deutschlands zur Zeit noch eine Nichtverständigung über diesen hochwichtigen Gegenstand besteht. Ich für meine Person habe eine solche Verwicklung in keiner Weise herbeigeführt; da sie aber leider vorhanden ist, so gebieten Klugheit und Vorsicht, so erheischen das wahre Wohl und eine gesicherte Zukunft unseres Vaterlandes, daß wir die Entwicklung derselben mit Ruhe und Zuversicht abwarten. Verlaßt Euch auf mein Fürstenwort, es ist weder für Euch, noch für Deutschland keinerlei Gefahr in einem solchen Verzuge. Eine voreilige Entschließnahme von unserer Seite wurde im Gegentheil die friedliche Lösung der Frage eher verhindern und verzögern, als beenden und fördern. Ohnedies kann und wird die Ungewißheit darüber nicht lange mehr andauern. Württemberger, vertraut Eurem Könige, der es wohl mit Euch meint; mißtraut den Einflüssen und den Reden aller Ehrgeizigen und aller Wühler, die sich selbst und Euch auf den Weg des Verderbens führen würden. Es lebe die deutsche Einigkeit und die allseitig friedfertige, ruhige Lösung des Reichsverfassungswerkes. Wilhelm."

Darmstadt, 21. April. Die heute erschienene Nr. 24 des großh. Regierungsblattes enthält 1) Reichsgesetze, a. Gesetz, betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause, b. Gesetz, betreffend die Taggelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichstage. 2) Gesetz, die Aufhebung der Todesstrafe betreffend. (Zur Ausführung der im Reichsgesetze vom 27. Dec. 1848, die Grundrechte des deutschen Volkes betreffend, im § 9 enthaltenen Bestimmung.)

Lübeck, 19. April. Die Bürgerschaft hat in ihrer heutigen Sitzung folgende Adresse an die Nationalversammlung beschlossen:

„In der gegenwärtigen Zeit, wo die Frage sich entscheiden muß, ob Deutschland zu einer einheitlichen Verfassung, zu nationaler Kraft und Stärke gelangen solle oder nicht, ist es heilige Pflicht des deutschen Volks, sich einmüthig und entschieden um seine gesetzlichen Vertreter zu scharen. Deshalb sieht sich die Bürgerschaft Lübecks zu der Erklärung genöthigt: 1) Sie erkennt die von der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. beschlossene Verfassung als zu Recht bestehend und rechtgiltig an. 2) Sie erachtet eine Veränderung derselben nur auf dem in dieser Verfassung bestimmten Wege für zulässig. 3) Sie hegt die zuversichtliche Hoffnung und das volle Vertrauen, die Nationalversammlung werde unerschütterlich festhalten an dem vollendeten Werke."

Italien.

* **Rom**, 11. April. Mercier, der Gesandte der französischen Republik, ist von hier nach Gaeta abgereist. Man hört jetzt, daß das Pariser Cabinet der römischen Regierung die Nothwendigkeit eines Arrangements mit dem Papste sehr dringend ans Herz gelegt habe. Bis auf den Namen „Republik" sollte Alles gewährleistet werden. Das Triumvirat hat diese Forderung indeß abgeschlagen.

* **Genua**, 16. April. Das Dampfboot Sully läuft soeben mit Nachrichten aus Palermo vom 10. April ein, welche melden, daß Mirosławski's Rückzug aus Catania eine Kriegslist war und daß er die Neapolitaner nur deßhalb in die Stadt rücken ließ, um sie desto besser zu vernichten.

Großbritannien.

** **London**, 20. April. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses zeigte der Marquis v. Lansdowne an, daß er am nächsten Dienstag dem Hause eine Dankadresse an den Oberbefehlshaber, die Offiziere und die Soldaten der indischen Armee für ihre musterhafte Führung in dem letzten Feldzuge vorlegen werde. Auf eine Interpellation Lord Stanley's erwiederte der Minister, daß die auf Sicilien bezüglichen Papiere demnächst dem Hause würden vorgelegt werden, daß die Seemacht unter dem Befehle William Parke's von Sicilien zurückgerufen worden sei und daselbst nur zum Schutze britischer Unterthanen und deren Eigenthums einige Schiffe zurückgeblieben seien, mit den bestimmtesten Anweisungen, in dem Kampfe zwischen den kriegführenden Parteien weder direct, noch indirect zu intervenireu. Auf eine Interpellation Lord Beaumont's, in Betreff der französischen Expedition nach Italien, erklärte der Marquis, daß die fragliche Expedition von der britischen Regierung nicht veranlaßt worden und ebensowenig Gegenstand irgend einer Unterhandlung gewesen sei, obschon der Zweck dieser Expedition, soviel er bekannt sei, keineswegs von der Regierung Ihrer Majestät mißbilligt werden könne. Eine zweite Frage, das Preisgeben der Sicilianer an einen sehr unchristlichen Monarchen, wie der Interpellant den König von Neapel genannt hatte, müsse er dahin erwiedern, daß er die Behauptung, als habe die Regierung die von ihr eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt, nicht annehmen könne.

Im Unterhause antwortete gestern Lord John Russell auf eine Interpellation d'Israeli's in Betreff Siciliens, daß die Vermittlung zwischen dem König von Neapel und den Sicilianern beendet sei, und daß die auf diese Frage bezüglichen Papiere demnächst dem Hause würden vorgelegt werden; er fügt hinzu, daß die Unterhandlungen mit Dänemark wegen Schleswig-Holstein noch im Gange wären, und man deßhalb für den Augenblick die auf diese Angelegenheit Bezug habenden Schriften nicht mittheilen könne. In Betreff des Brüsseler Congresses erinnerte der Minister Hrn. d'Israeli daran, daß Oesterreich versprochen habe, einen Bevollmächtigten für denselben zu ernennen, diesem Versprechen aber keine Folge gegeben habe. Hr. Hume interpellirte Lord Palmerston, ob es wahr sei, daß am 26. März ein Courier von Kopenhagen mit wichtigen Depeschen angelangt sei und man die Depeschen noch ungeöffnet oder wenigstens unbeantwortet gelassen habe, bis es zu spät gewesen sei, die Feindseligkeiten zu verhindern. Lord Palmerston gab hierauf zunächst einige Aufschlüsse über die vorher stattgehabten Unterhandlungen und erklärte dann, daß ihm eine vom 26. März datirte Depesche des dänischen Gesandten, aber nicht in der gewöhnlichen Form zugestellt und durch Zufall verschoben worden sei. Uebrigens sei diese Depesche erst am 29., und nicht am 27. angelangt, wie es nöthig gewesen wäre, um ihren Inhalt dem preußischen Gesandten, der zugleich die Centralgewalt vertrete, mitzutheilen. Da indeß die Vorschläge Dänemarks solcher Art gewesen seien, daß der preußische Gesandte in keinem Fall hätte zustimmen können, so wäre es ganz gleichgiltig, ob die Mittheilung am Donnerstag oder am Dienstag gemacht worden sei. Die Antwort hätte in jedem Falle dieselbe sein müssen. Auf eine Interpellation des Herrn Austey in Betreff einer von Rußland der Pforte gemachten Drohung, seinen Gesandten zurückzurufen, wenn die türkischen Truppen nicht aus den Donaufürstenthümern zurückgezogen würden, erklärte Lord Palmerston, daß er keine Veranlassung habe, an die Wahrheit einer solchen Drohung zu glauben, und daß dieses Gerücht wahrscheinlich nur in der Ankunft eines sehr prodigestellten russischen Offiziers, der aus St. Petersburg nach Konstantinopel zur Herstellung einer freundschaftlichen Ausgleichung gesandt worden sei, seinen Grund habe.

Zu Anfang der heutigen Unterhaussitzung machte der Kanzler der Schatzkammer, durch eine Interpellation Hume's veranlaßt, die Anzeige, daß die Lage des Schatzes gegenwärtig eine Mehrheit der Einnahmen, anstatt wie in dem letzten Nachweis eine Mehrheit der Ausgaben, darbiete.

Nachschrift.

|| **Frankfurt**, 24. April. In der heutigen 205. Sitzung der Nationalversammlung wurde folgender Antrag der Abgeordneten Bischer aus Tübingen und Fetzer unter dem Beifalle der Versammlung einstimmig angenommen:

1) Die Nationalversammlung beschließt sofort: Die württembergische Kammer der Abgeordneten insbesondere durch ihren Beschluß vom 22. April, so wie das württembergische Volk überhaupt, entsprechen mit dem in den letzten Tagen gezeigten entschiedenen Festhalten an der deutschen Reichsverfassung den Erwartungen und dem Willen der deutschen Nation.
2) Die Nationalversammlung setzt von dieser Erklärung durch Vermittlung des Präsidiums genannter Kammer der Abgeordneten diese selbst so wie das württembergische Volk überhaupt in Kenntniß.

Börsenberichte.

++ **Frankfurt**, 23. April. Der Rückgang zu Berlin am 21. d. M. mit sämmtlichen Coursen, auf die Nachricht, daß der König nicht geneigt sei, die deutsche Kaiserwürde mit unbedingter Anerkennung der Verfassung anzunehmen, blieb hier ohne ungünstige Wirkung auf den Stand der heutigen Börse; es waren vielmehr viele compiante Käufer am Markt, und theilweise stellten sich mehrere Fondsgattungen, sowie namentlich österreichische Papiere, auf den Aufschwung, den solche zu Lüen am 19. d. M. genommen, merklich höher im Preise als gestern. 5pCt. Metall. bleiben 77⅛ pCt., 2½pCt. Metall 41pCt., Bankactien 1184 fl., 500 fl. Loose 129 pCt., 250 fl. Loose 80⅞ pCt., Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27¾, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 25⅝, ⅞ fl. G., do. 50 fl. Loose 48⅛ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 71⅞ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20⅞ fl., Sardinische Loose 26⅛ Fr., Pola. 500 fl. Loose 74⅛ Rthlr. Von süddeutschen Obligationen 4½pCt. Württemberger 94½ pCt., 3½pCt. do. 78½ pCt., Badische 3½pCt. Obligationen 77⅛, ditto 5pCt. vom Jahr 1848 96 pCt. Geld, Nassauer 3½ pCt. Obligationen 80⅜ pCt., do. 5pCt. v. J. 1849 99½ pCt. Von belgischen Obligationen 2½pCt. belgische 43½, ditto 4½pCt. 83½, ditto 5pCt. 90½, Fr. Von Eisenbahnen Friedrich-Wilhelms-Nordbahn anfangs 31⅝, schließt 35 Rthlr. G.; Berbach bleibt 73½ pCt., Köln-Minden 77 pCt., Taunus 292 fl., 3pCt. inl. Span. fest im Court 24¼ pCt. G. Von Wechseln London 120½, eher zu haben, Amsterdam 100⅜, zu haben, Augsburg 119⅝ G., Mailand 100½ G., Bremen 99½, Berlin und Leipzig 105⅜ G., Wiener angefangen mit 104⅞, stieg in Folge gemachter Ankäufe eines großen Banquierhauses bis auf 105⅛, à 105⅜, Paris 95⅛.

Paris, 21. April. Stand der Rente: 5pCt. 88. 10. — 3pCt. 56. 25. — Neapol. 84. — Rente 3pCt. Span. 33. — Innere Schuld 21½. — Bankactien 2392. 50 — Versailles, rechtes Ufer 220. — linkes Ufer 165. — Paris-Orleans 852. 50. Paris-Rouen 565. — Orleans-Vierzon 360. — Rouen-Havre 300. Marseille-Avignon 216. 25. — Straßburg-Basel 105. — Nordbahn 452. 50. — Paris-Straßburg 371. 25. — Römisches Anlehen 78⅛ ⅝ ⅛.

Verantwortlicher Redacteur Dr. P. Nallen.

[1141] Die Direction der Friedrich-Wilhelm-Nordbahn hat eine Anzeige gemacht, in welcher sie über den Stand des Unternehmens berichtet. Gemäß wird im Laufe des Jahres die Bahn vollendet und mit den anzuwendenden 1½ resp. 2 Millionen Thaler ist der gänzliche Bedarf zum Ausbau der Bahn und für die Zinsen pro 1849 gedeckt. Auch sei die Frequenz bedeutend; wie viel, wird nicht gesagt.

Im vorjährigen Bericht erklärte die Direction mit dem Actien-Capitale von 8 Millionen für die ganze Bahn vollkommen auszureichen; ein bedauernswerther Irrthum, der manche Leichtgläubige veranlaßte, sich bei dem Unternehmen zu betheiligen; noch ist es uns nicht klar, wie man sich so verrechnen konnte.

Wenn aber, wie wir hoffen, diesmal keine neue Rechnung kommt, so kostet doch immer die Bahn pr. Meile 513,000 Rthlr. oder 900,000 fl. Berechnen wir die Einnahmen nach denen der Thüringer Bahn (die eine doppelt bevölkerte und reichere Gegend durchschneidet), so hat letztere in 1848 einzunehmen auf 22½ Meile 504,000 Rthlr. Die Einnahme der Nordbahn wäre also auf 19½ Meile . . Rthlr. 435,900

Betriebskosten als Minimum bekanntlich
60 pCt. . . . . Rthlr. 261,540
Zinsen von 1½ Million à 5 pCt . „ 75 000
Rückzahlung des Anlehens von 2 Mill.
à 1 pCt. . . . . „ 20 000
„ 356 540

bleiben also Rthlr. 78,360
Reparaturen und andere Kosten nicht gerechnet.

Für den unbedeutlichen Fall also, daß die Nordbahn eben so viel einnähme, als die Thüringer Bahn, wäre für die Actionäre etwa 1pCt. zu erwarten. Wir glauben uns aber nicht zu irren, wenn wir behaupten, daß das Resultat weit unter obiger Berechnung bleiben wird. Den Zweck der Anzeige der Direction kennen wir nicht, unsere Anzeige aber soll dem Publikum die Augen öffnen.

Benachrichtigungen.

[1160] Eine gebildete Dame, die gut deutsch, französisch und italienisch spricht, auch eine tüchtige musikalische Bildung besitzt, sucht eine Stelle als Gesellschafterin, oder sonst eine ihren Kenntnissen entsprechende Anstellung.

Schriftliche Anfragen mit den Buchstaben **L. Z.** bezeichnet werden franco erbeten.

[1175] **Bekanntmachung.**

Bei hiesiger Fahrpost-Expedition befinden sich verschiedene im Paßgebäude und in den Eilwagen zurückgebliebene Passagier-Effecten, als: Lederschuhe, Stöcke, Bücher, Utensilien zum Tabakrauchen, Messer, 1 Flasche, 1 leerer Rucksack, Mützen, Sackbücher ꝛc.,

welche Gegenstände innerhalb sechs Monaten von heute an gegen gehörige Legitimation in Empfang zu nehmen sind, weil außerdem anderweit darüber verfügt werden wird.

Frankfurt a. M., den 23. April 1849.

Fürstlich Thurn u. Taxis'sches Ober-Post-Amt.

[1030] Bei Sauerländer, Sandgasse Nr. 8 neu, zu haben:

Die Wage.

Deutsche Reichstagsschau

von

J. Venedey.

Siebentes Heft, enthaltend: Die erste Jahresfeier der März-Revolution. — Rede, gehalten am 4. März bei der Jahresfeier der Revolution zu Wiesbaden.

Preis: 21 kr. oder 6 Sgr.

NB. Es erscheint wo möglich regelmäßig alle 14 Tage ein Heft von 3 Bogen. Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen darauf an.

Niederländische Handelsgesellschaft.

Die Direction bringt hiermit zur Anzeige, daß sie Donnerstag den 10. Mai 1849 in Rotterdam über

16967	Kranj. u. Kan. Java-Zucker,	lagernd daselbst,			
46337	„	„	„	„	in Amsterdam,
3020	„	„	„	„	in Dortrecht,
5007	„	„	„	„	in Middelburg,

Auction halten wird.

Notizen und Verkaufsbedingungen werden zeitig ausgegeben.

Amsterdam, den 5. April 1849.

[1050] **Van der Oudermeulen**, Präsident.
Goudswaard, Dir. fung. Secretär.

Bitte, betreffend die Herkunft des Carl Theony in Mainz.

Carl Theony ist im Jahr 1798 oder 1799 als ein Kind von sieben oder acht Tagen durch den kurpfälzischen Geheimsecretär, [illegible] königl. bayerischen Rath Heidel oder Heitel seiner Schwester, [illegible] Eheran von Johann Scharff in Großumstadt bei Mainz, zur Erziehung übergeben worden, und soll in dem Gasthof zu den „drei Kronen" in Mainz geboren sein. Nach fünfjährigem Aufenthalt in Großumstadt sei der [illegible] sich der eben genannte Rath Heidel zu Theony kam in das Haus von demselben; Heidel starb im Jahr 1813. Er war mit der reichlichen Ausstattung versehen und [illegible] sprechungen wurden seinen Erziehern gemacht. Im Alter von einundzwanzig Jahren, nachdem Herr Heidel ihm von früher den Namen Theony beigelegt hatte, war er in dem bayerischen Heer, und machte den Feldzug von 1815 mit. Damals erfuhr er von seinen Pflegeeltern, Scharff, es sei der Fürst Carl v. Isenburg sein Taufpathe gewesen, auch sei eine Frau v. Kling von Adelshausen bei Neuburg an der Donau häufig zum Besuch gekommen, und habe ihm eine mütterliche Liebe und Sorgfalt angedeihen lassen. Im Jahr 1819 ließ sich Frau v. Kling von Adelshausen, welche damals in Bayern lebte, zu wiederholtenmalen durch den Dekan Aichmayr zu Adelshausen in Erkundigungen; doch trat nichts von dessen Aufenthalt. Im Jahre 1821 nahm Theony seinen Abschied und kehrte 1825 in seine Heimath zurück. Jetzt erst erfuhr er die Schritte, welche Frau v. Kling sechs Jahre zuvor gethan hatte. Alles in der Zwischenzeit war Frau v. Kling gestorben, und auf alle Erkundigungen erhielt Theony keine weitere Antwort, als daß sein Name sich weder in den Papieren noch im Testamente der Frau v. Kling fand.

Zum Behufe der dürftigen Verhältnissen (als Hausknecht) lebenden Carl Theony mit Frau und drei unerzogenen Kindern ergreift man daher den Weg der Oeffentlichkeit, und bittet alle diejenigen, welche über die Herkunft des Carl Theony und insbesondere über den Inhalt des Testaments der Frau v. Kling (welche im Jahr 1823 in Karlskron bei Neuburg an der Donau verstorben ist) eine Auskunft zu geben vermögen, dieselbe gefälligst an den Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Mainz, April 1849.

[1135] **v. Horix**, Lit. E Nr. 233.

[1091] Verlag von C. G. Kunze in Mainz und in allen Buchhandlungen, in Frankfurt in der J. C. Hermann'schen zu haben:

Schimmer, C. A., Das Leben und Wirken
des

Erzherzogs Johann von Oesterreich,

nach Originalquellen und Urkunden geschildert. gr. 8. eleg. geh. 54 kr. od. 16 Ngr.

Der Verleger dieser Schrift hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Literatur mit einem Werke über das Leben des edlen Erzherzogs zu bereichern, welches historisches und somit bleibendes Werth habe. Es ist ihm dies auch gelungen und von vielen Seiten wurde er auf die bereitwilligste und zuvorkommendste Weise unterstützt. — Es standen ihm Quellen zu Gebot, die zuvor noch Niemand zugänglich waren, und der kurze, klare Text fraglicher Schrift wird an der Wahrheit des Gesagten nicht zweifeln. Diese Schrift verbreitet sich über das ganze seitherige Wirken des Erzherzogs von seinem ersten öffentlichen Auftreten bis zur Annahme der Würde eines Reichsverwesers. Sie bringt aber vieles bisher Unbekannte Aufschlüsse, auch über die Kriege von 1800, 1805 und 1809, und zeigt, wie schon im Beginn seiner Laufbahn der kenntnißreiche und charakteristische Erzherzog mit Hindernissen aller Art zu kämpfen hatte, wie unberücksichtigt sein kühner, aber mit scharfem Geist und localer Anschauung entworfener Vertheidigungsplan für den Krieg von 1809 und seine Denkschrift darüber an Kaiser Franz blieb. Er sprach damals seine Ueberzeugung über das veraltete Heer- und Verwaltungssystem aus; sein Rath wurde aber vom Hofkriegsrath verworfen. Sie erzählt ferner sein Verhältniß zum Kaiser Franz und dem Hof, auch über das große vermeintliche Complott von 1813 und die damit in Verbindung stehende perfide Lüge einer angeblichen Erbeinung des Erzherzogs Johann zum König von Rhätien. — Sie bringt Neues über die Schlacht von Wagram und gibt Nachricht von seinem Kriegsplan für 1809; beschreibt ausführlich seine 1815 unternommene Reise nach Frankreich, England und die Niederlande, die für die österreichische Infanterie so nutzbringend war; die in das russische Lager zu Wasilefsk, nach Konstantinopel, Griechenland, im Jahr 1837, und 1842 an den Rhein in das Hoflager des Königs von Preußen. — Gibt Aufschluß über die Zustände Tyrols im Jahr 1848 ꝛc. ꝛc., wie nicht minder über sein gemeinnütziges Wirken und vielfach thätiges Leben für Wissenschaft und Kunst.

Der Leser erfährt, wie vielumfassend seine Kenntnisse und Leistungen sind, daß Erzherzog Johann ein geschickter Ingenieur ist, ein gründlicher Kenner und Pfleger der Naturwissenschaften, ein tüchtiger Landwirth und wie sehr er in technischen Wissenschaften unterrichtet ist. Gewisse dafür liefern seine Pläne für Befestigungswerke in Tirol, Italien, in den Karpathen, die Gründung des Joanneums in Grätz, die verschiedenen von ihm gestifteten landwirthschaftlichen Vereine, für Steiermark, vaterländische Geschichte, Musik ꝛc. ꝛc. Und gewiß wird Jedermann, der sein ganzes seitheriges Leben überschaut, so reich an Thätigkeit und Nützlichkeit, gern mit einstimmen, daß, wenn es ihm auch nicht beschieden war, selbstständig am Staatsruder zu stehen, man dennoch von ihm sagen darf, seit Friedrich dem Großen gab es in Deutschland keinen Fürsten, der ihm an Geist, Einsicht und Thätigkeit gleicht und der so volksthümlich wie er geworden ist.

Auch sein Familienleben und seine bürgerliche Heirath ist in dem Buche beschrieben, und wir lernen ihn aus der wahrheitsgetreuen Schilderung als einen der ersten Menschen von tiefem Gefühl und der reinsten Humanität kennen, der mit ganzem Herzen dem deutschen Vaterlande angehört und mit der redlichsten Gesinnung sein Wohl will. Beweise dafür liefern seine Thaten im angehenden Mannesalter und seine Stellung in der neuesten Zeit. Damals und jetzt ist's dem trefflichen Erzherzog wenig gedankt worden, wie aufrichtig er bemüht war, für die Wohlfahrt Deutschlands zu sorgen. Die Zukunft wird es enthüllen, mit welchen Hindernissen er bei seinem redlichen Streben in der Gegenwart zu kämpfen hatte.

[1145] # Der Frankfurter Volksbote

erscheint seit Anfang April dreimal wöchentlich unter der Redaction von A. v. Rochau in der Naumann'schen Druckerei zu Frankfurt am Main. Der Frankfurter Volksbote hat sich die Aufgabe gestellt, das Verständniß und die unbefangene Würdigung der wechselnden Ereignisse des Tages und der bleibenden Interessen des deutschen Volks in engern und weitern Kreisen zu vermitteln. Nächst den allgemeinen deutschen Verhältnissen, den Reichsangelegenheiten, ist es vorzugsweise der politische Zustand und die Verfassungsfrage des Freistaats Frankfurt, welche der Frankfurter Volksbote in den Bereich seiner Mittheilungen und seiner Beurtheilung ziehen wird. Was das politische Glaubensbekenntniß des Blattes betrifft, welches wir ankündigen, so läßt sich dasselbe in der Erklärung zusammen fassen, daß der Volksbote unbedingt und um jeden Preis an der von der Reichsversammlung beschlossenen und verkündeten Verfassung festhält.

Der vierteljährige Abonnementspreis des Volksboten beträgt 45 kr. Auswärtige Bestellungen werden durch die Postämter besorgt. Einsendungen an die Redaction erbittet man unter Adresse der Naumann'schen Druckerei.

Bekanntmachung.

Statt der früher angekündigten Fahrten des Dampfschiffes **Lübeck**, Capt. G. Jahr, zwischen Travemünde, Kopenhagen, Gothenburg und Christiania, wird daselbe bis auf Weiteres zweimal wöchentlich, und zwar Dienstags und Sonnabends Nachmittags 6 Uhr von Travemünde mit der Post, Passagieren und Gütern nach Kopenhagen abgehen und Donnerstags und Sonntags von dort seine Rückreise antreten. Es wird am Dienstag, den 27. März, zurück von Travemünde seine Fahrten beginnen.

Lübeck, den 23. März 1849.

Die Direction der Lübecker Dampfschifffahrts Gesellschaft.

NB. Federn, Bettfedern und Haare werden nicht gekauft. [869]

Großer Ausverkauf während der Messe Neuekräme 27.

Tuch und Buckskin zu Hosen, Wintertuche in Wolle, Seide, Sammet und Piqué der Weste 24, 30, 36 kr. bis 1 fl. 45 kr., Sommerhosenzeuge und Sommer-Buckskin die Hose 1 fl. bis 4 fl. 48 kr., 1500 Stück Sommerröcke und Paletots von 2½ bis 5½ fl., Schlafröcke und Hauröcke von 2½ bis 6½ fl.

Im Laden Neuekräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels, bei

[1078] **J. Sachs**, aus Berlin.

Ausverkauf von Sonnenschirmen und Regenschirmen.

Nur während der Messe Neuekräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels.

Regenschirme in schwerster Seide von 3½ bis 5½ fl. — Sonnenschirme in schwerster Lyoner Seide, höchst geschmackvolle Muster, per Stück 1 fl. 45 kr. bis 3½ fl.

Neuekräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels, bei

[1077] **J. Sachs**, aus Berlin.

[1161] **Zu vermiethen.**

Ein Landsitz in der Schweiz. Derselbe liegt in einer schönen, weinreichen Gegend in der Nähe des Rheins, 5 Stunden von Zürich, 3 Stunden von Schaffhausen. Die Wohnung, ein herrschaftliches Schloß, ist gut möblirt, Kücheneräthe, Tisch- und Bettwäsche inbegriffen. Garten mit Garten-Salon und Fontäne, ausgedehnte Anlagen, Badzimmer, Stallung und Remise. Täglicher Courir. — Die Adresse des Eigenthümers wird von der Expedition dieses Blattes mitgetheilt.

[1131] Eisenbahnstraße, F G 16, schöne Lage vor der Stadt, sind 5 Zimmer, mit oder ohne Möbel, zu vermiethen.

[1143] Zeil, Nr. 61 neu, erster Stock, sind drei möblirte Zimmer zu vermiethen.

Sardinische 36 Fr. Loose

Ziehung den 1. Mai, coursmäßig bei

[1137] **J. N. Trier & Cie.**

[1148] Sonntag Abend, den 22. d., ist ein Mantel von dunkelblauem Tuch aus Versehen aus dem Saale des „Englischen Hofes" mitgenommen worden; man bittet denselben gefälligst wieder daselbst abgeben zu wollen.

Frankfurt a. M., den 23. April 1849.

Büdinger & Gouvernon,
im „Englischen Hofe"

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[876] **Edictalladung.**

Vom Großh. Hofgerichte zu Gießen ist über das mit 1821 fl. 31 kr. verschuldete Vermögen des Konrad Schultheiß von Nonrod der formelle Concurs erkannt worden. Alle, welche Ansprüche an die Masse haben, werden bei Vermeidung des stillschweigend erfolgenden Ausschlusses aufgefordert, solche

Dienstag, den 8. Mai,
Vormittags 9 Uhr,

bei dem unterzeichneten Gerichte zu liquidiren, auch sich über Vorzugsvorschläge zu erklären, als sonst sie der Mehrzahl der Gläubiger betheiligt angesehen werden.

Schotten, den 24. März 1849.

Großh. Hess. Landgericht.
Bindheim.

[1088] **Edictalladung.**

Nachdem der Soldat Joh. Conrad Heinrich Vetter von Oberlauter, Hr. kgl. Amts Landau, aus Urlaub entwichen und zum Regiment als Deserteur abgeführt worden ist, so wird derselbe hiermit von dem unterzeichneten Gerichte aufgefordert, sich zu seiner Verantwortung deßhalb bis zum

ersten Juni l. J.

dahier zu stellen, widrigenfalls er des Verbrechens der Desertion für schuldig erkannt und den diesfallsigen Gesetzen gemäß zur Bezahlung eines Einstands-Equivalents, zum Ersatze des Verzogenen und in die Untersuchungskosten verurtheilt, das deßfallsige Urtheil aber nur bei dem Regiment bekannt gemacht werden wird.

Wiesbaden, den 11. April 1849.

Militair-Gericht des Herzogl. Nass. II. Regiments.
Geran, Oberst. **Beckerburg**, Auditeur.

Decret

in Sachen

der J. G. Stronk's geborne Waldeck von Arcken im Königreich der Niederlande, Klägerin und Impetrantin

gegen

die Erben des verstorbenen Landesobrigkeitlichen Notars Maisonne in Limburg, namentlich:

1) Justizrath Gertrude Maisonne, Ehefrau des Hüttenverwalters Nögrath auf der Obermühle bei Bonn.
2) Franz Carl Maisonne zu Cöln,
3) Ernst Joseph Maisonne zu Andernach,
4) Franz Martin Maisonne zu Limburg,
5) Tuchmacher Jacob Bernhardt zu Limburg, als Vormund über Joseph Maisonne alias,
6) Catharine Maisonne zu Andernach,
7) Theresia Maisonne, verehelicht an Hof-Gerichts-Assessor Mahler zu Kastadt im Großherzogthum Baden,
8) Sophie Maisonne, verehelicht an den Kaufmann Reichermel in Luxemburg,
9) Johann Maisonne alias und
10) Marette Maisonne alias,

Beklagte und Impetraten

wegen Reconvenzklage über die für die Impetrantin eingenommenen Sequester im Betrage von 2150 fl., insbesondere wegen Arrestes.

Da in der rubricirten Rechtssache am 21. Februar 1832, eine Forderung der Beklagten und Impetraten von 100 fl. Rest aus 150 fl. aus Darlehn, an [illegible] nunmehr verstorbenen Simon Brahm zu Bilm [illegible] Arrest bestrickt worden ist, der Rath-Herr Müller zu Bilmar als bestellter Güterabsenggeld-Erheber des Ernst Brahm darauf diese 100 fl. am 6. März 1832 [illegible] der damaligen Schuldentzugnahmscommission verein[illegible] hat und hierüber der Schuldschein vom 15. April 1832 dahier vorliegt, so wird auf des Arrestes Deprecenten und der Erben des Simon Brahm namentlich: 1) Johannes Brahm und 2) Catharina Brahm, Ehefrau des Peter Geis zu Bilmar, [illegible] Parthien, oder deren Rechtsnachfolger, deren [illegible] maliger Wohnort nicht bekannt ist, aufgegeben, [illegible] zwei binnen 60 Tagen von dem ersten Erscheinen dieses Decrets in öffentlichen Blättern an gerechnet über Ansprüche an dem vorbezeichneten Depositum dahier geltend zu machen, als sonst besselbe dem Deponenten, dem Rathsherrn Müller zu Bilmar, zurückgezahlt werden soll.

Runkel, den 23. Februar 1849.

Herzogl. Nass. und Fürstl. Wied. Amt.
Kretel.

[1134] **Bekanntmachung.**

Im Laufe der Osterwoche d. J. wurde ein von dem k. k. österreichischen illyrischen Cadettum in Laibach am die Mitte März l. J. für den Gutsbesitzer Alois v. Wiesner nach Gilgin und Klagenfurt ausgestellter, Graf Wellersheim Gouverneur, unterzeichneter Reisepaß dahier entwendet und ist nachbeschriebenes Individuum, welches angeblich auf der Reise nach Straßburg begriffen war, der Entwendung verdächtig.

Es werden die resp. auswärtigen Behörden und dem Fremden zu Gegendienste ersucht, den [illegible] deten Paß im Betretungsfalle anzuhalten, den Besitzer über den Erwerb zu vernehmen und nach Befinden das weiter Geeignete zu verfügen, auch Nachricht hierher gelangen zu lassen.

Frankfurt a. M., den 19. April 1849.

Polizei-Gericht.

Beschreibung des Verdächtigen:
Alter: in den Zwanzigen.
Statur: klein.
Haare: hellbraun.
Kleidung: Oberrock, graue Hosen, Hut.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Dienstag (Beilage zu Nro. 97.) 24. April 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

205. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident E. Simson.

H Frankfurt, 24. April.

(Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des vom Abg. Kierulff erstatteten Berichts, Namens des Ausschusses zur Berichterstattung über den Bericht der Deputation von Berlin und zur Vorberathung derjenigen Maßregeln, welche zur Durchführung der verkündigten Reichsverfassung nöthig erscheinen.)

Die Sitzung wird um 9½ Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Reichsministerpräsident v. Gagern, Justizminister v. Mohl, die Unterstaatssecretäre Bassermann und Zallati. Der Vorsitzende zeigt den Austritt des Abg. Perthaler aus Wien an. Flottenbeiträge von 460 Thlr. (Stade), 252 Thlr. 4 Gr. 4 Pf. (Salzgitter), 35 Thlr. (Arolsen) sind eingelaufen. Im Laufe des gestrigen Nachmittags hat der Vorsitzende folgende Zuschrift des Präsidenten der württembergischen Kammer erhalten:

„Hohes Präsidium!

Die württembergische Kammer der Abgeordneten hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen:

In Erwägung, daß die k. Staatsregierung das Zurechtbestehen der deutschen Reichsverfassung bis jetzt noch nicht anerkannt hat, in Uebereinstimmung mit den von der Kammer früher gefaßten Beschlüssen, ihre Ueberzeugung dahin auszusprechen:

1) daß die von der deutschen Nationalversammlung verkündigte deutsche Reichsverfassung in Württemberg als Gesetz bestehe; (Bravo.)

2) daß jeder württembergische Staatsbürger, gleichviel ob er dem Civil- oder Militärstande angehöre, zur Befolgung und zum Schutze dieser Reichsverfassung ebenso wie der württemberg. Landesverfassung verpflichtet ist; (Bravo.)

3) daß jeder Angriff auf dieselbe ein Verbrechen sei, und daß deßhalb weder Civil- noch Militärbeamte verpflichtet seien, einem Befehle Folge zu geben, bei dessen Ausführung sie sich an diesem Verbrechen betheiligen würden. (Bravo.)

Erhaltenem Auftrage gemäß beehrt sich der Unterzeichnete, an ein hohes Präsidium die Bitte zu richten, von vorstehender Beschlußnahme die Nationalversammlung gefälligst in Kenntniß setzen zu wollen, indem er damit in weiterem besondern Auftrage die Kammer der Abgeordneten die Erklärung: daß die Kammer der Abgeordneten die deutsche Reichsverfassung, so wie sie von der Nationalversammlung endgültig abgeschlossen und verkündet ist, als Gesetz anerkenne, und zugleich der vertrauungsvolle Erwartung verbindet, daß die Nationalversammlung an der beschlossenen Verfassung unverbrüchlich festhalte. (Großer Beifall.)

Stuttgart, 22. April 1849.

Verehrungsvoll ꝛc.

Der Präsident der württemb. Kammer der Abgeordneten:

Murschel.

Wolff."

In Beziehung auf diese Zuschrift, stellen die Abgg Vischer aus Tübingen und Feyer folgenden Dringlichkeitsantrag:

„1) Die Nationalversammlung beschließe sofort: Die württembergische Kammer der Abgeordneten, insbesondere durch ihren Beschluß vom 22. April, so wie das württembergische Volk überhaupt, entsprechen mit dem in den letzten Tagen gezeigten entschiedenen Festhalten an der deutschen Reichsverfassung den Erwartungen und dem Willen der deutschen Nation.

2) Die Nationalversammlung setze von dieser Erklärung durch Vermittlung des Präsidiums genannter Kammer der Abgeordneten diese selbst so wie das württembergische Volk überhaupt in Kenntniß."

Die Dringlichkeit wird einstimmig anerkannt. (Beifall.) Der Antrag wird hierauf ohne Discussion zur Abstimmung gebracht und fast einstimmig angenommen. (Beifall.)

Der Vorsitzende verkündet den Uebergang zur Tagesordnung. Zuerst erhält das Wort Abg. Vogt: Sie haben es alle eingesehen, daß die Zeit es verlangt, einstimmige Beschlüsse zu fassen, damit sie ihre Wirkung auf das Volk nicht verfehlen. Ich will versuchen, den Standpunkt unserer Partei zu schildern. Wir haben Meinungsgenossen verlassen, um die Verfassung durchzusetzen; ist sie durchgesetzt, dann werden wir consequent dieselbe Richtung verfolgen wie früher. Die Beschlüsse der Majorität aber werden wir immer als den Ausdruck der Souveränetät der Nation betrachten, ihre Durchführung unbedingt verlangen und alle Renitenten mit bekämpfen. Der Redner führt den Beweis, daß dieses Streben stets dasjenige seiner Partei gewesen, und wünscht nur, daß die übrigen Parteien sich eher angeschlossen hätten. Wir erachten mit dieser Verfassung nicht die Entwicklung des Volkes abgeschlossen zu haben. Sie ist die erste Sprosse zur Entwicklung. Wir werden vielmehr die Opposition bleiben und consequent bis zur Erreichung der republikanischen Spitze. (Bravo links.) Wir sind constituirend und ich glaube, wir hatten das Recht, Veränderungen vorzunehmen; allein wir müssen bei ihr beharren, weil der geringste Eingriff in dieselbe das ganze Werk gefährden würde. Wir wollen die Verfassung, nicht weil; sondern obgleich sie den Erbkaiser enthält. Allein durchgeführt müssen die Beschlüsse werden mit aller Kraft. Maßregeln müssen ergriffen werden. Bloße Beschlüsse haben den Völkern Oesterreichs ihre Freiheit nicht gerettet, haben das Ministerium Brandenburg, welches Ihnen, meine Herren (sich rechts wendend), ein Pfahl im Fleische ist, nicht entfernt. Maßregeln, energische Maßregeln. Da reicht es nicht hin, wie die „Deutsche Zeitung" täglich ihren Kindern in die Ohren zu rufen: die Verfassung, die Verfassung, die Verfassung. (Heiterkeit.) Damit wird so wenig gerichtet, wie in der Schlafhaube. Es ist ein bedeutungsvolles Zeichen, daß die 27 kleinsten Fürsten sich für die unbedingte Annahme der Verfassung erklärten, daß der 28. größere eine Klausel daran setzt, daß der neunundzwanzigste noch größere schon eine Bedingung daran setzt. Je größer die Macht, desto größer das Widerstreben. Die Fürsten fürchten durch die Strömung der öffentlichen Meinung fortgespült zu werden, deßwegen wollen sie sich nicht der Verfassung anschließen. An uns ist es daher, die Strömung zu fördern und dafür zu sorgen, daß sie nicht im Sande verrinne. Der Redner wendet seine Blicke nach Württemberg; er erwähnt des Vorganges, daß Reichstruppen ohne Befehl des Reichsministeriums aus Baden zurückgezogen worden. Der Reichskriegeminister hat eine Anfrage gestellt, warum dies geschehen. Er hätte aber auch sagen sollen, ob er Befehl gegeben habe, den Marsch zu sistiren, daß er bereit sei, denjenigen, der es verschuldet, und sei es ein Prinz, zur Strafe dafür zu ziehen. (Bravo.) Die andern Vorgänge mit dem Könige sind bekannt. Ich erlaube mir nur einen Punkt aus der Zuschrift des Königs zu erwähnen, wo er sich für die ganze Verfassung, allein gegen eine Unterordnung unter Hohenzollern erklärt. Und das thut ein Fürst, welcher einem Kinde der Volkssouveränetät, einem Napoleon, die Krone verdankt. (Bravo.) Die Anerkennung der Verfassung wurde in einer Erklärung als von der Uebereinstimmung der deutschen Regierungen abhängig gemacht. Wer sind diese Regierungen? Soll mit ihnen der Ausdruck des Willens der Völker gemeint sein? Wir müssen das bezweifeln. In Sachsen hat sich die Mehrheit des Volkes für die Anerkennung entschieden. Die Regierung aber brachte dies nicht. Sehen wir auf Hannover. Und dann erst Bayern. Die Majorität der Kammer verlangt zusammenberufen zu werden, um sich über die Verfassungsfrage auszusprechen. Was thut man dort? Man beruft einen Minister, der in Sachsen abtreten mußte, weil er die Grundrechte nicht anerkennen wollte. Man beruft die Kammer nicht, weil man weiß, daß sie sich unbedingt für die Anerkennung der Verfassung aussprechen würde. — Wer ist es, der gegen die deutsche Einigung opponirt? Wir sagten immer, es seien die Fürsten. Man wollte wissen, es seien auch die Stämme. Haben diese sich nicht überall zu Gunsten der Verfassung ausgesprochen? Mit solchen Fürsten werden wir nie einen Bundesstaat bekommen. Wo ist das constitutionelle System geachtet, wo ist die Regierung der Majoritäten. Zwingt man nicht das Volk, zu revolutioniren? Das deutsche Volk wird sich allmählig überzeugen, daß die gerühmten Blüthen des Constitutionalismus mit seinen Kammerauflösungen, Verzögerungen u. dgl. nichts taugen, und es wird sie zuletzt abstreifen. Die Antwort auf den Kierulff-Waitzschen Antrag ist doch die Erklärung des Ministeriums Brandenburg. Man wird die Kammer in Berlin nicht auflösen, die Minister, die treuen Diener ihres Herrn, werden Minister bleiben, so lange sie sich der Zufriedenheit ihres Herrn erfreuen. Man wird die Kammern sprechen lassen, und fortregieren, indem man sich auf die Bajonnete stützt. Das Gespenst, welches uns vergangenes Jahr in Schleswig-Holstein mit Schmach bedeckte, spukt schon wieder daselbst. Herr v. Wildenbruch soll sich wieder daselbst befinden, der sich dahin geäußert, der König kämpfe für den Herzog-König. Für solche diplomatische Kunstgriffe brauche man kein theures Blutvergießen. In Berlin herrscht kein Herz für die deutsche Sache, keine deutsche Treue, sonst hätte man sich in der deutschen Frage andere benommen und liebäugelte nicht nebenher mit unsern Feinden. Die Erwägung der Zeitumstände, wann zu handeln ist, steht einem jeden an, allein man kann kein Fabius Cunctator sein, ohne ein wohlorganisirtes, nicht zu corrumpirendes Heer hinter sich zu haben. Sie, meine Herren, sind die Führer, Sie müssen dem Volke, Ihren Soldaten die Richtung angeben, welche sie zu verfolgen haben; der Generalstab muß handeln und darf die Hände nicht in den Schooß legen, nicht wollen, daß das Volk unterdessen handle, während er ruhe. Der Redner kommt zuletzt auf die Centralgewalt zu sprechen. Sie könne nicht fortbestehen, wenn sie die österreichischen Instructionen beachte. Diese müsse eine deutsche und keine österreichische sein, der Reichsverweser ein Deutscher und kein Habsburger. Greifen wir thatsächlich in die Bewegung ein, meine Herren, thun wir dies nicht, so überlassen Sie die Durchführung unserer Verfassung den Kämpfern auf den Pußten Ungarns, dann sagen Sie aber auch, Sie hätten nichts gethan. (Großer Beifall.)

Abg. Plathner: Wir werden den Rechtsboden nicht verlassen. Die Frage ist noch immer, hat der König von Preußen abgelehnt oder nicht? Herr Heckscher behauptet es, ich nicht. Gestehe doch Herr Simon aus Trier in der Motivirung seines Minoritätserachtens dasselbe zu. Gewiß ist, daß der König von Preußen nicht angenommen, allein abgelehnt hat er auch nicht. Wir wissen bloß die Thatsache, daß das Ministerium Brandenburg dem König gerathen hat, die Krone nicht anzunehmen. Die Hoffnung haben wir noch alle, daß andere Männer, welche besser wissen was Deutschland, was Preußen Noth thut, an das Ruder kommen. Wir Abgeordneten aus Preußen fühlen am schmerzlichsten das Mißverhältniß in Berlin. Wir lassen uns auf keine Veränderung der Verfassung ein. Wir werden nicht zugeben, daß Preußen gegenüber der Verfassung eine Rolle spiele, welche zu seinem Verderben, wie zu dem jeder andern Regierung ausfallen müßte, welche sie zu spielen übernähme. Ist es der Wille der Nation, die Verfassung durchzuführen, so wird es geschehen. Dazu brauche es aber keines Parlamentsheeres, wie es die Minorität wolle. Was sollte eine Proclamation nützen. Ich kenne nur ein Mittel, welches sicherer und nachhaltiger wirken wird, als die von Hrn. Vogt vorgeschlagenen. Dieses Mittel ist das Vertrauen auf den Willen und den Geist der Nation, ist jenes passive Verhalten, zu welchem die „Oberpostamtszeitung" räth. Kommt die Verfassung nicht durch das zu Stande, sondern durch eine neue Erhebung der Nation, dann können wir mit gutem Gewissen von hier schreiben. (Bravo!)

Abg. Wichmann erklärt sich für den Raveaux'schen Antrag unter der Bedingung, daß er die dem Reichsoberhaupt übertragenen Befugnisse der provisorischen Centralgewalt übertrage.

Abg. Francke zeigt, daß das Oberhaupt möglich wäre, wenn die schlechten Rathgeber nicht wären. Er charakterisirt das Ministerium Brandenburg, wirft ihm Schlaffheit und undeutsche Gesinnung vor und führt Daten an, welche seine Vorwürfe bewahrheiten sollen. Er erwähnt des bekannten Ultimatums Dänemarks, worin die Insolenz des dänischen Cabinets so weit gegangen sei, die Trennung Schleswigs von Holstein zu verlangen, dann Schleswig durch 4000 Mann Dänen besetzen zu lassen und im Vereine mit deutschen Truppen die schleswig-holsteinischen Rebellen zu bekämpfen. Diese Vorschläge habe der preußische Minister v. Arnim als unannehmbar erklärt, die Wegnahme deutscher Schiffe durch die Dänen habe ihren Grund in einer unrichtigen Bekanntmachung des preußischen Ministeriums im Namen der Centralgewalt über die Dauer des Waffenstillstandes. Er erklärt sich für den Majoritätsantrag. In der Ruhe und der Würde der Versammlung liegt ihre Kraft. Wir wollen nicht donnern, wenn wir keine Blitze haben. (Bravo.)

Ein zweiter Antrag auf Schluß der Debatte wird gleichfalls abgelehnt. Abg. Rappart reicht einen Zusatzantrag zum Raveaux'schen Antrage ein. Er will, daß die Nationalversammlung beschließe die Volksvertretungen werden in allen Staaten Deutschlands zusammenberufen und eine längere Vertagung sei unzulässig. Der Vorsitzende ertheilt hierauf das Wort dem Abg. M. Mohl; derselbe spricht für seinen Antrag und mahnt an seine frühere Behauptung, daß der König von Preußen nicht annehmen werde. Er will die Oberhauptsfrage als eine offene behandelt wissen. Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen. Reichsministerpräsident v. Gagern besteigt die Tribune, um eine persönliche Angelegenheit zu berühren. In heutigen Blättern, welche über die Stuttgarter Vorgänge berichten, kommt folgende Stelle in der Erklärung des Königs vor: „Der König von Preußen hat die deutsche Reichsverfassung noch nicht anerkannt, er hat die Kaiserkrone abgelehnt; nach heute erhaltenen Nachrichten hat Camphausen mit Gagern über die Aenderung der Verfassung unterhandelt; was soll ich also schon jetzt anerkennen, was noch gar nicht existirt?" Meine Herren, ich weiß nicht, aus welcher Quelle Se. Majestät der König von Württemberg die ganz unrichtige Nachricht, daß ich mit Hrn. Camphausen unterhandle, geschöpft hat. Weder ich noch Hr. Camphausen, welchen ich als einen wahrhaftigen Ehrenmann kenne, haben zu einer solchen Aussage Anlaß gegeben. Ich erkläre hiermit nochmals, daß die Verfassung durchgeführt werden müsse, wie sie vorliegt, und daß ich seit der Publication keine Unterhandlungen darüber gepflogen habe. (Großer Beifall.) Der Vorsitzende ertheilt hierauf dem Abg. Simon aus Trier das Wort. Dieser protestirt gegen die Vertagung bei der bevorstehenden Krisis in Berlin und Stuttgart und will morgen eine Sitzung. Abg. Riesser erklärt, er habe es für Pflicht gehalten, für die Vertagung auf Donnerstag zu sprechen und die Gründe offen darzulegen. In Berücksichtigung der Vorgänge in den einzelnen Staaten kenne es sehr heilsam sein, keinen abschließenden Beschluß zu fassen, und das Vaterland werde es der Versammlung Dank wissen. Die Abgg. Venedey und Raveaux sprachen für Simons Antrag. Die Galerien, welche einige Worte des Abg. Raveaux mit großem Beifalle aufnehmen, werden von dem Vorsitzenden zur Ordnung verwiesen. Abg. Beseler: Bis Donnerstag können die Thatsachen reif genug sein, um ordentliche Beschlüsse zu fassen. Gegen die bestandigen Anträge auf Schluß der Debatte von der linken ist die Vertagung nur eine Nothwehr. Abg. Vischer aus Tübingen bittet wegen des moralischen Eindrucks auf das Volk, die Discussion rascher zu betreiben und raschere Beschlüsse zu fassen. Die Versammlung entscheidet, daß die nächste Sitzung auf morgen 9 Uhr anberaumt werde. Schluß der Sitzung um 1 Uhr.

** **Frankfurt**, 24. April. In der Nachschrift im heutigen Hauptblatte der „Oberpostamts-Zeitung" ist der Umstand zu berichtigen, daß der Antrag der Abgeordneten Vischer aus Tübingen und Feyer aus Stuttgart nicht einstimmig, sondern nur mit großer Mehrheit angenommen worden ist.

⊙ **Frankfurt**, 23. April. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaats Frankfurt wurden folgende Gegenstände behandelt: 1) Dr. Jucho fragt das Bureau, ob es Kenntniß habe, daß in den gedruckten officiellen Verhandlungen der verfassunggebenden Versammlung in einem Schreiben des Reichsministeriums an den Senat durch den Abschreiber oder Setzer Ausrufungszeichen eingeschaltet worden seien, die nicht ursprünglich darin befindlich gewesen? Das Bureau weiß nichts davon, wird aber diese Einschaltungen officiell widerrufen. 2) Die Abgg. W. May, A. Andreä-Goll und Hauptmann Jungmichel erklären ihren Austritt aus der verfassunggebenden Versammlung. Mittheilung an den Senat zu Einleitung der Ersatzwahlen. 3) Dringlicher Antrag von Dr. Burkard, daß vor Beginn der Berathung des Verfassungsentwurfs eine zweite Lesung desselben beschlossen werden möchte. Dr. jur. Friedleben beantragt als Zusatz: daß durch diesen Beschluß nichts über die Form und die Modalitäten der zweiten Lesung präjudicirt sein solle. Beide Anträge werden angenommen. 3) Dr. Braunfels kommt wiederholt auf die Verwendung des Kaisersaales zu den Verhandlungen zurück, doch ohne Erfolg. 4) Behandlung des Entwurfs der Verfassung des Freistaats Frankfurt. Das Präsidium fragt, ob man eine allgemeine Discussion der speciellen Berathung der einzelnen Artikel vorangehen lassen wolle? Dr. Mappes findet darin bloß eine Zeitverschleuderung, und es wird davon abstrahirt. Ueber den Eingang schlägt Dr. Jucho eine Abänderung vor; er will statt des Freistaates Frankfurt sagen: „Die bisherige freie Stadt Frankfurt mit ihrem Gebiete," denn unter dieser Bezeichnung sei Frankfurt in allen staatsrechtlichen Urkunden bekannt, nicht aber unter dem Namen eines Freistaates, eine Namensänderung, die auch gegen die Reichsverfassung § 195 verstoße. Er will deßhalb einen neuen in obigem Sinne abgefaßten Abschnitt vorangesetzt wissen, der heiße: „Die bisherige freie Stadt Frankfurt und ihr Gebiet bilden einen selbstständigen Einzelstaat des deutschen Reiches." Dieser Antrag wird theils bekämpft, theilt unterstützt von Dr. jur. Friedleben, Dr. Reinganum, Schöff Souchay, Dr. Braunfels, Dr. A. Friedleben, Dr. Binding und Dr. Mappes, welcher den Antrag so stellt: „Die freie Stadt Frankfurt und ihr bisheriges Gebiet ꝛc." Der Antrag wird verworfen. Dann wird zum Verfassungsentwurf selbst übergegangen und zwar: Erster Abschnitt. Von der Regierungsform. Art. 1. „Frankfurt ist ein demokratischer Freistaat." Dr. Jucho hält diesen Artikel für überflüssig, da in den Art. 3 und 4 dasselbe gesagt sei; er sei aber auch nicht wahr, da nicht das ganze Volk die Verfassung mache, wie dies in Demokratien der Fall sei, sondern seine Repräsentanten. Er trägt daher in erster Linie darauf an, den Artikel ganz zu streichen, oder wenn dies nicht beliebt werden sollte, zu sagen: Frankfurt ist ein demokratisch-repräsentativer Freistaat. Dr. Schäffner stimmt dem ersten Antrage des Vorredners bei, nicht aber dem zweiten, denn der Artikel sei entweder Ueberfluß oder Unwahrheit. Die erste demokratische Verfassung Frankreichs von 1793 stelle den Grundsatz auf: „L'insurrection est le droit le plus sacré et le plus incontestable du peuple", und diesem Grundsatze scheine man in Art. 179 eine Hinterthüre offen lassen zu wollen. Der Art. 1 huldige der Mode des gegenwärtigen krankhaften Zustandes; er sei ein Zeichen des Nachahmungstriebes der Deutschen, und weil in Paris eine Revolution ausgebrochen, so müsse man nun hier auch eine demokratische Republik proclamiren. Wenn man die Demokraten frage, was denn eigentlich Demokratie sei, so sprechen sie von donetter, von socialer, sogar von platonischer Demokratie, das Wort selbst aber vermögen sie nicht zu erklären. Dr. jur. Friedleben: Dieser Ausdruck sei so bekannt, daß nur diejenigen ihn nicht verstehen, die ihn nicht verstehen wollen, und diese könne man auch nicht belehren. Dr. med. Friedleben glaubt, daß Dr. Schäffner selbst sich in einem krankhaft gereizten Zustande befinde, wenn er Dinge bekämpfe, von welchen er behaupte, sie nicht zu verstehen. Der vorgelegte Entwurf sage in Art. 3, welcher der Commentar zu Art. 1 sei, ganz deutlich, was man unter Demokratie verstehe; er zeige klar, daß die vielen gegen die Demokratie vorgebrachten Anschuldigungen lügenhaft, und wie weit entfernt sie von Ochlokratie sei. Dr. Schwarzschild: In dem Worte „demokratisch" liege keine Unwahrheit. Diejenigen, welche fragen, was Demokratie sei, wissen es wohl, wollen es aber nicht wissen; seit Jahrhunderten, ja Jahrtausenden sei der Begriff dieses Wortes bekannt. Man solle sich doch nicht in Wortlauchereien einlassen, sondern ein Beispiel an einer andern hier tagenden verfassunggebenden Versammlung nehmen, wo die Haarspaltereien der Doctrinäre nichts Gutes gestiftet haben. Nicht Sprachverbesserung sei der Zweck dieser Versammlung; das Wort demokratisch sei die Seele der Verfassung und könne ihr ohne Gefahr nicht entrissen werden; es müsse daher stehen bleiben. Schöff Souchay: Vollständige Demokratie, wo alle Männer in der Volksversammlung die Landesgeschäfte behandeln, sei nur in ganz kleinen Staaten, wie die Urkantone der Schweiz, möglich, oder in solchen, die noch in der Cultur zurückstehen. In Frankfurt aber sei es weder im Interesse des Gemeinwesens, noch mit dem Vortheile des übrigen Vaterlandes übereinstimmend, eine solche Fahne aufzupflanzen, die eine gemeinschädliche Richtung bezeichne und leicht Gewaltmaßregeln gegen Frankfurt provociren könnte. Dr. Braunfels: Wenn Furcht vor Gewalt die freie Aeußerung der Ansichten beschränke, so solle man lieber seine Theilnahme an der Gesetzgebung aufgeben. Dr. Binding will den Ausdruck demokratisch auch gestrichen, man könne darein legen, was man wolle. Dr. Barrentrapp pflichtet den Ansichten des Dr. A. Friedleben bei, wenn er schon nicht glaubt, wie Dr. Schwarzschild behaupte, daß man mit Streichung des Wortes „demokratisch" der Verfassung die Seele raube. Nachdem noch ein großer Theil des bisherigen Redner zum zweiten und dritten Male gesprochen, widerlegt der Berichterstatter Dr. Reinganum zu umfassendem Vortrag die gegen den Antrag des Entwurfs aufgestellten Einwendungen. Die Abänderung der Bezeichnung „Freistaat" statt bisher „freie Stadt" sei keine solche Verfassungsänderung, die dem § 195 der Reichsverfassung unterliege; dies wäre nur der Fall, wenn die Frankfurter sich beigehen ließen, sich einen Fürsten geben zu wollen. Die Demokratie sei das Mittelding zwischen Aristokratie und Ochlokratie; die Frankfurter aber seien geborne Demokraten und haben also das Recht, sich so zu nennen. Er glaube nicht an eine lange Dauer dieser Verfassung; er wünsche vielmehr, sie möge bald in einem einheitlichen und untheilbaren Deutschland untergehen. Es gebe keinen Repräsentativstaat, wohl aber Staaten mit repräsentativer Verfassung. Es scheine, man suche durch Beseitigung des Wortes „demokratisch" einem lebenslänglichen Regierungsrath Eingang zu verschaffen; gegen dieses Bestreben werde er aber aus allen Kräften ankämpfen. Er empfiehlt die Annahme des Entwurfs. Es wird die namentliche Abstimmung begehrt und in solcher der Entwurfsartikel mit 78 gegen 23 Stimmen angenommen. Mehrere der letztern geben Erklärungen zu Protocoll. Dr. Jucho begehrt das Wort zu einer Ordnungsfrage: er frage das Bureau, ob die Stenographen in seinem Auftrage hier seien? und als dies verneint wurde, setzte er hinzu: so haben ihre Niederschriften auch keinen officiellen Charakter. Art. 2. „Der Freistaat Frankfurt bildet einen selbstständigen Einzelstaat des deutschen Reichs. Die für sämmtliche Einzelstaaten erlassenen Bestimmungen des öffentlichen Rechtes des deutschen Reichs sind zugleich ein Theil des Verfassungsrechtes des Freistaates Frankfurt." Dr. Schäffner beantragt: dem ersten Alinea beizufügen: „und in dessen Gesetzen unterwerfen", dagegen aber das zweite Alinea als unpassend zu streichen. Der Antrag wird nicht unterstützt und der Artikel unverändert angenommen. Art. 3. „Die Staatsverfassung beruht auf den Grundsätzen der Volkshoheit und Volksvertretung. Die Volkshoheit steht der Gesammtheit der Staatsangehörigen zu." Dr. Jucho beantragt zu sagen „Staatsbürger" statt Staatsangehörigen, weil Weiber und Kinder keinen Antheil daran nehmen können. Der Antrag bleibt ohne Unterstützung und der Artikel unverändert. Art. 4. „Alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus und werden auf die verfassungsmäßig bestimmte Weise ausgeübt." Ohne Discussion angenommen.

Wien, 19. April. Eine höchst sonderbare Version über die Abreise des Fürsten Windischgrätz von Ofen nach Olmütz bezieht sich auf die Form dieser Fahrt; es soll dem Generalissimus nicht gestattet worden sein, von dem Heere in einer offenen Ansprache Abschied zu nehmen, sondern er mußte den drei Stabsoffizieren unbedingt folgen, welche, mit dem kaiserlichen Handbillet in der Tasche, die Verpflichtung übernommen hatten, den Feldmarschall so rasch als möglich nach Olmütz zu bringen. — Sämmtliche Minister haben sich eilends nach Olmütz begeben, wo neuerdings eine wichtige Conferenz stattfinden soll und zwar über die deutsche Frage in Folge eines eigenhändigen Schreibens des Königs von Preußen über die letzte Note des Fürsten Schwarzenberg an den Baron Prokesch in Berlin. — Die Aufstellung der drei Reservecorps bei Pettau in Steiermark, bei Budweis in Böhmen und auf dem Marchfelde nächst Wien versehlt nicht, Aufsehen zu erregen. Das erste soll nicht stärker als 15,000 Mann sein und ist für die Operationen in Südungarn bestimmt; das am Marchfeld wird 25,000 Mann zählen und ist eben so sehr für Oberungarn als zur Bewachung Wiens bestimmt, dessen Besatzung bedeutend verringert wird; dasjenige aber, welches zwischen Budweis und Tabor zusammengezogen wird, soll eine Stärke von 40,000 Mann erreichen und nicht bloß die Agitation der Ultraczechen zügeln, sondern zugleich eine Unterstützung jener Pläne bilden, welche der österreichische und bayerische Hof in Gemeinschaft in Bezug auf die deutsche Frage durchzuführen gesonnen sind (?). Die letzten Depeschen des Baron Prokesch aus Berlin sollen ziemlich kleinlaut sein. — Unter den in Olmütz ankommenden Deputationen bemerkt man seit einiger Zeit auch eine der Pastoren und Protestanten Böhmens und Mährens, welche schon durch ihre Zahl (bei 70 Mann) imponirt. Sie will sich beim Kaiser die Feststellung eines sichern Einkommens für ihre Geistlichkeit und eine volle Emancipation vom katholischen Clerus erbitten. Am 23. April ward ihnen die Audienz bewilligt. — Der Privatdocent an der Berliner Universität, Dr. G. Curtius, ist zum außerordentlichen Professor der classischen Literatur an der Hochschule zu Prag ernannt worden.

Prag, 20. April. Die neueste ganz und gar unglückliche Wendung der Dinge in Siebenbürgen, Ungarn und dem Banate hat endlich zu dem Entschlusse geführt, russische Hilfe in sehr ausgedehntem Maßstabe anzusprechen. Nach Siebenbürgen sollen 40,000 Mann, ein gleich starkes Corps nach Galizien einzurücken in Bereitschaft stehen. Der commandirende General in Galizien, Freiherr v. Hammerstein, hat sich nur auf die Zusage besonderer Hilfe herbeigelassen, einen Theil seiner Truppen nach Ungarn abgehen zu lassen. Der politisch-strategische Plan wäre, die magyarische Insurrection zu unterdrücken und gewissermaßen zur Capitulation zu zwingen. — Die Friedensunterhandlungen mit Piemont waren einen Augenblick lang gestört; Piemont wollte die Festung Alessandria nicht gemeinschaftlich besetzen lassen; Oesterreich verwahrte sich gegen die Annahme des Marquis v. Ricci als königl. sardinischen Unterhändlers. Dieser wurde abberufen und durch den Grafen v. Revel ersetzt, worauf die Unterhandlungen wieder ihren Fortgang nahmen. (A. Z.)

> **Mainz**, 23. April. Das hier seit 6 Monaten garnisonirende 29. preußische Infanterieregiment wird den 27. d. M. von hier nach Jülich verlegt; dagegen wird das 28. Regiment, welches im vorigen Sommer in unserer Provinz cantonirte, hier einrücken. Auch spricht man von einem Garnisonswechsel des 40. Regiments, das nach Saarlouis kommen soll.

Frankreich.

** **Paris**, 21. April. In Bezug auf das von den Zeitungen veröffentlichte Schreiben des Präsidenten der Republik an seinen Vetter, Napoleon Bonaparte, dem gegenwärtigen Gesandten in Madrid, enthält der gestrige „Moniteur" folgende Mittheilung: „Mehrere Zeitungen wollen glauben lassen, daß der von dem Präsidenten der Republik an seinen Vetter gerichtete Brief von einer ernsten Spaltung in der Familie Bonaparte Zeugniß gebe. Wir sind indeß zu der Erklärung ermächtigt, daß dieses Schreiben ein durchaus vertrauliches war und daß trotz der aus demselben hervorgehenden Meinungsverschiedenheit, es doch über die freundschaftlichen Gefühle, mit welchen der Präsident seiner Familie zugethan ist, keinen Zweifel läßt."

Eugen Raspail ist wegen des bekannten Vorfalls in der Nationalversammlung zu 2 Jahren Gefängniß und 1000 Fr. Geldstrafe verurtheilt worden.

Marrast ist von seiner Krankheit wieder hergestellt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. O. Mailer.

[931] Anlehen Sr. Königl. Hoheit des regierenden Herrn Herzogs **von Lucca** von fl. 1,050,000 im fl. 24 Fß. d. d. Wien 4. October 1836.

In der heute stattgehabten Verloosung des obengenannten Anlehens sind folgende Partial-Obligationen, als:

Litr. A. Nr. 304. 312. 691. à fl. 1000, pr. 1. Juli
„ B. „ 1. 39. 45. . . „ „ 500 } 1849

zur Rückzahlung — nach Eingang — gezogen worden, und hört von diesem Tage an deren Verzinsung auf.

Frankfurt a. M., den 29. März 1849.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[933] Anlehen Sr. Königl. Hoheit des regierenden Herrn Herzogs **von Lucca** von fl. 1,120,000 Conv. Mze. d. d. Wien 20. Dec. 1843.

In der obligationsmäßig vorgenommenen 11. Verloosung des vorstehenden Anlehens sind die nachbenannten Partial-Obligationen zur Rückzahlung — nach Eingang — auf den 1. Juli 1849 bestimmt worden, von welchem Tage an deren Verzinsung aufhört:

Litr. A. Nr. 165. 187. 241. 281. 350. 407. 446. 511. 523. 609. 646. 654. 699. 743. 759. à fl. 1000.
„ B. „ 94. 233. 315. 316. 430. 459. 485. 494. 498. 586. à fl. 500.

Frankfurt a. M., den 29. März 1849.

M. A. von Rothschild & Söhne.

[932] Anlehen des hochgebornen Herrn **Hugo**, Grafen **Henkel von Donnersmark** von fl. 1,125,000 Conv. Mze. d. d. Wien 2ª. Mai 1846. à 4 pCt.

In der heute stattgehabten 5. Verloosung sind nachstehende Partial-Obligationen des rubricirten Anlehens, als:

Litr. A. Nr. 49. 132. 142. 695. à fl. 10 0 } pr. 1. Juli
„ B. „ 86. 194. . . . „ „ 500 } 1849

zur Rückzahlung — nach Eingang — gezogen worden, von welchem Termine an deren Verzinsung aufhört.

Frankfurt a. M., den 29. März 1849.

M. A. von Rothschild & Söhne.

Cours der Staats-Papiere. 24. April 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat.	5	77⅞	77½
»	dito dito	4	60⅝	60⅜
»	dito dito	2½	41⅜	41
»	Bank-Actien p St.		1189	1184
»	2.Anl.ooue o. Rckz.		81¼	80⅝
»	3.500 » dito		129⅜	129
»	Oelzmann. Obligat.	4½	72	71
»	dito dito	4	63¼	62½
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	80⅝	80
»	Prämienscheine		—	100½
Bayern	Obligationen	3½	80	79½
Darmstadt	fl. 50 Loose		73⅜	72
»	fl. 35 dito		22½	22
»	Obligationen	3½	—	79½
»	dito	4	87½	87½
Baden	Obligationen v. 1845	3½	79½	78
»	fl. 50 Loose v. 1840		49⅜	48¼
»	fl. 35 Loose		28⅝	28⅜

		pCt.	Papier.	Geld.
Würtemb.	Obligationen b.Rothz.	3½	78½	78¼
»	Neue Würtemberg.	4½	94½	94½
Hessen	Obligat. b. Rothsch.	3½	81¼	80⅝
»	fl. 35 Loose		21	20⅝
Frankfurt	Obligationen	3	77⅝	77½
»	dito v. 1839	3½	93½	92⅝
»	dito v. 1846	3½	89½	88⅝
»	Taunusbahnactien		294	292
Holland	Integrale	2½	50⅛	49⅞
»	Holländische	4	—	78½
»	Syndicats	3½	—	78½
Spanien	Activsch. incl 16 Cp.	5	—	—
»	Innere Sch. neue Obl.	3	24⅞	24½
Portugal	Consols Lot. à fl. 12	3	—	—
Polen	fl. 300 Loll. Loos Hib.			93
»	Obligationen de fl 500	4	74⅝	74½
Russland	in S. S. 2. b. Gran. etC.	4	—	83
»	dito b. Stieglitz et C.	4	—	82

Gold.	a.	kr.	Silber	a.	kr.
Pistolen	9	56	Geld al Marco	332	—
Pr. Friedrichsd'or	9	57	Laubth., ganze	—	—
Holl. 10 fl. Stücke	10	4	Preuss. Thaler	—	—
Rand Ducaten	5	39	5 Frankenthaler	—	—
20 Francsstücke	9	35	Hochhaltig Silber	24	30
Kais. Souvereins	12	4	Gering u. mittelh.	24	30

Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Kurhessische Loose	28½	27⅞
Sardinische Loose	26½	26¼
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Minden	77⅜	77½
Ludwigsh.-Bexbach	73⅛	73⅛
Frdr.-Wilhs.-Nordbahn	25⅛	25¼

Wechsel-Cours.

Den 24. April.	Papr.	Geld.
Amsterdam (k.S. 100 fl. Crt.)	100⅛	—
Augsburg (k.S. 100 fl. Crt.)	119⅝	—
Berlin (k.S. 100 Thlr.)	—	105⅛
Bremen (50 Rthlr.)	—	99
Rthlr. l.l.-dor	—	—
Hamburg (k.S. 100 Mk. Bco)	99⅛	98⅞
Leipzig (60 Thlr.)	—	105⅛
London (k.S. 10 Livr. St.)	120½	—
Lyon (k.S. 300 Fr.)	95⅜	—
Mailand (350 Lir. Austr.)	—	100½
Paris (k.S. 300 Fr.)	95⅜	—
Wien (100 fl. k.S. in 20 Fr.)	—	97⅝

Disconto . . . . . 1 ½

A. Sulzbach, bedd. Agent.

Nach der Börse: 2½ pCt. Rel. — 3 pCt. Span. int. — Taunusbahn-Actien (pr. Ult.) — Ludw.-Bexb. — F.-W.-Nordb. — fl.

Druck von August Osterrieth.

№ 98. — Mittwoch — den 25. April — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Postbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und den Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 36 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Druck) mit Papierraum oder deren Raum 6 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu senden. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33; in Deutschland: 1) die Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 385; 2) das Comptoir der Zeitungsexpedition von L. Besl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 75a.; 3) Hofrommissär W. Koreff in Leipzig; 4) Oberpostsekretär Herrselbt in Hamburg; 5) Oberpostsekretär De Noy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

□ **Aus Nordschleswig**, 19. April. Die Freude unter unseren Truppen, daß von Frankfurt Befehle gekommen, welche einen unverzüglichen Einmarsch in Jütland in Aussicht stellen, ist ungemein groß. General Bonin hat sein Hauptquartier schon nach Christiansfelde, 2 Meilen von der jütländischen Grenze, verlegt, an 12,000 Mann Schleswig-Holsteiner stehen unmittelbar an der Königsau, völlig bereit, jeden Augenblick einzumarschiren, und zwei preußische Infanterieregimenter sind schon bis nach Hadersleben vormarschirt. Das sächsische und das bayerische Cavallerieregiment stehen schon mit dem Bonin'schen Corps in enger Verbindung, das 8. und 11. preußische Husarenregiment werden in diesen Tagen bei demselben eintreffen; dann hat der General Bonin allein 28 Schwadronen leichte Cavallerie zur völlig freien Verfügung, und hiermit läßt sich auf den weiten Ebenen Jütlands schon viel ausrichten. Im Herzogthum Schleswig-Holstein blieben überdies noch vierzehn Schwadronen zurück, was vollkommen genügend zur Deckung der Küsten ist. Ueberhaupt genügt die Menge der hier befindlichen Truppen jetzt vollkommen, da neue 20,000 Mann Kurhessen, Nassauer, Braunschweiger und Oldenburger hier theils schon eingetroffen sind, theils in den nächsten Tagen erwartet werden, so daß hier dann an 82,000 Mann stehen. Der Geist ist fortwährend im ganzen Heere der beste, die Soldaten wetteifern in brüderlicher Kameradschaftlichkeit, wie in heiterer Ertragung aller Strapatzen, und brennen vor Begierde, sich bald recht ernsthaft mit dem Feinde zu messen. Das feuchte Schneewetter hat besonders bei den Truppentheilen, die im Sundewitt cantonniren müssen, viele Fiebererkrankungen herbeigeführt, unter denen besonders die süddeutschen Truppen, die das hiesige naßkalte Klima ungewohnt sind, leiden müssen. Verhältnißmäßig bei weitem am wenigsten Kranke haben die preußischen Landwehrbataillone aus der Provinz Posen, deren Soldaten sich mitten im Regen und Schnee auf die bloße Erde werfen, ohne daß es ihnen viel schadet. Auch die seit vorigem Jahre hier stehenden badischen und württembergischen Bataillone sind schon ganz acclimatisirt worden. Am Schwersten scheinen sich die Rheinländer hier gewöhnen zu können, die besonders auch ihren wohlfeilen Wein sehr schmerzlich entbehren.

§ **Altona**, 21. April. Es ist heute die verläßliche Nachricht aus dem Norden eingelaufen, daß gestern nach vorher eingegangenem Befehl aus dem Hauptquartier des Höchstcommandirenden an das Generalcommando Bonin in Christiansfeld die Avantgarde der in Schleswig operirenden Armee nach Jütland marschirte. Die Avantgarde besteht bekanntlich aus der ganzen schleswig-holsteinischen Armee; zu dieser Expedition wurden jedoch nur davon benutzt das 1. Jägercorps, das 9. und 10. Infanteriebataillon, seine Artillerie und Cavallerie. Bis auf Kolding sind die Unsrigen auf keinen Feind gestoßen, und es scheint fast, daß auch die feindliche Reiterei, die in den letzten Tagen in der Richtung von Kolding und Vrile sich aufhielt, ihre Positionen verlassen habe. Bayerische Cavallerie und preußische Husaren, wie überhaupt eine sehr starke Nachhut, folgen der Avantgarde auf dem Fuße folgen, damit ein entsprechendes Truppencorps den jütischen Boden besetzt halte. Hinsichtlich des nordöstlichen Schleswig ist die weise Vorsorge getroffen, daß der Feind keinerlei erfolgreichen Coup gegen die Unsrigen ausführen kann; denn es gehört fast zu den Unmöglichkeiten, in der Alsener Richtung einen Einfall ins Schleswigsche zu versuchen, da die am diesseitigen Alsener Sundstrande verstärkten Düppeler Schanzen und von sächsischen und preußischen Pionieren errichteten Vertheidigungswerke im Sundewitt überhaupt alles Vordringen der Dänen vereiteln. Strandbatterien von schwerem Geschütz, sowie fünf Blockhäuser umfassen die ausgedehnten Düppeler Schanzen. Es ist ferner eine Operationslinie von Flensburg, Apenrade und Glücksburg gezogen worden, welche durch ein Truppencorps (aus Preußen, Bayern u. s. w. bestehend) das Festland mit der Halbinsel Sundewitt umfaßt. Dies geschieht nunmehr ganz so, wie ich bereits in einem früheren Briefe erwähnt. Die Leitung dieser im nordöstlichen Schleswig aufgestellten Truppenlinie ist dem preußischen Divisionsgeneral v. Hirschfeldt übertragen worden, und es ist derselbe von seinem bisherigen Standquartier nach Glücksburg (angrenzend an die Halbinsel Sundewitt) abgegangen. Die Truppenzüge aus dem Süden dauern noch fort, und es werden, wie es heißt, die jetzt angekommenen und noch ankommenden Truppen zum Observationscorps verwandt werden. Einige fünfzig Fieberkranke und Leichtverwundete sind mit dem gestrigen Abendzuge aus Norden hier angekommen, die in dem zu diesem Behufe eingerichteten Krankenhaus untergebracht wurden.

§ **Altona**, 22. April. Die schleswig-holsteinische Feldpost hat heute vom Kriegsschauplatze die authentische Nachricht gebracht, daß die in Jütland vorgestern eingerückte Division Hastrow unmittelbar vor Kolding auf eine starke feindliche Colonne (4—5 Bataillone und 4 Schwadronen Reiterei) gestoßen, die jedoch nach einem hartnäckigen Kampfe, der sich selbst in den Straßen der Stadt fortsetzte, geworfen und durch Bajonnetangriff der Feind herausgetrieben wurde. Das 9. schleswig-holsteinische Bataillon soll durch eine geschickt ausgeführte Bajonnetattaque sich besonders ausgezeichnet haben, ebenso das 3. Jägercorps. Die Dänen haben hierauf die Flucht ergriffen und sich bis in die Gegend von Veile zurückgezogen, wo ein stärkeres dänisches Detachement concentrirt sein soll. Der diesseitige Verlust wird auf 20—30 Todte u. Verwundete angegeben, auch haben die Unsrigen einige Gefangene gemacht. Inzwischen soll die ganze schleswig-holsteinische Armee Jütland in Besitz nehmen und nur bayerische und preußische Reiterei dieselbe im weiteren Vordringen unterstützen; indeß halten wir diese Version für eine nicht ganz verläßliche und glauben vielmehr, daß ein stärkeres Truppencorps der Operationsarmee den Schleswig-Holsteinern nach Jütland zur Unterstützung nachfolgen werde. General v. Bonin geht ebenfalls dahin ab und die nächsten Tage dürften Ihnen etwas Näheres über die Erfolge bringen, welche unsere junge, aber tapfere Landesarmee im weiteren Vordringen in Jütland gegen den Feind vermocht hat. Im Sundewitt'schen wird eifrigst an den Verschanzungen gearbeitet und auch gegen den Brückenkopf, der noch von den Dänen besetzt ist, soll alsbald ein Angriff ausgeführt werden, um den Uebergang nach Alsen zu ermöglichen. Uebrigens haben die Dänen den größten Theil ihrer auf Alsen stationirten Truppen theils nach Fühnen, theils nach Jütland (Fridericia) geschafft, was hinlänglich darthut, wie unsicher sie sich auf dieser Insel glauben. Die Bewohner der Stadt Sonderburg, die bei einem Angriff auf Alsen am meisten leiden würden, und dies auch befürchten, haben eine Deputation aus ihrer Mitte an den Höchstcommandirenden gesandt, daß mit dem Bombardement auf Alsen so lange inne gehalten werden möge, bis eine Deputation, die gleichzeitig zum König nach Kopenhagen mit der Bitte entsendet werde, Alsen von dänischem Militär vollständig zu räumen, zurückgekommen sei. Im Hauptquartier soll man diesem Gesuche wohlwollend nachgekommen sein, obwohl man sehr daran zweifelt, daß die Dänen ohne Kampf Alsen aufgeben werden. Unterdessen werden Befestigungswerke oder Düppel errichtet, Strandbatterien angelegt, und alles deutet auf ein baldiges Losschlagen gegen Alsen, wie überhaupt im diesjährigen Feldzuge ein weit sicherer und kräftigerer Geist in der Armee wie in der Leitung derselben kundgibt, so daß Schleswig-Holstein und das Gesammtvaterland mit Stolz auf alle bisherigen Waffenthaten in Schleswig zu blicken berechtigt ist.

✓ **Hamburg**, 22. April. Ein Rückblick auf den im Schreiben begriffenen Monat April gewährt uns die Freude, bereits drei Tage aufzählen zu können, an denen deutsche Tapferkeit im Norden der Elbe in hellem Glanze geleuchtet hat. Der 5. brachte uns das Ereigniß von Eckernförde, der 13. die Erstürmung der Düppeler Höhen, der 20. endlich das Einrücken in Jütland und die Besetzung Koldings, der ersten dänischen Stadt auf der jütischen Halbinsel. Vielleicht folgt schon vor dem Ausgange des Monats die Einnahme des Brückenkopfs am Alsener Sunde und der Sturm auf Sonderburg, dessen Resultat über den Besitz Alsens entscheidet. Zu unserer besonderen Befriedigung aber vernehmen wir heute, daß von den die schleswig-holsteinische Marine bildenden Kriegsfahrzeugen 4 Kanonenböte detachirt sind, um in einer combinirten Operation mit einer bedeutenden Infanterieabtheilung, die nach Husum und Bredstedt hin dirigirt ist, die Inseln Föhr und Sylt, die Wohnsitze der kräftigen friesischen Seefahrer, den Dänen wieder zu entreißen.

Vom österreichischen Kriegsschauplatz.

Wien, 20. April. Die Insurgenten unter Görgey behaupteten noch vor vier Tagen ihre Stellung zwischen dem Flusse Gran und der Eipel. Ein starkes Corps bildet die Avantgarde in Lewa, das Centrum, welches Succurs von Pest her (?) erhielt, steht in Jeolnschag und die Nachhut ist noch immer unten nicht weit vom Ausflusse der Gran in die Donau, wo die Insurgenten — bei Parkany zurückgeschlagen — zwei Stunden von diesem Orte eine feste Stellung nahmen. Man glaubt hier, daß Baron Welden heute einen allgemeinen Angriff auf diese Stellungen unternehmen werde. Von Neutra sind 5000 Mann über Levenz nach Lewa unter General Wohlgemuth. Welden wird vermuthlich selbst die Nachhut der Insurgenten von Gran aus angreifen. Es scheint, daß er sie von der Lewaerstraße, welche nach Schemnitz führt, zurückwerfen und sie gegen Pest zu drängen wolle. General Benedek erhielt den Befehl auf seinem Wege über Galizien nach Oberungarn linie zu halten und die Leitung des in Jablunka versammelten Corps zu übernehmen, welches bereits über das Trentschiner Comitat eingerückt ist und in Eilmärschen über Thurocz-Szambokret, Kremnitz oder Neusohl nach Schemnitz geht, um so nach Lewa vorrücken, die Reserve des Wohlgemuth'schen Corps zu bilden, und falls die Insurgenten jene Straße dennoch einzuschlagen im Stande wären, sie wieder zurückzudrängen. Die andere Abtheilung des galizischen Corps unter General Vogel soll von Kaschau über Torna, Rimaszombat nach Balassa-Gyarmat eilen, um den Rückzug jener Insurgenten nach Mielotz zu hindern. Indessen rückte das Gros dieses Vogel'schen Corps erst am 19. April in Kaschau ein, daher von den weiteren Bewegungen der Insurgenten der Vereinigung dieser sonst wahrscheinlichen Operationen abhängt. Ueber das Hauptcorps der Insurgenten vor Pest weiß man nichts Bestimmtes; so viel scheint gewiß, daß außer einigen Husarenschwadronen und einiger Artillerie nur der zusammengelaufene Landsturm noch die vorige Stellung des Dembinski'schen Corps innehat. Ob das Corps selbst dem Görgey an den Fluß Gran zu Hilfe zog, oder über Mielotz wirklich dem General Vogel entgegenmarschirte, ist nicht zu erfahren. Man sagt, daß der Banus ebenfalls heute die vor Pest noch lagernden Insurgenten, deren Hauptstärke gegen Soroksar zu noch aus regulären Truppen besteht, angreifen und so die kaiserliche Armee auf allen Punkten die Offensive ergreifen werde. Ueber die Gefechte einzelner Honvedabtheilungen von 500 bis 800 Mann bei Eperies mit den slavischen Landsturmlern (die auch aus Eperies herausgeworfen wurden, doch bald mit der kaiserlichen Verbot des Vogel'schen Corps wieder einrückten, während die Honveds theils über Kaschau, theils über Leutschau sich mit den Insurgenten zu vereinigen suchten) schreibe ich Ihnen nichts, da diese Scharmützel keinen Einfluß auf die Hauptoperationen üben. Durch die Vernichtung der Communicationsbrücke zwischen der Festung Komorn und dem Brückenkopf ist die 2000 Mann starke Besatzung des letztern in eine üble Lage gerathen, daher man die Uebergabe des Brückenkopfs in einigen Tagen erwartet. — Von Mailand lauten die Berichte wieder günstiger für den Frieden, doch ist man über die feindselige Politik des Lord Palmerston sehr entrüstet, denn während Frankreich offen und aufrichtig zu Werke geht, ist das Benehmen des englischen Bevollmächtigten argwöhnischer als je; das Wiener Cabinet soll auch deßhalb dem hiesigen englischen Botschafter eine energische Note übersendet haben.

Wien, 20. April. Der englische Gesandte ist heute von hier nach London abgereist, wohin er von Lord Palmerston zu einer besondern Berathung berufen worden ist. Diese Abreise drückte die Fonds. Wir haben schon erwähnt, daß auch der alte Nugent, dessen unleidliches Zaudersystem oft in diesen Blättern hervorgehoben wurde, auf Befehl des Kaisers sein Commando in Südungarn abgeben mußte; der entschlossene Castiglione trat an seine Stelle.

Pest, 17. April. Gestern Nachmittag wurde wieder eine Kanonade gehört. Die Insurgenten, die sich schon vorgestern bei Páleta gezeigt hatten, erschienen heute wieder in bedeutender Anzahl auf dem Kalos, unterhalb Czinkota. Die k. k. Truppen waren vom Steinbruch an, nordwestlich nahe bei der Hauptstadt, in einer langen Linie aufgestellt. Um 9½ Uhr begann die Kanonade von Seiten der Insurgenten an der Kalosbrücke, und es schien, als wollten sie den rechten Flügel angreifen. Da aber das Feuer lebhaft erwidert wurde, zogen sie ihre Batterien nach und nach bis unterhalb Czinkota zurück. Die kaiserl. Batterien wurden unterdessen immer weiter vorgeschoben und entwickelten ein heftiges Feuer, vorzüglich an der Nordseite des Steinbruchs und jenseits des dort gelegenen Waldes. Die Insurgenten ließen es nach diesem lebhaften Empfang wieder nur bei der Kanonade bewenden und zogen ihre Truppen vom rechten Flügel, wo sie einen hartnäckigen Widerstand fanden, ganz nach links auf den bei Czinkota gelegenen Bergrücken zurück. Die Kanonade dauerte von beiden Seiten bis 5½ Uhr, dann verstummte sie, und in dem Augenblick, wo wir diese Zeilen schreiben, „concentriren sich" die k. k. Truppen am rechten Flügel um das Corps Sr. Excellenz des Banus Jellachich. (Zspl.)

Pest, 19. April. Gestern in der Nacht war Welden wenige Stunden in Ofen, ging aber gleich wieder nach Gran ab. In der Nacht fand ein großartiger Aufbruch des ganzen Lagers statt. Viele Offiziere wurden in den beiden Theatern von dem augenblicklichen Abmarsch unterrichtet. Eben strömen die Neugierigen hinaus, den leeren Platz des großen Feldlagers anzustaunen. Die täglichen Reconvalescenten des Lagers kehren theils überrascht, theils muthig in die Stadt zurück. Um vier Uhr in der Nacht begann der Abmarsch in der Richtung gegen Waitzen und Umgebung. Die ganze auf dem Ofener Donauufer bis Komorn hinauf stehende Armee zog über und greift am heutigen Tage die Insurgenten auf allen Punkten an, während Schlik und der Ban, über Waitzen hinaus operirend, die Insurgenten in Rücken und Flanke fassen. Schon

gestern vernahm man im Hauptquartier, daß man binnen drei Tagen entscheidende Resultate erwartet. (Wand.)

Ueber die Organisation des ungarischen Heeres bemerkt ein Pester Correspondent des „Lloyd“: Die eigentliche unverwüstliche Stärke der Magyaren besteht in dem allenthalben massenhaft und colossal aufgebotenen Landsturm, der sich in dem Rücken und in den Flanken ihres Streitheeres voraus- und nachwälzt. Da Kossuth persönlich alle Züge mitmacht, so sucht er sein für die Bataille selbst mangelndes Talent durch seine übrigen Eigenschaften zu ersetzen, denen ein weites Feld offen steht. Es ist kein Ort an der Theiß, der nicht sein volles Contingent gestellt hat. Von Kossuth's Reden in Erlau und in Gödöllö cursiren hier Versionen, die den Mann in seiner ganzen wildromantischen Raserei erkennen lassen. Es stößt uns eine Art von Schrecken ein, aber es wundert uns nicht, daß auf einen Wink dieses Agitators vielleicht hunderttausend Bauern und kleine Edelleute bereit stehen, Haus und Herd zu verlassen und, wenn auch nur mit einem Rechen oder einer scharfen Sichel, das Insurgentenarsenal zu vermehren. An der untern Theiß, wo Kossuth persönlich nicht hinkam, wirkt er eben so energisch durch Schrift und Emissäre. Szegedin hat sich an dem Racekriege in seiner Nähe reich genug betheiligt, ist aber in diesem Augenblicke auch auf dem Hauptkriegsschauplatze durch zwölftausend Mann vertreten; in Kecskemet wurde einen Tag nach Abzug der Kaiserlichen, da die Leute des Landesvertheidigungsausschusses erschienen waren, in allen Gassen und auf allen Curien ausgetrommelt, daß jeder waffenfähige Mann, der nicht mit ins Feld zieht, ohne Umstände von seinem Nachbar erschossen werden darf. Diese Maßregel hielt Kossuth für nothwendig, weil zufällig in dieser rein magyarischen Landstadt der größte Theil der Bevölkerung gut kaiserlich ist. Dabei mußten die Wirthschafter und Herren von den Gehöften selbst mitziehen, und es blieb Niemanden gestattet, sich vertreten zu lassen. Auf fünf Tage nur nahm Jeder seinen Proviant mit, weil von da ab jeder Landstürmler auf Staatskosten verpflegt wird. Ich finde es noch unter der begreiflichen Zahl, daß aus Kecskemet allein 10,000 mit Aexten, Gabeln und Sensen bewaffnete magyarische Kernmänner, wie man sie nur in dieser Gegend findet, ausgerückt sind.

Deutschland.

Frankfurt, 23. April. Die „Neue Würzburger Zeitung“ läßt sich von hier schreiben: Der König von Württemberg habe Herrn von Schmerling mit dem Commandeurkreuz des Ordens der württembergischen Krone decorirt.

Das Schreiben, welches das Präsidium der verfassunggebenden Reichsversammlung an den Präsidenten der württembergischen Kammer der Abgeordneten in Folge des heutigen Beschlusses gerichtet hat, lautet folgendermaßen:

Die gehrte Zuschrift des Herrn Präsidenten der zweiten württembergischen Kammer der Abgeordneten d. d. Stuttgart, den 22. April 1849, hier angekommen am 23. Nachmittags, ist heute — in der 205. öffentlichen Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung — verlesen und die Veranlassung geworden, daß der Antrag (von Jetzer und Wischer):

1) „Die Reichsversammlung wolle sofort und ohne Discussion beschließen:

Die württembergische Kammer der Abgeordneten insbesondere durch ihren Beschluß vom 22. April, sowie das württembergische Volk überhaupt, entsprechen mit dem in den letzten Tagen gezeigten entschiedenen Festhalten an der deutschen Reichsverfassung den Erwartungen und dem Willen der deutschen Nation.

2) Die Reichsversammlung wolle von dieser Erklärung durch Vermittlung des Präsidiums jener Kammer der Abgeordneten diese selbst, sowie das württembergische Volk überhaupt, in Kenntniß setzen.“

als ein dringlicher anerkannt und mit einer an Einstimmigkeit gränzenden Majorität zum Beschluß erhoben worden ist.

Das Präsidium der verfassunggebenden Reichsversammlung beeilt sich, den Herrn Präsidenten der württembergischen Kammer von diesem Beschlusse hiermit in Kenntniß zu setzen.

Frankfurt a. M., 24. April 1849.

Das Präsidium der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung

gez. Simson.

Bauer. v. Eisenstuck.

Schriftführer Biedermann.

‡ **Posen**, 19. April. Unsere letzten Nachrichten aus dem Königreich Polen besagen, daß die Enthlösung unserer Grenzlinie von russischem Militär, wodurch wir zugleich die Gefahr einer Invasion beseitigt wähnten, von gar kurzer Dauer gewesen ist, indem seit einigen Tagen Kalisch und die übrigen Grenzstädte wiederum eine starke Besatzung erhalten haben, und seit vorgestern ununterbrochen neue Truppen heranrücken, die sofort wieder in das große Lager bei Kirchdorf einziehen, das aufs Neue mit dreißigtausend Mann besetzt werden soll. Die große Warschauer Straße wimmelt wieder von russischen Soldaten, und da nun auch die Garden aus Lithauen weiter vorgerückt sind, um die festen Punkte in Polen, namentlich außer der Hauptstadt noch Modlin (Georgiewsk) und Zamosz, zu besetzen, so scheint es doch, als ob man in Folge der magyarischen Siege in Ungarn eine neue Schilderhebung der Polen keineswegs für unmöglich halte. Auch wir müssen dem beistimmen, da wir wissen, daß die Liga Polska außerordentlich thätig ist, und da uns wiederholte Nachrichten darüber zugehen, daß die Polen alles zu einem Kampfe Erforderliche vorbereiten und Waffen in Menge heimlich vertheilt werden. Daß die frühere Besatzung unserer Grenzgegenden sich nach Krakau zu gewendet habe, ist kein Geheimniß mehr; indessen variiren doch die Nachrichten darüber, ob die Truppen noch auf polnischem Gebiet stehen oder bereits in Ungarn eingerückt sind. Die heutigen Berichte melden das letztere, doch sind sie keineswegs verbürgt, wenn auch behauptet wird, daß vierzigtausend Mann Russen bereits auf ungarischem Boden stehen. Den Russen soll übrigens die Calamität, so erzählt man sich hier, der Oesterreicher und die Nothwendigkeit ihres Einschreitens sehr erwünscht kommen, indem sie sich ihre bereitwillige Hilfe durch die Zustimmung Oesterreichs zu ihrer definitiven Besitzergreifung der Moldau und Walachei bezahlen lassen. Daß die Russen auf einen langwierigen und große Streitmassen in Anspruch nehmenden Krieg rechnen, bewiesen die ungeheuren Magazine, welche sie in Polen anlegen, und die neu ausgeschriebene außerordentliche Rekrutirung zur Vervollständigung des Heers. In jene müssen jetzt alle Grundbesitzer Polens ihre entbehrlichen Getreidevorräthe abliefern, sie empfangen dafür russische Bons, die aber erst im nächsten Jahre bei Abtrag der Steuern an Zahlungsstatt angenommen werden sollen. Die russische Politik handelt darin sehr schlau, wenn auch höchst willkürlich, indem sie den Landleuten dadurch für das laufende Jahr alle Mittel zu einem neuen Revolutionsversuch entzieht. Was die Rekrutirung anlangt, so war diese vor einiger Zeit ausgeschrieben, beschränkte sich aber auf ein Procent der Bevölkerung; durch eine neuere Verfügung jedoch ist diese Zahl auf zwölf vom Tausend erhöht worden. Die russischen Militärs in der Nähe unserer Grenze sprechen zwar immer noch von einer bevorstehenden, wenn gleich etwas hinausgeschobenen Invasion in unser Großherzogthum, indessen hat sich doch bei den diesseitigen Grenzanwohnern die frühere Furcht vor einem plötzlichen Besuch der Russen ziemlich verloren, und nur die Häupter der Liga, die den Russen gar wohl bekannt sind und in ihrem schwarzen Buche stehen, sind angeblich sehr auf ihrer Hut, um nicht gelegentlich in die Hände Jener zu fallen, von denen sie gerade keine große Schonung zu erwarten haben dürften. — Ueber das lange Hinziehen der deutschen Kaiserfrage ist man hier sehr mißgestimmt, weil man mit Recht die Stabilisirung mehrerer Provinzialverhältnisse von der Erledigung jener Frage abhängig macht. Nimmt der König von Preußen die Kaiserkrone an, so ist die sofortige Ausführung der Demarcation unausweichlich und die Herrschaft des deutschen Elements ist hier für immer gesichert; bis jetzt warten wir freilich noch immer vergebens auf irgend einen eclatanten Regierungsact, wodurch der Frankfurter Ausspruch, daß wir in den deutschen Staat aufgenommen sind, zur Wahrheit wird; die Polen lachen daher über die sogenannte Demarcationslinie, und nennen sie nur eine Linie auf der Landkarte mehr. Sollten sie darin Recht haben, so wäre das für die halbe Million Deutscher im Großherzogthum höchst beklagenswerth. Leider hat der gegenseitige Nationalhaß der Polen und Deutschen bereits seinen Hochpunkt erreicht, so daß er wohl nicht mehr zunehmen kann; ein gegenseitiger Verkehr findet nirgends mehr statt, und die gehässigsten Beiwörter werden beigelegt: so sind „deutsche Hunde“ und „polnische Schweine“ beispielsweise an der Tagesordnung. Am meisten leiden in nationaler Beziehung dabei unsere Juden, deren Handel völlig darnieder liegt, und von denen einer nach dem andern zu Grunde geht. In den letzten Tagen ist das bisher ganz von Militär entblößt gewesene Polnisch-Posen wieder besetzt worden, woraus man auf die bevorstehende Reorganisation jenes Landestheils schließen will.

□ **München**, 21. April. Unsern frommen Seelsorgern wirds bald leicht werden, ihre Gläubigen zu überzeugen, daß wir unter lauter drohenden Strafgerichten Gottes leben. Vorgestern einen Schneefall, der die Posten verspätet eintreffen ließ, gestern Sonne genug, um doch die Hoffnung an den Frühling wieder zu wecken, und heute Nacht wieder eine solche Masse Schnees, daß Getreidefuhrwerke, die zur heutigen Schranne kommen, mit doppelter und dreifacher Vorspann eintreffen. Daran ist ausschließend das Parlament schuld und unsere rothe Linke. Oder muß es der Märzverein büßen, weil er auf morgen eine Volksversammlung im Freien hat halten wollen? Diese wird sicher zu Wasser, wenn's so fort schneit, wie noch zur Stunde, und damit wird am Ende Niemand zufrieden sein dürfen, als die Unternehmer selbst. So ins Zwielicht hinein zwischen sein und nicht sein, wie's dermalen bei uns steht und aussieht, oder mit andern Worten in einem Augenblicke, wo man die kommenden Dinge und Ereignisse abwarten und sich nun auf das Aeußerste gefaßt halten muß, nachdem man es einmal versäumt hat, bei deren Erzeugung mit werkthätig zu sein, kann man wahrhaftig kaum etwas Unerheblicheres thun, als eine Volksversammlung nach hiesigem Zuschnitte anberaumen. Geduld, bis sich in Frankfurt gestaltet hat, was doch ohnehin nicht lange formlos bleiben kann, und dann mag man in Gottes Namen die Thätigkeit des wiederbeginnenden Landtags durch derartige Demonstrationen unterstützen. Dermalen können sie höchstens dazu dienen, der Eitelkeit der Führer zu schmeicheln und den Gegnern Waffen in die Hände zu liefern. — Herr v. d. Pfordten hat sich für den ersten Augenblick wirklich nach allen Seiten hin sicher gebettet. Sein von dem Könige gutgeheißenes Programm gewährt ihm die vollste, nur durch seine eigene Verantwortlichkeit begrenzte Freiheit in allen seinen amtlichen Bewegungen auf verfassungsmäßigem Boden. Das bayerische Staatsgrundgesetz wird seiner Politik zur Grundlage dienen. Weit entfernt, dieses Gesetz für infallibel zu halten, werden Verbesserungen desselben in Vorschlag kommen, und weit entfernt außer der bayerischen Verfassung kein anderes Staatsgrundgesetz anzuerkennen, sind es doch wieder die beiden bayerischen Kammern, die erst sowohl die deutschen Grundrechte, als wie die deutsche Reichsverfassung durch ihre legislatorischen Zuthaten für den Volksstamm der Bayern genießbar zu machen vermögen. Das heißt sich fürwahr den verantwortlichen Rücken decken, und nicht nur Herr v. d. Pfordten, sondern Gesammtministerium und Hof nicht weniger, hätten ein besseres System nicht wählen können, vorausgesetzt aber, daß ihm der Entschluß zum Grunde liegt, während der Landtagsvertagung auch wirklich nichts zu thun, als die Ereignisse abzuwarten. Man legt dem Herrn v. d. Pfordten bereits eine bezeichnende Aeußerung in den Mund, die er gelegentlich einer Unterredung mit dem Gesandten eines deutschen Hofes gethan haben soll. „Ich werde gewiß weder Befehle noch Anweisungen von Wien annehmen“, soll Herr v. d. Pfordten gesagt haben, und was legt man dem Könige selbst in den Mund? „Ich werde gewiß kein preußischer Präsect!“ Der Minister könnte mit seiner Rede, wenn man ihr neben der Worte Klang nicht auch einen diplomatischen Sinn beizulegen vermöchte, unsere Ultramontanen und altbayerischen Aristokraten so förmlich rasend machen. Aber so überlassen sich die Frommen und die Ritter der Ueberzeugung, über kurz oder über lang werde auch Herrn v. d. Pfordtens Politik Nichts sein, als ein Vollzug von Wien eingehender Ordonnanzen. Aber das Wort aus dem königlichen Munde wiegt nach allen Richtungen hin schwerer. — Gestern ist ein Courier aus Berlin hier eingetroffen, und die von ihm überbrachten Depeschen sollen sofort nach Nymphenburg gebracht worden sein. Später wußten die Einen, der König von Preußen wolle bürgerlich werden, wie König Ludwig von Bayern, und die Andern hatten erfahren, daß Friedrich Wilhelm vielmehr nachträglich die deutsche Krone auch ohne die Zustimmung aller Fürsten annehmen wolle. Zuletzt wußten Alle miteinander Nichts. Nur einige Auserwählte und Ganzpfiffige hatten durch irgend ein Schlüsselloch das große Geheimniß erlauscht, daß Fürst Ludwig von Wallerstein angefangen habe, wieder möglich zu sein, so zwar, daß er München urplötzlich in einer hochwichtigen Mission verlassen. Nur die Kleinigkeit ist noch herauszubringen, ob der Fürst nach Berlin, nach Frankfurt, nach Wien abgereist sei, und welchen Zweck er zu verfolgen habe.

Dresden, 21. April. Nach der heutigen Verhandlung der ersten Kammer wäre es eben kein Wunder, wenn dies mein letzter Bericht über diesen Landtag wäre. Dennoch kann ich noch nicht an eine Auflösung desselben glauben, wenn ich die „Gesammtlage“ der Verhältnisse in Anschlag bringe. Viel wahrscheinlicher scheint mir der Austritt des Ministers des Auswärtigen allein. Doch urtheilen Sie selbst. Heute kam der Bericht des außerordentlichen Ausschusses über das Decret wegen der die Tödtung Blums betreffenden Anträge zur Berathung. Mittelst Landtagsschrift vom 24. Febr. nämlich hatten die Kammern den doppelten Antrag an die Staatsregierung gegeben, „a) daß der Gesandte v. Könneritz in Wien unverweilt abberufen werde; b) daß die Regierung bei der provisorischen Centralgewalt die weitere Ausführung des Beschlusses der Nationalversammlung vom 16. November 1848 in Antrag bringe.“ Hierauf hatte die Staatsregierung in dem Decret vom 19. März d. J. die Antwort ertheilt, daß sie auf die unter a und b gestellten Anträge hauptsächliche Entschließung zu fassen zur Zeit Bedenken trage, und zwar weil sie das verfassungsmäßige Recht für sich in Anspruch nehme, nach eigenem Ermessen ihre Agenten zu wählen, sie zu wechseln oder beizubehalten. Dieser Ansicht gegenüber hat, wie sich der Ausschußbericht ausdrückt, der mit Ausnahme zweier verneinenden Stimmen einhellig erfolgte Ausspruch der Kammern, der Stimme des Volks den verfassungsmäßigen Ausdruck gegeben. Die Regierung will diesem Ausspruch jedwede Berücksichtigung nicht unbedingt versagen. Sie hat aber ernste Bedenken dagegen, welche sie nicht bei Seite setzen kann. Als Entgegnung auf diese (weitläufiger motivirten Bedenken) führt der Ausschußbericht unter anderm Folgendes an: „Man lese die Acten durch; nicht eine Stimme hat sich zu Entschuldigung des Gesandten von Könneritz erhoben. In diesem inhaltschweren Schweigen liegt ein so vernichtendes Urtheil, als in der unwiderruflichen Begründung der laut ausgesprochenen Anklage. Der Gesandte ist also, wie dies der frühere Minister v. d. Pfordten (der gesagt, der Gesandte habe allerdings seiner Pflicht nicht umfassend genug genügt) selbst ausdrücklich kund gegeben hat, auch in den Augen der Regierung ein pflichtvergessener Beamter. Nichts desto weniger trägt die Regierung zur Zeit Bedenken, dem Antrage der Kammern zu entsprechen und führt an, daß „höhere politische Rücksichten dem entgegen stehen“. Der Bericht antwortet darauf: „Die Regierung sollte darüber nicht zweifelhaft sein, welches die höheren Pflichten sind. Will die Regierung im Hinblick auf die aus einem Bruche mit der österreichischen Regierung erwachsenen Nachtheile die Pflichten gegen ihre Staatsangehörigen vernachlässigen, so unterwirft sie sich dem Machtgebote der österreichischen Regierung, sie macht aus Sachsen eine Provinz Oesterreichs, sich selbst zum österreichischen Gouverneur dieser Provinz. Die Regierung will Nachtheile vermeiden und versetzt sich in einen Zustand, der dreifach größere Nachtheile in Gefolge hat; sie streckt die Waffen, sie läßt sich geduldig fesseln, ohne den Kampf angenommen zu haben. Indem die sächsische Regierung diesmal die Unabhängigkeit Sachsens der österreichischen Regierung gegenüber aufgibt, hat sie diese für immer aufgegeben. Sie legt eine Ohnmacht an den Tag, welche Sachsen aus der Reihe der selbstständigen Staaten ausstreicht. Wenn es im gegenwärtigen kritischen Augenblicke zu ernsten Ereignissen kommen sollte, würde keine Politik für Sachsen gefährlicher sein, als die des Hin- und Herschwankens im Anschlusse nach dieser oder jener Seite hin. Es scheint, als ob Sachsen von einem unerbittlichen Fatum ausersehen wäre, dieser Politik so lange zu huldigen bis es derselben ganz zum Opfer geworden.“ In Betreff der materiellen Nachtheile, die aus einer Feindschaft mit der österreichischen Regierung entstehen könnten, bemerkt der Bericht, „daß vielmehr durch unser Schwanken diese Nachtheile entstehen werden und bereits entstanden seien, wie das Getreide- und Geldausfuhrverbot von Seiten Oesterreichs beweisen, und daß durch die Verkehrshemmungen die österreichische Regierung ihre eigenen Staatsangehörigen aufs Tiefste verwunde.“ Aus den angeführten Gründen schlägt der Ausschuß der Kammer vor: „1) sie wolle bei den früher gefaßten in der Landtagsschrift vom 24. Febr. an die Staatsregierung gebrachten Anträgen fest beharren; 2) sie wolle im Verein mit der zweiten Kammer der Staatsregierung erklären: daß sie in der Verzögerung der Ausführung dieser Beschlüsse ein die Ehre und die Selbstständigkeit des sächsischen Volkes gefährdendes Regierungssystem und eine Unverträglichkeit mit den Bedingungen erblicken, unter welchen allein die Kammern mit der Staatsregierung zum Wohle des Vaterlandes fortzuwirken im Stande sind.“ Die Regierung nahm den zweiten Theil des Antrags für das was er war: ein Mißtrauensvotum. Als der Bericht verlesen und mit lebhaften Beifallszeichen von den überfüllten Galerien aufgenommen war, nahm der Minister des Aeußern, Freiherr v. Beust, das Wort und erklärte, das Ministerium habe den Ausschußbericht mit dem tiefsten Bedauern vernommen; man habe seine redlichsten Absich-

ern, sein offenes und vertrauungsvolles Benehmen, mit dem sie den Kammern entgegen gekommen, verkannt, sein Schweigen, während welches es die fraglichen Verhältnisse und den Grund dessen, wegbald den Gesandten angeklagt, nochmals genau geprüft, mißverstanden, und da man demungeachtet aus dem Verfahren Ursache zum Ausspruche des Mißtrauens abgeleitet, so sähe sich das Ministerium in dem Falle, an der Debatte in dieser Angelegenheit nicht Antheil zu nehmen. Nach diesen Worten verließ der Minister den Saal, während die Galerien zur Ruhe verwiesen werden mußten, welche heute mehr als einmal unterbrochen wurde. Unter allen Rednern war nur ein einziger, welcher gegen die Anträge der Deputation zu stimmen erklärte, der gestern erst in die Kammer eingetretene neugewählte Amtshauptmann von Biedermann (Secretär der frühern ersten Kammer, der einzige Edelmann in der jetzigen), und welcher den Gesandten in Schutz nahm. Als er hart bekämpft wurde, fügte er noch hinzu: An dem frühern Minister v. d. Pfordten, der eine Pflichtverletzung des Gesandten zugegeben, sei es gewesen, diesen abzuberufen; das jetzige Ministerium aber sei in einem andern Fall. Außer dem genannten Abgeordneten war die ganze Kammer darüber einig, daß das Ministerium ein Mißtrauensvotum verdiene, ja den beiden Abgg. Oppe und Jahn war das im Ausschußantrag gegebene zu bemäntelnd. Es sei, bemerkte der Letztere, endlich an der Zeit, grob zu sein. Wer die Kammer zog nicht allein die höflichere, sondern zugleich im Inhalt entschiedenere Fassung im Ausschußantrag vor, nachdem, besonders von Hüffell, zur Einigkeit ermahnt worden war. Der Abg. Gautsch wurde vom Präsidenten Dr. Joseph zweimal an die Beobachtung einer parlamentarischeren Ausdrucksweise erinnert, die ihn sein Zorn gegen das Ministerium, das er auf das heftigste angriff, vergessen ließ. Nachdem eine ziemlich große Anzahl von Abgeordneten gesprochen, sagte der Referent Heubner im Schlußwort unter anderm: Wenn die Sühnung des Todes Robert Blums, des Hauptes der Demokratie, verweigert würde, so müsse die ganze Demokratie darin eine Verneinung ihrer berechtigten Existenz erblicken, und schloß mit der Mahnung: die Regierung bleibe im Lande und nähre sich redlich, das heißt, sie stütze sich allein auf die Kraft des Volkes; aber wenn dies ihr bestehen solle, müsse das Ministerium ein Volksministerium sein, und dies sei das jetzige nicht. Hierauf erfolgte die namentliche Abstimmung, bei welcher der erste Theil des Deputationsantrages gegen 1, der zweite Theil gegen 4 Stimmen angenommen ward. Eben so wurde der noch außerdem gestellte Antrag des Ausschusses: die Kammer wolle dem in der zweiten Kammer am 27. März gefaßten Beschlusse („der Regierung zu erklären, daß sie von der dermaligen Volksvertretung eine Genehmigung der Verausgabung des Aufwandes für die fortgesetzte Könneritz'sche Gesandtschaft aus der Staatskasse nicht zu erwarten habe") beitreten (gegen 1 Stimme) genehmigt.

⊙ **Stuttgart**, 19. April. Die heutige Sitzung der Kammer der Abgeordneten war ganz dem Berichte der Finanzcommission über den Bau und Betrieb der Staatseisenbahnen gewidmet. Die oberschwäbischen Abgeordneten nehmen sich sehr warm der Südbahn von Ulm nach Friedrichshafen an, und es war ihnen nicht genug, daß dem Ministertisch die Eröffnung der Strecke von Ravensburg bis Biberach oder noch die Erbach zugesagt wurde, sondern es wurde ein Antrag Adams angenommen, die Bahn bis in die Nähe von Ulm noch im Laufe dieses Jahrs herzustellen. Der Commissionsantrag, den Etatssatz für den Eisenbahnbau für 1848—1849 im Betrag von 4,940,000 fl. zu genehmigen, wird in der Kammer angenommen. Eisenbahndirector Knapp weist durch Zahlen nach, daß der wirkliche Aufwand die Voranschläge bisher nicht erreicht habe, und daß zum Ausbau der Bahn ein weiteres Anlehen nicht mehr nöthig sei. Zugleich spricht sich die Kammer dahin aus, daß der Bau der Eisenbahn, so weit derselbe verabschiedet worden ist, seiner Vollendung mit ununterbrochener Thätigkeit zugeführt werde, nachdem der Bau von Heilbronn bis Friedrichshafen in allen seinen Theilen in Angriff genommen worden ist. Obgleich nach der Versicherung vom Ministertisch ein weiteres Anlehen nicht nöthig erscheint, so beschließt die Kammer doch noch, die Staatsregierung möge, wenn sich die Mittel für den Eisenbahnbau ihrer Erschöpfung nähern, so rechtzeitig für die gesicherte Beischaffung derselben durch ein Anlehen zur Eröffnung neuen Credits Sorge tragen lassen, daß eine Unterbrechung des Baus nicht eintrete, was als finanziell und volkswirthschaftlich schädlich erkannt werden müßte. Ueber eine Verbindung nach Osten gibt Staatsrath Goppelt die Aussicht, daß Unterhandlungen im Gang seien, und die Hoffnung eines befriedigenden Resultats noch bestehe. Ueber eine Westbahn ist kein erneuter Antrag an die Regierung gestellt, und vorerst beruht der Plan der frühern Verwaltung, eine Verbindung von Bietigheim aus durch das Enzthal anzubahnen; der jetzige Vorstand des Finanzministeriums ist für seine Person ein Gegner dieser Ansicht, und sieht eine Verbindung von Heilbronn nach dem Rheinthale und von Stuttgart nach Pforzheim als die einzig naturgemäße an, ob er aber, wenn es einmal an den Bau kommt, noch an der Spitze der Geschäfte stehen wird, ist gerade im gegenwärtigen Augenblicke zweifelhaft. Vor der Hand beruht aus Mangel an Mitteln dieser Bau, ebenso wie der einer Oberneckarbahn. Letztere wünscht Freiherr v. Ow dringend, und die finanzielle Seite ist ihm so wenig ein Hinderniß, daß er vielmehr den Staat auffordert, Schulden zu machen, damit, wenn Württemberg in Deutschland aufgehe, oder Baden mit Württemberg, oder letzteres mit Bayern vereinigt werde, und man die Schulden der Staaten zusammen übernehme, wir nicht allein schuldenfrei seien, und nur für Andere zahlen müssen. Staatsrath Goppelt entgegnet, was den Wetteifer im Schuldenmachen betreffe, so haben wir doch auch an einem Anfange darin es nicht fehlen lassen, er möchte aber nicht wünschen, daß das Maß überschritten werde. Prälat Mehring sagt, daß erst in der Hand der Centralgewalt unsere Eisenbahnen ihre Bedeutung gewinnen und daß eine Verbindung der beiden Hauptwaffenplätze Ulm und Rastatt immer nothwendiger erscheine. Zeller verlangt, daß die Beamten bei Eisenbahnen nicht in widerrussicher Weise angestellt werden, worauf Freiherr v. Wöllwarth entgegnet, daß man namentlich in gegenwärtiger Zeit mehr als je zu der Ueberzeugung kommen müsse, daß ein Ministerium mit unentlaßbaren Beamten seine Verwaltung gar nicht zu führen vermöge. Endlich beschließt die Kammer, die Regierung zu bitten, durch thunlichste Vereinfachung der Verwaltung und größte Oeconomie des Betriebs die Rentabilität zu fordern. Letztere kann auf der Strecke von Heilbronn nach Süßen bis jetzt zu 2½ Procent angenommen werden. Der Aufwand für den Betrieb beläuft sich auf 52 Procent der Bruttoeinnahme. Der Reinertrag ist für das laufende Etatsjahr zu 250,000 Gulden angenommen.

Ulm, 20. April. So viel man jetzt gewiß erfährt, ist ein Theil der hier liegenden ältern österreichischen Artilleristen, 2 Offiziere und 140 Mann, zu ihren betreffenden Regimentern nach Wien und Prag abberufen worden, und wird durch jüngere Mannschaft ersetzt werden. Die Abgerufenen gehen am 23. d. M. zu Wasser ab. — Von Wien ist amtliche Anzeige hierher gelangt, nach welchem unser Dampfschiff seine Fahrten nicht mehr, wie es in diesem Frühjahr schon gethan, bis Wien fortsetzen darf; es wird sich, wie früher, auf die Fahrt bis Passau, höchstens bis Linz beschränken müssen.

Frankreich.

** **Paris**, 22. April. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ereignete sich bei Gelegenheit der Debatte über den Gesetzentwurf in Betreff der Journalcautionen ein Incident, der, wenn auch nur Angelegenheiten rein persönlicher Natur betreffend, dennoch wegen der Stellung der dabei betheiligten Personen und der Wichtigkeit des Anlasses, das allgemeinste Interesse auf sich zu ziehen nicht verfehlt hat und von den heutigen Blättern auf das Lebhafteste besprochen wird. Herr Goudchaux hatte nämlich unter Bezugnahme auf die Andeutung einiger Provinzialblätter, als ob er den Vorschlag zum Staatsbankerott gemacht habe, erklärt, daß davon nie bei der provisorischen Regierung die Rede gewesen sei. Vielmehr habe er, als nach der Februarrevolution mehrseitig vorgeschlagen worden sei, die Zinsenzahlung für ein oder mehrere Quartale einzustellen, verlangt, daß diese Zinsen vor der Verfallzeit bezahlt werden sollten, was ihm nachher oft vorgeworfen worden sei. Ledru-Rollin bekräftigte dies, indem er sagte: „Als ich Minister des Innern war, schlug ein Bankier (Delamarre), der uns jetzt täglich in seinem von ihm angekauften Abendblatte mit Schmähungen und Verleumdungen überhäuft, mir vor, daß ich, weil die Regierung durchaus Geld brauche, sämmtliche pariser Bankiers in mein Cabinet berufen und sie nicht eher entlassen solle, bis sie zusammen für dreißig Millionen Wechsel oder Zahlungsverpflichtungen unterzeichnet hätten. Ich antwortete, die Republik könne sich nicht durch eine Handlung entehren, die einem Diebstahle gleichkommen würde. Und doch stellt dieselbe Partei, deren Mitglieder uns, ohne sich nur zu bedenken, damals solche Vorschläge machten, uns jetzt als Mordbrenner dar." Viele Stimmen forderten hierauf Hrn. Goudchaux auf, den Namen der Person oder der Personen zu nennen, welche damals die Einstellung der Zinsenzahlung, also den Staatsbankerott vorgeschlagen hätten; allein Goudchaux erklärte, er könne den Namen der Person, welche ihm unter vier Augen den Staatsbankerott vorgeschlagen habe, ohne deren eigene Einwilligung nicht nennen. Fould, der sich wohl schon getroffen fühlte, sagte, er habe damals Goudchaux vorgeworfen, daß er das Zinsenquartal zum Voraus bezahlte, da er doch wußte, daß er damit nicht fortfahren konnte, als ihn indeß Ledru-Rollin fragte: Haben Sie Hrn. Goudchaux den Staatsbankerott vorgeschlagen? Ja oder Nein? und Fould dies leugnete, sagte Goudchaux: Ich erkläre, die Hand aufs Herz: Ja, Hr. Fould hat mir diesen Vorschlag gemacht, eine Erklärung, welche dieser, obschon er sich auf das Zeugniß Bethmont's beruft, nicht zu entkräften vermochte, da für die Wahrheit der Goudchaux'schen Behauptung auch Marrast in die Schranken trat.

Nachschrift.

** **Frankfurt**, 25. April. Der hier unter dem Namen „Montagskränzchen" bestehende politische Verein hat in seiner gestrigen Versammlung beschlossen: „1) eine Deputation des Vereins nach Stuttgart zu schicken, um dort wirksthätige Hilfe zuzusichern, und über die Mittel zu deren Ausführung sich zu verständigen; 2) eine Subscription zu eröffnen zu Beiträgen für Wehrhaftmachung junger Männer für den äußersten Fall." — Die Deputation, bestehend aus Dr. Behagel, Dr. Th. Creizenach, Jonas Dörr, wird heute nach Stuttgart abreisen.

** **Berlin**, 23. April. Seit gestern Abend sind in gutunterrichteten Kreisen Gerüchte verbreitet, daß eine theilweise Veränderung der Personen des Ministeriums bevorstehe. — Beide Kammern hielten heute Sitzung. In der ersten stand auf der Tagesordnung der Antrag des Grafen Dyhrn auf Vorlage seitens des Ministeriums 1) der dem Bevollmächtigten in Frankfurt gegebenen Instructionen; 2) der dem österreichischen Cabinet auf seine Depesche vom 8. April ertheilten Antwort der diesseitigen Regierung; 3) aller die deutsche Frage und Kaiserwahl betreffenden Papiere. Der Ministerpräsident Graf Brandenburg wiederholte vor Verlesung dieses Antrags seine bereits am Freitag in der zweiten Kammer abgegebene bekannte Erklärung, und fügt bei: es seien bereits die Regierungen, welche noch keine Erklärungen abgegeben, aufgefordert, sich über die zu ändernden Punkte auszusprechen und das Cabinet hoffe auf diesem Wege trotz aller Schwierigkeiten das Ziel zum Heil des Vaterlandes zu erreichen. Für die Dringlichkeit des Dyhrn'schen Antrags erheben sich statt der erforderlichen 60 nur 56 Stimmen, weßhalb Graf Dyhrn den Antrag zurückzieht, da er ihn nicht den gewöhnlichen Geschäftsweg will nehmen lassen. von Ammon beantragt „die Wahl einer Commission von fünfzehn Mitgliedern, um die Lage der deutschen Angelegenheit nach ihrem ganzen Umfang in Erwägung zu ziehen, sich zu diesem Ende sowohl durch Communication mit dem Staatsministerium als durch zu veranlassende Vorlegung aller darauf bezüglichen Actenstücke oder in jeder sonst geeigneten Weise die nöthige Aufklärung zu verschaffen, der Kammer über das Ergebniß schleunigst Bericht zu erstatten und die geeigneten Anträge zu stellen." Dieser Antrag wird fast einstimmig unterstützt, und die Zahl 15 durch eine besondere Abstimmung angenommen. Ein in seinem ersten Theil mit dem Ammon'schen Antrag zusammenfallender Antrag von Hansemann und Itzenplitz will in seinem zweiten Theile eine Adresse an den König beschlossen wissen, in welcher derselbe gebeten werde, zur Beruhigung von Deutschland und zur Befestigung der Ordnung die Reichsregierung sogleich zu übernehmen und nach den Grundsätzen der Versassung vom 28. März zu handhaben, wenn sich die Nationalversammlung vorher mit folgenden Punkten einverstanden erklärt habe: „Auflösung der gegenwärtigen Reichsversammlung und Wahl und Constituirung einer neuen nach dem vorliegenden Reichswahlgesetz, die eine Revision der Reichsversassung einschließlich der Grundrechte vorzunehmen habe. Erst nach der Revision erfolgt die Vereidung auf die Verfassung und Annahme des Kaisertitels." Dieser Antrag (dessen Mittheilung seinem Wortlaut nach vorbehalten bleibt) geht auf Beschluß der Kammer ebenfalls an jene oben erwähnte Commission von 15 Mitgliedern.

In der zweiten Kammer gab heute der Minister des Auswärtigen auf betreffende Interpellation des Abg. Bucher Antwort und Aufklärung hinsichtlich der Friedensunterhandlungen vor Ablauf des Waffenstillstandes mit Dänemark dahin ab, daß diese Verhandlung nur in England geführt und daß von Frankfurt und Berlin aus in dieser Angelegenheit übereinstimmend gehandelt werde. Was von doppelten Friedensverhandlungen, von Berlin und von Frankfurt aus, erzählt worden, beruhe auf einem Irrthum. (Ausführlicheres hierüber in der Beilage.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 21. April. Die heutige Börse war wiederum willig gestimmt, Fonds bewahrten ihre Course und Eisenbahnactien blieben zu den Schlußcoursen von gestern gefragt. Von österreichischen Effecten stellten sich 5pCt. Metall. 77⅞ pCt., 2½pCt. Metall. 41 pCt., Bankactien 1184 fl., 500 fl. Loose 129 pCt., 250 fl. Loose 80⅞ pCt., Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27½ Rthlr. G., Bad. 35 fl. Loose 28⅜ fl. G., do. 50 fl. Loose 48⅜ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 72 fl., Nassauer 25 fl. Loose 20⅞ fl., Sardinische Loose 28½ Fr., Poln. 500 fl. Loose 74⅞ Rthlr. Süddeutsche und belgische Obligationen gut preishaltend. Holländ. 2½pCt. Integr. 49⅞ pCt. G. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 35½, Rthlr., Berbach 73⅝ pCt., Köln-Minden 77½ pCt., Taunus 292 fl., 3pCt. inländ. Span. abermals höher und allgemein beliebt, schließen benannte Zonds 24½ à 24⅝ pCt. Im Wechselhandel war es heute viel stiller. Die Frage nach Wien hat nachgelassen, und ging heute fast gar nichts darin um, alle übrigen Devisen ebenfalls bei schwachem Handel fast ganz wie gestern im Cours.

Berlin, 23. April. Staatsschuldscheine 80 Br., Seehandlungs-Prämienscheine 100⅛ bez., Bankantheile 88⅝ u. ⅞ bez., Berlin-Hamburg 52½ u. 52 bez., Köln-Minden 76⅞ G., Friedr. Wilh.-Nordb. 34, 33¾ u. 34 bez. u. G., Rheinische 46 Br., Thüring. 50 Br., 4pCt. Russ. bei Selezgltz. 5. 85½, Br., Poln. 500 fl. Loose 74½ bez. u. G., Kurhess. Prämienscheine à 40 Rthlr. 27⅝ B., ⅞ G., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 16½ Br.

Die Course der Fonds und Actien waren zum Theil matter und von einige niedriger, schlossen aber im Allgemeinen fest das Geschäft war nur von geringem Umfange.

Wien, 20. April. 5pCt. Metall. 89⅜. — 4pCt. 71. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1140. — 500 fl. Loose 147. — 250 fl. Loose 92. — Nordbahnactien 97½. — Glogauziger 93. — Mailänder 70.

Amsterdam, 22. April. 4 Uhr. (Effectensocietät.) 2½pCt. Integr. 49¹⁵/₁₆. — 4pCt. Schuld 77⅞. — 5pCt. Rente à 5. 510 Stücke 105⅛. ⅞/₁₆. — 3pCt. int. à 6000 fl. 24⅝ ⅞/₁₆ ⅞/₁₆. — Coupons 8⅞. — 4pCt. Port. 30⅝ ⅞ ⅞ 29¹⁵/₁₆.

Zu den notirten Coursen zeigte heute der Handel keine besondere Lebhaftigkeit.

Paris, 22. April. An der Tortonibörse schloß die 5pCt. Rente zu 87. 75.

Madrid, 17. April. 3pCt. 25⅜. — 5pCt. 11⅛.

London, 21. April. 3pCt. Stocks 92⅛. — 5pCt. Span. —. — Neue 3pCt. 32⅛ ⅞. — 4pCt. Port. 29⅛. — 2½pCt. Holländ. 50⅞.

Da die folgenden Nachrichten nicht in alle Exemplare unserer gestrigen Beilage aufgenommen werden konnten, tragen wir sie hier nach.

Frankfurt, 24. April. Herr v. Radowitz ist durch den Telegraphen nach Berlin berufen. Er hat vor seiner Abreise eine Unterredung mit Hrn. v. Gagern gehabt und demselben versichert, er werde dem Könige von Preußen zur unbedingten Annahme der Reichsverfassung rathen.

⊙ **Stuttgart**, 23. April. Die Krisis dauert fort. Der König ist heute früh nach Ludwigsburg abgereist, wohin die Minister mit ihm zu communiciren angewiesen worden sind. Er hat, mit seiner Namensunterschrift versehen, einen Aufruf an die Württemberger erlassen (derselbe ist bereits im Hauptblatt mitgetheilt), worin er mahnt, mit Ruhe und Zuversicht die Entwickelung der Zukunft des Vaterlandes abzuwarten, fest und einträchtig mit dem Könige Hand in Hand zu gehen, und den Einflüsen und Reden aller Ehrgeizigen und aller Wühler zu mißtrauen. Der Ministerrath ist versammelt und hat um die Mittagsstunde den König gebeten, entweder dem laut ausgesprochenen Willen des Volkes nachzugeben, oder den Ministern sogleich die Entlassung zu schicken. Die Kammer der Abge-

ordneten (Schoder und Nägele waren von Frankfurt hierher gekommen) hat auf das Memorandum des Königs als ein nicht contrasignirtes Actenstück nicht eingehen können. Der Präsident durfte es nicht einmal verlesen. In Anbetracht der gefährlichen Lage des Vaterlandes wurde zur fortlaufenden Berichterstattung und zur Beurtheilung der zu ergreifenden Schritte eine permanente Commission von 15 Mitgliedern gewählt. Sie besteht aus den Abgeordneten Reyscher, Wien v. Ulm, Becher, Graf v. Degenfeld, Zwerger, Hafner, Seeger, Schniger, Stockmaier, Eisenlohr, Hölder, Schoder, Schweickhardt, Holzinger, Zeller. Die Bürgerwehr war wieder bis in den Saal der Kammer herein aufgestellt. Adressen von allen Theilen des Landes sind eingelaufen und werden verlesen; sie stellen sich sämmtlich der Kammer zum Schutz der Reichsverfassung zu Gebot. Heute ist Pferdemarkt, man sieht wenig davon. Die Stadt ist ruhig. Ein Packwagen um den andern geht vom Schloß ab. Der König ist in Ludwigsburg und schweigt. In der Abendsitzung der Kammer soll, sagt man, der Antrag auf Niedersetzung eines — Vollziehungsausschusses gestellt werden.

⊙ **Stuttgart**, 23. April, Abends 8 Uhr. Die Abendsitzung der Kammer der Abgeordneten konnte vor dem Hinzudrängen der Zuhörer in den Saal, welches laute Scenen des Wortwechsels veranlaßte, lang nicht beginnen. Viele Zustimmungsadressen werden wieder verlesen. Die Nachricht, daß heute Abend der König die sämmtliche Garnison in Ludwigsburg inspiciren werde, wird von den Gruppen der Abgeordneten lebhaft besprochen. Die Sitzung fing Abends 6 Uhr an. Der Berichterstatter des Fünfzehnerausschusses, Stockmaier, stellte folgenden Antrag:

„Die Kammer der Abgeordneten beschließt: in Erwägung, daß unsere Departementschefs schon zu wiederholten Malen seit dem 16. d. M. die dringende Bitte an das Staatsoberhaupt gestellt haben, das Zurechtbestehen der deutschen Reichsverfassung auszusprechen, andernfalls aber gebeten haben, sie von den ihnen anvertrauten Posten zu entheben, in fernerer Erwägung, daß die gegenwärtige Ministerkrisis ohne die größte Gefahr für das ganze Land nicht länger andauern kann, die Minister zu ersuchen, in Person sich unverweilt zu Sr. Majestät dem Könige nach Ludwigsburg zu begeben und zu erklären, daß sie ihre Bitte wiederholen, und jedenfalls, wenn im Laufe des morgenden Tages eine königliche Entschließung nicht erfolgt, sie sich als von dem Könige entlassen betrachten müßten."

Dieser Antrag wurde von der überwiegenden Mehrheit angenommen und dem Zusatz Wolfs, den Termin auf 9 Uhr, dann auf 12 Uhr des morgenden Tags zu bestimmen, keine weitere Folge gegeben. Ein Antrag von Scherr lautet: „in Betracht, daß nach bekannten Vorgängen in andern Ländern das von der Krone in Betreff der deutschen Reichsverfassung angenommene Verzögerungssystem das Schlimmste befürchten läßt, in Betracht, daß das Staatsoberhaupt mit Umgehung seiner verantwortlichen Räthe und der Vertreter des Volkes unmittelbar in einem Aufruf an das Volk appellirt hat, in Betracht, daß die Aufregung im Volke stündlich wächst, beschließt die Kammer der Abgeordneten: 1) in einem Manifest an das Volk die Sachlage unumwunden auseinanderzusetzen; und Volk, Militär- und Civilbeamte zur Zurückweisung jedes Angriffs gegen die Reichsverfassung aufzufordern; 2) zu erklären, daß die Staatsregierung die Beendigung sämmtlicher Staatsbürger auf die Reichsverfassung einleiten möge; 3) zu erklären, daß die Kammer so lange permanent ist, bis die Krisis vorüber ist; 4) auszusprechen, daß sich die Vertreter des Volks nöthigenfalls unter den Schutz der Bürgerwehr des ganzen Landes stellen. Dieser Antrag wurde als für heute noch unzeitig von Holzinger u. A. bekämpft und zurückgenommen. Dagegen zog Schoder die Consequenzen des heutigen Kammerbeschlusses folgendermaßen: „Von der Krone ist es nur auf eine Verzögerung abgesehen; wenn aber der König die Minister morgen nicht entläßt, so sehen sie sich als entlassen an; dann haben wir keine Regierung. Denn ein König ohne Minister kommt in einem constitutionellen Lande nicht in Betracht, und unsere Pflicht ist es dann morgen, zu thun, was das Wohl des Vaterlandes erfordert, und das letzte Mittel zu ergreifen, nämlich: die Einsetzung einer provisorischen Regierung." Dagegen erfolgte kein Widerspruch. Wir glauben aber auch heute Abend noch an eine friedliche Lösung der allerdings hoch gestiegenen Krisis, und können nicht umhin, die besonnene, feste Haltung aller Stände rühmend anzuerkennen.

Staatsrath Goppelt ist nach Heilbronn abgereist, um einen bewaffneten Zuzug der Heilbronner Bürgerwehr, welcher dort beabsichtigt wurde, zu verhindern, da derselbe, ganz abgesehen von der Gesetzlosigkeit eines solchen Schrittes, die Lage des Ministeriums eher erschweren, als erleichtern würde.

Ludwigsburg, 23. April, Mittags. Se. Maj. der König ist heute in aller Frühe hier angekommen und im Schloß abgestiegen. Prinz Friedrich folgte später nach. Eine Anzahl königlicher Wagen mit Mobilien kamen ebenfalls von Stuttgart hier an. Heute Abend um 5 Uhr ist das sämmtliche hier liegende Militär in die Schloßhöfe zu einer Musterung bestellt. (S. M.)

NR **Darmstadt**, 24. April. Auf der heutigen Tagesordnung der zweiten Kammer der Stände des Großherzogthums stand die Anerkennung resp. Vollzug der deutschen Reichsverfassung, in welchem Betreff in der gestrigen Sitzung der Kammer 5 verschiedene Anträge verlesen worden waren, welche dem dritten Ausschuß zur schleunigsten Berichterstattung überwiesen wurden. Beim Beginn der Sitzung verlas der Abg. v. Rabenau II. als Berichterstatter, und Namens dieses Ausschusses folgenden Antrag:

„1) Die Kammer wolle erklären: daß sie, wie sie stets die verfassunggebende Gewalt der deutschen Reichsversammlung anerkannt habe, so auch jetzt die verkündete Verfassung des deutschen Reichs als endgiltiges Grundgesetz für Deutschland anerkenne — unverbrüchlich daran halten werde — und eine etwaige Abänderung derselben weder den Fürsten noch den Einzelstaaten zugestehe.

„2) Demgemäß der Regierung die volle Zustimmung der Kammer zu der unbedingten Anerkennung der deutschen Reichsverfassung auszusprechen, und die Regierung zu ersuchen, mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß jeder Widerstand gegen die allseitige Anerkennung dieser als Grundgesetz zu Recht bestehenden Verfassung schleunigst beseitigt werde; — insbesondere der Reichsgewalt die ausdrückliche Erklärung abgeben zu lassen, daß derselben zur kräftigeren Vertheidigung und Durchführung der Verfassung die Truppen des Großherzogthums Hessen zur bereitesten Verfügung stehen."

Diesen Antrag erhob die Kammer mit allen gegen drei Stimmen, welche sich jedoch später demselben auch anschlossen — zu ihrem Beschluß. Die Regierung soll ferner veranlaßt werden, die Reichsverfassung durch das Regierungsblatt zu veröffentlichen.

** **Paris**, 22. April. Aus Marseille ist die telegraphische Nachricht hier angelangt, daß das von Oudinot beehligte Expeditionscorps nach den Küsten von Italien abgegangen ist.

Die Polizei hat gestern Nacht eine geheime Gesellschaft aufgehoben und die einundzwanzig Mitglieder derselben verhaftet.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matter.

Die amtliche Ausgabe der deutschen Reichs-Verfassung

ist zu haben bei

[1162] **C. Krebs-Schmitt** in Frankfurt a. M., Buchgasse Nr. 3

[1101] Bei G. Jonghaus in Darmstadt ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben, in Frankfurt a. M. bei Gebhard und Körber:

Die rationelle taktische

Schlachtenführung

unserer Zeit.

Eine militärische Betrachtung von **C. F.**

gr. 8. geheftet 24 kr.

[1105] Bei F. Kuhnt in Eisleben ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Frankfurt in der Schmerber'schen Buchhandlung (Nachfolger Heinrich Keller), Zeil, dem „Russischen Hof" gegenüber:

Epistolae virorum dextrorum de facinoribus contumeliosis saeculi XIX. 32 Seiten in 12. Preis 4 Sgr. oder 15 kr.

Diese kleine Schrift persifflirt mit vielem Humor und in theils klassischem, theils macaronischem Latein, in Prosa und Versen, die politischen Anschauungen bekannter Persönlichkeiten in Berlin und Frankfurt.

[1150] **Versteigerung**

von 10 Bauplätzen mit Gartenanlagen in schönster Lage an der Promenade und der Bornheimer Chaussee (sog. Sandweg) zum Theil mit darauf stehenden Wohnhäusern und andern Gebäulichkeiten.

Samstag den 5. Mai, Nachmittags 3 Uhr, soll auf freiwilliges Anstehen der an der Promenade zwischen dem Allerheiligen- und Friedbergerthor und am Bornheimer Sandweg gelegene, große Edgarten, Gew. 4 Ar. 104, 109, 110, 111 und 116 ß mit Wohnhäuser, Stallung, Treibhaus ꝛc. in 10 vortheilhaft eingetheilten Parzellen von 70 bis 113 Schuh Façade und 11000 bis 24000 Quadratfuß Flächengehalt, an Ort und Stelle selbst öffentlich an den Meistbietenden versteigert werden.

Pläne sind Allerheiligenstraße Nr. 18 neu im 3. Stock täglich von 10 bis 12 Uhr Vormittags und 3 bis 5 Uhr Nachmittags und die Liegenschaften und Gebäulichkeiten 8 Tage vor der Versteigerung täglich von 8 bis 12 Uhr Vormittags und 2 bis 6 Uhr Nachmittags einzusehen.

C. Belschner, Ausrufer.

[1123] **Sodener Actien-Gesellschaft.**

In Gemäßheit des § 27 der Statuten der Sodener Actien-Gesellschaft werden die stimmberechtigten Actionäre zu einer

Mittwoch den 9. Mai d. J.

zu Soden im Europäischen Hofe, Vormittags 9 Uhr, abzuhaltenden General-Versammlung hiermit ergebenst eingeladen.

Die stimmberechtigten Actionäre*) werden daher ersucht, sich auf dem Büreau der Herren **Gebrüder Bethmann** in Frankfurt am Main

am 2. Mai

über ihren Actienbesitz zu legitimiren und dagegen eine Einlaßkarte, auf welcher die zustehende Stimmenzahl bemerkt ist, in Empfang zu nehmen.

Soden, am 10. April 1849.

Der Vorstand der Sodener Actien-Gesellschaft.

*) Jeder Besitzer von 5 Actien ist (nach § 28 der Statuten) zur Theilnahme an der Generalversammlung befugt und stimmberechtigt.

Wer 5 Actien besitzt, ist zu einer,
" 10 " " " " zwei,
" 15 " " " " drei,
" 20 " " " " vier,
" 25 " " " " fünf,
" 30 " " " " sechs,
" 35 " " " " sieben,
" 40 " " " " acht,
" 45 " " " " neun,
" 50 " " " " zehn

Stimmen berechtigt, wer mehr als 50 Actien besitzt, kann gleichwohl nur zu Stimmen in sich vereinigen.

Führer durch die Messe.

Leine-, Wolle- und Baumwolle-Waaren.

[1117] **Kirchhof & Füchsel**

aus **Schmölln** in Sachsen-Altenburg

haben zur diesjährigen Ostermesse das Lager ihrer Fabrikate, bestehend in glatten und façonnirten Thibets ꝛc. wieder wie in letzter Herbst-Messe in der goldenen Leiter, neue Kräme Lit. K. Nr. 95.

[1096] **Joseph Schell**, Corsetten-Fabrikant aus Ludwigsburg,

empfiehlt für diese Messe wieder sein schon längst bekanntes Lager in Damen- und Kinder-Corsetten, sowie auch Morgen-Leibchen, mit und ohne Elastik, und verkauft en gros wie en detail zu äußerst billigen Preisen. Auch habe ich wieder eine große Auswahl aller Arten Gummi-Bälle und gebe diese ebenfalls zu sehr billigen Preisen ab.

Meine Bude befindet sich wie gewöhnlich auf dem Römerberg, hinterer Gang, vis-à-vis dem Römer.

[1022] **Ferdinand Rulenstein**, Saalgasse Nr. 27, empfiehlt sein Leinwand-Lager eigener Fabrik, welches diese Messe wieder aufs Vollständigste assortirt ist.

[1047] Neueste **Tolle du Nord**-Kleider zu 3 fl. 15 kr. bei **L. B. Schuster**, Bleidenstraße Nr. 5.

Großer Ausverkauf während der Messe Neukräme 27.

Tuch und Buckskin zu Hosen, Westenstoffe in Wolle, Seide, Sammet und Plüsch die Weste 24, 30, 36 kr. bis 1 fl. 45 kr., Sommerhosenzeuge und Sommer-Buckskin die Hose 1 fl. bis 4 fl. 48 kr., 1500 Stück Sommerröcke und Paletots von 2½ bis 8½ fl., Schlafröcke und Hausröcke von 2½ bis 6½ fl.

Im Laden Neukräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels, bei

[1078] **J. Sachs**, aus Berlin.

Avis für Damen.

Berlins größte Damen-Mäntel-Niederlage ist durch bedeutende Zusendungen der neuesten und elegantesten fertigen

Mantillen, Mantelets, Palettino's und Visites

in diesem Fach reichhaltigste sortirt zu sehr soliden Preisen.

Neue Kräme Nr. 34 bei Herrn Lorie, vis-à-vis vom Braunfels.

[1056]

[1112] **H. G. von Oven**,

Bleidenstraße 24., empfiehlt sein wohlassortirtes Lager in:

schwarzen seidenen Herrenhalsbinden in Taffet und Atlas, Sommerhalsbinden in Seide, Halbseide, Jacconet und Foulard, sehr ordinären Taschentüchern, Chatelaines, Foulard- und Atlas-Brechetüchern.

Kurze und Quincaillerie-Waaren.

Ausverkauf von Sonnenschirmen und Regenschirmen.

Nur während der Messe, Neukräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels.

Regenschirme in schwerster Seide von 3½ bis 5½ fl. — Sonnenschirme in schwerster Lyoner Seide, höchst geschmackvolle Muster, pr. Stück 1 fl. 45 kr. bis 3½ fl.

Neukräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels, bei

[1077] **J. Sachs**, aus Berlin.

Uhren.

Die Schwarzwälder-Uhrenfabrik-Niederlage bei J. Eckhardt, Rossmarkt F. 107, empfiehlt sich mit großer Auswahl der neuesten Gegenstände, nebst Lager von Pariser und Wiener Pendul- und Rahmen-Uhren, Genfer Musik-Dosen und Musikwerke, Vogel-Orgeln ꝛc. in der besten Qualität zu den billigsten Preisen [781]

Commission und Spedition.

Ich erlaube mir hiermit die ergebenste Anzeige zu machen, daß ich außer meinem Commissions-Büreau auch ein

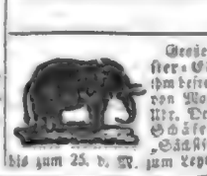
Dienst- und Stellen-Gesuch-Büreau jeder Branche

auf hiesigem Platze errichtet habe und empfehle mich hierin zu geneigten Aufträgen unter reeller und billiger Bedienung ergebenst. Zugleich habe ich mich wie bisher mit Ver- und Vermiethen von Wohnungen und Localen jeder Art, An- und Verkauf von Häusern ꝛc., An- und Ablage von Capitalien, Besorgung von Commissions-Artikeln und allen im Commissions- und Speditions-Geschäft vorkommenden Fälle, zu geneigten Aufträgen bestens empfohlen.

Amtlich bestät. Dienst- und Stellen-Gesuch- und Commissions-Büreau

[767] von **F. A. Wüst**, Paulsplatz 13 neu.

Verschiedene Anzeigen.



Große Vorstellung des Monster-Elephanten nebst einem ihm befreundeten spanischen Pferde von Morgens 10 bis Abends 8 Uhr. Der Schauplatz befindet sich Schäfergasse vis-à-vis dem „Sächsischen Hofe". Derselbe ist bis zum 25. d. M. zum Letztenmal zu sehen. [1146]

[1126] **To be let:**

At the Carlsbof, 10 minutes distance from Darmstadt, an excellent family-lodging, with all desirable comforts and garden if desired. Informations given by Dr. Werner, dentist. Darmstadt, Rheinstrasse 20.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Kouponsblatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nro. 98.) 25. April 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

206. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident E. Simson.

H **Frankfurt**, 25. April.

(Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des vom Abg. Kierulff erstatteten Berichts, Namens des Ausschusses zur Berichterstattung über den Bericht der Deputation von Berlin und zur Vorschlagung derjenigen Maßregeln, welche zur Durchführung der verkündigten Reichsverfassung nöthig erscheinen.)

Die Sitzung wird um halb 10 Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Ministerpräsident v. Gagern, Kriegsminister v. Peucker, die Unterstaatssecretäre Bassermann, Fallati und Mathy. An Geldbeiträgen sind eingelaufen: für die deutsche Flotte 20 fl., ferner 30 fl. für die in Schleswig verwundeten Krieger, beides aus Mannheim und übergeben von Bassermann. (Bravo.) Abg. Albert frägt das Reichsministerium des Krieges, welchen Erfolg die Sendung des Offiziers gehabt habe, der nach einer neulichen Beantwortung der Interpellation Simons von Trier durch den Reichskriegsminister nach Württemberg abgesendet wurde, um sich über die näheren Umstände des Abmarsches der württembergischen Reichstruppen aus Baden zu erkundigen? Hierauf gibt Reichskriegsminister v. Peucker folgende Erklärung: Der Stabsoffizier des Reichskriegsministeriums, welcher zu der im badischen Oberlande im Reichsdienste aufgestellten württembergisch-badischen Division entsendet worden ist, hat bei seiner Ankunft daselbst gefunden, daß auf den Grund eines Befehls Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich von Württemberg (Oh!), welcher seither als Commandirender des 8. Armeecorps eine Zwischeninstanz zwischen der Centralgewalt und Sr. k. Hoh. dem Prinzen Karl von Bayern, dem Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeecorps, bildete, die königl. württ. Brigade seit dem 18. d. M. ihre bisherigen Stellungen im badischen See- und Oberrheinkreise verlassen und eine Aufstellung längs der württembergischen Grenze bezogen hatte, und daß derselben der Rückmarsch nach Württemberg in Aussicht gestellt war. Der gedachte Stabsoffizier hat den ihm für einen solchen Fall ertheilten Instructionen gemäß, dem königl. württ. Befehlshaber jener Division die Aufforderung überbracht, die königl. württ. Brigade sofort in die den seitherigen Anordnungen der Centralgewalt entsprechenden und ohne deren Vorwissen verlassenen Stellungen zurückzuführen, da keine im Reichsdienste aufgestellten Truppen ohne Vorwissen und Genehmigung der Centralgewalt den ihr von letzterer gegebenen Bestimmungen eigenmächtig entzogen werden dürfen. (Bravo.) Dieser Aufforderung ist von dem Divisionsbefehlshaber sogleich entsprochen worden, und wird die nähere Veranlassung zu jenem Befehlsconflict durch weitere Verhandlung aufgeklärt werden. (Bravo!)

Der Vorsitzende verkündet den Uebergang zur Tagesordnung. Zuerst erhält das Wort

Abg. Grävell: Es ist uns nicht möglich, den Redner wegen seines leisen Organs und der beständigen Unruhe auf der linken Seite des Hauses zu vernehmen. Der Redner ist für den Majoritätsantrag eingeschrieben. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Schlöffel. Er habe sich als Redner einschreiben lassen, um gegen alle Ausschußanträge und seinen eigenen Antrag zu sprechen; allein da gestern verlautete, man wolle nur deßwegen discutiren, um Zeit zu gewinnen, so verzichte er auch, da er es für unwürdig halte, in dem eingelegten Zwischenact der lächerlichsten Ausschußposse mitzuwirken. (Beifall links.)

Der Vorsitzende erklärt, er könne den Redner die Tribune nicht verlassen lassen, ohne ihn wegen eines solchen Ausdrucks gegen einen Beschluß der Versammlung zur Ordnung zu rufen.

Abg. Schlöffel antwortet, er müsse sich diesen Ordnungsruf gefallen lassen, er thue es um so lieber, als er hoffe, daß die Zeit kommen werde, wann der Ordnungsruf von anderwärts über diese Versammlung erfolgen werde. (Schluß in der zweiten Beilage.)

Deutschland.

Frankfurt, 25. April. *) Verschiedene gestrige Blätter enthalten die Nachricht und auch wir haben sie aus der deutschen Zeitung aufgenommen, daß Hr. v. Radowitz vor seiner Abreise nach Berlin eine Unterredung mit Hrn. H. v. Gagern gehabt und dabei geäußert habe, er werde Sr. Maj. dem König von Preußen die unbedingte Annahme der von der deutschen Nationalversammlung verkündeten Verfassung anrathen. Es kann aus bester Quelle versichert werden, daß eine so bestimmte Aeußerung von Seiten des Herrn von Radowitz nicht erfolgt ist.

[:] **Wien**, 20. April. Die letzten Tage vergingen in Ungarn mit verschiedenen Plänklergefechten, wobei auch einmal die ungarische sogenannte Generalität zum Vorschein kam. Die officiellen Blätter schweigen indeß beharrlich über die Kriegsereignisse. Thatsache ist, daß die Macht der Insurgenten eine ungeheure ist, und daß Kossuth Alles gegen Pest treibt. Die Gerüchte, der Agitator sei über Expries verschwunden, verdienen keinen Glauben. In Südungarn machen die Magyaren fortwährend starke Fortschritte, und die Ueberzeugung, daß der Krieg noch lange dauern werde, findet ihren Ausdruck in der Verordnung, durch welche ungarische Anticipationsscheine creirt und sämmtliche Kriegskosten sonach aus Landesmitteln bestritten werden. Feldzeugmeister Welden richtet vor allem sein Augenmerk auf die Zusammensetzung eines möglichst tüchtigen Generalstabes und auf Herbeiziehung von Verstärkungen jeder Art. General Zeisberg wird wahrscheinlich zum Chef des Stabes ernannt werden. Ein Ungar, Major v. Andrassy, ist Flügeladjutant des Baron Welden. Mit Freuden begrüßt man die Transferirung des F.-M.-L. Caniglione aus Krakau nach Südungarn. Es wurden neuerlich sieben Generale zu Feldmarschallieutenants und acht Obersten zu Generalmajors ernannt. Die Pensionirung des F.-M.-L. Wrbna ist nun auch amtlich bekannt. F.-M.-L. Wohlgemuth wurde in den Freiherrnstand und zwei Stabsoffiziere zu Rittern erhoben. Se. Majestät beschenkte den Baron Wohlgemuth mit einem prachtvollen Reitpferde, die Versicherung beifügend, es sei nicht das Geschenk eines Kaisers, sondern eines Waffenbruders. Einem andern Offizier (der bei St. Lucia mit Sr. Maj. bivouakirt hatte) ging der Kaiser bis an die Treppe entgegen, ihn herzlich umarmend.

Das Theresien-Ordenscapitel für den Feldzug in Piemont ist bereits zusammengetreten und besteht aus 7 Mitgliedern. Erzherzog Albrecht wollte das Theresienkreuz nur nach dem Ausspruche des Capitels empfangen.

Der Finanzminister zögert noch immer mit Abschluß des neuen Anlehens, welches zur Folge hatte, daß die Contremine der hiesigen Handelswelt, welche ihrer Sache gewiß zu sein glaubte, sich mit mehr als drei Millionen decken mußte, wonach die Staatspapiere, ohne besonders trostreiche Nachrichten, rasch um 4 Procent stiegen. Man bewundert die Ausdauer des Finanzministers, und hält es für möglich, daß der Credit von 80 Millionen nur theilweise in Anspruch genommen werde. Ueberhaupt haben die großen Besorgnisse, welche in voriger Woche hier herrschten, abgenommen, wozu die Abreise Weldens zur Armee nicht wenig beitrug.

Soeben verbreitet sich das Gerücht von der Abberufung Lord Ponsonby's, englischen Botschafters am k. k. Hofe. (Derselbe ist der „Allg. Z." zufolge bereits abgereist.)

Berlin, 23. April. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der ersten Kammer standen vier dringliche die deutsche Angelegenheit betreffende Anträge. Als der Präsident so eben in Begriff ist, die Tagesordnung zu eröffnen, erhob sich der Ministerpräsident, um der hohen Kammer nähere Auskunft über den Stand der deutschen Angelegenheit zu geben. Es ist Alles gespannt; was folgt? Der Ministerpräsident liest nach einer kurzen Einleitung das in der Sitzung der zweiten Kammer vom 21. d. M. bereits mitgetheilte Actenstück vor, und fügt noch zum Schlusse hinzu: daß die mit ihrer Erklärung noch rückständig gebliebenen Höfe im Wesentlichen übereinstimmen, daß nämlich die Annahme der Reichsverfassung an gewisse Bedingungen zu knüpfen sei. Er hat die Hoffnung, daß es bald zu einer Verständigung kommen werde. Es werden hierauf die dringlichen Anträge zur Unterstützung gestellt. Der erste Antrag der Abg. Graf Dyhrn und Genossen: „Das Staatsministerium aufzufordern: 1) die Instructionen, welche der besondere Bevollmächtigte in Frankfurt erhalten, 2) die Antwort, welche das Ministerium auf die österreichische Depesche vom 8. d. M. ertheilt hat, 3) alle die deutsche Frage und Kaiserwahl betreffenden Papiere auf die Tafel niederzulegen," wird motivirt dadurch, daß die Frist, welche das Ministerium zur entscheidenden Erklärung über die Kaiserwahl in der Circularnote vom 3. d. M. gestellt, abgelaufen, daß seit dem Erlaß jener Note entscheidende Ereignisse eingetreten seien. Doch die Dringlichkeit des Antrags wird von der Linken, d. i. nicht zahlreich genug, unterstützt, und der Antragsteller zieht seinen Antrag zurück, um den Abtheilungen eine fruchtlose Berathung zu ersparen. „Mein Antrag, bemerkt der Graf Dyhrn, verliert ohne Anerkennung der Dringlichkeit vollständig seinen Sinn; bis derselbe das Kühlbad der Abtheilungen durchgemacht, sind die in demselben verlangte Papiere bereits Gegenstand von Rauners historischem Taschenbuch geworden. In Rücksicht darauf ziehe ich, im Einverständniß mit meinen Genossen, den Antrag zurück." Der zweite dringliche Antrag von dem Abg. v. Ramon und Genossen, forderte Ernennung einer Commission von 15 Mitgliedern, welche die Lage der deutschen Angelegenheit nach ihrem ganzen Umfange in Erwägung ziehen, sich mit dem Staatsministerium in Communication setzen, so wie in jeder sonst geeigneten Weise sich Aufklärung verschaffen, der Kammer über das Ergebniß schleunigst Bericht erstatten und geeignete Anträge stellen soll. Der Antrag findet Unterstützung. Die Antragsteller der beiden folgenden Anträge Hansemann und v. Itzenplitz fordern, daß ihre Anträge der beschlossenen Commission als Material zugewiesen werden, falls die Dringlichkeit derselben anerkannt werden sollte. Es wird sowohl die Dringlichkeit derselben unterstützt, als auch die Ueberweisung derselben an die beschlossene Commission genehmigt. Der Antrag des Abg. Hansemann fordert Ueberweisung der deutschen Verfassung mit den vom Antragsteller beigefügten Bemerkungen an eine Commission von 15 Mitgliedern zur Prüfung der von ihm aufgestellten Bedenken, eventuell zur Stellung von Anträgen an die Regierung. Der Antrag des Abgeordneten Grafen v. Itzenplitz fordert ebenfalls Ernennung einer Commission von 15 Mitgliedern zur Prüfung der deutschen Verfassung, insbesondere, „welche Bestimmungen derselben für die Selbstständigkeit und das Heil des preußischen Staates und Volkes bedenklich erscheinen, außerdem aber eine Adresse an Se. Majestät den König, in welcher allerhöchst derselbe gebeten werde, die Würde des Reichsoberhauptes sofort anzunehmen, wenn sich die deutsche Nationalversammlung vorher mit folgenden Punkten einverstanden erklärt hat:

1) Der König von Preußen übernimmt die Reichsregierung nach den Grundsätzen der Verfassung vom 28. März am 1. Mai d. J. aus den Händen des Reichsverwesers.

2) Sobald dies geschehen ist, wird die Nationalversammlung aufgelöst und der Reichstag nach den Grundsätzen der Verfassung vom 28. März und des jetzigen Wahlgesetzes für die Volkskammer gewählt und constituirt.

3) Dieser Reichstag soll sich sofort mit der Revision der Verfassung vom 28. März einschließlich der deutschen Grundrechte beschäftigen.

4) Bei dieser Revision ist nur die Anwesenheit der einfachen Mehrzahl der Mitglieder und einfache Stimmenmehrheit in beiden Häusern nöthig und genügend. Die Einwilligung des Reichsoberhauptes zu der revidirten Verfassung ist unumgänglich zu deren Giltigkeit erforderlich.

5) Erst nach der Revision der Verfassung erfolgt die Vereidigung auf dieselbe.

6) Erst nachdem dies geschehen, nimmt das Reichsoberhaupt den Kaisertitel an.

7) Bis dies Alles durchgeführt und bis die revidirte Verfassung vom Kaiser publicirt ist, bleibt es bei der früher hergebrachten Rechtsregel, daß alle Reichsgesetze nicht den Landesgesetzen vorgehen, sondern nur in Ergänzung derselben gelten. Derselbe Grundsatz und bis zu demselben Zeitpunkte gilt von den Landesverfassungen gegenüber der Reichsverfassung.

8) Auf dem ersten Reichstage soll auch das Wahlgesetz für die Volkskammer revidirt und durch dasselbe die Abänderungen des Wahlrechts festgestellt werden, welche das Wohl und die Ruhe des Landes erheischen."

Der übrige Theil der Tagesordnung, der Bericht der Petitionscommission, war von keinem Interesse.

In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer legte der Minister des Innern zwei Gesetzentwürfe der Kammer zur Beschlußnahme vor. Der eine betrifft die Ablösung der Reallasten, der andere die Errichtung von Rentenbanken. Das Ablösungsgesetz wird an die vereinigte Agrar- und Justizcommission, das Rentenbankengesetz an die combinirte Agrar- und Finanzcommission verwiesen. Es folgt die Interpellation des Abg. Bucher: „Meine Interpellation bezieht sich auf die Bekanntmachung des preußischen Generalconsuls zu London vom 23. März des Inhalts, daß der Waffenstillstand mit der Krone Dänemark bis zum 15. April verlängert worden sei. Diese Bekanntmachung hat sich jedoch als falsch erwiesen. Ich verlange nun keineswegs Aufklärungen über die von Preußen in der dänischen Frage befolgte Politik, da ich solche Aufklärungen von einem Diplomaten aus der Schule, aus welcher unser gegenwärtiger Minister des Auswärtigen ist, nicht erwarten darf. Ich wünsche nur zu erfahren, wie es möglich gewesen, daß der Gesandte eine so falsche Bekanntmachung hat erlassen können, indem ich dadurch den Betheiligten den Weg eröffnen will, für die in Folge dieser unrichtigen Bekanntmachung entstandenen Nachtheile eine Entschädigung zu erlangen. Es handelt sich hierbei nicht um die politische Verantwortlichkeit, sondern nur um die gewöhnlichen civilrechtlichen Folgen eines Beamtenversehens, mag dasselbe nun dem preußischen Generalconsul, den Ritter Bunsen oder dem Ministerium zur Last fallen. Möge man mir nicht einwenden, die Beschädigten würden so vielen Patriotismus besitzen, ihre Entschädigungsansprüche nicht geltend zu machen, sondern gern und willig der deutschen Sache dergleichen Opfer bringen. Der Glaube, daß der dänische Krieg geführt werde, um einem deutschen Bruderstamme zu seinem Rechte zu verhelfen, ist längst geschwunden. Die erste Enttäuschung wurde durch die Wildenbruchsche Note herbeigeführt, welche zwar vom frühern Ministerpräsidenten v. Auerswald nicht gerade recognoscirt, aber auch nicht desavouirt worden ist. Die Enttäuschung wurde durch das Zögern der deutschen Truppen im Verfolgen der erlangten Vortheile und jetzt wieder durch das Zaudern bei Wiedereröffnung der Feindseligkeiten vermehrt. So wissen wir denn jetzt, daß nur die Diplomatie Schach spielt, und daß die Völker die Zeche mit ihrem Herzblute bezahlen müssen. Ich muß mich dieses Bildes bedienen, weil ich sonst genöthigt wäre, zu unparlamentarischen Ausdrücken meine Zuflucht zu nehmen, um das Verfahren der Diplomatie zu bezeichnen. — Man sagt sogar, daß doppelte Friedensunterhandlungen geführt werden: die einen zum Scheine in England, die andern in Berlin unter russischer Protection. Möge sich das Ministerium wenigstens gegen diesen Verdacht rechtfertigen. Man kann es aus den angeführten Gründen wohl Niemandem verdenken, wenn er für den dänischen Krieg keine Hand mehr rührt und keine Opfer zu bringen geneigt ist. (Bravo links. Zischen auf der äußersten Rechten.) Minister des Auswärtigen: Ich werde dem Interpellanten nicht auf das zuletzt betretene Gebiet folgen. (Höhnisches Gelächter links.) Er befindet sich rücksichtlich der Verhand-

*) Nur in einem Theil der Exemplare des Hauptblattes abgedruckt und deßhalb oben wiederholt.

lungen in einem Irrthum; dieselben werden nur in England geführt. — Was die Interpellation selbst betrifft, so verhält sich die Sache folgendermaßen: Als der dänische Waffenstillstand gekündigt wurde, waren die Friedensverhandlungen noch in vollem Gange. Man sah jedoch voraus, daß der Frieden bis zum Ablauf des Waffenstillstandes nicht werde zu Stande kommen. Deßhalb entwarf man Präliminarartikel und diese sollten in Form eines Protocolls unterzeichnet werden. Die Unterzeichnung verzögerte sich jedoch; deßhalb dachte man daran, den Waffenstillstand bis zum 15. April zu verlängern. Ich bekam nun von Frankfurt eine telegraphische Depesche unseres dortigen Bevollmächtigten, des Inhalts, daß die deutsche Centralgewalt in eine Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 15. April bedingungsweise eingewilligt habe. Gleichzeitig erhielt ich aus Kopenhagen die Nachricht, daß auch Dänemark zu einer solchen Verlängerung sich bereit zeige. Ich schickte daher dem Generalconsul in London sowohl die Frankfurter Depesche als auch die Nachricht aus Kopenhagen zu, welche letztere jedoch keinen officiellen Charakter hatte. Erst später bekam ich die officielle Erklärung, daß der Waffenstillstand mit dem 3. April schon ablaufen werde. Die Circularbekanntmachung des Londoner Generalconsuls ist mir erst am 28. März zu Gesichte gekommen und ich habe sofort den englischen Generalconsul über den Irrthum belehrt, in welchen er verfallen. Ich habe übrigens keinen Grund, zu glauben, daß in Folge dieses Versehens Schiffe genommen worden sind. Die preußische Regierung hat überdies zwei Schiffe gemiethet, welche im Canale kreuzen, die deutschen Schiffe anhalten und von der Aufkündigung des Waffenstillstandes benachrichtigen mußten. Von einem Regresse kann wohl nicht die Rede sein. Der Irrthum ist allerdings ein bedauerlicher. — Auf die gegen die Diplomatie geschleuderten Pfeile halte ich mich nicht verpflichtet, etwas zu erwiedern. (Bravo! auf der äußersten Rechten, Zischen links.) Hierauf folgt die Interpellation des Abg. Schneider (Borken, Recklinghausen) an das Kriegsministerium. Sie enthält eine Beschwerde, daß 2 Landwehrbataillone aus Westphalen zu dem Krieg gegen Dänemark verwendet werden, während der größte Theil des stehenden Heeres im Innern des Landes verwendet werde. Der Kriegsminister beantwortet dieselbe dahin: Zunächst muß ich einige Berichtigungen anführen. Es sind nicht 6000 Mann, welche der dänische Krieg erfordert, sondern 6 Bataillone, jedes zu 800 Mann, also im Ganzen 4800 M.; 2) ist es mir nicht bekannt geworden, daß sich bei der Zusammenberufung der Landwehr in Westphalen eine unwillige Stimmung kund gegeben; mir hat der commandirende General nur gemeldet, daß die Maßregel gebilligt worden sei und daß die Truppen mit Jubel abmarschirt seien. Von Excessen, die beim Abmarsch aus Wesel stattgefunden haben sollen, ist mir nichts bekannt geworden; ich werde aber sofort eine Untersuchung darüber anstellen lassen. Dagegen ist mir bekannt, daß Widersetzlichkeiten bei dem Uebergang über die Elbe stattgefunden haben, und es ist bei einer Compagnie deßwegen eine Untersuchung eingeleitet worden. Auf die speciell gestellte Frage, ob und wann die westphälischen Truppen zurückkehren werden, habe ich zu antworten, daß das Bataillon Borken zurückkehren wird, wenn es seinen Zweck erfüllt hat. Ich hoffe bei der Tapferkeit, welche die deutschen Reichstruppen bewiesen haben, daß dies bald wird geschehen können; zweifle aber auch nicht, daß die westphäl. Bataillone sich, wenn ihnen die Gelegenheit dazu geboten wird, rühmlich bei diesem Kampfe betheiligen werden. Es folgt die Interpellation des Abg. Herr an den Minister des Innern. Sie betrifft die Ablieferung der Waffen der Bürgerwehr in Wetzlar. Der Minister des Innern: Mir ist nur eine Vorstellung des Verwaltungsausschusses zu Wetzlar zugekommen, welcher darüber Beschwerde führt, daß der Bürgerwehr die Waffen vorenthalten werden. Ich habe die Vorstellung sogleich der Regierung zu Koblenz zugeschickt; die Antwort darauf ist aber noch nicht eingegangen und ich muß daher warten, bis dieselbe eintrifft. Vorher bin ich nicht in der Lage, eine Entscheidung zu treffen. Die Interpellation des Abg. Bauer (Kroteschin) an das Staatsministerium soll erst über acht Tage beantwortet werden. Die Kammer geht zur Berathung des Versammlungsgesetzes über. § 12 des Regierungsentwurfs lautet:

> Die Bestimmungen der §§ 2 bis 9 dieses Gesetzes finden bei Versammlungen unter freiem Himmel auch dann Anwendung, wenn darin andere, als öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden.

Wengel und Genossen stellen das Amendement:

> Für Versammlungen unter freiem Himmel die Bestimmungen des § 1 des Zusatzentwurfs, ohne die für Versammlungen in geschlossenen Räumen angenommenen Abänderungen, im Sinn des § 8 beibehaltlich, dahin zu fassen: §§ a. Von allen öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel hat der Unternehmer, Ordner, Leiter oder derjenige, der den Platz dazu einräumt, mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung, unter Angabe des Ortes und der Zeit derselben, Anzeige bei der Ortspolizeibehörde zu machen, welche darüber sofort eine Bescheinigung zu ertheilen hat. § 8 b. Die Bestimmungen der §§ 2—6 finden auf alle öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel Anwendung.

Dasselbe wird in seinen beiden Theilen unterstützt und ohne Discussion angenommen. § 13 des Regierungsentwurfs lautet:

> Die Ortspolizeibehörde ist befugt, dergleichen Versammlungen zu verbieten, wenn sie dieselben für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährlich erachtet.

Diesen Paragraphen beschloß der Centralausschuß, in Berücksichtigung der entsprechenden Fassung des § 29 des Gesetzes über die Grundrechte des deutschen Volkes, dahin umzuändern:

> Die Ortspolizeibehörde ist befugt, jede Versammlung unter freiem Himmel bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu verbieten.

Außerdem wurde der auch von einigen Abtheilungen beliebte Zusatz:

> Das Verbot muß schriftlich abgefaßt sein

angenommen. Pape stellt das Amendement: „Im 2. Alinea des [illegible] (des Commissionsentwurfs) hinter: „schriftlich abgefaßt" einzuschalten „und motivirt". Kreng schlägt vor: Statt „Polizeibehörde" „Gemeindevorstand" zu sagen. Beide Amendements werden hinreichend unterstützt. Das Letztere wird bei der Abstimmung verworfen; der erste Satz des Paragraphen 9 des Centralausschußentwurfs angenommen; das Papesche Amendement dagegen ebenfalls verworfen. Die Linke sieht den Verwerfungsausspruch des Bureaus als unrichtig an. Schwerin: Die Entscheidung sei erfolgt, die Sache sei abgemacht. v. Auerswald: Wozu solle es führen, wenn man die Resultate wieder umstoßen wolle. Der Präsident erklärt, daß es bei dem gewissenhaft abgegebenen Ausspruche des Bureaus verbleiben müsse. D'Ester beantragt über den 2. Satz des § 9 des Ausschußentwurfs namentliche Abstimmung. Sein Antrag wird hinreichend unterstützt und der Namensaufruf erfolgt. 323 Abgeordnete stimmen für, 3 gegen den 2. Satz. Derselbe ist also angenommen. Dierschke beantragt den Zusatzparagraphen:

> Im schriftlichen Verbote sind die Gründe anzugeben, aus denen eine dringende Gefahr für die öffentliche Sicherheit hergeleitet wird.

Ueber diesen Zusatz findet ohne Discussion namentliche Abstimmung statt. 166 Abgeordnete stimmen für, 167 gegen den Zusatz. Derselbe ist also verworfen. § 14 des Regierungsentwurfs lautet:

> Während der Dauer der ganzen Sitzungsperiode beider Kammern der Volksvertretung dürfen (innerhalb der Entfernung von fünf Meilen von dem Orte des Sitzes derselben) Versammlungen unter freiem Himmel nicht stattfinden.

Pape (Warburg) stellt das Amendement: statt 5 Meilen „2 Meilen" und Pape (Münsterberg) statt 5 Meilen „½ M." zu setzen. Das Pape-(Warburg)sche Amendement wird mit 173 gegen 152 Stimmen angenommen. Ueber den ganzen amendirten § findet namentliche Abstimmung statt. Derselbe wird mit 186 gegen 146 Stimmen angenommen. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Der König hat am Jahrestage der Schlacht bei Düppel, am 23. April, die in Berlin, Charlottenburg und Potsdam garnisonirenden Offiziere, welche damals mitgekämpft haben, zur Tafel gezogen. Die betheiligten Truppen sollen festlich bewirthet werden.

Schweiz.

Bern, 22. April. Auf die vom Staatsrathe von Genf der Bundesbehörde gegebenen Aufschlüsse, die Ausweisung des preußischen Gardehauptmanns Herrn v. Röder aus Genf betreffend, hat der Bundesrath dem preußischen Gesandten auf dessen Reclamation rücksichtlich dieser Ausweisung geantwortet, daß den Klagen desselben keine Folge gegeben werden könne, in Betracht, daß dem genannten Herrn v. Röder schwere Thatsachen, welche dessen Ausweisung von Genf begründen, zur Last fallen, und daß in Ermangelung von Verträgen in dieser Angelegenheit zwischen Preußen und der Schweiz Grundsätze von allgemeiner Geltung, die internationalen Rechte betreffend, vorhanden seien, welche das Verhalten einer Regierung vorschreiben, gegenüber einem Landesfremden, der sich politischen Umtrieben hingebe. (B. Z.)

Die „Berner Zeitung" meldet: „Es soll, wie wir vernehmen, von der französischen Regierung eine Note an den Bundesrath gelangt sein, worin in anmaßender Sprache auf die „Evolution" in Biel aufmerksam gemacht und Maßnahmen gegen die Umtriebe deutscher, sage deutscher Flüchtlinge verlangt werden.

Italien.

Florenz, 15. April. Die Regierungscommission hat ein Ministerium ernannt, das aus folgenden Personen besteht: Oberst G. Bellucomini, Krieg; T. Fornetti, Auswärtiges; A. Allegretti, Inneres; B. Martini, Finanzen; A. Duchoque, Justiz und Cultus; M. Tabarrini, öffentlicher Unterricht und Wohlthätigkeit. L. Pezella ist zum Präfekten von Florenz ernannt und General G. Chiesi mit dem Oberbefehl über alle stehenden Truppen beauftragt, die in Florenz vereinigt sind. Es ist den Deputirten der constituirenden Versammlung verboten, Vereinigungen zu halten und Beschlüsse zu fassen. Wie es scheint, trugen einige in einer am 12. gehaltenen Versammlung darauf an, den Municipalrath und die ihr beigegebene Commission in Anklagezustand zu versetzen.

In **Pisa** lief am 12. eine Menge Landvolk am Bahnhof der Eisenbahn von Florenz zusammen und bedrohte einen Zug der livornesischen Prätorianer mit Schüssen und Steinwürfen, unter dem Ruf: Es lebe Leopold! Die Freiwilligen und Municipalen, welche nach Livorno zurückkehrten, gaben Feuer auf die Menge, wodurch mehrere Landleute verwundet wurden.

Der „Semaphore" meldet: Nachrichten aus Palermo vom 12. bestätigen zwar, daß die Sicilianer unter Mieroslawski Catania, nachdem es von Neapolitanern eingenommen war, wieder erobert haben; allein Tags darauf griffen diese von Neuem an und besetzten Catania nach hartnäckigem Kampfe neuerdings. Die sicilische Colonne, die größtentheils aus Franzosen bestand, hat viel gelitten und sich vollkommen desorganisirt nach der Seite von Palermo zurückgezogen.

Amerika.

Aus **Californien** hatte man in Neuyork Nachrichten bis zum 7. Febr. Die Ansiedler waren bemüht, eine Art von Regierung und Justizpflege zu organisiren. Letztere beschränkte sich aber noch auf Ausübung einer Art Volksjustiz, welche schon zu mehreren Hinrichtungen geführt hatte. Die allgemeine Unsicherheit dauerte leider fort; täglich fielen Einbrüche, Räubereien und Diebstähle vor. Der Winter war sehr strenge gewesen, so daß der Schnee bei den Goldminen 4 Fuß hoch lag und das Eis 3 Zoll dick war; bei Abgang der Berichte aber war bereits milderes Wetter eingetreten, der Schnee schmolz und viele Goldgräber waren schon nach der Goldgegend, um die Arbeit frisch zu beginnen, abgegangen oder schickten sich dazu an. Man glaubte, daß die Frühjahrsströmungen das Gold in Massen hervorwaschen würden. Zu San Francisco hatte die Ankunft bedeutender Baarsummen aus San Blas, Valparaiso ꝛc. zu Einkaufszwecken den Goldpreis in die Höhe getrieben. Von auswärts, sogar bis von Australien, trafen Goldsucher in großer Menge ein. Zu Chagres harrten am 5. März über 800 Personen auf Fahrgelegenheiten nach Panama. Das Dampfschiff „California" ward am 16. von San Francisco zu Panama erwartet. Am 25. Jan. war das Schiff „Lexington" mit Gold für 400,000 Dollars von San Francisco abgesegelt. Das englische Kriegsschiff „Calypso" lag zu Mazatlan und sollte in Kurzem mit 2 Millionen Dollars Geldwerth, worunter 5000 Unzen californischen Goldes, nach England abgehen. Der Gesammtertrag der bisherigen Goldwäsche in Californien wird nach möglichst genauen Berechnungen zu 4 Millionen Dollars angegeben, wovon etwa die Hälfte noch im Lande war. Die Zahl derer, die in Californien bei eintretender günstigerer Witterung wieder aus Goldsuchen gehen wollten, wird auf 7000 geschätzt; mit den Indianern war es hie und da zu Thätlichkeiten gekommen. In den Vereinigten Staaten war californisches Gold für etwas über 200,000 Dollars angelangt, und zu Valparaiso trafen am 5. Febr. zwei Schiffe ein, welche für 150,000 Dollars von diesem Golde an Bord hatten. Zu San Francisco und in der ganzen Gegend waren die Lebensmittel wegen der starken Zufuhren bedeutend im Preise gewichen. Eine Ueberland-Expedition nach Californien unter Oberst Fremont's Führung, den der britische Offizier Calheart begleitete, war gescheitert und mußte nach unsäglichen Entbehrungen und Leiden den Rückweg nach Taos antreten.

Nachschrift.

⊙ **Stuttgart**, 24. April. Abends 5 Uhr. So eben kommen die Minister von Ludwigsburg von dem Könige zurück. Der König und die Minister sind über das deutsche Verfassungswerk einig. Die Erklärung des Königs, welche sie mitgebracht haben, lautet also:

> Seine Majestät der König von Württemberg nimmt in Uebereinstimmung mit seinen Ministern die deutsche Reichsverfassung, einschließlich des Kapitels über die Oberhauptsfrage und der im Sinne dieser Verfassung zu verwirklichenden Lösung derselben sammt dem Reichswahlgesetze, unter der sich von selbst verstehenden Voraussetzung an, daß dieselbe in Deutschland in Wirksamkeit trete. Zugleich soll der württembergische Bevollmächtigte in Frankfurt dahin instruirt werden, daß die württembergische Regierung nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Se. Maj. der König von Preußen, welcher das Erbkaiserthum nicht annehmen will, unter den vorliegenden Umständen für jetzt mit Zustimmung der deutschen Nationalversammlung an die Spitze Deutschlands sich stellen wird. Ludwigsburg, 24. April 1849. Wilhelm."

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matzen.

Cours der Staats-Papiere. 25. April 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. .	5	77½	77⅛	Wurtemb.	Obligationen d. Roths.	3½	78½	78¼
»	ditto ditto . .	4	60⅝	60⅛	»	Neue Wurtemberg.	4½	91⅝	91⅜
»	ditto ditto . .	2½	41⅜	41⅛	Nassau	Obligat. d. Rothsch.	3½	81¼	81
»	Bank-Actien o. D. .		1197	1192	»	d. 25 Loose		21⅛	21
»	2.250 Loose a. Roth.		84½	83⅞	Frankfurt	Obligationen	3	78	77½
»	3.500 » ditto		130½	129⅝	»	ditto v. 1829	3½	93⅛	92⅝
»	Rothmann. Obligat.	6½	71⅝	70⅜	»	ditto v. 1846	3½	89½	89
»	ditto ditto	5	63½	62⅝	»	Taunusbahnactien .		293	291
Preussen	Staatsanleihscheine	3½	81	80⅛	Holland	Integrale	2½	50⅛	49½
»	Prämienscheine . .		—	100½	»	Hollandische . . .	4	—	78½
Bayern .	Obligationen	3½	80	79½	»	Syndicats	3½	—	78¾
Darmstadt	d. 50 Loose		72½	72	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp	5	—	—
»	d. 25 ditto		22½	22⅛	»	Lazere Sch. neue Obl.	3	24⅛	24½
»	Obligationen	3½	80½	80	Portugal	Consols Lat. à 6 12.	3	—	—
»	ditto	4	87⅝	87½	Polen	d. 400 Loott. Loos Sch.		—	98
Baden .	Obligationen v. 1845	3½	78½	78⅛	»	Obligationen de 5.500	4	74½	74½
»	d. 50 Loose v. 1840		48⅜	48⅛	Russland	in R. à. 5 b. Gruss. etC.	4	—	82½
»	d. 35 Loose		28⅜	28¼	»	ditto b. Stieglitz et C.	4	—	82

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.	Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Pistolen	9	56	Geld al Marco .	322	—	Karlsruhesche Loose . . .	28½	27½
Pr. Friedrichsd'or	9	57	Laubth., ganze .	—	—	Sardinische Loose	26½	26½
Holl. 10 fl. Stücke	10	4	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Kais. Ducaten . .	5	39	5 Frankenthaler .	—	—	Cöln-Minden	78	77½
20 Francsstücke	9	38	Hochhaltig Silber	24	30	Ludwigsh.-Bexbach. . .	74	73½
Engl. Souverains	12	4	Gering u. mittelh.	24	30	Pfälz.-Ludw.-Nordbahn .	25½	25½

Wechsel-Cours.

Den 25. April.	Pap.	Geld.
Amsterdam (k.S. (100 fl. Crt.)	100⅛	—
Augsburg (100 fl. Crt.)	100⅛	—
Berlin . . (60 Thlr.)	119½	—
Bremen (80	—	99
Frkfrt.J.L.-dor	—	—
Hamburg . (100 Mk. Bco)	88⅛	87⅞
Leipzig (80 Thlr.)	105⅜	—
London . . (10 Livr. St.)	120½	—
Lyon . . . (300 Fr.)	95½	—
Mailand (150	—	100½
Paris . . . (300 Fr.)	95⅜	—
Wien (100 fl. im 20 F.	—	105
Disconto	—	1

A. Seligsberg, beeid. Makler.

Nach der Börse: 2½ pCt. Met. —; 3 pCt. Span. (ini.) —; Taunusbahn-Actien (pr. Ult.) —; Ludw.-Berb. —; F.-W.-Nordb. — G.

Druck von August Osterrieth.

Nebst Extra-Beilage.)

№ 99. —— Donnerstag —— den 26. April —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bayern fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des fürstlich Thurn und Taxis'schen Vereinsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 25. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/9 Bogen) mit Beilagschrift oder deren Raum 6 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung gefälligst einzusenden. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 25. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 356; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Wiest u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 72.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostamtsz. Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostamtsz. Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Amtlicher Theil.

Nachweisung

des in dem Gefecht bei Düppel am 13. April 1849 erlittenen Verlustes an Offizieren, Mannschaften und Pferden.

Truppentheil.	An Todten: Offiziere.	An Todten: Mannschaft.	An Todten: Nicht-Combattanten.	An Todten: Pferde	An Verwundeten: Offiziere.	An Verwundeten: Mannschaft.	An Verwundeten: Nicht-Combattanten.	An Verwundeten: Pferde	An Vermißten: Offiziere.	An Vermißten: Mannschaft.	An Vermißten: Nicht-Combattanten.	An Vermißten: Pferde	Summa: Offiziere.	Summa: Mannschaft.	Summa: Nicht-Combattanten.	Summa: Pferde	Namentliche Nachweisung der gebliebenen und verwundeten Offiziere.
Bayerische Brigade. Stab		1			1								1				
2. Jägerbataillon		4			2	9							2	13			
4. Bataillon		1			1	6							1	7			
7. "						2								2			
8. "		2				8								10			
Artillerie				1	1	5		1					1	5			2
Summa		7		1	5	30		1					5	37			2
Combin. Kurhess. Brigade. Altenburger Bataillon					1	2							1	2			
Weimar						2								2			
Kurhessische Schützen						1								1			
" 2. Linien Bataill.		1			1	15							1	16			
" Batterie																	
Summa		1			2	20							2	21			
Königl. Däl. Brigade. Stab							1								1		
2. Linien Inf. Reg.		4	1		2	14							2	18	1		
3. " "	1	8			3	32							4	40			
Schützen-Bataillon	2	10			3	39	1			2			5	51	1		
Batterie		2		4		5		2						7			4
Summa	3	24		4	8	90	2	2		2			11	111	3		6
Total-Summa	3	32		5	15	140	2	3		2			18	172	3		8

A. Todte.

1) Oberlieutenant v. Liebmann v. 3. Jäg. Reg.
2) Hauptmann v. Hollenfer (vom Stab)
3) Oberlieutenant v. Rauendorf (Schütz. Bat.

B. Verwundete.

1) Major Grunenbeld v. 4. Jäg. Reg. Kompagnie.
2) Hauptmann Aldoffer vom Generalquartiermeisterstab. } Bayern.
3) Oberlieut. Mufflinn v. d. Artillerie.
4) Lieut. Murmann v. d. 2. Jäger Bat.
5) " Stinglier " " "
6) Oberlieut. v. Braun vom Altenburg. Bataillon (am 12 d.)
7) Sec.-Lieut. v. Lengerke v. 2. Kurh. Bat.
8) Hauptmann v. Liebmann v. 3. Jäg. 2. Reg.
9) Oberlieut. u. Adj. v. Döring " 3. "
10) Hauptmann v. Brandenstein, dergl.
11) Lieutenant v. Flemming, (derselbe getödtet). dergl.
12) Lieutenant v. Mandelslob, dergl.
13) Hauptmann v. Teutscher v. 3. Schütz. Bat.
14) Lieutenant v. Ende, dergl.
15) " v. Hepp, dergl.

Hauptquartier Kieding den 20. April 1849.

Der Oberbefehlshaber der Deutschen Reichstruppen in Schleswig-Holstein
gez. **Prittwitz**, General-Lieutenant

Bei einer am 19. April durch den Befehlshaber der die Avantgarde bildenden schleswig-holsteinischen Division, General von Bonin, vorgenommenen Recognoscirung, hatte derselbe sich davon überzeugt, daß der Feind (die Brigade des Generals Rye) Kolding besetzt, und seine Vorposten auf den diesseits liegenden Höhen bis auf schleswigisches Gebiet vorgeschoben hatte.

Der General v. Bonin beschloß daher, ihn von dort zu vertreiben, um von den gedachten Höhen eine Einsicht in seine Stellung zu gewinnen. Im Laufe des sich demnächst entwickelnden Gefechts drangen die diesseitigen Truppen bis in die Stadt Kolding vor und zwangen nach einem mehrstündigen Straßenkampf den Feind, auch diese Stadt zu räumen und sich auf den beiden Straßen nach Veile und Fridericia zurückzuziehen.

Kolding blieb von den diesseitigen Truppen besetzt, und wurde die Vorhut der letztern auf die Höhe jenseits vorgeschoben.

An dem Gefecht nahmen nur das 2. Jägercorps und eine Compagnie des 9. schleswig-holsteinischen Bataillons ohne Artillerie Theil. Diese Truppen schlugen sich gegen zwei ein halb dänische Bataillons, die in der Stadt, und vier Schwadronen, die außerhalb derselben aufgestellt waren, nach dem Zeugniß des commandirenden Generals mit nicht genug anzuerkennender Tapferkeit.

Der diesseitige Verlust besteht aus einem Offizier, dem mit besonderer Auszeichnung genannten Lieutenant Hammel vom 2. Jägercorps, welcher blieb, und 20 Mann an Todten und Verwundeten.

Der Verlust des Feindes an Todten und Verwundeten ist bedeutender und betrug noch außerdem 17 Gefangene.

Nichtamtlicher Theil.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

⊕ **Schleswig-Holstein**, 21. April. Mit großer Freude und mit Dank vernahm heute die schleswig-holsteinische Landesversammlung aus dem Munde des Departementschefs des Kriegs, der von dem Kriegsschauplatze in Jütland zurückgekehrt war, die Mittheilung von der gestern Morgen erfolgten Einnahme der Stadt Kolding. Er verlas ein desfallsiges Schreiben an die Statthalterschaft von Seiten des Generals v. Bonin. Derselbe meldet, daß er sich freue, anzeigen zu können, daß nach einem mehrstündigen Gefecht (von 8 bis 10 Uhr) Kolding eingenommen worden sei. Dasselbe sei tapfer vertheidigt worden von 2 Bataillonen Linientruppen, einem Jägercorps (den Nassauischen Jägern) und einer Batterie. General v. Bonin lobte die ungemeine Unerschrockenheit der Schleswig-Holsteiner, namentlich des 2. Jäger-Corps unter Seebeck. Er bedauerte, zugleich den Tod des Lieutenant Hammel (derselbe war unter den Turnern, die unter Capitän Michelsen bei Bau mitstritten) anzeigen zu müssen, sowie wir 25 bis 30 an Todten und Verwundeten verloren hätten; 17 feindliche Jäger sind gefangen genommen. Unsere Truppen stehen auf den nördlichen Höhen von Kolding. Der Departementschef Jacobsen bemerkte, daß er aus eigener Anschauung hinzufügen könne, daß wer die Verpallisadirung Koldings gesehen habe, sagen müsse, daß die Einnahme eine glänzende Waffenthat gewesen. Hiermit stimmt auch das Urtheil aller commandirenden Offiziere überein. Oberstlieutenant von Jastrow erhielt eine Kugel auf die Brust, die aber an einem Knopfe machtlos abglitt. Auch der Hauptmann Delius, sowie das 9. Linienbataillon (die vorjährigen Freischärler) unter Haacke waren zugegen. — In dem Conversationszimmer theilte der Chef des Departements des Kriegs noch einige Details mit. Es sei seitens der Unsrigen nur die Absicht gewesen, zu recognosciren, und die dänischen Vorposten zurück zu drängen. Allein der Ungestüm der Truppen war zu groß und mit Freuden sei der Angriff der Dänen an- und aufgenommen worden. Vor der Königsau war eine starke Verschanzung aufgeworfen. Die Seitengebäude wurden vereinzelt erobert und so die Dänen über die steinerne Brücke über die Koldinger Au in die Stadt getrieben. Die Brücke aber war durch die dicksten Bohlen verpallisadirt. Die Deutschen stürmten heran und stießen mit dem Bajonnete und schossen zwischen den Pallisaden hindurch auf die Dänen und zertrümmerten dann die Verschanzung, während von den Häusern aus, die mit Schützenscharten versehen gewesen, ein Kreuzfeuer die Brücke bestrichen habe. Die Dänen sind nach Veile und Fridericia geflohen. Artillerie ist von beiden Seiten in Reserve gewesen. Die Dänen hatten ebenfalls nicht geglaubt, daß man, anstatt durch Kolding, über die Koldinger Au westwärts vordringen werde.

Die **Landesversammlung** wird aller Wahrscheinlichkeit nach noch die folgende Woche tagen, weil das Comité über die Finanzvorlage, das in geheimer Sitzung erwählt ward, sich heute erst ergänzt hat und die Berathung über das Schreiben der Statthalterschaft, betreffend die Auflösung der constituirenden Landesversammlung, erst am Montage stattfinden wird. Der Antrag des Abg. Dr. Weiberg, die Landesversammlung beschließe: die Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu ersuchen, bei dem Reichsministerium zu bewirken, daß die die bisherigen Friedensverhandlungen mit Dänemark betreffenden Actenstücke bald möglichst der schleswig-holsteinischen Landesversammlung mitgetheilt würden, wurde mit großer Majorität angenommen, nachdem der Proponent, die Berechtigung und die Verpflichtung zu diesem Antrage und die Dringlichkeit desselben nachgewiesen hatte. Dem schleswig-holsteinischen Volke, dem Reichsministerium und der Nationalversammlung gegenüber müßte die Versammlung beweisen, daß sie in Sachen, die das ganze politische Dasein des Landes betreffen, nicht lässig wären. Die Artikel 41 und 51 des Staatsgrundgesetzes geben ihr die Berechtigung, weil sie bei allen Verträgen sich betheiligen könne. Man könne nicht wissen, wann das Gespinnst der Diplomatie wieder aufgenommen werde. Könnte die Versammlung von jenen Thatsachen der Diplomatie aus keine abwehrenden, schützenden Maßregeln ergreifen, dann würde sie die zu ergreifen wissen, welche das Recht, die Ehre, das Wohl des Landes gebieterisch fordern, welche durch die Nothwendigkeit und die Politik angerathen würden. Der Chef des Departements für die auswärtigen Angelegenheiten, welcher dem Antrage beistimmte, versprach die Sache zu fördern, indem er bemerkte, daß das Reichsministerium die Actenstücke zum Druck übergeben habe. Der Antrag des Abg. Bradel auf Niedersetzung eines Comités, und an die Statthalterschaft einen Antrag dahin zu richten, daß der Zolltarif für den schleswig-holsteinischen Kanal, welcher in vielen Beziehungen den gegenwärtigen Werthverhältnissen der Waaren nicht mehr entspreche, so wie die Kanalzollverordnung einer Revision unterzogen, und der Landesversammlung bald thunlichst eine Vorlage gemacht, ein verminderter und ermäßigter Kanalzolltarif provisorisch unter Vorbehalt einer demnächst der Landesvertretung zu unterstellenden Beschlußnahme über denselben in Kraft gesetzt werde, wurde mit 30 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Die Ansicht, daß bei dem Frieden durch die Reichsgewalt auch diese Angelegenheit regulirt werden würde, bestimmte wohl die Majorität, während die Minorität durch sofortige Veränderung den Verkehr erleichtern und die dänischen Einflusse bei dem alten Tarif sofort abzuschütteln gemeint war.

□ **Nord-Schleswig**, 22. April. Der Jubel unserer Armee, daß jetzt endlich in Jütland eingerückt wurde, ist ungemein groß, und selbst die Gesichter der Trainsoldaten strahlen vor Freude darüber. Es ist nicht so sehr der Besitz von Kolding, der diese Freude erregt, denn dieser für sich allein genommen ist ziemlich gleichgültig, sondern daß dadurch durch die That das schon verbreitete Gerücht, das freche preußische Ministerium habe gegen einen Einmarsch in Jütland protestirt, glänzend widerlegt wurde. Jetzt weht Deutschlands schwarz-roth-goldenes Banner schon auf dem Maste einer feindlichen Fregatte, den Wällen der stärksten dänischen Schanzen, den Thürmen einer jütländischen Stadt, und die Energie des Generals Bonin verbürgt uns, daß binnen kurzer Zeit dieselbe in jeder Stadt Jütlands aufgepflanzt wird. Vorläufig stehen erst die schleswig-holsteinischen Truppen und wahrscheinlich auch schon ein bayerisches Reiterregiment in Jütland, andere Corps der Reichsarmee werden sehr bald nachfolgen. Besonders eine, drei

sische Infanterie-Brigade marschirt schon aus dem Sundewitt nordwärts, da man jetzt, nachdem die Düppeler Schanzen erobert und neue Verstärkungen aus Nassau und Kurhessen dort eingetroffen sind, dieselbe wird entbehren können. Auch 2 preußische Husarenregimenter und das sächsische Reiterregiment werden in Jütland verwendet werden. Dort auf den weiten Haiden, und um jeden Landungsversuch der Dänen, sei er nun west- oder ostwärts, gleich zu entdecken, ist viel Cavallerie nothwendig, daher war es auch sehr erfreut, daß man von Frankfurt aus so reichlich gerade für diese Waffengattung hier gesorgt hat; denn 40 Schwadronen leichter Reiterei aus Preußen, Bayern, Sachsen, Kurhessen, Hannover, Braunschweig und Schleswig-Holstein befinden sich jetzt schon bei der Reichsarmee. Bei der Einnahme von Kolding, wo die Dänen versuchten, sich in den Straßen zur Wehr zu setzen und gleich Barrikadenmännern aus den Fenstern zu schießen, haben die schleswig-holsteinischen Truppen, und besonders auch das 4. Jägercorps derselben sich ungemein tapfer geschlagen und viel Ruhe und Kaltblütigkeit bewiesen.

= **Schleswig**, 21. April. Nach den so eben (gegen Abend) eingelaufenen Nachrichten aus dem Standquartiere des schleswig-holsteinischen Generalcommando's aus Jütland sind die Truppen im weiteren Vorrücken begriffen und hat ein Theil derselben die südlich gelegenen Dörfer in Jütland besetzt. Bei Stenderup (eine Meile nördlich von Kolding) kam es auch zu einem Gefecht mit den Dänen, jedoch scheint es sehr unbedeutend gewesen zu sein, da es ferner heißt, daß der Feind, nachdem gegenseitig einige Schüsse gewechselt wurden, sich zurückzog und zwar in der Richtung nach Fridericia. Während unsere brave Landesarmee den Feind in Jütland verfolgt, ziehen nach den Düppeler Schanzen ununterbrochene Artillerietrains des schwersten Calibers, und die gestern hier eingerückten preußischen Husaren vom 8. Regiment wollen wissen, daß auch bereits von Magdeburg ein Theil des Belagerungsparks hierher im Anzuge sei. Die Preußen vom 12. und 15. Regiment (letzteres aus Westphalen), rückten gestern von Flensburg und Apenrade nach dem westlichen Schleswig, um die dortigen Küstenpunkte zu decken, Düsseldorfer Landwehr und kurhessische Husaren bleiben vorläufig in Flensburg, die eingetroffene Cavallerie bewegt sich indeß weiter nordwärts, um die Königsau zu überschreiten und die Schleswig-Holsteiner zu verstärken. Unter den Truppen der verschiedensten Volksstämme herrscht nach übereinstimmenden Aussagen höherer Offiziere ein gleich frischer Geist und eine ungestüme Kampfeslust, sich mit dem Feinde zu messen. Es hat Alles in diesem Jahre ein viel erfreulicheres Aussehen. Das Hauptquartier des Höchstcommandirenden ist noch zur Zeit in Kieding; in Rübel (ebenfalls im Sundewitt) liegt der Divisionsgeneral Prinz Eduard von Sachsen mit seinem Stabe (darunter v. d. Tann und Aldosser.)

⊙ **Hamburg**, 22. April, 6 Uhr Abends. Vor einer Stunde haben wir über Wismar (pr. Obotrit) Nachrichten aus Kopenhagen erhalten, die bis gestern (21. d. M.) Morgens reichen. Die Blätter enthalten wenig Bemerkenswerthes. Die Kopenhagener machen sich über die in den deutschen Blättern vorgekommenen Uebertreibungen und Entstellungen in Betreff der Düppeler Affaire vom 13. weidlich lustig. So viel sie indeß Grund haben, das alte Sprichwort vom Splitter und vom Balken zu beherzigen, so sehr müssen wir es doch unsererseits bedauern, daß die officiellen Berichte erst über Hannover, Dresden, Frankfurt a. M. u. s. w. ihren Weg zu uns nehmen. Ueberdies schöpfen die dänischen Blätter weniger aus unsern großen Zeitungen, als aus den bei uns selbst verrufenen Straßenplakaten, Extrablättern, Kaffeehausanschlägen u. dgl. ihren Stoff zur Verdächtigung deutscher Wahrheitsliebe. — Das Linienschiff „Friedrich VI." wird aufgetakelt. — Die Reichstagsverhandlungen schleppen sich langsam und flau hin. — Capitän J. A. Meyer, Commandeur der „Gefion", hat aus seiner Gefangenschaft von Rendsburg aus datirt 9. April einen Rapport über das Eckernförder Ereigniß vom 5. eingesandt, welcher aber bei weitem weniger schlicht an der Wahrheit festhält, als Paludan's Bericht über „Christian VIII." Untergang. — Der württembergische Ordonnanzoffizier, Premierlieutenant v. Wundt, der in dänische Gefangenschaft gerieth, ist gegen das Versprechen, während des jetzigen Feldzuges nicht wieder active Kriegsdienste gegen Dänemark zu leisten, freigegeben und nach Deutschland zurückgeschickt worden. Dagegen soll noch bei etwaigem Gefangenenaustausche die Auswechselung eines dänischen Offiziers in Anrechnung für seine Person vorbehalten worden sein. — Die dänischen Blätter melden schon die Heimsendung der dänischen Cadettengarde und Mourier.

⊃ **Oldenburg**, 21. April. Das hiesige erste Infanteriebataillon, das auf dem Marsche nach Holstein heute in Bremen eintreffen wird, erhielt Gegenbefehl, um zum Küstenschutz verwendet zu werden. Die Hälfte desselben geht sogleich nach Empfang des Befehls per Dampfschiff an die Wesermündung, die andere kommt vorerst hierher zurück. Bei dem zum Ausmarsch ebenfalls stehenden vierten Bataillon wurde Anfrage gehalten, wer von der Mannschaft lieber in der Marine dienen wolle. Es meldete sich Niemand, ungeachtet Schiffer von Gewerbe in ziemlicher Anzahl im Bataillon dienen; ein Beweis, wie gern die Leute in den Krieg gehen, da bekanntlich der Matrose sonst nicht gern zu Lande dient.

Vom österreichischen Kriegsschauplatz.

† **Wien**, 21. April. Ueber die ungarischen Angelegenheiten berrscht eine bemerkenswerthe Stille. Die gestrigen Abendblätter bestätigen unsere Nachrichten über die von den Insurgenten occupirten Positionen und der „Lloyd" läßt sich berichten, daß die Offiziere vom Gefecht ins Perter Theater fahren, die schöne Welt aber von den Höhen Ofens den vorfallenden Scharmützeln zusieht. Die lagernden Truppen sind zum Theil durch die in die Erde gegrabenen Höhlen der Witterung geschützt. Alles, läßt sich der „Lloyd" berichten, ist der Meinung, daß der Krieg nun bald beendigt sein wird, und zwar, wie die Ansicht im größeren Theile des Publikums vorherrscht, auf gütlichem Wege. — An der untern Donau ist eine erhebliche Affaire zu Gunsten der Serben ausgefallen. Nach übereinstimmenden Berichten ist Perczel durch Stratimirovich und Knjeanin aufs Haupt geschlagen und das ungarische Corps völlig versprengt worden. Das Gefecht fiel im Gebiete des Czaikistenbataillons vor. Der heutige „Lloyd" enthält hierüber folgenden Artikel: Der Sieg, den Stratimirovich über Perczel erfochten, ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Er hat die Bacska gerettet. Unsere Freude über denselben wird jedoch durch den Umstand getrübt, daß die dort stationirten regulären Truppen 8000 Mann stark, unter dem Befehl ihres Führers, das unterlassen haben, zu thun, was der serbische Chef mit rohem Landsturm auszuführen im Stande war. Peterwardein, das seinem Falle nahe war, ward durch Perczel verproviantirt, das ganze Land Bacska einer Wüste ähnlich gemacht, der kaiserliche Schutz als ein ohnmächtiger hingestellt. Dabei litt der Ruf unserer Armee und ein Flecken ward auf deren Tapferkeit geworfen. Das Volk und das Heer haben ein Recht zu verlangen, daß der Führer des Corps, der vor Perczel's undisciplinirten Horden schon zurückwich und dessen Bekämpfung dem serbischen Landsturm überließ, zur strengen Rechenschaft gezogen werde (es ist dies der F. M. L. Nugent, Sohn des F. Z. M. gleichen Namens).

Ueber die Vorgänge in Siebenbürgen meldet ein Privatschreiben aus Temesvar vom 12. April: So eben langt ein Courier von der Siebenbürger Grenze an mit der Nachricht, daß die Insurgenten, die gegen das Banat im Marsche waren, sich nach Hermannstadt zurückgezogen haben. Russische Truppen brechen in Masse gegen Siebenbürgen auf; Bem trifft in Hermannstadt alle Vorkehrungen zur Vertheidigung. Mit steigender Erbitterung dringen die Serben nach dem Banat und der Bacska. Alle Dampfschiffe sind zur Transportirung in Beschlag genommen worden. — Hinsichtlich des neuen ungarischen Papiergeldes lauten die Nachrichten sehr widersprechend. Der „Lloyd" läßt sich berichten, daß es bereits stark circulire, und auf der einen Seite die magyarische, auf der andern die deutsche Inschrift trage. Hingegen meldet die gestrige Nummer der „Handels- und Gewerbszeitung", daß diese neuen ungarischen Noten bereits in der Staatsdruckerei gedruckt werden, die heutige Nummer desselben Blattes aber, daß die „Assignaten" in Verkehr gekommen, sich aber noch keiner Theilnahme zu erfreuen scheinen, indem sicherem Vernehmen nach der erste Geldwechsler in Pest die Auswechslung gegen österreichische Banknoten verweigerte und am 18. d. auch alle Wechselstuben geschlossen waren.

† **Wien**, 22. April. Aus Pest wird unterm 19. d. gemeldet: Um 4 Uhr Morgens fand ein großartiger Aufbruch des ganzen kaiserlichen Lagers statt. Der Abmarsch geschah in der Richtung gegen Waizen und Umgebung. Die ganze auf dem Ofener Donauufer bis Komorn hinauf stehende Armee setzt über und greift am heutigen Tage die Magyaren auf allen Punkten an, während F.-M.-L. Schlick und der Banus, über Waizen hinaus operirend, dieselben in Rücken und Flanke zu fassen beabsichtigen. — Ein Theil der Magyaren steht bei Neutra, in paralleler Linie mit denselben F.-M.-L. Wohlgemuth mit zwei zahlreichen, aus den besten Truppen zusammengesetzten Brigaden. Die Linie beider Heere ist jetzt sehr weit ausgedehnt und der entscheidende Schlag dürfte auf zwei von einander entfernten Punkten zu gleicher Zeit erfolgen. Eine Hauptfrage bleibt es jetzt, ob es den Insurgenten gelingen werde, bei Gran oder auf irgend einem andern Punkte den Uebergang über die Donau zu vollführen. — Sehr bemerkenswerth ist die einlenkende Sprache des „Lloyd", welcher wenigstens einen Theil des Cabinets in den ungarischen Angelegenheiten vertritt. Hier wird eine friedliche Ausgleichung nicht nur ersehnt, sondern auch gehofft, zugleich aber befürchtet, daß sie an den polnischen Umtrieben und an den Ansichten des Rumpfparlaments scheitern könne. — Die Meinung, daß Kossuth parlamentiren wolle, entstand dadurch, daß am 15. d. 4 Honveds bis zu den kaiserl. königl. Vorposten herankamen, mit weißen Bändern geschmückt und eine Schrift in den Händen. Allein sie überbrachten nur das Testament des in Waizen gefallenen Generalmajor Götz. Ueber das Schicksal Temesvars ist man besorgt. Man fürchtet, diese Festung sei gefallen oder doch wenigstens sehr arg bedroht. Die Räumung des Lagers von Rakos durch die Magyaren ist schon früher gemeldet worden. Dieselben haben einen großen Theil des früher von ihnen selbst aufgebotenen Landsturmes wieder zurückgeschickt, wie es scheint, weil sie aus dessen Undisciplin überwiegende Nachtheile besorgten. Die beritttenen Landstürmer blieben zurück; ihre einzige Waffe ist der Fokos, ein Stock, dessen Knopf eine Art ist, der gewöhnliche Spazierstock eines Pußtabewohners. — Der Brigadier des Sappeur- und Mineurcorps, Generalmajor von Zilla, welcher nach Ungarn entsandt wurde, ist der Erbauer der Festung Komorn, er soll den letzten Versuch zur Erzwingung der Uebergabe der nach seiner Erklärung mit Sturm uneinnehmbaren Veste machen. Er will, so wird berichtet, die Kasemalten überschwemmen, das durch die Besatzung aus diesem bombenfesten Zufluchtsorte vertreiben und sie zur Alternative drängen: Komorn zu übergeben, oder hinter den Trümmern der Stadt gegenden verheerenden Kugelregen Schutz zu suchen. — Als Gerücht wird in Pest erzählt, daß eine russische Armee durch die Bukowina, nach dem Norden Ungarn verdrängend, im Anmarsch auf Großwardein und Debrezin sei. Ob die Magyaren mit gesammter Macht gegen Komorn sich wandten oder zum Theil gegen die Theiß zurückgingen, weiß man nicht genau. Die Diversion aber, die Generalmajor Vogel durch seinen Einmarsch gemacht, so wie die vielleicht wahre Nachricht vom Anmarsch der Russen scheinen das Letztere wahrscheinlich zu machen. — Durch eine Proclamation aus Gödöllö vom 14. d. ermuntert Kossuth seine „tapferen Heldenbrüder zur Ausdauer und letzten Kraftanstrengung, um dem König Ferdinand V., der durch eine Militärempörung, an deren Spitze sein Neffe, Franz Joseph, steht, vom Throne gestoßen und zur Abdication gezwungen worden sei, zu seinem geheiligten Rechte und angestammten Throne zu verhelfen."

In Debrezin hat Bem seinen feierlichen Einzug gehalten. Er soll eine von 40,000 Sachsen unterschriebene Adresse gebracht haben, worin sie das ungarische Landesvertheidigungscomite anerkennen, demselben huldigen und der Union Treue zugeloben. Den ganzen Tag wurden die Kanonen gelöst, Abends war die Stadt beleuchtet und Bal paré bei Kossuth. — Bem's Macht wird auf 30—40,000 Mann geschätzt. Er soll sich ansehnlich durch Sachsen verstärkt haben. Der siebenbürgische Reichthum an Pferden ist ihm dabei wohl zu statten gekommen.

Ein aus Pest gestern hier angelangter Courier brachte die Nachricht, daß der 20. und 21. d. zum allgemeinen Angriff auf das magyarische Heer bestimmt sei. Während wir dies schreiben, hat somit die Katastrophe in Ungarn bereits begonnen.

Deutschland.

w **Frankfurt**, 25. April. Herr v. Bederath ist heute von Berlin zurückgekehrt, und bringt, wie wir hören, gute Aussichten mit, sofern nur die deutsche Nationalversammlung in den in Preußen stattfindenden Entwickelungsprocess nicht durch störende Beschlüsse eingreift.

† **Wien**, 21. April. Die erheblichste, schon gestern gerüchtweise gemeldete Tagesneuigkeit ist die nun wirklich heute erfolgte Abreise des englischen Gesandten Lord Ponsonby nach London in Folge einer Berufung Lord Palmerstons. Indem die ministeriellen Organe dieses Ereigniß verkünden, suchen sie zugleich die daraus erwachsenden Besorgnisse zu zerstreuen; die Fonds, die zu Ende der gestrigen Börse hierauf etwas gewichen waren, erholten sich Abends wieder. — Die vielen beunruhigenden Gerüchte in Bezug auf Graf Stadion's Gesundheit sind gänzlich ungegründet. Der Graf war nur in leidendem Zustand in Folge zu anstrengender Arbeiten und hat sich bereits sehr erholt. Binnen kurzer Zeit wird er in Wien zurückerwartet. — Der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg befand sich, wie bekannt, seit einigen Tagen in Olmütz, ist aber heute mit den übrigen Ministern zurückgekehrt. — In Betreff der deutschen Angelegenheiten ist man noch immer in großer Spannung. Man erwartete heute die Antwort des preußischen Cabinets auf die österreichische Note zu lesen. Der Zug aus Breslau ist angelangt, allein er ging von da ab, bevor der niederschlesische aus Berlin eingetroffen war. Die heutige „ostdeutsche Post" will jedoch wissen, daß die gedachte Note bereits eingetroffen und ihr Inhalt nicht geeignet sei, die Harmonie zwischen Oesterreich und Preußen herzustellen. Die Börse ist durchaus optimistisch gestimmt und prognosticirt allen Verwicklungen einen erfreulichen Ausgang.

Der Kaiser hat über Vortrag des Feldmarschall Windischgrätz die, von der ungarischen Regierung über die Güter des ermordeten Grafen Eugen Zichy verhängte Beschlagnahme als in jeder Beziehung null und nichtig erklärt. Das Ministerium des Aeußern hat in Berücksichtigung der Fortschritte des Contumazwesens im türkischen Reiche, beschlossen, wesentliche Erleichterungen in den Seecontumazperioden eintreten zu lassen. — Der Feldmarschallieutenant Graf Nobili hat bereits seine neue Bestimmung erhalten; er wird Commandant des Reservecorps, welches im Marchfelde zusammengezogen wird. — Bei Gelegenheit der nächstens stattfindenden Versammlung der österreichischen Bischöfe in Wien, will der Gemeinderath sich mit dieser Versammlung über die Rechte, welche der Gemeinde in politisch-kirchlichen Angelegenheiten zustehen, verständigen; ein Entwurf, von mehreren Gemeinderäthen verfaßt, soll als Grundlage für die Discussion der geistlichen Oberbehörde unterbreitet werden.

Die „Wiener Zeitung" meldet amtlich: Seine Excellenz der Herr Feldzeugmeister Graf Nugent ist beeiligt worden, in seiner nie unterbrochenen Anstellung als Commandirender im illyrisch-innerösterreichischen Generalcommando sich aus Slavonien nach Innerösterreich zu verfügen, um nach dem Wortlaute des Ministerialerlasses „mit seiner bewährten, rastlosen Thätigkeit" das im Bereiche seines Generalats, nämlich bei Pettau sich sammelnde Reservecorps kriegstüchtig zu organisiren. Nachdem die zwei Brigaden, aus welchen das Corps des genannten Hrn. Feldzeugmeisters bei seinem Vordringen über die ungarische Grenze bestand, und durch welche die Eroberung der wichtigen Festung Essegg entschieden wurde, zu der Hauptarmee nach Ofen gezogen waren, bestanden seine Linientruppen nur in zwei Bataillonen Infanterie und einigen Escadrons Kürassiere. Der übrige Theil des Nugentschen Corps, welches die 12,000 Mann starke Besatzung Peterwardeins im Zaum hielt und von da donauaufwärts mehr als 20 Meilen bis Zember ausgedehnt werden mußte, bestand in neu errichteten, noch nicht gehörig beliebeten Bataillons verschiedener Grenzregimenter, die nun dem Befehl des Herrn G.-M. Mayerhofer unterstehen. Der F.-M.-L. Graf Castiglione hat das Districtscommando in Ordenburg übernommen und ist daher nicht, wie mehrere Blätter erzählten, zur Ablösung des vorgenannten Herrn Feldzeugmeisters beordert.

Der „Oesterr. Corresp." erklärt die Nachricht der „Presse", daß Marschall Radetzky den Waffenstillstand gekündet habe, und am 20. d. M. die Feindseligkeiten mit Piemont wieder beginnen werden, für ganz unbegründet. Im Gegentheil schreiten die Verhandlungen rasch vorwärts, so daß man einem baldigen Friedensschluß entgegensehen kann.

Die österreichische Regierung hat dem kaiserlichen Generalconsul zu Bukarest 28,000 fl. zur Unterstützung der aus Siebenbürgen nach der Walachei geflüchteten und bedrängten Familien übermittelt. (Lloyd.)

Briefe aus Bukarest vom 9. melden, daß der commandirende General der russischen Truppen v. Lüders über Rimnik nach der siebenbürger Grenze abgegangen ist. (Lloyd.)

*** Berlin**, 22. April. Wenn auf ein Wort, wie es der Ministerpräsident gestern in der zweiten Kammer gesprochen, totale Erwartung alle Regungen des Gemüthes befällt, so wird sich Niemand wundern, daß nach dieser Scene und selbst im Laufe des heutigen Tages erst eine Erholung eintreten mußte, um zu sich selbst zu kommen und dem ernsthaften Gedanken Raum zu geben. In der ganzen Stadt herrscht nur eine Auffassung unserer Lage, nachdem sie sich vom ersten Schreck erholt hat, und es ist nahe daran, daß Parteien, die sich als Extreme früher bekämpften, sich bald die Hand reichen werden, weil sie finden, daß ihnen ein Feind gegenüber steht. Man wirft auf das empörte, wie und wo man kann, um eine Veränderung unserer Lage herbeizuführen, denn die nüchternen Blickenden sind weit entfernt, an den eisernen Bestand der gegenwärtigen Politik zu glauben. Gestern Abend verfügte sich auch die am Donnerstag aus Frankfurt zurückgekommene Deputation zum Minister Manteuffel und ließ es nicht an Vorstellungen fehlen, die nur irgend gedacht werden können, um ein verändertes Verfahren in der deutschen Frage herbeizuführen. So offen und warm dieser Minister auch die deutschen Männer, die mit den herrlichsten Eindrücken aus allen Gauen, welche sie durchrein, beimgekehrt waren, empfing und anhörte, so sehr er auch das Gericht der ihm kundgegebenen Wünsche zu würdigen wußte, so wollte es doch den Anschein haben, als lasse von dem redlichen Willen Manteuffels der gewünschte Erfolg sich nicht erwarten. In Deutschlands Geschick zerren Hände, die von dem Samen der Zwietracht in ihre Scheuern zu ernten hoffen, während sie die Miene annehmen, als hätten sie den besten Willen. Es fehlt uns ein Mann, der des Vertrauens werth ist und dabei Muth und Geist genug besitzt, das Steuer des Reichsschiffes mit sicherer Hand zu führen, da es nicht von einer, sondern von beiden Seiten Stöße erleidet, um zum Wanken gebracht zu werden. Auch der Beckerath sind Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten gewesen, Männer, die früher sich den Vorwurf der Reaction aufbürden lassen mußten, jetzt aber den offenkundigen Beweis geben, daß sie den weltbürgerlichen Fortschritt der deutschen Nation wollen. Auch Beckerath sind niedergeschlagen; daß er an allen entscheidenden Stellen gesprochen, geraiben, gehandelt, versteht sich von selbst; aber, wie es scheint, nicht mit dem gewünschten Erfolg. So stehen unsere Angelegenheiten. Das Volk ist ungeduldig; die Nation grollt. Die Feinde Deutschlands innen und außen freuen sich ihres Sieges. Aber zu früh. Die Entscheidung der Krisis wird von dem Verhalten der Nation abhängen. Als wichtiges Ereigniß verdient erwähnt zu werden, daß der Fürstbischof von Diepenbrock zum Feldprobste der Armee ernannt ist. Der protestantische Theil des Heeres hatte bereits in der Person des ehrenwerthen Herrn Bollert seinen Feldprobst; und ein Verdienst des in der Liebe und Verehrung des Volkes von Tage zu Tage steigenden Prinzen von Preußen ist es, sonnenklar, so weit es ihm möglich war, die Wünsche der Katholiken in diesem Punkte befürwortet zu haben; wie denn die goldreine Gerechtigkeitsliebe des verstorbenen Königs sein Erbtheil ist. Daß an dem Gerüchte, der König wolle zu seinen Gunsten die Krone niederlegen, kein Wort wahr ist, will ich nur nebenher anführen. Eben so verhält es sich auch mit dem, die Reichsarmee sei in Jütland eingerückt, oder werde es heute oder morgen thun. Dieser Operation stehen Hindernisse entgegen, die sich nicht leicht beseitigen lassen"). Wohl aber wird Asien mit aller Energie angegriffen werden, und es sind bereits die Pontons abgegangen, die unter dem Schutze der Strandbatterien als Uebergangsbrücke aufgeführt werden sollen. Unter der Leitung des Oberbefehlshabers läßt sich eine glückliche Expedition nach Asien erwarten, wenn sie, was nicht fehlen wird, mit der Präcision und Schnelligkeit ausgeführt wird, die auf dem wankelmüthigen Elemente unerläßlich ist. Morgen wird in der zweiten Kammer der Kampf um die deutsche Sache wieder beginnen.

Beckerath, schreibt die „Kölnische Zeitung", ist wieder umsonst nach Berlin gekommen. Man bemerkte ihn gestern während der Sitzung in der diplomatischen Loge sichtlich niedergeschlagen. Er hat heute noch eine Audienz beim Könige, aber sie wird als Abschiedsaudienz bezeichnet. Man erzählt sich, Beckerath sei gestern durch die Auffassung, welche unsere Linke der deutschen Frage angedeihen ließ, wenig getröstet worden. Erst Binde's glänzende Rede ließ ihn wie uns alle aufathmen. Binde war besonders ergreifend, als er hervorhob, wie die deutsche Sache, in welcher Ministerium und Hof die unter Blumen lauernde Schlange der Demokratie erblicken, eine Sache der Ordnung, des Friedens und der constitutionellen Monarchie geworden sei; er sprach zu tauben Ohren. Man mißtraut ihm und fürchtet ihn, wie man auf dem vereinigten Landtage gethan. Aber jenes Mißtrauen und jene Furcht haben den März nicht verhindert, sondern gefördert. Es steht in den Sternen geschrieben, daß keine große Aenderung im Völkerleben ohne Bruch und Katastrophe erlangt werde. Glücklicherweise ist die jetzige Agitation in die Hände von Männern niedergelegt, die uns vor unnützen Barrikaden vielleicht doch bewahren können. Frankfurt hat in diesem Augenblick, durch Paß und Besonnenheit, der Bewegung ihr ruhiges Bett zu erhalten. Dem mächtigen Strome, wenn er rein bleibt und in seinem glanzvollen Lauf ununterbrochen den Himmel wiederstrahlt, wird auf die Dauer Niemand widerstehen können. Da ruhen unsere Wünsche. Was aber das Ministerium betrifft, so hat es gestern Abends noch von Vertagung und Auflösung abgesehen. Brandenburg und Manteuffel haben trotz alles vermärzlichen Jammers in diesen Wochen parlamentarische Erfahrung genug gesammelt, um zu wissen, daß eine neue Kammer mit dem imperativen Mandat der Kaiserkrönung auftreten würde und müßte.

Berlin, 24. April. „Was aus der deutschen Sache im Augenblick werden soll, sagt heute die „Deutsche Reform" in ihrem „ersten Berlin," kann Niemand sagen; so weit der Blick reicht, herrscht Rathlosigkeit und Verwirrung. — Herr v. Beckerath ist heute unverrichteter Sache von Berlin abgereist, Camphausen hat seine Entlassung eingereicht, und Graf Arnim ist nicht mehr Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Die letztere Nachricht war freilich schon so oft verbreitet, daß Niemand recht daran glauben kann; aber diesmal soll es wirklich wahr sein. Warum er gerade zurücktritt, ist freilich schwer abzusehen; man sollte glauben, daß das Ministerium für seine Politik in der deutschen Frage in seiner Gesammtheit einsteht, und nicht dieß einen Einzelnen aus seiner Mitte opfern darf. Das Mißtrauen der zweiten Kammer scheint es zu ignoriren. Entschlossen, auf seinen Plätzen zu verbleiben und doch nicht entschlossen, die Kammer aufzulösen, tritt es immer wieder und wieder in die Mitte einer Vertretung, deren conservative Elemente es zum großen Theil gegen sich hat. Es hat die Unterstützung gemäßigter Männer verscherzt, ohne deren Beistand kein Ministerium in Preußen existiren kann. Das Land bedarf dringender als je einer Regierung, die dieser großen Zeit gewachsen ist, der sich die besseren Theile der Nation willig anschließen. Dauert dieser Zustand, der jetzt auf uns lastet, noch lange fort, so gehen wir der Auflösung durch Revolution oder Abspannung entgegen."

München, 24. April. Wie wir vernehmen, ist gestern eine bestimmte Erklärung Bayerns in Betreff der deutschen Verfassungsfrage nach Frankfurt abgegangen. Wir hoffen, schreibt die „Neue Münchn. Ztg.", dieselbe unseren Lesern alsbald mittheilen zu können."

(s) **Dresden**, 23. April. Die zweite Kammer hat heute dem Ministerium ein Mißtrauensvotum gegeben. Der zur Begutachtung des von der Regierung in der Blumschen Angelegenheit beobachteten Verhaltens ernannte außerordentliche Ausschuß erstattete in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer Bericht und beantragte, daß die Kammer zu folgenden Erklärungen ihre Zustimmung ertheile:

„1) Die Kammer erklärt, daß sie auf ihren früheren, bezüglich der Abberufung des sächsischen Gesandten von Wien gefaßten Beschlüssen beharre. 2) Die Kammer erblickt in dem ganzen bisherigen Verhalten der sächsischen Regierung eine Gefährdung der Ehre Sachsens und der Selbstständigkeit des Landes nach Außen, und eine Mißachtung des Volkswillens. 3) Die Kammer erblickt in der Weigerung, den Gesandten von Wien abzuberufen, und in der Erwägung der anderweiten Haltung der Regierung eine Unverträglichkeit mit den Bedingungen, unter welchen die Kammern mit der Regierung für das Wohl wirken können."

Abg. Tzschirner verlangte im Lauf der Debatte, daß heute über seinen früher vertagten Antrag: „die Kammern wollen erklären, daß die dermalige Regierung das Vertrauen der Volksvertretung nicht besitze", — als vierten Punkt, abgestimmt werden möge (wird unterstützt). Bei der Abstimmung erklären sich bei dem ersten Punkt 63 Stimmen für, 3 gegen, bei dem zweiten und dritten Punkte 55 St. für, 11 St. gegen den Antrag. Der Tzschirner'sche Antrag wird mit 41 gegen 25 Stimmen angenommen. Die Namen der Mitglieder, welche beim zweiten und dritten Punkt mit Nein stimmten, sind: Spitzner, Siegel, Schniebe, Schiel, Lommatsch, Richter aus Hartha, Oppelt, Hemmr, Hänel aus Radeburg, D. Fischer, Bauer.

Italien.

□ **Mailand**, 20. April. Heute langte der Sohn des Fürsten Paskewitsch hier an und überbrachte dem Feldmarschall Radetzky im Namen des Kaisers von Rußland das Diplom als Feldmarschall aller russischen Armeen und die Ernennung zum Inhaber des Husarenregiments von Weißrußland, in dessen Besitz früher der unlängst verstorbene König der Niederlande gewesen war. Der Fürst Paskewitsch überbrachte Radetzky überdies noch andere Ordenskreuze, um sie an die Tapfern der Armee zu vertheilen, und ging sodann nach Parma ab, um dem Erzherzog Albrecht das St. Georgskreuz 4. Klasse persönlich zu überbringen.

Rom, 15. April. (Basl. Z.) Die traurigen Nachrichten aus Genua und Toscana haben den Muth unserer Repräsentanten nicht niedergeschlagen, ihre Energie vielmehr gesteigert. Die Triumvirn zeigten sich in der Versammlung voll Muth und Zutrauen. Die Worte Mazzinis erweckten Begeisterung. Sie verlangten, daß die Versammlung eine allgemeine Bewaffnung des Landes beschließe, um zu zeigen, daß zwei Millionen hinlängliche Kraft haben, der Reaction und den auswärtigen Feinden zu widerstehen; sie verlangten, daß der im Anfang der Sessionen geleistete Schwur: durch alle Mittel dem republikanischen Princip zum Sieg zu verhelfen, erneuert werde, und die ganze Versammlung erhob sich und erneuerte durch einstimmigen Zuruf den Schwur. Einstimmig wurden sodann mehrere Gesetzesvorschläge, betreffend Abschaffung der Salzabgabe, Ermäßigung des Salzpreises auf 1 Bajocco pr. Pfund, Vertheilung der Staatsgüter in kleine Parzellen und Verkauf derselben, damit sie auch weniger Wohlhabenden zugänglich würden, angenommen. Ein Vorschlag, geheime Sitzung zu halten, wurde verworfen, weil in den Umständen, in denen sich gegenwärtig das Vaterland befinde, dem Volke nichts verborgen bleiben dürfe. Sterbini lud die Versammlung ein zu schwören, sich eher unter den Trümmern des Vaterlandes begraben zu lassen, als das von ihr proclamirte republikanische Princip aufzugeben, und alle Deputirten erhoben sich mit der lebhaftesten Bestimmung und schauten. Zuletzt wurde einstimmig folgendes Proclam genehmigt: „In Betracht der letzten Schicksale Italiens hat die constituirende Versammlung beschlossen: „Die römische Republik, Zufluchtsstätte und Bollwerk der italienischen Freiheit, wird niemals nachgeben oder unterhandeln. Die Repräsentanten und die Triumvirn schwören es im Namen Gottes und des Volkes. Das Vaterland wird gerettet sein."

Frankreich.

* **Paris**, 23. April. Die Conflicte, welche sich in der letzten Sitzung der Nationalversammlung zwischen Goudchaux und Lebru-Rollin einerseits und Fould und Lamarre andererseits erhoben haben, sind noch immer nicht ausgeglichen; es wird vielmehr von beiden Theilen dahin gestrebt, die Anführungen der Gegenpartei soviel wie möglich zu entkräften. Auf eine Zuschrift Fould's hat Beidmont erklärt, daß jener in seinen Gesprächen mit ihm stets die Zahlung der consolidirten Schuld ebensosehr für nothwendige Bedingung des Staatscredits, als für unverletzliche Pflicht erklärt habe, und in Betreff der von Ledru-Rollin bezüglich Delamarre's gemachten Behauptung erklärte gestern die „Patrie", sie wisse ganz genau, daß die damaligen Vorschläge dieses Bankiers nur ehrenhaft und patriotisch gemeint seien und daß er sie im Namen seines Hauses durch das Anerbieten von 500,000 Frs. unterstützt habe. Heute hat Delamarre selbst einen Brief in diesem Sinne veröffentlicht und, wie man wissen will, wird in einer der nächsten Sitzungen Jules Favre in dieser Sache Zeugniß ablegen und auch Fould aufs Neue gegen Goudchaux die Offensive ergreifen. Die Parlamentsscandale scheinen also wieder im besten Zuge zu sein. Ein Beitrag zu diesen compromittirenden Vorgängen liegt ebenfalls in folgender Mittheilung, welche der „Köln. Zeitung" von hier aus gemacht wird. Die Commissionen, heißt es in derselben, welche vor ungefähr vier Monaten zur Prüfung des Ausgabenbudgets der provisorischen Regierung ernannt wurde, hat noch immer keinen Bericht darüber abgestattet. Ihre Arbeit soll längst eine vollbrachte sein, allein manche unerklärliche oder unerklärte Posten, worüber die betreffenden Mitglieder der provisorischen Regierung keine oder sehr ungenügende Aufschlüsse gegeben, bestimmten die Commissionen, wie es heißt, ihre Arbeiten formell zu beenden. Man will, scheint es, stürmischen Debatten ausweichen, vermeiden, oder so lange als möglich hinausschieben. Nach einer Version, für die ich einzustehen keinen Beruf habe, will man gewisser Maßen mit dieser Debatte die Sessionen schließen, und ungefähr denselben Dienst den Republikanern von gestern am Tage vor den Wahlen erweisen, den die Mitglieder der ehemaligen Regierungs-Commissionen dem General Cavaignac vor der Präsidentenwahl mit der Debatte über die Zuntage zu erweisen beabsichtigten. Es sollen ganz sonderbare Ausgaben in jenem Budget vorkommen, die den Republikanern von gestern den Gnadenstoß versetzen möchten. Bei den unbegreiflichen Posten sollen besonders Ledru-Rollin und Marrast betheiligt sein, und man spricht hinsichtlich des Ersteren von einem sehr überraschenden, jedenfalls gestrichen Aufschluß, den er hinsichtlich einer Ausgabe von 6000 Fr. gegeben hat. Nachdem er sich lange geweigert, die Verwendung dieser Summe anzugeben, soll er der Commission gesagt haben: „Nun, meine Herren, weil Sie in mich dringen, so will ich es Ihnen sagen; diese 6000 Fr. haben dazu gedient — — Herrn Guizot's Flucht nach England zu befördern!" Die Commission war über diese Aufklärung verblüfft, aber auch nur verblüfft.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung war die zweite Berathung über die Feststellung der Entschädigungssummen für die Pflanzer seit der Sclavenemancipation laut Beschlüssen der provisorischen Regierung vom 4. März und 27. April 1848 auf der Tagesordnung. Die Regierung forderte 90 Millionen Fr., in zehnjährigen Raten zahlbar, zur Vertheilung unter die verschiedenen Colonien, der Ausschuß schlug dagegen vor, den Pflanzern 6 Mill. Fr. in 5pCt. Rente und 6 Mill. davon baar sofort zu zahlen, damit die Arbeit nicht ganz aufhöre. Dieser Antrag wurde, da auch der Finanzminister Passy dem Vorschlag des Ausschusses beitrat, mit der Modificirung statt in 5pCt. in 3pCt. Renten zu zahlen, angenommen. Zum Schluß der Sitzung wurde noch ein Antrag auf Bewilligung eines Credits von 500,000 Frs. als einen Beitrag zu den durch die Cholera verursachten Ausgaben, mit 485 gegen 90 Stimmen zum Beschluß erhoben.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 25. April. Von österreichischen Fonds bleiben heute 5pCt. Metall. 77⅛, pCt. G., 2½pCt. Metall. 41⅛, pCt., Bierherbankactien wie zu letzten Bestehen, 1192 ℔., 500 fl. Loose 129¾, pCt., 250 fl. Loose 80⅛, pCt. Von den übrigen Loosen waren alle Sorten gefragt, Actien. 40 Rthlr. Loose 27⅞, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 25⅞ fl., do. 50 fl. Loose 45⅝ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22½, fl., do. 50 fl. Loose 72 fl., Nassauer 25 fl. Loose 21 fl., Sardinische Loose 25⅞, fr., Poln. 500 fl. Loose 74⅝, Rthlr. Sardinische Obligationen ebenfalls in angenehmerer Stimmung. 4½pCt. Württemberger 94⅝ pCt. G., 3½pCt. do. 75⅛, pCt. G., Badische 3½pCt. Obligationen 75⅛, pCt., dito 5pCt. vom Jahr 1838 96⅛, pCt. G., Nassauer 3½pCt. Obligationen 81 pCt., do. 5pCt. v. J. 1849 100 pCt. G. Belgische Obligationen ohne Coursveränderung. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 35⅛, Rthlr., Berbach 73⅛, pCt., Köln-Minden 77½, pCt., Taunus 291 fl., pCt. inländ. Spanische Actien fest, schließen 24½, pCt. G. Von Wechseln sah sämmtliche Devisen zu den gestrigen notirten Coursen angeboten. Abends nach Ausgabe der Mainzer Post zeigte sich sehr Speculationslust. Selbst eine kaum Stimmung, durch wenige daraus gemachte Verkäufe fielen benannte Papiere um ⅛, pCt. im Cours zurück, und blieben in der Effectenlocalität 24 pCt.

Berlin, 24. April. Staats-Schuldscheine 85⅛, a. ⅛ bez. Seehandlungs-Prämienscheine 100½ bez., Bankanscheine 89 G. Berlin-Hamburg 53½, bez., Köln-Minden 76⅛, G., Berlin-Stettin-Stettin-Nordb. 34½, ⅝, a. ½ bez. Magdeburg 46 Br., Thüring. 50 etw. bez. u. Br., Anh. Bd. Stiegitz. 85 G. 5. 85⅛, G., Posn. 300 fl. Loose 74½ G., Kurhess. Prämienscheine a 40 Rthlr. 27⅛, bez. Neue Bad. Anl. à 35 fl. 16½, bez.

Für Fonds sowohl als Actien zeigte sich heute eine günstige Stimmung, und mehrere wurden besser bezahlt, von letzteren besonders Berlin-Hamburger.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

*) Man glaubte (!) am 22. April in Berlin noch nicht an den Einmarsch in Jütland? Und warum? Haben die Diplomaten aus? Dem Manteuffel die Erklärung, die der Minister Graf v. Arnim am 23. in der zweiten Kammer gemacht hat, widersprechen. Unsere Leser wissen, daß die siegreichen deutschen Krieger bereits in Jütland siegreich eingerückt sind und die Stadt Kolding im Sturm genommen haben. Das deutsche Reichsheer in den Herzogthümern kennt keine „Hindernisse". Der 5. der 13. und der 20. April hatten es zur Genüge bewiesen. D. R. v. D. H. Z.

Bekanntmachung.

Betreffend: Ausgabe von Lebensmittelkarten.

Die Ausgabe der Lebensmittelkarten für die Zeit vom 1. bis 28. Februar 1915 findet in der Woche vom 25. bis 30. Januar 1915 in der Reihenfolge der Buchstaben des Familiennamens der Empfangsberechtigten statt.

Es werden ausgegeben:

Montag, den 25. Januar	A bis E
Dienstag, den 26. Januar	F bis K
Mittwoch, den 27. Januar	L bis P
Donnerstag, den 28. Januar	Q bis T
Freitag, den 29. Januar	U bis Z
Samstag, den 30. Januar	Nachholung

Die Ausgabe erfolgt in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags im Rathaus, Zimmer 12.

Die Karten sind persönlich gegen Vorzeigung des Personalausweises abzuholen.

Stadtverwaltung.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nro. 99.) 26. April 1849

Deutsche Reichsversammlung.

207. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident E. Simson.

H **Frankfurt**, 26. April.

(Neue bayer'sche Erklärung. Neuwahl eines Schriftführers für den zurücktretenden Herrn Riehl von Zweibr. Anhörung der Berichterstatter und event. der Reichsminister und Abstimmung über den Ausg. Kierulff erstatteten Bericht, Namens des Ausschusses zur Berichterstattung über den Bericht der Deputation von Berlin und zur Vorberathung derjenigen Maßregeln, welche zur Durchführung der verkündigten Reichsverfassung nöthig erscheinen.)

Die Sitzung wird um 9½ Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Reichsministerpräsident v. Gagern, Justizminister R. Mohl, Unterstaatssecretär Mathy. Ein Flottenbeitrag von 143 fl. 45 kr. ist eingelaufen. (Bravo!)

Abg. Dieskau berichtet im Namen des volkswirthschaftlichen Ausschusses über eine Petition um Errichtung eines Nationalversorgungshauses auf der Lüneburger Heide. Der Ausschuß trägt an, darüber zur Tagesordnung zu gehen.

Einer dringlichen Interpellation des Abg. Wuttke wird die Dringlichkeit zuerkannt. Derselbe fragt: Ist dem Reichsministerium eine noch nicht veröffentlichte Erklärung der k. preußischen Regierung und desgleichen eine der k. bayerischen Regierung in Betreff der Reichsverfassung zugekommen, und will das Ministerium dieselben dem Hause vorlegen?

Reichsministerpräsident H. v. Gagern: Meine Herren! Eine neue Erklärung der k. preußischen Regierung außer den bereits bekannten in Bezug auf die Verfassung ist nicht eingetroffen. Eine Erklärung der bayerischen Regierung ist allerdings gestern Abend eingetroffen, allein sie ist sehr ausführlich und nur der Umstand, daß die Abschrift derselben noch nicht bewerkstelligt werden konnte, ist Schuld, daß sie dem Hause noch nicht vorliegt. Bereits ist verfügt, daß sie dem Vorsitzenden des Hauses übergeben werde. Ich nehme aber keinen Anstand zu bemerken, daß diese Erklärung, theils sich stützend auf das Vereinbarungsprincip, theils auf einige Punkte der Verfassung selbst, dieselbe nicht anerkennt. (Oh!)

Einer zweiten dringlichen Interpellation wird die Dringlichkeit gleichfalls zuerkannt. Der Abg. Junghans fragt, ob es wahr sei, daß aus der Reichsfestung Mainz Munition nach Oesterreich gebracht worden, und was das Ministerium dagegen zu thun gesonnen sei?

Reichsministerpräsident H. v. Gagern: Ich kann diese Interpellation nicht beantworten, der Reichskriegsminister ist nicht anwesend, die Interpellation muß daher den Weg gehen, welchen die Geschäftsordnung vorschreibt. — Der Vorsitzende verkündet den Uebergang zur Tagesordnung. Erster Gegenstand derselben ist die Wahl eines Schriftführers. Die Stimmzettel werden eingesammelt. Abg. Makowiczka wird mit 181 Stimmen zum Schriftführer an die Stelle des Hrn. Riehl gewählt.

Die Versammlung geht zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung über.

Abg. Simon von Trier, Berichterstatter des Minoritätsrachtens I., erhält das Wort. — Der Redner berührt zuerst den Austritt Oesterreichs, nennt das Benehmen der österreichischen Regierung schamlos, erklärt, daß man mit einer solchen Regierung nicht in Verhandlung treten dürfe, und meint: der Ruf der Freiheit wird solange an dieses Ninive (Oesterreich) schlagen, bis es in einer prophetischen Nacht zusammenstürzen wird. (Bravo links.) Die Kreuzspinne der österreichischen Politik hat sich seit März, Bekehrung heuchelnd, in ihre Zelle zurückgezogen, sie spinnt insgeheim Netze, allein an den Ufern der Donau wehrt sich noch die magyarische Hornisse, und sollte diese glücklicher sein, als die Italiener, dann wird Deutschland seine Schuldigkeit thun und das Netz vollends mitzerreißen, worin die Körper hängen, von welchen diese Kreuzspinne ihren gierigen Leib nährt. (Bravo links.) Ich will den deutschen Bundesstaat, ein demokratischer ist jetzt noch nicht möglich, die Demokratie braucht Bundesgenossen, diese fehlen ihr. Die Frage der Revolution ist eine Frage der Humanität, und ich liebe meine Partei zu sehr, als daß ich sie, gegenüber der nicht gering gewappneten Reaction, zu einem Kampfe aufforderte, dessen Erfolg wenigstens zweifelhaft ist. Allein ich verwahre mich dagegen, als ob ich meine Partei verlassen hätte. Kommt die Verfassung friedlich zu Stande, dann werden Sie Ihren Erbkaiser haben, wo nicht aber, dann wird die liegende Partei das Oberhaupt machen. Der Redner bespricht die preußischen Erklärungen, meint, die preußische Regierung habe sehr klug die Kastanien durch die bundestäglichen Collectivfinger der andern Regierungen aus dem Feuer ziehen lassen, um ihre Popularität zu retten. Von einem Mißverständniß über die Erklärungen Preußens kann nach dem „niemals, niemals, niemals" des Ministers Brandenburg nicht mehr die Rede sein. Gegenüber dem Betragen des Ministers Brandenburg ist es Zeit, daß sich das deutsche Volk um seine Germania schaare, welche es als eine Magd behandelt sieht von jenem Ministerium, das unter dem Schutze der starrenden Bajonnete sich in den Sessel des Belagerungszustandes lehnt; das deutsche Volk muß seine Germania vor Entehrung bewahren. Mit passivem Widerstand allein ist es nicht gethan. Bei ihm wird man Sie von Ihren Sitzen verjagen. Sie haben den Schlund der Revolution nach unten geschlossen, schließen Sie ihn auch nach oben. Ihre Mehrheit trat activ auf, als es sich davon handelte, die Revolution nach unten zu schließen, thun Sie dies jetzt auch nach oben. Zögern Sie nicht. Wenn Einer auf den Andern gewartet hat, ist noch nie etwas Erfreuliches daraus entstanden; wenn Sie die Thatsachen abwarten wollen, dann gehen Sie direct der Verwesung entgegen. Sie bauen auf die Ministerkrisis in Berlin. Tritt sie ein, dann müßte sich das künftige deutsche Ministerium in Berlin über Ihre ergriffenen Maßregeln freuen. Tritt sie nicht ein, dann bleibt Ihnen nichts Anderes übrig. Meine Herren, Sie schreinen sich unendlich sicher zu fühlen; ich kann das von mir nicht sagen. Lesen Sie die „Neue Preuß. Zeitung", hören Sie die Ansichten des schwarzweißen Preußenthums über innere und äußere Politik. (Der Redner verliest einige Stellen, worin der Zustand in Italien als günstig, der Sieg über die Dänen in Holstein als ungünstig bezeichnet wird. [Pfui!]) Wie spricht Hr. v. Bodelschwingh, der es der Gute des Volks dankt, daß er jetzt über die Milde des Volkes spotten kann, der früher leicht für einen der Besten gelten konnte, als Alle gefnebelt waren an Mund und Hand. Die Distel wird die schönste Blume des Feldes, wenn man dasselbe aller Zierde beraubt. Die Reaction will den Kampf. In Preußen wird die Landwehr einberufen. Wir wollen aber sehen, wer siegen wird, ob deutsche Freiheit, ob russische Knechtschaft. Wir wollen sehen, ob sich Bayern der Vollziehung der Wahlen, wenn wir sie ausschreiben, auf die Dauer wird widersetzen können. Erzherzog Johann hat in sehr problematischen Ausdrücken seine Würde beibehalten, und ich glaube wir würden ihm einen großen Dienst thun, wenn wir ihn seiner Last enthöben, welche wir Männern aufbürden wollen, welche sie mit Vergnügen zu tragen entschlossen sind. Der Redner verspricht sich den besten Erfolg von der Beeidigung auf die Verfassung. Wir müssen gerüstet dastehen. Ich rufe Ihnen nochmals die Worte in das Gedächtniß zurück, welche ich bei einer andern Gelegenheit an Sie richtete:

Säume nicht red zu ertreift n,
Wenn ete Mage sämmt uns schweift;
Alles kann der Edle leisten,
Der versteht und rasch ergreift. (Beifall!)

Abg. Raveaux, Berichterstatter der Minorität, befürwortet das Erachten derselben. Er hebt besonders hervor, warum die Minorität II die Centralgewalt aufrecht erhalten wissen will, so lange sie im Sinne der Versammlung ihre Pflicht thue. Und das thue sie, der Herr Ministerpräsident habe erst gestern in dem Ausschusse erklärt, daß alle umlaufenden Gerüchte über Seine kaiserliche Hoheit unwahr seien, derselbe habe nie seine Unterschrift verweigert. Die Furcht vor einem Convente ist bei der jetzigen Mehrheit nicht begründet. Deßwegen könne der Ausschuß weitere Maßregeln ungefährdet vorschlagen, falls sie nöthig werden. In Berlin werde gehandelt, hier warte man ab. Gestern schon seien einige Bevollmächtigte nach Berlin gereist. Der Redner widerlegt einige Aeußerungen des Abg. Bassermann. Er meint, daß alle halben Maßregeln die Versammlung nur lächerlich machen werden, er will, wenn nothwendig, die Revolution, diese gesetzliche Revolution ist nicht nur erlaubt, sondern Pflicht. Ständen in Preußen ordentliche Staatsmänner an der Spitze, dann griffen sie mit vollen Händen zu. Preußen kann so nicht fortbestehen, ohne Grenzen ist es gezwungen, eine große stehende Armee zu halten, es verarmt. Man behauptet, die Finanzen wären blühend. Sie sind es nicht, wer kann das leugnen. Um 100 Millionen ist es schon ärmer an Staatsdomänen. (Widerspruch rechts.) Dies gestehe sogar die aristokratisch-preußische Partei ein. Ist Schlesien nicht unter Preußen zu Grunde gegangen? (Rechts: nein.) Ja, wo Tausende verhungern, kann man dies doch sagen. Ich fordere auf, eine Proclamation an alle Provinzen zu erlassen, worin diejenigen, welche die Reichsverfassung anerkennen wollen, aufgefordert werden, sich von Preußen loszusagen. Ich gebe zu bedenken, was aus der Reichsverfassung werden soll. Schon wieder ist ein Bote unverrichteter Dinge aus Berlin zurückgekehrt. Wir haben das Volk hinter uns, und gewiß, wenn wir nach der Seelenzahl rechnen, haben wir eine ungeheure Majorität hinter uns. Geben Sie noch eine Frist bis zum ersten nächsten Monate, dann handeln Sie; ich mahne Sie an die Worte des Abg. Riesser: Wenn ein Römer an seinem Vaterlande verzweifelte, so setzte er Leib und Leben ein, um seine Rettung noch zu versuchen. Als Koscyusko das berühmte Wort: „finis Poloniae" rief, da lag er zerschmettert unter den Hufen der Pferde, aber wenn Baden in Behaglichkeit an dem Vaterlande verzweifeln, so gehört dies zu den widerlichen Erscheinungen der Neuzeit. (Großer Beifall links.) Abg. Kierulff, Berichterstatter der Majorität, begreift nicht, wie Herr Raveaux auf einmal dazu kommt, die Frage aufzuwerfen, ob die Rechte oder die Linke mehr für das theure Vaterland gethan. (Oh! links. Sehr wahr! rechts.) Erinnert, daß der Standpunkt, welchen die Mehrheit angenommen, der ist, daß es noch unentschieden ist, ob der König von Preußen annimmt oder nicht. Das Ministerium Brandenburg-Manteuffel besteht nicht für sie. Durch Revolutionairen, und sei es ein gesetzliches, wie es Herr Raveaux auch einmal vorschlägt, wird die Antwort auf die Frage, ob annehmen, ob ablehnen, abgeschnitten. Der Redner kehrt einige Mängel des Majoritätserachtens vor, erklärt sich für einige Bestimmungen des Schubert'schen, des Rappard'schen Antrags. Der Vorsitzende erklärt die Debatte geschlossen und verkündet, daß der Abgeordnete Zimmermann sich das Wort außer der Reihe erbittet, um eine Nachricht aus Stuttgart, welche mit dem vorliegenden Gegenstande der Berathung in Beziehung steht, mitzutheilen. Da sich in der Versammlung Widerspruch zeigt, wird dem Abg. Zimmermann das Wort nicht gewährt. Der Vorsitzende schreitet zur Abstimmung. Er verliest sein Abstimmungsproject, welches von der Versammlung angenommen wird. Die Versammlung erhebt zum Beschlusse Alinea 1 und 4 des Majoritätserachtens und Aliena 2 und 3 des Schubertschen Antrags, lautend wie folgt:

1) Die Reichsversammlung erklärt, in Uebereinstimmung mit ihrer nach Berlin gesandten Deputation, daß die Annahme der durch die verfassunggebende Reichsversammlung dem Könige von Preußen übertragenen Würde des Reichsoberhauptes die Anerkennung der Reichsverfassung voraussetze.
2) Die Regierungen, welche die Anerkennung der verkündeten Reichsverfassung noch nicht erklärt haben:
   a) sind aufzufordern, die Anerkennung der Reichsverfassung, der Wahl des Oberhauptes und des Wahlgesetzes nunmehr auszusprechen;
   b) dieselben Regierungen sind zu veranlassen, sich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, seinen Willen kund zu geben, in diesem entscheidenden Augenblicke geschmälert oder entzogen würden; insbesondere von ihrem Rechte, die Ständeversammlungen zu vertagen oder aufzulösen, keinen Gebrauch zu machen, welcher die Kundgebung des Volkswillens verhindert, — vielmehr dieselben in Thätigkeit zu setzen oder zu belassen, bis die Reichsverfassung zur Anerkennung gebracht sein wird.
3) Sie beschließt, die provisorische Centralgewalt im Interesse der allgemeinen Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands zu ersuchen, die vorstehenden Beschlüsse in Vollzug zu setzen, und erwartet bis zum 3. Mai die Vorlage des Reichsministeriums über den Erfolg.
4) Der erwählte Ausschuß bleibt bestehen, um je nach Lage der Dinge weitere Maßnahmen zu berathen und der Reichsversammlung vorzuschlagen.

Der Vorsitzende verkündet, daß die in Rede stehende bayerische Note bereits dem Bureau zugekommen. Sie wird dem Druck übergeben. — Schluß der Sitzung 2 Uhr. Nächste Sitzung: Montag den 30. April.

Wien, 22. April. Voraussetzungen und Wünsche für eine Pacification Ungarns, die sich in fast allen hiesigen Blättern ausgesprochen finden, scheinen sich vor der Hand nicht bestätigen zu wollen. Im Gegentheile zeigen alle Berichte vom Kriegeschauplatze, daß es den Combinationen der Magyaren gelungen ist, unsere Truppen von Pest-Ofen wegzulocken, und zwar in der wahrscheinlichen Absicht, die Schwesterstädte zu überrumpeln und den moralischen Muth ihrer Anhänger abermals durch eine kühne That zu erfrischen. So viel man hier wissen will, ist Welden gesonnen, eine Schlacht zu schlagen, ehe er den Entsatz von Komorn, um den es den Ungarn vor Allem zu thun ist, zugibt. Andererseits wird jedoch behauptet, daß Dembinski so manövriren wird, daß er eine Schlacht vermeiden kann. Gestern fand dem Vernehmen nach der Hauptangriff statt: zur Stunde jedoch sind die Resultate desselben unbekannt und will ich Ihre Leser nicht mit müssigen Gerüchten behelligen, die ich sodann widerrufen müßte. In Pest war bis zum 20. — so weit reichen unsere Berichte — die Ruhe nicht gestört. An die Stelle des pensionirten Graf Wrbna tritt F.M.L. Schwarzenberg als Stadtcommandant und zeigen einzelne seiner Maßregeln einen versöhnlichen Charakter; so wurde beispielsweise die gelieferte Wolle zurückgegeben, und auch von andern lästigen Lieferungen hat es sein Abkommen.

Hier in Wien durchkreuzen sich fortwährend die abentheuerlichsten Gerüchte: Die Bildung des „Süddeutschen Bundes" wird als bevorstehend gemeldet. Gleichzeitig mit den Angaben über die bereits eingeleitete Pacification Ungarns verlauten die über einen Gesammtangriff auf das Insurgentenheer, über den bedrohenden oder gar erfolgten Verlust Temesvars, den der ungarischen Hauptstädte, das Einrücken gewaltiger Massen von Russen in das Herz Ungarns ꝛc.

Ueber das bei Gran gefochtene Treffen schweigen die Blätter, namentlich gibt die amtliche „Wiener Zeitung" nicht die geringste Nachricht, so daß entweder jenes Treffen ungünstig geendet oder gar nicht stattgefunden hat. Die Kriegshauptmacht hat die Stellung auf dem Rakos vor Pest aufgegeben und — vielleicht nur eine Abtheilung in Ofen zurücklassend — sich gegen Waitzen gewendet, theils um die Belagerung Komorns zu decken, theils um den aus Galizien anrückenden Truppen die Hand zu bieten. Dieser Marsch nordwärts ist auf dem rechten Donauufer erfolgt. Zugleich wird der 21. April als Tag eines allgemeinen Angriffs auf die Ungarn bezeichnet.

** **Berlin**, 24. April. Bekanntlich ist an den Abgeordneten v. Binde, wie dieser in der Fraction der Rechten selbst zugegeben hat, in Folge seines Antrags vom 5. d. M. über die deutsche Frage ein allerhöchstes Handschreiben ergangen. Hr. v. Binde machte damals gegen seine Freunde allgemeine Andeutungen über den Inhalt, ohne das Schrei-

ben selbst vorzuzeigen. Es stand nur fest, daß dasselbe eine abmahnende, mißbilligende Tendenz ausgedrückt habe. Nach einer uns gegenwärtig aus der Fraction der Rechten zukommenden Mittheilung wäre die wörtliche Abschrift jenes Briefes folgende:

„Gedenken Sie Ihres Vaters, — Ihres Namens, — Ihrer Eide, — des schweren Gewichtes Ihrer Worte — Ihrer Verantwortung vor Gott, vor Ihrem Gewissen, in Ihrer Sterbestunde. Das ruft Ihnen in Gewißheit und Wahrheit des Rechts Ihr König Fr. W. Potsdam, 8. April 1849."

In heutiger Sitzung des Magistrats erstattete der Bürgermeister Hr. Naunyn dem Collegium einen Bericht über den Erfolg der an Hrn. v. Gagern zur Einhändigung des Berliner Ehrenbürgerbriefs abgesandt gewesenen Deputation. Zu erwähnen ist aus jenem Berichte, daß die Deputation in Frankfurt überall mit der größten Aufmerksamkeit behandelt wurde und in allen Kreisen die günstigste Stimmung für das Verhältniß Preußens zu Deutschland vorfand. Der Bericht des Herrn Naunyn wurde mit lebhafter Theilnahme vom versammelten Collegium entgegengenommen, und wir bemerken mit Vergnügen, daß er im geraden Gegensatz zu „der ungünstigen Stimmung" steht, welche die Berliner Deputation nach gerüchtsweisen Mittheilungen anderer hiesigen Blätter in Frankfurt gefunden haben soll.

Die erste Kammer hat heute keine Sitzung gehalten, die zweite hat die Discussion über das Gesetz, betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht, fortgesetzt und beendigt.

X Koblenz, 25. April. Ich beeile mich, Sie zu benachrichtigen, daß nach einer mir aus bester Quelle gewordenen Mittheilung, ein Wechsel unseres Ministeriums in der Kürze bevorsteht und der Oberpräsident Herr Eichmann an die Spitze des neuen Ministeriums treten wird. Herr Eichmann ist in der deutschen Angelegenheit für die Annahme der Verfassung, und was Entgegengesetztes dieserhalb kürzlich in öffentlichen Blättern berichtet wurde, beruht auf einem Mißverständnisse. — Man bemerkt gegenwärtig hier ein auffallendes Vorwärtsschieben unserer Truppen nach dem Oberlande. Das Füselierbataillon des 28. Regiments ist heute mit der Regimentsmusik und dem Stabe nach Kreuznach von hier abmarschirt und an dessen Stelle das 1. Bataillon des 25. Regiments mit Musik und Stab von Bonn hier eingetroffen; ebenso soll am 3. k. M. das 2. Bataillon des 30. Regiments mit der Musik und dem Stab nach dem Oberlande aufbrechen und durch das 1. Bataillon des 26. Regiments mit Stab und Musik von Trier hier ersetzt werden; auch das zweite Bataillon des 30. Regiments von Sarlouis soll hierher gezogen werden. Am Rheine werden jetzt eine große Anzahl neuer Munitionswagen, welche von Köln (Berlin) hierhergebracht wurden, ausgeschifft. Alles deutet auf eine Mobilmachung hin.

Münster, 22. April. Nach langer Unterbrechung versammelte sich gestern hier wieder einmal der „Deutsche Verein". Es wurde eine Adresse an die Nationalversammlung zu Frankfurt, die Aufrechthaltung der deutschen Verfassung betreffend, welche man in jeder Weise zu unterstützen bereit sei, ferner die Bildung von Urwählervereinen durch ganz Westphalen, im Interesse der Demokratie, beschlossen.

Düsseldorf, 24. April. Am 4. Mai werden Ferd. Lassalle und Weyers wegen directer Aufreizung zum Widerstande gegen die königliche Regierung vor den Geschwornen stehen, und Ersterer durch Advocatanwalt Bloem I., Letzterer durch dessen Bruder vertheidigt werden. Doch hat Lassalle bereits eine ausführliche Vertheidigungsrede ausgearbeitet.

□ **München**, 24. April. Von unserm Märzverein sind bereits zwei entschieden gehaltene Adressen im Sinne der Anerkennung und Aufrechthaltung der Reichsverfassung beschlossen worden. Hier wird's schwerlich an Gegenadressen fehlen, und auch in allen denjenigen Landgemeinden und Provinzialstädten, von woher die Abwehransprachen gegen die Grundrechte eingegangen sind, werden Anstrengungen zu dem Parlamente feindseligen Gegenbewegungen in dieser Beziehung nicht gespart werden. Dies Alles kann aber den voraussichtlich mehr oder weniger im ganzen Lande eingetretenen Umschwung schwerlich lange hemmen. Die Mehrheiten sprechen sich je länger desto mehr und desto entschiedener für die Durchführung der Parlamentsbeschlüsse aus. Aller Aufmerksamkeit ist auf Württemberg gerichtet, und schon ists hundertfältig durch Thatsachen bestätigt, was wir vorausgesagt, daß die dort gegebenen Beispiele in Bayern maßgebend wirken werden, wenn auch zuvörderst nicht so im eigentlichen Altbayern, wie in den übrigen Provinzen. Ihr vierzehn Tage vergehen, vielleicht nicht acht, werden die Beweise auch für die Ungläubigsten und Blindesten überzeugend vorliegen. Schon taucht das Verlangen allerorten auf, daß die dritte Landtagsvertagung abgekürzt und daß die Kammern sofort einberufen werden möchten. Sollte die Regierung nicht selbst fühlen, daß ihr gerade jetzt der Beirath und die Zustimmung der Volksvertreter unumgänglich nothwendig sei? Der Märzverein hat sich in seinen Adressen an das Parlament und an das bayerische Ministerium gewendet, dem ersteren seine Anerkennung der Haltung in neuester Zeit aussprechend, dem letzteren die allseitige Anerkennung der Reichsverfassung an das Herz legend. Weil wir uns stets den parteifremden Standpunkt wahren möchten, wurde es uns weit mehr freuen, wenn, wie in Würzburg und andern Orten, statt der politischen Vereine, welcher Richtung dieselben auch folgen mögen, die magistratischen Collegien ins Mittel träten, um durch Berufung der Bürgerschaften zu Versammlungen endlich zur Constatirung der wirklichen Volksmeinung zu gelangen, möchten sie nun ausfallen in welchem Sinne immer. Denn bringen die einen Vereine heute Beschlüsse in diesem Sinne zusammen, so bieten uns morgen andere wieder Abstimmungen in entgegengesetzter Richtung dar. Eine vom Münchener Magistrat geleitete Versammlung der städtischen Bevölkerung im größtmöglichsten Maßstab, eine von ihm aufgelegte Adresse, würde und müßte durch ihre Ergebnisse schlagend wirken! Alles das macht sich nach und nach, wenn auch minder rasch, und darum zuletzt wohl besser, und Zeit zu gewinnen erheischt schon der Umstand, daß unsere Regierung, außer freilich in ihren Noten nach Außen zu, noch gar nicht selbst gesprochen hat. Man läßt in dem kaum durch den Eintritt des Herrn v. d. Pfordten endlich nach fast zweimonatlichem Suchen vervollständigten Ministerium auch schon wieder einen Zwiespalt eingetreten sein, der sich sogar auf den Staatsrath ausdehnen soll. In den beiden Berathungskörpern zur Seite der Krone sollen nämlich getheilte Ansichten über die deutschen Fragen bezüglich deren letzter Beschreibung obwalten, indem die neuen Staatsräthe und Minister die Unterordnung des Parlaments unter die letztentscheidende Ansicht der Regierungen prätendiren, während die andern die Parlamentsbeschlüsse als eo ipso rechtsgiltig ansehen. Allüberall Uneinigkeit für die zu erzielende Einigkeit. Vielleicht schreibt man einmal über das Portal des deutschen Kaiserpalastes die bedeutungsvollen Worte: Discordia civium concordia lapidum! Heute war wieder Ministerrath, angeblich in Folge der aus Württemberg eingegangenen Nachrichten. Wer an ein österreichisch-bayerisch-württembergisches Schutz- und Trutzbündniß für dynastische Zwecke gegenüber dem deutschen Einigungswerke im Ernste geglaubt hat, und wer dafür emsig bemüht gewesen ist, für den müssen diese schwäbischen Neuigkeiten allerdings ein nicht geringes Gewicht haben. Sie haben es auch, wie schon bemerkt, für andere Leute. — Aus den Niederungen an der Donau und am Main dürfen wir wohl wieder Berichten über Verheerungen durch die austretenden Gewässer entgegensehen, da die Unmasse des in den jüngsten Tagen gefallenen Schnees seit diesem Mittag sehr rasch zu schmelzen begonnen hat. Alle Posten sind heute sehr unregelmäßig eingetroffen. Daher auch aus dem Kaiserstaate nichts Neues. Aus einem schon gestern eingetroffenen Briefe aus Innsbruck von sehr guter Hand ersehen wir mit Freude, daß dort der Glaube an den festen Bund mit dem übrigen Deutschland trotz aller schlechten Aussichten noch keineswegs aufgegeben wird, und durch das Freudengeschrei der dortigen Jesuiten- und Aristokratenpartei mit der festwurzelnden Ansicht aller wahren Patrioten im schneidendsten Widerspruch steht. Deßhalb wird auch der Abzug der österreichischen Abgeordneten aus der Paulskirche dort in allen engeren Kreisen scharf getadelt, — noch mehr in Salzburg, in Gratz u. s. w. — So eben erfahren wir, daß der Märzverein gestern Abends nicht bloß zwei, sondern drei Adressen votirt hat, nämlich außer den erwähnten noch eine dritte an unsere freilich nach der Windrose hin über das Land zerstreute Abgeordnetenkammer. Diese soll auch das Nöthige beitragen, „daß zum Recht erhoben werde, was nun einmal Recht sein und bleiben soll". Inzwischen meldet die heutige Münchnerin, daß gestern von Seite unserer Regierung eine letzte Note klaren und bündigen Inhalts nach Frankfurt abgegangen sei. Welchen Inhalts? Das weiß die Münchnerin trotz ihres officiellen Charakters selbst nicht; aber aus gutem Grunde jetzt zu fürchten, sie werde ihrem Inhalte nach jener Willensmeinung entsprechen, welche so eben ganz Württemberg in Bewegung gebracht hat. — Endlich sitzen die beiden Mörder des ehrwürdigen Canonicus Schwarz hinter Schloß und Riegel. Frauenzimmerplaudereien sollen zur Entdeckung der Verruchten geführt haben. Der Eine ist ein Gauner aus einem benachbarten Dorfe, der sich, obschon längst gesucht, hier immer wieder dem scharfen Spähen der Gendarmen zu entziehen wußte. Der Andere ist von hier selbst und hat den letzten Bildungsanstrich herkömmlicher Weise auf zuchthäuslicher Hochschule erhalten. Das Volk würde beide Schandmenschen gestern zerrissen haben, wenn es ihrer hätte habhaft werden können.

Augsburg, 23. April. Der hiesigen „Abend-Zeitung" zufolge ist in Bezug auf die deutsche Verfassungsfrage auf einen der nächsten Tage ein Volksversammlung beantragt.

Augsburg, 24. April. In den hiesigen Blättern steht heute eine von Eduard Widenmann unterzeichnete Aufforderung, sich für Annahme der Reichsverfassung auszusprechen; der Magistrat scheint jedoch die Sache selbst in die Hand nehmen zu wollen, denn in einer gestern Abend stattgefundenen außerordentlichen Sitzung des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten wurde mit überwiegender Stimmenmehrheit beschlossen, eine Adresse um unverweilte Einberufung der Kammern an Se. Maj. den König zu richten, und eine Commission zur Abfassung derselben niedergesetzt. Morgen, den 25. April, soll dieselbe in öffentlicher Magistratssitzung verhandelt werden.

Würzburg, 25. April. Die vom Stadtmagistrate und dem Collegium der Gemeindebevollmächtigten beschlossene Adresse an Se. Maj. den König ist bereits heute an ihren Bestimmungsort abgegangen. In dieser Adresse wird der Wunsch ausgedrückt, der König wolle die von der Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung nebst dem Reichswahlgesetz für Bayern als endgiltig anerkennen und sich jeder Abänderung derselben auf anderm als dem darin selbst vorgeschriebenen Wege entgegensetzen, sowie auch den Landtag nicht noch weiter zu vertagen.

Auf den Düppeler Schanzen, 20. April. In verwichener Nacht fand hier eine spaßhafte Expedition statt. Die bei der Einnahme der Düppeler Schanzen demontirten beiden 12pfünder Kanonen und drei Munitionswagen wurden heute den Dänen wieder abgenommen. Man hatte es schon die vorhergehende Nacht durch ein Bataillon Sachsen zu bewerkstelligen gesucht, das Mißlingen mußte aber an der schlechten Einleitung des Vorhabens liegen. Nun wurde gestern Abend der hannoversche Oberstlieutenant Rieflugel mit seinem Bataillon vom 5. Infanterieregiment dazu commandirt, diese beiden Geschütze den Dänen wieder abzunehmen, und durch seine vortreffliche Leitung gelang es vollkommen, sich der Verlornen wieder zu bemächtigen.

Harburg, 22. April. Nachm. (pr. elektro-magnetischen Telegr.) Per Eisenbahn diesen Mittag hier angekommen und sogleich nach Altona befördert: das Füselierbataillon Waldeck, 600 Mann stark.

Harburg, 23. April. (pr. elektro-magnet. Telegraph.) Pr. Eisenbahn sind diesen Mittag hier angekommen und sogleich nach Altona befördert: 250 Mann hessen-homburger Militär.

Cuxhaven, 23. April. (pr. elektro-magnet. Telegraph.) Gestern ist eine Jolle von hier nach den dänischen Kriegsschiffen hinausgewesen mit einer Depesche der holländischen Regierung; der Inhalt derselben ist, wie man meint, auf die Blokade bezüglich gewesen. Man sagt hier, daß die holländische Regierung die Blokade nicht anerkennen will.

Hamburg, 23. April. Gestern reiste der kaiserl. russ. Legationsrath v. Nicolay, Sohn des vormaligen russischen Gesandten in Kopenhagen, mit (wie es heißt, auf wieder anzuknüpfende Friedensunterhandlungen bezüglichen) Depeschen der russischen Gesandtschaft in London durch Hamburg nach Kopenhagen.

Einer Verfügung der dänischen Regierung zufolge soll die Blokade der Eider- und Wesermündungen auf deutsche, jetzt in Hamburg und Bremen in Ladung liegende Auswandererschiffe bis zum Ende dieses Monats keine Anwendung finden.

Hamburg, 19. April. Bei der in der gestrigen Sitzung der constituirenden Versammlung fortgesetzten Berathung des Verfassungsentwurfs wurde der vierte Abschnitt: „Ueber den Bürgerausschuß", in folgender Fassung angenommen: „§ 26. Die Bürgerschaft wählt alljährlich aus ihrer eignen Mitte einen aus 30 Personen bestehenden Ausschuß. Derselbe wird so zusammengesetzt, daß Stadt und Gebiet durch deren Abgeordnete nach Verhältniß der Einwohnerzahl vertreten sind. § 27. Der Bürgerausschuß ist befugt: 1) außerordentliche und im Budget nicht vorhergesehene Ausgaben bis zu einem, bei jedesmaliger Bekleidung des Budgets festzustellenden Belaufe, sowie die Veräußerung von Staatseigenthum bis zu einem geringen, in der Verfassung zu bestimmenden Belaufe zu genehmigen; 2) dringliche Gesetze von geringer Bedeutung auf Antrag des Raths provisorisch bis zur definitiven Entscheidung durch die Bürgerschaft zu genehmigen. § 28. Der Bürgerausschuß kann, wenn die Bürgerschaft nicht versammelt ist, vom Rathe Auskunft über Staatsangelegenheiten verlangen. Die Sitzungen des Bürgerausschusses sind in der Regel öffentlich." Hierauf folgte die Berathung des Abschnitts: „Zusammenberufung der Bürgerschaft." Derselbe wurde in der vom Ausschuß vorgeschlagenen Fassung angenommen, und lautet also: „§ 29. Die Bürgerschaft wird durch das Bureau zusammenberufen: a) auf Antrag des Raths, b) auf Beschluß des Bürgerausschusses, c) auf Verlangen einer verfassungsmäßig zu bestimmenden Zahl von Mitgliedern der Bürgerschaft, d) bevor drei Monate seit dem letzten Sitzungstage der Bürgerschaft verflossen sind. In die Bürgerschaft im letzten Fall nicht convocirt, so versammelt sie sich ohne weiteres an dem Tage, an dem volle drei Monate seit dem letzten Sitzungstage verflossen sind." (B.-H.)

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Cours der Staats-Papiere. 20. April 1849. (Schluß der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld			pCt.	Papier	Geld
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	78	77⅞	Warschau.	Obligationen b Rothe.	3½	78⅛	78⅛
»	ditto ditto . .	4	62	61⅞	»	Neue Württemberg.	4½	94⅝	94⅛
»	ditto ditto . .	2½	41½	41⅛	Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	81½	81
»	Bank-Actien o. D. .		1195	1193	»	d. 25 Loose		21½	21
»	d.250fl.Loose b. Roth.		82	80⅝	Frankfurt	Obligationen	3	78	77½
»	d.500fl. » ditto		130	130	»	ditto v. 1839	3½	93½	13
»	Rothmann. Obligat.	4½	71⅝	71⅛	»	ditto v. 1846	3½	89⅛	89
»	ditto ditto	4	64	63	»	Taunusbahnactien .		292	290
Preußen	Staatsschuldscheine	3½	91	90½	Holland	Integrale	2½	50⅝	49⅞
»	Prämienscheine . .		—	100⅛	»	Holländische	4	—	78½
Bayern	Obligationen	3½	80	79½	»	24 Gulden	3½	—	29
Darmstadt	d. 50 Loose . . .		73	72½	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—
»	d. 35 ditto		23	22½	»	Innere Sch. neue Obl.	3	24½	23½
»	Obligationen	3½	80½	80	Portugal	Consols Lat. à 6 18	5	—	—
»	ditto	4	87¾	87½	Polen	d. 300 Loll. Loos Rth.		—	98
Sachs.	Obligationen v. 1843	3½	78⅛	78½	»	Obligationen de d. 500	4	74⅛	74½
»	d. 50 Loose v. 1840		48⅛	48½	Russland	in R. S. 2-b. Cour. etc.	5	—	82½
»	d. 35 Loose		28⅛	28½	»	d. b. Hope etc. C	5	—	92

Gold.	R.	kr.	Silber.	R	kr	Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Pistolen	9	55½	Gold al Marco .	382	—	Kurhessische Loose . . .	28½	27½
Pr. Friedrichsd'or	9	57	Laubth. ganze .	—	—	Nordbrucher Loose . . .	26½	26½
Holl. 10 fl. Stücke	10	4	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	39	5 Frankenthaler .	—	—	Cöln-Minden	78½	77⅞
20 Francsstücke	9	37	Hochhaltig Silber	24	30	Ludwigsh.-Berbach. . .	74	73⅝
Engl. Souvereigns	12	4	Gering u. mittelh.	24	20	Prinz-Wilhm.-Nordbahn .	35½	34½

Auch der Börse: 21 . . . Pfd. — . . . Imp. Souv. Lst. — 1 Taxgroschen-Actien pr. Ltr.) — ? Ludw.-Berb. — ? P.-W.-Nordb. — ?.

Druck von August Osterrieth.

Nebst Extra-Beilage (1)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Extra-Beilage zu Nro. 98.) 25. April 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

206. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident E. Simson.

H **Frankfurt**, 25. April.

(Schluß.)

Unterstaatssecretär Mathy spricht für den Antrag des Abg. Schubert. Sowohl aus der Dauer der Verhandlung, wie aus der Mannigfaltigkeit der Anträge schließt der Redner auf die Schwierigkeit, die Verfassung durchzuführen. Die Einen begehren eine Frist für die rückständigen Regierungserklärungen, die Andern wollen die Verfassung abändern, oder das Gesetz vom 28. Juni über die Centralgewalt aufheben, noch Andere drohen mit Maßregeln gegen die Fürsten, welche nicht folgen wollen, noch Andere suchen Hilfe bei den Kammern und bei dem Volke. Der Redner führt zunächst aus, daß die Hindernisse, welche der Verfassung in den Weg treten, wie sie aus einzelnen Staaten kommen, auch in diesen und durch die eigenen Kräfte derselben bekämpft werden müssen, ohne unnöthige Einmischungen, welche die Freunde, die selbstständig handeln und nicht gemaßregelt sein wollen, verletzen und den Gegnern, die der Verfassung vorwerfen, daß sie den Einheitsstaat begründe, Waffen in die Hände geben. Er geht sodann das Verhältniß der einzelnen Staaten zu der Verfassung durch, und zeigt, daß Oesterreich für einen deutschen Bundesstaat nicht zu gewinnen, und daß nach dieser Richtung nichts besseres zu thun ist, als auf das Programm von Kremsier zurückzukommen und zu versuchen, die Verhandlungen über eine mögliche Verbindung zwischen Oesterreich und Deutschland aufzunehmen. Preußen hat sich zwar nicht mit Hingebung, aber doch auch nicht feindselig gegen das Verfassungswerk verhalten, und in seiner Verfassung die Aenderungen vorbehalten, welche durch die Reichsverfassung nöthig werden. Der König wie die Stände haben sich für den Bundesstaat ausgesprochen, und wenn das Ministerium Brandenburg-Manteuffel Aenderungen verlangt, so wird sich bald zeigen, was unmöglich ist: die Aenderung der Verfassung oder das Ministerium in Berlin. (Bravo.) In der Antwort des Königs an die Deputation hat Jeder gefunden, was er suchte, der Eine die Annahme, der Andere die Ablehnung. Für die Versammlung ist es wesentlich, daran festzuhalten, daß die Verfassung den Erbkaiser enthält und bedingt. Ich aber bin überzeugt, daß Deutschland eher ohne Erbkaiser als ohne Preußen, und daß Preußen eher ohne Erbkönig als ohne Deutschland bestehen kann. Die Collectivnote der 28 Regierungen nimmt der Redner gegen die Verdächtigung in Schutz, als hätten sie sich nur unter Preußen flüchten wollen, weil Oesterreich laut seiner Note vom 4. Februar mit Hilfe der Könige ihnen den Garaus machen wollte; daran, meint der Redner, ist nur so viel wahr, daß der Trieb nach Einigung zugleich der Trieb der Selbsterhaltung ist, nicht nur bei den 28 Regierungen, sondern bei der ganzen Nation. Mit Unrecht hat man der badischen Erklärung den Vorwurf gemacht, daß sie nur eine bedingte Zustimmung enthalte. (Der Redner verliest die betreffende Stelle, aus welcher unzweideutig erhellt, daß die Anerkennung der Verfassung unbedingt, aber auch nur für diese, für den deutschen Bundesstaat, nicht für etwas Anderes, für einen Sonderbund verpflichte.) Von den vier Königreichen hat Württemberg wiederholt erklärt, daß es die Beschlüsse der Nationalversammlung anerkenne; Minister, Stände und Volk haben sich mit seltener Einmüthigkeit und ruhmwürdiger Vaterlandsliebe für die deutsche Sache erhoben, und hoffentlich wird der heutige Tag die Kunde bestätigen, daß der königliche Wille, der allein sich sträubte, dem Gewicht der vorgetragenen Gründe und den Beweisen, wie nur in dieser Verfassung noch Heil zu finden, sich nicht länger verschließt. In Sachsen haben die Kammern erkannt, daß die gefundene Einheitsform durchgeführt werden muß, wenn die Freiheit einen wirksamen Schutz finden soll. In Hannover und Bayern ist dem Volke seine Vertretung in einem Augenblicke entzogen, wo ihre Thätigkeit nothwendiger wäre als jemals. Hier muß dem Volke zu dem Gebrauche seiner Rechte geholfen werden. Zu diesem Zwecke empfiehlt der Redner den Antrag des Abg. Schubert, wonach diese Regierungen veranlaßt werden sollen, sich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, seinen Willen kund zu geben, in diesem entscheidenden Augenblicke geschmälert oder entzogen würden, insbesondere von ihrem Rechte, die Ständeversammlungen zu vertagen oder aufzulösen, keinen Gebrauch zu machen, welcher die Kundgebung des Volkswillens verhindert — vielmehr dieselben in Thätigkeit zu setzen oder zu belassen, bis die Reichsverfassung zur Anerkennung gebracht sein wird. — Ich bin bereit, noch viel weiter zu gehen, nach Maßgabe des Bedürfnisses und so weit der Zweck es erfordert. (Bravo!) Für jetzt aber kann ich weder für eine Proclamation stimmen, die, so wie jetzt bei dem Einmarsche in Jütland, den Handlungen unmittelbar vorausgehen soll; nicht für das Ausschreiben der Wahlen, wodurch die Einführung der Verfassung mit einer Verletzung derselben begonnen würde; nicht für eine Regentschaft, die uns eine Masse von Kräften entziehen und entgegenstellen, aber keine neuen zuführen würde. Das Reichsministerium hat bewiesen, daß es entschlossen ist, mit der Verfassung und der Versammlung zu stehen und zu fallen. (Bravo!) Man hat der Stellung des Reichsverwesers gedacht, allein man hat keinen Fall anführen können, wo derselbe die schweren Pflichten seines hohen Berufs nicht mit Treue und Gewissenhaftigkeit erfüllte. (Bravo.) Der Reichsverweser hat stets seine Stellung über den Parteien genommen, er hat die Grundrechte und das Wahlgesetz verkündigt, und wenn er glauben wird, daß er den Pflichten seines Amtes die persönliche Ueberzeugung nicht unterordnen könne, so wird es keines Minoritätsberichtes, keiner Rede des Abgeordneten von Gießen, keiner Mahnung dieser Versammlung bedürfen, um ihm zu sagen, was er zu thun habe. (Bravo.) Er verdient nicht das Mißtrauen, er verdient den Dank des Vaterlandes. Bleiben wir daher fest bei der Verfassung, wenden wir zu ihrer Durchführung die rechten Mittel, zur rechten Zeit an, — nicht solche, die außer allem Verhältniß zu dem Zwecke stehen oder eher das Gegentheil bewirken. Dann wird die deutsche Nation ihre Einigung in der Verfassung finden, und mit ihr die Freiheit schirmen. (Beifall.)

Abg. Reichensperger spricht für den Antrag der Abgg. Hermann-Müller, das Directorium. Er berührt die österreichisch-deutschen Verhältnisse, erklärt das Verhalten der österreichischen Regierung nicht loben zu können, behauptet aber auch von Seiten der Nationalversammlung seien Fehler gemacht worden. Wir haben nichts gethan um Oesterreich zu verhindern sich abzutrennen. Im Gegentheil, man hat ihm den Handschuh hingeworfen in den §§ 2 und 3, man hat offen die Richtung verfolgt, Oesterreich auszuschließen. Im Verlaufe seiner Rede kommt der Redner auf Württemberg zu reden; er lobt das Betragen des Königs, tadelt das Verhalten der württembergischen Kammer, droht die Besorgniß aus, daß durch das Vorgehen der Constitutionellen selbst der Constitutionalismus gefährdet werden könne. Es erklärt sich gegen das sit ut est aut non sit der Verfassung; das Ministerium Brandenburg-Manteuffel rief niemals, niemals, niemals und doch sprach Herr Mathy von einem möglichen Sturze desselben. Nie solle sich ein Blatt Papier zwischen mich und mein Volk legen, sprach einst der König von Preußen, und niemand wird leugnen, daß er einen großen Act von Staatsweisheit damals begangen, als er dem Wunsche seines Volkes nachgegeben. Man möge sich hüten, dem Zustande des Nihilismus zuzusteuern, indem man von einer Seite die constitutionelle Monarchie zu Grunde richte, auf der andern der Republik zusteuere.

Abg. Biedermann gibt zuerst einige Andeutungen über die Beweggründe, welche die Deputation in Berlin geleitet, und erklärt, daß die Deputation die Antwort des Königs nie als eine vollkommene Ablehnung betrachtet hat, wie Herr Reichensperger behauptete. Soviel wir trotz der Unruhe auf der Linken entnehmen können, erklärt sich der Redner für eine defensive Haltung der Reichsversammlung gegenüber Preußen, ferner für die württembergische Kammer und das Ministerium, gegen den König, welcher inconstitutionell habe handeln wollen. So lange noch eine Hoffnung vorhanden ist, daß sich die Dinge auf eine friedliche Weise entwickeln werden, müssen wir für den Majoritätsantrag stimmen. Preußen wird annehmen, darüber zweifelt der Redner nicht, es muß, wenn es die Folgen berücksichtigt, welche eine unbedingte Ablehnung für das übrige Deutschland und so rückwirkend für Preußen selbst hätte. Das Ministerium Brandenburg-Manteuffel unterzieht der Redner einer strengen Beurtheilung; er drückt gleichfalls die Hoffnung aus, daß es nicht lange mehr werde bestehen können.

Abg. Bally glaubt, Se. Majestät könnte nur ablehnen und nicht annehmen. Das ganze preußische Volk ist gegen die Verfassung, nur Se. Majestät hält die Verfassungsannahme noch aufrecht. (Oh! Gelächter.) Das Volk will kein Kleindeutschland. (Oh! Gelächter.) Das preußische Volk hält mit seinem König; nimmt S. M. an, dann werde ich mit meinen Wählern uns darüber freuen, wo nicht, so werden wir unserm König treu ergeben bleiben. (Oh! links.) Sie haben einen Kaiser gemacht, meine Herren, der mehr in dem Polster als in der Krone sich befindet. (Gelächter.) Ich schließe mich dem Antrage der Abgg. Detmold und Reichensperger an, weil ich ihn für den ehrlichsten und wahrhaftigsten halte. (Oh! Heiterkeit.) Ich kann nur wiederholen was Herr Reichensperger gesagt hat: Hüten Sie sich für das „Niemals". (Große Heiterkeit.) Der Redner kommt auf den General Wrangel zu reden, erklärt ihn für einen Ehrenmann und verläßt die Tribune unter der Heiterkeit der Versammlung.

Unterstaatssecretär Bassermann: Die Führer des württembergischen Volkes sprachen, wir sind auf dem gesetzlichen, auf dem rechten Wege, und sie hatten recht. Wenn die Erfolge, von denen heutige Nachrichten sprechen, wahr sind, so haben wir sie der gesetzlichen Haltung der Württemberger zu verdanken. Ihnen wir ihnen hierin nach. Wir haben unsere Verfassung; wir werden an ihr halten, wir werden siegen wenn wir wollen. Verletzen dürfen wir sie nicht; dies wäre keine Empfehlung für sie. Der Redner erklärt sich für den Antrag der Majorität und gegen die Minoritätsrechten. Würden Sie, fährt der Redner fort, jenen preußischen Proceß zum Heile Deutschlands fördern, würde jenes specifische Preußenthum, welches wir bekämpfen müssen, sich nicht vielleicht wieder fühlen, wenn wir von hier aus neue Wahlen ausschrieben, oder zu sonstigen Executivmaßregeln schritten? Entweder wir haben eine Centralgewalt, oder wir haben keine. Haben wir eine, so ist der Antrag auf einen Vollziehungsausschuß unnöthig. Ich warne Sie vor solchen Maßregeln. Man schlägt vor, in den Einzelstaaten, wo die Verfassung noch nicht anerkannt ist, auf die Zusammenberufung der Stände zu dringen. Nein! meine Herren, jetzt soll es sich gerade herausheben, welch ein Zustand in den Ländern ist, welche die Verfassung annehmen, und in denen, wo es nicht geschieht. (Sehr gut!) Die in den erstern herrschende Ruhe und Ordnung wird verlockend einwirken auf die andern, die sich eben in Gährung befinden, weil man sich gegen die Annahme sträubt. In diese werden wir unsere Bomben werfen. Ich will mich nicht des Muthes zur Undefonnenheit rühmen, aber ebensowenig kann man unserer Partei den Vorwurf der Unentschlossenheit machen. Der Redner berührt hierauf die verschiedenen Aeußerungen, welche sich neuerdings während dem Laufe der Discussion über das Benehmen der Nationalversammlung gegenüber Oesterreichs haben vernehmen lassen. Ich verzweifle wirklich an solchen, fährt derselbe fort, welche jetzt noch an die Möglichkeit einer Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland glauben. Man wirft uns vor, wir haben die innigen Bande zwischen Oesterreich und Deutschland zerrissen. Wann gab es je solche? Wir haben unser Möglichstes gegenüber Oesterreich gethan. Wenn die Schwierigkeiten, die sich der Bildung des Bundesstaates entgegenstellten, groß waren und noch sind, so liegt das an der Aufgabe und nicht an dem Wege. Ich erinnere an die vielen Angriffe, welche das Ministerium während der Dauer seines Wirkens zu dulden hatte. Es ließ sich deßwegen nicht irre machen und harrte aus. Hoffen wir, daß sein Wirken von einem günstigen Erfolge werde gekrönt werden. Der Redner wirft hierauf einen Blick auf die nachtheiligen Wirkungen, welche das Bestreben der radikalen Partei in Europa hervorgebracht. Zuerst blickt er nach Frankreich. Ich fürchte sehr, ich fürchte, daß, wenn die Geschichte so fortschreitet, die einstige Opposition gegen Guizot wird einsehen müssen, daß Guizot Recht hatte. Blicken Sie auf die Schweiz. Wie schwer war es, dieses kleine Land zu vereinen. Die Wiener hatten alle Freiheit, aber weil sie seit 10 Monaten die Rathschläge befolgten, wie Sie sie gegeben (zur Linken gewendet), hatten sie nie genug und wir sehen wie weit es mit ihnen gekommen. Wären wir denselben Weg gegangen, so weiß ich nicht, ob diese Versammlung nicht dasselbe Loos gehabt hätte, wie die österreichische. Wenn sie noch besteht, so verdankt sie es dem Verhalten ihrer Mehrheit. (Lärm links.) Blicken wir nach Italien. Wer hat dem Unabhängigkeitskampfe des italienischen Volkes den Sieg unmöglich gemacht? (Zur Linken.) Ihre Partei, welche es so weit brachte, daß ein Pius IX. fliehen mußte, daß man den edlen Gioberti als Staatsverräther erklärte. Ich fürchte sehr, wenn man in diesem Augenblicke in Württemberg Ihre Pläne vollführte, dies sehr unheildringend auf die preußische Krisis, auf den Stand des Vaterlandes einwirken würde. Ich betrachte nicht, wie Herr Vogt, die Verfassung als die erste Sprosse einer Leiter, auf welcher eine siegende Partei zur Spitze hinanklettert. Ich betrachte das Vaterland nicht als ein Schachbrett, worauf fortwährend darum gekämpft wird, ob der Bauer den König matt mache. Ich sehe in der Verfassung ein wohnliches Haus, in welchem jeder sich nach Bequemlichkeit einzurichten sucht. Ich bin überzeugt, daß das Volk selbst eines längeren Parteihaders überdrüßig werden wird. Es will Wohlstand; nach ihm sehnt es sich seit einem Lebensalter. So wie ich mit Lessing glaube, daß der wahre Ring in religiöser Beziehung nicht zu finden sei, so wenig glaube ich, daß er in politischer Beziehung aufgefunden werden könne, daß irgend eine Partei behaupten könne, ihre Ansicht sei die allein richtige, allein glückselig machende. Das deutsche Volk wird mit derjenigen Partei halten, welche die Verfassung am besten anzuwenden gedenkt. Behaupten wir uns daher vereint auf dem Boden derselben, damit dem Volke nicht das kostbarste zu Grunde gehe, die Einheit. (Beifall.) Abg. Löwe aus Calbe: Die Versammlung hat die Conflicte mit den Einzelstaaten früher gescheut, daher der jetzige üble Stand der Dinge. Doch ist die Zeit günstig zur Gründung einer neuen Politik. Die Regierungen, welche die Verfassung anerkannt haben, sollten verpflichtet werden, ihre Durchführung in den andern Staaten zu erwirken. Der Redner erklärt sich für den Raveaux'schen Antrag. Der Vorsitzende meldet, daß zwei Anträge, einer auf Schluß der Debatte, der andere auf Vertagung vorliegen. Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Die Abgg. Freudentheil und Benedey erhalten noch das Wort zu persönlichen Berichtigungen. Ersterer weist einen Vorwurf zurück, welchen der Abg. Vogt in seiner gestrigen Rede der hannover'schen Kammer gemacht. Schließlich meldet der Vorsitzende noch den Austritt des österreichischen Abg. Glar. Schriftführer Riehl aus Wien hat sein Amt niedergelegt. Nächste Sitzung morgen Donnerstag den 26. April Morgens 9 Uhr. Tagesordnung: Abstimmung über den Ausschußantrag.

*** **Frankfurt**, 25. April. Das heute ausgegebene 15. Stück des „Reichsgesetzblattes" enthält die Disciplinarstrafordnung für das deutsche Reichsheer, vom 22. April 1849, und die Einführungsverordnung, betreffend die gleichmäßige Behandlung der Disciplinarvergehen bei allen im Reichsdienst befindlichen Truppen, ebenfalls vom

22. April 1849. Die Disciplinarstrafordnung enthält im ersten Abschnitt den Umfang der Disciplinarstrafgewalt in 2 Paragraphen; im zweiten Abschnitt 1) die Disciplinarstrafen in 3 Paragraphen; 2) die Zuständigkeit der Militärbefehlshaber zur Verhängung von Disciplinarstrafen in 14 Paragraphen; 3) die Meldungen über verhängte Disciplinarstrafen in 1 Paragraphen. Der dritte Abschnitt handelt von der Disciplinarbestrafung der Militärbeamten und aller andern nicht zum streitbaren Stande gehörenden Militärpersonen, in zwei Paragraphen; der vierte Abschnitt, von der Disciplinarbestrafung der im § 1 unter Nr. 2 und 3 erwähnten Personen, in einem Paragraph; der fünfte Abschnitt, von der Ausübung der Disciplinarstrafgewalt und von der Vollstreckung der Disciplinarstrafen, in 9 Paragraphen; der sechste Abschnitt, von der Beschwerdeführung über Disciplinarbestrafung, in 3 Paragraphen; der siebente Abschnitt, von der Beaufsichtigung der Militärbefehlshaber in Absicht auf die richtige Anwendung der Disciplinarstrafgewalt, in 2 Paragraphen, und der achte Abschnitt, von der Disciplinarstrafgewalt in außerordentlichen Fällen, in 3 Paragraphen.

⊙ **Stuttgart**, 24. April. Mittags. Die, wenn auch noch nicht officielle, Nachricht dieses Morgens ist, daß der König die Reichsverfassung angenommen hat, bewogen durch die Stimme des Staatsraths und ritterschaftlichen Abgeordneten, Freiherrn v. Linden, und durch den Domdecan v. Jaumann. Hiermit ist, wie wir immer nicht anders erwarteten, der ganze Conflict auf die einfachste, friedlichste Weise bei uns beseitigt, aber auch den andern Stämmen die Mahnung gegeben, so deutsch zu sein wie unser Volk, unsere Kammer, unser König. Die Vormittagssitzung der Kammer der Abgeordneten hatte, wie gesagt, die officielle Bestätigung noch nicht, denn während sie tagte, war Ministerrath, gingen die Minister erst nach Ludwigsburg hinaus, die letzte Entschließung des Königs zu vernehmen. Von Reutlingen, Ulm, Freudenstadt, Kalw, Sulz und vielen andern Gegenden waren wieder Zustimmungsadressen an die Kammer eingelaufen. Eine einzige ist entgegengesetzter Ansicht und spricht es (es sind 6 Stadträthe von Gmünd) aus, daß die Kammer den verfassungsmäßigen Boden verlassen und sich zur Gesetzgeberin aufgeworfen habe. Die Tagesordnung, betreffend die Einführung der allgemeinen deutschen Wechselordnung, wurde kurz abgemacht, indem auf Seeger's Antrag das ganze Gesetz ohne Debatte angenommen wurde. Wiest von Eßlingen: Wir begrüßen dieses erste deutsche Gesetz mit Freuden; denn ein gemeinsames Recht ist gewiß nicht das letzte Bindemittel der Einheit. Reyscher: Württemberg war es auch hier zuerst, das mit deutscher Gesinnung voranging, indem es schon 1836 bei einem Zollverein in München den Antrag auf eine deutsche Wechselordnung stellte. Eisenlohr's Antrag wird angenommen, den Eingang des Gesetzes also zu fassen: „In Erwägung, daß der Reichsverweser in Ausführung des Beschlusses der deutschen Reichsversammlung vom 24. Nov. 1848 als Gesetz eine allgemeine deutsche Wechselordnung unter dem 26. Nov. 1848 verkündet, verfügen und verordnen wir zur Ausführung dieses Gesetzes nach Anhörung unseres Geheimraths und mit Zustimmung unserer getreuen Stände wie folgt." Damit soll die erste Kammer genöthigt werden, bei Berathung dieses Gesetzes sich endlich über die Rechtsbeständigkeit der Reichsverfassung auszusprechen; denn ihr namentlich mißtraut die zweite Kammer, wenn auch die Krone nachgegeben hat. Auf Zwerger's Antrag wird beschlossen, dem Fünfzehner-Ausschuß, welcher noch fortwährend permanent ist, aufzugeben, auf welche Weise überhaupt die erste Kammer zur Anerkennung der deutschen Verfassung genöthigt werden könne. Seeger: Wenn die erste Kammer nicht anerkennt, so ist sie gar nicht mehr verfassungsmäßig, so werden wir auch ihren eigenen rechtskräftigen Bestand nicht länger anerkennen. — Die Sitzung ist geschlossen und wird heute Abend 5 Uhr fortgesetzt werden.

Abends 5 Uhr. So eben kommen die Minister von Ludwigsburg von dem Könige zurück. Der König und die Minister sind über das deutsche Verfassungswerk einig. Die Erklärung des Königs, welche sie mitgebracht haben, lautet also:

„Seine Majestät der König von Württemberg nimmt in Uebereinstimmung mit seinen Ministern die deutsche Reichsverfassung, einschließlich des Kapitels über die Oberhauptsfrage und der im Sinne dieser Verfassung zu verwirklichenden Lösung derselben sammt dem Reichswahlgesetze, unter der sich von selbst verstehenden Voraussetzung an, daß dieselbe in Deutschland in Wirksamkeit trete. Zugleich soll der württembergische Bevollmächtigte in Frankfurt dahin instruirt werden, daß die württembergische Regierung nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Se. Maj. der König von Preußen, welcher das Erbkaiserthum nicht annehmen will, unter den vorliegenden Umständen für jetzt mit Zustimmung der deutschen Nationalversammlung an die Spitze Deutschlands sich stellen wird. Ludwigsburg, 24. April 1849. Wilhelm."

Die Abendsitzung der Kammer der Abgeordneten beginnt um 6 Uhr. Der Präsident Murschel verkündigt, daß eine Verhandlung nicht möglich ist, indem die Commission sich noch nicht im Fall befindet, über das Resultat der Verhandlung der Minister mit dem König zu referiren. Minister und König seien einig, nur sei in der Fünfzehner-commission noch eine Meinungsverschiedenheit über das Actenstück, wozu die morgende Sitzung anberaumt werde. Diese Meinungsverschiedenheit betrifft, wie wir mit Bestimmtheit sagen können, die gesperrt gedruckten Stellen der obigen Erklärung, welche ein nicht unbedeutender Theil der Commission entfernt wissen will. Die Verhandlung darüber wird morgen beginnen, aber die Hauptsache ist die Gewißheit, daß der Conflict friedlich gelöst ist. Bei der Kammer sind wieder viele Zustimmungserklärungen eingelaufen, aber auch zwei weitere im entgegengesetzten Sinn, von Ehingen und Riedlingen, welche die Kammerbeschlüsse als unbedeutend ansehen. Ihnen werden, wie ich höre, in nächsten Tagen eine nicht geringe Anzahl ähnlicher, meist aus Oberschwaben folgen. Die Residenz des Königs wird in nächster Zeit Ludwigsburg bleiben. Heute machten schon einige Gesandte Anstalt, hinauszuziehen. Eine Menge Landvolk, welche gestern und heute hier waren, kann in ihre Heimath jetzt die Kunde des Aufhörens der Verwickelung bringen. Proclamationen an das Volk, an die Soldaten, wie sie heute angeschlagen wurden, sind gänzlich überflüssig, sie werden, wo sie die Grenze des Gesetzes überschreiten (die zu Protocollerklärungen der Kammer wurden ohne Weiteres von Unbefugten als Erklärungen an das Volk gedruckt angeschlagen), von unsern Ministern gewiß mit aller Strenge zurückgewiesen werden.

Dem „Schwäb. Merkur" zufolge sollte Staatsrath Duvernoy am 24. Abends nach Ludwigsburg gehen, um Se. Maj. den König zu veranlassen, aus obiger königl. Erklärung die von dem Fünfzehnerausschuß mit 14 gegen 1 Stimme und auch von den Ministern beanstandeten Worte: „Unter der sich von selbst verstehenden Voraussetzung, daß die Reichsverfassung in Deutschland in Wirksamkeit trete" — zurückzunehmen zu wollen. Es sei anzunehmen, daß der König kein Gewicht auf diesen Zusatz legen werde.

Hannover, 20. April. Da die Stände in ihrem vertagten Zustande Beschlüsse zu fassen, und für die deutsche Einheit zu wirken, zeitweise außer Kraft gesetzt sind, so müssen dieselben, wohl wissend, daß nächster Tage eine nochmalige Vertagung bevorsteht, auf eigene Hand ohne Zusammenkunft per Circular verhandeln. Die Abg. Naumann, Lang II., Hantelmann, Gödeke, Schüze, Director Ahrens (warum fehlt aber Wachsmuth?) entsenden an ihre Collegen eine Adresse an das Gesammtministerium in Hannover, die deutsche Verfassung betreffend, von der wir hoffen, daß sie zahlreiche Unterschriften finden werde. Sie ist an alle Abgeordnete ohne Ausnahme geschickt, und wird sich daher Niemand mit Unwissenheit entschuldigen können. Die Adresse lautet folgendermaßen: „Die Majorität aus beiden Kammern der allgemeinen Ständeversammlung richtet an königliches Gesammtministerium den dringenden Wunsch, königliches Gesammtministerium wolle, um den deutschen Zuständen wieder eine feste Grundlage zu verschaffen: 1) sich mit der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung des deutschen Reichs als solches einverstanden erklären, und 2) Se. Maj. den König vermögen, zu der auf den König von Preußen gefallenen Wahl zum deutschen Kaiser seine Zustimmung zu geben." Die Hannoversche „Morgenzeitung" entlehnt diese Mittheilung dem „Osnabrücker Tageblatte" und fügt hinzu, daß, dem Vernehmen nach, schon eine ansehnliche Zahl von Abgeordneten die vorstehende Adresse eingesandt hat. — Der neue vaterländische Verein hat eine Eingabe an das Gesammtministerium gerichtet, in welcher dasselbe gebeten wird: Es wolle unverzüglich die allgemeine Ständeversammlung einberufen.

Sigmaringen, 19. April. Unser Contingent nebst dem von Hechingen und Liechtenstein nach dem Betrage von Einem Procente der Bevölkerung 460 Mann stark, wird in ungefähr 14 Tagen den dringenden Befehlen des Reichsministeriums und den Anordnungen des zweimal hier gewesenen Reichscommissärs gemäß, zum Abmarsche nach Holstein bereit sein. Wie es mit der auch befohlenen Aufstellung des zweiten Procentes gehen wird, ist eine andere Frage; vor der Hand fehlt es dazu an Waffen und faß allen Ausrüstungsgegenständen. (S. M.)

Nachschrift.

* Die **Pariser** Post vom 23. bringt keine Nachrichten von Belang. In der Nationalversammlung wurde über die Feststellung der Entschädigungssummen für die Pflanzer debattirt.

Börsenberichte.

Amsterdam, 23 April. 2½pCt. Integr. 50. 49¹¹/₁₆. ⅞. — 3pCt. Schuld 58⅜. ⅛. — 4pCt. do 77⅞. ⅝. — 3½pCt. do. 79½. — 5pCt. Anl. 10¹⁵/₁₆. ⅞. — do. à 510 Pf. St. 10⁹/₁₆. ⅞. — Coupons 8⁵/₁₆. ⅞. — 3pCt. Port 25½. — do. 4pCt. 39½. 29½. — Russ. 4pCt. de Hope 83⅜. — do. bei Stieglitz 81⅞. — 5pCt. Met. 73¹/₁₆. ⅝. ⅝. — 2½pCt. do. 39, 38⅛.

Holländ. Fonds preishaltend. In Integr. war das Geschäft ziemlich lebhaft, in Span. war die Stimmung etwas flauer. Alle fremden Effecten, mit Ausnahme von Oesterr., die auf höhere Wiener Course vom 19. d. M. auch hier zu besseren Preisen verhandelt wurden, haben wenig variirt.

Wien, 21. April. 4pCt. Metall. 60⅛. — 4pCt. 73¹/₁₆. — 3pCt. — 2½pCt. 47⅛. — Bankactien 1145. — 500 fl. Loose 147¹/₁₆. — 250 fl. Loose 94⅛. — Nordbahnactien 97⅛. — Gloggnitzer 94. — Mailänder 70.

Fonds beliebt bei steigender Tendenz, Devisen wenig verändert. Geld matter.

Paris, 23. April. Stand der Rente: 5pCt. 87. — 3pCt. 55. 50. — Innere Schuld 2½ G. — Bankactien 2380. — Versailles, rechtes Ufer 212. 50. — Linkes Ufer 180. — Paris-Orleans 855. — Paris-Rouen 565. — Orleans-Bordeaux 411. 25. — Rouen-Havre 297. 50. — Marseille-Avignon 212. 50. — Straßburg-Basel 103. 75. — Nordbahn 451. 25. — Paris-Strasburg 370. — Römisches Anlehen 77.

Die Börse war heute abermals in der Baisse. Die Rente war sehr angeboten, das Geschäft in Eisenbahnactien gering.

Madrid, 18. April. 3pCt. 25⅛. compt., a. d. B. 25⅝. G. — 5pCt. 10⅞. G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. D. Mollen.

Zeitungs-Lesecabinet

im

Gustav Oehler, Zeil.

Es ist von Morgens 9 bis Abends 9 Uhr geöffnet. Der Eintritt kostet jährlich 10 fl., halbjährlich 6 fl., den Tag 6 kr. [1136]

[1165] **Bürger-Verein.**

Versammlung im Wolfseck Freitag den 27. April, Abends 7 Uhr.

Berathung über den Frankfurter Verfassungsentwurf.

[1179] **Lotterie-Anzeige.**

In der nun beendigten Ziehung 6r Klasse 115. hiesiger Stadt-Lotterie haben nachstehende Nummern die beigesetzten Hauptpreise und Prämien gewonnen, nämlich:

Nr. 6225 fl. 100,000, Prämie fl. 100,000, zusammen fl. 200,000.

Nr. 12472 „ 20,000
„ 5880 „ 20,000
„ 6849 „ 15,000
„ 2776 „ 12 000
„ 1907 „ 10 000
„ 9267 „ 5,000
„ 21638 „ 5,000

Nr. 7932 Nr. 16177 Nr. 20474 Nr. 21293 jedes fl. 2000.

Nr.	122	Nr.	4559	Nr.	7539	Nr.	11741	Nr.	16324	
„	1038	„	5202	„	8564	„	12177	„	17359	jedes fl. 1000.
„	1232	„	5227	„	8907	„	12178	„	17417	
„	1594	„	5411	„	8829	„	12335	„	18607	
„	1660	„	5529	„	9203	„	13013	„	18869	
„	2061	„	5804	„	9605	„	13660	„	19104	
„	3359	„	5927	„	9874	„	14919	„	19499	
„	3916	„	6217	„	10831	„	15001	„	19589	
„	3948	„	6384	„	10865	„	15303	„	19714	
„	4269	„	7278	„	11634	„	15677	„	21269	

eine Prämie vor fl. 100 000 Nr. 14236 fl. 1000; eine Prämie nach fl. 100,000 Nr. 4933 fl. 1000; eine Prämie für das letzte Loos Nr. 8228 fl. 1000; eine Prämie für das letzte Loos Nr. 13953 fl. 2000; eine Prämie für das letzte Loos Nr. 17253 fl. 10,000.

Frankfurt a. M., den 24. April 1849.

Stadt-Lotterie-Direction.

[1156] # Main-Neckar Eisenbahn.

Fahr-Ordnung für den Sommerdienst 1849. Vom 1. Mai anfangend.

I. Fahrten in der Richtung von Heidelberg nach Frankfurt.

Stationen.	Personen-Züge I Mrg.	II Mrg.	III Bm.	IV Nm.	VI Nm.	VIII Abds.	XIII* Abds.	Güter-Zug XII** Bm.
	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.
Heidelberg . Abgang	—	6	—	1	—	8		7 30
Friedrichsfeld . „	—	6 20	9 20	1 20	5 20	8 20		7 57
Ladenburg . „	—	6 29	9 29	1 29	5 29	8 29		8 12
Großsachsen . „	—	6 38	9 38	1 38	5 38	8 38		8 25
Weinheim . „		6 50	9 50	1 50	5 50	8 50		8 41
Hemsbach . „		6 55	9 55	1 55	5 55	8 55		8 57
Herrenheim . „		7 8	10 8	2 8	6 8	9 8		9 13
Bensheim . „		7 17	10 17	2 17	6 17	9 17		9 30
Zwingenberg „		7 27	10 27	2 27	6 27	9 27		9 43
Lichtenbach . „		7 34	10 34	2 34	6 34	9 34		9 53
Eberstadt . „		7 48	10 48	2 48	6 48	9 48		10 13
Darmstadt . „	5 30	8 5	11 5	3 5	7 5	10 2		11 51
Arheilgen . „	5 39	8 14	11 14	3 14	7 14	—		12 4
Langen . „	5 52	8 26	11 27	3 27	7 27	10 22		12 25
Frankfurt . Ankunft	6 13	8 48	11 48	3 48	7 48	10 42		1 —

II. Fahrten in der Richtung von Frankfurt nach Heidelberg.

Stationen.	Personen-Züge III Mrg.	V Mrg.	VII Nm.	IX Abds.	X Abds.	Güter-Zug XI Bm.
	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	Abds.	U. M.
Frankfurt . . . Abgang	7 5	11 —	3 —	6 5		7 45
Langen . . . „	7 32	11 28	3 28	6 32	8 28	8 25
Arheilgen . . . „	7 46	11 41	3 42	6 46	8 42	8 45
Darmstadt . . . „	8 —	11 57	3 57	7 —	8 51	9 20
Eberstadt . . . „	8 11	12 8	4 8	7 11		9 35
Bickenbach . . . „	8 22	12 19	4 19	7 22	—	9 51
Zwingenberg . . „	8 29	12 26	4 26	7 29	—	10 —
Bensheim . . . „	8 39	12 36	4 36	7 39	—	10 15
Heppenheim . . „	8 48	12 45	4 45	7 48	—	10 30
Hemsbach . . . „	8 55	12 55	4 55	7 55	—	10 44
Weinheim . . . „	9 8	1 5	5 5	8 8	—	11 —
Großsachsen . . „	9 18	1 15	5 15	8 18	—	11 14
Ladenburg . . . „	9 29	1 27	5 27	8 29	—	11 35
Friedrichsfeld . . „	9 38	1 36	5 36	8 38	—	11 51
Heidelberg . . . Ankunft	9 56	1 54	5 54	8 56	—	12 15

III. Fahrten von und nach Mannheim, im directen Anschlusse an obige Züge der **Main-Neckar-Eisenbahn.**

Mannheim . . Abgang	6 —	9 —	1 —	5 —	8 —	6 —	Friedrichsfeld . . Abgang	9 38	1 35	5 36	8 38	—	1 46
Friedrichsfeld . . Ankunft	6 16	9 16	1 16	5 16	8 16	6 16	Mannheim . . Ankunft	9 54	1 51	5 51	8 53	—	1 51

* Die Fahrt XIII von Heidelberg und Mannheim nach Frankfurt findet nur an den Sonntagen statt.

** Die Frachtgüter, welche nicht als Eilgut aufgegeben sind, werden in der Richtung von Heidelberg resp. Mannheim nach Frankfurt am Dienstag, Donnerstag und Samstag und in der Richtung von Frankfurt nach Heidelberg resp. Mannheim am Sonntag, Montag, Mittwoch und Freitag befördert.

Mit den Güter-Zügen XI und XII werden zugleich Personen in III und IV Wagen-Klasse befördert.

Darmstadt, im April 1849.

Die Direction der Main-Neckar-Eisenbahn.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Donnerstag (Extra-Beilage zu Nro. 99.) 26. April 1849.

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 26. April. Die hier eingegangene „Erklärung der bayerischen Regierung, die deutsche Verfassungsfrage betreffend," lautet wie folgt:

„Die Wendung, welche die im vorigen Jahre begonnene Fortbildung der deutschen Bundesverfassung in den letzten Wochen genommen hat, macht es der Regierung Sr. Maj. des Königs von Bayern zur Pflicht, mit Offenheit und Entschiedenheit den Standpunkt zu bezeichnen, welchen sie in dieser Frage einnimmt, durch deren Lösung die Geschicke Deutschlands für lange Zeit, vielleicht für immer, entschieden werden.

„Die bayerische Regierung hat niemals anerkannt, daß die nach Frankfurt a. M. berufenen Nationalversammlung das Recht zustehe, die deutsche Verfassung einseitig ohne Zustimmung der Regierungen festzustellen. Sie findet die rechtliche Grundlage der Nationalversammlung in den Bundesbeschlüssen vom 30. März und 7. April vorigen Jahres, wonach „Nationalvertreter für das zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringende deutsche Verfassungswerk gewählt werden sollten." Auf diese Grundlage hin sind in den einzelnen Staaten die Wahlgesetze erlassen und die Wahlen vorgenommen worden. Auf diese Grundlage hin ist die Nationalversammlung zusammengetreten und hiernach allein ist der Umfang ihrer Rechte zu bemessen, ohne daß einseitige Beschlüsse der Nationalversammlung denselben zu erweitern vermögen.

„Indem nun hiernach die bayerische Regierung das Recht der freien Zustimmung zu den Beschlüssen der Nationalversammlung für sich in vollem Umfange in Anspruch nimmt, wie dies auch von andern deutschen Regierungen geschehen ist, so erklärt sie zugleich, daß sie der Reichsverfassung, wie sie von der Nationalversammlung in zweiter Lesung beschlossen worden ist, und der darauf gestützten Wahl eines Erbkaisers ihre Zustimmung nicht ertheilen kann.

„Durch diese Verfassung und Wahl würde Oesterreich aus Deutschland ausgeschlossen werden. Eine solche Ausschließung wäre aber eine Verletzung nicht bloß der vertragsmäßigen Rechte und Pflichten, welche alle zum deutschen Bunde gehörigen Staaten aneinander binden, sondern auch des großen Gedankens der Einigung des deutschen Volkes in einer starken Bundesverfassung, welchem die Nationalversammlung ihren Ursprung verdankt, die ja nicht berufen wurde, Deutschland zu zerreissen, sondern inniger zu verbinden. Jene Ausschließung wäre eine Verleugnung der ganzen deutschen Geschichte und ein Undank des übrigen Deutschlands gegen Oesterreich, das zu keiner Zeit die deutsche Sache verlassen hat. Sie wäre endlich ein Preisgeben der Zukunft des deutschen Volkes, dessen Macht und Wohlfahrt nur in dem Maße sich entwickeln können, als sie auf die Gesammtheit der Kräfte gestützt werden, welche die Verbindung mit Oesterreich zu entfalten vermag.

„Die in Frankfurt beschlossene Verfassung unterliegt aber auch, abgesehen von dem Umfange, den sie dem deutschen Reiche gibt, um ihres Inhaltes willen den erheblichsten Bedenken. Sie schafft nicht einen Bundesstaat, sondern einen Einheitsstaat. Sie concentrirt nicht bloß die völkerrechtliche Vertretung, das Recht über Krieg und Frieden, die Verfügung über die bewaffnete Macht, sondern auch die Finanzkräfte, die Gesetzgebung und selbst in vielen wichtigen Zweigen die innere Verwaltung in einer Weise, welche den einzelnen Staaten jede Selbstständigkeit raubt, und sie lediglich zu Verwaltungsbezirken gestaltet.

„Dieser Charakter der Verfassung ist auch in dem an die Spitze gestellten Erbkaiserthum klar ausgesprochen und hierdurch die Centralisirung der ganzen Regierungsgewalt um so schärfer begründet, als selbst der, in der ersten Lesung angenommene Reichsrath in der zweiten Lesung aufgegeben wurde.

„Eine solche Centralisirung eines großen Volkes ist nach dem Zeugniß der ältern und neuesten Geschichte das Grab seiner gleichmäßigen Entwicklung und Bildung, seiner innern Ruhe und selbst seiner Freiheit. Sie unterwirft das ganze Volk dem Centralpunkte fast willenlos und gibt es den Stürmen Preis, welche die Leidenschaft und Herrschsucht der in der Hauptstadt sich bekämpfenden Parteien unaufhörlich hervorrufen.

„Ganz besonders zuwider ist endlich eine solche Centralisation dem innersten Wesen des deutschen Volkes, dessen geistige Bedeutung vorzüglich aus seinem reichentfalteten Stammesleben hervorgegangen ist.

„Das aber ist das Gefährlichste, wenn einem Volke eine Verfassung gegeben wird, die seinem Wesen widerstreitet; denn entweder wird alsdann diese Verfassung selbst nicht ins Leben treten, oder sie wird das Leben und die geistige Kraft des Volkes vernichten.

„Die bayerische Regierung verkennt zwar keineswegs, daß die deutsche Nation einer kräftigeren Einigung bedarf und fähig ist, als sie bisher genoß. Allein es darf auch nicht unbeachtet bleiben, daß jedem Volke in der Weltgeschichte sein besonderer Beruf zukommt, daß die politische Macht nach außen weder die einzige noch die edelste Aufgabe eines Volkes ist, daß der Grad derselben nicht bloß durch die Verfassung, sondern auch durch das Gebiet und den Geist des Volkes bedingt wird und zu dem innern Glücke des Volkes nicht selten in umgekehrtem Verhältnisse steht. Nachdem selbst die dermalige Gesammtverfassung Deutschlands ungeachtet ihrer Mangelhaftigkeit sich seit einem Jahre stark genug gezeigt hat, um die äußern und innern Feinde siegreich zu bekämpfen, kann man sich überzeugen, daß Deutschland nicht völlig centralisirt zu werden braucht, um eine starke Gesammtregierung zu erhalten.

„Ueberdies ist aber auch die in Frankfurt beschlossene Verfassung nicht einmal geeignet, eine starke Regierung zu begründen. Hervorgegangen aus einer Vermittelung entgegengesetzter Principien, entbehrt sie der vollständigen Harmonie. Sie setzt einen Erbkaiser mit unumschränkter Macht über die einzelnen Staaten und beraubt ihn doch principiell des monarchischen Charakters, indem sie ihm dem Reichstage gegenüber nur ein suspensives Veto einräumt. Sie enthält für den Reichstag das Zweikammersystem und gleichwohl finden weder die conservativen Elemente eine entschiedene Vertretung, noch die wohlbegründeten Interessen der einzelnen Volksstämme.

„Durch diese Verfassung würde der tobende Kampf der politischen Parteien nicht geschlichtet, sondern erst zu neuen Anstrengungen aufgefordert werden. Die eine Partei würde, um den Thron des Erbkaisers zu befestigen, auf sofortige Aenderung der Verfassung hinarbeiten; eine andere würde bis zu erfolgter Vernichtung der Einzelstaaten für die Aufrechthaltung der Verfassung kämpfen, um dann den Erbkaiser zu stürzen und damit das monarchische System zu beseitigen.

„Gegen diese beide Parteien würde das durch die Verfassung nicht sofort ertödtete Stammbewußtsein reagiren, namentlich, wenn die unvermeidliche Erhöhung der Steuerlast sich fühlbar macht, und so würde die ohne gehörige Rücksichtnahme auf die bestehenden Verhältnisse geschaffene Verfassung unter dem Gewichte eben dieser Verhältnisse in Kurzem wieder zerfallen und Deutschland neuen Stürmen preisgeben.

„Dies sind die für ganz Deutschland in gleicher Weise anwendbaren Gründe, welche allein schon die bayerische Regierung von der Anerkennung der in Frankfurt beschlossenen Verfassung abhalten müssen. Ihr Gewicht wird gesteigert durch die besondern Verhältnisse des bayerischen Staates.

„Die Trennung von Oesterreich würde von keinem deutschen Lande schmerzlicher empfunden werden, als von Bayern, das durch seine Lage wie durch Stammverwandtschaft eines großen Theils der Bewohner in die unmittelbarsten Berührungen mit Oesterreich gesetzt ist. Kein deutsches Land würde aber auch von jener in der erbkaiserlichen Centralisation liegenden Vernichtung aller Selbstständigkeit schwerer getroffen werden, als Bayern, das, wenn man auch von seiner tausendjährigen Geschichte absehen wollte, durch seine Größe und seine eigenthümlichen Zustände in der Gegenwart zu verlangen berechtigt ist, daß dieselben bei Feststellung der deutschen Verfassung genügend beachtet werden. In Frankfurt ist dies nicht geschehen, indem, um nur eines hervorzuheben, die Bestimmungen über die Productions- und Verbrauchssteuern ganz geeignet sind, die Staatseinkünfte Bayerns um Millionen zu schmälern und den Staatscredit, dessen specielle Gewährleistung auf jenen Abgaben beruht, zu vernichten. Die ganze Verfassung, wie sie in Frankfurt beschlossen wurde, würde im Wesentlichen dahin führen, den Süden Deutschlands dem Norden zu unterwerfen, und dadurch die materiellen Interessen des Südens im höchsten Grade zu beeinträchtigen.

„Aus allen diesen Erwägungen hält die Regierung Seiner Majestät des Königs von Bayern für ihre Pflicht, gegen Deutschland wie gegen Bayern, der in Frankfurt beschlossenen Verfassung ihre Zustimmung zu versagen, und sie ist um so mehr überzeugt, daß ihr hierin das bayerische Volk in seiner weit überwiegenden Mehrheit beitritt, als erst kürzlich beide Kammern der bayerischen Volksvertretung sich durch einstimmige Beschlüsse gegen die Trennung von Oesterreich und gegen die Gründung eines Erbkaiserthums ausgesprochen haben.

„Die bayerische Regierung glaubt aber zugleich den Weg bezeichnen zu müssen, auf welchem nach ihrer Ansicht die Wirren der Gegenwart eine dauerhafte Lösung finden können.

„Wenn die Nationalversammlung darauf eingeht, die Verfassung mit den Regierungen zu vereinbaren, dann ist es an diesen, zusammenzutreten, sich über die Verfassung Deutschlands zu einigen, und Hand in Hand mit der Nationalversammlung das Werk zu vollenden. Dann wird die bayerische Regierung zeigen, daß sie getreu ihren wiederholten Erklärungen bereit ist, zur Begründung einer wahrhaft starken und friedebringenden Gesammtverfassung mitzuwirken. Wie sie sich diese Verfassung denkt, darüber hat sie sich namentlich in ihrer Beurtheilung des Verfassungsentwurfs nach der ersten Lesung so bestimmt ausgesprochen, daß es einer Wiederholung im Einzelnen für jetzt nicht bedarf.

„Wenn aber die Nationalversammlung auf die Vereinbarung nicht eingeht, so kann die bayerische Regierung die Beschlüsse der Nationalversammlung nicht als bindend anerkennen und muß jede Verantwortung der sich hieraus ergebenden Folgen von sich abweisen.

„Welcher dieser beiden Fälle aber auch eintreten mag, die Unauflöslichkeit des deutschen Bundes, wie sie in Art. 5 der Wiener Schlußacte ausgesprochen ist, dauert fort und die provisorische Centralgewalt besteht rechtlich, wie sie durch Uebereinkunft der Nationalversammlung und der Regierungen begründet worden ist. Auf sie ist die vollziehende Gewalt der Bundesversammlung nach Maßgabe der Bundesverträge übergegangen und ihr wird daher die bayerische Regierung fortwährend ihre kräftige Unterstützung gewähren.

„Nach den Anordnungen dieser Centralgewalt kämpfen bayerische Truppen im deutschen Heere und noch in diesen Tagen sind bedeutende Beiträge in die Reichskasse gezahlt worden. Festhaltend an den Grundsätzen des Rechtes und der Ehre wird Bayern treu zu Deutschland stehen und entschieden dahin wirken, daß man es nicht zerreiße.

„München, den 23. April 1849."

Stuttgart, 25. April. Heute früh fuhren die Staatsräthe Römer und Duvernoy nach Ludwigsburg zu Sr. Majestät dem König, und kehrten im Laufe des Vormittags zurück. Sie bringen nunmehr die Entschließung des Königs zurück, die Reichsverfassung unumwunden, ohne Vorbehalt, ohne Voraussetzung anzuerkennen.

⊙ **Stuttgart**, 25. April. Nun treten die trüben Elemente hervor. Die Minister sind mit der Krone einig, aber schon wird in einer heute Vormittag gehaltenen Versammlung das Volk gegen das Ministerium zu bearbeiten gesucht. Die Regierung soll zu einer alsbaldigen Zusammenberufung einer constituirenden Versammlung gezwungen werden, welcher das Recht des Gesetzesvorschlags und der letzten Entscheidung eingeräumt werden solle, um den Durchgangspunkt von dem Erbkaiserthum zur Republik zu beschleunigen. Wenn der König von Preußen sich jetzt nicht herbeiläßt, anzunehmen, so könnte es bald zu spät werden. Für jetzt glaube ich, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung nicht zum zweiten Mal zu einer solchen Bewegung erheben wird, wie wir sie in den jüngsten Tagen sahen, da aller rechtliche Grund weggefallen ist. — In der Abendsitzung der Kammer der Abgeordneten, in deren Saal Deputationen aus allen Landestheilen zugelassen werden waren, verlas Staatsrath Duvernoy die Erklärung des Königs, in welcher jetzt die unterstrichenen Worte: „mit der von selbst sich verstehenden Bedingung ꝛc." weggelassen sind. Das Ministerium ist damit in Uebereinstimmung, die Kammer vollkommen befriedigt. Als weitere Anträge Reyschers im Namen der Fünfzehnercommission werden angenommen: 1) eine Proclamation der Kammer an das Volk, welche diesem den Dank für seine kräftige und treue Haltung ausspricht, 2) Bitte an die Regierung um feierliche Verkündigung der Verfassung, und 3) Bitte an die Nationalversammlung um baldige Beeidigung auf die Verfassung. Zur Feier des schönen Tages wird auf Schnierers Antrag mit 79 gegen 3 Stimmen (v. Linden, v. Wöllwarth, Becher) die Bitte um eine Amnestie für die politisch Gefangenen und in Untersuchung Befindlichen des vorigen Jahres beschlossen. Die Versammlung wurde geschlossen durch die Worte des Präsidenten, daß er stolz darauf sei, in diesem Saale heute mitgewirkt zu haben, wo Stände, Regierung und Krone über die deutsche Frage sich gereinigt haben. Auf Zwerger's Antrag erschallten donnernde Hochrufe auf Deutschland, welche sich außen auf der Straße wiederholten, als auf dem Balkon mehrere Abgeordnete sich zeigten. Die Musik der Bürgerwehr vereinigte sich mit den Stimmen des die Straße dicht füllenden Volkes: Deutschland über Alles! Wir dürfen als nicht der schlechteste Stamm des schönen Vaterlandes, ohne ruhmredig zu erscheinen, hinzufügen: „Hie gut Württemberg in allweg!" — Morgen ist keine Kammersitzung.

Nachschrift.

** **Paris**, 24. April. Gestern Abend fand im Fraternitätssaal eine Versammlung statt, in welcher behufs der nächsten Wahlen die Liste der Candidaten der demokratischen Partei verlesen wurde. Während der Verlesung dieser Liste erschien ein Polizeicommissär am Eingange des Saales, und begehrte im Namen des Gesetzes Einlaß. Da ihm dieser verweigert wurde, so entfernte er sich, erschien aber bald darauf mit einer ansehnlichen Anzahl Soldaten wieder und verlas die gesetzlichen Verfügungen. In Folge dessen ging die Versammlung auseinander.

Die Nationalversammlung beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit der zweiten Lesung des Lamoricièreschen Entwurfs in Betreff der Armeereorganisation.

Die demokratischen Journale „Peuple" und „Journal de la Vraie Republik" wurden gestern auf der Post, in ihren Verlagsbureaus und an allen Straßenecken gerichtlich confiscirt. Constant Hilbay, Redacteur des „Journal des Sanculottes" und Verfasser einer Menge communistischer Schriften, wurde von der hiesigen Jury wegen einer am 14. December im Club gehaltenen Rede zu 18 Monaten und 500 Fr. verurtheilt.

Abbé Genoude, der bekannte Redacteur der „Gazette de France", ist in Hyeres gestorben, wohin er sich zur Pflege seiner Gesundheit zurückgezogen hatte.

* **Turin**, 20. April. Ein Cabinetsbefehl vom 16. April löst die Bürgerwehr in Genua auf. Ramorino's Proceß ist noch nicht zu Ende. Er soll des Ungehorsams gegen seine Oberen überführt sein und deßhalb verurtheilt werden. Die „Concordia" spricht wieder stark von Ministerwechsel.

In **Lucca** war die Umhauung der Freiheitsbäume und Wiederherstellung der großherzoglichen Wappen am 13. d. ein Freudenfest, das mit Musik, Umzügen ꝛc. gefeiert wurde. Schaaren von Landleuten aus der Umgegend hatten sich dabei eingefunden.

* **Florenz**, 16. April. Der österreichische Vortrab steht bereits in der Nähe von Carrara. Die Secretäre der französischen und englischen Gesandtschaft, welche sich in das österreichische Hauptquartier begaben, fanden den Ge-

neral Kolowrat zu Fosdinovo. Sie brachten von dort den besorgten Florentinern die Versicherung zurück, daß Oesterreich das toscanische Gebiet nicht verletzen werde. Hierin könnte sich die Florentiner Bürgerschaft doch wohl täuschen.

Neapel, Am 12. wurde hier von Seite des Kriegsministers Folgendes bekannt gemacht: „Die Plätze von Siracusa, Augusta und Noto haben sich ohne Widerstand den Truppen Ihrer Majestät ergeben."

Amsterdam, 24. April. 2½pCt. Integr. 49⅞. — 3pCt. Schuld 58⅜. — 4pCt. do. 77⅞. — 5pCt. Ard. à 510 Pf. St. 10⅞. — 3pCt. inländ. à 6000 fl. 24⅛. — 5pCt. Mex. ⅝. — Coupons 8⅜. — 4pCt. Port 29⅞. — 5pCt. Mex. 73⅞. — 2½pCt. do. 38⅞.

Bei geringem Geschäft war heute die Stimmung in unsern int. Fonds minder fest. 4pCt. Rhein. Eisenbahnactien sind niedriger auf das Gerücht, daß der Coupon vom 1. Mai nicht bezahlt werden soll. Wie wir vernehmen soll demnächst Gericht ungegründet sein. Nach Span. war mehr Nachfrage, bei sehr lebendigem Umsatz in diesen Hauptsorten. In den übrigen Effecten war keine Variation von Belang.

Paris, 24. April. Stand der Rente: 5pCt. 87. 65 — 3pCt. 56. 10. — Neapol. 83. 50. — Innere Schuld 24½. — Bankactien 2375. — Versailles, rechtes Ufer 212. 50. — Linkes Ufer 180. — Paris-Orleans 852. 50. — Paris-Rouen 565. — Orleans-Bordeaux 410. — Orleans-Vierzon 370. — Rouen-Havre 295. — Marseille-Avignon 213. 75. — Straßburg-Basel 103. 75. — Nordbahn 452. 50. — Paris-Straßburg 372. 50. — Römisches Anlehen 77.

Da sich die gestern verbreiteten Nachrichten als unwahr herausstellten, gingen heute die Course wieder etwas in die Höhe.

Die heute fällige Madrider Post ist hier nicht angekommen.

London, 22. April. 3pCt. Stocks 92. — 5pCt. Span. 17½. — Neue 3pCt. 32½. 33⅛. — 4pCt. Port. 29. — 2½pCt. Holländ. —.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

[1197]

Bekanntmachung.

Bei hiesiger Fahrpostexpedition befinden sich nachbenannte verzeichnete Fahrpostsendungen, welche wegen unvorschriftlicher Annahme beziehungsweise als unbestellbar hierher zurückgekommen sind, und deren Absender resp. Eigenthümer nicht ermittelt werden können:

1) Ein Brief an Herrn Zolleinnehmer Michel in Eschborn.
2) Ein Packet an Herrn Dr. Helfrich in Freyburg.
3) Ein Packet an Herrn Johann Hemmann in Brügg.
4) Ein Packet an Herrn L. Kraus in Wiesbaden.
5) Ein Packet an Herrn Karl Köberle in Mannheim.
6) Ein Brief an Herrn Schultheiß Bender in Lauterecken.
7) Ein Packet an Frau Albert in Hanau.
8) Ein Packet an Herrn Gastwirth Jugschwert in Höchst a. M.
9) Eine Rolle an Herrn Hügel in Straßburg.
10) Ein Brief an den Ortsvorstand in Rieskrob.

Die Aufgeber, beziehungsweise die Eigenthümer dieser Gegenstände werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb 6 Monaten von heute anfangend bei der hiesigen Fahrpostexpedition über das Eigenthumsrecht gehörig auszuweisen, und die betreffenden Sendungen gegen Entrichtung des darauf haftenden Porto's und Rückgabe des Aufgabescheines in Empfang zu nehmen, widrigenfalls anderweit darüber verfügt werden wird.

Frankfurt a. M., den 25. April 1849.

Ober-Post-Amt.

[1192]

Main-Neckar-Eisenbahn.

Im Monat März **1849** wurden auf der Main-Neckar-Eisenbahn **34,104** Personen befördert.

Die Einnahmen betrugen in dieser Zeit:

a)	für Transp. von Personen . . .	fl.	26136.	24 kr.
b)	„ „ „ Gepäck . . .	„	1524.	50 „
c)	„ „ „ 36,138 Ctr. Frgut.	„	11412.	54 „
d)	„ „ „ Equipagen . .	„	172.	44 „
e)	„ „ „ Vieh	„	262.	3 „
	Summe der Einnahme	fl.	39,509.	1 kr.

Darmstadt, den 20. April 1849.

Die Direction der Main-Neckar-Eisenbahn.

☞ Für einen Standesherrn, ☜

der in der Lage ist, eine Summe von Einer Million und mehr auf einen der schönsten Güthercomplexe verwenden zu wollen, und der sonst geneigt wäre, sich direct mit dem vollmächtigten Unterzeichneten in weitere Beziehungen zu setzen, bietet sich zur Zeit Gelegenheit zur Acquisition einer Besitzung dar, die in jeder Hinsicht geeignet erscheint, die Wünsche und Erwartungen der höchsten Personen zu übertreffen.

Zu besonderem Interesse der Umgebung hoher Personen möchte es gereichen, auf den Inhalt dieser Annonce gneigneten Ortes aufmerksam zu machen, nachdem vorher in Briefwechsel mit mir zu treten beliebt worden. Alle und jegliche Bemühungen in dieser Angelegenheit werden im Falle des Erfolges durch den Unterzeichneten reichlich vergütet.

Otto Spamer, Bevollmächtigter,
[1122] Königsstraße Nr. 16, eine Treppe, in Leipzig.

Dampf-Packetfahrt

zwischen

Lübeck und St. Petersburg.

Die bekannten, unter Russischer Flagge fahrenden drei Dampfschiffe der St Petersburg-Lübecker-Dampfschiffahrt-Gesellschaft: **Nicolai I., Naslednik** und **Alexandra**, unterhalten in diesem Jahre die regelmäßige Fahrt zwischen den oben genannten Plätzen. Jeden Dienstag geht eins derselben von jedem der beiden Plätze ab; von Lübeck das erste am 1. Mai, das letzte am 30. October.

Abfahrt von **Travemünde**: Dienstag, Nachmittags 5 Uhr.

Preise der Passage mit Beköstigung:

Erste Cajüte 64 Rthlr., zweite 41 Rthlr., dritte 26 Rthlr. Pr. Ct.

Nähere Nachricht ertheilt:

Das Comptoir der Dampfschifffahrt-Gesellschaft in Lübeck.

☞ Exemplare des Prospectus sind in der Expedition dieser Zeitung zu haben. [1174]

[1151]

Nicht zu übersehen!

Ein zu Wahlhausen an der Werra im Kreise Heiligenstadt, eine halbe Stunde von Allendorf gelegenes Wohnhaus nebst Nebengebäuden und ungefähr 60 Morgen Ackerland, Wiesen und Gärten sowie ungefähr 30 bis 40 Morgen Holz sollen aus freier Hand, sei es zusammen oder getrennt, verkauft werden. Das Haus bietet wegen seiner schönen Einrichtung und seiner Lage in einer freundlichen, reizenden, durch mildes Klima und Obstzucht ausgezeichneten Gegend, in der Nähe einer Stadt und eines Salzbades sowohl einem Rentier einen sehr angenehmen Landsitz, als es sich wegen eines dicht vorbeifließenden Baches und einer 20 Schritte entfernten Mühle zu jeder Fabrikanlage eignet. Die Gebäude und Ländereien sind in dem besten Zustande. Kaufsliebhaber mögen sich bei dem Eigenthümer Müller in Wahlhausen melden.

[1193] Die Stelle als Restaurateur in dem Curhause zu **Kreuznach** soll an einen soliden und gehörig qualificirten Mann vergeben werden. Lustragende wollen sich baldigst melden bei dem

Ausschusse der Eool-Bäder-Actien-Gesellschaft zu Kreuznach.

[1187]

Hofmeisters-Gesuch.

Ein wissenschaftlich gebildeter junger Mann, protestantischer Confession, welcher mit der Pestalozzischen Unterrichtsweise vertraut ist, sucht eine Stelle als Hofmeister. Derselbe kann in den Elementarfächern und Realien, in mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern so wie in französischer Sprache und Musik Unterricht ertheilen.

Gefällige Anfragen beliebt man an die Chr. W. Kreidel'sche Buchhandlung in Wiesbaden zu richten.

[1173]

Bekanntmachung

In § 18 des Gesetzes vom 9. November 1848, die Abänderungen einiger Bestimmungen des Gesetzes über Erfüllung der Militairpflicht vom 1. August 1846 betreffend, ist die Anordnung enthalten,

daß die Mannschaften aus den Altersclassen der Jahre 1847, 1846, 1845, 1844 und 1843, welche gegenwärtig noch zur Dienstreserve gehören, sich einer anderweiten Untersuchung ihrer Dienstfähigkeit zu unterwerfen und hierzu auf ergangene öffentliche Aufforderung bei Vermeidung der für den Unterlassungsfall im 9. Capitel des Gesetzes vom 1. August 1846 angedrohten Strafen vor der Bezirks-Rekrutirungs-Commission an dem von derselben bestimmten Tage und Orte zu stellen haben.

Auf Grund dieser gesetzlichen Anordnung werden die Mannschaften aus den Altersclassen der Jahre 1847, 1846, 1845 und 1844, welche gegenwärtig noch zur Dienstreserve gehören, hiermit aufgefordert, künftigen

1. Juni dieses Jahres

unter Ueberreichung ihrer Geburts- oder Gestellungsscheine persönlich sich anzumelden, oder bei dringender Abhaltung durch Beauftragte anmelden zu lassen, alsdann aber an dem von der betreffenden Bezirks-Rekrutirungs-Commission bestimmten Tage und Orte vor derselben zu der anderweiten Untersuchung ihrer Dienstfähigkeit, bei Vermeidung der für den Unterlassungsfall angedrohten gesetzlichen Nachtheile, in Person, sich zu stellen.

Zugleich wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß

a) die Anmeldung am 1. Juni bei der Lokalbehörde des Aufenthaltsortes in derselben Weise zu erfolgen hat, wie solche dem betreffenden Dienstreserve-Mannschaften nach § 36 des Gesetzes vom 1. August 1846 und § 133 flgd. der dazu gehörigen Ausführungs-Verordnung für den 1. Juni jeden Jahres obliegt, dafür aber die Anmeldung am 1. Juni des künftigen Jahres in Wegfall kommt,

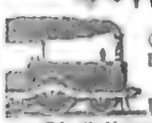
b) die das Anmeldungsgeschäft besorgenden Behörden nach §§ 31, 32, 137 flgd. der Ausführungs-Verordnung zu dem gedachten Gesetze durch eigenes thätiges Eingreifen Anmeldungs-Versäumnissen möglichst vorzubeugen, über die erfolgten Anmeldungen Listen anzufertigen und in derselben Weise, wie bei Anmeldungen der Militairpflichtigen einzureichen, die Angemeldeten aber alsdann zur Gestellung zu bringen haben,

c) diejenigen Dienstreserve-Mannschaften, welche bei der anderweiten Untersuchung ihrer Dienstfähigkeit zum Militairdienste unfähig befunden worden, ihren Militairpaß erhalten, die für minderfähig Erklärten der nach § 15a des Gesetzes vom 9. November 1848 zu bildenden Dienstreserve zugetheilt, die Tüchtigen dagegen der Kriegsreserve auf die Dauer ihrer Reservepflicht, nach zuvor erfolgter Einübung für den Dienst der Truppen zu Fuß, einverleibt werden.

Dresden, den 12. April 1849.

Königl. Sächs. Kriegs-Ministerium.
Rabenhorst.

Hessische Ludwigs-Eisenbahn.



Der unterzeichnete Verwaltungsrath beehrt sich, die Inhaber von Actien-Certificaten, auf welche 30 pCt. eingezahlt sind, zu der diesjährigen ordentlichen

Generalversammlung

auf

Montag den 21. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr,

hiermit einzuladen.

Die Präsentation und Anmeldung der Actien-Certificate findet am 7., 8. und 9. Mai, des Morgens von 9 bis 12 Uhr, im Büreau-Locale der Verwaltung statt. Die Anmeldungsscheine werden doppelt ausgefertigt, von den Anmeldern unterzeichnet und ein Exemplar derselben den letztern ausgehändigt. Gegen dasselbe werden im obigen Locale am 17., 18. und 19. Mai, Vormittags 9—12 Uhr, die persönlichen Eintrittskarten ertheilt, auf welchen die dem Anmeldenden nach § 11 der Statuten zukommende Stimmenzahl, sowie der Ort der Versammlung bezeichnet wird.

Mainz, den 12. April 1849.

Der Verwaltungsrath.

[1111]

---

[954]

Staats-Obligationen,

Lotterie Loose, Eisenbahnactien, Coupons, Banknoten, so wie alle Geldsorten werden zum Tages-Cours gekauft und verkauft bei

J. L. Aub, Zeil vis-à-vis der Post.

Die Hauptziehung 6. Klasse 26. Braunschweiger Lotterie

beginnt am 3. Mai d. J.

Hauptlooser: fl. **87,500 52,500 35,000 17,500** u. s. f. Ganze Loose zu fl. **56**, ½ zu fl. **28**, ¼ zu fl. **14**, so wie Loose mit Verzichtleistung auf die Gewinne unter 100 Thaler ganze zu fl. **32**, ½ zu fl. **16**, ¼ zu fl. **8** empfiehlt

Carl Höchberg, Hauptcollecteur
[1090] Brückhofstraße in Frankfurt am Main.

[1191] Staatspapiere aller Art werden an- und verkauft, so wie Gold und Silbersorten vermechselt.

Julius Michel junior,
Büreau: Wollgraben.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[1116] **Edictaladung.**

Verfügung
in Sachen
des Tuchmachermeisters Jakob Christoph Becker zu Eschwege, Klägers
gegen
den abwesenden Tuchmachermeister Cyriacus Schalles von Hildesheim, Verklagten
wegen Forderung.

Da nunmehr, nachdem die Abwesenheit des Verklagten und dessen unbekannter Aufenthaltsort bescheinigt ist, demselben die nachstehende Klage:

[illegible] zur gütlichen Beilegung [illegible] zu Eschwege. Der Tuchmachermeister Jakob Christoph Becker zu Eschwege, Kläger gegen den [illegible] Tuchmachermeister Cyriacus Schalles von Hildesheim, Verklagten wegen Forderung klagt:

Ich verkauft und überlieferte dem Verklagten in den Monaten September, October und November des Jahres 1844 wollene Waaren, geb. um meine desfallsigen Rechnungen, verlangte mich im Frühjahr 1847 darüber mit ihm. Er blieb mir in Folge dieser zwischen uns gehaltenen, von ihm anerkannten Abrechnung am 10. Mai 1847 408 Thlr. 21 gGr. oder 408 Thlr. 28 Sgr. 9 Pfr., für von mir käuflich erhaltene wollene Waaren schuldig versprach mir, mit diesem Betrag zu bezahlen, stellte mir auch das Schuldbekenntniß unter A vom 10. Mai 1847 darüber aus. Er versprach mir auch nur die Summe mit 5 Prozent zu verzinsen. Ich forderte den Verklagten 1847 und 1848 wiederholt auf, mir diese 408 Thlr. 28 gGr. mit den Zinsen davon zu bezahlen. Er bezahlt mir aber weder die 408 Thlr. 28 gGr., noch entrichtet er mir die Zinsen davon.

Der Verklagte ist dessen rechtlich verpflichtet, mir die 408 Thlr. 28 gGr. mindestens mit Verzugszinsen davon vom Tage der Klage an, zu bezahlen.

Er wurde zu Eschwege von dem Fuhrmann George Schalles und dessen Frau, Dorothea Margaretha Becker, erzeugt. Diese seine verstorbenen Eltern hinterließen nach dem pfarramtlichen Zeugniß unter B. mit ihm 3 eheliche Kinder, Erben.

Nachdem unter C. anschließlich beiliegenden gerichtlichen Uebergabevertrag vom 25. Juni 1829 gehörem dem Verklagten mit seinen 2 Geschwistern eigenthümlich die, darunter II. des George Schalles Kindern zugetheilten, in der Gemarkung der Stadt Eschwege belegenen Immobilien, als: C. 3503. C. 3774. B. 3504½. B. 1041. L. 657⅝ und B. 2935 ch. Er besitzt auch nach dem Steuerbuchauszuge unter D. diese Immobilien zu seinem Antheil.

Der Verklagte ist von seinem seitherigen Wohnort Hildesheim nach Amerika ausgewandert, ohne daß es bekannt ist, an welchen Ort. Er hat in Amerika seinen Wohnsitz genommen.

Ich kann daher den mir Immobilien in Kurhessen, dem Gerichtsbezirk kurfürstlichen Justizamts, anhängigen Verklagten mit dieser persönlichen Klage vor kurfürstlichen Justizamt belangen, da in Kurhessen volle Landsässerei gilt.

Ich klage, bevollmächtige meinen Anwalt in der Klage C. und bitte:

den Verklagten schuldig zu erkennen, mir die 408 Thlr. 28 Sgr. 9 Pfr. mit Verzugszinsen davon zu 5 Prozent vom Tage der Klage an, und die Kosten dieses Rechtsstreites zu bezahlen."

Hierüber ꝛc.

Eines kurfürstlichen Justizamtes

Eschwege, den 3. gehorsamer Kläger.

Vorstehender Kläger, edictaliter unter der Anklage mitgetheilt, sich im Termin den 11. Juli d. J. Vormittags 10 Uhr (Contumazialzeit) bei dem Rechtsnachtheil des Kostenersatzes, zu erscheinen, ist dem auf den 10. October d. J. Vormittags 10 Uhr (Contumazialzeit) anberaumten Termine bei den Rechtsnachtheilen des Eingeständnisses und Litisrenovationsfalls auf die Klage persönlich oder durch einen gehörig Bevollmächtigten zu erklären.

Zugleich wird weiter verordnet, daß alle weiteren Verfügungen nur im Amtsgitterschrank werden angeschlagen werden. Eschwege, am 4. April 1849.

Kurfürstlich Hessisches Justizamt I. das.
Ewald.
Beglaubigt: Lohrey.

[1057] **Edictaladung.**

Nachdem der Soldat Andreas Johann Michel von Riedenwalluf, Herzogl. Amts Eltville, aus der Garnison entwichen und vom Regiment als Deserteur abgefahndet worden ist, so wird derselbe nunmehr den unterzeichneten Gerichte aufgefordert, sich zu seiner Verantwortung deßhalb bis zum

ersten Juni l. J.

dahier zu stellen, widrigenfalls er des Verbrechens der Desertion für schuldig erkannt und den desfallsigen Gesetzen gemäß zur Bezahlung eines Einstands-Capitals, zum Ersatze des Verpflegungen und in die Untersuchungskosten verurtheilt, das desfallsige Urtheil aber nur bei dem Regiment bekannt gemacht werden wird.

Wiesbaden, den 11. April 1849.

Militair-Gericht des Herzogl. Nass. 2. Regiments.
Gerau, Oberst. Westerberg, Auditeur.

[1062] **Edictaladung.**

Nachdem über das Vermögen des Peter Martin und dessen Ehefrau Eva geb. Schell von Oberpattert verwaltet zu Rauenthal temporär sich aufhaltend, der Concursprocess rechtskräftig erkannt worden ist, werden Alle, welche längliche oder persönliche Forderungen an der vorhandenen Masse zu machen haben, hiermit aufgefordert, solche

Montag den 14. Mai l. J., Morgens 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Amte zu liquidiren, bei Vermeidung des von selbst eintretenden Rechtsnachtheils des Ausschlusses von der vorhandenen Masse.

Hachenburg, den 10. April 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Hammer.

[1134] **Bekanntmachung.**

Im Laufe der Osterwoche d. J. wurde ein von dem k. k. österreichischen illyrischen Gubernium zu Laibach um die Mitte März l. J. für den Exstebsitzer Leopold v. Wiesner nebst Gattin aus Klagenfurt ausgestellter, Graf Welsersheim'scher Conventreu, unterzeichneter Reisepaß dahier entwendet und ist nachbeschriebenes Individuum, welches angeblich auf der Reise nach Straßburg begriffen war, der Entwendung verdächtig.

Es werden die resp. auswärtigen Behörden unter dem Erbieten zu Gegendiensten ersucht, den entwendeten Paß im Betretungsfalle anzuhalten, den Besitzer über den Erwerb zu vernehmen und nach Umständen das weiter Geeignete zu verfügen, auch Nachricht hierher gelangen zu lassen.

Frankfurt a. M., den 18. April 1849.

Polizei-Gericht.

Beschreibung des Verdächtigen:

Alter: in den Zwanzigen.
Statur: klein.
Haare: hellbraun.
Kleidung: Oberrock, graue Hosen, Hut.

---

[885] **Edictaladung.**

Das Original des an Gastwirth Nr. Winter zum Lansberg unter dem 4. October 1848 von der Packetverwaltung des Hauptstwerants dahier ertheilten Lagerscheins über einen im Packhof niedergelegten Korb, gezeichnet ⟩—⟨ Nr. 5511, und enthaltend Wein in Flaschen, ist abhanden gekommen. Auf Antrag werden daher alle diejenigen, welche an den vorgedachten Niederlagerschein Ansprüche zu haben vermeinen, hierdurch aufgefordert, solche binnen

sechs Wochen

dahier geltend zu machen, widrigenfalls derselbe für amortisirt erklärt werden soll.

Frankfurt, den 26. März 1849.

Stadt-Amt II.
Dr. Starr.
Dr. Antoni, Act.

Druck von August Osterrieth.

№ 100. — Freitag — den 27. April — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Nimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Beilschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 75a.; 3) Postcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrefeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Amtlicher Theil.

Nachdem bereits vor einigen Tagen der commandirende General der Operationsarmee die Flagge und den Wimpel der dänischen Fregatte „Gefion", nebst der Flagge desjenigen großen Bootes des Linienschiffes „Christian der Achte", auf welchem der Befehlshaber des letzteren, behufs seiner Uebergabe, an das Land gekommen, durch einen deßhalb hierher geschickten Offizier an das Reichskriegsministerium eingesendet hatte, ist Se. Durchl. der Prinz Friedrich von Holstein-Sonderburg-Augustenburg hierselbst angekommen, um im Auftrage der Statthalterschaft der Herzogthümer Sr. kaiserl. Hoh. dem Erzherzoge-Reichsverweser die vom Feinde vor dem Auflaufen des Linienschiffes „Christian der Achte" in das Meer versenkte, dagegen aber diesseits wieder heraufgeholte große Orlogflagge dieses Schiffes zu überreichen. Der Prinz begab sich dieserhalb heut Morgen um 11 Uhr, in Begleitung des Reichskriegsministers und des Bevollmächtigten der Herzogthümer, zu Sr. kaiserl. Hoh. und überlieferte Höchstdemselben jene stolze Zierde des, durch deutsches Geschütz bis zur Vernichtung besiegten, Linienschiffes mit folgender Anrede:

„Im Auftrage der Statthalterschaft in Schleswig-Holstein habe ich die Ehre, die durch deutsche Waffen eroberte Flagge des Linienschiffes „Christian VIII." dem Reichsverweser des deutschen Reiches zu überbringen. Schleswig-Holstein, stark durch Deutschlands Hilfe, legt seinen Dank an den Tag durch Siege zu Ehren der deutschen Nation, und vertraut die Trophäen dem Schutze des deutschen Reiches. Möge bald der ersehnte Tag erscheinen, an welchem die deutsche Flagge als Symbol deutscher Einheit und deutschen Ruhmes flattert auch über Schleswigs Gauen, und über diesen Trophäen."

Se. kaiserliche Hoheit der Reichsverweser nahm dieses schöne Siegeszeichen mit gerechter Anerkennung des Muthes jener Tapfern, welche dasselbe errangen, entgegen, und bemerkte, daß die innige Theilnahme Deutschlands an den Herzogthümern nicht besser habe ausgedrückt werden können, als daß fast alle Gauen des deutschen Gesammtvaterlandes Repräsentanten zu demjenigen Heere gesendet hätten, mit welchem vereint die Söhne der Herzogthümer jetzt die begonnene Siegeslaufbahn muthig verfolgten.

Nichtamtlicher Theil.

Umschau.

Das Ministerium Brandenburg scheint sich völlig auf die Seite des österreichischen Cabinets gestellt zu haben. Es begnügt sich damit, die neue Reichsverfassung zu verwerfen, ohne zu sagen, was an deren Stelle gesetzt werden soll. Dadurch wird der ganze Zustand von Deutschland wiederum zweifelhaft gemacht. Die Absicht mag stets noch dahin gehen, die Reichsverfassung in ihren wesentlichen Bestimmungen anzunehmen und sich darüber mit den übrigen deutschen Regierungen zu verständigen; allein räthselhaft ist es, wie man hoffen kann, eine solche Verständigung zu erzielen. Wenn Preußen sich von der Nationalversammlung lossagt, gibt es das einzig ausreichende Mittel, eine Uebereinstimmung der Ansichten herbeizuführen, aus den Händen. Sowie man von dem Princip der Verständigung ausgeht, wird jedesmal der Wille desjenigen Staats den Ausschlag geben, der am wenigsten zu gewähren entschlossen ist. Wer aber die Ansichten einzelner deutschen Regierungen kennt, wird leicht ermessen, welche Gattung von Einheit auf diesem Weg erzielt werden kann. Man wird sich allenfalls noch über eine Theilung Deutschlands verständigen können, gewiß aber nicht über eine gemeinsame Verfassung. Sonach hätten wir ein vergrößertes Preußen und Bayern, neben denen man etwa noch Sachsen, Hannover und Württemberg bestehen ließe, zu gewärtigen, nicht aber die Herstellung einer deutschen Großmacht. Dadurch werden alle diejenigen, die noch ein deutsches Herz in der Brust tragen, aufs schmerzlichste berührt. Als Vereinigungspunkt muß ihnen die neue Reichsverfassung dienen, selbst wenn man an einzelnen Bestimmungen derselben mit vollem Rechte noch so wenig Gefallen findet. Die Specifischen zwingen sonach die Erbkaiserlichen und Conservativen, ihren Antipathien Stillschweigen zu gebieten, und die Republikaner, erbkaiserlich zu werden. Die Volkskammern der einzelnen Staaten werden fortfahren, sich zum Organe dieses Strebens zu machen, und dadurch die Regierungen in die Lage versetzen, entweder von Staatsstreichen zu Staatsstreichen überzugehen, oder aber sich blindlings in Alles zu fügen, was von ihnen verlangt werden könnte. Das eine wäre so schlimm wie das andere und müßte die Auflösung aller Verhältnisse zur Folge haben.

Bis zur Stunde schweben wir in Ungewißheit über die Wendung der Dinge in Berlin. Die zweite Kammer der Stände hat sich der Gelegenheit des Robbertusschen Antrags gegen das Ministerium erklärt, noch ist es aber nicht ausgemacht, ob das Ministerium weichen, oder ob die Regierung zur Auflösung der Stände schreiten wird. Der Rücktritt des Herrn von Camphausen von der Stelle eines Bevollmächtigten Preußens bei der Centralgewalt, und die Berufung des Herrn von Radowitz nach Berlin deuten auf den Entschluß des Königs, das Ministerium Brandenburg beizubehalten und somit auch bei der Nichtannahme der Reichsverfassung zu beharren. Der König von Württemberg hat sich nach Erlassung einer Proclamation an das württembergische Volk nach Ludwigsburg begeben, um seine Truppen um sich zu sammeln. Daraus muß man schließen, daß er Willens ist, sich den Beitritt zur Reichsverfassung nicht abdringen zu lassen.*) Alles dieses ließe sich erklären, wenn die königlichen Höfe eine Verfassung Deutschlands, die billigen Erwartungen entspricht, vorbereitet hätten und diese der deutschen Nation octroyiren könnten. Von einer solchen Vereinbarung unter den Fürsten will aber nicht das Mindeste verlauten, vielmehr geht jeder seinen besondern Weg und beginnt den Kampf auf eigene Rechnung. Dabei hat keiner derselben es über sich und über die Verhältnisse gewinnen können, das Princip, nach dem er zu handeln entschlossen ist, klar auszusprechen und die logischen Consequenzen aus demselben zu ziehen.

Es ist sonnenklar, daß in keinem Staate der Welt zwei Verfassungen, die auf verschiedenen Grundlagen beruhen, zu gleicher Zeit in Vollzug kommen können, und daß nothwendiger Weise eine der andern weichen muß. Dieser Kampf kann unmöglich lange dauern. Er muß in den nächsten Tagen entschieden sein, und zwar, wie wir annehmen, zu Gunsten der Reichsverfassung, weil wir nur hierin Rettung vor noch größeren Gefahren erblicken. Wir stehen an der Schwelle neuer Umwälzungen, die so leicht hätten vermieden werden können, wenn wir nicht so arm an wahren Staatsmännern wären. Durch Eigensinn und starres Festhalten an einer Idee oder einem einmal gefaßten Beschlusse ist noch keine Revolution zum Stillstande gebracht worden. Man muß zwar fest und consequent sein, allein auch billig, wohlwollend und gerecht, wenn man das Vertrauen gewinnen will, das erforderlich ist, um die sich bekämpfenden Kräfte zu einem Ziele zu vereinen. Das Ziel ist allen Regierungen gebieterisch gesteckt. Deutschland will Ruhe und Ordnung und zwar in der kürzesten Zeit. Könnte diese Ruhe und Ordnung auf dem Wege der Gewalt herbeigeführt werden, so würde die Mehrheit sich auch in einem Augenblick der Erschlaffung diesen vielleicht gefallen lassen. Da dies aber nicht der Fall ist, die Anwendung der Gewalt gegen eine in gesetzlicher Form verkündete Verfassung vielmehr der Anfang neuer Unruhen sein müßte, so mögen jene sich wohl vorsehen, die dazu das Zeichen geben.

*) Nach den neuesten Nachrichten ist das Einverständniß zwischen König und Kammern hergestellt, und die Anerkennung der Reichsverfassung erfolgt.

RC **Frankfurt**, 26. April. Die lithographirte Correspondenz der Centren der Reichsversammlung läßt sich heute vernehmen, wie folgt: Das Ministerium Brandenburg behauptet in seiner in der Kammer abgegebenen Erklärung, die Bedenken der Regierungen über verschiedene Punkte der Verfassung, wie sie in erster Lesung vorlag, seien leider, leider ganz, ganz unbeachtet geblieben. Dies ist nicht richtig, ebensowenig als Graf Arnims Darstellung seiner schleswig-holsteinischen Politik. Es sind bedeutende Aenderungen auf den Wunsch der Regierungen und namentlich der preußischen eingetreten. Es ist z. B. aufgegeben: die Ernennung sämmtlicher Generale der Einzelnstaaten durch das Reichsoberhaupt, es sind aufgegeben die früheren Bestimmungen über die Zollgränze und die Reichssteuern u. a. m. Ebenso unbegründet als diese ministerielle Behauptung sind die in der Debatte der zweiten Kammer, sowie in öffentlichen Blättern bis zum Ueberdruß angestellten Klagen, daß die Verfassung nur zu Stand gekommen sei durch kummerliche Transactionen zwischen den Parteien; — indem die conservative Partei ihre Principien geopfert habe, sei das suspensive Veto und das allgemeine Wahlrecht durchgegangen. Wir müssen hiergegen daran erinnern, daß das suspensive Veto in der Gesetzgebung bereits bei der ersten Lesung mit einer Majorität von 60 Stimmen angenommen war: noch ehe die alte Parteistellung überhaupt irgend wie alterirt war; ebenso war das Wahlgesetz in erster Lesung bereits angenommen, allerdings zum Theil dadurch, daß die österreichischen Abgeordneten mit der Linken stimmten. Der Welcker'sche Antrag machte den Versuch, beide verlorene Positionen sammt der Erblichkeit wieder auf einen Schlag zu erobern. Er mißlang, weil etwa 15—18 Stimmen aus Rheinpreußen und Westphalen katholischer Confession ihre Unterstützung versagten. Nunmehr verlangten die Mitglieder der Centren, welche immer für das Suspensivveto und das allgemeine Wahlrecht gewesen waren, die Freiheit der Abstimmung, welche ihnen die Beschlüsse der Partei bisher entzogen hatten, und sie würden sich diese Freiheit erforderlichen Falles genommen haben. Außerdem unterzeichnete eine Anzahl derjenigen Mitglieder der Centren, welche die endgiltige Feststellung der Verfassung durch die Reichsversammlung stets anerkannt hatten, eine demgemäß lautende Erklärung zur Beruhigung der Herren Simon und Genossen. Die Partei des Weidenbusches hat bis zum 28. März nicht transigirt. Und wenn der Minister Brandenburg sogar beklagt, daß die Verfassung Abänderungen im schlimmen Sinne erfahren habe bei der zweiten Lesung, so gilt dies einzig und allein von dem Suspensivveto bei Verfassungsänderungen, gegen welches sämmtliche Mitglieder des Weidenbusches 245 an der Zahl gestimmt haben. Aber möge man doch endlich diese kleinlichen Ausstellungen, diese theoretischen Bedenken hinter sich liegen lassen und die Lage des Vaterlandes, die Geschicke der Nation offen und klar ins Auge fassen. Möge das Ministerium Brandenburg, welches den Muth hatte, Preußen im November und December zu retten, nicht den Muth haben, es im April und Mai wieder ins Verderben zu stürzen!

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Apenrade, 23. April. Unsere Stadt hatte gestern die Freude, den Oberstlieutenant v. d. Tann eine kurze Zeit innerhalb ihrer Mauern begrüßen und ihm bei der Gelegenheit durch eine Deputation des Bürgervereins zwei werthvolle und von Meisterhand gefertigte Pistolen als einen geringen Beweis ihrer Dankgefühle einhändigen zu lassen. Schon früher hat man ihm dort das Ehrendiplom als Bürger ertheilt. Seine unerwartete Ankunft und sein kurzer Aufenthalt gestatteten nicht, ihm anderweitige Ehrenbezeigungen zu erweisen. Sowohl für das Geschenk von Seiten des Bürgervereins wie auf die seine Verdienste um das Vaterland hervorhebende und in wahren kräftigen Zügen darstellende Anrede des Bürgermeisters Schow erwiederte von der Tann seinen innig gefühlten Dank und versprach, hoffentlich bald und auf längere Zeit wiederzukehren, sobald er nur erst eine, wie er es nannte, „kleine Arbeit" im Sundewitt würde beseitigt haben. — (Kurz vor Abgang der Post.) Jenseits Kolding ist es zur Schlacht gekommen. Eine Estafette passirt eben ein und meldet die Ankunft von Verwundeten. — Zweite Nachschrift. Kolding brennt überall; der Kampf ist in diesem Augenblick noch unentschieden; die Unsrigen haben das Uebergewicht.

Aus einem andern uns mitgetheilten Briefe aus **Hadersleben** vom 23. d. M. 2½ Uhr Nachmittags entnehmen wir das Folgende: Seit diesem Morgen hören wir eine lebhafte Kanonade von Kolding her. So eben kommt eine Ordonnanz auf einem dänischen Husarenoffiziers-Pferde aus Kolding; dieselbe soll die Nachricht von einem heftigen Treffen nördlich von Kolding gebracht haben. Ueber den Ausfall ist noch nichts bekannt geworden. Es heißt, daß Aerzte nach Kolding gerufen sind. In Christiansfeld sollen 26 dänische Husarenpferde nebst Gefangenen angekommen sein. — Nachschrift. Die obenerwähnten Aerzte sind bereits nach dem Norden abgegangen. So eben kommen 14 gefangene Dänen an.

Hamburg, 24. April. Die mit dem heutigen Vormittagszuge aus dem Norden eingegangenen Nachrichten sind nach Aussage des Postconducteurs folgende: Die Dänen haben gestern mit acht Bataillons und einer Schwadron Husaren einen Angriff auf die schleswig-holsteinischen Truppen bei Kolding gemacht. Das 10. Bataillon hatte die Vorposten und wurde zuerst angegriffen, doch bald vom 9. Bataillon und dem 2. Jägercorps unterstützt, durch deren Hilfe es den Feind aufhielt, bis auch das erste Jägercorps herankam. Die Husaren sollen einen Choc auf das neunte Bataillon haben machen wollen und dabei die ganze Schwadron bis auf 3 Mann, welche gefangen genommen wurden, vom 1. Jägercorps, das eine versteckte Stellung gehabt habe, aufgerieben sein. Die ganze Nachricht über das Gefecht hat der Conducteur von den aus Kolding nach Hadersleben gebrachten Verwundeten erhalten, auch sind einige Jäger auf erbeuteten Husarenpferden in Hadersleben angekommen. Bei Abgang der Post hieß es in Hadersleben, Kolding brenne; auch hat der Conducteur noch bei Apenrade in der Richtung von Kolding den Horizont ganz erröthet gesehen.

Der kurhessische General Bauer ist am 19. zu Altona angekommen, woselbst er einstweilen sein Stabsquartier behält. Die unter seinem Commando zusammengezogene Di-

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Arbeiten zur Herstellung der Fahrbahn der Kölnstraße in Bonn soll vergeben werden.

Angebotsformulare können bei dem Unterzeichneten in Empfang genommen werden.

Die Angebote sind bis zum 15. Juli d. J. vormittags 10 Uhr verschlossen und mit der Aufschrift „Angebot auf Herstellung der Fahrbahn der Kölnstraße in Bonn“ versehen einzureichen.

Bonn, den 29. Juni 1911.

Der Landrat.
Dr. Spiritus.

Neue Gemeinden-Fernsprechanlagen.

Am 1. Juli 1911 sind folgende Gemeinden-Fernsprechanlagen dem Verkehr übergeben worden:

1. Bonn-Land: Alfter, Bornheim, Brenig, Dersdorf, Duisdorf, Endenich, Flerzheim, Gielsdorf, Godesberg, Heimerzheim, Hemmerich, Hersel, Holzem, Impekoven, Kardorf, Kessenich, Klein-Altendorf, Lengsdorf, Lessenich, Meckenheim, Merl, Mondorf, Oedekoven, Ollheim, Pech, Rheinbach, Roisdorf, Röttgen, Rösberg, Schwadorf, Sechtem, Stockem, Ueckesdorf, Villip, Walberberg, Wesseling, Wormersdorf, Wormersdorferhof.
2. Euskirchen: Bergheim, Bouderath, Dahlem, Dollendorf, Eicherscheid, Euenheim, Euskirchen, Flamersheim, Frauenkron, Friesheim, Gilsdorf, Hardtberg, Hellenthal, Hohn, Houverath, Kalkar, Kirspenich, Kommern, Kreuzberg, Lommersdorf, Mechernich, Mirbach, Nettersheim, Nöthen, Obergartzem, Rheder, Rißdorf, Roderath, Rohr, Satzvey, Scheven, Schleiden, Schmidtheim, Steinfeld, Strempt, Tondorf, Urft, Vussem, Wachendorf, Wahlen, Weiler, Wiesbaum, Wisskirchen, Zingsheim, Zülpich.
3. Gummersbach: Bergneustadt, Dieringhausen, Gummersbach, Hülsenbusch, Lieberhausen, Marienheide, Meinerzhagen, Morsbach, Müllenbach, Niederseßmar, Obersessmar, Rospe, Wiedenest.
4. Mülheim a. Rh.: Bensberg, Bergisch-Gladbach, Dellbrück, Dünnwald, Frankenforst, Hebborn, Herkenrath, Hoffnungsthal, Immekeppel, Kalk, Lindlar, Mülheim a. Rh., Odenthal, Overath, Paffrath, Refrath, Rösrath, Schildgen, Steinbüchel, Vilkerath, Wahn.
5. Siegkreis: Aegidienberg, Altenbödingen, Asbach, Bennerscheid, Bergheim, Bockeroth, Buchholz, Dattenfeld, Dreisel, Eitorf, Ellingen, Ellingerhof, Ellingerhütte, Ellingerstein, Ellingerstraße, Ellingerwald, Ellingerwiese, Ellingerwiesenhof, Ellingerwiesenstraße, Ellingerwiesenwald, Ellingerwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenhof, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenstraße, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwald, Ellingerwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiesenwiese, Ellingerwiesenhof, Ellingerwiesenstraße, Ellingerwiesenwald, Ellingerwiesenwiese, Ellingerwiesenhof, Ellingerwiesenstraße, Ellingerwiesenwald, Ellingerwiesen

chen Vereine Badens hat so eben einen Aufruf an das badische Volk erlassen, in welchem er dasselbe auffordert, sich um die deutsche Reichsversammlung zu scharen, und für die von derselben beschlossene Reichsverfassung gegen die ihr widerstrebenden oder sie ablehnenden deutschen Regierungen einzustehen. Zugleich mahnt er, seinem Beispiel folgend, an die badische zweite Kammer die Aufforderung ergehen zu lassen, „unverweilt nach dem ruhmvollen Vorgange der zweiten Kammer Württembergs bei der badischen Staatsregierung auf alle jene Schritte zu drängen, welche eben so dringend als unerläßlich sind, um über die unbedingte Anerkennung der deutschen Reichsverfassung mit allen ihren Consequenzen seitens großherzoglicher Staatsregierung nicht den leisesten Zweifel bestehen zu lassen."

Weimar, 22. April. Auf Anregung des politischen Vereins in Weimar haben die verschiedenen hier und in der Umgegend bestehenden Vereine, namentlich Märzvereine, Volks- und constitutionelle Vereine eine gemeinschaftliche Adresse nach Frankfurt beschlossen, in welcher sie sich dahin aussprechen, daß die Nationalversammlung an der rechtsgiltig von ihr beschlossenen Verfassung festhalten, und dabei darauf rechnen möge, daß das Volk auf ihrer Seite stehen werde.

Weimar, 22. April. Heute ist der Erbgroßherzog mit Gefolge nach Schleswig abgereist und zwar über Berlin, um dem Vernehmen nach dort als preuß. Generalmajor seine Stellung in Schleswig zugewiesen zu erhalten. Die Bürgerwehr begleitete ihn bis an den Bahnhof und heute man sich, den vom Erbgroßherzog schon länger gehegten Wunsch durch die endliche Abreise erfüllt zu sehen.

Schwerin, 20. April. In der mecklenburgischen Abgeordnetenkammer führte zu einer längeren Debatte § 2, die Aufhebung des Adels betreffend. Für den Paragraphen sprachen M. Wiggers, Wenzlaff und der Berichterstatter Pohle, gegen denselben v. Liebehenr Haupt (welcher dem Paragraphen die Fassung der deutschen Grundrechte gebe wollte) und Schuhmacher. Neues, was bei der Verhandlung über denselben Gegenstand in Frankfurt nicht schon vorgekommen, wurde wenig gesagt; doch war das Resultat ein anderes als in Frankfurt. Während nach den deutschen Grundrechten der Adel nur als Stand aufgehoben ist, soll derselbe nach dem Willen der mecklenburgischen Abgeordnetenkammer in Mecklenburg (wie in Dessau) gänzlich abgeschafft sein. Mit 59 (Linke und linkes Centrum) gegen 29 Stimmen (zwei hatten sich der Abstimmung enthalten) wurde bei namentlicher Abstimmung der Paragraph angenommen. Nicht besser als dem Adel erging es allen Titeln, „welche nicht das Amt bezeichnen, mit welchem sie verbunden sind." Auch sie mußten nach dem Willen der Abgeordnetenkammer fallen; ein Amendement Wiggers, welches sogar die Amtstitel abgeschafft wissen wollte, wurde verworfen.

Braunschweig, 21. April. In der heutigen Sitzung der Stände wird zur Berathung über den Commissionsbericht zu dem Lynder'schen Antrage, die Veröffentlichung der Reichsverfassung betreffend, geschritten. Die Commission hat folgenden Schlußantrag gestellt:

„Die Versammlung beantragt bei der Staatsregierung die Erlassung folgender gesetzlichen Bestimmungen: 1) zur Beseitigung aller formellen Bedenken wird declarirt, daß der § 12 der Landesverfassung (die Publication der Bundesbeschlüsse betreffend) durch die Reichsgesetzgebung aufgehoben ist und keine Anwendung mehr findet; 2) wird anerkannt, daß die sämmtlichen, von der provisorischen Centralgewalt erlassenen und ferner zu erlassenden, nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 27. Sept. v. J. publicirten oder noch zu publicirenden Gesetze und Verordnungen ohne weiteres in Wirksamkeit treten; 3) dasselbe gilt rücksichtlich der Gesetze und Verordnungen, welche die gesetzgebende oder executive Gewalt des Reichs in Gemäßheit der neuen Reichsverfassung erläßt, sobald sie durch diese Verfassung begründete Centralgewalt ins Leben getreten sein und dadurch die jetzige provisorische Centralgewalt ihre Endschaft erreicht haben wird. Indem die Versammlung zugleich das Vertrauen ausspricht, daß das derzeit. Staatsministerium nach Kräften dazu mitwirken wird, die als rechtsgültig anerkannte Reichsverfassung vor andern als verfassungsmäßigen Abänderungen zu bewahren, und daß es eingedenk sein werde, bei allen etwa erforderlichen Verhandlungen mit deutschen Regierungen, in Folge deren die bestehenden Landesgesetze aufgehoben oder abgeändert werden müßten, nicht ohne Zustimmung der Landesversammlung zu verfahren, fordert sie das derzeit. Staatsministerium auf, die Reichsverfassung durch Abdruck in den braunschweigischen Anzeigen zur allgemeinen Kenntniß des Landes zu bringen."

Staatsminister v. Schleinitz erklärt die Veröffentlichung der Reichsverfassung durch die Anzeigen, nachdem der Regierung ein officielles Exemplar der Verfassung zugegangen, für durchaus unbedenklich, und eröffnet, daß bereits die Veröffentlichung angeordnet, und in den nächsten Tagen erfolgen werde. Er hält es ferner für eine Unmöglichkeit, daß Aenderungen der Verfassung auf eine andere als verfassungsmäßige Weise von einer deutschen Regierung verlangt werden könnten, und erkennt als selbstverständlich an, daß, falls bei einem freilich nicht zu besorgenden Scheitern des jetzigen Verfassungswerks wegen Begründung eines Bundesstaats mit deutschen Regierungen Verhandlungen eingeleitet werden müßten, die Zustimmung der Landesvertretung erfolgen müsse. Der § 12 der Landesverfassung sei mit dem Wegfallen des Bundestags von selbst außer Wirksamkeit getreten, und sei die beantragte Declaration daher unbedenklich; dasselbe gelte von den übrigen beantragten gesetzlichen Bestimmungen, falls wirklich Zweifel an der unmittelbaren Giltigkeit der Reichsverfassung befürchtet werden könnten. Leider sei die Regierung noch nicht im Stande, wesentliche Fortschritte in der Vollendung der Reichsverfassung mitzutheilen. Das Wichtigste sei die bekannte österreichische Note an Hrn. v. Schmerling, für deren Offenheit man gewiß der österreichischen Regierung nur dankbar sein könne, da sie dem Verfassungswerke wesentlich förderlich sein werde. Die hiesige Regierung habe die Errichtung eines kräftigen Bundesstaats stets für eine Nationalnothwendigkeit gehalten, und zweifele daher auch nicht daran, daß diese sich Bahn brechen werde. (Bravo in der Versammlung.) Die Commissionsanträge werden einstimmig angenommen. Es wird sodann die Berathung über das Gesetz, die Einführung der Einkommensteuer betreffend, fortgesetzt und beendigt. (D. Rz.)

Sigmaringen, 24. April. Mit dem gegenwärtigen Landtage wurden folgende Gesetze vereinbart und bereits amtlich verkündet: ein sehr freisinniges Wahlgesetz ohne Census, mit directen Wahlen und geheimer Stimmgebung; statt der bisherigen 7 Wahlbezirke mit je zwei Abgeordneten sind 14 Wahlbezirke mit je einem Abgeordneten aufgestellt. Für die abgeschaffte Todesstrafe hat lebenslängliche Zuchthausstrafe einzutreten. Das Recrutirungsgesetz wurde den Grundrechten gemäß abgeändert; um die vorgeschriebenen zwei Precente zu ergänzen, wird die ganze Mannschaft der Altersklasse 1848 ausgehoben. — Unser Bataillon hält sich täglich zum Ausmarsch bereit, und sein nächster Bestimmungsort soll Frankfurt sein. (Schw. M.)

Schweiz.

Basel, 25. April. Aus Lugano kommt uns so eben folgende officielle Nachricht zu: „Herr Alt-Landammann Sidler war schon nach Hause zu reisen bereit, als er eine Note von Radetzky erhielt, welche bei Drohung von gänzlicher Sperrung und Intervention die Entfernung aller Lombarden aus hiesigem Kanton in Zeit von 8 Tagen verlangt." (National-Ztg.)

Italien.

Livorno, 15. April. Ganz Toscana hat sich zu Gunsten des Großherzogs ausgesprochen, überall sind die Freiheitsbäume niedergerissen worden, nur Livorno allein widersteht und will die Republik vertheidigen. Sie müssen hieraus aber nicht folgern, als hätte der Großherzog keinen Anhang in Livorno; im Gegentheil, alle wohlhabenden Bürger, überhaupt Alle, die Etwas zu verlieren haben, sind für die Wiederherstellung der alten Ordnung der Dinge. Es ist nur eine kleine Fraction der ärmeren Klasse, an deren Spitze einige Clubführer und desperate Advocaten stehen, welche die ganze Stadt nun schon seit langer Zeit tyrannisirt, die durchaus nichts von der Wiedereinsetzung Leopolds hören will. Diese Partei ist gegen die Florentiner äußerst aufgebracht. Gestern wollten einige Hundert von ihnen nach Florenz marschiren, um die ermordeten Livorneser zu rächen und ihren geliebten Guerrazzi zu befreien, welcher in Florenz gefangen sitzt, um Rechenschaft dafür zu geben, daß er das ganze Land an den Abgrund des Verderbens gebracht und die Staatsschulden um 6 Millionen Lire vergrößert hat. In alle Häuser drang diese wahnsinnige Rotte und verlangte Waffen. Um 5 Uhr Nachmittags versammelten sich etwa 200, um ihre Expedition anzutreten. Diese Abreise wurde aber verschoben, weil man die Colonnen des Generals d'Aspice und des Obersten Petracchi erst erwarten will. Die Terroristen erlauben Niemand, die Stadt zu verlassen; so wurde gestern eine Kutsche angehalten, in welcher sich eine Familie befand, die sich aufs Land flüchten wollte; die Pferde wurden ausgespannt und man zwang die Passagiere, mit Sack und Pack wieder in ihre Wohnung zurückzukehren. Der Gonfaloniere, Herr Fabbri, ein sehr rechtlicher Mann, hat im Angesicht dieser immer mehr um sich greifenden Anarchie seine Entlassung genommen. Eine Sicherheits- und Vertheidigungscommission hat sich heute gebildet. Von Florenz soll sich eine Deputation nach Gaeta begeben haben, um den Großherzog zurückzurufen. Die Oesterreicher haben Pontremoli, Massa und Carrara besetzt, ohne Widerstand zu finden. Man sagt sogar, die toscanischen Truppen hätten sich mit den Oesterreichern vereinigt.

Rom, 15. April. In Erwägung der letzten Unfälle Italiens erklärt die römische Constituente: „Die römische Republik, Asyl und Vormauer der italienischen Freiheit, wird nie weichen, noch sich zu Unterhandlungen herablassen. Die Repräsentanten und die Triumviri schwören im Namen Gottes und des Volkes, das Vaterland zu retten (la patria sarà salva)." Das ist die Antwort auf die gestern hier eingetroffenen Hiobsposten aus Nord-, Süd- und Mittelitalien. Man will Widerstand leisten bis aufs Aeußerste; man ruft Alle, die wegen ihrer Liebe zur Freiheit flüchtig sind, nach Rom, wo die Kampffähigen ein Lager, die Wehrlosen Gastfreundschaft finden sollen. Dennoch bin ich überzeugt: ein Stoß, und die Republik ist vernichtet. Das Volk fängt an einzusehen, daß sie über kurz und lang stürzen muß; es billigt die Restauration in Toscana und wünscht, man wäre hier ebenso weit. Schon vermuthet man, von wo aus der Angriff erfolgen werde. Es muß sich auf jeden Fall sehr bald zeigen, ob noch ein Funken selbstständigen Lebens im römischen Volke vorhanden ist, oder ob man nochmals fremder Hilfe warten will. Der Credit der Republik muß im untern Volke durch die Ausgebung eines Papiergeldes von 24 Bajocchi noch mehr sinken. Viel Kopfzerbrechen erregte gestern folgendes Decret: „Der Po ist zum nationalen Fluß erklärt." Endlich erfuhr man die Bedeutung: daß nämlich die Unterhaltung der Uferbauten aus der Staats-, nicht, wie bisher, aus den Provinzialkassen bestritten werden soll.

Neapel. In Neapel haben die Siegesnachrichten aus Sicilien großen Jubel hervorgebracht. Eine große Volksmenge, 200—300 neapolitanische Rekruten mit weißen Fahnen, Musik ꝛc. an der Spitze, durchzog die Straßen der Stadt, unter dem lauten Ruf: Viva il Re. Die Begeisterung für den König und die tapfere Armee war außerordentlich.

Frankreich.

** **Paris**, 24. April. Frankreich und England haben gemeinschaftlich dem Wiener Cabinet eine diplomatische Note zugestellt, in welcher sie dasselbe auffordern, in den Bedingungen, welche Radetzky Piemont auferlegen will, weniger streng zu sein. Zu dieser Mittheilung der „Estafette" ist es nöthig, zu bemerken, daß zwischen den österreichischen und sardinischen Bevollmächtigten in Betreff der Entschädigung der Kriegskosten, welche Sardinien an Oesterreich zu leisten hat, eine große Meinungsverschiedenheit herrscht. Oesterreich verlangt im Ganzen 125 Millionen italienische Lire (Franken), wovon 75 auf den Feldzug vom Jahr 1848 und 50 auf den letzten Feldzug kommen. Die sardinischen Bevollmächtigten ihrerseits bieten nur 60 Millionen an. Um den Streit zu vereinfachen, hat Radetzky beschlossen, an das verpfändete Ehrenwort des Königs Victor Emanuel zu appelliren. Zu diesem Zwecke begab sich der Minister Buoncompagni wieder nach Turin zurück, um seinen Monarchen zu einer bestimmten Erklärung zu veranlassen, ob ihm Radetzky den Waffenstillstand von Novara anders bewilligte, als unter der ausdrücklichen und unerläßlichen Bedingung, daß Sardinien alle von Oesterreich amtlich bescheinigten Kriegskosten zu ersetzen habe. Da nun Oesterreich nach den erhobenen Rechnungen die besagte Ziffer von 125 Millionen eher zu nieder, als zu hoch gegriffen hat, so ist Victor Emanuel offenbar gebunden, sein Wort zu halten. Der Pariser Correspondent der „Karlsruher Zeitung", welcher diese Notizen gibt, theilt in Bezug auf dieselben noch ferner mit, daß trotz dieser Thatsachen in den diplomatischen Kreisen behauptet werde, Oesterreich werde von seinen Forderungen noch Etwas nachlassen, weil der Stand der sardinischen Finanzen solche Geldopfer jetzt nicht zu erschwingen vermag. Wahrscheinlich habe man die Ziffer von 125 Millionen nur darum in die Unterhandlung gebracht, um durch den wirklichen Kostenaufwand darzuthun, welches Opfer Oesterreich der Erhaltung des Weltfriedens bringt, wenn es seine rechtlich begründeten Forderungen an den König von Sardinien freiwillig zu ermäßigen geneigt ist. Sollte man in Turin diesen Unterschied verkennen, so droht Radetzky freilich Alessandria zu besetzen, bis über die Entschädigungsfrage aus Wien eine bestimmte Erledigung erfolgt sein wird. Der österreichische Marschall wittert gewisse diplomatische Intriguen. Namentlich soll Lord Abercrombv sehr empfindlich darüber sein, daß Oesterreich den englischen Diplomaten nicht weiter in den italienischen Angelegenheiten herumwühlen lassen mag. England möchte sich gerne den wohlfeilen Anschein geben, als ob es durch seinen Einfluß den Betrag der Kriegssteuer, welche Oesterreich begehrt, heruntergestimmt hätte. Radetzky aber, der dies durchschaut, will von einer britischen Vermittlung nichts wissen, und setzt den Umtrieben der fremden Diplomatie seine bekannte Willensfestigkeit entgegen, die denn der Parteigeist auszubeuten sucht, um die alten Antipathien gegen Oesterreich anzufachen. Im Grunde genommen kommt übrigens Radetzky mit Victor Emanuel besser zurecht, als mit ungebetenen Mittelspersonen, und darum zweifeln gut Unterrichtete nicht im mindesten daran, daß die in Mailand gepflogenen Unterhandlungen zu einem baldigen Abschluß des Friedens zwischen Oesterreich und Sardinien führen werden.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 26. April. Oesterreichische Fonds wegen ihrer abermaligen Besserung zu Wien hier auch fester im Cours, 5pCt. Metall. 77⅞, pCt. G., 2½pCt. Metall 41⅛, pCt., Bienerbankactien 1193 fl., 500 fl. Loose 130 pCt. G., 250 fl. Loose 81⅞, pCt. G. Sämmtliche übrige Anlehensloose wichen nur sehr wenig von ihrem gestrigen Standpunkt ab, Darmstädter 50 fl. Loose waren beliebter, 72½, fl. G. Südrussische Obligationen gut preishaltend, ebenso belgische Obligationen zu ihrer gestrigen Notiz gefragt. Holländ. 2½pCt. Integr. 49⅞, pCt. G. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 34⅞, Bitlr., Berbach 73⅞, pCt., Köln-Minden 77½, pCt., Taunus 290 fl., 3pCt. inl. Span. stellten sich am Schluß der Börse etwas weniges niedriger als gestern Abend im Cours und schließen 23⅞, pCt. Den Wechseln Wiener 105⅞, Berlin angeboten 105½ Br., London 120⅞, gemacht, Amsterdam 100⅞, à ⅛, Augsburg 119⅞, G., Mailand 100⅛, gemacht.

Wien, 23. April. 3pCt. Metall. 90. — 4½pCt. 72½. — 3pCt. — 2½pCt. 46⅝. — Bankactien 1138. — 500 fl. Loose 147. — 250 fl. Loose 92½. — Nordbahnactien 97. — Glogganitzer 93. — Mailänder 70.

Die Nachrichten aus Ungarn haben die Börse gedrückt, und 5pCt. Met. sind bis 89¾ gemacht worden, späterhin erholten sich die Course und blieben zur Notiz mehr Nehmer als Geber. Devisen haben etwas angezogen, wie auch Silber. Gold blieb unverändert.

Berlin, 25. April. Staatsschuldscheine 80 bez., Seehandlungs-Prämienscheine 100⅞, bez., Bankantheile 85⅞, bez. u. G. Berlin-Hamburg 53 bez., Köln-Minden 76⅞, zu machen, Friedr.-Wilh.-Nordb. 34 u. 34⅛, bez. Rheinische 46 Br., Ltztrag. 50 Br., Anh. bei Stieglitz 83⅞, bez. u. G. 5. 85⅞, bez. Poln. 500 fl. Loose 74⅛, Br. Kurhess. Prämienscheine à 40 Rthlr. 27⅞, Br. Neue Bad. Anl. à 35 fl. 16½ Br.

Die Nachrichten von einer Niederlage der Oesterreicher in Ungarn, und die in deren Folge gewichenen Wiener Notirungen übten einen ungünstigen Einfluß auf die Börse, und einige Fonds sowie Actien wurden etwas billiger verkauft; das Geschäft blieb sehr beschränkt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Meine gestrige Rede konnte des allgemeinen Sturms wegen, den dieselbe durch ihre rückhaltlose Aeußerungen über das Verfassungswerk selbst hervorrief (welches nach meiner Ansicht viel weniger die Interessen des Volks, als die der Regierungen und der eigenen Wünsche berücksichtigt und in der selbstsüchtig beigelegten Unfehlbarkeit die Zukunft Deutschlands gefährdet, jede Vermittelung unmöglich macht, und die Reichsregierung nöthigt, in die Einzelstaaten hineinzuregieren), in dem gestrigen Blatte dieser Zeitung weder nach dem Inhalte noch nach der Ausdrucksweise wiedergegeben werden. Ich halte mich deßhalb verpflichtet zu bemerken, daß ich in keiner Stelle meines Vortrags es ausgesprochen habe, daß der König von Preußen weder Krone noch Verfassung annehmen dürfe. Eben so wenig habe ich des Generals von Wrangel noch irgend eines Generals gedacht, sondern zur Berichtigung der Meinungen über den Grafen Brandenburg angeführt, daß derselbe, ehe er eine wichtige Entscheidung gibt, die Volksmeinung in den Provinzen zu erfahren bemüht ist, und ein ganzer Mann sei, welchen auch 100,000 halbe Männer nicht ersetzen, da jede Halbheit stets eine Halbheit bleibt.

Frankfurt, den 26. April 1849. **v. Bally.**

[465] **Bekanntmachung.**

Bei den nachstehend bezeichneten Herzoglich Nassauischen Postämtern befinden sich mehrere Postsachen und ein Werthbrief, welche als unbestellbar von den resp. Bestimmungsorten zurückgesendet worden sind, sowie einige in den Eilwagen aufgefundene Gegenstände, nämlich:

bei der Postverwaltung zu Wiesbaden:
ein Poststück an den Wirth zur Krone in Biebrich,
ein „ „ Herrn A. Schwarz in Frankfurt,
ein „ „ „ v. Bibra in Weilburg,
ein „ „ „ Jung auf dem Johannisberg,
ein „ „ „ Kiefer zu Weilburg,
ein „ „ „ Weber zu Carlsruhe und
ein Geldbrief an Fräulein Carolina Saal in Weilburg;

bei der Postverwaltung zu Ems:
ein Poststück an Herrn Herrn Bernhard Berninghaus zu Köln;

bei der Postverwaltung zu Rüdesheim:
ein Poststück an Herrn Walker, Literat zu Mannheim,

so wie mehrere in den Eilwagen aufgefundene Gegenstände.

Die Eigenthümer dieser Gegenstände werden daher hiermit aufgefordert, solche bei den benannten Postämtern gegen gehörige Legitimation resp. gegen Rückgabe des betreffenden Postscheines, sowie gegen Bezahlung des darauf haftenden Porto's binnen sechs Monaten in Empfang zu nehmen, widrigenfalls nach Umfluß dieses Termins anderweit darüber wird verfügt werden.

Frankfurt, den 16. Februar 1849.

Ober-Post-Amt.

---

[934] Anlehen Sr. Durchlaucht des Herrn Herzogs **Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha** von fl. 500,000 *) Conv. Mze. d. d. Wien den 12. September 1842.

In der heute stattgehabten dritten Verloosung des obengenannten Anlehens sind folgende Partial-Obligationen zur Rückzahlung — nach Eingang — gezogen worden. Die Verzinsung derselben läuft nur bis zu den beigesetzten resp. Verfallterminen, nämlich:

Litr. K. Nr.	2163. 2204. 2222. . .	à fl.	1000	rückzahlbar
„ L. „	1538. 1559. 1750. . .	„ „	500	pr. 1. Juli
„ M. „	1267. 1372. 1379. 1380. .	„ „	250	1849.
„ K. „	2145. 2155. 2206. . .	„ „	1000	rückzahlbar
„ L. „	1599. 1615. 1694. . .	„ „	500	pr. 1. Jan.
„ M. „	1251. 1255. 1263. 1366.	„ „	250	1850.
„ K. „	1968. 2139. 2198. . .	„ „	1000	rückzahlbar
„ L. „	1560. 1663. 1710. . .	„ „	500	pr. 1. Juli
„ M. „	1204. 1238. 1245. 1277.	„ „	250	1850.
„ K. „	2194. 2264. 2272. . .	„ „	1000	rückzahlbar
„ L. „	1537. 1545. 1558. . .	„ „	500	pr. 1. Jan.
„ M. „	1270. 1310. 1337. 1346.	„ „	250	1851.
„ K. „	2023. 2045. 2137. 2235.	„ „	1000	rückzahlbar
„ L. „	1604. 1662. 1719. . .	„ „	500	pr. 1. Juli.
„ M. „	1248. 1285.	„ „	250	1851.
„ K. „	2081. 2107. 2243. 2269.	„ „	1000	rückzahlbar
„ L. „	1554. 1621. 1635. . .	„ „	500	pr. 1 Jan.
„ M. „	1290. 1343.	„ „	250	1852.

Frankfurt a. M., den 29. März 1849.

M. A. von Rothschild & Söhne.

*) Nicht 1,000,000, wie in Nr. 89 irrig stand.

[1188] **Bekanntmachung.**

Im Besitze von Aufträgen verschiedener kleiner und großer Oekonomie-Güter zu verschiedenen Preisen im Königreich Bayern, namentlich in der so fruchtbaren Provinz Franken, zeigen wir allen Kauflustigen hiermit an, daß durch uns nicht allein ganz genaue Beschreibungen solcher Güter auf frankirte Briefe ertheilt werden können, sondern daß auch den Kaufslustigen, die unsre Vermittlung in Anspruch nehmen, eine reele und prompte Bedienung zugesichert wird.

Würzburg, den 23. April 1849.

Das Commissions-Bureau
G. J. Michel & Co.

Taunus-Eisenbahn.

[1213]

Fahrtenplan für den Sommerdienst 1849 vom 1. Mai anfangend.

Abfahrtstunden.

von Frankfurt			von Castel (Mainz)			von Wiesbaden			von Biebrich		
nach Castel	nach Biebrich	nach Wiesbad.	nach Frankfurt	nach Biebrich	nach Wiesbad.	nach Biebrich	nach Castel	nach Frankfurt	nach Castel	nach Frankfurt	nach Wiesbad.
Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.
6¼	6½	6½	6½	7½	7½	6	6	6	6	6	7½
9½	9½	9½	9	10½	10½	8½	8½	8½	8½	8½	10½
11½	11½	11½	11½	12½	12½	11	11	11	11	11	12½
Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.
3	3	3	3	4½	4½	2½	2½	2½	2½	2½	4½
5½	5½	5½	5½	6½	6½	5	5	5	5	5	6½
8½	8½	8½	8½	9½	9½	8	8	8	8	8	9½

Außer vorstehenden Fahrten finden noch folgende Extrafahrten Statt:

Täglich: Ein Güterzug von Frankfurt nach Castel und vice versa (mit Ausschluß der Sonn- und Festtage) um 12½ Uhr Mittags.

☞ Mit diesen Güter-Zügen können auch Personen in 3. und 4. Wagenklasse befördert werden.

Von Castel (Mainz) nach Biebrich und Wiesbaden
„ Biebrich nach Wiesbaden . . . . . } um 2 Uhr Nachmittags.

An Sonn- und Festtagen:

Von Frankfurt nach Höchst um 1½ Uhr Nachmittags.
„ Castel nach Wiesbaden „ 3½ „ „

Von Wiesbaden nach Biebrich u. Castel (Mainz)
„ Biebrich nach Castel (Mainz) . . . . . } um 7½ Abds.

☞ An Sonn- und Festtagen findet die letzte Abfahrt auf allen Stationen eine halbe Stunde später Statt, demnach:

Von Frankfurt nach Castel (Mainz), Biebrich und Biebrich um 9 Uhr Abends. — Von Castel (Mainz) nach Frankfurt um 9 Uhr Abends. — Von Wiesbaden nach Biebrich, Castel (Mainz) und Frankfurt um 8½ Uhr Abends. — Von Biebrich nach Castel (Mainz) und Frankfurt um 8½ Uhr Abends. — Von Castel (Mainz) nach Biebrich und Wiesbaden um 10½ Uhr Abends. — Von Biebrich nach Wiesbaden um 10½ Uhr Abends.

Frankfurt am Main, im April 1849.

Der Verwaltungsrath der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft:
in dessen Namen der Director
Beil.

Große Bücherauction in Frankfurt a. M.

Am 21. Mai d. J. und an den folgenden Tagen wird zu Frankfurt a. M. eine aus mehr als 10,0000 Werken bestehende Sammlung von Büchern, Pracht-, Kunst- und Kupferwerken durch die geschworenen Herren Auktoren öffentlich versteigert.

Der interessante Katalog enthält die Bibliotheken der verstorbenen Herren geh. Hofrath und Professor Dr. **Wagner** in Marburg und Apotheker **Hörle** hier, erstere mit philologischen Inhalts, letztere aus werthvollen botanischen Werken bestehend. Außerdem befinden sich darin aber auch noch viele andere, größere und kleinere Sammlungen guter Bücher aus fast allen Wissenschaften.

Zu haben ist dieser Katalog in Frankfurt a. M. bei dem Unterzeichneten, bei Herren Wimpfen & Goldschmidt, Herrn J. A. Metz, Herrn Joseph Baer, Herrn M. L. St. Goar, in der C. Ullmannschen Buchhandlung und bei Herrn Anton Baer, auswärts bei den bekannten Herren Commissionären.

Frankfurt a. M., im April 1849.

[1183] **G. F. Kettembeil.**

[1042] Bei Georg Wigand in Leipzig ist so eben erschienen und in der Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkartenhandlung in Frankfurt a. M. zu haben:

Geschichte des deutschen Reiches und Volkes bis auf unsere Tage. Von Ludwig Flathe.

Motto: Des Vaterlands Größe, des Vaterlands Glück
O, schaff es, o bringt es dem Volke zurück.

Mit fünfzig Bildnissen folgender Männer:

Karl der Große; Otto d. Gr.; Heinrich III.; Heinrich IV.; Heinrich V.; Friedrich I.; Heinrich der Löwe; Friedrich II.; Rudolph I.; Friedrich mit der gebissenen Wange; Ludwig der Bayer; Huß; Maximilian I; Luthernkuß; Karl V.; Friedrich der Weise; Luther; Melanchthon; Moritz von Sachsen; Maximilian II.; Ferdinand II.; Wallenstein; Tilly; Ferdinand III; Ulrich von Hutten; Albrecht Dürer; Leibnitz; Friedrich Wilhelm, der große Kurfürst; Friedrich d. Große; Joseph II.; Gellert; Justus Möser; Johann Winckelmann; Herder; Arndt; Lessing; Mozart; Erzherzog Karl; Goethe; Schiller; Andreas Hofer; Blücher; Körner; Friedrich Wilhelm, Herzog von Braunschweig-Oels; Carl Maria v. Weber; Alexander v. Humboldt; Heinrich v. Gagern; Uhland; Cornelius; Erzherzog Johann.

Taschenformat 20 Bogen in Umschlag. Broschirt. 54 Kreuzer.

Die Wasser-Heilanstalt zu Bad Weilbach,

erst vor einigen Jahren auf das vollkommenste und den jetzigen Anforderungen der Hydriatrik entsprechend eingerichtet, ist bei der allgemein anerkannten größeren Wirksamkeit der Kalkwasser-Curen während der kälteren Jahreszeit mit dem 1. April d. J. eröffnet worden.

Die Frische und Reinheit des hiesigen Quellwassers von nur 5° Reaumur Temperatur, die geschmackvolle und bequeme Einrichtung der Wohnungen, die Wohlfeilheit der Preise (für Wohnung, Kost, Bäder und ärztliche Behandlung, je nach der Schönheit der Wohnungen von 12—35 Gulden wöchentlich), die Annehmlichkeit einer wildreichen Jagd, dicht beim Curhause, sowie die nur sehr geringe Entfernung von der Taunus-Eisenbahn, mittelst welcher Ausflüge nach Wiesbaden, Frankfurt, Mainz und dessen reizende Umgebungen ohne große Kosten gemacht werden können, lassen auf einen recht zahlreichen Besuch hoffen.

Bad Weilbach, im April 1849.

[1026] **Ph. Seebold.**

Geschäfts-Eröffnung.

Ich beehre mich, verehrlichem Handelsstande hierdurch anzuzeigen, daß ich unterm heutigen Tage ein

Speditions- und Verladungs-Geschäft

zur Beförderung von Gütern durch die Dampfboote nach allen Stationen des Rheins bis **London**, nach **Holland**, **Belgien**, dem nördlichen **Frankreich** und allen überseeischen Plätzen, so wie durch die Eisenbahnen nach **Mainz**, **Biebrich**, **Wiesbaden**, **Hanau**, **Darmstadt**, **Heidelberg**, **Mannheim**, überhaupt nach **Baden**, **Rheinbayern**, **Wurttemberg**, der **Schweiz** und dem südlichen **Frankreich**, auf hiesigem Platze errichtet habe.

Die Güter werden durch meine Fuhre bei den Herren Versendern abgeholt.

Jede nähere Auskunft ertheile ich bereitwilligst und empfehle mich zu geneigten Aufträgen.

Heinrich Henlé,

[1131] Neue Kräme Nr. 34 neu, dem Braunfels gegenüber.

Großer Ausverkauf während der Messe Neukräme 27.

Tuch und Buckskin zu Hosen, Westenstoffe in Wolle, Seide, Sammet und Plüsch die Weste 24, 30, 36 kr. bis 1 fl. 45 kr., Sommerhosenzeuge und Sommer-Buckskin die Hose 1 fl. bis 4 fl. 48 kr., 1500 Stück Sommerröcke und Paletots von 2½ bis 8½ fl., Schlafröcke und Herrenröcke von 2½ bis 6½ fl.

Im Laden Neukräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels, bei

[1078] **J. Sachs**, aus Berlin.

---

[890] **Joseph Schell**, Corsetten-Fabrikant aus Ludwigsburg,

empfiehlt für diese Messe wieder sein schon längst bekanntes Lager in Damen- und Kinder-Corsetten, sowie auch Morgen-Leibchen, mit und ohne Elastik, und verkauft en gros wie en detail zu äußerst billigen Preisen. Auch habe ich wieder eine große Auswahl aller Arten Gummi-Bälle und gebe diese ebenfalls zu sehr billigen Preisen ab.

Meine Bude befindet sich wie gewöhnlich auf dem Römerberg, hinterer Gang, vis-à-vis dem Römer.

Ausverkauf von Sonnenschirmen und Regenschirmen.

Nur während der Messe Neukräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels.

Regenschirme in schwerster Seide von 3½ bis 5½ fl. — Sonnenschirme in schwerster Lyoner Seide höchst geschmackvolle Muster, pr. Stück 1 fl. 45 kr. bis 3½ fl.

Neukräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels, bei

[1077] **J. Sachs**, aus Berlin.

Bekanntmachung.

Statt der früher angekündigten Fahrten des Dampfschiffes **Lübeck**, Capt. G. Fuhr, zwischen Travemünde, Kopenhagen, Goldenburg und Christiania, wird dasselbe bis auf Weiteres zweimal wöchentlich, und zwar Dienstags und Sonnabends Nachmittags 6 Uhr von Travemünde mit der Post, Passagieren und Gütern nach Kopenhagen abgehen und Donnerstags und Sonntags von dort seine Rückreise antreten. Es wird am Dienstag, den 27. März, zuerst von Travemünde seine Fahrten beginnen.

Lübeck, den 23. März 1849.

Die Direction der Lübecker Dampfschifffahrts-Gesellschaft.

NB. Ettern, Beiseckern und Haare werden nicht geladen. [869]

Die Schwarzwälder-Uhrenfabrik-Niederlage bei J. Eckhardt, Roßmarkt F. 107, empfiehlt sich mit großer Auswahl der neuesten Gegenstände, nebst Lager von Pariser und Wiener Pendul- und Rahmen-Uhren, Genfer Musik-Dosen und Musikwerke, Vogel-Orgeln ꝛc. in der besten Qualität zu den billigsten Preisen. [781]

☞ **Avis für Damen.** ☜

☞ Meine größte Damen-Mäntel-Niederlage ☜ ist durch bezogene Zusendungen der neuesten und elegantesten fertigen

☞ Mantillen, Mantelets, Palettino's und Visites ☜

wiederum auf's reichhaltigste sortirt zu sehr soliden Preisen

☞ Neue Kräme Nr. 34 bei Herrn Lorie, [1066] vis-à-vis vom Braunfels.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustsaft von Georgé in Epinal, wegen derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Confiteur Schott, große Sandgasse, zu haben.

Commissionäre sind: Hr. Confiteur J. C. Schlemmer in Mainz. [1118]

Den resp. Herrschaften u. Prinzipalitäten

empfehle ich mich mit einer Auswahl gut zu empfehlender Dienst- und Stelle-Suchender jeder Branche zu genauen Aufträgen ergebenst.

Nur gut zu empfehlende, mit guten Zeugnissen versehene Dienst- und Stelle-Suchende werden bei mir eingetragen und empfohlen.

Amtl. bestät. Dienst- und Stelle-Gesuch-Büreau [1260] von **F. A. Wüst**, Paulsplatz 13 neu.

[1190] Französisches geruchmeckendes Speise- (Salat-) Oel habe zum Verkauf in Commission erhalten per Maas zu 52 kr., in Fässern von circa 3 Ohm verhältnißmäßig billiger.

Adolph Kempf.

Sardinische 36 Fr. Loose

Ziehung den 1. Mai, courmäßig bei

[1137] **J. N. Trier & Cie.**

[1209] **An- und Verkauf**

von Staatspapieren, Staats-Lotterie-Loosen, staatsberechtigten Obligationen mit hypothekarischer Sicherheit, Eisenbahn-Actien, Coupons bei

Moritz Budge,
Rechnergasse Nr. 11.

Lotterie-Comptoir

von **Michael Oppenheimer**, Zeil 47, Hrn. Böhler gegenüber. [847]

---

[848] **Coupons und Staatspapiere.**

An- und Verkauf bei **Michael Oppenheimer**, Zeil 47, Herrn Böhler gegenüber.

☞ Ein junger wissenschaftlich gebildeter Mann sucht eine Stelle als Correspondent auf einem Geschäftsbüreau oder in einem Handlungshause. Gefällige Offerten unter der Ziffer „S. 18818“ besorgt die Redaction d. Bl. [1164]

[1034] Nachdem die Wittwe des Carl Philipp Baumann, Justine geb. Lamm von hier, verstorben und deren Verlassenschaft unter Siegel gelegt worden ist, ohne daß bis jetzt Erbberechtigte dafür aufgetreten sind, so werden nunmehr alle diejenigen, welche Forderungen an die Erbmasse haben und alle, die Erbansprüche geltend machen wollen, aufgefordert, im Termin

den 3. k. M.,
Vormittags,

ihre deshalbigen Ansprüche anzumelden und zu begründen, widrigens auf die Nichterscheinenden keine Rücksicht genommen werden wird.

Hanau, den 3. April 1849.

Kurfürstliches Landgericht
Giller
Kayser.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Kreuzerstationsblatt und Beilage.)

№ 101. —— Samstag —— den 28. April —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bereichsgebiete von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 22.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (⅔ Drittel) mit Beilschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 22.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 356; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Wesl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 73.; 3) Commissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostcommissär Herrseldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Der Kampf in und bei Kolding. — Rückzug der Dänen. — Bekanntmachung der Statthalterschaft. — Bericht des General Bonin. — Orla Lehmann gefangen.

Hamburg, 25. April. (Börsh.) Die gestern mitgetheilten vorläufigen Berichte über das für die schleswig-holsteinischen Truppen siegreiche Gefecht, welches am 23. d. M. in und bei Kolding stattgefunden hat, finden in den gestern Abend und heute Vormittag aus dem Norden der Herzogthümer angelangten Nachrichten ihre vollständige Bestätigung. Officiell ist unter denselben nur ein kurzer, von der Statthalterschaft veröffentlichter, vorläufiger Bericht des Generals Bonin, den wir nachstehend mittheilen. Aus den demselben angefügten, im Ganzen unter einander übereinstimmenden Privatberichten läßt sich indeß der Verlauf der Ereignisse mit ziemlicher Genauigkeit ersehen.

Schleswig, 24. April. Die Statthalterschaft hat heute folgende Ansprache erlassen: Mitbürger! Am Jahrestage des Treffens bei Schleswig, am 23. d. M., hat unsere tapfere Armee unter der ruhmwürdigen Führung des Generals v. Bonin ein neues siegreiches Gefecht bestanden. Die Statthalterschaft schägt sich glücklich, den bei ihr eingegangenen, außen auf dem Schlachtfelde geschriebenen Bericht des Generals zur öffentlichen Kunde zu bringen. „Kolding, den 23. April, Nachmittags 4 Uhr. Einer hohen Statthalterschaft verfehle ich nicht, die ganz gehorsamste Anzeige zu machen, daß mich heute früh 8 Uhr die dänische Armee in einer Stärke von 18 Bataillonen, 3 Regimentern Cavallerie, einer zahlreichen Artillerie, unterstützt von einer Corvette und zwei Kanonenböten im Fjord von Kolding, in meiner Stellung bei Kolding angegriffen hat. Nach einem langen und blutigen Gefechte von sechs Stunden ist der Feind auf allen Punkten zurückgeschlagen. Kolding, das zuerst als Brückenkopf betrachtet, von der Avantgarde nach rühmlichem Widerstande auf meinen Befehl geräumt, und später als ich um 2 Uhr mit dem linken Flügel von Gielballo mit der zweiten Brigade die Offensive ergriff, von der ersten Brigade mit Sturm wieder genommen. Ich verfolge den Feind in der Richtung auf Beile. Die Stadt Kolding ist fast niedergebrannt. Die Obersten Graf Baudissin und v. Sachau sind verwundet, glücklicherweise nicht bedeutend. Der heutige beiderseitige Verlust beträgt wohl 1000 Mann an Todten und Verwundeten. (Unterz.) v. Bonin." — Der General v. Bonin hat den Hauptmann v. Steyber mit der Siegesnachricht an die Statthalterschaft gesandt und durch diesen hinzufügen lassen, daß sämmliche Truppen mit ausgezeichneter Tapferkeit und Ausdauer gefochten hätten, so daß er keinen Truppentheil besonders hervorheben könne, ohne den übrigen zu nahe zu treten. Alle Truppen sind im Gefechte gewesen. Sobald die detaillirten Berichte eingegangen sein werden, wird die Statthalterschaft dieselben veröffentlichen. Ehre unserer braven Armee und ihrem ruhmgekrönten Führer! Gottorf, den 24. April 1849. Die Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein. Beseler. v. Harbou. Jacobsen. Jensen. Mommsen. Boysen.

Schleswig, 24. April. Die Nachricht von dem gestern bei Kolding erfochtenen Siege hat hier um so größere Freude erregt, als es diesmal ausschließlich schleswig-holsteinische Truppen gewesen sind, welche an dem Gefecht Theil genommen haben. Auch sind die Dänen den Unsrigen offenbar an Zahl bedeutend überlegen gewesen, da sie nach dem Bericht des Generals v. Bonin in einer Stärke von 18 Bataillonen und 3 Cavallerieregimentern angegriffen haben; denn die ganze schleswig-holsteinische Armee beträgt, mit Ausschluß der nicht im Felde stehenden Reservebataillone, nur 10 Bataillone Linieninfanterie, 4 Jägerbataillone und 2 Cavallerieregimenter à 5 Schwadronen. Ueber den näheren Hergang kann ich Ihnen aus guter Quelle noch Folgendes mittheilen: Die Dänen griffen gestern Morgen den unter den Obersten v. Baudissin und Sachau westlich von Kolding stehenden linken Flügel der schleswig-holsteinischen Armee ziemlich unerwartet und mit großer Uebermacht an. Dieser Flügel wurde zurückgedrängt und daher auch der rechte Flügel unter dem Obersten St. Paul aus Kolding weggezogen. Später wurde indeß von Bonin wieder die Offensive ergriffen, indem jeder von beiden Flügeln und in der Mitte zwischen beiden der Oberst v. Jastrow mit den von ihm seither als Avantgarde geführten Truppen vordrang. Da die Dänen sich inzwischen in Kolding festgesetzt hatten, so mußten Granaten in die Stadt geworfen werden, wodurch Feuer entstand. Bonin soll sich indeß ungern dazu entschlossen und erst die deßfällige Ordre ertheilt haben, als es sich bestimmt ergeben hatte, daß dieselbe Soldaten durch Flintenschüsse aus Jagdflinten, also muthmaßlich von Koldinger Bürgern, verwundet worden seien. Darauf wurde Kolding von dem Obersten St. Paul mit Sturm genommen. Im Allgemeinen aber war das Gefecht mehrere Stunden in der Schwebe, bis die Dänen endlich auf allen Punkten zurückgeschlagen wurden. Zur Verfolgung des theils stehenden, theils geordnet sich zurückziehenden Feindes, sind namentlich die beiden Cavallerieregimenter und die reitende Batterie verwendet worden. Das Resultat der Verfolgung des Feindes ist hier bis jetzt nicht bekannt. Am Gefecht haben sämmtliche schleswig-holsteinische Truppen Theil genommen und kein Truppentheil hat es an Bravour fehlen lassen; die eine Infanteriebrigade war bis zum gestrigen Tage noch nie in's Feuer gekommen. Mit besonderem Erfolge soll die 12pfündige Batterie verwendet worden sein und namentlich die feindliche Cavallerie sowohl durch das Feuer jener Batterie, als auch dadurch viel gelitten haben, daß unsere Jäger sie bis auf 50 Schritte herankommen ließen, bevor sie Feuer gaben. Unter den Gefallenen ist besonders der Lieutenant Ahlmann, Adjutant bei'm ersten Jägercorps, zu nennen. Als Student der Theologie trat er im Frühjahr vorigen Jahrs in das Studentencorps mit ein, war einer von den wenigen Studenten, welche bei der Affaire von Bau und Krusau der Gefangenschaft entgingen, nahm sofort wieder Dienste bei der Armee und wurde noch im vorigen Sommer von dem Oberstlieutenant v. Jastrow nach einem rühmlich bestandenen Gefecht wegen seines entschieden hervortretenden militärischen Talents zum Offizier befördert. Seitdem zeichnete er sich bei jeder Gelegenheit aus; bei einem der ersten Gefechte im gegenwärtigen Feldzuge wurde sein Pferd getödtet. Er war ein Sohn des Probsten Ahlmann in Tondern. Unter den Verwundeten ist der auch vom Tann'schen Freicorps her wohlbekannte Hauptmann v. Schepansky, vor einiger Zeit vom neunten zum vierten Bataillon versetzt. Es traf ihn eine Kugel in den rechten Arm, als er sich eben nach einer beschaffen Meldung vom General Bonin wegwandte; wie man hört, wird er den Arm verlieren. Der heute Morgen als Gefangener hierher gebrachte Orla Lehmann ist in Kolding verhaftet worden. Er will sich auf die Nachricht, daß die Stadt brenne, von Beile dorthin begeben haben, um als Obrigkeit des Districts für die Leitung der Löschanstalten, die Unterbringung und Verpflegung der Truppen ꝛc. zu sorgen, indem nämlich Kolding zu dem von ihm als Amtmann verwalteten District gehört. Sowie ein höchst arroganten Betragen, welches er sich in der von unseren Truppen occupirten Stadt und gegen unsere Offiziere erlaubt, die unmittelbare Veranlassung zu seiner Arretirung gewesen sein soll, so ist er auch hier anfangs ziemlich hochfahrend gewesen. Doch scheint er schon kleiner beizulegen. Wenigstens hat er sich dazu herbeigelassen, „an die von der deutschen Centralgewalt mit der Statthalterschaft in den Herzogthümern Beauftragten" ein Schreiben zu richten, worin er Völkerrecht, Menschlichkeit und Ehre anruft und fragt, was man eigentlich mit ihm anfangen wolle. — Man hat heute Abend die Stadt erleuchtet, was aber von Vielen weder als zeitgemäß, noch dem Ernst des Ereignisses entsprechend betrachtet wird, welches, wie erfreulich dasselbe auch in seinem Resultate ist, doch zugleich über manche Familien im Lande, sowie zweifelsohne auch in hiesiger Stadt, Trauer bringen wird.

JW **Kolding**, 23. April. Der heutige Tag wird für ewige Zeiten glänzend in der Geschichte Schleswig-Holsteins dastehen; denn das Heer desselben hat jetzt den Dänen in voller Wahrheit gezeigt, daß es willig bereit ist, sein Blut für die Befreiung des Vaterlandes von fremdem Joche zu verspritzen. Von des Morgens 8 bis Abends 5 Uhr kämpften die schleswig-holsteinischen Bataillone gegen ein Corps von 16,000 Mann Dänen, die unterstützt wurden von zahlreichen Batterien und drei kleinen Kriegsschiffen, mit dem Muthe des Helden, der Ruhe des alten Soldaten. Bisweilen von der Uebermacht zurückgedrängt, griffen sie stets von Neuem mit neuem Muthe wieder an, bis endlich der Feind, gänzlich von allen Seiten geschlagen, sich eiligst gegen Fridericia zurückzog, verfolgt theilweise von unsern Dragonern. Furchtbar hat das ruhige besonnene Feuer der Unsern in den feindlichen Reihen gewüthet, und das dänische Husarenregiment, was sehr den wohlgezielten Schüssen des 2. schleswig-holsteinischen Jägercorps preisgegeben ward, ist stark gelichtet und viele Pferde desselben sind den Unsern als Beute zugefallen. Auch sonst haben wir viele Gefangene gemacht, wie auch viele Soldaten des 13. dänischen Bataillons, größtentheils aus Nordschleswigern bestehend, zu uns übergegangen sind. Leider ist auch unser Verlust nicht gering, denn so weit er sich bis jetzt noch ermitteln läßt, beträgt er an Todten und schwer Verwundeten einige hundert Mann. Die Dänen haben aber viel mehr verloren, überall liegt es voll von todten dänischen Soldaten. Kolding selbst, dessen Einwohner zum Theil den Dänen beistanden und aus den Fenstern auf unsere Soldaten schossen, ist theilweise angezündet worden. General v. Bonin war ausgezeichnet; er hat eine Ruhe, eine Umsicht, wie sie nicht besser gewünscht werden können, dabei waren seine Anordnungen trefflich. Mitten im Kugelregen hat er ruhig auf seinem Stuhle gesessen und commandirt. Aber wie verehren ihn auch seine Schleswig-Holsteiner. Junge Rekruten, die eben aus dem heißesten Kampfe kamen, sind ihm vor Freude um den Hals gefallen, und er hat sie herzlich geküßt. Jetzt geht es gewiß bald auf Fridericia los. In offenem Felde hält die dänische Landarmee keinen Stand mehr vor dem deutschen Soldaten. Hurrah, das einige Deutschland, für dessen Ehre hier heute wieder so wacker gekämpft wurde, für immer. Hurrah unserer schwarz-roth-goldenen Fahne, die heute wieder solche Weihe erhalten.

Deutschland.

† **Wien**, 23. April. Aus einer öffentlichen Darlegung geht hervor, daß das Ministerium sich mit folgenden wichtigen Bauten beschäftigt: 1) Eisenbahnbauten: Vollendung der Südbahn; die Vorarbeiten von Laibach nach Triest sind beendigt; die Strecke von Cilly nach Laibach soll noch diesen Sommer dem Publikum übergeben werden. An der Ausführung der Eisenbahnstrecke über den Sömmering wird der Unterbau sowohl von steierischer als österreichischer Seite rasch betrieben. Die Staatsnordbahn wird vertragsmäßig bis 1850 in der Art vollendet sein, daß die Eisenbahn zwischen Prag und Dresden bis dahin dem Publikum eröffnet werden kann. An der Verbindung zwischen der Nord- und Südbahn durch einen Centralbahnhof, in der Nähe des Invalidenhauses, wird thätig gearbeitet. Wegen Uebernahme der lombardisch-venetianischen Eisenbahn sind die Verhandlungen im Werke. Die Regierung wird auf die ungarischen Centraleisenbahnen Einfluß nehmen, und sich mit einer unvermeidlichen in westlicher Richtung beschäftigen. 2) Wasserbauten: Förderung der bereits begonnenen Bauten an der Mur, der Enns, der Drau, dem Inn, den galizischen, mährischen, böhmischen, österreichischen Flüssen; Regulirung der Donau und Save; Beschiffung der Kulpa mit größeren und des Draufers mit Dampfschiffen; Schützung Tirols vor den Ueberschwemmungen der Etsch, Wiens vor dem Eisgang der Donau, der Rhede von Triest vor den Meereswellen, endlich Verbesserung des Hafens von Fiume. 3) Straßenbauten: Hier ist in allen Provinzen vollauf zu thun, doch kann die specielle Angabe nur den mit den Lokalitäten vertrauten Personen interessant sein. 4) Civilbauten für Wien und Prag.

Diese Woche fand im Karlstheater die Aufführung des Klingemann'schen „Martin Luther" zum ersten Male statt; sie hat aber den Unwillen des katholischen Klerus hervorgerufen und im „Poligraf", wie es scheint, ein Organ dieser Partei, wird der Wunsch und die Hoffnung ausgesprochen, daß die erste Vorstellung auch zugleich die letzte gewesen sein werde.

Prag, 23. April. Ueber die beiden Reservecorps, welche in Unterösterreich und Steiermark nächst der ungarischen Grenze aufgestellt werden sollen, erfahren wir folgende nähere Details. Das 1. Corps unter F. M. L. Nobili auf dem Marchfelde bei Wien wird gebildet aus 12 Bataillons Infanterie (den vierten Bataillons der böhmischen Infanterieregimenter Constantin, Wocher, Latour, Palombini und Paumgarten, 3 vierten Bataillons aus Mähren, 2 aus Oesterreich und dem vierten Bataillon von Erzherzog Ferdinand (Victor d'Este), aus 6 Jägerbataillons (dem 13., 14., 15., 17., 18. und 19.), aus 4 Cavalerie Reserve-Escadronen (Kaiserkürassiere und Piquelmont Dragoner), aus 2 ordinären und 1 Cavalleriebatterie; zusammen aus etwa 20,000 Mann. — Das zweite Corps unter Feldzeugmeister Nugent bei Pettau in Steiermark besteht aus 4 vierten Bataillons aus Innerösterreich, dem 9. und 16. Jägerbataillon, 1 Bataillon von Kaiser Jäger, 2 Bataillons Infanterie (von Heß und Wimpffen Regiment), 8 Escadronen Kaiser Ulanen, 6 Escadronen Lichtenstein Chevaurlegers, 1 Cavallerie- und 1 ordinären Batterie, zusammen aus etwa 12,000 Mann. Alle Truppen müssen unbedingt bis zum 10. Mai an ihren Bestimmungsorten eintreffen und werden unter Zelten biwakiren. — In den letzten Tagen gingen bedeutende Truppenverstärkungen von hier nach Ungarn ab, und täglich sieht man starke Rekrutenzüge unsere Stadt passiren. Ein großer Theil der hiesigen Garnison wird uns in nächster Zeit verlassen, um theils auf den Kriegsschauplatz an der Donau, theils nach Italien zu rücken.

Die wenn auch nicht wichtigste, doch interessanteste Nachricht des heutigen Abends ist, daß Fürst Windischgrätz mit einem Separattrain hier angekommen ist. Wie verlautet, zieht sich der Marschall auf seine Güter in Böhmen zurück. — Aus Wien vernehmen wir, daß das Anlehen von 80 Millionen endlich bereits abgeschlossen sein soll, davon zwei Drittel in 5% Metalliques zahlbar. Alle Jahre sol-

len 2 Millionen durch Verlosung zurückgezahlt werden. Dieser Anlehensabschluß mag Theil an dem günstigen Stande der Börsencourse haben. (C. Bl. a. B.)

Berlin, 25. April. Es fiel uns ein Stein vom Herzen, sagt heute die „Deutsche Reform", als wir vor einigen Wochen die Kunde von dem Wiederausbruch des dänischen Kriegs erhielten, nicht als ob wir den Frieden nicht vorgezogen hätten, aber wir hatten leider nur zu guten Grund, zu glauben, daß die Unterhandlungen, die im Gang waren, nicht zu einem ehrenvollen Frieden führen würden. Was davon verlautete, hat unsere Ansicht nur bestätigt. Unsere alte Sorge erwacht nun aufs neue, da wir hören, daß die Friedensunterhandlungen in London wieder aufgenommen seien und zwar auf der Basis russischer Vermittelungsvorschläge, denen Dänemark beizutreten geneigt sei. Man kann es den Deutschen wahrlich nicht verargen, wenn sie der Diplomatie ein tiefes Mißtrauen entgegen bringen, und auch in diesem Jahre wieder eine Bestätigung des alten Wortes von Blücher fürchten, daß die Diplomaten und Federfuchser verderben, was der Degen gut gemacht.

* **Berlin**, 25. April. Es ist notorisch, berichtet die „Allgemeine Zeitungs-Correspondenz", daß mehrere Deputirte der linken Seite der zweiten Kammer ihre fernere parlamentarische Thätigkeit von der wenigstens theilweisen Annahme des Robbertus'schen Antrags abhängig machten. Obgleich diese Forderung erfüllt worden ist, so soll doch jene Absicht noch ebenso bestehen, ja, wie wir erfahren, gehen sogar Deputirte anderer Fractionen mit einem ähnlichen Vorhaben um. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß die fruchtlosen Beschlüsse und unbeachtet gebliebenen Mißtrauensvoten der Volksvertretung den Grund zu diesem immer mehr um sich greifenden parlamentarischen Mißmuthe abgeben. In diesem Punkte treffen Rechte und Linke zusammen und viele Mitglieder beider Seiten haben ernstlich darüber conferirt, was unter den gegebenen Verhältnissen zu thun sei. Die Frage, ob eine Selbstauflösung beantragt werden solle, wurde wirklich aufgeworfen, nachdem man sich durch Aufzählung der einschlägigen Momente vergewissert hatte, daß die constitutionelle Existenz der Kammern nur eine Schein-, nur eine formelle Existenz sei. Indeß in weiterer Erwägung, daß in politischen Dingen ein Recht, sei es auch noch so formell und illusorisch, niemals peremptorisch aufgegeben werden dürfe, haben jene Deputirte beschlossen, das Feld vorerst noch nicht zu räumen. Man ging hierbei zugleich von dem Gesichtspunkte aus, daß, wenn auch die Verhandlungen und Beschlüsse der Kammern auf das herrschende Regierungssystem keinen wesentlichen Einfluß ausübten, dieselben doch ihre Rückwirkung auf das Land behielten. — Während Berlin, in Folge seines Ausnahmezustandes, in dieser inhaltsschweren Zeit zum Schweigen verurtheilt bleibt, zeigt sich die Bevölkerung von Stadt und Land rings um Berlin soviel thätiger. Allenthalben finden jetzt Versammlungen und Adressberathungen über die deutsche Frage statt, an welchen sich soweit möglich auch Deputirte betheiligen. So hatten sich an demselben Sonntage, wo eine derartige große Versammlung in Potsdam abgehalten wurde, auf Anregung des bekannten Herrn v. Holzendorf auch die Bauern auf dessen Dominium Vietmannsdorf versammelt. Die Stellung des Ministeriums dem Volke gegenüber, vornehmlich aber die deutsche Krisis, bildeten den Gegenstand der Berathung, welche mit einer zahlreich unterschriebenen Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung endete.

□ **München**, 25. April. Seit diesem Morgen liegen die von dem Märzverein angeregten Adressen auf dem großen Rathhaussaale auf, und soviel die ersten Anfänge zeigen sollen, scheint nicht daran gezweifelt werden zu dürfen, daß sowohl die an unser Gesammtministerium, als wie jene an das Parlament sehr zahlreiche Unterschriften erhalten werden. Wir möchten übrigens selbst bei einem ganz außerordentlichen Zudrange von Unterzeichnern auf die Menge der Namen keinen solchen Werth legen, als ob sie die wahre öffentliche Meinung constatirten. Mehr würde der letztere Zweck erreicht werden, wenn sich die städtische Behörde, der Magistrat, entschließen könnte, die Bewegung zu leiten. Wir haben darauf schon wiederholt hingewiesen, und sehen uns in unserer Ansicht jetzt nur erst recht gestärkt, nachdem, von hier gar nicht zu reden, in Augsburg von gewisser Seite her der deßfalls schon gefaßte Entschluß des Magistrats noch im letzten Augenblicke vereitelt worden ist. Die öffentliche Meinung als solche soll nicht Gelegenheit erhalten, sich in unbestreitbarer Form kund zu geben vor dem Vaterlande, damit jede Partei Platz zum Wühlen behalten, und behaupten könne, daß sie es vorzugsweise sei, die das Vaterland repräsentire. Es ist nicht unmöglich, daß wir uns trotz aller sehr deutlichen Merkmale irren, aber Unbefangene sind mit uns der Ansicht, daß die in Württemberg begonnene Bewegung auch ihren Weg durch Bayern nehmen wird. Die öffentliche Macht und die Parteien entgegengesetzter Richtung werden dieselbe bald da bald dort paralysiren oder auch ganz niederhalten können, im Durchschnitte wird sie aber siegen.

Maueranschläge laden die Bürger und Einwohner Münchens ein, die Adressen, einerseits an die deutsche Reichsversammlung, wegen Anerkennung der Reichsverfassung, andererseits an das bayerische Gesammtministerium wegen schleuniger Einberufung des Landtages, zu unterzeichnen, mit den Worten: „Die deutsche Nationalversammlung hat die Verfassung des Vaterlandes geschaffen und verkündet. Ueberall erhebt das Volk in Massen seine Stimme, um dem großen Werke der Märzerhebung des Jahres 1848 die gebührende Anerkennung zu verschaffen. Ein Gedanke durchdringt Deutschland: zu schirmen die deutsche Reichsversammlung und über alles die Ehre des deutschen Vaterlandes! München, die ehrwürdige Metropole eines der ältesten deutschen Stämme, kann und wird nicht zurückbleiben, zumal in einem Augenblick, wo das verfassungsmäßige Organ des Landes — der bayerische Landtag — nicht versammelt ist. Denselben zu berufen ist dringende Nothwendigkeit. Das Vaterland erwartet, daß jeder seine Schuldigkeit thut!" (A. Z.)

Wie man vernimmt, soll auch von den Mitgliedern der Majorität der Kammer der Abgeordneten eine Eingabe an das Gesammtministerium um sofortige Einberufung des Landtages beabsichtigt werden, und deßfallsige schriftliche Berathung unter den Abgeordneten stattfinden. Die Versammlung der Pfälzer Abgeordneten, die gestern in Neustadt a. H. stattfinden sollte, wird, wie beabsichtigt war, eine gleiche Adresse beschlossen haben. Aehnliche Adressen sind von verschiedenen politischen Vereinen bereits dieser Tage hier eingetroffen. (Rürnb. C.)

Stuttgart, 26. April. Der „Schwäb. Merk." enthält heute folgende amtliche Mittheilung:

„Se. Maj. der König von Württemberg nimmt in Uebereinstimmung mit seinem Ministerium die deutsche Reichsverfassung einschließlich des Kapitels über die Reichsoberhauptsfrage und der im Sinne dieser Verfassung zu verwirklichenden Lösung derselben sammt dem Reichswahlgesetze an. Zugleich soll der württembergische Bevollmächtigte dahin instruirt werden, zu erklären, daß die württembergische Regierung nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Se. Maj. der König von Preußen, welcher das Erbkaiserthum nicht annehmen will, unter den vorliegenden Umständen sich für jetzt mit Zustimmung der deutschen Nationalversammlung an die Spitze Deutschlands stelle. Ludwigsburg, den 25. April 1849. Wilhelm."

Die Kammer der Abgeordneten hat folgende Proclamation an das württembergische Volk erlassen:

„Mitbürger! Die Sache des Volkes, die deutsche Sache hat gesiegt; der Grundsatz der Nationalsouveränetät hat sich wiederholt Anerkennung errungen. Das Staatsoberhaupt hat heute die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung einschließlich des Wahlgesetzes unterzeichnet. Wir verdanken diesen Sieg der gerechten Sache neben der Entschiedenheit des Ministeriums vor Allem dem Volke, welches durch den an den Tag gelegten echt deutschen Sinn und durch seine entschlossene Haltung die Forderungen der Kammer der Abgeordneten so kräftig unterstützt hat. Das Volk hat sich dadurch der im März v. J. errungenen Freiheit würdig gezeigt; es hat den Bürgern derjenigen deutschen Staaten, deren Regierungen die Reichsverfassung noch nicht anerkannt haben, ein Vorbild gegeben, welches seine Wirkung nicht verfehlen wird. Bald wird ein deutsches Reich in Wahrheit gebildet sein, und die Geschichte wird den Namen des württembergischen Volkes in ihre Tafeln schreiben. Heil den einigen, dem freien Deutschland! Stuttgart, den 25. April 1849. — Die Kammer der Abgeordneten. In deren Namen: der Präsident Murschel. Die Secretäre: Vogel. Ruoff."

** **Vom Neckar**, 27. April. Der „Schw. M." bringt noch eine Fülle von nachträglichen Berichten über die eben überlebte Krisis und der daraus entstandenen Bewegung aus allen Theilen des Württemberger Landes. Wo die Kunde der endlichen und friedlichen Lösung bereits hingelangt war, beeilte man sich, dem Ministerium Vertrauens- und Dankadressen zu votiren; wo man von der letzten Entscheidung noch nichts wußte, erklärte man sich überall für die Reichsverfassung und die Beschlüsse der Nationalversammlung. Nachdem Se. Maj. der König den Wünschen seines Volkes nachgegeben, wird sich die Bewegung aller Orte in Manifestationen der Freude und des Dankes auflösen.

In **Ludwigsburg** herrschte am 24. April die aufgeregteste Spannung, bis Staatsrath Römer, vom König zurück, verkündete: „Es ist Alles in Ordnung; die Differenz ist gehoben, und die Minister eilen, der Kammer diese Nachricht zu überbringen." Um 4 Uhr reisten die Minister nach Stuttgart zurück. Freudige Bewegung überall. — Abends 5 Uhr. So eben wird die Einwohnerschaft eingeladen, sich vor dem Rathhaus zu versammeln, um Sr. Majestät dem König vor dem Schlosse ein ebenso freudiges als herzliches „Hoch" auszubringen. — Um 6 Uhr steht eine große Masse Einwohner aller Stände am Sammelplatz; es erscheint aber ein Adjutant und eröffnet dem Stadtrath, daß der König sich noch so angegriffen und unwohl fühle, daß er, so sehr es ihn freue, dennoch bitte, das Vorhaben zu unterlassen; dagegen werde Seine Majestät morgen Vormittag bald 11 Uhr gerne eine Deputation der bürgerlichen Collegien empfangen.

Frankreich.

** **Paris**, 25. April. Der Bankier Delamarre hat bei der Nationalversammlung auf Erlaubniß zur gerichtlichen Verfolgung Ledru-Rollins wegen der von diesem von der Tribune herab gegen ihn ausgesprochenen Verleumdung angetragen. Da indeß die Geschäftsordnung eine gerichtliche Verfolgung wegen einer Rede, die in der Nationalversammlung gehalten wurde, nicht zuläßt, so wurde Lamarre mit seinem Antrag abgewiesen.

Im Laufe der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der gedruckte Bericht über die Rechnungsprüfung der Ausgaben der provisorischen Regierung vertheilt. Dieser Bericht bildet einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Februarrevolution, und dürfte wohl zu großen Kammerstürmen Veranlassung geben. Wie sich aus dem Bericht ergibt, befanden sich am 24. Febr. 1848 in der Staatshauptkasse 192,488,382 Frkn. Aus dieser Summe zogen die verschiedenen Staatsdienste ihre augenblicklichen Bedürfnisse, und wie aus dem Berichte hervorgeht, ist die Commission sehr erstaunt gewesen über die Ausgaben, die Lamartine und Bastide für Journale, Geheimpolizei, Künstler, Geheimschreiber u. s. w. machten. Marrast bezog als Maire von Paris vom 9. März bis 18. Juli 1848 die Summe von 51,498 Frkn. Am heftigsten dürften jedoch die Gelder von der Rechten angefochten werden, die Ledru-Rollin für die Departementscommissarien und Pariser Clubs anwies. Longepied, dessen clubistische Wirksamkeit das Ausland bereits kennt, erhielt auf Ledru-Rollin's Anweisungen hin die Summe von 123,000 Fr. ausgezahlt, welche in die Kasse des Clubs „des Clubs" flossen, dessen Kassirer Laugier war und an dessen Spitze bekanntlich Barbes, Sobrier und Caban standen. Der Club „des Clubs" leitete etwa 80 bis 100 Clubs in Paris und entsandte 400 bis 450 Emissarien in die Departements, um die dortigen Clubs zu leiten. Jeder dieser Emissarien erhielt 6, 8 bis 10 Fr. täglich. Außer diesen Clubemissarien bereisten aber auch noch die bekannten officiellen Commissarien der Republik die Departements und der Bericht weiß nach, daß diese Commissarien 180,000 Fr. mehr ausgaben, als der reguläre Gehalt der Präfecten im Budget beträgt. Die Commissien folgt den Commissarien auf dem Fuße und wirft einer Menge derselben bedeutende Unregelmäßigkeiten vor, bei mehreren derselben trägt sie auf Rückzahlung von 4, 5 bis 6000 Fr. an, die angeblich unrechtmäßig ausgegeben worden seien. Herbe Beschwerde erhebt sich auch gegen die bekannten Commissarien Antony Thouret, Deleclufe u. A. m. Hieraus geht deutlich hervor, daß diese Actenstücke bei ihrer öffentlichen Abstimmung die heftigsten Debatten hervorrufen müssen.

Gestern Abend kam es abermals zu Conflicten zwischen der Polizei und den wegen der Wahlen in den Clubs versammelten Socialisten. Die letzteren wurden durch die bewaffnete Macht gezwungen, auseinanderzugehen.

Spanien.

* **Madrid**, 20. April. Dem Vernehmen nach wird das nach Italien bestimmte Expeditionsgeschwader von 10 bis 12000 Mann demnächst absegeln.

Großbritannien.

* **London**, 24. April. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde nach einer langwierigen Debatte die dritte Verlesung der Bill zur Abänderung des Schifffahrtsgesetzes mit 275 gegen 214 Stimmen genehmigt und die Bill angenommen.

Wie man aus Amerika erfährt, hat der Präsident der Vereinigten Staaten allen diplomatischen Agenten im Auslande die Weisung ertheilt, nur solchen Personen, welche genügende Geldmittel vorzeigen können, Pässe nach Californien auszufertigen.

Man liest in den „Daily News": Bei der preußischen Gesandtschaft ist gestern die Nachricht hier angelangt, daß der Kaiser von Rußland einen sehr ernsten Brief an den König von Dänemark gerichtet habe, in welchem er ihm wegen des Wiederanfangens des Krieges Vorwürfe macht, ihn auffordert, diese Differenzen auszugleichen und Schleswig-Holstein eine Verfassung zu geben. (Y)

Ungarischer Kriegsschauplatz.

Die Wiener Zeitung vom 24. d. enthält in ihrem Amtlichen Theil nachstehende Erklärung: Der Krieg in Ungarn ist in der neuesten Zeit in ein Stadium getreten, dessen unterscheidender Charakter wohl in das Auge gefaßt werden muß, will man sich für die Begebenheiten, die sich heute in jenem Lande zutragen und vorbereiten, einen richtigen Standpunkt der Beurtheilung verschaffen. — Nachdem in den Monaten December und Januar die Kaiserliche Armee in raschem Siegeslauf die westliche Hälfte des Landes besetzt, und dessen Hauptstädte in Besitz genommen hatte, gab man sich der Meinung hin, es sei möglich im friedlichen Wege die Beruhigung des Königreichs zu bewirken, und vor Allem müsse man dahin streben, die althergebrachten aus ihren Fugen gegangene Administration wieder einzurichten. Jene Hoffnung erwies sich aber als eine trügerische. Die materielle Ordnung ward allerdings dort, wo die kaiserlichen Truppen standen, hergestellt; die moralische Pacificirung des Landes ward aber nicht bewirkt, und es ging sonach, in fruchtlosen Versuchen, eine Zeit verloren, welche die Rebellenpartei dazu benutzt hat, ihre Streitkräfte durch äußerste Anstrengungen aller revolutionären Hilfsquellen und durch Zuzug aus allen Theilen Europas auf eine Achtung gebietende Höhe zu bringen. — Ein zahlreiches und wohlgerüstetes Heer steht nunmehr dem unserigen entgegen; und es darf ferner nicht zweifelhaft sein, daß auf dem Schlachtfelde allein die Geschicke Ungarns entschieden werden können. — Diese Wahrheit ist von der kaiserlichen Regierung und von den Führern ihres Heeres anerkannt; und der militärische Gesichtspunkt ist sonach derjenige, von welchem aus fortan allein seitens der kaiserlichen Regierung in Ungarn vorangegangen werden wird. — Der Feind muß bekämpft, geschlagen, vernichtet und, bis dieses geschehen, alle andern Rücksichten als rein secundäre angesehen und behandelt werden. — Um jenes zu Stande, um die feindliche Armee zum Schlagen, und wo möglich zur Niederlage zu bringen, müssen die Streitkräfte des Kaisers auf diejenigen Punkte concentrirt werden, welche nach strategischen Berechnungen als die geeignetesten zur Erreichung des Zweckes sich darstellen. Dieses geschieht in dem gegenwärtigen Augenblicke, und der bewährte Heerführer, den das Vertrauen des Monarchen an die Spitze unserer tapferen Armee gestellt hat, ist eben damit beschäftigt, die Aufstellungen zu ordnen, in welchen dieselben dem Feinde entgegenzurücken haben. Es liegt in der Natur der Sache, daß, während diese Vorbereitungen im Gange sind, die einzelnen Züge derselben nicht verlautbart werden können, und daß überhaupt inmitten der Märsche und Gegenmärsche nicht jeder Tag ein Ereigniß oder den Bericht über ein solches bringen kann. Der patriotische Sinn unserer Mitbürger möge sich aber einstweilen mit der Gewißheit beruhigen, daß ein muthiges, mit allen Kriegserfordernissen versehenes, und von kampferprobten Führern geleitetes Heer, dem außerdem unablässig und von allen Seiten Verstärkungen zuströmen, die Sache des Vaterlandes in Ungarn versficht; daß der Wille, daß ein freies, großes und einiges Oesterreich bestehen bleibe, immerdar, wie den Monarchen und seine Räthe, so auch die Bevölkerung in den meisten und wichtigsten Theilen unseres weiten Reiches, beseelt; und daß diesem vereinten Willen die krampfhaften Anstrengungen einer verbrecherischen, ihr Vaterland in das Unglück stürzenden, und den bösesten Gelüsten des Auslandes dienenden Faction, am Ende, und — wir hoffen es, auch schnell unterliegen werden.

Hieran schließt sich das 35. Armeebulletin: Ueber die Begebenheiten bei der Armee in Ungarn:

„Nach der rückgängigen Bewegung, welche die österreichische Armee in den ersten Tagen dieses Monats gegen Preß gemacht, um dort eine concentrirtere Stellung zum

Schutze der beiden Städte zu nehmen, hatte der Feind beinahe täglich Angriffsversuche auf selbe unternommen, die zwar keine Resultate, ihm aber doch den Beweis lieferten, daß unsere Hauptstärke um Pest und Ofen versammelt sei. Er griff bald darauf Waitzen, wo zwei Brigaden unter General Götz standen, an, wobei dieser den Heldentod fand, drängte selbe Donau aufwärts über Letet, Kemend hinauf, und ging, als er uns bei Pest hinlänglich beschäftiget glaubte, mit zwei starken Colonnen, die eine am linken Granufer, die andere über Ipoly-Sagh direct nach Leva vor. Hier waren am 18. etwa 30,000 Mann seiner besten Truppen zusammengezogen, mit denen er bei Kalna, Bars und St. Benedek in drei Colonnen die Gran passirte.

Der Feldmarschalllieutenant v. Wohlgemuth, Commandant von 5 Brigaden, etwa 15,000 Mann, die aus Mähren und Oesterreich als Reserve hinter der Gran aufgestellt waren, von dieser Bewegung in Kenntniß gesetzt, marschirte den 18. auf den 19. von Kemend ab, um zwischen Nalas und Bese dem Feinde entgegenzurücken.

Dieser war indessen mit seiner ganzen Macht, — der unrigen um das Doppelte überlegen, — zwischen Verebely und Nagy-Sarlo in Schlachtordnung aufgestellt. Ein Angriff der Brigade Fürst Jablonowsky auf Nagy-Sarlo gelang zwar vollkommen, eine Colonne war bereits bis an den Ort gekommen, als sie dadurch, daß derselbe in Brand gerieth, das Einrücken aufgeben mußte. Der Feind benutzte diesen Umstand, unseren rechten Flügel zwischen der Gran und Nagy-Sarlo zu umgehen, während er von Verebely herab das nämliche Mannöver gegen unseren linken Flügel versuchte. Das hartnäckigste Gefecht hatte bereits vom frühen Morgen bis Nachmittag gedauert; Feldmarschalllieutenant v. Wohlgemuth hatte mit seiner bewährten Besonnenheit seine sehr ermüdeten Truppen von einer Aufstellung in die andere fechtend zurückgeführt; der Feind dagegen seine Umgehung selbst bis gegen Neutra ausgedehnt.

Es war schon früher dem Feldmarschalllieutenant Wohlgemuth der Befehl gegeben worden, seinen Rückzug in einem ungünstigen Falle hinter die Neutra und selbst bis hinter die Waag fortzusetzen, um das Waagthal sowohl, als Preßburg zu decken, und hinter der Waag die Verbindung durch die Insel Schütt mit dem Belagerungscorps von Komorn herzustellen, wo mittlerweile die Beschießung auf das lebhafteste fortgesetzt wurde.

Der commandirende Generalfeldzeugmeister, Baron Welden, welcher den 17. in Gran eingetroffen war, überzeugt, daß die Hauptstärke des Feindes die Umgehung durch das Gebirge zum Entsatze von Komorn konnte gemacht haben, beauftragte sogleich den Banus, mit seiner gesammten Macht aus Pest hervorzubrechen und den Feind anzugreifen, jedoch selbst Vortheile nicht rasch zu verfolgen. Der Banus rückte den 19. nach allen Seiten vor, aber der Feind wich so schnell zurück, daß er nicht einmal durch unsere Kanonenkugeln erreicht werden konnte.

Den 20. rückte eine andere feindliche Colonne, die bisher bei Paszto an dem Ipolyfluß en reserve gestanden, mit dem feindlichen linken Flügel auf dem rechten Granufer gegen Kemend und Gran herab, und griff die dort aufgestellte Reserve, die Division Csorich, sogleich an, die sich, da an diesem Tage Feldmarschalllieutenant Wohlgemuth bereits Neudäusel passirt, fechtend gegen Gran zurückzog, die dortige Schiffbrücke abbrach, um diesen Punkt auf das kräftigste zu vertheidigen. Den 20. traf der commandirende General in Ofen ein.

Bei dieser Gestaltung der militärischen Lage schien dem commandirenden General die fernere Haltung von Pest und Ofen mit großen Nachtheilen für die weiteren militärischen Operationen verbunden, zumal da die Donau von Komorn bis Waitzen vom Feinde genommen war, und keine der beiden Städte einen brauchbaren Pivot für die Operationen bildet. Der Feldzeugmeister hat sich dahier angeschickt, die Truppen in einer gesicherten Stellung zu concentriren, und ist der Ueberzeugung, daß er durch die ihm zur Verfügung gestellten, im Zuzuge begriffenen Verstärkungen baldigst in die Lage gesetzt sein werde, mit Erfolg die Offensive von Neuem zu ergreifen.

Nachrichten vom 21. d. M. aus Pest melden, daß der Feind an diesem Tage bei Czinkota einen Angriff unternahm, und von unseren gegen ihn rückenden Truppen nach einem wenig hartnäckigen Gefechte überall zurückgedrängt worden ist. Nach so eben eingelangten Nachrichten des Feldzeugmeisters Grafen Nugent aus Semlin, vom 17. d. M., gestaltet sich der Zustand der Dinge an der unteren Donau immer günstiger, der Czaikistendezirk ist vom Feinde wieder gereinigt, die Stellung um Peterwardein ist durch die unter der energischen Leitung des Obersten Mamula zweckmäßig angebrachten Verschanzungen sehr verstärkt worden, und durch die von allen Seiten heranrückenden Truppenverstärkungen wird das daselbst sich bildende Corps bald in der günstigen Lage sein, wieder die Offensive zu ergreifen, und gegen Szegedin vorzurücken. Wien, den 24. April 1849. Der landesgeneralcommandirende General und Gouverneur-Stellvertreter: Freiherr von Böhm, Feldmarschalllieutenant."

Ueber diese Ereignisse berichten schlesische Blätter (andere Nachrichten neuesten Datums liegen uns nicht vor) aus Wien vom 23., daß die Kaiserlichen, auf die Defensive beschränkt, bei Gran ein verschanztes Lager bezogen haben, Nugents Corps bei Peterwardein zersprengt sei, und die Vorposten Temesvary's Tyrnau (nahe bei Preßburg) erreicht haben. — Bem steht nach einigen Nachrichten in Temesvar, nach andern wäre er gar in die Walachei eingedrungen und hätte sich zum Oberst in Bukarest angemeldet. (!)

Eine andere Mittheilung desselben Datums besagt: Die am 19. auf das linke Donauufer übergesetzten k. k. Hilfstruppen wurden am folgenden Tage mit großem Verluste zurückgeworfen, ein polnisches Regiment wurde dabei völlig aufgerieben.

Georgey steht mit 60,000 Ungarn bei Neudäusel und St. Peter, d. h. eine Stunde vor Komorn und hat diese Festung, vor welcher nur 15,000 Oesterreicher standen, entzetzt. Ein anderes Corps hat den General Wohlgemuth von Neutra bis über Preßburg hinaus zurückgeschlagen und wie Courrier, welche so eben einlangen, melden, stehen die Ungarn am Marchflusse, also an der österreichisch-ungarische Grenze, 4 Stunden vor Wien. Ofen Pest ist aufgegeben; am 21. ist alles, was zu den Militärbranchen gehörte, von dort entwichen. Eine dritte endlich:

Wien, 23. April, Nachmittags. Nach einer soeben eingetroffenen Estafette wird die Belagerung von Komorn trotz einer augenblicklichen Aufhebung derselben wieder fortgesetzt. Es waren vorgestern einige Hundert magyarische Verstärkungstruppen glücklich in die Festung gelangt. Pest bei Sonntags ein Bild des Schreckens und der Verwirrung dar. Die Stadt wurde von den kaiserlichen Truppen geräumt und dem Schutz der Commune übergeben. Man kann sich den Jammer der Gutgesinnten denken. Pest ist kein strategischer Punkt und erforderte eine Besatzung von 10—15,000 Mann, die nun der kaiserlichen Armee als Verstärkung zufließen. Allein der moralische Eindruck der Besetzung der beiden Städte durch Kossuth's Truppen ist ungeheuer. Die kaiserliche Hauptmacht unter Welden steht bei Gran. Das Armeecorps des F.-M.-L. Wohlgemuth bei Neutra. Kossuth hat am 19. das Geburtsfest des Kaisers Ferdinand, als rechtmäßigen Königs von Ungarn, bei seiner Armee festlich begehen lassen. Mit dieser List verfolgt er sein heilloses Spiel der Verwirrung und Anarchie und schneidet die Brücke jedem Vergleichs ab.

Wien, 24. April. Noch kann sich unsere Bevölkerung vor der Hiobspost aus Ungarn nicht erholen und auf einer gestrigen Abendwanderung durch verschiedene Verstädte sah ich nur bestürzte Gesichter. Die Tragweite dieser Ereignisse ist wohl jedem fühlbar. Gleichzeitig läßt sich nun die auffallende Theilnahme für die Ungarn nicht in Abrede stellen; aber es gibt Tausende von Familien, die ihre Angehörigen, theils in den Reihen der Armee, oder in Pest und andern von den Ungarn wieder eroberten Städten wissen. Noch gestern spät ist Ministerrath gehalten, und Ein ehe dessen eine sehr beruhigend wirkende Beilage der „Wiener Zeitung" ausgegeben worden. (C. v.) Obgleich vor der Hand die Ruhe der Stadt nicht gestört worden ist, sehe ich fortwährend kleine Patrouillen ohne Rothmäntel durch die Straßen ziehen. Aus Brünn kommt soeben mit klingendem Spiel eine bedeutende Verstärkung von Rekruten, die höchstwahrscheinlich die übrigens ohnehin sehr schwache Garnison ablösen werden.

Auf der heutigen Börse wollte man wissen, daß unsere Armee beabsichtige, sich ganz vom ungarischen Boden zurückzuziehen, weil einerseits die Verproviantirung einer so zahlreichen Truppe fast unmöglich, andererseits aber ein Bauernaufstand befürchtet wird. — Die hier herrschende Angst und Bestürzung zu schildern, ist unmöglich; alle Welt wollte sich heute mit Gold und Silber versehen, und der Zudrang zu den Wechselstuben war ungeheuer. (C. Z.)

Die Hauptstadt ist einem Handstreich der siegreichen ungarischen Insurgenten ausgesetzt. Viele angesehene Familien bereiten sich schon zur Flucht vor.

Die Proclamation des Feldzeugmeisters Welden „an Ungarns und Siebenbürgens Bevölkerung!" in deutscher und ungarischer Sprache abgefaßt, lautet:

„Se. Majestät unser allergnädigster Kaiser und König haben mir mit allerhöchstem Handschreiben vom 12. April d. J. das Oberncommando der k. k. Truppen in Ungarn und Siebenbürgen, so wie auch die provisorische Leitung der Civilangelegenheiten daselbst, zu übertragen geruht. Indem ich, ergriffen von der Größe und Wichtigkeit dieser Sendung, so wie durchdrungen von der Ehre, an die Spitze dieser heldenmüthigen Armee gestellt zu sein, mit Freuden bereit bin, den letzten Tropfen meines Blutes der glücklichen Lösung der mir gewordenen Aufgabe zu weihen, glaube ich zugleich einige Worte an Euch, Bewohner dieser Länder, richten zu sollen. Kennt Ihr es noch länger dulden, werdet Ihr es der Euren Nachkommen, sowie vor dem Richterstuhle der Geschichte verantworten können, daß in Ungarn, dessen schönster Ruhm Treue und Anhänglichkeit war, die Dynastie des Königs und der Gesetze auch ferner noch mit Füßen getreten werde, daß Euere Häuser Stätten der bluttriefenden Zusammenkunft der Rebellen fremder Nationen werden, die von dem Lichte wahrer Aufklärung aus allen Theilen Europas verscheucht, den Aufruhr als Nahrungszweig betrachtend, um das Blutgeld der revolutionären Propaganda zu verdienen, um Ungarn zum Heerde ihrer fluchbeladenen Irrevolutionen machen, und mit dem Brandmal ihrer Verworfenheit den Glanz Eures Namens schänden. Wer sein Vaterland und seine Heimat liebt, kann mit diesen Schändlichen nichts gemein haben; er leiste der Armee seinen wirksamen Beistand, der Verräther reihe sich los, und Mitte wird das strenge Recht entwaffnen, während diejenigen, welche bei dem revolutionären Beginnen Verführten waren, mit unerbittlicher Strenge werden vernichtet werden. Last daher ab von Euerem eitlen unerreichbaren Streben, denn selbst die äußerste Anstrengung wird gemacht, das höchste Opfer gebracht werden, um das herrliche Ungarn sich selbst und der Monarchie zu retten. Den Weg aber, als leitet die constitutionelle Freiheit oder irgend eine Nationalität gefahrdet werden, möge Jeder aufgeben; zu mehrmalen steht Ungarn in der Geschichte da, in großen Verdienste haben sich seine treuen Söhne um das österreichische Herrscherhaus gesammelt, als daß die Waffen, die wir führen, gegen sein Bestehen und Blühen gekehrt sein sollten. Gesammtstämme Ungarns! bietet mir und den Truppen, die ich führe, die Bruderhand, es ist zu Euer Aller und des gemeinsamen Vaterlandes Wohl und Gedeihen."

Krakau, 20. April. Zwischen Wadowice und Tarnow sind dieser Tage 119 Kisten dieurne Kugeln und 29 Kisten Gewehre mit Beschlag belegt worden. Wahrscheinlich waren dieselben für die ungarisch-polnischen Insurrectionstruppen für den Fall ihres Eindringens in Galizien bestimmt. — Briefe aus Paris melden, daß die französische Regierung beschlossen habe, den Eintritt polnischer Emigranten über die Grenze mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern. Die preußische Regierung hat demnach die Anordnung getroffen, daß den Polen, welche sich aus Oesterreich nach Frankreich begeben wollen, die Durchreise durch Preußen nicht mehr gestattet werde. (Lloyd.)

Die Bewegung in unserem Bezirk nahm gestern ein Ende. Die Malcontenten, die sich in den Wäldern zusammengeschaart hatten, waren nicht über 120. Darunter waren 30 mit Feuergewehren, die andern mit Pfeilen und andern Werkzeugen bewaffnet. Die Bauern, die sich im Anfang mit den Malcontenten vereinigt hatten, gingen heim, nur ein Theil zog gegen Krakau. Zwischen Kwarzal und Krzeszowice stießen sie mit den Truppen zusammen, welche ihrer 17 gefangen nahmen, die übrigen sieben auseinander. Gestern wurden 48 Gefangene, Bauern, Städter ꝛc., aufs Schloß gebracht. (Gaz. nr.)

Reisende, die auf Umwegen aus Siebenbürgen in Wien eingetroffen sind, melden, daß Bem mit der Hauptmacht seiner rasch retirirten Truppen jenes Land bereits verließ, und zu seiner Bewachung blieb einzelne aber gutbewaffnete Stellerabtheilungen zurücklieg. Von den Walachen, die sich zu ihm schlugen, hat er nicht viel aufgehoben, desto mehr von den Sachsen. Man schätzt die Truppenmasse, die er jetzt vereinigt hat, auf 30 bis 40,000 Mann. Der Reichthum an Pferden, eine Eigenthümlichkeit des sächsischen Bauers, ist leider dem fremden Parteichef zu Statten gekommen. Man versichert, daß wenn Bem jedem Bauer vier Pferde für seinen Pflug zurücklägt, er immer noch 14—16,000 Stück Pferde davon schleppen und seine Truppen damit beritten machen konnte.

Nachschrift.

** **Frankfurt**, 28. April. In höhern Kreisen war gestern Abend das Gerücht von einer Auflösung der zweiten Ständekammer in Berlin verbreitet. Authentische Nachrichten oder telegraphische Depeschen sind uns über diesen Gegenstand bis jetzt noch nicht zugegangen.

** **Berlin**, 26. April. In der zweiten Kammer wurde heute die Debatte über den Waldeckschen Antrag beendigt und angenommen wurde ein Amendement von Unruh: Erster Theil: „die Fortdauer des Belagerungszustandes ohne Zustimmung der Kammer ist gesetzlich und die Kammer billigt nicht die Fortführung desselben" mit 184 gegen 139 Stimmen. Zweiter Theil: „Das Ministerium ist aufzufordern, den über Berlin verhängten Belagerungszustand sofort aufzuheben" mit 177 gegen 153 Stimmen.

* **Hannover**, 26. April. Durch eine königliche vom 25. April datirte und von den Ministern gegengezeichnete Proclamation ist die zweite Kammer der hannoverschen Ständeversammlung für aufgelöst erklärt. Wegen Berufung eines neuen Landtags bleibt das Weitere vorbehalten. Als Hauptmotiv der Vertagung gibt die Proclamation den Versuch an, während der Vertagung die Mehrheit beider Kammern zur Unterschrift einer Eingabe zu bewegen, welche dieselbe verpflichten soll, die Regierung zur Anerkennung der Reichsverfassung und des Erbkaiserthums zu nöthigen.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 27. April. Oesterreichische Loose folgten heute der rückgängigen Bewegung der Wiener Börse, die vielleicht am 23. d. M. mit sämmtlichen Papieren auf ungünstige erhaltene Nachrichten von dem Kriegsschauplatz aus Ungarn in Hinsicht der österreichischen Waffen genommen, und blieben auch hier größtentheils alle österreichische Effecten sowie namentlich 5pCt. Metall. die um 1pCt. fielen, niedriger im Cours als gestern. 5pCt. Metall., schließen 76⅛ pCt., 2½pCt. Metall. 40⅜ pCt., Wiener Bankactien 1184 fl., 500 fl. Loose 129½, 250 fl. Loose 80 pCt. Alle übrigen Anlehenslose ohne Courveränderung. Von süddeutschen Obligationen 4½pCt. Würtemberger sehr gesucht, 94⅜ pCt. bezahlt, 3½pCt. do. 78½, pCt., Badische 4½pCt. Obligationen 75¼, pCt., ditto 5pCt. vom Jahr 1848 96⅛ pCt. G., Nassauer 3½pCt. Obligationen 81 pCt., do. 5pCt. v. J. 1849 100 pCt. Holländische 2½pCt. Integralen 49⅜, pCt. Von Eisenbahnen blieb Friedrich-Wilhelms-Nordbahn wie zu Berlin ⅛ pCt. niedriger 34⅜ Actie., Berbach 73½ pCt., Köln-Minden 77⅛ pCt., Taunus 289 fl., Südl. inländ. Span. schließen ⅛ pCt. niedriger 23½ pCt. Alle Wechsel heute kurz angeboten. Amsterdam 100⅛ Wiener 105 Br., Paris 95½ Br., Berlin und Leipzig 105⅛ Br., Mailand 100⅛ Br., London 120⅛ Br., Bremen 99⅛ Br., Hamburg 88⅛ Br., Augsburg 119⅜, à 119 ⅛ Geld. Ducaten nach Ausgabe der Madrider Post vom 20. d. M., welche einen Rückfall von 1⅛ pCt. der 3pCt. inländ. Schuld meldete, drückten sich in der Effectenlocalität bemannte Papiere bis auf 23½ pCt. im Cours, schlossen aber zuletzt durch gemachte Einkäufe, die darin geschahen, wieder 23⅜ à 23½ pCt.

Wien, 24. April. 3pCt. Metall. 68⅛ — 4pCt. 70. — 3pCt. —. — 2½pCt. 46⅛ — Bankactien 1138. — 500 fl. Loose 146. — 250 fl. Loose 91. — Nordbanactien 96. — Glogauer 93. — Mailänder 68.

In Folge fester Verkäufe sind alle Fonds und Eisenbahnactien weiter zurückgegangen, schließen jedoch fester, als im Anfang. Devisen und Coupons wurden begehrt und höher bezahlt.

Berlin, 26. April. Staatsschuldscheine 79⅛ bez. u. Br., Seehandlungs-Prämienscheine 100⅛, etw. u. ⅛ bez., Banksantheile 85⅛, u. ⅛ bez., Berlin-Hamburg 53⅛, G., Köln-Minden 76⅛, G., Fürst. Luit-Nordb. 34, 33⅞, u. 34⅛ bez., Aktien, 48 Br., Thüring. 50 Br., Magd. bei Stieglitz. 88⅛, G., 5. 85⅛, Br., Pots. 500 fl. Loose 73⅛, bez., Kurhess. Prämienscheine à 40 Rthlr. 27⅛, bez., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 16 Br.

Die Börse war heute sehr geschäftslos. Die Course der Fonds und Actien, zum Theil etwas niedriger, behaupteten sich im Allgemeinen fest.

Amsterdam, 25. April. 2½pCt. Integr. 49⅜ ⅛/₁₆. — 3pCt. Schuld 58⅛, ⅜. — 4pCt. do. 77⅞. — 5pCt. 79⅛. — 5pCt. Arb. 10⅜ ⅛. — do. à 510 Pf. St. 10⅜ ⅜. — 3pCt. inländ. à 6000 fl. 24⅛ ⅛. — Ducaten 7⅝ 5⅞. — 3pCt. Port. 28⅛. — — 4pCt. do. 30, 29⅛. — Russ. 4pCt. bei Hope 82⅛. — 5pCt. Met. 73⅛. — 2½pCt. do. 38⅛.

Paris, 25. April. Stand der Rente: 5pCt. 87. 80. — 3pCt. 56. 30. — Neue 3pCt. Span. 23. — Innere Schuld 23⅛. — Bankactien 2385. — Versailles, rechtes Ufer 215. — Linkes Ufer 160. — Paris-Orleans 847. 50. — Paris-Rouen 563. 75. — Orleans-Bordeaux 410. — Orleans-Bourbonnais 362. 50. — Marseille-Avignon 215. — Straßburg-Basel 103. 75. — Nordbahn 452. 50. — Paris-Strasburg 372. 50. — Römisches Anlehen 77⅛.

Die Rente war heute fest und besser wie gestern.

London, 24. April. 3pCt. Stocks 92. — 3pCt. Span. 17⅜. — Neue 3pCt. 33⅛. — 4pCt. Port. 29. — 2½pCt. Consol. 90⅛.

Madrid, 20. April. 3pCt. 24 à ⅛ comt., 5. d. 24, 25⅛ G. — 5pCt. 10⅜, G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Kalle.

[1203]* **Bekanntmachung.**

In Folge der Aenderung des Coursplans für die Großherzoglich Badischen Eisenbahnen und zur Erzielung entsprechender Anschlüsse der Postcourse auf der Carlsruhe-Stuttgart-Augsburger Route wird vom 1. Mai d. J. an

1) der 1. Eilwagen von Carlsruhe nach Stuttgart um 2¼ Uhr Nachmittags (statt 1¼ Uhr),
2) der 2. Eilwagen von Carlsruhe nach Stuttgart (statt 9 Uhr) um 9¾ Uhr Abends,
3) der Abend-Eilwagen von Stuttgart nach Ulm (statt 9¾) nach 10¼ Uhr Abends und
4) der 1. Eilwagen von Ulm nach Augsburg nach 8 Uhr Morgens

abgefertigt werden.

Frankfurt a. M., den 25. April 1849.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.
vdt. Kölle.

[1218] **Bekanntmachung.**

Vom 1. k. M. an wird der Fulda-Würzburger Eilwagen schon um 6 Uhr Abends resp. nach Ankunft der ersten Personenpost von Bebra, sowie der Diligence von Frankfurt und des Gießen-Fuldaer Eilwagens aus Fulda abgefertigt.

Frankfurt a. M. den 25. April 1849.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.
vdt. Kölle.

[1215] **Stenographischen Unterricht**

ertheilt nach dem System von Gabelsberger

F. Müller, Lehrer der Handelswissenschaft,
Wollgraben Nr. 11 neu.

[1207] **Ich habe die Ehre hiermit anzuzeigen, daß ich die Gastwirthschaft meines Hotels zum**

Englischen Hof

nun selbst übernommen habe. Indem ich um geneigten Zuspruch bitte, gebe ich die Versicherung, daß ich alles aufbieten werde, die verehrten Gäste durch gute und billige Bedienung zufrieden zu stellen.

Mainz, den 25. April 1849.

Heinrich Specht.

Commis-Gesuch in Frankfurt a. M.

In ein Waaren-Geschäft wird ein Commis zur Buchhaltung und sonstigen Comptoirarbeiten gesucht. Man fordert von demselben eine gute Handschrift, gute kaufmännische Bildung und gute Zeugnisse — bei schon etwas gesetztem Alter — und sichert demselben einen anständigen Gehalt zu. Offerten, jedoch franco, unter Angabe der Nummer dieser Anzeige, besorgt die Expedition. [1211]

[1224] **Frankfurt-Hanauer Eisenbahn.**

Fahrtenplan für den Sommerdienst 1849 vom 1. Mai anfangend.

Abgang der Bahnzüge:

Von Hanau nach Wilhelmsbad, Mainkur und Frankfurt:			Von Frankfurt nach Mainkur, Wilhelmsbad und Hanau:		
I. Fahrt, Morgens	6½ Uhr mit Anhalt an der Dörnigheim-Hochstädter Bicinalstraße.		II. Fahrt Morgens	7 Uhr mit Anhalt an der Dörnigheim-Hochstädter Bicinalstraße.	
III. Fahrt Morgens	8 Uhr.		IV. Fahrt Morgens	9½ Uhr.	
V. Fahrt „	10½ „		VI. Fahrt Mittags	12½ „ mit Anhalt an der Dörnigheim-Hochstädter Bicinalstraße.	
VII. Fahrt Nachmittags	2 „ mit Anhalt an der Dörnigheim-Hochstädter Bicinalstraße.		VIII. Fahrt Nachmittags	3 Uhr.	
IX. Fahrt Nachmittags	4 Uhr.		X. Fahrt „	5 „	
XI. Fahrt Abends	6 „		XII. Fahrt Abends	7 „	
XIII. Fahrt „	8 „		XIV. Fahrt „	9 „	
An Sonn- und Feiertagen geht dieser Zug ½ Stunde später, also um 8½ Uhr, ab.			An Sonn- und Feiertagen geht dieser Zug ½ Stunde später, also um 9½ Uhr, ab.		

Frankfurt am Main, im April 1849.

Der Verwaltungsrath der Frankfurt-Hanauer Eisenbahn-Gesellschaft,
in dessen Namen der Director:
Zobel.

Für

☞ **Gicht- und Rheumatisch-Leidende.** ☜

Von den fast in allen Ländern Europa's rühmlichst bekannten, von der medizinischen Facultät zu Wien und von vielen Sanitäts-Behörden, renommirten Aerzten und Chemikern geprüften und empfohlenen

Goldberger'schen

[1052] k. k. patentirten

galvano-elektrischen Rheumatismus-Ketten,

à Stück mit Gebrauchs-Anweisung 1 Thlr. preuß. Cour., stärkere 1 Thlr. 15 Sgr., befindet sich die Haupt-Niederlage für ganz Süddeutschland bei unterzeichneter General-Agentur. — Die schnelle und sichere Heilkraft der Goldberger'schen Ketten gegen rheumatische, gichtische und nervöse Uebel aller Art, als: Kopfgicht, Gesicht- und Halsweh, Zahnschmerzen, Ohrenstechen, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krämpfe, Herzklopfen, Schlaflosigkeit, Hartbörigkeit u. s. w. ist wohl so bekannt, daß sie nicht weiter empfohlen zu werden braucht, und sind namentlich die in einer gedruckten Brochure zusammengestellten, authentischen Erfahrungen und äußerst günstigen Gutachten von mehr denn 200 geachteten Aerzten und glaubwürdigen Privatpersonen, über die überraschenden Heilungen, welche durch die Goldberger'schen Ketten bewirkt wurden, die beste Bürgschaft für deren Nützlichkeit und Bewährtheit, und wird diese Attestsammlung jeder Kette extra noch beigefügt. ☞ Da diese Ketten bereits vielfach nachgebildet und anderweitig ausgeboten werden, so bitte ich darauf zu achten, daß jede k. k. patentirte, ächte Goldberger'sche galvano-elektrische Kette auf der Vorderseite des Etuis den Namen des Erfinders, und auf der Rückseite den k. k. österr. Adler und das Wappen der freien Bergstadt Tarnowitz trägt.

Die Knopf- und Kurzwaaren-Handlung und General-Agentur von
A. J. Stiebel, in **Frankfurt a. M.**, Schnurgasse Nr. **23.**

NB. Briefe und Gelder unter meiner Adresse werden franco erbeten, und kann auf Verlangen auch der Betrag pr. Postvorschuß erhoben werden.

[1121] ☞ **Beachtenswerth.** ☜

Geschäftsmännern von Ruf und Solidität mit umfänglichen Connexionen, sowie **Personen von Stande**, die in der Umgebung hoher Herrschaften leben, und in Folge dessen nicht ohne Einfluss auf deren Entschliessungen sind, haben z. Z. Gelegenheit, im wohlverstandenen Interesse, hohen und höchsten Ortes die Aufmerksamkeit auf eine Acquisition zu lenken, über deren ganz bedeutenden Werth auf portofrei Briefe die umfänglichsten Details mitgetheilt werden durch den dazu bevollmächtigten Herrn Otto Spamer in Leipzig, Königstrasse Nr. 10. 1. Etage.

☞ Jegliche Bemühung in dieser Angelegenheit wird im Falle des Erfolges aufs bereitwilligste honorirt.

Nachricht für Auswanderer nach Nord-Amerika.

General-Agentur
der
Fahrgelegenheiten
zwischen

Havre und New-York & New-Orleans.

Ich benachrichtige hierdurch alle solche Auswanderer, welche meine Fahrgelegenheiten zwischen Havre und New-York & New-Orleans benutzen wollen, daß sie ihre Einschreibungen bei meinen, am Fuße dieser Bekanntmachung verzeichneten Herren Agenten vornehmen können, bei welchen auch das Nähere über die Bedingungen, zu welchen ich Auswanderer annehme, zu erfahren ist.

Die Fahrten zwischen Havre und New-York geschehen regelmäßig das ganze Jahr hindurch, und zwar alle 10 Tage; ebenso die Fahrten nach New-Orleans in den Monaten März, April, Mai und während der Herbstmonate.

Sämmtliche Schiffe sind dem Publikum, sowohl der Sicherheit ihrer Abfahrten, als auch ihrer innern bequemen Einrichtung wegen ganz besonders zu empfehlen.

Von Mannheim und allen unterhalb liegenden Rheinhäfen aus werden die bei mir eingeschriebenen Passagiere von einem meiner Conducteure bis Havre begleitet, der ihnen überall, wo es nöthig sein sollte, mit Rath und That an die Hand gehen wird.

Die Reise geht entweder mit dem Dampfboote bis Cöln und von da mit der Eisenbahn über Paris nach Havre, oder per Dampfboot über Rotterdam nach diesem Seehafen.

Die Ueberfahrtszeit von Mannheim oder Mainz bis New-York kann durchschnittlich auf 30—35 Tage, und jene für New-Orleans auf 40—45 Tage angenommen werden.

Gegen Bezahlung einer kleinen Assecuranz-Prämie wird das Reisegeräth von den rheinischen Häfen aus bis Havre und auf Verlangen auch bis nach den Vereinigten Staaten versichert.

Mainz, im Januar 1849.

Der General-Agent
Washington Finlay.

Nähere Auskunft ertheilen meine Agenten die Herren

C. Louis Breyschlag	in Frankfurt a. M.	Heinr. Wolff	in Alzei
F. A. Beaufrere	„ „	Florian Bait	„ Fulda.
Carl Zeist Mayer	„ Darmstadt.	L. H. Giever	„ Gelnhausen.
Franz Jos. Koehl	„ Gernsheim.	Fr. Vogt	„ Bingen.
Carl Mayer	„ Worms.		[221]

Ausverkauf von Sonnenschirmen und Regenschirmen.

Nur während der Messe Neuekräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels.

Regenschirme in schwerster Seide von 3½ bis 5½ fl. — Sonnenschirme in schwerster Lyoner Seide, höchst geschmackvolle Muster, pr. Stück 1 fl. 45 kr. bis 3½ fl.

Neuekräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels, bei
[1077] **J. Sachs**, aus Berlin.

---

[806] **Joseph Schell**, Corsetten-Fabrikant aus Ludwigsburg,

empfiehlt für diese Messe wieder sein schon längst bekanntes Lager in Damen- und Kinder-Corsetten, sowie auch Morgen-Leibchen, mit und ohne Elastik, und verkauft en gros mit en detail zu äußerst billigen Preisen. Auch habe ich wieder eine große Auswahl aller Arten Gummi-Bälle und gebe diese ebenfalls zu sehr billigen Preisen ab.

Meine Bude befindet sich wie gewöhnlich auf dem Römerberg, hinterer Gang, vis-a-vis dem Römer.

Großer Ausverkauf während der Messe Neuekräme 27.

Tuch und Buckskin zu Hosen, Wollenstoffe in Wolle, Seide, Sammet und Plüsch die Weste 24, 30, 36 kr. bis 1 fl. 45 kr., Sommerhosenzeuge und Sommer-Buckskin die Hose 1 fl. bis 4 fl. 48 kr., 1500 Stück Sommerröcke und Paletots von 2½ bis 8½ fl., Schlafröcke und Hauskröcke von 2½ bis 6½ fl.

Im Laden Neuekräme Nr. 27, dicht neben dem Braunfels, bei
[1078] **J. Sachs**, aus Berlin.

[1178] **Für Auswanderer.**

Wir machen hierdurch bekannt, daß die Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft „**Janus Hamburg**" auch Versicherungen auf das Leben solcher Personen abschließt, welche nach andern Welttheilen überseeln, und zwar können diese Versicherungen contrahirt werden:

„für die Dauer der Reise von der Heimath bis zum Ausschiffungshafen, oder bis zum künftigen Wohnplatz oder für die ganze Dauer der Reise und noch auf bestimmte Jahre oder auf Lebenszeit."

Ersteren Falles kostet z. B. die Versicherung für 100 Rthlr. Preuß. Cour. für die Passage nach Newyork, Baltimore ꝛc., wenn der Versicherende alt ist

25	30	35	40 Jahre
1 Rthlr. 16⅔ Sgr.	1 Rthlr. 19⅓ Sgr.	1 Rthlr. 22⅔ Sgr.	1 Rthlr. 25⅓ Sgr.

von jetzt an bis auf Weiteres.

Hamburg, April 1849.

Mieth. Aug. Wm. Schmidt.

Ueber die Zweckmäßigkeit vorstehender Einrichtung brauche ich wohl nichts hinzuzufügen. Wer seine Familie nicht hülflos in fremden Landen wissen will, im Fall er durch Schiffbruch, Krankheit ꝛc. sein Leben verlieren sollte, wird nicht unterlassen, durch eine solche Versicherung für dieselbe zu sorgen, ehe er den vaterländischen Boden verläßt.

Nähere Auskunft, Statuten und Prospecte ertheilen unentgeltlich sowohl der Unterzeichnete, als die Herren:

C. Nicolai in Mainz, **A. Umelung** in Darmstadt, **J. T. Schlipp** in Worms, **J. Stroh** in Hanau, **Val. Wißler** in Buxbach, **G. Schmidtborn** in Gießen, **L. Nerroth** Vater in Michelstadt.

Wilh. Eckert in Frankfurt a. M.,
Haupt-Agent.

☞ **Avis für Damen.** ☜

Berlins größte Damen-Mäntel-Niederlage ist durch bereitete Zusendungen der neuesten und elegantesten fertigen

☞ **Mantillen, Mantelets, Palettino's und Visites** ☜

wiederum aufs reichhaltigste sortirt zu sehr soliden Preisen.

☞ Neue Kräme Nr. 31 bei Herrn Lorie, vis-a-vis vom Braunfels.
[1060]

[1220] **Zu verkaufen**

ist ein großes Haus in bester Lage der Stadt. Nähere Auskunft ertheilt Herr Dr. J. J. Römer, Advocat

---

[1216] On cherche une bonne d'enfants, qui transporte, qui parle bien sa langue, S'adresser Fahrgasse I. 41 No. 8 parterre au comptoir, ou au dans le jardin Bornheimer Sandweg à coté de la fabrique de Monsieur Lindheimer.

Malaga-Trauben-Rosinen	½ Kist	2.	7 kr.
„	½ „	„	3 30 „
Messina-Citronen	½ „	„	14 —
Holländische Sardellen	½ Anker	„	18 —
	½ „	„	9 30

bei

Milani-Minoprio,
kleiner Hirschgraben 3.
[1221]

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Beilage zu Nro. 101.) 28. April 1849.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

* **Schleswig**, 24. April. So eben 10 Uhr Morgens trifft die Nachricht ein, daß die Schleswig-Holsteiner von 19 Bataillonen Dänen bei Kolding angegriffen, nach einer blutigen Schlacht gestern am Tage des Treffens bei Schleswig die Dänen besiegt haben. Kolding brennt an mehreren Stellen. General Bonin führte auf dem Marktplatze dieser Stadt auf einem Stuhl sitzend das Commando. Seit einer Stunde befindet sich Orla Lehmann als Kriegsgefangener auf Schloß Gottorff. Er ward an den Departementchef des Krieges abgeliefert, der ihn dem Commandanten, Major Lange, zusandte. Ungeheurer Jubel herrscht in unserer Stadt. Von einem Postbeamten geht soeben folgendes Schreiben hier ein:

Kolding, 23. April. Nachmittags 5 Uhr. Im Hofe der Post auf einer Tonne geschrieben. An fünf Stellen ist ein bedeutendes Feuer, was man zu löschen bemüht ist. Das Feldpostamt bleibt bis auf Weiteres in Christiansfeld; eine Expedition in Vonsyld. Nachdem von heute früh 5 Uhr an ein heißer Kampf der Unsrigen mit 20,000 Mann Dänen bei Kolding stattgefunden, Kolding in Brand gesteckt und bombardirt werden ist, nahmen die Unsrigen Besitz von der Stadt. Die erste Brigade und die Cavallerie verfolgt das geschlagene Heer. Die Bürger Koldings haben Schandthaten verübt: mit Hagel geschossen, heißes Wasser auf die Vorübermarschirenden gegossen und, wie ich so eben unterwegs erfahre, durch Verabreichung vergifteten Weins an unsere siegestrunkenen Soldaten ihrem Treiben das Siegel aufgedrückt. Es fahren 7 solcher vergifteter Jäger, von denen 3 todt, die andern 4 mit Schaum vor dem Munde ihrem Ende sehr nahe sind, bei mir soeben vorüber. Schauerlich sieht es in Kolding aus, und was die Nacht uns bringen wird, weiß man noch nicht, ist aber auf Schlimmes gefaßt. Der König soll persönlich an der Spitze seiner Armee gewesen sein. Mit einer an den Herrn Kriegsminister abzufertigenden Estafette beeile ich mich, diese flüchtige Mittheilungen zu machen. Es ist Befehl ertheilt, daß unsere Pferde nicht abgesattelt werden sollen. Die Todten liegen auf den Straßen, in den Häusern und in Zimmern, selbst in dem, wo der Herr General abgestiegen ist. Neben dem commandirenden General liegt ein Todter vom 9. Bataillon auf dem Sopha. Der Offizier, Hauptmann Steuber vom 6. Bataillon, welcher den Herrn Amtmann Orla Lehmann, von dem General v. Bonin hierher gesandt, brachte, hat noch mitgetheilt, daß das 9. und 10. Bataillon und 1. Jägercorps am meisten gelitten haben. Alle Schleswig-Holsteiner sind im Kampfe gewesen. Es waren im Kampfe 18 dänische Bataillone gegen 14 schleswig-holsteinische. Um 11 Uhr stand das Gefecht. Unser linker Flügel stand unweit Kolding in Wamdrup. Die Dänen warfen sich stark auf denselben und suchten ihn zu umgehen. General von Bonin schob nun die Avantgarde dazwischen, um die zweite Brigade zu unterstützen. So erleichtert, nahm die erste Brigade das Gefecht auf und nahm mit Sturm die Stadt ein. Die Art und Weise, wie die Koldinger sich gegen die zurückweichenden Schleswig-Holsteiner benommen hatten, bestimmten den General, die Kanonen auf die Stadt richten zu lassen. Bei dem Bombardement brannte die Stadt fast ganz ab, während ein sehr blutiger Kampf auf den Straßen stattfand. Es sollen 1000 Menschen gefallen und verwundet sein und zwar auf jeder Seite. Der Lieutenant Ahlman, ein Sohn des Probsten, ist gefallen. Man spricht überdies von drei Offizieren, welche geblieben seien. Um 4 Uhr war der Kampf zu Ende.

Die **Landesversammlung** berieth das beantragte Ausnahmegesetz, die einstweilige Abänderungen mehrerer Bestimmungen der §§ 104, 110, 122, 123 und 124 des Staatsgrundgesetzes, so wie das Schreiben der Statthalterschaft wegen Neuwahlen und Auflösung der constituirenden Landesversammlung.

Der Mann, der den ganzen Krieg veranlaßt hat, Orla Lehmann, der dadurch das Blut so Vieler auf seinem Gewissen hat, ist also in unsern Händen. Er kam nach Kolding, was zu seinem Amte Beile gehört, um im Augenblick der Noth mit seinem Rath zur Hand zu sein. Der Gefangene benahm sich sehr brutal. Der Bataillonschef St. Paul gab ihm zu bedenken, daß er ihn fesseln lassen werde, wenn er sich nicht höflicher betragen werde. Der Dragoner, der ihn auf den Vorposten gefangen genommen, ließ ihn nicht wieder fahren, als er seinen Vornamen erfahren hatte. General Bonin wollte, wie es scheint, nicht selbst über diesen Mann verfügen. Der Herr Amtmann kann erwarten, daß er auf eine Weise behandelt werden wird, wie es die deutsche Ehrenhaftigkeit Schleswig-Holsteins stets bewiesen hat.

!! **Flensburg**, 24. April. Unsere braven Truppen in Jütland und Schleswig haben bei der rauhen Jahreszeit viel auszustehen, das feuchte Schauerwetter hat viele Fieberer-krankungen herbeigeführt. Besonders haben die süddeutschen Truppen, die das naßkalte Klima ungewohnt sind, zu leiden. Wie wäre es, wenn unsere wackern Frauen und Jungfrauen — neben der Charpie für die Verwundeten — wollene Socken und Leibbinden für die Gesunden beitragen möchten? Es bedarf gewiß nur dieser Anregung, um Beiträge aus ganz Deutschland zu vermitteln.

Deutschland.

Berlin, 24. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer werden mehre Amendements zur Geschäftsordnung gestellt und dann mit der Berathung des Gesetzentwurfs über das Vereinsrecht fortgefahren:

§ 15. Versammlungen bedürfen der vorgängigen Genehmigung der Ortspolizeibehörde, wenn sie auf öffentlichen Plätzen in Städten und Ortschaften, oder auf Straßen stattfinden sollen.
§ 16 Diese Versammlungen werden öffentliche Aufzüge gleichgestellt; bei Ertheilung der Anzeige oder Einholung der Genehmigung ist der beabsichtigte Weg anzugeben. Gewöhnliche Leichenbegängnisse werden jedoch nicht hierher gerechnet. Auch bei kirchlichen Processionen bedarf es der vorherigen Anzeige oder Genehmigung nicht, wenn sie in der hergebrachten Art stattfinden,

werden in folgender veränderter Fassung angenommen:

§ 15. Zu Versammlungen, welche auf öffentlichen Plätzen und Straßen in Städten und Ortschaften stattfinden sollen, sowie zu öffentlichen Aufzügen in Städten und Ortschaften hat der Vorsteher, Unternehmer, Ordner oder Leiter die Genehmigung der Ortspolizeibehörde nachzusuchen. § 16. Kirchliche Processionen, Wallfahrten und Bittgänge, gewöhnliche Leichenbegängnisse und Züge der Hochzeitsversammlungen unterliegen der Bestimmung des § 15 nicht.

Die §§ 17, 18, 19 werden nun zur Discussion gestellt.

§ 17. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§ 2, 3, 5, 6, 8, 10 dieses Gesetzes zu den eine polizeiliche Strafe bis zu 50 Thlr. nach sich. § 18. Wer den in den §§ 7 und 9 gegebenen Bestimmungen zuwiderhandelt, hat Geldbuße bis zu 200 Thlr. oder Gefängniß bis zu sechs Monaten verwirkt. § 19. Ist die Versammlung unter freiem Himmel von der Ortspolizeibehörde untersagt oder den Vorschriften der §§ 14 und 15 zuwider unternommen, so hat Jeder, welcher dazu auffordert oder auffordern läßt oder darin als Ordner, Leiter oder Redner thätig ist, eine Geldstrafe bis zu 200 Thlr. oder Gefängniß bis zu sechs Monaten, und Jeder, welcher an der Versammlung Theil nimmt, eine Geldbuße bis zu 5 Thlr. verwirkt.

Dazu ist eine große Reihe von Amendements gestellt. Abg. Thiel will „polizeiliche" im § 17 gestrichen wissen. Die Polizei soll denunciren und zugleich richten, das heißt den Bock zum Gärtner machen. Justizminister Simons bemerkt: Es sei nicht die Absicht der Regierung, die Entscheidung in die Hände der Polizei zu legen. Diese werde vielmehr immer durch die Einzelrichter erfolgen. Der Zusatz „polizeiliche" habe keinen andern Zweck als den, die Entscheidung vor die Friedensrichter zu bringen, damit nicht die Landgerichte darüber urtheilen. Abg. v. Seckendorff beantragt den Zusatz: „Die Strafe der Unterlassung der im § 1 vorgeschriebenen Anzeige trifft den Inhaber des Versammlungslocals, wenn dieser keinen andern Unternehmer der Versammlung nachweisen kann." Ohne diesen Zusatz würde die gesetzliche Bestimmung erfolglos sein, da der Unternehmer in der Regel nicht zu ermitteln ist. Abg. Temme gegen das Gesetz. Ein polizeilicher Agent darf nur zu einem Verbrechen provociren, so kann die Polizei die Versammlung auflösen. Das Gesetz kennt das neue Verbrechen des passiven Ungehorsams. Kein Rechtssystem hat hierfür eine Strafe. Ein Dieb, der unter 5 Thlr. stiehlt, wird mit vier Wochen Gefängniß bestraft. Sie wollen einen ruhigen Bürger, der sich nicht sofort entfernt, mit sechs Monaten strafen. Nächst den häufigen Klagen über Soldatenexcesse, die nur dem Hrn. Kriegsminister unbekannt geblieben sind, sind es vorzüglich die polizeilichen Uebergriffe, die zu Klagen Anlaß geben. Kriegsminister v. Strotha: Die öffentlichen Blätter sind allerdings sehr voll von solchen Excessen, aber sie nehmen es mit der Darstellung nicht sehr genau. In jedem einzelnen Falle sind Untersuchungen angestellt und die Schuldigen gestraft. Die Veranlassung liegt in vergangenen traurigen Zuständen, über die es besser ist, einen Schleier zu werfen. Mit ihnen werden auch die Excesse aufhören. Sie werden gewiß aufhören, wenn man Institutionen, die die Disciplin aufrecht erhalten, nicht mehr angreifen oder gar lächerlich machen wird. Es finden über diese Paragraphen 17 Abstimmungen statt. Die Amendements der Abgeordneten Löhr und Pilet werden verworfen, der Wegfall des Wortes „polizeiliche" wird beschlossen und statt des § 17 des Regierungsentwurfs der Vorschlag des Centralausschusses dahin angenommen: „Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§ 1, 3 und 7 dieses Gesetzes ziehen eine Strafe bis zu 50 Thlr. oder im Unvermögensfall Gefängniß bis zu vier Wochen nach sich." Ueber den Zusatz des Abg. v. Seckendorff wird durch Namensaufruf gestimmt. Der Zusatz wird mit 165 Stimmen gegen 163 verworfen. Für den vom Abg. Gierse beantragten Zusatz: „Diese Strafe gilt auch für den Beamten, welcher die in § 1 vorgeschriebene Bescheinigung nicht sofort ertheilt," ergibt die Zählung 163, dagegen 165 Stimmen. Es wird nun Namensaufruf beantragt, welcher 168 Stimmen für, 164 gegen den Zusatz ergibt. Ebenso wird ein zweiter Zusatz vom Abg. Gierse zu dem § 14 des Commissionsentwurfs angenommen, der dann mit diesem Zusatz dahin angenommen wird: „Wer der Bestimmung des § 5 zuwiderhandelt und sich nach dreimaliger unter Berufung auf dieses Gesetz geschehener Aufforderung nicht entfernt, hat Geldbuße bis zu 100 Thlr., oder Gefängniß bis zu 3 Monat verwirkt." Endlich wird § 15 des Centralausschusses dahin angenommen: „Ist die Versammlung unter freiem Himmel von der Ortspolizei untersagt, oder den Vorschriften der §§ 10 und 11 zuwider unternommen, so hat Jeder, welcher dazu aufgefordert oder auffordern läßt, oder darin den Ordner, Leiter, oder im Fall des § 10 auch nur als Redner thätig ist, eine Geldstrafe bis zu 100 Thlr., oder Gefängniß bis zu 3 Monaten verwirkt. Gleiche Strafe trifft denjenigen, der im Falle der §§ 9 und 11 als Redner thätig ist, insofern das Verbot vorher gehörig bekannt gemacht war. Wer an einer in Folge der §§ 9, 10 und 11 dieses Gesetzes untersagten Versammlung Theil nimmt, unterliegt einer Geldbuße bis zu 5 Thlr. Diese Strafe tritt rücksichtlich der Theilnahme an den in Gemäßheit der §§ 9 und 11 verbotenen Versammlungen jedoch nur dann ein, wenn dieses Verbot vorher gehörig bekannt gemacht worden war." § 20 des Regierungsentwurfs: „Wer auffordert, in einer Versammlung mit Waffen zu erscheinen, oder die Aufforderung hierzu verbreiten läßt, in mit Gefängniß von 6 Wochen bis zu 1 Jahre zu bestrafen," wird verworfen und dafür der Vorschlag des Centralausschusses angenommen; dieser lautet: „Wer auffordert, in einer Versammlung mit Waffen zu erscheinen, oder die Aufforderung hierzu verbreiten läßt, oder in einer Versammlung Waffen austheilt, ist mit Gefängniß von 6 Wochen bis zu 1 Jahre zu bestrafen." An Stelle des § 21 wird der Commissionsentwurf, der damit übereinstimmt, angenommen. Er lautet: „Wer gegen das Verbot des § 6 an Versammlungen bewaffnet Theil nimmt, wird mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft." Abg. v. Bodelschwingh beantragt Einschaltung eines Zusatzes: „Die Mitglieder des Ortsvorstandes sind befugt, allen Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden sollen, beizuwohnen." Der Redner will diesen Antrag rechtfertigen. Er wird durch Zischen von der Linken unterbrochen, der Präsident bittet wiederholt um Ruhe, er droht, die Sitzung zu schließen. Abg. Moriz bemerkt: Es sei der Antrag bereits verworfen. Abg. v. Bodelschwingh: Das Eindringen der Polizei sei verworfen, nicht aber die Anwesenheit des Ortsvorstandes. (Tumult. Rechts: Ruhe!) Präsident: Ich bitte um Ruhe. Wenn ein Redner Ihrer Seite hier stände, so würde ich die Ruhe gleichfalls aufrecht erhalten. Abg. Waldeck ruft: Es hat kein Redner unserer Seite die Tribune geschändet. Präsident: Ich rufe den Abg. Waldeck zur Ordnung. (Rechts: Bravo; links: Wir Alle sind derselben Meinung.) Der Referent schließt sich dem Zusatz an, da der Gemeinderath von den Bürgern gewählt und keine Polizei sei. Der Namensaufruf ergibt jedoch nur 160 für und 172 Stimmen gegen den Bodelschwingh'schen Zusatz.

§ 22: Wer an öffentlichen Orten oder bei öffentlichen Zusammenkünften Erkennungs- oder Versammlungszeichen, oder sonstige äußere Abzeichen, welche zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit durch Gesetz oder Verordnungen der Ortspolizeibehörden verboten worden sind, trägt, anstellt, verkauft oder auf sonstige Weise verbreitet, wird mit Gefängniß bis zu 1 Jahre bestraft.

wird fast einstimmig verworfen.

§ 23. Auf die durch das Gesetz angeordneten Versammlungen finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.

Statt dieses Paragraphen wird jedoch die vom Abg. Pape vorgeschlagene Fassung angenommen: „Auf die durch das Gesetz oder die gesetzlichen Autoritäten angeordneten Versammlungen, auf Versammlungen von Gemeinde-, Kreis-, Bezirks-, Provinzial- und Volksvertretern und der Wahlmänner dieser Letztern, sowie auf Wahlversammlungen der Urwähler finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung." Abg. Arntz beantragt den Zusatz: „Dieses Gesetz tritt am 1. Dec. d. J. außer Kraft, wenn es nicht vorher ausdrücklich erneuert wird." Der Zusatz wird aber verworfen. Nach dem Beschluß der Kammer soll nun noch über die Ueberschrift des ganzen Gesetzes ein Beschluß gefaßt werden. Der Titel des Gesetzentwurfs wird ohne Discussion beibehalten. Die Redactionscommission wird nunmehr das Gesetz zusammenstellen und es in den nächsten Tagen der Kammer zur schließlichen Annahme vorlegen.

00 **Dresden**, 26. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erschien der Ministerpräsident Dr. Held, um eine vom Abg. Gruner ausgegangene Interpellation, welche die zu erwartenden Gesetzvorlagen betraf, zu beantworten. Vom Ministerium des Innern sind an die Kammern gelangt: Gesetz über Ackerbauschulen, die Geschäftsordnung, Jagdgesetz, Gesetz über das Recht der Initiative, ferner über das Bannrecht, Lehngeld, über Verlängerungsfrist zum Nachweis der Realgerechtsame, Ausführungsverordnung zum Communalgardengesetz; zu erwarten sind bald: Dienststrafgesetz der Bürgerwehr, Pensionsgesetz, Apothekerordnung, welche Sachverständigen zur Begutachtung vorliegt. Die übrigen die Gewerbe betreffenden Gesetze werden erst dann, wenn die Arbeitercommission ihre Arbeiten zu Ende geführt hat, vollendet werden können. Aus dem Departement des Cultus und öffentlichen Unterrichts stehen demnächst zu erwarten: Gesetz über Neugestaltung der Kirche, namentlich über Rückgabe des jus in sacra an die Kirche; Entwurf zur Berufung einer Synode der protestantischen Kirche. Erst dann, wenn diese ihre Geschäfte vollendet hat, können die Gesetze, welche Staat und Kirche gemeinschaftlich betreffen, abgefaßt und vorgelegt werden. Unerachtet dessen ist aber ein Gesetz über Beseitigung des bisherigen Collaturrechtes entworfen worden. Die Reform des Schulwesens betrieb eine besondere Commission. Bald wird deren Arbeit veröffentlicht werden. Aus dem Departement der Justiz sind an die Kammern gelangt: Ausführungsgesetz, die Grundrechte betreffend; Wechselordnung des deutschen Reichs nebst dazu nöthigen Erläuterungen; Gesetz wegen authentischer Interpretation des § 231 des Gesetzes vom 6. Nov. 1843; desgleichen die Aufhebung des Generale, die Lehngelder betreffend. Rückständig sind: Revision des Criminalgesetzbuchs; Criminalordnung; Civilgesetzbuch; Proceßordnung. Doch die Commissionen, welche das Gesetz der

neuen Criminalordnung bearbeitet, hält wöchentlich 8 Sitzungen; er (Held) selbst arbeite am Civilgesetzbuch unausgesetzt, mithin würden auch diese Entwürfe bald zur Vorlage fertig werden. Es werde mit voller Thätigkeit gearbeitet. Der Interpellant sagt, — nachdem die Kammer gehört, wie thätig das Ministerium an der Neugestaltung des Staatslebens arbeitet, — er sei nicht befriedigt. Doch einem Ministerium gegenüber, welchem die Kammern erklärt, das es das Vertrauen der Volksvertretung nicht besitze, enthalte er sich jeder weiteren Bemerkung, er spreche nur den Wunsch aus, daß es baldigst abtrete.(*) — Die Minister Held und v. Ehrenstein entfernten sich aus dem Saale. Aus den Worten des Ministers Held war der gute Wille, noch vor seinem Rücktritte die Interpellation zu beantworten, herauszufühlen. Daher denn auch eine solche unbankbare Entgegnung empörend erschien. — Als neue Minister, wie ich hier beiläufig erwähnen will, werden bezeichnet: Heubner, Todt, Joseph, Schaffrath, Eisenstuck (aus Chemnitz). Doch wir brauchen deren nur drei, da Weinlig das Portefeuille des Innern behalten soll. — Unter den Gegenständen der Berathung nahm die Bewilligung der Beiträge zur deutschen Flotte den ersten Platz ein. Der Ausschuß trug darauf an, die erste Hälfte des Beitrags zu fordern; ein Sonderantrag jedoch wünschte die Verwilligung bis dahin verschoben zu sehen, wo die Reichsverfassung eine Wahrheit geworden. Es kamen particularistisch-sächsische und patriotisch-deutsche Reden zum Vorschein. Das Ergebniß der Abstimmung dürfte wohl Annahme des Ausschußantrags sein; doch werde ich, falls es ein andres sein sollte, erst heute nach Postschluß dies berichten können.

Diese Nacht will man Kanonendonner nach der Gegend von Prag hier vernommen haben. Ebenso spricht man von einem Duell zwischen dem preußischen General v. Prittwitz und dem Sachsen v. Heinz in Schleswig.

Hannover, 26. April. Die königliche Proclamation, die Auflösung der zweiten Kammer der Ständeversammlung betreffend, lautet:

„Ernst August, von Gottes Gnaden König von Hannover, königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ꝛc. ꝛc.

„Seitdem wir unter dem 22. März v. J. unseren getreuen Unterthanen die Grundsätze bekannt machten, nach denen wir fortan unsere Regierung zu führen dachten, ist unser unablässiges Streben darauf gerichtet gewesen, diesen Grundsätzen vollständige Geltung zu verschaffen und die dazu nöthigen Gesetze und Einrichtungen auf das Schleunigste ins Leben zu rufen. Zu diesem Streben hatten wir uns der kräftigen Mitwirkung der am 28. März v. J. zusammengetretenen Ständeversammlung zu erfreuen; und wenn es gelungen ist, das Land durch die Stürme des vorigen Jahres in vielfach beneideter Ruhe und Sicherheit hindurch zu führen, und unser geliebtes Volk schon jetzt in den Besitz von Rechten und Freiheiten zu setzen, um die Andere noch erfolglos ringen: so verdanken wir dies größtentheils der Einsicht und Festigkeit, mit der jene Versammlung den Hauptgrundsatz unserer Regierung und aller Staatskunst:

daß keine Veränderung der Gesetze anders als im verfassungsmäßigen Wege zu bewirken sei,

auch unter den schwierigsten Umständen durchführte.

„Je mehr nun aber das Land diesem Grundsatze zu danken hatte, je deutlicher die Erfahrung eben jetzt gelehrt hat, daß dieser Weg überall nicht nur der sicherste, sondern auch der kürzeste zu weisem Fortschritte ist, je mehr sich die wohlthätigen Früchte jenes Grundsatzes in unserm Lande zeigten: um so mehr durften wir erwarten, daß die neue Ständeversammlung, welche den Gewinn der vorigjährigen Arbeiten dem Lande sichern sollte, in demselben Geiste handeln werde. Wir sind gewiß, daß unser treues Volk, daß selbst Viele unter denen, die zur Vereitelung dieses glücklichen Ausgangs beigetragen haben, in der That nichts Anderes wollten. Um so tiefer beklagen wir es aber, daß die zweite Kammer durch die Schwierigkeiten, welche die Gegenwart noch immer bietet, auf eine Bahn geleitet ist, welche sich von jenem obersten Grundsatze verfassungsmäßigen Wirkens gänzlich entfernte, und damit die Erreichung des Ziels unmöglich macht. Der Grund dieser Erscheinung liegt in dem Verhältnisse zu der in Frankfurt zusammengetretenen Nationalversammlung. Der Zweck, den diese zu erreichen bestimmt war, die innere Einigung Deutschlands, und die Verwandlung des deutschen Bundes in einen wahren Bundesstaat, ist von uns wie von unsern Verbündeten an der Regierung in seiner vollen Größe und Bedeutung stets erkannt und erstrebt. Die auf gleiches Ziel gerichteten Wünsche unseres getreuen Volks konnten uns daher nur erfreuen. Um so schmerzlicher aber war es auch hier, daß jene Versammlung den allein wahren, und unter den schwierigen und verwickelten Staatsverhältnissen Deutschlands doppelt gebotenen Weg sofort verließ und sich allein Befugnisse zuschrieb, welche ihr nur in Gemeinschaft mit den Fürsten Deutschlands übertragen waren, und welche wir derselben nie zugestehen können. Leider ist hierdurch auch in der zweiten Kammer unserer Ständeversammlung ein Geist geweckt, dessen Streben weniger darauf gerichtet schien, in Wahrheit die Einheit Deutschlands und die Vermehrung der Volksrechte zu fördern, als jenen gefahrdrohenden Irrthum der Nationalversammlung zur Geltung zu bringen; und welcher demnach mit dem Grundsatze verfassungsmäßigen Fortschrittes, auf welchem unsere Regierung beruht, völlig unvereinbar ist. — Es ist bekannt, welche Verhandlungen in der zweiten Kammer der allgemeinen Ständeversammlung über die Grundrechte des deutschen Volkes stattgefunden haben. Während unsere Regierung bereit war, alle Bestimmungen derselben, welche dem Volke wahrhaft nützlich gefunden wurden, sofort ins Leben zu rufen; ja der Einheit Deutschlands auch hier noch weitere Opfer zu bringen, wenn die Stände nur das Mittel geben wollten, dies auf verfassungsmäßige Weise zu thun; weigerten diese beharrlich, auf die Prüfung der Sache einzugehen, und bestanden darauf, daß die Publication der Grundrechte in einer Weise bewirkt werden solle, welche nach der Verfassung des Landes nicht geeignet war, denselben Gesetzeskraft zu verleihen. Wir haben gesucht, auf jede Weise die Eintracht zu erhalten, und namentlich durch eine Vertagung den Anlaß des Conflicts zu beseitigen. Es hat aber auch die hierauf gestützte Hoffnung sich nicht verwirklicht.

„In der Zwischenzeit ist die deutsche Verfassungsfrage nicht erledigt; und wir haben uns zu einer Verlängerung der Vertagung genöthigt gesehen. Dagegen aber haben Mitglieder der Ständeversammlung gegenwärtig Schritte gethan, welche uns die unabweisliche Pflicht auflegen, auch unsererseits von den Rechten Gebrauch zu machen, die wir zum Schutze der Verfassung zu üben haben. Das Wesen repräsentativer Verfassung beruhet darin, daß Regierung und Volksvertreter offen und redlich ihre Ansichten und Wünsche einander darlegen, und nach freier und unbefangener Erörterung die Beschlüsse gefaßt werden. Zu diesem Ende sichert die Verfassung die freieste Berathung und Rede, und haben wir selbst im vorigen Jahre Oeffentlichkeit gewährt und unsere Minister verpflichtet, persönlich vor den Ständen zu erscheinen und ihre Anträge zu erläutern. Wäre es möglich, ein Verfahren herbeizuführen, welches die Berathung aus dem Ständesaale in heimliche Zusammenkünfte verlegte, welches den Gründen der Regierung das unbefangene, offene Ohr und Gemüth der Volksvertreter verschließt, welches das Mittel gebe, vor der Verhandlung durch einseitige Vorstellungen die Stimmen zu binden, und so die Verhandlungen selbst zu einem leeren Schaugepränge unwirksamer Redekünste zu machen: so würde damit die ganze Verfassung werthlos gemacht sein. Wir haben der Behauptung, daß während der letzten Sitzung ein solcher Mißbrauch eingeschlichen sei, keinen Glauben beimessen mögen. Leider liegt es aber jetzt am Tage, daß auch dieses Mittel nicht gescheut wird. Schon am 12. d. M. hat hier eine Versammlung stattgefunden, in welcher 44 Mitglieder der Ständeversammlung, denen nachher noch 15 hinzugekommen sind, durch Namensunterschrift sich zu Beschlüssen bekannt haben, die nur das Ergebniß freier ständischer Berathung hätten sein sollen. Gegenwärtig aber ist man gar so weit gegangen, den Versuch zu machen, während der Vertagung die Mehrheit beider Kammern zur Unterschrift einer Eingabe zu bewegen, welche dieselbe verpflichten soll, die Regierung zu nöthigen:

1) Sich mit der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung als solcher einverstanden zu erklären, und
2) Uns zu vermögen, zu der auf Se. Maj. den König von Preußen gefallenen Wahl zum deutschen Kaiser unsere Zustimmung zu geben.

„Dieser Versuch, ständische Majoritäten zu einer Adresse während der Vertagung zusammen zu bringen und die Stimmen der Kammermitglieder für die Zukunft zu binden, widerspricht dem wahren Geiste der Verfassung so entschieden, daß wir selbst bei einem gleichgiltigen Gegenstande uns genöthigt sehen würden, demselben entgegenzutreten. Wenn aber auf diese Weise die freie und öffentliche Berathung über einen Gegenstand, der die höchsten Rechte und Interessen unserer Krone, unseres Landes und Volkes, ja die Existenz des Staates selbst betrifft, abgeschnitten werden soll: so würden wir unsere königliche Pflicht nicht erfüllen, wenn wir in einem solchen äußersten Falle nicht von dem zum Schutze der Verfassung selbst in unsere Hände gelegten Rechte der Auflösung Gebrauch machen wollten.

„Wir thun des mit tiefem Schmerze.

„Nach den Erfahrungen des vorigen Jahres, nach dem Gange, den wir betrachtet, waren wir berechtigt zu erwarten, daß die Mitglieder der Ständeversammlung sich gleich uns an die Verfassung gehalten und mit Vertrauen und Offenheit das von uns bewiesene Vertrauen erwiedert haben würden. Wir sehen mit Leidwesen die Fortschritte der Gesetzgebung, die das Wohl des Landes verlangt, und zu denen wir unsererseits alles Nöthige gethan, unterbrochen und gehemmt. Wir erkennen die Gefahr, in einem Augenblicke, wie der gegenwärtige, der Stütze zu entbehren, welche eine gerechte und wohlwollende Regierung in den Ständen dieses Landes gefunden hat. Allein wir vertrauen dem Schutze der Vorsehung; wir vertrauen unserm Volke, das unter allen Verhältnissen uns und unsern Vorfahren treue Anhänglichkeit bewiesen. Wir wissen, daß selbst jenen irrigen und gefährlichen Schritten bei Vielen nur mangelhafte Erkenntniß zum Grunde liegt; und so zweifeln wir nicht, daß es gelingen werde, das Vaterland auch aus dieser neuen Gefahr zu retten.

„Wir erklären also nach § 51 des Verfassungsgesetzes vom 5. September v. J. die gegenwärtige zweite Kammer für aufgelöset, und behalten uns vor, wegen Berufung eines neuen Landtags das Weitere zu verfügen.

„Hannover, den 25. April 1849.

Ernst August.

Bennigsen. Prott. Stüve, Dr. Braun. Lehzen. Düring."

Braunschweig, 24. April. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung ist vom Staatsministerium ein Schreiben eingegangen, mit dem die von der Kammer in der Sitzung vom 21. April beantragten gesetzlichen Bestimmungen, das Verhältniß der Reichsgesetzgebung zur Landesgesetzgebung betreffend, als Gesetzespropositionen übereicht werden. Es heißt in jenem Schreiben: „Wir erklären wiederholt, daß wir Abänderungen der von der Nationalversammlung als endgiltig beschlossenen und von der hiesigen Landesregierung anerkannten Verfassung auf anderem als dem verfassungsmäßigen Wege nicht für zulässig halten und ihnen daher entgegenwirken werden. Die Landesregierung ist seit Beginn der Verhandlungen über die deutsche Verfassungsfrage der Ansicht gewesen, daß die Verfassung eines Bundesstaates nur auf zwei Wegen rechtlich möglich sei, nämlich entweder auf dem jetzt betretenen, durch Beschlüsse der Nationalversammlung und deren Anerkennung durch die Regierungen, oder falls sich der Ausführung des Verfassungswerkes auf diesem Wege unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen sollten, durch Vereinbarung der Regierungen unter Verbehalt der Zustimmung der Volksvertretung der einzelnen Staaten, und durch diese Zustimmung, diesen Ansichten gemäß, ist der hiesige Bevollmächtigte bei der Centralgewalt schon seit längerer Zeit instruirt, und die geehrte Versammlung wird daher hieraus ersehen, daß die Landesregierung auch vor der an sie ergangenen Mahnung den § 8 des Landesgrundgesetzes nicht aus den Augen verloren hat. Die beantragte Veröffentlichung der Reichsverfassung in den Anzeigen ist bereits erfolgt. Wir sind schließlich mit der geehrten Versammlung der Abgeordneten des Landes darin einverstanden, daß der Augenblick ein gefahrdrohender sei und zu raschem und entschiedenem Handeln mahne; wir sind zugleich aber der Ansicht, daß gerade in solchen Augenblicken die Bewahrung der schwereren politischen Tugenden, nämlich der Besonnenheit und Mäßigung, eine doppelte Pflicht sei, und geben auch noch jetzt die Hoffnung nicht auf, daß wenn überall diesen Grundsätzen nachgelebt wird, die Umgestaltung Deutschlands zu einem Bundesstaate, die zu einer unabweislichen politischen Nothwendigkeit geworden ist, sich Bahn brechen werde."

Von Seiten des hiesigen Bürgervereins ist eine Adresse an die Reichsversammlung abgegangen, in der es heißt: „Haltet unverbrüchlich fest an der deutschen Verfassung, und lasset nicht einen Buchstaben davon wegnehmen. Wenn selbst die Mächtigsten der Erde Euch zwingen wollten, davon abzulassen, dann dürft Ihr sicher rechnen auf den kräftigsten Beistand des deutschen Volkes, und der Sieg ist gewiß!"

Nachschrift.

** **Frankfurt**, 28. April. Wir sind ermächtigt mitzutheilen, daß die durch ein Extrablatt der „Deutschen Zeitung" verbreitete Nachricht: das Reichsministerium habe seine Entlassung gegeben, falsch ist. Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog Reichsverweser haben Ihre Einwilligung zur Absendung von Bevollmächtigten an die königl. deutschen Höfe genehmigt, und diese Bevollmächtigten sind im Begriffe, abzureisen.

** **Frankfurt**, 28. April. Eine von Berlin hier eingegangene telegraphische Depesche bestätigt, daß die preußische erste Kammer vertagt, die zweite aber aufgelöst worden ist.

*) Unsern städtischen Lesern bereits durch eine außerordentliche Beilage mitgetheilt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Cours der Staats-Papiere. 28. April 1849 (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metallig. Obligat. . .	5	72½	72⅛
»	ditto ditto . .	4	58½	58
»	ditto ditto . .	2½	39	38½
»	Bank-Actien à D. .		1145	1130
»	250fl.-Loose v. Roth.		76	75
»	500 » ditto		126½	125⅝
»	Hofkammer. Obligat.	1½	69½	—
»	ditto ditto	1	62	—
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	80	79
»	Prämienscheine . .		—	—
Bayern .	Obligationen	3½	79½	79
Darmstadt	35 fl. Loose		72	71½
»	d. 25 ditto		22½	22
»	Obligationen	3½	80½	80
Baden .	Obligationen v. 1849	3½	78	77½
»	d. 50 Loose v. 1846		48½	47½
»	d. 35 Loose		27½	27½

		pCt.	Papier.	Geld.
Kurhessen	Obligationen b. Rothsch.	2½	77¾	77½
»	Neue Württemberg.	3½	94½	93¾
Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	60¾	60
»	fl. 25 Loose		21	20⅝
Frankfurt	Obligationen	3	78	77½
»	detto v. 1839	3½	93	92½
»	ditto v. 1845	3½	89½	89
»	Taunus-Bahnactien .		278	275
Holland	Integrale	2½	49½	49
»	Holländische	4	—	77
»	Kyndicate	3½	—	73
Spanien	Actien v. h. incl. 1847	5	—	—
»	Innere Sch. ausw. Obl.	3	22½	22⅛
Portugal	Comvda Lot. à 6 12	3	—	—
Polen	fl. 300 Loose Lemb. Bl.		278	275
»	Obligationen de fl. 500	4	73½	73
Russland	in R. S. S. b. Gebr. mC.	4	—	81½
»	ditto b. Stieglitz et C.	4	—	81

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.
Pistolen	9	55½	Gold al Marco .	382	—
Pr. Friedrichsd'or	9	57	Laubth., ganze .	—	—
Holl. 10 fl. Stücke	10	4	Preuss. Thaler .	—	—
Rand Ducaten . .	5	39	5 Frankenthaler .	—	—
20 Francsstücke	9	37	Hochhaltig Silber	24	30
Engl. Souvereins	12	4	Gering u. mittelh.	24	20

Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Kurhessische Loose . . .	27⅛	27
Kurländische Loose . . .	—	—
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Minden	77	75
Ludwigsh.-Bexbach. . .	71½	70½
Prior.-Wilh.-Nordbahn .	23	22½

Wechsel-Cours.	Papr	Geld
Den 28 April		
Amsterdam (k. S.	100⅝	—
(100 fl. Cr.) (2M.	100⅜	—
Augsburg (k. S.	—	119⅜
(100 fl. Cr.) 2M.	—	—
Berlin . . (k. S.	105⅛	—
(60 Thlr.) 2M.	—	—
Bremen (50) (k. S.	99⅛	—
Rthlr. à Louisd'or) 2M.	—	—
Hamburg . (k. S.	88⅜	—
(100 M. Banco) 2M.	—	87⅝
Leipzig (65) (k. S.	105⅜	—
Thlr. à 24 Gr.)	—	—
London . . (k. S.	120⅜	—
(1 Liv. St.) (2M.	—	119⅛
Lyon . . . (k. S.	95⅛	—
(300 Fr.) (2M.	—	—
Mailand (250) (k. S.	—	100⅛
Lir. Austr.) (2M.	—	—
Paris . . . (k. S.	95⅛	—
(300 Fr.) (2M.	—	—
Wien (100 fl. (k. S.	105	—
in 20 Xr. (2M.	—	—
Disconto . . .	—	1

A. Seligsbach, vereid. Makler.

Nach der Börse: 2½ pCt. Met. — 5pCt. Span. inl. — Taunusbahn-Actien (pr. Ult.) — Ludw.-Berb. — P.-W.-Nordb. — fr.

Druck von August Osterrieth.

Nebst Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Sonntag (Zweite Extra-Beilage zu Nro. 101.) 29. April 1849

Deutschland.

RC **Frankfurt**, 28. April. Nach einer gestern Abend von Berlin hier eingelaufenen telegraphischen Depesche ist gestern (wie bereits gemeldet) die zweite preußische Kammer aufgelöst, die erste (wie dies die Verfassung für solche Fälle vorschreibt) vertagt worden. Ueber den Grund dieser Maßregel gibt es zur Zeit nur Vermuthungen. Als nächsten Grund betrachten Manche die Verhandlungen der zweiten Kammer über den Belagerungszustand, welchen man um keinen Preis aufgeben zu wollen scheint. Auch könnte es wohl sein, daß man diesen Schritt, der, sichern Nachrichten zufolge, schon länger beabsichtigt war, darum gerade jetzt so sehr beschleunigt habe, weil man von dem vorgestrigen Beschlusse der Nationalversammlung (welcher die Regierungen von einer Auflösung oder Vertagung ihrer Kammern in diesem Augenblicke abmahnt) telegraphische Kenntniß erhielt und das einmal Beschlossene durchführen wollte, bevor dieser Beschluß auf officiellem Wege der vorigen Regierung mitgetheilt wäre, indem man dann zugleich mit Frankfurt in einen neuen Conflict zu gerathen fürchtete. Daß durch dies Ereigniß auch die deutsche Frage in Berlin in ein neues Stadium tritt, liegt auf der Hand. Die Muthigen hoffen davon eine günstige Krisis derselben, sei's daß sie glauben, die Regierung werde, nachdem der Schein eines Zwanges durch die Kammern aufgehört, nunmehr in freier Entschließung an die Entscheidung der schwebenden Angelegenheit Hand anlegen, sei's daß sie eine Vermehrung der Sympathien für die deutsche Sache im preußischen Volke erwarten, nachdem diese Sache so eng verletzet ist mit der Frage der innern Freiheit und constitutionellen Entwicklung Preußens, wodurch es allerdings kommen könnte, daß die Agitation für die neuen Wahlen zugleich eine Agitation für die deutsche Sache würde. Andere dagegen, welche schwärzer sehen, fürchten, daß dies nur der erste Schritt sei auf einer Bahn, deren Ziel die Befestigung der reactionären Politik des jetzigen Ministeriums, und deren weitere Stadien die Octroyirung eines neuen beschränkenden Wahlgesetzes u. s. w.

* **Wien**, 25. April. Fürst Windischgrätz ist zwar auf Urlaub nach Böhmen abgegangen, hat jedoch, wie heute officiell kund gegeben wurde, die Würde eines Oberbefehlshabers der k. k. Truppen beibehalten. — Zugleich mit Generalmajor Götz sollen bei Waitzen siebenzehn kaiserliche Officiere gefallen sein.

So eben verbreiten sich zwei Nachrichten, die wohl sehr der Bestätigung bedürfen, nämlich 1) der Telegraph habe gemeldet, daß Venedig capitulirt hätte, und 2) eine glühende Kugel sei in das Pulvermagazin von Komorn geflogen, und habe eine furchtbare Explosion verursacht.

F. M.-L. Böhm hat am Abend des 24. folgende Notiz veröffentlicht: „Es wird zur allgemeinen Beruhigung bekannt gegeben, daß zufolge soeben aus dem Hauptquartier des Feldzugmeisters Baron Welden eingelangter Nachrichten, Ofen mit einer entsprechenden Anzahl Truppen besetzt geblieben ist, und die Hauptarmee, den Bewegungen des Feindes fortwährend auf dem rechten Donauufer folgend, sich in der Concentrirung begriffen befindet. Zugleich wird kundgegeben, daß Komorn noch fortwährend beschossen wird. Desgleichen hält die Division Csorich Gran besetzt, und deckt den Donauübergang."

„An die loyalen verständigen Bewohner Wiens" hat Feldzeugmeister Welden aus Ofen, 23. April, folgende Proclamation erlassen:

„Seit einem halben Jahre mit der Erhaltung der Ruhe und Ordnung in Euerer schönen Stadt beauftragt, habe ich oft meine Stimme zu Euch erhoben. — Ihr habt sie gehört, verstanden — Ihr seid mir oft mit Vertrauen entgegengekommen — ich bin selbst von der Achtung aller Rechtlichen begleitet, an meine neue schwere Bestimmung abgegangen. — Es war dies der glücklichste Moment in einer immer trüber werdenden Zeit. Jetzt, wo das Geschick sich immer feindseliger gestaltet, wo nicht mehr die ungarische Nation, denn diese zittert selbst vor ihren Tyrannen, wo die Revolutionären aller Länder die Zerstörung Eueres Wohlstandes versuchen, und darauf den blutigen Thron ihrer sogenannten Freiheit gründen wollen, jetzt wende ich mich auch aus der Ferne noch einmal zu Euch, denn Euch und Euer Interesse, das Wohl unseres Gesammtstaates, die Erhaltung unserer jungen wieder emporkeimenden Monarchie, habe ich ja immer vor den Augen gehabt. — Es war mir noch nicht möglich, durch die Gewalt der Waffen Entscheidendes zu leisten — es hätte müssen Alles auf eine Karte gesetzt werden. — So weit ist es noch nicht gekommen. — Wenn sich die Verständigen, Rechtlichen und Braven vereinigen, jeder in seiner Sphäre wirkt, der Himmel hat der gerechten Sache, wenn sie gegen das böse Princip streitet, noch immer den Sieg verliehen, sonst stünde ja die Welt nicht mehr, denn ihr Bestehen ist ja nur auf das Gute und Rechte gegründet. — Darum vereinigt Euch, — Ruhe und Ordnung im Innern gewährt allein die Möglichkeit, den Feind von Außen zu bekämpfen. Der commandirende General der k. k. Armee von Ungarn: **Welden**, Feldzeugmeister."

Wien, 24. April. Es geht nach der „Ostdeutschen Post" das Gerücht, ein Ministerrath habe sich heute Vormittags entschieden, eine russische Intervention in der österreichisch-ungarischen Frage abzulehnen.

Prag, 25. April. Alle Nachrichten stimmen überein, daß die Ereignisse dieser Tage den Wendepunkt des ungarischen Feldzuges bilden dürften. Die slovakischen Freischaarenführer sind mit Janiscketz bekannter Ausnahme sämmtlich auf mährischem Boden eingetroffen. Das Ansuchen um russische Hilfstruppen ist vom Ministerium des Aeußern sämmtlichen Gesandten der Großmächte officiell mitgetheilt worden. Nichts beweist wohl schlagender, wie sehr kritisch die ungarischen Angelegenheiten stehen, als diese noch vor drei Wochen ganz unvermuthete Wendung, der man sogar auszuweichen entschlossen war. (L. Z.)

Gestern Abends vor 8 Uhr langte Fürst Windischgrätz mit einem besondern Zuge hier an. In einen grauen Mantel gehüllt, die Mütze tief in die Stirn gedrückt, durchschritt er, von mehreren Officieren begleitet, schweigend die Reihe der Zuschauer, die sich, ungeachtet der Bahnhof geschlossen war, eigens daselbst eingefunden hatten. Dem Vernehmen nach beabsichtigt der Fürst nach Belgien zu übersiedeln; alle Söhne desselben haben ihre Entlassung aus dem k. k. Militärdienste genommen. — Die Erzherzogin Sophie, die sich nach Teplitz verfügen wollte, ist von diesem Plane abgekommen und bereits heute Morgens nach Olmütz abgereist.

Brünn, 23. April. Heute zeigte sich wieder einmal ein bewegtes Treiben auf den Straßen unserer Stadt. Das 4. Bataillon vom 8. Infanterieregimente Erzherzog Ludwig zog ab, angeblich nach Wien, doch glauben Einige, daß diese Truppe einen Theil des im Marchfelde zu concentrirenden Cordons bilden werde. Ein Bataillon Prinz Emil und ein anderes auswärts dislocirtes von Kaiser Infanterie hat Marschbefehl auf den 25. Nach Abgang des ersteren wird sich unsere Garnison auf die Depottruppen, deren auch aus Freudenthal und Hradisch hierher versetzt werden, beschränken. Aus diesem Grunde hat auch mit heutigem Tage die Nationalgarde die Besetzung dreier Thore übernommen. Das Militär wird bloß die Posten auf dem Spielberge, im prov. Strafhause, im Zwangsarbeitshause und an den Pulverthürmen besetzen. — Das obig erwähnte Corps im Marchfelde soll aus 18 Bataillonen mit der entsprechenden Cavallerie und Artillerie bestehen, von unsern einheimischen Truppen werden dazu das 3. und 4. Bataillon der Regimenter Erzherzog Ludwig und Prinz Emil, dann 1 Bataillon Erzherzog Karl, die 6 neu zu errichtenden Jägerbataillons, 3 Batterien ꝛc. verwendet. — Wie man vernimmt, steht die Nationalgarde an allen ungarischen Grenzorten gerüstet, um einem etwaigen Ueberfalle der die ganze Slowakei durchstreifenden Magyaren zu begegnen; in Skalitz und andern Orten jenseits der Grenze soll man auf denselben gefaßt sein, und das Haupt dem Sturme bengen wollen.

Berlin, 27. April. Der „Pr. Staatsanz." veröffentlicht folgende Actenstücke: Als Ew. königl. Majestät durch das allerhöchste Patent vom 5. December v. J. die beiden Kammern zu der am 26. Februar d. J. eröffneten Session beriefen, geschah dies in der Hoffnung, daß die Verhandlungen derselben zur Befestigung eines gedeihlichen inneren Zustandes führen würden. Diese Hoffnung muß bei dem Gange, welchen in den letzten Wochen die Verhandlungen in der zweiten Kammer genommen haben, leider! aufgegeben werden. Die während dieser Zeit von der zweiten Kammer gefaßten Beschlüsse beruhen großentheils auf Abstimmungen, bei welchen eine oder wenige Stimmen bald für die eine, bald für die andere Seite des Hauses in einer Weise den Ausschlag gaben, die keinen Zweifel darüber ließ, daß das Resultat sehr häufig lediglich die Folge zufälliger Umstände war. Wir halten es nach pflichtmäßiger Erwägung für verderblich, die Revision der Verfassungsurkunde vom 5. December vorigen Jahrs und die Gestaltung der an dieselbe sich anschließenden organischen Gesetze solchen Zufälligkeiten preiszugeben. Außerdem sind wir der Ueberzeugung, daß die zweite Kammer sich nicht immer in den Schranken ihrer Befugnisse gehalten hat. Eine Ueberschreitung ihrer Befugnisse finden wir in dem am 21sten d. Mts. gefaßten Beschlusse, durch welchen die von der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt beschlossene Verfassung für rechtsgiltig erklärt wird, und eben so in dem Beschlusse vom gestrigen Tag, durch welchen nicht nur die Fortdauer des über Berlin verhängten Belagerungszustandes, die wir gegenwärtig noch zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit für unerläßlich erachten, in Widerspruch mit dem Artikel 110 der Verfassungsurkunde für ungesetzlich erklärt, sondern auch die sofortige Aufhebung desselben gefordert wird. Aus vorstehenden Gründen halten wir es im Interesse des Landes für nothwendig, daß die zweite Kammer aufgelöst und demgemäß, nach Artikel 76 der Verfassungsurkunde gleichzeitig die erste Kammer vertagt werde. Wir dürfen uns der Hoffnung, daß diese Maßregel von der Mehrzahl der Gutgesinnten im Lande mit Beifall aufgenommen werden wird, um so zuversichtlicher hingeben, als zu unserm tiefen Schmerze die Rednerbühne in der zweiten Kammer nur zu oft dazu gemißbraucht worden ist, Grundsätze offen zu verkünden, welche geeignet sind, den Umsturz der bestehenden Verfassung und jeder gesetzlichen Ordnung vorzubereiten. Indem wir Ew. königl. Maj. den Entwurf der Auflösungsverordnung zur allerhöchsten Vollziehung ehrfurchtsvoll überreichen, behalten wir uns die in Folge der Auflösung der zweiten Kammer nach Art. 49 der Verfassungsurkunde erforderlichen weiteren Anträge unterthänigst vor. Berlin, den 27. April 1849.

Das Staatsministerium. (gez.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. Frhr. v. Manteuffel. v. Stretha. von der Heydt. Graf v. Arnim. v. Rabe. Simons. An des Königs Majestät.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen auf Grund der Artikel 49 und 76 der Verfassungsurkunde vom 5. Dec. 1848, nach dem Antrage unseres Staatsministeriums, was folgt: § 1. Die zweite Kammer wird hierdurch aufgelöst. § 2. Die erste Kammer wird hierdurch vertagt. § 3. Unser Staatsministerium wird mit der Ausführung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt. Urkundlich unter unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insiegel. Gegeben Bellevue, den 27. April 1849. (L. S.) Friedrich Wilhelm. Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Stretha, v. d. Heydt. Graf v. Arnim. v. Rabe. Simons. Verordnung, betreffend die Auflösung der zweiten und die Vertagung der ersten Kammer.

** **Berlin**, 27. April. Die zweite Kammer hielt heute Sitzung. Alle Minister waren anwesend. Der Ministerpräsident verlas die königl. Ordre, welche die Auflösung der Kammer verfügt, und der Präsident erklärt die Sitzung für geschlossen. Die Kammer trennte sich lautlos. In wenig Minuten war der Sitzungssaal geräumt. Die Linke begab sich nach der Conversationshalle, wohin auch sofort die Führer der hiesigen Demokratie beschieden wurden.

Die Nachricht von der Auflösung der Kammer verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch die Stadt. Es bildeten sich namentlich auf dem Dönhofsplatz vor dem Sitzungslocale der zweite Kammer, Menschengruppen, die Konstabler erschienen und nahmen Verhaftungen vor. Doch verhielt sich das Volk im Ganzen noch sehr ruhig; indessen herrschte die allgemeine Befürchtung, das Ministerium werde nunmehr mit einer bisher geheim gehaltenen Politik und ihren Consequenzen offen hervortreten. Manche wollen wissen, es stehe ein theilweiser Wechsel des Cabinets bevor. An die Stelle des Grafen v. Arnim soll ein anderer treten und werden hiefür v. Radowitz, v. Bülow, v. Usedom bezeichnet.

† **Berlin**, 27. April, Abends halb 10 Uhr. Vor anderthalb Stunden sind am Dönhofsplatze vor der Conversationshalle 2 Menschen erschossen und 3 tödtlich verwundet. Schon den ganzen Nachmittag war die halbe Stadt auf den Beinen und der Dönhofsplatz der Sammelplatz starker Gruppen. Aeußerungen großer Unzufriedenheit und Gereiztheit zündeten von Einem zum Andern, und gegen halb 8 Uhr wurde die Menge so laut, daß Militär erschien. Das Volk wogte auf und ab. Das Militär gab Signal zum Auseinandergehen. Nach zweimaliger Wiederholung wurde auf die Menge gefeuert, jedoch ohne scharfe Ladung. Als sich aber der Drang stürmischer als zuvor wiederholte, wurde nach kurzen Zwischenpausen wiederum das Signal zum Auseinandergehen gegeben, und als dies fruchtlos blieb, scharf unter die Menge geschossen. Zwei Personen, ein Mann und eine am Arme ihres Gemahls vorüber gehende Dame blieben todt. Drei männliche Personen wurden tödlich verwundet. Es wird von einem Schüsse erzählt, der aus der Conversationshalle auf das Militär abgefeuert sein soll. Die ganze Stadt ist in großer Aufregung.

München, 25. April. Wie ich höre soll die Beitragspflicht Bayerns zur deutschen Flotte dereinigt sein, und zwar theils durch Baarsendung nach Frankfurt, theils durch Abrechnung an dem Guthaben Bayerns für Truppensendungen zu Reichszwecken im vorigen Jahre. Sonach wird der deßfalls an die Kammer der Abgeordneten gebrachte Gesetzentwurf unmittelbar nach dem Wiederzusammentritte des Landtags von der Regierung zurückgenommen und dadurch ein Gegenstand des Zwiespalts zwischen dem Ministerium und der II. Kammer beseitigt werden. Ein zweiter derartiger Gegenstand, das griechische Anlehen, wird bis zum 15. Mai allem Anscheine nach ebenfalls geregelt sein. Mit einem dritten Hauptgrund des Zwiespalts zwischen Regierung und Kammer, der Nichtanerkennung der Reichsverfassung von Seite der ersteren, wird dies schwerlich der Fall sein, denn die bayerische Regierung beharrt in ihrer Erklärung vom 23. dieses Monats.

* In **München** war neuesten Nachrichten zufolge die öffentliche Ruhe keinen Augenblick gestört worden. Doch gewinnt die Agitation für die Reichsverfassung in der Hauptstadt wie in den fränkischen Provinzen immer mehr Raum.

Dresden, 26. April. Das Gerücht, als habe das Ministerium seine Entlassung bereits eingereicht, bestätigt sich nicht. Die erste Kammer hat die Verwandlung der „Leipziger Zeitung" in einen Staatsanzeiger beschlossen, die zweite Kammer votirte die Beiträge zur deutschen Flotte, jedoch mit gewissen Vorbehalten und Anrechnung der Auslagen für die Reichstruppen und daß vor der Zahlung die in Frankfurt beschlossene Verfassung und das Wahlgesetz im Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt gemacht sein müsse. Hinsichtlich aller die Erziehung von Kindern aus gemischten Ehen betreffenden Gesetze ward deren Erlöschen durch die Grundrechte ausgesprochen.

*△ **Leipzig**, 27. April. In einer außerordentlichen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten kamen gestern Abend nachstehende, von 4 Mitgliedern des Collegiums (Dr. Göschen, Adv. Eichorius, Dr. Heyner und Dr. Rud[illegible]) gestellte Anträge zur Berathung und Abstimmung: das Collegium möge 1) in einer Adresse den König, sowie in einer zweiten Adresse das Ministerium zu schleunigster un[illegible]

Bekanntmachung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Ausübung der Jagd.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Ausübung der Jagd vom 15. Juli 1907 (Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten S. 261) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz vom 15. Juli 1907 (Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten S. 262) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Februar 1934 (Gesetz-Sammlung für die Preußischen Staaten S. 21) durch Verfügung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 1. Juli 1934 (Reichsanzeiger Nr. 153) mit Wirkung vom 1. Juli 1934 wie folgt geändert worden sind:

1. Im § 1 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

2. Im § 1 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

3. Im § 1 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

4. Im § 1 Abs. 3 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

5. Im § 2 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

6. Im § 2 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

7. Im § 3 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

8. Im § 3 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

9. Im § 4 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

10. Im § 4 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

11. Im § 5 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

12. Im § 5 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

13. Im § 6 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

14. Im § 6 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

15. Im § 7 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

16. Im § 7 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

17. Im § 8 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

18. Im § 8 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

19. Im § 9 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

20. Im § 9 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

21. Im § 10 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

22. Im § 10 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

23. Im § 11 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

24. Im § 11 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

25. Im § 12 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

26. Im § 12 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

27. Im § 13 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

28. Im § 13 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

29. Im § 14 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

30. Im § 14 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

31. Im § 15 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

32. Im § 15 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

33. Im § 16 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

34. Im § 16 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

35. Im § 17 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

36. Im § 17 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

37. Im § 18 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

38. Im § 18 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

39. Im § 19 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

40. Im § 19 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

41. Im § 20 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

42. Im § 20 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

43. Im § 21 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

44. Im § 21 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

45. Im § 22 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

46. Im § 22 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

47. Im § 23 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

48. Im § 23 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

49. Im § 24 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

50. Im § 24 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

51. Im § 25 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

52. Im § 25 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

53. Im § 26 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

54. Im § 26 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

55. Im § 27 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

56. Im § 27 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

57. Im § 28 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

58. Im § 28 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

59. Im § 29 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

60. Im § 29 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

61. Im § 30 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

62. Im § 30 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

63. Im § 31 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

64. Im § 31 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

65. Im § 32 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

66. Im § 32 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

67. Im § 33 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

68. Im § 33 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

69. Im § 34 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

70. Im § 34 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

71. Im § 35 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

72. Im § 35 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

73. Im § 36 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

74. Im § 36 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

75. Im § 37 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

76. Im § 37 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

77. Im § 38 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

78. Im § 38 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

79. Im § 39 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

80. Im § 39 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

81. Im § 40 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

82. Im § 40 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

83. Im § 41 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

84. Im § 41 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

85. Im § 42 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

86. Im § 42 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

87. Im § 43 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

88. Im § 43 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

89. Im § 44 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

90. Im § 44 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

91. Im § 45 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

92. Im § 45 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

93. Im § 46 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

94. Im § 46 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

95. Im § 47 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

96. Im § 47 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

97. Im § 48 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

98. Im § 48 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

99. Im § 49 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

100. Im § 49 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

101. Im § 50 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

102. Im § 50 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

103. Im § 51 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

104. Im § 51 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

105. Im § 52 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

106. Im § 52 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

107. Im § 53 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

108. Im § 53 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

109. Im § 54 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

110. Im § 54 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

111. Im § 55 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

112. Im § 55 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

113. Im § 56 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

114. Im § 56 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

115. Im § 57 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

116. Im § 57 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

117. Im § 58 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

118. Im § 58 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

119. Im § 59 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

120. Im § 59 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

121. Im § 60 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

122. Im § 60 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

123. Im § 61 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

124. Im § 61 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

125. Im § 62 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

126. Im § 62 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

127. Im § 63 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

128. Im § 63 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

129. Im § 64 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

130. Im § 64 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

131. Im § 65 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

132. Im § 65 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

133. Im § 66 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

134. Im § 66 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

135. Im § 67 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

136. Im § 67 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

137. Im § 68 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

138. Im § 68 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

139. Im § 69 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

140. Im § 69 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

141. Im § 70 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

142. Im § 70 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

143. Im § 71 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

144. Im § 71 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

145. Im § 72 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

146. Im § 72 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

147. Im § 73 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

148. Im § 73 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

149. Im § 74 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

150. Im § 74 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

151. Im § 75 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

152. Im § 75 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

153. Im § 76 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

154. Im § 76 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

155. Im § 77 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

156. Im § 77 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

157. Im § 78 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

158. Im § 78 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

159. Im § 79 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

160. Im § 79 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

161. Im § 80 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

162. Im § 80 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

163. Im § 81 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

164. Im § 81 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

165. Im § 82 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

166. Im § 82 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

167. Im § 83 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

168. Im § 83 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

169. Im § 84 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

170. Im § 84 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

171. Im § 85 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

172. Im § 85 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

173. Im § 86 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

174. Im § 86 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

175. Im § 87 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

176. Im § 87 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

177. Im § 88 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

178. Im § 88 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

179. Im § 89 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

180. Im § 89 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

181. Im § 90 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

182. Im § 90 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

183. Im § 91 Abs. 1 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft" durch die Worte „Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten" ersetzt.

184. Im § 91 Abs. 2 werden die Worte „Reichsminister für Ernährung und

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Extra-Beilage zu Nro. 101.) 28. April 1849.

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 28. April. Das heute ausgegebene 16. Stück des Reichsgesetzblattes enthält die Verfassung des deutschen Reiches.

□ **München**, 26. April. Die Ihnen durch die officielle „Münchener Zeitung" gewiß schon zugekommene Erklärung der bayerischen Regierung trägt in der Weise, wie sie hier bekannt gemacht worden ist, nicht die Unterschrift des Königs, nicht die des Gesammtministeriums, nicht die eines einzelnen Ministers, ja man fragt sich, an wen sie denn eigentlich gerichtet sei. Hierzu kommt, daß die Erklärung, aus der „Münchener Zeitung" abgedruckt, gestern in Tausenden von Exemplaren vertheilt worden, ohne daß jener Fehler verbessert worden wäre. Dies hatte die seltsame Folge, daß selbst solche Bürger, die man keineswegs dem großen Haufen zuzählen darf, die Erklärung als einen Erlaß der (Kreis-)Regierung von Oberbayern betrachteten! Soeben wird uns jedoch versichert, noch im Verlaufe dieses Vormittags werde der Kern der Erklärung mit den Unterschriften aller Minister als Maueranschlag bekannt gegeben werden, wenn in dieser Angabe nicht irgend eine Verwechslung ruht. Gleichzeitig hören wir nämlich, der Magistrat werde sich, im Gegensatze zu den Behörden anderer Städte, in einer Bekanntmachung an die Bürgerschaft wenden, um sie mit dem entschiedenen Entschlusse des Königs, die Reichsverfassung nicht anzuerkennen, bekannt zu machen. Von der öffentlichen Spannung auf den Forte und Ausgang dieser Lebensfrage dahier läßt sich nicht wohl eine Beschreibung machen. Die Vereine bieten Alles auf, ihre Zwecke bei dieser Gelegenheit zu fördern. Am thätigsten auf offener Bühne ist der Märzverein, und man muß gestehen, daß er den großen Vortheil für sich hat, die Initiative ergriffen zu haben und sich auf das Beispiel der Bevölkerung Stuttgarts und Württembergs berufen zu können. Erst heute beginnt aus allen Ständen, namentlich aber aus dem eigentlichen Volke, sich's massenweise nach dem Rathhaussaale zu drängen, um die Adresse an die Regierung für sofortige Anerkennung der Reichsverfassung zu unterschreiben, und wird erst der Ausgang der Bewegung in Württemberg allgemein bekannt, dann in wohl zu Allem einige Aussicht gegeben, nur dazu nicht, daß die Consequenzen sich in Bayern durch Mittel aufhalten lassen, wie die bisher angewendeten.

Nürnberg, 25. April. Der Abg. Scheuri erläßt im „Kurier von und für Deutschland" folgenden Aufruf: „Die bayerische Volkskammer ist durch eine neue Vertagung bis zum 15. Mai verhindert, sich als solche über die nun vollendete deutsche Reichsverfassung auszusprechen. Aus diesem Grunde erlaube ich mir hiermit, alle meine verehrten Collegen, welche mit mir für deren unbedingte Anerkennung stimmen würden, aufzufordern, daß sie dieses durch Erklärungen im Wege der Presse kund geben wollen. Erlangen, 24. April 1849."

Augsburg, 26. April. Die Gemeindecollegien unserer Stadt (Magistrat und Gemeindevollmächtigten) haben durch eine gestern beschlossene Adresse an den König die dringende Bitte gestellt: die von der Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung anzuerkennen, denn diese Anerkennung — entsprechen auch einzelne ihrer Bestimmungen nicht den Wünschen der Völker — erscheine als Forderung der Nothwendigkeit. „In dem Wirrsale der Meinungen und Strebungen ist Eines gewiß, des Volkes ernster Wille nach Erringung eines großen, einigen, alle seine Stämme umfassenden Vaterlandes, und nach Wahrung der nothwendigen, durch die Beschlüsse der Nationalversammlung ausgesprochenen Freiheiten nebst der Form ihrer Gewährleistung." Die zweite in der Adresse ausgesprochene Bitte geht dahin: „Ew. königl. Majestät wollen allergnädigst die Vertagung des Landtages zurücknehmen, die Vertreter des Volkes sofort einberufen und ihren Beirath auch in der deutschen Angelegenheit vernehmen." — Das erste Bataillon des hier in Besatzung liegenden dritten Infanterieregiments hat Befehl erhalten, nach Neu-Ulm zu marschiren, wohin es heute früh abgegangen ist.

Ludwigsburg, 25. April. Gestern Vormittag hat der König das gesammte Offizierscorps, und Nachmittags die Mitglieder der Kreis- und Bezirksbehörden, heute Vormittag den Stadtrath und Bürgerausschuß empfangen, welcher zugleich mit der Begrüßung Sr. Majestät einen Dank für dessen am Abend vorher gefaßte Entschließung verband. In Beziehung auf diesen Dank erwiederte der König der städtischen Deputation: „Sie sind mir keinen Dank schuldig; ich habe nur dem Drang der Umstände nachgegeben; Gott gebe, daß es zum Segen für Württemberg gereichen möge." In der Audienz des Offizierscorps soll sich der König — was besonders wichtig in diesem Momente erscheint — auf das Entschiedenste ausgesprochen haben, daß er unverbrüchlich an der Verfassung festhalten werde, wogegen auch das Offizierscorps gegen den König sich erklärte, daß es mit Blut und Leben für König und — mit einigem Nachdruck auf die letzten Worte — für die Verfassung einstehen werde.

Kassel, 27. April. Ein Ausschreiben des Ministeriums des Innern vom 24. d. M., fordert die durch das Gesetz vom 5. d. Mts. mit Leitung der Landtagswahlen beauftragten Behörden und Commissionen auf, die Wahlgeschäfte zu beginnen und so zu beschleunigen, daß die Zusammenberufung des Landtags baldthunlichst erfolgen könne.

Ungarn.

Preßburg, 22. April. Schwarze, unglückschwangere Gewitterwolken sind seit Ende voriger Woche an unserm politischen Horizonte sichtbar geworden; möglich, daß, bis diese Zeilen in Ihre Hände gelangen, das Unwetter in unserer nächsten Nähe bereits ausgebrochen. Schon vergangene Woche waren die Deligencefahrten in die oberen Comitate von hier aus eingestellt, bald darauf wurde auch die Briefpost nur bis Neutra expedirt, und — gestern Morgen hieß es bereits: die Ungarn seien in Neuhäusel (3—4 Stunden von Komorn) eingerückt. Im Laufe des Tages zeigte mir ein aus Tyrnau angekommener Reisender eine Kundmachung des dortigen Militärcommandanten, worin das Gerücht, als wären die Ungarn auch in Neutra eingerückt, widerlegt wurde, aber so, daß man aus den wenigen Zeilen leicht das Gegentheil daraus lesen konnte. Gestern Nachmittag wurde dieser Zweifel dadurch verstärkt, daß eine Abtheilung der hiesigen Garnison, mit Geschützen versehen, mittelst der Eisenbahn nach Tyrnau expedirt wurde. Spät Abends erfuhr ich von einem am selben Tage aus Neuhäusel angekommenen Bekannten, daß dieser Ort von einer Insurgentenmacht von beinahe 40—45,000 Mann nebst einer bedeutenden Anzahl Geschützen bereits besetzt sei, und die k. k. Truppen, circa 12—15,000 Mann, der großen feindlichen Ueberlegenheit wegen, nach Sellye (2 Stunden aufwärts gegen Preßburg) sich zurückgezogen haben. Noch wollte ich diese seltsame Nachricht nicht ganz glaubwürdig finden, als ich dieses traurige Factum auch von einem kaiserlichen Feldwebel bestätigen hörte. Darin stimmten Beide überein, daß den tapfern Truppen die Munition ausgegangen und sie sich schon dieserwegen zurückziehen mußten. Eine Bemerkung, die man seit Beginn des unseligen Bürgerkrieges in Ungarn leider schon mehr als ein Mal vernehmen mußte. — Nicht wenig erstaunt aber waren unsere hiesigen Handelsleute, als sie heute Morgens mittelst Eisenbahn nach Tyrnau zu Markt fahren wollten, und die Fahrten dahin eingestellt fanden. Als Antwort auf diesfällige Anfragen erhielt man zum Bescheid, daß gestern Nacht beinahe unsere ganze Garnison sammt Geschützen eilends nach Tyrnau abgerückt war, zu welchem Behufe sämmtliche Waggons requirirt wurden. — Wie verlautet hätte bei Neuhäusel ein ziemlich heftiger Zusammenstoß unserer Truppen mit der feindlichen Armee stattgefunden, bei welcher Gelegenheit das Infanterieregiment Nassau sehr gelitten haben soll. Auch heißt es, daß die gestern Nacht abgegangenen Tyrnauer Eisenbahnwaggons heute eine große Anzahl kaiserlich königliche Truppen hierher bringen werden. — Vor einer der Stadtlinien soll dieser Tage ein Lager von circa 18 bis 20 Bataillons zusammengezogen werden. So viel ist gewiß, daß der Wirth in dem nun ziemlich befestigten Schloßberger Fort von dem hiesigen Militärcommandanten schon vorige Woche die bestimmte Weisung erhalten hat, sich mit allem nöthigen Bedarf auf mindestens 3—4 Wochen zu verproviantiren, und daß die hiesige Besatzung jeden Augenblick des Befehles gewärtig ist, mit Sack und Pack in jenes Fort überzusiedeln. — Die verkündete Ausgabe der neuen Zwangspapiere brachte eben keine erfreuliche Stimmung hervor. Die stehenden Fragen hierüber lauten: 1) Bis zu welcher Summe soll die Emission dieses Zwangspapiers aufsteigen? 2) werden die böhmischen, schlesischen und österreichischen Industriellen diese Papiere nach ihrem vollen Werthe annehmen? Nachschrift. So eben verlautet, die ungarischen Vorposten stünden bereits bei Szered. (C. Bl. a. B.)

Italien.

Turin, 20. April. Die sardinische Regierung geht damit um, das lombardische Corps, welches zwischen Spezzia, Borghetto, Sestri und Chiavari stationirt und in Abwesenheit des Generals Fanti von dem Commandanten Thanberg befehligt ist, aufzulösen, wagt jedoch nicht, diese Maßregel offen durchzuführen. — Alessandria war bis zum 19. d. von den Oesterreichern noch nicht besetzt; man erwartete jedoch deren Einzug von einem Tage zum andern. Es soll eine theilweise Ministeränderung bevorstehen, weil einige Mitglieder des Cabinets nicht in die Besetzung Alessandria's einstimmen wollten. — In Genua wird jetzt auch die Nationalgarde aufgelöst und entwaffnet.

In **Livorno** war am 16. d. eine Volksversammlung, in welcher beschlossen wurde, in Beziehung auf die Anerkennung der Regierungscommission in Florenz einstweilen noch zuzuwarten, bis Genaueres bekannt werde; dagegen wurde eine Sicherheitscommission ernannt und dem Municipium beigestellt, um die Ordnung im Innern der Stadt aufrecht zu erhalten.

Rom, 18. April. Ein Decret des Triumvirats setzt fest, daß das Heer der Republik (!) aus 45—50,000 Mann aller Waffen, 3 Divisionen und 6 Brigaden, bestehen soll. — In Civita-Vecchia sind 8000 durch Hauptmann Merosi in Frankreich gekaufte Gewehre angelangt. — In der Sitzung vom 16. wurde der constituirenden Versammlung von der dazu bestellten Commission der Constitutionsentwurf vorgelegt und dieser mit allgemeinem Beifall aufgenommen.

Neapel, 15. April. (Basl. Z.) Die officiellen Berichte des Fürsten von Satriano, Obercommandanten, erzählen ausführlich den Hergang der siegreichen Ereignisse in Sicilien. Von einer Wiedereroberung Catanias durch die Insurgenten war niemals die Rede. Die starken Befestigungen um Catania, bei denen sich 25,000 Mann concentrirt hatten, wurden von den drei Brigaden, welche zu Lande vorgerückt waren (Nassarel, Zola und Murati), erstürmt. Der officielle Bericht sagt, daß die Feinde 1000 Mann an Todten, viele Gefangene, 12 Fahnen rc. verloren haben, von Seiten der Neapolitaner seien 4 Offiziere todt und etwa 40 Offiziere verwundet. Bei der übrigen Mannschaft könne die Zahl der Verwundeten und Todten noch nicht angegeben werden. Syrakus war mit 1200 Mann, darunter 300 Artilleristen, und 31 Kanonen großen Kalibers besetzt. Außer Syrakus und Augusta, zwei befestigten Plätzen, haben noch folgende Orte theils schriftlich, theils durch Deputationen dem Fürsten von Satriano ihre Unterwerfung erklärt: Noto, Pedara, Gravina, S. Giovanni la Punta, Aci Bonaccorsi, Taffarana Cinca, Tre Castagni, Misterbiance, Motta S. Anastasia, St. Giovanni, Galerne, Riceleci, Belpasse, Via Grande, St. Pietro a Clarenza, Carlentini. Bis auf Palermo ist somit fast die ganze Insel zum Gehorsam gegen den König zurückgekehrt.

Aus **Palermo** sind alle regulären Truppen ins Feld gerückt, die Nationalgarde wacht allein für Ordnung und Sicherheit; die von allen Seiten herbeieilenden bewaffneten Landleute werden nicht eingelassen; das Geläute aller Glocken werde sie rufen, wenn Palermo ihrer Hilfe bedürfe.

Nachschrift.

** **Paris**, 26. April. Die Nationalversammlung debattirte in ihrer heutigen Sitzung das Marinebudget. Ein Antrag auf eine Verminderung der Seestreitkräfte wurde mit 300 Stimmen gegen 209 verworfen und die von der Regierung für die Marine verlangte Summe von 22 Millionen bewilligt.

Der „Moniteur" macht Folgendes bekannt: Nachdem eine telegraphische Depesche aus Bayonne der Regierung die Anzeige gebracht hat, daß Napoleon Bonaparte, Gesandter in Madrid, die dortige Stadt auf seiner Reise nach Paris, wohin er sich ohne Urlaub begibt, berührt hat, ist auf Befehl des Präsidenten nach vorhergegangenem Ministerrathe Napoleon Bonaparte als entlassen zu betrachten und seiner Functionen enthoben worden.

Der piemontesische Geschäftsträger, Herr Gioberti, hat dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Note zugestellt, in welcher die piemontesische Regierung officiell und aufs Neue die Vermittlung Frankreichs und Englands zur Ausgleichung der von Radetzky im Namen Oesterreichs erhobenen Schwierigkeiten nachsucht.

Wie verlautet, ist die Nachricht hier eingetroffen, daß Admiral Baudin für Palermo eine ehrenvolle Capitulation ausgewirkt hat.

* **Madrid**, 18. April. Die Abfahrt der spanischen Expedition nach Italien ist immer noch nicht festgesetzt. Man weiß nur, daß das Ministerium alle zu diesem Behuf nöthigen Verfehrungen trifft.

Handelsnachrichten.

§ **Mainz**, 27. April. In Oel war in dieser Woche das Geschäft ohne Belang. Pr. Mai kam es zu keinem Abschluß, 43 war zu lösen und 43½ gefordert. Pr. Oct. geschahen mehrere Abschlüsse zu 39½; ein Posten wurde zu 39½ gehandelt, heutiger Preis 39½. Mohnöl ohne Begehr und zu 29½ fl. zu haben. Leinöl etwas höher; am Anfang dieser Woche wurde zu 35½ verkauft, und heute ist nicht unter 35½ anzukommen. Die Stimmung für Oel ist trotz der Kaufluft des Nordens, und der frühen Haltung der Hollän. Märkte hier matt. Die Witterung ist der Rapspflanze sehr günstig, und ohne besondere Zufälle haben wir eine gute Ernte zu erwarten. Auch das Geschäft in Frucht war im Laufe der letzten Tage unbelebend. Die flauren Preise vom Niederrhein und England haben auch hier die Kauflust gelähmt. Waizen konnte man zu 9 fl. 10 kaufen, mehr wie 9 fl. ist nicht zu lösen, per nächsten Monat 9 fl. 10, Korn 5 fl. 50, Spelzkernen 8 fl. 10. Auf nächsten October soll schon ein Geschäft in Waizen zum Preise von 8 fl. 20 zu Stande gekommen sein. Die hiesige Rheinisch-Nassauische Assecuranz-Gesellschaft, hat sich im verflossenen Jahre etwas gebessert. Auf der in diesem Monat gehaltenen Generalversammlung wurde beschlossen, 10pCt. Dividende zu vertheilen; die Aussichten, für das Jahr 1849 lassen ein ebenso günstiges Resultat erwarten. Im nächsten Monat ist die Generalversammlung der Actionäre der Mainz-Ludwigshafener Eisenbahn.

Börsenberichte.

Amsterdam, 26. April. 2½pCt. Integr. 49⅝ ⅛ — 3pCt. Schuld 58⅜ ⅛ — 4pCt. do. 77⅛. — 5pCt. Anl. à 510 Pf. St. 10⅜ — 2½pCt. inländ. à 6000 fl. 24⅛ 23⅛ 24. — 4pCt. Port. 29¹¹⁄₁₆ ⅝. — 5pCt. Met. 74⅛ 74. — 2½pCt. do. 39⅛ 39⅛.

Bei geringem Geschäft waren heute unsere inländ. Fonds mehr angeboten. Span. flauer bei sehr bedeutendem Umsatz in inländ. 3pCt. Oesterr. ein wenig angenehmer, auf bessere Notirung von Wien, Ruff. und Franz. beinahe unverändert.

Paris, 26. April. 3pCt. 56. 60. — 5pCt. 88. 30. — Bankactien 2400. — Span. 3pCt. 33.

Madrid, 21. April. 3pCt. 24⅛ — 5pCt. 10⅛.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Wolf.

Benachrichtigungen.

[1171] **Weinversteigerung.**

Montag den 7. Mai, Morgens 10 Uhr, lassen die Erben des verstorbenen Glasers Kreyer den der Reichmühle bei Winkel durch unterzeichnete Stelle abtheilungshalber nachstehende, aus den vorzüglichsten Lagen der Gemarkung Winkel erzielten Weine im Saale der Gebrüder Schlitz zu Geisenheim öffentlich versteigern, als:

4½	Stück	1842r
6½	„	1841r
2	„	1845r
8½	„	1846r und
12½	„	1847r.

Die Weine lagern theils auf der Mühle, theils zu Geisenheim. Die Proben werden Freitag, den 4. Mai und am Tage der Versteigerung an den Fässern gegeben. Die Liebhaber wollen sich gefälligst deßhalb an Herrn Küfermeister Zobus in Geisenheim wenden.

Rüdesheim, den 21. April 1849.

Herzogl. Nass. Landoberschultheißerei.
Bertram.

[1166] **Weinversteigerung.**

Dienstag den 8. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr, werden nachfolgende aus den Freiherrlich v. Greiffenklau'schen Weinbergen dahier und Hattenheim erzielten Weine auf dem Schlosse Vollraths bei Winkel im Rheingau öffentlich versteigert:

1844r	3	Stück	Vollrathser
1845r	1	„	
1847r	33	„	
1845r	3	„	Hattenheimer
1846r	2	„	
1846r	15	„	Vollrathser
1847r	10	Ohm	Zinswein.
1848r	10	„	

Proben an den Fässern können am 5. und 7. k. M. erhalten werden; am Versteigerungstag werden die Proben nur im Versteigerungslocal gegeben; diejenigen, welche aber früher zu probiren wünschen, wollen sich an den Kiefermeister Joseph Perber in Winkel wenden.

Vollraths, den 21. April 1849.

Freiherrlich v. Greiffenklau'sche Kellerei.
v. Stubenrauch.

[1167] **Weinversteigerung.**

Mittwoch den 9. Mai, Vormittags 10 Uhr, läßt der Unterzeichnete nachstehende in den besten Lagen dieser Gemarkung gewonne und bestens gehaltene Weine, in seiner Behausung freiwillig versteigern, als:

1844r	5½	Stück
1846r	4	„ hiervon 2 Stück Darbezger von vorzüglicher Güte
1847r	10½	„
1848r	6½	„
	30½	Stück zusammen.

Die Proben werden 3 Tage vor der Versteigerung in jeder Stunde, am Versteigerungstage aber nur im Locale der Versteigerung verabreicht.

Winkel im Rheingau, den 21. April 1849.

Conrad Herber, Vater, Gutsbesitzer.

[1165] Unmittelbar nach der Weinversteigerung des Herrn Conrad Perber am 9. Mai l. J. läßt Carl Nebler zu Winkel in demselben Locale seine in hiesiger Gemarkung gewonne reinjährige Weine versteigern, als:

1835r	½	Stück
1839r	3	„
1841r	3½	„
1841r	2	„
1846r	4	„
1846r	1½	„

Am 6., 7. und 8. Mai werden die Proben an den Fässern gegeben; am 9. nur im Versteigerungslocal.

[1187] **Hofmeisterdstelle-Gesuch.**

Ein wissenschaftlich gebildeter junger Mann, protestantischer Confession, welcher mit der Pestalozzi'schen Unterrichtsweise vertraut ist, sucht eine Stelle als Hofmeister. Derselbe kann in den Elementarfächern und Realien, in mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern so wie in französischer Sprache und Musik Unterricht ertheilen.

Gefällige Anfragen bittet man an die Chr. W. Kreidel'sche Buchhandlung in Wiesbaden zu richten.

[1018] Im Verlage der Buchhandlung Tendler & Comp. in Wien erscheint seit 1. April 1849:

Täglich mit Ausnahme des Montags eine Nummer von 4–4 Foliobogen.

AUSTRIA.

Bei besonderen Veranlassungen Extrabeilagen.

Tageblatt für Handel, Gewerbe und Communicationsmittel.

Verantwortlicher Redacteur: ***Carl Czœrnig.***

Die Leitpunkte, von welchen die Redaction ausgeht, sind:

1. Eroberung des ausgedehnten inneren Marktes zu Gunsten der eigenen kräftig geschützten Industrie.
2. Belebung des Verkehrs auf der Donau, von Ulm bis zur Sulinamündung.
3. Förderung des österreichischen Seehandels.
2. Feststellung der Handelsbeziehungen zu Deutschland.

Der Inhalt der Austria zerfällt in folgende Rubriken:

I. Uebersicht der Geschäftsbewegung.

1) *Ankunft der ausserordentlichen Posten* mit dem Datum des Abgangs und eventuell der Ursache der Verspätung oder des Nicht-Eintreffens.
2) *Telegraphische Nachrichten.* Alle zur Mittheilung an das Publikum geeigneten mittelst des Telegraphen beförderten Nachrichten umfassend.
3) *Börsen-Nachrichten;* Stand des Geldmarktes bezüglich der Staatspapiere, Industrie-Effecten, Wechselcourse und Valuten an der Wiener Börse, wie auch an jenen der bedeutendsten Städte des In- und Auslandes, als: Triest, Mailand, Venedig, Pesth und Prag, Augsburg, Frankfurt, Berlin, Hamburg, Amsterdam, Paris und London, nebst Coursberichten aus Constantinopel, Odessa und Galacz.

Die Course von Triest, welche *auf telegraphischem Wege hieher erlangen*, werden von *demselben Tage wie die Wiener* mitgetheilt.

4) *Wochentlicher Stand der Wiener Sparkasse.*
5) *Monatsausweise und Bekanntmachungen der Nationalbank.*
6) *Eisenbahnen;* Nachrichten über den Betrieb und neue Einrichtungen bei denselben.
7) *Dampf- und Segelschifffahrt,* a) Ankunft und Abgang der Dampfschiffe in Wien; b) des Lloyd in Triest; c) Schifffahrtsbewegung der österreichischen Seehafen.

II. Hauptblatt.

8) *Staatswirthschaft.* Finanzen mit Inbegriff der Staatsmonopole und der Zollordnung, Münzwesen, Bankwesen.
9) *Volkswirthschaft.* Handel und Schifffahrt im In- und Auslande, Industrie und Gewerbe im weiteren Sinne mit Einschluss des Bergwesens, Landwirthschaft und Forstwesen nach ihren öffentlichen Beziehungen, Assecuranzen.
10) *Beförderungsmittel.* Eisenbahnen, Telegraphen, Strassen und Canäle, schiffbare Flüsse, Dampfschifffahrt auf Flüssen und zur See.
11) *Statistik.* Thatsächliche Nachweisungen über alle Zweige der Industrie- und Handelsstatistik.
12) *Literatur.* Besprechung der wichtigsten Druckschriften über Staats- und Volkswirthschaft im Allgemeinen, oder in ihrer Anwendung auf Oesterreich insbesondere.
13) *Miscellen* aus fremden Blättern zur Gewinnung von Vergleichungspunkten aus auswärtigen Zuständen.

III. Ankündigungsblatt,

welches Jedermann zur Benützung offen steht, zunächst aber den Zweck verfolgen soll, die für den Handelsstand und die Industrie belangreichen Inserate zur Kenntniss des betheiligten Publikums zu bringen.

Die Redaction erfreut sich bei voller Wahrung der Freiheit der Discussion, der Unterstützung des Handelsministeriums, dessen Archive mit der Fülle der daselbst einlaufenden Nachweisungen über Handel, Schifffahrt und Gewerbe, über den Betrieb der Posten, der Staats-Eisenbahnen und des Telegraphen, ihrer Benützung zugänglich sind; ebenso bieten die Sammlungen der Direction der administrativen Statistik einen reichen Stoff zur Bearbeitung dar. In gleicher Weise wird die Redaction durch die tüchtigsten Kräfte des Vaterlandes in diesem Fache, welche sich hierbei als Mitarbeiter betheiligen, unterstützt.

Pränumerations-Bedingungen.

Die **Austria** erscheint vom 1. April 1849 an, täglich in einem Bogen Folio — mit Ausnahme der Montage — und wird Morgens um 8 Uhr ausgegeben. Bei besonderen Veranlassungen folgen Beilagen.

Redactionsbüreau: Herrengasse, Nr. 27.

Expedition und Abonnement: Graben, Trattnerhof Nr. 619 in der Verlagsbuchhandlung Tendler und Comp. in Wien.

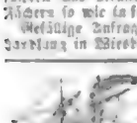
Pränumeration für Wien: vierteljährig 3 fl.; mit täglicher Postversendung: vierteljährig 3 fl. 45 kr. Alle Postämter und Buchhandlungen nehmen Bestellungen an.

Inserate aller Art werden im Expeditionslocale angenommen. Das einmalige Einrücken einer einspaltigen Petitzeile oder deren Raum wird mit 3 kr. C.M., die erste Wiederholung mit 2 kr., die zweite und die weiteren mit 1 kr. berechnet.

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1849.

April	Barometer bei 0° R. 9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Thermometer R. 9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Thermograph. Maxi.	Mini.	Regenmesser Rh. L.	Wind. 9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Wetter. 9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
15	328‴0	328‴0	329‴0	6·1	8·3	4·3	8·4	4·4	2″ 0‴	W	N.	—	H.	H.	H.
16	330‴5	330‴1	330‴6	4·0	9·1	5·0	10·0	3·6	2″ 2‴	NO.	O	—	w.	w.	t
17	331‴1	329‴3	329‴3	7·4	11·2	8·4	12·6	8·0	2″ 2‴	WSW	SW.	—	w	w	H
18	331‴2	330‴1	331‴6	8·6	12·0	6·6	14·0	6·4	2″ 4‴	W.	W.	—	w	SW.	H.
19	331‴0	329‴5	329‴3	4·1	9·8	5·8	14·0	2·1	2″ 8‴	SW.	S	—	w	w.	h. H.
20	327‴5	327‴2	328‴2	4·6	6·2	3·2	8·4	2·0	2″ 11‴	O.	WSW.	—	t	w	t
21	329‴0	329‴0	331‴4	1·9	6·2	1·8	7·0	0·5	2″ 11‴	NW.	NW.	—	t	t	t
M.	329‴6	329‴1	330‴0	+ 4·8	+ 9·6	+ 5·1	+ 9·1	+ 3·3	2″ 6‴						

Am 17. nach Mitternacht Schnee den ganzen Nachmittag über Gestöber; am 20. in der Frühe Regen; am 21. Vormittags wenig Regen



[1189] **Regelmäßige Dampfschifffahrt**
zwischen
Wismar und Kopenhagen.

Das, als vortheilhaft eingerichtet bereits bekannte, bisherige nur Kaufmann Dampfschiff „Oberon" geht von Samstag 3. d. Mts. an regelmäßig in jeder Woche von Hamburg und Berlin, Nachmittags 1 Uhr mit Passagieren, Güter- und Eilgütern von Wismar nach Kopenhagen, und jeden Sonntag Nachmittag von Kopenhagen nach Wismar, wo es sich an die nach Hamburg und Berlin abgehenden Eisenbahnzüge anschließt, abgehen.

„Der Hafen Wismar's ist blokadefrei, und das Dampfschiff wird regelmäßig mit Passagieren, Posteffekten und Gütern, gegen jedes Kriegsmolest gesichert, expedirt."

Passage-Preise, so wie Güterfrachten sind aufs billigste gestellt.

Nähere Auskunft wird ertheilt:
in Kopenhagen bei den Herren Ziedler & Co.,
„ Hamburg „ „ „ Hamel & Co.,
„ Berlin „ „ „ Fleischmann & Sohn,
„ Wismar im Büreau der Dampfschifffahrt.

Wismar, im April 1849.

Direction der Mecklenb. Dampfschifffahrts-Gesellschaft.

Katarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Apotheker von Georgi in Mainz, welcher verschiedene, bei der Cholera-Epidemie in Mainz sich bewährt habende Heilmittel bekannt machte, hat nun wieder eine gegen Katarrhe etc. sich angezeigt und ausgezeichnet wirksames Hausmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Confiteur Schott, große Sandgasse, zu haben.

Domiziliirte sind: Hr. Confiteur H. C. Schlemmer in Mainz. [1118]

Keine grauen Haare mehr!!

Das neu in Paris approbirte

Chantal-Wasser

färbet Kopf- und Bart-Haare augenblicklich und unvertilgbar in jede Nuance, wenn damit wie mit Pomade, Morgens und Abends, die Haare bestrichen werden. Zu haben bei Hrn. H. C. v. Oben, Bleichstraße 24. [592]

[1120] **To be let:**

At the Carlshof, 10 minutes distance from Darmstadt, an excellent family residence, with all desirable conditions and garden if required. Information given by Dr. Werner, Seminar, Darmstadt, Rheinstraße 70.

Große Braunschweiger Lotterie.

Ziehung 6r und Hauptklasse vom 3—19. Mai 1849.

Unter **18,150** Loosen bietet diese Lotterie **6300** Gewinne von fl. 35,000, 15,000, 12,500, 8800, 7000, 5500, 4400, 2 à 3500, 2 à 2700, 2 à 1900 u. s. w. dar. In jeder Klasse dieser beliebten Lotterie complete ganze Loose à fl. 3. 30, halbe à fl. 1. 45, viertel à fl. 14. so wie auch Antheile auf einzelne unter 100 Loose ganze à fl. 40 halbe à fl. 20, viertel à fl. 10, achtel à fl. 5. empfiehlt

Leo Jos. Speyer jun., Hauptcollecteur, Büreau: Wollgraben in Frankfurt a. M. [1127]

[1182] **Gerichtliche Bekanntmachungen.**

Steckbrief.

Da der Fabrikant Ludwig Knocke von Bornheim und dessen Ehefrau Anna Christine geb. Müller, über deren Vermögen Gant erkannt worden ist, der am 17. Januar d. J. erlassenen Ladung nicht nachgekommen und sich bis jetzt nicht dahier eingefunden haben, so werden hiermit die betreffenden Behörden, in deren Bezirken sich die genannten Eheleute etwa befinden dürften betreten lassen, ersucht, dieselben einsetzen und anher abliefern zu lassen.

Frankfurt a. M., den 11. April 1849.

Stadtgericht I.

Signalement der Knocke:

Alter: 40 Jahr.
Größe: 5 Schuh 4 Zoll (neu Maß)
Haare: braun.
Stirn: offen.
Augenbrauen: blond.
Augen: braun.
Nase: mittel.
Mund: klein.
Bart: röthlich braun.
Kinn: rund.
Gesicht: oval.
Gesichtsfarbe: gesund.

[1181] **Edictalladung.**

Nachdem der Soldat Ludwig Leopold Stauder von Frankfurt, derzeit Daß- und Rastal, auf Urlaub entwichen, und vom Regiment als Deserteur abgeführt worden ist, so wird derselbe nunmehr von dem unterzeichneten Gerichte aufgefordert, sich zu seiner Verantwortung binnen drei Monaten, spätestens bis zum

ersten Juni l. J.

dahier zu stellen, widrigenfalls er des Verbrechens der Desertion für schuldig erkannt und den Gesetzen gemäß zur Bezahlung eines Ersatzkapitals, zum Ersatze des Verpflegungs- und in die Untersuchungskosten verurtheilt, das gedachte Kapital aber nur bei dem Regiment bekannt gemacht werden wird.

Wiesbaden, den 11. April 1849.

Militär-Gericht des Herzogl. Nass. 2. Regiments.
Gerau, Oberst. Westerburg, Auditeur.

[1186] Gegen Hans Valentin Wehner aus Dammersbach, Sohn des Johann Georg Wehner und dessen Ehefrau Anna Margretha Urf., geboren am 18. Januar 1781, welcher sich etwa im Jahre 1807 aus seiner Heimath entfernt und nachher weder von sich leben und seinen Aufenthalt seiner Wohnorte gegeben hat, ist, da ihm während seiner Abwesenheit mit Kaufbriefen vom 10. Juni 1814 zwischen Johann Heinrich Wehner dahier ein Haus etwa 1½ Morgen ganzer Ackerfeld in gemeinen worden, das Liquidationsverfahren eingeleitet, in Folge dessen er oder seine etwaigen unbekannten Erben aufgefordert werden, im Termine

den 22. Mai d. J.
oder
den 21. Juli d. J.
oder spätestens
den 21. August d. J.
Morgens 9 Uhr

sich so gewiß dahier zu melden, widrigenfalls die Gebrauchsrechte aufgehoben, als verschollen das Vermögen des Abwesenden seinen bekannten gesetzlichen Erbberechtigten überwiesen werden wird.

Gelnhausen, den 12. Februar 1849.

Fürstlich Isenburg. Amt.
Glockermann.

Druck von August Osterrieth.

Digitized by Google

№ 102. —— Montag —— den 30. April —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Olmütz fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 3. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Bogen) mit Beischrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebt man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmied in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Flores in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrseldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Die letzten Dinge.

Gegenüber den drohenden Gerüchten, welche die Centralgewalt und die Reichsversammlung umgeben, ist es weniger an der Zeit, die staatsrechtliche Grundlage beider zu prüfen, als die wahrscheinlichsten Wechselfälle, denen sie ausgesetzt sind, zu erwägen. Die Reichsversammlung hat ihr Hauptwerk vollendet; sie hat es nur noch zu vertheidigen und abzuwarten, daß es angegriffen oder ausgeführt werde. Hält sie sich streng auf der Defensive und erwartet die vier noch rückständigen Erklärungen, so ist ihre Stellung bis dahin unangreifbar. Unterdessen wirken die gesetzlichen Organe in jedem der Königreiche nach ihrer Weise zu Gunsten der Anerkennung. Von Preußen darf die stärkste Kundgebung des allgemeinen Willens erwartet und verlangt werden, und es ist zu hoffen, daß die Blicke, welche sich von dem gefallenen Vorhang zu Berlin mißmuthig abwenden, um so mehr mit ungetheilter Aufmerksamkeit auf den fünften Akt zu Frankfurt gerichtet bleiben. Zum Unterhandeln über die Oberhauptsfrage, überhaupt zum Transigiren ist die Versammlung aus bekannten Gründen nicht mehr im Stande, mit Preußen ebensowenig als mit den andern Königreichen. Durch eine ausdrückliche Ablehnung würde Preußen nicht allein eine größere Verantwortung auf sich laden, als jeder andere Staat, weil es die Sache soweit hat kommen lassen, sondern auch mehr wagen, weil dieselben Chancen niemals wiederkehren, die günstigen Vorurtheile in exbitterte Leidenschaften umschlagen würden und die Seelenzahl und Ländermassen Preußens, welche für dieses mal als Sammelpunkt und Grund der Erhebung empfohlen wurden, künftig im Gegentheil als Hindernisse der Gleichartigkeit, Größe und Einheit angesehen werden könnten. Die Persönlichkeit des Monarchen mag dabei völlig außer Betracht bleiben. Sollten die königlichen Höfe sämmtlich nur bedingt beitreten oder, was gleichbedeutend ist, ganz ablehnen, so entsteht die Frage: sind dieselben unter sich oder vielleicht mit Oesterreich über irgend einen Plan gegenüber der Versammlung einig geworden? Wir glauben mit Bestimmtheit versichern zu können: was eine Verfassung betrifft, nein; nicht einmal über die Wiederaufnahme der alten Bundesacten kann man sich vereinigen. Aber was eine negative Tactik betrifft, so dürfte diese vielleicht so weit vereinbart sein, daß nach den ersten thörichten oder gewaltsamen Convenutmaßregeln (etwa einem Beschluß auf Vereidigung des Militärs und der Beamten, Einsetzung einer Regentschaft ꝛc. ꝛc.) die Regierungen ihre Abgeordneten abzuberufen versuchen würden, um sodann die Versammlung als gesetzlich nicht mehr existirend behandeln zu können. Aber die Centralgewalt, das verantwortliche Reichsministerium? Wir fragen nicht: wird es den Regierungen unter sich gelingen, ein eigenes reactionäres Ministerium statt Bundestag zu octroyiren? Es genügt die Frage: wird der Reichsverweser zu einer solchen Auskunft je die Hand bieten? Der ehrwürdige Erzherzog — möge die Sehnsucht nach der freien heimischen Gebirgsluft noch so stark, möge die Frist, die er auszuharren versprochen, ihrem Ende noch so nahe sein — mit seiner ruhmreichen Vergangenheit wird er nie und nimmermehr brechen. Es ist ihm vielleicht noch beschieden, die große schwierige Frage, die des Ueberganges in eine neue Periode, durch ein letztes entschlossenes Opfer zu lösen und auch für Oesterreich wieder gut zu machen, was ein gänzliches Abbrechen so unzeitig verdorben. Die Versammlung ihrerseits möge nur den Muth der Geduld haben und die Ereignisse erwarten, die nicht sie zunächst treffen werden.

Deutschland.

** **Wien**, 24. April. Unter diesem Datum wird uns Nachstehendes mitgetheilt: Als gegen das Ende des verflossenen Jahres die kaiserlichen Truppen, nach Besiegung des Aufstandes in Wien, gegen die ungarischen Rebellen zogen, führten rasche Erfolge das kaiserliche Heer bis nach Ungarns Hauptstadt. Mit deren Besetzung schien die Macht der Empörung gebrochen, schien das Ansehen und der Einfluß ihrer Häupter so bedeutend erschüttert, daß man sich der Hoffnung überlassen zu dürfen glaubte, die größtentheils nur durch List und die schändlichsten Mittel der Verführung irregeleiteten Bevölkerungen würden, wenn man ihnen hierzu Zeit ließe, bald zu besserer Erkenntniß gelangen und durch diese zu ihrer Pflicht zurückgeführt werden. Diese Erwartung, welche zwar einen neuen Beleg für den milden Sinn der Regierung liefert, war aber leider eine beklagenswerthe Täuschung, der sie sich hingegeben. Man wollte in edler Absicht Zeit gewinnen, und hat eine kostbare Zeit verloren, welche von der Partei des Umsturzes benützt wurde, ihre Bundesgenossen aus allen Ländern unseres Erdtheiles an sich zu ziehen, mit Hilfe derselben, und durch alle nur denkbaren, wahrhaft empörenden Kunstgriffe, die Massen neuerdings zu fanatisiren und sich hierdurch in die Verfassung zu setzen, den kaiserlichen Schaaren die Spitze zu bieten. Die magyarische Empörung ist längst keine nationale mehr. Dies unglückliche Land ist der Wahlplatz geworden, auf welchem die aus allen Weltgegenden versammelten Feinde der Ordnung und des Gesetzes den Sieg der Revolution zu erkämpfen gekommen sind. Dies mußte, wie begreiflich, die Aufgabe der österreichischen Regierung sehr erschweren und macht es erklärlich, daß deren Waffen in dieser letztern Zeit keine glänzenden Erfolge in einem Kampfe gegen Feinde errungen haben, die Verrath und die niedrigsten Leidenschaften zu Bundesgenossen zählen. Dieser Umstand wird von der Partei des Umsturzes allenthalben ausgebeutet, um über die ungarischen Zustände die schamlosesten Lügen zu verbreiten und hiedurch das Vertrauen zu Oesterreich und mit diesem dessen Einfluß zu erschüttern. Solchem schändlichen Treiben soll aber hoffentlich bald gesteuert werden, denn die kaiserliche Regierung ist entschlossen, alle ihr zu Gebote stehende Macht zu entfalten, um die Herrschaft des Gesetzes wiederherzustellen. Daß ihr dies gelingen werde, kann keinem Zweifel unterliegen, da die öffentlichen Zustände in den übrigen getreuen Ländern der Monarchie so befriedigend sind und der Regierung kräftige Unterstützung, reiche Hilfsquellen bieten. Die Reichsverfassung ist allenthalben mit Dank aufgenommen worden und bereits in Ausführung begriffen. Die Truppenaushebungen haben überall mit einem Erfolge stattgefunden, welcher den treulichen, der Regierung und ihrer gerechten Sache völlig ergebenen Geist der Bevölkerungen bewährt, und die ausgeschriebenen Steuern fließen, trotz der Ungunst der Verhältnisse, regelmäßig und willig ein. Die Bewegungen, welche sich in manchen der Nebenländer des Königreichs Ungarn äußern, gelten alle nur dem, bisher von dem Magyarenthum gegen die übrigen Nationalitäten ausgeübten willkürlichen Drucke, und können demnach dem Streben der Regierung nur förderlich sein. Es möge daher jeder, der es redlich mit der guten Sache meint, die über den ungarischen Kriegsschauplatz verbreiteten Nachrichten, insoferne sie nicht aus amtlicher Quelle fließen, nur mit gerechtem Mißtrauen aufnehmen, und zugleich der Regierung vertrauensvoll einige Frist gönnen. Die Macht, welche sie zu entfalten entschlossen ist, und die ihr auch zu Gebote steht, muß nunmehr, wo nach den bitteren Erfahrungen der jüngsten Zeit keine Rücksichten der Schonung die Anwendung dieser Macht mehr beschränken werden, den Erfolg verbürgen.

Die „Wiener Zeitung" enthält folgendes Actenstück: Vorgestern Abends, gegen 8 Uhr, haben abermals einige übelgesinnte Individuen den verbrecherischen Versuch gemacht, eine Schildwache bei Schönbrunn durch einen meuchlerischen Ueberfall zu entwaffnen; indessen ist es der Entschlossenheit des Mannes gelungen, zwei von den Thätern anzuhalten und dem strafenden Arm der Gerechtigkeit zu überliefern. Da Attentate dieser Art nach dem Wortlaute der Proclamationen vom 20. und 27. Februar l. J. der stand- oder kriegsrechtlichen Behandlung unterliegen, so bin ich in die betrübende Nothwendigkeit versetzt, gegen die Schuldigen die volle Strenge der Gesetze walten zu lassen. Es ist jedoch für mich, und muß es auch für die gesammte gutgesinnte Bevölkerung Wiens ein beruhigender Gedanke sein, daß das Attentat nicht von Einheimischen ausging, sondern von jenen fremden Auswürflingen vollführt ward, die schon so viel Unheil über diese Stadt gebracht und nichts anders im Schilde führen, als neues Unglück über die Residenzstadt herauf zu beschwören. Ich gebe mich zwar gern der Ueberzeugung hin, daß dieser Vorfall allen gutgesinnten Bürgern Wiens erneuerte Veranlassung geben wird, ihre Aufmerksamkeit für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu verdoppeln, und allen Störungen derselben mit vereinter Kraft entgegen zu treten; indessen kann ich nicht umhin, gegen die Schlechtgesinnten noch einmal meine warnende Stimme zu erheben, und auf die unausbleiblichen Folgen hinzuweisen, welche gegen die Attentate dieser Art in den angedeuteten Proclamationen angedroht worden sind. Diejenigen, welche auf diese Warnung nicht hören, würden es sich dann nur selbst zuzuschreiben haben, wenn sie von dem unabwendbaren Strafverhängnisse getroffen werden. Wien, am 25. April 1849. Der landescommandirende General und Gouverneur-Stellvertreter: Freiherr v. Böhm, Feldmarschall-lieutenant.

Nach so eben eingelangten Berichten hält das aus 6 Brigaden bestehende Armeecorps des F.M.L. Wohlgemuth den ganzen Terrain von Sellye, Eperiessy, Nyarazd und Bös, mit dem rechten Flügel bis an die Donau reichend — besetzt, auf welcher Linie sich seit den letzten Berichten nichts Bemerkenswerthes ereignet hat. Mehreren übereinstimmenden Nachrichten zufolge, bewegt sich das Gros des Görgey'schen Corps in der Richtung gegen Komorn. Ebenso ist am rechten Donauufer die bereits angedeutete Concentrirung der zur Hauptarmee gehörigen Truppen in vollem Gange, und es stehen demnach in Kurzem entscheidende Nachrichten vom Kriegsschauplatze zu erwarten. Wien, den 25. April 1849. Der landescommandirende General und Gouverneur-Stellvertreter Freiherr v. Böhm, F.M.L.

Die „Presse" enthält in einem längern leitenden Artikel nachstehende Betrachtungen: Noch steht die Hauptstärke unserer Armee, die sich bei Raab concentrirt, unversehrt da, auch ihre Stellung macht das Concentriren der Kräfte auf einem Punkte möglich. Bei Insurrectionskriegen läßt sich nur mit großen Massen und überlegenen Kräften wirken. Kleine Corps sind immer im Nachtheil, weil für die Insurgenten der Boden, auf dem sie stehen, mitkämpft, weil das Beunruhigen, das Ermüden ihnen leichter wird, als regulären Truppen das Angreifen und Verfolgen. Wir wollen auf die begangenen, von allen Seiten eingestandenen Fehler nicht zurückkommen. Durch sie wurde die Armee in die Lage gebracht, den Rebellen immer mehr Boden einzuräumen und sie bis in die Nähe von Pest kommen zu lassen. Hier standen die Magyaren in einem weiten und großen Bogen die kaiserliche Armee umspannend in einer Stellung, welche dem Plane einer Umgehung ausnehmend günstig war. Ein Blick auf die Karte genügt, das zu zeigen. Es war leicht vorauszusehen, daß ein ernstlicher Angriff auf die Hauptstärke der Armee nicht in ihrer Absicht liegen konnte. Selbst die Einnahme von Pest und Ofen erschien von minderer Wichtigkeit, da dieser Punkt keine geeignete Basis für weitere Operationen bildet. Hingegen lag Alles daran, durch eine schnelle Bewegung im Rücken der sie deckenden Berge in den Besitz des linken Donauufers oberhalb Waizen zu kommen. Damit wurde ein doppelter Zweck erreicht, die Insurrection gewann an Umfang und Stärke, und Komorn, den Schlüssel der Donau, konnte man auf diesem Wege zu entsetzen hoffen. Die Ausführung dieses Planes wurde durch Scheinangriffe einiger Brigaden auf unsere Truppen dem österreichischen Feldherrn verhüllt und gelang, da dieser sich täuschen ließ, größtentheils. Die Insurgenten gingen über die Eypel und Gran, und General Wohlgemuth, der bei Kemend mit 15,000 Mann stand, konnte dadurch umgangen werden. Diese Umgehung geschah bei den weit überlegenen Massen der Insurgenten, ohne daß sie selbst bei dem muthigsten und hingebendsten Widerstande Wohlgemuth's verhindert werden konnte. Die Magyaren dehnten die Umgehungslinie bis Neutra aus, und während ihr rechter Flügel zwischen Sarlo und dem Granflusse den k. k. Truppen in die Flanke kam, wurde der Rücken derselben durch ihren linken bedroht. So scheint es dem General Wohlgemuth unmöglich geworden zu sein, wie es in seiner Absicht lag, sich über die Waag zurückzuziehen, dadurch Preßburg zu decken und die Schüttinsel in Verbindung mit dem Cernirungscorps von Komorn zu besetzen, da er nach Neuhäusel zurückging. Dadurch sind die Magyaren in dem Besitz der oberen Donaugegend, das linke Ufer wird von ihnen beherrscht, von Komorn bis Waizen — dies scheint nebst allen andern Nachrichten auch der Inhalt des heute ausgegebenen Bulletins zu bestätigen; die meisten Blätter melden, daß Komorn wirklich entsetzt ist. Nur der Soldatenfreund stellt die Lage günstiger dar. Ihm zufolge wäre Görgeys Uebergang über die Neutra aus Mangel an Pontons gänzlich gescheitert und Feldzeugmeister Welden wird oberhalb Gran über die Donau gehen, um dem Görgey'schen Corps in den Rücken zu fallen. Letzterem widerspricht übrigens das Bulletin ausdrücklich, da es die Absicht des Feldzeugmeisters Welden sei, vor der Hand alle Truppen zu concentriren und erst Verstärkungen abzuwarten. Einer Correspondenz des „Lloyd" zufolge sind indessen die Ungarn auch bei Duna-Fölhyar über die Donau gegangen, und bedrohen so Stuhlweißenburg und Veszprim.

In Betreff der russischen Intervention kann ein Berichterstatter der „Hamb. Börsenhalle" aus guter Quelle berichten, daß sie beschlossen und schon in der Ausführung begriffen sei. Das Corps wird 70.000 Mann stark sein, und von diesen sollen 30,000 Mann in die Bukowina und 40,000 Mann in Siebenbürgen einmarschiren.

** **Berlin**, 27. April. Die deutsche Sache ist um einen ihrer biedersten und tapfersten Verfechter ärmer. Die „Deutsche Reform" hat nämlich mit dem heute eingetretenen Redactionswechsel aufgehört, zu sein, was sie bisher war, eine Vorkämpferin für die Einheit und wahre Freiheit des deutschen Vaterlandes. Dr. C. M. Oldenberg, der bisherige Redacteur, zeigt heute seinen Rücktritt an und gleichzeitig gibt auch Herr Friedr. Harkort öffentlich die Erklärung ab, daß er, nachdem die „Deutsche Reform" durch Verkauf in Besitz des geheimen Oberhofbuchdrucker Decker übergegangen sei, sich jeder ferneren Mitwirkung an derselben enthalten werde. — In ihrem premier Berlin erklärt sich heute die „Deutsche Reform" mit der Auflösung der zweiten Kammer vollkommen einverstanden. „Mag auch, sagt sie, die heute

erfolgte Verkündigung der Auflösung der zweiten Kammer überrascht haben — die Ueberzeugung stand fest, es war schon oft genug in eben jener Kammer, noch öfter aber in der Presse, der preußischen, wie der außerpreußischen, der deutschen, wie der außerdeutschen, die Ansicht ausgesprochen: das gegenwärtige Ministerium könne mit der gegenwärtigen zweiten Kammer nicht mehr regieren; es müsse diese Kammer auflösen oder zurücktreten. Seit dem gestrigen Beschlusse der zweiten Kammer handelt es sich nicht mehr um jene Alternative. Dem Beschlusse der Kammer, welcher in die Executive der Regierungsgewalt eingriff und Art. 43 der Verfassung: „Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu" verletzte, durfte die Regierung nur mit einer Auflösung antworten, wenn sie nicht selbst die verfassungsmäßigen Rechte der Executivgewalt aufgeben, wenn sie nicht das Princip der constitutionellen Regierung überhaupt in Frage stellen wollte. Eine Vertagung würde die Frage nicht gelöst, sondern die Entscheidung nur aufgeschoben haben: das Princip selbst würde nicht gewahrt worden sein. Die Gefahren einer unzeitigen Nachgiebigkeit gegen das Uebergreifen der zur Theilnahme an der Gesetzgebung berufenen Volksvertretung standen durch das Beispiel der Nationalversammlung, durch die verderblichen Folgen der Beschlüsse vom 9. August und 7. September v. J. in frischem Gedächtniß. Blieb bei dieser Competenzüberschreitung der zweiten Kammer der Regierung keine andere Wahl als die Auflösung, so sprachen aber auch noch viele Gründe aus dem ganzen bisherigen Verhalten der Kammer für die Zweckmäßigkeit des Schrittes. Das Urtheil im Lande ist nicht zweifelhaft darüber, was die zweite Kammer bisher gewirkt, sowie darüber, welche Kraft sie der Regierung zu einer starken Durchführung der Executivgewalt verliehen: die Regierung wird getrost an dieses Urtheil appelliren dürfen. Mußte sie sich dazu sagen, daß die innere Zerklüftung der Kammer in Parteien und Gegensätze, welche die Majorität täglich mehr verrückten, und es jedem Ministerium unmöglich gemacht haben würde, sich eine sichere Majorität zu bilden; trat endlich dazu die Haltung der Versammlung in der gestrigen Sitzung, wo man von der Tribune herab die rücksichtslose Proclamirung republikanischer Grundsätze vernahm: so mußte man zu der traurigen Ueberzeugung gelangen, daß das Vaterland für die Begründung wahrer constitutioneller Freiheit von dieser Kammer nichts zu hoffen habe."

Dagegen ist die „Constitutionelle Zeitung", die freilich unter dem ersten Eindruck unangenehmer Ueberraschung schreibt, ganz anderer Meinung. Mit auffälliger Schrift gedruckt ist in ihr zu lesen: „Voll von Aufregung schreiben wir diese Zeilen; wer hätte einen solchen Schluß der heutigen Sitzung erwartet! Die Kammer hatte sich in gewohnter Weise versammelt, eine Tagesordnung länger als je lag vor; die zweite Abstimmung über das Vereinsgesetz stand in Aussicht; über die Frage, ob ein Dringlichkeitsantrag von Aldenhoven über gewisse Einschränkungen des Versammlungsrechtes in die Justizcommission gehen solle, hatte sich die Debatte erhoben und sollte die namentliche Abstimmung beginnen, da — erhob sich der Ministerpräsident und unter dem bebenden Erstaunen, unter der sprachlosen Spannung der Abgeordneten, der Tribunen verkündete er die Auflösung der zweiten, die Vertagung der ersten Kammer. Die Versammlung ging schweigend auseinander." Wir werden morgen die Maßregel der Regierung erörtern, an deren Möglichkeit wir unter den jetzigen Verhältnissen nicht geglaubt haben. Sie entspricht dem Buchstaben der Constitution, aber die schwere Verantwortlichkeit dafür hat das Ministerium zu tragen.

Hinsichtlich einer neuen Ministercombination erzählt man, daß Hr. v. Radowitz das Ministerium des Innern, Hr. Ritter Bunsen das Ministerium des Aeußern übernehmen werde. (Const. Z.)

† **Berlin**, 27. April. Daß die gestrige Kammerdebatte über den Belagerungszustand sich um eine Lebensfrage Berlins drehte, konnte man schon in dem bewegten Leben der Residenz erkennen. In weiteren und engeren Kreisen, in öffentlichen Localen, wie auf der Straße, war man auf den Ausgang der Verhandlung gleich sehr gespannt. Seit den Novembertagen erblickte man zum erstenmale wieder größere Menschenmassen vor dem Volkshause versammelt. Jeder, der aus dem Sitzungssaale der zweiten Kammer trat, wurde von der Menge angehalten und nach dem Stande der Verhandlungen gefragt. Als endlich um 5 Uhr die wichtige Sitzung geschlossen wurde, da bildeten sich auf dem Dönhofsplatze förmliche Spaliere, um die Deputirten durchpassiren zu lassen, wobei die Linke, wenngleich nur durch halblaute Zeichen, begrüßt wurde. Das Erscheinen des Antragstellers Herrn Waldeck ließ das Publikum sogar die Strenge des Belagerungszustandes vergessen. Mit einem lauten „Hurrah" wurde derselbe von der Menge empfangen, welche sich zu ihm herandrängte, ihm die Hand reichte und ihn begleitete. Der nachfolgende Strom wuchs jedoch bald zu einer so bedenklichen Höhe, daß es der Gefeierte vorzog, mittelst einer Droschke seinen Weg allein fortzusetzen. Drei bis vier Constabler befanden sich bei dieser Scene auf dem Dönhofsplatze, indeß ließen sie die Volksmanifestationen gewähren. Bald jedoch wurde es auf demselben Platze ernsthafter. Der Bedeute eines liberalen Herrn vertheilte nämlich die bereits im Druck erschienene einschlägige Rede des Abgeordneten Jacobi gratis an die noch immer versammelte Menge, was seitens der jetzt anwesenden Constabler seine sofortige Verhaftung nach sich zog. Diese Verhaftung, welche nicht ohne Widerstand bewerkstelligt werden konnte, zog eine so große Zahl Neugieriger herbei, daß eine beabsichtigte zweite Verhaftung unterbleiben mußte. Es rückte aber nun von der Stadtvogtei eine größere Patrouille von Schutzmännern nach dem Dönhofsplatze, worauf sich die Menge allmälig, ohne daß es zu weiteren Conflicten kam, verlief.

* **Berlin**, 27. April. Abends 11 Uhr. Die Auflösung der zweiten Kammer hat eine größere Aufregung hervorgerufen, als es anfangs den Schein hatte. Zwar vergrößerten die Menschengruppen, welche sich auf dem Dönhofsplatze vor dem Sitzungslocal unmittelbar nach dem Auflösungsacte bildeten, sich fortwährend, doch schien es, als wenn sich nach befriedigter Neugier Alles wieder verziehen werde. Denn wenn schon kleine Neckereien mit den Constablern vorfielen, so nahm daran doch nur ein kleiner Theil der Anwesenden Antheil, die Constabler durften sogar noch Arretirungen vornehmen. Doch beim Eintritt der Dunkelheit war das Institut der Constabler machtlos. Es bildeten sich in allen Straßen bedeutende Clubs; Hauptsammelplatz aber war der Dönhofsplatz. Dieser Platz wurde nachher zwar mit leichter Mühe durch das Militär gesäubert und abgesperrt, doch nicht ohne Blutvergießen. Um 9 Uhr wurde die Zahl der Gedrängten bereits auf sieben angegeben; wie man sagt, befanden sich unter ihnen auch eine vornehme Dame. Die Aufregung aber stieg durch das Einschreiten des Militärs immer mehr. In der Leipziger- und Markgrafenstraße fing man sogar an, Barrikaden zu bauen. Gegen mehrere Abgeordnete der Linken, namentlich gegen Waldeck, Jacobi, D'Ester, Jung und Temme sollen Verhaftsbefehle ausgefertigt sein. Dem Gerüchte, daß das Ministerium ein auf Census beruhendes Wahlgesetz octroyiren werde, wird selbst von Abgeordneten der gemäßigten Partei Glauben geschenkt. Die meisten Abgeordneten sind unmittelbar nach der Auflösung der Kammer abgereist, wie die Einen sagen, um Nachricht in die Provinz zu bringen, wie Andere, um der Ausweisung oder Verhaftung zu entgehen. Noch in diesem Augenblicke ist es auf dem Hauptplatze ziemlich belebt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß morgen Abend die Fortsetzung des angeregten Conflictes folgen wird, denn die Aufregung ist groß.

Berlin, 28. April. Unsere Stadt ist vollkommen ruhig. Ueber die gestrigen Vorgänge ist Folgendes nachzutragen: Gegen 8 Uhr Abends hatten Attrouppements auf dem Dönhofsplatz und Insulte gegen die Schutzmannschaften die Herbeiziehung des Militärs nothwendig gemacht. Der Platz war bereits gesäubert und das Bataillon im Begriff, auseinanderzugehen, als Offiziere, welche weiter hervorgetreten waren, von der Volksmasse thätlich insultirt, einer derselben sogar zu Boden geworfen und mißhandelt wurde. Als das Bataillon hierauf wieder aufmarschirt war, um die Menge auseinanderzutreiben, fiel aus einem Hause des Dönhofsplatzes auf die Truppen ein Schuß. Nach dreimaliger Aufforderung mit der Trommel, sah sich daher das Militär genöthigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen; die Salve erfolgte nach dem Spittelmarkte zu. Leider sind mehrere Opfer zu beklagen; vier Todte und einige Verwundete. Am Petriplatz waren gleichfalls starke Attrouppements; am Museum wurden die Posten mit Steinwürfen insultirt und aufgefordert, ihre Gewehre abzugeben. Mittags soll am Dönhofsplatz Geld unter das Volk vertheilt worden sein. Die Leichen der unglücklichen Opfer wurden von Leuten aus dem Volke in der Richtung nach dem Voigtlande zu hingetragen. Abends 10 Uhr war die Ruhe auf allen Punkten der Stadt hergestellt.

Herr v. Radowitz ist gestern hier angekommen. Er fuhr gleich zum Könige, mit welchem er eine mehrstündige Unterhaltung hatte.

Berlin, 28. April. Ueber die Vorfälle des gestrigen Abends gibt die „Deutsche Reform" folgenden Bericht: Gleich nach Auflösung der zweiten Kammer hatte sich ein Theil der Mitglieder der linken Seite in das Lokal der Konversationshalle begeben, um dort Beschlüsse zu fassen. Viele Mitglieder zeigten sich auf dem Balkon des Hauses, viele unten an der Thüre und erregten dadurch die Aufmerksamkeit des vorübergehenden Volks, welches ohnedem durch die Nachricht über die plötzliche Auflösung der Kammer etwas in Aufregung gerathen war. Man erzählt sich sogar, daß ein Abgeordneter dem versammelten Volke laut zugerufen habe: „Der Belagerungszustand werde ohnerachtet der Auflösung der Kammer doch in 24 Stunden aufgehoben sein." Die hierauf entstandenen Attrouppements wurden zwischen 4 und 5 Uhr zahlreicher. Der Polizeirath Winckler machte vergebliche Versuche, dieselben mit der Schutzmannschaft zu zerstreuen. Es gelang ihm nicht, selbst nicht, indem er mit mehreren Schutzmännern zu Pferde die Massen auseinander zu treiben suchte. Er requirirte hierauf sofort Truppen aus der Kaserne in der Commandantenstraße, welche jedoch nicht sogleich ausrückten, weil der Commandeur dazu noch nicht die nöthige Ordre erhalten hatte. Die Zusammenrottungen der Menschen wurden mittlerweile immer ärger, so daß die Einwirkung des Commandanten, General v. Thümen, requirirt werden mußte. Fast zu derselben Zeit waren mehrere Offiziere des Regiments Franz aus der Kaserne in der Commandantenstraße nach dem Dönhofsplatz gegangen, um sich dort über die Lage der Dinge zu unterrichten. Dieselben wurden vom Volk insultirt. Einer von ihnen erhielt mit einer Latte einen Schlag auf den Kopf, dem andern soll der Degen zerbrochen, ein dritter soll hingefallen und in diesem Zustande durch Fußtritte gemißhandelt worden sein. Diese Offiziere holten nunmehr Truppen aus der Kaserne der Commandantenstraße, drangen damit auf das vormals Hardenbergische Palais auf dem Dönhofsplatz vor, und suchten denselben zu räumen. Bei dieser Gelegenheit fiel ein Schuß aus der Conservationshalle, und nunmehr machten auch die Truppen, nachdem wiederholte Aufforderungen, auseinander zu gehen, fruchtlos waren, von der Schußwaffe Gebrauch. Mehrere Opfer sind zu beklagen; bekannt sind bis diesen Augenblick: vier Todte (drei Männer und eine Frau.) Das Volk theilte sich nun in zwei Massen, der eine Haufe blieb in der Friedrichsstadt, und suchte an der Leipziger- und Markgrafenstraßenecke, so wie in der Krausenstraße Barrikaden zu bauen, welche jedoch von keiner Bedeutung waren, und sogar unter Mitwirkung der dort wohnenden Bürger hinweggeräumt wurden. Die größeren Volksmassen drängten sich über den Spittelmarkt nach der Gertraudtenstraße und dem Petriplatz. Sowohl in der Gertraudtenstraße als auch am Petriplatz in der Grünstraße wurden Barrikaden gebaut, welche inzwischen gegen 10 Uhr von den nachrückenden Truppen ohne Widerstand genommen wurden. Die Barrikade in der Krausenstraße war unbedeutend, weit bedeutender war die Barrikade in der Grünstraße am Petriplatz, welche durch den Bauzaun von der Petrikirche bedeutend verstärkt worden ist. An dieser Barrikade fiel nur ein Schuß und nicht, wie gestern behauptet wurde, ein förmliches Peletonfeuer. Dagegen soll auch hier ein Schuß aus dem Pistolen auf das Militär gefallen sein. Verwundet sind bis diesen Augenblick (9¼ Uhr Morgens) aus den verschiedenen Spitälern fünf angemeldet worden, welche meist dem Handwerkerstande angehören. Die Stimmung des Volkes ist in der Friedrichsstadt ruhig, in den Königsstadt dagegen bewegter.

** **Berlin**, 28. April. Heute Morgen hatten sich die Abgeordneten der Linken eben wieder mit ihren demokratischen Freunden in der Conversationshalle zu einer Berathung versammelt, als der Polizeirath Winkler das Local räumte und verläufig gänzlich schloß. Gegen 10 Uhr fing der Dönhoffsplatz wieder an, sich mit seiner gestrigen Bevölkerung zu füllen. Der heute einfallende Wochenmarkt gab zu vielen Diebstählen und diese zu Auflaufen Gelegenheit. Auf die hinzutretenden Schutzmänner wurde mit Blumentöpfen u. s. w. geworfen, in Folge dessen dieselben von ihren Waffen Gebrauch machten. Gegen 12 Uhr, nachdem die Marktleute den Platz verlassen, rückten Dragoner heran und säuberten ihn von den Müßiggängern, die ihn in dichten Gruppen besetzt hielten. Es sind dabei wiederum erhebliche Verletzungen vorgefallen, auch ein Schutzmann wurde verwundet. — Um 2 Uhr mußte das Militär von Neuem einschreiten und den Platz säubern. Für den Abend ist man nicht ohne Besorgnisse.

* **Berlin**, 28. April, Nachmittag 3 Uhr. Berlin gewährt in diesem Augenblick in einzelnen Stadttheilen einen Anblick wie in den letzten Tagen vor dem 18. März 1848. Der Hauptsammelplatz ist der Dönhofsplatz mit seiner nächsten Umgebung. Es bilden sich dort bedeutende Gruppen von Menschen. Die ohnehin schon bedeutende Aufregung wird noch gestegert durch den Anblick der imposanten Züge Cavallerie, welche die Straßen durchziehen, ohne der Verordnung Wrangel's, die Menge zu zerstreuen, Geltung verschaffen zu können. Der größte Theil der versammelten Massen besteht in diesem Augenblick zwar wohl aus neugierigen Zuschauern, doch haben die Neckereien schon begonnen. Es wird dem vorbeiziehenden Militär nachgerannt, nachgerufen, es wird gepfiffen. Wie vor dem 18. März 1848 eröffnen auch jetzt die sogenannten Straßenjungen den Kampf. Ueberall hört man, daß der heutige Abend mehr bringen werde als der gestrige. Man befürchtet, daß die Arbeiter, welche heute Abend ausgelohnt werden, der Ruhe gefährlich werden.

** **Berlin**, 28. April. Heute Morgen fuhr der General Wrangel bereits zeitig nach Charlottenburg zum Könige. Die Offiziere haben alle gemessene Dienstordre, sich nirgends auf Transactionen einzulassen, vielmehr bei allen Renitenzen lediglich die vorgeschriebenen Signale zu geben und dann sofort mit den Waffen anzugreifen. Die Minister sind für alle Welt unzugänglich.

Nach dem Dönhofsplatze strömten diesen Morgen viele Neugierige. Dieselben mischten sich zwischen das dort den gewöhnlichen Wochenmarkt abhaltende Publikum und geriethen bald wieder mit den Constablern in Streit. Man neckte sie und warf sie mit Blumentöpfen, worauf sie ihrerseits zu Arretirungen schritten. Gegen 12 Uhr wurde der Lärm ärger und es erschien eine Abtheilung Dragoner zu Pferde. Die Marktleute mußten den Platz räumen, fast alle angrenzenden Läden wurden geschlossen und das Militär hält seitdem den Platz besetzt, dergestalt, daß es, so wie sich ein Attroupement bildet, darauf losreitet, drei Hornsignale gibt und dann, bei nicht erfolgter Auflösung einhaut. Die Hiebe sind zwar meistens flach, doch sollen auch einige Verwungen vorgekommen sein. Dies Schauspiel währte mehrere Stunden. Um Schluß unserer heutigen Nummer (6 Uhr Abends) hatte das Militär den Platz verlassen und man bemerkte nur kleine aber zahlreiche Gruppen in eifrigem Gespräch. In allen übrigen Stadttheilen war es heute äußerlich durch aus ruhig, doch wogt es mächtig in den Straßen und die innere Erregung der Gemüther ist eine gewaltige. Ob es zum Abend ruhig bleiben wird, wagen wir nicht zu bestimmen.

Die Gerüchte von einem Rücktritt des Ministeriums wiederholen sich.

Einem Schreiben unsers □*Correspondenten zufolge ist bereits in Berlin das Standrecht publicirt.

München, 27. April. In der heutigen Sitzung des Collegiums der Gemeindebevollmächtigten wurde gleich bei Beginn eine Eingabe einer Anzahl Bürger verlesen, die das Gesuch stellen, das Gemeindecollegium möge mit dem Magistrat eine Adresse um sofortige Berufung des Landtags beschließen. Der Vorsitzende bemerkte hiezu, daß bereits eine gemeinschaftliche vertrauliche Sitzung des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten bezüglich dieses Gegenstandes beantragt sei, und da dieselbe wahrscheinlich noch im Laufe des Tages stattfinden werde, so glaube er, daß eine Beschlußfassung über das eben verlesene Gesuch bis dahin ausgesetzt bleiben sollte, womit sich das Collegium ohne Debatte einverstanden erklärte. Den als Zuhörer anwesenden Bürgern schien indessen diese Zögerung nicht zu genügen, und es wird daher eine Bürgerversammlung beabsichtigt. — Gestern starb dahier Dr. A. Gabler, Oberconsistorialrath und erster Hauptprediger an der hiesigen protestantischen Kirche, im 62. Lebensjahre. — (Bei Postschluß.) Heute Abend 4 Uhr ist Bürgerversammlung auf dem großen Rathhaussaale, um Beschlüsse für unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung zu fassen. Ein großes Plakat, das eben angeschlagen wird und zu dieser Versammlung einladet, ist von 71 der angesehensten Bürger der Stadt unterzeichnet.

Die „Neue Münchener Zeitung" schreibt: Wir sind in den Stand gesetzt, die in Umlauf gesetzten Gerüchte von einer noch weiteren Vertagung des Landtages über die jüngst anberaumte Frist hinaus als gänzlich grundlos zu bezeichnen.

Vorgestern Vormittag hatte der Kriegsminister eine Conferenz mit dem Divisionär Graf Ysenburg, nach deren Beendigung zu Letzterem sämmtliche hier commandirende Obersten berufen worden; heute sind die sogenannten „Stadturlaubten" in die Kasernen einberufen worden. (Bayr. V.)

Nürnberg, 28. April. Die lange erwartete Erklärung der bayerischen Regierung gegen die Annahme der

Reichsverfassung ist erschienen. Nach dem, was in den jüngsten Tagen in Württemberg vorgegangen ist, glauben wir, daß der Einfluß dieses Actenstückes nicht mehr der ist, welcher er unter andern Umständen gewesen sein würde. Württemberg hat anerkannt; Sachsen und Hannover werden folgen — und Bayern kann nicht allein zurückbleiben. Käme es zu einer ernstlichen Entscheidung, so würde das specifische Bayerthum nur die südlichen oder altbayerischen Kreise für sich haben und auch diese nur so weit der ultramontane Einfluß reicht. Dieser ist auch dort nicht mehr allmächtig; man hat in den südlichsten Theilen Bayerns, in Gegenden, die sonst völlig unter dem Willen des Clerus standen, Volksversammlungen für die Anerkennung der Reichsverfassung gehalten. Je mehr gegen Norden, desto energischer die Protestationen gegen Sondergelüste. Augsburg, Regensburg treten schon sehr entschieden auf, noch mehr ganz Franken. Wir hatten hier gestern eine große **Volksversammlung**, welche durch eine Adresse, die nur in allzusanften Ausdrücken abgefaßt war, sogar von „ergreifen" sprach, die ungesäumte Anerkennung der vollständigen Reichsverfassung verlangt; das Collegium der Gemeindebevollmächtigten hat gleichfalls im Namen der Nürnberger Bürgerschaft eine sehr energische Adresse an den König um ungesäumte Anerkennung abgehen lassen. Wenn sich die bayerische Protestation auf den Beschluß der beiden bayerischen Kammern beruft, daß Oesterreich nicht ausgeschlossen werden dürfe, so ist zu bedenken, daß sich seitdem die Verhältnisse völlig geändert haben.

60 **Dresden**, 27. April. Die **zweite Kammer** hat gestern beschlossen, daß sofort, nachdem ihren Anträgen gemäß die Reichsverfassung und das Reichswahlgesetz im Gesetzblatte werden bekannt gemacht worden sein, die Auszahlung von 113,256 Thlr. 14 Ngr. 1 Pf. zur deutschen Flotte erfolge, daß aber vor Auszahlung der zweiten Hälfte dieses Beitrags und des bezeichneten Beitrags zur Umlage für Vergütigung von Naturalverpflegung der Reichstruppen genaue Berechnung der von der Regierung für Stellung der Reichstruppen bereits aufgewendeten Kosten gefordert werde und die Regierung wegen Gegenberechnung dieser Kosten mit dem Reichsministerium in Unterhandlung trete.

⊙ **Stuttgart**, 27. April. Sitzung der **Kammer** der Abgeordneten. Unter den Zustimmungsadressen befinden sich auch einige außerwürttembergische, welche von Darmstadt, Haßmersheim, Hanau eingelaufen sind. **Rettenmaier** bemerkt, daß in den letzten Tagen in der Gegend von Ellwangen die Landleute dadurch irre geleitet worden seien, daß man ausgesprengt habe, durch den König von Preußen und durch die Reichsverfassung werde das Kirchenvermögen weggenommen. Der Abg. **Stockmaier** erinnert an den früheren Kammerbeschluß, dem Etat für das Armeecorps-Commando nicht zuzustimmen. Er will nicht daran erinnern, daß auf diesem Commando der Verdacht einer eigenmächtigen Dislocation der württembergischen Truppen ruht, sondern einfach dem Ministerium, das eine Majoritätsregierung sein will, diesen Kammerbeschluß ins Gedächtniß rufen. Er stellt deßhalb den Antrag: die Regierung dringend zu bitten, das Corpscommando, welches bis jetzt noch fortbesteht und den Händen des Prinzen **Friedrich** übergeben ist, als eine besondere Stelle **sogleich** aufzuheben. Durch überwiegende Mehrheit wird der Antrag alsbald zum Beschluß erhoben. — Sofort beschäftigt sich die Kammer mit Ablösungsgegenständen (Berichterstatter Repscher, Wiest, Prielmayer, Holzinger). Die Berathung wird sehr schnell abgemacht; die Kammer beharrt gegenüber der Kammer der Standesherren auf ihren früheren Beschlüssen. Hervorzuheben ist der Antrag **Schnitzer's**, eine billige Ausgleichung zwischen den Ablösungen nach dem älteren, höheren, gesetzlichen Maßstabe und dem neuen zu bezwecken, und die Ausgleichung aus den laufenden Einnahmen des Staates zielerweise zu leisten. Der Antragsteller geht von dem Grunde aus, daß der juridische Standpunkt hier nicht allein ins Auge zu fassen sei, sondern der politische; das neue Gesetz sei eine Frucht der Revolution, welche Allen zu gut kommen müsse, was nur durch rückwirkende Kraft des Gesetzes oder durch neue andere Maßregeln bewerkstelligt werden könne. Auch sollen die nach dem neuen Gesetze Begünstigten an der Entschädigung der Andern durch Steuerzahlung Antheil nehmen. Ein weiterer Antrag ist der von **Geigle**, die Regierung um Einbringung eines Gesetzesentwurfs zu bitten, durch welchen $^1/_5$ des Ablösungscapitals für die Gülten, welche bisher an der Steueranlage abgezogen waren, auf die Staatskasse übernommen wird. Diese Ansicht geht dahin, die Steuererleichterung, welche sich durch den Abzug der Lasten vom Grundsteueranschlag ergibt, auch nach der Ablösung der Lasten als Aequivalent für den Zins aus dem Ablösungscapital noch fortdauern zu lassen. Die Ablösungscommission beantragt, den beiden Anträgen keine Folge zu geben, dagegen die Regierung zu bitten, sie möge 1) den festgesetzten, höheren Zinsfuß auf 4 Procent ermäßigen, und 2) auf Ansuchen der Schuldner zur Bezahlung rückständiger Ablösungscapitalien weitere Fristen bewilligen. Weiter beantragt **Schnitzer**: daß nach Ablauf von 25 Jahren a dato des Gesetzes aller Grund und Boden in der Besteuerung als gült- und zehntfrei behandelt werde. Auch hierüber beantragt die Commission Tagesordnung. Die Kammer beschloß endlich mit 45 gegen 24 Stimmen: den frühern Gültpflichtigen des Staates nicht nur den 4procentigen Zinsfuß und die 25jährige Zielerzahlung hinsichtlich ihrer noch rückständigen Ablösungsschuldigkeiten angedeihen zu lassen, sondern auch denselben den Mehrbetrag des Ablösungsschillings vom dritten Theil bis zum hälftigen Betrage des Unterschiedes zwischen dem früheren und neuen Ablösungsmaßstabe nachzulassen und beziehungsweise zu vergüten.

§ **Altona**, 25. April. Ueber das Treffen jenseit Kolding laufen fortwährend interessante und die bekannten Thatsachen ergänzende Nachrichten ein. So sollen die fanatischen Koldinger Verwundete auf eine entsetzenerregende Weise verstümmelt haben; von 70 hiervon nach Christiansfelde ins Lazareth gebrachten Unglücklichen sind kaum vier von ihren nächsten Freunden und Bekannten wieder erkannt worden. Es klingt dies etwas unglaublich, aber es ist von der schleswig-holsteinischen Feldpost, die heute Abend hier ankam, und von mehreren zuverlässigen Leuten, die ebenfalls mit dem Bahnzuge über Rendsburg aus Hadersleben kamen, bewahrheitet worden, was übrigens dem jütischen Volkscharakter, der sehr roh ist, wohl zuzutrauen sein mag. Ueber die Tapferkeit, mit der die Unsrigen an diesem Tage fochten, gibt es nur eine Stimme; zweimal durch feindliche Uebermacht aus der Stadt geworfen, haben sie dieselbe zum dritten Male genommen und den Feind geschlagen. Außer den gefangenen 17 dänischen Offizieren und einigen Compagnien des 13. dänischen Bataillons ist auch noch die 70 Mann starke Feldwache in westlicher Richtung von Kolding von schleswig-holsteinischen Dragonern aufgehoben und nach Hadersleben eingebracht worden. Orla Lehmann sitzt auf Gottorf und genießt der freundlichsten Behandlung; er wollte als Spion der dänischen Armee dienen und so gelangte er in die Hände der Unsrigen. Gestern **ist nichts in Jütland vorgefallen**. Die Schleswig-Holsteiner haben nördlich von Kolding bis Veile auf einer Recognoscirung den Feind zu treffen geglaubt, fanden jedoch keinen einzigen Dänen. Das Gros der dänischen Armee hat sich nach Fridericia zurückgezogen. Die Reichstruppen sind bis an die jütische Grenze vorgeschoben, haben dieselbe aber nicht überschritten. Die schleswig-jütischen Enclaven sind indessen von preußischen Truppen besetzt. Heute sind die Dessauer, 800 Mann stark, hier angekommen, sowie eine preußische Brandraketenbatterie, welche beim Angriff auf Alsen verwendet werden soll. Der Truppenzuzug wird wohl noch dieser Tage beendigt sein.

Altona, 27. April. Mit dem Bahnzuge treffen vom Norden keine neuen Nachrichten ein. Gerüchte von einer bei Neustadt versuchten Landung, so wie von einer Aufweisung fremder Schiffe aus dem Kieler Hafen wegen eines vermeintlichen Angriffs auf Friedrichsort, sind unbegründet. Directe Kieler Briefe vom 26. d. M. erwähnen derselben mit keiner Sylbe.

Der dänische amtliche Bericht über den Einmarsch der Schleswig-Holsteiner in Jütland lautet: „Den 20. April, Morgens 7 Uhr, rückten die Insurgenten mit einer bedeutenden Stärke zum Angriff auf Kolding vor, welche Stadt von unsern Vorposten besetzt war, die Befehl hatten, sich nicht auf eine hartnäckige Vertheidigung einzulassen, und deßhalb Kolding um 9 Uhr räumten. Nördlich von der Stadt kam es zu einem ziemlich lebhaften Tirailleurgefecht, das bis halb 11 Uhr währte, zu welcher Zeit unsere Vorposten Ordre erhielten, sich auf die Hauptstellung zurückzuziehen. In einer Stellung, welche unterdeß die Vorposten nördlich von Brandrup einnahmen, wurde eine feindliche Cavallerieabtheilung mit einigen Kanonenschüssen zurückgewiesen. Da der Feind von jedem weiteren Angriff abstand, bezogen unsere Truppen um 4 Uhr ein Cantonnement und stellten ihre Vorposten aus, von denen eine Abtheilung um 6 Uhr nach der Mühle nördlich von Kolding vordrang, wo eine starke feindliche Feldwache stand. — Auf unserer Seite war hauptsächlich die 1. Espignole-Batterie und das 1. Jägercorps im Gefecht, und vom Jägercorps war namentlich die Compagnie Caroc sehr stark im Feuer. Unser Verlust beträgt 2 Todte und 22 Verwundete, unter den Letzten 2 Offiziere, nämlich Lieutenant v. Schow von der Espignole-Batterie und Lieutenant v. Wind vom 1. Jägercorps. — In Sundewitt ist nichts vorgefallen. — Die Festung Fridericia ist in Belagerungszustand erklärt. — Auf Befehl Diderichsen, Adjutant des Kriegsministers."

Dänemark.

Kopenhagen, 25. April. Am vorgestrigen Abend hat der Minister des Innern dem Reichstage folgende Mittheilung gemacht: „Das Ministerium findet sich in Veranlassung des Einrückens der Feinde in Jütland, welches, nach Aufkündigung des Waffenstillstandes und dem Verfahren der Centralgewalt, die so viel Truppen in die Herzogthümer sandte, vorauszusehen war, zu der Erklärung aufgefordert, daß diese Begebenheit es nicht bewegen wird, **von dem bisherigen Gange der Friedensunterhandlungen abzuweichen**. Die Regierung hofft, daß die Versammlung ihre wichtigen Verhandlungen fortsetzen wird." — Bei Düppel sollen die Deutschen nach dänischen Berichten 1000 Mann verloren haben!

Frankreich.

** **Paris**, 27. April. Unter diesem Datum schreibt man der „Independante" von hier: „Wie uns versichert wird, hat die Regierung heute eine Depesche erhalten, mit der Nachricht, daß die Oesterreicher am 24. d. die Citadelle in Alessandria besetzt haben. Diese Besetzung hatte in Folge einer Uebereinkunft mit dem Turiner Cabinet stattgehabt; dafür würde Oesterreich dem größten Theile seiner übertriebenen Forderungen entsagen." In Folge dieser nachgiebigen Schritte Radetzky's ist der Alpenarmee, welche bereits Befehl erhalten hatte, in Piemont einzurücken, Gegenbefehl zugegangen, dem General **Bugeaud** muß aufgegeben werden, sich für alle Fälle bereit zu halten.

Napoleon Bonaparte ist gestern Abend von Madrid hier angekommen.

Die **Nationalversammlung** setzte in ihrer heutigen Sitzung die Berathung des Marinebudgets fort.

Der heute erschienene **Bankbericht** weist ein abermaliges Sinken des Pariser Wechselverkehrs um 100,300 Fr. nach. Auch in den Hilfsbanken ist der Wechselverkehr namhaft gefallen. Die nichtbezahlten fälligen Wechsel betragen 507,420 Fr. 95 Cent.

Briefe aus **Perpignan** vom 23. melden die **Verhaftung Cabrera's**. Zahlreiche Wunden nöthigten den Carlistenchef, sich auf das französische Gebiet zu flüchten, und hier wurde er bei dem Grenzort Err zugleich mit seinem Secretär Gonzales und zwei Adjutanten verhaftet und dann in die Citadelle von Perpignan abgeführt.

Nachschrift.

Pest, 22. April. Oesterreich räumt die Hauptstadt Ungarns. Der letzte Grund ist unbekannt, so viele Fabeln auch darüber im Umlauf sind. Die nächste Zukunft wird die strategischen Gründe aufklären. Schon gestern wurde Alles zum Abmarsch vorbereitet. Ein Glück, daß die Kettenbrücke stand, denn ein Remorqueur hatte gegen Mittag die Schiffsbrücke zerstört, die erst spät Abends wieder fahrbar wurde. Alle Dampfschiffe waren geheizt, um die Masse Militär, Kranke, Verwundete, Munition, Proviant ꝛc. aufzunehmen. Heute lagen diese Dampfer bereits am Ofener Kai. Heute erließ der k. Commissär Havas nachstehende Kundmachung: „Die städtische Behörde habe sich dringlich an den General en Chef gewendet und um Schonung der Schwesterstadt bei der Neugestaltung der kriegerischen Zustände gebeten. Feldzeugmeister Baron Welden habe versprochen, Pest und **später** auch Ofen ohne Act der Zerstörung zu räumen, falls man ihm die nothwendigste Zeit gönne, seine Kranken und Verwundeten u. s. w. transportiren zu können; bei dem geringsten Auflauf aber würde er Pest in Trümmer schießen und die Kettenbrücke in die Luft sprengen. Jeder gute Bürger möge daher die kommenden Dinge in Ruhe und Geduld abwarten." Einige behaupten, Ofen werde trotz dieses Placats mit sechs Bataillonen besetzt bleiben. Heute wurde, den „Spiegel" ausgenommen, kein hiesiges Blatt ausgegeben. Die Expedition der „Pester Zeitung" vertröstete ihre Abonnenten auf die nächsten Tage, da sich die alte Redaction aufgelöst habe und eine neue erst gebildet werden müsse. Der Verleger des „Pester Couriers" erklärte gleichfalls einen neuen Redacteur wählen zu wollen, da ich Philippovich wie Vida, der Chef des Figyelmező, entfernten. Letzterer versprach in bessern Tagen abzurechnen. Sollte die Post, wie fast gewiß zu befürchten steht, nicht abgesperrt werden, so will ich den Lesern dieses Blattes den Einmarsch der Ungarn, die zweifelsohne grandiose Beleuchtung u. s. w. zu schildern versuchen. Die Aemter ꝛc. gehen nach Debenburg.

23. April. Heute wurde in Ofen ein Placat angeschlagen: daß sich die Bewohner der Festung auf zwei Monate verproviantiren oder ihre Wohnung räumen sollen. Der Pallisadengang zwischen dem Neugebäude in Pest und der Kettenbrücke ist rasirt worden; die Pallisaden wurden nach Ofen geschafft. Dagegen brachte man die Kranken und Verwundeten, welche in der Festung lagen nach Pest. Dürfen wir wieder frischen Athem schöpfen?

Lemberg, 18. April. Der General der Cavallerie, **Hammerstein, hat bis heute Lemberg noch nicht verlassen**, und ein Theil der hiesigen Garnison, das 1. Bataillon Deutschmeister, marschirte erst am 14. d. M. nach Stryi, um ein dort stehendes Bataillon, welches nach Ungarn bestimmt ist, abzulösen. Die Nachricht, daß General Vogel zu dem Corps gehöre, welches 20,000 Mann stark bereits auf ungarischem Boden steht, erweist sich somit als eine irrige. — Die ganze auf dem Wege nach Ungaru begriffene Streitmacht wird aus 53 Compagnien Infanterie, 6 Escadronen Cavallerie nebst 4 Batterien bestehen und in 3 Colonnen formirt sein, wovon die eine unter dem Generalmajor Barko, die zweite unter Generalmajor Benedek und die dritte unter Oberst Ludwig steht. F.M.L. Vogel und nicht General Hammerstein leitet die Operationen.

Börsenberichte.

Frankfurt, 29. April. Das Steigen der Fonds zu Wien nebst beruhigenden Nachrichten aus Ungarn gaben in heutiger Effectensocietät dem Markt aller Papiere ein festeres Ansehen, die Course erholten sich größtentheils von ihrem gestrigen Rückfall und alles blieb zu merklich höheren Preisen lebhaft begehrt. 5pCt. Metall. stiegen von 72½ auf 74⅛, pCt., 2½pCt. Metall. bleiben 89⅝, ⅝ pCt., Wienerbankactien 1174 fl. G., 500 fl. Loose 127 pCt., 250 fl. Loose 80 pCt. Kurhessische 40 Rthlr. Loose 27⅞, Rthlr. G. Badische 35 fl. Loose 27⅜, ⅞ fl. 4½pCt. Württemb. Obligationen 94 pCt., do. 3½pCt. 77½, pCt. Bad. 5pCt. Obligationen vom Jahr 1848 95⅛, pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 32⅞, Rthlr., Berbach 72⅛, pCt., Köln-Minden und Taunus ebenfalls begehrter. 3pCt. inländ. Span. bis zu 23½, umgesetzt, schließen 23½, pCt. G. Abends in der Effectensocietät nach Ausgabe der französischen Post, welche ein Steigen von ⅛ pCt. inländ. Schuld zu Paris meldete, zeigte sich sehr viel Animo für benannte Fonds, es geschahen darin viele Ankäufe für die morgende Abrechnung und der Cours von 3pCt. int. Span. hob sich rasch beinahe um 1pCt. und schließt 24⅛ pCt. G.

Wien, 26. April. 3pCt. Metall. 85⅜. — 4pCt. 72. — 5pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1135. — 500 fl. Loose 147. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnactien 96. — Glogauer 94. — Mailänder 70.

Amsterdam, 27. April. 2½pCt. Integr. 49⅞, ⅜, ⅛, — 3pCt. Schuld 58⅛, ⅛, ⅜, — 4pCt. do. 77⅝, ½, — 5pCt. Anl. 101⅛. — do. à 510 fl. St. 101⅛. — 3pCt. inländ. à 6000 fl. 23½, 24, 23⅛. — 3pCt. Port. 29⅛, ⅜, — Russ. 4pCt. bei Pept 81⅛, ⅜. — do. bei Stieglitz 81⅛, ⅜. — 5pCt. Met. 73⅛, ⅜. — 2½pCt. do. 38⅛.

Der Markt in unsern inländ. Fonds zeigte heute mehr Festigkeit. In Integr. war der Handel belebt. Span. haben sich ein wenig von ihrem Rückgang von gestern hergestellt. In inländ. 3pCt. waren die Umsetzungen sehr animirt. Russ. preishaltend. Oesterr. etwas sauer. Franz. haben sich in Folge von stattgehabten Einkäufen circa ⅝ seit gestern verbessert. Meric. wie zu London gefragt. In Griech. auch mehr Kaufluſt.

Paris, 27. April. Stand der Rente: 5pCt. 88. 70. — 3pCt. 56. 75. — Neapol. 87. — Innere Schuld 21⅛, G. — Passive 33⅛. — Bankactien 2400. — Versailles, rechtes Ufer 213. 75. — Paris-Orleans 853. 75. — Paris-Rouen 510. — Rouen Havre 292. 50 — Marseille-Avignon 217. 50. — Nordbahn 455. — Paris-Strasburg 373. 75. — Römisches Anleihen 78. 78⅛.

Die Course gingen heute sämmtlich in die Höhe. Die Nachricht von dem Nachgehen Radetzky's wirkte günstig.

London, 26. April. 3pCt. Stocks 91⅞, à 92⅛. — 5pCt. Span. 17⅛. — Neue 3pCt. 32⅛. — 4pCt. Port. —. — 2½pCt. Holländ. —.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

[1150] **Versteigerung**

von 10 Bauplätzen mit Gartenanlagen in schönster Lage an der Promenade und der Bornheimer Chaussee (sog. Sandweg) zum Theil mit darauf stehenden Wohnhäusern und andern Gebäulichkeiten.

Samstag den 5. Mai, Nachmittags 3 Uhr, soll auf freiwilliges Anstehen der an der Promenade zwischen dem Allerheiligen- und Friedbergerthor und am Bornheimer Sandweg gelegene, große Obstgarten, Gew. 4 Nr. 104, 109, 110, 111 und 116 B nebst Wohnhäuser, Stallung, Treibhaus rc. in 10 vortheilhaft eingetheilten Parzellen von 70 bis 113 Schuh Façade und 11000 bis 24000 Quadratfuß Flächengehalt, an Ort und Stelle selbst öffentlich an den Meistbietenden versteigert werden.

Pläne sind Fischerfeldstraße Nr. 18 neu im 3. Stock täglich von 10 bis 12 Uhr Vormittags und 3 bis 5 Uhr Nachmittags und die Liegenschaften und Gebäulichkeiten 8 Tage vor der Versteigerung täglich von 8 bis 12 Uhr Vormittags und 2 bis 6 Uhr Nachmittags einzusehen.

C. Belschner, Ausrufer.

[1125] **Wein Versteigerung.**

Dienstag den 1. Mai, Nachmittags 2 Uhr, werden in Gemäßheit Stadtgerichtsdecrets vom 23. Februar d. J. die zum Nachlaß des Herrn Dr. Felix Hoffmann gehörigen rein gehaltene und sorgfältig gezogene Weine, als:

9 Stück 1846er Dürkheimer,
10 „ 1846er Ungsteiner,
3 „ 1846er Deidesheimer,
5 „ 1846er ditto Traminer,
2 „ 1846er ditto Riesling,
3 „ 1846er Forster,
3 „ 1846er Ruppertsberger Traminer,

in dem Keller der Unterschen Behausung, große Eschenheimergasse Nr. 72 neu, öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

Samstag den 28. und Montag den 30. April, Vormittags von 10 bis 12 und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr, können diese Weine an den Fässern probirt werden.

C. Belschner, Ausrufer.

Dampf-Packetfahrt

zwischen

Lübeck und St. Petersburg.

Die bekannten, unter Russischer Flagge fahrenden drei Dampfschiffe der St. Petersburg-Lübecker-Dampfschifffahrt-Gesellschaft: **Nicolai I., Naslednik** und **Alexandra**, unterhalten in diesem Jahre die regelmäßige Fahrt zwischen den oben genannten Plätzen. Jeden Dienstag geht eins derselben von jedem der beiden Plätze ab; von Lübeck das erste am 1. Mai, das letzte am 30. October.

Abfahrt von **Travemünde**: Dienstag, Nachmittags 5 Uhr.

Preise der Passage mit Beköstigung:

Erste Cajüte 64 Rthlr., zweite 41 Rthlr., dritte 26 Rthlr. Pr. Ct.

Nähere Nachricht ertheilt:

Das Comptoir der Dampfschifffahrt-Gesellschaft in Lübeck.

☞ Exemplare des Prospectus sind in der Expedition dieser Zeitung zu haben. [1174]

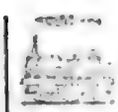
[1207] Ich habe die Ehre Hiermit anzuzeigen, daß ich die Wirthschaft meines Hotels zum

Englischen Hof

von heute übernommen habe. Indem ich um gefälligen Zuspruch bitte, gebe ich die Versicherung, daß ich alles aufbieten werde, die verehrten Gäste durch gute und billige Bedienung zufrieden zu stellen.

Mainz, den 25. April 1849.

Heinrich Specht.



Taunus-Eisenbahn.

[1212]

Fahrtenplan für den Sommerdienst 1849 vom 1. Mai anfangend.

Abfahrtstunden.

von Frankfurt			von Castel (Mainz)			von Wiesbaden			von Biebrich		
nach Castel	nach Biebrich	nach Wiesbad.	nach Frankfurt	nach Biebrich	nach Wiesbad.	nach Biebrich	nach Castel	nach Frankfurt	nach Castel	nach Frankfurt	nach Wiesbad.
Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.
6½	6½	6½	6½	7½	7½	6	6	6	6	6	7½
9	9	9	9	10½	10½	8½	8½	8½	8½	8½	10½
11½	11½	11½	11½	12½	12½	11	11	11	11	11	12½
Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.
3	3	3	3	4½	4½	2½	2½	2½	2½	2½	4½
5½	5½	5½	5½	6½	6½	5	5	5	5	5	6½
8½	8½	8½	8½	9½	9½	8	8	8	8	8	9½

Außer vorstehenden Fahrten finden noch folgende Extrafahrten statt:

Täglich: Ein Güterzug von **Frankfurt** nach **Castel** und vice versa (mit Ausschluß der Sonn- und Festtage) um 12½ Uhr Mittags.

☞ Mit diesen Güter-Zügen können auch Personen in 3. und 4. Wagenklasse befördert werden.

Von **Castel (Mainz)** nach **Biebrich** und **Wiesbaden** | um 2 Uhr Nachmittags.

„ **Biebrich** nach **Wiesbaden** . . . . . |

An Sonn- und Festtagen:

Von **Frankfurt** nach **Höchst** um 1½ Uhr Nachmittags.

„ **Castel** nach **Wiesbaden** „ 3½ „ „

Von **Wiesbaden** nach **Biebrich** u. **Castel (Mainz)** | um 7½ Abds.

„ **Biebrich** nach **Castel (Mainz)** . . . . . |

☞ An Sonn- und Festtagen findet die letzte Abfahrt auf allen Stationen eine halbe Stunde später statt, demnach:

Von Frankfurt nach Castel (Mainz), Biebrich und Wiesbaden um 9 Uhr Abends. — Von Castel (Mainz) nach Frankfurt um 9 Uhr Abends. — Von Wiesbaden nach Biebrich, Castel (Mainz) und Frankfurt um 8½ Uhr Abends. — Von Biebrich nach Castel (Mainz) und Frankfurt um 8½ Uhr Abends. — Von Castel (Mainz) nach Biebrich und Wiesbaden um 10½ Uhr Abends. — Von Biebrich nach Wiesbaden um 10½ Uhr Abends.

Frankfurt am Main, im April 1849.

Der Verwaltungsrath der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft,
in dessen Namen der Director:
Beil.

Bekanntmachung.

[1202]

Die Eilwagencourse zwischen **Heidelberg** und **Stuttgart** betreffend.

In Folge der Abänderung des Fahrtenplans der Main-Neckar-Eisenbahn werden die Courszeiten der beiden Eilwagen von Heidelberg nach Stuttgart vom 1. k. M. an wie folgt regulirt:

Abgang aus **Heidelberg**:	durch **Heilbronn**:	Ankunft in **Stuttgart**:
	I. **Eilwagen**	
früh 4 Uhr (anstatt seither 4½ Uhr).	Vormittags gegen 11 Uhr.	Nachmittags gegen 4½ Uhr.
	II. **Eilwagen**	
Nachmittags nach 2½ Uhr (anstatt seither 3½ Uhr).	Abends gegen 10 Uhr.	früh gegen 3½ Uhr.

Die Courszeiten von Stuttgart nach Heidelberg bleiben unverändert.

Frankfurt a. M., den 25. April 1849.

General-Post-Direction.

Freiherr von Dörnberg.

vdt. Kölle.

Dampfschiffahrt für den Nieder- und Mittel-Rhein.

Düsseldorfer Gesellschaft.

[1217] Vom 1. Mai 1849 fahren die Boote täglich:

Von **Mainz** Morgens 7½ Uhr nach **Cöln** „**Schnellboot**" (Aachen, Düsseldorf und Elberfeld)
„ **Biebrich** „ 8 „ ☞ unmittelbar n. Ankunft des I. Zuges (6½ U.) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Vormit. 10½ Uhr nach **Cöln** und **Düsseldorf** (Rotterdam, Haag u. **London**)
„ **Biebrich** „ 11 „ ☞ unmittelbar n. Ankunft des 2. Zuges (9 U.) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Mittags 12½ Uhr nach **Cöln** „**Schnellboot**" (Düsseldorf, Minden-Berlin u.s.w.)
„ **Biebrich** „ 1 „ ☞ unmittelbar n. Ankunft des 3. Zuges (11½ U.) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Vormit. 11 Uhr nach **Mannheim** „**Schnellboot**" (Ludwigsh. u. Neustadt u.s.w.)
☞ im Anschluß an den 2. Zug (9 Uhr 5 Min.) von **Frankfurt**.

Von **Mainz** Abends 10 Uhr nach **Mannheim** (Neustadt u.s.w.) (Basel)
☞ unmittelbar n. Ankunft des 6. Zuges (8½ U.) v. **Frankfurt**

Nähere Auskunft und **Billete** von **Frankfurt** nach allen Stationen bis **London** und **Basel** in Frankfurt am Main

bei dem Agenten Herrn **Georg Kreha**, Zeil, der Post gegenüber,
Herrn Thomas Fletcher bei den Herren Engel, Koch & Comp., Rossmarkt,
und auf dem **Expeditions-Bureau** im **Taunus-Eisenbahnhof**.

NB. Um jeden Zeitverlust in Biebrich und Mainz zu vermeiden wird gebeten sich bereits in Frankfurt mit Dampfschiff-Billeten zu versehen.

Grosse Preisermässigung nach London:

Von **Mainz** oder **Biebrich** Salon Rthlr. 11. 14 Sgr. Vorcajüte Rthlr. 6. 17 Sgr.

Kursaal zu Wiesbaden.

[1245]

Dienstag den 1. Mai

Eröffnung des Kursaals.

[1238] **Amerikanisch-deutsches Geschäftsbüreau**

Philadelphia und Heidelberg.

Der Unterzeichnete empfiehlt sein allgemeines Geschäftsbüreau in Philadelphia, Nr. 37, Walnut-Straße, für alle von Deutschland aus in Nordamerika zu betreibenden Rechtsgeschäfte, namentlich äußere Erkundigungen und Betreibungen von Erbschaften in Nordamerika, auch die Weiterbesorgung, Einkassirung und Absendung von Forderungen an nach Amerika ausgewanderte Schuldner aus Deutschland, so wie auch im Allgemeinen Auskunfts-Ertheilungen und Erhebungen über Personen und Verhältnisse in Nordamerika rc. Ich kann dies um so besser und schneller ausführen, als ich auch in den einzelnen Staaten Nordamerikas Geschäftsverbindungen habe.

Für die, welche mein Anerbieten beachten wollen, überstimmt und vermittelt für Deutschland jeden Geschäftsauftrag zwischen dem Auftraggeber und mir, wie auch Feststellung der Bedingungen und Honorar, mein Vater, der Geh. Badische Staatsdirector a. D. Wilhelm Deurer in Heidelberg.

Philadelphia, Staat Pennsylvania, 19. Februar 1849.

German Law Agency of Frederik Deurer.

Der Unterzeichnete, obige Vermittlung übernehmend, erbittet sich alle Briefe hierwegen franco.

Heidelberg, 23. März 1849.

Wilhelm Deurer, Großherzogl. Badischer Staatsdirector a. D.

Die Hauptziehung 6. Klasse **26. Braunschweiger Lotterie**
beginnt am 3. Mai d. J.

Haupttreffer: fl. **87,500 52,500 35,000 17,500** u. s. f. Ganze Loose zu fl. **56**, ½ zu fl. **28**, ¼ zu fl. **14**, so wie Loose mit Verzichtleistung auf die Gewinne unter 100 Thaler ganze zu fl. **32**, ½ zu fl. **16**, ¼ zu fl. **8** empfiehlt

Carl Höchberg, Hauptcollecteur.

[1999] Bibliothekstraße in Frankfurt am Main.

Große Braunschweiger Lotterie.

Ziehung 6r und Hauptklasse vom 3—19. Mai 1849.

Unter **14,100** Loosen bietet diese Lotterie **6100** Gewinne von fl. **88,000, 53,000, 35,000, 17,500, 8800, 7000, 5300, 4400**, 2 à **3500**, 2 à **2200**, 20 à **1000** rc. In dieser in jeder Hinsicht schön bestens bekannten Lotterie empfehle ganze Loose à 56, ½ à fl. 28, ¼ à fl. 14, so wie mit Verzicht auf Gewinne unter 100 Thaler ganze à fl. 32, ½ à fl. 16, ¼ à fl. 8. [1127]

Julius Diebel jun., Hauptcollecteur,
Bürau: Wollgraben in Frankfurt a. M.

[1150] Französisches beschmeckendes Speise- (Salat-) Oel habe zum Verkauf in Commission erhalten per Maas zu 52 kr., in Fässern von circa 3 pCt. verhältnißmäßig billiger.

Adolph Kempf.

[1029] Nachdem der Tabaksfabrikant Joseph Springmühl dahier seine Insolvenz angezeigt und Termin zur summarischen Schuldenliquidation auf

den 7. k. M.
Morgens 10 Uhr

bestimmt ist, werden sämmtliche Gläubiger des Gemeinschuldners aufgefordert, in demselben entweder in Person oder durch gehörige bevollmächtigte zum Vergleichsabschluß ermächtigte Vertreter ihre Forderungen anzumelden und die weiteren Handlungen, insbesondere die Wahl eines Massenpflegers und etwa mit besonderer Instruction versehenen Ausschusses, aus ihrer Mitte vorzunehmen, widrigenfalls die nicht erschienenen Gläubiger als dem Beschluß der Mehrzahl der erschienenen beigetreten angesehen werden.

Hanau, den 4. April 1849.

Kurfl. Hess. Landgericht.
Giller.
Kahler.

[1047] **Oeffentliche Ladung.**

Die nachfolgenden in Dortelweiler Gemarkung gelegenen Grundstücke:

	Gew.	Nr.	Vort.	Ruth.	Schuh.	
1)	13	330	—	12	97	Wiese, hinz der Brückenwiese nach der Nidda,
2)	3	239	1	27	17	Acker, links Erlenbacher Pfad, gibt 8½ Gesch. Korn, zur Hälfte an die Stadtkammerei, vormals Kloster Thron,
3)	13	283	—	04	09	Wiese an dem Throner Morgen, gibt ½ Gesch. Korn, wie vorherige,
4)	12	430	1	05	24	Acker bei Lehnfurt über den Weg,
5)	1	496a	—	09	42	Garten rechts in den Pferchgärten,
6)	1	572a	—	07	69	Baumstück bei der Weingasse, an die Kirche 1½ kr.
7)	1	601a	—	14	53	„ in den obersten Baumstücken, an die Kirche 1½ kr.
8)	9	245	—	12	90	Wiese auf den Hünzeimer Weg,
9)	10	1355b	—	05	30	daselbst rechts auf vorige,

sind in den Lagerbüchern auf Balthasar Mutz von Dortelweil eingeschrieben, in dem amtlichen Transcriptionsbuche aber keinem Eigenthümer zugeschrieben.

Ferner hat Balthasar Mutz am 28. April 1817 die Grundstücke:

10) Gew. 13 Nr. 265 17 Ruth. 85 Schuh Wiese links der Throner Morgen, und
11) „ 13 „ 1496 11 „ 47 „ „ bis zu der Eller, nach dem Wiesenloch,

von Heinrich Schuch unter Vorbehalt des Eigenthums für den Verkäufer bis zur vollständigen Bezahlung des Kaufpreises ersteigert, diese aber nicht nachgewiesen.

Auf Antrag der Wittwe und Kinder von Balthasar Mutz werden nun Alle, welche an die vorbenannten Liegenschaften Ansprüche zu haben glauben, andurch vorgeladen, solche

binnen zwei Monaten

dahier geltend zu machen, indem sonst die obigen Grundstücke auf Balthasar Mutz von Dortelweil dergestalt ausgeschrieben werden sollen, daß sie, nach Ablauf dieser Frist, als freies Eigenthum auf in dem amtlichen Transcriptionsbuche von Dortelweil eingeschrieben werden sollen.

Frankfurt a. M., den 3. April 1849.

Land-Justiz-Amt.
Dr. von Oven.
Dr. de Bassus, Act.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Konversationsblatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Beilage zu Nro. 102.) 30. April 1849.

Deutschland.

* **Wien**, 25. April, 5 Uhr Abends. Die Vorgänge in Ungarn sind nicht so ungünstig für die österreichischen Waffen, als man anfänglich gesagt. Die Räumung von Pest erfolgte nicht in Folge eines siegreichen Vordringens der Insurgenten, sondern auf Befehl des Feldzeugmeisters Baron Welden, in dessen strategischer Anordnung die k. k. Armee vorläufig das linke Donauufer verläßt; sämmtliche Kassen, Spitäler, Verpflegsmagazine ꝛc. sind in größter Ordnung nach Ofen in die Festung herübergebracht worden, wo 6000 Mann Besatzung zurückbleiben. Das Hauptquartier, Mittelpunkt der Concentration, ist Raab. Zu Gran, das durch eine falsche Disposition zwar verlassen, aber noch an dem gleichen Tage ohne Schwertstreich wieder besetzt worden, steht die Avantgarde, unter dem Commando des F. M. L. Lzerich. — Komorn ist nicht entsetzt; im Gegentheile wird diese Festung immer enger eingeschlossen und fortwährend beschossen.

† **Wien**, 26. April. So sicher der Sieg Wohlgemuth's über Görgey gestern verkündet worden, hat er sich dennoch nicht bestätigt. Das beweist die (bereits mitgetheilte) officielle Kundmachung in der „Wiener Zeitung". — Die Posten nach Ungarn sind weder vorgestern, noch gestern abgegangen. — Ein Dr. Wertheimer aus Frankfurt a. M., überwiesen, an Kossuth briefliche Rathschläge zur bessern Landesvertheidigung ertheilt zu haben, ist in Preßburg zu zweijähriger Festungsstrafe verurtheilt worden. — Sensation erregt die Proclamation, welche Welden am 22. in Pest an allen Ecken anschlagen ließ. Es wird darin in Beantwortung der schutzanflehenden Bitten der Behörden erklärt: wenn zur ruhigen, ordnungsmäßigen Räumung Pests und späterhin Ofens, wie auch zur Sicherstellung der Kranken und Verwundeten nicht die hinreichende Zeit und gehörige Sicherheit vergönnt würden, er sich unerläßlich in die Lage versetzt fände, die schöne blühende Stadt Pest sammt der Kettenbrücke dem verheerenden Feuer der Geschütze preiszugeben. Sämmtliche Bewohner Pests und Ofens werden aufgefordert, in ihrem eigenen Interesse auf Mittel und Wege bedacht zu sein, um dem Obercommandanten die gewünschte Sicherheit zu gewähren. — Sowohl die „Pester Zeitung", als der „Figyelmező" haben in Folge der eingetretenen Conjuncturen zu erscheinen aufgehört. Die Redacteure sind geflüchtet.

Neuesten Nachrichten aus Pest zufolge sind die Ungarn daselbst eingerückt und wurden, wie hinzugefügt wird, von den Magyarenfreundlichen mit Freudenbezeigungen aufgenommen. Von Ofen aus war die große Schiffbrücke, welche die Schwesterstädte verbindet, abgebrannt worden, dagegen soll der Schaden an der Kettenbrücke nur unbedeutend sein. Ofen schienen die k. k. Truppen noch inne zu haben, doch hieß es, daß das Geschütz bereits von dort abgeführt worden sei. — An zuverlässigen Berichten vom Kriegsschauplatze fehlt es heute ganz.

Wien, 26. April. Die Nachrichten aus Ungarn, bis jetzt chaotisch und wirr, fangen allmälig an, einen geordneten Charakter anzunehmen, und gestatten es, die Sachlage in einem zwar noch immer unklaren und durch die mannigfachsten Gerüchte getrübten Bilde zusammenzufassen. So viel erhellt, ist bis jetzt das rechte Donauufer noch immer frei vom Feinde; die kaiserliche Armee concentrirt sich immer mehr in der Gegend zwischen Raab und Gran, Ofen wird noch immer besetzt gehalten, und der frühere Entschluß des Feldzeugmeisters Welden, auch Ofen zu räumen, scheint vorläufig abgeändert worden zu sein. In Pest war bis vorgestern noch kein Mann der Insurgenten eingerückt, was auch schwerlich, so lange Ofen in den Händen der Kaiserlichen sich befindet, geschehen wird. In Verbindung mit der Hauptarmee, welche sich in der oben bezeichneten Stellung befindet und immer größere Verstärkungen an sich zieht, steht noch immer ein starkes Corps gegenüber von Komorn und die Beschießung dieser Festung wird, wiewohl nur zeitweilig und mit geringem Erfolge, fortgesetzt. Einzelne Verbindungsabtheilungen der kaiserlichen Armee ziehen sich längs des rechten Donauufers über Gönyö und einen Theil des Wieselburger Comitats, um für den schlimmsten Fall die Rückzugslinie zu decken. Dagegen ist das linke Donauufer bis tief in die Insel Schütt beinahe ausschließlich im Besitze der Insurgenten; nur das Corps des F.-M.-L. Wohlgemuth hat noch eine feste Position unterhalb Komorn, mit dem einen Flügel an die Donau reichend, mit dem andern an das Waaggebirge sich lehnend, inne. Die Insurgenten scheinen ihre frühere Direction gegen das mittlere Waagthal abgeändert zu haben und nur gegen die untere Waag, oder vielmehr gegen die vereinigte Waag-Donau zu operiren. Dieses scheint der Stand der gegenseitigen Armeen von Pest aufwärts zu sein, oder vielmehr bis vor wenigen Tagen noch gewesen zu sein, denn jeder Tag bringt natürlich neue Veränderungen hervor. Was von Pest abwärts vorgeht, darüber sind wir vollständig im Unklaren. Das Corps des Ban Jellachich ist gegen Süden vorgerückt; dieses ist die einzige ziemlich zuverlässige Nachricht. Ob dieses Vorrücken freiwillig geschah oder ob er durch einen feindlichen Keil von der Hauptarmee getrennt und hinabgedrängt wurde, darüber geben die Nachrichten oder vielmehr die Gerüchte keinen Aufschluß. Gewiß ist, daß Jellachich am 21. den Marsch südwärts längs des rechten Donauufers angetreten hat; die Richtung seines Marsches dürfte Essegg, oder was noch wahrscheinlicher ist, der Bezirk des Tschaikistendatallions sein, wo das Gros der serbischen Armee steht. — Heute macht das Gerücht den Umlauf, Wohlgemuth habe seine Stellung verlassen und die Donau überschritten. Von Pest kommen mit jedem Tage neue Flüchtlinge hier an. Die ganze Straße ist nach ihrer Aussage mit Emigranten, Kranken- und Munitionswagen überdeckt. Ein großer Theil verwundeter und kranker Soldaten ist nach Wiener-Neustadt transportirt worden. Auch von Preßburg und Oedenburg haben sich viele Familien auf österreichischen Boden geflüchtet. Nach einlägiger Unterbrechung ist gestern die Post von Pest hier angelangt. Der Conducteur erzählte, er habe in der Komorner Gegend eine heftige Explosion gehört und später beim Umschauen gegen die Donau zu eine Feuersbrunst gesehen. Die gestrigen Abendblätter wollen von einem Auffliegen des Pulverthurms in Komorn wissen. Eine Nachricht, die sehr apokryphisch scheint. Glaubwürdiger scheint eine andere Nachricht, ein kaiserliches mit Munition und Pulver beladenes Fahrzeug sei bei Gönyö vom jenseitigen Ufer in Brand geschossen worden und in die Luft geflogen. — Auch bei Komorn sollen einige Fahrzeuge durch das Feuer der Festung in den Grund geschossen und ein beträchtlicher Verlust an Mannschaft erlitten worden sein.

Fortwährend rücken starke Truppenzüge hier durch, die zum Theil direct nach Ungarn, zum Theil für das zu errichtende Reservelager im Marchfelde bestimmt. Zur Errichtung von siebenten Feldbataillonen bei den 35 Infanterieregimentern der sogenannten conscribirten Provinzen wurde bereits eine neue Rekrutirung angeordnet, die bis in die höchsten gesetzlich verpflichteten Altersklassen hinaufgehen soll. Dadurch wird die Armee einen neuen Zuwachs von 40,000 Mann erhalten.

Neuerdings ist eine durchgreifende polizeiliche Conscribirung Wiens und der Umgegend angeordnet worden, um die Ausweisung aller nur im mindesten bedenklichen oder die Nothwendigkeit ihres Aufenthaltes nicht „legal" nachweisenden Fremden zu bewerkstelligen. Jeder Hauseigenthümer oder Quartiervermiether, der die Meldung eines bei ihm Wohnenden unterläßt, wird mit einer Strafe von 20—100 fl. C.-M. bedroht. Der Magistrat hat die Vertrauensmänner der hiesigen Bürgerschaft aufgefordert, der Polizei bei Durchführung dieser Conscription allen Vorschub zu leisten, sowie auch späterhin sich in genauer Kenntniß aller Wohnungsveränderungen, die in ihrem Bezirke vorfallen, zu erhalten.

Gestern fand nach längerer Zeit hier wieder das erste größere diplomatische Diner statt. Der königlich preußische Gesandte Graf v. Bernstorff hatte den kaiserl. Ministerpräsidenten, Fürst Schwarzenberg, den päpstlichen Nuntius, die Repräsentanten Englands, Frankreichs und Rußlands, den neuen spanischen Gesandten Herzog von Gor und einige andere seiner Collegen, sowie mehrere österreichische Notabilitäten eingeladen. — Der „Wiener Geschäftsbericht" vom 26. April enthält Folgendes: Die gestern gegebene Nachricht über ein zwischen Feldmarschalllieutenant Wohlgemuth und General Görgey vorgefallenes Gefecht hat sich nicht bestätigt. — Privatbriefe aus Pest vom 24. melden, daß die Ungarn daselbst eingerückt sind; die Schiffbrücke war völlig verbrannt worden, wogegen die Kettenbrücke nur wenig gelitten haben soll. In Pest herrschte Ruhe. Ueber Ofen wußte man nichts Näheres.

Agram, 22. April. Die neuesten Berichte aus der Wojwodowina melden, daß die Serben unter Stratimirovich, Knicanin und Puffer das Tschaikistendatallion wieder vollständig besetzt und auch die Römerschanzen bezogen haben. Perczel hat sich mit seiner ganzen Truppenmacht nach Peterwardein zurückgezogen. Ein Peterwardeiner Grenzbataillon, aus Katholiken bestehend, hat sich in Slankamen empört und verweigerte die Theilnahme an dem Kriege, der, wie die Mannschaft ausdrückte, bloß zu Gunsten der „Raizen" geführt werde, mit welchen man nichts gemein haben wolle. Die ernstesten Ermahnungen seitens des Majors und alle Vorstellungen der Offiziere blieben erfolglos, und es mußte F.-Z.-M. Nugent berufen werden, um mit Aufgebot der energischesten Mittel das Bataillon zum Gehorsam zurückzuführen; in wie fern dies gelang, ist noch unbekannt, jedenfalls liefert aber dieser Vorfall einen neuen Beleg dafür, wie geschickt es die magyarischen Emissäre verstehen, durch die Aufstachelung religiöser Leidenschaften das Volk zu entzweien, das, wie serbische Blätter berichten, von den Seudlingen Perczels auf alle mögliche Weise für die magyarische Schilderhebung bearbeitet wird, wobei es die Magyaren gewohnterweise an reichlichen Gold- und Silbergeschenken nicht fehlen lassen. (L. Bl. a. B.)

* **Berlin**, 28. April. Der in dem „Staatsanzeiger" abgedruckte Bericht des Staatsministeriums vom gestrigen Tage, läßt keinen Zweifel darüber, daß man mit einer neuen Octroyirung umgehe. Weil die Abstimmungen der zweiten Kammer nicht nach Wunsch ausgefallen, weil oft eine oder ein paar Stimmen für die eine oder andere Seite des Hauses den Ausschlag gaben, so ist mit einer solchen Kammer nicht zu regieren. Das ist der allgemeine Theil der Betrachtung. Der besondere bezieht sich auf das Verhalten dieser Kammer in der deutschen Frage und in der Beurtheilung des Belagerungszustandes. Was den allgemeinen Theil anlangt, so könnten ähnliche Erfahrungen bei jeder andern Kammer gemacht werden, vorausgesetzt, daß das Ministerium sich nicht entschließe, eine Verordnung zu octroyiren, welche die Abgeordneten zur Kammer sogleich ernennt. Daß dasselbe schon jetzt so weit gehen werde, glauben nicht Viele, wohl aber, daß nächstens ein neues Wahlgesetz octroyirt, und daß mit dem Octroyiren so lange fortgefahren werden wird, bis sich eine Repräsentation gefunden hat, mit welcher die Regierung zufrieden sein kann. Daß unter solchen Umständen auf die Verfassung vom 5. Dec. v. J. wenig Werth mehr gelegt, und der Glaube an ihre Dauer täglich schwächer wird, leuchtet von selbst ein. Wie viel man von dem Inhalte des Gerüchts auf Rechnung der augenblicklichen Gereiztheit, der Oppositionssucht und der Uebertreibung zu schreiben geneigt sei, — so viel scheint gewiß, daß der moralische Einfluß der Regierung mehr verloren, als ihr materieller gewonnen hat, und daß die Achtung vor dem Bestehenden mehr und mehr dahinschwindet.

Der „Preußische Staatsanzeiger" veröffentlicht zwei ihm vom Ministerium mitgetheilte Gesetzentwürfe, der eine: die Errichtung von Rentenbanken, der andre die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse betreffend.

□ **München**, 28. April. Wie stehen wir heute? Seit gestern Versammlungen an allen Orten und Enden, alle ausschließend im Sinne der schwäbischen, nunmehr durch König Wilhelms Nachgeben glücklich gelösten Bewegung für die deutsche Reichsverfassung. Den Beschlüssen des Märzvereins nachfolgend, überall Adressen für die sofortige Anerkennung der Reichsverfassung und für Einberufung der Kammern! Wirken die anderogesinnten Parteien, die ultramontane an der Spitze, vorläufig und in den höheren und höchsten Regionen, oder wollen sie, bevor sie eclatant hervortreten, noch besondere Ereignisse abwarten? Dann dürften sie im offenbarsten Nachtheil stehen, so wie wir das Gerücht, die Minister beabsichtigten eine Kammerauflösung, als nur von solchen Personen erfunden ansehen können, die absolut wollen, daß sich die Minister ihr eigenes Grab graben sollen. Mit der gegenwärtigen Kammer konnten sie vorwärts gehen, weil gedeckt im schlimmsten Falle durch eine sehr starke, achtbare (in numerischer Beziehung) Minorität. Aber das Vorwärts reicht nun, allen sicheren Merkmalen nach, nur bis zu dem Markstein, wo die Frage über die deutsche Reichsverfassung in Frage kommt. Da gestaltet sich zuversichtlich eine entscheidende Mehrheit in der Abgeordnetenkammer mindestens zu zwei Drittheilen! Aber was kann erzielt werden durch eine Appellation an die Wähler nach der dreimaligen Vertagung? Zuverlässig unter den obwaltenden Umständen Nichts als eine Kammer mit fast solcher Einstimmigkeit gegen die Regierung, als in Württemberg. Hat zu dieser sichern Aussicht irgend Etwas wesentlich beigetragen, so ist's neben dem württembergischen Beispiele die schon besprochene Erklärung der Minister über die Nichtanerkennung der Reichsverfassung. Stündlich wächst seit deren Bekanntwerdung die Bewegung auch hier im entgegengesetzten Sinne, und sollte es sich bestätigen, was heute allgemein behauptet wurde, daß unsere Regierung habe 12,000 Mann Bayern nach Württemberg marschiren lassen wollen, um die Weigerung des Königs Wilhelm zu unterstützen, so wird und muß auch dieser durch die Ereignisse zum Mißgriff gestempelte Entschluß noch weiter ungünstig für die Minister wirken. Bereits weitet man darauf, Herr v. d. Pfordten werde sich nicht einmal bis zur Wiedereröffnung der Kammer halten können; denn ihm legt man sowohl diese Hilfeverbeißung für Württemberg zur Last, wie man ihn als Verfasser der Regierungserklärung über die Nichtanerkennung der Reichsverfassung bezeichnet! Das Merkwürdigste ist, daß in hiesiger Gegend sich selbst die Landbevölkerung an der schwebenden Frage im Sinne gegen die Regierung und für die Anerkennung der Reichsverfassung regt, — vielleicht zunächst in Folge der Anstrengungen des Märzvereins.

Die „Neue Münchner Zeitung" schreibt: Aus ganz sicherer Quelle kann ich Ihnen Folgendes mittheilen. Schon am 19. April hat die preußische Regierung auf Reclamation mehrerer süddeutschen Regierungen, auch des württembergischen Gesandten zu Berlin, wie es Preußen in der deutschen Verfassungsfrage, namentlich auch in Bezug auf den sogenannten engeren Bundesstaat zu halten gedenke, durch den Minister des Aeußern geantwortet: 1) der König von Preußen ist bereit, an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten, der sich aus denjenigen Staaten bilden würde, die sich demselben freiwillig anschließen. 2) Seine königliche Majestät würden nicht den Titel eines Kaisers führen. 3) Die preußische Regierung verwirft die von der Nationalversammlung entworfene Reichsverfassung. Weil aber die Erklärungen der Königreiche auf die preußische Depesche vom 3. April noch nicht eingegangen seien (ob sie sich nämlich dem unter Preußens Leitung zu errichtenden Bundesstaate unterwerfen wollen), so habe Camphausen in Frankfurt die Weisung erhalten, dort zu erklären, daß die preußische Regierung die angekündigte definitive Erklärung noch nicht abgeben könne.

U **Dresden**, 27. April. Auch bei der heutigen Sitzung der ersten Kammer befand sich, wie schon seit einiger Zeit, kein Minister auf der Regierungsbank. Die Spannung zwischen den Ministern und der Volksvertretung muß nothwendig nächstens eine Entscheidung herbeiführen. Die Anträge auf Anklagestandversetzung scheinen sich mehren zu wollen. Nachdem die zweite Kammer, wie Sie wissen, den Finanzminister von Ehrenstein in Anklagestand zu versetzen beschlossen, begründete heute Abg. Hitzschold einen derarti-

gen Antrag in Beziehung auf den Ministerpräsidenten, der zugleich das Cultusministerium mit verwaltet, Dr. Held. Derselbe hatte nämlich am 23. März die Verordnung erlassen, die dem als in Leipzig beendlichen deutschkatholischen Pfarrer Schell das fernere Predigen untersagte, weil dessen Kanzelreden der „Unsittlichkeit" Vorschub leisteten. Der vorgenannte Abgeordnete aber bekämpfte diese Verordnung als eine gesetzwidrige, sowohl schon auf Grund der Verfassung, als der Grundrechte, welche beide es der Gemeinde überlassen, ihre kirchlichen Angelegenheiten selbst zu ordnen. Wäre ein Verbrechen begangen worden, so würde die zuständige Behörde haben einschreiten müssen. Dem Cultusministerium stehe jedoch in keinem Falle weder dies, noch die Entscheidung darüber zu, was sittlich oder unsittlich sei. Auch das jus circa sacra komme hierbei nicht in Betracht. Das Ministerium habe den Standpunkt verwechselt und einen wissenschaftlichen eingenommen, doch die Wissenschaft sei frei und die Gemeinde für mündig erklärt. Der Abg. Higshold beantragte, seinen Antrag auf die in Anklagezustandversetzung vor der Beschlußfassung einem Ausschuß zu überweisen, was die Kammer genehmigt.

Hannover, 26. April. Auszug aus den Berichten des Generalmajors Wynekken: Uetersen, den 24. April 1849, Abends. Im Sundewitt haben keine Feindseligkeiten stattgefunden. In Folge der Verlegung des Hauptquartiers des Generallieutenants v. Prittwitz nach Apenrade übernimmt der Generalmajor Wynekken das Commando der deutschen Truppen im Sundewitt.

Stuttgart, 29. April. Die Unumwundenheit auch der von der Krone Württemberg in der deutschen Sache schließlich abgegebenen Erklärung ist mehrfach, namentlich in der „Karlsruher Zeitung" bezweifelt worden. Um alle müßigen oder geflissentlich falschen Interpretationen zu beseitigen, theilen wir diese Erklärung, nebst der in der Kammer der Abgeordneten gegebenen Erläuterung aus dem gedruckten Protocolle dieser Kammer mit. Die von dem Gesammtministerium verfaßte Seiner Majestät dem Könige vorgelegte und von Höchstdemselben genehmigte Erklärung lautet:

> Se. Majestät der König von Württemberg nimmt, in Uebereinstimmung mit seinem Ministerium, die deutsche Reichsverfassung einschließlich des Kapitels über die Oberhauptsfrage und der im Sinne dieser Verfassung zu verwirklichenden Lösung derselben, sammt dem Reichswahlgesetze an.
>
> Zugleich soll der württembergische Bevollmächtigte in Frankfurt dahin instruirt werden, zu erklären, daß die württembergische Regierung nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Se. Majestät der König von Preußen, welcher das Erbkaiserthum nicht annehmen will, unter den vorliegenden Umständen sich für jetzt mit Zustimmung der deutschen Nationalversammlung an die Spitze Deutschlands stelle.
>
> Ludwigsburg, den 25. April 1849.
>
> Wilhelm.

Der Berichterstatter Reyscher (Vorstand der Fünfzehnercommission) bemerkte darauf unter Anderm: „Die Commission hat nun durchaus kein Bedenken mehr, sondern ist der Ansicht, daß die Erklärung, so wie sie vorliegt, acceptirt werden sollte. Die Commission geht nämlich von der gewiß richtigen Voraussetzung aus, daß in dem ersten Satze der Erklärung die definitive Erledigung der Oberhauptsfrage und in dem zweiten Satze die möglicher Weise eintretende provisorische Erledigung lediglich in die Hände der Nationalversammlung gelegt sei, daß also mit den Worten: „und der im Sinne dieser Verfassung zu verwirklichenden Lösung der Oberhauptsfrage" stillschweigend gerade auf die Nationalversammlung hingewiesen sei, wie dies im zweiten Satze ausdrücklich geschehen ist. Die Commission wird sich hier gewiß in keinem Irrthume befinden. Es ist in dem zweiten Satze von der Voraussetzung ausgegangen, daß Se. Maj. der König von Preußen die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt habe. Oeffentlich ist hiervon Nichts bekannt geworden. Indessen ist dieser Punkt wohl auch nicht wesentlich bei der vorliegenden Frage, indem es lediglich Sache des Ministeriums ist, bei der Instruirung unseres Gesandten in Frankfurt im Sinne der allgemeinen und unbedingten Unterwerfung unter die Nationalversammlung auch diesen Punkt, wenn er je wichtig werden sollte, zu erledigen." Worauf der Minister, Staatsrath Römer: „Ich habe schon in der Fünfzehnercommission ausgesprochen, daß die Erklärung Sr. Majestät, welche der Herr Vorstand des Departements des Innern vorhin verlesen hat, unserer Ansicht entspreche, desgleichen die Interpretation des Berichterstatters, sowie diese auch von Sr. Majestät dem Könige nach genommener Rücksprache mit und als folgerichtig anerkannt werden ist. Wenn je Zweifel entstehen können über den Sinn des zweiten Theils dieser Erklärung, so wären sie beseitigt durch den ersten Theil, wornach die ganze Verfassung mit Einschluß der Oberhauptsfrage anerkannt wird, und zwar, wie sie besteht, nach allen ihren Consequenzen. Ueberdies gebe ich, da diese Erklärung des Königs vom Ministerium nicht unterzeichnet ist, in meinem und meiner Collegen Namen zu Protocoll, daß wir dieses Actenstück anerkennen und jederzeit vertreten werden." (Beifall.)

Karlsruhe, 27. April. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer fragte der Abg. Lamey, welchen Sinn die badische Regierung mit dem Schlußsatze ihrer Note vom 11. d. M., welcher zu verschiedenen Mißdeutungen Anlaß gegeben, verbunden habe. Im Namen der Regierung erwiederte Staatsrath v. Stengel hierauf: Die Regierung hat die Reichsverfassung und Oberhauptsfrage unbedingt anerkannt. Diese Verfassung ist aber, wie ihre Entstehung und ihr Inhalt darthut, für das gesammte Deutschland gegeben und nur hinsichtlich Oesterreichs ein Vorbehalt gemacht. Die Verfassung würde in manchen Punkten, namentlich hinsichtlich der Verhältnisse zur Centralgewalt, hinsichtlich der Stimmvertheilung u. dgl. andere Bestimmungen erhalten haben, wenn sie nicht für das ganze deutsche Reich, sondern nur für eine Verbindung eines Theiles der deutschen Staaten gegeben worden wäre. Soll aber nach der Reichsverfassung, wie sie vorliegt, das gesammte Deutschland (vorbehaltlich besonderer Verhältnisse Oesterreichs) ein Bundesstaat werden, so setzt dies voraus, daß der Beitritt aller deutschen Staaten erwirkt werde. Der einzelne Staat kann für sich den Bundesstaat nicht ausmachen, es bedarf dazu des Zutritts der andern, mit denen er zu einem Bundesstaat vereinigt werden soll. Es wird nun Sache der Nationalversammlung und der Centralgewalt sein, diejenigen Schritte zu thun, welche den Beitritt aller Staaten, beziehungsweise den Bundesstaat, wie er beschlossen ist, zu verwirklichen im Stande sind. Die Regierung ist bereit, hiezu mitzuwirken, so wie sie überhaupt im Interesse einer festen Rechtsordnung und im Interesse der Einheit und Macht Deutschlands wünscht und hofft, daß das Werk möglichst bald zu Stande komme. Die Circulardepesche der königlich preußischen Regierung vom 3. April enthält aber neue Vorschläge. Einmal spricht sie von Bedingungen und weiteren Vereinbarungen hinsichtlich der Verfassung und zum andern will sie nur eine Verbindung unter denjenigen Staaten, deren Regierungen freiwillig beitreten. In Erwiederung hierauf erklärte die badische Note vom 11. d. M., daß die Regierung die Oberhauptswahl und die Reichsverfassung, wie sie gegeben sei, annehme und die wünschenswerthen wesentlichen Verbesserungen der Letzteren der Zukunft vertraue. Nur wenn der Bundesstaat, wie er durch die Nationalversammlung beschlossen ist, wegen was immer für Hindernisse nicht durchgeführt werden könnte, dürfte von den in der preußischen Circularnote vom 3. dieses Monats angedeuteten neuen Verhandlungen wegen eines engeren Bündnisses auf anderen Grundlagen die Rede sein. Die Regierung wollte aber auf diesen unverhofften Fall noch gar nicht eingehen, sondern hat sich je nach dem Verlaufe der Dinge im Schlußsatze der Note vom 11. d. M. weitere Instruction vorbehalten. Sie mußte dies um so mehr thun, als sie, wenn der von der Nationalversammlung beschlossene Bundesstaat aufgegeben, und eine andere kleinere Verbindung eingegangen würde, nur in besonderer Vereinbarung mit den Ständen handeln könnte. Im Uebrigen enthält der erwähnte Vorbehalt in der Note vom 11. d. M. keinen Aufschub des badischen Beitritts zum Bundesstaate. Baden ist vielmehr, sobald der Bundesstaat überhaupt ins Leben tritt, unbedingt dabei, ohne vorher die Erledigung der Verhandlung mit allen andern Staaten abzuwarten, und es ist bereit mitzuwirken, daß der Bundesstaat so, wie er von der Nationalversammlung beschlossen ist, seinem ganzen Umfange nach, so bald als möglich zu Stande komme. Der gedachte Vorbehalt bezieht sich nur auf den unverhofften Fall, daß, der Beitrittserklärung von Baden und einiger andern Staaten unerachtet, die Reichsverfassung so, wie sie für das gesammte Deutschland gegeben ist, doch nicht zum Vollzuge gebracht werden könnte, beziehungsweise wieder aufgegeben würde. Ob diese Voraussetzung schon als vorhanden zu betrachten sei, wenn auch nur einzelne wenige Staaten zum Beitritt nicht vermocht werden könnten, wird einerseits von der Bedeutung dieser Staaten für die Gesammtheit und von der noch verbleibenden Ausgleichung der Interessen der verschiedenen Länder des Bundesstaates abhängen, und andererseits werden, wenn der Fall eintreten sollte, darüber die weiteren Beschlüsse der Nationalversammlung, die ihrem Werke eine bundesstaatliche Verbindung von ganz Deutschland zu Grunde legte, abzuwarten sein. Es ist daher nicht thunlich, für diesen unverhofften Fall, der unter den verschiedenartigsten Voraussetzungen eintreten könnte, wegen Rückgängigkeit des begonnenen Werkes, und wegen dessen, was dann zu thun sei, schon jetzt bestimmte Erklärungen zu geben, oder Instructionen zu ertheilen. Ein Antrag Häusser's: Die Erklärung der Regierung, der Wichtigkeit des Gegenstandes wegen, in die Abtheilungen zu verweisen, dort zu berathen und sich durch eine Commission baldigst Bericht erstatten zu lassen, wurde sodann von der Kammer einstimmig angenommen.

Schweiz.

Genf, 26. April. Die „Revue de Geneve" meldet, der berüchtigte Heinzen habe Genf letzten Samstag verlassen.

Italien.

Ein Brief aus **Chambery** vom 23. April Abends an die Brüsseler „Independance" meldet, der Frieden zwischen Piemont und Oesterreich sei bereits abgeschlossen, während am Tage zuvor noch Alles an den Krieg geglaubt. Der Militärcommandant von Savoyen theilte an alle Soldaten, welche es verlangten, Urlaubsbewilligungen aus. Radetzky, heißt es, habe nichts verlangt, als was billig gewesen. — Die Verlegung der Regierung von Rom nach Ancona hat sich nicht bestätigt. Die Truppen ziehen alle Truppen nach Rom. Die Legionen Masi, Garibaldi, Galletti, Melara sind eingerückt, sie mögen etwa 10,000 Mann stark sein und halten somit den 14 Bataillonen Civica das Gleichgewicht, denen die Regierung nicht mehr trauen kann.

Großbritannien.

London, 26. April. Der Lordmajor gab gestern in Mansion-house den Ministern ein großes Bankett, dem der preußische Gesandte wegen Unpäßlichkeit nicht beiwohnte. Die Toaste, welche der Lordmajor unter Andern den anwesenden Diplomaten und hierauf den Ministern ausbrachte, wurden von Admiral Ceciile und Lord J. Russel beantwortet. Letzterer äußerte in seiner Rede, man habe es vornehmlich der trefflichen Verfassung des Landes und der Mäßigung, wie dem Pflichtgefühle des englischen Volkes zuzuschreiben, daß inmitten der Erschütterung fast aller europäischen Staaten England davon ganz unberührt geblieben sei. Auf einen weiteren Toast, den der Hofgeber für Lord Palmerston und die Mitglieder des Unterhauses ausbrachte, entgegnete der Minister des Auswärtigen mit einer Rede, worin er die bisherigen Bemühungen der Regierung, nicht bloß England, sondern auch der übrigen civilisirten Welt die Segnungen des Friedens zu bewahren, hervorhob und belobend anerkannte, daß er bei diesem Streben vorzugsweise durch das unveränderte gute Einvernehmen und die herzliche Freundschaft mit Frankreich kräftigst unterstützt worden sei.

In Bezug auf das neulich erwähnte Rundschreiben Lord Palmerstons in Betreff der Schiffe unter schleswig-holsteinischer Flagge ist eine wesentliche Bestimmung nachzutragen, die in dem Schreiben enthalten ist. Sie lautet: „Bei dem jetzigen Stand der Differenz zwischen Dänemark und den Herzogthümern scheint es nicht angemessen, die Forderungen zu weit zu treiben, und die Zollbeamten werden daher aus Höflichkeit den Schiffen der Herzogthümer, welche in britische Häfen einlaufen, ihre Qualification nicht bestreiten."

Rußland.

St. Petersburg, 19. April. Am 6. d. M. traf J. M. die Kaiserin, begleitet von der Großfürstin Olga und ihrem Gemahl, dem Kronprinzen von Württemberg, am 7. der Kaiser mit seinen Söhnen, und außerdem noch mehrere hohe Personen in Moskau ein, wo sie am folgenden Tage dem Gottesdienst in der Kathedrale beiwohnten.

Nachschrift.

*** **Frankfurt**, 30. April. Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß die Stadt Palermo durch eine Deputation von 18 der angesehensten Männer, welche sich nach Gaeta zum König von Neapel begeben, Sr. Majestät ihre Unterwerfung hat überbringen lassen. Bei der Abreise dieser Deputation von Palermo wehte die neapolitanische Fahne bereits auf allen Thürmen und andern öffentlichen Gebäuden.

Börsenberichte.

Berlin, 28. April. Staats-Anleihscheine 79½ à 79 etw. bez., Seehandlungs-Prämienscheine 100½ Br., Bankantheile 87 bis 87½ bez., Berlin-Hamburg 52½ Anf. bez., Ende 52½ G., Köln-Minden 76 u. 76½ bez., Friedr.-Wilh.-Nordb. 32½ bis 33½ bez. u. G., Rheinische 46 Br., Thüring. 49½ Br., Ruhr bei Stieglitz 88½ G., 5. 85½ Br., Pomm. 300 fl. Loose 73 bez., Kurh. Prämienscheine à 40 Rthlr. 27½ bez., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 16 Br., 15½ G.

Für Fonds und Actien herrschte heute eine laue Stimmung, und mehrere wurden wirklich billiger verkauft; einige derselben stellten sich im Laufe der Börse wieder etwas besser und schlossen ziemlich fest; das Geschäft war durchaus unerheblich.

Frankfurt, 29. April. Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich haben allergnädigst geruht, in Würdigung des Verdienstes, welches Herr kaiserliche Rath-Regimentsarzt und Leibarzt Dr. Taubes sich um die Erhaltung des Allerhöchstihrem Herzen so theuern für Oesterreich und ganz Deutschland unschätzbaren Lebens Sr. kaiserlichen Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Reichsverwesers erwarb, besagten Leibarzt zum Ritter dritter Klasse des österreichisch kaiserlichen Ordens der eisernen Krone zu ernennen und ihm die Decoration dieses Ordens zu verleihen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Mallen.

Cours der Staats-Papiere. 30. April 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	74⅛	74⅛	Würtemb.	Obligationen à Rthlr.	3½	77½	77⅝
»	ditto ditto . .	4	59½	59	»	Neue Württemberg.	4½	94⅝	94⅜
»	ditto ditto . .	2½	39¼	39⅛	Baden	Oberrh. b. Rothsch.	3½	80⅜	80⅛
»	Bank-Actien v. D. .		1170	1162	»	fl. 25 Loose		21	20⅝
»	fl. 250 Loose v. Rothsch.		78	77½	Frankfurt	Obligationen	3	78	77½
»	fl. 500 » ditto		126½	125½	»	ditto v. 1839	3½	93	—
»	Bethmann. Obligat.	3½	70	—	»	ditto v. 1846	3½	89½	89
»	ditto ditto	4	62½	—	»	Taunusbahnactien .		289	287
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	79½	79	Holland	Integrale	2½	49⅝	49⅜
»	Prämienscheine . .		—	—	»	Hollandische	4	—	77
Bayern .	Obligationen	3½	80	79½	»	Syndicate	3½	—	75⅞
Oesterreich	fl. 50 Loose . . .		72½	71⅝	Spanien	Activa b. incl. 16 Cp	5	—	—
»	fl. 25 ditto . . .		22½	22⅛	»	Innere Sch. neue Obl.	3	24½	23½
»	Obligationen	3½	80	79½	Portugal	Comm. Lot. à fl. 12	3	—	—
»	ditto	5	87⅜	87½	Polen	fl. 300 Loll. Loos Rth.		—	93
Baiern .	Obligationen v. 1848	3½	79½	77⅜	»	Obligationen de fl 500	4	73¼	73½
»	fl. 50 Loose v. 1840		45½	45	Russland	m fl. fl. p. b. Grun. et C.	5	—	81½
»	fl. 35 Loose . . .		28½	28¼	»	ditto b. Stieglitz et C.	5	—	81

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl	kr	Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld
Pistolen	9	56	Geld al Marco .	152	—	Kurhessische Loose . . .	27½	27½
Dr. Friedrichsd'or	9	57	Laubth., ganze .	—	—	Sardinische Loose . . .	25	25½
Holl. 10 fl. Stucke	10	4	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	39	5 Frankenthaler .	—	—	Cöln-Minden	76½	76
20 Francsstücke	9	37	Hochhaltig Silber	24	30	Ludwigsh.-Berbach. . .	72¾	72
Kngl. Souvereins	12	4	Gering u. mittelh.	24	20	Frdr.-Wilhs.-Nordbahn .	33½	33⅛

Wechsel-Cours.			
Den 30. April.		Papr.	Geld.
Amsterdam (k.S.		100⅜	—
(100 fl. Crt.)	(2M.	100⅛	—
Augsburg (k.S.		—	119¾
(100 fl. Crt.)	(2M.	—	—
Berlin . . (k.S.		105⅛	—
(60 Thlr.)	(2M.	—	—
Bremen (50 (k.S.		99⅛	—
Rthlr. L.-Fuss)	(2M.	—	—
Hamburg . (k.S.		88⅛	—
(100 Mk. Bco)	(2M.	—	87⅞
Leipzig (50 (k.S.		100⅜	—
Thlr.) L. C.	(2M.	—	—
London . . (k.S.		120¾	—
(10 Liv. St.)	(2M.	—	119⅞
Lyon . . . (k.S.		95¼	—
(300 Fr.)	(2M.	—	—
Mailand (250 (k.S.		—	100⅛
Lir. Austr.)	(2M.	—	—
Paris . . . (k.S.		95⅛	—
(300 Fr.)	(2M.	—	—
Wien (100 fl. (k.S.		104½	—
in fl. 20 F.	(2M.	—	—
Discrete . . .		—	1

A. Sulzbach, beeid. Makler.

Nach der Börse: 3½pCt. Rec. — 3pCt. Span. Int. — Taunusbahn-Actien (pr. Cass.) — Ludw.-Bexb. — F.-W.-Nordb. — 0.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Extra-Beilage zu Nro. 102.) 30. April 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

208. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident E. Simson.

‖ Frankfurt, 30. April.

(Dringlichkeitsanträge der Abgeordneten Simon, Goltz, Wigard, Schloffel, Kierulff, Ziegert. Tagesordnung: Wahl dreier Glieder des Gesetzgebungsausschusses.)

Auf der Ministerbank: Reichsministerpräsident v. Gagern, Kriegsminister v. Peucker, Handelsminister v. Duckwitz, Finanzminister von Beckerath, Justizminister R. Mohl, Unterstaatssecretär Fallati.

Die Sitzung wird um 9¼ Uhr eröffnet. Der Vorsitzende verliest eine Zuschrift des württembergischen Ministeriums an das Reichsministerium, ferner eine solche vom Bureau der württembergischen Abgeordnetenkammer an das Bureau der Reichsversammlung. Erstere lautet:

In Erwiederung der Mittheilung des Präsidenten des Reichsministerraths, Herrn Freiherrn v. Gagern, vom 14. d. M. ist der unterzeichnete württembergische Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt in den Stand gesetzt, folgende Erklärung abzugeben: „Se. Maj. der König von Württemberg nimmt in Uebereinstimmung mit seinem Ministerium die deutsche Reichsverfassung einschließlich des Capitels über die Oberhauptsfrage und der im Sinne dieser Verfassung zu verwirklichenden Lösung derselben sammt dem Reichswahlgesetze an. Auch hat die württembergische Regierung nichts dagegen einzuwenden, wenn Seine Majestät der König von Preußen, welcher das Erbkaiserthum nicht annehmen will, unter den vorliegenden Umständen sich für jetzt mit Zustimmung der Nationalversammlung an die Spitze Deutschlands stellt." Zur Erläuterung des letzten Satzes fügt der Unterzeichnete bei, daß, da Se. Majestät der König von Preußen die deutsche Verfassung nach der von Höchstdemselben der Deputation in Berlin ertheilten Antwort und der von dort eingelangten Eröffnung noch nicht als endgiltig anerkannt hat, somit die Voraussetzung, unter welcher die Nationalversammlung allein Hochdenselben die erbliche Kaiserkrone anbieten wollte, nicht vorliegt, da es hiernach wohl geschehen könnte, daß die Reichsversammlung von dem Anerbieten des Königs von Preußen, mit Einwilligung der übrigen deutschen Fürsten vorerst provisorisch an die Spitze Deutschlands zu treten, Gebrauch macht, um so mehr, als der Erzherzog Reichsverweser seine Stelle so bald als möglich niederzulegen entschlossen ist, — die königliche Regierung ihre Zustimmung auch zu diesem Provisorium, sobald es auch von der Nationalversammlung gebilligt wird, schon jetzt aussprechen wollte. Im Falle aber eine unbedingte Annahme der deutschen Verfassung und der Wahl zum erblichen Oberhaupte von Seiten Sr. Majestät des Königs von Preußen noch erfolgen sollte, so wird, dem ersten Satze der obigen Erklärung gemäß („einschließlich der Oberhauptsfrage und der im Sinne der Verfassung zu verwirklichenden Lösung derselben"), auch gegen diese von der königlichen Regierung keine Einwendung gemacht. Frankfurt, 29. April 1849. Der königlich württembergische Bevollmächtigte: gez. Sternenfels. An den Präsidenten des Reichsministerraths Frhr. H. v. Gagern.

(Den Wortlaut der Zuschrift der württembergischen Kammer tragen wir nach.)

Der Vorsitzende verkündet den Austritt der österreichischen Abgg. Riehl, Edlauer, Archer, ferner der Abgg. Polatzek, Aichelberg, Dienst, Kreuzberg, Schmerling, Somaruga, Laspan, Boczek und Möring. Dann den Eintritt der Abgg. Steindorf und Adam für Ulm.

Eine Justimmungsadresse zum Verfassungswerke von der Ständekammer in Sigmaringen ist eingelaufen.

Abg. Fröbel berichtet Namens des Dreißigerausschusses, daß der Bericht über die österreichische Note und der Antrag der Abgg. Goltz und Genossen fertig ist, und sich bereits gedruckt in den Händen der Abgeordneten befindet.

Die Abgg. Gevekoht und v. Reden erstatten Bericht im Namen des volkswirthschaftlichen Ausschusses.

Abg. Sprengel fragt das Reichshandelsministerium in Bezug auf die neuliche Interpellation des Abg. v. Reden, wann dasselbe die Interpellation dieses Abgeordneten zu beantworten gedenke.

Abg. v. Reden fragt, ob es wahr sei, daß die holländische Regierung ihr Contingent für Limburg verweigert habe.

Reichskriegsminister v. Peucker antwortet auf die neuliche Interpellation des Abg. Junghanns, die Gerüchte über Abführung von Munition aus der Bundesfestung Mainz seien unbegründet, die Munitionsvorräthe daselbst seien Reichseigenthum und nur die Reichsgewalt verfüge über dieselben. Die österreichische Regierung, glaube er, könne keiner Munition bedürfen und am allerwenigsten aus einer solchen Festung, die über 100 Meilen vom Kriegsschauplatze entfernt sei.

Reichshandelsminister v. Duckwitz antwortet auf die neuliche Interpellation des Abg. Kreuzberg, daß zu den Berathungen über die Zollverhältnisse österreichischer Seits Herr v. Gemming die zu Ende vergangenen Jahres anwesend gewesen, daß derselbe abgereist und bis jetzt noch nicht zurückgekehrt sei. — Der Herr Minister verliest hierauf eine lange ausführliche Beantwortung der Interpellation des Abg. v. Reden über den Stand der deutschen Marine. (Wir werden über den Vortrag des Herrn Ministers, der an die 2 Stunden dauerte, Näheres nachtragen.)

Der Vorsitzende meldet, daß mehrere Dringlichkeitsanträge vorliegen. Er verliest 2 Dringlichkeitsanträge der Abgeordneten Goltz und Simon aus Trier, welche beide auf Abänderung der Geschäftsordnung hinzielen.

Abg. Simon aus Trier will, daß das Präsidium ermächtigt werde, zu jeder Zeit und an jedem Orte, welchen es für zünftig erachte, Sitzungen der Nationalversammlung anzuberaumen. Daß ferner der § 18 der Geschäftsordnung dahin abgeändert werde, daß die Versammlung durch die Anwesenheit von 100 Mitgliedern als beschlußfähig betrachtet werde. Der Antrag des Abg. Goltz unterscheidet sich von dem des Abg. Simon darin, daß er will, die Versammlung sei bei Anwesenheit von 150 Mitgliedern als vollzählig zu betrachten, und fügt noch die Bestimmung hinzu, daß wenn 50 Mitglieder es verlangen, der Vorsitzende eine außerordentliche Sitzung anberaumen müsse.

Abg. Fröbel befürwortet diese Anträge in kurzer Rede, es könne sich leicht ereignen, meint er, daß, nachdem 100 Oesterreicher ausgetreten, die Versammlung nach den früheren Bestimmungen der Geschäftsordnung beschlußunfähig sei.

Abg. Reh beantragt über den ersten Theil des Abg. Simon zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Simon spricht für seinen Antrag. Er ersucht die Versammlung dafür zu stimmen, und nicht durch entgegengesetzte Beschlüsse der augenblicklichen Begeisterung des deutschen Volkes kalt Wasser über den Kopf zu schütten. (Bravo!) Er deutet auf den heute angekündigten Austritt des Herrn von Schmerling hin, auf dessen Stellung als Reichsminister. Der Mann, meint der Redner, dem in Oesterreich vor Allem Oesterreich, in Deutschland vor Allem Deutschland galt, der Sie versicherte, bereits in Verhandlungen mit den Magyaren getreten zu sein, Vertrauensmänner wegen der Lage der Donaufürstenthümer zu sich beschieden zu haben, scheidet heute, ohne Rechenschaft abgelegt zu haben, mit dem Bemerken, die Oesterreicher seien aus der Nationalversammlung hinausgestoßen worden. Er möge gehen, aber gewiß, die Verwünschungen des deutschen Volkes folgen ihm nach! (Lange anhaltender Beifall im Hause und auf den Zuhörerräumen. Der Vorsitzende verweist die Tribune zur Ordnung.) Es ist soweit gekommen, daß die Gewalt Alles gelten soll. Erklärt nicht Württembergs König, daß er dieß der Gewalt nachgegeben? Preußen hat seit Ihrem Beschluß vom 26. d. seine Stellung zu Ihnen nicht verändert. Mit Gewalt löst man die Abgeordnetenkammern auf, in Berlin wie in Hannover. Es sind Abgeordnete der Berliner Kammer hier eingetroffen. Die Ursache ihrer Auflösung soll die Verwerfung eines vom Ministerium auf officiosem Wege der Kammer gemachten Vorschlags gewesen sein, ein Bündniß Preußens mit Oesterreich und Rußland und die Absendung von 40,000 Mann deutscher Truppen nach Böhmen zu billigen. (Oh!) Lassen Sie sich keine Lässigkeit zu Schulden kommen. Brachten Sie die Adressen, welche täglich aus allen Gegenden des Vaterlandes eintreffen. Gegenüber der Ereignisse der Gegenwart sind unsere Vorschläge gewiß gemäßigt. Das Volk hascht nach jedem Schimmer von Entschlossenheit. Sie haben ihm bis jetzt noch nicht einmal einen Schimmer von Entschlossenheit gegeben. (Bravo links.) Mögen alle weichen, eine Fraction des Hauses wird es nicht thun. Bis jetzt noch sind wir Ihre Bundesgenossen. Fassen Sie einen festen Entschluß und wir werden unsere Thätigkeit energisch zu entfalten suchen, dann wollen wir auseinandergehen und jeder an seinem Orte seine Schuldigkeit thun. (Großer Beifall.)

Abg. Biedermann erklärt sich unbedingt für die Anträge in Betreff der Ermächtigung des Präsidenten außerordentliche Sitzungen zusammenzuberufen, ersucht aber die Antragsteller, die zur Vollzähligkeit der Versammlung vorgeschlagene Zahl einer technischen Prüfung unterziehen zu lassen. Man muß die Gefahr ruhig und stehenden Fußes erwarten, und deßwegen ist er dagegen, daß man die Bestimmung aufnehme, daß der Vorsitzende die Versammlung an einem andern Orte zusammenrufen dürfe. Wenn die Reaction, deren Bajonnete der Redner so gut sieht wie Andere, sich an der Versammlung vergreifen sollte, dann beginnt sie die Revolution und was die Versammlung alsdann zu thun hat, ist nicht im voraus zu bestimmen. Abg. Reh erklärt, daß er seinen Antrag zurücknimmt. Abg. Venedey spricht für die Anträge und wiederholt seinen früheren Ausspruch: nur über unsere Leichen soll die Reaction zum Siege schreiten.

Zimmermann aus Stuttgart berührt die Zustände in Schwaben, Franken und der Pfalz, welche er als höchst schwierig schildert. Schon werden bewaffnete Volksversammlungen gehalten. Er ersucht die Versammlung, dem Volke einen Boden zu geben, worauf dasselbe seinen guten Willen zum Wohle des Vaterlandes, zur Durchführung der Verfassung verwenden könne.

Abg. Riesser: Ich bin damit einverstanden, daß es sehr zweifelhaft geworden ist, ob die Politik der Majorität dieses Hauses die gehörige Anerkennung finden werde. Ich kann nicht leugnen, daß ein Zustand nahe ist, wo Gewalt von der einen Seite durch Gewalt von der andern zurückgewiesen werden muß. Ich stimme dafür, daß man dem Vorsitzenden die vorgeschlagene Ermächtigung zugestehe. Allein ich muß mich dagegen erklären, daß man setzege, eine Anzahl von 100 Mitgliedern sei hinreichend zur Beschlußnahme. Ich bin gegen jede Reduction. Ich kann die Ueberzeugung nicht theilen, daß wenn Gefahr sein wird, sich nicht mehr als 100 Mitglieder einfinden werden. Einer Abberufung wird man nicht Folge leisten. (Ruf aus den Centren: Nein!) Ich glaube nicht eher an das Verbrechen eines gewaltsamen Angriffes auf diese Versammlung, als bis ein Bajonnet an diese Pforten zu klopfen wagt. (Beifall.)

Abg. Vogt aus Gießen: Als schon einmal der Aufruhr an die Pforten des Hauses pochte, da wußte man, welche organisirte Macht man der unorganisirten entgegenzustellen hatte. Wenn aber auch heute die organisirte Macht an die Thore pocht, welche Macht werden wir ihr entgegensetzen? Sie haben noch keine solche Gewalt. Ich glaube nicht an einen sobaldigen gewaltsamen Angriff auf diese Versammlung, aber es gibt ein System, wodurch man, wenn es nicht früher verhindert wird, dieselbe auf dem Siechbette an der Entkräftung kann hinsterben lassen. Eine Gewaltmaßregel gegen diese Versammlung, möge sie glücken oder nicht, ist ein Glück für unsere Sache, sie bringt uns noch das Märtyrerthum. Der Redner erklärt sich für die vorgeschlagene Reduction; die Versammlung sei schon geringer an Zahl, und er wisse nicht, ob bei der besten Meinung von ihr er glauben dürfe, daß Viele ihre bürgerliche Stellung ihrer politischen aufzuopfern bereit wären. Auch die moralische Kraft, die in uns wohnt, hat ihre Grenzen. In einer jeden Armee reißt die Demoralisation nach und nach ein, wenn sie auf dem Rückzuge ist. Trachten wir, daß es uns nicht gehe wie der österreichischen Armee in Ungarn, daß wir uns nicht zurückziehen, ohne zuvor eine Schlacht geschlagen zu haben. Der Redner erklärt sich für die Annahme des ersten Theils des Antrags. Es könnte ein solcher Moment kommen wie in Wien, als Strobach auch auf Grund der Geschäftsordnung eine außerordentliche Sitzung verweigerte. Dann aber wird es zu spät sein, dann wird der Strom der Revolution Alles wegfegen, Rechte und Linke. (Bravo!) — Präsident Simson erbittet sich das Wort zu einer Bemerkung: Nach seiner Auffassung stehe vermöge der Geschäftsordnung den Präsidenten das Recht nicht zu, eine außerordentliche Sitzung zu berufen. Er bittet das Haus, auch den Ort zu berücksichtigen. Ein Antrag zum Schluß der Debatte wird angenommen.

Der Vorsitzende schreitet zur Abstimmung. Der erste Satz des Simonschen Antrags, „das Präsidium ist ermächtigt, zu jeder Zeit und an jedem Ort, welchen es für zweckmäßig erachtet, Sitzungen der Nationalversammlung anzuberaumen", wird angenommen. Die Abstimmung über den zweiten Satz des Golzschen Antrags, „eine außerordentliche Sitzung muß auf das Verlangen von 50 Mitgliedern anberaumt werden", ist zweifelhaft. Es wird mit Stimmzetteln abgestimmt. Der Antrag wird mit 216 gegen 162 Stimmen abgelehnt. Derselbe Antrag, vom Abg. Zell dahin verbessert, „daß 100 Mitglieder die Zusammenberufung verlangen müssen", wird angenommen. Von den Vorschlägen über Abänderung des § 18 der Geschäftsordnung wird der Golz'sche Antrag angenommen, welcher bestimmt, daß die Versammlung beschlußfähig ist, wenn 150 Mitglieder anwesend sind. Der Vorsitzende verliest hierauf eine Berichtigung des Abg. Simon aus Trier. Der Abgeordnete berichtigt eine frühere Behauptung in seiner Rede. Die fragliche officiöse Anfrage des preußischen Ministeriums ist, wie anwesende Abgeordnete aus Berlin aussagen, nicht an die Fraction der zweiten Kammer gestellt worden, allein es ward denselben die Versicherung aus glaubwürdigster Quelle, daß man dieselbe zu stellen beabsichtige. Der Vorsitzende verliest hierauf noch mehrere Dringlichkeitsanträge.

Abg. Wiegard stellt den Dringlichkeitsantrag: das Reichsjustizministerium möge den Mörder R. Blume, Fürsten Windischgrätz, der sich, wie man vernehme, auf deutschem Bundesgebiet befinde, zur Verantwortung ziehen; es möge die geeigneten Maßregeln treffen, daß derselbe sich nicht durch die Flucht entziehen könne, da es verlaute, er wolle sich nach Belgien begeben; es mögen zu diesem Zwecke die nothwendigen Steckbriefe erlassen werden. (Abg. Lasaulx: dummes Zeug! Ruf auf der Linken: hinaus mit Lasaulx — Herr Präsident! rufen Sie Herrn Lasaulx zur Ordnung. Der Präsident erklärt, den Abg. Lasaulx nicht zur Ordnung rufen zu können, da er nicht gehört, was derselbe gesagt habe.) Die Dringlichkeit wird dem Antrage nicht zuerkannt.

Einem Dringlichkeitsantrage des Abg. Schloffel und Genossen, dahin gehend, die Nationalversammlung wolle beschließen, das deutsche Volk sei aufzurufen, sich zu bewaffnen und zum Schutze der Nationalversammlung einzustehen, der Dreißigerausschuß habe bis zum ersten Mai Vorlagen zu diesem Aufrufe zu machen, und dieselbe Aufforderung sei durch das Reichsministerium an diejenigen Regierungen zu stellen, welche die Verfassung anerkannt, wird die Dringlichkeit gleichfalls abgesprochen.

Die Abgg. Ziegert und Kierulff stellen zwei Dringlichkeitsanträge, welche, im Wesentlichen gleich, nur darin auseinandergehen, daß Abg. Ziegert beantragt: die Nationalversammlung fordere durch einen vom Dreißigerausschusse zu entwerfenden Aufruf das deutsche Volk auf, an der deutschen Verfassung festzuhalten und dieselbe zu vertheidigen. Diese Bestimmung des Ziegert'schen Antrages wird abgelehnt. Die übrigen Bestimmungen seines Antrages sind durch die Annahme des gleichlautenden Kierulff'schen Antrags als angenommen zu betrachten. Der Rie-

Nr. 1. Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Aachen. 1. Januar 1910.

Inhalt: Allerhöchste Ordre, betreffend Verleihung des Namens und Wappens an den Freiherrn von Loë. —

№ 103. —— Dienstag —— den 1. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Lämpfen fl. 2. 36 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/9 Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 366; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostrevisor Herrselbt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

§ **Altona**, 26. April. Der Stand der Dinge in Jütland hat sich dem bei und in Kolding stattgehabten siegreichen Treffen vom 23. keine wesentliche Veränderung erfahren. Vom Koldinger Schlosse weht das deutsche Reichsbanner, unsere tapfere Landesarmee ist in der Verfolgung des Feindes begriffen, der sich theils in der kleinen Festung Fridericia verschanzt, theils aber auch nach Fühnen übergeschifft haben soll. Die Stadt Kolding ist hart mitgenommen und trägt sichtbare Spuren des Kriegs und der thätigen Theilnahme ihrer Bürger an den Feindseligkeiten. Die dänischen Gefangenen sollen sich auf 200 belaufen, unter ihnen befinden sich mehrere bei den Schandthaten in Kolding compromittirte Bürger. Von den vernichteten und zersprengten blauen dänischen Husaren sind 40 Pferde erbeutet. Unter den gefallenen höhern dänischen Offizieren, heißt es, soll sich auch der ehemalige Gouverneur und Landsturmchef Riegels von Alsen befinden. Die Dänen waren in diesem Gefechte auch tapfer, aber nur so lange, als die Kanonenböte ihr Vorgehen unterstützen konnten; denn später, als sie bemerkten, daß unsere Artillerie ihre Kanonen zu richten verstand, und mit den Wallkugeln gewaltig in die Böte hineinschlug, da wurde der Feind entmuthigt. Zur Nachhut der in Jütland operirenden schleswig-holsteinischen Armee sind das 19. und 20. preußische Regiment, sowie andere Reichstruppen bestimmt. Was die Halbinsel Sundewitt betrifft, so haben dort die Befestigungsarbeiten und die Erbauung von Schanzwerken ihren ungehinderten Fortgang. Unter den Düppeler Schanzen bivouakiren fortwährend 4 ganze Bataillone und bilden gewissermaßen die Vorpostenkette. Ganz angefüllt von Reichstruppen, als Hannoveranern, Sachsen, Kurhessen, Bayern und Preußen, ist diese etwas unwirthbare Halbinsel. Die Dänen halten den Brückenkopf noch besetzt; rechts vom Brückenkopf, dann die Höhe hinauf und längs derselben stehen unsere Vorposten. Die jenseitigen Befestigungen sollen übrigens sehr stark sein; auch weiter nördlich haben die Dänen an verschiedenen Stellen am Alsener Sunde Schanzen aufgeworfen und armirt. Es ist daher mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen, daß die Dänen die Insel Alsen, ohne sich vorerst nach Kräften zu vertheidigen, nicht aufzugeben gedenken. Unsere zahlreiche Artillerie, wie die gute Leitung derselben, werden indeß dies große Unternehmen gelingen machen. Heute ist der Prinz Waldemar von Lippe-Detmold nach dem Norden abgegangen. Anhalt-Köthener und Bernburger werden morgen hier erwartet. Mit dem Bahnzug kamen 37 Verwundete und Kranke aus dem Schleswig'schen, unter ihnen der bei der Koldinger Affaire verwundete Lieutenant Hedscher, welcher in den Schooß seiner Familie in Hamburg vorläufig zurückgekehrt ist. Ein Transport dänischer Gefangener, welche hier untergebracht werden sollen, werden nächster Tage eintreffen.

Von der Elbe, 26. April. Ueber die Schlacht (denn so ist sie wohl zu nennen, und zwar die erste im ganzen Kriege) bei Kolding melde ich Ihnen nichts Specielles, da Sie der verbürgten und unverbürgten Erzählungen zur Genüge durch die Hamburger Blätter erhalten werden, und außer dem kurzen Berichte von Bonin noch kein officieller bekannt geworden ist. Die Schlacht bei Kolding ist eben so wie der Sieg bei Eckernförde weit bedeutender und nachhaltiger in ihrer moralischen als in ihren materiellen Folgen. Die dänische Landmacht ist bei Kolding ebensowenig vernichtet, wie die Seemacht bei Eckernförde, aber die Hauptsache ist, daß die von den Dänen sogenannten Insurgenten ganz allein die dänische Heeresmacht und zwar glorreich geschlagen haben. Verzeihen Sie mir den Ausdruck, aber er ist echt schleswig-holsteinisch: „Unsere Jungens hat sich ganz famos herausgebissen." — Christian VIII. ist in die Luft geflogen, und Orla Lehmann, der Mann, der das „Dänemark bis zur Eider" zur Standarte erhob, sitzt als Gefangener auf dem Schlosse Gottorp. Wer verkennt da den Finger Gottes?

Aus Kolding schreibt man der „Constit. Ztg.": Ein eigenthümliches Leben und Treiben herrscht hier in Kolding. Finstere Bürger, trotzige Frauen, die mit verbissenem Grimm umhergehen, unwillig ihren ungebetenen Gästen die nöthigen Lebensmittel reichen, lustige Soldaten, die heiter das Lieblingslied der schleswig-holsteinischen Armee: „Was ist des Deutschen Vaterland" singen, und jubelnd auf den Kirchthürmen und der Brücke große schwarz-roth-goldene Fahnen, wozu ihnen die Koldinger die Stoffe liefern mußten, aufpflanzten. Das zweite Jägercorps und das neunte Bataillon, die Kolding erstürmten, enthalten Beide einen großen Theil der vorjährigen Tann'schen Freischaar, man kann also denken, daß es an munterer Gesellschaft nicht fehlt. Dennoch ist — zum Ruhme der munteren Soldaten muß ich es verkünden — auch nicht der kleinste Exceß, nicht die mindeste Rohheit bisher vorgefallen, obgleich die Stadt mit Sturm genommen wurde, und erweislich manche Bewohner derselben aus den Fenstern schossen. Freilich die Seitenwände einiger Häuser mußten eingeschlagen werden, um auf diese Weise die Barrikaden, welche die Dänen in den Straßen errichtet, und mit Büchsenjägern besetzt hatten, zu umgehen. Sehr viele Gefangene sind von uns gemacht, viele Pferde erbeutet, denn die feindlichen Husaren haben von dem Büchsenfeuer unserer Jäger sehr viel gelitten. Hunderte von Ueberläufern, größtentheils Nordschleswiger, die gezwungen bei den Dänen dienten, kommen zu uns. Jetzt geht es auf Fridericia los, bald muß auch dort die schwarz-roth-goldene Fahne wehen.

Der „Börsenhalle" schreibt man: Von Kolding zurückgekehrt, kann ich Ihnen mittheilen, daß es trotz den sogar officiellen Berichten noch immer eine Stadt Kolding gibt. Es sind nur gegen 12 Häuser in Flammen aufgegangen und von der übrigen Stadt ist zwar der südliche Theil sehr hart mitgenommen, allein das Aeußere der Häuser, wenn auch sehr ramponirt, steht doch noch. Die männliche Einwohnerschaft ist fast sämmtlich entflohen. Die Gerüchte von Vergiftungen widersprechen sich, sie werden von Einigen geleugnet, von Anderen bestätigt. — Auch die Preußen rücken nach Norden und ein gegen 6000 Mann starkes Armeecorps derselben zieht heute in Hadersleben ein.

Apenrade, 26. April. Bisher sind 1 Offizier und 110 Unteroffiziere und Soldaten als Gefangene hier durchpassirt.

Schleswig, 26. April. Orla Lehmann, der vor 13 Jahren schon in einer Rede die Kopenhagener aufforderte, den Schleswig-Holsteinern mit blutigem Schwerte auf den Rücken zu schreiben, daß sie Dänen seien, scheint auch seine Gefangenschaft durch seine Anmaßung sich zugezogen zu haben. Er hat die Ansicht geäußert, daß er als Civilbeamter ohne Hinderniß die Vorposten passiren könne, und dies sogar erzwingen wollen, ohne genaue Angabe seines Namens. Man wird sich nicht wundern können, daß Bonin, als Orla Lehmann an ihn die inselente Frage richtete: „Sind Sie der Befehlshaber dieser Menschen hier?" ohne ihm zu antworten, nur den Befehl ertheilt hat, „den Menschen" wegzuführen und an den Kriegsminister in Schleswig abzuliefern. Dieses sein Benehmen hat er in der ersten Zeit auch hier noch fortgesetzt, später aber mildere Saiten aufgespannt. Er soll mehrfach um seine Freilassung gebeten haben, die, wie er meint, zunächst die „Ehre" der Statthalterschaft fordere; daß die Schleswig-Holsteiner mindestens ein gleiches Recht, den Dänen gegenüber, haben, unnütze (oder schädliche) Beamte wegzuführen, scheint ihm durchaus nicht klar werden zu wollen. Er hat sich den Besuch seiner Verwandten und Bekannten — der ihm natürlich noch gar nicht in Aussicht stand, — sogar seines Schwagers (Lesser, Bureauchef im Finanzministerium) verbeten, nur die Kinder seiner verstorbenen Schwester wünsche er zu sehen. Uebrigens hält hier beständig vor den Fenstern des dänischen Erministers ein Haufe Volkes, der periodisch das Verlangen stellt, daß der Gefangene ihm „ausgestellt" werde. — In der Landesversammlung hat sich die große Mehrheit gegen die Auflösung der Constituante ausgesprochen, und die Statthalterschaft daher die Vorlage vor der Schlußberathung zurückgezogen.

Schleswig, 26. April. Nach einem zuverlässigen Schreiben aus Kolding vom 24. hat am Abend des 23. eine ganze Straße in Asche gelegen; auf dem Rathhause lagen noch Haufen von Leichen. In manchen Häusern waren die Wände von Kugeln durchlöchert, kein Fenster ganz geblieben. Es lagen an vielen Stellen die vom Feinde verlorenen Patronen umher, und überall sah man die Spuren der Zerstörung. Die Stadt ist hart mitgenommen und trägt unvermeidliche Folgen des Krieges und der thätigen Theilnahme ihrer Bürger an den Feindseligkeiten, indem sie viele unserer Soldaten erschossen haben. Diese sind dadurch sehr gereizt worden, doch ward nach Beendigung des Kampfes auf strengste Disciplin gehalten. Unser Verlust ist nicht genau ermittelt, doch sollen die beiden ersten Jägercorps 100 Mann verloren haben und es mögen wohl 2—300 Mann außer Gefecht gesetzt sein. Der Körper des Lieutenant Ahlmann war nicht gefunden, daher man hofft, daß er lebe. Denn Todte pflegen die Dänen nicht mitzunehmen; sie hatten in Kolding über 50 Leichen, worunter 1 Lieutenant und 1 Major, liegen lassen. In Branderup haben die Unsern den 24. Morgens 11 dänische Todte begraben. Nach Beile zu hat man über 40 Wagen mit dänischen Verwundeten fahren sehen, eine gleiche Zahl ist von Hartbe hergekommen und auf dem Wege nach Fridericia soll der Zug vom Andrängen der Wagen beinahe gestockt haben. Die Zahl der gefangenen Dänen beträgt über 200. Von ihren sehr tapfern Husaren (200 M. stark) sind 37 erschossen und 30 gefangen, als sie die schon erzählte Attake auf die Compagnie des 1. Jägercorps machten. Bei Hartbe hat die Avantgarde eine feindliche Feldwache von 1 Offizier, 6 Unteroffizieren und 86 Mann aufgehoben. Am 24. befanden sich die Dänen hinter Beile, 5 Meilen vom Kampfplatz. Die Dänen hofften am 23. die Avantgarde gänzlich zu vernichten und sie hat sehr gelitten. Allein die beabsichtigte Umgehung der linken Flanke ward durch die zweite Brigade, namentlich auch durch das brave 1. Jägercorps vereitelt. Als unsere Avantgarde zuerst Kolding verlassen mußte, ging sie sogleich eine Viertelstunde westlich über eine schnell geschlagene Brücke, während die Artillerie den Dänen den Besitz von Kolding unmöglich machte. Die ganze Armee brach darauf auf drei Punkten hervor und der Feind mußte weichen.

„Ribe Avis" meldet, daß am 19. und 20. preußische Infanterie in Mögeltondern Quartier genommen.

Kiel, 26. April. Der „Börsenhalle" schreibt man: Es ist begreiflich, daß bei dem jetzigen Zustand der Dinge, und namentlich, da unsere schleswig-holsteinische Armee bei Kolding so glänzend gezeigt hat, daß sie der dänischen Macht vollkommen gewachsen ist, jetzt das Selbstgefühl unseres Volkes sich steigern mußte, und der Drang, welcher eigentlich unserer Erhebung zu Grunde lag und nie im Herzen des Volkes erloschen ist, nämlich nach Auflösung auch der Personalunion, mächtiger als je wieder hervortritt. Wie gründlich, mit welcher Kaltblütigkeit und Ruhe man aber diesmal über diesen Punkt verhandeln wird, das zeigt ein Antrag eines der demokratischsten Mitglieder des Kieler deutschen Vereins, welcher in der heutigen Sitzung dahin gestellt wurde, es möge ein Comite niedergesetzt werden, welches die Frage entscheiden solle, ob vom Standpunkte des Rechts (und zwar des juristischen) betrachtet, der König von Dänemark noch Herzog von Schleswig-Holstein sein könne? Der Verein genehmigte dies Comite, welches nur aus Juristen bestehen soll.

Hannover, 27. April. Die „Morgenzeitung" berichtet: Der russische Gesandte in London, Hr. v Brunnow, hat so eben ein Schreiben von dem russischen Gesandten in Kopenhagen erhalten, welches ihm dringend empfiehlt, seinen ganzen Einfluß für den baldigen Abschluß des Friedens zwischen Deutschland und Dänemark aufzubieten. Dies ist gewiß. Wir wünschten mehr sagen zu können, weiter indeß reicht unsere Kenntniß dieser Vorgänge nicht.

Harburg, 28. April Nachm. (durch den elektro-magnetischen Telegraphen). Ein Bataillon oldenburger Infanterie, 800 Mann stark, passirte diesen Mittag hier durch nach Altona. — 4 Uhr auf der Eisenbahn angekommen. Eine Munitionscolonne der braunschweigischen Artillerie, so wie ein Bataillon anhalt-köthener und bernburger Infanterie mit Train, 800 Mann stark; beide Theile wurden sofort nach Altona expedirt. — Eine um 4½ Uhr angekommene Fußbatterie von 8 Geschützen bleibt diese Nacht hier.

Ungarischer Kriegsschauplatz.

† **Wien**, 27. April. Vom Kriegsschauplatze kam bis gestern Abend nichts Neues; dagegen verlautete mit Bestimmtheit, daß 80,000 Russen auf 2 Punkten, nämlich aus Polen und der Walachei, unverzüglich einmarschiren würden. Der Leitartikel im heutigen „Lloyd" gibt hierüber keinem Zweifel Raum. Der österreichische Patriotismus im Gegensatz zu dem deutschen, ungarischen und italienischen, erheische die russische Hilfe. „Wir sind also," heißt es am Schlusse, „gerne bereit, russische Hilfe anzunehmen, jedoch auf Bedingungen. Die erste ist, daß sie uns schnell, daß sie uns gleich zu Theil werde; die zweite, daß sie uns in ausreichender Zahl, massenweise zukomme." — In Ofen war man weniger besorgt, da man wußte, daß ein Angriff der Festung ein zerstörendes Bombardement Pest's zur Folge haben würde, eine Eventualität, welche herbeizuführen sich die Magyaren wohl schwerlich entschließen werden. — Eine amtliche Erklärung im gestrigen Abendblatt der „Wiener Zeitung" erläutert den Zweck der neuen ungarischen Anweisungen. Eine Annährung an das Gawsche System in Abrede stellend, setzt sie selbe in die Kathegorie der Kriegsreverse und Quittungen und ertheilt die Versicherung einer dabei streng zu handhabenden Controle. Die Unzulänglichkeit der österreichischen Banknoten wird aus dem daraus erwachsenen Mißbrauche erklärt. — Aus verschiedenen Thatsachen geht hervor, wie nationeller und religiöser Fanatismus sich vereinigen, um die Bezwingung Ungarns zu erschweren. Die der Regierung zugeneigten Blätter anerkennen sogar eine beachtenswerthe Begeisterung bei den gefangenen Honveds, die in einem zwar höchst elenden Zustande den Marsch nach Italien vollbringen, allein in ihren Lumpen den Nationalstolz durch Nationalgesänge und die offen ausgesprochene Zuversicht bethätigen, daß die Magyaren in diesem Kampf obsiegen müßten. Andererseits ergab sich an der untern Donau schon während des ganzen vorigen Sommers eine bedenklich widerstrebende Gesinnung der römisch katholischen Grenzbewohner in Betreff eines gemeinschaft-

lichen Wirkens mit den Serben. Man mußte eigene Bataillons für sie bilden und sie außer Berührung mit diesen bringen. Jetzt bei drängender Noth, wurde ein solches Bataillon vom Feldzeugmeister Augent den Serben zu Hilfe beordert. Allein das ganze Bataillon, vom Feldwebel abwärts, hatte sich verschworen, nicht mit den Raizen und für die Raizen zu kämpfen, und weder das Ansehen der Offiziere noch des Majors selbst vermochte die Aufständischen, die ihren Entschluß durch 6 in Besitz genommene Feldstücke unterstützen, von selbem bisher abzubringen.

Nach authentischen Mittheilungen war es nicht eine Pulvermine oder ein Pulverthurm, welcher zu Komorn aufgeflogen ist, vielmehr hat eine aus der Festung geworfene Bombe nicht nur ein mit Munition versehenes Donaudampfschiff auffliegen lassen, sondern sind auch dadurch einige Schleppboote stark beschädigt worden. Für die Donaudampfschifffahrtsgesellschaft erwächst daraus kein Schaden, da ihr von Seite des Staates für denselben eingestanden ist. — Am 24. d. war Pest von den magyarischen Truppen noch nicht besetzt; doch war eine zweitägige Illumination zur Feier des Einzuges anbefohlen. — Man erfährt, daß das Hauptquartier des Ofener Armee-Generalcommando's sich in Stuhlweißenburg befinde. — Aus Pest fehlt es an Briefen, doch nicht an Reisenden. Nach ihrer Erzählung sind etwa 200 Honved-Husaren nach Pest gekommen; ein Theil der Nationalgarde bewaffnete sich und fraternisirte mit ihnen. Kossuth ließ eine Proclamation verbreiten, worin er die Kriegsereignisse schildert. Die ungarischen Banknoten stiegen auf Pari; 2 magyarische Zeitungen organisiren ihre Redactionen; der „Pesti Hirlap" ist auf weißem Papier mit grünen Buchstaben und rothem Rand, als Symbolisirung der Nationalfarben, erschienen. Das Wichtigste ist, daß wir über unsere dort zurückgebliebenen Landsleute einigermaßen beruhigt sein können, da Kossuth erklärt haben soll, Niemand wegen seiner politischen Gesinnung verfolgen zu wollen.

Ban Jellachich soll seinen Marsch auf derselben Straße nach Croatien genommen haben, auf der er vor mehreren Monaten gegen Pest aufgebrochen war; er sei deßhalb nicht auf Dampfschiffen nach Südungarn abgegangen, weil sich durch die an der Donau bei Földvar errichteten Batterien die Ungarn die Passage der Donau als nicht hinlänglich sicher herausgestellt habe.

Wien, 26. April. Die Pester Post ist heute nicht angekommen, doch Flüchtlinge von dort versichern, daß die Stadt ruhig die kommenden Dinge erwarte und, so lange Ofen im Besitz der Kaiserlichen ist, keine Besetzung durch die Insurgenten fürchte oder hoffe. Das Corps des Banus konnte mit den Dampfschiffen in der That nicht fortgeschafft werden, ein Theil marschirte gegen Stuhlweißenburg; ob der größere Theil zu Baron Welden stößt, weiß man nicht. Die officielle Kundmachung von gestern Abend bestätigt die von mir angegebene Stellung des Wohlgemuth'schen Corps, indem Scheibye an der Waag, die übrigen darin genannten Orte auf der Insel Schütt liegen. Wenn das Gros des Görgey'schen Corps wirklich gegen Komorn marschirt, so wollen die Insurgenten nicht nur die Festung gänzlich entsetzen, sondern entweder bei Komorn das rechte Donauufer gewinnen und Welden eine Schlacht liefern, oder von der Insel Schütt Wohlgemuth verdrängen und Preßburg gewinnen; bei dieser Bewegung müssen sie natürlich desirchten, durch das Csorich'sche Corps, wenn es bei Gran auf das linke Donauufer übersetzt, in Rücken genommen zu werden, daher sie wohl zwischen den Flüssen Neutra und Gran ein Corps zurücklassen haben; und da die Besetzung der Straße von Lewa bis Schemnitz durch die Insurgenten unbezweifelt ist, haben sie dadurch sowohl ihren Rücken gedeckt, als der Vereinigung des Generals Vogel mit Welden ein Hinderniß vorgeschoben. — In Ofen steht Graf Schlick mit 6000 Mann. (A. Z.)

[:] **Wien**, 26. April. Die Lage der k. k. Armee in Ungarn ist zur Stunde eine zwar ernste, aber noch keineswegs beunruhigende. Die Masse ist in zwei große Heere getheilt, wovon das südliche durch den Banus nach Syrmien geführt wurde, um sich mit den zahlreichen, jedoch nicht concentrirten dortigen Truppen in ein großes Ganzes von circa 60,000 Mann zu vereinigen, die Orte, worin die Insurgenten unter Perczel sich fest verschanzt hatten, successive mit Sturm zu nehmen, und zugleich das Banat, und nicht minder die westlicheren Gegenden vor einer Invasion Bems zu schützen. Die nördliche Armee, unter Welden's Commando, beläuft sich, mit Inbegriff der zuströmenden Verstärkungen, auf die nämliche Höhe, und wird keine Schlacht annehmen, ohne ihres Erfolges gewiß zu sein. Ein drittes Corps, nicht minder stark, zieht sich von Pettau und Ordenburg die Wien und das Marchfeld, bestimmt, als Reserve, sowie zur Sicherheit Wiens zu dienen, wo sich wieder bedeutende Symptome eines unruhigen Geistes zeigen. Die Anführer Tröck und Mack werden von der Komerner Garnison, als kaiserlich gesinnt, gefangen gehalten. Graf Esterhazy-Roisin führt eben nun allein das Commando; man fürchtet ihn und gehorcht blind seinem Regiment.

Preßburg, 23. April. Hier ist folgende Kundmachung erschienen:

Der als Opfer seiner Treue und Anhänglichkeit an das allerhöchste Kaiserhaus gefallene Eugen Graf Zichy, hat unter Anderem auch sehr werthvollen Schmuck und Gefässerie besessen, welche die Rebellenregierung in Beschlag genommen, in zwei Kisten verpackt, und nach Debrezin geschleppt haben soll. Um bei Aufgreifung der Rebellen auch auf die Zustandbringung dieser Pretiosen das Augenmerk richten zu können, haben Se. Durchlaucht der Herr Feldmarschall Fürst zu Windischgrätz am 30. März v. J. Zahl 25, das Verzeichniß über diese Pretiosen mit deutlichster Angabe ihres Werthes zur weiteren Verlautbarung mit dem Auftrage herabgegeben, im Falle der Einbringung dieser Gegenstände an die militair-politische Centralcommission zu Ofen zu übersenden, wornach sich zu achten ist. Preßburg, am 20. April 1849. Vom k. k. Militärdirectionscommando."

Folgt das Verzeichniß, nach welchem der Gesammtwerth in C.M. 200,280 fl. beträgt. (M.)

Die „Allg. Ztg." hat Briefe aus **Ofen** vom 23. und 24. April. Die kaiserlichen Truppen hatten Pest bis auf den letzten Mann verlassen und die Schiffbrücke hinter sich verbrannt. Bald darauf (die Zeit ist nicht genau angegeben) hielten die Ungarn ihren Einzug, mit tausendstimmigem Eljen begrüßt, während aus den Fenstern die dreifarbigen ungarischen Fahnen flatterten. Nur das Stadthaus enthielt sich, wohl aus Respect vor den Bomben der Ofener Festung, dieser Demonstration. Schlick wendete sich (diesen Briefen zufolge) mit sein m Corps nach Bicske und Raab (zur Vereinigung mit Welden). Jellachich nach dem Süden, auf dem rechten Donauufer. Nachts 2 Uhr gaben diese und andere Generale sich das Lebewohl: „Wir sehen uns in ein paar Wochen wieder." „Die Truppen sahen trotz der Strapazen muthig und heiter drein." In Ofen schien man entschlossen, nur dann gegen Pest die Geschütze antworten zu lassen, wenn von dort Schüsse fallen sollten.

Deutschland.

RC **Frankfurt**, 30. April. Die „lithographirte Correspondenz" der Centren läßt sich heute vernehmen, wie folgt: Für die nächsten Tage steht, wie verlautet, eine Antwort von Seiten der preußischen Regierung bevor, welche die Versammlung doch mindestens aus der passiven Stellung, in welcher unter so schwierigen Umständen mit Maß und Besonnenheit zu verharren, zu den härtesten Proben gehört, die eine große Versammlung jemals bestanden hat, zu einem positiven Beschlusse veranlassen wird, wobei, wie sich wohl von selbst versteht, die Berichte des Herrn Bassermann und der übrigen Reichscommissarien zuvor werden abgewartet werden müssen. — Wenn in öffentlichen Blättern der Name des Herrn v. Beckerath mit dem in der ersten preußischen Kammer gestellten Itzenplitz-Hansemann'schen Antrag in Betreff der deutschen Frage in Verbindung gebracht worden ist, so kann versichert werden, daß hierfür nicht der geringste Grund vorhanden ist.

☉ **Frankfurt**, 1. Mai. So lange die Nationalversammlung mit Selbstbeherrschung und Takt in der verschanzten Stellung ihrer selbstgeschaffenen Verfassung vom 28. Juni auf der Defensive beharrt, bleibt sie gesetzlich unverwundbar. Die Unverwundbarkeit hat ihre Lücke nicht wie bei Achilles an der Ferse, sondern am Haupt; dieses ihr Haupt jedoch ist nur verwundbar durch ihre eigene Hand, darum thut Selbstbeherrschung Noth. Die Macht des Zaubers beruht in dem einmal erreichten gemeinsamen Ausdruck, der souveränen Nationalvertretung und aller souveränen Regierungen. Dieser Zauber kann friedlich nur gelöst werden durch einen neuen gemeinsamen Ausdruck — die Verfassung — oder durch freiwilligen Verzicht des Hauptes. Ob in dem letzten Falle eine Befugniß der Substitution sich von selbst versteht oder gesetzlich ergänzt werden kann, mag dahingestellt sein. Jeder andere Ersatz wäre machtlos. Unter jenem Zauber stehen natürlich auch die Lebensbedingungen des Reichsministeriums und durch denselben werden auch die 30 Staaten, welche die Verfassung anerkannt haben, zum Heile des Vaterlandes zusammengehalten. Darum möge die Reichsversammlung in ihren ferneren Beschlüssen des Taktes eingedenk sein, der allein eine unzeitige Lösung auf dem zweiten Wege verhindern und jede Lösung auf dem ersten noch möglich erhalten kann.

† **Wien**, 27. April. Der leidende Zustand des Grafen Stadion ist doch so erheblicher Art, daß man die Hoffnung aufgeben muß, ihn bald die Leitung der Geschäfte übernehmen zu sehen. Die Aerzte sollen sogar eine mehrmonatliche Erholung für nöthig finden, und dadurch gewinnt das Gerücht mehr Bedeutung, daß Justizminister Bach definitiv das Portefeuille des Ministeriums des Innern übernehmen soll, und an seine Stelle Herr v. Schmerling tritt. Einem unglaubhaften Gerüchte zufolge, soll auch Fürst Schwarzenberg zurücktreten und Graf Colloredo-Waldsee sein Amt übernehmen. — Bei dem einestheils wehrpflichtigen, anderntheils verwüsteten Stand Siebenbürgens, ist es zu vermuthen, daß die russischen Truppen in größter Masse über Mähren, und zwar über Biala und Neutitschein nach Ungarn gehen werden. Man hält es nicht für unwahrscheinlich, daß auch Wien russische Einquartierung erhalten könnte. — Die preußische Regierung soll aus Anlaß der jüngsten Kriegsereignisse in Ungarn, die Zusammenziehung eines Observationscorps zur Deckung der schlesischen Grenze beabsichtigen. Ein Generalstabsoffizier, der heute ankam, hat den Auftrag, diesfalls mit dem Militärobercommandanten, F.M.L. v. Legedicz, ins Einvernehmen zu treten.

♀ **Berlin**, 28. April. Die Mitglieder der Rechten versammelten sich gestern Abend im „Hotel de Londres", um sich darüber zu verständigen, in welcher Weise auf die nun bevorstehenden Neuwahlen einzuwirken sei. Es ward beschlossen, ein Wahlcomite für die gesammte Monarchie zu bilden, dem die Leitung der Wahlen im conservativen Sinne zu übertragen sei. In Bezug auf die muthmaßliche Aenderung des Wahlgesetzes ward die Ansicht geäußert, daß diese Aenderung wohl weniger in einem Census als im Klassenwahlen nach den verschiedenen Interessen der einzelnen Stände und in einer beschränkenden Anwendung des Wortes „selbstständig" bestehen würde. — In den hiesigen höhern Kreisen spricht man davon, daß Herr v. Beckerath zum preußischen Bevollmächtigten zu Frankfurt ernannt werden dürfte. Eine dunkele Sage in eben diesen Kreisen deutet auf einen „kühnen Schritt" von Seite der größern deutschen Regierungen hinsichts der Feststellung der deutschen Verfassung hin. Die von der Nationalversammlung vollendete Verfassung würde, wie man sagt, mit einigen Abänderungen von den Regierungen verlautbart und zur Ausführung gebracht werden. Die faß gleichzeitige Auflösung und Vertagung der Kammern in mehreren deutschen Staaten möchte dieser Andeutung wohl zur Verstärkung dienen. Die Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft haben sich in einer von ihnen veranstalteten Versammlung gegen einen Paragraphen der deutschen Verfassung, welcher auf eine Verschmelzung der deutschen Staatspapiere hindeutet, ausgesprochen und die Erklärung abgegeben, daß dieser Paragraph ihres Dafürhaltens nicht aufrechterhalten werden könne. Der Nationalversammlung kann es nur frommen, auch ihre Gegner kennen zu lernen. — Für die große Landeslotterie zur Herstellung eines Kriegsfahrzeuges, dessen Kosten hiesige und Potsdamer Damen aufzubringen unternommen haben, will der bekannte Meister Bogas durch Schenkung eines Bildes beitragen.

"†" **Berlin**, 29. April. Auch gestern Abend ist es wieder zum Gebrauche der Schußwaffe gekommen. Die Haufen sammelten sich vorzugsweise auf dem Spittelmarkt, wo vor dem Hause Nr. 3 zwei Menschen, ein Kaufmann und eine Frau, erschossen wurden, so daß die Zahl der Todten mit Hinzurechnung eines an seiner Wunde Gestorbenen 8 beträgt. Die der gestern Abend Verwundeten läßt sich nicht genau angeben; denn die wenigsten werden in öffentliche Krankenhäuser gebracht. Die Bewegung änderte gestern ihren Charakter noch mehr, so daß die Masse zuletzt nur aus Straßenjungen bestanden. Die politische Betheiligung an den Lebensfragen der Gegenwart hält jede Demonstration für unbetheiligt. Der heutige Tag verlief ganz ruhig und von Zusammenrottungen war nirgends eine Spur. — Der österreichische Gesandte hat vergangene Nacht eine Depesche aus Wien erhalten und darauf mehrere Stunden auf das emsigste gearbeitet.

Der Oberbefehlshaber in den Marken, v. Wrangel, hat heute Folgendes bekannt gemacht: Aus den gestrigen Vorfällen auf dem Dönhofsplatz und dessen Umgegend, bei denen die Schußwaffe nachdrücklich hat gebraucht werden müssen, scheint hervorzugehen, daß ein Theil der hiesigen Einwohner irrthümlich die Meinung hegt, daß der Belagerungszustand in Berlin und seinem zweimeiligen Umkreise nicht mehr bestehe; ich nehme daher Veranlassung, hiermit öffentlich auszusprechen, daß derselbe keineswegs aufgehoben ist, sondern noch in voller Kraft besteht.

München, 28. April. Der „Neuen Münchner Zeitung" zufolge hat das bayerische Gesammtministerium, auf einige bei dem König eingelaufene Ansprachen, bezüglich sofortiger ungesäumter Einberufung des bayerischen Landtags, mit Rücksicht auf die von der Staatsregierung gegebene Erklärung über die deutsche Reichsverfassung und auf die von den Regierungen der beiden größten deutschen Staaten im gleichen Sinne gegebenen Erklärungen, sowie auf den ohnehin am 15. Mai wieder bevorstehenden Zusammentritt des Landtages, sich dahin zu erklären veranlaßt gesehen, daß kein genügender Grund zur Zurücknahme der Vertagungsentschließung vorhanden sei. Genau den vorstehenden Beschluß erhielt die Bürgerdeputation, welche heute dem Minister des Innern Herrn v. Forster die Adresse um sofortige Einberufung des Landtags übergeben hatte. Bemerkenswertherweise stellte sich diese sehr zahlreiche Bürgerversammlung von heute Nachmittag mit dieser ihr mitgetheilten Antwort vollkommen zufrieden, ohne daß auch nur ein einziger Redner aufgetreten wäre, um auf die Nichterfüllung der Bitte aufmerksam zu machen.

Die „Neue Würzb. Ztg." berichtet ausführlicher: Der Staatsminister des Innern, Hr. v. Forster, empfing diesen Nachmittag die Bürgerdeputation, welche ihm die gestern beschlossene Adresse um sofortige Einberufung des Landtags überbrachte, auf die freundlichste Weise. Da dieselbe an das Gesammtministerium gerichtet ist, so erklärte der Minister, daß er dieselbe heute Abend im Ministerrathe vorlegen werde, ferner, daß eine weitere Vertagung des Landtages auf keinen Fall eintrete, sondern am 15. Mai der Landtag jedenfalls zusammentreten werde, es würde hierüber eine Erklärung der Regierung im Regierungsblatt erscheinen. Die Deputation hinterbrachte diese Erklärung der überaus zahlreichen Versammlung auf dem Rathhaussaale, die sich mit derselben zufrieden zeigte und sofort in schönster Ruhe und Ordnung auseinanderging. Seit heute Mittag ist nun eine weitere Adresse im Gange, nämlich eine solche, in welcher sich die Unterzeichner mit dem Verfahren der Regierung in der deutschen Verfassungsangelegenheit einverstanden erklären. Es geht diese Adresse von der Partei des Volksboten aus, wie denn auch gestern der dieser Partei angehörende Verein für religiöse Freiheit eine ähnliche Adresse beschloß, die sofort den Filialvereinen desselben zur Beistimmung übersandt wurde. Wir werden demnach in nächster Zeit dieselben Adreßgeschichten wieder im Oberlande zu hören bekommen, wie zur Zeit der Grundrechtsfrage. Hier herrscht zwar in Folge der Adressen einige Aufregung, die jedoch einen ganz ruhigen Verlauf hat — man will auf jeden Fall auf gesetzlichem Boden bleiben und wird damit auch schneller zum Ziele kommen.

Nürnberg, 29. April. Vom Magistrat der Stadt Nürnberg geht dem Correspondent v. u. f. Deutschland folgende Mittheilung zu: In Folge der vorgestern durch die hiesigen öffentlichen Blätter bekannt gewordenen Erklärung unserer Staatsregierung vom 23. April, betreffend die verweigerte Anerkennung der von der Nationalversammlung zu Frankfurt am 28. März erlassenen Verfassung des deutschen Reiche, also einer neuen sehr wichtigen Thatsache, hat der Magistrat unserer Stadt sich noch gestern versammelt und eine auf Anerkennung der Reichsverfassung von Seite der Staatsregierung, resp. auf sofortige Einberufung des Landtages gerichtete Adresse an das königliche Gesammtstaatsministerium erlassen, welche noch gestern Abends abgesendet wurde.

Schweinfurt, 27. April. Heute erließen die beiden städtischen Collegien des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten dahier eine Adresse an Se. Maj. den König von Bayern, welche nachstehende beide motivirten Bitten enthielt: 1) Se. Majestät wolle die von der Nationalversammlung in Frankfurt in zweimaliger Lesung berathene, beschlossene und promulgirte Reichsverfassung nebst dem Reichswahlgesetze ohne Ausnahme und ohne Vorbehalt als endgiltig und rechtsverbindlich für unser engeres Vaterland annehmen und verkünden, sowie Veränderungen in derselben nur auf dem von der Reichsverfassung selbst bezeichneten Wege vornehmen. 2) Se. Maj. wolle den bayr. Landtag in möglichster Bälde wieder einberufen, keinesfalls aber eine weitere und nochmalige Vertagung oder gar eine Auflösung desselben eintreten lassen. Außerdem ging von denselben städtischen Corporationen eine Adresse in energischer Fassung an die Reichsversammlung nach Frankfurt ab, welche sie auf die Sympathie des ganzen deutschen Vaterlandes zu ihren Beschlüssen hinweist und sie zur Festhaltung an denselben ermuntert und aufruft. (N. W. Z.)

Dresden, 27. April. Seit einigen Tagen geht hier das Gerücht, daß das Ministerium Held seine Entlassung gegeben und der König diese angenommen, auch die Abgg. Klinger und Heubner zu sich gerufen und mit Bildung eines andern Ministeriums beauftragt habe. Wir können versichern, daß das Gerücht unbegründet und wahrscheinlich durch die Kammerverhandlungen vom 21. April und das darauf gefolgte, jedoch wieder aufgegebene Verhalten der genannten beiden Abgeordneten, bei dem König zur Besprechung der deutschen Verfassungsfrage eine Audienz zu suchen, veranlaßt worden ist.

Hannover, 28. April. Wie die „Morgenzeitung" berichtet, haben sich für die in der Proclamation über die Auflösung der 2. Kammer als Hauptmotiv der Auflösung bezeichnete Eingabe an das Gesammtministerium in Betreff der deutschen Reichsverfassung 30 Mitglieder aus erster und 57 Mitglieder aus 2. Kammer erklärt. Die Beitrittserklärungen von 50 Mitgliedern 2. Kammer wurden dem Gesammtministerium noch am Tage vor der Veröffentlichung der Auflösung eingereicht.

Im Wehrmannsverein wurde gestern Abend beschlossen, das Generalcommando zu ersuchen, daß es der Bürgerwehr durch Abhaltung einer Parade Gelegenheit gebe, sich nach § 1 ihres Statuts zu erklären: daß sie der Reichsverfassung Gehorsam leisten und verschaffen wolle. Ueber die zwei Worte „verschaffen wolle" wurde besonders abgestimmt und diese gegen zwei Stimmen, der Hauptantrag einstimmig angenommen. Stürmischer Beifall begrüßte den Antrag und diesen Beschluß. Der Zudrang zur Versammlung war so groß, daß der große Saal der Stadt die Mitglieder bei weitem nicht fassen konnte. Patriotische Lieder folgten auf den patriotischen Beschluß. Gegen Stimmungen, wie sie gestern in diesem Verein sich fund gaben, wird der Widerwille einzelner Minister nichts vermögen. Herr Stüve hat durch die Auflösung der zweiten Kammer das Land seiner gesetzlichen Stimme in der höchsten Frage beraubt, deren Lösung dem deutschen Volke je gestellt war; er hat damit die Vereine und Körperschaften gezwungen, als freiwilliges Organ des Volks an die Stelle des gesetzlichen zu treten. Wie in der Hauptsache die Bürgerwehr, zum „Schutz des Gesetzes" berufen, das höchste Gesetz Deutschlands schützen zu wollen erklären soll, so hat es bisher zwar nur erst die kleine bewaffnete Volksschaar in Osterode gethan — aber diese Erklärungen, sagt die „Hannoversche Morgenzeitung", werden von Ort zu Ort gehen, wo nur Bürger im Dienste des Gesetzes die Waffen tragen. Große Volksversammlungen sind in allen Theilen des Landes ausgeschrieben, bisher feindlich geschiedene Parteien treten zusammen, um gemeinsam für die Reichsverfassung zu stehen.

± **Darmstadt**, 30. April. Diesen Nachmittag versammelte sich auf dem Exercirplatz die hiesige Bürgergarde und beschloß eine Ansprache an alle deutschen Bürgergarden mit der Aufforderung, mit Gut und Blut für die Reichsverfassung einzutreten und sie gegen ihre Feinde zu beschützen. Zugleich wurde eine Adresse an die Bürgergarde zu Stuttgart beschlossen, worin ihr volle Sympathie für ihre neuliche Entschiedenheit bezeugt wird. Beide Beschlüsse wurden durch einmüthigen Zuruf gefaßt.

ƒ **Meiningen**, 19. April. Zur Berichtigung der Aufsätze in Nr. 83 der „Oberpostamtszeitung" und 97 der „Deutschen Zeitung" über die hiesigen Landtagsverhandlungen bezüglich der Domänenfrage, muß Folgendes bemerkt werden. Die landesherrliche Proposition vom 8. April c. J., nach welcher die Domänen des Landes, vorbehältlich verschiedener Schlösser, Palais ꝛc. und unter Constituirung eines Fideicommisses für den Mannsstamm des herzoglichen Hauses zu einer Jahresrente von 75,000 fl., zu Staatsgut erklärt worden sind, ist allerdings von dem Landtag verneinen und dagegen ein anderer, von dem Finanzausschuß vorgelegter Gesetzentwurf angenommen worden; allein dieser letztere weicht im Wesen der Sache, besonders was die vorbehaltenen Besitzungen und die Summe der Fideicommittente betrifft, wenig oder gar nicht von der eigentlichen Proposition ab, sondern enthält bloß einige Modalitäten hinsichtlich der Sicherstellung des Fideicommisses und der Veranschlagung und Ausscheidung des Capitalbetrags desselben für den Fall einer Mediatisirung des Herzogs. Ob es zweckmäßig war, daß man die Regierung der Civilliste mit in dieses Gesetz hinein zog, kann vielleicht in Frage gestellt werden, gewiß ist es aber, daß beide Gegenstände in nahem Zusammenhange stehen und daß es der Wunsch des Volkes war, beide gleichzeitig erledigt zu sehen. Wegen immerhin, besonders über den letzteren Punkt, noch weitere Erörterungen stattfinden, so ist durch jene Verhandlung doch bereits ein großer Vorschritt zu einer Ausgleichung geschehen und wenn nicht das gehässige Treiben einer gewissen Partei den Weg verlegt, so wird man sicherlich zu einem Resultat gelangen, welches Fürsten und Volk zufriedenzustellen geeignet sein dürfte. Ungegründet ist es, daß der Finanzausschuß der Kammer verschiedene Anträge geändert und der Präsident eine Discussion darüber verweigert habe. Jene Veränderungen betrafen bloß die Verfassung bei einigen Artikeln, sogenannte Redactionsverbesserungen, welche dem Ausschusse bei der vorhergegangenen Discussion ausdrücklich vorbehalten waren. In Folge eines gestellten Antrages erklärte sich die Kammer selbst gegen eine weitere Discussion, da der Gegenstand in allen materiellen Punkten durchgesprochen war und es vorläufig auf eine mehr oder weniger vollständige Fassung gar nicht ankommt. Der Vorwurf, daß der Präsident nicht mit strenger Unparteilichkeit zu Werke gegangen sei, kann daher nur aus einer parteiischen Feder geflossen sein. Wenn der Abg. Bommer von einem Staatsproletariat sprach und dem Landtag von 1846 den Vorwurf machte, daß er das Land dem Bettelstab überliefert habe, so bezieht sich dies wahrscheinlich auf das Aufgeben des Subsidiarprincips bei der Steuerkasse. So lange dieses Princip in Deutschland bestand, pflegte man zu sagen: die Fürsten müssen bei dem Lande betteln (Beden verlangen); nachdem es aufgehoben und die Staatslasten principaliter auf die Staatskassen gewälzt waren, trat das Gegentheil ein. — In der Rede des Ministers v. Speßhardt kann höchstens das getadelt werden, was der Verfasser seiner Aufsätze als richtig annimmt, nämlich die Behauptung: daß das Meininger Fürstenhaus zu einem der reichsten Dynastengeschlechter Deutschlands gehöre. Wir können uns irren, aber es ist uns nicht ein einziges Besitzthum im Lande bekannt, welches die Eigenschaft eines ehemaligen herzoglichen Stammgutes hätte. Im Uebrigen muß auch noch in Abrede gestellt werden, daß bei den Verhandlungen des Landtags irgend eine kränkende Beziehung gegen den Herzog vorgekommen sei, und wenn sich das Ministerium v. Speßhardt nicht zu der Behauptung verleiten ließ: die Domänen seien Eigenthum der herzoglichen Familie gewesen, so hat es nicht nur überzeugungstreu, sondern auch klug gehandelt.

Schweiz.

§ **Aus der Schweiz**, 27. April. Der preußische Gesandte in der Schweiz, Herr v. Sydow, hat seit einiger Zeit keine von der Regierung von Neuenburg ausgestellte Pässe visirt, wenn sie nicht von der eidgenössischen Kanzlei legalisirt werden. In diesem Verfahren liegt ziemlich deutlich die Nichtanerkennung der neuenburgischen Regierung, was übrigens auch mit dem Vorbehalt hinsichtlich Neuenburgs, welchen der König von Preußen bei Anerkennung des neuen schweizerischen Bundes abgegeben, übereinstimmt. Daß die Regierung von Neuenburg hierüber bei dem Bundesrath Beschwerde führt, ist natürlich. Ob aber Abhülfe ertheilt werden wird, muß die Zukunft lehren.

Italien.

ξ **Rom**, 19. April. Der Verfassungsausschuß hat seine Arbeiten vollendet und vorgestern der Kammer den Entwurf einer republikanischen Verfassung vorgelegt. Ob sie je in Wirksamkeit treten wird, läßt sich aber bezweifeln. Immer verdient sie in ihren Hauptzügen bekannt zu werden, da ihr manche Eigenthümlichkeit nicht abgesprochen werden kann. Die Grundprincipien, bürgerlichen Rechte und Pflichten brauche ich nur kurz zu berühren, da sie meist die bekannten Rechte, wie Preßfreiheit, Associationsrecht ꝛc. enthalten. Weislich hat man sich vor specialistischen Versprechungen gehütet; es heißt in dieser Beziehung nur: „Die Republik sorgt für die Erziehung aller Bürger, um sie geschickt zu machen zur Verbesserung ihrer Lage durch Industrie, Arbeit, Geist." Noch allgemeiner ist die hier sehr anpreisige Wehrpflicht behandelt: „Alle Bürger müssen selbst mit dem Leben die Republik und die nationale Unabhängigkeit vertheidigen." Es scheint aber vorläufig dabei bloß an den Nationalgardendienst gedacht zu sein. Die katholische Religion wird als Staatsreligion beibehalten. Die Ausübung bürgerlicher und politischer Rechte aber vom religiösen Glauben unabhängig erklärt. Die Gewalten des Staats sind getheilt in die legislative, welche durch eine Kammer, und in die executive, welche durch 3 Consuln gehandhabt wird. Ueber die Gewähr der Verfassung wacht ein Tribunat von zwölf Mitgliedern. Alle diese Gewalten werden durch allgemeines und directes Stimmrecht vom Volke gewählt, die Deputirten auf drei, die Consuln auf zwei Jahre, und zwar jährlich einer; vereinigt dieser nicht 100,000 Stimmen auf sich, so hat die Kammer die Wahl; erst zwei Jahre nach dem Austritt aus dem Amte kann ein Consul wieder gewählt werden; die Tribunen dagegen von fünf zu fünf Jahren ohne Unterbrechung. Die Kammer hat die Gesetzgebung, die Entscheidung über Krieg, Frieden und Verträge. Sie ist unauflöslich. Ueber sie übt das Triumvirat ein gewisses suspensives Veto, in sofern es nämlich ein Gesetz, das nicht die Mehrheit von ¾ hat, noch zweimal zur Berathung bringen kann. Zwei Drittel der Versammlung mit Bestimmung des Tribunats können das Vaterland in Gefahr erklären und die Dictatur einsetzen, sie aber auf dieselbe Weise auch wieder aufheben. Die Consuln sind verantwortlich und müssen namentlich nach ihrem Austritt dem Tribunat förmliche Rechenschaft ablegen. Sie haben außer der Execution im Innern auch den internationalen Verkehr zu leiten. Die Verwaltung wird abweichend von der bisherigen Gliederung nach Ministerien in drei Hauptsectionen getheilt. 1) Die politische: Aeußeres, Inneres, Krieg; 2) die ökonomische: Finanzen, Ackerbau, Handel, Industrie, öffentliche Arbeiten; 3) die moralische: Cultus, Unterricht, schöne Künste, Wohlthätigkeit, Justiz. Ein Staatsrath von 15 Mitgliedern, die von der Kammer auf Vorschlag des Triumvirats gewählt werden, steht als berathende Behörde den übrigen Gewalten zur Seite. In Betreff des Gerichtswesens ist zu bemerken, daß Friedens- und Geschworenengerichte gebildet werden sollen. Das Heerwesen ist durch ein besonderes Gesetz geordnet; die Generäle werden von der Kammer auf Vorschlag des Consulats gewählt. — Die Veränderung der Verfassung ist großen Beschränkungen unterworfen und geschieht durch eine eigens zu diesem Zwecke berufene Versammlung. Man scheint die Absicht zu haben, diese Verfassung in Bausch und Bogen anzunehmen. — Die Erwartung, daß die Ereignisse in Toscana auch den Angelegenheiten Roms eine neue Wendung geben würden, hat sich als irrig herausgestellt. „Nun wird Pius IX. bald wiederkommen und fünf Millionen baaren Geldes mitbringen." Darin haben Sie das getreue Bild eines heutigen Römers. Das Geld hat er höchst nöthig; er liebte sich deßhalb die Rückkehr des Papstes wohl gefallen; aber etwas dafür thun — der Leute nicht. Dazu sind Oesterreicher und Schweizer gut genug. Unterdessen aber wird es dem trägen Bürger doch etwas angst wegen der Masse Gesindels, das sich aus allen Theilen Italiens hier concentrirt. Eine kleine beherzte Schaar würde das jetzige Regiment rasch über den Haufen werfen, ganz Rom fürchtet Plünderung von den Republikanern. Eine Proclamation der Regierung muß sogar trösten und versprechen, die Emigrirten unter das regelmäßige Militär zu vertheilen, damit von ihnen weniger zu fürchten sei! Es lohnet wahrlich Ueberwindung, über solche Versunkenheit noch ein Wort zu verlieren. Dennoch ergibt sich aus verschiedenen Truppenbewegungen, daß die Regierung nicht ohne Besorgniß ist. Garibaldische Schaaren, die man in Rieti wegen ihrer Zuchtlosigkeit nicht mehr dulden will, befinden sich hier; zur Beruhigung sagt man, daß sie mit andern Abtheilungen in Terracina wechseln sollen. Den lange vergeblich gesuchten Kriegsminister hat man endlich an dem grauenhaften Flüchtling Arezzano gefunden. Der Gemeinsinn der Römer hat sich recht offen am vergangenen Sonntag bei den Municipalwahlen bethätigt; aus Mangel an Theilnahme sind sie resultatlos geblieben und müssen heute wiederholt werden. Mehr Anklang findet vielleicht eine glänzende Illumination des Colosseums, die für den 21., den Geburtstag Roms, angesagt ist. Unerklärlich ist es, woher zu solchen und ähnlichen Spielereien das Geld aufgetrieben wird. Denn abermals muß der Staat eine Anleihe von 200,000 Scudi bei der Bank machen. Das Papier sinkt schon bis zu 30 pCt. Im Publikum glaubt man, daß der Finanzminister Manzoni mancherlei Kostbarkeiten aus dem Staatsvermögen nach England geschafft habe; doch läßt sich dies nicht beweisen.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 30 April. Bei heutiger Abrechnung für Monat April zeigte die Börse im Allgemeinen eine feste Haltung; mit Ausnahme österreichischer Papiere, die wegen ihres Rückgangs zu leeren sich auch hier heute etwas niedriger im Cours stellten, konnte man billig für alle übrigen Fondsgattungen höhere Preisen als gestern bedingen. 5pCt. Metall. blieben 71½, pCt. G., 2½pCt. Metall 39½, pCt., Bürgerbankactien 1162 fl., 500 fl. Loose 126 pCt., 250 fl. Loose 77½, pCt. G. Alle übrigen Anlehensloose gesucht, Kurhessische 40 Rthlr. Loose 27½ Rthlr., Badische 35 fl. Loose sehr beliebt, 25½, fl., do. 50 fl. Loose 45 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22¾, fl., do. 50 fl. Loose 71½, fl., Nassauer 25 fl. Loose 20½, fl., Sardinische Loose 23½, fl., Poln. 500 fl. Loose 73½, Rthlr. Von badensischen Obligationen 4½pCt. Württemberger Obligationen 94½, pCt., do. 3½pCt. 71½, pCt. Bad. 3½pCt. Obligationen 79 pCt., do. 3pCt. bad. vom Jahr 1845 96 pCt. Nassauer 3½pCt. Obligationen 81½ pCt., do. 3pCt. vom Jahr 1849 99½, pCt. Von belgischen Obligationen 2½pCt. belgische 43½, ditto 4½pCt. 83½, ditto 5pCt. 90½, Fr. Holländische 2½pCt. Integralen 49½, pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn gesucht, 33½, Rthlr., Nordbahn 72 pCt., Köln-Mindener 76 pCt., Taunus 251 fl. 3pCt. inländ. Span. schließen heinahe ganz wie gestern Abend 24 pCt. Von Wechseln Amsterdam 100½, Berlin und Leipzig 105½, Paris 95 G., London 120½, lange Sichten bezahlter Devisen etwas höher zu lassen, Mailand 100½, ½, Wiener zu 104½, etwas gemacht und Brief. Abends nach Ausgabe der belgischen Post, welche die Bestätigung von Cabrera's Gefangennehmung von Seiten der französischen Regierung brachte, wurden 3pCt. inländ. Span. in der Effectensocietät zu 21½, à 24½, pCt. verhandelt.

Paris, 28. April. Stand der Rente: 5pCt. 88. 20. — 3pCt. 56. 60. — Rente 88. 20. — Neapol. 87. — Innere Schuld 25 O. — Bankactien 2390. — St. Germain-Eisenbahn 430. — Versailles, rechtes Ufer 212. 50. — Linkes Ufer 177. 50. — Paris-Orleans 847. 50. — Paris-Rouen 572. 50. — Orleans-Bordeaux 410. — Rouen-Havre 290. — Marseille-Avignon 217. 50. — Straßburg-Basel 105 — Nordbahn 453. 75. — Paris-Straßburg 372. 50. — Römisches Anlehen 7⅝, ⅛.

Wien, 27. April. 5pCt. Metall. 85½, — 4pCt. 72. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1125. — 500 fl. Loose 146. — 250 fl. Loose 90. — Nordbahnactien 96. — Glogauer 93. — Mailänder 69.

Bei beschränktem Umsatz keine wesentliche Courtsveränderung in heutiger Börse zu bemerken.

Verantwortlicher Redacteur Dr. H. Walter.

Danksagung.

Die Gemahlin Sr. kaiserl. Hoh. des Durchl. Herrn Erzherzog Reichsverwesers, Frau Baronin v. Brandhofen, hat von hiesigen und auswärtigen Frauen und Jungfrauen, deren Namen noch nachgetragen werden sollen, im Laufe voriger Woche bereits an Charpie, Verbandzeug, Leibwäsche und Leinwand so reiche Gaben erhalten, daß sie für solche Bereitwilligkeit den edlen Geberinnen ihren besten Dank zu sagen sich gedrungen fühlt.

Die Absendung von 5 Kisten und 3 Ballen voll der milden Gaben, nach dem Hauptquartier der deutschen Operationsarmee in Schleswig-Holstein, hat bereits bewerkstelligt werden können. Die fürstl. Thurn- und Taxis'sche Oberpostamts-Verwaltung dahier, so wie das königl. hannov. Generalpost-Directorium zu Hannover, haben mit anerkennungswerther Bereitwilligkeit die portofreie Beförderung dieser Sendungen übernommen.

Fernere Gaben an Leibwäsche, Binden, Socken ꝛc., besonders aber an Bettwäsche, werden mit Dank entgegengenommen und für deren schleunige Beförderung an den Ort ihrer Bestimmung Sorge getragen.

Frankfurt, den 30. April 1849.

Im Namen des Comite
Major v. Abendanz.

In der Beilage zu Nr. 100 der „Oberpostamts-Zeitung" heißt es in dem die Verhandlungen der verfassunggebenden Versammlung des Freistaats Frankfurt am 26. April d. J. betreffenden Artikel u. a.: „Finger beantragt die Streichung des zweiten Theils" (des die Aufhebung des Adels betreffenden Artikels). Nach meinem Antrag sollte der ganze Absatz des Artikels 9 des Entwurfs, welcher besagt: „Der Adel ist aufgehoben. Bei Frankfurter Staatsbürgern werden Adelsbezeichnungen vom Staate weder anerkannt noch gebraucht", gestrichen werden. Meine auch jetzt noch festgehaltene Ansicht über diese Sache begründete ich dadurch, daß außer der Schwierigkeit der vollständig richtigen Durchführung, mir weder angemessen noch nöthig erscheint, hierin weiter zu gehen als die deutschen Grundrechte, welche im Art. II, § 7 sagen: der Adel als Stand ist aufgehoben.

Frankfurt, 30. April. **C. D. Finger.**

[1261] Das Wahlcomite der volksthümlichen Partei von Frankfurt und Sachsenhausen empfiehlt folgende vier freisinnige, erfahrene Männer zu den Neuwahlen für die constituirende Versammlung unseres Freistaates:

Herrn **Joh. Sigismund Boch**, Tuchbereitermeister,
„ **Lorenz Gottlieb Brunner**, Apotheker (in Firma: Dalton & Comp.),
„ Dr jur. **G. F. A. Langer**, Advocat,
„ **Georg Samuel Müller**, Schneidermeister, Zeil.

[1070]

Ausschreiben.

Die Dotation aus der Koppel Levi'schen Stiftung betreffend.

Nach der Rechnung der Koppel Levi'schen Stiftung ist eine Dotation von 400 fl. zur Austheilung gemäß der Anordnung des Stifters bereit. Es werden daher alle diejenigen Verwandtinnen des Stifters, welche hierauf Anspruch zu machen gedenken, aufgefordert, längstens bis zum 1. Juli l. J. bei der unterfertigten Stiftungsverrechnung sich anzumelden, und dabei beglaubigte Zeugnisse vorzulegen

1) in welchem Grade und in welcher Linie sie mit dem Stifter Koppel Levi verwandt sind,
2) ob sie ehelichen sind oder nicht,
3) daß sie kein eigenes oder elterliches Vermögen von 400 fl. besitzen,
4) daß sie ehemündig und noch unverheirathet sind.

Dabei wird bemerkt, daß die Gesuche, welche nicht mit allen oben bezeichneten oder nicht mit gehörig beglaubigten Zeugnissen begleitet sind, so wie die nach der gesetzten Zeit kommenden für diese Periode nicht mehr berücksichtigt werden.

Mannheim, den 11. April 1849.

Die Stiftungs-Verrechnung.
Rosenfeld.

Frankfurt-Hanauer Eisenbahn.

Fahrtenplan für den Sommerdienst 1849 vom 1. Mai anfangend.

Abgang der Bahnzüge:

Von Hanau nach Wilhelmsbad, Mainkur und Frankfurt:

I. Fahrt, Morgens 5½ Uhr mit Anhalt an der Dörnigheim-Hochstädter Vicinalstraße.
III. Fahrt Morgens 8 Uhr.
V. Fahrt „ 10½ „
VII. Fahrt Nachmittags 2 „ mit Anhalt an der Dörnigheim-Hochstädter Vicinalstraße.
IX. Fahrt Nachmittags 4 Uhr.
XI. Fahrt Abends 6 „
XIII. Fahrt „ 8 „
An Sonn- und Feiertagen geht dieser Zug ½ Stunde später, also um 8½ Uhr, ab.

Von Frankfurt nach Mainkur, Wilhelmsbad und Hanau:

II. Fahrt Morgens 7 Uhr mit Anhalt an der Dörnigheim-Hochstädter Vicinalstraße.
IV. Fahrt Morgens 9½ Uhr.
VI. Fahrt Mittags 12½ „ mit Anhalt an der Dörnigheim-Hochstädter Vicinalstraße.
VIII. Fahrt Nachmittags 3 Uhr.
X. Fahrt „ 5 „
XII. Fahrt Abends 7 „
XIV. Fahrt „ 9 „
An Sonn- und Feiertagen geht dieser Zug ½ Stunde später, also um 9½ Uhr, ab.

Frankfurt am Main, im April 1849.

Der Verwaltungsrath der Frankfurt-Hanauer Eisenbahn-Gesellschaft,
in dessen Namen der Director:
Jobel.

Rheinische Dampfschiffahrt.

Kölnische Gesellschaft.

Tägliche Fahrten vom 1. Mai 1849:

Von **Mainz** Morgens **6** Uhr nach **Köln (Düsseldorf, Elberfeld-Hamm)**.
„ **Mainz** „ **8½** „ „ **Köln (Aachen-Düsseldorf)**
☞ Durch die Post- und Schnellschiffe „*Bisthumen*“ und „*Kuhren*“, im Anschlusse an den Eisenbahnzug Morgens 6½ Uhr von Frankfurt.
„ **Mainz** Morgens **10½** Uhr nach **Köln (Minden-Berlin)**
☞ unmittelbar nach Ankunft des zweiten (9½ Uhr) Eisenbahnzuges von Frankfurt.
„ **Mainz** Nachmitt. **2½** Uhr nach **Mannheim**.
☞ Von **Biebrich rheinabwärts** ½ **Stunde später als von Mainz**.
Von **Mannheim** Morgens **6** Uhr nach **Köln**
„ **Coblenz** rheinaufwärts Morgens **6**, **8** und **12** Uhr, rheinabwärts Morgens **6**, **10½** und Nachmittags **12½** und **2½** Uhr.
„ **Köln** Morgens **5½** Uhr nach **Mainz**, Morgens **9½**, Mittags **1** und Abends **10** Uhr nach **Coblenz-Mannheim**, Morgens **5** Uhr nach **Arnheim**
„ **Arnheim** Morgens **6** Uhr nach **Köln, Coblenz, Mainz, Mannheim**. [1247]

Nähere Auskunft und Billete in Frankfurt a. M. bei dem Agenten Herrn **F. Böhm**, Rossmarkt, auf dem Filial-Bureau bei Herrn **G. B. Pelli** auf der Zeil, im Taunus-Bahnhofe, und für die Postreisenden im Postbureau.

Von London nach New-York

expediren wir am 18. Mai das schöne gekupferte Dreimaster-Schiff erster Klasse „Jovan“, von 1250 Tonnen Gehalt, Capitän Radulovitch.

Den Ueberfahrtspreis haben wir billigst gestellt, und sind wir, so wie die nachstehend verzeichneten Herren Agenten zur Ertheilung jeder Auskunft bereit.

London im April 1849. **P. Stiebel & Comp.**, 23 Nicholas-lane.

In Frankfurt a. M. Herr **Moriz J. Stiebel** und Herr Fertsch-Unger.
in Mainz Herren Mohr & Comp. in Köln Herren Zurstrassen & Diesh.
„ Mannheim Herr J. F. Hartmann, „ Strassburg Herr Ernest Ullmann,
„ Rotterdam Herr J. H. de Haast, „ Marburg Herr Adolph Stiebel,
„ Stuttgart Herr L. Emanuel.

[1228]

Königl. Bayer. Donau-Dampfschiffahrt

[1246] zwischen

Regensburg und Linz

im Anschluß an die Oesterreichischen Dampfboote in Linz.

Fahrordnung im Monat Mai 1849:

Von Regensburg nach Linz jeden Tag ungeraden Datums, Abfahrt früh 5 Uhr.
„ Linz „ Passau „ „ „ „ „ nach Ankunft des Dampfbootes von Wien.
„ Passau „ Regensburg „ „ graden „ „ früh 4 Uhr.

[999] **C. P. SCHOTT,**

Pasteetenbäcker, große Sandgasse Nr. 25,

empfiehlt sich mit täglich frischen Pasteten von Kalbfleisch und Schinken, kleinen Fleisch- und Sardellen-Pastetchen, spanisch Brod und Obstkuchen; ferner mit Gänseleber in Gelee und Pariser Cayennen-Presskopf, in Portionen und im Ganzen.

Ferner mit Vol au vents und russischen Vol au vents, leer oder mit Ragout gefüllt, Zuo- und Milch-Pasteichen und immer vorräthiger Fleischgelee à 48 kr. pr. Pfund

Um ganz nach Wunsch bedient zu werden, bitte man, kalte Pasteten drei Tage vorher zu bestellen besonders wenn dieselben versendet werden sollen.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustteig von Georgé in Epinal, welcher derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditor Schmitt, große Sandgasse, zu haben.

Commissionäre sind: Hr. Confitor J. C. Schlemmer in Mainz. [1118]

☞ **Ein junger wissenschaftlich gebildeter Mann sucht eine Stelle als Correspondent auf einem Geschäftsbüreau oder in einem Handlungshause. Gefällige Offerten unter der Ziffer „S. 18818“ besorgt die Redaction d. Bl.** [1164]

[116] **Ein- und Verkauf von Staatspapieren und Staatslotterieloosen bei**
Julius Stiebel junior.

[1143] Zeil, Nr. 61 neu, erster Stock, sind drei möblirte Zimmer zu vermiethen.

[1220]

Zu verkaufen

ist ein großes Haus in bester Lage der Stadt. Nähere Auskunft ertheilt Herr Dr. **J. J. Römer**, Advocat

[1216] Un chasseur une bonne et entante, une française, qui parle bien la langue, S'adresser Fahrgasse I. 8 Au 8 partout au comptoir, ou au jardin Rothschild Sandweg à coté de la fabrique de Monsieur Landhammer.

Große Braunschweiger Lotterie.

Ziehung ist und Hauptkasse vom 3—19. Mai 1849
Unser **14.400** Loosen hatten diese Lotterie **6400** Gewinne von 4 **88,000**, **53,000**, **35,000** **17,500**, **8800**, **3000** **3500**, **4400** 2 à **3500**, 2 à **2100**, 20 à **1000** ꝛc. In dieser in jeder Hinsicht schön dotirten Lotterie empfehle ganze Loose à fl. 56, ½ à fl. 28, ¼ à fl. 14, so wie mit Vertheilung auf Gewinne unter 100 Thaler ganze à fl. 32, ½ à fl. 16, ¼ à fl. 8. [1127]

Julius Stiebel jun., Hauptcollecteur,
Büreau Wollgraben in Frankfurt a. M.

[1172] **Bekanntmachung.**

Der Zeugschmiedgeselle Reinhard Kranz von Hallau hat um Entlassung aus dem Nassauischen Unterthanenverbande zum Zwecke der Auswanderung nach Amerika nachgesucht.

Es wird dieses hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, damit etwaige Gläubiger desselben alsbald ihre Rechtsansprüche gegen denselben wahren können.

Hochheim, den 17. April 1849.

Herzoglich Nassauisches Amt.
Giese

[1198] **Oeffentliche Ladung.**

Nachbenannte 15 in der Gemarkung Niedererlenbach liegende Güterstücke, nämlich:

Ordn. Nr.	Lagerbuch Bd	S	Gew.	Nr.	Bezeichnung. Flächengehalt Ut	Rth	Sch	Beschreibung und Lage der Grundstücke, auch darauf haftende Grundlasten, soweit letztere ins Lagerbuch eingetragen sind
8	1	12	1	25a	1	22	5	Acker im Buchbaumfeld über den Weg an das Kornamt 2½ Gesch. Korn.
9	1	224	20	672	1	10	53	Acker links den Thalackern auf der Hohenbrück an das Kornamt 2 Gesch. Korn.
10	2	4	40	1224b	1	20	95	Acker im hintersten Rad auf der Grenz,
11	2	112	52	1345	1	26	87	„ in dem Hellingsberg,
12	3	99	97	2721a†	1	7	50	„ Schlüssel in der Lachgewann,
13	3	445	128	3719b	1	22	51	„ heinrich der Bildeler Straße.
14	4	291	112	3313a	—	27	69	Baumstück bei dem Dirbemeg,
15	4	350	113	3303	1	6	94	„ hinzu den Bergen,
16	4	703	10	3175b	—	1	62	Wiese an dem Bändberg an das Hospital 1 heß
17	4	785	111	3286	—	15	24	„ hinzu den Bergen,
18	4	447	74	2048a	—	6	72	„ an dem Felchen.
19	4	211	76	2169	—	39	47	Baumstück rechts dem Mühlweg,
20	5	102	17	508a	—	2	64	Grabgarten hinzu dem Hornsteeg,
21	5	229	74	2068a	—	7	60	„ auf der Hohenstadt,
22	5	254	74	2012a	—	7	68	Garten rechts der Gandgasse,

sind in den Lager- Ab- und Zuschreibe-Büchern der Gemarkung Niedererlenbach auf den Namen der verstorbenen Catharina Amberger daselbst eingetragen, in den amtlichen Transcriptionsbüchern dagegen nicht umgeschrieben. Ebensowenig können Eigenthumsurkunden vorgelegt werden.

Auf Antrag der Wittwe Anna Margaretha Amberger, geb. Schupp, der alleinigen Erbin der Catharina Amberger, werden daher Alle, welche Ansprüche auf vorstehende Güterstücke zu haben vermeinen, aufgefordert, solche

binnen drei Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte geltend zu machen, indem sonst nach Ablauf dieser Frist obengedachte Güterstücke als der Catharina Amberger gehörig in die amtlichen Transcriptionsbücher eingeschrieben werden sollen. Frankfurt a. M., den 18. April 1849.

Das Stadt-Gericht II
Schöff Dr. Böhmer.
Dr. Epstein, 1r. Secr

[1182] **Steckbrief.**

Da der Fabrikant Ludwig Knocke von Bornheim und dessen Ehefrau Anna Christine geb. Müller, über deren Vermögen Gant erkannt worden ist, der am 17. Januar d. J. erlassenen Ladung nicht nachgekommen und sich bis jetzt nicht dahier eingefunden haben, so werden hiermit die betreffenden Behörden, in deren Bezirken sich die genannten Knocke'schen Eheleute etwa sollten betreten lassen, ersucht, dieselben einziehen und unter ablieferu zu lassen.

Frankfurt a. M., den 11. April 1849.

Stadtgericht I.

Signalement des Knocke:

Alter: 40½ Jahr.
Größe: 5 Schuh 4 Zoll rhein. Maß
Haare: braun
Stirn: offen.
Augenbrauen: blond.
Augen: braun.
Nase: mittel.
Mund: ditto.
Bart: röthlich braun.
Kinn: rund
Gesicht: oval.
Gesichtsfarbe: gesund.

[1210] **Edictalladung.**

Nachdem bei vorliegender Ueberschuldung und nach gepflogenem Gütervergleiche über den Nachlaß der verstorbenen Juliane Maurer Ludwig Stanger und Marianne, geb. Mentinger, in Rudigheim der förmliche Concurs erkannt worden ist, so werden sämmtliche Gläubiger des gedachten Nachlasses, sie mögen sich bereits gemeldet haben oder nicht, hierdurch vorgeladen, ihre Ansprüche entweder in Person oder durch gehörig bevollmächtigte Vertreter in dem, zur förmlichen Schuldenliquidation auf

den 15 Mai d. J.,
Morgens von 10 bis 12 Uhr,

vor das unterzeichnete Gericht angesetzten Termine unter dem Rechtsnachtheile der Ausschließung von diesem Verfahren, anzumelden, und mittels Vorlage der in Händen habenden Urkunden und sonst gehörig zu begründen

Amoeneburg, den 28 März 1849.

Kurfürstl. Hess. Justiz-Amt.
Melching

[1130] **Edictalladung.**

In der Concursache des Metzgers Johann Löffler II. zu Heppenheim wird Liquidationstermin auf

Dienstag den 15 Mai l. J.,
Vormittags 8 Uhr,

bestimmt, worin alle Forderungen und sonstige Ansprüche an die Masse bei Meidung des stillschweigend erfolgenden Ausschlusses zu begründen sind.

Lorsch am 10. April 1849.

Großherzogl. Hess. Landgericht das.
Sartorius.

[472] **Edictalladung.**

Der Kaufmann Philipp Würschmidt von hier, Mitinhaber der Handlungsfirma: „Würschmidt und Böcker zu Grebendorf“ hat dahier angezeigt, daß das Vermögen dieser Handelsgesellschaft zu Bezahlung der Schulden derselben nicht ausreiche.

Es werden daher alle Gläubiger dieser Handelsgesellschaft vorgeladen, zur Liquidation ihrer Forderungen unter Vorlage der darüber sprechenden Urkunden, sowie zum Versuch einer gütlichen Vereinigung zum Zwecke der Abwendung des förmlichen Concurses und eventuell zur Erklärung, ob der vorläufige Curator Stadtrecipist Neumann dahier, definitiv beibehalten oder wer sonst als Curator bestellt werden soll, unter dem Rechtsnachtheil auf

den 9. Mai d. J., Vormittags 9 Uhr

anher vorgeladen, daß die Nichterscheinenden, oder früh wieder abgehenden dem Beschlusse der Mehrheit der übrigen beitretend erachtet werden.

Zugleich wird bekannt gemacht, daß dem Mitinhaber dieser Handlungsfirma Würschmidt jede Verfügung über das Vermögen untersagt worden sei, mithin Zahlungen an ihn gültig nicht mehr geleistet werden können, der Mitinhaber Böcker aber nach Golda verstorben ist.

Eschwege am 22. März 1849

Kurfürstl. H. H. Justizamt I.
Ewald.

Vegl.

[1017] **Edictalladung.**

Dienstliche oder persönliche Ansprüche an die Concursmasse des Johannes Nicolai und dessen Ehefrau Margaretha geb. Lehr, ferner an das Vermögen seiner 1. Ehefrau, Marie Elisabethe geb. Lärpler, und seiner 2. Ehefrau, Margarethe geb. Lärpler, sind

Dienstag, den 8. Mai 1849,
Morgens 8 Uhr,

dahier zu liquidiren, bei Vermeidung des Rechtsnachtheils des ohne weiteres Decret eintretenden Ausschlusses von der vorhandenen Masse.

Usingen, den 29. März 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Kramer.

[1062] **Edictalladung.**

Nachdem über das Vermögen des Peter Martin und dessen Ehefrau Eva geb. Scholl von Oberhattert dermalen zu Rauenthal temporär sich aufhaltend, der Concursproceß rechtskräftig erkannt worden ist, werden Alle, welche tägliche oder persönliche Forderungen an der vorhandenen Masse zu machen haben, hiermit aufgefordert, solche

Montag den 14. Mai l. J., Morgens 9 Uhr

vor dem unterzeichneten Amte zu liquidiren, bei Vermeidung des von selbst eintretenden Rechtsnachtheils des Ausschlusses von der vorhandenen Masse.

Hachenburg, den 10. April 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Hammer.

Druck von August Osterrieth.

(Hierzu Kunderfactionsblatt und Beilage.)

Digitized by Google

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Dienstag (Beilage zu Nro. 103.) 1. Mai 1849.

Neue Erklärung der k. preußischen Regierung in der Reichsverfassungsfrage.

Berlin, 29. April. Unter diesem Datum enthält die neueste Nummer des „Preuß. Staatsanzeiger" folgendes: Die königl. Regierung hat unter gestrigem Datum folgendes Schreiben an den königl. Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt erlassen:

„Als Sr. Majestät dem Könige durch die Deputation der deutschen Nationalversammlung am 3. d. M. die Botschaft von der auf ihn gefallenen Wahl zum deutschen Kaiser überbracht wurde, sprach Se. Majestät, im Gefühle der hohen Bedeutung des Augenblicks für die ganze Zukunft Deutschlands, feierlich aus, daß er in dem an ihn ergangenen Rufe die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes erkenne und den Werth des ihm durch dieses Vertrauen gewordenen Anrechts zu schätzen wisse, daß er aber ohne das freie Einverständniß der Fürsten und der freien Städte Deutschlands eine Entschließung nicht fassen könne, welche für sie und die von ihnen regierten deutschen Stämme die entscheidendsten Folgen haben müsse.

Dieser Antwort des Königs gemäß, hat die Regierung Sr. Majestät an demselben Tage an sämmtliche deutsche Regierungen die Einladung ergehen lassen, sich offen und umfassend über ihre Absichten und Wünsche auszusprechen.

Sie hat dieselben um bestimmte Erklärungen sowohl über die Sr. Majestät zugedachte Stellung, als über die ganze aus den Berathungen der Nationalversammlung hervorgegangene Verfassung ersucht; sie hat es dabei nicht verhehlt, daß sie selbst diese eben erst durch rasche Beschlüsse zur Vollendung gelangte Verfassung einer reiflichen Prüfung und gründlichen Erwägung unterziehen müsse, ehe sie dem Könige ihren Rath über die Annahme derselben vorlegen dürfe.

Indem die königliche Regierung diesen Weg einschlug, ist sie den Grundsätzen treu geblieben, welche sie von Anfang an für ihr Verfahren in der großen Angelegenheit der Neugestaltung der deutschen Verfassung sich vorgezeichnet hatte, und welche sie eben so offen und klar ausgesprochen, als mit ernster und aufrichtiger Consequenz festgehalten zu haben, sich bewußt ist.

Diese Grundsätze sind in der Note vom 23. Januar d. J. niedergelegt. — Sie beruhen auf der gewissenhaften Achtung aller Rechte der Regierungen, wie der Nationalversammlung, und auf der tiefgewurzelten Ueberzeugung, daß es vorzugsweise Preußens Beruf sei, auf dem Wege des Rechts und Friedens auf die von der Nation geforderte Einheit, Freiheit und Macht Deutschlands hinzuwirken. Aus dieser nie verleugneten Ueberzeugung ging die Erklärung hervor, daß die Verfassung Deutschlands nur auf dem Wege der Verständigung zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung festgestellt werden müsse, und der Entschluß, zu dieser Verständigung selbst die Initiative zu ergreifen. Indem Preußen sich bereit zeigte, alle im Interesse der Gesammtheit von ihm zu verlangenden Dienste dem deutschen Vaterlande, auch mit eigenen Opfern, zu erweisen, und zugleich den festen Entschluß aussprach, keine ihm angebotene Stellung anzunehmen, als mit freier Zustimmung der verbündeten Regierungen, durfte es als Lohn für seine uneigennützigen Bestrebungen hoffen, daß durch ein einträchtiges Zusammenwirken der Regierungen das große Werk der deutschen Verfassung zu Stande kommen werde.

Die königliche Regierung betrat daher mit Vertrauen und Zuversicht diesen Weg der Verständigung, auf welchem die Mehrzahl der übrigen Staaten sich ihr mit demselben Vertrauen anschlossen. Sie erkannte das aus den Berathungen der Nationalversammlung in erster Lesung hervorgegangene Werk seiner vollen Bedeutung nach an, indem sie die Ueberzeugung aussprach, daß der Entwurf im Wesentlichen die Grundlagen eines kräftigen und den Anforderungen der Zeit gemäß gestalteten Bundesstaates enthalte; sie mußte aber nach gewissenhafter Prüfung desselben auch erklären, daß sie Abänderungen desselben für nothwendig und zum Heile des Ganzen, wie der Einzelnen, erforderlich halte. Die Gesichtspunkte von welchen sie bei diesen Abänderungsvorschlägen ausging, sind in der Instruction vom 16. Februar dahin ausgesprochen, daß es darauf ankomme:

1) Die Competenz der Bundesgewalt genauer zu begränzen, innerhalb dieser Competenz aber ihr eine kräftige Handhabung zu sichern;
2) Die Existenz der Einzelstaaten als selbstständige Organismen möglichst zu wahren und sie nicht weiter zu beschränken, als zur Erreichung der wesentlichen Bedingungen des Bundesstaats nothwendig sei.

Diese Gesichtspunkte waren nicht auf das augenblickliche Bedürfniß berechnet, sondern liegen so wesentlich in der Natur der Sache und der eigenthümlichen Verhältnisse Deutschlands, daß die Königliche Regierung dieselben unter allen Umständen festhalten mußte und davon nicht abgehen konnte, ohne die Gesammtentwickelung Deutschlands auf das Ernstlichste zu bedrohen. Eine Verfassung, welche diese Grundlagen beseitigte, könnte Deutschland nicht zum Heile gereichen.

Die meisten deutschen Regierungen schlossen sich den Abänderungsvorschlägen Preußens an, welche sich auf dasjenige beschränkten, was aus den oben aufgestellten Grundsätzen mit unabweisbarer Nothwendigkeit hervorging; andere haben besondere Vorschläge an das Reichsministerium gelangen lassen, welche aber im Wesentlichen von denselben Gesichtspunkten ausgehen.

Die Regierungen gaben diese Anträge der Nationalversammlung hin, in dem Vertrauen, daß dieselbe sie einer eingehenden, gründlichen Berathung und Berücksichtigung würdigen werde. Wir können noch jetzt die Ansicht nicht aufgeben, daß, wenn dies in der erwarteten Weise geschehen wäre, eine Verständigung würde zu erzielen gewesen sein.

Es hätte alsdann aus der gemeinsamen Arbeit der Nationalversammlung und der Regierungen der Bau einer Verfassung hervorgehen können, unter deren Schutz alle deutschen Stämme einer gemeinsamen, tüchtigen Entwickelung entgegengegangen wären. Und wenn einzelne deutsche Staaten noch durch ihre eigenthümlichen Verhältnisse an der Theilnahme daran verhindert worden wären, so hätte sich doch durch die Mitwirkung der Nationalversammlung und eine redliche Verständigung der Regierungen unter einander auch innerhalb des großen, bestehenden und unter allen Umständen heilig zu achtenden Bundes eine engere Gemeinschaft bilden können, welche denen, die sich ihr angeschlossen, die Gelegenheit und die Bedingungen zu einer kräftigeren Entfaltung nach innen und außen dargeboten hätte.

Preußen hatte, nach der einen wie nach der anderen Seite hin, gethan, was an ihm war, um die Verständigung herbeizuführen. Es wartete mit Ruhe und Vertrauen die Beschlüsse der Nationalversammlung ab; es hat nicht versucht, irgend welchen weiteren Einfluß auf ihre Berathungen auszuüben, sondern dem Patriotismus und der Weisheit der Vertreter des deutschen Volkes vertraut. Die königl. Regierung hielt an dem eingeschlagenen Gange ihrer Politik um so freudiger fest, als die allgemeine Stimme des preußischen Volkes sich auf unzweideutige Weise damit einverstanden erklärt hatte.

In dieser Stellung fand sich die königliche Regierung, stark durch die Loyalität und die Treue, mit der sie an den von ihr selbst aufgestellten Grundsätzen des Rechts und der Versöhnung festhielt, als die Beschlüsse der Nationalversammlung über die zweite Lesung der Verfassung und die Wahl Sr. Majestät des Königs erfolgten.

Diese Beschlüsse bewiesen, daß die National-Versammlung auf den von uns dargebotenen Weg der Verständigung nicht eingegangen war. Die Vorschläge der Königl. Regierung, so wie die der übrigen, waren gar keiner Berathung im Schooße derselben unterzogen; sie hatten selbst nicht in dem Maße, wie sie durch den vorbereitenden Ausschuß aufgenommen waren, bei der Versammlung selbst Berücksichtigung gefunden; dagegen waren wesentliche Bestimmungen des früheren Entwurfs in beeilter Beschlußnahme weggefallen, andere aufgenommen, welche dem ganzen Werke einen durchaus neuen Charakter verliehen. Als der Schlußstein dieses neuen Werks war die Wahl Sr. Majestät des Königs zum Kaiser vorgenommen, und das so vollendete Ganze als ein unantastbarer Organismus zur Annahme hingestellt und Sr. Majestät dem Könige dargeboten.

Die Königliche Regierung mußte sich in diesem ernsten Augenblick die Frage vorlegen: ob sie dadurch sich veranlaßt fühlen dürfe, auch ihrerseits von dem bisherigen Wege abzuweichen und dem Könige zu einer unbedingten Annahme des Dargebotenen zu rathen?

Sie hat diese Frage nach Pflicht und Gewissen beantwortet.

Der Weg, den sie hätte verlassen sollen, war der Weg des Rechtes und des Friedens, der Consequenz und der Treue. Se. Majestät der König selbst haben keinen Augenblick daran zweifeln können, daß auf diesem Wege allein für Deutschland, für Preußen, für Ihn selber und Sein Haus Heil und Ehre zu finden sei. Diesen Standpunkt haben daher auch die Antwort des Königs an die Deputation und das Circular der Königlichen Regierung von demselben Tage offen und aufrichtig festgehalten.

Von eben diesem Standpunkte aus sieht Se. Majestät der König erst jetzt, nachdem die durch jenes Circular erbetenen Erklärungen der verbündeten Regierungen erfolgt, und unsererseits die Bestimmungen der in zweiter Lesung beschlossenen Verfassung noch der gründlichsten und sorgsamsten Erwägung unterzogen worden sind, sich in der Lage, Seinen definitiven Entschluß über den an Ihn ergangenen Ruf der National-Versammlung auszusprechen.

Die Erklärungen der deutschen Fürsten und Regierungen haben gezeigt, wie weit die Ansichten, namentlich in der Oberhauptsfrage, auseinandergehen, und wie wenig Hoffnung auf Erzielung eines umfassenden Einverständnisses vorhanden war. Während einzelne Fürsten mit einem Vertrauen, welches Se. Majestät nur mit hoher Genugthuung anerkennen kann, den Wunsch ausgesprochen haben, der König möge die dargebotene Krone annehmen: haben Andere in der Errichtung eines erblichen Kaiserthums selbst die größte Gefahr für Deutschland erblickt, und ihre Absteigung oder ihren festen Entschluß ausgesprochen, einem anderen deutschen Fürsten als Kaiser sich nicht unterzuordnen. Die bedeutendsten deutschen Regierungen haben die Verfassung in der Form, wie sie vorliegt, nicht annehmen zu können erklärt.

Dagegen hat eine große Anzahl deutscher Regierungen die Bedenken, welche sie früher mit uns getheilt, jetzt um der Dringlichkeit der Umstände willen aufgeben zu müssen geglaubt, und noch ehe wir die Berathungen mit ihnen eröffnen konnten, sich gegen das Reichsministerium dahin erklärt, daß sie die Verfassung unbedingt anzunehmen und Veränderungen derselben nur auf dem in ihr selbst bestimmten Wege zuzulassen bereit seien. Sie sind dabei von der durch den Erfolg nicht bestätigten Voraussetzung ausgegangen, daß dieselbe durch den Beitritt der übrigen Staaten in ganz Deutschland wirklich zur Geltung kommen werde.

Es ist schon oben angedeutet worden, daß diese Verfassung bei der zweiten Lesung in ihren Grundlagen wesentlich modificirt worden sei, und zwar nach einer Richtung hin, welche es der Königlichen Regierung unmöglich machte, Sr. Majestät die Annahme derselben zu rathen. Dies hat das Ministerium schon der eigenen Landes-Vertretung gegenüber erklärt. Die weitgreifenden Bestimmungen des ersten Entwurfs über die Befugnisse der Reichsgewalt zum Eingreifen fast in alle inneren Verhältnisse der einzelnen Länder, welche eine selbstständige Verwaltung der letzteren unmöglich machen und sie mit der Zeit absorbiren würden, sind nicht beseitigt worden. Die in die Verfassung aufgenommenen Grundrechte enthalten einzelne, so tief eingreifende und in mancher Hinsicht noch zweifelhafte Grundsätze, daß es bedenklich scheinen muß, dieselben, als für alle Zeiten bindend, den einzelnen Staaten aufzudrängen. Daneben ist den letzteren durch den Wegfall des ganzen Kapitels vom Reichsrath jede Mitwirkung bei der Ausübung einer sie selbst so vielfach nahe berührenden Executivgewalt genommen; und dennoch ist dem so isolirt und in scheinbar einziger Machtvollkommenheit hingestellten Reichs-Oberhaupte durch die Annahme des suspensiven Veto und die Ausdehnung desselben selbst auf Verfassungs-Aenderungen in Wahrheit eine Stellung gegeben, bei der weder die Würde, noch die zum Heile des Ganzen, wie der Einzelnen erforderliche Macht gewahrt werden kann. Das constitutionell monarchische Princip, an welchem die große Mehrzahl des deutschen Volkes mit Liebe und Vertrauen festhält, ist durch diese Stellung in seinem Wesen bedroht; und in Verbindung mit dem alle Schranken niederwerfenden Wahlgesetz erhält die ganze Verfassung dadurch einen Charakter, welcher sie nur als das Mittel erscheinen läßt, um allmälig und auf anscheinend legalem Wege die oberste Gewalt zu beseitigen und die Republik einzuführen.

Durch die Annahme einer solchen Verfassung würde die königliche Regierung nicht nur die oben als maßgebend bezeichneten Gesichtspunkte gänzlich verleugnet, sondern auch die besonneren, nach wahrer Freiheit strebenden und conservativen Elemente Preußens und Deutschlands in ihrem innersten Wesen verletzt haben.

Ein Hinweggehen über diese ernsten Bedenken um des Drangs augenblicklicher Schwierigkeiten und Gefahren willen würde um so weniger zu rechtfertigen sein, als es sich nicht allein um die Befriedigung eines augenblicklichen Bedürfnisses, sondern um die Schaffung eines Werkes handelt, welches durch sein eigenes Wesen Dauer verbürgen und die Zukunft Deutschlands sicher stellen wird.

Se. Majestät der König hat sich demnach nicht verhehlen können, daß die Vorbedingungen fehlen, welche allein Ihm eine Annahme der auf Ihn gefallenen Wahl möglich machen konnten; und in ernster Erwägung der Pflichten, welche Ihm gegen Deutschland und gegen sein eigenes Land obliegen, so wie der Verantwortlichkeit, welche auf Ihm persönlich dabei ruhen würde, hat Er Sich in Seinem Gewissen nicht für berechtigt halten können, an Sein Land und Volk diejenigen Anforderung zu machen, welche diese neue Stellung bedingt haben würde, und hat Sich daher mit dem Rath Seines Staats-Ministeriums entschlossen, die auf Grund der in Frankfurt beschlossenen Verfassung Ihm dargebotene Kaiserwürde abzulehnen.

Es sind nicht die schweren Pflichten, es sind nicht die Opfer, welche dieselbe Ihm auflegen würde, vor denen der König zurückscheut. Deutschland hat von seinen Fürsten jedes Opfer zu fordern, außer dem des Rechtes, der Wahrheit und der Treue; ein solches Opfer würde niemals zum Heile des gemeinsamen Vaterlandes gereichen. Se. Majestät hegt daher auch das feste Vertrauen, daß sowohl die National-Versammlung, wie die ganze deutsche Nation die Gesinnung anerkennen werden, aus welcher Sein Entschluß hervorgegangen ist.

Wie der König selbst unter den Ersten gewesen ist, aus freier Entschließung zu der Neugestaltung Deutschlands zu einem kräftigen Bundesstaat die Hand zu bieten, so wird er auch der Letzte sein, an dem Gelingen dieses großen Werks zu verzweifeln. Preußen wird sich unter keinen Umständen von dem Werke der deutschen Einigung zurückziehen, vielmehr auch jetzt alle Kraft aufbieten, um dasselbe zu fördern. Die königliche Regierung hat zuerst den Weg der Verständigung eingeschlagen, und wenn gleich ihre bisherigen Bemühungen ohne ihre Schuld fruchtlos geblieben sind, so will sie doch denselben nicht aufgeben und erklärt daher ihre fortwährende Bereitwilligkeit, auf jede Verständigung einzugehen. Wie wir schon am 23. Januar die Ansicht ausgesprochen haben, daß die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen und umfassenden deutschen Einheit nicht nothwendig sei: so können wir auch jetzt nur an der Ueberzeugung festhalten, daß die Ablehnung derselben durch Se. Majestät den König keine Gefährdung, vielmehr eine Förderung dieser Einheit sein werde. Wenn die Nationalversammlung uns wirklich in gleichem patriotischen Sinn entgegenkommen will, so liegt es noch immer in ihrer Hand, der Verfassungsangelegenheit eine solche Wendung zu geben, daß die Regierungen sich mit ihr verständigen und unter ihrer Mitwirkung und auf dem Wege der Vereinbarung die von einer ruhigen Erwägung der deutschen Verhältnisse geforderten Modificationen zu Stande kommen können.

Daß es überhaupt möglich sein müsse, auf die Berathung der Verfassung noch einmal zurückzukommen und Modificationen derselben ins Auge zu fassen, wird, glauben wir, schon

darum die Nationalversammlung selbst nicht verkennen, weil sie sich nicht wird verhehlen können, daß der § 1 der Verfassung in jedem Falle sich nur durch Gewalt, auf dem Wege des Krieges oder der Revolution, würde ins Leben führen lassen; eine Aufgabe welche die Nationalversammlung sich so wenig stellen wird, wie irgend ein deutscher Fürst es thun könnte.

Indem ich Ew. ꝛc. die vorstehende Mittheilung über den definitiven Entschluß Sr. Majestät des Königs mache, ersuche ich Sie, dieselbe im Namen der königlichen Regierung abschriftlich zur Kenntniß der provisorischen Centralgewalt und durch dieselbe der National-Versammlung zu bringen.

Berlin, den 28. April 1849.

Der Ministerpräsident.
(gez.) Graf von Brandenburg.

An
den Königl. Bevollmächtigten bei
der provisorischen Centralgewalt
für Deutschland Herrn Wirklichen
Geheimen Rath Camphausen
Excellenz
zu
Frankfurt a. M."

Wasser-, Molken- und Trauben-Curanstalt.

Gleisweiler

bei Landau in Rheinbayern.

(3 Fahrstunden von Mannheim entfernt.)

Zum Gebrauch der Wasserkur ist genannte Heilanstalt das ganze Jahr über, zum Gebrauch der Ziegenmelken vom 1. Mai bis 1. November geöffnet.

Betreffende Prospectus ertheilt die Expedition dieses Blattes gratis, jede nähere Auskunft der unterzeichnete Arzt der Anstalt unter der Adresse [621]

Dr. L. Schneider zu Landau in Rheinbayern.

[741] Zur Beförderung von Personen und Waaren von ab **Köln** vermittelst der Rheinischen, Belgischen und Französischen Nordbahn nach **Aachen, Brüssel, Antwerpen, Paris, Calais** und **Havre** werden die nöthigen Anleitungen und Tarife bei mir unentgeltlich ertheilt.

Frankfurt, im März 1849.

Franz Jos. Böhm Sohn.

Taunus-Eisenbahn.

[1212]

Fahrtenplan für den Sommerdienst 1849 vom 1. Mai anfangend.

Abfahrtstunden.

von Frankfurt			von Castel (Mainz)			von Wiesbaden			von Biebrich		
nach Castel	nach Biebrich	nach Wiesbad.	nach Frankfurt	nach Biebrich	nach Wiesbad.	nach Biebrich	nach Castel	nach Frankfurt	nach Castel	nach Frankfurt	nach Wiesbad.
Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.	Vorm.
6¼	6½	6½	6½	7½	7½	6	6	6	6	6	7½
9½	9½	9½	9	10½	10½	8½	8½	8½	8½	8½	10½
11½	11½	11½	11½	12½	12½	11	11	11	11	11	12½
Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.	Nachm.
3	3	3	3	4½	4½	2½	2½	2½	2½	2½	4½
5½	5½	5½	5½	6½	6½	5	5	5	5	5	6½
8½	8½	8½	8½	9½	9½	8	8	8	8	8	9½

Außer vorstehenden Fahrten finden noch folgende Extrafahrten statt:

Täglich: Ein Güterzug von **Frankfurt** nach **Castel** und vice versa (mit Ausschluß der Sonn- und Festtage) um 12½ Uhr Mittags.
☞ Mit diesen Güter-Zügen können auch Personen in 3. und 4. Wagenklasse befördert werden.
Von Castel (Mainz) nach Biebrich und Wiesbaden
" Biebrich nach Wiesbaden . . . . . } um 2 Uhr Nachmittags.

An Sonn- und Festtagen:

Von **Frankfurt** nach Höchst um 1½ Uhr Nachmittags.
" **Castel** nach **Wiesbaden** " 3½ " "
Von **Wiesbaden** nach **Biebrich** u. **Castel (Mainz)**
" **Biebrich** nach **Castel (Mainz)** . . . . . } um 7½ Abds.

☞ An Sonn- und Festtagen findet die letzte Abfahrt auf allen Stationen eine halbe Stunde später statt, demnach:
Von Frankfurt nach Castel (Mainz), Biebrich und Wiesbaden um 9 Uhr Abends. — Von Castel (Mainz) nach Frankfurt um 9 Uhr Abends. — Von Wiesbaden nach Biebrich, Castel (Mainz) und Frankfurt um 8½ Uhr Abends. — Von Biebrich nach Castel (Mainz) und Frankfurt um 8½ Uhr Abends. — Von Castel (Mainz) nach Biebrich und Wiesbaden um 10½ Uhr Abends. — Von Biebrich nach Wiesbaden um 10½ Uhr Abends.

Frankfurt am Main, im April 1849.

Der Verwaltungsrath der Taunus-Eisenbahn-Gesellschaft,
in dessen Namen der Director:
Bell.

[1057] Die Unterzeichneten beabsichtigen ihr im königl. preuß. Regierungsbezirke Erfurt — Kreis Langensalza — belegenes Rittergut Freienbessingen im Ganzen oder in kleinen separirten Parzellen meistbietend zu verkaufen und haben hierzu einen Termin auf

den 7. Mai 1849, Vormittags 10 Uhr,

auf dem Gute selbst anberaumt. Das Gut hält circa 1500 Magdeburger Morgen dem Ost- und Kartoffeln- und Futterkräuterbau sehr zusagendes Ackerland, auch Wiesen, Lustenwald, mehrere Gutsgebäude und Gärten, Natural- und Geldrenten u. s. w.

Die Verkaufsbedingungen sind hier bei den Unterzeichneten, ferner beim Pächter Panse in Freienbessingen, so wie bei dem Herrn Regierungs-Geometer Paul in Ohrdruff einzusehen, auch auf frankirte Briefe in Abschrift zu erhalten.

Erfurt, am 7. April 1849.

Gebrüder Ziegler.

Dampfschiffahrt für den Nieder- und Mittel-Rhein.

Düsseldorfer Gesellschaft.

[1264] Vom 1. Mai 1849 fahren die Boote täglich:

Von **Mainz** Morgens 7¾ Uhr
" **Biebrich** * " 8 "
nach **Cöln** *„Schnellboot"* (*Aachen, Düsseldorf* und *Elberfeld*)
☞ * **unmittelbar** n. Ankunft des 1. Zuges (6¼ U.) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Vormitt. 10½ Uhr
" **Biebrich** " 11 "
nach **Cöln** und **Düsseldorf** (sowie wochentlich 4mal direct nach **Rotterdam**, 3mal n. **London**)
☞ **unmittelbar** n. Ankunft des 2. Zuges (9 Uhr) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Mittags 12¾ Uhr
" **Biebrich** † " 1 "
nach **Cöln** *„Schnellboot"* (*Düsseldorf, Minden-Berlin* u. s. w.)
☞ **unmittelbar** n. Ankunft des 3. Zuges (11¼ U.) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Vormitt. **11** Uhr nach **Mannheim** *„Schnellboot"* (*Carlsruhe*) (*Neustadt* u. s. w.)
☞ im Anschluss an den 2. Zug (9 Uhr 5 Min.) von **Frankfurt**.

Von **Mainz** Abends **10** Uhr nach **Mannheim** (*Neustadt* u. s. w.) (*Basel*)
☞ **unmittelbar** n. Ankunft des 6. Zuges (8½ U.) v. **Frankfurt**.

Nähere Auskunft und **Billete** von **Frankfurt** nach allen Stationen bis **London** und **Basel** in Frankfurt am Main

bei dem Agenten Herrn **Georg Krebs**, Zeil, der Post gegenüber,
Herrn Thomas Fletcher bei den Herren Gogel, Koch & Comp., Rossmarkt,
und auf dem **Expeditions-Bureau** im **Taunus-Eisenbahnhof**.

NB. Um jeden Zeitverlust in Biebrich und Mainz zu vermeiden wird gebeten sich bereits in Frankfurt mit Dampfschiff-Billeten zu versehen.

Grosse Preisermässigung nach London:

Von **Mainz** oder **Biebrich** Salon Rthlr. 11. 14 Sgr., Vorcajüte Rthlr. 6. 17 Sgr.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[1148] **Edictalladung.**

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des verstorbenen hiesigen Bürgers und Sauerwasserhändlers Gerhard Bausch, auch Pasch, und dessen gleichfalls verstorbenen ersten und zweiten Ehefrau, der Anna Catharina, geb. Kellner, und der Philippine Catharina, geb. Feig, Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hiermit vorgeladen, solche binnen

zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen, zum Theile auswärts wohnenden Erben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 16. April 1849.

Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Böhmer.
Dr. Eyssen, Ir. Secr.

[1176] **Bekanntmachung.**

Nach einer Vereinigung zwischen den Gläubigern des Kaufmanns Georg Büttner dahier, und diesem, ist der Advocat Heller hierselbst als Curator über das Vermögen des Ersteren bestellt, und soll diese Curatel so lange dauern, bis der vorgeschlagene Vergleich bestätigt ist, und hiernach alle Gläubiger befriedigt oder auf sonstige Weise sicher gestellt sind.

Es wird dies allen denjenigen, welche dem Kaufmann George Büttner oder dem Handlungshaus unter der Firma J. G. Büttner & Comp. etwas schulden oder von demselben in Händen haben, mit der Verwarnung bekannt gemacht, daß derartige Forderungen und Gegenstände an Niemand anders als an den genannten Curator Advocaten Heller, bei Meidung nochmaliger Zahlung oder eintretenden Falls zu leistender Entschädigung zu machen, bezüglich abzuliefern sind.

Dünfeld, am 18. April 1849.

Kurfürstl. Hess. Justiz-Amt.
Closterma[illegible]

[1120] **Edictalladung.**

Nachdem über den Nachlaß des am 7. Januar l. J. gestorbenen Polizeidiensts-Schreibgehülfen Gottfried Baum dahier, der Concurs erkannt worden ist, werden alle diejenigen, welche Ansprüche daran machen, auf:

Mittwoch den 23. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr,

zur Anmeldung ihrer Ansprüche, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse, sowie zur Begründung ihrer etwaigen Vorzugsrechte, bei Vermeidung des Verlustes derselben, anher geladen.

Darmstadt, den 11. April 1849.

Großherzogl. Hess. Stadtgericht.
Strecker. Merling.

[1084] **Edictalladung.**

Ueber das Vermögen des mit einem Güterabtretungsgesuche eingekommenen hiesigen Bürgers und Silberarbeiters Heinrich Gravelius und dessen Ehefrau, Christiane, geborene Bapke, ist von hier aus der Concurs erkannt worden. Es werden daher alle diejenigen, welche aus irgend einem Rechtsgrund Ansprüche und Forderungen an genannte gemeinschuldnerischen Eheleute zu machen haben, hierdurch aufgefordert, solche so gewiß in dem hiermit auf

Dienstag den 15. Mai 1849, Vormittags 9 Uhr,

anberaumten Termine dahier anzuzeigen, auch ihr etwaiges Vorzugsrecht geltend zu machen, als sie sonsten, wie hiermit eventuell geschieht, von der Masse ausgeschlossen sein sollen, und keine weitere Ladung, als an der Gerichtsthüre, ergehen wird. Zugleich werden die etwaigen Schuldner dieser Debitmasse angewiesen, ihre schuldigen Beträge bei Strafe nochmaliger Zahlung nur an den verpflichteten Massecurator Herrn Dr. Renner zu entrichten.

Frankfurt a. M., den 5. April 1849.

Stadt-Amt.
Dr. Pfarr.
Dr. Antoni, Act.

[1199] **Edictalladung.**

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des dahier letzigen Standes verstorbenen Auslauters Johannes Dietz aus Rückershausen in Kurhessen Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen

Zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen auswärts wohnenden Intestat-Erben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 20. April 1849.

Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Biehmer.
Dr. Eyssen, Ir. Secr.

[1163] **Decret.**

Nachdem die ledige und großjährige Maria Catharina Kraft von St. Goar, dahier wohnhaft, am 29. vorigen Monats mit Hinterlassung eines dahier errichteten Testaments verstorben ist, wird zur Eröffnung dieses Testaments Termin auf

Donnerstag den 24. Mai l. J.

Morgens 9 Uhr, dahier anberaumt und hierzu die dahier unbekannten Verwandten vorgeladen, mit dem Anfügen, daß im Falle ihres Ausbleibens das Testament hiermit eröffnet und Falls es an keinem sichtbaren Mangel leidet, auch in Vollzug gesetzt werden soll. Nassauen, den 12. April 1849.

Herzoglich Nassauisches Amt.
Gail.

[1108] Am 19. Juni 1816 verbürgte der Einwohner Johannes Diegand gem. Amt zu Naxdorf gegen Verpfändung mehrerer in Naxdorfer Gemarkung gelegenen Immobilien von der Administration des Bürgerhospitals zu Gelnhausen Kapital zu 300 fl., welches Darlehn später mit annoch einem Reste von 150 fl. nebst Zinsen vom 18. Februar 1843 an auf den Caspar Birkenbach zu Naxdorf übergegangen ist. Da die hierüber errichtete Obligation verloren gegangen, kann auf deren bedrachte Ertheilung der Forderungsberechtigten das Pfandrecht nicht gelöscht werden, weshalb Termin auf

den 11. Juni l. J.

Morgens 8 Uhr anher bestimmt wird, in welchem etwa Berechtigte ihre Ansprüche aus der Obligation unter dem Rechtsnachtheile, daß dieselbe widrigenfalls als erloschen erklärt werden wird, anzumelden haben.

Pünfeld, 17. April 1849.

Kurfürstl. Hess. Justiz-Amt.
Closterma[illegible]

[990] **Grundrentenablösung.**

Die dem Herrn Grafen zu Stolberg Wernigerode und Genossen in der Gemarkung Ordorf zustehende Gefälle, im Geldanschlag von 1927 fl. 17½ kr., sollen auf Antrag der Pflichtigen nach Maaßgabe des Gesetzes vom 27. Juni 1836 abgelöst werden, weshalb alle bei der Ablösung Betheiligte, wie Diejenigen, welche etwa Pfandrecht oder sonstige auf die erwähnten Gefälle radicirte Gerechtsame geltend machen zu können glauben, auf Ersuchen der Großherzogl. Regierungs-Commission aufgefordert werden, die ihnen zustehenden Ansprüche um so gewisser binnen zwei Monaten von heute an dahier geltend zu machen, als sonst in Gemäßheit des Art 23 des allegirten Gesetzes die Auszahlung des Ablösungscapitals im Betrage von 30,382 fl 36 kr. an den genannten Herrn Grafen gestattet werden würde.

Orteneberg, den 31. März 1849.

Großherzogl. Hess. Landgericht das.
Schaum.

[1194] **Edictalladung.**

Nachdem über das Vermögen des Christian Schmidt und dessen Ehefrau Christine geb. Pfaff von Renneröd der Concursprozeß erkannt worden ist, so wird zur Anmeldung dinglicher wie persönlicher Ansprüche an die Masse Termin auf

Dienstag, den 22. Mai l. J.,

Morgens 9 Uhr unter dem Präjudize des von Rechtswegen einzutretenden Ausschlusses von der vorhandenen Masse anberaumt.

Renneröd, den 17. April 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Steinebach.

[916] **Edictalladung.**

Ueber das Vermögen des Schneidermeisters Jacob Neustaedter dahier, ist Concurs erkannt, es werden daher sämmtliche Gläubiger desselben zur Liquidation ihrer Forderungen und weiteren des Concursverfahren betreffenden Vereinbarungen auf

Dienstag, den 8. Mai d. J.,
Vormittags 11 Uhr,

unter dem Rechtsnachtheil des Ausschlusses von der Masse geladen.

Darmstadt, den 21. März 1849.

Großherzogl. Hess. Stadtgericht.
Strecker. Dr. Siebert.
Stumpf.

[900] Der abwesende Johannes Elsländer von Hanau, geboren am 10. März 1779, wird aufgefordert, sich bis längstens zum Termine

den 11. Juni d. J.,
Morgens 9 Uhr,

dahier zu melden und sein Vermögen in Empfang zu nehmen, anfonst dasselbe für todt erklärt werden wird. Für den Fall der Eröffnung der Succession werden auch diejenigen, welche Erbrechte zu haben vermeinen, aufgefordert, sich in jenem Termine zu melden und zu legitimiren, bei Vermeidung, daß auf diejenigen, welche nicht erscheinen, bei Ueberweisung des Nachlasses oder des Besitzes desselben keine Rücksicht genommen wird.

Hanau, den 20. März 1849.

Kurfürstl. Hess. Landgericht.
Giller.

[703] **Edictalladung.**

Ueber das Vermögen des hiesigen Bürgers und Bäckermeisters Johann Jacob Reutlinger und dessen Ehefrau Anna Catharina geb. Rullmann hat das unterzeichnete Gericht heute Gant erkannt.

Demnach werden alle, welche an diese Gemeinschuldner aus irgend einem Rechtsgrunde Forderungen zu machen haben, hierdurch vorgeladen, solche in der auf

Montag den 11. Mai 1849, Vormitt. 10 Uhr,

anberaumten Tagfahrt vor der angeordneten Gerichts-Commission entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten hiesigen Anwalt klar zu stellen, auch hinsichtlich eines etwaigen Vorzugsrechts zum Protocoll zu verhandeln, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse.

Es wird keine weitere Ladung ergehen, sondern nur, nachdem die gegenwärtige in den Acten gekommen ist, der Ausschluß der nicht aufgetretenen Gläubiger in öffentlichen hiesigen Blättern bekannt gemacht werden.

Frankfurt a. M., den 9. März 1849.

Stadtgericht I.
Senator Dr. v. Schweitzer, Director.
Dr. Diez, Secr.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Dienstag (Extra-Beilage zu Nro. 103.) 1. Mai 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

209. Sitzung.

Vorsitzender: Erster Vicepräsident E. Bauer.

H **Frankfurt**, 1. Mai.

Die Sitzung wird um 9 Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Ministerpräsident v. Gagern, Finanzminister v. Beckerath, Justizminister R. Mohl. Bei der gestern vorgenommenen Ergänzungswahl dreier Mitglieder in den Gesetzgebungsausschuß wurden gewählt: Kehl aus Rostock, Schüler aus Jena und Christ aus Bruchsal. Abg. Heisterbergk fragt das Reichskriegsministerium, ob es Kunde davon habe, daß man beabsichtige, preußische Truppen im ungarisch-österreichischen Kriege zu Gunsten des Cabinets von Olmütz zu verwenden, welches Oesterreich von Deutschland losgerissen, und was das Reichskriegsministerium zu thun gedenke, um solches zu hindern. Der Reichskriegsminister wird diese Interpellation in einer der nächsten Sitzungen beantworten. Der Vorsitzende verkündet den Uebergang zur Tagesordnung.

Erster Gegenstand der Tagesordnung: 1) Berathung des vom Abg. Degenkolb, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Berichts über Petitionen von Webern und Spinnern, Vermehrung der Arbeit, besseren Lohn der Arbeit, Hebung der Gewerbe und Industrie betreffend. Alle diese Petitionen classificiren sich in folgende Forderung zur Abhilfe: 1) Gänzliche Abschaffung aller Maschinen. 2) Verbot, die Maschinen zu vermehren. 3) Hohe Besteuerung der Maschinen, damit die Handarbeit concurriren könne. 4) Wiedereinführung des Spinnreckens. 5) Besteuerung der rohen Baumwolle, damit die Baumwollenartikel nicht zum Nachtheil der Leinen sich mehr ausbreiten. 6) Schutzzoll auf Garne, damit Spinnereien angelegt werden können. 7) Gänzliches Verbot aller Einfuhr von Maschinengarn. 8) Bezeichnung der gemischten Leinen durch Stempel. 9) Handelsverträge mit dem Auslande, um den Absatz der Fabrikate dahin zu vermehren. 10) Anlegung von Spinnschulen. 11) Anlegung und Beförderung der Flachsspinnmaschine. 12) Abschaffung der Fabrikbleichen und Strafbestimmungen bei Verderben der Leinwand durch die Bleicher. 13) Gewerbeordnung und Verbot des Hausirhandels. 14) Abschaffung der Lotterien. 15) Verbot der Einführung geschlichteter Ketten, genannt Warps. 16) Beförderung des Flachsbaues und der Flachscultur. 17) Einrichtung von Schau- und Gewerbegerichten. Der Ausschuß trägt darauf an: Die hohe Nationalversammlung wolle beschließen: 1) in die Forderungen der Petitionen, so weit sie in Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 7, 12, 15 Beschränkungen der Gewerbethätigkeit enthalten, nicht einzugehen; 2) in Erwägung aber, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Leinenweberei und Spinnerei eine Verbesserung dringend erheischen; in fernerer Erwägung, daß die Leinenindustrie als eine durchaus nationale von der größten Bedeutung für die Wohlfahrt des ganzen Landes ist und ihre Vervollkommnung und Ausdehnung mit allen zweckentsprechenden Mitteln gefördert werden muß, und in endlicher Erwägung des Entwicklungsganges, welchen dieser Industriezweig in England genommen hat, die unter den Nr. 6, 8, 9, 10, 11, 16, 17 enthaltenen Forderungen dem Reichsministerium zu sachdienlicher Berücksichtigung unter Hinzuziehung Sachverständiger zu überweisen. Der Ausschuß glaubt ferner, es sei der Sachlage angemessen, den Petenten über die Gründe, welche ein Eingehen auf beschränkende Maßregeln nicht gestatten, Mittheilung zu machen, und trägt daher darauf an, „die hohe Nationalversammlung wolle beschließen, den Petenten den gegenwärtigen Bericht zugehen zu lassen." Abg Degenkolb, Berichterstatter des Ausschusses, begründet den Ausschußantrag in kurzen Worten, worauf die Anträge des Ausschusses angenommen werden.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung: Berathung des vom Abg. v. Schrenk, Namens des Ausschusses für Geschäftsordnung, erstatteten Berichts in Betreff verschiedener an die verfassunggebende Reichsversammlung gelangter Eingaben. Der Ausschuß trägt darauf an, die Eingaben zu den Acten zu nehmen. Der Ausschußantrag wird angenommen.

Dritter Gegenstand der Tagesordnung: Berathung des vom Abg. Degenkolb, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Berichts über Petitionen von Tuchmachergewerken, betreffend die Hebung des Tuchmachergewerkes. Der Ausschuß trägt darauf an, die Nationalversammlung wolle über einige Petitionspunkte zur motivirten Tagesordnung übergehen, andere aber dem Reichsministerium zu sachdienlicher Berücksichtigung überweisen. Der Ausschußantrag wird angenommen.

Vierter Gegenstand der Tagesordnung: Berathung des vom Abg. v. Reden, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Berichts, diejenigen Eingaben, welche sich auf die Verhältnisse des Weserstroms beziehen, betreffend. Der Ausschuß beantragt: mit dem Ausschußberichte, die betreffenden 10 Eingaben über die Verhältnisse der Weser dem Reichsministerium zur Benutzung bei dem Entwurfe des in § 24 der Reichsverfassung vorbehaltenen Reichsgesetzes zu übersenden; auch möglichste Beschleunigung der deßfallsigen Vorlagen anheim zu geben. Der Ausschußantrag wird angenommen.

Fünfter Gegenstand der Tagesordnung: Berathung des vom Abg. v. Reden, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Berichts über das Gesuch der Vorsteher der Saalfloßcommune zu Kahla, Herzogthums Sachsen-Altenburg, die Ueberlassung der Saale-Floßfahrt durch Abgaben betreffend: Der Ausschuß beantragt: „Die Reichsversammlung wolle diesen Bericht nebst anliegender Eingabe der Saalfloßcommune in Kahla dem Reichsministerium zur gründlichen Aufklärung der in Betracht kommenden Verhältnisse und Berücksichtigung, bei Ausarbeitung der im §§ 24 und 25 der Reichsverfassung vorbehaltenen Reichsgesetze, überweisen." Der Ausschußantrag wird angenommen.

Sechster Gegenstand der Tagesordnung: Berathung des vom Abg. v. Reden, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Berichts, das Gesuch der Mälzer- und Brauergilde in Nieder-Schlesien, um Anwendung verschiedener die Aufhilfe des Brauergewerbes bezweckender Maßregeln betreffend. Der Ausschuß beantragt: „Die Reichsversammlung wolle das Gesuch der Mälzer- und Brauergilde in Niederschlesien um Anwendung verschiedener die Aufhilfe des Brauereigewerbes bezweckender Maßregeln, mit diesem Berichte dem Reichsministerium, zur Benutzung bei Ausarbeitung der Gesetzentwürfe behufs Ausführung der Bestimmungen der §§ 34 und 36 der Reichsverfassung, überweisen." Der Ausschußantrag wird angenommen.

Siebenter Gegenstand der Tagesordnung: Berathung des vom Abg. v. Reden, Namens des volkswirthschaftlichen Ausschusses, erstatteten Berichts über eine Anzahl Eingaben, welche die Gleichstellung der Besteuerung von beweglichen und unbeweglichen Gütern betreffend. Der Ausschuß beantragt: „Die Eingaben der Eingangs bezeichneten Volksvereine der hannover'schen Aemter, wegen Gleichstellung der Besteuerung von beweglichen und unbeweglichen Gütern, zu den Acten zu nehmen." Der Ausschußantrag wird angenommen.

Auf die Bitte des Abg. Fröbel, Namens der Majorität des Dreißigerausschusses, wird der achte Gegenstand der Tagesordnung: „Berathung des vom Abg. Fröbel, Namens des Ausschusses zur Vorberathung von Maßregeln, welche zur Durchführung der Reichsverfassung nöthig erscheinen, erstatteten Berichts über einen die Abberufung von Deputirten zur deutschen Reichsversammlung seitens der Regierungen der Einzelstaaten betreffenden Antrag der Abg. Goltz und Genossen, so wie über eine vom k. k. österreichischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt unter dem 15. April durch das Reichsministerium des Innern an die Reichsversammlung gelangte Depesche," auf eine der nächsten Sitzungen vertagt. Vor dem Schlusse der Sitzung verkündete der Vorsitzende den Austritt der Abgg. Künßberg aus Ansbach und Clemens aus Bonn. — Schluß der Sitzung 10½ Uhr. — Nächste Sitzung: Donnerstag den 3. Mai.

⊙ **Frankfurt**, 30. April. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt beschwert sich Dr. Binding über die Ungenauigkeit der Stenographen. Der Präsident erklärt, daß dieselben nur als Berichterstatter öffentlicher Blätter zu betrachten seien, und ihre Berichte durchaus keine Ansprüche auf Authenticität hätten. Nach einigen Bemerkungen von Dr. A. Friedleben, Hadermann und Dr. Jucho wird die Sache durch Aufnahme der Erklärung des Präsidenten in das Protocoll als erledigt erklärt. 2) Die Abgg. Wiesche und Stockhaus von Bornheim zeigen ihren Austritt an. Dem Senat zu überweisen. 3) Vorlage des Senats, betreffend die Vermehrung des diesjegen Contingents zum deutschen Bundesheere. An den Wehrausschuß. 4) Dringlicher Antrag von Dr. Neukirch: Den Senat zu ersuchen, sowohl das Militär als die Civilbeamten baldigst auf die deutsche Reichsverfassung verpflichten zu lassen. Die Dringlichkeit wird erkannt. Der Antragsteller begründet seine Motion besonders durch die der Reichsverfassung drohenden Gefahren, daher es gut wäre, wenn derjenige Staat, wo sich gegenwärtig die Reichsregierung befindet, mit gutem Beispiel voranginge. Der Antrag wird angenommen. 5) Ein Antrag des Abg. Kratz und eine Vorstellung des hiesigen Gewerbevereins, beide den Verfassungsentwurf betreffend, werden an den Verfassungsausschuß gewiesen. 6) Fortsetzung der Berathung des Verfassungsentwurfs. Zweiter Abschnitt. Grundrechtliche Bestimmungen. Art. 10. „Alle Titel, sofern sie nicht ein Amt bezeichnen, mit welchem sie verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen weder angenommen noch gebraucht werden." Dr. Jucho möchte bei der Fassung der deutschen Grundrechte stehen bleiben. Der Berichterstatter Dr. Reinganum vertheidigt die gegebene Ausdehnung, damit die Titel nicht ferner ein leerer Schmuck der Eitelkeit seien. Der Artikel wird angenommen. Art. 11. „Der Staat darf keinen Orden gründen. Kein Staatsangehöriger darf von einem andern Staate einen Orden annehmen, mit alleiniger Ausnahme der Militärpersonen, welchen von einem andern deutschen Staate für Tapferkeit gegen den auswärtigen Feind ein Orden verliehen wird." Angenommen. Art. 12. „Die öffentlichen Aemter sind für alle Befähigten gleich zugänglich. Ueber den Nachweis der Befähigung bestimmt das Staatsgesetz." Angenommen. Art. 13. „Das Waffenrecht und die Wehrpflicht ist für Alle gleich. Stellvertretung in der Wehrpflicht findet nicht statt. Immerwährend soll im Freistaate allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer bestehen. Die Ausübung des Waffenrechtes und die Theilnahme an der Volksbewaffnung wird durch gesetzliche Bestimmungen geregelt." Hierüber entspann sich eine längere Debatte, an welcher Dr. Jucho, Dr. Goldschmidt, Dr. Reinganum, Dr. Varrentrapp, Sen. Hessenberg, Dr. de Bary, Dr. Manhayn und Dr. Burkard sich betheiligten. Der erste, zweit und vierte Satz wurden unverändert, der dritte aber nach dem Vorschlag des Sen. Hessenberg („Bürgerwehr" statt Volksbewaffnung) abgeändert angenommen. Ebenso wurden in gleicher Weise genehmigt: Art. 14. „Die Freiheit der Person ist unverletzlich." Art. 15. „Die Verhaftung einer Person soll, außer im Falle der Ergreifung auf frischer That, nur geschehen kraft eines schriftlichen, den Beschuldigten, sowie die Thatsachen, deren er beschuldigt wird, bestimmt bezeichnenden richterlichen Befehls. Dieser Befehl muß dem zu Verhaftenden bei der Verhaftung vorgewiesen und spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden zugestellt werden. Jeder Verhaftete ist in gleicher Frist nach seiner Verhaftung dem zuständigen Richter vorzuführen." Art. 16. „Die Bestimmungen des Art. 15 finden nicht Anwendung auf die Fälle, wo die Polizeibehörde zur Unterstützung der Strafrechtspflege oder wegen Handlungen gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Verwahrung nimmt. Die Polizeibehörde muß aber Jeden, den sie in Verwahrung genommen hat, im Laufe des folgenden Tages entweder freilassen oder der richterlichen Behörde übergeben." Art. 17. „Jeder Verhaftete muß binnen 24 Stunden nach seiner Vorführung, jeder von der Polizeistelle einer Gerichtsbehörde Uebergebene muß binnen 24 Stunden nach dieser Uebergabe von dem zuständigen Richter, unter Mittheilung der Anschuldigungsgründe, vernommen werden." Art. 18. „Jeder Angeschuldigte soll gegen Leistung einer vom Gerichte angemessen zu bestimmenden Caution oder Bürgschaft der Haft entlassen werden, sofern nicht dringende Anzeichen eines schweren peinlichen Verbrechens gegen denselben vorliegen, welchenfalls die Bestimmung hierüber dem richterlichen Ermessen überlassen bleibt. Uebermäßige Cautionen oder Bürgschaften sollen nicht gefordert, und auch eidliche Sicherheitsleistungen zugelassen werden." Art. 19. „Die Verhaftung einer Person wegen Verbindlichkeiten des bürgerlichen Rechts soll, in den Fällen, in welchen das Gesetz sie zuläßt, nur geschehen kraft eines schriftlichen, den zu Verhaftenden, sowie den Gegenstand der Verbindlichkeit bestimmt bezeichnenden richterlichen Befehls. Dieser Befehl muß dem zu Verhaftenden bei der Verhaftung vorgewiesen, und spätestens innerhalb der nächsten 24 Stunden zugestellt werden." Art. 20. „Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte und außerordentliche Commissionen sollen nie stattfinden." Art. 21. „Die Wohnung ist unverletzlich. Während der Nacht hat Niemand das Recht, in dieselbe einzudringen, außer in Fällen von Feuer- oder Wassernoth, einer Lebensgefahr oder eines aus dem Innern der Wohnung hervorgegangenen Ansuchens. Bei Tage kann wider den Willen des Bewohners Niemand eindringen, außer in Folge einer in amtlicher Eigenschaft ihm gesetzlich beigelegten Befugniß, oder eines ihm von einer gesetzlich dazu ermächtigten Behörde ertheilten schriftlichen Auftrags." Art. 22. „Eine Haussuchung ist nur zulässig: 1) kraft eines schriftlichen, deren Grund angebenden richterlichen Befehls, welcher dem Betheiligten vorgezeigt und sofort oder innerhalb der nächsten 24 Stunden zugestellt werden soll; 2) im Falle der Verfolgung auf frischer That durch den gesetzlich berechtigten Beamten; 3) in den Fällen und Formen, in welchen das Gesetz ausnahmsweise bestimmten Beamten auch ohne richterlichen Befehl dieselbe gestattet. Die Haussuchung muß, wenn thunlich, mit Zuziehung von Hausgenossen erfolgen. Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist kein Hinderniß der Verhaftung eines gerichtlich Verfolgten." Art. 23. „Das Briefgeheimniß ist gewährleistet. Die Verletzung desselben wird peinlich bestraft. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Ausnahmen sind durch die Gesetzgebung festzustellen." Dieser Artikel gibt Veranlassung zu einer Erörterung, in welcher Dr. Jucho, Dr. Goldschmidt, Dr. Braunfels und Dr. Schäffner sprechen. Der Berichterstatter gibt eine Modification zu, wodurch der Artikel folgende Fassung erhält: „Das Briefgeheimniß ist gewährleistet. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegesfällen nothwendigen Ausnahmen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. Das Gesetz bezeichnet diejenigen Beamten, welche für die der Post anvertrauten Briefe und Actenstücke verantwortlich sind." Art. 24. „Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf, außer bei einer Verhaftung oder Haussuchung, nur kraft eines schriftlichen, deren Grund und Zweck angebenden richterlichen Befehls vorgenommen werden, welcher dem Betheiligten vorgezeigt und sofort oder innerhalb der nächsten 24 Stunden zugestellt werden soll." Art. 25. „Im Falle einer widerrechtlich verfügten oder verlängerten Gefangenschaft, wie im Falle einer widerrechtlich vorgenommenen Haussuchung oder Beschlagnahme von Briefen und Papieren ist der Schuldige und nöthigenfalls der Staat dem Verletzten zur Genugthuung und Entschädigung verpflichtet." Beide Artikel werden ohne Discussion angenommen. Art. 26. „Jede von dem Gesetz nicht erlaubte Strenge oder Verschärfung bei der Gefangennehmung oder Gefangenhaltung oder Urtheilsvollziehung ist strafbar." Nach längerer Debatte wird der Aus-

schußantrag unverändert angenommen. Art. 27. „Das Gesetz wird Bestimmungen darüber treffen, daß jeder Verhaftete den dazu bezeichneten Gemeindebeamten oder Gerichtspersonen oder den von diesen dazu ermächtigten Familienangehörigen und Freunden des Verhafteten auf Verlangen vorgestellt werden müsse, wenn und auf so lange nicht ein ausdrücklicher Beschluß des zuständigen Gerichts ausnahmsweise die abgesonderte einsame Haft verfügt hat." Ohne Bemerkung angenommen. Art. 28. „Die Todesstrafe, ausgenommen, wo das Kriegsrecht sie vorschreibt, sowie die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung sind und bleiben abgeschafft." Angenommen. Art. 29. „Jeder Staatsangehörige hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise durch vorbeugende Maßregeln, namentlich Censur, Concessionen, Sicherheitsbestellungen, Staatsauflagen, Beschränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, Postverbote oder andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden." Angenommen. Art. 30. „Jeder Staatsangehörige hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Meinung zu offenbaren, oder sich einer Religionsgesellschaft anzuschließen." Eine längere Discussion entspinnt sich zwischen den Abgg. Dr. Goldschmidt, Dr. J. Friedleben, Dr. Braunfels, Dr. Stein und Dr. A. Friedleben, wonach der Ausschußantrag angenommen wird. Dr. Goldschmidt gibt eine Erklärung zu Protocoll.

*† **Frankfurt**, 1. Mai. Die Nachrichten über die Truppenanhäufung bei Kreuznach sind gänzlich aus der Luft gegriffen. Es standen früher daselbst auf Anordnung der provisorischen Centralgewalt 5 Compagnien, 2 Escadrons, 12 Geschütze; kürzlich vermiderte sich dieses Detachement wegen nöthiger Dislocationsveränderungen auf 5 Compagnien und 4 Geschütze. Anderweit vorgekommene Truppenmärsche in der Rheinprovinz sind ebenfalls lediglich durch solche unvermeidliche Ablösungen herbeigeführt worden.

† **Berlin**, 29. April. Gestern Abend kam es in der Umgegend des Dönhofsplatzes abermals zu unruhigen Auftritten. Zwischen 7 und 8 Uhr hatte sich der Platz stärker mit Neugierigen angefüllt und es erging an die umliegenden Häuser der Polizeibefehl, die Thüren zu schließen. Ein starker Volkshaufe hatte sich um diese Zeit in der Leipzigerstraße an der Ecke des Dönhofsplatzes neben dem „London Hotel" postirt. Dies schien die Aufmerksamkeit der Militärbefehlshaber besonders rege zu machen, denn bald darauf wurde jenes Hotel ganz mit Infanterie besetzt, während andere Abtheilungen den Platz und die nächstgelegenen Straßen durchzogen, um die Volksmassen zu zerstreuen. Die Letzteren verharrten aber wiederum mehrfach im „passiven Widerstande", namentlich in der Niederwallstraße, Gertraudenstraße, Spittelmarkt und am Petriplatz. Das Militär mußte daher auch diesmal, um seinen Befehlen Gehorsam zu verschaffen, von der Schußwaffe Gebrauch machen und es sind dabei wiederum mehrere Personen gefallen, andere verwundet worden. Später wurde der Dönhofsplatz nach allen Seiten abgesperrt und imposante Militärmassen in den umliegenden Straßen aufgestellt. Die Soldaten hatten es sich in der warmen Frühlingsnacht auf dem Straßenpflaster so gut es gehen wollte bequem gemacht, und der ganzen Umgegend dadurch fast den Charakter eines Heerlagers gegeben. Starke Patrouillen durchzogen von da aus bis lange nach Mitternacht die Stadt. Es sind viele Verhaftungen vorgenommen worden. Um Mitternacht waren alle Straßen leer. Eine Stunde später zog sich das Militär zurück. So viel in der Kürze. Später erfuhren wir Folgendes: Der Hauptzusammenstoß erfolgte auf dem Spittelmarkt. Hierher zog sich das Volk vom Dönhofsplatze und warf auf das näherrückende Militär mit Steinen. Dasselbe postirte sich daher in die Mitte des Platzes und nach den vorausgegangenen üblichen Signalen wurden mehrere Salven in die einmündenden Straßen gegeben. Drei Menschen stürzten todt nieder, sechs bis sieben wurden verwundet, darunter ein Dienstmädchen. Die Massen stoben hierauf unter Wuth- und Rachegeschrei auseinander. Heute ist die Stadt äußerlich ganz ruhig; auch scheint es nicht, daß zum Abend neue Unruhen zu besorgen wären. Es ist Sonntag, schönes Wetter, und das Volk zieht schaarenweise nach Rixdorff, um die Verheerungen eines großen Brandes anzusehen, der gestern 60 bis 70 Häuser in Asche gelegt hat.

Da, wie gestern gemeldet ist, das Local der Conversationshalle geschlossen worden, so kamen die hier noch anwesenden Mitglieder der Linken gestern Nachmittag in dem außerhalb der Stadt belegenen Odeum zusammen, von wo sie sich später nach dem Jaroschewitz'schen Weinlocale begaben. Die Stimmung war eine gedrückte. Gegen 11 Uhr fuhren die schlesischen Deputirten unmittelbar von jenem Local nach dem niederschlesischen Bahnhof. Die sächsischen, rheinischen und westphälischen Deputirten sind meistentheils heute Morgen abgereist. Die conservative Partei aus beiden Kammern fand sich gestern Abend bei Mileng zusammen, wo die Stimmung nicht heiterer war. Auch Herr v. Vincke, der sich bekanntlich in letzter Zeit aller Theilnahme an den Parteiversammlungen enthielt, hatte sich hier eingefunden. Er soll geäußert haben: „Mir ist es an sich gleichgültig; ich wünschte schon längst zu Hause, um meine eigenen Angelegenheiten ordnen zu können, aber es kann mir nicht gleichgültig sein, so mit dem Wohle des Staates spielen zu sehen." Herr Grabow hat dem Minister des Innern schriftlich angezeigt, daß er das Bureau der Kammer nicht eher verlassen werde, als bis dasselbe officiell einer Commission übergeben sei. Herr v. Vincke wird sich, wie es heißt, von hier über Westphalen nach Frankfurt zurückbegeben. Er verabschiedete sich bereits in Begleitung mehrerer seiner Collegen bei dem Prinzen von Preußen, welcher sich in Betreff der Auflösungsangelegenheit zwar sehr zurückhaltend bewiesen, doch aber in seinem ganzen Benehmen verrathen haben soll, daß er mit diesem Regierungsacte nicht geradezu einverstanden sei.

Herr v. Radowitz hat bereits mehrere Audienzen bei dem Könige gehabt, und es verlautet in unterrichteten Kreisen, daß er vielleicht mit einer bedeutungsvollen Mission des diesseitigen Cabinets an den Dresdner Hof betraut werde. Aus derselben Quelle geht uns die Nachricht zu, daß ein Besuch der Königin von Preußen, der Königin von Sachsen und der Erzherzogin Sophie von Oesterreich in Teplitz im Werke sei. Man darf der Zusammenkunft dieser drei Schwestern wohl noch andere als bloß verwandtschaftliche Motive unterlegen, wenn man sich erinnert, daß sie alle drei stets sehr lebhaften Antheil an den politischen Ereignissen genommen, und gewichtigen Anzeichen zufolge nicht unwesentlich darauf eingewirkt haben. — Wenn schon früher von einem in der deutschen Frage nach Gotha zusammenberufenen Fürstencongreß die Rede gewesen ist, so scheint auch derselbe jetzt verwirklichen zu wollen. Nachdem die preußische Regierung schon früher dazu eingeladen hatte, sind in diesen Tagen definitive Depeschen von hier expedirt worden. So will wenigstens die „Allg. Ztgscorresp." wissen.

Gestern hat der König dem hier anwesenden Herzoge von Parma im Hotel de Russie einen Besuch abgestattet.

Die „Deutsche Reform" ist nicht an Herrn v. Prokesch, sondern an den Geheimen Oberhofbuchdrucker Herrn Decker verkauft und durch ihn in ein Regierungsblatt umgewandelt worden. In Folge dessen hat Herr Oldenberg die bisherige Redaction niedergelegt, ungeachtet ihm in pecuniärer Beziehung sehr annehmbare Offerten gemacht sein sollen. Seine Stelle vertritt jetzt Herr Dr. Großmann. Ein thätiger Mitarbeiter ist auch Herr Dr. Ruttenberg, der ehemalige Mitredacteur der „Nationalzeitung", der jetzt keine leitenden Artikel liefert. Das Blatt war in einem bedeutenden Aufschwunge begriffen.

Leipziger Meßberichte lauten dahin, daß die Messe für alle Artikel im Allgemeinen, bis zu dem Augenblick, wo die bekannte Erklärung des hiesigen Ministeriums in der deutschen Frage anlangte, eine sehr günstige gewesen ist. — Engländer, Griechen und namentlich Schweden, hätten viel Einkäufe gemacht. Selbst in Galanteriewaaren sei viel Umsatz getrieben, besonders in Folge des Umstandes, daß Paris, welches sonst jährlich zweimal durch fast ganz Europa Reisende schickte, seit 1½ Jahren ausbleibe. Von dem Moment des Verlautbarens obiger Nachricht aber seien die Einkäufe eingestellt und viele Meßkäufer sofort abgereist. Später habe man sich zwar wieder etwas erholt, doch sei die frühere Kauflust nicht wieder zurückgekehrt.

□ **München**, 29. April. Es ist hier gekommen, was wir leicht hatten voraussagen können. Die Parteien treten sich so schroff gegenüber und ihre Kräfte sind so gleich, daß von einem entscheidenden Erg.bnisse keine Rede sein kann, bevor nicht die officiellen Vertreter des Volkes Gelegenheit erhalten haben werden, im Namen des ganzen Landes zu sprechen. Deßhalb können wir es den hiesigen Gemeindebehörden auch nicht verargen, daß sie, weil auf keiner Seite eines vollkommnen Sieges im Voraus gewiß, sich dahin erklärt haben, der Bewegung ganz fremd bleiben und sie demnach weder hemmen noch fördern zu wollen. Auch die Minister sind in ihren Aeußerungen nach beiden Seiten hin dabei stehen geblieben, zu erklären, daß die Kammern zuverlässig am 15. Mai wieder zusammentreten dürften. Es war die höchste Zeit, daß dem bereits Glauben gewinnenden Gerüchte vorgebeugt wurde, als gedenke man die Landtagsvertagung in eine Kammerauflösung zu verwandeln. Wozu anderem aber kann die Regierung greifen, wenn nicht zur Auflösung, im Fall die Abgeordnetenkammer in entschiedener Majorität sich sollte gegen dieselbe und für Frankfurt aussprechen? Eben weil die Aussicht auf eine Kammermajorität für die Anerkennung der Reichsverfassung eine unzweifelhafte zu sein scheint, kann man sich nicht enthalten, nach dem zu fragen, was in diesem Falle kommen soll. Kammerauflösung, Octroyirung eines Wahlgesetzes und anderer Verfassungsabänderungen unter dem Schutze des Belagerungszustandes, das und vieles Andere verkündigen die Demokraten im Voraus und auch die Ultramontanen, die Letzteren, weil sie es wünschen und hoffen, die Ersteren, weil sie es fürchten und daher schon jetzt als Aufregungsmittel für die Zukunft anwenden. Ohne ein wiedereingetretenes Regenwetter würden heute eine Menge von Volksversammlungen im Freien stattfinden, namentlich auf dem Lande. Der Himmel ist den Demokraten entschieden ungünstig. Hat er keinen Schnee mehr, so strömt der Regen. Die Ultramontanen sind bei ihrer Verfahrungsweise sicher vor derartigen Hindernissen. Pfarr- und Schulhäuser und die geräumigen Wohnungen frommer Bürger fassen überall diejenigen, welche berufen und ausgewählt werden, um Adressen in ihrer Richtung zu unterschreiben. So ist's hier seit drei Tagen geschehen, und mit einem Erfolge, der die Minister allerdings in Stand setzen muß, zu behaupten, aus der eigentlichen Bürgerschaft, aus dem sogenannten Kerne der Bevölkerung, stehe ihm eine achtbare Majorität zur Seite.

Dresden, 29. April. Die Auflösung der Kammern wird durch folgende Proclamation kund gegeben: An das sächsische Volk! Die Staatsminister haben Sr. Maj. dem Könige gerathen, von dem verfassungsmäßigen Rechte der Kammerauflösung Gebrauch zu machen. Sie haben dies gethan, weil sie nicht glauben können, daß die Handlungsweise der Kammern den wahren Bedürfnissen des Landes und der wirklichen Meinung des sächsischen Volkes entsprochen habe. Die in Gemäßheit der Verfassungsurkunde und des Gesetzes vom 15. November 1848 zu veranstaltenden Wahlen werden zeigen, ob sich das Ministerium getäuscht hat — in welchem Sinne das sächsische Volk vertreten zu sein wünscht. In diesem Augenblicke aber ist das Ministerium schuldig, dem Volke zu sagen, warum es vor der Majorität dieser Kammern nicht zurücktritt. Es handelt sich nicht um einzelne, wenn auch an sich noch so wichtige Fragen der Politik und Gesetzgebung. Das Ministerium wird seiner Zeit den Beweis führen, daß es hierin das Urtheil seiner Volksvertretung scheut, welche es als den ungefälschten und aufrichtigen Ausdruck der Ueberzeugung des Volkes anzuerkennen vermag, und daß es mit einer solchen sich zu vereinigen entschlossen ist, so lange sich dies irgend mit seiner Ueberzeugung verträgt. Aber es handelt sich um das gesammte Auftreten der Kammern während der drei Monate ihres Zusammenseins. Es handelt sich darum, ob das Volk will, daß seine Vertreter, gebunden durch unausführbare Versprechungen, gefesselt durch andere Bande, als die der gemeinsamen Pflicht, in den Saal treten, wo durch freie Besprechung zwischen Regierung und Kammern die Beschlüsse reifen sollen. Es handelt sich darum, ob das Volk will, daß seine Vertreter die Erledigung der wichtigsten Finanzvorlagen als Mittel brauchen, um die Entscheidung jeder andern Frage in ihrem Sinne zu erzwingen und der Regierung Verlegenheiten zu bereiten; unbekümmert, ob sie dadurch dem Wohle des Landes die tiefsten Wunden schlagen und die Finanzverhältnisse in eine Lage versetzen, deren Folgen Niemand schwerer empfinden wird als das Volk selbst. Es handelt sich darum, ob das Volk will, daß seine Vertreter, statt in unbefangener, sachkundiger, verständiger Erwägung der Regierungsvorlagen und der wichtigsten Gegenstände des Volkswohls, vielmehr in Zwischenfragen aller Art, in Principienstreitigkeiten und Einmischungen in die Regierung selbst ihre Aufgabe erblicken. Es handelt sich endlich darum, ob das Volk will, daß die Kammern, alles Maß überschreitend, durch sich häufende Anträge eine gänzliche Umwälzung aller Verhältnisse im Sturme zu erjagen, und die Grundfesten der Ordnung zu erschüttern streben, anstatt das Ministerium in seiner nächsten Aufgabe — der besonnenen Entwickelung und festen Gestaltung unserer inneren Zustände auf Grundlage der deutschen Grundrechte — aufrichtig und thätig zu unterstützen. Das Ministerium kann nicht glauben, daß das sächsische Volk so vertreten sein will, und darum ist es nicht zurückgetreten. Seine Aufgabe nach Innen hat das Ministerium wiederholt vor allen Augen entwickelt; es wird die Lösung derselben unverrückt verfolgen. Aber auch das Zustandekommen wahrer und dauernder Einheit und Freiheit des deutschen Volkes wird bei dem Ministerium wahrlich keinen Widerstand, sondern die thätigste und aufrichtigste Mitwirkung finden — während die Kammern bis zu dieser Stunde noch keine Landtagsschrift deßhalb an die Regierung gebracht haben. Wohl kann man über die Art, wie diese Aufgaben zu lösen sind, verschiedener Ansicht sein; aufrichtiger Wille, sich zu vernehmen, besonnene Erwägung der Umstände, gegenseitige Achtung und Anerkennung werden eine Einigung zum Wohle des Vaterlandes nicht fehlen lassen. Solches Zusammenwirken will das Volk von seinen Vertretern, solches hofft das Ministerium von den neu zu wählenden Kammern, und so tritt es, in der Ueberzeugung, seine Pflicht gethan zu haben, vor das Volk hin und beruft sich auf dessen Entscheidung. Dresden, den 28. April 1849. Die Staatsminister Dr. Held. v. Beust. v. Ehrenstein. Dr. Weinlig. Rabenhorst.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Wuttke.

Cours der Staats-Papiere. 1. Mai 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	75	74⅞	Wurtemb.	Obligationen b. Rothsch.	3½	77⅞	77½
»	ditto ditto . .	4	59½	59	»	Neue Wurttemberg.	4½	94½	94
»	ditto ditto . .	2½	39⅞	39⅝	Nassau	Obligat. d. Rothsch.	3½	80½	80
»	Bank-Actien p D. .		1160	1150	»	L. 35 Loose		21	20⅝
»	L. 250 Loose v. Roth.		78	77½	Frankfurt	Obligationen	3	78½	77½
»	L. 500 » ditto		126	125½	»	ditto v. 1839	3½	93	92½
»	Seehandl. Obligat.	1½	70	—	»	ditto v. 1846	3½	89½	89
»	ditto ditto	4	62½	—	»	Taunusbahnactien .		287	285
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	79¾	79½	Holland	Integrale	2½	45⅜	45½
»	Prämienscheine . .		—	—	»	Holländische	4	—	77
Bayern .	Obligationen	3½	73½	73½	»	Syndicats	3½	—	70⅝
Darmstadt	L. 50 Loose		72½	71⅞	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp	5	—	—
»	L. 35 ditto		22½	22¼	»	Innere Grd. neue Obl.	3	24½	24
»	Obligationen	3½	80	79½	Portugal	Cumuls Lst. à 12	3	—	—
»	ditto	4	87½	87	Polen	L. 300 Loll. Loos Rth.		—	93
Baden .	Obligationen v. 1848	3½	78	77½	»	Obligationen de L. 500	4	74	73⅝
»	L. 50 Loose v. 1840		48½	48	Russland	in S. R. à 5 p. Cons. etC.	5	—	82
»	L. 35 Loose		28½	27½	»	ditto b. Stieglitz et C.	5	—	81½

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.	Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld
Pistolen	9	56	Geld al Marco .	452	—	Kurhessische Loose . . .	24½	23½
Dr. Friedrichsd'or	9	57	Laubth., kaiserl. .	—	—	Sardinische Loose . . .	—	—
Holl. 10 fl. Stücke	10	4	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	39	5 Frankenthaler .	—	—	Cöln-Minden	76½	76
20 Francsstücke	9	37	Hochhaltig Silber	24	30	Ludwigsh.-Berbach. . .	72⅝	72
Engl. Souvereins	12	5	Gering u. mittelh.	24	20	Prinz-Wilhs.-Nordbahn .	24	23½

Wechsel-Cours.				Den 1. Mai.	Papr	Geld.
Amsterdam	(k.S.	100⅜	—	Leipzig (60 Thlr.)	(k.S.	100⅜	—
(100 fl. Crt.)	(2M.	100½	—		(2M.	—	—
Augsburg	(k.S.	—	119¾	Berlin . .	(k.S.	105⅜	—
(100 fl. Crt.)	(2M.	—	—	(60 Thlr.)	(2M.	—	—
Bremen (50	(k.S.	59⅛	—	Hamburg .	(k.S.	88⅛	—
Rthlr. L.-Ger.)	(2M.	—	—	(100 Mk. Bco)	(2M.	—	87⅝
Leipzig (60	(k.S.	100⅜	—	London . .	(k.S.	120⅜	—
Thlr. i. C. M.		—	—	(10 Livr. St.)	(2M.	—	119¾
Lyon . . .	(k.S.	95⅛	—	(300 Fr.)	(2M.	—	—
Mailand (250	(k.S.	—	100¼	Paris . . .	(k.S.	95⅛	—
Lir. Austr.)	(2M.	—	—	(300 Fr.)	(2M.	—	—
Wien (100 fl.	(k.S.	104⅛	—				
im 24 20 fl.	(2M.	—	—	Disconto . . .		—	1

Nach der Börse: 2½ pCt. Met. —; 3 pCt. Span. Int. —; Taunusbahn-Actien pr. Ult. —; Ludw.-Berb. —; P.-W.-Nordb. — fl.

A. Sulzbach, beeid. Makler.

Druck von August Osterrieth.

(Rest zweiter Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Dienstag (Zweite Extra-Beilage zu Nro. 103.) 1. Mai 1849.

KCW **Vom Main**, 18. April. In den Nummern 322 und 323 der „Oberpostamts-Zeitung" vom Jahre 1848 ist ein recht guter Artikel über das Reichsconsulatswesen erschienen, der mit dem Wunsch an die Nationalversammlung endigt, bei der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs möchten die §§ 7 und 8 des Abschnittes über die Reichsgewalt dahin abgeändert werden, „daß die Befugniß, Consuln anzustellen, der Reichsgewalt ausschließlich zustehe, so wie auch nur diese fremden Consuln in Deutschland das Exequatur zu ertheilen habe." Mit diesem Wunsche hat der Verfasser gewiß so recht aus dem Herzen aller im Auslande wohnender oder reisender Deutschen gesprochen, namentlich derjenigen, die in entfernteren, weniger geregelten Staaten sich aufhalten, indem das bisherige System auch in keiner Hinsicht den Bedürfnissen entsprochen und den Betheiligten weder Schutz noch ihrer Nationalität Achtung verschafft. Aus der Collectivnote der preußischen und der ihr beigetretenen übrigen Regierungen ersehen wir aber leider, daß in dem §7 die Erwartung ausgesprochen wird, daß den Einzelstaaten das Recht, Consuln im Auslande anzustellen, verbleibe und wenn an demselben Orte die Bundesregierung Consuln anstellt, so sollen zwar diejenigen der Einzelstaaten denselben untergeordnet oder auf Verlangen der Bundesregierung zurückzuziehen sein. Sollte dieser Vorschlag wirklich ins Leben treten, so kann es, wenn dies überhaupt möglich, noch schlimmer mit dem ganzen Consulatwesen werden; man wird dann gar nicht mehr wissen, wer Koch oder Kellner, wie auch kürzlich ganz richtig in einem Artikel der „Deutschen Zeitung" bemerkt wurde. Wie soll dann bestimmt werden, wo die Functionen des Einzelconsuls aufhören und die des deutschen anfangen. Welcher soll die officiellen Documente, die dann im ganzen Auslande giltig sein sollen, ausfertigen? Etwa der Einzelconsul, die dann durch den deutschen legalisirt werden? Welcher soll die Schifferexpeditionen geben? Soll z. B. ein Knyphäuser Schiff Knyphäuser Expedition erhalten, und dadurch seine Einzelflagge zur Hauptflagge werden, so daß er schwarz-roth-gold nur nebenbei führt, dann gute Nacht deutsche Handelsflagge —, oder sollen die Bundesconsuln allein allen deutschen Schiffen ihre Seepapiere ausfertigen? Soll etwa der deutsche Consul nur dafür da sein, die dann gewiß, gerecht oder ungerecht entstehenden Klagen gegen die Einzelconsuln anzuhören und zu vermitteln, und wenn dies nicht erreicht werden kann, was soll er dann machen? An die Centralgewalt berichten, wodurch weitläufige Untersuchungen entstehen, die dann vielleicht dieselbe veranlassen, die Zurückziehung des einen oder andern Einzelconsul zu beantragen, wodurch ewiger Zank und Streit unter die Deutschen im Auslande gesäet würde, während diesen eben so gut wie uns im Vaterlande Eintracht Noth thut, wollen wir auf Achtung für unsere Nationalität Anspruch machen. Man frage auch nur diejenigen unserer Mitbürger, die lange im entfernteren Auslande gelebt, und doch wohl am ersten ein Urtheil in dieser Sache haben, und man wird gewiß hören, daß, ehe man obigen Vorschlag annehme, man besser bei dem alten System, trotz seiner sehr großen Mängel, bleibe, jeder weiß dann schon, daß er sich selber helfen muß, und werden doch wenigstens neue Zankäpfel vermieden. Es wird dann auch die Musterkarte der deutschen Consulatuniformen in ihrer Farbenpracht fortbestehen, und da viele der jetzigen deutschen Consuln Tuchausschnittläden besitzen, kann dadurch sogar der Absatz deutscher Tücher befördert werden, indem man sich sogleich überzeugen kann, wie die Farben sich tragen. Selbst zur Erlernung fremder Sprachen kann das jetzige System unsere Reisenden zwingen, damit, namentlich in der Levante, sie mit unsern Vertretern, die daselbst sollten deutsch sprechen, sich in griechisch oder italienisch unterhalten können, oder sie müssen zu dem, durch Hammer so richtig bezeichneten Dragoman ihre Zuflucht nehmen, der natürlich dem Herrn Consul nur das mittheilt, was ihm paßt, den Rest aber seinem Vetter oder guten Freund, und der gute Deutsche, sei er nun Kaufmann oder eines andern Standes, wundert sich dann, daß seine Absichten gar nicht erreicht werden können. Man lasse nur dies Heer von Consuln fortbestehen, und vermehre es noch durch Oberconsuln, man rechne dann aber auch nicht auf einen größern Aufschwung unserer Verbindungen mit dem Auslande und namentlich mache man unsern Industriellen des Innern von Deutschland keine Hoffnung auf vergrößerten und geschützteren Absatz nach den entfernteren Gegenden, denn gerade diese inneren Staaten Deutschlands, wie Württemberg, Baden, Bayern, die beiden Hessen, Sachsen, sind es, die am meisten unter dem jetzigen System leiden, während die Seeuferstaaten meistens durch die Chefs der ersten deutschen Häuser, gewöhnlich ihre Landesangehörigen, gut vertreten sind und diese ihre Particularinteressen vollkommen vertreten. Wir konnten uns nicht enthalten, diese kurzen Bemerkungen denjenigen Männern, die Einfluß auf die Feststellung dieser wichtigen Angelegenheit haben, zur besten Berücksichtigung zu empfehlen, indem wir mit der festen Ueberzeugung schließen, daß, will man eine kräftige Vertretung unseres Handels, unserer Industrie und andern Interessen im Auslande schaffen, — nur der Reichsgewalt ausschließlich das Recht zustehen darf, Consuln anzustellen und fremden Consuln in Deutschland das Exequatur zu ertheilen — was zu keinerlei wegs hindert, daß diejenigen Einzelstaaten, die es für ihr Handelsinteresse nothwendig erheischen, Handelsagenten überall, aber ohne officiellen Charakter gegenüber der fremden Regierung, unterhalten können.

** In **Neustadt a. d. H.** steht zum 2. Mai eine große Volksversammlung bevor, in welcher, wie es in dem an die Pfälzer erlassenen Aufruf heißt, „das Wohl und Wehe des Vaterlandes, die von den Volksvereinen angeregte Lebensfrage der Pfalz und Deutschlands auf dem gesetzlich errungenen Boden der Reichsverfassung besprochen werden sollen." Veranlaßt ist diese Volksversammlung durch die Weigerung der königlich bayerischen Regierung, die deutsche Reichsverfassung anzuerkennen, und beschlossen und vorbereitet ist sie durch eine am 27. April in Neustadt abgehaltene Versammlung, welche „von Männern aus allen Vereinen berufen und von 3—4000 Männern besucht war". Die Volksversammlung scheint eine bedeutende werden zu wollen, denn sie ist als eine allgemeine für Süddeutschland bezeichnet, alle „waffenfähigen Bürger" sind zu derselben eingeladen; „der weltgeschichtlichen Hambacher Versammlung vom Jahr 1832 soll sie, wie es ausdrücklich in dem Aufruf heißt, nicht nachstehen."

* **Speyer**, 30. April. Der hiesigen Zeitung zufolge wird am 4. Mai in Frankfurt eine Versammlung von Mitgliedern der Linken aus der bayerischen Kammer der Abgeordneten stattfinden. Man halte dies für nothwendig, um, wie es in dem von dem Abg. Stockinger unterzeichneten Einladungsschreiben heißt, „für des gesammten deutschen Vaterlandes Wohl in den einzelnen Staaten nach einem einmüthigen und festen Plan zu handeln und sich über die Mittel zu einigen."

Nach einer Mittheilung der „Weserzeitung" aus Hannover, soll der König an Brustkrämpfen ernstlich erkrankt sein. Die Hannover'schen Blätter vom 27. erwähnen indeß der Nachricht nicht.

* **Aus dem Odenwald**, 30. April. Gestern fand in dem Städtchen Fürth eine Volksversammlung statt, welche von 4000 bis 5000 Menschen aus der Umgegend besucht war. Unter den auftretenden Rednern befanden sich aus Frankfurt unter Andern die Reichstagsabgeordneten Rühl und Bogen; beschlossen wurde, an der Reichsversammlung und der von ihr beschlossenen Verfassung festzuhalten.

> **Mainz**, 1. Mai. Das 40. preußische Infanterieregiment hat mittelst Loosziehung heute 120 Kriegsreservisten entlassen, welche mit dem Dampfboot von hier abfuhren. — Auch von dem hier garnisonirenden österreichischen Regimente werden den 16. d. M. diejenigen, welche 8 Jahre dienen, verabschiedet und entlassen.

Oldenburg, 24. April. Der bisherige Chef unseres Kriegsdepartements im Ministerium Major von Egloffstein ist heute von seinem Posten zurückgetreten, und der Major Römer mit Wahrnehmung der Geschäfte dieser Abtheilung des Ministeriums beauftragt. (W. Z.)

Braunschweig, 27. April. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten erstattet Abg. Trieps im Namen der auf den Antrag des Abg. Aronheim in Bezug auf die deutsche Verfassungsangelegenheit niedergesetzten Commission Bericht: „Können wir auch in diesem Augenblick, heißt es in demselben, noch keine bestimmtern Maßregeln in Vorschlag bringen, so liegt doch in dem Ernste der Stunde die Mahnung, schon jetzt das zu thun, was wir uns und unserer Stellung schuldig sind. Wohlan denn! Lassen Sie uns 1) hier im Angesichte des Landes unser Männerwort abgeben, daß wir die begründete deutsche Einheit mit aller Kraft schützen und fördern, ihr Gut und Blut zum Opfer bringen wollen, so bald und so oft die Centralgewalten gebieten. Wir glauben und hoffen, und nach dem Bisherigen dürfen wir fest glauben und hoffen, daß unsere Landesregierung in dieser heiligen Sache uns eine treue Führerin sein wird. Sie kann dieses um so mehr, wenn je nach Ihrer Erklärung weiß, daß sie bei allen Opfern auf die freudige einstimmige Bereitwilligkeit unsererseits zu rechnen hat, wenn sie erwägt, daß in dieser Frage, ich sage es mit gerechtem Stolze, wir der treueste ungeschminkte Ausdruck des Geistes sind, der alle braunschweigische Landeskinder erfüllt. 2) Die Commission glaubt aber, Ihrer Thätigkeit noch ein anderes Feld bezeichnen zu müssen. Es kommt darauf an, den echten deutschen Geist in jedem fortwährend wachsam zu erhalten, ihn zu jener nachhaltigen Energie zu stählen, die, ohne zu ermatten, doch den rechten Augenblick zu erwarten weiß. Lassen Sie uns das gegenseitige Versprechen geben, daß Jeder nach dem Maße seiner Kräfte in kleinern und größern Kreisen für die Erhaltung, Belebung jener vollbewußten Energie thätig sein will, damit unsere Mitbürger Alle nicht allein im rauschenden Anfluge der Begeisterung, sondern, wie es ernsten Männern geziemt, Alle mit kalter Besonnenheit und muthigem Entschlusse sprechen: Wir wollen für die heilige Sache des Vaterlandes, für Deutschlands Macht und Einheit leben, und wenn es sein muß, auch den Tod nicht scheuen. Weil endlich 3) zersplitterte Bestrebungen resultatlos verschwinden, wird die Commission fortwährend auf die Vorgänge bei den übrigen deutschen Volksstämmen achten; sie ersucht einen Jeden, der ihr in dieser Hinsicht erhebliche Mittheilungen machen kann, dies augenblicklich zu thun, sowie auch sie zu jeder Auskunftsertheilung gern bereit ist. Der nun entschlummerte Bundestag hat es vor den Augen Europas ausgesprochen: Deutschland muß zu der Weltstellung erhoben werden, auf die ihm seine Macht, die Bildung und Gesittung seiner Volksstämme ein Recht gibt. Dies ist der Stern, der unsere Schritte zu leiten hat, die Verfassung der Boden, auf dem wir jenes Ziel kämpfend erreichen wollen. Mag die Verfassung Mängel haben, sie ist Fleisch von unserm Fleische, Blut von unserm Blut, sie ist dem deutschen Volke lieb, wie der Mutter das eigene mit Schmerzen geborene Kind; möchten klügelnde Geister etwas viel Schöneres zu ersinnen vermögen, wir sprechen dreist und mit Recht der von unserer Nationalversammlung geschaffenen Verfassung das souveräne Recht, das Recht der Erstgeburt zu und wollen ihr und ihr allein den vollen Enthusiasmus unsers Gehorsams zollen. Die Commission hofft, daß die Richtung, in der sie ihre Aufgabe fassen zu müssen geglaubt hat, bei Ihnen Billigung finden wird; sie bittet in dieser Voraussetzung: die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären." — Abg. Aronheim ersuchte die Versammlung, sich durch Erhebung von den Sitzen mit der Commission einverstanden zu erklären und dem Berichterstatter für die begeisternden Worte, die er für die deutsche Sache geredet, zu danken, und nachdem der Präsident diesem Antrage sich angeschlossen, erhebt sich die Kammer insgesammt von ihren Sitzen. (D. R.)

Hamburg, 27. April. Eine immense Thätigkeit herrschte diese Woche in unserm Hafen und ein geschäftiges Treiben, dessen wir uns seit Jahren nicht erinnern können. Alle neutralen Schiffe machten sich segelfertig, um noch vor dem 30. April, als dem letzten Termine, wo sie unbelästigt von den Dänen in See gehen können, außer dem Bereich unsers Hafens zu sein. Sechs Schiffe mit Auswanderern, die theils nach Australien, theils nach Neuyork und Californien gehen, werden binnen heute und morgen in See gehen. Schließlich noch die Nachricht, daß die hiesige Taucherglocke für Eckernförde requirirt worden, um die brauchbaren Ueberreste des Christian VIII. aus Tageslicht zu fördern. Sie ist bereits nach Eckernförde spedirt worden. (D. R.)

---

*) **Athen**, 15. April. Herr v. Werther, der sich stets enge der austro-russischen Diplomatie angeschlossen, verkauft Equipage und Pferde; man schließt daraus auf seine bevorstehende Abreise. — Es handelt sich fortwährend um einen Ministerwechsel. Das Publikum kümmert sich nicht darum, weil es mit richtigem Urtheil oder Instinkt erkennt, daß des schwachen Königreichs Zukunft von den Weltereignissen abhängt. Die neueste amtliche Volkszählung ergibt die Summe von 993,000 Seelen. Die Bevölkerung Griechenlands hat demnach in fünfzehn Friedensjahren nicht zugenommen; die bitterste Kritik des Regierungssystems. Es fällt dadurch Koletti's sophistischer Satz: „Wenn Mißbräuche vorkommen, profitiren doch meine Hellenen" in sein Nichts, denn wären die enormen Veruntreuungen dem Volke zu Gute gekommen, so hätte es sich vermehrt. Die Camarilla sucht diese traurige Erscheinung in einem neugeschaffenen Organe, dem „Nationalgeist", durch die wahrhaft lezerische Behauptung zu entschuldigen: die Bevölkerung Griechenlands sei noch nicht reif für constitutionelle Freiheit. — Die Regierung zieht an vier Punkten Truppen zusammen, in Lamia und Boniza, den Endpunkten der Nordgrenze, in Theben und in Korinth. Andrerseits verstärkt die Pforte ihre Grenztruppen bedeutend und armirt Prevesa. Sie hat nicht sowohl die Unterdrückung des Straßenraubs im Auge, als einen Angriff von unserer Seite, den sie beim Ausbruch eines Krieges mit Rußland argwohnt. Leider überschätzt sie die Kräfte und wir fürchten jetzt auch den Willen des Königreichs. Von hier aus kommt den geknechteten Griechen keine gewöhnliche Hilfe; es fehlt dazu am Heer, am Führer, am Kriegsmaterial und am Geld. Sich aber an die Spitze aller streitbaren Männer Griechenlands zu stellen, dazu gehörte ein heroischer Entschluß.

Nachschrift.

** **Paris**, 29. April. Der „Moniteur" enthält folgende telegraphische Depesche aus Marseille vom 28. April: „Civitavecchia, 25. April 1849. Der General Oudinot an den Kriegsminister. Wir sind Herren von Civitavecchia ohne Schwertstreich. Die Behörden haben keinen Widerstand geleistet. Einwohner und Nationalgarde haben uns mit Beifall empfangen.

Auch gestern Abend hatten wieder einige Zusammenrottungen statt, die sich aber bei dem Herannahen des Militärs zerstreuten. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor.

London, 28. April. 3pCt. Stock 91⅞ à 92. — 5pCt. Span. 17. — Neue 3pCt. 32⅛. — 4pCt. Port. 28 à 29. — 2½pCt. Holl. 50⅛.

Madrid, 24. April. 3pCt. 24¹¹/₁₆ compt., a d. B, 24⅛ P. — 5pCt. 10⅞ G.

Paris, 29. April. An der heutigen Coulissenbörse war die 5pCt. Rente 87. 65. bis 87. 85.

Frankfurt, 1. Mai. Bei der heute stattgehabten achten Serienziehung der k. sardinischen 36 Frankenloose sind folgende 15 Serien gezogen worden, als Serie 130 194 228 326 465 579 593 597 600 665 791 797 808 835 848.

Und bei der hierauf erfolgten vierten Gewinnziehung sind die Hauptpreise auf nachstehende Nummern gefallen, als auf Nr. 79019 40,000 Fr., Nr. 9710 4000 Fr., Nr. 79041 2000 Fr., Nr. 34801, 38338, 75136 jede 500 Fr., Nr. 32552, 42744, 45611, 47060, 75132, 83416, 84750, 88964, 89997, 96418, jede 100 Fr. Nr. 657, 16024, 19388, 45593, 59683, 79013, 83249, 84745, 84795, 94028 jede 75 Fr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Bätten

Uebersicht der bei dem Fürstlich Thurn und Taxis'schen Ober-Postamte zu Frankfurt a. M.

abgehenden und ankommenden Posten. — *Vom 1. Mai 1849 anfangend.*

	Benennung der Course.	Briefe: Schluß der Aufgabe.	Briefe: Distributionszeiten.	Personenposten: Abgang.	Personenposten: Ankunft.	Fahrpost-Sendungen: Schluß der Aufgabe.	Fahrpost-Sendungen: Distributionszeiten.
Cassler Cours.	Bibel, Friedberg, Buybach, Gießen	10 Bm. u. 8 Abs. 8 Abds. *	I. IV	8 Mgs. Persp. 11 Vorm. Ellw. 9 Abds. Ellw.	4–5 Mgs. Ew. 1–2 Nm. Ew. 6½ Ab. Persp.	9 Morgens 7 Abends	3 Nmitt.
	Hungen, Grünberg, Homberg, Alsfeld	8 Abds *	I.	8 Morgens	4—5 Nachm.	7 Abends	8 Morgens
	Grünberg, Alsfeld pr. Gießen	8 Abends	I.	9 Abends	4—5 Mgs.	7 Abends	8 Morgens
	Marburg u. Cassel. (Cassel auch 6 Abs.)	10 Vormitt. 8 Abends	I. IV	11 Vorm. Ellw. 9 Abds. Ellw.	4-5 Mgs. Ew. 1-2 Nm. Ew.	9 Morgens 7 Abends	8 Mgs. u. 3 Nmitt.
	Marburg auch	. . . .	. . .	5 Mgs. Persp.	6½ Ab. Persp.	. . . .	. . . .
	Münden, Göttingen, Hildesh., Celle, Lüneburg	10 Bm. u. 6 Abs	I. IV	11 Bm. 9 Abs	4-5 Mgs. 2 Nm	7 Mgs. 7 Abs	8 Mr. 3 Nm.
	Hamburg, Mecklenburg-Schwerin (Dänemark, Norwegen, Schweden)	7½ fr. u. 10 Bm.	I. IV.	11 Vormitt. 9 Abends	4-5 Mgs. 1-2 Nmitt	7 Abends	8 Morgs
	Bremen, (Oldenburg)	7½ fr. u. 10 Bm.	I. IV.	11 Bm. u. 9 Abs	4-5 Mr. 1 2 Nm	9 Morgens	8 Morgs
	Lübeck	7½ früh	IV.	11 Vormitt.	1-2 Nmitt.	9 Morgens	8 Morgs
	Hannover und Braunschweig	7½ fr. u. 10 Bm.	I. IV.				
Leipziger Cours.	Fuld, Eisenach, Gotha, Erfurt, Weimar, Naumburg, Leipzig, Halle, Berlin, Altenburg, Dresden, ganz Sachsen, Preußen (östl. Theil) Polen, Mecklenburg-Strelitz, nördl. Rußland	6 Abends und 8 Abends †	I. II	7½ Abds Ellw. 6 Mgs Dilig. 1 Nm. Omnib	8 Mgs. 6½ Mgs. 9 Abends	7 Abends	8 Morgs
	Aschaffenburg, Würzburg, (Nürnberg, Augsburg, München)	11 Vormitt. 7 Abends 6 Abends †	I. III.	8 Mgs. pr. Post 12 Mitt pr. Eilzug 8 Ab. pr. Eilzug	9½ Abends 12½ Mittags 4–5 Mgs.	10 Vormitt. 6 u. 7 Abends.	8 Morgs 3 Nachmitt.
	Miltenberg, Wertheim	7 Abends	I.	8 Abends	4—5 Mgs.	6 Abends	8 Morgs
	Bamberg	11 Bm 8 Abs †	I. III.	12 Mitt u 6 Mgs	12½ Mitt. 9½ Ab	10 Bm. u. 7 Abs.	8 Mgs. 3 Nchm
	Regensburg	11 Vormitt. 7 Abends	I. III.	12 Mittags 8 Abends	4—5 Mgs. 12½ Mittags	10 Vormitt. 6 Abends	8 Morgs 3 Nachm.
	Culmbach, Bayreuth und Hof	11 Bmitt. 8 Abs †	I. III.	6 Mrg. 12 Mitt.	12½ Mit. 9½ Ab.	10 Vorm. 7 Abs.	8 Mrg. 3 Nm.
	Eger, Carlsbad, Prag	11 Vormitt.	III	12 Mitt. p. Wirzb	12½ Mittags	10 Vorm	3 Nachm.
	Mft. Bürgel, Ansbach, Weissenburg, Eichstädt, Ingolstadt	11 Vormitt.	I.	12 Mittags	4—5 Mgs.	10 Vorm.	8 Morgs
	Rottenburg, Dunkelsbühl, Nördling, Donauwörth	11 Vorm. 7 Abends	I.	8 Abends	9½ Abends 4—5 Mgs	6 u. 7 Abends	8 Morgs
	Donauwörth auch	. . . .	. . .	12 M. pr. Landau	. . . .	. . . .	. . . .
	Insbruck	6½ Abends	I.	8 Abends	3½ Abends	6 Abends	8 Morgs
	Salzburg	11 Vormitt. 7 Abends	I.	12 Mittags 8 Abends	9½ Abends	10 Vormitt. 7 Abends	8 Morgs
	Linz, Wien überhaupt Oesterreich, Krakau, südliches Rußland, Türkei, Griechenland	7 Abends	I.	8 Ab. pr. Nürnb.	4—5 Mrgs.	6 Abends	8 Morgs
Württemberg-Baden-Schweizer Cours.	Bensheim	9½ M 1½ 4½ 8 †	I. II. IV.	—	—	9 Mgs. u. 1 Nm.	3 Nachm.
	Zwingenberg, Heppenheim	2½ M 1½ 4½ 8 †	I. II. IV	—	—	4 Nachm.	4 Nachm.
	Odenwald	1½ Nm. 8 Ab †	I. IV.	—	—	4 Nachm	4 Nachm.
	Heidelberg, Mannheim	9½ Vormitt.	I. II. III V.	—	—	9 Bm., 4 Nm. u. 7 Abds	8 Mg. 3 Nm
	Weinheim, Carlsruhe, Freiburg, Offenburg	1½, 4½, 6 u 8 Ab †	I. III V	—	—	9 Bm., 4 Nm u. 7 Abds.	8 Morgens
	Basel, Bern, Lausanne, Genf	9½ Vormitt. 1½ Nm. 8 Abs †	I. III.	—	—	4 Nmitt.	3 Nachm. 3 Nachm.
	Basel auch	—	—	—	—	—	—
	Heilbronn, Stuttgart, Ulm	9½ Bm., 6 Abs.	I. V.	—	—	9 Bm., 4 Nm.	8 Mr. u. 3 Nm.
	Stuttgart auch	1½ Nachmitt.	III.	—	—	—	—
	Straßburg, südliches Frankreich	1½ Nachmitt.	III	—	—	3 Nmitt.	3 Nachm.
	Straßburg auch	9½ Bm. u. 6 Abs	I.	—	—	—	—
	Schaffhausen, Winterthur	6 u. 8 Abs. †	I. V.	—	—	4 Nmitt.	3 Nachm.
	Luzern	1½ Nm., 5 Abs †	I.	—	—	4 Nmitt.	3 Nachm.
	Rorschach und Chur	6 Abends	I.	—	—	4 Nmitt.	3 Nachm.
	St. Gallen, Zürich	6 u. 8 Abs. †	I.	—	—	4 Nmitt.	3 Nachm.
	Mailand, überhaupt Lombardey, Piemont, Sardinien, Kirchenstaat, Toscana, Neapel, Venedig	8 Abends †	I.	—	—	—	—
	Bregenz, Feldkirch, (Vorarlberg, Tyrol)	6 Abends	I.	—	—	4 Nmitt.	3 Nachm.
Pariser Cours.	Alzey, Kirchheimboland, Kaiserslautern	7½ fr u. 4 Abs	II. V.	5 Abends	9 Morgens	3½ Nachm	3 Nachm.
	Homburg, Zweibrücken	7½ fr. u. 4 Abs	V.				
	Dürkheim, Neustadt, Landau, Speyer	4 Abends	IV.	5 Abds. p. Mainz	4—5 Mgs.	3½ Nachm.	8 Morgs
	Worms	9½ Mg. 1½, 4 u. 6 Abds. †	I. II. V.	5 Abds. p. Mainz 2½ Nm. p. Bensh	4—5 Mgs.	9 Bm. 3½ Nm.	8 Morgs
	Niederingelheim, Creuznach, Kirn, Birkenfeld, Saarlouis, Trier	7½ Morgens	I. u. III.	8½ Morgens	4—5 Nachm.	7 Abends	8 Morgs
	Metz, Verdun, Châlons s. M., Paris, das nördliche Frankreich, Spanien, Portugal, Amerika	7½ Morgens	V.	8½ Mrg. Persp.	4—5 Nachm	7 Abends	8 Morgs

	Benennung der Course.	Briefe: Schluß der Aufgabe.	Briefe: Distributionszeiten.	Personenposten: Abgang.	Personenposten: Ankunft.	Fahrpost-Sendungen: Schluß der Aufgabe.	Fahrpost-Sendungen: Distributionszeiten.
Rheinisch-Niederländischer Cours.	Niederingelheim, Bingen, Creuznach, Kirn, Bacharach, St. Goar, Boppard, Trier	4 Nachm.	I.	5 Abends.	4—5 Mgs.	3½ Nachm.	8 Morgs.
	Coblenz u. Bonn. (Coblenz auch 4 Nm.)	7½ früh u. 7 Abs.	I. V.	8½ Mg. u. 5 Abs.	4-5 Mg. 6-7 Abs	3½ Nm. u. 7 Abs.	8 Morgs.
	Cöln, (Düren, Cleve), Düsseldorf, Elberfeld, (Schwelm, Iserlohn, Hagen)	7½ fr. 12 Mt. 7 Ab	I. IV. V.				
	Deutz, Bielefeld, Damm, Herford, Mühlh. a. d. R., Lippstadt, Rheda, Ruhrort, Solingen, Wesel	7½ fr. 12 Mt. 7 Ab	IV. u. V.				
	Barmen	7½ fr. u. 7 Abs.	I. V.	8½ Mrg., 1 Nm., 5 Abends.	4—5 Mgs. 1—2 Nmitt. 6—7 Abends	11 Vormitt.	3 Nachm.
	Mühlheim a. R.	7½ fr. 12 Mt. 7 Ab	IV. u. V.				
	Crefeld	7½ fr. u. 7 Abs.	I. u. V.				
	Dortmund	7½ fr. u. 7 Abs.	IV.				
	Münster	7½ fr. u. 7 Abs.	IV. u. V.				
	Aachen, ganz Belgien	7½ fr. u. 7 Abs.	I. IV. V.			kl. Stücke auch 7 Abends	8 Morgs
	Emmerich ganz Holland	7½ fr. u. 7 Abs.	I. IV.			9 Morgens	3 Nachm.
	Preuß. Minden	7½ fr. u. 7 Abs.	I. od. IV.	11 Vormittags	4—5 Mgs.	7 Abends	8 Morgs.
	Schwalbach, Nassau, Ems	7½ fr. u. 7 Abs.	V.	8½ Morgens	6—7 Abends	7 Abends	8 Morgs.
	Rheingau	10 Bm. 4 Nm 7 Ab.	I. III. V.	11 Bm. pr. 5 Ab. Eilbr.	1 Nm. 4½ Abs.	9 Bm., 1 Nm.	8 Mrg. 3 Nm
Lahn-Eisenbahn-Cours.	Limburg, Diez, Siegburg (Siegburg auch 7 Ab.) nach und von Limburg u. Diez auch	12 Mittags. 7½ Morgens.	IV. I.	1 Nachmitt. —	2—3 Nachm. —	11 Vormitt. kl. Pag. 7 Abs.	3 Nachm.
	Wetzlar, Dillenburg, Siegen, Olpe (Wetzlar auch 10 Bm.) Dillenburg auch	8 Abends	IV.	9 Abends	2—3 Nm.	7 Abends 11 Vormittags.	3 Nachm.
	Elberfeld	7½ früh. 12 Mittags. 7 Abends	I. IV. V.	3½ Morgens 1 Nm. pr. Limb. 5 Abends. 9 Ab. p. Dillenb.	4—5 Mgs. 1—2 Mitt. 2—3 Nm. 6—7 Abds.	11 Vormittags. Kleine Sendung auch 7 Abds.	3 Nachm.
Weilb. Trd. Lauterbach C	Usingen, Weilburg	4½ Abends	II.	5 Abends	10½ Vmitt.	4 Nachm.	3 Nachm.
	Nidda, Schotten (Ortenberg) Lauterbach Lauterbach auch	9 Morgens 6 Abends	V. I.	10 Vorm.	4—5 Abds.	9 Morgs.	8 Morgs
Local-Course.	Darmstadt	10 Bm., 2 Nm., 5, 7 u. 8 Abs ††	I. II. III. V.	—	—	9 Bm. 6 Ab. 7 Abends	8 Morgs. 3 Nachm.
	Hanau	5½, 11½ Mgs. 12½, 2 Nmitt. 4 6 u. 8 Abs. †	I. II. III. V.	6 Mgs. Dilig. 1 Nm. Omn. 12 Mitt. Eilw. 7½ Abs. Eilw.	5—6 früh Dil. 1 Mit. Eilw. 8 Mrg. Ew. 9 Abs. Omn.	8 Mg. 11½ Bm. 12½ u. 2 Nachm. 4, 6, u. 7 Abs.	8 Morgs. 10 Vorm. 3 Nachm 6 Abends
	Büdingen (Ortenberg, Nidda, Meerholz, Gelnhausen, Birstein)	1½ Nachmittags	III.	—	—	12 Mittags.	3 Nachm.
	Mainz und Wiesbaden	6 Mg. 10½ Bm. 2 u. 4½ Nachm. 5 Abds †	I. II. III. V.	—	—	9½ Morgs. 1½ Nachm.	8 Morgs. 3 Nachm.
	nach und von Mainz auch	. . . .	. . .	8½ Abends	4—5 Mgs.	3½ Nachm., 5 Ab. 7 Abends	. . . .
	Homburg v. d. H.	7½, 10½ Bmitt., 1½, 4½ Nmitt., 6½ u. 8 Abends	I. II. III. IV. V.	5, 11 Mrgs., 2 u. 5 Nm. 7 u. 10 Abends.	6½, 10½, 12½, 2½, 5, 9½.	10 Vormittags. 4, 6 u. 7 Abds.	8 Morgs. 3 Nachm.
	Offenbach	7½ u. 10½ Mrgs. 12½ u. 4½ Nm. 7 und 8 Abds.	I. II. III. IV. V.	6½ fr., 8 Ab. Eilw. 11 Mrg. 1, 5 u. 10 Abds.	5-6 fr. u. 7-8 Mt 9½ Morgens 12½ Mitt., 4½ u. 9½ Ab	10½ Vormitt. 12½ Mittags. 4½ Nm., 7 Abs.	8 Morgens. 11 Bm. 3 Nm. 6 Abs.
	Soden und Königstein	12 Mittags.	IV.	½ Nm. pr. Dilig.	12—1 Mitt.	11 Vormittags.	3 Nachmittags
	Cronberg	12 Mittags.	IV.	1 Nm. pr. Dilig.	12—1 Mitt.	11 Vormittags.	3 Nachm.
	Bockenheim und Rodelheim	12 Mitt., 5½ u. 8 Abs. ††	I. IV.	8½ Mr. 12½ Mit. u. 6 Abends	7½ Mr. 1½ Mt u. 7 Abs.	12 Mitt. 5½ u. 7 Abs.	8 Morgs. 3 Nachm.
	Bergen	7½ Morgens u. 12½ Mittags	I. III.	. . . .	. . . .	12 Mittags 7 Abends	8 Morgs. 3 Nachm.

Correspondenz nach England.

via Ostende.	Distributionszeit.	via Rotterdam.	Distributionszeit.	via Hamburg.	Distributionszeit.	via Calais.	Distributionszeit.	via Curhafen.	Distributionszeit.
tägl. 7½ Morgens	I.	Sonntag, 7 Uhr Abds Mittwoch, 7 „ „ Samstag, 7 „ „	So. Mi. Do. I.	Mittwoch und Sonntag, 10 Uhr Morgens.	So. Mi. I.	Täglich 7½ Uhr Morgens.	täglich excl. Do. V.	Mittwoch u. Sonntag, 7½ Uhr Morgens	I.

† ††. * Unfrankirte Briefe können auch bis Morgens ½ 5, ⅓ 6, ¾ 7 Uhr in den Briefkasten am Posthause gelegt werden.

Distributions-Zeiten: I. Mrg. 8½, II. Vm. 11, III. Mitt. 2, IV. Nm. 4, V. Abs. 6, und vor den Stadtthoren um 8 Morgs., 2 Nm. und außerdem um 11 Bm. und 6 Abs. in der näheren Umgebung der Stadt. — Die Briefkasten in der Stadt werden geleert: 7½, 8½, 9½ Mrg. 11 Bm., 12 Mitt., 2, 3, 4 Nm. 5½, 7½ Abs. — Der Briefkasten in Sachsenhausen 7½, 9½ Mrg., 12 Mitt., 3 Nm., 5½, 7½ Abs. — Recommandirte Briefe sind ½ Stunde vor der gewöhnlichen Schlußzeit aufzugeben.

Die Versendung von Briefen mit Geld oder Geldeswerth mittelst der Briefpost ist unstatthaft, und müssen dieselben der Fahrpost-Expedition zur Beförderung übergeben werden, in welch letzterem Falle für den reclamirten Werth Garantie geleistet wird.

Druck von August Osterrieth.

№ 104. — Mittwoch — den 2. Mai — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksgebiet von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Würtemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bayern fl. 2. 53 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 3. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/6 Zeile) mit Beischrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Wegl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Die Reichsverfassung in den Anfängen ihrer Ausführung.

Auf die neue preußische Erklärung war man in Frankfurt nicht erst durch die Auflösung der zweiten Kammer in Berlin vorbereitet, sondern bereits durch die frühere Erklärung des Ministeriums Brandenburg und durch dessen beharrliches Sträuben und Verbleiben im Rathe des constitutionellen Königs. In der That ist dieses Actenstück nicht ohne Kunst und nicht ohne Würde abgefaßt; aber was mehr ist, nicht ohne Hoffnung. Mit Würde tritt in jeder Zeile der Anspruch auf Loyalität, Recht, Wahrheit, Treue und Consequenz hervor. Mit Kunst sind die Mängel der Verfassung zusammengestellt, wodurch den Einzelregierungen zu viele Rechte abverlangt und doch der Reichsregierung nicht genug von diesen Rechten zugelegt seien. Aber dem aufmerksamen Leser wird zwischen manchen Zeilen auch ein Strahl von Hoffnung entgegenschimmern, daß die Ablehnung nicht so unbedingt und nicht für immer zu verstehen sei. Der Unterschied in der Betonung der Gründe und der fehlenden Vorbedingungen läßt nicht undeutlich erkennen, welche von denselben den Ausschlag gegeben, und es sind dies glücklicherweise nicht grade die unüberwindlichsten Hindernisse. Die Bedenken gegen § 1 der Verfassung wegen des Gebiets von Oesterreich sind so natürlich, daß eine erläuternde Erklärung darüber wohl nachfolgen könnte, und was den Kaisertitel betrifft, so dürfte in der That zum wenigsten als Uebergang auch der Titel eines Statthalters die deutsche Nation und andere befriedigen. Es bleibt freilich das unglückliche suspensive Veto: aber gegenüber diesem wird der Gewählte von vornherein ähnlich dem französischen Heinrich IV. sagen müssen: „Ein Kaiserreich ist wohl das Opfer werth — eines dreimaligen Eigenwillens gegen den dreimaligen Gesammtwillen so vieler Vertreter der deutschen Nation und ihrer Fürsten. Ein Monarch muß auch Hoffnung und Vertrauen haben auf die Verdienste der Monarchie und auf den guten Genius der Nation, sobald dessen Schwingen sich nun endlich von der gemeinen Erde erhoben haben werden. Doch dies Alles sind noch ferne Träume; wir wollten nur erwähnen, daß die preußische Erklärung keinen erheblichen, weder niederschlagenden, noch aufregenden Eindruck auf die Versammlung hervorgebracht hat, und daß diese sich schwerlich dadurch in ihrem sicheren Defensivplane beirren oder gar zu übereilten, persönlich verletzenden Beschlüssen wird hinreißen lassen. Zu den guten Vorsätzen, die wir vernahmen, rechnen wir vor allen zwei: Die Centralgewalt in Ehren zu halten, und durch sie die 30 Regierungen, welche mit der Anerkennung der Verfassung vorangegangen sind, nach Kräften zu unterstützen, sowohl gegen mögliche reactionäre Zumuthungen, als auch gegen etwaige gesetzwidrige Bewegungen von unten, wodurch nur offene Thüren bestürmt würden. So wird der großartige Plan der Ausführung der Verfassung einstweilen ohne directe Betheiligung der an die Spitze berufenen größten deutschen Krone, unentwegt durch vorübergehende locale Regierungsansichten, Schritt um Schritt seinen Fortgang nehmen. Es wäre nicht unmöglich, daß schon in der morgenden Sitzung, in welcher das Reichsministerium schwerlich in der Lage sein dürfte, den in Folge der letzten Beschlüsse erwarteten Bericht zu erstatten, von Seiten des Dreißigerausschusses Anträge gestellt werden könnten, nach welchen in möglichstem Anschlusse an die Reichsverfassung die nächsten Schritte zu deren Verwirklichung angebahnt würden. Die Zeit des Zusammentrittes des ersten ordentlichen Reichstages dürfte nicht allzulange hinausgeschoben werden. Zu diesem Ende müßte für die Wahl in beide Häuser etwa zu Anfang des August der Tag bestimmt, und in Verhinderung der an die Spitze der Reichsregierung berufenen Krone in Folge eines ergänzenden Actes für diesen ersten Fall der Einführung das Ausschreiben der Wahlen von der gegenwärtigen Centralgewalt, oder von dem Bureau der Nationalversammlung bewerkstelligt werden. Sollte Preußen nicht von Anfang im neuen Reichstage vertreten sein, so würde das Oberhaupt des an Größe nächstfolgenden Staates so lange als Statthalter alle Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes ausüben, bis Preußen hinzugetreten wäre. Sobald über das Ausschreiben der Wahlen ein Beschluß gefaßt ist, wird ohne Zweifel die letzte wichtige Frage für die constituirende Nationalversammlung zur Sprache kommen: ob sie möglichst vollzählig anwesend bleiben, oder mit Hinterlassung des Bureaus und eines Ausschusses, sich auf 4 bis 6 Wochen vertagen will? Für beide Ansichten sprechen wichtige Gründe; auf eine umsichtige Behandlung auch dieses Gegenstandes ist aber um so mehr zu rechnen, als die einflußreichsten Fractionen des Hauses, getragen durch die Stimme der Nation in zahlreichen Vereinen und Versammlungen, sich in erfreulicher und steigender Uebereinstimmung zum letzten Tagewerke die Hand reichen.

Die englische Presse über die deutschen Zustände.

K **Frankfurt**, 1. Mai. Die „Times" stellt in einem längern Artikel ihrer Nummer vom 26. April über die gegenwärtige Lage Deutschlands und hauptsächlich über die obschwebende Kaiserfrage ihre Betrachtungen an, deren Mittheilung um so interessanter sein dürfte, als daraus hervorgeht, wie sehr dieses wichtige Organ der englischen Presse seine Ansichten über die deutschen Zustände geändert hat, Ansichten, die bei der Stellung, welche jenes Blatt einnimmt, zugleich auch als der Meinungsausdruck der Mehrheit des englischen Volks, des politisch gebildeten Theils wenigstens, betrachtet werden können. Der Artikel lautet: „In der gegenwärtigen bewegten und unsteten Lage des europäischen Continents ist kein Gegenstand von solch äußerster Wichtigkeit für die Wiederherstellung öffentlicher Ruhe und die Aufrechthaltung des allgemeinen Friedens, als die große Frage der Reorganisation Deutschlands unter einer Kaiserkrone, eine Frage, die seit mehreren Monaten von verschiedenen Parteien mit gleichem Eifer verfolgt wurde und jetzt nur noch die Einwilligung des Berliner Hofes zu der von der Frankfurter Versammlung angetragenen Würde erheischt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Bewegung in den nördlichen und östlichen Theilen Deutschlands den Charakter einer nationalen angenommen hat, so intensiv und beinahe so allgemein, wie jene, welche das deutsche Volk zu der großen Erhebung von 1813 anregte. Allein die einzige Möglichkeit einer Errettung Deutschlands aus dem Zustande totaler Anarchie, die einzige Möglichkeit der Wiederherstellung einer Regierung, welche dem Volke Achtung und Liebe einflößen kann, beruht ausschließlich in der Vereinigung aller geringeren Würden und Mächte in der kaiserlichen Souveränetät und in der Concentrirung der conservativen Stärke und militärischen Gewalt der ganzen Nation unter dem Symbol einer Kaiserkrone. Das ist ohne Frage die Meinung einer beträchtlichen Partei unter den deutschen Staatsmännern, als deren bedeutendster Baron Gagern betrachtet werden kann, und diese sprechen die unbedingte Ueberzeugung aus, daß es kein anderes Heil für das Land gibt. Könnte jenes Ziel durch den Zauberstab eines Magiers erreicht werden, könnte Deutschland aus einer getheilten nach einer Föderativrepublik hinstrebenden Anarchie in eine große friedliche und vereinte Monarchie umgewandelt werden, wir würden ohne Bedenken den Gründern eines solchen Reiches unsere wärmste Bewunderung, unsern brüderlichen Beistand zollen. Was Deutschland selbst anbetrifft, so begreifen wir vollkommen die Beziehungen eines Unternehmens, das seinen Enthusiasmus und seinen Stolz anfeuerte, — eine compacte Nation von ungefähr 40 Millionen zu bilden, die eine Sprache sprechen, in eine Armee vereinigt sind, das Recht haben, sich überall vom baltischen bis zum adriatischen Meere niederzulassen, die in dem Ausland durch einen und denselben Gesandten vertreten und daheim durch ein und dieselben Staatsmänner regiert werden, ist eine große und erhebende Idee. Die Politik Großbritanniens wird in keiner Weise durch ein solches Vorhaben berührt, ein Vorhaben, das darauf hinausgeht, die Größe eines so nahe mit dem englischen Stamme verwandten und für alle Zeiten zur Aufrechthaltung des mitteleuropäischen Gleichgewichts zwischen den nebenbuhlerischen Tendenzen russischer Willkürherrschaft und französischer Demokratie bestimmten Volkes zu fördern. Aber wir sehen in jenem Plan innere Hindernisse und äußere Gefahren, die überwunden und vernichtet werden können, aber nichtdestoweniger wahr und schrecklich sind. Das erste dieser innern Hindernisse liegt in der Stellung des Königs von Preußen. Die Stimme des Volks, so weit dieses in den Versammlungen von Frankfurt und Berlin vertreten ist, fordert ihn laut zur Uebernahme der kais. Würde auf. Seine Anschauungen von der Pflicht gegen das Allgemeine, seine wiederholten förmlichen Versprechungen an andere Souveräne gebieten ihm die Abweisung; aber in dem gegenwärtigen Augenblick läßt eine solche Abweisung nur noch die Gestalt der Abdankung als Alternative. Nur wenn Friedrich Wilhelm der Vierte diesen letzten Schritt in hohem Pflicht- und Ehrgefühl thut, nur dann löst er die persönliche Schwierigkeit, da es bekannt ist, daß sein Bruder, der Prinz von Preußen, die Krone, welche er zu tragen Bedenken trägt, anzunehmen bereit ist. In den Händen dieses Prinzen gäbe es am Ende keine andere Schwierigkeiten als solche, die in der Natur der Sache liegen, und wir zweifeln nicht, daß er sich bestreben wird, in ganz Deutschland ein festes, kräftiges, gegen die revolutionären Thorheiten, welche die Gesellschaft beinahe ganz aufgelöst haben, beharrlich gerichtetes Regiment einzuführen. Ein solches Regiment möchte im Stande sein, einen Theil Deutschlands zu reorganisiren. Aber gerade durch eine solch energische Suprematie würde das Verschlingen des Ganzen am wirksamsten verhindert werden. „Joseph hatte einen Traum: Mich däuchte, wir banden Garben auf dem Felde, und meine Garbe richtete sich auf, und stand; und eure Garben umher neigten sich gegen meine Garbe. Da sprachen seine Brüder zu ihm: Solltest du unser König werden und über uns herrschen? Und wurden ihm noch mehr Feind um seines Traums und seiner Rede willen." Diese alte Stelle der heiligen Schrift ist die gegenwärtige Geschichte der deutschen Könige. Achtundzwanzig Fürsten und freie Städte (Holstein und Lauenburg sind in dieser Zahl mit Unrecht inbegriffen) haben sich vor der Garbe Josephs gebeugt; nur die fünf Königreiche und das österreichische Kaiserreich stehen fern — selbst Württemberg wendet sich ab *) — und nur das Drängen der Revolution kann sie bestimmen, den Schritt zu thun, welcher, wie wir eben gesagt haben, die Revolution zu enden im Stande ist. Der geringere und schwächere wird sich wahrscheinlich dieser Nothwendigkeit fügen, aber ein solcher Tausch ist ein gänzlicher Umsturz aller deutschen Monarchien mit Ausnahme einer. Gegen eine solche Katastrophe stehen Oesterreich und Bayern fest vereint, während St. James Palast die königlichen Flüchtlinge von den kleineren Thronen kaum alle aufzunehmen vermögen wird. Die Zeit ist jetzt herangekommen, da ein entscheidendes Ereigniß stattfinden muß. Entweder wird die Macht in Frankfurt unumschränkt anerkannt, oder sie wird von allen Fürsten desavouirt, wie es Oesterreich eben gethan hat; eine jede dieser Eventualitäten gibt zu den ernstesten Erwägungen Anlaß. Die größere Wahrscheinlichkeit scheint die zu sein, daß die Kaiserpartei in Preußen und Frankfurt, zusammengesetzt aus den heterogenen Elementen monarchischen Einflusses, nationalen Bewußtseins und volksthümlicher Erhebung, die Oberhand gewinnen und ihr großes und gefährliches Experiment ausführen wird. Es wird dieses Experiment sicherlich einen mehr oder weniger offenen, einen mehr oder weniger unmittelbaren Widerstand finden; aber die kaiserliche Macht muß gegen die widerstrebende Minorität selbst mit Waffengewalt auf die Gefahr eines Krieges hin eingeführt werden; wird sie nicht Aller Herr, so ist ein solches Kaiserreich eine reine Fiction. Die Größe der Frage droht den ganzen Continent zu absorbiren; sie ist von der größten Wichtigkeit für die Politik der andern Continentalmächte. Denn eben die Motive, welche die deutschen Staatsmänner veranlassen, jene Veränderung zu einer gewaltigen Vermehrung ihrer nationalen Macht und ihres Einflusses hinzuführen, müssen unfehlbar die Staatsmänner Rußlands, Oesterreichs und Frankreichs dahinbringen, eine solche Veränderung mit dem äußersten Mißtrauen zu betrachten und entweder die Umstände zu benützen, um ihr entgegenzuhandeln oder sie zu ihrem eigenen Vortheil nach andern Richtungen hin auszubeuten. Deutschland vernichtet durch eine solche Handlung eine der wichtigsten Bedingungen der europäischen Verträge von 1815, welche Deutschland **) für sich selbst ersann und Andern auferlegte. Von dem Augenblick an, da der deutsche Bund von 1815 aufhört und in ein preußisch-deutsches Kaiserreich sich umgestaltet, werden die Völker, welche sich durch die andern Stipulationen jener Verträge gedrückt fühlten, in Betreff ihrer Aufrechterhaltung nur nach ihren eigenen Interessen fragen." Am Schlusse des Artikels spricht dann noch die „Times" die Besorgniß aus, daß in Folge einer derartigen Auflösung aller staatlichen Verhältnisse sehr leicht ein allgemeiner Krieg entstehen könnte, welchen namentlich der Eifer der Deutschen, wie sich dieser den Dänen gegenüber gezeigt hat, anzuregen geeignet wäre.

In ähnlicher Weise, wie die „Times", äußert sich auch der „Globe", bekanntlich das Organ Lord Palmerston's. „Das Berliner Parlament, sagt er in einer seiner neuesten Nummern, ist dem Cabinet des Grafen Brandenburg mit einer Abstimmung entgegengetreten, nach der es die Frankfurter Verfassung ohne Modificationen annimmt. Herr v. Vincke, der talentvolle und ausgezeichnete Führer der constitutionellen Opposition, hat gegen den Antrag gestimmt, sich ihm aber während der Debatte alle sittliche Unterstützung, so stark sie nur aus einer ganz unbarmherzigen Mißbilligung der gegenwärtigen preußischen Cabinetspolitik erwachsen konnte. — Wenn die preußischen Minister sich nicht der Politik unterwerfen, die ihnen von ihren Gegnern aufgedrungen wird, so bleibt ihnen nichts übrig, als die Kammer aufzulösen oder selbst abzudanken. Bei der Stärke der Bewegründe, die den König von Preußen verpflichten, der öffentlichen Meinung Deutschlands zu willfahren, dürfen wir kaum voraussetzen, daß er die erste Alternative wird eintreten lassen wollen. Die zweite Alternative bedingt aber die Bildung eines Ministeriums, das sich auf das linke Centrum des Frankfurter Parlaments stützt, und

*) Es versteht sich von selbst, daß zu der Zeit, da der Artikel der „Times" geschrieben ward, in welcher die neuesten Entschließungen des Königs von Würtemberg noch nicht bekannt waren.
Anm. d. Red. d. O.P.A.-Z.

**) d. h. die Diplomatie auf dem Congresse zu Wien.
Anm. d. R. d. O.P.A.-Z.

selbstfolgend die Annahme der Kaiserwürde seitens des Königs Friedrich Wilhelm. — Wir haben nie ein Geheimniß aus unserer Ueberzeugung gemacht, daß ein solches Resultat gewaltig zur endlichen Wohlfahrt Deutschlands beitragen und ihm den Weg bahnen müsse, die Stellung einer ganzen und freien Nation einzunehmen. Ebensowenig verkennen wir die Hindernisse, die noch immer diese Bahn zur Einheit erschweren. Wenn wir uns aber ins Gedächtniß zurückrufen, wie oft und wie unverdientermaßen England angeklagt worden ist, mit Mißtrauen und Eifersucht auf die festere und engere Vereinigung mit ihm wetteifernder Nationalitäten zu sehen, so finden wir uns vollkommen befriedigt, wenn wir sehen, daß die Freunde deutscher Einheit nur freundliches und thätiges Mitgefühl von dem Manne zu gewärtigen haben, der gegenwärtig an der Spitze unseres auswärtigen Amtes steht. Der große Ausfluß des revolutionären und des conservativen Europas mag an andern Orten in einem auffallenderen Gegensatze sich begegnet haben; aber keines andern Landes innere Verhältnisse üben einen so fortdauernden Einfluß auf die europäische Politik, als die Deutschlands. — In der Mitte zwischen den großen Militärstaaten Frankreich und Rußland, verhindert Deutschland ebensowohl die Möglichkeit ihres Aneinanderstoßens, als es sie den eigenthümlichen ihnen angewiesenen Lauf einhalten heißt. Deutschland ist deßhalb bisher der Lieblingsboden für die Verehrer des Status quo gewesen. Der Wiener Congreß erschöpfte sich in den mannigfachsten Verkehrungen, um Deutschland politischer Vernichtung anheim fallen zu lassen, um den kleinlichsten und verderblichsten Anmaßungen gekrönter Häupter die Weihe zu geben, um die Gebiete des Reiches zu großen Schachbrettern der Diplomaten zu machen. Der Erfolg ist die allertrübseligste, die größte Langmuth auf die Probe stellende Erschlaffung gewesen, die in neuern Zeiten eine große Nation betäubt hat. Die Presse war gefesselt gewesen, selbst (wie in Holstein) in den Gebieten von Fürsten, die mit solchen Zwangsmaßregeln ihre nichtdeutschen Länder verschonten. Die persönliche Freiheit wurde verletzt. Die Macht des Bundestages wurde überall benutzt, um Angriffen gegen die Freiheit die Weihe zu ertheilen, Angriffen, deren geringster ganz England von Cornwall bis Northumberland in Feuer und Flammen versetzt haben würde. Es hat dabei freilich wenig Aergernisse gegeben, die auffällig genug gewesen wären, fremde Länder aufzuschrecken, bei allen nachdenkenden Beobachtern aber hat Deutschland das theilnahmevolle Mitleiden erregt, das man auch dem Individuum zuwendet, wenn es durch Zufall verhindert wird, sich zu der hohen Stelle aufzuschwingen, die ihm gebührt. Das Mißvergnügen im Innern, welches diese Erscheinungen natürlich erregten, schlummerte lange, brach aber unwiderstehlich im Jahr 1848 hervor. Unzählige Thorheiten und Ungehörigkeiten folgten dem Auferstehen der deutschen Freiheit, unzählige Wechselfälle bezeichneten die beständigen Rückschläge der öffentlichen Meinung in Beziehung auf dieselben. Wenn man auf das letzte Jahr zurückblickt, zeigen sich zwei hervorragende geschichtliche Thatsachen.—Die Fürsten Deutschlands waren froh, von den Schrecken der Revolution durch die Entstehung des Frankfurter Parlamentes errettet zu sein, und am 12. Juli übergab der Bundestag förmlich seine Bundesmacht an jene Versammlung. Die englischen Liberalen begrüßten mit herzlicher Theilnahme den Anfang der dadurch bewerkstelligten Bewegung, von der die neuliche Abstimmung in Preußens Kammern der letzte Schritt ist. — Wir vermögen natürlich nicht, die Einzelheiten von Lord Palmerstons Verkehr mit der Reichsregierung in Frankfurt aufzuzählen. Was aber davon am Tage liegt, beweist hinlänglich, daß er nie auf deren Bestrebungen kaltes Wasser geschüttet hat. Wenn seine eigene Rechtfertigung uns auch nicht verliegt, so können wir aus den Angriffen seiner Gegner einerseits, wie aus der beifallspendenden Dankbarkeit der am meisten bei der Krisis betheiligten Parteien andererseits mindestens ein untrügliches Zeugniß entnehmen. Herr Disraeli sagt uns, daß wenn Deutschland ein einiges und ebenbürtiges Reich würde, wir es nur den Whigs zu verdanken hätten. Die „Deutsche Zeitung", die in dem Zeitraum eines Jahres im offenen Kampf sich Bahn gebrochen hat, bis an die Spitze der deutschen Presse, stellt Lord Palmerston's offene Herzlichkeit dem verächtlichen und herausfordernden Spotte gegenüber, den Lord Aberdeen und seine Organe gegen das beliebte Ideal des deutschen Volkes anzunehmen für rathsam erkannt haben. Wenn die Schöpfung ihres Reiches ein Traum sein sollte, so ist es mindestens ein mit Liebe gehegter und edler Traum; als solcher erheischt er achtungsvolle Erwägung von Seiten eines fremden Volkes. Der selige Bundestag wird von den constitutionellen Politikern Deutschlands als mit der Vertretung jeder verurtheilten Einrichtung, und dem Werkzeug jeder fürstlichen und diplomatischen Kabale gegen die erwachende Kraft der Nation übereinstimmend angesehen. Wir beklagen, daß englische Parteiführer daran nur denken können, ihre Stellung zu verstärken, indem sie die Hoffnung nähren, ihren Einfluß auf den Versuch der Wiederherstellung einer so unfruchtbaren und schwerfälligen Organisation zu verwenden. Wir verweisen bei dieser Gelegenheit auf eine merkwürdige Stelle in einem sehr unbedeutenden Buche des Hrn. Capefigue über die Julirevolution. Er spricht von der gewöhnlichen vertrauten Bekanntschaft, die alle Theilhaber an der Verhandlung von 1815 vereinigte, und die noch ihre politischen Nachfolger verbindet. Lord Aberdeen wird von ihm als das englische Mitglied jenes Bundes bezeichnet und seine Bedeutung durch die Behauptung erklärt, daß wenn dieser Edelmann sich nicht im Amte befinde, er in der Regel von dem Tagesgespräch und den Schlachtplänen der Diplomaten des Continents besser unterrichtet sei, als der Minister des Auswärtigen selbst. Es ist wenig daran gelegen, ob die Behauptung oder das Gegentheil derselben wahr ist; nichtsdestoweniger wirft sie ein bedeutendes Licht auf die engen Beziehungen zwischen Lord Aberdeen und den fremden Absolutisten. Diese betrachten ihn, und nicht mit Unrecht, als den Vertreter eines Systems, das in Wien begründet, auf den Trümmern mißbrauchter Begeisterung und gebrochener Versprechen, nun, Gott sei Dank, in ganz Europa zusammenbricht. Frankreich fiel davon ab mit seiner letzten Revolution; Preußen entfernt sich mehr und mehr davon, je inniger es sich dem deutschen Nationalgefühl anschließt und eine ähnliche Stellung wie England einnimmt, eine Stellung, welche zwischen Despotie und Demokratie in der Mitte liegt. So bleiben nur Rußland und Oesterreich übrig, um zu sammeln und zu befestigen, was noch vor der wachsenden Fluth liberaler und voraussblickender Gesetzgebung gerettet werden kann. Kein Wunder also, daß die Absolutisten auf dem Continent einen großen Werth auf den englischen Staatsmann legen, der es als einen edleren Beruf betrachtet, der Vertraute fremder Kanzleien und das Organ ihrer unverschämten Anmaßungen zu sein, als mit seinen Landsleuten die Entwickelung der Freiheit auf dem Continente willkommen zu heißen. Kein Wunder, daß auf der andern Seite Lord Aberdeen bereit ist seinen alten Freunden von 1815 behülflich zu sein, Deutschland in den Winterfrost seines „diplomatischen" Zustandes einer chronischen Unbedeutsamkeit zurückzubringen, und daß sein Organ das Seinige dazu thut, Deutschlands würdigste Staatsmänner in ein falsches, verleumderisches Licht zu stellen. Bei alle dem bleibt uns aber der unerschütterliche Trost, daß Lord Aberdeen's Stärke bei Fürst Metternich's Schülern, seine Schwäche im englischen Unterhause ist. Die Vorliebe des Absolutisten für den alten deutschen Bund, ist nur ein Glied in einer langen Kette politischer Mißgriffe. Es mag recht schön sein, auf die alte Ruhe früherer Jahre hinzuweisen und zu sagen, daß dies der Erfolg von Vertraulichkeit und Uebereinstimmung zwischen fremden Gesandten und dem britischen Minister des Auswärtigen gewesen ist. — Wenn man aber England von einem Ende zum andern darüber abstimmen ließe, so glauben wir, daß das ganze Land erklären werde, eine solche Ruhe sei viel zu theuer erkauft durch unser stillschweigendes Ansehen, daß die Kraft und das Vertrauen von Gemeinwesen, die nach Einigung und Selbstregierung streben, zerstört werde, — und daß durch unsere Bereitwilligkeit die Hoffnung auf Freiheit complimentirt würde, jene Freiheit, die Deutschland allein bewogen hat, gegen Napoleon sich zu erheben."

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

** „Fädrelandet", das Regierungsorgan, enthält über die Schlacht bei Kolding folgenden officiellen „Rapport an das dänische Kriegsministerium: „Generalmajor Bülow hat am 23. April, Morgens früh, den in Jütland eingedrungenen Feind angegriffen. Die 4. Infanteriebrigade (Mollte) rückte über Bramdrup und die 3. (Schleppegrell) über Guthöe und Norden-Briert gegen Kolding, während das Corps des General Rye beordert war, bei Estrup über die Koldinger Aue zu gehen; welcher Uebergang jedoch nicht zu rechter Zeit ausgeführt werden konnte, weil sich demselben eine sehr bedeutende Stärke widersetzte. In der Nähe von Kolding traf man starken Widerstand, insonderheit von einigen nördlich von der Stadt auf der Chaussee aufgeworfenen Verschanzungen. Nachdem diese genommen waren, drangen das 5. Linienbataillon und das 3. Jägercorps, in Verbindung mit einigen Bataillonen von der 4. Brigade, in die Stadt, und vertrieben den Feind nach einem heftigen Straßenkampf. Mittlerweile fuhr der Feind eine sehr überlegene Artillerie auf den Höhen südlich von Kolding auf, und eröffneten ein gewaltsames Granatfeuer auf das Schloß und die Stadt, welche letzte an verschiedenen Stellen zu brennen anfing. Um die Stadt vor weiterer Zerstörung zu retten, erhielten unsere Truppen Ordre, sich wieder aus Kolding herauszuziehen und den Rückzug in ihre früheren Cantonnements anzutreten. Die Retraite ward in der besten Ordnung, und ohne daß der Feind wagte, die 3. und 4. Brigade zu verfolgen, ausgeführt; selbst die starke feindliche Cavallerie, welche der Brigade des General Rye folgte, machte keinen Angriff. Der Kampf dauerte von 6 Uhr Morgens bis 3½ Uhr Nachmittags. Unser Verlust ist bedeutend und beläuft sich gewiß auf mehrere hundert Todte und Verwundete. Als gefallen werden genannt der Commandeur des 5. Linienbataillons, Major Schnidel, und der Adjutant beim 6. Reservebataillon Meinecke. Unter den schwer Verwundeten Capitän Bohse vom 6. Linienbataillon, Premierlieutenant Höger vom Ingenieurcorps, und Secondlieutenant Späth vom 2. Verstärkungsbataillon. Der Verlust des Feindes ist unbekannt. Wir haben 80 Gefangene von verschiedenen Insurgentenabtheilungen gemacht. Soviel man weiß, haben keine Reichstruppen an dem Kampfe Theil genommen, wogegen man Grund hat, zu vermuthen, daß sie als Reserve aufgestellt waren. Zum 27. April war in und um Kolding Quartier angesagt für 18 Bataillone, 2 Cavallerieregimenter und 4 Batterien Preußen. — Im Sundewitt ist nichts vorgefallen. Auf Befehl Diedrichsen, Adjutant beim Kriegsminister.

* **Schleswig-Holstein**, 27. April. General Prittwitz ist in Christiansfelde; die Reichstruppen rücken in Jütland ein. Bis Vejle hinaus ist kein Däne zu sehen. Man meint, die Truppen seien nach Fühnen hinübergegangen. In Kolding soll es ungemein traurig aussehen. Unsere Truppen haben bei der blutigen Erstürmung im Kampfe mit den Dänen und den Einwohnern leider geplündert. Durch einen strengen Armeebefehl ist bei Vermeidung der Zuchthausstrafe die Aneignung auch des kleinsten fremden Eigenthums untersagt. Wir haben gesiegt; aber es hat viele Menschen gekostet. Man sagt, daß sich die Anzahl, die verwundet, todt und kampfunfähig geworden, auf 6—700 Mann belaufen soll. Andere behaupten, diese Zahl sei sehr übertrieben und die Dänen hätten das Doppelte, ja Dreifache verloren. Eine halbe Escadron der schönen Husaren sind bei einem tapfern Angriff auf das erste Jägerbataillon unter Hauptmann Schöning bis auf drei Mann gefallen. Die zwölfpfündige Batterie hat verheerend gewirkt. Aber es dauerte zwei Stunden, bevor sie von Christiansfelde herbeikam und der Uebergang über die Königsau bewirkt werden konnte. Oberst Graf v. Baudissin stieg vom Pferde und rief die beiden Bataillone, angegriffen von sieben dänischen Bataillonen, auf auszuharren; denn gehe die Position verloren, so sei auch die Schlacht verloren. Das 7. und 8. Bataillon stand kühn und zuletzt ohne Munition im Holze, bis Succurs kam. Gerade als die Dänen in keilförmiger Weise in das Holz eindringen wollten, kam die Batterie.

Heute wurde in der 113. Sitzung der Landesversammlung folgende Interpellation von dem Abg. Dr. Heiberg gestellt. Aus öffentlichen Blättern habe ich ersehen, daß die im Herzogthume Schleswig liegenden dänischen Enclaven von den Reichstruppen besetzt worden sind. Die Nachtheile, welche aus diesem Fortbestand der Enclaven in den hundertjährigen Streitigkeiten und Kämpfen zwischen der Krone Dänemark und den Herzogthümern erwachsen, haben sich während des Waffenstillstands von Malmö von Neuem erwiesen. Dänemark verletzte außer durch andere bekannte Thatsachen den Malmöer Vertrag auch dadurch, daß es in diese Enclaven, indem es ohne Erlaubniß der gemeinsamen Regierung das schleswig-holsteinische Territorium betreten ließ, Truppen sandte und von hier aus den mit der Affaire bei Bröms verunglückten intendirten Volksaufstand in Nordschleswig organisirte. Diese Sache in Verbindung mit der fortdauernden Occupation Alsen's und Arrö's von Seiten der Dänen würde der Reichsgewalt nach Wiederausbruch des Krieges das vollkommenste Recht geben, diese Enclaven, etwa 5 □Meilen groß, sofort einzuziehen und sie als vormalige Theile des Herzogthums Schleswig dem schlesw.-holst. Staate zu incorporiren. Ich werde auf diese Incorporation als auf einen nothwendigen Theil der künftigen Friedensbasis zurückkommen, wenn der Versammlung von ihrem gestern für diese Angelegenheit erwählten Comite Bericht erstattet sein wird. Jetzt möchte ich mir die Anfrage an das gesammte Ministerium erlauben: 1) Ist, seitdem die im Herzogthume Schleswig liegenden dänischen Enclaven von Reichstruppen besetzt worden sind, eine besondere Militär- und Civiladministration für dieselben durch die Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein angeordnet? 2) Oder ist Sorge dafür getragen, daß der gesammte Instanzenzug, sei es in geistlichen Angelegenheiten oder in Justiz- und Regierungssachen von jenen Enclaven nach Dänemark hin durch einen Regierungserlaß aufgehoben und die Civiladministration in Betreff jener Enclaven den resp. Departements des schleswig-holsteinischen Staatsministeriums bis weiter untergelegt werden wird? 3) Sind vielleicht von Seiten der Statthalterschaft bereits Schritte bei der Reichsgewalt geschehen, daß jene dänischen Enclaven dem schleswig-holsteinischen Staate völlig incorporirt, oder den schleswig-holstein. Staatsgewalten bis weiter untergeben werden?

Hadersleben, 26. April. So eben ziehen die Preußen hier in bedeutender Anzahl ein; wie viele — wollen wir den Dänen nicht verrathen. Mehrere Abtheilungen ziehen weiter gen Norden. Gestern schossen einige dänische Kanonenböte bei Aarösund auf die Sperlinge, von unsern Schildwachen trafen sie keine. In Norden scheint bis auf diesen Augenblick nichts weiter passirt zu sein; man hat gestern von Kolding aus fast ganz bis Veile und Fridericia hin recognoscirt, allein keine rothe Jacken gesehen. (N. fr. Pr.).

Altona, 27. April. Morgens. Am Bahnhofe erzählen uns heute mit dem Bahnzuge angekommene Reisende, daß gestern 2 Bataillone preußischer Infanterie die jütische Grenze überschritten hätten, und daß die schleswig-holsteinische Armee in den nächsten Tagen Fridericia angreifen werde. Doch bedarf diesen Gerücht wohl noch sehr der Bestätigung. (Hb. Corr.)

⊍ **Hamburg**, 29. April, Nachmittags. Mit dem heutigen Morgenzuge ist von Schleswig die Nachricht eingetroffen, daß sich die Landesversammlung gestern auf unbestimmte Zeit vertagt hat; das Bureau ist in dringenden Fällen zur schleunigen Wiedereinberufung ermächtigt und dauert in seiner bisherigen Zusammensetzung unverändert bis acht Tage nach dem Zusammentritte der Versammlung fort. Gestern stand der von Dr. Karl Lorentzen vorgelesene Ausschußbericht über einen kürzlich vom ersten Vicepräsidenten Professor Olshausen und vom Syndicus Klenze eingebrachten Antrag zur Discussion. Der Antrag ging nämlich dahin, die Versammlung möge abermals die Wünsche des Landes bei etwa wieder aufzunehmenden Friedensunterhandlungen in einer Vorstellung an die Reichsgewalt darlegen. Der von Dr. Lorentzen im Namen des Ausschusses erstattete Bericht sprach sich in ausführlicher und sehr logischer Motivirung dahin aus, die Versammlung möge über jenen Antrag für jetzt zur Tagesordnung übergehen. Dies geschah denn auch ohne weitere Discussion. — Ministerialrath Dr. Jordan ist gestern von Kiel, wo er die Verschanzungen von Friedrichsort und Laboe besichtigt und die schleswig-holsteinische Flotille für die Reichsgewalt übernommen hatte, hierher zurückgekehrt. Aus dem Norden nichts Neues.

Deutschland.

Frankfurt, 1. Mai. Die von der „constituirenden Versammlung des Freistaates Frankfurt an die Kammer der Abgeordneten des württembergischen Volkes" beschlossene Adresse lautet: Wackre deutsche Männer! Festgestellt war durch die Vertreter der souveränen deutschen Nation das Staatsgrundgesetz, durch welches die Einheit Deutschlands gegründet und der Freiheit eine Stätte bereitet worden im Vaterlande. Die Herzen aller Patrioten schlugen hoch auf in dem Gedanken, daß endlich auch das deutsche Volk ein einiges, starkes Vaterland haben sollte; in diesem Einen Gedanken einigten sich alle Parteien. Nur eine kleine Schaar, undeutsch, der Einheit und Freiheit feindlich, versucht es noch, die alte Zerrissenheit zu bewahren; sie verführt die arg verblendeten Könige. Auch in dem schönen Württemberg hat eine solch' kleine Schaar es gewagt, dem Willen der Gesammtnation, wie dem des

ackeren Volkes in Schwaben entgegenzutreten; auch in em schönen Württemberg trotzte der König dem einmüthi- en Willen des Volkes, der Volksvertretung und der Re- ierung. Ihr aber, wackere Männer, habt die Größe des ugenblicks erfaßt; Ihr standet fest und geschlossen für die eutsche Sache; Ihr habt das Vaterland gerettet! Durch- rungen von dem Gedanken, daß vor Allem es an den ertretern ist, eng verbunden und fest entschlossen der Na- on voranzugehen; eingedenk der Größe und Wucht des ugenblickes, der das Schicksal des Vaterlandes auf lange eit hin entscheiden soll, sprechen wir es vor ganz Deutsch- and aus: Ihr habt gehandelt in der entscheidenden Stunde, ie es wackeren Söhnen des Vaterlandes geziemt; Ihr abt ein großes Vorbild gegeben für andere Stämme un- eres Landes: dafür sagen wir Euch Dank; Ihr habt Euch nd Württemberg geehrt; die ganze Nation wird in dank- arem Gedächtnisse Eure Namen bewahren. Ehre dem ochherzigen Volksstamme im Schwabenlande, Ehre seinen ackeren Vertretern! Frankfurt, den 26. April 1849. Dr. l. Friedleben. R. Hadermann. J. Rütten. Dr. Reinganum. Dr. Mappes.

‖ **Frankfurt,** 2. Mai. (Nachtrag zum gestrigen Sit- ungsberichte der Reichsversammlung). Auf eine Inter- ellation des Abg. Würth an den betreffenden Ausschuß, arum noch kein Bericht über die wegen der Hinrichtung Robert Blums gestellten Anträge erstattet worden sei, ant- wortet Abg. Francke: die Acten darüber seien so zahl- reich, daß die Erledigung der Angelegenheit nicht so rasch zu ermöglichen sei, und dann halte der Ausschuß die jetzige Zeit für nicht geeignet, einen Antrag darüber zur Discus- sion vorlegen zu lassen.

÷ **Wien,** 28. April. Briefe aus Krakau bestätigen den bereits erfolgten Einmarsch russischer Truppen, die auf dem kürzesten Wege auf der Nordbahn, und zwar bis Gänserndorf (der zweiten Nordbahnstation von Wien aus) befördert werden sollen. Auf dem Marchfelde werden bereits Anstalten zur Verproviantirung dieser Truppen ge- troffen.

Die neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatze melden, daß es dem F.-M.-L. Grafen Schlick gelungen ist, einen Ausfall, welchen die ungarisch-polnischen Insurrectionstrup- pen aus Komorn gemacht hatten, erfolgreich zurückzuschla- gen. Das Dampfschiff „Schlick", welches die für das Corps des Feldzeugmeisters Jellachich bestimmten Munitions- und sonstigen Vorräthe in den Süden Ungarns zu bringen hatte, ist glücklich am Orte seiner Bestimmung eingetroffen. (W. Z.)

Die „Presse" hat am Schlusse ihres Blattes vom vor- stehenden Datum folgende Nachricht als Neuestes! Nach dem Schlusse unseres Blattes gehen uns noch die Nachrich- ten zu, daß F.-M.-L. Schlick nach einem forcirten Marsche von 50 Stunden das Görgey'sche Corps im Rücken angegriffen und gesprengt habe. Zwei Batail- lone wurden umzingelt und niedergehauen. — Ferner soll ein Manifest des Kaisers von Rußland bereit sein, in dem er die Gründe seiner Intervention dar- legt und erklärt, daß er sämmtliche Kosten derselben über- nehme.

Ferner hat man hier Kunde, daß die Magyaren von Sie- benbürgen aus auch in die Walachei eingefallen, dort einige Ortschaften eingeäschert haben und daß in Folge dessen von Bukarest fast alle russischen Truppen vor dem 2. April aufgebrochen sind, um in Siebenbürgen die Magyaren zu bändigen, — die türkischen aber ihnen nachgezogen, die walachisch-siebenbürgischen Grenzen bewachen werden, und daß man in der Hauptstadt der Walachei frische bewaffnete Massen aus Rußland sowohl, als auch aus der Türkei, erwartet. — Die serbischen Abgeordneten, die in Bukarest um schleunige Hilfe bitten wollten, sind von Duhamel ꝛc. zwar brüderlich begrüßt worden, erhielten aber statt der nöthigen Hilfstruppen die Antwort: „russische Hilfe steht nur dem Kaiser von Oesterreich und souveränen Fürsten zu Diensten." Wenn aber den Serben der österreichische Kaiser nicht die gehörige Unterstützung leisten kann, die Serben für ihn und zugleich für ihre Nationalrechte kämpfen, nun aber Gefahr laufen, ausgerottet zu werden von einer fanatischen Nation: sollten ja die Russen, sowohl ihren Nationalverwandten, als auch der Monarchie mit einem Hilfscorps aufhelfen.

* **Köln,** 1. Mai. Der Gemeinderath der Stadt Köln hat in Erwägung der bedenklichen politischen Lage des deutschen Vaterlandes den Beschluß gefaßt, eine allge- meine Berathung aller Gemeinden der Rhein- provinz zu veranlassen, um deren Resultat in einer Gesammteingabe dem Könige vorzulegen, und zu dem Be- hufe auf Samstag den 5. Mai eine Versammlung anzube- raumen.

München, 29. April. Unser Magistrat und die Gemeindebevollmächtigten sind schließlich zu dem Beschlusse gelangt, keine Adresse in der deutschen Ver- fassungsangelegenheit zu erlassen; sie halten sich als reine Verwaltungsbehörde zu einer solchen Adresse nicht für competent. — Die verschiedenen Parteien in unserer Stadt entwickeln fortwährend die größte Thätigkeit. Eine ganze Reihe von Flugblättern für und gegen die deut- sche Verfassung werden verkauft oder an den Straßen- ecken angeschlagen, dort aber sehr häufig von der Gegen- partei, d. h. in der Regel von den gleichgesinnten Schuster- buben, abgerissen. Gestern Nachmittag war wieder eine sehr zahlreiche Versammlung auf dem Rathhause, die sich in- dessen nur von der Deputation, die eben dem Minister des Innern die Adresse um Berufung des Landtages überreicht hatte, das Resultat mittheilen ließ, dann aber sogleich in größter Ruhe auseinander ging, indem man sich mit der ministeriellen Erklärung, daß die Kammern jedenfalls am 15. Mai zusammentreten würden, zufrieden stellte. (N. K.)

Nürnberg, 30. April. Die Aufregung gegen die Ablehnung der Reichsverfassung von Seiten der bayerischen Regierung steigert sich in unserem Frankenlande ins Große. So sehr sich auch bisher die constitutionellen und demokra- tischen Vereine bekämpften, es ist jetzt Alles, die ganze Be- völkerung einig: „Anerkennung der Reichsverfassung, end- liche Einheit des lange zersplitterten Vaterlandes und Ein- stehen für dieselbe mit Gut und Blut." Volksversammlung folgt auf Volksversammlung. Am zweiten Mai soll vor den Thoren Nürnbergs eine große Versammlung im Ver- ein mit den Bewohnern der umliegenden Städte und Dör- fer gehalten werden. Das Nürnberger Landwehrregiment hat eine Erklärung an den König abgefaßt, die bereits von den Offizieren angenommen ist und heute Abend den Com- pagnien vorgelegt werden soll. Darin wird mit Entschie- denheit ausgesprochen, daß sich die Landwehr nicht gegen die Reichsverfassung werde gebrauchen lassen, wohl aber für sie einstehen wolle. Eine ähnliche Erklärung ist vom Würzburger Landwehrregiment bereits abgegangen.

* **Stuttgart,** 30. April. Das hiesige Ministerium hat unter dem heutigen Datum eine Proclamation an das Volk erlassen, folgenden Wortlauts:

„Das mit großer Einmüthigkeit kund gegebene Verlangen des württembergischen Volkes, daß die ganze deutsche Reichsverfassung von der Staatsregierung sofort möge anerkannt werden, ist durch die Ent- schließung Sr. Maj. des Königs vom 25. d. M. erfüllt worden. Nachdem nun dieser für die Einheit, Freiheit und Größe Deutsch- lands förderliche Schritt geschehen, wenden sich die Unterzeichneten, die sich bewußt sind, nach dieser Einsicht und gewissenhafter Ueber- zeugung gehandelt zu haben, an ihre Mitbürger mit der ernsten und dringenden Mahnung, nunmehr Ihrerseits dahin zu wirken, daß das Volk ebenso, wie durch lebhafte Empfänglichkeit für die große Sache des Vaterlandes, auch durch treues Festhalten an Gesetzlichkeit und Recht sich ehre. Wir bedauern, aber — wo es ihm Pflicht und Ueberzeugung gebote — ohne Zögerung und mit aller Festigkeit würde das Ministerium ungesetzlichen Bestrebungen entgegentreten, welche, hervorgegangen etwa aus dem Wahne, die Freiheit über die Grenzen der Landes- und der Reichsverfassung hinaus auf gesetzwidrige und gewaltsame Weise erweitern zu dürfen, die wahre Freiheit beein- trächtigen, die gesunde Entwicklung stören, das Vertrauen untergraben, den Wohlstand des Landes zerrütten müßten. Darauf glauben die Unterzeichneten das württembergische Volk noch besonders aufmerksam machen zu müssen, wie die Ereignisse der neuesten Zeit hinlänglich gezeigt haben, daß sich der vernünftige Volkswille auch in der constitutionellen Monarchie verwirklichen lasse. Ebendeßhalb aber machen die Gegner derselben eine falsche Rechnung, wenn sie meinen, die bewaffnete Macht Württembergs, stehendes Heer und Bürgerwehr, werde sich dazu hergeben, Pläne der Umgrabung und des Umsturzes bestehender Rechtsverhältnisse zu unterstützen. Die Regierung darf sich vielmehr der Ueberzeugung hingeben, daß der weit überwiegende Theil des Volks, Bürgerwehren und stehendes Heer mit inbegriffen, stets bereit sein werde, die öffentliche Sicherheit, die Ordnung und das Recht gegen gesetzwidrige Parteiunternehmungen standhaft zu vertheidigen. Die Departementsvorstände: Römer. Roser. Duvernoy. Schmidlin. Käpplin. Goppelt.

** **Karlsruhe,** 28. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde der Commissionsbericht über die Lamey'sche Interpellation, wie sie in der gestrigen Sit- zung vorgekommen war, zur Berathung gebracht. Die Commission schlug der Kammer folgende Erklärung vor: „Die zweite badische Kammer erklärt, daß sie in der Note der Regierung vom 11. April, sowie in den späteren Kund- gebungen derselben, den aufrichtigen Entschluß erkennt, die Reichsverfassung in ihrem Einzelnen wie in ihrem Ganzen unbedingt anzuerkennen, ohne den Eintritt in den deutschen Bundesstaat erst von der Erledigung der Verhandlungen mit allen andern deutschen Staaten abhängig zu machen. Die badische Kammer erwartet ferner mit fester Zuversicht, daß die Regierung, falls nach dem Beschlusse der Natio- nalversammlung vom 26. d. M. auch an sie die Aufforde- rung der Centralgewalt um unbedingte Anerkennung der Verfassung ergehen sollte, die Anerkennung unbedingt und unumwunden wiederholen und nicht säumen werde, das im Reichsgesetzblatt erschienene Wahlgesetz und die von der Nationalversammlung proclamirte Reichsverfassung ge- setzlich zu publiciren. Die badische Kammer erklärt endlich, daß der Regierung zu Allem, was die Durchführung der deutschen Reichsverfassung nothwendig mache, ihre eigene Unterstützung auf's freudigste und bereitwilligste zu Gebote stehen solle." Hierauf erwiederte Staatsrath v. Stengel: er beziehe sich, ohne auf die nähere in dem Commissions- bericht enthaltenen Ausführungen einzugehen, auf die ge- stern von ihm im Namen der Regierung abgegebene Er- klärung. Uebrigens fügte er hinzu, daß diese durchaus nichts einzuwenden habe, wenn auch die Kammer ihre Zu- stimmung ertheile. Nach längerer Debatte wurde alsdann der Commissionsantrag einstimmig angenommen und auf den Antrag Lamey's beschlossen, diesen Bericht drucken und vertheilen zu lassen.

Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Mi- nister der französischen Republik, Herzog von Bassano, hat gestern sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

S **Aus Baden,** 30. April. Von den bisher in Bruch- sal verhaftet gewesenen Weinheimer politischen Gefange- nen sind neun entlassen worden. Neun andere bleiben noch in Haft. Am 17. Mai, nach Beendigung des Proces- ses gegen Fickler, Bornstedt, Kreds und Steinmez, kommt der Proceß gegen die des Hochverraths Angeklagten, eben- falls in Bruchsal in Haft Befindlichen: Baumann aus Lahr, Schnepf, Lefebvre und Benaventura Mayer, Profes- sor aus Rom, bei den Assisen in Freiburg zur Verhand- lung. — Struve hat von Rastatt aus an die politischen Gefangenen in Bruchsal eine Antwort auf ihre an ihn ge- richtete Adresse ergehen lassen. — Ein wegen Theilnahme an dem Freischaarenzuge vor einem Jahre verhafteter ba- discher Soldat ist dieser Tage kriegsgerichtlich behandelt und zu zehn Jahren Zuchthaus, ein junger Unteroffizier, Karl Fritz von Karlsruhe, ebenfalls wegen Theilnahme am Freischaa- renzuge zu zwölf Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. — Dieser Tage kam ein interessanter Preßproceß zur Ver- handlung, gegen den Redacteur des „Verkündigers". Der incriminirte Artikel war der „Neuen deutschen Zeitung" entlehnt. Der Redacteur Scholer nannte auf dessen Ver- langen Bornstedt als Verfasser des Aufsatzes. Das Gericht hielt sich jedoch an den Redacteur und wies die Verant- wortlichkeit, die Bornstedt auf sich nehmen wollte, zurück. Das Urtheil wurde verschoben.

× **Freiburg,** 30. April, Abends. So eben sind Fickler und Kreds unter militärischer Begleitung hier eingetroffen. Mittwoch den 2. Mai beginnt ihr Proceß.

Wiesbaden, 1. Mai. Heute, als am jährlichen Eröff- nungstage der hiesigen Spielbank, fanden sich zwar die Spielhalter um 11 Uhr an den grünen Tischen des Kur- saals ein, allein auf Verfügung des Ministeriums durfte das Spiel nicht wieder eröffnet werden.

Galizien.

Krakau, 24. April. Ein preußischer Generalstabsoffizier wurde gestern hier gesehen, und augenblicklich legte die Stadt seinem Erscheinen eine große Wichtigkeit bei. Viele Gerüchte circulirten, und heute stellt es sich als gewiß her- aus, daß aus Anlaß der ungarisch-polnischen Insurrec- tion in unserer unmittelbaren Nähe ein großes preußi- sches Observationscorps zusammengezogen werden soll. Man will wissen, daß ein geheimer Commissär der Insurgen- ten in Verhaft genommen worden, daß aus seinen Papie- ren und Aussagen die Absicht der Insurgenten hervorge- gangen ist, ein stiegendes Corps in Posen einbrechen zu lassen. Wie viel auf ein solches Gerücht zu legen ist, weiß ich nicht. Vielleicht wird es Ihnen auch von Interesse sein, zu erfahren, daß auf dem benachbarten russischen Gebiete ungewöhnlich große Truppenbewegungen vor sich gehen. In Micholowitz stehen an 30,000 Mann russischer Kern- truppen. Es stehen dort bis 20 Bataillone Infanterie, 3 Cavallerieregimenter und nahe an 40 Stück Feldgeschütze, unter dem Befehl des Generallieutenants Pancutine, und wie ich höre, eilen noch große Truppenkörper denselben Punkten zu. Ueber deren Bestimmung circuliren Gerüchte der widersprechendsten Art. (N. Oder-Ztg.)

Italien.

Ueber die Friedensunterhandlungen zwischen dem Turi- ner Cabinet und dem Marschall Radetzky wird der „Karlsruher Zeitung" von Paris aus berichtet: Am 24. ist die Citadelle von Alessandria von 3000 Oesterreichern besetzt worden. Sobald dies geschehen, sollten die öster- reichischen Bevollmächtigten bei den Mailänder Conferenzen die Unterhandlungen weiter führen, und zwar in sehr ver- söhnlichem Geiste, um dem Turiner Hofe die Ueberzeu- gung in die Hand zu geben, daß Oesterreich durch frei- willige Zugeständnisse den Abschluß des Friedens zu för- dern wünscht, aber aus eigenem Antrieb, nicht aus Rück- sicht auf fremde Mächte. Darum ist denn auch, trotz der Besetzung von Alessandria durch österreichische Truppen, die sardinische Regierung im Begriff, an die Verminde- rung ihrer Armee zu gehen, um die Lasten des Staatsauf- wandes zu erleichtern. Der sardinische Kriegsminister hat bereits die nöthigen Befehle erlassen, um die Armee so bald als möglich auf den Friedensfuß zu reduciren. Anderseits steht es außer Zweifel, daß die sardinische Flotte definitiv die Gewässer von Venedig verlassen hat, und sich unterwegs befindet, um nach Genua zurückzukehren. Die Verminderung des sardinischen Heeres und die Rückkehr der Flotte Albini's deuten hinlänglich auf die günstige Wendung der Mailänder Unterhandlungen, über deren Gang schlecht unterrichtete Blätter so viele Fabeln zum Besten gegeben haben. Die Besetzung von Alessandria durch Oesterreich wird jedenfalls so lange dauern, bis Sardinien die Kriegskosten vollständig abgetragen haben wird. Es kann sein, daß Sardinien in der Besetzung von Alessandria durch Oesterreicher sogar eine Sicherung seiner einheimi- schen Zustände findet, nämlich eine wirksame Demonstra- tion, um die Wühler in Respect zu halten, da der bloße Name Radetzky's den exaltirtesten Volkstribunen Schrecken einjagt. Soviel scheint gewiß, daß man in Turin keine so erheblichen Schwierigkeiten gegen die Besetzung von Ales- sandria machte, als man hätte vermuthen können.

Die Universitäten Pisa und Siena sind bis zum nächst- kommenden Monat November geschlossen worden.

Nachschrift.

* **Aus Berlin,** 30. April, lauten alle Briefe übereinstimmend dahin, daß in der Stadt die vollkommenste Ruhe herrscht. Gerüchte über Aufstände in Magdeburg und andern Städten der Provinz haben sich als unbegründet erwiesen.

Börsenberichte.

Frankfurt, 1. Mai. Die Stimmung der heutigen Börse war minder willig, und theilweise schlossen diverse Fonds niedriger im Cours als gestern. Von österreichischen Effecten waren 5pCt. Metall. beliebter 74⅛ pCt. G., 2½pCt. Metall. 39⅜ pCt., Wienerdonlactien wie zu Wien fanter 1150 fl., 500 fl. Loose 125½, à 126 pCt., 250 fl. Loose 77½pCt. G. Alle übrigen Anlehensloose mehr angeboten, Karlsruher 40 Rthlr. Loose 27½ Rthlr., Badische 35 fl. Loose 27½, à 28 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22½, fl., do. 50 fl. Loose 71½, fl., Nassauer 25 fl. Loose 20½, fl., Polu. 300 fl. Loose 73½, Rthlr. Süddeutsche sowie belgische Obligationen auch offerirter. Holländische 2½pCt. Integralen 49⅛ pCt. Von Eisenbahnen war Friedrich-Wilhelms- Nordbahn begehrt, 33¾, Rthlr., Berbach 72 pCt., Köln-Minden 76 pCt., Taunus 285 fl. 3½Pt. inländ. Span. auch minder fest als gestern Abend im Court, 24 pCt. G. Von Wechseln bleibt Amsterdam 100⅛ Augsburg 119⅜ à ⅜, Paris 95 G., London 120⅛ gemacht, Mailand 100⅛, Bl., Wien 104 zu haben, Ber- lin und Leipzig 105⅛; im Allgemeinen war der Umsatz in sämmt- lichen Devisen heute von keinem Belang.

Wien, 28. April. 5pCt. Metall. 88⅛. — 4pCt. 70⅛. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1123. — 500 fl. Loose 147. — 250 fl. Loose 90. — Nordbahnactien 96. — Glogauitzer 93. — Mailänder 68.

Fonds beinahe unverändert. Devisen und Coupitanten waren zu etwas höheren Coursen begehrt.

Berlin, 30. April. Staatsschuldscheine 78½, bez. u. G., Ver- handlungs-Prämienscheine 100⅝, Br., Bankantheile 87⅞, bis 88 bez., Berlin-Hamburg 53 bez., Köln-Minden 76½, à 77 bez., Fried.-Wilh.-Nordb. 33 bis 33⅛, bez., Rhein. 46 Br., Thüring. 49¾, Br., Kass. bei Stieglitz 5. 85⅛, Br., Pois. 500 fl. Loose 73 Br., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 16 bez. u. G.

Die Börse war heute lediglich mit der Ultimoabrechnung beschäf- tigt, welche sehr bedeutend und außerordentlich schwierig war, da es für die meisten früher in blanco verschlossenen Parthien an Abgebern fehlte, weßhalb dieselben heute zum Theil merklich höher bezahlt werden mußten.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matter.

[1266] **Bekanntmachung in Postsachen.**

Vom 3. Mai d. J. an wird

1) der Packwagen von Stuttgart nach Ulm um 4½ Uhr statt 5 Uhr Morgens,
2) der Localwagen von Kleinfüßen nach Ulm — in Anschluß an den 1. Bahnzug von Stuttgart — nach 10 Uhr Vormittags und ebenso
3) der Eilwagen von Kleinfüßen nach Heidenheim und Nördlingen um 10¼ (statt 10¾ Uhr) Vormittags

abgefertigt werden.

Frankfurt a. M., den 30. April 1849.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.
vdt. Kölle.

[1210] Im Verlage von Gebhard und Körber in Frankfurt a. M. ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Zoll-Tarif für Deutschland.

Vorgeschlagen vom allgemeinen deutschen Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit.

Preis 48 kr. oder 15 Sgr.

[1147] Bei Heinr. Ludw. Brönner in Frankfurt a. M. ist so eben erschienen und an alle Buchhandlungen versandt:

Die

Verfassungsfrage

der

evangelischen Kirche.

Ein Beitrag zu deren Erörterung

von

Dr. Wilhelm Scheffer,

ord. Professor der Theologie, Konsistorialrath und geistl. Inspector zu Marburg.

Erstes Heft. VI. und 102 Seiten. In Umschlag brochirt. 42 kr. oder 12 Ngr.

Je näher die Zeit zur Umbildung der evangelischen Kirchenverfassungen in fast allen Ländern Deutschland's herannaht, um so willkommener muß für alle Glieder und Freunde der evangelischen Kirche eine Schrift sein, welche die hochwichtige Kirchenverfassungsfrage mit gründlicher Sachkenntniß, mit erschöpfender Vollständigkeit und mit einem umfassenden, tiefgehenden wissenschaftlichen, wie praktischen Blicke behandelt. Der Verfasser hat es sich zur Aufgabe gestellt, nicht einseitig einem Standpunkte, sondern der Wahrheit der evangelischen Kirche und der Lösung ihres großen Verfassungsproblems aufrichtig zu dienen. Die wichtigen Fragen über die verschiedenen Formen der Verfassung, über Kollegialverfassung, Civilehe, über das künftige Verhältniß von Kirche und Staat, über Selbstständigkeit der Kirche, über das landesherrliche Kirchenregiment u. s. w. finden ihre vielseitige Erwägung und Erörterung.

Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Colonia.

Ein Auszug aus dem Protocolle der am 17. d. M. stattgehabten General-Versammlung der Gesellschaft liegt bei dem unterzeichneten Hauptagenten zur Mittheilung an Jeden, der sich für die Anstalt interessirt, bereit.

Hier genüge die Andeutung, daß die **Colonia** ihren günstigen Geschäftszustand dazu benutzt hat, um ihren Reservefonds zu verstärken.

Frankfurt a. M., den 27. April 1849.

Franz Böhm.

[1171] **Weinversteigerung.**

Montag den 7. Mai, Morgens 10 Uhr, lassen die Erben des verstorbenen Günther Kroyer von der Weichmühle bei Winkel durch unterzeichnete Stelle abtheilungshalber nachstehende, aus den vorzüglichsten Lagen der Gemarkung Winkel erzielten Weine im Saale der Gebrüder Schlitz zu Geisenheim öffentlich versteigern, als:

4½	Stück	1842r
6½	„	1841r
2	„	1845r
5½	„	1846r und
12½	„	1847r.

Die Weine lagern theils auf der Mühle, theils zu Geisenheim. Die Proben werden Freitag, den 4. Mai und am Tage der Versteigerung an den Fässern gegeben. Die Liebhaber wollen sich gefälligst deßhalb an Herrn Küfermeister Jobst in Geisenheim wenden.

Rüdesheim, den 21. April 1849.

Herzogl. Nass. Landoberschultheißerei.
Bertram.

[1166] **Weinversteigerung.**

Dienstag den 8. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr, werden nachfolgende aus den Freiherrlich v. Greiffenklauischen Weinbergen dahier und Hattenheim erzielten Weine auf dem Schlosse Vollraths bei Winkel im Rheingau öffentlich versteigert:

1843r 3	Stück	Vollrathser
1846r 1	„	
1847r 33	„	
1847r 3	„	Hattenheimer
1848r 2	„	
1844r 15½	„	Vollrathser
1847r 10	Ohm	Zinkwein.
1848r 10	„	

Proben an den Fässern können am 5. und 7. l. M. erhalten werden; am Versteigerungstag werden die Proben nur im Versteigerungslocal gegeben; diejenigen, welche aber früher zu probiren wünschen, wollen sich an den Kiefermeister Joseph Perder in Winkel wenden.

Vollraths, den 21. April 1849.

Freiherrlich v. Greiffenklausische Kellerei.
v. Studenraud.

[1167] **Weinversteigerung.**

Mittwoch den 9. Mai, Vormittags 10 Uhr, läßt der Unterzeichnete nachstehende in den besten Lagen hiesiger Gemarkung gezogene und bestens gehaltene Weine, in seiner Behausung freiwillig versteigern, als:

1844r 3½	Stück	
1846r 4	„	hiervon 2 Stück Darberger von vorzüglicher Güte
1847r 16½	„	
1848r 6½	„	
30½	Stück zusammen.	

Die Proben werden 3 Tage vor der Versteigerung zu jeder Stunde, am Versteigerungstage aber nur im Locale der Versteigerung verabreicht.

Winkel im Rheingau, den 21. April 1849.

Conrad Herber, Vater, Gutsbesitzer.

[1165] Unmittelbar nach der Weinversteigerung des Herrn Conrad Perder am 9. Mai l. J. läßt **Carl Nebler** zu Winkel in demselben Locale seine in hiesiger Gemarkung gezogene reinhaltene Weine versteigern, als:

1835r	½	Stück
1839r	3	„
1842r	3½	„
1843r	2	„
1846r	4	„
1848r	12½	„

Am 6., 7. und 8. Mai werden die Proben an den Fässern gegeben; am 9. nur im Versteigerungslocal.

[1235] In der Buch- und Kunsthandlung von **Victor v. Zabern** in Mainz ist für einen geschickten, mit den nöthigen Vorkenntnissen versehenen jungen Mann eine Lehrlingsstelle offen, welche sofort besetzt werden kann. Anträge oder Anfragen, in Betreff der näheren Bedingungen, sind franco erbeten.

[1187] **Hofmeisters-Stelle-Gesuch.**

Ein wissenschaftlich gebildeter junger Mann, protestantischer Confession, welcher mit der Pestalozzischen Unterrichtsweise vertraut ist, sucht eine Stelle als Hofmeister. Derselbe kann in den Elementarfächern und Realien, in mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern so wie in französischer Sprache und Musik Unterricht ertheilen.

Gefällige Anfragen bittet man an die Chr. W. Kreidel'sche Buchhandlung in Wiesbaden zu richten.

[1226] Heinsheim, Bezirks-Amt Mosbach, bei Wimpfen:

Masvieh-Verkauf.

Am Montag den 7. Mai d. J., Vormittags von 10 Uhr an, verkaufe ich an die Meistbietenden

24 Ochsen,
20 Rinder und
150 Hämmel,

vorzüglich fette Waare, letztere in kleineren Partieen, wozu ich Liebhaber andurch höflich einlade.

Den 23. April 1849.

Johann Muth.

[1249] **Die Molkenkuranstalt**

auf Schloß Schöneck bei Boppard am Rhein

(in dem romantischen Ehrenthal)

wird vom 10. Mai bis Ende September eröffnet sein. Der unterzeichnete Besitzer F. A. Reuter ersucht, mit Anfragen ärztlicher Natur an den Kurarzt Dr. H. Schauenburg, übrigens an ihn selbst in portofreien Briefen sich wenden zu wollen. Wöchentliche Kurpreise nach den 3 Klassen der Zimmer zu 1) 10 Thlr. 2) 8 Thlr. 24 Sgr., 3) 7 Thlr. 24 Sgr. (für Zimmer, Molken, Kräutersäfte, Kaffee, Mittag- und Abendtisch, ärztliches Honorar und Bedienung). Gäste, welche, ohne die Kur zu gebrauchen, auf dem Schlosse Aufenthalt nehmen, zahlen wöchentlich 6 Thlr. ohne Wein. Der Prospectus wird gratis ausgegeben. Adressen in Boppard am Bureau der Düsseldorfer Dampfschifffahrt-Gesellschaft zu billigen Preisen.

Schloß Schöneck, den 15. April 1849.

F. A. Reuter.
Dr. H. Schauenburg, Districtsarzt.

[1223] Mobilien-Versteigerung.

Montag den 7. Mai l. J. und während der folgenden Tage von 9 bis 12 und von 2 bis 5 Uhr sollen in dem Hause der Wittwe des Seilermeisters Hein in der Karlsstraße dahier die hinterlassenen Mobilien des Mechanikus Andreas Loos, bestehend in Gold und Silber, Kleidern, Weißzeug, Bettwerk, Möbeln, Hausrath, Büchern, dem Werkzeug des Verstorbenen, sowie dessen Vorrath an Waaren, insbesondere an physikalischen, optischen und sonstigen Instrumenten, gegen gleich baare Zahlung versteigert werden. Am 7. Mai Nachmittags kommen die Bücher und am 8. Mai das Werkzeug, die Instrumente und sonstige Waaren zur Versteigerung.

Darmstadt, den 20. April 1849.

Großherzogl. Hess. Stadtgericht.
Strecker. Keuling.

[1237] **26. Braunschweiger Lotterie.**

Ziehung 6 und Hauptklasse den 3. Mai. **11400** Loose mit **6400** Gewinne von fl. **87500, 52500, 35000, 17500;** ganze Loose à fl. 56.—½ à fl. 28.—¼ à fl. 14 und ⅛ à fl. 7, oder mit Verzicht auf Gewinne unter fl. 100, das ganze Loos zu fl. 32.—½ à fl. 16.—¼ à fl. 8 und ⅛ à fl. 4. empfiehlt

Jacob Hector,
Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

Wasserheilanstalt Mühlbad bei Boppard am Rhein.

Für die Badesaison des laufenden Jahres wird obgenannte Anstalt vom 1. März ab dem Publikum wieder geöffnet sein. Bei der stetigen Frequenz, deren sie bisher sich zu erfreuen hatte, und die namentlich im verwichenen Jahre noch so bedeutend war, daß Mangel an Raum entstand und längere Zeit hindurch Gäste dislocirt werden mußten, bittet man diejenigen, welche sie zu besuchen die Absicht haben, mit ihren Anmeldungen nicht allzulange zu zögern, besonders dann, wenn sie auf schöne und bequeme Wohnungen reflektiren. — Näheres bei dem in der Anstalt wohnenden Arzte, Kreisphysicus Dr. Heusner. [756]

[1260] Neu erschienen und in der Jäger'schen Buchhandlung, Domplatz 8, in E. Adelmann's Druckerei, Eschenheimerstraße 25, so wie bei G. F. Krug, Papageigasse 1, zu haben:

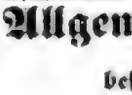
Allgemeine deutsche Wechselordnung

mit den eingeschalteten

besonderen Bestimmungen für Frankfurt a. M.

Preis 12 Kreuzer.

Zur größeren Bequemlichkeit für den Handgebrauch sind in diesem Abdrucke aus der Gesetzsammlung die besonderen Bestimmungen des Einführungsgesetzes für Frankfurt den betreffenden Artikeln der allgemeinen Wechselordnung einverleibt worden, so daß sie in dieser Gestalt ein nicht durch Rückverweisungen unterbrochenes Ganzes bildet.



Rheinische Dampfschiffahrt.

Kölnische Gesellschaft.

Tägliche Fahrten vom 1. Mai 1849:

Von **Mainz** Morgens **6** Uhr nach **Köln (Düsseldorf, Elberfeld-Hamm).**
„ **Mainz** „ **8½** „ „ **Köln (Aachen-Düsseldorf).**

Durch die Post- und Schnellwechsel „Merkur" und „Hudson", im Anschluß an den Eisenbahnzug Morgens 6½ Uhr von Frankfurt.

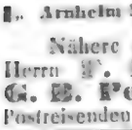
„ **Mainz** Morgens **10** Uhr nach **Köln (Minden-Berlin)**
mit unmittelbarer Ankunft also zweiten (½ 12 Uhr) Eisenbahnzug von Frankfurt.

„ **Mainz** Nachmittags **2½** Uhr nach **Mannheim.**

☞ Von **Biebrich rheinabwärts ½ Stunde später als von Mainz.**

Von **Mannheim** Morgens **6** Uhr nach **Köln.**
„ **Coblenz** rheinaufwärts Morgens **6, 8** und **12** Uhr, rheinabwärts Morgens **6, 10**; und Nachmittags **12**½ und **2**½ Uhr.
„ **Köln** Morgens **5**½ Uhr nach **Mainz,** Morgens **9**½, Mittags **1** und Abends **10** Uhr nach **Coblenz-Mannheim,** Morgens **5** Uhr nach **Arnheim**
„ **Arnheim** Morgens **6** Uhr nach **Köln, Coblenz, Mainz, Mannheim.** [1263]

Nähere Auskunft und Billete in Frankfurt a. M. bei dem Agenten Herrn **F. Böhm,** Roßmarkt, auf dem Filial-Bureau bei Herrn **G. B. Pelil** auf der Zeil, im Taunus-Bahnhofe, und für die Postreisenden im Postbureau.



Von London nach New-York

erpedirt wie am 18. Mai das schöne gekupferte Dreimaster-Schiff erster Klasse „Jason", von 1250 Tonnen Gehalt, Capitän Radclyffe.

Den Ueberfahrtsvertrag haben wir billigst gestellt, und sind wir, so wie die nachstehend verzeichneten Herren Agenten zur Ertheilung jeder Auskunft bereit.

London im April 1849. **S. Stiebel & Comp.,** 23 Nicholas-lane.

In Frankfurt a. M. Herr **Moriz J. Stiebel** und Herr Fertsch-Jünger,
in Mainz Herren Mohr & Comp., in Köln Herren Jurittaffen & Diesh,
„ Mannheim Herr J. F. Hartmann, „ Straßburg Herr Ernest Ullmann,
„ Rotterdam Herr J. B. de Haast, „ Marburg Herr Adolph Stiebel,
„ Hamburg Herr S. Emanuel.

[1256] **Deutscher Phönix.**

In Folge der statutenmäßigen Bestimmung des Verwaltungsrathes und der deßfalls an die General-Versammlung in Karlsruhe, in deren Sitzung vom 28. April d. J. gemachten Mittheilung, ist für das Jahr 1848 auf die Actien der Gesellschaft „Deutscher Phönix" eine Extra-Dividende von 5 Gulden für je 1000 fl. Nominalwerth festgestellt worden.

Die Auszahlung dieser Dividende hat gleichzeitig mit derjenigen der Zinsen von den geleisteten baaren Einlagen zu geschehen, und es sind hiernach auf jeden Coupon für 1848

von Lit. A 11 fl.
„ „ B 5 fl. 30 kr. und für Zins und Dividende zu entrichten.
„ „ C 8 fl. 45 kr.

Die Inhaber solcher Coupons werden demnach hiermit aufgefordert, gegen Abgabe derselben deren Betrag am 3., 4., 5., 7. und 8. Mai, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, an der Kasse der Gesellschaft dahier (Börsengebäude) in Empfang zu nehmen. Später kann die Auszahlung nur Dienstags und Freitags, gleichfalls in den Vormittagsstunden, stattfinden.

Diejenigen Actionäre, welche den Betrag ihrer Coupons in Karlsruhe zu erheben wünschen, haben sich deßfalls, nach Inhalt der Statuten, an die Section der Gesellschaft daselbst zu wenden.

Frankfurt a. M., den 30. April 1849.

Der Verwaltungsrath der Gesellschaft „Deutscher Phönix".

Die Hauptziehung 6. Klasse **26.** Braunschweiger Lotterie

beginnt am 3. Mai d. J.

Haupttreffer: fl **87.500 52.500 35.000 17.500** u. s. f. Ganze Loose zu fl **56,** ½ zu fl. **28,** ¼ zu fl. **14,** ⅛ zu fl. **7,** so wie Loose mit Verzichtleistung auf die Gewinne unter 100 Thaler ganze zu fl. **32,** ½ zu fl. **16,** ¼ zu fl. **8** empfiehlt

Carl Höchberg, Hauptcollecteur,
Brückhofstraße in Frankfurt am Main.

[1099]

[1253] **Anzeige.**

Die von den Unterzeichneten gestempelten Coupons à R° 10. in Silber pr. 1/13. Febr. 1849 von Hope'schen Certificaten über 4pCt. Russische Inscriptionen werden, à fl. 18. 18 kr. per Stück bei denselben eingelöst.

Frankfurt a. M., den 30. April 1849.

Grunelius & Comp.

[1272] **Todes-Anzeige.**

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, den zahlreichen Freunden des Herrn Christian Wilhelm Unterroth die Anzeige zu machen, daß derselbe am 14. d. M. im Alter von 77 Jahren sanft dem Herrn entschlafen ist.

Paris, den 20. April 1849.

Die Hinterbliebenen.

[1151] Staatspapiere aller Art werden an- und verkauft, so wie Gold und Silbersorten verwechselt

Julius Stiebel junior,
Bureau: Wollgraben.

Lager und Comptoir von **P. H. Oppenheim** befinden sich Schnurgasse Nr. 36 neu. [1271]

---

[774] **H. G. von Oven,**

Bleichstraße 21, empfiehlt sein wohlassortirtes Lager in:

schwarzen seidenen Herrenhalsbinden in Taffet und Atlas, Sammethalsbinden in Seide, Halbseide, Jaconet und Foulard, ächt ostindischen Taschentüchern, Chantillonnes, Foulard- und Atlas-Crochetüchern.

[1248] Ein leichtes einspänniges, elegantes Fuhrwerk auf Druckfedern im besten Stand sammt Pferd und Geschirr, ferner ein leichtes dreisitziges Jagdwägelchen auf Federn mit leichtem Geschirr, Sattel- und Reitzeug steht zu verkaufen. Das Pferd, 7 Jahre alt, hannoverscher Race, fromm und letzteres, 8 zölligen und würde sich zu einem Campagne-Pferd eignen. Näheres bei Herrn Thierarzt Kuse im Marstall zu Frankfurt a. M.

[1258] Eine ausgezeichnete Büchse ist billig zu verkaufen.

Neueste **Tolle du Nord**-Kleider zu 3 fl. 15 kr. bei **L. W. Schuster,** Bleidenstraße Nr. 5. [545]

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nr. 108.) 8. Mai 1850.

Bekanntmachungen des Postamtes.

Neue Postverbindungen. Vom 1. Mai an wird die Briefpost zwischen Frankfurt und Hanau, welche bisher mittelst Extrapost täglich zweimal befördert wurde, mittelst Eisenbahn täglich dreimal befördert werden. Die Abgangszeiten sind: 7 Uhr Morgens, 12 Uhr Mittags und 5 Uhr Abends. Die Ankunftszeiten sind: 8 Uhr 30 Min. Morgens, 1 Uhr 30 Min. Mittags und 6 Uhr 30 Min. Abends. Die Briefe müssen 15 Minuten vor der Abgangszeit auf dem Bahnhofe sein. Vom 1. Mai an wird die Briefpost zwischen Frankfurt und Offenbach, welche bisher mittelst Extrapost täglich zweimal befördert wurde, mittelst Eisenbahn täglich dreimal befördert werden. Die Abgangszeiten sind: 7 Uhr Morgens, 12 Uhr Mittags und 5 Uhr Abends. Die Ankunftszeiten sind: 8 Uhr 30 Min. Morgens, 1 Uhr 30 Min. Mittags und 6 Uhr 30 Min. Abends. Die Briefe müssen 15 Minuten vor der Abgangszeit auf dem Bahnhofe sein. Vom 1. Mai an wird die Briefpost zwischen Frankfurt und Hanau, welche bisher mittelst Extrapost täglich zweimal befördert wurde, mittelst Eisenbahn täglich dreimal befördert werden. Die Abgangszeiten sind: 7 Uhr Morgens, 12 Uhr Mittags und 5 Uhr Abends. Die Ankunftszeiten sind: 8 Uhr 30 Min. Morgens, 1 Uhr 30 Min. Mittags und 6 Uhr 30 Min. Abends. Die Briefe müssen 15 Minuten vor der Abgangszeit auf dem Bahnhofe sein. Vom 1. Mai an wird die Briefpost zwischen Frankfurt und Offenbach, welche bisher mittelst Extrapost täglich zweimal befördert wurde, mittelst Eisenbahn täglich dreimal befördert werden. Die Abgangszeiten sind: 7 Uhr Morgens, 12 Uhr Mittags und 5 Uhr Abends. Die Ankunftszeiten sind: 8 Uhr 30 Min. Morgens, 1 Uhr 30 Min. Mittags und 6 Uhr 30 Min. Abends. Die Briefe müssen 15 Minuten vor der Abgangszeit auf dem Bahnhofe sein.

Neue Postverbindungen. Vom 1. Mai an wird die Briefpost zwischen Frankfurt und Hanau, welche bisher mittelst Extrapost täglich zweimal befördert wurde, mittelst Eisenbahn täglich dreimal befördert werden. Die Abgangszeiten sind: 7 Uhr Morgens, 12 Uhr Mittags und 5 Uhr Abends. Die Ankunftszeiten sind: 8 Uhr 30 Min. Morgens, 1 Uhr 30 Min. Mittags und 6 Uhr 30 Min. Abends. Die Briefe müssen 15 Minuten vor der Abgangszeit auf dem Bahnhofe sein. Vom 1. Mai an wird die Briefpost zwischen Frankfurt und Offenbach, welche bisher mittelst Extrapost täglich zweimal befördert wurde, mittelst Eisenbahn täglich dreimal befördert werden. Die Abgangszeiten sind: 7 Uhr Morgens, 12 Uhr Mittags und 5 Uhr Abends. Die Ankunftszeiten sind: 8 Uhr 30 Min. Morgens, 1 Uhr 30 Min. Mittags und 6 Uhr 30 Min. Abends. Die Briefe müssen 15 Minuten vor der Abgangszeit auf dem Bahnhofe sein. Vom 1. Mai an wird die Briefpost zwischen Frankfurt und Hanau, welche bisher mittelst Extrapost täglich zweimal befördert wurde, mittelst Eisenbahn täglich dreimal befördert werden. Die Abgangszeiten sind: 7 Uhr Morgens, 12 Uhr Mittags und 5 Uhr Abends. Die Ankunftszeiten sind: 8 Uhr 30 Min. Morgens, 1 Uhr 30 Min. Mittags und 6 Uhr 30 Min. Abends. Die Briefe müssen 15 Minuten vor der Abgangszeit auf dem Bahnhofe sein. Vom 1. Mai an wird die Briefpost zwischen Frankfurt und Offenbach, welche bisher mittelst Extrapost täglich zweimal befördert wurde, mittelst Eisenbahn täglich dreimal befördert werden. Die Abgangszeiten sind: 7 Uhr Morgens, 12 Uhr Mittags und 5 Uhr Abends. Die Ankunftszeiten sind: 8 Uhr 30 Min. Morgens, 1 Uhr 30 Min. Mittags und 6 Uhr 30 Min. Abends. Die Briefe müssen 15 Minuten vor der Abgangszeit auf dem Bahnhofe sein.

Neue Postverbindungen. Vom 1. Mai an wird die Briefpost zwischen Frankfurt und Hanau, welche bisher mittelst Extrapost täglich zweimal befördert wurde, mittelst Eisenbahn täglich dreimal befördert werden. Die Abgangszeiten sind: 7 Uhr Morgens, 12 Uhr Mittags und 5 Uhr Abends. Die Ankunftszeiten sind: 8 Uhr 30 Min. Morgens, 1 Uhr 30 Min. Mittags und 6 Uhr 30 Min. Abends. Die Briefe müssen 15 Minuten vor der Abgangszeit auf dem Bahnhofe sein. Vom 1. Mai an wird die Briefpost zwischen Frankfurt und Offenbach, welche bisher mittelst Extrapost täglich zweimal befördert wurde, mittelst Eisenbahn täglich dreimal befördert werden. Die Abgangszeiten sind: 7 Uhr Morgens, 12 Uhr Mittags und 5 Uhr Abends. Die Ankunftszeiten sind: 8 Uhr 30 Min. Morgens, 1 Uhr 30 Min. Mittags und 6 Uhr 30 Min. Abends. Die Briefe müssen 15 Minuten vor der Abgangszeit auf dem Bahnhofe sein. Vom 1. Mai an wird die Briefpost zwischen Frankfurt und Hanau, welche bisher mittelst Extrapost täglich zweimal befördert wurde, mittelst Eisenbahn täglich dreimal befördert werden. Die Abgangszeiten sind: 7 Uhr Morgens, 12 Uhr Mittags und 5 Uhr Abends. Die Ankunftszeiten sind: 8 Uhr 30 Min. Morgens, 1 Uhr 30 Min. Mittags und 6 Uhr 30 Min. Abends. Die Briefe müssen 15 Minuten vor der Abgangszeit auf dem Bahnhofe sein. Vom 1. Mai an wird die Briefpost zwischen Frankfurt und Offenbach, welche bisher mittelst Extrapost täglich zweimal befördert wurde, mittelst Eisenbahn täglich dreimal befördert werden. Die Abgangszeiten sind: 7 Uhr Morgens, 12 Uhr Mittags und 5 Uhr Abends. Die Ankunftszeiten sind: 8 Uhr 30 Min. Morgens, 1 Uhr 30 Min. Mittags und 6 Uhr 30 Min. Abends. Die Briefe müssen 15 Minuten vor der Abgangszeit auf dem Bahnhofe sein.

Neue Postverbindungen. Vom 1. Mai an wird die Briefpost zwischen Frankfurt und Hanau, welche bisher mittelst Extrapost täglich zweimal befördert wurde, mittelst Eisenbahn täglich dreimal befördert werden. Die Abgangszeiten sind: 7 Uhr Morgens, 12 Uhr Mittags und 5 Uhr Abends. Die Ankunftszeiten sind: 8 Uhr 30 Min. Morgens, 1 Uhr 30 Min. Mittags und 6 Uhr 30 Min. Abends. Die Briefe müssen 15 Minuten vor der Abgangszeit auf dem Bahnhofe sein. Vom 1. Mai an wird die Briefpost zwischen Frankfurt und Offenbach, welche bisher mittelst Extrapost täglich zweimal befördert wurde, mittelst Eisenbahn täglich dreimal befördert werden. Die Abgangszeiten sind: 7 Uhr Morgens, 12 Uhr Mittags und 5 Uhr Abends. Die Ankunftszeiten sind: 8 Uhr 30 Min. Morgens, 1 Uhr 30 Min. Mittags und 6 Uhr 30 Min. Abends. Die Briefe müssen 15 Minuten vor der Abgangszeit auf dem Bahnhofe sein. Vom 1. Mai an wird die Briefpost zwischen Frankfurt und Hanau, welche bisher mittelst Extrapost täglich zweimal befördert wurde, mittelst Eisenbahn täglich dreimal befördert werden. Die Abgangszeiten sind: 7 Uhr Morgens, 12 Uhr Mittags und 5 Uhr Abends. Die Ankunftszeiten sind: 8 Uhr 30 Min. Morgens, 1 Uhr 30 Min. Mittags und 6 Uhr 30 Min. Abends. Die Briefe müssen 15 Minuten vor der Abgangszeit auf dem Bahnhofe sein. Vom 1. Mai an wird die Briefpost zwischen Frankfurt und Offenbach, welche bisher mittelst Extrapost täglich zweimal befördert wurde, mittelst Eisenbahn täglich dreimal befördert werden. Die Abgangszeiten sind: 7 Uhr Morgens, 12 Uhr Mittags und 5 Uhr Abends. Die Ankunftszeiten sind: 8 Uhr 30 Min. Morgens, 1 Uhr 30 Min. Mittags und 6 Uhr 30 Min. Abends. Die Briefe müssen 15 Minuten vor der Abgangszeit auf dem Bahnhofe sein.

der Kammer der großen Debatte, welche sich an diesen Bericht angeschlossen haben würde, vorgegriffen hat. Ueber die Schlußanträge der Commission verlautet nur so viel, daß der Antrag der Majorität zwar die Aufstellung von Bedingungen bei der Annahme der Verfassung und der Kaiserkrone billigt, aber mit Entschiedenheit ein kühnes und endlich bestimmtes Aussprechen dieser Bedingungen fordert, das bisherige Schweigen darüber auch nachdrücklich tadelt; während der Antrag der Minorität zwar schon jetzt die Annahme der Verfassung und der Krone, jedoch unter Modificationen und sichernden Vorbehalten, fordert. — Die Abgeordneten der Linken unserer zweiten Kammer sind bis auf wenige abgereist, wegegen die der Rechten noch fast alle hier weilen, um die Ereignisse und die künftigen Maßnahmen der Regierung abzuwarten. Die einzelnen Fractionen sind gesonnen, ihren Wählern einen Rechenschaftsbericht zu geben.

Elberfeld, 29. April. Die „Elberfelder Zeitung" meldet heute Folgendes: „Die Auflösung unserer zweiten Kammer gab heute Veranlassung zu einer Bürgerversammlung, wie sie größer Elberfeld noch nie gesehen hat. Ueber 3000 Bürger, Vertreter aller Stände, hatten sich eingefunden, und es sprach sich einstimmig das Gefühl aus, daß in den jetzigen Zuständen und bei den täglich sich drängenden Ereignissen in einem Augenblicke, in dem das Volk seiner gesetzlichen Vertretung beraubt ist, die Pflicht jedem treuen Bürger gebiete, handelnd aufzutreten und unsern König zur Ueberzeugung zu bringen, daß er von seinen Rathgebern über die Stimmung des Landes getäuscht wird, daß die ihm angerathenen Maßregeln nur zum Unglück unseres Vaterlandes führen. Die Versammlung beschloß einstimmig folgende Erklärung: „Das Staatsministerium hat in seinem zur Motivirung seines Antrags auf Auflösung der zweiten Kammer erstatteten Bericht die Hoffnung ausgesprochen, daß die angerathene Maßregel von der Mehrzahl der Gutgesinnten im Lande mit Beifall aufgenommen werde. Mit tiefem Bedauern über die Verblendung jenes Ministeriums und mit gerechter Entrüstung über die Verkennung der Stimmung des Landes, erklären die am 29. April 1849 versammelten Bürger Elberfelds einmüthig: „Daß die angerathene Maßregel nur geeignet ist, den Bürgerkrieg mit allen seinen schrecklichen Folgen im Lande hervorzurufen, den Thron in seinen Grundpfeilern zu erschüttern und die Wohlfahrt und das Glück des Volkes auf lange Jahre zu vernichten; — daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes von dem unabweislichen Verlangen nach der Einheit und Freiheit des gemeinsamen Vaterlandes so tief durchdrungen ist, daß sie mit ihrer ganzen Kraft und mit ihrer ganzen Entschiedenheit an den Beschlüssen der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. festzuhalten entschlossen ist.'" Die Versammlung beschloß ferner einstimmig, den Präsidenten der Regierung zu Düsseldorf durch eine so große Anzahl von Bürgern, als sich dem Vorsitzenden der Bürgerversammlung, Advocat-Anwalt Höchster, und dem Schriftführer derselben, Lehrer Körner, anschließen werden, die obige Erklärung zu überbringen und denselben zu ersuchen, die Erklärung zur schleunigsten Kenntniß Sr. Maj. zu bringen. Es wurde ferner beschlossen, alle Bürger der Stadt aufzufordern, sich an dieser Deputation zahlreich zu betheiligen, ebenso der Wunsch ausgesprochen, daß die einzelnen Vereine der Landwehr, Bürgerwehr und Schützen durch Deputirte sich anschließen möchten. Gleichzeitig wurde der Beschluß gefaßt, sämmtliche Gemeinden unseres Vaterlandes aufzufordern, sich in gleichem Sinne den Behörden gegenüber auszusprechen. Zur Vollziehung dieses letzteren Beschlusses werden sämmtliche Redactionen deutscher Blätter ersucht, diesen Artikel aufzunehmen. Schließlich wurde beliebt, daß die Deputation morgen den 30. d., Nachmittags 2½ Uhr, mit dem Bahnzuge abgehen solle. Der Vorsitzende: Dr. Höchster. Der Schriftführer: Körner."

In Folge obigen Beschlusses fordern wir die Betheiligten auf, sich morgen Montag den 30. d., Nachmittags 2 Uhr, an dem Elberfeld-Düsseldorfer Bahnhofe in der Steinbeck, mit deutschen Fahnen und mit schwarz-roth-goldenen Bändern geschmückt, einfinden zu wollen. Elberfeld, den 29. April 1849. Die Bürgerversammlung auf der Wilhelmshöhe. Namens derselben: Der Vorsitzende: Dr. Höchster. Der Schriftführer: Körner.

NB. Die Landwehr versammelt sich um halb 2 Uhr auf dem Neumarkt an der deutschen Eiche.

Schweiz.

Lugano, 25. April. (Basl. Z.) Der Republicano bringt die vom 19. datirte Note des Marschalls Radetzky. Sie geht davon aus, es sei eine unleugbare Thatsache, daß während der Entblößung der Grenzen während des letzten Krieges nicht nur eine Masse bewaffneter Insurgenten mit ihren Führern, sondern auch bedeutende Waffen- und Munitionssendungen sammt aufreizenden Schriften in die Lombardei eingedrungen seien, welchen namentlich der Aufstand und das Unglück von Brescia zuzuschreiben sei. Mit scharfen Vorwürfen über dieses mit Hintansetzung aller Ordnung, aller internationalen Rücksichten, sowie der besseren Absichten des Bundesrathes beobachteten Verfahrens, wird dann angegeben, daß im Tessin noch immer Lombarden Revolutionscomites bilden, und deren Ausweisung verlangt. Der Marschall habe die genaueste Kenntniß von der Wohnung der Revolutionäre, er kenne die „Schlechtigkeit" oder die Schwäche der tessinischen Regierung, und wenn demnach binnen acht Tagen seinem Begehren nicht vollständig entsprochen sei, so werde die strengste Sperre gegen den Kanton eintreten. Bei der bekannten Redlichkeit und Aufrichtigkeit des Hrn. Sidler bezweifle er nicht, daß er durch sein einflußreiches Eingreifen im Sinne der Bundesregierung es dahin bringen werde, daß der Kanton Tessin aufhöre, der Feuerherd der Revolution für die Lombardei zu sein. Der Staatsrath fand am 24. für angemessen, alle schon früher ausgewiesenen oder seit den letzten Ereignissen ohne regelmäßiges Gesuch in das Land gekommenen Emigranten aus dem Kanton zu weisen; am 27. soll deßhalb strenge Haussuchung genommen werden; alle Emigranten, die keine Erlaubniß vorweisen, werden an die Grenze geführt, ihre Wirthe mit 25 Fr. Buße für Jeden belegt. Der Staatsrath Lavizzari protestirt gegen diesen Beschluß und der Republ. findet nicht Worte genug, um seinem Zorne Luft zu machen.

Italien.

Der „Allgemeinen Zeitung" sind Briefe und Blätter aus **Turin** vom 26. April zugegangen, welche die Befürchtungen, daß man, gestützt auf Frankreich, und ermuntert durch England, die Friedensunterhandlungen für abgebrochen erklärt, bestätigen. Bereits am 29. Abends erschien darüber ein Manifest des Ministerraths. Zwar sind die Oesterreicher in Alessandria eingerückt, aber was will diese Hand voll Leute inmitten einer feindlichen Stadt und Besatzung! Mittlerweile ist die französische Flotte nach den italienischen Gewässern abgegangen, und die Pariser Presse wirft die Maske ab: die französische Expedition ist, mehr noch als zur Restauration des Papstes, zur Unterjochung Piemonts bestimmt, und Albini hat Befehl, mit der sardinischen Flotte im adriatischen Meere zu bleiben! Umsonst haben die Magyaren, unter Anführung der von Paris gesendeten polnischen Generale, nicht gesiegt!

Eine Correspondenz aus **Mailand** vom 26. April in demselben Blatte theilt diese Befürchtungen nicht. Dort heißt es: Die Friedensunterhandlungen haben abermals eine Unterbrechung erlitten, die aber von keinen Folgen zu sein verspricht. General la Bormida ist nach Turin berufen, hat aber vor seiner Abreise feierlichst erklärt, daß diese Abreise durchaus und nicht im entferntesten als ein Abbruch der Unterhandlungen oder als eine Aenderung der friedlichen Gesinnung des Königs von Piemont anzusehen sei. Der Punkt der Kriegskostenentschädigung ist allein noch nicht erledigt; wie man sagt, sind nur 80 Millionen Francs verlangt worden, eine kleine Summe im Vergleich zu den ungeheuern Kosten, die Oesterreich durch den Krieg des vergangenen Jahres, durch die nothwendige Armirung der Festungen und durch den diesjährigen Feldzug erwachsen. Es gibt hier wohl Leute, welche die Abberufung des piemontesischen Gesandten mit der französischen Intervention in Verbindung bringen wollen, doch, wie ich Ihnen schon früher gesagt, ist die Lage Piemonts im gegenwärtigen Augenblick so, daß es um all und jeden Preis den Frieden annehmen muß, und ihn gern annehmen wird unter den gestellten nicht unbilligen, sondern höchst mäßigen Bedingungen.

Frankreich.

K **Paris**, 29. April. Je näher die Zeit der Wahlen für die Legislation herankommt, desto eifriger werden die Agitationen betrieben, die natürlich von den Parteien je nach ihren verschiedenen Ansichten und Zwecken auch auf verschiedene Weise ausgebeutet werden. Es ist begreiflich, daß die demokratisch-socialistische Partei diese Agitationen am meisten dazu gebraucht, die Gemüther in Athem zu halten, und was sie in den Clubs nicht mehr vermag, in den Wahlversammlungen durchzusetzen sich bestrebt; Bestrebungen, welche von Seiten der Regierung mit der größten Aufmerksamkeit und Energie überwacht werden. Auf ihren Befehl müssen die Wahlvereine den Polizeicommissären den Zutritt gestatten, damit diese über etwaige ungesetzliche Agitationsmittel sofort an die Regierung berichten können. Daß eine solche Maßregel der ultraradicalen Partei nicht erwünscht ist, läßt sich leicht denken, und Felix Pyat fand sich auch aus diesem Grunde veranlaßt, in der letzten Sitzung der Nationalversammlung das Ministerium deßhalb zu interpelliren und diesem eine Beschränkung des Vereinsrechts, mithin eine Verletzung der Constitution vorzuwerfen. Allein Leon Faucher, der Minister des Innern, rechtfertigte die Maßnahmen der Regierung vollkommen, indem er sich auf das Gesetz von 1790 berief, nach welchem der Polizei das Recht zustehe, die Wahlversammlungen zu überwachen, und somit hatte die Interpellation trotz der Bemühungen der Bergpartei, von der Pierre Leroux und Dupont (de Bussac) als Vertheidiger der unbeschränkten Vereinsfreiheit auftraten, gar keinen Erfolg. Einen bessern als in der Nationalversammlung scheint die socialistische Propaganda in der Straße gehabt zu haben, indem es ihr mehrere Tage hinter einander gelang, einzelne Zusammenrottungen auf den Boulevards hervorzubringen, bei welchen es von Seiten der Masse zu thätlichen Demonstrationen gegen die Polizei kam und die stets das Einschreiten der bewaffneten Macht nöthig machten. Indeß war auch dieser Erfolg nur ein momentaner, da das Ministerium zeigte, wie sehr es bereit sei, einem etwaigen Excesse sofort auf das Entschiedenste entgegenzutreten, und die Extremen wohl wissen, daß General Changarnier nicht mit sich scherzen läßt. Soll dieser ja neulich in Bezug auf diese Vorgänge sich geäußert haben: „Die Rothen brauchen, wie es scheint, einen Aderlaß zur Abkühlung ihres Blutes; es soll meine Sorge sein, ihnen das revolutionäre Fieber aus dem Leibe zu treiben." Uebrigens scheint die Zahl derer, welche einen Straßenkampf wagen würden, sehr unbedeutend zu sein, und somit würde jede ernsthaftere Bewegung sofort im Keime erstickt werden. Dies sehen die Socialisten wohl ein und deßhalb erlassen sie in ihren heutigen Blättern einen Aufruf, an dessen Schlusse sie das Volk beschwören, die Straße zu verlassen, wohin seine Feinde es rufen, die Herausforderungen einer unterliegenden Fraction zu verachten und abermals dem Lande zu zeigen, daß die Ruhestörer nur diejenigen sind, welche das Recht und die Verfassung verletzen. „Laßt uns denen", schließen sie, „die einen 23. Juni wollen, durch einen 29. Januar antworten!"

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Das Commando der Bürgerwehr zu Darmstadt stellt durch Schreiben d. d. Darmstadt, 30. April das Ersuchen, nachstehenden, an letztgenanntem Tage von der gesammten Bürgerwehr in Darmstadt gefaßten Beschluß als eine zur Weiterverbreitung geeignete Mittheilung aufzunehmen:

„Die Bürgerwehr zu Darmstadt, eingedenk des von ihr aufgestellten ersten Grundsatzes: die Märzerrungenschaften aufrecht zu erhalten, erklärt feierlichst als solche:

Mit Gut und Blut für die von der deutschen Nationalversammlung ausgehende Reichsverfassung einzustehen.

Sie fordert sämmtliche Bürgerwehren Deutschlands auf, in gleichem Sinne sich auszusprechen"

Berichtigungen.

[1261] Das Wahlcomité der volksthümlichen Partei von Frankfurt und Sachsenhausen empfiehlt folgende vier freisinnige, erfahrene Männer zu den Neuwahlen für die constituirende Versammlung unseres Freistaates:

Herrn **Joh. Sigismund Boch**, Tuchbereitermeister,
" **Lorenz Gottlieb Brunner**, Apotheker (in Firma: Dalton & Comp.),
" Dr. jur. **C. F. A. Langer**, Advocat,
" **Georg Samuel Müller**, Schneidermeister, Zeil.

[197] **Bekanntmachung.**

Bei hiesiger Fahrpostexpedition befinden sich verschiedene im Posthofe und in den Eilwägen zurückgebliebenen Gegenstände, als:

Kleidungsstücke, Handschuhe, Stöcke, Taschentücher, Regenschirme, Utensilien zum Tabakrauchen 2c.,

welche Gegenstände innerhalb 6 Monaten von heute an gegen gehörige Legitimation abzuholen und in Empfang zu nehmen sind, weil anfonsten anderweit hierüber verfügt werden wird.

Frankfurt a. M., den 2. Januar 1849.

Ober-Post-Amt.

[179] **Bekanntmachung.**

Bei hiesiger Fahrpostexpedition befinden sich nachstehend verzeichnete beschwerte Briefe und Packete, welche wegen Verweigerung der Annahme Seitens der Adressaten resp. als unbestellbar hierher zurückgekommen sind, und deren Absender resp. Eigenthümer bisher nicht ermittelt werden konnten.

1) Ein Brief an Herrn A. Lind zu Armshausen.
2) Ein Packetchen an Herrn W. Müller zu Mainz.
3) Ein Packet an Frau v. Bebner zu Homburg v. d. Höhe.
4) Ein Packetchen an Herrn Ch. Holl zu Cassel.
5) Ein Packetchen an Herrn Kaufmann Geiger zu Breslau.
6) Zwei Koffer an Herrn Kaltan in Basel.
7) Ein Packetchen an Mademoiselle Maria Hillenbrand in Mainz.
8) Ein Brief an Herrn Joseph Ziller in Wien.
9) Ein Packetchen an Frau Weber in Wiesbaden.
10) Ein Brief an Herrn Joh. J. Reinbach zu Fulda.
11) Ein Brief an Herrn J. Müller in Wiesbaden.

Die Aufgeber resp. Eigenthümer dieser Fahrpostsendungen werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb

sechs Monaten

von heute anfangend auf der Fahrpostinspection dahier über das Eigenthumsrecht gehörig auszuweisen, und die betreffenden Sendungen gegen Entrichtung des darauf haftenden Portos und Rückgabe des Aufgabescheines in Empfang zu nehmen, widrigenfalls anderweit hierüber verfügt werden wird.

Frankfurt a. M., den 20. Januar 1849.

Ober-Post-Amt.

Cours der Staats-Papiere. 2. Mai 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. .	5	75	74⅞	Würtemb.	Obligationen b. Rothsch.	3½	78	77½
»	ditto ditto . .	4	59⅜	59⅛	»	Neue Württemberg.	4½	94½	94
»	ditto ditto . .	2½	39⅛	39⅜	Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	80½	80
»	Bank-Actien v. D. .		1160	1150	»	d. 25 Loose		21	20⅜
»	d. 1500 Loose b. Rothsch.		778½	777⅛	Frankfurt	Obligationen	3	78⅛	77⅜
»	d. 500 » ditto		125⅜	125⅛	»	ditto v. 1839	3½	83	82½
»	Bethmann. Obligat.	3½	70	—	»	ditto v. 1845	3½	69½	69
»	ditto ditto	4	82½	—	»	Taunusbahnactien .		284	282
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	80	79½	Holland	Integrale	2½	50	49⅜
»	Prämienscheine . .		—	—	»	Holländische	4	—	77⅜
Bayern .	Obligationen	3½	80	79⅜	»	Syndicats.	2½	—	78⅜
Darmstadt	d. 50 Loose . . .		72	71½	Spanien	Activsch. incl. 10 Cp.	5	—	—
»	d. 25 ditto		22½	22⅛	»	Innere Sch. neue Ob.	3	24⅜	24⅛
»	Obligationen	3½	80	79½	Portugal	Consols Lot. 3 d. 12	3	—	—
»	ditto	4	87½	87	Polen	d. 300 Loll. Loos Rth.		—	93
Baden .	Obligationen v. 1845	3½	77½	77	»	Obligationen de d. 500	4	74	73½
»	d. 50 Loose v. 1840		48⅝	48	Russland	in S. d. 5. b. Gran. etc.	4	—	82
»	d. 35 Loose		28⅛	27⅞	»	Stiegl. et C.	4	—	81½

Gold.	S.	kr.	Silber.	S.	kr.	Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Pistolen	9	56	Geld al Marco .	382	—	Kurhessische Loose . . .	27½	27½
Pr. Friedrichsd'or	9	57	Laubth., ganze .	—	—	Sardinische Loose . . .	25½	24⅝
Holl. 10 fl. Stücke	10	4	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	39	5 Frankenthaler .	—	—	Cöln-Minden	77	76½
20 Francsstücke	9	38	Hochhaltig Silber	24	30	Ludwigsh.-Berbach. . . .	72½	72⅛
Engl. Souvereins	11	5	Gering u. mittelh.	24	20	Präs.-Wilhs.-Nordbahn	33½	33⅛

Wechsel-Cours.

		Papr.	Geld.
Den 2. Mai			
Amsterdam	k.S.	100⅜	—
(100 fl. Crt.)	2M.	100⅛	—
Augsburg	k.S.	—	119½
(100 fl. Crt.)	2M.	—	—
Berlin . .	k.S.	103⅜	—
(60 Thlr.)	2M.	—	—
Bremen (50	k.S.	—	99
Rthlr. L.-Fuss)	2M.	—	—
Hamburg .	k.S.	88⅛	—
(100 Mk. Bco.)	2M.	—	87½
Leipzig (60	k.S.	106⅛	—
Thlr.) i. d. M.		—	—
London . .	k.S.	120⅛	—
(10 Lstr. St.)	2M.	—	119½
Lyon . . .	k.S.	93⅛	—
(300 Fr.)	2M.	—	—
Mailand (250	k.S.	100⅜	—
Lir. Austr.)	2M.	—	—
Paris . . .	k.S.	95⅛	—
(300 Fr.)	2M.	—	—
Wien (100 fl.	k.S.	103⅛	—
im 24 Fl. F.	2M.	—	—
Disconto		—	4

4, Sulzbach, beeid. Makler.

Nach der Börse: 2½ pCt. Met. —; 3 pCt. Span. Int. —; Taunusbahn-Actien pr. Ult. —; Ludw.-Bexb. —; F.-W.-Nordb. — G.

Druck von August Osterrieth.

№ 105. —— Donnerstag —— den 3. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Postbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bayern fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (⅛ Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 256; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Wepl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär C. Flores in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Ungarischer Kriegsschauplatz.

Wien, 28. April. Die Insurgenten wollen den Uebergang auf das rechte Donauufer mit aller Gewalt erzwingen. Den 26. April versuchte Görgey, unter dem Schutze seiner Kanonen, verstärkt durch Geschütze von großem Kaliber aus Komorn, bei Ulysch, eine Meile unter der Festung, fünfmal, eine Brücke zu schlagen, eben so oft wurde er von dem kaiserlichen Geschütz daran gehindert. Die Festung Komorn wird vom rechten Ufer noch immer beschossen. Preßburg ist ruhig und von kaiserlichen Truppen besetzt, doch hört man, daß eine Insurgentenabtheilung über Neutra, Freistadel der mährischen Grenze sich nähern wolle. Bei Oedenburg wird ein Lager für 6000 kais. Truppen bereitet, vermuthlich um das Weldensche Corps zu verstärken, welches noch immer um Raab, Gönyö und Alsch sich concentrirt. Alle Dampfschiffe bei Pest sind nach Essegg gesendet worden, um unter den Kanonen dieser von kaiserl. Truppen besetzten Festung den Ausgang des Kampfes abzuwarten. Dieselben sind auch sammt dem Kriegsdampfboot „Schlick" in Essegg ohne allen Schaden angelangt, daher die hier als sicher ausgesprengte Nachricht der Wegnahme des letztern unbegründet ist. Ebenso bestimmt lauten die Berichte über die gänzliche Räumung des untern rechten Donauufers von den bei Földvar vor geraumer Zeit übergesetzten Insurgenten. Stuhlweißenburg ist ruhig, und Jellachich steht mit seinem Corps schon in Tolna. Vermuthlich wird er bei Essegg über die Donau gehen und, wie ich Ihnen vor acht Tagen schrieb, den Befehl über das österreichisch-serbische Corps übernehmen. Mit dem Einmarsch der Russen wird es nun ernst. Heute sah man zwei russische Offiziere, begleitet von Neugierigen, durch die Gassen Wiens spazieren. Die Sage, daß russische Truppen in Lundenburg oder gar auf dem Marchfelde mit der Nordeisenbahn angekommen wären, ist falsch. Vielmehr scheint es, daß sie in diese Gegend nicht kommen, sondern von Teschen über Jablunka in das Trentschiner Comitat, dann von Krakau über Dukla in das Saroscher Comitat einrücken werden. Sie sollen die von den kaiserlichen Truppen unterworfenen Theile besetzen, aber an dem Kampf selbst keinen Antheil nehmen. Noch heute erwartet man ein Manifest des Kaisers von Rußland mit der Erklärung, daß er keinen Länderzuwachs, keine Einmischung in die Verwaltung beabsichtige, sondern dem Kaiser von Oesterreich nur in der Bekämpfung einer Revolution beistehen wolle, welche die Zerstückelung der österreichischen Monarchie, und die Herrschaft einer Partei bezwecke, die mit dem allgemeinen Umsturz der Ordnung auch sein Reich der größten Gefahr aussetze; er wolle auch in den Donaufürstenthümern keinen ausschließlichen Einfluß erwerben, vielmehr den Türken in der Behauptung dieser Provinzen beistehen. Die Kosten des Hilfscorps, welches dem Commando des Barons Welden untergeordnet ist, trägt der russische Kaiser. Von Pest und Ofen kam gestern die Post; die Briefe von Pest zeigten schon den ungarischen Stempel; heute blieb diese Post wieder aus. Von der Proclamation der Insurgenten in Pest erzählt man sich, daß sie die dortigen Commissäre unter Fürst Windischgrätz, Havasi und Babarzy, den Vorsteher der Kameralverwaltung, Grafen Moritz Almasy, die in Pest zurückgebliebenen früheren Anhänger der revolutionären Regierung, Pazmandy und Szent-Kiralyi, von der sonst allen Uebrigen gewährten Amnestie ausgeschlossen habe. Es ist hohe Zeit, daß die kaiserliche Armee die Insurgenten wieder zurückdrängt, indem die Stimmung bei den Bauern in den Comitaten diesseits der Donau, Veszprim, Raab, auch schon sich zu verschlimmern anfängt. (A. Z.)

† **Wien**, 29. April. Bis gestern Abend hatte man noch keine bestimmteren Nachrichten von der Ankunft russischer Truppen auf österreichischem Boden; doch war man derselben von Stunde zu Stunde gewärtig. Das Manifest des Kaisers Nicolaus war noch nicht in den hiesigen Zeitungen erschienen, obschon dessen Inhalt, als namentlich „gegen die Störer der Ruhe und Ordnung in ganz Europa" gerichtet, schon sehr bekannt war. — Ein gestern Nachmittag erschienenes 36. Armeebulletin gab wenig Befriedigung. Bei einem Ausfall aus Komorn hatten einige Honvedsbataillons gelitten, sonst waren keine Vortheile erlangt worden. Ob es den Ausfallenden gelungen sei, sich früher Proviant zu verschaffen, verschweigt das Bulletin, woraus man die Bestätigung der hierüber auf Privatwegen eingelangten Nachrichten abnehmen will. Das Bulletin lautet:

Der Herr F.M.L. Graf Schlick erstattet aus Pusta-Herkat unterm 26. d. M. nachstehenden Bericht: Der Feind hatte seit halb 3 Uhr Morgens auf die Komorn umgebenden Truppen ein starkes Geschützfeuer aus seinen Verschanzungen eröffnet, und entwickelte bei Tagesanbruch unter dem Schutze dieser Geschütze bedeutende Streitkräfte. Die Division des F.M.L. Simunich nahm hierauf die Weinberge auf dem Sandberge mit dem Bajonnete; die Brigade Liebler zwang den Feind, Stand zu halten, während die Brigade Montenuovo ihn in Flanke und Rücken nahm, und unter Commando des Obersten Kießlinger von Auersperg Kürassier, unterstützt durch eine Raketenbatterie, eine vollkommen gelungene Attaque ausgeführt wurde. Sämmtliche feindliche Batterien stellten sogleich ihr Feuer ein, zogen sich zurück, und 6 Divisionen Husaren wurden mit Verlust geworfen. Das Kürassierregiment Auersperg und Civallart Uhlanen griff bei dieser Gelegenheit 2 Divisionen Husaren und 2 Bataillons Honveds so kräftig an, daß Letztere beinahe gänzlich zusammengehauen wurden. Bei diesem Angriff wurde Oberst Kießlinger und ein Rittmeister von Auersperg Kürassier, dann Rittmeister Eyseck von Civallart Uhlanen (Letzterer tödtlich) verwundet. Der Feind wurde auf allen Punkten geworfen, zog sich jedoch unter dem Schutze der Geschütze Komorns in die Festung zurück. Wien, am 28. April 1849. Der Raketencommandirende General und Gouverneur-Stellvertreter: Freiherr v. Böhm, F.M.L.

Die „Presse" räth nach einer Betrachtung der ungarischen Angelegenheit dem Ministerium, den Namen und das Talent Radetzky's zu Hilfe zu rufen. Allgemein geliebt und als liberal bekannt, sei er der Mann, dessen Popularität schon eine Schlacht gewinnen könne.

Teschen (Oesterr. Schlesien), 26. April. So eben ist ein russisches Hilfscorps hier eingerückt. Es ward wie man der „Allgemeinen Zeitung" schreibt, wie allenthalben in Schlesien, von der Bevölkerung freundlich empfangen, denn alles sehnt sich nach friedlichen Zuständen da unser ganzer Handel nach Ungarn darniederliegt. Aus dem angrenzenden Arvaer und Trentschiner Comitat kommen zahlreiche Flüchtlinge nach Schlesien, und diese wie andere Nachrichten geben uns die Gewißheit von der dort durch die Magyaren eingeführten Gewaltherrschaft. Man schätzt das in Schlesien eingerückte russische Hilfscorps auf 25,000 Mann. Die Bewohner Schlesiens wie auch die von Mähren sind der Regierung treu ergeben, und die Ordnung wurde, ungeachtet fast alles Militär nach Ungarn marschirt ist, keinen Augenblick gestört. Den militärischen Dienst versieht überall die Nationalgarde.

Lemberg, 25. April. So eben ist die officielle Nachricht eingelangt, daß die Russen am 19., 20. und 21. April in sechs Colonnen, unter den Befehlen der Generale Lüders und Engelhardt, in Siebenbürgen von drei Seiten — Hermannstadt, Kronstadt und Maros-Vasarhely — sowie in die Bukawina über Sutzawa eingerückt sind. Die letztere Abtheilung hat auf der Straße von Kimpolung und Dorna den Süden dieser Provinz durchschnitten. Sie scheint die Bestimmung zu haben, über Bistritz dem Feinde in den Rücken zu kommen, zugleich aber die Bukowina vor dem Rückschlage der Insurgenten zu decken, wenn diese im Süden von Siebenbürgen gedrängt werden. In Folge dieses Einmarsches hat F.M.L. Malkowski die festen Stellungen bei Wikow und Dorna, in welchen er die Bukowina gegen einen Einbruch Bems zu decken suchte, aufgegeben, und sich über Kolomea nach Radworna und Delatin mit seinem ganzen Truppencorps begeben, um die von Szigeth und Körösmezö aus der ungarischen Marmarosch führende Straße und die Defileen des Pruththales zu besetzen und von dieser Seite den Stanislawower Kreis sicherzustellen. Man sagt mit Bestimmtheit, daß die in der Organisirung befindlichen sechsten Bataillone ein Centrallager bei Lemberg beziehen werden. Diese 13 Bataillone dürften mit der gegenwärtig in dieser Hauptstadt befindlichen Garnison ein Corps von 20,000 Mann Fußtruppen bilden, welche schnell jedem bedrohten Punkte ergiebige Hilfe senden können. Die Veränderung des Oberbefehls über die kaiserlichen Armeen in Ungarn hat hier den Beifall aller Denkenden.

Pest, 24. April. Mit der Verproviantirung unserer Schwesterstadt scheint es denn doch nicht Ernst werden zu wollen, indem immer mehr Truppen aus der Festung abmarschiren, so daß, während ich dies schreibe, kaum zwei Compagnien mehr drüben sind. Die Feuerschlunde blicken zwar noch drohend gegen uns herab, aber Leute, die in der Nähe waren, versichern, daß auch die Nägel bereit lägen, um ihnen den Rachen zu verschließen. — Gestern Nachts hatten wir das schrecklich schöne Schauspiel, den Brand unserer Schiffbrücke! Die Erbitterung darüber beschränkte sich nicht auf Ultramagyaren; ich hörte auch von echt österreichisch Gesinnten die Klage führen, daß man es der Wuth der Croaten überlassen, die Brücke mit Pechkränzen zu bewerfen, während der strategische Zweck ja auch durch einfaches Abtragen derselben zu erreichen war. Da nun auch die über die Kettenbrücke gelegten Pfähle und Pfosten weggenommen sind, so findet die Communication mit Ofen nur noch mittelst kleiner Kähne statt. Sie können denken, daß den nach unterbrochener Communication in unserer Stadt zurückgebliebenen Croaten kein angenehmes Loos bevorstehet; bisher begnügte man sich jedoch damit, ihnen die Waffen abzunehmen und sie zu prügeln. — Der hiesige Magistrat findet es noch immer gefährlich, die auf dem Rakosz harrenden Magyaren innerhalb seines Weichbildes zu beherbergen, und hat heute wiederholt ersucht, die Truppen möchten sich ferne von der Stadt halten, um sie ja keinem Bombardement auszusetzen. Indeß feierten zwei Schwadronen Husaren, denen das Warten vor den Thoren wohl etwas langweilig werden mochte, heute ihren Einzug. Daß der Empfang von Seite ihrer Lieben ein herzlicher war, versteht sich von selbst; man küßte einander, weinte und ließ Kossuth hoch leben. Die Stadt trug an allen Giebeln dreifarbige Fahnen. — Für den Fanatismus, den die letzten Kämpfe der Ungarn auf Stadt und Land hervorgebracht, finde ich keinen entsprechenden Ausdruck; genug ist, daß es ihnen eher an Waffen, denn an Rekruten gebricht. So haben in der letzten Zeit die beiden Städte Szegedin und Kecskemet, erstere 2500, letztere 3000 berittene Männer in die Schlachtreihen geschickt. Es ist ein Wahnsinn in die ganze ungarische Jugend gefahren, und von ihm bethört, opfern sie Blut und Leben für eine — Illusion. Und was am traurigsten dabei, daß diese Täuschung mit jedem Siege der Ungarn auch Tausende von Nichtmagyaren mit in ihr Netz zieht, daß sie dort enthusiastische Proselyten macht, wo ihr die natürlichsten Gegner entstehen sollten. Wie soll das enden? Wir stehen jetzt in Ungarn da, wo wir vor einem Jahre in Italien gestanden; hoffen wir, daß die letzte Entscheidung auch hier eine glückliche sein werde. Oesterreich, an Ehren reich, wird auch den Ungarn gegenüber seine Ehre einzulösen wissen. (L.)

Preßburg, 26. April. Man spricht hier allgemein, daß bei Wartberg ein sehr großes Lager errichtet wird. Thatsache ist, daß die Beschießung der Komorner Festung nun mit erneuerter stärkerer Macht fortgesetzt wird. Eine natürliche Schanze, der Bergrücken bei Acs, hinter welchem sich eine abgerissene Truppenzahl von der Komorner Besagung befand, ist von den k. k. Truppen genommen, und wird von diesen fernerhin vortheilhaft benutzt. Ein Hause Csikos benützte eine stille Abendstunde zu einem Ausfalle, um in den Dörfern wieder Jagd zu machen. Die Einwohner der Insel Schütt, eingedenk der früheren Besuche, ergriffen eiligst die Flucht; natürlich waren es wieder die Szerdahelyer, weil sie die durchmarschirenden k. k. Truppen durch Proviant und Bewirthung am besten unterstützten. — Bei Raab und in der dortigen Umgebung soll es zu einem Zusammenstoß kommen. Reisende von dort, so wie auch von der mährischen Grenze erzählen, daß man oft viele Stunden lang zwischen anmarschirenden k. k. Truppen fährt, und während der Rasttunden sind ganze Strecken in unübersehbarer Ausdehnung bedeckt. Fertige Schuhbekleidung und sonstige Riemerwaare und Sattelzeuge für Cavallerie u. dgl. kommen aus Troppau von der dortigen Montirungscommission häufig an. (Lloyd.)

Preßburg, 27. April. Reisende erzählen von einem heißen Treffen, das um Acs stattgefunden haben soll. Die Ungarn sollen in der Nacht über die Donau gegangen sein, und die um und in Acs lagernden Unsrigen überfallen haben. Was an der Sache wahr ist, weiß ich nicht, daß jedoch die Ungarn aus rechte Ufer herübergekommen, ist gewiß nicht wahr. Denn haben sie auch gute Führer, so sind unsere Truppen, und namentlich in der Gegend eines Hauptquartiers, nicht so verpönt, daß sie einem Feinde Zeit lassen, Brücken zu schlagen und sie säbelings zu überfallen. Daß aber ein Gefecht gegenüber von Acs in der Umgegend von Komorn stattgehabt, ist wohl wahrscheinlich. Offiziere bestätigen dies, und erzählen, daß die Ungarn in diesem Treffen gelitten haben. Dagegen sind Leute aus Gran angekommen, die angeben, es sei diese Stadt von den Unsrigen bereits verlassen, und es haben sich schon Ungarn in ihr sehen lassen. Eben so will man wissen, daß die Ungarn in Neutra eingezogen und daselbst mit Jubel empfangen worden sind, und daß sie sich gegen Leopoldstadt bewegen. Das Hauptquartier des Feldzeugmeisters soll nach Oedenburg verlegt werden.

Bukarest, 17. April. Eine Neuigkeit, die ich Ihnen heute mittheilen kann, ist die aus glaubwürdiger Quelle geschöpfte Nachricht, daß General Lüders abberufen ist, und selbst das, seinem Befehle hier untergebene Armeecorps, soll durch ein anderes aus Volhynien ersetzt werden. Das russische Cabinet soll, wie es ferner heißt, sich in seinem Point d'honneur durch die in Siebenbürgen erlittenen Verluste und gekränkte Waffenehre sehr verletzt gefunden haben, und dies die Ursache der Abberufung Lüders sein, in dessen Instructionen, bezüglich auf die nach Siebenbürgen abzusendende militärische Aushilfe, ausdrücklich gestanden hat: „Es müsse jedes zweifelhafte Schach vermieden werden." Ueber das gegenseitige russisch-türkische Verhältniß werden uns fortwährend die augenfälligsten Beweise der schönsten Eintracht gegeben. Vor wenigen Tagen erhielten Fuad Efendi und Omer Pascha den russischen St. Annen-Orden erster Klasse, und Kerim Pascha den Stanislausorden erster

Klasse, der Erstgenannte die Insignien in Brillanten, ferner dessen Secretäre Rustem Bej, Suraja Bej und Kamzi Efendi den St. Anna-Orden dritter Klasse. Die Unteroffiziere beider Armeen geben sich gegenseitig abwechselnd, in Gegenwart ihrer beiderseitigen höchsten Chefs, splendide Diners; wer möchte da noch zweifeln und diesen Zusammenstoß fürchten! Und dennoch gibt es Viele, die bei der Frage, wie lange soll denn noch die militärische Occupation der Fürstenthümer dauern? finstere Ungewitter heranziehen sehen. Qui vivra verra! (C. B. a. B.)

Ueber den Stand der Dinge in der Wojwodschaft ist man schon seit mehreren Tagen ohne nähere Nachrichten; Briefe und Reisende, die von dort kommen, wissen über die Kriegsoperationen nichts Anderes anzugeben, als daß Perczels Cavallerie in einem Dorfe der Backa (in welchem wird nicht gesagt) von Todorovic, Stratimirovic und Knicanin eingeschlossen sei, und man täglich die Vernichtung der magyarischen Reiterei durch die überwiegenden Infanteriemassen der Serben erwartet. Von Knicanin erfährt man, daß er keineswegs an der Spitze eines fürstlich-serbischen Hilfscorps operire, wie dies unlängst von serbischen Blättern behauptet wurde, sondern daß vielmehr die von ihm geführten Truppen bloß Landstürmler sind, die in der Wojwodowina aufgeboten wurden. Die Regierung des Fürstenthums Serbien soll — und dies wird auch dem Napredak aus Belgrad geschrieben — in Folge österreichischer Instructionen die Verstärkung des Nationalheeres der Wojwodschaft durch Zuzüge serbianischer Freischaaren verboten haben, und es ist, wie mehrfach versichert wird, auch den Vorstellungen der Patriarchen und Knicanins Bemühungen nicht gelungen, die fürstliche Regierung zur neuerlichen Unterstützung der Serben in Ungarn zu bewegen; dagegen soll General Lüders russische Hilfe der in Bukarest gewesenen serbischen Deputation zugesichert haben, was bei dem größeren Theile der Serben nicht jene freudige Sensation erregt, welche eine Hilfeleistung des benachbarten nationalverwandten Fürstenthums hervorgerufen hätte. Die Dinge in der Backa sollen übrigens, wie von dort gekommene Personen versichern, nicht so schlecht stehen und man könnte zuversichtlich darauf rechnen, daß Perczel's Schaaren in Bälde aus dem Gebiete der Wojwodschaft verdrängt werden würden.

Nach sehr achtbarer Quelle haben die Walachen mit dem Morden und Niederbrennen der magyarischen Edelhöfe begonnen, was dann die Magyaren in einem so gräulichen Uebermaße wiedervergelten, so, daß man in Siebenbürgen nur zwischen Brandstätten und halbverbrannten und ermordeten Leichen fährt, die seit Wochen unbegraben im Freien liegen, Kinder, Weiber, Greise ohne Unterschied. Vom Anbau der Felder keine Spur. Im entscheidenden Momente haben die Walachen die Waffen weggeworfen, und sich nach Thunlichkeit in die Walachei geflüchtet. In der Wojwodowina erwartet man die Ankunft von 12,000 Russen.

Den letzten Nachrichten aus **Siebenbürgen** zufolge, soll sich der Romänenhäuptling Madjeru sammt seinem Corps mit Bem vereinigt haben. Andere Berichte lassen kaum mehr die Thatsache bezweifeln, daß 40,000 Mann russische Truppen in Siebenbürgen eingerückt sind. Auch in der Bukowina sind Russen eingerückt oder dahin auf dem Marsche. — Der Schriftsteller Johann Kurz, ein eifriger Verfechter der Union Siebenbürgens mit Ungarn, ist als Secretär bei Bem angestellt.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 2. Mai. Zwei Actenstücke liegen vor uns, beide veranlaßt durch die Auflösung der 2. Kammer in Hannover. Das eine ist ein Zuruf, von hier aus erlassen unter dem 1. Mai von den hannoverschen Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung: Freudentheil, Plaß, Groß, Wedekind, H. Zachariä, Nicol, Breusing, Röben, v. Quintus, Behncke, Oberg, Lodemann, v. d. Horst II., Gravenhorst, Broas, v. Reden und Meyer und gerichtet an ihre „Mitbürger", um dieselben von den am 30. April von der deutschen Reichsversammlung gefaßten Beschlüssen in Kenntniß zu setzen und sie, insbesondere aber die Vertreter der Corporationen und zwar vorzugsweise der Städte des Landes aufzufordern, festzuhalten an der Verfassung des Reichs, damit nicht „im deutschen Volk ein Sturm hervorgerufen werde, der, die Reichsverfassung mit allen einzelnen Verfassungen zertrümmernd, entweder unmittelbar oder durch die Zwischenherrschaft eines fanatischen Republikanismus zur Despotie eines militärischen Herrschers führen würde. Alle sollen in großen und kleinen Kreisen und mit allen Kräften, jeder in seiner Familie, in den Herzen seiner Freunde ꝛc. ꝛc. die Liebe zu der Verfassung des Reichs kräftigen und beleben, vor allem aber zum Schutz derselben die gesetzlich zustehenden Rechte gebrauchen. „Gebrauchet," lautet der Schluß der Proclamation, „gebrauchet diese Recht schnell und wartet nicht auf eine ungewisse Zukunft, nicht darauf, daß eine dereinstige Wahlbewegung Euch Gelegenheit verschaffen wird, die treuen Männer, welche in zweiter Kammer durch Festhalten an der deutschen Sache Eurem Vertrauen entsprachen, durch eine Wiederwahl zu ehren; gebrauchet ohne Aufschub die Euch zustehende Freiheit der Rede, der Schrift und der Presse, gebrauchet das Euch zustehende Vereinigungs- und Versammlungsrecht, um in gemeinsamer Rede und Schrift das Euch gebührende Recht auf Bitt- und Beschwerdestellung zu Gunsten der Reichsverfassung auszuüben. Vergeßt nicht, daß dem nachhaltig, umfassend und entschieden, in gesetzlicher Weise ausgesprochenen Volkswillen eine constitutionelle Regierung auf die Dauer zu widerstehen nicht vermag. Vertrauet auf die Vorsehung, welche, als die Noth am höchsten war, die Bewegung des verwichenen Frühjahrs uns sandte, gewiß nicht, um durch deren Vereitelung dem deutschen Volke die Unerträglichkeit seiner, nicht in ihm, sondern in einen Regierungen beruhenden Zerrissenheit noch fühlbarer zu machen. Glaubet fest an die Einheit des deutschen Vaterlandes, die Weihe dieses Glaubens wird Eurem Wirken Erfolg verleihen! — Genehmigt, liebe Mitbürger, diesen Zuruf, zu dem die bedrängliche Lage des Vaterlandes und die Angriffe, welche in der königlichen Proclamation vom 25. April gegen die Thätigkeit der Nationalversammlung gerichtet sind, uns, die unterzeichneten aus dem Königreiche Hannover abgeordneten Mitglieder zur Versammlung, veranlaßt haben. Gott schütze Deutschland und gebe ihm Einheit!" — Das zweite Actenstück ist eine ganz in demselben Sinn abgefaßte und bereits unter dem 30. April von dem hannoverschen Reichstagsabgeordnete v. Reden an seine Landsleute gerichtete Ansprache.

** **Frankfurt**, 3. Mai. Die heute ausgegebene Nummer 53 des Amtsblatts der freien Stadt Frankfurt enthält das Gesetz, die Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelich gebornen in staatsbürgerrechtlicher und gemeindebürgerrechtlicher Hinsicht betreffend; ferner das Gesetz, die Verwarnung vor dem Meineide betreffend.

Köln, 1. Mai, Nachmittags. Ein so eben erschienenes Extrablatt zur „Kölnischen Zeitung" veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Der von dem hiesigen Gemeinderathe in seiner gestrigen außerordentlich gehaltenen Sitzung, aus angeblicher Veranlassung der bedenklichen politischen Lage des deutschen Vaterlandes, gefaßte Beschluß, eine allgemeine Berathung aller Gemeinden der Rheinprovinz zu veranlassen und die in den heutigen öffentlichen Blättern bereits unter Ihrem und der Beigeordneten und Gemeindeverordneten Namen bekannt gemachte Einladung an die Gemeinderäthe der Rheinprovinz die auf den 5. d. im großen Rathhaussaale dahier anberaumte Versammlung durch Abgeordnete aus ihrer Mitte zu beschicken, muß uns, wenngleich es nicht für gut befunden worden ist, uns von jenem Beschlusse des Gemeinderathes in Kenntniß zu setzen, bestimmen, darauf aufmerksam zu machen, daß nach der bestehenden Verfassung die Vertretung der Rheinprovinz in ihren verschiedenen Interessen weder dem hiesigen Gemeinderathe allein, noch auch demselben in Gemeinschaft mit Abgeordneten der übrigen Gemeinderäthe der Provinz zusteht, daß sich die Befugnisse der Gemeinderäthe nach § 61 der Gemeindeordnung für die Rheinprovinz vom 23. Juli 1845 vielmehr auf die Fassung verbindender Beschlüsse in ihren eigenen Gemeindeangelegenheiten beschränkt. Auch das durch die Verfassungsurkunde vom 5. December v. J. gewährleistete Recht, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß friedlich in geschlossenen Räumen zu versammeln, verleiht den bestehenden Behörden kein Recht, über die gesetzlichen Schranken ihrer Befugnisse hinaus, die Berathung und Beschlußnahme über Angelegenheiten außerhalb ihres Geschäftskreises an sich zu ziehen. Wenn sodann auch nach § 30 der Verfassungsurkunde Petitionen unter einem Gesammtnamen Behörden und Corporationen gestattet sind, so kann doch zu diesen Behörden, die von dem hiesigen Gemeinderathe eigenmächtiger Weise berufene Versammlung von Abgeordneten aller Gemeinderäthe der Rheinprovinz unmöglich gerechnet werden. Wir untersagen deßhalb hierdurch die Ausführung des von dem Gemeinderathe unbefugter Weise gefaßten Beschlusses, eine allgemeine Berathung aller Gemeinden der Rheinprovinz zu veranlassen. Die bereits erfolgten Einladungen zu der auf den 5. d. Mts. anberaumten Versammlung sind sofort zurückzunehmen. Köln, 1. Mai 1849. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern, gez. Birck. An den commissarischen Oberbürgermeister, Herr Appellationsgerichtsrath Gräff hier.

„Abschrift vorstehenden heute an das hiesige Oberbürgermeisteramt gerichteten Erlasses bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß. Köln, 1. Mai 1849. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern, gez. Birck."

δ **Düsseldorf**, 1. Mai. Unsere Stadt hätte gestern leicht der Schauplatz blutiger und beklagenswerther Scenen werden können, der gesunde Sinn und die Achtung vor dem Gesetze, der die Einwohner durchgängig beseelt, hat uns aber davor bewahrt. Es erschienen nämlich gestern Nachmittag etwa 600 Bürger aus Elberfeld vor unserer Stadt, um der hiesigen Regierung eine Erklärung einer am vorherigen Tage dort stattgehabten Bürgerversammlung (vgl. Art. Elberfeld in der gestrigen Beilage) mit dem Ersuchen zu überreichen, dieselbe sofort zur Kenntniß der Krone zu bringen. Auf dem Bahnhofe angekommen, wurden sie von der hiesigen Einwohnerschaft, die in Masse sich dort versammelt hatte, mit lautem Hurrah begrüßt. An den zur Stadt führenden Thoren fand man inzwischen Militär aufgestellt, welches den Ankommenden den Eintritt in die Stadt verwehren wollte und von der Schußwache Gebrauch zu machen sich anschickte. Eine ungemeine Entrüstung über dieses ungesetzliche Verfahren einer friedlichen und wehrlosen Bevölkerung gegenüber bemächtigte sich Aller und es sah einen Augenblick so aus, als würde es hier zum Blutvergießen kommen. Dem Zureden der Besonneneren gelang es indessen, die Menge zu beruhigen, und nachdem man durch Unterhandlung mit dem commandirenden Offizier Einlaß erhalten hatte, stellte man sich auf einem nahegelegenen öffentlichen Platze in Reih' und Glied auf und es wurde nun mit dem General Ehlebas sich dahin geeinigt, daß einer Deputation von 20 Elberfelder Bürgern der Eintritt in das Regierungsgebäude gestattet werden sollte. Auch dieses war mit Infanterie und Cavallerie umstellt. Die Deputation, an deren Spitze der Advocat Dr. Höchster aus Elberfeld stand, überreichte sodann dem Regierungspräsidenten die fragliche Erklärung, welche dahin geht: „Daß die von dem Ministerium angerathene Maßregel der Kammerauflösung nur geeignet sei, den Bürgerkrieg mit allen seinen schrecklichen Folgen im Lande hervorzurufen, den Thron in seinen Grundpfeilern zu erschüttern und die Wohlfahrt und das Glück des Volkes auf lange Jahre zu vernichten — daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes von dem unabweislichen Verlangen nach der Einheit und Freiheit des gemeinsamen Vaterlandes so tief durchdrungen sei, daß sie mit ihrer ganzen Kraft und mit ihrer ganzen Entschiedenheit an den Beschlüssen der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. festzuhalten entschlossen sei. Man habe sich zu dieser Erklärung mit tiefem Bedauern über die Verblendung des Ministeriums und mit gerechter Entrüstung über die Verkennung der Stimmung des Landes genöthigt gesehen, indem jenes Ministerium in der Motivirung seines Antrages die Hoffnung ausgesprochen hat, daß die angerathene Maßregel von der Mehrzahl der Gutgesinnten im Lande mit Beifall aufgenommen werde." Nachdem die Deputation sich ihres Auftrages entledigt hatte, begab sie sich in das Local, in welches die Theilnehmer am Zuge von den hiesigen Bürgern geleitet worden waren. Verschiedene Redner sprachen hier zu der Versammlung im Sinne jener Erklärung und es gab sich ein erfreuliches Einverständniß der Ansichten zweier in gar vielen andern Interessen und Principien so sehr getrennten Städte in dem Falle kund, wo es sich um die Erhaltung des Gesammtvaterlandes handelt. Mit dem letzten Bahnzuge verließen unsere Gäste die Stadt, nachdem vorher noch die ganze Bevölkerung ihnen bis zum Bahnhofe das Ehrengeleit gegeben hatte.

λ **Koblenz**, 30. April. Eine trübe Stimmung lagert in Folge der jüngsten politischen Ereignisse in Preußen über unserer Stadt, und mit Spannung sieht Jeder der nächsten Zukunft entgegen; denn so viel glaubt man mit Gewißheit voraussagen zu können, daß sich in Kurzem höchst wichtige Ereignisse begeben. — Die in den nächsten Tagen bevorstehende Mobilmachung des 8. Armeecorps gilt hier für eine ausgemachte Sache, und es waren eine Anzahl Offiziere des topographischen Bureaus von Berlin hierhergekommen, welche gestern auf der Mosel nach dem Hunsrücken abgereist sind, um daselbst, wie versichert wird, einen Lagerplatz für die Truppen des 8. Armeecorps abzustecken. Auch hat das seither in Mainz gestandene 2. Bataillon des 29. Regiments, welches auf dem Marsche nach Jülich bereits in Oberwesel und Umgegend angelangt war, woselbst es einige Tage wegen Wiedereinsetzung eines im März vorigen Jahres weggejagten Bürgermeisters bleiben wird, wieder Gegenbefehl erhalten und soll nach der Aussage hiesiger Militärs nach Frankfurt marschiren. — Unsere Stadt wird eine Garnison von 12,000 Mann und zwar Truppen des 1. und 2. Armeecorps erhalten, und sieht man auch schon seit mehreren Tagen Soldaten und Offiziere vom 1., 4. und 9. Linienregimente, sowie vom 1. schwarzen Husarenregimente hier. — Die Zeughäuser in hiesiger Stadt werden geräumt und die darin aufbewahrten Gewehre ꝛc. auf den Ehrenbreitstein gebracht. — Am gestrigen Nachmittage war im Nassauischen in der Nähe von Ems eine große Volksversammlung im Lahnthale. An 4 bis 5000 Menschen aus der ganzen Umgegend, worunter mehrere hundert von hier und Ehrenbreitstein, hatten sich eingefunden. Dr. Gottschalk von Köln, Student Pappenheim von Bonn waren unter den Rednern, welche in demokratischem Sinne zum Volke sprachen. — Gott behüte unser Vaterland vor Bürgerkrieg!

X **Koblenz**, 2. Mai. Auf die in der gestrigen „Kölnischen Zeitung" enthaltene Einladung des dortigen Gemeinderathes an sämmtliche Gemeinderäthe der Rheinprovinz zu einer gemeinschaftlichen Berathung über die in Folge der jüngsten politischen Ereignisse in Preußen dem deutschen Vaterlande drohende Gefahr, trat der hiesige Stadtrath am gestrigen Abend in einer außerordentlichen Sitzung zusammen und faßte den Beschluß, durch die aus den Stadträthen Kaufmann Leroy, Advokat-Anwalt Aldenhoven und Adv. Anw. Justizrath Werner, früherer Abgeordneter in Frankfurt a. M., bestehende Deputation diese Versammlung zu beschicken. Ungeachtet des inzwischen von der königlichen Regierung zu Köln erlassenen Verbotes gegen diese von dem dortigen Gemeinderathe ausgeschriebenen Versammlung werden die hiesigen Deputirten dennoch schon morgen Nachmittag nach Köln abreisen, indem das allen Preußen verfassungsmäßig garantirte Recht, sich friedlich ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, nicht so ohne weiteres elidirt werden kann. Wie wir vernehmen werden gleichzeitig mit der hiesigen Deputation noch mehrere Deputirte der Gemeinderäthe aus der Nachbarschaft nach Köln abreisen.

München, 30. April. Unsere Straßenecken sind wieder einmal der Barometer geworden für die Aufregung, welche durch die ministerielle Erklärung in die hiesige Bevölkerung gekommen ist, nachdem über ihr in den letzten Wochen eine unwandelbare politische Windstille gelegen. Ein Plakat verdrängt das andere; Aufrufe, Erklärungen, Ansprachen, Zustimmungen häufen sich, wie in den Frühlingstagen des verflossenen Jahres, von Tag zu Tag, und namentlich ist es die sogenannte großdeutsche (eigentlich particularistisch-altbayerische) Partei, welche durch die Grellheit der Farben, womit sie schildert, ihre Gegner im Kampf zu überbieten sucht. Ihr drittes Wort sind die bedrohte Selbstständigkeit Bayerns, die althistorische bayerische Treue, die preußische Oberherrlichkeit, die Gewerbefreiheit, die Vernichtung des Nationalreichthums ꝛc. Nichtsdestoweniger wiederhole ich meine Ansicht dahin, daß der Kampf kaum hier entschieden werden dürfte, und daß das was bereits in den Provinzen als Volksansicht sich geltend gemacht hat, so überwiegend sich gestaltet, daß es Altbayern sammt dem Ministerium sicher nach sich ziehen wird.

Die Adressen aus Städten und Landgemeinden für unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung und schleunige Einberufung des Landtags mehren sich; am zahlreichsten scheinen sie aus Franken, Schwaben und der Pfalz zu kommen, aus welchen Kreisen auch von vielen Volksversammlungen berichtet wird, die solche Adressen beschließen. Am wenigsten Theilnahme scheint diese Agitation in München selbst zu finden. Die drohendste Adresse — mit mehr als tausend Unterschriften bedeckt — hat der Volksverein von Dürkheim an das Ministerium gerichtet, worin es heißt: „Die Pfalz erkennt die von der Nationalversammlung publicirte Verfassung als zu Recht bestehend an, und verlangt deren sofortige Anerkennung und Durchsetzung von Seiten der bayerischen Regierung — sie verlangt dies, und muß es als Glied des großen Deutschlands mit Recht verlangen, sie will vor allem deutsch sein, sei es nun mit oder ohne Bayern." Andererseits versichert die „Neue Münchener Zeitung", die ihren Krieg gegen Reichsverfassung und Nationalversammlung fortsetzt, schon in drei Fällen haben drei Senate des Oberappellationsgerichts gegen die Giltigkeit der Grundrechte entschieden. Das gelesenste Blatt des Landes, das täglich der Nationalver-

sammlung die Nothwendigkeit der Vereinbarung vorhält und gegen ihre unbedingte Machtvollkommenheit eifert, ist der „Nürnberger Correspondent", der in dieser Beziehung ungefähr dieselbe Bahn verfolgt, wie in Rheinpreußen die „Kölner Zeitung", in Sachsen die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die fortwährend mahnen, nicht durch Conventsanwandlungen der Reaction den sicheren Sieg in die Hand zu geben. (A. Z.)

Die „Neue Münch. Ztg." enthält folgende amtliche Mittheilung: Dem königlichen Staatsminister der Finanzen ist das folgende allerhöchste Handschreiben Sr. Maj. des Königs Ludwig zugegangen: „Herr Staatsminister der Finanzen! Von dem Gesammtministerium habe ich gestern ein Schreiben, das Darlehen an Griechenland betreffend, bekommen, worauf ich — an Sie gerichtet, in dessen Bereich dieser Gegenstand vorzüglich gehört — die Erwiederung abgebe, daß ich bereits vorgehabt hätte, diese Darleihensfrage auf eine dem bayerischen Staatshaushalte genügende Weise zu bereinigen, jedoch die weitere Erklärung bis zum Eintreffen einer bald zu erfolgen habenden Rückantwort meines Sohnes, des Königs von Griechenland, dem ich geschrieben, mir vorbehalten müßte. Wünsche, daß von dieser meiner Erwiederung dem Gesammtstaatsministerium Kenntniß ertheilt und überhaupt der geeignete Gebrauch davon gemacht werde. Mit bekannter Gesinnung Ihr Ihnen wohlgewogener Ludwig. München, den 25. April 1849."

Von **Bamberg** sind zwei Adressen vom dortigen Magistrat und dem Collegium der Gemeindebevollmächtigten abgegangen, deren erste die Bitte um unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung sammt dem Reichswahlgesetze und um schleunige Einberufung des Landtags ausspricht; deren zweite sich auf den Ausdruck der letzteren Bitte beschränkt, aber durch die in ihr vorkommende Stelle: „daß der Beirath des Landtages zur Anerkennung der Reichsverfassung nicht nothwendig sei", sich ebenfalls für die constituirende Natur der Nationalversammlung und für die Rechtskräftigkeit ihrer Beschlüsse erklärt.

Nürnberg, 30. April. Wie wir vernehmen, wurde gestern in der Versammlung der Landwehrofficiere beschlossen, eine Commission niederzusetzen, welche heute eine Adresse wegen Anerkennung der Reichsverfassung vorlegen soll. Auch Officiere der Stadtwehr wohnten der Versammlung bei. (C. v. u. f. D.)

Dresden, 30. April. Die „Leipziger Ztg." berichtet über die letzte Sitzung beider Kammern vor der Auflösung, wie folgt: Erste Kammer: Nach Erledigung der Registrande berichtet Abg. Heubner über die Differenzpunkte in den Beschlüssen beider Kammern, die deutsche Reichsverfassung betreffend. — Der Ausschuß beantragt, den Beschlüssen der zweiten Kammer allenthalben ohne Ausnahme beizutreten, was gegen 3 Stimmen Annahme findet. Präsident Joseph erhebt sich und bringt der Freiheit Deutschlands ein Lebehoch aus, in das die Abgeordneten begeistert einstimmen. — Regierungscommissär Todt verliest hierauf das königl. Decret, die Auflösung der Kammern betreffend, und wird die Sitzung demgemäß sofort aufgehoben.

Zweite Kammer. Nach Vortrag des Protocolls findet die vom Abg. Köchly vorgelesene Landtagsschrift auf das königliche Decret in der Robert Blum'schen Angelegenheit Genehmigung und wird auf Antrag Berthold's das Directorium der Kammer ermächtigt, die Landtagsschrift wegen der deutschen Reichsverfassung zu vollziehen. Regierungscommissär Todt trägt, nachdem der Vortrag aus der Registrande beendigt ist, das königliche Decret, die Auflösung der Kammern betreffend, vor und erklärt auf Grund dessen die Kammer für aufgelöst und ihre Sitzungen für geschlossen. Präsident Hensel bringt dem Willen des Volkes, der Einheit und Freiheit Deutschlands und der deutschen Reichsverfassung ein Lebehoch aus, in welches alle Anwesende stimmen.

Leipzig, 29. April. Heute Vormittags 10 Uhr berief der demokratische Vaterlandsverein eine Volksversammlung in das Hotel de Prusse, die sehr zahlreich besucht war. Es ward beschlossen und zwar mit größter Einstimmigkeit, daß man der Nationalversammlung seinen Dank aussprechen wolle für ihre entschiedene Haltung in der deutschen Verfassungsfrage, zugleich aber auch fest entschlossen sei, für Aufrechthaltung der von der Nationalversammlung gegebenen Verfassung nöthigenfalls Gut und Blut einzusetzen. Ferner trat die Volksversammlung den Beschlüssen beider sächsischer Kammern hinsichtlich deren Haltung gegenüber dem Ministerium bei und billigte das demselben gegebene Mißtrauensvotum. Die Versammlung verlief ohne die geringste Störung. — Nachmittags in der vierten Stunde fand die Enthüllung eines zu Ehren Blum's gesetzten Denkmals auf dem demokratischen Turnplatze unter einfach würdiger Feier statt. Das Denkmal trägt auf einfachem Steinsockel die lebensgroße Büste Robert Blum's. — Die Nachrichten aus Berlin und die blutigen Ereignisse, die in Folge der Kammerauflösung daselbst sich zugetragen haben, machen hier große Sensation. Berliner Kaufleute reisten schon gestern in Menge ab. Man fürchtet, daß dieser Schritt gerade in den jetzigen verhängnißvollen Tagen schwere Folgen haben und sehr wahrscheinlich auch auf Sachsen rückwirken wird. (K. Z.)

*** **Leipzig**, 1. Mai. In Folge unserer Kammerauflösung, welche hier fast allgemein theils gleichgiltig, theils mit sichtbarer Befriedigung aufgenommen wird, veranstaltete der glücklich nach Leipzig zurückgekehrte Windwart und sein demokratischer Anhang gestern Abend im Hotel de Prusse eine Volksversammlung, welche meist von Mepfremden und dem Jäkel'schen Vaterlandsverein, ferner von den Landtagsabgeordneten der äußersten Linken, Tzschirner, Helbig und Finke, besucht war. Kaum trauten wir unsern Ohren, als der letztgenannte als Frucht seiner Landtagsthätigkeit einen Antrag auf ein — dem Könige (!) zu gebendes Mißtrauensvotum entwickelte. Nachdem der Abgeordnete theils durch das Gelächter des Publikums, theils durch „Bürger" Albrecht über das Unzulässige eines solchen Schrittes belehrt worden war, beschloß man (natürlich einstimmig — in derartigen Volksversammlungen findet es Niemand der Mühe werth, zu opponiren): 1) in einer Adresse an den König ein Mißtrauensvotum für die Minister mit der Bitte um schleunigste Entlassung derselben auszusprechen, 2) sofort durch eine (nach Albrecht's Vorschlägen zusammengesetzte) Deputation Stadtrath und Stadtverordnete zum Anschluß an die Adresse aufzufordern. Obschon Albrecht die Versammlung bis zur Rückkehr der Deputation „in Permanenz" erklärte, so entfernten sich doch zwei Drittheile der Anwesenden. Die Antwort des Stadtraths vertröstete auf heute, wo sich derselbe mit den Stadtverordneten berathen will. Unter tobenden Hoch's auf die Republik verlief sich der Rest der Versammlung, fand sich jedoch gegen 10 Uhr wieder zusammen, um den genannten Abgeordneten unter Begleitung der schlechtesten Meßmusik ein Ständchen zu bringen. Tzschirner und Helbig dankten, ja der Letztere fand in der Huldigung dieser Versammlung, welche meist aus Lehrjungen, demokratischen Turnern und Bummlern bestand, den unzweideutigsten Beweis, daß das „Volk" auf die Appellation der Minister an das Volk (in Betreff der Kammerauflösung) mit Nein geantwortet habe! Zu Excessen, wie sie für den Abend befürchtet wurden, ist es nicht gekommen.

Hannover, 30. April. Das geschäftsführende Comite der verbundenen Volksvereine Hannovers erläßt einen Aufruf an das ganze hannoversche Land, besonders an die Vereine, dem Könige und den Ministern zu erklären, daß sie die Reichsverfassung als zu Recht bestehend anerkennen, deren sofortige Publication fordern, die sofortige Ausschreibung neuer Wahlen und schleunige Berufung der Kammern verlangen und die Entlassung des unvolksthümlichen Ministeriums bestimmt erwarte. Zugleich soll es die Pflicht der Dankbarkeit gegen seine Vertreter üben, deren Verhalten ausdrücklich billigend anerkennen und sein Bedauern und seinen Unwillen über die Proclamation vom 25. d. M. aussprechen. Sollten diese vergeblich sein, so wird das Comite alle Vereine und Körperschaften einberufen, um weitere Maßregeln zu berathen.

Die **Göttinger Bürgerwehr** hat ihr Gelübde auf die Reichsverfassung bereits ausgesprochen, sie wird dasselbe nebst der Forderung auf unverweilte Berufung der Stände durch eine Deputation an den König bringen. Die Bürgerwehr der Stadt Münden wird durch den Volksverein aufgefordert. Das Land Wursten hat durch seine verfassungsmäßige Vertretung, die Landesvorsteherschaft, bei dem Ministerium auf Anerkennung der Reichsverfassung angetragen. (Mztg.)

Osnabrück, 27. April. Die Nachricht von der Auflösung der hannoverschen zweiten Kammer hat hier die größte Erbitterung erregt, und zwar am meisten unter denen, welche bisher treue Anhänger und warme Verehrer Stüve's waren, die ihm im Verfassungskampfe treu zur Seite gestanden, und denen er damals verschiedentlich erklärt hat, daß der Magistrat ohne die Bürgerschaft durchaus gar nichts sei. Stüve scheint diese Bemerkung auf seine jetzige Lage nicht anzuwenden. Der hiesige vaterländische Verein, der aus dem Kern der Osnabrücker Bürgerschaft besteht, der fast alle die Wahlmänner in sich vereinigt, welche Stüve für Osnabrück zum Deputirten gewählt haben, und der zum Theil seine Entstehung dem Streben verdankt, ein Gegengewicht gegen die maßlosen Bestrebungen des hiesigen Märzvereins in die Wagschale zu legen, wird so kräftige Schritte thun, daß Herrn Stüve über die Ansicht von Osnabrück, auf welche er immer noch ein großes Gewicht legt, kein Zweifel bleiben kann: er wird sich sehr bald überzeugen, daß seine Anhänger durch Dick und Dünn auf vier Magistratsmitglieder und eben so viele Gymnasiallehrer zusammengeschmolzen sind. Wahrscheinlich wird die hiesige Bürgerwehr in den nächsten Tagen ebenfalls entschiedene Schritte thun; die Einleitungen dazu sind schon getroffen. (D. Rz.)

*** **Vom Neckar**, 30. April. Der „Schwäbische Merkur" enthält unter der Rubrik „Eingesendet" aus gut unterrichteter Quelle einen Artikel, der dazu dienen soll, die mannigfachen Irrthümer, welche hinsichtlich einer beabsichtigten Zurückberufung der königl. württembergischen Feldbrigade aus Baden absichtlich verbreitet worden seien, zu berichtigen. Wie aus diesem hervorgeht, ist nie ein Befehl zur Rückkehr der württembergischen Truppen des Beobachtungscorps bei Freiburg aus Baden gegeben worden und hätte auch ohne höhere Ermächtigung nie gegeben werden können. Es hat weder eine Verlegung des Hauptquartiers des Beobachtungscorps von Freiburg, noch eine Dislocirung von Truppen auf württembergisches Gebiet stattgefunden. Die Aussicht auf eine baldige Rückkehr der württembergischen Truppen sowohl bei diesen selbst, als auch bei den Commandobehörden scheinen, heißt es in dem erwähnten Artikel, nur dadurch entstanden zu sein, daß die Ruhe in dem badischen Dislocationsbezirk der württembergischen Feldbrigade völlig hergestellt, somit eine fernere Verwendung derselben überflüssig geschienen, sowie dadurch, daß die württembergische zweite Kammer die Zurückberufung der württembergischen Truppen wiederholt zur Sprache gebracht und von dem Ministerium verlangt habe. Ueber die vielfach angefochtene Dislocationsänderung wird dann weiter bemerkt, daß solche Aenderungen innerhalb des dem Beobachtungscorps angewiesenen Bereiches seit seiner Aufstellung fast jede Woche angeordnet werden mußten, theils mit Rücksicht auf den eigentlichen Zweck des Beobachtungscorps, um anarchische Bestrebungen, wo sie sich zeigten, niederzuhalten, theils mit Rücksicht auf die Disciplin, um die Truppen nicht zu lange an denselben Orten zu belassen, theils endlich mit Rücksicht auf die Schonung des Landes, um die Quartierlast mehr zu vertheilen. Solche Anordnungen seien mit Genehmigung des Obercommandos entweder von dem Armeecorpscommando oder von dem Divisionscommando ausgegangen, und es sei diesen Stellen die Befugniß hiezu von der Centralgewalt und ihrem Organ, dem Reichskriegsministerium, niemals bestritten worden; sie liege vielmehr ganz innerhalb der denselben zustehenden Competenz. Den Territorialkriegsministerien stehe über die Verwendung, Dislocation u. s. w. der Reichstruppen lediglich keine Befugniß zu; dagegen können sie allerdings erwarten, daß ihnen Dislocationsänderungen ihrer Landestruppen von den betreffenden Commandobehörden mitgetheilt werden, wie dies auch in Beziehung auf das württembergische Kriegsministerium und die württembergischen Truppen immer geschehen, nur daß vielleicht hierin zuweilen aus zufälligen Gründen Verspätungen vorgekommen seien, welche sie bei der theilweise großen Entfernung der einzelnen Truppenabtheilungen von dem Sitze der Commandobehörden und des betreffenden Ministeriums leicht erklären lassen. Schließlich wird noch beigefügt, daß die vielfach verbreiteten Behauptungen von Communicationen zwischen dem Commando des achten Armeecorps mit dem Truppencommando in Bregenz, sowie sogar von einem Zurückberufungsbefehl jener Commandostelle an das württembergische Bataillon in Schleswig, reine Erdichtungen sind.

*k **Gießen**, 1. Mai. So schroff sich auch früher hier die politischen Ansichten gegenüber gestanden haben, die Nichtannahme der Reichsverfassung von Seiten der Könige hat alle politische Parteistellung verwischt: alle beseelt nur der Gedanke, sich um die Nationalversammlung und die Reichsverfassung zu schaaren. Der hiesige constitutionelle Verein hat folgende Adresse nach Frankfurt an den Präsidenten der Nationalversammlung abgehen lassen:

„Hohe Nationalversammlung! Aufgefordert durch die Lage des Vaterlandes, erklären wir von Neuem, daß wir zu den Beschlüssen der hohen Nationalversammlung stehen und diese unsere Erklärung mit allen Kräften zu bethätigen bereit sind."

Gestern ist in feierlicher außerordentlicher Versammlung der ganzen Bürgergarde dieselbe auf die Reichsverfassung beeidigt worden.

Frankreich.

** **Paris**, 30. April. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erhoben drei Abgeordnete darüber Beschwerde, daß sie bei einem der in den letzten Tagen stattgehabten Tumulte von der Polizei verhaftet worden seien, obgleich sie sich vollständig legitimirt hatten. Mit einer Bemerkung Odilon-Barrot's, daß die Regierung die Sache untersuchen lassen werde, war die Sache erledigt und die Versammlung kehrte hierauf zur Tagesordnung, auf welcher die Berathung der Angelegenheit Montevideos sich befand, zurück.

Gestern Abend herrschte die vollkommenste Ruhe. Auf den Boulevards war nichts mehr von den Gruppen der früheren Abende zu merken.

Mieroslawski ist aus Palermo hierher zurückgekehrt.

Nachschrift.

** Unmittelbar vor Schluß unseres Blattes geht uns noch ein Brief unsers □-Correspondenten aus München vom 1. Mai zu. In Folge der dort allgemein verbreiteten (aber, wie man hier in Frankfurt weiß, ganz unbegründeten) Sage, daß sich die Rheinpfalz von Bayern losgesagt, und für reichsunmittelbar erklärt habe, und daß auch die preußischen Rheinlande diesem Beispiel gefolgt seien, herrschte in München eine aufgeregte Stimmung, und die Behörde entfaltet eine größere Wachsamkeit als je.

** Aus **Schleswig-Holstein** nichts Neues von Belang.

Unterm 21. April d. J. ist der Commandeur des ersten Infanteriebataillons, Major v. Wasmer, auf deßfälliges Ansuchen aus dem Dienste in der schleswig-holsteinischen Armee mit Pension entlassen worden. (A. M.)

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 2. Mai. Die heutige Börse zeigte etwas mehr Lebhaftigkeit, und theilweise waren für diverse Fondsgattungen höhere Preise als gestern zu bedingen. Von österreichischen Effecten bleiben 5pCt. Metall. 71⅛, pCt., 2½pCt. Metall. 59⅛, pCt., Bienerbankactien 1150 fl., 500 fl. Loose 125½, pCt., 250 fl. Loose 77½, pCt. Kurhessische 40 Rthlr. Loose setzen 27½, Rthlr., Badische 35 fl. Loose 27½, à 28 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22½, fl., do. 50 fl. Loose 71½, fl., Nassauer 25 fl. Loose 20½, fl., Sardinische Loose 21½, fr., Poln. 500 fl. Loose 73½, Rthlr. Von süddeutschen Obligationen 4½pCt. Württemberger Obligationen 94½, pCt., do. 3½pCt. 77½, pCt. Bad. 3½pCt. Obligationen 77½, pCt., do. 5pCt. bad. vom Jahr 1845 96 pCt. G. Nassauer 3½pCt. Obligationen 80 pCt., do. 5pCt. vom Jahr 1849 99½, pCt. Belgische Obligationen gefragter. Holländische 2½pCt. Integralen 49⅞, pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 33⅛, Rthlr., Berbach 72½, pCt., Köln-Minden 76⅝, pCt., Taunus 252 fl. 3pCt. inländ. Span. schließen 24½, pCt. G. Von Wechseln Kurzer 103⅜, zu haben, Mailand 100⅛, Bf., alle übrigen Devisen heute ohne Coursveränderung.

Amsterdam, 30. April. 2½pCt. Integr. 49⅞₀. ⅛, — 3pCt. Schuld 58⅛, — 4pCt. do. 77⅛. — 5pCt. Anl. 101⅛, do. à 510 Pf. St. 10½₀. ⅜₀. — 3pCt. inländ. à 6000 fl. 24¼₀ ⅜₀. ⅛. — Coupons 7⅞₀ 8⅛. — 3pCt. Port. 29⅛. — Russ. 4pCt. bei Hope 82. do. bei Stieglitz 81⅛. — 5pCt. Met. 71⅛. ⅛. — 2½pCt. do. 39⅛.

So wie letzten Samstag blieben auch heute auf niedrigere Frankfurter Notirungen Oesterr. Fonds mehr angeboten, auch die meisten übrigen sowohl ausländ. als inländ. Effecten blieben niedriger. Im Allgemeinen war der Handel beschränkt.

Paris, 30. April. Stand der Rente: 5pCt. 88. 35. — 3pCt. 56. 95. — Neapol. 86. 50. — Rente 3pCt. Span. 33½. — Innere Schuld 24½. G. — Bankactien 2395. — St. Germain-Eisenbahn 427. 50. — Versailles, linkes Ufer 172. 50. — Paris-Orleans 845. — Paris-Rouen 570. — Orleans-Vierzon 360. — Rouen-Havre 290. — Marseille-Avignon 215. — Straßburg-Basel 105 — Nordbahn 453. 75. — Paris-Strasburg 375. — Römisches Anlehen 77⅛₀ ⅛₀. ⅛₀. ⅛₀. ⅛. 78.

Die Rente fiel zu Anfang der Börse, ging aber darauf wieder in die Höhe und schloß besser.

Madrid, 25. April. 3pCt. 24⅛. comptt., n. d. B., 24⅛ P., — 5pCt. 10⅛. G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Verkehrsanstalten.

19. Main-Neckar-Eisenbahn und Main-Weser-Eisenbahn.

Mainz über Aschaffenburg und Hanau nach Frankfurt a. M. und Frankfurt a. M. nach Mainz.

Mainz ab	Aschaffenburg an	Hanau an	Frankfurt a. M. an
4 U. 30 M. Morg.	5 U. 45 M. Morg.	6 U. 15 M. Morg.	6 U. 45 M. Morg.
7 U. 30 M. Morg.	8 U. 45 M. Morg.	9 U. 15 M. Morg.	9 U. 45 M. Morg.
10 U. 30 M. Morg.	11 U. 45 M. Morg.	12 U. 15 M. Nachm.	12 U. 45 M. Nachm.
1 U. 30 M. Nachm.	2 U. 45 M. Nachm.	3 U. 15 M. Nachm.	3 U. 45 M. Nachm.
4 U. 30 M. Nachm.	5 U. 45 M. Nachm.	6 U. 15 M. Nachm.	6 U. 45 M. Nachm.
7 U. 30 M. Nachm.	8 U. 45 M. Nachm.	9 U. 15 M. Nachm.	9 U. 45 M. Nachm.
10 U. 30 M. Nachm.	11 U. 45 M. Nachm.	12 U. 15 M. Nachts.	12 U. 45 M. Nachts.

Frankfurt a. M. ab	Hanau ab	Aschaffenburg ab	Mainz an
4 U. 30 M. Morg.	5 U. 15 M. Morg.	5 U. 45 M. Morg.	7 U. 15 M. Morg.
7 U. 30 M. Morg.	8 U. 15 M. Morg.	8 U. 45 M. Morg.	10 U. 15 M. Morg.
10 U. 30 M. Morg.	11 U. 15 M. Morg.	11 U. 45 M. Morg.	1 U. 15 M. Nachm.
1 U. 30 M. Nachm.	2 U. 15 M. Nachm.	2 U. 45 M. Nachm.	4 U. 15 M. Nachm.
4 U. 30 M. Nachm.	5 U. 15 M. Nachm.	5 U. 45 M. Nachm.	7 U. 15 M. Nachm.
7 U. 30 M. Nachm.	8 U. 15 M. Nachm.	8 U. 45 M. Nachm.	10 U. 15 M. Nachm.
10 U. 30 M. Nachm.	11 U. 15 M. Nachm.	11 U. 45 M. Nachm.	1 U. 15 M. Nachts.

Mit Schnell- und Eilzügen, Personenzügen und Postzügen.

Mit Schnell- und Eilzügen, Personenzügen und Postzügen.

Mainz — Darmstadt.

Mainz ab 6 U. 30 M. Morg. — an Darmstadt 7 U. 30 M. Morg.
" " 10 U. 30 M. Morg. — " " 11 U. 30 M. Morg.
" " 4 U. 30 M. Nachm. — " " 5 U. 30 M. Nachm.
" " 8 U. 30 M. Nachm. — " " 9 U. 30 M. Nachm.

Darmstadt ab 4 U. 30 M. Morg. — an Mainz 5 U. 30 M. Morg.
" " 8 U. 30 M. Morg. — " " 9 U. 30 M. Morg.
" " 1 U. 30 M. Nachm. — " " 2 U. 30 M. Nachm.
" " 6 U. 30 M. Nachm. — " " 7 U. 30 M. Nachm.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Mainz — Worms.

Mainz ab 6 U. 30 M. Morg. — an Worms 7 U. 30 M. Morg.
" " 10 U. 30 M. Morg. — " " 11 U. 30 M. Morg.
" " 4 U. 30 M. Nachm. — " " 5 U. 30 M. Nachm.
" " 8 U. 30 M. Nachm. — " " 9 U. 30 M. Nachm.

Worms ab 4 U. 30 M. Morg. — an Mainz 5 U. 30 M. Morg.
" " 8 U. 30 M. Morg. — " " 9 U. 30 M. Morg.
" " 1 U. 30 M. Nachm. — " " 2 U. 30 M. Nachm.
" " 6 U. 30 M. Nachm. — " " 7 U. 30 M. Nachm.

Mit Schnell- und Personenzügen.

20. Main-Weser-Eisenbahn.

Frankfurt a. M. über Friedberg nach Gießen und Gießen nach Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M. ab	Friedberg an	Gießen an
6 U. 30 M. Morg.	7 U. 30 M. Morg.	8 U. 30 M. Morg.
9 U. 30 M. Morg.	10 U. 30 M. Morg.	11 U. 30 M. Morg.
12 U. 30 M. Nachm.	1 U. 30 M. Nachm.	2 U. 30 M. Nachm.
3 U. 30 M. Nachm.	4 U. 30 M. Nachm.	5 U. 30 M. Nachm.
6 U. 30 M. Nachm.	7 U. 30 M. Nachm.	8 U. 30 M. Nachm.
9 U. 30 M. Nachm.	10 U. 30 M. Nachm.	11 U. 30 M. Nachm.

Gießen ab	Friedberg an	Frankfurt a. M. an
4 U. 30 M. Morg.	5 U. 30 M. Morg.	6 U. 30 M. Morg.
7 U. 30 M. Morg.	8 U. 30 M. Morg.	9 U. 30 M. Morg.
10 U. 30 M. Morg.	11 U. 30 M. Morg.	12 U. 30 M. Nachm.
1 U. 30 M. Nachm.	2 U. 30 M. Nachm.	3 U. 30 M. Nachm.
4 U. 30 M. Nachm.	5 U. 30 M. Nachm.	6 U. 30 M. Nachm.
7 U. 30 M. Nachm.	8 U. 30 M. Nachm.	9 U. 30 M. Nachm.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Frankfurt-Bonner Eisenbahn.

Frankfurt a. M. — Bingen — Coblenz — Bonn — Köln.

Von Frankfurt a. M. nach Bingen.

Frankfurt a. M. ab	Bingen an
6 U. 30 M. Morg.	8 U. 30 M. Morg.
9 U. 30 M. Morg.	11 U. 30 M. Morg.
12 U. 30 M. Nachm.	2 U. 30 M. Nachm.
3 U. 30 M. Nachm.	5 U. 30 M. Nachm.
6 U. 30 M. Nachm.	8 U. 30 M. Nachm.
9 U. 30 M. Nachm.	11 U. 30 M. Nachm.

Von Bingen nach Frankfurt a. M.

Bingen ab	Frankfurt a. M. an
4 U. 30 M. Morg.	6 U. 30 M. Morg.
7 U. 30 M. Morg.	9 U. 30 M. Morg.
10 U. 30 M. Morg.	12 U. 30 M. Nachm.
1 U. 30 M. Nachm.	3 U. 30 M. Nachm.
4 U. 30 M. Nachm.	6 U. 30 M. Nachm.
7 U. 30 M. Nachm.	9 U. 30 M. Nachm.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Von Bingen nach Coblenz.

Bingen ab	Coblenz an
4 U. 30 M. Morg.	6 U. 30 M. Morg.
7 U. 30 M. Morg.	9 U. 30 M. Morg.
10 U. 30 M. Morg.	12 U. 30 M. Nachm.
1 U. 30 M. Nachm.	3 U. 30 M. Nachm.
4 U. 30 M. Nachm.	6 U. 30 M. Nachm.
7 U. 30 M. Nachm.	9 U. 30 M. Nachm.

Von Coblenz nach Bingen.

Coblenz ab	Bingen an
6 U. 30 M. Morg.	8 U. 30 M. Morg.
9 U. 30 M. Morg.	11 U. 30 M. Morg.
12 U. 30 M. Nachm.	2 U. 30 M. Nachm.
3 U. 30 M. Nachm.	5 U. 30 M. Nachm.
6 U. 30 M. Nachm.	8 U. 30 M. Nachm.
9 U. 30 M. Nachm.	11 U. 30 M. Nachm.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Von Coblenz nach Bonn.

Coblenz ab	Bonn an
6 U. 30 M. Morg.	8 U. 30 M. Morg.
9 U. 30 M. Morg.	11 U. 30 M. Morg.
12 U. 30 M. Nachm.	2 U. 30 M. Nachm.
3 U. 30 M. Nachm.	5 U. 30 M. Nachm.
6 U. 30 M. Nachm.	8 U. 30 M. Nachm.
9 U. 30 M. Nachm.	11 U. 30 M. Nachm.

Von Bonn nach Coblenz.

Bonn ab	Coblenz an
4 U. 30 M. Morg.	6 U. 30 M. Morg.
7 U. 30 M. Morg.	9 U. 30 M. Morg.
10 U. 30 M. Morg.	12 U. 30 M. Nachm.
1 U. 30 M. Nachm.	3 U. 30 M. Nachm.
4 U. 30 M. Nachm.	6 U. 30 M. Nachm.
7 U. 30 M. Nachm.	9 U. 30 M. Nachm.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Von Bonn nach Köln.

Bonn ab	Köln an
6 U. 30 M. Morg.	7 U. 30 M. Morg.
9 U. 30 M. Morg.	10 U. 30 M. Morg.
12 U. 30 M. Nachm.	1 U. 30 M. Nachm.
3 U. 30 M. Nachm.	4 U. 30 M. Nachm.
6 U. 30 M. Nachm.	7 U. 30 M. Nachm.
9 U. 30 M. Nachm.	10 U. 30 M. Nachm.

Von Köln nach Bonn.

Köln ab	Bonn an
4 U. 30 M. Morg.	5 U. 30 M. Morg.
7 U. 30 M. Morg.	8 U. 30 M. Morg.
10 U. 30 M. Morg.	11 U. 30 M. Morg.
1 U. 30 M. Nachm.	2 U. 30 M. Nachm.
4 U. 30 M. Nachm.	5 U. 30 M. Nachm.
7 U. 30 M. Nachm.	8 U. 30 M. Nachm.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Die Verbindungsbahn heißt Taunusbahn.

Frankfurt a. M. — Höchst — Wiesbaden — Biebrich.

Von Frankfurt a. M. nach Wiesbaden.

Frankfurt a. M. ab	Wiesbaden an
6 U. 30 M. Morg.	8 U. 30 M. Morg.
9 U. 30 M. Morg.	11 U. 30 M. Morg.
12 U. 30 M. Nachm.	2 U. 30 M. Nachm.
3 U. 30 M. Nachm.	5 U. 30 M. Nachm.
6 U. 30 M. Nachm.	8 U. 30 M. Nachm.
9 U. 30 M. Nachm.	11 U. 30 M. Nachm.

Von Wiesbaden nach Frankfurt a. M.

Wiesbaden ab	Frankfurt a. M. an
4 U. 30 M. Morg.	6 U. 30 M. Morg.
7 U. 30 M. Morg.	9 U. 30 M. Morg.
10 U. 30 M. Morg.	12 U. 30 M. Nachm.
1 U. 30 M. Nachm.	3 U. 30 M. Nachm.
4 U. 30 M. Nachm.	6 U. 30 M. Nachm.
7 U. 30 M. Nachm.	9 U. 30 M. Nachm.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Von Wiesbaden nach Biebrich.

Wiesbaden ab	Biebrich an
4 U. 30 M. Morg.	6 U. 30 M. Morg.
7 U. 30 M. Morg.	9 U. 30 M. Morg.
10 U. 30 M. Morg.	12 U. 30 M. Nachm.
1 U. 30 M. Nachm.	3 U. 30 M. Nachm.
4 U. 30 M. Nachm.	6 U. 30 M. Nachm.
7 U. 30 M. Nachm.	9 U. 30 M. Nachm.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Von Biebrich nach Wiesbaden.

Biebrich ab	Wiesbaden an
6 U. 30 M. Morg.	8 U. 30 M. Morg.
9 U. 30 M. Morg.	11 U. 30 M. Morg.
12 U. 30 M. Nachm.	2 U. 30 M. Nachm.
3 U. 30 M. Nachm.	5 U. 30 M. Nachm.
6 U. 30 M. Nachm.	8 U. 30 M. Nachm.
9 U. 30 M. Nachm.	11 U. 30 M. Nachm.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Von Wiesbaden nach Höchst.

Wiesbaden ab	Höchst an
4 U. 30 M. Morg.	6 U. 30 M. Morg.
7 U. 30 M. Morg.	9 U. 30 M. Morg.
10 U. 30 M. Morg.	12 U. 30 M. Nachm.
1 U. 30 M. Nachm.	3 U. 30 M. Nachm.
4 U. 30 M. Nachm.	6 U. 30 M. Nachm.
7 U. 30 M. Nachm.	9 U. 30 M. Nachm.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Von Höchst nach Frankfurt a. M.

Höchst ab	Frankfurt a. M. an
6 U. 30 M. Morg.	7 U. 30 M. Morg.
9 U. 30 M. Morg.	10 U. 30 M. Morg.
12 U. 30 M. Nachm.	1 U. 30 M. Nachm.
3 U. 30 M. Nachm.	4 U. 30 M. Nachm.
6 U. 30 M. Nachm.	7 U. 30 M. Nachm.
9 U. 30 M. Nachm.	10 U. 30 M. Nachm.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Von Frankfurt a. M. nach Höchst.

Frankfurt a. M. ab	Höchst an
4 U. 30 M. Morg.	5 U. 30 M. Morg.
7 U. 30 M. Morg.	8 U. 30 M. Morg.
10 U. 30 M. Morg.	11 U. 30 M. Morg.
1 U. 30 M. Nachm.	2 U. 30 M. Nachm.
4 U. 30 M. Nachm.	5 U. 30 M. Nachm.
7 U. 30 M. Nachm.	8 U. 30 M. Nachm.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Nach Homburg v. d. H.

Frankfurt a. M. — Homburg v. d. H. — Homburg v. d. H. — Frankfurt a. M.

Von Frankfurt a. M. nach Homburg v. d. H.

Frankfurt a. M. ab	Homburg v. d. H. an
6 U. 30 M. Morg.	7 U. 30 M. Morg.
9 U. 30 M. Morg.	10 U. 30 M. Morg.
12 U. 30 M. Nachm.	1 U. 30 M. Nachm.
3 U. 30 M. Nachm.	4 U. 30 M. Nachm.
6 U. 30 M. Nachm.	7 U. 30 M. Nachm.
9 U. 30 M. Nachm.	10 U. 30 M. Nachm.

Von Homburg v. d. H. nach Frankfurt a. M.

Homburg v. d. H. ab	Frankfurt a. M. an
4 U. 30 M. Morg.	5 U. 30 M. Morg.
7 U. 30 M. Morg.	8 U. 30 M. Morg.
10 U. 30 M. Morg.	11 U. 30 M. Morg.
1 U. 30 M. Nachm.	2 U. 30 M. Nachm.
4 U. 30 M. Nachm.	5 U. 30 M. Nachm.
7 U. 30 M. Nachm.	8 U. 30 M. Nachm.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Nach Hanau.

Frankfurt a. M. — Hanau — Hanau — Frankfurt a. M.

Von Frankfurt a. M. nach Hanau.

Frankfurt a. M. ab	Hanau an
6 U. 30 M. Morg.	7 U. 30 M. Morg.
9 U. 30 M. Morg.	10 U. 30 M. Morg.
12 U. 30 M. Nachm.	1 U. 30 M. Nachm.
3 U. 30 M. Nachm.	4 U. 30 M. Nachm.
6 U. 30 M. Nachm.	7 U. 30 M. Nachm.
9 U. 30 M. Nachm.	10 U. 30 M. Nachm.

Von Hanau nach Frankfurt a. M.

Hanau ab	Frankfurt a. M. an
4 U. 30 M. Morg.	5 U. 30 M. Morg.
7 U. 30 M. Morg.	8 U. 30 M. Morg.
10 U. 30 M. Morg.	11 U. 30 M. Morg.
1 U. 30 M. Nachm.	2 U. 30 M. Nachm.
4 U. 30 M. Nachm.	5 U. 30 M. Nachm.
7 U. 30 M. Nachm.	8 U. 30 M. Nachm.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Mit Schnell- und Personenzügen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nro. 105.) 3. Mai 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

210. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident E. Simson.

II **Frankfurt**, 3. Mai.

(Tagesordnung: Berathung mehrerer Ausschußberichte. Dringlichkeitsanträge der Abg. Sepp, Eisenstuck und Hartmann.)

Die Sitzung wird um 9½ Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Ministerpräsident v. Gagern, Finanzminister v. Beckerath. — Der Vorsitzende verkündet den Austritt der Abgeordneten Anders von Goldberg und Hirschberg aus Schwarzburg Sondershausen, und meldet, daß die bereits bekannte letzte preußische Erklärung von Seiten des Ministeriums dem Bureau zugekommen, und daß es dieselbe an den Ausschuß überwiesen werde. — Flottenbeiträge sind eingelaufen: 170 fl. 28 kr. (Stadtlich), 68 Thlr. 5 Sgr. 10 Pf. (Düsseldorf), 285 Thlr. 15 Gr. 5 Pf. (von dem Flottencomite zu Bremervörde). Eine goldene Brosche von einer Oesterreicherin, zugleich ein Paket Verbandzeug für die Armee in Schleswig-Holstein.

Der Vorsitzende verliest einen Dringlichkeitsantrag des Abg. Sepp: Die Nationalversammlung wolle endgiltig beschließen: 1) die sämmtlichen 29 deutschen Fürsten, welche durch ihre eingereichte Unterwerfung unter den nominellen Erbkaiser ihre Ohnmacht und Entbehrlichkeit zur Genüge eingestanden und bereits factisch zu regieren aufgehört haben, sofort zu mediatisiren, ihre Länder an die Königreiche Sachsen, Hannover und Bayern gleichmäßig zu vertheilen, so, daß den vorhandenen Großmächten keine neue Gebietserweiterung zukomme; (Heiterkeit.) 2) das Directorium als die zur Zeit einzig mögliche Form der Centralgewalt unter den übrigbleibenden Regenten aufzurichten, damit nicht die Directorialregierung durch die deutschen Fürsten octroyirt, und die Nationalversammlung daneben in ihrem Fortbestande gefährdet werde, oder (Heiterkeit.) 3) unverrichteter Dinge auseinanderzugehen und die Verantwortung der jetzigen Lage von der Majorität auf die Häupter derjenigen zu wälzen, welche durch die Verhetzung zur Kaiserwahl ohne vorherige von der Annahme der Reichskrone sich versichert zu haben, die Nationalversammlung so furchtbar compromittirten und der rothen Republik Thür und Thore öffneten. (Große Heiterkeit.)

Zu diesem Dringlichkeitsantrage hat Abg. Eisenmann einen Zusatzantrag gestellt: „Abg. Sepp möge mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt werden." (Große Heiterkeit.) Beide Anträge gehen an den Ausschuß.

Reichsministerpräsident von Gagern erhält hierauf das Wort: Die verfassungsgebende Reichsversammlung hat am 26. vorigen Monats in ihrer 207. Sitzung folgende Beschlüsse gefaßt: (sind bekannt.) Die provisorische Centralgewalt hat zur Vollziehung dieser Beschlüsse Bevollmächtigte an die königlichen Regierungen zu Berlin, München, Dresden und Hannover abgeordnet. Der Auftrag derselben ging dahin, den betreffenden Regierungen den Beschluß der Nationalversammlung officiell mitzutheilen, auf Erklärungen zu dringen, die Gründe geltend zu machen, welche den Widerstand gegen die Anerkennung und Durchführung der Reichsverfassung zu besiegen geeignet sind und die Centralgewalt von dem Stande der Dinge und den Meinungen in den betreffenden Ländern in Kenntniß zu setzen. Die Bevollmächtigten nach Berlin, München, Hannover sind am 29. abgereist, der Bevollmächtigte für Dresden zwei Tage vorher, um noch dringliche Geschäfte zu besorgen. Ich habe heute nur einen kurzen vorläufigen Bericht des Bevollmächtigten nach München und ein vertrauliches Schreiben des Bevollmächtigten nach Berlin erhalten. Dieses Schreiben enthalten bis jetzt noch keinen Stoff, der mich veranlassen könnte, einen definitiven Bericht über die Aufgabe der Nationalversammlung an die Centralgewalt vorzulegen. Es ist jedoch in dem Schreiben des Bevollmächtigten nach Berlin angedeutet, daß am heutigen Tage wichtige Entschließungen der preußischen Regierung bekannt gemacht werden würden. Der Inhalt ist mir nur im Allgemeinen angedeutet und ist der Art, daß das Ministerium sie ersuchen muß, ihm Zeit zu geben, den Gegenstand in seine Erwägung zu ziehen, um darüber der hohen Versammlung weitere Vorlagen machen zu können. Ich bitte sie daher auch im Namen des Ministeriums, die heutige Sitzung sobald als möglich zu schließen und auf einen der nächsten Tage eine neue anzuberaumen. Der Vorsitzende erwidert hierauf, daß in Betreff der Auflösung der sächsischen Kammern mehrere Dringlichkeitsanträge vorliegen.

Abg. Eisenstuck hat folgenden Dringlichkeitsantrag gestellt: Ich beantrage Folgendes: 1) Die deutsche Nationalversammlung erklärt im Angesichte des deutschen Volkes, daß die Auflösung der sächsischen Kammern, welche aber als einen deutschen Volksstamm der Mitte beraubt, durch eine gesetzlichen Vertreter den Willen der Nation in gegenwärtiger entscheidenden Stunde zur Geltung zu bringen, als eine verderbliche Maßregel zu betrachten ist und nicht deren entschiedene Mißbilligung aus; 2) sie beschließt, die sächsische Regierung anzuhalten, unverzüglich auf den Grund des zu Recht bestehenden sächsischen Wahlgesetzes die Wahlen einzuleiten und den Zusammentritt der neuen Kammern zu verfügen; 3) sie beauftragt die provisorische Centralgewalt mit sofortiger Ausführung dieses Beschlusses; 4) sie fordert die noch bestehenden gesetzlichen Organe des sächsischen Volkes, insbesondere die Gemeindevertretungen auf, der sächsischen Regierung muthig und offen den Willen des Volks für Anerkennung der Reichsverfassung und des Reichswahlgesetzes auszusprechen.

Abg. Roßmäßler stellt dazu folgenden Verbesserungsantrag: „Den vierten Punkt des Antrags von Eisenstuck und Genossen, betreffend die sächsische Kammerauflösung, beantragen wir in folgender Weise zu verbessern: 4) sie fordert die noch bestehenden gesetzlichen Organe des sächsischen Volks, insbesondere die Gemeindevertretung auf, der sächsischen Regierung muthig und offen den Willen des Volks für Anerkennung der Reichsverfassung und des Reichswahlgesetzes auszusprechen, in der Erwartung, daß die Oberhauptsfrage eine dem Willen des Volks entsprechende Lösung finden werde."

Abg. Zell stellt hiegegen folgenden Antrag: „1) In Erwägung, daß die Reichsversammlung bereits in ihrem Beschlusse vom 26. v. M. die sämmtlichen Regierungen, welche die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung noch nicht ausgesprochen haben, aufgefordert hat, ihre Ständeversammlungen weder aufzulösen, noch zu vertagen; 2) daß die Versammlung auch bereits über die seitdem erfolgten Kammerauflösungen ihre Mißbilligung ausgesprochen hat und daher ein abermaliger besonderer Beschluß wegen der Auflösung der königlich sächsischen Kammern nicht zweckmäßig erscheint, daß vielmehr die Reichsversammlung dahin trachten muß, bei den bevorstehenden Verhandlungen solche allgemeine Maßregeln zu ergreifen, welche geeignet sind, den Widerstand der renitenten Regierungen zu beseitigen: geht die Nationalversammlung über den Antrag des Abg. Eisenstuck zur motivirten Tagesordnung über." Es wird ohne Discussion zur Abstimmung geschritten. Der zuerst zur Abstimmung kommende Antrag des Abg. Zell wird angenommen. (Lärm links.)

Abg. Hartmann aus Leitmeritz stellt folgenden Dringlichkeitsantrag: „Die Nationalversammlung erklärt das Verbot des rheinischen Städtetages als den Grundrechten des deutschen Volks widersprechend und ungesetzlich, und fordert die Bewohner der Rheinlande auf, ihre Rechte auf jede ihnen nothwendig erscheinende Weise zu wahren." Der Antragsteller nimmt seinen Antrag in Bezugnahme auf die heutige Mittheilung des Ministerpräsidenten zurück, um ihn morgen aufs Neue vorzubringen.

Hierauf wird die Sitzung um 10½ Uhr geschlossen. Nächste Sitzung: Freitag, 4. Mai.

Erklärung. In dem Berichte der 208. Sitzung der „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" erscheine ich irrthümlich unter den österreichischen Abgeordneten, welche in der Sitzung vom 2. Mai d. J. ihren Austritt erklärt haben. Ich halte es für meine Pflicht, auf meinem Posten bis zum letzten Augenblicke auszuharren, und habe durch Unterzeichnung einer eigenen Erklärung schon kund gethan, daß nichts mich abhalten werde, dem Gebote der Pflicht und Ehre zu folgen. Dr. Alois Boczek, Abgeordneter aus Mähren.

** **Frankfurt**, 3. Mai. Wie gut unterrichtet unser Berliner ✓-Berichterstatter gewesen ist, als er uns gestern schrieb, die preußische Regierung gehe zwar nicht damit um, dem deutschen Volk, wie vielfach berichtet worden, eine Verfassung zu „octroyiren", sie habe dagegen, an dem Vereinbarungsprincip zwischen den Regierungen und der Reichsversammlung festhaltend, eine Circularnote an die deutschen Cabinete ergehen lassen, um auf Grundlage der in der Paulskirche vollendeten Verfassung eine Verständigung herbeizuführen und sodann den modificirten Verfassungsentwurf der Reichsversammlung zur Beschlußnahme vorzulegen, — wie gut unterrichtet, sagen wir, unser Berliner Correspondent gewesen ist, erweist sich schon heute aus einem leitenden Artikel der „Deutschen Reform", die bekanntlich seit einigen Tagen ministerielles Organ ist, und deßhalb annehmen läßt, daß der angezogene Artikel ihr direct aus dem preußischen Cabinet inspirirt worden. Wir theilen dieses premier Berlin der „Deutschen Reform" nachstehend mit, können aber bei dieser Gelegenheit die Frage nicht unterdrücken: Und wenn nun auch alle Befürchtungen, die zum Theil in den angesehensten Organen der deutschen Presse ihren Ausdruck finden, sich als unbegründet herausstellen sollten, wenn es allen gegentheiligen Behauptungen zum Trotz den vier königlichen Regierungen dennoch gelingen sollte, nach kurzer Frist der Nationalversammlung nicht etwa einen neuen, denn davon kann und soll ja auch gerade im Sinne des preußischen Cabinets nicht die Rede sein, sondern einen eben auf Grund der in der Paulskirche beschlossenen Verfassung in gemeinsamer Vereinbarung nur modificirten Entwurf zur Beschlußnahme zu unterbreiten, soll dann die Nationalversammlung das letzte Wort haben? Und wenn sie es hat und sie modificirt wiederum in ihrem Sinn die ihr vorgelegten Modificationen und kommt gar auf ihre eben vorliegenden Beschlüsse zurück, was dann? Oder sollen die Regierungen und welche endgiltig beschließen? Und wenn dies, wozu bedürfte es dann einer Vorlage in der Nationalversammlung zur Beschlußnahme, wenn nicht von einer letzten Form die Rede sein soll? Wer wird, und wer soll zuletzt Recht behalten? Die Nationalversammlung, welche im Namen und Auftrag des Volks ein einheitliches Deutschland als die fünfte Großmacht an die bisherige Stelle Preußens will? Oder der Nachfolger des großen Kurfürsten, der die Mahnung der Geschichte allerdings vernimmt, der die welthistorische Mission Preußens wohl begreift und sie auch erfüllen möchte, wenn nur seine gegenwärtigen Rathgeber nicht vermeinten, es dem Geiste der Geschichte zuvorthun zu können, und deßhalb der Zeit in das rollende Rad greifen wollen, um den Wagen aufzuhalten und den kaiserlichen Sitz anders zurechtzulegen? Oder endlich die drei andern deutschen Könige, welche der Paulskirche gegenüber, wiederum ein ganz anderes Ziel verfolgend als der Hohenzoller, mehr in dem Interesse ihres Hauses und ihrer Familien von der Souveränetät und bisherigen Selbstständigkeit zu erhalten bemüht sind, was davon noch erhalten werden kann? Wir wollen es im Interesse der Einzelstaaten und der Nationalversammlung nicht befürchten, aber immerhin wäre es möglich, daß gerade aus den Berathungen der vier größeren königlichen Cabinete ein Verfassungsentwurf mit so weit gehenden Modificationen hervorginge, daß wenigstens die gegenwärtige Nationalversammlung, weil ihr leider durch sich selbst nicht weniger wie durch die Verhältnisse die Hände gebunden sind, nicht endschlüssig darüber werden könnte. Auch von diesem Gesichtspunkte aus und im Streben nach einer allseitig friedlichen Lösung des großen Werkes finden wir es gerechtfertigt, wenn sich hier und da der Wunsch nach neuen Wahlen für die Vertretung der Nation vernehmen läßt. Wem der politische Blick nicht weit genug reicht, um eine versöhnliche Erfüllung der letzten Wünsche des wahren Vaterlandsfreundes im Hintergrund der nächsten Zukunft zu sehen, der muß und wird wenigstens eine Beruhigung in dem offenen und würdigen, die Berechtigung der Nationalvertretung noch bis zu diesem Augenblick vollkommen anerkennenden Ton finden, in welchem nicht nur die unter dem 28. April an den preußischen Bevollmächtigten in Frankfurt ergangene Instruction, sondern auch der halboffizielle Artikel der „Deutschen Reform" abgefaßt ist, welcher also lautet:

„Die gestern von uns mitgetheilte Erklärung der preußischen Regierung über das deutsche Verfassungswerk enthält nur die Ablehnung der auf den Grund der zu Frankfurt beschlossenen Verfassung dem Könige dargebotenen Kaiserwürde. Sie enthält zugleich ausführlich die Motive, welche die preußische Regierung bestimmt haben, sich so und nicht anders zu entscheiden. Je lebhafter wir jeder Zeit für das Zustandekommen einer die sämmtlichen deutschen Stämme mit einem großen Bande umschließenden Gemeinschaft empfunden haben, einer Gemeinschaft, welche geeignet ist, bürgerliche Freiheit im Innern zu schützen und Achtung gebietende Macht nach Außen zu entfalten, um so schmerzlicher haben wir beklagen müssen, daß das deutsche Verfassungswerk, wie es aus den Händen der Nationalversammlung zu Frankfurt hervorgegangen, nicht geeignet war, die Wünsche und die Hoffnungen, welche wir an die Neugestaltung des gemeinsamen Vaterlandes geknüpft haben, zu erfüllen. Wir haben deßhalb, wenn auch mit schmerzlichen Gefühlen, doch die ablehnende Antwort des preußischen Cabinets nur billigen können. Allein mit dieser Antwort hat das preußische Cabinet der Anforderung der öffentlichen Meinung und den Erwartungen des deutschen, sowie des preußischen Volks noch keineswegs Genüge geleistet. Es ist zwar schon viel werth zu wissen, was Jemand nicht will, allein wir verlangen auch zu wissen, was die preußische Regierung will. Mit dem bloß negativen Ausweichen ist die Abrechnung mit der öffentlichen Meinung über die deutsche Frage nicht geschlossen, und noch kein merklicher Schritt dem ersehnten Ziele näher gethan. Wir haben deßhalb alle Ursache zu glauben, die preußische Regierung werde nun auch mit den Vorschlägen nicht zurückhalten, durch welche sie hofft, daß das Werk der allseitigen Einigung werde ins Leben gerufen werden. Wir glauben nicht, daß, wie früher mehrfach verlautete, es die Absicht der Regierungen sei, dem deutschen Volke eine gemeinsame Verfassung zu octroyiren. Das Wort „octroyiren" hat keinen guten Klang, und mit der Octroyirung einer deutschen Verfassung wird, das fürchten wir, zugleich ein Keim zu dauernder Unzufriedenheit in das deutsche Volk geworfen werden. Die Völker lieben einmal die Verfassungen nicht, an deren Schöpfung sie selbst nicht Hand angelegt haben. Gleichwohl erfordert der zweifelhafte Rechtszustand im Vaterlande, die drohende Gefahr, welche aus dem Umsichgreifen der Anarchie für die wahre Freiheit erwächst, und das allgemeine Bedürfniß nach dem Zustandekommen einer endlichen festen öffentlichen Ordnung mit dringender Nothwendigkeit, daß ohne Säumen gehandelt werde. Wir haben schon gestern die Hoffnung ausgesprochen, daß es ungeachtet der letzten, nicht zu rechtfertigenden Schritte der Nationalversammlung noch möglich sein wird, auf der Grundlage der von ihr berathenen Verfassung zu verhandeln. Allein vor allen Dingen ist dazu nöthig, daß die Regierungen unter einander sich vereinigen: sie müssen, — und darüber darf keine Frist verstreichen, — ihrerseits in gemeinschaftlicher Berathung ein vollständiges Verfassungswerk ausarbeiten, welches geeignet ist, der bis dahin zusammenbleibenden Nationalversammlung zur Beschlußnahme vorgelegt zu werden. Dann wird für die Frankfurter Versammlung die Gelegenheit gegeben sein, zu zeigen, ob auch sie der Opfer in ihren Entschließungen fähig ist, welche sie oft von den Regierungen verlangt hat, um ihren Pa-

Bezirk, der Kreis, die Provinz, der Staat, die Welt, der Himmel, die Sonne, der Mond, der Stern, die Erde, das Land, das Meer, der Berg, das Thal, der Fluß, der Bach, der Wald, der Baum, das Blatt, die Blume, die Frucht, der Apfel, die Birne, die Pflaume, die Kirsche, die Traube, die Nuß, das Getreide, der Weizen, der Roggen, die Gerste, der Hafer, die Hirse, der Buchweizen, die Erbse, die Bohne, die Linse, die Kartoffel, die Rübe, der Kohl, der Salat, der Hopfen, der Flachs, der Hanf, der Tabak, der Wein, das Bier, der Branntwein, der Essig, das Brod, das Mehl, die Stärke, der Zucker, das Salz, das Fleisch, das Rindfleisch, das Kalbfleisch, das Hammelfleisch, das Schweinefleisch, das Wildpret, das Geflügel, das Fett, die Butter, der Käse, die Milch, das Ei, der Honig, das Wachs, die Seife, das Licht, das Oel, die Kohle, das Holz, das Eisen, das Kupfer, das Messing, das Zinn, das Blei, das Zink, das Silber, das Gold, das Quecksilber, der Schwefel, der Salpeter, das Glas, der Thon, der Kalk, der Gyps, der Sand, der Marmor, der Schiefer, der Granit, der Sandstein, der Kalkstein, der Basalt, der Bernstein, der Torf, der Stein, der Ziegel, der Dachziegel, der Backstein, der Mörtel, der Cement, der Asphalt, der Theer, der Pech, der Kienruß, der Schornstein, der Ofen, der Herd, der Kochofen, der Heizofen, der Kachelofen, der Windofen, der Backofen, der Kalkofen, der Hochofen, der Schmelzofen, der Glasofen, der Töpferofen, der Ziegelofen, der Kohlenmeiler, der Feuerherd, der Rost, der Blasebalg, der Schürhaken, der Feuerstein, der Zunder, der Schwamm, der Feuerschwamm, der Feuerstahl, der Feuerschwamm, der Feuerstahl, der Feuerschwamm, der Feuerstahl

№ 106. —— Freitag —— den 4. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Bestellungen des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/9 Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 356; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Klorey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Circularnote des k. preußischen Cabinets an die deutschen Regierungen

Die (in der Beilage zu Nr. 103 der „O.P.A.-Z." abgedruckte) unterm 28. April an den königl. Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt, wirklichen Geheimenrath Camphausen, ergangene Eröffnung ist durch die königl. Gesandtschaften mittelst des nachfolgenden Circulars zur Kenntniß der deutschen Regierungen gebracht worden: „In dem Circular vom 3. d. M. ist die Hoffnung ausgesprochen, daß die königl. Regierung binnen vierzehn Tagen im Stande sein werde, eine definitive Erklärung über die deutsche Sache abzugeben. Nachdem dieser Zeitraum verstrichen, hat das königl. Staatsministerium, um keinem Zweifel über seine Ansicht und seine Aufrichtigkeit Raum zu lassen, es für seine Pflicht gehalten, schon am 21. resp. 23. d. M. den preußischen Kammern zu erklären, wie es Sr. Majestät dem Könige nicht zur Annahme der unveränderten, von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen Verfassung rathen könne. Die definitive Entscheidung Sr. Majestät hat aber um einige Tage sich verzögern müssen, weil noch nicht alle deutsche Regierungen sich ausgesprochen hatten. Die Entschließung Sr. Majestät ist nunmehr erfolgt, und Ew. ꝛc. erhalten anliegend Abschrift der deßfallsigen Erklärung, wie sie unterm heutigen Datum an den königlichen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt ergangen ist, um durch die letztere der Nationalversammlung mitgetheilt zu werden. Indem wir dies zur Kenntniß der deutschen Regierungen bringen, glauben wir, daß die Gründe, welche den Entschluß Sr. Majestät bedingten, keiner weiteren Ausführung bedürfen, und wir können nicht zweifeln, daß jede deutsche Regierung dem erhabenen Sinne Sr. Majestät, seiner Bundestreue gegen die verbündeten deutschen Staaten und seiner uneigennützigen Gesinnung werde Gerechtigkeit widerfahren lassen. Die königliche Regierung verkennt dabei keineswegs den Ernst und die Gefahren des Augenblicks, und sie hofft, daß auch die übrigen deutschen Regierungen dieselben mit vollem Bewußtsein ins Auge fassen. Daß das Bedürfniß der Nation nach größerer Einigung und Kräftigung befriedigt werden muß, auch nachdem die in Frankfurt zunächst von der Versammlung angestrebte Form sich als unmöglich erwiesen hat, wird jedem Besonnenen als unabweisbare Nothwendigkeit erscheinen; und sie vertraut darauf, daß die andern deutschen Regierungen ihr dazu die Hand bieten werden. Sie hat in ihrer nach Frankfurt gerichteten Erklärung noch einmal eine Möglichkeit in Aussicht stellen wollen, daß die Nationalversammlung selbst von dem von ihr betretenen Wege zurückkomme und die Hand zu Abänderungen der Verfassung bieten möchte, so das dennoch das Werk der Vereinbarung und Verständigung mit ihr zu Stande käme. Daß dies für die Beruhigung der Nation höchst wünschenswerth und daher im Interesse der Regierungen wäre, darüber wird nicht leicht ein Zweifel gehegt werden. Aber sie verhehlt sich nicht, wie wenig Aussicht dazu vorhanden ist, daß diese Hoffnung verwirklicht werde; und alle deutsche Staaten werden mit ihr auf den entgegengesetzten Fall gefaßt sein müssen — zugleich aber auch darauf, daß durch ein starres Festhalten der Versammlung an ihren bisherigen Beschlüssen in manchen Ländern gefährliche Krisen hervorgerufen werden können. Diesen gemeinsam, ernst und kräftig entgegenzutreten, womöglich aber sie durch ein entschiedenes Handeln und Vorwärtsgehen zu verhindern, ist die Aufgabe und Pflicht der Regierungen Deutschlands. Die königl. Regierung ist dazu in vollem Umfange bereit. Im festen Vertrauen auf die Zustimmung, die ihr von allen gesunden und redlichen Elementen im eigenen Lande zu Theil werden wird, ist sie darauf gefaßt, den zerstörenden und revolutionären Bestrebungen nach allen Seiten hin mit Kraft und Energie entgegenzutreten, und wird ihre Maßregeln so treffen, daß sie den verbündeten Regierungen die etwa gewünschte und erforderliche Hilfe rechtzeitig leisten könne. Die Gefahr ist eine gemeinsame, und Preußen wird seinen Beruf nicht verleugnen, in den Tagen der Gefahr einzutreten, wo und wie es Noth thut. Wir gehen von der von allen Besseren getheilten Ueberzeugung der Nothwendigkeit aus, daß der Revolution in Deutschland ein Ziel gesetzt werden müsse. Ihre Kraft kann aber vollständig nur dadurch gebrochen werden, daß sie keinen Vorwand mehr findet, durch welchen sie die Gemüther der Besseren im Volk über ihre wahren Absichten und Endzwecke täuschen könne. Dieses Ziel kann nicht durch passives Abwarten und durch partiellen Widerstand erreicht werden, sondern nur durch thätiges Eingreifen und Handeln. Die königliche Regierung hatte in ihrer Circulardepesche vom 3. d. M. den Weg angedeutet, auf welchem sie damals, vermittelst gemeinsamer Berathungen in Frankfurt, zu dem erstrebten Ziele glaubte hinwirken zu können. Dieser Weg hat sich inzwischen als nicht mehr möglich erwiesen, sowohl dadurch, daß mehrere der größten deutschen Staaten es ablehnten, auf diese Berathungen in Frankfurt überhaupt einzugehen und an denselben Theil zu nehmen, als auch dadurch, daß die Mehrzahl der übrigen Regierungen, unter Beseitigung der von ihnen selbst gehegten Bedenken, sich bereiten, ihre volle Adhäsion an die Frankfurter Beschlüsse und ihre Annahme der dort beschlossenen Verfassung zu erklären. Wir müssen nunmehr wünschen, daß diejenigen deutschen Regierungen, welche zu weiteren Berathungen über den jetzt einzuhaltenden Gang und die fernere Entwickelung des Verfassungswerks mit Preußen geneigt sind, sich direct hierher nach Berlin wenden mögen, und entweder eigene Bevollmächtigte hierher senden oder ihre Gesandten mit Instructionen versehen, um sich mit der königl. Regierung zu verständigen, welche letztere in diesem Falle bereit ist, ihre Ansichten umfassend darzulegen und mit Vorschlägen entgegenzukommen. Die Haltung und die weitern Beschlüsse der Nationalversammlung, nachdem ihr der Entschluß Sr. Majestät des Königs bekannt geworden, werden in der allernächsten Zeit ergeben, inwieweit noch auf eine Verständigung mit derselben und ein Mitwirken ihrerseits zu dem angestrebten Ziele zu hoffen ist. Die königliche Regierung hat immer an der Ueberzeugung festgehalten, daß die Verfassung Deutschlands, wenn sie die Keime einer günstigen Entwicklung und die Bürgschaft der Dauer in sich tragen soll, durch das Zusammenwirken der Regierungen und der Vertreter der deutschen Nation zu Stande kommen müsse. Sie bleibt diesem Grundsatze auch jetzt und für die Zukunft treu. Sollte es sich herausstellen, daß jede Hoffnung auf die Mitwirkung der Nationalversammlung in ihrer jetzigen Gestalt aufgegeben werden müsse, so hält sie es nur um so mehr für die Pflicht und die Aufgabe der deutschen Regierungen, dem Bedürfnisse der deutschen Nation bald eine volle und umfassende Befriedigung zu gewähren, indem sie derselben ihrerseits eine Verfassung darbieten, welche dem Begriff des Bundesstaats entspreche und durch eine wahrhafte Vertretung des Volks dem letztern die Gewißheit einer gesetzlichen Mitwirkung erhalte. Der Entwurf einer solchen Verfassung würde die Arbeit der Nationalversammlung wieder aufnehmen und nur die in dieselbe durch eine Verkäpfung unglücklicher Umstände eingedrungenen zerstörenden Elemente beseitigen; sie wird also jedenfalls auf der Errichtung einer kräftigen und einheitlichen Executivgewalt und einer Nationalvertretung in Staatenhaus und Volkshaus, mit legislativen Rechten bestirt sein müssen. Indem wir diese Grundzüge festhalten, können wir das Einzelne der weiteren Berathung überlassen, und zweifeln nicht, daß aus dem einmüthigen Streben nach dem großen Ziel und der allseitigen Erkenntniß dessen, was der Nation noth thut, ein Werk hervorgehen werde, welchem auch die alsdann in kürzester Frist zur Revision dieser Verfassung zusammenzurufenden beiden Häuser eines deutschen Reichstags ihre Anerkennung und Zustimmung nicht versagen werden. Wir müssen daher den deutschen Regierungen den dringenden Wunsch aussprechen, daß sie uns durch die Sendung von Bevollmächtigten oder durch Ertheilung von Instructionen bald in den Stand setzen mögen, eine weiter eingehende Behandlung eröffnen zu können. Berlin, den 28. April 1849. Der Ministerpräsident Graf v. Brandenburg."

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 3. Mai. Für künftigen Sonntag den 6. d. ist eine Generalversammlung der Märzvereine angesagt, und soll dieselbe im Saale des Wolfseck gehalten werden und zwar bei verschlossenen Thüren. Man möchte fragen, ob es zu den Märzerrungenschaften gehöre, daß gerade der Verein, welcher den höchsten Grad von Freiheit anstrebt, wozu unbestreitbar die Oeffentlichkeit aller das Gemeinwohl betreffenden Verhandlungen gehört, seine Berathungen mit dem Schleier des Geheimnisses bedecke?

Neufahrwasser, 28. April. Gestern gegen Abend ließ sich die dänische Corvette wieder einmal in bedeutender Ferne sehen. Sie hatte die Parlamentärflagge wehen. Da der Wind aber sehr still wurde und die Dunkelheit eintrat, als sie noch 1½ Meilen entfernt war, so konnte ein Parlamentiren nicht stattfinden. Ein zweites Schiff, was von hier gesehen, aber nicht gekannt wurde, ist nach Aussage der Fischer eine Kuff gewesen, die zurückgewiesen worden ist. Heute früh kreuzt die Corvette in einer Entfernung von 3 bis 4 Meilen.

Swinemünde, 28. April. (Ostsee-Ztg.) Heute manövrirt unsere Flotille im Haff; Se. königl. Hoheit der Prinz Adalbert hat sich deßhalb dorthin begeben.

Uckermünde, 28. April. Heute wurden hier zwei von dem Schiffbaumeister L. Wittenberg erbaute Kanonenböte mit Kränzen geschmückt vom Stapel gelassen. Die Böte sind vollständig getakelt und können daher in den nächsten Tagen nach Stettin gehen, um armirt zu werden. Zwei andere noch im Bau befindliche Böte werden in einigen Wochen nachfolgen.

Köln, 2. Mai. Der Gemeinderath hat heute in außerordentlicher Sitzung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Der Gemeinderath, in Erwägung, daß wenn auch der Beschluß über die Einladung von Abgeordneten der Sammtgemeinden der Rheinprovinz nach dem Buchstaben der Gemeinde-Ordnung vom 23. Juli 1845 nicht zur Competenz desselben gehören sollte, die augenblickliche unglückliche Lage des Vaterlandes ihm eine höhere Berechtigung gegeben, diese Angelegenheit in die Hand zu nehmen, und bei dem bestehenden Zwiespalte im Interesse des Vaterlandes vermittelnde Schritte zu veranlassen, um solche zur Kenntniß Seiner Majestät des Königs zu bringen; daß bei einer ähnlichen Veranlassung im vorigen Jahre eine solche Versammlung von der Regierung als auf einem unbefugten Beschlusse hervorgegangen nicht angefochten worden, obwohl derselbe den Behörden nicht unbekannt geblieben; daß die in dem Rescripte der königlichen Regierung vom gestrigen Tage enthaltene Voraussetzung, als habe der Gemeinderath nur aus angeblicher Veranlassung den Beschluß gefaßt, Seiters desselben mit Entrüstung zurückgewiesen wird; daß endlich die königliche Regierung durch Aufhebung des Beschlusses des Gemeinderathes und öffentliche Unterzeichnung der Ausführung alle ihre Befugnisse erschöpft hat, und von einer Zurücknahme der Einladung seitens des Gemeinderathes nicht weiter die Rede sein, auch das Recht, diese zu verlangen, der königlichen Regierung nicht eingeräumt werden kann, beschließt, dies hiermit das Rescript der königlichen Regierung erledigt sei."

Magdeburg, 29. April. Gestern fand hier eine Provinzialversammlung der Vereine zur Wahrung der Volksrechte statt. Die Zahl der vertretenen Vereine war 47. Die Fragen über Vereinsangelegenheiten mußten bei der Wichtigkeit der neuesten Ereignisse vor der einen Frage zurücktreten, was haben wir jetzt zur Wahrung der Volksrechte zu thun? Eine dreifache Antwort ergab sich: 1) Wir wollen für die Ausbreitung des Vereins nach Kräften thätig sein, insbesondere nach Gegenden und Ortschaften hin, wo Mächte, die der neuen Ordnung der Dinge grollen, den Geist des Volkes noch in Unklarheit erhalten. 2) Wir wollen auf die bevorstehenden Wahlen zur neuen zweiten Kammer sofort unsere thätigste Sorgfalt wenden. 3) Wir wollen mit dem Frankfurter Märzverein in Verbindung treten. Dieser letztere Beschluß veranlaßte die Wahl der Herren Schultze aus Delitzsch und Sachse aus Magdeburg zu Beauftragten des Vereins, welche zu der nach Frankfurt auf den 6. Mai ausgeschriebenen Versammlung reisen sollen. — Unter den Anträgen war einer auf Streichung des Bekenntnisses zur Monarchie in den Statuten; über ihn ward mit sämmtlichen Stimmen zur Tagesordnung hinweggegangen. — Am heutigen Vormittage fand im Grafeschen Garten eine Volksversammlung von etwa 3000 Menschen Statt. Hier traten unter Andern die Abgeordneten von Unruh, Parr, Richter, v. Berg, Schultze-Delitzsch auf, um den Stand der preußischen wie der deutschen Frage zu beleuchten. Einstimmig beauftragte die Versammlung den Vorstand des Vereins zur Wahrung der Volksrechte, Magistrat und Stadtverordnete anzugehen, daß sie, gleich süddeutschen Stadtbehörden, sich für Anerkennung der deutschen Reichsverfassung bei der Regierung verwendeten.

□ **München**, 1. Mai. Sie wissen in diesem Augenblicke als Wahrheit, oder kennen es als Lüge, was seit gestern Abends als ein Gerücht schlimmster Art alpähnlich auf uns lastet. Die in den meisten Provinzen stündlich wachsende Bewegung für Frankfurt und gegen die bayerische Isolirung mußte natürlich in der Rheinpfalz am schnellsten zu einem einheitlichen Streben und Durchdringen führen. Daran hatte hier Niemand gezweifelt, ja die Leidenschaftlichsten im ultramontanen Lager stützten sich in ihren Predigten für den Anschluß an Oesterreich vorzugsweise mit auf die Hinweisung auf das meuterische Treiben in dem „unbayerischen Rheinlande". Manche schämten sich wohl sogar nicht, öffentlich die Stunde glücklich zu preisen, in welcher das gelobte Bayernland von dem unnatürlichen Anwuchse am Rhein befreit sein werde. Nun, diese Stunde soll angeblich gekommen sein, man raunt sich nicht mehr still in die Ohren, wie gestern Abends, sondern man sagt sich's laut, daß die Bevölkerung der Rheinpfalz sich in rascher Bewegung zum Ziele der völligen Lossagung von Bayern gedrängt habe. Die Regierung sei seit gestern auf außerordentlichem Wege von diesem Ereignisse in Kenntniß gekommen, halte aber Angesichts der eigenen Bewegung dahier mit dieser Hiobspost noch zurück. Je weniger man im Stande ist, etwas Thatsächliches zu erfahren, desto mehr ist man geneigt, selbst das Unglaublichste für möglich zu halten. So läßt man unsere Truppen in Germersheim und Landau übergegangen sein, auch wird erzählt, ganz Rheinpreußen, sowie die Rheinlande überhaupt, seien im Begriffe, das pfälzische Beispiel nachzu-

abmen und sich für reichsunmittelbar zu erklären. Ich theile Ihnen alle diese bei den Besonneneren durchaus keinen Glauben findenden Gerüchte nur um deßwillen mit, weil sie einen Maßstab für die hier herrschende Stimmung abgeben. Man kann nicht über eine Straße gehen, ohne durch Maueranschläge und durch die erregten Menschengruppen, welche sie lesen und besprechen, an die üble Lage erinnert zu werden, in welcher wir uns selbst befinden. Schroff, kampfbegierig, gehässig stehen sich die Parteien gegenüber. Die unteren Klassen werden bearbeitet, als gälte es, sie stündlich zur Revolution zu führen. Es versteht sich, daß die Behörden wachsamer sind, denn je.

München, 1. Mai. Der von der Nationalversammlung zu Frankfurt abgesandte Commissär, Staatsrath v. Mathy, ist gestern hier eingetroffen, und hatte bereits heute eine Unterredung mit dem Minister des Aeußern, v. d. Pfordten. Man glaubt allgemein, daß die Mission Mathy's von wenig Erfolg sein dürfte. — Der bayerische Agitator für die Anerkennung der Reichsverfassung, Abgeordneter Schlund, ist gestern mit einer von 40,000 Unterschriften bedeckten Adresse an Se. Maj. den König hier angekommen, und hat dieselbe sofort überreicht. Schlund ist heute wieder abgereist, um in seinem Sinne weiter zu wirken. — Die auf dem Rathhause aufliegende Adresse, welche der Haltung der bayerischen Regierung in der deutschen Verfassungsfrage volle Zustimmung gibt, zählt schon über 9000 Unterschriften, und noch immer ist der Zudrang zum Unterschreiben ungewöhnlich stark. Die „Neue Münchener Zeit." meint, es würden innerhalb zwei Tagen noch 9000 Unterschriften dazu kommen. Dr. Stockinger ladet in einem öffentlichen Aufrufe die Mitglieder der Linken der Kammer der Abgeordneten zu einer Berathung nach Frankfurt auf den 4. Mai ein. (A. Z.)

Nürnberg, 2. Mai. Für heute ist eine Volksversammlung anberaumt. Schon gestern rückten 5 Schwadronen Chevauxlegers vom Regimente Taxis hier ein, die sechste folgte heute in Begleitung der halben reitenden Batterie aus Triesdorf nach; auch die 2 Schwadronen vom Regiment Kronprinz aus Neumarkt trafen gestern ein. Die Reiterei ist größtentheils in den umliegenden Dörfern untergebracht. Die Garnison hat Bereitschaft. Der beabsichtigte bewaffnete Auszug der Turnercompagnie der freiwilligen Landwehr zur heutigen Volksversammlung wurde untersagt.

* **Kaiserslautern**, 2. Mai. In der heute hier abgehaltenen Volksversammlung sind folgende die wesentlichen zum Beschluß erhobenen Punkte: Es ist ein Landesvertheidigungsausschuß ernannt worden (derselbe besteht aus 10 Personen unter dem Präsidium eines Herrn Reichard); dieser hielt noch gestern Abend bis in die Nacht hinein eine Sitzung und decretirte: 1) Steuerverweigerung (Staatssteuern), 2) Rückberufung der pfälzischen Soldaten, 3) Organisation der Volksbewaffnung von 18 bis 50 Jahren; — die von 30 bis 50 Jahren kommen unter die Landwehr; 4) Aufforderung an die Regierung und die Beamten zur Anerkennung der Reichsverfassung, 5) Aufforderung an die Gemeinden, um ihre Zustimmung zu erklären. 6) Beschlagnahme der pfälzischen Staatskassen. 7) Verbindung mit den angrenzenden deutschen Volksstämmen. — Die Staatskassen sind schon mit Beschlag belegt, und die Organisation der Truppen ist ausgeschrieben. Die Erklärung der Regierung und Beamten muß in 3 mal 24 Stunden erfolgen, widrigenfalls weitere entscheidende Maßregeln getroffen werden.

Dresden, 30. April. Das „Dresdner Journal" sagt: Der Hauptgrund für die im gestrigen Ministerrathe beschlossene Kammerauflösung liegt, wie wir aus guter Quelle wissen, in der Steuerfrage. Bekanntlich waren die Steuern von den Kammern provisorisch nur bis Ende April bewilligt worden. Dringend hat die Regierung um anderweite Erklärung vor Ablauf dieser Zeit. Die zweite Kammer bewilligte auch hierauf bis Ende September. Von der ersten Kammer war aber der, übrigens so viel bekannte abfällige Bericht bis gestern noch nicht gedruckt und konnte daher vorschriftmäßig am Montage den 30. April, bis zu welchem Tage die Regierung im Besitz einer neuen Bewilligung sein mußte, nicht auf die Tagesordnung kommen, wie derselbe denn auch auf der inmittelst bereits ausgegebenen Tagesordnung für den 30. April sich nicht befand. Die Kammern hatten mithin die wiederholt beantragte provisorische Steuerbewilligung sachsch abgelehnt. Hierzu kam dann das Mißtrauensvotum und das sonstige Verhalten der Kammern. Daß wenigstens die deutsche Frage nicht der Grund gewesen, dürfte vielleicht schon die nächste Zukunft lehren.

00 **Dresden**, 1. Mai. Heute wollte man eine Sturmpetition an das Ministerium seitens des Vaterlands bringen, um den König oder die Regierung zur Anerkennung der Reichsverfassung à tout prix zu bewegen. Der Minister Held war indessen nicht mehr im Gebäude des Justizministeriums zu finden und der Deputation, hinter welcher einige tausend Menschen wogten, ward die Antwort zu Theil, daß die Minister Dr. Held, Dr. Weinlig und von Ehrenstein beabsichtigten, ihre Entlassung einzureichen. Ob dies wirklich der Inhalt der Antwort gewesen, kann ich nicht bestätigen; so viel ist gewiß, man theilte sie dem wogenden Volke mit. Die Mehrzahl der Bürger ist über die Kammerauflösung keineswegs empört; man hat sie theils längst erwartet, theils sogar schon lange gewünscht. — Man erzählt sich, daß eine Proclamation der Regierung wegen Anerkennung der Reichsverfassung im Drucke sei.

⊙ **Stuttgart**, 30. April. 129. Sitzung der Kammer der Abgeordneten. Ein von der Regierung unterm 16. Januar vorgelegter Gesetzesentwurf hatte den Zweck, die früheren politischen Zustänben entstammende Patrimonial-Gerichtsbarkeit und Polizei zu beseitigen, und damit den Widerspruch, in welchem diese Einrichtung mit einem gesunden Staatsorganismus steht, aufzuheben. Von der Majorität der Justizgesetzgebungscommission (Berichterstatter Wolff, Steckmaier, Becher) wurde nun in der heutigen Sitzung geltend gemacht, daß dieser Gesetzesentwurf nichts weiter enthalte, als was die §§ 35 u. 41 der Grundrechte auch enthalten, außer einigen weiteren Artikeln, welche aber nur Bestimmungen für die Uebernahme der bei den Patrimonialgerichten und Aemtern angestellten Beamten enthalten. Deßhalb sei, um den § 35 der Grundrechte in Vollzug zu bringen, eine weitere gesetzliche Bestimmung nicht erforderlich. Auch könne weder ein Rechtsgrund, noch ein Billigkeitsgrund zu Uebernahme der Beamten gefunden werden. Es seien diese Patrimonialbezirke, wo nicht bloß zur Plage der Staatsbürger, doch jedenfalls der reinste Luxus im Staatshaushalt gewesen, und es könne dem Staate nicht zugemuthet werden, wenn es einem Standesherrn beliebt hat, zum Glanze seines Hauses Männer in der Eigenschaft von Staatsdienern anzustellen, diese als solche zu übernehmen. Nach allem diesem beantragt die Commission: dem vorliegenden Gesetzesentwurfe nicht zuzustimmen, die Regierung aber zu bitten, im Verordnungswege den Vollzug der §§ 35 und 41 der Grundrechte anzuordnen. Dieser Antrag wird mit 44 gegen 19 Stimmen verworfen, dagegen die dem Gesetzesentwurf zustimmende Ansicht der Minderheit angenommen. Von ihnen führten Holzinger und Wieß aus, daß es allgemeinen Rechtsgrundsätzen widersprechen würde, wenn die Staatsgewalt die in Frage stehenden Gerechtsame den Standesherren entziehen, die damit verbundenen Verpflichtungen und Lasten aber von sich abwälzen wollte. Hiervon aber auch abgesehen, bestimme der Schlußsatz des § 35 der Grundrechte deutlich genug daß mit diesen Rechten auch die Lasten wegfallen, welche dem bisher Berechtigten dafür oblagen. Ueberdies dürfe das Verhältniß dieser Diener zu den Patrimonialherren nach der ganzen Sachlage und nach dem klaren Inhalte der verschiedenen Declarationen als ein privatrechtliches nicht aufgefaßt werden, denn sie seien überall den Staatsdienern gleichgestellt und haben die Rechtspflege und Polizei nach den Staatsgesetzen zu verwalten gehabt. Staatsrath Römer fügte hinzu, wenn man den Standesherren oder ihren Dienern ihr Recht verweigern wollte und diese sich mit einer Klage an die Nationalversammlung oder ein Reichsgericht wenden würden, so zweifle er nicht, daß auch nicht Eine Stimme zu ihren Ungunsten sprechen würde, und die württembergische Staatskasse hätte dann neben den Lasten auch noch die Proceßkosten (worauf es freilich mehrere der Herren Abgeordneten, Rödel, Pfäffiin, hätten gern mögen ankommen lassen) zu tragen. — Zustimmungsadressen in der deutschen Frage werden verlesen von Karlsruhe, Würzburg, Wiesbaden, Kassel, Frankfurt, und werden beantwortet werden. — Der Fünfzehnerausschuß wird auch ferner noch in Wirksamkeit bleiben, so lang die Lage des größern Vaterlandes gefährdet erscheint. An Schoders Stelle tritt Wieß von Eßlingen ein. Die neuesten Gerüchte und Zeitungsnachrichten über die Vorgänge in Preußen sieht übrigens Staatsrath Römer für übertrieben an. Es sei erst heute, sagt er, der württembergischen Regierung die Anzeige gemacht worden, daß der König von Preußen keineswegs abgeneigt sei, die Kaiserkrone zu übernehmen, ja daß er sogar unter Umständen auch die Reichsverfassung unbedingt annehmen werde, übrigens würde alle unsere Wachsamkeit nichts nützen, wenn die Regierungen von 32 Millionen gegen 6 Millionen auftreten wollten. Repscher dagegen hält die Gefahr immer noch groß genug, und grade den gegenwärtigen Augenblick drohend, indem man ja beabsichtigen könnte, nach und nach den Belagerungszustand über ganz Deutschland zu verhängen.

⊙ **Stuttgart**, 2. Mai. Es darf uns nicht Wunder nehmen, wenn Anträge, wie der folgende, in unserer Kammer zur Debatte und Beschlußnahme kommen, denn einestheils sind sie nur Consequenzen der einmal eingenommenen Haltung des schwäbischen Stammes, anderntheils sind sie durch die Gefahr des Vaterlandes mehr als je geboten. Der noch in Permanenz stehenden Fünfzehner-Commission erschien es geboten, um thatkräftig hinter den ausgesprochenen Worten zu stehen, die kurze Frist, die noch sicher ist, zur Rüstung zu verwenden, um sowohl der Pflicht gegen das Reich im Momente nachzukommen, als zur Vertheidigung des engern Vaterlandes gegen Angriffe, die ihm seine Hingebung an die deutsche Sache zuziehen könnte, bereit zu sein. Die Commission (Berichterstatter Becher) beantragte daher in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer, bei welcher die Staatsräthe Römer, Duvernoy, Goppelt und General Rüpplin am Ministertisch erschienen waren, folgende Bitten an die Regierung:

1) um schleunige Einberufung und Einübung der bereits bewilligten Landwehr, jedoch ohne vermehrten Offiziersstand;
2) um schleunige Einbringung weniger Zusatzbestimmungen zum Bürgerwehrgesetz, wodurch die Verpflichtung auf die körperlich tüchtigen Bürger vom 18. bis 25. Lebensjahr erstreckt wird. Die Regierung wird zugleich gebeten, hier ferner in Erwägung zu ziehen, ob nicht diese Mannschaft in besondere Abtheilungen, beziehungsweise größere tactische Körper, eingerahmt, und die Vollziehung der Einstellung und Einübung in Militärbezirken auf dem Lande durch zeitweise commissirte Offiziere und beurlaubte Unteroffiziere alsbald eingeleitet werden könnte, um sie bei einer Gefahr des Vaterlandes nöthigenfalls für eine Feldaufstellung verwenden zu können, (diese Ziffer nach der Fassung von Repscher);
3) um schleunige Vermehrung der Waffenvorräthe des Staates, namentlich durch möglichste Ausdehnung der einheimischen Waffenfabrikation. Der k. Regierung sollen die hierzu nöthigen Geldmittel angeboten werden;
4) mit denjenigen Landesregierungen, welche die deutsche Reichsverfassung bereits anerkannt haben, zu dem gemeinsamen Zwecke in Verbindung zu treten, und bei den übrigen Regierungen allen ihren Einfluß dahin zu verwenden, daß sie die Giltigkeit der Reichsverfassung gleichfalls unverweilt anerkennen.

Diese sämmtlichen Bitten an die Regierung wurden von der Kammer mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit angenommen. Aus der manches Interessante bietende Debatte heben nur Folgendes aus: Becher: Nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Wahrscheinlichkeit eines physischen Conflictes beider Massen, der Reichsländer, und derer, welche die Verfassung noch nicht anerkannt haben, ist gegeben, und deßhalb handelt sichs jetzt um die Rüstung, damit die Gefahr uns nicht unvorbereitet trifft. Repscher: Die Antwort des Königs von Preußen, dieses eben so beklagenswerthen als bewundernswerthen Fürsten, schließt eine Verständigung nicht aus, aber dazu ist es jetzt zu spät. Mögen die Fürsten das Volk nicht zur Verzweiflung treiben und nöthigen, statt des Mächtigsten den Würdigsten an die Spitze zu berufen! Staatsrath Römer: Die Länder, welche die Verfassung angenommen haben, sind darum noch nicht als Reichsland zu betrachten, denn die Verfassung ist noch nicht ins Leben eingeführt. Man kann nicht sagen, daß ein deutsches Reich jetzt schon bestehe, sondern es sind nur einzelne Staaten, welche den Weg zur Einigung eingeschlagen haben. Der Kampf dieser Staaten gegen die übrige Ländermasse wäre doch gar zu ungleich. Auch ist es ein Unterschied zwischen dem Unterschreiben einer Adresse und dem lebhaften Betheiligen mit Opfern von Geld und Leuten. Ich protestire dagegen, daß Württemberg allen Beschlüssen eines sogenannten Rumpfparlaments sich zu fügen habe; ich protestire dagegen, nicht nur im Interesse der Regierung, sondern auch im Interesse des Volks. Was die Majestät der Nationalversammlung beschließt, ist in Württemberg rechtsgiltig, aber nur die verfassunggebenden Beschlüsse der Nationalversammlung. Hölder: Wenn auch die Reichsverfassung nicht möglich ist, so muß doch die alte Bundesacte zerrissen bleiben. Wenn die Einheit verloren ist, so ist es unsere Pflicht, die Freiheit zu retten. General Rüpplin: Durch seinen moralischen Einfluß hat Württemberg seiner Pflicht Genüge gethan, sein materielles Gewicht in die Wagschaale zu legen, wäre erfolglos. Staatsrath Duvernoy: Durch Bajonnete darf die Einigung Deutschlands nimmermehr vollbracht werden. Die vorgeschlagene außerordentliche Rekrutirung greift härter als jedes andere Gesetz in die Verhältnisse unserer jüngern Mitbürger, in Gewerbe, Landwirthschaft, Weinbau, ein. Gegen diese theils abzulenken suchende, theils entgegenstehende Ansichten der Minister war die Kammer, wie ihr Beschluß zeigt, heute sehr einstimmig.

§ **Altona**, 30. April. Vom Kriegsschauplatz erfährt man, daß der General v. Prittwitz mit seinem Hauptquartier nach Christiansfelde gegangen, desgleichen der Divisionsgeneral v. Hirschfeldt mit einer preuß. Brigade. Nach den brieflichen Mittheilungen eines preußischen Offiziers aus Hadersleben soll der General v. Prittwitz vor seinem Abgang nach der Nordgrenze inmitten seiner Offiziere eine Anrede gehalten haben, deren Inhalt ungefähr folgender war: „Die Preußen ziehen in Jütland ein! Von Sr. Majestät dem Könige selbst ist der Befehl dazu eingetroffen. Se. Majestät wollen, daß die Schleswig-Holsteiner, die sich wie Männer geschlagen, möglichst geschont werden: — sie sollen nicht aus ihrer Stellung gedrängt werden, sofern sie dieselbe nicht aufzugeben wünschen, aber geschont sollen sie werden." Diese Worte des Höchstcommandirenden haben auf alle Gemüther einen erfreulichen Eindruck gemacht und man gibt sich im Lande der Hoffnung hin, daß man die errungenen Vortheile benutzen und wohl diesmal ein der gerechten Sache würdiges Resultat in der schleswigschen Streitfrage herbeiführen werde. 3000 Mann Kurhessen sind gestern in Schleswig eingerückt und die erste Brigade der Reichstruppen war bis Christiansfelde vorgerückt. Die Bayern zogen mit v. d. Tann an der Spitze in Hadersleben ein. In Jütland ist es still; eine auf Recognoscirung ausgehende schleswig-holsteinische Dragonerabtheilung hat bis Veile auf keinen Feind gestoßen. Das Hauptquartier des General v. Bonin ist noch in Wonsyld, eine halbe Stunde diesseits Kolding. Ueber die Aufnahme der deutschen Truppen bei der nordschleswigschen Landbevölkerung lauten die Aussagen viel erfreulicher, als im vorigen Jahre. Besonders erfreulich ist es uns gewesen, darüber das Urtheil preußischer Offiziere zu hören, die eingestehen, daß selbst der nordschleswigsche dänisch redende Bauer die politische Lage zu begreifen anfange.

Eine klare Umschau in den dänischen Blättern dürfte hier noch schließlich am Platze sein. Die „Berlingsche" enthält sich seit einiger Zeit aller räsonnirenden Artikel und bringt nichts weiter als Bulletins vom Kriegsschauplatze. „Flyveposten" beurtheilt die deutschen Zustände nach Plakaten und demokratischen Protesten. Das sonst so extravagante „Faedrelandet" ist jetzt besonnen und beurtheilt die Verhältnisse nach ihren wahrheitgemäßen Grundlagen. So bemerkt genanntes Blatt in Bezug auf Dänemark bei Beurtheilung der gegenwärtigen Sachlage derb und wahr: „Gewiß bedürfen wir der Resignation und das ist für uns keine gewöhnliche oder allgemeine Tugend. Hätten wir davon mehr gehabt, als unsere Angelegenheiten besser standen wäre die Menge nicht übermüthig, nicht blind und ungestüm gewesen, als keine Gefahr da war: so wäre jetzt die Gefahr wahrscheinlich geringer." Dies dänische Selbstbekenntniß sollte man sich deutscherseits merken und hiernach handeln. Die „Kjöbenhavnsposten" beschäftigt sich größtentheils mit den innern Angelegenheiten Dänemarks, wo der Conflict zwischen Reichstag und Ministerium immer bedrohlicher sich entfaltet und letzteres recht bald dem Zuge des jetzt gebräuchlichen constitutionellen Ministerialpolitik folgen und den Reichstag auflösen wird.

Frankreich.

** **Paris**, 1. Mai. Bei den Zusammenrottungen der letzten Abende wurden an 400 Personen verhaftet, von denen 135 bereits wieder in Freiheit gesetzt worden sind.

Die Nationalversammlung beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung hauptsächlich mit der Fortsetzung der Debatte über die Lamoricierische Armeereform.

Die neueste Post aus Marseille bringt Nachrichten über die römische Expedition. Von Civita-Vecchia hatte Oudinot folgende Proclamation an die Römer erlassen:

„Bewohner der römischen Staaten! Angesichts der Ereignisse in Italien beschloß die französische Republik, ein Armeecorps auf Euer Gebiet zu schicken, nicht um Eure gegenwärtige Regierung zu vertheidigen, welche sie nicht anerkannte, sondern um von Eurem Vaterlande

großes Unglück abzuwenden. Frankreich ist nicht Willens, sich das Recht zuzuschreiben, Interessen auszugleichen, welche vor Allem die der römischen Bevölkerung sind und, in soweit sie allgemeiner Natur, sich über ganz Europa und über das christliche Universum erstrecken. Es glaubt nur, daß es besonders durch seine geographische Lage dazu berufen sei, zu interveniren: um die Herstellung einer Regierung zu erleichtern, die von den Mißbräuchen, welche der Edelmuth des erlauchten Pius IX. auf immer abschaffte, ebenso entfernt ist, als von der Anarchie der letzten Zeit. Die Fahne, die ich auf Euren Gestaden aufpflanze, ist die des Friedens, der Ordnung, der Versöhnung, der wahren Freiheit. Um sie herum werden sich alle diejenigen sammeln, welche zur Erfüllung dieses patriotischen und heiligen Werkes beitragen wollen."

Italien.

Turin. Der Staatsminister Gioberti ist aus Paris zurück hier angekommen. Auffallend ist, daß mit seiner Rückkunft die Abbrechung der Friedensunterhandlungen mit Oesterreich zusammenfällt.

Ungarischer Kriegsschauplatz.

Wien, 29. April. Ueber die Schlacht bei Komorn gibt uns das gestrige Bulletin nur den zweiten Theil zu wissen. Da der von den Kaiserlichen erstürmte Sandberg hinter den Verschanzungen des Belagerungscorps liegen soll, müssen die Insurgenten früher diese genommen haben. Nach glaubwürdig scheinenden einzelnen Berichten hätten die Insurgenten in der Nacht die Festungsbrücke überschritten und zugleich bei Atsch eine Brücke zu schlagen angefangen. Während nun die ersteren das Belagerungscorps des Feldmarschallieutenants Simunich in unerwartetem Ueberfall aus seinen Stellungen warfen und einen Theil des Belagerungsgeschützes eroberten, zerstörte das kaiserliche Geschütz die fast fertige Brücke bei Atsch. Bei dem fünfmal wiederholten Versuch der Insurgenten, die Brücke herzustellen, sollen die Honvedbataillone großen Muth gezeigt, zugleich aber einen starken Verlust erlitten haben. Endlich gelang es ihnen dennoch — nicht über Pletten — sondern über diese Brücke einige Truppen an das rechte Donauufer zu bringen. Einstweilen hatte Simunich Verstärkungen an sich gezogen und griff nun, von dem Corps des Grafen Schlick unterstützt, die von der Festung vorgedrungenen Insurgenten an, warf sie wieder mit starkem Verlust zurück und kam hierdurch in den Besitz seiner vorigen Stellung und des Belagerungsgeschützes, von welchem jedoch schon ein Theil in die Festung gebracht, einige Kanonen vernagelt und versenkt, der größere Theil unversehrt geblieben sein soll. Da nach dem Rückzug der Insurgenten auf dieser Seite der Uebergang bei Atsch über die Donau nicht mehr forcirt werden konnte, zogen sie sich auch hier zurück, ohne die Brücke erhalten zu können. Es sollen 40,000 Insurgenten und 30,000 kaiserliche Truppen im Gefecht gewesen sein, welches zwar mit dem gänzlichen Rückzug der Insurgenten endete, doch wurden die Laufgräben des Belagerungscorps zerstört, das Infanterieregiment „Heß" zersprengt, andererseits aber auch zwei Honvedbataillone aufgerieben, und überhaupt die Insurgententruppen sehr gelichtet. Baron Weldens Hauptquartier war gestern in Ungarisch-Altenburg, heute wurde es nach Preßburg verlegt, doch bleiben die von Gran bis Raab aufgestellten kaiserlichen Truppen, zur Verhinderung eines Donauüberganges, in ihrer jetzigen Stellung, da Baron Welden nur darum nach Preßburg sich verfügte, um hier ein sich sammelndes Corps von 40,000 Mann zu organisiren und so auf beiden Seiten des Donaustroms die Operationen zu leiten. Das Corps des Generals Wohlgemuth gehört mit zu diesen Preßburger Truppen. Um Oedenburg sammeln sich nur Rekruten und Marodeurs. Ob nun die Insurgenten unter Görgey noch einmal den Uebergang versuchen und in dieser Gegend vordringen trachten oder — nachdem sie ihren Zweck, die Entsetzung Komorns, erreicht haben — sich gegen Oberungarn bewegen werden, steht dahin. Pest ist unter der Herrschaft der Insurgenten fortwährend ruhig. Der commandirende General in Ofen, Henczy, warnt vor jeder Feindseligkeit, welche ein Bombardement nach sich ziehen würde. Die Schiffbrücke wurde verbrannt, der Brückenkopf der Kettenbrücke auf der Pester Seite soll von kaiserlichen Truppen besetzt sein. Die Russen haben die Grenzen Oesterreichs, wenigstens gegen Wien zu, noch nicht überschritten und die Nordeisenbahndirection hat auch noch keine Anzeige zum Transport derselben erhalten. Am 25. April waren die Russen nach bestimmten Berichten nicht in Krakau, und an der Grenze Oberungarns bei Dukla wußte man am 24. April noch nichts von den Russen, die über Lemberg und Teschen in Anmarsch begriffen sind.*) Andererseits behauptet man, daß sie von der Bukowina aus schon Klausenburg erreicht hätten, authentische Berichte hierüber fehlen. Von Ofen kam heute wieder keine Post. — Die sardinischen Friedenscommissäre sind von Mailand nach Turin, um über die Bedingnisse, welche der Abschließung des Friedens entgegenstehen, nähere Weisungen zu erhalten, es scheint, daß die Ereignisse in Ungarn hier eine Rückwirkung auf die Erzwingung eines für Sardinien vortheilhaftern Friedens äußern, doch könnte Radetzky bald einen Strich durch ihre Rechnung machen.

Wir sind in der Lage (meldet der österreichische Correspondent), aus verläßlichen Mittheilungen eine Uebersicht der vorzüglichsten Chefs im Lager des ungarischen Insurgentenheeres zu geben. Wir führen sie nach ihrer Nationalität an, weil eben damit dem aufmerksamen Leser ein weiteres Feld zu ernsteren Betrachtungen eröffnet wird, und unsere schon öfter wiederholten Hinweisungen auf die fremden Elemente in Ungarn volle Bestätigung finden. Polen: Czartorysky, Kamoski, Dembinski, Graf Sabatorski, Fürst Nikolawski, Bem, Benizki Podinski, Lapinski, Kamonezki, Walgorski, Domicanus, Vetter. Magyaren: Klapka, Kiß, Meßaros, Görgey, Perczel. Engländer: Distrali (Verwandter des bekannten britischen Parlamentsmitgliedes), Danenberg. Italiener: Reide, Romano. Franzosen: Duchatel, Dumbuton, Saulier, Guyau. Deutscher: Mack, ehemaliger kaiserlicher Feuerwerker, Instructer der Artillerie, Commandant von Komorn.

† **Wien,** 30. April. Die Nachrichten, die heute aus Ungarn eingelaufen sind, lauten entmuthigend für die kaiserliche Sache. Die ganze Nacht hindurch wurden Verwundete auf Wägen unter Fackelbegleitung nach Kaiser-Ebersdorf gebracht, wo ein Filial-Spital zu ihrer Unterkunft errichtet ward. Andere Transporte sind auf Dampfschleppschiffen angelangt. Bei Acs soll eine mörderische Schlacht geschlagen worden sein, und sowohl in dieser, als in den Gefechten, die bei Raab und Neuhäusel stattfanden, sollen die k. k. Truppen großen Verlust erlitten haben. Das Regiment Zanini soll, bis auf wenige Offiziere, zu den Magyaren übergegangenen und das Belagerungsgeschütz von Komorn hinwärts nach Preßburg transportirt worden sein. Detaillirten Berichten zufolge war die rückgängige Bewegung der k. k. Truppen so beschleunigt worden, daß man Mehl- und andere Vorräthe spottwohlfeil verkaufte, da deren Mitnahme nicht mehr thunlich gewesen. Komorn ist also entsetzt, und bereits gestern Abend wußte man, daß die kaiserlichen Truppen sich gegen die deutsch-österreichische Grenze zurückziehen. Auch von der untern Donau sollen üble Nachrichten angelangt sein. Es wurde erzählt, daß das Corps des Banus völlig gesprengt und ein Theil desselben in magyarische Dienste getreten sei. Bei Kiß-der nämlich, erzählt man, sei es zu einem Treffen gekommen, der Ban sei geschlagen, er selbst flüchtig geworden und habe sich nach der Walachei gewendet. General Vetter und Graf Casimir Batthiany standen ihm gegenüber. Wo Dembinsky und Görgey stehen, weiß man nicht und erwartet den Verfolg ihrer Operationspläne. In den obigen Treffen commandirten Klapka und Gynon. — Ein Manifest Kossuth's spricht die Unabhängigkeit Ungarns und seiner Nebenländer von Oesterreich aus und sagt diese Länder von der habsburg-lothringischen Dynastie los, „weil sie einen so unheilvollen Krieg über Ungarn herbeigeführt".

Das Regiment Kaiser-Uhlanen ist auf seinem Zuge aus Italien nach Ungarn hier angelangt und in der Vorstadt Wieden bequartiert worden. — Man spricht heute sehr stark vom Austritte des Fürsten Schwarzenberg aus dem Ministerium und von dessen Ersetzung durch den Grafen Colloredo-Wallsee. — Gestern Abends hieß es, Fischer sei zum Justizminister ernannt, während andererseits seine Ernennung zum Minister des Innern behauptet wird.

Wien, 30. April. Das Hauptquartier der kaiserlichen Armee stand gestern in Altenburg, dem Hauptorte des Wieselburger Komitats am rechten Donauufer, 2 Meilen von Preßburg (nicht zu verwechseln mit dem schon in Oesterreich liegenden Dorfe Deutsch-Altenburg). Doch scheint es seitdem sich in südwestlicher Richtung bewegt zu haben, und Oedenburg dürfte der Punkt sein, um den die Armee sich vollständig concentrirt, und von wo aus die neuen Operationen beginnen werden. Außer einem unverbürgten Gerüchte, daß Perczel die Stadt Czegg in Schutt geschossen und den größten Theil der dortigen von Pest geflüchteten Dampfboote genommen habe, fehlt es seit zwei Tagen an bemerkenswerthern Nachrichten aus Ungarn. — Auch von der russischen Intervention ist es heute wieder stiller geworden. Ueberhaupt führt uns diese russische Geschichte ordentlich am Narrenseile herum. Während einerseits wiederholt versichert wird, eine starke russische Avantgarde sei bereits über Biala in Ungarn eingerückt, verlautet es von der andern Seite, die Unterhandlungen mit Rußland seien noch keineswegs abgeschlossen, vielmehr zeigten sich neuerdings nicht unerhebliche Schwierigkeiten; im günstigsten Falle könne an ein Einrücken russischer Truppen in stärkerer Anzahl vor 6 bis 8 Wochen nicht gedacht werden. Und 6 bis 8 Wochen, wer den Charakter des ungarischen Krieges kennt, der weiß, welch ein ungeheurer Zeitraum diese Frist ist, und welche Wendung die Sache bis dahin nehmen kann. Gestern Nacht und heute Morgens sind abermals große Transporte mit Verwundeten, die auf Dampfbooten befördert wurden, hier angenommen. Heute Nachmittag erwartet man neue Ankömmlinge. Es ist ein erschütterndes Schauspiel, diese verstümmelten Jammergestalten zu sehen mit den Spuren erst kürzlich vollzogener Amputationen. Gar Viele können weder stehen, noch gehen, noch sitzen, noch vertragen sie die Bewegung des Fahrens, und müssen auf Tragbahren vom Landungeplatze in die Spitäler geschafft werden.

Der „Const. Ztg." schreibt man: Unsere Stadt bietet heute herzerschütternde schauderhafte Scenen; denn Wagen an Wagen kommen in Massen — wie ich höre über 1000 Mann — schwer Verwundeter hier an, um sogleich in die Spitäler, aus welchen die früheren Insassen auf die Dörfer geschafft werden, untergebracht zu werden. — Dem Vernehmen nach ist Raab bereits geräumt, da eine Schlacht vorgefallen sein muß, weil leider so zahlreiche Verwundete hereingebracht werden. Freitag Mittag ist die letzte Bombe nach Komorn geschleudert worden; ich vergaß Ihnen gestern zu melden, daß diese Festung bereits deblokirt ist. Flüchtlinge aus Preßburg versichern, daß diese Position ebenfalls geräumt worden; denn schon sind die schweren Geschütze hierher geschafft worden. Die Bauern der Umgegend sind aufgeboten worden, in Masse nach der Stadt zu ziehen, um, wie man glaubt, die von den k. k. Truppen angelegten Schanzen zu zerstören. Aus der Masse der heute circulirenden Gerüchte hebe ich besonders heraus, daß der französische Gesandte gedroht, abzureisen, wenn die Russen einrücken. Thatsache ist übrigens, daß zur Stunde noch keine Russen angelangt sind.

Vier Uhr. Man erzählt soeben, daß es den k. k. Truppen gelungen ist, Neutra zu besetzen. Von der Aufregung unserer Stadt beim Andenken der Verstümmelten kann sich nur derjenige einen Begriff machen, der das milde weiche Herz des Oesterreichers kennt. Wie ich erfahre, sind die Verwundeten in Folge eines unglücklichen Treffens bei Acs hereingebracht worden.

So eben ankommende Briefe aus Mailand melden, daß die sardinischen Friedensunterhändler die Verhandlungen gebrochen und unter dem Vorwande, neue Instructionen zu holen, Mailand verlassen haben. Wenn auch hieran sich nicht die Vermuthung knüpft, daß das ganze Friedenswerk aufgegeben sei, so scheinen die Unfälle, die Oesterreich in Ungarn erlitten hat, doch der Grund hierzu zu sein, um vielleicht durch das drückende Benehmen bessere Bedingungen zu erzielen. Die Kriegsentschädigung gibt den ostensiblen Vorwand. (D. Ref.)

Prag, 28. April. Ueber das Schicksal von Ofen, schreibt man der „Leipziger Zeitung", namentlich darüber, ob es eine Garnison behalten solle oder nicht, wußte man noch nichts Bestimmtes. Es gilt als unzweifelhafte Gewißheit, daß, wenn Fürst Windischgrätz das Obercommando nur noch 10 Tage behalten hätte, die Armee unrettbar abgeschnitten worden wäre. Dembinski hatte den Plan gefaßt, in demselben Augenblicke, wo Bem mit 30,000 Mann, unter Anderem auch guteraniserte Infanterie, zu ihm gestoßen sein würde, das österreichische Armeecentrum zu durchbrechen, Komorn zu entsetzen, die Donau zu passiren und die auf dem rechten Donauufer befindliche Wien-Ofener Straße zu sperren. Insofern hat Welden die k. k. Armee gerettet. Gelingt es den Magyaren, den Donauübergang zu forciren, so soll Welden, wie ausdrücklich versichert wird, weder Ofen zu halten, noch die Belagerung Komorns fortzusetzen gesonnen sein. In diesem Falle würde der Krieg neu von vorn beginnen müssen. Verstärkungen gehen beständig nach Ungarn ab. Dagegen ist auch die ungarische Armee außerordentlich zahlreich und wird sich mittelst der Besetzung Pest's, im Herzen der blühendsten bis jetzt noch ruhig gewesenen Comitate gelegen, neue Zuzüge verschaffen. Die Stärke derselben besteht in der leichten Reiterei und der vorzüglichen Bespannung der Geschütze, mittelst deren die schnellste Beweglichkeit erzielt wird. Die Honveds sind minder gut disciplinirt, aber noch stehen den Magyaren ehemalige k. k. Infanterieregimenter zu Gebote, als z. B. Alexander, Baja, Prinz von Preußen, Ceccopieri, Zanini u. m. A. Diese Kerntruppen sollen noch nicht einmal ins Feuer geführt worden sein. Der Banus Jellachich ist nach dem Süden abmarschirt, um Verstärkungen aus den slavischen Bezirken herbeizuziehen. Man erzählt, er sei von der Hauptarmee abgeschnitten worden. Diese Nachricht entbehrt der Begründung, jedoch sicher ist, daß die Grenzer nach Hause sich sehnen und von dem unfruchtbaren blutigen Kriege Nichts mehr wissen wollen.

Nachschrift.

* **Berlin,** 2. Mai. Der bisherige Minister des Auswärtigen, Graf v. Arnim, ist amtlicher Anzeige zufolge von seinem Posten entbunden und mit dem hiedurch erledigten Portefeuille interimistisch der Ministerpräsident Graf v. Brandenburg betraut worden.

Börsenberichte.

Frankfurt, 3. Mai. Die Haltung der heutigen Börse war überaus fest, namentlich zeigte sich für österreichische Papiere lebhafte Nachfrage, wodurch auch sämmtliche Gattungen derselben willig zu verbesserten Preisen als gestern zu placiren waren. 5pCt. Metall. bleiben 75⅛, ⅜ pCt., 2½pCt. Metall 30⅞ pCt., Wienerbankactien 1152 fl., 500 fl. Loose 126 pCt., 250 fl. Loose 127½ pCt. G. Alle übrigen Anlehenslooose behaupteten sich fest auf ihrem gestrigen Standpunkt. Südrussische und belgische Obligationen gut preishaltend. Von Eisenbahnen stehen Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 33⅜ Nthlr., Berlach 72½ pCt., Köln-Minden 76½ pCt., Taunus 261 fl. 3pCt.inländ. Span. wurden zu 24⅛, ⅜ pCt. verhandelt. Sämmtliche Wechsel bei sehr stillem Handel auch heute ohne Courveränderung. Abends nach Ausgabe der Madrider Post zeigte 3pCt. inl Schuld ebenso wie an der einheimischen Börse eine etwas mattere Haltung und schlossen in der Effectenbörse 24 à 24⅛ pCt im Cours.

Wien, 30. April. 5pCt. Metall. 86⅞. — 4pCt. 69. — 3pCt. —. — 2½pCt. 45⅛. — Bankactien 1110. — 500 fl. Loose 146. — 250 fl. Loose 89. — Nordbahnactien 95. — Glogauer 93. — Mailänder 66.

Berliner Nachrichten, sowie andere Nachrichten aus Ungarn drückten die Course an heutiger Börse, wozu gen Devisen und Compitanten zu den gestrigenen Course begehrt waren.

Berlin, 1. Mai. Staatsschuldscheine 79⅛ bez, Seehandlungs-Prämienscheine 100 bez. u. Br., Bankanscheine 87⅞ bez, Berlin-Hamburg 53½ G., Köln-Minden 76⅛ u. 77 bez., u. Br., Hildesh. Anh.-Nordb. 33⅛ bis ⅜ bez., Rhein. 40 bez., Thüring. 49⅛ zu machen, Kurh bei Stieglitz 5. 85⅛ Br., Pole. 500 fl. Loose 73 Br., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 15⅛ G.

Der Geschäftsverkehr war auch an der heutigen Börse sehr unbedeutend. In Folge der gestrigen Abrechnung fanden noch mehrfache Deckungen statt, welche bei dem theilweisen Mangel an Stücken die fernere Erhöhung einiger Course veranlaßten; besonders wurden preußische Staatsschuldscheine höher bezahlt, dagegen erfahren rheinische Actien einen Rückgang von 6pCt, weil dieselben, wie verlautet, keine Zinsen pro 18.8 zahlen werden.

Amsterdam, 1. Mai. 2½pCt. Integr. 49⅝. — 3pCt. Schuld 38⅛. — 4pCt. do. 77⅛. — 5pCt. Anl. 101½. ⅞ ex div. — do à 510 Pf. St. 12½, ⅝ ⅛ ex divid. — 3pCt. inländ. à 6000 fl. 24⅜ ⅝. — Coupons 8⅛. — 3pCt. Port 28⅝. — 4pCt do. 29⅛ ⅛. — 5pCt. Met. 72⅝ ⅛ ⅝. — 2½pCt. do. 38⅝.

London, 30. April. 3pCt. Stocks 91⅞ à 92. — 5pCt. Span. 17⅛ ⅜ ⅝. — Neue 3pCt. 34⅜ ⅝. — 4pCt. Port. —. — 2½pCt. Holländ. —.

Madrid, 26 April. 3pCt. 24½ P., n d. B., 24⅛ P. — 5pCt. 10⅞ G.

Paris, 1. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 88. 5. — 3pCt. 56. 75. — Neue 3pCt. Span. 33⅞. — Bankactien 2395. — Versailles, linkes Ufer 120. — Paris-Orleans 850. — Paris-Rouen 570. — Orleans Bordeaux 410. — Orleans-Bierzon 360. — Marseille-Avignon 217. 50. — Straßburg-Basel 105 — Nordbahn 453. 75. — Paris-Straßburg 321. 25. — Römisches Anlehen 77⅞. ⅝.

Die Börse eröffnete mit steigender Tendenz, stellte sich aber darauf in Folge ungünstiger Nachrichten aus Deutschland niedriger.

---

*) Wir verweisen auf die gestrigen Berichte aus Lemberg und Teschen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

[1291] **Bekanntmachung.**

Die Personenpost von Cassel nach Iserlohn resp. Hagen wird vom 24. April c. an zum Zwecke des Anschlusses an die Eisenbahn nach Elberfeld ꝛc. schon um 3 Uhr Nachmittags, statt bisher 5¼ Uhr Abends aus Cassel abgefertigt.

Frankfurt a. M., im April 1849.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.
vdt. Kölle.

[1259] **Bekanntmachung.**

Bei den nachstehend bezeichneten Herzogl. Nass. Postämtern befinden sich mehrere Postsätze und ein Werthbrief, welche als unbestellbar von den resp. Bestimmungsorten zurückgesendet worden sind, nämlich:

bei der Postverwaltung zu Wiesbaden:
ein Postsack an Herrn Heinrich Bart zu Cassel,
bei der Postverwaltung zu Schwalbach:
ein desgleichen an Herrn Jakob Dorn in Oestrich, und
bei der Postexpedition zu Biebrich:
ein Werthbrief an Herrn Remern zu Cöln.

Die Eigenthümer dieser Gegenstände werden daher hiermit aufgefordert, solche bei den benannten Postämtern gegen gehörige Legitimation, bezüglich gegen Rückgabe des betreffenden Postscheines, sowie gegen Bezahlung des darauf haftenden Porto's binnen sechs Monaten in Empfang zu nehmen, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist anderweit darüber wird verfügt werden.

Frankfurt, den 28. April 1849.

Oberpostamt.

[1043] Bei Georg Wigand in Leipzig ist so eben erschienen und in der Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkartenhandlung in Frankfurt a. M. zu haben:

Wie ist es denn nun eigentlich in Amerika?

Eine kurze Schilderung dessen, was der Auswanderer in Nordamerika zu thun und dafür zu hoffen und zu erwarten hat.

Von **Fr. Gerstäcker.**

Preis 24 kr.

[1153] In der **Wagner'schen** Buchhandlung in Innsbruck ist erschienen und durch die **Andreäische** Buchhandlung in Frankfurt am zu beziehen:

Beda Weber, Tyrol und die Reformation.

In historischen Bildern und Fragmenten. Ein katholischer Beitrag zur Charakterisirung der Folgen des 30jährigen Kriegs vom tyrolischen Standpunkte aus. gr. 8. geh. 1841. fl. 2. 42 kr.

[1276] **Heinsheim, Bezirks-Amt Mosbach, bei Wimpfen:**

Mastvieh-Verkauf.

Am Montag den 7. Mai d. J., Vormittags von 10 Uhr an, verkaufe ich an die Meistbietenden

24 Ochsen,
20 Rinder und
130 Hammel,

vorzüglich fette Waare, letztere in kleineren Partieen, wozu ich Liebhaber anmit höflich einlade.

Den 23. April 1849.

Johann Muth.

[1223] **Mobilien-Versteigerung.**

Montag den 7. Mai l. J. und während der folgenden Tage von 9 bis 12 und von 2 bis 5 Uhr sollen in dem Hause der Wittwe des Seilermeisters Heim in der Karlsstraße dahier die hinterlassenen Mobilien des Mechanikus Andreas Loos, bestehend in Geld und Silber, Kleidern, Werkzeug, Bettwerk, Möbeln, Hausrath, Büchern, dem Werkzeug des Verstorbenen, sowie dessen Vorrath an Waaren, insbesondere an physikalischen, optischen und sonstigen Instrumenten, gegen gleich baare Zahlung versteigert werden. Am 7. Mai Nachmittags kommen die Bücher und am 8. Mai das Werkzeug, die Instrumente und sonstige Waaren zur Versteigerung.

Darmstadt, den 20. April 1849.

Großherzogl. Hess. Stadtgericht.
Strecker. Reuling.

Das Anlehen vom Jahre 1845 betr.

Die am 30. vor. Mts. in der 13. Ziehung herausgekommenen und planmäßig am 1. October 1849 zahlbaren 2000 Stück 35 fl. Loose dürfen nach erhaltener Ermächtigung schon vor der Verfallzeit gegen einen Abzug von ⅓ hell. vom Gulden bei Zahlungen in den Monaten Mai und Juni, und von ⅓ hell. vom Gulden bei Zahlungen in den Monaten Juli, August und September eingelöst werden, wovon die Besitzer jener Loose hiermit in Kenntniß gesetzt werden.

Karlsruhe, den 30. April 1849. [1277]

Großh. Bad. Eisenbahnschuldentilgungs-Kasse.

[1254] **Interessante Anzeige.**

Von dem berühmten privilegirten, in den Berliner und Wiener Jahrbüchern, — in der Revue encyclopédique und einer Menge anderer Zeitschriften empfohlenen

Haarmittel

des Naturforschers und Professors Thibaud zu Paris, à 1 fl. 30 kr. pr. Topf — gekrönt von der k. Akademie, zur Erhaltung, Wiedererzeugung der Haare und Herstellung des männlichen Bartes in schönster Fülle, sind bei Herrn Ph. Whm. Hölz, am Liebfrauenberg in Frankfurt a. M., Sendungen eingetroffen.

Bemerkung. Ueber 2000 amtliche und Privatzeugnisse liegen zur Einsicht vor, auch ist der Unterzeichnete so sehr von der Vortrefflichkeit seines Mittels überzeugt, daß er seinen Agenten Herrn Karl Graf in Augsburg ermächtigt, die Beträge ohne weiteres zurückzugeben, wenn nach vorschriftsmäßigem Gebrauche bei dem vierten die sechsten Töpfchen der lohnende Erfolg sich nicht vollkommen bestätigen sollte.

George Thibaud.

Von den neuesten Anerkennungen möchte wegen Erhaltung des Raumes nur folgende angeführt werden: „Seit 15 Jahren an Kahlköpfigkeit leidend, die durch die bisher bekannten Mittel mehr verschlimmert als verbessert wurde, prange ich nunmehr mit Hülfe des Thibaud'schen Haarmittels mit schönerem und üppigerem Haarwuchs als je zuvor; eben so bewährte sich dieses Nemezium gegen das Ergrauen bei zwei alten Grauköpfen und Arrauten von mir, durch Wiederherstellung ihrer Haare in jugendlicher Farbe und Fülle in so auffallender Weise, daß ich Alles, was ich über die Unfehlbarkeit dieses Productes gelesen, nicht nur vollkommen bestätigt finde, sondern mir auch ein Vergnügen daraus mache, solches allenthalben zu empfehlen. Blankenburg, 2. April 1847. Attregierungsrath Escher. Die Aechtheit der Unterschrift bestätigt:

Für den Gemeinderath
(L. S.) **Roth.**

Bemerkung. Zum Schutze gegen Nachahmung enthalten die beigefügten Gebrauchsanweisungen eine mit sonst nirgends existirender Schrift gedruckte Warnung, welche also lautet: „Zum Schutz gegen Nachdruck ꝛc.," woran man die Aechtheit obigen Gegenstandes allein erkennen wolle.

☞ Briefe und Gelder erbitte franco nebst 7 kr. Verpackungs- und Einschreibgebühr einzusenden.

[1284]

Bekanntmachung.

In Folge des mit dem 1. Mai l. J. in's Leben tretenden Sommerfahrtenplans der Main-Neckar-Eisenbahn werden die nachbenannten mit derselben in Verbindung stehenden täglichen Eilwagencourse im Großherzogthum Hessen in folgender Weise abgefertigt:

1) von **Darmstadt** nach **Erbach** und **Hirschhorn**:

8¼ Uhr Morgens, Ankunft in Erbach um 1¼ Uhr Nachmittags, in Hirschhorn nach 5 Uhr Abends,
von Hirschhorn zurück: 9¼ Uhr Morgens, Ankunft in Darmstadt nach 5 Uhr Abends.

2) von **Darmstadt** über **Dieburg** nach **Erbach**:

5 Uhr Abends, Ankunft in Erbach um 10¼ Uhr Abends,
von Erbach nach Darmstadt 4¼ Uhr früh, Ankunft daselbst um 10¼ Uhr Vormittags.

3) von **Darmstadt** nach **Reichelsheim**:

5 Uhr Abends, Ankunft in Reichelsheim um 9 Uhr Abends,
von Reichelsheim nach Darmstadt um 9 Uhr Morgens, Ankunft in Darmstadt um 10 Uhr Vormittags;

4) von **Bensheim** nach **Worms**:

1 Uhr Nachmittags, Ankunft in Worms um 3 Uhr Nachmittags,
von Worms nach Bensheim um 4¼ Uhr Mrgns., Ankunft in Bensheim 6¼ Uhr Mrgns.

5) von **Darmstadt** nach **Gernsheim**:

5 Uhr Abends, Ankunft in Gernsheim um 7½ Uhr Abends,
von Gernsheim nach Darmstadt um 5 Uhr Mrgns., Ankunft in Gernsheim 7½ Uhr Mgns.

6) von **Heppenheim** nach **Fürth, Erbach** und **Miltenberg**:

6¼ Uhr Abends, Ankunft in Fürth um 8¼ Uhr Abends, in Erbach um 11 Uhr Abends, in Miltenberg um 3 Uhr früh,
von Miltenberg nach Erbach, Fürth und Heppenheim: um 10 Uhr Abends, Ankunft in Erbach um 1¼ Uhr früh, in Fürth um 4¼ Uhr früh und in Heppenheim um 6¼ Uhr Morgens

7) von **Heppenheim** nach **Erbach**:

9¼ Uhr Morgens, Ankunft in Erbach um 2 Uhr Nachmittags.
von Erbach nach Heppenheim um 1 Uhr Nachmittags, Ankunft in Heppenheim um 5¼ Uhr Nachmittags.

Ferner der Eilwagencours:

8) von **Seligenstadt** nach **Dieburg**:

Montags und Freitags 6 Uhr Morgens, Ankunft in Dieburg nach 2¼ Stunde,
von Diburg nach Seligenstadt: Montags und Freitags 7 Uhr Abends, Ankunft in Seligenstadt nach 2¼ Stunde.

Frankfurt a. M., den 30. April 1849.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.
vdt. Kölle.

Patent-Eisenbahn- und andere Wagen-Achsen,
angefertigt durch die

Patent Shaft and Axeltree Company,
Brunswick Iron Works,
Wednesbury, Staffordshire, England.

Nachdem das richterliche Comite des geheimen Raths erklärt hatte, daß sich die, durch die Patent Shaft and Axletree Company angefertigten Achsen als eine öffentliche Wohlthat erweisen, da dieselben Zeit zur Sicherheit des Reisens auf Eisenbahnen beigetragen, wurde ihr das ausschließliche Recht, dieselben zu fabriciren, auf vier Jahre verlängert, jedoch unter der Bedingung, daß der billige Preis, für den sie bisheran gearbeitet, auch ferner beibehalten werde.

Es wurde auch nachgewiesen, daß diese Achsen allgemein im Gebrauch, indem über 100,000 Stück an englische und Eisenbahnen auf dem Continent geliefert worden, unter denen wir vorzüglich die London- und North-Western-, die Midland- und die Great-Western-Bahn anführen; daß dieselben häufig der schwersten Proben ausgesetzt, denen die Ingenieure jener Bahnen sie unterwarfen, und viele andere noch schwerere, welchen sie zufällig im Gebrauche ausgesetzt waren. In einem solchen Falle hielt eine 4½ Zoll im Durchmesser haltende Patent-Achse, die ganze Kraft eines schweren Zuges aus, der sechzig Meilen in einer Stunde machte, durch welchen sie zwar ganz zusammen gedreht und beinahe doppelt gebogen wurde, ohne aber den geringsten Bruch zu zeigen.

Das bei der Anfertigung dieser Achsen angewandte patentirte Princip macht, daß dieselben in allen Richtungen eben stark sind, denn die Welle (the faggot) ist genau cylindrisch gebildet, und die äußeren Stäbe sind in solchen Einkerbungen gewalzt, daß sie aufs genauste um einen Mittelstab passen. Diese Welle, wenn auch stark, ist vollkommen in einer Hitze durchaus zusammengeschweißt, so daß die Nothwendigkeit häufigen Erhitzens und Hämmerns der gewöhnlichen Bearbeitung, wodurch man oft Gefahr läuft, nur unvollkommen zu schweißen; das Eisen zu verbrennen oder auf andere Weise zu schwächen, ganz vermieden wird.

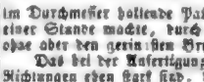
Die Anwendung dieses Princips, verbunden mit der durch lange Uebung gewonnenen Erfahrung über die Qualität, die Mischung und die Behandlung des Eisens, um dasselbe geeignet zu machen, den Anstrengungen, denen eine Achse ausgesetzt ist, zu widerstehen, befähigt die Patent Shaft Company immer gleichförmig sichere Achsen zu liefern.

In allen Fällen, wo die Patent Shaft Company's Achsen gewünscht werden, wird man höflichst gebeten, sich direct an die Eisenwerke zu wenden, denn obgleich jede Patent-Achse mit dem Namen der Compagnie gestempelt ist, sind doch in vielen Fällen schon werthlose Achsen, die mit etwas mehr Kosten als ganz gewöhnliches Stabeisen geliefert sind, als Patent-Achsen untergeschoben worden.

Vor dem geheimen Rathe wurde durch Robert Stephenson, Esq. M. P. der Beweis geliefert, daß bei einem Versuche, welchen er nach einem Unglücksfalle mit einer Anzahl solcher gewöhnlichen Achsen anstellte, von sunfzig achtundvierzig so schnell brachen, daß sie zum Gebrauche ganz untauglich anerkannt wurden. Er befahl daher, sie alle abzuschaffen und künftig ausschließlich nur Patent-Achsen zu gebrauchen.

Das Eisen der Patent Shaft Company ist in allen Fällen zu empfehlen, wo dasselbe einer großen Kraft widerstehen muß. Von verschiedenen Eisenbahn-Ingenieuren kann bezeugt werden, welche große Ersparnisse durch seinen Gebrauch erzielt wurden, namentlich zur Verhütung des Brechens der Kuppelketten, welches so häufig vorkommt, besonders auf der Midland-Eisenbahn, wo der bedeutende Mineralhandel diese Ketten einer außergewöhnlichen Anstrengung aussetzt.

Das nach diesem patentirten Principe bearbeitete Eisen ist eben so empfehlenswerth für Wagen- und Karren-Achsen, indem mit demselben alle Gefahr des Brechens vermieden wird, so bald die Wagenschmiede es in der Behandlung nicht schwächen. [1219]



Von London nach New York

expediren wir am 18. Mai das schöne gekupferte Dreimaster-Schiff erster Klasse „Jovan", von 1250 Tonnen Gehalt, Capitän Rabuyolle.

Den Ueberfahrtspreis haben wir billigst gestellt, und sind wir, so wie die nachstehend verzeichneten Herren Agenten zur Ertheilung jeder Auskunft bereit.

London, im April 1849.

H. Stiebel & Comp., 23 Nicholas-lane.

In Frankfurt a. M. Herr **Moritz J. Stiebel** und Herr Fertsch-Zinger,
„ Mainz Herren Mohr & Comp., „ Köln Herren Zurstrassen & Droh,
„ Mortlbreit Herr J. F. Hartmann, „ Straßburg Herr Ernest Ullmann,
„ Rotterdam Herr J. B. de Haas, „ Marburg Herr Adolph Stiebel,
[1228] „ Simmern Herr S. Emanuel.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustsaft von Georgé in Epinal, welcher derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brusthelmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditor Schott, große Sandgasse, zu haben.

Commissionäre sind: Hr. Conditor J. C. Schemmer in Mainz. [1119]

Malaga-Trauben-Rosinen	½ Kiste	fl.	7 — kr.
„ „ „	¼ „	„	3 30 „
Messina-Citronen	½ „	„	14 — „
Holländische Sardellen	½ Anker	„	18 — „
„ „	¼ „	„	9 30 „

bei

Milani-Minoprio,
[1221] kleiner Hirschgraben 3.

[1190] Französisches beschmeckendes Speise-(Salat-) Oel habe zum Verkauf in Commission erhalten per Maas zu 52 kr., in Fässern von Cr. 3 pCt. verhältnißmäßig billiger.

Adolph Kempf.

[1216] On cherche une bonne d'enfants, née française, qui parle bien sa langue. S'adresser Fahrgasse L. N. No. 8 parterre au comptoir, ou au jardin Bornheimer Sandweg à côté de la fabriquede Monsieur Lindheimer

---

[1183] **Bekanntmachung**

Johann Jost Kohl aus Zwesten, geboren am 2. December 1790, ist nach vorgelegter Beschreibung mit den vormaligen westphälischen Truppen nach Rußland marschirt, ohne daß eine Nachricht über sein Leben oder seinen Tod in seine Heimath gelangt wäre.

Auf den Antrag seines Bruders Johannes Kohl zu Zwesten wird er deshalb geladen, sich so gewiß im Termine

den 31. Mai l. J.,
Vormittags 10 Uhr,

dahier persönlich oder durch einen Bevollmächtigten zu melden, als er sonst den ferneren Bestimmungen der Verordnung vom 5. Juli 1816 zufolge für todt würde gehalten werden müssen.

Verfügt Jesberg, den 4. April 1849.

Kurfürstliches Justizamt.
Weber.

[1120] **Edictalladung.**

Nachdem über den Nachlaß des am 7. Januar l. J. verlebten Holzgerichts-Schreibbade-Gehülfen Gottfried Baum taxirt, der Concurs erkannt worden ist, werden alle diejenigen, welche Ansprüche daran machen, auf:

Mittwoch den 23. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr,

zur Anmeldung ihrer Ansprüche, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse, sowie zur Begründung ihrer etwaigen Vorzugsrechte, bei Vermeidung des Verlustes derselben, andurch geladen.

Darmstadt, den 11. April 1849.

Großherzogl. Hess. Stadtgericht.
Strecker. Reuling.

Druck von Lunkwitz Otterbein.

(Nebst Konversationsblatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Beilage zu Nro. 106.) 4. Mai 1849

Das Beharren.

Die deutsche Reichsversammlung wird von ihren Widersachern angeklagt, daß sie auf der einmal beschlossenen und verkündeten Verfassung rücksichtslos und eigensinnig beharre. Sie wird dieser Anklage erliegen und sich schuldig bekennen müssen, sobald die Welt erfahren wird, daß die Regierungen von ganz Deutschland sich über eine Verfassung geeinigt haben, welche, ich sage nicht den gerechten Anforderungen einer großen Nation, sondern den gemeinsamen, feierlichen Verheißungen ihrer Fürsten entspricht. Diese Reichsversammlung, nachdem sie den Sommertraum der vollen ganzen Einheit, das unlösbare Räthsel der gutwilligen Verschmelzung zweier Großmächte in eine, schweren Herzens hatte aufgeben müssen, durfte jene Anklagen am wenigsten von der Seite erwarten, woher der Beruf zur Rettung Deutschlands öffentlich und förmlich ausgesprochen und der Welt verkündet worden ist. Diejenigen Männer, welche für das angeblich eigensinnige Beharren geradezu persönlich verantwortlich gemacht werden, können sich über diese Anklage von der einen Seite eben so sehr trösten, als über jene andere, daß sie sich nicht in Zeiten zu Berlin von den höchsten Absichten und deren Grenzen irgendwie versichert hätten. Eben so offen, als beharrlich, eben so rücksichtslos nach der einen Seite wie nach der andern, sind die kalten Vernunftgründe innerhalb und außerhalb der Paulskirche vorgetragen worden, welche für das Aufstellen von Preußen mit seinen reindeutschen 16 Millionen als Mittelpunkt einer neuen deutschen Macht sprachen und sprechen. Die eiserne Logik der Vernunftgründe ist allerdings beharrlich und das Beharren bei der Verfassung, wie sie nun einmal vorliegt, ist ein Nothrecht, weil sonst kein Ausweg zu finden. Ein solcher Ausweg scheint uns namentlich hoffnungslos, wenn er auf die in der neuen preußischen Note an die deutschen Regierungen angegebene Weise gefunden werden soll. Der ganze Plan dieser Note kann die Sachlage in Frankfurt nicht verändern. Im Gegentheil findet er in dem Wydenbrugk'schen Antrag, welcher heute von dem Dreißigerausschuß in die Versammlung gebracht werden wird, schon vollständig und treffend seine Beantwortung. Man wird vielleicht in Berlin in dem Ausschreiben der Wahlen eine neue Anmaßung finden wollen. Allein abgesehen von dem allgemeinen Nothrecht lag hier noch ein besonderes Bedürfniß vor: das gewählte Reichsoberhaupt soll, nach der Verfassung, nicht eher die Regierung antreten, bis der Eid auf diese Verfassung vor dem versammelten Reichstag von ihm geleistet ist. Das erste gewählte Reichsoberhaupt kann daher die ersten Wahlen nicht selbst ausschreiben, und die constituirende Nationalversammlung hatte die Pflicht, durch eine transitorische Bestimmung Fürsorge zu treffen. In Berlin wird die Sachlage dadurch vielleicht auch nicht verändert, wenigstens für jetzt nicht zum Besseren. Wenn die Atmosphäre beider Orte leider für jetzt noch sehr verschieden ist, so dürfen wir wohl in dieser Beziehung auf ein Lob der Beharrlichkeit Anspruch machen. In Frankfurt ist man sich immer nur einer moralischen Macht bewußt geblieben und rechnet auf deren Fortschreiten in der Anerkennung der Nation. Wenn dagegen in Berlin eine infallible Bureaukratie, eine doctrinäre Junkerschaft und eine legitimistische Garde von Neuem ein höchst persönliches Königthum zu umringen scheinen, so sehen wir darin einen Rückfall. Und wenn die rückwärts umgeformte „Reform" über die Würde unsers Beharrens zum Richter die Autorität Burke's anruft, so hätte sie mit größerem Rechte auch in seine Klage einstimmen können: but the age of chevalry is gone.

Deutschland.

Berlin, 1. Mai. Im Laufe des gestrigen Tages wurde die Ruhe der Stadt nicht gestört. Gegen 9 Uhr Abends bildeten sich jedoch in der Landsberger- und Frankfurterstraße Volkshaufen, zum großen Theil aus Lehrlingen und anderen jungen Burschen bestehend, welche deutlich die Absicht zu erkennen gaben, Excesse zu begehen. Ihre Führer waren mit rothen Mützen und Schärpen bekleidet, und einzelne Personen mit Büchsen und Flinten bewaffnet. Unter Vortragung einer rothen Fahne und unter dem Rufe: „es lebe die Republik", begab sich die Menge zu einigen als entschieden radical bekannten, in dortiger Gegend wohnenden Personen und brachte ihnen Lebehochs. An der Ecke der Frankfurter- und Waßmannsstraße und an der Ecke der Landsberger- und Waßmannostraße wurden Barrikaden erbaut. Die Schutzmannschaft vermochte dem Unfug nicht zu steuern; es rückte daher eine Compagnie Militär an, vor welcher die Menschenmenge sich zerstreute, ohne daß es zum Gebrauch der Waffen gekommen wäre. Einzelne der Excedenten wurden verhaftet, und einer derselben, welcher sich dem Militär widersetzte, durch einen Bajonnetstich verwundet. — Dem Vernehmen nach sollen von hier Emissäre in die Provinzen gereist sein, um diese gegen die Regierung aufzuwiegeln und zu einem bewaffneten Zuge nach der Residenz aufzufordern. Hoffentlich wird sich der gesunde Sinn unserer Provinzen, und namentlich der Landbewohner, durch das Treiben ehrsüchtiger Demokratenführer nicht beirren lassen.

*** **Berlin**, 2. Mai. Der vollständige Bruch des hiesigen Cabinets mit der Nationalversammlung in Frankfurt scheint allen Anzeichen nach rascheren Schrittes herannahen zu wollen, als noch vor wenigen Tagen zu befürchten stand. Daß die preußische Regierung auf diese Eventualität vorbereitet ist und gerüstet steht, geht schon zur Genüge aus der Circularnote an die deutschen Regierungen hervor, die Sie heute in dem „Staatsanzeiger" abgedruckt finden. Wir müssen abwarten, welchen Eindruck dieselbe in Frankfurt machen wird und zu welchen Beschlüssen die Paulskirche sich durch dieselbe bestimmen läßt. Die Circularnote ist vom 28. April datirt und heute, also vier Tage später, scheinen uns die Sachen schon um Vieles bedenklicher zu stehen. Es sind nämlich mittlerweile die von der Nationalversammlung in ihrer Sitzung am 1. Mai gefaßten Beschlüsse auf telegraphischem Wege hier bekannt und ziemlich allgemein als die Anfänge einer neuen Revolution aufgefaßt worden. Lesen Sie unsere Blätter, und Sie werden sich davon überzeugen; hören Sie aber auch, daß man sich unmittelbar nach dem Bekanntwerden jener Beschlüsse hier mit mancherlei Gerüchten trug, die im Wesentlichen dahin lauten, es sei bereits in Folge derselben die Abberufung der preußischen Abgeordneten von Frankfurt verfügt und stünde dieselbe Maßnahme von den Regierungen Bayern, Sachsen und Hannover zu erwarten. Soviel ist gewiß, der Ton unserer ministeriellen Organe beginnt bereits der Nationalversammlung gegenüber umzuschlagen. „Die preußische Regierung", läßt sich heute die „Deutsche Reform" vernehmen, „verhehlt sich nicht, daß sie nur wenig Hoffnung noch habe, zu einer Verständigung mit der jetzt tagenden Versammlung zu gelangen. Wir unsererseits gestehen, nach den neuesten aus Frankfurt zu uns gelangten Nachrichten, daß wir diese Hoffnung bereits völlig aufgegeben haben. Die letzten in der Paulskirche gefaßten Beschlüsse organisiren — darüber kann Niemand mehr sich täuschen, — die Revolution. Alles, was die Nationalversammlung Großes und Gutes dem deutschen Vaterlande geleistet, wäre damit zu Grabe getragen. Jene Beschlüsse schrecken uns übrigens nicht. Alle Bessergesinnten in Deutschland wollen, daß der Revolution ein Ziel gesetzt werde, und den Regierungen wird die Kraft dazu nicht fehlen. Alle gesunden und redlichen Elemente werden sich um sie scharen!" In einem andern Artikel kommt dasselbe Blatt auf die Vorgänge in Württemberg zu sprechen und mißbilligt unverhohlen, daß die Anerkennung der Frankfurter Beschlüsse dort auf Kosten des Princips des Königsthums erzwungen worden sei, in Wahrheit suche man dort nur die Straße zur Republik zu gewinnen. Daß man in Frankfurt dieser Volksbewegung mit Befriedigung zugesehen und ihren Ausgang freudig begrüßt hat, läßt die Nationalversammlung dem ministeriellen Organ im schlimmen Licht erscheinen und gibt ihr Veranlassung zu folgender unumwundenen Aeußerung: „Täuschen wir uns nicht über die Bedeutung dieser Bewegung. Die Einheitsbestrebungen einer Partei, welche ihre Wurzeln in der Frankfurter Nationalversammlung hat, sind nichts Anderes, als der Deckmantel für ihre wesentlich antimonarchischen, für ihre republikanischen Gelüste. Ueberliefern wir in unzeitiger Nachgiebigkeit ihr einen Finger von der königlichen Souveränetät, so wird sie bald nach der Hand greifen und sie endlich ganz an sich zu reißen trachten. Die unbedingte Annahme einer nur von der Volksvertretung entworfenen Verfassung wäre aber nichts anderes, als ein principieller Sieg dieser Partei. Wer es mit unserer staatlichen Entwickelung in der monarchischen Form aufrichtig meint, darf von dem Princip der Vereinbarung kein Tüttchen aufgeben; er muß vielmehr den Anmaßungen der republikanischen Parten eine Ruhe und Festigkeit entgegensetzen, durch welche sie genöthigt wird, aus ihrem Hinterhalte hervorzugehen und die Maske der Einheitsbestrebung fallen zu lassen. Ohne Zweifel wird dies in Frankfurt mit Nächstem geschehen und der Kern der Verfassung vor Aller Augen in seiner republikanischen Nacktheit daliegen."

Die Zusammenkunft der drei königlichen Schwestern in Teplitz, von der vor einigen Tagen die Rede gewesen, ist unter den gegenwärtigen Conjuncturen aufgegeben oder doch wenigstens verschoben. — Der hier anwesende Unterstaatssecretär Herr Bassermann hatte bereits mehrere Audienzen beim Könige und längere Unterredungen mit den Ministern. Seine Bemühungen, eine Vereinbarung zwischen der preußischen Regierung und der deutschen Nationalversammlung zu Stande zu bringen, sind bis jetzt von keinem Erfolg gewesen. — Herr v. Radowitz soll es so gut wie definitiv abgelehnt haben, in das Ministerium Brandenburg einzutreten, und daher in aller Stille mit der Bildung eines ganz neuen Cabinets betraut sein, worin von den bisherigen Ministern vielleicht nur v. Manteuffel, v. Strotha und Rabe bleiben dürften. Etwas Zuverlässiges läßt sich indeß hierüber um so weniger melden, als die schwebenden Unterhandlungen die Lage der Dinge stündlich ändern können. — Man glaubt, daß der österreichische Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg, der gegenwärtig in Dresden in besondern Angelegenheiten weilen soll, dieserhalb auch unserm Hof einen Besuch machen wird. (Siehe Dresden.)

† **Berlin**, 2. Mai. Nach einem heute morgen beim Commando des 20. Landwehrregiments eingegangenen Befehle sollen die beiden Berliner Landwehrbataillone in einer Stärke von je 800 Mann unverzüglich mobil gemacht werden. Die Einkleidung findet am nächsten Sonnabend und Sonntag statt und erfolgt dann sofort der Abmarsch nach der böhmischen Grenze. Der desfallsige Beschluß ist gestern Abend im Ministerium gefaßt. Es verlautet insbesondere von einer Truppenmacht von 50 Landwehrbataillonen, die an der Grenze gegen das Vordringen der Ungarn oder Polen nach Preußen aufgestellt werden solle. Es wird ferner aus verläßlicher Quelle mitgetheilt, von hier aus sei die ministerielle Weisung an den Director der oberschlesischen Bahn ergangen, daß 30,000 Mann Russen auf dieser Bahn ihren Weg nach dem österreichischen Staaten nehmen würden; 7000 sind direct nach Wien dirigirt. Es würden dann noch 23,000 Mann als manövrirendes Hilfscorps gegen die Ungarn übrig bleiben. Da zugleich hinzugefügt sein soll, daß sie die oberschlesische Bahn drei Meilen von Breslau, also in Ohlau, besteigen würden, so scheint dies russische Militär aus den Cantonnements bei Kalisch zu kommen.

Das rechte Centrum der aufgelösten zweiten Kammer hat einen Aufruf an seine Wähler erlassen, an dessen Schlusse es heißt: „Noch heute halten wir fest an den großen Gedanken eines einigen, mächtigen deutschen Vaterlandes. Das Ministerium verfolgte einen andern Weg, und haben wir demselben in dieser Angelegenheit unsere Zustimmung versagen müssen. Wenn die Geschichte einst die jüngste Vergangenheit mit ihren Folgen zusammenstellt, wird sie Richter sein!"

Magdeburg, 30. April. Briefe und Reisende, welche so eben von Merseburg eintreffen, berichten von bedeutenden Unruhen, die dort durch die vollzogene Verhaftung mehrerer Volksführer veranlaßt worden seien und so ernsthaft zu werden gedroht haben, daß man von auswärts Militär zu requiriren veranlaßt wurde. Als jene Merseburger Reisenden mit dem Dampfwagen an Halle vorbeifuhren, hörten sie, während des kurzen Aufenthaltes am Bahnhofe, auch dort den Generalmarsch schlagen. Die Unruhen in Merseburg waren übrigens bei der Abfahrt der Reisenden noch keineswegs gestillt. (K. Z.)

Ansbach, 30. April. Der Magistrat und das Collegium der Gemeindebevollmächtigten hiesiger Stadt haben heute in gemeinschaftlicher Sitzung den Entwurf einer Adresse an Se. Majestät den König, die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung und die sofortige Einberufung des Landtags bezweckend, zu deren Redaction bereits am 28. d. M. aus den beiden genannten städtischen Collegien eine besondere Commission gewählt worden war, einstimmig angenommen. Dem Vernehmen nach wird zur Berathung eine Adresse gleichen Zweckes auch der hiesige Verein für Freiheit und Ordnung heute noch sich versammeln und solche sodann zur Unterzeichnung in verschiedenen Lokalen auflegen. (C. v. u. f. D.)

Nürnberg, 1. Mai. Ein Aufruf an das bayerische Heer zur Unterzeichnung von Adressen für die Reichsverfassung wurde heute Morgen vertheilt, aber von der Polizei confiscirt. — Der Magistrat hat einen Aufruf an die Bürgerschaft erlassen, sie möge sich nicht bei der Volksversammlung auf dem Judenbühl zu staatsverrätherischem Aufruhr bestimmen lassen; die Bürger mögen die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung auf dem Wege des Gesetzes und der Ordnung erstreben. Bis zum 15. Mai wären die bayerischen Vertreter in München, die doch gewiß an der Hand des Gesetzes sich der deutschen Sache kräftig annehmen würden.

Aschaffenburg, 2. Mai. Gestern ging auf Antrag des hiesigen Landwehrbataillons vom Commando desselben an Se. Maj. den König eine Adresse ganz im nämlichen Sinne ab, wie solche das Commando des Würzburger Landwehrregiments unter'm 27. v. M. an Seine Majestät entsandte. (Asch. Z.)

Die „Speyerer Zeitung" sagt, daß ihr eine Masse von Adressen hinsichtlich der Anerkennung der Reichsverfassung zugekommen. In einer Volksversammlung in Speyer hatte eine Adresse in weniger als einer Stunde 800 Unterschriften. — Die Volksversammlung zu Neustadt a. d. H. ist auf Sonntag verlegt worden. — Die Parlamentsmitglieder der Pfalz fordern auch ihrerseits zu Adressen auf, beschwören aber dabei ihre Landsleute, die gesetzliche Grenzlinie nicht zu überschreiten.

Dresden, 1. Mai, Nachmittags 2 Uhr. Die Physiognomie der Stadt und des Landes hat sich seit Auflösung der Kammern und seit dem Bekanntwerden der letzten Frankfurter Beschlüsse bedeutend geändert. Die Agitation für Anerkennung der deutschen Verfassung verbreitet sich durch alle Kreise. Die Kammern sind geschieden, und heute liest man an allen Straßenecken einen großen, die Aufregung der Massen mehrenden Protest. Alle sächsischen Fragen sind für den Augenblick in den Hintergrund getreten. So eben hat eine große friedliche Massendemonstration zu Gunsten der Annahme der deutschen Reichsverfassung stattgefunden. Mittels Anschlag lud heute Morgen der hiesige Vaterlandsverein ein, sich um 12 Uhr auf dem Pirnaischen Platze zu versammeln; „von da zogen etwa 2000 Personen, meist der Arbeiterklasse angehörig, unter Vortragen einer deutschen Fahne vor das Justizministerium, um dort den Ministerpräsidenten Held zur Anerkennung aufzufordern. Was Wohlunterrichtete schon vorher gewußt, erfuhren sie dort unter Bravorufen officiell, daß die Minister Held, Weinlig und von Ehrenstein ihre Entlassung erbeten und erhalten (weil sie den König zur Anerkennung der deutschen Verfassung nicht zu bewegen vermocht); dagegen erklärte Minister v. Beust, er werde die Adresse Sr. Majestät vorlegen, und die heute Abend (nicht, wie man forderte, sogleich) Antwort erwirken. Der

Hauptroß verlor sich vor dem Schlosse und neckte die Wache; jedoch führte es noch zu keinem Zusammenstoß. — Die Truppen sind consignirt, der Zeughof mit Infanterie und Artillerie besetzt, in der Post gleichfalls eine Truppenabtheilung aufgestellt. Von allen Seiten gehen Adressen bei dem Ministerium, sowie auch direct bei dem König ein, alle für die deutsche Reichsverfassung. Wie auch die Entscheidung des Königs ausfallen möge, — wir bedürfen eines kräftigen Steuermannes am Ruder. — So eben befindet sich der frühere Minister v. Carlowitz beim Könige.

Aus einem andern Schreiben: Hinsichtlich der Frage der deutschen Verfassung steht es bei uns so, daß Minister Weinlig, Ehrenstein und der Ministerpräsident Held für unbedingte Anerkennung der deutschen Verfassung sind, der König aber und Minister v. Beust und Ravenhorst dagegen. Da es nicht gelungen, den König umzustimmen, so haben jene drei Minister gestern ihre Entlassung eingereicht und dieselbe ist vom König angenommen. Die Krisis dauert indessen fort, umsomehr als eine Agitation des Landes für die deutsche Verfassung im Beginn ist. Hr. v. Carlowitz wird als derjenige bezeichnet, der mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt werden würde, im Fall es bei der Entlassung des jetzigen Ministeriums verbliebe. Hr. v. Wagdorf ist als Reichscommissär von Frankfurt eingetroffen und hat schon den Sitzungen des Gesammtministeriums beigewohnt. Auch die Zurückberufung des Herrn v. Könneritz wurde vom jetzigen Ministerium beabsichtigt, der Kammerauflösung folgen zu lassen. (D. Ref.)

Der österreichische Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg ist hier. Man sagt, er habe vorgestern einem hiesigen Ministerrathe beigewohnt. Wir versichern aus zuverlässiger Quelle, daß dieses Gerücht durchaus unbegründet ist. (Fürst Schwarzenberg ist nach Berlin abgereist.)

Leipzig, 30. April. Der Ausschuß der hiesigen Communalgarde hat, unter Zuziehung der Bataillonscommandanten, in einer heute gehaltenen Sitzung, in welcher auch die Ersatzmänner waren, einstimmig beschlossen, den Adressen wegen der deutschen Verfassung beizutreten und in einer Proclamation an die Communalgarde diese auf die Pflicht, die deutsche Verfassung zu schirmen, hinzuweisen.

*** **Leipzig**, 1. Mai. Die Stadtverordneten traten heut in einer außerordentlichen Sitzung dem Antrage des Stadtraths bei, den Beschlüssen der gestrigen Volksversammlung keine Folge zu leisten. Dagegen beschloß das Collegium gegen fünf Stimmen auf Antrag des Adv. Klemm, eine zweite Adresse an Se. Maj. den König zu richten, in welcher die Stadtverordneten ihr Bedauern kund geben, daß die Kammerauflösung, in Widerspruch mit dem bekannten Beschluß der Reichsversammlung, kraft dessen die Regierungen für jetzt von jenem Recht der Krone keinen Gebrauch machen sollen, erfolgt sei; ferner die zuverlässige Erwartung aussprechen, daß die Neuwahlen für die nächste Ständeversammlung schleunigst veranstaltet werden würden. Ein von Dr. Heyner gestellter Antrag, dem gegenwärtigen Ministerium ein Mißtrauensvotum zu geben, wurde nach einiger Debatte von dem Antragsteller selbst zurückgezogen.

*** **Leipzig**, 2. Mai. Die heutige Nacht, für welche man ernstliche Unruhen befürchtete und deßhalb den Wachdienst der Communalgarde verstärkt, sowie das Militär in den Casernen consignirt hatte, ist ohne Störung vorübergegangen. Gewöhnlich bestehen die hiesigen Excesse in Katzenmusiken. So nämlich deutet man in den sogenannten Volksversammlungen das Wort „Thaten", wozu die Redner auffordern. Selbst derartige, den Meßverkehr störende Befürchtungen würden wegfallen, wenn unsere Minister das allgemeine und fortdauernde Gerücht, daß wir in kürzester Frist von der sächsischen Regierung die Anerkennung der Reichsverfassung zu erwarten haben, endlich zur Wahrheit machten. Noch geben wir die Hoffnung nicht auf. Bleibt sie indeß unerfüllt, so verliert das Ministerium auch in dem besten Theile des Volkes allen und jeden Halt. — Zu unserer gestrigen Correspondenz über die Volksversammlung fügen wir noch berichtigend hinzu, daß der Sprecher, welcher das famose Mißtrauensvotum für den König beantragte, nicht, wie es allgemein hieß, der Landtagsabgeordnete Finke, sondern der Daguerreotypist Finck war.

Hannover, 1. Mai. Das geschäftsführende Comité der verbundenen Volksvereine Hannovers erläßt einen Aufruf an das ganze hannoversche Land, besonders an die Vereine, dem Könige und den Ministern zu erklären, daß sie die Reichsverfassung als zu Recht bestehend anerkennen, deren sofortige Publication fordern, die sofortige Ausschreibung neuer Wahlen und schleunige Berufung der Kammern verlangen und die Entlassung des unvolksthümlichen Ministeriums bestimmt erwarten. Zugleich soll es die Pflicht der Dankbarkeit gegen seine Vertreter üben, deren Verhalten ausdrücklich billigend anerkennen und sein Bedauern und seinen Unwillen über die Proclamation am 25. d. M. aussprechen. Sollten diese Schritte vergeblich sein, so wird das Comité alle Vereine und Körperschaften einberufen, um weitere Maßregeln zu berathen. — In dem Bürgervorstehercollegium hat Dr. Schläger, als Bürgervorsteher, folgenden Antrag gestellt: „Das Bürgervorsteherecollegium der Hauptstadt Hannover wolle der königlichen Regierung erklären, daß dasselbe es tief beklage, daß die Stände aufgelöst seien, und es dringend wünsche, daß durch schleunige Anordnung der Wahlen die Vertreter des Landes sofort wieder einberufen werden: daß es ferner die unbedingte Rechtsgültigkeit der Reichsverfassung anerkenne und zum Heile und Frieden des Vaterlandes die königliche Regierung auffordere, sich gleichfalls der Reichsverfassung unbedingt unterzuordnen." Ob auch der Magistrat diese Anträge in Berathung nehmen wird, ist noch zweifelhaft, indessen ist bereits vom Bolleverein eine ähnliche Zuschrift an denselben ergangen. (Ztg. f. N.-D.)

Göttingen, 27. April. Die heute Morgen hier bekannt gewordene Auflösung der zweiten Kammer ruft in unserer Stadt große Aufregung hervor. Die Bürgerwehr versammelt sich zur Berathung der zu ergreifenden Maßregeln. Es wird einstimmig der Beschluß gefaßt, durch eine Deputation eine Adresse an den König zu senden, worin 1) sofortige Ausschreibung neuer Wahlen zur zweiten Kammer und möglichst schnelle Einberufung des Landtags verlangt wird, und 2) die Erklärung abgegeben wird, daß die gesammte hiesige Bürgerwehr die von der deutschen Nationalversammlung endgiltig beschlossene Verfassung als zu Recht bestehend ansehe und dafür einstehen werde mit Gut und Blut.

Celle, 28. April. Gestern Abend ist im Bürgerwehrverein der Beschluß gefaßt, am nächsten Sonntag in acht Tagen eine große Parade zur Anerkennung der Reichsverfassung abzuhalten.

Verden, 29. April. Unsere Bürgerwehr hat heute, drei bis vier Mitglieder ausgenommen, sich zur Vertheidigung der deutschen Reichsverfassung bereit erklärt; jedoch die Beschlußnahme über die Vertheidigungsmittel sich annoch vorbehalten, weil hierüber jeder Wehrmann erst durch weiteres Nachdenken mit sich einig werden könne.

Hildesheim, 30. April. Die gestern hier abgehaltene Volksversammlung der Stadt und des Fürstenthums Hildesheim wurde durch den Advocaten Gottleben geleitet. Der einstimmig genehmigte Hauptbeschluß geht dahin: „daß die hohe Nationalversammlung die Petenten zu allen Mitteln autorisiren möge, welche dazu dienen, die endgiltig beschlossene Reichsverfassung zu vollziehen. Zu diesen Mitteln werde gerechnet als gelindestes die Steuerverweigerung, auch bewaffnete Selbsthilfe nicht ausgeschlossen." — Gottleben fordert alle Communen und Vereine des Landes auf, in Masse am 7. Mai in Hannover zu erscheinen, um dem Könige gegenüber in ernster, friedlicher Haltung die Ueberzeugung auszusprechen, daß das Ministerium durchaus im Widerspruche mit dem Volkswillen stehe und ihn aufzufordern das freiheitsfeindliche Ministerium sofort zu entlassen, sowie auch den König selbst aufzufordern, dem Beispiele der hannoverschen Staatsbürger durch selbsteigene Unterwerfung unter die Reichsgewalt und Reichsverfassung, als erster Reichsbürger, zu folgen.

Harburg, 29. April. Beim Marschcommissariat hierselbst sind folgende Truppen zum Durchmarsch nach Schleswig-Holstein angesagt: 1 Bataillon Luxemburger Infanterie, 1 Bataillon Sigmaringer Infanterie, 1 Bataillon Liechtensteiner Infanterie und ein Bataillon Hechinger Infanterie.

Harburg, 1. Mai. (Per elekt.-magnet. Telegraph.) Mit dem Kölner Bahnzuge ist eine Abtheilung preuß. Landwehr vom 12. und 13. Regimente, circa 110 Mann, angekommen und wurden sofort nach Altona befördert.

Hamburg, 1. Mai. Der junge Prinz von Augustenburg ist gestern auf der Rückreise von Frankfurt a. M. hier durchgekommen.

Italien.

* **Rom**, 22. April. Sämmtliche Clubs haben Ausschüsse gewählt und eine Art Centralausschuß geschaffen. Derselbe hat geschworen, mit der republikanischen Regierungsform zu leben oder zu sterben. Obergeneral Avezzana erläßt heute einen Armeebefehl, worin er der Armee zuruft, daß die römische Nation auf ihre Tapferkeit zählte.

* **Florenz**, 22. April. Der Regierungsausschuß, der sich im Namen des Großherzogs Leopold II. an die Stelle der Republik setzte, protestirte energisch gegen die Invasion der Oesterreicher in Massa Carrara, Provinz Lunigiono u. s. w.

Frankreich.

* **Paris**, 1. Mai. Die heutige Nummer der „Gazette des Tribunaux" bringt Auszüge aus den Papieren, welche bei der Entdeckung der Verschwörung vom 29. Januar in den Clublokalen weggenommen wurden. Das Programm, welches die rothe Republik aufgestellt hatte, enthält unter Anderm folgende Punkte: Volle Amnestie für alle politischen Gefangenen seit dem 24. Februar; Widerruf des Decrets der provisorischen Regierung, das die politische Todesstrafe abschafft; Einstellung aller Zahlungen aus dem Staatsschatze; Einstellung aller Zahlungen von Haus- und Wohnungsmiethe; Verweigerung jeder gerichtlichen Verfolgung dieser Art; Errichtung von Revolutionstribunalen in allen Gemeinden der Republik; Aufhebung der großen Bank und Beförderung aller baaren Geldvorräthe in das Finanzministerium; Herabsetzung aller Gehalte auf höchstens 5000 Fr.; für einen Paß in das Ausland die Zahlung von 50,000 Fr. u. s. w. Außerdem wurden von den Clubs folgende Beschlüsse gefaßt: Sobald die Volksrevolution siegreich, marschirt das Volk gegen die Nationalversammlung und erschießt die Reactionäre. Jedes Individuum, das diesen Act der Gerechtigkeit verhindern will, wird erschossen. Das Volk bemächtigt sich sofort des Ministeriums des Innern und aller telegraphischen Linien. An die Grenzämter ergeht der Befehl, kein Individuum ohne Erlaubniß bei Todesstrafe auswandern zu lassen. Die Präfectur ist zu erstürmen und alle darin befindlichen Individuen niederzuschießen. Jedermann, der sich durch einen Paß flüchten will, ist niederzuschießen. Die Regierung besteht aus Trumvirn. Jedes Gefühl der Uneinigkeit oder des Hasses unter diesen Dreimännern ist vom Volk sofort zu bestrafen. Alle Mehl- und Getreidehändler haben gegen Entschädigung die nöthigen Vorräthe zu liefern bei Todesstrafe. Paris und alle bedeutenden Städte sind in Kriegestand zu erklären. Die Bürgerwehr ist binnen 24 Stunden zu entwaffnen. Die diesfälligen Maßregeln sind den Juniveurtheilten zu übertragen. Alle Fabriken, große Werkstätten, Bauhöfe ꝛc. gehören dem Volke. Den Eigenthümern wird eine durch Sachverständigen zu zahlenden Entschädigung gezahlt. Alle Gefängnißwärter, die sich hart gegen die Junigefangenen betragen, sind zu erschießen. Alle, welche die Republik verleugneten oder sie nur aus Politik gezwungen annahmen, sind zu erschießen. Alle Verwalter, Geranten und Redacteren reactionärer Journale sind ohne Weiteres zu erschießen. Alle Polizeiagenten, welche in den Präfecturregistern stehen, sind zu erschießen. Alle diejenigen, welche muthwillig der Republik irgend eine Gefahr heraufbeschwören, sind zu erschießen. Jedes Individuum, zu dessen Kenntniß der Bruch irgend eines der obigen Artikel gelangen sollte, und der ihn nicht meldet, ist zu strafen. Aller und jeglicher Zins, der vom Capital bisher gezahlt wurde, ist von der demokratisch-socialen Republik abgeschafft u. s. w.

Cabrera hat an den Redacteur der „Unien" ein Schreiben gerichtet, worin er gegen seine Verhaftung protestirt und diesen auffordert, die nöthigen Schritte zu thun, um von der Regierung seine Freilassung zu erwirken.

Die conservativen und gemäßigten Journale, selbst den „National" eingerechnet, nehmen in der dänisch-deutschen Frage einmüthig Partei für die Dänen; die radicalen Blätter dagegen wissen nicht recht, wie sie sich in dieser Frage verhalten sollen, und erzählen daher die bloßen Thatsachen ohne Zuthat von Bemerkungen. Die erstgedachten Journale beharrten, die Deutschen könnten sich mit demselben Rechte, welches sie für die Wegnahme Schleswigs geltend machen, auch des Elsasses bemächtigen, da man dort so gut deutsch spreche, wie in Schleswig. Die „Assemblee nationale" fragt, ob Europa dulden werde, daß Deutschland seine Eroberung Jütlands fortsetze?

Nach Berichten aus Toulon, hat Admiral Baudin Befehl erhalten, drei Schiffe seines Geschwaders abzusenden, um nöthigen Falls die Landung zu Civitavecchia zu unterstützen. Die gestern angelangten Depeschen beweisen, daß die Mitwirkung dieser Schiffe unnöthig war. Es scheint übrigens gewiß, daß eine dritte Brigade, aus 2 Regimenter Infanterie, 2 Schwadronen und 1 Batterie bestehend, sofort zur Verstärkung des Expeditionscorps eingeschifft werden soll.

Großbritannien.

* **London**, 30. April. Die torystischen Blätter sprechen von einer bevorstehenden Ministerkrisis. Lord Russell und Lord Palmerston, meinen sie, würden sich, da sie sich der öffentlichen Meinung gegenüber nicht länger halten könnten, zurückziehen müssen und Lord Clarendon Premierminister werden. „Morning Chronicle" veröffentlicht bereits eine neue Ministerliste, auf welcher Lord Stanley und Herr d'Israeli voranstehen.

Die auf heute anberaumte zweite Verlesung der Bill zur Beseitigung des Eides, welcher die Juden bisher vom Parlamente ausschloß, ist von Lord J. Russell wegen des heutigen Hofballes bis über acht Tage ausgesetzt worden, weil, wie die „Times" bemerkt, die Freunde der Bill wünschen, daß sie mit möglichst großer Majorität ins Oberhaus gelange, was nicht der Fall sein könne, wenn die zweite Verlesung heute erfolge, wo sehr viele Mitglieder auf dem Balle sein würden.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten

[1295] **Die Molken-Heilanstalt**
in
Schlangenbad
wird für die bevorstehende Saison, wie alljährlich, in der Mitte Mai's eröffnet.
Die Badeverwaltung.

Cours der Staats-Papiere. 4 Mai 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metall. 5g. Obligat. . .	5	74½	74⅛	Württemb.	Obligationen b. Roths.	3½	77⅛	77½
»	ditto ditto . .	4	59½	59	»	Neue Württemberg.	3½	94⅛	93½
»	ditto ditto . .	2½	39½	39	Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	80⅛	79⅝
»	Bank-Actien o. D. .		1155	1150	»	fl. 25 Loose		21	20⅝
»	1.250fl.Loose p. Roth.		76½	76	Frankfurt	Obligationen	3	78	77½
»	fl.500 » ditto		126	125	»	ditto v. 1839	3½	82⅛	82⅛
»	Geldmann. Obligat.	4½	63	—	»	ditto v. 1846	3½	69½	69
»	ditto ditto	4	62	—	»	Taunusbahnactien .		281	279
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	80	79½	Holland	Integrale	2½	43⅛	42½
»	Prämienscheine . .		—	100	»	Holländische	4	—	77½
Bayern	Obligationen	3½	80	79½	»	Syndicate	3½	—	76½
Darmstadt	fl. 50 Loose		71⅝	71⅜	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp	5	—	—
»	fl. 35 ditto		22½	22	»	inactive Sch. neue Obl.	5	24½	23½
»	Obligationen	3½	79½	79	Portugal	Comerz Lst. à £ 18.	3	—	—
»	ditto	4	87⅞	86⅞	Polen	fl. 500 l. fl. Loos Rth		—	93
Baden	Obligationen v. 1845	3½	77½	76⅝	»	Obligationen de fl. 500	4	76⅛	75½
»	fl. 50 Loose v. 1840		48½	48	Russland	in S. R. 5. b. Grun. etC.	5	—	82
»	fl. 35 Loose		28	27½	»	ditto b. Stieglitz et C.	5	—	81⅛

Gold.	S.	kr.	Silber.	S	kr.	Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Pistolen	9	57	Gold al Marco .	382	—	Kurhessische Loose . . .	27⅝	27⅜
Pr. Friedrichsd'or	9	57½	Laubth., ganze .	—	—	Sardinische Loose . . .	25½	24⅝
Holl. 10 fl. Stücke	10	5	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	39	5 Frankenthaler .			Cöln-Minden	76⅜	75⅛
20 Francsstücke	9	40	Hochhaltig Silber	24	30	Ludwigsh.-Berbach . . .	72	71⅝
Engl. Souvereins	12	5	Geringe u. mittelh.	24	20	Prinz-Wilhs.-Nordbahn .	33½	33⅛

Nach der Börse: 2½ pCt. Met. — ½ pCt. Span. Inl. —; Taunusbahn-Actien (pr. Ult.) —; Ludw.-Bexb. —; P.-W.-Nordb. — G.

A. Sulzbach, beeid. Makler.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung

Beilage (Extra-Beilage zu № 108.) 4. Mai 1848.

Kurzer Wechselcourszettel.

Frankfurt a. M., 3. Mai.

Briefe. Geld.

Amsterdam, 2 Monat . . . 142 1/2 142
Augsburg, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Berlin, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Bremen, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Hamburg, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Leipzig, 2 Monat . . . 120 1/2 120
London, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Mailand, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Paris, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Wien, 2 Monat . . . 120 1/2 120

Ducaten . . . 5 fl. 48 kr. 5 fl. 46 kr.
Souverains . . . 9 fl. 54 kr. 9 fl. 52 kr.
Kronthaler . . . 2 fl. 28 kr. 2 fl. 26 kr.
Preußische Thaler . . . 1 fl. 44 kr. 1 fl. 43 kr.
Wiener Währung . . . 1 fl. 44 kr. 1 fl. 43 kr.

Frankfurt a. M., 3. Mai.

Briefe. Geld.

Amsterdam, 2 Monat . . . 142 1/2 142
Augsburg, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Berlin, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Bremen, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Hamburg, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Leipzig, 2 Monat . . . 120 1/2 120
London, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Mailand, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Paris, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Wien, 2 Monat . . . 120 1/2 120

Ducaten . . . 5 fl. 48 kr. 5 fl. 46 kr.
Souverains . . . 9 fl. 54 kr. 9 fl. 52 kr.
Kronthaler . . . 2 fl. 28 kr. 2 fl. 26 kr.
Preußische Thaler . . . 1 fl. 44 kr. 1 fl. 43 kr.
Wiener Währung . . . 1 fl. 44 kr. 1 fl. 43 kr.

Frankfurt a. M., 3. Mai.

Briefe. Geld.

Amsterdam, 2 Monat . . . 142 1/2 142
Augsburg, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Berlin, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Bremen, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Hamburg, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Leipzig, 2 Monat . . . 120 1/2 120
London, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Mailand, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Paris, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Wien, 2 Monat . . . 120 1/2 120

Ducaten . . . 5 fl. 48 kr. 5 fl. 46 kr.
Souverains . . . 9 fl. 54 kr. 9 fl. 52 kr.
Kronthaler . . . 2 fl. 28 kr. 2 fl. 26 kr.
Preußische Thaler . . . 1 fl. 44 kr. 1 fl. 43 kr.
Wiener Währung . . . 1 fl. 44 kr. 1 fl. 43 kr.

Frankfurt a. M., 3. Mai.

Briefe. Geld.

Amsterdam, 2 Monat . . . 142 1/2 142
Augsburg, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Berlin, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Bremen, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Hamburg, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Leipzig, 2 Monat . . . 120 1/2 120
London, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Mailand, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Paris, 2 Monat . . . 120 1/2 120
Wien, 2 Monat . . . 120 1/2 120

Ducaten . . . 5 fl. 48 kr. 5 fl. 46 kr.
Souverains . . . 9 fl. 54 kr. 9 fl. 52 kr.
Kronthaler . . . 2 fl. 28 kr. 2 fl. 26 kr.
Preußische Thaler . . . 1 fl. 44 kr. 1 fl. 43 kr.
Wiener Währung . . . 1 fl. 44 kr. 1 fl. 43 kr.

deutsche Reichsverfassung mit dem Bajonnete durchgeführt sind? Die Vertretung eines deutschen Volksstammes ist uns bereits mit gutem Beispiele vorangegangen: die württembergische Kammer der Abgeordneten hat beschlossen: 1) um schleunige Einberufung und Einübung der bereits bewilligten Landwehr, jedoch ohne Vermehrung des Offizierstandes, 2) um schleunige Einbringung weniger Zusatzbestimmungen zum Bürgerwehrgesetz, über Gründung mobiler Legionen der Volkswehr in einer Weise, daß dieselbe nöthigenfalls außerhalb des Landes verwendet werden könne. Meine Herren! ahnen wir diesem Beispiele rasch und energisch nach! — Ich komme zu meinem zweiten Antrage, welcher dahin geht, die Oberhauptsfrage für wiedereröffnet zu erklären und schleunige Anträge des Ausschusses über deren definitive Regelung zu erwarten. Meine Herren! ich weiß, man wendet dagegen ein: wir sollen in diesem Augenblicke die Einigkeit nicht stören, wir sollen kein Loch in die Verfassung machen. Meine Herren! nicht wir machen dieses Loch, es ist gemacht; der König von Preußen hat Ihnen die Krone ins Gesicht geworfen. (Zustimmung links.) Sie haben keinen Erbkaiser, und bei Gott, ich will nicht hoffen, daß Sie diese Krone dem Könige von Preußen noch einmal anbieten wollten! Meine Herren, und was muthen sie den deutschen Stämmen an, welche bereit sind, unser Verfassungswerk mit Gut und Blut durchzusetzen? Wie, meine Herren, wir sollten dem Schwaben, dem Bayern, dem Sachsen zumuthen, ihr warmes Herzblut zu vergießen, um den König von Preußen zum Erbkaiser zu machen, den sie schon vor der Ablehnung nicht als solchen haben wollten? (Beifall links) daß sie die deutsche Kaiserkrone gegen die preußischen Heere für den König von Preußen erobern sollen? Meine Herren, warum ist denn in Bayern, warum ist denn in Sachsen so wenig Bewegung für die Verfassung? Warum anders als weil das Damoklesschwert des preußischen Erbkaisers noch über diesen Stämmen schwebt. Denn, meine Herren, sagen wir es ganz offen: diese Stämme wissen recht wohl, warum sie den Erbkaiser nicht wollen! Es ist, weil diese Stämme nicht der Vasall des preußischen Stammes sein wollen. Nein, meine Herren, es ist hohe Zeit, daß wir diesen Erbkaiser aus der Verfassung herauswerfen. Thun Sie dies, meine Herren, dann werden Sie sehen, daß Jung und Alt, Katholik und Protestant mit Begeisterung für die deutsche Verfassung kämpft. Also, meine Herren, ein Reichsheer und eine andere Regelung der Oberhauptsfrage! (Bravo links und auf den Tribunen.)

Abg. Beseler aus Greifswalde: Es wird für jeden Einzelnen, wie für jede Partei in letzter Consequenz sich herausstellen, daß geschehen muß, was geschehen kann. Der Beschluß vom April hat uns die Zustimmung des deutschen Volkes verschafft. Der Redner ist gegen alle solche Anträge, welche darauf hinzielen, die Verfassung zu ändern. Nehmen Sie das conservative Element aus der Verfassung, dann haben Sie einen großen Theil der Bevölkerung Deutschlands gegen sich. Keine Partei kann klagen über die Verfassung, wie sie besteht. Auch an dem Wahlgesetze soll nicht gerüttelt werden. Ein Stein, den Sie herausnehmen, könnte der Eckstein der Verfassung sein. Wir wollen an ihr festhalten und die Mittel überdenken, wie es uns gelingen könnte, sie einzuführen. Feind gegen Feind kämpft aufs äußerste, allein jeder edle Feind kämpft mit edlen Waffen. Ich und meine Freunde, wir haben nie unsern parlamentarischen Gegnern schlechte Motive untergebreitet, wir hoffen dies auch von unsern Gegnern. Fordern Sie nicht zu einem Kampf heraus, in welchem wir, wie ich sehr besorge, unterliegen würden. Es kommt nicht bloß darauf an, allgemeine Maßregeln vorzuschlagen, sondern auch darauf, ob man die Mittel hat, ob man z. B. die Männer hat, welche eine Reichsarmee führen könnten. Man muß besonnen den rechten Zeitpunkt erfassen. In einer solchen Zeit ist es nothwendig, daß nicht jeder nach seiner persönlichen Ansicht handle, und kein zu großes Gewicht auf seine Person lege. Das Haus muß sich so viel als möglich an die constituirten Gewalten und die provisorische Centralgewalt anlehnen. Wer sich gegen diese anlehnt, handelt gegen das Gesetz. Wenn man an ihr rüttelte, dann könnte man in eine schlimme Lage gerathen. Wenn Sie nicht den Verhältnissen angemessen, sondern eigenen Anschauungen, vielleicht auch nach gewissen historischen Vorbildern handeln, dann könnten sie sich um treue Bundesgenossen bringen. Der Redner spricht für den Majoritätsantrag. Das Ausschreiben der Wahlen ist gerechtfertigt durch die Ablehnung der Kaiserwürde, und dadurch, daß die Verfassung für diesen Fall nicht vorgesehen. An der Erblichkeit des Oberhauptes muß festgehalten werden, trotzdem, daß die alten Antipathien gegen Preußen wieder auftauchen und von Preußen her Nahrung finden. Das Ministerium hat heute Morgen bereits gegen die in der preußischen Circularnote angedrohten Gewaltmaßregeln Verwahrung eingelegt. Die Centralgewalt zu stützen ist unsere Aufgabe. Versuchen wir den Wettkampf mit Preußen, schreiben wir die Wahlen aus. Nicht bloß Soldaten braucht man zu einer Reichsarmee, auch Geld braucht man. Beeidigung der Beamten und des Militärs wird vorgeschlagen. Der politische Eid ist ein zweischneidiges Schwert, und durch ihn verschafft man sich nicht das, was man eigentlich durch Handeln erlangen sollte. Das Oberhaupt ist noch nicht verfassungsmäßig constituirt, wie können wir einen verfassungsmäßigen Eid verlangen. Ergreifen wir keine Maßregeln, welche unsern Gegnern Waffen gegen uns in die Hände geben, welche einen großen Theil des deutschen Volks auf die Seite unserer Gegner bringen würden. (Unterbrechung links.) Ich hoffe, daß die deutsche Sache siegt, denn es sind große Gewalten für uns thätig. Ich lache jenes Ministeriums in Berlin, welches behauptet, die Besten auf seiner Seite zu haben; auf unserer Seite stehen sie und mit ihnen das Recht. Trachten wir, daß wir nicht durch unsere eigene Schuld zu Grunde gehen. Die Verfassung wird siegen, früher oder später. (Beifall.)

Reichsministerpräsident v. Gagern: Kein verständiger Mann konnte die unermeßlichen Schwierigkeiten bezweifeln, welche sich der Durchführung einer Verfassung entgegensetzen werden, welche, wie die deutsche, der Nation Freiheit und Größe bringen sollte. Aber die Nation braucht einen Zeitraum, damit die öffentliche Meinung durchbreche, damit sie einsehe, daß geschehen ist, was hat geschehen können, und nur, wenn diese Meinung allgemein geworden, wird die Verfassung durchgesetzt werden. Nicht durch augenblickliche terroristische Mittel wird es uns gelingen. Wird in jedem deutschen Stamme eine solche Mehrheit bestehen, dann wird die Verfassung einen besseren Bestand bekommen, als durch alle terroristischen Mittel. Nur von gesetzlichen Mitteln kann die Rede sein, welche sich auf die Rechtsgiltigkeit unserer Verfassung stützen. Solche will die große Mehrheit der Nation. Der Antrag der Majorität hat zwei Hauptpunkte im Auge, die Anordnung neuer Wahlen und das ins Angefassen eines Zeitpunktes, bis wann die öffentliche Meinung zum Durchbruch könnte gekommen sein. Er gibt der öffentlichen Meinung ein bestimmtes Ziel, worauf die gesetzliche Agitation sich richte. Er ist kein aufregender, er ist ein versöhnender. (Beifall.) Wenn der Antrag der Majorität die Oberhauptswürde dem König von Preußen vorbehält, so ist es die Macht, welche er dabei im Auge hat und nicht die Krone. Der Redner will § 1 des Antrags so gefaßt wissen: Die Nationalversammlung fordert die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk auf, an der Verfassung festzuhalten. Der Redner bekämpft hierauf einige Minoritätsanträge, die Beeidigung. Er bezeichnet die gemachten Vorschläge als solche, welche geeignet sind, Zwiespalt hervorzurufen. In solchen Ländern, wo man schon von der Nothwendigkeit des Haltens an der Verfassung durchdrungen ist, braucht man solche Beschlüsse nicht, in anderen nützen sie nichts; die Centralgewalt ist es, an der wir halten müssen, sie wird hingegen keiner Maßregel ihre Zustimmung ertheilen, welche ihrer Pflicht zuwiderläuft.

Abg. Vogt, Berichterstatter der Minorität: Jetzt ist die Sprache der Contrerevolution offen und klar, weil sie gerüstet dasteht. Aber auch für uns ist es jetzt Zeit; uns zu rüsten. Man wirft alle Netze aus, um die kleinen Fischlein Deutschlands zu fangen, um sie in den Rachen zu bringen, aus welchem der gefräßige Hecht Preußen sie verschlingen möchte. Solchen Plänen gegenüber sollen wir Schritt für Schritt zurückweichen, uns auf einen passiven Widerstand beschränken, bis wir uns selbst zu Grunde gerichtet haben. Ich will eine Verfassung gleich haben, die Durchführung derselben nicht unsern Nachkommen überlassen. Wir müssen gleich arbeiten. Der Redner kommt hierauf zu dem Minoritätsantrag, welches er vertheidigt. *) Er behauptet u. A., die Centralgewalt sei nicht gesonnen, die Wahlen auszuschreiben. Gegenüber den Angriffen der Contrerevolution gibt es nichts als Nothwehr, dagegen hilft keine Gesetzlichkeit, sondern nur das zum gesetzlichen gewordene Ungesetzliche Mittel der Nothwehr. In seiner Vaterstadt hat sich die Bürgerwehr selbst auf die Verfassung beeidigt und er wünschte, daß dieses Beispiel Nachahmung finde. Der Redner gibt eine Schilderung der Contrerevolution, der Verschwörung der Fürsten unter sich, berührt das Einrücken der Russen in deutsches Bundesgebiet, welches er Verrath nennt, und aus allen Kräften zurückgewiesen sehen möchte. Er bedauert die deutschen Soldaten, welche sich gebrauchen lassen sollen, die Freiheit zu knechten, und besonders die preußische Armee, welche man zum Hauptwerkzeuge gebrauchen wolle. Es empört mich aufs Tiefste, das Blut kocht mir unter den Nägeln, meint er, wenn ich bedenke, wie gut sich unsere Soldaten schlagen, wie gut sie angeführt werden, und dagegen wie nichtsnutzig die Diplomaten in den Cabineten. Ein Krieg gegen Rußland wäre allen ersehnt und erwünscht, man frage herum bei den Soldaten. Das Geld wäre da, Soldaten wären da, Oesterreich und Rußland haben sich vereinigt, Preußen wird im Bunde der Dritte sein, es wird auch noch helfen den Kampf gegen die Magyaren, welcher ein Kampf des Absolutismus gegen die Freiheit ist, zu unterstützen. Wer sich nicht, schließt der Redner, auf seine eigene Kraft verläßt, der verräth sich selbst. Wir wollen uns auf unsere eigene Kraft verlassen und der Welt zeigen, daß wir keinen fremden Stützpunkt, keinen Halt außer uns bedürfen, um zu stehen. Wir brauchen nichts als die Kraft in uns selbst, um unsere Sache durchzusetzen. (Großer Beifall.)

Ein Antrag auf Vertagung der Sitzung wird abgelehnt. Das Haus leert sich zusehends. Abg. Venedey spricht für das Minoritätserachten:

Die Nationalversammlung beschließe:

1) Die Wahlen zum ersten Reichstage auf den 15. Juli und die Zusammenberufung desselben Reichstags auf den 15. August anzuordnen.
2) Die unmittelbare Beeidigung aller Behörden und Truppen auf die Verfassung in allen Ländern anzuordnen, wo die Verfassung bereits von den Regierungen angenommen ist.

(Der zweite Theil desselben wird zugleich als Zusatzantrag zu dem Ausschußantrage bezeichnet.)

Der Vorsitzende vertagt hierauf die Sitzung bis um 4 Uhr. Schluß der Sitzung 2½ Uhr.

Nachschrift.

* **Köln**, 3. Mai. Der hiesige Gemeinderath erläßt in der „Kölnischen Zeitung" mit Bezug auf seinen gestrigen Beschluß (s. heutiges Hauptblatt) die Einladung zu einer Versammlung von Mitgliedern aller Gemeinderäthe der Rheinprovinz, welche behufs Berathung der bedenklichen politischen Lage des Vaterlandes Dienstag den 8. Mai im Casinosaal dahier abgehalten werden soll.

** **Paris**, 2. Mai. Im Conferenzsaale der Nationalversammlung ging heute das Gerücht, daß eine telegraphische Depesche die Nachricht von dem Einrücken der französischen Expeditionstruppen in Rom gebracht habe.

Die Cholera macht wieder bedeutende Fortschritte. Auch Dupont (de l'Eure), der Präsident der provisorischen Regierung, soll ihr zum Opfer gefallen sein.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Summe von 200,000 Fr. zur Bestreitung der Kosten für die Revolutionsfeier am 4. Mai bewilligt. Der zweite Artikel des deßfallsigen Commissionsentwurfs: „Allen denen, welche in Gemäßheit des Decrets vom 27. Juni 1848 transportirt wurden, ist vollständige Amnestie gewährt. Art. 1. jenes Decrets ist abgeschafft", wurde mit 339 gegen 288 Stimmen verworfen, ebenso auch ein Amendement, der Regierung ein halbes Jahr zu einer solchen Amnestie Zeit zu lassen. Am Schlusse der Sitzung nahm Ledru-Rollin das Wort, um sich über die Beleidigungen und Schmähungen, ja sogar Todesdrohungen, welche er und zwei seiner Collegen bei einem Banquet in Moulins von Seiten der dortigen Nationalgardisten zu erdulden hatte, zu beklagen und auf eine parlamentarische Untersuchung anzutragen. Die Versammlung wird darüber zu entscheiden haben, wie weit diesem Antrag Folge zu geben ist.

* **Turin**, 28. April. Sonnaz, Commandant von Alessandria, hat sich mit dem österreichischen General Degenfeld rücksichtlich des Garnisondienstes in Alessandria verständigt.

Der „Concordia" wird geschrieben, daß die Hälfte der französischen Expedition Ancona besetzen solle. Auch sollen 12,000 Neapolitaner gegen die römische Grenze marschirt sein.

* **London**, 1. Mai. Es waren heute in Betreff eines nahen Friedensabschlusses zwischen Deutschland und Dänemark günstige Gerüchte in Umlauf. Man versicherte mit Bestimmtheit, daß der König von Belgien von beiden Theilen angegangen worden ist, das Amt eines Vermittlers zu übernehmen.

Amsterdam, 2. Mai. 2½pCt. Integr. 49⅞. ⅝. ½. — 3pCt. Schuld 38⅝. ½. — 4pCt. do. 77¹⁵/₁₆. ⅝. — 5pCt. Anl. 12⅝. ⅞. — do à 510 Pf. St. 12⅝. — 3pCt. inländ. à 6000 fl. 24⅝. ½. ⅝. ½. — 4pCt. Port. 29⅜. ⅝. — Russ. 4pCt bei Hope 81⅞. — 5pCt. Metall. 72⅜. 7⅛. — 2½pCt. do. 39⅜. ⅝.

Die Börse war heute wieder ohne Lebhaftigkeit und auch die Preise haben wenig oder nichts variirt. Holl. mehr angeboten. Span. und Port. preishaltend. Russ. etwas angenehmer. Franz. beinahe unverändert. Oesterr. ein wenig flauer. Peru mehr gesucht. Mexic und Griech. etwas schlechter.

Paris, 2. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 89. 30. — 3pCt. 57. 35. — Bankactien 2390. — St. Germain-Eisenbahn 425. — Versailles, rechtes Ufer 210. — Linkes Ufer 177. 50. — Paris-Orleans 855. — Paris-Rouen 575. — Orleans-Bordeaux 405. — Orleans-Vierzon 360. — Rouen-Havre 285. Marseille-Avignon 217. 50. — Straßburg-Basel 105. — Nordbahn 451. 25. — Paris-Straßburg 375.

Die Rente war sehr gesucht und ging in Folge dessen in die Höhe.

Madrid, 27. April. 3pCt. 24⅛ compt., a. d. B. 24⅛. ⅛. G. — 5pCt. 10⅛. G.

London, 1. Mai. Heute die Börse geschlossen.

---

*) Minoritätsantrag z. des Abg. Vogt von Gießen.

In Erwägung, daß Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen, die auf ihn gefallene Wahl zum Kaiser der Deutschen definitiv abgelehnt hat und dadurch die getroffene Wahl erledigt ist, eine andere Wahl derzeit aber unthunlich erscheint;

in Erwägung, daß die Regierungen: Preußen, Bayern, Hannover und Sachsen die unbedingte Annahme der Verfassung verweigert haben; und

in fernerer Erwägung, daß die Regierung von Oesterreich durch Anrufung russischer Hülfe ihre Bundespflicht verletzt hat, das Gebiet des deutschen Reiches von russischen Truppen wirklich überschritten worden ist und sowohl hierdurch als durch die Weigerung der erwähnten Regierungen das Vaterland in Gefahr ist:

beschließt die Nationalversammlung:

1) die verfassungsmäßigen Befugnisse des Kaisers werden, bis zur völligen Durchführung der Verfassung in ganz Deutschland, einem Reichsstatthalter übertragen, den die Nationalversammlung erwählt;
2) wahlbar zu dieser Würde ist jeder volljährige Deutsche;
3) der Reichsstatthalter leistet sogleich nach Annahme der Wahl vor der Nationalversammlung den Eid auf die Reichsverfassung;
4) sie bestimmt den 1. August d. J. als den Tag, an welchem der erste Reichstag auf den Grund der Verfassung in Frankfurt a. M. zusammenzutreten hat;
5) sie bestimmt als den Tag, an welchem im deutschen Reiche die Wahlen für das Volkshaus vorzunehmen sind, den 15. Juli d. J.;
6) mit der Beeidigung des Reichsstatthalters hört die provisorische Centralgewalt auf;
7) die Nationalversammlung erläßt einen Aufruf an das deutsche Volk, in welchem sie zum Festhalten an der Reichsverfassung und zur thatkräftigen Bekämpfung jeglichen Widerstandes gegen die Durchführung derselben auffordert;

Der Dreißigerausschuß ist mit Vorlage eines Entwurfs zu diesem Aufrufe beauftragt;

8) die Nationalversammlung fordert sämmtliche Regierungen auf, ihre ganze bewaffnete Macht mit Einschluß der Bürgerwehren, sofern auf die Reichsverfassung vereidigen zu lassen. Für den Fall, daß einzelne Regierungen diese Vereidigung bis zum 20. Mai nicht vollzogen hätten, werden sämmtliche Abtheilungen in den betreffenden Ländern ermächtigt und aufgefordert, diese Vereidigung selbstständig vorzunehmen;
9) sämmtliche im Dienste des Reichs stehenden Truppen werden sofort auf die Reichsverfassung beeidigt;

Die Centralgewalt wird mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt;

10) die vorzeitig oder aufgelösten Volksvertretungen der renitenten Regierungen werden aufgefordert und ermächtigt, sich sofort in ihrer letzten Zusammensetzung, aus eigener Machtvollkommenheit, an jedem passenden Orte zu versammeln und die geeigneten Maßregeln zu treffen, um den Widerstand ihrer Regierungen gegen die Reichsverfassung zu beseitigen;
11) in den größeren deutschen Staaten, welche die Anerkennung und Durchführung der Reichsverfassung verweigern, sind die einzelnen Provinzen und Kreise ermächtigt und aufgefordert, die Reichsverfassung nebst dem Wahlgesetze selbstständig anzunehmen und einzuführen;
12) die Nationalversammlung erklärt jeden Vertrag über Verbindung von Truppenkörpern renitenter Regierungen mit den Truppen solcher Regierungen, welche die Verfassung anerkannt haben, für unstatthaft, unwirksam und verfassungswidrig;
13) die Nationalversammlung erklärt den Einmarsch russischer Truppen in Oesterreich für eine Verletzung des Reichsgebietes, und erklärt diejenigen, welche diesen Einmarsch russischer Truppen veranlaßten oder ihre Zustimmung dazu gaben, für Verräther am Vaterlande. Sie fordert das gesammte deutsche Volk auf, mit allen Mitteln diesem Verrathe zu widerstehen; entbindet diejenigen Truppen, welche zur Mitwirkung an solchem Verrathe beseitigt werden sollten, des Eides gegen ihre Oberen, und gibt der Centralgewalt auf, sofort in Gemäßheit dieses Beschlusses den Reichskrieg gegen Rußland und die verrätherische Regierung Oesterreichs zu erklären.

(Eisenstuck. Tafel von J. Tafel von S. Fröbel. Zehrenbach. Simon. Hagen. Umbscheiden. Raveaux. Spatz. Vogel.)

Druck von August Osterrieth.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Zweite Extra-Beilage zu Nro. 106.) 4. Mai 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

211. Sitzung.

(Nachmittagssitzung, 4 Uhr.)

Vorsitzender: Präsident E. Simson.

H **Frankfurt**, 4. Mai.

Abg. Simon von Trier (als Berichterstatter der Minorität). Der Redner spricht für das Minoritätserachten III, dessen Wortlaut folgender ist:

1) Die Regierungen der deutschen Einzelstaaten haben nach Maßgabe der §§ 14, 191 und 193 der Reichsverfassung sofort die Beeidigung sämmtlicher Beamten des Militär- und Civilstandes auf die Reichsverfassung und die zur Durchführung derselben verpflichtete Centralgewalt vorzunehmen.
2) Die Nationalversammlung erklärt jeden Vertrag zwischen Einzelstaaten über Verbindung von Truppenkörpern renitenter Regierungen mit den Truppenkörpern solcher Regierungen, welche die Verfassung anerkannt haben, für verfassungswidrig, unstatthaft und unwirksam.

Meine Herren! Heute muß es sich entscheiden, ob wir noch länger mit einander gehen können oder nicht. Sie haben versprochen, mit uns zur Verfassung zu halten, und wir werden sehen, ob Sie zu Maßregeln zu schreiten gesonnen sind, welche geeignet sind, das Vaterland zu retten. Ich habe nichts zu thun mit einem Ministerium Brandenburg-Manteuffel, von dem ich nur weiß, daß es uns zeigte, daß man durch energische Brutalität weiter kommt als durch schwächliche Humanität; auch nicht mit einer preußischen Politik. Es handelt sich um die Mittel. Das Ministerium Brandenburg rief: Niemals, niemals, niemals! ich rufe: Waffen, Waffen! und abermals Waffen! (Großer Beifall links und auf den Galerien. Unruhe rechts. Ruhig! links.) Ich weiß, daß das Ministerium in Berlin klug genug ist, wenn es von der hiesigen Stimmung erfährt, gegen die Unvorbereiteten einzuschreiten. Sie wollen neue Wahlen, gesetzliche Manifestationen? Die ultima ratio regum wird solche niederhalten wissen. Die Beeidigung des Militärs ist mir der erste Act, der Aufruf an das Volk der letzte. Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten für die energische Antwort auf die preußische Note; aber mir ist bange, daß es uns an Mitteln fehlen werde. Die Württemberger, die Pfälzer haben sich zu der Verfassung emporgearbeitet, allein mir dinket das Herz, wenn ich denke, daß sie für ihre deutsche Treue und Anhänglichkeit durch Preußens Perfidie unterdrückt werden sollen. Der Redner kommt auf die russische Intervention, berührt Artikel des „Lloyd", wodurch dieselbe als bestimmt anzusehen sei, und die Drohung des französischen Gesandten, Wien zu verlassen. Nachdem man die österreichische Armee für eine nichtige Centralisationsidee geopfert, will man sie durch russische Intervention noch vollends entehren. Der russische Adler ist nicht sowohl ein Wappenvogel als ein Raubvogel und die Gefilde, worüber er schwebt, sind Gefilde wohin ihn der Geruch der Verwesung zieht. (Bravo.) Sammeln Sie alle Kräfte Süddeutschlands, um der Barbarei des Ostens entgegenzutreten. Alles wartet auf das Losungswort von hier; Sie haben von Truppen gehört, denen ihre jetzige Stellung unerträglich ist. Ordnen Sie die Beeidigung an, die Einzelstaaten werden sich nicht entziehen. Sie sind der Ordnungspunkt der überwiegenden Partei in Deutschland. Geben Sie es zu, daß derselbe nach Berlin gewaltsam verlegt werde, und behaupten Sie Ihren Ordnungspunkt nur in der Theorie, so ist die Verfassung verloren. Schon unterhandeln kleinere Staaten in Berlin wegen der Verschmelzung ihrer Truppenmacht mit der preuß. Armee; lassen Sie sich dieselben nicht entziehen. Sollten die deutschen Soldaten nicht das Lügenspiel begreifen, welches man mit ihnen treibt, indem man sie heute zum Schutze des Parlaments sendet, morgen dieselben gegen das Parlament gebrauchen will? Sollten sie nicht den Mißbrauch begreifen, welchen man mit ihnen in Schleswig-Holstein treibt, wo das Gespenst des Herrn v. Wildenbruch wieder zu spuken scheint? General Prittwitz soll gesonnen sein, abzudanken. So eben erhalte ich eine Nachricht aus Königsberg. Ein dänisches Vivatgeschwader gelangte in den Rayon der Artillerie der Festung Pillau. Eine Deputation der Stadt Pillau begab sich zum Festungscommandanten, um ihn zu ersuchen, das Schiff zu beschießen. Der Commandant aber erwiederte, er habe die Instruction, sich neutral zu verhalten. (Pfui! Verrath! links.) Ist das nicht ein schändlicher Betrug. Will man keinen Krieg führen, so führe man keinen, allein man lasse nicht Tausende um nichts tödten. (Lebhafter Beifall links und auf den Tribunen.) Warum soll die Vereidigung nicht angeordnet werden können? Ist sie nicht eine Verwaltungsmaßregel, so gut wie die Ausschreibung der Wahlen? Das Minist. Römer hat erklärt, es werde dieselbe nur vornehmen lassen, wenn die Reichsgewalt sie anordne. Die Ausführung und Durchführung der Verfassung ist eine Aufgabe der Centralgewalt. Gibt der Herr Erzherzog seine Zustimmung zur Ausschreibung der Wahlen, so gibt er sie auch zur Anordnung der Vereidigung. Der Kaiser ist freilich nicht da, das nächstliegende ist wohl die Centralgewalt. Ich denke mir den Eid so: „Ich schwöre Treue der Reichsverfassung und Gehorsam der zur Ausführung derselben bestehenden provis. Centralgewalt." Acht Millionen Seelen haben sich bereits unter die Verfassung geschaart. Geben Sie bei der jetzigen Stimmung 50,000 Mann und wir sind gesichert. Durch ein kräftiges Auftreten stürzen Sie das Ministerium Brandenburg und bekommen Sie Preußen dazu, denn das preußische Volk wird gewiß die Freiheit der Barbarei des Ostens vorziehen. Thun Sie es nicht, so erleben Sie es wieder, daß der Westen vom Norden ins Schlepptau genommen wird, und nicht das Gegentheil, wie Sie es wollen. Wir müssen für die Gegenwart handeln, ich rathe denjenigen, die es nicht wollen, uns eher zu verlassen, um denjenigen, welche für die Gegenwart handeln wollen, nicht im Wege zu stehen. Ich will keinen passiven Widerstand, ich will den activen, wenn auch nicht unmittelbar, so doch wenigstens zum Schutz. Das Volk ist mißtrauisch gegen das Militär und Sie werden dasselbe nicht eher schwinden machen, als bis Sie Beide wieder durch die Vereidigung des letztern auf den gleichen Boden der Reichsverfassung stellen. Ich wiederhole es, wer sich nicht daran setzen will, der verlasse uns lieber! (Großer Beifall links und auf den Tribunen.)

Reichsministerpräsident v. Gagern nimmt hierauf zu einer factischen Berichtigung das Wort. Die Worte, welche auf dieser Tribune gesprochen werden, hallen durch das ganze Vaterland. Wenn ein deutsches Heer dem Feinde gegenübersteht, dann scheint mir der Moment nicht gekommen, Führer oder Soldaten zu verdächtigen. (Großer Lärm links.) Ich will nicht glauben, daß es die Absicht des Vorredners gewesen, dies zu thun; um indeß jede Mißdeutung zu verhindern, erlauben Sie mir, daß ich den Führer des deutschen Heeres in Schleswig vor der Oeffentlichkeit rechtfertige, wenn er überhaupt einer Rechtfertigung bedarf. Ich leugne vor Ihnen nicht, daß das preußische Ministerium den Frieden sehnlichst wünscht (Hört!), allein es ist überzeugt, daß der Augenblick des Friedens noch nicht gekommen sei. Was den Thatbestand anbetrifft, so verhält sich dieser also: Nachdem das Heer in Schleswig so weit gekommen war, die Offensive zu ergreifen, wurde von Seiten des Kriegsministers durch einen Officier hingemeldet, die Offensive sei zu ergreifen, falls keine militärischen Gründe es verhinderten. Die Cavallerie war indeß noch zu sehr zurück, um das thun zu können. Der Officier wurde im Hauptquartier mit Freuden empfangen, und der commandirende General zeigte sogleich die Etappen an, in welchen er der jütischen Grenze und über dieselbe ziehen werde, erklärte aber zugleich, daß er vor dem 29. nicht in Jütland einrücken könne. Ich begreife sehr wohl das Mißtrauen, welches in der Bevölkerung Schleswig-Holsteins herrscht. Ein früheres Einrücken war aber nicht möglich, da die Positionen so getroffen waren, daß die Avantgarde erst am 29. an der jütischen Grenze anlangen konnte, und so ist es geschehen. Uebrigens hat General Prittwitz einen Revers unterschrieben, der Centralgewalt zugehorchen. Von seiner Absicht abzutreten hat die Centralgewalt keine Kunde.

Abg. Simon verwahrt sich dagegen, als ob er Führer oder Soldaten habe verdächtigen wollen; er habe sie im Gegentheil gegen Einflüsse von Oben in Schutz genommen. Er verlange keine Vereidigung der deutschen Truppen in Holstein, diese seien ohnehin von Vaterlandsliebe durchdrungen. (Bravo links.)

Abg. Stahl aus Erlangen, Berichterstatter der Majorität: Ich will nicht auf die Discussion wegen des Krieges mit Rußland eingehen. Diese Frage ist viel zu gewichtig, um in eine an sich so gewichtige Verhandlung eingemischt zu werden. Die Hoffnung, welche Hr. Vogt daraus zieht, uns in die ungarischen Zustände zu versetzen, wäre nicht geeignet, das Volk an uns zu fesseln. Wir haben noch, bessere, feierlichere Hoffnungen. Uebrigens wird, wenn uns unser Werk gelingt, Deutschland stark genug sein, der östlichen Barbarei zu widerstehen. Gelingt es aber nicht, so ist eine Kriegserklärung gegen Rußland kein Mittel hierzu, sie würde vielmehr die Versammlung nur lächerlich machen. (Beifall rechts.) Das Verfahren der Versammlung ist durch die Regierungen selbst gerechtfertigt. Die preußische Regierung wirft die Eigenmacht vor, weil sie so fest gegen die Vereinbarung beharrt, aber das Bestreben der preußischen Regierung zeigt eben, daß eine solche Vereinbarung nicht möglich, weil die Regierungen selbst nicht einig werden. Auch das neue Project Preußens wird scheitern. Die 28 Regierungen werden bei uns verharren, und es verlautet aus sicherer Quelle, daß auch Bayern nicht entfernt daran denkt, auf dies preußische Project einzugehen. Die Versammlung kann aber unmöglich warten, bis dieser Fürstencongreß vielleicht abermals in einem Jahre etwas oder vielmehr nichts zu Stande bringt. Die Versammlung muß nun handeln. Die Parteien sind einig im Ziel, aber uneinig in den Mitteln. Ebenso ist das Volk seit dem März 1848 in zwei Parteien gespalten, die jetzt in dem einen Ziel, der Verwirklichung der Verfassung, einig sind, nicht aber in den Mitteln. Ergreift man die äußersten, so wird man das Volk selbst spalten; wir aber verlangen, daß das ganze Volk ungetrennt hinter uns stehe. Der zu rasch, zu weit Gehende, kann leicht seine Schritte für den Langsamern mäßigen, thut er dies nicht, so bleibt Letzterer zurück und entzieht ihm seine Hilfe. Es ist deßhalb nothwendig, die zu große Bewegung zu mäßigen, obwohl ich fürchte, daß dieses bereits sehr schwer sein wird. Die Pfalz ist als Leiter für Altbayern auf dem Wege der Freiheit vorangegangen; sie hat dies gethan, und wir danken es ihr; aber wer will, daß Altbayern uns zukomme, der möge die Bewegung in Rheinbayern mäßigen, denn diese würde sehr nachtheilig auf Bayern zurückwirken. Man hat die Vereidigung als Mittel zum Schutz der Wahlen empfohlen, damit dreht man sich aber nur im Kreise herum. Die Regierungen, welche vereidigen lassen, lassen auch wählen, und die nicht wählen lassen, lassen auch nicht vereidigen. Der Redner schließt mit der Aufforderung zur Mäßigung, da ja gerade Preußen übereilte Schritte erwarte. (Beifall rechts.)

Es wird zur Abstimmung geschritten. Der Vorsitzende stellt die Unterstützungsfragen zu mehreren Anträgen. Die Abgg. Handschuhmeid, Werner u. G., Wigard u. G., welche an die Einsetzung einer neuen provisorischen Executivbehörde hingehen, werden abgelehnt. Die Alineas 1, 2, 3, 6 des Minoritätserachtens I werden abgelehnt. Ueber das Alinea 7 des zweiten Minoritätserachtens wird namentlich abgestimmt. Es wird mit 235 gegen 138 Stimmen abgelehnt. — Hierauf wird das Majoritätserachten zur namentliche Abstimmung gebracht. — Der Antrag der Majorität wird mit 190 gegen 188 Stimmen angenommen. — Hierauf gelangen jene Anträge zur Abstimmung, welche eine Beeidigung durch die Reichsverfassung verlangen. Zur namentlich n Abstimmung gelangt zuerst das erste Alinea des Minoritätserachtens III in folgender vom Antragsteller abgeänderte Fassung: „Die Nationalversammlung beschließt die provisorische Suspension des § 14 u. §§ 191 und 193 der Reichsverfassung:

Die Regierungen der deutschen Einzelstaaten haben sofort die Vereidigung der Beamten des Militair- und Civilstands auf die Reichsverfassung und die sie ausübende Reichsgewalt in folgender Form vorzunehmen „Ich schwöre Treue der deutschen Reichsverfassung und Gehorsam der sie ausübenden Reichsgewalt."

Der Antrag des Abg. Simon wird mit 244 gegen 13 Stimmen abgelehnt. (Auf der Linken heftiger Lärmen Pfui!) Die ursprüngliche Fassung des ersten Alineas des Minoritätserachtens III wird gleichfalls abgelehnt. Ebenso das Minoritätserachten II des Abg. Benedey. (Heftiger Lärm. Links: Pfui!)

Ueber den ersten Satz des Alinea 8 des ersten Minoritätserachtens wird namentlich abgestimmt. Dieser Satz lautet: „Die Nationalversammlung fordert sämmtliche Regierungen auf, ihre ganze bewaffnete Macht mit Einschluß der Bürgerwehren sofort auf die Reichsverfassung vereidigen zu lassen." Dieser Satz wird mit 221 gegen 135 Stimmen abgelehnt. (Pfui! auf den Galerien. Der Vorsitzende verweist dieselben zur Ordnung. Widerspruch von den Galerien. Ruf auf der Rechten und im Centrum: Räumen!) Ein ähnlicher Antrag von Wedekind wird gleichfalls abgelehnt. Ein Antrag des Abg. Vogt die durch die renitenter Regierungen aufgelösten Volksvertretungen aufzufordern aus eigener Machtvollkommenheit zusammenzutreten um geeignete Maßregeln zu berathen, wird abgelehnt. Desgleichen No. 11, 12 und 13 des Minoritätserachtens I. (Die Linke begleitet die Verkündigung dieser Resultate mit den Aeußerungen ihres Unwillens.) Der Zusatzantrag des Abg. Schoder: alle Regierungen welche die Verfassung anerkannt haben, aufzufordern, ihren Truppen ein Reichsbanner zu bieten, so wie der Antrag des Abgeordneten M. Mohl (s. die Rede dies. Abg.) werden abgelehnt. Mehrere Zusatzanträge auf Beeidigung der Volkswehr werden gleichfalls abgelehnt. Damit ist die Abstimmung über den dringlichen Antrag des Dreißigerausschusses erledigt.

Der Vorsitzende verliest einen Dringlichkeitsantrag des Abg. Schütz u. G., welcher will, die Nationalversammlung erkläre in Bezug auf die preußische Note, welche einer Kriegserklärung ähnlich sehe, das Vaterland sei in Gefahr, und alle Waffenfähigen werden aufgefordert, sich zu bewaffnen, um Gewalt durch Gewalt zurückzuweisen. Die Dringlichkeit wird nicht zuerkannt. — Einem anderen dringlichen Antrage des Abg. Wedekind, welcher will, daß die Nationalversammlung erkläre, die ganze Verantwortlichkeit der Folgen des Betragens der preußischen Regierung falle auf diese zurück, ferner seien die Bevollmächtigten aller jener Staaten, welche die Verfassung anerkannt haben, nach Frankfurt einzuladen zur Berathung über die in der gegenwärtigen Lage zu treffenden Maßregeln, wird die Dringlichkeit gleichfalls nicht zuerkannt.

Schluß der Sitzung 9¼ Uhr. Nächste Sitzung: Montag den 7. Mai.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

[1239] **Bekanntmachung.**

Bei den nachstehend bezeichneten Herzogl. Nass. Postämtern befinden sich mehrere Poststücke und ein Werthbrief, welche als unbestellbar von den resp. Bestimmungsorten zurückgesendet worden sind, nämlich:

bei der Postverwaltung zu Wiesbaden:
ein Poststück an Herrn Heinrich Bart zu Cassel,
bei der Postverwaltung zu Schwalbach:
ein desgleichen an Herrn Jakob Dorn in Dietrich, und
bei der Postexpedition zu Diedrich:
ein Werthbrief an Herrn Remern zu Cöln.

Die Eigenthümer dieser Gegenstände werden daher hiermit aufgefordert, solche bei den benannten Postämtern gegen gehörige Legitimation, bezüglich gegen Rückgabe des betreffenden Postscheines, sowie gegen Bezahlung des darauf haftenden Porto's binnen sechs Monaten in Empfang zu nehmen, widrigenfalls nach Umfluß dieser Frist anderweit darüber wird verfügt werden.

Frankfurt, den 28. April 1849.

Oberpostamt.

Berichtigungen.

Taunus-Eisenbahn.

Im Monat April l. J. wurden auf der Taunuseisenbahn, ausschließlich der Militärtransporte, 58,537 Personen befördert.

Die Einnahmen betrugen während dieser Zeit:

a) für Personentransport und Gepäck	29353 fl.	19 kr.
b) „ Transp. von 25,331 Ctr. Frachtgut	3839 „	21 „
c) „ „ „ beladenen Frachtwagen	260 „	— „
d) „ „ „ 18 Reisewagen	136 „	— „
e) „ „ „ 336 St. Schlachtvieh, 2 Pferden, 199 Hunden und 1138 Tragl.	389 „	31 „
Summe der Einnahmen	33978 fl.	11 „

Frankfurt a. M., den 1. Mai 1849.

In Auftrag des Verwaltungsraths
der Director der Taunus-Eisenbahn
Weil.

[1278]

[1044] So eben ist erschienen:

Dr. J. F. Th. Wohlfarth (F. S. Kirchenrath)

Die Gefahren der Kirche

gegenüber den Paragraphen 14 bis 20 der Grundrechte des deutschen Volks.

Gr. 8. Geh. 45 kr.

Noch ist es vielleicht Zeit zur Beherzigung dieser frommen Warnung an das am Abgrund der Verwilderung stehende Deutschland — Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung gezwungen werden" — heißt z. B. § 18, wornach es also einem jeden Vater frei steht, sein Kind taufen zu lassen oder auch nicht. — Solcher Aergernisse mehr und es, wogegen diese Schrift kräftig ankämpft, um dem Volk das theure Kleinod der Religiosität zu retten.

Zu haben in der Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkartenhandlung in Frankfurt a. M.

Für Freunde der Tonkunst.

Große Preis-Herabsetzung und Extra-Prämie von zwölf reizenden Kupfern.

[1142] Um mit dem noch geringen Vorrath der allgemein beliebten und geschätzten

Musikalischen Anthologie v. E. Ortlepp,

16 Thle. großes Taschenformat, eleg. brosch., 2000 S. stark,

vollends zu räumen, wird der bisherige Ladenpreis von 4 Thlr. auf nur 2 Thaler oder fl. 3. 36 kr. ermäßigt, und außerdem als Prämie noch die 3. Lieferung der Galerie amusante (12 versiegelte Briefstenscenen) gratis beigefügt.

Die Anthologie enthält in unterhaltender Form das Beste was je über Musik geschrieben wurde, darunter die interessantesten Lebensnachrichten alter großen Musiker, musikalische Novellen von Hoffmann u. A., Briefe, Kritiken, Curiosa, Anekdoten, musikalische Reisen u. s. w. Ein Inhaltsverzeichniß wird gratis abgegeben.

Verlag von **F. Heinrich Köhler**
in Stuttgart.

[1180] In der Portier'schen Buchhandlung erschien und ist durch die Andreäische Buchhandlung in Frankfurt a. M. zu beziehen:

Das Leben des Erzherzogs Johann von Oesterreich.
Mit besonderer Berücksichtigung der Feldzüge dieses Prinzen in den Jahren 1800, 1805, 1809 und 1815. Von Franz Joseph Adolph Schneidawind. Eleg. geh. 1 fl. 30 kr. oder 21 gGr.

Vorigen Jahr erschien:

48 Briefe Sr. Kais. Hoheit des Herrn Erzherzogs Johann von Oesterreich an Johann von Muller. geh. 54 kr. oder 12 gGr.

[1173] ### Bekanntmachung.

In § 18 des Gesetzes vom 9. November 1848, die Abänderungen einiger Bestimmungen des Gesetzes über Erfüllung der Militärpflicht vom 1. August 1846 betreffend, ist die Anordnung enthalten,

daß die Mannschaften aus den Altersclassen der Jahre 1847, 1846, 1845, 1844 und 1843, welche gegenwärtig noch zur Dienstreserve gehören, sich einer anderweiten Untersuchung ihrer Dienstfähigkeit zu unterwerfen und hierzu auf ergangene öffentliche Aufforderung bei Vermeidung der für den Unterlassungsfall im 9. Capitel des Gesetzes vom 1. August 1846 angedrohten Strafen vor der Bezirks-Rekrutirungs-Commission an dem von derselben bestimmten Tage und Orte zu stellen haben.

Auf Grund dieser gesetzlichen Anordnung werden die Mannschaften aus den Altersclassen der Jahre 1847, 1846, 1845 und 1844, welche gegenwärtig noch zur Dienstreserve gehören, hiermit aufgefordert, künftigen

1. Juni dieses Jahres

unter Ueberreichung ihrer Geburts- oder Taufscheine persönlich sich anzumelden, oder bei dringender Abhaltung durch Beauftragte anmelden zu lassen, alsdann aber an dem von der betreffenden Bezirks-Rekrutirungs-Commission bestimmten Tage und Orte vor derselben zu der anderweiten Untersuchung ihrer Dienstfähigkeit bei Vermeidung der für den Unterlassungsfall angedrohten gesetzlichen Nachtheile, in Person, sich zu stellen.

Zugleich wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß

a) die Anmeldung am 1. Juni bei der Lokalbehörde des Aufenthaltsortes in derselben Weise zu erfolgen hat, wie solche den betreffenden Dienstreserve-Mannschaften nach § 36 des Gesetzes vom 1. August 1846 und § 133 flgd. der dazu gehörigen Ausführungs-Verordnung für den 1. Juni jeden Jahres obliegt, dafür aber die Anmeldung am 1. Juni des künftigen Jahres in Wegfall kommt,

b) die das Anmeldungsgeschäft besorgenden Behörden nach §§ 31, 32, 137 flgd. der Ausführungs-Verordnung zu dem gedachten Gesetze durch ein neues thätiges Eingreifen Anmeldungs-Versäumniß möglichst vorzubeugen, über die erfolgten Anmeldungen Listen anzufertigen und in derselben Weise, wie die Anmeldungen der Militärpflichtigen einzureichen, die Angemeldeten aber alsdann zur Gestellung zu bringen haben,

c) diejenigen Dienstreserve-Mannschaften, welche bei der anderweiten Untersuchung ihrer Dienstfähigkeit zum Militärdienste untüchtig befunden wurden, ihrer Militärpflicht entlassen, die für minder tüchtig Erklärten der nach § 15a des Gesetzes vom 9. November 1848 zu bildenden Dienstreserve zugetheilt, die Tüchtigen dagegen der Kriegsreserve auf die Dauer ihrer Reservepflicht, nach zuvor erfolgt er Einübung für den Dienst der Truppen zu Fuß, einverleibt werden.

Dresden, den 12. April 1849.

Königl. Sächs. Kriegs-Ministerium.
Rabenhorst.

Für Auswanderer.

„Die Hoffnung."

Concessionirte deutsche Büreaux
für

Auswanderer nach Amerika
von **J. M. Bielefeld** in Mannheim.

London
bei Ullmann, Hirschhorn & Co.

New-York
bei Schultz und Bleidorn

Regelmäßige Fahrten gekupferter Dreimaster erster Klasse, sogenannte Packetboote,
nach **New-York** und **New-Orleans.**

Bei Gründung dieser Linie habe ich zunächst mein Augenmerk darauf gerichtet, daß der Auswanderer auf der ganzen Reise nur mit Deutschen zu verkehren hat, deren Aufgabe es ist, sich mit aller Wärme seiner anzunehmen und ihn mit Rath und That zu unterstützen; auch bei seiner Ankunft in Amerika wird er von Deutschen empfangen, welche ihm jede Auskunft, seine Weiterreise und Ansiedelung betreffend unentgeltlich zu ertheilen haben.

Außer dem Schutze, den vorzugsweise das englische Gesetz dem Auswanderer bietet, ist er auch in den Seehäfen vor Uebervortheilung dadurch geschützt, daß er in Rotterdam sowohl, als in London während der ganzen Dauer seines Aufenthalts freie Beherbergung und Beköstigung in guten deutschen Gasthäusern findet, wodurch ihm gewiß die beste Bürgschaft für rasche Beförderung gegeben ist.

Die Preise sind auf das Billigste berechnet.

Zur näheren Erkundigung, so wie zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen, beliebe man sich an meine unterverzeichneten General-Agenten oder deren Agenten zu wenden, bei denen Prospecte gratis abgegeben werden.

Mannheim, im März 1849.

J. M. Bielefeld.

Frankfurt a. M.	Herr **Heinrich Klippel.**	Mainz	Herr **Heinrich Zix**
Stuttgart	„ **Friedr. G. Schulz** sen.	Cöln	„ **Vogel & Mack.**
Straßburg	„ **Louis Bielefeld.**	Rotterdam	„ **L. Mayer & Co**
	Bieberich Herr **J. K. Lembach.**		

In Bezug auf Obiges bemerke ich noch, daß im Monat Mai 5 Boote und zwar am 3. 10., 17., 24. und 31. expedirt werden und empfehle ich mich zu jeder Auskunft und zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen
[1295] **Heinrich Klippel,** General-Agent in Frankfurt a. M.

---

[982] ### Kaltwasser-Heilanstalt Herrenalb

im romantischen Albthal in der Nähe von Baden-Baden, Wildbad und der Residenz Karlsruhe.

Mit Beziehung auf die frühere weitläufige Annonce wird folgendes bemerkt:

Die Eröffnung findet am 1. Mai d. J. statt, und wird die Kur das ganze Jahr ununterbrochen fortgesetzt.

Die Quellen welche die Anstalt benützt, haben eine Temperatur von 4 bis + 6° Reaumur, welche im Sommer nicht steigt und im Winter nicht fällt.

Besondere Rücksicht soll auf die Diät der Kranken genommen, und diese den verschiedenen Krankheitsformen angepaßt werden.

Die Molkenkur wird vom Monat Mai bis Ende September unter der Leitung des Arztes der Anstalt in Anwendung kommen. Diejenigen, welche die dickste Ziegenmilch zum Zweck einer Luftveränderung trinken, werden bereitwillige Aufnahme finden. — Manigfache Auswahl von schattigen Spaziergängen, Fernsichten und Jagd werden dem rüstigen Fußgänger die nöthige Unterhaltung gewähren, sowie bei schlechtem Wetter gedeckte Gänge, Kegelbahnen, Billard und Conversationszimmer zur Erheiterung beitragen werden. Mit Recht kann man behaupten, daß Herrenalb von der Natur selbst zu einer Heilanstalt gestempelt ist, und in Beziehung auf Wasser und Luft nicht allein Gräfenberg gleich, sondern sogar voranstehet.

Die wöchentlichen Preise, nach der Lage und Größe des Zimmers in drei Klassen getheilt, sind:

1. Klasse fl. 16 oder Rthlr. 9.	4 Gr.	P. auf	Cour.		
2. „ „ 12 „	„	6. 25	„	„	„
3. „ „ 9 „	„	5. 4	„	„	„

Dieser wird gegeben: möblirtes Zimmer, Leinwand, Handtücher, 2 Badetücher, die durch den Arzt vorgeschriebene Kost, Bäder, Badebedienung und ärztliche Behandlung.

Eine nähere Beschreibung (Prospectus) der Anstalt und der Umgebung, worinnen die zu heilenden Krankheiten durch die Wasserkur näher bezeichnet und noch andere Bemerkungen enthalten sind, wird gratis ertheilt in Frankfurt bei Herrn **Schmuck,** Korumarkt Nr. 11.

Die ärztliche Oberleitung hat Herr Dr. Weiß, der sich früher diesem Zweig der Heilkunde in Gräfenberg widmete, übernommen; man bittet daher, die vor seinem Abgang gehörigen Anfragen franco an ihn zu richten. Anfragen in jeder andern Beziehung franco an den Vorstand der Anstalt.

Herrenalb, Pforzheim, im März 1849.

Dr. Weiß. G. A. Mohl.

[1233] ### Anzeige.

Die von den Unterzeichneten gestempelten Coupons à Rthl. 10. in Silber pr. 1/13. Febr. 1849 von Hopeschen Certificaten über 4pCt. Russische Inscriptionen werden, à fl. 18. 18 kr. per Stück von denselben eingelöst.

Frankfurt a. M., den 30. April 1849.

Grunelius & Comp.

Lager und Comptoir von **P. H. Oppenheim** befinden sich Schnurgasse Nr. 36 neu. [1271]

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[1240] Edictaladung.

Alle diejenigen, welche an den Nachlaß der Wittwe des hiesigen Beisassen Johann Philipp Zenner, Charlotte, vorher verehelichten Meyer, geb. Hirsch, Erb- oder sonstige Ansprüche und Forderungen zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, solche so gewiß in dem hiermit auf

Montag den 4. Juni 1849, Vorm. 9 Uhr,

anberaumten Termine anzuzeigen, als ansonsten dieser Nachlaß an die aufgetretene auswärtige Intestaterbin ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 24. April 1849.

Stadt-Amt.
Benkard.
Dr. G. Jäger, Act.

[1287] Bekanntmachung.

Die Schuldner des Pankratius Gabriel Lilian werden hiermit aufgefordert, die schuldigen Beträge bei Vermeidung nochmaliger Zahlung an Niemanden als an den bestellten Massecurator, Herrn Dr. jur Rumpf zu entrichten.

Frankfurt, den 2. Mai 1849.

Stadt-Gericht I.
Dr. Diepe.

[1212] Edictaladung.

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des hiesigen Bürgersohns Joachim Heinrich Lester Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen

Zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen auswärts wohnenden Intestaterben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 23. April 1849.

Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Böhmer.
Dr. Eyles, 1. Secr.

[1234] Edictaladung.

Ueber das Vermögen des Permi sionairs Gabriel Lilian aus Rüsselsheim hat das unterzeichnete Gericht heute Concurs erkannt.

Demnach werden alle, welche an diesen Gemeinschuldner aus irgend einem Rechtsgrunde Forderungen zu machen haben, hierdurch vorgeladen, solche in der auf

Montag den 9. Juli l. J.
Vormittags 10 Uhr

anberaumten Tagfahrt vor der angeordneten Gerichtscommission entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten hiesigen Anwalt klar zu stellen, auch hinsichtlich eines etwaigen Vorzugsrechtes zum Protocoll zu verhandeln, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse.

Es wird keine weitere Ladung ergehen, sondern nur, nachdem die gegenwärtige in den Acten gekommen ist, der Ausschlag der nicht angemeldeten Gläubiger in öffentlichen hiesigen Blättern bekannt gemacht werden.

Frankfurt, den 27. April 1849.

Stadtgericht I.
Schöff Dr. von Schweitzer, Director.
Dr. Diepe, Secr.

[1158] Am 19. Juni 1848 verstorbene der Einwohner Johannes Wiegand gen. zur Lu Rosseel gegen Verpfändung mehrerer in Rosdorfer Gemarkung gelegenen Immobilien von der Administration des Bürgerhospitals zu Gelnhausen ein Kapital zu 400 fl., welches Darlehn später mit anderen Posten verloren gegangen, kann auf beigebrachte Quittung der Forderungsberechtigten das Pfandrecht nicht gelöscht werden, weshalb Termin auf

den 11. Juni l. J.

Morgens 8 Uhr anber bestimmt wird, in welchem etwa Berechtigte ihre Ansprüche aus der Obligation unter dem Rechtsnachtheile, daß dieselbe widrigenfalls als erloschen erklärt werden wird, anzumelden haben.

Pönfeld, 17. April 1849.

Kurfürstl. Hess. Justiz-Amt.
Closterma nn.

[1227] Edictaladung.

Den Nachlaß des Advocaten Horst von Bergheim betreffend.

Erb- und sonstige Ansprüche an den Nachlaß des Advocaten sind binnen vier Wochen dahier anzuzeigen, gegenfalls über denselben ohne Rücksicht auf solche disponirt werden würde.

Orienberg, am 21. April 1849.

Großh. Hess. Landgericht das.
Schaum.

[1251] In Folge Ermächtigung des herzogl. Hof- und Appellationsgerichts zu Usingen vom 4. d. M. wird der am 30. December 1777 zu Oestrich geborene und seit seiner Jugend von seinem Heimathsorte entfernte Michael Friedrich Bickelmaier oder wer etwa als Leibes- oder Testamentserbe desselben sich zu legitimiren im Stande ist, aufgefordert, innerhalb

drei Monaten

zur Empfangnahme seines im Besitz des Franz Bickelmaier zu Oestrich befindlichen 1/10 fl. beim ersten Vermögens sich hier zu melden, widrigenfalls dasselbe diesem in Gemäßheit der Verordnung vom 21. Mai 1781 auf sein Ansuchen eigenthümlich überlassen werden wird.

Eltville, am 16. April 1849.

Herzogl. Nassauisches Amt.
Breidenbach.

[1068] Decret
in Sachen
des Friedrich Müller dahier, Klägers,
gegen
Moriz Eggerling aus Heilbronn, zuletzt hier wohnhaft, Beklagten,
wegen Forderung.

Kläger hat dahier gegen den Beklagten eine Klage auf 104 fl. 44 kr. für verabreichte Kost, Logis und Bekleidung während der Zeit vom 1. Januar 1848 bis Ende August 1848, angestellt. Der Beklagte, dessen Aufenthalt dermalen unbekannt ist, wird aufgefordert, sich auf die Klage innerhalb 60 Tagen zu erklären, bei Vermeidung der Rechtsnachtheile des Eingeständnisses und Verlusts der Einreden.

Alle weiteren Verfügungen in dieser Sache werden bei fortdauernder Abwesenheit des Beklagten nur durch Anheften an das Gerichtsbrett bekannt gemacht werden.

Wiesbaden, den 31. März 1849.

Herzogl. Amt.
Winter.

[1176] Bekanntmachung.

Nach einer Vereinigung zwischen den Gläubigern des Kaufmanns Georg Büttner dahier, und diesem, ist der Advocat Heller hierselbst als Curator über das Vermögen des Ersteren bestellt, und soll diese Curatel so lange dauern, bis der vorgeschlagene Vergleich bestätigt ist, und hiernach alle Sicherheit befestigt oder auf sonstige Weise sicher gestellt sind.

Es wird dies allen denjenigen, welche dem Kaufmann George Büttner oder dem Handlungshause unter der Firma J. G. Büttner & Comp. etwas schulden oder von demselben in Händen haben, mit der Verwarnung bekannt gemacht, daß derartige Forderungen und Gegenstände an Niemand anders als an den genannten Curator Advocaten Heller, bei Meidung nochmaliger Zahlung oder eintretenden Falls zu leistender Entschädigung zu machen, bezüglich abzuliefern sind.

Pönfeld, am 18. April 1849.

Kurfürstl. Hess. Justiz-Amt.
Closterma nn.

[1172] Bekanntmachung.

Der Zeugschmiedgeselle Reinhard Kranz von Walsum hat um Entlassung aus dem Nassauischen Unterthanenverband zum Zwecke der Auswanderung nach Amerika nachgesucht.

Es wird dieses hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, damit etwaige Gläubiger desselben ihre Rechtsansprüche gegen denselben wahren können.

Hochheim, den 17. April 1849.

Herzogliches Nassauisches Amt.
Gerber.

Druck von August Osterrieth.

Digitized by Google

№ 107. —— Samstag —— den 5. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksgebiet von Frankfurt f. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen f. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen f. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets f. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 13. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/9 Bogen) mit Beischrift oder deren Raum 6 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nehmen Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 13.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 388; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Meyn u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrseldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

JW Von der jütländischen Grenze, 28. April. Es ist erstaunlich, wie sehr sich die Stimmung des Landvolkes in Nordschleswig seit dem vorigen Jahre, wo ich ebenfalls Gelegenheit hatte, hier längere Zeit zu verweilen, geändert hat. Damals traf man, außer in den Städten Hadersleben, Tondern und Apenrade, hier eben nicht sehr lebhafte Sympathien für Deutschland, jetzt bemerkt man dieselben überall. Die Bauern thun jetzt mehr freiwillig, als sie damals gezwungen thun mußten, und hegen jetzt selbst keinen lebhafteren Wunsch, als völlig mit Deutschland vereint zu werden. „Gott selbst ist mit den Deutschen", sagen in ihrer plattdänisch-deutschen Mundart jetzt hier die Bauern; solche Wirkung hat der wunderbare Ausgang des Kampfes bei Eckernförde auf sie gemacht. Man glaubt gar nicht, wie tief der Eindruck hiervon in alle Kreise des Volks gedrungen ist. Ein dänisches „Orlogschiff" galt den Schleswigern sonst als etwas Furchtbares, Unwiderstehliches, und jetzt sehen sie, daß 8 Kanonen, die von ihren eigenen Landsleuten bedient wurden, die beiden größten dieser Schiffe vollständig zu vernichten vermochten. Auch der gute Zustand der schleswig-holsteinischen Armee, die zweckmäßige, ja selbst luxuriöse Equipirung derselben, die humane, freundliche Behandlung der Soldaten von Seiten der Offiziere, alles dies hat unendlich viel dazu beigetragen, sehr günstige Gesinnungen für die schleswig-holsteinische Sache hier zu erwecken. In der dänischen Armee wird noch viel geprügelt; daß hiervon natürlich in der schleswig-holsteinischen keine Spur mehr zu treffen ist, hat sie ungemein für diese eingenommen. Kommen doch jetzt schon häufiger Fälle vor, daß sich Bauernsöhne aus den nordschleswigschen Grenzdistricten als Freiwillige in unser Heer melden, woran im vorigen Jahre gewiß nicht zu denken gewesen wäre. Wir sind vollkommen überzeugt, daß wenn man jetzt selbst in den nördlichsten Grenzämtern darüber abstimmen ließe, ob man zu Dänemark oder zu Deutschland gehören wolle, nicht ein Zehntheil der Stimmen sich für Dänemark erheben würde, so sehr hat die Stimmung sich jetzt zu unsern Gunsten hier verändert.

Kolding, 29. April. An die geflüchteten Koldinger Einwohner ist eine Aufforderung zur Rückkehr erlassen, um ihre Geschäfts- und Hausinteressen wahrzunehmen. Einige kehren zurück, manche Andere, die hier geblieben, benützen dagegen die Commandantur mit Gesuchen um Passzettel nach dem Norden. Es scheint, daß die Besorgniß eines Ueberfalles von Seiten der Dänen stattfindet, genährt durch die Vertheidigungsanstalten, die für alle Eventualitäten hier getroffen werden. Der Aufenthalt in dieser besonders im Südertheil verwüsteten, durch Brand und Kugeln zerstörten, des größten Theils seiner Bevölkerung entleerten Stadt dauert dem Heer etwas lange; doch fügt man sich geduldig und vertrauensvoll den höheren Anordnungen. — Kolding hat drei von Verwundeten und Kranken gefüllte Lazarethe, um deren Einrichtung der treffliche Oberarzt des 1. Jägercorps, Dr. Scheurlen, sich großes Verdienst erworben hat. (N. Fr. Pr.)

Hadersleben, 1. Mai. Heute Morgen entstand sowohl unter den in Hadersleben zur Zeit stationirten Bayern, als unter den dortigen Bürgern eine höchst bittere Aufregung über das sich wie ein Lauffeuer verbreitende Gerücht, daß ein Waffenstillstand solle abgeschlossen sein. Man brachte dies Gerücht in Verbindung mit einem andern, nach welchem die schleswig-holsteinische Armee Ordre erhalten, ihre Gewehre abzuschießen und Cantonnirungen zu beziehen. Die ganze Geschichte beruht darauf, daß ein Bataillon Bayern in der Umgegend Befehl erhalten, ihre Gewehre zu putzen, bei welcher Gelegenheit sie ihre alten Schüsse abfeuerten. Thatsächlich ist, daß man heute zwischen 8 und 9 Uhr Morgens Kanonendonner aus nördlicher Richtung vernommen hat und es verlautet, daß die Schleswig-Holsteiner vorrücken sollen. (B.-H.)

Flensburg, 28. April. (D.-T.) Von heute an werden die in Jütland stehenden deutschen Truppen die ihnen nöthigen Lieferungen von Lebensmitteln ꝛc. daselbst ausschreiben. — In den nächsten Tagen sollen hier noch 15 Bataillons Reichstruppen ankommen. Heute ist die preußische Raketenbatterie Flensburg passirt.

Altona, 27. April. (K. Z.) Die beiden von Bonin den Dänen zurückgeschickten jungen Cadetten, gefangen mit der Mannschaft vom „Christian VIII.", sind bereits wieder auf dem in seiner Ausrüstung jetzt wohl vollendeten Linienschiffe „Effolv" angestellt worden — um ihnen einen ehrenden Beweis der Anerkennung ihres bei Eckernförde bewiesenen Muthes zu geben. An eben genanntem Orte erwartet man jetzt die Taucherglocke aus Hamburg, um die so mannigfachen, noch auf dem Grunde des Meeres befindlichen Gegenstände, die einst zu dem zerstörten Linienschiffe gehörten, heraufzuholen. Ein Eckernförder Brief vom 25. April sagt hierüber: Man hat schon eine ungeheure Menge von Sachen, als Tauwerk, Segel, Ketten, kupferne Nägel und Platten, eiserne Stangen und dgl. mehr, aus dem Wrack hervorgeholt; allein den bei Weitem größeren Theil bedecken noch die Fluthen. Der Werth dessen, was noch im Wasser, wird auf 30—40,000 Rthlr. veranschlagt. Unter den auf dem oberen Theile des Wrackes befindlichen Gegenständen zeichnet sich besonders das Brustbild „Christian VIII." aus; es ist sehr ähnlich und wundervoll gearbeitet. Die Explosion hat demselben weiter nicht geschadet, unversehrt liegt es über dem Wasserspiegel, mit Krone, Scepter und Orden. Bei ruhigem klarem Wasser sieht man ganz deutlich die verschiedenartigsten Gegenstände auf dem Meeresgrunde liegen, besonders viele Leichen. Diese, theils gut erhalten, theils schrecklich verstümmelt, werden natürlich sogleich herausgefischt, um das feuchte Wellengrab mit einer ruhigeren und stillen Gruft auf dem Eckernförder Kirchhofe zu vertauschen. So fand man noch gestern (also 19 Tage nach dem Auffliegen des Linienschiffes) 13 Leichen, darunter die beiden dänischen Offiziere Krieger und Hohlenberg; dann und wann werden auch noch immer einzelne Körpertheile, sowohl am Strande als im Wasser gefunden, jedoch gewöhnlich halb verbrannt. Auch ein Danebrogeorden (in einer Kapsel) und die stolze Danebrogsfahne des Schiffes (letztere von ungeheurer Dimension) sind aufgefunden worden. Diese Fahne wird vermuthlich in der Kirche von Eckernförde zum Gedächtniß des großen Ereignisses aufgehängt werden.

Altona, 1. Mai. Die Statthalterschaft hat verfügt, daß der Theil von Jütland, welcher von deutschen Truppen besetzt werden sollte, während der Dauer dieser Besetzung hinsichtlich der Zollbehandlung dem Inlande gleich zu stellen, und demnach der unbeeinderte und abgabefreie Waaren und Productenverkehr zwischen den Herzogthümern und dem angegebenen Theile Jütlands zu gestatten ist.

§ **Altona**, 2. Mai. Die letzten Nachrichten vom Kriegsschauplatze deuten darauf hin, daß ein baldiger Angriff auf die Festung Fridericia erfolgen wird. Die in Jütland operirenden schleswig-holsteinischen Truppen stehen in ihrer Ausdehnung von Kolding bis eine Meile vor Fridericia, wo die Dänen feste Stellungen eingenommen haben. Der Höchstcommandirende befindet sich noch in seinem Hauptquartier im Dorfe Aller diesseits der Nordgrenze, und eine preußische Brigade, geleitet von General v. Hirschfeldt, ist in seiner unmittelbaren Nähe. Der Oberstlieutenant v. d. Tann, welcher mit einem bayer. Truppencorps in Hadersleben liegt, ist bei seinem Einrücken in genannte Stadt von Stadtcollegien und der Bürgerschaft mit großem Enthusiasmus empfangen worden. Im Sundewitt'schen leitet der hannover'sche General Wynken die Befestigungsarbeiten und an ein Losgehen auf Alsen denkt man dort noch gar nicht. Es ist überhaupt seit der Koldinger Affaire eine gewisse Abspannung im diesjährigen mit so vieler Energie unternommenen Feldzuge eingetreten, vielleicht in Folge der im Lande umhergehenden Gerüchte vom nahen Eintritt eines Waffenstillstandes, respective Friedens. Wenigstens liegt es klar zu Tage, daß der Höchstcommandirende der operirenden Armee, Generallieutenant v. Prittwitz, obgleich derselbe den Einzug in Jütland mit Reichstruppen in Aussicht gestellt, bis heute in Jütland noch nicht eingerückt ist. Es ist unzweifelhaft, daß bereits die Unterhandlungen über das politische Schicksal Schleswig-Holsteins im Gange sind; gebe der Himmel, daß die Diplomatie durch die glänzenden Waffenthaten keinen unheilvollen Strich ziehe und den Schleswig-Holsteinern, die für ihre Sache geblutet, endlich gerecht werde. Die Stimmen für Aufhebung der Personalunion ertönen immer mächtiger im Lande, weil nach dem Vorhergegangenen es faß eine politische und moralische Anomalie sein würde, wenn ein Friede abgeschlossen werden sollte, der dies unnatürliche Band der Personalunion beibehält. — Schließlich noch die neueste Nachricht, daß vier schleswig-holsteinische Kanonenböte, welche ehestern in Begleitung eines Dampfschiffes und guten Lootsen von Husum abgegangen, einen Kampf gegen die Strandbatterien der nordfriesischen Insel Föhr, wo die Dänen eine Flottenstation haben, siegreich bestanden, so daß die Dänen unter Zurücklassung von Geschütz und Munition auf einer Corvette und einigen Fahrzeugen das Weite gesucht haben. Die Friesen sind demnach von den lästigen und unwillkommenen Gästen einstweilen befreit. Die Küsten des östlichen Holsteins sind von braunschweigischen und oldenburgischen Truppen besetzt.

Kopenhagen, 29. April Morgens. Unsere neuesten officiellen Berichte vom Kriegsschauplatze gehen bis zum 26., wo nach dem Rapport aus dem Kriegsministerium weder in Jütland, noch im Sundewitt etwas vorgefallen; die deutschen Vorposten sollen bei Hvidsminde, eine starke Viertelmeile nördlich von dem mit 2 bis 3 Bataillonen besetzten Kolding, sein; möglicherweise sei auch eine geringe Stärke bis gegen Alminde vorgeschoben (die Dänen müssen nach dieser Unsicherheit über den Stand der deutschen Vorposten ihre Vorposten und Recognoscirungen ziemlich fernhalten); aber die feindliche Hauptstärke stehe im Schleswigischen bei Wonsild. Von Veile ist man nicht nur zu Lande bis Horsens, sondern auch zu Schiffe nach Fühnen geflüchtet; 6 Jachten mit Flüchtlingen sind in Bogense angekommen. Unter den 230 Verwundeten, welche in dem Lazareth von Fridericia angekommen, befanden sich 7 Schleswig-Holsteiner, darunter Lieutenant Ahlmann. — Vom Bureau des Kriegsministeriums aus wird das in einigen deutschen Blättern erwähnte Gerücht (das sich mit den ersten unbestimmten Nachrichten von dem Siege der Schleswig-Holsteiner über das dänische Hauptheer verbreitete), als ob das 13. dänische Bataillon (meist aus Nordschleswigern bestehend) die Waffen weggeworfen und rechtsum gemacht, wobei es 17 Offiziere mit Mannschaft als Gefangene zurückgelassen, officiell für unwahr erklärt. Das brave 13. Bataillon stehe im Cantonnement auf Alsen und habe keinen Theil an dem Koldinger „Gefecht" genommen, in welchem Gefecht überhaupt kein einziger dänischer Offizier gefangen genommen zu sein scheine.

Ungarischer Kriegsschauplatz.

Wien, 30. April. Nach der Schlacht bei Komorn und Acsch mußte die Belagerung der Festung aufgegeben werden. Die Truppen unter F.M.L. Simunich haben sich nach Raab und Hochstraß zurückgezogen. General Wohlgemuth jedoch steht noch immer auf der Insel Schütt. Die Insurgenten ihrerseits scheinen dort den Uebergang auf das rechte Donauufer aufgegeben zu haben, da ihre Hauptcolonnen über Neutra, Dießegh gegen Preßburg vorrücken. Bei dieser letzteren Stadt sammelt sich, wie schon erwähnt, ein starkes kaiserl. Corps, zu welchem gestern 12,000 M., heute 6000 auf der Eisenbahn von Mähren und Böhmen aus geführt wurden. Nach einem Privatschreiben von gestern Abend aus dem Hauptquartier, welches noch immer in Ungarisch-Altenburg war, ist Baron Welden heute in Karlburg (eine Stunde von Preßburg auf dem rechten Donauufer). Die öffentlichen Kassenbeamten erhielten Befehl, die Gelder von Ordenburg nach Grätz zu transportiren. Als die Wagen mit den politischen Gefangenen von Ofen nach Ordenburg durch den Bakonyer Wald kamen, wurde die Escorte von Landstürmlern, jedoch ohne Erfolg, angegriffen. Uebrigens sind die Comitate diesseits der Donau, einzelne Excesse ausgenommen, noch immer ruhig. Bei Preßburg könnte es zu einer bedeutenden Schlacht kommen. Baron Welden lägt auf der Ebene gegen Ivanka, auf welcher Straße die Insurgenten von Dießegh her angerückt kommen, Verschanzungen aufführen. Er will also hier jedenfalls alle Verstärkungen und, wie man sagt, auch das russische Hilfscorps abwarten. Da diese Stellung die Communication mit Wien durch die Eisenbahn sichert, so ist die Behauptung derselben von größter Wichtigkeit. Im Hauptquartier soll man guter Laune und von der Hoffnung, bald die Offensive zu ergreifen, beseelt sein. Daraus schließen die Optimisten, daß die Insurgenten planmäßig immer weiter hierher gezogen werden, um ihren Rückzug leichter abzuschneiden. Freilich beruht diese Ansicht auf der Voraussetzung, daß in zwei oder drei Tagen die Armee alle Verstärkungen an sich gezogen habe. Falls dies nicht geschieht und die Insurgenten bei Preßburg siegen, so wären die Folgen für Wien sehr bedenklich, besonders wenn sich das Gerücht bestätigen sollte, daß die Stadt Gran auf dem rechten Donauufer von den Insurgenten schon besetzt sei. Diese würden hiernach, in weiterer Verfolgung der Straße nach Raab, die dort aufgestellten kaiserlichen Truppen im Schach halten oder zurückdrängen. Die Straße von Leva durch die Bergstädte ist fortwährend von den Insurgenten unter Damianitsch besetzt, der immer weiter hinauf gegen Oberungarn anrückt, wo General Vogel das Zipser und Scharoscher Comitat besetzt hält. Die Russen sind nun der Gegenstand aller Gespräche, man will sie schon übermorgen in Preßburg wissen, andere in Trentschin. Bis jetzt sind sie auf jener Seite nicht eingerückt, und da bei dem wirklichen Einmarsch das erwähnte Manifest des Kaisers von Rußland und des Kaisers von Oesterreich sicher erscheint, will ich Sie bis dahin mit vagen Gerüchten nicht behelligen. Jedenfalls müssen sie in starker Zahl kommen — man spricht schon von 150,000 Mann — wenn sie die durch ihre Erfolge begeisterten tapferen Insurgentenschaaren einschüchtern wollen. Die Zahl der bei den Magyaren kämpfenden Polen wird durch die hiesigen Journale sehr übertrieben: Görgey hat, wie unterrichtete kaiserl. Offiziere behaupten, nur 1200 Polen in seinem ganzen Corps. Die meisten zählt Bem; man sagt 8000. Bei der ganzen ungarischen Armee sollen nicht über 12,0 0 Polen fechten. Der Banus von Croatien ist, ohne auf ein bedeutendes Insurgentencorps zu stoßen, in die untere Donaugegend eingerückt. Daß jedoch bei Földvar, wie ich Ihnen früher schrieb, die Insurgenten wirklich über die Donau setzten, gesteht selbst die „Wiener Zeitung" ein,

welche freilich nur von 2000 Mann spricht, die bei dem Anrücken des Banus wieder nach Baja sich zurückgezogen hätten. Heute wollen einige wissen, daß Jellachich gegen den Insurgentenchef Vetter ein siegreiches Gefecht bestanden habe, aber wo, ob auf dem rechten oder linken Donauufer, weiß Niemand zu sagen; die Nachricht scheint voreilig zu sein. Eben kommen Herren von Preßburg, die heute um 9 Uhr früh die Stadt verließen, welche ganz ruhig ist. Sie bestätigen den Anmarsch der Insurgenten, deren Vorhut in Dießegh, drei Meilen von Preßburg, war, und daß die Kaiserlichen Verschanzungen aufwerfen.

Wien, 1. Mai. Die Wiener Ztg. enthält in ihrem amtlichen Theile nachstehende Erklärung: „Der Aufstand in Ungarn hat seit einigen Monaten eine solche Ausdehnung gewonnen, und er zeigt in seiner dermaligen Phase so entschieden den Charakter einer Vereinigung aller Kräfte der europäischen Umsturzpartei, daß das Interesse sämmtlicher Staaten ein gemeinschaftliches ist, die kaiserl. Regierung in dem Kampfe gegen die sich dort verbreitende Auflösung aller gesellschaftlichen Ordnung zu unterstützen. Aus diesen wichtigen Gründen hat sich die Regierung Sr. Majestät des Kaisers bewogen gefunden, die bewaffnete Hilfe Sr. Majestät des Kaisers von Rußland in Anspruch zu nehmen, und selbe ist ihr von dem Kaiser mit edelster Bereitwilligkeit sofort und in dem ausgiebigsten Maße zugesichert worden. Die Ausführung der berathenen verabredeten Maßregeln ist in vollem Gange."

Die „Presse" theilt mit: Ein am 28. hier angelangtes Schreiben aus Czernowitz vom 23. enthält die bestimmte Angabe, daß 12,000 Mann Russen bereits über Suczawa und Dorna in Siebenbürgen eingerückt seien. — Man erzählt uns, daß ein Stabsofficier unter der Anklage, Operationspläne ꝛc., die im Cabinet des Fürsten Windischgrätz beschlossen wurden, systematisch gemißbraucht zu haben, in Ketten zum Arrest gebracht, ingleichen daß Pazmandy verhaftet worden ist. — Ein polnisch-magyarisches Streifcorps hat, so hören wir, das Städtchen Friedland in Mähren räuberisch überfallen, ist jedoch von den Bewohnern zurückgeschlagen worden.

Krakau, 29. April. Mit dem heutigen Frühzuge von Warschau reisten der kaiserl. russische General v. Berg in Begleitung seines Adjutanten und eines Obersten hier durch nach Wien. Bei Szakowa trafen sie mit dem österreichischen Ulanenoberst Chodlen zusammen, besprachen sich mit demselben, dann setzten die russischen Officiere ihren Weg nach Wien fort. Wie verlautet, sollen den 1. und 2. Mai 12—15,000 Mann Russen über Michalowitze nach Krakau einrücken. Sie bestehen aus 2 Bataillonen Jäger, 2 Escadronen Ulanen, 2 Escadronen Kosaken, 2 Batterien Artillerie, das Andere Infanterie. In Krakau selbst soll dann weitere Marschordre ertheilt werden, und der Kaiser selbst soll in die Nähe kommen, und das Ganze beobachten. (Presl. Z.)

Deutschland.

Berlin, 1. Mai. So eben erfahren wir aus ganz zuverlässiger Quelle: Gestern Morgen erhielt die Direction der oberschlesischen Eisenbahn vom Minister des Innern die telegraphische Depesche, „daß 30,000 Mann russischer Truppen von Krakau vermittelst der oberschlesischen Bahn (also von Krakau über Myslewitz, Kosel, Ratibor, Oderberg) nach Oesterreich befördert werden würden. Die Direction der oberschlesischen Bahn wird verständigt, daß die königl. preußische Regierung nichts dagegen einzuwenden habe, und erwarte, daß die Bahndirection diesem Transport in Nichts hinderlich sein würde." Die Depesche war unterzeichnet v. Manteuffel. (Nat.-Z.)

Köln, 2. Mai. Unter diesem Datum hat der Gemeinderath folgende Einladung erlassen: „An die Gemeindevererdneten der Rheinprovinz. Mit Bezug auf den heutigen Beschluß des hiesigen Gemeinderathes erlauben sich die Unterzeichneten, zu der Versammlung von Mitgliedern aller Gemeinderäthe der Rheinprovinz einzuladen, um in Betracht der bedenklichen politischen Lage des deutschen Vaterlandes über möglichst gleichmäßige Schritte beim Könige zu berathen, damit die allgemeine Meinung des rheinischen Volkes offen und unzweideutig einen gesetzlichen Ausdruck finde. Wir haben uns erlaubt, dazu Dienstag, den 8. Mai, Vormittags 9 Uhr, und als Ort der Versammlung den großen Casinosaal dahier zu bestimmen, und beehren uns, alle Gemeindevererdneten der Provinz zu ersuchen, diese Versammlung durch Abgeordnete aus ihrer Mitte zu beschicken.

Diese Abgeordneten können die nöthigen Eintrittskarten ꝛc. Die Mitglieder des Gemeinderathes zu Köln." (Folgen die Unterschriften.)

Boppard, 2. Mai. Die durch ihr heutiges Blatt hier bekannt gewordene Verfügung der königlichen Regierung zu Köln in Betreff der dort beabsichtigten Gemeinde-Vererdneten-Versammlung hat hier, wie gewiß auch überall in der Provinz, den gerechtesten Unwillen erregt. Die Gemeinde-Vertretung unserer Bürgermeisterei hat eben einen Protest in dieser Hinsicht beschlossen. (K. Z.)

München, 2. Mai. Die wachsende Aufregung in hiesiger Stadt, und besonders die Nachrichten aus Franken, Schwaben und der Pfalz haben das bayerische Ministerium bestimmt, folgendes Plakat an allen Straßenecken anschlagen zu lassen:

„Die Erklärung der Regierung gegen die unveränderte Annahme der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung wird von Uebelgesinnten dazu mißbraucht, die Angst zu verdrecten, als werde eine Zurückführung der politischen Zustände in Deutschland und Bayern, wie sie vor dem März 1848 gestaltet waren, beabsichtigt. Eine solche Absicht ist weiter in der genannten Erklärung ausgesprochen, noch überhaupt vorhanden. Die Regierung wird alle Verpflichtungen, welche sie übernommen hat und erfüllen, welche in der königl. Proclamation vom 6. März 1848 und in den sich daran reihenden Thron edikten und Landtagsabschieden enthalten sind. Sie wird nach den hierin verheißenen Grundlagen sowohl für die baldige Vollendung der deutschen Gesammtverfassung als für die Ausbildung der innern Zustände Bayerns nach den Bedürfnissen der Zeit mit allem Ernste sorgen. Sie wird hierbei auch die von der Nationalversammlung beschlossenen Grundrechte des deutschen Volkes, so weit sie es mit ihrer pflichtmäßigen Sorge für das Wohl des Landes vereinigen kann, zur Grundlage nehmen, und die wenigen Bestimmungen derselben, welche sie als nachtheilig erachtet, in einer Vorlage an die Kammern bezeichnen. Die Regierung wird durchaus nur den Weg gehen, den ihr die Verfassung und die Gesetze des Landes vorschreiben. Sie wird aber auch die Ehrfurcht vor Gesetze durch alle ihr zu Gebot stehenden Mittel aufrecht erhalten. Ohne gesetzliche Ordnung ist weder Freiheit noch Wohlfahrt eines Volkes denkbar. Darum schützt die Regierung das bayerische Volk auf, in diesen Tagen der Prüfung durch gesetzmäßiges Verhalten seinen Sinn für die wahre Freiheit zu bethätigen.

München, 1. Mai 1849. v. Lasaulx, v. Kleinschrod, Fischbrenner. Dr. v. Forster, Ringelmann, v. d. Pfordten."

Nürnberg, 3. Mai. Die gestrige Volksversammlung auf dem sogenannten Jubenbühl, einem mit Bäumen besetzten großen Rasenplatz auf der Nordostseite der Stadt, war von mehr als 10,000 Männern besucht. Die Regierung hatte Verkehrungen getroffen, welche deutlich zeigten, daß sie auf das Aeußerste gerüstet war. Es rückten nach und nach 8 Escadrons Chevauxlegers von Ansbach und Neumarkt ein und die hiesige halbe Batterie Artillerie wurde durch eine andere halbe vermehrt. Diese militärische Demonstration fand gerade bei den Besonnensten am wenigsten Billigung, weil man fürchtete, daß gerade durch sie Unruhen herbeigeführt werden könnten. Denn in der Stadt selbst war kein Gegenstand, an welchem die Versammlung ihren Unwillen thätig hätte äußern können; die Stadt ist einig; Magistrat, Constitutionelle und Demokraten — Alle wollen Anerkennung der Reichsverfassung. Von der Versammlung selbst wurde eine Adresse um schleunigste Anerkennung der Reichsverfassung und Entlassung des gegenwärtigen bayerischen Ministeriums beschlossen. Eine Stimme verwahrte sich zwar davor, noch einmal Papier nach München zu schicken, man müsse handeln! Doch wurde entgegnet, man wolle, um zu handeln, erst die weiteren Schritte der Reichsversammlung abwarten, und überhaupt zunächst vernehmen, was die an gleichem Tage gehaltene Volksversammlung in der Pfalz beschlossen habe. Von einem Redner wurde bemerkt, er mache gar kein Geheimniß daraus, daß man im Congresse der fränkischen Demokraten von einer Lostrennung Frankens von Bayern und einer unmittelbaren Unterwerfung unter die Reichsgewalt gesprochen habe. Bei dieser Bemerkung brach ein allgemeines Bravo aus und Schwenken der Hüte in der Versammlung aus. — Auf dem Platze der Versammlung selbst war weder Polizei noch Militär sichtbar. Eine Ansprache an die „Bürger aus dem Heere" war zahlreich vertheilt worden. Die Soldaten werden darin aufgefordert, zur Reichsversammlung zu stehen. Mehrere Redner ermahnten die Versammelten, alle Störung der Ruhe zu meiden, sich aber auf alles gefaßt zu halten. Auch verlief der Abend und die Nacht völlig ruhig, obgleich, wie man vernimmt, in den Spezereiläden fast alles Pulver aufgekauft worden war. Auf den 13. Mai ist eine neue Versammlung ausgeschrieben, welche von Mannern aus ganz Franken besucht werden soll.

Augsburg, 3. Mai. Gestern fand eine Versammlung der Landwehr und des Landwehrfreicorps zur Besprechung der deutschen Frage statt. Die nicht unbedeutenden Räumlichkeiten des Versammlungslocals konnten den großen Andrang der Betheiligten kaum fassen. Es wurde eine Adresse an den König für die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung einstimmig beschlossen, gefertigt und sogleich von den Anwesenden unterzeichnet. (A. Z)

** **Dresden**, 2. Mai. Gestern Abend 7½ Uhr hat noch eine Deputation des deutschen Vereins Audienz beim Könige gehabt und sich in gleichem Sinne wie der Vaterlandsverein ausgesprochen. Der König ist sehr überrascht und sehr bewegt gewesen, hat aber erklärt, er könne nicht nachgeben und müsse an Preußen festhalten. Ebenso ist eine Deputation aus Leipzig eingetroffen seitens des Stadtraths, der Stadtverordneten und Vereine, welche dieselbe Ueberzeugung der hiesigen Vereine aussprechen. Heute erwartet man Schlag auf Schlag Deputationen aus allen Landestheilen. Das Commando der hiesigen Bürgerwehr hat für heute eine Urversammlung aller Wehrmänner ausgeschrieben und es wird wahrscheinlich schon zu morgen eine feierliche Musterung veranstaltet werden, um der Reichsverfassung ein Hoch! auszubringen, mit andern Worten: ihr zu schwören. Man vernimmt, daß die aus der deutschen Frage entstandene Krisis im Ministerium schon seit 14 Tagen besteht. Der König soll anfänglich geneigt gewesen sein, die Reichsverfassung anzuerkennen. Man sagt, die Sendung des Fürsten Schwarzenberg habe ihn zuerst umgestimmt. Wer Hrn. v. Carlowitz kennt, behauptet, er sei viel zu ehrlich und zu klug, um sich mit der Bildung eines Ministeriums unter gegenwärtigen Umständen befassen zu können. Gestern Abend ist in der Kaserne eine außerordentliche Aufregung wahrgenommen worden, welche selbst der veranstaltete Appell nicht zu dämpfen vermocht hat. Man vernimmt, sie habe im Regiment Albert stattgefunden, welches der Reichsverfassung, trotz des Verbots der Officiere, ein Hoch gebracht. Auch die Stimmung der Mannschaften der Artillerie soll für den Fall, daß die Regierung Maßregeln gegen das Volk zu ergreifen gedächte, sehr bedenklich sein. — In Leipzig findet heute, trotz der Meßgeschäfte, eine große Volksversammlung statt. — Nach meiner Ueberzeugung wird die sächsische Krise so schnell und friedlich wie die württembergische verlaufen; das Volk will der Krone durch massenhafte gesetzliche Manifestationen seinen Wunsch bekunden, ohne sich von den Anarchisten zu widergesetzlichen Tumulten verleiten zu lassen. — Das Gerücht von Abdankung des Königs, der sein Wort verpfändet haben soll, die Reichsverfassung nicht anzuerkennen, wiederholt sich aus sehr guter Quelle.

00 **Dresden**, 3. Mai. Annehmen oder ablehnen? was ist jetzt die Frage. Der König weigert sich, die Reichsverfassung anzuerkennen. Die politischen Vereine, Stadträthe und Stadtverordneten Sachsens, sogar der Bürgerwehrverein allhier, haben durch Petitionen und Deputationen Se. Majestät gebeten, die Anerkennung sofort auszusprechen. Auch der Staatsminister D. Held, welcher im Gesammtministerium die Nothwendigkeit der Anerkennung schon früher vertochten, hat nebst den Ministern Weinling und v. Ehrenstein die Entlassung deßhalb eingereicht. Der König hat indessen erklärt, er werde sich bezüglich der Reichsverfassung an Preußen anschließen, weil er nicht glaube, daß die Verfassung Deutschland zum Heile gereichen könne. Die genannten drei Minister werden abtreten. Es fehlen aber Nachfolger. Mehrere, an die der Ruf ergangen, haben abgelehnt. Unter ihnen auch der ehemalige Minister v. Karlowitz. Schwerlich wird sich ein Ministerium finden, welches gegen die Reichsverfassung, für welche das sächsische Volk sich immer allgemeiner auszusprechen anfängt, aufzutreten entschlossen ist. Daher dürfte das Stück, welches in Württemberg gespielt, leicht bei uns wiederholt werden. In Freiberg sind dieser Tage eine kleine Anzahl österreichisch-ungarischer Palatinalhusaren angekommen, welche sich weigern, gegen die Magyaren zu kämpfen, und deßhalb ihre Fahnen verlassen haben. Ob man sie ausliefern oder schützen wird, weiß ich noch nicht.

Hannover, 1. Mai. Der hiesigen „Morgen-Zeitung" zufolge ist auf Requisition des Reichsministeriums alles Eigenthum der dänischen Krone im hiesigen Lande mit Beschlag und die dänischen Schiffe mit Embargo belegt. Die Verfügung sei von Frankfurt an das hiesige Finanzministerium ergangen und von diesem der Generaldirection der indirecten Steuern zur Ausführung übergeben.

Linden vor Hannover, 21. Mai. Eine zahlreiche Versammlung der Bürgerwehr und Bewohner Lindens (über 600) hat gestern Abend unter dem Vorsitz des Herrn Egestorff sen. beschlossen, dem Könige schriftlich zu erklären, daß man die Reichsverfassung als zu Recht bestehend anerkennen und ihr nöthigenfalls mit allen gesetzlichen Mitteln Geltung zu verschaffen suchen wolle, und daß man den König ersuche, durch Verkündigung der Verfassung der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen. Dem Vernehmen nach hat die Bürgerwehr außerdem bei dem Generalcommando der hauptstädtischen Bürgerwehr darauf angetragen, sich der Parade der letztern anzuschließen.

Osterode, 29. April. So eben, 12 Uhr Mittags, steht die Bürgerwehr in Parade auf dem Markte aufgestellt, um das Gelübde abzulegen, daß sie die Reichsverfassung als rechtsgiltiges Gesetz anerkenne. Von Seiten der hiesigen Behörde wurde dem Commandeur der Bürgerwehr ein landdrostliches Rescript überwiesen, über dessen Inhalt noch wenig bekannt ist; sicher enthält es nicht die Zustimmung zu obiger Demonstration. Nachdem eine passende Rede gehalten war, erscholl ein dreimaliges donnerndes Hoch als Anerkennung der Reichsverfassung. Zugleich ist der Magistrat nebst den Bürgervorstehern von allen Vereinen hiesiger Stadt aufgefordert, sich darüber zu erklären, ob sie die Reichsverfassung als Gesetz anerkennen. Der hiesige Arbeiterverein hat auf Sonntag den 6. Mai eine große Volksversammlung ausgeschrieben, „woran sich zu betheiligen ein Jeder aufgefordert wird, der sich die Verfassung und die Freiheit um keinen Preis rauben lassen will."

Lurgdorf. Magistrat und Bürgercollegium haben in einer Adresse an den König ihr schmerzliches Bedauern über die Auflösung der zweiten Kammer ausgedrückt, und auf unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung, wie sie von der höchsten gesetzgebenden Gewalt Deutschlands geschaffen sei, angetragen.

Alfeld, 30. April. Die Bürgerwehr ist ausgerückt und hat ihr Gelübde auf die Reichsverfassung abgelegt.

Stade, 30. April. Hier hat gestern Abend die gesammte Bürgerwehr, mit Ausnahme von zwei Stimmen, sich für die unbedingte Giltigkeit der deutschen Reichsverfassung ausgesprochen und in diesem Sinne eine Petition an das Gesammtministerium unterschrieben. Die Stimmung in dieser Versammlung der Bürgerwehr war eine so entschiedene, eine so begeistert deutsche, wie nie zuvor. Heute Nachmittag ist hier große Volksversammlung, wozu namentlich die Grundbesitzer der Marschen erwartet werden. Württembergs Beispiel ist nicht verloren gegangen.

× **Freiburg**, 2. Mai. Heute begann vor dem außerordentlichen Geschwornengericht dahier die Verhandlung gegen die des Hochverraths Angeklagten: Joseph Fickler, Adalbert v. Bornstedt, Karl Steinmetz und Peter Krebs. Nach erfolgter Einführung der Angeklagten, welche — mit Ausnahme von Fickler, der überhaupt in schlichter Kleidung erschien — sämmtlich sehr elegant gekleidet waren und hochrothe Halsbinden trugen, ließ Präsident Woll mehrere auf das Geschwornengericht bezügliche Verordnungen, Gesetze ꝛc. verlesen, sowie die Liste der Geschwornen und Ersatzmänner. Nach Vornahme der üblichen Formalien sollte an die Constituirung der Geschwornenbank geschritten werden, als beide Vertheidiger den Ziehungsact vom 16. April als nichtig anfochten, weil dabei ein Formfehler vorgefallen sei. Der Gerichtshof verwarf jedoch die Einrede. Eine wiederholte Einsprache Brentano's gegen die Zulässigkeit einzelner Geschwornen, weil sie als Zeugen abgehört waren, wurde ebenfalls verworfen. Von den Angaben der Angeklagten über ihre Personalverhältnisse war die Bornstedt's am interessantesten. Wie aus denselben hervorgeht, war sein Vater Adjutant des vorigen Königs von Preußen, sein Bruder Adjutant des Prinzen von Preußen und ein zweiter Bruder Major in einem preußischen Regimente. Seine erste militärische Bildung erhielt er in einer Cadettenschule in Berlin, aus welcher er nach Verlauf von 3 Jahren als Officier entlassen wurde. Später in seinem 18. Jahre beschäftigte er sich mit Literatur, namentlich mit journalistischen Arbeiten. Dadurch zog er sich die Ungunst einiger hohen Personen zu, indem diese es mit seiner Stellung als Officier nicht vereinbar fanden, sich mit Tagesliteratur zu beschäftigen. Diese mannigfachen Mißhelligkeiten gaben ihm Veranlassung, aus dem preußischen Militärdienst auszuscheiden und die Einladung des früher als König von Griechenland erwählten Leopold von Coburg nach London anzunehmen. Später ging er nach Paris, wo die Julirevolution des Jahres 1830 ihn für die Freiheit der Völker begeisterte und erhob. Dort kam er mit Marschall Martin zusammen, von dem die Gründung von Fremdenlegionen als Propaganda des revolutionären Geistes sehr begünstigt worden sein soll. Allein nach erfolgtem Sturze des Ministeriums Laffitte und nachdem Perier die Leitung des Staatsruders übernommen, wurde die Legion statt nach Deutschland, nach Algier geschickt, und da es Bornstedt dort nicht behagte, kam er um Zurückberufung bei dem

Ministerium, Soult ein, die er auch erhielt. Seit jener Zeit erwarb er sich durch literarische Arbeiten, namentlich durch Journalistik, seinen Unterhalt. Nachdem er im Jahr 1845 auf Anlaß der Regierung Preußens aus Paris ausgewiesen wurde, begab er sich nach Brüssel und gründete dort die „Deutsche Brüsseler Zeitung", mußte jedoch im Jahr 1848, nach der Februarrevolution in Paris aus Belgien flüchten. Er begab sich nun wieder nach Paris, wo er sich die Organisation der deutschen Legion zur größten Aufgabe machte. Nachdem diese Formalitäten vorüber waren, ergriff Brentano das Wort, um über die abermalige Verhaftung von Steinmetz sich zu beschweren, nachdem er doch auf Caution entlassen worden, und so eine Verletzung der Grundrechte stattgefunden habe. Der Staatsanwalt wollte dies nicht gelten lassen und es entspann sich deßhalb zwischen ihm und dem Vertheidiger eine kleine Discussion. Hierauf wurde die Anklageschrift verlesen. Die Anträge gehen dahin, daß 1. A. v. Bornstedt für schuldig erklärt werde: 1) im Monat März v. J. in Paris zur Gründung einer Verbindung unter dem Namen der deutschen demokratischen Legion zu Paris, welche die Republikanisirung Deutschlands und vorzüglich Badens bezweckt habe, mitgewirkt, die Stelle eines Vicepräsidenten angenommen, die Deutschen in Paris zum Eintritt aufgefordert, und mit andern Verbindungen in Deutschland und Frankreich zu jenem Zweck sich ins Benehmen gesetzt zu haben, 2) und mit jener demokratischen Legion im April v. J. von Paris aus und am 29. April ins Badische eingefallen zu sein; 3) bei gewaltsamer Wegnahme von Waffen bei verschiedenen Personen mitgewirkt und 4) an dem Gefecht bei Dossenbach am 27. April zwischen jener Legion und den württembergischen Truppen thätig Antheil genommen und das Commando dabei geführt zu haben. II. Joseph Fickler für schuldig erklärt werde, 1) von dem Vorhaben der im März 1848 in Paris gegründeten Gesellschaft in Kenntniß gesetzt, tiefe Gesellschaft in ihrem Vorhaben bestärkt, Rathschläge ertheilt und die Ausführung ihres Planes zu erleichtern gesucht zu haben; 2) bei der Volksversammlung in Achern am 2. April aufgefordert zu haben, in Verbindung mit jener Gesellschaft in Deutschland, und Baden besonders, die Republik einzuführen; 3) als verantwortlicher Redacteur der „Se. Blätter" in denselben zum gewaltsamen Umsturz der deutschen Staatsverfassung und gewaltsame Entfernung des Großherzogs von Baden von der Regierung aufgefordert und durch diese Aufforderung einen bestimmenden Einfluß auf das sofort offenkundig zur Ausführung gekommene Unternehmen ausgeübt zu haben. III. Karl Steinmetz und IV. Peter Krebs für schuldig erklärt werden, bei Volksversammlungen und andern Gelegenheiten die Einführung der Republik verlangt zu haben. Letzterer wird auch der Theilnahme an dem Gefecht bei Dossenbach beschuldigt. Anwalt Thoma interpellirte die Staatsanwaltschaft darüber, daß die Anklageschrift gegen Bornstedt schon voraus in einer Zeitschrift veröffentlicht worden sei; der Staatsanwalt Amann entgegnet, daß dies geschehen sei, um in den verschiedenen Blättern erschienene falsche Berichte über den Proceß zu widerlegen. Der Gerichtshof entfernte sich hierauf, um Beschlüsse über die gestellten Anträge zu fassen. Dem Antrage auf Freilassung von Steinmetz wurde entsprochen; der Antrag von Thoma jedoch verworfen. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

)°(**Offenbach**, 4. Mai. In unserer vorgestern abgehaltenen Bürgerwehrversammlung wurde beschlossen: 1) Eine Adresse an die Nationalversammlung, dahin lautend, daß die Bürgerwehr von Offenbach mit Gut und Blut zur Reichsversammlung und Verfassung steht. Durch eine Deputation der Bürgerwehr wurde diese Adresse dem Präsidenten Simson überbracht. 2) Eine Adresse an den Großherzog, worin die Staatsregierung gebeten wird, das Militär, die Beamten, so wie die Bürgerwehr sofort auf die Reichsverfassung beeidigen zu lassen. 3) Eine Dankadresse an die Stuttgarter Bürgerwehr. Zum Schluß wurde ein dreimaliges Hoch auf die Reichsverfassung ausgebracht.

Wiesbaden, 4. Mai. Gestern sind von unserer Bürgerwehr 3 Adressen abgegangen, an das nassauische Ministerium, nach Württemberg und an den Reichstag, in welchen die Bereitwilligkeit der Mannschaft ausgesprochen wird, für die Reichsverfassung mit den Waffen einzustehen. (N. A. Z.)

Braunschweig, 2. Mai. In der heutigen Nachmittagssitzung der Abgeordnetenversammlung hat das Ministerium auf einschlägige Anträge und Beschlüsse derselben, seine Erklärung dahin abgegeben, daß es sich bei der Anerkennung der Centralgewalt von selbst verstehe, daß auch alle ihre Gebote zur Erfüllung kommen würden, und es daher unbedenklich erscheine, ihr dieses ausdrücklich zu erkennen zu geben, daß ferner das Ministerium eine vollständige Bewaffnung der Volkswehr für nothwendig erkenne, und die Ausführung derselben in genügendem Maße sich zur Aufgabe machen werde. Die Versammlung hat sich einstimmig mit dieser Erklärung für befriedigt und den heute Morgen ihrer Commission gegebenen Auftrag für erledigt erklärt.

Hamburg, 28. April. Wir sind im Stande, wird der „Köln. Ztg." geschrieben, über Rußlands gegenwärtiges Verhältniß zur dänisch-deutschen Fehde einige, aus vorzüglicher Quelle kommende Mittheilungen zu senden. Die „Berl. Nachr." gaben vor Kurzem keineswegs eine falsche Notiz, indem sie meldeten, Rußland habe sich neuerdings gegen den Einmarsch der Deutschen in Jütland sehr bestimmt erklärt. Es ist ein solcher Protest allerdings ausgesprochen, demselben aber nur deßhalb keine Folge gegeben worden, weil Rußland gleich darauf durch die fatalen Wendungen des ungarisch-österreichischen Krieges zu sehr von den Ereignissen im Süden in Anspruch genommen, zu tief mit seinen eigenen Interessen in die Lösung dieser Frage verwickelt worden ist. Daß sich diese Interessen zunächst an Polen und dessen intime, für Rußland höchst gefährliche Beziehungen zu Ungarn anknüpfen, bedarf wohl kaum besonderer Erwähnung; heben wir also nur hervor, daß nahe an 30,000 Mann Polen, von den geschichtesten Offizieren ihres Stammes geführt, mit den Ungarn in Gemeinschaft kämpfen, und daß der „nordische Koloß" sich schon deßhalb nachdrücklichst in Oesterreichs Lebensfrage eingemischt haben würde, wäre auch seine Hilfe nicht direct vom Olmützer Cabinet in Anspruch genommen worden. Rußland will aber nicht gleichzeitig im Süden und im Norden bewaffnet interveniren. Es wird also keine Truppen im Rücken des in Schleswig und Jütland operirenden deutschen Heeres landen lassen; derartige Absichten werden zwar hier wieder sehr lebhaft von Dänen und Dänenfreunden verbreitet, sind jedoch in der Wirklichkeit gar nicht mehr vorhanden. Rußland arbeitet jetzt, auf diplomatischem Wege und gemeinschaftlich mit England, am Vermittelungswerke, die dänisch-deutsche Streitsache zu erledigen. Mit Kopenhagener Depeschen, die wahrscheinlich vom dortigen russischen Gesandten überschickt waren, ging der hiesige russische Generalconsul Hr. von Bacheracht bereits vor etwa acht Tagen als Courier nach London ab. — Im Kopenhagener Ministerium schmeichelt man sich, daß Rußland bei seinen eben erwähnten Bemühungen das Anrecht Dänemarks auf Schleswig als Ausgangspunkt der eben festhalten wird; deßhalb auch die neulich dem Reichstag gemachte Eröffnung, daß durch den Einmarsch der Deutschen in Jütland die Richtung der Friedensunterhandlungen sich von dänischer Seite nicht verändern würde.

Hamburg, 1. Mai. Heute ist das Reichswahlgesetz amtlich publicirt worden.

Italien.

Mailand, 22. April. Feldmarschall Radetzky hat auf die jüngst erwähnte Adresse der preußischen Garde folgende Antwort an Se k. Hoh. den Prinzen von Preußen gerichtet: „Durchlauchtigster Prinz, Gnädigster Herr! Dem in tiefster Ehrfurcht Unterzeichneten ist eine Adresse zugekommen, welche das Offizierscorps der königlichen Garde an mich und das Heer unter meinen Befehlen richtete, und worin dieses ausgezeichnete Corps mir seine waffenbrüderliche Theilnahme an den Erfolgen ausdrückt, die Gott, dessen Schutz noch nie von der gerechten Sache gewichen, unsern Waffen verliehen hat. An der Spitze dieser Adresse glänzt vor allen der gefeierte Name Ew. königl. Hoh. sowie jener des Prinzen Friedrich. Erlauben demnach Höchstdieselben, daß ich den edlen Prinzen, der so lange und ruhmvoll an der Spitze des ritterlichen Gardecorps steht, zum Organ meines dankerfüllten Herzens wählen dürfe, um die Gefühle auszudrücken, womit dieser Beweis waffenbrüderlicher Theilnahme mich und meine Truppen durchdrungen hat. Zwar immer kleiner schmilzt die Schaar zusammen, die einst auf blutgetränkten Schlachtfeldern Deutschlands Freiheit wieder begründete, aber die Tradition hat das Andenken an diese große Zeit frisch und lebhaft unter uns erhalten. Sie ist der Boden, auf dem der gegenwärtige Geist der deutschen Heere wurzelt und aus dem er seine Nahrung sog. Nimmer soll der Bund zerreißen, den wir dort geschlossen, wenn auch keiner mehr übrig sein wird von den Männern, die ihn mitgekämpft, den Kampf für Deutschlands Freiheit. Ja noch einmal hat das preußische und österreichische Heer Deutschland vom Untergang gerettet, als sie mit treuer Brust die Throne ihrer Herrscher deckten, an deren Stufen schon eine wilde Demagogie zerstörend pochte. Könnte je Bruderzwist diese Heere noch einmal spalten, dann ist es auf immer um Deutschlands Größe und Einheit geschehen, denn nicht mit Theorien, nicht mit Declamationen bekämpft man den innern und äußern Feind, das beweiset das Land, auf dessen Boden ich jetzt stehe. Doch dahin wird es nicht kommen, so lange noch an der Spitze deutscher Heere deutsche Fürsten stehen. In Deutschland soll groß, soll frei, soll mächtig sein, aber es soll es mit und durch seine Fürsten sein, denn nur durch Eintracht, nicht durch Zwiespalt kann dieses hohe Ziel erreicht werden. Möge das preußische, möge das österreichische Heer das Band sein, das Hohenzollerns und Habsburgs Throne unzertrennlich mit einander verbindet, dann werden die Wetterwolken entschwinden, die jetzt noch drohend den Horizont unseres deutschen Vaterlands umhüllen. Auch in unserer Brust schlägt ein stolzes deutsches Herz, und Niemanden räumen wir das Vorrecht ein, deutscher zu empfinden als wir; aber wir kennen die Geschichte unserer innern Spaltung, wir wollen nicht, daß diese unglücklichen Zeiten sich wiederholen sollen, die nur denselben verderblichen Ausgang haben würden, wie ehemals. Ob Fürstenehrgeiz oder aufgewiegelter Volksgeist uns in Bruderzwist und Verderben stürzen, das gilt gleich. Empfangen Euer königliche Hoheit meine und meines Heeres Huldigungen, und geruhen Höchstdieselben, dem edlen Corps, dessen hoher Führer Sie sind, unsern brüderlichen Gruß zu entbieten. Oesterreichs Krieger reichen durch mich Preußens tapferem Heere die Hand zum Waffenbund, und fordern es hier im Angesicht Deutschlands auf zum Schutz deutscher Freiheit, deutscher Größe und vor allem deutscher Einigkeit durch alte deutsche Treue und Tapferkeit. Hauptquartier Mailand, den 17. April 1849. gez. Radetzky, Feldmarschall. An Se. königl. Hoh. den Prinzen von Preußen."

☆ **Rom**, 25. April. Schon gestern Vormittag verbreitete sich das Gerücht, die Franzosen seien in Civitavecchia gelandet. Nach so vielen Täuschungen war es schwer daran zu glauben. Aber grade dies mal ist es wahr gewesen. Man drohte zuerst, der Ausschiffung bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen! Die Gegendrohung, daß jeder Kanonenschuß eine Geldstrafe von einer Million Fr. nach sich ziehen werde, versehlte indessen ihre Wirkung nicht. Man meint, daß 6000 in Civitavecchia gelandet und ebenso viele nach Ancona gesegelt sein. Was man hier in Rom thun, können Sie leicht errathen: die Kammer erklärt sich in Permanenz; die Circoli halten Sitzungen; man erläßt Proclamationen, beruft Volksversammlungen und beschließt bewaffneten Widerstand. Die Stadt ist dabei so ruhig wie sonst, Niemand außer der bekannten Partei rührt sich. General Oudinot soll eine Proclamation hierher gesandt haben, in der er zwölf Stunden Bedenkzeit gewährt. Man wird ihm stolz antworten; allein Thaten folgen den Worten schwerlich. Noch am Sonntag rief auf dem Capitol ein Redner dem Volke zu: „Wir haben unsern Brutus (d. h. den Mörder Rossi's), aber wißt Ihr, was uns fehlt? Ein Camillus fehlt uns, der die Fremden vom Capitol verjage!" Der Mann hatte Recht; nur fehlen auch außerdem noch die Römer. Manche meinen, daß die Franzosen an der Küste bleiben würden, dagegen seien neapolitanische Truppen bestimmt, gegen die Stadt zu operiren. Das ist alles, was sich über die bevorstehende Catastrophe melden läßt. Ich übertreibe nicht; aber es ist wahr, eben so viel Aufstehen, als die Landung der Franzosen, hat bei dem Volke die Entdeckung eines antiken Brunnenpferdes in Trastevere gemacht. Das Volk wallfahrtete in Massen dahin, wenn auch vergeblich, da wegen Baufälligkeit der Räumlichkeiten der Zutritt gesperrt werden mußte. Es soll von sehr schöner, vielleicht sogar griechischer Arbeit sein.

§ **Rom**, 26. April. Nur weil das Ausbleiben eines Briefes zu falschen Vermuthungen Veranlassung geben könnte, schreibe ich Ihnen, daß aus Rom seit gestern so gut wie nichts zu berichten ist. Man bemerkt kaum einige Aufregung. Sterbinetti hat als Chef der Bürgerwehr eine Proclamation erlassen, in der er diese auffordert, für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern der Stadt zu sorgen; dies sei der Hauptzweck der ganzen Institution. Von einer Vertheidigung nach Außen kein Wort, so daß sich die Vermuthung aufdrängt, er beabsichtige im Augenblick der Entscheidung mit Hilfe der Civica die Zügel der Regierung zu ergreifen. Die Befähigung dazu besitzt er gewiß in vollem Maße. Das Volk träumt von einer Belagerung und kauft alle Brodläden aus. Wie es draußen aussieht, erfährt man nicht mit Sicherheit. Das Triumvirat hat den Verkauf liegender Blätter untersagt, selbst aber nichts über den Stand der Dinge veröffentlicht. In Civita-Vecchia sollen sich die Bewohner der Stadt dem Versuch eines Widerstandes widersetzt haben, die Fünffrankenthaler der Franzosen aber einen sehr beruhigenden Eindruck machen. Der Einmarsch der Neapolitaner im Süden, ebenso der Oesterreicher von Norden wird zwar für gewiß ausgegeben, verbürgte Nachrichten fehlen indessen bis jetzt darüber.

Handelsnachrichten.

§ **Mainz**, 5. Mai. In den letzten Tagen ging im Geschäft beinahe gar nichts um, die politischen Verhältnisse wirken sehr störend; besonders ist der Lieferungshandel seit der letzten preußischen Note und der Auflösung der zweiten Kammer ganz ins Stocken gerathen. Oel kam von Außen im Laufe der Woche nicht mehr der und konnte man es hier zu 43½ kaufen. Vor wenigen Tagen wurde für niederrheinische Rechnung Mai Oel zu 43 gemacht, und heute zeigt sich derselbe wieder zum Verkauf. | Per October wurden nur kleine Pöstchen zu 39½, ½, gehandelt, heute hätte man zu 39 ankommen können. Die Aussichten für die Rapspflanze gestalten sich jeden Tag schöner. Kohl per September, October 14½ fl. Frucht ist matt; zum Versenden wird wenig gekauft, und der Consumo nicht bedeutend. Waizen 9 fl., Korn 5 fl. 50. Die angezeigte Witterung trägt auch sehr, zu der flauen Stimmung für Oel und Frucht bei. Mainz-Ludwigshafener Eisenbahn Actien 74½.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 4. Mai. Das merkliche Fallen zu Wien aller Papiere auf ungünstige Nachrichten aus Ungarn, so wie die heute neu bekannt gewordene preußische Note, gaben hiesiger Börse ein flaueres Ansehen, jedoch ließ sich die Allgemein herrschende Stimmung nicht als sehr ungünstig betrachten und mit Ausnahme österreichischer Effecten, die dem Rückgang der einheimischen Börse damit folgten, wichen alle übrigen Effecten nur wenig von ihrem gestrigen Standpunkt ab. 5pCt. Metall. bleiben 74½, pCt., 2½pCt. Metall 39½, pCt., Wienerbankactien 1150 fl., 500 fl. Loose 125 pCt, 250 fl. Loose 76 pCt. Von den übrigen Anlehenslosen Kurzeff. 40 Rthlr. Loose 27½ Rthlr., Badische 35 fl. Loose 21½ fl., do. 50 fl. Loose 48 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 71½ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20½ fl., Sardinische Loose 21½ Fr., Poln. 500 fl. Loose 73½ Rthlr. Von süddeutschen Obligationen 4½pCt. Würtembergter Obligationen 94 pCt., do. 3½pCt. 77½ pCt. Bad. 3½pCt. Obligationen 76½ pCt., do. 5pCt. bad. vom Jahr 1848 96 pCt. Nassauer 3½pCt. Obligationen 79½ pCt, do. 5pCt. vom Jahr 1849 99½ pCt. Von belgischen Obligationen 2½pCt. belgische 43½, ditto 4½pCt 83½, ditto 5pCt 99½. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms Nordbahn 33½ Rthlr., Berbach 71½ pCt., Köln-Minden 75½ pCt., Taunus 279 fl. 3pCt. inländ. Span. schließen 23½ pCt. G. Von Wechseln Amsterdam 100½, G., Augsburg 100½, London 120½, Pariser 95½ G, Mailand 100, Wien 101½, ohne Umsatz, somit überhaupt heute das Wechselgeschäft wieder ohne Belang war. Abends nach Ankunft der Wartdier Post wurden 3pCt. inländ. Schuld in der Effectensocietät zu 24 à 24½ umgesetzt.

Berlin, 3. Mai. Staats-Schuldscheine 79½, etw. bez. u. Br., Seehandlungs-Prämienscheine 100 bez. Bankanweisungen 87½, u. ½ bez., Berlin-Hamburg 53½, bez., Köln-Minden 76½ u. ½ bez., Friedr.-Wilh.-Nordb. 33½, bis ½ bez., u. Br., Rheinische 40 u. 40½, bez., Thüring. 44½, zu machen, Kurz bei Stargard 5. 85° Br., Pos. 5 0 fl. Loose 73 etw. bez., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 15½, bez.

Die Börse war auch heute sehr geschäftslos, die Course der Fonds und Actien im Allgemeinen matter, und zum Theil etwas niedriger.

Wien, 1. Mai. 5pCt. Metall. 88. — 4pCt. 69½. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien —. — 500 fl. Loose 146½. — 250 fl. Loose 90½. — Nordbahnactien 96. — Gloggnitzer 92½. — Mailänder 67½.

Die Börse seit. Fonds höher, Devisen ohne Veränderung. Geld mehr offerirt und niedriger.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Müller.

Vereins-10-fl.-Loose,

Ziehung den 15. Mai,

Hauptpreise fl. 20,000, 5000, 1500 ꝛc. sind coursmäßig zu erhalten bei

[1307] **Moritz Budge,** Rechneigasse Nr. 11.

[1349] **Die Molkenkuranstalt**

auf Schloß Schöneck bei Boppard am Rhein

(in dem romantischen Ehrenthal)

wird vom 10. Mai bis Ende September eröffnet sein. Der unterzeichnete Besitzer F. A. Reuter ersucht, mit Anfragen ärztlicher Natur an den Kurarzt Dr. H. Schauenburg, übrigens an ihn selbst in portofreien Briefen sich wenden zu wollen. Wöchentliche Kurpreise nach den 3 Klassen der Zimmer zu 1) 10 Thlr. 9 Sgr., 2) 8 Thlr. 24 Sgr., 3) 7 Thlr. 24 Sgr. (für Zimmer, Molken, Kräuterkäfte, Kaffee, Mittag- und Abendtisch, ärztliches Honorar und Bedienung). Gäste, welche, ohne die Kur zu gebrauchen, auf dem Schlosse Aufenthalt nehmen, zahlen wöchentlich 6 Thlr ohne Wein. Der Prospectus wird gratis ausgegeben. Abfahrt in Boppard am Bureau der Düsseldorfer Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu billigen Preisen.

Schloß Schöneck, den 15. April 1849.

F. A. Reuter.
Dr. H. Schauenburg, Districtsarzt.

Das Königliche Soolbad

[1020] zu

Neusalzwerk bei Preußisch Minden,

von des Königs Majestät

Bad Oeynhausen

benannt, wird in diesem Jahre den 17. Mai eröffnet und den 16. September geschlossen werden. Die Herren Aerzte Dr F. W. v. Möller und Geh. Medicinalrath Dr. Meyer zu Minden, Knappschaftsarzt Dr. Clostermeyer zu Neusalzwerk und Dr. Hoher zu Bielefeld, werden über die besondern Wirkungen der 26½° R. warmen Heiltherme, der Bade-Inspector Lampe über ökonomische Angelegenheiten, Logis ꝛc. auf portofreie Anfragen, gern und prompte Auskunft ertheilen.

Bad Oeynhausen b. Rehme im April 1849.

Die Bade-Verwaltung.

[1306] Tief gebeugt, zeige ich Verwandten und Freunden den mich schmerzlich betroffenen Verlust meines theuern Gatten J. P. Alexis Klebe hiermit an. Er verschied am 2. dieses nach kurzem Krankenlager; wer ihn kannte, wird mit uns seinen hinterlassenen zwei unmündigen Kindern stille Theilnahme nicht versagen.

Frankfurt a. M., den 3. Mai 1849.

Elise Klebe, geb. **Bolzano.**

[1053] **Höchst beachtenswerth**

für Rheumatisch-Leidende.

Das Hauptdepot für ganz Süddeutschland von den allerwärts durch ihre gute, in oft wunderbare Wirksamkeit und Heilkraft berühmten von den renommirtesten Aerzten geprüft und anerkannten

Goldberger'schen galvano-elektrischen

Rheumatismus-Ketten,

à Stück mit Gebrauchsanweisung 1 Thlr., stärkere 1 Thlr. 15 Sgr., befindet sich bei unterzeichnetem Handlungshaus. Diese Ketten sind ihrer vorzüglichen heilkräftigen Wirksamkeit wegen gegen acute und chronische Rheumatismen, Gicht und Nervenleiden aller Art, als: Kopfgicht, Gesichts- und Hinterweh, Zahnschmerzen, Ohrenstechen, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krämpfe, Herzklopfen, Schlaflosigkeit, Rose und andere Entzündungen, Partikularität u. s. w. gewissenhaft zu empfehlen. Als ein sehr vorzügliches Präservativ-Mittel werden diese Ketten auch von Müttern und Ammen während des Stillens (zwischen den Schultern) getragen, indem sie durch den fortwährenden unschädlichen galvano-elektrischen Reiz die Störung des Blutumlaufs verhindern, und sonach jeden Schreck ꝛc. wirkungslos machen. — Jede Kette ist in einem Kästchen wohlverwahrt, welches auf der Vorderseite die Firma „J. T. Goldberger in Tarnowitz" und auf der Rückseite das Wappen der freien Bergstadt Tarnowitz trägt, und sind nur derartig versehene Exemplare als ächt zu betrachten. Den 1. April 1849.

Die Knopf- und Kurzwaaren-Handlung und General-Agentur von

A. J. Stiebel, in **Frankfurt a. M.,** Schnurgasse Nr. **23.**

NB. Briefe und Gelder unter meiner Adresse werden franco erbeten, und kann auf Verlangen auch der Betrag pr. Postvorschuß erhoben werden.

[1268]

Spezial- Agentur

der einzigen regelmäßigen Postschiffe zwischen

LONDON und NEW-YORK.

Concessionirt durch die betreffenden Regierungen.

Diese Linie besteht aus den folgenden 16 schnellsegelnden, gekupferten amerikanischen Postschiffen von 800 bis 1200 Tonnen Gehalt, nämlich: Yorktown, London, Devonshire, Independence, American Eagle, Prince Albert, Westminster, Sir Robert Peel, Margaret Evans, Nordhumberland, Gladiator, Switzerland, Mediator, Victoria, Wellington und Hendrik Hudson, welche regelmäßig am 6., 13., 21. und 28. eines jeden Monats im Jahr von London nach New-York abgehen.

Einschreibungen zu herabgesetzten Preisen, so wie jede nähere Auskunft ertheilt auf frankirte Briefe der Unterzeichnete.

Mainz, 1. April 1849.

G. H. Paulsen,

Special-Agent der Postschiffe zwischen London und New-York, wohnhaft in Mainz

Ferner die Agenten desselben:

Herr **Gustav Rosalino & Co.** in Frankfurt a. M

Hr J. B. Allmann Sohn in Bingen, Hr Carl Vincenti in Obermoschel, Hr. Christoph Wagner in St. Goarshausen, Hr. Felix Langenbach in Worms, Hr. Jac. Schuler Wittwe & Söhne in Alzey, Hr. F. W. Behlen in Ludwigshafen am Rhein, Hr. Gg. Herm. Knappert in Herxfeld und die Herren Gebrüder Raab in Kaiserslautern.

Dampfschiffahrt für den Nieder- und Mittel-Rhein.

Düsseldorfer Gesellschaft.

[1264] Vom 1. Mai 1849 fahren die Boote täglich:

Von **Mainz** Morgens 7½ Uhr nach **Cöln** *„Schnellboot"* (*Aachen, Düsseldorf* und *Elberfeld*)
„ **Biebrich** „ 8 „ ☞ * **unmittelbar** n. Ankunft des **1.** Zuges (6½ U.) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Vormitt. 10½ Uhr nach **Cöln** und **Düsseldorf** (*Rotterdam*, zwei w. wöchentlich 4mal direct nach **London**)
„ **Biebrich** „ 11 „ ☞ **unmittelbar** n. Ankunft des **2.** Zuges (9 Uhr) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Mittags 12½ Uhr nach **Cöln** *„Schnellboot"* (*Düsseldorf, Minden-Berlin* u. s. w.)
„ **Biebrich** „ 1 „ ☞ **unmittelbar** n. Ankunft des **3.** Zuges (11½ U.) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Vormitt. **11** Uhr nach **Mannheim** *„Schnellboot"* (*Carlsruhe*) (*Neustadt* u. s. w.)
☞ im Anschluss an den **2.** Zug (**9** Uhr 5 Min.) von **Frankfurt**

Von **Mainz** Abends **10** Uhr nach **Mannheim** (*Neustadt* u. s. w.) (*Basel*)
☞ **unmittelbar** n. Ankunft des **6** Zuges (8½ U.) v. **Frankfurt.**

Nähere Auskunft und **Billete** von **Frankfurt** nach allen Stationen bis **London** und **Basel** in Frankfurt am Main

bei dem Agenten Herrn **Georg Krebs,** Zeil, der Post gegenüber,
Herrn Thomas Fletcher bei den Herren Gogel, Koch & Comp., Rossmarkt,
und auf dem **Expeditions-Bureau** im **Taunus-Eisenbahnhof.**

NB. Um jeden Zeitverlust in Biebrich und Mainz zu vermeiden wird gebeten sich bereits in **Frankfurt mit Dampfschiff-Billeten zu versehen.**

Grosse Preisermässigung nach London:

Von **Mainz** oder **Biebrich** Salon Rthlr. 11. 14 Sgr., Vorcajüte Rthlr. 6. 17 Sgr.

Hessische Ludwigs-Eisenbahn.

Der unterzeichnete Verwaltungsrath beehrt sich, die Inhaber von Actien-Certificaten, auf welche 30 pCt. eingezahlt sind, zu der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung auf

Montag den 21. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr,

hiermit einzuladen.

Die Präsentation und Anmeldung der Actien-Certificate findet am 7., 8. und 9. Mai, des Morgens von 9 bis 12 Uhr, im Büreau Locale der Verwaltung statt. Die Anmeldungsscheine werden doppelt ausgefertigt, von den Anmeldern unterzeichnet und ein Exemplar derselben den letztern ausgehändigt. Gegen dasselbe werden im obigen Locale am 17., 18. und 19. Mai, Vormittags 9—12 Uhr, die personellen Eintrittskarten ertheilt, auf welchen die dem Inhaber nach § 11 der Statuten zukommende Stimmenzahl, sowie der Ort der Versammlung bezeichnet wird.

Mainz, den 12. April 1849.

[1111] ***Der Verwaltungsrath.***

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustteig von Georgé in Epinal, wofür derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditor Schott, große Sandgasse, zu haben.

Commissionäre sind: Hr. Conditor J. C. Schlemmer in Mainz. [1118]

---

[817] **P. J. Kaiser,** Saalgasse 26, empfiehlt sein Möbellager, welches auf das Beste assortirt ist.

[1239] **An- und Verkauf**

von Staatspapieren, Staats-Lotterie-Loosen, Handelsbeständigen Obligationen mit hypothekarischer Sicherheit, Eisenbahn-Actien, Coupons bei

Moritz Budge,
Rechneigasse Nr. 11.

Keine grauen Haare mehr!!

Das einzige in Paris approbirte

Chantal-Wasser

färbet Kopf- und Bart-Haare augenblicklich und dauerhaft in allen Nüancen, wofür garantirt wird. Preis 7 Franken im Hauptdepot bei Hrn. **H. G. v. Oven,** Bleidenstraße 24. [582]

Das Losungswort ist Krieg! Krieg! — Alle Potentaten rüsten sich. Da muß auch jeder Zeitungsleser gerüstet sein, das heißt jeder muß einen Atlas im Hause haben, damit er die Märsche der Armeen verfolgen, den Stand der Truppen sich deutlich machen, die Schlachtfelder aufsuchen und die Belagerungsoperationen beobachten könne. Dazu soll

Meyer's Zeitungs-Atlas

in achtzig gestochenen Blättern

dienen, von denen jedes **nur einen Silbergroschen (3½ Kreuzer rhein.)** kostet.

Dieser Atlas, allen Zeitungslesern unentbehrlich,

ist systematisch geordnet

und ein ganz zuverlässiger Wegweiser über alle Länder und Staaten der Erde. Er enthält zugleich die Pläne der Hauptfestungen und Hauptschlachten, so wie die Uebersichtstabellen über Bevölkerung, Militairmacht, Finanzen, Handels- und Gewerbsverhältnisse und vieles andere Wissenswerthe weiter. Auf 1800 (!) Abdrucken berechnet, setzen wir den allergeringsten Preis, der jemals für ein Werk dieser Art gefordert worden ist. Jedes sorgfältig colorirte Blatt in groß Quart

kostet nur einen Silbergroschen oder 3½ Kreuzer rhein.

im Subscriptionswege. Die Subscription dauert bis zum 1. Juli. Nachher tritt der um 50 Procent höhere Ladenpreis ein.

Alle 14 Tage, vom 15. März an, erscheint eine Lieferung von 4 colorirten Karten in farbigem Umschlag.

Die erste Lieferung von 4 Karten: Nr. 1 **Weltkarte** — Nr. 2 **Schleswig-Holstein** mit Dänemark — Nr. 3 **Ungarn** mit Oesterreich — Nr. 4 **Italien,** ist so eben versendet worden.

Hildburghausen, März 1849.

[1170] **Das Bibliographische Institut.**

[1031] **An- und Verkauf**

von allen Staatspapieren, Staats-Lotterie-Anlehens-Loosen, so wie von standesherrlichen Obligationen mit hypothekarischer Sicherheit bei

Raphael Erlanger, beeidigter Sensal in Frankfurt a. M., Zeil, Weidenhof

---

[1296] **Edictalladung.**

Das Schuldenwesen des Samuel Lauterbach von Gedern betreffend.

Nachdem sich Samuel Lauterbach von Gedern heimlich nach Amerika entfernt hat, dessen Vermögen aber demselben überschuldet ist, werden die Gläubiger zum Versuche eines Arrangements auf

Freitag den 15. Juni l. J.,

Vormittags 9 Uhr, mit dem Anfügen unter vorgeladen, daß der Ausbleibenden aus den Beschlüssen der Mehrheit der Erschienenen werde Statt gegeben werden.

Orteuberg, am 24. April 1849.

Großh. Hess. Landgericht das. Schaum. Schäfer

[1222] **Oeffentliche Aufforderung.**

Ansprüche jeder Art an den Nachlaß des am 18. vorig. Mts. verstorbenen Mechanikus Andreas Loos dahier, welcher von den Erben unter der Rechtswohlthat des Inventars angetreten worden ist, sind binnen vier Wochen dahier spezifizirt anzumelden, wenn sie bei der Verfügung über den Nachlaß berücksichtigt werden sollen.

Darmstadt, den 20. April 1849.

Großh. Hess. Stadtgericht. Strecker. Reutlinger.

[1213] **Edictalladung.**

Die Ueberschuldung des Vermögens des Johann Peter Schmidt von Hilchenhain und dessen Ehefrau Maria, geb. Lahr, betreffend.

Durch Urtheil vom 19. März l. J., welches nunmehr rechtskräftig geworden ist, über das Vermögen des Johann Peter Schmidt und dessen Ehefrau Maria, geb. Lahr, von Hilchenhain der Concurs erkannt worden.

Termin zur Anmeldung sowohl dinglicher als persönlicher Ansprüche an der Masse, bei Meidung des sonst selbst eintretenden Ausschlusses derselben, wird daher hiermit auf

Montag den 14. Mai l. J.,

Morgens 8 Uhr anberaumt.

Montabaur, den 21. April 1849.

Herzogl. Nass. Amt. Zimmermann.

[1780] **Oeffentliche Ladung.**

Der Großh. Baumeister Brust, dahier, hat zur Unterhandlung mit seinen bekannten Gläubigern über gütliche Erledigung seines Schuldenwesens eingeladen, wobei eine genaue Kenntniß seines Schuldenstandes vorhanden ist, weshalb die etwa bis jetzt noch nicht gerichtlich aufgetretenen Gläubiger zur Geltendmachung ihrer Ansprache auf

Montag den 21. Mai l. J., Vorm. 11 Uhr.

vor unterzeichnetes Gericht mit dem Bemerken geladen werden, daß die Ausbleibenden im Falle einer Verhandlung unter den Betheiligten, bei den gerichtlichen Vollziehungsmaßregeln unberücksichtigt bleiben würden.

Darmstadt, den 16. April 1849.

Großh. Hess. Stadtgericht. Strecker.

Druck von August Osterrieth.

Digitized by Google

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Beilage zu Nro. 107.) 5. Mai 1849

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 3. Mai In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt wurden folgende Gegenstände behandelt: 1) Mittheilung des Senats, daß er die Gesetze über die unehelichen Kinder und die Verwarnung vor dem Meineid genehmigt und publicirt habe. 2) Dringlicher Antrag des Bürgerwehrausschusses: den Senat zu ersuchen, die junge bewaffnungspflichtige Mannschaft sofort nach Quartieren in Abtheilungen formiren, bewaffnen und unter der Aufsicht von Bürgerwehroffizieren einüben zu lassen. Die Dringlichkeit wird ausgesprochen und zur Berathung übergegangen. Herwig stellt den Zusatzantrag: durch den Senat das Reichsministerium ersuchen zu lassen, die hier befindlichen Reichstruppen, deren Fürsten die Reichsverfassung nicht angenommen, zu verlegen und dafür andere zu Bewachung des hiesigen Zeughauses und der Pulvervorräthe zu berufen, oder dies der hiesigen Bürgerwehr zu übertragen. Dr. Reinganum stellt den Antrag, die ganze waffenfähige Mannschaft von Stadt und Land aufzubieten und zu organisiren, da die zweite Altersklasse ohne Anführer, sogar ohne Trommeln sei. Dr. Jucho will den Ausschuß zu schleuniger Beendigung seiner Aufgabe veranlassen, Schöff Souchay den Antrag von Reinganum an den Bürgerwehrausschuß verweisen. Nach längerer Discussion, woran sich die Abgg. Habermann, Dr. Hoffmann, A. May, Lindheimer, Dr. Schwarzschild, A. Friedleben, Dr. Mappes und Gießen betheiligten, wurden sämmtliche Anträge, mit Ausnahme des von Herwig gestellten, genehmigt. 3) Fortsetzung der Berathung des Verfassungsentwurfs. Zweiter Abschnitt. Grundrechtliche Bestimmungen. Art. 31. „Jeder Staatsangehörige ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen oder öffentlichen Uebung seiner Religion. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu beurtheilen.“ Angenommen. Art 32. „Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun.“ Angenommen. Art. 33. „Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden. Niemand braucht die Ruhetage irgend einer Religionsgesellschaft zu feiern. Die allgemeinen Ruhetage bestimmt das bürgerliche Gesetz.“ Nach einigen Bemerkungen von Dr. Jucho, Dr. Braunfels, Dr. Mappes und Dr. Reinganum wird der Entwurf in getrennter Abstimmung angenommen. Art. 34. „Die Formel des Eides lautet: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!“ Angenommen. Art. 35. „Zur Eingehung der Ehe ist nur das Vorhandensein und die Erfüllung der von dem Civilgesetz vorgeschriebenen Bedingungen erforderlich. Namentlich kann dazu die Bewilligung einer Verwaltungsbehörde, oder einer Gemeinde, oder der Nachweis eines Vermögensbesitzes oder selbstständigen Berufes, oder eine Sicherheitsleistung nicht verlangt werden. Besondere Bestimmungen in den Fällen der Wehrpflicht bleiben vorbehalten.“ Angenommen. Art. 36. „Die bürgerliche Giltigkeit der Ehe ist nur von der Vollziehung des Civilacts abhängig. Die kirchliche Trauung kann nur nach Vollziehung des Civilactes stattfinden. Die Strafen gegen diejenigen, welche dieser Bestimmung zuwider eine kirchliche Trauung vollziehen, bestimmt das Gesetz.“ Dr. Jucho begehrt die Streichung des letzten Satzes. Nach kurzer Debatte zwischen ihm, Dr. A. Friedleben, Dr. Braunfels, Dr. Mappes und Dr. Reinganum wird der Artikel unverändert angenommen. Art. 37. „Die Religionsverschiedenheit ist kein bürgerliches Ehehinderniß.“ Art. 38. „Die Standesbücher werden von der bürgerlichen Behörde geführt.“ Art. 39. „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.“ Art. 40. „Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will.“ Sämmtlich angenommen. Art. 41. „Jeder hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden des Staates und der Gemeinden, an den Volksrath und an den Regierungsrath zu wenden. Dieses Recht kann sowohl von Jedem einzeln, als von Mehreren vereint, und von Körperschaften und Gemeinden ausgeübt werden. Das Recht zur Sammlung von Unterschriften auf Petitionen unterliegt keiner Beschränkung. Abweisende Verfügungen der Verwaltungsbehörden müssen mit Gründen versehen sein.“ Nach einigen Bemerkungen und Erwiederungen von Dr. A. Friedleben, Dr. Goldschmidt, Dr. Jucho und Dr. Reinganum wird der Entwurf unverändert genehmigt. Art. 42. „Jeder hat das Recht, öffentliche Beamte wegen ihrer verfassungswidrigen oder gesetzwidrigen Handlungen, die ihn benachtheiligen, gerichtlich in Anspruch zu nehmen; einer vorherigen Erlaubniß der Oberbehörde bedarf er dazu nicht. Berufen sich die Beamten auf höheren Befehl, so wird dadurch ihre eigene Verantwortlichkeit nicht aufgehoben.“ Schöff Souchay spricht sich gegen den Schlußsatz aus und beantragt dessen Streichung. Dr. Schäffner will nicht nur diesen Satz streichen, sondern auch den Eingang: „Jeder hat — in Anspruch zu nehmen.“ Hierüber entspinnt sich eine längere Debatte, an welcher außer diesen beiden Abgeordneten noch Theil nehmen: Dr. Braunfels, Dr. Thomas, Dr. A. Friedleben, Dr. Goldschmidt, welcher Letztere einen Zusatz beantragt: „daß dem Unterbeamten und dem Beschädigten der Rekurs an den fehlbaren Oberbeamten vorbehalten werde“; endlich Dr. Reinganum. In getrennter Abstimmung wird der erste ganze Satz, der zweite aber durch Namensaufruf mit 59 gegen 39 Stimmen angenommen. Art. 43: „Die Staatsgenossen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besondern Erlaubniß dazu bedarf es nicht. Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden.“ Art. 44. „Die Staatsgenossen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden.“ Angenommen. Art 45. „Das Eigenthum ist unverletzlich. Eine Enteignung kann nur aus Rücksichten des gemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden. Die Forderung der Entschädigung, wenn sie streitig wird, ist Rechtssache.“ Dr. Goldschmidt beantragt, zu sagen, gegen „vorgängige“ gerechte Entschädigung, und wünscht auch eine Bestimmung für die Nothfälle, z. B. bei Feuersbrünsten. Er will deßhalb Rückweisung des Artikels an den Ausschuß zu weiterer Begutachtung, was nach einigen Bemerkungen von Dr. Jucho und Dr. Reinganum beschlossen wird. Art. 46. „Das geistige Eigenthum soll nach den Vorschriften der Reichsgesetzgebung geschützt werden.“ Angenommen. Art. 47. „Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden oder von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern. Das Recht, für die todte Hand Liegenschaften zu erwerben oder zu Gunsten der todten Hand darüber zu verfügen, kann durch die Gesetzgebung beschränkt werden.“ Angenommen. Art. 48. „Die aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande fließenden persönlichen Abgaben und Leistungen sind ohne Entschädigung aufgehoben; es fallen damit auch die Gegenleistungen und Lasten weg, die dem bisher Berechtigten dafür obliegen.“ Angenommen. Art. 49. „Alle auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen, insbesondere die Zehnten, sind ablösbar. Es soll fortan kein Grundstück mit einer unablösbaren Abgabe oder Leistung belastet werden.“ Büdinger fragt: ob ablösbare Leistungen demnach zulässig seien? Dr. Reinganum erwiedert, daß diese nur auf gegenseitiger Uebereinkunft für Leistung und Gegenleistung beruhen können, worauf der Antrag des Ausschusses angenommen wird. Art. 50. „Im Grundeigenthum liegt die Berechtigung zur Jagd auf eigenem Grund und Boden. Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, Jagddienste, Jagdfrohnden und andere Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufgehoben. Nur ablösbar jedoch ist die Jagdgerechtigkeit, welche erweislich durch einen lästigen mit dem Eigenthümer des belasteten Grundstückes abgeschlossenen Vertrag erworben ist. Die Ausübung des Jagdrechtes aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und des gemeinen Wohls zu ordnen, bleibt der Gesetzgebung vorbehalten. Die Jagd auf fremdem Grund und Boden darf in Zukunft nicht wieder als Grundgerechtigkeit bestellt werden.“ Genehmigt. Art. 51. „Die Familienfideicommisse erlöschen nach den gesetzlichen Bestimmungen. Die Errichtung neuer Familienfideicommisse oder die Vergrößerung bestehender ist untersagt.“ Angenommen. Art. 52. „Aller Leyenverband ist aufzuheben. Die Ausführungsweise bleibt der Gesetzgebung vorbehalten.“ Angenommen. Art. 53. „Die Strafe der Vermögenseinziehung soll nicht stattfinden.“ Angenommen. Art. 54. „Die Besteurung zu Staats- und Gemeindezwecken soll immer so geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände, Personen oder Güter nicht stattfinde.“ Dr. Manhayn schlägt als neuen hier einzuschaltenden Artikel vor: „Eine Steuer kann nur kraft eines Gesetz erhoben werden.“ Nach einer Bemerkung von Dr. Braunfels wird sowohl dieser neue vorgeschlagene Artikel als der Entwurf des Ausschusses genehmigt. Artikel 55. „Steuerbefreiungen sind ohne Entschädigung aufgehoben.“ Dr. Schäffner möchte nähere Erklärung, wie es mit der verschiedenen Corporationen bei ihrer Dotation bewilligten Steuerfreiheit für die ihnen angesetzten Staatsrenten gehalten werden soue? Dr. Jucho erinnert an die im Vertrage vom 30. Dec. 1821 mit der Oberpostverwaltung stipulirte Befreiung von Abgaben. Schöff Souchay will eine Erklärung, daß alle vertragsmäßigen und auf onerosen Titeln beruhenden Steuerfreiheiten in dieser Aufhebung nicht begriffen seien. Nach einer Erörterung von Seite Dr. Manhaynes beantragt Dr. Reinganum die Rückweisung dieses Artikels an den Ausschuß, was beschlossen wird.

* **Frankfurt**, 5. Mai. Wir vernehmen aus guter Quelle, daß heute ein Reichscommissär von hier nach Homburg abgehen wird, um die Spielbank zu schließen. Herr Dr. Jayn, Staatsprocurator beim Kriegsgerichte zu Mainz, ist von dem Reichsministerium mit diesem Geschäft beauftragt.

w **Berlin**, 3. Mai.*) Oesterreich soll in der letzten Zeit eine völlig veränderte Stellung zur preußischen Regierung eingenommen haben, und der Errichtung eines deutschen Bundesstaates ohne Oesterreich kein Hinderniß mehr in den Weg legen. Damit wäre wohl auch Bayerns Widerstand gebrochen und an seinem Anschluß an den deutschen Bundesstaat nicht mehr zu zweifeln. Man sieht, es hängt Alles von Preußens Haltung ab. Könnte die Nationalversammlung mit Preußen jetzt noch einig werden, so wäre Alles gewonnen. Hier in Berlin haben die letzten Excesse der hiesigen Demokraten leider dem Belagerungszustande wieder viele Anhänger gewonnen. Sobald nur eine Erinnerung an die scheußlichen Zustände des vorigen Jahres auftaucht, schätzen die ruhigen Bürger das Materielle der Ordnung höher als die Form, in welcher sie gehandhabt wird. Das Ministerium aber sorgt in seiner Weise für die Vergrößerung der demokratischen Partei in Berlin; daher wir denn aus diesem schlimmen Zirkel nicht eher herauskommen werden, bis das Ministerium sich entschließt, der allgemeinen Stimme zu weichen.

* **Berlin**, 3. Mai. Außer der traurigen und unabsehbaren Verwicklung der deutschen Frage (peccatur intra et extra muros), ist es die vielbesprochene Aenderung des Wahlgesetzes für Preußen, welche hier in Aller Mund und Seele lebt, da man auf beiden Seiten wohl fühlt, daß die Feststellung des Wahlgesetzes über die Zukunft Preußens entscheidet. Wie wir hören, hat das Staatsministerium zu den über diesen Gegenstand gepflogenen Berathungen auch mehrere Abgeordnete der ersten und zweiten Kammer hinzugezogen, um deren Ansicht darüber zu erfahren. Einige derselben sollen sich dahin ausgesprochen haben, daß sie eine Aenderung des Wahlgesetzes noch nicht für rathsam erachten könnten, vielmehr der Meinung seien, daß auch zum dritten Male auf Grund des allgemeinen Wahlrechts zu wählen sei, damit das preußische Volk auf diese Weise die volle Ueberzeugung erlange, daß das bisherige Wahlgesetz als ein unhaltbares und die Wohlfahrt des Staates gefährdendes nicht aufrecht erhalten werden könne. Andere bekämpften diese Ansicht in entschiedener Weise, indem sie zugleich hervorhoben, daß die Anstellung eines dritten Versuches, dessen Endergebniß Jeder genau vorher wisse, die conservative Partei zu großer Erbitterung aufregen könne. Das Staatsministerium habe sich zu hüten, durch ein solches gefährliches, nicht zu rechtfertigendes Experimentiren die Entfremdung des Kernes des preußischen Volkes sich heraufzubeschwören. Das Staatsministerium dürfte nun, wie verlautet, einen Mittelweg einschlagen. Eine Feststellung desselben möchte indessen wohl noch nicht zu erwarten sein, da, wie angedeutet wird, das zu vereinbarende allgemeine deutsche Reichswahlgesetz als Maßstab dienen möchte. Ferner hören wir äußern, daß die Neuwahlen für die zweite Kammer möglichst hinausgeschoben werden sollen, so weit es überhaupt innerhalb der betreffenden Bestimmungen der Verfassung geschehen könne. Es wird versichert, daß das erste preußische Armeecorps nebst der gesammten Landwehr desselben mobil gemacht werden soll. Als Bestimmung desselben wird die Deckung der oberschlesischen Grenze und des Großherzogthums Posen angegeben. Auch der hiesigen Landwehr ist die Weisung zugekommen, solche Einrichtungen zu treffen, daß die Mannschaften binnen kürzester Frist unter die Fahne treten können. — Die im Namen sämmtlicher Vereine im Großherzogthum Posen hier eingereichte Adresse des Hauptvereins der deutschen Verbrüderung, worin das Staatsministerium um fernere Beibehaltung des Belagerungszustandes der Stadt Posen dringend gebeten wird, macht darauf aufmerksam, daß die Bestrebungen der polnischen Bevölkerung zur Erhaltung der polnischen Nationalität, welche in der Verbrüderung Liga polska ihren Ausdruck finden, in dem von den Polen verstandenen Sinne und in ihrem Endzweck völlig identisch seien mit dem Streben der Isolirung und der dereinstigen Lostrennung der Provinz Posen von Deutschland, ja selbst von Preußen. Von den polnischen Kanzeln der Provinz werde fortwährend Haß gegen die Deutschen gepredigt, nach abgehaltenem Gottesdienste die Kirchen und in neuerer Zeit die Wohnungen der Geistlichen zu Versammlungen für Zwecke der Liga polska benutzt, in der polnischen Tagespresse die Herstellung von Polen in den Grenzen von 1772 als das endliche Ziel alles Ringens und Kämpfens dargestellt. Agitatoren bereisten frei und ungehindert die Provinz, nach zweimaliger Strafloszeit auch solche fernerhin hoffend. Bei dieser Haltung der Polen sei auf eine baldige Versöhnung der beiden Nationalitäten nicht zu hoffen. Einwanderungen von Deutschen fänden, da das Vertrauen in die Sicherheit der Zustände dieser Provinz völlig geschwunden sei, nicht mehr statt. Von Seite unseres Staatsministeriums dürfte diese Adresse bei dem gegenwärtigen Stand der Angelegenheiten in Ungarn um so mehr Beachtung finden. — Der Reichsunterstaatssecretär, Herr Bassermann, hat hier einen äußerst schwierigen Stand. Gelingt es demselben bei dem unleugbar mißlichen Eindruck, welchen die letzten Beschlüsse der Nationalversammlung hier hervorgebracht haben, die Sache noch zum Guten zu wenden, so hat er in der That Großes geleistet. Die Hoffnung auf eine glückliche Lösung hängt aber nur noch an einem Faden, das erkennt der Vaterlandsfreund mit blutendem Herzen.

Berlin, 3. Mai. Die vier Bataillone Gardelandwehr des hiesigen Bezirks, zusammen an 4000 Mann stark, sind gestern Abend aufgeboten, werden heute eingerecht, und marschiren bereits morgen, vorerst nach Halle, ab. Man erwartet demnächst die Einberufung des 20. (Berliner) Landwehrregiments, welches an 5000 Mann stark ist. Dem Einberufungsbefehl wird von allen Seiten der willigste Gehorsam geleistet und die wunderbare Organisation des preußischen Heerwesens bewährt sich aufs Neue. Die Aus-

*) Von einem wohlunterrichteten der deutschen Sache treuergebenen Correspondenten erhalten wir den obigen Brief, welcher den Beweis liefert, daß, was sich der Entscheidung über die wichtigsten Fragen der äußeren Politik, in Berlin noch immer auf eine Verständigung mit der Nationalversammlung und mit der Centralgewalt gerecht wird. Red. d. O.-P.-Z.-Z.

rüdung der Gardeartillerie-Brigade ist in Magdeburg parat, und kann diese ausgezeichnete Truppe in 2 bis 3 Tagen mit vollständiger Feldausrüstung zur Verfügung stehen. Wie wir hören, werden auch die Landwehrregimenter längs der russischen Grenze einberufen, was bei den Ereignissen der letzten Tage und auf dem Kriegsschauplatze in Oesterreich von allen Parteien nur gebilligt werden kann. Die Zusammenziehung eines Armeecorps in Schlesien soll ebenfalls bereits beschlossen sein. Bei den polnischen Landwehrregimentern in Schleswig-Holstein hat ein Wechsel in den Offizierstellen, verbunden mit strenger Handhabung der Kriegsgesetze, eine günstige Wirkung hervorgebracht. Von der Berliner Garnison sind einige besonders tüchtige und der polnischen Sprache mächtige Offiziere des Regiments Colberg zu den erwähnten Landwehrregimentern versetzt worden.

□ **München**, 3. Mai. Herr Mathy, wie man es in Frankfurt wohl von keiner Seite anders erwartet hat, ist hier nicht glücklicher gewesen, als frühere Reichs- und Parlamentscommissäre in Wien, Olmütz u. s. w. Herr v. d. Pfordten soll sich, im Einklange mit einem deßhalb gefaßten Beschlusse des Gesammtministeriums, sogar empfindlich gegen Herrn Mathy darüber geäußert haben, daß man im Parlamente und im Reichsministerium der Ansicht zu huldigen scheine, die bayerische Regierung verweigere nur darum alles, um nach und nach desto mehr mit sich handeln zu lassen. Herr Mathy nimmt die unumwundene Erklärung mit nach Frankfurt, daß die bayerische Regierung nach wie vor auf dem Vereinbarungsprincipe beharre, und daß sie weder den Erbkaiserthumsbeschluß des Parlaments als irgendwie bindend anerkenne, noch die Grundrechte oder die Reichsverfassung selbst in Bayern einführen werde, bevor beide einer gründlichen Revision im Interesse der Einzelstaaten unterworfen worden seien. Dagegen hat Hr. Mathy auch die bestimmteste Zusicherung unserer Regierung erhalten, daß sie deutsch sein und bleiben werde bis zum letzten Augenblicke, trotz dieser Spaltung zwischen ihr und dem Parlamente, und daß sie zur Beseitigung der letzteren noch jetzt die Hand biete, wenn man nur in Frankfurt endlich erkennen wolle, was allein im Stande sei, zu einem für alle Theile erwünschten Ziele zu führen. Diese Gelegenheit ist zugleich von dem Gesammtministerium zu einer neuesten Erklärung benutzt worden, die Sie bereits in den heutigen Morgenblättern abgedruckt finden werden, und von welcher gerühmt werden darf, daß sie allerdings geeignet sei, manches wieder gut zu machen, was bei Abfassung der nach Frankfurt gerichteten Erklärung versäumt worden war. Bezüglich der deutschen Fragen enthält zwar auch diese neueste Bekanntmachung nichts als die Versicherung, daß die Regierung bestdeutsch gesinnt sei, so daß man also von ihr auch die Einführung der Reichsverfassung und der Grundrechte mutatis mutandis erwarten dürfe; aber dafür erhält man doch die unzweifelhafte Zusage, daß das Ministerium die von der Krone ausgegangenen Märzverheißungen unverbrüchlich treu halten werde.

Regensburg, 30. April. Dem „Regensb. T." zufolge beabsichtigen auch die hiesigen städtischen Behörden, unverzüglich nach dem Beispiele in andern bayerischen Städten in Adressen an die Regierung um Anerkennung der Nationalversammlung und für Festhalten an der Reichsverfassung zu wirken und die Bürgerschaft zur Betheiligung einzuladen.

Weissenburg, 30. April. Der Magistrat und das Collegium der Gemeindebevollmächtigten haben eine Adresse an den König bezüglich der unbedingten Anerkennung der Reichsverfassung erlassen.

Lindau, 29. April. In der heutigen Versammlung der ganzen Bürgerschaft nahm der Magistrat einen von ihm vorgelegten Entwurf über eine Adresse an den König wegen Verkündung der Reichsverfassung und Zusammenberufung des Landtags zurück, weil er den Beifall der Bürger nicht hatte, und einstimmig, einschließlich des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten, wurde die von dem Ausschusse der Bürgerversammlung entworfene Adresse angenommen und geht morgen an den König. (N. Z.)

✕ **Freiburg**, 3. Mai. Gegen das am 30. März von dem großherzogl. Hofgerichte des Oberrheinkreises unter Mitwirkung der Geschwornen erlassene Urtheil, wodurch Gustav v. Struve und Carl Blind des Hochverrathsversuchs für schuldig erklärt und jeder zu einer in Einzelnhaft zu erstehenden Zuchthausstrafe von fünf Jahren und vier Monaten verurtheilt wurde, hat heute ihr Vertheidiger, Obergerichtsadvocat Brentano, eine am 21. Mai vor dem Oberhofgericht in Mannheim öffentlich zu verhandelnde Nichtigkeitsbeschwerde erhoben, worin er den Antrag stellt, es wolle dem großherzogl. Oberhofgericht gefallen, den von den Geschwornen am 30. März ertheilten Wahrspruch, insoweit er die gestellten Fragen bejaht, und das darauf gebaute Urtheil des Hofgerichts des Oberrheinreises, insoweit dasselbe die Angeklagten für schuldig erklärt, zu vernichten und die Verhandlung der Anklage, insoweit dieselbe nicht bereits durch den Wahrspruch der Geschwornen beseitigt ist, an ein anderes Geschwornengericht zu verweisen.

✕ **Freiburg**, 2. Mai. Die in einer der letzten Nummern Ihres Blattes enthaltene Nachricht von dem bevorstehenden Einfall von Flüchtlingen in das badische Gebiet kann ich aus der besten Quelle für ganz grundlos erklären; die an der französischen Grenze befindliche kleine Anzahl von Flüchtlingen verhält sich ganz ruhig.

✕ **Freiburg**, 3. Mai. In der heutigen zweiten Sitzung des Assisengerichts gegen Fickler, Bornstedt, Steinmetz und Krebs wurde alsbald nach Eröffnung der Sitzung die Liste der Geschwornen verlesen. Hierauf ergriff Brentano das Wort, um seine Einsprache gegen die Zusammensetzung des Gerichts, sowie überhaupt gegen das ganze Verfahren ausführlich zu begründen, und namentlich das ganze Verfahren schon deßhalb als ungesetzmäßig zu erklären, weil nicht die Untersuchter, wie der Gesetzentwurf es verlange, sondern die Polizeibeamten der Regierung die Geschwornen ausgesucht hätten. Der Staatsanwalt enthält sich jeder Aeußerung hierüber und es wurde deßhalb sofort zur Fragestellung an die Angeklagten geschritten. Bornstedt erzählte nun ausführlich, wie er mit Andern sich über die Bildung einer deutschen demokratischen Legion besprochen, Einladungen zu Versammlungen erlassen, überhaupt wie er diese Legion gebildet, wer die Theilnehmer gewesen seien u. s. w., wie er zum Vicepräsident und Herwegh zum Präsident gewählt worden sei. Er gesteht zu, daß der Zweck dieser Legion die Unterstützung der deutschen Revolution gewesen sei; viele Franzosen, die sich auch zur Aufnahme in diese Legion gemeldet hätten, habe er zurückgewiesen, da sie bloß aus Deutschen bestehen durfte. Ein aufgefundenes Exercierreglement rühre nicht von ihm her, sondern von Schimmelpenning; das aufgefundene Kassabuch kennt er gar nicht. Zwei Proclamationen in franz. Sprache wurden vorgelegt und übersetzt; ebenso ein Brief des Centralcomites dieser Legion an Fickler und seine Antwort darauf. Bei Vorlage dieser Actenstücke erhob sich Fickler und protestirte gegen die Verwickelung seines Processes mit dem Bornstedt's und der übrigen Angeklagten. Er erklärte, mit dieser Pariser deutschen demokratischen Legion in keinerlei Verbindung gestanden zu haben und verwahrte sich gegen Verschmelzung seiner Sache mit dieser. Bornstedt bestätigte die Aussagen Ficklers und erklärte, daß dieser nicht einmal von ihrem Vorhaben hätte Kenntniß haben können; der Brief des Centralcomites sei aber deßhalb an Fickler gerichtet worden, weil man ihn dem Namen nach als Volksmann gekannt hätte; er sei mehr als Circulär, denn als Brief zu betrachten. Er bestreitet ebenfalls, daß der Proceß gegen Fickler mit dem seinigen vereinigt werden könne; wie die Antwort Ficklers in die Hände der badischen Regierung gekommen sei, sei ihm ein Räthsel. Auch dagegen verwahrte er sich, daß die Legion gegen den Willen des badischen Volkes eingebrochen sei. Bei diesem Anlaß kam er auf die damals ausgestreuten Gerüchte über einen Einfall der Franzosen zu sprechen. Der Angeklagte und die Vertheidiger führten aus, diese Gerüchte seien von der Regierung zur Erreichung gewisser Zwecke, nämlich, um unbemerkt Truppen an die Grenze stellen zu können, verbreitet worden. Hierüber entspinnt sich eine lange, sehr interessante Debatte.

§ **Aus Baden**, 3. Mai. Bei einer am 29. April in Philippsburg stattgehabten Volksversammlung, die sehr zahlreich besucht war, wurde unter anderm beschlossen, die deutsche Reichsverfassung gegen die Angriffe der Fürsten mit Gut und Blut zu schützen; ferner von der großherzogl. Regierung die unumwundene Anerkennung der Reichsverfassung zu verlangen. Eine große Anzahl Volksversammlungen anderer Orte haben ähnliche Beschlüsse gefaßt. — Auf künftigen Sonntag sind bis jetzt bereits 19 Volksversammlungen ausgeschrieben.

)(**Bingen**, 3. Mai. Die gestern im Gasthause zum „Englischen Hofe" abgehaltene Bürgerversammlung hat beschlossen: 1) Die Bürger Bingens geben die Erklärung ab, daß sie mit Gut und Blut für die Reichsverfassung einstehen und dazu nach Kräften mitwirken wollen, derselben Geltung zu verschaffen. 2) Sämmtliche Bewohner Bingens besteuern sich nach ihren Vermögensverhältnissen, um die nöthigen Mittel zur Anschaffung von Waffen zu erhalten. Der patriotische Eifer der Vermögenden wird zugleich zu freiwilligen Opfergaben auf dem Altar des Vaterlandes zu diesem Zwecke aufgefordert. 3) Die Versammlung ernennt einen Volksausschuß aus ihrer Mitte, welcher die nöthigen Waffen anschafft, die dafür erforderlichen Beiträge erhebt. 4) Das ganze Land soll durch eine Proclamation von obigen Beschlüssen der Bürger Bingens in Kenntniß gesetzt und aufgefordert werden, in ähnlicher Weise die allgemeine Volksbewaffnung unverzüglich durchzuführen. 5) Die Staatsregierung soll durch die Ortsbehörde und den Volksausschuß aufgefordert werden, jeden Vertrag in Bezug auf die Einquartierung von Truppen anderer Staaten, insofern diese nicht im Reichsdienste stehen, für die hiesige Stadt sofort aufzuheben. 6) Der Nationalversammlung soll Kenntniß gegeben werden von den Beschlüssen der Versammlung.

n/o **Aus Thüringen**, 3. Mai. Seit dem 1. d. M. läßt die Direction der Magdeburg-Leipziger Eisenbahngesellschaft ohne weiteres und namentlich ohne Genehmigung der betheiligten Regierungen den ersten Bahnzug eine halbe Stunde später als bis dahin aus Leipzig abgehen, und es verfehlt dieser Zug deßhalb den auf Grund eines genehmigten Fahrtenplans um 7 Uhr von Halle nach Eisenach abgehenden Zug. Reisende und Correspondenzen erreichen daher in Eisenach den Anschluß an den daselbst Nachmittags 3 Uhr nach Frankfurt abgehenden Eilwagen nicht, und kommen folgeweise um 12 Stunden später nach Frankfurt, die Correspondenzen 24 Stunden später zum Austragen. Jemehr dieser Uebelstand jetzt während der Zeit der Leipziger Messe fühlbar werden dürfte, um so mehr verdient jenes Verfahren in einem öffentlichen Blatt vermerkt zu werden, damit baldmöglichst Abhilfe eintrete. *)

Braunschweig, 1. Mai. Daß hier, wo die deutsche Einheitsidee vielleicht tiefer und entschiedener Wurzel gefaßt hat, als sonst irgendwo in Deutschland, die letzte Erklärung der preußischen Regierung einen um so stärkeren und tieferen Eindruck gemacht hat, kann Niemand befremden, der die hiesigen Zustände und politischen Ansichten nur im Mindesten kennt. Man las gestern Nachmittags an allen Straßenecken die Ankündigung einer außerordentlichen Versammlung des Volksvereins und als Gegenstand der Tagesordnung: „Die Auflehnung der preußischen Regierung gegen die Souveränetät der Nationalversammlung." Die Versammlung fand Abends 8 Uhr in dem Saale des medicinischen Gartens statt, welcher zum Ersticken voll war. Die höchst aufgeregte Stimmung brach sich in entsprechenden Vorträgen Bahn: man sprach unumwunden aus, daß in Deutschland nichts mehr nützlich sei, als die Republik, und daß jetzt die Zeit der Worte vorüber, vielmehr die der Thaten gekommen sei. Es wurden von dem Dr. Aronheim folgende Punkte vorgeschlagen und angenommen: 1) Den Commandeur der hiesigen Volkswehr durch eine Deputation aufzufordern, so schleunig als möglich die Organisation derselben zu besorgen und Munition anzuschaffen; 2) den Gesammtausschuß der Volkswehr aufzufordern, sich permanent zu erklären; 3) es sollten Deputirte in alle Theile des Landes, namentlich in alle Städte, abgesandt werden, um überall zu gleichem Handeln aufzufordern; 4) als gemeinschaftlicher Mittelpunkt solle der Volksverein eine permanente Commission von 20 Personen ernennen, die sich schon heute Vormittags 10 Uhr versammeln und ihre Bekanntmachungen durch Eckenanschläge zu veröffentlichen habe. Endlich war noch beschlossen, daß die Deputation zur allgemeinen Versammlung des Märzvereins statt am Donnerstage gleich auf der Stelle nach Frankfurt abgehen solle. Die Deputation hat heute zwei Sitzungen gehalten. In der Vormittagssitzung wurde beschlossen, daß die Absendung von Deputirten in das Land aufgeschoben bleiben solle, bis die nach Frankfurt abzusendende Deputation Nachricht gegeben haben würde. Ferner ist eine von dem Volksvereine an die Landesversammlung zu richtende Petition beschlossen, daß die Bestimmung des Volkswehrgesetzes, wornach das 2. und 3. Aufgebot der Volkswehr sich auf eigene Kosten zu bewaffnen hat, dahin abzuändern sei, daß die Bewaffnung sofort auf Kosten der Gemeinden geschehen solle. Ferner ist ein Aufruf an das ganze Land beschlossen, welcher durch den Druck verbreitet und auch an alle inländische befreundete Vereine mit der Aufforderung gesandt werden soll, in gleichem Sinne zu handeln.

Italien.

X **Rom**, 27. April. Heute wurde der hiesigen constituirenden Versammlung der Commissionsbericht über den Verfassungsentwurf vorgelegt und von dieser sowohl wie vom Publikum mit den Zeichen sichtlicher Zufriedenheit aufgenommen. Nach dem Entwurf soll die zukünftige Executivgewalt von zwei Consuln ausgeübt und diesen Tribunen an die Seite gesetzt werden, aus welchen dann, für den Fall, daß einer der Consuln verhindert würde, zu fungiren, die Stellvertreter derselben genommen werden sollen. Ueber Verbrechen der Consuln und überhaupt der Mitglieder der Regierungsgewalt werden Censoren aburtheilen.

*) Obige Correspondenz läßt uns denn auch das Räthsel, warum und hier in Frankfurt die Leipziger Blätter seit einigen Tagen um volle dreizehn Stunden später angeben, als früher, so daß dieselben Nummern aus Leipzig und ihre Ausbeute in den Berliner Blättern gleichzeitig hier eintreffen. Ob diese Einrichtung den Anforderungen der Zeit namentlich der gegenwärtigen bewegten, entspricht, haben wir nicht erst nöthig zu entscheiden. D. Red. d. D. P. A. Z.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Malten.

Cours der Staats-Papiere. 5 Mai 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metallig. Obligat. . .	5	74½	74½	Würtemb.	Obligationen b. Rothsch.	3½	77½	77
»	dito dito . .	4	59½	59	»	Neue Württemberg.	4½	94½	93½
»	dito dito . .	2½	40	39¾	Nassau	Obligat. b. Rothsch.	2½	73½	72½
»	Bank-Actien o. D. .		1159	1150	»	L. 35 Loose		21	20½
»	fl. 250 Loose v. Roth.		76¾	76½	Frankfurt	Obligationen	3	78	77½
»	fl. 500 » dito		125¾	125½	»	dito v. 1839	3½	92¾	92½
»	Rothmann. Obligat.	1½	69	—	»	dito v. 1845	3½	89½	89
»	dito dito	1	62	—	»	Taunusbahnactien .		281	279
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	80	79½	Holland	Integrale	2½	49¾	49½
»	Prämienscheine . . .		—	100	»	Hollandische	4	—	77½
Bayern .	Obligationen	3½	79½	79	»	Syndicats	3½	—	76½
Darmstadt	fl. 50 Loose		71¼	70½	Spanien	Activmch. incl. 16 Cp	5	—	—
»	fl. 25 dito		22½	22	»	Innere Sch. neue Obl	3	24½	24½
»	Obligationen	3½	79½	79	Portugal	Consols Lst. à 6 12	3	—	—
»	dito	3	87½	86¾	Polen	fl. 300 poln. Loos Rth.		—	94
Baden .	Obligationen v. 1849	3½	77	76½	»	Obligationen de fl. 500	4	73¾	73½
»	fl. 50 Loose v. 1845		48½	48	Russland	in S. fl. 5 b. Grun. etC.	4	—	81½
»	fl. 35 Loose		28	27½	»	dito b. Stieglitz et C.	4	—	81½

Gold.	g.	kr.	Silber.	g.	kr.	Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Pistolen	9	57	Geld al Marco .	382	—	Kurhessische Loose . . .	27½	27¼
Pr. Friedrichsd'or	9	57½	Laubth., ganze .	—	—	Sardinische Loose	25¼	24¾
Holl. 10 fl. Stücke	10	5	Preuss. Taaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	39	5 Frankenthaler .	—	—	Cöln-Minden	76½	76
20 Francsstücke	9	40	Hochhaltig Silber	24	30	Ludwigsh.-Bexbach . . .	72	71½
Engl. Souvereins	12	5	Gering u. mäßig.	24	20	Prinz-Wilhm.-Nordbahn	23½	23

Nach der Börse: 2½ pCt. Met. —; 3 pCt. Span. Int. —; Taunusbahn-Actien (ex. Div.) —; Ludw.-Bexb. —; F.-W.-Nordb. — G.

A. Sulzbach, beeid. Makler.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Extra-Beilage.)

Wechsel-Cours.			
Den 5 Mai		Papr.	Geld.
Amsterdam	(k.S.	100⅝	100⅜
(100 fl. Crt.)	2M.	—	100
Augsburg	(k.S.	—	119⅛
(100 fl. Crt.)	2M.	—	—
Berlin	(k.S.	100⅜	—
(60 Thlr.)	2M.	—	—
Bremen	(50 k.S.	—	99
Bthlr. L.-Crt.	2M.	—	—
Hamburg	(k.S.	88⅛	—
(100 Mk. Bco.)	2M.	—	87⅝
Leipzig	(60 k.S.	—	100⅛
Thlr.)	2 M.	—	—
London	k.S.	120⅜	—
(10 Livr. St.)	2M.	—	119½
Lyon	k.S.	95½	—
(300 Fr.)	2M.	—	—
Mailand	(250 k.S.	100⅞	—
Lir. Austr.)	2M.	—	—
Paris	k.S.	95½	95
(300 Fr.)	2 M.	—	—
Wien	(100 fl. k.S.	103½	—
im 24 20 Fl.	2M.	—	—
Discrete		—	1

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Sonntag (Zweite Extra-Beilage zu Nro. 107.) 6. Mai 1849.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 5. Mai. Das heute ausgegebene 17. Stück des „Reichsgesetzblattes" enthält die unterm 8. März 1849 erlassene Verordnung, betreffend die Disciplinarbestrafung in der Marine des Reichs, in IX Tit. und 23 Paragraphen.

Frankfurt, 5. Mai. Für den hier morgen stattfindenden Congreß der Märzvereine haben bereits zahlreiche Anmeldungen von Deputationen stattgefunden.

† **Wien**, 2. Mai. Es blieb während des ganzen gestrigen Tages ungewöhnlich still mit Nachrichten vom ungarischen Kriegsschauplatze; dagegen erhielten wir Abends die officielle Kunde von dem erfolgten Einmarsche der russischen Vorhut, 8000 Mann stark, in das Krakauer Gebiet. Das Gros der Armee wird bald folgen. Es sollen im Ganzen 30,000 Mann, lauter Kerntruppen, von dieser Seite einrücken. Die Avantgarde wird morgen in ungar. Hradisch und Göding erwartet. Russische Quartiermacher waren bereits in Göding angelangt. — Das preußischerseits bei Ratibor aufzustellende Corps ist nur als Observationscorps zur Deckung der eigenen Grenzen, keineswegs aber als Hülfecorps in Betracht zu ziehen. — Hier wollte man wissen, daß F.-Z.-M. Welden an einer Gehirnentzündung erkrankt sei. — Die Details der seither vorgefallenen Gefechte vermissen wir gänzlich; nur läßt sich aus den hierher gebrachten zahlreichen Verwundeten schließen, daß den österr. Truppen viel Schadenzugefügt worden. Reisende versichern, daß die k. k. Truppen in Raab und dessen Umgebung bis Gönyö stehen, von dem magyarischen Heere keine Spur vorhanden und die Poststraße nach Wien frei sei. Von Pest bleibt die Post fortwährend aus; auch in wessen Händen Ofen sei, ist unbekannt. F.-M.-L. Vogel und G.-M. Benedek sind aus Galizien in Ungarn eingerückt; der letztere fand bei Besetzung Käsmarks einigen Widerstand; er entwaffnete die Bürger und wendete sich gegen Leutschau, wo Benyigki ein Gefecht wagen will. Die Einwohner der Kronstädte scheinen den Magyaren anzuhängen. — Laut anderweitigen als sicher angegebenen Nachrichten befindet sich das k. k. Hauptquartier in Kittsee, eine Stunde herwärts von Preßburg. — Der wohlhabendere Theil der Bewohner Preßburgs flüchtet nach der Steiermark, da man sehr stark der Vermuthung Raum gibt, die k. k. Truppen würden den Magyaren in der Nähe der Krönungsstadt ein Treffen liefern. Viele Tausende von Arbeitern sind bei Preßburg mit Aufwerfen von Schanzen beschäftigt. Die hier postirten k. k. Truppen, deren Anzahl sehr bedeutend ist, ziehen täglich Verstärkungen an sich. — Aus der Steiermark wurde ein ambulantes Corps in der Richtung gegen Steinamanger gesendet, um einen möglichen Einfall der Ungarn zu verhindern. — Hier überläßt man sich ganz der Erwartung, daß durch die eingetretene Russenhülfe dem Kampfe in Ungarn ein baldiges Ziel gesetzt werden wird. Heute bei Tagesanbruch will man Kanonendonner in der Richtung von Preßburg her, namentlich in der Leopoldsstadt vernommen haben. Die ungarische Post ist nicht angekommen, dahin jedoch von hier expedirt worden. — Der Courierwechsel ist jetzt sehr lebhaft. — Vorgestern ist der k. russ. Generaladjutant v. Berg nebst zwei Adjutanten hier eingetroffen, welche bereits wieder nach Olmütz und Warschau als Couriere abgegangen sind. — Aus zuverlässiger Quelle wird über die Truppensendung preußischerseits an die österreichische Grenze folgendes berichtet: Gegenwärtig stehen bereits 2000 Mann zwischen Ratibor und Oderberg, binnen kürzester Zeit soll dieses Corps bis auf 8000 Mann vermehrt werden. Außerdem wird ein Observationscorps von 10,000 Mann an den Grenzen des ehemals freien Reichsstaates postirt werden, und zwar auf preußischem Boden im Halbkreise um die kleine Stadt Neuberun.

Saarlouis, 28. April. Heute ist hier folgende Bekanntmachung erschienen:

„Da in der hiesigen Stadt zwischen der Garnison und der Einwohnerschaft bisher ein gutes Einvernehmen im Allgemeinen bestanden hat, und es im allseitigen Interesse liegt, daß dieses Einvernehmen erhalten werde, so sind seitens der Commandantur bereits die gemessensten Befehle an die Unteroffiziere und Soldaten erlassen, um jegliche Conflicte zu vermeiden; es werden jedoch auch die Einwohner dringend aufgefordert, alle Anreizungen und Neckungen zu unterlassen, welche das gute Einverständniß untergraben können. Saarlouis, 28. April 1849. Fidler, Generalmajor und Commandant. Saurborn, Kreissecretär, in Vertretung des Landraths."

Remscheid, 1. Mai. Wie überall, so sind auch hier die Gemüther durch die sich überstürzenden Ereignisse in ungeheurer Aufregung. Eine vorgestrige Volksversammlung beschloß einstimmig eine Adresse an die deutsche Nationalversammlung: daß man die Verfassung und das Wahlgesetz als rechtsgiltig anerkenne und entschlossen sei, muthig und treu für die Aufrechthaltung derselben einzustehen. Eine zweite Adresse an die Krone sprach das Verlangen aus, sofort andere Räthe zu ernennen und das gegenwärtige volks- und freiheitsfeindliche Ministerium zu entlassen. Der Gemeinderath machte beide Adressen in einer gestrigen außerordentlichen Sitzung mit sehr geringfügigen Abänderungen auch zu den seinigen. (Noch aus vielen rheinischen und westfälischen Städten gehen ähnliche Mittheilungen ein, der Raum gestattet nicht, mehr aufzunehmen.) (K. Z.)

Crefeld, 3. Mai. Die Gefahr des Vaterlandes hat hier für den Augenblick alle Parteien vereinigt. Der „Deutsche Verein" hatte auf vorgestern eine Versammlung der gesammten Bürgerschaft ausgeschrieben, um bei den jetzigen verhängnißvollen Verhältnissen gemeinsame Schritte zu veranlassen. Die Versammlung wurde von allen Klassen der hiesigen Bevölkerung äußerst zahlreich besucht. Das Resultat derselben war die einstimmige Annahme zweier Adressen, von welchen die eine der Nationalversammlung die unbedingte Annahme der Reichsverfassung ausspricht, die andere den König von Preußen in sehr entschiedenen Ausdrücken um Entlassung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel bittet. Der hiesige „Constitutionelle Verein" trat in seiner gestrigen öffentlichen Sitzung diesen Adressen bei, und heute sind bereits beide, mit mehr als 3000 Unterschriften bedeckt, nach ihrem Bestimmungsorte abgesandt worden. — Die hiesige Landwehr hat in einer gestrigen Generalversammlung beschlossen, sich der Nationalversammlung zur Verfügung zu stellen, und heute sind bereits Deputationen aus den Nachbargemeinden eingetroffen, um diesem Beschlusse beizutreten. — Sie sehen, die Aufregung wird hier allgemein, und das in einer Stadt, welche bis heran mit Recht den Ruf hatte, sehr conservativ gesinnt zu sein. (K. Z.)

Vom Rheine, 4. Mai. Die von Kölner Gemeinderäthen nunmehr auf den 8. Mai berufene Versammlung rheinischer Gemeindeverordneten findet allenthalben in der Provinz den besten Anklang. Wo die Wahlen nicht schon auf die erste Einladung hin von dem ganzen Gemeinderathe erfolgt waren, sind dieselben vielfach jetzt bloß von den Gemeindeverordneten erfolgt, in manchen Orten geschehen dieselben in diesen Tagen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Versammlung von nahe und fern sehr zahlreich besucht werden wird. Die Wahl der erscheinenden Vertrauensmänner durch die Gemeinderäthe leistet die Gewähr, daß nur der wahre Sinn des Rheinlandes in Köln wird vertreten sein, und dieser ist, Dank den freien Institutionen, die den Rheinländer an die Freiheit schon länger gewöhnt haben, der Sinn des männlichen Freimuthes und der strengen Gesetzlichkeit. (Köln. Z.)

München, 3. Mai. Der Reichscommissär Mathy wurde gestern Nachmittag von Sr. Maj. dem König empfangen, und nach dem gewöhnlichen Empfangscerremoniell wieder entlassen. Mathy soll sich in vertrauten Kreisen geäußert haben, daß er mit dem Erfolg seiner Sendung zufrieden sei. Gestern Abend erschien Se. Maj. der König unvermuthet unter der Bürgerwache auf dem Rathhause und unterhielt sich auf das freundlichste mit der Mannschaft, sich dahin aussprechend, daß er sich ganz auf seine Münchner Bürger verlasse. Der hiesige Märzverein hat in seiner gestrigen Versammlung beschlossen, zwei Mitglieder, Advocat Dr. Riedel und Julius Knorr, zu dem in diesen Tagen bevorstehenden Congreß der Märzvereine nach Frankfurt zu schicken. — Das hiesige Cuirassier-Regiment hat heute Marschbereitschaft erhalten; ich konnte nicht erfahren, wohin es bestimmt ist — ein Gerücht sagt, nach dem Rheinkreise. (Ein Theil der Augsburger Garnison hat denselben Befehl erhalten. Ebenso wurden hier, in Nürnberg rc. alle Beurlaubten einberufen. Die Adressen aus den Städten des Königreichs mehren sich, so daß bald wohl der Name keiner irgend bemerkenswerthen Stadt mehr fehlen dürfte. Auch im bayerischen Oberland, bei Tegernsee, hat eben eine Volksversammlung sich für die Reichsverfassung ausgesprochen.) (A. Z.)

Dresden, 2. Mai. Amtliche Nachrichten. Se. Königl. Majestät haben die Staatsminister Dr. Heid, v. Ehrenstein und Dr. Weinlig auf ihren Wunsch ihrer Function als Staatsminister zu entheben und dem Geheimenrathe Dr. Ferdinand Zschinsky, unter Ernennung zum Staatsminister, das Departement der Justiz neben dem Vorsitz im Gesammtministerium zu übertragen, auch auf denselben den Auftrag in den evangelischen Angelegenheiten zu erstrecken geruhet. Wegen der Wiederbesetzung des Ministeriums der Finanzen, des Cultus und öffentlichen Unterrichts und des Innern haben Allerhöchstdieselben die Entschließung sich noch vorbehalten und angeordnet, daß die zeither mit deren Leitung beziehendlich provisorisch beauftragten Staatsminister die Geschäfte annoch fortfahren, bis deren Nachfolger eingetreten sein werden. (L. Z.)

Z **Dresden**, 3. Mai. Die Dinge werden hier sehr ernst. — Nachdem der König ehegestern Abend vor der Deputation des deutschen Vereins geweint, hat er diesen Morgen die der Stadt Freiberg mit Rauheit behandelt. Dies hat sehr böses Blut gemacht. Die Gruppen auf den Straßen werden immer drohender und zahlreicher. Der König hat erklärt, er werde ganz zu Preußen halten. Diese Ansicht soll er festhalten, seitdem der Flügeladjutant, Prinz Croy, von Berlin an ihn abgesandt worden ist. Weitere Deputationen will er gar nicht empfangen. Man erwartet eine Proclamation, die dies erklärt. Es gehen Gerüchte, die königlichen Wagen stünden gepackt. Prinz Albert sei aus Schleswig behufs einer Abdankung zurückberufen, preußische Truppen stünden bereits in Großenhain; ich bezweifle zur Zeit noch alles, wiewohl Gerüchte oft der vorausgehende Schatten der Wahrheit sind. Herr v. Karlowitz hat, wie ich Ihnen gestern voraussagte, die Bildung eines Ministeriums abgelehnt. Jetzt ist Dr. Zschinsky (früher 14 Tage Ministerverweser) berufen. Wer ihn kennt, sagt, er thut desgleichen. Diesen Morgen war eine Deputation beim König, wie er sie noch nicht gesehen hat, 16 Mann Bürgerwehr, Offiziere und Gemeine, mit Waffen. Sie wurden ebenfalls natürlich abschläglich beschieden. Darauf wieder Versammlung der Bürgerwehr. Um 1 Uhr soll Appell geschlagen werden. Dieser Moment wird für Dresden entscheiden. Der Zweck soll sein, die Bürgerwehr zu versammeln, daß sie die Erklärung an den König beschließe: falls das Land durch fremde Truppen bedroht werde, stehe sie mit Blut und Leben für König und Vaterland ein. Demnächst soll sich das Militär über dieselbe Frage erklären. Was dieses anlangt, so ist, was ich Ihnen gestern von den Kasernen schrieb, vollkommen begründet. Die Artillerie hat an der Aufregung des Regiments Prinz Albert Theil genommen und ein Offizier (Lieutenant v. Zedel) den Soldaten zugeschrien: sie seien meineidige Hunde! Die „Dresdner Zeitung" erzählt wenigstens letztere Thatsache.

Indem ich dieses schreibe, 12 Uhr Mittags, tagen die Stadtverordneten und werden alle Vereine und die Bürgerwehr aufgefordert, sich untereinander mit den Behörden zu Niedersetzung eines Vertheidigungsausschusses zu vereinigen; das Vaterland sei, je nach Verträgen mit Preußen, von einer preußischen Intervention bedroht.

2 Uhr. So eben wird die Bürgerwehr durch Appell zusammenberufen. Aus der Altstädter Reiterkaserne rückt die Reiterei aus.

00 **Dresden**, 3. Mai. Nachmittags 2½ Uhr. Der König hat sich standhaft geweigert, die Reichsverfassung unbedingt anzuerkennen. Man schlägt Appell; die Communalgarde versammelt sich. Die Thore des Schlosses sind verschlossen. Das Volk füllt die Straßen. Man sieht, daß ein Wagen reisefertig im Schloßhofe steht, darum läßt man die Pferde, welche ins Schloß geführt werden sollen, nicht hinein. Eben verrammelt das Volk die Thore von Außen, weil man den König nicht entfliehen lassen will. Die Bürgerwehr steht nicht weit und — sieht zu. Anschläge machen dem Volke bekannt, daß bereits preußische Truppen unterwegs wären. Man erzählt sich, daß Arbeiter die schlesische Eisenbahn demolirten.

Z **Dresden**, 3. Mai. Abends 6 Uhr. Der Aufstand ist bereits in vollem Maße losgebrochen. Um 1 Uhr begaben sich neue Deputationen des Stadtraths und der Stadtverordneten zum Könige. Der König weigerte sich. Auch der Obercommandant der Bürgerwehr des Landes that vergebens Schritte. Die Demonstration der letzteren unterblieb, weil der Commandant, Kaufmann Lenz, im Augenblicke der Gefahr abdankte. Die meisten Befehlshaber der Bataillons, von Brandenstein, Leipbibliothekar Richter u. A. folgten diesem Beispiele. Dennoch versammelte man sich. Um 2 Uhr kam ein Volkshaufe mit deutschen Fahnen, und griff, trotz der Abmahnungen der Bürgerwehr, das Zeughaus an, welches nur von einer Compagnie Linie besetzt ist. Die Bürgerwehr konnte nicht einschreiten, da sie ohne alle Munition ist. Die Menge erbrach das äußere Thor des Zeughauses und drang in den Hof. Jetzt schoß das Militär, und es fielen fünf Todte. Ein Bataillon Bürgerwehr marschirte nach dem Zeughause, dem Militär zu Hilfe. So wie es sich davor aufstellte, gab dieses Feuer und das erste Glied sank. Wie viele Todte und Verwundete, ist noch ungewiß. Dies steigerte die Erbitterung. In diesem Augenblicke wird immerfort Generalmarsch geschlagen und von den Thürmen Sturm geläutet. Reitende Boten fliegen auf die Dörfer, um das Landvolk zu Hilfe zu holen. Die Cavallerie hat aufgesessen und ist zum Schlosse gezogen. Die Infanterie im Schlosse will, wie ich soeben höre, die Bürgerwehr angreifen, weil der König flüchten will. Um 2 Uhr machte er schon einen Versuch dazu, die Pferde wurden ihm aber ausgespannt, in den Stall zurückgeworfen, die Krippen zerstört, der Vorreiter vom Pferde gerissen, das Thor mit umgestürzten Wagen verrammelt. Ein am Zeughause Gefallener ward auf einen Leiterwagen gelegt, und etwa um 4 Uhr vor den Balkon des Schlosses gefahren. Unter wildem Geschrei warf man da die Fenster ein, klagte den König des Mordes an, enthüllte die Wunden. Es ließ sich Niemand am Fenster sehen. Das Militär blieb im Schlosse. Ich war Augenzeuge. Eben verbreitet sich das Gerücht, das Zeughaus sei in der That genommen. Auf dem Markt baut man Barrikaden und sperrt die Hauptstraßen ab. Kanonen sind nicht da. Die einzigen fertigen Batterien sind nach Schleswig abgegangen. Man erwartet zum Abend von zwei Seiten Preußen einrücken zu sehen; indessen sollen auf der schlesischen Eisenbahn und auch bei Riesa die Schienen ausgegeben sein. Die Nacht wird wahrscheinlich sehr blutig werden und das Alleräußerste liegt nah. Die Reiterei von Freiberg rückt so eben ein. An Infanterie ist nur ein Regiment hier. Die leichte Infanterie wird von Leipzig erwartet. Ich muß schließen, um Ihnen noch vor Abgang der Post diese Nachrichten zukommen zu lassen. Man sagt, Dr. Zschinsky sei wirklich als Minister vereidet.

00 **Dresden**, 4. Mai, Morgens. Ein Brief konnte gestern Abends wegen der Barrikaden nicht auf die Post gelangen, die an vielen Straßen errichtet wurden. Die Nacht sollte Zuzug von Außen kommen. Allein sowohl dieser, als auch fremde Truppen sind ausgeblieben. Der Angriff aufs Militär und aufs Schloß ist in der mondhellen Nacht unter stürmenden Glocken und Trommelärm mehrmals wiederholt worden, doch das Militär behielt bei seiner defensiven Stellung die Oberhand. Die Bürger gingen zum Theil nach Hause, zum Theil waren sie gar nicht erschienen. Der König soll heute früh 4 Uhr auf dem Dampfschiffe fortgefahren sein. Man erzählt, daß 19 der Aufständischen todt geblieben.

L **Leipzig**, 3. Mai. Abends. Die Bewegung für die deutsche Reichsverfassung steigert sich so gewaltig, unter-

bricht unser einförmiges Meßleben mit einer solchen Fülle politischer Ereignisse, daß wir auf einen ausführlichen Bericht verzichten müssen. Seit dem 30. v. M. werden allabendlich starkbesuchte Volksversammlungen gehalten. Während diese anfangs nur mit unserer Kammerauflösung beschäftigt, größtentheils von Arbeitern besucht waren, strömen jetzt, wo die deutsche Verfassungsfrage der ausschließliche Gegenstand der Verhandlungen ist, Tausende aus allen Ständen herbei. Vorgestern wurde in einer solchen Versammlung die Absendung einer Deputation an den König beschlossen, um ihn zur Anerkennung der Reichsverfassung zu bewegen. Gestern berichtete dieselbe, daß sie, nur von dem Minister von Beust empfangen, eine Audienz bei Sr. Majestät nicht habe erlangen können. Später wurde die neueste preußische Circularnote vorgelesen. Vergeblich würde ich die Aufregung zu schildern mich bemühen, welche dieses Actenstück hervorrief. Eine auf heute Abend anberaumte Versammlung, zu welcher ein Placat mit der Ueberschrift: „Sturm!“ auffoderte, verwandelte sich plötzlich aus einer redenden in eine handelnde. Drei Compagnien von unserm Militär sollten Abends 8 Uhr mit einem Extrazuge nach Dresden befördert werden, um dort die Bewegung niederzuhalten. Nach 7 Uhr fand sich eine große Menschenmenge am Bahnhofe ein, entschlossen, den Abzug des Militärs zu verhindern. Bald darauf langt ein Munitionswagen unter Bedeckung von 8 bis 10 Schützen an; man zwang ihn, umzukehren. Der Haufe war bis zu wenigstens 6000 Köpfen angewachsen, alle Zugänge zum Bahnhofe von dichtgedrängten Massen besetzt, als gegen 8 Uhr die Soldaten anrückten. Die Anführer sahen, daß ohne Blutvergießen zu dem Dampfwagen nicht zu gelangen war, sie kehrten deßhalb um und marschirten durch die Gerbergasse aus der Stadt, um dann (so vermuthet man) den Weg bis zur nächsten Station (Wurzen) zu Fuß zurückzulegen. Die Volksmenge riß deßhalb an mehreren Stellen der Eisenbahn die Schienen auf, so daß es zweifelhaft ist, ob morgen der Frühzug nach Dresden abgehen kann. Für morgen erwartet man den Einmarsch preußischer Truppen. — Heute ist eine Deputation des Stadtraths, der Stadtverordneten und des akademischen Senats nach Dresden gegangen, um den König um Anerkennung der Reichsverfassung und um Berufung volksthümlicher Minister zu bitten. Vor einem Jahre bewahrte ein ähnlicher Schritt derselben Corporationen das Land vor einer gewaltsamen Revolution. Möge diesmal die Sendung von demselben Erfolg gekrönt werden.

Nachts 11 Uhr. So eben ertönt vom Thomasthurm das Läuten der Sturmglocken! Der Pöbel (wie finden keinen andern Ausdruck!) hat die Thomaskirche erbrochen und den Strang zu den Glocken gefunden, durch deren Sturmgeläut er, nach einem bekannten Plan, seinen demokratischen Anhang von den Dörfern in die Stadt zu rufen sucht.

Mitternacht. Der Plan ist nicht gelungen. Die Tumultuanten sind von der durch Generalmarsch zusammengerufenen Communalgarde auseinander getrieben und viele derselben, darunter die Sturmläuter, verhaftet worden. Jetzt ist die Ruhe wieder hergestellt. Unsere Schützen müssen bis Dresden zu Fuß marschiren, da sowohl in Wurzen als auf mehreren andern Punkten die Dresden die Schienen aufgerissen sind. In Dresden soll das Zeughaus erstürmt sein!

*) **Leipzig**, 4. Mai. Mittags. Die gemeinschaftliche Deputation des Stadtraths, der Stadtverordneten und des akademischen Senats ist gestern Abend um 9½ Uhr mit einem Separatzuge wieder hier eingetroffen. Ueber den leider nicht erfreulichen Erfolg ihrer Sendung berichtet ein von Bürgermeister Klinger und Stadtverordnetenvorsteher Werner unterzeichneter Anschlag, daß Se. Maj. der König die Deputation sehr wohlwollend empfangen, auch die Lauterkeit der Beweggründe zu ihrer Auforderung anerkannt, es jedoch mit seiner Ueberzeugung unvereinbar gefunden habe, sich für unbedingte Anerkennung der Reichsversammlung, so lange nicht Preußen vorangegangen sei, auszusprechen, da er in der Verfassung, wie sie aus der Reichsversammlung hervorgegangen ist, kein Heil für Deutschland erblicke. Der Anschlagzettel ermahnt zur Ruhe und Ordnung, welche der Stadtrath in Verbindung mit der Communalgarde energisch aufrecht erhalten werde. Von dem Einmarsch preußischer Truppen, deren es dazu nicht bedürfe, habe er keine Kenntniß, auch sei im Voraus gegen diese Maßregel Verwahrung eingelegt. — In Dresden ist leider gestern Nachmittag (bis 5 Uhr reichen die letzten Nachrichten) von dem Militär auf das Volk geschossen worden. Die Zahl der Gebliebenen ist nicht bekannt. Zur Erstürmung des Zeughauses sind nur vereinzelte, aber mißglückte Versuche gemacht worden. — Bis heute Morgen 4 Uhr wird mit dem angestrengtesten Fleiß an der Herstellung der gestern demolirten Strecken auf der Leipzig-Dresdener Eisenbahn gearbeitet. Man glaubt allgemein, daß noch heute Züge von Dresden hier werden eintreffen können.

†† **Hannover**, 4. Mai. Wenn Sie heute noch keine entscheidende Nachrichten von hier erhalten, so wollen Sie nicht glauben, daß der hannoversche Volksstamm in träger Ruhe, in „abwartender Stellung“ (wie das Ministerium Bennigsen-Stüve) die Hände in den Schooß gelegt hat. Das ist keineswegs der Fall. In allen Provinzen bereitet sich die Bewegung vor, und selbst in der Residenz wird die Erregung von Minute zu Minute bedeutender und energischer. Der 7. Mai dürfte eine Entscheidung bringen. An diesem Tage werden Deputationen aus dem ganzen Lande Audienz beim Könige verlangen, um die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung sammt dem Reichswahlgesetze zu fordern. Daneben wird man einstimmig auf die sofortige Entlassung des Ministeriums Stüve dringen. Aus Ostfriesland werden die Städte Emden, Aurich, Norden, Leer, Wittmund ꝛc., so wie die Landgemeinden Deputationen schicken, ferner werden Männer von Hildesheim, Lüneburg, Northeim, Göttingen, Hamel, Verden, Stade ꝛc. erscheinen, um dem Könige Ernst August den Volkswillen in offener Weise mitzutheilen. Am 7. Mai werden Tausende und aber Tausende vor dem Palaste des Königs stehen; es wird das eine ernste, aber friedliche Demonstration sein. Unser Magistrat wird durch eine Deputation der hiesigen politischen Vereine, des Volksvereins, des Arbeitervereins, des deutschen und städtischen Vereins aufgefordert werden, sich an dem Zuge vom 7. Mai zu betheiligen. Ob aber der Magistrat diese Wünsche erfüllen wird, ist zweifelhaft. Der Magistrat schwankt. Allgemein ist hier das Gerücht verbreitet, daß am Sonnabend 6000 Preußen bei uns einrücken sollen. Da das Ministerium Bennigsen-Stüve mit dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel vollkommen sympathisirt, so gehört die Besetzung Hannovers durch preußische Truppen keineswegs in das Bereich der Märchen. Uebrigens würde durch ein solches Ereigniß eine Erbitterung sondergleichen im ganzen Königreiche hervorgerufen werden. Das kann ich Ihnen schließlich wiederholen, das hannoversche Volk wird Alles anwenden, um der Reichsverfassung vollkommene Geltung zu verschaffen.

Karlsruhe, 4. Mai. Unsere Regierung hat einen neuen Schritt gethan, ihre vaterländischen Gesinnungen zu offenbaren. Ich kann Ihnen aus sicherster Quelle die Mittheilung machen, daß die Reichsverfassung und das Reichswahlgesetz sich unter der Presse befinden, und morgen durch das Regierungsblatt publicirt werden. Die Publication wäre schon vor einigen Tagen erfolgt, hätte nicht die Abwesenheit des Staatsraths Welk, welcher wegen Unwohlseins in Baden verweilt, eine Verzögerung veranlaßt. (D. Z.)

Kassel, 4. Mai. In der Generalversammlung des hiesigen Bürgervereins von heute Abend wurde beschlossen: 1) eine Adresse an die Staatsregierung, um dieselbe zu ersuchen a) die deutsche Reichsverfassung gesetzlich zu publiciren, b) die Beamten, das Heer und die Bürger darauf verpflichten zu lassen, c) die von der preußischen Regierung verlangte Berathung zu Berlin über die deutsche Verfassung nicht zu beschicken. Ferner 2) eine Erklärung an den Centralmärzverein zu Frankfurt, daß der Bürgerverein zu seinen Schritten zur Unterstützung der deutschen Nationalversammlung gegen alle wider ihre Beschlüsse über die Reichsverfassung und zur Durchführung derselben gerichtete Unternehmungen mitzuwirken bereit sei und insofern die Bedenken, welche früher gegen einen Anschluß an diesen Verein ausgesprochen, bei Seite setze. (K. A. Z.)

Mainz, 5. Mai. Die von hier abmarschirenden Oesterreicher sind nicht nach Regensburg dirigirt. Ihre Bestimmung soll nach Rheinbaiern sein.

* **Gießen**, 5. Mai. Wie sehr man sich des Ernstes des Augenblicks bewußt ist, zeigt folgende hier erschienene Aufforderung: „Mitbürger! Den drohenden politischen Zuständen gegenüber hat die hiesige Bürgergarde beschlossen, ein Auszugsbataillon zu bilden. Wir fordern alle diejenigen, welche, um zur Vertheidigung der Reichsverfassung mitzuwirken, in dasselbe oder in die stehende Bürgergarde eintreten wollen, hierdurch auf, sich nach den Bestimmungen des Bürgerwehrgesetzes auf der Bürgermeisterei dahier sofort zu melden. Wenn Ihr den Frieden wollt, so rüstet Euch zum Krieg! Der Generalrath der Bürgergarde.“

Italien.

† **Rom**, 27. April. Rom beharrt noch immer in seinem Phlegma. Eine Fluth von Proclamationen ist erschienen, die neugierig angegafft wird. In die Graben der Engelsburg ist Wasser gelassen worden. Der Gang, der vom Vatican nach dem Castell führt, wird abgebrochen unter dem Vorwande, „daß zum Barrikadenbau Material nöthig sei.“ Einige Barrikaden werden auch wirklich vor den Thoren errichtet, zwei Kanonen stehen in den vaticanischen Gärten, um die Straße nach Civitavecchia zu bestreichen. Ponte Molle soll unterminirt sein, um den Zugang nach Rom von dieser Seite zu sperren. Die Thore sind geschlossen, Luruspferde mit Beschlag belegt. Aber bei alle dem bleibt Rom ruhig wie früher; alles harrt mit mehr oder weniger Neugier der Ankunft der Franzosen entgegen, die, wie versichert wird, heute ihren Marsch hierher antreten sollen. Bereits spricht man von der „Heldenmüthigkeit“ der Legion Melara, welche, den Franzosen zuerst entgegengesandt, dem Commando derselben: „à bas les armes!“ pünktlichst Folge geleistet hätte. Die ganze Feldartillerie, 19 Stück, thut möglicherweise dasselbe, da von ihrer antirepublikanischen Gesinnung schon seit längerer Zeit gesprochen wird. Rom wird dadurch zum Glück von den geringen Vertheidigungsmitteln völlig entblößt und ein thörichter Straßenkampf somit geradezu unmöglich; gegen Räubereien republikanischen Gesindels schützt hoffentlich die Bürgergarde. (Wie man weiß, ist Rom am 28. April von den Franzosen, welche nirgends Widerstand gefunden, wirklich besetzt worden. Red. d. O.P.A.Z.)

Neapel, 21. April. Längs der neapolitanischen Grenze, vom adriatischen bis ans mittelländische Meer, sind alle römischen Provinzen in völliger Reaction begriffen und drohen in Masse nach der katholischen Hauptstadt zu ziehen, um der Demagogenherrschaft ein Ende zu machen. Diese Provinzen dringen immer mehr auf Schutz und Hilfe von Gaeta, um der täglich zunehmenden Anarchie Schranken zu setzen. In Betracht dieser Umstände haben die am heiligen Stuhl accreditirten Bevollmächtigten dem König beider Sicilien durch ein von Allen unterzeichnetes Document die Vollmacht gegeben, mit einem Heertheil von 6000 Mann zum Schutz der Restauration in die römischen Staaten einzurücken. Am 26. wird sich dieses Korps bei Mola di Gaëta vereinigen und dann bei Terracina über die Grenze rücken. Den Oberbefehl wird der König selbst übernehmen. (A. Z.)

Frankreich.

** **Paris**, 3. Mai. Zur Feier des morgenden Tages werden die nöthigen Vorkehrungen mit großem Eifer getroffen. Die Stadt Paris gibt dem Präsidenten der Republik ein Bankett, zu welchem eine Deputation der Nationalversammlung, die Präsidenten der Gerichtshöfe, sowie der gelehrten Gesellschaften, und die oberste Generalität der Armee und der Nationalgarde geladen sind. Es werden über 300 Personen an diesem Bankett Theil nehmen.

Die Nationalversammlung berieth in ihrer heutigen Sitzung die Budgets der Justiz und des Kriegs.

Die beiden Söhne Louis Philipps, die Prinzen v. Joinville und Aumale, werden aller Wahrscheinlichkeit nach in die Legislative gewählt werden. Die Aussichten Joinville's im Departement Haute-Marne sollen das Ministerium sehr beunruhigen. Man hat die Wähler amtlich daran erinnert, daß Stimmzettel mit dem Namen eines Mitgliedes einer verbannten Familie wahrscheinlich cassirt werden würden, aber die Bauern wollen nicht einsehen, weßhalb sie weniger souverän sein sollen als die Pariser, die vorigen Sommer den gleichfalls verbannten Prinzen Louis Napoleon wählten. Sie wollen durchaus für den „Admiral Joinville“ stimmen.

Der Herzog v. Aumale wird in Algier gewählt werden.

Straßburg, 4. Mai, 7. Abends. Telegraphische Depesche: „Paris, 4. Mai, 12½ Uhr. Der Minister des Innern an die Präfecten: Der Jahrestag der Proklamation der Republik durch die Nationalversammlung ist heute mit großer Feierlichkeit und in bester Ordnung begangen worden. Die Nationalversammlung, der Präsident, die Minister, das diplomatische Corps und die gesetzmäßigen Behörden wohnten dem auf dem Concordienplatze abgesungenen Tedeum bei. Die Nationalgarde hatte sich daselbst in zahlreichen Bataillons, deren Haltung man bewunderte, aufgestellt. Der Präsident wurde mit zahlreichen Rufen: Es lebe die Republik! es lebe Napoleon! empfangen. Um 11 Uhr kehrte er in das Elysée national zurück. Paris genießt einer vollkommenen Ruhe, die Menge wogt auf und ab, um das schöne Fest, wie man es seit langer Zeit nicht gesehen hat, zu bewundern.

Großbritannien.

London, 2. Mai. Der Herzog von Wellington vollendete gestern sein 80. Lebensjahr. — Das Dampfschiff „Medway“, welches Jamaica am 9. April verließ, hat 800,000 Dollars, worunter 100,000 in californischem Golde, welches in Lima zu Barren geschmolzen wurde, für Kaufmannsrechnung mitgebracht. — Im Unterhause verlangte gestern Herr Ewart die Erlaubniß zur Einbringung einer Bill für Abschaffung der Todesstrafe. Sir G. Grey bekämpfte jedoch den Antrag, der bei der Abstimmung mit 75 gegen 51 Stimmen durchfiel.

Börsenberichte.

ɔ̈ **Frankfurt**, 5 Mai. Oesterr. Papiere, von Wien vom 1. Mai merklich besser kommend, zogen an heutiger Börse auch im Cours an, 5pCt. Metall. bleiben 74½, pCt. G., 2½pCt. Metall. 39½, pCt., Wienerbankactien 1150 fl., 500 fl. Loose 124½, pCt., 250 fl. Loose 76½, pCt. Von den übrigen Anlehenslosen Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27½, Rthlr., Badische 35 fl. Loose 27½, fl. G., do. 50 fl. Loose 48 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 71 fl., Nassauer 25 fl. Loose 20½, fl., Sardinische Loose 21½, Fr., Poln. 500 fl. Loose 73½, Rthlr. Süddeutsche Obligationen theilweise zu niedrigern Preisen als gestern zu erhalten. Belgische Obligationen ohne Courtveränderung. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 33 Rthlr., Berbach 71½, pCt., Köln-Minden 76 pCt., Taunus 270 fl. 3pCt. inländ. Span. lebhaft begehrt schließen 24½, ½, pCt. G. Abends auf bekannt gewordene merklich höhere Madrider Notirung der 3pCt. ital. Schuld, zahlte man für benannte Fonds 24½, pCt.

Wien, 2. Mai. 5pCt. Metall. 88⅛. — 4½Ct. 71. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1115. — 500 fl. Loose 147. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnactien 95½. — Glogauitzer 94. — Mailänder 66.

Die Börse und Fonds sehr günstig gestimmt. Gold und Silber sind bedeutend zurückgegangen, ebenso London und Hamburg, von fremden Wechseln italienische Devisen dagegen stark gestiegen.

Berlin, 4. Mai. Staatsschuldscheine 79½, Br., Seehandlungs-Prämienscheine 99⅜, Br., Bankantheile 87½, à 86½, bez., Berlin-Hamburg 52½, Br., Köln-Minden 76½, u. ½, bez. u. Br., Friedr.-Wilh.-Nordb. 33½, bis 33 bez., Rhein. 40 Br., Thüring. 49½, Br. ½, G.] Kurh. bei Stieglitz 5. 85 bez., Poln. 500 fl. Loose 72½, bez., Kurhess. Präm.-Sch. à 40 Rthlr. 27 G., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 16 Br.

Die Geschäfte blieben heute außerordentlich unbedeutend, und eine flaue Stimmung, unterstützt durch ein Gerücht von Unruhen in Dresden, veranlaßte einen theilweisen ferneren Rückgang der Course. Auch am Schlusse der Börse blieben die meisten Effecten offerirt.

London, 2. Mai. 3pCt. Stocks 92½, à ⅝. — 5pCt. Span. 17½. — Neue 3pCt. 33½. — 4pCt. Port. —. — 2½pCt. Holländ. —.

Madrid, 28. April. 3pCt. 25½, ⅝, n. d. B. 25½, p. — 5pCt. 10½, G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Der Redaction der „Oberpostamts-Zeitung“ erlauben wir uns, mit Rücksicht auf eine Correspondenz in der gestrigen Nummer, die Mittheilung zu machen, daß der Congreß der Märzvereine nicht bei geschlossenen Thüren verhandeln wird, daß vielmehr bis jetzt schon 10 Billette an Correspondenten hiesiger und auswärtiger Zeitungen ausgegeben sind, und auch weitere nicht verweigert werden, soweit der Platz reicht. Wir ersuchen Sie, diese Berichtigung in Ihre morgende Nummer aufzunehmen.

Frankfurt a. M., den 5. Mai 1849.

Die Commission des Centralmärzvereins zur Prüfung der Legitimationen der Abgeordneten.

Bernbach. A. Rösler von Oels.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Extra-Beilage zu Nro. 107.) 5. Mai 1849.

Deutschland.

Wien, 30. April. Heute um 7 Uhr Morgens brachte uns der Remorquer „Bela" in Begleitung von zwei Schleppschiffen 1100 Verwundete und Kranke aus dem Spital in Preßburg in einem Zustand, welcher das tiefste Mitgefühl jedes menschlichen Herzens anregen mußte. Verstümmelte, Verwundete und schwer Erkrankte aller Waffengattungen bedeckten in wahrem Sinne des Wortes den Landungsplatz. Während der nöthigen Zeit zur Vorbereitung des Transportes einer so großen Zahl von Kranken, versuchten es einige der minder schwer Verletzten, den Weg in die Stadt zu Fuß anzutreten. Ein Theil der Unglücklichen hatte jedoch ihre erschöpften Kräfte überschätzt, und blieben am Wege liegen. Bei diesem herzzerreißenden Anblicke zeigte sich der edle und patriotische Wohlthätigkeitssinn der Bewohner Wiens in seinem schönsten Lichte. Wäsche, Bettzeug, Lebensmittel und Wein wurde von allen Seiten mit Eifer und Rührung dargebracht, und Alle, insbesondere das wackere Arbeitspersonal der Dampfschifffahrt, leistete bereitwillige Hilfe bei der Uebertragung der im Dienste für das Vaterland verunglückten tapfern Krieger. Unsere Wiener Fiaker, deren ehrenwerther Sinn sich noch bei jedem Anlasse bewährte, so wie andere Besitzer von Fuhrgelegenheiten drängten sich mit edler Uneigennützigkeit, ihre Wägen zum Krankentransporte unentgeldlich zur Verfügung zu stellen.

† **Wien,** 1. Mai. Es ist durchaus unmöglich, sich aus den hiesigen Blättern ein klares Bild der ungarischen Angelegenheiten zu entwerfen, da sie sowohl im Schweigen, als im Behaupten ungemein weit gehen. Anderseits müssen auch die von Munde zu Munde gehenden Nachrichten bei dem größten Scheine der Wahrheit mit vieler Vorsicht aufgenommen werden, da sie nicht frei von Entstellungen und Unrichtigkeiten sind. — Soviel man die gestern Abend als glaubwürdig annehmen konnte, wurden Vorkehrungen getroffen, um das Hauptquartier des Feldzeugmeisters Welden nach Parendorf nächst Bruck a. L. zu verlegen, nach Andern wäre es daselbst schon aufgeschlagen. Man wollte wissen, Preßburg sei von den kaiserlichen Truppen geräumt, ja die Ungarn seien schon daselbst eingezogen. — Nebst schwerem Geschütz, das aus Ungarn hierherkam und in die Umgegend in Sicherheit gebracht wurde, sind Anstalten getroffen worden, um einige Tausend Verwundete in den Spitälern unterzubringen. Die nach der Stadt kommenden Landleute wurden aufgefordert, sich nach ihren Angehörigen umzusehen und selbe zur besseren Pflege gegen Aerarialvergütung selbst zu übernehmen. Oberst Kießlinger von Aueresperg Cürassier, ist mit 22 Wunden bedeckt hierher gebracht worden, geht aber seiner Herstellung entgegen. — Der Eifer, welcher alle Waffenfähigen in die Reihen der ungarischen Armee drängt, soll dieselbe bereits auf die Höhe von 250,000 Mann gebracht haben. — Ueber das Eintreffen der Russen verlautet noch immer nichts Bestimmtes. Das Uebereinkommen hinsichtlich ihrer Verpflegung soll von der Art sein, daß die Verproviantirung dem besetzten Lande zur Last fällt, die Löhnung aber von russischer Seite erfolgt. — Die Grafen Stephan Zichy und Louis Batthiany (der ehemalige Minister) sind hier zur Haft gebracht worden.

Aus der Slovakei wird berichtet, daß Czaczja vom k. k. Militär geräumt sei. Die Magyaren sind mit einer Macht von 15,000 Mann und 30 Kanonen in das Turoczer Comitat eingefallen und halten die Comitatsstädte St. Marton und Mossocz besetzt. — Der Postenlauf zwischen hier und Pest ist fortwährend unterbrochen. Doch kommen Reisende stündlich an, die mit Bauernpferden den Weg zurücklegen. Diese Reiseart ist sehr kostspielig; denn manches Relais läßt sich der Bauer mit 30 fl. bezahlen, weil er für die Wegnahme seiner Pferde besorgt ist. Von solchen Reisenden wird erzählt, daß in Pest die vollkommenste Ruhe herrsche. Kossuth ist in Debreczin. Thatsache ist, daß der dortige „Reichstag" auf den 10. Mai nach Pest einberufen ist. An die russische Intervention will man in Ungarn nicht glauben. Komorn ist ganz in magyarischen Händen. In einem blutigen Gefechte wurde dies am 26. entschieden. Man nennt Gyon und Damjanich als diejenigen, die dort commandiren.

Die hiesige Garnison ist seit mehreren Tagen ansehnlich verstärkt worden. Unsere Garnison beläuft sich jetzt auf 22,000 Mann. Der heutige „Lloyd" stellt in einem Leitartikel die früher besprochenen Ministerialveränderungen in Abrede. Graf Colloredo soll das ihm angebotene Portefeuille des Fürsten Schwarzenberg abgelehnt haben. — Der k. k. Regierungspräsident Dr. Fischer ist nach Linz zurückgekehrt.

Bei der großen Theilnahme, sagt die „Wiener Zeitung", welche die Erkrankung des Ministers des Innern Grafen Stadion unter allen Klassen der Bevölkerung gefunden hat, und bei der Beunruhigung, die sich unter so ernsten Verhältnissen an dieses Ereigniß knüpfte, gereicht es uns zur Befriedigung, die einlaufenden günstigen Nachrichten über das Befinden des Ministers mittheilen zu können. Uebermäßig angestrengte Berufsarbeiten und die anhaltende Entbehrung der zur Erhaltung der Gesundheit nöthigen nächtlichen Ruhe hatten einen Zustand von Abspannung herbeigeführt, der nach dem Rathe der Aerzte für einige Zeit die Enthaltung von allen Geschäften und die Ruhe des Landlebens zum Bedürfnisse machte. Eine kurze Zeit der Erholung hat nun auf die Wiederaufnahme seiner Kräfte so günstig eingewirkt, daß mit Sicherheit erwartet werden kann, Graf Stadion werde in kürzester Zeit im Stande sein, die Leitung des Ministeriums wieder zu übernehmen und dem Lande seine Dienste wieder zu widmen.

Ueber das Armeecorps des Ban Jellachich, das nach Südungarn abgegangen ist, kreuzen sich die widersprechendsten Gerüchte; gewiß jedoch scheint es, daß dasselbe bei Kis-Ber (auf dem Wege zwischen Raab und Stuhlweißenburg) auf eine feindliche Colonne unter General Vetter und Casimir Batthyany gestoßen ist, und eine Schlacht geliefert wurde. Der „Lloyd" sagt, daß der Ban „einem unverbürgten Gerüchte zufolge" die Magyaren total geschlagen habe. Im Widerspruche dagegen erhalten wir zwei Privatnachrichten, die beide gerade das Gegentheil berichten, und behaupten, das Corps des Ban Jellachich sei gesprengt und ein großer Theil desselben gefangen worden. Einer dieser Berichte will sogar wissen, daß zwei Regimenter Croaten die Waffen gestreckt haben und — den Honveds einverleibt wurden. Wir müssen es dahin gestellt sein lassen, welche dieser entgegengesetzten Nachrichten die wahre ist, und glauben, daß uns die Regierung, besonders, wenn sich der Sieg der k. k. Truppen bestätigen sollte, gewiß baldigst eine officielle Nachricht darüber zukommen lassen wird. — Ueber den Stand der Dinge in Nordungarn verlautet heute nichts Bestimmtes, nur will der „Wanderer" aus ganz zuverlässiger Quelle wissen, daß Neutra wieder in den Besitz der kaiserl. Truppen gelangt sei. — Die gerüchtweise Notiz, daß Görgey am 28. Abends in Raab eingerückt sei, scheint sich nicht zu bestätigen. (C. Bl. a. B.)

Prag, 1. Mai. Gestern Nacht ist die ganze Escadron von Palatinalhusaren, welche in Saaz stationirt war, desertirt, nur der Rittmeister blieb zurück.

* **Berlin,** 3. Mai. Ein halbofficieller Artikel unter vorstehendem Datum in dem „Preuß. Staatsanzeiger" ist als Commentar zu den beiden bekannten Actenstücken des hiesigen Cabinets vom 28. April zu betrachten und nimmt deßhalb die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch. Der König hat auf den Rath seiner Minister die ihm auf Grund der in der Paulskirche beschlossenen Verfassung dargebotene Kaiserkrone abgelehnt, die Regierung kann diese Verfassung nicht annehmen, „sie hat aber noch einmal der Nationalversammlung die Hand zur Verständigung bieten wollen." Und warum nicht die vorliegende Reichsverfassung? Der „Staatsanzeiger" antwortet: „Durch ein Zusammenwirken früher schroff von einander getrennter Parteien ist dieses Werk endlich zu Stande gekommen; und es trägt denn auch unverkennbar die Spuren dieses Zusammenwirkens von an sich und auf die Dauer unvereinbaren Elementen. Beide Parteien sehen darum die nun beschlossene Verfassung in ganz verschiedenem Lichte an; beide knüpfen daran ganz verschiedene Hoffnungen und Aussichten; beide denken sie in ihrem eigenen Sinne auszubeuten, zu entwickeln, zu verändern. Als ein Bierbendes, Bürgschaft für die Zukunft Verheißendes sieht kein Theil sie an. Die constitutionell-monarchische Partei in der Versammlung hat geglaubt, in der nominell monarchischen Spitze eine hinreichende Garantie für den Augenblick zu finden, um darum Zugeständnisse in anderen Punkten machen zu können, in der Hoffnung, daß der erste Reichstag diese wieder zurücknehmen werde. Die bedeutendsten Organe der öffentlichen Meinung in Preußen haben es ausgesprochen, daß eine solche Revision der Verfassung unbedingt nothwendig, daß sie in ihrer jetzigen Gestalt nicht über den Augenblick hinaus lebensfähig sei. Ein anderer Theil der Versammlung hat eben so offen und unumwunden ausgesprochen, daß er die monarchische Spitze nur darum unterstützt habe, weil dies Zugeständniß eben nur ein nominelles sei, und weil in der Verfassung, so wie sie vorliege, Elemente genug vorhanden seien, um sie als einen Durchgangspunkt zur Republik zu benutzen." Weil aber die große Mehrzahl der ganzen Nation mit Liebe und Vertrauen festhalte an der constitutionellen Monarchie, wolle sie das Princip und Wesen derselben eben sowohl in ihrer Gesammtverfassung gewahrt wissen, wie in ihren einzelnen Stämmen. „Ist dies durch die in Frankfurt beschlossene Verfassung geschehen? Jenes Princip kann nur gewahrt werden, wenn der Schwerpunkt des Ganzen in ein wahrhaftes und gleichberechtigtes Zusammenwirken der Regierung und der Volksvertretung gelegt wird. Der Schwerpunkt wird verrückt, wenn einer von beiden Theilen mit absoluter Machtvollkommenheit ausgerüstet wird. Darum fordert das Volk in wahrhaft constitutionellen Staaten nicht bloß berathende, sondern mitbeschließende Versammlungen; ihnen gegenüber aber erfordert dasselbe Princip eine nicht bloß ausführende, sondern mitbeschließende Regierungsgewalt. Das bloß suspensive Veto ist dem Wesen des constitutionellen Staates ebenso zuwider, wie bloß berathende Stände. Darum ist auch kein redlicher Freund der constitutionellen Monarchie in Preußen, der nicht dem Könige das absolute Veto in der preußischen Verfassung zuerkannte; was aber für den preußischen König gilt, das gilt ebenso sehr, und noch vielmehr für das Oberhaupt des deutschen Reiches. Denn innerhalb Deutschlands würde dies Oberhaupt den beiden Häusern noch viel weniger kräftig und selbstständig gegenüberstehen, als innerhalb Preußens, wo die Monarchie mit tausend Wurzeln im Boden haftet, durch tausend Fäden mit dem ganzen Leben des Volkes aufs innigste verschlungen und verwachsen ist. Und wenn man sich vergegenwärtigt, unter welchen Bedingungen, und durch welches Spiel von Combinationen der Abschluß der Verfassung zu Stande gekommen ist, so kann man nicht in Zweifel darüber sein, welche Bedeutung die Ausdehnung des nur suspensiven Veto's selbst auf Verfassungsveränderungen ihrer Natur nach haben müsse. Durch diese Bestimmung wird die ganze Verfassung wieder in Frage gestellt, und selbst in ihrer scheinbar monarchischen Spitze, die ja eben das über den Parteien Feststehende sein soll, dem Kampfe dieser Parteien selbst wieder hingegeben. Die unausbleibliche Folge ist, daß es gar nichts Festes mehr in der Verfassung gibt; wo der Wechsel der Regierungsform selbst auf legalem Wege vorgesehen und ermöglicht wird, da gibt es gar keine Bürgschaft mehr für die Dauer. Gewiß wäre alsdann auch kein Staat des Auslandes, der diese Gestaltung Deutschlands für eine andere als eine provisorische und vorübergehende hielte; und wie sollte denn der von allen Deutschen so sehnlich angestrebte Zweck erreicht werden, Deutschland als ein einiges, starkes, mächtiges, imponirendes Ganze dem Auslande gegenüberzustellen und ihm das Vertrauen und die Achtung zu gewinnen, welche nach der allgemeinen Klage ihm bis jetzt gefehlt hat. Ein Kaiser mit den hier ihm eingeräumten Befugnissen würde nur ein Schattenkaiser, und das deutsche Reich unter ihm in der That und Wahrheit eine Republik sein. Der Kaiser würde nicht im Inlande und nicht im Auslande geachtet sein; er würde nach keiner Seite hin mächtig dastehen, weder den Einzelstaaten Schutz verleihen, noch die Gesammtheit der Nation vor störenden Anmaßungen des Particularismus behüten, ja schwerlich das seiner Obhut anvertraute Ganze auch nur vor einem baldigen Auseinanderfallen bewahren können. Deutschland aber zur Republik und zur Anarchie zu führen, das ist nicht die Aufgabe des preußischen Königshauses! Mögen diejenigen, welche die Republik in Deutschland wollen, mit ihren Grundsätzen hervortreten! Unter dem Scheine des Constitutionalismus und unter der Aegide seines Vertrauen erweckenden Namens dieselbe in Deutschland einzuführen, dazu wird sich Preußens König und Preußens Volk nicht hergeben! Eben so wenig darf es sich dazu hergeben, das Werkzeug zu sein, um jede geordnete Staatsgewalt in den übrigen Theilen Deutschlands zu vernichten. Daß die Verfassung dazu führen würde, kann Niemanden zweifelhaft sein, der die weitgehenden Bestimmungen über das Eingreifen der Centralgewalt in alle inneren Verhältnisse der einzelnen Länder in ihren praktischen Folgen erwägt. Es ist ein alter und richtiger deutscher Grundsatz, daß der Gemeinde überlassen bleiben müsse, was sie selbst thun kann, den größeren Kreisen nur das, was die Gemeinde nicht vermag. Dieser Grundsatz ist vielfältig in der Verfassung verletzt. Und wenn man das Vertrauen zu der Regierung des Reichs hegen wollte, daß sie nicht zu weit gehen, daß sie in der praktischen Ausführung diese Befugnisse mit Mäßigung handhaben, daß sie sich bescheiden werde: wer, der einigermaßen die Geschichte kennt, wird sich einbilden, daß die Reichsversammlung in ihren beiden Häusern, bei dem ungeheuren Einflusse, der ihr auf die Executivgewalt eingeräumt ist, sich gleichermaßen bescheiden werde? Die Erfahrung alter und neuester Zeit lehrt, daß die größte Gefahr aller deliberirenden oder legislativen Versammlungen in der Versuchung liegt, sich in die Executive, in die eigentliche Regierung einzumischen; eben darum ist eine feste und kräftige Stellung der eigentlichen Regierungsgewalt so dringend nothwendig. Alle Völker von gereiftem politischen Sinne haben dies anerkannt; es wird auch in Preußen von den politisch gebildeten Elementen der Monarchie erkannt, wer aber darüber einverstanden ist, der wird auch zugeben müssen, daß eine Regierungsgewalt mit den schwachen Befugnissen, welche dem Oberhaupte in dieser Verfassung eingeräumt sind, nicht im Stande sein könnte, den Reichstag gegen die nicht ausbleibenden Versuchungen zum Selbstregieren zu schützen. Und wenn dadurch die übrigen deutschen Staaten so gut wie mediatisirt würden, so wird die Rückwirkung auf Preußen selbst nicht ausbleiben. Auch Preußen würde nicht mehr durch seine eigene Regierung, sondern durch den deutschen Reichstag regiert und verwaltet werden. Nicht allein die kleinern Staaten, sondern Preußen selbst würde dem Wesen nach mediatisirt worden sein. Wir glauben aber, daß das preußische Volk dies so wenig will, als es die Hannoveraner, Bayern, Sachsen u. s. w. für sich wollen. Jedenfalls hat die Regierung nicht das Recht, für einen solchen Zustand den Weg zu bahnen. Ein Reichsrath neben dem Oberhaupt hätte ebensowohl eine Stütze des letztern, und damit des monarchisch-constitutionellen Princips überhaupt sein können, als eine Garantie für die einzelnen Staaten. Die gewichtigsten Stimmen haben sich daher gerade in Preußen dafür erhoben. In Frankfurt hat er vor den Augen einer kleinen Majorität keine Gnade gefunden. Er war eine Bürgschaft der Stetigkeit, ein Gegengewicht gegen den wechselnden Kampf der Parteien in beiden Häusern — er ist beseitigt worden." Ungeachtet dieser Ausstellungen aber erkennt der Artikel an, daß in der Reichsverfassung neben vielem Unpraktischen viel Vortreffliches enthalten sei, und daß auch aus diesem Grunde die preußische Regierung diese als die Grundlage ansehe, auf welcher die künftige Verfassung Deutschlands erbaut werden solle. Wenn sie aber dieselbe gleichwohl nicht vorläufig angenommen habe, so sei es geschehen, weil die preußische Regierung eine Verfassung nicht annehmen wollte, ohne den Willen zu haben, sie wirklich in's Leben

zu rufen. Denn „hieße das nicht die Revolution, wie die Reaction, immer von neuem herausfordern, ja, beide noch auf eine lange Zeit hinaus in Deutschland permanent machen und das gemeinsame Vaterland allen Zuckungen innerer Kämpfe preisgeben? Und wenn sie auf den günstigsten Erfolg hoffen dürfte, wäre das ein offener, ein redlicher, ein deutscher Weg?“ Gerade weil die preußische Regierung, weil der König es ernst und redlich mit der Verfassung meinten, weil sie nicht ein augenblicklich bequemes Spiel wollten, „unter dessen Hülle ein ganz Anderes eingeführt werden könne: darum durften sie diese von ihren Schöpfern selbst als zweideutig bezeichnete Verfassung nicht annehmen; darum mußten sie gleich jetzt offen und ehrlich mit ihren Bedenken hervortreten und die Lösung derselben nicht einer ungewissen Zukunft überlassen; darum mußten sie darauf dringen, daß die Verfassung schon jetzt eine solche Gestalt gewinne, daß sie mit gutem Gewissen sie beschwören könnten. Es wäre eine Nichtachtung der deutschen Nation, eine Nichtachtung der deutschen Nationalversammlung selbst gewesen, wenn sie anders hätten verfahren wollen.“ Der Schluß des Artikels wiederholt das bereits in den Actenstücken vom 28. Gesagte, daß die preußische Regierung den praktischen Weg der Verständigung mit der Nationalversammlung wünsche und wolle, daß sie aber auch das Werk selbst nicht aufgeben werde, wenn sich letztere dieser Verständigung entziehe, daß aber die Verfassung endgiltig nur unter Mitwirkung der Nation zu Stand kommen solle, was dann zu der Hoffnung berechtige, daß „die ernste Arbeit des vergangenen Jahres nicht ohne ihre Frucht bleiben werde.“

Paderborn, 1. Mai. Die hiesige Stadtverordnetenversammlung hat folgenden Aufruf erlassen: „An alle Gemeinden der Provinz Westfalen. Die bedenkliche politische Lage des deutschen Vaterlandes hat die Stadtverordneten der Stadt Paderborn zu dem Beschlusse geführt, eine allgemeine Berathung aller Gemeinden der Provinz zu veranlassen, um deren Resultat in einer Gesammteingabe dem Könige vorzulegen. Wir haben uns erlaubt, dazu Dienstag den 8. Mai, Morgens 10 Uhr, zu bestimmen, und zum Ort der Versammlung die Stadt Münster als Provinzialhauptstadt gewählt. Das Versammlunglocal wird der Magistrat in Münster die Güte haben, näher zu bezeichnen. Wir ersuchen sämmtliche Stadt- und Landgemeinden der Provinz Westfalen, diese Versammlung durch Abgeordnete aus ihrer Mitte beschicken zu wollen. — Diese Abgeordneten, mit gehöriger Vollmacht versehen, haben die nöthigen Eintrittskarten beim Magistrat in Münster in Empfang zu nehmen. Paderborn, den 1. Mai 1849. Die Stadtverordnetenversammlung.“

Mainz, 5. Mai. Heute Nacht ist Ordre hierhergelangt, ein Bataillon Oesterreicher abgehen zu lassen. Sie marschiren schon im Laufe dieses Tages nach Regensburg ab. (M. Z.)

Nachschrift.

** **Frankfurt**, 5. Mai. Ueber Straßburg geht uns soeben aus Paris, 4. Mai, 12½ Uhr Mittags, die telegraphische Mittheilung zu, daß die Jahresfeier der Proclamation der Republik durch die Nationalversammlung mit großem Gepränge und in vollkommenster Ordnung begangen worden ist.

** **Paris**, 3. Mai. Die Regierung hat, wie man versichert, von dem Einrücken der französischen Truppen in Rom Nachricht erhalten. Die Besetzung der alten Weltstadt ging fast ohne Schwertstreich vor sich. Das Triumvirat regiert indeß nach wie vor. Schon gestern hatte die französische Regierung erfahren, daß General Oudinot an der Spitze von 6000 Mann nach Rom marschire und den übrigen Theil seiner Truppen in Civitavecchia und der Umgegend zurückgelassen habe und zwar so, daß er sich im Nothfall auf sie stützen konnte. Die „Patrie“ bestätigt die obigen Nachrichten, ohne jedoch nähere Einzelnheiten mitzutheilen.

* Aus **Indien** waren am 3. Nachrichten in Paris angelangt, denen zufolge die Häupter der Sikhs sich den englischen Behörden gefangen gegeben hatten.

Börsenberichte.

Amsterdam, 3. Mai. 2½pCt. Integr. 49⅞, ⅝ ⅜ — 3pCt. Schuld 38. — 4pCt. do 70⅞. — 5pCt. Anl. 12⅜ ⅞ — do à 510 Fl. St. 12⅜ ⅜ — 3pCt. inländ. à 6000 fl. 24⅜ — 3pCt Port 25⅛ — 4pCt. do. 29⅜ ⅛ — Russ. 4pCt bei Stieglitz 81¼ — 5pCt. Met. 71¼ — 2½pCt. do. 38, 37⅜.

Holländ. Fonds bei trägem Geschäft beinahe ganz wie gestern. Oesterr. mehr angeboten, Franz. preishaltend, Span. bleiben nach einer Neigung zum Rückgang wieder ganz auf ihrem letzt vorigen Cours Port. bei einigem Handel etwas angenehmer.

Paris, 3. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 89. 60. — 3pCt. 53. — Neapol. 87. — Bankactien 2400. — St. Germain-Eisenbahn 427. 50. — Versailles, rechtes Ufer 207. 50. — Linkes Ufer 177. 50. — Paris-Orleans 857. 50. — Paris-Rouen 577. 50. — Orleans Bordeaux 406. 25. — Orleans-Vierzon 361. — Rouen-Havre 577. 50. — Marseille-Avignon 215. — Straßburg-Basel 105 — Nordbahn 455. — Paris-Straßburg 377. 50. — Röm. Anleihen 77¼.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten

[1289] **Physikalischer Verein.**

Für das Sommerhalbjahr sind folgende Vorlesungen angeordnet:
1) Mittwoch Nachmittags von 4 bis 5½ Uhr: Anfangsgründe der Physik.
2) Donnerstag Abends von 7 bis 8 Uhr: Anleitung zum Anstellen chemischer Versuche.
3) Samstag Abends von 7 bis 8 Uhr: Mittheilung neuerer Entdeckungen im Gebiete der Physik und Chemie, mit besonderer Bezugnahme auf die größeren in der Sammlung befindlichen Apparate.

Wer, ohne Mitglied des Vereins zu sein, an den Mittwochs- oder Donnerstags-Vorträgen Theil zu nehmen wünscht, beliebe sich bei Hrn. Prof. Dr. **Böttger** um die Mittagsstunde im chemischen Laboratorium (Senckenbergisches Museum) zu melden.

Die Vorlesungen beginnen am 16. Mai.

Der Vorstand.

[1290] In der Buchner'schen Buchhandlung in Bayreuth erschien so eben und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Frankfurt am Main durch Gebhard und Körber:

Ritter Ludwigs von Eyb Denkwürdigkeiten brandenburgischer (hohenzollerischer) Fürsten, mit einem historischen Commentar. Herausgegeben von Dr. Const. Höfler. Preis geh. 24 Sgr. oder 1 fl. 21 kr.

Wir machen das Publikum sowohl auf die höchst merkwürdigen, die politischen Pläne des hohenzollerischen Hauses erörternden Denkwürdigkeiten, als auf den weitläuftigen Commentar aufmerksam, dessen Material dem geheimen Haus-Archive der Markgrafen von Bayreuth entnommen ist, während sein Inhalt über das Verhältniß der Hohenzollern zu Deutschland, dem Kaiserthume und Bayern insbesondere die interessantesten Aufschlüsse gibt.

Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Colonia.

Ein Auszug aus dem Protocolle der am 17. d. M. stattgehabten General-Versammlung der Gesellschaft liegt bei dem unterzeichneten Hauptagenten zur Mittheilung an Jeden, der sich für die Anstalt interessirt, bereit.

Hier genüge die Andeutung, daß die **Colonia** ihren günstigen Geschäftszustand dazu benutzt hat, um ihren Reservefonds zu verstärken.

Frankfurt a. M., den 27. April 1849.

[1229] **Franz Böhm.**

Heinsheim, bei Wimpfen. **Mastviehverkauf.**

Bei dem auf den 7. Mai angekündigten Verkaufe kommen die — seither verkauften — Hämmel nicht vor.

[1318] **Johann Muth.**

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1849.

April.	Barometer bei 0° R.			Thermometer R.			Thermograph.		Wasserhöhe des Mains.	Wind.			Wetter.		
	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Nacht	Tag.	Rh. F.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
22	333‴3	333‴2	332‴9	+ 5'6	+ 9'0	+ 3'0	+ 2'6	+ 8'0	2' 8"	W.	W.	—	w.	w.	t.
23	331‴5	330‴5	330‴0	+ 4'1	+ 7'2	+ 5'7	+ 2'6	+ 7'2	2' 6"	SSW.	SW.	—	t.	t.	R.
24	330‴1	330‴3	331‴4	+ 8'1	+ 8'1	+ 5'0	+ 5'3	+ 11'3	2' 4"	SSW.	S.	—	t.	R.	ht. ht.
25	332‴7	332‴7	333‴2	+ 8'5	+ 10'5	+ 5'4	+ 4'0	+ 10'7	2' 3"	SW.	W.	—	t.	t.	t.
26	332‴2	332‴2	332‴4	+ 10'3	+ 14'0	+ 7'2	+ 5'0	+ 14'8	2' 3"	OSO.	SSW.	—	ht. ht.	w.	ht. ht.
27	332‴5	331‴7	332‴2	+ 9'3	+ 16'8	+ 9'5	+ 4'2	+ 16'9	2' 2"	WSW.	SW.	SW.	t.	w.	R
28	331‴9	331‴9	332‴6	+ 12'3	+ 13'2	+ 9'6	+ 8'4	+ 14'0	2' 0"	SW.	SW.	—	t.	w.	R.
M	332‴0	331‴8	332‴1	+ 8'3	+ 11'1	+ 6'5	+ 4'6	+ 11'8	2' 4"						

[1288] In der B. Schmid'schen Buchhandlung in Augsburg erschien so eben und ist in allen Buchhandlungen zu haben, in Frankfurt a. M. in der Andreä'schen Buchhandlung:

Die

Grundrechte und die Reichsverfassung

für Deutschland.

Beleuchtet von einem Bayern.

gr. 8. geh 27 kr. oder 8¼ Ngr.

[1276] **Original-Obligationen**

des Anlehens vom Verein deutscher Fürsten und Edelleute, garantirt von Adolph Herzog von Nassau, Ernst Herzog zu Sachsen-Coburg, Friedrich Prinz von Preußen ꝛc. und womit fl. 21,000, 20,000, 16,000, 15,000, 14,000, 13,000, 12,000 ꝛc. erlaubt werden können, erläßt Unterzeichneter à fl. 8 und für die nächste am 15. Mai l. J. stattfindende Ziehung einzeln à 1 fl. — 10 Stück zu 7 fl. — Listen und Pläne gratis.

[1253] **Anzeige.**

Die von den Unterzeichneten gestempelten Coupons à R° 10. in Silber pr. 1,13. Febr. 1849 von Hope'schen Certificaten über 4pCt. Russische Inscriptionen werden, à fl. 18. 18 kr. per Stück bei denselben eingelöst.

Frankfurt a. M., den 30. April 1849.

Gruneliius & Comp.

[1244] Die nachbeschriebenen, zur Concursmasse der Wittwe und Kinder des verstorbenen Kaufmanns Carl Sonder dahier gehörigen Gebäulichkeiten worin bisher die Gastwirthschaft zum Rheinischen Hof betrieben werden, sollen, und zwar freiwilligerweise mit dem dazu gehörigen wohlassortirten Mobiliare

Montag den 18. Juni d. J., Nachm. 2 Uhr,

im Wege öffentlicher unter den im Termine zu eröffnenden, aber auch vorher bei den Curatoren der Masse Herrn Kammerrath Thum und Carl Meinhard zur Einsicht bereit liegenden, ersichtlichen Bedingungen gerichtlich versteigert werden.

Mainz, den 24. April 1849.

Königl. Preuß. Justiz-Amt
Hachenberg

Beschreibung.

Die Bestandtheile des an den Ufern des Rheins in einer reizenden Gegend gelegenen Gasthofes sind:

A. das Hauptgebäude am Rhein, enthaltend 3 Etagen mit Souterrains als Waschküche, 1 großen Speisesaal, 1 Wirthszimmer, 20 Fremdenzimmer, 1 großen Speicher;

B. das dahinter gelegene Wohnhaus in der Rheingasse, in 2 Stagen mit Laufbrücke, enthält 8 Zimmer, 1 Speicher, 1 Küche, 1 Weinkeller und 1 Mansarde;

C. das Nebengebäude in 2 Etagen, enthaltend 5 Zimmer, 1 Küche, 1 Vorrathskammer, 1 kleinen Keller, Remise und Pferdestall;

D. der Hofraum, sehr geräumig mit einer Wasser-Pumpe.

[1214] **Edictalladung.**

An die Concursmasse des Adam Hübinger und dessen Ehefrau Gertrude, geb. Falkenbach von hier, sind dinglicher wie persönlicher Ansprüche, bei Vermeidung des ohne weitere Decretur eintretenden Ausschlusses,

Freitag den 8. Juni l. J.,

Morgens 8 Uhr, dahier anzumelden.

Montabaur, den 20. April 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Zimmermann.

[1204] **Edictalladung.**

Nachdem Gr. Hess. Hofgericht der Provinz Oberhessen über das Vermögen des Adam Schneider zu Nordeck den Concurs erkannt und das unterzeichnete Gericht mit der Leitung desselben beauftragt hat, so wird Jedermann aufgefordert, etwaige persönliche oder dingliche Ansprüche an dieses Vermögen im Termine

Donnerstag den 26. Juli d. J.,

Morgens 8 Uhr, dahier anzumelden und zu begründen, widrigenfalls Ausschluß von der Masse, ohne besonderes Ausschlußerkenntniß erfolgen wird.

Alsfeld, den 20. April 1849.

Gr. Hess. Landgericht das.
Wenig. Lehnert.

[1225] **Edictalladung.**

Georg Müller, Sohn des verstorbenen Großh. Kutschers Heinrich Müller dahier, welcher im Jahre 1823 nach dem Tode seines Vaters als Schreinergeselle in die Fremde gegangen ist, wird, da man von seinem Leben und Aufenthaltsorte keine Kunde hat, hiermit benachrichtigt, daß ihm aus dem Nachlasse seiner am 19. October 1841 gestorbenen Mutter Christine, geb. Borrad, nach Abzug von 324 fl. Conferendessen fl. 218½ kr. als Erbtheil zugefallen sind, und daß dieses Geld, da er ungeachtet der am 19. Juli v. J. von dem damaligen Hofgerichts-Commissär erlassenen öffentlichen Aufforderung die Erbschaft nicht angetreten hat, nunmehr unter seine Miterben vertheilt werden soll.

Diese Miterben bestreiten, daß in dem erwähnten Erbtheil auch Vermögen des Vaters Heinrich Müller vorhanden sei, überhaupt daß dieser eigenes Vermögen hinterlassen habe. Der für das Vermögen des abwesenden Georg Müller bestellte Curator hat erklärt, daß er für denselben keine Ansprüche auf väterliches Vermögen erhebe.

Da indessen die Erklärung des Curators allein nicht genügt, so werden noch der genannte Georg Müller, beziehungsweise dessen Leibeserben, selbst aufgefordert, ihre etwaigen Ansprüche auf väterliches beziehungsweise großväterliches Vermögen binnen weiteren drei Monaten bei dem unterzeichneten Gericht, an welches diese Sache durch die inzwischen erfolgte Aufhebung der privilegirten Gerichtsstände gelangt ist, geltend zu machen, widrigenfalls der gesammte Nachlaß unter seine Miterben als mütterliches Vermögen vertheilt werden wird.

Darmstadt, den 19. April 1849.

Großh. Hess. Stadtgericht.
Strecker. Reuling.

[1303] **Steckbrief.**

Der unten näher signalisirte Oekonom Karl Bieler jun. von hier, welcher der Theilnahme an dem am 16. März d. J. stattgehabten Aufruhre beschuldigt und dringend verdächtig ist, daß sich von hier heimlich entfernt und sein jetziger Aufenthalt nicht ausgemittelt werden können. Wir ersuchen deshalb alle Justiz- und Polizeibehörden, den Bieler im Betretungsfalle zu verhaften und unter sicherer Escorte hierher abliefern zu lassen.

Bernburg, am 11. April 1849.

Großh. Anhalt. Stadt- und Landgericht
Dr. Pietscher.

Signalement.

Alter: 28 Jahre.
Größe: 5 Fuß 2—3 Zoll.
Haare: dunkelbraun
Stirn: niedrig.
Augenbrauen: braun.
Augen: braun.
Nase: stumpf.
Bart: schwach.
Kinn: rund.
Gesicht: voll.
Gesichtsfarbe: gesund.
Statur: untersetzt.

[1304] **Steckbrief.**

Der unten signalisirte Goldarbeiter Karl Beffer aus Bernburg, welcher der Theilnahme an der in hiesiger Stadt am 16. d. Mts. stattgehabten Aufstellung gegen die Obrigkeit dringend verdächtig ist, hat sich am Abend jenes Tages der Untersuchung durch seine Entfernung von hier entzogen, weshalb alle resp. Justiz- und Polizeibehörden ersucht werden, auf den ꝛc. Beffer zu vigiliren, denselben im Betretungsfalle zu arretiren und mittelst Transports an uns abliefern zu lassen.

Bernburg, am 18 März 1849.

Herzogl. Anhalt. Stadt- und Landgericht.
Dr. Pietscher.

Signalement.

Alter: 28—30 Jahre.
Größe: 5 Fuß 5—6 Zoll.
Haare: schwarz.
Augen: schwarz und stechend.
Augenbrauen: schwarz.
Nase: proportionirt.
Mund: dito.
Stirn: schmal und hoch.
Bart: schwarz.
Gesicht: länglich.
Gesichtsfarbe: bleß und gelblich.
Statur: schlank.

[1305] **Steckbrief.**

Der unten Signalisirte Oekonom August Haberhauffe aus Groß-Mühlingen, welcher des Versuchs des Aufruhrs dringend verdächtig ist, hat sich der Untersuchung durch seine Entfernung aus hiesigem Lande entzogen, weshalb alle resp. Justiz- und Polizeibehörden ersucht werden, auf den ꝛc. Haberhauffe zu vigiliren, denselben im Betretungsfalle zu arretiren und mittelst Transports an uns abliefern zu lassen.

Bernburg, am 27. März 1849.

Herzogl. Anhalt. Stadt- und Landgericht.
Dr. Pietscher

Signalement.

Alter: 33 Jahre.
Größe: 5 Fuß 9 Zoll.
Haare: blond
Stirn: gewölbt.
Augen: blau.
Augenbrauen: blond.
Nase: stumpf.
Bart: blond.
Kinn: rund.
Gesicht: dito.
Gesichtsfarbe: gesund.
Statur: schlank.

[777] Johann Melchior Kirchner von hier, ein Enkel des daher verstorbenen Johannes Lauer von hier, dermal unbekannt wo? abwesend, soll bis zum

23. Mai l. J., Morgens 10 Uhr

zum Zwecke der Vertheilung des ihm, seinen Geschwistern und der Agnes Lauer von seinem mütterlichen Großvater angefallenen Vermögens erscheinen oder einen Bevollmächtigten stellen, gegenfalls aber erwarten, daß dazu und zur Verwaltung seines Vermögens auf seine Kosten ein Curator bestellt werde.

Salmünster, am 17 März 1849.

Kurfürstl. Hess. Justiz-Amt.
Uhrt.

Druck von August Osterrieth.

Digitized by Google

№ 108. —— Montag —— den 7. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in den Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Gerin) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebt man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmid in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Klotery in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 6. Mai. In Folge der über die Bewegungen in der bayerischen Rheinpfalz am 5. d. M. eingekommenen Nachrichten, hat sich Se. kaiserl. Hoheit der Reichsverweser veranlaßt gesehen, den zweiten Vicepräsidenten der Reichsversammlung, Eisenstuck, als Reichscommissär dorthin abzuordnen. Heute erfolgte weiter die Ernennung des großherzoglich sächsischen Staatsministers v. Watzdorff zum Reichscommissär für das Königreich Sachsen, zum Zweck der Wiederherstellung des gestörten Reichsfriedens.

⊙ **Frankfurt**, 7. Mai. In der gestrigen Sitzung des Congresses der Märzvereine kam, nach Feststellung der Geschäftsordnung und der Wahl des Abgeordneten Fröbel zum Präsidenten, des Abg. Raveaux zum Vicepräsidenten, der Abgg. Golz aus Brieg und Böhler aus Frankfurt zu Schriftführern, die Gefahr zur Sprache, in welcher die deutsche Reichsverfassung und mit ihr das ganze deutsche Vaterland schwebe. Der erste Beschluß in dieser Angelegenheit geht dahin: „Alle in der heutigen Versammlung für die Durchführung der Reichsverfassung gefaßten Beschlüsse sind für alle hier vertretenen Vereine bindend." Als erster Gegenstand der Tagesordnung steht das Banner, um welches sich die Märzvereine zur Erreichung ihrer Zwecke schaaren sollen. Nach Verwerfung verschiedener Zusatz- und Abänderungsanträge wird der Antrag, als Banner die Volkssouveränetät und die Durchführung der Reichsverfassung, so wie der von der Nationalversammlung gefaßten und noch zu fassenden Beschlüsse zu bezeichnen, angenommen. Der zweite Punkt war der Vorschlag: einen Aufruf an das deutsche Volk und an die deutschen Truppen zu erlassen. In diesem Zweck werden zwei Commissionen ernannt, welche am Schlusse der Sitzung zu berichten haben. Der dritte Gegenstand bezieht sich auf die künftige Organisation des Vereins. Der darüber von dem Frankfurter Ausschuß verfaßte Entwurf wird einer aus allen Provinzen Deutschlands zusammengesetzten Commission zur Berücksichtigung überwiesen, bevor derselbe in seinen Einzelheiten bekannt gemacht werde. In Folge eines dringlichen Antrags wird beschlossen: noch heute eine Deputation an den Präsidenten der Nationalversammlung zu senden, mit der schriftlichen Aufforderung, die Beeidigung des deutschen Volkes, der Truppen und aller Staatsbeamten auf die Reichsverfassung unverzüglich anzuordnen. Der ziemlich lange Aufruf an die Truppen wird verlesen und mit stürmischem Beifall angenommen. Die Sitzung wird nun 8½ Abends suspendirt und ihre Wiederaufnahme auf 9 Uhr angesetzt. Die Berathung betrifft nun die nach innen und außen zu befolgende Politik. Vor dem Schluß der Sitzung ersucht der Präsident die Mitglieder, alles aufzubieten, um jeden auch nur scheinbaren Conflict mit den das Haus umgebenden aufgeregten Volksmassen zu vermeiden, indem der geringste Vorfall Veranlassung geben könnte, daß morgen der Belagerungszustand über Frankfurt verhängt würde.

Linz, 28. April. Gestern fand denn hier der erste politische und Staatsproceß statt. Die Anklage des Staatsanwaltes lautete gegen den Artikel „der Tod der Wahrheit und der Mord des Rechtes" in Nr. 17 des „Freien Linzer Pestillons" vom 28. October v. J., und forderte für den Verfasser desselben ein Jahr, und für den Redacteur acht Monate schweren Kerker. Die Anklage war zu sechs Fragepunkten ausgedehnt worden, die von den Geschworenen sämmtlich mit „Nein" beantwortet wurden, was natürlich bei der ganzen Versammlung jubelnden Beifall hervorrief! — Vorgestern kamen mit dem bayerischen Dampfboote 100 Mann österreichische Kanoniere aus Ulm hier an und gingen heute auf einem österreichischen Dampfer nach Wien ab. (Wand.)

Graz, 28. April. Feldzeugmeister Nugent ist heute hierher zurückgekehrt, um seiner Bestimmung zu entsprechen, und den Befehl über das bis 10. Mai um Pettau zusammenzuziehende Reservecorps zu übernehmen. — Heute Mittag ging ein fliegendes Corps, zusammengestellt aus den hier garnisonirenden Truppen unter Führung des Majors v. Dondorf, an unsere Grenzen gegen Steinamanger ab, um selbe gegen allfälligen Einbruch von Abtheilungen der Insurgenten zu schützen. Das Corps wird auf Wägen an den Ort seiner Bestimmung gebracht. Das Gerücht, als ob General Vetter mit den Vorposten der Insurgenten bei Fürstenfeld stehe, ist unrichtig. — Heute war hier die zweite öffentliche Preßverhandlung, welche gegen Herrn Greischnigg, früher Redacteur des Volksblattes, statt hatte. Der Proceß wurde gegen ihn wegen eines in der genannten Zeitung am 31. October v. J. über die Octoberereignisse enthaltenen Artikels: „Steiermark und die neuesten Ereignisse" eröffnet, und die Klage wegen Aufreizung und Schmähung des Militärs angebracht. Das Verdict der Jury, welcher acht Fragepunkte gestellt worden waren, lautete auf: „Nichtschuldig." (G. Z. A. B.)

Berlin, 4. Mai. Die von der „National-Zeitung" verbreitete Nachricht, daß die oberschlesische Eisenbahn durch den Minister v. Manteuffel zum Transport russischer Hilfstruppen nach Oesterreich autorisirt sei, hat sich nicht bestätigt.

*‖ **München**, 4. Mai. In der bayerischen Presse hat sich seit kurzem ein interessanter Streit über die Verbindlichkeit des Verfassungswerkes der deutschen Reichsversammlung für die Particularstaaten erhoben. Die Waffen für und wider sind die bekannten. Führer in der „Neuen Münchner Zeitung" unter dem Zeichen γ ist Pr. v. Abel, unter dem ⊙ Zeichen Hr. v. Zu-Rhein, der *‡* Correspondent soll Hr. Hofrath Döllinger sein. Die „Constitutionelle Zeitung" hat den deutschen Standpunkt eingenommen, und wenn sie auch früher entschieden gegen die Trennung Oesterreichs von Deutschland und gegen das erbliche Kaiserthum eiferte, so lange sie hoffen konnte, durch die Hinweisung auf die öffentliche Meinung Einfluß auf das Verfassungswerk zu gewinnen, so vertheidigt sie jetzt dessen Rechtsbeständigkeit mit Wärme und mit guten Gründen. Freilich betrachtet sie die Oberhauptsfrage nach der preußischen Ablehnung als eine offene. Die Feder läßt sich nicht verkennen: sie wird von dem Fürsten Ludwig von Oettingen-Wallerstein geführt. Für denjenigen, welcher mit den Münchner Zuständen vertraut ist, ist es auch von Werth, die Personen, welche das Wort in der Feder führen, kennen zu lernen. Darum haben wir diese kleine Personalstatistik gegeben, aus der sich gar viele Schlüsse ableiten lassen. Allein wir sind dem Publikum auch eine Probe der Dialektik schuldig, welche von beiden Seiten geübt wird.

Die „Constitutionelle Zeitung" hat in Nr. 90 vom 13. April der „Neuen Münchener Zeitung", welche zur Bekämpfung der Berechtigung der Nationalversammlung unter dem Paniere des Bundesvertrags fechten will, die folgenden vier Fragen gestellt.

1) Ist die alte Bundesverfassung noch geltend, bis eine neue Reichsverfassung endlich zu Stande kommt?

2) Wenn nein, was ist Rechtens, bis die neue Verfassung auf dem Vertragswege erzielt wird?

3) Da nach Ansicht der „Neuen Münchener Zeitung" die Entwickelung einer großen Nation nicht gehemmt werden darf durch die Widerstandsgelüste eines einzelnen kleinen Fürsten, an welche Kriterien knüpft sie das Vorhandensein der Zustimmung der Fürsten?

4) Wem soll bei etwaiger Nichtvereinbarung der Endentscheid zustehen, dem Parlamente, der Nation oder dem fürstlichen Veto?

Dagegen hat nun die „Neue Münchener Zeitung" (Beilage zu No. 92) im bestemnten Kreuzzeichen die Behauptung aufgestellt, daß man vor Allem Parlament und Nation nicht verwechseln müsse, daß das erstere durchaus keinen getreuen Ausdruck der Nation bilde, weil es beinahe ausschließlich dem gebildeten Mittelstande entnommen sei, und daß nunmehr an das dynastisch-monarchische und das particularistische Element das entscheidende Mitreden komme, ein Verneinen dieser Ansicht aber einer Proclamirung der Republik im Principe gleichsehe.

Der γ-Correspondent aber eröffnet dem Fragsteller: da nach natürlichem sowohl als positivem Rechte ein rechtsgiltig abgeschlossener Vertrag nur durch die ursprünglichen Paciscenten rechtsförmlich abgeändert oder aufgehoben werden könne, so bleibe auch die alte deutsche Bundesverfassung mit den ihr durch spätere Bundesbeschlüsse gewordenen Modificationen bindend für das deutsche Volk, bis eine neue deutsche Verfassung endgiltig, d. h. unter Zustimmung der deutschen Regierungen zu Stande komme. Jene Bestimmung der alten Bundesverfassung, welche Abänderungen derselben von Stimmeneinhelligkeit abhängig mache, gehe nicht ferner an, da man nun einmal der constituirenden Nationalversammlung und mittelst ihr „der Volkshoheit" ein Zusammenwirken eingeräumt habe. Sonach erscheine „für die Gesammtheit der deutschen Fürsten verbindlich", was die Mehrheit der Bundesglieder beschließe, wobei jedoch unerläßlich werde, das „richtige Stimmenverhältniß", „etwa nach der Bevölkerung" zu ermitteln. In dem „ganz müßig und unnöthig" angedeuteten Falle „einer Nichtvereinbarung zwischen der Nationalversammlung und der Gesammtheit der Einzelstaaten" habe „in letzter Instanz" die öffentliche Meinung zu entscheiden.

Schließlich bietet die „Neue Münchner Zeitung" für vier Fragen, deren nicht weniger denn eilf, folgenden Wortlautes:

„1) Glaubt der Herr *—* Correspondent der deutschen „constitutionellen Zeitung", daß ein zwischen mehreren als souverän und selbstständig anerkannten Staaten abgeschlossener unauflöslicher Bundesvertrag ohne die ausdrückliche mit Beachtung der völkerrechtlichen Normen ausgesprochene Genehmigung und Zustimmung sämmtlicher Paciscenten abgeändert oder gänzlich aufgehoben werden kann?

2) Glaubt derselbe, daß der von den souveränen Fürsten und freien Städten Deutschlands im Jahre 1815 abgeschlossene völkerrechtliche Bundesvertrag rechtsgiltig ohne deren Zustimmung und Einwilligung abgeändert oder aufgehoben und ohne Zustimmung aller betheiligten Staaten an die Stelle des Bundesvereines, des Vereines gleichberechtigter, verbündeter souveräner Staaten ein wahrer Einheitsstaat — wenn auch unter dem Titel „Bundesstaat" — mit thatsächlicher Vernichtung der Selbstständigkeit jener Staaten und lediglich zum Vortheile eines derselben rechtsgiltig gesetzt werden kann?

3) Konnte die Bundesversammlung die Nationalversammlung als eine mit der ausschließlichen Constituirungsgewalt ausgestattete berufen, und wäre ein Beschluß dieser Art, wenn er je zu Stande gekommen, von rechtsverbindlicher Kraft für die Einzelstaaten gewesen?

4) Konnte die Nationalversammlung rechtsgiltig ihr Mandat, welches nach den Bundestagsbeschlüssen vom 30. März und 7. April 1848 nur dahin lautete, daß das neue Verfassungswerk zwischen den Regierungen und ihr, als Vertreterin der Gesammtheit des deutschen Volkes, also im Wege der Vereinbarung zu Stande kommen soll — dahin erweitern, daß nur ihr zustehe, die neue Verfassung zu geben?

5) Können hiernach ihre Beschlüsse als für die Einzelstaaten ohne weiteres rechtsverbindliche gelten?

6) Kann behauptet werden, daß es sich bei der Frage um Anerkennung oder Nichtanerkennung der Rechtsgiltigkeit der von der Nationalversammlung beschlossenen „Reichsverfassung" — nur um „dynastische" Interessen handle; stehen hierbei nicht vielmehr die wesentlichsten Interessen der einzelnen Staaten in Frage?

7) Ist die von der Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung als zu Recht bestehend anzuerkennen, so lange sie nicht von der Gesammtheit der Bundesstaaten gebilligt und ausdrücklich genehmigt worden ist.

8) Ist der bayerischen Staatsregierung rechtlich möglich, ohne sich der offenbarsten Verfassungsverletzung schuldig zu machen, eine Reichsverfassung als zu Recht bestehend anzuerkennen, welche die bestehende Landesverfassung in ihren wesentlichsten Beziehungen geradezu aufhebt?

9) Kann das bayerische Staatsministerium selbst, wenn beide Kammern fortgerissen durch die trübe Fluth augenblicklicher Parteiung sich für die unbedingte Rechtsverbindlichkeit der „Reichsverfassung" aussprechen sollten, ohne Verletzung seiner beschwornen Pflicht, die Anerkennung dieser Reichsverfassung sanctioniren?

10) Kann ein Bayer, welcher Treue dem Könige, Gehorsam dem Gesetze, Beobachtung und Aufrechthaltung der Staatsverfassung eidlich angelobt hat, ohne Verletzung dieser eidlich bekräftigten Verpflichtung, die Anerkennung dieser „Reichsverfassung" beantragen, anstreben und auf dieselbe hinwirken? oder haben, wo es sich um die vorgeblich deutsche Sache handelt, Eid, Recht und Gesetz keine Geltung mehr?

11) Kann endlich die deutsche Verfassungsfrage nach andern Grundsätzen, als nach jenen des Rechtes behandelt und gelöset werden?"

Darauf hat sich denn der Correspondent der „Deutschen Constitutionellen Zeitung" in Nr. 102 und 103 vernehmen lassen.

Er acceptirt die Zugeständnisse, daß die alte Bundesverfassung nur noch geltend sei, so fern spätere Vorgänge nicht modificirend eingewirkt. Unter diese modificirten Bestimmungen rechnet der γ-Mann der „Neuen Münchener Zeitung" selbst diejenigen, wonach Abänderungen der alten Bundesverfassung von fürstlicher Stimmeneinhelligkeit abhängig erschienen und erkennt die Minderzahl der Bundesregierungen gebunden durch die Mehrheit. Der γ-Correspondent läßt auch die Volkshoheit als berechtigten Mitfactor gelten und erblickt den Richter letzter Instanz zwischen Regierungen und Nationalversammlung in der öffentlichen Meinung.

Aus diesen Zugeständnissen argumentirt nun die „Deutsche Constitutionelle Zeitung" in folgender Art:

Kein Bundesbeschluß hat die Anordnungen über das Stimmenverhältniß bei organischen Fragen geändert. Die zugestandene Aenderung war daher factische Folge des der Volkshoheit gemachten Zugeständnisses. Genügte der Hinzutritt der Volkshoheit, um das Erforderniß von Stimmeneinhelligkeit zu beseitigen, so ist nicht abzusehen, wie derselbe Hinzutritt seinen Einfluß nicht auch auf das Gewicht des einfachen Stimmenmehr erstrecken solle. Ebenso ist nicht abzusehen, wie bei erloschenem früherem conventionellem Stimmenverhältnisse zur Zeit ein anderer Maßstab zu gelten habe, als jener der einzelstaatlichen Eigenschaft. Nicht die

Größe des Gliedes, sondern seine Natur als Glied gibt Berechtigung. Nordamerikanische Union und Schweiz kennen zu solchem Behufe nur Kantone und Unionstaaten. Die öffentliche Meinung endlich ist nichts anders als der gesunde Sinn des Volkes in seiner ungehemmten Manifestation. (Schluß folgt.)

⊙ **Stuttgart**, 3. Mai. Die Kammer der Abgeordneten beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit dem Zehntablösungsgesetz, und beharrte gegenüber den Beschlüssen der ersten Kammer auf allen ihren frühern Beschlüssen. Der Hauptpunkt, worüber beide Kammern von einander abweichen, betrifft die Verzinsung des Ablösungskapitals; die erste Kammer will 5, die zweite 4 Procent. Daß Letzteres gerecht ist, dafür sprechen auch die Gründe, daß der Zehnten und die bisherigen Feudallasten, welche trotz des Edicts von 1817 bisher fortgeleistet werden mußten, gar oft den größten Theil des Reinertrags des Gutes wegnehmen; ferner der Umstand, daß der Ertrag der Güter besonders in Oberschwaben innerhalb der letzten zwanzig Jahre durch außerordentliche Anstrengungen und Opfer um das Doppelte erhöht worden ist, woran die Zehntberechtigten keinerlei Mühe noch Kosten hatten, wohl aber den Nutzen von Jahr zu Jahr in steigendem Maße bezogen, wogegen sie sich, ohne die Zeit und Geld raubenden vorgenommenen Verbesserungen, etwa mit der Hälfte hätten begnügen müssen.

⊙ **Stuttgart**, 4. Mai. In der heutigen Sitzung beschäftigte die zweite Kammer eine oft hitzige Debatte über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des zwischen dem Staate und dem fürstlichen Hause von Thurn und Taxis bestehenden Lehensverbandes hinsichtlich der königlichen Posten. Die Justizgesetzgebungscommission (Berichterstatter Zeller) ist mit dem Grundgedanken des Gesetzes einverstanden, daß dieses Lehen in die Hand des Obereigenthümers zurückzuziehen sei. Darüber aber erhob sich sogleich eine Debatte, indem mehrere Mitglieder nicht damit einverstanden waren. Reyscher stellt den Antrag, wenigstens vorläufig nichts zu beschließen, wodurch die Staatskasse so sehr belästigt würde. Er gibt das große Geschäft zu bedenken, welches dem Staate durch die Uebernahme erwüchse. Da die Stände den Postvertrag von 1819 nicht angefochten haben, so könne man auch nicht auf die Einreden gegen den Vertrag zurückkommen und müsse das Recht des Hauses Taxis anerkennen. Das Postlehen, ein öffentliches Recht, sei durch die Grundrechte nicht aufgehoben. Die Rücksicht, welche der Staat jedem Rechte schuldig ist, sei in dem vorliegenden Entwurfe nicht gewahrt, denn mit der Aufhebung müsse die Entschädigung Hand in Hand gehen. Man dürfe den Fürsten Taxis nicht in solche Ungewißheit versetzen, daß man ihm das Recht nehme, ohne die Entschädigung festzusetzen. Den Landesgerichten könne das Geschäft der Taxation nicht zukommen; denn wie könne ein Oberamtsgericht sich Kenntniß verschaffen von allen den Belegen zu einer so weit umfassenden Angelegenheit! Man solle die Sache liegen lassen, bis das Reich sie in die Hand nehmen werde. Ebenso Frhr. v. Hornstein: Ich gestehe, daß ich sehr überrascht war, von unserm gewissenhaften Ministerium einen Gesetzentwurf zu bekommen, welcher das lombardische Recht ganz frei zu übersiegen scheint. Das Band ist nur aufzuheben, aber nicht die Sache selbst. Deßgleichen Prälat Mehring: Der Kostenpunkt, die Geschäftsüberbürdung, nach welcher die Richtung der Zeit doch nicht geht, sprechen gegen die Uebernahme durch den Staat. Dem Hause Taxis ist die Post als Gewerbe übertragen worden, und wer weiß, ob, wenn wir der Taxis'schen Familie heute dies Gewerbe nehmen, dasselbe nicht schon morgen wieder von der Reichsgewalt in die gleichen Hände zurückgegeben wird! Ferner Freiherr v. Linden: Es müssen die dringendsten Gründe vorhanden sein und das loyalste Verfahren beobachtet werden, wenn dieser gewiß sehr außerordentliche Fall des Eingreifens der Gesetzgebung gegen einen Staatsbürger in Beziehung auf einen Vertrag, welchen der Staat selbst mit ihm abgeschlossen hat, gerechtfertigt erscheinen soll. Das vorliegende Gesetz ist aber nichts anderes denn ein loyaler Gewaltstreich. Müller, die Prälaten Moser und Osiander, die Freiherrn v. Wöllwarth und v. Breitschwert, Graf Degenfeld, v. Jaumann, Eggmann, Ostertinger, Linder sprachen und stimmten im gleichen Sinn. Dagegen vertheidigt den vorliegenden Entwurf Staatsrath Duvernoy: Die Frage von der Uebernahme der Post durch den Staat sei als eine von den Ständen bereits entschiedene anzusehen. Der jetzige Werthanschlag des Reichsgesetzes sei ein für die Staatskasse nicht ungünstiger. Die Uebernahme sei zu beschleunigen, weil die Frage der Verbindung der Post mit den Eisenbahnen nicht länger ausgesetzt bleiben könne. Die Landesgesetzgebung habe die Befugniß, Verhältnisse, welche mit dem allgemeinen Landeswohl nicht zusammenhängen, zu beseitigen, und § 39 der Grundrechte gebe die Veranlassung dazu. Seeger: es handle sich hier um eine Anstalt, welche ihrer Natur nach von dem Staat gar nicht getrennt werden könne; das betreffende Etablissement falle unter den Begriff der durch die Grundrechte aufgehobenen Fideicommisse. Der Antrag Reyscher's, den Gesetzesentwurf vorerst gar nicht vorzunehmen, wurde sofort mit 55 gegen 17 Stimmen abgelehnt, und es sollte jetzt auf die einzelnen Artikel eingegangen werden. Es folgte aber der zweite Act der heutigen Sitzung, welcher den Standpunkt veränderte: Staatsrath Duvernoy wurde veranlaßt, den in dieser Sache zwischen dem Reichsministerium des Innern und dem württembergischen Ministerium des Innern gepflogenen Actenwechsel jetzt zur Kenntniß der Kammer zu bringen, woraus, wie Freiherr v. Hornstein bemerkte, erhelte, daß die Regierungen schon wieder Streit mit der Centralgewalt haben, wie im alten Reich. Die Centralgewalt hat nämlich die württembergische Regierung ersucht, die Sache ruhen zu lassen und den vorliegenden Streit dem künftigen Reichsgericht vorzubehalten. Die Centralgewalt wird es nicht zugeben, daß hier gegen den Artikel 17 der Bundesacte vorgeschritten werde, wogegen aber, wie Reyscher u. A. verwunderad äußerten, die württembergische Regierung sich auf ihre bundesrechtliche Souveränetät gegenüber der Centralgewalt berufen zu sollen glaubte. Zeller findet die Note des Reichsministeriums so beschaffen, daß er, wäre sie nicht so unjuristisch, sie von einem fürstlich Taxis'schen Advocaten verfaßt glaubt; Seeger meint, das Reichsministerium habe ein Ueberschreiten seiner Befugnisse gegen unsere Regierung versucht, Hölder sagt, das Reichsministerium handle unzuständig, wenn es hier inhibiren wolle! Anstatt nun diese von der Regierung mitgetheilten Actenstücke an eine Commission zu verweisen, wie es vielfach verlangt wurde, anstatt sie prüfen und drucken zu lassen, wie es in französischen und englischen Parlamenten der Fall ist, fand Becher gerade dies unparlamentarisch. Die Mehrheit der Kammer beschloß, in ihrer einmal vorgefaßten Meinung zu beharren, von den Actenstücken keine weitere Kenntniß zu nehmen, und den Conflict der Regierung mit der Centralgewalt entweder zu leugnen oder vorerst selbst zu entscheiden. So ging man auf die einzelnen Artikel über, welche man größtentheils im Sturmschritt durchmachte, und zu Ende zu kommen glaubte, bis man an den Hauptartikel, die Entschädigungsfrage, kam. Hier mattete sich die Kammer in einer totalen Erschöpfung der Kräfte und allgemeiner Verwirrung der Begriffe ab; einer der Herren um den andern war, wie Zwerger sagte, davongelaufen, so daß die beschlußfähige Anzahl im weitesten Sinne des Wortes fehlte, und das Ende des langen Streites die Vertagung auf morgen sein mußte.

Magdeburg, 1. Mai. Hier ist folgende Bekanntmachung erschienen: „Durch die Aufkündigung des Waffenstillstandes vom 26. August 1848 seitens der k. dänischen Regierung sind, Uebereinkunft gemäß, am 26. März d. J. die Functionen der gemeinschaftlich von der Centralgewalt Deutschlands und dem König-Herzog eingesetzten höchsten Landesbehörde des Herzogthums Lauenburg erloschen, und es hat seitdem diese Behörde nur mit Genehmigung der deutschen Reichsgewalt und im Auftrage derselben die Regierung des Landes bis zum heutigen Tage einstweilen fortgeführt. Nunmehr wird an die Stelle der seitherigen höchsten Landesbehörde zu weiterer Regelung der Verhältnisse hiermit eine Statthalterschaft eingesetzt, welche, vorbehaltlich der Rechte des König-Herzogs, die Regierung des Herzogthums Lauenburg im Auftrage und im Namen der Centralgewalt Deutschlands bis zu einem Frieden mit Dänemark, nach Maßgabe der bestehenden Gesetze und Verordnungen des Landes, so wie der erforderlich werdenden und in Wirksamkeit tretenden weiteren Gesetze und Verordnungen, zu führen hat. Die Statthalterschaft besteht aus dem Herrn Grafen v. Kielmannsegge als Präsidenten, den HH. Walter und Höchstädt als Räthen. Alle Angehörige und Einwohner des Herzogthums haben den Anordnungen dieser, im Einverständnisse mit der Landesvertretung vereideten Statthalterschaft pünktlichste und willige Folge zu leisten, wie dies bei ihrer bewährten vaterländischen Gesinnung ohnehin nicht anders sein kann. Sämmtliche Behörden und Angestellte werden insbesondere, statt neuer ausdrücklicher Verpflichtung, hiemit auf die Pflichten verwiesen, in welchen sie zu der deutschen Reichsgewalt und zu dem Lande stehen. Magdeburg den 30. April 1849. Der außerordentliche Reichscommissär Winzingerode."

Schleswig, 1. Mai. Das Departement der auswärtigen Angelegenheiten veröffentlicht folgendes Rundschreiben an sämmtliche Obrigkeiten in den Herzogthümern Schleswig-Holstein vom 27. April: „Der Reichsministerrath hat beschlossen, zum Zwecke möglichster Sicherstellung der demnächst geltend zu machenden Ersatzforderungen an Dänemark, sowohl alles innerhalb des deutschen Bundesstaats vorhandene Eigenthum der dänischen Krone in Beschlag zu nehmen, als auch ein Embargo auf die in deutschen Häfen befindlichen dänischen Schiffe und deren Ladungen sofort als eine allgemeine Reichsmaßregel eintreten zu lassen. Sämmtliche Obrigkeiten in den Herzogthümern Schleswig-Holstein werden hierdurch angewiesen, fördersamst das hiernach Erforderliche wahrzunehmen, den Beistand des mit Beschlag belegten dänischen Staatseigenthums, so wie der unter Embargo gelegten Schiffe und Ladungen zu sichern und über jeden einzelnen Fall, in welchem eine solche Beschlagnahme zum Vollzuge gekommen ist, unverzüglich an das unterzeichnete Departement zu berichten."

Eine Correspondenz der „Times" von Frankfurt, 22. April, enthält über die schleswig-holsteinische Frage folgende interessante Mittheilungen: In Schweden und Norwegen sind die öffentliche Meinung und die Regierung darin einig, die übereilte Politik des Cabinets von Kopenhagen zu tadeln. Bekanntlich hat König Oscar Dänemark ernstlich anempfohlen, den Frieden nicht zu brechen, d. h. den Unterhandlungen auf Grund der von Lord Palmerston vorgeschlagenen und von den deutschen Behörden angenommenen Bedingungen ihren Lauf zu lassen. Er hat jetzt erklärt, daß Dänemark die Folgen der erneuerten Feindseligkeiten tragen müsse. „Bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge", heißt es in einer Note aus Stockholm, „finden sich die Angelegenheiten in einem ganz anderen Verhältnisse als im vergangenen Jahre, da Deutschland dieses Mal die Feindseligkeiten nicht wieder aufgenommen hat, und Sr. Majestät Regierung vermag jetzt nichts Anderes zu thun, als die preußische Regierung auf die so unglücklichen Folgen aufmerksam zu machen, welche die Erneuerung eines Kampfes haben muß, in welchem Deutschland Nichts gewinnen kann und der seine materiellen Interessen eben so sehr benachtheiligt als die des ganzen Nordens." — Die russischen Erklärungen sind noch einige Schritte weiter gegangen. Anfangs scheint dieser Hof auf die wiederholten Anfragen von Kopenhagen geantwortet zu haben, Se. kaiserl. Maj. sei vor der Hand verhindert, die Dänemark versprochene Garantie mit bewaffneter Hand gegen Deutschland zu unterstützen. In der letzten Zeit jedoch, wo die dänischen Anforderungen dringender wurden und die Nachrichten vom Kriegsschauplatz immer unglücklicher lauteten, erhielt der König von Dänemark nur die Mahnung, er möge sich zu den bestmöglichen Bedingungen verstehen. Man kann sich das Erstaunen der dänischen Behörden dabei denken. Zu dem Kriege ebenso sehr durch russische Versprechungen wie durch die Drohungen des Volkes getrieben, hatten sie nicht weniger auf den thätigen Beistand dieser Macht wie auf die feste ausdauernde Tapferkeit des dänischen Volks gerechnet; wie ein Donnerschlag traf daher die Räthe des Königs die russische Note, worin sie wegen der Führung dieser Angelegenheit hart getadelt und ermahnt wurden, die nothwendigen Vorschläge zu einer friedlichen Ausgleichung zu machen, namentlich die Unabhängigkeit Schleswigs von Dänemark und Deutschland als die Basis einer Verfassung dieses Herzogthums anzuerkennen. Gerüchte sagen, die dänische Regierung habe eine Commission ernannt, um eine Constitution für Schleswig zu entwerfen, und daß eine Skizze derselben demnächst nach Berlin, Frankfurt und London gesandt werde.

Krisis in Sachsen.

** Den neuesten Nachrichten aus Dresden zufolge ist dort eine provisorische Regierung eingesetzt; der König und die königliche Familie haben sich Wohnsitzen auf der Festung Königstein, ebenso die Minister, außer v. Beust und Rabenhorst, die nach Dresden zurückgekehrt sind. Zwischen dem Volk und dem Militär war Waffenruhe eingetreten; die Stärke des letzteren wird zwischen 4000 und 5000 Mann angegeben. Vor dem Ausbruch des Aufstandes erschien folgende Bekanntmachung:

„Von verschiedenen Seiten sind sowohl an Se. Majestät den König, als an das Gesammtministerium Adressen eingegangen, in welchen die sofortige Anerkennung der von der deutschen Nationalversammlung verkündeten Reichsverfassung beantragt wird. In gleichem Sinne hatte sich eine von den Kammern nach deren Auflösung eingereichte Landtagsschrift ausgesprochen. In Erwiderung dieser Kundgebungen sieht sich das Ministerium zu nachstehender Erklärung veranlaßt. Nachdem gemäß der Verordnung vom 10. April vorigen Jahres die Wahlen von Nationalvertretern für das zwischen den Regierungen und dem Volke zustandezubringende deutsche Verfassungswerk erfolgt waren, blieb der Regierung das Recht der freien Zustimmung zu den Beschlüssen der zu solchem Endzweck zusammengetretenen Nationalversammlung selbstverständen vorbehalten. Die Regierung hat seitdem jederzeit ihre Bestrebungen dahin gerichtet, daß eine Vereinbarung zwischen den Regierungen Deutschlands und der Nationalversammlung erwieglicht werde, sie hat aber auch, und zwar in Uebereinstimmung mit den sächsischen Kammern, bei mehrfacher Gelegenheit jenes Recht der Zustimmung gewahrt. Indem nun die Regierung sich berufen sah, zu erwägen, in wie weit sie von diesem Rechte gegenüber der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung Gebrauch zu machen habe, konnte sie sich zunächst erheblicher Zweifel darüber nicht enthalten, ob diese Verfassung in allen ihren Theilen geeignet sei, die Einheit Deutschlands auf dauerhafter Grundlage aufzurichten und für das wahre Heil des weitern und engern Vaterlandes beruhigende Bürgschaften, zu gewähren. Gleichwohl würde sie, in Berücksichtigung der im eigenen Lande erfolgten vielfachen Kundgebungen zu Gunsten einer raschen Anerkennung der Verfassung, sich allerdings die Frage haben stellen müssen, ob sie nicht diese ihre ernsten Bedenken der Erreichung des Einen großen Zieles, nämlich der thatsächlichen Herstellung der deutschen Einheit, unterzuordnen habe, hätte es sich wirklich darum gehandelt, daß die Lösung dieser Aufgabe nicht durch das Zurückhalten ihrer Entschließung verzögert werde. Allein es war und ist diese Bedingung nicht erfüllt. Für die einheitliche Gestaltung Deutschlands haben Se. Maj. der König wiederholt die nöthigen Opfer zu bringen sich bereit erklärt. So lange aber von Seiten der größten deutschen Staaten die entschiedene Weigerung besteht, die in Frankfurt verkündete Verfassung anzunehmen, so lange insbesondere der ausgedehnteste deutsche Staat, so lange Preußen, ohne welches ein deutsches Reich nicht gedacht werden kann, mit seinem Eintritt in den Bundesstaat auf Grund dieser Verfassung zurücksteht, kann bei ruhiger Erwägung der Verhältnisse kaum ernstlich erwartet werden, daß die sächsische Regierung schon jetzt unbedingt auf ihre bisherige Selbstständigkeit verzichte. Die Regierung Preußens hat die Nationalversammlung zu einer Vereinbarung über einige ihr nothwendig scheinende Abänderungen der Verfassung aufgefordert und die Hoffnung ausgesprochen, zu einem Einverständniß mit ihr zu gelangen. Die sächsische Regierung wird aber ihrerseits den Beweis zu liefern wissen, daß sie die thatsächliche Herstellung der deutschen Einheit nicht aufzuhalten bestrebt ist, und sobald nur das Anerkenntniß der Reichsverfassung von Seiten Preußens erfolgt ist, in gleicher Weise dazu vorschreiten. Dresden, den 3. Mai 1849. Gesammtministerium. Dr. Zschinsky. von Beust. Rabenhorst.

Z **Dresden**, 4. Mai, früh. Seitdem ich Ihnen gestern schrieb, haben die Sachen hier eine, wie mir scheint, bedenkliche Wendung für das Volk genommen. Es geschieht nichts im Ganzen, was Bewußtsein, klaren Zusammenhang in der Bevölkerung verriethe. Das Land scheint factisch ohne Regierung, und dennoch sind Behörden wie Bürgerwehr lau und unentschlossen. Die Bürgerwehr hat einen neuen Commandanten, den Hauptmann Heinze, gewählt, der kräftiger, redlicher als der erste sein soll. Abermalige Deputationen an den König sind auch gestern Abend erfolglos geblieben. Die Altstadt ist zu zwei Drittheilen vom Zwinger bis zum Zeughause mit Barrikaden umgeben, deren Hauptzweck die Vertheidigung des Marktes ist. Das Militär hat nur den Platz vor der katholischen Kirche, Schloßplatz und Brücke besetzt, sowie das innere Zeughaus, das Volk hat gestern allein die äußern Werkstätten nehmen können und die daselbst vorräthigen Waffen von geringer Bedeutung erbeutet. Bei dem Kampfe um dieselben sind mehrere Offiziere geblieben. Den meisten Schaden erlitt das Militär durch die auf den umliegenden Dächern postirten Turner, welche von dort herab sehr sicher schossen. Ein weiterer Kampf fand soweit noch nicht statt, mit Ausnahme eines Reiterangriffs auf eine Barrikade in der Nähe

der Kreuzkirche, welchen die Bürgerwehr in der fünften Nachmittagsstunde mit einer einzigen Ladung abwies. Die Barrikaden sind zum Theil leidlich gebaut, wenn auch nicht von Bedeutung. Es helfen aber eben alle diese Maßregeln auf die Länge nicht, da die Bürgerwehr nicht einig und entschlossen und ohne alle eigentliche Leitung ist. Die Nacht war still, der herrlichste Mondschein und Frühlingshimmel ruhte auf der Erde. Ich ging spät in die Nähe der Post, wo in Engel's Wirthschaft eine Art Hauptquartier der Demokratie zu sein schien. Es ward immer noch eifrig an den Barrikaden gearbeitet. Marketendertische standen allenthalben, es ward gezecht und geschrien. Die Barrikaden waren mit Jacken und deutschen oder rothen Fahnen bepflanzt. Anständig gekleidete Männer und Frauen spazierten zwischen durch, Frauen und Mädchen halfen das Pflaster aufreißen. Um 3 Uhr Nachts kamen mehrere hunderte bewaffneter Bergleute mit Musik aus dem Erzgebirge an, auch Haufen von Bauern, mit Sensen bewehrt. Die übrige Nacht verging ruhig, einige Stadtreviere abgerechnet. Um 5 Uhr früh überstieg ich die Barrikaden, um mich auf den Marktplatz zu begeben. Dort fand ich leider nur betrunkenes niederes Volk und wenige hundert Mann halb neutraler Bürgerwehr, die zu einem energischen Widerstande unfähig schienen. Eine halbe Stunde früher war der König mit dem Dampfschiffe stromauf geflüchtet, um sich wahrscheinlich nach dem Königstein zu begeben. Die übrige königliche Familie soll sich schon gestern Nachmittag entfernt haben. Die leichte Infanterie aus Leipzig steht, heißt es, in der Neustadt; Reiterei ist nicht allein aus Freiberg, sondern auch aus Marienberg angekommen. Von einem erfolgten Einmarsch preußischer Truppen verlautet noch nichts. In der Nähe mögen sie wohl stehen. Auch noch bis diese Stunde, 9½ Uhr, scheint die ganze Stadt ruhig, ein Angriff von keiner Seite beabsichtigt zu werden. In den Vorständen wird der Wochenmarkt abgehalten. Was weiter aus dem Stillstande entsteht, vermag ich nicht abzusehen. Man erfährt auch nicht gewiß, ob die Eisenbahnen nach Leipzig und Schlesien zerstört sind. Der Telegraph ist schon gestern unbrauchbar gemacht worden. Die Hoffnungen, welche das Volk auf das Militär gesetzt hatte, sollen sich noch in keiner Weise verwirklicht haben. Unfug an Gebäuden ist noch nicht begangen, nur die Wache unweit der Post halb demolirt.

Gegen 12 Uhr Mittags. Es ist noch immer Waffenstillstand, wie es scheint, in Folge gegenseitiger Verabredung. Die bewaffnete Macht schickte um 10 Uhr einen Offizier und Trompeter als Parlamentär an das Volk mit Anträgen ab, die aber sollen verworfen worden sein. Der Zugang zur Neustadt ist Einzelnen nicht verwehrt. Vom Militär nur stark besetzt. Eine reitende Batterie, eine Fußbatterie, etwa zwei Schwadronen Reiterei und ein paar Compagnien Linien beherrschen Theater- und Schießplatz. Die Hauptwache am Schloß ist geräumt. Die Barrikaden werden immer mehr verändert und vermehrt. Die Eckhäuser sind geleert und mit Pflastersteinen und Schützen besetzt. Ein Gerücht will wissen, der König sei in Pirna vom Volke festgehalten worden; doch kann es in keiner Weise verbürgt werden. Das Ministerium ist mit dem König, dem eine Compagnie Soldaten auf dem Dampfschiffe zur Bedeckung diente. Er selbst soll in der Uniform der Linie entkommen sein. Ein anderes Gerücht will wissen, preußische Hilfe sei zurückbeordert worden, weil in Preußen selbst Aufruhr ausgebrochen. Die Leipziger und schlesischen Eisenbahnen sind, wie ich mich selbst überzeugt habe, fahrbar.

Nachmittags: Seit diesen Mittag haben die hiesigen Verhältnisse eine entscheidende Wendung genommen. Ein Sicherheitsausschuß hatte sich gebildet und mit dem Militär eine Waffenruhe abgeschlossen, deren Hauptbedingung war, daß dasselbe sich halb und halb zurückziehe. Darauf erfolgte um 2½ Uhr unter dem feierlichen Geläute aller Glocken die Proclamation einer provisorisch eingesetzten Regierung, bestehend aus dem Triumvirate: Tzschirner, Heubner, Todt. Nicht lange darauf abermals Generalmarsch und Sturmgeläute, weil sich die Nachricht verbreitete, das Leipziger Bataillon Schützen wolle die Bürger und Barrikaden angreifen. Die Nachricht war falsch und es ist bis jetzt, 6 Uhr, Ruhe, so tiefe, glaubwürdige Ruhe, daß die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen Volk und Militär fast vorüber ist. Den den Offizieren schlagen sich wohl viele gern, allein die Soldaten gehen spazieren und denken nicht daran, die Bürger ernstlich anzugreifen. Auf das sächsische Militär kann der König in dieser Sache nicht mehr rechnen. Die Bürger haben jetzt nur noch die 10,000 Preußen zu fürchten, welche dem Könige von Sachsen persönlich zu Hilfe zu senden der König von Preußen versprochen hat. Behauptet und geglaubt wird hier allgemein, Friedrich Wilhelm habe seinem Schwager den Rath gegeben, sich entschieden der Anerkennung der Reichsverfassung zu enthalten. Selbst den loyalsten Zirkeln der höheren Stände gehen jetzt die Augen auf und nichts Gutes ist, was man den Ministern, den Rathgebern des Königs nachwünscht. Gesetzt aber den Fall, die Preußen kämen, so würden unsere Sachsen wie ein Mann dastehen und selbst das sächsische Heer unbedingt die königliche Sache aufgeben. Inzwischen strömen immer neue Schaaren Bewaffneter aus allen Theilen des Landes in die Hauptstadt, und der Aufstand organisirt und verstärkt sich von Stunde zu Stunde mehr.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" enthält folgende Berichte: **Dresden**, Neustadt, 4. Mai (Vormittags halb 11 Uhr). Der König ist diesen Morgen um halb 5 Uhr mit dem Dampfschiffe stromaufwärts gefahren, man sagt, nach dem Königstein. Die Passage der Brücke war bis 10 Uhr freigegeben, und ich benutzte die Zeit, um einen Weg um die innere Stadt zu machen. Der Brückenplatz an der katholischen Kirche gleicht einem Feldlager; sechs geladene Geschütze und mehrere Schwadronen decken die Brücke. Alle Eingänge zur inneren Stadt sind verbarrikadirt, obschon nicht alle besetzt. Auf dem Rathhause befinden sich der Stadtrath und die Stadtverordneten noch in Permanenz. Von dem Balcon des Rathhauses weht noch die schwarz-roth-goldene Fahne. Man sieht Piken- und Sensenmänner nach den Barrikaden ziehen. An den Straßenecken klebt ein langer Streifen Papier mit der Aufschrift: „Seid Ihr mit uns gegen fremde Truppen?" Diese sind noch nicht eingerückt.

Ich war in der Klinik, wo 14 Todte liegen. Es sind, bis auf zwei, junge ziemlich anständig gekleidete Leute. Außerdem liegen 16 Verwundete in den Sälen der Charité. Mehrere Todte und Verwundete sind in Privathäusern untergebracht. Die Eingänge zu dem Zeughause sind durch die Soldaten verbarrikadirt. An der Klinik und an dem Hebammeninstitute sind weiße Fahnen ausgesteckt. Eben als ich die Schloßgasse hinuntergehe, kommt ein Offizier mit einem Trompeter. Es scheint ein Parlementär zu sein. Nach einigen Hin- und Herreden wird er auf das Rathhaus geleitet.

Indem ich hierauf nach einigem Aufenthalte über die Brücke gehe, kommt ein Dampfschiff stromabwärts. Es scheint eine Deputation angekommen zu sein. In demselben Augenblicke ertönt aber schon die Sturmglocke. Die Reiter sitzen auf und die Kanoniere treten hinter ihre Kanonen. Was es gibt, weiß ich in die em Augenblicke nicht zu sagen. Die Neustadt ist noch ruhig, aber es macht sich auch schon eine bedenkliche Stimmung kund. Die Häuser zunächst der Brücke auf dem diesseitigen Ufer werden mit Soldaten besetzt. Die auf dem Neustädter Markte aufgeschlagenen Buden müssen eingerissen werden. In dem Augenblicke, als wir dies schreiben, werden unter Cavalleriebedeckung die königl. Pferde und Wagen, versiegelte Kisten und Koffer an meiner Wohnung vorbeigeführt und eine lange Cavalleriecolonne reitet die Neustädter Hauptstraße hinunter. Geschossen scheint man diesen Vormittag nicht zu haben, indem das Militär vielleicht als zu schwach erachtet wird, angriffsweise zu verfahren.

12 Uhr. Das Militär zieht sich aus der Altstadt nach der Neustadt; es ist Waffenstillstand; man hofft wieder und es ist möglich, daß sich Alles noch auf dem Wege der Unterhandlung ausgleichen wird. Nur das Zeughaus bleibt vom Militär besetzt. Die Placate, welche den Waffenstillstand verkündigen sollen, sind schon unter der Presse.

Dresden, 4. Mai, 5 Uhr. Die Waffenruhe dauert noch fort, das Militär hält in der Altstadt das Schloß, den Schloßplatz, das Zeughaus und die Brühlsche Terrasse besetzt. Um 12 Uhr trafen die Schützen von Leipzig ein; sie waren vorgestern Abend bis Wurzen marschirt, von wo sie erst die Eisenbahn benutzen konnten; folgende Placate werden veröffentlicht:

I. Mitbürger! Der König und die Minister sind entflohen. Das Land ist ohne Regierung, sich selbst überlassen worden. Die Reichsverfassung ist verletzungen. Mitbürger! Das Vaterland ist in Gefahr! Es ist nothwendig geworden, eine provisorische Regierung zu bilden. Der Stadtrath zu Dresden und die Abgeordneten des Volks haben nun unterzeichnete Mitbürger zur provisorischen Regierung ernannt.

Die Stadt Dresden ist dem Vaterlande mit dem rühmlichsten Beispiele vorangegangen, und hat geschworen, mit der Reichsverfassung zu leben und zu sterben. Wir stellen Sachsen unter den Schutz der Regierungen Deutschlands, welche die Reichsverfassung anerkannt haben. Zuzug von allen Ortschaften des Vaterlandes ist angeordnet, und wird hiermit angeordnet. Wir fordern den strengsten Gehorsam für die Befehle der provisorischen Regierung und des Obercommandanten Oberstlieutenant Heinze. Wir senden Parlamentäre an die Truppen senden, und sie auffordern, den Befehlen der provisorischen Regierung gleichfalls Gehorsam zu leisten. Auch sie binden keine andere Pflicht, als die, für die bestehende Regierung, für die Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes. Mitbürger! Die große Stunde der Entscheidung ist gekommen! Jetzt oder nie! Freiheit oder Sclaverei! Wir stehen zu Euch, stehet Ihr zu uns. Die provisorische Regierung: Tzschirner. Heubner. Todt.

II. Soldaten! Brüder! Die provisorische Regierung, welche nach der Flucht des Königs und der Minister in der Stadt Dresden niedergesetzt worden ist, ruft euch zu, das Land gemeinschaftlich mit ihr zu schützen, dem Volke die Bruderhand zu reichen und euch zur Verfolgung der Landes- und Reichsverfassung zu stellen. Folgt dem Beispiel anderer braver Soldaten; vergeßt nicht, daß ihr verleitete Staatsbürger seid und daß ihr für die Aufrechthaltung der Rechte und Freiheiten des Volks zu wachen habt. Ihr seid ermählt, dem Volke zu zeigen, daß ihr mit ihm geht, nicht gegen dasselbe seid.

Soldaten! auf denn! haltet zu uns! Die provisorische Regierung hat die Pflicht in der jetzigen Zeit, die Gefahren des Vaterlandes abzuwenden, und braucht eure Kräfte. Die provisorische Regierung. Tzschirner. Heubner. Todt.

Leipzig, 4. Mai, Nachmittags 5 Uhr. Mittag nach 1 Uhr wurde Generalmarsch geschlagen. Die Veranlassung gab ein Andrang der durch die Nachrichten aus Dresden aufgeregten Menge gegen das Rathhaus und die Sellier'sche Gewehrhandlung. Die letztere erbot sich, Gewehre an die Menge auszutheilen, sobald der Stadtrath die Garantie ihrer Rückgabe oder ihres Ersatzes übernähme. Der Stadtrath lehnte jedoch diese Zumuthung ab. Ein Plakat, unterzeichnet: „Die sämmtlichen politischen Vereine Leipzigs, Dr. Reclam, Hassenstein, Dr. Göschen, Oelkers, sucht die fremden Kaufleute zu beruhigen und versichert, daß durch die außerordentlichen politischen Maßregeln, welche von Seiten der Vereine ergriffen worden seien, weder die Sicherheit des Eigenthums, noch der Personen, noch auch die Sicherheit des Verkehrs irgendwie gefährdet würden. — Soeben ist mit dem letzten Bahnzuge ein Zuzug nach Dresden abgegangen. Es mochten im Ganzen einige hundert Mann sein, von denen ein Theil bewaffnet war. — Eine Bekanntmachung des Communalgardenausschusses fordert Diejenigen, welche für die Sicherheit der Stadt unter die Waffen zu treten verlangen, auf, sich bei dem Ausschusse behufs der Einreihung in bereits bestehende Compagnien oder etwaiger Bildung neuer freiwilliger Compagnien zu melden.

Leipzig, 4. Mai. (Abends 8 Uhr.) Die hiesigen politischen Vereine hatten sich zu gemeinsamem Handeln für die Durchführung der deutschen Reichsverfassung vereinigt. Die Bekanntmachung des Communalgardenausschusses, wodurch dieser Allen, welche die Waffen führen wollen, den Eintritt in die Communalgarde gestattet, ihnen aber ihre Bewaffnung selbst überlassen zu müssen erklärt, hat, wie wir hören, eine Spaltung in den Vereinen herbeigeführt. Wenigstens erklären der deutsche Verein und der Bertling'sche Vaterlandsverein in einem Placate, daß sie aus dem Ausschusse der gesammten politischen Vereine Leipzigs ausgetreten seien, weil die Mehrzahl dieses Ausschusses den Beschluß gefaßt habe, gegen die Communalgarde und die Behörden der Stadt Gewalt zu brauchen. Der Rath und die Stadtverordneten haben in gemeinsamer Sitzung beschlossen, den Stadtverordneten Adv. Cichorius als Bevollmächtigten nach Frankfurt zu schicken, um die Centralgewalt zu ersuchen, die Lösung des zwischen König und Volk in Sachsen über die Reichsverfassung entstandenen Conflicts zu übernehmen.

Leipzig, 5. Mai. Der gestern Abend um 12 Uhr von Berlin über Riesa hier angekommene Güterzug brachte die Nachricht, daß, während gegen 7 Uhr der von 5 Uhr hier abgegangene Zuzug nach Riesa kam, gegen 1000 Mann von dem in Zwickau stationirten Regiment Georg schon in Riesa waren. Sie ließen indeß den Zug ruhig vorbeifahren und fuhren unmittelbar hinterher nach Dresden. Der in Riesa von Dresden um 9 Uhr angekommene Güterzug brachte die Nachricht, daß 100 Mann von der Artillerie, 200 M. von Prinz Albert und eine unbestimmte Zahl von den Schützen die provisorische Regierung anerkannt, das Zeughaus eingenommen hätten und besetzt hielten.

Die Nacht ist ohne alle Störung vergangen, gestern Abend und heute wurden folgende Placate veröffentlicht:

I. Mitbürger! Es hat sich die Nachricht verbreitet, daß eine provisorische Regierung in Dresden eingetreten sei. Mittheilungen von der provisorischen Regierung selbst sind bis jetzt an uns nicht gelangt, noch weniger sind wir davon unterrichtet, nach welchen Grundsätzen und in welchem Sinne dieselbe die Verwaltung des Landes zu führen gedenke. Wir sind daher zur Zeit und so lange, als wir nicht sicher und vollständig davon Kenntniß erlangt haben, außer Stande, uns darüber zu erklären, werden es jedoch für unsere wichtigste Aufgabe halten, sofort in Berathung zu treten, sobald jene Ungewißheit darüber beseitigt ist. Leipzig, am 4. Mai 1849. Der Rath und die Stadtverordneten. Klinger. Berner.

II. Nachdem in dem Ausschusse der sämmtlichen politischen Vereine Leipzigs die Ansicht die Oberhand gewonnen hat, gegen die flüchtige Communalgarde, sowie gegen die ähnlichen Behörden Gewalt zu brauchen, haben die Berather des Vaterlandsvereins im Hotel de Saxe und des deutschen Vereins sich von diesem Ausschusse in dieser Zusammensetzung zurückgezogen. Freitag, Nachmittags 6 Uhr. Die Ausschüsse des deutschen Vaterlandsvereins im Hotel de Saxe und des Deutschen Vereins

III. Mitbürger! Die Lage unserer Stadt erfordert, daß die Communalgarde mit voller Hingebung und Aufopferung sich ihrem ernsten Beruf widme, Freiheit, Ordnung und Gesetz zu schützen. Die Communalgarde trägt das Gewissen in sich, bisher keine Opfer gescheut zu haben, um ihrer Aufgabe zu genügen; sie wird es ferner thun, sie wird ihre schon mehrfach ausgesprochene treue Anhänglichkeit an der deutschen Sache, an der deutschen Reichsverfassung nie verleugnen, sie wird unverbrüchlich festhalten an ihr, sie wird auch eben so festhalten an den Grundlagen der Freiheit, an Gesetz und Ordnung.

Der Dienst der Communalgarde wird jetzt ein doppelt anstrengender und daher eine Erleichterung hierbei nur willkommen sein. Es ergeht daher an diejenigen, welche bereit sind, die Communalgarde in ihrer Aufgabe zu unterstützen, die Aufforderung, sich derselben anzuschließen und zu diesem Behufe auf dem Ausschußlocale sich anzumelden, woselbst ihnen das Weitere wegen Eintheilung in bereits bestehende Compagnien oder wegen etwaiger Bildung neuer freiwilliger Compagnien eröffnet werden wird. Da die städtischen Behörden nicht im Besitze von Waffen sind, so muß die Bewaffnung einem jeden selbst überlassen werden.

Mitbürger! unterstützt die Communalgarde durch Euer Vertrauen; laßt uns fest zusammenstehen in diesen Tagen der Gefahr, daß Ordnung und Gesetz nicht verletzt werden. Nur durch die Einheit kommen wir zur Freiheit. Leipzig, den 4. Mai 1849. Der Communalgardenausschuß. Neumeister, Commandant. Wachs, Protocollant.

Neuestes.

00 **Dresden**, den 5. Mai. Gestern Abends sandte ich Ihnen den Abdruck der Proclamationen der provisorischen Regierung. Heute, Morgens, will ich nur eilends melden, daß kein Kampf mehr stattgefunden; daß sächsische Soldaten auf den Barrikaden zu sehen und die übrigen bereit sind, die provisorische Regierung und die deutsche Reichsverfassung anzuerkennen. Ist dies erfolgt, so werden Bürgerwehr und Militär sich verbinden, das Vaterland gegen preußische Truppen zu vertheidigen, und die provisorische Regierung wird, sobald ein preußischer oder bayerischer Soldat Sachsen betritt, die sächsische Republik proclamiren. Es müßte denn der König heute oder morgen sammt seinen Ministern zurückkehren.

Berlin, 5. Mai. Der „Preuß. Staatsanz." berichtet: Das Kaiser Alexander Grenadierregiment ist heute mittelst Eisenbahn nach Dresden befördert worden, um die königl. sächsischen Truppen bei Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Bedeutendere Streitkräfte stehen bereit, um erforderlichenfalls sogleich nachzurücken.

† **Berlin**, 5. Mai. Zwei Bataillone, 2000 Mann, preußischer Truppen, davon 1 Bataillon des Kaiser Franz, 1 des Alexander-Regiments rücken heute in Dresden ein; eine imposante Truppenmacht folgt in den nächsten Tagen nach. Das Corps bei Görlitz wird General Holleben, das bei Halle Fürst Radziwill, das bei Erfurt General v. Schack, das bei Wetzlar General v. Canitz commandiren. Preußen hat seit der Freiheitskriegen eine so gewaltige Entfaltung aller seiner Streitkräfte nicht gesehen. Die Wirksamkeit der preußischen Infanterie ist durch die Bewaffnung mit 50,000 Zündnadelgewehren verdoppelt und verdreifacht.

Berlin, 5. Mai, 2 Uhr Nachmittags. Soeben aus Dresden eingehenden Nachrichten vom heutigen Tage zufolge, war der erste Transport preußischer Truppen dort angelangt, hatte sogleich die wichtigsten Punkte der Altstadt, und zwar zunächst die Brühl'sche Terrasse besetzt. Die Aufständischen verlangen zu capituliren, und in diesem Augenblicke ist, aller Wahrscheinlichkeit nach, die Ordnung bereits wieder hergestellt. So berichtet die immer gut unterrichtete „Const. Zeitung".

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 6. Mai. Das Geschäft in heutiger Effectenfreitäg war ziemlich belebt, und ungeachtet der bekannt gewordenen Dresdner Unruhen, blieben alle Papiere gefragt und fest im Cours. Oesterreichische Effecten hielten sich abermals wie zu Wien höher im Preise. 5pCt. Metall. blieben 75⅞, pCt., 2½pCt. Metall 40⅛, pCt., Wiener-bancactien 1154 fl., 500 fl. Loose 126⅛, pCt., 250 fl. Loose 78 pCt. Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27½, Rthlr., Badische 35 fl. Loose 27⅞, ⅞ fl. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 33 Rthlr., Berbach 71½, ½, pCt., Köln-Minden 75⅞, pCt., Taunus 250 fl. 3prät. inländ. Span. wurden zu 24½ pCt. verhandelt, und waren zu benanntem Cours gefragt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

[1289] **Privat-Anlehen**

Sr. Maj. des Königs von Sardinien Carl Albert von Francs 3,600,000.

Bei der heute am 1. Mai 1849 vor Notar und Zeugen planmäßig vorgenommenen achten Serienziehung des oben genannten durch uns negoziirten Anlehens wurden nachstehende 15 Nummern gezogen:

Serie	130	Nr.	12901	bis	13000 incl.
„	194	„	19301	„	19400 „
„	228	„	22701	„	22800 „
„	326	„	32501	„	32600 „
„	465	„	46401	„	46500 „
„	579	„	57801	„	57900 „
„	593	„	59201	„	59300 „
„	597	„	59601	„	59700 „
„	609	„	60891	„	60900 „
„	665	„	66401	„	66500 „
„	791	„	79001	„	79100 „
„	797	„	79601	„	79700 „
„	809	„	80701	„	80800 „
„	835	„	83401	„	83500 „
„	849	„	84701	„	84800 „

was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Frankfurt a. M., den 1. Mai 1849.

Gebrüder Bethmann.

[1270] **Privat-Anlehen**

Sr. Maj. des Königs von Sardinien Carl Albert von Francs 3,600,000.

Bei der heute am 1. Mai 1849 vor Notar und Zeugen planmäßig vorgenommenen vierten Prämien-Ziehung obigen Anlehens sind gefallen

Frs.	40,000	auf	Nr. 79019
„	4,000	„	„ 9710
„	2,000	„	„ 79641
„	500	„	jedes der Nr. 34891, 38338, 75136,
„	100	„	„ „ „ 32552, 42744, 45611, 47060, 75102, 83416, 81750, 85934, 85997, 96418,
„	75	„	„ „ „ 657, 16024, 19568, 45593, 59683, 79013, 83249, 84735, 84795, 94028,
„	40	„	jede der übrigen Nummern der am 2. December 1848 gezogenen Serien Nr. 7, 98, 113, 118, 161, 174, 210, 334, 349, 384, 393, 428, 456, 457, 471, 678, 710, 752, 756, 833, 867, 941, 949, 965, 985, so wie der heute am 1. Mai 1849 gezogenen 15 Serien 130, 194, 228, 326, 465, 579, 593, 597, 609, 665, 791, 797, 809, 845, 849. Die Zahlung dieser Prämien erfolgt nach Eingang am 1. August 1849 an der Casse der Unterzeichneten im festen Course von 25 fr. pr. Franc.

Frankfurt a. M., den 1. Mai 1849.

Gebrüder Bethmann.

[1320] In **Franz Varrentrapp's** Verlag (Ph. Krebs) in Frankfurt a. M. ist so eben erschienen und an alle solide Buchhandlungen versendet worden:

F. C. Schlosser's Weltgeschichte für das deutsche Volk.

Verfaßt und unter **G. L. Kriegk's** Mitwirkung bei der Redaction herausgegeben von

F. C. Schlosser.

17te Lieferung.

Auch unter dem Titel:

Neuere Geschichte von Friedrich Christoph Schlosser.

I. Theil. (Geschichte des 15. Jahrhunderts. 1ste Lieferung.)

Subscriptions-Preis 45 kr. rhein.

Die Verlagshandlung hält es für überflüssig, über dies Geschichtswerk, welches von Männern vom Fach als das trefflichste gerühmt wird, etwas zur Empfehlung beizufügen. Sie beschränkt sich lediglich auf die Anzeige: daß die bereits erschienenen **16 Lieferungen** oder **8 Bände** aus circa **270 Druckbogen** bestehen, die **alte und mittlere Geschichte** vollständig enthalten, und zusammen im Subscriptionspreise nur fl. **12** kosten.

[1295] **Die Molken-Heilanstalt**

zu

Schlangenbad

wird für die bevorstehende Saison, wie alljährlich, in der Mitte Mai's eröffnet.

Die Badeverwaltung.

Das Staats-Lexikon 2te Auflage ist jetzt vollständig erschienen.

Als das wichtigste und einflußreichste Werk der deutschen Literatur können wir jetzt die erfolgte Vollendung der 2 Auflage des

Rotteck-Welcker'schen Staatslexikons

in 12 Bänden

dem resp. Publikum anzeigen!

Groß ist der Einfluß, den dies klassische — von den berühmtesten Publicisten und deutschen Staatsmännern bearbeitete — Werk auf die politische Bildung der deutschen Nation ausgeübt hat, groß das Verdienst des Staatslexikons für die Verbreitung freisinniger und richtiger Ansichten in der Politik und in der Staatsverwaltung.

Das Staatslexikon ist ein sicherer Leiter für Alle, welch berufen sind an der Verfassung des deutschen Vaterlandes mitzuwirken, sei es in größeren oder kleineren Versammlungen, es ist zugleich aber auch ein Handbuch der Staatswissenschaften und der Politik, ein zuverlässiger Rathgeber bei allen vorkommenden politischen Fragen.

Daher ist das Staatslexikon, in jetziger Zeit besonders, unentbehrlich für jeden gebildeten Deutschen, der sich durch Anschaffung dieses Werkes den reichen Schatz politischer, staatsrechtlicher und historischer Aufklärungen, aneignet.

Um die Anschaffung dieses umfangreichen und unentbehrlichen Werkes zu erleichtern und zu befördern sind noch

vollständige Exemplare des Staatslexikons in 12 Bänden

für kurze Zeit, so weit die dazu bestimmten Exemplare ausreichen

zum Subscriptionspreis à Band fl. 4. 30 kr.

durch sämmtliche Buchhandlungen Deutschlands, in Frankfurt a. M. durch die Jäger'sche Buch-, Papier- und Landkartenhandlung, gleich zu haben.

Altona und Leipzig, im Februar 1849.

[1177] **Die Verlagshandlung.**

[1310] **Den resp. Herrschaften und Prinzipalitäten**

empfehle ich mich mit einer Auswahl gut zu empfehlender Dienst- und Stelle-Suchender jeder Branche zu geneigten Aufträgen ergebenst.

Nur gut zu empfehlende, mit guten Zeugnissen versehene Dienst- und Stelle-Suchende werden bei mir eingetragen und empfohlen.

Amtlich bestätigtes Dienst- und Stelle-Gesuch-Büreau
von **F. A. Wüst**, Paulsplatz 13 neu.

[1321] **116 Frankfurter Stadt-Lotterie.**

Ziehung erster Klasse den 6. und 7. Juni.

Hauptgewinne: fl. **21,000**, 2 à **10,000**, **10,000**, **5000**, 2 à **2000**, **1500**, **1000**, 2 à **500**, 4 à **300**, 10 à **200**, 20 à **100**, 30 à **50**, 100 à **30**, 200 à **20**, 300 à **15**, 400 à **10**, 1000 à **5** 2c. Ganze Original-Loose à fl. 3. ½ à fl. 1. ¼ à fl. 45 kr., ⅛ à fl. 22½ kr., so wie Loose auf alle Klassen gültig à fl. 90 das ganze empfiehlt

Jacob Hoclor, Hauptkollekteur in Frankfurt a. M.

[1301] Mein durch die neuesten Pariser Modelle reich sortirtes Assortiment fertiger **Mantillen** befindet sich Fischerwandweg Nr. 31

C. Schlesinger.

[1304] Der erste neue **Caviar** ist eingetroffen bei

Milani-Minoprio.

kleiner Hirschgraben 3.

[1300] **Zu vermiethen.**

Mehrere Bockenheimer Thore Nr. 30 sehr möblirte Zimmer mit Mitbenutzung des Salons, für 1 oder 2 Pferde, 3 Wagenremisen, Heu- und Strohboden sammt Kutscherbette.

[1322] **Bei einer Familie ohne Kinder** sind in einem Gartenhaus monatlich oder jährlich 1 à 2 Zimmer mit oder ohne Möbel an einen einzelnen Herrn billig zu vermiethen. Zu erfragen Buchgasse Nr. 3.

[1296] Ein junges Mädchen aus anständiger Familie, das sich schon viel in guter Zeit vor Lehrerin ausgebildet hat, wünscht sich in eine Anstellung in einem Privathause oder, was ihr am liebsten wäre, in einer Erziehungsanstalt für Töchter. Sie versteht Unterricht zu ertheilen in allen vorkommenden Fächern mit Ausnahme der neueren Sprachen, und ist mehr auf gründliche und solide Behandlung als auf oberflächliches Hexenwerk bedacht. Nähere Auskunft ertheilt auf frankirte Anfragen **K. Henkel**, Diaconus zu Rodach im Herzogthum Sachsen-Coburg.

Vereins-Zehn-Gulden-Loose.

Ziehung den 15. Mai.

Hauptpreise fl. **20,000**, **5000**, **1500** 2c. sind coursmäßig zu erhalten bei

J. N. Trier & Cie.

NB. Nach vorgenommener Ziehung können die Loose bis zum Mai mit einem kleinen Nachlaß wieder zurückgegeben werden.

[1311] **Gesuch.**

Ein Fabrikant, der für seine Artikel in circa 14 Tagen eine Reise nach Kurhessen, Nassau, Westphalen, und der preußischen Rheinprovinz anzutreten beabsichtigt, wünscht noch einige gangbare Artikel, die keine volumiösen Muster erfordern, von soliden Häusern gegen hohe Provision zu übernehmen. Betreffende Offerten sind frankirt unter Chiffer Nr. 1311 an die Exped. d. Bl. zu richten.

Anzeige und Empfehlung.

Geschäftseröffnung.

Die Unterzeichnete, Eigenthümerin des **Gast- u. Badhauses zur Rose in Wiesbaden** beehrt sich, die Fremden und Herren Reisenden ergebenst in Kenntniß zu setzen, daß sie das mit dem 15. März dieses Jahres von Herrn A. Schneider erkaufte Geschäft wieder an sich genommen und unter heutigem Tage es Geschäftsherrn Herrn Fritz Keller mit dem 1. Mai eröffnet hat. Dieses nun in neuem Geschmack eingerichtete Hotel mit seinen als vorzüglich bekannten Bädern, gegenüber dem Kurhause und in der Nähe der Promenaden, bietet sowohl für Familien als einzelne Herren alle erforderlichen Bequemlichkeiten dar; auch macht es sich die Eigenthümerin zur Pflicht, durch freundliche Zuvorkommenheit und prelle Bedienung allen Anforderungen der Sr. mit ihrem Besuche beehrenden Gäste zu genügen zu entsprechen

C. D. Freindsheim Wittwe.

Wiesbaden, den 1. Mai 1849. [1317]

[1319] **Gesuch.**

Ein Geschäftsmann in einer der bevölkertsten Städte Württemberg's, der in Beziehung auf Gelehrte die geeignetsten Zeugnisse beibringen kann, ersuchet sich zur Uebernahme von Agenturen und Concessionen und bittet um gefällige portofreie Anfrage unter der Chiffer **A. O.** poste restante **Heilbronn.**

[1295] **Valentin Becker** aus Marbach, geboren am 8. Februar 1778, Sohn des verstorbenen Johann [1283] **Heinrich Becker** und dessen Ehefrau Elisabeth, geb. Baier, und Ehemann der am 18. Februar 1810 verstorbenen Margarethe Eckardt, mit welcher er in Gütergemeinschaft lebte, ist bereits seit 48 Jahren abwesend, ohne daß sein Leben oder Aufenthalt bisher zu ermitteln gewesen wäre. Es werden daher der Abwesende oder dessen Testaments- und Vertragserben aufgefordert, innerhalb 3 Monaten, und zwar bis zum Termine, den 13. Juli l. J., Morgens 11 Uhr, um so gewisser selbst oder durch einen gehörig legitimirten Vertreter zu erscheinen, und das curatelisch verwaltete, in ungefähr 405 fl. 27½ kr. bestehende Vermögen in Empfang zu nehmen, widrigenfalls sie zu gewärtigen haben, daß der Abwesende für verschollen erklärt, und dessen Vermögen an die sich meldenden nächsten Verwandten eine weitere Caution-leistung erb- und eigenthümlich überwiesen werden wird.

Gleichzeitig haben alle diejenigen, welche an den Abwesenden oder dessen Erben Forderungsansprüche zu machen haben, diese bei Meidung der Ausschließung in diesem Termine anzumelden und zu begründen.

Fulda, am 10. April 1849.

Kurhessl. Hess. Landgericht.
Geefmann

[1206] **Edictalladung.**

Ueber das Vermögen des hiesigen Bürgers und Schneidermeisters Franz Karl Hermann und dessen Ehefrau Christine, geb. Enters, hat das unterzeichnete Gericht heute Concurs erkannt.

Demnach werden Alle, welche an diese Gemeinschuldner aus irgend einem Rechtsgrunde Forderungen zu machen haben, hiermit vorgeladen, solche in der auf

Montag den 2. Juli 1849

anberaumten Tagfahrt Vormittags 10 Uhr vor der angeordneten Gerichts-Commission entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten hiesigen Anwalt liquidirlich zu stellen, und thatsächlich und einwaigen Vorzugsrechte zum Protocoll zu verbescheiden, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse.

Es wird keine weitere Ladung ergehen, sondern nur, nachdem die gegenwärtige in den Akten gelassen ist, der Ausschluß der nicht aufgetretenen Gläubiger in öffentlichen hiesigen Blättern bekannt gemacht werden.

Frankfurt a. M., den 23. April 1849.

Stadt-Gericht I.

Schöff Dr. von Schmidtler, Director.
Dr. Dietze, Secr.

[1230] **Edictalladung.**

Alle diejenigen, welche an der Verlassenschaften nachbenannter verstorbener Personen

1) des hiesigen Bürgers Johann Jacob Wolz,
2) der hiesigen Bürgerswittwe Catharina Rudolph, geb. Braun,
3) des Bierbrauergesellen Louis Joseph aus Hanau,
4) der Elisabetha Denbert aus Gelnhausen,
5) des Leser Steinfeld aus Crossen,
6) des hiesigen Bürgers und Handelsmanns Jeremias Strauß,
7) des hiesigen Liniensoldaten Georg Sippel aus Eudach in Kurhessen,
8) des hiesigen Linienfeldaten Joseph Bischof aus Hanau in Kurhessen,

Erb- oder sonstige Ansprüche und Forderungen zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, solche gemäß in dem anmit auf

Donnerstag den 24. Mai 1849,

Vormittags 9 Uhr, anberaumten Termine dahier anzuzeigen, als ansonsten jene Nachlässe, vorgängig öffentlicher Versteigerung der vorgefundenen Mobiliarschaft, an diejenigen, welche sich mit Ansprüchen angemeldet und solche als richtig nachgewiesen haben werden, ausgeliefert, die etwaigen Ueberschüsse aber den diesseitigen Acten übermiesen werden sollen.

Frankfurt a. M., den 18. April 1849.

Stadt-Amt III.
Venkard.
Dr. W. Jäger, Ar.

[1176] **Bekanntmachung.**

Nach einer Vereinigung zwischen den Gläubigern des Kaufmanns Georg Büttner dahier, und diesem, ist der Advocat Keller hierselbst als Curator über das Vermögen des Letzteren bestellt, und soll diese Curatel so lange dauern, bis der vorgeschlagene Vergleich bestätigt ist, und hiernach alle Gläubiger befriedigt oder auf sonstige Weise sicher gestellt sind.

Es wird dies allen denjenigen, welche dem Kaufmann Georg Büttner oder dem Handlungshaus unter der Firma J. G. Büttner & Comp. etwas schulden oder von demselben in Händen haben, mit der Verwarnung bekannt gemacht, daß derartige Forderungen und Gegenstände an Niemand anders als an den genannten Curator Advocaten Keller, bei Meidung nochmaliger Zahlung oder eintretenden Falls zu früherer Verfügung zu machen, lediglich abzuliefern sind.

Hanau, den 18. April 1849.

Kurhessl. Hess. Justiz-Amt.
Stolzermann.

Das Großherzoglich Badische Oberamt Lahr.

[1301] **Gantedict.**

Gegen Handelsmann Wendelin Roth-Luemlin von dahier haben wir Gant erkannt, und es wird nun Tagfahrt zur Anmeldung aller Forderungen und Vertragsrechte anberaumt auf

Mittwoch den 23. Mai Vorm. 8 Uhr.

Hierbei haben alle diejenigen, welche irgend einen Anspruch an die Masse zu machen gedenken, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte zu erscheinen, ihre Forderungen zu begründen und nöthigenfalls zu beweisen bei Ausschlußvermeidung.

In derselben Tagsatzung soll der Versuch eines Gantvergleichs vorbehaltlich nachheriger Bestätigung gemacht, auch die Wahl eines Massepflegers und Gläubigerausschusses vorgenommen werden, und in letzterer Hinsicht werden die Akkordsuchenden als der Mehrheit der Erscheinenden beitretend angesehen werden.

Der Tag des Gantausbruchs wird nach geschehener Anmeldung richterlich bestimmt werden.

Lahr, den 15. März 1849.

Sachs.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Konversationsblatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Beilage zu Nro. 108.) 7. Mai 1849.

ϕ Zur Ausführung der Reichsverfassung.

Was die verschiedensten Parteien, die ungleichartigsten Länder der deutschen Erde an die Reichsverfassung fesselt, die doch noch keinen Körper hat und keinen Einzelnen ganz befriedigt, das ist die Idee der Gemeinsamkeit und das Bewußtsein, mit Opfern, Arbeit und Gefahren die freie Selbstbestimmung der Nation geübt zu haben zur Verwirklichung der Ideale von Freiheit, Einheit und Macht; es kommt auch das Bedürfniß nach Ruhe und Sicherheit hinzu. Mit Recht und mit hinreißender Einfachheit schloß daher Welcker seine letzte Rede mit den Worten: „Die Völker sind billig gewesen, so seien die Fürsten doch endlich auch billig.“ Nicht ein Vorschlag, worüber die Regierungen unter sich wären einig geworden, nicht einer wird den Völkern dargeboten, die doch ihrerseits einig geworden sind, und wirklich glauben auch billig gewesen zu sein. Dies sollten die Fürsten sich ernstlich zu Herzen nehmen, statt durch gelehrte Deductionen an einzelnen Rechtspunkten zu markten und die Quelle der Macht zu bekritteln. Die Nationalversammlung hat das Amt eines Schiedsrichters geübt, eines neutralen Vermittlers. Sie selbst kann nicht zur bewaffneten Neutralität übergehen, aber wenn sie sich von der Vermittelung zurückzieht oder wenn ihr die Vermittelung unmöglich gemacht wird, so kann sie nicht verhindern und hat es nicht zu verantworten, daß die streitenden Parteien wieder selbst an die Waffen denken. Schon droht der Bürgerkrieg von mehreren Seiten und zwar in den Ländern, deren Fürsten die Verfassung nicht haben annehmen wollen. Was Preußen betrifft, das zum Kern des Bundesstaats bestimmt ist, so sagt uns die „Reform“ (Abendausgabe vom 4. d.), daß Herr Bassermann über die herzustellende Verständigung noch immer mit der königlichen Regierung verhandelt. Es scheint sogar, daß die Regierung endlich zu bestimmten Anträgen gekommen ist, welche Herr Bassermann an die Nationalversammlung zurückzubringen übernommen hat. Wenn diese Anträge das Ergebniß der Einigung unter allen oder den bedeutendsten Regierungen sind, wenn sie sich auf die Ausführung der Verfassung beziehen und als erläuternde Zusätze gelten können, so daß die Nationalversammlung sie sich selbst zu eigen machen kann, wie dies bei § 1 leicht möglich wäre, dann lohnt es wohl der Mühe, eine solche Verständigung auch jetzt noch zu versuchen. Die Nationalversammlung muß den Beweis des guten Willens und der guten Treue bis zuletzt führen, damit Preußen nicht Schritt für Schritt in die Allianz mit Rußland, und durch unsere Mitschuld getrieben werde. Daß die Verfassung, die ganze Verfassung aufrecht stehen bleibe, ist eine Nothwendigkeit, nicht deßwegen, weil einzelne Männer sich dafür vor der Nation verbürgt haben, denn diese Männer könnten und müßten ja gerne zurücktreten, sondern deßwegen, weil die Verfassung im Gefühl der Nation aufhören würde, der freie Vereinigungspunkt zu sein.

Deutschland.

H **Frankfurt**, 7. Mai. (Aus der Paulskirche.) Ministerpräsident v. Gagern erklärt, daß die Störung des Reichsfriedens in Sachsen das Ministerium bewogen habe Herrn von Wagdorf als Reichscommissär dahin zu senden, welcher wesentlich im Sinne der Ministererklärung vom 4. d. M. zu handeln habe. Vicepräsident Eisenstuck sei in gleicher Eigenschaft in die Pfalz gesendet worden. Justizminister Mohl erklärt, daß alle Spielbanken Deutschlands den Beschluß der Versammlung v. 8. Januar befolgt hätten, die Hessen-Homburgische ausgenommen. Die Regierung dieses Staates habe durch alle Stadien hindurch sich geweigert, dem Beschlusse der Nationalversammlung Folge zu leisten. Das Ministerium habe sich dadurch genöthigt gesehen, den Weg der Executive zu ergreifen. In diesem Augenblick befinden sich die Executionstruppen auf dem Wege dahin. (Großer Beifall.) Ein Dringlichkeitsantrag des Abg. Wesendonck, dahin gehend, einen Reichsoberbefehlshaber der Truppen zu ernennen und letztere zu vereidigen, ward mit großer Mehrheit als dringlich anerkannt. Die beiden Herren Minister v. Gagern und v. Peucker erklären sich dagegen. Beim Schlusse der Presse spricht Simon von Trier für den Antrag.

† **Wien**, 3. Mai. Es ist fortwährend stille vom nahen, wie vom entfernteren Kriegsschauplatze, und übrigens begreiflich, wie die sich vorbereitenden Operationen möglichst geheim gehalten werden, wie denn dies von einem officiellen Artikel im gestrigen Abendblatt der „Wiener Zeitung“ umständlich dargelegt wird. Hiernach sind über die Direction, welche die einrückenden russischen Truppen nehmen, nur vage Nachrichten verbreitet, wie sie denn auch über deren Stärke widersprechend lauten. Ueber die am 14. April in beiden ungarischen Repräsentantenhäusern gefaßten und bereits hier angezeigten Beschlüsse enthebt der heutige österreichische „Correspondent“ einen ausführlichen Bericht aus der „Pester Zeitung“ vom 27. April. In der That wurde das regierende Erzhaus des ungarischen Thrones für verlustig, und die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der ungarischen Nation erklärt. Bis zur Feststellung eines zukünftigen Regierungssystems durch die Nationalversammlung wurde ein Regierungspräsident in der Person Ludwig Kossuth's ernannt und derselbe mit der Bildung eines verantwortlichen Ministeriums beauftragt. — Die russische Avantgarde wurde heute in Göding erwartet. — Das Armee-Generalcommando ist von Oedenburg nach Lorenburg verlegt worden. — Dem soll in Temeswar eingezogen sein. Die am 24. April erfolgte Besetzung der Festung Alessandria durch österreichische Truppen wird nunmehr für bestimmt angezeigt.

ϕ **Berlin**, 5. Mai. Das hiesige Alexander-Regiment ist heute Morgen mit der Eisenbahn auf das Schleunigste nach Sachsen befördert worden. Unsere Landwehr ist nun wirklich unter die Fahne gerufen und wird bereits übermorgen nach dem bei Halle und Erfurt aufzustellenden Armeecorps abmarschiren. Der Oberbefehl über dieses Armeecorps ist dem General Radziwill übergeben worden, während General v. Kanitz das bei Kreuznach und Wetzlar zusammenzuziehende Armeecorps befehligen wird. Diese Armeecorps haben sich, wie wir hören, darauf zu beschränken, bewaffneten Aufständen in Deutschland entgegenzutreten, und namentlich sich von jedem thätlichen Vorgehen gegen die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt fern zu halten, weich: Kunde hier manche Besorgnisse beschwichtigt hat. Zu einer Verständigung mit Frankfurt hegt man nur wenig Hoffnung, obwohl Hr. Bassermann das Mögliche in dieser Hinsicht noch zu versuchen versprochen hat. Die Rückreise dieses Mannes nach Frankfurt dürfte jedenfalls eine Aufklärung über die eigentliche hiesige Stimmung zur Folge haben.

Bereits vorgestern Abend traf ein königl. sächsischer Offizier mit dem Eisenbahnzuge aus Dresden hier ein und suchte um bewaffneten Beistand nach. Ein zweiter Offizier mit derselben Mission ist ihm gestern Abend durch ein außerordentliches Convoy gefolgt, und wie wir vernehmen, ist auch bereits mit einem Extrazuge, der in der Nacht nach Dresden befördert wurde, ein Bataillon des Kaiser-Alexander-Grenadierregiments abgegangen, dem heute morgen auch die beiden anderen Bataillone dieses Regimentes über Riesa gefolgt sind. Mit den genannten königl. sächsischen Offizieren ist zugleich der Flügeladjutant Sr. Maj des Königs, General von Bonin, von hier nach Dresden gereist. Der König von Sachsen befindet sich auf dem Königstein, nachdem er mit seiner Gemahlin vorgestern Abend über die Elbbrücke gegangen, ein Schiff bestiegen und mit Escorte den Strom hinauf gefahren war. Wie verlautet wird, soll bereits in wenigen Tagen ein preußisches Armeecorps, welches bei Görlitz zusammengezogen wird, zur Verfügung der sächsischen Regierung gestellt werden. Auch in der Umgegend von Löbau soll der Geist der sächsischen Bevölkerung sehr aufgeregt sein.

Wie die Berliner Parlamentscorrespondenz berichtet, ist die gesammte preußische Landwehr einberufen. Preußen wird demnach vor Ablauf von acht Tagen eine Truppenmacht von vier bis fünfmalhunderttausend Mann mobil haben. (C. Z.)

** **Hannover**, 4. Mai. Hier in der Hauptstadt wie im ganzen Land dauert die Bewegung für die Reichsverfassung fort. Deputationen treffen zahlreich ein, die jetzt ist aber keine von dem König empfangen worden. Die polytechnische Schule ist von dem Lehrerpersonale bis auf weiteres geschlossen, das Corps der bewaffneten Polytechniker für aufgelöst erklärt und aufgefordert werden, die Waffen abzuliefern. — Herr Stüve ist heute früh nach Berlin abgereist. Der König wird dem Vernehmen nach morgen das Sommerschloß zu Herrenhausen beziehen.

Hildesheim, 1. Mai. Der hiesige Verein der Gewerke hat gestern Abend feierlichst die Erklärung an Eides statt abgelegt: „In alle Wege, selbst mit Aufopferung des Lebens, die deutsche Reichsverfassung sammt Grundrechten und Wahlgesetz festzuhalten und zu schützen.

± **Darmstadt**, 6. Mai. Diesen Morgen brachte der Bahnzug von Frankfurt eine Abtheilung bayerischer Infanterie, die für Rheinbayern bestimmt ist. Dieser Zug durchkreuzte sich mit einem andern Zug, der besonders viele Waggons zur Aufnahme von Reuterei schleppte. Der Bogen der Erwartung ist auch hier auf das äußerste gespannt. Gestern Abend hielten demokratischen Vereine eine Versammlung, die zu dem Beschlusse führte, eine Freischaar bilden zu helfen, bestimmt, zur Vertheidigung der Reichsverfassung beizutragen.

)(**Bingen**, 5. April. In der heute hier gehaltenen Volksversammlung wurde festgesetzt: jeder Bürger möge wenigstens den vierten Theil vom Betrag seiner directen und seiner Einkommensteuer an den Volksausschuß entrichten, wofür derselbe Waffen anzukaufen habe. Die Listen sind in Umlauf gesetzt und zahlreiche Beiträge gezeichnet.

> **Mainz**, 6. Mai. So eben ist die hier garnisonirende Schwadron österreichischer Cavallerie nach Frankfurt aufgebrochen. Morgen wird das schon gestern marschfertig gewesene Bataillon österreichischer Infanterie nach Homburg gehen. Vom 23. preußischen Infanterieregiment wird morgen ein Bataillon hier einrücken.

Hadersleben, 3. Mai. Couriere kommen, Couriere gehen; General Bonin hat sein Hauptquartier in Kolding, General Prittwitz das seinige in Christianofeld; darauf beschränken sich die Neuigkeiten aus dem Norden. Unsere Vorposten stehen jenseits Kolding, eine Viertelmeile von den feindlichen. — Als minder wesentlich haben wir Folgendes mitzutheilen: Der Adjutant und Lieutenant der Vorposten der sühnenschen Küste, Jens Petersen, überreichte gestern einem Offizier des 13. bayerischen Regiments bei Aarösund ein Schreiben vom Höchstcommandirenden des dänischen Ostseegeschwaders, Garde, das er schon vor 8 Tagen abzuliefern den Auftrag gehabt zu haben vorgab, jetzt aber erst Gelegenheit dazu fände, weil er früher keinen Posten bei Aarösund angetroffen habe. In besagtem Schreiben werden sämmtliche im Hafen von Hadersleben liegende neutrale Schiffe, so wie solche, die unter neutraler Flagge segeln, aufgefordert, den Hafen sofort bis zum 3. Abends zu verlassen. Bei Uebergabe dieses Schreibens war als Zeuge zugegen der preußische Hauptmann Lettgau, der aus Begeisterung für die schleswig-holsteinische Sache nach dem Norden sich begeben hat, um indirect dem Feldzuge beizuwohnen, so lange sein Dienstverhältnisse ihm nicht gestatten, sich direct dabei zu betheiligen.

Kiel, 3 Mai. Nach einem bei dem hiesigen Marinebureau heute eingegangenen Berichte hat der Marinelieutenant Kjär, Commandeur der schleswig-holst. Kanonenböte in der Westsee, zwei dänische Kauffahrer, einen Schooner (der Werth wird auf 40—50,000 Mk. angegeben) und ein kleine Jacht, von geringem Werth als Prise genommen An sich betrachtet, ist dies freilich von wenig Erheblichkeit aber es zeigt doch den Dänen, daß wir anfangen, Revanche zu nehmen, daß ihre Schiffe auch nicht mehr der unbeschränkten Sicherheit sich erfreuen, welcher sie sich bisher im Vertrauen auf den Schutz ihrer Flotte und unsere Unmacht zur See hingaben. Ihre eigentliche Bestimmung wird jene Expedition wohl nicht erfüllen können, daher General Prittwitz leider kein Bataillon entbehren kann, um den nöthigen militärischen Beistand zu gewähren.

Frankreich.

** **Paris**, 4. Mai. Wegen des heutigen Festes sind alle öffentlichen Anstalten, also auch die Börse, geschlossen. Mehrere Zeitungen zeigen an, daß sie morgen nicht erscheinen werden. Mit Ausnahme der Beschreibung der Festlichkeiten keine Nachricht von Belang. Daß die Stadt vollkommen ruhig war, ist bereits auf telegraphischem Wege gemeldet worden.

Paris, 4. Mai. Ueber die Feier des heutigen Tages läßt sich die „Kölner Ztg.“ schreiben: So eben kommen wir vom Concordienplatze, wo das feierliche Te Deum mit der größten Ordnung und vielem Pomp in Gegenwart einer bedeutenden Menge Volkes abgehalten wurde. Die für Volksfeste ohnedies so günstige Localität dieses monumentalen Platzes, mit den anliegenden elysäischen Feldern, war auf die geschmackvollste Art ausgeschmückt worden. Um den in der Mitte des Platzes stehenden Obelisk war eine Estrade errichtet, und daneben gegen die elysäischen Felder hin ein reichgeschmückter Altar, von einem äußerst kostbaren Thronhimmel in Goldbrokat überdeckt. Eine mit reichen Fußteppichen belegte Treppe führte zu diesem Altare. Auf den drei anderen Seiten der Estrade standen kolossale allegorische Bildsäulen. Um den ganzen Platz her längs des inneren Randes der Gräben waren auf Holz gemalte Rostralsäulen; jede dieser Säulen trug in einem Wappenschilde den Namen eines Departements; die im Innern des Platzes befindlichen Laternenpfosten waren mit Fahnenbüschen und Waffentrophäen geschmückt, und an vier colossalen Masten flatterten hoch in der Luft dreifarbige Banner mit dem Datum der Revolutionstage in goldenen Buchstaben. In aller Frühe schon wurde der Platz mit Abtheilungen Nationalgardelegionen und einigen Linien- und Reiterregimentern besetzt, welche rings herum und durch die elysäischen Felder bis zum Palaste des Präsidenten und zur Magdalenenkirche einerseits, und andererseits bis zum Hotel der Nationalversammlung Spaliere bildeten. Die Volksvertreter, mit Marrast und dem Bureau an der Spitze, kamen zuerst an; Letztere bestiegen die Estrade, während die Volksvertreter auf den für sie bereiteten Bänken sich niederließen. Andere Bänke waren vom diplomatischen Corps und den Deputationen der Gerichts- und Regierungsbehörden besetzt. Bald darauf nahte sich von der Magdalenenkirche her durch die mit Blumenkörben und Opferbeken festlich geschmückte ehemalige Rue Royale der Erzbischof in großem Ornate, von seinem ganzen Capitel begleitet. Wenige Augenblicke nach ihm sprengte Louis Napoleon durch die elysäischen Felder mit seinem Militärstabe heran; er trug, wie gewöhnlich, die Generalsuniform der Nationalgarde mit großem Stern und Murat'schem Federbusch. Der Präsident nahm in einem Lehnstuhle vor dem Altare Platz, rechts von ihm Marrast, links der Vicepräsident der Republik und die Minister. Das Te Deum begann, die Gesänge wurden vom Chor der großen Oper ausgeführt, und während der Erzbischof celebrirte, ertönte von den Invaliden her der Kanonendonner in regelmäßigen Zwischenräumen. Nach Beendigung der religiösen Ceremonien verließ der Präsident den Schauplatz fast zugleich mit dem Erzbischof, dem er beim Weggehen herzlich die Hand schüttelte, während er sich gegen Marrast auffallend kalt und ceremoniös verneigte. Bei seinem Weggehen, wie bei seinem Kommen begleitete ihn der Ruf: „Es lebe die Republik!“ dem ein höchst spärliches „Es lebe Napoleon!“ hier und da beigemischt war. Nachdem auch die Nationalversammlung abgegangen war und die Truppen den Platz verlassen hatten, konnte erst das in den auf den Platz führenden Straßen harrende Volk, unter dem sich übrigens verhältnißmäßig wenig Blousenmänner befanden, herbeieilen, um die gemachten Zurüstungen in der Nähe zu betrachten. Es fiel uns auf, daß Alles mit ungewohnter Ordnung und Ruhe, ja sogar mit Kälte vorüberging. Wir haben so eben die ganze Linie der Boulevards bis zu der sonst so bewegten Vorstadt St. Antoine durchfahren und überall dieselbe Ruhe, dasselbe festliche Aeußere bemerkt. Das schönste Wetter begünstigt übrigens die zahlreichen Spaziergänger, die in dichten Massen den elysäischen Feldern zueilen, welche heute Abend prächtig beleuchtet sein werden.

Der heutige „Moniteur“ enthält die Begnadigung von 1228 noch nicht gerichteten Juni-Insurgenten durch den Präsidenten der Republik, auf den Vorschlag des Ministers des Innern. Dieselben sollen jedoch nicht alle auf einmal, sondern erst nach und nach freigelassen werden, um, wie das amtliche Blatt sich ausdrückt, die plötzliche Berührung derer, die das Gesetz angegriffen, mit denen, die dasselbe vertrie-

…t haben, zu vermeiden. Der „Moniteur" enthält ferner …e große Reihe von Ernennungen in dem Orden der Ehrenlegion. Meyerbeer ist zum Commandeur ernannt worden.

Börsenberichte.

Wien, 3. Mai. 5pCt. Metall. 89⅛. — 4pCt. 71. — …Ct. —. — 2½pCt. 46½. — Bankactien 1125. — 500 …Loose 147. — 250 fl. Loose 91½. — Nordbahnactien 95½. — …Gloggnitzer 93½. — Mailänder 68.

Zu Geldanlagen wurden 5pCt. Metall. angekauft. Gold weiter …rückgegangen. Devisen etwas angezogen.

Berlin, 5. Mai. Staatsschuldscheine 78½ Br., Seehandlungs-Prämienscheine 99½ Br., Bankantheile 86½ à 85½ bez., …erlin-Hamburg 52 Br., Köln-Minden 75½ u. ½ bez. u. Br., …ebr.-Wilh.-Nordb. 32½ bis ½ bez. u. Br., Aktien. 39½ Br., …ürzburg. 49 Br., Fuld. bei Stieglitz 5. 84½ Br., Pots. 500 fl. …oose 71½ Br.

Die Unruhen in Leipzig und Dresden veranlaßten auch heute …ne außerordentlich flaue Stimmung, in deren Folge die meisten …onds und Actien zu bedeutend niedrigeren Coursen offerirt waren; …eschäft fand fast gar nicht statt.

Amsterdam, 4. Mai. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 49⅝ ⅜. — 3pCt. Schuld 58⅝. — 4pCt. 76⅛. ⅜. — 5pCt. Anl. …2⅝ ⅜. — do. à 510 Pf. St. 12⅝ ⅜. ½. — 3pCt. …inländ. à 6000 fl. 21⅞ ⅜. — . — 2½pCt. Port. 28⅛. — Russ. 4pCt. bei Hope 82. — do. bei Stieglitz 81⅝. — 5pCt. Metall. 70⅛. ⅜. — 2½pCt. do. 37⅛. ⅜. Port. Fonds anfangs neigend zum Zurückgehen, blieben später …Holl. Fonds anfangs flauer, später mehr gesucht. Oesterr. ebenso …durch einige Ankäufe in Integr. selbst noch höher als gestern. Eben…o franz. Fonds anfangs flauer, später mehr gesucht. Oesterr. ebenso …wie zu Wien mehr angeboten. Span. und Port. fest. Meric. etwas …angenehmer. Peru flau.

Wien. Vierzehnte Gewinnziehung der k. k. österreich. 500 Gulden-Loose. (Hauptpreise.) Nr. 35862 fl. 200000. Nr. 48533 fl. 35000. Nr. 5228 fl. 15000. Nr. 4471 fl. 12000. Nr. 15873 fl. 10000 Nr. 17093 fl. 7500. Nr. 4472 fl. 6000. Nr. 796 10687 27244 32990 jede fl. 5000. Nr. 5932 17900 26932 37682 jede fl. 3000. Nr. 32670 37694 39292 45103 jede fl. 2500. Nr. 785 5281 31044 32665 37351 jede fl. 2000. Nr. 4170 9994 13296 15864 17095 22506 22518 32667 34324 40495 jede fl. 1500. Nr. 4379 9398 12876 15578 25212 26395 31055 34327 38922 38925 jede fl. 1200. Nr. 788 1354 3766 12702 13534 19295 19721 25215 29653 32391 32396 36954 37486 37683 38033 jede fl. 1100. Nr. 4530 5929 13791 14096 14907 16308 17899 19723 20745 22111 25121 28132 33195 37491 39399 40496 42365 45049 48135 48948 jede fl. 1000.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

[1330]

Sodener Eisenbahn.

Vom **8. Mai l. J.** an finden bis auf weitere Anordnung die Eisenbahnfahrten zwischen **Frankfurt, Höchst und Soden** folgendermaßen statt:

Von Frankfurt nach Höchst u. Soden.	Von Höchst nach Soden.	Von Soden nach Höchst u. Frankfurt resp. Castel und Wiesbaden.
Vormittags	**Vormittags**	**Vormittags**
6 Uhr 45 Min.	7 Uhr 15 Min. in Verbindung mit dem um 6 Uhr Mrgs. von Wiesbaden nach Frankfurt abgehenden Zuge der Taunus-Eisenbahn.	8 Uhr 20 Min.
	8 Uhr 50 Min.	9 „ 5 „ zum Anschluß an den um 9 Uhr 5 M. Mrgs. von Frankfurt nach Castel, Biebrich u. Wiesbaden abgehenden Zug der Taunus-Eisenbahn.
9 „ 25 „	9 „ 50 „ in Verbindung mit dem um 8½ Uhr Morgens von Wiesbaden nach Frankfurt abgehenden Zuge der Taunus-Eisenbahn.	10 Uhr 30 Min.
11 „ 15 „	11 Uhr 30 Min.	12 Uhr
	12 „ 20 „ in Verbindung mit dem um 11 Uhr Morgens von Wiesbaden nach Frankfurt abgehenden Zuge der Taunus-Eisenbahn.	
Nachmittags	**Nachmittags**	**Nachmittags**
3 Uhr 10 Min.	3 Uhr 25 Min.	4 Uhr 45 Min.
5 „ 45 „	6 „ 15 „ in Verbindung mit dem um 5 Uhr Nachmittags von Wiesbaden nach Frankfurt abgehenden Zuge der Taunus-Eisenbahn.	7 Uhr 20 Min.
	7 Uhr 45 Min.	8 „ 15 „ zum Anschluß an den um 8½ Uhr Abs. von Frankfurt nach Castel, Biebrich und Wiesbaden abgehenden Zug der Taunus-Eisenbahn.
8 „ 10 „	8 „ 25 „	8 Uhr 45 Min.

An Sonn- und Festtagen findet die letzte Abendfahrt auf allen Stationen eine halbe Stunde später statt.

Außer den vorstehenden Fahrten finden an Sonn- und Festtagen folgende Extra-Fahrten statt:

Von **Frankfurt** nach **Höchst** und **Soden** Mittags 1½ Uhr.

Von **Soden** nach **Höchst** und **Frankfurt** Mittags **2** Uhr.

Soden, im Mai 1849.

Der Vorstand der Sodener Actien-Gesellschaft.

Die Verfassunggebende deutsche Reichsversammlung.

[1231] Im Unterzeichneten werden demnächst erscheinen:

Die Gesammtverhandlungen der constituirenden deutschen Reichsversammlung

bis zur Vollendung des Verfassungswerkes,

nebst den dazu gehörigen Gesetzen und einem sachgemäßen Register,

systematisch bearbeitet

von

Eduard Zimmermann,

Dr. der Rechte, Abgeordneter der deutschen Reichsversammlung.

Das deutsche Verfassungswerk nähert sich seiner Vollendung dergestalt, daß in kurzer Zeit die große Aufgabe der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung vollbracht sein wird. Die betreffenden Verhandlungen sind zwar in den stenographischen Berichten vollständig enthalten, indessen bedarf es seiner Ausführung, daß aus diesem massenhaften Material eine Uebersicht schwer zu gewinnen ist. Das allgemeine Interesse, welches diese Beschlüsse für das öffentliche Leben aller Deutschen haben, macht es zum Bedürfniß, dieselben in ihrem systematischen Zusammenhange übersichtlich entwickelt zu sehen. Dies ist die Aufgabe des hier angekündigten Werkes. Es wird das Verfassungswerk, die Grundrechte, die übrigen Reichsgesetze und die politischen Fragen allzusammen vollständig umfassen, und zur Erleichterung des Gebrauchs ein sachgemäßes Register beigegeben werden. Ein einseitiger Parteistandpunkt soll vermieden bleiben und die Entwickelung der Beschlüsse nach den Hauptmomenten des Für und Wider der Redner erfolgen.

Die Schrift wird den Umfang von 40—50 Bogen haben; mit dem Druck wird sofort begonnen werden und der Preis 3 fl. 30 kr. rhein. oder 2 Rthlr. Cour. wohl nicht übersteigen.

Stuttgart und Tübingen, April 1849.

J. G. Cotta'scher Verlag.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustsaft von **Georgé** in Epinal, womit derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditor **Schott**, große Sandgasse, zu haben.

Commissionäre sind: Hr. Conditor J. C. Schlemmer in Mainz. [1118]

[1276] **Original-Obligationen**

des Anlehens vom Verein deutscher Fürsten und Edelleute, garantirt von Adolph Herzog von Nassau, Ernst Herzog zu Sachsen-Coburg, Friedrich Prinz von Preußen ꝛc. und womit fl. 25,000, 20,000, 16,000, 15,000, 14,000, 13,000, 12,000 ꝛc. erlangt werden können, erläßt Unterzeichneter à fl. 8 und für die nächste am 15. Mai l. J. stattfindende Ziehung einzeln à 1 fl. — 10 Stück zu 7 fl. — Listen und Pläne gratis.

Julius Ritchel jun., Hauptcollecteur.
Büreau: Wollgraben in Frankfurt a. M.

[1287] **Bekanntmachung.**

Die Schuldner des Handelsmanns Gabriel Kitton werden hiermit aufgefordert, die schuldigen Beträge bei Vermeidung nochmaliger Zahlung an Niemanden als an den dessigen Massecurator, Herrn Dr. jur. Rumpf, zu entrichten.

Frankfurt, den 2. Mai 1849.

Stadt-Gericht I.
Dr. Diezel.

[1227] **Edictalladung.**

Den Nachlaß des Revierförsters Port von Bergheim betreffend.

Erb- und sonstige Ansprüche an den Nachlaß des Rabricaten sind binnen vier Wochen dahier anzumelden, gegenfalls über denselben ohne Rücksicht auf solche disponirt werden würde.

Orienberg, am 21. April 1849.

Großh. Hess. Landgericht das.
Schamm.

[983] **Edictalladung.**

Der hiesige Bürger und Conditor Sebastian Rumpf und dessen Ehefrau Maria Anna geb. Nelger, haben auf den Grund eines mit der hiesigen Permissionistin Maria Eva Drexler aus Mannheim unter dem 19. Februar 1841 abgeschlossenen Verlegungs- und Vermögensübertassungs-Vertrags nach dem am 21. Januar 1849 erfolgten Ableben der Letzteren beantragt, sie, die Rumpf'schen Eheleute, zur Erhebung einer von der Maria Eva Drexler behufs deren hiesigen Aufenthalts bei dem Rechnei-Amt hinterlegten Caution von fl. 300 zu ermächtigen. Da die Erben der genannten Drexler unbekannt sind, so werden dieselben zur Wahrung ihrer Rechtsansprüchen andurch aufgefordert, sich

binnen sechs Wochen

rücksichtlich des obgedachten Antrags der Sebastian Rumpf'schen Eheleute dahier zu erklären, bei Vermeidung, daß ansonsten diesem Antrag sofort willfahrt werden wird.

Frankfurt a. M., den 28. März 1849.

Stadt-Amt II.
Dr. Pfarr.
Dr. Antoni.

[1017] **Oeffentliche Ladung.**

Die nachfolgenden in Dortelweiler Gemarkung gelegenen Grundstücke:

	Gem.	Nr.	Viert.	Ruth.	Schuh.	
1)	13	330	—	12	97	Wiese, hinzu der Brückenwiese nach der Nidda.
2)	3	239	1	27	17	Acker, links Erlenbacher Pfad, gibt 8½ Gesch. Korn, zur Hälfte an die Stadtkämmerei, vormals Kloster Thron,
3)	13	283	—	04	00	Wiese an dem Throner Morgen, gibt ⅝ Gesch. Korn, wie vorheriges,
4)	12	430	1	05	24	Acker bei Lehsfurt über den Weg,
5)	1	405a	—	09	47	Garten rechts in den Pfortengärten,
6)	1	572a	—	07	69	Baumstück bei der Weidgasse, an die Kirche 1½ kr.
7)	1	601a	—	14	53	„ in den obersten Baumstücken, an die Kirche 1½ kr.
8)	9	24b	—	12	90	Wiese auf dem Pfaffriemer Weg,
9)	10	193ab	—	05	30	daselbst rechts auf norige,

sind in den Lagerbüchern auf Balthasar Muy von Dortelweil eingeschrieben, in dem amtlichen Transscriptionsbuche aber keinem Eigenthümer zugeschrieben.

Ferner hat Balthasar Muy am 28. April 18.7 die Grundstücke:

10) Gew. 13 Nr. 268 17 Ruth. 85 Schuh Wiese links der Throner Morgen, und
11) „ 13 „ 1496 11 „ 47 „ „ hinzu der Eller, nach dem Wieselloch,

von Heinrich Schuch unter Vorbehalt des Eigenthums für den Verkäufer bis zur vollständigen Bezahlung des Kaufpreises erkleigert, diese aber nicht nachgewiesen.

Auf Antrag der Wittwe und Kinder von Balthasar Muy werden nun Alle, welche an die vorbenannten Liegenschaften Ansprüche zu haben glauben, andurch vorgeladen, solche

binnen zwei Monaten

dahier geltend zu machen, indem sonst die obigen Grundstücke auf Balthasar Muy von Dortelweil, beziehungsweise dessen Erbtau, Clara Eleonore Margaretha, geb. Nach, als freies Eigenthum auch in dem amtlichen Transscriptionsbuche von Dortelweil zugeschrieben werden sollen.

Land-Justiz-Amt I.
Frankfurt a. M., den 5. April 1849.
Dr. von Oven.
Dr. de Bosselli, Act.

[673] **Edictalladung.**

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß der verstorbenen Wittwe des gewesenen hiesigen Bürgers Wilhelm Peter Binding des Raths, Christine Dorothea, geb. Krieg, Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen

zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen, zum Theile auswärts wohnenden Intestat-Erben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 7. März 1849.

Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Böhmer.
Dr. Eisen, Ir. Secr.

[674] **Edictalladung.**

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des verstorbenen hiesigen Handelsmanns Johann Georg Schepeler und dessen gleichfalls verstorbenen Ehegattin, Anna Elisabetha, geb. Oedenkreit, Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen

zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen, zum Theile auswärts wohnenden Erben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 9. März 1849.

Stadt-Gericht.
Schöff Dr. Böhmer.
Dr. Eysen, Ir. Secr.

[672] **Edictalladung.**

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß der verstorbenen hiesigen Bürgerstochter Margarethe Wilhelmine Gogel Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen

zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen, zum Theile auswärts wohnenden Testaments-Erben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 9. März 1849.

Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Böhmer.
Dr. Eysen, Ir. Secr.

[975] Dingliche und persönliche Ansprüche an dem Vermögen des Friedrich Heß I. von hier, über welches der Concursproceß erkannt worden ist, sowie an dem Vermögen seiner Ehefrau Margaretha geb. Küster, sind

Mittwoch, den 16. Mai d. J., Morgens 8 Uhr,

dahier geltend zu machen, bei Vermeidung des sonstigen hierauf eintretenden Ausschlusses von der vorhandenen Masse.

Idstein, den 24. März 1849.

H. N. Amt.
Habel.

[1130] **Edictalladung.**

In der Concurssache des Metzgers Johann Löffler II. zu Heppenheim wird Liquidationstermin auf

Dienstag den 15. Mai l. J., Vormittags 8 Uhr,

bestimmt, wenn alle Forderungen und sonstige Ansprüche an die Masse bei Meidung des stillschweigend erfolgenden Ausschlusses zu begründen sind.

Lorsch am 10. April 1849.

Großherzogl. Hess. Landgericht das.
Sartorius.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Extra-Beilage zu Nro. 108.) 7. Mai 1849.

Der § 39 der Grundrechte und die Taxis'sche Post in Württemberg.

Vom Main. Also auf Grund des § 39 Art. VIII der Grundrechte der Deutschen soll die Taxis'sche Post in Württemberg aufgehoben werden! Erwarten Sie nicht in diesem Artikel eine Apologie der Taxis'schen Post zu vernehmen. Es ist ein höheres und allgemeineres Interesse, welches mich anreizt! Die Grundrechte sollen die Schutzwehr des Volkes gegen Willkür sein: es ist das erstemal soweit unsere Geschichte reicht, daß die Nothwendigkeit anerkannt worden, statt wie bisher bloß von Pflichten, endlich auch einmal von Rechten der Bürger zu reden; die Grundrechte sollen das Gebiet abmarken, worin der Deutsche selbstständig zu schalten befugt und gegen die Macht der Regierungen gedeckt ist; sie sind es, die der Rückkehr des Polizeistaats die Pforten verschließen, unter deren Schirm sich das Volksbewußtsein nach langer Schmach zum Nationalstolz erheben soll! Und, welcher Gebrauch wird von diesen ersten Urkunde in Württemberg gemacht? Sie wird gedeutet und gedreht und corrumpirt, aus dem Grundrecht des Volks wird ein Grundrecht der Regierung gemacht; was der Schutz der bürgerlichen Freiheit hat sein sollen, wird zur Handhabe einer Gewaltthätigkeit im Großen, wie sie bis jetzt ohne Beispiel gewesen.

Der § 39 der Grundrechte verordnet: „Aller Lehensverband ist aufzuheben. Das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen."

Wir können getrost die Frage aufwerfen, ob wohl ein einziges Mitglied der Reichsversammlung, ob ein einziger unbefangener Beurtheiler unter dem Volk in dieser Gesetzesbestimmung etwas anderes erkannt hat als die Absicht, die bis dahin abhängige Sache frei zu machen in der Hand des Lehenträgers, zu seinen Gunsten das getheilte Eigenthum in volles zu verwandeln, endlich zu brechen mit den mittelalterlichen Begriffen, und den Weg zu gehen, welchen die Wissenschaft seit mehr als hundert Jahren angezeigt hat, den seit der französischen Revolution die Gesetzgebung in allen zur Freiheit erwachten Staaten betreten hat. Man möge nur ein einziges Beispiel nachweisen, daß das Lehensverhältniß zum Vortheil des Lehensherrn aufgehoben, und zur Verwirklichung der Idee des freien Genusses des Eigenthums der Lehensträger seines Besitzes entsetzt worden sei. Man wird vergebens darnach suchen!

Die württembergische Regierung behauptet aber, daß wenn nur der Lehensverband verschwinde, das Mittel als gleichgiltig anzusehen, und weil das Nähere über die Art und Weise der Ausführung der Gesetzgebung der Einzelstaaten überlassen werden, es auch in deren Willen gelegt sei, ob sie die Aufhebung des Lehensverbandes durch Entsetzung des Vasallen (Consolidation) oder durch seine Erhebung zum freien Eigenthümer (Appropriation) bewirken wolle.

So wenig sich aus dem Geiste des § 39 eine so unbeschränkte Verfügung über das Eigenthum ableiten läßt, eben so wenig aus den Worten. Nicht die Art und Bedingung der Aufhebung des Lehensverbandes sollen die Gesetzgebungen der Einzelstaaten bestimmen; aus einer solchen Fassung würde sich die Ansicht begründen lassen, daß die Eigenthumsfrage selbst noch nicht geordnet sei, wie dies der unmittelbar vorhergehende § 38 über die Familienfideicommisse zeigt. Die Art und Bedingungen der Aufhebung derselben soll die Gesetzgebung der einzelnen Staaten bestimmen, weil das Eigenthumsverhältniß erst noch zu regeln ist. Im Gegentheile sollen hinsichtlich des Lehensverbandes die Einzelstaaten nicht die Art und Bedingungen der Aufhebung bestimmen, weil das Eigenthumsverhältniß bereits geregelt ist, sie sollen nur das Nähere über die Art und Weise der Ausführung anordnen. Ausführen aber kann man nur, was im Grundsatz bereits feststeht, und wenn nur das Nähere über die Art und Weise der Ausführung der Einzelgesetzgebung überlassen ist, so hat dadurch das allgemeine von ihrem Einflusse ausgenommen werden sollen.

An diese Regeln der Auslegung, an den Inhalt der Debatten, aus welchen die Absicht des Gesetzgebers sich deutlich ergibt, worin aber nirgends der entfernteste Grund zur Unterstützung der Behauptung aufzufinden ist, daß hier ein anderer Gang hinsichts des Lehensverbandes habe eingeschlagen werden sollen, als in andern Staaten, an alles dieses kehrt sich die k. württembergische Regierung nicht. Sie erklärt, daß es ganz in das Belieben der Landesgesetzgebung gestellt sei, wem sie das Eigenthum an dem bisherigen Lehen zusprechen wolle — dem Lehenträger oder dem Obereigenthümer — und daß für diese Wahl die Convenienz allein entscheidend sein müsse. Es ist dies eine Theorie, bei welcher der württembergische Staat reich an Besitzungen werden könnte, denn es wird wohl manches Lehen vorhanden sein, welches als Staatseigenthum ganz besonders convenirt, und es ändert nichts an dem Werthe dieser Theorie, daß für jetzt nur das Postlehen ihm besonders zu convenieren scheint. Aber aufmerksam machen muß man doch auf die natürliche Grundlage solcher Ansicht. Wenn die Landesgesetzgebung frei schalten und walten können, indem sie hier nimmt und dort gibt, und für die Verleihung des Eigenthums die Motive in der Convenienz des Particularstaates allein findet, so setzt dies voraus, daß eine große Confiscation vorausgegangen, daß der sämmtliche Lehensbesitz durch § 39 zum Vortheile des Staats eingezogen und ihm überlassen worden sei, wie er damit schalten, ob er dem Vasallen, ob er dem Lehensherrn ihn zuerkennen wolle. Auch im Behalten würde sich noch die Verwirklichung des § 39 zeigen, wenn nicht die Absicht gewesen wäre, das Lehen in der Hand seines Besitzers freizumachen, sondern nur keinen Lehensverband mehr zu haben. Und solche monströse Dinge, solche Unsicherheit wie sie die Geschichte nicht kennt, sollen dem Art. VIII der Grundrechte entsprießen, der zum Schutz des Eigenthums verfügen will. Man muß es erleben, um es zu glauben, daß eine solche Anwendung der deutschen Magna Charta versucht werden kann.

Die württembergische Regierung wird vielleicht einwenden, daß nur in Beziehung auf das Taxis'sche Postlehen von ihr diese halbrechende Auslegung des § 39 bezw. dt sei. Mit dem Zwecke kann man uns nicht hinsichts der Mittel bestechen. Die Grundrechte der Deutschen haben wohl die Standesunterschiede aufgehoben, aber die bisher privilegirten Stellungen darum nicht rechtlos machen, sie nicht für die frühere Auszeichnung strafen wollen. Der Fürst von Taxis ist in Beziehung auf die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte nicht besser gestellt wie jeder andere Deutsche, aber auch nicht schlechter, und was gegen jeden andern gräbt ein schreiendes Unrecht und eine Gewaltthat wäre, wird nicht zum Recht, weil es gegen ihn gewendet wird.

Die staatsrechtliche Stellung des Hauses Taxis und das Verhältniß derselben zu §. 39 soll ein nächster Artikel beleuchten. (A. Z.)

Deutschland.

|| **Frankfurt**, 7. Mai. **Aus der Paulskirche.** 1¼ Uhr. Die Versammlung geht über den Wesendonck'schen Antrag mit 209 gegen 130 Stimmen zur motivirten Tagesordnung über. Einigen Dringlichkeitsanträgen in Betreff der sächsischen Krisis wird die Dringlichkeit zuerkannt. Abg. Dietsch aus Annaberg, der erste eingeschriebene Redner, spricht einige Worte, welche die Galerien zum stürmischen Beifalle fortreißen. Der Vorsitzende sieht sich genöthigt, wegen der herrschenden Aufregung die Sitzung auf eine halbe Stunde zu suspendiren.

† **Frankfurt**, 7. Mai. Zu der gestrigen Sitzung des Congresses der Märzvereine war der Saal im Wolfseck eigens geschmückt. Auf der einen Seite hing Robert Blum's Bildniß mit Trauerflor und Blumen umgeben; hinter der Rednerbühne waren folgende Verse zu lesen:

„Die sind vorbei der Freiheit Sternenwachen,
Es bricht heran der ernste Morgen,
Und an das Haus, das man begründet, pochen
Der Kampf des Lebens und die Sorgen."

Es mögen etwa 500 Abgeordnete der Märzvereine anwesend sein. Nassau ist am stärksten (durch 36—40 Abgeordnete) vertreten. Von Preußen hat bloß Magdeburg, Breslau, Stettin, Elberfeld ꝛc. durch einige Männer den Congreß beschickt. Von bekannten Persönlichkeiten ist Jennebey aus Wien, den Rudolphi geschickt hat, und Bratkow aus Schleswig-Holstein anwesend. Als Gäste waren mehrere Abgeordnete der zweiten aufgelösten Kammer in Berlin erschienen, u. A. Rodbertus, Hansen und Andere. Erfreulich war es zu sehen, daß die republikanischen und Conventgelüste Einzelner, die sich bereits in den Vorberathungen der letzten Tage im deutschen Hofe geltend machen wollten, bei der großen Mehrheit keinen Anklang fanden und war es besonders Vogt, der gestern Morgen im Deutschen Hofe sie überzeugte, wie man nur dann zu etwas gelangen könne, wenn man auf die gesetzliche Grundlage, die Nationalversammlung, sich stütze. Wie anders war es im vorigen Jahre auf dem Demokratencongreß, wo man die Nationalversammlung nicht genug schmähen und herabsetzen konnte. Man entnimmt daraus, daß das deutsche Volk in diesem Jahre viel gelernt hat; es haben nun die Führer dafür zu sorgen, daß die Blüthe der Politik unseres Volkes auch schöne und gesunde Früchte bringe und diese ganz reifen. Zu dem Banner, unter dem sich alle Märzvereine schaaren sollen, ist „Volkssouveränität und Durchführung der Verfassung", bestimmt. Viele der Abgeordneten sind freilich mit andern Hoffnungen hierher gekommen; der Eine sah sich bereits als Mitglied eines „Wohlfahrtsausschusses" für Deutschland, der Andere hatte eine „europäische Rede" einstudirt, um den Herren in der Paulskirche zu zeigen, daß es außer ihnen auch noch Demosthene im deutschen Vaterlande gibt. Ersteres wurde durch den guten Sinn und das einträchtige Zusammengehen aller Gutgesinnten, letzteres durch einen Paragraphen der Geschäftsordnung vereitelt, der jedem Redner bloß 5 Minuten Zeit gönnte. Fröbel präsidirte; er war auch Vorsitzender des Demokratencongresses im vorigen Jahre: aber wer ihn damals und wer ihn gestern sah, konnte sich überzeugen, daß er in der Zwischenzeit den Ziegelsjahren der Politik entwachsen und politisch klüger geworden sei. Interessant waren die Mittheilungen von Spatz, der eben aus der bayerischen Pfalz kam und erzählte, der dortige Landesvertheidigungsausschuß habe 10 Bürger mit der Durchführung der Verfassung beauftragt, und allen Beamten drei Tage Bedenkzeit zur Anerkennung der Verfassung gegeben; nach Ablauf derselben und die sich Weigernden ihres Dienstes entlassen.

† **Berlin**, 5. Mai. Für die in Berlin herrschenden Ansichten über die preußische Intervention in Sachsen ist nachstehender Artikel der „A. Z. C." bezeichnend: Die heutige Börse bot einen überaus traurigen Anblick dar. Alle Effecten waren um mehrere Procente heruntergegangen, besonders russische und polnische. Folgerweise fanden sich nur wenig Abgeber und das Geschäft blieb überhaupt matt. Einen besonders ungünstigen Eindruck machte die preußische Intervention in Sachsen, weil man und mit Grund besorgte, daß, nachdem jene Intervention von Preußen aus eigener Machtvollkommenheit und ohne Auftrag seitens der Centralgewalt geschehen sei, sehr leicht von anderer Seite eine Contreintervention erfolgen könne. Dies um so eher, als, wenn es im Interesse der preußischen Politik liege, dem Könige von Sachsen zu Hilfe zu kommen, weil er die Reichsverfassung nicht wolle, es gerade eben so sehr im Interesse der kleineren, der Verfassung beigetretenen Staaten begründet liege, dem sächsischen Volke zu Hilfe zu eilen, weil es die Verfassung doch wolle. Damit wäre der Bürgerkrieg in bester Form vorhanden."

In Folge des jüngsten Circularschreibens der preußischen Regierung an sämmtliche deutsche Cabinette, wodurch zur Beschickung eines abzuhaltenden Congresses aufgefordert wird, sind von den beiden Höfen von Dessau und Koburg-Gotha bereits Antwortnoten hier eingegangen, worin unumwunden erklärt wird, daß von ihnen die deutsche Reichsverfassung unbedingt anerkannt werden sei, daß für sie also keinerlei Veranlassung vorliege, einen Congreß zu beschicken, dessen Thätigkeit auf Abänderung eben dieser Verfassung gerichtet sein soll. (K. Z.)

Der unter dem Ministerium Camphausen und Hansemann bekannt gewordene Kriegsminister Generalleutenant v. Schreckenstein ist einstweiliger Commandeur des Gardecorps geworden.

Die Stimmung am Hofe und der Umgebung des Prinzen von Preußen charakterisirt wohl am besten folgender verbürgte Zug. Als vor wenigen Tagen die Prinzessin von Preußen nach einem Concerte sich der Frau Crelinger näherte, um ihr einige Worte der Anerkennung über ihre Declamation zu sagen, und die Künstlerin dabei das Bedauern äußerte, daß das Theater so wenig durch den Besuch der Hoheiten erfreut werde, erwiederte die Prinzessin, indem sie in Thränen ausbrach: „Ach, wer kann jetzt die Stimmung finden, ins Theater zu gehen!" Von ihren Gefühlen überwältigt, mußte sie sich abwenden und entfernte sich schweigend. (Ztg. f. Nordd.)

Magdeburg, 3. Mai. Von dem Vorstande des „Vereins zur Wahrung der Volksrechte" wurde heute Morgens durch Placate an allen Straßenecken Magdeburgs gesammte Einwohnerschaft zu einer großen Volksversammlung, in der ein Beschluß in der „deutschen Sache" gefaßt werden sollte, eingeladen. Diese Volksversammlung ist die großartigste und besuchteste aller derartigen Versammlungen gewesen, die hier wohl jemals gehalten wurden; denn nach ungefährer Schätzung mögen wohl 8—10 000 Menschen daran Theil genommen haben. Beschlossen wurde, da ungeachtet der Aufforderung dazu der Magistrat und die Stadtverordneten die Sache nicht, wie Kölns hochherziger Gemeinderath, in die Hand nehmen zu wollen scheinen, eine Erklärung gleichzeitig nach Berlin an Se. Maj. den König und an die Nationalversammlung nach Frankfurt zu senden, des Inhalts: „wie Magdeburgs Bewohner in der allergrößten Mehrzahl die in der letzten Note der Regierung an Hrn. Camphausen ausgesprochenen Grundsätze für durchaus falsch erklären und unter allen Umständen an der Rechtsbeständigkeit der Verfassung des deutschen Reiches festhalten, ja dafür Blut und Leben einsetzen wollen". Bereits lag diese Erklärung in 12 Exemplaren zur Unterschrift offen und wurde mit Tausenden von Namen bedeckt; morgen wird sie in öffentlichen Localen zu gleichem Zwecke ausliegen und dann mit allen Namensunterschriften gedruckt und abgesendet werden. (K. Z.)

Düsseldorf, 5. Mai. Von Seiten unseres Gemeinderathes sind zu dem rheinischen Städtetage in Köln deputirt die Gemeindeverordneten Reutner Dietze, Justizrath Friedrichs und Dr. Reinartz. (Düss. Z.)

Köln, 5. Mai. Mittags. Die Veränderung des Tages der Versammlung der rheinischen Gemeindeverordneten vom heutigen Tage auf den 8. d. M. hat es veranlaßt, daß heute schon aus vielen Gemeinden Abgeordnete sich eingefunden haben. Dieselben versammelten sich Vormittags im „Prinz Karl" zu Deutz zur Vorbereitung der Sitzung vom nächsten Dienstag. Die stattgehabten Besprechungen verbreiteten sich über Anträge auf Anerkennung der Reichsverfassung, auf unverzügliche Anordnung der Wahlen zur zweiten Kammer und baldigste Einberufung der ersten und zweiten Kammer, so wie auf Entlassung des Ministeriums. Man sprach sich dafür aus, daß die Beschlüsse, welche am nächsten Dienstag darüber gefaßt werden möchten, in geeigneten Eingaben an den König und an die deutsche Nationalversammlung zur Frankfurt zu übermitteln seien.

Aus **Dresden**, 5. Mai, sind nachträglich zu den Berichten im Hauptblatt folgende Proclamationen mitzutheilen:

„Die meinem Herzen wahrhaft schmerzlichen Ereignisse des gestrigen und heutigen Tages, welche zuletzt in gewaltsame Angriffe auf das Zeughaus und selbst auf mein Schloß ausarteten, während ein großer Theil der Communalgarde seiner Pflicht, für Erhaltung und Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung mitzuwirken, nicht nachkam, nöthigen mich, Dresden einstweilen zu verlassen und mich auf die Festung Königstein zu begeben. Wenn ich den von vielen Seiten an mich gestellten Anträgen, die von der Nationalversammlung zu Frankfurt verkündete deutsche Reichsverfassung sofort anzuerkennen, zu willfahren Bedenken trug, so bin ich dabei nur der innersten Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer einstweiligen Beanstandung dieser Maß-

regel gefolgt und habe dabei nur das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes im Auge gehabt, sowie ich auch durch diesen meinen Entschluß die Grenzen des mir unzweifelhaft zustehenden Rechts auf keine Weise überschritten habe. Ich hoffe von dem früher so oft bewährten Sinne meiner geliebten Sachsen für Recht und Gesetzlichkeit, daß es weitern ernsten Einschreitens nicht bedürfen soll, und daß ich deßhalb auch in kürzester Zeit in meine theuere Residenz wieder zurückzukehren im Stande sein werde. Uebrigens ist Fürsorge getroffen worden, daß durch meine Abwesenheit von hier die Regierungsgeschäfte nicht unterbrochen werden. Dresden, 4. Mai. 1849. Friedrich August. Dr. Ferdinand Zschinsky."

„Die unterzeichneten Staatsminister erfüllen ihre Pflicht, die obige Proclamation Sr. Maj. des Königs zu veröffentlichen. Die unterzeichneten Minister haben weder Se. Majestät den König noch die Regierung des Vaterlands verlassen. Sie sind sofort auf ihre Posten zurückgekehrt, nachdem sie Sr. Maj. des Königs persönliche Sicherheit geschützt sahen. Sie halten es für ihre Pflicht, im Namen Sr. Maj. des Königs gegen die Einsetzung einer provisorischen Regierung Verwahrung einzulegen. Sie hoffen, daß das sächsische Volk dem Rufe des Gesetzes, den Pflichten der Treue und den Mahnungen der Besonnenheit folgen werde. Dresden, 5. Mai 1849. Die Staatsminister v. Beust. Rabenhorst."

Hannover, 4. Mai. Am 7. Mai wollen Deputationen aus allen Theilen des Landes hier eintreffen, um vom Könige unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung und sofortige Einberufung der Stände zu fordern. Die Volksvereine und Arbeitervereine betheiligen sich lebhaft bei diesen Bestrebungen für das Gesetz gegen den Willen Einzelner. Dagegen hat der hiesige Polizeidirector, ein ehemals liberaler Advocat, ganz im Sinne des alten Polizeistaates folgende Warnung erlassen: „Der Vorstand des Volksvereins zu Hildesheim hat im Auftrag einer daselbst abgehaltenen Volksversammlung und Namens verschiedener Hildesheimer Volksvereine das hannoversche Volk in einem durch mehrere Blätter und durch viel verbreitete besondere Abdrücke veröffentlichten Aufrufe aufgefordert, am Montage den 7. d. M. in Schaaren zu Sr. Majestät dem König zu ziehen, um Entlassung der Minister und unbedingte Unterwerfung der Regierung unter das angeblich in Geltung getretene Reichsverfassungsgesetz zu erlangen. — Auf Verfügung hiesiger königl. Landdrostei wird in Anlaß dieser zum Aufruhr führenden Aufforderung hierdurch warnend bekannt gemacht, daß massenhafte Züge zu Sr. Maj. dem Könige oder zu den Behörden nicht geduldet werden können, und daß alle erforderlichen Anstalten getroffen sind, um jeden Versuch, dem entgegenzuhandeln, oder sonst in hiesiger Stadt Unruhe zu erregen, mit den kräftigsten Maßregeln, nöthigenfalls mittelst der zum Schutz für Ruhe und Ordnung in hinlänglicher Stärke herbeigezogenen Waffengewalt, von vorn herein zu unterdrücken." Die gegen das angeblich in Geltung getretene Reichsverfassungsgesetz herbeigezogene Waffengewalt besteht nicht allein aus Hannoveranern. Unsere Truppen schwanken, ob sie die Disciplin höher achten müssen, als die Reichsverfassung, ob sie die Waffen gegen ihre Brüder gebrauchen dürfen. Mehrere höhere Offiziere sollen erklärt haben, daß sie nicht darauf rechnen könnten, daß ihnen die Mannschaften gehorchen würden, wenn es einen Kampf gegen das Volk gelte. So sind denn auf morgen dreitausend Preußen in der nächsten Umgebung der Stadt angesagt, die auf einem Marsche nach Süddeutschland hier einige Ruhetage halten werden. — Während der General der Bürgerwehr, Hofrath und Leibchirurg Dr. Holscher, auf die an ihn gerichtete Aufforderung des Wehrmannsvereins, die Bürgerwehr zu einer Erklärung für die Reichsverfassung zu veranlassen, in einem Corpsbefehl dadurch antwortete, daß er die Bürgerwehr als ein lediglich polizeiliches Institut bezeichnet, haben schon heute viele Compagnien, aufgefordert, sich mit diesem Corpsbefehl einverstanden zu erklären, geantwortet, daß sie die Reichsverfassung unbedingt anerkennen wollen. — Die polytechnische Schule ist heute bis zum 14. Mai geschlossen. Das bewaffnete Corps der Polytechniker, eine Abtheilung der Bürgerwehr, die sich immer durch Eifer im Dienste auszeichnete, ist entwaffnet. Der Grund der Schließung der Schule und der Entwaffnung der Polytechniker soll darin liegen, daß sie sich geweigert in einer Versammlung entschiedener für die Anerkennung der Reichsverfassung anzusprechen haben, als den Lehrern genehm war. Zwei Compagnien der Bürgerwehr, die beordert waren, zur Abnahme der Waffen von den Polytechnikern Hülfreich zu sein, haben diesen unehrenhaften Dienst verweigert. Bis jetzt, 6 Uhr Abends, haben nur wenig Polytechniker ihre Waffen abgeliefert. Stüve ist gestern zu einer Conferenz mit dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel nach Berlin abgereist.

Aurich, 29. April. Der hiesige Bürgerverein fordert alle Gemeinden Ostfrieslands dringend auf, von allen ihnen nach der Verfassung unserer Provinziallandschaft zustehenden Rechten der Vertretung jeder Gemeinde auf der Landrechnungsversammlung am 19. Mai Gebrauch zu machen, ihre Deputirten mit der bestimmten Instruction zu versehen, im Namen ihrer Corporationen die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung und der Beschlüsse der Nationalversammlung einschließlich der Kaiserwahl auszusprechen und die Regierung zur schleunigsten Wiederberufung der Ständeversammlung des Königreichs zu veranlassen. (Ostsee-Zeitung.)

⊙ **Stuttgart**, 5. Mai. Der Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Postvertrags, wurde in der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten zu Ende gebracht. Artikel 1 bestimmt, daß sich dieser Lehensverband zwischen der Krone und dem fürstlichen Hause Taxis mit Ablauf des 19. Mai dieses Jahres auflöse. Die Festsetzung dieses so nahe gerückten Termins nannte Freiherr v. Linden eine Uebereilung, und bezeichnete es als eine Aufforderung der Ehre der Gesetzgebung, daß auch jeder Schein der Uebereilung vermieden werde. Sogar die sonst immer weiter als die Regierung gehende Commission fand den Termin unpassend, und hätte den 30. Juni gewünscht, als den Zeitpunkt, an welchem für den Staat ein neues Rechnungsjahr, für die Postverwaltung ein neues Quartal beginnt. Art. 2 übernimmt sämmtliche bei den Posten angestellte Diener mit ihren Dienstrechten in den unmittelbaren Staatsdienst. Santers Antrag „mit ihren Dienstrechten" zu streichen, um der Gesetzgebung nicht vorzugreifen, wird mit 44 gegen 25 Stimmen verworfen. Die Debatte nahm einen Verlauf, daß es fast schien, als wolle man jetzt nicht einmal den Vertrag dieser Diener anerkennen, was, wie Reyscher sagte, ein doch zu starker Sprung gewesen wäre, welcher auch auf der Post nicht erlaubt ist. Von Eisenlohr u. A. wurde als Ruhm der Taxischen Verwaltung anerkannt, daß sie für die Hinterbliebenen ihrer Diener durch Gratialien immer wohlwollend gesorgt habe, und dieselbe Rücksichtnahme dem Staate anempfohlen. Die weitern Artikel handeln von der Uebernahme des Inventars und der Gebäude, von der Actenübergabe, von dem Eintritt des Staates in die Pacht-, Miethe- und sonstigen Verträge der fürstlichen Postverwaltung. Der wichtigste Artikel ist der letzte, welcher die Entschädigungssumme betrifft, deren Festsetzung übrigens noch gar nicht vorbereitet ist. Der Commissionsantrag, daß dem Staate sämmtliche Einreden und Rechtsmittel gegen die Ansprüche des fürstlichen Hauses auf den Besitz und die Verwaltung der k. Posten, insbesondere gegen die Giltigkeit des Postlehenvertrags von 1819, ausdrücklich vorbehalten bleiben, stellte, wie Holzinger und Freih. v. Linden aufs entschiedenste wiederholt nachweisen, die ganze Entschädigung wieder in Frage. Der Letztere protestirte gegen ein tumultuarisches Verfahren, welches die Debatte verweg abschneiden wollte. Es komme, sagt er, hier heraus, als wie wenn der Mächtigere dem Schwächeren diktire, man lasse stets das Damoklesschwert über dem Fürsten hängen, um ihm eine möglichst geringe Entschädigung aufzudringen; da möge man lieber vollends den Proceß gleich mit der Execution beginnen. Nach lange sich abquälenden Verhandlungen wurde Art. 9 aus dem Regierungsentwurf, den Commissionsanträgen und einem Amendement Hölder's zusammengesetzt und angenommen wie folgt: Das fürstliche Haus Thurn und Taxis erhält zur Entschädigung für das Postlehen eine vom 20. Mai 1849 ab in Vierteljahrsfristen auszubezahlende Rente aus der Staatskasse, welche vom Staat zu jeder Zeit im 20fachen Betrag abgelöst werden kann, bei deren Bemessung der Reinertrag des Postlehens, sowie er nach den Verhältnissen des letzteren zur Zeit des Ueberganges der Postverwaltung an den Staat für die Folgezeit sich voraussichtlich, unter gleichzeitiger Berücksichtigung der mannlehenbaren Eigenschaft, mit welcher die Postverwaltung dem fürstlichen Hause verliehen war, als Maßstab zu dienen hat. Die Bemessung der Rente erfolgt, wenn die Betheiligten sich nicht verständigen, im ordentlichen Rechtswege, wobei der Richter die auf die Größe der Entschädigung Einfluß übenden Gründe, namentlich die mannlehenbare Eigenschaft des Postverirags, in billige Berechnung zu bringen hat. Uebrigens bleiben dem Staate sämmtliche Einreden und Rechtsmittel gegen die Ansprüche des fürstlichen Hauses auf den Besitz und die Verwaltung der königl. Posten, insbesondere gegen die Giltigkeit des Postlehensvertrages von 1819, ausdrücklich vorbehalten. Bis zur endgiltigen Festsetzung der Entschädigung wird in Ermangelung anderer Uebereinkommen dem Fürsten, sofern er sich in Betreibung der ersteren keinen Verzug zu Schulden kommen läßt, eine von der Verwaltungsbehörde unter Berücksichtigung des vorläufig beschränkten Reinertrags des letzten Jahres zu bestimmende Rente auf Abrechnung angewiesen. Staatsrath Duvernoy setzte noch hinzu: es liegt im Interesse beider Theile, so loyal als möglich zu verfahren.*)

JW **Kolding**, 1. Mai. Heute noch werden die Preußen hier einmarschiren, denn sie brechen schon aus ihren Quartieren, die nur noch 1—2 Stunden von der jütländischen Grenze entfernt liegen, auf. Die Freude unter diesen braven preußischen Truppen ist ungemein groß, denn sie sehnen sich sehr darnach, auch in diesem Jahre den Dänen wieder zu zeigen, wie gerne sie für Schleswig-Holsteins gerechte Sache kämpfen. Besonders das 12. Regiment aus Frankfurt a. d. O., welches sich im vorigen Jahre schon so sehr bei der Erstürmung des Dannewirke auszeichnete, hat wiederholt schon förmlich darum nachgesucht, man möge ihm doch Gelegenheit geben, recht ordentlich mit den Dänen zusammen zu kommen. Uebrigens werden die preußischen Truppen nicht in Kolding bleiben, sondern wohl direct gegen Fridericia marschiren, wo sich die ganze dänische Hauptmacht hier in Jütland zusammengezogen zu haben scheint. Den Preußen folgen unmittelbar fünf Bataillone Bayern nach, die jetzt schon in und um Hadersleben stehen. Uebrigens haben die preußischen Landwehrregimenter aus Posen und Westphalen, die jetzt hier oben in Nordschleswig stehen, in den letzten Tagen noch bedeutende Verstärkungen an Mannschaft erhalten. Der Gesundheitszustand aller Truppen ist sonst gut, nur daß die süddeutschen und besonders rheinländischen Abtheilungen sich sehr schwer an die feuchte, windige Witterung, die hier herrscht, und an die gänzliche Entbehrung von Wein und Bier gewöhnen können, und deßhalb auffallend viel Fieberkranke haben, was bei den Norddeutschen viel weniger der Fall ist. Die Württemberger und Baden er, die seit drei Vierteljahren hier stehen, haben sich schon ganz acclimatisirt. General Bonin läßt fleißig größere Recognoscirpatrouillen 4—5 Meilen weit in Jütland hineinmachen, ohne daß dabei auf dänische Abtheilungen gestoßen wird. Einzelne Cavallerieposten, die aufgestellt sind, ziehen sich sogleich zurück, sobald sie von der Annäherung unserer Truppen unterrichtet sind. Die Stimmung des südländischen Landvolkes ist im Ganzen eine sehr Gutmüthige, ganz entfernt von jeglichem Fanatismus. Sie klagen und brummen viel über die Lasten des Krieges, und verwünschen die Urheber desselben, gleichviel ob dies Deutsche oder Inseldänen sind. Widersetzlichkeiten bei der Anlieferung von Lebensmitteln, die ausgeschrieben sind, kommen nicht vor; die Bauern geben her, was sie noch haben, ohne sich sehr zu sträuben. Uebrigens haben die Dänen hier schon ziemlich aufgeraumt, da sie fast den ganzen Winter in bedeutender Stärke hier zusammengezogen waren.

Aus **Altona**, 4. Mai, wird der „Köln. Ztg." geschrieben: Gestern Abend traf mit dem Eisenbahnzuge Hr. Bargum, Präsident der Landesversammlung, hier ein; dem Vernehmen nach hat ihm die Statthalterschaft eine Mission für Frankfurt gegeben. — Zwei bekannte österreichische Gäste langten gestern Abend, über Harburg kommend, in Hamburg an. Frhr. v. Somaruga und Appellationsgerichtsrath v. Schmerling. Man zweifelte Anfangs, daß Letzterer wirklich der Erzreichsminister des Innern sei. Er hat Familie und Dienerschaft bei sich; es verlautet, er gehe nach Rendsburg. Dabei sind der Schleswig-Holsteiner nichts Gutes. — Eine dänische Fregatte hat gestern gerade vor der Elbmündung, nahe bei Cuxhaven, Anker geworfen.

Nachschrift. So eben erfahren wir, Hr. v. Schmerling sei heute Mittag an der Hamburgischen Börse erschienen, wo man ihn erkannte und, um ihm einen Beweis der Achtung zu geben, welche man ihm zolle, unter Pfeifen und Zischen heraus complimentirt worden.

Kiel, 2. Mai. Dem Vernehmen nach haben sich nach der Schlacht bei Kolding sehr viele auswärtige Offiziere zum Dienst in unserer Armee angeboten, General Bonin aber diese Anträge abgelehnt, „weil vorläufig die Armee selbst genug tüchtige Elemente zu Offizieren besitze und es am besten sei, wenn die Offiziere einer Armee hauptsächlich aus Landeskindern bestünden", gewiß eine sehr zu rühmende Ansicht, wie denn überhaupt unser Obergeneral sich die wenigste Achtung des ganzen Landes im vorzüglichen Maße zu der unbegrenzten Liebe der Soldaten erworben hat, auch der bekannte alte Wanderer W. v Nathen soll seine Dienste angeboten haben.

Braunschweig, 4. Mai. Heute Morgen sind mit dem ersten Zuge die hannover'schen Minister Stüve und Bennigsen hier durch nach Berlin passirt. Es dürfte wohl keine ungegründete Vermuthung genannt werden, wenn angenommen wird, daß die Reise der Genannten eine ab der Aufforderung des preußischen Cabinets, zum Zwecke der Vereinbarung einer Verfassung für Deutschland Bevollmächtigte nach Berlin zu senden, sei. Stüve also, der deutsche Mann, der Vertrauensmann des ganzen hannover'schen Volkes vor nicht langer Zeit, ist der erste Minister, welcher sich den Anforderungen des preußischen Cabinets fügt. (D. Reichsztg.)

*) Ueber die Legalität des Verfahrens der württembergischen Regierung hat der Abgeordnete Schott in der zweiten Kammer gleich in unserem Blatte erschienener, der „Augsb. allg. Zeitung" entnommene Aufsatz „Der § 29 der Grundrechte und die Taxische Post in Württemberg" zu sagen. Er zeigt, welchen scandalösen Mißbrauch man von einem Grundrechte machen kann. Die Zeitung hat eine wüthende Wuth, sagt das Sprichwort. Wenn die anderen Grundrechte eben so gehandhabt, oder besser gesagt, eben so verwegen zum Nachtheile der Staaten und zum Nachtheile der Staatsbürger gedreht werden können, so hätte man wohl Ursache, in Hinblick auf die Reichsverfassung und das in den Grundrechten enthaltene Pfand ihrer Liebe auszurufen: Bewahre uns Gott vor unseren Freunden, mit unseren Feinden wollen wir schon selbst fertig werden. Anm. d. Red. d. D. P.-A.-Z.

Verantwortlicher Redacteur: Dr H. Ratten.

Cours der Staats-Papiere. 7. Mai 1849. (Schluß der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	75½	75½
»	ditto ditto . .	4	60⅝	60⅜
»	ditto ditto . .	2½	40⅜	39⅞
»	Bank-Actien p St. .		1160	1155
»	v. 1834 Loose p. Stück		80½	79
»	1839 » ditto		126½	126
»	Verbindlichk. Obligat.	5½	—	95½
»	ditto ditto	5	82	—
Preußen	Staatsschuldscheine	3½	79½	79
»	Prämienscheine . .		—	100
Bayern	Obligationen . . .	3½	73½	73
Darmstadt	35 Loose		71	70⅝
»	25 ditto		22½	22
»	Obligationen . . .	2½	79½	79
»	ditto	4	87½	86⅞
Baden	Obligationen v. 1832	3½	76½	76
»	35 Loose v. 1845		44½	43
»	35 Loose		27½	27⅜

Nassau.	Obligationen à Ruthl.	3½	97	96½	Wechsel-Cours.				
»	Neue Wiesbadener	3½	94⅛	93⅝	1 Tag 7 Mai		Papier	Geld
Nassau	Obligat. à Rthlr.	3½	79½	79	Amsterdam (k. S.		100⅛	100⅛
»	35 Loose		21	20⅜	(100 fl. Crt.)	2M.	—	100
Frankfurt	Obligationen	3	78	77½	Augsburg (k. S.		—	119⅜
»	ditto v. 1839	3½	93	92½	(100 fl. Crt.)	2M.	—	—
»	ditto v. 1846	3½	89½	89	Berlin . . (k. S.		—	105⅛
Taunusbahnaction .			382	380	(50 Thlr.)	8T.	—	—
Italien	Integrale	2½	49⅝	49½	Bremen (50 rS.		—	99
»	Holländische	4	—	77	Bthlr. à Louisd'or	8M.	—	—
»	Syndicats	3½	—	78	Hamburg . (k. S.		88⅛	—
Spanien	Activa m. Int. 1847	5	—	—	(150 Mk. Bco)	2M.	—	87½
»	Innere Schuld neue Obl	3	24½	24½	Leipzig (50	k. S.	—	103⅛
Portugal	Consols Lit. A. 3 12	3	—	—	Thlr.) Lit. M.			
Polen	4. 300 Loose Lemb. Rth			93	London . . (k. S.		120½	—
»	Obligationen à 5 500	5	82½	82	(10 Lst. St.)	8M.	—	119½
Russland	in S. S. 3. b. Gebr. etC.	5	82	—	Lyon . . . (k. S.		95⅛	—
»	ditto b. Stieglitz et C.	5	81½	—	(300 Fr.)	2M.	—	—
					Mailand (150 k. S.		100⅛	—
					Lir. Austr.)	8M.	—	—
					Paris . . . (k. S.		95⅛	95
					(300 Fr.) .	8M.	—	—
					Wien (100 fl. k. S.		103½	—
					in 24 20 Fl.	8M.	—	—

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl	kr
Pistolen	9	58	Geld al Marco .	388	—
Pr. Friedrichsd'or	9	53½	Kaiserl. ganze .	—	—
Holl. 10 2. Stücke	10	5	Preuss. Thaler .	—	—
Rand Ducaten . .	5	29	5 Frankenthaler .	—	—
20 Francsstücke	9	40	Hochhaltig Silber	23	30
Kngl. Souvereins	12	5	Gering u. mittelh.	21	30

Discrete-Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Kurhessische Loose . . .	27½	27
Badische Loose	25½	24⅝
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Minden	76	75½
Ludwigsh.-Berbach . . .	71½	71
Frdr.-Wilhs-Nordbahn .	32½	32⅛

Nach der Börse: 2½ pCt. Met — ; 3 pCt. Span. fnl. — ; Taunusbahn-Actien pr. Ult.) — ; Ludw.-Berb. — ; F.-W.-Nordb. — G.

A. Seltzbach, beeid. Makler.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst zweiter Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Zweite Extra-Beilage zu Nro. 108.) 7. Mai 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

212. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident E. Simson.

Frankfurt, 7. Mai.

(Zur Tagesordnung: Erklärungen. Dringliche Anfrage. Tagesordnung: Ersatzwahl zweier Mitglieder in den Centrallegitimationsausschuß. Berathung mehrerer Ausschußberichte.)

Nach geschehener Anzeige von dem Austritt der Abgg. v. Schrenk, Graf, Philipps, v. Breiter, Neumayer aus München, Edart aus Lehr, Obermüller aus Passau, v. Nagel aus Oberviechtach, v. Wulffen aus Passau, v. Lylander aus München, v. Lasaulx aus München, Dachsberger aus München, v. Bruckner, Graf v. Schwerin aus Berlin und Engel aus Pinneberg, macht Ministerpräsident v. Gagern die Mittheilung, daß in Folge der Störung des Reichsfriedens in Sachsen das Reichsministerium sich veranlaßt gesehen habe, einen Reichscommissär in der Person des Herrn v. Wydenbrugk dahin zu senden, welcher wesentlich im Sinne der von ihm am 4. d. M. gegebenen Erklärung zu handeln habe. Zu gleichem Zwecke sei in der Person des Vicepräsidenten Eisenstuck ein Reichscommissär in die Pfalz geschickt worden, um möglichen Excessen daselbst vorzubeugen. Auf die mündliche Interpellation des Abg. Bucher antwortete Justizminister Mohl: Alle Spielbanken, die von Hessen-Homburg ausgenommen, haben dem Beschluß vom 8. Januar Folge geleistet. Weil aber die hessen-homburgische Regierung durch alle Stadien hindurch sich weigerte, dem Beschlusse vom 8. Jan. Folge zu leisten, so sah sich das Ministerium genöthigt, den Weg der Execution zu ergreifen. In diesem Augenblicke befinden sich die Executionstruppen auf dem Wege dahin. (Großer Beifall.) Der Verfasser verkündet hierauf, daß mehrere als dringlich bezeichnete Anträge vorliegen. Er verliest zunächst den dringlichen Antrag des Abg. Wesendonck, also lautend: 1) Sämmtliche deutsche Truppen sind unter den Befehl eines von der Centralgewalt zu ernennenden Oberbefehlshabers zu stellen. 2) Sämmtliche deutsche Truppen haben sofort den Eid der Treue gegen die Reichsverfassung und die sie ausführende Reichsgewalt zu leisten. 3) Reichscommissäre werden sofort in alle deutsche Lande und insbesondere zu allen Truppentheilen abgesendet, um diesen Beschluß so wie denjenigen vom 4. Mai zur Ausführung zu bringen. Der Antrag wird mit großer Majorität als dringlich anerkannt. (Großer Beifall im Hause und auf den Galerien. Der Vorsitzende verweist letztere zur Ordnung.)

Abg. M. Wohl weist darauf hin, daß noch mehrere derartige dringliche Anträge gestellt seien; er verlangt, daß sie verlesen werden, und daß man darüber gemein am berathe. Der Präsident verliest diese Anträge, unter welchen sich auch ein von den Abgg. Raveaux, Frebel u. A. gestellter Antrag befindet, der zugleich als Ausdruck der gestern abgehaltenen Märzvereinsversammlung zu betrachten ist. In der Debatte erhält zuerst das Wort

Ministerpräsident v. Gagern: Ich habe für die Dringlichkeit des Antrags gestimmt, sagt er, weil ich glaube, daß es besser ist, alle Fragen offen zu behandeln; ich werde aber gegen denselben sprechen. Ich appellire an die politische Vernunft und das sittliche Gefühl des deutschen Volkes. Wir haben beschlossen, an der Verfassung festzuhalten; in diesem Sinne gingen die Reichscommissäre ab, um es möglich zu machen, daß die öffentliche Meinung durchdringe. Ueber die Thätigkeit der Bevollmächtigten werde ich in einigen Tagen im Stande sein zu berichten; bis dahin bitte ich Sie, keine Beschlüsse zu fassen. Bei unsern Beschlüssen müssen wir nicht diejenigen Länder berücksichtigen, in welchen die Meinung sich schon durchgebrochen hat, sondern jene, wo die Evolution der Meinungen noch nicht vollkommen ist, und bei diesen würden wir uns durch zu weit gehende Beschlüsse nur Vorwürfe verdienen. Unsere Aufgabe ist es, die Reichsverfassung zur Geltung zu bringen bei den Behörden, bei den Regierungen. Haben wir diese, so haben wir die Heere. Wohin würde es führen, wenn ein Theil der Truppenkörper beeidigt, ein anderer nicht beeidigt wäre? Ich appellire hierbei wiederholt an die politische Vernunft dieses Hauses, an diejenige des deutschen Volks. Wir sind hier zusammengekommen, ohne einen Eid zu leisten, die Verfassung gilt, ohne daß Sie dieselbe beschworen, und Sie wollen nun, daß das Militär beeidigt werde? Wenn der Soldat den Kriegsherrn nicht kennt, so ist es eine Grausamkeit, ihn beeidigen zu wollen. Wir werden siegen mit unserer Verfassung, aber nicht für einen Theil von Deutschland, sondern für das ganze Deutschland. (Beifall in den Centren, Zeichen des Mißfallens links.)

Reichskriegsminister v. Peucker: Ein neuer Eid kann den Truppen vermöge ihres früheren Fahneneides, den sie ihrem Kriegsherrn geleistet haben, nur von diesem auferlegt werden. In keinem Theile Deutschlands ist die Einheit resp der bisherigen staatlichen Trennung mehr zur Wahrheit geworden als im Kriegsheer und in dem Feldlager. (Bravo.) Dem Soldaten muß ein sichtbares Oberhaupt gegeben werden, er versteht sich nicht auf theoretische Begriffe. Ein von Ihnen auferlegter Eid würde unter die deutschen Truppen, die bis jetzt verbrüdert lebten, den Keim des Mißtrauens und der Spaltung werfen. Die Truppentheil derjenigen Staaten, welche die Verfassung anerkannt haben, betragen den achten Theil des deutschen Heeres. Wohin sollte es führen, wenn man dieselben vereidigte? Das wäre der Anfang zu großem Unheil. Wo man die deutsche Sache durch die That anerkennt, wie in Schleswig-Holstein, da ist ein Eid nicht nöthig. Abg. Simon aus Trier: Wir brauchen den Eid. Die einzige Form, den Strom der Bewegung durch alle Schichten zu leiten, ist der Eid. Ueberall fordert man ihn, überall Schwankung! Die Spaltung muß eintreten, sie allein kann uns retten. Das Ministerium Brandenburg tritt Ihnen gewaffnet entgegen. Sie müssen ihm Gleiches entgegenstellen. Wenn Sie das Volk und das Heer haben, dann haben Sie auch die Regierungen. (Beifall.)

Abg. Riesser: Preußische Truppen sollen in Sachsen gesiegt haben. Ich bin dafür, daß wir die Debatte auf so lange vertagen, bis wir darüber Gewißheit haben; denn dieser Umstand würde die Stellung dieser Versammlung wesentlich verändern. Wenn unsere letzte Hoffnung auf friedliche Entwicklung sich täuschen sollte, wenn Deutschland dem Bürgerkriege anheimfallen sollte, wenn jener Ausspruch sich an uns bewahrheiten sollte: „Verwünscht, daß doch der Teufel immer Recht behalten muß," nun dann, dann werde ich es auch nicht bereuen, daß wir so lange wie möglich an dem Wege des Friedens, an dem Glauben festgehalten haben, es könne uns auch ohne Kampf gelingen. Wir müssen, wenn wir die Ziele betrachten, nicht das der Einheit und das der Freiheit unterscheiden. Ich würde es für eine Thorheit halten, das Ziel der Einheit durch Gewalt erreichen zu wollen; durch die Freiheit werden wir die Einheit erreichen. Wir haben schon Beweise von der Richtigkeit dieser Behauptung. Wir müssen den Völkern den Kampf mit ihren Dynastien überlassen. Durch den Eid erreichen wir nichts in den Staaten, welche die Verfassung nicht anerkannt haben; in solchen, wo es geschehen, haben die Soldaten bereits auf die Landesverfassung den Eid abgelegt. Ich erkläre mich gegen alle Gewaltmaßregeln, da ich nur Unheil und keinen Erfolg von solchen erwarte. Bis jetzt ist noch kein Grund zum Bürgerkriege da. Wenn z. B. Preußen zur Unterdrückung der innern Freiheit Deutschlands russische Hilfe anriefe, dann wäre der Bürgerkrieg Deutschland gegeben. (Unruhe links.) Dann wäre für jeden von uns die Zeit gekommen, einen andern Platz einzunehmen als hier in der Paulskirche. Ich erkläre mich dahin, daß die vorgeschlagenen Maßregeln zur Erhaltung der Freiheit nicht nöthig, daß sie für die Einheit verderblich sind. Berauben wir uns nicht der Stützen, die uns noch bleiben, der Centralgewalt und des deutschen Heeres. (Beifall rechts und in den Centren.)

Abg. Zimmermann aus Stuttgart: Erwarten Sie von mir keine Vernunfttheorien im Sinne der Vorredner. Also erst wenn Preußen russische Hilfe herbeiruft zur Unterdrückung der Freiheit, erst dann sollen wir uns erheben? O welche Hehe der politischen Vernunft! Ich kenne mein Heimatland besser, als einer der Vorredner; man wird bei uns das Militär vereidigen lassen, wenn es diese Versammlung beschließt. Ohne die Vereidigung würden aber auch in Württemberg die früheren Zustände herbeigeführt werden. Ich habe es immer gesagt, ohne das Volk ist die Centralgewalt nichts, mit ihm wird sie die Dynastien zum Nachgeben zwingen. Der Redner erklärt sich für energische Maßregeln.

Abg. Stavenhagen: Die Heere werden Sie durch diese Maßregeln nicht haben, aber desorganisiren werden Sie sie. Wenn Sie keine Regierungen und Heere haben wollen, dann ergreifen Sie diese Maßnahmen. Eigentlich haben wir es nur mit dem Widerstande der preußischen Regierung zu thun. Sie haben vollkommen Recht, daß dazu das Ministerium Brandenburg fallen müsse; Sie aber würden dasselbe durch die Vereidigung nur stützen. (Bravo in den Centren.) Der Redner schildert die Spaltungen, welche die Vereidigung des Heeres hervorrufen würde, besonders die des Heeres in Schleswig-Holstein, wodurch man Deutschland eine große Schmach bereiten könnte. (Beifall rechts und in den Centren.)

Abg. Wigard von Dresden spricht für die Vereidigung. Das sächsische Militär harrte nur darauf, daß die Vereidigung angeordnet werde. Auf die Sache werde ja der Soldat vereidigt, nicht auf die Person. Wenn nur einstweilen bei einem kleinen Theile des Heeres die Vereidigung vollzogen sei, so wird bald das gesammte Heer Deutschlands dieselbe verlangen.

Abg. Brensing aus Osnabrück erinnert an die Aufhebung des hannoverschen Staatsgrundgesetzes im Jahr 1837. Das hannoversche Volk hat darum gekämpft, sagt er, Preußen und Oesterreich haben uns verrathen, wir haben den Sieg nicht erringen können, aber das Rechtsgefühl im Volke ist uns geblieben. Im Jahr 1848 hat sich das hannoversche Volk der Bewegung angeschlossen. Die Bewegung ist jetzt wieder allgemein, die Regierung steht isolirt. Von allen Seiten kommen Zustimmungen der Behörden und der Vereine. Stören Sie diesen Entwickelungsproceß nicht. Für uns ist das rechte Mittel das ruhige entschiedene Fortschreiten innerhalb des Gesetzes. Alle Briefe, die ich erhalte, lauten: hütet Euch vor excentrischen Maßregeln, geht nicht über die Verfassung hinaus, ergreift nicht die Executive. So sprechen nicht bloß die Conservativen, sondern auch die lebhaften Vereine. Verletzen Sie nicht das Gefühl der Rechtlichkeit.

Abg. Vogt: Auf dem Wege, den der Vorredner vorschlägt, hat Hannover seine Verfassung verloren und wir sollen ihn wieder einschlagen. (Beifall.) Sie stehen noch auf dem Boden, den Sie bei der Wahl verließen. Wir haben die Stimmung der Märzvereine gehört. Sie wollen an der Nationalversammlung halten als an dem Symbole der Einheit, aber sie werden, im Falle dieselbe ihre Hoffnung nicht erfüllt, über dieselbe weggehen. (Beifall.) Das ist die Stimmung der loyalsten Städte des Nordens und des Südens. — Wir sind auf dem Punkte angelangt, wo ein zweifelhafter Freund mehr Schaden thut, als ein offener Feind. Ist die preußische Note nicht eine Kriegserklärung gegen die Centralgewalt? Im preußischen Staatsanzeiger steht bereits, daß preußische Truppen in Sachsen eingerückt sind. Verlangen Sie noch mehr? Ist das nicht ein Eingriff in die Befugnisse der Centralgewalt? Wollen Sie warten, bis man sie mit den Bajonetten in einem anderen Sinne, als Sie es will, herstellt? Meine Herren, die provisorische Regierung in Dresden repräsentirt die immense Majorität des sächsischen Volks, sie stellt Sachsen unter den Schutz der Reichsverfassung und der Staaten, welche die Verfassung anerkannt haben. Allein preußische Truppen kämpfen daselbst gegen die deutsche Verfassung und die Reichsexecutivgewalt schickt einen Bevollmächtigten hin. (Heiterkeit links.) Aus bester Quelle erfahren wir, daß das Dekret der Anerkennung der Reichsverfassung bereits in die Druckerei gegangen, daß aber eine Stunde darauf ein preuß. Adjutant des Königs Fürst v. Kroy aus Berlin angekommen, worauf die Drucklegung des Dekrets unterblieb. (Hört!) In die Pfalz schickt man baierische Cuirassiere. Und was that die Reichsexecutivgewalt? Nichts, nichts und abermals nichts. (Beifall.) Sehen Sie wohl die Nege, mit denen man uns umstrickt? Ich habe Kenntniß von einem Briefe des Trägers der Centralgewalt an den König v. Würtemberg, worin der Grundsatz ausgesprochen wird, daß das Princip der Vereinbarung das einzige richtige sei. (Hört.) Man hat die Wahlen hier beschließen lassen, weil man wußte, daß die Executivgewalt sie nicht ausführen würde. Man will nichts thun, gar nichts. Was kann der Reichscommissär in der Pfalz thun? Stehen ihm Truppen zu Gebote? Warum nimmt man die Einmischung Preußens in den sächsischen Angelegenheiten nicht als eine Kriegserklärung Preußens gegen das Reich hin? Der Boden, auf dem unsre Versammlung steht, ist noch in diesem Augenblicke zu halten; allein die Executivgewalt muß von diesem Boden aus wirken. Die Athenienser hatten ein altes Gesetz, daß in Bürgerkriegen Jeder Partei ergreifen müsse, entweder für oder gegen, wer keine ergreife, sei der ärgste Feind. Seien Sie nicht der Feind ihres eigenen Werkes; nehmen Sie Partei, entweder für den Verrath oder gegen den Verrath. (Langer anhaltender Beifall im Hause und auf den Galerien. Der Vorsitzende verweist dieselbe wiederholt zur Ordnung und droht mit Räumung.)

Reichsministerpräsident v. Gagern: Von Niemand kann die Schwierigkeit, die große Verantwortlichkeit über Schritte in der jetzigen Lage verkannt werden. Es ist ungerecht, wenn man an die Executivgewalt der Centralgewalt dieselben Forderungen stellt, wie an eine vollständig constituirte Regierung eines Einzelstaates; die Centralgewalt ist die Vertreterin eines Bundesreiches. Es ist bekannt, daß ihre Mittel nur beschränkte sind. Von diesen Grundsätzen ausgehend, stellten wir Preußen an die Spitze. Meine Herren, die Centralgewalt wird thun, was bei der kritischen Lage Sachsens möglich ist. Ich habe vorhin erklärt, daß ich nach günstigen Resultaten für die Anerkennung der Verfassung entgegen sehe, daß ich noch nicht alle Hoffnung aufgegeben habe. Der Redner weist auf die Schrecken ein s Bürgerkrieges hin. Wenn die deutschen Brüder die Waffen gegeneinander zögen, ich würde mich dazwischen werfen. (Lärm und Gelächter links.) Nur Buben können über so etwas lachen! (ungeheurer anhaltender Lärm links! Ruf: Herunter von der Tribüne! —) Nachdem die Ruhe des Hauses wieder hergestellt ist, ruft der Vorsitzende den Redner wegen dieses Ausdruckes zur Ordnung. (Beifall auf der Gallerie.) Der Vorsitzende warnt dieselbe zum letzten Male und droht bei dem geringsten nächsten Geräusche dieselbe räumen zu lassen.

Reichsministerpräsident v. Gagern: Ich bitte den Herrn Präsidenten des Hauses um Verzeihung wegen des gebrauchten Ausdrucks; er war mir in der Ueberwallung des verletzten Gefühls entschlüpft, des Gefühls der Liebe für das Vaterland. (Großer Beifall rechts und in den Centren.) Wir haben allerdings den Reichscommissär nach Sachsen mit gehörigen Instructionen versehen. Er ist angewiesen, die Herstellung des Reichsfriedens in der Weise zu bewerkstelligen, wie ich noch dieser Tage vor Ihnen aussprach. Es naht allerdings der Augenblick, wo eine entscheidende Richtung eingeschlagen werden muß, aber nicht eher, als bis entschieden, ob eine Anerkennung der Verfassung nicht mehr zu erwarten ist. Ich glaube auch die Stimmung zu kennen, die in Deutschland herrscht. Man beruft sich auf die gestern stattgehabte Berathung des Märzvereines. Ich bin vollkommen überzeugt, daß es unter diesem Märzvereine Männer gibt, welche es gut mit dem Vaterlande meinen, allein nach den Beschlüssen dieser Vereine zu urtheilen, glaube ich, daß in ihnen doch nur mehr eine politische Richtung vertreten ist, und zwar die der linken Seite dieses Hauses. Aber diejenigen treten sich, welche glauben, daß die große Majorität, die ich selber vertrete, plötzlich mit Sack und Pack ins andere Lager übergehen werde. Der Redner widerlegt hierauf eine Behauptung des Abg. Wigard, als stehe er im Widerspruche mit den Reichskriegsministern. Der Bevollmächtigte in der Pfalz ist mit der Vollmacht ausgerüstet, die Executive in die Hand zu nehmen, und die Truppen haben ihm Folge zu leisten. Was aber die Person des Oberhauptes der Centralgewalt betrifft, so muß ich meinen Ent-

schiedenen Tadel dagegen aussprechen, wenn man eine Privatansicht von ihm, welche ganz unabhängig ist von seiner öffentlichen Stellung, hier auf die Tribune bringt. Der Redner schließt mit den Worten: „wenn Sie glauben, daß ich der Entwickelung des nothwendigen Ganges entgegen wäre, dann trete ich gerne ab“, und verläßt die Tribune unter dem Beifalle des Hauses. Der Schluß der Debatte wird angenommen. Zuletzt erhält noch der Antragsteller Abg. Wesendonck das Wort. Er drückt am Anfange seiner Rede die Ansicht aus, daß das Ministerium ausharren müsse, bis die Verfassung durchgesetzt wäre, und selbst wenn zu Maßregeln geschritten werden müßte, die gegen seine Ueberzeugung wären. Auf keine andere Weise als auf die vorgeschlagene, durch keine andern Maßregeln kann man die Erhebung des deutschen Volks, welche man ja will, bewirken. Man wartet nur auf den Zuruf der Versammlung, die preußische Rheinprovinz wartet seiner. Das Vaterland ist in Gefahr. — Es wird zur Abstimmung geschritten. Der zuerst zur Abstimmung gelangende Antrag des Abg. Briegleb auf Uebergang zur motivirten Tagesordnung wird mit 209 gegen 140 Stimmen angenommen. Der Vorsitzende verliest hierauf eine Zuschrift der provisorischen Regierung in Sachsen, ungefähr folgenden Inhalts: „Die sächsische Nation hat gestern durch Deputationen, welche aus allen Theilen des Landes sich nach der Hauptstadt begeben hatten, vom Könige verlangt, derselbe möge die deutsche Reichsverfassung anerkennen. Der König hat diesem Ersuchen nicht gewillfahrt, sondern ist heute Morgen mit seinen Ministern von Dresden abgereist. Zur Abwehr der Anarchie hat sich eine provisorische Regierung gebildet. Sie gibt der deutschen Reichsversammlung davon Kenntniß und stellt ihr Wirken unter den Schutz der Nationalversammlung. Dresden, 4. Mai. Die provisorische Regierung in Sachsen. Tzschirner. Heubner. Todt.

In Bezug auf diese Erklärung reichen mehrere Abg., Hensel, Wigard, Trützschler, Rösler von Oels und Würth aus Sigmaringen, Dringlichkeitsanträge ein, welche dahin gehen: „Die Centralgewalt aufzufordern, sofort durch alle ihr zu Gebote stehenden Mittel, insonderheit durch Militär aus solchen Ländern, welche die Verfassung anerkannt haben, das sächsische Volk besonders gegen preußisches Militär zu schützen. Das Reichsministerium aufzufordern, der preußischen Regierung jede Einmischung in die Angelegenheiten Sachsens zu untersagen, mit dem Bedeuten, daß solche mit Gewalt zurückgewiesen werde, die sächsischen und thüringischen Truppen durch den Reichscommissär auffordern zu lassen, sich sofort unter den Befehl der provisorischen Regierung zu stellen; ferner dem sächsischen Volke den Dank des Vaterlandes zu votiren, aus den um Sachsen liegenden Ländern Freischaaren der provisorischen Regierung zu Hilfe zu schicken.“ Diesen Anträgen wird die Dringlichkeit zuerkannt.

Reichsministerpräsident v. Gagern ersucht die Versammlung, über sämmtliche Anträge nicht eher in Berathung zu gehen, als bis ein Bericht des Reichscommissärs und eine genaue Kenntniß der Thatsachen vorliege.

Nach ihm betritt Abg. Dietsch von Annaberg die Tribune. Der Redner spricht in großer Aufregung zur Versammlung, und als er die Worte ruft: „Versäumen Sie jetzt nicht den Augenblick. Lassen Sie jetzt das sächsische Volk im Stiche, dann wird Sie bald das Volk im Stiche lassen. Wollen Sie nichts thun, dann machen Sie, daß Sie fortkommen!“ brechen Linke und Galerien in langen anhaltenden Zuruf aus; die Rechte und die Centren rufen: räumen!

Abg. Plathner trägt auf Schluß der Sitzung an.

Abg. Simon nimmt die Galerien in Schutz.

Der Vorsitzende vertagt die Sitzung auf eine halbe Stunde.

Um zwei Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Vorsitzende richtet einige Worte an die Galerien und ermahnt sie zur Ruhe bei der bevorstehenden Verhandlung. Hierauf verkündet er, daß Abg. Soiron einen Antrag gestellt habe, dahin gehend, die über die sächsischen Angelegenheiten vorliegenden Anträge dem Reichsministerium zur schleunigen Ergreifung geeigneter Maßregeln zu überweisen.

Abg. Soiron: Die Verhältnisse im Königreich Sachsen werden durch verschiedene Zeitungen verschieden berichtet. So viel ist gewiß, daß das sächsische Volk sich in einer gefährlichen Lage befinde.

Abg. Zimmermann aus Stuttgart spricht für die Dringlichkeitsanträge. Der Redner meint, es sei die Zeit gekommen, wo man nicht mehr drum herumgehen müsse, und daß es die Pflicht des Ministeriums sei, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Wo nicht, so trete es ab und überlasse es Andern zu handeln. Die Wogen des Volkes werden sonst ohnehin über uns Alle hinweggehen. (Beifall links.)

Abg. Erbe. Wie Sie gegen Berlin und Wien gehandelt haben, so wollen Sie gegen Dresden verfahren. Sie wollen bloß auf diplomatischem Wege verschreiten. Sie werden untergehen in den Wogen des Volks. Zögern Sie, dann wird das Volk sagen: Wie die Nationalversammlung die Mörderin Wiens war, so ist sie auch die Dresdens. (Beifall links. Der Redner wird zur Ordnung gerufen.) Der Ordnungsruf wird in dem Tosen der Revolution verhallen! Der Redner ergeht sich in Ausfällen gegen das Ministerium. Er meint, daß keine Executivgewalt so gut wäre, wie eine schwache. Ob man warten wolle, bis es der provisorischen Regierung so gegangen sei wie Robert Blum.

Der Redner erfreut sich des Beifalls der linken Seite des Hauses. Nachdem er gesprochen, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und zur Abstimmung geschritten. Der Antrag des Abg. Soiron wird angenommen.

Die Sitzung wird um 3 Uhr geschlossen. Die Galerien entfernen sich unter Lärmen, Zischen und Pfui!

⊙ **Frankfurt**, 7. Mai. Die von dem hiesigen Centralmärzverein ausgeschriebene allgemeine Versammlung der Zweigvereine wurde gestern in dem Saale des Wolfseck gehalten. Es fanden sich Vertreter derselben aus beinahe allen Gauen Deutschlands dazu ein, auch Oesterreich hatte seine Repräsentanten; die Zahl der Anwesenden mag 350 bis 400 betragen haben. Der Abg. Raveaux von Köln eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache, in welcher er den Zweck der Berufung auseinandersetzt. Besonders empfiehlt er den Rednern, sich kurz zu fassen, denn man habe keine Zeit zu verlieren, von allen Seiten sei man mit Gefahren bedroht: die gegenwärtige Versammlung habe eine höhere Bedeutung als manche andere. Er fordert die Anwesenden zur Ordnung, zur Einigkeit auf; Alle müssen zusammenhalten und von den Beschlüssen dieses Congresses hänge es wesentlich ab, welchen Weg die Nationalversammlung künftig einzuschlagen habe. „Fassen Sie“, schließt er, „energische, aber gesetzmäßige Beschlüsse. Wir wollen festhalten an der Verfassung oder untergehen.“ Der Entwurf der Geschäftsordnung wird verlesen und genehmigt mit Ausschluß der Redezeit, welche auf den Antrag von Fr. Funk aus Frankfurt von 10 auf 5 Minuten für einen Redner herabgesetzt wird. Das Bureau wird auf die bereits angezeigte Weise bestellt. Nach Verkündigung der Tagesordnung wird der Antrag gestellt: „Alle in der heutigen Versammlung gefaßten Beschlüsse für Durchführung der Verfassung sind für alle hier vertretenen Vereine bindend.“ Ein Verbesserungsantrag: „Es sollen diese Beschlüsse nur so lange in Kraft bleiben, als die Verfassungskrisis dauert,“ wird auf die Bemerkung, man solle die edle Zeit nicht mit unnützen Reden verschwenden, verworfen, der Antrag selbst aber genehmigt. Man gelangt sodann zu dem Banner, um welches sich die Märzvereine zu schaaren haben. Es wird vorgeschlagen: „Die Volkssouveränetät und die Durchführung der Reichsverfassung, sowie der von der Nationalversammlung gefaßten oder noch zu fassenden Beschlüsse.“ Als Zusatz wird beantragt: „Die Vertheidigung der Reichsverfassung und der Nationalversammlung gegen die Angriffe der Fürsten und die Vertreibung der Russen und der mit ihnen Verbündeten.“ Freudentheil unterstützt diesen Antrag. Reinhardt von Neustadt an der Saale bekämpft ihn und spricht sich überhaupt gegen alle Wortklaubereien aus, die schon seit einem Jahre das Unglück Deutschlands veranlaßt haben. Das Amendement wird verworfen. Löwenthal von Frankfurt schlägt zum Antrag den Zusatz vor: „Soweit letztere dem Principe der Volkssouveränetät treu bleibt.“ Auch dieser Zusatz wird abgelehnt. Ein anderer Verbesserungsantrag will die Worte: „noch zu fassenden Beschlüsse“ streichen, wird aber ebenfalls abgewiesen. Ein weiterer Abänderungsantrag verlangt nach dem Worte „Reichsverfassung“ die Einschaltung: „mit Ausschluß der Oberhauptsfrage.“ Seeger von Ulm, als Abgeordneter für Bayern und Württemberg, erklärt sich für die Aufrechthaltung der Verfassung, nicht weil er sie für gut halte, sondern weil die Fürsten sie nicht wollen, so müsse also für das Volk gut sein. Man solle kein Loch offen lassen, durch welches nachher der Teufel einschlüpfen könne. Als noch weitere Amendements eingebracht werden wollten, stellt dieser Abgeordnete den Antrag, keine mehr anzunehmen, was beschlossen und der Antrag genehmigt wird. Abgeordnete von Elberfeld, Homburg und Urach erklären sich dagegen zu Protocoll. Ein dringlicher Antrag eines Abgeordneten von Rüdesheim, die besondere Lage der Rheinpfalz in dem gegenwärtigen Momente betreffend, und die Nothwendigkeit, sich gegen ihre Feinde zu vertheidigen, veranlaßt den Congreß zu der Zusicherung, daß er die Rheinpfalz unterstützen werde. Berathung über einen an das deutsche Volk mit Einschluß der Armee zu erlassenden Aufruf. Ein Gegenantrag will statt eines Aufrufs die Veröffentlichung der Beschlüsse des Congresses. Simon von Trier beantragt die Ernennung von zwei Commissionen, um einen besondern Aufruf an das Volk und einen andern an das Militär auszuarbeiten, und mit denselben soll nach dem Antrage eines andern Mitglieds die Veröffentlichung der Protocolle der Versammlung verbunden werden. Diese Anträge werden genehmigt. Hinsichtlich der den Commissionen zu ertheilenden Instructionen wird einerseits vorgeschlagen, daß ihr die Verhandlungen der Versammlung zur Richtschnur dienen, und die gefallenen Amendements überwiesen werden sollen; anderseits stellt Simon v. Trier folgende Punkte hierfür: „Fortgesetzte Richtung auf Durchführung der Volkssouveränetät und der Verfassung; kein activer Angriff auf die Gegner der Nationalversammlung, er werde denn von Frankfurt aus angeordnet, activer Widerstand gegen alle Angriffe auf die Reichsverfassung. Raveaux empfiehlt rasches Handeln. Es wird beschlossen, den Commissionen keine Instructionen zu geben und sie zu beauftragen, ihre Arbeit während der Sitzung vorzunehmen. In die Commission für den Aufruf an das Volk werden ernannt: Simon v. Trier, Vogt aus Gießen und H. Hoff aus Mannheim; in diejenige für den Aufruf an die Truppen: Umbscheiden aus Dahn, Löwe aus Calbe und Nauwerck aus Berlin, und als Ersatzmann Spaß aus Frankenthal. Der nächste Gegenstand ist die Berathung über die künftige Organisation des Vereins. Ein Antrag, über dieselbe, welche bezwecke, auf die Nationalversammlung in revolutionärem Sinne zu wirken, was aber das Mandat der Vertreter der Märzvereine überschreite, zur Tagesordnung überzugehen, wird von Fenner von Fennesberg bekämpft und verworfen. Man verlangt die Verlesung des Organisationsentwurfs. Raveaux spricht sich dagegen aus, damit nicht durch die Journalisten alles vorher bekannt gemacht und dadurch der Sache mehr geschadet als genützt werde. Nach verschiedenen Anträgen über die Behandlung dieses Gegenstandes wird beschlossen, aus jeder der hier vertretenen deutschen Provinzen einen oder einige Deputirte auszuwählen, welche in einer morgen früh abzuhaltenden Conferenz die Vorschläge des Centralvereins zu prüfen haben. Fenner reclamirt auch die Vertretung Oesterreichs in derselben, was zugestanden und auf diese Weise eine Commission von etlichen und vierzig Mitgliedern zusammengesetzt wird, welche auch den Antrag Fenner's, die Ernennung eines permanenten Ausschusses, zu prüfen hat. Die Abgg. Günther und Wigard stellen den dringlichen Antrag, bei dem gegenwärtigen Zustand von Sachsen, Pfalzbayern ꝛc. die Centralgewalt aufzufordern, den bewaffneten Aufstand zu organisiren. Löwenthal beantragt ebenfalls dringlich die Ernennung einer Deputation an das Reichsministerium, um dasselbe aufzufordern, die Beeidigung der Truppen und Beamten auf die Reichsverfassung sofort anzuordnen. Vogt erwartet von einer Abordnung an das Reichsministerium nichts; dieses werde eine ausweichende Antwort geben. Raveaux ist für eine Deputation an die Nationalversammlung. Durch diese Beeidigung wäre ein unendlicher Schritt vorwärts gethan. Er trägt, vorbehaltlich der Redaction, auf folgenden Beschluß an: „Eine Deputation an den Präsidenten der Nationalversammlung zu ernennen, welche demselben die schriftliche Aufforderung zu überbringen habe, das ganze Volk, sämmtliche Truppen und alle Staatsbeamten auf die Reichsverfassung zu beeidigen und die diesfallige Verfügung unverzüglich zu treffen.“ Der Antrag wird angenommen und das Bureau bezeichnet die Deputation. Nauwerck verliest den Entwurf des Aufrufes an das Militär, er ist ziemlich lang und wird mit Beifall angenommen. Er soll noch in der Nacht gedruckt werden. Die Sitzung wird bis 9 Uhr Abends suspendirt. Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß die Straßen mit aufgeregten Gruppen angefüllt seien, und es leicht möglich wäre, daß eine übelverstandene oder mißdeutete Aeußerung zu Conflicten Anlaß geben könne, worauf man unfehlbar morgen der Verhängung des Belagerungszustandes entgegensehen dürfte. Er ersucht daher die Mitglieder, sich beim Herausgehen aller Aeußerungen und Mittheilungen zu enthalten. — Nach 9 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Simon von Trier gibt neuere Nachrichten aus Dresden; er verliest die Proclamation der dort aufgestellten provisorischen Regierung, welche mit vielem Beifall aufgenommen wird. Grün aus Berlin berichtet über die Dresdener Vorfälle, und seine Anzeige, daß das Volk triumphirt habe, erregt lebhafte Theilnahme. Wichmann aus Bremen fordert die Versammlung auf, zu schwören, daß sie mit Gut und Blut für die Reichsverfassung einstehen wolle, und die Anwesenden erheben sich einmuthig, um diesen Schwur zu leisten. Schütz von Mainz erklärt als Mitglied des Donnersberge, daß die Mitglieder dieses Clubs sodenfalls an dem bevorstehenden Kampfe Theil nehmen werden; ob die Republik im Herzen oder den Erbkaiser? dies sei eine andere Frage. Die äußerste Linke werde in Thaten ihren Freiheitssinn beweisen. Vogt verliest den Entwurf der Proclamation an das deutsche Volk. Er wird durch Acclamation genehmigt. Hoff aus Mannheim empfiehlt die größte Energie sowohl in Verbreitung der Proclamationen, als in der Bewaffnungsfrage, was mit Beifall aufgenommen wird. Raveaux beantragt, am folgenden Morgen einen Vertrauensmann nach der Rheinpfalz zu senden, und an Ort und Stelle Erkundigung über die dortigen Zustände die Schritte, welche einzuleiten und die Unterstützungen, welche zu gewähren seien, einzuziehen; dies wird beschlossen. Nach Vereinigung über die Art und Weise für Verbreitung der Proclamationen wird die nächste Sitzung auf morgen Nachmittag um 4 Uhr anberaumt. Schluß der Sitzung 11½ Uhr Abends.

* **Frankfurt**, 7. Mai. Heute, in den Morgenstunden entschlief sanft zu einem bessern Erwachen Frau Carolina Reitzschild, die ehrwürdige Mutter des Freiherrn A. M. von Rothschild, in dem hohen Alter von 97 Jahren und einigen Monaten.

Nachschrift.

Altona, 4. Mai, Abends. Der von Rendsburg um 7 Uhr hier eingetroffene Bahnzug bringt uns die Nachricht, daß ein Theil unserer Truppen, welche bis auf eine halbe Meile vor Friedericia auf einer Recognoscirung gerückt waren, von feindlichen Truppen angegriffen worden und sich nach dreistündigem Gefechte habe zurückziehen müssen. Nähere Details fehlen, außer daß der Verlust auf unserer Seite kein bedeutender sein soll. Der Rückzug unserer Truppen bis Veile wird dadurch gerechtfertigt, daß der Feind ihnen sehr an Stärke überlegen war. Es sollen den Dänen nur zwei Infanterie-Bataillone (das 4. und 9.), ein Jäger-Corps (das 1. oder 2.), 2 Schwadronen Dragoner und eine 6pfündige Batterie Artillerie (lauter schleswig-holsteinische Truppen) gegenüber gestanden haben, während die Macht jener auf 6 Bataillone Infanterie nebst entsprechender Cavallerie und Artillerie angegeben wird. Es wird nunmehr auf das Bestimmteste versichert, daß die Bayern gestern in Jütland eingerückt sind und die preußischen Truppen heute die Königsau überschreiten würden. (H. C.)

* **Paris**, 5. Mai. Die Nachrichten aus Italien und die Fortschritte der französischen Expedition daselbst erregen die allgemeinste Aufmerksamkeit. Eine officielle Bekanntmachung von dem Einrücken der Truppen in Rom ist bis jetzt noch nicht eingetroffen.

Gestern wurden mehrere Personen nicht untergeordneten Ranges, angeblich wegen Theilnahme an einer Militärverschwörung, verhaftet.

Amsterdam, 4. Mai. 2½pCt. Integr. 49¹⁵/₁₆. ⅝. — 3pCt. Schuld 58⅛. — 4pCt. do. 77½. ½. — 5pCt. Anl. 12⁷/₁₆. — do. à 510 Pf. St. 12½. — 3pCt. inländ. à 6000 fl. 24½. ⅞. — 4pCt. Port 25½. — Russ. 4pCt bei Hope 81⅛. — 5pCt. Met. 71½. ⅞. — 2½pCt. do. 38¼.

Paris, 5. Mai. Stand der Rente: 5pCt 90. 35. — 3pCt. 58. 30. — Neapol. 87. — Ewige Schuld 21½. — Bankactien 2405. — St. Germain-Eisenbahn 425. — Versailles, rechtes Ufer 205. — Linkes Ufer 178. 75. — Paris-Orleans 857 50. — Paris-Rouen 575. — Orleans-Bordeaux 407. 50. Orleans-Vierzon 365. — Marseille-Avignon 215. — Straßburg-Basel 105. — Nordbahn 457 50. — Paris-Straßburg 377. 50. — Röm. Anleihen 78½. 78.

London, 4 Mai. 3pCt. Stocks 92½ à ½. — 5pCt. Span. 18. — Neue 3pCt. 34½. — 4pCt. Port. —. — 2½pCt. 29. — Holländ. 50½.

Madrid, 30. April. 3pCt. 24¾. Pap., à d. B. 3pCt. 10⅛. G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Druck von August Osterrieth.

№ 109. —— Dienstag —— den 8. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Gebietsbegirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/9 Ertitr.) mit Petitschrift oder deren Raum 3 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebt man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 388; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Wepl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Norddeutsche Blätter enthalten folgendes Circularschreiben des Reichsministeriums über den Einmarsch in Jütland: Der unterzeichnete interimistische Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist beauftragt, die nachstehende Erklärung zur Kenntniß der bei Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser beglaubigten auswärtigen Repräsentanten zu bringen. Die provisorische Centralgewalt für Deutschland, als sie in Folge der Kündigung des Waffenstillstandsvertrages von Malmoe ein Truppencorps in die Stellungen wieder einrücken ließ, welche die deutschen Streitkräfte zur Zeit des Abschlusses dieses Vertrages inne hatten, ertheilte dem Befehlshaber dieses Corps die Weisung, die Feindseligkeiten erst dann zu beginnen, wenn die dänische Land- oder Seemacht zum Angriffe schreiten würde. Getreu der in den Unterhandlungen vielfach bethätigten Friedensliebe, und fortwährend bereit, sowol den Vertrag von Malmö zu erneuern, als in eine thatsächliche Waffenruhe während einer dem Fortgange des Friedenswerkes angemessenen Frist einzuwilligen, wollte die Centralgewalt selbst nach dem Ablauf des Waffenstillstandes der dänischen Regierung die Wahl zwischen der Entscheidung der Waffen und dem Verfolge einer Unterhandlung offen lassen, deren Grundlage der eigene Vorschlag Dänemarks bildete. Die dänische Regierung hat sich für die Erneuerung des Krieges entschieden. Bereits hatte der Gang der zu London unter der unparteiischen Vermittelung Großbritanniens geführten Unterhandlung bewiesen, daß Dänemark, weit entfernt, dem Frieden irgend ein nennenswerthes Opfer zu bringen, ausschließlich von der Absicht beherrscht werde, die Ansprüche, welche den Krieg mit Deutschland verursacht haben, um jeden Preis vollständig zur Anerkennung zu bringen. Derselbe rücksichtslose Wille, welcher die dänische Regierung bewog, dem von ihr selbst veranlaßten Friedensvorschlage, alsbald nachdem die Centralgewalt ihn angenommen hatte, in allen wesentlichen Punkten wieder auszuweichen, ließ sie auch die im versöhnlichsten Geiste dargebotenen Mittel zur Verhütung des wirklichen Ausbruches der Feindseligkeiten verschmähen. Sie knüpfte ihre Einwilligung wie die Verlängerung des Waffenstillstandes an übertriebene und selbst beleidigende Bedingungen, und ließ nach einem kurzen und vergeblichen Aufschube von acht Tagen zu Lande und zur See den Angriff unternehmen. Die Regierung des Reichsverwesers hat mit tiefem Bedauern einen Kampf wieder ausbrechen sehen, der die Gefühle der Menschheit nicht minder wie die Wohlfahrt beider streitender Theile verletzt und dessen Wirkungen in einem großen Theile von Deutschland drückend empfunden werden, welcher Erfolg auch die deutschen Waffen begleiten möge. Sie ist von dem sehnlichen Wunsche beseelt, das Ende des Kampfes durch gütliche Mittel herbeiführen zu können. Aber so lange Dänemark nicht die Hand zu einer gerechten, ehrenvollen und dauerhaften Aussöhnung bietet, darf sie nicht auf die einzig wirksame Art der Kriegsführung, nämlich auf die Besetzung des zum feindlichen Gebiete gehörenden Theiles des Festlandes, Verzicht leisten. Die Blokade der deutschen Küstenplätze, und die Verluste, welche die dänische Seemacht dem deutschen Handel durch Wegnahme der Kauffahrer zufügt, drohen den Wohlstand und den Erwerb der blühendsten Städte und Provinzen auf lange Jahre hinaus zu erschüttern, während sich zugleich das dänische Landheer einem entscheidenden Kampfe zu entziehen weiß, und von Jütland, von den Inseln und der Flotte aus die Herzogthümer durch vereinzelte Angriffe und Streifzüge zu beunruhigen sich begnügt. Der Krieg kann nicht unter so ungleichen Bedingungen in die Länge gezogen und mit seiner Last den Herzogthümern aufgebürdet werden. Es ist daher von Sr. kaiserl. Hoh. dem Erzherzog Reichsverweser unerläßlich gefunden worden, dem commandirenden General die Ermächtigung zu ertheilen, die dänische Truppenmacht in Jütland aufzusuchen und in dieser Provinz gegen den Schaden, welchen die deutsche Schifffahrt erleidet, Repressalien zu ergreifen. Obwohl eine unrichtige Deutung dieser durch die Umstände gebotenen Entschließung kaum besorgt werden kann, so hat doch der Reichsverweser zugleich dem Unterzeichneten anbefohlen, ausdrücklich zu erklären, daß die Besetzung Jütlands in keiner andern Absicht geschieht, als um einen ungerechten Angriff zurückzuweisen und den Klagen des deutschen Handelsstandes Abhilfe zu sichern. Diese Maßregel ist nicht bestimmt einen Augenblick länger zu dauern, als die Erreichung ihres Zweckes gebieterisch erfordern wird. Frankfurt, den 23. April 1849. v. Gagern.

JW Kolding, 2. Mai. Die Nachricht von einem Gefechte, welches die Preußen an der Nordseeküste Jütlands mit den Dänen gehabt hätten, ist hier allgemein verbreitet, obgleich der officielle Bericht darüber noch nicht eingelaufen ist. Eine Abtheilung des 11. preußischen Husarenregiments aus dem Münsterlande, 32 Mann stark, wäre von 200 dänischen Husaren heimlich umzingelt worden, da ein Spion den Feinden ihre Stellung verrathen hätte. Auf die wiederholte Aufforderung der dänischen Offiziere, sich als Gefangene zu ergeben, hätten die Preußen dies hartnäckig verweigert und den Versuch gemacht, sich durch die Uebermacht durchzuschlagen, wären dabei aber alle geblieben. Eine andere Schwadron des 11. Husarenregiments, durch das Schießen aufmerksam gemacht, sei nun mit verhängten Zügeln den Dänen nachgesprengt, hätte ihre Nachhut noch glücklich erreilt, und von dieser an 50 Mann gefangen genommen. — Dem dänischen Lieutenant von Rastenskiold vom finnländischen Husarenregiment, der am 23. April den kühnen Reiterangriff auf das schleswig-holsteinische Jägercorps machte, hat der Hauptmann v. Schöning dieses Corps die Pistolen und das Sattelzeug des erschossenen Pferdes, die von unsern Jägern erbeutet worden, mit einem sehr anerkennenden Schreiben über dessen Tapferkeit wieder zurückgeschickt. In letzter Zeit haben mehrere Gefangenenauswechselungen stattgefunden, wenn die Dänen sich gern bereit erklärt haben. Unsere aus dänischer Gefangenschaft zurückgekehrten Soldaten loben sehr die humane Behandlung, die ihnen zu Theil geworden. Zwei in der Schlacht bei Kolding gefangene schleswig-holsteinische Militärärzte haben die Dänen ohne Weiteres wieder zurückgeschickt, mit der Erklärung, gegen Aerzte führten sie keinen Krieg. Aber auch von unserer Seite werden die dänischen Gefangenen mit aller möglichen Rücksicht behandelt; unsere Soldaten selbst, dem Beispiel ihrer Offiziere folgend, haben zu viel Ehrgefühl, als daß sie sich die mindeste Ungehörigkeit gegen wehrlose Feinde erlauben sollten.

§ **Altona**, 5. Mai. Nach einer kurzen stillschweigenden Waffenruhe hat gestern wieder ein kleines Gefecht zwischen schleswig-holsteinischen Truppen und den Dänen in Jütland stattgefunden. Eine kleine Streifcolonne hatte einen recognoscirenden Ausfall nördlich von Kolding auf die unweit Fridericia entfaltete feindliche Vorpostenkette unternommen, wobei die Schleswig-Holsteiner die Dänen aus ihren Stellungen warfen, so daß sie sich nach Fridericia flüchteten. Später erschienen sie, unterstützt von einigen Kanonenböten, in größeren Massen; die Unsrigen hatten indeß keinen Befehl, weiter vorzugehen und daher zogen sie sich wieder nach Kolding zurück. Im Westen Jütlands sowohl als auch im Schleswig'schen ist nichts vorgefallen. Die Gerüchte von einer bald eintretenden Waffenruhe gewinnen immer mehr an Bestimmtheit und bringt man die gestern stattgehabte Conferenz der Statthalterschaft im Hauptquartier des Höchstcommandirenden hiermit in Verbindung. Die Statthalterschaft ist ermächtigt, zur vorschußweisen Deckung der zur Verpflegung der Reichstruppen erforderlichen Unkosten eine Zwangsanleihe von den Communen zu erheben. Die betreffende Bereordnung wird nächstens erscheinen. Die ganze Anleihe ist nur ein Vorschuß, den das Land unsern Finanzen macht, um von diesen dem Reiche wieder vorgeschossen zu werden. Die Zurückzahlung ist sicher, denn allerspätestens können die Herzogthümer den Belauf nach und nach in den zu bezahlenden Reichsanlagen kürzen. Es steht zu erwarten, daß die Landesversammlung, wenn unter den obwaltenden Umständen von einem factischen Anknüpfen der unterbrochenen Friedensunterhandlungen gesprochen werden kann, wohl bald wieder zusammentreten dürfte. Da die Landesversammlung bei ihrem demnächsten Zusammentritt eine selbstständig legislative Haltung anzunehmen gedenkt, so werden wohl zuvor Neuwahlen ausgeschrieben werden.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 7. Mai. Die von dem hier versammelten Congreß der deutschen Märzvereine erlassenen Aufrufe lauten:

I. „An das deutsche Volk. Deutsche Männer! Der Augenblick ist gekommen, wo es gilt, für die Freiheit, für die Einheit des gesammten deutschen Vaterlandes Gut und Leben einzusetzen. Die Verfassung, welche die Vertreter des Volkes beschlossen und endgiltig verkündet haben, soll durch die Gewalt rebellischer Regierungen umgestürzt, vernichtet werden. Die preußische Regierung erklärt, daß sie überall rechtzeitig erscheinen werde, um gewaltsam die Erhebung des Volkes zu Gunsten der Verfassung niederzuschlagen. Russische Horden ruft man zu Hilfe, um die Freiheit zu unterdrücken und die Macht des einigen Deutschlands aufs Neue zu lähmen. Die Nationalversammlung hat das gesammte Volk, alle Behörden und Gemeinden aufgefordert, die Verfassung zur Anerkennung und Geltung zu bringen. An Euch ist es, diesen Beschluß auszuführen. Tretet zusammen, als freie Männer, und schwöret Treue der Verfassung, wie wir sie alle geschworen haben. Wer Waffen tragen kann, rüste sich, sie zu gebrauchen! Bildet Wehrvereine, schließt Euch aneinander; schließt Euch uns und dem Central-Märzvereine an! Einheit thut vor Allem Noth! Einheit des Planes, Einheit der That! Einzeln können wir unterliegen, vereinigt müssen wir siegen! Frankfurt, den 6. Mai 1849. Der Congreß sämmtlicher Märzvereine Deutschlands. In dessen Auftrag: Der Präsident: Julius Fröbel. Der Vicepräsident: Franz Raveaux. Die Schriftführer: Golz, Hellmuth Wöhler."

II. „Aufruf an das deutsche Heer! Deutsche Krieger! Die Stunde ist gekommen, da es sich entscheiden wird, ob Deutschland frei und stark, oder geknechtet und verachtet sein soll. Die Vertreter der deutschen Nation, von allen Bürgern und von Euch gleichfalls gewählt, haben die Reichsverfassung für ganz Deutschland beschlossen und als unverbrüchliches Gesetz verkündigt. Die ganze Nation ist fest entschlossen, die Reichsverfassung durchzuführen. Aber dieselben Menschen, welche Deutschlands Freiheit und Einheit seit vielen Jahren auf unerhörte Weise darniederhielten, sie stemmen sich auch jetzt wieder entgegen. Die größeren Fürsten und ihre Cabinete verweigern der Reichsverfassung den Gehorsam. Sie sind Rebellen gegen den Willen und das Gesetz der Nation! Soldaten! in diese Rebellion will man Euch hineinstürzen. Man will Euch mißbrauchen, gegen Gesetz und Ordnung, gegen Vaterland und Familie, gegen Freiheit und Gleichheit zu kämpfen, man will Euch zu Polizeidienern machen, welche die Menschenwürde mit Füßen treten, ja — hört es, wackere deutsche Krieger — man treibt den schwarzen Verrath so weit, Eure rühmlich getragenen und geführten Waffen im Dienste des russischen Despotismus zu beflecken. Soldaten! Wir Vertreter von Millionen Deutschen aus allen Gauen des Vaterlandes, wir fragen Euch: werdet Ihr es dulden, daß Fürsten und Minister, welche das Gesetz der Nation mit Füßen treten, Euch gegen Eure Brüder und Väter hetzen? Nein! Ihr werdet Eure Ehre, Eure Vaterlandsliebe höher stellen als die Laune und Willkürherrschaft der Fürsten und Peiniger des Volkes! Ihr werdet dem Willen der souveränen deutschen Nationalversammlung gehorchen, welche das gesammte Volk, und somit auch die Soldaten, aufgefordert hat, die Reichsverfassung zur Anerkennung und Geltung zu bringen. Soldaten! Ihr habt geschworen dem Fürsten und dem Vaterlande. Wenn aber ein Fürst gegen das Vaterland rebellirt, so darf in der Brust des braven ehrliebenden Kriegers nur der wahre Eid, der höchste Eid für das Vaterland lebendig bleiben. Erwäget es wohl, deutsche Krieger! Wenn Ihr gegen die Reichsverfassung kämpft, wenn Ihr Euch an den Vertheidigern derselben vergreift, so vergreift Ihr Euch an Euch selbst, so wühlt Ihr in Euren eigenen Eingeweiden. Wollt Ihr nicht selbst freie Männer werden? Nun wohlan! Streitet für die deutschen Grundrechte, welche den deutschen Soldaten erst zum freien Menschen machen. Wer hat den Soldaten auf ewig vom Offizierstande fern gehalten? Der alte fürstliche Absolutismus, welcher jetzt mit unerhörter Frechheit sich wieder erhebt und dabei auf Eure Hilfe zählt. Wer hat auf Euch die Schmach geladen, daß Eure Invaliden hungernd vor den Thüren betteln müssen? Das alte Regiment der Junker und Schreiber. Jetzt aber hat auch für Euch die Stunde der Befreiung geschlagen. Die Reichsverfassung befähigt Euch zu allen Ehrenämtern aufzusteigen, sie gibt Euren Invaliden Ehre und Brod, sie gewährt Euch alle Freiheitsrechte, welche Eure bürgerlichen Mitbrüder besitzen. Darum, deutsche Soldaten, wendet eure Waffen nicht gegen eure Brüder, sondern kämpft für die heilige Sache der ganzen Nation. Nur im Felde gegen den äußeren Feind wachsen Eure Lorbeeren; aber Schimpf und Schande dem, welcher gegen die Vertheidiger des Gesetzes die brutalen Befehle hochverrätherischer Oberen vollzieht. Gedenket Eurer Kameraden in Württemberg und Sachsen und folget ihrem ruhmvollen Beispiele! Sie haben sich nicht erniedrigen wollen durch Feindseligkeit gegen die Freiheit, sie haben sich verdient gemacht um das Vaterland. Und das ganze deutsche Volk jubelt ihnen zu! So thuet denn desgleichen! Ihr insbesondere noch, preußische Landwehrmänner, erklärt überall, was eure edlen Kameraden zu Elberfeld und Crefeld erklärt haben: daß sie der Nationalversammlung und der Reichsverfassung Gehorsam leisten werden. Deutsche Krieger! Höret die Stimme des Vaterlandes. Es rufet Euch, es erwartet auch von Euch seine Rettung. Es wird denen fluchen, welche brudermörderisch ihre Waffen entehren, es wird aber die segnen, welche zum Volke standen. Höret es, deutsche Krieger, und thut, was Ehre, Freiheit und Vaterland fordern! Frankfurt a. M., den 6. Mai 1849. Der Congreß sämmtlicher Märzvereine Deutschlands. In dessen Auftrage: Der Präsident: Julius Fröbel. Der Vicepräsident: Franz Raveaux. Der Schriftführer: Hellmuth Wöhler. Der Schriftführer: Ludwig Simon von Trier.

‡ **Posen**, 4. Mai. Gestern Abend ist ganz unerwartet der Befehl aus Berlin hier eingetroffen, daß unsere gesammte, bis jetzt noch nicht einberufene Landwehr in kürzester Frist mobil gemacht werden soll. Es sind fünf Bataillone Infanterie, die zwar nicht in ihrer vollen Kriegsstärke, wo jedes Bataillon tausend Mann zählt, ein-

gezogen werden, indessen doch in ziemlich respectabler Anzahl ins Feld zu rücken bestimmt sind, da von jedem Bataillon 600 Mann mobil gemacht werden. Bis jetzt ist die Ordre bloß für die Infanterie eingetroffen, es bleibt daher noch ungewiß, ob auch die Cavallerie und Artillerie einberufen wird, was jedoch vielleicht der ungleich größern Kosten wegen verläufig noch unterbleibt. Die Bestimmung dieser Truppen ist gleichfalls kein Geheimniß mehr, da sie sammt und sonders sofort nach Oberschlesien aufbrechen sollen, wohin auch alle übrigen bislang in unserer Provinz garnisonirenden Truppentheile marschiren werden. Ob sie daselbst bloß als Beobachtungscorps an der böhmischen und mährischen Grenze sich aufstellen werden, oder ob sie eventualiter auch den hart bedrängten Oesterreichern thätige Hilfe leisten sollen, muß die nächste Zukunft lehren; doch ist das Letztere kaum denkbar. Wichtig in Beziehung auf diese Truppenversetzung ist noch, daß auch das ganze erste Armeecorps, das in Ostpreußen in Garnison steht, mobil gemacht ist und die Bestimmung erhalten hat, unsere Provinz zu besetzen, woraus augenfällig hervorgeht, daß wir einen feindlichen Zusammenstoß mit Rußland nicht zu besorgen haben, indem in diesem Falle die Provinz Preußen, die auf ihrer ganzen Länge von russischen Ländern begrenzt ist, wohl schwerlich von Truppen entblößt werden würde. — Von unsern Truppen in Schleswig-Holstein ist durch Privatbriefe die Nachricht hier eingegangen, daß wegen grober Insubordinationsvergehen hiesiger Landwehrmänner harte Strafen eintreten würden, und daß namentlich drei Wehrmänner vom ersten Bataillon des achtzehnten Landwehrregiments vom Kriegsgericht zum Tode verurtheilt worden seien. Ob diese Strafe wirklich vollzogen worden, ist uns zur Zeit noch unbekannt.

In unserer Stadt herrscht wegen der neuesten Wendung, welche die politischen Angelegenheiten Deutschlands genommen, große Aufregung; die Parteien der Radicalen und Conservativen stehen einander schroffer als je gegenüber, und beide geben durch öffentliche Demonstrationen ihre Gesinnung zu erkennen: die ersteren halten es mit Frankfurt, die letzteren mit dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel. Der demokratisch-constitutionelle Verein hat in einer gestern stattgehabten Versammlung die in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung, einschließlich des Reichswahlgesetzes, als endgiltiges Reichsgrundgesetz unbedingt anerkannt und es für die Pflicht eines jeden deutschen Staatsbürgers erklärt, den Anordnungen der Reichsversammlung zur Aufrechthaltung und Durchführung der deutschen Verfassung unbedingt Folge zu leisten. In einer zweiten Erklärung wird die Auflösung der zweiten preußischen Kammer als ein schweres Unglück für das Land bezeichnet. Der Verein für König und Vaterland wird morgen wohl zwei Adressen in entgegengesetztem Sinne votiren. — In dem Städtchen Lionz haben am letzten Tage des April dreißig polnische Geistliche eine großartige Trauermesse für die im vorigen Jahre hier gefallenen Polen abgehalten, wobei es zu einer erheblichen Ruhestörung gekommen ist, indem die versammelte große Menge von Polen aus der niedrigsten Volksschichte die dortigen Deutschen fürchterlich mißhandelt hat, so daß nach einem Bericht in der hiesigen Zeitung die Genesung dreier Verwundeter noch zweifelhaft ist.

*|| **München**, 4. Mai. (Schluß.) Indem sie sich zur Beantwortung der ihr vorgelegten 11 Fragen wendet, schickt sie die Untersuchung voraus, wer denn die rechtlichen Paciscenten der Verträge von 1815 gewesen. Wir lassen sie selbst reden. Vertragen haben allerdings die souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands; die Fürsten haben paciscirt aus dem Standpunkte unumschränkter Herrschergewalt, ohne alle Rücksicht auf die Wünsche ihrer Völker. Aber stand der Thatsache auch die Berechtigung zur Seite? Deutschlands Fürsten waren bis zu Anfang dieses Jahrhunderts nicht mehr und nicht weniger als erbliche Stammeshäupter der Einen untheilbaren deutschen Nation, Vasallen des sweil erkorenen gemeinsamen Kaisers. Nicht Souveränetät, sondern Reichsunmittelbarkeit, d. h. unmittelbare Unterordnung unter das Reichsoberhaupt bildete ihr Verrecht. Die oft unendlich weitgreifenden Verfassungen ihrer Gebiete standen unter dem Schirme der Reichsgewalt, begründeten sogar bei den nicht Eximirten ein Klagerecht vor den obersten Reichsgerichten. Indem einzelne dieser Fürsten 1805 ihre Waffen mit den französischen gegen den deutschen Kaiser wandten, ja, den gallischen Adler in die alte Kaiserstadt tragen halfen; indem sie später (1806) ihre und ihrer Gebiete uralte Beziehungen zu dem gemeinsamen Vaterlande gewaltsam zerrissen und mit sich selbst auch letztere französischer Botmäßigkeit unterwarfen; indem sie eben dadurch die Abdankung des letzten deutschen Kaisers zusammt der Auflösung erzwangen, verfügten sie in doppelter Beziehung ohne allen Rechtstitel über die angestammten Rechte der ihnen untergebenen Stämme. Sie zerstörten deren Gesammtnationalität, sie machten sich überdies zu unumschränkten Herren über deren Personen und Eigenthum und verwandelten die uralte constitutionelle Regierungsform des germanischen Elements in reinen Militärdespotismus nach romanisch imperialistischem Zuschnitte und unter romanisch imperialistischem Oberbefehle. Als später der fränkische Protector Miene machte, die neuen Gewaltherren zu Gunsten seiner Brüder und Verwandten zu verschlingen, bekannten jene ihr Unrecht und riefen sie ihre Völker zu den Waffen, unter feierlicher Zusicherung des alten Rechtszustandes. Die Völker gingen den Pakt ein, stürzten den Eroberer vom Throne, retteten das Dasein ihrer Herrscher. Die Deutschen aller Zungen hatten daher 1815 neben dem natürlichen unverjährbaren auch ein urkundlich conventionelles mit ihrem Blute besiegeltes Recht an das alte Reich, an den alten Wahlkaiser. Daß die Fürsten nach errungenem Siege der ertheilten Zusagen vergaßen, daß sie gelegentlich des Wiener Congresses mittelst eines bloßen Fürstenbundes sich erhöhte Unabhängigkeit, dem Vaterlande vollendete Zersplitterung, den einzelnen Stämmen das vollendete Regiment des bon plaisir zuwarfen, änderte nichts an dem Rechtsverhältnisse. Der Bund war die Fortsetzung, ja die Steigerung des Unrechtes von 1806 und dem deutschen Volke kam zu, seine theuersten Güter, seine constitutionelle Einheit unter einem Wahlkaiser, seine repräsentativen Freiheiten in dem Innern der Gebiete zurückzufordern, sobald auch nur momentan die thatsächliche Gewalt erbleichte, welche ihm diese Güter vorenthielt.

Niemand hat sich vom Anbeginne an entschiedener ausgesprochen als wir gegen den Einheitsstaat. Derselbe schien uns stets und scheint uns noch heute im Widerspruche sowohl mit der Natur als mit dem wohlverstandenen Interesse der deutschen Nation. Aber Einheitsstaat däucht uns noch keineswegs, was in Frankfurt beschlossen worden. Den Einzelstaaten als solche sind, wenn schon in anderer Form, und mit anderer Vertretung als der früheren, ausschließend fürstlichen, so ziemlich die Befugnisse gewährt, deren die einstigen Reichsgebiete genossen. Auch damals gab es Reichsgesetzgebung, Reichsregalien, Reichssteuern, Reichsheere. Reichsgesetze regelten mitunter die speciellsten Rechtsmaterien; die Posten etwirten durch ganz Deutschland lehenweise von Kaiser und Reich. Es bedarf daher nicht einmal einer Anrufung des volksthümlichen Standpunktes, es genügt jener einfach historische Rechtsboden, dem auch die fürstliche Gewalt ihre Rechtstitel entnimmt, um die beiden ersten Fragen unbedingt bejahen zu müssen.

Gleicher Fall tritt ein hinsichtlich der dritten, vierten und fünften Frage. Die Bundesversammlung that, Angesichts des Vorparlaments, was in Mitte des damaligen Sturmes allein den Untergang der Kronen hindern konnte, die Parlamentswahlen gemäß der Beschlüsse des Vorparlaments, dann des erläuternden und vervollständigenden Bundesbeschlusses vom 7. April anordnend, ratificirten sämmtliche Einzelregierungen die Maßnahme ihrer Vertreterin, und weit entfernt von einem „Erweitern" der eigenen Zuständigkeit, schloß die Nationalversammlung sich nur den Regierungen an, indem sie ihre verfassunggebende Natur feierlich proclamirte.

Frage sechs scheint auf einem Uebersehen zu beruhen. Waren es ja gerade wir, die hier ein dynastischen Auffassung des halb officiellen Blattes tadelnd entgegentraten, beweisend, wie selbst für den von diesem Blatte vorausgesetzten Fall eines Anerkennungserfordernisses die Schöpfung des Ausspruches nicht den verantwortungsfreien Dynastien, sondern den Einzelstaaten in dem Zusammenwirken der Territorialparlamente mit den verantwortlichen Ministerien zustehen würde.

Die siebente Frage findet ihre Lösung in dem von uns bisher Gesagten.

Vor der in Frage acht berührten Gefahr, bei Anerkennen der Reichsverfassung eine Verletzung des Landesgrundgesetzes zu begehen, ist das bayerische Ministerium unseres Bedünkens durch den Umstand geschirmt, daß das die Parlamentswahlen anordnende Gesetz zwischen Regierung und Volksvertretung landesverfassungsmäßig verabschiedet wurde.

Und wie vollends beschwerene Pflicht dieses Ministerium hindern könne, „einen die Rechtsverbindlichkeit der Reichsverfassung aussprechenden Beschluß beider Kammern zu sanctioniren", darüber vermissen wir jede Art von Nachweis.

Der Bayer schwört, wie in Frage 10 richtig angedeutet ist, Treue dem Könige, Gehorsam dem Gesetze, Beobachtung der Staatsverfassung. Der Stände Eid fügt sogar die Aufrechthaltung dieser Verfassung hinzu. Die bayerische Staatsverfassung ist jedoch keine stereotype. Sie will „Sicherung gegen unwillkürlichen Wechsel", aber auch „Nichthemmen des Fortschreitens zum Bessern nach geprüften Erfahrungen." Gewiß steht oben an unter den Fortschritten zum Bessern das Tilgen alten Unrechtes, das Wiederherstellen deutscher Nationalität und deutscher Totaldeutsamkeit. Gewiß ist die Erfahrung nirgends eine geprüftere als hier, wo Prüfungen ohne Ende die traurigen Folgen bisheriger Zerrissenheit bewähren. Zudem bildet dieses Wiederherstellen zugleich das einzige Mittel zu Erhaltung des bayerischen Staates. Denn in einer Zeit, da Alles massenhaft zusammenfließt, kann ein zudem der Contiguität entbehrendes Reich von fünfthalb Millionen Seelen nie und nimmermehr auf Dauer ein isolirtes Dasein fortführen. Nur aus der Wohlfahrt, Größe und Macht des ganzen Deutschlands vermag Bayern fortan die eigene Lebenskraft zu schöpfen.

Allerdings glauben auch wir zu Frage 11, daß die deutsche Verfassungsfrage nur gelöst werden könne nach den Grundsätzen des Rechtes. Rechtsquelle sind uns aber keineswegs die Willküracte aus Napoleonischer und Metternich'scher Zeit. Wir suchen diese Quelle tiefer in den uralten Errungenschaften, in den unverjährbaren Ansprüchen eines großen, edlen Volkes, in dem entschiedenen Abstreifen all jener absolutistisch-bureaukratischen Auswüchse und Begriffsverwirrungen, womit uns romanisches Contagium seit Ludwig des Vierzehnten Tagen heimgesucht hat. Dieser Born ist der reine, echte, labende, Regenten und Regierte gleichmäßig heilende und verjüngende. Ein frischer Trunk aus ihm thut Noth, damit die Schuppen von aller Augen fallen und frisches Leben aufgehe in dem kränkelnden, abdorrenden Vaterlande.

Unsere Ansichten über die neue Reichsverfassung haben sich in nichts geändert. Wir beklagen Inhalt und Entstehungsweise gewisser Bestimmungen so warm als irgend Jemand. Aber mit der äußersten Linken des Parlaments in dem Ergebnisse zusammentreffend, däucht uns die Oberhauptfrage in Folge der preußischen Ablehnung eine offene. Gerade in dieser Frage lag die Zerreißung Deutschlands. Und da seitens der Regierungen die von uns angedeutete, dem Princip der Volkshoheit allein entsprechende Berufung an das Volk verschmäht wurde; da ferner die neue Reichsverfassung selbst Mittel und Wege anbahnt, um in geregeltem Zusammenwirken des ordentlichen Parlaments und der Centralgewalt ferneren Gebrechen Abhilfe zu bieten; da endlich die österreichische Regierung durch einseitiges Abberufen der österreichischen Parlamentsglieder offen mit der Nationalversammlung gebrochen hat und der Rest Deutschlands keine Stunde länger ohne ausgesprochenen Rechtszustand bleiben kann, so halten auch wir die Unterwerfung unter die Frankfurter Beschlüsse für heilige Bürgerpflicht, Widerstand aber als das Gefährlichste, als das im Effecte umwälzungschwangerste aller Beginnen.

München, 5. Mai. Der Reichscommissär Herr Mathy befindet sich noch in unsrer Stadt, und gedenkt noch mehrere Tage zu verweilen. Hieraus und aus dem Umstand, daß die „Neue Münchner Zeitung" bis jetzt die Anwesenheit des Hrn. Reichscommissär's fast gänzlich ignorirte, will man schließen, daß seine Mission wenigstens nicht ganzlich gescheitert sei: denn wäre dies der Fall, so würde wohl, glaubt man, das genannte Blatt alsbald davon Mittheilung machen.

Die „D. C. Ztg." schreibt aus München, daß ein Theil der dortigen Garnison: Cuirassier-Regiment, Infanterie-Regiment König und zwei Batterien Artillerie, Befehl zur Marschbereitschaft erhalten haben, wie es scheine, nach der Pfalz.

Der „Allg. Ztg." zufolge ist die vom Staatsministerium des Kriegs angeordnete Einberufung sämmtlicher Beurlaubten, zum Zwecke der Herstellung der bayerischen Armee auf den Kriegsfuß, in Folge eines Beschlusses im jüngsten Ministerrath wieder zurückgenommen worden.

Landau, 6. Mai. Gestern Nachmittag wurde durch Plakate, so wie durch die Schelle bekannt gemacht, daß der hiesige Festungscommandant in Folge ihm zugekommener Mittheilungen sich genöthigt gesehen habe, die hiesige Stadt und Festung in Kriegszustand zu setzen. Ueberall, wo wir hinsehen, starren uns nun die Mündungen der Kanonen entgegen. So meldet die „Mannh. Abdztg."

| **Dresden**, 5. Mai, Mittags. Noch immer stehen die feindlichen Principe einander ohne Kampf gegenüber und Niemand weiß, wie lange diese Ungewißheit währt. In dem Zustande der Parteien hat sich seit gestern nichts verändert. Eine königl. Proclamation ist diesen Morgen erschienen (siehe die erste Extrabeilage zur gestrigen Nummer), worin mit vielen Worte nichts Neues gesagt wird. Nur in dem Ausdrucke, daß der König noch immer „Anstand" nehmen müsse, dem Volkswillen nachzugeben, glaubt man den ersten einlenkenden Schritt zu erkennen. Die Folge wird lehren, ob diese Auslegung die rechte war. Geschieht von außen nichts, was der Regierung günstig ist, so wird sie es wohl in der That sein. Die Minister sind vom Königstein zurückgekehrt und verweilen wahrscheinlich in der Neustadt, welche ganz in den Händen des Militärs ist. Sie erklären, sie hätten Dresden nur verlassen, um den König in Sicherheit zu sehen. Man sieht leicht, daß dies eine leere Redensart ist, die nur die frühere Kopflosigkeit bemänteln soll. Das Militär greift nicht an. Von Stunde zu Stunde heißt es zwar wieder, es werde geschehen, allein bis jetzt war die Nachricht jedesmal verfrüht. Möglich, daß die Offiziere den Angriff nicht wagen, weil sie der Stimmung der Soldaten nicht trauen. Wie viel von diesen zu den Bürgern übergegangen, weiß man immer noch nicht. Die Thatsache aber, daß einzelne Truppe es gethan, steht fest. Das Leibregiment ist nun auch aus Chemnitz eingerückt, das Militär wohl aber noch immer nicht stark genug, die Bevölkerung, welche durch Zuzug von allen Seiten verstärkt ist, zu bewältigen. Die preußische Hilfe scheint nicht zu kommen; man sagt wegen der Empörung Schlesiens. Das Schlimmste ist nur, daß das Volk gar keine Kanonen besitzt. Ob die Böller der hiesigen Schützengilde und die zu Hilfe gekommenen aus den Nachbarstädten dem Mangel einigermaßen abhelfen können, wird die Erfahrung lehren. Die Haltung der Bürgerwehr ist schmählich. Im Anfange, da es sich um Worte drehte, standen sie vornan. Jetzt, in der Stunde der That sollen von 6000 Mann kaum 500 auf ihrem Posten sein. Es werden verschärftere Maßregeln ergriffen, sie zu zwingen, daß sie sich entweder stellen oder die Waffen ausliefern. Seit gestern flüchten die Reichen und Bemittelten mit Weib und Kind, mit Sack und Pack zu Hunderten. Besonders die beim Volke Anrüchigen, vormalige Minister u. s. w. entfernen sich aus der Stadt. Allerdings ist wohl auch, nach einer so oder so fallenden Entscheidung, Unfug und Plünderung nicht ganz unwahrscheinlich. Ich muß schließen da ich selbst eben die Schutzwache beziehen muß.

** Vorstehender Brief enthält, wie man sieht, nichts wesentlich Neues über den Stand der Dinge in Sachen. Doch muß die Entscheidung unmittelbar vor Postabgang begonnen haben, denn auf dem Umschlag obigen Briefes finden wir noch mit flüchtiger Hand bemerkt: „Der Kampf beginnt, 3 Uhr!" Und daß der Kampf wirklich begonnen, bestätigt ein Extrablatt der in Leipzig erscheinenden „Deutschen Allg. Ztg.", welche neueste Nachrichten aus Dresden vom 5. Mai Abends 10 Uhr mittheilt. Dortigen Angaben zufolge hat das sächsische Militär sämmtliche Barrikaden genommen und den Aufstand unter dem Ruf: „es lebe der König!" besiegt. Eine Proclamation des Stadtrathes verkündete den Bewohnern, daß Sonntag den 6. Mai 1000 Mann preußischer Truppen einrücken würden. Demnach waren die Angaben der Berliner Blätter von einem schon am 5. erfolgten Einmarsch, vom Capituliren der Aufständischen ꝛc. zum mindesten voreilig. Ob sich die Angaben der „Disch. Allg. Ztg." bestätigen, darüber müssen wir directe Briefe aus Dresden abwarten, die indessen vor heute Abend nicht eintreffen.

Nachschrift.

Soeben erfahren wir, warum das von Berlin am 5. abgegangene Bataillon Kaiser Alexander Garde an diesem Tag noch nicht in Dresden eintreffen konnte. Ein Schreiben aus Burrdorf (an der Berlin-Dresdn. Eisenbahn) 5. Mai in der neuesten Nummer der „Const. Ztg." gibt darüber Auskunft: Ein Mitreisender schreibt dem Berliner Blatt wie folgt: Als ich gestern Nachmittags um 2 Uhr von Berlin abreiste, um einen Ausflug nach Dresden zu unternehmen, fand ich bereits auf dem anhaltischen Bahnhof alles in lebhaftester Bewegung. Der General v. Schreckenstein und Prinz Albert waren dort, um bei dem Abgange des zweiten Bataillons des Kaiser Alexander-Regiments zugegen zu sein. An verschiedenen Punkten in der Nähe von Berlin waren Cavalleriepiquets aufgestellt, wahrscheinlich um jeden Angriff und jede Beschädigung der Bahn zu verhüten. Um 6½ Uhr Nachmittags langten wir hier in Burrdorf, 17

Meilen von Berlin, an, von wo auf die Kunde, daß die Bahn im weitern Tract an mehreren Stellen unterbrochen sei, der Locomotivführer und der Ingenieur mit der Locomotive allein eine Recognoscirungsfahrt unternahmen. Erst nach drei Stunden kehrten sie zurück, und berichteten, daß auf sächsischem Gebiete die Eisenbahn 10 Telegraphenstationen weit zerstört sei, und zwar von Freischaaren, die noch im Walde lagern. Die Schienen sollen nicht allein aufgehoben, sondern auch die Schwellen tief in das Land hineingeschleppt worden sein. Die gleichzeitig mit dieser Nachricht in Burrdorf anlangenden preußischen Truppen ließen sich natürlich durch diese Kunde nicht zurückhalten, ihre Fahrt auf der Bahn fortzusetzen, fest entschlossen, sich schon den Weg nach Dresden zu bahnen, welche Hindernisse sie auch finden möchten. Die Leute waren in der That von einem trefflichen Geiste beseelt. Wir, dem Civilstande angehörenden Passagiere konnten uns jedoch nicht entschließen, aufs Ungewisse unsere Fahrt fortzusetzen, und sind einstweilen noch hier verblieben, von wo Ihnen diese Zeilen mit dem zurückgehenden Bahnzuge zukommen.

* ☆ **Leipzig**, 6. Mai, Vormittags 11 Uhr. Die Nacht ist, einige zwecklose Flintenschüsse in verschiedenen Stadttheilen abgerechnet, ohne Störung vorübergegangen. Heute Morgen fuhren mehrere hundert Freischärler aus kleineren sächsischen Städten, welche gestern Abend mit dem letzten bayerischen Bahnzug eingetroffen waren, nach Dresden. Von hier sind bis jetzt nicht mehr als etwa 600 Mann dahin gegangen. Aus Dresden sind mit dem heutigen Frühzug die widersprechendsten Nachrichten eingetroffen, welche theils von einem Siege des Militärs, theils von siegreichem Vordringen des Volks, Erbeutung mehrerer Kanonen, Gefangennehmung des Prinzen von Dessau ꝛc. sprechen. Ueber den wahren Charakter der Bewegung täusche man sich in Frankfurt nicht! Die Nichtanerkennung der Reichsverfassung von Seiten der Regierung bildete zwar für alle Parteien den Einigungs- und Ausgangspunkt, jetzt wird aber dieser Gesichtspunkt ausschließlich fast nur von den städtischen Behörden und dem deutschen Vereine festgehalten. Letzterer sah sich schon vorgestern genöthigt, aus dem gemeinsamen Ausschuß der hiesigen politischen Vereine auszutreten, indem dort von der Mehrheit Widerstand gegen die städtischen Behörden beschlossen wurde. Der demokratische Vaterlandsverein benutzt die Aufregung zu republikanischem, der demokratische Verein und sein zahlreicher Anhang in den untern Volksklassen zu social-demokratischen Zwecken. Privatbriefe aus Dresden versichern, daß dort die letztern Interessen die Oberhand gewonnen, daß deßhalb der größte Theil der Communalgarde sich von der Bewegung zurückgezogen habe, endlich die provisorische Regierung zumal in der Neustadt-Dresden keine Anerkennung finde. Eben so wird die Nachricht, daß 300 Mann vom Militär zum Volk übergegangen seien, auf wenige einzelne Fälle zurückgeführt, hingegen die gesetzliche Haltung und Disciplin der Truppen gelobt.

Hannover, 5. Mai. Die „Hannoversche Zeitung" bringt folgende bald officielle Mittheilung: „Die Einladung Preußens zu gemeinsamen Berathungen der deutschen Regierungen über die Verfassungsangelegenheit ist von Hannover angenommen und Ministerialvorstand Stüve hat, in Begleitung des Herrn v. Wangenheim (also nicht Bennigsen), gestern sich nach Berlin begeben, um jenen Berathungen beizuwohnen. Was über den Sinn, in welchem Hannover an der Verhandlung sich betheiligen wird, zuverlässig verlautet, läßt keinen Zweifel zu, daß eine Verständigung mit der Nationalversammlung von der hannoverschen Regierung allen übrigen Wegen, die aus der augenblicklichen Verwickelung herausführen könnten, vorgezogen werden wird. Ueberzeugt, daß eine bloß negirende Stellung für die ablehnenden Regierungen eine Unmöglichkeit bleiben würde, werden die den Frankfurter Beschlüssen entgegenzustellenden Vorschläge gleichwohl an jene sich anlehnen, und Nichts liegt gewiß der hannoverschen Regierung, die dem Vereinbarungsgrundsatze auch hier treu bleibt, mehr fern, als das Gefallen an einer Octroyirung der Verfassung, die von den Gegnern einer versöhnlichen Lösung der großen Frage des Augenblicks (häufig ohne Zweifel gegen eigene Ueberzeugung) als nächstes Ziel der deutschen Regierungen, die jetzt zu Preußen stehen, geschildert wird, während sie doch nichts als ein Nothbehelf zur Stellung Deutschlands in dem immer tief zu beklagenden Falle bleiben würde, wo die Vertreter der deutschen Nation den Regierungen der deutschen Staaten das rechtliche Gehör versagen sollten. Wir haben bestimmten Grund zu hoffen, daß wir über die Resultate der in Berlin eingeleiteten Verhandlungen bald Näheres mitzutheilen im Stande sein werden."

)(**Bingen**, 7. Mai. Heute ging von Seiten des hiesigen Volksausschusses ein Gesuch an unsere Staatsregierung ab, worin dieselbe ersucht wird, jeden Vertrag in Betreff der Einquartierung der Truppen anderer Staaten, insofern dieselben nicht im Reichsdienste seien, für Bingen aufzuheben. — Lehrer Schumacher von Mainz wird als Commissär des Mainzer demokratischen Bezirksvereins erwartet, um die allgemeine Volksbewaffnung zum Schutze der Reichsverfassung anzubahnen.

> **Mainz**, 7. Mai. Das zweite Bataillon des 28. preuß. Infanterieregiments, welches sich erst seit 8 Tagen hier befindet, ist soeben vermittelst der Taunuseisenbahn von hier über Frankfurt nach Landau abgegangen. Heute Abend wurde plötzlich die Artillerie auf die Festungswerke zu den Geschützen commandirt. Morgen wird das Füsilierbataillon des 28. preuß. Infanterieregiments und ein Bataillon des 23. Regiments hier einrücken.

Frankreich.

Paris, 5. Mai. Der Bruch zwischen Napoleon Bonaparte und dem Vereine der Straße Poitiers ist vollständig. Der Wahlausschuß dieses Vereins erklärt sich in einem Schreiben an den Wahlausschuß des Departements der unteren Charente, der Napoleon Bonaparte auf seine Candidatenliste gesetzt hatte, entschieden gegen diese Candidatur. Es heißt in dem Schreiben unter Anderem: „Sie fürchten, daß diese Candidatur dem Präsidenten der Republik Verlegenheit und vielleicht eine gefährliche Nebenbuhlerschaft bereiten könne. Der von dem Präsidenten an seinen Vetter gerichtete Brief, dessen Echtheit unbestreitbar ist, antwortet genügend auf den ihrigen; unsere Besorgnisse waren nur zu sehr begründet. Alle diejenigen, welche der Regierung des Erwählten vom 10. December anhangen und seine persönliche Politik unterstützen, können heut zu Tage Herrn Napoleon Bonaparte, dessen Wahl überdies in Corsica gesichert ist, ihre Stimmen nicht geben. Die mehrfache Erwählung Napoleon Bonaparte's könnte nur eine der Politik der Regierung entgegengesetzte Politik unterstützen und die gemäßigte Partei zerspalten. Indem wir diese Sprache führen, sind wir versichert, die persönlichen Ansichten und Wünsche des Präsidenten der Republik auszusprechen." Dieses Actenstück, durch welches der Bruch der Partei Poitiers mit Napoleon Bonaparte öffentlich geworden ist, trägt als Unterschrift die Namen Mole, Thiers, Berryer ꝛc. (K. Z.)

Der „Moniteur du soir" erklärt aus Anlaß eines Gerüchts von einem Wortwechsel zwischen dem Präsidenten der Republik und Napoleon Bonaparte, daß Letzterer seit seiner Rückkehr aus Spanien keine Audienz beim Präsidenten gehabt habe und daß beide sich nirgendwo getroffen hätten. Wenn übrigens der Präsident gegen alle Mitglieder seiner Familie, welche ihrer Pflicht nicht genau nachkämen, Strenge zeigen müsse, so zerreiße er deßhalb noch keineswegs die ihn mit ihm verknüpfenden Bande.

** **Paris**, 5. Mai. Die Conflicte zwischen dem Präsidenten der Republik und seinem Vetter Napoleon Bonaparte wegen dessen plötzlicher Abreise von Madrid sind noch immer nicht beigelegt und wie viel man sich auch von jener Seite Mühe gibt, diese unangenehmen Zwistigkeiten vor den Augen der Welt zu verbergen, so scheint doch dieser fest entschlossen, sie und ihre Gründe vor die Oeffentlichkeit zu bringen. In dem gestrigen Abendmoniteur war in einem öffentlichen Artikel gesagt worden, daß wenn auch der Präsident sich gegen alle Glieder seiner Familie, die nicht genau ihrer Pflicht gemäß handeln, streng zeige, er deßhalb noch nicht die Bande, durch welche sie an ihn gefesselt sind, zerreiße. Darauf antwortet nun Napoleon Bonaparte in den heutigen Blättern also: Ich bin erstaunt, daß der gestrige „Moniteur" ein Gerücht erst in Abrede stellt, das zu absurd ist, um widerlegt zu werden. Wenn ich noch nicht bei dem Präsidenten der Republik war, so kommt dies lediglich daher, daß ich es seit meiner Rückkehr nicht für nöthig fand, in das Elysee zu gehen. Die Phrase des Moniteur aber „der Präsident muß sich streng gegen alle Glieder seiner Familie zeigen u. s. w." kann auf mich gar keine Anwendung finden, denn was ich that, that ich mit Recht und Pflicht. Ich will hier diejenigen, welche die Convenienz verletzten, nicht bezeichnen; aber wenn die Minister danach Verlangen tragen, die Wahrheit kennen zu lernen, so mögen sie in der Nationalversammlung ihre Erklärungen abgeben. Dort werde ich ihnen antworten." Wie man jetzt hört, werden am nächsten Montag wegen dieser Angelegenheit Interpellationen stattfinden.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde zunächst der neue Gesetzentwurf über die Civilpensionen berathen und alsdann die Berathung des Kriegsbudgets fortgesetzt.

Beichol, Sergeantmajor des siebenten leichten Infanterieregiments, einer der beiden Candidaten für die nächste Kammer, wurde gestern nach der Parade auf besondern Befehl Changarnier's verhaftet und in das Militärgefängniß abgeführt. Man will einer Militärverschwörung auf die Spur gekommen sein, laut welcher derselbe stark compromittirt sein soll. Auch der bekannte Abbe Chatel wurde gestern früh in seiner Wohnung aus demselben Grunde verhaftet.

Dupont (de l'Eure) ist nicht gestorben, wie das Gerücht sagte. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde von dem Präsidenten Marrast erklärt, daß er sich auf dem Wege der Besserung befinde.

Großbritannien.

London, 3. Mai. Die „Times" beglückwünscht heute das Land zu der raschen und siegreichen Beendigung der Feindseligkeiten im Pendschab, indem sie die Hoffnung ausspricht, daß die Ruhe des britischen Indiens jetzt für eine lange Zukunft gesichert sei. Der Krieger habe jetzt das Seine gethan; der Gesetzgeber könne nun in eine Reihe friedlicherer Triumphe eintreten. Der „Standard" äußert, das definitive Aufhören der Feindseligkeiten werde sofort eine günstige Einwirkung auf die indischen Handelsverhältnisse üben und verhindern, daß die Gedrücktheit auf den Märkten von Bombay und Calcutta zunehme. Dies gehe aus den eingetroffenen Handelsberichten hervor, die in unserm Fabrikbezirken große Freude erregen würden, da ansehnliche Bestellungen angekündigt seien. — Aus St. Leonards erfährt man, daß die Gesundheit der Gemahlin Ludwig Philipps sich bedeutend gebessert hat. Bei einem neulichen Besuche der exköniglichen Familie zu Brighton wurde sie überall aufs achtungsvollste empfangen. Die Mannschaften der französischen Fischerboote, welche zu Hastings anlegen, begeben sich öfters nach St. Leonards, um Ludwig Philipp und seine Familie zu sehen.

Nachschrift.

Aus **Oesterreich. Auch heute nicht Neues vom Kriegsschauplatz. Nichts als verwirrte Angaben und Gerüchte, da die Regierung fortfährt mit officiellen Berichten zurückzuhalten. Die Russen kommen, die Russen kommen nicht, die Russen sind schon da, England hat protestirt, Frankreich hat protestirt, das sind die Angaben, die sich heute noch kreuzen und widersprechen wie gestern und vorgestern. Der 7. Mai wird als der Tag angegeben, bis zu welchem die concentrirten Truppenbewegungen der Oesterreicher vollendet sein sollen. Bis dahin werden auch die Russen ihre Stellungen eingenommen haben und dann die Operationen gegen die Ungarn von drei Seiten beginnen. Für die nächsten Tage dürften demnach die österreichischen Journale in aller Wahrscheinlichkeit eben so leer von Kriegsberichten bleiben, wie sie in den letzten Tagen gewesen. Wie die Dinge jetzt stehen, ist, außer Preßburg und Ofen, so ziemlich ganz Ungarn von den österreichischen Truppen geräumt. Alle wichtigern Punkte, welche die Kaiserlichen früher besetzt hielten, wurden im Laufe weniger Tage von den Insurgenten wieder genommen. Temeswar, Raab, Verbar, Lugos, Karansebes, alle Plätze, welche die Vorposten gegen Oesterreich bilden, befinden sich in den Händen der Magyaren. Dem ist im Besitze des ganzen Banats; das Einrücken der russischen Truppen durch die nach Siebenbürgen führenden Gebirgspässe ist, wo nicht ganz unmöglich, so doch mit unsäglichen Schwierigkeiten verknüpft; auch die völlige Vernichtung des Jellachich'schen Armeecorps bei Peterwardein und der untern Donau ist jetzt kein Geheimniß mehr. In Wien wächst die trübe Stimmung und die Theuerung mit jedem Tage und der Enthusiasmus der Gutgesinnten über die russische Hilfe ist nicht so groß, wie die officiellen Blätter glauben machen wollen. Dagegen erhebt die Insurrection ihr Haupt immer kühner. Kossuth hat bereits eine Communication zur Beziehung aller ihm nöthigen Kriegsbedürfnisse von England, Frankreich, aus den Häfen des schwarzen Meeres, nach Siebenbürgen organisirt und hinlängliches Papier in Vorrath, um die Landescertheidigungscommissionen mit seinen Banknoten, die jetzt in Ungarn bessern Werth als die österreichischen haben, in Fülle zu versehen!

Börsenberichte.

Frankfurt, 7. Mai. Das Geschäft an heutiger Börse war nicht sehr belebt, und auch sämmtliche Course wichen nur wenig von ihrem gestrigen Standpunkt ab. Von österreichischen Effecten bleiben 5pCt. Metall. 75½, pCt., 2½pCt. Metall 39⅞, pCt., Bieneerbankactien 1155 fl., 500 fl. Loose 128¾, pCt., 250 fl. Loose 78 pCt. Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27 Rthlr. G., Badische 35 fl. Loose 27½, ⅝ fl., do. 50 fl. Loose 48 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 70⅝ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20⅞ fl., Sardinische Loose 21⅝ fl., Poln. 500 fl. Loose nach dem Zug 72 Rthlr. Von süddeutschen Obligationen Württemberger mehr angeboten, 4½pCt. Obligationen 93⅛, pCt., do. 3½pCt. 76½, pCt. Bad. 3½pCt. Obligationen 76 pCt., do. 3pCt. bad. vom Jahr 1845 95¾, pCt. G. Nassauer 3½pCt. Obligationen 79 pCt. G., do. 5pCt. vom Jahr 1849 99⅝ pCt. G. Von belgischen Obligationen 2½pCt. belgische 43½, ditto 4½pCt. 83½, ditto 5pCt. 90½ pCt. holl. 2½pCt. Integralen 49½, pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 32½ Rthlr., Berbach 71 pCt., Köln-Minden 75½ pCt., Taunus 280 fl. 3pCt. inländ. Spar. begehrt 24½ pCt. G. Von Wechseln bei unbedeutendem Handel Wiener 103½, Augsburg 119⅝, Hamburg 88, Pariser 94½, London 120½, Berlin und Leipzig 105½. Abends nach Ausgabe der Madrider Post vom 30. v. M., welche einen Rückzug der 3pCt. inländ. Schuld an dortiger Börse von ⅞ pCt. meldet, stellten sich benannte Fonds in der Effectensocietät 24½ à 24 ⅞ pCt.

Wien, 4. Mai. 5pCt. Metall. 89⅛. — 4pCt. 71. 3pCt. —. — 2½pCt. 46½. — Bankactien 1120. — 500 fl. Loose 147. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnactien 91½. — Glogauer 93½. — Mailänder 88½.

Warschau, 1. Mai. Bei der heute hier stattgehabten 18. Serienverlosung der poln. 500 fl. Loose sind nachstehende 26 Serien gezogen worden: 30 355 536 643 693 974 1128 1231 1480 1655 1661 1683 1700 1819 1848 1943 2075 2106 2280 2282 2308 2577 2692 2735 2789 2830.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Aufruf.

Der unterzeichnete Vorort des nationalen Vereines für Deutschland sieht sich durch die gefahrvolle Lage des Vaterlandes veranlaßt, die deutschen nationalen Vereine, sowie alle diejenigen politischen Vereine Deutschlands, welche an den Gelöbnissen des Jahres 1848, an dem Ergebnisse der deutschen Revolution, an der — von der dazu berufenen Nationalversammlung endgiltig festgestellten — deutschen Reichsverfassung unbedingt und unter allen Verhältnissen festzuhalten gedenken, aufzufordern, zu einem

nationalen Congresse

sich am 14. Mai 1849 zu Frankfurt am Main zur Berathung der gemeinsam einzuschlagenden Schritte einzufinden. Die nähere Auskunft über die Abgabe der Anmeldungen und Mandate wird spätestens am 11. d. M. in den Frankfurter Blättern mitgetheilt werden. Cassel, am 4. Mai 1849.

Der Vorort des nationalen Vereine für Deutschland.

Dr. B. Wuh. Pfeiffer, S. Habndorf, Dr. R. Harnier, Hartwig, Herzog, Koch, Luckhard, Lücken, Meyer, Dr. A. Pfaff, Schnadenberg, Schultheiß, Schwarzenberg, Weidezahn, Wiederhold.

Rundschreiben an sämmtliche verbundenen Vereine.

Gleichzeitig mit der Aufforderung des Bürgervereins (Anlage A.), einen Congreß der dem nationalen Vereine zugehörigen Vereine zu dem vorstehenden wichtigen Zweck zu veranlassen, wurde aus der Mitte der Paulskirche diese Frage bei uns angeregt. Die gefahrvolle Lage des Vaterlandes wird die alsbaldige Berufung des Congresses bei Ihnen rechtfertigen. Darüber haben wir den Märzvereinen, welche zu gleichem Zwecke am 6. d. M. zu Frankfurt tagen, von obigem Schritte Kenntniß gegeben (Anlage B.), um der etwaigen irrigen Deutung, als habe man mit ihnen zum Schutze der Verfassung nicht gemeinsam handeln, vielmehr eine Zersplitterung herbeiführen wollen, von vorn herein zu begegnen. Säumet nicht, Ihr Brüder in Ost und West, in Nord und Süd des deutschen Vaterlandes, unserem Rufe zu folgen, wo es gilt, für die deutsche Verfassung und mit ihr für die Einheit, Freiheit, Macht und Wohlfahrt Deutschlands — als das Endziel unserer gesammten Bestrebungen — mit allen Kräften und Mitteln einzustehen.

Cassel, den 4. Mai 1849.

Der Vorort des nationalen Vereins für Deutschland.
Namens desselben:
Der Vorsitzende: Dr. B. W. Pfeiffer.
Weidezahn, Schriftführer.

NB. Der Vorort der nationalen Vereine ersucht die Redactionen die öffentliche Blätter, durch Abdruck obigen Aufruf möglichste Verbreitung zu geben.

[1223]

Bekanntmachung.

Bei hiesiger Fahrpostexpedition befinden sich nachbezeichnete Fahrpostsendungen (Reklestücke), deren Adressaten nicht ermittelt werden konnten, beziehungsweise, welche wegen nicht erfolgter Empfangnahme von Seiten der Adressaten als unbestellbar hierher zurückgekommen sind:

1) Ein Packet an die 3. Escadron des Kurf. Hess. Husarenregiments in Cassel,
2) ein Brief an den Soldaten M. Klein in Wiesbaden,
3) „ Packet an Fräulein Illing in Friesenhausen,
4) „ Brief an Catharina Wanderlich in Mainz,
5) „ Packet an Herrn K. D. Schwarzschild in Homburg v. d. H.,
6) „ Brief an Herrn K. Müller in Frankfurt,
7) „ „ an denselben.

Die Aufgeber, bezüglich die Eigenthümer dieser Fahrpostsendungen werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen von heute anfangend bei der Fahrpostexpedition dahier über ihr Eigenthumsrecht gehörig auszuweisen und die betreffenden Gegenstände gegen Entrichtung des darauf haftenden Portos und Zurückgabe des Aufgabescheines in Empfang zu nehmen.

Frankfurt a. M., den 4. Mai 1849.

Oberpostamt.

[1324]

Frankfurt-Hanauer Eisenbahn.

Im Monat April l. J. wurden befördert:

43,974 Personen, 500½ Ctr. Güter und 3 Wagen Werkholz und Möbel, 328 Ctr. 4 Pfd. Reisegepäckübefracht, 1 Reisewagen, 126 Stück Schlachtvieh, 100 Hunde, 185 Traglasten.

Die Gesammt-Einnahme betrug fl. 11,151. 42 kr.

Frankfurt a. M., den 4. Mai 1849.

Im Auftrag des Verwaltungsraths:
Jobel.

[1290] So eben ist erschienen:

Dr. J. F. Th. Wohlfarth (F. S. Kirchenrath)
Würdigung und Beleuchtung
einer so eben bei Kollmann in Leipzig unter dem Titel:
Enthüllungen über die wirkliche

Todesart Jesu

erschienenen Schrift.

Groß 8. Geheftet 54 Kreuzer.

Je mehr bei dem, sich jetzt auf kirchlichem Gebiete verbreitenden Gährungsprocess zu befürchten ist, daß durch diese angeblichen Enthüllungen Viele in ihrem Glauben irre, Viele in ihrem Unglauben befestigt werden können, um so mehr ist, namentlich auch der Kehrseite der evangelische Wahrheit begleitenden Opponenten — Zurückweisung jener, allen Grundes entbehrenden Angaben — ein Wort zur rechten Zeit, welches Allen, denen ihr Christenglaube eine heilige Angelegenheit ist, zur weiteren Verbreitung empfohlen wird.

Zu haben in der Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkartenhandlung in Frankfurt a. M.

[1297]

Verkauf einer Villa.

Eine in der Gemeinde Leutesdorf bei Neuwied auf dem rechten Rheinufer anmuthig gelegene Besitzung, bestehend:

a) in einem sehr geräumigen Wohnhaus, enthaltend Parterre 7 Zimmer, einen Saal, Küche mit 2 Speisekammern; in der Beletage 6 Zimmer, einen Saal mit Balkon; sodann zwei große Speicher und einen sehr geräumigen 100 Fuder fassenden Keller;
b) in zwei daran stoßenden Nebengebäuden, enthaltend 8 Zimmer mit zwei Küchen, Speicher, Stallung, Remise, Kelterhaus und Brennerei;
c) in einem 5 Morgen großen, ringsum mit einer starken Mauer umzogenen Garten, durch welche die ganze Besitzung eingeschlossen und durch eine elegante Thoreinfahrt betreten wird —

steht aus freier Hand zu verkaufen oder auch zu verpachten.

Diese hart an das Rheinufer grenzende Villa gewährt die schönste Aussicht auf die nahe belegenen Städte Andernach und Neuwied und ist durch die frequente Passage der Dampfschiffe stets belebt; sie eignet sich besonders wegen ihrer gesunden Lage zu einem alle Bequemlichkeiten darbietenden Sommeraufenthalte, zu gewerblichen Fabriken oder irgend einer Erziehungsanstalt. Sämmtliche Gebäulichkeiten sind bei der vaterländischen Feuer-Societät zu Thlr. 10,000 versichert.

Hierauf Reflektirende wollen sich in portofreien Briefen an den Geschäftsführer J. Mäurer zu Ehrenbreitstein gefälligst wenden, welcher jede deshalben gewünschte Auskunft bereitwillig ertheilen wird.

BAD KISSINGEN

im fränkischen Saalthale des Königreichs Bayern bietet durch seine herrliche Natur, romantische Gegend und geschmackvolle Promenaden den lieblichsten Aufenthalt für Patienten und für gemüthliche Erholung Suchende.

Eine große Auswahl von den einfachsten bis zu den elegantesten Wohnungen gewährt die größte häusliche Bequemlichkeit; die Preise für Logis, Zehrung und Bedienung sind in jeder Beziehung billig.

Die ausgezeichneten Wunderkräfte der Kissinger Heilquellen sind weltberühmt, und die Erfahrung der vorzüglichsten Aerzte hat dargethan, daß die Kissinger Heilquellen sich seither in unzähligen Krankheitsfällen auch dann noch mit glänzendem Erfolge hilfreich erwiesen haben, wo bereits vorher andere Heilmittel oft vergeblich angewendet worden waren.

Die Eröffnung des königlichen Kurhauses mit **Logis, table d'hôte, Restauration** und **Badeanstalt** erfolgt

am 15. Mai 1849.

Zu geneigten Quartierbestellungen empfehlen sich ergebenst

[1325] Die königlichen Kurpächter:
Gebrüder Bolzano in Kissingen.

[1290] In einer bedeutenden Handelsstadt am Main ist eine vollkommen eingerichtete Rauchtabaks- und Cigarren-Fabrik zu verkaufen. Auf frankirte Anfragen — adressirt an die Redaction dieses Blattes sub Nr. 1290 — können die Bedingungen mitgetheilt werden.

[1289]

Erstes Verzeichniß

der vom 22. bis zum 30. April 1849 an die Gemahlin Sr. K. Hoheit des Durchlauchtigsten Herrn Erzherzog-Reichsverwesers Frau Baronin v. Brandhofen eingesandten Charpie, Verbandzeug, Wäsche ꝛc. für die verwundeten deutschen Reichstruppen in Schleswig Holstein.

Frau Baronin v. Brandhofen, 12 Hemden, 2 Bettlücher, 1 Pak Leinen und Charpie, 24 Paar Socken — Frau v. St. George, 5 Bettlücher, 70 verschiedene kleine Tücher und Charpie. — Frau v. Thienen, 1 kleines Päckchen Charpie. — Fräulein v. Günderode, 1 Pak Charpie. — Frau Gräfin v. Bergen, 4 Leinwandbinden und 1 Pak Charpie. — Frau v. Mexsetzengen, 1 Pak Charpie und Verbandleinen. — Frau Gräfin Brieg, feines Leinenzeug und Charpie. — Frau Quilling, 8 Hemden, 4 große Tücher und Charpie. — M. v. B., 12 Tücher Verbandleinen, 1 Pak Charpie. — Major v. Ruf, 1 Pak Charpie. Aus Hanau, 1 Pak Charpie. — Kriegsministerium, 1 großen Pak Charpie. Frau de Bary, 1 Päckchen Charpie und Verbandleinen — K. K., 1 Pak Verbandleinen — Frau Zachert, 1 Päckchen Charpie. — Frau Schröger, 1 kleines Päckchen Charpie u. Verbandleinen. — Frau Dörfinger, 1 Päckchen Charpie und Verbandleinen. — Frau N., 1 Pak Charpie. — Frau Baage, Verbandleinen und Charpie. — Frau Holzner, 1 Pak Charpie. — Major Rothenberger in Sachsenhausen, 1 Pak Charpie und Verbandleinen. — Frau Kaulle, 1 Päckchen Charpie. — Herr Hoffmann, 1 Pak Charpie. — Frau Gräfin Bergen, 8 Leinwandbinden und 1 Pak Charpie. — Frau Brentano, feines Verbandleinen und 1 Pak Charpie. — Freifrau v. Sieberg in Bockenheim, 1 Pak Charpie und Verbandleinen. — Herr Nollus, 1 Päckchen Verbandleinen. — Hr. Tepper, 1 Päckchen Charpie und Verbandleinen. — Hr. Wiegberg, 6 Hemden und 12 kleine Tücher. — Frau v. Scherf, 1 Päckchen Charpie. — Frau v. Mexsetzengen, Charpie und 24 Compressen. — Frau Lutterseth, Charpie und Verbandleinen. — Hr. Haas, Charpie u. Verbandleinen. — Hr. Pfarrer Strader, 1 großen Pak Charpie und Leinen. — Frau Fuchs, 1 Hemd, Charpie und Verbandleinen. — Hr. Einbiegler, 6 Hemden, 1 sehr großen Pak Charpie und Leinen. — Von Herrn Quilling gesammelt, 24 Packete mit Charpie und Verbandleinen. — Herr Seidel, 30 Hemden, 1 großen Pak Charpie und Leinen. — Von der Dreifönigsschule in Sachsenhausen, 2 Körbe voll Charpie. — Frau Kessler, 1 Päckchen Charpie. — Zöglinge der Erziehungsanstalt des Herrn Fleus, 1 Pak Charpie. — Von Hrn. Gontard gesammelt, 140 Leinwandbinden, 13½ Pfund Charpie, Hemden, Bett- und viele kleine Tücher. — Baron Anselm v. Rothschild 1 Pak feines Verbandleinen. — Von einem Ungenannten, 1 Pak Charpie. — Hr. Bürgermeister, Verbandleinen und Charpie. — Frau Schnapper, Charpie. — Hr. Schreinermeister Müller, 1 großen Pak Verbandleinen und Charpie. — Hr. Olinger, 6 Bettlücher, 6 Handtücher. — Von Hrn. Quilling gesammelt, 14 Päckchen mit Verbandleinen und Charpie. — Von Frau v. St. George gesammelt, 1 großen Pak Charpie und Verbandleinen. — Von Hrn Gontard gesammelt, 1 Pak Charpie und Leinen. — Frau Schäfer, Verbandleinen. — Frau Schuster, Charpie und Verbandleinen. — Hr. Mang, Schlossermeister, Charpie und Verbandleinen. — Frau Eiser, Charpie und Verbandleinen. — Hr. v. der Hayden, 1 Pak Charpie und Verbandleinen. — Hr. Lorei, Charpie und Verbandleinen. — Hr. Geg, 1 großen Pak Charpie und Leinen. — Taubstummeninstitut, 1 Pak Charpie. — Hr. Lemme, 1 Päckchen Charpie. — Hr. Cornill, Binden, Verbandleinen u. Charpie. — Hr. Jügel, Bettlücher, Hemden, Handtücher. — Hr. Obermüller, Charpie. — Hr. Weidblatt, Charpie — Von einem Ungenannten, Verbandleinen und Charpie. — Hr. Gödecke, Binden und Leinen. — Hr. Schäffer, Oberlehrer, 1 Pak Charpie. — Frau Bernus, 1 Pak Charpie. — Hr. Böhm-Brentano, 1 Päckchen Charpie, 4 Bettlücher und Verbandleinen. — Hr. Büttner, 1 Pak Charpie — Hr. Donner, 1 Päckchen Charpie. — Hr. Mitsche, 1 Päckchen Charpie. — Hr. von Quarin, Consul, 6 große Tücher und Verband. — Frau Maina, 1 Päckchen Charpie. — Von Hrn. Quilling gesammelt, mehrere Pak Charpie und Verbandleinen. — Hr. Pilger, Charpie und Leinen. — Hr. Oeffendorp, Charpie und Leinen. — Hr. Ihler, 5 Hemden, 1 großen Pak Charpie und Verband. — Major Reidenburger, Charpie und Verbandleinen. — Hr. Einbiegler, 1 großen Pak Charpie und Leinen. — Von Frauen und Jungfrauen aus Mosbach, 1 großen Pak Charpie. — Hr. Brentano-Beckenkamm, Charpie und Verbandleinen. — Hr. Rosenbach, Charpie und Leinen. — Hr. Götz, Charpie und Verband. — Hr. Knoblauch, Charpie und Verband. — Hr. K. K., Charpie. — Frau Paul, Charpie. — Frau Busch, 1 Pak Charpie. — Hr. v. der Hayden, 1 kleines Päckchen Charpie. — Frau Stein, Charpie und Verbandleinen. — Hr. Geg, Charpie und Leinen. — Frau Baronin v. Eichthal in München, 1 großen Carton voll Charpie. — Hr. Einbiegler, Charpie und Leinwand. — Hr. Böhm-Brentano, 1 Pak Verbandleinen. — Fräul. Siebert, Charpie. — Hr. Anthes, 1 Päckchen Charpie. — Hr. Siebert, 12 Hemden, 1 Pak Charpie, Verband und 6 Tücher. — Hr. Quilling, eine große Lieferung von Charpie und Verband. — Hr. Keller, Charpie und Verbandleinen. — Hr. Winterwerb, Charpie. — Hr. Schaffer, 1 großen Pak Charpie und Verbandleinen. Frankfurt a. M., den 1. Mai 1849.

Im Namen des Comite:
Major von Abendanz.

Bekanntmachung.

Statt der früher angekündigten Fahrten des Dampfschiffes **Lübeck**, Capt. G. Suhr, zwischen Travemünde, Kopenhagen, Gothenburg und Christiania, wird dasselbe bis auf Weiteres jeden zweimal wöchentlich, und zwar Dienstags und Sonnabends Nachmittags 6 Uhr von Travemünde mit der Post, Passagieren und Gütern nach Kopenhagen abgehen und Donnerstags und Sonntags von dort seine Rückreise antreten. Es wird am Dienstag, den 27. März, zuerst von Travemünde seine Fahrten beginnen.

Lübeck, den 23. März 1849.

Die Direction der Lübecker Dampfschifffahrts-Gesellschaft.

NB. Federn, Bettfedern und Haare werden nicht geladen. [869]

[1169]

Zu vermiethen.

Ein Landsitz in der Schweiz. Derselbe liegt in einer schönen, weinreichen Gegend in der Nähe des Zürich, 3 Stunden von Zürich, 3 Stunden von Schaffhausen. Die Wohnung, ein herrschaftliches Schloß, ist gut möblirt, Kochgeräthe, Tisch- und Bettwäsche inbegriffen. Garten mit Garten-Salon und Fontäne, ausgedehnte Anlagen, Badzimmer, Stallung und Remise. Tägliche Courir. — Die Adresse des Eigenthümers wird von der Expedition dieses Blattes mitgetheilt.

Neueste **Toilette du Nord**-Kleider zu 3 fl. 15 kr. bei **L. B. Schuster**, Steinstraße Nr. 5. [547]

[1326] Ein großer Hühnerhund männl. Geschlechts, braun und weiß gemischt, mit braunem Kopf und braunem Behänge, und weißen Abzeichen auf dem Kopf, einem braunen Flecken auf dem Rücken und braunem Flecken über der Nase, hat sich gestern verlaufen. Wer denselben in Verwahrung genommen hat, wird ersucht, solchen in der Rheinstraße Lit. I. Nr. 92 gegen eine gute Belohnung abzugeben.

Darmstadt, den 5. Mai 1849.

[1234] Edictalladung.

Nachdem durch Verzichtleistung auf das Rechtsmittel der Appellation, das den Concursprocess über das Vermögen des Stelzer Schiffmann von Dornassenheim und dessen Ehefrau Franziska, geb. Becker, eröffnende Urtheil rechtskräftig geworden ist, wird nunmehr zur Anmeldung dinglicher u. persönlicher Ansprüche Termin auf

Mittwoch den 6. Juni d. J.,

Morgens 10 Uhr, unter der Ankündigung des von selbst eintretenden Ausschlusses von der vorhandenen Masse anberaumt.

Reichelsheim, den 27. April 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
v. Preuschen.

---

[745] Aufforderung

zur Anmeldung der Erbschaft von dem am 18. November 1848 zu Holzer verstorbenen Philipp Beul

Die unbekannt wo abwesenden Interessaten des Philipp Beul von Holzer, nämlich Jakob Beul, Marie Beul und Johannes Beul, welche nach einer dahier vorliegenden Anzeige der dasigen Ortsbehörde sich in Elberfeld resp. in Meiningen aufhalten sollen, dorten aber nicht ermittelt werden konnten, haben sich binnerhalb

60 Tagen

über die Annahme der Erbschaft von demselben dahier zu erklären, widrigenfalls nur diejenigen von ihnen in deren Besitz sie gesetzt werden sollen, welche die Erklärung abgeben werden, daß sie solche annehmen wollten.

Dillenburg, den 10. März 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Krah.

[1213] Edictalladung.

Die Ueberschuldung des Vermögens des Johann Peter Schmidt von Hilschied und dessen Ehefrau Maria, geb. Tabe, betreffend.

Durch Urtheil vom 19. März l. J., welches nunmehr rechtskräftig geworden, ist über das Vermögen des Johann Peter Schmidt und dessen Ehefrau Maria, geb. Tabe, von Hilschied der Concurs erkannt worden.

Termin zur Liquidirung sowohl dinglicher als persönlicher Ansprüche an der Masse, bei Meidung des von selbst eintretenden Ausschlusses von derselben, wird dahier hiermit auf

Montag den 14. Mai l. J.,

Morgens 8 Uhr anberaumt.

Montabaur, den 21. April 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Hummelmann.

[1282] Präclusivbescheid.

In Sachen mehrerer Gläubiger, Kläger, Inquisiten, gegen

die Gantmasse des Holz- und Eisenwaarenhändlers Johann Bohler von Schönau,

Forderung und Vorzug betreffend,

werden alle seine Gläubiger, welche ihre Forderungen an der heutigen Tagfahrt nicht angemeldet haben, von der gegenwärtigen Gantmasse ausgeschlossen.

Verfügt

Schönau im Wiesenthal, den 20. April 1849.

Großh. Bad. Bezirks-Amt.
Thiergärtner.

533] Decret.

Das Ableben der Katharina Schmelzer von Stephanshausen betreffend.

Nachdem die ledige großjährige Katharina Schmelzer von Stephanshausen am 13. Januar d. J. ohne Hinterlassung eines Testaments verstorben ist, werden deren bekannte und unbekannte Intestaterben unter der Anhandgabe, daß nur diejenigen, welche erscheinen und eine Erklärung abgeben, in den Nachlaß immittirt werden können, aufgefordert, sich über Annahme der Erbschaft genannter Katharina Schmelzer

Montag den 21. Mai d. J. Vorm. 9 Uhr

vor unterzeichnetem Amte zu erklären.

Rüdesheim den 13. März 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Langsdorff.

[-97] Nachdem heute der förmliche Concurs gegen den Schlossermeister Heinrich Kirchhof von hier erkannt worden, so ergeht an alle Gläubiger desselben die Aufforderung, im Termin

den 9. Juli d. J.,
Morgens 9 Uhr,

ihre Forderungen unter Vorlage der darüber sprechenden Urkunden entweder in Person oder durch gehörig bevollmächtigte Vertreter beim Rechtsanstand der Ausschließung von der Concursmasse dahier anzumelden, und gegen den bestellten Curator die ordnungsmäßigen Sätze zu verhandeln.

Hanau, den 17. März 1849.

Kurfürstl. Landgericht.
Giller.
Kahler.

[1222] Oeffentliche Aufforderung.

Ansprüche jeder Art an den Nachlaß des am 18. vorig. Mts. verstorbenen Mechanikus Andreas Koob dahier, welcher von den Erben unter der Rechtswohlthat des Inventars angetreten worden ist, sind binnen vier Wochen dahier spezifizirt anzumelden, wenn sie bei der Vertheilung über den Nachlaß berücksichtigt werden sollen.

Darmstadt, den 20. April 1849.

Großh. Hess. Stadtgericht.
Strecker. Reuling.

Druck von August Osterrieth.

(Hiebei Konversationsblatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Dienstag (Extra-Beilage zu Nro. 109.) 8. Mai 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

Außerordentliche Sitzung.

Vorsitzender: Präsident E. Simson.

II Frankfurt, 8. Mai.

Die Sitzung wird um 12½ Uhr eröffnet. Nachdem der Vorsitzende den Austritt des Abg. Oßerrath aus Danzig gemeldet, verkündet er, daß sieben als dringliche bezeichnete Interpellationen vorliegen, welche sich auf die sächsischen und pfälzer Angelegenheiten beziehen. Die Dringlichkeit wird diesen Interpellationen zuerkannt. Die Abgg. Scheder, Schlöffel, Umbscheiden, Würth aus Sigmaringen interpelliren das Ministerium wegen der Vorgänge in der Pfalz. Sie fragen was es mit den Truppenbewegungen nach der Pfalz für eine Bewandtniß habe, ob die Truppen auf Befehl des Reichsministeriums oder auf sonstigen Befehl dorthin zögen, ob es wahr sei, daß der königl. bayerische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt gegen die Absendung eines Reichscommissärs protestirt habe, unter welchem Commando die Reichstruppen in der Pfalz stehen, warum österreichische und preußische Truppen und überhaupt meistens Truppen solcher Staaten in die Pfalz geschickt würden, welche die Verfassung nicht anerkannt haben.

Die Abgg. Erbe und Venedey interpelliren wegen Sachsen. Sie fragen, ob Depeschen von dem nach Sachsen gesandten Reichscommissär angekommen, ob das Ministerium gesonnen ist, materielle Hilfe gegen die preußische Einmischung in Sachsen zu schaffen, was das Ministerium überhaupt gegenüber der Einmischung Preußens zu thun gedenke?

Reichsministerpräsident v. Gagern bedauert, daß seine Abwesenheit heute Morgen Grund zu erregten Auftritten gegeben. Er war gerade in wichtigen Unterredungen mit Mitgliedern des Hauses begriffen. Die Amtsgeschäfte verhindern die Minister, beständig im Hause anwesend zu sein. Was die gestellten Fragen betrifft, so kann das Ministerium nicht heute alle beantworten. Es beabsichtigt, der Nationalversammlung spätestens übermorgen, vielleicht aber auch schon morgen, Vorlagen darüber zu machen. Es möchte sie gerne so wenig als möglich verzögern, allein sie erfordern nicht nur Berathungen im Ministerium selbst, sondern auch die Berücksichtigung der Parteistellung. Der Herr Ministerpräsident erklärt, daß er keine Depeschen von dem für Sachsen bestimmten Reichscommissär erhalten habe. Der als Reichscommissär zur Durchführung der Beschlüsse vom 4. d. M. nach Sachsen abgesandte weimarische Minister Herr v. Watzdorf hat das ihm auch übertragene für die neuesten Ereignisse in Sachsen nothwendige Commissariat abgelehnt. In Folge dieser Ablehnung ist heute ein anderer Reichscommissär in der Person des Herrn Briegleb dahin abgegangen. (Bewegung auf der linken Seite.)

Reichskriegsminister v. Peucker: Meine Herren! Auf die Interpellation des Herrn Abg. Schoder habe ich zunächst Folgendes zu erwidern: „Sowohl nach der alten Bundesverfassung als nach § 13 der neuen Reichsverfassung hat jeder Einzelstaat die freie Verfügung über seine bewaffnete Macht insoweit, als solche nicht für den Dienst des Reichs in Anspruch genommen wird. Die Centralgewalt hat dem nach der Pfalz entsendeten Reichscommissarius, behufs Wahrung des Reichsfriedens, auch die bewaffnete Macht daselbst zur Verfügung gestellt." (Links Beifall.) Auf die Interpellation des Abg. Schlöffel erkläre ich Folgendes: „Dem Reichskriegsministerium ist bekannt, daß in der Person des Abg. Eisenstuck ein Reichscommissarius in die Pfalz gesendet worden ist, welcher den Auftrag erhalten hat, sich zur Aufrechthaltung oder Wiederherstellung der Herrschaft der Gesetze mit den Militär- und Civilbehörden in Verbindung zu setzen, und Fürsorge zu treffen, damit die von einem sich selbst constituirten Landesvertheidigungsausschuß gefaßten Beschlüsse, welche in den Wirkungskreis der bestehenden gesetzlichen Behörden eingreifen, wieder aufgehoben werden, oder erforderlichen Falls selbe von Reichswegen selbst aufzulösen und alles vorzukehren, was die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands fordern. (Links Zischen.) Der Commandant von der Reichs- und Grenzfestung Landau zeigt durch einen hierher gesandten Offizier in der Nacht vom 6. zum 7. d. M. an, daß der gegenwärtige Bestand der Garnison des ihm anvertrauten Reichsplatzes die nöthige Gewähr für die Erhaltung desselben nicht mehr darbiete, daß die einberufenen Beurlaubten dem an sie ergangenen militärischen Befehl nicht gehorchten, und nicht eingekommen seien. (Links einige Stimmen: Beifall.) Daß der nach eingegangener Meldung bekannt gewordene Aufenthalt ausländischer Offiziere an der französischen Grenze zu Besorgnissen Veranlassung geben (rechts: Hört!) und daß vorausgesetzt werde, daß der Reichs- und Grenzfestung Landau irgend ein Handstreich drohen könne. (Rechts: Hört!) Der Commandant habe sich daher genöthigt gesehen, nach Maßgabe des dort giltigen französischen Gesetzes vom 24. Decbr. 1811 die Festung in den Kriegszustand zu erklären und trage auf unverzügliche Verstärkung der Garnison des Platzes demzufolge bei der Reichsgewalt an. Die provisorische Centralgewalt hat in Erfüllung ihrer Pflicht die dem Reiche gehörige Reichs- und Grenzfestung Landau und ihren Bereich gegen jeden Angriff, er komme woher er wolle, für das Reich sicher zu stellen, die Verstärkung des Platzes mit 2 Bataillonen derjenigen Truppen verfügt, welche am nächsten in Bereitschaft standen, und dazu ein Bataillon der im Reichsdienst stehenden Besatzung der Reichsfestung Mainz und ein großherzoglich badisches Bataillon von Mannheim bestimmt, weil es diejenigen waren, welche am schnellsten verfügbar gemacht werden konnten, und die anarchischen Zustände unverzügliche Hilfe für die Reichsfestung unabläßlich machten. Die gedachten beiden Bataillone haben keine andere Bestimmung, als die Wahrung des gedachten Reichsplatzes. Andere Truppen sind von Reichswegen nicht nach der Pfalz gesendet.

Der Vorsitzende verliest folgendes Schreiben des Reichskriegsministers v. Peucker an den Garnisonscommandanten v. Roggenbach zu Mannheim:

„Frankfurt, 6. Mai 1849.

Das Reichsministerium des Kriegs an das Commando der großherzoglich badischen Truppen zu Mannheim.

Das Commando der großherzoglich badischen Truppen zu Mannheim wird hierdurch ersucht, Angesichts dieses zur Sicherung der Reichsfestung Landau gegen die in der Pfalz ausgebrochene anarchische Schilderhebung, welche diesen wichtigen Grenzplatz ernstlich bedroht, durch Eisenbahn eines der beiden dort stehenden badischen Bataillone mit Zurücklassung der noch ganz dienstunbrauchbaren Rekruten und durch Marsch einer Escadron des dortigen Dragonerregiments nach Landau zu senden und zur Verfügung des dortigen Gouvernements zu stellen, bis dessen Ablösung durch anderweitige Truppen möglich wird.

Der Reichskriegsminister Peucker.

Für die richtige Abschrift Mannheim, den 7. Mai 1849.

Der Garnisonscommandant v. Roggenbach, Oberst."

Die Abgg. Dietsch aus Annaberg und Schütz aus Mainz stellen hierauf einen Antrag, das Ministerium des Kriegs in Anklagestand zu versetzen.

Abg. Schmid aus Löwenberg trägt darauf an, daß die Nationalversammlung beschließe, das Ministerium habe sofort den in die Pfalz entsendeten Truppen den Befehl zum Rückmarsch zu geben. Beiden Anträgen wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Die Abgg. Vogt und Simon von Trier beantragen, die Nationalversammlung wolle beschließen, daß ein von ihnen gestellter Antrag: „die Volkserhebungen in der bayerischen Pfalz und in Sachsen sind zur Durchführung der Reichsverfassung thatkräftig zu stützen und zu schützen" als dringlich anerkannt werde, daß man die Berathung dieses Antrags auf morgen 10 Uhr anberaume und die heutige Sitzung schließe. Dieser Antrag der beiden Abgeordneten wird fast einstimmig angenommen und die Sitzung hierauf geschlossen. Schluß der Sitzung 1 Uhr.

*** **Frankfurt**, 8. Mai. Der Reichsminister des Kriegs äußerte bei Gelegenheit der Berathung des Wesendonck'schen Antrags über Beeidigung des deutschen Heeres auf die Reichsverfassung in der 212. Sitzung der Nationalversammlung: „Meine Herren! Zur Zeit sind alle deutschen Truppen durch ihren Fahneneid ihren Landesfürsten, als ihren Kriegsherrn verpflichtet. Vermöge dieses bestehenden Eides kann ihnen ein neuer Eid nur durch diesen Kriegsherrn selbst aufgelegt werden, denn keine dieser Truppe würde sich zu einer Eidesleistung verstehen, die ihr nicht von ihrem Kriegsherrn zugewiesen worden ist. Von den deutschen Fürsten hat nur ein Theil bis jetzt die Reichsverfassung anerkannt, und zwar in Bezug auf die von ihnen repräsentirte Kriegskraft, ein nicht sehr bedeutender Theil. Denn würde auch von den sämmtlichen Fürsten, welche die Verfassung anerkannt haben, der Befehl ertheilt, ihre Truppen auf die Reichsverfassung beeidigen zu lassen, so würden die letzteren dennoch nicht mehr als ungefähr den achten Theil der ganzen deutschen Kriegsmacht darstellen. In allen Fällen, wo bis jetzt Truppen von der Reichsgewalt im Reichsdienste verwendet worden sind, hat kein Unterschied in diesen Truppen stattgefunden. Nur in einem edlen Wetteifer in Erfüllung ihrer Dienstpflicht und Diensttreue, haben die Truppen selbst einen Unterschied zu begründen gesucht. (Bewegung.) In keinem Theile des deutschen Staatslebens ist bis jetzt die Einheit Deutschlands so zur Wahrheit geworden, als im deutschen Kriegsheere, im deutschen Feldlager. (Lebhaftes Bravo auf allen Seiten.) Meine Herren, ich erlaube mir Sie an das zu erinnern, was hier unter Ihren eigenen Augen vorgegangen ist. Während die verschiedenen politischen Fractionen, die verschiedenen deutschen Volksstämme, sich hier in der Paulskirche, in den Clubs, in den Gesellschaften bekämpften, haben, unberührt hiervon, die Truppen derselben Volksstämme in brüderlicher Einigkeit zum gemeinsamen Schutze Aller in treuer Pflichterfüllung ihren Dienst gethan, und in diesem Augenblicke verspritzen in den Ebenen Schleswigs und Jütlands fast alle deutschen Volksstämme, in dicht geschlossenen Bundesreihen, ihr Herzblut für das gemeinsame deutsche Vaterland. (Allseitiges Bravo.) Lassen Sie einen Theil des Heeres jetzt auf die Reichsverfassung vereidigen, so wecken Sie dadurch im Heere das Bewußtsein einer in seinen Reihen bestehenden politischen Verschiedenheit, Sie begründen dadurch auf der Stelle im Heere eine politische Spaltung. Sie zerreißen das schöne Band inniger Eintracht und kräftiger Einheit, welches dasselbe zusammenknüpft. Die durch den Eid verschiedenen Truppen würden sich wechselseitig mit Argwohn und Mißtrauen ansehen, und welche bedenkliche Folgen dieses bei denjenigen Theilen des Heeres haben müßte, die dem Feinde gegenüberstehen, meine Herren, diese Frage muß ich Ihrer ernstesten Erwägung anempfehlen. Das Heer ist der executive Theil der Staatsgewalt. Vermöge dieses eigenthümlichen Charakters tritt in ihm überall die Person ein, tritt überall die Person hervor. Es wird Ihnen unmöglich werden, dem Soldaten begreiflich zu machen, wie der abstracte Inhalt einer Staatsverfassung der Inbegriff seines Fahneneides sei. Sie werden ihm diesen Begriff verkörpern müssen, und zwar in der Person des Oberhauptes der Verfassung, welches sein oberster Kriegsherr wird, dessen Befehlen er jenen unbedingten Gehorsam jederzeit ohne Zaudern und mit Freudigkeit leisten muß, ohne welche keine Disciplin, keine Ordnung im Heere, keine freie Verwendung desselben möglich wird. Die Reichsverfassung hat jetzt noch kein Oberhaupt. Meine Herren, Sie sind zur Zeit nicht im Stande, dem Soldaten denjenigen zu bezeichnen, welcher durch seinen neuen Fahneneid sein neuer oberster Kriegsherr wird. Es würden, da die Truppen sich von dem Begriffe des Letzteren, welcher mit dem innersten Wesen des Kriegsdienstes so innig verknüpft ist, nicht trennen können, durch diese Lücke Ungewißheit und Zweifel in der Brust jedes einzelnen Soldaten erregt werden. In Frankreich, wo die Vereidigung der Truppen auf die Verfassung bereits bestand, hat man, von dem geringen Nutzen dieser Maßregel durch die Erfahrung überzeugt, gerade diese Vereidigung in neuerer Zeit aufgegeben. (Stimme auf der Rechten: „Hört!") Durch eine theilweise Vereidigung des deutschen Heeres auf die Reichsverfassung würden Sie, weit entfernt, die Kriegskraft des Vaterlandes zu stärken, solche in ihren wichtigsten Grundlagen erschüttern. Sie würden der provisorischen Centralgewalt, welcher die auf gleicher politischer Grundlage stehenden Truppen des Reichs jetzt zur unbegrenzten Verfügung standen, da solche die Spitze der Reichsverfassung, auch nur vorübergehend, nicht bilden kann, nachtheilige Beschränkungen in dieser Verwendung auflegen." (Bravo auf der Rechten und im Centrum.)

⊙ **Frankfurt**, 8. Mai. Die hiesige Bürgerwehr war gestern in den spätern Abendstunden im Saale des Wolfseck versammelt, um sich über die gegenwärtigen Zustände des Vaterlandes, die deßfalls zu fassenden Beschlüsse und erforderlich scheinenden Schritte zu berathen. Nach längeren Erörterungen wurde beschlossen, bei dem Senate folgende Adresse einzureichen: „Hoher Senat! Gestützt auf den Beschluß der verfassunggebenden Reichsversammlung vom 4. Mai d. J., durch welchen sämmtliche Regierungen, gesetzgebende Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk aufgefordert werden, die Verfassung des deutschen Reichs vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen — unter Hinweisung ferner auf den Vorgang der Bürgerwehren anderer Städte stellen die gehorsamst unterzeichneten Bürgerwehrmänner des Freistaates Frankfurt die dringende Bitte: „Hoher Senat wolle die Bürgerwehr und das Linienmilitär des Freistaats Frankfurt sofort auf die deutsche Reichsverfassung vom 28. März d. J. beeidigen." Zu schuldiger Hochachtung, Frankfurt, den 7. Mai 1849." (Folgen die Unterschriften.)

† **Berlin**, 6. Mai. Die Hauptstadt war in Folge der Ereignisse in Dresden gestern den ganzen Tag über sehr aufgeregt. Die betreffenden Bahnhöfe waren von Neugierigen förmlich belagert. Eine Anzahl von Extrablättern, wahre und falsche Proclamationen, wurden verkauft und vertheilt. — Die preußische Hilfe wurde von einem sächsischen Prinzen in Person beansprucht, welcher mit einem Offizier in der Nacht vom 4. zum 5. d. im tiefsten Incognito anlangte, sich sofort um Mitternacht zum Kriegsminister begab und bei diesem auch übernachtete. — Das hiesige Schützenbataillon ist in dieser Nacht allarmirt worden, ohne jedoch bereits Befehl zum Abmarsch erhalten zu haben. Ebenso stehen das erste und zweite Bataillon vom zweiten Garderegiment seit gestern Nachmittag mit allem Nöthigen ausgerüstet zum Abmarsch bereit. Es ist ihnen aufgegeben, den Befehl dazu in jeder Minute zu gewärtigen. Offiziere dieses Bataillons glauben, daß sie nach Braunschweig commandirt werden. — Gestern Abend begaben sich der König und die Königin, sowie der Prinz von Preußen nach Potsdam. Obwohl wir schon früher gemeldet haben, daß diese Uebersiedelung in den ersten Tagen des Mai stattfinden werde, kam der gegenwärtige Entschluß doch so plötzlich und unerwartet, daß sich daraus heute hierselbst das wunderliche Gerücht entwickelte, der König sei gestorben. Man muß dabei an die geistige Aufregung denken, die das Ausschweifendste glaubt und verbreitet.

Auch die Mobilmachung der hiesigen Landwehr erhöht fortwährend die Aufregung. Auf der einen Seite greift diese Maßregel, wie schon bemerkt, tief in die bürgerlichen Verhältnisse ein, indem zahlreiche Geschäfte dadurch ihrer treibenden Kräfte beraubt werden, ganze Familien ihren Ernährer verlieren und brodlos zu verderben fürchten müssen. Man findet daher das Rathhaus von Reclamanten förmlich umlagert. Auf der andern Seite hegt die Landwehr selbst allerlei politische Scrupel, die namentlich durch die Maßregel, daß die Einkleidung diesmal in Spandau erfolgt, sehr gesteigert werden. Es scheint diese Maßregel aus dem Wunsch entstanden zu sein, die Berliner Landwehr sofort von hier zu entfernen, weßhalb sie nach der Einkleidung in Spandau sogleich weiter zu marschiren hat und ihre Waffen theilweise erst in Halle empfängt. Die Landwehrmänner erblicken aber hierin ein beleidigendes Mißtrauen, welches ihre Ehre verletze, und darüber herrscht Unzufriedenheit.

Köln, 5. Mai. Es finden sich in verschiedenen Blättern mehr oder minder ausführliche Nachrichten über eine be-

orstehende Mobilmachung des 8. Armeecorps, einschließ-
ich Landwehr ꝛc. Aus ganz zuverlässiger Quelle kann die
Köln. Ztg." berichten, daß von einer Mobilmachung
es ganzen Armeecorps bis jetzt noch keine Rede ist.
Die dahin deutenden Maßregeln beschränken sich darauf,
aß die Linienbataillone auf die erhöhte Friedensstärke
on 800 Mann gebracht werden, wozu allerdings
ine Einberufung von 120 Reservisten per Bataillon
rforderlich ist. — Außerdem sind an den Orten, wo sich
andwehrzeughäuser befinden und keine stehende Garnison
t, per Landwehrbataillon 100 der abkömmlichsten Wehr-
änner einbeordert, um die in den Zeughäusern aufbe-
ahrten Waffen und Kleidungsgegenstände des eigenen
Bataillons zu bewachen und nöthigenfalls zu beschützen.

Düsseldorf, 4. Mai. Gestern und heute standen der
ekannte Ferdinand Lassalle und sein Mitangeklagter der
Taglöhner Weyers vor dem hiesigen Assisenhofe. Die-
elben waren beschuldigt: am 21. Nov. 1848 in öffentlicher
Versammlung zu Neuß die Bürger zur Bewaffnung gegen
die königliche Gewalt direct aufgefordert zu haben, ohne
daß diese Aufforderung einen Erfolg gehabt — Verbrechen
gegen die Art. 87 und 102 des rheinischen Strafgesetzbuches.
Bei der lebhaften politischen Bewegung, die im letzten
Viertel des vorigen Jahres unsere Stadt so vielfach auf-
regte, betheiligte sich Lassalle zunächst als Mitglied des
Volksclubs. Seine aufregenden Reden verschafften ihm eine
nicht unbedeutende Geltung, zugleich übte er einen nicht
verkennbaren Einfluß auf die Haltung der hiesigen
Bürgerwehr, in deren Reihen er sich eingedrängt hatte,
obwohl er wegen Betheiligung an einer Verleumdung durch
richterliches Urtheil der bürgerlichen Rechte, und somit auch
des Rechtes Waffen zu tragen für den Zeitraum von fünf
Jahren verlustig erklärt worden war. Zur Zeit der bekann-
ten Novemberereignisse in Berlin begab er sich mit dem
Taglöhner Weyers, welcher damals vom Verkaufe politi-
scher Flugschriften, vom Anschlagen von Plakaten u. s. w.
lebte, nach Neuß, um dort eine Volksversammlung abzu-
halten. Weyers übernahm gegen den Willen der Ortsbe-
hörde die öffentliche Ankündigung derselben durch Schellen-
klang. Lassalle soll nun hier geäußert haben: es sei jetzt
die Zeit gekommen, wo man handeln müsse, das Volk müsse
in Masse sich erheben und bewaffnen; in Düsseldorf
würde bereits Munition geschafft und Tag und Nacht
Kugeln gegossen, dort sei man zum Kampfe bereit,
aber allein zu schwach, die Umgegend und auch Neuß
müsse sich am Kampfe betheiligen. Man solle den Leu-
ten, welche Jagdgewehre hätten und nicht kämpfen wol-
ten, die Gewehre nur abnehmen und den Gemeinderath
um Geldmittel für die Munition angehen; weigere sich der
Gemeinderath, so möge man ihn fortjagen, die Düssel-
dorfer würden schon dafür sorgen, daß die Schiffbrücke frei
sei. Zur Unterstützung der Anklage wurde ein Brief Las-
salles an einen ihm bekannten Landwirth in der Gegend
von Altenkirchen angeführt, in welchem er diesen auffordert,
auf die erste Nachricht von der Bewegung in Düsseldorf
mit einigen hundert Mann, bewaffnet und mit Munition
versehen, dorthin zu ziehen. Zugleich hatte er diesem eine
Anzahl aufrührerischer Placate zur weiteren Vertheilung
und Verbreitung übersandt. Weyers hatte in jener Ver-
sammlung zu Neuß ebenfalls gesprochen und sich in Schimpf-
reden auf den König ergangen, „dem man die Krone keine
Viertelstunde länger belassen solle". Zu den Verhandlungen
hatte sich eine unermeßliche Menschenmenge hinzugedrängt,
die der sehr beschränkte Raum des Saales um so weniger
zu fassen vermochte, als der Zutritt zu einzelnen Theilen
des Saales, die sonst vom Publikum benutzt werden, von
dem Präsidenten diesmal verboten war. Selbst den Bericht-
erstattern der Journale hatte man Sitzplätze verweigert.
Unter den von dem Angeklagten geladenen Schutzzeugen
bemerkte man die Gräfin von Haxfeldt mit ihrem Sohne,
die Redacteure der „Rheinischen Zeitung", Marx, Dronke
und Bürgers u. s. w. Nach Vernehmung der Zeugen und
nachdem der Staatsprocurator in einem schleppenden Vor-
trage, der das Publikum ermüdete und dadurch unruhig
machte, die Anklage zu begründen versucht und die Vertheidiger
gesprochen hatten, wurde die Sitzung unerwarteter Weise
schon gegen 2 Uhr geschlossen und auf heute Vormittag
vertagt. In dieser Sitzung, in der Lassalle selbst zu seiner
Vertheidigung das Wort nehmen wollte, war der Andrang
sehr groß und bereits in früher Stunde der Saal überfüllt. Die Erwartung der Zuhörer wurde aber bitter ge-
täuscht. Bei Eröffnung der Sitzung wurde ein Beschluß
des Gerichtshofes verkündet, der im Interesse der öffent-
lichen Sicherheit die Oeffentlichkeit der Sitzung aufhob und
die Fortsetzung der Verhandlung bei verschlossenen Thüren
verordnete. Die Polizeiagenten ließen nun den Saal räu-
men und obgleich Lassalle gegen dieses Verfahren protestirte
und sich, wenn dem Publikum der Zutritt nicht gestattet
würde, zu vertheidigen weigerte, so wurde doch die Ver-
handlung ohne Rücksicht auf diese Einsprache fortgesetzt.
Lassalle verzichtete nun wirklich auf das Wort und konnte
seine schon bereits am gestrigen Tage im Drucke erschienene
und zum Verkauf ausgebotene Rede nicht vom Stapel lau-
fen lassen. Diese Rede, die sich in heftigen Ausfällen ge-
gen das jetzige Ministerium, gegen die Behörden und das
ganze gegen den Angeklagten eingehaltene Verfahren er-
geht, hat aller Wahrscheinlichkeit nach, weil man in Folge
der Abhaltung derselben große Aufregung und vielleicht gar Ex-
cesse befürchtete, zur Aufhebung der Oeffentlichkeit den Gerichts-
hof bewogen. Beide Angeklagte wurden freigesprochen, jedoch
Lassalle wegen anderer Anklagen, die er vor dem Zuchtpo-
lizeigerichte noch zu bestehen hat, in weiterer Haft gehal-
ten. — Während gestern nur Genedarmerie und Polizei
im Gerichtsgebäude zur Aufrechthaltung der Ordnung fun-
girten, waren heute ansehnliche Militärkräfte aufgeboten,
und hatte die Stadt das Ansehen, als sei Alles im vollsten
Aufstande. Infanterieabtheilungen hatten die zum Gerichts-
gebäude führenden Straßen besetzt und auf den öffentlichen
Plätzen lagerte Infanterie und Cavallerie, ja auf dem Exercier-
platze wurde sogar Artillerie in Bereitschaft gehalten. Die
Bevölkerung verhielt sich übrigens ruhig.

** **Aus der Pfalz**, 6. Mai. Mit gesteigerter Hoffnung
für die gute Sache des deutschen Vaterlandes haben alle
Wohlgesinnte den von der provisorischen Centralgewalt als
Bevollmächtigten nach dem bayerischen Rheinlande entsen-
deten Abgeordneten Vicepräsident Eisenstuck in Speier
und heute früh in Neustadt a. d. H. eintreffen sehen, wo
heute die große rheinbayerische Volksversammlung abgehalten
werden soll. In der Begleitung des Reichscommissärs
befanden sich die pfälzischen Abgeordneten Culmann und
Kolb. Herr Eisenstuck hat seine Missionen in Neustadt durch
eine Proclamation verkündet, die den besten Eindruck ge-
macht hat. Dieselbe lautet:

„An meine deutschen Mitbürger in der Pfalz.
In dem Augenblick, wo der Preis der deutschen Erhebung
vom vorigen Jahre, die von den Vertretern des deutschen
Volkes zu Frankfurt beschlossene Reichsverfassung, durch feind-
liche Gewalt wieder in Frage gestellt wird, hat sich die Pfalz
in echter deutscher Gesinnung mit übereinstimmender Kraft und
Entschiedenheit für die Vertheidigung u. Aufrechthaltung dieser
ersten Schöpfung unserer Nationalsouveränetät ausgesprochen.
Die Abgg. des Pfälzer Volks zu Frankfurt haben die Vermittlung der provisor. Centralgewalt in Anspruch genommen, um
dieser Bewegung die erforderliche Richtung zu geben und
meine Absendung hierher beantragt. Ein ehrlicher Gesin-
nungsgenosse dieser Männer folge ich ihrem Rufe und trete
unter Euch, in der festen Ueberzeugung, daß es mir ge-
lingen wird, gemeinsam mit Euch die Mittel aufzu-
finden, welche die deutsche Sache schützen, ohne die gesetz-
liche Ordnung zu zerstören. Ich werde im Namen der pro-
visorischen Centralgewalt alle jene Maßregeln unterstützen,
welche Euch Mittel an die Hand geben, Wacht zu hal-
ten, daß von keiner Seite ein Angriff erfolge auf den
Willen der Pfalz, die Reichsverfassung zur Geltung zu
bringen; ich erwarte aber auch von der wahren Be-
geisterung und Freiheitsliebe der Bewohner dieses Landes,
daß durch die Besorgniß eines drohenden Angriffes auf
das, vom Volke zu Recht erkannte Grundgesetz, sich Nie-
mand zu Schritten verleiten lassen wird, welche gegen
die Gesetze, gegen die Ordnung im Staate, gegen die
Grundlagen der Gesellschaft gerichtet sind. Ich er-
warte, daß Männer, welche im ersten Augenblicke der
Bewegung in der Wahl ihrer Mittel sich geirrt haben
sollten, gern mit mir zusammentreten werden, um in die-
ser Stunde der höchsten Gefahr unter dem sicheren Panniere
des Gesetzes, der Eintracht und Ausdauer das gemeinsame
Ziel, die Freiheit und Einheit unseres Vaterlandes zu er-
kämpfen. Speyer, 6. Mai 1849. (gez.) Eisenstuck, Be-
vollmächtigter bei der provisorischen Centralgewalt für die
Pfalz."

** Brieflichen Nachrichten aus **Dresden** zufolge hat
der hartnäckige Kampf zwischen dem Volk und dem säch-
sischen und preußischen Militär am 6. Mai den ganzen
Tag hindurch fortgedauert, ohne bei Abgang dieser Nach-
richt zu einer endlichen Entscheidung geführt zu haben.
(Die Lage der Dinge in Dresden mag es verschulden, daß
uns von unsern drei ständigen Berichterstattern in Dresden
keine Briefe vom 6. Mai zugegangen sind. Red. der Ober-
postamts-Zeitung.

Zschopau, 3. Mai. Bei der im 16. Wahlbezirke heute
hier stattgehabten Ergänzungswahl eines Abgeordneten
zur deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. ist
der Adv. Heinrich Graichen zu Leipzig mit absoluter Stim-
menmehrheit zum Nationalvertreter für diesen Wahlbezirk
erwählt worden.

Hannover, 5. Mai. Die Bewegung dauert fort. Aus
den hannoverschen Städten, groß und klein, laufen unaufhörlich Erklärungen und Deputationen ein. Die Magistrate
und Stadtverordneten, also doch wohl der Kern der Bür-
gerschaften, treten mit ihren Adressen an die Stelle der
Vereine und Volksversammlungen, an welchen indeß auch
kein Mangel ist. Die neuesten Erklärungen sind vom Ma-
gistrat und den Bürgerrepräsentanten in Harburg, Magistrat
und Bürgervorsteherecollegium in Einbeck, vom constitu-
tionellen Bürgerverein in Stade, mit dessen Anträgen
auch dort Magistrat und Bürgervorsteherecollegium
sich einverstanden erklärt haben. Von Volksvereinen
und Bürgerversammlungen wird aus Aurich, Nienburg,
Göttingen, Diepholz, Syke, Moringen u. s. w. in den
hannoverschen Blättern berichtet. Alle Forderungen lau-
fen hinaus auf Unterwerfung unter die Reichsverfas-
sung und schleunige Einberufung der Stände. — Die
Abgeordneten der Vereine der Hauptstadt haben diesen
Abend auf Antrag des Hrn. Cohen beschlossen, angesichts
der großen Waffengewalt, um unnützes Blut vergießen zu
vermeiden, die Vereine zu ermahnen von dem massenhaften
Aufzuge abzustehen und nur den Magistrat zu ersuchen, den
Volkswillen an den Thron zu bringen. Man hat es für
seine Pflicht gehalten, die Arbeiter nicht nutzlos den Aus-
stachelungen preiszugeben, die vielfach auch von reactionärer
Seite ausgehen. Diese Erwägung wird, wie die Abgeord-
neten voraussetzen, auch die Provinzen leiten. Der Kampf
für die Reichsverfassung wird fortgesetzt, energischer fortge-
setzt, wenn das Volk zeigt, daß es sich selbst zu beherrschen
weiß. (Wes.-Z.)

Der bisherige Chef der Bürgerwehr, Hofrath Holscher,
hat das Commando niedergelegt, sein Stellvertreter, Major
Kraul, das Obercommando provisorisch übernommen. Die
Compagnien haben gestern mit eminenter Mehrheit jede Er-
widerung auf die bekannten Anträge des Obercommandos
abgelehnt, und sich für die Reichsverfassung, wie für die
Pflicht der Bürgerwehr, ihr Gehorsam zu leisten, erklärt.
Magistrat und Bürgervorstand der Hauptstadt haben so
eben nach ziemlich heißer Debatte beschlossen, den König
dringend zu ersuchen, daß er die der Einführung der
Reichsverfassung entgegenstehenden Hindernisse beseitigen und
schleunigst die Kammern einberufen wolle.

Göttingen, 4. Mai. In der am gestrigen Tage abge-
haltenen Volksversammlung wurde die regste Theilnahme
an der auf den 7. Mai beschlossenen Massendeputation
nach Hannover einstimmig ausgesprochen. Die vom Magi-
strate und Bürgervorsteherecolleg der Stadt Göttingen ein-
stimmig genehmigte energische Vorstellung an das hanno-
versche Gesammtministerium um Anerkennung der Reichs-
verfassung und sofortige Anordnung neuer Ständewahlen
und deren Einberufung ist schon gestern abgegangen.

Aus dem nördlichen Schleswig, 4. Mai. Die gestern
Abend aus Kolding in Christiansfeld eingebrachten Verwun-
deten bringen folgenden Rapport vom Kriegstheater mit:
Bei einer gestern Morgen von Kolding aus von einer Com-
pagnie Jäger, zwei Bataillonen, einer Cavalleriesch wadron
und einer halben Batterie, Alles Schleswig-Holsteiner, unter-
nommenen Recognoscirung wurden anfänglich die dänischen
Vorposten zurückgeworfen; aber bei Taulbo, ungefähr eine
Meile vor Fridericia, unweit des kleinen Belts, brachen
plötzlich 5 dänische Bataillone aus einem Hinterhalte hervor.
Unterstützt durch die Wirkung eines Kanonenbootes, drau-
gen die Feinde vor, und die Unsrigen zogen sich allmälig
vor seiner unverhältnißmäßigen Uebermacht bis Nord-Vjert,
der bisherigen Position der Vorposten vor Kolding, zurück,
in dessen unmittelbare Nähe die Dänen es nicht für
rathsam hielten, vorzudringen. Sie kehrten demnach wieder
um, nachdem es ihnen gelungen war, Einzelne der Unsrigen
zu fangen. Unser Verlust besteht aus einigen 30 Verwunde-
ten. Wenn nicht alle Kriterien täuschen, wird die Stunde
der Entscheidung nicht lange mehr auf sich warten lassen;
wir glauben diesen Schluß um so eher ziehen zu können, als
heute beide Statthalter Schleswig-Holsteins im
Hauptquartier eingetroffen sind.

Lütjenburg, 3. Mai. So eben erfahre ich aus zuver-
lässiger Quelle, daß heute Morgen um 10 Uhr drei dänische
Kriegsschiffe von der Seite von Heiligenhafen aus neun
Schüsse nach Fehmarn gethan haben. Nachdem aber die
Unsrigen von Fehmarn ihnen mit sechs Schüssen antworte-
ten, von welchen, wie man meint, zwei Schüsse ziemlich be-
deutenden Schaden anrichteten, zogen die Dänen wieder ab.
(N. fr. Pr.)

Aus **Krakau** wird vom 3. gemeldet, daß Tags zuvor
der Commandant General Legedisch mittelst Trommelschlag
den Einmarsch der Russen verkünden ließ. Gestern rückten
sie von allen Seiten vor. — Aus Preßburg wird die An-
kunft des russischen Generallieutenants Berg in Gesellschaft
des Kriegsministers von Cordon gemeldet. Heute soll das
Hauptquartier des Feldzeugmeisters von Welden eben dahin
verlegt werden. Die Magyaren stehen mit ihren Vorposten
auf dem rechten Donauufer längs der Raab. Unsere Trup-
pen bei Hochstraß. Aus Ofen traf die gewöhnliche Post
ein, allein die aus Temeswar und dem Banat ist heute
ausgeblieben. (Wien. Z.)

Z **Rom**, 28. April. Nach und nach scheint es Ernst zu
werden; ja es geht vielleicht nicht ganz so ruhig ab, wie
man bisher gehofft hatte. Ein großer Theil der Schuld
würde alsdann auf die intervenirenden Streitkräfte fallen,
die einen großen Fehler begehen, nämlich den der Lang-
samkeit. Bei richtigen Combinationen hätte Rom schon vor-
gestern oder wenigstens gestern von allen Seiten einge-
schlossen sein müssen, während es noch jetzt ungewiß ist,
ob die Franzosen heute in die unmittelbare Nähe der
Stadt vorrücken werden. Die Gefahr, Mord- und Raub-
scenen zu erleben, wird dadurch verlängert. Der Oberst
eines Bürgerbataillons, Campana, auch außerhalb als
Kunstliebhaber bekannt, hat bereits einen übrigens nicht
gefährlichen Messerstich davon getragen, weil er sich ge-
weigert, sein Bataillon ausrücken zu lassen. Aehnliches kann
jeden Augenblick sich ereignen, besonders seit gestern Abend
Garibaldi mit seinen Schaaren eingerückt ist. Diese haben
größern Schrecken bei der Bürgerschaft verbreitet, als die
Franzosen, und ein Aufmarsch der Civica in Masse soll ebenso gut
eine Demonstration gegen jene wie gegen diese gewesen sein.
Alle Nationen bis auf die Mohren scheinen in dieser Schaar
vertreten zu sein, und viele ihrer Zugehörigen haben mehr
das Ansehen von Räubern, als von Soldaten. Die Kraft
des Widerstandes läßt sich bis jetzt nicht ermessen; vorläufig
ist man noch guten Muthes; doch sehen schon viele radical
Gesinnte ein, was das Ende sein muß, und wünschen nur
noch einen Versuch zum Kampfe, um nicht zu schmachvoll
unterzugehen. Im Innern der Stadt ist noch nichts zur Ver-
theidigung geschehen, aller Verkehr ist ungehemmt, nur an
den Thoren sind Barrikaden mit großem Aufwande errichtet
worden. Alle Holzmagazine hat man zu diesem Zwecke aus-
gekauft. Die Florentiner Post ist noch angekommen, nicht
so die Bologneser. Die Neapolitaner läßt das Gerücht in
Tivoli eingerückt sein. Im Uebrigen herrscht Ruhe und
Ordnung in unserer Stadt.

Nachschrift.

** **Paris**, 6. Mai. Noch immer fehlt die officielle Be-
stätigung von dem erfolgten Einrücken französischer Trup-
pen in Rom. Diese Nachricht scheint mithin eine voreilige
gewesen zu sein, denn die Ansicht des „Toulonnais", daß
Oudinot wohl keine Schiffe gehabt habe, um Depeschen zu
expediren, ist eben nicht sehr wahrscheinlich.

An der heutigen Sonntagsbörse schloß die fünfprocentige
Rente mit 90. 30.

* Aus Madrid und London haben wir keine Nachrich-
ten von irgend welchem Belang.

London, 5. Mai. 3pCt. Stocks 92⅞. ¼. — 5pCt.
Span. 17⅛. — Neue 3pCt. 33⅞. à 34. — 4pCt. Port.
—. — 2½pCt. —. — Holländ. 50⅞.

Madrid, 1. Mai. 3pCt. 25⅝. Pap., n. d. B. 5pCt.
10⅞. G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

An die Redaction der Oberpostamtszeitung.

Die in Ihrem Berichte über die gestrige Sitzung der
verfassunggebenden Reichs-Versammlung mitgetheilte, in
die zweite Extrabeilage Ihres gestrigen Blatts aufgenom-
mene Nachricht, daß ich aus der Versammlung ausgetreten
sei, ist gänzlich unbegründet; ich ersuche Sie, diese
Berichtigung zu veröffentlichen. Frankfurt, 8. Mai 1849.
Reichstagsabgeordneter Engel aus Pinneberg.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Dienstag (Beilage zu Nro. 109.) 8. Mai 1849

Deutsche Reichsversammlung.

213. Sitzung.

(Vormittagssitzung 10 Uhr.)

‖ **Frankfurt**, 8. Mai.

Die heutige Sitzung mußte wegen der Unmöglichkeit, in die sich der Vorsitzende versetzt sah, die Ordnung des Hauses zu erhalten, ½ Stunde nach dem Beginne aufgehoben werden. Es lagen vier dringliche Interpellationen von Abgg. der Linken wegen der sächsischen und pfälzer Zustände vor. Die Minister waren nicht anwesend. Abg. Umbscheiden stellte daher den Antrag, das Ministerium einzuladen zu erscheinen. Die Discussion über diesen Antrag war sehr erregt. Die Galerien, welche schon seit einigen Tagen eine in der Geschichte unerhörte Rolle spielen, ermangelten nicht, auch heute ihre thätliche Theilnahme kund zu geben. Während die Discussion am heißesten war, erschienen jedoch die Herrn Minister v. Gagern, Mohl und v. Peucker. Ihre Erscheinung schnitt die Discussion ab. Der Vorsitzende frug hierauf die Versammlung, ob sie die erste vorliegende Interpellation, die Vorgänge in Sachsen betreffend, als dringlich anerkenne. Die Mehrheit verneinte dies. Dies rief einen großen Sturm auf der Linken hervor. Man stieg auf die Bänke, rief: auf! auf! begleitete diesen Ausruf mit „Pfui's!" und sonstigen Ausrufungen. Der Lärm wuchs immer mehr, überall Gruppen, Wortwechsel. Als der Vorsitzende Bauer hierauf erklärt, er sehe sich gezwungen unter den obwaltenden Umständen die Sitzung zu schließen und die nächste Sitzung auf Donnerstag anzuberaumen, wird der Lärm, von den Galerien secundirt, noch heftiger. Die Abgeordneten der Linken drängen sich um das Bureau, sie riefen: „Dableiben!" Nach einer Weile betritt Vorsitzender Simson die Rednerbühne und erklärt, daß, da von 110 Mitgliedern der Versammlung ein schriftliches Verlangen eingereicht worden sei, eine außerordentliche Sitzung anzuberaumen, er nach dem neulichen Beschlusse des Hauses diesem Verlangen Folge zu leisten habe und eine außerordentliche Sitzung auf 12 Uhr anberaume. Die Versammlung geht in großer Aufregung auseinander.

In der heute um 12 Uhr abgehaltenen außerordentlichen Sitzung wurden die Interpellationen der Abgg. Schoder, Schlöffel, Umbscheiden, Würth, Erbe, Venedey, welche sich auf die Vorgänge in Sachsen und der Pfalz bezogen, als dringlich anerkannt und dieselben von den Ministern v. Gagern und v. Peucker theilweise beantwortet. Zum Beschlusse erhob die Versammlung einen Antrag der Abgg. Vogt und Simon, dahin gehend, einen Antrag dieser beiden Abg.: „die Volkserhebungen in der Pfalz und Sachsen sind zur Durchführung der Reichsverfassung thatkräftig zu stützen und zu schützen" als dringlich anzuerkennen, deren Berathung auf morgen 10 Uhr festzusetzen und dann die heutige Sitzung zu schließen. — Die Sitzung ging sonst ruhig vorüber, einmal jedoch mußten die Galerien wieder zur Ordnung gerufen werden.

Deutschland.

*† **Frankfurt**, 8. Mai.*) Wir sind autorisirt, die in Nummer 108 der „Reichstagszeitung" enthaltene Nachricht, daß das Abberufungsschreiben für die preußischen Abgeordneten bereits seit einigen Tagen hier angekommen sei, daß man aber noch einige Zeit mit dessen Vollführung warten wolle, damit sich mit Hilfe dieser Abgeordneten das Parlament im Volke noch mehr in Mißcredit bringe, für eine leere Erfindung zu erklären. Es zerfällt damit zugleich die weitere Nachricht der „Reichstagszeitung" über eine den preußischen Beamten in der Nationalversammlung gemachte Androhung der Entlassung aus dem Dienste in sich selbst.

⊙ **Frankfurt**, 7. Mai. In der heutigen Sitzung des Congresses der Märzvereine wurde gleich Anfangs als dringlich der Antrag gestellt, den Central-Märzverein zu beauftragen, ohne Verzug die Erhebung des deutschen Volkes zur Durchführung der Verfassung und insbesondere zur Unterstützung der rheinpfälzischen und sächsischen Bewegung zu veranlassen und diejenigen Mittel zu ergreifen, welche zur Organisirung und Vollbringung des Aufstandes zweckmäßig erscheinen. Dieser Antrag erregte mehrfaches Bedenken, besonders, ob durch die Ausführung desselben der gesetzliche Boden, auf dem man sich immer zu halten suchen müsse, nicht verlassen werde. Er wird dagegen von Rapeaux und Löwe von Calbe unterstützt; der Letztere beantragt jedoch die Streichung der Worte: „ohne Verzug". Von anderer Seite wird eine motivirte Tagesordnung über denselben vorgeschlagen, dahin gehend: „Alle diesfallsigen Anordnungen dem Central-Märzvereine anheimzustellen," was nach längerer Debatte von der Mehrheit angenommen wird. Ferner wird beschlossen, daß jedes hier anwesende Mitglied zu Bestreitung der Auslagen eine Zahlung von 2 fl. zu leisten, jedes einzelne Mitglied der Localvereine aber einen monatlichen Beitrag von wenigstens einem Kreuzer in die Vereinskasse zu entrichten habe. Ueber einen Antrag des Dr. Löwenthal von Frankfurt: die Aeußerung des Reichsministers v. Gagern, als bilde nur die Linke den Anhang des Märzvereins und sympathisire mit ihm, als irrig zu erklären, da es notorisch sei, daß in diesem Vereine alle Meinungsfractionen vertreten seien, wird zur Tagesordnung geschritten. Es werden nun mehrere Anträge, welche theils untergeordnete Gegenstände, theils aber auch die innere Organisation und das Verwaltungswesen betreffen, die einen durch die Tagesordnung beseitigt, die andern dem Centralverein zur Erledigung überwiesen. Die in der gestrigen Sitzung herrschende größere Einigkeit ist nicht mehr vorhanden, im Gegentheil zeigt sich eine Stimmung, welche auf mannigfach getäuschte Erwartung schließen läßt, und in dieser Stimmung löst sich der Congreß gegen 8 Uhr Abends auf.

⊙ **Frankfurt**, 7. Mai. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaats Frankfurt kamen folgende Gegenstände zur Behandlung: 1) Wahl des Präsidenten. Dr. Kugler wird von 86 Stimmenden mit 82 als solcher wieder gewählt. Er dankt für das ihm wiederholt bewiesene Zutrauen, erklärt jedoch die auf ihn gefallene Wahl nicht annehmen zu können. Auf Hadermanns Antrag wird die Ernennung des Bureaus um acht Tage verschoben. 2) Ersatzwahl in den Petitionsausschuß. Die Austretenden werden wieder gewählt. 3) Ein Schreiben der württembergischen Kammer der Abgeordneten dankt für die von hier derselben ausgedrückten Sympathien. 4) Dringlicher Antrag von Dr. A. Friedleben, den Senat zu ersuchen, die auf nächsten Donnerstag angeordneten Ergänzungswahlen in die verfassunggebende Versammlung zu suspendiren, weil bis dorthin noch ein Austritt erfolgen werde, der eine nochmalige Zusammenberufung der Wahlcollegien nöthig machen würde. Die Dringlichkeit wird anerkannt und der Antrag genehmigt. 5) Dringlicher Antrag von Hadermann, betreffend die Uebergriffe der Militärgewalt in die persönliche Freiheit der Bürger. Der Antrag wird genehmigt. 6) Dringende Interpellation von Dr. jur. Friedleben, betreffend die am 5. und 6. vorgefallenen Gewehrwegnahmen bei einigen Bürgern. Die Bürger seien auf die Wache gebracht, die Gewehre auf die Stadtcommandantur abgeliefert und nicht mehr zurückgegeben worden. Dr. Behaghel führt beispielsweise an, daß erst gestern zwei Bürgern, wovon ein Fernbeamter, ihre Seitengewehre abgenommen und von dem commandirenden General, bei dem darüber Klage geführt, erwiedert worden: es sei ein Mißverständniß, nur das Tragen von Schießgewehren sei verboten. Dr. Hoffmann bemerkt, die Wachen hätten den Befehl, allen denen die Waffen abzunehmen, welche verdächtig scheinen. Bürgermeister Eoster, Hadermann, Dr. A. Friedleben sprechen sich noch im Sinne der Interpellation aus, deren Ueberweisung an den Senat beschlossen wird. 7) Tagesordnung. Fortsetzung der Berathung des Verfassungsentwurfs. Dritter Abschnitt. Von den Staatsgewalten. Art. 56. „Die Ausübung der gesetzgebenden Gewalt ist dem Volksrathe, die der vollziehenden Gewalt dem Regierungsrathe, die der richterlichen Gewalt den Gerichten übertragen." Diesem Artikel steht ein Minoritätserachten von Dr. Binding gegenüber, lautend: „Die der vollziehenden Gewalt einem Präsidenten." Dr. Hoffmann beantragt die Aussetzung der Berathung bis zur speciellen Behandlung der angeregten Punkte. Dieser Antrag wird verworfen und die allgemeine Discussion eröffnet, in welcher zunächst Dr. Binding sein Minoritätserachten entwickelt. Die gesetzgebende Gewalt will er einer Art Ober- und Unterhaus, jenes von 42, dieses von 60 Mitgliedern übergeben. Er spricht sich gegen einen Regierungsrath aus, und beantragt, die Ausübung der vollziehenden Gewalt in die Hände eines verantwortlichen Präsidenten zu legen. Der Antrag wird, so weit er das Zweikammersystem betrifft, von Schöff Souchay unterstützt, wogegen dieser den auf einen verantwortlichen Präsidenten lautenden bekämpft. Nachdem noch Dr. Burkart, Dr. J. Friedleben, Dr. Braunfels, Dr. A. Friedleben, Dr. Reinganum und Dr. Supf gegen die Binding'schen Anträge gesprochen, wird die Fortsetzung der Discussion auf die nächste Sitzung vertagt.

‖:‖ **Wien**, 4. Mai. Feldzeugmeister Welden scheint während eines kurzen Aufenthaltes in Wien persönliche Rücksprache mit dem russischen Generaladjutanten v. Berg über den neuen Feldzugsplan gepflogen zu haben. Das allgemeine Vorrücken dürfte in dem Momente beginnen, wo sämmtliche russische Truppen (man gibt deren Stärke auf 190,000 Mann an) die ungarischen Grenzen betreten haben. Dies wird indeß noch wenigstens acht Tage dauern, während welcher Zeit Welden längs der Donau und der Banus im Süden ihre Truppen zur neuen Offensive rüsten. So viel ist zugleich gewiß, daß die vereinten Kräfte der Alliirten — die türkischen Grenztruppen ungerechnet — schon in dem Falle 300,000 Mann betragen, wenn Rußland nur 150,000 Mann einrücken läßt, worüber jedoch die Versionen verschieden lauten. Die größte Schwierigkeit hierbei ist die Verpflegung dieser enormen Armee, wozu übrigens Rußland die stärksten Vorräthe seinerseits zuführen läßt. Die Insurgenten dagegen sind nicht nur bei Komorn, wo ihre Hauptarmee lagert, sondern auch an den Abhängen der Karpathen in unglaublich großen Massen geschaart, wornach denn auch Oberst Bubna, der einen Angriff auf Munkats versuchte und dabei selbst verwundet wurde, sich vorläufig zurückziehen mußte. Am 14. April hat das Haus der Repräsentanten zu Debrezin, auf Grundlage der „bisherigen Siege" und des Einmarsches der Russen, das Haus Habsburg-Lothringen der Herrschaft verlustig erklärt, Ungarn als freien, selbstständigen Staat proclamirt, und die oberste Gewalt dem Ludwig Kossuth mit dem Titel eines Präsidenten der Regierung übertragen. Die Schlußfassung fand in einer Kirche statt.

Kossuth arbeitet dermalen dahin, sich und seine Gemahlin mit allem Prunke des Mittelalters krönen zu lassen. Der Titel „Regierungspräsident" ist ihm nicht ganz angenehm. Er will durchaus „König" heißen, um „mit Charakter quittiren zu können". Zu dem Zwecke muß nun Geld und Heuchelei herhalten; auch wird die Erfüllung des Wunsches der Kossuthschen Eheleute zu Debrezin und in den umliegenden Dörfern auf keine Hindernisse stoßen. — Der Kaiser hat nunmehr das selbstständige Commando der Südarmee mit ausgedehntester Vollmacht dem Banus übertragen. Man erwartet deßhalb am Hoflager von seiner Energie und Tapferkeit die reichlichsten Früchte. — Man ist hier noch immer in Zweifel, ob der Brückenkopf, welcher den Uebergang der Ungarn nächst Gran bisher verhinderte, aufgegeben worden sei. Dieser Punkt ist von der höchsten Wichtigkeit, indem das rechte Donauufer bisher von den Insurgenten frei blieb. Das Schicksal Raabs und Wieselburgs hängt davon ab. (Beide Plätze befinden sich also noch in den Händen der Kaiserlichen.) Zahllose Truppenabtheilungen ziehen hier durch, um zu Welden zu stoßen. Unter dem Feldzeugmeister commandiren zur Stunde: Wohlgemuth, Schlick und Liechtenstein die drei Corps. Man ist fest überzeugt, daß der Kampf mit der fürchterlichsten Erbitterung geführt werden wird. Den Polen steht das strengste Schicksal bevor, desgleichen den Anführern der Magyaren; der gemeine Husar glaubt für König Ferdinand zu kämpfen, und der Honved wird nur durch Furcht und Zwang ins Feuer geführt. Beide Klassen wird man milde und schonend behandeln.

Die Nachrichten aus den Provinzen über den Eindruck der Russenhilfe lauten günstiger als man erwartete.

Graf Stadions Gesundheit fängt an sich zu bessern; die Ruhe und das Badner Bad bekommen dem Minister sehr gut, und es hofft Dr. Günthner ihn in wenigen Wochen gänzlich herzustellen.

† **Wien**, 4. Mai. Die Nachricht von den Beschlüssen des ungarischen Reichstags hinsichtlich der Lostrennung Ungarns von der Dynastie und dem österreichischen Staatenverbande war schon vor einigen Tagen von dem „Wiener Neuigkeitsboten" mitgetheilt worden, kam aber erst gestern durch die Abendblätter, welche sie dem „Oesterreichischen Correspondenten" entlehnt, in das große Publicum und machte ungeheures Aufsehen. Die Regierungsorgane äußern ihre unverholene Freude darüber, indem sie in diesem extremen Schritte den letzten und entschiedenen Act der ungarischen Rebellion erblicken und auch die Oppositionspresse sieht darin eine fördernde Diversion zu Gunsten der österreichischen Partei. Nur gibt letztere den Rath, dieselbe mit Klugheit zu benutzen. Raab ist von den k. k. Truppen geräumt und von den Ungarn besetzt worden. (Dies widerspricht wieder der Angabe im vorigen Briefe.) — Unsere Blätter sind voll des Jubels, der in Pest seit dem Einzuge der Ungarn herrsche. Der Freudenrausch äußere sich ohne Unterschied des Standes und Geschlechtes, und jene, die man am meisten als kaiserlich gesinnt erachtete, finden es wenigstens gerathen, sich in gedachtem Sinne zu äußern. Durch das ausgesprochene Gerücht, die österreichische Nationalbank habe fallirt, erhält die Insurrection die Mittel, österreichische Noten gegen Kossuthzettel einzutauschen. — Dem Vernehmen nach ist ein Courier aus Ofen im Hauptquartier eingetroffen, ohne auf dem rechten Donauufer auf Insurgenten gestoßen, oder sonst von Landstürmlern beunruhigt worden zu sein. — Der Ministerpräsid. Fürst Schwarzenberg ist nach Preßburg abgereist. — Der Banus hat den unumschränkten Oberbefehl über die Südarmee erhalten. Er erwartet neue Verstärkungen, um wieder die Offensive zu ergreifen. Die jetzige Stärke seines Armeecorps wird auf 30,000 Mann angegeben. — In Becskerek wurde am 25. April der reiche israelitische Handelsmann Menzer von den Serben durch Kolbenstöße und Bajonnetstiche getödtet und sein Haus völlig geplündert. Man soll in seiner Fußbekleidung geheime Correspondenzen mit den Magyaren gefunden haben. — Das Armeegeneralcommando wurde nicht verlegt nach Larenburg, sondern bleibt vorerst noch auf Befehl des F. Z. M. Welden in Oedenburg. Uebrigens ist dies nicht von Wichtigkeit, da hierunter nur die Kassen und Militärarchive begriffen sind. Ein Schreiben von der Militärgrenze vom 28. April setzt von der ernstlichsten Bedrohung Temeswars und Arads — beide Festungen seien nur auf 14 Tage verproviantirt — und der Besetzung von Versec, Lugos und Karansebes in Kenntniß. Nach neueren Nachrichten ist auch Temeswar bereits genommen. Die Stimmung der banater und slavonischen Grenze, so wie die in den südlichen Gegenden herrschende Bestürzung wird mit den düstersten Farben geschildert. — Nach einer Correspondenz von der galizisch-schlesischen Grenze hatten die russischen Truppen am 30. April das Krakauer Gebiet noch nicht betreten, doch waren für dieselben in Podgorze und Wadowice Brodportionen bestellt. In Biala befand sich am 29. v. M. ein preußischer Rittmeister, der die Anzeige machte, daß 6000 Mann Preußen in Pleß einrücken und sollte man sie in Biala brauchen, zur Verfügung stehen würden. — Auf Befehl des commandirenden Generals Rukavina sind die serbischen Zeitungen: Belgrader „Srbske Novine", „Napredak" und „Vjesnik" in Temeswar bei strenger Strafe verboten worden und durften in Semlin bald dasselbe Schicksal erfahren.

*) Wiederholte Nachricht.

Aus Tarnow erfährt man, daß in der Nähe jener Stadt die Russen mittelst einer Pontonsbrücke den Uebergang nach Galizien bewerkstelligen.

Gestern Nacht war auf dem Donaudampfschiff bei Preßburg eine Conferenz zwischen dem Fürsten Schwarzenberg, dem Kriegsminister Cordon, Feldzeugmeister Welden und dem russischen General Freitag, um die zunächst erforderlichen Militärdispositionen zu treffen. Es hat der Uebergang von 15,000 Mann nebst Artillerie vom rechten Donauufer über die Schiffbrücke bei Preßburg auf das linke stattgefunden, wahrscheinlich um die Verbindung mit den russischen Truppen herzustellen. Die Verpflegsmagazine der Armee sind aber vom ungarischen Boden auf österreichischen verlegt worden.

Die „Wiener Zeitung" enthält folgenden halbofficiellen Artikel: „Häufig wird noch im Publikum die Klage gehört, die Regierung karge fortwährend viel zu sehr mit Nachrichten vom naheliegenden Kriegsschauplatze; die patriotische Ungeduld möchte täglich wissen, nicht nur ob und wie gekämpft worden, sondern auch wo die verschiedenen Theile der Armee stehen, und wohin sie ziehen; dieser Wunsch wird von Seiten der Regierung nicht befriedigt, und nun wird sie beschuldigt, mit der Wahrheit hinter dem Berge zu halten und dem Volke das ihm zu seiner Beruhigung nöthige Vertrauen nicht zu schenken. Jene Klage und diese Beschuldigung sind wohl nicht gerecht. Die Kriegsoperationen eines kämpfenden Heeres sind zweifacher Art. Sie bestehen in dem Zusammenstoß mit dem Feinde und in dem Einnehmen, Behaupten und Aufgeben von Stellungen. Das Erstere, der Zusammenstoß mit dem Feinde, ist eine materielle Thatsache, die jedesmal ein bestimmtes Resultat zu Tage fördert. Eine solche Thatsache kann, soll und wird niemals ein Geheimniß sein, und die Regierung ist gewiß zu sehr von ihrer Pflicht, so wie von dem Gefühle, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, hierin wahrhaft zu sein, durchdrungen, um nicht die jeweiligen Kampfberichte schlicht und treu, wie sie einlaufen, zur Kenntniß des Publikums zu bringen. Anders verhält es sich aber mit den Zügen auf dem strategischen Schachbrette, die den eigentlichen Kriegszweck, das Kämpfen, vorbereitet. Diese sind das Geheimniß des Spielers, und es muß der Gegenstand seines emsigsten Strebens sein, daß sie so spät als möglich zur Kenntniß des Gegners gelangen. Es ist allerdings unmöglich zu verhindern, daß dieser letztere in einem gegebenen Zeitraume, nachdem von einem Corps oder einer Colonne dieser Punkt besetzt oder jener Marsch angetreten worden ist, von der Thatsache unterrichtet werde. Es macht aber einen großen Unterschied, ob diese seine Belehrung schnell oder langsam, ob sie zu einer Zeit erfolge, wo sie dem Feinde zur Veranstaltung von Gegenmaßregeln noch nützlich sein kann oder nicht. Und nun sollte die Regierung durch ihre eigenen Zeitungen, die sicher nicht nur im vaterländischen, sondern auch im feindlichen Lager gelesen werden, und durch ihre eigenen Berichte dem Feinde den Stoff liefern, aus dem er über Stärke, Aufstellung und Vertheidigung der ihn bedrohenden Streitkräfte Licht schöpfen könnte? Unmöglich. Gern wird daher der Patriot auf die Befriedigung eines Wunsches, welcher allerdings natürlich, allein nichtsdestoweniger nur unter Gefahren für das allgemeine Beste erfüllbar ist — Verzicht leisten, — wie er andererseits sicher sein kann, daß das für ihn Wesentliche, nämlich der Hergang und Erfolg jedes einzelnen Kampfes zwischen dem Heere des Kaisers und jenem der Rebellen — schnell und in ungeschminkter Wahrheit zu seiner Kenntniß gebracht werden wird. Oesterreichs Volk ist mündig und treu, und es ist kein Grund vorhanden, ihm eine sein Wohl und Wehe betreffende Thatsache — sie sei beschaffen wie sie wolle — zu verschleiern."

= **Berlin**, 6. Mai. Noch apathischer, noch stumpfer als die Bevölkerung Berlins jetzt ist, kann man wohl gar nicht werden. Wenn ganz Deutschland in Flammen aufginge, wenn die preußischen Lande bis zur Elbe abfielen, wenn der Despotismus oder die Guillotine zur Herrschaft käme, nichts von dem würde wundern, aufregen oder überraschen. Es gibt nichts, an das sich Berlin in seiner langen Leidensschule nicht gewöhnt hätte. Es ist eine herrliche auf lange Zeit vielleicht dem Vaterland entzogene Stadt. Viel berichten läßt sich daher kaum, höchstens einzelne Thatsachen, die wenig aufklären. Und bis man zu einer Thatsache dringt, durch welches Chaos von Gerüchten muß man sich durcharbeiten. Am meisten beschäftigen augenblicklich die Dresdener Begebnisse. Sie haben uns vermehrte Truppenbewegung gebracht. Schnell, aber nur immer compagnieweise, in Spandau, im Angesichte der Linie wird die Landwehr eingekleidet. Compagnieweise kommt sie dann in Quartier auf die Dörfer. Wann und wo die Compagnien zu Bataillonen zusammentreten, ist noch unbestimmt. Auch die Waffen sollen sie erst später, in Halle, wie es heißt, erhalten. Dann, meint man, werden die Bande der Disciplin schon straffer angezogen sein. Die heutige von Held ausgeschriebene große Volksversammlung zu Zehlendorf, an der Grenze des zeitweiligen dem Belagerungszustande unterworfenen Kreises, ist von Held selbst abgesagt worden. Dennoch sollen viele Leute hinaus sein. Diese führerlose Versammlung müßte erst recht bedenklich werden. Von den Russen wird viel gefabelt. Wer siegen wird und ob sie auf dem Papiere oder in Massen da sind, ob sie Erlaubniß zum Durchmarsch haben, das sind stehende Fragen, die Jeder aufwirft, Niemand beantwortet. Heute, als am Sonntage, der ein schöner Frühlingstag ist und weil es Dank Wrangel's „heiliger Kraft!" — nicht anders geht, ist ganz Berlin auf den Beinen, um sich harmlos im Grünen zu ergehen. Maitrank und Bockbier dazu! Das Leben ist doch noch nicht ganz zum Wegwerfen. Auch gibt es schon Viele, die genießen, weil sie nicht wissen, wie lange es mehr währt.

⊙ **Berlin**, 6. Mai. Die in Folge der Auflösung der zweiten Kammer hier entstandene Aufregung ist dem Anscheine nach spurlos vorübergegangen. Die in den ersten Tagen Abends auf dem Dönhofsplatz eintretenden Conflicte wurden immer schwächer, zogen sich dann in die Königstadt zurück, um dort zu verschwinden. Berlin scheint in den Zustand der Lethargie zu versinken. Denn während in Frankfurt die Volksvertretung, der Anker für die Hoffnungen des deutschen Volks, für die Reichsverfassung ringt, während sie aus andern Theilen Deutschlands zum muthigen Festhalten aufgefordert wird, verhält sich Berlin schweigend. Es kann dies Schweigen räthselhaft erscheinen, es kann den für die Einheit Deutschlands Begeisterten erbittern. Doch ich will den Berlinern nicht Unrecht thun. In diesem Augenblicke circuliren Adressen an die deutsche Nationalversammlung für Festhalten an der Verfassung; die Unterschriften nehmen zu, wie man es unter den gegebenen Verhältnissen kaum erwarten kann. Das Schweigen Berlins erklärt sich einfach aus dem Belagerungszustande, aus dem Respect vor dem hier liegenden Militär. Ob Berlin nicht gegenwärtig einem Vulcan gleicht, welcher nur ruht, um sich auf einen Ausbruch vorzubereiten? Viele befürchten es. Gewiß ist, daß große Mißstimmung über die Schritte des Ministeriums Brandenburg herrscht, selbst auf Seiten der Conservativen. Soeben trifft hier die Nachricht ein, daß das preußische Militär in Sachsen nicht sehr freundlich empfangen worden sei. Im Teltower Kreise findet in diesem Augenblick eine Volksversammlung statt; die dortigen Bauern sollen über den Standpunkt des Herrn v. Bodelschwingh sehr unzufrieden sein.

ϟ **Düsseldorf**, 6. Mai. Das hiesige Landwehrbataillon ist heute, freilich nicht in seiner ganzen Stärke, auf den 9. d. M. einberufen worden. Unsere Garnison erwartet den Befehl, zu dem Observationscorps bei Kreuznach zu stoßen. Für diesen Fall wird die Landwehr unsere Garnison bilden. Auch das 17. Infanterieregiment hat Marschordre erhalten und sind ebenfalls noch 4 Landwehrbataillone einberufen worden. In den hiesigen Kasernen herrscht eine ungewöhnliche Thätigkeit und Alles läßt auf einen baldigen Ausmarsch unserer Truppen schließen. — Mehrere Mitglieder der Berliner Linken, die seit einigen Tagen hier verweilten, sind nach Frankfurt gereist.

✕ **Koblenz**, 7. Mai. Soeben wird in größter Eile ein Theil der Kriegsreserven für die 7n anterieregimenter unsers 8. Armeecorps eingezogen, wodurch jedes Bataillon auf die Stärke von 800 Mann gebracht wird. Die Mannschaften müssen noch diese Woche zu den Fahnen eintreffen. Auch ein Theil der Landwehr ersten Aufgebots wird beordert. Unsere gesammte Feldartillerie des 8. Armeecorps erhält jetzt die neuen Feldgeschütze und neuen Fuhrwerke. Von Wetzlar treffen heute 2 Compagnien von dem dort garnisonirenden Bataillon des 25. Regiments hier ein und eben so wird die im vorigen Sommer nach Trier und der Saar ausgerückte mobile Batterie der 8. Brigade in diesen Tagen hier zurück erwartet, um nach Empfang neuer Geschütze und neuer Munitionswagen anderwärts verwendet zu werden. Die Rüstungen sind großartig. — Unsere Deputirten des Gemeinderaths gehen heute nach Köln. Von Kreuznach, Saarlouis, Ehrenbreitstein sahen wir dieselben schon hier vorbei reisen. Um zu verhindern, daß die Deputirten der Gemeinderäthe der kleinern Ortschaften Theil an der Versammlung in Köln nehmen, sind Circulare an die Landräthe ergangen, um mit allem ihrem Einfluß dagegen zu wirken.

In **Dresden** hat die provisorische Regierung folgenden Aufruf erlassen: „An unsere Mitbürger! Der König von Sachsen hat preußisches Militär herbeikommen lassen, um seinen Eigenwillen dem Willen des Volkes gegenüber durchzusetzen. Das sächsische Volk, welches seine besten Söhne auf die Barrikade gesandt hat, um für die Einheit und Freiheit Deutschlands zu kämpfen und Sachsen insbesondere vor den unwürdigen Fesseln eines verrätherischen Sonderbündnisses zu bewahren, wird diese Kunde mit einem Schrei der Entrüstung aufnehmen. Es ist heute mit seltenem Muthe gekämpft worden. Gegen die von außen herbeigeführten Streitkräfte wird der Kampf mit verdoppeltem Muthe fortgesetzt werden. Dank Euch, Ihr Helden der Freiheit! Der Tod für die Freiheit ist schön und der Sieg ist Euer im Leben und Sterben. Kämpft fort, wie Ihr gekämpft habt. Du aber, sächsisches Volk, stehe wie bisher fest zur Sache, die wir führen. Wir wollen die Reichsverfassung und durch die Reichsverfassung die Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes, das Heil Sachsens und für das, was wir wollen, kämpfen wir bis zum Tode! Dresden, den 5. Mai 1849, Abends 8 Uhr. Die provisorische Regierung. Tzschirner. Todt. Heubner."

Leipzig, 6. Mai. Zur Ergänzung der bereits im Hauptblatt mitgetheilten Nachrichten über den hiesigen Stand der Dinge theilen folgende Plakate, die hier erschienen sind:

1) Mitbürger! Im Laufe des heutigen Vormittags haben der Rath und die Stadtverordneten Leipzigs eine Deputation nach Dresden gesandt, um genau die dortigen Verhältnisse, über welche noch immer die nöthige Klarheit fehlt, zu überblicken und darüber aufs Schleunigste Bericht nach Leipzig zu erstatten. Wir erwarten diesen Bericht, um danach unsere definitive Erklärung in Bezug auf die Frage über die provisorische Regierung abzugeben und dann sofort zu veröffentlichen. Indessen beharren wir nach wie vor auf der deutschen Reichsverfassung und auf der Verfassung Sachsens. Leipzig, den 5. Mai 1849. Der Rath und die Stadtverordneten der Stadt Leipzig. Klinger. Werner.

2) Mitbürger, Dem gerechten Verlangen des Volkes soll Genüge geschehen! Leipzig wird Dresden nicht verlassen! Der Stadtrath hat soeben den Kämpfern freie Fahrt auf der Eisenbahn nach Dresden bewilligt! Um Geld für die noch fehlenden Waffen zu erlangen, liegen heute und morgen Subscriptionslisten aus: Querstraße 20 parterre; Grimmaische Straße 16 im Hofe links; in der ersten Bürgerschule und im goldenen Hahn in der Hainstraße. Eilt, eure Gaben auf den Altar des Vaterlandes zu legen! Eilt, wem das Wohl und die Ehre unserer Stadt am Herzen liegt! Leipzig, am 5. Mai 1849. Im Namen der Urversammlung Leipziger Bürger. A. Ruge. C. H. Hoffeld.

Freiberg, 3. Mai. Heute früh ist eine Schwadron des hiesigen Regiments nach der böhmischen Grenze abgegangen wegen des Uebertritts der Ungarn. Indem ich dies schreibe (Abends 10 Uhr) ist die größte Bewegung in unserer Stadt in Folge der Nachrichten aus Dresden. Eine Volksversammlung wird abgehalten, die Communalgarde aufgeboten und Zuzug von Freiwilligen nach Dresden beschlossen. (D. A. Z.)

Griechenland.

*) **Athen**, 22. April. Der „alte schöne Traum von Griechenlands verjüngtem Ruhm und Größe" wird, fürchten wir, wenn die jetzige Generation des Königreichs zur Verwirklichung beitragen soll, wohl ein Traum bleiben. Denn hier sehen wir Mutter und Tochter (nach Macaulney's Schwanenrede) freundlich sich die Hand bieten, die Anarchie der Tyrannei, um die Menschen zu entsittlichen und zu verwildern. Einerseits Lähmung des öffentlichen Dienstes, beständige Uneinigkeit der rasch wechselnden Ministerien, deren Glieder wohl für sich sorgen, aber nicht für das Allgemeine, zum trefflich nachgeahmten Muster der Beamten, ebenso unbesonnene Selbstsucht der Senatoren und sogenannten Abgeordneten des Volkes, der Bürgermeister und Gemeinderäthe; andererseits stumpfe Gleichgiltigkeit oder Verzweiflung und Straßenraub, zu dessen Ausrottung 300 Henkersknechte unter dem Barbaren Ginos, eben so wollüstig als grausam auf das Erfinderischste die Folter anwenden. Dieser Gensdarmeriemajor und seine mobile Colonne wüthen besonders gegen die nomadischen Hirten, die allerdings willig oder erzwungen die Hehler und Nährer der Räuber sind. Es bedarf nicht der Erwähnung, daß in Maurers Gesetzbuch die Folter abgeschafft ist, aber wie seit fünf Jahren die Constitution beobachtet wird, hält man hier auch die Gesetze ein. Dieses unglückliche Regierungssystem muß am Ende das griechische Volk so sehr demoralisiren, daß es einen großartigen Gedanken zu hegen, einen heldenmüthigen Entschluß zu fassen unfähig wird. Es wäre ungerecht, König Otto deswegen anzuklagen. Von der Schutzmacht, die es mit Griechenland am besten meinen sollte, von Frankreich, erhielt er das System, Oesterreich und Bayern bildeten es, Preußen schloß sich Oesterreich an und Lord Palmerston's guter Rath war in viel zu herber Form ertheilt, als daß daraus hätte gehört werden können, als daß man ihn für aufrichtig halten sollte. Rußland, dessen Einfluß jetzt vorherrscht, billigt gleichfalls das System, und Hof und Camarilla sind hier wie überall beschaffen. Was vermag dagegen die schwache Stimme einiger Gutgesinnten, die sich auf Umwegen bisweilen Gehör verschaffen können? Daher der sehnsüchtige Wunsch vieler treuen Diener des Königs Otto, vieler griechischen Patrioten, daß ein Gesandter des deutschen Reiches mit dem Spiegelschilde, der den Zauber bricht, hier erscheine.

Berichtigung. In der ersten Extra Beilage zu der gestrigen Nummer unsers Blattes hat sich in der Anmeldung zu dem Artikel aus Stuttgart ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Es soll nämlich dort heißen: „Wenn die anderen Grundrechte eben so gerichtet, oder besser gesagt, ebenso vergessen, zum Vortheil der Staaten und zum Nachtheil der Staatsbürger getreten werden können ꝛc."

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten

Cours der Staats-Papiere. 8. Mai 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metallig. Obligat. . .	5	74⅛	73⅞	Württemb.	Obligationen b. Rothsch.	3½	77	76½
»	ditto ditto . .	4	59⅛	59	»	Neue Württemberg.	4½	94	93½
»	ditto ditto . .	2½	39⅞	39⅝	Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	79½	79
»	Bank-Actien o. D. .		1149	1144	»	fl. 25 Loose		21	20¾
»	1834er Loose o. Rothsch.		78	77½	Frankfurt	Obligationen	3	78	77½
»	2500 » ditto		126	125⅝	»	ditto v. 1839	3½	82⅛	82¼
»	Zehntausm. Obligat.	1½	—	67	»	ditto v. 1846	3½	88¼	88⅛
»	ditto ditto . .	5	62	—	»	Taunusbahnactien .		281	279
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	79½	79	Holland	Integrale	2½	49⅝	49⅜
»	Prämienscheine . .		—	100	»	Holländische	4	—	77½
Bayern .	Obligationen	3½	79½	79	»	Syndicats	3½	—	79
Darmstadt	fl. 50 Loose		70⅝	70⅜	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—
»	fl. 35 ditto		22½	22	»	Innere Sch. neue Obl.	3	24⅝	24½
»	Obligationen	3½	79½	79	Portugal	Consols Lat. à fl. 12.	3	—	—
»	ditto	4	87⅞	88⅛	Polen	fl. 300 Loll. Loose Rth.		—	93
Baden .	Obligationen v. 1843	3½	76⅜	76⅛	»	Obligationen de fl. 500	4	72½	72
»	fl. 50 Loose v. 1840		49⅛	47⅞	Russland	in S. S. 5 n. Gruss. cct.	4	82	—
»	fl. 35 Loose		27⅞	27⅝	»	ditto b. Stieglitz et C.	4	81½	—

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.	Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Pistolen	9	38	Geld al Marco .	383	—	Karlsruher Loose . . .	27½	27
Pr. Friedrichsd'or	9	55½	Laubth., ganze .	—	—	Sardinische Loose . . .	25½	25
Holl. 10 fl. Stücke	10	5	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	59	5 Frankenthaler.	—	—	Cöln-Minden	76	75½
20 Francsstücke	9	40	Hochhaltig Silber	21	30	Ludwigsh.-Berbach. . .	71	70½
Engl. Souvereigns	12	5	Gering » Silber.	21	20	Pfdr.-Wilhs.-Vorzahn	123½	122½

Wechsel-Cours.			
Den 8. Mai.	Papr.	Geld.	
Amsterdam (k.S.	100⅝	100½	
(100 fl. Crt.)	2M.	—	100⅛
Augsburg (k.S.	—	—	119⅜
(100 fl. Crt.)	2M.	—	—
Berlin . . (k.S.	—	—	103½
(68 Thlr.)	2M.	—	—
Bremen (50 (k.S.	—	—	99
Rthlr. L.-Ger)	2M.	—	—
Hamburg . (k.S.	88⅜	—	—
(100 Mk. Bco)	2M.	—	87½
Leipzig (99 (k.S.	—	—	100½
Thlr.) L. C.	2M.	—	—
London . . (k.S.	120⅜	—	—
(10 Livr. St.)	2M.	—	119½
Lyon . . . (k.S.	95⅛	—	—
(300 Fr.)	2M.	—	—
Mailand (250 (k.S.	100	—	—
Lir. Austr.)	2M.	—	—
Paris . . . (k.S.	95⅛	95	
(300 Fr.)	2M.	—	—
Wien (100 fl. (k.S.	123	—	—
in fl. 20 F.	2M.	—	—
Disconto . . .	—	—	1

A. Sulzbach, beeid. Makler.

Auch der Börse: 2½ pCt. Met. —; 3pCt. Spanier —; Hamburger Actien pr. Cto. —; Ludw.-Berb. —; Pr.-W.-Vorzahn. — G.

Digitized by Google

(Nebst Extra-Beilage.)

№ 110. —— Mittwoch —— den 9. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/9 Breite) mit Beilschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Hr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 356; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostcassirer Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Im „Altonaer Merkur" findet sich folgendes Schreiben der Statthalterschaft an den Reichsverweser nebst der Antwort des Letzteren:

I. Durchlauchtigster Erzherzog-Reichsverweser! Kaiserliche Hoheit! Als am 5. d. M., einem Tage, der sich den denkwürdigsten in der deutschen Kriegsgeschichte angereiht hat, die stolzen Orlogeschiffe Dänemarks, welche die friedlich offene schleswig-holsteinische Stadt Eckernförde bedrohen sollten, der Gnade einer kleinen Zahl heldenmüthiger Vertheidiger sich ergeben mußten, da richtete sich das traurige letzte Bemühen des Feindes darauf hin, daß nicht ein gedemüthigtes Ehrenzeichen dem Sieger in die Hände falle. Die gestrichene Flagge des Linienschiffes „Christian VIII." ward in das Meer versenkt. So mußte der Feind selber, nach dem unerlaubten Willen der Vorsehung, es bewirken, daß sein vielbesungenes Seebanner, der vor sechs Jahrhunderten vom Himmel herab gesendete Dannebrog, nicht wieder mit dem Schiffe, dessen Zierde es gewesen war, in die Höhe der Lüfte emporgehoben werden und dort sich auflösen konnte. Das Meer hat seine Beute zurückgegeben. Die im Namen der Reichscentralgewalt Deutschlands eingesetzte Statthalterschaft der deutschen Herzogthümer Schleswig-Holstein kann es sich nicht versagen, die in solcher Weise ihr zugekommene Orlogeflagge des durch deutsches Geschütz bis zur Vernichtung besiegten dänischen Linienschiffes „Christian VIII." Ihrem durchlauchtigsten Erzherzog-Reichsverweser ꝛc. ehrfurchtsvoll zu überreichen. In Ihrem deutschen Herzen, kaiserl. Hoheit, hat das deutsche Volk den Mittelpunkt gefunden, um welches es sein Streben nach einer würdigen und kräftigen staatlichen Gestaltung vereinigen konnte. Unter Ihren Auspicien sehen wir die deutschen Krieger aus den verschiedensten Gauen des Bundesstaates beisammenstehen zur gemeinsamen Abwehr feindlichen Angriffs von der treuen Nordmark. Nehmen Ew. kaiserl. Hoheit das Ihnen dargebrachte Siegeszeichen als ein vollgültiges Zeugniß dafür entgegen, daß Schleswig-Holstein nimmer davon ablassen wird, einig und ungetrennt dem deutschen Vaterlande anzugehören. Am Herzen Deutschlands, von wo jetzt seine Schlagadern ausgehen, möge die errungene Flagge des Feindes aufbewahrt werden, bis sie nach Sicherstellung der Nordgrenze des deutschen Schleswig-Holstein etwa dahin zurückgeführt werde, wo sie zuerst eine deutsche Hand ergriff. Gottorff, den 22. April 1849. Die Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein. (gez.) Reventlou. Beseler. Hardeu. An Se. kaiserl. Hoheit, den Reichsverweser, Erzherzog Johann von Oesterreich.

II. Aus den Händen des erlauchten Prinzen, welchen die Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein an mich gesendet hat, habe ich die Orlogeflagge jenes Linienschiffes erhalten, welches der Stolz der feindlichen Seemacht war und durch die ausdauernde Tapferkeit und Kriegskenntniß der schleswig-holsteinischen Truppen vernichtet worden ist. Indem ich Letzteren meinen Glückwunsch zu dieser schönen Waffenthat abstatte, welche in den Jahrbüchern des Krieges in ihrer Eigenthümlichkeit einzig dasteht, bitte ich die Statthalterschaft insbesondere, jenen Tapfern, welche sie verrichteten und sich dadurch einen dauernden ehrenvollen Platz in der Kriegsgeschichte Deutschlands erworben haben, den Dank auszudrücken, welchen ich mich verpflichtet fühle, im Namen des gesammten deutschen Vaterlandes hiermit auszusprechen. Die innige Theilnahme Deutschlands an den Geschicken der Herzogthümer hat nicht lebendiger ausgedrückt werden können, als durch das denselben zugesendete Heer, in welchem die überwiegende Mehrheit der deutschen Volksstämme vertreten ist, in dessen Reihen deutsche Fürsten stehen und welches sich mit den tapfern Söhnen der deutschen Nordmark zur kräftigen Abwehr des feindlichen Angriffs vereinigt hat. Frankfurt a. M., den 28. April 1849. Der Reichsverweser. (gezeichnet) Johann. An die Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein.

Schleswig, 3. Mai. Nach zuverlässigen hierselbst eingetroffenen Nachrichten hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, wie bereits früher in den Zeitungen erwähnt ist, auf den Antrag des deutschen Reichsgesandten, Hrn. v. Rönne, verfügt, daß schleswig-holsteinische Schiffe in den dortigen Häfen werden zugelassen und nach den zwischen Dänemark und den Vereinigten Staaten bestehenden Tractaten werden behandelt werden. Nach dem desfälligen Schreiben des Secretary of the Treasury kommt es auf die von den schleswig-holsteinischen Schiffen geführten Flaggen oder auf den Charakter ihrer Schiffspapiere bei ihrer Zulassung in den nordamerikanischen Häfen gar nicht an, sondern lediglich auf den nach Maßgabe der Zollgesetze von dem Capitän des Schiffes eidlich zu erstattenden Bericht über den Hafen, dem das Schiff angehört und woher es kommt; und wenn es sich daraus ergibt, daß das Schiff ein schleswig-holsteinisches ist, so wird es, ohne Rücksicht auf die Flagge oder auf seine Papiere, nach dem zwischen Dänemark und den Vereinigten Staaten bestehenden Tractat beurtheilt werden. Das in Bezug genommene Zollgesetz ist die Congreßacte vom 2. März 1799.

Aus Nord-Schleswig, 2. Mai. In einem von hier aus an verschiedene öffentliche Blätter gesandten Berichte über die Schlacht bei Kolding ist nach Gerüchten behauptet worden, es sei bei der Erstürmung der Stadt durch die schleswig-holsteinischen Truppen, indem das 3. Jägercorps und das 4. Bataillon zuerst wieder in die Stadt kämpfend eindrangen, zu einer Plünderung gekommen. Allein die Sache verhält sich, nach näherer Erkundigung, in der That anders. Daß bei der Erstürmung der Stadt manches Eigenthum zerstört worden, ist nicht zu leugnen, war aber nicht anders möglich; zu einer Plünderung durch die Sieger ist es indessen keineswegs gekommen. Da aber die Einwohnerschaft der Stadt, nachdem sie auf wahrhaft fanatische Weise an dem Straßenkampfe selbst sich betheiligt hatte, zum größten Theil geflüchtet war, so mußten die Soldaten, welche nach der Anstrengung des Kampfes in die leeren Wohnungen einquartiert wurden, dort selbst für sich sorgen, und daß dabei mancher unrechte Gebrauch fremden Eigenthums vorgekommen ist, versteht sich leider von selbst.

Deutschland.

♀ **Berlin**, 5. Mai. Gestern Morgen war beim Ministerpräsidenten v. Brandenburg eine Sitzung des Gesammt-Staatsministeriums, in welcher man zum Enddeschluß hinsichtlich des Wahlgesetzes für Preußen gelangt sein dürfte. So viel bis jetzt verlautet, wird der Grundsatz des allgemeinen Wahlrechts nur insofern eine Aenderung erleiden, als nach der früheren Auffassung des Wortes „selbstständig" und nach der jetzigen beschränkenden Auslegung desselben in zwei verschiedenen großen Abtheilungen gewählt werden wird, so daß den zur Abtheilung im weitesten Sinne des Wortes „selbstständig" gehörigen Volksklassen die Wahl einer gewissen Anzahl Abgeordneter zustehen soll. Auf diese Weise hofft man eine zweite Kammer mit genügenden conservativen Kräften zu erlangen. — Von Seite der hiesigen constitutionellen Partei war gestern Abend eine Zusammenkunft der Vertrauensmänner der hiesigen constitutionellen Bezirksvereine veranstaltet worden, um endlich zu einer festen Centralisation und Organisation der constitutionellen Kräfte zu schreiten. Zum Zweck einer solchen Centralisation hatten die conservativen Abgeordneten der ersten und zweiten Kammer das Programm des bisherigen provisorischen Centralausschusses in die Provinzen der Monarchie mit der Aufforderung zur engen Vereinigung gesandt. Es versammelten sich gestern im Hotel de France gegen 80 Vertrauensmänner der verschiedenen Vereine, welche, obwohl noch nicht alle Vereine vertreten waren, auf die sofortige Wahl eines definitiven Centralausschusses drangen. Die Leitung der Angelegenheiten der constitutionellen Partei wurde nach Stimmenmehrheit folgenden Männern in die Hand gegeben: Justizrath Geppert, Obristlieutenant Graf v. Oriola, Justizrath Furbach, Major v. Holleben und Dr. Firmenich. Der als Vertrauensmann anwesende Bürgermeister der Hauptstadt, welcher auch zur Wahl vorgeschlagen wurde, lehnte dieselbe als mit seiner amtlichen Stellung nicht füglich zu vereinigende ab, was von der Versammlung auch sofort anerkannt wurde. Für diejenigen Vereine der Hauptstadt und der Monarchie, welche nicht durch Vertrauensmänner vertreten waren, bleibt eine Wahl von vier Männern in den Centralausschuß noch offen.

Magdeburg, 4. Mai. In der gestrigen großen Volksversammlung trug das Vorstandsmitglied des „Vereins zur Wahrung der Volksrechte", der hiesige Pastor Sachse, die nachstehende „Erklärung deutscher Männer" vor, die, von mehr als 3000 Männern Magdeburgs unterzeichnet, zu ferneren Namensunterschriften an mehreren öffentlichen Orten der Stadt und Umgegend noch ausliegt, und außerdem heute nicht nur an die Zweigvereine des „Vereins zur Wahrung der Volksrechte", sondern überhaupt an alle patriotischen Vereine Preußens, ja, ganz Deutschlands als Mittheilung an dieselben direct versandt wurde. Sie lautet:

„In der Note an den preußischen Bevollmächtigten bei der deutschen Centralgewalt vom 28. April, in welcher die auf Grund der in Frankfurt beschlossenen Verfassung Sr. Majestät dem Könige dargebotene Kaiserwürde abgelehnt wird, spricht sich die Regierung dahin aus:

daß mit dem eingeschlagenen Gange ihrer Politik sich die allgemeine Summe des preußischen Volkes auf unzweideutige Weise einverstanden erklärt habe.

Das eine der gesetzlichen Organe der Stimme des preußischen Volkes, die zweite Kammer, hat das Gegentheil ausgesprochen. Durch Auflösung dieser Kammer hat die Regierung zu erkennen gegeben, daß sie zweifelhaft sei, ob dieselbe die wahre Meinung des Volkes vertrete. — Aber bis zum Zusammentritte einer neuen Volksvertretung müssen mehrere Wochen vergehen, und unterdessen droht dem deutschen Vaterlande die größte Gefahr. Darum würde das preußische Volk seine Pflicht verletzen, wenn es jetzt schwiege, und damit den Schein auf sich lüde, als sei es wirklich mit der Politik der Regierung einverstanden. Das ist der Grund, weßhalb wir jetzt unsere Stimme erheben und laut und feierlich den Beschluß unserer Vertreter vom 21. April für unsere Willensmeinung erklären, nämlich:

daß wir die von der Nationalversammlung vollendete Verfassung, so wie sie nach zweimaliger Lesung beschlossen worden, als rechtsgiltig anerkennen, und die Ueberzeugung hegen, daß eine Abänderung derselben nur auf dem von der Verfassung selbst vorgesehenen Wege zulässig ist.

Wir geben diese Erklärung als treue Preußen, die an ihrem Könige halten, dem ja mit der deutschen Verfassung die Kaiserkrone angeboten ward. Wir geben diese Erklärung als deutsche Männer, welche fest an den gegebenen Versprechungen halten und aus allen Kräften dafür streiten, daß deutsches Wort nicht zur Lüge werde. Aber jetzt, namentlich nach der Note des „Staatsanzeigers" vom 2. Mai, stehen die Dinge so, daß auf der einen Seite die Junker- und Priesterpartei, welche vordem Preußen regierte, die Manteuffel, Radowitz, Thile u. s. w., Alles, auch die Waffengewalt aufbieten, um die verlorene Macht wieder zu gewinnen, daß auf der andern Seite Süd- und West-Deutschland sammt der deutschen Nationalversammlung sich zu entschiedenem Widerstande rüsten. Ein blutiger Bürgerkrieg steht in Aussicht, die Ruhe einer vernünftigen Ordnung steht immer weiter zurück, und das Alles um einer Hand voll Menschen willen, welche das Vaterland bereits ausgespielen hat."

Köln, 6. Mai. Die Abgeordneten der verbündeten constitutionellen Vereine Rheinlands und Westphalens waren heute hier zum Congresse versammelt, um über den bedrohten innern Frieden des Vaterlandes und seine etwa noch mögliche Bewahrung Raths zu pflegen. Unter solchen, das ganze Gemüth aufregenden und es mit Bangen erfüllenden Umständen hatten die Vereine noch nie getagt. Daß der Ernst des Augenblickes Alle ergriffen hatte, das bewies die ganze Haltung der Debatten. Ermuthigend und erhebend war es, die versammelten Abgeordneten zweier an Stammesart sehr verschiedenen Landschaften in der ganzen Auffassung der Lage des Vaterlandes und in allen wesentlichen, den Weg der Rettung betreffenden Ansichten so durchaus übereinstimmend zu erblicken. Man darf hieraus die Hoffnung schöpfen, daß die entgegenstehenden bekämpfenden Ansichten sich um so eher von ihrer Verlassenschaft überzeugen und sie dem einmüthigen Willen des Volkes zum Opfer bringen dürften. Es wurde von den Versammelten eine Adresse an des Königs Majestät und eine öffentliche Erklärung beschlossen. Die letztgenannte lautet:

Der Congreß der verbündeten constitutionellen Vereine Rheinlands und Westphalens erklärt: 1) daß er die von der verfassunggebenden Reichsversammlung am 28. März d. J. verkündete deutsche Reichsverfassung anerkenne und daß eine Aenderung derselben nur durch die Reichsversammlung oder auf dem in der Verfassung vorgesehenen Wege erfolgen darf. 2) Das jetzige preußische Ministerium hat das Vertrauen des preußischen Volkes verloren, und kann nur durch dessen Rücktritt eine gedeihliche Lösung der bedrohlichen Staatsverhältnisse gefunden werden. Es soll Se. Maj. der König gebeten werden, das Ministerium Brandenburg-Manteuffel ungesäumt zu entlassen und sich mit einem volksthümlichen, wahrhaft constitutionellen und deutschgesinnten Ministerium zu umgeben.

Münster, 4. Mai. Das hiesige Generalcommando hat gestern Abend die Ordre erhalten, zur unverweilten Mobilmachung von sechs Landwehrbataillonen zu schreiten, wovon, so viel ich vernommen, drei in der Provinz bleiben und nur auf die Stärke von 600 Mann gebracht, die übrigen aber wahrscheinlich nach dem Rheine dirigirt werden sollen, und eine Stärke von 800 Mann erhalten. Außerdem wird noch das 6. Ulanenregiment und die hier garnisonirende 2. FußartillerieCompagnie auf Kriegsfuß gesetzt. (K. Z.)

Posen, 1. Mai. Aus dem Königreiche Polen ist die russische Armee in den letzten Tagen nach dem Süden des Landes abmarschirt. Das große Lager bei Kirchdorf, das mit so außerordentlichem Kostenaufwande hergestellt war, ist jetzt nicht nur von Truppen verlassen, sondern völlig aufgegeben und wird abgebrochen; die Truppen, die seit 14 Tagen wieder in Kalisch und dessen Umgegend standen, sind in Folge plötzlich eingetroffenen Marschbefehls sämmtlich abgezogen und in Eilmärschen nach Krakau zu dirigirt worden. Auch das Hauptcorps unter dem General Rudiger, das bisher in Warschau und dessen Umgegend stand, ist plötzlich auf der Straße nach Krakau abgezogen, und nur eine Arrieregarde von circa 12,000 Mann ist in einem schnell abgesteckten Lager bei Lowicz zurückgeblieben. Die Besetzung der Hauptstadt selbst ist durch einige von Modlin und den übrigen Festungen des Landes dahin gesandte Regimenter, die jetzt theils in der Warschauer Citadelle lie-

gen, theils auf den Hauptplätzen der Stadt bivouakiren, ersetzt worden; doch erwartet man binnen Kurzem noch einige Petersburger Garderegimenter. Auch von hier aus sind bereits viele junge Polen zunächst nach Oberschlesien abgereist, von wo sie sich unfehlbar nach dem Kriegsschauplatze in Galizien, sofern es sich bestätigt, daß die Insurrection dort ausgebrochen, zu begeben beabsichtigen. Es scheint somit, daß wir am Vorabend einer neuen allgemeinen polnischen Revolution stehen, die nur durch plötzliche entscheidende Siege der Russen in Ungarn niedergehalten werden dürfte. In Warschau wurde der Kaiser Nikolaus aus Moskau erwartet, zu dessen Empfang auch bereits das Palais in Stand gesetzt wird, da, wie es heißt, der Kaiser sich über Kalisch und Breslau nach Olmütz zum österreichischen Kaiser begeben wolle. (D. A. Z.)

*** **Vom bayerischen Main**, 7. Mai. Während es im Lande Hannover stark wetterleuchtet und in Sachsen das furchtbare Ungewitter in seiner Entladung begriffen ist, müssen wir bei uns der Dinge gewärtig sein, die kommen sollen. In der Pfalz steht das Wetterglas auf Sturm, an der Isar auf „unbestimmt und veränderlich". Viel wird in der nächsten Zeit darauf ankommen, wie der Wind aus Norden weht, wir meinen aus Sachsen und Hannover. Einstweilen agitiren die Parteien im alten Bayernlande, und in den fränkischen und schwäbischen Kreisen mit allen „gesetzlichen" Mitteln für und gegen die Reichsverfassung und in der Residenz selbst machen sich die Blauweißen und die Schwarzrothgoldnen die Majorität streitig, jede behauptet, das Mehr der Unterschriften unter ihren Adressen zu haben. Mittlerweile befindet sich immer noch Herr Mathy als Reichscommissär in der Residenz und hält Conferenzen mit den Ministern und andern bayerischen Staatsmännern, namentlich mit dem in München anwesenden Fürsten Leiningen, dem Mann des Vertrauens und der Hoffnung der deutschen Partei in Bayern, die sich des „Entweder—Oder" gar wohl zu erinnern weiß und deßhalb auch der Erwartung ist, es werde besonders für die Dauer des Landtags das Wort dieses Fürsten von heilsamem Einfluß sein. In acht Tagen kommen die Stände wieder zusammen. Es hat heute den Anschein, als fänden sie die deutsche Frage noch unerledigt, ja den Knäuel noch verwirrter, als er unmittelbar vor ihrer Vertagung war. Die Abgeordneten der bayerischen Opposition haben übrigens den Zusammentritt der Kammern nicht erst abwarten zu dürfen geglaubt, sie haben vielmehr mit den bayerischen Abgeordneten der linken Seite der Paulskirche am 6. Mai eine Versammlung in Frankfurt abgehalten und eine Proclamation an das bayerische Volk erlassen, in welcher dasselbe aufgefordert wird „daß es zur Ausführung des Beschlusses der deutschen Nationalversammlung sofort in allen seinen Gemeinden, womöglich unter Vorantritt der Ortsvorsteher, zusammentreten, und Beschlüsse in folgendem Sinne fassen möge: 1) Die von der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung verkündigte Reichsverfassung ist mit ihrer Verkündigung Gesetz in ganz Deutschland geworden. 2) Die Nichtanerkennung derselben von Seiten einer einzelnen Regierung ist eine strafbare Auflehnung gegen die neugeschaffene, gesetzliche Ordnung; jeder gewaltthätige Angriff hierauf ein Hochverrath gegen die deutsche Nation. 3) Jeder Bürger verpflichtet sich, mit Gut und Blut für das Reichsgrundgesetz einzustehen, und jeden Angriff hierauf, mag er kommen, woher es auch sei, durch die That abzuwehren. 4) Es findet in Gemäßheit der §§ 14, 191 und 193 der Reichsverfassung die freiwillige Vereidigung des Volks, und insbesondere der Bürger- und Landwehren auf die Reichsverfassung statt. 5) Das Volk erklärt es für eine heilige Pflicht seiner in der deutschen Nationalversammlung sitzenden Vertreter, unter allen Umständen auf ihrem Posten auszuharren, und einer Abberufung, wenn dieselbe von Seiten des bayerischen Staatsministeriums erfolgen sollte, keine Folge zu geben. Diese Beschlüsse, welche nach unserer Ansicht sofort sowohl der deutschen Nationalversammlung, als auch dem königl. bayerischen Staatsministerium mitzutheilen, darum in doppelten Exemplaren von den Bürgern zu unterzeichnen und dann durch die Presse zu veröffentlichen wären, werden die ernste Antwort bilden auf die Note des bayerischen Staatsministeriums und ihm, wenn möglich, die Augen öffnen über die gefährliche Bahn, welche es wandelt. Sie werden aber auch in dem Volke offen den Bund besiegeln zur Vernichtung der volksfeindlichen Reaction." Unterdessen hat die Bewegung in Rheinbayern einen bedenklichen Charakter genommen, der auf den Volkstagen zu Neustadt a. d. H. und Kaiserslautern am deutlichsten hervorgetreten ist. Lossagung von der bayerischen Krone und Republikanisirung der Pfalz scheint das Ziel zu sein. Der von der Reichsgewalt entsendete Bevollmächtigte, Herr Eisenstuck, hat die Aufgabe, die Agitation in andere nicht außer dem Gesetz liegende Bahnen einzulenken, während die bayerische Regierung der Bewegung überhaupt entgegentritt. Durch die „Speyerer Ztg." hat so eben die Kreisregierung eine Proclamation an die Bewohner der Pfalz erlassen, in welcher sie von ungesetzlichen Schritten abgemahnt und aufgefordert werden, den nahen Zusammentritt des Landtags, bei welchem die hochwichtige Frage zum Austrag gelangen werde, abzuwarten." Ob diese Proclamation und die Bemühungen des Herrn Eisenstuck von Erfolg sind, muß sich schon morgen auf der großen Volksversammlung in Neustadt a. d. H. zeigen.

⊙ **Stuttgart**, 7. Mai. In der 133. Sitzung der zweiten Kammer wurden die Anträge Stockmaiers, betreffend eine Abänderung des Entwurfes eines Pensionsgesetzes für Civildiener, angenommen. Hiernach ist 1800 fl. die höchste Summe, welche eine Pension überhaupt erreichen kann. Von jeder Besoldung soll die Pension nach angetretenem zehnten Dienstjahre 40 pCt. des Gehaltes betragen. Bei Besoldungen von 1100 fl. an aufwärts soll die Pension mit jedem Dienstjahre weiter um 15 fl., mit jedem 100 fl. weiter um 40 fl. steigen. Nach den normalmäßigen Erhöhungen der Schullehrerbesoldungen genießt ein Lehrer durchschnittlich eine Besoldung von 309 fl.; der Durchschnitt für die künftigen Ruhegehalte der Schulmeister wird die Summe von 285 fl. erreichen, nach einem von der Kammer angenommenen Antrage Eisenlohrs.

Karlsruhe, 7. Mai. Heute Nachmittag fand im großen Saale des Rathhauses unter Vorsitz des ersten Bürgermeisters eine äußerst zahlreiche Versammlung der hiesigen Bürgerwehr statt, worin, nach längeren Erörterungen, folgende Beschlüsse gefaßt wurden: 1) Die Regierung auf das dringendste zu ersuchen, daß sie sogleich nach dem Erscheinen der Reichsverfassung im Regierungsblatt die Beeidigung auf dieselbe gleich der auf die Landesverfassung vornehme. 2) Die Karlsruher Bürgerwehr ist bereit, die Reichsverfassung gegen jeden verfassungsverletzenden Angriff zu vertheidigen. 3) Die Karlsruher Bürgerwehr fordert sämmtliche Bürgerwehren des Landes auf, sich in demselben Sinne zu erklären und sich zum Einstehen für die Reichsverfassung bereit zu halten. 4) Die Karlsruher Bürgerwehr fordert insbesondere die badische Regierung auf, bei der Centralgewalt schleunigst die nöthigen Schritte zum Schutz des Nachbarlandes Rheinbayern, welches sich für die Reichsverfassung ausgesprochen, zu thun; namentlich wolle die Centralgewalt keinerlei Durchmärsche von Truppen solcher Staaten, die die Reichsverfassung nicht anerkannt haben, nach Rheinbayern gestatten. 5) Die Karlsruher Bürgerwehr erläßt einen Aufruf an ihre Kameraden in Würtemberg und Hessen, in derselben Weise das Ihrige zum Zweck der Aufrechthaltung der Reichsverfassung u d insbesondere zum Schutze Rheinbayerns einzuleiten. Mit der Ausführung wurde der Gemeinderath in Verbindung mit dem Heerschaarkommando beauftragt.

Mannheim, 7. Mai. Auf Befehl des Reichsministeriums ist heute ein Bataillon und eine Schwadron zur Sicherung der Reichsfestung Landau von hier aus dorthin abgegangen.

× **Freiburg**, 3. Mai. In der Fortsetzung der heutigen Assisensitzung machten die Angeklagten sowohl als die Vertheidiger geltend, daß die Gerüchte über diesen Franzoseneinfall bloß zur Erreichung bekannter Zwecke von der badischen Regierung ausgestreut worden seien. Als sie vom Präsidenten aufgefordert wurden, dies zu beweisen, gaben sie zu, daß ein gerichtlich gültiger Beweis nicht so leicht geführt werden könne, aber der Angeklagte würde aus manchen Thatsachen das Behauptete beweisen können. Fickler erzählt nun, wie jene Gerüchte damals so furchtbaren Schrecken im ganzen Lande verursacht, wie Anstalten getroffen worden seien zur Vertheidigung, während die Regierung doch gewußt habe, daß nichts an der Sache sei. Ja der Minister Bekk hatte sogar in einer geheimen Sitzung der Kammer, wo über die Erlaubniß zur Verhaftung eines Deputirten (Hecker) verhandelt wurde, selbst von Depeschen gesprochen, die der Regierung in diesem Sinne zugekommen seien, und worin von 5000 Mann französischem Lumpengesindel, das einbrechen wollte, die Rede ist. Dieser Gegenstand wurde somit verlassen und zur Fortsetzung der Erzählung über die Pariser Legion von Seiten Bornstedts geschritten. Dieser hob hervor, daß dieselbe von der französischen republikanischen Regierung Unterstützung erhalten habe. Er verfolgte hierauf den Weg, den sie beim Einbruch ins Badische gemacht, und verwahrte sich dagegen, daß sie auf die deutschen Truppen einen Angriff gemacht haben; sein Wille sei es vielmehr gewesen, mit denselben nach der Schweiz sich zurückzuziehen, weil er sah, daß die Anzahl der Truppen ihm überlegen sei; ein erfolgter Angriff von Seiten des Militärs habe jedoch ihre Vertheidigung erfordert, und so sei es zu dem bekannten Gefecht bei Dossenbach gekommen. Auf Befragen des Präsidenten Woll erklärte Bornstedt, daß es seine Absicht gewesen sei, sich mit Hecker zu verbinden; Krebs, der kein Mitglied der Legion gewesen sein will, gab zu, die Volksversammlungen in Freiburg, Achern, Offenburg besucht zu haben und für seinen Zweck thätig gewesen zu sein. Hierauf wurde sofort zur Frag-stellung an Fickler geschritten. Der Präsident fragte den Angeklagten über einige Vorgänge bei der Volksversammlung in Achern. Fickler äußerte, er könne hierüber keine Auskunft geben, weil er sich dessen nicht mehr erinnere; sein Gedächtniß sei von der langen schweren Kerkerhaft sehr geschwächt worden. Von Achern sei er nach Frankfurt gegangen, um mit Struve und Welcker (jetzigen badischen Gesandten in Frankfurt) zu sprechen. Er habe Welcker ersucht, die badische Regierung zu veranlassen, das Volk darüber abstimmen zu lassen, ob es die Republik oder die Monarchie wolle. Welcker habe ihn aufgefordert, dies schriftlich bei ihm einzureichen, was er mit Struve denn auch gethan habe. Welcker habe jene Denkschrift alsdann der Regierung in Baden zugeschickt. Jetzt befinden sie sich bei den Untersuchungsacten als Beweisstücke gegen ihn. Schließlich verlangt Fickler die Vorladung Welckers. Nachdem diese Aktenstücke, sowie die betreffenden Artikel der „Seeblätter" verlesen waren, erklärte Fickler, vom Präsidenten gefragt, ob dieselben unter seiner Verantwortlichkeit erschienen seien, daß er früher auf Ueberreden des Staatsanwaltes Haas einige Geständnisse in diesem Betreff gemacht habe, jetzt aber dieselben wieder zurücknehme, da die ihm damals versprochene Haftserleichterung nicht eingetreten sei. Auch sei erwiesen, daß er bei dem Erscheinen der Artikel in den „Seeblättern" gar nicht in Constanz gewesen sei. Er verlange Belegblätter, ob diese Artikel, oder vielmehr die Nummern, worin sie erschienen, von ihm unterzeichnet seien. Der Staatsanwalt versprach die Beibringung der Belegblätter. Brentano, Fickler's Anwalt, richtete sodann einige Worte an die Geschwornen, und machte sie darauf aufmerksam, daß man Fickler wegen zweier Artikel nach 13monatlicher Untersuchungshaft jetzt endlich vor dieses Ausnahmegericht stelle. Dann kam er ausführlich auf den Hergang bei Fickler's Verhaftung zu sprechen, dessen nähere Umstände hinlänglich bekannt sind. Staatsanwalt Amann entgegnete, daß nicht allein die Artikel in den „Seeblättern", sondern Ficklers Auftreten in Achern und andere Umstände seine Verhaftung herbeigeführt hätten. Hierauf wurde zur Einvernahme des Angeklagten Karl Steinmetz, Dr. juris von Durlach, geschritten. Nach dessen Vernehmung wurde die Liste der Zeugen verlesen. Mehrere waren verhindert zu erscheinen; u. A. auch der großh. badische Bundestagsgesandte Dr. Welcker in Frankfurt, der sich wegen dringenden Geschäften entschuldigte. Brentano beantragte, ihn in eine Strafe von hundert Gulden zu verfällen und auf künftigen Montag nochmals zu laden, welchem Antrage das Gericht entsprach. Brentano beschwert sich, daß Unterstaatssecretär Mathy, der den Fickler verhaftet habe, nicht geladen sei. Dies ruft eine längere Debatte hervor. Fickler bestand jedoch nicht weiter auf seiner Ladung. Darauf beginnt das Zeugenverhör.

× **Freiburg**, 4. Mai. In der heutigen (dritten) Sitzung des Assisengerichts wurde mit Einvernehmen der Zeugen fortgefahren. Die von Fickler geladenen Entlastungszeugen: Decan Kuenzer, Bürgermeister Hüetlin u. A., stimmten darin überein, daß Fickler bei Volksversammlungen im Seekreis mehr beschwichtigend als aufregend gewirkt, namentlich das Volk von allen Gewaltstreichen zurückzuhalten gesucht habe. Von diesen Zeugen wurde auch erwähnt, daß Fickler von der badischen Regierung sogar als Commissär am 28. März gebraucht worden sei, um über die sogenannten Franzosen, die ins Land einbrechen wollten, Erkundigung einzuziehen. Der Staatsanwalt machte geltend, daß Fickler auf dieser Sendung sehr für Volksbewaffnung gewirkt habe, ohne daß seine Instructionen dahin gegangen seien. Fickler sagte, er hätte für nothwendig gehalten, daß das Volk diesen „Franzosen" gegenüber zu seiner Vertheidigung doch nicht hätte unbewaffnet bleiben können, denn man habe ja damals nicht gewußt, daß diese Franzosengerüchte ungegründet seien; auch brauche das Volk für noch ganz andere Feinde, als dieses Gesindel, Waffen. Der Zeuge Decan Kuenzer bemerkte namentlich, daß, als von einer Volksversammlung in Engen der Antrag auf bewaffneten Zug nach Karlsruhe gestellt worden sei, Fickler davon abgerathen habe, da solche vereinzelte Unternehmungen doch zu keinem Zwecke führten und auch der Großherzog von Baden noch einer der besten von den deutschen Fürsten sei. Er sei sodann von der Versammlung in Engen zum Abgeordneten in das Vorparlament gewählt worden, mit der Vollmacht, für die Republik zu stimmen. Auf seinem Rückwege nach Konstanz sei er dann von dem Herrn Mathy verhaftet worden. — Es wurden nun die Zeugen über den Zug der Pariser deutschen demokratischen Legion vernommen, welche sämmtlich aussagten, daß sich dieselbe sehr anständig betragen habe und nur durch falsche Vorspiegelungen einiger Spione zum Ueberschreiten der Grenze veranlaßt worden sei. Der württembergische Hauptmann Lipp, der bei dem Gefecht bei Dossenbach, das die Truppen der Pariser Legion lieferten, verwundet wurde, machte über dieses Zusammenstoßen ausführliche, ihrem Inhalte nach aus den damaligen Vorgängen bereits bekannte Mittheilungen.

× **Freiburg**, 5. Mai In der heutigen vierten Sitzung des Assisengerichts wurde mit der Zeugeneinvernahme fortgefahren und dieselbe beendet. Ferner kam die Behandlung der Angeklagten im Kerker zu Bruchsal zur Sprache. Morgen, Sonntag, ist keine Sitzung. Am Montag findet noch die Einvernahme des Bundestagsgesandten Welcker statt, sowie die Begründung der Anklage, die Vertheidigungsvorträge ꝛc. Am Dienstag wird das Urtheil gefällt werden. Daß die Angeklagten für „nicht schuldig" erklärt werden, bezweifelt Niemand.

* **Aus Oberhessen**, 7. Mai. Sicherm Vernehmen nach geht man in Gießen, dem Hauptorte unserer Provinz, damit um, ein Comite zu bilden, um die ganze Provinz Oberhessen in Waffen zu stellen. Man will aber damit keinen ungesetzlichen Schritt thun, und denkt nicht daran, aggressiv vorzugehen. Es sind der Gemeinderath und der Bürgermeister an der Spitze, die Bürgergarde, der demokratische, der vaterländische, constitutionelle, der demokratische Studentenverein, der März- und Arbeiterverein zusammengetreten, und haben berathen, was zur Abwendung der drohenden Gefahren für die Einh it des deutschen Vaterlandes zu thun sei. Es ist natürlich, wo so viele verschiedene Elemente zusammentreten, und da die Jugend rasch ist, daß viele zur augenblicklichen That bereit sein werden. Doch ist es gelungen, und selbst die entschiedensten Demokraten sollen sehr besonnen die wahre Lage würdigen, den durchaus legalen Standpunkt einzuhalten. Man verhehlt sich nicht, daß Süddeutschland Preußen und die renitenten Könige nicht zwingen kann, sich der Reichsverfassung zu unterwerfen, aber man hofft, daß die Stimme der eigenen Stämme die noch fehlenden Regierungen bestimmen werde sich dem großen Werke der Einigung Deutschlands anzuschließen. Aber das will hier Jedermann, gerüstet sein für die Reichsverfassung. Um aber auf dem legalen Boden zu bleiben, ist beschlossen worden, die Staatsregierung zu ersuchen: die Organisation der Volksbewaffnung zu Schutz und Trutz für die Reichsverfassung selbst in die Hand zu nehmen. Ungemein wichtig und heilsam wirkt das mahnende Wort unsers Gegern, den legalen Boden zu behaupten.

Oldenburg, 5. Mai. Das heutige Gesetzblatt enthält folgende landesherrliche Verordnung: „Wir Paul Friedrich August ꝛc. Nachdem wir beschlossen haben, den diesjährigen allgemeinen Landtag des Großherzogthums baldigst auf einen demnächst zu bestimmenden Tag in unsere Residenzstadt Oldenburg zu berufen, so verordnen wir, wie folgt: § 1. Die Wahlen der Abgeordneten zum allgemeinen Landtage sind unverzüglich vorzunehmen. § 2. Die Regierungen zu Oldenburg, Eutin und Birkenfeld haben die zur Ausführung der Wahlen nach dem Wahlgesetze vom 18. Febr. d. J. weiter erforderlichen Verfügungen zu treffen."

Braunschweig, 5. Mai. Unser Regierungsblatt vom heutigen Tage enthält folgendes Gesetz: § 1. Zur Beseitigung aller formellen Bedenken declarirten wir hierdurch, daß der § 12 des Landesgrundgesetzes durch die Reichsgesetzgebung aufgehoben ist und keine Anwendung mehr findet. § 2. Es wird anerkannt, daß die sämmtlichen von der provisorischen Centralgewalt erlassenen und ferner zu erlassenden, nach Maßgabe des Reichsgesetzes von 27. Sept. v. J. publicirten oder noch zu publicirenden Gesetze und Verordnungen ohne Weiteres in Wirksamkeit treten. § 3. Dasselbe gilt rücksichtlich der Gesetze und Verordnungen, welche die gesetzgebende oder executive Gewalt des Reiches in Gemäßheit der neuen Reichsverfassung erläßt, sobald die durch diese Verfassung begründete Centralgewalt ins Leben getreten sein und dadurch die jetzige provisorische Centralgewalt ihre Endschaft erreicht haben wird.

Krisis in Sachsen.

Dresden, 6. Mai. Hier ist folgende Proclamation erschienen:

„Die Regierung des Königs besteht. Lasset Euch, Sachsen, nicht irre leiten durch die, welche nach Artikel 81 u. folgd. des Criminalgesetzbuchs sich eines Hochverraths schuldig machen. Nochmals ermahnt Euch die Regierung Sr. Majestät des Königs. Lasset ab von Eurem ungesetzlichen Beginnen! Kehret zurück zu Eurer Pflicht! Es handelt sich jetzt um Abwendung des fürchterlichsten Unglückes. Bedenket Euer und Eurer Kinder Wohl! Bedenket die Ehre des Vaterlandes! Fest entschlossen ist des Königs Regierung, sich gegen das Beginnen der ihm feindlichen Kräfte zu behaupten und alle Mittel anzuwenden, die Gesetze und Umstände erheischen, zur Sicherung des Thrones, der Personen und des Eigenthums. Dresden, den 6. Mai 1849. Gesammtministerium. v. Beust. Rabenhorst.

Tagesbefehl an sämmtliche Communalgarden. Dresden, am 5. Mai 1849. Das unterzeichnete Generalcommando macht die Communalgarden des Königreichs darauf aufmerksam, daß dieselben nach § 11 des Gesetzes vom 22. November 1848 sowie § 13 der Dienstvorschriften, nur auf Requisition der zuständigen Behörden in bewaffneten Abtheilungen die Grenzen ihres Wohnorts überschreiten dürfen. Einzelne Communalgarden sollen diesen Vorschriften entgegen gehandelt haben, was den Beweis liefert, wie wenig sie selbst die Gesetze zu achten wissen, zu deren Wächter sie bestellt sind. Das Generalcommando hegt die Ueberzeugung, daß Fälle einer solchen Ungesetzlichkeit nur einzeln dastehen, und daß diejenigen Communalgarden, welche sich derselben schuldig gemacht haben sollten, augenblicklich in ihre Wohnorte zurückkehren werden. Königliches Generalcommando der Communalgarden. v. Mandelsloh.

Dresden, 6. Mai. Morgens. Die vorhergehenden Ereignisse setze ich als Ihnen bekannt voraus. Das Zeughaus ist jetzt ganz im Besitz des Militärs sammt aufgefahrenen Straßen. Der Zwingerwall, von der Communalgarde verlassen, wurde gestern Nachmittag von Militär besetzt. Aus den Häusern der benachbarten Ostra-Allee wurde fortwährend hinaus und vom Militär wieder hinüber geschossen. Die Schloßgasse, auf welcher große Barrikaden sich befinden und wo aus der Stadt Gotha auf das Militär geschossen wurde, wurde vom Schloßplatz durch das Georgenthor mit Kartätschen beschossen. Gestern Nachmittag kam in Neustadt ein Bataillon Preußen von dem Regiment Kaiser Alexander an, blieb aber da liegen. Heute Morgen ist eine Compagnie über die Brücke gerückt, um mit unserm Militär gemeinschaftlich zu agiren. Die Nacht war ruhig; doch um 4 Uhr Morgens begann das Schießen wieder. Auf dem Zwingerwall wurden vier Soldaten niedergeschossen. Kanonen wurden hinaufgeführt und das große Thurmhaus in der Ostraallee damit beschossen, weil sich dort Schützen vom Volke aufhielten, die hinüber auf den Wall schossen. Bereits sind starke Breschen in das steinerne Gebäude geschossen; die dort Schießenden haben sich zurückziehen müssen. Um 6 Uhr Morgens ging das große Opernhaus in Flammen auf, welche die beiden benachbarten Pavillons des Zwingers, in welchen so viele Kunstschätze sich befinden, in Brand setzten. Ein unermeßlicher Schaden! Die Preußen sind die Schloßgasse hinaufgezogen; bereits sind Todte von ihnen über die Brücke nach Neustadt geschafft. Eben rückt eine neue Compagnie Verstärkung über die Brücke. Die innere Stadt mit ihren mächtigen Barrikaden wird so bald nicht einzunehmen sein, die Fenster der den Barrikaden benachbarten Häuser sind von bewaffnetem und schießendem Volk stark besetzt. Sonst kann man aus dem Innern der Stadt Nichts erfahren.

Dresden, 6. Mai, 11 Uhr. Das große Thurmhaus ist allmälig zusammengeschossen und wird bald in Trümmer fallen. Noch halten sich in den Gebäuden der Ostraallee viele Schützen vom Volke und beschießen den Wall; die Schüsse werden stark erwidert. Eine neue Compagnie vom preußischen Regiment Alexander rückt eben über die Brücke. Die Stadt soll nach mehr angekommenem Succurs auf verschiedenen Seiten angegriffen werden. Auf vielen Strecken der Eisenbahn sind die Schienen aufgerissen, so daß das zuziehende preußische Militär aufgehalten wird. Gestern kamen Zuzüge von Leipzig mit der Eisenbahn; man spricht von einigen Hundert, die bei Meißen über die Elbe gegangen sind.

Leipzig, 6. Mai. Gestern Abend trafen starke bewaffnete Zuzüge nach Dresden von Crimmitschau und Werdau hier ein und bezogen Quartier, theils im Schlosse, theils im Tivoli. Die Menge, die nicht mehr sehr zahlreich war, weil sie vorher durch einen heftigen Gewitterregen auseinandergetrieben worden war, gerieth dadurch, sowie durch das Gerücht, der Stadtrath habe diesen Freischaaren Quartier verweigert, in nicht geringe Aufregung. Ein Bataillon stehender Communalgarde besetzte alsbald das Schloß. Die Nacht schien hierauf ohne weitere tumultuarische Auftritte vorübergehen zu sollen, als plötzlich nach 11 Uhr zuerst einzelne Schüsse, dann auch Peletonfeuer gehört wurde. Ein Volkshaufe stürzte, in die höchste Aufregung versetzt, mit dem Rufe durch die Straßen: „Die Preußen sind da! Waffen! Waffen!“ Allein es ergab sich, daß die Schüsse von Solchen herrührten, welche sich im Laufe des Tages bewaffnet hatten und nun auf dem Königsplatze feuerten, um die Stadt in Allarm zu setzen, in der Meinung, daß die Preußen, welche von den Zuzügern in Altenburg gesehen worden waren, nach Leipzig bestimmt seien. Da man jedoch diesmal den Markt rechtzeitig abgesperrt hatte, so verlief sich die Menge bald, nachdem das Feuern aufgehört hatte, ohne daß Preußen erschienen wären. Die eröffnete Subscription zum Ankauf von Waffen scheint nicht den Erfolg zu haben, den man erwartete.

Leipzig, 6. Mai. Um 3 Uhr fand abermals eine demokratische Volksversammlung im Hofe der Bürgerschule statt, in welcher die Führer dem Volke Vorwürfe über seine unthätige Haltung machten und es aufforderten, sich die Waffen, die ihm der Stadtrath nicht gebe, mit Gewalt zu erzwingen. Die freiwillige Subscription scheint also in der That nicht den erwarteten Erfolg gehabt zu haben. Der Ausschuß der vereinigten Vereine erklärte hierauf durch einen Redner, daß er sein Mandat niederlege, soweit es darin bestehe, mit den Behörden zu unterhandeln, und die Versammlung schließe, soweit sie von ihm berufen sei. Die Menge schien diesmal zum größern Theile aus Neugierigen zu bestehen, wie sich wenigstens daraus schließen läßt, daß der Ruf der abziehenden Menge nach Waffen, trotz der anfeuernden Reden, diesmal verhältnißmäßig schwächer erschall als sonst und daß eine Viertelstunde darauf nur noch ein nicht eben starker Haufe vor dem Schlosse, in dem man Waffen verwahrt glaubt, versammelt war. (Ueber die Vorgänge vor dem Schlosse siehe den nachfolgenden Bericht.) Hinsichtlich der gestern Abend hier angekommenen Zuzüge bemerken wir, daß ein Theil heute Morgen ganz in der Frühe und ein anderer später um 11 Uhr nach Dresden abgegangen ist; ein anderer Theil soll wieder in die Heimath zurückgekehrt sein.

Leipzig, 6 Mai. Heute Mittag kurz vor 5 Uhr versuchte ein Haufen Ruhestörer den Eingang des Schlosses von der Burgstraße aus zu forciren. Das Pflaster ward aufgerissen, das starke Piquet der Communalgarde, welches den Eingang besetzt hatte, ward mit Steinen geworfen, das hölzerne Gatterthor von den Tumultuanten gesprengt und einzelne derselben suchten aus einem nahestehenden Hause Wagen herbeizuschaffen, um eine Barrikade zu bauen. Eine herbeigekommene starke Patrouille vertrieb die Unruhigen. 6 Uhr. Der Eingang des Schlosses wird von der Communalgarde stärker besetzt. Die Menge verläuft sich hier.

Folgende Placate sind am 6. in Leipzig erschienen: „Beschluß des Raths und der Stadtverordneten zu Leipzig vom 6. Mai Vorm. In Anbetracht, daß das dermalige königliche Ministerium in seiner amtlichen Thätigkeit durch den Conflict, welcher zwischen der Krone und dem Volke in Folge verweigerter Anerkennung der deutschen Verfassung ausgebrochen, beengt ist; — in Anbetracht, daß die Stadt Leipzig die Vermittlung der deutschen Centralgewalt angerufen hat; — in Anbetracht, daß die in Dresden aufgetretene provisorische Regierung einen andern Weg eingeschlagen hat, als die Vertretung der Stadt Leipzig; — in Anbetracht, daß nur ein Ministerium, welches sich für Anerkennung der deutschen Verfassung ausspricht, die volle Kraft der Regierungsgewalt in Sachsen, die nur da ist, wo sie im Volke wurzelt, wieder erwerben kann, wird beschlossen, und hiermit veröffentlicht: die Gemeinde Leipzig stellt sich bis zu Austrag der Conflicte zwischen Krone und Volk unter den Schutz der deutschen Centralgewalt. Leipzig, den 6. Mai 1849. Der Rath und die Stadtverordneten der Stadt Leipzig. Klinger. Werner.“

„Mitbürger! Wir haben in unserer Stadt die Ordnung bis jetzt durch den aufopfernden Beistand unserer Bürgerwehr aufrecht erhalten. Die gesetzlichen Vertreter der Gemeinde bringen ihr dafür den wohlverdienten Dank; sie vertrauen auch ferner das Wohl der Stadt ihrer Bürgerwehr mit vollster Zuversicht an. — Mitbürger! Unterstützt sie hierin und laßt Euch nicht täuschen, wenn man versucht, Euch mit erlogenen Gerüchten zur Aufregung, ja vielleicht zur Anarchie hinzureißen. Man hat dies versucht, aber zur Ehre Leipzigs vergebens, denn es ist eine Unwahrheit, wenn man Euch aufsprengt mit dem Rufe: daß Preußen im Anzuge seien, um unsere Stadt zu besetzen; es ist eine Unwahrheit, wenn man Euch in Placaten glauben machen will, daß Rath und Stadtverordnete ihre Genehmigung zu gesetzlich unerlaubter Einforderung von Geldbeiträgen für Ausrüstung von Zuzügen ertheilt haben. — Halten wir fest daran, daß wir die Ordnung im eigenen Hause bewahren, dann und nur dann können wir mit Erfolg unerbetene fremde Hilfe von uns abwehren. Mitbürger! Eure gesetzlichen Vertreter, Eure Bürgerwehr wachen für Euch; darum geht ruhig an Eure Geschäfte und erschwert nicht selbst durch ungehöriges Gebahren uns die Erfüllung unserer ohnehin schweren Pflichten. Wir erwarten von Euch, daß Ihr im Interesse unserer Stadt und des Verkehres den in unserer Bekanntmachung vom 29. Mai v. J. erlassenen Vorschriften, welche wir allenthalben hiermit in Kraft erhalten, willig Folge leisten und insbesondere der Anordnung: daß alle Personen, welche sich, wenn Generalmarsch geschlagen worden ist, noch auf den Straßen befinden, sich sofort nach Hause zu begeben haben, Gehorsam nicht versagen werdet. Leipzig, den 6. Mai 1849. Der Rath und die Stadtverordneten der Stadt Leipzig. Klinger. Werner.“

*)= **Leipzig**, 7. Mai, Vormittags. Eine wahre Schreckensnacht liegt hinter uns, — eine Kette von Ereignissen, deren innerer und äußerer Zusammenhang bis jetzt noch nicht vollständig zu übersehen ist. Die Vorboten brachte bereits der gestrige Nachmittag. Auf die wiederholte Erklärung der städtischen Behörden, ihrerseits für Bewaffnung der Freischärler für Dresden nicht sorgen zu können, beschloß eine gestern gegen 4 Uhr vor der Bürgerschule abgehaltene Demokratenversammlung, bei welcher die Hauptdemokraten Windwart, Schreck, Albrecht, Heßfeld und neun andere sich von der ferneren Leitung der Bewegung aus Unwillen über die „halben Maßregeln“ des Raths lossagten, sich eigenmächtig durch Plünderung Waffen zu verschaffen, rückte vor das von Abtheilungen der Communalgarde besetzte Schloß, um die Besatzung zu entwaffnen, schleuderte Steine auf sie, zerstreute sich indeß, als Generalmarsch geschlagen wurde. Die Tumultuanten sammelten sich jedoch bald wieder und unternahmen einen Angriff auf das Leihhaus, wahrscheinlich weil sie dort Waffen vermutheten. Die schnell herbeieilenden Blusenmänner machten auch diesem Beginnen ein Ende. Schon glaubte man die Ruhe hergestellt, indeß die unheimlichen Gruppen, welche sich auf allen Straßen und Plätzen bildeten, ließen nichts Gutes erwarten. Die Aufregung der Massen wurde gesteigert, als der Rath durch einen Anschlag sich weder unter die provisorische Regierung, was jene forderten, noch unter das legitime Ministerium, sondern unter die Centralgewalt stellte, als ferner die provisorische Regierung durch Plakate wiederholt um bewaffneten Zuzug bat, der Rath hingegen, wie bemerkt, weder Waffen gab noch sein Versprechen, für die Freischärler das Fahrgeld bis Dresden zu bezahlen, halten zu wollen schien. Gegen 9 Uhr versammelten sich stärkere Massen vor dem Peterosthore und verhöhnten mit dem größten Uebermuth eine patrouillirende Abtheilung der reitenden Communalgarde. Da fällt plötzlich ein Schuß, nach einigen von dem Hintermann jener Abtheilung, nach den meisten Angaben aus der Mitte der tobenden Menge selbst. Ein Mann wird schwer am Kopfe verwundet. Unter dem Rufe nach Waffen stürzt die Menge auf die Petersstraße, von da in das Thomasgäßchen und beginnt hier, während einige Führer ein Gewehrlager erbrechen, Barrikaden zu bauen. Von der Hauptwache her rücken starke Abtheilungen der Communalgarde an und geben, wie es heißt, ohne zum Auseinandergehen aufgefordert zu haben, nach verschiedenen Seiten hin Feuer. Der Theaterjeuseur wird getödtet und unter dem entsetzlichen Rufe nach Rache durch mehrere Straßen getragen. Schnell erhoben sich in verschiedenen Theilen der innern Stadt (am Neumarkt, an den Eingängen der Katharinen-, Nicolai- und Reichsstraße) Barrikaden, aus Meßbuden aufgefahrt, werden jedoch ohne Schwierigkeit von der Communalgarde genommen. Die Tumultuanten flüchten sich unter Gewehrfeuer der Communalgarde aus der innern Stadt auf den Augustusplatz und bauen hier, dicht vor dem Grimma'schen Thor aus Meßkasten und Buden eine fast zwei Stockwerke hohe Barrikade. Neben dem Postgebäude wird ein großes Wachfeuer angezündet, als Signal für die aus Neuschönefeld und andern Dörfern eintreffenden Zuzüge. Gegen 1 Uhr rückten einzelne Abtheilungen der Communalgarde zum Angriff vor und eröffneten ein ziemlich planloses Gewehrfeuer (die Hintergliedet schossen über die Vordermänner); dies blieb erfolglos. Man unterhandelt mit den Barrikadenmännern. Vergeblich. Endlich zwischen 4 und 5 Uhr Morgens unternimmt mit ebenso großer Geschicklichkeit als Tapferkeit das bis dahin im Schloß stationirte vierte Bataillon der Communalgarde einen Angriff, indem es zunächst durch anhaltendes Gewehrfeuer aus dem zweiten und dritten Stockwerke der nächstgelegenen Häuser die Barrikaden von ihrer Besatzung befreit, und sie dann im Sturm nimmt. Die Blusenmänner verfolgen die Fliehenden und nehmen viele von ihnen gefangen, darunter die Demokratenhäuptlinge Albrecht und Windwart. Andere Tumultuanten hatten sich indeß im Gebüsch des obern Parkes verborgen und feuerten wiederholt aus ihrem Versteck. So fiel außer einem andern Communalgardisten auch der Censal Gontard. Von Seiten der Tumultuanten sollen nur drei verwundet, im Ganzen 15 oder 16 sein. — Da die Communalgarde von dem vierstägigen anstrengenden Dienst völlig erschöpft ist, so fordert heut der Rector die Studenten, der Rath den Handelsstand auf, ihrerseits für den Kampf gegen die anarchischen Elemente in die Schranken zu treten. Die Messe, obnehin seit einigen Tagen schon als beendet anzusehen, wird nach einem Befehl des Rathes heute Mittag 12 Uhr geschlossen. (Mehr aus unserm unglücklichen Lande heut Nachmittag.)

Nachschrift.

† **Wien**, 5. Mai. Heute am frühen Morgen wurde die Residenz durch die ganz unverhoffte Ankunft Sr. Maj. des Kaisers in Schönbrunn auf das Freudigste überrascht. So viel man vernimmt, hätte man vorerst nur einen äußerst kurzen Aufenthalt Sr. Maj. im k. k. Lustschlosse zu gewärtigen, indem Allerhöchstdieselben sich in östlicher Richtung zu begeben gedächten. — Der Einmarsch der österr. Truppen in Toscana und dem Römischen unterliegt keinem Zweifel. — Den letzten Nachrichten zufolge war das Hauptquartier der k. k. Armee in Ungarn in Preßburg.

* Die „Deutsche Reform“ enthält eine telegraphische Depesche aus Magdeburg vom 7. Mai, zufolge welcher Doctor Göschen, Vorsteher des deutschen Bundes zu Leipzig, an diesem Tage früh um halb 6 Uhr mit einem Extrazuge von Leipzig in Magdeburg angekommen und sofort mit einem Extrazuge nach Braunschweig gegangen ist, um 500 Mann dortiger Truppen zur Unterstützung der seit dem 6 Abends im Kampf mit dem anarchischen Element sich befindenden Communalgarde in Leipzig zu requiriren.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 8. Mai. Die Börse war heute in minder günstigerer Stimmung versetzt. Allerlei verbreitet gewesene Gerüchte in Hinsicht der Ereignisse zu Dresden, sowie niedrigere Wiener Börsennotirung gaben dem Markt ein flauered Ansehen, Fonds sowohl wie Eisenbahnactien stellten sich fast sämmtlich niedriger im Cours als gestern. 5pCt. Metall. bleiben 1pCt. niedriger 74⅞, pCt., 2½pCt. Metall 39⅞, pCt., Wienerbankactien 1144 fl., 500 fl. Loose 125⅛, pCt., 250 fl. Loose 77½, pCt. Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27 Rthlr., Badische 35 fl. Loose 27⅝ fl., do. 50 fl. Loose 47½ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do. 50 fl. Loose 70½ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20½ fl., Sardinische Loose 25 Fr., Pfdn. 500 fl. Loose 72 Rthlr. Sämmtliche süddeutsche Obligationen zu niedrigern Preisen als gestern zu erhalten. Von belgischen Obligationen 2½pCt. belgische 42⅞, ditto 4½pCt. 82¼, ditto 5pCt. 90 pCt. Holl. 2½pCt. Integralen 49¾, pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 32½, Rthlr., Berbach 70½, pCt., Köln-Minden 73½, pCt., Taunus 279 fl. 5pCt. inländ. Span. schließen 24½, pCt. G. Im Wechselgeschäft war auch heute der Handel von keinem Belang. Amsterdam 100⅝, G. Mailand 100 Bf., Wiener 103 Bf., Pariser 95⅛, G. Abends nach Ausgabe der Mardner Post blieben 5pCt. inländ. Span. in der Effectensocietät 24½, pCt. G.

Wien, 5. Mai. 5pCt. Metall. 89½. — 4pCt. 71. 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1120. — 500 fl. Loose 147. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnactien 94½. — Glogauziger 93. — Mailänder 68½.

Metall. anfangs 90½, gingen auf 89½ zurück. Dersien aufs Neue angezogen, das Geschäft im Ganzen nicht belebt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Matter.

[1248] **Die Molkenkuranstalt**
auf Schloß Schöneck bei Boppard am Rhein
(in dem romantischen Ehrenthal)
wird vom 10. Mai bis Ende September eröffnet sein. Der unterzeichnete Besitzer z. A. Reuter ersucht, mit Anfragen ärztlicher Natur an den Kurarzt Dr. H. Schauenburg, übrigens an ihn selbst in portofreien Briefen sich wenden zu wollen. Wöchentliche Kurpreise nach den 3 Klassen der Zimmer zu 1) 10 Thlr 9 Sgr., 2) 8 Thlr. 24 Sgr., 3) 7 Thlr. 24 Sgr. (für Zimmer, Molken, Kräutersäfte, Kaffee, Mittag- und Abendtisch, ärztliches Honorar und Bedienung). Gäste, welche, ohne die Kur zu gebrauchen, auf dem Schlosse Aufenthalt nehmen, zahlen wöchentlich 6 Thlr ohne Wein. Der Prospectus wird gratis ausgegeben. Abfahrt in Boppard am Bureau der Düsseldorfer Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu billigen Preisen.
Schloß Schöneck, den 15. April 1849.
F. A. Reuter.
Dr. **H. Schauenburg**, Districtsarzt.

[1339] Meinen hiesigen und auswärtigen geehrten Geschäftskunden mache ich hiermit die ergebenste Anzeige, daß das durch einige Zeitungen mutlich verbreitete Gerücht, daß ich den Fruchthandel, besonders mit Spelz, aufgegeben hätte, eine durch Neid hervorgerufene Lüge ist; ich werde diese Artikel nach wie vor fortführen und halte mich in denselben bestens empfohlen. Der Gedanke, den Fruchthandel aufzugeben, kam und kommt mir nicht in den Sinn.
Heidelberg, im Mai 1849.
Carl Grösser, am Lornmarkt.

In Ladung bei **H. SERIGIERS**,
Consul, Kaufmann und Schiffsbefrachter,
[1313] in **ANTWERPEN**.

Regelmässige Schifffahrten.

Nach **New-York**:

Amerik. 3mastr	FRANCE,	Cap.	Hidson,	Abfahrt	10. Mai.
„ „	RIO-GRANDE,	„	Thomas	„	20. „
„ „	MAYFLOWER	„	Hitchcock	„	1. Juni.

Nach **Rio-Janeiro**:
Belg. Schiff WINDHOND, Cap. Parmentier, Abfahrt 1. Juni.
Nach **Constantinopel**:
Schiff AMALIA, Cap. Dolwin, Abfahrt 20. Mai.
Obengenannte Schiffe nach New-York und Rio-Janeiro sind eingerichtet um zwischen Deck und Cajüte Passagiere zu übernehmen.
Nähere Auskunft ertheilt **H. Serigiers** in Antwerpen.

[1215] **Stenographischen Unterricht**
ertheilt nach dem System von Gabelsberger
F. Müller, Lehrer der Handelswissenschaften,
Wollgraben Nr. 11 neu.

Wasserheilanstalt Mühlbad bei Boppard am Rhein.
Für die Badesaison des laufenden Jahres wird obgenannte Anstalt vom 1. März ab dem Publikum wieder geöffnet sein. Bei der lingenden Frequenz, deren sie bisher sich zu erfreuen hatte, und die namentlich im verwichenen Jahre noch so bedeutend war, daß Mangel an Raum entstand und längere Zeit hindurch Gäste dislocirt werden mußten, bittet man diejenigen, welche sie zu besuchen die Absicht haben, mit ihren Anmeldungen nicht allzulange zu zögern, besonders dann, wenn sie auf schöne und bequeme Wohnungen reflectiren. — Näheres bei dem in der Anstalt wohnenden Arzte, Kreisphysicus Dr. **Heudner**. [736]

[1335] **J. Sieber in Zürich,**
Commissionär für Ein- und Verkäufe von Liegenschaften in der Schweiz,
hat in den schönsten Lagen am Boden- und Zürcher-See, als in andern schönen Gegenden der nordöstlichen Schweiz eine Auswahl von großen und kleinen herrschaftlichen Landgütern zum Verkauf die er in jeder Beziehung empfehlen darf. Wünschenden Falls werden Verzeichnisse zugesandt. Auf wahre Sorgfalt für das Interesse der resp. Käufer kann man sich verlassen. Gefällige Zuschriften erbittet er sich franco.

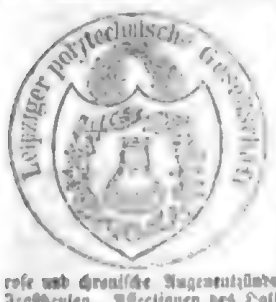
[1236] In der Buch- und Kunsthandlung von Victor v. Zabern in Mainz ist für einen geschickten, mit den nöthigen Vorkenntnissen versehenen jungen Mann eine Lehrlingsstelle offen, welche sofort besetzt werden kann. Anträge oder Anfragen, in Betreff der näheren Bedingungen, sind franco erbeten.

Rheinische Dampfschiffahrt.
Kölnische Gesellschaft.

Tägliche Fahrten vom 1. Mai 1849:

Von **Mainz** Morgens **6** Uhr nach **Köln (Düsseldorf, Elberfeld-Hamm)**.
„ **Mainz** „ **8½** „ „ **Köln (Aachen-Düsseldorf)**.
☞ Durch die Post- und Schnellschiffe „*Beethoven*" und „*Rubens*", im Anschluss an den Eisenbahnzug Morgens 6 Uhr von Frankfurt.
„ **Mainz** Morgens **10½** Uhr nach **Köln (Minden-Berlin)**
☞ unmittelbar nach Ankunft des zweiten (9 Uhr) Eisenbahnzugs von Frankfurt.
„ **Mainz** Nachmitt. **2**, Uhr nach **Mannheim**.
☞ Von **Biebrich rheinabwärts ½ Stunde später als von Mainz**.
Von **Mannheim** Morgens **6** Uhr nach **Köln**.
„ **Coblenz** rheinaufwärts Morgens **6**, **8** und **12** Uhr, rheinabwärts Morgens **6**, **10½** und Nachmittag **12½** und **2½** Uhr.
„ **Köln** Morgens **5½** Uhr nach **Mainz**, Morgens **9½**, Mittags **1** und Abends **10** Uhr nach **Coblenz-Mannheim**, Morgens **5** Uhr nach **Arnheim**.
„ **Arnheim** Morgens **6** Uhr nach **Köln, Coblenz, Mainz, Mannheim**. [1263]

Nähere **Auskunft** und **Billete** in Frankfurt a. M. bei dem Agenten Herrn **F. Böhm**, Rossmarkt, auf dem Filial-Bureau bei Herrn **G. B. Pelli** auf der Zeil, im **Taunus-Bahnhofe**, und für die Postreisenden im Postbureau.



[1333] Von meinen unüber reflichen, von vielen hohen Sanitätsbehörden geprüften, von den berühmtesten Aerzten empfohlenen, einzig und allein königl. preußisch und königl. sächsisch concessionirten
neu erfundenen galvano-elektrischen
Universal-Apparate
zur Heilung aller nervösen, rheumatischen und gichtischen Uebel und mehrerer anderer Krankheiten,
als: Lähmungen, selbst wenn sie von Schlagfluß oder mechanischer Gewalt herrühren, Kopf-, Hals-, Brust-, Zahn- u. Ohrenschmerzen, Ohrensausen, Harthörigkeit und Taubheit, Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Herzklopfen, Schlaflosigkeit, Krämpfe, Rücken- und Lendenweh, Gesichtsrose und chronische Augenentzündung, Polypen, scrophulöse Drüsenanschwellungen, veraltete Geschwulste, Frostbeulen, Affectionen des Halses, Kopfkrebs u. s. w., Verdorrung der Augennervenhaut, Thränenfluß, schwarzer Staar, stockender Monatsfluß, Milchversetzungen, Veitstanz, Epilepsie, Contractionen in Folge krampfhafter Krankheiten und Wechselfieber befindet sich die einzige Niederlage für ganz Süddeutschland bei Herrn

E. Niemann in Frankfurt a. M.,
Ecke der Fahrgasse und Allerheiligengasse Nr. 91.

Erwähnter Apparat ist der gelungenste seiner Art, gemischt aus der bewährtesten Aerzte und den Lehren über Elektricität und Magnetismus zusammengesetzt, und kann um so mehr gewissenhaft empfohlen werden, da er sogar die veralteten oder angeerbten Krankheiten in sehr kurzer Zeit gänzlich heilt, dann ist er so solide und sauber gearbeitet, daß dessen Tragen durchaus nicht behindert, auch läßt sich derselbe an allen Körpertheilen leicht und wohl befestigen. Das Exemplar mit Gebrauchsanweisung kostet 1½, Rthlr., die leichtere Sorte 1⅓ Rthlr

A. Kunzemann, königl. preußischer und königlich sächsischer concessionirter Fabrikant von galvo-elekt. Apparaten und wirkl. Mitglied der Leipziger polytechnischen Gesellschaft.

N. S. Bei Herrn Niemann befindet sich auch die einzige Haupt-Niederlage von meinen patentirten unübertrefflichen Achromatismus-Ketten, Ableitern, Ohren-Magneten ꝛc. ꝛc., welche, wie genügend bekannt, vor sämmtlichen nachgebildeten und fast täglich angepriesenen ähnlichen Fabrikaten den Vorzug verdienen.

Was von der fortwährenden gewissenhaften (!) Empfehlung ähnlicher nachgebildeter Fabrikate zu halten und wie weit der Schwindel von Nachahmern meiner Fabrikate getrieben wird, mag ferner anderen Absatz erzielenden unwürdigen Mitteln am Besten daraus erhellen, daß dieselben für Erlangung eines Attestes über angebliche Heilkraft oft fl. 10—30 zahlen, wie Herr Niemann zu erweisen im Stande ist.

Die beste Garantie für die Vorzüglichkeit meiner Fabrikate dürfte außer täglich eingehenden Attesten, die mir von mehreren Staaten ertheilten Patente sein

[774] **H. G. von Oven,**
Bleidenstraße 24., empfiehlt sein wohlassortirtes Lager in:
schwarzen seidenen Herrenhalsbinden in Taffet und Atlas, Sommerhalstüchern in Seide, Halbseide, Jaconet und Foulard, ächt ostindischen Taschentüchern, Chatelaines, Foulard- und Atlas-Brochetüchern.

[1220] **Original-Obligationen**
des Anlehens vom Verein deutscher Fürsten und Edelleute, garantirt von Arnold Herzog von Nassau, Ernst Herzog zu Sachsen-Coburg, Friedrich Prinz von Preußen ꝛc. und wozu fl. 25,000, 20,000, 16,000, 15,000, 14,000, 13,000, 12,000 ꝛc. erlangt werden können, erläßt Unterzeichneter à fl. 8 und für die nächste am 1. Mai l. J. fällige Ziehung einzeln à 1 fl. — 10 Stück zu 7 fl. — Listen und Plane gratis.
☞ **Alex. Siebert** jun., Hauptcollecteur,
Bureau: Wollgraben in Frankfurt a. M.

[1372] **Bei einer Familie ohne Kinder sind in einem Gartenbaus monatlich oder jahrweise 1 à 2 Zimmer mit oder ohne Möbel an einen einzelnen Herrn billig zu vermiethen. In extra ex Buchgasse Nr. 4**

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.
Der Brustthee von Gerngé in Epinal, welcher derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Verdienstmedaille erhielt ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein zu dem Hauptdepot bei Herrn Conditor **Schott**, große Sandgasse, zu haben.
Commissionäre sind: Hr. Conditor J. C. Schlemmer in Mainz. [1118]

[1309] Der erste neue Caviar ist eingetroffen bei
Milani-Rinoprio,
kleiner Hirschgraben 3

[1298] Ein junges Mädchen aus anständiger Familie, das sich schon seit längerer Zeit zur Lehrerin ausgebildet hat, wünscht als solche eine Anstellung in einem Privathause oder auch in einer Erziehungsanstalt für Töchter. Sie verspricht Unterricht zu ertheilen in allen vorkommenden Fächern mit Ausnahme der neueren Sprachen, und sieht mehr auf anständige und freundliche Behandlung als auf bedeutendes Honorar. Nähere Auskunft ertheilt auf frankirte Anfragen **K. Heusel**, Diaconus zu Rodach im Herzogthum Sachsen-Coburg

[1293] Mein durch die neuesten Pariser Modelle reiches Assortiment fertiger **Mantillen** befindet sich Liebfrauenberg Nr. 33.
C. Schleßinger.

1191] Staatspapiere aller Art werden an- und verkauft, so wie Gold und Silbersorten verwechselt.
Julius Siebert junior,
Bureau: Wollgraben.

[1267] Ein in der Bleiweiß- und Farbenfabrikation erfahrner Techniker sucht zum Ankauf und Betrieb einer gut gelegenen Bleiweißfabrik und zur Einrichtung einer dazu passenden Farbenfabrik einen Theilnehmer mit einem Fonds von 15—20,000 fl.
Nur Derjenigen, welche die Absicht haben, hierauf einzugehen, wird eine Uebersicht über die Rentabilität ꝛc. zu Diensten.
Frankirte und mit A. Z. bezeichnete Briefe befördert die Expedition dieser Blätter.

[1319] **Gesuch.**
Ein Geschäftsmann in einer der gewerbreichsten Städte Württembergs, der in Beziehung auf Solidität die genügendsten Zeugnisse beibringen kann, erbietet sich zur Uebernahme von Agenturen und Concessionen und bittet um gefällige portofreie Anträge unter der Chiffer **A. O.** poste restante **Heilbronn**.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[1287] **Bekanntmachung.**
Die Schuldner des Handelsmanns Gabriel Kilian werden hiermit aufgefordert, die schuldigen Beträge bei Vermeidung nochmaliger Zahlung an Niemanden als an den bestellten Massecurator, Herrn Dr. jur. Rumpf, zu entrichten.
Frankfurt, den 2. Mai 1849.
Stadt-Gericht I.
Dr Dietz.

[1301] **Steckbrief.**
Der unten näher signalisirte Oekonom Karl Bieler jun. von hier, welcher der Theilnahme an dem am 16. März d. J. stattgehabten Aufruhre beschuldigt und dringend verdächtig ist, hat sich von hier heimlich entfernt und sein jetziger Aufenthalt nicht ausgemittelt werden können. Wir ersuchen demnach alle Justiz- und Polizeibehörden, den Bieler im Betretungsfalle zu verhaften und unter sicherer Escorte hierher abliefern zu lassen.
Bernburg, am 11. April 1849.
Herzogl. Anhalt. Stadt- und Landgericht.
Dr Pietscher.
Signalement.
Alter: 28 Jahre.
Größe: 5 Fuß 2—3 Zoll.
Haare: dunkelbraun.
Stirn: niedrig.
Augenbrauen: braun.
Augen: braun.
Nase: stumpf.
Bart: schwach.
Kinn: rund.
Gesicht: dito.
Gesichtsfarbe: gelblich
Statur: unterseht.

[1304] **Steckbrief.**
Der unten signalisirte Goldarbeiter Karl Besser aus Bernburg, welcher der Theilnahme an der in hiesiger Stadt am 16. d. Mts. stattgehabten Auflehnung gegen die Obrigkeit dringend verdächtig ist, hat sich am Abend jenes Tages der Untersuchung durch seine Entfernung von hier entzogen, weshalb alle resp. Justiz- und Polizeibehörden ersucht werden, auf den ꝛc. Besser zu vigiliren, denselben im Betretungsfalle zu arretiren und mittelst Transports an uns abliefern zu lassen.
Bernburg, am 18. März 1849
Herzogl. Anhalt. Stadt- und Landgericht.
Dr. Pietscher.
Signalement.
Alter: 28—30 Jahre.
Größe: 5 Fuß 5—6 Zoll.
Haare: schwarz.
Augen: schwarz und stechend.
Augenbrauen: schwarz
Nase: proportionirt.
Mund: dito
Stirn: schmal und hoch.
Bart: schwarz.
Gesicht: länglich.
Gesichtsfarbe: blaß und gelblich.
Statur: schlank.

[1305] **Steckbrief.**
Der unten signalisirte Oekonom August Haberhausse aus Groß-Mühlingen, welcher des Verdachts des Aufruhrs dringend verdächtig ist, hat sich der Untersuchung durch seine Entfernung aus hiesigem Lande entzogen, weshalb alle resp. Justiz- und Polizeibehörden ersucht werden, auf den ꝛc. Haberhausse zu vigiliren, denselben im Betretungsfalle zu arretiren und mit gift Transports an uns abliefern zu lassen.
Bernburg, am 27. März 1849.
Herzogl. Anhalt. Stadt- und Landgericht.
Dr. Pietscher.
Signalement.
Alter: 33 Jahre.
Größe: 5 Fuß 9 Zoll.
Haare: blond.
Stirn: gewölbt.
Augen: blau.
Augenbrauen: blond.
Nase: stumpf.
Bart: blond.
Kinn: rund.
Gesicht: dito.
Gesichtsfarbe: gesund.
Statur: schlank.

[1227] **Edictalladung.**
Den Nachlaß des Revierförsters Horst von Bergheim betreffend.
Erb- und sonstige Ansprüche an den Nachlaß des Rubrikaten sind binnen vier Wochen dahier anzumelden, gegenfalls über denselben ohne Rücksicht auf solche disponirt werden würde.
Orteuberg, am 21. April 1849.
Herzogl. Hess. Landgericht das. Schaum

[1239] **Edictalladung.**
Alle diejenigen, welche an die Verlassenschaften nachbenannter verstorbener Personen:
1) des hiesigen Bürgers Johann Jacob Walz,
2) der hiesigen Bürgerswittwe Catharina Adolph, geb. Braun,
3) des Bierbrauergesellen Louis Joseph aus Hanau,
4) der Elisabetha Deubert aus Weinhausen,
5) des Leser Steinfeld aus Crosberg,
6) des hiesigen Bürgers und Handelsmanns Jeremias Strauß,
7) des hiesigen Liniensoldaten Georg Stippel aus Gudach in Kurhessen,
8) des hiesigen Liniensoldaten Joseph Bischof aus Horas in Kurhessen,
Erb- oder sonstige Ansprüche und Forderungen zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, solche so gewiß in dem anmit auf
Donnerstag den 24. Mai 1849,
Vormittags 9 Uhr, anberaumten Termine dahier anzuzeigen, als ansonsten jene Nachlässe, vorgängiger öffentlicher Versteigerung der vorgefundenen Mobiliarschaft, an diejenigen, welche sich mit Ansprüchen angemeldet und solche als richtig nachgewiesen haben werden, vertheilt, die etwaigen Ueberschüsse aber dem hiesigen Aerar überwiesen werden sollen.
Frankfurt a. M., den 28. April 1849.
Stadt-Amt III.
Bernard.
Dr. G. Jäger, Act.

[1120] **Edictalladung.**
Nachdem über den Nachlaß des am 7. Januar l. J. gestorbenen Hofgerichts-Schreibers Wilhelm Gottfried Baum dahier, der Concurs erkannt worden ist, werden alle diejenigen, welche Ansprüche daran machen, auf:
Mittwoch den 23. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr,
zur Anmeldung ihrer Ansprüche, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse, sowie zur Begründung ihrer etwaigen Vorzugsrechte, bei Vermeidung des Verlustes derselben, andurch geladen.
Darmstadt, den 11. April 1849.
Großherzogl. Hess. Stadtgericht.
Strecker. Reuling.

[1193] **Edictalladung.**
Nachdem über das Vermögen des Christian Schmidt und dessen Ehefrau Christine geb. Pfaff von Nieder-Erlenbach der Concursprocess erkannt worden ist, so werden zur Anmeldung sämmtlicher wie persönlicher Ansprüche an die Masse Termin auf
Dienstag, den 22. Mai l. J.,
Morgens 9 Uhr unter dem Präjudize des von Rechtswegen eintretenden Ausschlusses von der vorhandenen Masse anberaumt.
Homburg, den 17. April 1849.
Herzogl. Nass. Amt.
Steinbach

(Nebst Konversationsblatt und Beilage.)

Druck von August Osterrieth.

Digitized by Google

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Extra-Beilage zu Nro. 110.) 9. Mai 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

215. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident E. Simson.

H **Frankfurt**, 9. Mai.

(Tagesordnung: Verhandlungen über den in der außerordentlichen Sitzung vom 8. Mai von den Abgg. L. Simon aus Vogt eingebrachten Antrag.)

Die Sitzung wird um 10 Uhr eröffnet. Abg. Rösler aus Oels fragt das Ministerium wie es komme, daß trotz des Einmarsches von Executionstruppen in Homburg noch fortgespielt werde. Justizminister R. Mohl antwortet, daß die hessen-homburgische Regierung nach wiederholter Weigerung erklärt habe, die Bank heute 9 Uhr schließen zu wollen. Dem Gerüchte, daß Offiziere von den Executionstruppen daselbst gespielt haben, wird von Augenzeugen widersprochen. Bevor zum Gegenstand der heutigen Tagesordnung übergegangen wird, erhält Reichsministerpräsident v. Gagern das Wort. Die Vorlagen, welche der Herr Minister gestern versprochen, sind bereits fertig. Das Ministerium überreichte gestern sein Programm Sr. kaiserl. Hoh. dem Erzherzog Reichsverweser. Nach einer Conferenz, welche der Herr Ministerpräsident diesen Morgen mit Sr. kais. Hoheit hatte, erbat sich derselbe zur Bedenkzeit eine Frist von 24 Stunden. Der Herr Ministerpräsident ersucht daher die Versammlung, die Berathung des heute auf der Tagesordnung stehenden Gegenstandes auf morgen zu verschieben, da sich bis dahin entschieden haben werde, ob die Centralgewalt auf die vom Ministerium zur Durchführung der Verfassung vorgeschlagenen Mittel eingehen könne oder nicht, eine Entschließung, von welcher wohl Niemand die Wichtigkeit der Tragweite verkennen werde. Was die Zustände in Sachsen betrifft, erklärt der Herr Ministerpräsident, daß Herr v. Wagdorf das von ihm zuerst abgelehnte Commissariat angenommen und sich bereits nach Dresden begeben habe. Wie dringend es aber nothwendig sei, bevor man handle, genaue Berichte über die sächsischen Zustände abzuwarten, erhelle wohl aus dem Umstande, daß daselbst auch Parteien sich einander gegenüber stünden. Der Herr Ministerpräsident führt als Beleg dazu an, daß ihm ein Schreiben des Rathes und der Stadtverordneten der Stadt Leipzig zugekommen, worin dieselben erklären, daß sie sich weder unter die provisorische Regierung noch unter das sächsische Ministerium zu stellen gesonnen seien, da erstere andere Wege gehe als solche, womit die Stadt Leipzig einverstanden sein könne, und da letzteres wiederholt erklärt habe, die deutsche Verfassung nicht anerkennen zu wollen. Die Gemeinde Leipzig habe daher beschlossen, in Anbetracht des Conflictes zwischen Krone und Volk um die Vermittlung der Centralgewalt nachzusuchen und sich unter deren Schutz zu stellen. Leipzig halte treu und fest an Frankfurt und stehe unerschütterlich mit der Reichsverfassung. In der Pfalz hingegen bestehe kein Conflict zwischen den verschiedenen Parteien. Nach den Berichten des Reichscommissärs sei man daselbst einig, an der Verfassung festzuhalten. Eine Berathung über dort einzuleitende Schritte könne ohnehin nicht gut stattfinden, als die Frage zu erörtern bleibe, welche der dort getroffenen Maßnahmen zu rechtfertigen seien oder nicht. Der Herr Ministerpräsident ist der Meinung, daß bei den Zuständen in der Pfalz die Berathung des vorliegenden Antrages wohl bis morgen verschoben werden könne, er wiederholt daher seine Bitte, über den Antrag der Herren Simon und Vogt erst morgen in Berathung zu gehen, und stellt einen Antrag in diesem Sinne. Der Herr Ministerpräsident erklärt schließlich, daß, wenn die Versammlung doch beschließe, über den vorliegenden Gegenstand zu berathen, das Ministerium als solches sich nicht daran betheiligen könne. Ueber diesen Antrag des Ministeriums entspinnt sich eine Discussion. Die Abgeordneten Zwetschke, Beseler und Fallati sprechen für, die Abgg. Umbscheiden, Raveaux, Erbe und Wigard gegen den Antrag. In Beziehung auf eine Aeußerung des Abgeordneten Wigard, sieht sich der Herr Ministerpräsident bestimmt, zu erklären, daß diesen Morgen ein Abgeordneter des Stadtrathes von Glauchau bei ihm gewesen, der sich im ähnlichen Sinne ausgesprochen habe, wie der Stadtrath von Leipzig, von dem er jedoch nichts weniger als eine allgemeine Schilderung der sächsischen Zustände erhalten habe. Während der Discussion sieht sich der Vorsitzende wiederholt genöthigt, wegen störenden Unterbrechungen von der linken Seite des Hauses zu erklären, daß er allein zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Hause berufen sei. Er bittet seine geschwächten körperlichen Kräfte zu berücksichtigen, da es ihm sonst unmöglich sein würde, seinem Amte ferner vorzustehen. Ueber den Antrag des Ministeriums wird namentlich abgestimmt und derselbe mit 221 gegen 133 Stimmen angenommen. Reichskriegsminister v. Peucker beantwortet hierauf eine als dringlich anerkannte Interpellation des Abg. Dietsch aus Annaberg, welche fragt, warum auf den Zugängen der Paulskirche Truppen aufgestellt seien. Er erklärt, ihm sei nicht bekannt, welche Maßregeln das für die Ruhe und Sicherheit der Stadt verantwortliche Oberncommando zu treffen für gut befunden habe. Er sei vorhin hinausgekommen, habe Truppen gesehen und dieselben fortgeschickt. Auf eine spätere Bemerkung, daß sich noch Truppen auf den Straßen befänden, erklärt der Herr Kriegsminister, er habe nur die Truppen abgeschickt, welche er gesehen, und entfernt sich sogleich aus dem Hause, um den Abzug der übrigen Truppen zu bewerkstelligen. Der Vorsitzende verliest hierauf einen Dringlichkeitsantrag des Abg. Schlöffel, welcher will, die Nationalversammlung erkläre die Centralgewalt als Verräther am Vaterlande, entsetze dieselbe ihres Amtes und bilde eine provisorische Regierung. Nur einige wenige der Abgeordneten der äußersten Linken erhoben sich für diesen Antrag. Schließlich läßt der Vorsitzende unter Zustimmung des Hauses eine Einladung an den Dreißigerausschuß ergehen, sich heute 4 Uhr in dem gewöhnlichen Locale einzufinden, um sich daselbst mit dem Bureau über die Art der Durchführung der Beschlüsse vom 4. d. M. zu berathen. Schluß der Sitzung 12 Uhr. Nächste Sitzung morgen Donnerstag den 10. Mai. Tagesordnung: Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten. Berathung des Antrags der Abgg. Vogt und Simon.

Deutschland.

Wien, 5. Mai. Ich beeile mich, Ihnen die höchstwichtige Nachricht mitzutheilen, daß Kaiser Franz Joseph in früher Morgenstunde in Begleitung des Grafen Grünne in Schönbrunn angelangt. Dem Vernehmen nach soll Kaiser Nicolaus im Laufe der nächsten Tage ebenfalls eintreffen; Einige wollen sogar mit Bestimmtheit wissen, daß er heute Mittag bereits eingetroffen sei. Gleichzeitig wird mit Bestimmtheit versichert und amtlich von der „Wiener Zeitung" bestätigt, daß sofort die Acte in der Person des jungen Monarchen einen neuen nominellen Oberbefehlshaber erhält, was bei dem unzweifelhaft durch die letzten Unglücksfälle niedergedrückten Geiste derselben von großer Wichtigkeit ist. Mit allen Kräften soll dann operirt werden, wenn die Proclamation, die der Kaiser an die Ungarn erlassen will, fruchtlos bleiben sollte. Die letzten Nachrichten aus Ungarn, die keineswegs glänzend klingen, haben die gute Stimmung sehr herabgestimmt. Der Ministerrath ist an die kaiserliche Tafel gezogen worden, und werden überhaupt Vorbereitungen getroffen, die auf einen längeren Aufenthalt des kaiserl. Gastes schließen lassen. — In der Hofburg herrscht das regste Leben und werden alle Vorbereitungen getroffen, sie in wohnlichen Stand zu versetzen. — Wie bereits gemeldet, ist Raab in den Händen der Magyaren, gleichzeitig wird behauptet, daß es ihnen gelungen sein soll, Preßburg zu nehmen, obgleich in den letzten Tagen vielfach an der Verschanzung der Stadt gearbeitet wurde. Briefe, die ich in letzterer Zeit täglich aus Preßburg erhalte, sind mir heute nicht zugekommen und ich darf wohl annehmen, daß die Passage nicht mehr frei sein mag. Die Nordbahn wird im Laufe der nächsten Woche dem Publikum nur einen Tag zur Benutzung gelassen werden, da die Direction Befehl erhalten hat, alle disponiblen Waggons zum Transport der russischen Truppen zu belassen, die auf diese Weise denn doch ankommen werden. — Zum Schlusse theile ich Ihnen ein, freilich sehr unverbürgtes Gerücht mit, es heißt nämlich Bem habe in Siebenbürgen die Russen geschlagen.

Wien, 4. Mai. Auf der Börse wollte man heute wissen, daß die Russen plötzlich Gegenbefehl bekommen, ihren Marsch nach Ungarn nicht fortzusetzen. Man erschöpft sich in Vermuthungen über den wahren Verlauf dieser Thatsache und glaubt in Verbindung mit den Andeutungen im „Lloyd" und der Reise des Fürsten Schwarzenberg nach Preßburg, zu einer Unterredung mit General Welden, die auch gestern Abend stattgefunden, auf eine Veränderung in den Operationen schließen zu dürfen. — Unsere Radicalen hielten die gegenwärtige Stimmung reif zu einer kleinen Demonstration, wurden jedoch — es waren ein halbes Dutzend Caladresen, welche die Massen haranguirten — von den Sicherheitsbehörden daran verhindert. Der bekannte rothe Literat Löbenstein, einer der wüthendsten Demagogen, den unsere Polizei längst schon gerne aufgegriffen hätte, wenn er nicht klug genug gewesen wäre, sich unsichtbar zu machen, wurde mittelst telegraphischer Depesche, die seine Verhaftung anordnete, in Prag festgenommen. Mehrere compromittirte ungarische Cavaliere, unter welchen man Namen, wie B. Batthyani, Zichy, Karoly u. s. w. nennt, sind heute gefänglich anhergebracht worden. — Gestern wurde hier behauptet, daß Pest bombardirt worden sei; es hat sich jedoch nicht bestätigt; obgleich unsere Pester Nachrichten bei dem Mangel an Verbindungsmitteln sehr problematisch klingen. — In Olmütz wimmelt es von zuströmenden hohen Militärs; auch der Herzog von Lucca ist unter dem Namen eines Grafen Stefano dort angelangt. — Unter dem Vorsitze des niederösterreichischen Regierungspräsidenten arbeitet eine Commission zur Ermittelung des in den Octobertagen verursachten Schadens, der sich dem Berichte derselben zufolge auf 3½ Millionen beläuft. Heute und gestern hatten wir furchtbare Gewitter mit bedeutendem Hagelschlage. Die Ofener Post ist schon seit 3 Tagen ausgeblieben.

Mit Sr. Durchlaucht dem Ministerpräsidenten Fürsten v. Schwarzenberg und dem Kriegeminister von Cordon traf gestern auch der russische General Berg von der Fahrt nach Preßburg hier wieder ein. — Während der zweiten Hälfte des verflossenen Monats wurden an den Linien Wiens wieder 666 Individuen wegen Mangels an Ausweisen oder Subsistenzmitteln zurückgewiesen. — Die neueste Nummer der „Agramer Zeitung" bringt unter dem Titel „die russische Intervention", einen langen Artikel, der viel Material zur Beurtheilung der südslavischen Stimmungen enthält und auch über das räthselhafte Verhältniß des Banus Jellachich zum Fürsten Windischgrätz interessante Aufschlüsse liefert. Nach einer kritischen Beleuchtung der ganzen militärischen Wirksamkeit des Fürsten schließt die „Agr. Ztg." ihr strenges Urtheil mit den Worten: „Wir wußten, daß ein erborgter Schein in Kurzem erbleichen muß. — Wir haben uns nicht geirrt! Die Kriegsoperationen in Ungarn traten ein. Die Marschalls-Herrlichkeit zog in Buda-Pest ein — aber mit ihr zugleich auch der ganze Popanz der Geburts-Adels-Eitelkeit, die dann so recht bequem von der Schlauheit der altconservativen magyarischen Magnaten-Partei ausgebeutet und zu beliebigen Zwecken gemißbraucht wurde. Unser hochedler Banus sah dies Treiben an. Abzuwarten schien ihm das Beste — und er that daran recht!" Dann wird nachgewiesen, warum der Banus so lange in anscheinender Unthätigkeit beharrte, ohne sich durch die vielen gegen ihn geschleuderten Verdächtigungen irre machen zu lassen. „Es gehörte dazu der unerschöpfliche Born von Patriotismus, um unter so bewandten Umständen auszuharren, um nur wenigstens die „Möglichkeit" zu retten — in der Folge noch wirkend auftreten zu können. — Durch das Abtreten des Banus unter den damaligen Verhältnissen wäre nur der magyarischen Insurrections- und Altconservativenpartei der große Vorschub geleistet worden. — Dem Banus gehört also der innigste Dank, daß er durch rechtzeitiges Laviren eine sehr große Gefahr für's Vaterland abgewendet hat." Das Memorandum, welches Ban Jellachich jüngst an den Kaiser erlassen, ist ein Actenstück, welches in Gehalt und Gestalt gleich merkwürdig und wichtig erscheint. Die verkehrten Maßregeln der Regierung werden darin mit einer Schärfe und Klarheit getadelt und die gerechten Anforderungen der Grenzer und Serben mit einem Ernste bevorwortet, daß dem Kaiser nichts übrig bleibt, als mit dem Banus zu brechen oder alle seine Vorschläge anzunehmen.

Preußen stellt an der schlesischen Grenze, d. i. von Ratibor bis Myslowitz, ein Observationscorps von 8000 M. auf, dessen Hauptquartier in Pleß sein wird. Nach Gleiwitz und Kosel kommt auch Artillerie. General Winning commandirt dasselbe, und er soll die Weisung haben, im Falle eintretender Nothwendigkeit hart an die österreichische Grenze zu rücken. (C. Bl. a. B.)

Krakau soll eine Besatzung von etwa 10,000 Mann russischer Truppen erhalten, welche dazu dienen wird, die Communication mit der Hauptarmee zu unterhalten. Die russischen Truppen werden alles baar bezahlen. Als Anführer des über Krakau heranziehenden Corps wird General Rudiger genannt. (Lloyd.)

Ungarischer Kriegsschauplatz. Noch immer keine Nachrichten aus Ungarn. Wie unsere heutigen Wiener Briefe berichten, hat die Weigerung des Czaaren, seine Armee der Führung eines österreichischen Generals anzuvertrauen, Anlaß zu einem Conflicte gegeben, der dadurch gelöst werden soll, daß der junge Kaiser, Franz Joseph, in eigener Person den Oberbefehl beider Armeen übernimmt. Die kaiserlichen Truppen concentriren sich inzwischen in und um Preßburg, dem einzigen Anhaltspunkte, der ihnen noch in Ungarn geblieben. Die stark befestigte Stadt ist ganz von Feldlagern eingeschlossen. Bis Banschitz und Diotzeg gegen Norden, bis Wolfsthal, Kittsee und Karlburg im Süden zieht sich die Truppenkette. Riesig erheben sich die Schanzen auf der hart vor der Stadt gelegenen Sauhaide; im Auparke sind die im November von den Magyaren angelegten Wälle benutzt und verbessert worden. Bei Preßburg wird das Schicksal Ungarns entschieden werden. Am 3. Mai ist der alte russische General Freitag (ein geborener Sachse, berühmt durch seine Feldzüge im Kaukasus) in Preßburg angekommen und hatte gleich darauf mit dem Minister-Präsidenten Schwarzenberg, Feldzeugmeister Welden, Kriegs-Minister Cordon und F.M.L. Simunich eine lange Conferenz. Die Minister kehrten noch an demselben Tage nach Wien zurück. — Bei Szered soll ein Treffen stattgefunden haben, oder vielmehr ein Ueberfall, den die Insurgenten nach der Ueberschreitung der Waag ausführten. Die neuen zahlreichen Ausweisungen aus Wien haben eine Menge junger Leute nach Preßburg geführt, welche fast sämmtlich zu den Ungarn übergegangen sind, um als Honved zu dienen. — Die Unabhängigkeitserklärung Ungarns hat in allen österreichischen Journalen ein lautes Frohlocken zur Folge gehabt. Man glaubt allgemein, daß sich das ungarische Heerlager jetzt in zwei feindliche Parteien spalten müsse, und daß die zahlreichen Schaaren, welche für die Sache Ferdinands II. zu kämpfen wähnten, leicht für die Oesterreicher zu gewinnen sein werden.

Aus Preßburg wird dem „Wanderer" geschrieben: Um Mitternacht (3. Mai) hörte man hier starken und anhaltenden Kanonendonner; die Magyaren sollen bereits in Szered (3 Stunden von hier) sein. Was mir dieses Gerücht einigermaßen begründet darstellt, sind die starken Infanterie- und Cavallerietruppen nebst unzähligen Wägen, Brod- und Ochsentransporten, die seit 12½ Uhr über die Brücke, theils hier durch auf die sogenannte Sauhaide ziehen, theils in der Stadt einquartiert werden. In diesem Augenblicke (3 Uhr) dauern die Züge noch fort. Seit Montag lagerten schon in der Au und dem Neudörfel Infanterieabtheilungen. Man hielt Görgey für „plötzlich verschwunden", allein mir däucht das ganz anders; unsere Truppen haben jedenfalls eine rückgängige Bewegung gemacht. Das Schanzengraben, wozu das Comitat Bauern requirirt hat, wird immer noch fortgesetzt.

Berlin, 7. Mai. Fünfundzwanzig Mitglieder vom rechten Centrum der ersten Kammer, unter ihnen Baumstark, Wittgenstein, Kisker, Olfers, v. Bernuth, v. Vincke, Mitze ꝛc., haben ein Programm aufgestellt, welches im Wesentlichen lautet: Die Verfassung vom 5. December ist der Rechtsboden unserer politischen Thätigkeit. Auf Grund derselben sollen die Rechte und Freiheiten des Volkes und die Kraft der Krone und die organischen Gesetze berathen und beschlossen werden. Die im zweiten Titel der Verfassung enthaltenen Grundsätze der staatsbürgerlichen Freiheit erkennen wir als unsere Grundsätze an, die genauere Feststellung sowie das Wahlgesetz bleiben offene Fragen und die Prüfung des Art. 110 vorbehalten. Ein Gleiches findet in Betreff des dritten Tit. statt, und werden wir namentlich ein absolutes Veto vertheidigen, erklären aber ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister für das wichtigste Erforderniß. Wir nehmen für beide Kammern nicht allein das Recht der Zustimmung zur Feststellung des Staatshaushalts in Anspruch, sondern auch das der Steuerbewilligung. Art. 105 ist nach unserer Ueberzeugung nur für Fälle unabweisbarer Nothwendigkeit anwendbar, und bedarf daher einer genauern Fassung. Wir bekennen uns zu einer entschieden deutschen Politik und werden uns mit allem Ernst der Lösung der volks- und staatswirthschaftlichen Fragen widmen. — Auch an der braunschweigischen Grenze wird dem Vernehmen nach ein mobiles Corps von 8000 Mann aufgestellt werden. — Dem Lieutenant Techow, bekannt aus der Geschichte des Zeughausthurmes, ist es — man sagt durch Mißbrauch seines Ehrenworts — gelungen, aus seinem Gefängnisse in Magdeburg zu entfliehen. Er wird steckbrieflich verfolgt. — v. Vincke hat nun Berlin verlassen und ist nach Westphalen abgereist. — Bayerischerseits ist zum Bevollmächtigten am Congresse deutscher Regierungen in Berlin der Frhr. v. Köfering-Lerchenfeld beauftragt.

Sehr zu beklagen ist, sagt die „Const. Corr.“, daß die Regierung über den Fortgang der Dinge in Dresden nicht amtliche Nachrichten ausgibt, da die Demokratie durch Verbreitung unwahrer Gerüchte in Extra-Blättern das Volk in eine Aufregung zu versetzen sucht, die von traurigen Folgen sein kann.

Die Volksversammlung, welche gestern in Betreff der deutschen Reichsverfassung in Zehlendorf stattfinden sollte, wurde von der Behörde inhibirt. Am Potsdamer Bahnhofe las man einen Anschlag, worin die Direction anzeigte, daß General v. Wrangel das Anhalten des Zuges in Zehlendorf untersagt habe. Das zu Fuß und zu Wagen in Zehlendorf anlangende Publikum fand das Dorf militärisch besetzt und der Landrath empfing Herrn Held, den Anordner der Versammlung, mit den Worten: die Versammlung dürfe nicht stattfinden, weil der Ortspolizeibehörde, nämlich dem Amte Mühlenhof in Berlin, keine Anzeige davon gemacht worden; und die bei dem Schulzen eingereichte Meldung nicht genügend sei. Die bereits errichtete Tribune mußte wieder entfernt werden. Uebrigens war die Zahl der Anwesenden nur gering und mochte höchstens 200 Personen betragen. — Herr von Schmerling langte am gestrigen Tage hier an und ist mit seiner Familie im Hotel de Rome abgestiegen. — Die Einkleidung der Berliner Landwehr geht in musterhafter Ruhe und Ordnung vor sich. Auch der bekannte Schriftsteller A. Braß ist bei seinem Truppentheile eingetreten.

Breslau, 5. Mai, Abends 10 Uhr. Es sind gegen 9 Uhr tumultuarische Scenen vorgefallen. Auf der ohlauer Straße in Hr. Paul v. Rumpitsch gröblich mißhandelt worden. Das Militär ist eingerückt und hat mehrere Straßen abgesperrt. Nach zweimaligem Trommelschlag ergriff die zusammengerottete Menge die Flucht. Es ist trotz der großen Aufregung, die sich auf den Straßen kund gab, bis jetzt gelungen, weiteren Ruhestörungen vorzubeugen, obwohl die Anhäufungen, namentlich auf der ohlauer Straße, noch fortdauern. (Schles. Z.)

Münster, 4. Mai. Aufsehen hat die gestern beim hiesigen Generalcommando angelangte Ordre zur Mobilmachung von 6 Bataillonen Landwehr, des 6. Ulanenregiments und einer Fußbatterie gemacht; da es in der Provinz augenblicklich völlig ruhig ist, so vermuthet man, daß ein Theil der Truppen nach dem Rhein dirigirt werden wird.

Bamberg, 5. Mai. Das hier liegende Chevauxlegersregiment hat so eben Marschordre erhalten. Wahrscheinlich ist es nach der Pfalz bestimmt. (B. Z.)

Nürnberg, 6. Mai. Laut einer Bekanntmachung der Generalverwaltung der Posten und Eisenbahnen wird die Eisenbahnstrecke von Donauwörth nach Nördlingen und Oettingen am 15. Mai dem Verkehr übergeben.

Kaiserslautern, 5. Mai. Nach einer mündlichen Mittheilung des Landesvertheidigungsausschusses sind bereits schon mehrere Erklärungen von Beamten eingetroffen, worin die unbedingte Anerkennung der Reichsgesetze ausgesprochen ist. Der Ausschuß wird von Zeit zu Zeit ein Verzeichniß der einlaufenden Erklärungen mit Angabe der Namen veröffentlichen. Unsere Stadt ist von dem besten Geiste beseelt.

Würzburg, 8. Mai. In Schweinfurt soll es zu Unruhen gekommen sein. Man soll daselbst die Thore geschlossen haben. (N. W. Z.)

Lehrte, 5. Mai. Die bevorstehende Ankunft von fünf bis sechstausend Mann preußischer Truppen wurde heute Morgen nach der hiesigen Eisenbahnstation telegraphirt.

Hamburg, 5. Mai. Der russische Legationsrath Baron v. Nicolay ist auf der Rückreise von Kopenhagen, wo er das Ritterkreuz des Danebrog erhalten, gestern hier durchgereist.

⏑ **Hamburg**, 6. Mai, Nachmittags 5 Uhr. Aus dem Norden habe ich Ihnen leider nichts Anderes zu melden, als das stereotyp Gewordene: „Die Reichstruppen haben auch gestern die Königsau noch nicht überschritten.“ Daß man hier und in ganz Nordalbingien darüber höchst unmuthig und mißtrauisch ist, wird keinem Vaterlandsfreunde auffallend erscheinen. Indeß ist man billig genug, dieses Zaudern und diese offenkundige Schonung des Landesfeindes, wie sie nun schon wieder wochenlang fortdauert, nicht der Centralgewalt und dem Reichsministerium zur Last zu legen. — Unser Bürgerwehrverein hält heute Nachmittag eine Versammlung im großen Saale der Tonhalle, um die zur Aufrechthaltung der Reichsverfassung erforderlichen Schritte (Volksbewaffnung, Vereidigung des Militärs u. s. w.) zu berathen. Zu gleichem Zwecke versammelt sich morgen der demokratische Kreiscongreß, welcher aus den verbundenen demokratischen Vereinen besteht. — Herr v. Schmerling ist nicht nur vorgestern Mittags an der Börse ausgepfiffen und herausgedrängt worden, man hat ihm auch Abends vor seiner Wohnung im Hotel de l'Europe eine kranke Katzenmusik gebracht und die Fenster eingeworfen. Der Erzreichsminister ist nach Berlin abgereist. Fast scheint es, als solle sich Simons Wort erfüllen Morgen am 7. Jahrestage nach ihrer Einäscherung (7. Mai 1842, dritter Tag des großen Brandes) wird die Petrikirche wieder eingeweiht.

⏑ **Hamburg**, 6. Mai, 6 Uhr Abends. Wir haben pr. „Obotrit“ die Kopenhagener Zeitungen vom 3. und 5. (am 4. sind des Bettags halber keine erschienen) erhalten. Eine schwarz-roth goldne Fahne, welche die Dänen am 23. April von dem Koldinger Kirchthurme heruntergeholt hatten, ist dem Kriegsministerium übersandt worden. — Das Linienschiff „Skjold“ ist vollständig ausgerüstet. — Das Orlogsschiff „Dronning,“ Capitänlieutenant Irminger, welches von Westindien zurückgekehrt ist, war am 3. aus dem Kanale auf der Rhede von Kopenhagen angekommen. Am 24. hat der holländ. außerordentliche Gesandte Baron von Ompthal dem Könige von Schweden in Stockholm das Notificationsschreiben von Wilhelms II. Tode und Wilhelms III. Thronbesteigung übergeben. — Das norwegische „Morgenbladet“ vom 30. April enthält wieder einen trefflichen Artikel gegen die „Kopenhagener Bravaden“, tadelt die vorigjährige Theilnahme Schwedens und Norwegens an dem dänischen Kriege gegen Schleswig-Holstein wegen ihrer Unangemessenheit, Unbilligkeit und Kostspieligkeit (Schweden hat noch keinen Ersatz für die im vorigen Jahre für seine Rüstung verauslagten 200,000 Species von Dänemark erhalten, da dieses erst die von Wrangel in Jütland ausgeschriebenen Requisitionen von Deutschland vergütet haben will) und ermahnt die Dänen, nachzugeben, ehe es „zu spät“ sei.

Italien.

Mailand, 3. Mai. Heute ist F.M. Radetzky mit einem kleinen Gefolge zu einer Inspection der Truppen im lombardisch-venetianischen Königreich abgegangen. Er wird in wenigen Tagen wieder zurück sein.

Zu **Genua** sind mit Ende des Aprils schon mehrere Schiffe der sardinischen Flotte eingetroffen. — Das lombardische Corps ist aufgelöst. Viele Lombarden begeben sich nach Rom. Die Franzosen gestatteten ihnen nicht, in Civita-Vecchia zu landen, wohl aber in Anzio.

⏑ **Rom**, 29. April. Damen und Herrn machen ihren Sonntagsspaziergang nach der Messe auf dem Corso wie gewöhnlich. Am Ende des Corso bei Piazza di Venezia, beginnen bezahlte Arbeiter mit großer Sorgfalt den Bau einer Barrikade, um den römischen Schönen den Anblick einer solchen Errungenschaft zu gewähren; denn practischen Nutzen kann sie so vereinzelt nicht leisten. Sie werden hieraus entnehmen, daß wir uns noch immer auf demselben Flecke wie gestern befinden. Die Franzosen sollen vorgestern von Civitavecchia aufgebrochen sein. Mit dem ersten Schusse soll Sturm geläutet und die Stadt in Belagerungszustand erklärt werden. In der Nähe der Peterskirche wird noch immer an der Befestigung einer Batterie gearbeitet; auf der Kuppel ist ein Telegraph errichtet. Die Tiberbrücke an der Engelsburg soll minirt sein. Jeder Deputirte hat 1000 Scudi erhalten, angeblich, um überall, wo es noth thut, für die Vertheidigung Sorge tragen zu können. Die Mönche sind von ihren Gelübden entbunden; doch wird wohl keiner die Kutte mit dem Soldatenrock vertauschen. Lebensmittel werden in möglichst großer Masse herbeigeführt, als mache man sich auf eine förmliche Belagerung gefaßt. Trotzdem habe ich die Ueberzeugung, daß mit dem wirklichen Angriff der mit so großer Ostentation vorbereitete Widerstand aufhören wird.

Ancona, 27. April. Die römische Republik hat einen Commissär hierher geschickt, um den Gräueln Einhalt zu thun. Die Stadt wurde von ihm sogleich in Belagerungszustand erklärt.

Frankreich.

Paris, 5. Mai. Das gestrige Fest hatte in mancher Beziehung eine auffallende Verwandtschaft mit der Julifeier unter der vorigen Regierung, besonders in den letzten Jahren. So wenig Begeisterung am 29. Juli 1847 zu Paris herrschte, ebensowenig war gestern davon zu merken, und wie damals das Publikum der Bedeutung des Festes sich nicht bewußt zu sein schien, so nahm es auch gestern nur als Augenweide alle die prachtvollen und mit vielem Geschmack getroffenen Anordnungen des Festes auf. Die Zuschauer waren überdies bei Weitem zahlreicher des Abends als des Morgens, eben weil am Morgen die Ceremonie weniger als des Abends zu schauen bot. Weder eine bedenkliche, noch eine erhebende Aufregung charakterisirte die Stimmung der herbeigeströmten Menge, und die Nationalgarde, die auf irgend eine Demonstration gefaßt schien, beeilte sich, wenn auch nicht in allen Bataillonen, auf wenige vereinzelte an sie gerichtete Stimmen: „Es lebe die Republik, es lebe die Amnestie, es lebe der Präsident der Republik!“ diese Rufe zu erwiedern. Allein die Kälte, in welcher dieser Dialog abgehalten wurde, war auf allen Seiten zu fühlbar, als daß man ihm irgend eine Bedeutung beimessen könnte. Das Erwähnenswertheste am ganzen Feste war Abends die Beleuchtung des Eintrachtplatzes, die denselben in ein Feenschloß verwandelt hatte. (N. Z.)

** **Paris**, 6. Mai. Der Seinepräfect hat heute durch öffentliche Anschläge bekannt machen lassen, daß übermorgen die Wahllisten geschlossen werden und am nächsten Sonntage die Wahlen stattfinden sollen. Die heutigen Blätter, welche sich, wie schon in der letzten Zeit, fast ausschließlich mit den Wahlangelegenheiten beschäftigen, enthalten bereits Verzeichnisse von Candidaten für die nächste Kammer.

Die Verhaftung des Sergeanten Beichot, eines von der demokratisch-socialistischen Partei aufgestellten Candidaten für die Legislative, hat große Aufregung verursacht und nur dem kräftigen Auftreten des Obersten des Regiments, welchem der Verhaftete angehört, hatte man zu danken, daß es nicht zu ernstlicheren Excessen kam.

Quentin, einer der von dem Nationalgerichtshof in Bourges Verurtheilten, ist auf dem Transport nach Paris den Gendarmen, welche ihn begleiteten, entkommen.

In Dijon sind bei Gelegenheit der Feier des vierten Mai Unruhen ausgebrochen, die indeß weiter keinen bedenklichen Charakter hatten und auch bereits beigelegt sind.

Spanien.

* **Madrid**, 30. April. Heute Morgen ist die Königin und der König nach Aranjuez abgereist. Die Regierung hat die Nachricht erhalten von der Absetzung Napoleon Bonapartes durch die französische Regierung, die deßhalb erfolgt ist, weil er seinen Posten plötzlich verlassen hat, ohne dazu die Erlaubniß erhalten zu haben.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Nallen.

Benachrichtigungen.

(1323)

Bekanntmachung.

Bei hiesiger Fahrpostexpedition befinden sich nachstehend verzeichnete Fahrpostsendungen (Rekobriefe), deren Adressaten nicht ermittelt werden konnten, beziehungsweise, welche wegen nicht erfolgter Empfangnahme von Seiten der Adressaten als unbestellbar hierher zurückgekommen sind:

1) Ein Packet an die 3. Escadron des Kurf. Hess. Husarenregiments in Cassel,
2) ein Brief an den Soldaten N. Klein in Wiesbaden,
3) „ Packet an Fräulein Jüng in Friesenhausen,
4) „ Brief an Catharina Wanterlich in Mainz,
5) „ Packet an Herrn K. D. Schwarzschild in Homburg v. d. H.,
6) „ Brief an Herrn K. Müller in Fronhofen,
7) „ „ an denselben.

Die Aufgeber, bezüglich die Eigenthümer dieser Fahrpostsendungen werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen von heute anfangend bei der Fahrpostexpedition dahier über ihr Eigenthumsrecht gehörig auszuweisen und die betreffenden Gegenstände gegen Entrichtung des darauf haftenden Portos und Zurückgabe des Aufgabescheines in Empfang zu nehmen.

Frankfurt a. M., den 4. Mai 1849.

Oberpostamt.

Wasser-, Molken- und Trauben-Curanstalt.

Gleisweiler

bei Landau in Rheinbayern.

(3 Fahrstunden von Mannheim entfernt.)

Zum Gebrauch der Wasserkur ist genannte Heilanstalt das ganze Jahr über, zum Gebrauch der Ziegenmolken vom 1. Mai bis 1. November geöffnet.

Betreffende Prospectus ertheilt die Expedition dieses Blattes gratis, jede nähere Auskunft der unterzeichnete Arzt der Anstalt unter der Adresse [b21]

Dr. L. Schneider zu Landau in Rheinbayern.

Cours der Staats-Papiere. 9. Mai 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterr.	Metalliq. Obligat.	5	74½	74	Würtemb.	Obligationen d. Rothsch.	3½	76½	76½
„	ditto ditto	4	58½	58½	„	Neue Würtemberg.	4½	94½	93½
„	ditto ditto	2½	39½	39½	Nassau	Obligat. d. Rothsch.	3½	80	79½
„	Bank-Actien a D.		1142	1140	„	à 25 Loose		20¾	20½
„	250fl. Loose v. Rothsch.		77½	76½	Frankfurt	Obligationen	3	78	77½
„	500 „ ditto		125½	125	„	ditto v. 1822	3½	82½	82
„	Deichbau. Obligat.	5½	—	67	„	ditto v. 1848	3½	68	68½
„	ditto ditto	4	62	—	„	Tauunusbahnaction		278	276
Preussen	Staatsverschuldscheine	3½	79½	79	Holland	Integrale	2½	42¾	42½
„	Prämienscheine		—	100	„	Holländische	4	—	77½
Bayern	Obligationen	3½	73½	—	„	Syndicats	5½	—	78
Darmstadt	à 50 Loose		20½	20	Spanien	Activschuld incl. 16 Cp.	5	—	—
„	à 25 ditto		22	21½	„	innere Sch. neue Obl.	5	24½	24½
„	Obligationen	3½	79½	79	Portugal	Consols Lst. à £ 12.	3	—	—
„	ditto	4	87½	86½	Polen	à 500 Fl. Loos Rth.		—	93
Baden	Obligationen v. 1845	3½	76½	76½	„	Obligationen do à 500	4	72½	72
„	à 50 Loose v. 1840		48½	47½	Russland	m. R. à £ b. Grun. & C.	5	81½	—
„	à 25 Loose		27½	27½	„	ditto b. Stieglitz & C.	5	81½	—

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.
Pistolen	9	58	Geld al Marco	371	—
Pr. Friedrichsd'or	9	53½	Laubth., ganze	—	—
Holl. 10 fl. Stücke	10	5	Preuss. Thaler	—	—
Rand Ducaten	5	39	5 Frankenthaler	—	—
20 Francsstücke	9	40	Hochhaltig. Silber	24	30
Kais. Souverains	12	5	Gering u. mittelh.	24	20

Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Kurhessische Loose	27½	27
Sardinische Loose	25½	25½
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Minden	76	75½
Ludwigsh.-Bexbach	30½	30
Frdr.-Wilhs.-Nordbahn	52½	52½

Wechsel-Cours.		Papr.	Geld.
Den 9. Mai			
Amsterdam	k.S.	100½	100
(100 fl. Crt.)	2M.	—	100
Augsburg	k.S.	—	11[illegible]
(100 fl. Crt.)	2M.	—	—
Berlin	k.S.	—	103½
(60 Thlr.)	2M.	—	—
Bremen (50	k.S.	—	99
Rthlr. i. 10-Gr.	2M.	—	—
Hamburg	k.S.	86½	—
(100 Mk. Bco)	2M.	—	87½
Leipzig (40	k.S.	—	103½
Thlr.) i. d. M.	2M.	—	—
London	k.S.	130½	—
(10 Livr. St.)	2M.	—	119½
Lyon	k.S.	—	93½
(300 Fr.)	2M.	—	—
Mailand (250	k.S.	100	—
Lir. Austr.)	2M.	—	—
Paris	k.S.	—	95½
(300 Fr.)	2M.	—	—
Wien (100 fl.	k.S.	102½	—
im f. 20 F.	2M.	—	—
Disconto		—	1

A. Seidbach, beeid. Makler.

Nach der Börse: 2½ G. Met. —; 3 pCt. span. Inl. —; Taunusbahn-Actien (pr. Ult.) —; Ludwigsh.-Bexb. —; F.-W.-Nordb. — ½.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nro. 110.) 9. Mai 1849.

Deutschland.

Berlin, 8. Mai. Der „Staatsanzeiger" enthält heute folgenden amtlichen Artikel:

Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt hat am 4. d. M. unter Anderem folgende Beschlüsse gefaßt:

1) Die Nationalversammlung fordert die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk auf, die Verfassung des deutschen Reichs vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen;
2) sie bestimmt den 22. August d. J. als den Tag, an welchem der erste Reichstag auf Grund der Verfassung in Frankfurt a. M. zusammenzutreten hat;
3) sie bestimmt als den Tag, an welchem im deutschen Reiche die Wahlen für das Volkshaus vorzunehmen sind, den 1. August d. J.

Durch diese Beschlüsse, welche einerseits offen in das Gebiet der ausführenden Regierungsgewalt übergreifen, andererseits die Verfassung ohne Zustimmung der Regierungen und vor ihrer Einführung durch dieselben als rechtsgiltig voraussetzen, überschreitet die Nationalversammlung auf das entschiedenste ihre Befugnisse und entfernt sich ganz von ihrer Aufgabe, im Verein mit den Regierungen die Verfassung Deutschlands zu gestalten.

Die Regierung Sr. Maj. hält es für unerläßlich, den Behörden wie den Bürgern des Staats keinen Zweifel darüber zu lassen, welche Stellung sie diesen Beschlüssen gegenüber einnehme.

Wenn die Nationalversammlung durch die in Nr. 2 und 3 enthaltenen Anordnungen, aus eigener Machtvollkommenheit, einen Termin für den Zusammentritt des Reichstags und die Vornahme der Wahlen für das Volkshaus bestimmt, so ist es einleuchtend, daß sie sich damit ein Recht anmaßt, welches ihr selbst von denjenigen Staaten, welche sich zur Annahme der von ihr beschlossenen Verfassung bereit erklärt haben, nicht zugestanden werden könnte, da nach den Bestimmungen der letzteren selbst die Berufung des Reichstages nur in den Befugnissen des Reichsoberhauptes liegt. Am allerwenigsten aber kann diese eigenmächtige Verfügung der Versammlung irgend eine Geltung oder rechtliche Wirkung für diejenigen Staaten erlangen, welche jene Verfassung weder eingeführt, noch anerkannt haben. Es würde jede Ordnung in Deutschland zerstört werden, wenn es der Versammlung gestattet werden könnte, die Verfassung einseitig und partiell ins Leben zu rufen. Die königl. Regierung darf daher nicht anstehen, zu erklären, daß sie diese Beschlüsse in keiner Weise anerkennen oder zur Ausführung bringen kann.

Indem aber die Nationalversammlung durch den ersten derselben, neben den Regierungen, auch die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten und das gesammte deutsche Volk auffordert, die von ihr beschlossene Verfassung zur Anerkennung und Geltung zu bringen, droht sie die rechtlich nothwendige Mitwirkung der Regierungen zu umgehen und setzt sich der Gefahr aus, dahin verstanden zu werden, als wolle sie die einzelnen Körperschaften und das Volk veranlassen, die Verfassung selbstständig und ohne die Sanction der Regierungen, also auf dem Wege der Gewalt und der Revolution, zur Ausführung zu bringen.

Die königl. Regierung ist ihrerseits fest entschlossen, allen aus dieser Aufforderung direct oder indirect hervorgehenden gesetzwidrigen Bestrebungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mit dem vollen Ernst des Gesetzes entgegen zu treten. Sie darf sich über die Möglichkeit nicht täuschen, daß, nachdem in benachbarten Staaten offene Auflehnung gegen die rechtmäßige Regierung stattgefunden, auch in Preußen durch ähnliche Einflüsse eine Agitation versucht werden möchte, welche Manche irre leiten und die traurigsten Folgen haben könnte. Sie hält es daher nicht für überflüssig, ihren festen Entschluß auszusprechen, dem Gesetz des Landes überall Achtung und Geltung zu verschaffen, und, indem sie von Ew. ꝛc. erwartet, daß Sie in der Ihrer Verwaltung anvertrauten Provinz mit Umsicht und Wachsamkeit, sowie mit Energie und Entschlossenheit, die erforderlichen Maßregeln jederzeit und ohne Verzug treffen werden, so will sie hiermit zugleich Sie beauftragen, den Ihnen untergeordneten Behörden ihren Willen kundzugeben und es denselben zur strengsten Pflicht zu machen, alle gesetzwidrigen Versuche zur Durchführung der in Frankfurt berathenen Verfassung auf das schleunigste und mit aller Energie zu verhindern.

Die königliche Regierung vertraut indessen dem bewährten gesunden und gesetzlichen Sinne des preußischen Volkes, daß es selbst das einfache und klar zu Tage liegende Recht erkennen und sich nicht zu gesetzwidrigen Schritten hinreißen lassen werde.

Se. Maj. der König hat es ausgesprochen, daß er mit aufopfernder Thätigkeit der deutschen Sache sich hingebe und seine ganze Kraft dem hohen Ziele der deutschen Einigung und dem Ausbau einer Verfassung, welche das Verlangen und Bedürfniß der deutschen Nation befriedige, widme. Die Regierung Sr. Majestät ist fest entschlossen, diesen königlichen Willen zur Ausführung zu bringen. Sie darf die Hoffnung hegen, daß die Erreichung dieses Zieles nicht fern sei, und sie erwartet von dem preußischen Volke, daß es sich durch festes und ernstes Verharren auf dem Wege des Rechts und des Gesetzes in ihren Bemühungen dafür unterstützen werde. Dadurch allein kann der Erfolg verbürgt werden.

Berlin, den 7. Mai 1849.

Das Staatsministerium.

(gez.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons.

Der Staatsanzeiger theilt ferner mit:

Der Bevollmächtigte der provisorischen Centralgewalt, Herr Bassermann, hat an die königl. Regierung das nachstehende Schreiben gerichtet, auf welches die unten folgende Antwort ertheilt worden ist:

„Ich beehre mich, Ew. Excellenz in der Anlage die von Sr. Kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog-Reichsverweser mir ausgestellte Vollmacht zu überreichen, durch welche ich beauftragt bin, in Ausführung des Beschlusses der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung vom 26. April dies. J. die königl. Staatsregierung zu veranlassen,

a) die Anerkennung der Reichsverfassung, der Wahl des Oberhauptes und des Wahlgesetzes nunmehr auszusprechen;
b) sich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, seinen Willen kundzugeben, in diesem entscheidenden Augenblick geschmälert oder entzogen würden, insbesondere von ihrem Rechte, die Ständeversammlung zu vertagen oder aufzulösen, keinen Gebrauch zu machen, vielmehr dieselben in Thätigkeit zu setzen oder zu belassen, bis die Reichsverfassung zur Anerkennung gebracht sein wird.

Den ersten Theil dieses Auftrages (a) fand ich bei meiner Ankunft durch das in Nr. 117 des „Preuß. Staats-Anzeigers" veröffentlichte Schreiben vom demselben Tage, durch welches die Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt, in welchem die königl. Staatsregierung die Anerkennung sowohl der Reichsverfassung, als der Wahl des Reichs-Oberhaupts und des Wahlgesetzes ablehnt, bereits erledigt.

Das in Nr. 119 des „Preuß. Staatsanzeigers" veröffentlichte Circular von demselben Tage, durch welches die Berathung eines neuen Verfassungsentwurfs durch Bevollmächtigte der deutschen Regierungen veranlaßt werden soll, so wie das Erbieten ausreichender militärischer Hilfe, um jeder Krise, welche dieses Verfahren in einzelnen Ländern hervorrufen könnte, zu begegnen, beweisen einen zu festen Verfas, mindestens auf der Ablehnung der zu Frankfurt beschlossenen Verfassung zu beharren, als daß ich auch nur im entferntesten hoffen könnte oder versuchen sollte, die königl. Staatsregierung jetzt noch von der Verfolgung des betretenen Weges zurückzuhalten, so wenig ich auch zu glauben vermag, daß auf demselben die Befriedigung der wahren Bedürfnisse der Nation erreicht werden könne.

Wenn der zweite Theil (b) meines Auftrags die Sorge dafür ausspricht, daß in einem Augenblicke, der über die Zukunft des deutschen Volkes entscheidet, diesem nicht die Möglichkeit entzogen werde, durch den Ausspruch seiner verfassungsmäßigen Organe seinem Willen Ausdruck zu verleihen, so berührt dieser Auftrag die Auflösung der preußischen zweiten Kammer und die Fortdauer des über Berlin und Erfurt verhängten Belagerungszustandes. Steht es mir auch nicht zu, die Gründe zu prüfen, mit welchen das königliche Staatsministerium jene Auflösung zu rechtfertigen sucht, so kann ich doch, als Bevollmächtigter der Centralgewalt, welche die Durchführung der deutschen Reichsverfassung sich zur Aufgabe gestellt, nur bedauern, daß die Auflösung erfolgte, nachdem die zweite Kammer, gleich den Kammern fast aller übrigen deutschen Staaten, sich für diese Verfassung ausgesprochen hatte, und daß dieser Ausspruch in dem Erlaß des königlichen Staatsministeriums vom 27. v. M. mit unter den Gründen aufgeführt wird, welche die Auflösung rechtfertigen sollen.

Nachdem die Maßregel einmal ergriffen, bleibt mir zur Genügung meines Auftrags nur das Ersuchen zu stellen übrig, den Zusammentritt der neu zu wählenden Kammer möglichst zu beschleunigen.

Eben so wie die Auflösung der zweiten und die Vertagung der ersten Kammer dem Lande für jetzt wichtige Organe der gesetzlichen Willensäußerung entzieht, verkümmert auch der fortdauernde Belagerungszustand die Möglichkeit, daß die öffentliche Meinung sich aussprechen, indem er die Freiheit der Presse, das Vereins- und Versammlungsrecht in dem Mittelpunkt der Monarchie beschränkt. Wenn der Unterzeichnete im November v. J. aus eigenem Augenschein sich überzeugte, daß es vorübergehender Ausnahmemaßregeln bedurfte, um die völlige Verkehrung aller gesetzlichen Ordnung in der Hauptstadt zu heilen, und wenn er damals nicht verfehlt hat, diese seine Ueberzeugung öffentlich auszusprechen, so glaubt er jetzt seine Meinung dahin äußern zu dürfen, daß ihm die Fortdauer solcher Maßregeln schon seit lange ungerechtfertigt erscheint. Jedenfalls ersucht er in Ausführung seines Auftrags ein königl. Staatsministerium, den Belagerungszustand nunmehr aufhören zu lassen.

Durch eine baldgefällige Rückäußerung würden Ew. Excellenz den Unterzeichneten zu Dank verpflichten.

Berlin, den 2. Mai 1849.

(gez.) Bassermann,
Bevollmächtigter der provisorischen Centralgewalt für Deutschland.

An
Se. Exc. den Herrn Grafen von Brandenburg,
Präsident des Königlichen Staats-Ministeriums
in Berlin."

Ew. ꝛc. geehrtes Schreiben vom gestrigen Tage, so wie die demselben beigefügte, von Sr. k. H. dem Erzherzog-Reichsverweser ausgestellte Vollmacht habe ich zu erhalten die Ehre gehabt, und nachdem ich dieselben dem königlichen Staatsministerium vorgelegt, habe ich die Ehre, Folgendes darauf zu erwiedern:

Ew. ꝛc. zeigen darin der königl. Regierung an, daß Ihnen der Auftrag geworden sei, in Ausführung des Beschlusses der deutschen Nationalversammlung vom 26. v. M. die königliche Regierung zu veranlassen, daß sie einerseits die Anerkennung der in Frankfurt berathenen Verfassung, einschließlich der Wahl des Oberhauptes und des Wahlgesetzes ausspreche, andererseits sowohl den Zusammentritt neuer Kammern möglichst beschleunige, als auch den für Berlin und Erfurt noch bestehenden Belagerungszustand aufhebe.

Der erste Theil Ihres Auftrages bezieht sich auf eine allgemeine deutsche Angelegenheit, in welcher die königliche Regierung die Berechtigung der provisorischen Centralgewalt, eine bestimmte Erklärung zu verlangen, nicht in Zweifel zieht. Ew. ꝛc. bemerken indeß selbst, daß dieser Theil Ihres Auftrages bereits erledigt sei, indem die königliche Regierung ihre deßfallsige ausdrückliche Erklärung schon vor Ihrer Ankunft nach Frankfurt hat gelangen lassen. Sie kann die Verfassung, welche erst durch die Zustimmung der deutschen Regierungen in Wirksamkeit treten kann, weder jetzt als rechtsgiltig anerkennen, noch auch derselben in ihrer jetzigen unveränderten Gestalt ihrerseits ihre Zustimmung geben. Sie hat sich über die Gründe, welche sie bei diesem Entschluß geleitet, bereits ausgesprochen, eben so wie über den Weg, auf welchem sie fortwährend der deutschen Einigung ihre Kräfte zu widmen Willens ist. Sie gibt es hiermit noch einmal der Nationalversammlung anheim, ob sie auf diesem Wege mitwirken und zu dem Ende zu einer Verständigung die Hand bieten will; sie wird sich aber in keinem Falle abhalten lassen, auf die eine oder die andere Weise Alles zu thun, um das wahre Bedürfniß der deutschen Nation zu befriedigen und derselben zugleich eine gesetzliche Mitwirkung bei der Gestaltung der deutschen Verhältnisse zu sichern.

Anderer Art ist der zweite Theil des Auftrages, welcher Ew. ꝛc. zu Theil geworden ist. Er bezieht sich auf die inneren Verhältnisse des preußischen Staates und die Maßregeln, welche die königliche Regierung zum Schutze der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im eigenen Lande getroffen hat.

Die königl. Regierung ist überzeugt, daß die provisorische Centralgewalt nicht die Absicht haben kann, sich in diese inneren Verhältnisse des preußischen Staates einmischen zu wollen. Es würde daher auch nicht am Orte sein, wenn ich die Rechtfertigung jener Maßregeln hier übernehmen wollte. Die königl. Regierung kann sich bei allen diesen Maßregeln nur von der Rücksicht auf die Pflichten, welche ihr dem eigenen Lande gegenüber obliegen, und auf ihre Verantwortlichkeit gegen dasselbe leiten lassen. Sie ist es dem Lande schuldig, die Ruhe und Ordnung mit starker Hand zu wahren und aufrecht zu erhalten und zugleich jeder von außen kommenden Agitation, von welcher Seite her es auch sei, den Eingang möglichst zu verschließen. Stark in dem Bewußtsein, sich auf dem festen Boden des Rechtes zu bewegen, und in dem Vertrauen, daß die ganze besonnene Kraft des Volkes zu ihr steht, fühlt sie sich dieser ernsten Aufgabe gewachsen, für welche sie die volle Verantwortlichkeit übernimmt. Sie wird sich nur freuen können, wenn die provisorische Centralgewalt ihr dieselbe erleichtern will, indem sie derjenigen Agitation, welche in ihrer eigenen Nähe vielfältig versucht worden ist, und auch jetzt in bedenklicher Weise sich zu regen beginnt, energisch entgegentritt und das ganze Gewicht ihres Ansehens und Einflusses in die Wagschale der Ordnung und der gesetzlichen Freiheit legt. Die Centralgewalt wird dadurch dem gemeinsamen deutschen Vaterlande einen Dienst erweisen, für welchen alle Freunde der wahren Freiheit ihr danken werden, und indem sie dabei auf die volle Unterstützung Preußens zählen kann, wird sie zugleich das Werk der deutschen Einigung am sichersten fördern, welches nur auf der Achtung des Rechts erbaut werden kann. Die königliche Regierung gibt sich gern der Hoffnung hin, daß die provisorische Centralgewalt ihr volle Gerechtigkeit widerfahren lassen und daß sie selber nicht in den Fall kommen werde, ihr Recht anders als durch die einfache Darlegung desselben wahren zu müssen.

Berlin, den 3. Mai 1849.

Der Ministerpräsident
(gez.) Graf v. Brandenburg.

An
den Unterstaatssecretär im Ministerium
der provisorischen Centralgewalt für die
inneren Angelegenheiten
Herrn Bassermann
Hochwohlgeboren.

Berlin, 7. Mai. Es ist aus dem Kriegsministerium der Befehl erlassen worden, daß noch mehrere preußische Truppentheile von verschiedenen Richtungen aus unverzüglich nach Dresden aufbrechen sollen.

Neustadt a. d. Haardt, 7. Mai. Ueber die gestern Nachmittag hier abgehaltene Volksversammlung berichtet das

„Mannheimer Journal“: Präsident war der Abg. Schmidt von Kaiserslautern, Mitglied des Landesvertheidigungsausschusses. Während der dreistündigen Versammlung sprachen 20 Redner, als Enddeschluß wurde einstimmig der Fortschritt zur social-demokratischen Republik angenommen. Beide Schlöffel wollten die Proclamirung sogleich, bei der Abstimmung sprachen sich die erhobenen Hände von mehreren 1000 Männern dafür aus. Kullmann von Frankfurt wollte abwarten bis zur allgemeinen Erhebung, dann sprachen noch Greiner, Obly von Darmstadt, Mayer von Mainz, Brekmann von Düsseldorf, Rödinger und Schärttner von Hanau. Es wurde von Mainz, Hanau, Rheinhessen und Baden bewaffneter Zuzug versprochen. Weber von Neustadt stellte den Antrag auf progressive Einkommensteuer für den Landesausschuß, was auch zum Beschluß erhoben wurde. Der deutschkatholische Pfarrer Loose von Neustadt war einer der entschiedensten Redner. Der Reichscommissär von Frankfurt, Eisenstuck, erhielt nach seiner Rede großen Beifall. Schmidt schloß die Versammlung mit einer begeisterten Rede. Die Bewegung in der Pfalz ist im Wachsen und die Bewaffnung schreitet rasch voran. Die Regierung soll dem Vernehmen nach nach Germersheim geflohen sein, wohin schon vor 2 Tagen der Kreisfond gebracht wurde. Das Militär ist fast durchgängig für die Sache des Volkes. — Landau befindet sich im Kriegszustande. Folgender Aufruf ist veröffentlicht worden: „Aufruf an die Bewohner Landaus. Der Unterzeichnete hat sich in die Nothwendigkeit versetzt gesehen, in hiesiger Stadt und Festung den Kriegszustand zu erklären. Seine Absicht ist keine andere, als diesen wichtigen Punkt des Reiches unberührt von allen ungesetzlichen Bewegungen zu erhalten und er hegt die feste Zuversicht, daß er in dieser Bestrebung von allen Einwohnern Landaus unterstützt werden wird, daß sich dieselben die wenigen, hiermit verbundenen Beschränkungen im Interesse des allgemeinen Wohles gern gefallen lassen, und daß er nicht in die unangenehme Lage versetzt werden wird, zu strengeren Maßregeln greifen zu müssen. Landau, den 5. Mai 1849. Der königl. bayerische Commandant der Reichsfestung Landau, von Tretze, Generalmajor.“ Diese Erklärung wurde auch noch dem Bürgerwehrcommando mitgetheilt und ihm eröffnet, „daß, sollten sie sich nicht binnen drei Stunden den Anordnungen des Festungscommandos unterwerfen haben, der Kriegszustand in den Belagerungszustand verschärft würde.“ Ein bewaffnetes Ausrücken zur Beschlußnahme wurde ebenfalls untersagt. Allein dessenungeachtet versammelte sich die dortige Bürgerwehr vollständig bewaffnet, leistete den Schwur auf die Reichsverfassung und erklärte hierauf einstimmig: „Das Wohl des Vaterlandes zu unterstützen, würden sie stets bereit sein; allein der rebellischen bayerischen Regierung könnten sie nicht gehorsamen.“ Gestern Abend 7 Uhr kam vom Landesvertheidigungsausschuß plötzlich die Weisung, das Thal zu besetzen, indem gegen den Willen der Reichsgewalt bayerische Truppen von Frankfurt abmarschirt seien, um die Bewegung in Neustadt und Umgegend auf den Befehl des Königs von Bayern zu unterdrücken. Der Landesvertheidigungsausschuß wurde von der Centralgewalt mit ausgedehnten Vollmachten versehen. Bei Abgang des Bahnzuges stehen gegen 1200 Mann Bürgerwehr, Freischaaren und Sensenmänner unter den Waffen, schnell herbeigeeilt auf das Alarmsignal. Man erwartet Zuzug.

Dresden, 6. Mai, gegen 4 Uhr Nachmittags. Vor einer Stunde wurde dem General Homilius, der die Artillerie befehligt, im Georgenthor das Bein zerschmettert; ein Lieutenant und ein Junker sind, ebenfalls schwer verwundet, so eben über die Brücke geschafft worden. Fortwährend hört man nach allen Richtungen in der Stadt Gewehrfeuer; Kanonen arbeiten gegen die Barrikaden. Das große Haus am Zwingerteiche, woraus auf den Wall geschossen wurde, ist diesen Morgen mit Soldaten besetzt worden. Jetzt wird vom Wall in die Zwingerstraße und nach dem Postplatz mit Kanonen geschossen; auch höre ich beständiges Gewehrfeuer von oben hinab und von unten hinauf. Preußische und sächsische Truppen sind in ziemlicher Anzahl durch die Augustenstraße nach dem Neumarkt gerückt. Die Barrikaden dort werden mit Kanonen beschossen. Die Gemäldegalerie ist den Schüssen des Volkes sehr ausgesetzt; manche werthvolle Gemälde sind auch bereits von Kugeln durchlöchert, so die Madonna von Murillo. Der Vorstand der Sammlungen, Hofrath Schulz, thut sein Möglichstes, die Kunstschätze zu retten; so hat er den ganzen Morgen trotz der Kugeln mit ein paar Gehülfen auf der Galerie gearbeitet, um wenigstens die werthvollsten Bilder in Sicherheit zu bringen; auch das Kupferstichcabinet hat er aus dem Zwinger gerettet. Der mittlere Pavillon nebst dem Seitenpavillon, der ans alte Opernhaus stößt, sind mit diesem, das sehr viele brennbare Stoffe enthielt, so besonders Garderobe und Decorationen aus dem Theater, niedergebrannt. Das Feuer scheint aber auch den dritten Pavillon nach dem Museumbau zu ergreifen. In der kleinen Brüdergasse brennt es; doch scheint man dort schon Herr des Feuers geworden zu sein. Nicht weit von der Sophienkirche steht eine große Barrikade, von wo aus die Kugeln fortwährend den Theaterplatz bestreichen. Dahin hat das Militär noch nicht vorrücken können. Wie weit sie heute noch kommen werden, wer weiß das? Das Volk hält sich mit furchtbarer Hartnäckigkeit.

Dresden, 7. Mai. Eben, 8 Uhr Morgens, heulen wieder die Sturmglocken unserer Stadt; neue preußische Truppen rücken über die Brücke, eine Compagnie geht nach der Ostraallee. Gestern noch konnten deshalb vom Zwingerwall aus keine großen Fortschritte vom Militär gemacht werden. Heute bei grauendem Morgen begann der Kanonendonner in die Allee und nach dem Postplatz, wie nach der Brüdergasse auf die dortigen Barrikaden. Nach starkem Schießen rückte Infanterie die Allee vor und ist jetzt mit Besetzung der Häuser bis zum Postplatz vorgedrungen. Dort aber steht in den Häusern und bei den Barrikaden ein harter Kampf bevor. Die stärkste Barrikade in der Stadt steht vor der Wilsdruffer Gasse. Auch vor den andern auf den Platz mündenden Straßen überall Barrikaden. Die Compagnie Preußen rückt ebenfalls dahin vor; wahrscheinlich werden sie das furchtbar beschossene Thurmhaus besetzen und von dort aus ihre Operationen fortsetzen. Gestern Nachmittag ist das „Hotel de Saxe“, sowie „Stadt Rom“ vom preußischen und sächsischen Militär, nachdem die Thore mit Kanonen eingeschossen worden waren, mit Sturm genommen worden; ebenso die dazwischen gebaute Barrikade; somit haben die Truppen den Neumarkt, freilich unter großem Verlust von Menschenleben. Dort scheinen auch gewichtige Gefangene gemacht worden zu sein, die wir über die Terrasse und Brücke abführen sahen. Nun wird wohl auch eine Verbindung mit den Truppen im Zeughaus durch die Rampische Gasse hergestellt sein. — In der Schloßgasse hat dagegen das Militär noch nicht vordringen können; es wird namentlich von einigen auf den Barrikaden befindlichen kleinen Kanonen, die mit Eisenstücken geladen sind, bis durch das Georgenthor zur Brücke scharf bestrichen. Daß auf diese Weise General Homilius schwer verwundet wurde, habe ich Ihnen bereits gemeldet; er ist noch am Abend gestorben. Auch Oberstlieutenant v. Kirchbach und der Divisionär Schirnding, der Obercommandant, Letzterer jedoch leicht, sind von solchen Stücken getroffen worden. Wir haben die Schrecknisse des Bürgerkriegs, des traurigsten aller Kriege, in einem Maße, wie sie wohl noch selten in der Geschichte vorgekommen. — Nachschrift. Eben, gegen 10 Uhr, kommt ein neues Bataillon des preußischen Kaiser-Alexanderregiments hier an.

Dresden, 7. Mai, Mittags 12 Uhr. Die Besatzung besteht aus 2 Bataillonen k. preuß. Garde-Infanterie und 7½ Bataill. k. sächs. Infanterie, 2 Schwadronen vom ersten leichten Reiter-Regiment und dem nöthigen bespannten Geschütz. — Neumarkt, Pirnaische Gasse, ein Theil der Moritzstraße sind genommen; dieser Flügel dringt gegen die Kreuzkirche vor. Jäger säubern von der Frauenkirche aus die Dächer. — Auf dem rechten Flügel dringen die Truppen, nachdem sie den Zwingerwall gestürmt, gegen die Post und Wilsdruffer Gasse vor. Schon sind das Vollsack'sche Haus und mehrere benachbarte große Barrikaden genommen. Die Geschütze feuern mit dem besten Erfolge gegen Positionen, die den Sturmangriffen noch nicht zugänglich sind. — Im Centrum ist das k. Schloß besetzt. — Munitionszufuhren sind gesichert; eben so die Verpflegung. — Der übrige Theil des ersten leichten Reiter-Regiments hält die Altstadt cernirt; es wird dazu auch das zweite leichte Reiter-Regiment erwartet. Die Verluste sind hart, aber Gottlob nur wenig Todte. General Homilius ist durch ein Stück Eisenstange, das Burgker Bergleute aus einem Böller schossen, gestern der Schenkel zerschmettert, so daß er heute Nacht an seiner Wunde starb. Von den Offizieren sind die meisten verwundet, wenn auch nur leicht. Die Aerzte verbinden im heftigsten Feuer, weil die Leute nicht zurückwollen.

Die „Leipziger Ztg.“ veröffentlicht folgenden **Tagesbefehl an sämmtliche Communalgarden** vom 6. Mai 1849. Das unterzeichnete General-Commando weist die Communalgarden des Landes hiermit auf das Bestimmteste an, nur den Requisitionen der zuständigen Behörden Folge zu leisten, sich allen Anordnungen der verfassungs- und gesetzwidrig zusammengetretenen sogenannten provisorischen Regierung kräftigst entgegenzustellen und so ihrer Pflicht nachzukommen, den Getreuen des Landes eine kräftige Stütze zu sein. König'sches General-Commando der Communalgarden. v. Mandelsloh.

2. Tagesbefehl. Dresden, den 7. Mai 1849, früh 6 Uhr. Die braven königl. preußischen und königl. sächsischen Truppen fahren fort, sich auf allen Punkten mit der größten Tapferkeit und Hingebung zu schlagen. Sie erringen mit jeder Stunde neue Erfolge. Bald wird das Ziel erreicht, der Aufstand gedämpft, Gesetz und Ordnung hergestellt sein! Soldaten! Die Mehrzahl der Bewohner Sachsens, ja das gesammte Deutschland, blicken mit Stolz und Vertrauen auf Euch! Noch eine kurze Zeit der Ausdauer und Anstrengung, und Ihr werdet den schönsten Preis erringen, Ihr werdet unser Vaterland, seine Verfassung und den Thron gerettet, ganz Deutschland einen wesentlichen Dienst erzeigt haben.

Einem Privatschreiben aus Leipzig von 7. Mai Abends zufolge war dort von Dresden die Nachricht eingegangen, daß das sächsische und preußische Militär immer mehr Herr der unglücklichen Stadt werde, es kommen immer frische Truppen ins Gefecht, die Preußen hatten die Stadt von der Landseite angegriffen, die beiden Märkte seien eingenommen und der Angriff solle nunmehr gegen die Post gerichtet werden, wo die stärksten Verschanzungen seien.

Leipzig, 7. Mai, Nachmittags. Die Ereignisse der vorigen Nacht haben die wohlgesinnten Bewohner aus der Unentschlossenheit aufgeschreckt, mit der man aus Rücksicht auf den Mehrverlehr geduldet hatte, daß eine keineswegs zahlreiche, aber rücksichtslose und rührige Partei vier Tage lang der Stadt ihre Gesetze vorzuschreiben suchte. Ein Placat des Stadtraths und der Stadtverordneten von Koch und Werner unterzeichnet, schließt mit heute Mittag die Ostermesse und ordnet die sofortige Hinwegräumung sämmtlicher Meßbuden bis heute Nachmittag an. Die Führer der wandernden Volksversammlung erklären heute in einem von gestern datirten Plakate, daß sie ihr Mandat niedergelegt hätten und sich zum persönlichen Kampfe nach Dresden begeben würden. Sie scheinen dadurch jede Verantwortlichkeit für die gestrigen Vorfälle von sich ablehnen zu wollen. Zugleich erlassen die städtischen Behörden eine Aufforderung an alle waffenfähigen Einwohner Leipzigs, sich der Communalgarde zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des Gesetzes anzuschließen. Die hiesigen Maurer- und Zimmergesellen zogen schon heute Morgen mit ihren Beilen und Hacken bewaffnet und von ihren Meistern geführt zur Unterstützung der Communalgarde auf. Eine große Anzahl älterer Bürger erschien heute auf dem Rathhause und forderte energische Maßregeln zur Aufrechterhaltung des Gesetzes. Als dabei des Königs und des ihm geleisteten Eides gedacht wurde, erscholl ein dreimaliges Hoch. Der Handelsstand ist auf dem Kramerhause zur Berathung zusammengetreten und fordert in einem Plakate alle ihm Angehörige zur Unterstützung der Communalgarde auf. Die Wehrmannschaften der nicht mehr communalgardenpflichtigen Bürger zur Aufrechthaltung der Ordnung in den Vorstädten sind im Lauf des heutigen Tages im weiteren Maßstabe und auch für die innere Stadt organisirt worden. Für heute Abend ist von den städtischen Behörden eine Bekanntmachung erlassen worden, in welcher verschiedenartige polizeiliche Maßregeln zur Aufrechthaltung der Ordnung angeordnet werden. (L. Z.)

Leipzig, 7. Mai, Abends 8 Uhr. Hoffentlich haben wir heute eine ruhige Nacht zu erwarten. Der Handelsstand, der Arbeiterverein und die Studentenschaft vereinigen sich mit der Communalgarde zur Aufrechthaltung der Ordnung. Die Stadtthore sind von Zimmerleuten mit Aexten in der Hand besetzt. Der demokratische Zuzug von den umliegenden Dörfern, auf welchen unsere Tumultuanten rechnen, dürfte sonach schwerlich Eingang in die Stadt gewinnen. Die Meßbuden sind zum größten Theil abgetragen; für Barrikaden also das geeignetste Material entfernt. Es handelt sich jetzt bei uns um nichts geringeres, als um einen Kampf der besitzlosen gegen die besitzenden Klassen.

Fr **Stade**, 3. Mai. Der hiesige Magistrat und die Bürgervorsteher haben sich für die Reichsverfassung erklärt und die Regierung zur Anerkennung derselben aufgefordert. Die Beschlüsse des constitutionellen Vereins und der Bürgerwehr der Stadt sind früher schon mitgetheilt. Im Widerspruch mit diesen öffentlichen Stimmen hat die Provinzialregierung (die königliche Landdrostei zu Stade) eine durch die „Hannoversche Zeitung“ veröffentlichte Kritik der Reichsverfassung den Provinzial-Intelligenzblättern, durch welche regelmäßig nur gerichtliche Verfügungen, Geburtsanzeigen ꝛc. zur öffentlichen Kunde gebracht werden, beilegen lassen. Zur Charakteristik dieses Machwerks, dessen Urheber muthmaßlich ein bekannter Minister ist, genügt die Mittheilung des Schlusses. Dieser lautet: „Die allgemeine Ermattung hat eine große Mehrzahl zu der Ansicht geführt: es müsse diese Verfassung angenommen und durch einen ordentlichen Reichstag revidirt werden. Diese Ansicht kann nur als eine durchaus verderbliche, ja als eine sinnlose bezeichnet werden. Im gegenwärtigen Augenblicke ist das Verderbliche noch nicht begründet; nun will man, weil der Moment widrig ist, lediglich um dieser Unannehmlichkeit loszuwerden, das Verderbliche feststellen, es werde sich dann selbst corrigiren. Das heißt in den Teich springen, um aus dem Regen zu kommen. Die große Ausbreitung dieser Ansicht kann nur als ein Beweis der politischen Unreife angesehen werden. Und mit dieser politischen Unreife in Händen verlangt man eine Verfassung, die eben dieser unreifen Masse Alles in die Hände gibt.“

G **Gotha**, 4. Mai. Unsere Regierung hat der Abgeordnetenversammlung durch den Staatsminister v. Stein angezeigt, daß sie durch die Centralgewalt in den Besitz von Nr. 16 des die Reichsverfassung enthaltenen „Reichsgesetzblattes“ gekommen, und daß sie dieses Reichsgesetz in seiner ganzen Ausdehnung noch diese Woche im „Regierungsblatt“ publiciren werde. Da sämmtliche thüringische Regierungen jetzt nach einer gemeinsamen Politik handeln, so ist es kein Zweifel, daß ein Gleiches von allen geschehen werde.

Sigmaringen, 1. Mai. Der Landtag hat nach kurzer Dauer seine Geschäfte beendigt und folgenden Gesetzen seine Zustimmung ertheilt: Trennung der Justiz von der Verwaltung und Organisation der Oberbehörden; an die Stelle der früheren Behörden tritt das fürstl. Hofgericht und die fürstl. Landesregierung mit personeller Trennung, nachdem die bisherige nur eine objective war. Ein provisorisches Gesetz bestimmt den Zehntbezug über die kommende Ernte, nach welchen der Einzug den Gemeinden oder einzelnen Zehntpflichtigen nach besondern Verträgen oder gegen Leistung von Abschlagszahlungen überlassen wird. Das Finanzgesetz erstreckt sich bloß auf die Periode vom 1. Mai bis 31. October l. J.; seine Hauptpositionen bilden außerordentliche Ausgaben und die Deckung derselben durch ein Anlehen. In Folge der vielfachen Brandfälle verordnet ein Gesetz, daß eine Revision der versicherten Werthe von Gebäuden und Mobilien vorzunehmen und bei künftigen Einlagen die Mobilien speciell zu verzeichnen seien; von dem wahren Werthe dürfen künftig nur noch drei Viertheile versichert werden. Das Verordnungsblatt verkündet zugleich das Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause.

6. Mai. Unser Bataillon hat Marschbefehl erhalten und muß den 27. l. M. in Altona eintreffen; die Reserve wird einberufen.

H **Frankfurt**, 9. Mai. Der Herr Reichsministerpräsident v. Gagern gibt in der heutigen Sitzung Mittheilungen über Sachsen und die Pfalz. Er ersucht die Versammlung, den heutigen Gegenstand der Tagesordnung auf 24 Stunden zu vertagen, da das Ministerium sein Programm zur Durchführung der Verfassung gestern Abend an Se. kaiserl. Hoheit den Reichsverweser überreicht, und derselbe um 24 Stunden Bedenkzeit gebeten habe. In der Paulskirche zunächst gelegenen Straßen sind Truppenabtheilungen aufgestellt. Ein Anschlag der Linken an der Eingangsthüre zu den Galerien ermahnt die Zuhörer, die Ruhe während der Sitzung nicht zu stören.

Börsenberichte.

Berlin, 6. Mai. Staatsschuldscheine 78½ B., ½ bez. u. Br., Seehandlungs-Prämienscheine 99½ Br., Bankantheile 86 bez., Berlin-Hamburg 52 Br., Köln-Minden 75½ B. u. ½ bez., Leipz.-Wilh.-Nordb. 32½, ½ u. ½ bez. u. G., Rhein. 39½ Br., Russ. bei Stieglitz 5. 85 Br., Poln. 500 fl. loose 71½ Br.

Obgleich es an zuverlässigen Berichten aus Leipzig und Dresden noch fehlte, war die Börse doch im Ganzen fest, und einige Artikel für welche Bedarf war wurden wegen Mangel an Abgeber höher bezahlt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matlen.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Extra-Beilage.)

№ 111. —— Donnerstag —— den 10. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 36 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Klorey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Amtlicher Theil.

Nach soeben hier eingegangener Meldung des Generallieutenants v. Prittwitz, wollte derselbe am 7. d. M. mit der preußischen Division als der Tete des Gros der Operationsarmee die sächsische Grenze überschreiten, nachdem durch die getroffenen Maßregeln nunmehr die Flanken der Operationslinie hinlänglich gesichert sind.

Der Feind stand noch mit erheblichen Kräften diesseits Beile und Fridericis.

Nichtamtlicher Theil.

Deutschland.

*† **Frankfurt**, 9. Mai. Es ist auffallend, mit welcher Hartnäckigkeit man von gewisser Seite auf das mehrfach widerlegte Gerücht von der bereits erfolgten Abberufung der preußischen Deputirten aus der Nationalversammlung zurückkommt. Es ist um so auffallender, als sich diejenigen, welche diese Nachricht, trotz der amtlichen Widerlegung, verbreiten, nicht selten den Anschein geben, selbst aus amtlicher Quelle zu schöpfen. Die Erklärung mag wohl darin liegen, daß man dasjenige, was man wünscht, gern als bereits geschehen darstellt. Wir sind wiederholt ermächtigt, die obige Nachricht als vollkommen unbegründet zu bezeichnen. Wir können hinzufügen, daß die königlich preußische Regierung, wie sie überhaupt auf das parlamentarische Verhalten der preußischen Abgeordneten in der Paulskirche niemals irgend einen beengenden Einfluß ausgeübt hat, so es auch jetzt wohl lediglich deren eigenem Ermessen zu überlassen gesonnen sein dürfte, ob und wie lange sie noch im Stande zu sein glauben, ihr Mandat im wahren Interesse Deutschlands und Preußens zu erfüllen.

** **Frankfurt**, 9. Mai. Das von dem Rath und den Stadtverordneten zu Leipzig an das Reichsministerium gelangte und von dem Ministerpräsidenten H. v. Gagern in der heutigen Sitzung der Reichsversammlung verlesene Schreiben lautet, wie folgt:

An die deutsche Centralgewalt zu Frankfurt. Durch unsern Bevollmächtigten, den hiesigen Stadtverordneten Herrn Dr. Eisenstuck, wird die deutsche Centralgewalt bereits von den Zerwürfnissen in Kenntniß sein, welche zwischen der Regierung und dem Volke Sachsens wegen seitens der ersteren verweigerten sofortigen Anerkennung der von der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. beschlossenen und verkündeten Verfassung des deutschen Reiches entstanden sind, und welche die Entfernung des Königs aus seiner Residenzstadt Dresden, sowie den Eintritt einer provisorischen Regierung Sachsens zur Folge gehabt haben, von welcher das Anlangen, Sie anzuerkennen, an die gesetzlichen Vertreter der Stadt Leipzig gerichtet worden ist. Rath und Stadtverordnete haben sich jedoch nicht entschließen können, diese Anerkennung auszusprechen, da sie aus dem Berichte ihrer zur Erörterung der obwaltenden Thatsachen nach Dresden entsendeten Deputirten zu der Ueberzeugung gelangen mußten, daß diese provisorische Regierung andere Wege gehe, als solche, mit welchen sich die Gemeindevertreter Leipzigs einverstanden zu erklären vermögen. Eben so mußten sie aus jenem Berichte aber auch leider die Gewißheit gewinnen, daß die verfassungsmäßige Regierung unseres Landes, abgesehen davon, daß sie sich mit dem allseitig und laut ausgesprochenen Willen seines Volkes in Bezug auf die deutsche Verfassungsfrage in den grellsten Widerspruch gesetzt und schon deßhalb nicht mehr auf die Unterstützung des Volkes zu rechnen hat, gegenwärtig außer Stand ist, die Pflichten einer Regierung zu erfüllen und unserer Stadt den nothwendigen Schutz gegen Anarchie zu gewähren. Wir haben daher in Betracht, daß das dermalige königl. Ministerium in seiner amtlichen Thätigkeit durch den Conflict, welcher zwischen der Krone und dem Volke in Folge verweigerter Anerkennung der deutschen Verfassung ausgebrochen, derzeit ist, in Betracht, daß die Stadt Leipzig die Vermittelung der deutschen Centralgewalt angerufen hat, in Betracht, daß die in Dresden aufgetretene provisorische Regierung einen andern Weg eingeschlagen hat, als die Vertretung der Stadt Leipzig, in Betracht, daß nur ein Ministerium, welches sich für Anerkennung der deutschen Verfassung ausspricht, die volle Kraft der Regierungsgewalt in Sachsen, die nur da ist, wo sie im Volke wurzelt, wieder erwerben kann, beschlossen: Die Gemeinde Leipzig stellt sich bis zum Austrag der Conflicte zwischen Krone und Volk unter den Schutz der deutschen Centralgewalt. Indem wir die deutsche Centralgewalt, die wir als die einzige rechtmäßige Macht anerkennen, welche wir in so schweren Conflicten anzurufen haben, von diesem Beschlusse hierdurch in Kenntniß setzen, bitten wir: Dieselbe möge uns den erbetenen Schutz angedeihen lassen, und zu diesem Ende sofort einen mit ausgedehntester Vollmacht versehenen Reichscommissär hierher absenden. Wir halten treu und fest zu Frankfurt, wir stehen unerschütterlich zur verkündeten deutschen Reichsverfassung und hoffen deren Anerkennung auch für Sachsen durch feste gesetzliche Haltung, nicht aber durch die Hülfe der Anarchie zu erringen. Leipzig, 6. Mai 1849. Der Rath und die Stadtverordneten zu Leipzig.

Die Vertagung der heutigen Sitzung der Reichsversammlung auf morgen war durch die Bedenkzeit geboten, die der Erzherzog-Reichsverweser verlangt hatte, um sich über das ihm vorgelegte Programm des Reichsministeriums zu erklären. Es handelt sich in diesem Augenblick um die Frage, welche Stellung der Träger der Centralgewalt zur Durchführung der Reichsverfassung einnehmen wird. Die Vertagung ist mit 221 gegen 133 Stimmen angenommen worden. Zu den Zustimmenden zählte auch der sächsische Abgeordnete und Mitglied der Weidenbuschpartei, Professor Biedermann, der es wohl seinem engeren Vaterland schuldig zu sein glaubte, seine Abstimmung durch folgende Erklärung zu Protocoll zu motiviren:

Bei der dringlichen Lage der Dinge insbesondere in Sachsen habe ich für eine Vertagung der Entscheidung über die deßhalb zu ergreifenden Maßregeln nur stimmen können in Anbetracht dessen, daß ein heut zu fassender Beschluß dennoch nicht zum Vollzug gelangen konnte, bevor der Reichsverweser sich über seine Mitwirkung zu vorliegenden Beschlüssen bestimmt erklärt hat, sowie in der Zuversicht, daß das Ministerium das für den Augenblick Nothwendige, namentlich die sofortige und energische Zurückweisung der preußischen Intervention in Sachsen, in Gemäßheit seiner neulichen Erklärung von sich aus bereits vorgezeichnet habe und mit allem Ernst durchführen werde.

Der Parlamentscorrespondenz der Centren zufolge hat die Weidenbuschpartei an den Erzherzog-Reichsverweser k. Hoheit eine Deputation entsendet, um demselben in diesem für das Vaterland so kritischen Augenblick ihre Wünsche darzulegen.

Dr. Arnold Ruge, einer der Leiter der socialistischen Bewegung in Leipzig, der, freilich ohne Erfolg, den Behörden der Stadt eine Contribution von 50,000 Thlrn. zur Beschaffung von Waffen auferlegt wissen wollte, ist hier angekommen. Jene Bewegung scheint somit ihre Endschaft erreicht zu haben.

Aus Neuvorpommern. Der Prinz Adalbert traf am Abend des 1. Mai auf dem Dämpfer „die Oder", begleitet vom Kriegsdämpfer „Danzig", commandirt vom Commodore Schroeder, von Stettin in Stralsund ein. Der Prinz, welcher auf der Rhede am Bord des Dämpfers die Nacht zubrachte, inspicirte am folgenden Morgen die auf dem Dänholm bei Stralsund errichteten Fortificationswerke, besichtigte auch zugleich den Dämpfer „Königin Elisabeth" und fuhr gegen Mittag mit den beiden Dämpfern wieder südwärts, um die an der Küste angelegten Befestigungen zu inspiciren. Am Nachmittag ging das Dampfschiff „Königin Elisabeth" nach Peenemünde ab; es soll dort die für dasselbe bestimmten Geschütze an Bord nehmen, da es zum Kriegsdämpfer ausersehen ist. Gestern manövrirte unsere Flotille im Greifswalder Bodden. Aus Greifswald hatte das noch nie gesehene Schauspiel der Seemanöver eine nicht geringe Anzahl Zuschauer, unter ihnen auch Landofficiere, herbeigelockt, die von ihren Höhen aus die Evolutionen verfolgten. (Ostf.-Ztg.)

Paderborn, 1. Mai. Die hiesige Stadtverordneten-Versammlung hat einen ähnlichen Aufruf, wie der Kölner Gemeinderath, an alle Gemeinden der Provinz Westphalen erlassen, eine am 8. in Münster abzuhaltende Versammlung zur Berathung einer Gesammteingabe an den König zu beschicken. Bei dem Magistrat von Münster seien das Versammlungslocal zu erfragen und die Eintrittskarten in Empfang zu nehmen. Der Magistrat von Münster erklärt aber unter dem 3. im „Westph. M.", der obige Aufruf sei ohne vorherige Anfrage bei ihm erlassen, somit ohne sein Einverständniß veröffentlicht, weßhalb er den Aufträgen keine Folge geben werde.

ϑ **Düsseldorf**, 8. Mai. Gestern fand hier im Theater eine großartige Volksversammlung statt. Alle Räume des Hauses waren überfüllt und Schaaren von Tausenden konnten keinen Zutritt erhalten, weil das Haus Niemanden mehr zu fassen vermochte. Besonderes Interesse gewährt diese Versammlung dadurch, daß in derselben unser Landsmann, Herr v. Berg, Mitglied der aufgelösten sächsischen Kammer, das Wort nahm. Herr v. Berg, selbst katholischer Geistlicher, warnte in seiner Rede vor confessionellen Zwistigkeiten und Uebertragung derselben in die Politik: er widerlegte den thörichten Wahn derjenigen, welche in der Wahl eines protestantischen Kaisers eine Gefahr für den Katholicismus erblicken, er meinte, daß es auf die religiösen, ja selbst auf die politischen Ansichten des Staatsoberhauptes durchaus nicht ankomme, wenn dasselbe nur seinem Eide getreu die Bestimmungen der Verfassung aufrecht erhalte und in den Schranken derselben sich bewege. Alle Vereine sprechen sich dahin aus, daß es jetzt an der Zeit sei, sich um die Frankfurter Versammlung zu schaaren, daß alle Parteien verschwinden müßten, daß man mit gemeinsamen Kräften die Einheit des Vaterlandes schützen und die von der Nationalversammlung festgesetzte und aus der Souveränetät des Volkes hervorgegangene Verfassung zur Anerkennung und Geltung bringen müsse. Wie man auch über die Frankfurter Versammlung denken und wenn man auch das Eine und das Andere an ihr zu tadeln haben möge, es sei jetzt nicht der Augenblick dazu — sie sei die Standarte, um die sich alle schaaren müßten, die es mit der Einheit und Freiheit des Vaterlandes ehrlich meinten. So lange diese Fahne noch aufrecht stehe, sei noch nicht alle Hoffnung verloren. Einer der Redacteure der „Rheinischen Zeitung", Herr Bürgers von Köln, trat dagegen auf und meinte, die Nationalversammlung habe das Vertrauen des Volks verloren und eben deßhalb mißtraue sie ihrerseits dem Volke. Das einzige Heil bestehe in dem Kampfe, der die Republik zum Ziele habe. Der Redner konnte seine Ansicht jedoch bei der überwiegenden Mehrheit der Versammlung nicht zur Geltung bringen, und es wurde die Annahme einer Adresse an die Nationalversammlung beschlossen, die rasches, entschiedenes und besonnenes Handeln verlangt und die Versammlung des Beistandes und der Hilfe des Volkes, das mit ihr stehen und fallen wolle, versichert. Die Versammlung verlief in größter Ordnung und Ruhe. Nicht so ruhig wie bei uns geht es indessen in unserer Nachbarschaft zu. Gestern mußten von hier Truppen nach Neuß geschickt werden, weil das dortige Zeughaus der Landwehr von einem Volksangriff bedroht war, ebenso kam die Nachricht von Crefeld, daß die Wehrmänner beim Appell den Commandeur insultirt und thätlich mißhandelt hätten, und daß auch dorthin Militär entsandt werden müßte. Auch sind Truppen nach Arnsberg und Elberfeld entboten. An letzterm Orte soll heute eine bewaffnete Versammlung der Landwehr stattfinden, zu der durch Placate eingeladen wurde, in denen es heißt: die Zeit des passiven Widerstandes sei zu Ende, es müsse nun gehandelt werden! Von allen Seiten der Provinz, selbst aus den reactionärsten Orten, wie Mühlheim, Duisburg, Iserlohn, gehen Adressen an die Krone, welche ihre Mißbilligung der von dem Ministerium befolgten Politik aussprechen und die Entlassung desselben fordern.

Köln, 8. Mai, Mittags. Die Einladung zu der heutigen Versammlung rheinischer Gemeindeverordneten hatte, wie bei der bedrohlichen Lage vorauszusehen war, allenthalben in der Provinz den besten Anklang gefunden. Ueber 500 Gemeindeverordnete sind heute hier anwesend, von denen der größte Theil bereits gestern Abend hier eingetroffen und zu einer Vorversammlung in Deutz vereinigt war. Schon eine Weile vor dem Beginn und während der ganzen Berathung war in der Nähe des Sitzungslocals eine ungewöhnliche Bewegung zu bemerken: viele Hunderte von Personen hatten sich auf dem Augustinerplatze eingefunden, doch war auf den ersten Anblick zu gewahren, daß auch nicht die mindeste Ruhestörung zu befürchten sei. Alles sah mit gespannter Erwartung, aber auch mit der gemessensten Ruhe den Beschlüssen entgegen, welche eine für unsere Provinz so gewichtige Versammlung fassen würde. Um 1/2 1 Uhr traten die Abgeordnete zur Berathung zusammen. Im Namen der einladenden Gemeindeverordneten von Köln eröffnete Hr. Compes die Sitzung mit einigen Worten und theilte den Vorschlag einer Erklärung mit. Nachdem man alsdann sich längere Zeit mit verschiedenen Formfragen beschäftigt, wurden durch allgemeinen Zuruf die Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung, die Gemeinderäthe Herren Zell von Trier zum ersten, und Werner von Koblenz zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Die Herren Böcker von Köln und Bloem I. von Düsseldorf wurden zu Schriftführern bestimmt. Gleich im Beginne der eigentlichen Verhandlungen erklärte auf den Antrag eines Mitgliedes die Versammlung fast einmüthig, daß sie das von der königlichen Regierung zu Köln erlassene Verbot als dem in der preußischen Verfassung zugesicherten freien Versammlungsrechte widersprechend erachte, und gab dem Beschlusse des Kölner Gemeinderathes vom 2. Mai in Bezug auf jenes Verbot ihre vollste Zustimmung. Von vielen Seiten erfolgten nun Anträge der verschiedensten Art, und wurde zuletzt beschlossen, dieselben einem aus der Mitte der Gemeindeverordneten zu wählenden Ausschusse zur Bearbeitung einer Vorlage, entsprechend dem Sinne der Versammlung, wie er sich bis dahin geäußert, zu überweisen und zu diesem Zwecke die Sitzung auf eine Stunde auszusetzen. Dies ist eben erfolgt. Wir behalten uns einen näheren Bericht vor und bemerken nur noch, daß der betreffende Ausschuß aus den Herren Dr. Behrends von M.-Gladbach, Gustav Bleibtreu von Bilich, J. Compes von Köln, Dr. Höchster von Elberfeld, Abgg. Zell von Trier besteht. (K. Z.)

⊙ **Stuttgart**, 8. Mai. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde folgender dringliche Antrag von Schnitzer und Genossen an den Fünfzehnerausschuß verwiesen: an die Staatsregierung die dringende Bitte zu stellen:

1) Sie möge die Centralgewalt auffordern, nicht zu dulden, daß irgend ein deutscher Staat wegen einer Volkserhebung für Anerkennung der Reichsverfassung in einem andern Staate ohne Befehl der Centralgewalt einschreite;
2) sie möge der Centralgewalt unverzüglich die württembergischen Streitkräfte zum Schutze der legalen Volksbewegung zu Gunsten der Reichsverfassung zur Verfügung stellen;
3) sie möge bei eigener Verantwortung verhindern, daß andere als Reichstruppen in Folge der Erhebung in Rheinbayern durch Württemberg marschiren.

Die Begründung findet der Antragsteller in den neuesten Ereignissen in Sachsen, wo die Preußen die loyale Erhe-

dung des Volkes mit Bajonneten unterdrückt haben, und in den Zuständen der Rheinpfalz, wo von Potsdam aus nicht minder ein Schlag gegen die deutsche Sache geführt werden soll. Würtemberg habe seine Schuldigkeit noch nicht gethan, wir müssen vielmehr die Centralgewalt aus ihrem Zaudern herausreißen, und ihr für die wirkliche Erhaltung der Ruhe des Vaterlandes unsere Kräfte gegen den Absolutismus anbieten. Schon sei in der Nationalversammlung die Erklärung eines württembergischen Ministers besprochen worden; daß bloß die verfassunggebenden Beschlüsse der Nationalversammlung von Württemberg werden vollzogen werden, man habe daraus gefolgert, daß man sich nicht einmal auf Württemberg verlassen könne. Aus den die Kammer zufriedenstellenden Antworten des Staatsraths Römer ist Folgendes anzuführen: Ich begreife nicht, wie meine in diesem Saale gethanen Aeußerungen einem Mißverständnisse in der Paulskirche haben unterliegen können. Ich habe erklärt, daß die württembergische Regierung den Beschlüssen der verfassunggebenden Nationalversammlung sich unterwerfe, nicht aber einem Rumpfparlament, und daß sie allen Anordnungen der Centralgewalt vollkommen Folge leisten werde; dies ist genug, eine andere Erklärung weiß ich nicht zu geben. Einem Ansuchen, selbstständig aufzutreten, wird die Regierung keine Folge geben. Wollte Württemberg gegen bayerische durchmarschirende Truppen einschreiten, so könnten wir nicht nur mit Bayern, sondern auch mit der gesetzlich bestehenden Reichsgewalt in Krieg gerathen. Die Centralgewalt hat bereits den Befehl gegeben, daß zwei Bataillone Württemberger aus dem badischen Oberlande nach Frankfurt zum Schutz der Nationalversammlung marschiren, und dies wird vollzogen werden. (Zustimmung.) Die Centralgewalt wird die Hände gewiß auch nicht in den Schooß legen, und ihre Anordnungen bestehen in Württemberg als Gesetz. Die preußische Regierung in ihrer neuesten Circulardepesche hat es ausgesprochen, daß sie Aufstände in den einzelnen Staaten mit Waffengewalt niederhalten, daß sie einen Fürstencongreß berufen, daß sie eine Verfassung octroyiren werde. Meine Herren, diese Erklärung der preußischen Regierung existirt für Württemberg gar nicht. (Bravo!) Auf die Aufforderung, an einem Fürstencongreß Theil zu nehmen, hat die württembergische Regierung erklärt, daß sie derselben keine Folge zu geben wisse, weil sie die Reichsverfassung unbedingt angenommen habe. Auf eine andere Anfrage in diesem Saale erkläre ich, ohne Anstand zu nehmen: da die Abgeordneten in Frankfurt von dem Volke gewählt sind und nicht von den Regierungen, so haben auch die einzelnen Regierungen nicht das Recht, sie zurückzuberufen. Wenn die Abgeordneten der deutschen Stämme unter solchen Umständen den Muth haben, zu bleiben, so ist Deutschland vertreten. (Mehrfache Zustimmung.) Der morgende Tag wird die weiteren Debatten und die Beschlußnahme in dieser Sache bringen.

Tübingen, 4. Mai. Kanzler v. Wächter, der seit vorigem Herbst mit großem Beifalle wieder Vorlesungen hält, hat einen Ruf nach Leipzig an von der Pforden's Stelle erhalten. (Schw. M.)

□ **München**, 8. Mai. Die Anzeichen der nahenden Krisis dahier vermehren sich täglich, ja stündlich. Vorgestern fand ein Kosthufest auf einem nahgelegenen Belustigungsorte statt. Es war vom Arbeiterverein angeregt und ausgeführt worden, aber unter Betheiligung vieler Anderer. Ungarische Fähnchen, des magyarischen Agitators Bilbniß, Reden über den Kampf der Ungarn gegen das Kaiserhaus, Lebehochs für die deutsche Reichsverfassung u. s. w. schienen zuletzt die Gemüther der Anwesenden fast zu erhitzen. Das Fest ging jedoch ohne Unordnung vorüber. Gestern Abends war große Studentenversammlung im Prater. Etwa ein starkes Drittel, wenn nicht die Hälfte der Universität mochte repräsentirt sein, sehr zahlreiche Gäste aus andern Ständen nicht zu rechnen. Viel Jugendmuth brauste in den Reden auf, aber ohne die Schranken zu brechen. Eine Adresse für die Reichsverfassung und gegen alle und jede Verbindung deutscher Fürsten mit Rußland wurde angenommen, nachdem ein Vorschlag auf allgemeine Fortwanderung von hier seines unpraktischen Wesens halber verworfen worden war. Hat heute die Adresse die nöthigen Unterschriften erhalten, dann wird man sie morgen in einem Massenzuge ins Ministerium des Innern bringen und dort durch eine Deputation dem Minister übergeben. Darauf soll sich der Zug auf den Dultplatz begeben und dort der deutschen Reichsverfassung ein Lebehoch bringen. Am Donnerstag soll wieder Versammlung sein und durch diese das Zustandebringen einer Einigung mit dem Arbeiterverein versucht werden. So finden unsere Abgeordneten, wenn sie sich kommenden Montag hier einfinden, wahrscheinlich schon eine große Agitation. Da drängt sich wieder eine Frage auf. Werden die Abgeordneten aus der Pfalz kommen? Die Antwort liegt wohl am deutlichsten in dem seit gestern vielverbreiteten Gerüchte, daß selbst fränkische Abgeordnete nicht kommen wollen. Dies könnten wir fürwahr nicht genug beklagen. Je stärker die Kammer, desto wirksamer werden ihre Beschlüsse sein. Eines ist gewiß, wir gehen hier schweren Prüfungstagen entgegen. Möchte die Paulskirche bewahrt werden vor dem Geiste des Unfriedens, der aufs Neue in ihr herrschend werden will; denn jede Lähmung dort wirkt lähmend zurück auf ganz Deutschland. Und was wird uns aus der Pfalz werden. Die Nachrichten von dort lauten wenig tröstlich.

Dem „Nürnb. Corresp." und der „N. Würzb. Ztg." wird gerüchtweise von einer Ministerkrisis berichtet, die ihren Grund in der deutschen Frage habe. In ersterwähntem Blatte heißt es: Es verbreitet sich heute das Gerücht, daß sich in einem gestern stattgehabten Ministerrathe bezüglich der deutschen Verfassungsangelegenheit eine nicht unbedeutende Meinungsverschiedenheit unter den Ministern ergeben habe. Man sagt, die Minister des Innern und der Finanzen, Herr v. Forster und Dr. Aschenbrenner, seien, wie die Verhältnisse jetzt stehen, für unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung. In Folge davon spricht man denn auch schon von einer bevorstehenden Ministerveränderung, die noch vor dem Wiederzusammentritt der Kammern erfolgen würde. In der „Neuen Würzb. Zeitung" heißt es: Kaum sind es einige Wochen, seit unser Ministerium vollständig gebildet ist, und schon spricht man wieder von einer Ministerkrisis. Der Staatsminister des Innern, Herr v. Forster, nach Andern auch Dr. Aschenbrenner, Staatsminister der Finanzen, sollen sich gestern in einem Ministerrathe, dem auch der König beiwohnte, entschieden für die unbedingte Anerkennung der deutschen Reichsverfassung ausgesprochen haben. Nun heißt es, daß man Herrn v. Forster das Handelsministerium übertragen wolle, wogegen v. d. Pforden zum Ministerium des Aeußern auch noch das Portefeuille des Ministeriums des Innern erhalten würde, so daß demnach die unter den jetzigen Verhältnissen beiden wichtigsten Portefeuilles sich in den Händen dieses Ministers mit seiner unglückseligen Vereinbarungstheorie befänden. Ob und in wen diese Gerüchte begründet sind, müssen schon die nächsten Tage zeigen, da man doch wahrscheinlich nicht bis zum Wiederzusammentritt der Kammern mit einer solchen Veränderung warten dürfte. Heute Morgen ist ein zweiter Courier aus Speyer hier eingetroffen und kurz nach dessen Ankunft fand Ministerrath statt. Was die Regierung den Ereignissen in der Pfalz gegenüber thut, oder thun wird, darüber herrscht das größte Geheimniß; gewiß ist nur, daß mehrere Regimenter aus dem diesseitigen Bayern nach der Pfalz marschiren, man bezeichnet namentlich das Infanterieregiment in Neuburg und Eichstädt, das bereits morgen frühe abzumarschiren hat.

Würzburg, 9. Mai. Die hier allgemein verbreiteten Gerüchte von Unruhen in Schweinfurt haben sich nicht bestätigt. Wie wir hören, hat die dortige Landwehr darauf gedrungen, auf die Reichsverfassung beeidigt zu werden, und hat diese Beeidigung selbst vorgenommen, oder wie andere sagen, nur der Reichsverfassung ein Hoch gebracht.

Unsere Kreisregierung hat es für nöthig gefunden, im Intelligenzblatte Folgendes zu veröffentlichen. Durch die Verbreitung gedruckter Aufrufe zum offenen Widerstand gegen den Staat und zur Auflösung der gesetzlichen Ordnung desselben sieht sich die unterfertigte k. Regierung veranlaßt, in nachstehendem Abdrucke einen wörtlichen Auszug der hierher bezüglichen Bestimmungen des Strafgesetzbuches und zwar genau in der Fassung zu veröffentlichen, welche dieselben durch die jüngste Revision im Gesetze vom 12. Mai 1848 erhalten haben. Würzburg, den 3. Mai 1849. Königl. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg, Kammer des Innern. Graf Zugger. Stöckel. (Folgen die Paragraphen.)

= **Dresden**, 7. Mai, 1 Uhr. Das Standrecht ist seit gestern Nachmittag über Dresden verkündet; ob es in der Altstadt hat angesagt werden können, weiß ich nicht, in der Neustadt ist es geschehen. Der Commandant der Bürgerwehr, Oberstlieutenant Heinz, der früher in griechischen Diensten gestanden, ist auf einer Barrikade der Schloßgasse gestern Nachmittag von den in das Georgenthor eingedrungenen Schützen erschossen worden; man sagt, er habe einer Salve derselben ein Bravo zugerufen und habe so sich zu sehr den Schüssen preisgegeben. Die Truppen sind heute in die Moritzstraße vorgedrungen und haben eine Seite derselben besetzt, während von den gegenüberstehenden Häusern auf sie geschossen wird. Das Gewandhaus, von der Moritzstraße zur Kreuzgasse gehend, ist vom Militär genommen worden. So rücken die Truppen, allmälig mehr einschließend, dem Markte, wo die provisorische Regierung sich befindet, näher. Einen Theil der Roemaringasse hat das Militär auch genommen; die „Stadt Gotha", ein Hauptsitz der Schützen aus dem Volke, ist mit Kartätschen vom Neumarkt aus so stark beschossen worden, daß bei den einfallenden Mauern die dort kämpfenden sich haben zurückziehen müssen. Die Ostraallee ist vom Militär besetzt, das Tharmhaus nach zweimaligem Sturm, in welchem die preußischen Soldaten erst zurückgeworfen wurden, ist jetzt auch genommen. Es wird jetzt die Barrikade der Wilsdruffer Gasse mit dem Hause des Restaurateurs Engel von dort aus mit Kartätschen zusammengeschossen. Durch die Wilsdruffer Gasse wollten die jetzt verstärkten Truppen nach dem Markte rücken. Ein neues preußisches Regiment, Kaiser Franz, ist vor einigen Stunden mit der Eisenbahn angekommen; ein Bataillon ist nach einer halben Stunde Rast gegen die Volkskämpfer gezogen. Soll Dresden ganz zerstört werden? Der König will nun theilweise Amnestie — die Rädelsführer sollen ausgeliefert werden — bewilligen; darauf ist das Volk nicht eingegangen. Und so geht der schauervolle zerstörende Kampf fort. Möge der Himmel auf Dresden herabschauen! Aus dem Lande ist in diesen Tagen viel Zuzug für das Volk in Dresden eingetroffen, namentlich auch Freiberger Bergleute.

Freiberg, 4. Mai. Die neun ungarischen flüchtigen Husaren vom Palatinalregimente sind nach einer vorläufigen Entscheidung des königl. Kriegsministeriums, da man mit ihrem bisherigen Benehmen vollkommen zufrieden sein könne, bis zur Entscheidung ihres Schicksals bei Bürgern der Stadt einquartiert.

Freiburg, 7. Mai. Gegen 8 Uhr Abends ging die heutige Sitzung der Geschwornengerichtsverhandlungen zu Ende. Im Beginne der Sitzung wurde einer der interessantesten Zeugen verhört, Welcker, badischer Bevollmächtigter bei der Centralgewalt. Er verbreitet sich über seine Privatverhandlungen mit Fickler im März v. J. und über die von diesem ihm eingereichte Denkschrift über das Verlangen, das badische Volk über die Frage: ob Monarchie, ob Republik? abstimmen zu lassen. Die Aussagen des Zeugen, offenbar mit großer Vorsicht vorgebracht, lassen Fickler in möglichst günstigem Lichte erscheinen, und scheiden die besonders gravirenden Umstände, welche von Seiten der Anklage betont werden, so gut es geht, aus. Brentano griff mit Geschick einige Punkte heraus, in denen er nicht die beste Harmonie vermuthet. Sodann erzählte Fickler selbst den Vorgang. Damit war denn das Zeugenverhör zu Ende und der Proceß trat nun in das Stadium der Anklage- und Vertheidigungsreden. Der Staatsanwalt Amann begründete in einem langen Vortrag seine Anklage, und zwar zunächst gegen Bornstedt, dann gegen Fickler und endlich gegen Krebs und Steinmetz. Er ging auf die Geschichte der deutschen demokratischen Gesellschaft und der deutschen Legion zurück, als deren eigentlicher Begründer Bornstedt anzusehen ist, wies dessen Betheiligung bei dem weitern Unternehmen dieser die Republikanisirung Deutschlands bezweckenden Freischaar nach, und nahm sodann den Einfall ins badische Land, die Wegnahme von Wa en bei Privaten, das Gefecht bei Dossenbach durch, das der Ange lagte commandirte. Von Fickler suchte er nachzuweisen, da dieser durch seine Briefe wie durch mündliche Besprechung mit zwei Abgeordneten der Legion mit dieser in sträflichem Verkehr gestanden, sie in ihrem Vorhaben bestärkt und ihr Rathschläge ertheilt habe. Dann habe er auf d.r Volksversammlung in Achern das Volk zum Umsturz der Verfassung aufgefordert und die Unterstützung durch die deutsch-französischen Freischaaren empfohlen. Endlich begründete er eine Anklage gegen mehrere Artikel der „Seeblätter". Gegen D. Krebs suchte er auszuführen, daß dieser in einer Rede ebenfalls auf der Achener Volksversammlung mit Hinweisung auf das Beispiel von Frankreich für Einführung der Republik thätig gewesen, dann in Straßburg sich der deutschen Legion angeschlossen, ihren Zug mitgemacht und an dem Gefecht bei Dossenbach Antheil genommen. Was den Angeklagten Steinmetz betrifft, so habe dieser gleichfalls zu Achern zum Umsturz der Verfassung, Vertreibung der Fürsten und gewaltsamen Einführung der Republik aufgefordert und dabei einen Degen geschwungen. Dem Staatsanwalt folgten die beiden Angeklagten mit ihren Vertheidigungsreden, zuerst Bornstedt, dann Fickler. Die Fickler'sche Rede dauerte über drei Stunden. In ziemlich populärem Tone gehalten und reich an persönlichen Aufschlüssen, einzelnen Vorgängen in der Revolutionszeit, charakteristischen Zügen, politischen Erörterungen nahm sie trotz ihrer Ausdehnung, die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch. Morgen werden die beiden andern Angeklagten und sodann die Vertheidiger sprechen. (Fr. J.)

Freiberg, 8. Mai. In der heutigen Schlußsitzung der Assisen wurden Fickler, Steinmetz und Krebs von den Geschwornen für Nichtschuldig erkannt und sofort freigesprochen, A. v. Bornstedt hingegen zu anderthalb Jahren Zuchthaus oder dem entsprechend zu einem Jahre Einzelhaft verurtheilt.

Aus Mecklenburg, 6. Mai. In der 87. Sitzung der Abgeordnetenversammlung wurde der Antrag der vereinigten Centren und der Linken: „aus Veranlassung des vom preußischen Ministerium unter dem 28. April an die deutschen Regierungen erlassenen Circulars spricht die Kammer der Abgeordneten die sichere Erwartung aus, daß die Regierung bei der von ihr erklärten Anerkennung der Rechtsgiltigkeit der von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen und verkündigten Reichsverfassung beharren werde," trotz lebhaften Widerspruches von Seiten der Rechten, mit 79 gegen 9 Stimmen angenommen. Ein Antrag Pohle's auf Vereidigung des Militärs und der Beamten auf die Reichsverfassung wurde von dem Antragsteller zurückgezogen. Ferner wurden die Anträge des Verfassungsausschusses genehmigt, wonach die bewaffnete Macht aus dem stehenden Heere und der Volkswehr bestehen soll. Das Heer steht außer im Kriege und Dienste unter denselben Gesetzen und Behörden, wie die übrigen Bewohner des Staatsgebietes. Die Offiziere und Unteroffiziere sind Staatsdiener. Diejenigen der Volkswehr werden von der Mannschaft gewählt. — Die Volkswehr ist nach dem Berichterstatter: „die einzige Garantie, die das Volk gegen Uebergriffe von Oben habe, das einzige Mittel zum Schutz der gesetzlichen Freiheit." — Von Agitationen hinsichtlich der deutschen Frage hört man nichts; Volksversammlungen in der bezeichneten Angelegenheit haben nicht stattgefunden. Doch ist nicht zu zweifeln, daß auf ein Signal von Frankfurt her das Land sich erheben würde. Möge dort, wie es den Anschein hat, die Besonnenheit siegen. Mögen aber auch die Regierungen von den Octroyirungsideen zurückkommen. (D. R.)

Wiesbaden, 8. Mai. In der heutigen Sitzung des Landtags äußerte sich Ministerpräsident Hergenhahn wegen Vereidigung des Militärs und der Beamten: Die bewaffnete Macht des Herzogthums ist bereits seit vorigem Jahr der Reichsgewalt zur Disposition gestellt. Dagegen hat die Centralgewalt die Vereidigung auf die Verfassung noch nicht für möglich erklärt, wie auch aus den von den Reichsministern kundgegebenen Erörterungen erhellt. So lange die Oberhauptsfrage nicht erledigt ist, kann auch ein Eid auf die Verfassung nicht geschworen werden, welche dieses Oberhaupt in sich schließt. Eben so ist das Reichsministerium der Ansicht, daß eine Spaltung im deutschen Heere dadurch hervorgerufen werde. Im Uebrigen soll in Nassau Alles gethan werden, um die Verfassung einzuführen, namentlich auch, sobald die Vorbereitungen erfolgt sind, die Wahlen für den neuen Reichstag ausgeschrieben werden. Auch hat die nassauische Regierung als Antwort auf die badische Note erklärt, daß sie den von Preußen ausgeschriebenen Congreß nicht beschicken könne, indem sie nicht dafür halte, daß auf diesem Wege die Verfassung abgeändert werden könne.

‖ **Aus Thüringen**, 8. Mai. Um den in Nr. 107 der „Oberpostamts-Zeitung" gerügten Uebelstand zu beseitigen, hat die Direction der Thüringer Eisenbahngesellschaft, die bisher leider bei ihren Fahrplänen stets den Anordnungen der Leipzig-Magdeburger Eisenbahngesellschaft sich hat fügen müssen, und bis zur Herstellung der Zweigbahn von Weißenfels bis Leipzig zu dieser Nachgiebigkeit verurtheilt werden wird, ihre Morgenzüge von Halle ab mit dem 8. d. M. einer Abänderung unterworfen, und durch Abfertigung des ersten Personenzuges um 9 Uhr statt 7 Uhr den Anschluß des ersten Personenzuges an den ersten Zug von Leipzig in Halle wieder hergestellt. Ist auch das reisende Publikum der Direction der Thüringer Eisenbahn für diese Nachgiebigkeit im Interesse der Sache zu Dank verpflichtet, so bringt doch jede solche Aenderung für alle Seitenverbindungen höchst unangenehme, oft sehr weitgreifende Störungen mit sich, und es dürfte in der That hohe Zeit sein, daß die deutsche Centralgewalt sich dieses Gegenstandes annehme und mehr Harmonie und

Stabilität in die Fahrpläne der verschiedenen Eisenbahndirectionen zu bringen suche.

Schweiz.

Altdorf (Uri), 6. Mai. Die Landesgemeinde hat eine Totalrevision der Verfassung und der Gesetze beschlossen und einen Verfassungsrath („Verfassungscommission") von 21 Mitgliedern in offenem Handmehr gewählt. Die Wahl war entschieden conservativ mit weit überwiegender Mehrheit.

Italien.

§ **Rom**, 30. April. Vor einer Viertelstunde, gerade Mittags, hat endlich der Angriff der Franzosen bei Porta Cavalleggieri, ganz nahe bei St. Peter stattgefunden. Man vernimmt anhaltendes Artillerie- und Tirailleurfeuer. Von französischer Seite scheint bis jetzt nicht mehr als eine Batterie, von römischer noch weniger im Feuer zu sein. Die Kanonen im Garten des Vaticans schießen äußerst langsam. Gestern kamen 600 Mann Lombarden zur Verstärkung hier an. In der Stadt herrschte bis jetzt vollkommene Ruhe. Barrikaden sind nur in geringer Anzahl vorhanden, so daß mit Einnahme eines Thores der Kampf ziemlich sein Ende erreichen wird. Eine kleine Rache hat man noch im letzten Augenblick an den Geistlichen genommen. Gestern und heute ward eine große Zahl der prächtigen Cardinalswagen vom Volk zertrümmert und verbrannt. Sonst vernimmt man, bis auf die Ermordung eines Priesters, nichts von Excessen. Die Fremden haben an verschiedenen Orten Sicherheitswachen erhalten; wir Deutschen hätten ohnedem in diesem Orte weniger zu fürchten, als die Franzosen.

§ **Rom**, 30. April, Abends. Die öffentliche Meinung ist seit dem Anrücken der Franzosen völlig umgeschlagen. Man kann dreist behaupten, daß die Mehrzahl des Volkes den Sturz der republikanischen Regierung sehnlich wünschte. Ohne Hoffnung auf eine Reaction im Innern erwartete man den Angriff der Oesterreicher oder Neapolitaner. Man fand es ganz in der Ordnung, wenigstens nicht auffallend, wenn Oesterreich und Neapel auf die Restauration des Papstthums hinarbeiteten. Allein seit Frankreich aggressiv verfährt, sind selbst aufrichtig Päpstlichgesinnte, welche die Oesterreicher als Erretter empfangen haben würden, entrüstet. Sie klagen, daß Radetzky sein in Vicenza gegebenes Versprechen, nach Rom zu kommen, nicht erfüllt habe und „quel balourd" Franzosen hier anrücken lasse. Eine große Masse anderer Leute hat sich der Sache des Papstes abgewendet und macht gemeinschaftliche Sache mit den Republicanern, aus Erbitterung gegen Frankreich, das seine Versprechungen, Italien Freiheit und Unabhängigkeit zu bringen, jetzt nur durch einen feindlichen Angriff erfüllt. Das Glück der oesterreichischen Waffen, die humane Behandlung der Römer in Vicenza, hatte im Stillen viel gewirkt. Jetzt schlagen sich die von den Oesterreichern gehetzten Corps, des Garibaldis und die Lombarden, mit Muth gegen die Franzosen und was noch mehr ist, wenigstens vorläufig mit Glück. Selbst der Bürgersoldat bekommt Muth und rückt freiwillig ins Feuer. Der Geist der Römer hat einen Aufschwung genommen, der nicht erwartet werden konnte, und jedes, wenn er nicht bis zum letzten Momente andauern sollte, manche frühere Schmach einigermaßen wieder gut macht. Auf der andern Seite weiß man nicht, was man zu den Franzosen sagen soll, und sie selbst mögen sich in einer peinlichen Lage befinden. Sie glaubten, mit offenen Armen aufgenommen zu werden, und finden entschiedenen Widerstand. Gefangene haben ausgesagt, in Toulon sei ihnen vorgespiegelt worden, sie sollten sich mit den Römern gegen die Deutschen schlagen. Jetzt fanden sie an allen Häusern auf der Straße von Civitavecchia hierher den Artikel 5 ihrer Constitution angeschlagen, in dem es heißt, „daß Frankreich seine Kräfte nie gegen die Freiheit eines Volkes anwenden werde." Da soll es bittere Enttäuschungen gegeben haben. Man sagt, Offiziere hätten ihre Degen vor der Fronte zerbrochen. Der Angriff selbst muß ein verunglückter genannt werden. Augenscheinlich ist zwar nur ein Theil der französischen Streitkräfte im Feuer gewesen und man könnte allerdings den heutigen Kampf nur für eine große Recognoscirung ansehen; möglich ist es aber auch, daß man gemeint hat, Roms mit so geringen Kräften Meister werden zu können, und in diesem Falle müßte man sagen, daß die Franzosen eine tüchtige Schlappe, moralisch noch größer, als materiell, erlitten haben. Ueber die Zahl ihrer Todten und Verwundeten weiß man noch nichts Bestimmtes; aber mehr als 200 Gefangene, darunter ein Major, sind eingebracht worden. Zwar sagt man, daß unter diesen Leuten viele römisch gesinnte seien, die sich vielleicht gutwillig gefangen gaben, Andere haben sich überrumpeln lassen, weil sie die rothen Hosen der Römer für französische hielten. Aber immer wird dies einen schlimmen Eindruck im Lager machen, einen noch schlimmeren vielleicht in Paris, und den schlimmsten hier in Rom. Denn der Widerstand hat sich durch dieses unerwartete Glück verdoppelt. Am meisten aber leidet dadurch die Sache des Papstes und es ist schwer abzusehen, wie die Franzosen verantworten wollen, was sie durch übel angebrachte Freundschaft jetzt verschulden.— Der heutige Kampf dauerte bis gegen 5 Uhr Abends. Das Centrum der Operationen war Porta Cavalleggieri, denen sich Kämpfe auf beiden Flügeln, bei Villa Pamphili und hinter den Mauern des Vatican anschlossen. Die römische Artillerie war schlecht, die französische vortrefflich bedient; auch sonst ward von den Franzosen sehr gut geschossen. Gleich zu Anfang stürzte einer der besten römischen Artillerieoffiziere, Calandrelli, durch die Brust getroffen; bald nachher ein Hauptmann, der, obwohl Franzose, Römer commandirte; beträchtlich ist die Zahl der übrigen Todten und Verwundeten. Dennoch ist es den Franzosen nicht gelungen, irgend eine Position von Wichtigkeit zu nehmen. Der Muth der Garibaldi'schen Schaaren wird besonders gelobt. Man sagte sogar, sie hätten vier Kanonen erobert, was sich jedoch nicht bestätigt; nach andern sollen die Römer Geschütz verloren haben. Garibaldi selbst soll verwundet, mehrere seiner Offiziere aber gefallen sein.

§ **Rom**, 1. Mai. Wir erwarteten heute, durch Kanonendonner aus dem Schlafe geweckt zu werden, indeß ist noch jetzt, gegen 2 Uhr Nachmittags, alles vollkommen ruhig. Man wird ganz irre an dem Verfahren der Franzosen. Ihr gestriger Versuch muß es ihnen nicht rathsam erscheinen lassen. Rom vom rechten Tiberufer anzugreifen. Man sagt, daß sie in der Gegend des alten Veji versuchen wollen, über die Tiber zu gehen; und hier wird d'Ayhald an der Befestigung des Pincio gearbeitet. Unbegreiflich erscheint es, daß die Franzosen von den Römern sich haben ärztliche Hülfe erbitten müssen! Hier ist alles guten Muthes und harrt eines neuen Angriffes. Immer mehr Reactionäre werden bekehrt. Die Stellung der Deutschen hat sich für den Augenblick wesentlich gebessert, da aller Haß sich gegen die Franzosen richtet. Wir sind nicht mehr allein Barbaren, sondern ein neuer „Brennus" vor Rom. Heut. Eigenthümlich ist es, daß das dänische Consulat eine Schutzwehr erhalten hat, die aus zwei Italienern und fünf Deutschen besteht. So ist gerade über dem von Künstlern vielbesuchten Caffe greco und die deutschen Civici haben sich diesen Posten selbst auserkoren.

Frankreich.

§* **Paris**, 7. Mai. Während man von einem Tage auf den andern auf die Nachricht von dem Einrücken unserer Expeditionsarmee in Rom wartete und diese auch bereits von mehreren Blättern gebracht worden war, ist uns heute eine Botschaft zugegangen, die uns um so mehr überraschte, je weniger wir eine solche gehofft hatten. Sie lautet ganz einfach: Die Franzosen sind vor Rom geschlagen worden und haben sich einstweilen zurückziehen müssen. Man kann sich denken, welche Sensation diese Nachricht hier gemacht hat und wie sie namentlich von der radicalen Partei, welcher die ganze Expedition ohnehin ein Dorn im Auge war, ausgebeutet wird. Die Einzelnheiten des Vorganges erhielten wir durch zwei Schiffe, welche am 3. in Toulon angelangt sind. Das erste davon meldete, daß General Oudinot mit 2—3000 Mann vor Rom gerückt, in der Hoffnung, dort dieselbe Aufnahme wie bei seiner Landung in Civitavecchia zu finden, statt dessen aber lebhaft zurückgedrängt und genöthigt worden ist, sich bis auf vier Stunden von Rom zurückzuziehen. Ein Mann wurde dabei getödtet und 25 verwundet, der Bruder des Generals, Capitän Oudinot, welcher als Parlamentär nach Rom geschickt worden war, als Geißel zurückbehalten. Die andere Fregatte „l'Orenoque" brachte folgende Nachrichten: „Nach dem eben angezeigten Rückzug wollte General Oudinot einen neuen Versuch machen, allein dieser fiel ebenso unglücklich und noch unglücklicher aus, wie der erste. Eine Compagnie der Jäger von Vincennes hatte sich zu weit in die Straße gewagt und konnte nur mit Mühe und Verlust wieder freigemacht werden. Eine Compagnie des 20. Regiments wurde durch ein mörderisches Gewehrfeuer, das von den Fenstern aus gegen sie gerichtet wurde, ganz niedergeschossen. Unsere Truppen zählen 150 Todte und 400 Verwundete zählen. General Oudinot selbst war bereits gefangen und wurde von den Unsern nur mit großer Mühe wieder freigemacht, sein Adjutant blieb auf dem Platze. Unsere Armee hat sich nach San-Paolo, eine und eine halbe Stunde von Rom, zurückgezogen." Dieser ungünstige Erfolg soll die Regierung veranlaßt haben, den General Oudinot abzuberufen und ihn durch den General Bedeau zu ersetzen, eine Maßregel, an die wir nicht recht glauben, und die, obschon sie das sonst gut unterrichtete Blatt „l'Evenement" bringt, doch noch sehr der Bestätigung bedarf. Was aber das Vorschreiten unserer Truppen in Italien betrifft, so sind wir überzeugt, daß sie den Widerstand, welchen sie Anfangs fanden, bald kräftigst besiegt haben werden.

Die Gegenwart der Russen in den österreichischen Provinzen hat die Regierung zu militärischen Vorkehrungen, die an der Ostgrenze getroffen werden sollen, veranlaßt. Zu diesem Behufe sind die commandirenden Generale von Metz und Straßburg nach Paris gerufen worden.

Die „Patrie" will aus zuverlässiger Quelle wissen, daß die Oesterreicher in Bologna eingerückt sind, und daß, auf ausdrückliches Verlangen des Großherzogs Leopold, der österreichische General d'Aspre auf Livorno losmarschirt.

Galizien.

Briefe aus **Lemberg** vom 30. April melden uns, daß auf die anfänglichen Befehle aus Wien zur Aufnahme der Russen in der Bukowina ꝛc. Gegenbefehle aus Wien gekommen seien. Auch in Wien hieß es an der Börse seit 2 Tagen, diese Intervention sei wieder auf Schwierigkeiten gestoßen. Jedenfalls scheinen die Russen noch nirgends eingerückt.

Nachschrift.

Wien, 5. Mai. Wenn auch dem Vernehmen nach der Aufenthalt des Kaisers nur kurz dauern soll, so hat derselbe doch für morgen früh 11 Uhr die Aufwartung der Stadtbehörden angenommen, denen sich die Bürger in Masse zu einem Festzug anzuschließen übereingekommen sind. Heute ist allgemeine Beleuchtung. Der Kaiser begibt sich zur Armee nach Preßburg. — Nachmittags 4 Uhr. Sorben verbreitet sich das Gerücht, Welden habe die Offensive ergriffen, die Insurgenten wichen zurück. Wien ist übervoll von Flüchtlingen aus Ungarn, deren jeder Eisenbahnzug und eine Unzahl Privatwägen faßt stündlich bringt. Man will mit Bestimmtheit wissen, der Kaiser von Rußland komme morgen hier an. (A. Z.)

Aus dem Berliner lithographirten Tagesbericht ist die Nachricht in ein hiesiges Blatt übergegangen, „daß ein Ministerrath in Berlin in der ungarischen Angelegenheit stattgefunden, in dem der Minister Graf Arnim die von Oesterreich beantragte Truppenunterstützung zu seinem Antrage, unter kräftigem Widerspruche des Prinzen von Preußen, machte." Nun erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß Oesterreich nicht Hilfe bei Preußen gesucht, daß Preußen auch Oesterreich keine Hilfe angeboten habe. Die Nachricht beruht also auf einem Irrthume. Preußen zieht allerdings ein Observationscorps in der Nähe von Krakau zusammen, jedoch zu seiner eigenen Sicherheit, nicht zur Unterstützung Oesterreichs. (Lloyd.)

Wien, 5. Mai. Ueber die Ursache der Ankunft des Monarchen herrschen verschiedene Meinungen; die glaubwürdigste und plausibelste dürfte wohl die sein, welche ihn den Oberbefehl über die Armee übernehmen läßt. Die russischen Hilfstruppen sollen nämlich unter das Obercommando des Fürsten Paskewitsch gestellt werden, während Feldzeugmeister Welden dasjenige der österreichischen Armee behält; um nun diese beiden Notabilitäten nicht eine der andern unterzuordnen, übernimmt der Kaiser den Oberbefehl über die gesammte österreichisch russische Macht, und beide Feldherren empfangen die Befehle unmittelbar von ihm; in Wirklichkeit aber soll den Feldzug Paskewitsch leiten. So lautet das Gerücht. Ueber den Anmarsch der Russen haben wir noch nichts Bestimmtes. Von der kaiserlichen Armee hören wir, daß sie sich anschickt, die Offensive zu ergreifen; die Avantgarde soll gestern wirklich gegen Raab vorgerückt sein. Im südlichen Ungarn sollen die Russen in der That eingerückt sein; man will heute hier Briefe aus Orsova haben, welche ihr Erscheinen in dieser Stadt mit Bestimmtheit melden. Reisende, die auf Umwegen von Pest hier anlangten, erzählen, daß es zwischen den ungarischen und polnischen Befehlshabern zu ernstlichen Zwistigkeiten gekommen sei. Anlaß dazu soll die Absicht der Polen, sich mit Macht nach Galizien zu werfen, gegeben haben. Kossuth will sich erst seine Stellung im Lande selbst sichern, ehe er einen Einfall in ein Nachbarland unternimmt, während die Polen vor Begierde brennen, den eigentlichen Zweck ihres Beginnens, je eher, je lieber zu verfolgen. In Pest sind wieder die revolutionären Namen der Straßen eingeführt worden, und zwar sind die Aufschriften wieder bloß in ungarischer Sprache, so wie denn überhaupt das deutsche Wort mehr denn je verpönt ist, was die dortigen deutschen Spießbürger nicht hindert, mit den Unterdrücken ihrer Nationalität sympathisiren! (N. C.)

** **Wien**, 6. Mai. Nun heißt es heute wieder: die Russen kommen nicht! England habe protestirt, Frankreich wahrscheinlich auch. Bestätigung für diese Angabe will man darin finden, daß Privatbriefe, Reisende, Zeitungen ꝛc. übereinstimmend berichten, von den in Krakau angesagten Russen seien bis zum 2. keine dort eingetroffen; die an der Grenze erschienenen Heerabtheilungen hätten sich vielmehr wieder in das Innere von Russisch-Polen zurückgezogen. Nach den Einen soll dies die Folge eines Protestes seitens England, nach Andern die Folge von Unruhen sein, die sich auf russischem und polnischem Boden demerkbar machten. Auch die an der Grenze der Bukowina bereit gestandenen 10,000 Russen sollen von Petersburg Gegenbefehl erhalten und nach dem Innern zurückmarschirt sein. Die nächsten Tage müssen Aufschluß geben. Der Kaiser, dessen Anwesenheit gestern Abend durch Erleuchtung der Stadt und Verstädte gefeiert wurde, geht morgen zur Armee nach Ungarn ab. Tyrnau ist von den k. k. Truppen verlassen und die Eisenbahn von denselben durch Aufreißung der Schienen unfahrbar gemacht. Die Ungarn stehen mit 3000 Mann Szered gegenüber.

Börsenberichte.

Frankfurt, 9. Mai. Bei schwachem Verkehr war auch die Stimmung der heutigen Börse nicht günstig, die schwierige Lösung der deutschen Frage hemmt die Speculation. Sämmtliche Fonds sowohl wie Eisenbahnen waren auf heute mit Ausnahme 3pCt. Oran. Obligationen die sich sehr fest auf ihrem Standpunkt behaupteten, unter der gestrigen Notiz zu erhalten. 5pCt. Metall. 7/8pCt. niederländ. 74 pCt., 2½pCt. Metall 39½ pCt., Wienerbankactien 1140 fl., 500 fl. Loose 125 pCt., 250 fl. Loose 76½, pCt. Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27 Rthlr., Badische 35 fl. Loose 27½, ¾ fl., do. to 50 fl Loose 47½, fl., Darmstädter 25 fl. Loose 21½ fl., do. 50 fl. Loose 70 fl., Nassauer 25 fl. Loose 20½, fl., Poln. 500 fl. Loose 72 Rthlr. Von süddeutschen Obligationen 4½pCt. Württemberger 93¾ pCt., do. 3½pCt. 76½, pCt. Bad. 3½pCt. Obligationen 70½ pCt., do. 5pCt. bad. vom Jahr 1845 95½, pCt. 5pCt. Nassauer Obligationen vom Jahr 1849 99½, pCt. G. Belgische Obligationen gut preishaltend. Holländ. 2½pCt. Integralen 49½ pCt. G. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 3c., Rthlr., Berbach 70 pCt., Köln-Mindener 75½, pCt., Taunus 276 fl. G. 3pCt. inländ. Spanischliehen 24½, pCt. G. Von Wechseln Amsterdam 100½, Augsburg 119½, Hamburg 88, London 120½, G., Pariser 95½, ½ G., Wiener 102½ Bf. Lange Devisen bei Mangel an Baarsaldo gesucht, namentlich zur Getreidelage.

Amsterdam, 7. Mai. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 49⅝, ½, ½. — 3pCt. Schuld 38⅝, ½. — 4pCt 77½ — 5pCt. Arn. 12½. — do. à 510 Pf. St. 12½. — 3pCt. inländ. à 6000 fl. 21½, ½, ½. — 3pCt. Port. 28½. — 4pCt. do. 24½, ½. — Russ. 4pCt. bei Hope 81½, ½. — do. bei Stieglitz 81½, ½. — 5pCt. Metall. 72. — 2½pCt. do. 38½.

Der Markt in unsern inl. Fonds war heute etwas fester gestimmt. In Integr. zeigte der Handel noch einige Lebhaftigkeit. Alle fremde Effecten ebenfalls zu niedrigern Coursen angeboten. Petersburg etwas fester. Im Allgemeinen war der Handel von keinem Belang.

Paris, 8. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 89. 45. — 3pCt. 57. 65. — Innere Schuld 21½, G. — Bankactien 2400. — Der alten, rechtes Ufer 205. — Linkes Ufer 177. 50. — Paris-Orleans 845. — Paris-Rouen 575. — Orleans Bordeaux 410. —Orleans Bierzon 361. 75. — Rouen Havre 292. 50 — Marseille-Avignon 215. — Straßburg-Basel 105 — Nordbahn 43. 75. — Paris-Straßburg 375. Röm. Anleihe 78, 77½. Die ungünstigen Nachrichten aus Rom haben die Course etwas heruntergedrückt.

Madrid, 2. Mai. Heute blieb wegen Feiertag die Börse geschlossen. An der kleinen Börse wurden 3pCt. zu 23½ verhandelt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

[1269]

Privat - Anlehen

Sr. Maj. des Königs von Sardinien Carl Albert von Francs 3,600,000.

Bei der heute am 1. Mai 1849 vor Notar und Zeugen planmäßig vorgenommenen achten Serienziehung des oben genannten durch uns negoziirten Anlehens wurden nachstehende 15 Nummern gezogen:

Serie	130	Nr.	12901	bis	13000 incl.
„	194	„	19301	„	19400 „
„	228	„	22701	„	22800 „
„	326	„	32501	„	32600 „
„	465	„	46401	„	46500 „
„	579	„	57801	„	57900 „
„	593	„	59201	„	59300 „
„	597	„	59601	„	59700 „
„	609	„	60801	„	60900 „
„	665	„	66401	„	66500 „
„	791	„	79001	„	79100 „
„	797	„	79601	„	79700 „
„	808	„	80701	„	80800 „
„	835	„	83401	„	83500 „
„	848	„	84701	„	84800 „

was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Frankfurt a. M., den 1. Mai 1849.

Gebrüder Bethmann.

[1270]

Privat - Anlehen

Sr. Maj. des Königs von Sardinien Carl Albert von Francs 3,600,000.

Bei der heute am 1. Mai 1849 vor Notar und Zeugen planmäßig vorgenommenen vierten Prämien-Ziehung obigen Anlehens sind gefallen

Frs. 40,000	auf	Nr.	79019
„ 4,000	„	„	9710
„ 2,000	„	„	79641
„ 500	„	jedes der Nr.	34801, 38338, 75136,
„ 100	„	„ „ „	32552, 42744, 45611, 47060, 75132, 83416, 81750. 83964, 85997, 96418,
„ 75	„	„ „ „	657, 16021, 19388, 45593, 59683, 79013. 83249, 81735, 84795, 94028.
„ 40	„	jede der übrigen Nummern der am 2. December 1848 gezogenen Serien Nr. 7, 98, 113, 118, 161, 174, 210, 334, 349, 384, 393, 428, 456, 457, 471, 678, 710, 752, 756, 833, 869, 941, 949, 965, 985, so wie der heute am 1. Mai 1849 gezogenen 15 Serien 130, 194, 228, 326, 465, 579, 593, 597, 609, 665, 791, 797, 808, 835, 848. Die Zahlung dieser Prämien erfolgt nach Eingang am 1. August 1849 an der Casse der Unterzeichneten im festen Course von 28 fr. pr. Franc.		

Frankfurt a. M., den 1. Mai 1849.

Gebrüder Bethmann.

[1350]

Bürger - Verein

Versammlung im Wolfseck Freitag den 11. Mai, Abends 7 Uhr.

Berathung über den Frankfurter Verfassungsentwurf.

[1252] Bei Friedrich Schulthes in Zürich ist so eben erschienen und in der Jäger'schen Buch-, Papier- und Landkartenhandlung in Frankfurt a. M. zu haben:

Bericht
über die
militärischen Operationen
im
lombardischen Feldzuge vom Jahr 1848,
dem Kriegsministerium erstattet
vom
General Bava.
Aus dem Italienischen von W. S.
I. Abth. 8. broch. pr. complet fl. 1.

[1330]

Sodener Eisenbahn.

Vom **8. Mai l. J.** an finden bis auf weitere Anordnung die Eisenbahnfahrten zwischen **Frankfurt, Höchst** und **Soden** folgendermaßen statt:

Von Frankfurt nach Höchst u. Soden.	Von Höchst nach Soden.	Von Soden nach Höchst u. Frankfurt resp. Castel und Wiesbaden.
Vormittags	**Vormittags**	**Vormittags**
6 Uhr 45 Min.	7 Uhr 15 Min. in Verbindung mit dem um 6 Uhr Mrgs. von Wiesbaden nach Frankfurt abgehenden Zuge der Taunus-Eisenbahn.	8 Uhr 20 Min.
	8 Uhr 50 Min.	9 „ 5 „ zum Anschluß an den um 9 Uhr 5 M. Mrgs. von Frankfurt nach Castel, Biebrich u. Wiesbaden abgehenden Zug der Taunus-Eisenbahn.
9 „ 25 „	9 „ 50 „ in Verbindung mit dem um 8½ Uhr Morgens von Wiesbaden nach Frankfurt abgehenden Zuge der Taunus-Eisenbahn.	10 Uhr 30 Min.
11 „ 15 „	11 Uhr 30 Min.	12 Uhr
	12 „ 20 „ in Verbindung mit dem um 11 Uhr Morgens von Wiesbaden nach Frankfurt abgehenden Zuge der Taunus-Eisenbahn.	
Nachmittags	**Nachmittags**	**Nachmittags**
3 Uhr 10 Min.	3 Uhr 25 Min.	4 Uhr 45 Min.
5 „ 45 „	6 „ 15 „ in Verbindung mit dem um 5 Uhr Nachmittags von Wiesbaden nach Frankfurt abgehenden Zuge der Taunus-Eisenbahn.	7 Uhr 20 Min.
	7 Uhr 45 Min.	8 „ 15 „ zum Anschluß an den um 8½ Uhr Abs. von Frankfurt nach Castel, Biebrich und Wiesbaden abgehenden Zug der Taunus-Eisenbahn.
8 „ 10 „	8 „ 25 „	8 Uhr 45 Min.

An Sonn- und Festtagen findet die letzte Abendfahrt auf allen Stationen eine halbe Stunde später statt.

Außer den vorstehenden Fahrten finden an Sonn- und Festtagen folgende Extra-Fahrten statt:

Von **Frankfurt** nach **Höchst** und **Soden** Mittags 1½ Uhr.

Von **Soden** nach **Höchst** und **Frankfurt** Mittags 2 Uhr.

Soden, im Mai 1849.

Der Vorstand
der Sodener Actien-Gesellschaft.

[1273] Im Verlage des Unterzeichneten ist erschienen und versendet:

Vollständiges Namen- und Sachregister zu Schlosser's Geschichte des 18 und 19. Jahrhunderts bis zum Sturz des französischen Kaiserreichs, zweite und dritte Auflage. Nebst einigen biographischen und chronologischen Notizen zur Erläuterung und Ergänzung angefertigt von Dr. G. Weber in Heidelberg. 12½ Bogen stark, somit das ganze Werk in Band 1—6 und 7. Bd. in 2 Abtheil. bestehend nun vollständig durch alle Buchhandlungen zu beziehen. Preis vom 7. Bd. 2. Abth. sammt Register Rthlr. 3. 16 gGr. oder fl. 6. 36 kr. Velin Rthlr. 4. 20 gGr. oder fl. 8. 18 kr.

Ferner in demselben Verlag:

Auswahl aus Ulfilas gothischer bibelübersetzung. Mit einem wörterbuch und mit einem grundriss zur gothischen buchstaben- und flexionslehre. Von K. A. Hahn. Preis 1 fl. 20 kr. oder 18 gGr. geh.

Zu den kirchenrechtlichen Quellen des ersten Jahrtausends und zu den pseudoisidorischen Decretalen. Mit besonderer Rücksicht auf noch nicht bekannte Handschriften. Von C. F. Rossbirt. Preis 16 gGr. oder fl. 1. 12 kr. geh.

Heidelberg, im April 1849.

J. C. B. Mohr.

[1292]

Selterser Mineralwasser.

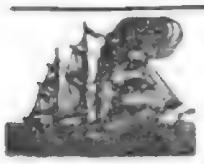
Die mit dem Selterser Kreuzzeichen versehenen Krüge werden nach Consumtion des wahren Inhalts nicht selten dazu benutzt, anderes Mineralwasser in denselben zum Verkauf zu bringen.

Die unterzeichnete Verwaltung sieht sich daher veranlaßt, auf diesen Verkauf mit dem Bemerken aufmerksam zu machen, daß, abgesehen von den bekannten äußern Kennzeichen der Krüge, alles ächte Selterser Mineralwasser nur durch Stopfen geschlossen wird, welche am untern Theil mit dem hierneben abgedruckten Brandzeichen versehen sind.

Niederselters, den 1. Mai 1849.

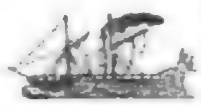
NASSAU SELTERS

Herzogl. Nass. Brunnen-Comptoir
Notwitt.



☞ Für Auswanderer. ☜

„Die Hoffnung."



Concessionirte deutsche Büreaux
für
Auswanderer nach Amerika
von **J. M. Bielefeld** in **Mannheim.**

London bei **Ullmann, Hirschhorn & Co.** — **New-York** bei **Schulz und Bielborn**

Regelmäßige Fahrten gekupferter Dreimaster erster Klasse, sogenannte **Packetboote,**
nach **New-York** und **New-Orleans.**

Bei Gründung dieser Linie habe ich zunächst mein Augenmerk darauf gerichtet, daß der Auswanderer auf der ganzen Reise nur mit Deutschen zu verkehren hat, deren Aufgabe es ist, sich mit aller Wärme seiner anzunehmen und ihn mit Rath und That zu unterstützen; auch bei seiner Ankunft in Amerika wird er von Deutschen empfangen, welche ihm jede Auskunft, seine Weiterreise und Ansiedelung betreffend unentgeltlich zu ertheilen haben.

Außer dem Schutze, den vorzugsweise das englische Gesetz dem Auswanderer bietet, ist er auch in den Seehäfen vor Uebervortheilung dadurch geschützt, daß er in **Rotterdam** sowohl, als in **London** während der ganzen Dauer seines Aufenthalts freie Beherbergung und Beköstigung in guten deutschen Gasthäusen findet, wodurch ihm gewiß die beste Bürgschaft für rasche Beförderung gegeben ist.

Die **Preise** sind auf das **Billigste** berechnet.

Zur nähern Erkundigung, so wie zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen, beliebe man sich an meine unterzeichneten General-Agenten oder deren Agenten zu wenden, bei denen Prospecte gratis abgegeben werden.

Mannheim, im März 1849. **J. M. Bielefeld.**

Frankfurt a. M.	Herr	Heinrich Klippel.	Mainz	Herr	Heinrich Zix
Stuttgart	„	Friedr. G. Schulz sen.	Cöln	„	Vogel & Mack.
Straßburg	„	Louis Bielefeld.	Rotterdam	„	L. Mayer & Co.
Biebrich	Herr	J. A. Lembach.			

In Bezug auf Obigen bemerke ich noch, daß im Monat Mai 5 Boote und zwar am 3., 10., 17., 24. und 31. expedirt werden und empfehle ich mich zu jeder Auskunft und zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen

[1265] **Heinrich Klippel,** General-Agent in Frankfurt a. M.

[1341] In einer bedeutenden Leder- und Leinwand-Lackir-Fabrik des Auslandes wird ein tüchtiger Werkmeister gesucht, der mit dem neuesten Verfahren in schwarzer sowohl wie couleurter Fabrikation wohl Bescheid weiß, und sowohl durch gültige Zeugnisse seine Fähigkeit bekunden, wie auch als ein Mann von Charakter bekannt ist, um sein Engagement mit Vertrauen besorgen zu können. Nur ein solcher wird eine geeignete Stelle finden.

Nähere Auskunft ertheilt die Redaction d. Bl. unter Nr. 1341.

[1314]

☞ **Heilsame Erfindung!** ☜

Neu verbessertes Hümmert's

Pollutions-Verhütungs-Instrument.

dessen Vertretung, da es ohne im Geringsten Unannehmlichkeiten oder nachtheilige Folgen herbeizuführen jene Pollution zuläßt, — mit von der Königl. Hochl. Regierung zu Erfurt bewilligt worden ist und für deren zweckmäßige einfache Einrichtung die beiden Zeugnisse von der medicinischen Facultät zu Paris, wie von mehreren Sanitätsbehörden, vorliegen. — Gegen portofreie Einsendung des Betrags erhält das Instrument nebst Gebrauchsanweisung vom Unterzeichneten zugeschickt.

1 Instrument in feinem Neusilber	mit Suspensorium	4	Rthlr. Preuß. Cour.
1 „ „ „ Messing	mit Suspensorium	3	„ „ „
1 „ „ „ Holz, ohne Suspensorium		2	„ „ „

H. J. Frankenheim in **Bleicherode** bei Nordhausen.

Rowland's Macassar Oil

zur Erhaltung und Beförderung des Haarwuchses à 2 fl 20 kr pr. Glas, sowie deren andere Fabrikate und — wenn ächt — mit obigem Stempel versehen sind nur allein zu haben in **Frankfurt am Main** bei unserm Agenten

Herrn **Friedr. Breul** jun., Zeil Nr. 61.

London, Hatton Garden 20, im Mai 1849.

A. Rowland & Son.

Vereins-Zehn-Gulden-Loose.

Ziehung den 15 Mai.

Hauptpreise fl. **20,000, 5000, 1500** ꝛc. sind coulemäßig zu erhalten bei

J. N. Trier & Cie.

NB. Nach vorhergegangener Uebereinkunft können die Loose bis Ende Mai mit einem kleinen Nachlaß wieder rückgegeben werden. [1289]

[1347] **Bekanntmachung.**

Johannes Goldmann, biesiger Bürgerssohn geboren am 19. August 1790, ist in Folge des in der öffentlichen Ladung vom 20. October 1848 angeordneten Rechtsnachtheils heute für todt und ohne Leibeserben verstorben erklärt worden.

Frankfurt a. M., den 4. Mai 1849.

Stadtgericht II.
Dr. Eysen, Ir. Secr.

[1340] **Bekanntmachung.**

Die laut der öffentlichen Ladung vom 19. Januar l. J. verlorene Originalausfertigung des vom Gemeindemann Wilhelm Gucke zu Hausen der Witwe Magdalena Rupp, gebornen Schäfer, zu Bornheim und deren Kindern bestellten Inzuges über fl. 650 ist heute vom unterzeichneten Gerichte für erloschen erklärt worden.

Frankfurt a. M., den 7. Mai 1849.

Stadtgericht II.
Dr. Eysen, Ir. Secr.

[1222] **Oeffentliche Aufforderung.**

Ansprüche jeder Art an den Nachlaß des am 19. vorig. Mts. verstorbenen Mechanikus Andreas Loos dahier, welcher von den Erben unter der Rechtswohlthat des Inventars angetreten worden ist, sind binnen vier Wochen dahier spezifizirt anzuzeigen, widrigenfalls sie bei der Verfügung über den Nachlaß nicht berücksichtigt werden sollen.

Darmstadt, den 20. April 1849.

Großh. Hess. Stadtgericht.
Strecker. Reuling.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nro. 111.) 10. Mai 1849.

Neueste Nachrichten aus Sachsen.

Amtlicher Nachricht zufolge hat der König dem zeither im Ministerium des Innern angestellten Regierungsrath Richard Frhrn. v. Friesen unter Ernennung zum Staatsminister das Departement des Ministeriums des Innern übertragen.

Die erlassenen Bekanntmachungen lassen wir hier folgen:

Es hat sich während der ununterbrochenen Anwesenheit Sr. Maj. des Königs und der verantwortlichen Staatsminister im Lande eine sogenannte provisorische Regierung für Sachsen in Dresden gebildet, welche Befehle an die Behörden erläßt und sogar zu bewaffneten Zuzügen nach Dresden auffordert. Es werden daher alle Polizeibehörden des Landes unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Gesammtministeriums vom 6. d. M. und unter Hinweisung auf die sie treffende schwere Verantwortlichkeit hierdurch angewiesen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß das Ansehen der Gesetze und der bestehenden verfassungsmäßigen Regierung aufrecht erhalten und dem verbrecherischen Beginnen der sogenannten provisorischen Regierung energisch entgegengetreten werde. Alle ihrem Könige und der Verfassung treuen Bewohner des Landes werden aufgefordert, sich unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen nicht passiv zu verhalten, sondern die Bemühungen der pflichttreuen Behörden auf alle Weise zu unterstützen. Die Regierung wird nicht wanken in der Erfüllung ihrer Pflicht, die Herrschaft der Gesetze aufrecht zu erhalten und wieder herzustellen, wo sie momentan unterbrochen war. Ein großer Theil der aufrührerischen Stadttheile Dresdens befindet sich bereits in der Gewalt der Truppen, deren Treue, Muth und ausdauernde Tapferkeit im Kampfe für König und Verfassung den Dank des Vaterlandes im höchsten Grade verdienen. Die völlige Unterdrückung des Aufstandes in der nächsten Zeit ist außer Zweifel. Dresden, den 7. Mai 1849. Ministerium des Innern. Im Auftrag des Ministers: v. Friesen.

Während der Dauer der gegenwärtigen außerordentlichen Zustände werden die dringendsten Verwaltungsgeschäfte des Finanzministeriums zu Neustadt-Dresden in Nr. 8 auf der Klostergasse im 2. Stock erledigt werden. Dresden, am 8. Mai 1849. Finanzministerium. Für den Minister: v. Ehrenstein.

Bekanntmachung. Es ist zur Kenntniß des unterzeichneten Ministeriums gekommen, daß das Gerücht verbreitet worden sei, die Gesandten von England und Frankreich hätten gegen das Einrücken königl. preußischer Truppen in Sachsen Einsprache erhoben. Zur allgemeinen Benachrichtigung dient hiermit, daß eine derartige Dazwischenkunft in keiner Weise erfolgt ist. Dresden, 7. Mai 1849. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. v. Beust.

Bekanntmachung. Die Nothwendigkeit möglichst rascher und vollständiger Unterdrückung einer Empörung, deren Fortdauer das Vaterland an den Rand des Verderbens bringen konnte, hat der Staatsregierung die traurige Pflicht auferlegt, Maßregeln in Anwendung zu bringen, deren kräftige Ausführung nicht ohne großes Blutvergießen und vielfache Zerstörung des Eigenthums möglich war. Die Regierung muß jede Verantwortung zurückweisen, wenn der Ausbruch eines offenbar seit längerer Zeit in der ausgedehntesten und berechnendsten Weise und zwar allem Anschein nach unter vornehmlicher Leitung und Theilnahme von Ausländern verbreiteten Aufruhrs einen Zustand der Dinge herbeigeführt hat, welchem ein rasches und weniger blutiges Ende zu setzen nicht in der Macht der Regierung lag, da ihr in der schwachen Garnison der Residenz kein hinreichendes Mittel zu Gebote stand, die von Seiten der Bürgerwehr größtentheils unerfüllt gelassene Pflicht ihrer Bestimmung zu ersetzen und damit den von den Aufrührern mit außerordentlicher Schnelligkeit ausgeführten Vertheidigungsanstalten gleich anfangs wirksam entgegenzutreten.

So fest nun auch die Staatsregierung im Bewußtsein der gegenwärtig in ihren Händen vereinigten Kräfte entschlossen ist, in der Bewältigung des Aufstandes mit allem Nachdruck voranzuschreiten, so hat dieselbe doch denjenigen Vorstellungen ihr Ohr nicht verschließen, welche die Verhütung weiteren Blutvergießens zum Zwecke hatten. Da das Volk in dieser sowie in so mancher andern Beziehung irregeleitet wird, so hält die Staatsregierung es für ihre Pflicht, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen: Daß am 5. d. M. Abends, nachdem eine Deputation des Stadtraths und der Stadtverordneten von Altstadt-Dresden bei dem Staatsministerium erschienen war, um die Einstellung des Feuers nachzusuchen, derselben die nachverzeichneten Bedingungen, über welche sich die Deputation bis zum 6. Mai Mittags 12 Uhr zu erklären haben werde, vorgelegt wurden, nämlich: 1) Gestellung der Anstifter des Aufruhrs und insbesondere der Mitglieder der sogenannten provisorischen Regierung. 2) Ablieferung der Waffen binnen 24 Stunden an das Gouvernement zu Neustadt-Dresden. 3) Wegräumung der Barrikaden binnen 24 Stunden. 4) Wiederherstellung der Straßen in frühern Stand, insbesondere Deckung der Schienen, beides binnen 48 Stunden. 5) Die Stadt hafte für den durch die Dämpfung des Aufruhrs erwachsenen öffentlichen Aufwand. Das Feuer beginnt morgen Nachmittag 2 Uhr, wenn bis dahin eine definitive Vereinigung nicht zu Stande gekommen oder eine unbedingte Unterwerfung nicht erfolgt ist. Unerwartet der hierauf zu ertheilenden Antwort wurde sofort der Befehl zum Einstellen des Feuers gegeben, in der Voraussetzung, daß von Seiten der Aufständigen ein Gleiches geschehen werde. Eine Erklärung auf obige vorgelegten Bedingungen erhielt jedoch die Regierung nicht, sondern es erfolgten nach Verlauf weniger Stunden erneuerte Angriffe von Seiten der Aufständigen und bald darauf wurden zwei öffentliche Gebäude mit werthvollen Sammlungen ein Raub der Flammen, so daß eine weitere Schonung von Seiten der Staatsregierung nicht möglich war. Dresden, am 7. Mai 1849.

Gesammtministerium. v. Beust. Rabenhorst.

Ein officieller Bericht in der halbamtlichen „Leipziger Zeitung" über die Vorgänge in Dresden seit dem 3. Mai schließt, wie folgt: Den 7. Mai früh nach 4 Uhr begann das Feuer von Neuem. Es wurde von Preußen und Sachsen gemeinschaftlich mit einer Bravour und Hingebung gekämpft und dabei doch eine Mäßigung gezeigt, welche allgemeine Anerkennung verdient. Vormittags 10 Uhr traf ein zweites königlich preußisches Gardeinfanteriebataillon ein. Gegen Abend waren die Truppen an allen Punkten siegreich und hatten wesentliche Vortheile errungen.

Den 8. Mai. Die Nacht blieb ruhig. Gegen Morgen langte ein drittes k. preuß. Bataillon, 1000 Mann stark, an. Noch zahlreiche k. preuß. Truppen, namentlich auch Reiterei und Artillerie, werden erwartet. Neun Schwadronen sächsische Reiter werden heute auf dem linken Elbufer vereinigt sein und die Altstadt cerniren. Der Führer der Aufrührer, der griechische Oberstlieutenant Heinze, ist gefangen und befindet sich in sicherem Gewahrsam, desgleichen der berüchtigte Fürth. In diesem Augenblicke, Vormittags 10 Uhr, dauert die Waffenruhe noch fort. Bald wird das Ziel erreicht und in der Residenz Gesetz und Ordnung wieder hergestellt sein.

Dresden, 7. Mai. Mittags. Grauenvoll herrscht hier die Zerstörung des Krieges. Die Pirnaische Gasse, die Moritzstraße, diese jedoch nur zum Theil, so auch die große Frauengasse sind von den Truppen genommen. Das Gewandhaus am Ende der Moritzstraße, das zugleich bis zur Kreuzgasse sich erstreckt, ist von den Schützen mit Sturm genommen worden. Die Schloßgasse wird mit Kugeln und Kartätschen hart beschossen, so daß die „Stadt Gotha" und, wie man sagt, auch das Hotel de Pologne schwer gelitten haben; die Sophienkirche ist diesen Morgen auch von preuß. Truppen genommen worden, so daß dieselben in der großen Brüdergasse vordringen konnten. Die Ostraallee ist diesen Morgen vollends genommen; es bedurfte der größten Anstrengungen der Preußen, um dieses Resultat zu erreichen. Das Thurmhaus haben sie zwei Mal genommen und jetzt besetzt. Von dort aus wird der Postplatz und die Wilsdruffer Gasse beschossen; Engel's Haus, an welchem eine große Barrikade in der genannten Gasse sich befindet, wurde mit Sturm genommen; ebenso die Spiegelfabrik am Postplatze. Die Sophienkirche und ein Theil der Brüdergasse sind ebenfalls bereits vom preußischen Militär besetzt worden. Der Kreis zieht sich enger und schrecklicher um die unermüdlich kämpfenden Insurgenten, bis sie zum Markte gedrängt und da aufgerieben oder gefangen genommen werden. — Uebrigens höre ich, daß Schafrath und Joseph Dresden schon seit einigen Tagen verlassen haben; auch soll Todt von der provisorischen Regierung zurückgetreten sein. Natürlich beruhen alle diese Nachrichten auf Gerüchten. — Die Bildergalerie soll sehr gelitten haben, namentlich der Raub der Sabinerinnen von Rubens.

Dresden, 8. Mai, Mittags. Die Cernirung der inneren Stadt ist auf heute festgesetzt. Die ganze Moritzstraße ist mit Durchbrechung der Wände der Häuser gestern noch nach schwerem Kampfe genommen worden. Einer der Anführer des Volkes, Böttcher, von Chemnitz her bekannt, ist am Neumarkt auf den Tod verwundet worden. Vom Judenhof aus rückt das Militär, die Mauern durchbrechend, die Schössergasse entlang gegen die Schloßgasse vor, die den Truppen bisher so verderblich gewesen; so werden die von Freiberger Bergleuten bei den Barrikaden gezogenen Gräben wohl nicht viel nützen. Nach Friedrichstadt, der Pirnaischen und Wilsdruffer Vorstadt findet viel Zuzug aus dem Lande statt. Friedrichstadt, auch durch die Weißeritz schon getrennt von der Altstadt, ist noch durch viele Barrikaden stark geschützt.

Leipzig, 8. Mai. Durch das zahlreiche Erscheinen der Communalgarde auf den schon gestern Nachmittags 5 Uhr geschlagenen Appell sowohl, als durch die sonstige Stimmung des Publikums mußte man schon im Voraus die Ueberzeugung gewinnen, daß die gestrige Nacht ruhig vorüber gehen würde. Die freiwilligen Mannschaften, welche sich zur Disposition der Behörden gestellt hatten, unter ihnen auch ein großer Theil der Studentenschaft, wurden größtentheils zur Besetzung der Thore verwendet, um jeden etwaigen Zuzug abzuhalten. Mehrere Dörfer hatten Abtheilungen ihrer Communalgarde zur Stadt geschickt und dem städtischen Commando zur Disposition gestellt. Um Mitternacht herrschte die vollkommenste Ruhe, so daß die freiwilligen Mannschaften entlassen werden konnten, die übrige Communalgarde wurde etwas später entlassen. — In einem vom Vicebürgermeister Koch und Stadtverordnetenvorsteher Weiner unterzeichneten Plakate sprechen heute Morgen die städtischen Behörden den Bewohnern Leipzigs und der Communalgarde, die sich auf ausgezeichnete Weise bewährt hat, ihren Dank für ihre Haltung und Unterstützung aus; die ruhige Stimmung und Haltung, welche heute in der Stadt herrscht, fällt doppelt auf nach der bisherigen doppelten Unruhe des Meßverkehrs und viertägigen Tumults. Heute wird der Markt von den letzten Meßbuden geräumt. — Bürgermeister Klinger hat seine Entlassung genommen und die Stadt verlassen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" berichtet:

Leipzig, 8 Mai. Bei den gestrigen und vorgestrigen Vorgängen haben die Tumultuanten zwei Todte, die Communalgarde ebenfalls zwei (Kaufmann Consul Gontard und Schneidermeister Müller), die Zahl der Verwundeten bei der Communalgarde ist bedeutend, doch bis jetzt noch nicht genau anzugeben. Die Anzahl der zum Theil mit den Waffen in der Hand Ergriffenen wird auf einige und siebzig angegeben. Die bereits fünf Tage und fünf Nächte ununterbrochen im Dienste befindliche Communalgarde hat sich im Allgemeinen auf das bravste bewährt, allein zugleich über ihre zuverlässigen und unzuverlässigen Elemente manche Erfahrung erlangt. — Im Laufe der verflossenen Nacht traf von Dresden wieder leichte Infanterie hier ein. Die Nacht verging in voller Ruhe und Sicherheit, die uns seit mehren Tagen fremd geworden waren. Die gestern endlich getroffenen durchgreifenden Anordnungen, die von Seiten der Studirenden, der Arbeiter, der zur Verstärkung der Wehrvereine eingetretenen Bürger und Einwohner aller Klassen, ferner von den zur Besetzung der Thore bereitwillig herbeigekommenen Communalgarden der nächsten Dorfschaften, der Stadt und der Communalgarde derselben geleistete Unterstützung ließ nicht im mindesten Besorgniß aufkommen. Dankbar anerkannt im Beginnen, wird ein solches für gesetzliche Ordnung, für Sicherheit von Person und Eigenthum fort gesetztes, und wenn möglich noch vermehrtes, einiges und vertrauensvolles Zusammenwirken für die Zunächstbetheiligten, wie für das gemeine Beste, für das ganze Vaterland und seine Ehre und Freiheit nur Segen bringen, und darum auch von unsern Nachkommen noch in Ehren gedacht und gesegnet werden.

Gestern Abend hat der Bürgermeister Klinger sein Amt in die Hände des Vicebürgermeisters Dr. Koch niedergelegt und die Stadt verlassen. — Eine heute veröffentlichte Bekanntmachung lautet:

I. Mitbürger! Mit wärmstem Danke muß die hingebende Bereitwilligkeit anerkannt werden, mit welcher, wie unsere Bürgerwehr, so auch Leipzigs übrige Bewohner und die Communalgarden nahe liegender Dörfer sich gestern der Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung gewidmet haben. Beharret zum Heile der Stadt bei diesen edlen Bestrebungen und unterstützt uns fort, bis die wiederkehrende Ruhe auch fest gesichert ist. Leipzig, am 8. Mai 1849. Der Stadtrath und die Stadtverordneten. Koch. Werner.

Ein heute hier angeschlagenes Plakat lautet:

II. An die Bürgerschaft Leipzigs. Die Studentenschaft hiesiger Stadt ist von den Behörden aufgefordert worden, die in den letzten Tagen erschöpfte Communalgarde zu unterstützen. Ein Theil der Studentenschaft ist dieser Aufforderung nachgekommen. Wir Unterzeichneten dagegen antworten auf dieselbe Folgendes: Wir verabscheuen jeden, das Eigenthum und die Sicherheit der Personen — diese Heiligthümer der bürgerlichen Gesellschaft — gefährdenden Straßenscandal, und sprechen daher unsere Entrüstung gegen die Excesse der letzten Nacht um so entschiedener aus, je mehr sie die lautere Begeisterung für die heilige Sache der deutschen Nation entwürdigen. Andererseits aber müssen wir als unsere tiefste Ueberzeugung aussprechen, daß diese aus reinerer Quelle entsprungene Bewegung durch die Mißgriffe der Behörden in diese unheilvolle Bahn geleitet worden ist. Die Behörden hatten durch die officielle Anerkennung der Reichsverfassung zugleich die Verpflichtung übernommen, für dieselbe mit allen Kräften einzustehen. Die Behörden sind diesen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Die Behörden billigten weder die Schritte der alten, noch erkannten sie die Berechtigung der provisorischen Regierung an. Sie gewährten den Kampflustigen freie Fahrt nach Dresden und machten diese Gewährung durch Verweigerung von Waffen illusorisch; noch mehr, sie ließen die sich immer häufiger und dringender wiederholenden Forderungen nach Waffen durch Gewalt unterdrücken. Im Namen unserer für die Freiheit schon kämpfenden Brüder fühlen wir uns verpflichtet, für diese Unentschiedenheit und Halbheit der Behörden bewaffnet nicht einzustehen. Leipzig, den 7. Mai 1849. Im Namen von 139 Studenten: Franz Roth. Eduard Mättig. Wilhelm Pückert. S. Goldstandt. Franz Oberdb.

Aus **Chemnitz**, wo von einer Seite her auf die Absendung der Communalgarde nach Dresden gedrungen worden war, schickte man in Folge dessen Mitglieder des Raths und der Stadtverordneten nach Leipzig und Dresden, um selbstständige Nachrichten über die Lage der Verhältnisse einzuziehen. Allein ohne daß die Rückkehr derselben abgewartet ward, sollen Rath und Communalgarde zur Anerkennung der in Altstadt-Dresden proclamirten provisorischen Regierung, nach anderer Angabe zum Eid auf die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung genöthigt worden sein. Die Communalgarde ist am 7. Mai früh gezwungen worden, nach Dresden zu marschiren. Wer nicht kam, wurde geholt. Rath und Stadtverordnete haben 300 Gewehre zur Vertheilung ankaufen und eventuelle Fürsorge für Verwundete und ihre Angehörigen treffen müssen. (D. A. Z.)

Ungarischer Kriegsschauplatz.

Die „Wiener Ztg." enthält folgende Berichte aus **Karlsburg**, 4. Mai. Die Zusammenziehung der kaiserlichen Armee in durch die rastlose Ausdauer der Truppen und die Schnelligkeit ihrer Märsche auf einem Punkte gelungen, von welchem sie nunmehr beide Stromufer der Donau beherrscht. Raab war von den kaiserlichen Truppen bis zum 1. Mai besetzt, sowohl die große als die kleine Schüttinsel wurden gehörig beobachtet und die Waaglinie gehalten. Die kaiserlichen Vorposten von Raab wurden zwar wiederholt vom Feinde beunruhigt, derselbe aber jedesmal zurückgedrängt. Ein Uebergangsversuch der Insurgenten wurde am 2. Mai bei Szered an der Waag durch das eben so entschlossene als kluge Benehmen des Majors Baron Debrzenely von Civallari-Ulanen, der in jener Gegend ein Streifcorps führt, vereitelt. Der Verlust des Feindes betrug mehrere Todte und Verwundete; auch wurden demselben 2 Geschütze demontirt und ein Munitionskarren angezündet. Der Feind bleibt Szered gegenüber mit beiläufig 3000 Mann und 9 Geschützen stehen, und scheint den ferneren Versuch des Ueberganges vorläufig aufgegeben zu haben. Die zu diesem Zwecke vom Feinde herabgeschwemmten Schiffe und anderes Brückenmaterial wurden größtentheils durch Raketen zerstört. Am 3. Mai rückte die Brigade Theißing in Szered ein, weshalb die mittlerweile auf Kahnen auf das rechte Ufer gekommenen Insurgenten sich nach Verlust eines Todten und mehrerer Gefangenen des treulos abgefallenen Regiments Wasa schnell auf das andere Ufer zurückflüchteten. Auch Vag-Szerdahely gegenüber haben die Insurgenten das Material zu einer Schiffbrücke zusammenzubauen lassen, dessen Zerstörung der Generalmajor Theißing einleitete.

Zwei Ereignisse sind es, welche mehr als alle russische Hülfe dem Gange des Krieges in Ungarn plötzlich eine für Oesterreich günstige Wendung geben können: Die Unabhängigkeitserklärung Kossuths, und das persönliche Erscheinen des jungen Kaisers bei der Armee. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß Kossuth seinen gewagten Schritt nicht freiwillig that, denn die Zersplitterung, welche in der Insurrectionspartei daraus entspringen mußte, konnte Niemand besser vorhersehen, als er selbst. Aber es ist schon lange kein Geheimniß mehr, daß die von den Magyaren dergenannte Bewegung ihre jetzige Ausdehnung und Bedeutung wesentlich durch polnische Hülfe gewann, und als Kossuth den vom Reichstage zum Beschluß erhobenen Antrag stellte: das Haus Habsburg des Hochverrathes anzuklagen, der ungarischen Krone für verlustig zu erklären, geschah dies unter dem gewaltsamen Einfluß der polnischen Heerführer. Nun ist aber mit Gewißheit vorauszusehen, daß die Anwesenheit des Kaisers im Feldlager eine Menge ungarischer Krieger zu den kaiserlichen Fahnen zurückführen wird; in der Kossuth'schen Proclamation ist es den Ungarn unumwunden gesagt: Ihr habt jetzt keinen König mehr! und die Tausende, welche bisher glaubten, für ihren König zu fechten, werden staunen, zu erfahren, daß sie gegen denselben König zu Felde zogen. Noch einmal: Spaltung zwischen der polnischen und magyarischen Partei ist unausbleiblich, denn das monarchische Princip wurzelt zu tief in der Brust der Ungarn, als durch einen Parlamentsbeschluß verwischt werden zu können. Vor Mitte dieses Monats dürfte es, allem Anscheine nach, zu keinem entscheidenden Schlage kommen. Die uns zugehenden neuesten Nachrichten melden nur unerhebliche Einzelheiten. Die kaiserlichen Truppen ziehen sich nach und nach alle bei Preßburg zusammen. Graf Schlick steht in Ungarisch-Altenburg. Aus Larenburg soll das Hauptquartier vorläufig wieder nach Ordenburg verlegt worden sein. Pest, wo die am 14. v. M. gefaßten Beschlüsse der beiden magyarischen Repräsentantenhäuser durch die dortige Zeitung am 27 veröffentlicht wurden, und nach welchen das regierende Erzhaus des ungarischen Thrones für verlustig, und Ungarn als selbstständig erklärt wurde — ist in teller Freude, und würde vielleicht übermüthiger geworden sein, wenn nicht das dominirende, von den Oesterreichern noch besetzte Ofen mit seinen Feuerschlünden herüber drohte. Tyrnau ist von den kaiserlichen Truppen geräumt. Um den Insurgenten den Weg auf der Eisenbahn abzuschneiden, bauen sie anfangs, wie es heißt, die Zerstörung der Bahn beabsichtigt, aber auf die vielfältig an sie gestellte Bitte sich begnügt, die Schienen auszuheben, und so die Bahn für jetzt unfahrbar zu machen.

Aus Mitrowitz vom 30. April wird geschrieben, daß dort ein Courier eingetroffen sei, mit der Nachricht, Georg Stratimirovich habe Neusatz mit 6000 Mann und 25 Geschützen besetzt. Das Hauptquartier der Peterwardeiner unter Oberstlieutenant Pusser und Major Delmeyer ist in Weschovin, wo sich 7000 Mann befinden. Knicsanin's Hauptquartier ist gegenwärtig in Cilenar, woselbst 4000 Serben stehen. General Theodorovich mit seinem 15,000 Mann starken Corps steht in Großbecskerek; Stratimirovich, wie erwähnt, mit 6000 Czaikisten und wenigen Serben in Neusatz.

Deutschland.

|| **Frankfurt**, 10. Mai. In der heutigen Sitzung der Reichsversammlung verlas der Vorsitzende eine Zuschrift des interimistischen Reichsministerpräsidenten, worin derselbe meldet, daß das dem Erzherzoge Reichsverweser vorgelegte Programm von demselben nicht angenommen worden und in Folge dessen das Ministerium seine Entlassung eingereicht habe, welche Se. k. Hoheit angenommen. Ein Antrag des Abg. Wigard, das Programm dem Hause vorzulegen und darüber zu berathen, wurde, da das Resultat der Abstimmung über die Dringlichkeit zweifelhaft war, von dem Antragsteller zurückgenommen. — Herr E. Simson aus Königsberg wurde mit 330 gegen — Stimmen wieder zum Vorsitzenden der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung gewählt. Zum ersten Vorsitzenden-Stellvertreter wurde Abg. Reh aus Darmstadt mit 177 gegen 137 Stimmen gewählt. Abg. Eisenstuck erhielt 123, Edel 7, Wiedenmann 2 Stimmen. 314 hatten gestimmt.

* **Frankfurt**, 10. Mai. Ueber die Antwort, welche der Hr. Erzherzog-Reichsverweser der Deputation der Weidenbusch-Partei ertheilt hat, erfahren wir mit Gewißheit, daß Seine kaiserliche Hoheit die Versicherung gegeben, unter keinerlei Umständen sein hohes Amt abandonniren, sondern wenn er es verlassen müßte, für den Fortbestand und die Sicherung der Wirksamkeit der Centralgewalt Fürsorge treffen zu wollen.

In Berlin ist aus Dresden, 8. Mai, folgende telegraphische Depesche eingegangen: „Das Füsilier-Bataillon des 20sten Regiments, welches gestern Abends 6½ Uhr von Berlin mit der Eisenbahn abgegangen war, ist heute Morgen 5 Uhr ohne Aufenthalt hier eingetroffen. — Die neuesten uns so eben zugekommenen Nachrichten bestätigen, daß der Kampf siegreich fortgesetzt wurde. Der Widerstand der Aufständischen war zwar sehr hartnäckig, namentlich von den Häusern aus, in welchen zum guten Theile die Zwischenmauern durchbrochen waren, so daß die Aufrührer, von den Truppen gedrängt, den Rückzug antreten konnten, indeß drangen die letzteren doch bis zum Altmarkt vor. Unter den Gefangenen befindet sich auch der Commandant der revolutionären Communalgarde, Oberst-Lieutenant Heinze, welcher in seiner Wohnung ergriffen und sofort vor den Kriegsminister gebracht wurde, von welchem er beim Abgang dieser Nachrichten verhört wurde."

Görlitz, 7. Mai. Von der Division Holleben rücken heute bereits vier Bataillone, vier Geschütze und eine Schwadron gegen Bautzen vor und werden übermorgen in Dresden sein.

** **Mainz**, 9. Mai. In unserer Stadt ereignete sich gestern ein Auftritt, welcher allgemeines Unwillen erregte. Die zur Conscription aufgerufenen jungen Leute aus der Stadt und dem Gebiet zogen schon am frühen Morgen, mit rothen Federn auf den Hüten, durch die Stadt, indem sie den Ruf: „Es lebe die Republik! Hecker hoch!" ertönen ließen. In dem Saale, in welchem die Conscriptionscommission versammelt war, erschienen sie mit den Hüten auf den Köpfen und Tabakspfeifen oder Cigarren im Munde, wobei sie sich auf das ungezogenste benahmen. Von dem Bürgermeister, Herrn Nack, welcher als Civilstandsbeamter anwesend war, zu einem anständigeren Verfahren aufgefordert, antworteten sie durch Singen republikanischer Lieder, so daß sich die Commission, nachdem alle gütliche Mittel erschöpft waren, entschließen mußte, die Sitzung aufzuheben. Kaum hatte sich die Commission entfernt, als die jungen Leute alles Mobiliar im Saale zertrümmerten und sämmtliche dort befindliche Papiere des Arbeiterbildungsvereins zerrissen. Herr Nack, welcher sich zuletzt entfernte, wurde bis auf die Straße gestoßen, geschlagen und auf alle Weise insultirt, indem man ihm zuletzt den Hut über das Gesicht schlug. Mit Mühe rettete sich unser Bürgermeister in den benachbarten Laden des Buchhändlers Hatenja, wohin er ebenfalls verfolgt wurde unter dem Rufe: „Nieder mit ihm, er muß gehängt werden." Wie wir vernehmen, hat der Staatsprocurator bereits die Untersuchung eingeleitet, und dürften diejenigen, welche sich so weit vergaßen, der ganzen Strenge unserer Gesetze anheimfallen. Das aber sind die Folgen der Declamationen in den demokratischen Vereinen und bei den alle acht Tage sich folgenden Volksversammlungen, wo unwissenden Zuhörern die verderblichsten Dinge eingetrieben werden, welche sie dann nach ihrer Weise sich auslegen.

Eisenach, 7. Mai. Gestern Abend hielten die vier hiesigen politischen Vereine eine gemeinschaftliche ungemein zahlreich besuchte Versammlung, in welcher folgende Beschlüsse gefaßt wurden. Es ist die Regierung aufzufordern: „1) wegen der jetzigen bedrohlichen Lage des Vaterlandes den Landtag binnen acht Tagen zusammenzuberufen; 2) die Reichsverfassung unverzüglich und ohne allen Rückhalt auch auf landesgesetzlichem Wege anzuerkennen, wie solches bereits auf diplomatischem geschehen; 2) dahin ernstlich zu wirken, daß alle Regierungen, welche die Anerkennung bereits ausgesprochen, sofort sich enger vereinigen und das deutsche Reich beginnen; 4) unverzüglich anzuordnen, daß das gesammte Militär, wie sämmtliche Beporden und Beamte, auf die Reichsverfassung verpflichtet werden; 5) dafür zu sorgen, daß das Militär des Großherzogthums zum Schutze der Reichsverfassung verwendet, und keinem Commandirenden untergeordnet oder gar mit einem Staate zu einem Militärgauzen vereinigt werde, welcher die Reichsverfassung nicht rückhaltlos anerkannt, und 6) den von der preußischen Regierung anberaumten Congreß, da er eine Abänderung der Reichsverfassung zum Zwecke hat, nicht zu beschicken. Zugleich beschließt man, die ganze hiesige Einwohnerschaft einzuladen, den Eid auf die deutsche Reichsverfassung heute auf öffentlichem Markte abzuleisten. Diese freiwillige Vereidigung hat auch unter Leitung des Oberconsistorialraths Trautvetter stattgefunden.

∞ **Homburg v. d. H.**, 9. Mai. Sie wissen, daß trotz der Anwesenheit der Executionstruppen immerwährend hier fortgetrieben wurde, was der hier anwesende Reichscommissär nach Frankfurt berichtete. Derselbe erhielt gestern gegen Abend von dem Reichsministerium den Befehl, sofort die Schließung der Spiele vermittelst der ihm zu Gebot stehenden Gewalt zu vollziehen, welches er unserer Regierung anzeigte, und worauf von dieser, um jede öffentliche Ruhestörung zu vermeiden, die Schließung des Spiels auf heute Vormittag beschlossen und vollzogen wurde. In dem bei dieser Veranlassung aufgenommenen Protocoll sind alle Interessen der Staatsregierung gewahrt, und besonders auch gesagt, daß sie nur der Gewalt vorerst nachgegeben habe. Die Executionstruppen verlassen uns morgen früh; sie nehmen gewiß eine bessere Meinung von hier mit, als die war, mit der sie hierher kamen.

Frankreich.

** **Paris**, 7. Mai. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung nahm Jules Favre das Wort, um das Ministerium wegen der Ereignisse in Italien zu interpelliren. Neue Ereignisse in Italien sagte er, versetzen die Versammlung in große Spannung. Ich habe den Minister des Auswärtigen bereits zur Rede gestellt, und ihn gefragt, ob er keine Depesche vom Schauplatz habe; er hat mir erklärt, daß er noch keine Depeschen erhalten habe, welche amtlichen Charakter genug trügen, um die Versammlung zu beruhigen. Ich war einer der Ersten, welche sich für die Intervention erhoben haben, es geschah dies aus patriotischem Interesse; ich wollte nicht, daß Oesterreich zuerst seinen Fuß auf römisches Gebiet setze. Jetzt sehe ich aber, daß gerade das Gegentheil von dem geschieht, was die Minister im geheimen Ausschusse versichert haben. Die Minister gelobten ausdrücklich, daß die Expedition nicht gegen die römische Republik gerichtet sei, wenn sie auch dieselbe nicht officiell anerkannt hätten. Es war versprochen, der römischen Freiheit nicht zu nahe zu treten. Aber schon Oudinot änderte in seiner ersten Proclamation die Sprache; es war darin die Rede von einem Bekämpfen der Anarchie in Rom, und aus jeder Zeile sah man, daß es sich um einen Gewaltstreich handle. Die Folgen eines solchen Treubruchs konnten nicht ausbleiben; unsere Truppen sind mit den römischen Brüdern handgemein geworden, Blut ist geflossen. Möge dieses Blut denn auf die fallen, welche daran schuld sind. Wir sind getäuscht worden, wir wollen es nicht mehr sein. Wir haben den Minister gestern gefragt, ob er keine Depeschen habe; er antwortete, daß er nur eine Depesche besitze, welche ihm beweise, daß Oudinot von der römischen Bevölkerung gerufen worden sei. Man sieht jetzt, welche Sympathien für uns in Rom glühen, man empfängt unsere Truppen mit Flintenschüssen. Man wollte den Volkswillen achten, und jetzt, jetzt sieht man klar. Der Papst ist von Jesuiten umstrickt; er leidet die Intervention Frankreichs nur ungern; durch Oesterreicher und Neapolitaner, nicht durch die Franzosen möchte er nach Rom zurückgeführt sein. Schon dies hätte das Cabinet bewegen sollen, seinem General die größte Milde zu befehlen. Statt dessen verschreibt sich derselbe Belagerungsgeschütze, um die Stadt Rom wahrscheinlich in einen Schutthaufen zusammenzuschießen. Und was ist jetzt geschehen? Statt der Sympathien, auf welche General Oudinot zählen zu können glaubte, traf er einen ernsthaften Widerstand, organisirte Truppen und Barrikaden wurde er gezwungen, sich zurückzuziehen und Verstärkungen abzuwarten. Das ist eine Kriegserklärung; noch mehr, es ist eine Erklärung des Mißlingens. Was soll nun die von dem Ministerium hintergangene und mißbrauchte Versammlung dieser traurigen Lage gegenüber thun? Sie muß selbstthätig einschreiten und die Initiative ergreifen, noch in der heutigen Sitzung eine Commission ernennen, mit dem Auftrag, sich von den an die französischen Agenten geschickten Instructionen zu überzeugen; sie muß von dieser Commission sofort einen Bericht verlangen und endlich die Zurückrufung des General Oudinot aussprechen. Dem Interpellanten entgegnete Odilon Barrot: Soll etwa die Verurtheilung eher erfolgen, bis man von der Sachlage Kenntniß genommen hat? Wir haben keine unserer Absichten, keine unserer Handlungen in Abrede zu stellen. Wir haben Rom, wenn auch nicht die Republik, doch wenigstens seine Freiheit retten wollen. Und was wollte die Versammlung? War sie Willens die Politik Ledru-Rollin's fortzusetzen und zwischen Frankreich und den revolutionären Römern ein enges Bündniß zu schließen, oder wollte sie nicht vielmehr die Sache einer weisen und würdigen Freiheit beschützen? In dieser Frage liegt schon die Antwort. Die Regierung verlangt übrigens nichts sehnlicher als einer von der Versammlung ernannten Commission die ihren Agenten gegebenen Instructionen vorlegen zu können; denn diese Instructionen werden die vollständigste Rechtfertigung sein. Was den Tadel betrifft, den man über den tapferen General Oudinot aussprechen will, so sind die eingelaufenen telegraphischen Depeschen zu kurz gefaßt, als daß man für jetzt ein genaues Urtheil über seine Führung fällen könnte, und die Regierung hielte es Frankreichs unwürdig, einen seiner bravsten Soldaten zu züchtigen in dem Augenblick, wo er unglücklich ist oder getäuscht. Nachdem hierauf Flocon zwei Briefe, welche die den Erwartungen des bekannten Montagnards entgegengesetzte Wirkung hervorbrachte, indem aus ihnen unverkennbar hervorging, daß Rom von Abenteurern und jedoch von einigen exceptionen französischen Republikanern vertheidigt würde, so daß die Täuschung Oudinot's, der solche Elemente zu finden nicht erwartet hatte, leicht erklärlich und verzeihlich erschien, nahm General Lamoricière das Wort. Er erklärte, daß zwischen dem Ministerium und der Commission die Uebereinkunft getroffen worden sei, es sollten die französischen Truppen und sei es auch mit Gewalt, einen Punkt des römischen Gebietes besetzen, um dort den Einfluß Frankreichs zu repräsentiren, um die Contrerevolution zu hemmen, um im Nothfalle den Oesterreichern in Rom zuvorzukommen. Es frage sich jetzt, ob diese Punkte überschritten worden seien; um dies zu prüfen, möge eine Commission ernannt werden, der die Regierung zuerst die ihren Agenten gegebenen Instructionen, die seither eingelaufenen telegraphischen Depeschen und ihre Pläne für die Zukunft mitzutheilen habe. Da sich der Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit diesem Antrag einverstanden erklärte, wurde sofort eine Commission ernannt, die noch heute Bericht zu erstatten hat, und zu dem Zweck eine Nachtsitzung anberaumt.

Börsenberichte.

Berlin, 8. Mai. Staatsschuldscheine 78½ G., Seehandlungs-Prämienscheine 99½ G., Bankantheile 96 bez., Berlin-Hamburg 52 bez., Köln-Minden 75½ bez. u. G., Friedr. Wilh.-Nordb. 32½ ⅝ bis ¾ bez. u. G., Rhein. 39½ Br., Thüringische 49 etw. bez., Ausl. bei Stieglitz 5. 85 Br., Pols. 500 fl. Loose 72 bez. u. G., do. do. 300 fl Loose 91¾ Br., Kurh. Präm.-Sch. à 40 Rthlr. 27½ bez., Neue bad. Anleihe à 35 fl. 16 Br.

Für Fonds sowohl als Actien zeigte sich eine günstige Stimmung, die Course waren fest und von einigen Höher; das Geschäft blieb beschränkt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matter.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Donnerstag (Extra-Beilage zu Nro. 111.) 10. Mai 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

216. Sitzung.

Vorsitzender: Vice-Präsident E. Bauer.

Frankfurt, 10. Mai.

(Austritts- und Eintrittsanzeigen. Flottenbeiträge. Zustimmungsadresse der Staatsverordneten der Rheinprovinz. Zuschrift des Reichsministers ums; das Reichsministerium tritt zurück. — Tagesordnung: Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten. Verhandlungen über den in der außerordentlichen Sitzung vom 8. Mai a. c. von den Abgg. L. Simon und Vogt eingebrachten Antrag.)

Die Sitzung wird um 9¼ Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Niemand. — Der Vorsitzende meldet den Austritt der abgeordneten Nöthig aus Weißholz, Schrett aus Wien, Stieber aus Budissin, Heimbrod aus Schlesien, und den Eintritt des Abg. Schubert aus Annaberg. Eingelaufen ist ein Flottenbeitrag von 100 fl. (von deutschen Frauen in Mannheim). — Der Vorsitzende verkündet hierauf der Versammlung, daß mehrere Zustimmungsadressen vorliegen, unter ihnen eine durch den Abg. Zell übergebene von den Gemeinden und Stadtverordneten der Rheinprovinz, worin dieselben erklären, daß sie die Verfassung als endgiltig anerkennen und bei dem mit Preußen bevorstehenden Conflicte auf Seite der Nationalversammlung stehen. Sie bitten um eidliche Verpflichtung der Reichstruppen, verlangen die Entfernung des Ministeriums Brandenburg, erklären die Einberufung der Landwehr als friedensstörende Maßregel und bitten das Ministerium schleunigst um kräftige Anordnungen, da sonst das Vaterland in höchste Gefahr gerathen könne. Diese Zustimmungsadresse, welche mit Beifall aufgenommen wurde, tragen wir im Wortlaute nach.

Der Vorsitzende gibt hierauf der Versammlung Kenntniß von folgender heute angelangten Zuschrift des interimistischen Ministerpräsidenten:

„Der interimistische Präsident des Reichsministerrathes an den Herrn Präsidenten der verfassunggebenden Reichsversammlung dahier. Wie bereits gestern der hohen Nationalversammlung mitgetheilt wurde, hat das Reichsministerium Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser ein Programm vorgelegt, welches die Regel des Verhaltens des Reichsministeriums zu den Bewegungen bestimmen sollte, die zum Zwecke der Durchführung der Reichsverfassung in einigen Theilen Deutschlands entstanden sind und zu Bürgerkrieg und Zerstörung leider geführt haben. Der Reichsverweser hat diesem Programm seine Genehmigung nicht ertheilt. Das Ministerium hat sich dadurch genöthigt gesehen, um seine definitive Entlassung Sr. kais. Hoheit zu ersuchen, und es ist diesem Gesuche heute stattgegeben worden. Der Reichsverweser hat dabei erklärt, daß er ein anderes Ministerium nach seiner Pflicht und Gerechtsame zu bilden sofort versuchen werde. Das Reichsministerium hat nicht versäumt, Sr. kaiserl. Hoheit die unmittelbar dringende Nothwendigkeit, ein anderes Ministerium zu bilden, vorzustellen. Frankfurt, den 10. Mai 1849. H. Gagern."

Abg. Raveaux schlägt vor, eine Deputation zu Sr. kais. Hoheit zu senden und ihn um die Erklärung zu bitten, ob er unter den jetzigen Umständen gesonnen sei, das Verfassungswerk durchzusetzen oder nicht. (Bravo.)

Abg. Simon will, daß man zuvor seinen und Vogt's Antrag in Berathung ziehe. Der Erzherzog hat nach dem Gesetz über die Befugnisse der provisorischen Centralgewalt nicht das Verfassungswerk durchzuführen. Will er sich nicht dazu hergeben, so muß es von uns ausgeführt werden. Ich hätte erwartet, daß diejenigen Männer, welche die Bewegung von Anfang an an ihre Personen geknüpft haben, sich zuvor aussprächen, ehe sie sich zurückziehen. In Bezug auf einen Ausspruch (der Redner verlas ihn), welchen Herr v. Gagern von der Tribune herab gethan, wundert es mich, daß dieser Mann in diesem Augenblicke nicht auf dieser Tribune erscheint. Das ist eine Thatsache, welche ich dem Urtheile der deutschen Nation anheimgebe. (Beifall links.)

Abg. Wigard stellt den Dringlichkeitsantrag, daß das vom Ministerium dem Erzherzog-Reichsverweser vorgelegte Programm vorgelesen und in Berathung gezogen werde. Da das Resultat der Abstimmung über die Dringlichkeitsfrage zweifelhaft ist, so nimmt der Abg. Wigard seinen Antrag zurück.

H. v. Gagern. Meine Herren! Ich begreife nicht, wie man sich wundern kann, daß ich heute noch nicht auf dieser Tribune erschien; ich glaube, daß ich es in jenem entscheidenden Moment gethan. Ich kann dem Antrage, das Programm vorzulegen und zu berathen, nicht beistimmen; aber wenn Herr Simon von Trier daran zweifelt, daß ich meinen früheren Standpunkt noch inne habe, so ist er im Irrthum. Ich halte ihn noch immer fest. Noch immer betrachte ich die deutsche Reichsverfassung als endgiltig und rechtskräftig und ich werde Alles, was ich zur Durchführung derselben thun kann, beizutragen wissen. (Beifall.)

Der Vorsitzende verkündet hierauf den Uebergang zur Tagesordnung. Erster Gegenstand derselben ist die Wahl des Präsidenten und der beiden Vicepräsidenten. Herr E. Simson wird mit 330 gegen 8 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. (Beifall.) Herr E. Simon ist wegen Unpäßlichkeit abwesend. Zum ersten Vorsitzenden-Stellvertreter wird Herr Reh aus Darmstadt mit 177 gegen 137 Stimmen ernannt. Herr Eisenstuck erhielt 123 Stimmen. Herr Reh aus Darmstadt dankt in kurzen Worten für das ihm bewiesene Vertrauen und übernimmt sogleich die Leitung des Hauses. Zum zweiten Vorsitzenden-Stellvertreter wird Herr Eisenstuck mit 155 gegen 153 Stimmen gewählt. Abg. Wiedenmann erhielt 143 Stimmen. — Die Versammlung geht hierauf zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung über.

Der Antrag der Abgg. Simon und Vogt lautet:

„In Erwägung, daß die Volkserhebungen in der bayerischen Pfalz wie in Sachsen die Durchführung der verkündeten Reichsverfassung zum Gegenstande haben;

daß daher der Reichsfriede durch Unterstützung dieser Erhebungen gegen die renitenten Regierungen, nicht aber durch Bekämpfung derselben zu bewirken ist;

aus diesen Gründen beschließt die Nationalversammlung:

Die Volkserhebungen in der bayerischen Pfalz und in Sachsen sind zur Durchführung der Reichsverfassung thatkräftig zu stützen und zu schützen."

Abg. L. Simon erklärt, daß er sich dem Verbesserungsantrag des Abg. v. Reden anschließe und den seinigen zurücknehme. Der Antrag des Abg. Reden lautet:

„In Erwägung, daß die Reichsversammlung durch ihre Beschlüsse vom 28. April und 4. Mai d. J. die gesetzliche Mitwirkung des Volks zur Durchführung der Reichsverfassung in Anspruch genommen hat, indem sie die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk aufgefordert hat, die Verfassung des deutschen Reichs vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen;

In Erwägung, daß der Widerstand einzelner Regierungen gegen die zu Recht bestehende Reichsverfassung und die sehr allgemein für dieselbe ausgesprochenen Sympathien des deutschen Volks in einigen Theilen Deutschlands zu Versuchen gewaltsamer Unterdrückung geführt hat oder vorzuschreiten droht.

In Erwägung, daß derartige Maßregeln, welche ebenso verwerflich sind, als anarchische Bestrebungen von unten, den Reichsfrieden gestört haben, oder bedrohen, dessen Bewahrung nach oben wie nach unten, durch Gesetz vom 28. Juni 1848, alleinige Berechtigung und Verpflichtung der provisorischen Centralgewalt ist;

In Erwägung, daß die gesetzliche Berechtigung der provisorischen Centralgewalt, sowohl — „als vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates betreffen, als zur Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht" — die Anwendung jedes innerhalb dieser Grenzen liege den Mittels zur Herstellung des Reichsfriedens gestattet;

aus diesen Gründen beschließt die Reichsversammlung:

1) dem schweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die preußische Regierung durch unbefugtes Einschreiten im Königreich Sachsen sich hat zu Schulden kommen lassen, ist durch alle zu Gebote stehenden Mittel entgegen zu treten.
2) Neben Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit sind diejenigen Bestrebungen des Volks und seiner Vertreter, welche zur Durchführung der endgiltig beschlossenen Reichsverfassung geschehen, gegen jeden Zwang und Unterdrückung in Schutz zu nehmen. Die provisorische Centralgewalt ist zur Ausführung dieser Beschlüsse aufzufordern."

Abg. Zimmermann von Stuttgart unterstützt den Vorschlag, daß eine Deputation an den Reichsverweser gesandt werde. Entspricht derselbe nicht dem Wunsche, entschlossen zu handeln, so muß die Versammlung wissen, was sie zu thun hat, dann werden wir sehen, ob Herr H. v Gagern und seine Freunde in einem anderen Sinne die Worte: „nicht weil, sondern obgleich", sprechen werden. Wir haben die Bewegung in der Pfalz und in Sachsen legalisirt, wir müssen sie unterstützen und uns rasch entschließen. An energische Charaktere klammert sich die Hoffnung eines Volkes in gefährlichen Augenblicken an.

Abg. Grävell (Unruhe links). Ich habe früher, als im Hause noch einige Mäßigung herrschte, zuweilen mit der Linken gestimmt. Auch heute muß ich bekennen, daß ich mit derselben darin übereinstimme: die Zeit sei leider gekommen, wo das Wort entrete: Je toller, desto besser! Wirklich ist es nun dahin gekommen, daß durch die in den letzten Wochen gestellten Anträge es klar vor Augen gelegt worden, wie die Antragsteller seit Monaten schon auf Nichts ausgegangen sind, als auf die Erwirkung der Erneuerung der Märzrevolution, auf Aufständigkeit des Volks, Gewaltsamkeit und rothe Republik. Es ist jetzt nicht mehr zu bestreiten, daß das Anerbieten der Kaiserkrone an den König von Preußen nichts weiter gewesen ist, als ein hinterlistiger Versuch der von uns eigenmächtig uns angemaßten Souveränität die preußische Regierung zu unterwerfen. Alle die schönen Redensarten, durch welche die Leidenschaft und die Unbesonnenheit aufzureizen versucht worden ist, sind vor 50 Jahren von einem Danton, Marat und Robespierre viel energischer noch gehalten worden, von Männern, die einer den andern aufgefressen und in der Geschichte ihren wohlverdienten Ruf erhalten haben. Der Redner trägt gar kein Verlangen, seinen Namen solchen Namen anzureihen. (Heitere Bewegung und Bravo links.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Abg. v. Reden tritt das Wort dem Abg. Vogt ab. Wir sind an dem Punkte angelangt, wo es brechen muß, denn biegen kann es jetzt nicht mehr. Mit der Taktik des Zögerns und Hinhaltens kann nichts mehr gewonnen werden. Wenn unser jetziges Ministerium schon unmöglich ist, so ist kein anderes möglich, als ein solches, welches feindlich gegen diese Versammlung auftritt. (Sehr gut!) Mit Bildung von Ministerien dürfen wir uns nicht hinhalten lassen, damit es uns nicht gehe, wie den Ungarn mit Erzherzog Stephan, der, nachdem er das ungarische Parlament lange hingehalten, zuletzt an den Truppen vorbei nach Wien ging. — Wir hören nicht von dem Reichscommissär, daß er in Berlin gegen die Einmischung protestirt habe, wie es sich gehörte, in allen Zeitungen, durch alle Mittel, und zwar so lange protestirt hätte, bis ihn das Ministerium Brandenburg entweder gefangen oder aus dem Lande gejagt hätte. Dann hätte er mit Ehren seinen Sitz in dieser Versammlung wieder einnehmen können. So geht es, wenn man sich mit unsittigen Subjecten umgibt. (Beifall links und auf den Galerien. Der Vorsitzende verweist Letztere zur Ordnung. Ruf links: keine Polizei!) Sie hören, was man in der Rheinprovinz für Beschlüsse faßte, welche Sie mit Beifall aufnahmen, und solchen gegenüber bringt man noch Anträge auf Schutz der Regierungen ein! Bayern beschickt doch den Berliner Congreß und hat seinen Bevollmächtigten schon ernannt. Das zeigt Ihnen, daß die Hindernisse, welche die renitenten Regierungen bisher abhielten, mit einander zu gehen, schwinden, wenn es sich davon handelt, dem Parlamente entgegenzutreten. Bald wird vielleicht das preußische Militär seine Metzelei in Sachsen vollendet haben. (Ruf links: vielleicht!) Leider sehe ich, daß das sächsische Militär nicht so viel nationales Ehrgefühl hatte, zuerst die Preußen hinauszuschlagen, Tabula rasa zu machen und dann in Sachsen zu handeln. Das Ministerium Brandenburg ist der verkörperte Absolutismus und es ist ganz gleich, ob man durch preußische Säbel oder durch die russische Knute geknechtet wird. Wie erniedrigend ist unsere äußere Politik! Ist es nicht eine Schmach, daß wir uns an England wenden müssen, um von dort einen Protest gegen den Einmarsch der Russen zu erwirken, und daß wir nicht selbst mit Waffen dagegen protestiren. Es ist der letzte Augenblick, der an Ihre Thüre klopft, wo Sie zeigen können, daß Sie Männer sind, nun denn, so sein Sie Männer. (Großer Beifall links und auf den Galerien.)

Es wird zur Abstimmung geschritten. Zur namentlichen Abstimmung gelangt zuerst der Verbesserungsantrag des Abg. v. Reden. Er wird mit 188 gegen 147 Stimmen angenommen. (Ungeheurer lang anhaltender Beifall im Hause.) — Der Zusatzantrag des Abg. W. Mohl:

1) „die provisorische Centralgewalt hat zum Schutze der deutschen Reichsverfassung ungesäumt ein Reichsheer von den Truppen der Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, zusammenzuziehen;
2) zu demselben Behufe hat dieselbe die schleunigste Organisation und Mobilmachung der Land- und Volkswehren in denselben Staaten zu verfügen",

wird abgelehnt.

Abg. Umbscheiden stellt den Dringlichkeitsantrag, welchem sich Abg. Raveaux zugesellt: „Die Versammlung möge den Erzherzog Reichsverweser durch eine aus ihrer Mitte aus 12 Mitgliedern bestehende durch relative Stimmenmehrheit zu wählende Deputation von dem vorliegenden Beschlusse in Kenntniß setzen und bis zur erfolgten Antwort die heutige Sitzung für permanent erklären. — Da das Resultat über die Abstimmung der Dringlichkeit zweifelhaft ist, so wird durch Stimmzettel abgestimmt. Die Dringlichkeit wird mit 169 gegen 162 Stimmen angenommen.

Abg. Wiedermann stellt den Antrag, daß man den Reichsverweser darum angehe, sofort ein Ministerium zu bilden, welches er mit der Ausführung betraute. So werden die Formen nicht verletzt.

Abg. Umbscheiden. Ueber der Beobachtung solcher Formalitäten kann das Vaterland zu Grunde gehen. Dann hat die Nationalversammlung die Durchführung der Verfassung nach dem Gesetze vom 28. Juni in der Hand. Der Redner schließt sich einem Verbesserungsantrage an, dahin gehend, daß die Deputation vom Bureau gewählt werde, in Voraussetzung, daß dasselbe alle Parteien berücksichtige.

Abg. Freudentheil und Gen. stellen einen Verbesserungsantrag, daß man den Reichsverweser ersuche, noch heute ein Ministerium zu bilden. Abg. Gravenhorst's Verbesserungsantrag will, daß die Deputation den Reichsverweser um die Antwort auf die Frage ersuche, ob er geneigt sei, in Anbetracht der dringlichen Zustände sobald als möglich ein Ministerium zu bilden, das den heutigen Beschluß vollziehe.

Abg. Simon von Trier. Wir befinden uns in derselben Lage wie damals, als der Erzherzog Reichsverweser das Gesetz vom 28. Juni vor der Versammlung angenommen. Wir nahmen damals auch seine persönliche Meinung hin. Er schließt sich dem Antrag des Abg. Freudentheil an, falls derselbe wolle, daß der Reichsverweser ein Ministerium bilde, welches den heutigen Beschluß durchzuführen berufen sei.

Der Antrag des Abg. Umbscheiden mit dem Verbesserungsantrage des Abg. Gravenhorst wird angenommen. Die Versammlung beschließt daher: „Die Nationalversammlung läßt durch das Bureau eine Deputation von 12 Gliedern wählen, welche sich sofort zu Sr. kaiserl. Hoh. dem Erzherzog-Reichsverweser zu begeben hat, um denselben um die Antwort auf die Frage zu ersuchen, ob er geneigt sei, in Anbetracht der dringlichen Zustände des Vaterlandes sobald

als möglich ein Ministerium zu bilden, welches den heutigen Beschluß der Nationalversammlung zu vollziehen hätte. Bis zur erfolgten Antwort bleibt die Nationalversammlung permanent.

Das Bureau wählt folgende 12 Abgeordnete: Löwe von Calbe. Naveaux. L. Simon. Zell. Kirchgeßner. v. Reden. Hollandt. Klaußen. Haußbauer. Rösler v. Wien. Becker v. Bromberg. Jucho.

Deutschland.

† **Berlin**, 8. Mai. Unsere Politiker leben in diesem Augenblicke nur von Dresden und Leipzig, da Berlin selbst außer der am Sonntage versuchten Volksversammlung von Held und einer ersten Nummer der neuesten „Preußischen Zeitung" nichts von Belang für die Neugierde darbietet. Die letztere bei J. Reichardt gedruckt übertrifft in der That alles, was die demokratische Presse seit dem 18. März v. J. zu Tage gefördert hat. — Seit gestern circulirt hier eine Petition an die Staatsregierung um Abänderung des Wahlgesetzes für die zweite Kammer, die indeß nur wenige Unterschriften findet, da selbst diejenigen, welche eine solche Aenderung für eine unabweisliche Nothwendigkeit halten, nicht die Hand bieten mögen zu einem Verfassungsbruche und lieber noch einmal eine schlechte Kammer haben, als einen solchen Bruch durch die Regierung begangen und sie dadurch in den Augen des Volks compromittirt sehen mögen. — Zur Requisition der ersten militärischen Hilfe für Dresden ist der Prinz Johann von Sachsen selbst hier gewesen. — Das Centralcomite zum bewaffneten Schutze deutscher Volksfreiheit in Leipzig verbreitet hier eine Proclamation: „An die deutschen Brüder in Preußen", in welcher um bewaffnete Hilfe angerufen wird.

** **Breslau**, 7. Mai. Ermuthigt durch die Vorgänge in Sachsen haben unsere Ultraradicalen, Elsner, Semrau und andere Gesinnungsgenossen an der Spitze, auch hier eine Bewegung hervorzurufen gesucht, die indessen in ihren Anfängen verunglückt ist. Schlimm für die deutsche Sache, wenn auch anderwärts wie hier das dreifarbige deutsche Banner nur als ein Mantel für die rothe Fahne der social-demokratischen Partei benützt wird. Das erste Opfer eines Tumults ist ein entschieden Conservativer, Herr Paul von Nimptsch, der von den Radicalen auf der Straße überfallen und so empörend mißhandelt wurde, daß er an seinen Wunden bereits gestorben sein soll. Verhaftung der Thäter gab Anlaß zu tumultuarischen Auftritten, die jedoch durch Einschreiten des Militärs beigelegt wurden. Eine für gestern Sonntag angesagte Volksversammlung wurde, trotz Verbots des Polizeipräsidiums, dennoch abgehalten, und von mehreren Tausend Menschen besucht. Ein Schneidergeselle Pelz, dann Stein, Elsner, Semrau u. A. traten als Redner auf. Die Behörden sollten zu einer Erklärung in der deutschen Sache genöthigt werden, und ein Volkshaufe zog vor die Wohnung des Bürgermeisters, um eine außerordentliche Magistratssitzung zu erzwingen, wich jedoch vor anrückenden Cürassieren. Ein anderer Haufe zog mit einer rothen Fahne auf das Rathhaus und durch mehrere Straßen und proclamirte die Republik. Abends wurden Versuche gemacht, aus Marktbuden Barrikaden zu bauen und bei einer derselben mußte das Militär sogar Feuer geben. Indessen waren die Barrikaden schnell wieder verschwunden, da es eben nur galt, Tumult zu machen. Die Stadt ist heute vollkommen ruhig.

Posen, 6. Mai. Soeben (3 Uhr) ist die von den Vertrauensmännern der deutschen Verbrüderung berufene Volksversammlung, deren Zweck der Erlaß einer Erklärung war, worin die deutsche Reichsverfassung anerkannt werden sollte, unter Trommelschlag verboten worden. Am Eingange des zur Versammlung bestimmten Lokals ist ein Erlaß des commandirenden Generals Brünneck und des Commandanten Steinäcker angeschlagen, worin, unter Hinweisung auf den Belagerungszustand, alle politischen Vereine fortan verboten werden, da man in solchen Erklärungen, so lange als der König die Verfassung nicht anerkannt habe, nur Demonstrationen gegen die Regierung erblicken könne. — Auf dem Kanonenplatze sind bedeutende Militärmassen aufgestellt, durch die Stadt wegen überall zahlreiche Menschenmassen. — Doch ist kaum zu bezweifeln, daß es durchaus nicht zu Excessen kommen werde.

G **Halle**, 8. Mai. Zunächst eine Berichtigung. An der aus der Kölnischen Zeitung in die O.-P.-A.-Zeitung, in die Deutsche Zeitung u. a. übergegangenen Nachricht, daß in Merseburg und Halle ernstliche Unruhen ausgebrochen wären, ist auch nicht eine Sylbe Wahres. Seit den Novembertagen ist die Ruhe in Halle keinen Augenblick gestört worden. Die Garnison ist eine sehr schwache, nur für den laufenden gewöhnlichen Dienst. — Von Leipzig kam gestern die amtliche Aufforderung, die preußische Militärbehörde möchte ein Hilfscorps zur Unterdrückung des am 6. d. ausgebrochenen Aufstandes nach Leipzig schicken. Eine Compagnie des 19. Regiments, die hier liegende Jägerabtheilung, verstärkt durch Magdeburger Artillerie, Cavallerie und Landwehr, sollten heute früh in Leipzig einrücken. Aber schon gestern Nachmittag 2 Uhr passirte ein Deputirter des Leipziger Magistrats mit einem Extrazuge hier durch nach Magdeburg, um die in Anspruch genommene Hilfe abzubestellen, weil die Communalgarde, verstärkt durch den Turnverein, die Gewerkschaften und andre Associationen, jetzt entschieden, Personen und Eigenthum zu schützen und die Ruhe aufrecht zu erhalten. Leider hat sich auch in Leipzig wie in Dresden und andern Orten bestätigt, daß die Agitation für die deutsche Verfassung nur als Vorwand benutzt wird, die Absichten der socialen Demokraten, die Grundsätze der socialen Republik durchzusetzen. Der besonnene und umsichtige Bürger, der die Gründung eines deutschen Bundesstaates auf Grund der deutschen Verfassung ersehnt, wird durch die gefährliche Entartung der Agitation bedenklich, und zieht sich von einer Bewegung, zu Gunsten der deutschen Einheit hervorgerufen und die er gern unterstützte, zurück, um nicht Agitatoren in die Hände zu fallen, die, wie die Erfahrung jetzt von Neuem bestätigt, seine Unterstützung zum Verderben des Vaterlandes mißbrauchen. — Der Versammlung der Stadtverordneten lag gestern ein Antrag vor, die städtischen Behörden möchten ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Brandenburg-Manteuffel nach Berlin senden und in einer Adresse an die deutsche Nationalversammlung sich für die deutsche Verfassung erklären. Der Antrag war von dem republikanischen Vereine ausgegangen. Dagegen verlangte der Preußenverein in einer Petition ein Vertrauensvotum für das preußische Ministerium. Beide Anträge werden mit 21 gegen 3 Stimmen abgelehnt, und beschlossen, alle ähnlichen Aufforderungen fortan von der Hand zu weisen. Aus dieser Entscheidung läßt sich ein Rückschluß auf die Stimmung der Bürgerschaft machen. — Während ich dies schreibe, trifft die Nachricht ein, daß die Berliner und Magdeburger Zeitungen vom heutigen Datum, die gewöhnlich früh 6 Uhr eintreffen, noch nicht angekommen sind.

Stettin, 6. Mai. Die hiesige königliche Regierung hat folgende Verfügung erlassen:

„In Folge kriegsministerieller Anordnung setzt in Bezug auf den dänischen Krieg jede Communication des Landes mit den feindlichen Fahrzeugen auf das Nachdrücklichste unterfagt werden. Wir bestimmen daher, daß Uebertretungen dieses Verbots, sofern sie nicht nach dem Titel III, Abschnitt Theil II, Titel 20 des Allgemeinen Landrechts eine härtere Ahndung nach sich ziehen, mit Geldstrafe bis zu 50 Thlr. oder Gefängniß bis zu sechs Wochen geahndet werden sollen und beauftragen Ew. Hochwohlgeboren, dieses Verbot auf das Schleunigste in den an den Strand angrenzenden Ortschaften des Kreises bekannt zu machen und auf's Strengste über die Befolgung zu wachen. Stettin, 30. April 1849. Königl. Regierung; Abtheilung des Innern. An den königl. Landrath ꝛc.

In einer morgen hier stattfindenden Volksversammlung will sich Dr. Waldeck, Abgeordneter der aufgelösten zweiten Kammer, hören lassen.

Ueber einen Plan, die dänischen Inseln durch Privatmittel anzugreifen, berichtet die „Stett. Ztg." Nachstehendes: „Der niederschlagende Anblick unserer abgetakelten Schiffe, der lähmende Stillstand des Handels und Gewerbes, leidige Folgen des dänischen Krieges, haben schon im vorigen Jahre angeregte Pläne, auch ohne Marine den Feind auf seinen Inseln anzugreifen, jetzt von neuem aufgefrischt. Das Reichsministerium des Krieges hat von diesen Plänen Kenntniß genommen und nach reiflicher Ueberlegung den betreffenden Patrioten für ihre Gesinnungen Dank abgestattet und den bewußten Plan dem commandirenden General in Schleswig-Holstein, sowie dem Commandirenden unserer Marine angelegentlichst empfohlen. Die Zahl der Offerten, welche von Schiffern, die ihre Person und ihre Fahrzeuge zu Gebote stellen, an den Kriegsminister ergingen, ist beträchtlich. Je weniger Aussicht bis jetzt ist, daß der Friede bald wieder hergestellt werde, je mehr steht zu erwarten, daß unsererseits zu einer Maßregel geschritten werde, welche nur dazu dienen kann, einen verblendeten Feind über seine eingebildete Macht noch mehr zu enttäuschen. Die Geschichte liefert Beispiele genug, daß mit weit geringeren Mitteln, als wir sie besitzen, gegen größere Seemächte mit Glück gekämpft worden ist. Man denke an die Niederlande gegen Spanien, an England gegen dasselbe, an die nordamerikanischen Freistaaten gegen England, an die griechischen Brander gegen die türkische Flotte, und man wird aufhören, einer Unternehmung zu mißtrauen, zu welcher die Noth uns treiben muß. Wir hoffen, daß der Plan von Frankfurt nach Schleswig in die rechten Hände übergegangen ist."

X Koblenz, 8. Mai. Die Bewegungen der Truppen nach den verschiedenen Richtungen sind in vollem Gange. In Folge eines gestern plötzlich ergangenen Befehls ging heute das 2. Bataillon des 30. Regiments mit dem Stabe und der Musik nach Köln ab, morgen folgen ihnen die Füsiliere und auch das 1. Bataillon macht sich marschfertig. Wie wir hören, ist der Bestimmungsort derselben Elberfeld. In der Nacht erhielt eine hiesige Batterie Befehl, nach Frankfurt aufzubrechen, bald jedoch erfolgte Gegenbefehl, und so soll sich diese nebst einer andern und der reitenden Batterie fertig halten, jeden Augenblick dahin auszurücken. Nach Wetzlar soll ein Bataillon des 17. Regiments (7. Armeecorps) verlegt werden, jedoch soll nach neuerer Anordnung das Jägerbataillon dahin zurückkehren. Die hier seither gestandene Escadron vom 4. Dragonerregiment hat uns ebenfalls ganz unerwartet heute früh verlassen und ist auf die benachbarten Orte ausgerückt. Ferner erfährt man, daß die hier stehenden Füsiliere des 29. Regiments Ordre haben, nach Mainz abzugehen. Das Militärgouvernement in Mainz hat bei der Kölnischen Gesellschaft um zwei Dampfboote zu seiner Disposition per Telegraph nachgesucht. Jedermann ist in der größten Spannung über Dinge, die da kommen werden.

Aus der **bayerischen Pfalz**, berichtet das „Mannheimer Journal", haben wir seit gestern Abend weder Briefe noch Zeitungen erhalten. Das Gerücht, daß die eingerückten Preußen zurückkehren würden, ist zwar vielfach verbreitet, doch sind wir zur Stunde nicht in dem Fall, es bestätigen zu können. Eine andere Nachricht aber ist sicher: In Ludwigshafen eilen die jungen Leute von den Comptoirs weg und begeben sich zu den Landesvertheidigern. Die heute Morgen aus der Pfalz angelangten Nachrichten lauten übereinstimmend dahin, daß im Uebrigen der Geist der Bevölkerung ein durchweg gesetzlicher sei. Alle Gemeinden senderten ihre junge Mannschaft zum Schutz der bedrohten Freiheit fort, und die daheim bleibenden Angehörigen seien zu jedem Opfer bereit, das die deutsche Sache erheische.

Die Mitglieder des **pfälzischen Landraths** hatten am 2. von Kaiserslautern aus folgende Eingabe an den König gerichtet: „Königliche Majestät! Ew. königl. Maj. für haben der Reichsverfassung, wie sie in Frankfurt endgiltig beschlossen worden ist, die Anerkennung verweigert; diese Verweigerung hat große Aufregung und allgemeine Entrüstung selbst unter den gemäßigtsten Bürgern hervorgerufen. Diese Aufregung gibt sich kund in zahlreichen Versammlungen; eben haben sich Tausende im Mittelpunkte des Kreises, in Kaiserslautern, zusammengefunden, um über gemeinsame Schritte zu berathen. In diesem hochwichtigen Augenblicke, in welchem das Vaterland in der größten Gefahr schwebt, dürfen die Mitglieder des Landrathes der Pfalz nicht schweigen. Sie hielten es für eine heilige Pflicht, zusammenzutreten, um Ew. Maj. die im Kreise herrschende gewaltige Aufregung offen und treu zu schildern. Sie fühlen sich hiezu um so mehr verpflichtet, als der Landtag, das verfassungsmäßige Organ des Volkes, durch die leider nun schon zum dritten Male erfolgte Vertagung außer Stand gesetzt ist, seine Stimme zu erheben. Wir bitten, wir beschwören Ew. Maj., die Ursache dieser im höchsten Grade bedenklichen Aufregung zu entfernen. Rufen Sie daher unverzüglich den Landtag zusammen, damit Sie in diesem Augenblick den Beirath der Vertreter des Volkes nicht entbehren; entfernen Sie ein Ministerium, das als ein volksfeindliches sich schon in den ersten Tagen seiner Entstehung erwiesen hat; erkennen Sie die von der Nationalversammlung in Frankfurt erlassenen Beschlüsse, insbesondere die Reichsverfassung und das Wahlgesetz unbedingt an, damit Deutschland herauskomme aus dem Zustande der Unsicherheit und Verwirrung, damit der Widerstand, zu welchem das Volk gegen seine Fürsten sich anschickt, sich verwandele in Vertrauen und die Ruhe im deutschen Vaterland zurückkehre. Denn wie die Pfalz unter der allgemeinen Aufregung bisher niemals den gesetzlichen Boden verlassen und Ruhe und Ordnung bewahrt hat, so steht sie jetzt wie Ein Mann für die Aufrechthaltung der Verfassung. Mögen Ew. k. Maj. die nothwendige Entschließung schnell fassen, denn nur ein rascher Entschluß vermag das Band zwischen Fürst und Volk, das nur noch an schwachen Fäden zusammenhängt, wieder zu kräftigen. Ehrerbietigst verharren ꝛc."

Kaiserslautern, 6. Mai. Der Landesvertheidigungsausschuß hat drei Proclamationen erlassen: 1) „Ansprache des pfälzischen Volkes, vertreten durch die am 2. Mai in Kaiserslautern abgehaltene pfälzische Volksversammlung, an seine Brüder im jenseitigen Bayern", 2) einen Aufruf an das pfälzische Volk, worin die ersten Maßnahmen des Ausschusses verkündet werden; 3) einen Aufruf an die bayerischen Truppen mit der Aufforderung an dieselben, sich dem Volke anzuschließen zur Einführung der Reichsverfassung gegen die Widersetzlichkeit der Fürsten. (Speyer. Z.)

< **Mainz**, 9. Mai. Das von hier nach Landau beordert gewesene Bataillon des 28. preuß. Infanterieregiments ist soeben, 11 Uhr Nachts, ohne daß die Festungsbehörden vorher davon benachrichtigt worden, mit dem Schleppschiff „Ruhrort" hier wieder eingetroffen. Dasselbe war bis zwei Stunden vor Landau gekommen, als es Gegenbefehl erhielt. In Speier hatte man Barrikaden erbaut und den Einmarsch verweigert, bewerthete jedoch die Truppen aufs Beste vor der Stadt. Auch die Eisenbahn fand das Bataillon zerstört und mußte daher den Weg zu Fuß zurücklegen. — Im Laufe des heutigen Tages ist das Füsilierbataillon des 28. preuß. Regiments hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. H. Hatten.

Cours der Staats-Papiere. 10. Mai 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq.-Obligat. . .	5	74	73⅞
»	ditto ditto . .	4	54½	57⅛
»	ditto ditto . .	2½	39⅛	38⅝
»	Bank-Actien à D. .		1140	1134
»	1.250Loose v. Roth.		76½	76⅜
»	1.500 » ditto		125½	125
»	Bethmann. Obligat.	4½	—	67
»	ditto ditto	4	62	—
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	79⅛	79
»	Prämienscheine . .		—	100
Bayern .	Obligationen	3½	73⅛	—
Darmstadt	2. 50 Loose . . .		20⅜	69⅛
»	2. 35 ditto		22	21⅝
»	Obligationen	3½	79½	79
»	ditto	4	86⅜	86½
Baden .	Obligationen v. 1849	3½	76½	76
»	2. 50 Loose v. 1845		47⅜	47½
»	2. 35 Loose . . .		27⅛	27

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.
Pistolen	9	58	Geld al Marco .	383	—
Pr. Friedrichsd'or	9	53½	Laubth., ganze. .	—	—
Holl. 10 fl. Stücke	10	5	Preuss. Thaler .	—	—
Rand Ducaten . .	5	39	5 Frankenthaler.	—	—
20 Francsstück .	9	41	Hochhaltig Silber	24	30
Engl. Souvereins	13	5	Gering u. mittelh.	24	20

		pCt.	Papier.	Geld.
Würtemb.	Obligationen b. Roths.	3½	76⅛	76⅛
»	Neue Württemberg.	4½	94	93½
Hessen	Obligat. d. Rothsch.	3½	79¼	79⅛
»	2. 35 Loose		20¾	20⅛
Frankfurt	Obligationen	3	78	77½
»	ditto v. 1839	3½	92½	92
»	ditto v. 1846	3½	89	88½
»	Taunusbahnactien .		277	275
Holland	Integrale	2½	49⅝	49⅝
»	Holländische	4	—	97½
»	Hyndrate.	3½	—	73
Spanien	Activen, incl. 18 Cp	5	—	—
»	Innere Sch. neue Obl.	5	24½	24½
Portugal	Consols Lst. à 1 18	3	—	—
Polen	2. 500 Loll. Loose Rth.		—	94
»	Obligationen de 2 500	4	92½	92
Russland	in S. S. 2. b. Gron. etC.	4	—	91½
»	ditto b. Stieglitz et C.	4	—	91

Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Kurhessische Loose . . .	27½	26½
Sardinische Loose . . .	26	25½
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Mindener	76	75½
Ludwigsh.-Bexbach . . .	101⅛	6½
Prdr.-Wilhs.-Nordbahn .	32¼	32⅛

Wechsel-Cours. Den 10 Mai		Brief.	Geld.
Amsterdam	k. S.	—	100½
(100 fl. Crt.)	2 M.	—	100⅛
Augsburg	k. S.	—	11⅝
(100 fl. Crt.)	2 M.	—	—
Berlin . .	k. S.	—	106⅛
(60 Thlr.)	2 M.	—	—
Bremen (60	k. S.	—	99
Rthlr.) L.-Ger.	2 M.	—	—
Hamburg .	k. S.	—	88
(100 M. Bco.)	2 M.	—	87¾
Leipzig (60	k. S.	—	100⅛
Thlr.) L. d. M.	2 M.	—	—
London . .	k. S.	—	120⅜
(10 L.St. fl.)	2 M.	—	120⅛
Lyon . . .	k. S.	—	94⅛
(300 Fr.)	2 M.	—	—
Mailand (300	k. S.	100	99⅜
L.in Austr.)	2 M.	—	—
Paris . . .	k. S.	—	94⅛
(300 Fr.)	2 M.	—	—
Wien (100 fl.	k. S.	102½	—
im 2 20 F.	2 M.	—	—
Disconto . . .		—	1

A Switzbach, bereid. Makler.

Nach der Börse: 2½pCt. Met — 4pCt. Span. Int. —; Taunusbahn-Actien (pr. Ult.) —; Ludw.-Bexb. —; F.-W.-Nordb. — D.

Druck von August Osterrieth.

(Rest zweiter Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Donnerstag (Zweite Extra-Beilage zu Nro. 111.) 10. Mai 1849.

Telegraphische Depesche.

Berlin, 10. Mai. Der Minister des Innern an den wirklichen Legationsrath von Kamptz. Am 9., 10 Uhr Morgens, haben sich die Insurgenten in Dresden, nachdem die Preußen noch einige ihrer stärksten Punkte genommen hatten, auf Gnade und Ungnade ergeben, und die Truppen haben unter großem Jubelruf der Bürger von allen Theilen der Stadt Besitz ergriffen. Die Mitglieder der provisorischen Regierung und die Anstifter der Empörung sollen vorher entkommen sein, werden aber verfolgt.

Deutsche Reichsversammlung.

216. Sitzung.

Vorsitzender: Vicepräsident Reh.

(Schluß.)

Frankfurt, 10. Mai.

Um 4½ Uhr kehrte die Deputation zurück. Abg. Raveaux, als Berichterstatter derselben, erstattet folgenden Bericht: Der Sprecher der Deputation, Abg. Raveaux, theilte dem Reichsverweser den Beschluß der Nationalversammlung unter wörtlicher Vorlesung mit. Der Reichsverweser antwortete: „Nach dem Gesetz und dem constitut. Gebrauch steht der Reichsverweser in keiner directen Verbindung zur Nationalversammlung, sondern nur durch ein verantwortliches Ministerium. Daß das bisherige interimistische Ministerium abgetreten ist, ist richtig, aber erst heute Morgen. Deßhalb habe ich noch keines bilden können. Das zu bildende Ministerium wird der Nationalversammlung meine Antwort auf die mir überreichten Beschlüsse mittheilen." Auf die Frage des Sprechers, ob Se. kais. Hoheit geneigt sei, ein Ministerium zu bilden, welches die Verfassung und die mitgetheilten Beschlüsse durchzuführen übernehme, erwiederte der Reichsverweser: „Ich werde ein Ministerium bilden, das nach meiner Ansicht den Bedürfnissen der Zeit gemäß handeln wird." Auf die fernere Bemerkung, daß die Zeit dränge und daß bei längerer Ungewißheit über die Stellung der Centralgewalt zur Reichsverfassung und deren Durchführung die Gefahren immer größer werden, erwiederte der Reichsverweser: „Ich habe nie gesäumt, ich bin ein alter Soldat, ich werde recht handeln, ich kenne meine Pflicht gegen das Vaterland und werde Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten." Auf die Entgegnung, man sei überzeugt, daß Se. kaiserl. Hoheit die Ordnung und Ruhe nach Unten aufrecht erhalten werde, aber die Ordnung und Ruhe sei jetzt durch die Fürsten, welche die Verfassung nicht anerkennen wollen, gestört, und gegen diese Störung seien die betreffenden Beschlüsse ebenfalls gerichtet und man wünsche Gewißheit darüber zu erhalten, ob das zu ernennende Ministerium bereit sei, auch im letztern Sinn zu wirken, erwiederte der Reichsverweser: „Das sind Principien, Sie handeln nach Ihren, ich nach meinen, darüber können wir hier keine Polemik führen." Auf die schließlich dringende Anfrage, mit Hinweisung auf die Gefahr des Augenblicks, bis wann das Ministerium spätestens ernannt sein könne, erfolgte die Antwort: „Es kann in 3 Minuten, auch in 3 Stunden, vielleicht auch in 3 Tagen geschehen. Verlassen Sie sich darauf, daß ich meine Pflicht thun werde als ein ehrlicher Mann." Abgeordneter Raveaux fügt dem Bericht bei: Sogleich nach dem ersten Passus seiner Antwort machte der Reichsverweser eine Verbeugung, als wollte er uns entlassen. Wir kamen aber immer auf unsere Fragen zurück und so entspann sich dieses Zwiegespräch, aber bei jeder Antwort war auch immer die Verbeugung des Reichsverwesers wieder da. (Heiterkeit.) In Bezug auf diese Antwort reichen die Abgeordneten Goltz, Spatz, Wesendonck, Wedekind Dringlichkeitsanträge ein, alle dahin gehend, daß die Versammlung die Executive zur Durchführung der Verfassung selbst in die Hand nehme. So trägt Abg. Wedekind darauf an, daß die Versammlung in Beziehung auf den am 28. v. M. ausgesprochenen Wunsch zu reagiren, dem Reichsverweser den Dank des Vaterlandes votirt und daß die Wahl eines neuen auf morgen anberaumt werde. Alle die derartigen Anträge werden auf Antrag des Abg. Seiten zur Berichterstattung an den Dreißigerausschuß überwiesen, so zwar, daß derselbe morgen um 12 Uhr berichte. Abg. Schlöffel stellt schließlich noch den Antrag, daß man den Reichsverweser als Feind des Vaterlandes erkläre, ihn entsetze und einen prov. verantwortlichen Vollziehungsausschuß von 5 Gliedern bilde. Dieser Antrag wird nicht unterstützt. Schluß der Sitzung 5½ Uhr. Nächste Sitzung: morgen Freitag den 11. Mai 12 Uhr.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 10. Mai. Bei Eröffnung der Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt stellt der Präsident die Frage: ob bei der nicht zahlreich besuchten Versammlung und der Aufregung, welche durch die politischen Ereignisse hervorgerufen worden, es nicht zweckmäßiger wäre, die heutige Berathung des Verfassungsentwurfes auszusetzen? Die Anwesenden pflichten bei und die Versammlung trennt sich. Nächste Sitzung Samstag den 12. Mai.

München, 7. Mai, Abends. Auch der „Allgem. Zeitung" berichtet man aus glaubwürdiger Quelle, daß heute der Finanzminister v. Aschenbrenner und der Minister des Innern v. Forster ihre Entlassung eingereicht haben sollen. Als die Veranlassung bezeichnet man theils abweichende Ansichten über die deutsche Frage, theils und zunächst den vom Kriegsminister einseitig gegebenen, unmittelbar nachher aber wieder zurückgenommenen Befehl zur Herstellung des Heeres auf den Kriegsfuß. Staatsrath v. Volz soll bestimmt gewesen sein, als Parlamentär nach der in offenem Aufstand begriffenen Pfalz zu gehen, er soll es jedoch abgelehnt haben, sich dieser Mission zu unterziehen. — Der Reichscommissär, Staatsrath Mathy, befindet sich noch in München, ohne daß man etwas über den Erfolg seiner Mission erführe. Vorerst scheint er die Hauptstadt nicht verlassen zu wollen. Uebrigens herrscht in München gegenüber der deutschen Frage noch dieselbe Gelassenheit, ja Gleichgiltigkeit, wie in den letzten Wochen. Gott mag wissen, ob es so bleibt. Jedenfalls wächst die Bewegung im Lande, namentlich in Schwaben, Franken und der Pfalz in einer Progression, die umsomehr noch eine unermeßbare Steigerung befürchten läßt, als die Beamten, einst so trotzig und barthörig gegenüber den Volkswünschen, jetzt meist eine Beklommenheit und Angst zeigen sollen, die nicht geeignet sind, dem Gesetz Achtung zu verschaffen. In einigen Volksversammlungen soll vor den Augen öffentlicher Behörden die bayerische Fahne aufs schmählichste beschimpft worden sein, ohne daß sich ein Finger gerührt hätte, dem Unfug zu steuern. Schon wird von einigen Seiten gedroht, in bewaffneten Schaaren nach München zu ziehen, wenn bis zum 15. Mai der Landtag nicht mit der Anerkennung der Reichsverfassung begrüßt werden sollte. Man mag auf derlei Drohungen nicht zu viel Werth legen, sollte sie aber auch nicht zu gering schätzen. Jedenfalls wird die Regierung wohl thun, aufs unumwundenste sich auszusprechen. Die „Neue Münchner Zeitung" wird nicht müde Standreden zu halten gegen die Nationalversammlung: sie thäte besser, uns wenigstens Andeutungen zu geben, wie die von der bayerischen Regierung wie von der preußischen versprochene Anbahnung eines Verständnisses über die deutsche Verfassungsfrage eingeleitet werden will. So äußert sich die „Allgemeine Zeitung".

Hannover, 8. Mai. Der gestrige Tag ist äußerlich ruhig zu Ende gegangen. Desto bewegter waren die Gemüther. Das Ministerium hatte gewaltige Vorsichtsmaßregeln getroffen: Kanonen waren auf dem Bahnhof und an andern Stellen aufgefahren, rings vor den Thoren Reiterei und Fußvolk, auch im Hause des Königs Truppen. Für die Ruhe in der Stadt hatte sich der provisorische Oberbefehlshaber der Bürgerwehr, Major Kraul, verbürgt und hat sein Wort vollkommen gelöst. Die verbundenen Vereine hatten nach allen Landestheilen geschrieben, um die verheißenen massenhaften Zuzüge abzusagen. Man wollte keinen gewaltsamen Zusammenstoß. Außerdem erschienen gestern frühe Maueranschläge, die zu Ruhe und gesetzlicher Haltung ermahnten. Etwa 300 Abgeordnete aus allen Landestheilen waren erschienen, fast keine Stadt war unvertreten; viele Magistrate hatten Abgeordnete geschickt. Unter dem Präsidium des Dr. Freudenthal aus Lamspringe und des Synd. Bueren aus Emden beriethen diese Männer gemeinsame Schritte und faßten den Beschluß, folgende Forderungen an den König zu stellen: 1) Unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung. 2) Unbedingte Unterwerfung unter das zu erwählende Reichsoberhaupt. 3) Sofortige Anordnung der Wahlen zur zweiten Kammer. 4) Mißtrauenserklärung gegen das Ministerium. Am Tage vorher war in der Hannoverschen Zeitung amtlich angezeigt, daß der König keine Deputation annehmen werde. Die Abgeordneten ließen deßhalb bei dem Commandirenden der Bürgerwehr anfragen, ob er ihren Zug nach dem Schlosse schützen werde, was dieser zusagte. Gleich darauf zeigte jedoch ein Adjutant der Bürgerwehr an, daß nach einem Beschlusse des Gesammtministeriums (welches also wahrscheinlich permanent beisammen war) nur eine Deputation von höchstens sechs Mitgliedern im Palais würde angenommen werden. Es blieb indeß den übrigen Abgeordneten freigestellt, sich der Deputation anzuschließen, um unter dem Schutz der Bürgerwehr vor dem Palais die Antwort zu erwarten. Soll etwa der König nicht erfahren, wie viel Männer das Land gesandt hat? fragte der Präsident auf diese Botschaft. Man wählte darauf sechs Abgeordnete aus sechs verschiedenen Landdrosteien. Von einer großen Volksmenge begleitet, von der Bürgerwehr mit den Honneurs und mit wiederholten Hochs begrüßt, langte der Zug gegen 3 Uhr an. Der dienstthuende Flügeladjutant erklärte der Sechser Deputation, daß der König Gründe habe, in diesen Tagen keine Deputationen zu empfangen. Sie möge ihr Gesuch schriftlich zurücklassen. Es ist schwer, den Eindruck zu beschreiben, welchen diese Antwort bei den Abgeordneten, die sich in ihr Berathungslokal wieder zurückzogen, hervorbrachte. Sie haben dann, wie wir hören, weitere sehr energische Beschlüsse gefaßt und noch gestern Abends spät abermals zu einer Berathung zusammengetreten, über deren Ergebnisse wir vielleicht im Laufe des Tages Näheres erfahren. Der Magistrat der Hauptstadt hatte eine Theilnahme an dieser Deputation und ihren Berathungen in nachstehendem Schreiben abgelehnt:

Wir eröffnen hierdurch den Herren Deputirten des Volksvereins, des deutschen Vereins, des städtischen Vereins und des Arbeitervereins auf die am gestrigen Tage eingereichte Anzeige und Erklärung, daß wir nach dem Resultate der am gestrigen Tage mit dem Bürgervorstehercollegium stattgehabten Berathung auf den Antrag, an der beabsichtigten Deputation, welche Sr. Majestät dem Könige verschiedene Wünsche vortragen soll, Theil zu nehmen, nicht eingehen können. Wie den Herren bereits bekannt ist, haben der Magistrat und die Bürgervorsteher beschlossen, sich durch eine Petition an Se. Majestät den König zu wenden, um zu bitten, daß die der Einführung der Reichsverfassung entgegenstehenden Bedenken gehoben, und die Wahlen zur zweiten Kammer der allgemeinen Ständeversammlung sofort ausgeschrieben werden. Hannover, den 6. Mai 1849. Der Magistrat der königl. Residenzstadt. Evers. An die Herren Deputirten des Volksvereins ꝛc. Hrn. Kaufm. Röse dahier."

Kassel, 9. Mai. Das kurfürstl. Ministerium des Innern hat an sämmtliche Bezirks-Directoren Folgendes erlassen: „Herr Bezirks-Director! Aus den von den verschiedensten Landestheilen eingegangenen Anträgen und Gesuchen ist mit Befriedigung entnommen, welch' lebhaftes Interesse für die von der Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung gehegt wird. Wie die Staatsregierung bei der von ihr im Anfange des vorigen Monats erfolgten offenen und unumwundenen Anerkennung jener Verfassung beharren wird, und dieses auch durch die jüngst erfolgte Publication der Reichsverfassung mit dem Reichswahlgesetz bewährt hat, so hegt sie auch den begründeten Glauben, daß ein Gleiches von den Regierungen derjenigen Länder geschehen werde, welche sich für die verbindliche Kraft der Verfassung ebenfalls bereits ausgesprochen haben. Innerhalb dieser 29 Staaten wird der letzteren keine Gefahr drohen, da Regierung und Volk über deren Rechtsbeständigkeit einig sind. Solch' eine vollständige Uebereinstimmung hat auch zwischen der kurhessischen Regierung und der am 14. v. Mts. vertagten Ständeversammlung geherrscht, und die Regierung hält sich nicht weniger des Beifalls des gesammten kurhessischen Volksstammes versichert. Es ist deßhalb zur Zeit keine Veranlassung gegeben, die Ständeversammlung früher einzuberufen, als dies aus sonstigen Gründen ohnehin geschehen muß. Die Regierung wird übrigens ungesäumt die Landstände wieder berufen, wenn sie in die Lage kommen sollte, ihrer Mitwirkung zu bedürfen, um der Reichsverfassung eine neue Stütze zu verleihen. Daß der provisorischen Centralgewalt, bis jetzt noch der einzigen executiven Macht für die gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation, das kurhessische Militär zur Verfügung steht, ist dieser genügend bekannt; es ist daher unnöthig, derselben solches nochmals kund zu geben. Die provisorische Centralgewalt oder die verfassungsmäßige Reichsregierung hat auch den Zeitpunkt und die Form einer Beeidigung des Reichsheeres zu bestimmen; ehe dieses geschehen sein wird, läßt sich von der kurhessischen Regierung nicht einseitig vorschreiten. Es ist aber auf den zeitigen Mangel solcher Eidesleistung kein erhebliches Gewicht zu legen, da, auch ohne eidliches Angelöbniß, jeder Militär- und Civilbeamte, ja jeder Staatsbürger seine Treue gegen die Verfassung bethätigen wird. Ueber die Durchführung der Reichsverfassung in denjenigen deutschen Staaten, welche dieselbe noch nicht anerkannt haben, hat zunächst die Nationalversammlung ihre Entschließungen zu fassen. Daß diesen freudig und rasch entgegengekommen werden wird, erwartet die Regierung von der tüchtigen Gesinnung des Volkes. Sie kann es aber nicht für förderlich halten, für sich allein Anordnungen zu treffen, welche, den gemeinsamen Organen Deutschlands vorgreifend, den Einklang der von diesen beabsichtigten Maßregeln zu stören geeignet wären. Noch weniger kann die Regierung für förderlich halten, wenn Vereine sich eigenmächtig bewaffnet organisiren, oder auf eigene Hand in die Verhältnisse anderer Staaten gewaltsam einmischen wollen, was ohnehin als ungesetzlich nicht zugelassen werden könnte. Es besteht nach den Gesetzen Kurhessens als bewaffnete Macht ausschließlich das Heer und die Bürgerwehr. In dem einen oder dem andern dieser militärisch organisirten Körper hat Jeder, der nicht überhaupt vom Waffendienste ausgeschlossen oder dazu untauglich ist, sich eintreiben zu lassen, ohne daß daneben sich bewaffnete Vereine bilden dürften. Die Regierung rechnet mit Zuversicht auf die ganze Kraft des Landes, um der Reichsverfassung überall Geltung zu verschaffen, aber sie erwartet auch, daß dasselbe allenthalben, wenn gleich eine feste und entschiedene, doch eine von allgemeiner Einigung Zeugniß gebende gesetzliche Haltung bewahre, weil sonst das Land der Gefahr, der man entgehen will, gerade zugeführt und der Regierung das Mittel benommen sein würde, durch eine Hinweisung auf jenen befriedigenden Zustand auch bei andern Regierungen die Ueberzeugung zu wecken, welch' hohen Werth es hat, wenn Alle sich der Reichsverfassung unterwerfen. Nach vorgängiger Berathung im Gesammt-Staatsministerium werden Sie, Herr Bezirksdirector, ermächtigt und beauftragt, die Staatsangehörigen Ihres Bezirkes, wie Sie es für geeignet erachten, von diesen Ansichten der Regierung in Kenntniß zu setzen. Kassel, am 8. Mai 1849. Kurfürstliches Ministerium des Innern. Eberhard."

Der Kurfürst k. H. hat den Herzog von Sachsen-Meiningen Hoheit, Generalmajor und Chef des zweiten Husarenregiments, zum Generallieutenant ernannt.

Mainz, 10. Mai. In der verflossenen Nacht sind etwa 150 unserer Turner nach der Rheinpfalz aufgebrochen, um den Pfälzern in dem bevorstehenden Kampfe Beistand zu leisten. In der ganzen Umgegend wurde Allarm geblasen, und die Turner der Dorfschaften aufgeboten, um den Zug mitzumachen. Wer nicht bereitwillig mitgeht, wird der Rache des Volkes bezeichnet. Wenn man in Frankfurt wirklich glaubt, daß solche Anstrengungen die Aufrechthaltung der Verfassung bezwecken,

so ist man im Irrthume. Wer durch die Versammlungen zu Kaiserslautern und Neustadt noch nicht enttäuscht wurde, der kann sich bei uns jeden Augenblick überzeugen, daß es lediglich die Einführung der socialen Republik ist, welche von den „Führern des Volks“ angestrebt wird, und daß die Verfassung nur zum Vorwande dient, um den eigentlichen Zweck zu verdecken.

Karlsruhe, 9. Mai. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 29 enthält die Verkündigung der deutschen Reichsverfassung. — Wie bekannt, hat die Centralgewalt in Frankfurt die Anordnung getroffen, daß ein Bataillon Infanterie und eine Schwadron Dragoner Badener zur Verstärkung der Besatzung der Reichsfestung Landau abmarschiren müßten. Am 8. d. M. sind dieselben von Mannheim abmarschirt, und sollen nun, wie man vernimmt, zu Landau eingetroffen und mit Jubel aufgenommen worden sein.

Schwerin, 6. Mai. Große Plakate an den Straßenecken verkündigten auf heute Nachmittag eine Volksversammlung auf dem Schießhofe. Zu derselben hatten sich etwa 2000 Personen eingefunden. Tagesordnung war: Besprechung der deutschen Angelegenheit. Beschlossen wurde eine Adresse an die Nationalversammlung: 1) die Rechtsgiltigkeit der Reichsverfassung anzuerkennen; 2) Jeden, der wider die Reichsverfassung sich ausspreche, für einen Verräther an der deutschen Sache zu erklären.

Braunschweig, 8. Mai. Unsere „Reichsztg.“ schreibt: Die bedrängten Leipziger suchen bei Braunschweig Hülfe, weil die deutsche Gesinnung von Braunschweigs Regierung und Volk in Deutschland über allen Zweifel erhaben ist. In Braunschweig scheint man wenigstens über die deutsche Gesinnung der Regierung nicht überall im Klaren zu sein, hin und wieder es wohl auch nicht sein zu wollen. Gestern wurde z. B. von Einzelnen mit der größten Bestimmtheit behauptet, der Herzog habe alle Schritte in der deutschen Frage widerrufen, dem Ministerium Vorwürfe gemacht über dessen zu entschiedenes Auftreten in dieser Beziehung. In Folge davon seien die Minister abgetreten. Nun werde die Wirthschaft bei uns anfangen. Kein Wort von alle dem ist wahr, Alles ist leere Erfindung. Wir möchten bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, wie unverantwortlich und wie unklug es namentlich in jetziger Zeit ist, rein aus der Luft gegriffene Gerüchte als bestimmte Thatsachen vorzutragen, zumal wenn sie geeignet sind, ein glücklicherweise vorhandenes gutes Einvernehmen zwischen Volk und Regierung zu trüben. Wozu denn völlig unnütze Aufregung erzeugen?

Nachschrift.

** Aus **Altona** vom 7. Mai geht uns die briefliche Mittheilung zu, daß der Einmarsch der Reichstruppen in Jütland nunmehr wirklich erfolgt ist. Die schleswig-holsteinischen Kanonenboote haben einen nach Island bestimmten dänischen Kauffahrer mit werthvoller Ladung aufgebracht. Das wäre bereits der dritte gute Fang dieser Art.

** **Paris**, 8. Mai. Die heutige Nachtsitzung der Nationalversammlung begann um 10½ Uhr und endete um 1¼ Uhr und zwar mit einer vollständigen Niederlage des Ministeriums, indem mit 328 gegen 261 Stimmen eine motivirte Tagesordnung, welche einen Tadel des Ministeriums enthielt, angenommen wurde. Wäre Frankreich nicht am Vorabend der wichtigsten Wahlkrisis, so würde vielleicht ein Ministerwechsel erfolgen, so aber wird es bei einem einfachen Wechsel des Befehlshabers in Italien sein Bewenden haben. Von den Mitgliedern des Berges ist wegen der Vorgänge in Italien beabsichtigt worden, den Präsidenten der Republik und das Ministerium in Anklagestand zu versetzen, ein Vorhaben, das wohl nicht zur Ausführung kommen, in keinem Fall aber irgend eine Folge haben wird.

Heute Nacht wurde noch Ministerrath gehalten, und in diesem, der bis um 4 Uhr dauerte, beschlossen, die ersten Instructionen Oudinots fortbestehen und ihm die nöthigen Verstärkungen zukommen zu lassen, die es ihm möglich machen sollen, sich Roms zu bemächtigen. Zwei höhere Offiziere sind heute Morgen nach Toulon abgegangen und auf telegraphischem Wege ist der Befehl dort eingetroffen, neue Truppen einzuschiffen.

A **Straßburg**, 9. Mai, 4 Uhr Nachmittags. So eben trifft hier folgende telegraphische Depesche ein: „Paris, 9. Mai, 11 Uhr Vormittags. Der Minister des Innern an die Präfecten. Die über den Kampf von Rom verbreiteten Nachrichten waren ungenau. Die Regierung hat von dem General Oudinot eine von Paolo vom 4. d. M. datirte Depesche folgenden Inhalts erhalten: Die dritte Brigade (3000 Mann) ist ausgeschifft worden; das Hauptquartier befindet sich mit der zweiten Brigade zu Paolo. Die erste Brigade in zu Palidoro, 6 Stunden von Rom. Die Neapolitaner sind auf dem Marsche gegen Rom begriffen; wir werden die Stadt vor ihrem Eintreffen besetzen. Ich sende 600 Gefangene nach Toulon. Nichts ist im Stande einen Begriff zu geben von dem eisigen Muthe (ardeur) unserer Soldaten. Unsere Verwundete, 159 an der Zahl, werden auf der „Occupation“ nach Bastia geschickt.“

* **Madrid**, 3. Mai. Die Regierung hat definitiv beschlossen, in Rom nicht zu intervenniren. Die Expeditionstruppen haben Gegenbefehl erhalten.

Börsenberichte.

Aus Amsterdam, 8. Mai, 4 Uhr. 2½ pCt. Integr. 49⅛/₁₆ ⅜/₁₆ — 3pCt. Schuld 58⅝/₁₆ ⅛/₁₆ — 4pCt. 77⅛/₁₆ — 5pCt. Anl. 12⅛. — do. à 510 Fl. Ct. 12⅛. — 3pCt. 33⅛. — do. integr. à 6000 fl. 2⅛/₁₆ ⅛/₁₆ — 2pCt. Port. 28⅛/₁₆ 4pCt. Metall. 7⅛/₁₆ ⅛/₁₆ 72. — 2½ pCt. do. 38⅛/₁₆.

In unsern inländ. Fonds war heute Handel und Variation unbedeutend. Span. und Port. gut preishaltend bei sehr lebendigem Geschäft in erstgenannten. Von Russ. waren 4pCt. etwas mehr angeboten, Oesterr. und Franz. beinahe wie gestern.

Paris, 8. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 89. 75. — 3pCt. 57. 70. — Neapol. 86. 90. — Innere Schuld 2½/₁₆ G. — Bankactien 2405. — St. Germain-Eisenbahn 425. — Versailles, rechtes Ufer 202. 50. — Linkes Ufer 170. — Paris-Orleans 845. — Paris-Rouen 572. 50. — Orleans-Bordeaux 407 50. — Orleans-Bierzon 360. — Rouen-Havre 290. — Marseille-Avignon 213. 75. — Straßburg-Basel 105. — Rhodhan 452. 50. — Paris-Straßburg 373. 75. — Röm. Anleihen 77. 76½/₁₆ ⅛/₁₆.

Die Course, Anfangs fallend, gingen darauf wieder in die Höhe. Man wollte günstigere Nachrichten aus Rom erhalten haben.

London, 7. Mai. 3pCt. Stocks 91⅞/₁₆. 92. — 5pCt. Span. 17⅛/₁₆ ⅛/₁₆. — Neue 3pCt. 33⅛/₁₆. — 4pCt. Port. —. — 2½ pCt. —. — Holländ. 50⅛/₁₆.

Madrid, 3. Mai. 3pCt. 25⅛/₁₆ Pap., a d. B. 25⅛/₁₆ G. — 5pCt. 10⅛/₁₆ G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Köln, 7. Mai. Der Abgeordnete zur deutschen National-Versammlung H. von Beckerath hat unterm 5. d. M. folgende Erklärung an seine Wähler gerichtet:

An die Wähler des Wahlbezirks Crefeld zur deutschen National-Versammlung!

Geehrte Mitbürger!

Nachdem ich gestern das mir von Ihnen anvertraute Mandat niedergelegt habe, betrachte ich es als meine erste Pflicht, Ihnen von diesem Schritte Rechtschaft zu geben.

Als vor nun beinahe einem Jahre die National-Versammlung ihre Wirksamkeit begann, boten sich zwei Wege dar, auf welchen sie das große Ziel, das ihr gesteckt war, die Begründung der Einheit Deutschlands, erstreben konnte.

Die Bildung des Bundesstaates mit einer gewissen Selbstständigkeit der Einzelstaaten war der eine, die Errichtung eines einheitlichen Reiches ohne Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse der andere. Es ließ sich nicht verkennen, daß das Werk in jener Weise mühsamer, langwieriger sein werde, als in dieser; es konnte bei der damaligen Schwäche der Regierungen einerseits und der tiefen Erregung im Volke andererseits nicht gelingen, wo den, daß der Augenblick günstig erschien, dem Drang nach nationaler Einheit eine Richtung zu geben, welche alle trennenden Formen der deutschen Zustände niederwerfen hätte. Aber ein wesentlicher Inhalt ist mit diesen Formen verwachsen, sie sind der Ausdruck eines geschichtlichen Lebens, das nicht gewaltsam unterbrochen, wohl aber geläutert und zu einer höheren Stufe hinaufgeführt werden soll. Es ist oft gesagt worden und mit Wahrheit, daß die Märzbewegung des vorigen Jahres vor den Thronen stehen geblieben. Die National-Versammlung mußte sich entscheiden, ob sie diese bedeutsame Erscheinung achten und ihre Schöpfung mit dem Bestehenden vermitteln oder die Bewegung weiter, über die Throne hinweg, leiten wollte. Es war die Wahl zwischen der Reform und der Revolution, zwischen der Monarchie und der Republik, und wenn die Versammlung kein anderes Verdienst hätte, als daß sie inmitten der Schwankungen jener Tage, von den Regierungen sich selbst überlassen, den Lockungen einer thatenlustigen Begeisterung, wie dem Andrange der heftigsten Leidenschaften widerstand, daß sie den Weg der Revolution vermied und die monarchische Staatserneuerung in Deutschland aufrecht hielt; wenn sie durch keine andere That ihrem hohen Berufe entsprochen hätte, schon diese reiche sie, dem Sinne, der in der großen Mehrheit unseres Volkes lebt, nicht nur einen legalen Ausdruck, sondern auch einen festen Halt gegeben zu haben. — Eine materielle Folge jener Haltung der National-Versammlung war die Errichtung der Central-Gewalt. Der Bundestag, mit dem Fluch dreißigjähriger Zwietracht beladen, war kein geeignetes Organ des mannichfaltigen kräftigen Lebens, das sich erhebenden Deutschlands. Hätte die National-Versammlung selbst die vollziehende Gewalt in die Hand nehmen wollen, so wäre sie mit der von ihr eingeschlagenen Richtung in Widerspruch und aus der Stellung einer gesetzgebenden Körperschaft in die Abwege einer regierenden Versammlung gerathen. In richtiger Erkenntniß dieser Gefahr entäußerte sie sich selbst durch das Gesetz vom 28. Juni jeder executiv-Gewalt und legte dieselbe in die Hände des Reichs-Verwesers nieder, dem auch die Bundes-Versammlung alle ihre Rechte übertrug.

Die weitere Geschichte der National-Versammlung, die Zeitverhältnisse und Ereignisse, unter deren Einfluß sie ihre Wirksamkeit ausübte, und endlich ihre mühsame Arbeit vollendete, mein Bestreben, Ihr Vertrauen zu rechtfertigen und zur Lösung der großen Aufgabe nach Kräften beizutragen, — das Alles, geehrte Herren, liegt Ihnen vor. Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen nun die Ursache meines Austrittes darlege.

Die von der National-Versammlung beschlossene Verfassung enthält einige Bestimmungen, die zwar auch ich als wesentliche Mängel ansehe und als solche bekämpft habe, die aber bei der bekannten Compl cation der Verhältnisse im Schooße der Versammlung unvermeidlich waren, wenn man nicht auf das Zustandekommen des Verfassungswerkes und auf die Possung einer friedlichen Einigung Deutschlands in dem Augenblick verzichten wollte, in welchem ihre Erfüllung, der Preis unsäglicher Mühen und Kämpfe, nahe schien.

Sie schien gewiß, als durch den Beschluß vom 28. März Preußens König als erblichen Oberhaupt an die Spitze des Bundesstaates berufen wurde. Wenn Preußens Staatskraft sich in die neuen Formen ergossen und, verbunden mit den trefflichen Elementen des übrigen Deutschlands, in einer rein nationalen Entwickelung sich verjüngt hatte, wenn das historisch begründete Machtbewußtsein einzelner Theile Deutschlands sich verschmolzen hätte mit dem thatkräftigen Verlangen der ganzen Nation nach einem neuen, großen Gesammtleben, dann würden die Schwierigkeiten der Verfassung zu heben gewesen sein, — ein Jahres, stirbt Ja! Friedrich Wilhelm's IV. würde ein großartiges Staatsleben, eine Wehrmacht von 32 Millionen hervorgerufen und diese endlich erlangte Größe die Nation mit einer Befriedigung durchdrungen haben, die auch bei einer mangelhaften Gestaltung der Regierung mehr Kraft verleiht, als eine vollkommene Verfassung, die nur dem Buchstaben und nicht dem Geiste nach gehandhabt wird.

Aber unsere Hoffnungen scheiterten. Die Räthe des Königs haben zwar, und dafür gebührt ihnen der Dank des Landes, den Weg gebahnt, Preußen aus einer gefährlichen Krisis zu retten, aber sie suchen jetzt eine neue, vielleicht noch gefährlichere herbei. Sie scheinen sowohl in ihrer innern Politik als in dem Verhalten, das sie in der deutschen Frage befolgten, immer nur die Bekämpfung der Anarchie, die sie ins Amt rief, als ihre Aufgabe zu betrachten, aber völlig zu verkennen, daß nicht alle Heilmittel gegen die Anarchie in Maßregeln bestehen sondern daß die auf die Dauer allein wirksamen in einer freien Bewegung der edleren Volkskräfte und in einer aufrichtigen Anerkennung ihrer Berechtigung gefunden werden; sie scheinen für die weltgeschichtliche Größe des Augenblicks, der Preußen auf die Höhe seiner Bestimmung, an die Spitze eines mächtigen deutschen Bundesstaates führen sollte, keinen Sinn zu haben und auf die Gefahr hin, Preußen durch Entfremdung der deutschen Bruderländer politisch zu schwächen oder gar ganz Deutschland in einen Bürgerkrieg zu stürzen, trotzen sie dem König, die Kaiserwürde auf Grund der Reichsverfassung abzulehnen. Bayern, Sachsen, Hannover, für die Preußens Beispiel in Annahmen oder Ablehnen maßgebend war, beharren nun auch in ihrem Widerstand und es trat die große Frage an die Nationalversammlung heran, welche Stellung sie dieser Lage der Dinge gegenüber zu nehmen hatte. Offenbar war hier wieder der Punkt gegeben zu entscheiden, durch deren Lösung im Sinne des Friedens und der Erhaltung sie sich dem Beginn ihrer Thätigkeit in den Augen aller wahren Vaterlandsfreunde so hoch gestellt hatte; nur in zweierlei Beziehungen war die jetzige Lage der Dinge von der damaligen verschieden, einmal darin, daß die Versammlung durch Errichtung der Centralgewalt sich selbst der Executive begeben hatte, weiteres darin, daß außerordentliche Schritte gegen die Regierungen, nachdem diese mehr oder weniger erstarkt sind, jetzt zu einem schlimmern Zusammenstoß führen würden, als damals. Wenn beide Momente dafür sprechen, daß auch jetzt ein entschiedenes Eingreifen der Versammlung in die Rechte der Einzelstaaten mit weiser Mäßigung zu vermeiden sei, so muß vor dem Versuch, durch gewaltsame Bewegungen zum Ziel zu gelangen, noch ferner die Erwägung warnen, daß, wenn die Reichsverfassung auf irgendeinem Wege zur Geltung gelangt wäre, ihre Mängel durch die Kraft der guten Elemente überwogen worden wären, daß sie aber, wenn ihre Durchführung durch einen Appell an die entfesselten Leidenschaften erzwungen werden sollte, eben vermöge jener schwächenden Bestimmungen völlig unter die Herrschaft der zerstörenden Kräfte gerathen und daß dann von ihrem constituirenden Charakter, in welchem doch allein die Bürgschaft wahrer Freiheit für Deutschland gefunden werden kann, auch nicht die Spur mehr übrig bleiben würde. Die Versammlung müßte daher, wie schwierig auch ihre Lage gegenüber den neglorenden Erklärungen der vier Königreiche ein scheint und der steigenden Bewegung im Südwesten andererseits sich gestalten hatte, ihrer frühern Richtung getreu bleiben, sie mußte die Durchführung der Verfassung von der Thätigkeit des Volkswillens in den Einzelstaaten, dem die freie Presse, das Versammlungs-, das Vereins- und Petitionsrecht zu Gebote stehen und dem die Formen der Kammern doch nur vorübergehend entgegen werden kann, erwarten; sie konnte in einem Aufruf an die Nation zum Gehorchen aller gesetzmäßigen Mitteln auffordern, die zur Verwirklichung der endlich gefundenen Formel deutscher Einheit führen, sie mußte aber die Nation durch ihr Beispiel daran erinnern, daß große geschichtliche Umbildungen, wenn blutige Katastrophen vermieden werden sollen, nicht durch rasches Ungestüm, sondern nur durch ruhiges männliches Beharren, das England und Amerika groß gemacht hat, vorbereitet werden können. Wäre dieser Standpunkt zu gewinnen und eine Vertagung von sechs Wochen zu erreichen gewesen, so würde diese Frist sich für die friedliche Durchführung der Reichsverfassung fruchtbar erwiesen, auch wurde sich nach Ablauf derselben herausgestellt haben, ob denn die Regierungen der sämmtlichen Staaten, außer Oesterreich, wirklich im Stande sind, sich über ein Verfassungswerk zu einigen, was den Berathungen der Nation mehr entspricht, als das von der National-Versammlung geschaffene. Ich glaube nicht, daß die Versammlung sich bei ihrem Wiederzusammentritt noch in der peinlichen Lage befunden haben würde, aus welcher sie sich jetzt durch einen großen Entschluß zu befreien gesucht hat.

Die Versammlung hat gestern den Antrag des Abgeordneten von Wydenbrugk auf Abberufung eines ersten Reichstags auf den 15. August und auf Anordnung der Wahlen auf den 15. Juli zum Beschluß erhoben.

Ich hatte mich diesem Schritte in allen Vorberathungen widersetzt, weil ich darin ein gänzliches Aufgeben der bisherigen Stellung, die uns den Beifall des ehrenen Theiles der Nation erworben hatte, und den Eintritt in eine Bahn erblickte, auf der eine friedliche Lösung nicht mehr möglich erscheint.

Der Antrag umgeht die Schwierigkeit, daß die gesetzmäßige Vollziehungsbehörde, die Centralgewalt, die Ausführung des Beschlusses, als mit ihren Befugnissen unvereinbar vermeigern würde, einfach dadurch, daß er der Versammlung selbst die Executivgewalt, deren sie sich doch, wenn das Gesetz vom 28. Juni übertragen einen Sinn haben soll, ein für allemal begeben hat, interdirt und sie in der Anberaumung eines Reichstages und in der Anordnung von Wahlen Rechte ausüben läßt, die noch der von ihr selbst beschlossenen Verfassung nur dem Reichsoberhaupte und seinen verantwortlichen Ministern zustehen. Bringt der Beschluß eine Wirkung nicht hervor, so muß dieses Mißlingen den verderblichsten Rückschlag auf die Versammlung selbst ausüben; hat er aber Erfolg, so kann derselbe nur durch eine wenigstens moralische Vernichtung der widerstrebenden Regierungen, also durch eine solche Erschütterung der bestehenden Staatsordnungen erzielt werden, daß es sich fragt, ob auf einem so aufgewühlten Boden diese Verfassung noch zu einer gedeihlichen Entwicklung kommen kann.

Eine andere Schwierigkeit läßt der Antrag völlig ungelöst. Es würde, selbst wenn außer Oesterreich alle deutschen Staaten dem Bundesstaate beigetreten wären, nicht leicht gewesen sein, das Verhältniß desselben zu jenem Reiche, das engeren zu dem weiteren Bunde, zu ordnen; der Antrag setzt nun voraus, daß vielleicht außer Oesterreich auch andere Staaten nicht Theil nehmen, gibt aber keinen Aufschluß über die Stellung, in die das in dieser Weise sich constituirende deutsche Reich und dessen provisorischer Oberhaupt zu dem früher durch den Bundestag, jetzt durch die Centralgewalt repräsentirten gesammten Deutschland treten würde. Die Reichsverfassung gibt dem Oberhaupte einen Theil derselben Rechte, die auch dem Träger der Centralgewalt zustehen: den Oberbefehl über das Reichsheer, die Vertretung nach außen u. s. w., und es ist wohl ein begründeter Anspruch, daß, wer Hand an die Ausführung der Verfassung legt, auch jene Verwickelungen, die ganz dazu angethan ist, eine europäische zu werden, zu lösen wissen müßte.

Sonach sprach meine politische und staatsrechtliche Anschauung, so, mein Gewissen gegen diesen Antrag. Meine Beweggründe werden jedoch von der großen Mehrzahl meiner politischen Freunde nicht getheilt, und das bisherigen meiner Collegen im Reichs-Ministerium, welche zugleich Mitglieder der National-Versammlung sind, obwar nach wie vor einverstanden mit den bis dahin gemeinschaftlich befolgten Grundsätzen, doch theils meine Ansicht von der Bedeutung jenes Schrittes nicht theilten, theils ihn durch den Drang der Lage für gerechtfertigt hielten, brachte mich zu dem Ministerium in ein Verhältniß, das ich zum Gegenstande ernster Erwägung zu machen verpflichtet war. Das Ministerium durfte in einer Frage von dieser Bedeutung nicht gespalten vor die Versammlung treten, ich durfte mich durch offenen Widerspruch die Stellung der Männer erschweren, mit denen gemeinsames Wirken für eine heilige Sache mich bis zu diesem Augenblick eng verbunden hatte und deren Vaterlandsliebe und ihre gewissenhafte Ueberzeugung in jenem Schritte einen Ausweg aus der gefahrdrohenden Lage zeigten; ich durfte aber auch, so lange ich Mitglied der National-Versammlung und des Ministeriums war, den Ausdruck meiner Ueberzeugung nicht zurückhalten, und entschied mich um so mehr, noch vor der Verhandlung auszutreten, als durch Annahme des Antrags, für welchen man eine große Mehrheit erwartete, die National-Versammlung nach meiner Anschauung in einen Weg einlenkt, den ich nicht mitzugehen fest entschlossen war.

Dies sind die Beweggründe meines Handelns. Ich bin darauf gefaßt, daß dasselbe vielfach verkannt werden wird, ja, ich muß, wenn die Zeitungs-Berichte über die Vorfälle in dem entfernten Kreise richtig sind, sogar erwarten, daß zwischen der in meiner Heimath hervortretenden Richtung und meinen Grundsätzen die alte Uebereinstimmung nicht überall mehr stattfindet. Sollte es denn wahr sein, daß man, obgleich nun die gesetzlichen Wege, nach welchen wir bis vor einem Jahre vorgehen sangen, offen stehen, dennoch die ungesetzlichen betreten und ein volksthümliches Ministerium, statt es durch verfassungsmäßige moralische Mittel zu stürzen, durch gewaltsame stürzen will? Kann es wahr sein, daß die wackeren Landwehrmänner, die sich stets als den kernhaftesten Theil unserer Bürgerschaft bewährt haben, Beschlüsse fassen, durch die sie zu Verräthern an ihrem Eide werden und deren Ausführung die bürgerliche Gesellschaft in das tiefste Elend stürzen würde? Ich hoffe zu Gott, daß meine Vaterstadt den Stürmen, die jetzt über Deutschland heraufziehen, mit dem alten, ehrenfesten Sinne entgegen treten wird, daß wir die Freiheit vertheidigen, aber auch am Gesetze festhalten werden!

Diese Hoffnung erhebt den Schmerz, mit dem ich von hier scheide. Das Banner der deutschen Einheit sinkt. Aber dies höchste Palladium der Nation wird nicht verloren gehen; um die sinkende Fahne werden sich aller Orten die treuen Kämpfer desto fester schaaren und endlich wird sie dennoch siegreich in den Lüften wehen!

Frankfurt, 5. Mai 1849.

[13:1] **Hermann v. Beckerath.**

Druck von August Osterrieth.

№ 112. —— Freitag —— den 11. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bayern fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/6 Bogen) mit Beischrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 388; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Wesl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrsleibt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Deutschland.

† **Wien**, 7. Mai. Die Ankunft des Kaisers ragt noch immer im Tagesinteresse hervor. Bei der gestrigen Revue über die hier liegende Garnison wurde seine ritterliche Haltung allgemein bewundert. Nachmittags strömte das Publikum in Massen theils nach Schönbrunn, theils nach dem Prater, in der Hoffnung, den Kaiser an dem einen oder andern Orte zu sehen. Der Kaiser machte die Praterfahrt nicht mit, zeigte sich aber wiederholt der in Schönbrunn sich freudig an ihn heranbrängenden Volksmenge. — Er verbleibt in Schönbrunn und begibt sich nur auf einige Tage zur Armee. Man erwartet den Erzherzog Franz Carl nebst dessen Familie; glaubt aber nicht an die Ankunft des russischen Kaisers. — Ueber nachfolgende Punkte hat sich der Kaiser beim Oberbefehl der Armee die Entscheidung vorbehalten: 1) Alle größeren Truppenbewegungen aus einem Generalcommando in das andere; kleine Aenderungen in der Truppendislocation, welche dringende Umstände erheischen, sind mir nachträglich sogleich zur Kenntniß zu bringen; 2) da ich in meiner obgedachten Eigenschaft der Aufrechthaltung der bestehenden, rein militärischen Normen und Reglements meine besondere Sorgfalt widmen werde, so können grundsätzliche Abänderungen dieser Vorschriften auch nur von mir ausgehen; 3) die Personalien vom Stabsoffizier aufwärts nach den Anträgen derjenigen, welche bisher hierzu befugt waren, oder nach meiner eignen Selbstbestimmung. In Betreff der Ernennung, Anstellung, Pensionirung ꝛc. der Generäle werde ich mich mit den commandirenden Generälen der Armee im Felde und mit jenen in den Ländern, welche die hier allein maßgebende Befähigung competent zu beurtheilen in der Lage sind, direct in Verbindung setzen und dann nach meiner Ueberzeugung entscheiden; 4) in Kriegszeiten kann nur mir allein die außerordentliche Disposition über das gesammte Kriegsmaterial zu Land und zur See anheimgestellt sein, nicht minder in Friedenszeiten die Ausführung der fortificatorischen Bauten, insofern selbe überhaupt gehörig bewilligt und bedeckt sind, auch in Bezug auf die etwa von der Vorschrift abweichende Art und Weise ihrer Vollendung. Zur Besorgung dieser Geschäfte werde ich mir eine Militärcentralkanzlei bilden, zu deren Vorstand ich meinen ersten Generaladjutanten bestimme. — Die früher vernachlässigten Sommerwohnungen in Hietzing werden durch die Ankunft des Hofes plötzlich stark gesucht und zu hohen Preisen verlassen. Eine Wohnung, die man noch vor wenig Tagen mit 700 fl. haben konnte, wurde gestern zu 1000 fl. C.-M. vermiethet. Da es der Zufall gerade wollte, daß bei der gestrigen Revue angekommene kranke und verwundete Soldaten im Stadtgraben nächst dem Burgthore sich auf dem Rasen gelagert hatten, um auszuruhen, so ritt der Kaiser zu ihnen hinab, befragte, tröstete sie und verhieß väterliche Vorsorge für dieselben. Auch hat der Kaiser zuvörderst ein Militärspital besucht. — Gestern verfügte sich eine Deputation des hiesigen Gemeinderaths nach Schönbrunn, um dem Kaiser ihre Huldigung darzubringen, und wurde mit vielem Wohlwollen aufgenommen. Auch die zum Congresse über die kirchlichen Angelegenheiten hier versammelten katholischen Erzbischöfe und Bischöfe haben dem Monarchen in corpore für die gewährte Freiheit und den Schutz der Kirche ihren Dank dargebracht. — Heute um 1 Uhr Mittags ist ein außerordentlicher Ministerrath abgehalten worden. — Man zweifelt heute an dem Wiedereintritte des Grafen Stadion ins Ministerium, nachdem die Aerzte erklärt haben, daß die geringste Anstrengung ihn wieder größerer Erkrankung zuführen müßte.

In Ostrau wurden zwar Vorkehrungen zum Empfang von russischen Truppen getroffen, allein bis zur Stunde waren auf der ganzen Nordbahnstrecke keine angelangt. Das Dunkel, das darüber herrscht, stellt man auf Rechnung strategischer Operationen. Der großbritannische Einspruch soll sich nur auf den vorgehabten Marsch russischer Truppen durch die Türkei beziehen.

Man versichert, daß Arad und Semlin von den Ungarn genommen seien. Auch spricht man von einem Gefechte bei Parendorf unweit Bruck a. L., wobei die Grenadierdivision Deutschmeister sehr hart mitgenommen worden sein soll. — An der Börse hatte man die officielle Anzeige von dem Einmarsche von 4000 Russen in Krakau.

Die Nachrichten aus Dresden, die bis zum 5. d. eingelangt sind, erregen hier die größte Sensation.

Die Wiener Presse bekennt offen, daß Oesterreich für sich keine hinreichende Macht besitze, die zahlreiche, gut organisirte und kriegsmuthige magyarisch-polnische Armee zu bekämpfen. Die Kriegsbedürfnisse der Ungarn würden durch die Kossuth-Noten, durch das Geld der Polen, die Contributionen in Siebenbürgen, die erbeuteten Kanonen ꝛc. vollständig befriedigt. Die Honveds seien in den sechs Monaten tüchtig eingeübt worden, und Muth besitze der Magyar von Haus aus. Die etwa fehlende Ausdauer ersetzen die Polen; den fliehenden Honved erwarte der Tod von Seiten seines Hintermannes; die 30,000 Polen bildeten die militärische Seele der Armee. Die österreichische Armee habe dagegen seit 2½ Monaten unersetzliche Verluste erlitten; sie bestehe jetzt meistens aus Rekruten, an einer Reserve fehle es, und der österr. Bauer oder Bürger sei erst nach Monaten zu einem einexerzirten Soldaten zu bilden. Werde der Krieg in Ungarn nicht bald vollständig beendigt, so werde er es niemals; mit weniger als 250,000 Mann, darunter ein Fünftel Cavallerie, sei dieses unmöglich. Im Interesse der Ehre Oesterreichs und der politischen Freiheit scheine es daher geboten, daß die russische Hilfe eher größer, denn kleiner als der Bedarf sei.

Man spricht viel von der Proclamation des Kaisers Nicolaus in Betreff der Intervention in Ungarn. Es wird versichert, daß der Wortlaut derselben der folgende sei: „In Erwägung der Wiener Verträge und mit Erlaubniß des Kaisers von Oesterreich helfe ich einen Aufstand bekämpfen, der nicht mehr ein österreichischer, der ein europäischer ist. Meine Unterthanen kämpfen unter den Rebellen. Ich habe dem Kaiser von Oesterreich 80,000 Mann zu Gebot gestellt außer den Corps, welche schon in Siebenbürgen eingerückt sind. Alle diese Truppen werden auf meine Kosten besoldet und verpflegt; ich verlange keine Entschädigung. Ferne von mir in jedes Verlangen nach Gebietsvergrößerung." — Die Ungarn werden mit Waffen aus der Türkei versehen, wohin Sendungen von Frankreich und vorzüglich von England gemacht werden. — Das über Ostrau nach Preßburg bestimmte russische Corps wird in den ersten Tagen des Mai eintreffen und auf seinem Marsche Wien berühren. Die Angabe über die Gesammtstärke der russischen Hilfe variiren zwischen 80 und 120,000 Mann. Ungeheure Lieferungen an Victualien und andern Gegenständen sind für die über Krakau kommenden Russen bestimmt. 200 Wagen der Nordbahn werden ihren Transport vermitteln.

Magdeburg, 6. Mai. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ist eine Adresse an den König angenommen worden, in welcher es heißt:

„Im Angesichte der unvermeidlichen Gefahr, welche das Beharren der königlichen Regierung auf der eingeschlagenen Bahn der Krone und dem Gesammtvaterlande droht, und in Erwägung, daß dieses Beharren vielleicht nur die Folge einer gänzlichen Verkennung des Thatbestandes der Verhältnisse ist, gibt daher die ehrfurchtsvoll unterzeichnete Stadtbehörde und zugleich im Geiste der Bevölkerung Magdeburgs die feste, unverbrüchliche Erklärung ab: „daß sie in voller Uebereinstimmung mit den von ihren Vätern in der aufgelösten zweiten Kammer am 21. April angenommenen Beschlüssen, die von der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung als rechtsgiltig und für alle Staaten Deutschlands, also auch für Preußen, verbindlich erachte und daß sie sich demgemäß gegen alle Folgen eines ihrer Ueberzeugung nach verderblichen Regierungssystems, wie solches namentlich in den Noten vom 28. April ausgesprochen ist, auf das Feierlichste verwahren müsse." Wir beschwören Ew. Majestät, der Erreichung des erhabenen Zieles eines einigen, freien und glücklichen Deutschlands nicht ferner hemmend in den Weg treten zu lassen. Wir beschwören Sie darum im Interesse des Königthums, im Interesse des Volkes.

Einem in derselben Sitzung angenommenen Beschlusse gemäß sollte diese Adresse am andern Morgen dem Herrn Oberpräsidenten von Bonin mit dem Ersuchen überreicht werden, dieselbe unmittelbar in die Hände Sr. Majestät des Königs niederzulegen. Dieser gab endlich zu bedenken, daß, wenn er sich zur unmittelbaren Ueberreichung dieser Adresse an Se. Majestät verstände, dies auf gleiche Weise auch für ähnliche Anträge beansprucht werden könne, denen zu willfahren er außer Stande sei; er wäre dagegen gern bereit, von den heute gepflogenen Verhandlungen genau Act zu nehmen und ihn zur Kenntniß des Ministeriums zu bringen. Die anwesenden Stadtverordneten nahmen nach diesen Eröffnungen das Anerbieten des Oberpräsidenten an, indem sie zugleich sich unter den obwaltenden Umständen für eine Absendung der Adresse durch die Post erklärten. (Magd. Ztg.)

Köln, 8. Mai. Abends. Ueber den hier abgehaltenen Städtetag berichtet die „Köln. Ztg." weiter: Heute um 2½ Uhr wurde die Sitzung der rheinischen Gemeindeverordneten wieder eröffnet. In den weiten, sonst zu minder ernsten Zwecken bestimmten Räumen bewegte sich eine ernste, würdige Versammlung, wie sie in einer gefahrvollen Krisis des Vaterlandes dem Rheinlande als Vertretung geziemt, und die sich durch keine Drohung von ihrem heiligen Berufe, von dem einfachen Rechte, die Thatsachen und die Wahrheit auszusprechen, zurückschrecken lassen wird, auch wenn man noch so oft diesen Abschreckungsweg versuchen sollte. Der Entwurf des am Vormittag niedergesetzten Ausschusses wurde verlesen. Wir dürfen hier den Verlauf der Debatte im Einzelnen übergehen, da wir ihn morgen in aller Vollständigkeit nachholen werden. Wir bemerken nur, daß sich überall die aller entschiedenste Stimmung gegen das gegenwärtige Regierungssystem, andererseits aber auch durchaus keine Billigung der extremen Anträge nach der linken Seite hin kund gab. Dagegen wurde fast sämmtlichen Anträgen, welche die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung, die Unterstützung der Centralgewalt und der Nationalversammlung, die Entlassung des preußischen Ministeriums, die Mißbilligung der Einberufung der Landwehr und die Anerkennung der Gefahr des Vaterlandes und selbst des Bestehens des preußischen Staates in seiner jetzigen Zusammensetzung bei Nichtbeachtung der offenkundigen Wünsche der Versammlung betrafen, eine fast einstimmige Anerkennung. Die Beschlüsse, die nach mehrstündiger Berathung gefaßt wurden, lauten wie folgt:

„Da die preußische Regierung die zweite Kammer, nachdem dieselbe sich für die unbedingte Annahme der deutschen Verfassung vom 28. März d. J. ausgesprochen hatte, aufgelöst, und dadurch das Volk seiner Vertretung und Stimme in dem gegenwärtigen entscheidenden Augenblicke beraubt hat, sind die unterzeichneten Verordneten der Städte und Gemeinden der Rheinprovinz zusammengetreten, um zu berathen, was dem Vaterlande noth thue.

Die Versammlung hat unter dem Vorsitze der Stadtverordneten Zell von Trier und Werner von Koblenz und in Assistenz der Protocollführer, der Stadtverordneten Becker von Köln und Bloem l. von Düsseldorf, beschlossen, wie folgt:

1) sie erklärt, daß sie die Verfassung des deutschen Reichs, wie solche am 28. März d. J. von der Reichsversammlung verkündet worden, als endgiltiges Gesetz anerkennt und bei dem von der preußischen Regierung erhobenen Conflicte auf der Seite der deutschen Reichsversammlung steht.
2) Die Versammlung fordert das gesammte Volk der Rheinlande, und namentlich alle waffenfähigen Männer auf, durch Collectiverklärungen in kleineren und größeren Kreisen seine Verpflichtung und seinen unverbrüchlichen Willen, an der deutschen Reichsverfassung festzuhalten und den Anordnungen der Reichsversammlung Folge zu leisten, auszusprechen.
3) Die Versammlung fordert die deutsche Reichsversammlung auf, nunmehr schleunigst kräftigere Anordnungen zu treffen, um dem Widerstande des Volkes in den einzelnen deutschen Staaten und namentlich auch in der Rheinprovinz jene Einheit und Stärke zu geben, die allein im Stande ist, die wohlorganisirte Gegenrevolution zu Schanden zu machen.
4) Sie fordert die Reichsgewalt auf, die Reichstruppen baldmöglichst auf die Verfassung zu beeidigen und eine Zusammenziehung derselben anzuordnen.
5) Die Unterzeichneten verpflichten sich, der Reichsverfassung durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel in dem Bereiche ihrer Gemeinden Geltung zu verschaffen.
6) Die Versammlung erachtet die Entlassung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, und die Einberufung der Kammern ohne Abänderung des bestehenden Wahlmodus für unbedingt nothwendig.
7) Sie erblickt insbesondere in der jüngst erfolgten theilweisen Einberufung der Landwehr eine unnöthige, den innern Frieden in hohem Grade gefährdende Maßregel und erwartet deren sofortige Zurücknahme.
8) Die Unterzeichneten sprechen schließlich ihre Ueberzeugung dahin aus, daß bei Nichtbeachtung des Inhaltes dieser Erklärung dem Vaterlande die größten Gefahren drohen, durch die selbst der Bestand Preußens in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung gefährdet werden kann."

Der Präsident, Zell von Trier, schloß dann etwa mit folgenden Worten: „Sie haben nun diese Beschlüsse gefaßt, diese Beschlüsse müssen nun zu Thaten werden. Seien Sie die Jünger der Einheit des Vaterlandes, seien Sie die Apostel der Reichsverfassung, verbreiten Sie nicht die Worte, verbreiten Sie die That! Das Vaterland erwartet, daß ein jeder seiner Bürger seine Pflicht thue, thun Sie die Ihrige; ich meinerseits schwöre, ich werde die meinige thun." (Rauschender Beifall.)

Es ward beschlossen, die an und für sich nur als offene und selbstständige Erklärung der Versammlung bestimmten Beschlüsse dem Bureau zugleich zu dem Zwecke zu übergeben, um sie in der geeigneten Form und in einfach würdigen Worten dem Könige, der Nationalversammlung und der Centralgewalt zu übersenden, sie ferner durch den Druck zahlreich vervielfältigen und möglichst verbreiten zu lassen. Damit schied die Versammlung; sie wird, so zweifeln wir nicht, das befriedigende Bewußtsein mit sich in die Heimat nehmen, daß sie eine heilige Pflicht gegen das Vaterland erfüllt hat, welche kein Verbot und keine Gewaltmaßregel von oben nichtig erklären kann. Köln ist von Neuem geehrt worden durch diese Versammlung, die in einer Zeit der Gesetzlosigkeit nicht von dem Boden des Gesetzes, aber dabei auch nicht aus der Bahn des offenen Freimuths wich; Köln hat die Pflicht, den ehrenwerthen Männern, die hier zu einem leicht zu verdächtigenden und von oben her leicht herabzuwürdigenden, und doch deßhalb

nicht minder hohen Zwecke tagten, zum Schluß ihrer Berathungen zuzurufen — eine Lebewohl!

Zu der Versammlung der rheinischen Gemeindeverordneten hatten sich deren aus 303 Städten und Ortschaften eingefunden.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat folgende Bekanntmachung erlassen: „Die aus der heutigen Versammlung im hiesigen Casinosaale hervorgegangenen Erklärungen legen mir die Pflicht auf, die Bewohner der Rheinprovinz wiederholt darauf hinzuweisen, daß diese Versammlung in keiner Art einen repräsentativen oder amtlichen Charakter in Anspruch nehmen darf, daß vielmehr die beschlossenen Erklärungen nur als die Ansicht derer, die sie unterzeichnet haben, anzusehen sind. Wenn ich aber mit Schmerz am Schlusse dieser Erklärungen die wenig verhüllte Drohung einer gewaltsamen Lossreißung der Rheinprovinz von der preußischen Monarchie, also Rebellion und Bürgerkrieg erblicke, so habe ich das gute Vertrauen zu den loyalen Bewohnern der Rheinprovinz, daß sie sich mit Abscheu von solchen Beschlüssen wenden, daß sie den Weg der Gesetzlichkeit, den Ruhm der Rheinländer, nicht verlassen und die Regierung nicht in die traurige Nothwendigkeit versetzen werden, von den Mitteln der Gewalt, die ihr zu Gebote stehen, Gebrauch zu machen. Köln, den 8. Mai 1849. Der Oberpräsident der Rheinprovinz: Eichmann."

Köln, 8. Mai, 5 Uhr Abends. So eben geht von hier ein Bataillon des 16. Regiments nach Elberfeld. Dagegen ist ein Bataillon vom 30. Regimente hier eingerückt und ist auf morgen ein zweites von demselben Regimente angesagt. Zugleich erfahren wir aus Koblenz, daß ein daselbst stehendes Bataillon vom 28. Regimente, auf Befehl des Reichskriegsministers, heute von dort nach Landau aufgebrochen sei.

Düsseldorf, 8. Mai, 4 Uhr. So eben erhalten die 1. und 3. Compagnie des hiesigen Infanteriebataillons Befehl, sich zum Abmarsch nach Dortmund fertig zu machen, wohin sie ausgebrochener Unruhen halber gehen sollen. — In Crefeld haben laut eben angekommener Privatbriefe die Ruhestörungen aufgehört, nachdem von Seite der Behörden kräftig eingeschritten worden war. — Morgen soll hier die Landwehr (d. h. eine Compagnie) eingekleidet werden; man fürchtet aber Unruhe und Widersetzlichkeiten um so mehr, als unsere Garnison sehr schwach ist, da auch das Landwehrzeughaus zu Gretrath eine Bedeckung von hier erhalten hat. — Es heißt, daß morgen ein Bataillon hier einrücken würde.

Elberfeld, 8. Mai. Die Entscheidungsstunde der hiesigen Helden hat geschlagen und bereits gestern Abend ist es zum Ausbruche gekommen. Nachdem mehrere Placate, Aufruf an das Volk, die Landwehr in ihrer Weigerung zu unterstützen, sowie auch eine Proclamation der Landwehr gegen König und Ministerium von der Polizei abgerissen worden ist, griff man letztere an und zwang dieselbe, die Placate auf dem Bureau und den Thüren anzuheften, indem das Volk dabei Wache stand. Gegen Abend, als die Menschenmasse immer stärker wurde, verbreitete sich das Gerücht, daß Militär im Anzuge sei, weßhalb sich die Landwehr bewaffnete und den Bürgermeister zwang, mit zum Bahnhofe zu gehen, um dasselbe zu bewegen, umzukehren. Am Casino flüchtete sich v. Carnap und nun demolirte das Volk das schöne Gebäude. Die bewaffnete Macht erschien nun, während die Landwehr nach dem Bahnhofe ging, um dem Militär den Eingang zu erschweren, und richtete unter dem Volkshaufen Verwirrung an, indem sie dergestalt einhieben, daß man eine Menge Verwundeter fortbringen mußte. Man sammelte sich indeß wieder und ging zum Rathhause, in welches indeß die Bürgerwehr aufgestellt worden war, bereit, dasselbe zu vertheidigen. Es liegt viel Munition auf demselben und diese verlangte man, was jedoch verweigert wurde, und ein Versuch, hineinzudringen, wurde vereitelt. Ein Steinhagel hat indessen diversen Fensterscheiben ihr Dasein gekostet. Heute acht Uhr Morgens steht die Landwehr völlig bewaffnet bei Böttcher am Engelnberg und sieht der Ankunft des Militärs entgegen. Viele Proletarier mit Waffen haben sich derselben angeschlossen, so wie auch fremde Landwehren. Die Bürgerwehr ist gleichfalls activ, doch wird sie nicht gegen die Landwehr angehen und nur rohe Ausbrüche niederhalten. Kommt Militär und geht gegen die Landwehr, dann o weh. Es muß eine große Anzahl sein, denn sonst kann es nichts nützen. Ich schließe, denn es fängt schon wieder an, sich zu sammeln. (Düsseld. Z.)

Elberfeld, 8. Mai. Gestern Abends versammelte sich ein Theil der hiesigen Landwehr bewaffnet vor dem Casino und besprach sich über das Verfahren, welches sie unter den jetzigen Verhältnissen einzuschlagen gedenken. Bei dieser Gelegenheit sollen arge Verwüstungen am Casino vorgekommen sein. Wir melden dies mit dem tiefsten Bedauern, aber auch in der sicheren Ueberzeugung, daß diese Eigenthumsverletzung nicht von vaterländisch gesinnten Landwehrmännern, sondern von jenen Menschen ausgegangen sind, welche jede Gelegenheit benutzen, um ehrlosen, feigen Unfug zu treiben. Wir hoffen, daß in der preußischen Landwehr die Ansicht lebt, daß die Sache des großen Vaterlandes durch Verletzung des Eigenthums und der Person nicht entweiht werden darf. Ausschreitungen über die Grenzen des Gesetzes und der Ordnung hinaus können hier nur schaden und werden sicher den Feinden derselben mit dem Rechte auch eine stärkere Waffe in die Hand geben. (Elberf. Ztg.)

Crefeld, 8. Mai. Die Einquartierung, von der ich Ihnen gestern schrieb, ist bereits eingetroffen. Noch gestern Abend rückte eine Schwadron Ulanen und zwar auf Umwegen hier ein, da die Eingänge der Stadt nach Düsseldorf zu von einer starken Menschenmenge besetzt waren. Es hat hier und da ein starkes Gedränge stattgefunden, bei welchem das Militär von der Gassenjugend mit Steinen bombardirt wurde und dagegen von den Waffen Gebrauch machte. Die Schwadron verhielt sich später im Einverständniß mit der Civilbehörde passiv, und die Bürgerwehr stellte sodann durch energisches Auftreten die Ruhe wieder her. Mehrere Leute sind schwer verwundet worden, und einer ist bereits an seiner Verletzung gestorben. Man hat heute Morgen einzelne Agitatoren verhaftet, andere sind bereits entflohen. Durch die Excesse, welche gestern vorgefallen sind, hat die Bewegung hier bedeutend an Kraft verloren. — Unser Gemeinderath, der noch unlängst drei Deputirte für den Congreß vom 5. d. wählte, hat seitdem den Muth verloren, die Kölner Versammlung zu beschicken. Die deßhalb auf gestern anberaumte Versammlung, zu welcher sämmtliche 30 Gemeindeverordnete und ihre 15 Stellvertreter eingeladen waren bestand nur aus 12 Mitgliedern und war also nicht beschlußfähig. — Es wird hier im Allgemeinen entschieden mißbilligt, daß unser Abgeordneter, Hr. v. Beckerath, in der Stunde der Gefahr seinen Posten niedergelegt und seine Partei verlassen hat. (Köln. Z.)

Neil, 7. Mai. Der Abgeordnete des Wahlbezirks Wittlich, Dr. Grün, hielt gestern Nachmittag auf Montreal, einem zwischen Ereev und Neil gelegenen Bergrücken, eine Volksversammlung, welcher mehrere tausend Moselaner und Bewohner des wittlicher Thales beiwohnten. Ein starker Gewitterregen löste jedoch die Versammlung auf. Grün hat nun auf heute eine zweite Volksversammlung in Wittlich anberaumt. (Rh. u. M.-Ztg.)

Breslau, 8. Mai. Die halboffizielle „Deutsche Reform" meldet: Hier ist heute ein Complott zum Ausbruch gekommen; der Belagerungszustand ist erklärt. Die Truppen sind überall Meister der Stadt; jeder offene Widerstand ist beseitigt.

Am 5. c., Nachmittags 6 Uhr, ist die Avantgarde des für Krakau bestimmten russischen Corps, bestehend aus 2000 Mann Infanterie, 2 Pulk Kosaken, 2 Escadron Ulanen und 12 Stück Geschütz, in Krakau eingerückt; das Gros dieses Armeecorps, bestehend aus 17,000 Mann, wurde gestern Nachmittag erwartet. Die Magazine für dieses Armeecorps sind per Dampfwagen von der Warschau-Wiener Bahn über die Krakauer Bahn nach Krakau gegangen, und werden täglich auf demselben Wege vervollständigt werden.

München, 8. Mai. Aus zuverlässiger Quelle, sagt die „N. Münch. Ztg", können wir die ausgestreuten Gerüchte von herrschendem Meinungszwiespalt unter den Ministern über die deutsche Verfassungsfrage, wie von angeblich bevorstehendem Rücktritte einiger Mitglieder des Ministeriums als gänzlich grundlos bezeichnen. Ebenso grundlos ist das andere Gerücht, als beabsichtige das Staatsministerium die Kammer sogleich nach ihrem bevorstehenden Wiederzusammentritte aufzulösen, ohne einer Verhandlung der deutschen Verfassungsfrage auch nur Raum zu geben. Wir glauben vielmehr versichern zu können, daß das Ministerium den lebhaftesten Wunsch hegt, über diese hochwichtige Frage mit den Kammern in eine umfassende, erschöpfende Verhandlung einzugehen. Aus welcher trüben Quelle alle diese falschen Gerüchte fließen, und welche Absichten bei ihrer Verbreitung vorwalten, wird wohl keinem Einsichtigen in Zweifel sein.

Hannover, 7. Mai. Die Generaladjutantur zeigt an, daß die hannov. mobile Brigade in Schleswig-Holstein in den letzten Tagen im Sundewitt abgelöst sei und jetzt dem Feinde nicht unmittelbar gegenüber stehe. Es seien daher in nächster Zeit keine Berichte von Gefechten zu erwarten und würden die bisherigen Auszüge aus den Rapporten des Gen.-Majors Wynecken nicht mehr erscheinen. Nachrichten von irgend wesentlichem Interesse für die Angehörigen unserer braven Krieger sollen indeß auch künftig sofort bekannt gemacht werden.

Freiburg, 8. Mai. In der heutigen Schlußsitzung des Hochverrathsprocesses gegen Fickler, Bornstedt, Steinmetz und Kreds erfolgte zunächst die Fortsetzung der Vertheidigungsreden. Advocat Ziegler, der zweite Vertheidiger Ficklers, suchte besonders die Anklage zu entkräften, die gegen seinen Clienten als Redacteur der „Seeblätter" begründet werden war, nämlich gegen zwei darin während seiner Abwesenheit erschienene Artikel, worin zur gewaltsamen Erstrebung der Republik aufgefordert sein soll. Ihm folgte in einer langen Vertheidigungsrede Brentano, der sich zur hauptsächlichen Aufgabe gemacht hat, die Anschuldigungen zu widerlegen, als habe Fickler durch seine bei der Volksversammlung in Achern gehaltene Rede zur gewaltsamen Einführung der Republik aufgefordert, als sei er mit der deutschen Legion in sträflicher Verbindung gestanden, und habe ihr die Ausführung ihrer Zwecke erleichtert. Zugleich machte er starke Ausfälle gegen das Benehmen Mathy's, wobei ihm mannigfacher Beifall des Publikums zu Theil ward. Hierauf sprach Kreds von der schlechten Behandlung, die sowohl er als seine Gefährten von Seite der württembergischen Soldaten und der Gefängnißaufseher und sogar des Directors zu erdulden gehabt, und sucht alsdann das Unternehmen der Legion dadurch zu rechtfertigen, daß er das Gefecht bei Dossenbach als eine bloße Vertheidigung auf vorhergegangenen Angriff darstellt. Die nun folgende Rede des Angeklagten Steinmetz war eine meistens ganz allgemein gefaßte, mehr auf Principien als Thatsachen sich einlassende. Hierauf ergriff der Staatsanwalt Amann das Wort zur Erwiderung auf die Reden der Angeklagten, wobei man Manches nicht überall vor der Unruhe des Publikums verstehen konnte. Das letzte Wort der Angeklagten war nur kurz, worauf noch Thema Einiges sprach. Am Schlusse seiner Rede ließ das Publikum die Republik und Brentano hoch leben, wogegen der Vorsitzende ernstliche Einsprache erhob. Nunmehr wurden von dem Gerichtshof den Geschwornen 13 Fragen, welche die Anklagepunkte gegen die vier Angeklagten specialisirt enthielten, vorgelesen. Brentano erhob dagegen wie in dem vorigen Proceß den Einwand, daß sie auf das Verbrechen als solches, und nicht auf die einzelnen Thatsachen desselben lauten sollten, und verlangte, daß in Bezug auf die Entlastungspunkte in der Sache Ficklers noch eine Frage gestellt würde. Der Gerichtshof verwarf den ersteren Antrag, fügte aber noch eine 14. Frage bei, die sich auf diese Entlastungspunkte bezogen. Die Berathung der Geschwornen dauerte über eine Stunde, ihre Antworten lauteten bis auf eine einzige, welche Bornstedt betraf, auf „Nichtschuldig". In Folge dieses Wahrspruches wurden Fickler, Steinmez und Kreds sogleich freigelassen. Auf den Grund der mit „Schuldig" beantworteten Frage trug der Staatsanwalt gegen Bornstedt auf eine Strafe von 6 Jahren Zuchthaus an. Brentano suchte jedoch nachzuweisen, daß in den bejahten Thatsachen, verglichen mit den entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzes, nicht der vollendete Hochverrath, sondern höchstens nur vorbereitende Handlungen dazu enthalten seien. Der Gerichtshof verurtheilte sofort A. v. Bornstedt zu anderthalb Jahren Zuchthaus — oder vielmehr, was nach den Gesetzesbestimmungen damit gleich ist — zu einem Jahre Einzelhaft. Als die Freigesprochenen aus dem Hofgerichtsgebäude heraustraten, wurden sie von der zahlreich anwesenden Volksmenge mit einem vielfachen Hoch begrüßt und zu dem „Hotel Fehrenbach" geleitet. Dort trat Fickler auf den an ihn geäußerten Wunsch auf den Balcon des Hauses und hielt eine Anrede, in der er äußerte, er werde auch weiterhin seine Kräfte der Freiheit und der Einheit Deutschlands widmen. Alle Parteien müßten sich bei den drohenden Gefahren vereinen, auch der Arbeiter dürfe nicht ausgeschlossen sein, der ein redliches Herz für das Vaterland habe. Er schloß mit dem Worte Rotteck's: ein Volk, das der Freiheit werth ist, wird sie auch zu erringen und zu behaupten wissen — worauf wiederholtes Hoch ertönte. (Fr. Z.)

Altona, 7. Mai. Nach den übereinstimmenden Andeutungen einiger verläßlichen Mittheilungen aus Hadersleben und Flensburg sind wir in den Stand gesetzt, die bestimmte Thatsache zu berichten, daß die bisher an der Nordgrenze postirten Reichstruppen (einschließlich Preußen) in der Morgenstunde des gestrigen Tages sich in Bewegung gesetzt haben, um in Jütland einzurücken, und so dürfte wohl gleichzeitig vom Sundewitt aus der Angriff auf Alsen unternommen werden. Die Preußen, unter General v. Hirschfeldt, sollen den rechten, die Bayern unter v. d. Tann den linken Flügel bilden, die Schleswig-Holsteiner bilden das Centrum unter General v. Bonin, während die Sachsen unter General v. Heinz als Verbindungscorps zwischen der Nordarmee und dem im Sundewitt stehenden Truppencorps formirt werden. Man erwartet nunmehr ein ernsteres Vorgehen sowohl in Schleswig als in Jütland, wozu wahrscheinlich die in den letzten Tagen gepflogene Conferenz der Stabsofficierschaft mit dem Höchstcommandirenden v. Prittwitz unzweifelhaft beigetragen. Es werden gegenwärtig Gefangene auszuwechseln und man denkt in Schleswig daran, auf diese Weise den Obrist Lehmann, der zu Hause eine kranke Frau zurück lassen, auszuwechseln. Die patriotischen Kundgebungen zu Gunsten der deutschen Nationalversammlung sind auch bei uns im Steigen begriffen. Eine in Neumünster abgehaltene Centralversammlung der schleswig-holsteinischen Volksvereine hat sich über die Durchführung der von den Reichsverfassung, sowie über die völlige Trennung der Herzogthümer von Dänemark mit großer Begeisterung dahin ausgesprochen, daß dies unter allen Umständen erstrebt werden müsse. Es ist zugleich erfreulich, mittheilen zu können, daß diese von mehreren Tausenden besuchte Volksversammlung durch keinerlei Störung der Ordnung entwürdigt wurde.

Nachschrift. Der heute Abend etwas spät angekommene Rendsburger Bahnzug bringt die vollständige Bestätigung vom Einrücken der Reichstruppen in Jütland, so daß das Standquartier des General v. Bonin wohl in den nächsten Tagen in Veile, das des Höchstcommandirenden in Kolding sein wird. Kriegskasse und Auditeure werden heute der Armee nachfolgen. In Hadersleben sind an Stelle der Bayern 4000 Russen garnisonirt. Der Präsident unserer Landesversammlung, Advocat Bargum, wird die Administration der usurpirten Landestheile übernehmen und demgemäß zum Civil-Gouverneur von Jütland ernannt werden. Es ist zu erwarten, daß uns die nächsten Tage bereits wichtige Nachrichten von einem Zusammentreffen der Unsrigen mit dem Feinde in Jütland bringen werden, weil die Unsrigen auf das befestigte Fredericia losziehen, wo die Dänen sich mit dem Gros ihrer Armee festgesetzt haben und die Offensive ergreifen werden. Das westliche Schleswig, welches wegen seiner vielen Inseln dem Feinde bei Anfang des Feldzuges vielfache Schupfwinkel darbot, ist nunmehr auch vollständig von den Dänen gesäubert. So haben sie die Insel Sylt ehegestern in Folge eines versuchten Angriffes unserer Kanonenböte auf die Strandbatterien geräumt und es zeigt sich erfreulicherweise, daß unsere Marineanfänge, geführt von geschickter Hand, etwas Nützliches leisten können. Die Herrschaft der Dänen auf den Westseeinseln hat damit ihr Ende erreicht. Unsere Kanonenböte machen abenteuerliche Eroberungen, und es wird Ihnen etwas wunderlich klingen, wenn ich auf's Neue berichte, daß sie ein dänisches Kauffahrteischiff, das nach Island bestimmt war, aufgebracht haben. Es ist dies das dritte mit werthvollen Ladungen versehene feindliche Schiff, das in deutsche Hände gelangt ist. Die dänischen Kauffahrer glaubten, daß sie eben so wie im vorigen Jahre in unsere biesigen Häfen ein- und auslaufen könnten, worin sie sich vollkommen getäuscht, da die Schleswig-Holsteiner heut mit ihren vierzehn Kanonenböten und entschlossenen Lootsen im Stande sind, theilweise offensive zu verfahren.

Neumünster, 6. Mai. In der heute hier stattgehabten Centralversammlung der schleswig-holsteinischen Vereine, auf welcher 20 Vereine durch Abgeordnete vertreten waren, wurde beschlossen, an die Landes-Versammlung den Antrag zu stellen: „Dieselbe möge 1) nach bereits geschehener Anerkennung der Reichsverfassung nunmehr auch das die Herzogthümer an Dänemark noch knüpfende Band der Personal-Union für gelöst erklären, und 2) bei der Staatsregierung die geeigneten Anordnungen zur schleunigsten und energischen Entwickelung aller Wehrkraft des Landes erwirken." Dieser Beschluß ist dem Bureau der Landes-Versammlung unter Bezugnahme auf den Beschluß der deutschen National-Versammlung, nach welchem die Landesvertretungen der deutschen Volksstämme in Thätigkeit zu setzen oder zu belassen sind, bis die Reichsverfassung zur Anerkennung gebracht sein wird, mit der Bitte um schleunigste Einberufung unserer Landes-Versammlung mitgetheilt. (N. Z. P.)

Frankreich.

w **Paris**, 8. Mai. Die gestrige Abendsitzung der Nationalversammlung zur Erörterung der italienischen Frage hat bis nach 1 Uhr in der Frühe gedauert und ist stürmisch gewesen. Um 9 Uhr wurden die Namen der in die Commission erwählten Mitglieder bekannt gemacht, die mit der Prüfung der den Agenten gegebenen Verhaltungsbefehle beauftragt ist. Vorsitzer Goudchaux, Berichterstatter Senard. Um ½ auf 11 Uhr betritt dieser die Tribune: Bei der Genehmigung der Expedition ist es der Nationalversammlung nicht eingefallen, feindselig einzuschreiten gegen die römische Republik, sondern vielmehr in Frankreichs Interesse zur Verhütung einer österreichischen oder andern Invasion, das beantragte Unternehmen zu unterstützen. Nichtsdestoweniger ist ohne vorangegangene Invasion, ohne Gegenrevolution oder irgend einen haltbaren Grund Rom angegriffen worden. Demzufolge beantragt die Commission folgende Beschlußnahme: Die Nationalversammlung fordert die Regierung auf, unverzüglich solche Maßregeln zu ergreifen, daß die Expedition nicht länger von demjenigen vorgezeichneten Ziele abweiche. Drouin de Lhuys, Minister des Auswärtigen: Frankreich hat die römische Republik nicht anerkannt, nichts destoweniger aber den General bevollmächtigt sich mit der jetzigen Regierung in Rom über die Wiedereinsetzung des Papstes zu verständigen. Er sollte, als von der Mehrzahl der Bevölkerung berufen, auf Rom marschiren, und die jetzige so schwer lastende Verwaltung durch jede andere, im Nothfall selbst durch die frühere ersetzen. Die römische Regierung ist keine rechtmäßige, auf Gesetzlichkeit begründete. Haben Sie die Expedition bewilligt, so lag darin auch die Anerkennung des Gebrauchs der Gewalt im Nothfall. Erkennen Sie die römische Regierung als eine vollgiltige an, so hatten Sie auch kein Recht Civitavecchia zu besetzen; wer die eine Stadt besetzt, darf auch auf die andere losgehen. Von dem Zuge des Generals haben wir keine andere Nachricht, als die telegraphische; er hatte sich mit 3600 Mann ohne Artillerie auf den Weg begeben, ein Beweis, daß er nicht sehr ernstliche Absichten auf Rom haben konnte. Rom ist voll fremder Aufwiegler und Demagogen; diese mögen sich geschlagen haben, die Bevölkerung selbst dürfte keinen Theil genommen haben an dem Straßenkampf. Wie energisch auch die Vertheidigung gewesen, so beweist sie noch gar nicht, daß sie auch im Sinne des Volks geführt ward. Die Commission verlangt den Rückzug unserer Truppen nach Civitavecchia: das werden wir nicht zugeben, zumal jetzt nicht, da es angesichts der österreichischen und neapolitanischen Invasion ein gewaltiger Mißgriff wäre. Goudchaux: Es stand fest, daß der Zug nach Rom nur dann unternommen werden sollte, wenn sich die Bevölkerung ausdrücklich in diesem Sinne ausspräche. Es gibt aber ein Actenstück, welches beweist, daß wir vor solchem Vordringen ernstlich gewarnt wurden, indem uns ein böser Empfang bevorstehe. Wir bitten um Vorlage dieses Actenstücks. Hier verliest eine Abschrift davon, die Warnung rührt von unserm Consul in Civitavecchia her und lautet: Nach allem, was ich erfahre, ist es in Rom auf ernstlichen Widerstand abgesehen. Die Brücke Sant-Angelo, der Vatican und andere Gebäude sind untaminirt. Die französischen Einwohner legen gegen die Besetzung Verwahrung ein. Drouin de Lhuys: Franzosen protestiren gegen unsern Einzug, heißt es in diesem Schreiben; deßhalb habe ich angehalten, es mitzutheilen. Doch ließen sich auch manche Briefe beibringen, die anders lauten und versichern, daß aller Widerstand beim ersten Erscheinen unserer Truppen aufgegeben werden würde. Greyp: Der Minister behauptet, es sei dem General Oudinot nicht in den Sinn gekommen, ernstlich zu verfahren, und dennoch schreibt dieser ganz im Gegensatz zu einer solchen Erklärung die Worte: „Die römische Regierung wirft uns den Fehdehandschuh zu, ich muß ihn aufnehmen. Noch ist die Artillerie nicht gelandet, ich stehe aber dennoch nicht an, mich an der Spitze der 5000 Mann, über die ich eben verfügen kann, auf den Weg zu begeben." Dies schreint nicht die Sprache eines Friedfertiggesinnten zu sein. Reden und Gegenreden. Aufregung, Tumult, beantragte und verworfene Amendements. Die von der Commission beantragte Fassung wird mit 328 gegen 241 Stimmen angenommen; rauschender Beifall und lautschallendes Lebehoch der Republik.

Rußland.

Zur Charakterisirung, wie man in Rußland sich selbst und Andere beäugt, mag folgender Auszug aus dem siebenten Hefte der „Moswitianin" dienen, welches sich über die gegenwärtige Anwesenheit der kaiserlichen Familie in Moskau folgendermaßen auslägt: Wohl noch nie hat Moskau seine theueren Gäste mit solcher Freude empfangen, wie dieses Mal. Woher kommt das? Das russische Volk fühlte es, daß ihm noch nie sein Czaar so theuer, so nöthig für das Vaterland, für Europa, für den Frieden der ganzen Welt, als gerade jetzt. Es begreift, daß gegenwärtig auf diesem Haupte nach dem unerforschlichen Rathschlusse Gottes das Schicksal von Tausenden ruht. Man weiß, daß die europäische Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert ist und neue Stützen sucht. Von allen Seiten, von der rechten sowie von der linken, richten sich die Blicke auf uns, auf den fernen Norden, auf dieses von den Sinnlosen geschmähte Volk und seinen großmächtigen Czaaren, fragend: was Er denkt, was Er spricht, was Er thut? Aber Er thut nichts, Er unternimmt nichts, beschließt nichts. Er schweigt. — Ja, Er schweigt und indeß hält der Gedanke an ihn hier die Hand zurück, die, schon aufgehoben, wieder unentschlossen zurücksinkt; ja, Er schweigt, und indeß schlafen Andere in dem Gedanken an Ihn ruhiger auf ihrem dornenvollen Lager; schöpfen diesen Muth für sich, erheben jene in Furcht; für die Einen ist hier Hoffnung, für die Anderen Schrecken. Ein bewunderungswürdiges Loos ist den beiden Brüdern zugefallen! der ältere, Alexander, schlug den Angriff von zwanzig Völkerschaften zurück, die von einem an Geisteskraft hervorragenden Mann geführt wurden; Alexander schritt im Donner der Schlachten, im Wiederschein brennender Städte, mitten durch das Kriegsgeschrei siegreich von einem Ende Europa's zu dem andern und entschied auf lange über dessen Schicksal, in Gemeinschaft mit den von ihm geleiteten Fürsten. Der andere Bruder entscheidet über Europa's Geschick allein, ohne die Hand zu erheben, ohne ein Wort zu sprechen, ohne sich von der Stelle zu bewegen, allein, ganz allein, in der Stille seines Cabinets, durch das Gewicht seines Namens alle Bewegungen aufwiegend, den Sturz hemmend und die Stützen befestigend.

Nachschrift.

† **Berlin**, 9. Mai. Heute um 12 Uhr wurden dem Könige in Charlottenburg die Bevollmächtigten der deutschen Regierungen, welche in Folge der Aufforderung vom 28. v. M. hier eingetroffen sind, vorgestellt. Hr. v. Radowitz ist mit der Leitung der Verhandlungen beauftragt.

Neustadt-Dresden, 9. Mai, Mittags 12 Uhr. Der Kampf ist beendet, der Aufstand überwunden. Die „D. Allg. Ztg." berichtet darüber, wie folgt: Nach 10 Uhr wurde hier Generalmarsch geschlagen. Es entstand eine große und frohe Bewegung unter den in Neustadt befindlichen Truppen. Es hieß: der Kreuzthurm hat sich ergeben; der noch nicht genommene Theil der Altstadt hat sich ergeben! Wirklich wehten auf dem Kreuzthurme die ersehnten weißen Fahnen. Die fremden Vertheidiger hatten ihre Position verlassen, und die Dresdener die weiße Fahne ausgesteckt. Im Sturmschritte zogen die Truppen aus Neustadt über die Brücke, um die im Feuer gewesenen Kameraden abzulösen, welche um halb 12 Uhr frohen Muthes zurückkamen und von der versammelten Menge freudig empfangen wurden. Viele Gefangene, eine Menge eroberte Waffen, auch drei große Fässer Pulver werden herübergebracht. Von Abends 6 Uhr an tritt im Umkreise von drei Meilen um Dresden der Belagerungszustand ein. — Gestern Abend ist der Bürgermeister Tzschucke aus Meißen mit 40 Mann Reiterei hierher abgeführt worden.

Die „Leipziger Zeitung" enthält eine Reihe von amtlichen Bekanntmachungen. Laut der ersten vom 8. Mai beauftragt der König, da die Communication zwischen der Residenz und dem Königstein dermalen erschwert sei, die in Dresden anwesenden Minister v. Beust und Rabenhorst, alle diejenigen inzwischen vorkommenden Regierungshandlungen für ihn vorzunehmen, welche keinen Aufschub gestatten, bei denen aber seine Entschließung aus obigem Grund nicht zuvor eingeholt werden kann. Die zweite Bekanntmachung ist ein Aufruhrgesetz, erlassen unter dem 7. Mai und von dem Gesammtministerium contrasignirt. Durch dritte Bekanntmachung wird auf Grund obiger Verordnung die Residenzstadt Dresden und deren Umgebung im Kreise von drei Meilen vom 9. Mai Abends 6 Uhr in Kriegsstand erklärt und der Generallieutenant v. Schirnding zum Oberbefehlshaber über die bewaffnete Macht ernannt. Seinen Anordnungen ist unbedingter Gehorsam zu leisten." Das Ministerium hat endlich folgende Proclamation erlassen:

Sachsen! Der Kampf, der noch immer in den Straßen der Hauptstadt wüthet, ist ein Kampf der Monarchie mit der Republik, der gesetzlichen Freiheit mit der Anarchie! Lasset Euch nicht täuschen, Mitbürger, dadurch, daß die Empörer unter der Fahne der Reichsverfassung kämpfen. Dieselben Männer, die bis vor Kurzem Alles thaten, um das Zustandekommen der Verfassung zu verhindern, dieselben Männer, die bis vor Kurzem einen integrirenden Theil dieser Verfassung, das erbliche Kaiserthum, nicht nur bekämpften, nein! mit allen Waffen des Spottes und des Hohnes herabzogen, dieselben Männer können nicht heute das Panier der blutigsten Empörung für diese Verfassung, für dieses Kaiserthum erheben! Ihr seid begeistert für die Idee der Einheit unseres großen Vaterlandes, Eure Herzen schlagen warm für deutsche Ehre, Freiheit und Größe! Aber Ihr wollt diese Güter in Wahrheit, und Ihr wißt, daß sie nicht erobert werden im Kampfe der wildesten Leidenschaft, Ihr wißt, daß sie nur von Bestand sein können, wenn sie erlangt werden durch das freie Einverständniß der deutschen Fürsten und Völker. Se. Maj. der König theilt Eure Liebe für unser großes Vaterland, Eure Hingebung für deutsche Ehre, Größe und Freiheit. Wenn der König in seinem Gewissen sich für verpflichtet erachtet hat, der Reichsverfassung, wie sie nun als Ganzes vorliegt, für jetzt noch seine Genehmigung zu verweigern, so hat er einen Schritt gethan, zu welchem er nach der bestehenden sächsischen Verfassung unzweifelhaft berechtigt war, der nothwendig wurde, nachdem Preußen die Verfassung, wie sie aus den Berathungen der Nationalversammlung hervorgegangen war, nicht anerkannt hatte, also feststand, daß diese Verfassung in Deutschland nicht ins Leben treten konnte. Se. Maj. der König und die Männer, die heute seine Regierung bilden, werden darum nicht aufhören in ihren Bemühungen für die Einheit, Freiheit und Größe des deutschen Volkes, sie gehen mit Euch zu demselben Ziele, der festen Begründung einer deutschen Verfassung. Wir werden sie nur erreichen, wenn wir den Weg des unerschütterlichen unbeugsamen Rechtes nicht verlassen. Ihr Alle, Mitbürger, die Ihr in einer deutschen Verfassung etwas Anderes sehet, als einen Waffenstillstand der Parteien, den jede nur so lange anerkennt, bis sie Kräfte gesammelt hat, ihn zu brechen, Ihr Alle, die Ihr nicht Herrschaft einer Partei, sondern gleiche Freiheit Aller wollt, schaaret Euch muthig um Euren König, den Ihr seit 18 Jahren aus seinem Wirken, dessen Liebe zu Euch Ihr kennt, schaaret Euch um die Männer, die seinen Rath bilden, verlaßt Euch auf sie, sie werden festhalten, unerschütterlich festhalten an dem heiligen Eide, den sie dem Könige, den sie der Verfassung geschworen haben. Dresden, 8. Mai 1849. Ministerium des Innern. Richard v. Friesen.

⊙ **Stuttgart**, 9. Mai. Die schon in der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer gestellten Anträge Schniger's, betreffend die Lage des Vaterlandes, wurden heute von der Kammer in der von dem Fünfzehneranschuß genehmigten Fassung angenommen, und lauten: Die Kammer stellt folgende dringende Bitten an die Regierung:

1) Die Staatsregierung möge, mit Bezugnahme auf die von der Krone Preußen in ihrer letzten Circularnote ausgesprochene und zum Theil bereits in Ausführung gebrachte Drohung, die Centralgewalt auffordern, nicht zu dulden, daß ein deutscher Staat wegen einer Volkserhebung zu Gunsten der Reichsverfassung in einem andern deutschen Staate ohne ausdrücklichen Befehl der Centralgewalt einschreite und zur Wahrung des Reichsfriedens, wie zum Schutze der gesetzlichen Volksbewegungen für Anerkennung der Verfassung ein Reichsheer aufzustellen;
2) sie möge der Centralgewalt zu diesem Zwecke unverzüglich die gesammten württembergischen Streitkräfte zur Verfügung stellen;
3) sie möge, in Verbindung mit der Centralgewalt, Schritte thun, um zu verhindern, daß andere als Reichstruppen unter den Befehlen der Centralgewalt in Folge der Erhebung in der Rheinpfalz durch Württemberg durchmarschiren.

Die Berathung dort nichts Neues. Schoder war von Frankfurt hierher gekommen und erstattete den Bericht über die Anträge. Staatsrath Römer ermahnte, nur solche Beschlüsse zu fassen, welche die Regierung auch ausführen könne, und hätte geglaubt, die schon oft wiederholte Erklärung sollte genügen, daß die württembergische Regierung bereit sei, der Centralgewalt mit allen ihren Mitteln thatkräftig zu Gebot zu stehen. Er erkenne wohl, daß der Augenblick gekommen sei, wo die Staaten, die sich der Reichsverfassung unterworfen haben, werkthätig einschreiten müssen, denn es handle sich jetzt nicht allein von der Einheit, sondern von der Freiheit. Uebrigens könne man keinem Volke die Freiheit aufdringen, und so lange nicht alle übrigen Stämme sich erheben haben, so sei vom Erfolg der Maßregeln Württembergs wenig zu erwarten. Die Mehrheit der Kammer ging von der Ansicht aus, man müsse die Nationalversammlung drängen und treiben, müsse ihr den Halt zeigen und geben, in dem sie Kraft finden könne, und die nächste Zukunft wird nun zeigen, in wie fern die Kammer heute wieder papierne Beschlüsse gefaßt hat.

*_ **Leipzig**, 9. Mai, Vormittags. Der Kampf der Communalgarde (und mit ihr des Gesetzes und der Ordnung) gegen die Umsturzpartei hat selbst den betörten Massen die Ueberzeugung verschafft, daß sie von ihren sogenannten Volksmännern kein Heil zu erwarten haben. Alle diejenigen, welche noch am Sonntag Nachmittag das große Wort in der Volksversammlung führten, waren in der darauf folgenden Nacht unsichtbar geworden. Der Schauspieler Windwart, welcher irrthümlich unter den Verhafteten gemeldet wurde, entfloh mit dem ersten Bahnzug nach Dresden. Jetzt steht der gesammte Arbeiterstand für Aufrechthaltung der bürgerlichen Ordnung ein. Viele Aussagen der Verhafteten, deren Zahl sich auf ungefähr 70 beläuft, sollen den sichern Beweis geliefert haben, daß die Tumultuanten selbst in dem Collegium der Stadtverordneten auf einzelne Anknüpfungspunkte rechneten. Gegen dieses Treiben spricht sich der allgemeine Geist sehr energisch aus. Der Kleinhandel der Messe, welcher sehr gut begonnen, hat durch den schnellen unvermeidlichen Schluß der Messe am meisten gelitten. Die Meßfremden sind sehr unzufrieden abgereist. Die letzten Tage haben bewiesen, daß unsere städtischen Kräfte zur Niederkämpfung übler Elemente und zur Aufrechthaltung der Ruhe ausreichen. Heut Nachmittag ist das Begräbniß der in der unglücklichen Nacht gefallenen Communalgardisten, Consul Gontard und Schneidermeister Müller. Sie werden Beide mit militärischen Ehren beerdigt. Die Zahl der gebliebenen Unruhestifter ist noch unermittelt, weil die meisten schnell beseitigt worden sind. Nach Allem, was Augenzeugen versichern, sind auf dieser Seite wenigstens 12 Individuen erschossen worden.

Börsenberichte.

⚒ **Frankfurt**, 10. Mai. Die in heutiger Sitzung der Nationalversammlung bekannt gewordene Demission des Reichsministeriums erregte viel Sensation unter unsern Börsenmännern. Bei schwachem Verkehr stellten sich hierauf fast sämmtliche Fonds abermals niedriger im Cours als gestern. 5pCt. Metall. bleiben 71½, pCt. G., 2½pCt. Metall 39½, pCt., Bienerbankactien 1131 fl., 500 fl. Loose 125 pCt., 250 fl. Loose 76½, pCt. Alle übrigen Anlehensloose in flauer Stimmung. Kurhess. 40 Rthlr. Loose 26½, Rthlr., Badische 35 fl. Loose 27½ fl., do. 50 fl Loose 47½ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 21½ fl., do. 50 fl. Loose 70 fl., Sardinische Loose 25½, Fr., Polm. 500 fl. Loose 72 Rthlr. Stuttgart'sche sowie belgische Obligationen ohne wesentliche Coursveränderung. Holländ. 2½pCt. Integralen 49½, pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms Nordbahn 32½, Rthlr., Berbach 69½, pCt., Köln-Minden 73½, pCt., Taunus 275 fl. 2pCt. inländ. Span. schließen 24½, pCt. G. Sämmtliche Wechsel heute begeh t Amsterdam 100½, Berlin und Leipzig 105½, Hamburg 98½, London 120½, G., Paris 95½, G. Lange Sichten sämmtlicher Devisen werden zur Geldanlage fortwährend angekauft, und bleiben sehr gesucht.

Wien, 7. Mai. 5pCt. Metall. 68½. — 4pCt. 71. 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1118. — 500 fl. Loose 147. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnactien 94. Gloggnitzer 91. — Mailänder 68.

Fonds matt bei schwachem Umsatz, Complanten und Wechsel waren zu erhöhten Preisen begehrt.

Berlin, 9. Mai Staatsschuldscheine 78½, G., Seehandlungs-Prämienscheine 99½, G., Bankantheile 86½, G., Berlin-Hamburg 52 G., Köln-Minden 76 bez., Friedr. Wilh.-Nordb. 33 bis 33½ bez., Rhein. 40 bez. u. G., Thüringische 49 Br., Pols. 500 fl. Loose 71½ u. ½ etw. bez., Neue bad. Anleihe à 35 fl. 16 Br.

Die günstige Stimmung hielt auch heute für die meisten Effecten an, und einige wurden noch etwas besser bezahlt; das Geschäft blieb sehr unbedeutend.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Matter.

Benachrichtigungen.

[1334] **Bekanntmachung.**

Den **Ellwangen-Crailsheimer** Influenz-Eilwagen-Cours betreffend.

Behufs Erhaltung der Influenz auf den Eilwagen von Dinkelsbühl nach Werthheim wird vom 15. d. M. an der Eilwagen von Ellwangen nach Crailsheim früh um 2 Uhr (anstatt um 3½ Uhr) abgefertigt.

Frankfurt a. M., den 9. Mai 1849.

General-Post-Direction.
Freiherr von Pönberg.
vdt. Kölle.

Das zum nächsten Samstag angekündigte Concert
zum Besten der in Schleswig-Holstein verwundeten deutschen Krieger
findet wegen Aenderung des Theater-Repertoirs
heute Abend, Freitag den 11. Mai,
im Saale der Loge Sokrates — Döngesgasse —
statt. — Billets à 1 fl. 30 kr. sind in der Musikalienhandlung des Herrn André und Abends an der Kasse zu haben. [1355]

[1288] **Physikalischer Verein.**

Für das Sommerhalbjahr sind sol. ende Vorlesungen angeordnet:
1) Mittwoch Nachmittags von 4 bis 5½ Uhr: Anfangsgründe der Physik.
2) Donnerstag Abends von 7 bis 8 Uhr: Anleitung zum Anstellen chemischer Versuche.
3) Samstag Abends von 7 bis 8 Uhr: Mittheilung neuerer Entdeckungen im Gebiete der Physik und Chemie, mit besonderer Berücksichtigung auf die größeren in der Sammlung befindlichen Apparate.

Wer, ohne Mitglied des Vereins zu sein, an den Mittwochs- oder Donnerstags-Vorträgen Theil zu nehmen wünscht, beliebe sich bei Hrn. Prof. Dr. **Böttger** um die Mittheilungen im chemischen Laboratorium (Senckenbergisches Museum) zu melden.

Die Vorlesungen beginnen am 16. Mai.

Der Vorstand.

[1262] Bei Friedrich Fleischer in Leipzig ist so eben erschienen und in der Andreä'schen Buchhandlung in Frankfurt a. M. zu haben:

Der deutsche Auswanderer
nach den
Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.
Ein Lehrbuch auf seinem Weg.
Nach eigner Anschauung und nach den neuesten Quellen
zusammengestellt von
Alexander Ziegler.
24 Bogen. Preis 24 Ngr.

Ein wahres Lehrbuch für den Auswanderer, der nichts, was ihm auf seiner neuen Laufbahn zu wissen nöthig ist, darin vermissen wird. Eigne Anschauungen und Studien an Ort und Stelle werden stets den Vorzug vor Compilationen aus Büchern verdienen, und diese hat der durch seine Reisen bereits vortheilhaft bekannte Verfasser hier gegeben.

[1293] Bei F. A. Brockhaus in Leipzig erschien so eben und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten, in Frankfurt a. M. bei Carl Körner, Steinweg:

Entwurf
zu einem
allgemeinen deutschen Civilgesetzbuche
nebst Motiven.
Von
F. A. Frhrn. v. Preuschen-Liebenstein.
Gross 8. (32 Bogen.) Geh. 2 Thlr. oder fl. 3. 36 kr.

Der Verfasser, welcher schon früher einen blos statt handschriftlicher Mittheilung gerufen, von Sachkennern des Beifalls gewürdigten Entwurf zu einem nassauischen Ehe-, Verwandten- und Vormundschaftsrechte redigirt hat, unternahm es bereits im Jahr 1817, durch auf mündliche Stimmen competenter Gelehrten in sein Vorhaben bestärkt, das vorstehend angezeigte Werk mit sorgfältiger Berücksichtigung des römischen und deutschen Rechts, so wie der neuern Gesetzbücher und mit Benutzung seiner eigenen praktischen Erfahrungen in dem Zwecke aufzuarbeiten, um dieselbe zur Andahnung einer allgemein deutschen Gesetzgebung nach Mönlich'eit beizutragen. Derselbe wünscht nichts sehnlicher, als daß diese Vorarbeit tüchtigen Gelehrten Veranlassung gebe, ihre eigenen Kräfte dem von ihm angestrebten Ziele zu widmen, damit die Rechtseinheit in Deutschland baldigst zur Wahrheit werde.

Der gegenwärtige Entwurf umfaßt das gesammte Privatrecht mit Ausnahme des Handels-, Wechsel-, Ehe-, Deich- und Bergrechts, und sind demselben erläuternde Motive beigefügt, welche auch dem Laien nicht ohne Interesse sein werden.

[1334] In der Palm'schen Verlagsbuchhandlung in Erlangen ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Frankfurt a. M. vorräthig bei Gebhard und Körber, Buchgasse Nr. 6:

3te und 4te Lieferung
von
Dr. A. Rauch's
Parlamentarischem Taschenbuch,
enthaltend die
Verfassung
für das Königreich Hannover nebst Wahlgesetz, den Entwurf der Constitutions-Urkunde für die österreichischen Staaten (der verfassunggebenden Versammlung in Kremsier), die octroyirte österr. Verfassung, sowie das provisorische Preß- und Associationsgesetz, das Wahlgesetz der franz. Republik, das Staatsgrundgesetz für das Großherzogthum Oldenburg nebst Wahlgesetz, die Verfassung des Bremischen Staats, das Staatsgrundgesetz für das Herzogthum Gotha nebst Wahlordnung, die Verfassung des deutschen Reichs, das Einführungsgesetz für die Grundrechte und das Reichswahlgesetz.
12. Geheftet. 1 Rthlr. oder 1 fl. 36 kr.

Abgeordnete und alle, welche für parlamentarische Gegenstände ein Interesse haben, können sich in diesem Werkchen über die gegenwärtigen Verfassungsverhältnisse Raths erholen. Besonders wird den Besitzern der ersten und zweiten Lieferung diese Fortsetzung erwünscht sein.

Aus demselben ist besonders abgedruckt:

Die deutsche Reichsverfassung
nebst
Grundrechten mit Einführungsgesetz
und
Reichswahlgesetz.
12. Geheftet. 2 Ngr. oder 6 kr.

[1290] In einer bedeutenden Handelsstadt am Main ist eine vollkommen eingerichtete Rauch-tabaks- und Cigarren-Fabrik zu verkaufen. Auf frankirte Anfragen — adressirt an die Redaction dieses Blattes sub Nr. 1290 — können die Bedingungen mitgetheilt werden.

[1246] **Königl. Bayer. Donau-Dampfschiffahrt**
zwischen
Regensburg und Linz
im Anschluß an die Oesterreichischen Dampfboote in Linz.

Fahrordnung im Monat Mai 1849:

Von Regensburg nach Linz		jeden Tag ungeraden Datums,				Abfahrt früh 5 Uhr.
„ Linz	„ Passau	„	„	„	„	nach Ankunft des Dampfbootes von Wien.
„ Passau	„ Regensburg	„	„ geraden	„	„	früh 4 Uhr.

[1311] **Den resp. Herrschaften und Prinzipalitäten**
empfehle ich mich mit einer Auswahl gut zu empfehlender Dienst- und Stelle-Suchender jeder Branche zu geneigten Aufträgen ergebenst.

Nur gut zu empfehlende, mit guten Zeugnissen versehene Dienst- und Stelle-Suchende werden bei mir eingetragen und empfohlen.

Amtlich bestätigtes Dienst- und Stelle-Gesuch-Büreau
von **F. A. Wust**, Pauleplatz 13 neu.

[1256] **Deutscher Phönix.**

In Folge der statutenmäßigen Bestimmung des Verwaltungsrathes und der deßfalls an die General-Versammlung in Karlsruhe, in deren Sitzung vom 23. April d. J. gemachten Mittheilung, ist für das Jahr 1848 auf die Actien der Gesellschaft „Deutscher Phönix" eine Extra-Dividende von 5 Gulden für je 1000 fl. Nominalwerth festgestellt worden.

Die Auszahlung dieser Dividende hat gleichzeitig mit derjenigen der Zinsen von den geleisteten baaren Einlagen zu geschehen, und es sind hiernach auf jeden Coupon für 1848

von Lit. A 11 fl.
„ „ B 5 fl. 30 kr. und für Zins und Dividende zu entrichten.
„ „ C 8 fl. 45 kr.

Die Inhaber solcher Coupons werden demnach hiermit aufgefordert, gegen Abgabe derselben deren Betrag an 3., 4., 5., 7. und 8. Mai, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, an der Kasse der Gesellschaft dahier (Börsengebäude) in Empfang zu nehmen. Später kann die Auszahlung nur Dienstags und Freitags, gleichfalls in den Vormittagsstunden, stattfinden.

Diejenigen Actionäre, welche den Betrag ihrer Coupons in Karlsruhe zu erheben wünschen, haben sich deßfalls, nach Zuhalt der Statuten, an die Section der Gesellschaft daselbst zu wenden.

Frankfurt a. M., den 30. April 1849.

Der Verwaltungsrath der Gesellschaft „Deutscher Phönix".

[1276] **Original-Obligationen**
des Anlehens vom Verein deutscher Fürsten und Edelleute, garantirt von Adolph Herzog von Nassau, Ernst Herzog zu Sachsen-Coburg, Friedrich Prinz von Preußen rc. und womit fl. 25,000, 20,000, 16,000, 15,000, 14,000, 13,000, 12,000 rc. erlangt werden können, erhält Unterzeichneter à fl. 8 und für die nächste am 15. Mai l. J. stattfindende Ziehung einzig à 1 fl. — 10 Stück zu 7 fl. — Listen und Pläne gratis.

Julius Stiebel jun., Hauptcollecteur,
Büreau: Wollgraben in Frankfurt a. M.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustsaft von Georgé in Epinal, welcher derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditor Schott, große Sandgasse, zu haben.

Commissionäre sind: Hr. Conditor J. C. Schlemmer in Mainz. [1118]

Haupt-Depot der Pariser Patent-Corsetten ohne Naht,
desgleichen alle Arten von genähten, darunter auch eine Sorte, die ich zu 3 fl. ablassen kann, und für deren Güte garantirt wird, bei
W. Dumlein, Damenkleidermacher,
[1353] Roßmarkt Nr. 6 neu.

[1298] Ein junges Mädchen aus anständiger Familie, das sich schon viel längere Zeit zur Lehrerin ausgebildet hat, wünscht als solche eine Anstellung in einem Privathause oder, was ihr am liebsten sein würde, in einer Erziehungsanstalt für Töchter. Sie versteht Unterricht zu ertheilen in allen vorkommenden Fächern mit Ausnahme der neueren Sprachen, und sieht mehr auf anständige und freundliche Behandlung als auf besonderes Honorar. Nähere Auskunft ertheilt auf frankirte Anfragen K. Henkel, Diaconus zu Rodach im Herzogthum Sachsen-Coburg.

[1344] Ein junger Mann, welcher der deutschen, englischen und französischen Sprache, so wie der Buchhaltung vollkommen mächtig ist, sucht eine Stelle; um seine Zeit auszufüllen würde derselbe auch Beschäftigung auf Stunden annehmen.

Gefällige Offerten unter Chiffer D besorgt die Expedition d. Bl.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[1349] **Bekanntmachung.**

Die Schuldner der Karl Franz Herrmann'schen Concursmasse werden hierdurch aufgefordert, die schuldigen Beträge bei Vermeidung nochmaliger Zahlung an Niemanden als an den bestellten Massepfleger Herrn Dr. jur. Geyger zu entrichten.

Frankfurt a. M., den 7. Mai 1849.

Stadt-Gericht I.
Dr. Diege.

[1302] **Edictalladung.**

Ueber das Vermögen des vormaligen Schultheißen Conrad Herber von Igstadt ist der Concursprocess eröffnet worden. Es werden daher alle diejenigen, welche dingliche oder persönliche Ansprüche an denselben zu haben vermeinen, hiermit unter dem Rechtsnachtheile des Ausschlusses von der vorhandenen Masse aufgefordert, solche

Freitag den 1. Juni,

des Morgens 8 Uhr, dahier zu liquidiren.

Hochheim, den 28. April 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Gatz.

[1299] **Edictalladung.**

Ueber das Vermögen des Johann Peter Pfüller und dessen Ehefrau Catharina, geb. Kalb, in Mosbach ist rechtskräftig der Concursprocess erkannt worden, und es sind nunmehr dinglichen und persönlichen Ansprüche an die genannten Eheleute bei Vermeidung des von selbst eintretenden Rechtsnachtheils des Ausschlusses von der vorhandenen Masse

Montag den 4. Juni d. J.

Morgens 8 Uhr, dahier zu liquidiren.

Sellters, den 18. April 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Konig.

[1357] **Steckbrief.**

Alle respective Justiz- und Polizei-Behörden werden hiermit ergebenst ersucht, auf den unterm 5. Mai d. J. wegen Unterschlagung von Dienstgeldern erlassenen Steckbrief gegen den Schreiner Johann Georg Hofmann von Hainstadt, welcher sich seit dem 3. d. M. von hier entfernt hat, gefälligst zu vigiliren und denselben im Betretungsfalle zu verhaften.

Obernburg, den 7. Mai 1849.

Landgericht.
Hofmann.

[1292] **Edictalladung.**

Ueber das Vermögen des ledigen Bürgers und Schreinermeisters Franz Karl Hermann und dessen Ehefrau Christiane, geb. Enders, hat das unterzeichnete Gericht heute Concurs erkannt.

Demnach werden Alle, welche an diese Gemeinschuldner aus irgend einem Rechtsgrunde Forderungen zu machen haben, hierdurch vorgeladen, solche in der auf

Montag den 2. Juli 1849

anberaumten Tagfahrt Vormittags 10 Uhr vor der angeordneten Gerichts-Commission entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten hiesigen Anwalt klar zu stellen, auch hinsichtlich eines etwaigen Vorzugsrechtes zum Protocoll zu verhandeln, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse.

Es wird keine weitere Ladung ergehen, sondern nur, nachdem die gegenwärtige zu den Akten gekommen ist, der Ausschluß der nicht aufgetretenen Gläubiger in öffentlichen hiesigen Blättern bekannt gemacht werden.

Frankfurt a. M., den 23. April 1849.

Stadt-Gericht I.
Schöff Dr. von Schweitzer, Director.
Dr. Diege, Secr.

[1343] **Decret**
in Sachen
des Kaufmanns Johann Friedrich Emmerich, der Marie Sophie, geb. Emmerich, Wilhelmine Emmerich und Christine Stawitz, geb. Emmerich in Hanau, Klägern,
gegen
Goldarbeiter Johann Friedrich Bicker, in Hanau, Verklagten,
wegen Kaufvertrages.

Verklagter hat sich nach im Termin den 26. l. M. bei Strafe des Eingeständnisses und Ausschlusses mit der ihm bereits mitgetheilten Klage zu erklären, und dient demselben zugleich zur Nachricht, daß die Bekanntmachung eines erforderlich werdender weiteren Verfügungen lediglich durch Anheften an die Gerichtstafel erfolgen werde.

Hanau, 2. Mai 1849.

Kurfürstl. Hess. Landgericht.
Siller.

Ausschlußerkenntniß.

[1301] In Sachen
mehrer Gläubiger
gegen
die Gantmasse des Eisenhändlers Friedrich Meurer in Lahr,
Forderung und Vorzugsrecht betr.,
werden alle diejenigen, welche es unterlassen haben, ihre Forderungen in der heutigen Tagfahrt geltend zu machen, hiermit von der vorhandenen Masse ausgeschlossen. V. R. W.

Lahr, am 28. April 1849.

Großh. Ober-Amt.
Sachs.
Dächler.

[1205] **Edictalladung.**

Ueber das Vermögen des hiesigen Bürgers und Schreinermeisters Franz Karl Hermann und dessen Ehefrau Christiane, geb. Enders, hat das unterzeichnete Gericht heute Concurs erkannt.

Demnach werden Alle, welche an diese Gemeinschuldner aus irgend einem Rechtsgrunde Forderungen zu machen haben, hierdurch vorgeladen, solche in der auf

Montag den 2. Juli 1849

anberaumten Tagfahrt Vormittags 10 Uhr vor der angeordneten Gerichts-Commission entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten hiesigen Anwalt klar zu stellen, auch hinsichtlich eines etwaigen Vorzugsrechtes zum Protocoll zu verhandeln, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse.

Es wird keine weitere Ladung ergehen, sondern nur, nachdem die gegenwärtige zu den Akten gekommen ist, der Ausschluß der nicht aufgetretenen Gläubiger in öffentlichen hiesigen Blättern bekannt gemacht werden.

Frankfurt a. M., den 23. April 1849.

Stadt-Gericht I.
Schöff Dr. von Schweitzer, Director.
Dr. Diege, Secr.

[1284] **Oeffentliche Ladung.**

Der Großh. Baumeister Brust, dahier, hat eine Unterhandlung mit seinen bekannten Gläubigern über gütliche Erledigung seines Schuldenwesens eingeleitet, wobei eine genaue Kenntniß seines Schuldenstandes erforderlich ist, weshalb die etwa bis jetzt noch nicht gerichtlich aufgetretenen Gläubiger zur Geltendmachung ihrer Ansprüche auf

Montag den 21. Mai l. J., Vorm. 11 Uhr,

vor seinem unterzeichneten Gericht mit dem Bemerken geladen werden, daß die Ausbleibenden im Falle einer Verabredung unter den bekannten Betheiligten, bei dem gerichtlichen Vollziehungsmaßregeln unberücksichtigt bleiben würden.

Darmstadt, den 16. April 1849.

Großh. Hess. Stadtgericht.
Strecker.

[1240] **Edictalladung.**

Alle diejenigen, welche an den Nachlaß der Wittwe des hiesigen Beisassen Johann Philipp Junior, Charlotte, vorher verehelichten Meyer, geb. Hirsch, rc. oder sonstige Ansprüche und Forderungen zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, solche o gewiß in dem hiermit auf

Montag den 4. Juni 1849, Vorm. 9 Uhr,

anberaumten Termine anzuzeigen, als ansonsten dieser Nachlaß an die aufgetretene auswärtige Intestaterben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 24. April 1849.

Stadt-Amt.
Benkard.
Dr. G. Jäger, Act.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Konversations-Blatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Beilage zu Nro. 112.) 11. Mai 1849.

Amtlicher Theil.

Die in dem heutigen Extrablatt der „Deutschen Zeitung" gegebene Nachricht: „daß sich die Festung Landau am 9. d. M. Abends in den Händen des Volkes befunden, und eine Emeute der Garnison die Eröffnung der Festung herbeigeführt habe", wird amtlich als unwahr erklärt.

Nichtamtlicher Theil.

Nachrichten aus der bayerischen Pfalz.

Auf die Kunde, daß preußische Truppen in die Pfalz eingerückt seien, griff die Volkswehr allenthalben zu den Waffen. Es erfolgten mehrere Zuzüge nach Speyer, nicht nur aus der Pfalz, sondern auch aus benachbarten badischen Orten; noch weit mehr Leute beabsichtigten, sich gegen Landau zu wenden. Man glaubt, daß wenn es zum Kampfe gekommen wäre, die nach den benachbarten Orten verlegten Soldaten vom 6. Infanterieregiment den Bürgern zu Hilfe gekommen sein würden. — In Baden und Württemberg sind gleichzeitig Aufforderungen ergangen und Beschlüsse von Vereinen und Gemeinden gefaßt worden, den Durchzug von Truppen aus Altbayern nach der Pfalz gewaltsam zu verhindern.

Wir erhalten heute früh folgende authentische Nachricht: Auf die Kunde von dem Einrücken preußischer Truppen in die Pfalz eilte der Reichscommissär Eisenstuck gestern früh von Kaiserslautern nach Landau. Im Einvernehmen mit dem dortigen Festungscommandanten erließ er sofort an den Anführer des preußischen Bataillons die Weisung, nicht nach Landau zu kommen, sondern nach Mainz zurück zu marschiren. Der preußische Anführer erklärte augenblicklich, diesem Befehle des Reichscommissärs unbedingt Folge zu leisten.

Die große Mehrzahl der gerichtlichen Beamten der Pfalz huldiget der Ansicht, daß die Verfassung des deutschen Reichs, wie überhaupt alle Beschlüsse der Nationalversammlung, auch ohne Veröffentlichung des bayerischen Gouvernements, Gesetzeskraft haben; sie werden in allen vorkommenden Fällen dies durch ihre Entscheidung beurkunden.

Eine sehr große Anzahl von Beamten im Bezirke Kaiserslautern hat eine Erklärung an den König abgefaßt und veröffentlicht, in welcher sie aussprechen, „daß das Volk auf sofortige Durchführung der Beschlüsse der Nationalversammlung ein unabweisbares Recht hat". Unter den Unterzeichnern bemerkt man den Präsidenten, die Richter und den Staatsprocurator zu Kaiserslautern, den dortigen Landcommissär, viele Forstbeamte u. s. f.

Die Direction der Pfälzischen Ludwigsbahn macht bekannt, daß wegen gewaltsamer Zerstörung der Eisenbahn auf mehreren Punkten die regelmäßigen Fahrten zwischen Speyer, Neustadt und Ludwigshafen vor der Hand nicht stattfinden können.

Die „Neue Speyerer Zeitung", welche uns heute wieder zukommt, enthält folgende Bekanntmachung: Zur Sicherung der öffentlichen Zustände und zur Vermittelung der Verfassungsfrage in der Pfalz, im Namen der provisorischen Centralgewalt des deutschen Reiches und in Gemäßheit der Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung vom 11. April und 4. Mai dieses Jahres, ist Folgendes festgesetzt: 1) Der am 2. Mai dieses Jahres in den Personen der Parlamentsmitglieder Schüler, Reichard, Culmann und Schmitt, den Landtagsabgeordneten Dr. Greiner, Dr. Hepp, Dr. Hannig, Notar Schmitt aus Kirchheimbolanden, Oeconom Didier von Landstuhl und Rechtscandidat Fries aus Frankenthal für die Pfalz gebildete Landesvertheidigungsausschuß wird als ein Landesausschuß für Vertheidigung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung hiermit bestätigt. 2) Der Landesausschuß ist berechtigt: a. Alle ihm erforderlich scheinenden Maßregeln zur Vertheidigung der deutschen Reichsverfassung in der Pfalz einzuleiten, insoweit sie nicht in die Befugnisse der zu Recht bestehenden Landesbehörden eingreifen, demnach insbesondere die Organisation der Volkswehr zu leiten und zu überwachen. b. Denjenigen Volkswehren und Truppenabtheilungen, sowie denjenigen Landesbeamten in der Pfalz, welche auf Grund der Paragraphen 14 und 193 der deutschen Reichsverfassung die Vereidigung auf die Verfassung verlangen sollten, den Eid abzunehmen. c. Gegen gewaltsame Angriffe auf die Reichsverfassung in der Pfalz äußersten Falles selbstständig einzuschreiten. 3) Der Landesausschuß hat seinen Sitz in Kaiserslautern. Fünf anwesende Mitglieder desselben sind beschlußfähig. 4) Der Landesausschuß besteht bis zu vollständiger Durchführung der deutschen Reichsverfassung in der Pfalz. 5) Durch die in § 2 dem Landesausschusse ertheilten Befugnisse sind alle bis heute von dem Landesvertheidigungsausschusse gefaßten Beschlüsse, so weit sie diesen Befugnissen zuwiderlaufen, hiermit aufgehoben. Kaiserslautern, den 7. Mai 1849. Eisenstuck, Bevollmächtigter der provisorischen Centralgewalt für die Pfalz.

Deutschland.

Wien, 7. Mai. Der Wanderer enthält nachstehendes Handschreiben Sr. Majestät des Kaisers an den Feldzeugmeister Nugent:

„Lieber Graf Nugent! Indem ich die Ausübung des mir verfassungsmäßig zustehenden Oberbefehles über meine sämmtlichen Heere selbst zu übernehmen bewogen habe, setze ich Sie mittelst der Anlage von demjenigen in Kenntniß, was ich in dieser Hinsicht unter Einem an mein. Kriegsminister erlassen habe. Olmütz, am 30. April 1849. Franz Joseph."

Adschrift. „Lieber Freiherr von Cordon! Kraft des mir zustehenden verfassungsmäßigen Rechtes übernehme ich selbst die Ausübung des Oberbefehls über meine sämmtlichen Heere und habe demgemäß diejenigen Punkte zu bezeichnen, über welche ich mir ausschließlich die Entscheidung vorbehalten will, und zwar: 1) Alle größeren Truppenbewegungen aus einem Generalcommando in das andere; kleine Aenderungen in der Truppenaufstellung, welche dringende Umstände erheischen, sind mir nachträglich sogleich zur Kenntniß zu bringen. 2) Da ich mir es vorbehalte in Eigenschaft der Aufrechthaltung der Kriegszucht, rein militärischen Dienstnormen und Reglements meine besondere Sorgfalt widmen werde, so können etwaige nöthige Abänderungen dieser Vorschriften auch nur von mir ausgehen. 3) Die Personal en vom Stabsoffiziere aufwärts nach den Anträgen derjenigen, welche hiezu berufen waren, oder nach meiner eigenen Selbstbestimmung. In Betreff der Ernennung, Anstellung, Pensionirung u. dergl. der Generale werde ich mit den commandirenden Generalen der Armee im Felde und mit jenen in den Ländern, welche die hier allein maßgebende Beurtheilung competent zu beurtheilen in der Lage sind, direct in Verbindung stehen und dann nach meiner Ueberzeugung entscheiden. 4) Im Kriegszeiten kann nur mir allein die außerordentliche Disposition über das gesammte Kriegsmaterial zu Lande und zur See anheimgestellt sein, nicht minder in Friedenszeiten die Ausführung der fortificatorischen Bauten, insofern dieselben überhaupt gebührend bewilligt und berechtigt sind, auch in Bezug auf die etwa von der Vorschrift abweichende Art und Weise ihrer Vollendung. Zur Besorgung dieser Geschäfte werde ich nur eine Militärcentralkanzlei bilden, zu deren Vorstand ich meinen ersten Generaladjutanten bestimme. Indem ich noch beifüge, daß die bisherige Behandlung der übrigen Gegenstände der Kriegsverwaltung, insofern solche ausschließlich meiner Genehmigung unterzogen werden mußte, unverändert fortzubestehen habe, setze ich unter einem sowohl den Feldmarschall Grafen Radetzky und Feldzeugmeister Baron Welden, als auch sämmtliche commandirende Generale in den Ländern von dieser meiner Anordnung in Kenntniß. Olmütz, am 30. April 1849. Franz Joseph."

Wien, 7. Mai, 5 Uhr Nachmittags. Unter diesem Datum schreibt man der „Const. Ztg.": In aller Eile melde ich Ihnen noch vor Postschluß, daß unser Ordenburg auch ungarisch Altenburg von den Ungarn genommen und die Kaiserlichen auf dem Rückzuge sind. — Ich halte diese Nachricht für höchst wichtig, weil die Stellung um Preßburg dadurch umgangen und haltlos gemacht ist. Wien ist ruhig. Groß-Kanisa ist von den Ungarn genommen. Bem hat die Russen in Siebenbürgen geschlagen.

Berichte aus Preßburg vom 6. Mai melden die Ankunft des commandirenden Feldzeugmeisters von Welden. Gestern ward von demselben mittelst Tagesbefehl an die ganze kaiserliche Armee die nahe Ankunft des Kaisers, der sich in Mitte seiner tapfern Armee begeben wolle, verkündet. Diese Nachricht wurde von den Truppen mit größtem Enthusiasmus aufgenommen.

† **Berlin**, 9. Mai. Die Partei des rechten Centrums der zweiten Kammer läßt sich über die deutsche Frage in einem eben erschienenen Manifest dahin aus: „Die Ereignisse drängten, aber die alte unverbesserliche Diplomatie jage hinter ihrem eigenen Schatten und werde nimmer die Gelegenheit ergreifen, die nur mit dem kühnen Führer der öffentlichen Meinung sich verbinde. Die deutsche Frage in den Provinzen, und namentlich zwischen Elbe und Mosel, sei zur Volkssache geworden; nicht nur das Proletariat gebrauche sie als Deckmantel seiner Gelüste, sondern auch die besitzenden Klassen seien von der Idee der Einheit Deutschlands ergriffen. Die Strömung der öffentlichen Meinung stehe den Regierungsmaßregeln entgegen, und die conservative Partei in diesen Landen würde ohne wirksamen Einfluß sein, wenn sie sich auf das Ministerium Brandenburg stütze; ein unbesiegbares Mißtrauen gehe durch die ganze Bevölkerung, und die neuen Wahlen würden Zeugniß davon ablegen."

Hier hat sich ein Royalistenverein oder, wie er sich selbst nennt, ein „Treubund für König und Vaterland" gebildet, in welchem das specifische Preußenthum einen bemerkenswerthen Schwerpunkt finden zu wollen scheint. Es fand gestern abermals die Aufnahme neuer Mitglieder statt; es hatten sich 40 von hier und 110 von außerhalb gemeldet. Die Aufnahme geschah, wie gewöhnlich, in einem schwarz und weiß decorirten Zimmer unter großen Ceremonien. Auf dem Altar erblickte man brennende Wachslichte, gegenüber an der Wand die Bildnisse des Königs und des Prinzen von Preußen. Nach vorheriger Einführung durch Mitglieder erfolgte der Einlaß der Neuaufzunehmenden in das Allerheiligste. Das vollzählende Quartett eines verborgenen Sängerchors empfing sie. Der Präsident prüfte darauf die politischen Grundsätze der Candidaten und die Statuten wurden ihnen vorgelesen. — Nachdem ihnen alsdann auf den eigentlichen Zweck des Vereins: sich fest um den Thron zu schaaren und dem Könige treu mit Gut und Blut zu dienen, das feierliche Gelöbniß mit Wort und Handschlag abgenommen war, wurden ihnen die Statuten des Vereins und eine weiße schwarzgeränderte Karte als Legitimation der Mitgliedschaft behändigt. Heute Abend findet eine Generalversammlung der Mitglieder im Gesellschaftshause statt. Es sind dazu Ehrenmitglieder durch besondere Karten eingeladen worden. Der Verein zählt bereits mehrere Tausend Mitglieder.

Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der französischen Republik de Lurde, und der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Sardiniens Graf Rossi, haben heute dem König in Charlottenburg ihre Beglaubigungsschreiben überreicht.

* **Breslau**, 8. Mai. Die unruhigen Auftritte, welche seit einigen Tagen schon die Stadt in Athem erhielten, haben einen bedenklicheren Charakter angenommen, bereits aber auch zu einer entscheidenden Wendung geführt. Die Vorgänge vom 6. sind bekannt. Abends entfaltete sich dem unruhigen Geist gegenüber eine starke Militärmacht. Barrikaden wurden gegen dieselbe errichtet, diese zum Theil aber von den Soldaten mit dem Bajonnet sogleich genommen. Auf der Schmiedebrücke gab das Militär eine zweimalige Salve. Vierzehn Verwundete und ein Todter werden als die Opfer des 6. aufgezählt. Ueber die Vorgänge am 7. berichtet die hiesige Zeitung, wie folgt:

Abends 6 Uhr. Den ganzen Tag durchzogen Militärpatrouillen die Straßen. Im Laufe des Nachmittags sammelte sich das Volk an verschiedenen Punkten der Stadt. Soeben hören wir einige Schüsse fallen. Es sollen bereits mehrere Verwundungen vorgekommen sein. Auf der Schweidnitzer, Ohlauer und Kupferschmiedestraße sowie auf der Schmiedebrücke sind bereits starke Barrikaden gebaut.

Abends 9 Uhr. Die Ohlauerstraße, woselbst die Conflicte ihren Anfang nahmen, ist von allen Seiten durch Militär abgesperrt. Es sind daselbst mehrere sehr erhebliche Verwundungen vorgekommen, von denen einige bereits den Tod zur Folge hatten. Ein hartnäckiger Kampf entspann sich auf der Nicolaistraße, wo aus dem „hohen Hause" Schüsse auf das Militär fielen. Das Haus wurde von mehreren Seiten angegriffen, dennoch gelang es dem Militär nicht, desselben Herr zu werden, erst nach einem ½stündigen Kampfe räumten die Vertheidiger das Haus. Die Straße ist völlig geräumt. — Während der Zeit hatten sich auf der Mäntlergasse neuerdings zahlreiche Gruppen gebildet; es wurden Barrikaden errichtet und energisch vertheidigt.

Abends 10 Uhr. Das Militär durchzieht in starken Patrouillen die Stadt, die Zugänge zu den Vorstädten sind mit Artillerie besetzt. Die Straßen sind von Barrikadentrümmern bedeckt, sehr häufig trifft man Bahren und Sänften, in denen Verwundete nach den Hospitälern getragen werden. Der Kampf auf der Mäntlergasse dauert fort, das Gewehrfeuer wird im Redactionsbureau deutlich vernommen.

Nachts 11 Uhr. Soeben vernehmen wir, daß auch an der Ohlauer Thorwache eine Barrikade errichtet und hartnäckig vertheidigt wird. Im südöstlichen Theile der Stadt, der durch Militär vollständig cernirt ist, hat sich ein lebhafter Kampf entsponnen. Fortwährend hört man sowohl einzelne Schüsse als ganzes Rottenfeuer. Von allen Seiten hört man, daß der Verlust an Menschenleben von beiden Theilen sehr bedeutend ist.

Breslau, 8. Mai. Seit der vergangenen Nacht ist bis diesen Augenblick die Ruhe nicht wesentlich gestört worden. Einige Leichen getödteter Aufrührer sind heute Morgen mit Nachegeschrei durch die Straßen getragen worden. Die Placate über den ausgesprochenen Belagerungszustand sind an allen Ecken der Stadt angeschlagen, und die Abgabe der Waffen der Bürgerwehr angeordnet. Der Verlust der Truppen an Todten und Verwundeten beträgt, so viel man hört, einen todten Offizier und zwei schwer Verwundete, an Unteroffizieren und Gemeinen 4 Todte und 13 Verwundete, darunter 11 ziemlich schwer. Der Verlust der Aufrührer ist bisher unbekannt. (D. R.)

Die Breslauer Zeitungen vom 8. Mai bringen nun die Verkündung des über Breslau verhängten Belagerungszustandes in folgender Bekanntmachung:

„Die bedauerlichen Vorfälle, welche am 6. und 7. Mai in der hiesigen Stadt stattgefunden und nicht nur die Ruhe und Ordnung ernstlich gestört, sondern sich auch durch thätlichen Widerstand und Angriff gegen die bewaffnete Macht, durch den Bau von Barrikaden und das Schießen von diesen und aus den Häusern auf die Truppen bethätigt und bis zum Aufruhr gesteigert haben, legen uns die gebieterische Pflicht auf: die Stadt Breslau mit einem Umkreise von zwei Meilen auf Grund des § 110 der Verfassungsurkunde vom 5. Dec. v. J. hiermit in Belagerungszustand zu erklären. Die weiter zu treffenden Anordnungen werden von dem mit der Ausführung des Belagerungszustandes beauftragten Ober- und Brigadecommandeur Grafen v. Monts, der die zur Ausführung dieser Erklärung bestimmte Truppenmacht commandirt, ausgehen. Als Civilcommissär ist dem Obersten Grafen v. Monts der interimistische Polizeipräsident Regierungsrath v. Kehler beigeordnet. Breslau, 7. Mai 1849. Der commandirende General des 6. Armeecorps. In Vertretung: v. Burgsdorff, Generallieutenant, Generalstabschef und Divisionscommandeur. Der Oberpräsident der Provinz Schlesien. In Vertretung: v. Schleinitz."

Magdeburg, 8. Mai. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Herr v. Bonin, hat, anknüpfend an die Vorgänge im Königreich Sachsen, insbesondere an den Aufstand in Dresden, eine Bekanntmachung erlassen, in welcher es heißt: „Auch in der hiesigen Provinz hat sich eine weit verbreitete Theilnahme an der deutschen Sache gezeigt, und es liegt die Besorgniß nahe, daß auch der Versuch gemacht werden wird, sie zur Vermehrung der Aufregung zu benutzen und die aufgeregten Massen zu ungesetzlichen Schritten zu verleiten. Ich darf mich in dem bisher noch nie getäuschten Vertrauen auf den in der Provinz weit überwiegend vorherrschenden Sinn für Ordnung und Gesetzlichkeit der Hoffnung hingeben, daß derartige Versuche hier keinen Erfolg haben werden, wie denn auch die gesetzliche Ordnung und Ruhe an keiner Stelle der Provinz gestört worden ist. Es müssen aber auch solche Versuche schon, wo sie hervortreten sollten, mit Entschiedenheit und Kraft niedergedrückt werden. Die Behörden der Provinz werden daher hierdurch angewiesen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln derartigen gesetzwidrigen Bestrebungen unverweilt entgegenzutreten. Sie können sich dabei der kräftigsten Unterstützung,

nöthigenfalls selbst der bewaffneten Macht versichert halten, deren Verstärkung durch Einziehung des größeren Theiles der Landwehr auch in der diesseitigen Provinz bei der von dem Nachbarlande drohenden Gefahr nothwendig geworden ist. Die schwere Last, welche dadurch dem Lande auferlegt wird, daß die Wehrmänner ihren Familien und ihren gewerblichen Beschäftigungen selbst vor Beendigung der Frühjahrsbestellung entzogen werden müssen, die großen Kosten, welche dadurch dem Staate und den Gemeinden durch die in vielen Fällen unvermeidliche Unterstützung der Zurückgebliebenen erwachsen, verschulden allein diejenigen, welche kein Mittel scheuen, um die allgemeine Aufregung hervorzurufen, durch welche sie das Ziel zu erreichen streben, welches in Dresden erreicht sein würde, wenn die vereinigten sächsischen und preußischen Truppen nicht treu und brav den Aufruhr zu Boden geschlagen hätten."

‡ **Posen**, 7. Mai. In unserer Stadt herrscht heute Nachmittag eine außergewöhnliche Aufregung. Die deutsche Verbrüderung hat nämlich eine allgemeine Volksversammlung zu dem Zwecke convocirt, die deutsche Reichsverfassung, wie sie in Frankfurt beschlossen worden, als rechtsgiltig anzuerkennen; das zu diesem Behufe angeschlagene Plakat aber ist in einer so revolutionären Sprache abgefaßt daß vorauszusehen war, die Militärbehörde werde auf Grund des hier noch bestehenden Belagerungszustandes einschreiten. Das ist denn auch geschehen: unter Trommelschlag ist die Versammlung verboten, ein Bataillon Infanterie ist auf dem Kanonenplatze aufmarschirt, die ganze Straße, worin das Versammlungslocal liegt, ist militärisch abgesperrt und starke Patrouillen durchziehen ununterbrochen die Stadt. Zugleich ist von der Militär- und Civilbehörde eine Bekanntmachung erschienen, wodurch alle politischen Vereine — hier der demokratische Club, die deutsche Verbrüderung und der Verein für König und Vaterland — aufgehoben werden. Unsere Straßen und Plätze sind mit zahllosen Menschen bedeckt, die aber größtentheils wohl die Neugierde herbeigelockt hat, weßhalb ernstliche Unruhen schwerlich zu besorgen sein dürften. Auf die Treue der Truppen können unsere Behörden sich verlassen, und wir haben des Militärs hier so viel, daß jeder Aufstandsversuch sogleich im ersten Entstehen unterdrückt werden würde. — Aus Ungarn gehen uns Nachrichten von neuen Siegen der Magyaren zu, und zugleich meldet man uns, daß die Volksstimmung in Polen so bedenklich sei, daß die russischen Truppen deßhalb eiligst von der Krakauer Grenze zurückgerufen werden. Unsere Polen sind in einem Taumel von Entzücken, indem sie die Stunde der Herstellung ihres Vaterlandes nunmehr gekommen glauben; ihre Sprache ist keck und drohend, und sie versichern laut: daß der Tag der Rache da sei. Sie rechnen darauf, daß ganz Deutschland binnen vierzehn Tagen in Flammen stehen werde. Sie feiern ihre Triumphe gewöhnlich zu früh.

□ **München**, 9. Mai. Gestern herrschte große Bewegung in der Universität. Die vorgestern beschlossene Adresse an das Gesammtministerium für Anerkennung der Reichsverfassung und gegen etwaige Russenverbindung lag dort zur Unterzeichnung auf. Heute wird diese akademische Bewegung excentrisch. Nach dem Beschluß von vorgestern wird sich nämlich die Studentenschaft, in wie weit sie sich bei der Adresse betheiligen will und nicht durch den so eben beginnenden Regen abhalten läßt, nach neun Uhr in der Universität versammeln, um dann in Masse nach dem Ministerium zu ziehen und ihre Ansprache zu überreichen. Diese Demonstration würde noch vor Kurzem sehr unschuldig angesehen haben, heute gleicht es einem sogenannten Anfange. Das scheint man in den verschiedensten Regionen zu empfinden; denn während in den Werkstätten die Gesellen und Arbeiter feiern, sind die Soldaten in die Casernen consignirt. So eben sieht man die Studenten zahlreich durch die Stadt nach der Ludwigsstraße ziehen, an deren äußerstem Ende die aus Universitätsfonds im bloßen Zwecke der Stadtverschönerung errichtete Universität liegt.

Nachschrift. Der Aufzug in Masse ist polizeilich verboten worden, weil bekannt geworden war, daß sich ihm vom Ministerium aus auf seinem Weitergang bis zum Dultplatze, wo der Reichsverfassung ein Hoch gebracht werden sollte, eine große Masse von Arbeitern, Gesellen u. s. w. hatte anschließen wollen. Die Studenten haben in der Aula kurz berathen, sich dem Verbote zu fügen beschlossen, und dann eine Deputation von 25 Mann an den Cultusminister mit den Adressen geschickt. Der Minister soll sehr freundlich gewesen sein und sich dahin ausgesprochen haben, daß die deutsche Frage auf dem Landtage zur Entscheidung kommen werde. Kurz hinter der Adressdeputation zogen etwa 1000 oder noch mehr Studenten Arm in Arm die Ludwigsstraße hinauf bis in die Nähe der Feldherrnhalle, wo starke Militärposten standen. Da kam die Deputation schon wieder zurück, und so strömte wieder Alles nach der Aula, um das Resultat zu hören. Den Schluß bildete Arndt's Volkslied und ein Hoch für die Reichsverfassung. Abends ist wieder Versammlung.

Nürnberg, 8. Mai. Gestern bezogen drei Compagnien Linie ein Lager vor der Stadt auf der Peterhede. (N. K.)

Die neueste Nummer des „Corr. v. u. f. D." bringt folgende Erklärung: Da durch einen Ministerialerlaß vom 26. April d. J. verordnet wurde, daß Adressen in politischen Angelegenheiten von bewaffneten Corps nicht zulässig sind und deren Annahme verweigert wird, so erklärt hiermit die Landwehr der Stadt Erlangen auf diesem Wege, daß sie zwar zu jeder Zeit die Pflichten ihres Dienstes pünktlich und mit allem Eifer erfüllt, wenn es gilt, gegen die Anarchie anzukämpfen, daß sie aber auch für die Aufrechthaltung der von den Vertretern des Volkes in Frankfurt endgiltig beschlossenen Reichsverfassung wie ein Mann einstehen und ihre Waffen zur Unterdrückung derselben nie gebrauchen wird. Erlangen, am 8. April 1849.

× **Freiburg**, 9. Mai. Nachdem gestern der Fidler-Bornstedt'sche Proceß beendet war, begann bereits heute schon das gerichtliche Verfahren gegen fünf andere der Theilnahme an dem Septemberaufstand Angeklagte: nämlich: Baumann aus Lahr, Landgut und Schnepf aus Efringen, Lefebre aus Berlin und Meyer, Professor aus Rom. Nach Constituirung des Gerichtshofs begann das Zeugenverhör, das kein großes Interesse darbot und mit welchem in morgiger Sitzung fortgefahren werden wird.

Galizien.

Krakau, 5. Mai. Obgleich die Einwohner täglich den Einmarsch der Russen erwarten, sind sie heute doch durch das plötzliche Erscheinen von 17,000 Russen überrascht worden. Die Cavallerie ist 2000 Pferde stark, die Artillerie war nur eine Batterie. Die Regierung war weder mit Proviant für diese Menschenmasse versehen, noch konnte sie die Beschaffung desselben vorbereiten. Die Quartierscommission hat daher den Bürgern auferlegt, auf einige Tage für den Bedarf ihrer Einquartierung zu sorgen, sofern sie „Unannehmlichkeiten und Collisionen entgehen wollten".

Großbritannien.

* **London**, 8. Mai. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde die zweite Lesung der Bill für die Aenderung des Parlamentseides, oder für Zulassung der Juden ins Parlament, mit 278 Stimmen gegen 185 zugestanden.

Dem „Globe" zufolge sollen 370 englische Matrosen und einige Verwaltungsoffiziere in die deutsche Flotte eintreten.

In Portsmouth ist Befehl gegeben worden, unverzüglich sechs Dampfboote auszurüsten, um die englischen Schiffe in der Ost- und Nordsee zu schützen.

Nachschrift.

‖ **Frankfurt**, 11. Mai. (Deutsche Reichsversammlung.) Der Gegenstand der heutigen Tagesordnung wurde betagen, außer die Abstimmung über die Anträge des Dreißigerausschusses auf morgen vertagt. — Der Vorsitzende meldet, daß Herr E. Simson die Würde eines Vorsitzenden der Nationalversammlung niedergelegt habe, weil sein verschlimmerter Gesundheitszustand ihm die Aussicht benehme, sobald wieder [illegible] Amte vorzustehen. Die Majorität des Dreißigerausschusses stellt folgende Anträge:

Die Nationalversammlung beschließe:

1) Die Mitglieder der deutschen Reichsversammlung schwören in einer anzuberaumenden feierlichen Sitzung den Eid auf die Verfassung.
2) Der Reichsverweser ist aufzufordern, die Verfassung ebenfalls zu beschwören.
3) Die Regierungen sind aufzufordern, Militär Bürgerwehr und Beamten auf die Verfassung zu beeidigen.
4) Diejenigen Regierungen, welche sich bereits für die Verfassung erklärt haben, sind aufzufordern, ihre bewaffnete Macht zum Behufe der Bildung eines Reichsheeres der Nat.-Versammlung zur Verfügung zu stellen.
5) Eine neue Deputation von 12 Mitgliedern ist an den Reichsverweser abzusenden, um ihn zu fragen, ob das neue Ministerium bereits gebildet sei. — Bis zum Empfange der Antwort bleibt die Versammlung permanent.

** In **Düsseldorf** ist es am 9. Mai, Abends, zu bedauerlichen Auftritten gekommen. Eine Menschenmasse, welche den Zuzug von neuen Truppen auf der Elberfelder Bahn nicht dulden wollte, zog mit einer rothen Fahne tumultuirend und der Republik Hochrufe bringend durch die Straßen; es mußte Militär requirirt werden, welches in die Volksmenge schoß; von da ab Barrikadenkampf und Sturmläuten durch die ganze Nacht. Das Militär war indeß am Morgen des 10. der Empörung Meister geworden. Auf Seite des Militärs sind der „Köln. Ztg." zufolge 2 bis 3, auf Seite des Volks 15 Todte, darunter einige bei dem Kampf Unbeteiligte. Bei Abgang der letzten Nachrichten war das Militär mit dem Wegräumen der Barrikaden beschäftigt. Es rückten Verstärkungen ein.

** Von **Elberfeld** fehlen bestimmte Nachrichten. Doch soll es auch dort zu einem ernstlichen Kampf gekommen sein. Es gährt am ganzen Niederrheine.

** **Paris**, 9. Mai. Der heutige „Moniteur" enthält folgende telegraphische Depeschen:

1) Der Obergeneral des französischen Heeres an den Kriegsminister in Paris: St. Paolo bei Rom, 4. Mai: „Die dritte Brigade ist ebenfalls gelandet. Das Hauptquartier und die zweite Brigade befindet sich in St. Paolo. Die erste Brigade liegt in Polidoro, sechs Stunden (lieues) von Rom."

2) Der französische Gesandte in Turin an den Minister des Aeußern in Paris. Lyon 4. Mai: „Nadeglo ist gestern von Mailand nach Malabera abgegangen. Seinen Befehlen zufolge marschirten 27,000 Mann in die Romagna und Toscana, und sind bereits dahin aufgebrochen. Drei Bataillone haben Trieft verlassen und werden Ancona besetzen."

3) Der französische Gesandte in Turin an den Minister des Aeußern in Paris. Turin, 3. Mai. „Am 1. Mai haben 6000 Mann Mailand verlassen und die Richtung nach Ferrara eingeschlagen. Man sagt, sie sollen Bologna besetzen Andere Truppen sind nach Toscana aufgebrochen. Die Garnison von Mailand ist auf 5000 Mann geschmolzen."

4) Der französische Generalconsul in Livorno an den Minister des Aeußern. Livorno, 5. Mai. „Heute Morgen sind die Oesterreicher in Lucca eingerückt. Man erwartet sie heute Abend in Pisa."

5) Der französische Gesandte, d'Harcourt, an den Minister des Aeußern. Gaeta, 30. April. „Der König von Neapel hat gestern das Gebiet des Kirchenstaats an der Spitze von 5000 Mann betreten. Zu Terracina wurde der König von der Menge mit Beifall und auch mit dem Ruf: Es lebe Pius IX.! empfangen. Die Flotille landete in Terracina."

Lord Normanby überreichte gestern im Namen des Londoner Cabinets eine neue Note, worin dasselbe gegen die russische Intervention in Ungarn protestirt.

Börsenberichte.

Amsterdam, 9. Mai. 4 Uhr. 2½ pCt. Integr. 49⅞. — 3pCt. Schuld 58⅜. — 4pCt 77⅛. — 5pCt. Anl. 12½. — do. à 5% pCt. Cert. 12½. — 3pCt. inl. à 6000 fl. 21⅛. Coupons 7⅛, 5%. — 4pCt. Port. 2½. — Russ. 4pCt. bei Hope 5%. — 5pCt. Metall. 71⅝. — 2½pCt. do 38⅜.

Unsre inländ. Fonds, die anfänglich zum Zurückgehen neigten, blieben zuletzt wieder auf ihrem früheren Standpunkt. Im Integr. war das Geschäft sehr animirt. Von Span. war mehr Nachfrage nach Coupons. Port. und Oesterr. etwas matter. Russ. ein wenig niedriger. Von den übrigen ausländ. Effecten waren Preise sehr angeboten, in Folge von niedrigerer Notirung von London von vorgestern.

Paris, 9. Mai. Stand der Rente: 5pCt 89. 20. — 3pCt 57. 20. — Rente 3Mrl. 42pan. 33⅛. — Bankactien 2390. Cie. Germain-Eisenbahn 42 l. — Ver. alte, rechte Uier 200. — Linke Ufer 130. Paris-Orleans 8 O. Paris-Rouen 572. 50. — Orleans-Bordeaux 407. 50. — Rouen Havre 255. — Straßburg-Basel 105. — Rhein 451. 25. — Paris-Straßburg 373. 75. — Rhein Anleihen 76.

Die Differenzen, welche zwischen dem Präsidenten der Republik und der Nationalversammlung obzuwalten scheinen, üben einen ungünstigen Einfluß auf die heutige Börse und drücken die Course herunter.

London, 8. Mai. 3pCt. Stocks 91⅛. ⅛. — 5pCt. Span. 17⅛. ⅛. — Rente 33⅛. 33⅛. — 4pCt. Port. —. — 2½pCt. 27. — Holländ. 50⅛.

Madrid, 3. Mai. 3pCt. 25⅛. Pap., n. d. B. 23⅛. ⅛. 25 G. — 5pCt. 10⅛ G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Erklärung.

Herr Redacteur! Ihr ** Correspondent vom 10. nennt mich „einen der Führer der socialistischen Bewegung in Leipzig, wobei der Stadt eine Contribution von 50,000 Thlr. hätte auferlegt werden sollen." Ich bitte Sie zu berichtigen, daß die sämmtlichen Ausschüsse der politischen Vereine mit Ausnahme der reactionären zur Durchsetzung der Reichsverfassung Waffen und zur Anschaffung derselben jene Summe verlangten, um 6000 Mann den bedrängten Dresdnern zu Hilfe zur senden. Die städtischen Behörden haben diese Volksbewaffnung zur Durchführung der Beschlüsse der Nationalversammlung vom 4. Mai nicht bewilligt, sie haben die heldenmüthigen Dresdner untergehen lassen und sich der deutschen Sache entzogen, sie haben dadurch eine Empörung in vielen Herzen erregt und eine Schlägerei in den Straßen veranlaßt; aber in den Kosten des Zuzugs oder gar in der Bewegung für die Reichsverfassung etwas Socialistisches zu erblicken, dies beruht auf einem ganz neuen Verständniß des Socialismus, das mir völlig fremd ist.

Frankfurt, den 11. Mai.

Arnold Ruge,
Abgeordneter für Breslau.

Cours der Staats-Papiere. 11 Mai 1849 (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld
Oesterreich	Metallig. Obligat.	5	74⅛	73½
»	dito dito	4	54	53⅛
»	dito dito	2½	39½	39⅛
»	Bank-Actien à 1[illegible]		1140	1135
»	à 500 Lose à fl.		76½	75
»	à 500 » dito		125½	125
»	Grundlasten. Obligat.	5	—	66⅜
»	dito dito	4	62	—
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	29½	29
»	Prämienscheine à		—	100
Bayern	Obligationen	4½	7[illegible]	—
Darmstadt	à 50 Lose		20[illegible]	63½
»	à 25 dito		22	21⅝
»	Obligationen	5	79	78½
»	dito	4	63½	63½
Baden	Obligationen v. 1845	3½	77	76½
»	à 50 Lose v. 1840		46½	45
»	à 35 Lose		27½	27½

Weechsel-Cours.			
Den 11 Mai.	Brief	Geld
Amsterdam (à fl.)	—	100⅛
(100 fl. Crt.)	—	100
Augsburg (à fl.)	—	11
(100 fl. Crt.)	—	—
Berlin (à fl.)	—	100
(à 100 Thlr.)	—	—
Bremen (60 à fl.)	—	59
Frankf. a. M. Lederthaler	—	—
Hamburg (à fl.)	—	87½
(100 Mk. Bco.)	—	87
Leipzig (60 Thlr. à fl. 24	—	—
Thlr.) à fl. 24	—	—
London (à fl.)	—	119
(100 Pf. St.)	—	120
Lyon (à fl.)	—	94
(300 Fr.)	—	—
Mailand (350 à fl.)	100	99
Livorno (à fl.)	—	—
Paris (à fl.)	—	94
(300 Fr.)	—	—
Wien (100 à fl.)	102	—
Zürich (à 20 fl.)	—	—

Gold.		Silber.		Diverse Actien u. Loose	Brief	Geld
Pistolen	9	56	Geld al Marco	—	Kaiserliche Loose	77½
Pf. Friedrichsd'or	9	52	Laubth. pr. Mk.	—	Bayerische Loose	25½
Holl. 10 fl. Stücke	10	5	Preuss. Thaler	—	Cöln-Aachen	—
Rand Ducaten	5	29	5 Frankenthaler	—	Cöln-Minden	75½
20 Francsstücke	9	41	Hochhaltig Silber	24	30	Ludwigsh.-Berbach	10[illegible]
Engl. Souvereigns	12	5	Gering. u. mittelh.	24	30	Pfälz.-Ludw.-Nordbahn	32[illegible]

Discounto — | —

A. Saltzmann, beeid. Makler

Nach der Börse: 2½ pCt. Met. —; 5pCt. Span. fal —; Tarnowitzer Actien pr. Ct. —; Ludwigsh.-Berb. —; Pf.-Ludw.-Nordbh. —; Oe.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Extra-Beilage zu Nro. 112.) 11. Mai 1849.

Frankfurt, 12. Mai. Wir haben kürzlich der Augsburg. Allgem. Zeitung einen Artikel unter der Aufschrift „der § 39 der Grundrechte und die Taxis'sche Post in Württemberg" entnommen. Unsere Leser werden dadurch unterrichtet, daß unter dem Vorwande, der Vorschrift der Grundrechte über Aufhebung des Lehensverbandes Genüge zu leisten, die königl. württembergische Regierung die Einziehung der Posten im Wege der Landesgesetzgebung beabsichtigt. Um dieselben auf den richtigen Standpunkt der Beurtheilung zu stellen, genügt es, mit wenigen Worten anzuführen, daß die Krone Württemberg, welche den Fürsten von Thurn und Taxis im Jahre 1805 seiner Postrechte entsetzt hatte und nach Art. XVII. der Bundesacte genöthigt war, ihm entweder den Besitz und Genuß der Posten zu gewähren oder Entschädigung zu leisten, nachdem die Entschädigungsforderung liquidirt, Vortheil und Nachtheil sorgfältig abgewogen worden, es vorgezogen hat, ihm die Posten im ganzen Königreiche zu übertragen. Sie sind Taxis'scher Seits in sehr unvollkommenem Zustande übernommen, und mit großen Opfern so verbessert worden, daß sie die Vergleichung mit allen übrigen in Deutschland bestehen können. Als der mangelhafte Zustand unter der unmittelbaren Verwaltung des Staats noch in frischer Erinnerung war, dachte Niemand daran, der Taxis'schen Verwaltung etwas Anderes als Anerkennung zu spenden; noch im Jahre 1822 ließ die Krone auf Grund einer vom königl. Geheimeraths gepflogenen sorgfältigen Untersuchung der II. Kammer der Stände ihre vollste Zufriedenheit mit den Leistungen der Postanstalt eröffnen. Mit der Entwickelung derselben tauchte aber auch die Meinung auf, daß der Betrieb, welcher bis dahin nur Opfer erfordert, nun auch Gewinn bringen könne. Damit regte sich der Neid, und es wurden jetzt Stimmen laut, die die Nothwendigkeit erklärten, die vermeintliche Goldquelle in die Staatsschatzkammer zu leiten, die sich nicht entblödeten, den Grund des Postvertrags von 1819 in schändlichen Corruptionen hoher württembergischer Staatsdiener zu suchen, und auf alle Weise eiferten die Posten dem Fürsten von Thurn und Taxis wieder zu entziehen, und alle Künste der Pfiffigkeit und der Untreue aufboten, um zu ergründen und zu insinuiren, wie derselbe ohne alle oder ohne erhebliche Opfer um sein vertragsmäßig erworbenes Recht gebracht werden könne. Als die Eisenbahn in Württemberg erbaut war, nahm diese Agitation noch zu. In Verbindung mit der Eisenbahn konnte der Postbetrieb minder kostspielig und also finanziell nützlicher gemacht werden. Von dieser Zeit an machte auch die Regierung Partei gegen die Taxis'sche Verwaltung. Wie sehr dieselbe sich bemühte, zur Benutzung der Eisenbahn zugelassen zu werden, wie groß die Opfer waren, zu deren Darbringung sie sich verstand: es war alles vergebens: selbst, wenn sie zugestand, was verlangt worden, wurde das Anerbieten zurückgezogen. Dabei aber ward die Schuld der im Vergleiche zu der Raschheit der Locomotive freilich langsameren Beförderung der Posten auf den Chausseen auf die Postverwaltung geschoben, und was für dieselbe ein Gegenstand der Klage war, ihr auch noch zum Vorwurfe gemacht. Es wurde mit allen Mitteln gesegelt, um das Ziel zu erreichen, dem Fürsten von Thurn und Taxis den Besitz der Posten unleidlich zu machen. Als dies nicht schnell genug helfen wollte, erklärte die Regierung: der Lehenvertrag enthalte für die Staatsverwaltung nachtheilige Bestimmungen, und verlangte eine Revision desselben. Auch hierauf ging der Fürst von Thurn und Taxis ein, er zeigte sich bereit, die Posten ganz im Dienste und im Interesse der Staatsverwaltung verwalten zu lassen, wenn ihm nur eine bestimmte Revenüe garantirt werde. Als die königl. württembergische Regierung dies erreicht hatte, erfolgte die Publication der Grundrechte. Nunmehr sprach sie ihr Bedauern aus, daß, nachdem durch die fürstlicher Seits erfolgte Erklärung alle Bedenken, das Postwesen in Uebereinstimmung mit den Landeszwecken zu bringen, beseitigt seien, sie durch die Anordnung über Aufhebung des Lehensverbandes genöthigt werde, das Postlehen einzuziehen.

Die Zeit ist den privilegirten Stellungen nicht hold, und das fürstl. Haus Taxis hat darum nicht zu erwarten, daß sein Recht mit Verliebe gewürdigt werde; aber das Gefühl für Recht und Unrecht ist darum doch noch nicht erstorben, und während die ganze Welt nur eine und dieselbe Bezeichnung dafür hat, wenn derjenige, welcher freiwillig einen Vertrag eingegangen ist, denselben darum brechen will, weil er seinem Mitpacierenten nicht so viele Lasten bringt, oder mehr Vortheile gewährt, als er selbst gezeigt hat, wird sie nicht aus Abneigung gegen das historische Recht Schwarz für Weiß oder Trug für Redlichkeit erklären.

Wenn der württembergischen Regierung der Vertrag von 1819 lästig war, so gab es einen Weg, um denselben aufzulösen. Es ist der des freien Uebereinkommens, wie er im Art. XVII der Bundesacte bezeichnet ist. Andere behaupten, und wir führen dies an, wiewohl es unserer Ansicht widerspricht, daß auch aus dem Majestätsrecht des Staats sich die Befugniß der Enteignung des Staatsvortheils wegen ableiten ließe. In diesem Falle wäre nach den Grundsätzen der Expropriation zu verfahren, und das Postlehen gegen volle vorgängige Entschädigung einzuziehen gewesen.

Zur Auflösung im Wege freien Uebereinkommens hat der Fürst von Thurn und Taxis die Hand geboten. Die württembergische Regierung hat dieselbe verschmäht, und will auf dem Wege der Gesetzgebung die Nothwendigkeit der Abtretung aussprechen lassen. Sie hofft dadurch die volle und die vorgängige Entschädigung zu vermeiden, denkt also mit vollem Bewußtsein Unrecht zu thun. Um den Schein zu retten, flüchtet sie ihr Verfahren unter den Mantel des Art. VIII § 39 der deutschen Grundrechte, von dem nach dem klaren Wortlaute alles Andere oder zu erwarten ist, als die Privilegirung des Lehensherrn, den Vasallen zu berauben; es kommt ihr auch nicht darauf an, einem andern § desselben Artikels, der da lautet:

> § 32. Das Eigenthum ist unverletzlich. Eine Entziehung kann nur aus Rücksichten des allgemeinen Besten, nur auf Grund eines Gesetzes und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden.

den Hals zu brechen, wie der Gesetzentwurf beweist, welchen sie in die Kammer der Abgeordneten gebracht hat. Ein ehrenwerther Abgeordneter hat den Antrag gestellt, das Veto darüber zu schreiben „das Eigenthum ist unverletzlich."

Um unsere Leser zur Würdigung der Sachlage zu befähigen, lassen wir hierbei einen Abdruck derjenigen Erklärung folgen, welche die General-Post-Direction dem kön. württembergischen Ministerium des Innern auf die an den Fürsten von Thurn und Taxis gestellte Forderung der Abtretung des Postlehens in Gemäßheit des § 39 der Grundrechte am 17. v. M. übermacht hat.

Wir behalten uns vor, noch weitere Actenstücke der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Bericht der General-Direction der Königlichen Posten an das Ministerium des Innern in Stuttgart.

Frankfurt a. M., den 17. April 1849.

Die General-Post-Direction hat den hohen Erlaß des Königlichen Ministeriums des Innern vom 6. März, dem am Schlusse desselben ertheilten Auftrage zufolge, dem Herrn Fürsten Erblandpostmeister vorgelegt, und ist von Seiner Durchlaucht angewiesen worden, denselben in nachstehender Weise zu beantworten.

Dem Fürstlichen Hause Thurn und Taxis ist in Art. 17 der deutschen Bundes-Acte der Besitz und Genuß der Posten in dem reichsdeputationsrecessmäßigen oder durch spätere Verträge bestimmten Umfange in den verschiedenen Bundesstaaten in so lange garantirt, als nicht etwa durch freie Uebereinkunft anderweite Verträge abgeschlossen werden sollten.

Der Krone Württemberg, welche das Fürstliche Haus im Jahre 1805 gegen den Inhalt des Reichsdeputations-Hauptschlusses seiner Postrechte entsetzt hatte, war nach demselben Art. 17 die Wahl gelassen, ob sie für den Verlust der Posten entschädigen, oder den Besitz und Genuß derselben wieder einräumen wolle. Die ein und die andere Art der Wiederherstellung des Rechtszustandes fiel in den Bereich der in der Bundesacte enthaltenen völkerrechtlichen Garantie. Die Krone hat die Rückgabe der Posten vorgezogen, das Fürstliche Haus Thurn und Taxis dieselbe mit großen Opfern in Verzichtleistung auf den weitaus größeren Theil der ihm für die Entbehrung von 1805 bis 1819 gebührenden Entschädigung erkauft; der solchergestalt wieder erlangte Besitz ist durch den in Gemäßheit des Art. 17 abgeschlossenen Vertrag vom 27. Juli 1819 bundesgesetzlich gesichert und kann also nicht einseitig, sondern nur durch freie Uebereinkunft gelöst werden.

Der Gegenstand der Verleihung und der Garantie der Bundes-Acte ist der Besitz und Genuß der Posten, nicht die Form dieses Besitzes. Diese ist in den verschiedenen Staaten auf verschiedene Weise verabredet worden.

Während in Ausführung des Art. 17 in manchen Gebieten dem Fürstlichen Hause die Posten als Allodial-Eigenthum zugesprochen wurden, ist für den Fürstlichen Besitz in den meisten die Form der Ertheilung zu Lehen mit Errichtung eines Erblandpostmeister-Amtes vereinbart. Der Grund und Kern der Sache ist aber überall ein und derselbe gewesen, und geblieben, nämlich das bundesgesetzlich anerkannte Recht auf den Besitz und Genuß der Posten, welches unter völkerrechtlichen Schutz gestellt und der Willkür der Einzelstaaten entzogen ist.

Es folgt daraus, daß wenn die deutschen Grundrechte die mittelalterliche Form des Besitzes zu Lehenrecht nicht länger gestatten, gerade nur diese Form wegfallen muß, die an sich zufällig und willkürlich gewesen, daß dagegen die Sache besteht, die an diese Form weder ihrem Wesen noch der Verfügung der Bundesgesetzgebung nach geknüpft ist.

Und, wenn es wahr wäre, daß die Landesgesetzgebung, wie Ein Königliches Ministerium des Innern behauptet, in der Wahl der Aufhebungsarten des Lehensverbandes durchaus nicht beschränkt und daß sie ebensowenig durch die Grundrechte genöthigt, die Aufhebung des Lehensverbandes bei allen Lehen in gleicher Weise vorzunehmen, sondern vollkommen befugt wäre, auf die verschiedene Natur der einzelnen Lehen die geeignete Rücksicht zu nehmen, so würde die Consolidation ohne Zweifel da ausgeschlossen sein, wo ihr wohlerworbene, ja sogar garantirte Rechte entgegenstehen, so würde die Rücksicht auf die rechtliche Natur des Fürstlichen Postlehens, die eben darin besteht, daß der Besitz und Genuß der Posten zugesagt und garantirt ist, die Wahl der Consolidation als Mittel zur Aufhebung des Lehensverbandes gerade zu verbieten. Aber es muß dieser Behauptung des Königlichen Ministeriums das Anerkenntniß der Richtigkeit versagt werden. Es ist nicht wahr,

> „daß nach dem klaren Wortlaut der Grundrechte die Art der Aufhebung des Lehensverbandes völlig den Landesgesetzgebungen überlassen ist".

Nicht die Art der Aufhebung ist den Einzelstaaten überlassen, sondern nur „das Nähere über die Art und Weise der Ausführung." Die Eigenthumsverhältnisse sind bereits grundsätzlich geordnet, wie Art. 4 des Einführungsgesetzes vom 27. December v. J. besagt, und nur die weitere Feststellung ist den Landesgesetzgebungen vorbehalten.

Indem in § 39 der allgemeinen Vorschrift

> „Aller Lehensverband ist aufzuheben"

die Bestimmung beigefügt ist:

> „das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen"

hat der Gesetzgeber den Grundsatz, daß das Lehen von lehensherrlichen Beschränkungen frei, also freies Eigenthum in der Hand des Vasallen werden solle, bereits ausgesprochen, und indem nicht die Art der Aufhebung des Lehensverbandes, sondern nur die Art und Weise der Ausführung des festgestellten Princips der Landesgesetzgebung überlassen worden ist, ist ihr zugleich die Wahl zwischen Consolidation und Allodification entzogen, und das Recht des Vasallen auf den freien Genuß des Eigenthums unter den Schutz der Reichsgesetzgebung gestellt.

Daß die Wortfassung am Schlusse des § 39, welche die Einwirkung der Landesgesetzgebung auf die Ausführung eines in der Legislation und in der Wissenschaft unzweideutigen Princips beschränkt, mit vollem Bewußtsein, und ganz absichtlich gewählt worden, zeigt ein Blick auf den unmittelbar vorhergehenden § 38 der Grundrechte, welcher über die Aufhebung der Fideicommisse verfügt. Hier ist verordnet:

> „die Art und Bedingungen der Aufhebung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten."

Der größere Spielraum, welcher in dieser Materie der Landesgesetzgebung zugesprochen ist, war darum nothwendig, weil die Grundrechte über die Art der Aufhebung selbst keine Bestimmung enthielten.

Hinsichtlich des Lehensverbandes ist sie aber gegeben, denn die Worte: „Aller Lehensverband ist aufzuheben" in § 39 des Art. VIII., dessen Bestimmung seinem gesammten Inhalte nach ist, die Freiheit des Eigenthums zu gewährleisten, können keinen anderen Sinn haben, als den, daß die Lehen von dem Lehensverbande, also von den Beschränkungen, von der Abhängigkeit, in welcher sie zu dem Lehensherrn stehen, gelöst, das heißt befreit werden sollen, woraus sich dann von selbst gibt, daß die Sache, welche bisher unselbstständig war, ihre Freiheit erlangt, also freies Eigenthum wird.

Dieser Auslegung pflichtet das Königliche Ministerium in der That bei, indem es zugibt, daß, wenn es bei der Fassung der ersten Lesung geblieben wäre „Aller Lehensverband ist aufgehoben", die Allodification der Lehen angeordnet gewesen sein würde.

Zwischen dieser Fassung der ersten Lesung und derjenigen der zweiten, „Aller Lehensverband ist aufzuheben", ist aber kein anderer Unterschied, als der der Zeit: was sofort geschehen wäre, soll nach einiger Zeit in's Leben treten; materiell besagt die eine Fassung, was die andere.

Zwar will Königliches Ministerium diesem Einwande dadurch begegnen, daß es den Eintritt der Allodification nicht als nothwendiges Ergebniß der inneren Bedeutung der Vorschrift ansieht, sondern nur als eine zufällige Folge des Umstandes hinstellt, „daß die Lehen eben in den Händen ihrer seitherigen juristischen Besitzer, also der Vasallen, geblieben wären": allein angenommen, daß die Allodification nicht schon durch die innere Bedeutung der Worte vorgeschrieben gewesen wäre, daß diese vielmehr die Allodification oder Consolidation freigestellt hätte, dann würden auch die Lehen nicht schon durch die Worte: „Aller Lehensverband ist aufgehoben" Allode geworden sein, vielmehr wäre auch in diesem Falle der Landesgesetzgebung frei geblieben, ob sie Consolidation oder Allodification wählen wolle, denn der Nachsatz:

> „das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen"

fand sich so gut bei der Fassung in erster Lesung, als bei der zweiten vor.

Der Besitz würde also am Rechte nichts geändert haben, und der Besitzer würde, wenn das Gesetz das Lehen nicht in Allod verwandelt hätte, nicht Eigenthümer geworden, sondern nur Inhaber einer Sache geblieben sein, von der es noch ungewiß war, ob die Landesgesetzgebung die Consolidation oder die Allodification über sie aussprechen würde. Nach den Consequenzen der Theorie des Königlichen Ministeriums hätte er durch das Gesetz das freie Eigenthum nicht erworben, nach dem klaren Wort-

laut desselben aber zu Lehen auch nicht mehr besitzen können, damit wäre er dann zum bloß factischen Inhaber herabgesunken. Es müßte daher an eine Confiscation der Rechte im Großen gedacht werden, die mit der Berechtigung für die Einzelregierungen verbunden wäre, das Eigenthum nach Gutdünken zu nehmen und zu geben, sei es im Wege der Consolidation, sei es in dem der Allodification. Kann man sich zu einer so monströsen Voraussetzung nicht entschließen, räumt aber dennoch ein, daß bei unveränderter Beibehaltung der Fassung erster Lesung die Vasallen zu Allodial-Eigenthümern geworden sein würden, so kann dieß nur auf Rechnung der Gesetzbestimmung selbst geschrieben werden. Alsdann aber ist die der zweiten Lesung ebenso klar und derselben Inhaltes, und soll nur dasjenige in Zukunft verwirklichen, was nach der ersten Lesung gleich mit Verkündigung der Grundrechte in's Leben getreten sein würde. — Wenn von Königl. Ministerium des Innern zur weiteren Begründung seiner Ansichten auf die Geschichte der veränderten Fassung in zweiter Lesung hingewiesen, und behauptet wird, „daß die Nationalversammlung, aufmerksam gemacht durch mehrere Regierungs-Bevollmächtigte, absichtlich in Rücksicht auf gewisse Arten von Lehen die Wahl der Aufhebungsarten den Landesgesetzgebungen frei gelassen habe", so entbehrt diese Angabe aller historischen Begründung, und es weiß der wirkliche Hergang etwas ganz Anderes nach, als zur Unterstützung solcher Behauptung brauchbar wäre. Die Bevollmächtigten einiger Regierungen, und unter diesen der Königlich Württembergische, haben nicht darauf angetragen,

„daß das Postlehen von der Bestimmung des § 39 ausgenommen werde,"

weil, wie sie wörtlich sagten,

„die Meinung der grundrechtlichen Bestimmung offenbar dahin geht, daß der Vasall ein volles Recht an dem beliehenen Gegenstand oder Rechte erhält, nicht aber der Lehensherr, und also die betreffenden Staaten durch Anwendung der fraglichen Bestimmung auf das Taxis'sche Postverhältniß zum Vortheile des Hauses Thurn und Taxis in ihrem Rechte verkürzt werden würden."

Die Königlich Württembergische Regierung hat also, worüber ihre eigenen Acten den besten Nachweis liefern müssen, durch ihren eigenen Bevollmächtigten anerkannt, daß die Meinung der grundrechtlichen Bestimmung auf Allodification der Lehen gerichtet sei, und hat deßhalb die Ausnahme des Postlehens begehrt. Allein der Verfassungs-Ausschuß hat sich nicht bewogen gesehen, eine Ausnahme zuzulassen, sondern er hat gewollt, daß auch das Postlehen dem allgemeinen Grundsatze der Allodification folge, und er hat nur insoweit eine Aenderung in der Fassung angemessen erachtet, als er die Worte ist aufzuheben in ist aufzuheben verwandelte, und zwar theils zu besserer Uebereinstimmung mit dem Schlußsatze, theils weil dadurch die Möglichkeit gegeben war, bei der Allodification des Postlehens und anderer Kronlehen Bestimmungen zu treffen, welche das öffentliche Interesse vor Gefährdung wahren konnten. — Aus der Nichtgewährung des Antrags des Königlichen Bevollmächtigten Seitens des Verfassungs-Ausschusses, aus der Verweigerung der Ausnahme des Postlehens und aus der unter Aufrechthaltung des Princips der Allodification auch für das Postlehen wie für alle Lehen zugestandenen Modalität folgt also gerade das Gegentheil von dem, was von Königlichem Ministerium des Innern in einer unvollständigen Erzählung des geschichtlichen Verlaufs hat beweisen werden wollen, und die Königliche Regierung ist vorzugsweise an die Befolgung der allgemeinen Interpretationsregel bei Anwendung des verkündigten Gesetzes gebunden, weil sie auf die Abfassung Einfluß zu üben versucht und von der ihren Bestrebungen widersprechenden Absicht des Gesetzgebers Ueberzeugung erlangt hat. So wenig die grundrechtliche Bestimmung der Landesgesetzgebung die Wahl unter der Allodification und Consolidation zuspricht, die, wie schon erwähnt, nicht anders, als unter vorgängiger großartiger Confiscation alles lehenbaren Eigenthums denkbar gewesen wäre, ebenso wenig kann ein Motiv für die nach dem Geiste des Gesetzes nirgends freigegebene Wahl darin liegen, daß, wie Königliches Ministerium anführt,

„unfehlbar dem Geiste der Grundrechte es widerspreche, daß öffentliche Aemter hinfüro in das Privat-Eigenthum, sei es als Lehen, oder Allod hingegeben würden."

Diese Bemerkung würde ganz erheblich sein, wenn davon die Rede wäre, ein solches Amt erst zu schaffen, und hinzugeben, aber das Amt eines Erblandpostmeisters besteht schon. Die Erbämter sind nirgends in den Grundrechten aufgehoben worden: nur als Lehen können sie nicht mehr bestehen, weil der Lehensverband selber wegfällt: sie hören darum auf, Lehen zu sein und werden als einfache Erbämter fortdauern. Die Amtsqualität ist aber nicht das Wesen, sondern nur die nach Convenienz bestimmte Form, die, wenn sie, wie nicht ist, fallen müßte, das Wesen der Sache, welches die Bundesacte als den Besitz und Genuß der Posten bezeichnet, nicht mit fortreißen konnte.

Wenn das Königliche Ministerium das Postregal ein nach den jetzigen geläuterten Begriffen der Staatsgewalt wesentlich und nothwendig zukommendes Recht nennt, so kann es nicht in der Absicht liegen, hier in theoretische Erörterungen einzugehen.

In der Hauptsache ist in der Einem Königlichen Ministerium überreichten Denkschrift der nach der Wissenschaft und Gesetzgebung richtige Standpunkt nach der Ansicht des Herrn Fürsten Erblandpostmeisters bezeichnet.

Was aber Ein Königliches Ministerium über die durch die Zuständigkeit des Herrn Fürsten beschränkten Schaltungsrechte der Regierung anführt, so wird Hochdasselbe zugeben, daß dieser Gegenstand in gar keinem Zusammenhange mit der Frage über den Besitz der Posten in der Form des Lehens oder als Allod steht, denn durch die Verwandlung des Lehens in Allod wird der Herr Fürst keine die Postbehörde beschränkenden Rechte erwerben, die er nicht schon der Natur seines Rechtes auf Besitz und Genuß entsprechend besessen hätte.

Es ist also nicht die Form des Besitzes, welche der Königlichen Regierung zum Anstoße gereicht, sondern der Besitz selbst, dessen Einräumung sie zu einer gewissen Zeit ihrem Vortheile zusagend fand, den sie aber jetzt unter dem Schirme der Auslegung der Grundrechte wieder zurückziehen möchte, weil sie sich von der Wiedergewinnung des früher Hingegebenen nunmehr größeren Nutzen verspricht.

Alle die Nützlichkeiterücksichten, welche die Königliche Regierung bestimmen können, vermögen aber ihrem Rechte auf eine dem Geiste des Gesetzes widersprechende Auslegung nicht das Geringste hinzuzufügen, und eben so wenig das aus § 39 erworbene des Herrn Fürsten zu schwächen.

Wie man über seine staatsrechtliche Stellung in Deutschland denken möge, so wird das Bekanntwerden eines Mißbrauchs der ersten den Deutschen zum Schutze ihrer Rechte verliehenen Urkunde einen allgemeinen Schrei des Unwillens und des Mißtrauens hervorrufen und es wird die Mißbilligung sich laut aussprechen, daß der Einzelstaat es in seinem Belieben gestellt glaubt, das den Vasallen von der Reichsversammlung zugesicherte Eigenthum zu vergeben oder zu behalten.

Eine so große Rechtsverletzung kann durch die Rücksicht auf angebliches Landeswohl nicht aufgewogen werden, zumal noch vor wenigen Jahren das Landeswohl nach der Aeußerung der competenten Autoritäten durch den Fürstlichen Postbesitz so sehr gefördert war.

Aber Allem, was in dem hohen Erlasse an der Fortdauer des Fürstlichen Rechts, wie sie dem gegenwärtigen Standpunkte der Gesetzgebung entsprechen kann, bedenklich oder tadelnswerth gefunden wird, läßt sich in Anwendung des Schlußsatzes des § 39 sowohl, als in freiwilliger Uebereinkunft begegnen, ohne daß es nothwendig wäre, dem Wort und Geist der Grundrechte Gewalt anzuthun, und das Beispiel des Mißbrauchs der Uebermacht zu geben.

Es kann so gut, wie nach dem Lehensverhältnisse, wo eine successio unius nicht von selbst dieser Nothwendigkeit überhebt, ein Lehensträger nach Lehenrecht zu bestellen war, durch besondere Verabredung festgesetzt werden, daß die Fürstliche Familie Thurn und Taxis dem Staate gegenüber stets nur eine Person mit voller Rechtsausübung und Anheimsichkeit versehen, aufzustellen habe.

Sowie die Aufhebung des Lehensverbandes in Absicht auf die durch die Königliche Verordnung vom 9. September 1819 zu Lehen gegebene Würde und das Amt eines Königlich Württembergischen Erblandpostmeisters mit der Verwaltung und Benutzung der Posten im Königreiche Württemberg lediglich die Wirkung äußern wird, daß künftig die in Artikel 2 jener Verordnung festgesetzte Form des Lehensempfangs, sowie die jedesmalige Ausfertigung eines Lehenbriefes und die davon abhängende Lehen- und Stempeltaxe wegfallen, im Uebrigen aber es bei den gegenseitigen Rechten und Pflichten, wie sie durch die gedachte Verordnung festgesetzt sind bewendet, sowie damit die Bedenken, welche hinsichtlich der Erbfolge im Mannsstamme, der Unveräußerlichkeit und Untheilbarkeit erhoben worden, sich von selbst erledigen, so ist des Herrn Fürsten Erblandpostmeisters Durchlaucht auch jetzt noch bereit, zu einer Revision der Postverträge nach den Wünschen der Königlichen Regierung die Hand zu bieten, und läßt auch jetzt noch die Geneigtheit erklären, sich zur Durchführung aller von der Königlichen Regierung zur Verbesserung des Postwesens bezielten Anordnungen zu verstehen, sobald ihm eine entsprechende reine Revenüe zugesichert sein wird.

Die Königliche Regierung wird alsdann der Freiheit in der Bewegung zur Hebung der Industrie und zur Erleichterung des Verkehrs nicht entbehren, das Land aber auch der Vortheile nicht verlustig gehen, die die Gemeinschaft der Fürstlichen Posten in der That bietet, und deren Fortgenuß nach dem Stand der Verhältnisse von der Fortdauer der Gemeinsamkeit abhängt. Diese Vortheile sind, so lange es noch gesonderte Postverwaltungen in Deutschland gibt, nicht gerade gering anzuschlagen, da eine Postverwaltung, welche sich auf das Königreich Württemberg beschränkt, vermöge der geographischen Lage des Landes, in den wesentlichsten Beziehungen von den Postanstalten der angrenzenden Staaten völlig abhängig ist, und im Grunde nur die Postverbindungen im Innern des Königreichs in einer den Bedürfnissen und Anforderungen des Verkehrs entsprechenden Weise einzurichten vermag. Ein Rückblick auf den Zustand, in welchem das Württembergische Postwesen während der Selbstregie in den Jahren 1806 bis 1819 sich befand, gewährt die Ueberzeugung, daß die benachbarten Länder jene Abhängigkeit zu ihrem Vortheil zu benützen wissen, und daß erst die Fürstliche Postverwaltung, welche vermöge des Besitzes der Posten in vielen anderen deutschen Staaten den betreffenden Postverwaltungen gegenüber in einer ganz andern Lage sich befindet, die internationalen Postverbindungen in befriedigender Weise einzurichten im Stande war, indem sie die Zustimmung der Grenzpostanstalten durch Zugeständnisse bewirkte, auf welche dieselben in Bezug auf ihre Postverbindungen nach anderen Bestandtheilen des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postgebiets einen solchen Werth legten, daß sie sich gegen ihre Gewährung zu Concessionen zu Gunsten Württembergs verstanden, die sie bis dahin als ihnen nachtheilig zurückgewiesen hatten.

Nicht minder erheblich sind die Vortheile, welche dem Königreich Württemberg durch das Durchrechnen der Taxen für die Correspondenz nach dem übrigen Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postbezirk, sowie in Bezug auf Erleichterung und Beschleunigung des Postverkehrs nach andern Ländern, mit welchen die Fürstliche Postverwaltung in Vertragsbeziehungen steht, durch seine Verbindung mit einem größeren Postgebiet erwachsen und die eine unmittelbare Verwaltung zu gewähren nicht im Stande sein würde. Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß diese Vortheile im Falle einer Trennung Württembergs von dem Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postgebiet wegfielen, und daß in Folge hievon eine wesentliche Verschlechterung des dermaligen Zustandes, insbesondere durch das absatzweise Berechnen der Taxen für jedes betreffende Postgebiet statt einer Ermäßigung vielmehr eine Erhöhung bei einem großen Theil der internationalen Correspondenz eintreten würde.

Wenn die Königliche Regierung diesen Weg der Verständigung betritt, wobei kein Recht der Krone angetastet, keine vernünftige Entwickelung gehemmt, aber auch kein fremdes Recht gekränkt wird, so wird damit auch in Bezug auf den Zweig des öffentlichen Dienstes, welchen der Herr Fürst Erblandpostmeister vertragsmäßig, und zwar jetzt schon unter größeren Beschränkungen zu verwalten hat, als analoge Unternehmungen, wie z. B. Eisenbahnen und Dampfschiffe, zu unterliegen pflegen, dasjenige zur Wahrheit werden, was der Herr Chef des Departements des Innern bei Vorlegung des Entwurfs eines Wahlgesetzes am 3. d. M. der Ständeversammlung als die leitenden Gedanken der Staatsregierung in Bezug auf Abänderung der Landesverfassung eröffnet hat.

Nachdem die Präsidien der Beschlüsse der Reichsversammlung anerkannt worden, hat er die folgenden Worte gesprochen, deren Gewicht und Ernstsinn eine Wiederholung in diesem Berichte wohl rechtfertigen kann:

„Was die weiteren Aenderungen des Landesgrundgesetzes betrifft, so liegt hier diese äußere Norm nicht vor, es tritt daher hier die Aufgabe ein, den jetzigen Zustand auf eine, den allseitigen Rechten, Bedürfnissen und Interessen entsprechende Weise mit Beibehaltung des vorhandenen Guten und mit Benützung der eigenen und fremden Erfahrungen zu verbessern, **nicht aber mit Verletzung feierlicher Verträge umzustürzen.** Wo die Hand freundlich zu vernünftigem, gesetzmäßigem Zusammenwirken geboten wird, ist derjenige kein Freund des Volkes, welcher vorzieht, sich außerhalb des Gesetzes zu stellen, und der da meint, aus dem Boden des Unrechts können süße Früchte wachsen.

Die Regierung wird entschieden an dem Rechte festhalten, **und nur eine vertragsmäßige Abänderung des durch Vertrag begründeten Rechtszustandes zugeben**, und sie ist der Ueberzeugung, daß das unzerstörte Rechtsbewußtsein des Volkes in seiner weit überwiegenden Mehrheit diese Ansicht theilt."

Mögen diese Worte zur Wahrheit werden!

Wenn aber allem dem ungeachtet die Königliche Regierung schlechterdings das Vertragsverhältniß, welches sie im Jahre 1819 erstrebt hat, gelöst zu sehen verlangt, so erkennt der Herr Fürst zwar in dem Gesetzgebungsrechte des Staats, und insbesondere in § 39 der Grundrechte, die Nothwendigkeit, sich zur Aufhebung oder Ablösung seiner bundesgesetzlich garantirten, in dem Vertrage vom 27. Juli 1819 begründeten Rechte herbeizulassen, keineswegs an, und verwahrt sich vielmehr feierlich dagegen, will jedoch den beharrlichen Forderungen sich nicht länger widersetzen, den Angriffen einer absichtlich irre geleiteten öffentlichen Meinung nicht länger ausgesetzt bleiben, und in Rücksicht auf die von der Reichscentralgewalt erhobenen Wünsche die Hand zu der freien Uebereinkunft bieten, welche nach Art. 17 der Bundesacte allein sein in Württemberg bestehendes Rechtsverhältniß als Inhaber der Posten wieder lösen kann.

Auf dieser Grundlage, aber auch nur auf derselben, ist der Herr Fürst bereit, Commissarien zur vergleichsweisen Aufhebung des Postvertrags zu ernennen, sobald die Königliche Regierung ihre Einwilligung erklärt, und Ort und Zeit der Verhandlung bestimmt haben wird.

Indem wir durch diese Berichterstattung uns des Auftrags des Herrn Fürsten Erblandpostmeisters entledigt haben, unterlassen wir nicht, anzuzeigen, daß die von Königlichem Ministerium als Dienstbehörde geforderten Verzeichnisse des Inventars, und der im activen Dienste und im Ruhestande befindlichen Postbeamten und deren Gehalte in den nächsten Tagen zur Vorlegung kommen.

Die verlangte Berechnung des Ertrags der Königlichen Posten vermögen wir dagegen nicht weiter, als auf den Zeitraum von 1836 bis letzten Dezember 1848 zu erstrecken, da die vollständigen Materialien für die Berechnung der früheren Periode aufzufinden trotz der sorgfältigen Nachforschung bisher nicht hat gelingen wollen.

Druck von August Oberrieth.

№ 113. —— Samstag —— den 12. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksgebiet von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 33 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (¼ Bogen) mit Beilschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 72a.; 3) Hofkommissär C. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrefeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Amtlicher Theil.

Der Erzherzog Reichsverweser hat unterm 11. d. M. ernannt:

1) Zum Capitän zur See:

Johann Otto Donner, bisherigen Fregattencapitän in schleswig-holsteinischen Diensten.

2) Zu Hilfsoffizieren:

1) Heinrich Friedrich Andreas Poppe,
2) Johann Wilhelm Janssen,
3) Peter Ludwig Sadewasser,
4) Johann Christian Göde,
5) Heinrich L. Visser,
6) C. W. Heinrich Griese,
7) Bernhard Friedrich Paulsen,
8) Albert Jacobsen,
9) Vincent Sommer,
10) W. L. Alfred Behrens.

3) Zu Schiffsfähndrichen:

1) Georg Philipp Thaulow,
2) Charles Louis Henri Matthieu,
3) Andreas Carl Heinrich Aschenfeldt,
4) Ludwig Ferdinand Fir,
5) Arend Folkes,
6) Wilhelm Kropp,
7) Leopold M. Müller,
8) Johann Lübbers.

Frankfurt, den 16. April 1849.

Reichsministerium des Handels; Abtheilung für die Marine.

Der interimistische Minister Duckwitz.

Der Erzherzog Reichsverweser hat unterm 8. dieses Monats ernannt:

1) Zu Lieutenants zweiter Klasse:

1) Johann Berend Wieting,
2) Johann Holst, bisherigen Hilfsoffizier,
3) Joseph William Higgs.

2) Zu Hilfsoffizieren:

1) Johann Friedrich Raschen,
2) Friedrich Müller,
3) Reinhold Werner,
4) C. E. Albrecht,
5) Wilhelm Adriansen.

3) Zu Schiffsfähndrichen:

1) Paul Tichy,
2) G. F. Schuirmann,
3) Wilhelm Cattermole,
4) H. Reynaber.

4) Zum Zahlmeister zweiter Klasse:

1) Karl Seidensticker.

Frankfurt, den 9. Mai 1849.

Reichsministerium des Handels; Abtheilung für die Marine.

Der interimistische Minister Duckwitz.

Nichtamtlicher Theil.

Deutsche Reichsversammlung.

217. Sitzung.

Vorsitzender: Erster Vicepräsident Reh.

H **Frankfurt**, 11. Mai.

(Tagesordnung: Berathung über den Bericht des Ausschusses für Durchführung der Verfassung über den gestern erstatteten Bericht der Deputation an den Reichsverweser, über die auf diesen Bericht bezüglichen Anträge.)

Die Sitzung wird um 12¼ Uhr eröffnet. Nach der Verlesung des Protocolls macht der Vorsitzende die Mittheilung, daß Hr. Vorsitzender Simson seit gestern bedeutend erkrankt sei; er sei gesonnen gewesen seine Stelle niederzulegen, habe sich jedoch auf die Bitte des Vicepräsidenten einreden lassen dieselbe und den Titel beizubehalten. (Beifall.) Eine Mittheilung des Präsidenten der württembergischen zweiten Kammer der Abgeordneten wird verlesen, worin derselbe anzeigt, daß die Kammer sich an die königl. Staatsregierung mit der dringenden Bitte gerichtet habe, in Bezug auf die preußische Drohung die Centralgewalt aufzufordern, nicht zu dulden, daß ein deutscher Staat in ihre Befugnisse eingreife und ihr unverzüglich die ganzen württembergischen Streitkräfte zu Gebote zu stellen. (Bravo.) Der Vorsitzende verkündet hierauf, daß ungefähr 25 Zustimmungsadressen von Bezirks- und Stadtgemeinden, Volksversammlungen, Bürgerwehrvereinen eingelaufen sind. Er führt sie namentlich an. Es befinden sich darunter solche aus Rostock, Königsberg, Frankfurt a. d. O., Hildesheim, Friedberg, Göttingen, Heidelberg, von den 54 Landgemeinden der bayerischen Oberpfalz. Folgende Abgeordnete haben ihren Austritt angezeigt: Scheller aus Frankfurt a. d. O., Rosmann aus Stettin, Giesebrecht aus Stettin, v. Raumer aus Berlin, Plehn aus Marienburg, Röder aus Neustettin, Nizze aus Stralsund, v. Gladis aus Wohlau, Zerssig. Diese Abgeordneten erklären ihre schriftlich abgegebene Austrittsanzeige durch den Umstand, daß die Nationalversammlung ihren Beruf nach ihrer Ansicht erfüllt habe. Alle legalen Mittel zur Durchführung der Verfassung seien erschöpft und die Unterzeichneten wollen sich nicht für gewaltsame Mittel entscheiden. Nach einer Erklärung des interimistischen Reichsministerpräsidenten von Gagern, daß das Ministerium seine Functionen bis zur Bildung eines neuen Ministeriums fortführen werde, und daß Se. kais. Hoheit heute Morgen geäußert, er sei eifrig damit beschäftigt, ein neues Ministerium zu bilden, verliest der Vorsitzende einen Dringlichkeitsantrag des Abg. v. Reden, welcher auf die Emission von Marineanweisungen ziugeht. Der Vorsitzende verliest hierauf eine ihm von Herrn Dr. Löwe übereichte Erklärung des Präsidenten Simson, worin derselbe anzeigt, daß sein sich immer verschlimmernder Zustand ihm die Aussicht benehme, sobald seinem Amte vorstehen zu können, daß er daher sein Amt niedergelegt und der Versammlung für ihr seither erwiesenes Zutrauen danke. — Die Neuwahl des Präsidenten soll morgen vorgenommen werden.

Abg. Raveaux theilt mit, daß er dem Erzherzog-Reichsverweser den gestern erstatteten Bericht überschickt, und daß derselbe in einem heute dem Sprecher zugekommenen Schreiben den Bericht über das mit der Deputation gepflogene Gespräch als getreu anerkannt habe.

Der Vorsitzende verkündet hierauf den Uebergang zur Tagesordnung. Die Majorität des Ausschusses stellt folgende Anträge:

Die Nationalversammlung beschließe:

1) Die Mitglieder der deutschen Reichsversammlung schwören in einer anzuberaumenden feierlichen Sitzung den Eid auf die Verfassung.
2) Der Reichsverweser ist aufzufordern, die Verfassung ebenfalls zu beschwören.
3) Die Regierungen sind aufzufordern, Militär, Bürgerwehr und Beamten auf die Verfassung zu beeidigen.
4) Diejenigen Regierungen, welche sich bereits für die Verfassung erklärt haben, sind aufzufordern, ihre bewaffnete Macht zum Behufe der Bildung eines Reichsheeres der Nat.-Versammlung zur Verfügung zu stellen.
5) Eine neue Deputation von 12 Mitgliedern ist an den Reichsverweser abzusenden, um ihn zu fragen, ob das neue Ministerium bereits gebildet sei. — Bis zum Empfange der Antwort bleibt die Versammlung permanent.

Abg. Wernher von Nierstein erklärt im Namen der Minorität, die sich einfach auf den Boden des organischen Gesetzes vom 28. Juni stelle, daß dieselbe einfach darauf antrage, über die Anträge der Abgg. Wesendonk u. A. zur motivirten Tagesordnung überzugehen. Er erklärt ferner, daß er und mehrere andere Mitglieder des Ausschusses (Waitz, Droysen, Fischer, Stahl und Plathner) in Folge des gestrigen Beschlusses der Majorität des Ausschusses aus demselben ausgetreten sind. Die Discussion wird eröffnet.

Abg. Eisenmann. Jetzt haben Sie die Folgen des Erbkaisers. Wir dürfen uns nicht so schnell von der Bahn der Gesetzlichkeit entfernen; hüten wir uns, den Feinden der Verfassung einen Vorwand zu geben, gegen uns aufzutreten.

Abg. Welcker. Ich bin bereit, für den Antrag der Majorität zu stimmen, wie überhaupt für Alles, was irgendwie zur Durchführung der Verfassung förderlich sein kann. Ich bin auch der Ansicht, daß wir so lange als möglich auf dem gesetzlichen Boden bleiben müssen. Der Redner zeigt hierauf, wie es nothwendig sei, daß man, wenn eine Volkserhebung von Erfolg sein solle, an der Verfassung und an dem Principe des Bundesstaates festhalte. Die Disciplin der gemeinsamen, verfassungsmäßigen Rechtsgrundsätze, die Disciplin des Glaubens müssen die Bewegung leiten.

Abg. Waitz. Wir stehen noch nicht in der Verfassung, sondern vor der Verfassung; das Oberhaupt, der Reichstag, also der Organismus der Verfassung, fehlen; wie kann man sie beschwören? Der Redner erklärt, daß seit dem Beschlusse von gestern seine Hoffnung auf die Durchführung der Verfassung gesunken ist. Nur auf feindliche Weise könnte dies geschehen. Die heutigen Vorschläge können seine Partei zu keiner andern Ansicht bringen. Zwei extreme Parteien streiten jetzt. Keine von diesen extremen Parteien wird siegen; aus dem Kampfe wird das Panier der Verfassung als Zeichen der Versöhnung hervortreten.

Abg. Raveaux. Der einzige Unterschied, welchen ich zwischen der Partei des Vorredners und derjenigen finde, welche für die Verfassung kämpfen will, ist der Mangel an Muth. Sie lassen fort und überlassen das Vaterland und die Verfassung sich selbst. Das sind keine Volksvertreter, sondern Volksverräther. Man trifft militärische Maßregeln. Ich glaube nicht, daß man sobald einen Angriff auf uns beabsichtige; aber wer bürgt uns dafür, daß man jetzt nicht einen Streich gegen jene Staaten vorhat, welche die Verfassung anerkannt haben? Wenn wir nicht vereiden lassen und so lange berathen, bis das Volk der Erhebung müde, matt geworden, dann wird die Reaction in Ruhe ihre Siege feiern und man wird das Unabwendbare über sich ergehen lassen. Der Bürgerkrieg ist da, Deutschland ist entehrt, die Männer, welche für ihre Vaterlandsliebe in Dresden fielen, waren keine kalt berechnenden Verstandesmenschen, sie starben in ihrer Begeisterung für das Vaterland. Auch Herz hat der Mensch neben dem Verstande. Allein es scheint, daß bei gar Vielen dieser Versammlung das Herz gänzlich zu Wasser geworden sei. Sie sehen, daß Sie sich mit Ihren kalten Berechnungen geirrt haben. Hingegen wir haben Ihnen Alles vorausgesagt. Die preußische Regierung fällt bloß durch Gewalt. Nie werden Sie das preußische Heer besiegen, wenn Sie ihm die Verfassung entgegenhalten und sagen wir halten daran fest. (Heiterkeit.) Wir müssen uns in 24 Stunden überzeugen, ob die Centralgewalt mit uns geht oder nicht. Neben uns gehen kann sie nicht. Geht sie nicht mit, so mag sie fallen. (Beifall links.)

Abg. Hermann zeigt, wie die Versammlung gefehlt dadurch, daß sie den Boden der Souveränetät verlassen und angeboten habe, wo man habe ablehnen können. Nach der Ablehnung hätte man aber ein anderes Oberhaupt bestimmen sollen, denn nur ein solches könne die Verfassung legal durchführen. Aber Sie dachten die Frucht der Revolution zu ernten, die Sie veranlaßten. Ich verabscheue solche Mittel. Das einzige Mittel, welches ich kenne, ist, wählen Sie ein anderes Oberhaupt. Dieses wird verfassungsmäßig die Verfassung durchführen. Die provisorische Centralgewalt kann dies nicht als solche. Es muß ein Weg gefunden werden, auf welchem die Regierungen von Preußen, Oesterreich und Bayern ihre Vorschläge vor die Versammlung bringen können, welche alsdann darüber zu entscheiden hat. Der Redner will ein anderes Oberhaupt und zwar den Reichsverweser, welchem einstweilen die Würde eines Oberhauptes übertragen würde. Der nächste Reichstag würde unverzüglich zusammenberufen, er hätte constituirende Gewalt, erhielte die Vorschläge der Regierungen, welche man nicht geradezu annehmen, aber auch nicht ablehnen könne. Der Redner hat einen derartigen Verbesserungsantrag gestellt.

Der Vorsitzende verliest hierauf einen Antrag des Abg. Zell, bis morgen 9 Uhr der Bildung eines neuen Ministeriums entgegenzusehen und dann erst im Sinne der gestrigen Beschlüsse zur Durchführung der Verfassung, weiter zu beschließen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Abg. Zell zieht seinen Antrag zurück.

Abg. Wernher von Nierstein spricht, nachdem ihm die Versammlung, trotz seines Austritts aus dem Ausschusse, das Wort zugestanden, für den Antrag der Minorität. Der Redner wendet sich an die Majorität von gestern, malt ihr die traurigen Folgen, welche ihre gestrigen Beschlüsse bringen könnten, und schließt: Sie machen mit dem Teufel Revolution, und weil Sie mit ihm einen Pact gemacht haben, so wird er Sie holen.

Abg. Hagen aus Heidelberg spricht für den Antrag der Majorität als Berichterstatter.

Abg. Holland nimmt den Antrag des Abgeordneten Zell wieder auf.

Ein zweiter Antrag auf Vertagung der Sitzung von demselben Abgeordneten wird angenommen.

Eine Interpellation des Abg. Simon aus Trier wird für dringlich anerkannt. Der Abg. fragt, ob es wahr sei, daß vergangene Nacht zwei Schwadronen österreichische Cavallerie und zwei österreichische Batterien in Frankfurt angekommen, zu welchem Zweck sie in der Umgebung stationirt sind, und ob es wahr ist, daß das Tragen von Waffen und Abzeichen verboten worden sei.

v. Gagern: Ich kann die Frage nicht so ausführlich beantworten, als ersemals, da mir die Kenntniß der Thatsache fehlt. Ich weiß nur, daß die österreichischen Executionstruppen wieder aus Homburg abgegangen sind. Ich werde die Interpellation dem Herrn Kriegsminister übergeben, der sie morgen beantworten wird. Ein Verbot von Abzeichen ist vom Ministerium nicht ausgegangen.

Schließlich zeigt der Vorsitzende noch den Austritt des Abg. Detmold aus Hannover aus der Nationalversammlung, dann den Austritt der oben erwähnten Abgeordneten aus dem Dreißigerausschusse an. Die Sitzung wird um 3 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung morgen Samstag den 12 Mai Morgens 9 Uhr.

Schleswig-holsteinisch: Angelegenheiten.

Aus dem nördlichen Schleswig, 7. Mai. Unsere letzte wichtige Nachricht vom Einrücken der Reichstruppen in Jütland ist authentisch. Prittwitz und Bonin werden gemeinsam mit einander operiren. Man rückt gleichzeitig gegen Veile und Fridericia vor. Was man mit letztgenannter Festung beabsichtigt, ist uns zwar bekannt, allein wir halten uns nicht berechtigt, etwas darüber zu veröffentlichen. Vorläufig bildet eine hinlängliche Anzahl Reichstruppen die Verbindungskette zwischen der Armee in Jütland und im Sundewitt. Die Dänen sollen bei Veile 19 Escadronen Cavallerie stehen haben, wir haben deren 40; auch unsere Artillerie ist der dänischen bei Weitem überlegen. Von dem Muth, der Streitlust der Unsrigen zu reden, halten wir überflüssig. General v. Prittwitz hat an die Jütländer eine Proclamation erlassen, in welcher er ihnen den bevorstehenden Einmarsch der deutschen Reichstruppen in Jütland ankündigt, sie des Schutzes ihres Eigenthums und ihrer Personen versichert und die bevorstehende Occupation von Jütland als eine Maßregel bezeichnet, welche dazu bestimmt sei, den Ersatz der von Dänemark aufgebrachten Schiffe und ihrer Ladungen zu sichern.

Schleswig, 8. Mai. Abermals Sieg! Hier ist folgende Bekanntmachung erschienen: „Nach soeben aus dem Hauptquartier eingegangenen Nachrichten hat der General Bonin mit unsern Truppen am gestrigen Tage, 9 Uhr Morgens, den Feind zwischen Bjert und Gudsoe angegriffen und ihn nach siebenstündigem Gefecht aus allen seinen Stellungen zurückgeworfen, der Brückenkopf von Snezhoi ist von der Avantgarde genommen und die Armee hat Bivouacs auf Kanonenschußweite von Fridericia genommen. Das vom Feinde besonders hartnäckig vertheidigte Dorf Gudsoe ist von demselben zur Deckung seines Rückzuges angezündet worden und großentheils abgebrannt. Sämmtliche Truppen haben sich brav und zur Zufriedenheit des Generals benommen. Unser Verlust läßt sich noch nicht übersehen, ist aber bei weitem geringer als am 23. v. M. bei Kolding. — Die preußischen Truppen sind gleichfalls unter lebhaftem Gefecht gegen Veile vorgedrungen und haben nach späteren, jedoch weniger authentischen Nachrichten, diese Stadt besetzt. Gottorf, den 8. Mai 1849. Das Departement des Kriegswesens. Jacobsen."

Die Dänen sollen bei Bjert und Gudsoe 16 bis 18 Bataillons stark gewesen sein. Baron Heintze von den Schleswig-Holsteinern ist verwundet. Wahrscheinlich wird Fridericia noch heute beschossen und gestürmt; es werden an diesem Angriffe auch die Bayern und Hessen Theil nehmen. Die von den Schleswig-Holsteinern geworfene dänische Armee, die sich nach Fridericia gerettet, ist abgeschnitten und kann sie bei dem anhaltenden Ostwinde nicht auf Schiffen fortkommen, so wird sie, wenn Fridericia übergeben werden muß, gefangen genommen werden.

Von der Königsau, 7. Mai. Seit diesem Morgen ist man in vollem Kampf begriffen. Der linke Flügel, der von der schleswig-holsteinischen Armee gebildet wird, ist im eiligen Anrücken gegen Fridericia, von wo sie bei Abgang des letzten Boten aus Kolding diesen Nachmittag nur noch eine halbe Meile entfernt stand. Das Dorf Gudsoe, ungefähr auf der Hälfte des Weges zwischen Kolding und Fridericia, steht in Flammen, außerdem eine Menge einzelner Bauernhöfe, worin die Dänen versuchten Posto zu fassen. Verwundete werden ständlich in Kolding eingebracht; allein liegt auch der Schmerz und Trauer in der einen Wagschale — es liegt der Sieg der Schleswig-Holsteiner am 7. Mai in der andern. Das aus Bayern bestehende Centrum steht zum augenblicklichen Ausmarsch in und um Kolding, ist aber bis zur Stunde noch nicht in Anspruch genommen. Die Preußen auf dem linken Flügel sind gegen Veile marschirt. Wie es mit Fridericia geworden, davon hatten wir bei Abgang der Post noch keine sichere Kunde. Jedenfalls möchte es den Dänen unmöglich werden, von dort zu entkommen, denn ein heftiger Ostwind, in Verbindung mit widriger Strömung, macht es in diesem Augenblick unmöglich, von dort an ein Entkommen seewärts zu denken. Morgen erwartet man bei Veile den Angriff gegen 20 dänische Cavallerieescadrons. (Börsh.)

Aus Nordschleswig, 5. Mai. Die Auswechselung unserer bei Kolding in dänische Gefangenschaft gerathenen Soldaten (ob aller weiß ich nicht genau) so wie des Dr. Wachs vom 1. Jägercorps ist bereits vor sich gegangen. Die Behandlung, welche sie von Seiten der dänischen Militärbehörden erfuhren, wird im Allgemeinen von ihnen belobt. Ihre Verpflegung bestritten sie aus eigener Tasche. Besonders freundlich und gutmüthig bezeigten sich die gemeinen Soldaten gegen sie; gleich nach der Schlacht, auf dem Rückzug nach Fridericia, der unaufhaltsam 2 Stunden anhielt, theilerten sich diese rohen aber braven Dorfkinder, mit den ihnen so schwarz geschilderten Insurgenten Lebensmittel und Feldflaschen zu theilen. Dagegen verwarf sich der dänische Obergeneral v. Bülow, als er unerkannt, ohne Abzeichen in einen groben Mantel und dergleichen Mütze gehüllt, Gefangenen gegenüberstand, einem derselben, der eine Pfeife rauchte, weiterend eine Maulschelle zu geben. Der Zug der Gefangenen ging über Fühnen und Seeland nach Kopenhagen, durchaus unbelästigt von Seiten der Landbevölkerung; nur in den Städten, die sie passirten und wo sie oft stundenlang auf freier Straße zubringen mußten, nur in diesen künstlichen Feueressen des dänischen Nationalhasses, wurde ihnen die Gelegenheit geboten, die ganze Bitterkeit des Looses zu empfinden. Doch hielt Mannesbewußtsein und die Gewißheit des bei Kolding errungenen Sieges sie aufrecht. In Dänemarks scheinglänzender Hauptstadt spie die laute rohe und selbst der rosige Damenmund vor ihnen aus: ihre Rache bestand in einem artigen militärischen Gruß. (N. Z.)

Deutschland.

Y Frankfurt, 11. Mai. In der heutigen Beilage der „O.P.A.Z." findet sich eine Erklärung des Herrn Arnold Ruge, worin sich derselbe den Titel eines Abgeordneten für Breslau beilegt. Es war uns unbekannt, daß von der Regel, daß Titel ohne ein Amt abgeschafft seien, der Titel „Abgeordneter" eine Ausnahme machte, auch wissen wir nicht, ob Herr Ruge sich durch die Beilegung dieses Titels etwa die den Abgeordneten durch das Reichsgesetz vom 10. October 1848 zugestandene Unverletzlichkeit in diesen schlimmen Zeiten sichern wollte: aber so viel wissen wir, daß Herr Ruge durch Beschluß der Nationalversammlung vom 10. November 1848 aufgehört hat, Mitglied derselben zu sein.

† **Wien**, 8. Mai. Schon gestern Mittag ging kein Train mehr nach Ordenburg ab, wiewohl ein Abendblatt das Gegentheil versicherte, doch hat es sich bis jetzt noch nicht bestätigt, daß die Ungarn Ordenburg besetzt haben. Auch will man ungarischen Vorposten bereits in Wienerisch-Neustadt gesehen haben; ein Reisender jedoch, der diesen Morgen von daher angelangt ist, versichert, daß dort Alles ruhig sei und man auch nichts von der Besetzung Ordenburgs wisse. Die „Wiener Zeitung" widerspricht der Besetzung offiziell — Außer dem Einmarsch von 4000 Russen in Krakau, welche einen Theil der aus 17,000 Mann bestehenden Avantgarde bilden, hat man nirgends von denselben eine Spur, was fortwährend zu den verschiedensten Verwuthungen Anlaß gibt. — Nachdem in Madowice am 2. d. sich russische Quartiermacher angesagt waren, traf am 4 ganz unvermuthet die Absagung vom Einmarsche russischer Truppen in 2 Colonnen zu 15,000 Mann ein, ohne daß man Näheres hierüber erfahren konnte, ob, wann und in welcher Richtung die daselbst zum Durchmarsch bestimmte russische Heeresabtheilung passiren würde. Ein Reisender, der am 4. Nachmittags Madowice verlassen hatte, versichert auf der ganzen Strecke keinen einzigen Russen gesehen zu haben. Man erfährt auf Privatweg, daß die Ungarn in Madern zwischen Tyrnau und Preßburg ständen, was allerdings seltsam mit der gestern Abend vom „Lloyd" mitgetheilten Nachricht aus Preßburg vom 5. d. contrastirt, „daß die Ungarn durch unsere Truppen verhindert, trotz aller Anstrengung den Waagfluß nicht passiren konnten, um sich nach Tyrnau durchzuschlagen." — In Preßburg erschien die Bevölkerung durch gefällte Strafurtheile von ungemeiner Strenge terrorisirt. So wurde der ungarische Student Karl Kapunyak, 17 Jahre alt, wegen einer aufreizenden Stelle in einem Briefe zu zweijährigem Kerker verurtheilt. Dieselbe Strafe wurde dem bürgerlichen Schiffomeister J. Heydl wegen Verbreitung falscher Nachrichten zuerkannt. — Der serbische Patriarch fordert eine zu diesem Ende niedergesetzte Commission des Nationalcomites auf, ein Preßgesetz für die Wojwodina alsbald zu verfassen.

Die Magyaren scheinen in den Besitz des ganzen Banats gelangt zu sein. Dem soll in der Gegend von Orsowa und Mehadia stehen, um das Vorrücken der Puchnerschen Truppen nach dem Banate zu verhindern. — Feldmarschalllieutenant Rukovina hat in den deutschen Gemeinden im Banate eine Rekrutirung angeordnet, der sich aber die Deutschen widersetzten und endlich ihre Rekruten den Magyaren schickten, welchen sie überhaupt allen möglichen Vorschub leisten. — In Orsavica (im Banat) haben die Deutschen, als sie von den magyarischen Siegen hörten, die kaiserliche Fahne zerrissen, die ungarische Tricolore aufgepflanzt und den magyarischen Stuhlrichter Velitzay im Triumphe auf den Armen durch die Ortschaft getragen. — F. J. P. Welden fährt fort, Verstärkungen an sich zu ziehen, wodurch seine Armee wieder auf 50—60,000 M. angewachsen ist. Die russische Heeresmacht, die trotz aller Gerüchte von Contreordres unzweifelhaft heranrücken wird und auf mehr als 100,000 Mann angegeben ist, dürfte nicht vor 14 Tagen vollkommen concentrirt sein. Es steht nun zu erwarten, ob die Ungarn in der Zwischenzeit im Stande sein werden, einen Coup auszuführen. — Man vermuthet, daß Görgey dem F.M.L. Vegel, der aus Galizien in Ungarn einbrechen sollte, entgegengegangen sei.

♂ **Berlin**, 7. Mai. Der Wahlmodus, nach welchem unsere neue zweite Kammer ins Leben gerufen werden soll, bildet jetzt hier den Mittelpunkt aller politischen Discussionen. Darüber ist man im Allgemeinen (höchstens die Stockdemokraten ausgenommen) einverstanden, daß eine Aenderung des bisherigen allgemeinen Stimmrechts sich als Bedürfniß herausgestellt hat. Man hat begriffen, daß die unbeschränkte und gleichmäßige Betheiligung Aller an der Wahl nothwendig eine Beeinträchtigung der Intelligenz, der Denkenden und zwar selbstständig Urtheilenden, durch die bloße Kopfzahl, die gedankenlose und daher unselbstständige Masse ist. Da nun die selbstbewußten Parteien darauf angewiesen sind, sich dieser Unselbstständigkeit zu bemächtigen und sie zu mißbrauchen, so leitet also das allgemeine Stimmrecht nothwendig auf die Corruption und damit auf die gänzliche Demoralisation des Volkes hin. Ja, wollte man selbst das Unbenbare voraussetzen und annehmen, daß die Rechtlichkeit der Gebildeten und die Uneigennützigkeit der Ungebildeten groß genug sei, um Bestechungen jeder Art zu verhindern, so läge doch eine fast eben so große Gefahr in den unvermeidlichen Mißgriffen, welche die weit überwiegende Zahl der Urtheilslosen bei ihren Wahlen unzweifelhaft begehen wird. Von dieser Ueberzeugung geleitet, war man hier Anfangs Willens, das Wort „selbstständig", welches zu definiren das Ministerium (wie in seinem Circularschreiben vom 12. Dec. v. J. ausgesprochen) sich damals nicht für befugt gehalten, jetzt, da auch die Definitien durch die Kammern nicht gegeben sei, interimistisch selbst zu interpretiren. Man hatte sich über diese Interpretation auch bereits geeinigt. Nach reiflicher Erwägung jedoch ist diese Idee jetzt gänzlich aufgegeben worden. Man wird es bei der früherhin acceptirten, umfassendsten Auslegung des Wortes „selbstständig" belassen und sich lediglich darauf beschränken, verschiedene Urwählerkreise durch eine Absonderung nach bestimmten Kategorien oder Klassen herzustellen. Diese Eintheilung soll in der Art geschehen, wie sie bereits in der Anmerkung zu Art. 67 der Verfassungsurkunde vom 5. Dec. vorgesehen und angedeutet ist. Jeder Urwählerbezirk nämlich umfaßt 750 Seelen und hat wenigstens 3 Wahlmänner zu wählen. Die Wählerzahl für je einen Wahlmann wird aber in folgender Weise bestimmt. Die Ortsbehörden haben Listen zu entwerfen, in welchen die Steuerzahlungen jedes einzelnen Urwählers verzeichnet sind. Wo diese sich nicht direct bestimmen lassen, wie etwa in Städten, wo Mehl-, Schlachtsteuer ꝛc. besteht, da gibt entweder das feste Einkommen, Miethsteuer u. dgl. den Maßstab, oder es muß für jeden Einzelnen eine fingirte Einkommensteuer entworfen werden, und zwar entweder nach seinen eigenen Angaben, oder nach ungefähren obrigkeitlichen Abschätzungen. Um diese letzteren zu berichtigen, sollen die Abschätzungen öffentlich ausgelegt und Jedem freigestellt werden, innerhalb einer bestimmten Frist seine Reclamationen anzubringen. Ist nun auf diese Weise der Steuerbetrag jedes Urwählers festgestellt worden, so werden die einzelnen Quoten sämmtlicher Wahlbezirksgenossen summirt und (da der Bezirk 3 Wahlmänner zu wählen hat) durch 3 dividirt. Die hierdurch gewonnene Zahl wird als Norm festgehalten, und alle diejenigen Urwähler wählten immer gemeinschaftlich einen Wahlmann, deren Steuerbeiträge, wenn man sie nach der Reihenfolge ihrer Größe von oben herunter addirt, zusammen diese Normalsumme ausmachen. — Nach dieser Grundidee soll gegenwärtig unser altes Wahlgesetz weiter ausgeführt werden, und es steht zu erwarten, daß es hiernach als den Anforderungen der Billigkeit und Zweckmäßigkeit gleich entsprechend befunden werden wird. Freilich dürfte die höchst zeitraubende Anfertigung der Listen die Ausführung der Wahlen in der vom Gesetz geforderten kurzen Frist kaum möglich machen. — Ueberdies haben sich auch Stimmen gegen die öffentliche und gemeinschaftliche Stimmenabgabe in einer Versammlung erhoben und vorgeschlagen, es möchte ein unter obrigkeitlicher Aufsicht ernanntes Bureau an einem bestimmten Orte mehrere Tage hintereinander bereit sitzen, um die Stimmen, je nach dem Willen des Stimmenden, öffentlich oder geheim entgegenzunehmen. Da jedoch das Feststellen an der absoluten Majorität diese Art der Abstimmungen sehr in die Länge ziehen könnte, so solle in zweifelhaften Fällen bei dem zweiten Male schon die relative Majorität entscheidend sein. Ob aber diese letzte Modalität überhaupt ins Leben treten, oder ob man es bei den früheren Wahlversammlungen belassen wird, ist noch ungewiß. So eben erfahre ich aus guter Quelle, daß bei Wetzlar, Koblenz und Kreuznach drei mobile Divisionen (also schon eine ziemlich imposante Macht) zusammengezogen werden. Unsere nach Dresden abgesandten Truppen haben sich trefflich gehalten und sind, wie die heute eingegangenen Nachrichten versichern, im Begriff, den dortigen Aufstand radical zu dämpfen. In dem gänzlich cernirten Theile der Stadt, der noch von den Aufständigen behauptet wird, sollen sich auch unsere ehemaligen Deputirten d'Ester und Schramm befinden. Die Parallele mit Blum und Fröbel liegt nahe. Die Eingeschlossenen haben den Truppen eine Capitulation angeboten, in der sie sich nur die Anerkennung der Reichsverfassung vorbehalten wollten. Die militärischen Führer haben aber von Bedingungen nichts wissen wollen, sondern Unterwerfung auf Gnade und Ungnade verlangt.

Düsseldorf, 9. Mai. Zum dritten Male hat man dem früheren Abgeordneten Scherer alle Fenster demolirt! Pflastersteine flogen durch dieselben, und wurden Schimpfworte gegen den „Volksverräther" ꝛc. ausgestoßen, dabei aber die „wahre Freiheit" hoch leben gelassen! Es gingen zwar von Viertelstunde zu Viertelstunde Patrouillen auch an diesem Hause vorbei, dennoch wußten diese Freiheitsmänner den rechten Zeitpunkt zu ihrer Demonstration abzupassen. Scherer hatte bereits Nachmittags, durch das Wiederholen dieser Besuche veranlaßt, sein Haus mit Familie und den wichtigsten Besitzthümern verlassen und sich nach seiner Heimat Fischeln, bei Crefeld, zurückgezogen; auch das todte Gestein mußte büßen für das Unrecht, einen constitutionellen Eigenthümer zu haben. Wohin soll es kommen, wenn solche Freiheit die Oberhand gewinnt? — An allen Ecken sind die Beschlüsse der Gemeindevererdneten der Rheinlande, jedoch ohne Unterschriften, angeschlagen.

Düsseldorf, 9. Mai, 11½ Uhr. Eben gehen zwei Compagnien des 2. Bataillons 16. Infanterieregiments mit dem Bahnzuge nach Elberfeld, nachdem heute Morgen bereits 2 Stück Geschütz auf gleiche Weise dorthin befördert worden sind. Die Aufregung und weiteren Unruhen daselbst sollen einen hohen Grad erreicht haben; doch sind die deßfalls hier circulirenden Gerüchte zu widersprechend, als daß denselben unbedingter Glaube zu schenken wäre. Auf der andern Seite heißt es, es seien über 20,000 Mann Landwehr und Bürgerwehr aus Elberfeld und Umgegend, selbst durch Zuzug aus Iserlohn, Solingen, Mülheim a. d. Ruhr ꝛc. verstärkt, in Elberfeld, um jeden Zuzug von Militär von vorn herein, ehe es nach diesem Orte kommen könnte, abzuhalten; sie sollen mit Gewehren und Munition reichlich versehen und sogar im Besitze von sechs Stück Geschütz sein, welche die Elberfelder Kaufleute gegen die Demokraten angeschafft, aber nun zur Disposition gestellt hätten. Andererseits kamen einige Passagiere von Elberfeld mit einem Extrazuge, welche behaupteten, es sei Alles wieder ruhig, die Bürgerwehr sei Herr der unruhigen Menge geblieben. Dessungeachtet zog das Commando nach Elberfeld. — Heute Morgen kam ein Bataillon des 17. Regiments hier durch und ging nach der Ruhr, wo es auch sehr unruhig aussehen soll. Von der Einleitung der hiesigen Landwehrcompagnie erfährt man nichts Näheres, als daß sich nur 15 Mann, meist Avancirte, gestellt, die Uebrigen aber sich geweigert hätten, sich einkleiden zu lassen, was auf der Casernenstraße großen Zusammenlauf veranlaßt. Um 12 Uhr marschirten die beiden noch zurückgebliebenen Compagnien der Sechzehner mit klingendem Spiel nach der Eisenbahn und wurden ebenfalls nach Elberfeld abgesendet. Die Gerüchte über den dort diese Truppen erwartenden Widerstand vermehren sich; so heißt es, die Landwehr sei schon bis Vohwinkel vorgerückt, um sich dem Ankommen der Truppen zu widersetzen. Sie hätte auch Brandspritzen mit Vitriolöl gefüllt bei sich und wollte erst freundlich die Truppen zur Rückkehr ersuchen, dann aber, wenn dieses nicht erfolge,

das Vordringen mit allen Mitteln zurückschlagen. Auch 500 Bauern seien zu Pferd in Elberfeld eingerückt, um gegen das Militär anzurücken. Dagegen heißt es von der andern Seite, daß von Oesel aus direct eine Batterie von 6 Geschützen nach Elberfeld beordert sei, so daß also acht Feuerschlünde bereit ständen, wodurch es wohl hoffentlich zu einem Widerstande Seitens der Landwehr nicht kommen würde.

Düsseldorf, 9. Mai, 11 Uhr Abends. Nachdem heute Nachmittags mehrere der hiesigen Chefs unseres vorigjährigen Skandals beschlossen hatten, keinen weiteren Zuzug von Truppen auf der Elberfelder Bahn zu dulden, entstand alsbald große Aufregung. Eine ungeheure Menschenmenge wälzte sich unter fürchterlichem Geheul und Gesang durch die Straßen, eine rothe Fahne voran, und ließ die rothe Republik hoch leben; auch brachte sie dem Regierungspräsidenten und dem Staatsprocurator v. Ammon I. so bedrohliche Katzenmusiken, daß Letzterer sich genöthigt sah, polizeilichen Beistand zu requiriren; von da zog die Masse nach dem Elberfelder Bahnhofe; inzwischen wurde von den hier noch befindlichen Truppen Allarm geblasen, und das nach Elberfeld bestimmte Detaschement zog nach dem Bahnhofe, wo es mit furchtbarem Hah empfangen wurde und man ihm den Zugang zu demselben streitig machen wollte; eine Salve von circa 15 Schüssen zerstreute alsbald die Massen, die sich in die innere Stadt zurückzogen und alsbald Barrikaden zu errichten begannen und bis diesen Augenblick die sämmtlichen Glocken als Signal des Aufstandes zogen. In das Innere der Stadt zu kommen, ist unmöglich; nur die Karlsstadt, die Alleestraße und der Steinweg sind verhältnißmäßig ruhig; starke Cavalleriepatrouillen sieht man auf und ab ziehen, Infanterie und Artillerie haben den Karlsplatz besetzt, und an verschiedenen Stellen hört man Salven in den Straßen nebst ungeheurem Geschrei. — Das gegen 4 Uhr von Köln hier eingetroffene Füsilierbataillon des 16. Regiments nebst einer halben Batterie zog nach kurzer Rast nach Gladbach und Rheydt, weil man auch dort einen Aufstand und Zerstörung der Maschinen befürchtet.

Düsseldorf, 10. Mai, halb 8 Uhr Morgens. Die ganze Nacht tönten alle Glocken; Gewehrsalven, selbst Kanonenschüsse wurden bis 4 Uhr gehört. Die Bolkerstraße ist durch umgestürzte Karren und die Pferdewagen der Dampfschiffe, die mit Steinen gefüllt sind, ziemlich stark und vielfältig verbarrikadirt. Die Barrikaden wurden alle von den Truppen genommen, und werden dieselben jetzt wieder abgebrochen. Man nennt 15 Todte auf Seiten der Bürger, worunter mehrere, die bloß zufällig sich auf der Straße befanden, so der Spediteur Hartmann, der Fuhrmann Schwieger und ein Reisender, der, den Reisesack in der Hand, über den Markt ging, um den „Mainzer Hof" zu erreichen. Auf Seiten des Militärs sollen etwa 2 bis 3 Todte sein, darunter auch der Adjutant des Generals Ehlebus, dem selbst das Pferd unter dem Leibe erschossen wurde, und welcher beinahe in die Hände der Barrikadenbauer fiel. Unter diesen wird auch ein junger Pole genannt, wie überhaupt mehrere fremde Personen sehr thätig gewesen sein sollen. Es wurden viele Verhaftungen vorgenommen. Noch sind die meisten Straßen der innern Stadt abgesperrt durch Militär, und wird Zuzug von Truppen erwartet. (K. Z.)

ǂ **Düsseldorf**, 10. Mai, 7 Uhr Morgens. Wir haben eine schreckliche Nacht erlebt. In unserer Stadt ist gestern Abend der Kampf zwischen Bürger und Militär ausgebrochen. Große Haufen durchzogen von 8 Uhr an die Straßen, schlugen an mehreren Häusern die Fenster ein, ließen die Republik leben und insultirten einzelne Soldaten. Der Generalmarsch ertönte und alsobald erschien Infanterie in den Straßen; auf den öffentlichen Plätzen stellte sich die Cavallerie auf und Geschütz wurde aufgefahren. Gegen halb 10 Uhr wurde in der Bolkerstraße Feuer commandirt und es erfolgte ein dreimaliges Peletonfeuer; viele der Soldaten müssen in die Luft geschossen haben, denn man konnte lange nicht erfahren, ob Jemand geblieben oder verwundet sei; indessen gab es doch, wie man später erfuhr, Todte. Man sagt, ein auf die Soldaten geworfener Stein habe zu dem Feuern Veranlassung gegeben. Alsobald ergriff die Volksmasse eine unbegrenzte Wuth; im Nu waren alle Häuser erleuchtet, das Pflaster wieder aufgerissen und allenthalben Barrikaden errichtet. Die Sturmglocken ertönten die ganze Nacht und luden die Umgegend zur Theilnahme am Kampfe ein; jedoch ist bis jetzt Niemand erschienen. Gegen 12 Uhr richtete das Militär Kartätschenfeuer gegen die Barrikaden; viele Häuser sind schwer beschädigt. Acht Menschen sind geblieben, darunter auch eine Pole, Namens Milewski; auch viele Soldaten sind schwer verwundet. Bis jetzt ist das Militär, das im Ganzen die Oberhand hat, noch immer mit Wegräumen der Barrikaden beschäftigt; deren fortwährend neue errichtet werden. Das Militär hat soeben Verstärkung erhalten durch Truppentheile, welche gestern nach der andern Rheinseite abgingen, weil dort Unruhen ausgebrochen, aber in der Nacht zurückberufen worden. Von Elberfeld, wo der Kampf seit gestern begonnen und die Sache des Volkes Fortschritte macht, gehen jeden Augenblick Requisitionen um neue Truppensendungen ein; doch erlaubt es die Lage der Stadt nicht, denselben zu entsprechen. Auch werden verwundete Soldaten von dorther ins hiesige Lazareth gebracht. Soeben erfahren wir auf das Bestimmteste, daß der Hauptmann v. Ittenbach vom 16 Infanterieregiment in Elberfeld erschossen worden ist. — Die Thore unserer Stadt sind militärisch besetzt und es wird Niemand eingelassen; auch in der Stadt ist es nur in Begleitung eines Soldaten gestattet, von einem Hause zum andern zu gehen. Es scheint, daß die ganze Bewegung verabredet gewesen, um das Militär durch kleine Tumulte hier festzuhalten und dadurch neue Truppensendungen nach Elberfeld unmöglich zu machen. Man erwartet jeden Augenblick, daß die Stadt in Belagerungszustand versetzt werde.

Crefeld, 9. Mai. Gestern Abend hat hier wiederum eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung der Landwehr stattgefunden, welche würdig und ruhig abgelaufen ist. Die Landwehr hat in den bestimmtesten Ausdrücken ihren früheren Beschluß erneuert, der Einberufung des Ministeriums Brandenburg nicht Folge zu leisten, und hinzugefügt, nöthigenfalls der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen. Für den Fall eines Conflicts mit dem Militär sollen schon hier und da Vorbereitungen getroffen werden und bewaffnete Zuzüge aus den benachbarten Ortschaften zu erwarten sein. Die gestern gefaßten Beschlüsse sind durch eine Deputation der achtbarsten Landwehrmänner den Behörden mitgetheilt worden. Deputationen aus der Nachbarschaft wohnten der Versammlung bei und erklärten sich sammt und sonders bereit, den Beschlüssen der letztern beizutreten. — So eben geht die heutige Sitzung des Gemeinderaths zu Ende und in Folge derselben eine Deputation von drei Gemeindeverordneten unmittelbar nach Düsseldorf, um die Regierung von der bedrohlichen Lage der Stadt in Kenntniß zu setzen, und vor den Conflicten zu warnen, welche eine zwangsweise Einkleidung der Landwehr hier zur Folge haben würde. — In allen Kreisen ist man hier auf's Höchste indignirt, daß durch die vorgestrige Unbeschlußfähigkeit des Gemeinderaths Crefeld in der gestrigen Versammlung zu Köln nicht vertreten war. Die Beschlüsse des letztern finden hier den ungetheiltesten Anklang.

Münster, 9. Mai. Heute in aller Frühe brach eine Compagnie des 13. Infanterieregiments und ein Commando von ungefähr 30 Ulanen von hier nach Warendorf auf, wo die Landwehr die Einkleidung verweigert und sich eine große Volksmasse zur Unterstützung des Widerstandes der Landwehr versammelt haben soll. — Auch hier wurde in einer gestrigen Volksversammlung entschieden zum Widerstande gegen die Einkleidung aufgefordert. — Nach der Versicherung mehrerer Deputirten zum heutigen westphälischen Congreß ist der Widerstand gegen die Einberufung der Landwehr überall beschlossen. Sehr bedeutungsvoll wird die Haltung Münsters, da nach den Versicherungen eben dieser Deputirten alle westphälischen Gemeinden darauf hinblicken. Auch hier wird eine Compagnie Landwehr zusammengezogen. Zwar ist die Gährung groß, wir glauben jedoch nicht an einen offenen Widerstand. (K. Z.)

München, 9. Mai. Die Abordnung eines außerordentlichen Regierungscommissärs in die Pfalz unterbleibt; wenigstens trat der zu dieser Mission bestimmt gewesene Justizministerialrath Melitor vorerst nicht dahin ab, und es scheint, man wolle die Herstellung des gesetzlichen Zustandes in jener Provinz dem Reichscommissär überlassen und vorderhand die Erfolge seines Auftretens abwarten. (A. Z.)

Auf die von Seiten der preußischen Regierung an die übrigen deutschen Regierungen ergangene Einladung, zu einem Uebereinkommen über die deutsche Verfassung nach Berlin Bevollmächtigte zu schicken, ist, der „Neuen Münchner Zeitung" zufolge, von Seite der bayerischen Regierung der dortige bayerische Gesandte, Graf Lerchenfeld-Köfering, mit den hierzu nöthigen Instructionen beauftragt worden. Diese Instructionen sind auf das Programm der großdeutschen Partei in Frankfurt begründet, „mit welcher die Regierung den alten Bund nicht mehr will, sondern eine Neugestaltung desselben, welche Deutschlands Größe nach Außen und dessen freieste Entwicklung im Innern bedingt, mit einem Volks- und Staatenhause." Die „Neue Münchner Zeitung" versichert zugleich, daß im Ministerium gegenüber der deutschen Reichsverfassung Einigkeit herrsche: ne so, wie sie ist, nicht anzuerkennen.

Wie wir vernehmen hat Hr. Mathy, der bekanntlich als Reichscommissär hierher gesendet war, diesen Morgen die Rückreise von hier nach Frankfurt wieder angetreten. Gestern Abend spät sollen ihm noch Briefe aus Frankfurt zugekommen sein, welche seine eilige Rückreise bestimmt haben sollen.

Die Kreisdirection zu **Dresden** hat am 7. Mai folgenden **Steckbrief gegen die drei Mitglieder der provisorischen Regierung** erlassen: „Da der Advocat Samuel Erdmann Tzschirner, der geheime Regierungsrath Karl Todt und der Kreisamtmann Otto Leonhard Heubner wegen des von ihnen begangenen Verbrechens, sich als provisorische Regierung des Königreichs Sachsen zu constituiren, zur Untersuchung und zur Bestrafung zu ziehen sind, so werden alle Polizeibehörden andurch angewiesen, auf die obengenannten Personen Acht zu haben, dieselben bei deren Betretung zu verhaften und an das königliche Gouvernement zu Dresden, welches zur vorläufigen Annahme derselben bestimmt ist, unter genügender Bedeckung einzuliefern."

Von mehreren Seiten wird bestätigt, daß bei dem Brande im Zwinger die kostbare Kupferstichsammlung gerettet, das Naturaliencabinet aber ein Raub der Flammen geworden sei.

*** **Leipzig**, 10. Mai. Dr. Bertling, Stadtverordneter und Mitglied der aufgelösten Ständeversammlung, ist gestern vom Criminalgericht verhaftet worden; nach Einigen, weil er in der Montagssitzung der Stadtverordneten einen Antrag auf Anerkennung der sogenannten provisorischen Regierung gestellt hatte (womit er indeß ebenjoseyn in der Minorität blieb, als Brockhaus mit einem Gegenantrag auf Ausschließung des Antragstellers aus dem Collegium), nach Anderen, weil Bertling von jener Regierung als Commissär für Leipzig beauftragt gewesen sein soll. Der Rücktritt des Bürgermeister Klinger war eine Folge der ebenso heftigen als gerechten Vorwürfe, welche die ältesten und angesehensten Bürger ihm darüber machten, daß er die Tumultuanten der Nacht vom 6. zum 7. durch Friedensverhandlungen und Versprechung bedeutender Geldsummen zum Abzug zu bewegen versucht hat. — Die Uebergabe Dresdens und selbst der über die Stadt verhängte Belagerungszustand wird hier als ein längst vorhergesehenes und unvermeidliches Ereigniß fast allgemein ruhig hingenommen. Nur die Beschießung der Schwesterstadt und die gänzliche Zerstörung ihrer Pracht und der reichen Kunstschätze wurde ängstlich befürchtet. Die Capitulation hat auch diese Besorgniß gehoben. Mit tiefem Schmerz erfüllt dagegen jeden wahren Freund der deutschen Sache die unleugbare Thatsache, daß die Erhebung zu Gunsten der Reichsverfassung in Sachsen so schnell mit den fremdartigsten und verderblichsten Elementen vermischt und durch sie getrübt worden ist. Die schlechtesten, sich selber so nennenden, Volksmänner bemächtigten sich der erregten Massen und benutzten die Bewegung für ihre republikanischen und socialen Schwärmereien das. Aller Krankheitsstoff, welcher sich in unsern politischen und selbst städtischen Zuständen angehäuft hatte, kam daher zum Ausbruch und würde den Staat unfehlbar vernichtet haben, wenn nicht die legitime Regierung mit starker Hand die geeigneten Gegenmaßregeln ergriffen hätte. Diese Anerkennung wird eine leidenschaftslose Beurtheilung dem gegenwärtigen Ministerium nicht versagen können. Freilich ist jetzt die allgemeine Aufmerksamkeit zunächst unserem engeren Vaterlande zugewendet; daß indeß die warme, begeisterte Theilnahme für Deutschlands Geschicke nicht erlischt, sondern nur von den Schlacken geläutert und so gekräftigt worden ist, dies, hoffen wir, wird die nächste Zukunft an den Tag legen.

Mannheim, 11. Mai. Am gestrigen Abend war Ludwigshafen der Schauplatz folgenden Ereignisses. Bekanntlich befand sich noch eine bayerische Brückenbesatzung in Ludwigshafen, deren Stärke auf 50 Mann angegeben wird. Um nun diesen Posten, der eine für alle Fälle wichtige Position bildet, zur rechten Zeit in Besitz der Landesvertheidiger der Pfalz zu bringen, erschienen gestern Abend aus den zunächstgelegenen Orten Rheinhessens, besonders aus Worms, bewaffnete Zuzüge von Bürgerwehren, und trafen zur angegebenen Zeit, nachdem sie sich durch die Frankenthaler und die Bürgerwehr der umliegenden pfälzischen Dörfer verstärkt hatten, an den sogenannten Hemshöfen, nahe bei Ludwigshafen, ein. Sie erschienen in drei Colonnen, faßten später auf dem Bahnhof selbst und an dem Hafen Posto, formirten daselbst mehrere Angriffscolonnen und rückten plötzlich unter Trommelschlag in Ludwigshafen ein. Die Besatzung, durchgängig wenig geneigt, sich auf einen Kampf einzulassen, verweigerte standhaft jede Vertheidigung; ein Theil derselben zog sich mit dem Offizier auf die Schiffbrücke zurück, wovon ein Joch alsbald von der Mannheimer Seite abgelöst wurde; während ein anderer Theil der Besatzung gleich da blieb und den in Sturmschritt anrückenden Bürgern den Posten, sammt der daselbst seit einigen Tagen aufgestellten Barrikade, ohne Widerstand überließ. Ein tausendstimmiges Hoch kündete dem am diesseitigen Ufer versammelten Mannheimer Publikum die Besetzung der Rheinschanze an, worauf bis zum Einbruch der Nacht über das offene Brückenjoch hinüber und herüber parlamentirt wurde. In der Nacht langten von Speyer zwei bayerische Compagnien an, die sofort, mit Ausnahme ihrer Offiziere, den Eid auf die deutsche Verfassung ablegten, und nun mit den Bürgern die Besatzung der Rheinschanze bilden. Vom diesseitigen Ufer werden heute Morgen zahlreiche bayerische Soldaten, die aus ihrem Urlaub zurückkehren, übergesetzt. (M. J.)

Bremen, 9. Mai. Heute ist hier das 16. Stück des Reichsgesetzblattes vom 20. April, enthaltend die **Verfassung des deutschen Reiches**, amtlich aus der Regierungskanzlei bekannt gemacht worden.

Handelsnachrichten.

§ **Mainz**, 11. Mai. In dieser Woche war das Geschäft sehr gelähmt; Waizen wurde für den Consumo mit 8 fl. 45 bis 50 kr. bezahlt, und wurden auch einige Pöschen für den Großhandel gekauft. Korn etwas mehr begehrt und mit 5 fl. 40 bis 50 kr. bezahlt. In den übrigen Fruchtgattungen kein Umsatz. Oel effectiv 43 à ⅞; pr. Mai 43. Gekündigt wurde auffallenderweise bis jetzt noch nichts. Pr. Oct. zeigt sich eher wieder Kauflust und wird 39 geboten.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 11. Mai. Die heutige Börse zeigte etwas mehr Festigkeit. Die Nachricht von der Unterwerfung Dresdens unter die gesetzliche Gewalt wirkte günstig und größtentheils stellten sich die Fonds höher im Cours. Oesterreichische Effecten, von Wien v. 7. d. M. niedriger in der Notiz kommend, waren dennoch hier gesragter. 5pCt. Metall. bleiben 73⅛, pCt., 2½pCt. Metall 39⅛, pCt., Wienerbankactien 1135 fl., 500 fl. Loose 125 pCt., 250 fl. Loose 76 pCt., Karlsruh. 40 Rthlr Loose 27½, Rthlr., Badische 35 fl. Loose sehr gefragt 27½, ⅝ fl., do 50 fl Loose 48 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 21⅝, fl., do. 50 fl. Loose 70 fl., Nassauer 25 fl. Loose 20⅛, ⅝ fl., Poln. 500 fl. Loose 72 Rthlr. Südrussische Obligationen sehr gesucht, belgische Obligationen gut preishaltend. Dänische 2½pCt. Intergr. 49⅝, pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms Nordbahn wie zu Berlin gefragter 32⅛, Rthlr., Berbach 70⅛, pCt., Köln-Minden 73⅝, pCt., Taunus 274 fl. G. 3pCt. inländ. Spau schließen 21½, à 21⅝, pCt. Abends nach Ausgabe der Madrider Post blieben benannte Fonds etwas matter im Cours 21½, pCt. G.

Wien, 8. Mai. 5pCt. Metall. 89. — 4pCt. 70⅛, 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1122. — 500 fl. Loose 146½. — 250 fl. Loose 90⅛. — Nordbahnactien 93⅛. — Glogauziger 91. — Mailänder 67.

Course etwas fester, Devisen neuerdings angezogen und festen bei starkem Begehr.

Berlin, 10. Mai Staatsschuldscheine 78⅛, u. ⅛, bez., Seehandlungs-Prämienscheine 99⅝, G., Bankanzeile 86⅛, Br., Berlin-Hamburg 52½, G., Köln-Minden 76½, bez. u. G., Friedr.-Wilh.-Nordb. 31 bez. u. G., Rhein. 40 bez., Thüringischer 49 Br., Auf bei Stieglitz 85 zu machen, Poln. 500 fl. Loose 71⅝, Br., Neue dav. Anleihe à 35 fl. 15⅝, bez.

Die Preise der Fonds und Actien behaupteten sich fest, und einige wurden etwas höher bezahlt; im Geschäft blieb es still.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matter.

Amsterdam, 9. Mai. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 49⅜, ⅛. — 3pCt. Schuld 58⅜, ⅛. — 4pCt. 77⅛. — 5pCt. Ard. 12⅛. — do. à 510 Pf. St. 12⅛, ⅛. — 3pCt. inl. à 6000 L. 24⅛, ⅛. Coupons 7⅝, ⅝. — 4pCt. Port. 28⅜. — Russ. 4pCt. bei Hope 81⅛. — 5pCt. Metall. 71⅛, ⅛. — 2½pCt. do. 38⅛.

Unsre inländ. Fonds, die anfänglich zum Zurückgehen neigten, blieben zuletzt wieder auf ihrem früheren Standpunkt. Im Integr. war das Geschäft sehr animirt. Von Span. war mehr Nachfrage nach Coupons. Russ. und Oesterr. etwas lauer. Franz. ein wenig niedriger. Von den übrigen ausländ. Effecten waren Peru sehr angeboten, in Folge von niedrigerer Notirung von London von vorgestern.

Paris, 9. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 89. 20. — 3pCt. 57. 20. — Neue 3Cpt. Span. 33⅛. — Bankactien 2390. St Germain-Eisenbahn 420. — Versailles, rechtes Ufer 200. — Linkes Ufer 170. — Paris-Orleans 840. — Paris-Rouen 572. 50. — Orleans Bordeaux 407. 50. — Rouen Havre 285 — Straßburg-Basel 105 — Nordbahn 451. 25. — Paris-Straßburg 373. 75. — Röm. Anleihen 76.

Die Differenzen, welche zwischen dem Präsidenten der Republik und der Nationalversammlung obzuwalten scheinen, üben einen ungünstigen Einfluß auf die heutige Börse und drückten die Course herunter.

London, 8. Mai. 3pCt. Stocks 71⅛, ⅜. — 5pCt. Span. 17⅛, ⅛. — Neue 3pCt. 33½. — 4pCt. Port. —. — 2½pCt. 27. — Holländ. 50⅛.

Madrid, 3. Mai. 3pCt. 25⅛ Pap., n. d. B. 25⅛, ⅛. 25 G. — 5pCt. 10½ G.

Da die folgenden Nachrichten nicht in alle Exemplare unserer gestrigen Nummer aufgenommen werden konnten, so tragen wir sie hier nach.

** **Paris**, 9. Mai. Der heutige „Moniteur" enthält folgende telegraphische Depeschen:

1) Der Obergeneral des französischen Heeres an den Kriegsminister in Paris: St. Paolo bei Rom, 4. Mai: „Die dritte Brigade ist ebenfalls gelandet. Das Hauptquartier und die zweite Brigade befindet sich in St. Paolo. Die erste Brigade liegt in Polidoro, sechs Stunden (lieues) von Rom."

2) Der französische Gesandte in Turin an den Minister des Aeußern in Paris. Lyon 4. Mai: „Radetzky ist gestern von Mailand nach Malghera abgegangen. Seinen Befehlen zufolge marschiren 27,000 Mann in die Romagna und Toscana, und sind bereits dahin aufgebrochen. Drei Bataillone haben Triest verlassen und werden Ancona besetzen."

3) Der französische Gesandte in Turin an den Minister des Aeußern in Paris. Turin, 3. Mai. „Am 1. Mai haben 6000 Mann Mailand verlassen und die Richtung nach Ferrara eingeschlagen. Man sagt, sie sollen Bologna besetzen Andere Truppen sind nach Toscana aufgebrochen. Die Garnison von Mailand ist auf 5000 Mann geschmolzen."

4) Der französische Generalconsul in Livorno an den Minister des Aeußern. Livorno, 5. Mai. „Heute Morgen sind die Oesterreicher in Lucca eingerückt. Man erwartet sie heute Abend in Pisa."

5) Der französische Gesandte, d'Harcourt, an den Minister des Aeußern. Gaeta, 30. April. „Der König von Neapel hat gestern das Gebiet des Kirchenstaats an der Spitze von 5000 Mann betreten. In Terracina wurde der König von der Menge mit Beifall und auch mit dem Ruf: Es lebe Pius IX.! empfangen. Die Flotille landete in Terracina."

Lord Normanby überreichte gestern im Namen des Londoner Cabinets eine neue Note, worin dasselbe gegen die russische Intervention in Ungarn protestirt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Für

☞ **Gicht- und Rheumatisch-Leidende.** ☜

Von den f. k. in allen Ländern Europa's rühmlichst bekannten, von der medizinischen Facultät zu Wien und von vielen Sanitäts-Behörden, renommirten Aerzten und Chemikern geprüften und empfohlenen

Goldberger'schen

[1052] k. k. patentirten

galvano-elektrischen Rheumatismus-Ketten,

à Stück mit Gebrauchs-Anweisung 1 Thlr. preuß. Cour., stärkere 1 Thlr. 15 Sgr., befindet sich die **Haupt-Niederlage** für ganz Deutschland bei unterzeichneter **General-Agentur.** — Die schnelle und sichere Heilkraft der Goldberger'schen Ketten gegen rheumatische, gichtische und nervöse Uebel aller Art, als: Kopfgicht, Gesichts- und Halsweh, Zahnschmerzen, Ohrenstechen, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Krampfe, Herzklopfen, Schlaflosigkeit, Hartherigkeit u. s. w. ist wohl so bekannt, daß sie nicht weiter empfohlen zu werden braucht, und sind namentlich die in einer gedruckten Brochüre zusammengestellten, attestirten Erfahrungen und äußerst ehrenden Zeugnisse von mehr denn 200 geachteten Aerzten und glaubwürdigen Privatpersonen, über die **überraschenden Heilungen**, welche durch die Goldberger'schen Ketten bewirkt wurden, die beste Bürgschaft für deren Nützlichkeit und Bewährtheit, und wird diese Attestsammlung jeder Kette extra noch beigefügt. ☞ Da diese Ketten bereits vielfach nachgebildet und anderweitig angeboten werden, so bitte ich darauf zu achten, daß jede k. k. patentirte, ächte Goldberger'sche galvano-elektrische Kette auf der Vorderseite den Namen des Erfinders, und auf der Rückseite den k. k. österr. Adler und das Wappen der freien Bergstadt Tarnowitz trägt.

Die Knopf- und Kurzwaaren-Handlung und General-Agentur von

A. J. Stiebel, in **Frankfurt a. M.,** Schnurgasse Nr. **23.**

NB. Briefe und Gelder unter meiner Adresse werden franco erbeten, und kann auf Verlangen auch der Betrag pr. Postvorschuß erhoben werden.

[1359] Im Verlage der Unterzeichneten ist so eben erschienen und in Sauerländer's Sort.-Buchhdl., so wie in allen andern dortigen Buchhandlungen zu haben:

Der italienische Feldzug des Jahres 1848.

Dargestellt und beurtheilt durch

W. v. Willisen,

königl. preuß. General-Major.

gr. 8. geh. 2½ Thlr.

Dieses Werk ist eine Fortsetzung der Theorie des großen Krieges 1. und 2. Theil, den russisch-polnischen Feldzug von 1831 enthaltend, und führt deßhalb auch den Titel:

Theorie des großen Krieges. 3r Theil.

Berlin, den 24. April 1849.

Duncker und Humblot.

In Ladung bei **H. SERIGIERS,**

Consul. Kaufmann und Schiffsrheder,

[1313] in **ANTWERPEN.**

Regelmässige Schifffahrten

Nach **New-York:**

Amerik. 3master FRANCE, Cap. Hideon, Abfahrt 10. Mai.
„ „ RIO-GRANDE, „ Thomas „ 20. „
„ „ MAY FLOWER „ Hitchcock „ 1. Juni.

Nach **Rio-Janeiro:**

Belg. Schiff WINDHOND, Cap. Parmentier, Abfahrt 1. Juni.

Nach **Constantinopel:**

Schiff AMALIA, Cap. Dolwin, Abfahrt 20. Mai.

Obengenannte Schiffe nach New-York und Rio-Janeiro sind eingerichtet um zwischen Deck und Cajüte Passagiere zu übernehmen.

Nähere Auskunft ertheilt **H. Serigiers** in Antwerpen.

[1362] Heute Morgen um 10 Uhr verschied nach achtmonatlichem Krankenlager unsere theure Mutter, Maria Helena von Kreyfelt, geb. Köster, im 65sten Jahre ihres Lebens. Theilnehmenden Freunden und Bekannten widmet diese Anzeige

Im Namen der übrigen Geschwister:

O. v. Kreyfelt.

Bonn, den 8. Mai 1849.

Herzoglich Nassauische Domanial-Wein-Versteigerung.

Aus den Domanial-Weinvorräthen werden im Wege öffentlicher Versteigerung zum Verkauf ausgesetzt:

zu **Eltville,**

Montag den 4. Juni 1849, Vormittags 10 Uhr:

24 Stück 1848r Zinswein;

zu **Eberbach,**

Dienstag den 5. Juni, Vormittags 10 Uhr:

Aus dem 1847r Jahrgang:

1 Stück Gräfenberger,
2 „ Hattenheimer,
6 „ Marcobrunner,
32 „ Steinberger;

Aus dem 1846r Jahrgang:

8 Stück Steinberger,
6 „ ditto Cabinetswein;

zu **Rüdesheim,**

Mittwoch den 6. Juni, Vormittags 10 Uhr:

16 Stück 1848r Zinswein,
11½ „ weißer } Assmannshäuser Zehntenwein
15 Ohm rother } aus dem 1847r Jahrgang;

sodann aus den Domanial-Weinbergen in der Rüdesheimer und Assmannshäuser Gemarkung:

16 Stück } 1847r
2 Zufaß }
7 Stück } 1848r weißer und
4 Zufaß }
9 Ohm 1847r,
10 Ohm 1848r rother Wein.

Die Proben werden zu Rüdesheim den 1. und 2. Juni während des ganzen Tags, zu Eberbach ebenfalls den 1. und 2. Juni während des ganzen Tags und noch am 4. Juni des Nachmittags an den Fässern, an den Versteigerungstagen selbst aber nur in dem Versteigerungslocal gereicht.

Wiesbaden, den 8. Mai 1849.

Aus der Kanzlei

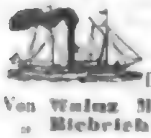
[1345] Herzoglicher General-Domänen-Direction.

[1361] **Nationaler Congreß**

in Frankfurt a. M. am 14. Mai 1849.

Die Abgeordneten der verschiedenen Landesvereine werden ersucht, ihre Vollmachten von Sonntag den 13. d. M. früh 8 Uhr an bei den Mitgliedern des Vororts im Gasthof zum „Weidenbusch" abgeben und Legitimationskarten dafür in Empfang zu nehmen.

Dampfschiffahrt für den Nieder- und Mittel-Rhein.



Düsseldorfer Gesellschaft.

[1264] Vom 1. Mai 1849 fahren die Boote täglich

Von **Mainz** Morgens 7½ Uhr
„ **Biebrich** „ 8 „ } nach **Cöln** „*Schnellboot*" (*Aachen, Düsseldorf* und *Elberfeld*)
☞ **unmittelbar** n. Ankunft des **1.** Zuges (8 Uhr, U.) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Vormitt. 10½ Uhr
„ **Biebrich** „ 11 „ } nach **Cöln** und **Düsseldorf** (*Rotterdam*, 2mal n. **London**)
☞ **unmittelbar** n. Ankunft des **2.** Zuges (9 Uhr) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Mittags 12½ Uhr
„ **Biebrich** „ 1 „ } nach **Cöln** „*Schnellboot*" (*Düsseldorf, Minden-Berlin* u. s. w.)
☞ **unmittelbar** n. Ankunft des **3.** Zuges (11½ U.) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Vormitt. **11** Uhr nach **Mannheim** „*Schnellboot*" (*Carlsruhe*) (*Neustadt* u. s. w.)
☞ im Anschluss an den **2** Zug (9 Uhr 5 Min.) von **Frankfurt**

Von **Mainz** Abends **10** Uhr nach **Mannheim** (*Neustadt* u. s. w.) (*Basel*)
☞ **unmittelbar** n. Ankunft des **6.** Zuges (8½ U.) v. **Frankfurt.**

Nähere Auskunft und **Billete** von **Frankfurt** nach allen Stationen bis **London** und **Basel** in Frankfurt am Main

bei dem Agenten Herrn **Georg Koch,** Zeil, der Post gegenüber,
Herrn Thomas Fletcher bei den Herren Gogel, Koch & Comp., Rossmarkt,
und auf dem **Expeditions-Bureaux** im **Taunus-Eisenbahnhof.**

NB. Um jeden Zeitverlust in Biebrich und Mainz zu vermeiden wird gebeten sich bereits in Frankfurt mit Dampfschiff-Billeten zu versehen.

Grosse Preisermässigung nach London:

Von **Mainz** oder **Biebrich** Salon Rthlr. 11. 14 Sgr., Vorcajüte Rthlr. 6. 17 Sgr.

Keine grauen Haare mehr!!

Das einzige in Paris approbirte

Chantal-Wasser

färbet Kopf- und Bart-Haare augenblicklich und dauerhaft in allen Nüancen, wofür garantirt wird. Preis 7 Franken im Hauptdepot bei Hrn. **H. G. v. Oven,** Bleichenstraße 24. [381]

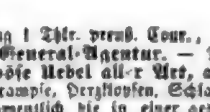
[1346] Ein großer Hühnerhund männl. Geschlechts, braun und weiß getigert, mit braunem Kopf und braunem Behang, und weißem Abzeichen auf dem Kopf, einem braunen Flecken auf dem Rücken und braunem Flecken über der Ruthe, hat sich gestern verlaufen. Wer derselben in Verwahrung genommen hat, wird ersucht, solchen in der Rhet-Straße Lit. F. Nr. 92 gegen eine gute Belohnung abzugeben.

Darmstadt, den 5. Mai 1849.

[1363] Truffes conservées in ½, ¼ und ⅛ bouteilles, Champignons au beurre in Büchsen, neue dürre Spitzmorcheln und weiße Champignons empfiehlt en gros et en detail zu sehr billigen Preisen

Joseph Milani,

Bleichenstraße neue Nr. 6.



[1180] **Regelmäßige Dampfschiffahrt**

zwischen

Wismar und Kopenhagen.

Das, als vorzüglich eingerichtet bereits bekannte, kupferfeste und kupferbodene Dampfschiff „Oberon" befährt vom Capitain J. J. Seth, wird regelmäßig jeden Mittwoch, nach Ankunft der Eisenbahnzüge von Hamburg und Berlin, Nachmittags 4 Uhr mit Passagieren, Gütern und Posteffecten von Wismar nach Kopenhagen, und jeden Sonnabend Nachmittag von Kopenhagen nach Wismar, wo es sich an die nach Hamburg und Berlin abgehenden Eisenbahnzüge anschließt, abgehen.

„Der Hafen Wismar's ist blokadefrei, und das Dampfschiff wird regelmäßig mit Passagieren, Posteffecten und Gütern, gegen jedes Kriegsmittel gesichert, expedirt."

Passage-Preise, so wie Güterfrachten sind aufs billigste gestellt.

Nähere Auskunft wird ertheilt:

in Kopenhagen bei den Herren Riedler & Co.,
„ Hamburg „ „ „ Hamel & Co.,
„ Berlin „ „ „ Fetschow & Sohn,
„ Wismar im Büreau der Dampfschiffahrt.

Wismar, im April 1849.

Direction der Mecklenb. Dampfschifffahrts-Gesellschaft.

[1342] Bei einer anständigen, stillen Familie in dem Badeorte Soden sind für diesen Sommer einzelne möblirte Zimmer oder auch das ganze Haus zu vermiethen. Die Lage des Hauses ist sehr gesund und liegt nahe an dem Champagnerbrunnen. Alle Bäder und Bequemlichkeiten, die man wünscht, werden verabreicht. Auch würde man nicht abgeneigt sein, kränkliche Personen oder kleine Kinder in Pflege oder Kost und Logis aufzunehmen. Das Nähere zu erfragen in Soden im Hause Nr. 11 selbst oder bei Ober-Postamts-Secretär Nagels in Frankfurt a. M.

---

[890] **Grundrentenablösung.**

Die dem Herrn Grafen zu Solms-Wernigerode und Gedern in der Gemarkung Gedern zustehende Gefälle, im Gesammtbetrag von 1997 fl. 17½ kr., sollen auf Antrag der Pflichtigen nach Maaßgabe des Gesetzes vom 27. Juni 1836 abgelöst werden, weshalb alle bei der Ablösung Betheiligte, wie Diejenigen, welche etwa Pfandrecht oder sonstige auf die erwähnten Gefälle radicirte Gerechtsame geltend machen zu können glauben, auf Ersuchen der Großherzl. Regierungs-Commission aufgefordert werden, die ihnen zustehenden Ansprüche um so gewisser binnen zwei Monaten von heute an dahier geltend zu machen, als sonst in Gemäßheit des Art. 21 des allgemeinen Gesetzes die Auszahlung des Ablösungscapitals in Betrage von 30,582 fl. 36 kr. an den genannten Herrn Grafen geschehen werden würde.

Offenburg, den 31. März 1849.

Großherzl. Hess. Landgericht das.

Schaum.

[1184] **Edictalladung.**

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des verlebten hiesigen Bürgers und Sauerwasserhändlers Gerhard Bausch, auch Paul, und dessen gleich alle verstorbenen ersten und zweiten Ehefrau, der Anna Catharina, geb. Kellner, und der Philippine Catharina, geb. Erb, Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hiermit vorgeladen, solche binnen

zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen, zum Theil auswärts wohnenden Erben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 16. April 1849.

Stadt-Gericht II.

Schöff Dr. Böhmer.

Dr. Esen, Ir. Secr.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Konversations-Blatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Beilage zu Nro. 113.) 12. Mai 1849

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

JW Aus **Jütland**, 7. Mai. Heute hat der General Prittwitz so recht gezeigt, wie ernst es ihm um den Krieg ist, und alle diese erbärmlichen Schreier, die sich an den abgeschmacktesten Verdächtigungen seines Verfahrens, welches sie unmöglich aus der Ferne richtig beurtheilen konnten, gefielen, werden nun wohl beschämt verstummen. Da er jetzt eine sehr hinreichende Macht in Jütland versammelt hatte, so ließ er heute auf allen Seiten vorwärts rücken und Beile und Fridericia zugleich angreifen. Auf der rechten Seite gegen Fridericia marschirten die Schleswig-Holsteiner unter General Bonin, links gegen Beile Preußen und Bayern unter General Hirschfeldt und dem Prinzen von Altenburg. Auf beiden Seiten kam es zu lebhaften blutigen Gefechten, auf beiden Seiten blieben unsere Truppen vollkommen Sieger und erreichten ihren Zweck. Die Schleswig-Holsteiner, wiederholt und besonders auch bei Gudsøe hartnäckig angegriffen, schlugen die Dänen doch stets zurück und sind am Abend des 7. dieses Monats in Kanonenschußweite vor Fridericia angekommen. Ihr Verlust an Todten und Verwundeten wird, soweit man jetzt es übersehen kann, etwas über 100 Mann betragen. Die Preußen hatten vor Beile, wo die Dänen ihre ganze Cavallerie, an 20 Schwadronen, concentrirt hatten, einen sehr heftigen Angriff zu bestehen, schlugen denselben aber mit ihrem altbewährten Muthe zum Theil mit dem Bajonnete zurück, und sind jetzt im Begriff, in Beile selbst einzumarschiren. Es sollen zwar in der Stadt einige Barrikaden aufgeworfen sein, doch die preußischen Soldaten haben lachend versichert, „das Barrikadennehmen seien sie schon gewohnt", und sind singend darauf losmarschirt. Auch Bayern sollen theilweise heute vereint mit den Preußen gekämpft haben. Kurhessische und hannoversche Truppen sind schon in Jütland eingerückt, so daß jetzt an 40,000 M. deutsche Truppen auf jütländischem Boden stehen.

* **Schleswig-Holstein**, 8. Mai. Heute ist ein Courier von dem Schlachtfelde vor Fridericia bei der Statthalterschaft eingetroffen, der die Nachricht von einem neuen Siege der Schleswig-Holsteiner über die Dänen mitgebracht hat. Die Reichstruppen hatten Befehl anzugreifen. Allein das wollten die Schleswig-Holsteiner sich nicht nehmen lassen. In Folge dessen marschirten sie auf Fridericia los, während Beile und Middelfahrt — wenn hier nicht ein Irrthum obwaltet — von den Reichstruppen besetzt worden sind. Die Dänen nahmen bei Fridericia das Treffen an. Ihre Stärke war größer als die Macht der Schleswig-Holsteiner. Sieben Stunden hat man sich gestern geschlagen, bis die Schleswig-Holsteiner Herren des Schlachtfeldes blieben, die Dänen Zuflucht und Schutz hinter den Mauern der Festung suchten. Die Schleswig-Holsteiner bezogen das Bivouak, als der Courier das Schlachtfeld verließ, vor der Festung. Auf beiden Seiten Todte und Verwundete; darunter auch mehrere Offiziere. Namhaft ist gemacht, als von einer Kugel getödtet, ein Sohn des Herrn v. Heinze, ehemaligen Mitgliedes der gemeinsamen Regierung. Derselbe diente als gemeiner Jäger und eilte vor kurzer Zeit, kaum von schwerer Krankheit genesen, als unsere Truppen nach Jütland gingen, zurück zu seinem Bataillon. Die Mutter, die im vor. Jahre bereits einen Sohn verloren, entließ ihn herzensbange, aber doch freudig. Sie ist die Schwester des Grafen Reventlow-Preetz. Anderweitige Nachrichten sind noch nicht eingegangen. Die Dänen sollen sich gut geschlagen haben. Die Lazarethe in Schleswig haben sich seit einigen Tagen mit Erkrankten und leichter Verwundeten gefüllt. Man schließ daraus, daß Alsen ernstlich angegriffen werden soll. Heute hat man dumpfen Kanonendonner von Alsen her gehört. Vielleicht rührt derselbe daher, daß Kanonenböte, welche in eine Bucht Sundewitts hineingesegelt sind, sich den Ausgang gegen das inzwischen überall aufgefahrene deutsche Geschütz haben erzwingen wollen.

Die schon erwähnte Proclamation des Generals von Prittwig lautet folgendermaßen: „Einwohner Jütlands! Zum zweitenmale binnen Jahresfrist betritt ein deutsches Heer Euren Boden. Nicht feindliche Gesinnungen gegen Euch, nicht der Wunsch zu erobern führt dieses Heer über Eure Grenze. Die Deutschen begehren nicht Eure Feinde zu sein oder Euch Schaden zuzufügen. Sie werden Euren Frieden heilig halten und Eures Wohlstandes sich freuen, sobald das Recht Eurer deutschen Nachbarn in den Herzogthümern nicht mehr gekränkt ist. Deutschland hat Alles gethan, um den unglücklichen Streit friedlich zu lösen, aber diesen Bemühungen zum Trotze hat Dänemark den Waffenstillstand aufgekündigt und ist zu Lande und zur See zum Angriff geschritten. Nur zur Abwehr dieses ungerechten Angriffs bin ich genöthigt, Euch die Uebel des Krieges zu bringen. Ich werde sorgen, daß Ihr diese Uebel nur in dem Maße empfindet, in welchem die Handlungsweise Eurer eigenen Regierung dies unvermeindlich macht. Die dänischen Kriegesschiffe bemächtigen sich der friedlichen deutschen Handelsschiffe und greifen dadurch zerstörend in den Wohlstand und Gewerbfleiß Deutschlands ein. In den Ländern an der Ost- und Nordsee erleidet der Handelsstand unerträgliche Verluste und viele Tausende sind mit Noth und Entbehrungen heimgesucht. Ihren Klagen muß gerechte Abhilfe werden. Ich werde in Jütland die Mittel für den schuldigen Ersatz derjenigen Verluste sicher stellen, welche die Seemacht Dänemarks der deutschen Schifffahrt zufügt. Sämmtliche öffentliche Behörden so wie die Geistlichen werden hiermit aufgefordert, auf ihrem Posten zu verbleiben und zur regelmäßigen Vollziehung der nöthigen Anordnungen so wie zur allgemeinen Beruhigung im Bereiche ihrer Amtspflichten mitzuwirken. Meinerseits habe ich alle Militärautoritäten angewiesen, die größtmöglichste Schonung und Erleichterung der Bewohner eintreten zu lassen. Daß gegen Eure Personen und Euer Eigenthum keine Willkür wird geübt werden, dafür bürgt Euch die erprobte Mannszucht und der Ruhm der von mir geführten Krieger. Christianosfeld, den 29. April 1849. Der Oberbefehlshaber der deutschen Reichstruppen in Schleswig-Holstein. v. Prittwig, Generallieutenant."

Schleswig, 7. Mai. Die Positionen im Sundewittschen sind von der unter dem Befehle des hessischen Generallieutenants Bauer stehenden Division des zweiten Aufgebots eingenommen worden.

Leck, 6. Mai. So eilig haben die Dänen (350 Mann) Föhr verlassen, daß sie daselbst eine Kanone und einen Pulverkarren im Stich ließen. Der dortige Postmeister hatte 24 Stunden Stubenarrest, wurde darauf aber wieder freigelassen. Den constitutiven Zollverwalter Junge haben jene indessen auf Anweisung des bekannten Birkvogts Nielsen fortgeschleppt. Letzterer hat sich auf die Corvette „Valkyrien" und mit dieser nach Helgoland daran gemacht.

Wir erhalten durch gütige Mittheilung folgende Notiz über die Beschützung Nordfrieslands: „Da der commandirende General augenblicklich keine Truppen für die Westküste übrig hat, so haben die Insel- und Außenfriesen einen Landsturm organisirt, um die Inseln zu behaupten. Diese Bewaffnung wird von Schleswig unterstützt und die Leitung derselben ist Männern anvertraut, die die größte Geltung in dortiger Gegend genießen und verdienen."

Deutschland.

Dresden, 9. Mai. Vor Tagesanbruch schon begann heute in den Richtungen nach dem Plauenschen Grunde, nach Dippoldiswalde, Pirna, Freiberg die Flucht der Aufständischen aus der Altstadt. Eine reitende Batterie, das zweite Reiterregiment und Infanterie sind dem Vernehmen nach zur Verfolgung aufgebrochen. Gefangene werden von allen Seiten eingebracht. Die Frauenkirche, die Neustädter Strafkaserne und das Neustädter Stadtgefängniß sind voll davon. Die drei Mitglieder der sogenannten provisorischen Regierung sollen sich nach Freiberg geworfen haben. Der Dr. Minckwitz ist hier verhaftet worden. Es treffen immer mehr und mehr preußische Truppen ein, wodurch sächsische verfügbar werden. Alles, was über die Verluste während des Kampfes verlautet, ist noch zu wenig festgestellt, um darüber berichten zu können.

Aus **Dresden** vom 9. Mai wird über den nun beendeten Kampf gegen den Aufstand und einzelne Vorgänge dabei berichtet: Vergangene Nacht 2 Uhr erstürmten Preußen und ein Bataillon Prinz Albert den Postplatz, das Postgebäude, die Engel'sche Wirthschaft und die daran gebaute große Barrikade an der Wilsdruffer Gasse, auf welche so viele Angriffe gemacht waren. Darauf wurde das Postgebäude mit Kanonen angegriffen, und unter den scharfen Schüssen der dasselbe besetzt haltenden Techniker ꝛc. genommen. Die Erbitterung der Soldaten ist groß, die sächsischen sind nun acht Tage fortwährend unter Waffen. Gleichzeitig gingen andere Truppen gegen die Kreuzkirche vor, reinigten die kleinen angrenzenden Gassen und besetzten einen Theil der Frauengasse. Die Aufrührer haben sehr bedeutend an Todten und Gefangenen verloren. — Ueber den Tod des k. k. Obersten, Prinz von Schwarzburg-Rudolstadt (welcher der Heilung eines Augenübels wegen in Dresden sich aufhielt und die Stadt Rom bewohnte, wo er von preußischen Truppen, welche diesen Gasthof mit Sturm nahmen, aus einem Mißverständniß erstochen wurde), hört man, daß sein Kammerdiener den stürmenden Soldaten mit Pistolen entgegengetreten sei, wonach allerdings, bei den Bandagen, die der Prinz selbst am Kopfe trug, das Schicksal Beider erklärlich wird, indem die stürmenden Truppen den Letztern für einen verwundeten Insurgenten hielten. (L. Z.)

Dresden, 9. Mai, Nachmittags. Die Truppen haben den Aufstand bezwungen, die Stadt hat sich nach allen Richtungen ergeben, ein großer Theil der Insurgenten ist geflohen und zwar in Masse nach Freiberg zu. Sie werden mit Artillerie und Cavallerie, denen Infanterie nachrückt, verfolgt. Weiße Fahnen wehen aus den Fenstern. Die Kugeln haben den Häusern hart zugesetzt, namentlich in der Schloßgasse, die noch gegen das Ende des Kampfes von den Insurgenten, man sagt von Bergleuten in Brand gesteckt werden sollte. Die Pechkränze waren schon aufgehäuft; das siegreiche Vordringen der Truppen hat die Ausführung dieser furchtbaren That verhindert. Einige Häuser der Zwingerstraße sind niedergebrannt, angesteckt, wie man sagt, durch die Aufrührerischen, welche die Truppen damit vertreiben wollten. Die provisorische Regierung ist entkommen; aber viele Anführer der Kämpfenden sind theils geblieben, theils gefangen genommen worden. Den Markt haben die Truppen besetzt. Mit Hurrah und Jubel hört man viele Compagnien, Sachsen und Preußen, die Meisten mit grünen Reisern geschmückt, abziehen; freudig, daß sie nach so anstrengendem Kampfe zur Ruhe kommen. Um 6 Uhr beginnt der Belagerungszustand der Stadt. Preußen kommen als Einquartierung. So das Ende dieses traurigen Bürgerkampfes in Dresden, der wohl einzig in der Geschichte dasteht; kaum ist wohl anderwärts mit solcher Erbitterung und vielleicht mit solchem gegenseitigen Muthe gekämpft worden.

Dresden, 10. Mai. Gestern von früh bis Nachmittag sind noch eine Menge preußischer Truppen mit den Eisenbahnen hier angekommen, aus Küstrin, Görlitz und Berlin, vom 5. Jägerregiment, vom 20. und, wenn ich nicht irre, vom 12. Regiment je 2 Bataillone, denen noch andere Waffengattungen nachkommen werden; die vom 20. sind noch gegen Abend in die Freiberger Gegenden vorgerückt, da auch mehrere Städte im Lande Einquartierung erhalten sollen. — Viele Hundert der Aufständischen sind mit Waffen in der Hand, theils in der Stadt, theils von nacheilender Cavallerie auf dem Lande ergriffen worden, und die Kreuz- und die Frauenkirche mußten vorläufig, weil man die Massen nicht gleich anders unterzubringen wußte, mit ihnen gefüllt werden; sie werden nach und nach in die Neustädter Gefängnisse, die für sie eingerichtet werden mußten, abgeführt. Von namhaften Personen, die verhaftet wurden, nenne ich Ihnen den Bürgermeister Tschucke von Meißen, den das Militär daselbst aufgehoben; er hatte die provisorische Regierung anerkannt und die Meißener mit ihren Umwohnern zur Hilfe nach Dresden aufgefordert; ferner sind Advocat Heinz, einer der Communalgardenführer; Röckel, Redacteur des Volksblattes; Advocat Blöde und Dr. Minckwitz, Beide auf dem Rathhause als die einzig Zurückgebliebenen, und noch Andere gefangen genommen worden. — Das Entsetzlichste, Grauenvollste hatten wir zu befürchten vom aufgeregten Proletariat und von der Unmasse von Fabrikarbeitern und Bergleuten, sowie den Herumstreichern vom Lande, die mit Sensen, Waffen aller Art, Brennmaterialien und auch waffenlos in die Stadt gezogen waren; eine Menge dieser Leute, von communistischen Ideen angesteckt, harrte nur einer Augenblick des Sieges über die Truppen, um über die besiegenden Bewohner herzufallen. Allerlei Zerstörungsmittel, Minen und Pechkränze waren zur Vernichtung der Stadt in Bereitschaft gesetzt.

Der Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht v. Schirnding hat durch öffentliche Bekanntmachung die bei dem Belagerungszustand üblichen Bestimmungen in Betreff der Vereine, Versammlungen, Wirthshäuser u. s. w. verfügt. — Unter dem 10. Mai ist durch Bekanntmachung des Kriegsministeriums die zweite Abtheilung der activen Armee von der Infanterie und Fußartillerie einberufen.

Aus dem Schönburgischen, 9. Mai. In den beiden Städten Glauchau und Waldenburg herrscht bedeutende Aufregung. Es handelte sich darum, die sogenannte provisorische Regierung in Dresden durch Zuzüge zu unterstützen. In Glauchau ist die Aufforderung zum Zuzuge nach Dresden nicht von Seiten des Communalgarden-Commandos ausgegangen, sondern es haben sich nur einige hundert Freiwillige aus der Communalgarde und den Turnern zusammengeschaart, um nach Dresden zu ziehen. In Altenburg sind sie jedoch am Bahnhofe von dem dort postirten preußischen Militär zurückgewiesen worden und sollen dann ihren Weg über Waldenburg nach Burgstädt und Chemnitz genommen haben. In Waldenburg jedoch hat der Commandant der Communalgarde mit einem wahren Terrorismus sämmtliche Mannschaften bis zum 45. Lebensjahre gezwungen, an dem Zuge Theil zu nehmen. Er hat sich dabei auf einen Befehl der „provisorischen Regierung" berufen und die Mannschaften aufgefordert, mit Leib und Leben diese Regierung zu vertheidigen. Ein Theil der Mannschaften ist nur irregeleitet, indem man den wahren Stand der Dinge und das wahre Sachverhältniß absichtlich verschwiegen und anders dargestellt hat. Die Communalgarden von zwei Dörfern aus der Nähe Waldenburgs sollen sich doch nach dem Zuge angeschlossen haben. Einzelne Gardisten sollen jedoch gestern Abend schon wieder zurückgekehrt sein. Auch der Zuzug von Zwickau ist, wie wir hören, wieder dahin zurückgekehrt.

Leipzig, 10. Mai. Der hier eingetroffene Reichscommissär Briegleb ist heute, nachdem er einer Plenarsitzung des Raths und der Stadtverordneten beigewohnt, Mittags nach Dresden gereist. Die gedachten Collegien sprachen sich dahin aus, daß die Lösung der Conflicte zwischen Krone und Volk in Sachsen durch den Commissär angestrebt werden möge, in welcher Beziehung man gegen sehr wenige Stimmen, bei dem Beschlusse vom 6. Mai, sich bis zum Austrag jener Conflicte unter den Schutz der Centralgewalt zu stellen, stehen blieb; daß ferner die Bildung eines parlamentarischen Ministeriums dringend zu wünschen und ebenso dahin zu wirken sei, daß die militärische Besatzung unserer Stadt wieder auf den gewöhnlichen Stand gebracht werde.

Aus der Gegend von **Chemnitz** langten heute mit Courierpferden zwei Abgesandte der Chemnitzer Communalgarde hier an, welche die Nachricht brachten, diese Garde sei zum Abmarsch gen Dresden gezwungen worden, habe aber jenseits Friedberg von den sie begleitenden und sie zum Weitermarsch nöthigenden Schaaren sich frei zu machen gewußt und hoffe sich nach Chemnitz wieder durchschlagen zu können; in der Gegend von Freiberg sei ihnen ein Theil der aus Dresden sich zurückziehenden Bewaffneten mit mehreren der bekannten Hauptführer des Aufstandes begegnet. Die von ihnen zum Schutz der Stadt Chemnitz gegen den drohenden Terrorismus erbetene Hilfe konnte von hier aus freilich nicht gewährt werden.

Galizien.

○○ **Lemberg**, 4. Mai. Gestern Morgens ist der kais. russische Garde-Stabscapitän Fürst Szczekof als Courier von Warschau hier angekommen; heute verlautet die officielle Kunde, daß 120,000 Mann Russen mit 20,500 Pferden und 350 Geschützen von Podolien, Wolhynien und Polen aus durch Galizien nach Ungarn marschiren. Heute hat dieser Einmarsch begonnen, die Russen sind längstens binnen 14 Tagen auf ungarischem Boden. Zahlreiche Colonnen ziehen ihnen aus dem Innern nach und bleiben an der russisch-österreichischen Grenze stehen. Unsere Communisten, Wühler und Demagogen, die ihren magyarisch-polnischen Brüdern hier bereits Feste vorbereitet haben, lassen sich jetzt ihre Bärte abnehmen und fliehen in Bauernkleidern nach entlegenen Walddörfern. Die speculativen Juden sind desperat, weil sie das den Polen auf Girowechsel geliehene Geld nie mehr zurückzuerhalten fürchten. — Ueber die Operationen der 60,000 Russen in Siebenbürgen haben wir noch nichts erfahren. — Das russische Armeecorps Nr. 3 und 4 befehligt Fürst Paskewitsch, unter ihm General der Cavallerie Graf Rüdiger, General der Infanterie Tschnodojeff. Den 8. 9. und 11. d. M. langen 55,000 Russen in Lemberg an; davon bleiben 20,000 hier im Lager, der Rest geht weiter nach Ungarn.

Italien.

Aus **Mestre** hat die „Allgemeine Zeitung" Briefe bis zum 5. Mai. Die Beschießung der Stadt dauerte fort. Marschall Radetzky war am 4. Abends angekommen und wollte einige Tage verweilen.

Deutsche Reichsversammlung.

218. Sitzung.

Vorsitzender: Vicepräsident Reh.

II **Frankfurt**, 12. Mai.

(Austrittsanzeigen. Dringliche Anträge. Tagesordnung: Wahl des Präsidenten. Wahl zweier Schriftführer. Fortsetzung der Abstimmung über die Anträge des Ausschuß. für Durchführung der Verfassung.)

Die Sitzung wird um 9½ Uhr eröffnet. Nach der Verlesung des Protocolls läßt der Vorsitzende eine Zuschrift aus Nürnberg verlesen, worin um Reichscommissäre gebeten wird, welche bei Gelegenheit einer in Nürnberg abzuhaltenden Volksversammlung die Bewegung in Franken zu Gunsten der Verfassung organisiren möchten.

Der vom Abg. v. Reden gestellte dringliche Antrag, dahin gehend, das Ministerium anzugehen, ungesäumt Reichscommissäre nach Franken zu senden, welchem Sinne des Beschlusses vom. 10. d. M. zu instruiren wären, wird als dringlich erkannt und von der Nationalversammlung angenommen. Schriftführer Jucho verliest eine Reihe von Zustimmungsadressen aus Preußen, Baden und Bayern an die Nationalversammlung.

Hierauf zeigt der Vorsitzende den Austritt folgender Abgeordneter an: Hirschberg aus Sondershausen, Selasinsky aus Berlin, Bothmer aus Carrow, Hugo aus Göttingen, Teichert, Siehr, Graf v. d. Goltz, Pinder, Scholz aus Neisse, Bresgius, v. Brochem, Bandelow aus Franz, Rahm, v. Kalkstein, Falk aus Ottolangendorf, Kutzen aus Breslau, Oertel aus Mittenwalde, v. Schrötter aus preußisch Holland, Dietz aus Wittenberg.

Der Vorsitzende verkündet hierauf den Uebergang zur Tagesordnung. Erster Gegenstand derselben ist die Wahl des Präsidenten. Abg. Reh wird mit 165 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. (Abg. Löwe aus Calbe erhielt 142 Stimmen, 313 hatten gestimmt.)

Vorsitzender Reh wendet sich mit folgenden Worten an die Versammlung: Meine Herren! Wiederholt mit Ihrem Vertrauen beehrt und wiederholt verpflichtet, Ihnen meinen tief gefühlten Dank auszusprechen, geschieht dies unter wesentlich verschiedenen Verhältnissen, als am vorgestrigen Tage. — Vorgestern beriefen Sie mich zum Stellvertreter eines Vorsitzenden, der gleich seinem Vorgänger die Geschäfte dieses Hauses Monate lang mit größter Umsicht und Würde geleitet hatte. Ihm zur Seite gestellt, von ihm unterstützt, durfte ich hoffen, die mir obliegenden Pflichten erfüllen zu können. Heute, meine Herren, beklagen wir den Rücktritt dieses würdigen Mannes, und mich berufen Sie, eine Stelle einzunehmen. Meine Herren, ihn zu ersetzen, dazu bin ich nicht im Stande, aber selbst die Frage muß ich mir verlegen, ob ich bei der unendlichen Schwierigkeit der Lage des Vaterlandes und der Schwierigkeit und Verantwortlichkeit unserer Aufgabe, die Ehrenstelle des Vorsitzenden dieser hohen Versammlung überhaupt übernehmen kann! Sie, meine Herren, haben, wenn auch gewiß nicht meinen Willen, doch ebenso gewiß meine Kraft überschätzt, und wenn Sie glauben, daß das wichtige Geschäft, das Sie mir anvertrauen, in meiner Hand nicht ganz erliegen werde, so glauben Sie mir auch, daß dies nur möglich ist, wenn Sie mir Ihre Unterstützung in einem Maaße zu Theil werden lassen, wie sie keiner meiner würdigen Vorgänger in diesem Amte je bedurft oder beansprucht hat. Meine Herren, um diese Unterstützung bitte ich Sie dringend, und nur im Vertrauen auf Sie wage ich es, mein Amt anzutreten. Meine Herren, erlauben Sie mir zugleich, einen Gegenstand zu berühren, der wichtig für Sie alle, gerade mir besonders nahe liegt. Es ist der in diesen Tagen erfolgte Austritt einer nicht kleinen Zahl von Mitgliedern dieser hohen Versammlung. Ich achte jede Ueberzeugung, somit auch die, welche diese Mitglieder bestimmt hat, ihr Mandat jetzt niederzulegen. Aber ich darf es als meine Ueberzeugung aussprechen, wenn sie früher, so ist es jetzt Pflicht auszuharren auf unseren Posten. Meine Herren, wir haben beschlossen, uns nicht zu trennen, bis zur Reichstag zusammengetreten ist. Diese Beschluß gilt für den Einzelnen, wie er für Alle gilt. — Läge aber dieser Beschluß auch nicht vor, wir müßten ihn, glaube ich, alle fassen. Meine Herren, ich verkenne nicht die unendliche Schwierigkeit, die fast erdrückende Verantwortlichkeit unserer Stellung. Die Verhältnisse unseres Vaterlandes sind in einen Zustand getreten, der den Weg der friedlichen Lösung — und er muß der unsrigen sein — kaum mehr finden läßt — aber, meine Herren, ich verkenne auch nicht, daß die Augen des ganzen Volks auf uns gerichtet sind, daß das ganze Volk mit Vertrauen und Zuversicht sich um uns schaart, und daß die friedliche Lösung aller Wirren, wenn möglich, nur durch uns möglich ist. Meine Herren, es ist meine feste Ueberzeugung, daß unser Rücktritt das Vaterland sicherem Verderben preisgibt. Zwei Mächte, gerüstet zum Kampf auf Tod und Leben, stehen einander gegenüber — die Reaction und die Anarchie. Wir allein können ihren Zusammenstoß, der Freiheit, Einheit und Wohlstand des Vaterlandes auf lange Zeit vernichten würde, verhindern — wir allein nehmen eine feste Stellung zwischen den zwei Feinden ein, und wir allein können sie zwingen, ihre Waffen niederzulegen. Meine Herren, lassen Sie uns die Wichtigkeit unserer Pflicht in ihrem ganzen Umfange erkennen, lassen Sie uns den drohenden Gefahren muthig entgegentreten, rechtfertigen das Vertrauen, daß aus allen Theilen des Vaterlandes uns entgegentritt. Wir sollen keine Revolution machen, nein, sie schließen. Und meine Herren, seien wir besonnen und einig. Besonnenheit und Einigkeit werden dann auch im Volke herrschen und, sie werden die Zukunft des Vaterlandes retten, seine Freiheit, seine Einheit.

Zweiter Gegenstand ist die Wahl zweier Schriftführer. Die Stimmzettel werden eingesammelt. Dritter Gegenstand, Fortsetzung der Abstimmung über die Anträge des Ausschusses für die Durchführung der Verfassung. Die Majorität des Ausschusses macht den Verbesserungsantrag der Abgg. Backhaus, Böcking, Biedig und Freudentheil zu dem ihrigen. — Zuerst wird namentlich abgestimmt über den Antrag der Minorität, über die Anträge der Herren Wedekind, Goltz, Wesendonck und M. Hartmann zur Tagesordnung überzugehen. (Waitz, Platzhaer, Wurm, Börler, Welcker, Breusing, Stahl, Langerfeldt, Wernher, Dunker, Lissar aus Jena.) Der Antrag wird mit 172 gegen 143 Stimmen abgelehnt. — Abg. Hermann liest seinen Antrag zurück mit dem Vorbehalt, ihn wieder einzubringen. — Zunächst kommt zur namentlichen Abstimmung der Antrag des Abg. Backhaus, welchen die Majorität zu dem ihrigen gemacht. Der Antrag lautet: Die National-Vers. beschließt: 1) die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands einschließlich der Landwehr und der Bürgerwehr ist zur Aufrechthaltung der endgiltig beschlossenen Verfassung feierlich zu verpflichten. 2) die provisorische Centralgewalt wird aufgefordert, das demgemäß Erforderliche unverzüglich zu veranlassen, so weit in den einzelnen Staaten nicht sofort aus eigner Bewegung danach vorgeschritten wird. (Backhaus. Böcking. Biedig. Freudentheil.) Er wird mit 163 gegen 142 Stimmen angenommen.

Der Vorsitzende gibt hierauf das Wort dem interimistischen Herrn Ministerpräsidenten v. Gagern. Dieser erklärt in Bezug auf den in der heutigen Sitzung zum Beschluß erhobenen Antrag des Abg. v. Reden, daß er denselben nochmals der Ueberlegung der Versammlung anheimgebe, und spricht sein Bedenken aus gegen die Einmischung der Versammlung in die Executive in diesem Augenblicke und bei der gegenwärtigen Krisis. § 54 und 55 der Reichsverfassung lauten: § 54: Der Reichsgewalt liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob. Sie hat die für die Aufrechthaltung der innern Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen: 1) Wenn ein deutscher Staat von einem andern deutschen Staate in seinem Frieden gestört oder gefährdet wird; 2) wenn in einem deutschen Staate die Sicherheit und Ordnung durch Einheimische oder Fremde gestört oder gefährdet wird. Doch soll in diesem Falle von der Reichsgewalt nur dann eingeschritten werden, wenn die betreffende Regierung sie selbst dazu auffordert, es sei denn, daß dieselbe dazu notorisch außer Stande ist oder der gemeine Reichsfrieden bedroht erscheint; 3) wenn die Verfassung eines deutschen Staates gewaltsam oder einseitig aufgehoben oder verändert wird, und durch das Anrufen des Reichsgerichtes unverzügliche Hilfe nicht zu erwirken ist. § 55: Die Maßregeln, welche von der Reichsgewalt zur Wahrung des Reichsfriedens ergriffen werden können, sind: 1) Erlasse; 2) Absendung von Commissären; 3) Anwendung von bewaffneter Macht." Nach diesen Vorschriften liegt der Fall gar nicht vor, Commissarien zu einer Volksversammlung nach Nürnberg zu senden; von der bayerischen Regierung ist noch keine derartige Forderung gestellt worden und ich glaube, daß uns die gesunde Vernunft unseres Volkes und die bisher bewiesene Mündigkeit desselben hinlängliche Garantien dafür sind, daß diese Volksversammlung einen guten Verlauf nehmen werde. Der Fall, Reichscommissäre hinzuschicken, liegt nicht vor. Die Beschlüsse vom 28. April und 4. Mai sagen nicht, daß die Verfassung durch gewaltthätige Bewegungen zu fördern sei. Beide Beschlüsse stehen in Uebereinstimmung und in dem Beschlusse vom 28. April ist es deutlich gesagt, daß von Gewaltthätigkeit keine Rede sei. So hat das abgetretene Ministerium die Beschlüsse verstanden, den Beschluß vom 4. Mai hat es nicht unterstützt. Ueber den Beschluß vom 4. Mai entstand die Meinungsverschiedenheit zwischen Sr. kais. Hoheit und dem Ministerium. Sie verlangen aber durch Ihre Beschlüsse von gestern und heute, daß das Ministerium noch weiter gehende Beschlüsse vollziehe. Ich bitte Sie, das wohl zu berücksichtigen. Ich bin nicht in der Lage, eine Vollmacht für einen Commissär nach Nürnberg zu unterzeichnen. — Die Deputation von Nürnberg hat mir diesen Morgen erklärt, daß wenn die Absendung von Nutzen sein sollte, die Commissäre bis längstens morgen 2 Uhr sich daselbst befinden müßten. Es ist das auch eine Unmöglichkeit. Die geeignetsten Persönlichkeiten dazu, versicherte mich die Deputation, würden die Abgg. Simon v. Trier, Vogt, Raveaux sein. So sehr ich diese Männer achte und die Reinheit ihrer Bestrebungen vom Standpunkte ihrer Partei anerkenne, so werden Sie doch nicht der Executivgewalt zumuthen, daß sie Männer, welche nicht zu der Mehrheit gehören, welche die Executivgewalt stützt, als Commissäre absende. Ich habe eine Erfahrung in den letzten Tagen gemacht, auf die ich jetzt einzugehen nicht gesonnen bin. (Heiterkeit links.) Ich ersuche Sie daher den Gegenstand wiederholt in Berathung zu ziehen. (Bravo.)

Einer dringlichen Interpellation des Abg. Wigard aus Dresden wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt, er stellt hierauf einen dringlichen Antrag, dahin gehend, die Nationalversammlung beschließe: „daß die sächsischen Minister als verantwortlich für das in Dresden vergossene Blut zu erklären seien, daß das preußische Militär Sachsen sofort zu verlassen habe. D-g., so lange die sächsische Regierung die Reichsverfassung nicht anerkannt habe, die ganzen sächsischen Truppen den Befehlen des Reichscommissärs unterzuordnen seien. Die Dringlichkeit wird nicht zugestanden, der Antrag geht an den Ausschuß.

Simon v. Trier stellt den Dringlichkeitsantrag: die Wahl des ersten Vicepräsidenten sogleich vorzunehmen. Der Vorsitzende erklärt, demselben keine Folge geben zu können, da er der Geschäftsordnung zuwider laufe. Die Versammlung stimmt ihm bei.

Der interimistische Reichsministerpräsident v. Gagern beantwortet hierauf ausführlich die gestrige Interpellation des Abg. Simon in Betreff der angeblichen Truppenanhäufungen um Frankfurt an der Stelle des unpäßlichen abwesenden Herrn Reichskriegsministers: Es ist nur eine halbe Schwadron österreichische Cavallerie auf ihrem Rückmarsch von Homburg in Frankfurt einstweilen geblieben. Der Herr Reichskriegsminister legt feierlich Verwahrung gegen jede Unterscheidung der Truppenkörper des deutschen Heeres ein. (Bravo.) Was das Verbot des Tragens von Waffen und Abzeichen betrifft, so geht es vom Stadtcommandanten aus, welcher im Tagesbefehle vom 10. d. M. anordnete, allen denjenigen Nichtmilitärs, welche außerhalb ihrer Wohnungen Waffen tragen, dieselben abzunehmen und abzuliefern, allein nicht die Träger zu verhaften. Der Herr Minister findet diese Maßregel in der Krisis unserer Lage gerechtfertiget. Deßgleichen das Verbot des Tragens reiher Abzeichen, da es in Deutschland kein weiteres Abzeichen, als das schwarz-roth-goldene gibt. (Beifall rechts und in den Centren. Zischen links.)

Simon aus Trier stellt in Beziehung auf diese Antwort den Dringlichkeitsantrag, daß das interimistische für die Ruhe und Ordnung verantwortliche Ministerium aufgefordert werde, hinfort es nicht zu gestatten, daß Truppen solcher Staaten auf dem Sitze der Nationalversammlung sein dürfen, welche derselben bereits den Krieg erklärt haben. Die Dringlichkeit wird nicht zuerkannt. Abg. Simon stellt den zweiten Dringlichkeitsantrag: Die Nationalversammlung erkläre, das gegen die Bürger einseitig erlassene Verbot des Tragens von Waffen und Abzeichen für nichtgesetzlich, nicht begründet und nur geeignet, Conflicte herbeizuführen. Wird nicht als dringlich anerkannt.

Die Sitzung wird um 12½ geschlossen. Nächste Sitzung Montag, den 13. Mai 10 Uhr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Cours der Staats-Papiere. 12 Mai 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metallig Obligat. . .	5	74⅛	73⅞
»	ditto ditto . .	4	59	57½
»	ditto ditto . .	2½	39⅛	38⅝
»	Bank-Actien a 1⅞ .		1140	1135
»	1.250Loose v. Roth.		76	75⅛
»	à 500 » ditto		125½	125
»	Bethmann Obligat.	4½	—	66⅛
»	ditto ditto	4	62	—
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	79⅛	79
»	Prämienscheine . .		—	100
Bayern .	Obligationen . . .	3½	79¼	—
Darmstadt	à 50 Loose		70⅛	69⅞
»	à 35 ditto		22	21⅞
»	Obligationen	3½	79	78½
»	ditto	4	86⅛	86½
Baden .	Obligationen v. 1845	3½	77	76½
»	à 50 Loose v. 1840		45⅛	48
»	à 35 Loose		27⅜	27¾

		pCt.	Papier.	Geld.
Nassau	Obligationen b.Roths.	3½	76½	76⅛
»	Neue Württemberg.	4½	94⅛	93⅝
»	Obligat. b. Rothsch.	3½	79⅝	79⅛
»	à 25 Loose		20⅝	20½
Frankfurt	Obligationen	3	28	27½
»	ditto v. 1833	3½	92½	92
»	ditto v. 1846	3½	88⅛	88⅜
»	Taunusbahnactien .		276	274
Holland	Integrale	2½	43⅞	43⅝
»	Holländische	4	—	77½
»	Syndicats	3½	—	78
Spanien	Activsch. incl. 16 Cp	5	—	—
»	Innere Sch. beim Ord	3	24½	24
Portugal	Consols Lat. à 6. 12	3	—	—
Polen	à 300 Loll. Loos Rth		—	93
»	Obligationen de 1 500	4	22½	22
Russland	in S. à 5. b. Grun. etC.	4	—	81
»	ditto b. Stieglitz et C	4	—	81

Gold.	s.	kr.	Silber.	s.	kr.
Pistolen	9	58½	Gold al Marco .	382	—
Pr. Friedrichsd'or	9	59	Landsh., ganze. .	—	—
Holl. 10 fl. Stücke	10	5	Preuss. Thaler .	—	—
Rand Ducaten . .	5	39	5 Frankenthaler.	—	—
20 Francsstü. Le	9	41	Hochhaltig Silber	24	30
Kngl. Souverains	13	5	Gering u. mittelh.	24	20

Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Kathenische Loose . . .	27⅜	27⅛
Sardinische Loose . . .	26	25½
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Minden	76½	75⅝
Ludwigsh.-Bexbach. . .	70½	69⅞
Prinz-Wilhe.-Nordbahn	33	32⅜

Nach der Börse: 2½pCt. Met. —; 3pCt. Span. Inl. —; Taunusbahn-Actien (pr. Ult.) —; Ludw.-Bexb. —; F.-W.-Nordb. — G.

Wechsel-Cours.

Den 12. Mai.		Papr.	Geld.
Amsterdam	k.S.	—	100⅜
(100 fl. Crt.)	2M.	—	100⅛
Augsburg	k.S.	—	118¼
(100 fl. Crt.)	2M.	—	—
Berlin . .	k.S.	—	104¼
(60 Thlr.)	2M.	—	—
Bremen (50	k.S.	—	99
Rthlr.) Ld.-der	2M.	—	—
Hamburg .	k.S.	—	88½
(100 M. Bco)	2M.	—	87⅞
Leipzig (60	k.S.	—	105¼
Thlr.) Ld. M.	2M.	—	—
London . .	k.S.	—	131
(10 Lstr. St.)	2M.	—	120⅝
Lyon . . .	k.S.	—	96¼
(300 Fr.)	2M.	—	—
Mailand (250	k.S.	100	99⅝
Ldr. Austr.)	2M.	—	—
Paris . . .	k.S.	—	95¼
(300 Fr.)	2M.	—	—
Wien (100 fl.	k.S.	101½	—
im 24 Fl. F.	2M.	—	—
Disconto . . .		—	1

A. Sutzbach, beeid. Makler.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Extra-Beilage zu Nro. 113.) 12. Mai 1849.

Deutschland.

Berlin, 8. Mai. Die auf deutsche Angelegenheiten bezüglichen Conferenzen haben begonnen. Es handelt sich für's erste, wie Sie wissen, um einen der deutschen Nationalversammlung vorzulegenden Entwurf. Hannover und Preußen hatten entschieden am Volkshause fest. Oesterreich ist unerwarteter Weise den Conferenzen beigetreten, und man gibt die Hoffnung nicht auf, Oesterreich für das Volkshaus zu gewinnen. Sollte dies nicht gelingen, so würde sich nach den bekannten Grundsätzen der engere Bundesstaat ohne Oesterreich constituiren. Herr von Berchenfeld ist ohne specielle Instructionen, aber er hat Vollmachten, die ihm erlauben, in provisorischer Weise an den Berathungen Theil zu nehmen. Sachsens Beitritt wird unter den gegenwärtigen Umständen erst später erwartet aber man zweifelt nicht daran. Schon gestern deutete ich darauf hin, daß Hannover eine deutsche Haltung annimmt. Der den Conferenzen zu Grunde liegende Entwurf ist nichts Anderes, als die Reichsverfassung mit Ausnahme jener Punkte, welche die Regierungen nicht annehmen zu können erklären. — Die Nachricht, daß die Nationalversammlung die Anträge der Linken auf Anerkennung des sächsischen republikanischen Aufstandes nicht entgegengenommen, hat hier außer dem demokratischen Lager auf Alle, die es mit Deutschland gut meinen, einen glücklichen Eindruck gemacht. (K. Z.)

ǂ **Düsseldorf**, 11. Mai. In Verfolg meines gestrigen Schreibens theile ich Ihnen weiter mit, daß das Militär im Laufe des gestrigen Vormittags Herr aller Punkte der Stadt geworden und die Barrikaden weggeräumt hat. Ein bewaffneter Zuzug, welcher in der Nacht vom 9. — 10. von Gerresheim aus der Stadt zu Hilfe kam, wurde durch Kartätschenfeuer und mit Zurücklassung von drei schwer Verwundeten zur Umkehr gezwungen. Die Soldaten überlassen sich in ihrer Siegesfreude leider großen Excessen, wozu der Genuß des Branntweins nicht wenig beiträgt. Ruhig Vorübergehende werden niedergeschossen und als Leichen oder mit zerschmetterten Gliedern ins Krankenhaus getragen. Im Ganzen sind, so viel bis jetzt bekannt ist, über 20 Todte zu beklagen; wie viel auf Seiten des Militärs, ist bis jetzt nicht bekannt geworden; an einem Geschütz sind allein vier Kanoniere getödtet worden. Der Verwundeten gibt es eine Menge; ebenso sind viele Verhaftungen vorgenommen worden. Die Arretirten sind den Civilbehörden überliefert worden. Unter den Verhafteten befindet sich auch Julius Wulff, der bereits einmal wegen Aufwiegelung des Volkes vor den Assisen gestanden hat und seit den Novembertagen flüchtig und steckbrieflich verfolgt ist. Er war in der Nacht des Kampfes plötzlich in den Straßen erschienen, ohne daß Jemand wußte, wo er hergekommen. Grabesstille herrscht in der Stadt, alle Läden sind geschlossen, der Verkehr stockt; Truppen sind auf den öffentlichen Plätzen gelagert und in den Straßen dröhnt der dumpfe Schritt der Patrouillen. Was erwartet wurde, ist heute Morgen eingetreten. Der General Chlebus und der Vicepräsident v. Spankern haben die Stadt und Umgegend in Belagerungszustand erklärt. Somit ist das Associationsrecht und Versammlungsrecht, so wie die Freiheit der Presse suspendirt. Die „Düsseldorfer Zeitung", das „Kreisblatt", die „Neue Rheinische" und sogar die „Elberfelder Zeitung" dürfen fortan nicht erscheinen, respective nicht mehr ausgegeben werden. Abends 8 Uhr müssen alle Wirthshäuser geschlossen sein, und auf den Straßen dürfen bei Tage nie 10, Nachts nie 5 Menschen zusammenstehen. Außerdem sind die Artikel 5, 6, 7, 24, 25, 26, 27, 28 der Verfassung für die Dauer des Belagerungszustandes außer Kraft gesetzt. Die Proclamation bedroht am Schlusse noch mit Kriegsgerichten und Standrecht an die, welche den Staat oder das Militär durch Wort, Bild, Schrift oder bildliche Darstellung beleidigen oder mit den Waffen in der Hand ergriffen werden oder dem Militär durch Verrath Nachtheil oder Gefahr bereiten. Aus Elberfeld kehrten gestern die Truppen hierher zurück, ohne ihren Zweck erreicht zu haben. Sie hatten unter vielen Todten und Verwundeten einen Hauptmann verloren und ein Rittmeister ist durch Pflastersteine der Art beschädigt, daß er wahrscheinlich sterben wird. Das Volk ist dort Herr der Stadt und die Truppen waren gezwungen, sich zurückzuziehen.

Königsberg, 5. Mai. Auf den von der Stadtverordnetenversammlung ausgesprochenen Wunsch, „der Magistrat möge eine allgemeine Urwählerversammlung zusammenberufen, damit auf diese Weise der gesammten Einwohnerschaft Königsbergs Gelegenheit werde, ihren politischen Wünschen einen Gesammtausdruck zu geben", ist diese städtische Behörde nicht eingegangen. In Folge dessen versammelten sich gestern die Stadtverordneten und nahmen einstimmig eine Adresse an den König an, welche mit großem Freimuthe und in sehr entschiedenen Worten ausspricht, daß der von der Regierung eingeschlagene Weg den Erwartungen und Hoffnungen des Volks nicht entspreche und daß nicht Friede, nicht Versöhnung einkehren könne, bis das Ministerium Brandenburg entlassen sei. Der Magistrat ist der Adresse der Stadtverordneten beigetreten; dieselbe geht heute Abend nach Berlin ab.

□ **München**, 10. Mai. Unserm gestrigen Berichte über die Bewegung der Jugend im Münchener Quartier latin haben wir nur Weniges zuzufügen. Die Studentenmenge, vermehrt durch Tausende von müßigen Zuschauern, wogte eine Weile in der Ludwigsstraße auf und ab, sang Lieder und brachte Vivats, verlor sich endlich in den Straßen der Altstadt, und darauf marschirten und ritten auch die aufgestellten Truppen ab. — Gestern Abends war wieder Studentenversammlung im Prater und die darin gefaßten Beschlüsse deuteten, daß auch bei uns Zündstoff vorhanden ist. Einmal wird von der Münchener Hochschule aus eine Ansprache an alle deutsche Universitäten ergehen, sich der Bewegung für die deutsche Reichsverfassung bis zum letzten Blutestropfen anzuschließen, und ist eine uns zugekommene Angabe begründet, so wurde auch der Absicht gedacht, wenn nicht überall mit den Arbeitern, so doch mit den Polytechnikern, Turnern u. s. w. in werkthätige Verbindung zu treten. Ferner wurde beschlossen, das Freicorps einer durchgreifenden Umgestaltung zu unterwerfen und dahin zu arbeiten, daß wo möglich die ganze Studentenschaft bewaffnet werde. Wir haben wohl kaum nöthig, hinzuzufügen, daß an eine Gewährung des letzteren Gesuches von Oben unter den obwaltenden Umständen in keinem Falle zu denken ist. Auf dem geraden Wege zum Belagerungsstande stehen die Zeughäuser nicht mehr offen.

Karlsruhe, 10. Mai. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer begründete Häusser seine angekündigte Interpellation in Bezug auf die Anerkennung und thatkräftige Unterstützung der Reichsverfassung und verlangte, daß die badische Regierung an den Verhandlungen, welche in Berlin wegen Octroyirung einer Verfassung stattfinden sollen, keinen Antheil nehme, und auch die übrigen deutschen Regierungen, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, veranlasse, in gleichem Sinne zu handeln; daß dieselbe ferner sowohl das Linienmilitär, als auch die Bürgerwehr, sowie sämmtliche Staatsbürger auf die Reichsverfassung beeidige, und endlich die neuen Parlamentswahlen, sobald solche von Frankfurt aus angeordnet sein werden, vornehme, auch überhaupt ihre ganze Kraft der Reichsgewalt zur Verfügung stelle. Staatsrath Bekk erwiederte hierauf im Namen der Regierung: Ich erkläre einfach, daß wir an den Verhandlungen in Berlin über die Abänderung der Reichsverfassung keinen Antheil nehmen (Bravo!), und daß wir die Beeidigung auf die Reichsverfassung allgemein anordnen werden (Bravo!) Was den Antrag wegen Ausschreibung der Parlamentswahlen betrifft, so bedaure ich, daß man mich von demselben nicht eben so wie von den beiden andern Anträgen zum Voraus in Kenntniß gesetzt hat. Ich kann daher keine Erklärung im Namen der Regierung abgeben, bin jedoch der Ansicht, daß, sobald die Reichsgewalt die Wahlen im Reichsgesetzblatt anordnen wird, sie hier alsbald eingeleitet werden. Mittermaier sprach sich in ähnlicher Weise wie Häusser aus, und formulirte dessen Antrag wie folgt: Die 2. Kammer beschließt, die großh. Regierung zu ersuchen: 1) unverzüglich die Beeidigung auf die Reichsverfassung wenigstens der im Inlande befindlichen badischen Truppen, ferner der Bürgerwehr und der badischen Staatsbürger überhaupt zu verfügen; 2) die Einleitung zur Vornahme der Wahlen zum künftigen Reichstage anzuordnen; 3) jeden Angriff auf die Anerkennung und Wirksamkeit der Reichsverfassung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren; 4) auf keinen Fall zu dem von der preußischen Regierung eingeleiteten Congresse über Berathung der Revision der bereits verkündeten Reichsverfassung einen Bevollmächtigten zu senden oder überhaupt an einer solchen Berathung sich zu betheiligen, und im Einverständniß mit den Regierungen, welche bereits die Verfassung anerkannten, jeder Aufforderung zu einer octroyirten Reichsverfassung mit Kraft entgegenzutreten. Buhl stellte den Antrag, daß den Kammermitgliedern morgen schon der Eid auf die Reichsverfassung in einer noch zu bestimmenden Formel abgenommen werden solle, worauf Staatsrath Bekk erwiedert, daß die Eidesformel dieselbe sein könne, wie solche bis jetzt jeder Abgeordnete beim Eintritt in die Kammer beschworen habe, und nur eines Zusatzes, daß er nämlich auch Treue der Reichsverfassung schwöre, bedürfe. Bei der Abstimmung wurde sowohl der Mittermaier-Häussersche Antrag, als der von Buhl gestellte mit allen Stimmen gegen eine angenommen.

Karlsruhe, 11. Mai. Die heutige Sitzung der zweiten Kammer wurde von dem Präsidenten, Hrn. Mittermaier, mit folgendem Vortrage eröffnet: Meine Herren! Die verkündete Reichsverfassung, welche die badische Regierung und die Volksvertreter als verbindliches Gesetz für Baden anerkannten, schreibt im § 193 vor: Die Verpflichtung auf die Reichsverfassung wird in Einzelstaaten mit der Verpflichtung auf die Landesverfassung verbunden und dieser vorangesetzt. Dies Gesetz muß schleunigst vollzogen werden. Die Kammer hat gestern beschlossen, daß heute die Beeidigung ihrer Mitglieder stattfinden soll. Der Eid, den Sie nun leisten, ist nur die Ergänzung des von Ihnen bereits ausgeschwornen, in § 60 der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Eides. Es bedarf nur einer Einschaltung des Wortes Reichsverfassung. Diese ist ein ergänzender Theil unserer Verfassung; lassen Sie uns durch den Eid, welchen wir leisten, und welchen, wie ich hoffe, bald alle deutschen Brüder leisten werden, unsern Mitbürgern ein Vorbild geben, damit wir Alle um eine gemeinsame Sache, die der Reichsverfassung, uns schaaren, mit der Losung: Einheit, Freiheit, Macht und Ehre des großen deutschen Vaterlandes; wir übernehmen dadurch die durch die höchste Sanction geheiligte Verpflichtung, die Reichsverfassung zu beobachten, sie zu schützen, wo es noth thut, und sie mit aller Kraft überall zur Anerkennung und Geltung zu bringen. Ich fordere Sie nun auf, den Eid zu leisten; er soll lauten: „Ich schwöre Treue dem Großherzog, Gehorsam dem Gesetze, Beobachtung und Aufrechthaltung der Reichs- und Landesverfassung, und in der Ständeversammlung nur des ganzen Landes allgemeines Wohl und Bestes, ohne Rücksicht auf besondere Stände oder Klassen, nach meiner innern Ueberzeugung zu berathen. So wahr mir Gott helfe." Jeder wird bei seinem Namensaufrufe die Worte: Ich schwöre, aussprechen. Gemäß dieser Aufforderung des Präsidenten wurde von allen anwesenden Kammermitgliedern der Eid geleistet.

Altona, 9. Mai, Abends. Nach heute hier eingetroffenen Berichten aus dem Norden, findet die Einnahme von Weile durch preußisches Militär ihre Bestätigung. Doch wußte man über den Verlust unserer Truppen noch nichts Näheres anzugeben. Es hieß, daß auch bereits Fridericia von schleswig-holsteinischer Artillerie stark beschossen sei, und daß mehrere Häuser im Innern der Stadt in Flammen ständen. Doch können wir dieses Gerücht nicht verbürgen. Nach dem heutigen „Altonaer Mercur" waren die Dänen sehr stark verschanzt und zwar von 1000 Schritt zu 1000 Schritt, mußten aber überall den Ungestüme unserer braven Truppen weichen und wurden in Fridericia hineingeworfen. Der Verlust muß bedeutend gewesen sein, da die Dänen sich in ihren Verschanzungen längere Zeit hielten. Von unserer Seite waren besonders im Feuer das den Hadersleberern unvergeßliche 1. Jägercorps, und es wird behauptet, daß von demselben unter Andern ein Fähndrich ein Bein verloren habe und Baron Heintze, jedoch leicht, verwundet sei; ferner das neunte Bataillon, und von diesem wird Hauptmann Grabner als todt genannt; außerdem das zehnte Bataillon. Das Dorf Gudsoe ist größtentheils abgebrannt, namentlich die dortige Mühle, welche als schön gerühmt wurde. (H. C.)

Frankreich.

** **Paris**, 9. Mai. Der Präsident der Republik hat an den General Oudinot ein Schreiben gerichtet, in welchem er diesem seine vollsten Sympathien ausspricht und die kräftigste Unterstützung zusichert. „Mein lieber General," sagt er in demselben, „die auf telegraphischen Wege hier eingelaufene Nachricht von dem unvorhergesehenen Widerstande, welchen Sie unter den Mauern Roms gefunden haben, hat mich sehr betrübt. Ich hoffte, wie Sie wissen, daß die Einwohner Roms vor dem klaren Licht die Augen öffnen und eine Armee, die vor ihnen erschien, um eine wohlwollende und uneigennützige Mission zu erfüllen, mit Bereitwilligkeit aufnehmen würde. Es ist anders gekommen; unsere Soldaten sind als Feinde empfangen worden; unsere militärische Ehre ist dabei im Spiele, und ich werde nicht dulden, daß sie irgendwie verletzt werde. Verstärkungen sollen Ihnen sofort zukommen. Sagen Sie Ihren Soldaten, daß ich ihre Tapferkeit schätze, daß ich ihre Mühen theile und daß sie stets auf meinen Beistand, meine Erkenntlichkeit zählen können. Empfangen Sie, Herr General, die Versicherung meiner Hochachtung. (gez.) Louis N. Bonaparte." Dieses Schreiben, das gewissermaßen in directem Widerspruch mit dem von der Nationalversammlung in ihrer gestrigen Sitzung gefaßten Beschlusse steht, indem hierin ein Tadel des Verfahrens, welches General Oudinot beobachtet hatte, ausgesprochen war, machte große Sensation und gab in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung dem allezeit interpellationslustigen Berge Gelegenheit, das Ministerium wieder einmal zur Rede zu stellen. Grevy war es, der das Ministerium fragte, was jenes Schreiben für eine Bedeutung habe und ob es ein officielles oder nur ein vertrauliches sei. Odilon Barrot erklärte es in seiner Erwiederung für ein rein persönliches Schreiben des Präsidenten und keineswegs für ein im Conseil berathenes Actenstück. Uebrigens sei darin weder eine Verpflichtung für die Regierung, noch eine den Ansichten der Versammlung entgegengesetzte enthalten. Denn, fragte er, was hat denn die Versammlung selbst durch ihr letztes Votum bewirken wollen? Etwa, daß Frankreich die Vermittelung aufgeben, daß die französische Armee nach Civita-Vecchia zurückgehen, daß der französische Einfluß vor den Oesterreichern, vor den Neapolitanern, welche den neuesten Nachrichten zufolge nach Rom marschiren, zu nichte werden solle? Niemand hat dem Ministerium einen solchen Rath gegeben und das Ministerium würde auch einem solchen nur durch seine Abdankung geantwortet haben. Also war der Regierung freie Hand gegeben, die Gegenrevolution zu bekämpfen und die Freiheit in Italien zu vertheidigen. Wie soll nun aber die Regierung ihrer Macht sich bedienen? fragte der Ministerpräsident weiter. Noch sind die Ereignisse zu wenig bekannt, als daß man darüber debattiren könnte. Die Regierung erwartet stündlich Depeschen mit den näheren Aufschlüssen über das Vorgefallene. Sie werden Aufklärungen geben, sie werden zeigen, ob nicht General Oudinot in einen unwürdige Falle gerathen ist, ob ihn nicht von den drei Triumvirn zwei nach Rom gerufen haben. Odilon Barrot verlangte deßhalb, daß man die Debatten darüber nach vertagen sollte, ein Antrag, welchem der Interpellant beitrat, und der auch trotz den Reclamationen Ledru-Rollin's, welcher das Verfahren des Präsidenten der Republik das alte Justemilieu nannte, und trotz dem Vorschlag Flocon's, die Versammlung solle jenes Schreiben für null und nich-

tig und wirkungslos erklären, von der Versammlung angenommen wurde.

§ **Paris**, 9. Mai. Das allgemeine Interesse, welches die Ereignisse in Rom und die Niederlage Oudinot's erregt haben und noch fortdauernd erregen, einerseits, die Abspannung, in der sich die Nationalversammlung durch die vorhergegangene Nachtsitzung befand, und die Gerüchte von einem bevorstehenden Rücktritt des Ministeriums, Gerüchte, welche sich indeß nicht bewahrheitet haben, andererseits waren die Ursache, daß der gestrigen Sitzung nicht die gehörige und der Wichtigkeit der Gegenstandes der Debatte angemessene Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Und doch war diese Debatte von unermeßlicher Bedeutung, indem es sich um nichts weniger als um die Reduction der Armee handelte, eine Frage, welche bei der gegenwärtigen Lage der europäischen Verhältnisse, bei den schon bestehenden und voraussichtlich noch eintretenden nationalen Conflicten der ernstesten Art, in ihren Consequenzen nicht mehr und nicht weniger als die ganze politische Existenz Frankreichs berührte. Von der Commission, welche über das Kriegsbudget zu berichten hatte, war der Antrag gestellt worden, eine Reduction von 12 und einer halben Million eintreten zu lassen. Um dies zu realisiren, hätten 75,000 Mann verabschiedet, also die militärische Gewalt Frankreichs in ihren Grundfesten erschüttert werden müssen. Wie unthunlich dies in dem gegenwärtigen Augenblicke sei, setzte Hr. v. Lamartine auseinander. Wenn Petersburg, Wien und Berlin sich verbinden, sagte er, wenn die russische Intervention in Oesterreich, die österreichische Intervention in Italien drohen, in einem solchen Moment die Verabschiedung eines Theiles der Truppen fordern, heißt nichts anders als zu gleicher Zeit den Frieden und den Krieg verrathen. Die Generale Cavaignac, Lamoricière und Bedeau sprachen nicht minder lebhaft wie Lamartine und ihr warmes Plaidoyer hatte die Folge, daß der Antrag der Commission auf eine Reduction der Armee auf 285,000 Mann verworfen und der Posten des Budgets, welcher den Sold betrifft, in seiner früheren Integrität mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Nachschrift.

* **Paris**, 10. Mai. Lesseps und Accursi, die Abgesandten der römischen Republik, sind vorgestern nach Rom abgegangen, um dem General Oudinot neue Instructionen zu bringen.

Eine große Anzahl hier lebender Deutscher hat in einer gestern stattgehabten allgemeinen Versammlung beschlossen, sich ohne Verzug nach Deutschland zu begeben, um dem von der Linken der Frankfurter Nationalversammlung an sie ergangenen Aufruf Folge zu leisten.

Wie der „Siecle" berichtet, ist in einem heute abgehaltenen Ministerrath beschlossen worden, eine Observationsarmee an der Rheingrenze aufzustellen, um für alle Eventualitäten, die der Zustand Deutschlands mit sich bringen könnte, bereit zu sein.

Briefen aus Havre zufolge verweigert der Prinz von Joinville die Annahme eines Wollemandats so lange, als das Verbannungsdecret auf seiner Familie laste.

* Aus **Rom** bringen die französischen Blätter und Briefe keine Neuigkeit von Belang. Gerüchte, daß Oudinot endlich in Rom eingerückt sei, haben sich bis jetzt noch nicht bestätigt.

Börsenberichte.

Amsterdam, 10. Mai. 4 Uhr. 2½ pCt. Integr. 49⅜, ⅜/₁₆. — 3pCt. Schuld 58⅛. — 4½ Ct. 77⅛. 77. — 5pCt. Anl. 12⅛. — do. à 510 Pf. St. 12⅛. — 3pCt. inl. à 6000 fl. 24⅛. ⅛/₁₆. — Coupons 8⅝. ⅝. — Russ. 4pCt. bei Hope 8⅛. — do. bei Stieglitz 80⅛. — 5pCt. Mex. 7⅛. — 2½ pCt. do 38, 37⅛.

Bei geringem Geschäft waren heute auch unsre inl. Fonds unverändert. Auch fremde haben wenig oder nicht variirt; im Allgemeinen war die Stimmung namentlich in Russ. und Oesterr. etwas fester.

Paris, 10. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 89. 30 — 3pCt. 57. 10. — Neap. 86. 90. — Innere Schuld 24⅛. G. — Bankactien 2392. 50. — Bons de Mai, neues Aleh 192 50. — Linkes Ufer 170. — Paris-Orleans 810. — Paris-Rouen 562. 50. — Orleans Bordeaux 806. 25. — Orleans Bierzon 360. — Rouen-Havre 275 — Marseille-Avignon 211. 25. — Straßburg-Basel 103 75. — Nordbahn 448. 75. — Paris-Straßburg 371. 25. — Röm. Anleihe 76.

London, 9 Mai. 3pCt. Stocks 91⅛. — 5pCt Span. 17⅛. — Neue 3pCt. 33⅛. 33. — 4pCt. Port. 28⅛. — 2½ pCt. Holländ. 49⅞.

Madrid, 5. Mai. 3pCt. 25⅛. Pap., n. d. B. 25⅛/₁₆ ⅛ G. — 5pCt. 10⅛. ⅛ G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Naller.

Benachrichtigungen

[1248]

Die Molkenkuranstelt

auf Schloß Schöneck bei Boppard am Rhein

(in dem romantischen Ehrenthal)

wird vom 10. Mai bis Ende September eröffnet sein. Der unterzeichnete Besitzer F. A. Reuter ersucht, mit Anfragen ärztlicher Natur an den Kurarzt Dr. H. Schauenburg, übrigens an ihn selbst in portofreien Briefen sich wenden zu wollen. Wöchentliche Kurpreise nach den 3 Klassen der Zimmer zu 1) 10 Thlr. 9 Sgr., 2) 8 Thlr. 24 Sgr., 3) 7 Thlr. 24 Sgr. (für Zimmer, Molken, Kr. urrtäte, Kaffee, Mittag- und Abendtisch, ärztliches Honorar und Bedienung). Gäste, welche, ohne die Kur zu gebrauchen, auf dem Schlosse Aufenthalt nehmen, zahlen wöchentlich 6 Thlr ohne Wein. Der Prospectus wird gratis ausgegeben. Abfahrt in Boppard am Bureau der Düsseldorfer Dampfschifffahrt-Gesellschaft zu tiefen Preisen.

Schloß Schöneck, den 15. April 1849.

F. A. Reuter.
Dr. H. Schauenburg, Districtsarzt.

[1339] Durch alle Buchhandlungen sind auf feste Bestellungen zu erhalten, in Frankfurt a. M. durch die H. Hehmerber'sche Buchhandlung (Nachfolger Heinrich Keller):

Die Volksharfe. Sammlung der schönsten Volkslieder aller Nationen. 6 Bändchen.

1) 4 altdeutsche Volkslieder, 7 schweizerische, 3 englische, 5 schottische, 3 gälische, 8 französische, 32 spanische, 1 italienische, 20 italienische, 25 neugriechische, 6 aus Krain, 4 slowakische, 3 mährische, 7 serbische, 13 böhmische, 2 wendische, 6 polnische, 15 russische, 1 ehstnisches, 1 lettisches, 7 von der Insel Rügen, 10 dänische, 22 schwedische, 3 isländische, 3 holländische.

Dramatisches Potpourri. Auswahl komischer Scenen und Gesänge aus den beliebtesten Lustspielen, Possen, Vaudevilles, Travestien u. s. w.

Inhalt: Fröhlich. — Lumpacivagabundus. — Der Bär und der Baß. — Hamlet. — Die travestirte Jungfrau von Orleans. — Pachter Feldkümmel. — Carolus Magnus. — Schäferstündchen. — Gesänge aus den Schneidermamsells. — Die Wiener in Berlin. — Sieben Mädchen in Uniform. — Perjosa. — Das Fest der Handwerker.

Zur Selbstunterhaltung, wie zum Declamiren oder zum Aufführen in Privatkreisen, denen diese 4 Theile den angenehmsten Stoff.

Sammlung von 6000 deutschen Sprüchwörtern. 2 Theile.

Diese drei Werke, aus 12 Theilen bestehend, Ladenpreis 4 fl. 45 kr., werden jetzt zusammen zu 2 fl. erlassen, und bei baarer Zahlung als Prämie beigelegt 4 fein gestochene mythologische Figuren:

1) **Amor und Psyche**, 2) die mediceische **Venus**, 3) **Mars und Venus**, 4) die drei Grazien von Raphael.

Man wolle bei der Bestellung letztere Bedingungen deutlich bezeichnen.

Verlagsbuchhandlung von **F. H. Köhler** in Stuttgart.

[1369]

Für Auswanderer.

Da die Passage über **Hamburg** und **Bremen** durch die Blokade dieser Häfen für Auswanderer nun gehemmt ist, macht Unterzeichneter, vom belgischen Ministerium zum Schutze für Auswanderer ernannte Inspector hiermit bekannt, daß im hiesigen Hafen für den Monat Mai sieben große Dreimaster-Schiffe für Passagiere zur Abfahrt nach **New-York** bereit liegen, gelegt von mehreren andern, welche sich auch schon in unserem Hafen befinden.

Von meiner Seite werde ich mit dem größten Vergnügen jeden möglichen Schutz und Protection gewähren und bin überzeugt daß Auswanderer mit aller Sicherheit ihren Weg über hiesigen Platz nehmen können.

Antwerpen, den 3. Mai 1849.

Inspector zum Schutze der Auswanderer.
Thielens.

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1849.

April u. Mai.	Barometer bei 0° R.			Thermometer R.			Thermograph.		Feuchtigkeit des Meteorol.	Wind.			Wetter.		
	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Nacht	Tag.	Rh. F.	9 Uhr.	3 Uhr	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
29	315‴7	316‴0	316‴1	+ 11°0	+ 11°0	+ 9°8	+ 8°2	+ 14°0	2' 3"	N.	N.	N.	t.	w.	t.
30	316‴2	316‴7	316‴9	+ 11°8	+ 14°2	+ 10°0	+ 7°0	+ 15°0	2' 8"	NNO.	NO.	—	w.	w.	bt. bt.
1	33 ‴3	317‴7	333‴7	+ 8°4	+ 12°4	+ 8°2	+ 5°5	+ 12°5	2' 1"	NNO.	NO.	—	t.	t.	bt.
2	331‴4	332‴6	332‴4	+ 12°8	+ 16°0	+ 11°6	+ 7°0	+ 16°1	1' 9"	ONO.	OSO.	—	w.	w.	bt. bt.
3	332‴6	332‴1	333‴0	+ 15°3	+ 18°0	+ 11°0	+ 10°4	+ 15°2	1' 8"	ONO.	O.	O.	w.	w.	bt. bt.
4	333‴3	332‴5	332‴4	+ 11°4	+ 16°1	+ 10°4	+ 8°8	+ 17°4	1' 7"	O.	O.	O.	bt.	w.	bt. bt.
5	331‴8	330‴8	330‴4	+ 14°4	+ 16°0	+ 10°2	+ 9°2	+ 16°0	1' 7"	O	O.	—	bt.	Gw. R.	w
M.										Ne endigte im April = 4 05‴					

Am 1. Vor- und Nachmittags leichte Schlagregen; am 5. Nachmittags von 2 bis 3½ Uhr Gewitter aus Osten mit heftigem Regen, um 4 Uhr ferneres Gewitter im Süden.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[1312] **Verfügung**
in Sachen

des Pfarrers Knoepfel zu Niederursel und Rathsmeisters Kehler zu Römerberg, als Vorsteher des Römerberger Kirchenkastens, Klägers gegen 1) Johannes, 2) Anna Gertrude Röthel zu Weilnau'n (ohne Gewerb), 3) Karoline, 4) Johannette Friederike Rossel zu Herrngehaun'en im Großherzogthum Hessen (ohne Gewerb), 5) Friedrich Christian Rossel, daselbst wohnhaft bei Heinrich, 7) Christine Louise, 8) Johannes 9) Anna Marie Rossel, letztere 4 Personen unter Vormundschaft ihrer Mutter Elisabeth in Oetzhausen, Amts Wolfhagen, Verklagte, wegen hypothekarischer Klage.

Die Mitbeklagten 1) bis 3) sind laden den 25. Juni l. J. bei Meidung der Termins-Kosten, event. auf den 9. Juli l. J. Morgens 10 Uhr, bei Meidung des Ausschlusses mit etwaigen Einreden auf die hiermit folgende Klage.

„Werner Berth und dessen Ehefrau Anna Elisabeth zu Niederursel ertheilten vermöge der unter A. anliegenden Obligation vom 3. Mai 1791 an dem Römerberger Kirchenkasten des Betrag mit 50 Thalern zu 5 Procent verzinslich, und schuldig dieses Darlehn noch mit Zinsen von Michaeli 1846.

Die unterpfändlichen sowie die nachherigen Schuldner Heinrich Reß und dessen Ehefrau zu Ihr verurtheilt, längstens verboten, die Verklagten haften sich aber im gegenwärtigen Prozesse des dem Kirchenkasten verpfändeten Grundstück

Ch. A. Nr. 3, ¼ Mk. 2 Ruth. ein Haus auf der Arnsburg,

sind daher verbunden, uns behufs Befriedigung unserer Forderung mit Zinsen und Kosten das verpfändete Grundstück abzutreten, wenn Verklagte nicht vorziehen sollten, das Grundstück von dem darauf haftenden Pfandrecht durch Zahlung zu befreien.

Da Verklagte sich nun weder zu dem einen, noch anderen, der Anmahnung ungeachtet, gütlich verstehen, so erheben wir Kl. gegenwärtige Bitte, zu erkennen:

daß uns an dem verpfändeten Grundstück ein Pfandrecht zustehe und Verklagte schuldig und verbunden seien, uns solches zum Zwecke unserer Befriedigung wegen Hauptgelder, Zinsen und Kosten abzutreten, wenn Verklagte nicht vorziehen sollten, durch Zahlung der lobenheim Schuld [illegible] Pfandrecht zu befreien, mit Kostenersatz.

Die Verklagten unter 1, 2, 3, 4 sind schuldig, vorerst gegenwärtiger Auf nahme nach den Beilagen, gemessen unter B. C. anderkannt, und bitten wir weiter gehorsamst,

dieselben ferner sich anzuhalten
Unsern Anwalt legitimiren wir in Anlage D. hierüber ꝛc.

Kurfürstlichen Justizamts
gehorsamste Kläger
Damm. L. S.

zu erklären, auch für den Fall der Vertheidigung bei Strafe einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten innerhalb des Amtsbezirks zu bestellen

Verfügt Isenberg am 30. April 1849
Kurf. Justizamt dieß.
Weber.
vdt. Angermeier.

[1346] **Edictalladung.**
Verfügung
in Sachen

des Wollentuchmachermeisters Daniel Bödicker zu Eschwege, Klägers

gegen

den Wollentuchmacher Erdmann Schalles zu Hildebrain, Verklagten

wegen Darlehns.

Der Verklagte hat auf die nachstehende Klage:

Kurfürstlich hessisches Justizamt
Eschwege.

In Sachen des Justizamts Eschwege k. Der Wollentuchmachermeister Daniel Bödicker zu Eschwege, Kläger gegen den Wollentuchmacher Erdmann Schalles zu Hildebrain, Verklagten wegen Darlehns lla 1 Anlagen A. B. C. D. E. F.

Laut der Anlage A. sich ich dem Verklagten am 28. Februar 1845 zweihundert Thaler gegen sein Versprechen, dieselben nach einer dreimonatlichen Kündigung zurückzuzahlen und jährlich zu 4½ pCt. zu verzinsen, und forderte sie ihm durch die Post nach Hildebrain. Vor länger als 3 Monaten habe ich ihn zum Abtrag des Hauptgeldes und der Zinsen aufgefordert, jedoch ohne Erfolg.

Die Anlage B. besagt, daß Verklagter an seinem Wohnorte Hildebrain einen Paß nach Bremen gelöst hat, um erklären Ort nicht zurückgekehrt und sein Aufenthalt daselbst unbekannt ist.

Durch die Anlage C. bescheinige ich, daß derselbe auch von hier abwesend und sein Aufenthalt unbekannt ist.

Laut der Anlage D. haben die Eltern des Verklagten, der hiesige Bürger und Zuhrmann Georg Schalles und seine Ehefrau Dorothea Margarethen, geb. Bader, (da ihre Tochter Dorothea Margarethe Schalles verstorben ist) drei Kinder, Namens, Christoph und Elisabeth, Geschwister Schalles

Diese haben belage der Anlage E. durch gerichtlich bestätigten Vertrag vom 29. Juni gemeinschaftlich folgende hiesige Grundstücke:

C. 3503. ¾ Acker 6 Ruthen Land auf dem Hainschenwege.
C. 3724. 1⁵/₁₆ Acker 3½ Ruth. Land bei der Kerren.
C. 5331/2. 1¾ Acker 6 Ruthen Garten am Dreieck.
B 1031. ½ Acker 4 Ruthen Land auf dem Hofstadt-Binnen
E. 657½. 2½ Acker 24½ Ruthen Holz im Unterrain.
B 2035. ⅛ Acker 14 Rth. Land im Gundelbach.

erworben.

Laut der Anlage F. besitzen sie dieselben ungetheilt.

Vermöge des vollen Landsassiats bin ich daher befugt, den Verklagten bei dem Kurfürstlichen Justizamte zu verklagen, ꝛc.

Zu Vertretung deshalb die Vollmacht unter G. mit der Bitte:

einen Termin zur Erklärung des Verklagten auf meine Klage zu bestimmen und denselben dazu zu citiren, ich vorzuladen, dem vorgängig ihn schuldig zu erkennen, mit die 200 Thaler Darlehn nebst 4½ pCt. Zinsen seit dem 28. Februar 1845 binnen 14 Tagen unter Kostenersatz zu zahlen.

Kurfürstlichen Justizamts
gehorsamster Kläger

im Termin den 27. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr (Contumazialzeit) beim Rechtsnachtheile des Kostenersatzes, event. auf den 25. Juli d. J. Vormittags 10 Uhr (Contumazialzeit) unter dem Präclusivnachtheile der Ausschließung und der Befugniß einen weiteren persönlich oder durch gehörig legitimirte Bevollmächtigte vorzuladen, und wird bemerkt, daß die weiteren ergehenden Verfügungen nur am schwarzen Brett werden angeschlagen werden.

Verfügt Eschwege, am 30. April 1849.
Kurf. prov. Justizamt I. bas.
Ewald.
Vgsl. Lotzen.

[1349] **Decret**
auf die Klage der Wittwe Mire Stengel zu Kastel.

Klä ers.

gegen den Weißschmiedgesellen Mathias Diegen von Montabaur, Verklagten, wegen Alimentation eines unehelichen Kindes.

Der Verklagte, dessen dermaliger Aufenthalt dahier nicht bekannt ist, wird aufgefordert, sich bei dem unterzeichneten Amte auf die gegen ihn auf Bezahlung eines Beitrags von 6 fl. zu den Kindbettkosten und von jährlich 50 fl. zu den Alimenten des mit der Klägerin angeblich erzeugten Kindes erhobenen Klage, deren Einsicht ihm auf dem hiesigen Amte freisteht,

Donnerstag den 14. Juni l. J., Morgens 8 Uhr,

zu erklären, bei Vermeidung der Rechtsnachtheile des Eingeständnisses und des Verlustes der Einreden. Alle weitern Decrete und Erkenntnisse werden im Ungehorsamsfalle lediglich durch Anschlag am Gerichtsbrette bekannt gemacht werden.

Montabaur, den 4. Mai 1849.
Herzoglich Nassauisches Amt.
Zimmermann.

[1357] **Oeffentliche Ladung.**

Forderungen und Ansprüche jeder Art an den für concursirlich erklärten Christian Werner von Niederreden sind im Termine,

Montag den 2. Juli d. J., Vormittags 9 Uhr,

bei Meidung des stillschweigend claudirenden Ausschlusses dahier anzumelden und zu begründen.

Langen, den 2. Mai 1849.
Großh. Hessisches Landgericht.
Schalk. Eckhorn.

[1357] **Steckbrief.**

Alle respective Justiz- und Polizei-Behörden werden unter Erbieten zu gleicher Willfährigkeit ersucht, auf den hiernuten signalisirten Unteroffizier des hiesigen Linien-Bataillons Friedrich Steinbrunn, aus Bernburg, welcher am 9. d. M. aus hiesiger Garnison desertirt ist und sich hierbei einer Geld-Entwendung höchst verdächtig gemacht hat, zu fahnden, denselben festnehmen zu lassen und uns davon gefällig Nachricht zu ertheilen.

Frankfurt a. M., den 10. Mai 1849.
Kriegs-Zeug-Amt.

Person-Beschreibung.

Alter: 31 Jahre.
Größe: 6 Schuh 3 Zoll.
Haare: schwarzbraun.
Augen: braun.
Augenbrauen: schwarzbraun.
Nase: spitz.
Mund: gewöhnlich.
Stirn: frei.
Bart: dunkel.
Kinn: rund.
Gesicht: länglich.
Statur: schlank.
Besondere Kennzeichen: keine.
Kleidung: militärische mit Nr. 7057 bezeichnet.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Sonntag (Zweite Extra-Beilage zu Nro. 113.) 13. Mai 1849.

Amtlicher Theil.

Am 7. Mai rückte der Oberbefehlshaber der Operationsarmee mit einem Theile der letzteren in Jütland ein, und zwar die Reservecavalleriebrigade auf Nebel und Aagard, und die preußische Division auf der großen Straße von Kolding nach Veile, während die schleswig-holsteinische Division von Kolding auf Fridericia vorging. Alle Colonnen stießen auf den Feind und wurden in ernsthafte Gefechte verwickelt, die überall zum Vortheile der diesseitigen Waffen ausgefallen sind. Das linke Seitendetachement der preußischen Division warf eine überlegene Truppenaufstellung bei Densmühle zurück, die Avantgarde siegte zunächst bei Alminde, sodann bei Brief und endlich unter Mitwirkung eines Theils des Gros der Division in einem Gefechte im Waldabschnitte jenseits des letzteren Ortes. In Folge dieser Gefechte, welche von 8 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags währten, wurde der Feind bis über Hoyen, dem letzten Abschnitte vor Veile, hinaus zurückgedrängt, und der Oberbefehlshaber hatte die Absicht, am Morgen des 8. die Offensivbewegung auf Veile fortzusetzen. Unter den Gebliebten der preußischen Truppen befand sich der Major Graf von Schlieffen, Commandeur des 7. Jägerbataillons, und der Lieutenant von Schmeling der 1. Artilleriebrigade. Gleichzeitig mit jenen Gefechten der preußischen Division bestand auch die schleswig-holsteinische Division ein glänzendes Gefecht in der von ihr eingeschlagenen Richtung, an dem Abschnitte zwischen Gudsee und Vilstrup, an welchem besonders die Artillerie Theil nahm, und wodurch der Feind zum vollständigen Rückzuge in die Festung Fridericia gezwungen wurde, nachdem noch vorher der Brückenkopf zu Snogboi von der Avantgarde der schleswig-holsteinischen Division genommen worden war.

Nichtamtlicher Theil.

Deutschland.

ξ **Berlin**, 9. Mai. Wollen Sie wissen, wie man im Königreich Preußen und seiner Residenz der streitigen Reichsverfassung gegenüber denkt? Nun, so darf ich behaupten, daß hier nur geringe Sympathie für die deutsche Sache herrscht; die Masse scheint sehr gleichgiltig, in den gebildeten Ständen hat Hansemann's Schrift, welche nun die dritte Auflage erlebt, sehr nachtheilig gewirkt. Aus den Provinzen ertönen nur vereinzelte Stimmen: so z. B. aus ganz Ost- und Westpreußen nur die von Königsberg für die Verfassung, von Danzig dagegen, aus Pommern kaum eine einzige. Die Stimmung der Mark ist bekannt, aber sogar in Schlesien tritt sie nicht besonders günstig hervor. Die Bewegung in Breslau ist keine deutsche, sie schadet dieser vielmehr. Selbst die Provinz Sachsen, von der man eine große Theilnahme für den Kampf in Dresden hätte erwarten sollen, hat sich nicht geregt. In Westphalen hat der Aufruf zu einem Städtetag keinen Anklang gefunden; es bleibt daher allein die Rheinprovinz, über deren Stimmung Sie wahrscheinlich besser unterrichtet sind als wir. — Am 12. d. M. beginnen die Conferenzen über die deutsche Verfassung. Bayern, Hannover und Sachsen werden dabei vertreten sein ob noch andere Staaten, ist mir unbekannt. Mit Oesterreich ist man vollkommen im Reinen. Es lag im Plan, die aus den Berathungen der hiesigen Conferenz hervorgehende Verfassung der Nationalversammlung in Frankfurt zur Annahme vorzulegen. Die Beschlüsse derselben vom 4. d. M. haben diesen Gedanken bedeutend erschüttert. Sie kennen den Erlaß des Staatsministeriums an die Oberpräsidenten, wegen der Beschlüsse vom 4. Mai, und werden daraus, wie auch aus der Antwort an den Bevollmächtigten der Centralgewalt vom 3. d. M. ersehen, wie empfindlich man hier gegen Alles, was als Eingriff in die innere Verwaltung angesehen wird, ist. Es thut daher Noth, daß die Versammlung in Frankfurt solche Thatsachen die Augen nicht verschließe. Es war die hiesige Regierung noch vor acht Tagen bereit, mit der Versammlung in Frankfurt zu transigiren. Da traten jene Beschlüsse vom 4. dazwischen und vermuthlich in Folge davon ist Herr Bassermann nicht einmal vom König empfangen worden. So steht es hier in der deutschen Sache; in den innern Angelegenheiten vielleicht nicht viel besser. Man bereitet eine Abänderung des Wahlgesetzes vor, weil man mit dem allgemeinen Stimmrecht nicht regieren könne. Wenn aber dennoch die Wahlen anders ausfallen, als man hofft? Dann wird man weiter zusehen.

ξ **Berlin**, 10. Mai. Wie wir hören, hat Hannover und Sachsen sich mit dem Gange, welchen Preußen in der deutschen Sache sich vorgezeichnet hat, einverstanden erklärt, so daß in Hinsicht dieser beiden Regierungen kein Hinderniß dem hiesigen Cabinete mehr entgegensteht. Während indessen Hannover und Sachsen ihre Zustimmung zu der Oberschutz- und Schirmherrschaft Preußens im deutschen Reiche geben, scheint Bayern bei seiner Ansicht noch verharren zu wollen, daß ein Directorium an die Spitze Deutschlands zu stellen sei. Die durch den hiesigen österreichischen Gesandten jüngst abgegebene Erklärung dürfte indessen auf Bayern zurückwirken und ein Fallenlassen der Directoriumsidee zur Folge haben. Oesterreich erkennt durch die Macht der Umstände die innere Nothwendigkeit an, daß Preußen die Leitung der deutschen Angelegenheiten in die Hand nehme, indem ohne solche starke Leitung das monarchische Princip in der höchsten Gefahr schwebe. Die Gründung eines engeren deutschen Bundesstaates mit dem preußischen König als Reichsoberhaupt wird von Oesterreich nicht verhindert werden, vorausgesetzt, daß das alte Verhältniß, welches Oesterreich an Deutschland kettet, nicht geschwächt werde und ein weiteres Bundesverhältniß in voller Kraft und Wechselwirkung fortbestehen bleibe. Die frühere etwas gespannte Stellung Oesterreichs und Preußens ist als gänzlich beseitigt zu betrachten. — In den hiesigen höhern Kreisen wird von einer Anfrage des Stellvertreters des preußischen Bevollmächtigten in Frankfurt an das hiesige Staatsministerium gesprochen. Eine Anzahl preußischer Abgeordneter soll auf vertraulichem Wege sich an den Stellvertreter Camphausens gewendet haben, um durch denselben eine Andeutung über ihre weitere Stellung zur deutschen Nationalversammlung bei möglich eintretenden Fällen zu erhalten. Das Staatsministerium soll geantwortet haben, daß die fernere Haltung der preußischen Abgeordneten zu Frankfurt ihrem Gewissen, gesetzlichen Sinne und ihrer lautern Vaterlandsliebe überlassen bleiben müsse, das Staatsministerium könne und wolle ihrer eigenen Beurtheilung der gegenwärtigen Lage der Dinge nicht vorgreifen. Den Austritt einer Anzahl preußischer Abgeordneter will man nach diesem nicht mehr bezweifeln. Der entschieden republikanische Charakter der Bewegung in Sachsen hat hier einen Umschlag der Meinung bewirkt, der sich auch auf die bisherige Widerstandspartei erstreckt. Daß die Reichsverfassung bei den Ereignissen in Sachsen lediglich Vorwand zur vollständigen Gründung der rothen Republik war, steht bei den hiesigen Bürgern von einiger Einsicht als so offenkundige und unbezweifelte Thatsache fest, daß man sie erklären hört und zwar auch solche, die bisher der demokratischen Partei angehörten, daß sie einer jeden ultrademokratischen, die monarchische Staatsform und die Grundsäulen der menschlichen Gesellschaft bedrohenden Bewegung auf das Entschiedenste entgegentreten würden. Das neue Wahlgesetz, das indessen als Entwurf verkündigt werden wird, erscheint in den ersten Tagen, wie man hört, noch vor Ablauf dieser Woche. Auf je 750 Seelen werden 3 Wahlmänner gewählt, von denen einer von den Höchstbesteuerten, einer von den Mittelbesteuerten und einer von den Mindestbesteuerten gewählt wird. Zur Wahl der Abgeordneten treten die Wahlmänner sämmtlicher drei Klassen zusammen. — Vom Staatsministerium ist eine Verfügung an sämmtliche königl. Regierungen ergangen, welche bestimmt, daß in amtlichen Bekanntmachungen, Erlassen und Verfügungen Fremdwörter möglichst vermieden werden sollen. — Die hiesige Landwehr ist unter Hurrahruf auf den König abmarschirt. Im hiesigen Opernhause fand bei außerordentlich zahlreichem Publikum eine Kundgebung für den König statt, wie man sie in solcher Begeisterung hier selten erlebt hat. Der Umschwung der Meinung gab sich auf das Unverkennbarste kund. Solche Anzeichen sind zu bedeutungsvoll, als daß man sie übersehen könnte.

† **Berlin**, 10. Mai. Gestern Abend fand in dem großen Saale des Gesellschaftshauses die erste Generalversammlung des Royalistenbundes oder gewissermaßen die Eröffnungsfeier desselben statt. Graf Lachner als Vorsitzender hielt die Eröffnungsrede. Der Prediger Becker sprach über die deutsche Verfassung und Herr v. Ledebur hielt eine Ansprache an die deutschen Brüder, deren Schluß ein Wort an das Heer bildete und worin es unter andern hieß: Im November v. J. hatte die Nationalversammlung ihr Sündenmaaß vollgemacht, sie wollte den König zu ihrem Bedienten herabwürdigen, da übergaben Brandenburg und Manteuffel dem alten Wrangel den ächten preußischen Zauberstab, den Degen, daß er Ordnung schaffe. Soldaten, ein neuer Kampf steht euch bevor. Die Frankfurter Nationalversammlung hat eine Verfassung gemacht, darauf berechnet, die Fürsten abzuschaffen und die Republik einzuführen; an euch ist es, Soldaten! mit eurem reinen Schwerte gut zu machen, was die Frankfurter mit ihren Federn vergiftet haben! — Dem Könige, Wrangel und dem Heere wurde ein dreimaliges Hoch gebracht. Der Royalistenbund bereitet gegenwärtig eine Adresse an die Regierung vor, die preußischen Abgeordneten, da dieselben nicht länger mit Ehren zu Frankfurt tagen könnten, sofort einzuberufen. Außerdem hat der Präsident, Graf Lachner, die Mitglieder aufgefordert, sich am nächsten Sonnabend zu einer Berathung über das neue Wahlgesetz, welches bis dahin edirt sein würde und wesentliche Abänderungen enthalte, zu versammeln. — Das rechte Centrum der zweiten Kammer stellt es durchaus in Abrede, daß die erste Kammer im Betreff der deutschen Frage sich für das Ministerium erklärt habe. Eine ausgesprochene Billigung der, von der Regierung bisher beobachteten Politik werde vergebens in den Verhandlungen der ersten Kammer gesucht, denn was die zur Begutachtung der vereinigten Anträge von Ammon-Hansemann-Itzenplitz niedergesetzt gewesene Commission betreffe, so wisse man sehr wohl, daß der Bericht jener Commission nicht zum Abschluß gekommen sei, und daß in derselben die Anträge von Hansemann und Itzenplitz keine Unterstützung gefunden. — Gestern Abend gingen mit dem letzten Eisenbahnzuge noch 4 schwere Geschütze mit vollständiger Bemannung und Bespannung nach Dresden ab.

Einem Schreiben aus Naumburg zufolge hat der Criminalsenat des dortigen Oberlandesgerichts gegen die mehr als 100 Angeklagten, die an den Erfurter Novemberereignissen betheiligt sind, das Urtheil gesprochen. Dasselbe soll durchgängig auf Zuchthausstrafe bis zu 20 Jahren lauten. Das Urtheil ist den auf der Citadelle Petersberg sitzenden Gefangenen in diesen Tagen publicirt worden, obschon nach einer Verfügung des Justizministers vom 18. v. M. noch nicht publicirte Erkenntnisse in solchen Criminalprocessen, welche nach den neueren Verordnungen vor Geschwornen verhandelt werden müssen, nicht zur Publication zu bringen, vielmehr die Processe von Neuem vor den Assisen zu verhandeln sind. — Das Gerücht, der englische und der französische Gesandte hätten gegen den Einmarsch preußischer Truppen in Sachsen protestirt, ist ungegründet. Man geht jedenfalls zu weit, wenn man glaubt, daß das englische Cabinet eine preußenfeindliche Politik verfolge, obschon nicht geleugnet werden kann, daß Lord Palmerston der deutschen nationalen Bewegung gegenüber jetzt einen anderen Standpunkt einnimmt als im vorigen Jahre. Die englische Politik wird dem deutschen Volke wie den deutschen Fürsten es überlassen, den zwischen beiden Factoren ausgebrochenen Conflict zu beseitigen, auf welche Art es immer geschehe; sie will nur verhindern, daß sich Rußland in deutsche Angelegenheiten mische und aus den obschwebenden Zerwürfnissen Nutzen ziehe.

Der „Preußische Staatsanzeiger" enthält eine unter dem 10. Mai unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Kammern veröffentlichte königliche Verordnung, die näheren Bestimmungen bei Verhängung des Belagerungszustandes betreffend.

)(**Aschaffenburg**, 11. Mai. Zur Berichtigung eines aus der „Aschaffenburger Zeitung" in das „Frankfurter Journal" übergegangenen Artikels beeile ich mich, den wahren Sachverhalt des hiesigen Militärexcesses Ihnen mitzutheilen. Auf angeblich höhere Verfügung waren die Aufrufe des Märzvereins von den Straßenecken abgerissen worden. Obgleich sich die Bürger hierdurch nicht zu Gewaltthätigkeiten hatten hinreißen lassen, drangen dennoch bayerische Soldaten in das Gasthaus zum Adler, wo sie alles zerschlugen und den gerade anwesenden Staatsprocurator und einen andern Civilbeamten nöthigten, sich in den Keller zu flüchten. Am andern Tage begab sich eine Deputation zum General, um Genugthuung zu verlangen. Derselbe versprach, sofort die Untersuchung einleiten zu lassen. Eine Klage ist ebenfalls beim Kriegsminister eingereicht worden. In Folge dieser Vorfälle hat sich heute ein Bürgerverein gebildet, der es sich zur Aufgabe machen will, zur Wahrung der persönlichen Freiheit allen Excessen, woher sie auch kommen mögen, entgegen zu treten.

Hannover, 9. Mai. Die Regierung hat den Herrn v. Borries als Commissär mit unbeschränkten Vollmachten nach den südlichen Landestheilen geschickt. Truppen und Geschütze sind schon vor mehreren Tagen dorthin abgegangen.

Die „Hanner. Ztg." meldet: Von Berlin erfahren wir gerüchteweise Folgendes: Die Conferenzen sind im Gange. Hannover hält sich entschieden deutsch und will Alles versuchen, mit Frankfurt zu gehen, so lange es geht. Eine Verständigung mit Preußen sieht in Aussicht, Preußen und Hannover wollen das Volkshaus festhalten. Oesterreich ist in der Conferenz vertreten, man glaubt, daß es das Volkshaus nunmehr auch anerkennen werde. (!) Der bayerische Gesandte hat Vollmacht, theilzunehmen, doch fehlt ihm noch specielle Instruction. Sachsen wird theilnehmen, sobald der Kampf in Dresden geschlossen ist.

Am 7. waren hier durch Deputationen vertreten die Ortschaften und Gemeinden Aurich, Emden, Norden, Göttingen, Osterode, Elze, Dassel, Holtorf, Sutterberg, Schönebeck, Marsfel, St. Magnus, Grohn, Lesum, Plagenwerder, Buer, Oldendorf, Sehlde, Großfreden, Kleinfreden, Brüggen, Betheln, Schwichelt, Rhüden, Holle, Amt Hildesheim, Amt Lauenstein, Stelzenau, Bodenem, Salzhemmendorf, Badenstedt, Klein-Heere, Landwehrhagen bei Minden, Uslar, Sottrum, Nederstede, Unterwerfen, Bleiswerde, Hakenstedt, Graedorf, Friedrichsdorf, Bederkesa, Sehnde, Heisede, Wassenstedt, Stedum, Welperdingen, Alfeld, Münden, Dransfeld, Duderstadt, Oberamt Münden, Unteramt Münden, Lamspringe. Die Corporationen und Vereine zu Hoya, Sehnde, Winsen a. L., Hameln, Bremervörde, Lehe, Münder, Bettrum, Osten, Hechthausen, Himmelpforten und Lamstedt, Duderstadt, Großfredel und Umgegend, Landdrostei Stade, Stillum, Ingeln, Oesselse und Hottel, Osterstade, Amt Neuhaus und Oste, Land Hadeln, Lüneburg, Peine, Ammergau, Nettlingen nebst sieben umliegenden Gemeinden, Hohenhameln, Belam, Rössum, Ohlum, Hohenaggelsum, Gronau, Burgdorf, Hannover, Otterberg, Otterstedt, Campe, Fischerhude. Die Volksversammlungen zu Braunschweig, Equerd, Stedum und Meerum, Lüneburg, Göttingen. Die Bürgervereine und die Bürgerwehr von Lüneburg, Göttingen, Osterode, Stade. Der städtische Verein zu Hannover, der Märzverein zu Osnabrück und Göttingen, der vaterländische Verein zu Osnabrück, der deutsche Verein zu Bremervörde, die Arbeiter und Handwerkervereine Hannover, Osterode, Hildesheim, Goslar; der ländliche Verein von der Hamelnschen Gohe und Coppenbrügge; die Urwählerversammlung zu Göttingen.

Buer im Amte Grönenberg, 6. Mai. Gestern ist der Landrath v. Vincke von Berlin hier auf seinem Gute

Osterwalde angekommen und wird dem Vernehmen nach den Sommer über hier verweilen. Der hiesige vaterländische Verein hat heute eine Petition um Anerkennung der Reichsverfassung und Entlassung des Ministeriums an den König entworfen, unterschrieben und sofort zwei Deputirte nach Hannover zur Ueberreichung abgesandt.

Hamburg, 9. Mai. Erst heute Nacht um 12½ Uhr erfolgte nach einer langen Debatte die Abstimmung der Constituante über die wichtigen den Senat betreffenden §§ 1 und 2 des Verfassungsentwurfs. Dieselben wurden in folgender Fassung: „Der Rath besteht aus neun Mitgliedern. Die Rathsmitglieder werden auf sechs Jahre gewählt. Alle zwei Jahre treten drei von ihnen aus," mit überwiegender Stimmenmehrheit angenommen. Für unbedingte Lebenslänglichkeit der Senatoren waren nur etwa 10 Stimmen.

Italien.

§ **Rom**, 2. Mai. Die Franzosen haben noch keinen neuen Angriff unternommen, weßhalb den Römern der Kammer immer mehr schwillt. Starke Zuzüge aus der Umgegend sind angelangt; man gibt sie auf 5000 Mann an. Zugleich scheint es sich zu bestätigen, daß die Neapolitaner in Anmarsch sind. Gestern sollen in Cisterna, am Anfang der pontinischen Sümpfe, 7000, in Anagni, auf der Straße von Frosinone, 5000 Mann derselben übernachtet haben, so daß sie übermorgen vor den Thoren Roms stehen könnten. Man beabsichtigt nun, die Franzosen anzugreifen. Die Corps Garibaldi's und Galletti's sollen sie in die Mitte nehmen, um ihre Vereinigung mit den Neapolitanern zu verhindern. Inzwischen ist über Auswechselung der Gefangenen unterhandelt worden; die Forderungen der Römer scheinen aber zu hoch gespannt. Man will das in Civitavecchia zurückgehaltene Bataillon Melara, nebst einem mit Beschlag belegten Gewehrtransport von 5000—6000 Flinten für etwa 200 Franzosen eintauschen. An Befestigung der Stadt wird fortwährend gearbeitet, wodurch manche schöne Baumpflanzung zu Grunde geht. Was von Unterminirung der Peterskirche, des Vaticans, Quirinals ꝛc. erzählt wird, gehört in das Reich der Mythen. Sehr originell sind manche Maueranschläge, in denen z. B. das Volk darüber belehrt wird, wie Kanonenkugeln, Bomben ꝛc. zwar einen entsetzlichen Lärm machen, Häuser beschädigen, den Menschen aber nicht viel zu Leide thun, sondern nur eine Erfindung der Könige und ihrer moderantistischen Generale seien, um Städte zur Uebergabe zu vermegen. Seien doch, als Radetzky Mailand mit 50 Kanonen fünf Tage lang beschossen, nur acht Bürger ums Leben gekommen! Die Verluste der Römer in dem Treffen mit den Franzosen sind nicht unbedeutend gewesen. 110 Verwundete, liegen in den Hospitälern, viele noch in Privathäusern; die Zahl der Todten wird nicht angegeben; namentlich soll die Studentenlegion gelitten haben. Garibaldi ist nur leicht verwundet, die Nachricht von Calandrelli's Tod beruht auf einer Verwechselung mit dem Generaladjutanten der Artillerie. Mehrere sind durch das Springen eines Pulverwagens verbrannt. Sachverständige, die im Kampfe waren, behaupten, daß der Sieg in vieler Beziehung nur Glückssache gewesen ist. Die Mauern des Vatican waren beinahe erstiegen, Porta Cavalleggieri durch die feindliche Artillerie demolirt. Ein heftiger Angriff Garibaldi's auf dieselbe entschied zu Gunsten der Römer; wären ein oder zwei französische Bataillone auf dieser Stelle nachgerückt, so wäre alles für die Römer verloren gewesen. Der Hochmuth der Franzosen, die, wie es scheint, mit der Avantgarde das Treffen machen wollten, trägt also allein die Schuld des Mißlingens, dessen politische Folgen sehr bedeutend werden können. Eine der französischen Kugeln hat man auf dem schnellsten Wege nach Paris an Ledru-Rollin geschickt. Welchen Eindruck wird es hervorbringen, wenn er damit die Tribune der Kammer besteigen sollte? Den gefangenen Offizieren hat man hier ein originelles Ständchen gebracht. Mehrere Musikchöre spielten die Marseillaise, in die sie ihrerseits mit einstimmten. — In das Dach des Vatican, sowie in die Kuppel der Peterskirche sind mehrere Kugeln gefahren, doch kann ich versichern, daß Kunstwerke dadurch nicht beschädigt sind.

Turin, 3. Mai. Heute stand General Ramorino vor einem Kriegsgericht unter dem Vorsitz des Marschalls della Torre. Der Anklageact lautete: „General Ramorino wird der absichtlichen Verletzung des Artikels 250 des Militärstrafgesetzbuches angeklagt, weil er wissentlich unterlassen hat, am 20. März die fünfte Division, die er als General befehligte, bei Cava (ein Flecken zwischen Ticin und Po; nach der k. k. Generalstabskarte der Lombardei und Venedigs liegt der Ort auf einer Höhe, die nach dem Tessin und Po abfällt) eine starke Position einnehmen zu lassen; weil er sich auf dem rechten Pou er mit dem größten Theil seiner Division aufgehalten, auf dem linken Ufer nur einige Bataillone zurückgelassen und dadurch das Einrücken des Feindes zum größten Nachtheil der Armee erleichtert habe." Der Strafantrag lautete auf Tod. General Ramorino leugnete, daß ihm genaue Befehle über sein Verhalten zugekommen; zugleich griff er Chrzanowski's Dispositionen an. Bei einer so ausgedehnten und dünnen Schlachtlinie, die man einem concentrirten Feind entgegensetzte, sei an einen Oberbefehl und an einen Ungehorsam dagegen consequent nicht zu denken gewesen, denn es hätte ja viele Stunden gekostet, ehe eine Meldung hin-, ein Befehl hergekommen wäre. Jeder Divisionecommandant sei eigentlich dadurch absoluter Befehlshaber geworden, weil immer nur er die wechselnden Kriegsoperationen beurtheilen und Gegenoperationen hätte anstellen können. Das Kriegsgericht saß von 11 Uhr Morgens und war 11 Uhr Nachts noch zu keinem Resultat gekommen.

Frankreich.

** **Paris**, 10. Mai. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung war sehr stürmisch. Marrast machte die Mittheilung, daß ein General, von welchem er zum Schutz der Nationalversammlung zwei Bataillone verlangt hatte, seiner Aufforderung keine Folge gegeben, sondern sich darauf berufen habe, nur von seinem Vorgesetzten, dem General Changarnier, Befehle annehmen zu können, und verlangte deßhalb, da ihm kraft der Verfassung die Verfügung über sämmtliche Militärpersonen zustehe, die Bestrafung des betreffenden militärischen Befehlshabers und die Insertion dieser Bestrafung nebst Erzählung des Vorfalls in den allgemeinen Armeebefehl. Odilon Barrot suchte das Benehmen des Generals zu rechtfertigen, rief aber durch die Worte, welche er beiläufig fallen ließ, daß nämlich die Gewalt des Präsidenten der Nationalversammlung eine exorbitante sei, einen solchen Sturm hervor, daß es einige Zeit dauerte, ehe er wieder das Wort nehmen konnte. Der Kriegsminister Rulliéres suchte den Tumult zu beschwichtigen, indem er das Versprechen gab, daß solche Verstöße nicht mehr vorkommen würden; nichts desoweniger aber wurde auf den Antrag Marrast's beschlossen, die auf den Vorfall bezüglichen Artikel des Decrets vom 11. Mai 1848, kraft welcher alle Soldaten zum unbedingten Gehorsam gegen die Befehle des Präsidenten der Nationalversammlung verpflichtet sind, aufnehmen zu lassen. Eine andere Folge dieses Incidents war eine Forderung mehrerer Abgeordneten von der Linken, den General Changarnier in Anklagestand zu versetzen, eine Forderung, der natürlich keine Beistimmung gegeben werden wird. Im weiteren Verlauf der Sitzung beschäftigte sich die Nationalversammlung mit der Budgetdebatte.

General Dubinot hat unter andern Instructionen auch den besondern Auftrag erhalten, alle diejenigen Franzosen, welche er mit den Waffen in der Hand in Rom zu Gefangenen machen würde, sofort nach Frankreich zu schicken, um sie hier wegen Hochverraths vor ein Kriegsgericht zu stellen.

Großbritannien.

London, 9. Mai. In der Oberhaussitzung am 8. wurde die Debatte über die Schifffahrtsgesetze fortgesetzt und die zweite Lesung der ministeriellen Bill mit einer Majorität von 10 Stimmen angenommen. Ein günstigeres Resultat für die Regierung ließ sich im Hause der Lords kaum erwarten. Wäre die Abstimmung im entgegengesetzten Sinne ausgefallen, so würde Lord Stanley den Beruf gehabt haben, ein neues Ministerium zu bilden. Ein Ministerium Stanley aber, wie überhaupt ein Protectionistenministerium, ist in England ein Ding. Mit dem gegenwärtigen Unterhause kann kein Schutzzöllner regieren; die Auflösung desselben aber und die Ausschreibung neuer Wahlen würde höchst wahrscheinlich eine radicalere Volksvertretung, als die jetzige, zur Folge haben.

Dänemark.

Kopenhagen, 6. Mai. Schon früher erwähnte man des Plans, den Herzog von Leuchtenberg vom dänischen Könige adoptiren zu lassen, und so die Hilfe Rußlands zu erkaufen. Man will jetzt wissen, daß die Verwirklichung dieses Plans wirklich im Werke sei. Wenigstens ist es gewiß, daß die Schauspieler und Kapellmuster des königl. Theaters auf ihr Ersuchen, diesen Sommer, wie gewöhnlich, in der Theaterserie reisen zu dürfen, eine abschlägische Antwort mit der Bedeutung erhalten haben, daß man im Monate Juni oder Juli einen russischen Großfürsten nebst dem Herzoge von Leuchtenberg hier erwarte. Eben so ist es gewiß, daß sowol auf Christiansborg als auf dem Frederiksberger Schlosse mehre Reihen von Gemächern zur Aufnahme hoher Gäste in den Stand gesetzt werden.

Rußland.

St. Petersburg, 3. Mai. Der Kaiser ist am 29. April wieder hier eingetroffen. — Der Kronprinz von Württemberg ist gestern von Moskau hier eingetroffen, und hat heute, auf die Kunde der in seinem Vaterlande eingetretenen Ereignisse, sofort die Rückreise nach Deutschland angetreten. (C. Z.)

Kalisch, 4. Mai. Von hier und den untern Gegenden des Königreichs Polen sind vierzig schwere Belagerungegeschütze nach Czenstochau transportirt worden. Zur Fortschaffung dieser Geschütze wurden die Pferde der südlichen Frachtfuhrleute aus der Stadt Kempen (im preußischen Großherzogthum) gegen Vorausbezahlung gemiethet, was wohl einen Mangel an Trainpferden bei der russischen Armee andeutet. Das Kalischer Lager ist nach dem Süden gerückt. Seit dem 1. Mai ist im Königreich Polen russisches Maaß und Gewicht eingeführt worden, was den stillen Ingrimm der Polen gegen das russische Regierungssystem nur noch mehr vermehrt hat.

Nachschrift.

* **Berlin**, 4. Mai. Der „Preuß. Staatsanz." veröffentlicht Entwürfe einer Gemeindeordnung, ferner einer Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung sammt einer ministeriellen Circularverfügung, diese Entwürfe zu verbreiten und etwa nöthig erscheinende Abänderungen in Vorschlag zu bringen.

Dieselbe enthält ferner einen Artikel, in welchem die gegen die preußische Regierung gerichteten Angriffe wegen der von ihr der sächsischen Regierung geleisteten Hilfe zurückgewiesen und gesagt wird, daß das Einrücken der preußischen Truppen in Sachsen nur auf ausdrückliches Gesuch der sächsischen Regierung um bundesgesetzliche Hilfe erfolgt sei. Wir werden morgen dieses Gesuch in seinem ganzen Wortlaut mittheilen.

** In **Breslau** ist die Ruhe nicht weiter gestört worden. Die Entwaffnung wird fortgesetzt.

** Der Congreß westphälischer Kreise in **Münster** hat die Erklärung beschlossen: „daß Westphalen die im März vollendete deutsche Verfassung als zu Recht bestehend anerkenne".

** Aus **Elberfeld** liegen authentische Nachrichten über den Barrikadenkampf am 9. und 10. Mai nicht vor. Die bewaffneten Corps der Bürgerwehr haben einen Sicherheitsausschuß niedergesetzt.

München, 10. Mai. Eine außerordentliche Beilage zur „Neuen Münchener Zeitung" enthält folgende Proclamation an das bayerische Volk. Das Streben nach Anerkennung der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung hat in einigen Theilen des Landes zu gesetzwidrigen Handlungen geführt. In der Pfalz hat sich sogar ein sogenannter Landesvertheidigungsausschuß gebildet, welcher sich Befugnisse beilegt, die nur der gesetzmäßigen Regierung des Landes zukommen und die Beamten zur Pflichtverletzung, das Volk zur Gewaltthat auffordert. So klar auch die Gesetzwidrigkeit dieser Handlungen zu Tage liegt, so richtet doch die Regierung dieses Wort der Mahnung an die Irregeleiteten. In wenigen Tagen tritt der Landtag zusammen. Den Vertretern des Volkes wird die Regierung diejenigen Punkte der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung bezeichnen, welche von ihr mit der Einigung von ganz Deutschland und dem Wohle von Bayern für unverträglich gehalten werden. Sie wird zeigen, daß sie keineswegs beabsichtigt, die alte Bundesverfassung wieder herzustellen. Auch sie will dem deutschen Volke die kräftige Einigung nach außen und die freie Entwicklung nach innen durch eine starke Centralregierung und durch vollständige Vertretung des Volkes gesichert sehen. Die Regierung wird den Kammern darlegen, welche Schritte sie gethan hat, um auf rasche Erreichung dieses Zieles durch Revision der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung hinzuwirken. Im Bewußtsein ihres Rechtes und ihrer guten Absichten wird die Regierung aber auch alle ihre Kräfte zum Schutze der öffentlichen Ordnung aufbieten. Sie erklärt hiermit den sogenannten Landesvertheidigungsausschuß in der Pfalz für eine gesetzwidrige Vereinigung, und alle seine Beschlüsse für nichtig und unverbindlich. Sie fordert alle Civil- und Militärbehörden des Königreiches auf, ihrer Pflicht getreu die Gesetze des Landes zu vollziehen, und jeder Uebertretung derselben mit Kraft zu begegnen. Alle Bürger des Landes aber ermahnt die Regierung, auf dem gesetzlichen Wege zu beharren, der allein zum Frieden und zur Freiheit führt. München, den 9. Mai 1849. Königl. Gesammt-Staatsministerium. v. Lesuire. v. Kleinschrod. Dr. Aschenbrenner. v. Forster. Dr. Ringelmann. v. d. Pfordten. Der Generalsecretär: Ministerialrath v. Benning.

** Neuere Nachrichten aus der **Pfalz** berichten von einer Bekanntmachung des Landesausschusses, laut dessen Fenner v. Fennebeng, von Wien her bekannt, „zum Oberbefehlshaber und Chef des Generalstabes der pfälzischen Volkswehr" ernannt ist. Diese Volkswehr wachse und organisire sich. In Landau sind badische Truppen eingerückt und gut aufgenommen worden. Der in Speyer commandirende Brigadegeneral will sich in die Festung Germersheim zurückziehen. Der „Sp Ztg." zufolge weigern sich Soldaten vom 6. Infanterieregimente, dahin zu folgen. Der Reichscommissär Eisenstuck ist abberufen.

* Aus **Sachsen**, 11. Mai, liegen neuere Nachrichten von Belang nicht vor. Die „Leipziger Zeitung" enthält 1) eine Proclamation des Königs, datirt Festung Königstein, 9. Mai und gegengezeichnet von dem Minister Dr. Zschinsky, in welcher das sächsische Volk aufgefordert wird, sich mit den Freunden der Ordnung um den Thron zu schaaren. Die Verführten sollen zurückkehren, den sächsischen und preußischen Truppen wird für ihre Hingebung gedankt, für die gemeinsame deutsche Sache solle das Volk nichts fürchten, die Reichsverfassung habe unbedingt nicht angenommen werden können, die bisher genommenen außerordentlichen Maßregeln seien Gebote der Pflicht gewesen. Wir werden den Wortlaut der Proclamation nachtragen. — Das Ministerium des Innern macht bekannt, daß die gesetzliche Ordnung seit dem 9. in Dresden hergestellt ist; etwaigen weiteren Agitationen „der Aufrührer und den von den Flüchtigen, allem Anschein nach größtentheils aus Fremden bestehenden Banden" sollten die Behörden, des erforderlichen Schutzes gewärtig, mit aller Energie entgegentreten ꝛc.

* In **Rastatt** verlangen dem „Mannheimer Journal" zufolge die Soldaten auf die Reichsverfassung beeidigt zu werden.

Turin, 7. Mai. Ramorino wurde vom Kriegsgericht zur Degradation und Todesstrafe verurtheilt. Der König hat ihm die Degradation erlassen. Ramorino erbob gegen das Urtheil Einsprache, da er Deputirter sei und deßhalb wurde die Execution verschoben.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 12. Mai. Bei sehr stillem Handel an heutiger Börse fast in sämmtlichen Coursen keine wesentliche Veränderung bemerkbar. Von österreichischen Papieren blieben 5pCt. Metall. 71⅞ pCt., 2½pCt. Metall 39½ pCt., Wienerbankactien 1135 fl., 500 fl. Loose 125 pCt, 250 fl. Loose 75¾ pCt. Alle übrigen Anlehenslose wie gestern. Von süddeutschen Obligationen 3½pCt. Württemberger 76½ pCt., 4½pCt. do. 93½pCt., Bad. 3½pCt. Obligationen 76½ pCt., do. 5pCt v. J. 1849 93½ pCt. G., Nassauer 3½pCt. Obligationen 79½ pCt, do 5pCt. v. J 1849 95½ pCt. Von belgischen Obligationen 2½pCt. belgische gestragt; 4½, 4½pCt do. 81, 5pCt. 90 Fr., 2½pCt. Integr. 43⅛ pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 32½, Rhein., Berbach 70 pCt., Köln-Minden 75½, Taunus 274 fl. 3pCt. inländische Span. zu 24 à 24¼ pCt nur einige Stücke verhandelt.

Berlin, 11 Mai Staatsschuldscheine 79½, ztw bez. u. G., Seehandlungs-Prämienscheine 99½, G., Bankanthrile 86½ Br., Berlin-Hamburg 52½ bez., Köln-Minden 76 bez. u. B., Fürstl.-Wilh.-Nordbahn 3.½ bis ½, u. ½ bez., Rheinische 40½, G., Thüringische 49 Br., Kust bei Stieglitz 85 Br., Pos. 500 fl. 71½, Br., Kurh. Prämienscheine 27½, Br.

Mit Ausnahme von Staatsschuldscheinen, welche ½ pCt. höher bezahlt wurden als gestern, waren die Course im Allgemeinen matter, und von einigen niedriger.

Wien, 9. Mai. 5pCt. Metall. 89½, ½, — 4½Ct. 70½, 71. — 3pCt. —. — 2½pCt. 46⅛, ½, ½. — Bankactien —. — 500 fl. Loose 146½, 147. — 250 fl. Loose 90½, — Nordbahnactien 91. — Gloggnitzer 92½. — Mailänder 67.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Druck von August Osterrieth.

№ 114. —— Montag —— den 14. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Post-Bezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Würtemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Nimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Bogen) mit Beilschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu expediren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmied in Wien, Landstraße Nr. 385; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Wagl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Amtlicher Theil.

Die Offensive der Reichstruppen in Jütland ist mit Erfolg fortgesetzt worden. Am 8. d. M. nahm die preußische Division Bonin von Beile und dem Terrainabschnitt dieser Stadt. Allein da der Feind die jenseitigen, für ihn sehr günstig gelegenen bewaldeten Thalabhänge stark besetzt hielt, und es daher nicht gerathen erschien, in dieser festen Fronte der feindlichen Stellung aus Beile zu debouchiren, so erhielt der Befehlshaber der preußischen Division, General von Hirschfeld, den Auftrag, den Feind durch eine Umgehung in seiner rechten Flanke zum Abzuge aus seiner Stellung zu nöthigen und sodann die Operationen in der Richtung auf Horsens fortzusetzen.

Der General v. Hirschfeld entledigte sich noch im Laufe des 8. dieses Auftrages mit vollständigem Erfolge, und am 9. rückte die Avantgarde der preußischen Division in der Richtung auf Horsens vor.

Die schleswig-holsteinische Division, welche den Feind, 14 Bataillone und 5 Schwadronen stark, vollständig nach Fridericia hineingeworfen hatte, ist vor der Hand zur Einschließung dieser Festung bestimmt geblieben.

Nichtamtlicher Theil.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

JW **Aus Jütland**, 8. Mai. Die Preußen haben gestern Beile genommen und marschiren heute nordöstlich schon weiter, um wo möglich dem Feind den Rückzug nach dem Norden Jütlands abzuschneiden; die Schleswig-Holsteiner stehen vor Fridericia, und beschießen diese schlechte Festung, in welche sich das Gros der dänischen Infanterie zurückgezogen hat, auf das Lebhafteste, so daß schon mehrere Häuser darin brennen. Bayern und Kurhessen werden in einigen Stunden bei den Schleswig-Holsteinern zur Verstärkung derselben ankommen. Dazu weht ein so starker Ostwind, daß es den dänischen Schiffen fast unmöglich sein wird, die Ueberschiffung aller Truppen nach Fühnen zu bewerkstelligen, zumal wir den besten Uebergangspunkt bei Snoghoi, wo für gewöhnlich die Fähre sich befindet, in unserm Besitze haben. Hält dieser Ostwind nur noch 1—2 Tage so an, so befindet sich die dänische Armee in einer gar bösen Falle; daß wir wenigstens ihrer Cavallerie den größten Theil ihrer Pferde abnehmen werden, dürfte leicht der Fall sein. Die Trefflichkeit der Anordnungen des Generals Prittwitz, der hier das allgemeinste Vertrauen besitzt, zeigen sich jetzt erst in ihrem vollen Werthe. Freilich brauchte er zur Ausführung derselben einige Zeit, und durfte in blindem Jugendübermuthe nicht so ins Gelag hineinmarschiren in Jütland, wie einzelne Hitzköpfe es vielleicht gewünscht hätten. Der gestrige Tag kostete wieder manchem braven Soldaten das Leben. Unter den Gefallenen beklagt man besonders den Hauptmann Grädener vom 9. schleswig-holsteinischen Bataillon. Auch die Preußen sollen einen höhern Stabsoffizier verloren haben. Die dänischen Truppen schlagen sich theilweise jetzt mit dem Muthe der Verzweiflung.

≈ **Schleswig**, 9. Mai. Es sind heute noch sehr wenige Briefe vom Schlachtfelde angelangt, meistens sind sie mit Bleifeder geschrieben. Jede Nachricht interessirt indeß und so theile ich Ihnen aus einem Schreiben eines Offiziers, der eine Compagnie des fünften schleswig-holsteinischen Bataillons führt, Folgendes mit. Gestern am 7. haben wir wieder ein heftiges Gefecht gehabt und die Dänen glänzend geschlagen. Gleich nachdem wir Kolding passirt waren, stießen wir auf den Feind, der vorher von Kolding bis Fridericia auf jedem Hügel starke Schanzen gebaut hatte, in denen er sich zu vertheidigen suchte, die aber eine nach der andern von uns erstürmt wurden, bis die Dänen zuletzt so ins Laufen kamen, daß sie nicht einzuholen waren. Nahe bei Fridericia liegt ein großes Gehöfte Snoghoi (der Uebergangsort von Jütland nach Middelfahrt auf Fühnen). Dieses hatten die Dänen rings mit einer Haus hohen Schanze umgeben. In diese zogen die meisten sich zurück. General v. Bonin gab Befehl, diesen Ort auch noch zu stürmen und da ich mit ganz voran war, so bat mich Oberst Jostrow, ihm dabei zu helfen. Wir stürmten los, allein die fürchterliche Schanze war ganz leer. Der Hof war es aber nicht; vielmehr war er mit Lebensmitteln, sogar Hochheimer! angefüllt. Kaum hatte ich meine Leute da hinein geschickt, so fingen die Dänen von Fühnen aus an den Hof mit 48pfündigen Bomben so furchtbar zu beschießen, daß ich mich und meine ganze Mannschaft verloren glaubte. Wir begaben uns sofort hinter die Schanzen und standen hier gedeckt. Schlimm aber ging es, als wir nach zwei Stunden zurück mußten. Das ging lang und breit durch die Schußlinie und dabei habe ich 6 Mann verloren. Das Gefecht war, glaube ich, nicht so mörderisch wie am 23. April; doch hat das 9. Bataillon unter andern zwei Capitäne verloren. Einem wurde der Kopf weggeschossen, dem andern ein Bein. Um 9 Uhr aber kam ich zum Bataillon, das ich im Bivouac fand. — Einer andern Mittheilung zufolge soll der Graf v. Schlieffen, der bei einem der preußischen Husarenregimenter steht, in dem Gefechte, welches die Preußen mit den Dänen auf der Straße von Kolding nach Beile bestanden, gefallen sein. Bei dem Rückzuge von Kolding zündeten die Dänen das Dorf Gudsoe an, um ihren Rückzug zu decken. Sie vertheidigten den Eingang zu den Defileen sehr hartnäckig und sollen 18 Bataillone den Schleswig-Holsteinern entgegengestellt haben. — Es verbreitet sich das Gerücht, Fridericia sei eingenommen. Nach eingegangenen Berichten sind die Preußen in Beile.

§ **Altona**, 10. Mai. Ueber das am 7. d. bei Fridericia stattgehabte siegreichen Treffen, welches in seinen Folgen auf die weiteren Operationen in Jütland von großer Bedeutung ist, erhalten wir einige umständlichere Nachrichten. Beim Hereinrücken der Reichstruppen in Jütland erhielt General v. Bonin unmittelbar darauf vom Höchstcommandirenden den Auftrag, sich des Terrains zwischen Kolding, Beile und Fridericia zu vergewissern, während zugleich die Preußen von Kolding aus geradezu auf Beile vorrücken sollten. Die Avantgarde der operirenden Nordarmee, die Schleswig-Holsteiner, welche seit dem Beginn dieses Feldzuges sich mit bewunderungswürdiger Bravour schlagen, stießen in der Richtung von Kolding nach Fridericia je tausend Schritt auf eine vom Feinde besetzte aufgeworfene Verschanzung, die alle genommen werden mußten. Eigentlich war die das Centrum bildende bayerische Division dazu bestimmt, diese Richtung einzuschlagen, jedoch marschirten die Schleswig-Holsteiner nicht auf die Bayern, und nahmen vor dem Eintreffen derselben die Verschanzungen mit dem Bajonnet. Der Feind, dessen Stärke auf diesem Punkte auf 3 Brigaden oder 16—18 Bataillone geschätzt wird, hatte zwischen Biert und Gudsoe, wo er angegriffen ward, seine Vorpostenstellung. Besonders hartnäckig ward der Eingang das Defile bei Gudsoe vertheidigt. Das 1. Jägercorps, unter dem tapferen Major v. Gerdorf und den unternehmenden Hauptleuten Sandvart, Heide und Aller, das 9. Bataillon, unter dem wackern Major v. Haale, haben sich besonders kühn und tapfer geschlagen. Hauptmann Grabener und die Lieutenants Ulrich und Heinze fielen beim Angriff auf den Brückenkopf bei Snoghoi, der nach einem mehrstündigen heftigen Kampfe in die Hände der Unsrigen fiel. Dieser Brückenkopf ist von großer strategischer Bedeutung, indem durch denselben theils der Uebergang nach Fühnen beherrscht ist, theils kann er verbindern, daß das zwischen Beile und Horsens concentrirte feindliche Truppencorps, größtentheils aus Reserve bestehend, sich mit dem in und um Fridericia stehenden vereinigt. Die Preußen haben Beile nach einem unbedeutenden Gefechte mit dem dort schwach postirten Feinde besetzt. Die Beschießung Fridericia's hat bereits begonnen, der Feind wird sich nach Fühnen flüchten wollen und vom Brückenkopf bei Snoghoi werden ihn deutsche Geschütze daran verhindern. Nach diesem bedeutenden Treffen dürfte es mit den Operationen zur Occupirung Jütlands nicht viel mehr auf sich haben; denn es sind hierdurch die besten Positionen bereits gewonnen. — Bei Düppel arbeitet man noch fortwährend an Verschanzungen; ob aber Offensive oder Defensive gegen Alsen beabsichtigt wurde, darüber verlautet nichts. Für Bayern, Hannoveraner und Sachsen, welche bisher Sundewitt besetzt hielten und zur Nordarmee abgegangen, sind Hessen und Contingente verschiedener kleiner Fürstenthümer dort wieder eingerückt. Der hessische Generallieutenant Bauer ist Höchstcommandirender auf der Halbinsel Sundewitt. Wie verläßlich erzählt wird, bemerkt man von den Düppeler Höhen drüben ein emsiges Arbeiten auf Alsen, wo der Feind Kanonen in die Geschützstände der einzelnen Schanzen transportirt. Bis nach der Augustenburger Bucht sind dort Verschanzungen angelegt. Feindliche Fahrzeuge kreuzen fortwährend auf dem Alsener Sund. Bei Sonderburg liegen gegenwärtig außer einem Transportschiffe 2 Fregatten, 1 Corvette, 5 Dampfböte und 8 Kanonenböte. Der letzte Truppenzuzug ist gestern hier angekommen. 200 Mann von der 3. und 4. preußischen Artilleriebrigade sind nach dem Norden abgegangen.

⊻ **Hamburg**, 8. Mai. Ich glaube Ihnen neulich meine Ansicht darüber ausgesprochen zu haben, wie wünschenswerth es wäre, wenn gerade jetzt, wo Truppenaushebungen bis zu 2 pCt. der Bevölkerung stattfänden, diejenigen schleswig-holsteinischen Offiziere, welche freiwillig den dänischen Dienst verlassen haben, sich aber verpflichten mußten, nicht gegen Dänemark zu kämpfen, in deutschen Contingenten placirt würden. Unter diesen Offizieren, denen ihr deutsches Vaterland mehr werth war, als ihre Stellung und ihr glänzendes Einkommen, sind besonders der Obristlieutenant v. Kauffmann und der Artilleriemajor v. Hennings hervorzuheben. Sie waren beide in diesen Tagen hier anwesend. Kauffmann und Hennings gelten beide für sehr ausgezeichnete Offiziere. — Ich wiederhole meine Anregung aber heute hauptsächlich deßhalb, weil hier Gerüchte umlaufen, man habe dänischerseits im Sinne, Unterhandlungen darüber einzuleiten, daß die Commandeure des „Christian VIII." und der „Gefion", Paludan und Meyer, die noch in Rendsburg als Gefangene weilen, freigegeben werden, wogegen die dänische Regierung den beiden genannten schleswig-holsteinischen Offizieren ihren Revers zurückstellen würde. Wir müssen aber gegen einen solchen Tausch nachdrücklich unsere Stimme erheben. Denn die beiden mehrerwähnten deutschen Offiziere sind, wie hoch man auch ihren Charakter und ihre militärische Tüchtigkeit anschlage, doch keineswegs für die schleswig-holsteinische Armee unentbehrlich (auch abgesehen davon, daß sie der Mehrzahl der Offiziere und Soldaten derselben selbstverständlich ganz fremd sind, und überdies die Disciplin und das Reglement nur in der in Dänemark gebräuchlichen Weise zu handhaben wissen), während die Dänen in den HH. Paludan und Meyer zwei, zwar am 5. v. M. bei Eckernförde überwundene, aber anerkannt tüchtige Seeoffiziere wieder erhalten würden, die leicht geneigt sein könnten, jene Scharte wieder auszuwetzen. Durch Paludan's und Meyer's Wiedereintritt in die dänische Marine würde diese, die ohnehin an Schiffen, Material, Mannschaft, Kriegsgeübtheit und Offizieren uns überlegen ist, noch zwei bedeutende Führer wiedergewinnen, während wir es viel leichter verschmerzen können, daß zwei höhere Stabsoffiziere des Landherres der schleswig-holsteinischen Armee entzogen bleiben, zumal, wenn sie, wie wir wünschen und hoffen, etwa im Generalstabe eines mittel- oder süddeutschen Contingents oder Armeecorps angestellt würden.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 12. Mai. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt kamen folgende Gegenstände zur Berathung: 1) Der Präsident zeigt den Tod des Abg. Schöff de Neufville an; die Versammlung drückt ihre Theilnahme durch Erhebung von den Sitzen aus. 2) Die Abg. Gille und Scholderer erklären den Austritt. 3) Dringlicher Antrag des Wehrausschusses, dahingehend: Für die Dauer des gegenwärtig gefahrdrohenden Zustandes einen Volksbewaffnungsausschuß von 14 Mitgliedern, nämlich 3 von dem Senate, 3 von der städtischen Repräsentation und 8 von der constituirenden Versammlung, niederzusetzen, welcher den Auftrag erhalte, alle hiesigen Bürger von 19 bis 50 Jahren aufzufordern, sich zum Dienste in der Bürgerwehr einzureihen; die hier wohnenden deutschen Reichsbürger aus andern Staaten ebenfalls aufzufordern, sich nach Quartieren der Bürgerwehr anzuschließen; unter Vorbehalt der Genehmigung die Offiziere zu ernennen und die ganze Bürgerwehr unter das Obercommando eines erfahrnen Führers zu stellen. An der langen Discussion hierüber betheiligten sich Dr. Binding, Benkart, Dr. A. Friedleben, Bürgermeister Cöster, Dr. Schwarzschild, Dr. Mappes, Dr. Reinganum. Zur Unterstützung des Antrags werden verlesen: eine Eingabe des Bürgers Funk, enthaltend die Anzeige, daß 250 nicht wehrpflichtige Bürger sich zusammengethan, um sich in den Waffen zu üben, doch die Erlaubniß dazu von der Commandantur nicht erhalten hätten; ein Tagesbefehl vom 10. Mai, welcher dem Militär befiehlt, bewaffnete Bürger zu entwaffnen und ihre Gewehre auf die Hauptwache abzuliefern; ferner allen denjenigen, welche rothe Federn, rothe Kopfbedeckungen u. s. w. tragen, diese Abzeichen abzunehmen; endlich ein dringender Antrag des Abgeordneten Hadermann, eine Erinnerung an früher gestellte Anträge, welcher abgesondert behandelt wurde. Ueber diese Einlagen sprechen sich noch aus Dr. A. Friedleben, Dr. Binding, Dr. Jul. Friedleben und Hadermann, worauf der Antrag des Wehrausschusses beinahe einstimmig angenommen wurde. 4) Dringlicher Antrag des Abg. Hadermann, betr.: die Erneuerung zweier früher von ihm gestellter Anträge, daß der Senat der hier immer mehr um sich greifenden Militärherrschaft entgegentrete. Hierüber äußern sich außer dem Antragsteller, Dr. J. Friedleben, Senator Cloß, Dr. Reinganum, welcher den Abänderungsantrag stellt: 1) den Senat zu ersuchen, nachdrückliche Schritte bei dem Reichsministerium dagegen zu thun, um dadurch der Anarchie von oben zu steuern; 2) wenn auf diesem Wege keine Abhülfe gegen die Plackereien der Militärbehörde zu erzielen sei, eine Beschwerde an die Nationalversammlung einzureichen. Lorenz, Dr. Braunfels, welcher das Wort „Anarchie" in dem Antrage von Reinganum in „anarchische Zustände" geändert wissen will, und noch mehrere An-

dere, worauf der Antrag von Dr. Reinganum mit der Aenderung von Dr. Braunfels angenommen wird, sowie ein weiterer Antrag von Dr. J. Friedleben, der Senat möchte der verfassungsgebenden Versammlung durch einen Senatscommissär Auskunft über die Stellung der hiesigen Behörden zur Militärgewalt ertheilen lassen. 5) Dringlicher Antrag des Abg. Büchsel, betreffend die Befreiung des Schulgebäudes zu Bornheim von der Einquartierungslast. Nachdem Dr. Schwarzschild, Bürgermeister Cöster, Dr. Manhayn und Dr. Reinganum sich darüber ausgesprochen, wird beschlossen, den Antrag dem Senat zu übermachen. 6) Mittheilung des Senats in Betreff der neugewählten Mitglieder in die verfassunggebende Versammlung. Zu den Acten. 7) Mittheilung des Senats über die Vertagung der noch vorzunehmenden Wahlen. Beschluß: soll derselbe ersucht werden, dieselben wegen der heute angezeigten Austritte um noch weitere 8 Tage zu verschieben. 8) Rückäußerung des Senats auf die diesseitige Eingabe in Betreff der Vermehrung des Brückengeldes auf der neuen Eisenbahnbrücke von ein Kreuzer pr. Traglast, dahin gehend, daß diese Abgabe aufgehoben werde. Zu den Acten. 9) Rückäußerung des Senats in Betreff der Verpflichtung der bewaffneten Macht ꝛc. auf die Reichsverfassung. Der Senat hält dafür, daß der Augenblick für diese feierliche Handlung noch nicht gekommen sei, übrigens bringe die Verkündung dieser Verfassung die Verpflichtung zum Gehorsam gegen die selbe mit sich. Der vorgeschriebene Eid fordere Gehorsam gegen das Reichsoberhaupt, und noch bestehe keines; die Verpflichtung des Militärs unterliege Schwierigkeiten, da dasselbe unter den Befehlen des militärischen Obercommando's stehe; endlich habe die Nationalversammlung dieselbe noch nicht verlangt. Dr. J. Friedleben verweist auf den heutigen Beschluß der Nationalversammlung und stellt den, nachher von Dr. Neukirch weiter ausgeführten Antrag: In Beziehung auf diesen Beschluß, den Senat zu ersuchen, die fragliche Beeidigung nun anzuordnen. Nach einigen Bemerkungen von Dr. A. Friedleben, Dr. Zuchs und Sen. Hessenberg wird der Antrag genehmigt. 10) Beantwortung der Interpellation wegen der für die Reichskasse gemachten Vorlagen Von Seite des Senats ist hierfür Senator Cloß bezeichnet, der die erste Frage: welche Vorlagen aus den städtischen Kassen der Reichskasse gemacht worden? dahin beantwortet: daß derselben zwar keine baaren Vorschüsse geleistet, hingegen folgende Auslagen für sie gemacht worden seien: für die Untersuchung des Septemberattentats (in runder Summe) 32,000 fl.; für Verpflegung der Reichstruppen, für Fouragelieferungen, für den Bau und die Einrichtungen der Kasernen, Stallungen, Schuppen, mit einem Worte für alle an das Militär vom 18. Sept. 1848 bis 31. März 1849 geschehenen Leistungen (in runder Summe) 617,000 fl. Auf die zweite Frage: welche Deckungen von Seiten der Reichskasse erfolgt? gibt er die Antwort: noch keine, und auf eine diesseits an das Reichsministerium gestellte Anfrage sei erwidert worden, daß dasselbe noch keine Hoffnung auf baldigen Ersatz geben könne. Die dritte Frage: welche Kosten die Aufbringung dieser Gelder verursacht habe? beantwortet er dahin, daß dieselben aus den Betriebsfonds erhoben worden, wo sie jetzt gelegen, also für die Aufbringung keine Kosten verwendet worden. Diese Erklärungen riefen eine lange Debatte hervor, an welcher sich die Abgeordneten Dr. J. Friedleben, Benkert, Donner, Dr. A. Friedleben, Dr. Langer, Dr. Supf, Bürgermeister Cöster, Herwig, Dr. Binding, Dr. Reinganum u. A. betheiligten, und worin besonders hervorgehoben wurde, daß die hiesige Garnison zum Schutze der Reichsversammlung da sei, die Kosten derselben also Frankfurt nicht allein aufgebürdet werden können, sondern von dem ganzen Reiche zu tragen seien. Dr. Reinganum formulirt einen Antrag folgenden Inhalts: 1) den Senat zu ersuchen, für die Reichskasse keinerlei Zahlung mehr zu leisten, bis der gegenwärtige Saldo getilgt sei; 2) die städtische Repräsentation durch Protocoll anzugehen, vom 26. Mai an keinerlei Zahlungsanweisungen für Reichszwecke mehr zuzulassen oder zu genehmigen. 11) Wahl eines Ausschusses wegen des Gesetzesvorschlags über die Jagdverhältnisse, womit die Verhandlung geschlossen wurde. Nächste Sitzung Montag den 14. Mai, Vormittags 10 Uhr.

† **Wien**, 9. Mai. Der Kaiser hat gestern Abend ganz unverhofft das Burgtheater besucht, und ist von dem Publikum mit dem größten Enthusiasmus empfangen worden. In mährisch Ostrau sollen vorgestern 25,000 Mann russische Infanterie und 8000 Mann Cavallerie angekommen, und von dort theilweise auf der Nordbahn nach Ungarn befördert worden sein. Zwei Colonnen wären am 6. über Saitschi gegen Jablunka gezogen. — Der heutige österreichische Correspondent entnimmt aus der „Pester Zeitung" vom 28. April die Gewißheit, daß die (in allen hiesigen Blättern) gemeldete Zurücknahme der ungarischen Thronentsagung grundlos sei. Jene „Pester Zeitung" vom 28. April enthält vielmehr einen — dem „Kölner" vom 28. April entnommenen Leitartikel, bezüglich der am 14. von den Magnaten und Volksrepräsentanten Ungarns gefaßten Beschlüsse, wodurch feierlich und einhellig erklärt ward, daß das Haus Oesterreich in allen seinen Zweigen jeden gesetzlichen Anspruch auf den ungarischen Thron und die Krone des heiligen Stephan für ewig eingebüßt hat und es von dem ungarischen Boden für alle Zeiten unabänderlich verbannt ist. Die ungarische Nation — heißt es im weiteren Verlaufe jenes Artikels — die durch diese feierliche That ihr unveräußerliches Unrecht einer usurpirenden Gewalt entrissen hat, wird, ernstlich und mannlich mit sich zu Rathe gehend, den letzten Mann und den letzten Heller aufopfern, um alle Gegenbestrebungen Oesterreichs zu vereiteln.

Olmütz, 7. Mai. Der russische Kaiser soll sich die Auslieferung aller gefangenen Polen in Ungarn zur Hauptbedingung seiner Hilfe gemacht haben, um dadurch alle polnischen Bewegungsmänner auf einmal und mit Einem Schlage in seine Macht zu bekommen. — Es wird nun als sicher erzählt, daß die Glieder der kaiserl. Familie in Olmütz sich zwischen dem 21. und 25. nach Schondrunn begeben werden, um dort in einen Familienrath zusammen zu treten, der den künftigen Aufenthalt bestimmen wird. Erzherzog Franz Karl soll, wie jetzt erzählt wird, weder in Wien, noch in Schönbrunn bleiben wollen, sondern zu seinem Bruder Kaiser Ferdinand nach Prag ziehen. Rücksichtlich der Erzherzogin Sophie soll es beim Besuche des Badeortes Ischl bleiben. — Gestern ist hier eine Schaar magyarischen Militärs und Honveds gefänglich eingebracht worden.

Berlin, 11. Mai. Der „Kölnischen Zeitung" wird geschrieben: Die Berathungen des Congresses, wenn wir gut unterrichtet sind, haben durch die letzten Ereignisse eine Unterbrechung erlitten. Sie wissen, daß mehrere deutsche und aussindische Regierungen von der auch in mancher anderen Sphäre festgehaltenen Ansicht ausgehen, das Gesetz vom 28. Juni und der Bundesbeschluß vom 12. Juli habe als Bundesorgan die provisorische Centralgewalt an die Stelle des Bundestages gesetzt, aber der auf den Verträgen von 1815 begründete Bund bestehe zu Recht. Nun geschieht ein Schritt weiter. Da jetzt der Rücktritt des Reichsverwesers vorhergesehen wird, so ist die Rede davon, die provisorische Centralgewalt an Preußen zu übertragen. Angesichts der drängenden Umstände und der Gefahr des Vaterlandes würde diese Uebertragung von Seiten der Regierungen geschehen. Es soll der Versuch gemacht werden, diesen Plan der Genehmigung der Nationalversammlung unterzubreiten. Doch ermessen Sie leicht, daß in diesen Momenten über die Form der Ausführung kein bestimmter Gedanke vorherrschen kann. Daß der Gedanke selbst seiner Verkörperung sich nähert, ist gewiß, und dieses Factum wollt ich Ihnen nicht verschweigen. — Die Basis des neuen Wahlgesetzes scheint durch die letzteren Modificationen nicht wesentlich alterirt worden zu sein, d. h. es gründet sich auf die drei Vermögensklassen der rheinischen Gemeindeordnung.

Der „Staatsanz." enthält folgenden Artikel: Es hat Niemanden befremden können, daß ein Theil der radicalen Presse sich mit einer wahren Wuth gegen die der königlich sächsischen Regierung von Preußen geleistete Bundeshilfe erhoben hat. Erfreulich ist es, daß die preußische Presse sich wenig an diesem Geschrei betheiligt hat; dagegen kann es in jedem wahren Freunde des Vaterlandes nur ein schmerzliches Gefühl erwecken, daß auch die Räume der Paulskirche von dem Echo desselben widerhallten und zwar selbst in den Reden von Männern, von denen man sonst Anderes zu hören gewohnt war; — obgleich auch dies nach dem Geiste, von dem schon die in der vorigen Woche gefaßten Beschlüsse Zeugniß gaben, nicht mehr befremden konnte. Es ist schmerzlich, weil es immer mehr beweist, daß die Versammlung jeden Halt verloren und sich auf einen Weg hat hinreißen lassen, der alle an sie geknüpften Hoffnungen zu zerstören droht. Die preußische Regierung würde es unter ihrer Würde halten, sich gegen solche Angriffe zu vertheidigen; aber sie ist es ihrem eigenen Lande und den Kriegern, die für die Sache der Ordnung und des Rechtes in einem innig befreundeten Nachbarlande ihr Blut vergossen haben, schuldig, zu verhüten, daß die öffentliche Meinung nicht länger irre geleitet werde, und auch nicht der Schatten des Vorwurfs eines eigenmächtigen Eingreifens in fremde Rechte auf ihr haften bleibe. Wir sind zu dem Ende ermächtigt, das unten folgende ausdrückliche Gesuch der sächsischen Regierung um bundesgesetzliche Hilfe zu veröffentlichen. Die preußische Regierung konnte sich diesem Gesuch ohne directe Verletzung ihrer Bundespflichten nicht entziehen. Sie hat in Art. 11 der Bundesacte mit „allen Mitgliedern des Bundes versprochen, so wohl ganz Deutschland, wie jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen" und sie wird diesem Versprechen immer treu bleiben. Von eigenmächtigem Einschreiten, von gewaltsamem Friedensbruch kann ohnehin da niemals die Rede sein, wo eine Regierung von einer anderen befreundeten Hilfe begehrt; die Gewährung derselben steht einem jeden Staate von selbst als Recht zu — hier aber kam noch die ausdrückliche Bundespflicht dazu, und sie war in diesem Falle um so dringender, als durch den Ausbruch der revolutionären Partei, welche die Reichsverfassung nur als Maske benutzt, in dem einzelnen Lande in der That ganz Deutschland bedroht war. Die Treue und Tapferkeit der preußischen und sächsischen Truppen haben eine große Gefahr von dem Vaterlande abgewandt. Niemals ist klarer hervorgetreten, daß für diese Partei die Bestrebungen für die deutsche Einheit nur der Vorwand sind, um die Besseren über ihre wahren Pläne zu täuschen. Selbst von der Nationalversammlung sollte man erwarten, daß sie endlich einsehen werde, wie sie selbst von dieser Partei nur als Ausspängeschild und Werkzeug betrachtet wird. Die sächsische Regierung aber hatte um so mehr Anspruch auf die Hilfe ihrer deutschen Bundesgenossen, als sie einen bedeutenden Theil ihrer eigenen Streitkräfte der Führung des gemeinsamen Krieges in den Herzogthümern gewidmet hat. Die Abweisenheit dieser braven Truppen ist von den Aufrührern benutzt worden; — und da hätte zu heißen es geschehen lassen sollen, daß, während in Sch ewig Sachsen und Preußen neben einander kämpfen, die braven Kameraden dieser Waffenbrüder im eigenen Vaterlande sich ohne Hilfe und Unterstützung im Kampf gegen eine von fremden aufgereizte, zum Theil aus fremden zusammengesetzte Schaar von Aufrührern aufrieben? und der Regierung die treue Erfüllung ihrer Bundespflichten gegen den auswärtigen Feind durch Anarchie im eigenen Lande gelohnt würde?

„Seit mehreren Tagen waren an Se. Majestät den König seitens hiesiger Gemeinden und Corporationen Adressen und Gesuche gerichtet worden, welche die Anerkennung der von der deutschen Nationalversammlung in zweiter Lesung beschlossenen Reichsverfassung zum Gegenstande hatten. Se. Majestät aber haben bei der allerhöchstihnen bewohnenden Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Verbesserung jener Verfassung und im ernstlichen Einverständniß mit der von Sr. königl. preußischen Majestät in dieser Beziehung ausgesprochenen Ansicht, gerechtes Bedenken getragen, um so mehr, da die hiesige Regierung ihre Genehmigung, zu weiteren Verhandlungen über eine neue modificirte Reichsverfassung theilzunehmen, bereits mehrfach zu erkennen gegeben hat. Die aus dieser Veranlassung im Lande sich kundgebende und von Uebelwollenden genährte Aufregung war insbesondere im bedenklichen Grade gestiegen, und es sind am heutigen Morgen in hiesiger Residenzstadt Excesse ausgebrochen, welche die Anwendung der Schußwaffe schon mehrfach nothwendig gemacht haben. Bei dem sich stündlich steigernden Anwachsen der aufrührerischen Masse ist aber eine baldige größere Ausdehnung der Unruhen zu besorgen, welche offenbar auf den Ausbruch einer weitverzweigten Bewegung hinzielen. Unter diesen Umständen und da die vermalen im Lande befindlichen militärischen Kräfte nach ertheilter Entsendung einer königl. sächsischen Brigade zu Schirmung Polens nur von der dermaligen Umfange sind, muß es der diesseitigen Regierung daran gelegen sein, zu schneller Wiederherstellung der in hiesigen Landen gestörten Ordnung auf die freundnachbarliche Hülfeleistung eines Bundesgenossen mit Zuversicht entgegensehen zu können. Das unterzeichnete Ministerium setzt sich daher, auf Befehl Sr. Majestät des Königs, in dem Falle, an den königlich preußische Regierung das ganz ergebenste Ersuchen zu richten, daß es derselben gefällig sein wolle, einige Bataillone wohlgeübter Truppen mit hinlänglicher Beschleunigung in die Nähe hiesiger Residenz vorrücken zu lassen, so wie demnächst eine noch größere Anzahl königlich preußischer Truppen in Bereitschaft zu halten, um davon, im Falle eintretenden Bedürfnisses, den entsprechenden Gebrauch machen zu können. Die diesseitige Regierung glaubt, nach den königlich preußischen in dem neuesten lebhaften Schriftwechsel vom 26. v. M. erklärten Ansichten, der diesfallsigen freundlichen Willfährigkeit mit Zuversicht entgegensehen zu können, indem sie diesen ihren Antrag in dem Art. XI der Bundesacte und Art. XXV und XXVI der Wiener Schlußacte enthaltenen bundesrechtlichen Bestimmungen hinreichend begründet findet. Zugleich das unterzeichnete Ministerium in dem obgedachten Contexte die gefällige Bemerkung des königlich preußischen Staatsministeriums in Anspruch nimmt und einer dahingehenden genauen Rückäußerung ergebenst entgegensieht, benutzt dasselbe mit wahrem Vergnügen auch diesen Anlaß, um dem gedachten königlich preußischen Staatsministerium die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu wiederholen. Dresden, am 3. Mai 1849. Königl. sächsisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. (gez.) v. Beust. An das königl. preußische Staatsministerium zu Berlin."

§ **Düsseldorf**, 11. Mai. Unsere Stadt war heute wieder der Schauplatz einer unseligen That. Gestern in der Frühe war ein Fuhrmann, ein braver und fleißiger Familienvater, im Augenblicke, als er an sein Tagwerk gehen und seinen Karren bespannen wollte, von einem Ulanen getödtet worden. Der Sohn des Erschlagenen knüpft heute mit einem außerhalb der Stadt auf Posten stehenden Ulanen ein Gespräch an; im Laufe desselben zieht er rasch ein Pistol hervor und schießt den Arglosen nieder. Er selbst ergreift die Flucht, wird aber von den Kugeln zweier Infanteristen, die im selben Moment ihre Gewehre auf ihn abschießen, erreicht und stürzt nieder. Die herbeieilenden Soldaten tödteten ihn dann vollends. — Um Neuß waren in der vorigen Nacht mehrere Tausend bewaffnet aus der Umgegend von Gladbach, Rheydt, Viersen und Odenkirchen gelagert, um sich des dortigen Zeughauses zu bemächtigen. Auf die Nachricht, daß von hier Militär im Anzuge sei, zerstreuten sie sich diesen Morgen. Es sind denn auch wirklich Truppen aller Waffengattungen dahin abgegangen; am Nachmittag wurden Verhaftete von dort hier eingebracht. — Heute Morgen wurden aus dem Regierungsgebäude zwei Wagen getödteter Militärs zum Kirchhofe gebracht. Es läßt sich daraus schließen, daß der Verlust der Truppen nicht so gering ist, wie angegeben wird. Auch liegt das Militärlazareth noch voll Verwundeten, ebenso das Bürgerkrankenhaus.

Aus der Pfalz, 11. Mai. Der Reichscommissär Eisenstuck hat seine Abberufung durch folgende Proclamation kundgegeben: „An meine deutschen Brüder in der Pfalz! Vor wenigen Tagen kam ich in Eure Mitte mit dem heißen Wunsche im Herzen, Eurer glorreichen Erhebung für die deutsche Sache Kraft und Nachdruck zu geben. Der Auftrag, den mir das Ministerium Gagern ertheilte, ging dahin, Alles dasjenige vorzukehren, was die öffentliche Ordnung in der Pfalz und die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt von Deutschland erforderte. Ich habe den Einmarsch der Euch feindlichen preußischen Truppen, welche ohne mein Wissen von dem Reichsfriegsminister nach Landau commandirt waren, abgewehrt. Ich habe Befehl gegeben, keine militärische Macht die Grenzen dieses Landes überschreiten zu lassen, welche nicht der Verfassung zugethan ist. Ich habe dem Landesausschusse für Vertheidigung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung seine gesetzliche Schranke und Grundlage gegeben, um Eurer patriotischen Begeisterung für die Freiheit und Größe unseres gemeinsamen Vaterlandes gesetzliche Mittel und geordnete Leitung zu verschaffen. Das Ministerium Gagern ist der Meinung, daß ich durch diese Maßregeln meine Vollmacht überschritten und gegen den Willen der Nationalversammlung gehandelt habe! In diesem Augenblicke wird mir mein Mandat zurückgefordert; ich habe aufgehört, Bevollmächtigter für die Rheinpfalz zu sein. Vielleicht stehen schon jetzt die feindlichen Heere an Euren Grenzen, um einzurücken, sobald ich es nicht mehr hindern kann. Mit blutendem Herzen scheide ich aus Eurer Mitte, wo ich so herzlichen Empfang, so aufrichtige Hingebung, so freudige Theilnahme an meinen schwachen Bestrebungen fand. Mein Dank bleibt Euch für immer! Gott schütze Deutschland! Gott schütze das brave Volk der Pfälzer! Kaiserslautern, den 11. Mai 1849. Eisenstuck."

*** **Leipzig**, 11. Mai. Bürgermeister Koch tritt im heutigen Tageblatt den über seinen Abgang verbreiteten Gerüchten mit der Erklärung entgegen, daß er zu seinem Bruder, Rittergutsbesitzer bei Oederan, eine Erholungsreise unternommen habe. Der Reichscommissär Bretzel hat auf unsere städtischen Behörden einen sehr günstigen Eindruck gemacht und durch seine Erklärung sich jeder Einmischung in die innern Landesangelegenheiten enthalten zu wollen, selbst die ängstlichen Gemüther beruhigt, welche merkwürdiger Weise in dem Eingreifen der Centralgewalt neue Gefahren für unsere Zustände erblicken. Der Commissär wohnte gestern Vormittag einer Sitzung der Stadtverordneten und des Stadtraths bei und reiste schon mit dem Mittagszuge weiter nach Dresden. Die allgemeine Aufmerksamkeit wendet sich jetzt dem Erzgebirge, dem unterwühltesten Landestheile, daher der geeignete Zufluchtsort für die Tumultuanten, zu. Nach den leider spärlichen Nachrichten vorher, sollen die Insurgenten in Freiberg, einer mit alterthümlichen Mauern umgebenen und festen Stadt, die gewünschte Aufnahme nicht gefunden und sich nach Chemnitz gewandt haben. Bekanntlich ist in Chemnitz die Communalgarde von den Arbeitern ganz eigentlich nach Dresden getrieben worden; diese haben sich zu Herrn der Stadt gemacht und werden sicher die „Freiheitskämpfer" mit offenen Armen empfangen. Dort haben wir die Fortsetzung,

hoffentlich aber auch das Ende des unglückseligen Dramas zu erwarten.

*) **Leipzig**, 12. Mai. In Folge des bekannten Beschlusses von Rath und Stadtverordneten, nach welchem sich die Gemeinde Leipzig bis zum Austrag des Conflicts zwischen Krone und Land unter den Schutz der prov. Centralgewalt stellt, wurden jene von der k. Kreisdirection zu einer Erklärung über das Verhältniß, welches sie zu der Landesregierung einzunehmen gedächten, aufgefordert. Die Antwort beider Collegien ging dahin, daß sie sich, durch Ueberzeugung wie durch die Nothwendigkeit gedrängt, allerdings unter den Schutz der Centralgewalt, „ohne daß jedoch durch diesen Beschluß das Verhältniß der Gemeinde Leipzig zu der königl. Regierung und den von ihr eingesetzten Behörden für aufgelöst betrachtet werden sollen." Zur richtigen Beurtheilung des Kampfes, welcher gestern in der Nähe d r Dörfer Probstheida und Liebertwolkwitz zwischen 2 Compagnien Schützen und etwa 70 aus Dresden dorthin versprengten Freischärlern stattfand, bemerken wir, daß das Militär nicht eher angriff, als bis jene auf die Aufforderung, die Waffen abzugeben, mit Gewehrfeuer antworteten. Von den Freischärlern ist einer schwer verwundet; die übrigen wurden bis auf wenige, welche durch die Flucht entkamen, in mehreren Transporten in die Stadt gebracht.

Die gestern erwähnte Proclamation an das sächsische Volk lautet: „Sachsen! schwere Gefahr droht unserm schönen Vaterlande! Eine Anzahl theils Uebelgesinnter, theils Verführter in Verbindung mit fremden Böswichtern, sind bemüht das Band zu lockern, welches seit Jahrhunderten Sachsens Volk mit seinen Fürsten verbunden hat. Sie drohen Thron und Verfassung umzustoßen, Recht und Ordnung aufzuheben, Glück und Wohlstand nach allen Seiten hin zu vernichten; sie verschmähen es nicht, die verwerflichsten Mittel anzuwenden zu Erreichung ihrer verbrecherischen Zwecke. Wir nähern uns dem Abgrunde des Verderbens, wenn nicht die bewährte sächsische Treue, der gesunde Sinn einer an moralischer und geistiger Bildung so hoch stehenden Bevölkerung die Oberhand gewinnt. Sachsen! blickt zurück auf die Zeiten des Friedens und der Eintracht, wo Glück und Segen über unserm blühenden Gefilden schwebten. Vergleicht damit die gegenwärtigen Zustände und fragt Euch, die Hand aufs Herz, ob sie besser sind als die früheren, ob Ihr glücklicher seid als damals, ob Euer Wohlstand im Zunehmen oder Abnehmen begriffen ist. Fragt Euch mit Ernst und Gewissenhaftigkeit, was sicherer zum Heile des Ganzen und des Einzelnen führt, wenn Fürst und Volk, mit gegenseitigem Vertrauen, Hand in Hand gehen, oder wenn Ihr feindlich Eurem Könige gegenüber tretet, der, ich rufe Gott zum Zeugen an, kein anderes Streben kennt, keinen innigeren Wunsch hegt, als das Glück, das Wohl seines Volkes! — Sachsen! könnt Ihr zweifelhaft sein? Denkt an Eure Väter und Mütter, an Euere Frauen und Kinder, an Alle, die Euch theuer sind, an die folgenden Geschlechter, die Eurer suchen oder Euch segnen werden! denkt an die Verantwortung, die auf Euch ruht, an die Pflichten, die Euch mahnen! Kehrt zurück, die Ihr verführt oder verirrt seid, verschließt Euer Ohr den Einflüssen Fremder, welche Euch mißbrauchen, einzelner Ehrgeizigen und Habsüchtigen, die nur ihren eigenen Vortheil wollen. Vereinigt Euch Alle auf dem Wege der Pflicht, schaart Euch um Eueren König, unterstützt ihn und die rechtmäßigen Landesbehörden mit Kraft und Muth, damit Gesetz und Ordnung erhalten, die Verfassung und das theure Vaterland geschützt werde. Vereinigt Euch mit mir zum innigen Danke gegen die tapferen Soldaten der vaterländischen Armee und die, auf gesetzlichem Wege herbeigerufenen, braven königlich preußischen Krieger, welche sieben Tage lang gekämpft haben für die gerechte Sache mit einer Hingebung und Ausdauer, die über alles Lob erhaben ist. Fürchtet Nichts für die gemeinsame deutsche Sache. Auch in meiner Brust schlägt ein deutsches Herz, auch ich will Deutschlands Größe und Glanz Ich will aber, daß so erhabenes Ziel auf gesetzmäßigem Wege erreicht werde. Ich gab Euch mein Wort, mitzuwirken für Deutschlands Einheit. Ich habe es bis jetzt redlich gehalten und werde stets ihm treu bleiben. Die Annahme der von der Nationalversammlung in Frankfurt a. M. berathenen deutschen Verfassung habe ich nie unbedingt verlangt; ich habe nur auf verfassungsmäßigem Wege und in Uebereinstimmung mit den größeren Nachbarstaaten in dieser hochwichtigen Angelegenheit vorschreiten wollen. Daß in dieser Hinsicht etwas Anderes nicht geschehen konnte, wird jeder Unbefangene bei ruhiger Prüfung selbst ermessen. Was bis jetzt hat angeordnet werden müssen, um durch außerordentliche Maßregeln Ruhe und Ordnung herzustellen, die Verfassung aufrecht zu erhalten, dem Gesetze Geltung zu verschaffen, war unvermeidlich, war hervorgerufen durch offenen Aufruhr, durch Gewaltthätigkeiten, ausgeführt mit den Waffen in der Hand. Ich mache mir darüber keinen Vorwurf; ich war in meinem Rechte, ich folgte dem Gebote der Pflicht und wahrlich nicht der leichtesten. Es wird auch ferner mit aller Kraft und Energie den Feinden des Vaterlandes entgegen getreten werden, aber unendlich wohl wird es meinem Herzen thun, wenn Ruhe und Ordnung wiederkehren, ohne daß Strenge angewendet zu werden braucht. Festung Königstein den 9. Mai 1849. Friedrich August. Dr. Ferdinand Zschinsky.

Die ebenfalls erwähnte Bekanntmachung lautet: „Zur Beruhigung der Gemüther werden alle Behörden und Bewohner des Landes hierdurch benachrichtigt, daß die seit dem 3. d. M. hier in Dresden stattgehabten aufrührerischen Bewegungen und Kämpfe gegen die Regierung Sr. Maj. des Königs und die bestehende gesetzliche Ordnung gestern gegen Mittag mit der gänzlichen Ueberwindung des Aufstandes und der allgemeinen Flucht der nicht bereits verhafteten Theilnehmer geendet haben, auch das Gesetz und die gesetzlichen Behörden vollständig wieder in Wirksamkeit getreten sind. Die Regierung wird dafür sorgen, daß alle Behörden, wenn sie dessen wider Erwarten noch bedurfen sollten, den erforderlichen Schutz erhalten; erwartet aber auch, daß sie den etwaigen weitern Agitationen der Aufrührer und den von den flüchtigen, allem Anschein nach großen Theils aus Fremden bestehenden Banden zu besorgenden Unordnungen mit Energie entgegentreten und die Schuldigen zur Haft bringen werden Gegenwärtige Bekanntmachung ist in Gemäßheit von § 12 des Preßgesetzes vom 15. November v. J. in alle dort bezeichnete öffentliche Blätter aufzunehmen. Dresden, den 10. Mai 1849. Ministerium des Innern. v. Friesen.

⊙ **Stuttgart**, 10. Mai. Endlich, nach mehr als sieben Monaten, ist die Kammer der Abgeordneten an die Deckungsmittel des Staatsbedarfs gekommen. In der heutigen Sitzung trat die Kammer den Vorschlägen der Regierung durchgehends bei, nachdem von dem Finanzminister das Ansinnen einer Erhöhung der ordentlichen directen Steuern, sowie eines Zwangsanlehens zurückgenommen worden ist. Die Erhebung der ordentlichen directen Steuer in dem bisherigen Betrage von 2 000 000 fl. und nach den bisherigen Normen wird verwilligt. Ebenso wird der Erigenz einer Steuer von Capitalien à 15 kr. per 100 fl. zugestimmt mit einem Voranschlag von 550,000 fl. Bisher zahlte die Capitalsteuer 6 kr. vom Hundert, und der Ertrag des letzten Jahres war 239,000 Gulden. Endlich wurde nach dem Entwurfe des Finanzgesetzes die angesonnene Steuer von Apanagen, Besoldungen und Pensionen verwilligt, und diese Einnahme zu 260,000 fl. in Voranschlag genommen. Da bei der letztern Steuer, wie bisher, ein Einkommen unter 300 fl. frei sein sollte, so stellte Eisenlohr den Antrag, auch dieses mit 15 kr. per Hundert zu besteuern, um dadurch einer gewissen Klasse die politischen Wahlrechte gleichsam zu erkaufen, welche ihr durch den Entwurf des Wahlgesetzes, welches einen Census verschreibt, nicht zukommen würden. Die Kammer nahm den Grundsatz an, daß jedes Einkommen besteuert werden solle, und nach Schweickardt's Antrag wurde die Scala dergestalt bestimmt, daß das erste Hundert Gulden 10 kr., das zweite Hundert je 20 kr., das dritte Hundert je 40 kr. zu bezahlen hat. — Für Apanagen werden auf das Jahr 1848/49 gefordert 305,105 fl. und diese Summe verwilligt. Schniger's Antrag, an die Verwilligung derselben die Bedingung zu knüpfen, daß sie nicht im Ausland verzehrt werden dürfen, wird mit 34 gegen 30 Stimmen abgelehnt, dagegen die Bitte an die Staatsregierung gestellt, es möchte in Zukunft die Erlaubniß, daß die Apanagen außerhalb des Königreichs verzehrt werden, nicht mehr gegeben werden. Auf den Antrag des Freiherrn v. Hornstein wird die Verwilligung der Donativgelder im Betrage von 25,000 fl. abgelehnt, welche für die männliche Nachkommenschaft des Herzogs Friedrich Eugen bisher aus dem Grunde ausgesetzt war, weil diese Glieder unseres Regentenhauses die protestantische Confession wieder angenommen hatten. Schweickardt frägt an, ob zufolge des früheren Kammerbeschlusses Einleitung getroffen sei zur Einziehung sämmtlicher Gesandtschaften bis zum 1. Juli, welch letztere er das Unheil Deutschlands nennt. Director v. Roser antwortet, es habe dies bisher wegen der gegenwärtigen kritischen Lage des Vaterlandes noch nicht versucht werden können.

Rastatt, 10. Mai. Als gestern Abend halb 7 Uhr die hiesige Bürgerwehr zu ihren Waffenübungen auf dem Exerzierplatze ankam, war daselbst, man sagt auf Einladung, eine große Menge Soldaten der hiesigen Garnison versammelt, welche die Bürgerwehrmänner mit einem „Hoch" empfing. Dieses Hoch wurde erwidert, und darauf Versicherungen: für die Aufrechthaltung der Reichsverfassung gemeinsam stehen und fallen zu wollen, wechselseitig ausgetauscht. Auf heute Abend verabredete man ein abermaliges Zusammenkommen vor einer Brauerei nächst dem Rehier Thore, wohin sich auch diesen Abend sehr viele Bürger und gewiß 1000 Soldaten einfanden. Reden in ähnlichem Sinne wie gestern wurden gehalten und gleiche Gesinnung abgelegt. Die Soldaten zogen hierauf, eine deutsche Fahne voran, in ruhig ernster Haltung vom Platze, und bewiesen gegen sich selbst eine seltene Disciplin und Strenge.

Rastatt, 11. Mai. Meinem Berichte von gestern habe ich eine traurige Nachschrift hinzuzufügen. Aus Veranlassung der erwähnten Versammlungen wurden einige Soldaten in Haft genommen. Warum, weiß ich nicht, man sagt, weil je bei jenen Versammlungen als Redner aufgetreten seien. Heute früh rottete sich ein großer Theil der Soldaten zusammen und befreite gewaltsam die Inhaftirten. Als darauf zweimal Generalmarsch geschlagen wurde, erschienen die so Gerufenen nur sehr spärlich und zeigten gegen die Befehle ihrer Obern zum Theil Widersetzlichkeit. Doch wurden einige Andere, wahrscheinlich die Anführer bei dem Befreiungsacte, in Haft gebracht, aber des Nachmittags halb 2 Uhr abermals durch Einschlagen der Gefängnißthüre wieder befreit. Einige Offiziere trieben hierauf die Lobenden mit blanken Säbeln aus dem Kasernenhofe. Verwundungen kamen dabei nicht vor. An Handhabung irgend einer Disciplin war während des Tagesereignisses nicht zu denken. Viele Soldaten ergötzten sich in Wirthshäusern noch mehr. Als gegen Abend in der Poppropfe die Soldatenhausen, mit vielen bürgerlichen Personen vermengt, immer dichter wurden, verbreitete sich plötzlich das Gerücht, ein Offizier habe in der Leopoldscaserne einen Artilleristen tödtlich verwundet. Mit furchterlichem Geschrei durchtobte nun die Menge die Straßen und suchte ihr Opfer der Rache. Gegen 8 Uhr fiel ihr ein Offizier vom 3. Regiment (Oberlieutenant Pfeiffer) in die Hände, der arg mißhandelt, die Straße entlang bis zum Gasthause zum Kreuz geschleppt wurde, und dort vielleicht erschlagen worden wäre, wenn nicht noch zu rechter Zeit der Ruf: „Der ist unschuldig!" ertönt wäre, und einige Soldaten, die Andrängenden mit eigener Gefahr zurückgehalten hätten. Nach kurzer Ruhe und nach gränzerem Vorsatze, so lange nachzuspüren, bis man den Rechten gefunden haben werde, wälzte sich die Schaar vor die Wohnung des Obristen vom 3. Regiment (Pierron). Während dem kamen vom Schlosse her Dragoner geritten, um den Platz zu säubern, was ihnen aber entweder nicht gelang, oder von ihnen nicht ernstlich versucht wurde. Ein Bursche wurde bei dieser Gelegenheit überritten und sogleich schrien Viele: „Er ist schändlich getödtet, der General hat es gethan, wir haben unsern Windischgrätz hier u. s. w." Als der durch diese Scene, die übrigens kein Leben gekostet, sondern nur eine kleine Quetschung zur Folge hatte, etwas eingeschüchterte Haufe sich wieder versammelt hatte, erbrach man die Wohnung des Obristen, und als man ihn nicht zu Hause fand, wurden statt seiner die beiden Fahnen des Regiments (eine ältere, die aus frühern Feldzügen nur noch die Stange übrig hat, und eine neuere) gewaltsam herausgerissen und mit Jubelgeschrei weggetragen. Doch muß bemerkt werden, daß bei dieser letztern That viele Soldaten sich zurückzogen, und den gemischten Schwarm verließen. Mit der gemachten Beute zog dann gegen 9 Uhr Abends die Schaar vor das Rathhaus, ohne daß ich wüßte, was sie dort damit begonnen hat. Was die Nacht uns bringt, erfahre sie morgen.

Rastatt, 12. Mai, Morgens. So eben erfahre ich, daß man heute Nacht Struve und Blind von hier nach Bruchsal gebracht hat, wahrscheinlich, weil man wegen der gestrigen Vorfälle unter dem Militär dieselbe hier für nicht sicher genug gehalten hat. Heute wird der Kriegsminister, General Hoffmann, hier erwartet.

Lörrach, 12. Mai. Gestern Abend 8 Uhr hatten wir einen heftigen Militärtumult. Am gleichen Abend war eine Versammlung der Bürgerwehr auf dem Schützenplatze, nach deren Beendigung die Infanterie auf den Platz zog, um ebenfalls eine solche abzuhalten. Der äußere Anlaß war die Befreiung einiger Infanteristen, die wegen Subordinationsfehlern im Thurme saßen. Eine Abtheilung Infanterie aus der Umgegend rückte noch in die Stadt, wollte der begütigenden Rede des Obersten v. Rotberg kein Gehör schenken, und gesellte sich zu den Uebrigen auf den Versammlungsort. Dort wurden von den Infanteristen einige gemäßigte Vorträge gehalten, von einem unbekannten Flüchtling aber die Gährung auf's höchste aufgestachelt. Singend und „Heraus" rufend zogen gegen 8 Uhr die Infanteristen in den Ort zurück, und plötzlich, nachdem alle Vorstellungen der Offiziere nichts fruchteten, und der Oberst die Verhafteten nicht herausgab, schrie man „zu den Waffen". Viele Hunderte drangen mit den Flinten gegen den Thurm, wo der Oberst und sein Neffe sich mit der Wache dem Andrang widersetzten. Der Tumult und das Schießen begann. Eine der ersten Kugeln traf den Obersten durch die Hüfte, nicht lebensgefährlich grade, doch so, daß er mit den Worten: „ich bin verwundet, nun mögen sie die Gefangenen freigeben", vom Bürgermeister aus dem Getümmel geführt wurde. Ein Soldat bekam einen lebensgefährlichen Schuß durch den Leib, Lieutenant v. Rotberg von den Dragonern drei Hiebe über den Kopf. Die wüthenden Infanteristen befreiten ihre Gefangenen. Die Dragoner und die Artillerie verhielt sich vollständig ruhig. Es wurde auch nur dadurch ein allgemeines Blutvergießen verhindert. Die Bürger- und Einwohnerschaft war zwar auf der Straße, wie Jedermann, bis geschossen wurde, nahm jedoch an dem Tumulte nicht den leisesten Antheil. Die Umgegend ist heute ganz ruhig. In den Wirthshäusern allein ging es die verflossene Nacht etwas bunt her. (Karlsr. Ztg.)

Griechenland.

*) **Athen**, 29. April. Heute reist der k. preußische Gesandte, Baron Werther, von hier ab. Sein Wahlspruch war: „in omnibus sicut Austria" (in Allem wie Oesterreich); die übrige hier anwesende deutsche Diplomatie und Camarilla hat keinen andern. Die Ministerkrisis dauert fort. Der Bruch zwischen dem regelmäßigen und unregelmäßigen Kriegerstande wird weiter. Während der letztere über die Massen bevorzugt wird in Beförderung und Decorirung, sind zehn Offiziere der Linie (Hauptleute und Stabsoffiziere) aus Athen verwiesen. Aus den Kammerverhandlungen über die Ergänzung des Heeres geht hervor, daß der reguläre Theil desselben 2600 Mann zählt; die Zahl der Offizierorang Genießenden ist größer. Jede reguläre Compagnie konnte man von einem General führen lassen, wenn die irregulären Generale dies verständen. — Von Konstantinopel erhalten wir die Nachricht, daß die Pforte eine 50,000 Mann starke Nationalgarde errichte und zwei Linienschiffe nebst mehreren Kriegsdampfbooten in den Bosporus gezogen habe. Diese und ihre anderen Rüstungen gelten Rußland. Wenn aber die Ereignisse Rußlands Pläne durchkreuzen (und wir haben hier Gelegenheit, Bemerkungen zu machen, die auf große Unzufriedenheit im Innern des ungeheuren russischen Reiches schließen lassen), was könnte die Pforte abhalten, ihren alten Lieblingsplan, die Wiedereroberung der abgefallenen Provinzen, auszuführen? Es ist daher Pflicht der griechischen Regierung, sich gleichfalls für eine eventuelle Vertheidigung zu rüsten, und die europäische Diplomatie hat kein Recht, ihr die Erfüllung dieser Pflicht der Selbsterhaltung zu verbieten. Die Unzahl alter und neuer irregulärer Offiziere fände dann bei einer Volksbewaffnung nützliche Anwendung. Aber die europäische Kriegskunst dürfte deshalb nicht verachtet werden. Besonders eine zahlreiche Artillerie wäre nothwendig. Die griechische Kriegsmarine besteht zwar nur aus einer Corvette, einer Brigg, einem Dampfboot und einigen Kuttern, aber Griechenland kann über 45,000 treffliche Matrosen verfügen, und nichts hindert, diese als Küstenwache zu organisiren. Wir wissen, daß ein ähnlicher Antrag von einem deutschen Offiziere höchsten Ortes eingereicht ist. Zur Annahme bedürfte es der Unterstützung eines deutschen Reichsgesandten. Nachschrift. Vor Abgang der Post erfahre ich von einem ganz zuverlässigen Beamten, daß das Ministerium gestaltet ist wie folgt: Christides, Inneres; Chrestenithes, Finanzen; Xavellas, Krieg; Antonopulos, Justiz, neuangestellt; Kanaris, Präsidium und Marine; Kalyphronas, Unterricht und Kultus, geblieben; Glarakis vom Innern ins Aeußere versetzt. Dieses Ministerium ist mehr, als je irgend eines seit fünf Jahren, reactionär.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. H. Matten.

Benachrichtigungen.

[1348] **Frankfurt-Hanauer Eisenbahn.**

Die nach § 28 der Statuten der Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn-Gesellschaft stimmberechtigten Actionäre *) werden hiedurch zu einer

Mittwoch den 6. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr,
im Kurhaus zu Wilhelmsbad

abzuhaltenden außerordentlichen General-Versammlung eingeladen, in welcher über die definitive Feststellung der Baurechnung und über die Deckung des vermehrten Baucapitals resp. Erhöhung des Actiencapitals berathen und beschlossen werden soll.

Die Herren Actionäre haben sich zu dieser General-Versammlung durch Vorzeigung der, mit einem in doppelter Ausfertigung unterschriebenen Nummern-Verzeichnisse zu begleitenden Original-Actien zu legitimiren. Diese Legitimation und die hiergegen erfolgende Austheilung der, nur für die Personen der sich legitimirenden Actionäre gültigen Einlaßkarten, geschieht auf den Büreaus in den Stations-Gebäuden zu Frankfurt und Hanau vom 22. bis einschließlich 25. Mai d. J., Vormittags von 9 bis 12 Uhr, und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr, woselbst auch die Formulare der einzureichenden Nummern-Verzeichnisse unentgeltlich ausgegeben werden.

Frankfurt a. M., den 11. Mai 1849.

Der Verwaltungsrath
der Frankfurt-Hanauer Eisenbahn-Gesellschaft.

*) Der § 28 der Statuten besagt:
„Jeder Besitzer von 10 Actien kann in der Generalversammlung erscheinen und an ihren Berathungen und Beschlüssen Theil nehmen.

Wer 10 Actien besitzt, ist zu einer,
„ 20 „ „ „ „ zwei,
„ 30 „ „ „ „ drei,
„ 40 „ „ „ „ vier,
„ 50 „ „ „ „ fünf,
„ 60 „ „ „ „ sechs,
„ 70 „ „ „ „ sieben,
„ 80 „ „ „ „ acht,
„ 90 „ „ „ „ neun,
„ 100 „ „ „ „ zehn
Stimmen berechtigt; wer mehr als 100 Actien besitzt, kann gleichwohl nur 10 Stimmen in sich vereinigen."

Für Juristen.

[1356] So eben ist in unserem Verlage erschienen und durch alle Buchhandlungen — in Frankfurt a. M. durch C. Körner, Steinweg, neben dem Schwan:

Archiv des Criminalrechts.
Neue Folge.
Herausgegeben von den Professoren
J. F. H. Abegg, J. M. F. Birnbaum, A. W. Heffter, F. C. Th. Hepp, C. J. A. Mittermaier, C. G. v. Wächter, H. A. Zachariä.
Jahrgang 1849. Erstes Stück. 8. geheftet 54 kr.

Archiv des Criminalrechts ꝛc.
Beilageheft zu 1849.
8. geh. 57 kr.

Inhalt des ersten Heftes pr. 1849:

I. Die Zusammensetzung der Schwurgerichte. Ein Votum von Heffter. II. Die Gesetzgebungen über Belagerungszustand, Kriegsrecht, Standrecht und Suspension der Gesetze über persönliche Freiheit, geprüft von Mittermaier. III. Gegen Anklage-Jury und für Special-Verdict. Von Dr. J. J. Bever, geheimen Justizrath in Dresden. IV. Das Denunciationswesen der neueren deutschen Gesetzgebungen. Von Hepp. V. Ueber das Verbrechen verletzter Richterpflicht im Civilprozesse und dessen Concurrenz mit Betrug, Fälschung und gewaltsamen oder heimlichen Verletzungen. Von Dr. L. Brackenhoeft, Privatdocenten in Heidelberg.

Inhalt des Beilageheftes:

Betrachtungen über die Verordnung, betreffend die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschwornen in Untersuchungssachen im Königreich Preußen. Von Dr. J. J. H. Abegg.

Die Mittheilung dieses Inhaltsverzeichnisses wird vollkommen genügen, um das juristische Publikum von dem wichtigen und gediegenen Inhalt dieser neuesten Hefte des Archivs für Criminalrecht zu überzeugen. Jährlich erscheinen 4 Hefte und bei besonderen Veranlassungen dann und wann Beilageshefte.

Halle, April 1849.

C. A. Schwetschke und Sohn
Verlagshandlung.

Das optische Waaren-Lager
[1371] von
Magnus Cristiani
befindet sich jetzt
Liebfrauenberg (vor der Kirche).

Der Pflanzensaft

des Dr. **Boyveau-Laffecteur**, allen autorisirt, ist weit vorzüglicher als der Syrop von Cuisinier, von Larrey, Salsepareille u. s. w. Er heilt gründlich ohne Quecksilber Hautkrankheiten, Flechten, Strengeln, Folgen der Krätze, Geschwüre und von Unglücksfällen oder von Entbindungen herrührende Uebel, wie auch solche der kritischen Jahre und der erblichen Schärfe von natürlichen Flüssigkeiten. Als wirksames Blutreinigungs-Mittel ist er für die Absonderungen der Harnblase, für Niederschlagung und Schwäche der Organe, herrührend von übertriebenen Einspritzungen oder von Sonne, sehr dienlich. Als syphilitisches Gegenmittel heilt dieser Saft in kurzer Zeit frische oder hartnäckige eiternde Paraguayflüsse, welche sich stets erneuern in Folge der Anwendung von Cerate, Kubebe oder von Einspritzungen, welche das Gift zurücktreiben, ohne es unwirksam zu machen. Der Boyveausche Saft ist hauptsächlich anzuempfehlen gegen frische, eingewurzelte oder dem Quecksilber und der Verbindung des Potassiums widerstehende syphilitische Krankheiten. Der Prospectus über dessen Behandlung wird gratis und franco denjenigen zugeschickt, welche ihr desfallsiges Verlangen an Dr. **Giraudeau de St. Gervais**, Rue Richer Nr. 12 in Paris, ergehen lassen. Derselbe ertheilt ärztliche Consultationen unentgeltlich durch Correspondenz. — Preis des Sakes 7 Frs. 50 Ct. Zu haben bei nachstehenden Apothekern:

Laurentius, Hauptniederlage und Correspondenz, Dorotheenstraße in Leipzig; Knoderer in Straßburg; Dr. Galette in Mainz; Gebrüder Tripier in Lille; Tymer, Apotheker in St. Petersburg; Köhler in Odessa; Burgers, Kalverstreet, 165, in Amsterdam. [1360]

Sichere und vortheilhafte Geldanlage.

Der Unterzeichnete hat gegenwärtig mehrere größere und kleinere Landgüter in der Schweiz, die so ertragreich und gegenwärtig so wohlfeil sind, daß solide Pächter sie zu 3½ bis 4½ Procent netto jährlich verzinsen und nach Ablauf der Pachtzeit die Güter käuflich um den Kostenpreis übernehmen würden. Gefällige Anfragen erbittet sich franco

J. Sieber,
Commissionär in Zürich.

[1331] **116. Frankfurter Stadt-Lotterie.**

Ziehung 1r Klasse am 6. u. 7. Juni a. c.

Haupttreffer: fl. **111,000**, 2 mal **100,000** u. s. f. Ganze Loose hiezu zu fl. 6, ½ zu fl. 3, ⅓ zu fl. 2, ¼ zu fl. 1. 30 kr., ⅛ zu 45 kr., so wie Loose für alle sechs Klassen gültig, zu fl. 90 das ganze, empfiehlt

Carl Höchberg, Hauptcollecteur,
Bräuhofstraße in Frankfurt am Main.

Das Losungswort ist Krieg! Krieg! — Alle Potentaten rüsten sich. Da muß auch jeder Zeitungsleser gerüstet sein; das heißt jeder muß einen Atlas im Hause haben, damit er die Märsche der Armeen verfolgen, den Stand der Truppen sich deutlich machen, die Schlachtfelder aufsuchen und die Belagerungsoperationen beobachten könne. Dazu soll

Meyer's Zeitungs-Atlas

in achtzig gestochenen Blättern

dienen, von denen jedes **nur einen Silbergroschen (3½ Kreuzer rhein.)** kostet.

Dieser Atlas, allen Zeitungslesern unentbehrlich,
ist systematisch geordnet

und ein ganz zuverlässiger Wegweiser über alle Länder und Staaten der Erde. Er enthält zugleich die Pläne der Hauptstädte und Hauptfestungen, an die sich Uebersichtstabellen über Bevölkerung, Militärmacht, Einfuhrte, Handels- und Gewerbsverhältnisse und vieles andere Wissenswerthe reihen.

Auf 100,000 Abnehmer berechnet, setzen wir den allergeringsten Preis, der jemals für ein Werk dieser Art gefordert worden ist. Jedes sorgfältig colorirte Blatt in groß Quart

kostet nur einen Silbergroschen oder 3½ Kreuzer rhein.

im Subscriptionspreise. Die Subscription dauert bis zum 1. Juli. Nachher tritt der um 50 Procent höhere Ladenpreis ein.

Alle 14 Tage, vom 15. März an, erscheint eine Lieferung von 4 colorirten Karten in farbigem Umschlag.

Die **erste** Lieferung von 4 Karten: Nr. 1 **Weltkarte** – Nr. 2 **Schleswig-Holstein** mit Dänemark – Nr. 3 **Ungarn** mit Oesterreich – Nr. 4 **Italien**, ist so eben versendet worden.

Hildburghausen, März 1849.

[1170] **Das Bibliographische Institut.**

[1304] **Preußische Renten-Versicherungs-Anstalt.**

Bekanntmachung.

Mit Bezugnahme auf die allgemeinen Bestimmungen vom 8. April 1849 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Nachweisung von den im Laufe des Jahres 1848 erfolgten und bei uns gebuchten Nachtragszahlungen auf unvollständige Einlagen hier bestehenden Jahresgesellschaften in unserem Büreau sowohl, als bei sämmtlichen Agenturen *) vom 15. Mai d. J. ab auf 4 Wochen, d. i. bis zum 15. Juni c. — ausliegen wird.

Jedem, der im Jahre 1848 hier oder bei den Agenturen Nachtragszahlungen auf unvollständige Einlagen geleistet hat, bleibt es überlassen, sich aus jener Nachweisung zu überzeugen, ob die darin bei seinen Nummern aufgeführten Nachtragszahlungen mit den Quittungen auf den Interimsscheinen übereinstimmen, und sind etwaige Abweichungen sogleich, und spätestens innerhalb 4 Wochen nach Auslegung der Nachweisung, uns unmittelbar zu melden, indem die Anzahl — unterbleibt eine solche Meldung — nur für die in der Nachweisung aufgeführten Nachtragszahlungen stehen kann.

Die Eingangs erwähnte allgemeine Bestimmung vom 8. Januar 1849 ist auf der ausgelegten Nachweisung mit abgedruckt.

Berlin, den 28. April 1849.

Direction der Preußischen Renten-Versicherungs-Gesellschaft.

*) In Frankfurt a. M. bei dem Haupt-Agenten Herrn Philipp J. Worms, Zeil Nr. 5 neu.
„ Hanau bei dem Agenten Herrn G. v. Scheurer,
„ Mainz bei Herrn Joseph Thuquet,
bei welchen auch Einlagen und Nachtragszahlungen gemacht werden können.

[1321] **116. Frankfurter Stadt-Lotterie.**

Ziehung erster Klasse den 6. und 7. Juni

Hauptgewinne: fl. **211,000**, 2 à **100,000**, **10,000**, **5,000**, 2 à **2,000**, **1,500**, **1,200**, **1,000**, 4 à **500**, **400**, 2 à **300** ꝛc. Ganze Original-Loose à fl. 6, ½ à fl. 3, ¼ à fl. 1 [illegible], ⅛ à 45 kr., so wie Loose auf alle Klassen gültig à fl. 90 das ganze empfiehlt

Jacob Hoclar, Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustsaft von **Georgii** in Eptal, welcher derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes, und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditor **Schott**, große Sandgasse, zu haben.

Commissionäre sind: Hr. Conditor J. C. Schlemmer in Mainz. [1119]

Vereins-Zehn-Gulden-Loose.

Ziehung den 15. Mai.

Hauptpreise fl. **20,000**, **5000**, **1500** ꝛc. sind coursmäßig zu erhalten bei

J. N. Trier & Cie.

NB. Nach vorhergegangener Uebereinkunft können die Loose bis Ende Mai mit einem kleinen Nachlaß wieder rückgegeben werden [1293]

[1341] In einer bedeutenden Leder- und Leinwand-Lacker-Fabrik des Auslandes wird ein tüchtiger Werkmeister gesucht, der mit dem neuesten Verfahren in Schwarz sowohl wie couranter Fabrikation weiß Bescheid weiß, und sowohl durch gültige Zeugnisse seine Fähigkeit bekunden, wie auch als ein Mann von Charakter bekannt ist, um sein Engagement mit Vertrauen besorgen zu können. Nur ein solcher wird eine geeignete Stelle finden.

Nähere Auskunft ertheilt die Redaction d. Bl. unter Nr. 1341.

Haupt-Depot der Pariser Patent-Corsetten ohne Naht,

desgleichen alle Arten von gestickten, darunter auch eine Sorte, die ich zu 3 fl. ablassen kann, und für deren Güte garantirt wird, bei

[1353] **W. Dümlein,** Damenkleidermacher, Roßmarkt Nr. 6 neu.

[1309] Der erste neue **Caviar** ist eingetroffen bei

Milani-Minoprio,
kleiner Hirschgraben 3.

[1112] Staats- und Standesherrliche Obligationen, Staats-Lotterie-Effecten, Eisenbahn-Actien, Coupons, werden ge- und verkauft bei

J. N. Trier & Cie., Zeil, im Türkenhof.

[1322] **Bei einer Familie ohne Kinder sind in einem Gartenhaus monatlich oder jahrweise 1 à 2 Zimmer mit oder ohne Möbel an einen einzelnen Herrn billig zu vermiethen. Zu erfragen Buchgasse Nr. 3.**

[1244] Mein durch die neuesten Pariser Modelle reiches Assortiment fertiger **Mantillen** befindet sich Liebfrauenberg Nr. 33.

C. Schleßinger.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[1299] **Edictalladung.**

Ueber das Vermögen des Johann Peter Müller und dessen Ehefrau Catharina, geb. Kalb, in Rauschach ist rechtskräftig der Concursprocess erkannt worden, und es sind nunmehr diejenigen und persönliche Ansprüche an die genannten Eheleute bei Vermeidung des von selbst eintretenden Rechtsnachtheils des Ausschlusses von der vorhandenen Masse

Montag den 4. Juni d. J.,

Morgens 8 Uhr, dahier zu liquidiren.

Selters, den 18. April 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
König.

[1146] Im 19. Juni 1845 verbürgte der Einwohner Johannes Wiegand gen. Kur zu Rasdorf gegen Verpfändung mehrerer in Rasdorfer Gemarkung gelegenen Immobilien von der Administration des Bürgerhospitals zu Fulda ein Kapital zu 300 fl., welches Darlehn später mit annoch einem Reste von 150 fl. nebst Zinsen vom 18. Februar 1843 an auf den Caspar Bitzenbach zu Rasdorf übergegangen ist. Da die hierüber ertheilte Obligation verloren gegangen, kann auf besagte Zahlung der Forderungsberechtigten das Pfandrecht nicht gelöscht werden, weshalb Termin auf

den 11. Juni l. J.

Morgens 8 Uhr unter bestimmt wird, in welchem etwa Berechtigte ihre Ansprüche aus der Obligation unter dem Rechtsnachtheile, daß dieselbe widrigenfalls als erloschen erklärt werden wird, anzumelden haben.

Hünfeld, 17. April 1849.

Kurfürstl. Hess. Justiz-Amt.
Klostermann.

[1213] **Edictalladung.**

Die Ueberschuldung des Vermögens des Johann Peter Schmidt von Hilfscheid und dessen Ehefrau Maria, geb. Tube, betreffend.

Durch Urtheil vom 19. März l. J., welches nunmehr rechtskräftig geworden, ist über das Vermögen des Johann Peter Schmidt und dessen Ehefrau Maria, geb. Tube, von Hilfscheid der Concursprocess erkannt worden.

Termin zur Liquidirung sowohl dinglicher als persönlicher Ansprüche an der Masse, bei Meidung des von selbst eintretenden Ausschlusses von derselben, wird dahier hiermit auf

Montag den 14. Mai l. J.,

Morgens 8 Uhr anberaumt.

Montabaur, den 21. April 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Zimmermann.

[1305] **Decret**
in Sachen
des Peter Joseph Hammerschlag von Limburg als Cessionar des J. A. Pachten von dz.
Klägers
gegen
Carl Molly von Niederneisen, Beklagten
wegen Forderung von 84 fl. 31 kr. Rest sehr künstlich übersetzte Waaren nach Anerkenntniß und Zahlungsversprechen nebst 5 Procent versprochene Zinsen vom 19. Februar 1840 an.

Dem Beklagten, dessen Aufenthaltsort unbekannt ist, wird aufgegeben, sich auf die Klage, deren Einsicht ihm daher freisteht, binnen

60 Tagen

vom Tage des ersten Erscheinens in öffentlichen Blättern an unter dem Rechtsnachtheile des Ungehorsams des Klagantrages und des Verlustes der Einreden zu erklären.

Diez, den 14. März 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Dibell.

[1319] **Bekanntmachung.**

Die Schuldner der Karl Franz Herrmann'schen Debitmasse werden hiedurch aufgefordert, die schuldigen Beträge bei Vermeidung nochmaliger Zahlung an Niemanden als an den bestellten Massepfleger Herrn Dr. jur. Geyger zu entrichten.

Frankfurt a. M., den 7. Mai 1849.

Stadt-Gericht I.
Dr. Dietz.

[1199] **Edictalladung.**

Alle, welche auf irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des dahier letzthin Standes verstorbenen Ackermanns Johannes Dieß aus Rückershausen in Kurhessen Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen

Zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen ausländischen wohnenden Intestat-Erben ohne einige Cautionen verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 20. April 1849.

Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Böhmer.
Dr. Eyssen, Jr. Secr.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Beilage zu Nro. 114.) 14. Mai 1849.

Deutschland.

† **Frankfurt**, 13. Mai. Heute waren wieder die Straßenecken von Neugierigen belagert, welche die verschiedenen offenen Briefe an Volk und Heer lasen. Da gab es einen Aufruf „aller Frauen und Jungfrauen Württembergs an unsere deutschen Krieger", worin diesen mitgetheilt wird, daß jene gelobt haben, keinem die Hand zu reichen, dessen Hand mit Bruderblut befleckt sei, mit keinem Haus und Herd zu theilen, der diese zerstört, und endlich keinem in Liebe zu nahen, der gegen seine Brüder das Schwert gezogen. Zugleich werden alle deutschen Schwestern aufgefordert, ein Aehnliches zu thun. Der Central-Märzverein und das Montagskränzchen ermahnen das Volk, dem hier garnisonirenden Militär keine Veranlassung zum Einschreiten zu geben. Der Congreß der Landesvereine ladet seine Mitglieder ein, im Weidenbusch ihre Legitimationen zu holen, und der Reichsverweser erläßt folgenden Tagesbefehl an die im Reichsdienste stehenden Truppen:

Deutsche Krieger!

Ein unglückseliger Streit über die Reichsverfassung ist in Deutschland ausgebrochen. Alle wahren Freunde des Vaterlandes vereinigen bereits ihre Kräfte für den Zweck, daß die Lösung dieses Streites auf gesetzlichem Wege und nicht durch einen Krieg von Brüdern gegen Brüder erfolge. Nur eine Partei, welcher es nicht um die Verfassung, sondern um anderweitige verwerfliche Zwecke zu thun ist, bedient sich des Verfassungsstreites als eines Vorwandes, um Angriffe gegen Gesetz und Ordnung zu richten, Zerrüttung und Bürgerkrieg über Deutschland zu verbreiten. Gegen diese Partei gilt es, den Frieden und das Glück des theuern Vaterlandes, den Wohlstand und Erwerb seiner Bürger muthig zu schirmen.

Deutsche Krieger! Die Sicherheit des gesammten deutschen Vaterlandes ist eurer Ehre anvertraut. Alle Versuche, euch in eurer Pflicht wankend zu machen, werdet ihr mit Verachtung von euch weisen. Während in diesem Augenblicke eure siegreichen Waffenbrüder in herzlicher Eintracht festgeschlossene Reihen gegen den äußern Feind bilden, werdet ihr auch gegen den innern Feind einig sein. Wenn Anarchie und Verwilderung es wagen sollten das Haupt zu erheben, dann werdet ihr durch die That beweisen, daß die unerschütterliche Treue, der feste Muth und die brüderliche Eintracht des deutschen Heeres das mächtige Schild sind, welches das theure Vaterland gegen jede Gefahr, sie komme, woher sie wolle, siegreich zu schirmen vermag.

Frankfurt, den 12. Mai 1849.

Der Reichsverweser (gez.) Erzherzog Johann.

In Vertretung des Reichskriegsministeriums (gez.) v. Peucker.

Nachmittags wäre es bei der Constablerwache bald zu ernsten Scenen gekommen. Die Arretirung eines vorübergehenden Mannes (wahrscheinlich wegen eines rothen Halstuchs) veranlaßte das Zusammenstehen vieler Menschen vor der Wache, und dieses bewog den wachehabenden Offizier, sogleich scharf laden zu lassen. Gegen Abend kam es im Bierhause bei Schwager zu einer Schlägerei zwischen preußischem und württembergischem Militär, die sehr ernstlich hätte werden können, wenn die anwesenden Bürger nicht die Württemberger bei Annäherung einer Patrouille durch eine Hinterthür entfernt hätten. Später entstand im Gräber'schen Locale ebenfalls wegen einer rothen Halsbinde ein Streit, der mehrere Verwundungen Neugieriger, die auf der Straße standen, zur Folge hatte.

† **Wien**, 10. Mai. Wir erhalten endlich authentische Nachrichten über den Einmarsch der Russen, bekräftigt durch die einstweilige Einstellung des Güterverkehrs auf der Nord- und Staatsbahn. Unter dem Oberbefehl des Fürsten Paskewicz sind jetzt 140,000 Mann russischer Truppen, worunter 23,000 Mann Cavallerie, im Anmarsche begriffen und theilweise schon auf unserem Boden. Am 4. Mai zogen 17,000 Mann über Krakau zu uns herüber. Am folgenden Tage 22,000 Mann mit 11,450 Pferden. Am 8. überschritten 15,400 Mann zu Tarnogrod und 26,000 Mann zu Brody die österreichische Grenze, mit ihnen 3900 Pferde. Am 9. rücken in Wolozeisk 17,000 Mann ein und am 11. werden zu Husiatyn 9000 Mann nachfolgen. Hierbei sind die zwei großen Corps nicht mitgerechnet, welche über die Bukowina und Walachei nach Siebenbürgen marschiren. Unter F.-M. Paskiewicz commandiren als oberste Heerführer die Generale Rüdiger und Tschertaieff. Die Truppen bringen sämmtlich alles Dasje ige in natura mit, was sie für die ersten 15 Tage, welche sie auf unserem Gebiete zubringen, bedürfen. Vom 15. Tage an werden alle Bedürfnisse auf gewöhnlichem Lieferungswege gegen sofortige Baarzahlung beigeschafft. Um eine Theurung im Lande, in Folge der großen Consumtion jenes Heeres, zu vermeiden, ist die Vorsorge getroffen, daß in Podolien und Wolhynien große Vorräthe an Getreide, Heu ꝛc. aufgehäuft und Schlachtvieh aller Art angeschafft worden ist, welche laut Uebereinkunft sämmtlich zollfrei nach Oesterreich eingebracht werden sollen.

Man vermuthet, daß Görgey mit seiner auf 80000 Mann geschätzten Armee gegen Mähren und Schlesien marschirt sei. — Nach anderweitigen Nachrichten sind die Grenzpässe Mährens bereits sämmtlich militärisch besetzt, mit Ausnahme jenes von Sedomierzeitz, welcher einstweilen, bis Militär aus Göding anlangt, von dem dortigen Landsturm bewacht wird. — Die letzte Cavalleriecolonne des siebenbürgischen Armeecorps rückte am 26 April in Orsowa ein, wonach also dieses ganze Corps im Banate stand. Die Zahl der Magyaren in Kronstadt war nur gering. Das Schießen und die Anhöhen waren mit Kanonen besetzt, und eine Proclamation drohte Beschießung der Stadt bei der geringsten Bewegung oder bei Anrücken der Russen. — Bereits gestern wurde im „österreich Correspondenten" und aus demselben im „Wiener Geschäftsberichte" die Grundlosigkeit der Angabe von einem Wiederruf der am 14. April von den Repräsentanten der ungarischen Nation beschlossenen Thronentsetzung der herrschenden Dynastie mitgetheilt. Die Motivirung des gedachten Beschlusses wird nun aus derselben Quelle in allen Blättern mitgetheilt. Der Commandant von Ofen, G.-M. Hentzi, protestirt gegen die Anordnung des Präsidenten der nach dem Beschlusse vom 14. April nunmehr polnisch-ungarischen Republik, wodurch zum Gehorsam gegen den Regierungscommissär Irányi aufgefordert wird, und droht Jenen, die Folge leisten, mit dem Standrechte.

Bei Sillein hat ein kleines Gefecht stattgefunden, in Folge dessen die Oesterreicher sich auf das rechte Ufer der Waag zurückgezogen. Der Verlust derselben war bei 40 Todte oder Verwundete. Nach unweit Pollena, auf der Straße von Sirp nach Munkacs, fand ein Gefecht statt; eine österreichische Colonne, bei der 2 Bataillone Deutschmeister mit 9 leichten Geschützen, hatte sich zu weit vorgewagt und wurde von einer überwiegenden Anzahl Magyaren mit 16 Zwölfpfündern angegriffen. Es kam nur zu Schußgefechten, doch konnten die Oesterreicher dem überlegenen feindlichen Geschützfeuer der Magyaren nicht widerstehen und mußten sich, nachdem sie mehrere Geschütze vernagelt hatten, zurückziehen. Besonders litt ein Bataillon Deutschmeister, zumeist aus Wienern bestehend. Sie hielten, ohne zu weichen, im heftigsten Kugelregen aus, bis man ihnen zurückzumarschiren befahl. Siebzehn Offiziere blieben. Auch der Oberst des Regiments, v. Bubna, wurde schwer verwundet nach Sirp gebracht, wo er starb. — Ueber die Stellung des F.-M.-L. Vogel wird mancherlei behauptet; während die Einen ihn in Kaschau und den Generalmajor Benedek in Rämark sagen, behaupten die Andern, er wäre wieder nach Galizien zurückgegangen. Bei Bedatin und Varin mußte Oberst Trenk dem 3000 Mann starken Feinde, dem er nur 14 Compagnien entgegenstellen konnte, weichen und sich nach Jablunka zurückziehen.

Zu Ehren der am 7. in Agram erfolgten Ankunft des Ban Jellachich wurden alle Glocken geläutet und die Stadt war Abends auf das Festlichste beleuchtet. Der Ban gedachte am andern Tage wieder abzureisen. Die „Agramer Zeitung", die hierüber mit großen Lettern berichtet, gibt sich der Hoffnung seiner bleibenden Wiederkehr hin, um durch seine kräftige und wirksame Verwendung das Land, dessen Oberhaupt er ist, aller Wohlthaten, die sich auf Gerechtigkeit und billige Forderungen gründen, theilhaftig zu machen.

Gestern Nachmittags kamen wieder große Züge von Verwundeten und Kranken der k. k. Armee in Ungarn hier an und wurden in das Militärspital gebracht.

Heute um 9 Uhr haben die Offiziere des ersten Bürgerregiments Audienz beim Kaiser in Schönbrunn, indem sie um Wiedererrichtung der Waffen ansuchen. — Verfasser, Drucker und Verleger der während des Belagerungszustandes bereits verbotenen Broschüre „die Revolution in Wien" sind wegen des demnach stattgehabten Erscheinens des siebenten Bandes mit einjährigem, achtmonatlichem und sechswöchentlichem Arrest, und zugleich der Verfasser Unterrichter zu einjährigem Festungsarrest verurtheilt worden. — Nach Linz, Prag und Graz sind Ministerialweisungen ergangen, alle bis jetzt anhängig gemachten Staatsprocesse in Preßsachen fallen zu lassen.

F.-M.-L. Baron Stürmer ist zum Militär- und Civilgouverneur in Parma und Piacenza ernannt worden.

□ **Prag**, 10. Mai. Heute früh erwachten wir, nichts ahnend, und der Belagerungszustand war über uns gekommen. Placate und militärische Maßregeln gaben dies zu erkennen. Der Landeschef Mecsery und der Interimscommandant F.M.L. Abrenthüller erließen die Bekanntmachung, und gaben als Ursache an, daß der revolutionäre Zustand der Nachbarstaaten und ein hier in Prag entdecktes revolutionäres Complot sie dazu bewogen haben. Die ganze Stadt wird entwaffnet, ausgenommen die Nationalgarde und die Bürgercorps der Alt- und Neustadt. Der Belagerungszustand erstreckt sich auch auf die Umgebung. Das Assecurationsrecht ist suspendirt, und die Presse unterliegt der Willkür des Militärcommandanten. In der Nacht auf heute wurden mehrere Personen arretirt, einige retteten sich durch die Flucht. Auch wurde nach Waffenvorräthen und nach Munition gefahndet, und man sagt, daß man auch einige Waffen wegnahm. Das Militär ist wieder auf der Kleinseite und besonders am Hradschin zusammengezogen, und hält die wichtigsten Punkte besetzt; auch die beiden Brücken sind besetzt. Am Kleinseitner Ring stehen sechs geladene Kanonen und Kanoniere dabei mit brennenden Lunten. Die Kleinseitner Nationalgarde wird entwaffnet, hingegen wird die Alt- und Neustadt ganz dem Schutze der Nationalgarde überlassen. Die Besatzung soll schwach sein und besteht meistens aus neuer Mannschaft. Einem magyarischen Bataillon, das hier liegt, traut man nicht, und es ist in die Vorstadt Karolinenthal verlegt worden. Man schreibt die Unruhen, die ausbrechen sollten, der magyarisch-deutschen Propaganda zu. — Die Stimmung ist sehr erbittert, doch zweifle ich, daß es zum Kampfe kommt; das Militär hält die festesten Punkte besetzt, beschränkt sich auf die Defensive, und es wäre Tollkühnheit, sie mit unregelmäßigen Haufen anzugreifen.

Auch die „Leipz. Ztg." berichtet: Heute Morgens besetzte Militär ganz unvermuthet die Kettenbrücke, den Ring auf der Kleinseite, den Wisherad, Hradschin und Laurenziberg; auf der Marienschanze wurden Kanonen aufgefahren; noch jetzt werden daselbst verschiedene Erdarbeiten ausgeführt. Ungefähr um 10 Uhr Morgens ward ein Placat angeschlagen; wodurch die Stadt nebst dem Rayon von zwei Meilen in Belagerungszustand erklärt wird. Noch vor Tagesanbruch waren mehrere Verhaftungen vorgenommen worden: man nennt die Herren Gautsch, Sabina, Stadtowsky u. m. A. Das Vereinsrecht ist suspendirt. Von den hier erscheinenden Blättern ist einstweilen keins verboten worden. Aufregung zeigt sich im Volke nicht. Entweder argwöhnt man hier ein weitverzweigtes Complot, oder es hängt diese Maßregel mit den traurigen Vorgängen in Sachsen oder mit noch unbekannten, muthmaßlichen Ereignissen in Ungarn zusammen.

‡ **Berlin**, 12. Mai. Man spricht von einer Ansprache des Königs an das preußische Volk, welche binnen wenigen Tagen erfolgen dürfte. Die Bevorgnisse hinsichts der Entwickelung der preußischen und deutschen Zustände sollen darin beseitigt werden, indem es keineswegs in der Absicht des Königs liege, dem mächtigen Drange der deutschen Nation nach Einheit und gesetzmäßiger Freiheit hemmend entgegenzutreten. Das Volk wird zum festen Vertrauen auf das königliche Wort aufgefordert, welches durch die Thatsachen gerechtfertigt werden würde. Die Zukunft werde lehren, wer mit lauterem Herzen für Glück, Ruhm und Größe des deutschen Vaterlandes in die Schranken getreten sei, um dasselbe vor dem Sturz in einen die Gesinnung, Freiheit und die höchsten Güter der Menschheit verschlingenden Abgrund zu wahren. Mit der vollen Erkenntniß der Gefahr, in welcher die menschliche Gesellschaft schwebe, würde die Rettung des Vaterlandes nicht zweifelhaft sein und die deutsche Nation auf der Bahn einer ruhmvollen Entwickelung erhalten werden, welche die wahre Freiheit und Wohlfahrt verbürge. — Die hier mit den Bevollmächtigten der größern Fürsten Deutschlands gepflogenen Unterhandlungen sollen den Bestrebungen Preußens zündlich des deutschen Einigungswerkes gänzlich entsprechen und ein gemeinsames Handeln zur Errichtung des Zieles festgestellt sein. Zur Durchführung des Einigungswerkes sollen von Preußen die umfassendsten Anstrengungen mit der vollen Entwickelung der ihm zu Gebote stehenden Kräfte gemacht werden. Wie hier aus Allem hervorzugehen scheint, ist Preußen auch zum Aeußersten entschlossen, um den Sieg über die Umsturzpartei zur Rettung der monarchischen Staatsform in Deutschland zu erlangen. Es war hier der Vorschlag laut geworden, daß Preußen Süddeutschland seinem Schicksale überlassen und den Kampf mit der Umsturzpartei den dortigen Bürgern anheimgeben solle, sich selbst auf die Aufstellung großer Heerestheile zur Deckung Norddeutschlands und der Rheinprovinzen beschränkend und den endlichen Hilferuf der Bürger Süddeutschlands abwartend. Es dürfte sich indessen nicht erwarten lassen, daß Preußen auf einen solchen Vorschlag eingehen werde. Die hier abmarschirenden Truppen hegt das Gefühl, daß sie, wie ihre Waffenbrüder in Sachsen, als Retter allenthalben von den Bürgern werden begrüßt werden, sobald die Umsturzpartei auch dort die Larve fallen gelassen haben wird. Wie man hört, wird eine Division des bei Halle aufzustellenden Heerestheils nach Westphalen befördert werden. Zwei Bataillone des 24. Regimentes sind nach Hamm schleunigst abgegangen. Da dieses Regiment zum großen Theil aus Berlinern besteht, so wurden die Abziehenden von ihren Angehörigen in großer Anzahl begleitet und mit Theilnahme und unter Thränen bei der Abfahrt entlassen. Ein Hurrahruf der muthigen Soldaten bei den zurückbleibenden Freunden und Verwandten den Abschied. Einstehr gehobener Geist ist unter den Truppen bemerkbar, derdurch die Nachrichten aus Sachsen noch mehr gehoben ist. Man kann daher nur dringend wünschen, daß jeder Zusammenstoß vermieden werde. — Wie es heißt, wird die rheinische Landwehr nach Schleswig Holstein geschickt werden und pommersche und brandenburgische Landwehr nach der Rheinprovinz zur Verstärkung der dortigen Truppen rücken. In dem hiesigen Kriegsministerium herrscht eine außerordentliche Thätigkeit. Ein Theil der preußischen Truppen, die in Dresden gekämpft haben, soll nun schleunigst nach dem Rhein befördert werden. Ein Ausbruch von bedrohlichen Unruhen dürfte, wie hier verlautet, die Erklärung des Belagerungszustandes über die ganze Rheinprovinz zur Folge haben. — Gestern wurde in der Nähe der Hauptstadt im Birkenwäldchen hinter dem zoologischen Garten eine Volksversammlung versucht, indessen von einer Abtheilung Ulanen und Dragoner vereitelt. Wer die Volksversammlung veranlaßt hatte, ist nicht bekannt geworden. — Die neuliche Kundgebung zu Gunsten des Königs im hiesigen Opernhause hat sich am gestrigen Abend wiederholt. Der entschiedene Ausdruck für das constitutionelle Königthum bekundet sich auch in den reichlichen Beiträgen für die Familien der ausrückenden Landwehr. Zum Besten dieser Familien soll neben andern Sammlungen eine Haucollecte veranstaltet werden.

= **Berlin**, 12. Mai. Zuschauer von Deutschlands Unglück und Jammer, umstellt von drohendem Bürgerkriege, was sollen wir in Berlin denken, sagen und hoffen? Ueber das Allgemeine läßt sich, ehe gewisse Schleier nicht gefallen sind, auch über den Congreß der Königreiche noch nichts oder zu Unbestimmtes berichten. Ich schweige deßhalb davon.

Nachdem der Dresdner Kampf geendet, sind unsere Augen mit namenloser Spannung auf Frankfurt, das durch Uneinigkeit sich selbst zu vernichten droht, auf Rheinland und Westphalen, die Vielen die Integrität des engeren Vaterlandes Preußen in Frage zu stellen scheinen, gerichtet. Zu dem Vordergrund aber steht das gestern am 10. Mai publicirte Gesetz über den Belagerungszustand, „die organisirte Willkürherrschaft" nach den Urtheilen der Demokraten. Die Mitwirkung des neuen Justizministers ist in vielen auf rheinisch-französischen Ursprung hindeutenden Stellen nicht zu verkennen. Das Gesetz selbst war längst nothwendig. Insofern tadelt man seine Emanirung mit Unrecht. Die Berechtigung aber des Ministeriums auf Art. 105 der Verfassung gestützt, ein so tief eingreifendes Gesetz zu erlassen, wird nach den in der ersten und zweiten Kammer bei Gelegenheit des Gesetzes über die Justizreorganisation abgegebenen Erklärungen ziemlich allgemein negirt. Wie aber unsere Zustände sind, ist dies schon Nebensache. Die Rechtsfrage aufzuwerfen, wird für verlorene Mühe und gänzlich überflüssig gehalten. Es ist also der Inhalt, an den Berlin sich hält. Und in dieser Beziehung lobt die eine, tadelt die andere Partei das Gesetz, seltsam aber erscheint allen Juristen die Schlußbestimmung: Die vorstehende Verordnung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Köln, 12. Mai. Die „Neue Rhein. Ztg." bringt einen Artikel aus Siegburg vom 11. Mai, worin der Correspondent die Nachricht der Wegnahme und Leerung des dortigen Zeughauses durch Landwehrmänner mittheilt. Allerdings ist das Zeughaus geleert worden; auch mögen wohl Landwehrmänner dabei behülflich gewesen sein, allein die circa 500 Gewehre sind nicht, wie angegeben, „in den Händen des Volkes", sondern wohlbehalten unter Escorte von zwei Zügen Ulanen heute Mittag im Kölner Zeughause abgeliefert worden. Der auf das Zeughaus beabsichtigte Putsch ist vollständig mißglückt. — Die einberufenen Weyermänner des Siegburger sowohl wie des Brühler Bataillons haben sich zahlreicher gestellt, als man nach den angewandten Verführungsmitteln erwarten konnte. Auch die zur Linie einberufenen Reserven haben sich mit wenigen Ausnahmen fast sämmtlich gestellt.

Düsseldorf, 11. Mai. Der hiesige Gemeinderath, der sich in Permanenz erklärt hat, hat heute auf das Entschiedenste gegen die Anordnungen der Militärbehörde, die Verhängung des Belagerungszustandes überhaupt, so wie namentlich gegen die Maßregel, daß die „Düsseldorfer Zeitung" und einige andere Blätter in hiesiger Gemeinde nicht ausgegeben werden sollen, und auch gegen die Publication des Standrechtes als durchaus ungesetzlich, protestirt. Es wurde dabei beschlossen, daß der vorstehende Beschluß sowohl dem Regierungspräsidium als dem Divisionscommando zugestellt und öffentlich bekannt gemacht werden solle. (D. Z.)

Elberfeld, 11. Mai. Die „Elberfelder Zeitung" berichtet: 7½ Uhr Morgens. Der gestrige Tag ist ruhig vergangen. Die bewaffneten Zuzüge, welche im Laufe des Tages noch mittels der Sturmglocken herbeigerufen worden, sind, so gut es ging, unterg bracht worden. Auch die Bürgerwehr verlieh sehr zahlreich den Dienst und hielt sich auf alle Fälle bereit. Das Ansehen unserer sonst so lebhaften Wupper-Metropole mit ihren bunten Kauf- und Schauladen ist freilich unter den jetzigen Umständen ein sehr trauriges. Die Physiognomie unserer Stadt hat etwas Todtenhaftes. Sämmtliche Läden, Thüren und Fenster sind geschlossen; viele Familien sind, aus Furcht vor einem erneuerten Straßen- oder Barrikadenkampfe, aus der Stadt geflohen. Gestern hat man fortwährend neue Barrikaden gebaut, deren einige sogar mit Wachlampen und Kränzen, wir hoffen, in guter Vorbedeutung! — — verziert sein sollen. Uebrigens kehrt nach dem ruhigen Verlaufe des gestrigen Tages und der Nacht allmählich das Vertrauen in die geängstigten Gemüther zurück. Hier und da werden die Fenster und Thüren, wenn auch nur vorsichtig und nach und nach, wieder geöffnet.

8 Uhr. So eben verbreitet sich das Gerücht, daß das Militär im Anzuge sei. Die Sturmglocken läuten aufs Neue, die Lärmtrommel schlägt, die Häuser schließen sich wieder. Wer noch für den heutigen Tag Einkäufe an Victualien zu machen hat, beeilt sich möglichst. Ob das Gerücht begründet ist, wird sich bald zeigen. — 11 Uhr. Das Gerücht von einer Truppenanziehung hat sich bis jetzt nicht bestätigt.

Es ist nachfolgendes Placat erschienen: Mitbürger! Um die gesetzliche Ordnung unter dem Banner der Freiheit zu handhaben, haben die Unterzeichneten, da die Behörden unserer Stadt aus ihren Functionen getreten sind, auf den Wunsch vieler Bürger sich als Sicherheitsausschuß constituirt. Den Anordnungen desselben, welcher in der Passagiersinde des Posthauses für Verwaltungs- und auf dem Rathhause für Militärangelegenheiten seine permanenten Sitzungen hält, hat Jeder unbedingt Folge zu leisten. Elberfeld, den 9. Mai 1849. Höchster. F. W. Hühnerbein. H. P. Schulze. Riette. H. Hillmann. Römer. P. J. Römer. E. Bohnstedt. J. Potthmann. Trost von Louisenthal.

Elberfeld, 12. Mai. Der gestrige Tag und die vergangene Nacht sind ohne weitere Störung der Ruhe vergangen, mit Ausnahme einzelner Freibeuterscenen, welche erklärlich sind, wenn man bedenkt, daß unter den Schaaren der aus der Umgegend hier einpassirten Zuzügler sich natürlich manche Ultracommunisten befinden. So drang u. A. ein Haufe dieser Anhänger Proudhon's gestern in einen Bäckerladen am Rommelspulk und forderte Proviant und Munition. Auf das beleidigende Anerbieten von Broden erwiederten diese Herren mit der kategorischen Requisition: „Wein, Bier und Geld!" Als dieser Forderung nicht sofort genügt werden konnte, machte sich ihr durch das Brodanerbieten beleidigtes Selbstgefühl in einer Art Lust, welcher glücklicherweise durch das Erscheinen einer herbeigerufenen Patrouille, welche die Flibustier arretirte, bald ein Ziel gesetzt wurde. Der Sicherheitsausschuß hat daher ein Placat erlassen, worin die Einwohner bei ähnlichen Fällen zu sofortiger Anzeige der Straffälligen aufgefordert werden. Durch die fortwährenden zahlreichen Patrouillen der Bürgerwehr wird einer Wiederholung derartiger Scenen am besten vorgebeugt werden. — Nachmittags rückten etwa 150 Solinger hier ein. Daß durch diese fortwährenden Zuzüge und den stockenden Marktverkehr sich bereits ein fühlbarer Mangel an Lebensmitteln zeigt, ist natürlich, und wenn nicht bald zur Wiederherstellung des Vertrauens und Verkehrs durchgreifende Maßregeln genommen werden, so steht uns für die nächste Zeit eine förmliche Theurung und Hungersnoth in Aussicht. Von Militär ist nichts zu sehen und zu hören; auch ist wohl nicht anzunehmen, daß dasselbe sich den hiesigen, wohlorganisirten Vertheidigungsmannschaften gegenüber auf einen neuen Straßenkampf einlassen wird, weil derselbe zu viele Opfer kosten würde. — Gestern fand die feierliche Beerdigung der drei Opfer des Barrikadenkampfes statt, worunter auch der getödtete Hauptmann der 8. Compagnie, v. Uttenhoven. Die Leiche des Hauptmanns v. Uttenhoven wurde in einem reichen Sarge getragen und demselben von der vereinigten Landwehr und Bürgerwehr die letzten militärischen Ehren erwiesen. (Elberf. Z.)

Münster, 11. Mai. Wenn ich Ihnen in meinem letzten Briefe berichtete, daß zu Warendorf die Einkleidung der dortigen Landwehr ohne Störung vor sich gehe, so hatte dieses bis zum Abgange meines Briefes allerdings seine Richtigkeit. Seitdem hat sich dort aber der Stand der Dinge verändert. Der Commandeur des Bataillons, Major Kaiser, ließ gestern nämlich zwei oder drei trunkene Landwehrmänner zum Arrest abführen. Dies gab Veranlassung, daß sich am Abende eine Anzahl Wehrmänner nach seiner Wohnung begab, um die Freilassung ihrer Kameraden zu begehren. Der Major gab denselben indessen nicht allein kein Gehör, sondern feuerte sogar von seinem Fenster aus einen Schuß ab, als man Miene machte, die verschlossene Thür seines Hauses mit Gewalt zu öffnen und in seine Wohnung zu dringen. Dieser Schuß, welcher unter keinen Verhältnissen zu rechtfertigen ist, soll die äußerste Erbitterung erzeugt haben; man drang gewaltsam in die Wohnung des Majors, und dieser soll thätlichen Mißhandlungen nicht entgangen sein. Heute Morgen sind nun eine Schwadron Ulanen und zwei Compagnien Infanterie nach Warendorf abgegangen; so eben, des Nachmittags 6 Uhr, langt von dort eine Estaffette an, in Folge dessen eine weitere Schwadron Cavallerie dorthin beordert wird. Die Sachen müssen sich also verschlimmert haben; indessen mangeln bis jetzt hier in Münster noch alle näheren Details über den dortigen Stand der Dinge, und ich behalte mir deßhalb weiteren Bericht vor, um nichts Irrthümliches zu melden. — Zu Hamm sind keine Unruhen vorgefallen.

Hagen, 10. Mai. Die Einberufung der Landwehr hatte einen Unwillen, eine Erbitterung unter dem Volke erzeugt, wovon man sich keinen Begriff machen kann. Fast sämmtliche Landwehrpflichtige hiesiger Stadt und der Umgegend verschworen sich, der Aufforderung keine Folge zu leisten. Heute war nun der entscheidende Tag, heute sollte die Landwehr hier zusammentreten. Deßhalb versammelten sich schon gestern eine Masse wehrhafter Leute in hiesiger Stadt und durchzogen dieselbe mit Trommeln und Fahnen. Diesen Morgen um 5 Uhr wurde Generalmarsch geschlagen und bald waren 2000 wehrhafte Leute unter den Fahnen. Diese begaben sich diesen Morgen 10 Uhr zum bezeichneten Sammelplatze und kündigten dem Major an, daß sie nicht folgen würden. Der Major ritt, nachdem er sich von der Erfolglosigkeit seiner Maßregeln überzeugt hatte, zurück nach Iserlohn. — Man sagt, in Iserlohn sei es zu einem Straßenkampfe gekommen; nähere Nachrichten fehlen aber noch. (Elberf. Z.)

§§ **Weißenfels**. Die seit etlichen Monaten im hiesigen militairisch besetzten Schlosse in Verwahrsam gehaltenen Aerzte Dr. Neuhaus aus Laucha und Weitze aus Stoßen, welche für die preußische Nationalversammlung Partei genommen, sind entflohen. Dr. Neuhaus war der Adjutant des nach Magdeburg abgeführten Agitators Dr. Stedmann in Bibra.

Aus **München**, 4. Mai, berichtet der „Preußische Staatsanzeiger": Von dem königl. bayerischen Minister des königl. Hauses und des Aeußern, Hr. Dr. v. d. Pfordten, ist dem Reichscommissär, Unterstaatssecretär Karl Mathy, folgende Note zugestellt worden: Die Regierung Sr. Maj. des Königs von Bayern hat in Erwägung gezogen, was Ew. Hochwohlgeboren derselben im Auftrage Sr. kaiserl. Hoheit des Reichsverwesers theils mündlich in der Sitzung des Gesammtstaatenministeriums vom 1 d. M., theils schriftlich unterm 2. d. M. vorgetragen haben. Sie hat jedoch keine hinreichenden Gründe gefunden, um Sr. Maj. dem Könige eine Abänderung derjenigen Erklärung anzurathen, welche am 23. v. M. über die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung für Deutschland abgegeben worden ist. Es tritt vielmehr jetzt zu den Gründen, auf welche jene Erklärung gestützt worden ist, noch der wichtige Umstand hinzu, daß nun auch die königl. preußische Regierung unterm 28. v. M. definitiv erklärt hat, sie könne die Verfassung unverändert nicht annehmen. Indem der ergebenst Unterzeichnete Ew. Hochwohlgeboren hiervon in Kenntniß setzt, hat er nur noch hinzuzufügen, daß die königl. Regierung den Gegenstand des von Sr. kaiserl. Hoheit dem Reichsverweser an Ew. Hochwohlgeboren erweiterten Auftrages als erledigt betrachtet. München, den 3. Mai 1849. Der königl. bayerische Staatsminister des königl. Hauses und des Aeußern Dr. von der Pfordten."

Würzburg, 12. Mai. In der hiesigen Magistratssitzung vom 11. d. M. wurde der Beschluß gefaßt, eine Deputation zum Zwecke der Durchführung der Reichsverfassung an das Ministerium abzuordnen. Ferner wurd beschlossen einen Ausschuß zum Schutz unserer Stadt zu bilden bei einer etwaigen Bewegung. Hierzu wurden vom Magistrat 3, von den Gemeindebevollmächtigten 4 Mitglieder gewählt.

× **Freiburg**, 11. Mai. Die heute stattgehabte Soldatenversammlung auf dem Schloßberg, faßte unter anderm auch den Beschluß, fortan nie und unter keiner Bedingung die Waffen gegen ihre Mitbürger zu gebrauchen. Es wurde sodann ein allgemeiner Soldatenverein gegründet, als dessen Präsidenten man den Herrn Obergerichtsadvocat Dr. Carl v. Rotteck erwählt.

)(**Bingen**, 13. Mai. Von hier sind etwa 150 Bewaffnete nach der Rheinpfalz gezogen. Großes Aufsehen erregte, daß schon einige Mal preußische Patrouillen, von dem jenseitigen Ufer der Nahe kommend, zur Nachtzeit in unsere ganz friedliche Stadt gekommen sind, ohne daß unsere Behörden deßhalb irgend eine Benachrichtigung geworden ist.

Frankreich.

A **Straßburg**, 12. Mai, 5 Uhr Nachmittags. So eben trifft hier die nachstehende telegraphische Depesche ein: „Paris, 11. Mai 1849. Der Minister des Innern an die Präfecten. Nach einer sehr lebhaften Erörterung der italienischen Angele enheiten, hat die Nationalversammlung durch Tagesordnung, mit einer Mehrheit von 329 auf 621 Stimmen den durch Herrn Julius Favre aufgebrachten Antrag abgelehnt, zu erklären, daß das Ministerium das Vertrauen des Landes verloren habe. Dies Votum befestigt die öffentliche Ruhe. Die Agitatoren warteten nur auf ein gegen das Ministerium gerichtetes Votum der Versammlung, um zu den Barrikaden zu eilen und die Junitage zu erneuern. Paris ist ruhig.

A **Straßburg**, 12. Mai, 7½ Uhr Abends. Folgende telegraphische Depesche ist so eben hier eingetroffen: „Paris, 12. Mai 1849, 3½ Uhr Nachmittags. Der Minister des Innern an die Präfecten. In der gestrigen Sitzung schlugen die Herren Ledru Rollin und Conssidérant nach dem ersten Votum der Nationalversammlung vor, den Präsidenten der Republik und die Minister in Anklagestand zu versetzen. Die Ueberweisung dieses Vorschlags in die Bureaux wurde mit der Majorität von 388 Stimmen auf 526 Stimmende verworfen; 138 Stimmen nur sprachen sich für die Forderung des Hauptes der Bergpartei aus, welche ihre Pläne also vereitelt sieht. Verbreiten Sie diese Nachricht soviel als möglich."

Nachschrift.

‖ **Frankfurt**, 14. Mai. (Deutsche Reichsversammlung.) Der Vorsitzende verkündet, daß er heute Morgen, zu Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzog-Reichsverweser beschieden, von demselben die Mittheilung erhalten, die Bildung des neuen Ministeriums könne bereits für vollendet gelten, auch das Programm liege schon vor. Indeß sei ihm gestern durch den Telegraphen aus Berlin die Nachricht zugekommen, ein königlich preußischer Commissär mit Aufträgen, welche den gegenwärtigen Stand der deutschen Angelegenheit betreffen, sei bereits auf dem Wege. Dieser Umstand habe seine kaiserl. Hoheit bestimmt, die Minister und ihr Programm einstweilen noch nicht kundzugeben, und er ersuche die hohe Versammlung bis zur Ankunft des preußischen Commissärs der Veröffentlichung noch zu harren. Eine Zuschrift des Stadtkommandanten Deetz meldet, daß ihm vom Ministerium der Auftrag geworden, über die gestern Abend vorgefallenen Excesse die genaueste Untersuchung einzuleiten. Einige Dringlichkeitsanträge wegen der gestrigen Excesse liegen vor. Abg. Jucho beantragt, die Centralgewalt um die Entfernung der österreichischen Garnison anzugehen.

Börsenberichte.

⁂ **Frankfurt**, 13. Mai. In der heutigen Effectensocietät zeigte sich mehr Kauflust, die Haltung sämmtlicher Fonds war fest, und theilweise konnte man für diverse Effecten höhere Course als gestern bedingen. 5pCt. Metall. wurden zu 74½, pCt. verhandelt, 2½pCt. Metall. blieben 39½, ⅛, pCt., Wienerbankactien 1134 fl., 500 fl. Loose 125 pCt, 250 fl. Loose 75½ pCt., Kurhess. 40 Thlr. Loose gelegt 27½, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose beliebter 27½ fl. G. Sämmtliche süddeutsche Obligationen zu verbesserten Preisen zu placiren. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 32½, Rthlr., Berbach 70 pCt., Köln-Minden 75½, pCt., Taunus 274 fl. 5pCt. inländische Span. schließen 24½ à 24½, pCt

Wien, 10. Mai. 5pCt. Metall. 89½, ⅛. — 4pCt. 71. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1120. — 500 fl. Loose 116. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnact. 91¾. — Gloggnitzer 92 — Mailänder 81½.

Die Börse sehr fest, Wechsel abermals bei fehlendem Abgebern angezogen.

Berlin, 12 Mai Staatsschuldscheine 79½, u. ⅛ bez. u. G., Seehandlungs-Prämienscheine 110 G., Bankanzeille 86 bez., Berlin-Hamburg 52 ⅛ G., Köln-Minden 76 u. 75½ bez., Friedrich-Wilh.-Nordbahn 3 ⅛ u. ⅛ bez., Rheinische 39¾, Br., Thüringische 49 Br., Nass bei Siegen 85 G., Pomm. 500 fl. 71¼ bez. u. Br., do. 350 fl. Loose 91¾ bez., Kurh. Prämienscheine 27½, Br.

Die Course der Fonds und Actien behaupteten sich im Allgemeinen ziemlich fest, und von einzelnen sind Rhein. 5pCt. Eisenbahnobligationen bedeutend im Preise gestiegen.

Paris, 11. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 88. 70. — 3pCt. 56. 10. — Neap 86. — Neue 5pCt. span. 33½. — Bankactien 1490 — Ver ailles, rechtes Ufer 190. — linkes Ufer 165. — Paris-Orleans 535. — Paris-Rouen 555. — Orleans-Bordeaux 405. 75. — Rouen-Havre 265 — Marseille-Avignon 295. 75. — Straßburg-Basel 105. — Nordbahn 445. 75. — Paris-Straßburg 370. — Röm. Anleihen 76. 75½.

Die Course, welche zu Anfang der Börse fielen, besserten sich hierauf wieder. Der Umsatz war unbedeutend.

London, 10. Mai. 3pCt. Stocks 91½, ⅛. — 5pCt. Span. 17½. — Neue 3pCt. 33½. — 4pCt. Port. —. — 2½pCt. Holländ. —.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matzen.

Druck von August Osterrieth.

(Letzte Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Extra-Beilage zu Nro. 114.) 14. Mai 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

219. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident Reh.

II Frankfurt, 14. Mai.

Die Sitzung wird um 10 Uhr eröffnet. Nach der Verlesung des Protocolls meldet der Vorsitzende den Austritt der Abgg. v. Ende, Giesebrecht, Fuchs aus Breslau, v. Scherpenzeel und Schönmäckers aus Luxemburg und Limburg. Herr v. Scherpenzeel gibt folgende Erklärung ab: Protest von dem Endesunterzeichneten, Abgeordneten bei der deutschen Nationalversammlung für das Herzogthum Limburg dem Herr Präsidenten der genannten Versammlung übergeben. In Erwägung, daß in Folge des Beschlusses der constituirenden deutschen Nationalversammlung vom 12. Juli 1848, der deutsche Bund, so wie er durch den Wiener Congreß im Jahre 1815 constituirt worden, zu existiren aufgehört hat; in Erwägung, — daß der neue Staat, welchen zu constituiren die genannte Nationalversammlung berufen worden, nicht in Kraft getreten ist; in Erwägung, daß bis zum heutigen Tage den Beschlüssen der genannten Versammlung v. 19. Juli und 25. Nov. 1848 keine Folge geleistet worden; — in Erwägung, daß die doppelte Stellung, worin sich das Herzogthum Limburg, sowohl Deutschland als dem Königreiche Holland gegenüber, befindet, ein unnatürlicher Zustand ist, in welchem ein Volk unmöglich existiren kann; — in Erwägung, daß die politische Stellung Deutschlands die jetzige Lage des genannten Herzogthums Limburg völlig unhaltbar macht; — in Erwägung, daß Deutschland einerseits von einem Rückfall zum Absolutismus und andererseits von der Anarchie bedroht wird; — in Erwägung, daß die Limburger eine liberale Constitution haben und sich folglich dem Verluste ihrer Freiheiten nicht aussetzen können; — in Erwägung, daß die republikanische Regierungsform den Limburgern nicht genehm sein kann: so erfüllt der Endesunterzeichnete, alleiniger jetzt hier anwesender Abgeordneter für das Herzogthum Limburg, jedoch sprechend und handelnd im Namen seines Collegen, des Herrn A. Schönmäckers, indem sie nur das Wohl des Landes, das sie zu vertreten die Ehre haben, berücksichtigen, die traurige Pflicht, gegen die fernere Vereinigung des Herzogthums Limburg mit Deutschland zu protestiren. Er legt sein Mandat als Abgeordneter nieder, und zeigt, in Vereinigung mit seinem Collegen, Herrn A. Schönmäckers, durch dieses den Austritt aus der constituirenden deutschen Versammlung an. So geschehen Frankfurt, 14. Mai 1849. B. Scherpenzeel. (Ruf auf der Linken: Hinaus mit Scherpenzeel! Was will er hier? Aufregung in der Versammlung. Hr. v. Scherpenzeel entfernt sich.) — Die constituirende Landesversammlung zu Hessen-Homburg übersendet ein Anerkennungsschreiben an die deutsche Reichsversammlung. — Eine große Reihe von Zustimmungsadressen aus den verschiedensten Theilen Deutschlands sind eingelaufen, unter andern eine Adresse aus Berlin mit 9000 Unterschriften. Der Vorsitzende theilt der Versammlung mit, daß Seine kaiserl. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser ihn habe einladen lassen, sich heute Morgen zu ihm zu begeben. Se. kaiserl. Hoheit theilte demselben mit, daß er mit der Bildung des neuen Ministeriums eifrig beschäftigt, und daß die Bildung desselben bereits für vollendet gelten könne, das Programm des Ministeriums liege gleichfalls vor. Wenn Se. kaiserl. Hoheit mit der Bekanntgebung zögern, so geschehe es aus dem Grunde, weil ihm gestern durch den Telegraph sei gemeldet worden, daß die preußische Regierung einen Commissär mit Aufträgen nach Frankfurt gesendet habe, welche sich auf die gegenwärtige Lage Deutschlands bezögen. Er ersuche daher die hohe Versammlung dringend, ihm diese kurze Frist zu gestatten. — Hierauf erwähnt der Vorsitzende der gestern vorgefallenen Straßenexcesse. Der Vorsitzende hat sich heute Morgen zu dem interimistischen Kriegsminister v. Peucker begeben, der ihm erklärte, daß ihm von diesen Vorfällen bis heute 9 Uhr nichts bekannt geworden. (Pfui! links.) Daß er jedoch aus dem, was er so eben durch den Präsidenten erfahren, Veranlassung nehme, Mittheilungen zu fordern und die strengste Untersuchung einleiten werde. — Abg. Schlöffel stellt in Bezug auf die gestrigen Excesse den Dringlichkeitsantrag, die Nationalversammlung erkläre, daß sie die Sicherheit ihrer Berathungen und ihrer Persönlichkeiten so lange als gefährdet betrachte, als sich Militär aus verfassungsfeindlichen Staaten in Frankfurt befinde. — Der Vorsitzende verliest hierauf eine ihm soeben zugekommene Zuschrift des Stadtcommandanten Major Deetz, worin derselbe meldet, daß er von dem Ministerium mit der genauesten Untersuchung über die gestern Abend vorgefallenen Excesse beauftragt worden ist. — Abg. Naumerck stellt einen Dringlichkeitsantrag auf Entfernung des Militärs verfassungsfeindlicher Staaten von Frankfurt. Abg. Jucho stellt einen dringlichen Antrag auf Entfernung der hier garnisonirenden österreichischen Truppen. Bei der Abstimmung durch Stimmzettel stellt sich heraus, daß 147 für und 147 gegen die Dringlichkeit stimmten, der Vorsitzende erklärt daher die Dringlichkeit für abgelehnt. Ein Antrag des Abg. Löwe aus Calbe, die Sitzung bis 4 Uhr zu suspendiren und den Herrn Reichskriegsminister einzuladen, der Sitzung beizuwohnen, wird angenommen; dagegen wird ein Antrag des Abg. Simon aus Trier, dahin gehend, den Dreißigerausschuß, an welchen obige Dringlichkeitsanträge verwiesen worden, anzuweisen, in der Nachmittagssitzung darüber zu berichten, mit 163 gegen 147 St. abgelehnt. Ueber einige persönliche Bemerkungen des Abg. Jordan aus Berlin entspinnt sich hierauf noch eine kurze unerquickliche Debatte. Schließlich meldet der Vorsitzende, daß die Abgg. Raumer aus Dinkelsbühl und Simson aus Stargard zu Schriftführern gewählt worden sind. — Schluß der Sitzung 11¼ Uhr.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 14. Mai. In der heutigen Vormittagssitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt wird zuerst der Austritt der Abgg. Jos. Bolongaro und Dr. Schäffner angezeigt. Dann erstattet Dr. Textor Bericht über die bedauerlichen Vorfälle von gestern Abend in der Hasengasse, und wie dabei Oesterreicher und Preußen gerufen: „Hurrah, Oesterreich und Preußen allein! Auf die Demokraten!" Er beantragt: den Senat dringend zu ersuchen, die letzten Samstag gestellten Anträge schleunigst in Vollziehung zu setzen, und wegen der rothen Abzeichen die Vorkehr zu treffen, daß die Truppen davon in Kenntniß gesetzt werden, daß Fahne und Armbänder des hiesigen Löschbataillons roth seien, damit nicht bei Feuersgefahr Conflicte zwischen Truppen und Löschmannschaften entstehen. Dr. Schwarzschild stellt den Antrag: den Senat zu ersuchen, die Entfernung derjenigen Truppen, durch welche gestern Mordanfälle verübt, und Mißhandlungen wehrloser Bürger, Weiber und Kinder begangen werden, zu bewirken. Dr. Mappes beantragt als Zusatz die Abordnung einer Deputation aus der constituirenden Versammlung an den Bürgermeister. Dr. Thomas stellt den Antrag auf Erlaß einer Adresse an die Nationalversammlung, um Unterstützung der Begehren der constituirenden Versammlung, welche Adresse ebenfalls durch eine Deputation dem Präsidenten der Nationalversammlung zu überreichen sei. Dr. J. Friedleben will das Reichsministerium aufgefordert wissen, sofort alle Truppen derjenigen Staaten, welche die Reichsverfassung nicht angenommen haben und daher als Reichsfeinde zu betrachten seien, aus dem Gebiete und der Nachbarschaft Frankfurts zu entfernen, weil sonst an Erhaltung von Ruhe und Ordnung nicht zu denken sei. Nach einer sehr lebhaften Erörterung, in welcher sich außer den erwähnten Antragstellern noch die Abgg. Haarmann, Dr. Neukirch, Benkard, Herwig, Dr. A. Friedleben, Dr. Braunfels, Löw, Dr. Varrentrapp u. A. betheiligten, und worin hauptsächlich auf die drohende Gefahr bei längerer Zögerung hingewiesen wurde, werden allerlei Anträge zu Beschlüssen erhoben. Dr. Jucho theilt hierauf die Verhandlungen der Nationalversammlung über diesen Gegenstand mit, und beantragt in Rücksicht der mit jedem Augenblick sich mehrenden Gefahr, daß der mit jedem Augenblick sich mehrenden Gefahr, daß der Präsident der constituirenden Versammlung mit einigen Mitgliedern sich zum Reichskriegsminister begebe, um die Consignirung dieser Truppen zu verlangen, als vorläufige Maßregel. Dies wird ebenfalls mit dem Zusatz beschlossen, den Herrn Bürgermeister um seine Mitwirkung hierbei zu ersuchen. Nachdem noch angezeigt worden, daß der Senat über die Anträge der verfassunggebenden Versammlung, einen Volksbewaffnungsausschuß betreffend, eine bestimmende Rücksäußerung beschlossen habe, wird die Sitzung bis Nachmittags 2 Uhr vertagt. (Wie wir vernehmen, ist die Consignirung der österreichischen Truppen bereits verfügt.)

München, 11. Mai. In Folge eines heute aus dem Kriegsministerium ergangenen Befehls wird morgen von einem Theil der hiesigen Garnison ein Lager außerhalb der Stadt (in der Nähe des Kugelfangs) bezogen werden. Vorerst ist je das erste Bataillon des Leibregiments und des Regiments „König" hierzu bestimmt, welche alle zehn Tage (nach einer andern Mittheilung alle 14 Tage) durch ein anderes Bataillon der entsprechenden Regimenter abgelöst werden. Mangel an Raum für die einberufene bis jetzt beurlaubte Mannschaft scheint die nächste Veranlassung zu dieser Maßregel zu sein. Man sagt, daß später noch zwei Bataillone von andern Garnisonen zu den Lagertruppen hinzukommen sollen.

Der König besucht fast täglich die Kasernen und unterhält sich auf das freundlichste mit den Soldaten; auch sieht man den Monarchen jetzt oft durch die Straßen wandern, was früher nie oder höchst selten geschehen. — Vorgestern wollte eine Deputation des hiesigen Märzvereins die in der am 2. d. zu Nürnberg abgehaltenen großen Volksversammlung beschlossene und mit 15.000 Unterschriften versehene Adresse dem König überreichen, erhielt aber von dem diensthuenden Adjutanten den Bescheid, daß Se. Majestät in der deutschen Sache ohne Beisein der Minister keine Audienz ertheile. Heute empfing nun die Deputation, welche die Adresse wieder mitgenommen, weil sie den Auftrag hatte, die persönliche Antwort des Königs einzuholen, in allerhöchstem Auftrag ein Schreiben, worin dieselbe benachrichtigt wird, daß Se. Majestät die Adresse nicht annehmen werde.

Der König hat auf die der Krone hinsichtlich der Jagd in der Umgebung der Residenzschlösser und den Leib- und Reservegehegen vorbehaltenen Ausnahmsrechte vom 4. Januar 1848 aus eigenem Beweggrunde verzichtet, und befohlen, daß an die Kammern des gegenwärtigen Landtags sofort ein Gesetzentwurf zu bringen sei, welcher mit Aufhebung obiger Ausnahmsbestimmungen auch im Hinblick auf die Jagdverhältnisse die völlige Rechtsgleichheit aller Grundbesitzer ausspreche. — An den Conferenzen zu Berlin in Betreff der deutschen Verfassungsfrage wird sich der „Neuen Münchner Zeitung" zufolge auch Oesterreich betheiligen, und hat bereits seinen Gesandten dort, Ritter Prokesch von Osten, zum Bevollmächtigten für diesen Zweck ernannt.

Ansbach, 11. Mai. Die Offiziere, Unteroffiziere und Wehrmänner des hiesigen Landwehrbataillons haben nunmehr gleichfalls eine Adresse an Se. Maj. den König abgehen lassen, worin um Anerkennung der Reichsverfassung und Beeidigung aller Staatsbeamten, des Heeres und der Landwehr auf dieselbe gebeten wird. Mehrere Mitglieder des hiesigen Freicorps haben sich dieser Adresse angeschlossen. (N. C.)

Dresden, 11. Mai. Es ist vielfach das Gerücht verbreitet, als wären in Dresden standrechtliche Erschießungen vorgekommen. Auf Grund genauer Kenntniß der Sache kann bestimmt versichert werden, daß in Dresden Niemand standrechtlich erschossen worden ist, überhaupt ein Standrecht in Bezug auf Civilpersonen in Sachsen zur Zeit noch gar nicht besteht.

Einer officiellen Verlustliste in der „Lpz. Ztg." zufolge sind bei dem Aufstand in Dresden auf Seite des Militärs todt geblieben: 31; nämlich Preußen: 8, darunter 2 Offiziere; Sachsen 23, darunter der Generalmajor Homilius und 2 Offiziere. Verwundet sind im Ganzen 96; nämlich Preußen 34, Sachsen 62, unter letzteren 6 Offiziere.

Ueber den Tod des k. k. österreichischen Generalmajors Prinzen von Schwarzburg-Rudolstadt, der eine Gräfin von Schönburg zur Gemahlin hat, theilt die „Leipziger Zeitung" folgendes Nähere mit. Er wird als ein sehr braver Offizier und höchst liebenswürdiger Mann geschildert, und war zur Heilung seines Augenübels hierher gekommen. Als das Hotel de Saxe, wo er wohnte, von den Truppen angegriffen wurde, bat ihn der Wirth vergebens, sein Zimmer zu verlassen und in den Keller zu flüchten; er blieb mit einem Bedienten zurück, verschloß die Thür, schnallte einen Säbel um, und hatte zwei Pistolen bei sich. Die ins Haus gedrungenen Soldaten sprengten seine Thüre ein, und als sie einen Mann mit verbundenem Kopfe bewaffnet vor sich sahen, schossen sie ihn nieder; eine Kugel drang dem Prinzen unter dem Arm in die Brust, drei hatten ihm den Arm zerschmettert; auch sein Bedienter fiel unter der Kugeln. Der Wirth des Hotels hatte die Offiziere gebeten, den Prinzen zu schützen; sie kamen zu spät an, als sie ihn schon im Blute schwimmen sahen. Leider sind auch noch mehrere andere Personen in ihren Zimmern durch zufällig einschlagende Kugeln umgekommen. An Todten der Aufständischen hat man bereits bis zu 320 gezählt; im Vergleich zu dem Verlust des Militärs, der sich bis jetzt auf etwas über 30 Mann Todte und gegen 100 Verwundete beläuft, allerdings sehr bedeutend. — Das Grenadierbataillon vom Kaiser Alexander-, sowie zwei Bataillone vom 24. Regiment sind heute Nachmittag mit der Eisenbahn nach Halle abgefahren, wahrscheinlich um von da nach einem weiteren Bestimmungsorte zu gehen.

Dresden, 12. Mai. Nach Empfang einer telegraphischen Depesche aus Frankfurt a. M. hat der Reichscommissär Briegleb dem Reichsministerium seine Entlassung eingereicht und die Rückreise nach Frankfurt angetreten. Es verlautet, daß derselbe unter den obwaltenden Umständen seine Thätigkeit in Dresden auf die Vornahme vorbereitender Schritte bei den königl. Ministerien beschränkt hat.

Waldenburg, 10. Mai. Gestern und heute sind noch immer zersprengte Insurgenten durch unsere Stadt passirt, auch ist nun sämmtliche hiesige Communalgarde wieder zurückgekehrt. Wohl in keiner Stadt Sachsens kann ein größerer Terrorismus geherrscht haben, als gerade hier. Trotzdem daß ⅔ der hiesigen Mannschaften an dem bewaffneten Zuge nicht Theil nehmen wollten, so sind sie doch hierzu gezwungen und die friedlichsten Leute aus ihren Häusern unter verschiedenen Drohungen mit Gewalt abgeholt worden. Nach den Schilderungen der Zurückgekehrten soll allerwärts von fremdem, räuberähnlichem Gesindel eine Schreckensherrschaft ausgeübt worden sein, welche alle Grenzen überstieg.

Glauchau, 11. Mai. Unsere Stadt, welche durch den in Folge der Dresdner Ereignisse das Land durchlaufenden gewaltigen Strom mächtig ergriffen wurde, hat nicht nur in den Tagen der Aufregung kräftigen und strengen Sinn für Ordnung und Gesetzlichkeit an den Tag gelegt, sondern auch, nachdem die ausgezogenen Freischaaren in wohlgeordneten Zügen wieder zurückgekehrt sind, ihre frühere ruhige Haltung wieder erlangt.

Bekanntmachung, die Bestellung außerordentlicher Regierungsbevollmächtigter betreffend. Damit bei ferneren revolutionären Bewegungen im Lande die erforderlichen Maßregeln zu Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung ohne allen Aufenthalt getroffen und in Ausführung gebracht werden können, ist mit Genehmigung Sr. Maj. des Königs beschlossen worden, außerordentliche Regierungsbevollmächtigte für die verschiedenen Landestheile zu bestellen, und es sind hierzu für den Kreisdirectionsbezirk Dresden, so weit daselbst nicht der unter dem 9. Mai d. J. eingetretene Kriegszustand seine Wirksamkeit äußert, Hr. Regierungsrath v. Watzdorf zu Dresden; für den Bezirk der Kreisdirection zu Leipzig Hr. Kreisdirector v. Breitzen zu Leip-

Es verlangt die Regierungsvorlage, daß die Kosten der Ausbildung der Lehrer an Volksschulen, Hauptschulen und Sonderschulen, soweit sie nicht durch Stiftungen gedeckt sind, vom Bund getragen werden. Es ist dies eine Forderung, die wir Sozialisten schon seit Jahrzehnten erheben. Wir haben sie auch in unserem Programm, das wir vor der Wahl veröffentlicht haben, aufgenommen. Wir sind daher mit dieser Bestimmung einverstanden. Wir sind auch damit einverstanden, daß die

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Zweite Extra-Beilage zu Nro. 114.) 14. Mai 1849.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 13. Mai. Fortsetzung der heutigen Sitzung der constituirenden Versammlung des Freistaats Frankfurt. Der Präsident erstattet Bericht über den Erfolg seiner Sendung an den Reichskriegsminister, bei welcher er von dem Herrn Bürgermeister begleitet worden. Der Minister habe die Versicherung gegeben, daß der Befehl zu Consignirung der betreffenden Truppen bereits gegeben, und überhaupt Vorkehrungen getroffen seien, um Ruhe und Ordnung zu erhalten. Hadermann theilt mit, daß der Dreißigerausschuß diesen Nachmittag in der Nationalversammlung den Antrag stellen werde, alle diejenigen Truppen von hier zu entfernen, deren Staaten die Reichsverfassung noch nicht angenommen. Professor Hessemer verliest den Entwurf der an die Nat.-Vers. zu erlassenden Adresse. Diese Adresse enthält eine gedrängte Darstellung der Thatsachen, welche diesen Schritt veranlassen; die Erklärung der Anhänglichkeit der hiesigen Staatsangehörigen an die Nationalversammlung und die Reichsverfassung; Erwähnung der Schritte, welche gethan worden, um diejenigen Truppen zu entfernen, welche die öffentliche Ruhe und Ordnung so sehr gefährdete, und Erklärung der Bereitwilligkeit der Bürger und Einwohner, für die Sicherheit der Nationalversammlung einzustehen; die Nothwendigkeit, jeden Conflict zu vermeiden, ꝛc. Dr. A. Friedleben verliest den Entwurf einer Proclamation an die hiesige Bürgerschaft, die genehmigt und deren sofortiger Druck angeordnet wird. Der Senat erklärt sich in seiner Rückäußerung auf die diesseitigen Beschlüsse im Betreff eines Volksbewaffnungsausschusses im Allgemeinen beistimmend, knüpft aber daran noch einige Bedingungen, namentlich die Beobachtung des Art. 7 der Stadtwehrordnung, bezüglich auf die Nichtpflichtigen und deren Selbstbewaffnung. Als Mitglieder des Ausschusses bezeichnet er: Bürgermeister Cöster, Schöff von Heyden und Kolb des Raths. Der Rath der Einundfünfziger ernennt hiefür: Dr. Ohlenschlager, Major v. Lucacsich und Hauptmann Schaffner. Die Mitglieder der constituirenden Versammlung im Ausschusse sind: Dr. Mappes, A. May, Dr. Rugler, Dr. Reinganum, Hadermann, Löw, A. Mayser und Dr. A. Friedleben. Ueber die Anträge des Senats erhebt sich eine längere Debatte zwischen Büchsel, Ravenstein, Dr. J. Friedleben, Dr. Binding, A. Friedleben und Dr. Reinganum, dessen Antrag: „der Art. 7 der Stadtwehrordnung finde auf gegenwärtige außerordentliche Maßregel keine Anwendung", angenommen wird. Der Senat zeigt an, daß die Landgemeinden Th. Petermann von Bornheim als Abgeordneten ernannt haben. Zum Präsidenten der constituirenden Versammlung wird erwählt: A. Hadermann mit 65 Stimmen; zum ersten Vicepräsidenten Senator Hessenberg mit 51; zum zweiten Senator Müller mit 67. Zu Schriftführern die Abgg. Renner, Supf, Rütten und Hahn. Dr. Jucho wird beauftragt, die Adresse an die Nationalversammlung derselben sofort zu übergeben.

** **Frankfurt**, 14. Mai. So eben wird folgende Ansprache veröffentlicht:

„Die constituirende Versammlung des Freistaats Frankfurt an ihre Mitbürger und die Bewohner des Freistaates. Bürger! Die Ereignisse des gestrigen Abends sind in unserer heutigen Sitzung Gegenstand ernster Berathung und Beschlüsse gewesen. Im Vereine mit dem Senate haben wir bei dem Reichsministerium und der Nationalversammlung Schritte gethan, die Wiederholung solcher Auftritte zu verhüten. Bürger! eingedenk des Ernstes der Zeit blicket mit Vertrauen auf Eure Behörden, welche in gemeinsamer Thätigkeit Euer Wohl und die Ehre unseres Staates mit allen Mitteln und allem Nachdruck wahren werden; lasset Euch nicht durch eine, wenn auch noch so gerechte Entrüstung zu übereilten Handlungen hinreißen, aus denen nur Unheil und Wehe über unsern blühenden Staat und über unsere wackere Bürgerschaft hervorgehen kann. Bürger! seid eben so besonnen, als Ihr patriotisch seid, und vertrauet uns! Frankfurt a. M., den 14. Mai 1849. Das Präsidium der constituirenden Versammlung: Dr. F. Rugler."

* **Frankfurt**, 14. Mai. Nachrichten von Reisenden melden, daß gestern Abend nach dem Zapfenstreiche in Karlsruhe eine Bewegung stattgefunden hat, an welcher ein Theil des Militärs Theil genommen, während ein anderer sich derselben widersetzt haben soll. Dem Großherzoge soll man die Forderung vorgelegt haben, alle politischen Gefangenen freizugeben, und ein Ministerium Fickler-Brentano zu ernennen. Der Großherzog soll widerstanden und in der Nacht mit der großherzoglichen Familie sich nach Germersheim begeben haben. Andere Mitglieder des großherzoglichen Hauses haben, so sagt man, Karlsruhe in der Nacht zu Fuß verlassen. Gewiß ist, daß der Markgraf Max heute in Frankfurt angelangt ist. Die Aufständischen sollen sich der Kriegskasse bemächtigt haben, und nach Rastatt gezogen sein. Briefe aus Karlsruhe sind während des Tages uns nicht zugekommen; daher wir diese Nachrichten auch nur als unverbürgt geben. Die Anwesenheit des Hrn. Markgrafen Max von Baden in Frankfurt ist dagegen eine Thatsache. Davon, daß die Republik in Karlsruhe ausgerufen worden, enthalten ie uns zugegangenen Mittheilungen nichts.

ℨ **Düsseldorf**, 12. Mai. Heute Nacht sind Jäger aus Wetzlar hier eingerückt; sie bivouakiren auf dem alten Schloßhofe und erwarten die Ankunft des commandirenden Generals v. d. Groeben, der ihnen weitere Ordre geben wird. Auch der General der Artillerie v. Scharnhorst und der Oberpräsident Eichmann sind zu einer Conferenz hier anwesend, in der weiter berathen werden soll, was gegen Elberfeld zu unternehmen sein dürfte. Heute wurde eines der Opfer des unseligen Straßenkampfes beerdigt. Obgleich nur zehn Personen dem Leichenwagen folgen durften, so waren doch Tausende auf dem Gottesacker versammelt, um dem Unglücklichen die letzte Ehre zu erweisen. Alles ging in Ordnung vorüber, nur eine unheimliche, düstere Stille lastete auf der Versammlung. Der Pole Milewski, dessen beabsichtigte Ausstellung auf einem Paradebette die Polizei durch militärische Besetzung des Hauses, in welchem der Leichnam liegt, verhindert wurde, wird morgen vor Tagesanbruch der Erde übergeben werden. Der Verlust des Militärs kann nunmehr mit ziemlicher Bestimmtheit auf 40 Todte angegeben werden. Ein Erlieutenant Lilljenström, Begleiter der Gräfin Hatzfeldt, ist ausgewiesen worden.

Münster, 12. Mai. Aus Warendorf fehlen uns bis jetzt noch alle zuverlässigen Nachrichten, doch spricht sich das Gerücht dahin aus, daß gegenwärtig dort die Ruhe hergestellt sein soll und daß die Truppen heute nach Münster zurückkehren werden. Das Landwehrbataillon soll dem Vernehmen nach nach Minden verlegt werden. Hier wird eine zwölfpfündige Batterie mobil gemacht; sie ist aller Wahrscheinlichkeit nach für Elberfeld bestimmt, das cernirt werden soll. Zu diesem Zwecke soll heute schon ein pommersch.s Bataillon mit der Eisenbahn ankommen, sechs andere werden nachfolgen. General Riesenwand wird als Befehlshaber desselben bezeichnet; er hatte mit dem hiesigen commandirenden General gestern eine längere Unterredung. — Das Haus des Majors Kayser ist von Grund aus demolirt worden; über den jetzigen Aufenthalt desselben hat man bisher nichts erfahren können.

Köln, 13. Mai. Von dem Sicherheitsausschusse zu Elberfeld ist der „Kölnischen Zeitung" Folgendes zur Veröffentlichung zugegangen:

Amtlicher Bericht des Sicherheitsausschusses über die Vorfälle zu Elberfeld am 9. und 10. Mai 1849. Gestern (9.) Nachmittags gegen 3 Uhr rückten ein Bataillon des 16. Infanterieregiments, zwei Stück Geschütze und eine Schwadron Ulanen hier ein, obwohl ein Theil des Gemeinderaths, der Oberbürgermeister an der Spitze, dem das Detachement begleitenden Civilcommissär, Oberregierungsrath von Spankern, die dringendsten Vorstellungen gemacht hatte. Herr von Spankern hatte dieselben in einer nichtssagenden Weise abgewiesen, und trotzdem, daß auf das nachdrücklichste und von allen Seiten versichert worden war, daß die Ordnung der Stadt nicht im Geringsten gefährdet und eine Störung derselben nur, wenn Militär einrücke, zu befürgen sei, ließ er den Einzug desselben vor sich gehen. Das auf das freundlichste empfangene Militär kehrte nach einigen Hun- und Hergängen nach dem Königsplatze zurück, rückte aber gegen 7 Uhr wieder in das Innere der Stadt, wo sich nun ein Kampf vor mehreren inzwischen erbauten Barrikaden entspann. Zu denselben wurden die Infanteriecapitain und ein Arbeiter gezwungen, auf beiden Seiten wurden Mehrere verwundet. Die Zahl derselben ist noch nicht zuverlässig ermittelt. Zwei Bürger sind diesen Morgen an ihren Wunden gestorben, die verwundeten Militärs aber bei dem um 3½ Uhr erfolgten Rückzuge mit weggenommen worden. Auch einige unserer Mitbürger haben als Gefangene diesen Rückzug mitmachen müssen. Fünf Kanonenschüsse wurden auf die Barrikaden abgefeuert. Nachdem heute (10.) Morgens der Oberbürgermeister so wie das gesammte Personal der Polizei und des Landrathsamtes aus der Stadt verschwunden war und sich ein vorläufiger Sicherheitsausschuß gebildet hatte, wurde derselbe von dem Gemeinderath genehmigt und aus seiner Mitte und der Bürgerschaft ergänzt. Er hat sich unausgesetzt mit der Sicherheit der Stadt nach Innen und Außen beschäftigt. Die Stadt gleicht einer Festung, Barrikaden reihen sich an Barrikaden, und mehrere Lazarethe sind eingerichtet. Zuzug aus der Umgegend von nah und fern haben den ganzen Tag zahlreich stattgefunden. In der ganzen Bewegung spricht sich nur der eine Gedanke aus, daß man ein einiges, freies Deutschland, selbst im Widerspruch mit den Fürsten, haben und die Reichsverfassung unbedingt anerkennen will, daß man mit Vertrauen auf die Nationalversammlung in Frankfurt blickt, daß man entschlossen ist, mit allen Mitteln sich vor einem Angriff des Militärs sicher zu stellen, denselben aber auch nicht für die innere Sicherheit der Stadt bedarf. So zahlreich und verschiedenartig auch die Bewaffnetschaft unserer sonst so friedlichen Stadt ist, Alle sind sich der Größe und des Ernstes der ihnen gestellten Aufgabe, den übereinstimmenden Willen eines zur Freiheit erwachten Volkes klar auszusprechen und mit männlichem Muthe zu behaupten, bewußt. Die Tausende, die bewaffnet oder unbewaffnet zu uns gezogen, sind bereitwillig von unsern Mitbürgern in's Quartier aufgenommen worden; sie haben, von den Anstrengungen des gestrigen und heutigen Tages erschöpft, sich zur Ruhe begeben, mit Ausnahme der in Gemeinschaft mit unserer Bürgerwehr zu Posten und Patrouillen bestimmten Mannschaft, und jetzt, 1 Uhr, in den Straßen unserer Stadt nur die Schritte und Rufe der Wachtposten zwischen den haushohen Barrikaden schallen. Der entschlossene Bürgersinn will Freiheit und Ordnung; letztere wird erhalten werden, wenn durch bewaffnete Macht erstere nicht gestöret wird.

Elberfeld, 12. Mai, Morgens. Unter diesem Datum enthält die „Köln. Ztg." folgenden Bericht: Jeden Tag wird es ruhiger in den Straßen. Gestern zogen 6 Solinger mit Musketen hier ein; sie hatten zwei junge Mädchen bei sich, die ebenfalls zum Gelächter der Zuschauer Musketen trugen. Die ganze Stadt gleicht mehr hinsichtlich der Ruhe einem hohen Festtage, als der Zeit des Aufruhrs. Die Barrikaden befinden sich auch noch immer in den Straßen, um das Militär zurückzuhalten, welches aber nicht kommen wird. Das Haus unseres Oberbürgermeisters ist nicht zerstört, sondern nur im Innern sehr verwüstet, und seine Möbel sind alle zertrümmert, woraus eine Barrikade gebaut worden ist. — Hrn. Daniel v. d. Heydt, Bruder des Ministers, hält man als Geißel gefangen. Das Haus des Ministers hat man am ersten Tage des Aufruhrs dreimal stürmen wollen, um es bis auf den Grund zu zerstören; glücklicher Weise schritt aber ein alter Krieger zeitig ein und besänftigte die Volkswuth, die hier gegen den jetzt unbeliebten Minister losbrechen sollte. Derselbe hat hier noch einen Sohn wohnen: die Wühler haben ihn am ersten Tage allseitig aufgesucht und suchen ihn noch im Geheimen, um ihn als Geißel festzunehmen. Wäre ihnen dieses gelungen, so hätte es dem jungen Manne im Falle eines militärischen Angriffes der Stadt sehr schlecht gehen können. Wie gereizt man gegen unsern Minister hier ist, geht schon daraus hervor, daß man dessen Bruder schon am ersten Tage eingefangen hat, dem sonst kein Volksunwille entgegensteht, als daß er der Bruder des Ministers ist. — Wenn das Militär nicht unsere Stadt angreift, so wird man schon in einigen Tagen die den Verkehr unterbrechenden Barrikaden müde werden und sie eilig fortschaffen. Theilweise ist die Landwehr schon freiwillig nach Essen abgezogen, und Alles wird hier bald unblutig verübergehen, wenn man nur unsere Barrikadenhelden ganz ruhig ihr jetziges, ihnen wenig Vergnügen bringendes Spiel fortreiben läßt.

Aus dem Bergischen, 11. Mai. Der Gemeinderath zu Remscheid hat folgende Vorstellung an die Regierung in Düsseldorf gerichtet: An die königliche Regierung in Düsseldorf. Der in einer außerordentlichen Versammlung auf heute zusammengetretene Gemeinderath von Remscheid sieht sich dringend veranlaßt, einer königlichen Regierung von der hier herrschenden Aufregung aus Anlaß der Einberufung der Landwehr Kenntniß zu geben. Die eingezogenen Mannschaften sind vernehmlich gestern auf ihrem Sammelplatze zu Gräfrath von den sie begleitenden Gemeindegliedern gewaltsam befreit worden, und die letzteren sprechen hier allgemein die Behauptung und Versicherung aus, daß sie bereit seien, sich nöthigenfalls mit bewaffneter Hand zum Schutze ihrer Mitbürger, der einberufenen Landwehrmänner, jeder Gewalt zu widersetzen, wenn es nämlich von der Behörde versucht werden möchte, sie auf diese Weise einzuziehen. Auch der unterzeichnete Gemeinderath sieht in der erfolgten Einberufung der Landwehr eine unnöthige, den inneren Frieden in hohem Grade gefährdende Maßregel, und bittet daher die königl. Regierung, dahin wirken zu wollen, daß sie sofort zurückgezogen werde. Remscheid, 10. Mai 1849. Der Gemeinderath. (Folgen die Unterschriften.)

§§ **Naumburg** a. d. S. In den ersten Tagen des Maimonats ist eine mit mehr als 600 Unterschriften hiesiger Einwohner bedeckte Adresse an die Nationalversammlung zu Frankfurt abgegangen, worin dieselbe zum Festhalten an der deutschen Reichsverfassung aufgefordert wird. Die große Mehrzahl der Bevölkerung in Stadt und Land ist hier entschieden für die deutsche Sache und gegen die Maßregeln des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, dem nur noch die Partei des Beamten-, Pfaffen- und Junkerthums zugethan ist, die in dem preußischen Absolutismus ihr Heil sucht. Da der hiesige Magistrat sich noch nicht für die deutsche Verfassung erklärt hat, so ist er in einer energischen Eingabe des Vereins der Volksfreunde aufgefordert worden, dies in den nächsten Tagen im Verein mit den Stadtverordneten zu thun und deßhalb eine öffentliche Sitzung anzuberaumen. — Das hiesige Oberlandesgericht hat die Novembergefangenen Erfurts sämmtlich zu Zuchthausstrafe bis zur Höhe von 20 Jahren verurtheilt und die Urtheile, gegen die ausdrückliche Bestimmung des Justizministers, den Angeklagten publiciren lassen. Von dem Zusammentritt der Geschworenen verlautet noch nichts.

Kassel, 11. Mai. In der heute Nachmittag hierselbst im Hannöschen Saale abgehaltenen Versammlung der Abgeordneten der politischen Vereine und Corporationen von Hanau, Gelnhausen, Schlüchtern, Salmünster, Steinau, Hilda, Marburg, Wetter, Amöneburg, Frankenberg, Rauschenberg, Treysa, Fritzlar, Melsungen, Rotenburg, Hersfeld und Kassel (unter Vorsitz des Hrn. Bayrhoffer von Marburg) wurde nach Erledigung der vorbereitenden Geschäfte, zum Theil einstimmig, beschlossen, 1) bei der Staatsregierung darauf anzutragen, daß das gesammte Volk, insbesondere das Militär und die Beamten, auf die Reichsverfassung beeidigt werden; 2) in Abwesenheit der Ständeversammlung den Kurfürst die eidliche Angelobung zur Aufrechthaltung der Reichsverfassung in die Hände des Gesammt-Staatsministeriums und des permanenten Ausschusses niederlege; 3) daß die Durchführung der deutschen Reichsverfassung kräftigst unterstützt, jeder Angriff auf dieselbe möglichst abgewehrt, die etwa bereits gethane Gestattung solcher Truppen-Durchmärsche, welche die Bekämpfung von Verfassungs-Bestrebungen zum Zwecke haben, verweigert; 4) der Absendung von Deputirten zum Congreß in Berlin bei den Regierungen, welche die Reichsverfassung angenommen haben, seitens der kurhessischen Regierung entgegengewirkt, auch von dem kurhessischen Bevollmächtigten zu Frankfurt Protest dagegen eingelegt werde; 5) mit den Regierungen, welche die Reichsverfassung nicht anerkannt, die diplomatischen Beziehungen abgebrochen; 6) die preußischen Beamten bei den Telegraphen entfernt und dieser unter Staatssiegel gelegt werde; 7) sofort eine allgemeine Landesbewaffnung zur Durchführung der Reichsverfassung auf Staatskosten organisirt, Geschütze und Munition an die Bürgergarde sofort verabfolgt werde; 8) den Antrag auf Einberufung der Ständeversammlung noch auszusetzen, bis das Ministerium sich erklären wird; 9) die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Nationalversammlung, der Reichsgewalt und den Staaten, welche die deutsche Reichsverfassung anerkannt haben, dahin zu wirken, daß das gesammte Volk alsbald in Masse zu den Waffen gerufen, ein Reichsheer aufgestellt und den dem

schen Staaten, die sich für die Reichsverfassung erklärt, die schleunigste Hilfe, nöthigenfalls durch bewaffnete Macht, gegen jeden Angriff zugesandt werde; 10) einen Aufruf an die deutschen Volksstämme, welche im Kampfe für die Reichsverfassung begriffen sind, zu erlassen, auszuharren bis zum endlichen Siege; 11) für die Adresse an das Ministerium und den Aufruf eine Commission zu ernennen, wozu 12) die HH. Baythoffer, Cösler, Kellner, Schwarzenberg und Pfaff gewählt wurden; 13) einen Aufruf an das kurhessische Volk zur sofortigen Bewaffnung alsbald zu erlassen; 14) morgen früh 10 Uhr zur Vorlage der abzufassenden Schriftstücke die nächste Sitzung abzuhalten.

Kassel, 12. Mai. Die gestern mitgetheilten Beschlüsse der hier zusammengetretenen Abgeordneten vieler Gemeinden und Vereine Kurhessens in Betreff einer Eingabe an die Staatsregierung sind, in eine solche zusammengefaßt, gestern Morgen an dieselbe übergeben und ist, dem Vernehmen nach, der Deputation eröffnet worden, daß dieselbe der Berathung des Ministeriums unterzogen und deren Ergebniß unverzüglich zu ihrer Kenntniß gebracht werden solle. Die Abgeordneten verweilen noch hier.

Oberbürgermeister und Stadtrath von Kassel haben eine Proclamation erlassen, in welcher sie an alle Gemeinden Kurhessens die Mahnung ergehen lassen, in allgemeinem, innigstem Aneinanderschluß und in gesetzlicher Haltung zur Nationalversammlung und Reichsverfassung zu stehen, wie sie selber kein gesetzliches Mittel unversucht lassen wollen, die Reichsverfassung zur Geltung zu bringen. Sie erwarte dasselbe von den Vertretern aller und jeder Gemeinden.

In **Marburg** sind einleitende Schritte geschehen, aus der Mitte der Studirenden „zum Schutz der Nationalversammlung und der Reichsverfassung" ein Schützencorps zu bilden.

†† **Hannover**, 12. Mai. Unsere Zustände sind die alten. Allenthalben höchst erbitterte Stimmung gegen unser Minoritätsministerium, überall die entschiedensten Sympathien für die Reichsverfassung und die Nationalversammlung. Die hauptsächlichste Frage, welche im gegenwärtigen Augenblicke in allen Kreisen verhandelt wird, ist die: auf welche Weise wird man die Reichsverfassung erhalten? Man wird nicht müde, immer auf die Reichsverfassung zurückzukommen, und sacht die Bewegung durch die Presse und die Vereine fortwährend an. Aus den Provinzen nichts Neues von Bedeutung. Aus Ostfriesland und Hildesheim werden sehr energische Beschlüsse erwartet, aus den Provinzen Bremen und Göttingen gleichfalls. Die Reaction, die Polizei, geht übrigens jetzt mit Riesenschritten bei uns einher. Denunciationen über Denunciationen, Verhaftungen, Untersuchungen. Der Präsident des hiesigen Arbeitervereins v. Bree, der Sprachlehrer E. Lüder, Mitglied des Vorstandes des Volksvereins, sind verhaftet. Man wird gegen sie auf Majestätsbeleidigung und Hochverrath inquiriren. In der letzten Sitzung des Volksvereins wurden die Ansprachen des Märzvereins verlesen, und v. Bree hielt eine Rede, in welcher er die Gleichgesinnten aufforderte, sich besser zu organisiren und sich einen Geldfond zu sammeln. Die Zeit des Mißtrauens, die auf immer beseitigt zu sein schien, kehrt wieder. — Die hiesige königliche Landdrostei hat die Bürgerwehr zu Coppenbrügge aufgelöst, und zwar, weil selbige erklärt hatte: sie leiste der Reichsverfassung Gehorsam und werde derselben durch alle gesetzlichen Mittel Anerkennung zu verschaffen suchen. Die Wehrmänner hatten zugleich eine Parade abgehalten. Da an verschiedenen Orten des Landes Aehnliches vorgegangen ist, so werden die Auflösungen der Bürgerwehren wohl Schlag auf Schlag folgen. Gestern wurde erzählt, auch der hiesigen Bürgerwehr seien die Waffen abgefordert worden. Die Einlieferung derselben sei verweigert. — Herr Stüve soll sich in Berlin nicht heimisch fühlen.

Oldenburg, 10. Mai. Der Magistrat und Stadtrath unserer Residenz hat heute an die Staatsregierung die Bitte beschlossen: Mit Publication der Reichsverfassung unverzüglich voranzuschreiten, zu deren Durchführung alle Kräfte und Mittel unseres Staats der Centralgewalt zu Gebote zu stellen und die Vereidigung des Militärs und der Civil-Staatsbeamten auf die Reichsverfassung anzuordnen. Eine diesen Nachmittag abgehaltene Volksversammlung beschloß eine Vorstellung an das Staatsministerium, welche diesen drei Forderungen noch die vierte hinzufügte: Daß der zu Berlin ausgeschriebene Congreß von der oldenburgischen Regierung nicht beschickt werde. „Wer aus Oldenburg zu diesem Zweck dahin geht, der kehre über unsere Grenze nicht wieder, er sei wer er wolle", sagte der Antragsteller unter lebhafter Zustimmung der Versammlung. (Wes. Z.)

Darmstadt, 13. Mai, Mittags. Soeben ist nachstehendes Ministerialausschreiben erlassen und zur Bekanntmachung in den Gemeinden versendet worden: „Das großherzoglich hessische Ministerium des Innern an sämmtliche großherzogliche Regierungscommissionen. Wir haben in dem Ausschreiben vom 8. d. M. darauf hingewiesen, daß der Zusammentritt der Bürgerwehr aus verschiedenen Gemeinden nicht ohne Mitwirkung und Leitung der Staatsbehörden stattfinden könne; wir hatten bis dahin keinen Grund anzunehmen, daß für die nur in vereinzelten Gemeinden entstandene Bürgerwehr das Verlangen nach höherer Ausbildung das Bedürfniß erzeuge, aus vereinigten Mannschaften größere Abtheilungen zu bilden. Die neuesten Erfahrungen geben uns aber Anlaß, einer weiteren Entwickelung der Volksbewaffnung die Erreichung ihrer Bestimmung in gesetzlicher Weise unter angemessener Führung zu erleichtern. Wir beauftragen Sie daher, für den ganzen Umfang des Bezirks durch die Bürgermeister und im Benehmen mit den Führern zu ermitteln und dann zu berichten: 1) in welchen Gemeinden eine nach der Verordnung vom 1. November v. J. gebildete Bürgerwehr besteht, — wieviel Wehrmänner mit zulässiger Bewaffnung: a. in Musketen mit Bajonnet, b. in sonstigen Feuergewehren, sie in der Gemeinde zählt, worüber Sie sich Listen zustellen lassen werden, — endlich wer deren Führung übernommen hat; 2) für welche dieser Bürgerwehren verschiedener Gemeinden die Vereinigung in Compagnien und weiter, einer nach Umständen größeren oder kleineren Anzahl von Compagnien zu einem Bataillon gewünscht wird und wie solche nach Lage und Entfernung ausführbar sein möchte; 3) Ob sich Männer im Bereich der zu bildenden Bataillons vorfinden, welchen, nach Befähigung und Ansehen zur Ausführung und zur Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten geeignet, dieselbe anvertraut werden könnte — die Sie dabei namhaft machen wollen. — Wir werden sodann auch dahin trachten, daß einem vorhandenen Bedürfnisse durch Führer von Fachkenntniß mit Verwendung der der Regierung zu Gebote stehenden Kräfte abgeholfen und für die gehörige Formirung und Ausbildung der Bataillone eine oberste Leitung eingerichtet werde. Jaup."

§ **Altona**, 11. Mai. Vom Kriegsschauplatz aus Jütland läuft die verläßliche Nachricht ein, daß unter der Leitung des Generals v. Bonin die Beschießung oder der Angriff auf die schwache Festung Fridericia begonnen, während eine andere aus Preußen und Bayern combinirte Heeressäule den Feind in der Richtung zwischen Veile und Horsens verfolgt. Man sagt, daß die Dänen bereits die Kanonen von Fridericia wegführen; Seekundige dagegen behaupten, daß bei dem starken Ostwinde die Dänen unmöglich Truppen und Kanonen nach dem Kattegat hinführen könnten. Das Hauptquartier des Höchstcommandirenden ist in Kolding, wo Bayern garnisoniren und dem dort wohnenden Graf Sponneck, einem enragirten Dänen, die Vorsorge der Verpflegung für 40,000 Mann Reichstruppen aufgetragen worden. Die zwei feindlichen Truppencorps, welche in Jütland agiren, sind durch die Einnahme des Brückenkopfes von Snegbei der Art getrennt, daß sie schwerlich wieder zusammen wirken können; denn der Uebergang nach Fühnen wird vom Brückenkopf aus so ziemlich beherrscht. Das dänische Truppencorps in und um Fridericia wird von General v. Bülow, das zwischen Veile und Horsens von General v. Rye commandirt. Man sieht hier mit Spannung den weiteren Nachrichten aus Norden entgegen, dadurch die Besetzung Fridericias die Occupation Jütlands wesentlich erreicht sein würde. Wie verlautet, soll sich bereits das neu ausgerüstete Linienschiff „Skjold" vor dem Kieler Hafen haben sehen lassen. Sonst nichts Bemerkenswerthes aus den Herzogthümern. — Obgleich die „Berlingsche" erzählt, daß sich in Norwegen und Schweden die Sympathie für die dänische Sache mehr und mehr ausspreche, so hat dennoch über die Wirkungen dieser Sympathie in Beziehung auf den gegenwärtigen Krieg noch nichts Nennenswerthes verlautet. Freilich belehrt uns die „Najade", daß die dänische Regierung um schwedische Offiziere für die Flotte in Stockholm nachgesucht habe; aber diesem Gesuche ist von Seiten der schwedischen Regierung nur in soweit willfahrt worden, so weit dies mit der vollständigen Aufrechthaltung der Neutralität zu vereinbaren ist.

Frankreich.

** **Paris**, 12. Mai. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung interpellirte Flocon das Ministerium wegen der russischen Intervention in Ungarn und verlangte, daß der diesfällige Notenwechsel auf den Tisch des Hauses gelegt werde. Das Ministerium hat versprochen, diesem Verlangen Folge zu leisten. Sobald dies geschehen sein wird, wird die Debatte beginnen.

Die Theilnahme an dem Wahlact, welcher morgen stattfindet, scheint ziemlich bedeutend zu sein. Man erblickte heute lange Reihen, worunter viele Equipagen, vor den Mairiezugängen, um die Wählerkarte in Empfang zu nehmen, da nur gegen Vorzeigung dieser Karte gestimmt werden darf.

Die Mehrzahl der hier lebenden deutschen Flüchtlinge (unter ihnen auch der bekannte Ludwig Eichler aus Berlin) hat Paris verlassen und sich nach Rom begeben. Auch der hiesige deutsche Arbeiterverein hat sich aufgelöst; seine Mitglieder kehren meistentheils nach Deutschland zurück.

Eine telegraphische Depesche soll der Regierung heute Morgen die Nachricht gebracht haben, daß Oudinot endlich in Rom eingerückt sei. So meldet die lithographirte Correspondenz.

* Ueber Turin und Marseille war in Paris am 12. die Nachricht eingetroffen, daß die Oesterreicher, 10,000 Mann stark, in Livorno eingerückt sind und sich anschicken, gegen Rom zu marschiren, sobald in Livorno die Ordnung hergestellt sein wird.

* Aus **Toulon** reichen die Berichte bis zum 9. Mai. Am Tage vorher hatte man dort den Befehl erhalten, noch 5000 Mann als Verstärkung eiligst nach Civita-Vecchia einzuschiffen.

§ **Straßburg**, 13. Mai. 1/4 Uhr Nachmittags. Folgende telegraphische Depesche ist so eben hier eingetroffen: Paris, 13. Mai. 10 1/4 Uhr: Der Minister des Innern an den Präfecten des Niederrhein. Die für das Ministerium günstigen Noten sind Ihnen bekannt. Paris ist ruhig; das Vertrauen erwacht wieder. Die Wähler beeilen sich, ihre Stimmen abzugeben. Ich habe die besten Nachrichten aus allen Punkten Frankreichs.

Großbritannien.

* **London**, 11. Mai. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte Lord Palmerston auf eine Interpellation Osborn's, er habe von Wien die Nachricht erhalten, daß Oesterreich an Rußland das Ansuchen um eine Unterstützung an Truppen für den Krieg gegen Ungarn gestellt und daß diese Unterstützung zugesagt worden sei. Uebrigens bestehe kein Vertrag in Bezug auf Ungarn, und Großbritannien sei auch nicht um eine Vermittelung zwischen Ungarn und Oesterreich angegangen worden. In Bezug auf die römische Frage erklärte der Minister, daß die Regierung der Königin keineswegs beabsichtige, zwischen Frankreich und Rom vermittelnd einzuschreiten, daß sie indeß mit Rom in Correspondenz stehe.

Nachschrift.

|| **Frankfurt**, 14. Mai. Der Herr Reichskriegsminister von Peucker gab in der heutigen Abendsitzung der Reichsversammlung folgende Erklärung in Betreff der gestrigen Vorgänge: „Die Centralgewalt beklagt wie irgend Jemand in dieser hohen Versammlung die bedauernswerthen Excesse, welche gestern hierselbst durch Soldaten der Garnison verübt worden sind, und es bedarf wohl nicht der Versicherung, daß die strengste Untersuchung gegen alle unmittelbar und mittelbar Betheiligten bereits im Gange ist, und die ermittelten Schuldigen nach aller Schärfe des Gesetzes werden bestraft werden. (Bravo!) Die Aufrechterhaltung der Disciplin, welche die unerläßliche Grundlage militärischer Tüchtigkeit ist, wird vom Reichskriegsministerium als eine der wichtigsten Aufgaben erkannt. Es liegt die Anordnung der nöthigsten Maßregeln zur Verhütung und einer Wiederholung ähnlicher Unfälle, sowie auch zum wirksamen Schutze dieser hohen Versammlung eben so sehr in seinen Pflichten, wie in seinen Rechten. Dasselbe bittet daher die hohe Versammlung mit Vertrauen ihm diese Anordnungen nach Maßgabe dessen zu überlassen, was auf dem Grund der Ergebnisse der Untersuchung selbst, als zweckmäßig erachtet werden kann. Das Obercommando der hiesigen Truppen hat in Bezug auf die für die nächste Zeit zu nehmenden Maßregeln bereits heute Mittag die Commandeure sämmtlicher Truppen mit den erforderlichen Weisungen versehen. Die Frage, ob den Soldaten das Tragen der Waffen außer Dienst zu gestatten sei, ist ziemlich in allen Armeen vielfach berathen und es sind dabei die Gründe, welche für die Bejahung stimmen, aus allgemeinen militärischen Beziehungen stets als übereinstimmend erkannt werden. (Oh! links) Das Reichskriegsministerium kann daher aus dem vorliegenden einzelnen Falle, so beklagenswerth er auch immer ist, nicht eine Berechtigung zur Anordnung allgemeiner Maßregeln ableiten, welche tief in das militärische Leben eingreifen. (Bravo!)

** **Frankfurt**, 14. Mai, Abends. Im Großherzogthum Baden hat die Bewegung einen republikanischen Charakter angenommen. Der badische Bahnzug, der um 12 Uhr aus Karlsruhe in Heidelberg anlangen sollte, ist bis heute Mittag 1 Uhr daselbst nicht eingetroffen gewesen. Es fehlen deßhalb verläßliche Nachrichten aus Karlsruhe, Rastatt ꝛc. Auf der großen in Offenburg abgehaltene Volksversammlung sind folgende Beschlüsse gefaßt worden:

1) Anerkennung der Reichsverfassung ohne Oberhaupt; 2) Brentano und Peter sollen ein Ministerium bilden; 3) Einberufung einer constituirenden Versammlung für Baden; 4) Volksbewaffnung auf Staatskosten von 18 — 50 Jahren, alle Gemeindebehörden absetzen, die dies nicht anerkennen werden; 5) Freigebung aller politischen Gefangenen und Niederschlagung aller Processe. 6) Aufhebung der Militärgerichte; 7) beim Heere freie Wahl der Offiziere; 8) Verschmelzung des Volksheeres mit dem stehenden Heere; 9) Unentgeldliche Ablösung der Grundlasten; 10) Selbstständigkeit der Gemeinden, neue Wahl der Gemeindevertretung; 11) alle am 17. Jan. gefaßte Kammerbeschlüsse als nichtig erklärt; 12) sofortige Einführung der Geschwornengerichte; 13) Abschaffung der alten Verwaltungsbureaukratie, an deren Statt freie Verwaltung der Gemeinden; 14) Errichtung einer Nationalbank; 15) Abschaffung des alten Steuerwesens, progressive Einkommensteuer; 16) Errichtung eines großen Landespensionsfonds für Arbeitsunfähige. — Der Landesausschuß besteht aus 14 Mitgliedern, worunter auch 2 Unteroffiziere.

Börsenberichte.

Paris, 12. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 90. — 3pCt. 57. 75. — Neue 3pCt., Span. 34. — Banactien 2405. — St. Germain-Eisenbahn 420. — Versailles, rechtes Ufer 190. — Linkes Ufer 167. 50. — Paris-Orleans 847. 50. — Paris-Rouen 560. — Orleans-Bordeaux 407. 50. — Orleans-Vierzon 355. — Rouen-Havre 270. — Marseille-Avignon 242. 50. — Straßburg-Basel 105. — Nordbahn 448. 75. — Paris-Straßburg 372. 50. — Röm. Anleihen 75 1/8. 76.

Das Resultat der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wirkte günstig auf die Course der Rente, sie war sehr gesucht und blieb bis zum Schluß der Börse in steigender Tendenz.

London, 11. Mai. 3pCt. Stocks 91 1/8. 91. — 5pCt. Span. 17 1/8. 17. — Neue 3pCt. 33 à 33 1/8. — 4pCt. Port. 29 1/8. — 2 1/2pCt. Holl. 50.

Die Madrider Post ist in Paris nicht angekommen.

Eine Bitte für Dresden.

Dresden hat unter dem einwöchentlichen Kampfe in seinen Mauern unsäglich gelitten. Nicht blos seine Häuser und Straßen, so daß auf der Schloßgasse zum Beispiel kein Erker und keine Fensterscheibe mehr ganz ist, sondern noch viel entsetzlicher ist das Elend, welches jetzt innerhalb jener Häuser wohnt, und in den unverletzt gebliebenen nicht minder als in den von den Kugeln zerschmetterten. „Wir sind schon ganz erschöpft vom Geben," schreibt man mir von Seiten einer in Dresden lebenden Familie. „Aber unmittelbar neben uns liegen acht Verwundete, von allen Hülfsmitteln entblößt, und Kranke und verwaist Hinterlassene nehmen allerwärts ein Mitleiden in Anspruch, welches wir bald nur noch durch Thränen werden bethätigen können. Wäre es nicht möglich, Etwas in Frankfurt für unsere unglückliche Stadt zu sammeln? So arm, so bedürftig ist's hier geworden, daß auch die kleinste Gabe hoch willkommen wäre."

Ich bringe diese Mittheilung mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die Expedition der „Deutschen Zeitung" (Paulsgasse Nr. 5 im Hofe) und daß ich persönlich (Hanauer Chaussee im Gelbhaar'schen Garten) zur Empfangnahme von Gaben, auch des kleinsten Betrags für Dresden, sowie zur dankbaren Rechnungsablegung darüber bereit sind*).

Damit verbinde ich das dringende Gesuch an menschenfreundliche und einflußreiche Personen, namentlich von der ständischen Einwohnerschaft Frankfurts, diese meine Fürbitte zu der ihrigen zu erheben und durch anderweite Aufforderungen und Sammlungen der hier gegebenen Anregung Kraft und Umfang zu verleihen.

Frankfurt a. M., den 13. Mai 1849.

Robert Heller.

*) Auch die Redaction Oberpostamtszeitung erklärt sich zur Entgegennahme von milden Gaben für Dresdens Bedürftige bereit.

№ 115. —— Dienstag —— den 15. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Nassau fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Bogen) mit Beilagegebühr oder deren Raum 3 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaction dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Wepf u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär C. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrseibt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Deutsche Reichsversammlung.

219. Sitzung.

(Abendsitzung.)

Vorsitzender: Präsident Reh

∃ **Frankfurt**, 14. Mai.

(Berathung des Antrags des Dreißigerausschusses über mehrere die Garnison Frankfurts betreffende Dringlichkeitsanträge.)

Die Sitzung wird um 4 Uhr eröffnet. Der Vorsitzende verliest eine Eingabe der constituirenden Versammlung des Freistaates Frankfurt, worin dieselbe die hohe Versammlung bittet, ihr an das Reichsministerium gestelltes Gesuch um Abänderungen in der Garnison Frankfurts zu unterstützen. Dasselbe spricht sich für Entfernung der Truppen aus dahin aus, daß die Nationalversammlung unter den Schutz der Frankfurter Bürgerschaft gestellt werde. (Beifall links.) Der interim. Reichskriegsminister v. Peucker gibt über die gestrigen in Frankfurt vorgefallenen Excesse folgende Erklärung: (siehe zweite Extra-Beilage zu Nr. 114.) Nachdem der Hr. Kriegsminister diese Erklärung gegeben, erhält das Wort Abg. Bachaus, welcher verkündet, daß die Majorität des Dreißigerausschusses folgenden Antrag stelle: Die Nationalversammlung beschließe: Die Centralgewalt anzugehen, einen Wechsel der Frankfurter Garnison sofort in der Art zu veranlassen, daß nur Truppen solcher Staaten nach Frankfurt zu legen seien, welche die Verfassung anerkannt haben. Der Redner stellt diesen Antrag nicht nur als durch die Schwierigkeit der Lage geboten, sondern findet diese Maßregel auch in dem Umstande begründet, daß viele Truppen durch ihre Entfernung von hier einer unerträglichen, zweifelhaften Stellung entzogen würden. Abg. Stedmann, Berichterstatter einer Minorität von neun Mitgliedern des Ausschusses erklärt, daß die Minorität auf motivirte Tagesordnung antrage. Jetzt, wo sie die Erklärung des Herrn Kriegsministers vernommen, behalten sie sich fernere Berathungen und Anträge vor. — Hiezu werden mehrere Verbesserungs- und Zusatzanträge gestellt. — Der interimistische Reichskriegsminister v. Peucker, welcher hierauf das Wort erhielt, gibt ungefähr folgende Erklärung: Die Centralgewalt hat bis jetzt die Stellung der hohen Versammlung in ihrer vollsten Bedeutung anerkannt. Sie erkennt aber auch ihre Pflichten gegen sich selber und unter diesen Pflichten vor allen die, auf ihrem Rechte, auf der Executive zu bestehen. Ich muß daher im Namen der Centralgewalt bitten, nicht in die Rechte derselben einzugreifen. (Beifall rechts und im Centrum, Zischen links.) — Bevor zur Discussion des Ausschußantrags geschritten wird, verlangt die Versammlung den ersten Gegenstand der Tagesordnung, die Wahl des Vicepräsidenten. Abg. Biedermann wird mit 157 Stimmen zum ersten Vicepräsidenten erwählt. Abg. Löwe aus Calbe erhielt 141 Stimmen. Erster Vicepräsident Biedermann richtet einige Worte des Dankes für das ihm geschenkte Vertrauen an die Versammlung, welche mit Beifall aufgenommen werden. Die Discussion über den Ausschußantrag wird hierauf eröffnet. Abgeordneter Plathner erhielt zuerst das Wort. Er erklärt sich gegen den Antrag. Der einzeln dastehende Fall der gestrigen Ereignisse muß seine Erledigung im Wege der eingeleiteten Untersuchung finden. Wichtiger ist der allgemeine in Betracht kommende Gesichtspunkt. Es handelt sich, wenn diese Versammlung eine Verfügung über einzelne Truppencorps erläßt, um eine Executivmaßregel. Nach dem von der Nationalversammlung gegebenen Gesetz über die provisorische Centralgewalt steht aber die Executive der provisorischen Centralgewalt allein zu. Es wäre also ein Eingriff in die Rechte der Centralgewalt. Es wäre aber auch eine Vernichtung der militärischen Disciplin, wenn eine constituirende Versammlung sich die Verfügung über die höchste Spitze der Executive, das Militärwesen, anmaßte. Noch wichtiger aber ist folgender Gesichtspunkt: Bereits ist der Aufstand offen ausgebrochen, bereits befindet sich eine Reichsfestung im Besitze der Aufrührer, es darf also nicht in die Maßregeln der Centralgewalt, welche das Recht, die Pflicht hat, für die Wohlfahrt des Vaterlandes zu sorgen, eingegriffen werden. Durch eine solche Maßregel wird auch eine unheilvolle Spaltung in das Militär gebracht werden, und nicht bloß ins Militär, sondern in das Volk, denn diese Maßregel träfe die österreichischen, preußischen, bayerischen Truppen. Man wird damit namentlich das preußische Volk verletzen, denn in Preußen ist das Heer und das Volk identisch, denn Jedermann ist dort wehrpflichtig. (Beifall rechts und im Centrum. Widerspruch links. Ruf: Elberfeld.) Man klagt immer über Reaction, treibt aber durch derartige Maßregeln in die Reaction hinein. Noch haben wir, wie schon mehrfach bemerkt, einen Einheitspunkt, wofür die deutsche Ehre verpfändet ist; die deutsche Ehre verlangt, daß die Disciplin nicht gestört werde. Wenn Sie hier eine Spaltung decretiren, so säen Sie auch Zwietracht in die deutschen Stämme, in die deutsche Armee, und das würde gewiß rückwirken auf die Truppen in Schleswig-Holstein. Ein solcher Beschluß wurde daselbst zu einem schmählichen Ende führen. (Beifall.) Abg. Raveaux. Ich protestire gegen den Ausspruch meines Vorredners, daß das preußische Volk identisch ist mit dem preußischen Heere. Ich würde mich schämen ein Preuße zu sein und das zu sagen. Ich sage Ihnen, daß jeder Preuße Ursache hat, auf die militärische Geschichte seines Landes stolz zu sein, aber diese Ehre ist sehr befleckt worden. Die preußischen Soldaten, welche in Dresden fochten, sind nicht identisch mit dem preußischen Volke (Großer Beifall), sie sind die leidenden Werkzeuge einer verfluchten verrätherischen Regierung. Sehen Sie nach Rheinpreußen, wo der Kampf noch nicht entschieden ist. Gehört die Landwehr Rheinpreußens nicht auch zum preußischen Volke und zum preußischen Heere? Der preußische, der österreichische Soldat ist und ebenso werth wie der Hesse, der Württemberger, der Nassauer, wenn er deutsche Gesinnung hat. Allein anders ist es, wenn er zum Werkzeuge feindlicher Regierungen wird. Haben wir nicht allen Grund zu mißtrauen? Der Redner kritisirt hierauf das Wirken der Centralgewalt, welche eine Anarchie von Oben nicht kenne, erwähnt des gestrigen Tagsbefehls derselben, wo die Truppen an die „alte Treue" gemahnt würden, und kommt zuletzt auf die Excesse und die militärischen Reibereien unter einander zu reden. Indem er einer solchen soeben zwischen Oesterreichern und Frankfurtern vorgefallenen Schlägerei erwähnt, meint er: So werde man Gelegenheit finden, einen Putsch herbeizuführen und dann den Belagerungszustand zu verhängen. Er erwähnt ferner eines Rescripts des Kriegsministers an das nassauische Ministerium, worin derselbe auf eine von derther gestellte Anfrage um Vereidigung dieselbe abschlägt. (Hört! links.) Wie können wir Vertrauen zur Centralgewalt haben? In einem solchen Augenblicke, wo die Disciplin gelockert ist, finde ich es ganz natürlich, daß man zweifelhafte und zweifelnde Truppen von Frankfurt entferne. Der Redner wendet sich alsdann mit Vorwürfen an die Mehrheit der Versammlung. In Baden ist die halbe Armee in Aufruhr, fährt er fort, in einer Bundesfestung halten die Soldaten Volksversammlungen, ohne daß es die Centralgewalt verhindern konnte. Was ist daran schuld? Sie sind daran schuld, weil Sie nicht gehandelt haben. Alles blickte auf die Versammlung, es geschah nichts. Das Militär befand sich in der schlimmsten Lage, im Kampfe zwischen Pflicht und Gewissen. Ich habe das auch an den Preußen selbst erfahren, die mir erklärten, sich in derselben Lage zu befinden. Sie sind an allem schuld. (Lachen rechts.) Lachen Sie, es wird eine Zeit kommen, wo Sie nicht mehr lachen dürften. (Beifall links.) Bei Baden wird es nicht bleiben. Die Bewegung wird weiter gehen, und Sie werden vor ihren Folgen erschrecken. Sie werfen uns vor, daß wir die Executive in die Hand nehmen wollen. Ja, wir wollen die Executive in die Hand nehmen, aber nicht bloß wir. Nehmen Sie sie in die Hand, wir treten sie Ihnen gerne ab, aber retten Sie das Vaterland. (Beifall.) Bringen Sie ein Gesetz ein, daß wie in Frankreich der Präsident der Versammlung über die Garnison zu verfügen habe, dann wollen wir uns eher beruhigen, aber handeln Sie vor allem. (Großer Beifall links.) Der interimistische Reichskriegsminister v. Peucker erklärt in Beziehung auf einige Aeußerungen des Vorredners und auf die Vorgänge in Baden, daß die Centralgewalt ihre Pflicht gethan habe und ferner zu thun gesonnen sei. Der Schluß der Debatte wird angenommen. Der Vorsitzende stellt die Unterstützungsfrage zu den Anträgen. Die Berichterstatter erhalten das Wort. Zuerst derjenige der Minorität, Abg. Stedmann, welcher in kurzen Worten den Antrag zur motivirten Tagesordnung überzugehen begründet und auf einige Bemerkungen des Vorredners erwiedert. Er will die „alte Treue", welche zu bethätigen der Tagsbefehl die Truppen aufgefordert. Er macht darauf aufmerksam, daß in Baden der Aufstand ausgebrochen sei, trotzdem, daß die Verfassung daselbst anerkannt gewesen, bestätigt die vom Abg. Plathner ausgesprochene Ansicht über die Identität des preußischen Volks mit dem preußischen Heere, und erklärt sich zuletzt dahin, daß man die ausübende Gewalt denjenigen lassen müsse, denen sie gebühre. — Der Berichterstatter der Majorität Bachaus tritt das Wort ab für den Abg. Simon von Trier. Dieser kommt auf den Ausspruch des Abg. Plathner zuerst zu reden. Er fragt: Ist das preußische Volk und das Ministerium Brandenburg, welches die Soldaten gegen die Bürger in den Kampf schickt, identisch? Beantworten Sie mir diese Frage bejahend, können Sie das bejahen, so will ich zugeben, daß das preußische Volk identisch sei mit der preußischen Armee. Die Truppen sollen ihr früher gegebenes Wort halten. Die Fürsten aber, die sich nach der Märzrevolution für constitutionell erklärten, die dieser Versammlung alle Berechtigung zuerkannten, sie brechen jetzt ihr Wort, aber der Soldat soll es halten. (Beifall links.) Es gibt eine Politik des Vertrauens und des Mißtrauens. Sie haben immer die Politik des Vertrauens nach Oben befolgt. Sie werden wohl Alle darin übereinstimmen, daß diese Politik gescheitert ist. Der Redner kommt auf die Centralgewalt zu sprechen, nachdem er gezeigt, wie man in Berlin nichts von Volkes Gnaden, sondern nur von Gottes wolle, und ruft aus: Wenn derjenige, der aus unserem Schooße hervorgegangen ist, den Speer gegen die eigene Mutter kehren könnte, dann appellire ich an das sittliche Gefühl der Nation. (Großer Beifall links und oben.) Sollen wir uns nicht in die Executive einmischen, so thue die Centralgewalt ihre Pflicht. Die Durchführung der Verfassung gehört ihr eigentlich nicht an; wenn sie dieselbe nicht durchführen heißen will, so führen Sie sie durch, denen es zukommt, thun Sie es nicht, so werden sie Andere durchführen, damit nicht jene Lawine, die sich herabwälzt von Norden nach Westen, die sich hinwälzen will über die Trümmer der Städte und über die Leiber der deutschen Stämme, ihr Ziel erreiche. (Da dieses Bild in Beziehung zu einem ähnlichen neulich von Herrn Wernher aus Nierstein gebrauchten steht, so wendet der Redner die letzten Worte an denselben.) Wo ist der Sitz der Anarchie? 45,000,000 waren für die Verfassung disponirt, nur 4 Königsfamilien waren es nicht. Daher die Anarchie. Der Redner berührt hierauf den Umstand, daß Hr. v. Gagern versprochen habe, an der Verfassung unwandelbar festzuhalten und stellt es in Abrede, daß er sein Versprechen gehalten. Ueber die Bemerkung des Abg. Stedmann meint er: Aus glaubwürdiger Quelle kommt mir die Nachricht, daß das Militär in Baden, welches noch nicht auf die Verfassung vereidigt ist, sich nun für dieselbe erklärt habe. (Zur Rechten.) Wenn sich Extreme heranbilden, so sind nur Sie daran schuld, und Sie selbst haben es sich zuzuschreiben, wenn Sie durch die Extreme von Norden und Westen zerquetscht werden. Ich betrachte die Conflicte als den Ausdruck unserer ganzen Situation. Daß in dem Heere ein widerstrebender Geist ist, hat Herr Raveaux schon gesagt. Ich könnte Ihnen Beispiele hinzufügen, allein ich will es jetzt nicht. Der Redner sieht Gefahren in der Nähe. Als die Centralgewalt unter Glockengeläut in Frankfurt einzog, da brauchte sie keine Leibgarde, aber jetzt, wo sie den gesetzlichen Boden verläßt, wo das interimistische Ministerium als der Ausdruck der Kluft zwischen ihr und der Versammlung zu betrachten ist, braucht sie eine solche. (Beifall.) Die verfassungsfreundlichen württemberg. Soldaten hat man heute einige Meilen von Frankfurt entfernt, man entwaffnet den Freund, den Feind bewaffnet man, und dann sehen Sie, was aus der Versammlung wird. In Bockenheim hat der Major des 2. Bataillon vom 35. Infanterieregiment der Bürgerwehr das Exercieren auf ihrem gewöhnlichen Platze verboten, mit Entwaffnung gedroht und einige Bürgerwehrmänner, welche sich zu ihrem Exercierplatze trotzdem begeben wollten, entwaffnen lassen. (Hört!) Wenn Sie denn so treu an den Grundrechten halten, so stimmen Sie mit uns. Wenn Sie keine anderen Farben dulden wollen als die schwarzrothgoldne, nun, so dulden Sie auch keine schwarzweißen und schwarzgelben. Man lese die Proclamation des Montagskränzchens und daneben die des Herrn Kriegsministers. (Der Redner verliest letztere.) Von jener Partei, welche nach rechts liegt und die die Verfassung auch nicht will, ist in letzterer nicht die Rede. Das Placat will Ordnung. Wir wollen auch die Ordnung, aber unter der Reichsverfassung. Bald sollte man nach jenem Placate glauben, als ob jene nach rechts liegende Partei, welche die Verfassung auch nicht will, an jenem Placate mitgearbeitet hätte. Eine Ordnung in ihrem Sinne wollen wir nicht. (Beifall.) Wollen Sie warten bis die Cernirung der Versammlung vollendet, wollen Sie warten bis die Instructionen von Berlin angekommen, bis alle Fäden gesponnen sind, die zu umschlingen, bis man kommen wird und vor Sie treten und Ihnen Gesetze dictiren wird? Dann werden sich die Abgeordneten nach Hause begeben, sie werden erzählen, wie man sie betrogen, es wird eine Aufregung entstehen, aber dagegen ist man schon gerüstet. Man kennt es ja das „das wird sich finden!" (Beifall.) Temporisiren Sie nicht länger, sehen Sie nicht die nahe Gefahr? Wir werden nicht weichen, wir werden ausharren! Es ist ja ein kleines, ein Lebensflämmchen auszublasen! Der Redner schließt mit den Worten: „Wenn wir uns auch in die Bajonnete werden stürzen müssen, so werden wir es thun und uns der Worte Luthers erinnern: Gott helfe mir, ich kann nicht anders. (Großer anhaltender Beifall im Hause und auf den Galerien.) Der interimistische Herr Reichsministerpräsident v. Gagern. Meine Herren, ich muß bitten, meine Doppelstellung zu berücksichtigen. Ein Standpunkt ist mir durch meine Stellung geboten, meine Pflicht gebietet mir ihn einzuhalten. Ich glaube berechtigt zu sein, Sie um Schonung in Ihrem Urtheile zu ersuchen, und um so mehr, als Sie heute erfahren haben, daß ich in dieser Lage nicht mehr lange bleiben werde. Ich habe erklärt, an der Verfassung festzuhalten, und ich werde es. (Beifall.) Bin ich aus meiner Doppelstellung heraus,

dann werde ich meinen Platz minder einzunehmen wisse». Wir wissen, die Phantasie des Herrn Simon ist groß und lebendig, er sieht Gefahren, wo ich Sie versichern kann, daß keine sind. Ich versichere Sie, es ist in der Absicht des Inhabers der Centralgewalt nichts der Versammlung Feindliches. Er äußerte sich selbst gegen mich: Ich bin mit dem Oelzweige hieher gekommen. Ich werde niemals meine Unterstützung dazu bieten, daß man die Nationalversammlung trete, aber auch nicht, daß man die Regierungen trete. Ehe Seine kaiserliche Hoheit etwas gegen die Versammlung unternähme, würde er abtreten. Der Reichsverweser ist seines Amtes müde und wird es, glaube ich, bald niederlegen. Doch überstürzen wir nicht die jetzt vorhandene gefährliche Krisis. Wir wollen bewaffnet sein, und ich werde meine Unterstützung jeder Maßregel bieten, welche gegen einen Angriff auf die Verfassung gerichtet ist. (Beifall.) Hier ist keine Gefahr. Die wenigen Truppen in Frankfurt, die nicht einmal hinreichend wären, wenn die ganze Bevölkerung sich erhöbe, haben lediglich die ehrenvolle Bestimmung, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, sie sind aber nicht der Ansicht, daß die Ordnung von Oben gestört werden dürfe. In Beziehung auf die Hindernisse, welche sich der Durchführung der Verfassung entgegensetzen, glaube ich aussprechen zu dürfen, daß da, wo wir glaubten die größten Hindernisse zu finden, sie mir jetzt viel geringer scheinen. Die Durchführung der Verfassung wird auf andere Weise auch ohne solche Beschlüsse vollführt werden. Nicht jene Kräfte brauchen dazu heraufbeschworen zu werden, welche, wenn einmal aufgeboten, nicht so leicht zu beschwichtigen sind. — Der Redner ersucht die Versammlung, auf politischem Wege und nicht auf dem öffentlicher Gewalt vorzuschreiten, die ohnehin große Aufregung der Bevölkerung zu berücksichtigen. Wenn auch augenblicklich eine Spannung zwischen Volksstämmen sich zeigt, sie wird schwinden. Was die erwähnte Proclamation betrifft, so beginnt sie mit der Reichsverfassung, und der Wunsch, daß sie durchgeführt werde, spricht deutlich aus ihr. Das aber versichere ich Sie, meine Herren, daß der Kriegsminister, der mein Freund ist (Lärm und Zeichen von Heiterkeit auf der Linken und den Galerien.) Der Redner, zu den Galerien aufblickend: Meine Herren, diejenigen, welche da gelacht haben, wissen nicht, was sie thun, oder nicht, von was die Rede ist! Der Kriegsminister will aufrichtig die Durchführung der Verfassung, er sieht in ihr das einzige Heil Preußens, das Deutschlands. (Großer anhaltender Beifall.) Der Vorsitzende schreitet hierauf zur Abstimmung. Der zuerst zur Abstimmung gelangende Antrag der Minorität auf motivirte Tagesordnung wird mit 189 gegen 124 Stimmen angenommen. — Schluß der Sitzung: 7½ Uhr. Nächste Sitzung: Morgen Dienstag 15. Mai, 10 Uhr.

Nachschrift. Irriger Weise wird in unserem Berichte vom 12. d. M. der Austritt des Abg. Detmold aus der Nationalversammlung gemeldet. Herr Detmold ist aus dem Dreißigerausschusse und nicht aus der Versammlung getreten.

Nachrichten aus Baden.

Ueber die Offenburger Volksversammlung, deren Beschlüsse bereits mitgetheilt sind, berichtet das „Mannheimer Journal“: Am Samstag Nachmittag fand eine Vorversammlung der Ausschüsse der Vollsvereine statt, in welcher diejenigen Gegenstände berathen wurden, welche am folgenden Tage der Volksversammlung vorgelegt werden sollten. Es sind vier Punkte, die als Forderung an die Regierung gestellt werden: 1) Auflösung der Kammer; 2) Abtreten des Ministeriums Welk; 3) Einberufung einer constituirenden Landesversammlung; 4) Freigebung der politischen Militär- und Civilgefangenen. Um diese vier Forderungen nach Karlsruhe zu bringen, wurde eine Deputation ernannt, die sofort mit einem Extrazug dahin abging, mit der bestimmtesten Weisung, jedenfalls eine definitive Entscheidung der Regierung mitzubringen. — Am Morgen des 13. fand noch eine öffentliche Vorversammlung statt, wo die in der gestrigen Vorberathung gefaßten Beschlüsse nochmals besprochen und angenommen wurden. An der eigentlichen Volksversammlung vor dem Rathhaus haben sich 10—12,000 Menschen betheiligt. Sämmtliche Beschlüsse sind mit Acclamationen angenommen worden. Nach 1 Uhr kehrte die nach Karlsruhe abgegangene Deputation zurück und überbrachte folgende Antwort des Ministers Welk: Die Ständeversammlung wird in 8 Tagen ihre Geschäfte vollendet haben, worauf der Landtag geschlossen wird; mit der neu zu berufenden Ständeversammlung werden die weiteren, in Folge der Reichsgesetzgebung oder sonst nothwendigen Verfassungsveränderungen berathen werden. Was die Amnestie betrifft, so ist sie schon sehr weit ausgedehnt, und es sind bereits Weisungen an die Behörden ergangen, um sie noch weiter auszudehnen. Das Ministerium wird hinsichtlich der Frage des Rücktrittes von der schweren Last seines Amtes ganz nach constitutionellen Grundsätzen verfahren. Die Landesversammlung in Offenburg erklärt: „Deutschland befindet sich fortwährend im Zustande voller Revolution, aufs neue hervorgerufen durch die Angriffe der größeren deutschen Fürsten auf die von der deutschen Nationalversammlung endgiltig beschlossene Reichsverfassung und die Freiheit überhaupt. Die deutschen Fürsten haben sich zur Unterdrückung der Freiheit verschworen und verbunden; der Hochverrath an Volk und Vaterland liegt offen zu Tage; es ist klar, daß sie sogar Rußlands sämmtliche Armeen zur Unterdrückung der Freiheit zur Hilfe rufen. Die Deutschen befinden sich also im Stande der Nothwehr, sie müssen sich verbinden, um die Freiheit zu retten; sie müssen dem Angriff der fürstlichen Rebellen den bewaffneten Widerstand entgegensetzen. Die deutschen Stämme haben die Verpflichtung, sich gegenseitig die Freiheit zu gewährleisten, um den Grundsatz der Volkssouveränetät vollkommen durchzuführen; sie müssen sich daher unterstützen überall, wo sie angegriffen werden. Das badische Volk wird daher die Volksbewegung in der Pfalz mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen. Die Landesversammlung des badischen Volkes in Offenburg hat nach vorhergegangener Berathung die gestellten Anträge in dem Landescongresse der Volksvereine, nach ferner stattgefundener öffentlicher Berathung, wobei Abgeordnete aus allen Landestheilen vertreten waren, nach fernerer ausführlicher Discussion in der Versammlung des Volkes beschlossen: (Folgen die Beschlüsse.) Der Landesausschuß der Volksvereine besteht aus folgenden Mitgliedern: L. Brentano von Mannheim. J. Fickler von Konstanz. A. Gegg von Mannheim. Peter von Konstanz. Werner von Oberlirch. Neymann von Offenburg. Slay von Heidelberg. Willmann von Pforzen. K. Steinmetz von Durlach. Wernwag von Kenzingen. Richter von Achern. Degen von Mannheim. K. Ritter von Karlsau und J. Stark von Lettstetten (beide Soldaten aus der Garnison Rastatt). Als Ersatzmänner wurden gewählt: H. Hoff von Mannheim. Torrent von Freiburg. K. Rotteck von Freiburg. Happel von Mannheim. Junghanns von Mosbach. Kiefer von Emmendingen. Ersatzmänner der Soldaten: Aurelius Cordel von Philippsburg. Sebastian Bannwarth aus Bleichheim, Amts Kenzingen. Derselbe wird beauftragt, die nöthigen Anordnungen zur Durchführung dieser Beschlüsse mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu treffen, und von dem Ergebniß der heutigen Volksversammlung dem Landesausschuß in Rheinbayern, so wie den Landesausschüssen der übrigen Nachbarstaaten sofort Nachricht zu geben. Offenburg, den 13. Mai 1849. Im Namen der Landes-Volksversammlung. Gegg.

Mannheim, 14. Mai, 10½ Uhr. Soeben treffen von Karlsruhe durch Reisende, welche die heutige Nacht daselbst zugebracht haben, höchst wichtige Nachrichten ein. Zwischen Infanterie und Dragonern ist es in dieser Nacht zu einem offenen Kampfe gekommen; bis gegen 3 Uhr des Morgens wurde geschossen. Die Bürgerwehr rückte aus und schlug sich auf Seiten der Infanterie; namentlich die Pompiers sollen stark gefeuert haben. Der Kampf ist in der Nähe des „Rheinischen Hofes“ am Heftigsten gewesen. Das Zeughaus wurde gestürmt. Zehn Todte sollen als Opfer gefallen sein, worunter ein Rittmeister. Der Großherzog und die Markgrafen seien geflüchtet. In Bruchsal wurden gleichzeitig Struve und Blind, sowie sämmtliche politische Gefangene, von Militär und Volk befreit. Karlsruhe ist in den Händen der Bürger.

Rastatt befindet sich im Besitze der Soldaten, die sich mit den Bürgern verbrüdert haben. Der militärische Dienst wird von Bürgern und Soldaten gemeinschaftlich versehen. Der Landesausschuß der Volksvereine in Baden hat sich permanent erklärt, um die Beschlüsse der Offenburger Volksversammlung durchzuführen. Er hat seinen Sitz in Rastatt genommen. Die Festungscommandantur ist in den Händen einer von Bürgern und Militär niedergesetzten Commission. (M. J.)

Mannheim, 14. Mai. Eine große Volksversammlung hat soeben auf dem Markt stattgefunden. Sämmtliches Militär, Infanterie und Dragoner, wohnten derselben bei; es mögen im Ganzen 6—7000 Menschen zugegen gewesen sein; der Inhalt der Reden war treues Zusammenhalten der Bürger und Soldaten. Herr Mördes und ein Soldat ermahnten zur Ordnung. Die Offenburger Beschlüsse wurden anerkannt, und ein Sicherheitsausschuß aus Civil- und Militärpersonen erwählt. (M. J.)

Rastatt, 14. Mai. Heute Nacht 3 Uhr trafen die befreiten Bürger Struve, Blind, Bornstedt nebst den gleichfalls vom Volke aus den Bruchsaler Kerkern befreiten Soldaten hier ein. (M. J.)

Freiburg, 13. Mai, Abends. Die Beschlüsse von Offenburg wurden heute Nachmittag schon sehr bald bekannt, indem Hofgerichtsadvocat Heunisch, auf einer Extrafahrt von Offenburg hierher zurückkehrend, solche mitbrachte. Er traf sogleich die nächsten Einleitungen, um den Vollzug derselben, so weit sich dies auf Freiburg bezog, anzubahnen. Dahin rechnen wir die Erwählung eines Sicherheitsausschusses, der in der heutigen Nacht permanent bleiben soll. Er wird dafür Sorge tragen, daß kein Eingriff in die Sicherheit der Personen und des Eigenthums, keine Excesse, keine Unordnungen stattfinden. Abermal und abermal wiederholte der Redner die dringendste Bitte, dafür Sorge zu tragen, daß die nunmehr begonnene Bewegung nicht durch Scenen der Gewaltthätigkeit gegen Bürger oder Militärpersonen getrübt werde, und daß Jeder für diesen Zweck in seinem Kreise wirken möge. Außer Hrn. Heunisch sprachen noch mehrere Redner, unter denen auch einige Soldaten. Das Militärcommando hatte den Abmarsch der hier liegenden Truppen des zweiten Regiments auf morgen frühe 7 Uhr angeordnet. Hr. Heunisch stellte im Namen des Landesausschusses das Begehren an den Generalmajor von Gayling, daß solches nicht geschehen möge. Derselbe nahm sofort den Befehl zurück. Wäre es auch nicht geschehen, so hätte der Abmarsch doch schwerlich stattgefunden, denn die Soldaten gaben sich das Wort, nicht abzumarschiren, und die anwesenden Bürger erklärten, die Bürgerschaft werde sich ebenfalls dem Abmarsch widersetzen. Morgen soll eine Versammlung auf dem Kaufhaus stattfinden, wo über die weiter zu treffenden Anordnungen Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Freiburg, 14. Mai, Morgens 8 Uhr. Die letzte Nacht ist ruhig vorübergegangen, man bemerkte nicht einmal eine ungewöhnliche Bewegung auf den Straßen. Heute Morgen sind ungefähr 200 Mann von dem 1. Regiment, ohne Officiere, hier angelangt und haben sich zur Disposition des Volkes gestellt. Gestern Nachmittag hat Generallieutenant Miller mit dem württembergischen Stab Freiburg verlassen und ist in's Kirchzarter Thal abgegangen. Was er von da aus mit den wenig dort stehenden württembergischen Truppen zu beginnen gedenkt, steht dahin. Bei aller Aufgeregtheit bietet unsere Stadt sonst bis jetzt das Bild einer nur friedlichen Bewegung. Der Gemeinderath ist zusammengetreten, um seinerseits die Interessen der Stadt in der Lage des Augenblicks wahrzunehmen. (Freib. Ztg.)

Nachrichten aus der Pfalz.

Die „Speyrer Zeitung“ enthält folgende Berichte:

Speyer, 11. Mai. Heute früh fand hier eine Versammlung statt, um nach Maßgabe der Bestimmungen des Reichscommissärs, beziehungsweise jener des Landesausschusses, die Verhältnisse des Kantons Speyer hinsichtlich der Durchführung der Reichsverfassung zu ordnen. Es waren dabei sämmtliche Orte des Kantons vertreten durch ihre Bürgermeister und Gemeinderäthe; ferner waren die Vorstände der Volksvereine und die Officiere der Wehrmannschaft des Kantons anwesend. Es wurde die definitive Organisation des Kantonalvertheidigungsausschusses eingeleitet; ebenso die Wahl des Vertreters des Kantons Speyer bei dem Landesausschuß zu Kaiserslautern; sodann wurden die nächsten nothwendigen Anordnungen getroffen, um die Bewaffnung mobiler Wehrmänner durchzuführen und die Erhebung freiwilliger Gaben zu besorgen. Beschlossen wurde unter andern noch, daß sämmtliche Mitglieder der Versammlung sich sofort zu dem Präsidenten der Kreisregierung der Pfalz begeben sollten, um denselben zu ersuchen, sammt dem Regierungscollegium sich auch unter den jetzigen Verhältnissen von hier nicht zu entfernen, sondern die Geschäfte fortzuführen, indem die sämmtlichen Anwesenden, nicht nur im Namen der Stadt, sondern auch in dem aller Kantonsgemeinden erklärten, die Personen des Präsidenten und der übrigen Mitglieder des Regierungscollegiums vorkommenden Falles so viel möglich schützen zu wollen, welche Erklärung in der bestimmten Voraussetzung geschehe, daß die gedachten Beamten ohne Ausnahme von Herzen der Reichsverfassung zugethan seien. — Das Letzte bestätigte der Herr Regierungspräsident auf das bestimmteste. — Der provisorisch zusammengetretene Kantonalvertheidigungsausschuß begann sofort seine Geschäfte. Bis morgen wird derselbe definitiv gebildet sein. — Die heute früh von hier hinweg nach Germersheim commandirten Soldaten des 6. Infanterieregiments weigerten sich bestimmt, nach einer Festung oder über den Rhein zu ziehen. Auch diejenigen Compagnien, welche vor zwei Tagen nach den benachbarten Landgemeinden verlegt werden waren, und nun hierher marschiren mußten, um gemeinsam mit ihren Kameraden zu ziehen, erzwangen von ihren Officieren, daß diese sie in die Stadt führten. Sie zogen unter dem klingenden Spiele der Volkswehr in dieselbe ein, und wurden mit Freuden von ihren früheren Quartierträgern wieder aufgenommen.

Speyer, 12. Mai. Wie wir vernehmen, soll sich der Bevollmächtigte der Centralgewalt in Folge der neuesten Beschlüsse der Nationalversammlung haben bewegen lassen, die Pfalz noch nicht zu verlassen, sondern bis auf Weiteres auf seinem Posten zu bleiben. — Heute früh um 6 Uhr marschirte der Rest des 6. Linienin'anterieregiments von hier ab. Es war ein sehr kleines Häuflein. Bis zum letzten Augenblicke fanden fortwährend Uebertritte von Soldaten zum Volke statt. Noch auf dem Marsche durch die Straßen der Stadt traten einzelne Soldaten aus den Reihen, um überzugehen. Viele der übergetretenen Soldaten rissen die bayerischen Cocarden von ihren Kasketen ab und verbrannten dieselben; auch die Bleche mit dem Namenszeichen des Königs und der Krone wurden häufig abgerissen. Eine bedeutende Anzahl Soldaten vom 6. Regimente sind einfach nach Hause gegangen.

* **Kaiserslautern**, 13. Mai. Ueber die Bewegung in unserer Rheinpfalz täusche man sich nicht. Sie wird nicht getragen von einer Minorität, von einer Partei des Umsturzes, nein, es ist das ganze Volk, dasselbe pfälzische Volk, welches in den Stürmen des vergangenen Jahres nie den Boden des Gesetzes verließ, weil es diejenigen freisinnigen Institutionen, welche man im übrigen Deutschland erstrebte, großentheils schon besaß — es ist, ich wiederhole es, das ganze Volk, welches sich einmüthig erhebt, der Reiche wie der Arme, der Beamtenstand wie der des Militärs, um dem Particularismus der bayrischen Staatsregierung entgegenzutreten. Und eine solche moralische Macht möchte denn schwerer zu bekämpfen sein, als ein von einzelnen Fanatikern angezettelter, und bloß von Proletariern ausgeführter Putsch. Der Landesausschuß ist, wie das Volk, einig, an der von der Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung festzuhalten, und wenn es auch gegründet ist, daß Einzelne die jetzige Bewegung nur als eine Brücke zur Republik betrachten, so würde es, gerade wie in Württemberg, doch genügen, alle Gemüther zu beruhigen, wenn der König von Bayern sich rasch entschließen könnte, die Reichsverfassung sammt den Grundrechten anzuerkennen. Leider aber ist hierzu noch keine Hoffnung da. — Gegenwärtig befinden sich etwa 500 bis 600 Mann bayerische Truppen, welche den Eid auf die Reichsverfassung geleistet und sich dem Landesausschusse zur Verfügung gestellt haben, in unserer Stadt. — Der größere Theil unserer Abgeordneten zur zweiten Kammer ist heute nach München abgereist.

Deutschland.

Frankfurt, 11. Mai. Das Programm des abgetretenen Reichsministeriums Gagern, welches die Genehmigung des Erzherzogs-Reichsverwesers nicht erhielt, lautete nach der „Deutschen Zeitung“:

1) Die Reichsversammlung hat den Weg, auf welchem die deutsche Reichsverfassung durchzuführen ist, durch ihre Beschlüsse vom 28 April und 4. Mai d. J. vorgezeichnet. Diese Beschlüsse können nicht mit einander im Widerspruch stehend, sondern müssen als sich ergänzend verstanden und ausgeführt werden.

2) Die Berathung des Beschlusses vom 4. Mai unter 1, dahin gehend: „Die Reichsversammlung fordert die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk auf, die Verfassung des deutschen Reichs vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen,“ ist von mehreren Mitgliedern der Reichsversammlung, namentlich dem interimistischen Reichsministerpräsidenten bei der Discussion des Antrags genügend präcisirt worden. Er ist im Zusammenhang mit den übrigen Theilen desselben Beschlusses unter II. bis VII. dahin zu verstehen, daß die Durchführung der Verfassung mittels des Ausschreibens der Wahlen und vermöge der Mittel, welche der Beschluß sub 2b vom 28. April bezeichnet, geschehen soll; nämlich: a) unbeschränkte Ausübung der durch die Grundrechte gewährten freien Presse, des Petitions-, des

Versammlungs- und Associationsrechtes; b) die Benutzung der executivmilitärischen Mittel, den Willen der Majorität zur Geltung zu bringen.

3) Die Anwendung von Zwang zur Durchführung der Verfassung ist von der Reichsversammlung weder deabsichtigt noch gut geheißen, wie schon aus dem Beschlusse unter IV. vom 4. Mai erhellt, indem danach der Fall vorgesehen ist, daß ein oder der andere Staat nicht gewählt haben und darum im Reichstag nicht vertreten sein würde.

4) Eben so wenig kann Seitens der provis. Centralgewalt nach der rechtlichen Stellung derselben, sowie nach den ihr zu Gebote stehenden Mitteln, die Ausübung eines Zwanges zur Durchführung der Reichsverfassung in den Einzelstaaten ihre Aufgabe sein; aber das Reichsministerium hält sich für befugt und verpflichtet, mit allen gesetzlichen Mitteln, und durch das Gewicht der moralischen Macht der Centralgewalt die Durchführung der Reichsverfassung in den deutschen Staaten zu unterstützen und für die Beseitigung aller Hindernisse Sorge zu tragen, welche dieser Durchführung in der darauf gerichteten gesetzlichen Aeußerung des Volkswillens in den Einzelstaaten entgegentreten müssen. Anarchistische Aufreizung gegen die Regierung und gewaltthätige Eingriffe in die Functionen der ordentlichen Behörden müssen im Sinne der Beschlüsse vom 28. April und 4. Mai zurückgewiesen werden.

5) Scheitert eine Regierung, auch wenn sie die Verfassung noch nicht anerkannt hat, dagegen im eigenen Lande ein, so wird als die Aufgabe der Centralgewalt erkannt, vermittelnd einzutreten.

6) Indem das Reichsministerium die Frage der Durchführung der Reichsverfassung als eine allgemeine deutsche Angelegenheit betrachtet, wird es jeder Intervention eines oder mehrerer Einzelstaaten zur Unterdrückung etwaiger Bewegungen zum Zwecke der Anerkennung der Reichsverfassung in anderen Einzelstaaten entgegentreten.

** **Frankfurt**, 15. Mai. Nachstehende Kundmachung ist gestern erschienen: „Der Senat an seine Mitbürger in Stadt und Land. Unsere Stadt ist am verflossenen Abend der Schauplatz von Ereignissen gewesen, beklagenswerth für Einzelne, tief betrübend für Alle. Je schmerzlicher der Eindruck ist, welchen diese Ereignisse bei allen Bewohnern dieser Stadt hervorgebracht haben, um so ernstlicher findet der Senat sich verpflichtet, an alle seine Mitbürger die dringende Ermahnung zu richten, im Vertrauen, daß Recht und Gerechtigkeit werden gehandhabt werden, Ruhe und diejenige umsichtige Mäßigung zu bewahren, welche die Bewohner dieser Stadt schon bei andern Anlässen zu bewahren gewußt haben. Der Senat hat übrigens seinerseits alles bereits aufgeboten und wird in Verbindung mit den übrigen Behörden hierin fortfahren, damit die Wiederholung ähnlicher beklagenswerther Ereignisse unmöglich gemacht werde, und rechnet darauf, daß die gesammte Bürgerschaft in Stadt und Land durch besonnene Haltung seine Bemühungen unterstützen werde. Frankfurt a. M., den 14. Mai 1849. Bürgermeister und Rath der freien Stadt Frankfurt."

*** **Frankfurt**, 15. Mai. In der heute ausgegebenen Nr. 58 des Amtsblatts der freien Stadt Frankfurt wird, im Auftrag hohen Senats, die Verfassung des deutschen Reiches zur Nachachtung bekannt gemacht.

† **Wien**, 11. Mai. Wir entnehmen der „Pester Ztg." vom 6. d. nachstehende Daten. Kossuth hat in einem Berichte an die Nationalversammlung, worin er sich, gemäß dem Willen der Nation, Präsident und Gouverneur von Ungarn und allen dazu gehörigen Ländern nennt, folgendes bereits bestätigtes Ministerium ernannt: Inneres und Präsidentschaft, Barthol. Szemere; Auswärtiges, Graf Casimir Batthyany; Finanzen, Duschek; Communicationen, Csanyi; Kultus der Csanader Bischof Michael Horvath; Justiz, Bucovics; Krieg und Handel wird später angezeigt. Nach dem letzten Berichte vom 6 Nachmittags 4 Uhr war Ofen durch 28 Stunden bombardirt und bereits Breiche geschossen worden. Die ungarischen Batterien stehen auf dem Adler-, Schwaben- und Blocksberg. Einzelne Husaren waren bereits in die untere Stadt Ofen eingedrungen. Das Bombardement Pests von Seite Ofens hatte am 4. Mai mit der gröbsten Gattung von Wurf- und Belagerungsgeschütz begonnen, und namentlich hat die Donauzeile stark gelitten. Auch viele Menschenleben werden beklagt. Am 6. Nachmittags hatte die Beschießung Pests aufgehört und Görgey wurde vom Regierungscommissär Ivanyi aufgefordert, einen Parlamentär nach Ofen zu senden und die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten gegen Pest zu fordern, widrigenfalls die ganze Besatzung der erfolgender Einnahme der Festung das Leben verwirkt hätte.

Wien, 10. Mai. Nachmittag. Unser Kaiser hat sich heute früh von hier auf der Eisenbahn nach Preßburg begeben, und ist, wie eine eben eingelangte telegraphische Depesche meldet, sowohl vom Militär als von der dortigen Bevölkerung mit Enthusiasmus empfangen worden. Die Fahrt von hier nach Preßburg wurde in einer Stunde und 55 Minuten zurückgelegt. Morgen soll sich Se. Maj. nach Göding begeben um der Ankunft der von Fürst Paskiewich befehligten russischen Truppen auf der Eisenbahn anzuordnen. Die russische Armee marschirt in sechs Colonnen, von denen die letzte bis zum 23. d. M. am Ort ihrer Bestimmung eingerückt sein soll.

Die „Wiener Zeitung" berichtet: Dem Vernehmen nach sind zwei große Militärtransporte (circa 100 Wagen) mit russischen Truppen heute früh 4 Uhr von Oderberg in Prerau angekommen; die übrigen Transporte werden in kurzen Zwischenräumen nachfolgen. Dieselben wurden sogleich weiter transportirt, und dürften heute Mittag in Göding eingetroffen sein, von wo sich selbe nach Ungarn begeben.

Aus Mailand melden die neuesten Berichte vom 7. Mai Abends, daß der Marschall Graf Radetzky mit dem Handelsminister von Bruck von Mestre zurück wieder dort eingetroffen war. Die Friedensunterhandlungen mit Sardinien haben wieder begonnen und versprechen ein günstiges Resultat. (W. Z.)

Innsbruck, 7. Mai. Gestern starb dahier Herr Robert Freiherr v. Benz, jubil. Vicepräsident des k. k. tirol. vorarlberg. Guberniums und Ritter des Stephansordens.

Breslau, 11. Mai. Wir haben heute 2 Offiziere, 2 Unteroffiziere und 2 Gemeine, welche am 7. geblieben, begraben, und es ist gegen Vermuthen alles ruhig geblieben; es waren aber auch viele militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen. — Gestern und heute passirten russische Truppen durch Oberschlesien per Eisenbahn in folgender Stärke: 1) Vier Regimenter Infanterie, à 65 Offiziere und 3.000 Gemeine mit 78 Wagen, 29 Reitpferden, 65 Trainpferden, 28 Ochsen, 65 Pud Zwieback, 150 Pud Schweinefett, 112 Pud Grütze. 2) Vier Batterien, à 12 Geschütze mit 24 zweiräderigen Munitionswagen, einem Geldkarren, 3 Reservelavetten, einer Feldschmiede, à 6 Offizieren, 250 Gemeinen und 134 Pferden, mit 88 Pud Zwieback, 2½ Pud Schweinefett, 22 Pud Grütze. — Von den 6504 Gewehren fehlen gegenwärtig kaum noch 500, welche längst nach Posen oder Ungarn verkauft worden sind. Zu anderen komischen Scenen bei der Ablieferung kam auch die Uebergabe einer Muckete, auf deren Bajonett ein Kranz von Vergißmeinnicht hing. — Engelmann soll nach Frankfurt abgereist sein.

Königsberg, 10. Mai. Das hiesige Polizeipräsidium soll den Beschluß des Magistrats, in Betreff der Einberufung des Städtetages von seiner Seite sofort der hiesigen königl. Regierung zur weiteren Veranlassung angezeigt haben, und ist von dieser die Entschließung gefaßt worden, und zwar mit allen gegen nur 3 Stimmen, daß gegen das Unternehmen des Magistrats nichts einzuwenden sei. Später erst haben sich in ihrer gestrigen Nachmittagssitzung auch die Stadtverordneten für den Beschluß des Magistrates entschieden und steht in den heutigen Zeitungen bereits die Einladung an alle Stadtgemeinden Ostpreußens, Westpreußens und Litthauens, den Städtetag am 19. d. M. im hiesigen Rathhausgebäude mit Deputirten zu beschicken.

München, 12. Mai. (Pr.-Corr.) Gegen die beiden Studenten Gebrüder Seneburg wurden heute vom Kreis- und Stadtgerichte Verhaftsbefehle erlassen, wie man vernimmt, wegen eines von ihnen verfaßten Aufrufs an die Soldaten. Der Verhaftsbefehl hat indessen die beiden Herren nicht mehr angetroffen. — Heute hat eine vierstündige Sitzung des Staatsraths stattgefunden, in welcher wichtige, durch die dermaligen Verhältnisse des Landes veranlaßte Beschlüsse gefaßt worden sein sollen.

Aus **Nürnberg** vom 12. Mai wird von einem Handgemenge zwischen Bürgern und Soldaten geschrieben, veranlaßt durch einen gegen das Militär stark aufreizenden Zeitungsartikel. Es fielen mehrere Verwundungen vor. In der Stadt sind bedeutende Truppenmassen zusammengezogen. Einige Herren von Nürnberg sollen nach Frankfurt gegangen sein (sie sind bekanntlich wirklich in Frankfurt gewesen) sich einen Reichscommissär für Franken zu erbitten. Niemand aber soll in Nürnberg ihnen ein Mandat dazu gegeben haben. (A. Z.)

Würzburg, 14. Mai. Die hiesige Zeitung berichtet: Gestern Vormittag fand im römischen Kaiser eine Volksversammlung statt, der wohl an zweitausend Menschen aus allen Ständen beiwohnten. In derselben wurde nicht nur von Herrn Dr. Chr. Schmitt ein Organisationsplan zur gesetzlichen Durchführung der deutschen Reichsverfassung vorgelegt und von der Versammlung angenommen, sondern auch diese von der Versammlung nach geschehener Aufforderung von Seiten des Präsidenten, Herrn Metzler, beschworen, für die Reichsverfassung Gut und Blut einzusetzen. Auch eine Anzahl Soldaten waren in der Versammlung und Herr Dr. Schmitt nahm in seiner Rede Gelegenheit, zu bemerken, es werde nach der Stimmung der Soldaten seit einigen Tagen hier wohl schwerlich zu einem Conflicte zwischen diesen und den Bürgern kommen. Lauter Beifall folgte dieser Aeußerung. — In der That wurden jüngster Tage sowohl in den Kasernen, als auf öffentlichen Plätzen Aeußerungen vernommen, die darauf schließen lassen, daß der Gedanke der Nothwendigkeit der Reichsverfassung auch unter dem Militär Platz greift.

Auch in **Winterhausen** wurde eine sehr zahlreich besuchte Versammlung abgehalten, in welcher dieselben Beschlüsse gefaßt wurden.

Am 10. verließ eine für die Pfalz bestimmte Abtheilung Recruten Würzburg auf dem Dampfschiff Leopold, um mit demselben direct nach Ludwigshafen zu gelangen. Am andern Morgen langten sie dort an, nachdem bereits dieser Platz in den Händen der Pfälzer war. Die Recruten wurden sofort von diesen auf die Reichsverfassung beeidigt. Der commandirende Offizier kehrte hierher zurück, das Dampfschiff blieb vorläufig in ihren Händen. (N. W. Z.)

Osnabrück, 10. Mai. Bürgermeister und Rath unserer Stadt veröffentlichen heute eine Erklärung, daß sie an den Schritten zur Anerkennung der Alleinberechtigung der Nationalversammlung keinen Theil nehmen werden und im Vertrauen auf die weise Vorsicht der Regierung sich nicht bewogen finden, die Bitte um sofortige Anordnung der Neuwahlen zu unterstützen. Gestern kam eine Estafette von Hannover, und man sagt hier allgemein, sie habe diese Erklärung unsers Magistrats überbracht.

Mainz, 11. Mai, 11 Uhr. (Mainz Z.) Soeben sind 4 Sechspfünder und eine Haubitze nebst Munitionswagen mit 42 Pferden und 72 Mann preußischer Artillerie, vom Hunsrück kommend, hier eingerückt. Das 38. Infanterieregiment hat Ordre zum Ausrücken auf den Donnerstag.

Oldenburg, 12. Mai. Wie es von unserer Regierung, die schon früher die Festhaltung an der Nationalversammlung und der Centralgewalt ausgesprochen hatte, deßhalb nicht anders zu erwarten war, so ist es jetzt geschehen. Wie ich Ihnen mit Bestimmtheit melden kann, ist die „Verfassung des deutschen Reichs" nebst dem „Wahlgesetz" unter der Presse und wird in den nächsten Tagen ausgegeben werden.

Flensburg, 8. Mai. Gestern passirten Capitän Meyer, Ercommandeur des „Gefion", und andere dänische Gefangene, welche ausgewechselt, Flensburg. Gegen Meyer hat Hauptmann v. Soden die Freiheit erhalten. — Die Dänen geben ihren Verlust bei Gudsoe auf 90 Verwundete an; der Rückzug vor den „Insurgenten und Reichstruppen" sei in bester Ordnung geschehen. (Hb. Corr.)

Flensburg, 11. Mai. Das Gerücht von der Einnahme der dänischen Festung Fridericia hat sich bis jetzt nicht bestätigt. Auch passirte heute noch schweres Geschütz hier durch, mehrere Granatkanonen und mehrere Mörser. — Von Düppel her hört man noch immer nichts. Auch die Kanonade, welche man heute hier vernimmt, weiset nicht dort hin, sondern nach Süvest; also nach Eckernförde und Friedrichsort. Um so weniger dürfte man sich über die Richtung getäuscht haben, da auch Landleute aus dem östlichen Angeln den Kanonendonner in der gedachten Richtung gehört haben.

In Betreff der in Jütland zu erhebenden Naturalcontributionen ist folgender Armeebefehl am 8. erschienen: „Wenn es möglich ist, soll die Armee aus den Magazinen, die Jütland zu füllen hat, verpflegt werden. Wo dies nicht gut angeht, haben die Quartierwirthe, wenn es ohne zu große Hartherzigkeit geschehen kann, die Einquartierung zu verpflegen. Da dies aber nicht lange ausreichen wird, so haben die verschiedenen Abtheilungen, sobald es nothwendig ist, kleine bewaffnete Requisitionstrupps unter einem Offizier und in Begleitung eines Dolmetschers und des betreffenden Bauernvogts zu entsenden. Das Erlangte wird in die verschiedenen belegten Gemeinden oder Gehöfte vertheilt. Jedenfalls hat das Quartier aber Frühstück und Wein für die Offiziere, sowie wenigstens Grog für die Mannschaft herzugeben." — Graf Sponneck (Stiftsamtmann von Ripen) hat es übernommen, vom 10. Mai an für die Verpflegung von 40,000 Mann deutscher Truppen zu sorgen.

△ Aus **Thüringen**, 10. Mai. Schon in voriger Woche wurde die Verfassung des deutschen Reichs in den Herzogthümern Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg-Gotha auf gesetzlichem Wege publicirt; ebenso sind mit dem Regierungsblatt des Großherzogthums Sachsen-Weimar-Eisenach vom 9. d. M. zwei Bogen der Reichsverfassung ausgegeben worden, und es wird der Schluß im nächsten Blatt nachfolgen.

Italien.

ɣ **Rom**, 3. Mai. Nach der übergroßen Erregung folgt Abspannung. Die Franzosen haben sich, ohne daß es zu einem neuen Kampfe gekommen wäre, nach Palo (auf dem halben Wege nach Civitavecchia) zurückgezogen. Officiell bestätigt ist dagegen das Anrücken der Neapolitaner. Ihre Stärke wird auf 15-25,000 Mann angegeben, die in 2 Corps über Frosinone und Terracina langsam vorrücken, um die einzelnen Ortschaften zu entwaffnen und sich den Rücken frei zu halten. Hier arbeitet man fortwährend an der Befestigung, und es stellt sich heraus, daß man ziemlich toll dabei wirthschaftet. Viele Häuser vor den Thoren werden niedergebrannt, Baumpflanzungen und viele Villenanlagen werden zerstört, ohne daß wesentlicher Nutzen davon zu hoffen wäre. Der Haß gegen die Signori belundet sich hierdurch recht auffallend. Man wird sich nicht mehr scheuen, noch weiter zu gehen. Jetzt wird alles Silberzeug abgefordert, um den Sold der Truppen zu erschwingen. Auch gegen Personen wird schärfer verfahren. Man behauptet, es seien schon mehrere Geistliche und Mönche erschossen worden. Es ist eine Thatsache, daß Garibaldi römische Parlamentäre, die mit allen nöthigen Papieren von Seiten der Regierung versehen waren, nicht hat passiren lassen. Man möchte fast glauben, daß es ohne ihn zu dem Kampfe am Montag nicht gekommen wäre. Die Zahl der am Montag Gefallenen auf Seite der Römer wird auf 60 angegeben.

Frankreich.

A **Straßburg**, 13. Mai. Abends. So eben trifft hier folgende telegraphische Depesche ein: „Paris, 13. Mai 4 Uhr Abends. Der Minister des Innern an die Präfecten. Paris genießt die tiefste Ruhe. Das Vertrauen kehrt wieder. Die Wähler stimmen mit Eifer. Die Regierung hat vom General Oudinot folgende aus Palo vom 10. datirte Depesche erhalten. Die dritte Brigade und das 16. leichte Regiment sind glücklich gelandet. Die numerische Stärke des Expeditionscorps ist vollkommen hinreichend, um Frankreich den Einfluß, welchen es in diesem Lande ausüben soll, zu sichern. Morgen rücke ich vorwärts, um eine Stellung einzunehmen, von wo ich aus den westlichen Bezirk der Stadt (Rom) beherrschen kann. Ich bin stark gerüstet in Fumiano. Der moralische und Gesundheitszustand der Truppen läßt, eine Anzahl von 30 Verwundeten ausgenommen, nichts zu wünschen übrig. Die römische Regierung hat keinen einzigen Soldaten und nicht einmal einen Tornister in ihrem Besitz.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 14. Mai. Auch die Stimmung der heutigen Börse läßt sich nicht Anders als willig nennen; ungeachtet der erhaltenen Nachrichten von ausgedrohenen ernstlichen Unruhen im badischen Lande, zeigte die Haltung sämmtlicher Fonds dennoch viel Festigkeit, und war sehr wenige Gattungen wurden etwas niedriger als gestern verhandelt. 5pCt. Metall. blieben 71½ pCt. G., 2½pCt. Metall 39½ pCt., Wiener-Bankactien 1135 fl., 500 fl. Loose 123¾ pCt., 250 fl. Loose 75½ pCt., Kurhess. 40 Thlr. Loose 27 Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 27½, ½ fl., do. 50 fl. 47½ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 21½ fl., do. 50 fl. Loose 69½ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20½ fl., Sardinische Loose 25½ fr., Polen 500 Loose 72½ Rthlr. Von süddeutschen Obligationen 4½pCt. Württemberger lebhaft begehrt, 94 pCt. G., do. 3½pCt. 76½ pCt. Bad. 3½pCt. Obligationen 76½ pCt., do. 3pCt. bad. vom Jahr 1845 95½ pCt. Nassauer 3½pCt. Obligationen 79½ pCt., do. vom Jahr 1849 99½ pCt. G. Von belgischen Obligationen 2½pCt. belgische 43½, ditto 4½pCt. 83½, do. 5pCt. 90½. Holländ. 2½pCt. Integr. 50 pCt. G. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 32½ Rthlr., Berbach Lauer 69½ pCt., Köln-Minden 75¾ pCt., Taunus 273 fl. 3pCt. inländische Span. schließen sehr fest im Cours 21½ à 24½ pCt. Alle Wechsel heute sehr gesucht: Amsterdam 101½ G., London 121½ G., Hamburg 85½ G., Bremen 99½ G., Paris 95½ G. Berlin 105½, Leipzig 105½, Wiener 100½ Ducaten 1pCt. G.

Wien, 11. Mai. 5pCt. Metall. 89½, 89¾. — 4pCt. 71. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1120. — 500 fl. Loose 147. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnactie 91½. — Glogauiger 92. — Mailänder 69.

Metall. fest. Comptanten sind wieder bedeutend gestiegen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

An die Bewohner des Freistaats Frankfurt.

Mitbürger!

Höret und beherzigt in diesem ernsten Augenblicke unser dringendes, wohlgemeintes Wort!

Die deutsche Reichsverfassung und die Nationalversammlung sind gefährdet; beide aber finden ihre beste, sicherste Gewähr in der würdig-männlichen Haltung des deutschen Volkes; an seiner begeisterten Sympathie werden alle reactionäre Sondergelüste zu Schanden werden. Das weiß die Reaction und darum möchte sie um jeden Preis die großartig-ernste selbstbewußte Haltung des Volkes untergraben. Mitbürger, laßt Euch durch keinerlei Herausforderung von dem Boden des Rechtes hinweg zu leidenschaftlich übereilten Handlungen hinreißen; sobald Ihr diesen unerschütterlich festen Boden des Rechtes verlaßt, seid Ihr unsicher und fallet in die Schlingen der Gewaltherrschaft. Haltet darum standhaft fest an Recht und Ordnung, und beweiset, daß Mäßigung auch im gerechtesten Unwillen eine starke Waffe der Ueberzeugung ist. Durch unsere besonnene aber entschiedene Haltung muß es der Reaction mißlingen, die Säbelherrschaft dauernd über unser schönes Vaterland zu verhängen und sich durch einen Straßensieg den Anschein der besseren Sache zu geben.

Es lebe die deutsche Reichsverfassung! Es lebe die Nationalversammlung!

Frankfurt, den 12. Mai 1849.

[1377] **Das Montagskränzchen.**

[1336] **Bekanntmachung.**

Mit höchstlandesherrlicher Genehmigung und unter Mitwirkung der General-Verwaltung der Königlich Bayerischen Posten und Eisenbahnen wird, behufs der Herstellung vermehrter und unmittelbarer Anschlüsse an die betreffenden Eisenbahnzüge nach und von Bamberg, Nürnberg, Culmbach und Hof ꝛc., vom 16. d. M. an eine tägliche dritte Personenfahrt zwischen Coburg und Lichtenfels eingerichtet werden, zufolge dessen zwischen diesen Städten von genanntem Tage an nachstehender Postenlauf stattfinden wird:

aus Coburg:	aus Lichtenfels:
um 6½ Uhr früh,	um 9 Uhr Vormittags,
„ 11½ „ Vormittags,	„ 2½ „ Nachmittags,
„ 4 „ Nachmittags;	„ 7 „ Abends.

Auf den ersten Wagen von Lichtenfels nach Coburg influirt außer dem ersten Nürnberg-Hofer Personenzuge ein gegen 7¼ Uhr früh in Lichtenfels eintreffender Culmbach-Nürnberger Personen- und Güterzug.

Frankfurt a. M., den 10. Mai 1849.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.
vdt. Kölle.

[1255] **Bekanntmachungen in Postsachen.**

Vom 1. k. M. an hören die Packwagenfahrten zwischen **Ulm** und **Augsburg** auf und werden die Fahrpostsendungen mit den zwischen diesen Orten coursirenden Eilwagen befördert.

Frankfurt a. M., den 15. Mai 1849.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.
vdt. Kölle.

[1374] Dienstag den 15. Mai und von da an täglich Vormittags von 11 bis 1 Uhr und Abends von 7 bis 9 Uhr

Concerte

auf dem von M. Welte aus Vöhrenbach im badischen Schwarzwald verfertigten großen mechanischen nach Odessa bestimmten Musikwerke

Orchestrion

im großen Saale des „Weidenbusches".

Eintrittspreis an der Kasse: das Billet 1 fl., fünf Abonnements- oder Familienbillets 4 fl. in der Musikhandlung von C. André.

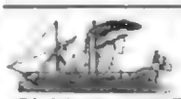
Unter vorheriger Rücksprache werden auch besondere Concerte für Familien gegeben.

---

[741] Zur Beförderung von Personen und Waaren von ab **Köln** vermittelst der Rheinischen, Belgischen und Französischen Nordbahn nach **Aachen, Brüssel, Antwerpen, Paris, Calais** und **Havre** werden die nöthigen Anleitungen und Tarife bei mir unentgeltlich ertheilt.

Frankfurt, im März 1849.

Franz Jos. Böhm Sohn.



Dampf-Packetfahrt
zwischen
Lübeck und St. Petersburg.

Die bekannten, unter Russischer Flagge fahrenden drei Dampfschiffe der St. Petersburg-Lübecker-Dampfschifffahrt-Gesellschaft: **Nicolai I., Nadeschdik** und **Alexandra**, unterhalten in diesem Jahre die regelmäßige Fahrt zwischen den oben genannten Plätzen. Jeden Dienstag geht eins derselben von jedem der beiden Plätze ab; von Lübeck das erste am 1. Mai, das letzte am 30. October.

Abfahrt von **Travemünde**: Dienstag, Nachmittags 5 Uhr.

Preise der Passage mit Beköstigung:
Erste Cajüte 63 Rthlr., zweite 41 Rthlr., dritte 26 Rthlr. Pr. Ct.
Nähere Nachricht ertheilt:

Das Comptoir der Dampfschifffahrt-Gesellschaft in Lübeck.

☞ Exemplare des Prospectus sind in der Expedition dieser Zeitung zu haben. [1174]

[1070] **Ausschreiben.**

Die Dotation aus der Koppel Levi'schen Stiftung betreffend.

Nach der Rechnung der Koppel Levi'schen Stiftung ist eine Dotation von 400 fl. zur Austheilung gemäß der Anordnung des Stifters bereit. Es werden daher alle diejenigen Verwandtinnen des Stifters, welche hierauf Anspruch zu machen gedenken, aufgefordert, längstens bis zum 1. Juli l. J. bei der unterfertigten Stiftungsverrechnung sich anzumelden, und dabei beglaubigte Zeugnisse vorzulegen

1) in welchem Grade und in welcher Linie sie mit dem Stifter Koppel Levi verwandt sind,
2) ob sie elternlos sind oder nicht,
3) daß sie kein eignes oder elterliches Vermögen von 400 fl. besitzen,
4) daß sie ehemündig und noch unverheirathet sind.

Dabei wird bemerkt, daß die Gesuche, welche nicht mit allen oben bezeichneten oder nicht mit gehörig beglaubigten Zeugnissen begleitet sind, so wie die nach der festgesetzten Zeit kommenden für diese Periode nicht mehr berücksichtigt werden.

Mannheim, den 11. April 1849.

Die Stiftungs-Verrechnung.
Rosenfeld.

[1376] **Liegenschafts-Versteigerung.**

Die Kloster-Centralverwaltung des Kantons Thurgau bringt Montag den 25. Juni, Abends 6 Uhr, im Gasthof zum „Löwen" zu Kreuzlingen auf öffentliche Verkaufs-Versteigerung:

die Gebäulichkeiten nebst einem Theil der Liegenschaften des aufgehobenen Stifts Kreuzlingen,

bestehend in

A. Gebäulichkeiten.

1) Klostergebäude (mit Ausschluß der angebauten Kirche) nebst den Räumlichkeiten der landwirthschaftlichen Schule, der Verwaltungswohnung, dem Oekonomiegebäude, dem Kornspeichergebäude mit Trotte und angebauten Schweinställen,
2) das Seminar mit Nebengebäude,
3) das ehemalige Wirthshaus zum „Hörnle",
4) das Gebäude am See, enthaltend eine Rebmannswohnung, sehr geräumige Kornspeicher, ein großer gewölbter Keller und eine Weintrotte,
5) das Wohnhaus zum sogenannten „rothen Storkel",
6) das Wohnhaus zum „großen Stein", mit 150 Ruthen Gartenland.

B. Liegenschaften:

		Jucharte.	Ruth.
7) Hofraum mit zwei laufendem Brunnen, Gemüsegarten, worin Gartenhaus u. Gärtnerwohnung		2	300
8) Wiesland	in unmittelbarer Nähe	42	250
9) Ackerfeld	bei den Gebäulichkeiten	40	200
10) Reben und Gartenland	liegend,	15	300
11) Waldung:			
a. Mittelwald	267. 200.		
b. Hochwald (Rakelholz)	34. —		
c. Niederwald	— 200		
		302	—
		403	250

Das oben beschriebene Gut liegt an den reizenden Ufern des Bodensee's, nahe bei Konstanz, an der Hauptstraße nach St. Gallen, in einer gesunden Gegend. Man genießt daselbst eine herrliche Aussicht, die sich bis in die Alpen erstreckt. Sowohl in Hinsicht auf den Betrieb, als auch den Genuß von Landwirthen aller Art ist die größte Leichtigkeit dargeboten. Wenn sich das Gut zu einem Herrschaftssitz vorzugsweise eignet, so ist nicht minder die Möglichkeit gegeben, daselbst für einen großartigen landwirthschaftlichen Betrieb, oder auch für Fabrikation, die nicht die Kraft laufenden Wassers erfordert, zu verwenden. Der Boden zeichnet sich durch Fruchtbarkeit aus, die Gebäulichkeiten sind sehr gut erhalten, die Waldungen wurden namentlich in jüngster Zeit sorgerecht bewirthschaftet, die Reben sind von den edelsten Gewächsen und liefern einen trefflichen Wein.

Weitere Auskunft ertheilt auf frankirte Anfragen die unterfertigte Stelle.

Frauenfeld den 10 Mai 1849.

Kloster-Centralverwaltung des Kantons Thurgau.

---

[982] **Kaltwasser-Heilanstalt Herrenalb**

im romantischen Albthal in der Nähe von Baden-Baden, Wildbad und der Residenz Karlsruhe.

Mit Bezugnahme auf die frühere weitläufige Anzeige wird folgendes bemerkt:

Die Eröffnung findet am 1. Mai d. J. statt, und wird die Kur das ganze Jahr ununterbrochen fortgesetzt.

Die Quellen, welche die Anstalt benützt, haben eine Temperatur von 4 bis + 6° Reaumur, welche im Sommer nicht steigt und im Winter nicht fällt.

Besondere Rücksicht soll auf die Diät der Kranken genommen, und diese den verschiedenen Krankheitsformen angepaßt werden.

Die Molkenkur wird vom Monat Mai bis Ende September unter der Leitung des Arztes der Anstalt in Anwendung kommen. Diejenigen, welche die hiesige Gegend zum Zweck einer Luftveränderung wählen, werden bereitwillige Aufnahme finden. — Mannigfache Auswahl von schattigen Spaziergängen, Forellenbächen und Jagd werden dem rüstigen Fußgänger die nöthige Unterhaltung gewähren, sowie bei schlechtem Wetter gedeckte Gänge, Kegelbahnen, Billard- und Conversationszimmer zur Erheiterung beitragen werden. Mit Recht kann man behaupten, daß Herrenalb von der Natur selbst zu einer Heilanstalt geschaffen ist, und in Beziehung auf Wasser und Luft nicht allein Gräfenberg gleich, sondern sogar voransteht.

Die wöchentlichen Preise, nach der Lage und Größe des Zimmers in drei Klassen getheilt, sind:

1. Klasse fl. 16 oder Rthlr. 9. 4 Gr. Preuß. Cour.
2. „ „ 12 „ „ 6. 25 „ „ „
3. „ „ 9 „ „ 5. 4 „ „ „

Hierin wird gegeben: möblirtes Zimmer, Leinwand, Handtücher, 2 Badetücher, die durch den Arzt vorgeschriebene Kost, Bäder, Badebedienung und ärztliche Behandlung.

Eine nähere Beschreibung (Prospectus) der Anstalt und der Umgebung, worinnen die zu heilenden Krankheiten durch die Wasserkur näher bezeichnet und noch andere Bemerkungen enthalten sind, wird gratis ertheilt in Frankfurt bei Herrn **Schnaebele**, Roßmarkt Nr. 11.

Die ärztliche Oberleitung hat Herr Dr. Weiß, der sich früher diesem Zweig der Heilkunde in Gräfenberg widmete, übernommen; man bittet daher, die von seinen Rezept gehörigen Anfragen franco an ihn zu richten, Anfragen in jeder andern Beziehung franco an den Vorstand der Anstalt.

Herrenalb, Postamt Pforzheim, im März 1849.

Dr. Weiß. G. A. Mohl.

Bekanntmachung.

Statt der früher angekündigten Fahrten des Dampfschiffes **Lübeck**, Capt. G. Jahr, welcher Travemünde, Kopenhagen, Gothenburg und Christiania, wird dasselbe bis auf Weiteres zweimal wöchentlich, und zwar Dienstags und Sonnabends Nachmittags 6 Uhr von Travemünde mit der Post, Passagieren und Gütern nach Kopenhagen abgehen und Donnerstags und Sonntags von dort seine Rückreise antreten. Es wird am Dienstag, den 27. März, zurück von Travemünde seine Fahrten beginnen.

Lübeck, den 23. März 1849.

Die Direction der Lübecker Dampfschifffahrts-Gesellschaft.

NB. Fetzern, Bettfedern und Haare werden nicht geladen. [869]

Neueste **Tolle du Nord**-Kleider zu 3 fl. 15 kr. bei **L. B. Schuster**, Fischerstraße Nr. 5. [547]

[1239] Ein- und Verkauf von Staatspapieren und Amortisationsloosen bei

Julius Stiebel junior.

[1267] Ein in der Bleizucker- und Farbenfabrikation erfahrener Techniker sucht zum Ankauf und Betrieb einer gut gelegenen Bleiweißfabrik und zur Einrichtung einer dazu passenden Farbenfabrik einen Theilnehmer mit einem Fonds von 15—20,000 fl.

Nur Denjenigen, welche die Absicht haben, hierauf einzugehen, beliebe eine Uebersicht über die Rentabilität ꝛc. zu ertheilen.

Frankirte und mit A. Z bezeichnete Briefe befördert die Expedition dieser Blätter.

[1375] **Todes-Anzeige**

Nach längerem Krankenlager entschlummerte heute sanft zu einem besseren Leben unsere geliebte Mutter und Schwiegermutter, die verwittwete Frau Bergrathin Louise Schmidt, geb. Knapp, in dem Alter von 65 Jahren.

Entfernten Freunden und Verwandten widmet diese Traueranzeige

Gäsar Schmidt
Wilhelmine Klein geb. Schmidt.
August Klein.
Julie Schmidt geb. Standinger

Dattenbruch bei Siegen, 10. Mai 1849.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[1372] **Bekanntmachung.**

Heute, Samstag den 12. Mai 1849 Morgens, wurde im Main bei der Schwimmanstalt am Untermainthor dahier der unbekleidete Leichnam eines neugeborenen noch nicht völlig ausgetragenen Kindes männlichen Geschlechts gefunden, indem er sich an einer hiesigen Arche gelandet angetroffen hatte. Die Kennzeichen deuten darauf hin, daß dieses Kind lebend geboren worden sei.

Die Kennzeichen sind dunkelbraun. Der eingetretenen Fäulniß nach zu schließen sind seit der Geburt acht Tage verflossen.

Alle diejenigen, welche Aufklärungen zur Ermittelung der Mutter dieses Kindes ertheilen können, werden dringend ersucht, solche dem unterzeichneten Amte zur Kenntniß zu bringen.

Frankfurt a. M., den 12. Mai 1849.

Peinlich Verhör-Amt.

[1315] **Edictalladung.**

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß der am 3. November 1848 verstorbenen hiesigen Bürgers- und Kirchers-Witwe Maria Katharina Enders, geborenen Schmidt, Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hiermit vorgeladen, solche binnen

zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als sonst weiter Nachlaß an die ausgetretenen, zum Theile auswärts wohnenden Testaments-Erben ohne fernere Exclusion verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 30. April 1849.

Stadt-Gericht II.
Actis Dr. Böhmer.
Dr. Eisen, Ger. Secr.

[1239] **Edictalladung.**

Alle diejenigen, welche an die Verlassenschaften nachbenannter verstorbener Personen:

1) des hiesigen Bürgers Johann Jacob Walt,
2) der hiesigen Bürgerwittwe Catharina Rudolph, geb. Braun,
3) des Bierbrauergesellen Louis Joseph aus Hanau,
4) der Elisabetha Deubert aus Gelnhausen,
5) des Leser Steinfeld aus Cronberg,
6) des hiesigen Bürgers und Handelsmanns Jeremias Strauß,
7) des hiesigen Liniensoldaten Georg Stippel aus Gudach in Kurhessen,
8) des hiesigen Linienfoldaten Joseph Bischoff aus Horas in Kurhessen,

Erb- oder sonstige Ansprüche und Forderungen zu machen haben, werden hiermit aufgefordert, solche so gewiß in dem anmit auf

Donnerstag den 24. Mai 1849,

Vormittags 9 Uhr, anberaumten Termine dahier anzuzeigen, als ansonsten jene Nachlaß-, vorzugsweise gerichtliche Verzeigerung der vorgefundenen Mobiliarschaft an diejenigen, welche sich mit Ansprüchen angemeldet und solche als richtig nachgewiesen haben werden, verhellt, die etwaigen Ueberschüsse aber dem hiesigen Fiscus überwiesen werden sollen.

Frankfurt a. M., den 28. April 1849.

Stadt-Amt III.
Bernard.
Dr. G. Jäger, Act.

[1280] **Oeffentliche Ladung.**

Der Großh. Baumeister Brust, dahier, hat eine Unterhandlung mit seinen bekannten Gläubigern über gütliche Erledigung seines Schuldenwesens eingeleitet, dabei eine genaue Kenntniß seines Schuldenstandes erforderlich ist, weshalb die etwa bis jetzt noch nicht gerichtlich aufgetretenen Gläubiger zur Geltendmachung ihrer Ansprüche auf

Montag den 21. Mai l. J., Vorm. 11 Uhr,

vor unterzeichnetes Gericht mit dem Bemerken geladen werden, daß die Ausbleibenden im Falle einer Vereinbarung unter den bekannten Betheiligten, bei dem gerichtlichen Vollziehungsmaßregeln unberücksichtigt bleiben würden.

Darmstadt, den 16. April 1849.

Großh. Hess. Stadtgericht.
Strecker.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Konversations-Blatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Dienstag (Beilage zu Nro. 115.) 15. Mai 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

220. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident Reh.

H **Frankfurt**, 15. Mai.

Die Sitzung wird um 11¼ Uhr durch den ersten Vicepräsidenten Biedermann eröffnet. Der Vorsitzende meldet, daß die Abgg. Renger und Demel in den Dreißigerausschuß gewählt worden, ferner den Austritt der Abgg. Hoppenstedt aus Hannover und Radebusch. Der Ersatzmann für Letzteren ist bereits eingetroffen. Eingelaufen sind ferner ein Flottenbeitrag und viele Zustimmungsadressen aus Hannover, Sachsen, Preußen. Der Vorsitzende Reh, welcher auf dem Bureau erscheint, theilt hierauf der Versammlung mit, daß er so eben von Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzoge Reichsverweser komme, welcher ihm eröffnet, daß er eine weitere telegraphische Depesche aus Berlin erhalten habe, welche ihm melde, daß am 14. d. M. Abends der k. Commissär Berlin verlassen habe, also bis morgen Mittag längstens eintreffen werde. Der Reichsverweser habe gefragt, ob sich wohl die Nat.-Vers. bestimmen lassen könne, die Ankunft desselben abzuwarten. (Nein links.) Der Vorsitzende habe hierauf erklärt, daß er dies nicht im Namen der Versammlung beantworten könne und sodann Se. kaiserliche Hoheit gefragt, ob er nicht in der jetzigen dringlichen Lage des Vaterlandes das ihm vorgelegte bekannte Programm anerkennen und diejenigen Männer wieder mit der Regierung betrauen wolle, welche sich des Zutrauens der Mehrheit der Nation erfreuten. Se. kaiserl. Hoheit habe erklärt, er erkenne die dringliche Lage des Vaterlandes nur zu sehr an und werde wohl morgen in der Lage sein, eine genauere Antwort zu ertheilen. Se. kaiserl. Hoheit äußerte sich: Niemand kann die Lage des Vaterlandes tiefer fühlen als ich; was ich dazu thun kann, die Lage zu verbessern, das wird geschehen. Er versicherte den Vorsitzenden, daß er nicht nur keinen Angriff auf die Versammlung zugeben, sondern daß er nöthigenfalls sein Leben einsetzen werde, um dieselbe zu schützen. (Großer Beifall.) Abg. Arndt benutzt die Gelegenheit um den Vorzügen und den Verdiensten Sr. kais. Hoheit die gebührende Anerkennung zu zollen und einige Reden zu tadeln, welche seit Kurzem gegen denselben hier gehalten worden. Er befürwortet den Wunsch des Reichsverwesers. (Beifall; zeitweilige Unterbrechungen von der linken Seite.) Abg. Wigard, der das Wort erhält, meint, der preußische Bevollmächtigte hat sich in unsere Angelegenheiten gar nicht zu mischen, und stellt den Antrag: die Nationalversammlung beschließe, in Erwägung, daß sie nicht zugeben kann, daß die Bildung eines Reichsministeriums von den Instructionen eines preußischen Commissärs abhängig gemacht werden könne, sofort eine Deputation an den Reichsverweser zu senden, um ihn zu veranlassen, noch heute ohne Berücksichtigung des preußischen Bevollmächtigten zur Bildung eines neuen Ministeriums zu schreiten. Abgeordneter Bresgen beantragt, die Nationalversammlung beschließe, aus den regierenden Fürsten, welche die Verfassung anerkannt haben, einen Reichsstatthalter mit absoluter Stimmenmehrheit zu wählen, und bis zur absoluten Uebernahme durch denselben werde eine Reichsregentschaft von 5 Mitgliedern gebildet, welche vor der Nationalversammlung den Eid auf die Verfassung zu leisten haben. Die Nationalversammlung bleibt permanent bis zum Zusammentritte eines neuen Reichstags. Dem Antrage des Abgeordneten Bresgen wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt, er wird an den Dreißigerausschuß verwiesen. Abgeordneter Biedermann u. G. haben einen Antrag in ähnlicher Richtung wie der des Abg. Bresgen eingereicht; er schlägt unter Anderem vor, daß bis zum Regierungsantritte des Reichsstatthalters Herr H. v. Gagern an seiner Stelle mit einem verantwortlichen Ministerium regiere. Der Antrag geht an den Ausschuß. Dem Antrage des Abg. Wigard wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt und derselbe als erledigt beseitigt. Abg. Raveaux zeigt einen Bericht des Dreißigerausschusses über einen vom Abg. Umbscheiden gestellten Antrag, die Bewegung der Pfalz unter den Schutz des Reichs zu stellen und die Centralgewalt aufzufordern, einen Reichscommissär dahin abzusenden, um für die Reichsverfassung zu wirken. Der Ausschuß erkennt die Dringlichkeit des Antrags des Abgeordneten Umbscheiden an, er wünscht den Bericht des Reichscommissärs Eisenstuck und die Eröffnungen des interimistischen Reichsministeriums zu vernehmen, und behält sich seine Anträge vor. — Dem Wunsche des Herrn Eisenstuck, jetzt über seine Sendung Bericht zu erstatten, wird von der Versammlung nicht entsprochen. — Abg. Raveaux stellt den Antrag, die Sitzung auf eine Stunde zu vertagen. Bis dahin sollte der Ausschuß Bericht erstatten. Abg. Langerfeld will, daß man die Sitzung bis 4 Uhr vertage. Der letztere Antrag wird angenommen und somit die Sitzung bis 4 Uhr vertagt. Schluß der Sitzung 12¾ Uhr.

Berichtigung. In einigen Exemplaren unseres Hauptblattes: Sitzungsbericht, Rede des interimistischen Ministerpräsidenten v. Gagern, Seite 2, Zeile 1 von oben bitten wir statt „minder" zu lesen „wieder". — Der Abg. Hirschberg aus Schwarzburg-Sondershausen hat in der Sitzung vom 12. d. M. nicht seinen Austritt erklärt, sondern eine eventuelle Austrittserklärung vom 3. d. M. zurückgenommen.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 14. Mai. Aus der Erklärung des Reichsverwesers, welche heute Vormittags in der verfassunggebenden Reichsversammlung verlesen worden, ergibt sich, daß der Herr Erzherzog einen Commissär der königl. preußischen Regierung mit nächstem erwartet, und von dem Inhalte seiner Sendung seine weiteren Beschlüsse, auch diejenigen über Einführung des bereits gebildeten Ministeriums abhängen lassen will. Der für heute Abend noch erwartete preußische Commissär wird der Oberst Fischer sein, welcher eine Zeitlang zur Gesandtschaft des Hrn. Camphausen gehört hat. Ueber den Inhalt der von ihm zu überbringenden Vorschläge sind hier verschiedene zum Theile auf Privatnachrichten aus Berlin gegründete Nachrichten verbreitet, theils mögen dieselben auf Combinationen beruhen. Die Verhandlungen der vier königlichen Bevollmächtigten sollen in Berlin beendet sein, und die Entfernung der angesehensten Stellen in der Reichsverfassung einschließlich des Wahlgesetzes zum Gegenstand gehabt haben. Das Ergebniß, so vernimmt man von einer Seite, soll nun der hiesigen Versammlung einfach zur Annahme oder zur Verwerfung vorgelegt werden. Nach einer andern Behauptung würden die vier Cabinete erklären lassen, daß die zweite Lesung der Verfassung in ungiltiger Weise vollbracht worden, indem man die österreichischen Deputirten dabei habe mitwirken lassen, während durch die staatsrechtlichen Veränderungen im Kaiserstaate ihr Mandat erloschen gewesen sei. Es käme also nunmehr darauf an, die zweite Lesung der Verfassung noch einmal vorzunehmen, und dabei die Punkte zu beachten, welche die Cabinete als die wichtigsten bezeichnet haben. Diese sollen denn sein die Verwandlung der erblichen Kaiserwürde in eine erbliche Reichsstatthalterwürde, die Bestellung eines Reichsrathes, das Zugeständniß des absoluten Veto und die Umformung des Wahlgesetzes durch Herstellung gewisser Wahlstufen. Möchte die Reichsversammlung darauf nicht eingehen, so würde, und darin sind die Varianten einig, auf Grund eines zu octroyirenden Wahlgesetzes eine neue Versammlung berufen, unterdessen aber von dem Könige von Preußen die Reichsverweserschaft übernommen werden. Ueber diese Angelegenheit kann man sehr verschieden denken, und es existiren auch in der That verschiedene Meinungen: man muß selbst zugeben, daß alle Wohlmeinenden gern einen Ausweg fänden, um einen Bruch der größeren Dynastien mit der Nationalversammlung zu verhüten, und daß jedes Opfer der Selbstverleugnung einem so großen Zwecke gebracht werden sollte. Aber man wird gestehen, daß vor sechs Wochen oder auch nur vor zwei Wochen die Sache weit leichter gewesen wäre, als heute, wo das unheimliche Zuwarten der Fürsten und Regierungen in verschiedenen Staaten den Anlaß zur unumwundenen Erklärung und Erhebung für die Reichsverfassung gegeben hat. Freilich müssen diese auf einige Aenderungen schon um deswillen gefaßt sein, weil sie ja wußten, daß der König von Preußen die Kaiserkrone zurückgewiesen hat; inzwischen ist nicht zu verkennen, daß die an sich schwierige Sache dadurch noch verwickelter geworden ist. — Ich darf anzuführen nicht vergessen, daß nach der Behauptung des Berichterstatters Oesterreich mit allen diesen Maßregeln einverstanden sein, und für sich nur die Fortdauer der Verbindung auf der Grundlage des Bundesvertrags von 1815 begehren soll. Eine neue Variante, die mir eben zukommt, ist, daß für das Directorium in der Ministerialconferenz optirt und die einheitliche Spitze verworfen wäre.

** **Frankfurt**, 15. Mai. Wir wissen kaum Worte zu finden zum Ausdrucke der Indignation über die Feldflüchtigkeit so vieler Abgeordneten zur verfassunggebenden Reichsversammlung. Daß die Oesterreicher austraten, hatte eine natürliche Erklärung, daß die Ultramontanen austraten, hatte ebenfalls seinen Sinn, denn ihr Tagewerk war vollbracht, die Freiheit der Kirche anerkannt, und die Verfassung dergestalt verunziert, daß die Annahme durch den protestantischen Kaiser nicht mehr zu besorgen stand. Daß aber auch preußische Deputirte, solche, die die Sache gerade auf den Punkt geleitet haben, auf dem die Krisis eintreten mußte, ihren Posten verlassen — das, gestehen wir, kommt uns unerwartet. Haben diese Herren denn geglaubt, sie seien hierher gesandt, um die Annehmlichkeit zu kosten, mit leichter Mühe eine That zu verrichten, die ihnen einen Namen in der Geschichte verspreche, — haben sie sich denn gar nicht erinnert, daß sie den Platz gleich guter und besserer Männer eingenommen haben, die nicht vergaßt sein würden vor der Gefahr, — die mit ihrem Gewissen sich berathen, die aber auch die Drohung, sich zu compromittiren, für nichts angeschlagen haben würden! Die Feldflüchtigen sind fast durchgehends Staatsdiener von Militär und Civil. Es mag dies eine Warnung für das Volk werden, sein Vertrauen künftig nicht an abhängige Personen zu verschwenden. Und in welchem Augenblick verlassen sie ihre Posten? In dem Momente, wo extreme Maßregeln das Wirken eines ganzen Jahres, die Hoffnungen einer bessern Zukunft zertrümmern können, lassen sie die ohnehin schon geschmolzene, und von jeher in sich zerklüftete Partei im Suche und verstärken eben dadurch diejenige, welche zu Gewaltschritten antreibt, unbekümmert um die Erfolge. Das Programm der Linken ist einfacher, als das der gemäßigten Fraction, und schon darum geeigneter, die Partei fest zu verbinden; aber es scheint auch, als wenn ihr im Ganzen eine größere Ueberzeugungstreue und Aufopferungsfähigkeit innwohnte, obwohl die Sache, welche die gemäßigten Parteien vertreten, wohl dazu gemacht ist, das Herz zu erwärmen, und zu großen Opfern und selbst zum Einsetzen der Persönlichkeit anzuregen.

* **Frankfurt**, 15. Mai. Die heute viel verbreitete Nachricht, als ob der erwartete k. preuß. Commissär, Oberst Fischer, gestern Abend bereits eingetroffen sei, ist dahin zu berichtigen, daß derselbe nach einer telegraphischen Depesche gestern Abend erst von Berlin abgereist, und morgen Mittag seine Ankunft in Frankfurt zu erwarten ist. Nach übereinstimmenden Nachrichten, hat die gesammte Landwehr der Provinz Westphalen bis auf die von Iserlohn sich einkleiden lassen, die letztere aber eine Deputation an die obern Provinzialbehörden abgeordnet. Von weitern militärischen Maßregeln, als von einer Cernirung der Stadt Elberfeld, soll nicht die Rede sein.

† **Wien**, 11. Mai. Nach der „Pester Zeitung" vom 6. d. M. hat Kossuth als „Gouverneur, Präsident von Ungarn und allen dazu gehörigen Ländern, Theilen und Provinzen" allen Jurisdictionen kundgegeben, daß er betreffs der provisorischen ministeriellen Staatsregierung und der Regierungsverfassung der Nationalversammlung die Bildung seines Ministeriums (siehe Hauptblatt) unter dem 1. Mai angezeigt habe. Hinsichtlich der künftigen Regierungsform werde die Nationalversammlung entscheiden. Die Minister wurden von der Nationalversammlung am 2. Mai bestätigt. — Bem ist zum Feldmarschallieutenant ernannt und erhielt den ersten ungarischen Verdienstorden. — Der „Scheincredit" der Wiener Nationalbank, welche eine Staatsbank geworden, veranlaßt die „Pester Zeitung" zu einem Leitartikel, worin sie ebenso darlegt, wie nothwendig die Außercourssetzung der österreichischen Banknoten für das Wohl des Landes geworden; doch empfiehlt sie deren Einlösung, mit Ausnahme der fl. 100 und fl. 1000 Noten, durch die Regierung. — Der „Pesti Hirlap" vom 4. Mai enthält eine Verordnung des bevollmächtigten Commissärs in Pest, Daniel Iranyi, daß aus allen Siegeln der Doppeladler und jedes auf die Herrschaft Oesterreichs sich beziehende Abzeichen oder Bild, sowie die Krone über dem Wappen wegzubleiben haben; das amtliche Wappen der ungar. Herrschaft ist das ungar. Wappen ohne Krone. — Görgey hielt am 29. April in Komorn an seine Truppen eine Anrede, der wir Folgendes entnehmen: „Viele unter uns meinen, daß unsere ersehnte Zukunft schon erstritten ist. Aber täuschet Euch nicht; denn dieser Krieg wird nicht zwischen Oesterreich und Ungarn entschieden, es wird ein europäischer Krieg werden, ein Krieg, den das natürliche und heilige Völkerrecht gegen die unverschämte Tyrannei führt." — General Klapka ist nach Debrezin abgereist, um das Kriegsministerium provisorisch anzutreten. — Iranyi verkündigt in einem Aufruf vom 2. Mai, daß der Landtag zu den bereits bewilligten und größtentheils gestellten 200,000 Mann eine Verstärkung von 50,000 Mann bewilligt habe. — Bem hat an die Szekler eine Proclamation erlassen, worin er alle Familienhäupter vom 26.—40. Jahr auffordert, in Marosvasarhely zu erscheinen, wo sie in 4 Bataillone eingetheilt und durch seine Truppen unterstützt, in den Besitz der eroberten Länder eingesetzt werden sollen. Den Vorzug haben jene, die sich schnell melden; denn wie eine Compagnie beisammen ist, wird zur Besitzergreifung geschritten. Die Vertheilung der Ländereien geschieht durch eine Commission, die von den Szeklern selbst gewählt werden soll. — Von dem anfänglich mit großem Enthusiasmus gegen die Magyaren organisirten Landsturm wird berichtet, daß viele Slowaken seit einiger Zeit aus allen Gegenden zu den Magyaren übergehen, namentlich Bauernbursche vom Land.

Ein leitender Artikel im heutigen „Lloyd" beantragt nach der unausbleiblich früher oder später eintretenden Besiegung der ungarischen Rebellion die Confiscation sämmtlicher beweglicher und unbeweglicher Güter Jener ohne Unterschied des Standes, die sich an der Rebellion, ohne dazu physisch gezwungen worden zu sein, mit den Waffen in der Hand oder sonst mit erfolgreicher Thätigkeit betheiligt haben. Es müßten aber diese Confiscationen nicht zu Gunsten des k. Fiscus, der in Ungarn ohnehin sehr reich ist, sondern zu Gunsten jener Unglücklichen geschehen, die ohne eigenes Verschulden durch den Bürgerkrieg gelitten haben. Jeder österreichische Staatsbürger oder zur Erwerbung des Bürgerrechts qualificirte Ausländer wäre zum Kauf zuzulassen; ⅓ der Kaufsumme wären in Banknoten oder Staatspapieren nach dem Course und ⅓ in klingender Münze zu erlegen. Der Verkauf der liegenden Güter müßte so viel als möglich in Parzellen stattfinden, bei denen das Minimum 20 Joch (pr. 1200 Quadratklafter) wäre.

Gestern ist Erzherzog Ferdinand von Este aus Italien hier angekommen.

Mit dem Dampfboot „Wien" sind vorgestern 300 kranke und verwundete Soldaten nach Krems befördert worden.

Gestern Mittag 12 Uhr langte folgende „telegraphische Depesche" vom Vicepräsidenten des Guberniums in Prag, Baron Mecsery, an den Minister des Innern hier an: „Drohende Anzeichen einer von einigen Tollköpfen beabsichtigten Störung der Ruhe, dann Versuche der Revolutionspartei des benachbarten Auslandes, in Böhmen eine Bewegung hervorzurufen, haben mich veranlaßt, im Einverständnisse mit dem Commandirenden, für Prag und die nächste Umgebung den Belagerungszustand auszusprechen. Die Kundmachung

geschieht so eben. Vorsichtshalber ist die Garnison auf den Allarmplätzen. Alles ruhig. In der Nacht haben Verhaftungen stattgefunden.

Für das bei Gerasdorf im Marchfelde aufzustellende Reservecorps von beiläufig 9000 Mann, welche im Freien lagern werden, ist die Victualienlieferung, vom 10. d. M. angefangen, bereits ausgeschrieben worden. Dem Vernehmen nach soll dieses Reservecorps bis auf 25,000 Mann verstärkt werden.

Flüchtlinge aus Güns und Oedenburg, welche am 9. Mai in Preßburg anlangten, erzählen, daß sich in der Gegend der beiden genannten Städte kleine ungarische Trupps zeigen. (Ll.)

Syrmien, 2. Mai. Oberstlieutenant Puffer hat bei Mellence am linken Theißufer die Magyaren geschlagen. Nach Semlin sind bereits 30 Gefangene gebracht worden. Puffer soll unverhofft auf die Insurgenten gestoßen sein und ohne Umstände die Offensive ergriffen haben. Ein stürmischer Bajonnetangriff hat die Sache zu unsern Gunsten entschieden. Doch im Banate stehen die Dinge schauderhaft. Temeswar ist bereits von magyarischen Truppen cernirt und von Siebenbürgen her scheint sich daselbst eine Gewitterwolke entladen zu wollen, vor welcher die Einwohner des Banats nach Serbien und Syrmien sich flüchten und das Elend der baarfaker Unglücklichen theilen.

Von der Buka, 5. Mai. Eben gelangte zu uns die verläßliche Nachricht, daß in Fünfkirchen eine Revolte ausgebrochen ist, in Folge deren die vier Grenzer-Compagnien starke Besatzung unter dem Commando des Obersten Reiche die Stadt räumen mußte. Die kaiserl. Fahne wurde herabgerissen und die Tricolore aufgepflanzt. Da nun der Ban mit seinem Corps im Anmarsche war, schickte er den Generalmajor Ottinger mit der Infanteriebrigade Badisla[illegible]ovich und zwei Divisionen Wallmoden und Hardegg mit der nöthigen Artillerie, um die Rebellen zur Leistung einer Brandschatzung von 100,000 fl. Conventionsmünze in Zwanzigern und Auslieferung der Waffen aufzufordern, und wenn nach einer 12stündigen Bedenkzeit diesen Anforderungen keine Folge gegeben werden sollte, den Ort zu bombardiren. Der Ausgang der Execution ist heute noch nicht bekannt, da die Truppen erst gestern Abend vor Fünfkirchen gekommen waren. Nebst Fünfkirchen hat sich auch Kaposvar für die polnisch-magyarische Insurrection erhoben, und die Avantgarde des Ban hatte auch bei Serhart am 27. April eine Schaar Magyaren auseinandersprengen müssen. Aus der Woywodina hören wir nichts von Belang; dagegen lief aus dem Banat das Gerücht ein, daß die seit October so stark heimgesuchte Festung Arad gefallen sei. (Pr.)

‡ **Berlin**, 13. Mai. Was die Kammer, sagt heute die allgemeine Zeitungscorrespondenz, was die Presse und das schwere Gewicht der öffentlichen Meinung nicht vermochten, das dürfte leicht ein innerer Zwiespalt in dem Ministerrathe selbst herbeiführen — wir meinen den Rücktritt oder doch die Modificirung des Cabinets. Täuschen nicht alle Anzeichen, so herrscht im Cabinete sowohl in der innern wie in der äußern Politik eine Meinungsverschiedenheit, welche endlich die Krisis beschleunigen dürfte. In der innern Politik ist es besonders das Wahlgesetz, in der äußern ist es die deutsche Frage, um welche sich alle übrigen Staatsfragen mehr oder minder drehen. Was das Wahlgesetz angeht, so scheint zur Zeit eine Einigung, wenn auch mühsam und äußerlich, errungen zu sein, die deutsche Frage ist aber unserem Cabinete in ihrer ganzen umfangreichen Bedeutung erst durch den jetzt hier zusammentretenden Congreß aufgegangen. Zwar haben sich unsere Minister zu diesem Congresse fleißig vorbereitet, sie haben sich Jeder zu diesem Behufe von der splendiden Ausgabe der Reichsverfassung ein papierdurchschossenes Exemplar eng beschrieben, doch treten ihnen durch die bis hieran vorgebrachten Meinungsäußerungen so viel neue Bedenken entgegen, daß sie sich nicht wenig betroffen fühlen, und ihre über diese Frage bisher ziemlich einhellig gewesene Ueberzeugung auseinanderzugehen beginnt. Wir müssen es dabei als einen sehr bedeutsamen Umstand ansehen, daß außer Sachsen (v. Könneritz), Bayern (Lerchenfeld), Hannover (Wangenheim) und Oesterreich (Prokesch) auch der Reichsverfassung beigetretene Regierungen, wie Mecklenburg, Braunschweig, und, wie wir eben erfahren, Baden und beide Hessen, zu dem hiesigen Congresse Bevollmächtigte gesandt haben, um abweichende Erklärungen abzugeben. Wir erblicken hier in Folge dessen noch schärfere Meinungsdifferenzen auftreten, als wir sie vor Kurzem in Frankfurt wahrnehmen konnten. Es folgt daraus, daß der Congreß auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stößt. Man soll nun die Absicht haben, zur Anbahnung des weiteren Weges einen vorbereitenden Ausschuß niederzusetzen; ob dieser zum Ziele führen wird, muß dahingestellt bleiben.

In Folge der Unruhen bei Iserlohn, Düsseldorf ꝛc. wird, dem Vernehmen nach, auf das schleunigste unter dem Generalmajor von Hanneken ein starkes Corps bei Hamm und Dortmund zusammengezogen. Dasselbe soll aus 20 Bataillonen, 12 Schwadronen und 24 Geschützen bestehen, und wird also eine Stärke von über 20,000 Mann erreichen, mithin genügend sein, in kurzer Frist die Ruhe in jenen Gegenden wieder herzustellen. — Die Division des Generallieutenant v. Holleben, in Vereinigung mit den sächsischen Truppen operirend, hat den ganzen Strich von Bautzen über Dresden, Freiberg, Chemnitz bis Altenburg besetzt. Auf dem rechten Elbufer war das bloße Erscheinen der preußischen Truppen hinreichend, eine solche Umwandlung der Stimmung hervorzubringen, daß beispielsweise die Bautzener Communalgarde, welche anfangs die Eisenbahnschienen aufgerissen hatte, um die Annäherung der preußischen Truppen zu erschweren, diese beim wirklichen Eintreffen mit militärischen Ehrenbezeigungen und unter Hurrahruf empfing. In Freiberg und Chemnitz ist jede Spur von Aufregung verschwunden. (L. Z.)

Leipzig, 13. Mai. Rath und Stadtverordnete unserer Stadt haben beschlossen, ein aus drei Stadträthen und drei Stadtverordneten bestehendes Hilfscomite niederzusetzen, welches für die bei den jüngsten Ereignissen in der Hauptstadt unverschuldet an ihrem Eigenthum beschädigten Einwohner Dresdens milde Gaben und Unterstützungen annehmen soll. Die Mitglieder des gedachten Comites haben in Folge dessen schon die betreffenden Aufrufe in öffentlichen Blättern erlassen. — Gegen den Beschluß von Rath und Stadtverordneten Leipzigs vom 6. d. M. (die Stadt Leipzig während der Dauer der Unruhen unter den Schutz der deutschen Centralgewalt zu stellen) hatte die hiesige königliche Kreisdirection unterm 7. d. M. Verwahrung eingelegt und zugleich eine Erklärung verlangt, ob durch jenen Beschluß, wie aus dessen Motiven hervorzugehen scheine, das Verhältniß der Gemeinde Leipzig zur königlichen Staatsregierung und den von ihr eingesetzten königlichen Behörden für aufgelöst betrachtet werden solle oder nicht. Darauf haben Rath und Stadtverordnete in einer Plenarsitzung vom 11. d. M. geantwortet, daß die städtischen Behörden, gedrängt einerseits zur Anerkennung der provisorischen Regierung, andererseits zum Schutze des Eigenthums der Stadt, der vielen Fremden und des Staates verpflichtet, und gleichwohl von allem, selbst dem vorhandenen Schutze des Staats entblößt, die Gemeinde unter die auch von Sachsens Regierung als provisorische Oberhoheit über Deutschland anerkannte deutsche Centralgewalt gestellt haben, zumal da ein Einmarsch fremder Truppen besorgen ließ, daß dadurch ein gleiches Unglück über Leipzig verhängt werde, wie über Dresden; übrigens weise das über die diesfallsigen Verhandlungen gefuhrte Protocoll nach, daß durch jenen Beschluß das Verhältniß Leipzigs zur Staatsregierung und den königlichen Behörden nicht für aufgelöst hat betrachtet werden sollen oder können. (L. Z.)

Die „Leipziger Zeitung" enthält eine Reihe von Steckbriefen gegen solche, die sich mehr oder minder bei dem letzten sächsischen Aufstand betheiligt haben. Von der königl. Kreisdirection werden verfolgt: Bürgermeister Gustav Hincke von Crimmitschau und Bürgermeister Alexander Franz Hincke von Werdau, von dem k. Justizamt in Pegau der dortige Gerichtsdirector Richard Ludwig, von dem k. Gericht in Waldheim der dortige Bürgermeister und Rechtscandidat Gasch ꝛc.

Hadersleben, 11. Mai. Die Preußen sind schnell und kühn nach Veile vorgerückt, welches gleich anfänglich von dem polnischen Landwehrbataillon aus Posen umgangen wurde. Hier stieß es auf der Nordseite auf die von dem Feinde aufgeworfenen starken Schanzen, die aber mit alles überwindender Kühnheit von den Posenern erstürmt wurden. Durch diese zweckmäßige Bewegung hatten die Dänen ihren Haltpunkt in Veile verloren und zogen sich gegen Horsens zurück. Die preußischen Vorposten und bald darauf das Hauptquartier des die Avantgarde befehligenden Generals Hirschfeld wurden anderthalb Meilen jenseits Veile verlegt und gestern schon sind die Preußen in Horsens eingerückt. Sowohl von Seiten der Schleswig-Holsteiner, als der Preußen, ist der Verlust im Allgemeinen nicht bedeutend gewesen. Von ersteren wird zumal der Verlust des gefallenen Majors, Grafen v. Schlieffen, Commandeur des 7. Jägercorps, allgemein bedauert. Ferner fiel der Artillerielieutenant Schmeling. Verwundet sind Hauptmann Urban (schwer) und die Lieutenants v. Bodelschwingh und v. Schwerin. Den Verlust der Schleswig-Holsteiner glauben wir bereits früher mitgetheilt zu haben. — Je nachdem wir in Jütland vordringen, werden bereits Requisitionen ausgeschrieben und wird diese Maßregel durch fliegende Colonnen unterstützt.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 8. Mai. Vor acht Tagen ist der Militärgouverneur, Fürst Galyzin, aus Warschau nach Kalisch zurückgekehrt, und seit dieser Zeit werden die kaiserlichen Gemächer in Kalisch mit der größten Eile neu ausgestattet und zum Empfange des Kaisers eingerichtet. In der Stadt ist eine große Zahl der schönsten Wohnungen in Beschlag genommen und für hohe Offiziere und Herrschaften designirt. Man spricht allgemein, daß zum 16. Mai der Kaiser mit dem Thronfolger nach Kalisch kommen werde, um hier eine längere Zeit zu verweilen. (Lith. Nachr.)

Türkei.

Nach einer Correspondenz des „Journal des Debats" aus **Konstantinopel** vom 25. April hat General Grabbe, der im Namen des Kaisers von Rußland die Pforte zu einem Specialvertrage zwischen Rußland und der Türkei eingeladen hat, eine abschlägige Antwort erhalten. Die Pforte will keinen neuen Vertrag unterzeichnen. Sie glaubt auf die Erfüllung der Versprechungen Frankreichs und Englands rechnen zu können, und will die Verträge, welche sie an diese Mächte fesseln, nicht verletzen. Die Nachricht von einer Concentration russischer Truppen bei Odessa hat den Divan veranlaßt, Befehl zur Armirung des Bosporus zu geben. In die Forts ist bereits schweres Geschütz gebracht.

Nachschrift.

Düsseldorf, 14. Mai, 10 Uhr Morgens. So eben kommt ein Bahnzug, welcher 9 Uhr 15 Minuten nach Elberfeld abgegangen, zurück, da die Schienen der Eisenbahn auf der Elberfelder Seite aufgebrochen sind. Auch heißt es allgemein — doch kann diese Nachricht nicht verbürgt werden — die schöne Brücke bei Sonborn sei beschädigt worden. Die Communication mit Elberfeld durch die Eisenbahn ist auf jeden Fall unterbrochen. — In Gräfrath sollen bereits über 100 Gewehre wieder zurückgebracht sein. (K. Z.)

** **Paris**, 13. Mai. Die Stadt war heute in Folge der Wahlen lebhaft aufgeregt, aber in einer Weise, die zu einer Befürchtung vor einer Störung der Ruhe nicht den mindesten Anlaß gab. Die Resultate der Wahlen werden wir morgen erfahren. Neuigkeiten von Belang sind nicht zu melden. Was aus Rom hierher berichtet wurde, ist bereits durch die telegraphische Mittheilung bekannt gemacht worden.

Die fünfprocentige Rente war heute 90. 70.

* **Mailand**, 8. Mai. Radetzky und der Minister Bruck sind hierher zurückgekehrt.

* **Turin**, 9. Mai. Der Cassationshof hat das Recursgesuch Ramorino's für begründet erklärt.

* **Madrid**, 8. Mai. Es wird nun doch ein Expeditionscorps nach Rom geschickt werden. Das Corps wird 4000 Mann stark sein und unter den Befehlen des Generals Cordova stehen. Der General begibt sich morgen nach Barcelona, von wo aus die Expedition abgehen wird. Diese Anordnung ist, wie man glaubt, in Folge einer von den vermittelnden Mächten gefaßten Entscheidung, nach welcher für eine gewisse Zeit Rom von einer gemischten Garnison, Franzosen, Neapolitaner, Spanier und Oesterreicher, besetzt werden soll, getroffen worden.

Börsenberichte.

London, 12. Mai. 3pCt. Stock 90⅞, à ⅛. — 5pCt. Span. 16⅞. 17. — Neue 3pCt. —. — 4½Ct. Port. —. — 2½pCt. Holländ. —.

Madrid, 8. Mai. 3pCt. 25⅛ Pap., n. d. B. 25⅛, ⅛ G. — 5pCt. 10⅛ G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

[1249]

Die Molkenkuranstalt

auf Schloß **Schöneck** bei **Boppard am Rhein**

(in dem romantischen Ehrenthal)

wird vom 10. Mai bis Ende September eröffnet sein. Der unterzeichnete Besitzer ist ersucht, mit Anfragen ärztlicher Natur an den Kurarzt Dr. H. Schauenburg, übrigens an ihn selbst in portofreien Briefen sich wenden zu wollen. Wöchentliche Kurpreise nach den 3 Klassen der Zimmer zu 1) 10 Thlr. 9 Sgr., 2) 8 Thlr. 24 Sgr., 3) 7 Thlr. 24 Sgr. (für Zimmer, Molken, Kräuterthee, Kaffee, Mittag- und Abendtisch, ärztliches Honorar und Bedienung). Gäste, welche, ohne die Kur zu gebrauchen, auf dem Schlosse Aufenthalt nehmen, zahlen wöchentlich 6 Thlr. ohne Wein. Der Prospectus wird gratis ausgegeben. Abfahrt in Boppard am Bureau der Düsseldorfer Dampfschifffahrt-Gesellschaft zu billigen Preisen.

Schloß Schöneck, den 15. April 1849.

F. A. Reuter.
Dr. **H. Schauenburg**, Districtsarzt.

Wasser-, Molken- und Trauben-Curanstalt.

Gleisweiler

bei Landau in Rheinbayern.

(3 Zehnstunden von Mannheim entfernt.)

Zum Gebrauch der Wasserkur ist genannte Heilanstalt das ganze Jahr über, zum Gebrauch der Ziegenmolken vom 1. Mai bis 1. November geöffnet.

Betreffende Prospectus ertheilt die Expedition dieses Blattes gratis, jede nähere Auskunft der unterzeichnete Arzt der Anstalt unter der Adresse [827]

Dr. **L. Schneider** zu Landau in Rheinbayern.

Cours der Staats-Papiere. 15 Mai 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	73⅛	73½
»	ditto ditto . .	4	57½	57
»	ditto ditto . .	2½	32⅛	32⅛
»	Bank-Actien p. St.		1117	1112
»	1250Loose p. Roth.		75½	75
»	500 » ditto		124	123½
»	Bethmann. Obligat.	4½	—	66⅔
»	ditto ditto	4	62	—
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	80	79½
»	Prämienscheine . .		—	100
Bayern	Obligationen	4½	79¼	—
Darmstadt	50 Loose		70	69½
»	25 ditto		21½	21
»	Obligationen	4½	78½	78
»	ditto	4	66½	66
Baden	Obligationen v. 1848	5½	75	—
»	50 Loose v. 1240		48	47½
»	25 Loose		26½	26½

		pCt.	Papier.	Geld.
Württemb.	Obligationen b. Roths.	3½	76⅛	76⅜
»	Neue Württemberg.	4½	93⅛	93½
Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	79½	79
»	25 Loose		20½	20⅛
Frankfurt	Obligationen	3	78	77½
»	ditto v. 1839	3½	92	92
»	ditto v. 1846	3½	88⅛	88⅛
»	Tannusbahnactien .		274	272
Holland	Integrale	2½	50⅛	50
»	Hollandsche	4	—	78
»	Syndicats	3½	—	79
Spanien	Activsch. inct. 16 Cp	5	—	—
»	innere Sch. neue Obl.	3	24½	24¼
Portugal	Consols Lat. à 3. 18	3	—	—
Polen	à 500 Loll. Loos Rth.			93
»	Obligationen de d. 500	4	73¼	72⅞
Russland	in S. G. 9. b. Gren. ob. C.	4	—	81
»	ditto b. Stieglitz et C.	4	—	81

Geld.	S.	kr.	Silber.	fl.	kr.	Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Pistolen	9	59	Gold al Marco .	382	—	Karlsruher Loose . . .	27⅛	27
Pr. Friedrichsd'or	9	53	Laubth., ganze. .	—	—	Bardimsche Loose . . .	26	25½
Holl. 10 fl. Stücke	10	6	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	40	5 Frankenthaler.	—	—	Cöln-Minden	76⅛	75⅛
20 Francsstücke	9	41	Barrhaufer Silber	24	30	Ludwigsh.-Bexbach. . .	69⅛	68⅛
Kngl. Souvereigns	12	5	Conv. 20 fl. Stücke	21	22	Prdr.-Wilhs.-Nordbahn .	83	82⅛

Nach der Börse: 2½ Holl. Int. —; 3½ Span. Int. —; Taunusbahn-Actien (pr. Ult.) —; Ludw.-Bexb. —; F.-W.-Nordb. —; G.

Druck von August Osterrieth.

№ 116. — Mittwoch — den 16. Mai — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (¼ Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmid in Wien, Landstraße Nr. 356.; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Wyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Josemmissär G. Flores in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Deutsche Reichsversammlung.

220. Sitzung.

(Abendsitzung.)

Vorsitzender: Präsident Neh.

H **Frankfurt**, 15. Mai.

Die Sitzung wird um 4½ Uhr eröffnet. Abg. Umbscheiden berichtet im Namen des Dreißigeranschusses, daß derselbe nach dem Schlusse der heutigen Morgensitzung zusammengetreten, die Eröffnungen des Herrn Ministers und des ehemaligen Reichscommissärs vernommen und nach gepflogener Berathung mit 16 gegen 10 Stimmen den Beschluß gefaßt habe, der Nationalversammlung vorzuschlagen, zu beschließen: „Die Nationalversammlung stellt die in der Pfalz zur Durchführung der Verfassung entstandene Bewegung unter den Schutz des Reichs und fordert die Centralgewalt auf, einen Reichscommissär hinzuschicken, der dafür zu sorgen habe, daß die Reichsverfassung durchgeführt und der Bürgerkrieg vermieden werde. Der Berichterstatter motivirt den Antrag des Ausschusses durch eine kurze Schilderung der Stimmung der Pfälzer, welche keine Republik, keine Lostrennung von Deutschland wollen. Selbst als die Republik in Frankreich proclamirt wurde und zahlreiche republikanische Emissäre daselbst wirkten, kam ein solcher Gedanke nicht bei der dortigen Bevölkerung auf. Nicht einmal von einer Lostrennung von Bayern, mit dessen Verwaltung man in der Pfalz allen Grund hatte, unzufrieden zu sein, war damals die Rede. Der Redner, selbst Beamter eines sich an der französischen Grenze hinziehenden Kantons der Pfalz, erklärt, daß die Bewegung der Pfalz sonst keinen Zweck habe, als die Reichsverfassung mit Gut und Blut durchzusetzen. Dies bezeugen die Beschlüsse auf den dortigen Volksversammlungen, der Eid, welchen man die Wehrmannschaft schwören läßt. Der Redner findet einen geringen Unterschied zwischen dem Antrage der Minorität und dem der Majorität. — Abg. Zachariä aus Göttingen, Berichterstatter der Minorität, stellt im Namen der Minorität den Antrag, die Nationalversammlung stellt die bayerische Rheinpfalz bei der in derselben zur Durchführung der Reichsverfassung entstandenen Bewegung unter den Schutz des Reichs und fordert die Centralgewalt auf, sofort die geeigneten Maßregeln zur Verwirklichung des Schutzes, der allen Rechten und Interessen gebührt, zu treffen. — Der Redner findet auch keinen erheblichen Unterschied in den beiden Anträgen. Auch die Minorität ist von der Ansicht ausgegangen, daß ein Land, welches sich einstimmig zu Gunsten der Verfassung erhebt, den Schutz der Versammlung zu beanspruchen das Recht hat; allein sie hat geglaubt, sich nicht in jener speciellen Weise aussprechen zu dürfen, wie der Antrag der Majorität. — Die Discussion wird eröffnet. Zuerst erhält das Wort der ehemalige Reichscommissär für die Pfalz, Abg. Eisenstuck. Er bedauert, daß die Versammlung in diesem ernsten Augenblick, wo Einigkeit geboten ist, eine Seite des Hauses dadurch verletzt habe, daß sie einem aus ihrer Mitte gesendeten Reichscommissär das Wort verweigert habe, und geht alsdann über zu dem Berichte über seine Thätigkeit in der Pfalz. Ich wurde zunächst durch die dringliche Bitte meiner Freunde aus der Pfalz in dieser Versammlung dazu bewogen, falls mir das Amt eines Reichscommissärs für die Pfalz angeboten würde, dasselbe anzunehmen. Es kam die deßfallsige Aufforderung an mich. Man bemerkte mir, daß man den Landesvertheidigungsausschuß wegen seiner revolutionären Maßregel vom 3. Mai nicht bestehen lassen könne. Ich erklärte nach Befinden die Beschlüsse desselben modificiren zu lassen, gab nebenbei zu bemerken, daß ich jedes Einrücken von preußischen Truppen als eine feindliche Invasion betrachten würde, und machte endlich die Centralgewalt darauf aufmerksam, daß man selbst im äußersten Falle vor einer provisorischen Regierung nicht zurückschrecken dürfe. Mein Mandat beauftragte mich, die Beschlüsse des Ausschusses vom 3. Mai durch ihn selbst aufheben zu lassen, und falls es nothwendig wäre, sie von Reichswegen aufzuheben. Am 5. Mai reiste ich ab, ich begab mich am 6. zu einer Volksversammlung nach Neustadt. Zuerst trat ich jedoch mit dem Regierungspräsidenten zu Speyer ins Vernehmen, machte ihn auf das Widerstreben des Frankfurter und des bayerischen Rechtes aufmerksam und erhielt die Erklärung, er werde der Bewegung keine Hindernisse in den Weg setzen, wenn sie nicht gegen die Landesgesetze verstoße. In Neustadt fand ich einen Jubel in der Bevölkerung wie ich seit den Tagen des März keinen ähnlichen in Deutschland erlebt habe. Die Bürgerwehr stellte sich mir zur Verfügung. Allein diese Begrüßung galt nicht meiner Person, es war der Jubel des Gefühles, daß man hoffte, es werde von hier aus ein anderer Weg eingeschlagen, der Hoffnung, daß man in der Paulskirche endlich begriffen, was zu thun sei. (Bravo.) Sofort nahm die Bewegung die Richtung an, welche ich in meiner Proclamation angegeben, ich überzeugte mich, daß man gesonnen war, der rein deutschen Bewegung einen gesetzlichen Halt zu geben. Sofort begab ich mich nach Kaiserslautern. Bei der Lage der Dinge im Lande war es einfach, daß der Landesvertheidigungsausschuß des Landes von allen Seiten sich der Zustimmung erfreute. Die Mannschaft stand ihm zur Verfügung, Geldsammlungen, an denen sich die Wohlhabendsten mit Beiträgen von 100, 200, 300 fl. betheiligten, waren im Gange. (Bravo.) Es war irrig, zu glauben, der Landesvertheidigungsausschuß sei durch eine plötzlich zusammengekommene Volksversammlung gewählt worden. Der Centralausschuß der Volksvereine hatte Alle, die sich als Bürger legitimiren konnten, die Führer der Volksvereine, die Mitglieder des Parlaments zu einer Berathung zusammenberufen, aus deren Beschlüssen der Landesvertheidigungsausschuß hervorging. Ich fand in dem Ausschuß die verschiedenen politischen Fractionen vertreten, der äußersten, wie der mehr nach rechts liegenden, nach meiner Ansicht nämlich gibt es über die Fraction der Westendhalle hinaus kein weiteres Rechts mehr. (Heiterkeit.) Auf meine Vorstellungen hin bestimmten sie, sich in dem Sinn meiner Bekanntmachung fügen zu wollen. Sie, meine Herren, haben in ihrem Beschlusse vom 10. Mai das deutsche Volk aufgefordert, die deutsche Verfassung durchzuführen. Ich gab ihnen für den äußersten Fall die Befugniß, gegen gewaltsame verfassungsfeindliche Angriffe gleichfalls gewaltsam vorzuschreiten. Durch meine Veranlassungen hinderte ich weitergehende Beschlüsse und glaube so mein Mandat erfüllt zu haben. Die Pfälzer sind ein Volk, welche seit 50 Jahren in dem vollsten Genusse der Freiheit leben, sich der einfachsten Einrichtungen erfreuen. Man hatte die Nothwendigkeit begriffen, Bayern gegenüber sich für die Verfassung zu erklären, man fühlte sich auf gesetzlichem Boden, man wollte die neue durch die Volkssouveränität in Frankfurt geschaffene Freiheit retten. Diesen Umstand berücksichtigend handelte ich. Man kann mein Mandat doctrinär auslegen und finden, daß ich Unrecht handelte, allein darauf werde ich nicht antworten, es müßte sonst alles als unwahr erklärt werden, was ich Ihnen von der Gesetzlichkeit und dem Gesetzesgefühle der dortigen Bevölkerung sagte. Würde man es, so müßte ich glauben, die Centralgewalt habe sich nur gestellt, als ob sie etwas thun wollte, sie habe aber wieder nur lau Wasser geboten. (Beifall.) Ich verstehe nicht, inwieweit ich die Tragweite meines Mandats nicht begriffen haben soll, vielleicht weil ich die preußischen Truppen zurückbeorderte, welche auf das Verlangen des Commandanten von Landau für jene Festung bestimmt wurden. Das Gerücht war in der Pfalz verbreitet, daß Preußen kommen, die Aufregung war eine ungeheure. Was konnte ich Besseres thun? Man kennt die feindliche Gesinnung des preußischen Cabinets gegen die Verfassung und besorgt darum Alles. Ich bin weit entfernt, die preußischen Truppen mit ihren Führern zu verwechseln und diese wieder mit den obersten Leitern, ich bin weit entfernt, die Schandthaten, welche von preußischen Truppen in Dresden verübt wurden, identificiren zu wollen mit dem preußischen Volke. (Großer Beifall.) Allein hier war diese Maßregel geboten. Aber in dem Augenblicke, wo es mir gelungen war, die Centralgewalt zu popularisiren, war man von hier aus wieder bemüht, das Gegentheil zu thun. In Neustadt war bereits das Volk unter den Waffen, die Bevölkerung lag am Bahnhofe wie eine Katze vor der Mausefalle (Heiterkeit), und ich sage Ihnen, wären die Truppen gekommen, es wäre ein Massacre gekommen, wie wir noch keines in unserer Revolution erlebt, die Truppen wären nicht lebendig aus dem Eisenbahnzuge gekommen. Die Pfälzer haben wegen der früheren wiederholten Angriffe auf ihre Freiheit ein [politisches Mißtrauen, und so wie früher gegen Bayern], so jetzt gegen Preußen. Ich begab mich nach Landau; ich fand in dem Commandanten der Festung einen echt deutsch gesinnten General. Ich fragte ihn, warum er den Kriegszustand erklärt habe. Er antwortete mir auf meine Frage, daß er die Besatzung gegen Außen schützen zu müssen glaube, dieselbe sei demoralisirt und lebe in einer gewissen Fraternität mit der Bürgerschaft. Ich erklärte in meinem Sinne, daß ich eine solche Demoralisirung eher eine Moralisirung nennen möchte. (Heiterkeit.) Ich sagte ihm, keine Truppen, und seien es bayerische, in die Festung zu lassen ohne Befehl der Centralgewalt, und ob er die Besatzung nicht beordigen lassen, wodurch dieselbe aus ihrer zweifelhaften Stellung käme. Der General erklärte mir, er sei sehr bereit dazu, das zu thun, sobald ihm von seiner Oberbehörde der Befehl dazu werde. Ich freute mich über diese Gesinnung eines deutschen Generals, sendete hierauf die Truppen, natürlich die Gemeinen, und fand bei ihnen denselben Geist, wie in der Pfalz; ich fand, daß die bayerischen Truppen wohl auch ohne Befehl auf die Preußen geschossen hätten, wenn sie hingekommen wären. In Zweibrücken, wohin zu gehen ich auch aufgefordert wurde, drückte man mir Namens des Ausschusses den Wunsch aus, um der Bewegung einen festen Halt zu geben, möchte man 3 Bataillone echter schwarzroth-goldener Truppen in die Pfalz senden, um die Punkte Kaiserslautern und Zweibrücken zu besetzen. Ich schrieb nach Frankfurt und verlangte das Frankfurter Bataillon, ein hessisches und ein württembergisches. Die Antwort auf meine Depesche war die Zurücknahme meines Mandats. (Hört! Pfui! links.) Ich bekam dieses Abberufungsmandat um 12 Uhr Nachts, als von Homburg her die Sturmglocken läuteten. Wie ein Lauffeuer ging die Botschaft durch die Stadt, man machte allerlei Combinationen, das Mißtrauen wuchs. Ich veröffentlichte diese Nachricht in einer Proclamation, bedauerte aber sehr, daß man mich nicht wenigstens durch meinen Nachfolger abberufen ließ und die Pfalz so fortdauernd unter den Schutz des Reichs stellte. Meine Herren, ich will nicht die Folgen dieses Schrittes verantworten. Als ich an die Rheinschanze kam, fand ich, daß sich dasige bayerische Truppen auf den Boden der Verfassung gestellt hatten, sie ersuchten ihre Offiziere, dasselbe zu thun. Als diese es verweigerten, schickten sie eine Deputation an dieselben und ließen sich einen Revers unterschreiben, nicht gegen die Reichsverfassung kämpfen zu wollen. Ich gab meine vollkommene Billigung über das Geschehene zu erkennen (Heiterkeit) und die Truppen wurden sofort nach Kaiserslautern geschickt. Der Redner ersucht dringend, die Pfalz nicht lange ohne Reichsschutz zu lassen. Ich habe gesehen, fährt er fort, zu welchen Schritten man gehen muß, jetzt, da man sich wieder schutzlos findet. Dazu bietet die Proclamation des dortigen Ausschusses, welche jedoch wieder den legalen Sinn der Pfälzer darthut, einen Beleg. Der Redner verließ die Proclamation, durch welche die Pfälzer auf den 17. dieses Monats nach Kaiserslautern gerufen werden, um über eine provisorische Regierung zu berathen und sie zu wählen. Das sind die Folgen. Wenn Sie nicht von hier aus rasch wieder gut machen, was durch Lässigkeit verdorben worden, so stehe ich Ihnen nicht gut dafür, daß nicht besonders durch fremde Einflüsse die dortige Bewegung einen ganz anderen Charakter annehme. Ich glaube Ihnen geschildert zu haben, was es mit der Bewegung in der Pfalz für eine Bewandtniß hat, sie ist hervorgegangen aus dem tiefen Unwillen eines freien Volkes, welches sich verletzt sieht in seinem Rechtsgefühle. (Beifall.) Der Redner wirft hierauf einen Blick auf die Vorgänge in Sachsen, seinem Vaterlande, wo die rothe Monarchie während seiner Abwesenheit gesiegt; er macht der Versammlung Vorwürfe über die abwartende Haltung, die sie gegenüber Sachsen, gegenüber dem brennenden deutschen Florenz beobachtet, in welchem preußische Bajonnete die Bestrebungen für die Verfassung niederhielten. Täuschen Sie nicht, meine Herren, die Hoffnungen der Nation, hüten Sie sich, daß sich ihr Segen nicht in Fluch verwandle, helfen Sie der Pfalz mit Entschiedenheit und Entschlossenheit. (Großer Beifall links und auf den Galerien.)

Interimistischer Reichsministerpräsident v. Gagern: Es ist Niemand von uns, der sich nicht freuen wird, wenn in einem Lande einstimmig die Verfassung anerkannt wird, die legale Erhebung der Pfalz hat unsere ganzen Sympathien. Aber die genauen Grenzen dieser Bewegung zu bestimmen und einzuhalten, war die Aufgabe Herrn Eisenstuck's. Die Auseinandersetzung, welche er Ihnen soeben gegeben, erleichtert mir sehr meine Aufgabe, denn jeder Unbefangene muß einsehen, daß eine so einseitige Parteiauffassung unmöglich Hand in Hand mit einer Verwaltung gehe, wie die unsrige ist. Der Redner verliest die Herrn Eisenstuck gegebene Vollmacht, worin besonders die Aufrechterhaltung der Gesetze dem Reichscommissär zur Aufgabe gestellt wird. Ein Hauptauftrag von ihm war, die Beschlüsse des Landesvertheidigungsausschusses entweder durch den Ausschuß selbst aufheben zu lassen oder sie von Reichswegen aufzuheben. Der Redner erzählt, wie er dazu gekommen, Herrn Eisenstuck zu schicken. Es geschah auf die Bitte von Pfälzer Abgeordneten aus der Nationalversammlung und aus dem bayerischen Landtage. Sie drückten den Wunsch aus, daß man es zu verhindern suchen müsse, daß die Pfalz nicht der deutschen Bewegung vorauseile. Man machte mich aufmerksam darauf, daß ich einen Mann hinschicken müsse, der dort allgemeines Vertrauen genieße und der linken Seite des Hauses angehöre. Ich folgte diesem Rathe, und wenn ich in Herrn Eisenstuck einen Mann schickte, der meine Gesinnung nicht theilt, so geschah es in der Hoffnung, daß derselbe Alles anwenden werde, um zu beschwichtigen, um Ruhe herbeizuführen und die Pfalz, nach dem Wunsche der Abgeordneten, vor Ueberstürzung zu wahren. Wenn ich dadurch einen Fehler begangen habe, so bereue ich es jetzt und trage den Schaden davon. Ich glaube es, daß die Anwesenheit des Herrn Eisenstuck eine gute Wirkung auf die Massen hervorbrachte, aber Herr Eisenstuck hatte nicht wie Behörde in dem Ausschuß von Reichswegen über alle übrigen Behörden des Landes sitzen sollen, dies überschritt sein Mandat, eine solche Verfügung stände nicht

dem Ministerium ohne Einwilligung der baierischen obersten Behörden zu. Der Commandant von Landau hatte berichtet, daß er sich auf seine Mannschaft nicht verlassen könne, und daß sich auf der französischen Grenze eine Zahl polnischer und meist fremder Officiere aufhalten, welche bereit seien, sich an die Spitze der Volksbewaffnung zu stellen, und daß er um Verstärkung bitte. Das dahin bestimmte preußische Bataillon hatte die Pfalz bereits auf einem anderen Wege durchschritten, war die 4 Stunden vor Landau gekommen, war gut empfangen und genährt worden, nur in die Stadt ließ man es nicht ein. Hr. Eisenstuck hat die Vollmachten jedes Civilcommissärs überschritten, indem er in einer Reichssitzung Anordnungen traf, die nur dem Obercommandanten der Festung zustehen. Es mag das aus entschuldbarer Unwissenheit geschehen sein, und es war vielleicht ein Fehler des Ministeriums, ihn nicht darauf aufmerksam gemacht zu haben. Ich bedaure, daß damals eine Verstärkung der Garnison nicht stattgefunden hat, die Folgen zeigen, wie nothwendig sie gewesen wäre. Was die von Hrn. Eisenstuck als eine freiwillige bezeichnete Vertheidigung der Truppen betrifft, so ist sie nicht zu rechtfertigen, sie läuft den Beschlüssen dieser Versammlung entgegen, eine solche Freiwilligkeit verträgt sich nicht mit dem Organismus des Staates. Dem Verlangen nach 3 Bataillonen hat nicht Folge gegeben werden können, weil das Ministerium wußte, daß die Pfalz kein Angriff bedrohte. Wie hätte durch sie nach dem Wunsche des Ausschusses der Bewegung ein festerer Halt gegeben werden sollen? Anstatt zu beschwichtigen, regte Hr. Eisenstuck auf. Man lese die Proclamation, worin derselbe der Bevölkerung zuruft: „Vielleicht stehen schon jetzt feindliche Heere an Euren Grenzen!“ Diese Proclamation war gewiß nicht zu beschwichtigen geeignet. Das Ministerium ist wahrhaftig nicht an dem Schuld, was in Dresden geschehen, und wenn es die Truppen auf Dampfwagen hätte hinschicken können, so wären sie nicht mehr zur rechten Zeit gekommen. Der Redner erklärt sich für den Antrag der Minorität, er findet ihn übereinstimmend mit dem ernsten Bestreben, festzuhalten an der Verfassung auf dem Boden, den er schon öfters von dieser Tribune herab bezeichnet hat. (Beifall.)

Die Discussion wird hiermit als geschlossen erklärt. Die Berichterstatter haben noch das Wort. — Abg. Haubenschmied dringt einen Antrag auf motivirte Tagesordnung ein. —

Abg. Zacharia spricht als Berichterstatter der Minorität für den Antrag derselben.

Schließlich erhielt noch Abg. Umbscheiden als Berichterstatter der Majorität das Wort. Er widerlegt zuerst einige Behauptungen des Ministers, vertheidigt das Verhalten Eisenstuck's, welches er als das für die Pfalz allein geeignete erklärt. Er liest einen Brief des Bürgermeisters Reib von Speyer, welcher es bestätigt, daß die Aufregung wegen des Gerüchts der Einrückung von Preußen eine ungeheure gewesen, billigt die Maßnahmen des Reichscommissärs in Landau, da doch der Festungscommandant auch unter dem Befehle des Ministeriums stehen müsse, sieht darin, daß man die auf einem andern Weg angerückten Preußen verköstigte, nur den bekannten guten Sinn der Pfälzer; er schließt mit der Bitte, sich der Pfalz anzunehmen im Sinne des Majoritätsantrags. Der Redner verläßt die Tribune unter dem Beifalle der linken Seite.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten. Der Antrag von Haubenschmied auf motivirte Tagesordnung findet keine Unterstützung. Zuerst gelangt zur Abstimmung der Antrag der Majorität. Da das Ergebniß der Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben zweifelhaft ist, wird zur Abstimmung mit Stimmzetteln geschritten. Der Antrag wird mit 180 gegen 136 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Minorität wird angenommen. — Ein Zusatzantrag des Abg. Eulmann u. G.: Das Ministerium aufzufordern, abermals einen Reichscommissär in die Pfalz zu schicken, welcher diese Thätigkeit in derselben Richtung zu entwickeln habe, wie dies von Herrn Eisenstuck geschehen, wird abgelehnt.

Der Vorsitzende verliest einen Dringlichkeitsantrag des Abg. Mittermaier: „Die Centralgewalt aufzufordern, zwei Reichscommissäre mit ausgedehnter Vollmacht ungesäumt nach Baden zu schicken, um die nöthigen Maßregeln im Interesse des Landes, des Reiches und der Reichsverfassung zu treffen.

Abg. Mittermaier: Die Zeit eilt u sehr, wir dürfen nicht säumen. Durch den undeutschen Widerstand einiger deutschen Fürsten gegen die Verfassung hat sich in Baden ein trauriger Zustand entwickelt, wir müssen trachten, ihn auf den Weg der Gesetzlichkeit zurückzuführen.

Abg. Buß: Mein Vaterland ist wirklich in vollständiger Auflösung begriffen, der Großherzog ist geflohen, die Volksvertreter desgleichen, die Armee in desorganisirt. Wären die Volksvertreter geblieben, dann wäre es nicht so weit gekommen. (Heiterkeit.)

Der Antrag des Abg. Mittermaier wird als dringlich anerkannt und angenommen. — Die nächste Sitzung wird auf morgen Mittwoch den 16. Mai 4 Uhr anberaumt. — Schluß der Sitzung 8¼ Uhr.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 15. Mai. Gestern versammelte sich der Congreß der deutschen Nationalversammlung im Gasthof zum Weidenbusch. Mehr als 100 Vereine sind durch 72 Abgeordnete vertreten. Preußen und Oesterreich sind nicht repräsentirt. In dieser vorbereitenden Sitzung wurde zum Präsidenten erwählt: Prof. v. Sybel von Marburg. Dann wurden folgende Gegenstände behandelt: Auf den Antrag verschiedener Abgeordneten wurde beschlossen: die Mitglieder der Nationalversammlung aufzufordern, auf ihrem Posten zu beharren und nicht auszutreten. Dann kamen mehrere Anträge zur Sprache, dahin gehend: in einer Adresse das Parlament aufzufordern, aus denjenigen 20 Staaten, welche die Reichsverfassung angenommen haben, einen provisorischen Centralstaat zu bilden. Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte verworfen. Eine weitere Erörterung entspann sich über den beantragten Anschluß des Nationalvereins an den Märzverein. Gegenbauer: Ich stelle den Antrag, daß der Nationalverein sich mit dem Märzverein vereinige, und eventuell: der Congreß der Nationalvereine ermächtigt den Verort, alle zur Durchführung der Reichsverfassung nöthigen Schritte gemeinsam mit dem Centralmärzverein zu unternehmen. Beide Anträge werden abgelehnt, dagegen wird der folgende zum Beschluß erhoben: In Erwägung, 1) daß der Reaction gegenüber eine Verbindung aller Vaterlandsfreunde dringend geboten ist; 2) daß der Märzverein laut seiner Erklärung vom 7. d. M. dasselbe Ziel verfolgt, wie der Nationalverein, „die Aufrechthaltung der von der Nationalversammlung endgiltig beschlossenen Reichsverfassung“, beschließt der Nationalcongreß: 1) dem Centralmärzverein seine Bereitwilligkeit zu erklären, mit ihm zur Verfolgung dieses Zweckes in Verbindung zu treten und zwar in der Art, daß a) jeder der beiden Vereine seine Organisation beibehält; b) daß aber eine Verständigung über die zu ergreifenden Maßregeln und wechselseitige Mittheilung aller gethanen Schritte stattfindet; daß es den Einzelvereinen in den Orten, wo ein Märzverein und ein Nationalverein bestehen, überlassen bleibt, ihr gegenseitiges Verhältniß zu regeln. c) Einen Ausschuß von fünf Mitgliedern mit der unverzüglichen Ausführung dieses Beschlusses zu betrauen. Die nächste Sitzung wird hierauf für den 15. Mai, Morgens 9 Uhr, anberaumt.

Prag, 11. Mai. Zwei neue Placate werden veröffentlicht; das eine, unterzeichnet vom Interimscommandanten Feldmarschallieutenant Rheven hüller, enthält nähere Bestimmungen über den Ausnahmezustand; die Kaffee- und Wirthshäuser müssen um 11 Uhr geschlossen werden, von welcher Stunde der Uebergang über die Brücken nur einzelnen Personen gestattet ist. Die Entwaffnung der kleinseitner Nationalgarde wird zurückgenommen, doch müssen sich die Garden zum Ausrücken auf der Altstadt versammeln. Das andere Placat vom Bürgermeister Wanka Namens des Stadtverordnetencollegiums enthält nebst der Bitte an die Mitbürger, sich ruhig zu verhalten, damit die Freiheiten nicht noch mehr geschmälert werden, einen wenn auch verhüllten, doch ziemlich scharfen Tadel gegen das unvermuthete Verkünden des Belagerungszustandes, der, wie die Kundmachung sagt, ohne die Einwilligung und Wissen des Bürgermeisters und der Stadtverordneten verhängt wurde. Zugleich wird die Erklärung veröffentlicht, daß man Alles aufbieten werde, um die Veröffentlichung der Gründe über die eingetretene militärische Strenge zu erlangen. — Mit Ausnahme der Brücken, der Anhöhen und des Bahnhofes sind die Truppen von den meisten Orten zurückgezogen worden; doch langen stündlich Verstärkungen an Infanterie und Cavallerie an. — Die Redacteure sämmtlicher Blätter waren heute Morgen beim F.M.L. Rheven hüller vorgeladen, wo ihnen die Verhaltungsmaßregeln mitgetheilt wurden, und vor aufreizenden Artikeln unter Androhung der Confiscation und kriegsrechtlicher Behandlung gewarnt wurde. — Ueber die eigentliche Verschwörung circuliren die abenteuerlichsten Gerüchte; man spricht von proponirter Erstürmung des Wischerads, des Zeughauses, von Judenkrawallen; und am meisten scheinen die Befürchtungen vor Verleitung des ungarischen Regiments der Grund der Verhängung des Belagerungszustandes gewesen zu sein. (D. A. Z.)

△ **Marienburg** in Preußen, 10. Mai. Aus allen größeren Städten Westpreußens, wie Elbing, Marienwerder, Thorn und Marienburg, gehen Adressen nach Berlin ein, welche Sr. Majestät dem König den tiefsten Schmerz der Bewohner über die Regierungsweise des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel kund thun. In Saalfeld und Marienwerder wurden große Volksversammlungen abgehalten, um die Bürger, in Stunden der Gefahr, zum Wohle des Vaterlandes wach zu halten. Viele Tausende waren aus allen Nachbarstädten zusammengekommen und erklärten einstimmig, mit aller Kraft festzuhalten an den Beschlüssen der Frankfurter Nationalversammlung. Auch ward diese Erklärung an das Ministerium eingesandt. Dagegen herrscht auf dem Lande, besonders unter den reichen Bauern der Weichsel-Werder, eine entgegengesetzte Stimmung; sie wollen von einer deutschen Einheit und Aufhebung des Berliner Belagerungszustandes nichts wissen und sind zufrieden, wenn Alles beim Alten und in Ruhe bleibt und nur ihr Waizen gut preist. — Unsere Landwehr soll aus Neufahrwasser nach Bromberg rücken und dort durch das zweite Aufgebot ersetzt werden.

‖ **München**, 13. Mai. Die Agitation für die Reichsverfassung in München bewegt sich äußerlich in so vereinzelten Schichten, daß ohne ein sehr energisches Auftreten der Kammern der Hof wohl kaum Veranlassung finden wird, darin die Manifestation der öffentlichen Meinung zu erkennen. Die Bewegungen in den fränkischen Provinzen werden, so wie jene in der Pfalz, als durchaus republikanisch bekämpft, diejenigen in Schwaben und einem Theil von Niederbayern und Oberpfalz ignorirt; die Ereignisse in Sachsen haben jedenfalls das bayerische Franken etwas herabgestimmt, und ich glaube kaum, daß in Bayern von einem moralischen Zwange durch allgemeine Volksstimmung die Regierung kann bewegen werden, ihre entschieden ausgesprochene Bahn zu verlassen. Es bleiben also, wie gesagt, nur die Kammern übrig, von deren etwaigen Maßregeln noch irgend eine Wirkung abhängen kann, obgleich nach meiner Ansicht auch das entschiedenste Auftreten derselben zu einer durchaus unbedingten Anerkennung der Reichsverfassung nicht führen wird. Die Minister, insonderheit v. d. Pfordten (denn die übrigen außer Lesuire sind nicht viel mehr als Bureauchefs), haben übrigens merkwürdigerweise die feste Ueberzeugung, daß die Majorität der Kammern mit ihrem Verhalten einverstanden sein werde; ich weiß nicht, geben sie sich wirklich der Meinung hin, als stimme die wahre Mehrheit des bayerischen Volkes nicht für unbedingte Giltigkeit der Reichsverfassung, oder haben sie einen andern Plan im Hintergrunde: genug, sie erwarten mit einer Ruhe die völlige Zustimmung der Kammern, daß sie sogar schon eine Nachricht, als solle die Kammer aufgelöst werden, mit Indignation als Verdächtigung zurückweisen ließen. Was soll daraus entstehen? Vielleicht rechnet das Ministerium auf die falsche Politik der Ultras; daß die Pfälzer Deputirten nicht kommen werden, hält man für ausgemacht*); aber selbst aus Franken taucht der wahnsinnige Plan auf, die Liberalen sollten gar nicht zur Kammer kommen. Freilich, wenn solche ganz kindische Politik getrieben würde, dann wäre die particularistische Richtung Bayerns gerettet. Glaubt man denn mit solchen Maßregeln der Regierung zu schaden und zu trotzen? Im Gegentheil wird die Sache der Reichsverfassung durch solches Verhalten heruntergedrückt. Wir sind zwar, wie schon erwähnt, allerdings nicht der Meinung, daß, wie jetzt die Dinge stehen, das Ministerium oder die spreußisch-bayerische Politik einer Kammerabstimmung weichen werde. Sollte sich aber zeigen, was die wahre Ansicht der Mehrzahl des bayerischen Volkes ist, wenn etwa das Ministerium gezwungen wäre, die Kammer aufzulösen, und aus den Neuwahlen dieselbe Kammer hervorgeht, so würde dies eine unermeßlich größere Wirkung haben, als je ein Putsch in Nürnberg oder Bamberg würde erreichen können. Höheren Orts scheint man übrigens darauf gefaßt, es werde hier in München während der Kammersitzungen zu einem ernsthaften Kampf kommen; die Truppen beziehen ein Lager vor der Stadt, und jenseits der Isar auf dem sogenannten Gasteigberge, einer Anhöhe, von der aus man die ganze Stadt beherrscht, soll eine befestigte Stellung von der Artillerie eingenommen werden. Das Geld, welches die mehr als Gerücht gewesene Ministerkrisis wieder vermittelte und thunlich macht, die vom Finanzminister zuerst als unmöglich erklärte Einberufung größerer Truppenmassen zu bewerkstelligen, ist das vom König Ludwig gestern mit Zinsen zurückgezahlte griechische Anlehen.

⊙ **Stuttgart**, 12. Mai. Die zweite Kammer trat in ihrer heutigen Sitzung dem Gesetzentwurfe bei, betreffend die Aufhebung der Abgaben von politischen Zeitschriften und die Besteuerung des Einkommens von Zeitschriften, sowie des schriftstellerischen Erwerbs überhaupt. — Die Entwürfe zweier Gesetze wegen Ausfüllung der Lücke in dem Staatsfinanzhaushalte kamen zur Berberatung. Das Defizit beträgt in runder Zahl die Summe von 4½ Millionen Gulden, welche auf außerordentlichem Wege herzuschaffen ist. Die Regierung ist von dem Plan einer Erhöhung der ordentlichen directen Steuern abgegangen, ebensowenig ist sie gesonnen, Staatsdomänen zu verkaufen. Sie benützt vielmehr den Staatscredit, und in dieser Hinsicht wird der von der Regierung eingebrachte Gesetzesentwurf von der Kammer angenommen in folgender Fassung: Zur Deckung der Bedürfnisse des Staatshaushalts für 1848/49 wird neben den dafür zu verabschiedenden Einnahmen ein Staatsanlehen bis zu 3 Millionen Gulden unter den möglichst billigen Bedingungen angenommen. Ein weiterer Gesetzesentwurf betrifft die Errichtung einer Bankanstalt mit der Befugniß zu Emissionen von 3 Millionen Banknoten, wovon die Hälfte zu einem Vorschusse an die Staatskasse behufs der erleichterten Deckung des Ausfalls im Finanzhaushalte verwendet werden und die andere Hälfte dazu dienen soll, den industriellen und landwirthschaftlichen Gewerben, deren Betriebscapital durch die Ungunst der Zeit geschwächt worden ist, Mittel zur Fortbetriebe zu verschaffen. Diesem Plan der Regierung steht gegenüber 1) das Project einer Bank mit Betheiligung von Privaten, für welches Seybold und Andere sich aussprechen; 2) der Antrag auf Staatspapiergeld, vertheidigt von Zeller, Seeger, Stockmayer. Seeger hält die jetzige Zeit für Ausgabe von Papiergeld nicht ungünstig, indem Geld genug vorhanden, dasselbe aber der Circulation entzogen sei, weßhalb das Papiergeld durch die baaren Mittel mehr als hinreichend gedeckt wäre, dagegen kann Seybold nicht für Papiergeld stimmen, indem die Ruhe der politischen Welt gestört, die Ueberschüsse des Staatshaushalts verschwunden, der Staatscredit schwankend geworden sei. Im Uebrigen führte für heute die Debatte mit den bekannten Gründen für und wider nicht zum Abschluß. — Gestern fand ein großer Aufzug statt vor den Hause eines Weingärtners, Stadtraths und Bürgerwehrhauptmanns, welcher unter der zahlreichen Klasse der hiesigen Weingärtner einen sehr gewichtigen Einfluß ausübt. Derselbe hatte in einem öffentlichen Blatte die Unthätigkeit der zweiten Kammer angegriffen und namentlich gegen diejenigen ihrer Beschlüsse sich geäußert, durch welche alle Mannschaft vom 18. Lebensjahre an zu den Waffen gerufen und dadurch dem Landbau, den Gewerben u. s. w. entzogen werden soll. Auf Zureden des Stadtdirectors verlief sich die Menge bald wieder. In der eigenthümlichen Bevölkerung der Weingärtner hat übrigens unsere Stadt ein Element in sich, welches bei etwaigen Conflicten leicht den Ausschlag geben dürfte, dessen unvergessen, dem Politischen bisher fernstehende Kraft der Partei ebenso zum Schaden gereichen könnte, die ihr unbefugt schmeicheln, als welche sie aufreizen möchte.

⊙ **Stuttgart**, 14. Mai. Mit 39 gegen 37 Stimmen beschloß die Kammer der Abgeordneten in ihrer heutigen Sitzung, die Staatsregierung zu ermächtigen, in Verbindung mit dem ständischen Ausschusse, beziehungsweise der ständischen Staatsschulden-Verwaltungscommission, Papiergeld anfertigen zu lassen und in Umlauf zu setzen. Mit dieser ganz geringen Mehrheit wurde also der Plan des Finanzministeriums zu Errichtung einer Bankanstalt beseitigt. Das Bedürfniß aber und das Verlangen nach einer Bank hatte sich seit einem Jahr im Volk und in der Kammer geltend gemacht, und die Regierung wollte durch ihren Plan das wichtige Mittel eines unverzinslichen Creditpapiers zur Verminderung des Deficits im Staatshaushalt mitbenützen. Der Staat hätte die Bank selbst unternommen und mit einem Theile seines Vermögens fundirt, dessen Werth zwar gesichert, dessen Flüssigwerdung aber im Augenblick größtentheils noch nicht erfolgt ist, sondern erst in Aussicht steht. Einen Beweggrund zu der Anwendung dieses Mittels hatte die Regierung auch in dem

*) Wohl mit Unrecht; denn directe Nachrichten aus Rheinbayern besagen, daß pfälzische Abgeordnete zur zweiten Kammer bereits nach München unterwegs sind. Red. d. D.P.A.-Z.

Beispiel aller unserer Nachbarstaaten, namentlich in neuerer Zeit Badens, beider Hessen, Nassaus, gesehen. Die Inhaber dieser Staaten kommen zuverlässig bei uns in den Verkehr, wie dies mit den bayerischen Banknoten, mit denen der schweizerischen Banken, mit dem preußischen und sächsischen Papiergeld geschehen ist. Endlich bezweckte das Ministerium, durch diese Bank den Weg zu dem Uebergang in eine Privatanstalt anzubahnen. Mit der Gründung einer Bank hätte sich, wie Schweickardt zeigt, die Geschäftsthätigkeit bei Gewerben und Landwirthschaft außerordentlich gehoben, am leichtesten wären durch dieselbe Summen auch aus fernen Gegenden herbeigeschafft worden, wie die Banken von St. Gallen, Basel, Zürich beweisen. Eine wohlgeleitete Bank hätte dem Staate weit mehr Chancen zur Benutzung seiner Hülfsmittel gewährt, als die Ausgabe von Papiergeld, und im Laufe der nächsten fünfundzwanzig Jahre, wo in Folge der Ablösung viele und große Capitalien eine Verwendung suchen, wäre eine Bank von unberechenbarem Nutzen, sogar ein von den dringendsten Interessen des Staates gebotenes Institut gewesen. Das Regierungsproject war, Banknoten im Werth von 4 Mill. Gulden auszugeben; nach den Erfahrungen und Vorgängen anderer Länder, von denen nur die Ausgabe von 4,375,000 fl. Kassenscheine in Kurhessen zu erwähnen, hätte bei uns die Notenausgabe bedeutend vermehrt werden können. Zeller als Berichterstatter der Mehrheit der Finanzcommission, welche für Papiergeld ist, führt die Ansicht aus, daß für die Privatindustrie durch unter öffentlicher Verwaltung stehende, von den einzelnen Bezirken gegründete und aus Staatsmitteln unterstützte Bezirkskleidkassen, auch ohne Vermittlung einer Centralbank, genügend gesorgt werden könne, und daß die weitern Vortheile, welche eine solche Bank erwarten ließe, sobald diese nicht als Privat-, sondern als Staatsunternehmen auftrate, durch die mit der Schwerfälligkeit ihrer Bewegung, aus der kostspieligen Verwaltung und Controle, und aus dem voraussichtlich zweifelhaften Credit der Staatsbank entspringenden Nachtheile gewiß überwogen würden. Auch aus politischen Rücksichten sei die Ausgabe von Papiergeld vorzuziehen. Die Freiherrn v. Barnbüler und v. Wollwarth waren Gegner dieser beiden Projecte, sahen namentlich durch die ständische Controle den Mißbrauch des Papierwechsels nicht beseitigt, und hätten es am liebsten gesehen, wenn der Staat für sein ganzes Bedürfniß ein baares Anlehen aufgenommen hätte. Freiherr v. Hornstein hatte die Ausgabe von verzinslichem Papiergeld gewünscht, drang aber auch nicht durch.

Ueber die Bewegung in Baden tragen wir aus dem Schw. Merkur" Folgendes nach: **Karlsruhe**, 13. Mai. Gestern war viel Bewegung in der Stadt; spät Abends fuhr man noch, daß der Militäraufruhr in Rastatt friedlich beendigt sei, und heute Nacht gegen 1 Uhr kamen General Hoffmann, mehrere Offiziere der Rastatter Garnison und eine Anzahl Dragoner, die gestern Morgen dahin abgingen, auf der Flucht hierher zurück. Es muß ein großer Wirrwar daselbst geherrscht haben; sogar die Fahne, die in so vielen Schlachten siegreich und ruhmvoll getragen wurde — zur Schmach dieses Regiments muß ich es sagen — ward, der allgemeinen Erzählung nach, in den Koth geworfen, bis sie ein entschlossener Hauptmann, Herr Walz, mit einigen treugebliebenen Soldaten unter eigener Lebensgefahr den aufgewühlten Festungsarbeitern wieder entriß. Heute Nacht 1 Uhr und diesen Morgen in aller Frühe war Staatsrath hier. Die Festung war ganz in Händen der aufrührerischen Soldaten und Einwohnerschaft, und es soll der Bahnhof von ihnen besetzt und auf die Bahn mit Kanonen gefeuert worden sein. Es circuliren zu vielerlei Gerüchte, die ich nicht verbürgen kann und daher lieber weglasse. Doch als heute Morgen die Festungsarbeiter, wie man sagt, etwa 700 Mann) die Stadt plündern wollten, kam die Bürgerschaft zur Besinnung und schritt im Verein mit den Soldaten ein. Diese stellen nun auch ihre Offiziere wieder verlangen, den Festungsdienst in Gemeinschaft mit der Bürgerwehr und den Oesterreichern, die alle auf die Reichsverfassung geschworen haben (Y), ordentlich besorgen. Die letzten Nachrichten aus Rastatt lauten beruhigender. — Heute in aller Frühe stellte sich die Deputation aus dem Oberlande bei dem Großherzog ein, welche u. A. sofortige Entlassung des Ministeriums Bekk verlangte und ein Ministerium Christ-Brentano erschlug und allgemeine Amnestie haben wollte. Ihre Forderungen wurden, wie ich aus verlässiger Quelle hörte, gewiesen, doch hörte ich diesen Abend wieder behaupten, Bekk sei abgetreten. Etwas Officielles ist bis diesen Abend nicht bekannt geworden. Heute Mittag 12 Uhr wurde die hiesige Garnison und Bürgerwehr, die auf dem Schloßplatz ein Viereck gebildet haben, durch den großherzoglichen Commissär, geh. Rath und Stadtdirector Stösser, auf die Reichsverfassung feierlichst beeidigt, und am Schluß der Feier dem Großherzog ein warmes, dreifaches Hoch ausgerufen. Hierauf wurde am Schlosse vor Sr. k. H. Parade vorbeidefilirt. Man erwartet in Bälde eine Zahl Reichstruppen, die schon diesen Nachmittag eintreffen sollen (12,000 Y Mann Württemberger und Kurhessen). In Offenburg hörte man gestern Abend nur, daß die Versammlung so stürmisch sei, daß selbst die Führer kaum mehr die Zügel halten können. Struve und Blind sollen ein Bruchsal weiter nach Mainz gebracht werden sein. (Andern Angaben zufolge wären sie befreit worden.) Frau Struve soll an der Rastatter Bewegung Theil haben. In Offenburg wurde ein Landesausschuß ernannt, der seinen Sitz in Rastatt nehmen soll; morgen sollen die heutigen Forderungen wiederholt werden. Alles ist in großer Aufregung: Bürgerwehr ist seit Mittag auf der Wache.

Auch in Karlsruhe ist der Tagesbefehl Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzog-Reichsverweser vom 13. Mai angeschlagen worden.

Die „Karlsruher Zeitung", bisher Organ der großherzoglichen Regierung und von Dr. Karl Siehne redigirt, soll unter dem 15. Mai als Nr. 1. des „Organ des Landesausschusses" erschienen und als Redacteur derselben ist Karl Blind unterzeichnet. Diese erste Nummer enthält eine Proclamation des Landesausschusses, lautend wie folgt:

„Mitbürger! Dreizehn Monate harten Kampfes, dreizehn Monate schwerer Opfer sind vorüber. In solcher Zeit hat uns nur die Hoffnung aufrecht erhalten, daß unser schönes Vaterland die Freiheit erringen, und daß ein Bruderband alle Deutschen umschlingen werde. Doch kaum ist die deutsche Verfassung endgiltig von den Vertretern der Nation festgestellt, so tritt die Verschwörung der Könige, ihre landesverrätherische Verbindung mit dem Czaren von Rußland zur Knechtung des deutschen Volkes, welches im vorigen März seine Großmuth bethätigt hat — es tritt die Contrerevolution kalt und unverschleiert hervor. Nochmals soll die absolute Fürstenherrschaft gegründet, nochmals sollen die Ketten geschmiedet werden, die wir im März verflossenen Jahres zerrissen haben. Mitbürger! In einem solchen Kampfe konnte die tapfere Armee, konnten unsere und euere Brüder nicht zweifelhaft sein, daß ihre Pflicht sie auf die Seite des Volkes rief; sie haben es erkannt, daß sie, die Söhne des Vaterlandes, für die Freiheit des Volkes, für die Einheit der deutschen Lande, und für die Größe der Nation fechten sollen. Die Armee hat sich daher mit uns verbunden. Sie kämpft nicht gegen das Volk, sie kämpft nur gegen die Feinde der Freiheit und des Vaterlandes. Diese Verbindung des Heeres mit dem Volk war offenbar kein Grund, daß der Großherzog gestohen ist, wozu ihm verrätherische Minister den Rath gegeben, die dann die Regierung verließen und die Geschäfte des Landes dem Ungefähr anheimstellten. Mitbürger! Eingedenk der Verpflichtung, die wir gegenüber der großen Landesversammlung in Offenburg übernommen, und folgend dem Rufe der Gemeindebehörde hiesiger Stadt, sind wir heute Mittag an der Spitze unserer braven Soldaten hier eingezogen. Wir werden unsere Kräfte daran setzen, bei der Erringung eines volksmäßigen Staatszustandes die volle Freiheit der Person und den Schutz des Eigenthums zu wahren. Wir werden Alles aufbieten, um die Regierungsmaschine im Gange zu erhalten; wir werden auf dem Platze bleiben, den die Pflicht und der Ruf des Volkes uns angewiesen, bis das Volk selbst über die Regierung das Nöthige verfügt hat. Mitbürger! unsere Aufgabe ist eine schwierige. Aber wir fühlen in uns den kräftigen Willen, sie zu lösen. Unterstützt uns überall in unserem Beginnen, und wir zweifeln nicht, daß die Freiheit zum Siege gelangen wird. Der Landesausschuß; und Namens desselben: Brentano, Heinrich Hoff, Richter, A. Goegg, Werner, Reymann. Karlsruhe, den 14. Mai 1849.

„Im Auftrage der Executivcommission" erläßt sodann Herr Eichfeld: 1. an sämmtliche Gemeindebehörden des Landes die Aufforderung, „die Soldaten, welche ihre Garnisonorte verlassen haben, mit allen ihnen zustehenden Mitteln in ihre Garnisensorte zurückzubringen, um der Sache der Freiheit nützlich zu sein;" 2. eine Aufforderung an die Offiziere, „sich dem Kriegsministerium zur Verfügung zu stellen, insofern ihnen die Freiheit des Volkes und das Wohl des großen deutschen Vaterlandes am Herzen liegt, und sie sich zu deren Vertheidigung verpflichtet fühlen."

△ Aus **Straßburg**, 14. Mai. Am Sonntag Abend erschallten auf einmal, wie auf ein gegebenes Zeichen, längs des rechten Rheinufers im Großherzogthum Baden die Sturmglocken. Alles griff zu den Waffen, unterstützt von unsern Demokraten, welche an mehreren Orten die Republik ausrufen halfen. In Kehl war die Aufregung sehr groß. Es hat sich seitdem eine so große Zahl hiesiger Bürger nach Rastatt begeben, daß unsere Straßen ganz verödet scheinen. Die badischen Soldaten fraternisiren mit den französischen, nachdem die Offiziere der ersten theils die Flucht ergriffen haben, theils eingesperrt worden sind. Und diese badischen Soldaten wollen deutsche heißen? Wahrhaftig, diese französischen Nothhelfer und die badisch-französische Verbrüderung eröffnen schöne Aussichten! Franzosen in der deutschen Reichsfestung Rastatt! Die Bürgerwehr versieht die Wache an der Rheinbrücke und sowohl an derselben als auf mehreren andern Punkten wehen rothe Fahnen.

* **Kassel**, 14. Mai. Das kurfürstl. Staatsministerium hat auf eine an dasselbe wegen Durchführung der Reichsverfassung gerichtete Eingabe von Deputirten von Vereinen und Gemeindebehörden aus neunzehn Städten und fünf Landgemeinden erwidert, daß die Regierung wie bisher so auch ferner ihre Verpflichtung erfüllen werde, nämlich die Maßnahmen zur Durchführung der Reichsverfassung, soweit dies Kurhessen angeht, ihrerseits fest in die Hand zu nehmen, dagegen aber auch mit allen Mitteln zu verhindern, daß die im Lande herrschende Bewegung vom Boden des Gesetzes fortreiße. Die verlangte Absendung eines Deputirten zu dem von der Krone Preußen vorgeschlagenen Congresse sei von der Regierung abgelehnt worden; die Beeidigung des Volks — einschließlich des Militärs und der Beamten — auf die Reichsverfassung werde erfolgen. Schließlich erklärt das Ministerium in seiner Erwiederung, daß die Regierung mit aller ihr zu Gebote stehenden Kraft jeden Angriff auf die Reichsverfassung abwehren werde, es möge nun ein solcher durch absolutistische oder republikanische oder anarchische Tendenzen geleitet werden. Diese entschiedene und in fruchtbarem Handeln vorschreitende Antwort des Gesammtministeriums auf die Anträge der hier zusammengetretenen Deputirten vieler Vereine und Gemeinden hat, wie die „Kasseler Allg. Ztg." schreibt, die Wirkung, welche sie haben mußte, nicht verfehlt. Gleich nachdem ihre Bekanntmachung begab sich der Commandeur der Bürgergarde, mit dem Stab derselben, welcher am Morgen bereits mit dem Officierscorps zur Berathung im Regimentscommando versammelt war, ins Ministerium, um dasselbe der freudigen und inhaltreichen Zustimmung der Bürgerwehr zu versichern. Sie erklärten auch, in allen Fällen zu dem Ministerium zu stehen. Der Vorstand des Ministeriums des Innern erwiderte, daß der Ausdruck dieser Gesinnung ihm bei seiner schweren Pflichterfüllung neue Kraft gewähre, und der Vorstand des Kriegsministeriums sprach die freudige Uebereinstimmung des Militärs mit diesen Gesinnungen aus. Die Antwort des Ministeriums auf die Petition wurde in den verschiedenen und zahlreichen besetzten Posten der Bürgerwehr verlesen und mit einem lauten Hoch für die Staatsregierung begrüßt. Die Deputirten selbst zeigten sich nicht in gleichem Maße zufrieden. Auf den Antrag eines derselben wurde die Antwort des Ministeriums einer Commission übergeben, in deren Namen Herr Baythoffer berichtet hat. Diese Commission erklärte sich für die meisten Anforderungen durch die Antwort des Gesammtstaatsministeriums nicht befriedigt. Eine weitere Petition an das Gesammtstaatsministerium, sowie die Zurücklassung eines ständigen Bureaus wurde beschlossen. Die Hanauer und einige andere Deputirte wollten bis zum andern Morgen hier verweilen, um die weitere Antwort des Staatsministeriums entgegenzunehmen.

In einer Volksversammlung zu **Marburg** am 4. d. M. ist beschlossen, das Ministerium um sofortige Einberufung der Ständeversammlung, Beeidigung des Militärs, der Beamten ꝛc, zu bitten, Volksbewaffnung anzuordnen ꝛc. Bei einer Volksversammlung zu Wetter am 6. wurde von allen Anwesenden die Reichsverfassung feierlich anerkannt; die Herren Baythoffer und Kempe wären zugegen.

§ **Altona**, 11. Mai. Vom jütischen Kriegsschauplatz sind keine neuen Nachrichten eingelaufen. Die schleswig-holsteinische Avantgarde liegt dicht vor Fridericia bei Erritsö und verschanzt sich vorläufig. Die Reichstruppen rücken im Westen vor und es heißt sogar, daß die preußische Division in Horsens eingerückt sei. Es bestätigt sich vollkommen, daß eine Abtheilung Dänen, welche nach Norden gedrängt war, aufgehoben werden, zumal die Verbindung zwischen Fridericia und Veile ihnen seit dem 7. d. M. abgeschnitten ist. Was Fridericia betrifft, so haben die Vorarbeiten zum Angriff auf dasselbe begonnen. Die Festung ist von den Schleswig-Holsteinern cernirt und es scheint fast, als wenn die Dänen nicht beabsichtigten, sich lange in Fridericia zu halten, weil sie von ihrem Verbindungscorps getrennt und abgeschnitten sind. Im Sundewitt'schen ist es ruhig. — „Fädrelandet" ergeht sich in der jüngsten Nummer in harten Raisonnements, die der Mangelhaftigkeit der dänischen Marine vorzugsweise gelten. So könne der Mangel an Dampfschiffen, meint dies Blatt, den dänischen Kriegsschiffen in der Ostsee einmal große Gefahr bringen, wenn bei längerer Windstille die Schiffe einander nicht zu Hilfe kommen können, und auch in der Nordsee bedürfe man wenigstens eines Dampfschiffes. Dies sind gute Fingerzeige, welche die deutschen Marineanfänge ihrerseits zu benutzen bemüht sein müßten. Die schwedische „Malmöer Schnellpost", ein sonst gut unterrichtetes Blatt, berichtet nach einem Schreiben aus Kopenhagen, König Friedrich VII. habe im Staatsrath am 26. April den Herzog von Leuchtenberg zum Thronfolger in Dänemark vorgeschlagen. Obgleich wir dieser Thatsache vorläufig alle Begründung absprechen müssen, darf man jedoch nicht vergessen, daß seit einiger Zeit zwischen den schwedischen, russischen und dänischen Häfen ein auffallend inniger Verkehr stattfindet und hauptsächlich die russischen Intriguen in der dänischen Successionsfrage die Hauptrolle spielen.

A **Hamburg**, 12. Mai. Wie man hört, würde eine großartige Industrieausstellung von Fabrikaten aus allen industriellen Gegenden Europa's beabsichtigt und bei der Wahl des Ortes hat man bereits Hamburg, weil es bisher von allen politischen Evolutionen frei gewesen, als den passendsten bezeichnet. Unsere Börse ist für diesen Plan sehr enthusiasmirt und möchte auch wohl erhebliche Opfer bringen, wenn diese projectirte Industrieausstellung hier stattfände. Was die bedeutenden Kosten betrifft, so bereits in Voraus erwogen werden, daß eine Verloosung der Erzeugnisse veranstaltet werden müßte. Es scheint uns jedoch mehr als unwahrscheinlich zu sein, es unter den gegenwärtigen aufgeregten Zeitumständen dies Unternehmen würde verwirklicht werden können, und dürfte dies einer ruhigeren Zeit, wo die Gemüther mehr sich selber als den politischen Bewegungen und Erregungen angehören, vorbehalten bleiben.

Burg auf Fehmarn, 9. Mai. (A. M.) Am 3. d., Vormittags, näherte sich ein dänisches Kriegsdampfschiff („Geiser"), nachdem es nebst einer Fregatte schon seit 4 Uhr Morgens die südliche Küste Fehmarns recognoscirt, einer beim Fährhause am Sunde errichteten Schanze bis auf ca. 2000 Schritt. Vier ganze Lagen Kanonenkugelschüsse sandte es, nicht nur auf die Schanze, sondern auch auf eine am Strande stehende leere Strohhütte und über die Köpfe des größten Theils einer vollständig gedeckt aufgestellten Compagnie; jedoch ohne irgend einen anderen Erfolg, als den der Munitionsverschwendung. Dagegen fielen aus unserer Schanze, welche nur mit 2 Gpfünd. Feldgeschützen armirt werden konnten, und welche letzteren von dazu von der Infanterie abcommandirten Rekruten unter dem Befehle des Artilleriefeldwebels Zorn, bedient wurden, 4 einfache Schüsse mit besserem Erfolge, indem einer derselben vorne am Bauche und ein anderer ungefähr in der Mitte, eben unterhalb des Wasserspiegels getroffen haben, worauf der Dämpfer sich entfernte.

Ungarn.

Preßburg, 5. Mai. Ein Feldwebel erzählte, daß in einem der letzten Gefechte bei Komorn das kaiserl. Cernirungscorps bei 40 Kanonen verloren habe. Es war eine ordentliche Ueberrumpelung von Seiten der Insurgenten, da man sie in der Ferne für kaiserl. Hilfstruppen hielt, und den Irrthum erst gewahrte, als es zu spät war, sich in gehörigen Vertheidigungsstand zu setzen. — Temesvar, das die Journale schon so häufig von Bem einnehmen ließen, ist noch immer in Rukawinas Händen, aber von Bem bedroht. — In der Schütt wurde der Pfarrer und Richter eines Dorfes wegen Verrathes der kaiserlichen Truppen erschossen. (Wanderer.)

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matter.

Für die Unglücklichen in Dresden

sind bei uns eingegangen: von R. P. 5 fl. 15 kr.; von Drn. Gontard und Söhne 27 fl., was wir dankbar bescheinigen, zur Annahme fernerer Beiträge uns bereit erklärend.

Frankfurt a. M., 15. April 1849.

Red. der O.-P.-A.-Z.

Benachrichtigungen.

[1393] **Bekanntmachung.**

Die Post-Verbindung zwischen **Memmingen** und **Lindau** über **Leutkirch** und **Wangen** betr.

Vom 15. d. M. an wird in Memmingen der Eilwagen über Leutkirch und Wangen nach Lindau Nachmittags um 3¼ Uhr (anstatt um 4¼ Uhr) abgefertigt, welches unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 27. Mai v. J. hierdurch veröffentlicht wird.

Frankfurt a. M., den 14. Mai 1849.

General-Post-Direction.

Freiherr von Dörnberg.

vdt. Beckmann.

[1385] Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig, in Frankfurt a. M. bei Franz Denj Auffarth, Zeil Nr. 39:

Des Garanties données au Danemark à l'égard du Schleswig

par la France, l'Angleterre et la Russie, et de celles dont il est question aujour-d'hui.

In-8. Broch. 12 kr.

Diese kleine Schrift gibt eine vollständige Uebersicht der auf die Stellung Schleswigs zu Dänemark bezüglichen Verträge und Garantien der europäischen Mächte.

Leipzig, den 13. April 1849.

Brockhaus & Avenarius.

[1386] Bei Carl Körner in Frankfurt a. M. ist zu hab.n:

Histoire et Biographie des frères Blanc

fermiers des jeux, et Mystères de Hombourg-ès-monts.

Preis 9 kr.

[1378] **Zwölfte Versammlung deutscher Land- und Forst-Wirthe zu Mainz im October 1849.**

In Gemäßheit des Beschlusses der eilften Versammlung zu Kiel im Jahr 1847 erzeht hiermit die Einladung zur grundgesetzlichen Theilnahme an der vorgenannten Versammlung, welche zu Mainz am 1. October d. J., Morgens 9 Uhr, eröffnet und am 6. October geschlossen werden wird. Die Bekanntmachung der Themata und der Empfangsbestätigung erfolgt nächstens in den land- und forstwirthschaftlichen Zeitschriften.

Die Redactionen aller öffentlichen Blätter sind um Verbreitung gegenwärtiger Einladung ersucht.

Laubach und Darmstadt, den 9. Mai 1849.

Der Vorstand obiger Versammlung

Graf Otto zu Solms-Laubach. Frdr. v. Wedekind.

[1387] **Heppenheim**, 14. Mai. Die Unterzeichneten haben gleich nach der Nachricht von dem Ausbruche einer Revolution im Badischen mit allen Zöglingen ihres Instituts das Land verlassen und dasselbe in wenig Tagen bekannt machen zu können, wo sie ihre Schule fortsetzen.

H. & C. Bender.

BAD KISSINGEN

im fränkischen Saalthale des Königreichs Bayern bietet durch seine herrliche Natur, romantische Gegend und geschmackvolle Promenaden den lieblichsten Aufenthalt für Patienten und für gemüthliche Erholung Suchende.

Eine große Auswahl von den einfachsten bis zu den elegantesten Wohnungen gewährt die größte häusliche Bequemlichkeit; die Preise für Logis, Zehrung und Bedienung sind in jeder Beziehung billig.

Die ausgezeichneten Wunderkräfte der Kissinger Heilquellen sind weltberühmt, und die Erfahrung der vorzüglichsten Aerzte hat dargethan, daß die Kissinger Heilquellen sich seither in unzähligen Krankheitsfällen auch dann noch mit glänzendem Erfolge hilfreich erwiesen haben, wo bereits vorher andere Heilmittel oft vergeblich angewendet worden waren.

Die Eröffnung des königlichen Kurhauses mit **Logis, table d'hôte, Restauration** und **Badeanstalt** erfolgt

am 15. Mai 1849.

Zu geneigten Quartierbestellungen empfehlen sich ergebenst

[1325] Die königlichen Kurpächter:

Gebrüder Volzano in Kissingen.

[1297] **Verkauf einer Villa.**

Eine in der Gemeinde Leutesdorf bei Neuwied auf dem rechten Rheinufer anmuthig gelegene Besitzung, bestehend:

a) in einem sehr geräumigen Wohnhaus, enthaltend Parterre 7 Zimmer, einen Salon, Küche mit 2 Speisekammern; in der Bel-Etage 8 Zimmer, einen Saal mit Balkon; sodann zwei große Speicher und einen sehr geräumigen 100 Fuder fassenden Keller;

b) in zwei daran stoßenden Nebengebäuden, enthaltend 8 Zimmer mit zwei Küchen, Speicher, Stallung, Remise, Kelterhaus und Brunnen;

c) in einem 5 Morgen großen, ringsum mit einer starken Mauer umgebenen Garten, durch welche die ganze Besitzung eingeschlossen und durch eine elegante Thoreinfahrt betreten wird —

steht aus freier Hand zu verkaufen oder auch zu verpachten.

Diese hart an das Rheinufer stoßende Villa gewährt die schönste Aussicht auf die nahe belegenen Städte Andernach und Neuwied und ist durch die frequente Passage der Dampfschiffe stets belebt; sie eignet sich besonders wegen ihrer gesunden Lage zu einem alle Bequemlichkeiten darbietenden Sommeraufenthalte, zu großartigen Fabriken oder irgend einer Erziehungsanstalt. Sämmtliche Gebäulichkeiten sind bei der vaterländischen Feuer-Societät zu Thlr. 10,000 versichert.

Hierauf Reflectirende wollen sich in portofreien Briefen an den Geschäftsführer J. Mäurer zu Ehrenbreitstein gefälligst wenden, welcher jede deshalben gewünschte Auskunft bereitwillig ertheilen wird.

Wasserheilanstalt Mühlbad bei Boppard am Rhein.

Für die Badesaison des laufenden Jahres wird obgenannte Anstalt vom 1. März ab dem Publikum wieder eröffnet sein. Bei der belegenden Frequenz, deren sie bisher sich zu erfreuen hatte, und die namentlich im verwichenen Jahre noch so bedeutend war, daß Mangel an Raum entstand und längere Zeit hindurch Gäste dislocirt werden mußten, bittet man diejenigen, welche sie zu brauchen die Absicht haben, mit ihren Anmeldungen nicht allzulange zu zögern, besonders dann, wenn sie auf schöne und bequeme Wohnungen reflectiren. — Näheres bei dem in der Anstalt wohnenden Arzte, Kreisphysikus Dr. Heusner. [756]

In Ladung bei **H. SERIGIERS**,

Consul, Kaufmann und Schiffsrheder,

[1313] in **ANTWERPEN**.

Regelmässige Schifffahrten

Nach **New-York**:

Amerik. Smaster	FRANCE,	Cap. Hidson,	Abfahrt	10. Mai.
„ „	RIO-GRANDE,	„ Thomas	„	20. „
„ „	MAY FLOWER,	„ Hitchcock	„	1. Juni.

Nach **Rio-Janeiro**:

Belg. Schiff WINDHOND, Cap. Parmentier, Abfahrt 1. Juni.

Nach **Constantinopel**:

Schiff AMALIA, Cap. Dolwin, Abfahrt 20. Mai.

Obengenannte Schiffe nach New-York und Rio-Janeiro sind eingerichtet um zwischen Deck und Cajüte Passagiere zu übernehmen.

Nähere Auskunft ertheilt **H. Serigiers** in Antwerpen.

Grab-Denkmäler und Kreuze

in großer Auswahl

von rothem, grünem und weißem Sandstein

sind vorräthig zu haben bei

A. Sprückmann vor dem Allerheiligenthor.

[89] Wohnung im Pfahlhof, Roßmarkt.

[1379] **Wiesbaden.**

Das Badhaus zum „Pariser Hof", welches ich übernommen, neu auf das bequemste eingerichtet und mit meinem vis-à-vis stehenden

— Badhaus zum goldnen Kreuz —

verbunden habe, empfehle bestens.

Wiesbaden, im Mai 1849.

Heinrich Beyerle.

Rheinische Dampfschifffahrt.

Kölnische Gesellschaft.

Tägliche Fahrten vom 1. Mai 1849:

Von **Mainz** Morgens **6** Uhr nach **Köln (Düsseldorf, Elberfeld-Hamm)**.
„ **Mainz** „ **8½** „ „ **Köln (Aachen-Düsseldorf)**.
☞ Durch die Post- und Schnellschiffe „*Brethoven*" und „*Rubens*", im Anschluss an den Eisenbahnzug Morgens 6½ Uhr von Frankfurt.
„ **Mainz** Morgens **10**½ Uhr nach **Köln (Minden-Berlin)**
☞ unmittelbar nach Ankunft des zweiten (9½ Uhr) Eisenbahnzugs von Frankfurt.
„ **Mainz** Nachmitt. **2**½ Uhr nach **Mannheim**
☞ Von **Biebrich rheinabwärts ½ Stunde später als von Mainz**
Von **Mannheim** Morgens **6** Uhr nach **Köln**
„ **Coblenz** rheinaufwärts Morgens **6**, **8** und **12** Uhr, rheinabwärts Morgens **6**, **10**½ und Nachmittags **12**½ und **2**½ Uhr.
„ **Köln** Morgens **5**½ Uhr nach **Mainz**, Morgens **9**½, Mittags **1** und Abends **10** Uhr nach **Coblenz-Mannheim**, Morgens **5** Uhr nach **Arnheim**.
„ **Arnheim** Morgens **6** Uhr nach **Köln, Coblenz, Mainz, Mannheim**. [1263]

Nähere Auskunft und Billete in Frankfurt a. M. bei dem Agenten Herrn **F. Böhm**, Rossmarkt, auf dem Filial-Bureau bei Herrn **G. B. Pelli** auf der Zeil, im Taunus-Bahnhofe, und für die Postreisenden im Postbureau.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Apotheker von Georgi in Brüssel wurde derselbe bei der Industrie-Ausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein empfehlenswerthes und wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Depot bereit bei Herrn Conditor Schmidt, große Sandgasse, zu haben.

Commissionäre sind die Herren J. C. Schlemmer in Mainz. [1118]

[1376] **H. G. von Oven,**

Bleidenstraße 24., empfiehlt sein wohlassortirtes Lager in:

schwarzen seidenen Herrenhalsbinden in Taffet und Atlas, Sommerhalsbinden in Seide, Halbseide, Jacconet und Foulard, ächt ostindischen Taschentüchern, Chatelaines, Foulard- und Atlas-Brochetüchern.

[1293] Mein durch die neuesten Pariser Modelle reiches Assortiment fertiger **Mantillen** befindet sich Liebfrauenberg Nr. 31

G. Schlesinger.

[1391] Mit dem Anfange von Berlin auf Deutschland und fremden Ländern, bevollmächtigen mal An- und Verkauf von Staats-Papieren, Lotterie-Anlehen u. s. w. bestens sich

M. A. Cahn & Cie.,

Banquiers in Mainz am Rhein.

[1326] Ein großer Hühnerhund männl. Geschlechts, braun und weiß gefleckt, mit braunem Kopf und braunem Behänge, und weißem Abzeichen auf dem Kopf, einem braunen Flecken auf dem Rücken und braunem Flecken über der Ruthe, hat sich gestern verlaufen. Der derselben in Verwahrung genommen hat, wird ersucht, solchen in der Rhein-Straße Lit. F. Nr. 92 gegen eine gute Belohnung abzugeben.

Darmstadt, den 5. Mai 1849.

[1191] Staatspapiere aller Art werden an- und verkauft, so wie Gold und Silbersorten verwechselt.

Julius Stiebel junior,

Bureau: Wollgraben.

Erziehungs-Anstalt für Töchter gebildeter Stände in Mainz.

Die Unterzeichnete erlaubt sich hiermit, ihre Erziehungs-Anstalt, welche sich einer langjährigen Anerkennung erfreut, den verehrten auswärtigen Eltern zu empfehlen.

Nähere Auskunft ertheilt der Prospectus.

Mainz, im Mai 1849.

[1382] **Josephine Diehl.**

[1381] An der Gründahlerstraße ist eine sehr freundliche Wohnung von 13 Zimmern mit Gartenvergnügen zu vermiethen, mit oder ohne Möbel. Näheres auf der Expedition.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[1344] **Steckbrief.**

Alle resp. hochlöbliche Justiz- und Polizeibehörden werden unter Erbieten zu gleicher Willfährigkeit ersucht, auf den hiernnten signalisirten Karl Adolph Parsewinkel, Kupferdrucker, aus Neu-Ruppin, Regierungsbezirks Potsdam, fahnden, ihn betreten en Falls arretiren zu lassen und uns davon zu benachrichtigen.

Diese Maßregel wurde veranlaßt, weil derselbe, welcher der Theilnahme an dem Aufruhr dahier am 18. Sept. 1848 angeschuldigt ist und verhaftet war, heute Nacht aus dem Arrest entsprungen ist.

Frankfurt a. M., den 15. Mai 1849.

Die Untersuchungs-Commission des peinlichen Verhör-Amts.

Person-Beschreibung.

Alter: 26 Jahr.
Größe: 5 Schuh 7 Zoll rheinisch.
Haare: blond
Augen: blau.
Augenbrauen: blond.
Nase: klein
Mund: gewöhnlich.
Stirn: groß
Bart: röthlich, überall kurz.
Lippen: stark.
Zähne: gut
Gesicht: rund.
Gesichtsfarbe: gesund, frisch.
Statur: sehr kräftig.
Besondere Kennzeichen: an der Stirne links eine Narbe. Wurde zuletzt im Hospital dahier als Reconvalescent behandelt.

[1380] **Steckbrief.**

Alle resp. hochlöbliche Justiz- und Polizeibehörden werden unter Erbieten zu gleicher Willfährigkeit ersucht, auf den hiernnten signalisirten Johann Peter Julius Schlobohm, Spengler aus Hanau, fahnden, ihn betreten en Falles arretiren zu lassen und uns davon zu benachrichtigen.

Diese Maßregel wurde veranlaßt, weil derselbe, welcher der Theilnahme an dem Aufruhr dahier am 18. Sept. 1848 angeschuldigt ist und verhaftet war, in vergangener Nacht aus dem Arrest entsprungen ist.

Frankfurt a. M. den 15. Mai 1849.

Die Untersuchungs-Commission des peinlichen Verhör-Amts.

Person-Beschreibung.

Alter: 26 Jahre.
Größe: 5 Schuh 4 Zoll rhein.
Haare: schwarzbraun.
Augen: braun.
Augenbrauen: schwarz.
Nase: spitz
Mund: gewöhnlich.
Stirne: hoch.
Bart: schwarzbraun, schwacher Backenbart, stärkerer Schnurr- und Kinnbart.
Kinn: rund
Zähne: unvollständig.
Gesicht: rund.
Gesichtsfarbe: gesund.
Statur: schlank
Besondere Kennzeichen: am linken Unterarm zwei Narben, auf der rechten Seite der Brust ein desgl., am rechten Arm oben am Hautgelenk eine desgl., am rechten Augenwinkel eine desgl.
Wurde zuletzt im Hospital dahier am Nervenfieber im rechten Arm in Folge der stattgehabten Schußverletzung behandelt.

Kleidung.

Ein schwarzer Tuchrock, eine braunkarrirte Buckskinhose, eine schwarze Weste mit weißen Streifen, eine dunkle Halsbinde, ein Paar Stiefel.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Konversations-Blatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nro. 116.) 16. Mai 1849.

Deutschland.

† **Wien**, 12. Mai. Von Reisenden, welche Pest Mittwoch den 9. d. um 10 Uhr früh verließen, erfährt man, daß die Ungarn zweimal fruchtlos versucht haben, Ofen zu nehmen und immer mit Verlust zurückgeschlagen wurden. Das Bombardement war auf beiden Seiten wieder eingestellt worden.

* **Berlin**, 14. Mai. Die preußischen Abgeordneten zur Reichsversammlung in Frankfurt sind abberufen, und zwar kraft folgender durch den preußischen „Staatsanzeiger" veröffentlichten königl. Verordnung: Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. ꝛc. verordnen auf den Antrag unseres Staats-Ministeriums hiemit, was folgt: § 1. Das Mandat der auf Grund der Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April 1848 und unserer Verordnung vom 11. des letzteren Monats im preußischen Staate gewählten Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung ist erloschen. § 2. Den Abgeordneten ist gegenwärtige unsere Verordnung durch unseren Bevollmächtigten in Frankfurt a. M. zur Nachachtung und mit der Weisung zuzustellen, sich jeder Theilnahme an den weiteren Verhandlungen der Versammlung zu enthalten. Gegeben Charlottenburg, den 14. Mai 1849. Friedrich Wilhelm. Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. Verordnung, betreffend die Abberufung der preußischen Abgeordneten von der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M.

Die Denkschrift des Gesammtministeriums, welche die königliche Verordnung, kraft welcher die preußischen Abgeordneten von der Reichsversammlung in Frankfurt abberufen sind, motivirt, lautet nach dem „Staatsanzeiger":

Als am 30. März des vorigen Jahres die Bundesversammlung den Beschluß gefaßt, „die Bundesregierungen aufzufordern, in ihren sämmtlichen dem deutschen Staatensysteme angehörigen Provinzen auf verfassungsmäßig bestehendem oder sofort einzuführendem Wege Wahlen von Nationalvertretern anzuordnen — — um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen", und am 7. April desselben Jahres diesen ihren Beschluß durch nähere Bestimmungen über den Wahlmodus vervollständigt hatte: haben Ew. k. Maj. durch die Verordnung vom 11. desselben Monats im Umfange des preußischen Staats die Wahlen von Abgeordneten zu der deutschen Nationalversammlung angeordnet, welche auf Grund dieser Beschlüsse demnächst in Frankfurt zusammengetreten ist. Diese Bundesbeschlüsse und die von der Regierung ausgeschriebenen Wahlen bilden demnach den gesetzlichen Boden, auf welchem die Nationalversammlung bisher in ihrem rechtlichen Bestande geruht hat, und wonach ihr Mandat und speciell das der preußischen Abgeordneten zu bemessen ist. Die Regierung Ew. königl Majestät hat mit nicht minderem Vertrauen als das deutsche und preußische Volk den Ergebnissen der Berathungen dieser Versammlung entgegengesehen. Sie hat es sich zur Pflicht gemacht, derselben auf alle Weise, sowohl durch die Publication der in ihrer Competenz liegenden Beschlüsse, als durch die entgegenkommende Erklärung ihrer Ansichten und Bedenken in Bezug auf die Reichsverfassung, jede mögliche Unterstützung und Anerkennung zu Theil werden zu lassen. Mit der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs und der an dieselbe geknüpften Wahl eines Reichsoberhauptes konnte das beabsichtigte Werk, nach Maßgabe jener Bundesbeschlüsse, noch nicht als abgeschlossen und vollendet angesehen werden. Es mußte vielmehr die Theilnahme der Regierungen der einzelnen Staaten vorbehalten bleiben, durch deren Mitwirkung allein die neue Gestaltung des deutschen Bundes ins Leben treten konnte, wenn das Verfassungswerk wirklich „zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande gebracht" werden sollte. Der Entwurf der Verfassung, wie er aus den Berathungen der Nationalversammlung hervorgegangen, lag den Regierungen vor, als Grundlage der Vereinbarung, welche durch eine von beiden Seiten in entgegenkommender Weise angestrebte Verständigung zu erzielen gewesen wäre. Die Regierung Ew. königlichen Majestät hielt zu dem Ende Abänderungen dieser Verfassung im wahren Interesse Preußens und Deutschlands für unerläßlich und war bereit, auf eine Verhandlung und Verständigung mit der Nationalversammlung darüber einzugehen. Die letztere aber, statt auf diese Weise die vollständige Erfüllung ihrer Aufgabe zu sichern, hat es nicht für gut gefunden, diesen Weg einzuschlagen. Sie hat ausdrücklich erklärt, daß sie sich auf keine weitere Verhandlung über die von ihr beschlossene Verfassung einlassen werde. Sie hat vielmehr durch eine Reihe rechtswidriger Beschlüsse die alleinige und endgiltige Feststellung der Verfassung für sich selbst in Anspruch genommen, zu einer thatsächlichen, wo nicht gewaltsamen Durchführung derselben die Aufforderung erlassen und selbst dazu den Versuch gemacht, endlich in die Befugnisse der executiven Gewalt offen hinübergegriffen, und sich eine Machtvollkommenheit angemaßt, durch welche sie sich selbst über alles Recht und Gesetz stellte, und damit den Boden des Rechtes und Gesetzes für sich aufgab. Das unterthänigst unterzeichnete Staatsministerium kann daher nicht umhin, Ew. königlichen Majestät die Ueberzeugung auszusprechen, daß in der jetzigen Versammlung in Frankfurt nicht mehr die gesetzliche Vertretung der deutschen Nation in ihrer Gesammtheit zu erkennen sei, daß dieselbe vielmehr ihr Mandat selber vernichtet und ihr bisheriges Recht verleugnet und aufgehoben habe, und daß daher jede Hoffnung auf eine weitere Mitwirkung derselben zu gedeihlicher Entwickelung der deutschen Zustände aufzugeben sei. Es wird daher der Regierung Ew. königl. Majestät auch nicht möglich sein, den weiteren Verhandlungen und Beschlüssen derselben irgend eine Art von Giltigkeit und Bedeutung noch ferner beizulegen. Wenn die Regierung Ew. königl. Majestät mit aufrichtigem Bedauern zu dieser Ueberzeugung hat gelangen müssen, so kann sie nur mit dem entschiedensten Ernste den schmähenden Vorwurf und den Act offener Feindseligkeit zurückweisen, welcher in dem am 10 d. M. gefaßten Beschlusse liegt: „daß dem schweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die preußische Regierung durch unbefugtes Einschreiten im Königreiche Sachsen sich habe zu Schulden kommen lassen, durch alle zu Gebote stehende Mittel entgegenzutreten sei." Die in diesem Beschlusse liegende Verleugnung und Verletzung der bundesgesetzlich feststehenden Rechte und Pflichten der Mitglieder des deutschen Bundes, und die offen darin sich kundgebende Feindseligkeit gegen Preußen zeigt auf unzweideutige Weise, welchen Einflüssen die Versammlung in ihrer jetzigen Majorität preisgegeben ist. Es kann keinem Zweifel unterworfen sein, daß unter diesen Umständen und nach diesen Vorgängen auch das Mandat der preußischen Abgeordneten zur Nationalversammlung als erloschen zu betrachten ist, und ihre Theilnahme an den weiteren Verhandlungen derselben nicht gerechtfertigt erscheinen kann. Eine Anzahl von Mitgliedern aus Preußen hat dies schon durch ihren freiwilligen Austritt anerkannt. Eine große Anzahl Anderer wartet nur auf die Erklärung der Regierung Ew. Majestät um einen gleichen Schritt zu thun. Damit daher über die Willensmeinung Eurer königlichen Majestät kein Zweifel bleibe und Niemanden ein Vorwand zur Irreleitung der Gemüther gelassen werde, so hält es das unterzeichnete Staatsministerium, in Erwägung, daß die Aufgabe der deutschen Nationalversammlung nach Lage der Sachen und ihrerseits erfolgter Ablehnung jeder weiteren Verständigung und Vereinbarung als durch die Berathung der Verfassung erledigt angesehen werden muß, die Versammlung aber nicht mehr auf gesetzlichem Boden steht, und überdies sich in offene Feindseligkeit gegen Preußen gesetzt hat, für seine Pflicht, bei Ew. königl. Majestät allerunterthänigst zu beantragen, daß Allerhöchstdieselben ausdrücklich erklären wollen, wie das auf die Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April v. J. und die Verordnung vom 11. des letzteren Monats gegründete Mandat der preußischen Abgeordneten nunmehr erloschen, und die Abgeordneten daher zum Austritt aus der Versammlung zu veranlassen seien. Wir glauben, daß das preußische Volk in seiner großen Mehrzahl und seinem gesunden Kern mit uns die Ueberzeugung theilt, daß der Weg, welchen die Nationalversammlung eingeschlagen hat, weder dem wahren Interesse Deutschlands, noch dem Willen der deutschen Nation entspreche, und daher auf eine Mitwirkung derselben zum Heile des Gesammtvaterlandes nicht länger zu hoffen sei, und daß es demgemäß auch die von uns beantragte Erklärung Ew. königl. Majestät als den Ausdruck seiner eigenen Gesinnung begrüßen werde. Kein Preuße wird es mit der Vaterlandsliebe und der Nationalehre preußischer Staatsbürger für verträglich halten, sich an Berathungen zu betheiligen, welche zu Beschlüssen führen, die eine offene Feindschaftserklärung gegen den preußischen Staat enthalten. Berlin, den 14. Mai 1849. Das Staatsministerium. (gez.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. An des Königs Majestät.

* **Elberfeld**, 13. Mai. Hier hat sich in der bisherigen Lage der Dinge nichts geändert; die Ruhe ist nicht gestört, ohne die Barrikaden und Züge von Bewaffneten wäre kaum von einer Bewegung etwas zu verspüren. Zuzüge treffen noch immer ein, so heute früh Solinger, welche das Zeughaus in Gräfrath gestürmt und sich dort mit 1500 Flinten versehen haben. Die fehlenden Pistons und Schlösser sind schnell von Solinger Waffenschmieden ersetzt worden. 80 Landwehrmänner sind heute auch von Essen eingetroffen; von vorrückendem Militär ist bis jetzt noch keine Rede.

Augsburg, 14. Mai. Auch unsere Stadt, in welcher seit Jahren das friedlichste Vernehmen zwischen Bürgern und Militär geherrscht hatte, hat heute Nacht einen unglücklichen Conflict erlebt. Einzelne Soldatenhaufen hatten gestern und vorgestern in ein paar Brauhäusern, in denen einem sie vorher durch eine höchst unbesonnene Aeußerung des Wirths gereizt worden sein sollen, Geräthschaften und Fenster zerschlagen. Abends durchkreuzten starke Patrouillen die Stadt. Sie sollen, nach einer uns zugekommenen Anzeige, an einigen Orten verhöhnt und mit einzelnen Steinwürfen empfangen worden sein, was von ihnen mit scharfem Feuern erwidert wurde. Auch von der Gegenseite sollen dann Schüsse gefallen und eine Barrikade errichtet worden sein. Mehrere Personen wurden verwundet; vier Arbeiter sollen verwundet ins Krankenhaus gebracht worden sein. Nachts gegen 1 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt. (A. Z.)

Nürnberg, 12. Mai. Die militärischen Kräfte sind seit gestern bedeutend verstärkt worden. Bereits befinden sich anderthalb Batterien und das Chevaurlegerregiment von Ansbach hier, außer unserer vollständigen Garnison. Man erwartet diesen Abend noch ein Bataillon Infanterie von Amberg und das von Augsburg. (?) Die Burg, wohl der bedeutendste strategische Punkt Nürnbergs, ist mit Kanonen besetzt, überall sieht man Waffen. Alle Maßregeln sind getroffen, um einem Putsch kräftigst zu begegnen, aber woher dieser kommen soll, schreibt man der „Allg. Ztg.", kann Niemand ergründen.

Dresden, 13. Mai. Tzschirner ist gestern gefangen eingeführt worden. (D. Z.)

** Die neueste Post aus **Baden** bringt uns endlich umfassendere Berichte über die Ereignisse im Großherzogthum Baden seit dem 13. Mai, dem Tag der Offenburger Versammlung. Was auf letzterer beschlossen worden, ist bereits den Lesern mitgetheilt, ebenso, was mittlerweile in Karlsruhe geschehen ist. Den Straßenkampf am 13. in Karlsruhe betreffend, so dauerte dieser bis spät in die Nacht. Auf der einen Seite standen mehrere Compagnien des Leibinfanterieregiments, denen sich Volk beigesellte, auf der andern Seite Dragoner und Artilleristen. Im Ganzen gab es 9 Todte; unter ihnen der Rittmeister Laroche, der unter dem Bajonnet geendet haben soll. Die Anzahl der Verwundeten war noch unbekannt. Die Karlsruher Bürgerwehr sei aufgestellt gewesen, sei aber nicht in die Lage versetzt worden, an dem Kampfe Antheil zu nehmen. Heute Morgen hätten sich die Compagnien des Leibinfanterieregiments nach allen Seiten aufgelöst, zum Theil nach Rastatt begeben.

Der „Schwäb. Merkur" berichtet über die Vorgänge am 14. wie folgt:

Karlsruhe, 14. Mai. Vormittags. Welch schauervolle Nacht haben wir durchgemacht! Gegen 9 Uhr brach hier ein furchtbarer Militäraufstand in der Infanteriekaserne, in äußerer Verbindung mit Handwerksgesellen ꝛc. aus. Um 6 Uhr waren 2 Compagnien von Bruchsal zurückgekehrt in wilder Zügellosigkeit, die meisten Soldaten des Leibinfanterieregiments (ein Theil suchte zu entkommen) zerschlugen in der Infanteriekaserne Alles; die Kreuzstöcke wurden mit den Gewehrkolben hinausgestoßen und kein Offizier hatte mehr Ansehen. Selbst Prinz Friedrich soll nur mit Mühe entkommen sein. Dann wurde die in der Kaserne befindliche Pulverkammer gestürmt, und nun begann ein allgemeines Feuern aus der Kaserne mit scharfen Patronen, es wurde jedoch hoch geschossen. Darauf zog der tobende Haufe in das Haus seines Obersten Holz, das ganz demolirt wurde, sogar die Fußböden wurden aufgerissen, die Möbeln auf die Straße geworfen ꝛc. Auch der Fürstenberg'sche Palast wurde beschädigt. Hierauf ging's die lange Straße hinauf, um das Zeughaus zu nehmen. Jetzt rückten Dragoner aus und wehrten nach langem Parlamentiren den Angriff ab, wobei Rittmeister v. Laroche, allgemein betrauert, den Tod fand; ich sah diesen Morgen seine Leiche im Gasthaus zur Sonne liegen. Den Zeughofhof hatte eine Pionierwache und zwei Compagnien Bürgerwehr besetzt, im Verhältniß zum andringenden Haufen eine geringe Mannschaft. Auch hier wurde lange parlamentirt, bis die Aufrührer zum Theil von Dächern herab Feuer gaben, worauf die Bürgerwehr ebenfalls feuerte, und acht, theils Soldaten, theils Leute aus ihrem Anhang todt niederstreckte und etliche verwundete. Auch auf Seiten der Bürgerwehr kamen Verwundungen, man sagt vier, vor, worem einer inzwischen gestorben sein soll. Das Zeughaus ist gerettet. Im Rathhause wurden alle Gefangenen befreit. Das Schießen dauerte von Abends 9½ Uhr bis Morgens um 2½ Uhr, theilweise mit großer Heftigkeit. — Heute Nacht ist der Großherzog mit seiner ganzen Familie von hier fort, man weiß nicht wohin. Diesen Morgen in aller Früh ist eine Deputation, bestehend aus 3 Gemeinderäthen, ins Oberland abgegangen, um dem „Landesausschuß" die Unterwerfung der Stadt zu überbringen, und das Weitere zu verabreden. Die ganze Garnison ist aufgelöst, wer fort will, kann es thun mit Gepäck und Waffen; die anzuziehenden Soldaten gehen so ziemlich alle; auch Dragoner und Artilleristen gehen fort. Diejenigen Infanteristen, welche hier bleiben wollen, die Besonneneren, werden bereitwillig in die Privatwohnungen der Bürgerschaft aufgenommen. Es herrscht große Bestürzung in der Stadt; viele Familien rüsten sich zur Abreise, und bald sieht man in allen Straßen eine wahre Völkerwanderung. Bald sind keine Pferde und Wagen mehr zu haben, und es werden Bauernwägen und Pferde von den Dörfern geholt.

11 Uhr. Die Deputation ist zurück. Der Landesausschuß, bestehend aus 14 Mitgliedern, wird im Laufe des Mittags hier eintreffen, um die provisorische Regierung zu constituiren. Nach mündlicher Aeußerung soll mit dieser Bewegung nichts beabsichtigt werden, als wirkliche Ein- und Durchführung der Grundrechte und Reichsverfassung und soll auch von der Republik keine Rede sein. Der Ausschuß bringt ein Bataillon Infanterie und vier Geschütze von Rastatt mit und will Ruhe, Ordnung und Sicherheit der ihm nun zugethanen Stadt schützen. Die Bürgerwehr soll aufgelöst und nach Altersklassen umgebildet werden. Soeben erscheint das beifolgende Plakat des Gemeinderaths:

Bürger von Karlsruhe! Der Gemeinderath und das Commando der Bürgerwehr hat, da die Regierung sich thatsächlich aufgelöst hat, einstweilen die Leitung der bürgerlichen und militärischen Angelegenheiten übernommen; der Oberst der Bürgerwehr ist provisorisch zum Stadtcommandanten ernannt. Auch haben wir Schritte gethan, um mit dem in Rastatt bestehenden Landesausschuß in Vernehmen zu treten und die Stadt vor Bedrohung der Sicherheit und des Eigenthums zu schützen. Inzwischen wird die Bürgerwehr mit den noch anwesenden Soldaten in Gemeinschaft die

Wachen der Stadt beziehen, und hofft bei ihrem Bemühen für die Sicherheit und Ordnung der Stadt auf die Unterstützung aller redlichen Bürger. Karlsruhe, 14. Mai 1849. Gemeinderath. Malsch.

Auch die Bürgerwehren von Ettlingen und Durlach sollen sich erboten haben, zum Schutze gegen die verkündete Plünderung zuzuziehen. Die Auswanderung und das Fortgehen von Soldaten, einzeln und truppweise, mit Waffen und Gepäck dauert fort. Die meisten Offiziere sind verschwunden oder gehen, nachdem sie die Uniform abgelegt, in Civil. Ungefähr 400 Mann der alten Besatzung bleiben hier und wohnen bei der Einwohnerschaft. Alle Wachen sind verlassen. 12 Uhr. Die Trommler der Linie und der Bürgerwehr schlagen Generalmarsch. Die zurückgebliebenen Soldaten und die Bürgerwehr versammeln sich auf dem Marktplatz; das Militär wird von dem Hauptmann Frei; der von dem Militär besonders hierum gebeten worden sein soll, commandirt. Nach der Aufstellung werden alle Wachtposten organisirt, gemischt von Linie und Bürgerwehr. Die Wachen ziehen auf. Wegen Bildung einer Sicherheitswache ergeht nachfolgende Aufforderung:

Aufforderung. Heute Nachmittag 2 Uhr Versammlung auf dem Turnplatz des allgemeinen Turnvereins zur Errichtung einer Sicherheitswache, wozu die Polytechniker, die Mitglieder des allgemeinen Turnvereins und Freicorps eingeladen sind. Der prov. Commandant der Sicherheitswache der Stadt Karlsruhe: Reininger

Die Auswanderung dauert fort. Viele Personen vom Adel sind abgegangen. In Gottesau (Artillerie- und Dragoner-Kaserne, eine Viertelstunde von Karlsruhe) sollen noch sechs Artillerie und etwa 40 Dragonerpferde ohne Mannschaft sein. Ein Wachtmeister und zwei andere Militärs, welche dort wohnen, bilden mit der heute Mittag dahin beorderten Mannschaft die Besatzung. — Die großherzogliche Familie soll sich nach Germersheim gewendet haben, der Großherzog durch den Park, unter Begleitung einer Grenadiercompagnie bis auf zwei Stunden Entfernung. Der Stadtcommandant, General Schwarz, ging voraus. Markgraf Maximilian passirte Eggenstein und ging von Leopoldshafen nach Leimersheim über den Rhein. Viele Familien sind selbst in das französische Lauterburg. — 2 Uhr. Der Landesausschuß macht durch Straßenanschlag bekannt, daß er heute hier eintreffen und für die Sicherheit sorgen werde. Markgraf Wilhelm mit Familie ist nach Württemberg. — 5 Uhr Abends. Um 4 Uhr kam der Landesausschuß hier an mit einem Bataillon Infanterie. Brentano hielt vom Balcon des Rathhauses eine Rede und sprach von Durchführung der Reichsverfassung; auch Hoff von Mannheim sprach, gemäßigt, für Ordnung; er hatte Beifall. Das angekommene Bataillon soll einquartiert werden. Es herrscht zur Stunde Ruhe und Ordnung in der Stadt.

In Mannheim ist desgleichen ein Sicherheitsausschuß gebildet; die Offenburger Beschlüsse wurden anerkannt. Auch dort stehen Bürger und Soldaten zusammen.

× **Freiburg**, im Breisgau, 14. Mai, Abends 9 Uhr. Seit 24 Stunden leben wir im Zustande der Revolution. Gestern Nachmittag 2 Uhr fand dahier auf dem Schloßberg eine Soldatenversammlung statt, woran sich alle Mannschaft der hier liegenden zwei Bataillone des zweiten Infanterieregiments betheiligten. Es wurde der Beschluß gefaßt, den Offizieren den Gehorsam zu verweigern und sich selbst Offiziere zu wählen. Nach der Volksversammlung zog die ganze Masse, begleitet von vielen Bürgern und Einwohnern hiesiger Stadt, an den Bahnhof, um die von der Volksversammlung in Offenburg Zurückkommenden zu erwarten. Nach kurzer Weile kam der Zug und wurde von den Harrenden mit tausendstimmigem „Hoch" empfangen. Die gefaßten Beschlüsse wurden sodann vorgelesen und die Menge freunte sich friedlich. Inzwischen hatte der gestern hier eingetroffene Commandant, General v. Geyling Befehl zum Abmarsch sämmtlicher Truppen des zweiten Regiments auf heute früh 7 Uhr ertheilt. Der Abgesandte der provisorischen Regierung zu Rastatt, Heunisch, ersuchte jedoch den General, diesen Befehl zurückzunehmen, da die Soldaten doch nicht abmarschiren würden. Der General nahm ihn zurück. Alsbald bildete sich ein Sicherheitsausschuß, der sich für permanent erklärte und die Nacht hindurch in Thätigkeit blieb. Heute früh nun rückten aus den benachbarten Ortschaften 200 Mann vom ersten Infanterieregiment hier ein, und stellten sich zur Verfügung des Volkes, da sie von den Beschlüssen der Soldatenversammlung gehört hatten. Sie kamen ohne Offiziere, da diese sich dem Abmarsch nicht anschlossen. Ihre Fahne trugen sie bei sich. Die Soldaten des 2. Regiments wollten nun auch ihre Fahne haben, was jedoch die Offiziere nicht zuließen. Es wurde Generalmarsch geschlagen, und die Soldaten machten Miene, die Fahne mit Gewalt zu nehmen, wenn man sie ihnen nicht gebe, was denn auch geschah. Die Bürgerwehr trat gegen Mittag unter die Waffen. Generallieutenant von Miller rückte mit einem Bataillon württembergischer Truppen und vier Geschützen in einen benachbarten Ort, und forderte die Ungehorsamen auf, sich ihm zu unterwerfen, was diese jedoch nicht thaten. Es kam zu längerem Parlamentiren zwischen dem württembergischen General und unsern Truppen; der General erklärte, er sei Reichsgeneral und fordere augenblickliche und unbedingte Unterwerfung sämmtlicher badischer Truppen des 1. und 2. Regiments unter seinen Befehl. Unsere Truppen beharrten jedoch auf ihrem Widerstand, worauf der General ihnen Bedenkzeit bis morgen Mittag 12 Uhr gab, bis wohin die Unterwerfung stattgehabt müsse, andernfalls er genöthigt sei, die Stadt anzugreifen. Unsere Truppen, die immerfort Zuzug erhalten, hoffen, daß sämmtliche württembergische Soldaten zu ihnen übergehen werden. — Um 3 Uhr diesen Nachmittag fand wieder eine Soldatenversammlung statt, in welcher folgende Beschlüsse gefaßt wurden: „1) Beeidigung der Offiziere und Soldaten auf die Reichsverfassung, wie diese aus den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung hervorgegangen ist, soll unverzüglich stattfinden. 2) Unbedingte Amnestie für alle Soldaten, welche auf Seite des Volkes stehen, wofür General v. Gayling sein Ehrenwort zu verpfänden hat. 3) Freie Wahl der Vorstände und Wahlmänner aus den einzelnen Compagnien. 4) Anerkennung der Beschlüsse der Offenburger Versammlung vom 13. Mai. 5) Freie Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte, ungehindert durch militärische Disciplin. 6) General v. Gayling hat dafür gleichfalls auf Ehrenwort zu haften, daß General Miller nicht in Freiburg einrückt." Nach dieser Versammlung fand die Wahl der Offiziere statt. Den Gewählten wurden sofort die Beschlüsse vorgelegt, mit dem Bedeuten, sich für deren Annahme zu erklären, die Offiziere erklärten jedoch, nicht darauf eingehen zu können. — Um 4 Uhr ging sämmtliche Mannschaft des 1. Regiments zufolge eines eben eingetroffenen Befehls der provisorischen Regierung in Rastatt, dahin ab. — Nach 4½ Uhr erschien folgende Bekanntmachung:

„Aufruf! Der Landesausschuß des Volksvereins und dessen angeblich Bevollmächtigte treffen Anordnungen, die nur den verfassungsmäßigen Behörden zustehen. Die gesetzlichen Behörden haben noch nicht aufgehört, ihre Verpflichtungen gegen Se. königl. Hoheit den Großherzog, gegen das Großherzogthum Baden und gegen das gesammte deutsche Vaterland zu erfüllen. Diesen Verpflichtungen nachkommend, glauben wir alle Staats- und Gemeindebehörden, sowie alle Bewohner des Oberrheinkreises dringend auffordern zu müssen, fest und treu an der Landesverfassung zu halten und keinen Anordnungen Unbefugter, kommen sie von wem sie wollen, Folge zu leisten. Zugleich müssen wir unter Hindeutung auf die Gefahren des Vaterlandes, der Verfassung und der gesetzlichen Ordnung, auf die Zerstörung des Wohlstandes und auf die schweren Strafen des Aufruhrs Jedermann dringend vor ungesetzlichen Handlungen verwarnen. Freiburg, den 14. Mai 1849. Die Regierung des Oberrheinkreises." (Folgen die Unterschriften.)

Die „Freib. Ztg." berichtet noch: Der Commandirende am Oberrhein, Generallieutenant v. Miller, ist aus dem Kirchzarter Thal mit den unterhabenden württembergischen Reichstruppen gegen Freiburg vorgerückt, so daß die Vorposten in Ebnet stehen. Eine Deputation ist heute Morgens an ihn abgegangen, welche dem Vernehmen nach den Bescheid erhielt, er, der General, stehe hier nicht in badischen, nicht in württembergischen, sondern in Reichsdiensten, er handle so gut für die Reichsverfassung, wie die badischen Truppen und deren Offiziere. Es sei daher kein Grund zu einer Meinungsverschiedenheit, kein Grund, warum die badischen Soldaten ihren Offizieren den Gehorsam versagten. Er habe vom Reichsministerium den Auftrag, diesen Gehorsam wieder herzustellen. Er fordere daher die badischen Soldaten dazu auf und wünsche die friedliche Unterwerfung schon der Stadt Freiburg zu lieb, die er nicht gerne zum Schauplatz einer Scene des Bürgerkriegs mache. Erfolge die Unterwerfung bis Morgen Nachmittag 3 Uhr jedoch nicht, so werde er mit Gewalt eindringen. Es folgte nun eine Berathung der Bürgerwehr, die zu keinen Beschlüssen geführt haben soll. Dann wurde eine Versammlung von Soldaten in der Kornhalle abgehalten. Eine Bürgerversammlung, die um vier Uhr ebendaselbst abgehalten werden sollte, unterblieb, weil die militärische Versammlung noch nicht beendet war. Man erwartet heute Abend noch den Einmarsch anderer badischer Truppen, welche aus ihren Landquartieren aufbrechen und hier eintreffen sollen. Wie der Conflict sich lösen wird, ist noch nicht abzusehen.

Viele Familien verlassen die Stadt. Der Präsident der Regierung des Oberrheinkreises sowie der Stadtcommandant hatten die Flucht ergriffen; — ebenso der Bürgermeister von Rotteck. Dieser sollte auf Befehl des Sicherheitsausschusses verhaftet werden, konnte aber nicht mehr gefunden werden. — Die Aufständischen erhalten fortwährend Zuzug von in der Nachbarstadt stationirten badischen Militär; die ganze Mannschaft beträgt jetzt 3000 Mann und 8 Geschütze. General v. Miller soll 2000 Mann und 4 Geschütze haben. Er erwartet daher vor dem etwaigen Angriff auf die Stadt noch Verstärkung. Im Augenblick herrscht vollkommene Ruhe, — die Ruhe vor einem Sturm.

Rastatt, 12. Mai, Morgens 10 Uhr. Heute früh 4 Uhr wurden Struve und Blind von einem Dragonerpiquet in Begleitung von zweien seiner Leute in einem Wagen nach dem Bahnhofe abgeführt, um sie nach Bruchsal mit einem Extrazuge zu bringen. Am Thore widersetzte sich die Wache dem Abzuge und die den Wagen Escortirenden mußten sich gewaltsam Bahn brechen. Bei ihrer Rückkunft fanden sie das Karlsruher Thor geschlossen und mußten durch ein anderes in die Stadt zu kommen suchen. — So eben rücken Dragoner und reitende Artillerie von Karlsruhe ein; auch der Kriegsminister Hoffmann ist angekommen.

Rastatt, 13. Mai. Die Anwesenheit des Kriegsministers Hoffmann und das Herbeieilen von 3 Schwadronen Dragonern und einer halben berittenen Batterie, hatte gerade die entgegengesetzte Wirkung. Die Neuangekommenen machten mit ihren hiesigen Kameraden gemeinschaftliche Sache und gegen Abend mußte der Kriegsminister Hoffmann im wahren Wortsinne durch eine Ausfallpforte fliehen. Mit ihm gingen mehrere Offiziere und Dragoner ab. Gleich darauf wurden die Thore der Stadt geschlossen, die Brücken aufgezogen und die Bürgerwehr durch Generalmarsch zusammengerufen. Niemand durfte mehr für diesen Abend passiren, weil wiederholt das Gerücht verbreitet war, es seien Preußen im Anmarsche. Die Nacht ging unter häufigem Abschießen von Gewehren, zum Theil auch von Kanonen, doch ohne sonstige Störung vorüber. Die Bürgerwehr hatte in Gemeinschaft mit dem Militär, das von keinem Offizier mehr angeführt war, sämmtliche Wachen besetzt. Diesen Morgen waren Bürgerwehr und die ganze Garnison auf dem Marktplatze versammelt; ein Theil der Offiziere der letztern übernahm wieder das Commando, doch nur unter dem ausdrücklichen Versprechen der Soldaten, disciplinarische Ordnung halten zu wollen. Bürgerwehr und Linienmilitär werden heute noch provisorische Civil- und Militärgouverneure wählen.

Ungarn.

Preßburg, 10. Mai. Heute früh gegen 7 Uhr langte hier der junge Monarch plötzlich, wenn auch nicht unerwartet, an. Er kam ohne Begleitung in einer fremden Equipage und bezog das sogenannte Wachtierische Haus, worin auch das bürgerliche Casino sich befindet. Gleich nach seiner Ankunft kam er herab, musterte die gegenüber aufgestellte Mannschaft, die sogleich wieder fortgeschickt wurde. Die Serezaner haben die Ehrenwache. In diesem Augenblicke befindet sich die hohe Generalität bei Sr. Majestät, darunter auch ein russischer General (wahrscheinlich General Berg). Wie es heißt, werden Se. Majestät nach geendigter Besprechung den Schloßberg besichtigen. — Vom Kriegsschauplatze ist gar nichts zu vernehmen. (C.B.a.B.)

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 28. April. Nachrichten aus Konstantinopel zufolge werden daselbst die Kriegsrüstungen fortgesetzt, und in die Walachei allein sollen 35,000 Mann türkische Truppen nachrücken, um diese Provinz so wie die Moldau gegen den Einbruch der Ungarn zu schützen, indem das erste russische Armeecorps, in der Stärke von 66,000 Mann, bereits die Grenzen Siebenbürgens, um dort gegen die Insurgenten zu operiren, überschritten hat. Aus diesem unglücklichen Lande erfahren wir fast gar keine Nachrichten, da Niemand herüber gelassen wird. Durch Walachen, die sich auf Schleichwegen über hohe Gebirge herüber gewagt, erfahren wir, daß die Szekler nach Kronstadt einbrechen wollten, um es zu plündern, aber von den Ungarn selbst mit Kanonenschüssen zurückgetrieben wurden. — Unlängst hatte bei uns der erste Secretär des Fuad Effendi, Rustan Bey, ein Pistolenduell mit einem russischen Husarenofficier, welchen er verwundete, worauf er sich nach Konstantinopel begab. Rustan Bey ist katholischer Christ, ein italienischer Graf von einer griechischen Insel. — Omer Pascha ist zu einer Inspection über die Truppen nach der kleinen Walachei abgereist. (S. M.)

Italien.

Turin, 8. Mai. Das Urtheil Ramorino's ist kassirt worden, weil er ohne Einwilligung der Deputirtenkammer, deren Mitglied er damals war, gefangen gesetzt wurde.

Mailand. Nach eingegangenen Nachrichten stehen die Neapolitaner in Albano und 7000 Spanier wurden in Fiumicino ausgeschifft.

* **Mailand**, 8. Mai. Radetzky und der Minister Bruck sind hierher zurückgekehrt.

Rom, 4. Mai. Es bestätigt sich, daß Garibaldi die etwa 1000 Mann starke neapolitanische Vorhut bei Tore di mezza Via, circa 7 Meilen von Rom, geschlagen, und dabei 2 Kanonen, 400 Flinten und 60 Gefangene erbeutet habe. — General Oudinot soll gegen die neapolitanische Intervention protestirt haben.

Spanien.

* **Madrid**, 8. Mai. Es wird nun doch ein Expeditionscorps nach Rom geschickt werden. Das Corps wird 4000 Mann stark sein und unter den Befehlen des Generals Cordova stehen. Der General begibt sich morgen nach Barcelona, von wo aus die Expedition abgehen wird. Diese Anordnung ist, wie man glaubt, in Folge einer von den vermittelnden Mächten gefaßten Entscheidung, nach welcher für eine gewisse Zeit Rom von einer gemischten Garnison, Franzosen, Neapolitaner, Spanier und Oesterreicher, besetzt werden soll, getroffen worden.

Börsenberichte.

½ **Frankfurt**, 15. Mai. Oesterreichische Fonds wichen auch heute nur wenig von ihrem gestrigen Standpunkt ab, 5pCt. Metall. stehen 73½ pCt. 2½pCt. Metall 39½ pCt., Wienerbankactien 1112 fl., 500 fl. Loose 123½, 250 fl. Loose 75 pCt. Von den übrigen Anlehenslosen Kurhess. 40 Rthlr. Loose fest 27½, 27 Rthlr., Bad. 35 fl. Loose durch mehrere Verkäufe, die heute gemacht, ½ fl. niedriger im Cours als gestern, 26½ ½ fl., do. 50 fl. 47½ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 21 fl., do. 50 fl. Loose 69½ fl., Nassauer 25 fl. Loose 30½ fl., Sardinische Loose 25½ fr., Polen 500 Loose 72½ Rthlr. Von süddeutschen Obligationen 4½pCt. Württemberger fest, 94, 93¾ pCt., do. 3½pCt. 76½ pCt. Bad. Obligationen flau und stark angeboten, die badischen Ereignissen wirken auf bekannte Fonds ungünstig, Bad. 3½pCt. Obligationen schließen 74½ pCt., do. 5pCt. bad. von Jahr 1848 91½ pCt. Nassauer 3½pCt. Obligationen 79½, do. vom Jahr 1849 99½ pCt. Holländ. 2½pCt. Integr. 50 pCt. G. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 42½ Rthlr., Berbach flau 6¾ pCt., Köln-Minden 73½ pCt., Taunus 272 fl. 3pCt. inländische Spanier sehr fest im Cours, 21½ pCt pr. Cassa zu machen. Wechsel auch heute sehr gesucht: London 121½ G., Paris 95½, Amsterdam 101½, Augsburg 120, Hamburg 88⅝ ½, Berlin 105½, Leipzig 105½, Bremer 100½, Bf.

Wien, 12. Mai. 5pCt. Metall. 89½, 2½ Uhr 89½. — 4pCt. 71. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1120. — 500 fl. Loose 147½. — 250 fl. Loose 91½. — Nordbahnactie 91½. — Glogauer 92½. — Mailänder 69½. Fonds fest wegen naher Aussicht auf den Friedensschluß. Devisen und Silber sind abermals bedeutend gestiegen. Gold wenig verändert.

Berlin, 14. Mai. Staatsschuldscheine 79½ etw. bez. u. Br., Seehandlungs-Prämienscheine 100 G., Bankantheile 99 G., Berlin-Hamburg 52½, G., Köln-Minden 76 Br., Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 33, 3½ u. ½ bez., Rheinische 39½, Br., Thüringer 48½, Br., Kurh. Prämienscheine 27½, Br.

In Folge von Nachrichten über Unruhen in der Rheinprovinz und in Rheinbayern war die Börse bei merklicher Geschäftsstille in einer matten Stimmung, und besonders einige ausländ. Effecten billiger angetragen.

Madrid, 8. Mai. 3pCt. 25⅝, Pap., n. d. B. 25⅝, ⅝ G. — 5pCt. 10⅛ G.

London, 12. Mai. 3pCt. Stocks 90¾ ¾ ⅞. — 5pCt. Span. 16⅞, 17. — Neue 3pCt. —. — 4pCt. Peru. —. — 2½pCt. Holländ. —.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Malten.

Druck von August Oesterlein.

(Nebst Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Abonnementspreis für Frankfurt a. M. vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Anzeigenpreis für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pf.

Inhalt: Amtliche Mitteilungen. — Nichtamtliche Mitteilungen. — Personalnachrichten. — Briefkasten. — Anzeigen.

Amtliche Mitteilungen.

Bekanntmachung, betreffend Postanweisungen nach Rußland.

Vom 1. Juli 1882 ab werden Postanweisungen nach Rußland nur noch bis zum Betrage von 400 Mk. angenommen.

Frankfurt a. M., den 29. Juni 1882.

Kaiserliches Postamt

Zahl zwölf. Einem hier umlaufenden Gerüchte zu Folge soll die Belagerungserklärung nunmehr auch in Olmütz und Brünn, jedoch nur aus strategischen Rücksichten, erfolgt sein. Indeß ist die Bestätigung davon vorerst abzuwarten. (L. Z.)

† **Potsdam**, 14. Mai. Der König und die Königin sind am 12. d. M. Abends von Charlottenburg hier eingetroffen. Gestern Mittag nach dem Gottesdienste war Kirchenparade der hier garnisonirenden Gardecavallerie zu Fuß im Lustgarten vor dem Könige. Alle königlichen Prinzen und der General v. Wrangel befanden sich in dem großen militärischen Gefolge Sr. Majestät. Darauf fand die Parade eines hier zusammengezogenen Garde-Landwehrbataillons am neuen königlichen Palais statt. Der König hielt dabei eine Anrede an diese Truppen und ermahnte sie, daß wenn sie in Westphalen oder in der Rheinprovinz dem Kugelregen ausgesetzt werden sollten, sie ausdauern möchten ꝛc. Durch die Ausdauer würde der Sieg bald erlangt werden. Begeisterte Hurrahs waren die Antwort auf diese Rede. Abends 9 Uhr fand die Abfahrt dieses Garde-Landwehr-Bataillons durch einen Extrazug auf der Eisenbahn nach Hamm in Westphalen statt. Tausende von Menschen von hier und aus Berlin hatten sich zum Abschiede von den Familienvätern, Verwandten und Bekannten eingefunden. Der König und die Königin waren auf der Eisenbahnstation am königl. Wildpark anwesend, wo die Truppen die Waggons bestiegen, und nahmen persönlich die Bitten vieler jammernden Frauen um Befreiung ihrer Ernährer entgegen, ihnen die Erfüllung dieser Bitten nach erfolgter Prüfung versprechend. Beide Majestäten sprachen außerdem an den Waggons mit vielen Landwehrmännern, welche durch wiederholte laute Hurrahs ihre Anhänglichkeit bekundeten. Das Landwehrbataillon vom 20. Regiment, welches am Freitag Morgen von Potsdam nach Halle zu ausmarschirt war, hat in Treuenbrietzen die Ordre zum Rückmarsche erhalten, und soll nun ebenfalls nach Hamm in Westphalen bestimmt sein. Dasselbe wird heute in Potsdam zurückerwartet. — In Beelitz, einige Meilen hinter Potsdam, sind aus Veranlassung der Landwehreinziehung starke Excesse vorgefallen. Das Haus des Bürgermeisters wurde vollständig demolirt.

Düsseldorf, 14. Mai. Seit gestern weilt der Oberpräsident Eichmann hier. Er hat einen Aufruf an die Bewohner von Elberfeld erlassen, zur Ordnung und Gesetz zurückzukehren. Die Elberfelder haben eine Deputation geschickt, um unter folgenden Bedingungen zu capituliren: 1) Allgemeine Amnestie, 2) Nichteinberufung der Landwehr, 3) Nichteinrücken der Truppen. Der Oberpräsident verwies auf Berlin. Die Deputation fragte, ob bis nach deren Zurückkunft von militärischem Einschreiten abgestanden werden würde. Aber der Oberpräsident zuckte die Achseln. Die Verbindung mit Elberfeld ist unterbrochen. Die Eisenbahnzüge können nicht mehr gehen, und die Posten haben aufgehört, da 29 Postwagen zu den Barrikaden benutzt sind, deren sich in den Straßen mehr als hundert erheben sollen. Viele bewaffnete Zuzüge sind in der Stadt eingetroffen. Die Ruhe wird durch den Sicherheitsausschuß bewahrt. Die Lebensmittel fangen bereits im Preise zu steigen an. Hier in Düsseldorf ist die Ruhe des Belagerungszustandes. Unsere eigenen Zeitungen sind uns verboten. (D. Z.)

Hagen, 13. Mai. Die Einberufung der Landwehr hat das Signal zu einem allgemeinen Aufstande gegeben. Während hier die Landwehr sich weigerte, einzutreten, ward in Iserlohn schon das Zeughaus gestürmt und jetzt ist so ziemlich die ganze Bevölkerung in Wehr und Waffen. Von hier und von Iserlohn, wahrscheinlich auch von andern Orten, sind Deputationen nach Berlin gesandt, um die Forderungen der sonst so getreuen und spezifisch preußischen Grafschaft Mark an den König zu überbringen, nämlich Entlassung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel und unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung.

Siegen, 14. Mai. Bei der gestern hier abgehaltenen Volksversammlung, welche von 5—6000 Menschen besucht war, wurde folgende Adresse einstimmig angenommen und unterzeichnet:

„Hohe Reichsversammlung! Die unter dem heutigen Tag hier abgehaltene Volksversammlung des Kreises Siegen erkennt die bedingslose Reichsverfassung in allen ihren Punkten als endgültig an, und wünscht zu diesem Zwecke, daß hohe Reichsversammlung zur Durchführung derselben alle ihr zu Gebote stehenden und als zweckdienlich erscheinenden energischen Mittel in Anwendung bringe. Die Versammlung stellt zu diesem Behufe der hohen Reichsversammlung alle ihr zu Gebote stehenden Kräfte zur Verfügung."

Trotz der bedeutenden Aufregung der Gemüther, welche sowohl die gefahrdrohende Lage unseres Vaterlandes im Allgemeinen, wie noch besonders die Vorfälle in benachbarten Städten von Mark und Berg hervorgerufen haben, herrschte die musterhafteste Ruhe und Ordnung von Anfang bis zu Ende der Versammlung. Der Kreis Siegen war bisher streng preußisch; seitdem aber die volksverrätherischen Absichten des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel ans Tageslicht gekommen, ist sofort ein vollständiger Umschwung der Meinung entstanden. (D. Z.)

⁂ **Nürnberg**, 14. Mai. Wir haben einige sehr bedenkliche Tage verlebt. Von Seite der Regierung wurden bedeutende militärische Anstalten getroffen, um einem Ausbruch der Revolution entschieden zu begegnen. Man war aber in der Stadt so ziemlich darüber einig, auch die Republikaner, daß es zu keinem gewaltsamen Versuch kommen werde. Die gestrige Volksversammlung zählte wohl über 50000 Männer aus ganz Franken. Der Reichstagsdeputirte Vogt sprach gemäßigter, als man es sonst von ihm gewohnt ist, ermahnte, vor der Hand sich noch auf passiven Widerstand zu beschränken. Der bayerische Landtagsabgeordnete Schmitt ließ die ganze Versammlung auf die Reichsverfassung schwören; sie that es mit entblößtem Haupt und aufgehobener Hand. Die rührige Partei sieht auch in unserer Stadt die Republikaner, dieselben Leute, welche schon bisher die Republik verfechten und ihre Hauptstärke in den Gesellen- und unbemittelten Gewerbestande haben. Der mittlere und bemittelte Bürgerstand hat sich bis jetzt an der Bewegung nicht thatsächlich betheiligt; aber es mag der Regierung ein Zeichen sein, wie die Verhältnisse stehen, daß er den Republikanern keine Opposition mehr entgegensetzt und sie gewähren läßt, während er früher das constitutionelle Element entschieden vertrat. Auch ist er mit dem Wahlgesetz der Reichsverfassung nicht einverstanden, hätte es aber um eine feste Einheit Deutschlands, um eine einheitliche Spitze des Vaterlandes mit in den Kauf genommen.

Darmstadt, 15. Mai. Gestern wurde das 2. Bataillon des zweiten Infanterieregiments mit dem ersten Nachmittagsconvoi nach Bensheim dirigirt.

Unteroffiziere und Soldaten des 1. Infanterieregiments erklären in der „Darmst. Ztg." jeden für ein nichtswürdiges Subject und einen Rebellen, der sie mündlich oder schriftlich auffordere, ihrem Fahneneid untreu zu werden.

Frankreich.

§ **Paris**, 13. Mai. So ist denn endlich der Tag herangekommen, der für Frankreich und auch für ganz Europa von entscheidender Bedeutung ist: der Tag der Wahlen. Zum dritten Male seit dem 24. Febr. des vorigen Jahres übt heute das französische Volk seine Souveränetät durch das allgemeine Stimmrecht aus. Paris ist außerordentlich lebhaft. Die Boulevards sind mit Papier und Menschen überfüllt, und an den Gemeinde- und Sectionshäusern herrscht starkes Gedränge. Aber nirgends Unruhen. Zwei Parteien stehen sich völlig kampfgerüstet gegenüber. Die Rothen und die Weißen, die Socialisten und die Individualisten, die Proletrestraße und die Clubs, die Bourgeoisie und das Proletariat. Was zwischen diesen beiden Hauptfactoren liegt, hat kein Bedeutung. Aus der Urne des 13. Mai wird die Entscheidung hervorgehen.

Die Differenzen zwischen Marrast und Changarnier, welche einen Augenblick einen ernstlichen Charakter an genommen hatten und bedenkliche Folgen fürchten ließen, sind jetzt gänzlich ausgeglichen, wie dies aus einer in dem heutigen „Moniteur" enthaltenen Erklärung hervorgeht. Der Conseilpräsident, heißt es darin, hatte der Nationalversammlung angezeigt, daß er über den vielbesprochenen Tagesbefehl des General Changarnier Erklärungen fordern werde. Der ehrenwerthe General hat sich beeilt, dem Conseilpräsidenten kundzugeben, daß aus Veranlassung des Schreibens des Präsidenten der Republik gar kein Tagesbefehl an die Armee erlassen worden sei. In seiner Eigenschaft als commandirender General der 1. Militärdivision, habe er sich lediglich darauf beschränkt, diesen Ausdruck der Sympathie des Präsidenten der Republik für unsere braven Soldaten zur Kenntniß der einzelnen Chefs dieser Armeecorps zu bringen. Er that dies aber vor den Debatten, die sich über jenes Schreiben in der Nationalversammlung entspannen und bereits an dem Tage, an welchem erst die Abendblätter die öffentliche Aufmerksamkeit auf dasselbe lenkten. Der ehrenwerthe General sagte bei, daß er nicht begreifen könne, wie man in diesem Begleitschreiben eine Beleidigung der Nationalversammlung habe erblicken können, deren Rechte und Prärogativen als einer der großen Staatsgewalten er hochachte und welcher anzugehören er ja selbst die Ehre habe.

Großbritannien.

London, 12. Mai. Die „Times" bespricht in einem ihrer leitenden Artikel die französische Intervention in Italien und wirft der französischen Regierung Zweideutigkeit des Verfahrens vor. „Die Franzosen", so heißt es zum Schlusse, „befinden sich in Italien als die Feinde Oesterreichs durch Vorurtheile und Ueberlieferungen, als die Feinde der italienischen Republikaner durch ihre gegenwärtige Politik und ihre Befürchtungen; sie können als ihre Sache weder die Revolution noch die Contrerevolution ergreifen und sie erfahren zu spät, daß es klüger gewesen wäre, entweder von einem klaren und bestimmten Principe auszugehen, zu dem sie sich nur ihren Landsleuten und Europa gegenüber bekennen könnten, oder sich dieser Intervention überhaupt ganz zu enthalten. Sich von Italien zu entfernen, ist jedoch schwieriger, und wir werden wahrscheinlich in Kurzem ein sehr bedeutendes französisches Heer auf päpstlichem Gebiete versammelt sehen, ohne daß es eigentlich weiß, zu welchem Zweck es bestimmt ist, gegen wen es kämpfen soll, und ob es für die Zerstörung oder Vertheidigung der gesetzlichen Regierungen Italiens gebraucht werden soll."

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten

Eine Bitte für Dresden.

Dresden hat unter dem einwöchentlichen Kampfe in seinen Mauern unsäglich gelitten. Nicht bloß seine Häuser und Straßen, so daß auf der Schloßgasse zum Beispiel kein Erker und keine Fensterscheibe mehr ganz ist, sondern noch viel entsetzlicher ist das Elend, welches jetzt innerhalb jener Häuser wohnt, und in den unverletzt gebliebenen nicht minder als in den von den Kugeln zerschmetterten. „Wir und schon ganz erschöpft vom Geber," schreibt man mir von Seiten einer in Dresden lebenden Familie. „Aber unmittelbar neben uns liegen acht Verwandte, von allen Hausgenossen entblößt, und Kranke und verwaist Hinterlassene nehmen allerwärts ein Mitleiden in Anspruch, welches wir bald nur noch durch Thränen werden bezeugen können. Wäre es nicht möglich, Etwas in Frankfurt für unsere unglückliche Stadt zu sammeln? So arm, so bedürftig ist's hier geworden, daß auch die kleinste Gabe von willkommen wäre."

Ich bringe diese Mittheilung mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die Expedition der „Deutschen Zeitung" (Paulsgasse Nr. 5 im Hofe) und daß ich persönlich (Hanauer Chaussee im Gelbhaar'schen Garten) zur Empfangnahme von Gaben auch des kleinsten Betrags für Dresden, sowie zur dankbaren Rechnungsablegung darüber bereit sind*). Damit verbinde ich das dringende Ersuchen an menschenfreundliche und einflußreiche Personen, namentlich von der ständischen Einwohnerschaft Frankfurts, die meine Fürbitte zu der ihrigen zu erheben und durch anderweite Aufforderungen und Sammlungen der hier gegebenen Anregung Kraft und Umfang zu verleihen.

Frankfurt a. M., den 13. Mai 1849.

Robert Heller.

Indem die Unterzeichneten sich obiger Bitte anschließen, erklären sie sich bereit, Beiträge in Empfang zu nehmen und solche an ihre Bestimmung gelangen zu lassen.

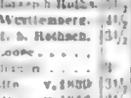
Georg Heinrich Engelhard, Rosen-Apotheke.
Hermann'sche Buchhandlung Zeil.
Jäger'sche Buchhandlung (E. Könitzer).
Hermann Mumm, Zeil 36.
Hermann Nestle.
J. D. Sauerländer.
Joh. Friedr. Quilling.

*) Auch die Redaction der Oberpostamts-Zeitung erklärt sich zur Entgegennahme von milden Gaben für Dresdens Bedürftige bereit.

Der Pflanzensaft

des Dr. **Boyveau-Laffecteur**, allein autorisirt, ist weit vorzüglicher als der Sirop von Cuisinier, von Larrey, Salsepareille u. s. w. Er heilt grund ohne Quecksilber Hautausschläge, Flechten, Skropheln, Folgen der Krätze, Geschwüre und von Unglücksfällen oder von Entbindungen herrührende Uebel, wie auch solche der kritischen Jahre und der ersten Schärfe von natürlichen Flüssigkeiten. Als wirksames Blutreinigungs-Mittel ist er für die Athmungen der Harnblase, für Niederschlagung und Schwäche der Organe, hervorgerufen von übertriebenen Einspritzungen oder von Senken, sehr dienlich. Als syphilitisches Gegenmittel heilt dieser Saft in kurzer Zeit frische oder hartnäckige eiternde Hautausschläge, welche sich stets erneuern in Folge der Anwendung von Cerate, Kubebe oder von Einspritzungen, welche das Gift zurücktreiben, ohne es unwirksam zu machen. Der Boyveau'sche Saft ist hauptsächlich anzuempfehlen gegen frische, eingewurzelte oder dem Quecksilber und der Verbindung des Potassiums widerstehende syphilitische Krankheiten. Der Prospectus über dessen Behandlung wird gratis und franco demjenigen zugesichert, welcher ihr desfallsiges Verlangen an Dr. **Giraudeau de St. Gervais**, Rue Richer Nr. 12 in Paris, ergehen lassen. Derselbe ertheilt ärztliche Consultationen namentlich durch Correspondenz. — Preis des Sakes 7 Frs. 50 Ct. Zu haben bei nachstehenden Apotheken:

Laurentius, Hauptniederlage und Correspondenz, Dorotheenstraße in Leipzig; Knoderer in Straßburg; Dr. Galette in Mainz; Gebrüder Tripier in Lille; Thymer, Apotheker in St. Petersburg; Köhler in Odessa; Burgers, Kalverstreet, 165, in Amsterdam. [1360]



[741] Zur Beförderung von Personen und Waaren von ab **Köln** vermittelt der **Rheinischen, Belgischen und Französischen Nordbahn nach Aachen, Brüssel, Antwerpen, Paris, Calais und Havre** werden die nöthigen Anleitungen und Tarife bei mir unentgeltlich ertheilt.

Frankfurt, im März 1849.

Franz Jos. Böhm Sohn.

Cours der Staats-Papiere. 16. Mai 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	77½	77
»	ditto ditto . .	4	57⅝	56⅞
»	ditto ditto . .	2½	30	29½
»	Bank-Actien a 1000 fl. .		1100	1090
»	250fl. Loose v. Roth.		74⅜	74⅛
»	100 fl. ditto		123½	123
»	Eisenbahn-Oblig.	4½	—	90½
»	ditto ditto	5	96½	—
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	90	89½
»	Prämienscheine . .		—	100
Bayern .	Obligationen . . .	4½	98½	98
Darmstadt	fl. 50 Loose . . .		60⅜	60⅛
»	fl. 35 ditto . . .		34½	34⅜
»	Obligationen . . .	3½	78	77½
»	ditto	5	100	99½
Baden	Obligat. conv. 1845	4½	94	93
»	fl. 50 Loose v. 1845		47½	—
»	fl. 50 Loose . . .		26½	25½

		pCt.	Papier.	Geld.
Frankfurt	Obligationen . . .	4	98	97½
»	ditto v. 1839	3½	92½	92
»	ditto v. 1845	3½	85½	85¼
»	Taunusbahnactien .		274	272
Kassel	Loose	3½	30½	30
»	Hollandsche	4	—	98
»	Spielbank	3½	—	20½
Hessen	Actien exch. incl. 16 Cp	5	—	—
»	Loose 5ch. neue Obl.	3	24½	24
Portugal	Cassels Lst. à 5 fl 10	3	—	—
Polen	à 300 Fl. Loose . .		—	93
»	Obligationen à fl. 500	4	72½	72¼
Russland	in R. à. 3. b. Gruss. et C.	4	—	91
»	ditto b. Stieglitz et C.	4	—	91

Dukaten	9	50	Gold al Marco .	352	—	Diverse Actien u. Loose.	Briefe.	Geld.
Dr. Friedrichsd'or	10	—	Laubth., ganze .	—	—	Sächsische Loose . . .	27	26½
Holl. 10 fl. Stücke	10	6	Preuss. Thaler .	—	—	Sächsische Loose . . .	26½	25
Rand Ducaten . .	5	40	5 Frankenstücke .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
20 Francsstücke	9	41	Hardenberg Reiter	21	20	Ludwigsh.-Bexbach. . .	67½	67
Kgrl. Souvereins	12	5	Carolus u. Ludwig	21	20	Pfälz.-Ludw.-Nürnberg	32½	32

Auch in der Nähe: 2½ fl. 1 Ld. — 5½ Francs bal. — 1 Ld'or bal. — 1 Souverain. — 1 Pf.-W.-Kurant. — ∞.

Wechsel-Cours.

Den 16. Mai	Papier.	Geld.
Amsterdam (K.S. 100 fl. Crt.)	—	101¼
Augsburg (K.S. 100 fl. Crt.)	—	100
Berlin . . (K.S. eco Thlr.)	—	99½
Bremen (50 fl. K.S.)	—	—
Breslau (50 fl. K.S.)	—	99½
Hamburg . (K.S. Banco)	—	151½
Leipzig (50 fl. K.S.)	—	100
London . . (K.S. 10 Ltr. St.)	—	119½
Lyon . . . (K.S. 300 Fr.)	—	94½
Mailand (K.S. 300 Lir. Austr.)	100	100
Paris . . . (K.S. 300 Fr.)	—	99½
Wien (100 fl. K.S. bis 20 fl. C.M.)	100½	99½

d. Sudcourse, locale Münzen.

Dreyer von August Osterrieth.

(Hierzu zweiter Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Donnerstag (Zweite Extra-Beilage zu Nro. 116.) 17. Mai 1849.

Wegen des h. Himmelfahrtsfestes erscheint heute weder die Oberpostamts-Zeitung noch deren Beiblätter.

Deutsche Reichsversammlung.

221. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident Reh.

H **Frankfurt**, 16. Mai.

Die Sitzung wird um 4½ Uhr eröffnet. Nach Verlesung des Protocolls meldet der Vorsitzende, daß er eine Eingabe der Bevollmächtigten des in Frankfurt am 14. und 15. Mai abgehaltenen Nationalcongresses der conservativen Vereine heute zur Mittheilung erhalten habe. Der Nationalcongreß hat beschlossen: unter allen Umständen an der Reichsverfassung unbeirrt festzuhalten; er fordert die Abgeordneten auf, unter keiner Bedingung ihre Posten zu verlassen; er fordert die Nat.-Vers. auf, sich im Falle der Erledigung der prov. Centralgewalt das Recht zur Einsetzung einer neuen Centralgewalt ausschließlich vorzubehalten; alle deutschen Regierungen aufzufordern, zufolge des Beschlusses vom 12. Mai hinzuwirken, daß die Verfassung durchgesetzt werde, und die gesetzliche Ordnung dabei zu erhalten. Schließlich erklärt der Nationalcongreß, daß er der Ansicht sei, man müsse Gewalt mit Gewalt vertreiben, und daß er sich mit dem Centralmärzverein in Verbindung gesetzt habe. (Beifall.) Der Vorsitzende berichtet hierauf, daß Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog Reichsverweser ihm mitgetheilt habe, der preußische Commissär Herr Fischer sei eingetroffen, er habe den Auftrag: 1) Die preußischen Abgeordneten abzuberufen; 2) sich die hiesigen Verhältnisse anzusehen. (Lang anhaltende Heiterkeit.) Hiernach wird eine Erklärung mehrerer preußischer Abgeordneter verlesen, welche die einseitige Abberufung durch ihre Regierung als für nicht rechtsverbindlich halten, und erklären, der Nationalversammlung so lange angehören zu wollen, als es ihnen die Beschlüsse derselben erlauben. (Beseler, Saucken, Mevissen, Schwetschke, Jordan, Simson v. Stargard, Junkmann, Arndt, Fesser, Göden, Marr, Stedmann, Becker, E. Simson, Schubert, Wiethaus, Schneer, Keller, Anderson, Leverkus, Tellkampf, Markus, Jordan, Hausmann, Schleusing, Bopp, Waldmann, Schirmeister, Eversbusch, Otte, Albert, Loew aus Magdeburg, Matthies, Degenkolb, Stenzel, Haim, Plathner, Golz, Seiler, Schwarz, Massow, Loew aus Posen, v. Kösterig.

Abg. Wiedenmann stellt folgenden dringlichen Antrag: die constituirende deutsche Nationalversammlung

„In Erwägung, daß keiner Regierung die Befugniß zusteht, die von der deutschen Nation vollzogenen Wahlen zu der deutschen constituirenden Nationalversammlung durch Abberufung der gewählten Abgeordneten unwirksam zu machen und dadurch mittelbar die Nationalversammlung aufzulösen, beschließt:

Sie erklärt die königl. preußische Verordnung de dato Charlottenburg, 14. Mai 1849, wodurch das Mandat der im preußischen Staate gewählten Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung für erloschen erklärt und die Abgeordneten angewiesen werden, sich jeder Theilnahme an den weiteren Verhandlungen der Versammlung zu enthalten, als unverbindlich für die preußischen Abgeordneten, und erwartet von dem deutschen Patriotismus der preußischen Abgeordneten, daß sie sich der ferneren Theilnahme an den Verhandlungen der Nationalversammlung nicht entziehen werden. Frankfurt, 16. Mai 1849. Wiedenmann." (Großer Beifall.) (Unterstützt von Albert, Stengel, Gier, Versen, Cetto, Künzel, Schirmeister, Marcus, Schwarz, Eckert aus Kremberg, Schwetschke, Ostendorf, Lette, Haym, Schneer, Scholten, Simson aus Königsberg, Waldmann, Degenkolb, Anz, Gruel, Marcks, Leudell, Wiethaus, Schid, Jordan von Gollnow, Wiebig, Plathner, Overweg, v. Saucken, Hennig, Dahlmann, Simson aus Stargard, Stedmann, Groß aus Leer, Deiters, H. v. Raumer, Brons, v. Thielau, Hansmann, Ebmeier, v. Berries, Zacharid aus Göttingen, Francke, Leverkus, Fallati, Göden, Böcking.

Der Antrag wird einstimmig für dringlich erklärt. (Beifall.)

Abg. Wiedenmann fügt seinem Antrage die Worte hinzu: Ich müßte glauben, die Versammlung zu beleidigen, wenn ich nur ein einziges Wort zur Begründung dieses Antrags verlöre. (Großer Beifall.) Er wird ohne Discussion zur allseitig unterstützten namentlichen Abstimmung gebracht und mit 285 gegen 2 Stimmen angenommen. 10 enthalten sich der Abstimmung. (Beifall.)

Abg. Groß aus Prag reicht einen ähnlichen Dringlichkeitsantrag in Beziehung auf die Zurückberufung der österreichischen Abgeordneten durch ihre Regierung ein, wodurch die Abberufung der österreichischen Abgeordneten als hier für ungiltig und nicht verbindlich angenommen wird. Der Antrag wird als dringlich anerkannt. Abg. Jordan trägt in Berücksichtigung, daß ein ähnlicher Antrag zur Berichterstattung an den Ausschuß verwiesen sei, auf motivirte Tagesordnung an. Abg. Raveaux erklärt sich dagegen. Abg. Plathner macht auf den großen Unterschied zwischen dem Verhalten der österreichischen Abgeordneten nach ihrer Abberufung und dem der preußischen aufmerksam, welche letztere sogleich gegen ihre Abberufung protestirten, während das von ersteren nicht geschehen. Abg. Simon von Trier erklärt sich für den Antrag des Abg. Groß. Abg. Ostendorf stellt einen schriftlichen Antrag auf motivirte Tagesordnung. Es wird darüber namentlich abgestimmt und der Antrag mit 174 gegen 107 Stimmen verworfen. Der Antrag des Abg. Groß wird mit großer Mehrheit angenommen. (Bravo!) Der Vorsitzende meldet den Austritt der Abgeordneten Reichensperger und Grävell.

Eine an den Reichskriegsminister gerichtete Interpellation wegen militärischer Maßnahmen in Baden kann, wegen der Abwesenheit des Hrn. Ministers, nicht beantwortet werden. Der Vorsitzende macht auf eine ureuliche Erklärung des Hrn. Ministers aufmerksam, daß derselbe glaube, nicht mehr in der Lage zu sein, auf Interpellationen zu antworten. Einer dringlichen Interpellation des Abg. Raveaux wird die Dringlichkeit zuerkannt. Abg. Raveaux fragt den Vorsitzenden, ob die von ihm am Anfange der Sitzung gemachten Mittheilungen alle Bedingungen in sich schlössen, von welchen der Hr. Reichsverweser die Bildung eines neuen Ministeriums abhängig mache. — Der Vorsitzende kann diese Frage nicht beantworten, er weiß sonst nichts als das bereits Mitgetheilte. Abg. Simon stellt hierauf den dringlichen Antrag, den Hrn. Kriegsminister einzuladen zu erscheinen. Es wird mit Stimmzetteln abgestimmt. — Während der Einsammlung der Zettel erscheint Abg. Grävell und setzt sich auf die Ministerbank. (Allgemeine Bewegung und Heiterkeit. Der erste Vorsitzenden-Stellvertreter Biedermann spricht mit demselben. Abg. Grävell entfernt sich wieder.) Die Dringlichkeit wird dem Antrage des Abg. Simon nicht zuerkannt.

Abg. Simon von Trier meldet im Namen des Dreißigerausschusses, daß derselbe der Versammlung den gestern vom Abg. Biedermann gestellten Antrag (der Wortlaut desselben ist in der ersten Extrabeilage zur heutigen Nummer mitgetheilt) als dringlich anempfehle. Abg. Sprengel trägt im Namen der Minorität darauf an, den Antrag zur förmlichen Berichterstattung an den Dreißigerausschuß zurück zu verweisen und ihn aufzufordern, den Bericht nächsten Freitag der Versammlung zur Berathung vorzulegen. — Der Antrag der Majorität des Dreißigerausschusses, den Biedermann'schen Antrag als dringlich zu erklären, wird nicht angenommen. — Ein Antrag, den Gegenstand morgen in Berathung zu ziehen, wird abgelehnt.

Der Vorsitzende will die Sitzung schließen und die nächste Sitzung auf Freitag anberaumen, allein auf ein von 100 Mitgliedern unterschriebenes Verlangen hin beraumt er eine außerordentliche Sitzung auf morgen 4 Uhr an. — Abg. Biedermann verlangt, daß die Antragsteller erklären, was auf die morgige Tagesordnung zu setzen wäre. Abg. Wesendonck erklärt sich dagegen. Der Vorsitzende erklärt, daß es bei der bloßen Anberaumung der Sitzung sein Verbleiben haben müsse und verliest hierauf eine Zuschrift des interimistischen Reichsministerpräsidenten v. Gagern, worin derselbe meldet, daß Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog Reichsverweser Herrn Geheimrath Dr. Grävell mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt habe. (Heiterkeit, Bewegung in verschiedenem Sinne.)

Herr Ministerpräsident Grävell besteigt die Tribüne. (Heiterkeit.) Er ersuchte die Versammlung, so weit wir es vernehmen konnten, ihm Gehör zu schenken, und erklärte, daß er das ihm anvertraute schwierige Amt nur übernommen habe, damit Se. kaiserl. Hoheit nicht ohne Ministerium sei, was sonst sehr leicht hätte geschehen können. Nicht Eitelkeit noch Ehrgeiz habe ihn dazu vermocht. Portefeuilles haben erhalten: Detmold das der Justiz. (Große Heiterkeit. Pfui links.) General Jochmus das der äußeren Angelegenheiten. Abg. Merck das der Finanzen. (Heiterkeit.) Da der Herr Kriegsminister noch nicht bestimmt zugesagt, so trägt der Herr Ministerpräsident Bedenken, seinen Namen zu nennen. (Hört!) Die Ernennung der anderen Minister und das Programm werden morgen verkündigt werden. Der Herr Ministerpräsident erklärt, daß er deßwegen sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt habe, weil es unklug gewesen wäre, wenn der erste Minister eines Staats sich gleich durch seine Parteistellung feindselig gegenübergestellt hätte einem anderen, mit dem man unterhandeln wolle. (Hört! links.) Ich weiß im Voraus, schließt der Redner, daß ich auf der Stelle, welche ich nach allen Kräften auszufüllen trachten möchte, nicht lange bleiben werde. Ich empfehle mich Ihnen. (Heiterkeit.)

In Beziehung auf die eben geschehene Mittheilung stellt der Abg. Simon aus Trier eine dringliche Interpellation an den neuen Herrn Reichsministerpräsidenten, welche als dringlich anerkannt wird. Er fragt: Ist der neue Herr Ministerpräsident dazu bereit, die Reichsverfassung in Gemäßheit des Art. XV des Gesetzes vom 28. Juni in Ausführung zu bringen? Reichsministerpräsident Grävell verweist auf das morgen einzureichende Programm.

Abg. Schneer stellt den dringlichen Antrag: die Nationalversammlung erklärt, das von der provisorischen Centralgewalt neu gewählte Ministerium hat das Vertrauen des Hauses nicht. (Beifall.) Der Antrag wird als dringlich anerkannt. Abg. Schneer nimmt denselben zurück. Die Sitzung wird um 7¼ Uhr geschlossen. Nächste Sitzung: Morgen Donnerstag den 27. Mai 4 Uhr.

Frankfurt, 16. Mai. In der Beilage zu dem gestrigen Blatte der Oberpostamts-Zeitung, Nr. 115, ist aus der Verhandlung der Nationalversammlung vom 15. d. M. angegeben:

„Der Vorsitzende meldet den Austritt des Abg. Hoppenstedt aus Hannover und Radebusch. Der Ersatzmann für Letzteren ist bereits eingetroffen."

Diese Angabe muß jedoch dahin berichtigt werden:

„Der Vorsitzende meldet den Austritt des Abg. Hoppenstedt aus Hannover. Der Ersatzmann für Letzteren, Herr Brakebusch, ist bereits eingetroffen."

Aus der in derselben Sitzung verlesenen Austrittserklärung des Abg. Hoppenstedt wird hier noch hinzugefügt, daß derselbe bereits am 5. d. M., nachdem die Nationalversammlung am Tage vorher ihre Permanenz bis 15. Aug. d. J. beschlossen hatte, seinen Austritt angekündigt, jedoch unter den später eingetretenen schwierigen Verhältnissen entschieden erklärt hat, seinen Posten nicht verlassen zu wollen, so lange ein Ersatzmann ihn nicht ablösen werde.

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 16. Mai. Wir sind in den Stand gesetzt, den Wortlaut einer unter dem 14. d. M. an den diesseitigen königl. Bevollmächtigten gerichteten Instruction zur Kenntniß des Publikums zu bringen; dieselbe lautet wie folgt:

„Die letzten Beschlüsse der Nationalversammlung haben die königl. Regierung in die Nothwendigkeit versetzt, eine Entschließung zu fassen, deren überhoben zu sein, sie lange gehofft hatte. Die Gründe, warum sie die für jetzt noch in Frankfurt tagende Versammlung als auf gesetzlichem Boden stehend nicht mehr anerkennen und daher auch die Theilnahme preußischer Abgeordneten an ihren weiteren Berathungen nicht für zulässig erachten kann, sind in dem Antrag des Staatsministeriums an Se. Maj. den König kurz zusammengefaßt.

„Ich kann es indeß nicht für überflüssig halten, die Stellung der königl. Regierung zur Nationalversammlung in nachstehender Entwicklung noch näher zu beleuchten und in eine umfassendere Motivirung der gefaßten Beschlüsse einzugehen, damit über die Nothwendigkeit und Unvermeidlichkeit derselben, so wie über die Gesinnung, aus welcher sie hervorgegangen, kein Zweifel bleibe.

„Ich stelle Ew. Hochwohlgeboren anheim, hiervon jeden angemessenen Gebrauch, auch für die Oeffentlichkeit zu machen, da die Beweggründe wie die Handlungsweise der königlichen Regierung das Licht des Tages nicht zu scheuen haben.

„Den gesetzlichen Boden, auf welchem die Nationalversammlung ruhte, bilden anerkanntermaßen die Beschlüsse der Bundesversammlung vom 30. März und 7. April vorigen Jahres. Durch diese Beschlüsse waren die Regierungen aufgefordert:

„„in ihren sämmtlichen, dem deutschen Staatensysteme „„angehörigen Provinzen, auf verfassungsmäßig be„„stehendem, oder sofort einzuführendem Wege, Wah„„len von Nationalvertretern anzuordnen, welche am „„Sitze der Bundesversammlung zu einem schleunigst „„festzustellenden möglichst kurzen Termine zusammen„„zutreten haben, um zwischen den Regierungen und „„dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande „„zu bringen.""

„Der also zusammengetretenen Versammlung war eine große Aufgabe zugefallen. Sie sollte die Vermittlung bilden zwischen den Regierungen und dem Volke, und eine Ausgleichung zu Stande bringen zwischen den verschiedenen Gesichtspunkten, welche aus individuellen Verhältnissen und Bedürfnissen der einzelnen Staaten und den Bestrebungen und Wünschen der sich als Eins fühlenden Nation hervorgehen konnten und mußten, eine Ausgleichung, die nicht schwierig erscheinen konnte, weil alle Theile von derselben Gesinnung beseelt waren und dasselbe Ziel erstrebten. Sie sollten dem Verlangen und den Bedürfnissen der deutschen Nation, welche zu befriedigen der deutschen Regierungen ernstliche Absicht war und ist, den vollen, gewichtigen gesetzlichen Ausdruck verleihen; sie sollte das Recht des deutschen Volkes auf selbstthätige Theilnahme und Mitwirkung bei der Ordnung seiner Angelegenheiten vertreten, und durch die besonnene Ausübung desselben mit den Regierungen zusammen die Grundsteine eines Baues legen, der auf den unerschütterlichen Pfeilern des Rechtes, der Wahrheit und der Treue ruhend die Zukunft der deutschen Nation und ihre reiche Entwicklung nach Innen und nach Außen unter seinen schützenden Schirm nehmen könnte. Sie sollte die Brücke bilden helfen zwischen dem alten und neuen Deutschland, damit das neue nicht als ein Werk der Willkür, sondern des Rechtes und der inneren Nothwendigkeit sich erwiese.

„So war ihre Aufgabe eine große und herrliche, eine weit umfassende, aber auch eine bestimmte und rechtlich begrenzte.

„Ein Jahr lang hat die deutsche Nation und haben die deutschen Regierungen mit Spannung und mit lebendiger Theilnahme die Verhandlungen der Nationalversammlung verfolgt und die schönsten Hoffnungen an dieselben geknüpft. Mehrere ihrer Beschlüsse sind durch die Regierungen publicirt; so ist unter Anderen durch die allgemein angenommene Wechselordnung ein erfreulicher Schritt zur innigeren Verknüpfung und Ausgleichung der materiellen Interessen der deutschen Staaten geschehen. Manches Andere ist angebahnt und eingeleitet worden. Die königliche Regierung namentlich hat auf die Berathungen der Versammlung jede irgend mögliche Rücksicht genommen.

„Durch ihr Zusammenwirken ferner mit den Fürsten ist

für die vorläufige Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten ein provisorisches Organ gebildet worden, dessen Wirksamkeit unter schwierigen Umständen in manchen Theilen Deutschlands segensreich empfunden werden ist; und in den Tagen einer großen Gefahr, die das gesammte Vaterland mit Anarchie und den Gräueln der Barbarei bedrohte, hat die Versammlung selbst durch ihre muthige Haltung und die Unterstützung, die sie der Centralgewalt angedeihen ließ, schweres Unheil von der deutschen Nation abwenden geholfen. Sie hat endlich, ihrer Aufgabe gemäß, eine Verfassung berathen, in deren Entwurf die Regierungen und die preußische Regierung zuerst die Grundzüge eines Bundesstaates anerkennen konnten, wie er dem Bedürfniß und den ausgesprochenen Wünschen der Völker wie der Fürsten entsprach.

„Indem auch die königliche Regierung diese Verdienste mit Freuden anerkannte, konnte sie über einzelne Ueberschreitungen der gesetzlich feststehenden Befugnisse, von welchen die Nationalversammlung schon früher sich nicht frei gehalten, hinwegsehen. Indem sie die schwierigen und neuen Verhältnisse und die mächtigen Bewegungen der Zeit berücksichtigte, und der Besonnenheit des Volkes und seiner Vertreter vertraute, wollte sie nicht mit Schroffheit diesen Uebergriffen entgegentreten und einen gefährlichen Streit über Principien führen, deren Ausgleichung sie eben als die große Aufgabe ansah; sie wollte vielmehr den Weg der Verständigung betreten, und wie sie sich bewußt ist, an ihrem Theile redlich Alles gethan zu haben, was zu einer solchen Verständigung führen konnte, so durfte sie hoffen, daß auch die Nationalversammlung ihr auf diesem Wege, den die Mehrzahl des deutschen Volkes mit Dank begrüßte, entgegenkommen würde.

„Die Stellung der Nationalversammlung ist in der neuesten Zeit eine andere geworden.

„Durch die Berathung der Verfassung in zweiter Lesung war ein Theil ihrer Aufgabe vollendet. Zum vollen Abschluß konnte dieselbe nun nur durch die Mitwirkung der Regierungen der Einzelstaaten kommen. Diese waren der eine paciscirende Theil, und nur durch das gegenseitige Anerkenntniß war die feste Grundlage für die Zukunft der deutschen Verfassung zu gewinnen und festzustellen.

„Diese Feststellung durch die Mitwirkung der Nationalversammlung zu erlangen, war die Absicht auch der preußischen Regierung. Sie hat dies noch in ihrem Erlaß vom 28. v. M. ausgesprochen und mit demselben noch ein Mal der Nationalversammlung die Hand zu gemeinsamem Wirken dargeboten, obwohl schon damals Erklärungen derselben vorlagen, welche den Anspruch auf einseitige Feststellung der Reichsverfassung aus eigner Machtvollkommenheit aufstellten. Sie hoffte von der Besonnenheit der Vertreter der deutschen Nation, daß sie auf den Boden des Rechts zurückkehren und dadurch sich selbst die volle und letzte Erfüllung ihrer Aufgabe möglich machen würden.

„So lange sie diese Aussicht festhalten durfte, hat sie mit Vertrauen die Theilnahme der Abgeordneten ihres eigenen Landes an den Berathungen gesehen; und wenngleich sie die Motive Einzelner, welche schon sich zum Austritt bewogen fanden, ehren mußte, an das Verbleiben der Uebrigen die Hoffnung geknüpft, daß sie einen heilsamen Einfluß im Sinne der Weisheit und Mäßigung in dieser Versammlung selbst würden ausüben können.

„Die neueren Beschlüsse der Nationalversammlung haben diese Hoffnung gänzlich zerstört, und mit Schmerz sieht die königliche Regierung, wie dieselbe nicht allein den gesetzlichen Boden des Rechts gänzlich verlassen und einen Weg eingeschlagen, auf welchem sie nur durch Hilfe der Revolution ein verderbliches Ziel erreichen konnte, sondern auch gerade zu dem preußischen Staat sich in ein offen feindseliges Verhältniß gesetzt hat.

„Indem die Nationalversammlung auf dem Anspruche beharrt, aus eigener Machtvollkommenheit Deutschland seine künftige Verfassung zu geben und sie den Regierungen aufzudringen, und sich jeder Verständigung sowohl als Vereinbarung mit den Regierungen entzieht, hat sie das Princip verleugnet, aus welchem sie selbst durch die Berufung durch die Regierungen und die Wahl aus dem Volke hervorgegangen ist, und sich fortan die Erfüllung der Aufgabe: „das deutsche Verfassungswerk zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringen," unmöglich gemacht.

„Indem sie neben den Regierungen auch „die Volksvertretungen, die Gemeinden der Einzelstaaten und das gesammte deutsche Volk aufgefordert hat, die Reichsverfassung zur Ausführung und Geltung zu bringen", hat sie die Hilfe der Revolution in Anspruch zu nehmen gedacht, und das Vaterland der Gefahr ausgesetzt, durch Anarchie und blutigen Kampf auf einen Weg geführt zu werden, den die Mehrzahl der Nation verabscheut. Daß diese Befürchtungen nicht grundlos sind, haben die Ereignisse in mehreren deutschen Ländern schon bewiesen.

„Durch die eigenmächtige Feststellung eines Termins für den Zusammentritt des ersten Reichstages und für die Vornahme der Wahlen zum Volkshaus hat sie offen in die Befugnisse der verfassungsmäßigen Regierungen eingegriffen und sich selbst eine Regierungsgewalt angemaßt, die ihr weder nach ihrer ursprünglichen Bedeutung, noch selbst innerhalb der von ihr beschlossenen Verfassung zukommen konnte.

„Sie hat endlich bewiesen, daß sie in ihrem jetzigen Bestande den maßlosen Einflüssen einer Partei preisgegeben ist, welche, auf den Umsturz alles Bestehenden gerichtet, in der moralischen und materiellen Kraft Preußens das Hauptbindernniß für ihre Bestrebungen erblickt, und deßhalb auf die Zerstörung des preußischen Staates hinarbeitet. Der Beschluß vom 10. d. M.:

„„dem schweren Bruche des Reichsfriedens, welchen „„die preußische Regierung durch unbefugtes Ein„„schreiten im Königreich Sachsen sich hat zu Schul„„den kommen lassen, ist durch alle zu Gebote stehen„„den Mittel entgegenzutreten,""

ist eben so sehr ein offener Act der Feindseligkeit gegen den preußischen Staat, als eine Verleugnung und Verletzung der bundesgesetzlich feststehenden Rechte aller Mitglieder des deutschen Bundes, jenes Bundes, welcher nicht zu zerstören, sondern auszubilden und zu kräftigen, der Beruf und die Aufgabe der Nationalversammlung wie der Regierungen war.

„Nach allen diesen Vorgängen sieht sich die königl. Regierung zu der Erklärung genöthigt: daß sie die Versammlung in Frankfurt nicht länger als auf gesetzlichem Boden stehend, als den berechtigten Ausdruck des wahren Willen des deutschen Volkes und als die gesetzliche Vertretung der gesammten deutschen Nation ansehen kann; daß sie jede Hoffnung aufgeben muß, noch im Verein mit ihr die letzten Schritte zum endgiltigen Abschluß des deutschen Verfassungswerkes thun zu können, und daß sie gegen alle weiteren Berathungen und Beschlüsse derselben sich im Voraus feierlich verwahren muß.

„Eben so muß sie erklären, daß sie die fernere Theilnahme preußischer Abgeordneten an den weiteren Berathungen eines nicht mehr auf dem gesetzlichen Boden stehenden und in offener Feindseligkeit gegen den preußischen Staat befindlichen Körpers für durchaus ungerechtfertigt hält, daß sie das Mandat derselben für erloschen erachtet und von ihrer Vaterlandsliebe und ihrem Gefühl für die Ehre des preußischen Staates erwartet, daß sie aus der Versammlung austreten werden.

„Sie hegt das Vertrauen zu jedem Preußen, daß er sich nicht ferner an Verhandlungen betheiligen werde, welche zu offenen Acten der Feindseligkeit gegen sein Vaterland führen.

„Eine Anzahl von Abgeordneten ist diesem Vertrauen schon durch ihren bereits erklärten Austritt zuvorgekommen. Indem die königl. Regierung den Motiven der großen Mehrzahl der noch Zurückgebliebenen Gerechtigkeit widerfahren läßt, konnte sie indeß nicht zugeben, daß über ihre Ansicht und ihren Willen irgend ein Zweifel übrig bliebe.

„Das Staatsministerium mußte es daher für seine Pflicht halten, an Se. Maj. den König denjenigen Antrag zu richten, welcher die Ew. Hochwohlgeboren übersandte königl. Verordnung zur Folge gehabt hat.

„Die königl. Regierung darf hoffen, daß durch eine ruhige und besonnene Erwägung der im Vorstehenden dargelegten Thatsachen ihr Verfahren und ihre Beweggründe gerechtfertigt erscheinen werden; und sie überläßt es mit Vertrauen dem reifen Urtheil eines jeden Preußen und eines jeden Deutschen, der die factisch vorhandenen Verhältnisse zu würdigen und die Gefahren, wie die Hoffnungen der Zukunft mit tiefer eingehendem Blicke aufzufassen vermag, ihr diejenige Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, auf welche sie Anspruch zu haben glaubt.

„Berlin, den 14. Mai 1849."

γ **Berlin**, 14. Mai. Einem Militärberichte über die Vorfälle im Bezirke des 7. und 8. Armeecorps (Westphalen und Rheinprovinz) entnehmen wir einige Notizen, welche als wohlverbürgte Thatsachen bei allen Parteien Interesse erwecken werden. Hinsichtlich des 8. Armeecorps ist nur des mißlungenen Angriffs auf das Zeughaus in Siegburg zu erwähnen, den bekanntlich Professor Kinkel von Bonn aus mit einer Schaar von 100—200 Demokraten unternehmen wollte. Dieser Haufe hat sich auf halbem Wege mit Zurücklassung zweier Pferde zerstreut, ohne die Ankunft der ihm nachgesendeten Dragoner abzuwarten. Die Reserven aller Linienregimenter dieses Armeecorps sind zu den Fahnen berufen worden, und haben sich mit sehr geringen Ausnahmen gestellt, dasselbe gilt von den Mannschaften der Landwehr. Dagegen haben sich im Bezirke des 7. Armeecorps mehrfache Störungen ereignet, und Veranlassung gegeben, hinsichtlich einiger Landwehrbataillone den Einberufungsbefehl vorläufig aufzuschieben; wirkliche Conflicte mit der Militärgewalt sind aber, abgesehen von der bereits wieder beseitigten Auflehnung in Iserlohn, nur an zwei Orten vorgekommen, nämlich in Elberfeld und Düsseldorf. Von ersterer Stadt aus ist das Landwehrzeughaus in Gräfrath geplündert worden, nachdem vorher Pistens und Hähne von allen vorhandenen Gewehren durch die wachthabende Mannschaft abgeschraubt worden, in der Stadt Elberfeld selbst ist bei dem ersten Anrücken des Militärs (in der ungenügenden Stärke von 2 Compagnien mit 2 Geschützen) ein Offizier getödtet, ein zweiter durch einen Steinwurf verwundet worden. In Düsseldorf endlich hat zwar der Kampf zwischen der schwachen Garnison (3½ Compagnien, 2 Escadrons und 6 Geschütze) und einem zahlreichen Pöbel längere Zeit angehalten, jedoch ist es gelungen, auch mit diesen geringen Kräften die errichteten Barrikaden sämmtlich zu nehmen und den Aufstand gänzlich zu unterdrücken. Dabei zählte man auf Seite des Militärs keinen Todten und nur 4 Verwundete. In diesem Augenblicke dürften alle Störungen der Ordnung, mit Ausnahme des Elberfelder Aufstandes, gänzlich beseitigt sein.

Das Ministerium hat der „Kölner Zeitung" zufolge an die Mitglieder des diplomatischen Corps ein Circular ergehen lassen, durch welches das Einrücken der Truppen in Jütland dahin erklärt wird, daß die Verluste zur See sollten compensirt werden; aber fern sei der Gedanke einer Eroberung. Preußen habe im Gegentheil Dänemark veranlaßt, einen Bevollmächtigten nach Berlin zu schicken, um Friedensunterhandlungen anzubahnen. Veranlassung dieses Circulars war ein Schritt, den Herr v. Ladre für Frankreich und Lord Westmoreland für England gethan hatten. Eine Note hatten diese Herren zwar nicht überreicht und noch weniger protestirt, sondern wie Cowley in Frankfurt hatten sie sich begnügt, über die Bedeutung der Occupation Jütlands Erkundigungen einzuziehen. Daher die Erklärung des Ministeriums. — In der gestrigen Conferenz ist kein Entschluß gefaßt worden. Man erwartet weitere Nachrichten von Frankfurt.

△ **Elberfeld**, 15. Mai. Seit acht Tagen leben wir in unserer Stadt in einem Zustande der großartigsten Aufregung; die sonst so loyale Metropole des Wupperthales hat auf einmal die Gestalt eines Kriegslagers angenommen und es ist zu begreifen, wenn auswärts die sonderbarsten Meinungen über die hiesigen Bestrebungen und die näheren Veranlassungen des Ausbruches verbreitet sind. Es kann Ihnen demnach nur erwünscht sein, eine authentische Darstellung der Entwickelung des hiesigen Aufstandes zu erhalten. Nachstehend will ich Ihnen auf das Gewissenhafteste den Gang der Ereignisse schildern. Aendern Sie deßhalb keinen Ausdruck in diesem Brief, mildern Sie keine Aeußerung; Sie würden sonst nicht mir, sondern der Wahrheit der hier vorliegenden Thatsachen zu nahe treten. Elberfeld war von jeher bekannt durch seine Anhänglichkeit an das preußische Haus, und noch nicht gar lange ist es her, daß diese Anhänglichkeit geschwächt, daß diese Treue getrübt worden ist. Fragen Sie, wer das zu Stande gebracht, so muß ich Ihnen sagen, daß die Politik des Ministeriums Brandenburg die Gemüther aufs Tiefste verstimmt hat. Selbst die loyalsten Männer des Wupperthales hatten gehofft, mit der Annahme der Reichsverfassung und der deutschen Krone werde der König von Preußen die Revolutionen schließen; Alle erwarteten, daß das Gefühl, einem freien und mächtigen deutschen Staate anzugehören, den Gemüthern jene Befriedigung geben werde, welche eine gedeihliche Entwickelung auf ruhigem Wege möglich macht. Die unseligen Maßnahmen des preußischen Ministeriums haben jene Hoffnungen und Erwartungen vernichtet und gar viele unter den Treusten der Treuen wenden getäuscht und entrüstet sich weg von einem Ministerium, das sogar zwei Söhne Elberfeld's zu seinen Mitgliedern zählt. Die Hoffnungen und Wünsche des Wupperthales wie des ganzen Bergischen haben sich Frankfurt zugewendet und das deutsche Bewußtsein der Bevölkerung ist, wenn auch spät, dann aber auch mit desto größerer Entschiedenheit zum Durchbruch gekommen. Bei dieser Stimmung der Gemüther wurde die Landwehr einberufen. Gewiß, dieser ehrenwerthe Theil der preußischen Kriegemacht würde bereitwillig gefolgt sein, wenn sie ihrer Bestimmung gemäß gegen einen äußern Feind hätte verwendet werden sollen; aber sie weigerte sich entschieden, „der undeutschen Politik des Ministeriums im Inlande zu dienen". Diese Weigerung, welche die Landwehr als gesetzlich gegründet betrachtet, war demnach nur ein Ausdruck der allgemeinen Stimmung und so werden Sie begreifen, daß das Verhalten der Landwehr die Zustimmung der ganzen Bevölkerung fand. Es war vorauszusehen, daß die Regierung Maßregeln ergreifen werde, um die Widerspenstigen zu zwingen und so erwartete man Truppen von Düsseldorf. Der Gemeinderath versammelte sich, um den Oberbürgermeister von Carnap zu veranlassen, bei der Regierung die geeigneten Schritte zu thun, um die Truppen zurückzuhalten. Einer Deputation von Bürgern wurde auf Ehrenwort versichert, es würde kein Militär in Elberfeld einrücken. Dennoch steigerte sich die Besorgniß vor Ankunft der Truppen, und der Gemeinderath forderte den Oberbürgermeister auf, sich persönlich nach Düsseldorf zu begeben, um im Sinne der Bürgerschaft auf die Regierung zu wirken. Er ging hin und kehrte zurück — mit den Truppen. Begreiflicher Weise wurde die Entrüstung über einen solchen Ausgang allgemein; das Militär drang zum Theil auf Umwegen in die Stadt, die Landwehr bereitete sich zum Kampfe, der denn auch in der Nähe des Neumarktes zum Ausbruche kam. Zahlreiche Barrikaden wuchsen in wenigen Augenblicken aus der Erde; die Bürgerschaft betheiligte sich am Kampfe, das Haus des Oberbürgermeisters wurde theilweise demolirt, das gesammte reiche Mobilar zu einer Barrikade verwendet. Der Kampf dauerte die Nacht hindurch. Erst nach wiederholten Aufforderungen folgten die Soldaten dem Befehle zu feuern; vielfach wurden die Kugeln abgebissen und mit bloßen Patronen geschossen; noch mehr wurden die Gewehre zielles in die Luft abgefeuert. So wird es erklärlich, daß verhältnißmäßig nur wenige Tödtungen und Verwundungen stattfanden. Die Bürger zielten in dem unglückseligen Kampf vorzugsweise auf die Offiziere; ein Hauptmann, v. Uttenhofen, fiel in demselben Augenblicke, als er Feuer commandirte, durch eine Kugel von der Barrikade her in die Brust getroffen. Das Militär mußte weichen und zog sich am andern Morgen nach Düsseldorf zurück. Der Oberbürgermeister entsetzt, ein Sicherheitsausschuß wurde schleunigst gebildet zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung; der Gemeinderath genehmigte denselben, gesellte ihm vier seiner Mitglieder zu; ein fünftes trat als Vertreter der Bürgerschaft bei und die sämmtlichen Geschäfte der Stadt wurden alsdann in die Hände dieser Commission gelegt. Mittlerweile sind die Barrikaden vermehrt und verstärkt worden, da man einen neuen Angriff zu gewärtigen hat; aber der Gegenstand des Kampfes ist nicht mehr der bloße Conflict der Landwehr; der Aufstand hat einen principiellen Charakter angenommen und der Kampf gilt der Durchführung der deutschen Reichsverfassung. Alle Barrikaden werden fallen, so rasch wie sie entstanden, die befriedigten Gemüther werden jubeln, wenn das Ministerium Brandenburg-Manteuffel zurücktritt und ein neugebildetes Cabinet die Garantien liefert für eine deutsche Politik der preußischen Regierung. Deputationen sind abgegangen nach Düsseldorf und Münster, um ferneres Anrücken von Truppen zu verhindern; Andere sind nach Berlin und zugleich ist einer nach Frankfurt entsendet, um den Schutz der Centralgewalt anzurufen. Wie die Dinge in den nächsten Tagen sich entwickeln werden, ist noch nicht abzusehen; aber es ist der förmliche Beschluß gefaßt worden, den Widerstand aufs Kräftigste durchzuführen. In der Person des Herrn v. Mirbach wurde gestern ein Oberanführer zur Leitung der sämmtlichen Streitkräfte gewählt; diejenigen Fremden, welche Besorgnisse erregten, daß durch sie die rein nationale Bewegung getrübt werden könnte, durch Einmischung socialistischer oder republikanischer Bestrebungen, sind aus dem Weichbilde der Stadt entfernt: die Bürgerwehr sorgt für den Schutz des Eigenthums und der Person, und nur die Barrikaden mahnen uns an die Zustände, in denen wir uns befanden. Aber viele Familien sind auf die benachbarten Dörfer geflüchtet; andere haben einen Theil ihrer beweglichen Habe hinausgebracht auf das Land; der Verkehr ist gehemmt, die Lebensmittel werden bald mangeln. Lange kann auch dieser Zustand der Ruhe nicht dauern! Möchte die erwünschte Lösung nicht mehr ferne sein!

Wie wenig der Sicherheitsausschuß gesonnen ist, den Charakter und die Richtung der Bewegung durch anarchi-

sche und republikanische Bewegungen verfälschen zu lassen, beweis der Umstand, daß er die als Socialisten und Communisten bekannten Herren Anneke und Gottschalk aus Elberfeld verwiesen hat.

Düsseldorf, 14. Mai, Mittags 12 Uhr. So eben rückt eine halbe Batterie und die 8. Jägerabtheilung mit der Eisenbahn nach Camen, wo eine große Militärmacht zusammengezogen wird. (Düss. Ztg.)

Essen, 14. Mai. Auch unsere Gemeinde und jene von Alten-Essen sind heute in Belagerungszustand gesetzt worden.

Münster, 13. Mai. Im Laufe dieser Woche wird eine Brigade Infanterie aus der Mark Brandenburg bei Hamm sich aufstellen, um von dort aus gegen Iserlohn und Elberfeld zu operiren. Dieselbe besteht aus dem Berliner Garde-Landwehrbataillon, dem 1. und 3. Bataillon des 20. Landwehrregiments und dem 24. Infanterieregiment (dessen Füsilierbataillon mit Zündnadelgewehren bewaffnet ist), und wird durch Generalmajor v. Wedern commandirt. An Artillerie soll derselben die halbe Fußbatterie Nr. 34 beigegeben werden. — Der Iserlohner Deputation soll General v. d. Gröben gesagt haben: „Sie haben mich bis jetzt den frommen Gröben genannt, binnen Kurzem werde ich bei Ihnen der strenge Gröben heißen!“ (M. Z.)

Hagen, 13. Mai. Unsere Bewegung dauert fort; Iserlohn ist, nachdem gestern beschlossen worden, es aufs Aeußerste zu vertheidigen, neuerdings mit festeren Barrikaden angefüllt. Gestern Morgen zählte man deren 25. Weiber und Kinder werden aus der Stadt gebracht, und großer Zuzug strömt aus allen märkischen Orten diesseits der Ruhr hin. Magistrat und Stadtverordneten von Lüdenscheid hatte eine Anfrage nach Iserlohn gerichtet, wie viel Bewaffnete man von dort aus wünsche. Außer Hagen, das fast zuerst in Iserlohn vertreten war, haben Herdecke, Böhle, Schwerte, Westhofen, Menden, Limburg, Balve, Altena, Lüdenscheid, Plettenberg, Meinerzhagen, Kirspe und Dahlen ihren Zuzug schon hingeschickt, resp. angesagt. Gegenwärtig befinden sich etwa 5000 Wohlbewaffnete in Iserlohn, und der Mangel an Munition ist durch den hier angehaltenen sehr bedeutenden Patronentransport gedeckt. Einige Stunden im Umkreise von Iserlohn sind alle Pässe und Brücken besetzt; die bei Langschede ist zerstört. „Die im Widerstande gegen das Ministerium Brandenburg-Manteuffel begriffenen Gemeinden und Städte der Grafschaft Mark“ haben einen Aufruf erlassen, in welchem sie sich auf die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung vom 10. Mai beziehen. Es schließt derselbe:

Durch Nr. 2 dieser Beschlüsse sind wir vollkommen auf den Rechtsboden gestellt, wenn wir die endgiltig beschlossene Reichsverfassung mit allen Mitteln durchzuführen uns bestreben; wenn wir demnach die Entlassung des den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung sich widersetzenden Ministeriums Brandenburg-Manteuffel und die sofortige Einsetzung eines neuen, die deutsche Reichsverfassung unbedingt anerkennenden und den in Frankfurt gefaßten und noch zu fassenden Beschlüssen sich unterwerfenden Ministeriums verlangen und den gegen das volksfeindliche, verrätherische jetzige Ministerium angefangenen Widerstand energisch fortsetzen. Wir ersuchen alle Gemeinden und Städte von Rheinland-Westphalen, sich uns in unsern Bestrebungen anzuschließen. Die provisorische Centralgewalt muß und wird uns gegen jeden Zwang und Unterdrückung in Schutz nehmen. Wir sind aber auch bereit und gerüstet, mit eigenen Kräften, so lange es geht und die thätige Unterstützung der Centralgewalt nicht erfolgt, uns gegen die bereits von den Dienern des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel uns zugedachte Unterdrückung unserer Bestrebungen vermittels Waffengewalt zu vertheidigen. Fast die ganze Grafschaft Mark ist bereits aufgestanden und eine großartige Vertheidigung organisirt. Wir werden die Waffen nicht eher niederlegen, als bis unsere gesetzlich begründeten Forderungen erfüllt sind und die hohe, heilige Sache des deutschen Vaterlandes gesiegt hat. Zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit sind Sicherheitsausschüsse niedergesetzt. Westphälische, rheinische Brüder! Vereinigt Euch mit uns in gleichen Bestrebungen, zeigt jenem fluchwürdigen Ministerium durch Euren energischen Widerstand, daß es sich verrechnet hat, wenn es das Volk wieder knechten und die Contrerevolution durchführen zu können glaubt. Und Ihr, unsere Brüder im Heere, Ihr werdet Euch nicht zu gefügigen Werkzeugen von Vaterlandsverräthern hergeben, Ihr werdet nicht gegen Eure Brüder kämpfen, welche nichts wollen als Gesetz und Recht; keine Anarchie, keine Rebellion gegen die Krone! Unser Aller Wahlspruch sei: Ein einiges, freies Deutschland!

Die 2. Compagnie des 17. Infanterieregiments, sowie die halbe Schwadron Ulanen sind von Limburg nach Schwerte gezogen. — Die Deputation aller Gemeinden der Mark geht heute Abend nach Berlin ab.

□ **München**, 14. Mai. Die meisten Abgeordneten waren bis gestern Abends hier eingetroffen und besuchten die gewohnten gesellschaftlichen Kreise. Die Pfälzer fehlen sämmtlich und werden wohl auch heute nicht eintreffen, — namentlich wenn sich die seit diesen Morgen verbreiteten neuesten Gerüchte über den Fortgang der pfälzischen Bewegung bestätigen sollten, nach denen dort die Dinge bereits über den Bruch hinaus gediehen sein müßten. Es ist begreiflich, daß die Nachrichten von dort nicht geeignet sein können, die ohnehin große Aufregung dahier zu besänftigen. Gleichwohl können wir die Besorgnisse nicht theilen, von denen sich ein großer Theil der Bevölkerung ängstigen läßt. Es wird, wenigstens vorläufig, zu einem Zusammenstoß nicht kommen. Man wird die Kammern hören. Aber wie wird sich die Abgeordnetenkammer über die allernächste, sie selbst in nicht weniger als sechzehn Mitgliedern berührende pfälzische Frage schlüssig machen? Am offenkundigsten ist bisher die Jugend, und vornweg die akademische Jugend, bezüglich ihrer Absichten und Pläne zu Werk gegangen. Das Freicorps von seinen conservativen oder reactionären Elementen zu reinigen, war die erste Aufgabe und man hat sie sehr schnell vollzogen. Ob aber die Regierung die vollzogene Umgestaltung gutheißen oder vielmehr das Corps auflösen wird, das ist eine andere Frage, mit welcher dann wieder die freiwillige oder gezwungene Abgabe der Armaturen zusammenhängt. Heute Abend findet wieder große Studenten-Versammlung im Prater statt, und zwar, wie man vernimmt, mit dem Rechte für jeden Studenten, einen oder einige Fremde einführen zu dürfen. Ueber der Freicorpsfrage fehlt es auch an anderen Dingen nicht, die aussehen, als könnten sie eine Studentenversammlung in Feuer und Flamme versetzen: politische Verhaftungen. Vier Studenten, Findel, von Camerloher, zwei Brüder Sensburg, alle aus Franken, sollen von Gendarmen aus den Betten geholt und verhaftet worden sein. Die beiden Erstgenannten scheinen bei der Redaction des republikanischen Blattes „der Gradaus“ beschäftigt gewesen zu sein, auch gehörten dieselben zu den kraftigsten Rednern in den jüngsten Studentenversammlungen. Die Letztgenannten, oder der eine Bruder, sind Eigenthümer des demokratischen Blattes „Vorwärts“. So eben erfahren wir übrigens, daß die Studenten Sensburg nicht in Haft gebracht worden seien, sondern daß sich dieselben, freundschaftlich gewarnt, dieser bereits angeordneten Polizeimaßregel noch rechtzeitig durch die Flucht zu entziehen gewußt haben. Heute promeniren Tausende nach dem Kugelfang. Ein Bataillon Infanterie hat daselbst seit diesem Morgen ein Lager bezogen, weil vorgestern und gestern dazu das Wetter gar zu regnerisch war. Sieht man, mit welchem Comfort sich manche Dinjere in ihren Zelten einrichten, dann wird man versucht, an eine dauernde Ansiedlung zu denken. In das Lager sollen zu dem einen Bataillon demnächst noch zwei andere stoßen.

***/* Kaiserslautern**, 15. Mai. Der Landesausschuß für Vertheidigung und Durchführung der Reichsverfassung entwickelt immer mehr Thätigkeit, und die Rüstungen werden in einem ausgedehnteren Maßstabe betrieben, was durch die ansehnlichen freiwilligen Beiträge, welche von Gemeinden wie Privaten aus allen Theilen der Pfalz täglich zufließen, ermöglicht wird. Die letzte Erklärung des bayerischen Gesammtministeriums, in welcher der Landesausschuß, als außer dem Gesetze bestehend, betrachtet wird, hat, obgleich man doch hierauf gefaßt sein mußte, noch mehr Erbitterung hervorgerufen, und es wäre nicht zu verwundern, wenn wir in einigen Tagen statt jenes Ausschusses eine provisorische Regierung haben würden. Bis übermorgen tritt hier eine Landesvertretung zusammen, welche dem Ausschusse zur Seite stehen soll. Jeder der 31 Kantone wählt einen Vertreter. Wählbar und wahlberechtigt ist jeder großjährige Pfälzer. Die bisher bekannt gewordenen Wahlen sind entschieden radical ausgefallen, und das Resultat der übrigen ist bei der gegenwärtigen Stimmung, in der sich die gesammte Bevölkerung befindet, kaum zu bezweifeln. Unsere Stadt ist in ein vollkommenes Kriegslager umgeschaffen, täglich langen neue Truppenabtheilungen an, und andere gehen wieder ab, welche auf Extrabahnzügen weiter befördert werden. So kamen gestern Abend noch etwa 100 Mann der in Zweibrücken garnisonirenden Jäger hier an, um sich zur Verfügung des Landesausschusses zu stellen. Die noch zurückgebliebene Hälfte würde nachfolgen, heißt es. Es sollen sich auch Offiziere darunter befinden, allein dies ist weniger glaubhaft, sowie so viel andere Gerüchte, welche ich Ihnen gar nicht mittheile, weil es eben nur Gerüchte sind. So hat es sich auch nicht bestätigt, daß die Musik des 6. Infanterieregiments Landau verlassen habe, um zu den hier liegenden übergetretenen Compagnien zu stoßen. Dagegen kommen noch immer Soldaten aus andern Regimentern, worunter auch Kanoniere und Chevaurlegers. — Zuzüge von unbewaffneten Leuten, wenn solche nicht gerade Militärdienste geleistet haben, werden übrigens nicht mehr angenommen. Auch aus Sachsen haben wir Gäste erhalten. Es befinden sich flüchtige Mitglieder der aufgelösten Kammer darunter.

**** Aus der bayerischen Pfalz** lauten die Berichte übereinstimmend dahin, daß die allgemeine Organisation der Defensive gegen einen etwaigen Angriff von dem Landesausschuß fortwährend energisch betrieben, daß aber im übrigen Ruhe und Ordnung herrsche und daß Sicherheit der Person und des Eigenthums nicht im geringsten gefährdet seien. Am 14. gingen die Abgeordneten zur Kammereröffnung nach München, begleitet von den Hoffnungen der Pfälzer, daß dort ihre Schritte zum Wohl des Vaterlandes von günstigem Erfolg sein mögen. Dies dient zum Beweis, daß für jetzt wenigstens von einem Abfall der Pfalz von der bayerischen Krone nicht die Rede ist, und daß die Bevölkerung nicht für die Republik, sondern in der That für die Reichsverfassung die Fahne erhoben hat. In diesem Sinne haben denn auch viele rheinbayerische königliche Beamten in Adressen sich nach München gewendet. Mag man über die bedenkliche Krisis auf dem linken und rechten Ufer des Rheines und über deren Entstehung denken wie man will, jedem deutschen Vaterlandsfreund ist der Wunsch nahe gelegt, diese Krisis nicht höher gesteigert, sondern hier wie dort versöhnlich gelöst zu sehen.

Hannover, 12. Mai. Die Volkszeitung, die hier erscheint, gibt einen ausführlichen Bericht über den 7. Mai und über Alles, was ihm vorausging. — Die Beschlüsse, die von den Abgeordneten der Gemeinden und Vereine gefaßt wurden, als ihrer Deputation die Audienz versagt war, lauten nach der Volkszeitung im Wesentlichen: „Die Versammlung beschließt, sich nicht ferner schriftlich an die Krone zu wenden, sondern ihre Forderungen durch die Presse dem Urtheile des Volkes anheimzustellen. — Die Versammlung erläßt eine Ansprache an das Volk mit der Erklärung, daß alle friedlichen Mittel erschöpft sind. — Die Versammlung erwählt aus jedem Landdrosteibezirke des Königreichs drei Abgeordnete, welche dann unter sich je aus einem Landdrosteibezirke einen auszuwählen haben, und bevollmächtigt diese sechs Männer, dem Volke die Mittel anzugeben, welche zur Erreichung der Forderungen führen werden. Die Versammlung gelobt zugleich, die in Vorschlag gebrachten Mittel mit allen Kräften anzuwenden, bis die Forderungen des Landes erfüllt sind. — Das Centralcomite der verbundenen Volksvereine wird ersucht, durch Volksversammlungen zu wirken. Die letzten Beschlüsse der Nationalversammlung, namentlich mit Bezug auf die Gemeinden auszuführen, wird jedem der hier versammelten Abgeordneten, wie dem Volke selbst zur Pflicht gemacht.“

Hannover, 14. Mai. Hr. Stüve kam gestern von Berlin zurück, wohnte Nachmittags einem mehrstündigen Ministerrath bei und ist heute wieder abgereist, die Einen sagen nach Frankfurt, die andern nach Berlin. — Die Bataillone der Infanterie, die schon jetzt über 400 Mann stark sind, sollen durch Einziehung aller Reserven verstärkt und auf den Kriegsfuß gebracht werden. Selbst die Einstellung von 1842 (die Soldaten also, welche über 6 Jahre dienen) wird einberufen.

⊙ **Stuttgart**, 15. Mai. Zu Anfang der heutigen Sitzung der zweiten Kammer bringt Reyscher die Zeitungsnachricht zur Sprache, daß Württemberg an den neuesten Verhandlungen in Berlin zu Vereinbarung über eine Reichsverfassung officiösen Antheil genommen habe. Staatsrath Römer antwortete, der württembergische Gesandte könne weder officiell noch officiös, weder mittelbar noch unmittelbar Antheil genommen haben, denn er sei auf das Bestimmteste instruirt worden, sich dessen gänzlich zu enthalten; wenn aber sich zu betheiligen er je gewagt haben sollte, so werde von Seiten der Regierung gegen diesen Gesandten geschehen, was Rechtens ist. Auf ein weiteres Anfragen Seegers wegen etwaiger Betheiligung dritter Personen, erwiederte Römer, wenn ja diplomatische Spione von Württemberg nach Berlin geschickt worden wären, so wäre es unter der Würde der Regierung, ihnen nachzuspüren, zudem wäre ja alles, was sie dort unternehmen würden, null und nichtig. Nachdem die Kammer den Commissionsantrag auf Creirung von 5 Millionen Gulden Papiergeld mit 53 gegen 24 Stimmen verworfen hatte, wurde auf Stockmaier's Antrag die Summe auf drei Mill. Gulden festgesetzt. — Aus den der Kammer mitgetheilten Actenstücken, die Dislocationsänderung der königl. Feldbrigade an der württembergischen Grenze betreffend, erhellt, daß das Kriegsministerium denjenigen, welcher ohne Wissen und Willen der Centralgewalt diese rückgängige Bewegung angeordnet hat, wegen dieses Befehls nicht zur Rechenschaft ziehen kann, weil diese Truppen unmittelbar unter dem Reichsministerium stehen. So viel aber ist ersichtlich, daß einem Kriegsministerialdecrete zuwider Prinz Friedrich, nachdem von Seiten der Reichscommando-Behörden Dislocation der Brigade angeordnet war, dem Commando dieser Brigade aufgegeben hat, erst nach Beziehung der neuen Stellungen Meldung zu erstatten. Das wäre das erste Dienstvergehen oder Mißverständniß von Seiten des Prinzen Friedrich. Das zweite Dienstvergehen fällt dem betreffenden Commandanten der Feldbrigade zur Last, indem derselbe nicht nur vor der Veränderung seiner Aufstellung keine Meldung machte, sondern sogar nachher noch mehrere Tage verstreichen ließ, bis er Meldung erstattete. Das Kriegsministerium hat das erste dem Prinzen Friedrich zur Last fallende Dienstvergehen übersehen; in Betreff des zweiten hat es sich herausgestellt, daß ein Mißverständniß in der Richtung obwaltete, daß der Interims-Commandant der Feldbrigade glaubte, jene Mittheilung werde von dem Commando des Beobachtungscorps geschehen, während dieses annehmen konnte, die Notification sei, wie bisher, von dem Commando der Feldbrigade gemacht worden. Hier schließen die Acten. Die staatsrechtliche Commission der Kammer (Berichterstatter Steckmaier), ist nicht damit befriedigt, indem daraus nicht hervorgehe, ob und wie weit die Anordnung einer concentrirten Aufstellung an der württembergischen Grenze eine fahrlässige oder dolose Ueberschreitung der Amtsgewalt enthalte, und indem es durchaus nicht angemessen erscheine, daß das Kriegsministerium den betreffenden Brigadecommandanten nicht unmittelbar zur Verantwortung gezogen hat. Zugleich wird von der Commission die Bitte an die Staatsregierung beantragt, sie möchte sich bei der Centralgewalt dahin verwenden, daß das Ergebniß der vom Reichskriegsministerium, als allein zuständiger Behörde, in dieser Sache geführten Untersuchung hierher mitgetheilt werde.

Stuttgart, 15. Mai, Mittags. Schon gestern und heute kamen mit der Post, mit der Eisenbahn (über Bruchsal), mit Extraposten ꝛc. viele Familien ꝛc. aus Karlsruhe hier in Stuttgart an. — Es wird von denselben aufs Bestimmteste versichert, daß in Karlsruhe nirgends auch nur entfernt Eingriffe in das Eigenthum vorgekommen seien. — Die Minister haben Karlsruhe verlassen, ebenso mehrere Abgeordnete; andere, z. B. Jtzstein, sind in Karlsruhe, ebenso auch Struve, Bornstedt ꝛc.

Ludwigsburg, 12. Mai. Für unsere Infanterieregimenter ist Einberufung der Beurlaubten bis auf 70 Mann per Compagnie erfolgt, wodurch das Regiment, welches gegenwärtig kaum 500 Mann zählt, auf über 1000 Mann gebracht wird. (L. T.)

Karlsruhe, 14. Mai, Abends 5 Uhr. (Aus einem Privatbriefe.) Karlsruhe war heute der Schauplatz der wildesten Verwirrungen und Angst. Man sah nichts als Auszüge und die umliegenden Ortschaften müssen mit Flüchtigen überfüllt sein. Der Kampf dauerte beinahe die ganze Nacht, die Zahl der Todten ist bis jetzt nicht genau bekannt, im Spital liegen eine Menge Verwundeter. — ½ nach 5 Uhr. Eben rückte die provisorische Regierung (d. h. der Landesausschuß), an deren Spitze Brentano, mit 600 Mann Rastatter Militär und einem Offizier hier ein, und mit ihr löst sich die Besorgniß auf eine noch ärgere und gräßlichere Nacht. Auf dem Markte wurde bei strömendem Regen beschlossen, eine Deputation an den Großherzog, der mit seiner Familie und nur von Einem Offizier begleitet, die Stadt verlassen und sich in die nahe Festung Germersheim geflüchtet hat, zu schicken, um ihn zur Rückkehr zu bewegen. — In diesem Augenblicke fallen Schüsse, doch scheint es nur der Freude zu gelten, denn Blind und Struve sollen eben mit einem außerordentlichen Zuge hier angekommen sein. Der Rest des hier zurückgebliebenen Militärs bezog gegen 2 Uhr in Verbindung mit Bürgerwehr eine der verlassenen Wachen. Die übrigen Waffen, welche in der ganz verlassenen Kaserne vorgefunden wurden, wurden heute Jedermann verabfolgt. So sieht man vierzehnjährige Buben mit Gewehr und Säbel bewaffnet und erst eingetroffene Handwerksburschen ebenso gerüstet herumziehen. Auf der Eisenbahn schossen solche Leute am hellen Tage mit scharfen Patronen

in den Wartsälen an die Decke. Das angekommene Militär wird wie das hier gebliebene, das noch zwei Offiziere zählt, bei den Bürgern einquartiert. Die Kaserne ist unten total demolirt; ebenso das Haus eines Obersten und eines Hauptmanns. Vor dem Hause des Letztern konnte man heute zolltief in den Federn und Roßhaaren herumlaufen. (S. M.)

Karlsruhe war zufolge Nachrichten vom 15. Mai Mittags im Genuß der vollständigsten Ruhe. Das Militär sollte noch an diesem Tage auf die deutsche Reichsverfassung beeidigt werden. Die Soldaten betrügen sich musterhaft, nicht der geringste Excess sei zu beklagen. Der Landesausschuß hat durch sein Mitglied, Herrn Werner, dem Sicherheitsausschuß unbedingte Vollmacht überbracht. Herr Brentano, der als Chef des provisorischen Landesausschusses am 14. auf besonderes Verlangen der Stadtbehörden, in Begleitung von Herrn Gorgg und 4—5 Compagnien Infanterie von Rastatt in Karlsruhe eintraf, richtete bei seiner Ankunft einige Worte an die versammelte Menge im Bahnhof. Dem „Mannh. Journal" zufolge sagte er u. A. Folgendes: „Die Freiheit hat gesiegt; das Eigenthum ist als Heiligthum zu schützen; denn nur auf diese Weise werden wir uns die Achtung und Anerkennung des übrigen deutschen Volkes erhalten und unsers Siegs gewiß sein." Er bemerkte, es würden sämmtliche Staatsämter, mit Beibehaltung der Beamten, fortbestehen. Zum Schluß ließ er die Freiheit hochleben. Das Rastatter Militär selbst wurde von ohngefähr 8 Offizieren begleitet. Vom Bahnhof begab sich Herr Brentano mit seiner Begleitung unter dem lauten Jubelruf des Volkes in das Rathhaus, wo er von dem Gemeinderath empfangen wurde und sogleich die nöthigen Maßregeln ergriff, um mit aller Energie für die Ruhe und Ordnung der Stadt zu sorgen. Er gab die Versicherung, daß er unverweilt dem Großherzog Boten nachsenden werde, um ihn dringend zu bitten, sogleich nach Karlsruhe zurückzukehren. Noch weiß Niemand zu sagen, wohin der Großherzog sich gewendet hat.

Pforzheim, 14. Mai. Heute Nachmittag marschirte das erste Aufgebot der hiesigen Bürgerwehr nebst vielen Freiwilligen nach Karlsruhe ab. (Pf. B.)

⨯ **Freiburg**, 15. Mai, Morgens 7 Uhr. General v. Miller hat erklärt, wenn sämmtliche hier befindlichen Truppen von hier wegziehen, die Stadt nicht zu besetzen. In Folge dessen sind denn wirklich soeben sämmtliche Truppen nebst zwei Batterien Artillerie und den Offizieren von hier abmarschirt. — Mittags. Im Laufe des Vormittags sind mehrere politische Gefangene befreit worden. — Freiherr v. Marschall hat seine Stelle als Regierungsdirector des Oberrheinkreises niedergelegt. In Folge dessen ist Dr. C. v. Rotteck (Obergerichtsadvocat dahier) von der provisorischen Regierung in Karlsruhe interimistisch zum Regierungsdirector ernannt worden. Zugleich hat Herr v. Rotteck von der prov. Regierung die Weisung erhalten, sämmtliche Staats- und Gemeindebeamten des Oberrheinkreises auf die deutsche Verfassung zu beeidigen. Es wurde deßhalb auf Nachmittags eine Versammlung derselben festgesetzt, in welcher sich die Gemeindebeamten alle für die Beeidigung erklärt haben, die Staatsbeamten jedoch zur vorherigen Berathschlagung eine Bedenkzeit bis Morgen sich erbeten haben. — Nachmittags 5 Uhr. So eben ist die Bürgerschaft auf die deutsche Verfassung beeidigt worden. Morgen früh werden 3 Bataillone badischer Truppen hier eintreffen, um ebenfalls den Eid auf die deutsche Verfassung zu leisten. — Peter und Fidler, zwei Mitglieder der provisorischen Regierung in Karlsruhe, sind diesen Nachmittag hier eingetroffen, jedoch nach kurzem Aufenthalt wieder abgereist.

Kassel, 15. Mai. Die Erklärung, welche von den dahier versammelt gewesenen Abgeordneten mehrerer Gemeinden und Vereine Kurhessens in ihrer Versammlung vom 13. Nachm. (in Gegenwart eines zahlreichen Auditoriums) auf die Antwort des Ministeriums beschlossen wurde, geht dahin: 1) In Betracht, daß die Reichsverfassung für die zustimmenden deutschen Regierungen endgiltig feststehe, — daß darin von einem Einvernehmen aller Regierungen zur Durchführung einer verfassungsmäßigen Bestimmung keine Rede ist, — daß nach § 193 der Reichsverfassung alle Staatsbürger zu beeidigen sind, — zu erklären, daß sich die Versammlung mit der Antwort des h. Gesammtstaatsministeriums über den Beeidigungspunkt nicht einverstanden erklären könne, vielmehr nur in der sofortigen reichsverfassungsmäßigen Beeidigung, welche das ganze Volk verlangt, die wirkliche Unterordnung der Staatsregierung unter das Reich erblicke; 2) die Beeidigung des Kurfürsten sei in den Beschluß zu 1) mit einbegriffen; 3) die Unterordnung unter das Reichsministerium und ein Zusammenwirken aller die Reichsverfassung anerkennenden Staaten erscheine zwar nothwendig, der kurhessische Staat vermöge aber die von der Versammlung gestellte Forderung auch ohne Rücksicht auf das Einverständniß der andern Staaten für sich zu erfüllen und jede Volkserhebung zu diesem Zweck zu unterstützen, wie es von unserer Regierung zuversichtlich zu erwarten sei; 4) die Forderung hinsichtlich des Berliner Congresses sei durch die Antwort des Gesammtstaatsministeriums erledigt; 5) hinsichtlich der Forderungen in Betreff der Abberufung des gesandtschaftlichen Verkehrs und der Versiegelung des Telegraphen, so sei eine Vergrößerung der bereits bestehenden Spaltung zwischen den renitenten und den übrigen Regierungen nicht möglich, und wäre die Widersetzlichkeit der Gegner endlich mit Entschiedenheit zurückzuweisen; 6) in Betreff der allgemeinen Volksbewaffnung sei man insofern mit dem Erlaß des kurfürstl. Ministeriums des Innern vom 12. d. M. einverstanden, als dadurch kein Waffenfähiger von der allgemeinen Volksbewaffnung ausgeschlossen und der freien Selbstbewegung des Volkes in dieser drängenden Zeit nicht entgegengetreten werden soll. Zu dieser Entfaltung der Volkskraft verlangen sie hauptsächlich Mittel des Kampfes, Waffen und Geschütz, letzteres nebst geübten Artilleristen fordern namentlich die Städter. — Die meisten Deputirten sind heute abgereist. (K. A. Z.)

Darmstadt, 15. Mai. Hier ist heute folgende Verkündigung erschienen: „Die Hindernisse, welche sich der Einführung der Reichsverfassung in mehreren deutschen Staaten entgegenstellen, haben auch in denjenigen, welche, wie das Großherzogthum Hessen, die Reichsverfassung verkündigt haben, eine die Gemüther tief ergreifende, fortschreitende Aufregung zur Folge gehabt. Dem Gange der Ereignisse folgend, sieht sich die großherzogliche Staatsregierung veranlaßt, zur Verständigung wiederholt ihre Stimme zu erheben, damit Zweifelnde sich nicht verlassen sehen, damit Wankende aufgerichtet und in der Bahn des Rechts und der Ehre erhalten werden. Ein sehr achtbarer Theil der Bevölkerung ist besorgt, daß die Bestrebungen der neuesten Zeit für die Einheit und Freiheit des Vaterlandes vereitelt werden könnten, und hält deßhalb besondere Maßregeln zum Schutze derselben für nöthig. Auf der andern Seite halten Manche jetzt den Augenblick für gekommen, in welchem sie unter dem Deckmantel der Reichsverfassung die Aufregung für ihren Kampf zum allgemeinen Umsturz der deutschen Staatsverhältnisse benutzen können. Es sind dies diejenigen, welche von Anfang an auf gänzliche Auflösung der gesellschaftlichen Verhältnisse hingearbeitet und welche deßhalb vielfach das Zustandekommen der Reichsverfassung zu hemmen gesucht haben. Die großherzogliche Regierung kann nur wollen, daß in der Bewegung des wohlgesinnten Theils der Bevölkerung der Ausdruck seiner Wünsche und seiner redlichen Bestrebungen rein und unentstellt hervortrete, daß sie das gemeinsame Ziel der Einheit und Freiheit nicht verfehle. Sie hält sich aber eben darum auch verpflichtet, allen maßlosen Bestrebungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Auf irgend dauernden Erfolg haben dieselben zwar nicht zu rechnen. Gewinnen sie aber einigen augenblicklichen Fortgang, so werden sie mit namenlosem Unglück für das Volk endigen, während die Verführer desselben sich selbst vor Nachtheil zu wahren pflegen. Der zum Vorwand gebrauchte gute Zweck wird aber dann um so schwieriger zu erreichen sein, je mehr die besseren ihm zu widmenden Kräfte im Kampfe gegen Unternehmungen des wilden Umsturzes vergeudet werden, von welchen sich das treue deutsche Volk nur mit Abscheu abwenden kann. Der Gang der großh. Regierung liegt klar vor Augen. Sie hat die Grundrechte und die Reichsverfassung verkündigt und den Beschlüssen der geordneten Centralgewalt Folge geleistet. Unternehmungen gegen die Wirksamkeit dieser Gesetze und Beschlüsse sind ihr fern geblieben; sie wird vielmehr mit allen ihr zu Gebote stehenden rechtlichen und zweckmäßigen Mitteln dahin streben, daß jene Gesetze und Beschlüsse zur allgemeinen Geltung gelangen. In dieser von der großh. Regierung im Verein mit vielen anderen deutschen Regierungen eingenommenen Stellung weiß sie sich vor gewaltthätigen Angriffen von Außen sicher und glaubt, wenn diese stattfinden sollten, des Beistands des ganzen Volks zu gerechter Vertheidigung gewiß zu sein. Eine außerordentliche Ausdehnung der Volksbewaffnung und der damit verbundene, in so schwerer Zeit doppelt drückende Aufwand sind daher zum Schutze der politischen Stellung des Großherzogthums nicht geboten; demungeachtet ist die großh. Regierung gerne bereit, diese Ausdehnung, soweit sie in gesetzlicher Ordnung und zum Schutze derselben geschieht, zu befördern. Die gesetzliche Einrichtung der Volksbewaffnung ist in der Verordnung vom 1. November v. J. über die Bürgerwehr vorgezeichnet. Zur Vereinigung der Bürgerwehr einzelner Orte zu größeren Verbänden unter geordneter Führung ist Einleitung getroffen. Diesen Einrichtungen möge sich anschließen, wer die allgemeine Volksbewaffnung zu gutem Zweck, nicht aber zur Untergrabung der öffentlichen Ordnung will. Eine Volksbewaffnung, welche diesen Weg verläßt, vermag die Regierung nicht zu dulden. Sie kann es nicht dulden, daß Abgaben von Waffen und Geldbeiträge mit offenen oder versteckten Drohungen gefordert werden; dies ist nichts anders, als strafbare Erpressung. Sie kann es nicht dulden, daß bewaffnete Corps sich bilden, welche sich der bestehenden Ordnung der Volksbewaffnung nicht einreihen, daß Einzelne oder Vereine, welche nicht als Glieder der geordneten Volksbewaffnung dazu ermächtigt sind, in die Bildung solcher Corps eingreifen, oder Mittel einfordern, um sie in andere Hände, als die der gesetzlichen Autorität gelangen zu lassen. Sie kann auch keine Unternehmungen der Bürgerwehr im Ganzen oder einzelner Wehrmänner dulden, zu welchen sie nicht ordnungsmäßig berufen und ermächtigt sind. Insbesondere ist der eigenmächtige bewaffnete Einfall in das Gebiet anderer deutscher Staaten als eine staatsgefährliche, rechts- und gesetzwidrige Ueberschreitung des Zwecks und der Befugnisse der Volksbewaffnung anzusehen. Die Regierung kann nichts mehr, als von solchem Friedensbruch nachdrücklich abmahnen. Die Stärke und der Einfluß der Regierungen, welche mit der gr. hessischen dieselbe politische Stellung einnehmen, sind um so größer, je mehr sie sich in den Grenzen ihres guten Rechts halten. Hierbei können sie auf die Unterstützung der öffentlichen Meinung in ganz Deutschland zählen. Ueberschreiten sie diese Grenzen, so rufen sie die Gewalt gegen sich auf und verlieren die Zustimmung Vieler, deren besseres Gefühl gewaltthätige Einmischung in die Verhältnisse anderer Staaten empören würde. Solche Unternehmungen der Willkür und Gewalt sind daher nur geeignet, das Großherzogthum und das ganze deutsche Vaterland den äußersten Gefahren Preis zu geben und die Einheit und Freiheit, welche sie angeblich zum Zwecke haben, zu verderben. Die großh. Staatsregierung fordert alle wohldenkenden Bürger auf, sich um die Fahne der Ordnung zu schaaren und sie in ihrem gesetzlichen Gange mannhaft zu unterstützen. Darmstadt, am 14. Mai 1849. Großherzoglich hessisches Ministerium des Innern. Jaup. Mauer."

N **Darmstadt**, 16. Mai. Beim Beginn der heutigen Sitzung der zweiten Kammer der Stände des Großherzogthums zeigte der gr. Kriegsminister an, daß auf Anordnung des Reichsministeriums die gesammten gr. hess. Truppen zur Bekämpfung des Aufstandes in Baden zusammenberufen, und vor der Hand zwischen Darmstadt und der badischen Grenze Quartiere bezogen, sowie, daß dem württembergischen General von Miller der Auftrag geworden sei, Rastatt wieder zu nehmen. — Nachrichten, welche so eben hier eingehen, machen wahrscheinlich, daß die Aufständischen in Baden nicht einen Angriff von Seiten der Reichstruppen abwarten, sondern daß sie selbst und zwar in sehr kurzer Zeit anzugreifen, und einen Handstreich auf Frankfurt zu unternehmen beabsichtigen. Diejenigen badischen Truppen, welche sich aufgelöst hatten und nach Hause gegangen waren, sind von der provisorischen Regierung bereits wieder einberufen und das Reichsministerium wird sehr wohl thun, wenn es schleunigst alle irgend disponible Reichstruppen zur Unterstützung der großh. hess. Truppen an die hessisch-badische Grenze rücken läßt.

Cuxhaven, 13. Mai. (Pr. elektro-magnet. Telegraph. Die Admiralitätslootsensolle kam gestern Abend 6½ Uhr aus See zurück, berichtete, daß vorige Nacht ein dänisches Kanonenboot in der Elbe gewesen sei, auch hörte man gestern Nachmittag von hier aus seewärts öfteres Schießen und wurde von Neuwerk signalisirt, daß ein dänischer Kriegskutter in der Elbe sei. — Kriegsdampfboot Lübeck, unter Commando des Lieutenant Thatscher, vollständig armirt und bemannt, ist während der Nacht seewärts gegangen, kam diesen Morgen 6½ Uhr wieder zurück und hier auf der Rhede vor Anker. — Der Staatsewer, welcher gestern nach dem großen Feuerschiffe hinaus gewesen ist, wurde unter in der Elbe von dem oben erwähnten dänischen Kriegskutter verfolgt und erhielt von Letzterem erst drei blinde und darauf fünf scharfe Schüsse, ohne aber getroffen zu werden. Der Ewer ist glücklich entkommen und gestern Abend spät hier wieder wohlbehalten im Hafen angelangt.

Frankreich.

** **Paris**, 14. Mai. Der gestrige Wahltag verlief ohne alle Störung. Was das Resultat der Wahlen anbetrifft, so läßt sich vor morgen Abend schwerlich auch nur ein annäherndes bestimmen. Mit ziemlicher Gewißheit kann man indeß schon jetzt annehmen, daß die conservative Partei im Verhältniß zu den beiden andern, den Socialisten und entschiedenen Republikanern, in der Mehrheit sein wird. Auch in den benachbarten Departements sind die Wahlen gestern in aller Ruhe vor sich gegangen.

In der Nationalversammlung wurde heute das Ministerium wegen der durch den Telegraphen verbreiteten Depeschen über das Ergebniß der Sitzung vom 11. und namentlich wegen des darin enthaltenen Satzes: „Die Wähler warteten nur auf ein dem Ministerium feindliches Votum, um auf die Barrikaden zu eilen und die Junitage zu erneuern," eine Bemerkung, in welche man einen absichtlichen Einfluß auf die Wahlen erblicken wollte, hart angegriffen. Leon Faucher rechtfertigte diese Maßregel, welche nur dazu bestimmt gewesen sei, den in der Provinzen über den Zustand der Hauptstadt verbreiteten übertriebenen Gerüchten entgegenzutreten und die Bevölkerung des Landes zu beruhigen. Das Haus fand die Rechtfertigung jedoch nicht ausreichend und beschloß mit einer Mehrheit von 519 gegen 5 Stimmen unter Aussprechung eines Tadels gegen den Minister des Innern zur motivirten Tagesordnung überzugehen. In Folge dieses Beschlusses wird Leon Faucher jedenfalls aus dem Ministerium treten.

Niederlande.

* **Haag**, 12. Mai. Heute fand in dem Nieuwe-Kerk zu Amsterdam nach der von dem Programm vorgeschriebene Ceremonie die feierliche Einsetzung König Wilhelm des Dritten statt. Der König, auf dem Throne sitzend und umgeben von der Königin, dem Erbprinzen, dem Prinzen Moritz und der jungen Prinzessin, seinen Kindern, dem Prinzen Friedrich der Niederlande und dem Prinzen Heinrich seinen Brüdern, hielt folgende Rede:

„Meine Herren Mitglieder der Generalstaaten! Nach dem Tode meines Vaters, dessen Andenken unauslöschlich bleiben wird, durch meine Geburt und das Staatsgrundgesetz auf den königlichen Thron der Niederlande berufen, habe ich unmittelbar die Zügel der Regierung ergriffen und meine Unterthanen feierlich davon in Kenntniß gesetzt.

Jetzt ist der Augenblick gekommen, da ich vor dem Allmächtigen der die Geschicke der Könige und ihrer Völker in seinen Händen hält unter Anrufung seines göttlichen Namens mit meinem ehrlichen, treuen und der Ordnung ergebenen Volke mich einigen soll.

Bewegsam ist die Lage, in welche ich mich versetzt finde; gewichtig sind die Pflichten, welche sie mir auferlegt. Auch Könige sind nicht frei von menschlichen Schwächen, und aus diesem Grunde ist es für sie Bedürfniß, durch die Gesetze erleuchtet und unterstützt zu werden, damit der Thron ein Herd des Lichtes bleibe, der seine wohlthätigen Strahlen verbreitet.

Das Volk, welches der ersten eines aus der Zügellosigkeit und rohen Gewalt und Unterdrückung des Mittelalters die Freiheit und die Bürgschaften für ihre Aufrechthaltung hervorgehen ließ, hat so eben seine Gesetze geprüft und sie den Forderungen der Zeit gemäß, befestigt. Der König und das Volk, Oranien und Niederlande, haben mit Ruhe dieses gewichtige Werk vollendet und die unberechenbare Vortheile der Ruhe und des Friedens sind dem theuern Reich der Niederlande zu Theil geblieben.

Unsere ruhige Haltung in diesen bewegten Zeiten hat uns nicht allein vor großem Unglück bewahrt, sie hat auch die Achtung, deren das Land genießt, erhöht, denn sie hat ihm die Bewunderung aller civilisirten Nationen erworben. Ich vertraue mich mit einem Volke, das größer ist durch seine Tugenden, als durch Ausdehnung an Land begebiet, mächtiger durch die Einheit als durch die Zahl seiner Bewohner. Es ist eine schöne und große Sendung, König eines solchen Volks zu sein."

Der König sprach hierauf stehend mit lauter Stimme in folgenden Worten den in dem Grundgesetz vorgeschriebenen Eid aus: „Ich schwöre dem niederländischen Volke das Grundgesetz des Königreichs stets aufrecht zu halten und zu stützen. Ich schwöre mit meiner ganzen Macht die Unabhängigkeit und das Gebiet des Königreichs zu vertheidigen, die allgemeine und besondere Freiheit meiner Unterthanen zu beschirmen, alle Mittel, welche die Verfassung in meine Macht gibt, zur Aufrechthaltung und Ermuthigung der allgemeinen und besondern Wohlfahrt anzuwenden. Möge mir der allmächtige Gott hierin beistehen!" Hierauf leistete der Präsident der Kammern und dann jedes einzelne Mitglied derselben den Eid und nachdem dies geschehen rief der erste Herold mit lauter Stimme: „Se. Maj. der König Wilhelm III. ist feierlich eingesetzt. Es lebe der König!" Dieser Ruf wurde dreimal wiederholt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Druck von August Osterrieth.

№ 117. — Freitag — den 18. Mai — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Gebiete von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den Orten meines des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.— Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Beilagegebühr oder deren Raum 6 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; in Deutschland: 1) Dr. Chamerschmied in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostcommissär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostcommissär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

JW **Vor Fridericia**, 11. Mai, Morgens. Die schleswig-holsteinischen Truppen halten Fridericia eng umschlossen und warten nur noch einiges schweres Belagerungsgeschütz ab, was morgen oder übermorgen ankommen wird, um die Festung so zu bombardiren, daß ihre Uebergabe bald erfolgen muß. Inzwischen vergnügen die Dänen sich aus ihren Kanonenbooten und kleinen Kriegsschiffen, deren eine lange Reihe vor Fridericia liegt, uns so viel als möglich zu beschießen, ohne die mindeste Wirkung dadurch hervorzubringen. Daß die Dänen sich übrigens in Fridericia selbst nicht sicher halten, beweist schon ihre eilige Ueberschiffung von Kanonen, Feldgeräth und Truppen nach Fühnen, wobei ihnen der Umstand, daß der heftige Ostwind sehr nachgelassen hat, gut zu statten kommt. Unser Verlust am 7. d. betrug an Todten und Verwundeten 92 Mann, darunter 2 todte und 6 verwundete Offiziere vom 15ten Jägercorps und 9ten Infanteriebataillon. Der Verlust der Dänen wird jedenfalls eben so bedeutend sein. Von den preußischen Truppen erfährt man nur, daß sie nach der Nehmung von Veile, wobei sich besonders das westfälische Landwehrbataillon, aus lauter Polen bestehend, sehr ausgezeichnet hat, die Truppen des Generals Rye weiter nordwärts verfolgt haben und schon in Horsens eingerückt sind. Ihr Verlust soll sich auf einige 30 Mann, darunter 1 todter und 4 verwundete Offiziere, belaufen. Die Verpflegung, die jetzt ausschließlich von Jütland geliefert wird, ist sehr gut und reichlich, und da auch die Witterung milder geworden ist, so ist der Gesundheitszustand der Soldaten ein günstiger. Die Portion, welche der Soldat aus den Magazinen bekommt, beträgt täglich 1 1/2 Pfund Brod, 3/4 Pfund sehr gutes Rindfleisch oder 1/2 Pfund Speck, 1/2 Quart Branntwein oder 1 1/2 Loth gemahlenen Kaffee und Reis oder Erbsen in Menge, so daß man vollauf zu essen hat. Auch die Pflege und Behandlung in den Lazarethen von Kolding, Christianfelde und Hadersleben, worin 300 Verwundete und Schwerkranke sich befinden, ist ungemein zu loben.

Aus Nordschleswig, 12. Mai. Während unsere vor Fridericia stehende schleswig-holsteinische Armee damit beschäftigt ist, Schanzen aufzuwerfen, um gegen die Festung operiren zu können, scheinen die Dänen nichts Eiligeres zu thun zu haben, als sich zu Schiffe von dort wegzubegeben. Es stehen ihnen zu diesem Behufe zwei Dampfschiffe und gegen 20 kleinere Segelschiffe zu Gebote, die vorgestern und gestern, wie es schien, zu jener Vorkehrung eifrig verwandt wurden. Bereits am gestrigen Tage sind die den Feind verfolgenden Preußen in Horsens eingezogen. Wir verdanken diese sichere Nachricht dem Berichte des preußischen Hauptmanns Leitgau, eines ausgezeichneten Offiziers. Die vom Obergeneral v. Prittwitz angekündigten Requisitionen auf feindlichem Grund und Boden haben bereits ihren Anfang genommen.

Nachschrift. Während Gefangene nach Süden geschafft werden, gehen 168- und 200pfündige Mörser nach Norden. Fridericia scheint sich nicht ohne Kampf übergeben zu wollen, denn nur die Cavallerie und Stadtbewohner haben sich, so viel man weiß, bisher eingeschifft, um nach Fühnen überzusetzen. (D. C.)

Kiel, 11. Mai. Die fünf hier am Orte bestehenden politischen, oder wenigstens sich mit Politik beschäftigenden Vereine (deutscher Verein, demokratischer Verein, Gewerbeverein, Arbeiterverein und Wehrmännerverein), von welchen nur der letztere die constitutionelle Monarchie in seinem Programm enthält, während die übrigen am liebsten an Republik denken, ja sogar von einer social-demokratischen Republik reden, wenn sie auch zugeben, daß in jetziger Zeit eine Republik noch nicht zu erstreben sei, haben sich zu einer gemeinschaftlichen Adresse an die Landesversammlung wegen Aufhebung der Personalunion geeinigt, welche in den Localen der Vereine und an sonstigen öffentlichen Orten zur Unterschrift ausgelegt werden soll. Jene Vereine wollen zugleich das Bureau der Landesversammlung ersuchen, sofort die Landesversammlung zur Erledigung jener Frage wieder einzuberufen, welches ohnedies wegen der gestern von mir erwähnten Waffenstillstandsgerüchte nächstens geschehen möchte. Definitiv abgeschlossen soll übrigens ein Friede noch nicht sein, was ja auch nicht möglich wäre, aber ein viermonatlicher Waffenstillstand in begründeter Aussicht stehen. — Die dänischen Kriegsschiffe sind bei Annäherung an unsern Hafen sehr vorsichtig, da unsere Kanonenböte und Kriegsdampfer denselben sorgsam bewachen; gestern will man auch dänische Kanonenböte in der Gegend von Bäll gesehen haben. Heute Nachmittag hatten wir das Vergnügen, aus der Ferne in kleines Seegefecht mit anzusehen; wenn dieser Ausdruck nicht noch zu kühn ist. Einige unserer Kanonenböte und das Dampfschiff „Beata" waren ziemlich weit in die See hinausgegangen und wechselten mit den draußenliegenden dänischen Kriegsschiffen, einer Fregatte und einem Dampfschiff, einige Kugeln, indeß ohne daß von einem Erfolg oder einer Beschädigung auf unserer oder feindlicher Seite etwas bemerkt wäre. Die schnelle Räumung unserer Weisse-Insein durch die Dänen zeigt aber auf eine erfreuliche Weise, daß wir doch nicht umsonst Kriegsfahrzeuge gebaut haben, und was unsere Matrosen betrifft, welche Faedrelandet „zusammengeraffte Gesindel" zu nennen beliebt, so sind sie so gute und echte Landeskinder, daß „Christian VIII." und „Gefion" glücklich gewesen wären, wenn ihre Mannschaft aus ähnlichem „Gesindel" bestanden hätte, anstatt aus unschuldigen Kindern und schwachen Greisen.

Hamburg, 13. Mai. Abends. Mit dem „Obotrit" sind über Wismar Nachrichten aus Kopenhagen bis gestern früh heute Nachmittag hier eingetroffen. Der Marineminister Zahrtmann warnt unterm 9. die Capitäne neutraler Schiffe, sich durch die ausgestreuten Gerüchte, als sei es leicht, die Blokade der Ostseehäfen, namentlich Stettins, zu durchbrechen, zur Nichtbeachtung derselben verleiten zu lassen; die Blokade sei effectiv. — Das neu ausgerüstete Kriegsschiff (Linienschiff) „Skjold" (84 Kanonen), das den am 5. v. M. verlornen „Christian VIII." ersetzen soll, ist am 11. aus dem Kopenhagener Hafen südwärts gesegelt. Es wird vom Commandeur Thomsen befehligt. — Capitän Meyer von der „Gefion" ist gegen den bei Kolding in dänische Gefangenschaft gerathenen schlesw.-holst. Hauptmann v. Seben (ein geborner Preuße) ausgewechselt worden. — Der bekannte dänische Dichter und Theaterkritiker Heiberg in Kopenhagen, ein furchtbarer Danomane, gegen den Hebbel einst tüchtig polemisirte, hat in der „Berlingschen Zeitung" vom 11. ein gar grimmiges, deutschenfresserisches Gedicht: „Die dänische Flagge an den Prinzen von Noer" abdrucken lassen. Es bezieht sich auf die jüngst nach Frankfurt gebrachte große Danebrogsflagge vom „Christian VIII." Dieselbe Nummer desselben Blattes enthält einen langen leitenden Artikel, dessen Hauptgedanke in folgenden hervorstechend gedruckten Worten liegt: „Dänemark will Schleswig nicht verlieren, wie es auch gehe." Natürlich stimmt dieser Artikel wieder ein Klagelied über das Einrücken der Deutschen in Jütland, über die Passivität der befreundeten Großmächte und über die Eroberungssucht der Frankfurter Reichsversammlung an. Doch neben diesen obligaten Stoßseufzern spricht die „Berlingsche Zeitung" auch wieder den obligaten Trost aus, daß die Uneinigkeit zwischen den deutschen Königen und der deutschen Reichsversammlung bald der gerechten Sache Dänemarks zu Gute kommen werde. (!)

Deutschland.

† **Wien**, 13. Mai. Eine gestern Abend vom „Lloyd" mitgetheilte Nachricht, daß der Transport der russischen Truppen auf der Eisenbahn eingestellt sei, wird heute widerrufen, und man erfährt, daß ein Theil derselben bereits in Hradisch über Prerau eingetroffen sei. — Gemeinderath und Bürgermeister in Preßburg haben dem Kaiser Loyalitätsadressen überreicht. Ueber das Bombardement Pest's enthält die Pester Zeitung vom 6. d. folgende Notiz: „Seit 6 Stunden ist die Kanonade mit längeren Zeitintervallen vernehmbar; auch scheint sich die Wuth gegen unsere harmlose Stadt, wofür bis zur Stunde kein Angriff auf die Festung erfolgte, gelegt zu haben. Ob wir während der kommenden Nacht nicht eine Wiederholung des gestrigen Vandalismus zu befürchten haben, lassen wir dahin gestellt sein. Es heißt, daß unsere Angriffsbatterien auf der Ofener Seite bereits eine Bresche in die Festungsmauern geschossen haben. Auch soll man noch wirksameres Belagerungsgeschütz erwarten, welches den seit 38 Stunden ununterbrochen dauernden Angriff auf die Festung einem früheren erwünschten Erfolge zuführen solle." — Uebrigens sind hier die Meinungen über den Standpunkt, von welchem aus das Bombardement Pests zu beurtheilen sei, sehr getheilt. Denn während die Einen hierin Vandalismus und unerlaubtes Benehmen gegen eine wehrlose Stadt erblicken, vermögen Andere darin nur einen Akt der Nothwehr zu finden, indem sich der Commandant Ofens zur Behauptung der Festung an das ihm in die Hände gegebene Unterpfand der feindlichen Hauptstadt hält. — Der ungarischen Gewehrfabrik in Großwardein fehlt es an Arbeitern. In Pest wurden daher alle zur Waffenverfertigung Fähigen aufgefordert, sich dahin zu verfügen.

Von der Save wird unterm 9. d. geschrieben: Die Stimmung im dreieinigen Königreiche ist gedrückt, in der Wojwodina verzweifelt. Die Magyaren suchen den Czaikistendistrikt zu Wasser anzugreifen, woran sie die Serben vergebens zu verhindern suchen. F.M.L. Theodorovich hatte sich gegen Tomasevac zurückgezogen, sein Generalstabler wollte auch Panscova räumen, die Serben ihrem Schicksal preisgeben und gegen Weißkirchen abmarschiren; dieses verursachte bei den Serben böses Blut, Major Stefanovic legte sein Portepee ab, worauf sich Theodorovich zu bleiben entschloß.— Der Ban hatte in Agram einem Banalrathe präsidirt; es war ein Preß- und Fremdengesetz beschlossen worden. Bei ersterem ist die binnen einem Monat zu erlegende Caution auf fl. 1000 C. M. festgesetzt und als Preßgericht die betreffende Behörde des Angeklagten bestimmt werden. Vor seiner Abreise erließ der Ban eine Proclamation, worin er das Volk vor den falschen Propheten warnt. Sein Armeecorps hat in der Baranja Halt gemacht und in Kroatien und Slavonien wird rekrutirt.

Vom Kriegsschauplatze wird gemeldet: Das erste und zweite Armeecorps unter Feldmarschallieutenant Schlick und Csorich stehen auf dem rechten Donauufer, das 3. F.M.L. Simunich, auf der großen Schütt, das 4. F.M.L. Wohlgemuth, auf dem linken Donauufer gegen Tyrnau. Die Ungarn haben sich gegen Güns gezogen.

Täglich sieht man dem definitiven Friedensabschlusse mit Sardinien entgegen. General Ramorino ist vom Kriegsgerichte zum Tode, durch Pulver und Blei, verurtheilt und dieses Urtheil dem Könige zur Sanction vorgelegt worden. — Um den neuen, für das lombardisch-venetianische Königreich bestimmten Kassenanweisungen im Belaufe von 70 Millionen Lire sicheren Eingang zu verschaffen, werden nunmehr dieselben als Zwangsanlehen auf die Gemeinden im ganzen Königreiche umgelegt.

Der Kaiser ist gestern Abend um 6 Uhr wieder in Schönbrunn angekommen.

Der Kaiser hat bei seinem Aufenthalte in Preßburg zwei Generale pensionirt und einen andern Stabsoffizier zum Profoßen geschickt. Bei Sr. Maj. unvermuthetem Besuch des Wiener Militärspitals war kein einziger Arzt anwesend; auch kostete der Kaiser die Suppe und fand sie sehr schlecht. Er rügte diese Mängel streng, und es machen derartige Vergänge, die an den einen großen Namen erinnern, welchen der Kaiser trägt, sehr guten Eindruck.

Berlin, 15. Mai. Der „Preußische Staatsanzeiger" enthält folgenden Aufruf:

An mein Volk!

Unter dem Vorwande der deutschen Sache haben die Feinde des Vaterlandes zuerst in dem benachbarten Sachsen, dann in einzelnen Gegenden von Süddeutschland die Fahne der Empörung aufgepflanzt. Zu meinem tiefen Schmerze haben auch in einigen Theilen unseres Landes Verblendete sich hinreißen lassen, dieser Fahne zu folgen und unter derselben, im offenen Aufruhr gegen die rechtmäßige Obrigkeit, göttliche und menschliche Ordnung umzustürzen.

In so ernster und gefahrvoller Zeit drängt es mich, ein offenes Wort zu meinem Volke zu reden.

Ich habe auf das Anerbieten einer Krone seitens der deutschen Nationalversammlung eine zustimmende Antwort nicht ertheilen können, weil die Versammlung nicht das Recht hatte, die Krone, welche sie mir bot, ohne Zustimmung der deutschen Regierungen zu vergeben, weil sie mir unter der Bedingung der Annahme einer Verfassung angetragen ward, welche mit den Rechten und der Sicherheit der deutschen Staaten nicht vereinbar war.

Ich habe fruchtlos alle Mittel versucht und erschöpft, zu einer Verständigung mit der deutschen Nationalversammlung zu gelangen. Ich habe mich vergebens bemüht, sie auf den Standpunkt ihres Mandats und des Rechtes zurückzuführen, welches nicht in der eigenmächtigen und unwiderruflichen Feststellung, sondern in der Vereinbarung einer deutschen Verfassung bestand, und selbst nach Vereitelung meiner Bestrebungen habe ich in der Hoffnung einer endlichen friedlichen Lösung nicht mit der Versammlung gebrochen.

Nachdem dieselbe aber durch Beschlüsse, gegen welche treffliche Männer fruchtlos ankämpften, ihrerseits den Boden des Rechtes, des Gesetzes und der Pflicht gänzlich verlassen, nachdem sie uns um deßhalb, weil wir dem bedrängten Nachbar die erbetene Hilfe siegreich geleistet, des Friedensbruchs angeklagt, nachdem sie gegen uns und die Regierungen, welche sich mit mir den verderblichen Bestimmungen der Verfassung nicht fügen wollten, zum offenen Widerstande aufgerufen, jetzt hat die Versammlung mit Preußen gebrochen. Sie ist in ihrer Mehrheit nicht mehr jene Vereinigung von Männern, auf welche Deutschland mit Stolz und Vertrauen blickte. Eine große Zahl ist, als die Bahn des Verderbens betreten wurde, freiwillig ausgeschieden, und durch meine Verordnung vom gestrigen Tage habe ich alle preußischen Abgeordneten, welche der Versammlung noch angehörten, zurückgerufen. Gleiches wird von anderen deutschen Regierungen geschehen. In der Versammlung herrscht jetzt eine Partei, die im Bunde steht mit den Menschen des Schreckens, welche die Einheit Deutschlands zum Vorwande nehmen, in Wahrheit aber den Kampf der Gottlosigkeit, des Erdbruches und der Raubsucht gegen die Throne entzünden, um mit ihnen den Schutz des Rechtes, der Freiheit und des Eigenthums umzustürzen. Die Gräuel, welche in Dresden, Breslau und Elberfeld unter dem erheuchelten Rufe nach Deutschlands Einheit begangen worden, liefern die traurigen Beweise. Neue Gräuel sind geschehen und werden noch

vorbereitet. Während durch solchen Frevel die Hoffnung zerstört ward, durch die Frankfurter Versammlung die Einheit Deutschlands erreicht zu sehen, habe ich in königlicher Treue und Beharrlichkeit daran nicht verzweifelt. Meine Regierung hat mit den Bevollmächtigten der größeren deutschen Staaten, welche sich mir angeschlossen, das in Frankfurt begonnene Werk der deutschen Verfassung wieder aufgenommen.

Diese Verfassung soll und wird in kürzester Frist der Nation gewähren, was sie mit Recht verlangt und erwartet: ihre Einheit, dargestellt durch eine einheitliche Executivgewalt, die nach außen den Namen und die Interessen Deutschlands würdig und kräftig vertritt, und ihre Freiheit, gesichert durch eine Volksvertretung mit legislativer Befugniß. Die von der Nationalversammlung entworfene Reichsverfassung ist hierbei zu Grunde gelegt, und sind nur diejenigen Punkte derselben verändert worden, welche aus den Kämpfen und Zugeständnissen der Parteien hervorgegangen, dem wahren Wohle des Vaterlandes entschieden nachtheilig sind. Einem Reichstage aus allen Staaten, die sich dem Bundesstaate anschließen, wird diese Verfassung zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt werden. Deutschland vertraue hierin dem Patriotismus und dem Rechtsgefühle der preußischen Regierung; sein Vertrauen wird nicht getäuscht werden.

Das ist mein Weg. Nur der Wahnsinn oder die Lüge kann solchen Thatsachen gegenüber die Behauptung wagen, daß ich die Sache der deutschen Einheit aufgegeben, daß ich meiner früheren Ueberzeugung und meinen Zusicherungen untreu geworden.

Preußen ist dazu berufen, in so schwerer Zeit Deutschland gegen innere und äußere Feinde zu schirmen, und es muß und wird diese Pflicht erfüllen. Deßhalb rufe ich schon jetzt mein Volk in die Waffen. Es gilt Ordnung und Gesetz herzustellen im eigenen Lande und in den übrigen deutschen Ländern, wo unsere Hilfe verlangt wird; es gilt Deutschlands Einheit zu gründen, seine Freiheit zu schützen vor der Schreckensherrschaft einer Partei, welche Gesittung, Ehre und Treue ihren Leidenschaften opfern will, einer Partei, welcher es gelungen ist, ein Netz der Bethörung und des Irrwahns über einen Theil des Volkes zu werfen.

Die Gefahr ist groß, aber vor dem gesunden Sinn meines Volkes wird das Werk der Lüge nicht bestehen; dem Rufe des Königs wird die alte preußische Treue, wird der alte Ruhm der preußischen Waffen entsprechen.

Steht mein Volk zu mir, wie ich zu ihm in Treue und Vertrauen einträchtig, so wird uns Gottes Segen und damit ein herrlicher Sieg nicht fehlen.

Charlottenburg, den 15. Mai. 1849.

Friedrich Wilhelm.

Graf v. Brandenburg.

♀ **Berlin**, 15. Mai. Die Verhandlungen der Bevollmächtigten Bayerns, Sachsens und Hannovers mit Preußen in Betreff der deutschen Angelegenheit werden, wie wir als zuverlässig andeuten können, heute zum Schlusse und zur Erledigung gedeihen. Nach der bisherigen Haltung, welche Oesterreichs Vertreter diesen Verhandlungen gegenüber beobachtet hat, scheint es keinem Zweifel zu unterliegen, daß Oesterreich den auf einen engern deutschen Bundesstaat hinzielenden Beschlüssen seine Zustimmung ertheilen werde, unter der Voraussetzung jedoch, daß Oesterreich mit seinen sämmtlichen Völkerschaften in dem weitern, durch so viele Jahrhunderte befestigten Verhältniß mit Deutschland ohne alle und jede Abschwächung der früheren Bundesbeziehungen verbleibe. Binnen Kurzem dürfte die Veröffentlichung der Beschlüsse erfolgen, die bei dem besonnenen Theil der Nation Angesichts der großen Gefahren, worin das deutsche Vaterland schwebt, vielleicht nicht ohne Anklang bleiben möchten. Nach der unter den genannten deutschen Staaten zu Stande gekommenen Uebereinkunft wird die von der deutschen Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung fast in allen Punkten, mit Ausnahme des Wahlgesetzes, unverändert beibehalten werden. An diejenigen deutschen Staaten, welche sich nicht an den Verhandlungen durch entsendete Bevollmächtigte betheiligt haben, wird die Aufforderung ergehen, dem zu errichtenden engern Bundesstaate sich anzuschließen, indessen dem freien Ermessen dieser Staaten es anheimgegeben bleiben, ob sie beitreten oder in anderer Stellung, diesem Bundesstaate gegenüber, verharren wollen. Jeder Zwang soll in dieser Beziehung durchaus vermieden werden. Vor Allem bedeutungsvoll ist der von den beitretenden Staaten festgestellte Beschluß, daß Preußen die ausübende Gewalt in den jenen engern Bundesstaat betreffenden Angelegenheiten in die Hand nehmen, und sofort an die Spitze dieses Bundesstaates trete, der mithin einstweilen aus Preußen, Bayern, Hannover und Sachsen bestehen würde. Preußens König ist als Oberhaupt des aus den genannten vier Königreichen bestehenden engern Bundesstaates anerkannt. Daß bei dieser Gestaltung von einem Kaiserthum abgesehen wurde, leuchtet von selbst ein. Es scheint wohl nicht zweifelhaft zu sein, daß das gesammte Norddeutschland Preußen und Hannover folgen werde, da die kleinern norddeutschen Staaten aus vielfachen Gründen und Interessen keine abgesonderte Stellung werden behaupten wollen noch können. Das ist der gegenwärtige Stand der Sache, wie wir ihn aus guten Quellen mittheilen. — Das Gardelandwehrbataillon in Potsdam, welches in Eile nach dem Rheine befördert worden ist, ward vorher vom König ermahnt, gegen Unbewaffnete stets mit Schonung zu verfahren und wie die strengste Disciplin außer Acht zu lassen. Dem Ausspruch des Königs, daß er erwarte, daß sie als brave preußische Soldaten in jeder Beziehung ihre Schuldigkeit thun würden, antworteten die Truppen durch ein begeistertes dreifaches Hurrah. Die Bestimmung des Bataillons dürfte zunächst Elberfeld sein. Hinsichts des bereits berathenen neuen Wahlgesetzes erfährt man aus guter Quelle, daß von einer Veröffentlichung desselben noch Abstand genommen werden würde. Außerdem dürfte es sehr zweifelhaft sein, daß mit den neuen Wahlen für die zweite Kammer bald vorgegangen werde, da die gegenwärtigen Verhältnisse in der Rheinprovinz der Vornahme dieser Wahlen hindernd in den Weg treten. Wir hören, daß eine Veröffentlichung des Staatsministeriums bevorstehe, worin der Aufschub der neuen Wahlen näher begründet werden solle. Die andern Provinzen, ohne die Rheinprovinz, die Wahlen vornehmen zu lassen, scheint dem Staatsministerium aus mehrfachen Gründen nicht thunlich und rathsam zu sein. Alles dürfte daher darauf hindeuten, daß die Wahlen erst dann, wenn die gesetzliche Ordnung im ganzen Umfange des preußischen Staates wiederhergestellt sein wird, statt haben werden. Bei dem Charakter, welchen die Bewegung angenommen hat, glaubt man hier, daß von Seite der rheinischen Bürger selbst dringende Forderungen zur kräftigen Wiederherstellung der Ordnung binnen Kurzem an die Staatsgewalt gestellt werden würden.

●●● **Karlsruhe**, 16. Mai. Wer unsere Stadt seit der vorigen Woche nicht mehr gesehen hat, wird sich kaum einen Begriff von der Veränderung machen können, die seit einigen Tagen in ihr vorgegangen ist. Sonst das ruhigste Stillleben einer freundlichen Residenz und eine Ruhe, die durch nichts in der Welt verscheucht werden zu können schien, jetzt ein beständiges Wogen und Drängen, ein Leben und Treiben, das mit den Straßen und Häusern aufs Seltsamste contrastirt. Während man früher höchstens bei der Wachtparade oder beim Zapfenstreich den Trommelwirbel zu hören bekam, wird uns jetzt unaufhörlich dieser Genuß zu Theil: den ganzen Tag wird Generalmarsch geschlagen, bald fürs Militär, bald für die Bürgerwehr und die Freischaaren und wo sonst nur der elegante Frack und der Pariser Hut zu sehen war, da gewahrt man jetzt die weniger formschöne Tracht der Männer des Fortschritts, den Paletot und den Schlapphut mit rother Feder. Es hat wohl nicht leicht eine Stadt gegeben, welche in so kurzer Zeit eine so veränderte Physiognomie angenommen hat, wie die unsere, allein eben dieser rasche und gewaltsame Uebergang gibt die sicherste Bürgschaft, daß er, weil nicht naturgemäß, auch nicht lange dauern kann. Wann aber ein anderer Zustand eintreten und wie viel Leid unsere Stadt bis dahin noch treffen wird, wer kann es wissen? Den härtesten Stand haben unstreitig im gegenwärtigen Augenblick unsere Offiziere. Verlassen sie ihre Mannschaft, so geben sie diese der Auflösung preis, und zwingen sie, ihrem Fahneneid untreu zu werden, wie es denn überhaupt im höchsten Grade zu mißbilligen ist, daß bei dem Ausbruch der Unruhen so viele Offiziere geflüchtet sind, da nur dadurch, daß die Soldaten ohne Führer waren, die Excesse einen so ernstlichen Charakter annahmen; bleiben sie, so gerathen sie dadurch nicht minder mit ihren Pflichten nach anderen Seiten hin in Conflict. Gestern haben die Soldaten ihre Offiziere gewählt, die jüngsten Leute wurden zu Hauptleuten und Majoren befördert. Wie lange wird dieses Avancement dauern? Vielleicht nicht länger als das neue Ministerium, das eben von dem „Vollziehungsausschuß" niedergesetzt worden ist. Es besteht dasselbe aus folgenden Mitgliedern: Brentano, Inneres und Präsidentschaft; Peter, Justiz; Lieutenant Eichfeld, Krieg; Goegg von Rennchen, Finanzen. Der Letztere, noch ein sehr junger Mann, hat heute früh den Befehl erlassen, daß jeder, der sich von Staatsdienern entfernt, entlassen und sein Vermögen confiscirt werde; eine weitere Anordnung ist, daß jeder Kaufmann am hiesigen Orte, der seinen Laden schließt, für die Stunde einen Kronthaler zu zahlen hat. Unter Brentano und Struve soll es bereits zu Zwistigkeiten gekommen sein, da jener gemäßigtere Schritte will, und namentlich von einer Proclamirung der Republik, wozu dieser hindrängt, nichts wissen mag.

Nachschrift. Soeben sind zwei Hauptleute von Rastatt hieher transportirt worden. Sie sollen heute Mittag standrechtlich erschossen werden.

Jeder Bahnzug der ankommt, bringt Freischärler mit. Die ganze Stadt ist überfüllt mit ihnen. Bis jetzt sind zweitausend hier versammelt, bis morgen sollen siebzehntausend hier sein. Dann wollen sie weiter ziehen, wie es heißt, nach Mannheim und Frankfurt.

Freiburg, 15. Mai. Die hier garnisonirenden zwei Bataillone des 4ten Infanterieregiments haben in einer gestern abgehaltenen Versammlung beschlossen, folgende Forderungen zu stellen:

1) Unverzügliche Vereidigung der Offiziere und Soldaten auf die Reichsverfassung, wie diese aus den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung hervorgegangen ist.

2) Unbedingte Amnestie für alle Soldaten, welche auf Seite des Volkes stehen, wofür der General v. Gayling sein Ehrenwort zu verpfänden hat.

3) Freie Wahl der Vorstände durch Wahlmänner aus den einzelnen Compagnien.

4) Anerkennung der Beschlüsse der Offenburger Versammlung vom 13. Mai.

5) Freie Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte, ungehindert durch militärische Disciplin.

6) General v. Gayling hat dafür durch Ehrenwort zu haften, daß Generallieutenant von Miller nicht in Freiburg einrückt.

Die Soldaten wählten gestern ihre Offiziere für sämmtliche drei Bataillone des Regiments, und zwar zum Obersten den bisherigen Major Dreyer. Auf Anordnung der neuen Führer marschirten heute früh um 7 Uhr die zwei hier befindlichen Bataillone in's Oberland ab. Ein paar Stunden später traf das dritte Bataillon des Regiments, welches in Dörfern unterhalb Freiburg lag, hier ein, und marschirte sogleich den zwei andern Bataillonen nach. Reichsgeneral Miller, Oberbefehlshaber der sämmtlichen Reichstruppen im Badischen, befindet sich mit den Württembergern noch im Kirchzartenthal, und hat heute aus seinem Hauptquartier Burg einen Aufruf an das ihm untergebene badische Militär gerichtet. Er soll gestern die Zusicherung ertheilt haben, daß er heute hier nicht einrücken werde, wenn das badische Militär Freiburg verlasse. — Sehr viele Einwohner unserer Stadt haben sich in den letzten Tagen geflüchtet, besonders in die benachbarte Schweiz. Bis jetzt war zum Glück noch keine Veranlassung dazu vorhanden. Jeder muß anerkennen, daß hier während der ganzen Militärbewegung die persönliche Sicherheit auch nicht einen Augenblick gefährdet war, und auch jetzt, nach dem Abzug der Truppen, herrscht musterhafte Ruhe und Ordnung in der Stadt. — Der Landesausschuß hat den Rechtsanwalt Hennisch von hier zum Civil- und Militärcommissär des Oberrheinkreises ernannt.

Rastatt, 14. Mai. Heute zwischen 12 und 1 Uhr leisteten die hiesige Bürgerwehr, die ganze Garnison mit den noch anwesenden Offizieren und selbst die österreichische Artillerie und technischen Truppen den Eid auf die Reichsverfassung. Dieser Eid wurde von Brentano abgenommen, welcher vom Balcon des Rathhauses herab verkündete, daß die bisherige Regierung in Karlsruhe gestohen sei, er also nebst den übrigen Mitgliedern des Landesausschusses der Volksvereine den Auftrag übernommen habe, für Handhabung des Gesetzes und der Ordnung im Lande Sorge zu tragen. Man erwartet hier starken bewaffneten Zuzug, und weil nicht abgesehen werden kann, ob die Festung nicht gegen auswärtige Feinde später zu vertheidigen ist, so sollen einstweilen alle Festungsarbeiter von hier entfernt werden, um im Nothfalle nicht eine Menge Leute hier zu haben, die zur Vertheidigung nichts beitragen. Sonst ist es hier ziemlich ruhig, nur wird hin und wieder ein mißliebiger Offizier aufgesucht und in Haft gebracht, wenn er gefunden ist. Viele entzogen sich dieser Möglichkeit durch die Flucht. Der hiesige Theil des Heeres hat sich nun seine Führer selbst gewählt, alle aber, die entflohen sind, ihrer Stellen entsetzt. Mehrere wurden durch diese Procedur rasch befördert, so ist Hauptmann Greiner durch den Willen der Bürger und Soldaten Gouverneur der Festung, und General Cloßmann, der diese Stelle bisher inne hatte, wird streng bewacht. Auch der Bannerführer der Bürgerwehr mußte heute früh abtreten und seine Stelle einem bisherigen Leitmanne überlassen. Aus der Stadt sind viele Familien, weil sie Störungen der Sicherheit, oder eine Belagerung fürchteten, geflüchtet. Auch hier ist ein Sicherheitsausschuß niedergesetzt. (Freib. Z.)

Mannheim, 16. Mai, Morgens 11 Uhr. Unsere Stadt befindet sich seit dem heutigen Morgen in einer fieberhaften Aufregung. Die Ursache hiervon ist der Oberst Hinkeldey, der bekanntlich mit zwei Schwadronen und einer Batterie (nach andern Nachrichten eine halbe Batterie) die Flucht des Großherzogs deckte, und denselben bis Germersheim begleitete, von dort zurückkehrte und sich durch den Hardtwald nach dem Neckar zog, wahrscheinlich in der Absicht, bei Ladenburg über den Fluß zu setzen und Frankfurt zu erreichen. Frühzeitig genug war dieser Plan in Karlsruhe bekannt, sodaß der Landesausschuß noch einen Zuzug von 1600 Mann Bürgerwehren (vom ersten Aufgebot der Bürgerwehren von Offenburg bis Rastatt abwärts) nebst einem Bataillon des dritten Infanterieregiments nach Mannheim senden konnte. Dieser Zuzug traf gestern Abend gegen 9 Uhr hier ein und wurde von der hiesigen Einwohnerschaft mit ungemeiner Gastlichkeit empfangen. Gegen 2 Uhr langte die Nachricht hier ein, daß der Oberst mit seinem Corps in der Richtung nach Ladenburg marschire, weßhalb sogleich Generalmarsch geschlagen und die angekommenen Hilfstruppen, sowohl Militär als Bürgerwehren, nebst gebildeten Freiwilligen aus dem hiesigen 4. Linienregimente von hier abmarschirten, um den Plan Hinkeldey's zu zerstören, und denselben aufzufangen und sein Geschütz abzunehmen. Die ausgesandten Colonnen trafen ihren „Feind" bei dem sogenannten Grenzhofe, bis jetzt ist über den Erfolg noch nichts Näheres bekannt.

Nachmittags 3 Uhr. Bis jetzt ist über den Erfolg der gegen Hinkeldey operirenden Truppen noch keine sichere Nachricht eingetroffen. Nach einigen soll der Oberst im Selzenheimer Wald eingeschlossen sein, nach andern am Fuß des Gebirges in der Gegend von Heidelberg stehen.

Zuverlässige Augenzeugen berichten von der Stärke des Hinkeldey'schen Corps, dasselbe bestehe aus 16 Stück Geschützen mit Bedienung, circa 200 Dragonern, 40 bis 50 Offizieren, und ungefähr 60 Mann Infanterie. (M. J.)

*** **Frankfurt**, 17. Mai. Nachstehende „Oeffentliche Erklärung" wird uns von Lauterburg mitgetheilt: „Die unterzeichneten Mitglieder des großherzoglichen Staatsministeriums erfüllen ihre Pflicht nach dem Verlangen Sr. königl. Hoh. des Großherzogs, indem sie sich von Karlsruhe entfernen und dem Großherzog dahin folgen, wo Höchstderselbe verweilt, um seinen weitern Regierungshandlungen, so lange sie die verantwortlichen Minister sind, zur Seite zu stehen. Nur der größte Drang der Umstände, die Schlag auf Schlag sich folgenden Ereignisse, der Abfall eines Theils der großherzoglichen Truppen von ihrer Fahnentreue, welche sich mit Gewalt der Reichssetzung Rastatt bemächtigten, die ungesetzlichen Beschlüsse einer Volksversammlung in Offenburg und die daraus unmittelbar hervorgegangenen Gefahren eines bewaffneten Zuzugs nach Rastatt und Karlsruhe, endlich die ganz unerwartete Meuterei eines Theils der hiesigen Garnison (wenn gleich hier, wie in Rastatt die militärische Treue Anderer, und namentlich sämmtlicher Offiziere und eines großen Theils der Unteroffiziere bei ungenügenden Kräften nur um so heller hervortrat), nur all' dies zusammen konnte den Großherzog, nachdem jede Bürgschaft für die Erhaltung einer wohlgegründeten Ordnung und Sicherheit für den Augenblick verschwunden war, nach dem Rathe seiner Minister bewegen, seine Residenz auf kurze Zeit zu verlassen, um sich wo möglich an den Sitz der provisorischen Centralgewalt nach Frankfurt zu begeben. Unter diesen Umständen, und da auch die hiesigen Einwohner sich außer Stand fühlen, dem Andrang bewaffneter Zuzüge wirksam entgegen zu treten, kann unsere Anwesenheit dahier von keinem Erfolge mehr und daher unser Platz nur in der Nähe des Großherzogs sein. Indem wir Karlsruhe verlassen, verwahren wir die Rechte Sr. königl. Hoheit des Großherzogs und Seiner verfassungsmäßigen Regierung gegen jeden ungesetzlichen Eingriff, und fordern alle Bürger Badens, alle Behörden und Beamten auf, in ihrer Treue gegen den Großherzog, gegen die Reichs- und die Landesverfassung unerschütterlich zu beharren. Karlsruhe, den 14. Mai 1849. Gez. Tosch. Bekk. Hoffmann. v. Stengel."

** **Frankfurt**, 18. Mai. In Betreff der in dem Schreiben aus Straßburg vom 14. Mai (Nr. 116 der O. P. A.-Z., Hauptblatt) mitgetheilten Angabe, „daß eine große Zahl französischer Bürger sich nach Rastatt begeben," geht uns

aus bester Quelle die Berichtigung zu, daß nur die in Straßburg bisher sich aufgehaltenen deutschen und polnischen Demokraten als Freischärler sich nach dem Großherzogthum Baden begeben, französische Bürger aber an dem Aufstande in diesem Lande thatsächlich sich nicht betheiligt haben.

Schweiz.

Bern, 13. Mai. Seit die Bewegung in den Massen des deutschen Volkes wieder begonnen hat, sind die meisten Flüchtlinge wieder verschwunden, einzeln, ohne das mindeste Geräusch.

Italien.

Der „Tyroler Bote" vom 12. schreibt: Eben verbreitet sich hier das begründete Gerücht, daß der Friede mit Piemont definitiv abgeschlossen sei.

Deutsche Reichsversammlung.

222. außerordentliche Sitzung.

Vorsitzender: Präsident Reh.

Frankfurt, 17. Mai.

(Tagesordnung: Anhörung des Programms des neuen Ministeriums).

Die Sitzung wird um 4½ Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Gräwell, Finanzminister Merk, Justizminister Detmold. Der Vorsitzende meldet den Austritt der Abg. v. Wegnern, Reitmayer, v. Rotenhan, v. Trestow, Seydel, Suchan, Wiethaus, Graf Giech, v. Schleussing. Ministerpräsident Gräwell antwortet auf eine neuliche Interpellation des Abg. Mohr wegen angeblichen Truppensendungen nach Mainz, daß von solchen auch nicht die geringste Meldung dem Reichsministerium geworden und daß eine solche auch noch viel weniger von hier aus angeordnet worden sei. — Eine zweite Interpellation wegen der Nachwahl für einen ausgetretenen Abgeordneten wird gleichfalls beantwortet. Der Vorsitzende meldet hierauf, daß ihm von Sr. kaiserl. Hoheit dem Reichsverweser die bekannte preußische Denkschrift vom 14. d. M. übersendet worden. Der Reichsverweser benachrichtigt ferner in einer Zuschrift den Vorsitzenden des Hauses von der Bildung des neuen Ministeriums. Wir erfahren aus der Zuschrift, daß die obersten Departements des Kriegsministeriums einstweilen von den Herren General Eberle und Oberst Stavenhagen geleitet werden, und daß das Handelsministerium zur Zeit unbesetzt bleiben wird. Sr. kaiserl. Hoheit übersendet zugleich das Programm des neuen Ministeriums, welches der Vorsitzende verliest. Es lautet:

Die Errichtung des Verfassungswerks ist durch das Gesetz vom 28. Juni 1848 von der Thätigkeit der Centralgewalt ausgeschlossen. Schon aus diesem Gru de hielt die Centralgewalt eine Wirksamkeit behufs Durchführung der Verfassung für außerhalb ihrer Befugniße und Pflichten liegend. Wie sie jedoch gerne bereit ist, eine Anerkennung der Verfassung bei den Regierungen zu vermitteln, so erachtet sie es andererseits als durch die ihrer Obhut anvertraute Wohlfahrt und Sicherheit Deutschlands geboten, allen ungesetzlichen und gewaltsamen Bewegungen, welche die Durchführung der Verfassung zum Vorwand oder Anlaß haben, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten (Oh! links), sobald die Hilfe und Vermittelung der Centralgewalt von der betreffenden Regierung nachgesucht wird.

Wie die Centralgewalt innerhalb der ihr durch das Gesetz vom 28 Juni angewiesenen Competenz von der der Reichsversammlung zustehenden Errichtung des Verfassungswerkes sich durchaus fern gehalten hat und ferner zu halten entschlossen ist, also erachtet sie es auch als eine Pflicht, die ihr ausschließlich zustehende Regierungsgewalt vor jeder Einmischung zu bewahren und jeden Eingriff in dieselbe zurückzuweisen. (Bewegung.) Dr. Gräwell, Jochmus, Detmold, Merk.

Abg. Welcker stellt in Bezug auf das Programm den dringlichen Antrag: Die Nationalversammlung erklärt, nachdem sie die Ernennung des Reichsministeriums und dessen Programm vernommen, daß sie zu diesem Ministerium nicht das geringste Vertrauen haben könne (Großer Beifall), sondern vielmehr diese Ernennung unter den obwaltenden Umständen als eine Beleidigung der Nationalvertretung betrachten müsse. (Großer Beifall.) Sie beschließt: An den Erzherzog Reichsverweser alsbald durch eine Deputation das bestimmte Ansuchen zu stellen, baldigst ein Reichsministerium zu bilden, welches gewillt und geeignet ist, die Reichsverfassung durchzuführen und höchstdessen Erklärung in Beziehung auf dieses Ansuchen entgegenzunehmen.

Abg. Freudentheil aus Stade stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

In Erwägung, daß nach dem parlamentarischen Verhalten, welches die angekündigten Reichsminister beobachten, nach den Grundsätzen, zu welchen sie sich bekannt, sie so wenig auf die Mehrheit innerhalb der Paulskirche, als außerhalb derselben sich Rechnung machen dürfen, vielmehr mit Gewißheit anzunehmen ist, daß ein Schrei der Entrüstung durch alle Gauen Deutschlands ziehen werde, wenn die designirten Reichsminister nur 24 Stunden im Amte bleiben werden (Große Heiterkeit), es demnach die Ehre und Pflicht der Nationalversammlung dringend erheische, Minister solcher Geistesrichtung als die der präsentirten mit dem entschiedensten Unwillen sofort zurückzuweisen und dadurch Ausdruck dem Gefühle zu geben, welches das deutsche Volk aufregen wird, wenn es die Nachricht von dem neugebildeten Ministerium erhalten wird; in Erwägung ferner, daß selbst, wenn in Worten sich die besagten Minister den Grundsätzen der Majorität des deutschen Volkes dieser Versammlung sollten anschließen wollen, dieser plötzlichen Sinnes- und Grundsatzumwandlung durchaus kein Vertrauen geschenkt werden darf; in endlicher Erwägung, daß dem Reichsverweser zwar die Wahl der Minister freisteht, selbstredend aber nach den Grundsätzen des Constitutionalismus, wenn solcher nicht zu dem unwürdigsten Gaukelspiel herabgewürdigt werden soll, vorausgesetzt werden muß, daß der Reichsverweser sich mit Räthen umgebe, die das Vertrauen und die allgemeine Achtung der Versammlung haben, erklärt die Nationalversammlung:

Daß die angekündigten Minister das Vertrauen der Versammlung nicht besitzen, und in keiner Beziehung auf die Unterstützung derselben sich Hoffnung machen dürfen. (Großer Beifall.)

Abg. Welcker erhielt das Wort, um seinen Antrag zu begründen. Die Gefahren des jetzigen Augenblicks sind so groß, daß meine Worte zu klein sein möchten, um sie zu schildern. Kann es noch eine Frage sein, ob nach Allem, was vorgegangen ist, nach dem verworfenen Ministerprogramme, ein Ministerium mit einem solchen Programme möglich ist, ob es nicht gefährlich wäre für ganz Deutschland, wenn dasselbe am Ruder bliebe? Der Redner wünscht, daß dieser Antrag, ohnerachtet dessen anerkannter Dringlichkeit, dem Ausschusse zugewiesen werde.

Abg. Freudentheil aus Hannover begründet seinen Antrag in kurzen Worten und schließt: Ein solches Ministerium kommt mir vor wie ein Hohn auf unser großes deutsches Volk. (Beifall.)

Abg. Simon von Trier: Das vorgelesene Programm verletzt den Rechtsboden der vorhandenen Gesetze. Der Bundestag selbst hat erklärt, die Nationalversammlung habe die Aufgabe, die Verfassung zwischen dem Volke und den Regierungen zu Stande zu bringen. Sie steht also in der Mitte und wer in der Mitte steht, schließt ab. Der Redner verliest eine Stelle aus dem Leyel'schen Promemoria, welche dasselbe sagt. Der ganze damalige Plan ging nicht auf die Corruption der Wahl aus, allein das Recht des Constituirens ist der Versammlung nie bestritten worden. Nach der Seite des Ausschlusses der Einzelregierungen wie desjenigen des Reichsverwesers ist die Versammlung unabhängig. Glauben zu wollen, daß die Versammlung in der provisorischen Centralgewalt eine ihr gegenüberstehende constitutionelle Gewalt habe schaffen wollen, wäre ein Hohn auf sie selbst. (Beifall.) Darüber war die Versammlung zu ihrer Zeit mit 512 St., als Abg. Raveaux seinen bekannten Antrag stellte, einig. Die Minorität von damals kann uns vielleicht, wenn der neue Kriegsminister da sein wird, durch Gewalt beherrschen wollen, allein dann stehen sie auf dem Boden des Meineides, des Treubruchs und des Verrathes. (Großer Beifall.)

Sie können zwei Wege einschagen, entweder noch die kurze Zeit zum Schwätzen, die Ihnen noch gegönnt wird, so lange benutzen, bis alle verfassungsfreundlichen Truppen entfernt sind, bis man den Belagerungszustand über die Bürger wird verhängen lassen, und man mit Gewalt erzwingen wird, was auf parlamentarischem Wege unmöglich gewesen wäre. Man darf nicht in die Executive eingreifen, das ist die alte Frage von Wien und Berlin. Man sammelt einstweilen Kräfte und dann wird man die linke Seite des Hauses gebunden überliefern. (Sehr wahr! rechts.)

Der Herr Erzherzog ist nicht, wie Herr v. Gagern erklärte, zurückgetreten, sondern hat uns ein Ministerium mit einem Programm gegeben, welches der Untergang dieser Versammlung sein wird. Hr. v. Gagern hat dem deutschen Fürstenthume einen großen Dienst erwiesen, aber schwarzen Undank geerntet, wie noch nie Jemand. (Großer Beifall.) Wir sind gespannt, wie derselbe seinen Weg jetzt nehmen wird. Der Herr Ministerpräsident hat uns angedeutet, daß er in Verhandlung mit Jemand treten wolle, und wie es scheint, nach preußischer Seite. Hr. Bassermann weilt noch immer im feindlichen Lager, während Sachsen von dort aus bezwungen wird, die preußischen Abgeordneten abberufen werden, und ein Manifest erscheint, worin Sie Alle thronumstürzende Empörer genannt werden. (Bewegung. Hört!)

Nachdem der Redner das Benehmen der preußischen Regierung geschildert, fährt er fort: Die Demokratie hat doch ihr Haupt stets hoch getragen, sie hat sich nie erniedrigt, wie jene Gegenpartei, welche das Haupt vor einigen Monaten noch in den Staub drückte, jetzt es aber in unerhörtem Uebermuthe wieder erhebt. Solche Momente wird das sittliche Gefühl des Volkes nicht vergessen. (Beifall.) Der Redner wirft einen Blick auf Süddeutschland und meint, daß man wie früher in Wien und Berlin der Auflösung durch constituirende Versammlungen abhelfen müsse. Warum aber hat das Ministerium Bekk geradezu den Schutz der Offenburger Versammlung abgeschlagen und mit Gewalt gedroht? Warum haben Sie mit der Vereidigung gezögert? Durch Ihr Zögern ist im Süden das Mißtrauen entstanden. Man sah dort, wie sich die Königreiche mit Oesterreich vereinigten, sich stützend auf Rußland. Der Redner stellt den Krieg mit letzterem als nothwendig dar und erklärt, daß er geführt werden wird, daß die Russen vom deutschen Boden müssen und wenn ihn die Versammlung nicht führe, so wird das Volk es thun. Wenn es Ihnen Vergnügen macht, sich selbst überflüssig zu machen, so ist das eben Ihre Sache. Es ist möglich, daß die preußische Hegemonie Manchem so sehr im Kopfe steckt, daß Sie sich selbst an eine Eroberung durch Preußen gewöhnen könnten. (Sehr wahr! im Centrum.) Aus dem Centrum ist mir das „sehr wahr" ein sehr ominöses Wort. Durch Ihre Leaker habt bekommen Sie die Ruhe des Grabes und die Stelle des Kirchhofs. Der Herr Erzherzog Stephan war auch im Conflicte mit den Vertretern Ungarns; er entfloh, die Vertreter Ungarns votirten 20,000 Mann und 60,000,000 fl. Thun Sie desgleichen, das ist mein Rath. (Großer Beifall.)

Abg. Jordan aus Berlin: Auf die bloße Auseinandersetzung des Vorredners bin können wir nicht über die Anträge abstimmen, wir müssen sie zuerst prüfen. Ich fürchte, wir sind auf dem Wege zu sinken. Der Redner meint, es gehöre wahrhaftig kein Seherblick, um die facies hippocratica der Versammlung zu bemerken. Vor lauter Dringlichkeit und Dringlichkeit kommen wir nicht mehr zur Ueberlegung, und wenn diejenige Partei, welche nicht so genial zu sein glaubt, das Heil des Vaterlandes aus dem Aermel zu schütteln, um Bedenkzeit bittet, so nennt man sie zögernde Verräther. Der Redner macht der Versammlung hierauf Vorwürfe über die Art, wie gestern der Minister empfangen wurde. Auf der Tribune stand nicht die Person des Herrn Dr. Gräwell, sondern des Reichsverwesers Premierminister. Wenn ich auch aus allen Kräften das Programm des Ministeriums bekämpfen werde, so ist doch eine solche Mißachtung des Rathes des Reichsverwesers eine Mißachtung, welche auf Niemand zurückfällt, als auf den Gesetzgeber selbst. Der Redner ruft Wehe über eine solche Versammlung, die sich selbst mißachtet und ihre Kraft selbst zerstört. Wir müssen, schließt der Redner, das Programm mit Gründlichkeit prüfen, dann, meine Herren, wollen wir das Ministerium zu stürzen suchen, dann wollen wir eine Deputation an den Erzherzog senden. Der Redner schlägt vor, das Programm dem Ausschusse zur Berichterstattung zu überreichen und den Bericht auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Er reicht einen solchen Antrag ein.

Abg. Nauwerck, für Welcker's Antrag, vergleicht den Vorredner mit einem jener Leichenführer, welche sich gewöhnlich zeigten in Kremsier und in Berlin vor der Auflösung der Versammlungen, welche der Geruch des Aases anzieht. Er ergeht sich hierauf in derben Angriffen gegen die Centralgewalt, er sieht in dem Programme nichts, als eine Andeutung der Reichspolizei, welche von Frankfurt ausgeübt werden soll; ihm zufolge werde die Centralgewalt die verrätherische Politik des Cabinets zu Olmütz und Berlin unterstützen. Hierauf richtet er seine Worte gegen die Cabinete, welche das Vaterland gegen Außen verrathen, wie sie seine Freiheit im Innern mit Elephantenfüßen zerstampfen wollten. (Beifall links.)

Die Abstimmung über einen Antrag auf Schluß der Debatte ist zweifelhaft, die Discussion wird daher fortgesetzt.

Abg. Buß erklärt sich für den Antrag des Abg. Jordan und meint, die Verfassung sei nicht dem Wunsch des deutschen Volkes gemäß, sie lasse den Stämmen keine Freiheit, sie habe Oesterreich hinausgeworfen; auch die Demonstrationen zu Gunsten derselben seien nur erkünstelt und werden bald unterbleiben. Der Redner wird öfters von der Heiterkeit des Hauses unterbrochen.

Abg. Vogt Es kann Jemand die facies hippocratica haben und doch an einer ehrenvollen Wunde sterben. (Beifall.) Den Vorwurf, den uns der Redner (Jordan) gemacht, mag er für sich und seine Partei hinnehmen. Freilich ist das Ansehen der Centralgewalt geschwunden, ihr Schiff ist bloß noch zum Abtakeln geeignet. Seitdem die Corruption eingerissen, ist es aber erst mit ihr so weit gekommen. Ich werde von dem Gesichtspunkte aus gegen die augenblickliche Berathung des Programms stimmen, daß man morgen darüber berathe, ob und wie die Centralgewalt überhaupt aufzuheben und durch eine neue zu ersetzen sei. Der Redner drückt seine Unzufriedenheit mit der Centralgewalt aus und äußert den Wunsch, daß sich der Träger derselben entferne und scherzt über die Buß- und Strafpredigten der Arbeiter im Weinberge der Piusvereine. (Abg. Buß ruft zur Ordnung wegen der Aeußerung gegen den Reichsverweser. Der Vorsitzende erklärt, daß er der Mahnung des Abg. Buß nicht bedürfe. Abg. Vogt meint, er habe nur einen Wunsch ausgedrückt, welchen er morgen in der Form eines Antrags in das Haus bringen werde.)

Das Ministerium, fährt er fort, wird ohne Majorität regieren, d. h. absolutistisch, und daß dies möglich ist, haben Sie verschuldet, als Sie beschlossen, daß die Centralgewalt Ihre Beschlüsse nicht durchzuführen habe. Sie werden jetzt geschlagen durch Ihre eigenen Beschlüsse; damals gruben Sie sich selbst Ihr Grab, und jene Beschlüsse ruhen Ihnen jetzt so schwer auf den Schultern, daß Sie es jetzt nicht abzuschütteln vermögen. Die Möglichkeit der Existenz eines solchen Ministeriums, das ist die herbste Beurtheilung der Majorität dieser Versammlung, der Centralgewalt und des bisherigen Ministeriums. Sie haben nicht einmal etwas in der Hand, um dieses Ministerium zum Abtritte zu zwingen. Versuchen Sie es mit einem Mißtrauensvotum. Der Ausschuß wird Ihnen aber auch keinen andern Antrag machen, als den, dem Ministerium ein Mißtrauensvotum zu geben. Der versteht die Lage nicht, der jetzt noch für eine Berichterstattung durch den Ausschuß stimmt. Sie müssen geradezu die Aggressive gegen die Centralgewalt ergreifen. Das hätte schon früher geschehen sollen, noch eher als man anderswo übereingekommen, die provisorische Centralgewalt dem Könige von Preußen zu übertragen. Die Macht, die Sie verscherzt, können Sie jetzt noch in einigen Theilen Deutschlands unter sich nehmen, allein nicht zu spät! Aber in dem jetzigen Augenblicke muß ein Jeder entschossen sein, da alle Politik der Majorität muß aufgegeben werden. (Beifall.)

Abg. Freudentheil schließt sich dem Antrag des Abg. Welcker an. Da keine weitern Redner eingeschrieben, stellt der Vorsitzende die Unterstützungsfrage zum Antrage des Abg. Jordan und schreitet zur Abstimmung. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung für den Antrag des Abg. Welcker wird unterstützt. — Der Antrag des Abg. Jordan wird abgelehnt.

Hierauf gelangt der erste Theil des Welcker'schen Antrags zur namentlichen Abstimmung. Er wird mit 191 Stimmen gegen 12 Stimmen angenommen. 41 haben sich der Abstimmung enthalten. Abg. Welcker nimmt den letzten Theil seines Antrags zurück, in Erwartung, daß der Reichsverweser nach dem heutigen Beschlusse der Versammlung dem Wunsche derselben durch Bildung eines den Verhältnissen gemäßen Ministeriums entsprechen werde. — Mehrere Abgeordnete reichen eine Erklärung ein, daß sie sich deßwegen der Abstimmung enthalten, weil derselbe an keinen Ausschuß verwiesen worden. — Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 7½ Uhr und beraumt die nächste auf morgen Freitag den 18. Mai 12 Uhr an.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Malten.

[1393] **Bürger-Verein.**

Freitag den 18. Mai findet eine Versammlung im Wolfseck nicht statt.

Die Redaktion ist nicht verantwortlich für Manuskripte, welche nicht ausdrücklich als solche bezeichnet sind.

Manuskripte werden nicht zurückgesandt.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis für Bad Kissingen und Umgebung vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf. Durch die Post bezogen 1 Mk. 50 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Anzeigen-Annahme für die Nummer des Tages bis 10 Uhr Vormittags.

Anzeigenpreis für die 1spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Kissinger Tageblatt.

Amtliches Organ der Königlich Bayerischen Bad-Verwaltung.

Druck und Verlag von Carl Lang in Bad Kissingen.

Nr. 1. Freitag, den 1. Juni 1894. 1. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Bad Kissingen, 1. Juni.

Der Kaiser hat gestern Abend 6 Uhr 30 Min. Berlin verlassen und ist heute Morgen 8 Uhr 30 Min. in Kiel eingetroffen. Er wird sich dort an Bord der Yacht „Hohenzollern" begeben und eine Nordlandreise antreten.

Der Reichskanzler Graf Caprivi ist gestern Abend 6 Uhr 30 Min. in Berlin eingetroffen und hat sich sofort in seine Wohnung begeben.

Der Reichstag hat gestern die Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Unfallversicherung der Arbeiter fortgesetzt und in zweiter Lesung angenommen.

Der Bundesrath hat gestern die Vorlage betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Unfallversicherung der Arbeiter in der Fassung des Reichstags

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Beilage zu № 181) 6. Juli 1888.

Deutsches Reich.

Preußen. Berlin, 5. Juli. Se. Majestät der Kaiser und König hat Allergnädigst geruht, dem Geheimen Regierungs-Rath Dr. Wehrenpfennig zu Berlin den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub zu verleihen.

Vortrag, dessen Weitschweifigkeit und witzelnde Geschmacklosigkeit selbst der Majorität laute Zeichen der Ungeduld entlockte. Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit 20 gegen 3 Stimmen (Woeniger, Dunker, Runge) verworfen. Die Herren Beer und Jordan stellten darauf den neuen Antrag: „ob das Collegium, nachdem die Berufung des Städtetages verworfen, noch darüber berathen will, ob es zeitgemäß sei, eine lediglich aus dem Schooße des Magistrats hervorgehende Meinung in der deutschen Frage auszusprechen?“ Sie zogen indeß diesen Antrag später wegen der ungenügenden Form zurück und die Sache wurde somit verlassen.

† **Berlin**, 16. Mai. Die gouvernementalen Maßnahmen folgen bei uns jetzt rasch auf einander. Vorgestern Abend brachte der „Staatsanzeiger“ die Zurückberufung der preußischen Abgeordneten aus Frankfurt, gestern Abend ministerielle Republication des hiesigen Belagerungszustandes, wonach insbesondere die §§ 5, 6, 7, 24—28 der Verfassungsurkunde suspendirt werden; außerdem erfolgte eine neue Verfügung des General v. Wrangel, wonach auf Grund des Martialgesetzes vom 10. d. M. das Kriegsgericht angeordnet wird. Die gestrigen Erlasse erblickte man heute Morgen in aller Frühe als große Plakate an den Straßenecken angeschlagen, woselbst sie von dem Publikum begierig, aber lautlos gelesen wurden. Es überrascht in dieser Beziehung nichts mehr.

Die mobile Colonne, welche zum Operiren gegen Elberfeld und die umliegenden insurgirten Plätze bestimmt ist, wird sich vorläufig auf 16,000 Mann belaufen. — Die aus Elberfeld angekommene Deputation ist zwar beim Könige nicht vorgelassen worden, hat aber, wie wir von glaubhaften Seiten vernehmen, vom Ministerium die Versicherung erhalten, daß die Stadt Elberfeld vom Militär nicht beschossen, sondern eng cernirt werden solle, wenn keine Excesse innerhalb der Stadt weiter vorfielen. — Eine von der Deputation verlangte Amnestiebewilligung könne schon deßhalb nicht stattfinden, weil man gar nicht wisse, was seit der Abreise der Deputation noch in Elberfeld von den Insurgenten verübt worden sei.

Die Proclamation des Königs an sein Volk, schreibt die entschieden ministerielle „Const. Correspondenz“, findet sehr getheilten Beifall. Wäre sie 14 Tage früher erschienen, würde ihr Erfolg ein sichererer gewesen sein.

* **Berlin**, 16. Mai. Die heute ausgegebene Nummer des „Staatsanzeiger“ meldet die Ankunft des sächsischen Minister v. Beust aus Dresden und die Abreise des Minister Stüve nach Hannover. Ferner enthält derselbe die Bekanntmachung, daß gemäß Ministerialbeschlusses der Belagerungszustand von Berlin fortdauert. Motivirt wird dies wie folgt:

„In Erwägung, daß die Gründe, welche die durch Beschluß des Staatsministeriums vom 12. November v. J. ausgesprochene Verhängung des Belagerungszustandes über die Hauptstadt bedingten, noch nicht beseitigt sind; in Erwägung ferner, daß noch in neuester Zeit in hiesiger Stadt Versuche und Bestrebungen, Aufruhr zu erregen, hervorgetreten sind; in Erwägung endlich, daß ein Zustand, welcher die Aufhebung der für Berlin angeordneten Ausnahmemaßregeln gestattet, nur durch kräftige und vollständige Anwendung aller gesetzlichen Mittel herbeigeführt werden kann, beschließt das Staatsministerium: 1) Der über Berlin und seinen zweimeiligen Umkreis verhängte Belagerungszustand bleibt einstweilen nach den Bestimmungen und unter der Form des Gesetzes vom 10. Mai d. J. fortbestehen; ꝛc.“ General Wrangel, als Oberbefehlshaber in den Marken, ist mit der Ausführung dieser Anordnung beauftragt. — Die „Nationalzeitung“ ist vom Polizeipräsidium für den Umfang des Belagerungszustandes verboten.

Münster, 12. Mai. Zur Cernirung Elberfelds sind 6—7 Bataillone aus den ältern Provinzen bestimmt, heute sind mit der Eisenbahn zu Hamm bereits 18 Mann und ein Offizier als Quartiermacher angekommen und zu demselben Zwecke wird hier eine 12pfündige Batterie mobil gemacht. Die Unruhen bei dem Landwehrbataillon zu Warendorf sind beigelegt und die Leute zu ihrer Pflicht zurückgekehrt; fest steht es übrigens, daß am Tage des Zusammentritts des Bataillons von hier aus wohlbekannte Agitatoren nach Warendorf gingen und in einer von ihnen veranstalteten Volksversammlung den Geist der Widerspenstigkeit bis zu den bereits gemeldeten Excessen steigerten. Gestern ist auch bereits eine Regierungscommission dort gewesen, welche hierauf bezügliche Facta gesammelt hat. Dem Major Kayser ist das Haus demolirt worden; man hört nun, daß er nur im Stande der Nothwehr den verhängnißvollen Schuß gethan hat. (D. R.)

Düsseldorf, 15. Mai. Viele Elberfelder Familien sind gestern und heute noch hier eingetroffen, um den möglichen Eventualitäten zu entgehen, obgleich man auch hier Hoffnung auf friedliche Lösung dieser Frage hegt. Hier herrscht vollkommene Ruhe, nur ziemlich allgemeine Entrüstung über die Maßregeln der Regierung, welche die Leute in den Verzen zum Aufstande zwingen; vielseitig wird die Hoffnung auf endlichen Rücktritt des Ministeriums gehegt. So die „Kölnische Zeitung“.

§ **Düsseldorf**, 16. Mai. So eben, Mittags 1 Uhr, wird in allen Straßen durch Trommelschlag verkündet, daß die Einwohner bis spätestens 3 Uhr alle ihre Privatwaffen an die Militärbehörde abzuliefern haben, widrigenfalls gegen die Renitenten Haussuchung verordnet und im Falle Waffen bei ihnen gefunden werden, sie standrechtlich behandelt werden sollen. Auch die Mitglieder des hiesigen Schützenvereins, die alle bis an die Zähne bewaffnet sind, werden von diesen Maßregeln betroffen, die sich selbst auf die Waffenhandlungen erstreckt. — Der Belagerungszustand wird überhaupt hier mit aller Strenge gehandhabt und stört Handel und Verkehr. So ist z. B. der morgen beginnende Jahrmarkt, der 4 Tage dauert und Düsseldorf durch das Zusammenströmen der Landleute aus der ganzen Umgegend, die hier ihre Einkäufe für den Sommer zu machen pflegen, großen materiellen Vortheil bringt — verboten. Sogar die gottesdienstlichen Uebungen der Katholiken, insofern sie sich auf öffentliche Umzüge ausdehnen, haben unterbleiben müssen. Zeitung und Kreisblatt erscheinen nur noch als Anzeigeblätter, nur die Kölnische Zeitung darf hier offen ausgegeben werden. — Unsere Garnison bivouakirt fortwährend auf den öffentlichen Plätzen und unsere Stadt hat fortwährend die Physiognomie einer erobrten Festung. Daß unter diesen Umständen an Handel und Verkehr nicht gedacht werden kann, ist selbstredend. So haben denn auch die bereits begonnenen Vorbereitungen zu dem an den Pfingsttagen hier zu begehenden großen Niederrheinischen Musikfeste eingestellt werden müssen — ein neuer, für die Stadt höchst empfindlicher Nachtheil! Viele hiesigen Familien haben die Stadt verlassen, dagegen kommen täglich Flüchtlinge aus Elberfeld, die hier Schutz suchen.

* **Köln**, 14. Mai. Während in unserer Nachbarschaft der offene Aufstand erklärt ist, herrscht in Köln selbst, wenigstens äußerlich, die tiefste Ruhe. Wie überall gehen auch hier die Partien ihren verschiedenen Weg. Die constitutionelle Partei, die an einer starken Trägheit, an einem gewissen Indifferentismus leidet, hat sich allerdings entschieden gegen das Ministerium Brandenburg und für die Annahme der deutschen Verfassung erklärt, allein sie wird nicht mehr thun, als diese Erklärung öffentlich und in einer Adresse aussprechen. Die ultramontane Partei, die in der „Rheinischen Volkshalle“ ihre Vertretung hat, ist mit der Ablehnung der Kaiserwürde sehr zufrieden. Sie will keinen protestantischen Kaiser. Die Staatsverfassung ist ihr gleichgültig, sobald sie nicht mit der Kirchenverfassung collidirt. Diese Partei ist indessen nicht zahlreich und hat sich bei den letzten Wahlen ganz unmächtig erwiesen. Die demokratische Partei wollte von der deutschen Verfassung nichts wissen, so lange deren rasche und friedliche Einführung noch zu hoffen stand. Ihr Organ, die „Neue Rhein. Zeitung“, nannte die Paulskirche „mit edlem republikanischen Freimuthe“ den „Reichsrindviehstall“, sie schwärmte nur für die Errichtung einer „osteuropäischen Republik“, deren Mittelpunkt Ungarn sein sollte, und wollte von dem „schwarzrothgoldnen Hottentottenthume“ nichts wissen. Jetzt, da das Ministerium Brandenburg die deutsche Verfassung abgelehnt hat, nimmt die demokratische Partei dieselbe als Vorwand zur Agitation. Sie versuchte zunächst die Bürgerwehr, die im September v. J. suspendirt wurde, wieder ins Leben zu rufen. Der Gemeinderath lehnte dießfallige Anträge ab und blieb seinem Beschlusse, die Organisation der Bürgerwehr bis nach der Revision der Verfassung auszusetzen, getreu. Die Versuche, die einzelnen Compagnien zusammen zu berufen, und die Bürger zu bestimmen, sich selbst zu bewaffnen, sind auch nicht geglückt. Daß nun jetzt oder später ein Versuch gemacht werde, einen Aufstand hervorzurufen, ist wohl möglich; daß dieser Versuch gelinge, glaube ich nicht. Es würde sich aber nur die demokratische Partei daran betheiligen und die Anzahl derer, die zu einem kräftigen Handeln, zu einem Einsetzen des Lebens fähig sind, dürfte nicht allzu groß sein. Dagegen hat Köln eine Besatzung von sechs Bataillonen Infanterie, einem Regimente Cavallerie und genügender Artillerie. Der Commandant, Oberst Engels, ist energisch und umsichtig — obschon liberal — und die Soldaten sind durch die fortwährenden, unüberlegten Beleidigungen, die ihnen in öffentlichen Blättern wie auch zum Theil persönlich widerfahren, sehr gereizt. Demnach dürfte für Köln eine nachhaltige Störung der Ruhe nicht zu fürchten sein, falls eben die ausgebrochenen Bewegungen nicht überall um sich greifen. Letzteres glaube ich nicht. Ueber die Bewegungen in unserer Nachbarschaft wissen wir wenig mehr als Gerüchte. Man wird auswärts leicht geneigt sein, diese Bewegungen falsch zu beurtheilen, die verschiedenen Parteien werden sie nach ihrer Auffassung verschieden ansehen, und die eine wird von reiner Republik sprechen, wo die andere nichts als Freiheitsbegeisterung sieht. Ich enthalte mich vor der Hand jedes Urtheils, da uns eben nichts als Gerüchte bekannt sind. Indessen möchte ich Sie doch auf drei Umstände aufmerksam machen. Erstens ist die Bewegung bis jetzt nur in Fabrikbezirken zum offenen Aufstand ausgeschlagen, denn sowohl Elberfeld als Iserlohn, sowie überhaupt die ganze Mark, als auch die auf dem diesseitigen Ufer liegenden Städte, in denen man zum Widerstand gegriffen hat, Crefeld, Viersen, Gladbach sind Fabrikbezirke. In diesen Bezirken hatte sich das Truckfystem sehr eingenistet und auch vor 2 Jahren führte die Presse einen ernstlichen Krieg gegen dieses System. Ich will damit nicht behaupten, daß die gedrückte Lage der Arbeiter den Aufstand gemacht habe — allein diese Umstände verdienen jedenfalls berücksichtigt zu werden, wenn man sich ein Urtheil über die Lage der Dinge bilden will. Der zweite Umstand ist der: die Bewegung hat mit der Weigerung der Landwehr begonnen, sich einkleiden zu lassen. Man ist nun leicht geneigt, der ganzen Landwehr zuzutrauen, daß sie sich an dieser Bewegung betheiligen werde, man schöpft aus diesem Umstande schon die Hoffnung, daß die Landwehr eine organisirte Macht sei, die man dem Ministerium Brandenburg entgegensetzen könne. Allein diese Hoffnung könnte sich leicht als trüglich erweisen. Die Weigerungen von Landwehrmännern sind nur sehr vereinzelt vorgekommen, selbst von Elberfeld ist der größte Theil der Landwehrmänner bereitwillig abmarschirt, während in der ganzen Rheinprovinz die Reserven unweigerlich eingetreten sind. Ebenso hat sich bei andern Bataillonen der Landwehr eine weit größere Anzahl zum Einkleiden gemeldet, als man haben wollte, ja bei der allgemeinen Stockung des Verkehrs ist es manchem willkommen, durch Eintreten in das Regiment der Nahrungssorgen überhoben zu sein. Wenn man nun bedenkt, daß das Einberufen der Landwehr überhaupt Mißstimmung hervorrufen mußte, so darf man dem Umstande nicht zu viel Gewicht beilegen, daß diese Mißstimmung hier und da in augenblickliche Weigerung umschlug. Ich glaube, daß fast ganz Norddeutschland die Einheit Deutschlands ernstlich und entschieden will — aber mit dem Ungestüm der Süddeutschen geht es nicht vorwärts und zu einem Bürgerkriege wird es sich nicht leicht entschließen, um das etwas früher zu erlangen, was später doch kommen muß — die Einheit. Und niemand wird leugnen, daß der Bürgerkrieg ein etwas sonderbares Mittel ist, ein Volk zur Einheit zu bringen.

* **Köln**, 15 Mai. Man hat es bisher vermieden, die rheinische Landwehr einzuberufen. Nur an einigen Orten sind je 100 Mann eingekleidet worden, um die Zeughäuser zu beschützen. Heute ist aber der Befehl hier eingetroffen, auch 100 Mann des Kölner Bataillons einzuziehen. Daß sich bei Einzelnen Widerstand zeigen wird, ist fast mit Gewißheit zu erwarten, ob dieser Widerstand aber ein durchgreifender sein, oder zu Conflicten führen wird, läßt sich noch nicht beurtheilen. Die Versuche, die Bürgerwehr, oder vielmehr einen gefügigen Theil derselben zu bewaffnen, werden fortgesetzt. Es sollen bereits 1000 Gewehre von auswärts angekommen sein, die zu diesem Zwecke dienen sollen. Wenn übrigens diese Bewaffnung in irgend einer Art in die Oeffentlichkeit treten wollte, so würde sie uns zunächst die Unannehmlichkeit des Belagerungszustandes zuziehen. Aus der Mark ist nichts Neues zu berichten. In Elberfeld herrscht äußerliche Ruhe. Dennoch flüchtet von dort, wer eben fort kann. In Iserlohn sieht es wüster aus. Das dortige Landwehrhaus ist in den Händen der Aufständischen und die vielen kleinen Fabrikstädte der dortigen Gegend haben ihr Contingent nach Iserlohn geschickt. Die Bauern klagen daselbst über einige Verwirrung der Begriffe von Mein und Dein, die bei den Aufständischen vorkommen sollen. Sollte die Bewegung auf die dortigen Fabrikbezirke concentrirt bleiben, so wird man ihrer hoffentlich ohne Blutvergießen Herr werden. Die ganze Gegend ist arm an Naturerzeugnissen, aber reich an Menschen. Sie kann deßhalb ohne Zufuhr von Lebensmitteln nicht bestehen. Schneidet man diese ab, so wird die Bewegung in sich ersticken. Alles deutet darauf hin, daß die Regierung diesen Plan verfolgt. Welche Wirkung die Nachrichten von den erneuerten Aufständen in Baden hier haben werden, läßt sich noch nicht beurtheilen. Die Umsturzpartei wird neuen Muth schöpfen, die anderen Parteien werden sich dagegen desto mehr von aller politischen Thätigkeit zurückziehen. Die Theilnahme an öffentlichen Dingen, die Gut und Blut für eine Idee in die Schanzen schlägt, ist noch nicht sehr allgemein bei uns. Die Behandlung des preußischen Bataillons, das auf Befehl des Reichskriegsministers nach Landau gegangen war, das überall zurückgewiesen wurde, von dem der Reichscommissär Eisenstuck sich zu sagen erlaubte, es sei als Feind gekommen, hat hier einen bösen Eindruck gemacht. Daß Herr Eisenstück das Bataillon zurückschickte, mag in der Lage der Dinge seine Rechtfertigung finden, aber die Erklärung desselben, die Truppen, die einfach einem Befehle nachkommen, seien als Feinde erschienen, ist doch wirklich etwas stark. Die Einheit Deutschlands wird doch sicher nicht gefördert, wenn Personen in officieller Stellung den einen Volksstamm dem andern gegenüber als Feind bezeichnet. Es scheint aber in neuerer Zeit vielfach vergessen worden zu sein, daß die Parteien innerhalb eines Staates wohl Gegner, nie aber Feinde sein können, soll der Staat anders bestehen können.

□ **München**, 16. Mai. Die Studentenbewegung bietet noch immer beachtenswerthe Momente dar, doch scheint es durchaus nicht, als vermöchte die Partei, welche sich unter unsern Studirenden für Selbstbewaffnung auf die Reichsverfassung gebildet hatte, im Wachsen begriffen sei. Im Gegentheil, wie die 200 bis 250, mit den Polytechnikern etwa 300 Studirenden, welche wir hier vor Augen haben, ihre Parolen vom Märzverein erhalten, so haben die conservativen und reactionären Vereine angefangen, kräftigst in ihrem Zwecke auf die Studentenschaft zu influiren. So sehen sich alle constitutionelligesinnten Studenten für heute Abend zu einer Versammlung in der Nähe des botanischen Gartens aufgefordert, und eine studentische Gegenadresse, resp. Dankadresse an das Gesammtministerium für dessen Widerstand gegen die Reichsverfassung ist ebenfalls im Werke und darf auf viele Unterzeichnung rechnen. Wer recht genau sein wollte, der würde dagegen sein Gewissen beschweren, wenn er die Zahl derjenigen wirklichen Studenten, die gestern Nachmittag der von der Praterversammlung von vorgestern beschlossenen Selbstbewaffnung auf die Reichsverfassung beigewohnt haben, höher schätzte, als auf 200, oder mit den Polytechnikern und anderen sich zudrängenden jungen Leuten höchstens auf 300. Wenn unsere heutige Localblätter daher von 500 und 600 Studenten reden, die den Eid geleistet haben sollen, so müssen ihre Berichterstatter einige hundert bloße Zuschauer mit eingerechnet haben. Der Act selbst wurde ruptim et raptim, als fürchte man unwillkommene Störung, die auch polizeilich allen Ernstes beabsichtigt gewesen sein soll, so kurz abgemacht, daß man auf einem Stadtgerichte keine Beeidigung flüchtiger abmachen könnte. Indessen ein Anfang ist immerhin gemacht; wer weiß, was uns schon die nächsten Tage bringen? Ueberall gibt's jetzt hier Desertionen. Soldaten verlassen die Casernen und das Lager, Studenten (ganz abgesehen von einigen eigentlichen Flüchtlingen) wenden der Universität den Rücken, und Gesellen scheiden aus den Werkstätten, — um nach der Pfalz zu wandern, woher sie nämlich stammen und wohin sie nun eilen wollen, entweder von den Ihrigen gerufen, oder sonst entschlossen, das Geschick ihrer Stammesgenossen zu theilen. Umgekehrt sind auch einige Pfälzer bei uns eingekommen, muthmaßlich auch in streitfertiger Absicht, aber lange nicht Alle, die eigentlich kommen sollten, wie meinen nämlich die pfälzischen Mitglieder der Abgeordnetenkammer. Morgen würden wir, wäre nicht das Himmelfahrtsfest dazwischen gekommen, wohl die erste Kammersitzung erhalten haben. Vielleicht entscheidet sie schon. Das Ministerium nicht weniger als die beiden Kammern werden entschlossen sein, das Unausbleibliche rasch herbeizuführen. — So eben lesen wir, daß die jetzt sogenannte Praterstudentenschaft vorgestern auch Beschluß dahin gefaßt hat, für den in Haft gebrachten Commilitonen Zindel zu intercediren. Das Parlament „soll die Freilassung dieses deutschen Bürgers sofort verfügen und die Behörden, welche die Verhaftung decretirt, zur Verantwortung ziehen.“

Dresden, 13. Mai. Ueber die Zahl der Todten und der Verwundeten herrscht noch viel Dunkel. Außer den vierzehn Insurgenten, die am 3. vor dem Zeughause durch Kartätschen getödtet sind, und die wir in dem Klinikum sahen, fanden wir noch auf dem sogenannten neuen Elisabethgrabe

72 in einer Grube und 10 in Särgen, auf dem sogenannten neuen Armenkirchhofe lagen 46 auf dem Grase, mehrere waren bereits verscharrt. Viele dieser Insurgentenleichen waren gräßlich zu schauen. Die Zahl der Verwundeten auf Seite der Insurgenten können wir nicht anzeigen, da die Lazarethe uns noch nicht zugänglich gewesen sind; doch haben wir viele Krankenbahren tragen sehen. Mancher Verwundete ist auch nicht in die Lazarethe gebracht, und mancher Todte ist nach gewöhnlichem Brauche beerdigt worden. Die Zahl der gefangenen Insurgenten, gegen welche die Untersuchung vor dem Stadtgerichte zu Neustadt-Dresden eingeleitet ist, beläuft sich jetzt auf nahe an 300; es frägt sich, ob sie vor ein Schwurgericht werden gestellt werden. Die Entscheidung hierüber liegt in der Hand des Justizministeriums. Von denen, die man als Leiter betrachtet, sind gefangen: Heubner, Adv. Biöde, Dr. Minkwitz, Adv. Hipscheld, Stickel, Herausgeber der Volksblätter, Oberstlieutenant Heinz, der Russe Bakunin. Im Lande finden zahlreiche Verhaftungen statt. Es sollen viele Papiere in Beschlag genommen worden sein. (D. Ref.)

Stuttgart, 16. Mai. Der heutige „Merkur" enthält folgenden Erlaß des Kriegsministeriums: Zu Folge eines Erlasses der Centralgewalt sollen das erste Contingent und die Reserve des 1. Armeecorps Angesichts der den Reichsfrieden und die öffentliche Sicherheit in hohem Grade bedrohenden Zustände alsbald für den Reichsdienst unter Waffen gestellt werden. Demzufolge ist das k. Kriegsministerium genöthigt, eine ausgedehnte Einberufung der Beurlaubten der Infanterie und eines Theils der Specialwaffen anzuordnen. Indem man dieses hiemit zur öffentlichen Kenntniß bringt, wird noch angefügt, daß die namentlichen Einberufungen auf dem gewohnten Wege durch die Regimentscommandos geschehen werden. Man versieht sich zu dem treuen und gesetzlichen Sinn der Militärs und der Ortsbehörden, daß den erlassenen Befehlen schleunige und pünktliche Folge geleistet werde. Kriegsministerium.

††**Hannover**, 15. Mai. Die Herren v. Bret und Lüder sind nicht, wie ich in meinem letzten Briefe mittheilte, verhaftet worden, sondern befinden sich noch auf freiem Fuße. Bei beiden haben indessen Haussuchungen statt gefunden, und ist wider Herrn Lüder eine Spezial-Inquisition eingeleitet worden. — Verhaftet ist seit gestern Nachmittag der Redacteur der „Zeitung für Norddeutschland", Herr Th. Althaus. Er sitzt auf dem Cleverthor gefangen. Ein Artikel in der Sonntagsnummer seiner Zeitung ist der Grund seiner Verhaftung. In demselben war einem Landesvertheidigungsausschusse für Hannover das Wort geredet worden. Man hatte auf die Vorgänge in der Pfalz, sowie auf die letzten Frankfurter Beschlüsse hingewiesen, und dabei von rebellischen (renitenten, widerstrebenden) Regierungen gesprochen. Wahrscheinlich wird Herr Althaus einen höchst langwierigen Hochverrathsproceß zu bestehen haben. — Herr Dr. Schläger, Präsident des Volksvereins, befindet sich gleichfalls in Untersuchung. Andere Männer erwartet dasselbe Schicksal. Minister Stüve war kurze Zeit hier anwesend. Er ist bereits wieder abgereist. Ob nach Berlin, ob nach Frankfurt? darüber lauten die Angaben verschieden. Bei seiner hiesigen Anwesenheit hat eine Sitzung des Gesammtministeriums stattgefunden, auch ist der Staatsrath versammelt gewesen. Indessen ist bis zu diesem Augenblicke aus den Verhandlungen dieser Sitzungen noch weiter nichts in größeren Kreisen bekannt geworden. — Die Beurlaubten unserer Armee sind sämmtlich einberufen worden, und unterhält man sich von einem allgemeinen Garnisonswechsel, der in unserm Lande vorgenommen werden soll. Uebrigens herrscht tiefe Stille in der Residenz, in den Provinzen. Die schwarz-roth-goldene Fahne trauert. Wann wird die Stunde kommen, daß sie wieder freudig im Sonnenglanze flattern kann?

Karlsruhe, 15. Mai. Die hier anwesenden Mitglieder des seitherigen Ministeriums haben an alle Behörden folgende Erklärung mitgetheilt: „Durch die Ereignisse der letzten Tage wurde der Großherzog bewogen, das Land zu verlassen, und auch die Mitglieder des Staatsministeriums sind nicht anwesend. Ein Landesausschuß hat die Zügel der Regierung ergriffen, und übt thatsächlich die öffentliche Gewalt aus. Die hier befindlichen Mitglieder der Ministerien haben geglaubt, eine Pflicht gegen das Land zu erfüllen, wenn sie bis auf Weiteres ihre Amtsverrichtungen fortsetzen, damit die verfassungsmäßigen Organe der Staatsverwaltung möglichst in Thätigkeit erhalten werden. Sie werden den verlangten Eid, welcher neben der Reichsverfassung auch die Landesverfassung wahrt, in nachstehender Formel leisten: „Ich verspreche mich auf Ehre und Gewissen, unbedingt und ohne Rückhalt die Durchführung der Reichsverfassung mit allen meinen Kräften zu unterstützen und den Anordnungen des Landesausschusses für Baden, unbeschadet meiner auf die Landesverfassung geschehenen Verpflichtung, Folge zu leisten, so wahr mir Gott helfe und meine Ehre mir heilig ist."

Karlsruhe, 15. Mai. Einem Schreiben des Schwäb. Merkurs von diesem Datum entnehmen wir Folgendes: Von den Mitgliedern der Executivcommission ist Eichfeld Offizier, Borgg ein Mannheimer, bisher zweiter Vorstand des Landesausschusses; Lanzano ist Oberbürgermeister. — 3 Uhr. Generalmarsch der Bürgerwehr, welche sich auf dem Marktplatz sammelt. Ebendahin ziehen auch die gestern und heute eingerückten Truppen, nebst den Freischaaren, letztere einige Bataillone stark. Sie gehen unter Trommelschlag an den Bahnhof, um sogleich nach Mannheim befördert zu werden. Den Abzug leitete Kriegsminister Eichfeld persönlich. Morgen werden weiter einige tausend Mann Freischaaren aus dem Seekreis erwartet. — Der regierende Landesausschuß ist um 4 Mitglieder laut Anschlag verstärkt worden: Struve, Damm (Reichstagsabgeordneter) von Tauberbischofsheim, Ziegler, Advocat von Karlsruhe und Thibaut von Ettlingen. — 4 Uhr. Es ziehen neue Freischaaren ein, bei denen man eine deutsche Fahne mit der Aufschrift „Bodersweier" sieht. — Ein hiesiger Einwohner, der eben von Lauterburg kommt, versichert mich, daß dieses Städtchen mit Flüchtigen ganz überfüllt sei; 250 Familien, worunter auch das Staatsministerium und Offiziere.

Karlsruhe, 16. Mai. Heute ist Schlöffel, der Abgeordnete zur deutschen Reichsversammlung, hier eingetroffen. — Gestern Abend kam Fickler von Konstanz hier an, um an den Berathungen des Landesausschusses Theil zu nehmen. (K. Z.)

Mannheim, 15. Mai. Die Militärcommission, welche gestern hier gebildet wurde, ist nun in voller Thätigkeit; die Cavallerie hat bereits diesen Vormittag auf die Reichsverfassung geschworen, und die Infanterie wird es, wie man sagt, um 4 Uhr thun. Gestern Abend fielen noch manche merkwürdige Scenen hier vor; verschiedene Soldaten traten als Redner auf und wurden von ihren Kameraden auf den Schultern getragen; diesen Morgen aber und theilweise noch in letzter Nacht verließen viele Soldaten mit voller Ausrüstung den hiesigen Platz und schicken sich zur Heimkehr an; auf erhaltene Anzeige sind aber dagegen scharfe Vorkehrungen getroffen worden. Ein Theil des Militärs, hauptsächlich die Dragoner und Unteroffiziere der Infanterie, scheint übrigens der neuen Wendung der Dinge nicht besonders geneigt zu sein. Hier und vornämlich in Ludwigshafen wimmelt es von jungen bewaffneten Bürgern, denen immer noch der Name Freischaaren zu Theil wird. Man exercirt über dem Rhein bereits mit Kanonen. — Eine Ladung Kanonenfugeln, welche, wie frühere Sendungen, den Neckar hinauf nach Ulm gelangen sollte, wurde gestern in Worms festgenommen. Pulvervorräthe treffen in bedeutender Masse aus Reinhessen ein. Alle Schiffe und Dampfschiffe werden untersucht, heute sollen mehrere Kisten mit Gewehren hier abgenommen worden sein. Die hiesige Bürgerwehr ist mit aller Hingebung in Dienst, die schönste Ruhe und Ordnung wird gehandhabt. — Wie man hört, stellten mehrere hiesige Bankierhäuser bedeutende Summen der neuen Behörde zur Verfügung. — Ein schweizerischer Artilleriehauptmann, der sich schon im letzten Sonderbundskrieg auszeichnete, bot seine Dienste an; er soll bereits nach Rastatt abgegangen sein, und ihm werden, wie man vernimmt, noch mehrere Schweizer nachfolgen. So eben hört man, daß die Beamten des hiesigen Stadtamts ihre Thätigkeit eingestellt haben und sich von hier entfernten. Jeden Augenblick ereignen sich jetzt inhaltschwere Dinge, der Entwicklung sieht man mit Spannung entgegen. (S. M.)

Mannheim, 17. Mai, Nachmittags 2 Uhr. Soeben langt die Nachricht hier an, daß sich an der badisch-hessischen Grenze ein hessisches Observationscorps zusammenzieht. Die Zahl der Truppen wird verschieden von 2000—4000 Mann angegeben. General Wachter führt das Commando. Großherzog Leopold verweilt in Mainz. (Y) Oberst Hiekeldey hat die württembergische Grenze erreicht. (Noch nicht bestätigt.) Mannheim ist ruhig. (M. J.)

□* **Heidelberg**, 17. Mai. Zur Beruhigung der auswärtigen Angehörigen der hiesigen Studierenden theile ich Ihnen mit, daß die Ruhe in hiesiger Stadt bisher noch in keiner das Eigenthum oder die Personen bedrohenden Weise gestört worden, und überhaupt in dieser Beziehung keiner Besorgniß Raum zu geben ist. Auch haben die Vorlesungen an der Universität bisher keine wesentliche Unterbrechung erlitten. Das akademische Directorium hat bereits auch alle in seiner Macht stehenden Schritte gethan, um den ununterbrochenen Fortgang der Vorlesungen zu sichern.

Rastatt, 15. Mai. Gestern ließ sich eine Commission der provisorischen Regierung die Cassen der Festungsbaudirection, der Obereinnehmerei, der Zollverwaltung und des Lyceums aushändigen, worüber Protocolle aufgenommen und Quittungen ausgestellt wurden. Heute wird öffentlich verkündet, daß Bürgermeister Sallinger zum Civilgouverneur der Festung Rastatt vom Landesausschuß ernannt sei. Von den Festungsarbeitern dürfen diejenigen bleiben, welche bis morgen von der Festungsbaudirection Bescheinigung nachweisen, daß sie Beschäftigung erhalten haben; man scheint also auf deren Fort- und Ausbau der Festung eben so ernstlich, als auf deren Vertheidigung bedacht zu sein. Diejenigen Wallgeschütze, welche bisher im Schloßhofe und Garten aufgehäuft lagen, werden möglichst rasch auf Lafetten und die Wälle gebracht und junge Leute zu deren Bedienung eingeübt. Zuzüge von außen erhielten wir noch nicht, wohl aber gingen Truppenabtheilungen von hier ab, um die etwa noch widerspenstigen Karlsruher zur Ordnung zu bringen. Hier ist diese vollkommen hergestellt und, wenige Störungen abgerechnet, geht alles seinen gewohnten Gang. (Fr. J.)

⊙ **Rastatt**, 17. Mai. In Folge Befehls der Executivcommission — Ministeriums des Krieges — in Karlsruhe hat uns diesen Mittag die österreichische Besatzung, Artilleristen und technische Truppen, welche bei dem Festungsbau beschäftigt waren, verlassen. Sie nimmt ihren Weg durch Württemberg über Freudenstadt und Friedrichshafen nach Bregenz, geleitet von einem Commissär, der aller Orten für den nöthigen Schutz zu sorgen hat. — Unsere Stadt ist vollkommen ruhig. Die mit den Geschäften betrauten Personen vom Civil und Militär erfüllen mit Eifer ihre Pflicht und für die innere Ruhe und Ordnung ist die städtische Bürgerwehr unausgesetzt thätig. Sämmtliche Festungsarbeiter sind entlassen, bis auf die allernothwendigsten Mauren. Da ferner die Festungsthore bei Tag und Nacht geschlossen, die Brücken aufgezogen sind und Niemand ohne Schein des Bürgermeisters ein- oder ausgehen darf, so ist für die Bewohner der Stadt überall kein Grund zu Besorgnissen vorhanden, zumal auch das noch anwesende Militär ganz im Einverständniß mit der Bürgerwehr handelt. Alles hat freilich ein ganz kriegerisches Aussehen; die Wälle rings um die Stadt sind mit Kanonen und zahlreichen Wachen besetzt. Ein Bataillon des dritten Infanterieregiments ist vor 2 Tagen nach Karlsruhe aufgebrochen und dort mit dem Landesausschuß unter dem Jubel der Bevölkerung eingezogen, aber schon den folgenden Tag nach Mannheim abgegangen. Seine weitere Bestimmung ist uns nicht bekannt. Der bisherige Gouverneur v. Cloßmann ist gestern mit seiner Familie von hier nach dem Elsaß gereist. Der Bürgermeister und der gegenwärtig als Gouverneur functionirende Hauptmann Greiner begleiteten ihn zu Fuß bis ans Rheinthor. Unsere Civilbeamten sind entlassen und die beiden Rechtspraktikanten Hamme und Szuhain mit den Geschäften beauftragt. An den Großherzog, der sich im Elsaß befindet, ist eine Einladung vom Landesausschuß ergangen, zurückzukehren. Er hat sich 3 Tage Bedenkzeit genommen, welche morgen ablaufen. Da steht uns denn eine neue Krisis bevor. Es wäre der unheilvollste Rath, wenn seine Umgebung ihn von der Rückkehr abmahnen sollte. Man hört stündlich die Aeußerung der Soldaten und Bürger, daß sie den Großherzog wollen. Auch ist überall nicht die Rede von der Republik. Haben doch unsere Soldaten den Herrn Struve, als er vor dem Thore ankam, nicht eingelassen und auch Herr Raveaux, welcher vom Sonntag auf Montag hier war, hat demselben abgerathen, in die Stadt zu gehen. Noch könnte Alles einen versöhnlichen Ausgang nehmen, wenn von allen Seiten mit ruhiger Ueberlegung gehandelt würde. In Bruchsal ist gestern der Oberbeamte Seibelt entsetzen, und die übrigen Beamten sofort ihrer Wirksamkeit enthoben worden.

× **Freiburg**, 16. Mai, Morgens. Ueber die hiesigen Vorgänge berichte ich Ihnen weiter: Heute früh sind sämmtliche gestern ausmarschirten badischen Truppen wieder zurückgekehrt; das Abrathen der Offiziere war fruchtlos. Sie werden alsbald auf die Reichsverfassung beeidigt werden. General v. Gayling, General v. Hoffmann und Generallieutenant v. Miller stehen an der Spitze einer württembergischen Truppenmacht außerhalb der Stadt. Sie haben erklärt, wenn die Soldaten nach stattgehabter Beeidigung auf die deutsche Verfassung wieder zum Gehorsam zurückkehren und nicht auf Vollzug der Offenburger Beschlüsse beharren, sei Pardon gegeben. Sie weigerten sich jedoch, worauf General v. Miller erklärte, als Feind in die Stadt einrücken zu müssen. Hierauf wurde von Seite des Magistrats parlamentirt und in Folge dessen geht so eben Bürger Emmerling als Bevollmächtigter nach Frankfurt, um einen Reichscommissär zu erbitten. Die öffentlichen Gebäude und die Häuser der Stadt sind mit deutschen Fahnen geschmückt.

× **Freiburg**, 16. Mai, Nachmittags. So eben wird officiell bekannt gemacht, daß der königl. württembergische General v. Miller das Freiburger Gebiet verlassen und seinen Rückmarsch an die württembergische Grenze angetreten habe. Es heißt, der König von Württemberg habe erklärt, seine Truppen nicht zur Unterdrückung einer der Reichsverfassung geltenden Bewegung verwenden zu können. In Folge des Abmarschs dieser Truppen herrscht große Freude unter den Einwohnern. — Es ist so eben wieder ein Bataillon vom 3. badischen Regiment hier eingerückt. — Abends. Den ganzen Nachmittag über sind einzelne Compagnien vom 1., 2., 3. und vom Leibinfanterieregiment hier eingetroffen und einquartiert worden; sie werden sämmtlich morgen auf die Reichsverfassung beeidigt werden. Die Zahl der im Ganzen im Augenblick hier befindlichen badischen Truppen beträgt über 3000 Mann.

Darmstadt, 16. Mai. In der heutigen Sitzung der zweiten Ständekammer trug der Kriegsminister, Graf Lehrbach, nachstehenden Erlaß des Reichsministeriums d. d. 13. Mai 1849, an den gr. Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt Deutschlands Hrn. Ministerialrath Eigenbrodt vor: „Ein in der Festung Rastatt ausgebrochener militärischer Aufstand, welcher den Besitz dieser Reichsfestung für den Augenblick in die Hände zügelloser Empörer fallen ließ, muß das Reichskriegsministerium veranlassen, bei der Gefahr, welche dem Gesammtvaterlande durch dieses Ereigniß und andere damit zusammenhängende militärische Empörungen im Großherzogthum Baden droht, dem Generallieutenant v. Miller den Auftrag zu ertheilen, Angesichts des Empfangs der betreffenden Ordre, mit allen zu seiner Verfügung stehenden Truppen des mobilen Corps sich nach Rastatt zu wenden und sich wieder in den Besitz dieses wichtigen Punktes zu setzen. — Die oben geschilderte ernste Lage der Dinge macht es aber zugleich unerläßlich, das bezeichnete Corps durch Zuziehung aller sonst noch verwendbaren Truppen auf eine solche Stärke zu bringen, daß dasselbe im Stande sein wird, durch mit aller Energie geführte Operationen den Aufstand und die Anarchie, wo solche sich daselbst zeigen möchten, mit allem Nachdrucke zu bekämpfen. Es ist daher durch die provisorische Centralgewalt beschlossen worden, für diesen Zweck die gesammten, nicht bereits im Reichsdienst stehenden großherzogl. hessischen Truppen bei Darmstadt unter dem Befehl eines großherzoglichen Generals zusammenzuziehen, und das Reichskriegsministerium beehrt sich demnach, Ew. Hochwohlgeboren ergebenst zu ersuchen, an die großherzogliche Regierung die Aufforderung ergehen zu lassen, daß sofort und ohne den mindesten Verzug diese Maßregel durch die entsprechenden Befehle an die betreffenden Abtheilungen in Ausführung gebracht werde. Demnächst wird noch ergebenst bemerkt, daß auch ein herzoglich nassauisches Bataillon den Befehl erhalten hat, schleunigst nach Darmstadt zu rücken, um dort sich dem großherzoglichen Truppencorps anzuschließen und mit unter den Befehl des Commandos dieses Truppencorps zu treten. — Es wird zugleich, Angesichts der die öffentliche Ordnung und Sicherheit ganz Deutschlands bedrohenden Zustände, für unumgänglich nöthig erachtet, daß überhaupt alle ausgebildete Mannschaft der activen Armee wie der Reserve, soweit solche in bestimmte Formationen eingereiht und bewaffnet werden können, sogleich einberufen und unter die Waffen gestellt werde, um dieser bedrohlichen Lage des Vaterlandes gegenüber, nicht allein in kürzester Frist über größere Streitkräfte verfügen zu können, sondern auch verführerischen Einflüsterungen alle waffenfähige Mannschaft möglichst zu entziehen. Das Reichskriegsministerium erinnert zweifelt nicht, daß es in dieser Krisis, welche nur durch das Zusammenwirken aller Kräfte des Gesammtvaterlandes bestanden werden kann, von der großherzoglichen Regierung die möglichste Unterstützung finden wird, da es keines Beweises bedarf, daß es sich jetzt nicht mehr um locale Interessen, sondern um die Wohlfahrt und Existenz des Ganzen und aller seiner Theile handelt. Der interimistische Reichsminister des Krieges. v. Peucker."

* **Darmstadt**, 17. Mai. Unsere braven Truppen sind gestern und heute nach der badischen Grenze gezogen. Bereits stehen das 2., 3. und 4. Infanterieregiment daselbst, jedes 2000 Mann stark, dann 2 Bataillone Württemberger (vom 4. und 8. Regiment), 1 Bataillon Nassauer, hessische Reiterei und Artillerie zu Fuß und Pferd. Das 1. Infanterieregiment steht noch hier, jeden Augenblick zum Abmarsch bereit. Heute war die Eisenbahn den ganzen Tag in Bewegung, die Truppen und Militäreffekten in Extrazügen fortzuschaffen. Die Truppen zeigten sich von gutem Geiste beseelt und zogen unter Jubelgesängen ab. General von Schäffer (bekannt als Gesandter in Berlin und Reichscommissär in Posen zur Bestimmung der Demarcationslinie) wird das gesammte über 10,000 Mann starke Corps commandiren und morgen zur Uebernahme des Commandos von hier abgehen. — Der Großherzog hat gestern folgenden **Tagesbefehl** an die Truppen erlassen:

„Soldaten! Die Lage des deutschen Vaterlandes nöthigt mich, Euch zu Euren Fahnen zu rufen. Ich habe die deutsche Reichsverfassung anerkannt und werde sie daran halten, sowie ich alle Verheißungen getreulich erfüllt habe und erfüllen werde, die ich meinem Volke gegeben. Eine verbrecherische Partei jedoch erhebt wieder ihr Haupt, um Gesetz und Ordnung zu Boden zu treten, alles Bestehende umzustürzen und den Bürgerkrieg mit seinen Gräueln in die deutschen Gauen zu tragen. Ihr habt vernommen, welcher Ruf deßhalb von dem Reichsverweser, Erzherzog Johann, an die im Reichsdienste stehenden Truppen ergangen ist. Auch Ihr seid der ehrenvollen Verwendung für den Reichsdienst gewärtig; auch für Euch gelten dann die Worte des Reichsverwesers: „die Sicherheit des gesammten deutschen Vaterlandes ist Euerer Ehre anvertraut.“ Diese erhebenden Worte werden nicht ungehört verhallen; sie werden tief eindringen in die biederen Soldatenherzen der hessischen Krieger. Seit Jahrhunderten ist Treue, Tapferkeit und militärischer Gehorsam das ruhmvolle Erbtheil des hessischen Soldaten, — und daß Hessens Söhne ihre Väter nicht verleugnen, das haben sie im vorigen Jahre in Baden und in Frankfurt bewiesen. Wie damals die hessischen Krieger durch die siegreiche Bekämpfung ähnlicher frevelhaften Versuche Andern ein Muster waren, — wohlan, meine braven Soldaten, so geht auch jetzt voran in Treue, Tapferkeit und Mannszucht; zeigt Euch als echte Söhne des Vaterlandes, indem Ihr auch jetzt erfüllt, was Ihr damals zum Ruhm des deutschen und des hessischen Namens erfüllt habt, als ich Euch zurief: „„Ich baue auf Euch, wie das ganze Vaterland auf Euch baut!““ Ludwig.“

Aus **Rheinhessen** ist heute Abend die Nachricht hier eingetroffen, daß die Freischärler Worms besetzt hätten; sie bezweckten, dem dort garnisonirenden dritten Infanterieregimente den Abzug streitig zu machen, dasselbe war aber schon nach der Bergstraße abmarschirt. Auch sollen bereits preußische Truppen in Oppenheim stehen. Pikets Reiterei unterhalten die Verbindung dieses Uebergangspunktes an dem Rheine mit hier. In Oberhessen sind ebenfalls preußische Truppencorps in beträchtlicher Stärke angesagt und sollen zum Theil schon eingetroffen sein. Sie sind wahrscheinlich zu einem Observationscorps bei Wetzlar bestimmt.

Darmstadt, 17. Mai. In Erfüllung des gestern mitgetheilten Erlasses des Reichskriegsministers, sind die gr. Truppen, in Verbindung mit einem Bataillon Nassauer, dazu bestimmt, zwischen hier und der badischen Grenze Standquartiere zu beziehen, zu welchem Zwecke bereits mehrere Körper vorgeschoben sind und das ganze Corps, etwa 10,000 Mann stark, unter dem Commando des General Wachter, als Observationscorps gegen die Unruhen im Badischen zu betrachten ist. Mit den gestern abmarschirten Truppen verfügte sich auch der gr. Kriegsminister, Graf Lehrbach, in das nahe an der badischen Grenze aufzustellende Hauptquartier. Heute Morgen passirten bereits mehrere Abtheilungen württembergischer Truppen, von Frankfurt kommend, in südlicher Richtung an unserer Stadt vorbei

Mainz, 17. Mai. Diesen Morgen sind zwei Compagnien Preußen nebst einer Abtheilung Dragoner über Rostheim ins Gerauer Land gerückt. (M. J.)

Worms, 14. Mai. 4 Uhr Nachmittags. So eben kommt uns eine Depesche von unserer Commandantur in Ludwigshafen zu, die die ganze waffenfähige Mannschaft auffordert, sogleich nach Ludwigshafen zu ziehen.

Wiesbaden, 16. Mai. Heute ist bereits die Vereidigung der Civilbeamten auf die Reichsverfassung begonnen worden. — Der Commandant der Bürgerwehr erläßt in der „Nass. Allgem. Zeitung“ folgende Bekanntmachung: Wie ich in Erfahrung bringe, hegen hier wohnende Fremde die Besorgniß, es stünden auch hier, wie in mehreren Nachbarstaaten, Unruhen zu vermuthen. Ich beeile mich, derartige Gerüchte zu widerlegen und nach meiner innern Ueberzeugung die Versicherung auszusprechen, daß die Masse der hiesigen Wehrmannschaft, nur von einem gesetzlichen Geiste beseelt, Alles aufbieten wird, was zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung beitragen kann.

* **Schwerin**, 16. Mai. Im Gefolge der von der Abgeordnetenversammlung beschlußmäßig ausgesprochenen Erwartung, daß die Regierungen die Rechtsgültigkeit der Reichsverfassung anerkennen werden, überreichten heute die Schwerin'schen Commissarien v. Lützow, Stever und Groth eine Botschaft, dahin lautend, daß die mecklenburgische Regierung die Reichsverfassung anerkannt hätten, daß aber das Wirksamwerden auch für Mecklenburg von einer entsprechenden Bildung des Reichsverbandes und Lösung der Oberhauptsfrage abhänge; demgemäß werden die Regierungen ihre Wege einschlagen. Nachdem hierauf auf die Interpellation M. Wigger's vom Commissarius v. Lützow die Erklärung abgegeben war, daß der Großherzog zu den in Berlin stattfindenden Conferenzen zur Zeit keinen Bevollmächtigten abordnen werde, sich jedoch die weitere Entschließung hierüber je nach der ferneren Entwickelung der deutschen Verhältnisse vorbehalten habe, erfolgten mehrere dringliche Anträge, von denen nach einiger Debatte derjenige von Wiggers mit dem Amendement Brandt: „zur Prüfung der commissarischen Erklärungen, betreffend die deutsche Angelegenheit, nach einer einstündigen Aussetzung der Sitzung die Wahl eines Ausschusses von 7 Mitgliedern aus dem Plenum vorzunehmen und demselben die schleunige Berichterstattung aufzutragen,“ angenommen wurde. Fortwährend laufen aus Städten und Gemeinden Adressen ein für unbedingte Anerkennung und Publication der Reichsverfassung, Beeidigung des Militärs und der Civilbeamten auf dieselbe, Anerbieten des Militärs an die Centralgewalt, allgemeine Volksbewaffnung ꝛc.

Galizien.

Mysłenice, 8. Mai. Heute ist eine Colonne russischer Truppen, bestehend aus 600 Kosaken, 900 Ulanen, 36 Kanonen, 7000 Mann Infanterie und beiläufig 500 Munitions-, Bagage- und Requisitenwagen, hier durch nach Lebin marschirt, von wo aus dieselbe in zwei Tagemärschen das hier angrenzende Arvaer Comitat erreichen dürfte.

Krakau, 10. Mai. Am 7. des Abends 8 Uhr sind wieder 8000 russische Infanterie mit 2 Batterien (12 Kanonen) hier angekommen, gestern 3 Schwadronen Ulanen und 12 Kanonen. Heute wird die Infanterie sammt den Kanonen auf der Eisenbahn über Kosel und Ratibor nach Oderberg befördert, von wo der ganze Truppentheil alsbald wiederum, mittelst der Eisenbahn, nach Wien aufbrechen wird. Bis heute Nachmittag 2 Uhr waren bereits 3 Züge, deren jeder aus 21 Waggons bestand, von hier abgegangen. Heute erwarten wir die Sappeurs, morgen Husaren und Tscherkessen. Darf man den Aussagen der Russen hier Glauben schenken, so sind zwei Corps, jedes in der Stärke von 100,000 Mann, gegen Ungarn bestimmt. (Schl. Z.)

Lemberg, 8. Mai. In einer vom Landes-Präsidium an sämmtliche Bezirks-Chefs in Betreff der einrückenden russischen Truppen erlassenen Verfügung heißt es: Es fehlt nicht an Solchen, welche über den Zweck und die Bestimmung der gegen Ungarn bestimmten bewaffneten russischen Macht, im Interesse der anarchischen Partei, falsche Gerüchte auszustreuen bemüht sind, und deren Absicht es sein könnte, in dieser schädlichen Richtung auf das Landvolk einzuwirken. Dies veranlaßt mich, Sie aufs Dringendste aufzufordern, daß Sie auf dergleichen Bestrebungen das strengste Augenmerk richten, denselben durch eine entsprechende Belehrung der Gemeinden vorbeugen, und nach der Wahrnehmung eines solchen Vergehens sogleich die strengste Untersuchung anordnen und die Schuldigen bestrafen.

Italien.

Die „Gazzetta di Milano“ bringt das Schreiben des Feldmarschall Radetzky, in welchem er den Venetianern eine Capitulation anbot. Er verlangte augenblickliche Unterwerfung der Stadt, Uebergabe aller Forts und Schiffe, aller Waffenvorräthe, Entwaffnung der Nationalgarde ꝛc., bewilligte dagegen Jedem, der die Stadt verlassen wollte, 48 Stunden Zeit so wie vollkommene Amnestie vom Feldwebel abwärts. Manin antwortete hierauf, daß man sich an die fremden Großmächte gewandt habe, mit der Bitte, zu Gunsten Venedigs einzuschreiten; so könne man sich nicht unterwerfen. Auf diese Antwort hat der Marschall erklärt, daß er bedaure, Venedig die Schrecken des Kriegs nicht ersparen zu können. Die Belagerung von Malghera nimmt nun ihren regelmäßigen Gang. Die Belagerungsarbeiten sind bis zur ersten Parallele vorgerückt. Am 9. oder 10. sollte das Feuer mit etwa 30 Geschützen schwersten Kalibers eröffnet werden. Die Mörserbatterien der Vorparallele überschießen die vorgeschobenen Werke. Am 6. Nachts machten die Venetianer einen kleinen Ausfall, wurden aber bald zurückgeschlagen.

Frankreich.

** **Paris**, 15. Mai. Leon Faucher, der Minister des Innern, hat seine Entlassung eingereicht und dieselbe erhalten. Wie man hört ist Passy interimistisch mit der Verwaltung des erledigten Departements beauftragt.

Die Wahlen werden allem Anschein nach in der Hauptstadt bei weitem demokratischer ausfallen, als man früher wohl erwartet hatte, und auch in den Provinzen hat die socialistisch-demokratische Partei ziemlich viel Aussicht. Besonders bemerkenswerth ist es, daß die Armee fast durchaus in diesem Sinne gestimmt hat.

Telekl, der ungarische Gesandte, hatte gestern Abend eine lange Unterredung mit dem Minister der äußern Angelegenheiten, bei welcher er ihm, dem Vernehmen nach, wichtige Depeschen, die er von Kossuth erhalten hatte, mittheilte.

Großbritannien.

London, 14. Mai. Der König von Hannover wird Anfangs dieser Woche in England erwartet, und im Palast von St. James sind bereits Anstalten zu seinem Empfang getroffen.

Amerika.

* In **Canada** sind **Unruhen** ausgebrochen. Am 25 April wurde in Montreal das daselbst tagende Parlament mit Gewalt auseinandergejagt, der Generalgouverneur mißhandelt, die Mitglieder aus dem Hause getrieben und das Parlamentsgebäude sofort niedergebrannt. De Grund des Aufstands war vornämlich die Annahme de Indemnitätsbill. Die neuesten Nachrichten aus Montrea vom 1. d. melden, daß dort noch fortwährend die größt Aufregung herrsche. In einer großen Versammlung in To ronto wurde beschlossen, eine Petition um Abberufun des Generalgouverneurs Lord Elgin an die Königin abzu senden und das Parlament aufzulösen.

Börsenberichte.

Frankfurt, 17. Mai. Die Stimmung in heutiger Effec tensocietät war wiederum lau, und mit Ausnahme österreichi scher Papiere, die sehr fest schlossen, waren alle übrigen Fonds, sow namentlich fürstliche Effecten, zu niedrigern Preisen als gestern zu erhalten. 5pCt. Metall. wurden zu 71⅛, pCt. verhandelt, 2½pCt Metall 39 pCt., Kurhess. 40 Thlr. Loose bleiben 26⅞, Nass., Bad 35 fl. Loose, anfangs zu 25¼, unmehr pCt, bleiben zuletzt zu 25 f angeboten. Fried.-Wilh.-Nordbahn zu 32½, Nthlr. kleine Pösitze verhandelt, Berbach 67 Br ohne Umsatz, Köln-Minden 75⅞, pCt Taunus 270 fl. G. 3pCt. inländische Span. mußten unter der Einfluß der Flauheit der übrigen Papiere mitleiden und der Cour benannter Fonds stellte sich durch einige darin gemachte Verkäufe ⅛, pCt. niedriger als gestern und schließt 23⅞, pCt. G.

Wien, 11. Mai. 5pCt. Metall. 69⅞. — 4pCt. 71⅛. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1120. — 500 f Loose 147. — 250 fl. Loose 91⅛. — Nordbahnactien 92⅛. — Glogauer 93. — Mailänder 64⅛.

Fonds fest, der Umsatz in Devisen und Comptanten von Belang Mailand gestiegen.

Berlin, 16. Mai Staatsschuldscheine 79⅛ bez., Gerbard Lange-Prämien-Scheine 110 G., Bankantheile 87 bez. u. G., Berlin Hamburg 54⅛ G., Köln-Minden 76 G., Friedrich-Wilh.-Nordbahn 33⅛ ⅛ ⅛ bez., Rhein. 39⅛, Disc. 4⅛, Leipzig. 48⅛, Magdeburg. Ruf bei Stieglitz 86 Br., Posn. 500 fl. Loose 71⅛, Br. Badd. Anleihen à 35 fl. 15⅛ Br.

Bei merklicher Geschäftsstille behaupteten sich die Course im Allgemeinen fest auf ihrem gestrigen Stande.

Paris, 15. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 89. — 4pCt. 56. 90. — Neue 3pCt. Span. 33⅛. — Bankactien 2390. — St. Germain Eisenbahn 420. — Versailles, rechtes Ufer 200. — Linkes Ufer 167. 50. — Paris Orleans 840. — Paris-Rouen 560. — Orleans Bordeaux 405. — Rouen-Havre 267. 50. — Marseille-Avignon 207. 50. — Strasburg-Basel 103 75. — Nordbahn 4 f. 25. — Paris Strasburg 371. 25. — Römische Anleihen 75⅛.

In Folge der bevorstehenden Ministerkrisis und des anscheinen zu Gunsten der Demokraten ausfallenden Wahlergebnisses war die Börse etwas gedrückt.

London, 14. Mai. 3pCt. Stocks 91⅛ à ⅜. — 5pCt Span. 17. — Neue 3pCt. 33. — 4pCt. Port. —. — 2½pCt Holländ. 56.

Die fällige Mailänder Post ist in Paris nicht angekommen.

Berichtigung zu dem Berichte über die 22. Sitzung der deutschen Reichsversammlung. Die Abgg. Keudel und Bock haben gleichfalls den Protest der preußischen Abgeordneten unterzeichnet; der Abg. Goltz hingegen ist aus der Reihe der in den Berichte angeführten Unterzeichner zu streichen. Der in demselben berichtete erwähnte letzte dringliche Antrag wurde nicht vom Abg Schneer, sondern vom Abg. Ziegert gestellt. Alle verehrlichen Zeitungsredactionen, welche diese Angaben unserem Blatte entnehmen werden ersucht, diese Berichtigung aufzunehmen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Walter

Frankfurt, 17. Mai. Allen den zahlreichen bekannten und unbekannten Menschenfreunden für ihre herzliche Theilnahm an dem traurigen unser Kindchen Schicksale und seines Sohne den innigsten Dank! Er befindet sich jetzt durch die Kunst und Sorgfalt seines Arztes außer Lebensgefahr.

[1403] **Christoph Krumm.**

Cours der Staats-Papiere. 18 Mai 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt	Papier	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	73½	73⅛	Württemb.	Obligationen b. Rothsch.	3½	75⅛	75⅛
»	ditto ditto . .	4	57⅛	57	»	Neue Württemberg.	4½	94	93
»	ditto ditto . .	2½	39⅛	39⅛	Nassau	Obligat. b. Rothsch.	5	79½	79
»	Bank-Actien o. D. .		1097	1092	»	fl. 25 Loose		20⅜	20⅛
»	fl. 250 Loose o. Roth.		74⅛	74	Frankfurt	Obligationen	5	78	77½
»	fl. 500 » ditto		123	122½	»	ditto v. 1839	4½	92½	92
»	Bethmann. Obligat.	4½	66	—	»	ditto v. 1845	4½	85½	85⅜
»	ditto ditto	4	61	—	»	Taunusbahnactien .		276	274
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	80	79½	Holland	Integrale	2½	50½	50⅛
»	Prämienscheine . .		100	—	»	Hollandsche	5	—	78
Bayern .	Obligationen . . .	5½	79⅛	78⅜	»	Syndicate	5½	—	79⅛
Sachsen	fl. 50 Loose		65⅝	63⅜	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp	5	—	—
»	fl. 25 ditto		21	20½	»	Innere Sch. ohne Obl	3	24½	24
»	Obligationen . . .	3½	77⅛	77	Portugal	Canonis Lst. à £ 12	3	—	23
»	ditto	4	95	94½	Polen	fl. 300 Loll. Loos Rth		—	93
Baden .	Obligationen v. 1842	5½	71	72½	»	Obligationen Lst 500	4	72⅛	72½
»	fl. 50 Loose v. 1840		47½	—	Russland	in S. fl. S. b. Grun. etc.	5	—	102⅛
»	fl. 35 Loose		25½	25⅛	»	ditto b. Mallgl. A et C	5	—	102⅛

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl	kr	Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld
Pistolen	9	59	Gold al Marco .	382	—	Kurhessische Loose . . .	26⅞	26⅝
Fr. Friedrichsd'or	10	—	Laubth., ganze. .	—	—	Sardinische Loose . . .	25½	25
Holl. 10 fl. Stücke	10	7	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	40	5 Frankenthaler.	—	—	Cöln-Minden	76⅛	75⅜
20 Francsstücke	9	42	Hochhaltig Silber	24	30	Ludwigsh.-Berbach. . .	64	63⅝
Kais. Souvereins	13	5	Geringe u. mittelh.	21	30	Prdr.-Wilhs.-Nordbahn	33	32⅝

Discconto . . . . — ⅛

A. Sulzbach, beeid. Makler.

Noch der Börse: 3½pCt. Met. —; 5pCt. Span. Int. —; Taunusbahn-Actien (pr. Ult.) —; Ludw.-Berb. —; F.-W.-Nordb. — 0.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Extra-Beilage zu Nro 117.) 18. Mai 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

223. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident Reh.

‖ **Frankfurt**, 18. Mai.

(Tagesordnung: Wahl eines Schriftführers. Berathung über den vom Dreißigerausschuß erstatteten Bericht in Bezug auf die Anträge von Bresgen, Biedermann und Schneer.)

Die Sitzung wird um 12½ Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Gravell, Minister des Aeußern Jochmus. Der Vorsitzende meldet den Austritt der Abgg. Wagner aus Jastrow, Gombart aus München und Kudloff und einige Flottenbeiträge. Schriftführer Jucho zeigt eine Reihe von 157 eingelaufenen Zustimmungsadressen an.

Ministerpräsident Gravell erwidert auf eine neuliche Interpellation über die Anhäufung hessischer und württembergischer Truppen an der badischen Grenze, daß diese Truppen an der Grenze Badens den Zweck haben, sich in den Besitz der Festung Rastatt zu setzen und die Grenzen der um Baden liegenden Länder zu schützen. In Betreff des gestrigen Mißtrauensvotums fügt der Herr Minister noch die Gründe bei, welche den Hrn. Erzherzog-Reichsverweser bewogen, nicht abzudanken, und die Minister ihr Amt zu übernehmen. Der Herr Minister erklärt, wie sehr er den Unterschied anerkenne zwischen seiner Stellung als Abgeordneter und derjenigen als Minister. Die Beschlüsse der Volksvertretung wird er achten, selbst auf den Fall hin, daß sich dieselbe vergäße. Er wußte, wie unbeliebt er bei der Mehrheit der Versammlung war, und nur gewichtige Gründe konnten ihn dazu bewegen, die Bildung des Ministeriums zu übernehmen. Das letzte Ministerium hatte erklärt, daß alle Hoffnung auf Verständigung geschwunden war, sein Programm war von Sr. kaiserl. Hoheit, der noch nicht alle Mittel zur Verständigung für erschöpft hielt, nicht angenommen. Um aber diese Schritte thun zu können, brauchte der Herr Reichsverweser ein Ministerium. Bereits wurde gestern ein Commissär nach Berlin zu Seiner Majestät dem Könige von Preußen geschickt. Ueber den Erfolg wird der Hr. Minister berichten. Se. kaiserl. Hoheit erklärte ferner, falls er abtrete, werde er sein Amt in die Hände der Versammlung, seine Macht aber in die Hände der Regierungen niederlegen müssen. (Hört! links.)

Der Redner gibt der Versammlung zu bedenken, welche Folgen es hätte, wenn Erzherzog Johann in diesem Augenblicke, wo die Ehre Deutschlands auf dem Spiele steht, abdankte, und theilt ferner mit, daß eine Depesche des englischen Ministeriums eingelangt ist, welche auf einen Waffenstillstand dringt. (Hört!) Diese Umstände, welche das Ministerium bewogen, sein Amt zu übernehmen, sind auch die Ursache, warum sie auch trotz des dargelegten Mißtrauens der Versammlung bleiben. (Bewegung.)

Abg. Wedekind reicht einen Entwurf zu einem provisorischen Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister ein, welchen er der Versammlung als dringend empfiehlt.

Abg. Wesendonck stellt einen Dringlichkeitsantrag auf Bildung einer Vertheidigungscommission für Deutschland, aus 3 Mitgliedern bestehend, und will, daß man das deutsche Volk auffrufe, sich zur Vertheidigung der Reichsverfassung zu bewaffnen.

Der Vorsitzende verkündigt die Tagesordnung. Erster Gegenstand derselben ist die Wahl eines Schriftführers. Die Stimmzettel werden eingesammelt und hierauf zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung geschritten, zur Berathung über den vom Dreißigerausschusse erstatteten Bericht in Bezug auf die Anträge von Bresgen, Biedermann und Schneer. Die Mehrheit des Ausschusses stellt folgenden Antrag:

1) Es wird sofort mit absoluter Stimmenmehrheit eine Reichsregentschaft von 5 Mitgliedern durch die Nationalversammlung und aus der Nationalversammlung und dieser letzteren verantwortlich, zum Zwecke der Durchführung der Reichsverfassung und der Beschlüsse der Nationalversammlung gewählt.
2) Die Mitglieder der Reichsregentschaft leisten vor der Nationalversammlung den Eid auf die Verfassung.
3) Sobald dies geschehen, hört die auf den Grund des Gesetzes vom 28. Juni 1848 eingesetzte provisorische Centralgewalt auf.
4) Die Reichsregentschaft tritt ab, sobald die Verfassung durchgeführt und das Reichsoberhaupt mit Ableistung des Verfassungseides die Reichsregierung angetreten hat.

Die Minorität I trägt darauf an, den Biedermannschen Antrag mit Hinweglassung der Nr. VII anzunehmen. Die Minorität II (Zachariä, Wydenbrugk u. A.) trägt auf Uebergang zur motivirten Tagesordnung an. Die Abgg. Schneer und Biedermann nehmen ihre Anträge zurück. Abg. Bachaus nimmt den des Abg. Biedermann wieder auf. Es werden noch mehrere Verbesserungs- und Zusatzanträge gestellt, unter ihnen einer vom Abg. Wedekind, welcher dahin geht, den Prinzen von Preußen zum Reichsstatthalter zu ernennen, ein anderer von Würth aus Sigmaringen, die Revolution anzuerkennen und sich zum Convent umzubilden.

Abg. Stahl erhält zuerst das Wort. Er spricht gegen den Antrag der Majorität. Solche Erhebungen, wie in Sachsen, Baden und der Pfalz, sind nicht geeignet, die Durchführung der Verfassung zu fördern. Bereits hat die jetzige badische Regierung Mißtrauen erweckt. Wenn die Versammlung heute die Bewegung in die Hand nimmt, so ist sie morgen schon über der Versammlung hinaus. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Bewegungen den Händen derjenigen entfallen, welche sie gemacht. Auch durch die Organisirung des südwestlichen Deutschlands zu einem Staate wird die Durchsetzung der Verfassung nicht erreicht. Ein solcher Staat würde sich zu Frankreich neigen und dann kann es ein Kampf des Westens gegen den Osten werden. Die Mehrheit der Versammlung kann nicht der Demokratie, welche sie seit einem Jahre bekämpft, auf einmal in die Hände arbeiten. Der Erzherzog Reichsverweser wird nicht zurücktreten; wird er es, so legt er, wie der Herr Minister heute erklärt, sein Amt in die Hände der Versammlung, seine Macht in die der Regierungen. Wir können daher nicht für einen Antrag stimmen, der auf Beseitigung der Centralgewalt hinzielt. (Bravo rechts und in dem Centrum.)

Abg. Zimmermann aus Stuttgart für die Majorität: Der Bundestag hat dem Reichsverweser nichts übergeben, er hat den Regierungen nichts zurückzugeben. Das Mißtrauen gegen die jetzige badische Regierung muß nicht so groß sein, da der Minister Römer erklärt, er werde die württembergischen Truppen aus Baden zurückrufen. Der Redner bekämpft einige Aeußerungen des Vorredners, führt an, daß an dem heutigen Tage, dem Eröffnungstage des Parlaments, das preußische Manifest in der Stadt vertheilt worden, macht der Versammlung den Vorwurf, daß sie daran schuld sei, daß das möglich geworden. Wer jetzt noch nicht einsieht, was zu thun ist, der muß schadhaft an Verstand und am Herzen sein. In Beziehung auf das preußische Manifest, dessen der Redner nur mit Entrüstung gedenkt, erinnert er nur, daß ein Gesetz im September gemacht wurde gegen Beleidigungen der Versammlung, die mit Zuchthausstrafe bedroht wurden und daß dieses Gesetz in Berlin amtlich publicirt wurde. (Sehr gut! links.) Der Redner, indem er die Versammlung auffordert, für die Majorität zu stimmen, schließt mit den Worten: Der Verräther verkauft sich selbst mit in seinem Untergang. (Beifall links und auf den Galerien.)

Abg. Buß. Nachdem er die Vorzüge Seiner kaiserlichen Hoheit gezeigt, der populärer sei als die Versammlung, erklärt er, daß er weder einen zahmen noch einen wilden Convent will. Es fehlt dazu auch an Charakteren. Die deutsche Revolution hat noch nirgends einen großen Charakter geboren. Kein einiges Deutschland würde hinter dem Convente stehen. Der jetzige Convent in Baden zeigt dies, er regiert in der alten bureaukratischen Weise im Namen des Großherzogs weiter. (Auf links, Abg. Kuenzer: das ist ganz in der Ordnung.) Er ist bereits uneinig unter sich. Der Redner, welcher öfters die Versammlung in Heiterkeit versetzt, erklärt sich gegen den Antrag der Mehrheit.

Abg. Löwe aus Calbe: Der Vorredner hat nur gezeigt, daß, wenn wir in der Tragödie leben, auch die lustige Person nicht fehlt. (Heiterkeit.) Ich hoffe zu dem guten Genius unsers Vaterlandes, daß es noch nicht zu spät ist. Wir haben dem deutschen Volke versprochen, die Verfassung durchzuführen, wir haben es dazu aufgefordert. Jetzt dürfen wir nicht sagen: ja es geht nicht, die Gefahren sind zu groß, und uns vom Despotismus unterjochen lassen. Partei zu nehmen in einem solchen Zustande ist Pflicht eines Jeden. Was fürchten Sie? Das große Preußen? Meine Herren! Ich bin lange stolz gewesen ein Preuße zu sein, aber wenn ich wüßte, daß das preußische Volk mit dieser fluchwürdigen Regierung Hand in Hand geht, so würde ich sogleich aufhören ein Preuße zu sein. Der preußische Staat hatte keinen anderen Beruf als den eines Culturstaats, es war der größte protestantische Culturstaat, dessen Aufgabe war, deutsche Bildung zu verbreiten. Die jetzige preußische Regierung aber ist eine culturfeindliche Regierung und wird sich mit all jenen Mächten vereinigen, welche der Cultur feindlich sind. Das ist für mich das ärgste was ich sagen kann. Allein diese Männer werden an ihrem Verbrechen selbst zu Grunde gehen. Aber sollen wir nicht lieber als entschlossene Männer der Gewalt Gewalt entgegensetzen und selbst zu Grunde gehen und das einzige wollen, was wir dann noch können, wenn wir untergehen, die Zukunft unserer Nation? Thun wir dies nicht, so machen wir uns des Verbrechens der Thatlosigkeit schuldig. Gibt es denn keine Aufopferungsfähigkeit mehr. Sind wir nicht Jeder ein Vertreter von Tausenden? dürfen wir nicht mehr hoffen, daß wir siegen werden gegen den Despotismus durch unser Volk, daß wir es dahin bringen, daß der Despotismus wieder auf dem Bauche liegt wie im vorigen Jahre? Wir dürfen es hoffen, und wir werden siegen. Die Gewalt, die von uns ausgegangen ist, die Centralgewalt, müssen wir wieder zurücknehmen. Wir werden uns feierlich dagegen verwahren, daß wir unsere Brüder in Preußen bekämpfen, der Kampf soll jener Regierung gelten, welche das preußische Volk jetzt geknechtet, von dem ich nicht weiß, wie weit die Tragweite seiner Beschlüsse geht. Wer weiß, wer dahinter steht, ob nicht vielleicht eine Rotte von Menschen, welche denken, entweder wir siegen und der Absolutismus ist die Folge, oder die Bewegung siegt und die größte protestantische Macht geht in Trümmer. (Hört! Beifall.) Die Bewegung, welche wir nach Preußen bringen, wird das Volk befreien, und das Volk wird auf den Grundlagen der Freiheit Preußens Beruf, den Beruf des protestantischen Culturstaats retten und den Despotismus besiegen. (Lebhafter Beifall links und auf den Galerien.)

Abg. Ahrens aus Salzgitter spricht für seinen Antrag, welcher will, daß die Reichsversammlung beschließe: dem nächsten Reichstag bleibt es vorbehalten, außer seiner gewöhnlichen gesetzgebenden Thätigkeit, die Reichsverfassung, hinsichtlich der Oberhauptsfrage und anderer der Revision bedürftigen Theile, auf dem einfachen Wege der Gesetzgebung abzuändern.

Abg. Bresgen ist für Entfernung der Centralgewalt, erklärt, daß er principiell für den Antrag der Majorität, für den Fall aber, daß dieser verworfen würde, für seinen eigenen Antrag stimmen werde. (Siehe „Oberpostamts-Zeitung" Nro. 116, Extrabeilage.)

Abg. Jordan aus Berlin spricht der Versammlung das Recht ab, die Centralgewalt abzusetzen und ihre eigene Gesetze aufzuheben. Er erklärt die Versammlung für besiegt, es bleibe ihr nichts übrig, als ihr Testament zu machen und der Nation alles zu überlassen. Die Volksvertretungen der Einzelstaaten werden die Verfassung durchsetzen, wenn sie dieselben wollen, sie haben die Mittel in Händen, wie das der Steuerverweigerung. Wenn die Versammlung aus Uebermaß an Vertrauen untergehe, wie Herr Vogt sagt, so ist das ein ehrenvoller Untergang. Aber gelernt hat die Nation aus dem verfehlten Experimente des Vertrauens, daß wir den Monarchen nicht mehr trauen können. Wenn Sie noch einen Erfolg haben sollten, wenn Sie die Mehrheit des Volkes für sich haben sollten so haben Sie es uns zu danken, die wir zuvor alle Mittel des Vertrauens erschöpften. Unsere Partei erwartet mit Ruhe das Gericht der Geschichte, sie ist sich bewußt, in Zeiten bodenloser Auflösung derselben entgegengewirkt zu haben. Sollte die rothe Sündfluth, sei es die monarchische, sei es die anarchische, über uns hereinbrechen, dann werde jene Partei, welche einst von der Tribune herab sich äußerte: „nach der Sündfluth kommen wir", eine Zeitlang auf den Wogen der Sündfluth schwimmen, allein nach ihr wird unsere Partei, die der Versöhnung siegen. (Beifall)

Abg. Henkel spricht für seinen Verbesserungsantrag. Dieser lautet: Die Nationalversammlung beschließt:

1) Diejenigen Staaten, deren Regierungen die Reichsverfassung bereits anerkannt haben, werden alsbald auf den Grund dieser Verfassung und Behufs deren Durchführung in ihren Gebieten, unter einem gemeinsamen Oberhaupte, welches den Titel „Generalstatthalter der vereinigten deutschen Staaten" führt, vereinigt;
2) diesem Oberhaupte stehen, soweit nicht die Natur der Sache Modificationen erheischt, worüber vorerst die Nationalversammlung und später der Reichstag der vereinigten Staaten entscheidet, alle verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes bezüglich der anerkennenden Staaten zu;
3) die Nationalversammlung wählt in einer dazu anzuberaumenden Sitzung mit absoluter Stimmenmehrheit dieses provisorische Oberhaupt aus den Regenten der anerkennenden Staaten;
4) der Gewählte wird durch eine Deputation eingeladen, die Regierung alsbald mittelst Ablage des verfassungsmäßigen Eides (mit der entsprechenden Modification) im Schooße der Nationalversammlung anzutreten;
5) der Erwählte umgibt sich mit einem Ministerium, welches bis zur Eröffnung des Reichstages der vereinigten Staaten, der Nationalversammlung, nachher aber jenem verantwortlich ist;
6) die Nationalversammlung vertritt auch außerdem bis dahin die Stelle jenes Reichstags;
7) der Sitz der Regierung der vereinigten Staaten ist Frankfurt, im Fall der Noth ist jedoch der Generalstatthalter befugt, dieselbe an einen andern Ort zu verlegen;
8) der Generalstatthalter eröffnet den nächsten Reichstag und führt die Regierung der vereinigten Staaten so lange fort, bis entweder nach Anleitung des Beschlusses vom 4. Mai d. J. oder nach Bestimmung des Reichstags sein Nachfolger eingetreten ist;
9) die Centralgewalt und neben ihr die Nationalversammlung, welche sich nach Ermessen auf längere oder kürzere Zeit mit oder ohne Zurücklassung eines bleibenden Ausschusses vertagen kann und im Falle des Abgangs einzelner Mitglieder auf den Grund der bestehenden Wahlgesetze zu ergänzen ist, bleibt für die allgemeinen deutschen Angelegenheiten bestehen, bis die Verfassung von allen deutschen Staaten außer Oesterreich anerkannt sein wird.

Ein Antrag auf Vertagung der Sitzung wird angenommen. Der Vorsitzende meldet, daß bei der heute vorgenommenen Wahl eines Schriftführers die Wahl auf den Abg. Goltz gefallen. Schluß der Sitzung Nachmittags 4 Uhr. Nächste Sitzung morgen Samstag, den 19. Mai, 10 Uhr.

Nachrichten aus Baden.

** Die „Karlsruher Zeitung" liegt als „Organ des Landesausschusses" in ihrer Nummer 3 vor uns. „Als des Landesausschusses verantwortlicher Redacteur" ist H. B. Oppenheim unterzeichnet, also nicht mehr Karl Blind. Wiederum eine Reihe officieller Mittheilungen eröffnet das Blatt: Zunächst erklären die neunzehn Mitglieder des Landesausschusses an die Bewohner Badens, daß

das von Böswilligen verbreitete Gerücht, die Mitglieder befänden sich im Zwiespalt, ungegründet sei. Laut einer zweiten Bekanntmachung des Landesausschusses sind von demselben sämmtliche badische Minister ihrer Stellen entsetzt, weil sie durch ihre Flucht das Land in Anarchie versetzt hätten, „der nur dadurch habe abgeholfen werden können, daß mehrere Vertrauensmänner des Volkes in dem Augenblick, als die Minister sammt dem Großherzog die Flucht ergriffen, sich in Offenburg befanden.“ Eine dritte Bekanntmachung hebt den Eingangszoll auf Waffen auf. Eine Proclamation der Executivcommission fordert die Bewohner von Karlsruhe auf, Vertrauen zu der neuen Regierung zu haben, namentlich keine Stockung im Handel und Verkehr eintreten zu lassen; Ruhe und Ordnung sei bisher noch nicht im mindesten gestört, Personen und Eigenthum nicht beeinträchtigt; darauf werde die Commission auch inskünftige mit angemessener Strenge halten. — Eine Proclamation des Landesausschusses mahnt von Gewaltthätigkeiten gegen die Israeliten ab, zu welchen „Feinde der Freiheit“ aufreizten. Ein anderes Actenstück theilen wir nachstehend wörtlich mit:

Bürger Willmann aus Pfohren, Mitglied des Landesausschusses, erhält hierdurch die ausgedehnteste Vollmacht, in der Stadt Freiburg und im ganzen Oberrheinkreise die Zeitbewegung zu organisiren, zu diesem Behufe Unterbevollmächtigte zu ernennen, und alle durch den Drang der Verhältnisse gebotenen Maßregeln zu beschließen und ins Werk zu setzen. Es wird sich derselbe deßhalb mit dem Bürger Hennisch in Freiburg ins Benehmen setzen. Sollten die Verhältnisse es erfordern, so wird diese Vollmacht auch auf den Seekreis ausgedehnt. Beigegeben als Untercommissär ist ihm Bürger Heinrich Ganther von Donaueschingen. Karlsruhe, den 16. Mai 1849. Im Namen der Executivcommission: Brentano.

Ein Erlaß des Kriegsministers Eichfeld an sämmtliche Gemeinden des Landes beklagt, daß den von allen Seiten eingehenden Forderungen um Waffen wegen Mangels nicht überall entsprochen werden könne, einstweilen solle man sich bewaffnen, so gut es angehe. Gelder oder Waffen sollen später angewiesen werden. Ein Decret des Landesausschusses verfügt die Auflösung der Karlsruher Bürgerwehr und deren Reorganisation; alle nicht über 30 Jahr alte Unverheirathete und kinderlose Wittwer sind zum Dienst bei Vermeidung der gesetzlichen Nachtheile verpflichtet. Eine Kundmachung der Executivcommission sichert den Soldaten vom Oberwachtmeister und Oberfeldwebel abwärts eine tägliche Zulage von vier Kreuzern zu. Das letzte Actenstück lautet:

Das Commando der Turnfeuerwehr Heidelberg an den Gemeinderath Heidelberg. Heute früh um 2 Uhr machte ich in Vereinigung mit Sinsheimer und Wieslocher Bürgerwehr einen Angriff auf Hinkeldey. — Die 16 Kanonen, Feldschmiedwaffen aller Art sind in unsern Händen. — Die Offiziere sämmtlich gefangen; wir sind im Anmarsch mit den Geschützen nach Sinsheim. Gilbert.

Diese amtliche Mittheilung steht zum Theil in Widerspruch mit nachfolgendem Bericht des „Schwäbischen Merkurs“ aus

Stuttgart, 17. Mai, 2 Uhr Mittags. Wir erfahren, daß die auf württembergisches Gebiet übergetretenen badischen Truppen von badischen Freischaaren verfolgt und von den Heilbronnern in Schutz genommen wurden. Die Offiziere wurden mit der Eisenbahn nach Ludwigsburg befördert, während die Kanonen den badischen Freischaaren ausgeliefert wurden. Der badische Kriegsminister, General Hoffmann, befindet sich unter den Offizieren in Ludwigsburg. Eine Anzahl der Soldaten kehrte ins Badische zurück. (S. M.)

Die „Karlsr. Zeitung“ enthält ferner folgende Mittheilungen vom 7. Mai: Der Landesausschuß für Baden hat unter andern folgende Beschlüsse gefaßt, welche alle bereits in der Ausführung begriffen sind: 1) Allgemeine Volksbewaffnung mit sofortiger Mobilmachung des ersten Aufgebots, bestehend aus allen waffenfähigen ledigen Bürgern von 18 bis 30 Jahren. Auch alle übrigen Bürger werden bewaffnet und das zweite und dritte Aufgebot hergestellt. 2) Neuwahl des Landesausschusses binnen zehn Tagen. 3) Auflösung der Kammern und Zusammenberufung einer constituirenden Versammlung. Jeder der zwanzig Wahlbezirke hat vier Abgeordnete zu wählen. Alle volljährigen Bürger sind wahlfähig und wählbar. 4) Die politischen Flüchtlinge sind zurückberufen. Der Bürger Hecker ist speciell zurückberufen und eingeladen, in den Landesausschuß einzutreten. 5) Außerdem sind schon die wichtigsten Veränderungen im ganzen Lande vorgenommen worden. An die Stelle der alten reactionären Beamten, von denen viele entflohen sind, sind neue freisinnige Beamte getreten. Das Militär und die Beamten sind auf die Durchführung der Reichsverfassung und die Anerkennung des Landesausschusses beeidigt. 6) Es ist militärische Union mit der Pfalz beschlossen und in Anordnung begriffen.

Die Soldaten, welche in den letzten Tagen ihre Garnisonsorte verlassen hatten, haben sich bereits größtentheils freiwillig wieder gestellt. Die Neue Freiburger Zeitung berichtet von einer Deputation, die an den Großherzog gesendet worden sei, um ihn zur Rückkehr zu bewegen. Wir sind ermächtigt zu versichern, daß der Landesausschuß von einer solchen Anordnung Nichts weiß.

Gestern Abend kamen die Abgg. Christ und Zell (von Trier) als Reichscommissäre aus Frankfurt hier an. — Im Laufe des gestrigen Tages ist Karl Heinzen hier eingetroffen. — Der vor zwei Tagen erst durch das Vertrauen der Soldaten zum Major erwählte Bruder des Kriegsministers Hoffmann, der vorgestern mit seinem Bataillon von hier nach Mannheim abgegangen war, wurde gestern, seiner Offiziersabzeichen entkleidet, von einigen seiner Leute als Gefangener hier eingebracht. Seine eigenen Untergebenen beschuldigen ihn des Verraths. Er soll durch künstliches Hinhalten und Irreführen der unter seinem Kommando stehenden Truppen in Folge vorhergegangener Unterredung mit seinem Bruder eine von diesem und dem Obersten Hinkeldey geführte Militärabtheilung, welche eine Anzahl Kanonen über die Grenze bringen sollte, absichtlich haben entwischen lassen. Die Untersuchung wird das Nähere herausstellen.

Auch die „Karlsr. Ztg.“ berichtigt die Angabe unsers (nicht angeblichen, sondern wirklichen!) Straßburger △Correspondenten: es sind keine französische Soldaten in Rastatt. Es ist diese Angabe bereits von anderer Seite in diesem Blatt berichtigt worden; wir wiederholen die Berichtigung gern, weil wir ebensowenig Franzosen in Rastatt, gleichviel in welcher Absicht, als Russen auf deutschem Boden wissen wollen. Unser Correspondent hatte nur Deutschland im Auge und im Herzen, als er von jenen angeblich in Rastatt zuströmenden Franzosen berichtete, auf seinen Standpunkt der badischen Volkserhebung gegenüber kam es dabei nicht im Geringsten an; es bedurfte deßhalb auch keiner galligen Logik in der „Karlsr. Ztg.“

Deutschland.

†† **Frankfurt**, 18. Mai. Es hat sich das Gerücht verbreitet, daß der König von Preußen auf Grund der Anerkennung Oesterreichs und der deutschen Könige die Kaiserwürde angenommen, sowie daß die Reichsverfassung, wie sie aus erster Lesung hervorgegangen, in den Berliner Conferenzen adoptirt worden. Eine amtliche Benachrichtigung dieser Art ist, wie aus bester Quelle versichert werden kann, nicht eingelaufen; es scheint vielmehr eine am 17. d. M. von Köln abgegangene Nachricht zu diesem falschen Gerüchte Anlaß gegeben zu haben. Hinsichtlich des Standes der Verhandlungen über die deutsche Verfassungsfrage kann nur auf die im „Staatsanzeiger“ vom 16. d. M. enthaltene königliche Proclamation verwiesen werden.

ɣ **Berlin**, 16. Mai. Die von der Regierung angeordnete Mobilisirung der ganzen Armee wird in wenigen Wochen vollendet sein; die ersten Sendungen von Truppen nach den westlichen Provinzen haben bereits stattgehabt, ohne daß jedoch hier im Geringsten die Besorgniß obwaltete, daß es gegen die eigenen Staatsangehörigen der Anwendung von Gewalt in irgend einem erheblichen Maße bedürfen werde. Dagegen kann aufs Bestimmteste aus zuverlässiger Quelle versichert werden, daß der König entschlossen ist, seine den deutschen Regierungen gegebene Zusage, insofern seine Hilfe nachgesucht werden sollte, in vollem Umfange zu erfüllen. Die aus Süddeutschland eintreffenden Nachrichten, insbesondere der Verrath der Bundesfestung Rastatt, hat in allen Kreisen des Volkes den tiefsten Unwillen hervorgerufen. Wie man auch die Stellung beurtheilen mag, welche mehrere süddeutsche Regierungen und insbesondere die des Großherzogs von Baden in der letzten Zeit gegen Preußen eingenommen hatten, so steht doch bei der Regierung der Entschluß fest, den gesetzlichen Behörden überall in Deutschland starke Hand zu leisten.

*/ **Kaiserslautern**, 17. Mai. In Folge einer vom Landesausschusse ergangenen Einladung fanden sich gestern viele der reichsten und wohlhabendsten Bürger der Pfalz hier ein, um über die Mittel zu berathen, welche es dem Ausschusse möglich machen, die ihm gewordene Aufgabe durchzuführen. Es wurde beschlossen, daß

1) die Gesammtsteuer als Maßstab der Erhebung freiwilliger Beiträge angenommen werde;
2) daß diejenigen, welche unter 3 Gulden Steuer zahlen, nicht zur Entrichtung solcher Beiträge angegangen werden sollen;
3) daß innerhalb drei Tagen 25 Proc., und später, wenn nöthig, weitere 25 Proc. erhoben werden sollen.

Dieser Beschluß rief, namentlich bei der im Verhältniß ihres Einkommens gegenüber dem Güterbesitzer sehr hoch besteuerten Classe der Gewerbtreibenden, eine große Mißstimmung hervor, welche jedoch in etwas gemildert wurde, als nach geschlossener Sitzung von den noch anwesenden Mitgliedern außer erwähnten 25 Proc. weitere namhafte freiwillige Beiträge gezeichnet wurden. Am Abend fand im Saale der Fruchthalle unter dem Vorsitze des Professor Kinkel aus Bonn eine von etwa 2000 Personen besuchte Volksversammlung statt, welche einstimmig den Beschluß faßte: an die morgen zusammentretenden Vertreter der Pfalz die Bitte zu richten, sie möge

1) eine provisorische Regierung für die Pfalz einsetzen,
2) die Pfalz für reichsunmittelbar erklären.

Diese Vertreter sind nun heute zusammengetreten, und die Debatte über die Frage, ob eine provisorische Regierung einzusetzen sei, was vom Gesammtlandesausschusse als unumgänglich nöthig erachtet wird, hat bereits begonnen. Bis jetzt haben die meisten Redner für die Einsetzung gesprochen, und nur Einige wünschen, man möge noch einige Tage abwarten. Vor Postabgang hoffe ich Ihnen noch das Resultat mittheilen zu können.

Nachschrift. Nachmittags 1½ Uhr. So eben wird die Einsetzung einer provisorischen Regierung mit 15 gegen 13 Stimmen zum Beschluß erhoben.

Errilsoe bei Fridericia, 13. Mai. Heute Morgen in aller Frühe, 2½ Uhr, wurde das Hervorbrechen der Dänen aus Fridericia gemeldet und bald war ein lebhaftes Tirailleurgefecht begonnen, wodurch das 9. und 10. Bataillon, welche nebst dem 4. Jägercorps den Dänen diesmal gegenüber standen, den Feind zwangen, sich in seine Feste zurückzuziehen. Uns kostete dies Gefecht 2 Todte und 6 Verwundete. — Die Avantgarde der Preußen ist heute in Aarhuus eingerückt, General v. Prittwitz's Hauptquartier ist in Horsens und die Bayern stehen in Veile. (A. M.)

Wiesbaden, 18. Mai. Die „Nass. Allg. Ztg.“ meldet in ihrem amtlichen Theil: „Die Beeidigung sämmtlicher Civilbeamten, des Militärs und der Volkswehr auf die Reichsverfassung ist verfügt und sind zu deren Vernahme die erforderlichen Anordnungen bereits getroffen worden. Die Behörden sind gleichzeitig aufgefordert worden, Vorbereitungen zu treffen, daß die Organisation der Volkswehr nach den Bestimmungen des von der Ständeversammlung angenommenen, dem Herzog zur Genehmigung vorgelegten Gesetzentwurfs möglichst rasch durchgeführt werden kann.“

Nachschrift.

** **Paris**, 16. Mai. Der „Independance“ zufolge kann man mit ziemlicher Gewißheit hoffen, daß das definitive Ergebniß der Wahlen im ganzen Lande für die gemäßigte Partei eine große Majorität herausstellen wird.

Die Nationalversammlung, welche gestern die Berathung des Kriegsbudgets zu Ende brachte, beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit der Discussion der Nachträge zu dem Ausgabebudget.

Lacave-Laplagne, der vorletzte Finanzminister Louis Philipps, ist plötzlich gestorben.

Wie die „Estafette“ meldet, ist die Linke der Nationalversammlung entschlossen, eine Specialklage gegen Faucher wegen Wahlcorruption anhängig zu machen.

Nicht Passy, sondern Lacrosse hat für Faucher, der übrigens die Bureaugeschäfte zu expediren fortfährt, die Verantwortlichkeit des Ministeriums des Innern übernommen. Remusat, welchem das erledigte Portefeuille angeboten wurde, hat es ausgeschlagen.

* Nachrichten aus Italien melden, daß Livorno am 11. von den vereinigten österreichischen und toscanischen Truppen nach vierundzwanzigstündigem Bombardement erobert worden sei. Oudinot wird in Gemeinschaft mit den Neapolitanern Rom angreifen; das französische Corps ist 15,000 Mann, das neapolitanische 18,000 Mann stark.

* Aus **Madrid** sind keine Neuigkeiten von Belang eingetroffen.

Börsenberichte.

Amsterdam, 16. Mai. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 49⅛. 48¹⁵/₁₆. — 3pCt. Schuld 58, 57⅞. — 4pCt. 76⅛. ⅛. — 3½pCt. do. 78. — 5pCt. Anl. 12⅛. — do. à 510 Pf. St. 12⅛. — 3pCt. int. à 6000 fl. 23¾. ⅞. ⅝. — 3pCt. Port 27⅝. — 4pCt. do. 28⅛. — Russ. 4pCt. bei Hope 81⅞. — do. bei Stieglitz 81. — 5pCt. Mex. 70⅛. — 2½pCt. do. 37⅛.

Einige starke Verkaufscommissionen, die sowohl in österr. als franz. Fonds zur Ausführung am Markt waren, wirkten nachtheilig auf alle übrigen ausländ. Effecten, so wie auf unsre inl. Papiere ein. In Oesterr. und Franz. war der Handel sehr animirt.

London, 15. Mai. 3pCt. Stocks 91⅛. — 5pCt. Span. 17⅛. — Neue 3pCt. 33⅛. — 4pCt. Port. 28⅛. ⅛. — 2½pCt. Holl. 49⅛.

Paris, 16. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 88. 95. — 3pCt. 50. 80. — Innere Schuld 24⅛. G. — Bankactien 2375. — Versailles, rechtes Ufer 200. — Linkes Ufer 165. — Paris-Orleans 825. — Paris-Rouen 557. 50. — Orleans Bordeaux 402. 50. — Rouen-Havre 265. — Marseille-Avignon 205. — Straßburg-Basel 102. 50. — Nordbahn 440. — Paris-Straßburg 370. — Röm. Anleihen 75.

In Folge eingegangener Nachrichten über die Wahlen, welche den Socialismus günstig zu sein schienen, ging die Rente Anfangs stark zurück, sie hob sich aber hierauf wieder.

Madrid, 10. Mai. 3pCt. 25⅛. P., a. d. B. 3pCt. 25¹¹/₁₆. G. — 5pCt. 10⅛. G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Wallen

Cours der Staats-Papiere. 18 Mai 1849 (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat.	5	78½	78⅛
»	detto detto	4	57½	57
»	detto detto	2½	39½	39⅛
»	Bank-Actien à D.		1097	1092
»	d. 250 Loose v. Reich.		74½	74
»	d. 500 » detto		108	112½
»	Bethmann Obligat.	4½	96	—
»	detto detto	4	81	—
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	90	79½
»	Prämienscheine		—	109
Sachsen	Obligationen	3½	79½	78⅝
Darmstadt	d. 52 Loose		68½	68¼
»	d. 35 detto		31	30½
»	Obligationen	3½	77½	77
»	detto	3	46	45½
Baden	Obligationen v. 1849	3½	73	72½
»	d. 50 Loose v. 1840		47½	—
»	d. 35 Loose		95½	95⅛

Gold.	A.	B.
Pistolen	9	49
Pr. Friedrichsd'or	10	—
Rand Ducaten	5	40
20 Francsstücke	9	32
Engl. Souverains	11	5

Silber.	A.	B.
Conv. 20 Guld.	2	7
Laubth., ganze	—	—
Preuss. Thaler	—	—
5 Frankenthaler	—	—
Hochhaltig Silber	24	30
Courant u. mittelh.	24	28

		pCt.	Papier	Geld.
Niederl.	Obligationen à 5 Rothe.	3½	75⅝	75½
»	Neue Westindische	4½	94	93
Russ.	Obligat. d. Hollnch.	3½	79½	79
»	d. 23 Loose		209	208
Frankfort	Obligationen	3	78	77½
»	detto v. 1839	2½	52½	52
»	detto v. 1845	2½	89¼	88¾
»	Tannusbahnactien		276	274
Neapel	Integrale	3½	50½	50⅛
»	Holländische	5	—	84
»	Syndicats	3½	—	70½
Spanien	Actien v. incl. 16 Cp.	5	—	—
»	Innere Sch. neue Obl	5	24½	24
Portugal	Consols Lat. à d. 12	3	—	—
Polen	d. 300 Loose, Loos Rth.		—	98
»	Obligationen d. 500	4	72½	72½
Kurhessen	in 14 T. à d. Gen. etc.	4	—	100
»	detto b. Stieglitz et C.	4	—	100

Disconto.		
Kurhessische Loose	20½	20
Kurfürstliche Loose	25½	25
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Minden	76½	75⅝
Ludwigsh.-Bexbach	68	67½
Prinz-Wilhe.-Nordbahn	33	32½

Wechsel-Cours.	Papier	Geld
Amsterdam (à 3.) kurz	—	101½
(100 fl. Cour.) 2M.	—	100⅞
Augsburg (à 3.) kurz	—	115⅞
(150 fl. Cour.) 2M.	—	—
Berlin (à 3.) kurz	—	100½
(50 Thlr.) 2M.	—	—
Bremen (50 à 3.) kurz	—	100½
Hamburg (à 3.) kurz	—	100½
(100 Mk. Banco) 2M.	—	99⅝
Leipzig (20 Thlr. à 3.) kurz	—	100½
Thlr.) 1 d. M.	—	—
London (à 3.) kurz	—	121½
(10 Livr. St.) 2M.	—	120⅞
Lyon (à 3.) kurz	—	99⅝
(300 Fr.) 2M.	—	—
Mailand (250 à 3.) kurz	—	100½
Ltr. Aass.) 2M.	—	—
Paris (à 3.) kurz	—	99½
(300 Fr.) 2M.	—	—
Wien (150 à 3.) kurz	150	—
in 2 20 Fl. 2M.	—	—

A. Seelbach, beeid. Makler

Nach der Börse: 2½pCt. Met. —; 3pCt. Span. Inl. —; Tabaksbahn-Actien pr. Cass. —; L.-W.-Bexb. —; L.-W.-Nordb. — fl.

Druck von August Osterrieth.

№ 118. — Samstag — den 19. Mai — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bereichsgebiet von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Würzburg fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu übersenden. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 336; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Ungarischer Kriegsschauplatz.

Wien, 12. Mai. Folgender Bericht über die Vorgänge bei der Armee in Ungarn ist in der „Wiener Zeitung" zu lesen: Nach der am 5. Mai von dem 1. Armeecorps vorgenommenen Vorrückung gegen Raab, welche den Zweck hatte, den Feind zum Ausrücken zu bewegen, um seine Stärke beurtheilen zu können, zeigte sich — auch nach Aussage eines Ueberläufers — daß in der Umgegend von Raab vier Regimenter Husaren, eine bedeutende Zahl noch nicht organisirter Honveds, einige polnische und deutsche Legionen mit 30 Geschützen sich befanden. — Der Feind zog sich auf allen Orten vor unseren Colonnen zurück, detachirte aber eine starke Abtheilung gegen Kapuvar, welches unserer Seits von einem Streifcorps unter Major Grabov, bestehend aus 2 Jägercompagnien, 6 Compagnien Kordelka, einer Division Kreß-Chev. leg. und 1/2 Cpf. Fußbatterie, gedeckt war. Des andern Tags erhielt F.M.L. Graf Schlick von Major Grobois durch den Corporal Angelo Ferarini von Kreß-Chev. aus Eneffe die Meldung, daß er vom Feinde mit Uebermacht angegriffen, in seiner rechten Flanke umgangen, sich zum Rückzuge genöthigt gesehen. Dieser Unteroffizier ward auf seinem Wege von feindlichen Husaren auf allen Seiten umringt, hieb sich aber durch, schwamm durch die Rabnitz und kam glücklich mit dem Rapporte an seine Bestimmung. Derselbe ist mit der silbernen Tapferkeitsmedaille betheilt worden. Auf die erste Nachricht eines möglichen feindlichen Vordringens in der Richtung von Kapuvar entsandte der commandirende General sogleich den Oberstl. Zaitsek mit 10 Compagnien Grenzer und einiger Cavallerie zur Aufnahme des Majors Grobois von Ordenburg nach St. Miklos, von wo der genannte Oberstlieutenant sich bei Zinkendorf aufstellen zu sollen glaubte. Ungewiß, ob diese feindliche Bewegung vielleicht mehr als eine bloße Demonstration sein, und den Zweck der Aufwiegelung des Landes im Auge haben könnte, erhielt der Herr General v. Wyß den Auftrag, mit einem bedeutenderen Corps sogleich über Ordenburg die dortige Gegend nach allen Richtungen zu besetzen, und den Feind nach Raab zurückzuwerfen, was auch nach einem Berichte dieses Generals von Szerdahely erfolgt ist. Während dieser Vorgänge auf dem rechten Donauufer, gingen immer stärkere feindliche Abtheilungen auf der Insel Schütt vorwärts, welche die dort befindliche Division des F.M.L. Baron Burits in ihrer Stellung zwischen Bruck und Crölle zu beobachten bemüht war. Längst dem Schwarzwasser bis über die Fragendorfer Brücke sind bedeutende Verschanzungen aufgeworfen worden, um jedem weiteren Vordringen des Feindes Einhalt zu thun. Weiter gegen die Waag streifen die österreichischen Abtheilungen bis nach Neustadt; der Feind hatte die ganze Strecke bis über Selye herab stark besetzt, und sammelte überall Schiffe, um einen Uebergang zu versuchen. Dies gab Veranlassung zu einer That, welche auf den prachtvollen Geist hinweist, der in dem österreichischen Soldaten wohnt. Der Commandant einer bei Szerdahely, gegenüber eines Punktes, wo der Feind 18 Mühlschiffe versammelt hatte, aufgefahrenen 12pfündner Batterie äußerte gesprächsweise, wie es gut wäre, diese Schiffe an das rechte Ufer herüberzuziehen; sogleich stiegen der Kanonier Adam Frauenholz und der Fuhrwesens-Gemeine Joseph Schibig in einen kleinen Nachen, lösten unter dem lebhaftesten feindlichen Gewehrfeuer von den dort befindlichen 18 Schiffen 9 los, brachten 6 davon auf das rechte Ufer, und zerstörten die drei übrigen. Sie wurden beide mit der silbernen Tapferkeitsmedaille 1. Klasse belohnt. Seit einigen Tagen ist eine große Bewegung in der feindlichen Armee, deren Pivot noch immer Komorn ist, sichtbar, und wie es scheint die größte Aufmerksamkeit des Feindes gegen das Waagthal gerichtet. Der Rebellenchef Klapka, welcher zwischen der Waag und Neutra ein Corps von 8000 Mann commandirt, hat von Komorn her Verstärkungen erhalten, und in wenigen Tagen dürften diese Bewegungen einen bestimmten Charakter annehmen. Die österreichische Armee von Ungarn hat durch die Besetzung des so wichtigen Punktes Preßburg à cheval der Donau wieder eine Manövrirfähigkeit erlangt, die sie, seitdem sie genöthigt war, Pest aufzugeben, durch den Strom und Komorn getrennt nicht haben konnte.

Wien, 14 Mai. Dem Vorrücken des kaiserlichen Centrums auf der Insel Schütt gegen Komorn folgte eine gleiche Bewegung auf dem rechten Flügel, wo die Brigade Wyß bis Raab vorgeschoben wurde, welche Stadt die Insurgenten ohne Kampf verließen.

† **Wien**, 15. Mai. Feldmarschallieutenant Graf Clam und die Generale Baron Reischach und Baron Bianchi sind bereits in Ungarn bei der Armee eingetroffen; der Erstere hat das Commando der Brigaden Gerstner und Dessen übernommen. Die erledigte Brigade Soffai erhielt Generalmajor Pott. Feldmarschallieutenant Edmund Fürst Schwarzenberg wurde Commandant des 3. Armeecorps in Ungarn, dagegen der bisherige Commandant Feldmarschallieutenant Simunich als Divisionär nach Wien versetzt. Generalmajor Fürst Colloredo-Mansfeld wurde als Feldmarschallieutenant bei der Armee in Ungarn eingetheilt. Feldmarschallieutenant Baron Grueber, Chef des Armeegeneralcommandos, wurde pensionirt. — Die ersten Colonnen des über Krakau und Hradisch eingerückten russischen Corps unter General Saß sind bereits in Tyrnau eingerückt. — Gestern haben die Offensivbewegungen der Hauptarmee begonnen. Vier Brigaden sind auf der Insel Schütt recognoscirend vorgerückt; die Ungarn zogen sich allenthalben zurück. F.M.L. Vogel soll am 13. d. M. in Trentschin eingerückt sein; Dembinski aber mit seinem Corps in den Bergstädten stehen. Auch das ganze rechte Waaguser war noch immer von den Oesterreichern besetzt. In Pest hatte das Bombardement fortgedauert. Reisende, die am 9. d. diese Stadt verließen, erklärten, daß wenig Schaden angerichtet worden sei; dagegen wollten andere, die am 10. abreisten, vom Einsturze vieler Mauern und Häuser wissen. Auf dem Josephsplatze war man beschäftigt, Erdsäcke zu fällen, angeblich um Batterien zur Beschießung der Festung zu errichten. Es hieß allgemein, man wolle die Festung um jeden Preis nehmen, selbst wenn Pest dabei zu Grunde gehe. — Jranyi erließ eine Kundmachung, worin er die Bewohner auffordert, so gut sie können, für ihre Sicherheit zu sorgen. Die Stadt war beinahe ganz verlassen, die Läden geschlossen und eine große Anzahl Menschen campirte im Freien vor dem Stadtwäldchen unter Zelten.

Von der untern Donau erfährt man, daß Oberstlieutenant Puffer, der das Brigadecommando des Feldmarschallieutenants Theodorovich übernommen hatte, von den Magyaren angegriffen und geschlagen wurde. Letztere drangen gegen Pantsova vor.

Die Angaben über den Marsch der Russen werden immer verworrener. Aus zuverlässiger Quelle erhalten wir die Nachricht, daß am 11. drei Züge mit 3—4000 Mann in Pretau anlangten. Die nach Göding und Hradisch bestimmte russische Avantgarde zählt 14,000 Mann Infanterie, 1200 Mann Cavallerie, 48 Geschütze mit 400 Mann und 600 Pferden, 250 Pulverkarren mit 400 Mann und 750 Pferden. — Die „Presse" meldet, daß am 11. früh 2 Trains mit Russen von Oderberg abgegangen sind. Dieselbe Zeitung berichtet, daß die Ferdinands-Nordbahn mittelst Kundmachung des mährisch-schlesischen Landespräsidiums für die Zeit dieser Transporte unter militärische Bewachung gestellt worden ist, und alle Betriebsbeamten den Weisungen des Generalstabsobristen von Mayern zu gehorchen haben. — Dagegen meldet das Abendblatt des „Lloyd" vom 12. Mai: „Der Transport der russischen Hilfstruppen auf der Eisenbahn durch Mähren nach Oesterreich ist abbestellt worden. Demgemäß wurden auch die nach Olmütz eingeleiteten Verpflegsdispositionen eingestellt. Görgey's Absicht, nach Galizien und Posen über Schlesien einzubrechen, ist der wahrscheinliche Grund dieser Maßregel, und eine Colonne der russischen Hilfstruppen dürfte in Schlesien stehen bleiben, bis eine zweite nachrücken wird. Commandant der ersten Colonne ist der vom Tscherkessenkriege her bekannte General Saß." — Dem „Oesterr. Corresp." wird über den Marsch der Russen aus Lemberg geschrieben: „Durch Galizien wird der Einmarsch in sechs Colonnen geschehen. Die erste Colonne, 17,000 Mann mit 3600 Pferden, bricht am 4. Mai von Michalowice bei Krakau auf, und zieht über Jordanow; die zweite, 22,000 Mann mit 6500 Pferden, den 5. Mai von Krakau über Pilsno; die dritte, 15,000 M. mit 2500 Pferden, von Tarnogred über Rzeszow nach Ungarn; die vierte, 26,000 M. mit 7500 Pferden, von Radziwillow bei Brody, kommt den 13. Mai in Lemberg an; die fünfte, 17,000 M., 700 Pferde, von Wolczezyska aber Tarnopol, trifft in Lemberg den 21. Mai ein; die sechste, 9000 M., 900 Pferden, über Husiatyn, Tarnopol, kommt nach Lemberg den 23. Mai. Von Seiten des Militärs sind diesen Colonnen als Commissäre Hauptmann Schröder, Oberstlieutenant Jablonowsky, Oberlieutenant Janek und Rittmeister Grabl, politischer Seits der Gubernialrath Sweceny, Gubernialsecretäre Bogdani und Hoffmann und Kreiscommissär Brunicki beigegeben; Gubernialrath Sacher geht nach Warschau mit einer Sendung an den Fürst-Statthalter Paszkiewicz. In der obigen Aufzählung der einrückenden russischen Truppen sind die für Siebenbürgen bestimmten zwei Colonnen nicht einbegriffen; eine Colonne, 29,000 Mann unter Commando des General Stam, geht über Bukowina, die andere, 40,000 Mann, unter General Lüders, von der Walachei aus nach Siebenbürgen. Unter den russischen Truppen ist die Cavallerie sehr zahlreich, daher die Insurgenten ihre Ueberlegenheit in dieser Truppengattung, der sie bekanntlich durch Entwickelung großer Cavalleriemassen in den Ebenen die jetzigen Fortschritte größtentheils verdanken, nicht mehr werden behaupten können."

Krakau, 10. Mai. Immer herrscht noch in den Straßen unserer Stadt ein reges Leben. Couriere kommen und gehen nach verschiedenen Seiten, Militär zieht ein und aus, russische und österreichische Musikbanden spielen abwechselnd und oft sind die Gassen von den russischen Bagagewägen und Kibitken ganz verbarrikadirt, daß man sich kaum durchdrängen kann. — Gestern kamen 6 Escadrons Ulanen an — ein sehr schönes Militär; besonders gut macht sich bei der russischen Cavallerie, daß in jedem Regimente ganz gleiche Pferde sind — die gehrigen haben Rappen, Prachtpferde. Außerdem kamen 3 Batterien an, d. i. 36 Kanonen (weil die russische Batterie 12 Kanonen hat). — Die am 7. und 8. eingerückten Truppen stehen noch hier, ob sie ein Theil der für Krakau bestimmten Garnison sind, weiß man nicht. Die Einquartierungen sind eine sehr große Last für unsere Stadt, da man den Soldaten — oft 15—25 an der Zahl — nicht nur Wohnung, sondern auch Essen geben muß ohne Entgeld; und wer weiß, wie lange die Transporte noch dauern werden — es soll erst die Hälfte dieses Corps durch- und eingezogen sein, das durch unsere Stadt gehen soll. — Heute werden Husaren erwartet. — Man will hier wissen, daß es 1 Meile hinter Jordanow (Wadowicer Kreis, 2. Station der Russen in Galizien) mit den Ungarn zu einem Vorpostengefecht gekommen sei. Wäre dies wahr, so müßte eine ungarische Abtheilung die Grenze überschritten haben. — Heute früh 7 Uhr ward im Schloß ein Civilist erschossen — einer von den bei den Ehrzanower Unruhen Betheiligten — ohne daß jedoch irgend eine officielle Bekanntmachung bis jetzt in dem Regierungsblatte der „Gazetta Krakowska" veröffentlicht worden wäre. — Die Furcht vor der Recrutirung hat viele, besonders junge Leute bewogen, nach Ungarn zu fliehen, und eine nicht unbeträchtliche Anzahl hat Krakau verlassen. (C. B. a. B.)

Deutschland.

= **Berlin**, 15. Mai. Gestern fand unsere erste mit großer Neugier erwartete und im engsten Raum überzahlreich auch von Damen besuchte Geschwornensitzung statt. Sie begann um 9 Uhr und betraf die gegen den Literaten Robert Springer wegen Majestätsbeleidigung erhobene Anklage. In der Nummer der vorjährigen „Locomotive" vom 7. November hatte nämlich ein Robert Springer unterzeichneter Artikel gestanden, mit der Unterschrift: „Gegen den Tyrann" und dem Motto: „Sterben mußt du, schnöder Troser." Die Juristen unter den Geschwornen haben offenbar Herkulesarbeit gehabt, und sind doch nicht durchgedrungen. Vom juristischen Standpunkt hätte nämlich, weil nicht zu erweisen war, daß unzweifelhaft der Artikel gegen den König von Preußen gerichtet sei, die Freisprechung des Angeklagten erfolgen müssen. Er wurde aber nach mehr als eintägiger Berathung für schuldig erklärt. Am meisten hat wohl hierzu — denn der Staatsanwalt Seibe verfuhr in seiner Anklage nichts weniger als geschickt — der Vertheidiger selbst, Dr. Stieber, beigetragen. Er schien vergessen zu haben, daß eine Vertheidigung vor Geschwornen und vor preußischen Criminalisten zwei verschiedene Dinge sind. Nur für die letzteren war seine Art der Argumentation berechnet, den Geschwornen aber stieß er in unklugster Weise von vornherein vor den Kopf, indem er das ganze Institut, wie es aus dem provisorischen Gesetz hervorgegangen, und dann noch sämmtliche Mitglieder angriff, sie als „Preußenverein," als eine Partei, die über eine Partei richte, bezeichnete. Daß das erste Verdict auf „schuldig" lautete, hat aber vielleicht die zweite Wirkung, daß das Institut nach obenhin nicht gleich discreditirt wird. Das Publikum, obwohl sichtlich überrascht durch das „Schuldig" der Geschwornen, verhielt sich ruhig. Der Staatsanwalt trug auf 3 Jahre, der Vertheidiger auf 2 Jahre Freiheitsstrafe an, der Gerichtshof erkannte auf 2½ Jahre und Cocardenverlust wegen Mangels an ehrliebender Gesinnung. Daß das Publikum hierüber nicht weniger, als über das Schuldig überrascht war, läßt sich denken. Ob eine Majestätsbeleidigung einen Mangel an Patriotismus und Ehrliebe verräth, wird im constitutionellen Staat eine wohlaufzuwerfende Frage sein, allein unsere Strafgesetze sind noch die des Absolutismus. — Zu den interessantesten literarischen Erzeugnissen der hiesigen neuesten Literatur gehört ein Buch von Dr. Gneist, Professor und Dr. der Rechte an der hiesigen Universität, der in 7 Wahlkreisen bei der Februarwahl als Candidat auftrat, in 4 als zu wenig links und in 3 als zu wenig rechts durchfiel. Er nennt sein Buch: Berliner Zustände, politische Skizzen aus der Zeit vom 18. März 1848 bis 18. März 1849. Wer die Candidatenreden des Herrn Gneist gehört hat, wird den großen Fortschritt nicht verkennen. Festhaltend an dem Glauben in den Genius der deutschen Nation, scheint er mit größerer Bestimmtheit des Wollens ein höheres Maaß gefunden zu haben. Das Buch wird gewiß noch eine bemerkenswerthe Beachtung finden.

△ **Elberfeld**, 17. Mai. Gestern Abend vor 9 Uhr wurde dem hiesigen Sicherheitsausschusse eine telegraphische Depesche folgendem Inhalts mitgetheilt: „Minden, 15. Mai 1849. Auf Befehl des Herrn Ministers v. d. Heydt. An den Sicherheitsausschuß zu Elberfeld. Der anstrengenden Bemühung Preußens ist es gelungen, die deutsche Frage unter wesentlicher Zugrundelegung der Frankfurter Verfassung zur vollständige Einigung mit den bisher widersprechenden Königreichen zu führen. Die Verkündigung wird schon in wenigen Tagen erfolgen. Eine Proclamation des Königs erscheint schon heute. Berlin, 15. Mai 1849. Die Deputirten von Elberfeld, Grafschaft Mark und Westphalen (gez.) Dr. Pagenstecher, Simons, Rötzler, Phillippi ꝛc." — Kaum eine halbe Stunde nachher langte einer der Deputirten, Dr. Pagenstecher, mit dem letzten Eisenbahnzuge hier an. Nach seinen mündlichen Mittheilungen ist die deutsche Reichsverfassung, wie sie aus erster Lesung hervorgegangen, unverändert angenommen; nur die wenigen Bestimmungen des Paragraph 1, und was damit zusammenhängt, haben eine Umänderung erlitten, wie sie namentlich Oesterreich gegenüber geboten war. Sie können denken, welchen Eindruck diese Mittheilungen hier hervorgebracht haben. Noch bis gestern Abend wurde an denjenigen Stellen, wo voraussichtlich der Straßenkampf am entschiedensten sich gestalten konnte, das Pflaster aufgerissen, um neue Barrikaden zu errichten, welche das Ansehen von Festungsmauern hatten. Heute Morgen, in dem Augenblicke, wo ich Ihnen diese Mittheilung mache, ist man dagegen auf vielen Punkten beschäftigt, die Barrikaden zu beseitigen. Die Haltung des bergischen Landes und der Grafschaft Mark hatte keinen andern Zweck, als die Beförderung der nothwendig gewordenen Anerkennung der deutschen Verfassung. Haben wir das erreicht, so werden die Schwerter freudig in die Scheide gesteckt und ruhig kehrt unser Volk zu seiner Arbeit zurück.

⁂ **Würzburg**, 17. Mai. Das königl. Kreiscommando der Landwehr in Unterfranken und Aschaffenburg, Graf v. Rechteren-Limpurg, Generalmajor und Kreiscommandant, hat unter dem 9. Mai einen Tagesbefehl an die Landwehrmänner erlassen, in welchem dieselben aufgefordert werden, von der Selbstvereidigung auf die deutsche Reichsverfassung, als einem unrechtmäßigen, erpreßten und nachtheiligen Beginnen, abzustehen. Im Auftrag des Landwehrregiments in Würzburg hat hierauf der Ausschuß dem Kreiscommandanten in den entschiedensten Ausdrücken mit einem Mißtrauensvotum geantwortet und erklärt: „als deutsche Ehrenmänner müßten sie als ihre heilige Pflicht öffentlich bekennen und beschwören, einem reichsfeindlichen Befehl gegen die Reichsverfassung keine Folge zu leisten, sondern unverbrüchlich derselben festzuhalten."

Augsburg, 16. Mai. Heute Vormittag wurde hier der Vorstand des hiesigen Märzvereins, Kronacher von Bamberg, verhaftet und in die Frohnveste geführt. Ueber den Grund haben wir nichts Sicheres erfahren. (A. Z.)

Aurich, 11. Mai. Die ostfriesische Ständeversammlung ist gestern am gewöhnlichen Tage eröffnet, und dieselbe kann gesetzlich vom König weder aufgelöst noch vertagt werden, und ist mithin jetzt das einzige Organ des Landes Hannover in der deutschen Sache, welches von der hannoverschen Regierung auf gesetzlichem Wege nicht zum Schweigen gebracht werden kann. In diesem Sinne wurde heute folgender Antrag vom Stadtsyndicus Dr. Bueren aus Emden in der deutschen Sache gestellt: 1) die ostfriesische Landschaft möge beschließen, durch eine Deputation von 9 Mitgliedern folgende 4 Punkte als Forderung des ostfriesischen Volkes in Bezug auf die deutsche Verfassungsfrage Sr. Maj. dem Könige vorzutragen: a) Unbedingte Anerkennung der deutschen Reichsverfassung, einschließlich des Reichswahlgesetzes. b) Unbedingte Unterordnung unter das von der Reichsversammlung gewählte oder ferner noch zu wählende Reichsoberhaupt. c) Sofortige Wiederberufung der Stände. d) Entlassung des Ministeriums Stüve und Ernennung eines neuen volksthümlichen Ministeriums, das sich zur Ausführung der Punkte a b c bereit erklären wird. 2) Daß für den Fall, daß ihre Deputation in Hannover abgewiesen wird oder erfolglos bleibe, die erwählte Deputation nach Frankfurt reise und bei der Centralgewalt die Vollziehung der Reichsbeschlüsse in Bezug auf die deutsche Verfassung für den König von Hannover und die Provinz Ostfriesland beantrage. 3) Zu erklären, daß der im Schlußsatz der ostfriesischen Verfassung vom 8. Mai 1815 vorgedachte Fall des Aufhörens aller ständischen Vertretung in Hannover eingetreten, und mithin den ostfriesischen Ständen ihre alten Rechte wieder zugefallen seien. 4) Bis dahin, daß ihre Forderung ad 1 von Sr. Majestät erfüllt sein werde, sich selbst für permanent zu erklären oder einen permanenten Ausschuß zu ernennen, der die Verwaltung und Vertheidigung Ostfrieslands in die Hand nehme. Die ostfriesische Landschaft möge endlich beschließen: 5) daß bei fortwährender Weigerung der hannoverschen Regierung, die Reichsverfassung und Reichsgesetze zur Geltung zu bringen, bis zur Unterwerfung der Krone Hannovers unter die Reichsgewalt, Ostfriesland sich für reichsunmittelbar erkläre und der Reichsgewalt unmittelbar unterordne. Der Antrag, nebst einem andern von Ehrlenholz, ist auf die Tagesordnung vom Montag festgesetzt. (Ztg. f. Nordd.)

Aurich, 14. Mai. Die ostfriesische Landschaft hat heute ihren Beschluß gefaßt. Die drei Curien derselben waren, die der Ritterschaft durch 4, die der Städte durch etwa 20, die der 10 Aemter durch etwa 50 Personen vertreten. Die drei Curien haben sich leider über einen gemeinschaftlichen Beschluß nicht einigen können. Zu den beiden (gestern mitgetheilten) Anträgen des Stadtsyndicus Bueren und des Rectors Ehrlenholz, von welchen der erste zu drehend und der zweite zu mild gefunden wurde, war noch, als Zusatzantrag zu dem Antrag von Ehrlenholz, ein dritter durch den Hrn. v. Vanden zu Emden eingereicht, wonach der Antrag so lauten sollte: Die versammelten Stände des Fürstenthums Ostfriesland beschließen: 1) daß in einer an Se. Maj. den König von Hannover zu erlassenden Petition der dringende Wunsch ausgesprochen werde, unverzüglich die Wahlen zur neuen Ständeversammlung ausschreiben zu lassen, das gegenwärtige Ministerium durch ein volksthümliches zu ersetzen, und sich mit der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung des deutschen Reiches, einschließlich des Reichswahlgesetzes einverstanden zu erklären; 2) diese Petition durch eine ständische Deputation von 6 Mitgliedern Sr. Majestät überreichen zu lassen; 3) bis zur Rückkehr der Deputation sich zu vertagen. Dieser Antrag ist von den beiden Curien der Städte und Aemter fast einstimmig angenommen worden. Die Curie der Ritterschaft entschied sich für den ursprünglichen Ehrlenholz'schen Antrag, d. h. für die obige Fassung ohne die gesperrt gedruckten Stellen.

Heilbronn, 17. Mai, Morgens früh. Eine Abtheilung badisches Militär, bestehend aus einiger Infanterie, einiger Reiterei (Dragoner) ꝛc., etwa 14 bis 16 Stücke Geschütz, welche in Karlsruhe vor ihrem Abmarsch auf die Reichsverfassung beeidigt worden war und der Bewegung sich nicht angeschlossen hat, suchte auf weniger gangbaren Wegen, um einen Zusammenstoß mit den überall parat stehenden Bürgerwehren und Freicorps zu vermeiden, den Weg nach Frankfurt zu gewinnen, um sich der Centralgewalt zur Verfügung zu stellen. Dies gelang nicht, weil die Passirung der Ladenburger Eisenbahnbrücke für Geschütze und Pferde unmöglich schien. Nach einem Herumirren von 3 Tagen schlug die Abtheilung endlich ihren Weg ins Württembergische, Heilbronn zu, ein; dieselbe kam gestern, den 16., Abends in Fürfeld und Bonfeld, nachdem die Leute 9—10 Stunden nicht von den Pferden gekommen waren, gänzlich ermattet und entmuthigt an, aber wie sich von selbst versteht und von den Offizieren bestätigt wurde, in keiner anderen Absicht, als um endlich Ruhe und Erfrischung zu finden. Diese letztere wurde gereicht und auch, so weit es möglich war, bezahlt, was bei der Fourage für die Pferde vollständig der Fall ist. Von den Schultheißenämtern der betreffenden Orte wurde sogleich Bericht an das Oberamt Heilbronn erstattet, aber wie es scheint, durch ein Versehen statt badische bayerische Truppen berichtet. Dies brachte in Heilbronn ungeheure Aufregung hervor. Noch spät Abends bis tief in die Nacht hinein beriethen die verschiedenen Vereine; zwischen 11 und 12 Uhr Nachts wurde Generalmarsch geschlagen und heute früh etwa um 4 Uhr traten die Heilbronner Bewaffneten in ziemlich bedeutender Anzahl ihren Marsch nach den oben berührten Orten an. Der gemäßigtere Theil der Bürgerschaft war gegen den Auszug, als dieser aber seine Ansicht nicht durchsetzen konnte, schloß er sich doch dem Zuge an, um etwaige übereilte Schritte zu verhindern zu suchen. Der Obercommandant der Heilbronner Bürgerwehr, Stadtrath Nidel, ein zwar entschiedener, aber namentlich auch sehr besonnener Mann, so wie die meisten Offiziere marschirten mit aus, so daß es zu erwarten steht, daß die Sache einen ruhigen Charakter behalten werde. — Heute Nacht erschoß sich in Fürfeld ein Rittmeister der badischen Artillerie Großmann, ein biederer Soldat, aus Kummer wegen der Vorfälle. — Das Oberamt hat den Befehl gegeben, daß die badischen Soldaten, da, wo sie sich jetzt befinden, vorerst bleiben sollen. (S. M.)

Karlsruhe, 16. Mai. Im Laufe des gestrigen Tages hielt Bürger Goegg, der mit der Leitung des Finanzministeriums beauftragt ist, Kassensturz bei der Amortisations- und Generalstaatskasse. Abends war Vorstellung der Directoren. Die Zahlungen gehen fort. Gestern Abend und heute Morgen hatten Verhandlungen statt zwischen Brentano Namens des regierenden Ausschusses und einer gemischten Ministerialcommission über die Formel eines zu leistenden Eides. Wie ich heute höre, soll sich namentlich Bornstedt am meisten für die Republik aussprechen, Brentano aber sich nachgiebiger gegen die Ministerialcommission gezeigt haben. Gestern und heute großer Zuzug von Freischaaren, meist mit Trommlern und Fahnen, größtentheils bewaffnet; wer keine Waffen hat, empfängt solche aus dem Zeughause. Es kommen viele junge Leute. Gestern erhielt Stadtdirector Stößer seine Entlassung; er geht mit Sack und Pack und Familie, wie es heißt, nach Schaffhausen. Auch Mollenbec, der Oberpostdirector, und Postrath v. Kleudgen sind entlassen. Das Landesausschußmitglied Ziegler hat die Stadtdirection und Polizei übernommen. Bei der Eidesformel wurde, wie ich aus sicherer Quelle höre, die Klausel wegen der seitherigen Verfassung, wie sie von der Ministerialcommission beantragt war, von der Executivecommission angenommen. — Unsere Straßenecken sind mit Plakaten ganz verkleistert.

Mannheim, 17. Mai. Das hier garnisonirende Militär ist gestern auf die Verfassung beeidigt worden. Die Offiziere haben sich bis auf wenige entfernt. Die Stadt ist ruhig. (M. J.)

Die Frankfurter Posten, schreibt das „Mannh. Journal", vom 18. sind uns heute nicht zugegangen. Ein Gerücht sagt, daß die Eisenbahn bei Weinheim zerstört sei.

✂ **Weinheim**, 18. Mai. Diesen Morgen um 4 Uhr kam eine Locomotive von Heidelberg, besetzt mit Freischärlern, welche dem Bahnpersonale den Befehl gaben, die Eisenbahn zu demoliren. Das Personale wußte nichts Eiligeres zu thun, als dem Befehl Folge zu leisten. Die Schwellen und Schienen hat das bewaffnete Corps mitgenommen. Um 8½ Uhr schon kam auf Privatwegen die Nachricht in das zwei Stunden abwärts gelegene Heppenheim. Ob und was auf dem Dienstwege abwärts gemeldet ist, weiß Niemand. Durch das allmälige Heranrücken des Militärs in das Zwangsregiment, das seit vergangenem Montag früh 11 Uhr hier herrschte, etwas gewichen. Der Amtsvorstand hat die Ruhe der Stadt den Häuptern der republikanischen Partei anvertraut. Amtmann Hertrich, der sich durch die Untersuchung wegen der Beschädigung der Main-Neckar-Eisenbahn bei der souveränen Partei mißliebig gemacht, hat sich auf die Nachricht hin, daß die Regierung geflüchtet sei, in das Großherzogthum Hessen begeben. Der Commissär Krebs, von dem Landesausschuß entsendet, ein junger Mann von 22 Jahren, wollte die Beeidigung des Gemeinderaths vernehmen. Dieser hat jedoch abgelehnt, worauf sich der Commissär unter Androhung der dem Landesausschuß zu Gebot stehenden Mittel wieder entfernte.

Darmstadt, 18. Mai. Eine außerordentliche Beilage zur hiesigen Zeitung enthält folgendes Bulletin. „Das nach der badischen Grenze vorgeschobene, vorläufig unter dem Befehle des Kriegsministers Grafen Lehrbach stehende Truppencorps besteht aus den großh. hess. Infanterieregimentern Nr. 2, 3 und 4, einem von Frankfurt abgesandten k. württemb. combinirten Infanterieregiment, sodann 4 Schwadronen Reiterei und 5 Geschützen. Die nächste Aufgabe des Commandirenden war, den großh. bad. Kriegsminister General Hofmann, welcher mit 16 Geschützen von den Insurgenten hart bedrängt in der Gegend von Ladenburg stehen sollte, wo möglich zu befreien. Graf Lehrbach brach daher am 17. Morgens um 3 Uhr mit dem hess. 2. Inf.-Reg., 1 Schwadron und 3 Geschützen von Heppenheim zu einer Recognoscirung gegen Ladenburg auf und traf nach 8 Uhr in Birnheim ein, wo das dahin beorderte 3. hessische Infanterieregiment bereits von Worms eingetroffen war. Alle bis dahin eingezogene Nachrichten ließen indessen fast sicher voraussetzen, daß es dem General Hofmann gelungen war, sich nach dem Gebirge hin zu ziehen und daß er sich nach Württemberg durchzuschlagen gedenke. Da ein Vordringen auf 6 bis 7 Stunden in das insurgirte badische Land, unter den vorliegenden Umständen, keinerlei Erfolg versprechen konnte, so mußte sich der Commandirende auf seine zweite Aufgabe, nämlich die Abhaltung von Zuzügen, beschränken. Zu dem Ende vertheilte er seine Truppen in die angemessenen Stellungen. Kleine Abtheilungen insurgirter Truppen und Freischaaren entfernten sich schnell bei dem Erscheinen der diesseitigen Truppen. Der Kriegsminister Graf Lehrbach kann nicht genug den trefflichen Geist rühmen, der die ganze, zum Theil junge Mannschaft der ihm untergebenen Truppen beseelt, und den Eifer, mit welchem dieselben die mit den Märschen verbundenen bedeutenden Anstrengungen getragen haben."

□ **Heppenheim** a. d. Bergstraße, 18. Mai. Als authentisch habe ich Ihnen mitzutheilen, daß die Main-Neckar-Eisenbahn nur noch von Frankfurt bis hierher befahren werden kann, indem sie von den Freischaaren bei Weinheim zerstört worden ist. Die Geschäftsverbindung soll, wie ich höre, durch einen Postwagen möglichst wiederhergestellt werden.

In Ginsheim und in Geinsheim ist je eine Compagnie der preußischen zur Mainzer Festungsbesatzung gehörigen Truppen einquartiert worden. Es geschah dies auf Befehl des Reichskriegsministeriums und in Folge der staatsvertragsmäßigen Befugniß des Mainzer Festungsgouvernements stets, einen Rayon von zwei Meilen um die Festung militärisch zu besetzen.

Mainz, 18. Mai. (M. J.) Das 2. Bataillon des 35. preuß. Infanterieregiments ist statt des gestern und heute zur Besetzung des rechten Rheinufers von Ginsheim bis Oppenheim abgegangenen Bataillons 38er heute von Frankfurt hier eingerückt. Eine Cavallerieabtheilung rückte diesen Morgen zum Neuthore hinaus.

)(**Bingen**, 16. Mai. Heute bewegte sich der Kern der Bürgerschaft in feierlichem Zuge nach dem Stadthause, wo die Väter der Stadt versammelt waren, welche, der Mehrzahl der Bürger nachgebend, einstimmig die Anschaffung von Waffen aus Gemeindemitteln beschlossen. Zu diesem Zwecke soll die Summe von zehntausend Gulden aufgenommen werden.

§ **Altona**, 16. Mai. Die Stellung der Avantgarde der operirenden Nordarmee in Jütland ist noch immer ein und dieselbe, wie sie beim Gefecht vor Fridericia errungen wurde, nämlich concentrisch eine halbe Meile von und um Fridericia. Obgleich nunmehr alle Vorbereitungen zu einem erfolgversprechenden Angriff auf die Festung getroffen, hat es fast den Anschein, daß man hier ebensowenig, wie augenblicklich im Sundewitt, offensiv zu verfahren geneigt ist, zumal seit die Gerüchte von der erneuten Aufnahme der Friedensunterhandlungen immer mehr an Wahrheit gewinnen. Die preußische Division ist im Vordringen nach dem Norden Jütlands begriffen und bereits hat die preußische Landwehr vom 13., 16. und 17. Regiment die Dörfer hinter Veile, wo der General v. Prittwitz sein Hauptquartier aufgeschlagen, besetzt. Die Avantgarde der Reichstruppen steht zwischen Horsens und Aarhuus; letztere Stadt als einer der bedeutendsten Stapelplätze des jütländischen Productenhandels bekannt. Wie verläßliche Berichte aus dem Norden erzählen, und wie aus dem Hin- und Herfahren von Dampfschiffen auf dem Belt auch anzunehmen ist, beabsichtigt der größte Theil der feindlichen Streitkräfte sich nach Fühnen und Alsen zurückzuziehen. Das feindliche Truppencorps unter General v. Rye hat im Gefechte bei Veile stark gelitten. Die Danen wollen auf dem Festlande nicht mehr Stich halten, sonst würden sie die zwischen Veile und Horsens angelegten sehr festen und vertheidigungsfähigen Schanzen nicht ohne Kampf verlassen. Nur eine Schanze bei Veile haben sie hartnäckig vertheidigt, die jedoch von der polnischen Landwehr nach kurzem Gefechte mit stürmender Hand genommen wurde. Es hat fast den Anschein, daß es den Dänen wieder gelüstet, offensiv zur See gegen unsere guten Batterien zu verfahren; denn gestern waren 12 bis 15 Kriegsschiffe bei Kiel in Sicht. In Friedrichsort und Kiel sind indeß die Vorkehrungen so beruhigender Art, daß die deutschen Geschütze immerhin einen Kampf mit den Kriegsschiffen aufnehmen können.

Düppel, 13. Mai. Die Düppeler Schanzen sind fertig. Das Geschütz, welches eine Zeitlang zu Gravenstein gestanden, ist meistens hierher gebracht. Die schleswig-holsteinischen Artilleristen werden heute durch 200 preußische abgelöst. Beim Brückenkopf scheinen die Dänen Minen oder Laufgräben anzulegen. (D. T.)

Aus Nordschleswig, 14. Mai. Gestern ist das Hauptquartier des Generals Prittwitz nach Veile verlegt worden. Dem Vernehmen nach soll die Avantgarde auf dem Wege nach Aarhuus vorgeschoben sein. In demselben Maaße, wie die preußische Armee vorrückt, rücken die Bayern und übrigen Reichstruppen nach.

Frankreich.

△ **Straßburg**, 17. Mai. Auch im oberrheinischen Departement sind die Candidaten der rothen Republik gewählt

vorden, nämlich: Favtier, Mühlenbeck, Cassal, Savoye, König, Plieger, Kohler, George, Hofer und Burgard.

Großbritannien.

K **London**, 15. Mai. Die englische Presse widmet ununterbrochen den deutschen Zuständen die größte Aufmerksamkeit, und es läßt sich nicht leugnen, daß, mit Ausnahme der hochtoryistischen Blätter, die meisten Journale hierin mit großer Unbefangenheit und mit sichtlichen Sympathien für die deutsche Sache zu Werke gehen. Die „Times“, welche einen Augenblick, aber auch nur diesen, die Ansichten und Beschlüsse der Majorität der Frankfurter Nationalversammlung zu billigen sich anschickte, ist seit den letzten Erklärungen des Königs von Preußen und seitdem dieser die deutsche Kaiserkrone definitiv abgelehnt hat, davon zwar wieder zurückgekommen, aber in Abrede kann nicht gestellt werden, daß dieses Blatt mit meist richtigem Blick die Verhältnisse überschaut und sein Urtheil und seine Rathschläge auf den dem englischen Volke vor allem eigenthümlichen praktischen Standpunkt basirt. So sagt sie in ihrer heutigen Nummer über die gegenwärtigen Bewegungen im westlichen und südwestlichen Deutschland u. A. Folgendes: Es ist vielleicht nicht unmöglich, das längst des Rheinthales in bedeutender Aufstand Platz greift, und auf einigen der letzten Versammlungen in und bei Köln und Trier wurde sogar bereits der Ruf nach Unabhängigkeit und Lostrennung von Preußen laut. Ein klein wenig Ueberlegung, wenn anders in solcher Zeit das Volk einer Ueberlegung fähig ist, möchte es überführen, daß eine solche Revolution wahrscheinlich in seiner Verbindung mit einer Macht enden wird, welche seinen nationalen Sympathien weit mehr widerstrebt als die mit dem König von Preußen. Bei dem Frieden im Jahre 1815 wurden die Gebiete der alten Kurfürstenthümer Trier, Köln, Mainz und ein Theil der Pfalz, welche damals ungefähr 20 Jahre lang französische Departements gewesen waren, den mächtigsten Königreichen Deutschlands zugetheilt, in der Absicht, diesen Staaten und dem gesammten Bund ein hohes Interesse an ihrer Vertheidigung gegen eine französische Invasion zu geben. Rheinpreußen und Rheinbayern mit ihren Festungen wurden die Außenwerke Mitteleuropas gegen die Politik, welche dahin strebt, das Gebiet Frankreichs wie das linke Rheinufer zu vergrößern. Wenn diese Provinzen jetzt durch eine allgemeine demokratische Bewegung ihre Verbindung mit ihren betreffenden Fürsten lösen und der Gewalt des Bundes widerstehen, so ist leicht zu begreifen, daß sie die beste Gewähr für ihren Nationalcharakter wegwerfen und die Thore ihrer Städte den Waffen Frankreichs öffnen. Es ist dies wahrscheinlich nicht ihre Absicht, denn die Sache der Demokratie ist in Deutschland aus einem reinen und edlen Gefühl für die Unabhängigkeit des Landes entstanden; aber es würde die Folge einer Auflösung der Bande sein, welche diese Gebiete mit den größten Militärmächten des Bundes vereinen. Ihre Demagogen sprechen von deutscher Nationalität, während jeder Moment ihres Wirkens, ihre Barrikaden, ihre Clubs, ihr Socialismus, selbst die Form ihrer Reden und die Art und Weise ihrer Agitation nur matte Copien der letzten revolutionären Erfindungen von Paris sind; während die Truppen, deren Blut im Bürgerkriege zu vergießen sie im Begriff stehen, deutsche Krieger sind, deren Muth und Treue sie allein vor einer leichten Unterjochung durch einen fremden Feind beschützen können. Preußen und Bayern möchten ohne die ehemaligen Provinzen bestehen, aber die rheinischen Provinzen würden ohne Preußen und Bayern über kurz oder lang aufhören, deutsch zu sein oder ihre Nationalität nur durch das Einschreiten der Mächte, welche sie jetzt anzugreifen bereit sind, bewahren. Sie sind indeß jetzt noch nicht so demoralisirt, um sich an ihrem gemeinsamen Vaterlande als Verräther zu zeigen, und wir sind überzeugt, daß bevor sie auf dem Pfad der Revolution weiter schreiten, die Bevölkerung dieser ungemein civilisirten Provinzen sich erinnern wird, daß sie, indem sie auf solche Weise ihre eigene Wohlfahrt vernichtet, einzig und allein dem Einfall eines fremden Feindes Vorschub leistet.

London, 15. Mai. Der heutige „Globe“ enthält Folgendes über die deutsch-dänische Frage: „Die von Lord Palmerston der dänischen und preußischen Regierung gemachten Vorschläge in Betreff der schleswig-holsteinischen Angelegenheit sind von dem dänischen Gesandten angenommen worden, und wir haben Grund zu glauben, daß der preußische Bevollmächtigte in unserm Lande diesem Vergleiche seine Zustimmung von Seiten seiner Regierung geben wird. Es sind demnach alle Aussichten vorhanden, daß dieser Streit — die Quelle so vieler politischen Erbitterungen und commercieller Nachtheile und Verluste — rasch seinem Ende naht.“

— In der Sitzung des Oberhauses am 14. fragte Lord Beaumont, ob der Regierung Nachrichten über die französische Intervention in Italien zugegangen seien; ferner, ob sie irgendwie Theil daran genommen oder dieselbe gebilligt habe. Der Marquis von Lansdowne erwiderte, die Regierung sei von der Absicht der französischen Regierung benachrichtigt worden, Civita-Vecchia zum Zwecke der Einsetzung einer guten Regierung in den römischen Staaten zu besetzen, habe aber keinen Theil an der Intervention genommen. Der Graf von Aberdeen betrachtete diese Antwort als befriedigend.

Im Unterhause erklärte Lord Palmerston als Antwort auf eine Interpellation Disraeli's, daß die Unterhandlungen in Betreff der schleswig-holsteinischen Frage fortdauerten, daß er es aber nicht gerathen finde, gegenwärtig näher darauf einzugehen. Darauf ward die Bill in Betreff des parlamentarischen Eides (die sogenannte Judenbill) im Comité besprochen. Als die erste Klausel vorgeschlagen wurde, trug Herr Vernon Smith auf die Auslassung gewisser Worte an. Nach einigem Hin- und Herreden und zwei Abstimmungen ward beschlossen, daß der Präsident den Fortschritt der Bill berichten und die Erlaubniß zu einer zweiten Sitzung nachsuchen soll. (K. Z.)

Nachschrift.

** **Frankfurt**, 19. Mai. Wir sind ohne die neuesten Blätter und Briefe aus Berlin. Die heute fällige Berliner Post ist ausgeblieben. Bei Abgang der Post aus Leipzig war die aus Berlin noch nicht eingetroffen, vielleicht in Folge eines Unfalls auf der Eisenbahn.

Eröffnung der bayerischen Kammern.

|| **München**, 17. Mai. So sind denn endlich die Kammern versammelt, und die Schlichtung des Streites, der seit einem Monat das ganze Land durchzieht und der die Grundpfeiler des Königreichs Bayern in der Pfalz und in Franken zum Weichen gebracht hat, ist von nun an auf den verfassungsmäßigen, gesetzlichen Weg hinübergetreten. Die Klugheit der Politik hat übrigens den Sieg davongetragen über die hitzköpfigen Vorschläge einer Ultrapartei; nicht nur ist von den fränkischen Deputirten kein einziger ausgeblieben, sondern auch die Pfälzer sind zum Theil schon anwesend, zum Theil werden sie noch kommen, zum großen Staunen einer bedeutenden Anzahl hiesiger Leute, von denen nicht wenige eine augenblickliche Verhaftnahme wegen Hochverraths gegen mehrere Abgeordnete aus der Pfalz voraussagen. Bis jetzt haben diese Maßregeln jedoch nur einige heißblutige Studenten getroffen, deren ganze Schuld darin besteht, daß sie vor ihren Reden das bayerische Criminalgesetzbuch nicht gehörig studirt haben, denn in Wahrheit und Wirklichkeit ist von ihnen gewiß keine Gefahr für den Staat zu befürchten. Dennoch wollen Einige für gewiß behaupten, daß morgen die Universität geschlossen werden solle.

Mittags 3 Uhr. Die heutige Kammersitzung ist ein sehr bedeutende und stürmische, und allem Anscheine nach werden noch heute die Würfel über die nächste Zukunft Bayerns fallen. Minister v. d. Pfordten legte gleich beim Beginne der Versammlung das Programm des Ministeriums vor, aus dem ich lediglich hervorhebe, daß darin das feste Anschließen an die Vereinbarungstheorie im vollen Maße verkündigt wird. Dagegen stellte alsbald Kolb aus Speyer den Antrag, eine Commission von 7 Mitgliedern einzusetzen, welche noch bis zum Abend, wo eine Sitzung zu halten sei, eine Adresse vorbereiten sollte, in welcher die unbedingte Giltigkeit der Reichsverfassung, wie sie in Frankfurt beschlossen worden sei, anerkannt und ausgesprochen, und der König um sofortige Vollziehung des Gesetzes gebeten werde. Dagegen wandte v. d. Pfordten ein, man möge die am künftigen Samstag von Seite der Regierung vorzulegenden Verhandlungen und Papiere über den Stand der deutschen Frage abwarten; als er dann sagte, es erfordere das constitutionelle Princip, daß man die Vorlage des Ministeriums und dessen Vertheidigung abwarte, ehe man es verdamme, erhob sich Kolb und rief: „Wenn man sich von dort her auf das constitutionelle Princip beruft, so muß ich sagen, daß es ein Hohn auf den ganzen Constitutionalismus ist, daß ein solches Ministerium auf seinem Platze sitzt.“ Auf diese Worte entsteht ein furchtbarer Tumult, die einen schieben ihn der Galerie, die andern der rechten Seite des Hauses zu. Man fährt mit der Debatte fort, die Linke und das rechte Centrum sind zuerst die einzige Seite des Hauses, welche Redner liefern; das rechte Centrum ist für Abwarten der ministeriellen Vorlagen. Es wird demnach auf das linke Centrum ankommen. Doch eben ist Postschluß, noch ehe es zur Abstimmung kommt.

Handelsnachrichten.

§ **Mainz**, 18. Mai. Das Geschäft stockt beinahe gänzlich. Die Versendung in Frucht ist unbedeutend; nur frühere Verkäufe werden realisirt, neue Verpflichtungen geht Niemand ein. Einzelne Pöhlchen Waizen, die für diesen Monat verkauft wurden, wurden zu 8 fl. 50 kr. regulirt. Oel für diesen Monat nominell 42½ bis 43. Für October kam ein Abschluß zu 39° , zu Stande.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 18. Mai. Von österreichischen Papieren bleiben an heutiger Börse 5pCt. Metall. 73¼ pCt. G., 2½pCt. Metall. fest 39½ pCt., Wienerbankactien stau 1092 fl., 500 fl. Loose 122½ fl., 250 fl. Loose 74 pCt. G. Von den übrigen Anlehensloosen, Kurhess. 40 Rthlr. Loose 26½ Rthlr., Bad. 35 fl. Loose gesucht, 25¾ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 20¾ fl., do. 50 fl. Loose 68¼ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20¼ fl., Sard. Loose 25 Fr., Poln 500 Loose 72½ Rthlr. Von süddeutschen Obligationen 4½pCt. Württemberger 91 pCt. G., do. 3½pCt. 75½ pCt. G. Bad. 3½pCt. Obligationen 72¾ pCt., do. 3pCt. Bad. vom Jahr 1848 93½ pCt. Nassauer 3½pCt. Obligationen 79½ pCt., do. vom Jahr 1849 93¼ pCt. Belgische Obligationen detto. 2½pCt. belgische 43¾ , ditto 4½pCt. 83¾ , do. 5pCt. 90¾ Fr. Holländ. 2½pCt. Integr. sehr begehrt, 50¾ pCt. G. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 32½ Rthlr., Berbach 67½ pCt., Köln-Minden 75½ pCt., Taunus 274 fl. 3pCt. inländische Span. allgemein gesucht 21 à 24¼ pCt. G. Abends nach Ausgabe der französischen Post, welche ein günstigeres Wahlergebniß für die Regierung meldete, zeigte sich in der Effectensocietät mehr Animo, die Fonds waren begehrter. 3pCt ind. Span. wurden zu 24¼ pCt. umgesetzt. Für bad. 35 fl. Loose konnte man 25¾ fl. bedingen.

Wien, 15. Mai. 5pct. Metall. 90. 2½ Uhr 90¼. — 4pCt. 72¼. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47¼. — Bankactien 1120. — 500 fl. Loose 147¼. — 250 fl. Loose 94½. — Nordbahnactien 92¾. — Glogauer 93. — Mailänder 70.

Fonds sind bei günstiger Stimmung besser gegangen. Wechsel waren matter, und es zeigten sich mehr Geber als Nehmer, gleichwie auch in Comptanten.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matter.

An meine Wähler!

Ich benutze den Weg der Oeffentlichkeit, um Ihnen die Gründe darzulegen, welche mich bestimmt haben, gestern meinen Austritt aus der deutschen Nationalversammlung zu erklären.

Obschon mit wesentlichen Bestimmungen der deutschen Reichsverfassung vom 28. März nicht einverstanden, und namentlich das Wahlgesetz, die Grundlage aller künftigen Reichstage, für durchaus gefährlich erachtend, habe ich demungeachtet, den Willen der Mehrheit ehrend, das Meinige dazu beigetragen, daß diese Verfassung in allen deutschen Staaten möchte zur Anerkennung gelangen. Wäre dies gelungen, so vertraute ich, die Mängel der Verfassung würden nach einmal gewonnener Einheit in ruhigeren Zeiten beseitigt worden sein.

Die Anerkennung dieser Verfassung ist aber in vier Staaten, welche zusammen drei Viertheile unseres Vaterlandes, Oesterreich abgerechnet, bilden, nicht gelungen. Nach meiner Anschauung der jetzigen Verhältnisse in den verschiedenen Theilen Deutschlands wird sie auch nicht gelingen, und zwar umsoweniger, je mehr sie auf gewaltsamem Wege zu erzwingen versucht wird. Nach dem Aufruhr in Sachsen, dem Wupperthale, der Pfalz und in Baden ist die Durchführung der Verfassung, nach meiner Ueberzeugung, nicht mehr bloß eine Unwahrscheinlichkeit, sondern auch eine Unmöglichkeit.

Von jeher schien mir aber für den praktischen Mann die Frage nach dem was möglich, eine der ersten, die er sich stellen müsse. Sind die Ansichten hierüber auch verschieden, so kann doch jeder nur nach der seinigen handeln. Nach der meinigen fördern die Beschlüsse der Nationalversammlung seit dem 4. Mai nicht mehr eine Einigung Deutschlands, sondern den Bürgerkrieg, und ein Beharren auf dem betretenen Wege könnte, statt zu einer einheitlichen Gestaltung eines starken Vaterlandes, im besten Falle nur noch dazu führen, daß Deutschland in zweierlei Verfassungen, in zweierlei Reichstage getheilt und geschwächt würde.

Ein solches Ziel ist nie das meine gewesen. Einer Versammlung, welche nach meiner Ueberzeugung, ein anderes Ziel, als ein solches, nicht mehr erreichen kann, glaube ich nicht mehr angehören zu dürfen. Darum mein Austritt.

Die Uebereinstimmung zwischen Ihren Ansichten und meiner Handlungsweise, welche ich bisher annehmen gedurft, wird, so hoffe ich, auch diesen Schritt richtig auffassen. Ich bin mir bewußt, in Zeiten, wo die Durchführung der Verfassung leichter gewesen wäre, denn jetzt, das meinige zur Beschleunigung ihrer Berathung nach Kräften gethan zu haben. Schon in der ersten Sitzung beantragte ich über die Mainzer Angelegenheit die Tagesordnung, damit die Versammlung lediglich sich an das Verfassungswerk halte. Im Verfassungsausschuß wollte ich den Siebzehnerentwurf zu Grunde gelegt wissen, statt mit dem Zeitverlust von Monaten einen neuen zu fertigen. Im Laufe des Sommers begründete ich ausführlich einen Antrag auf abgekürzte Berathung, welcher wenigstens den sogenannten Schneer'schen Beschluß zur Folge hatte, und nach meiner Rückkunft von Berlin im November wußte ich an die Versammlung keine dringendere Empfehlung als die rasche Beendigung des Verfassungswerks. Diejenigen, welche in diesem einjährigen Kampfe meinen Freunden und mir entgegengestanden, und Vieles, was der großen Sache so unendlich geschadet, für wichtiger hielten als die Förderung des Verfassungswerks, werden zum Theil schon jetzt erkennen, wie wenig sie die rechte Zeit zu erfassen gewußt.

Hat aber die Nationalversammlung nicht alles erreicht, was sie gewollt, so hat sie dennoch ihren Beruf erfüllt; denn ihr ist es zu danken, daß diejenige Verfassung, welche von den mächtigsten deutschen Regierungen der deutschen Nation in diesen Tagen soll dargeboten werden, die wesentlichen Bedingungen der Einheit und Freiheit zur Grundlage haben wird. Ja, wie die Vorsehung alles zum Guten lenkt, so hat wohl auch die jetzige Krisis die Einigkeu der Regierungen gefördert.

Hatte ich aber die Einführung der Verfassung vom 28. März für nicht durchführbar und die heilsame Thätigkeit der Nationalversammlung nach meiner Ueberzeugung für beendigt, so fragen Sie, geehrte Herren, vielleicht, welche anderen Wege zur Erreichung des großen Zieles einzuschlagen seien.

Ich halte es für eine Gewissenssache, offen hierüber zu reden: Wer von dem Grundsatze der Freiheit ausgeht, wird nicht bestreiten, daß die Nation auch jetzt noch die Freiheit habe, mit den Regierungen über die Neugestaltung Deutschlands einen Vertrag zu schließen. Wenn die mächtigsten deutschen Regierungen das, was die Nationalversammlung geboten, nicht angenommen, folgt daraus, daß nun die Nation nicht annehmen soll, was die Regierungen bieten? Sie dürfte es nur dann nicht annehmen, wenn es nicht den Hauptbedürfnissen der Nation entspräche. Der Inhalt der darzubietenden Verfassung wird also entscheiden müssen. Diesen Inhalt soll eine Vertretung des vernünftigen Volkswillens prüfen und über Annahme oder Nichtannahme nach freiem (souverainem) Ermessen entscheiden. Niemand wird behaupten können, daß dieser Weg — der Weg des freien Vertrags — einer Nation nicht würdig sei. Ein großer Vorzug dieses Weges ist aber unstreitig, daß, weil die mächtigsten Regierungen sich im Voraus gebunden, an ihrer Uneinigkeit wenigstens oder ihrem Widerstande die Einheit Deutschlands nicht mehr scheitern kann.

Es gilt jetzt wiederum, den günstigen Zeitpunkt nicht zu versäumen, und dasjenige zu ergreifen, dessen auch nur unvollständige Gewährung uns Alle noch vor fünfzehn Monaten dankbar und glücklich gemacht haben würde. Die lebendige Einheit des Vaterlandes muß jedem Patrioten höher stehen als die todte papierne; und diejenigen, die selbst den Weg des blutigen Aufruhrs nicht scheuen, um diese Einheit herbeizuführen, wie könnten sie einen Weg verwerfen, auf welchem immerhin die Nation die endgiltige Entscheidung nach freiem Willen spricht!

Berlin, 16. Mai 1849. **Bassermann.**

Bitte.

Die letztvergangenen Tage haben ein Unglück über einen Theil unsers schönen Dresdens heraufgezogen, welches die Geschichte mit düstern Farben, aber gewiß nie in dem Umfange und in den Spezialitäten aufbewahren wird, in denen es die Augenzeugen kennen; und wir glauben nicht, der Wahrheit zu nahe zu treten, wenn wir versichern, daß, so partiell auch der directe Schaden nur sein mag, doch der Wohlstand unserer Stadt auf Jahre hinaus vernichtet ist.

Wir verzichten darauf, ein Gemälde der Verwüstung, welche der fast unausgesetzte Straßenkampf vom 3. bis zum Morgen des 9. d. M., das Bombardement und das böswillig angelegte Feuer angerichtet, vor den Augen unserer deutschen Mitbrüder aufzustellen; wir ver-

zlichen darauf, eine Schilderung der Noth eines großen Theiles unserer Mitbürger und der Aussicht auf deren gesteigerten Erwerb zu entwerfen; — wir berufen uns auf die immer noch hinter der Wahrheit zurückbleibenden Berichte der Zeitungen und Tausender von Augenzeugen. Wir wollen nicht schildern, sondern bitten. Ein Hilfsverein hat sich hier gebildet, um Gaben frommer Menschenliebe in Empfang zu nehmen, so wie um sie, nach seinem besten Wissen und Gewissen, für die in diesen schweren Tagen Verunglückten, für die betroffenen Hausbewohner, und für die Hinterbliebenen der von beiden Seiten Gefallenen, soweit diese insgesammt der Hilfe bedürftig sind, zu verwenden.

Wir erlauben uns daher die Bitte an unsere deutschen Brüder um Gaben an Geld für jene Unglücklichen, wobei wir darauf aufmerksam machen, daß das Königliche Ministerium der Finanzen uns für unsere Schriften und die eingehenden Gelder innerhalb der Königlich Sächsischen Lande Portofreiheit gewährt hat; daher wir wünschen, daß diese Schriften und Gelder vorzugsweise an unsern Hilfsverein eingesendet werden möchten.

Und so schenke Gott unserm Vorhaben und unsern armen Mitbürgern recht viele menschenfreundliche Herzen, unserer Stadt aber überhaupt die freundliche Theilnahme, welcher sie in glücklicheren Tagen allerwärts sich zu erfreuen hatte.

Dresden am 12. Mai 1849.

Der Hilfs-Verein.

Ackermann, Appellationsrath, Vorstand.

Der Unterzeichnete erbietet sich, jegliche Gabe, sowohl in seiner Wohnung an der Eschenheimer Chaussee G. X Nr. 8 im zweiten Stock, als auch in seiner Expedition im Zollgebäude in Empfang zu nehmen und an den obigen Hilfsverein in Dresden zu befördern. Ueber die ihm zugekommenen Unterstützungsgelder und ihre Weiterbeförderung wird derselbe seiner Zeit öffentlich Rechnung ablegen.

Frankfurt a. M., den 16. Mai 1849.

Lamm, Ober-Steuer-Inspector.

Für die Unglücklichen in Dresden

sind bei uns ferner eingegangen: von M. M. 5 fl. 24 kr., Hrn. Commerzienrath Töpfer in Arnstadt 10 fl., von J. H. 1 fl., Graf Alexander Magawly in Wiesbaden 10 fl., was wir dankbar bescheinigen, indem wir um weitere Beiträge bitten.

Frankfurt a. M., 16. Mai 1849.

Red. der O.-P.-A.-Z.

Da zufolge eines Berichts im Frankfurter Volksboten Nr. 25, d. d. 16. Mai 1848, der Sitzung der constituirenden Versammlung des Freistaats Frankfurt Herr Doctor Jul. Friedleben in der constituirenden Versammlung geäußert: „In Erfahrung gebracht zu haben, „daß die hiesigen Offiziere bei einem Bankett mit Offizieren anderer „hier garnisonirenden Reichstruppen der Reichsverfassung ein Pereat „ausgebracht hätten“, Herr Doctor Friedleben aber auf Interpellation wegen dieser, auf Errichtung bezüglichen, Aeußerung privatim erklärte, daß eine solche Aeußerung von ihm nicht geschehen; so wird derselbe hiermit aufgefordert, dasjenige, was er in gedachter Beziehung in der constituirenden Versammlung geäußert, öffentlich bekannt, auch die Zeugen, auf deren Aussage er seine Aeußerung gegründet, namhaft zu machen, damit der Vorwurf der Erdichtung und weiterer Verantwortlichkeit nicht ihn selbst treffen möge.

Von Seiten der Offiziere des Frankfurter
[1405] Linien-Militärs.

[1407] Bekanntmachung.

Da die Bahn bei Weinheim zerstört worden ist, finden die in dem Fahrtenplan festgesetzten Fahrten bis auf Weiteres nur zwischen Heppenheim und Frankfurt statt. Die Güterzüge fallen einstweilen aus. Die Güter zwischen Frankfurt und Heppenheim werden mit den Personenzügen befördert. An Sonn- und Feiertagen geht der letzte Zug in Heppenheim statt 6 Uhr 8 Minuten um 8 Uhr 8 Minuten ab.

Darmstadt, den 18. Mai 1849.

Die Direction
der Main-Neckar-Eisenbahn.

[1374] Dienstag den 15. Mai und von da an täglich Vormittags von 11 bis 1 Uhr und Abends von 7 bis 9 Uhr

Concerte

auf dem von M. Welte aus Bödtenbach im badischen Schwarzwald verfertigten großen mechanischen nach Odessa bestimmten Musikwerke

Orchestrion

im großen Saale des „Weidenbusches“.

Eintrittspreis an der Kasse: das Billet 1 fl., fünf Abonnements- oder Familienbillets 4 fl. in der Musikhandlung von C. André.

Unter vorheriger Rücksprache werden auch besondere Concerte für Familien gegeben.

Spezial-Agentur

[1268]

der einzigen regelmäßigen Postschiffe zwischen LONDON und NEW-YORK.

Concessionirt durch die betreffenden Regierungen.

Diese Linie besteht aus den folgenden 16 schnellsegelnden, gekupferten amerikanischen Postschiffen von 800 bis 1200 Tonnen Gehalt, nämlich: Yorktown, London, Devonshire, Independence, American Eagle, Prince Albert, Westminster, Sir Robert Peel, Margaret Evans, Nordhumberland, Gladiator, Switzerland, Mediator, Victoria, Wellington und Hendrik Hudson, welche regelmäßig am 6., 13., 21. und 29. eines jeden Monats im Jahr von London nach New-York abgehen.

Einschreibungen zu herabgesetzten Preisen, so wie jede nähere Auskunft ertheilt auf frankirte Briefe der Unterzeichnete

Mainz, 1. April 1849.

G. H. Paulsen,
Special-Agent der Postschiffe zwischen London und New-York, wohnhaft in Mainz.

Ferner die Agenten desselben:

Herr **Gustav Rosalino & Co.** in Frankfurt a. M.

Hr. J. B. Ullmann Sohn in Bingen, Hr. Carl Vincenti in Obermoschel, Hr. Christoph Wagner in St. Goarshausen, Hr. Felix Langendach in Worms, Hr Jac. Schuler Wittwe & Söhne in Alzey, Hr. F. A. Wehlen in Ludwigshafen am Rhein, Hr. Gg. Herm. Klappert in Hersfeld und die Herren Gebrüder Raab in Kaiserslautern.

[1249] Die Molkenkuranstalt

auf Schloß Schöneck bei Boppard am Rhein

(in dem romantischen Ehrenthal)

wird vom 10. Mai bis Ende September eröffnet sein. Der unterzeichnete Besitzer z. A. Reuter ersucht, mit Anfragen ärztlicher Natur an den Kurort Dr. H. Schauenburg, übrigens an ihn selbst in portofreien Briefen sich wenden zu wollen. Wöchentliche Kurpreise nach den 3 Klassen der Zimmer zu 1) 10 Thlr. 9 Sgr., 2) 8 Thlr. 24 Sgr., 3) 7 Thlr. 24 Sgr. (für Zimmer, Molken, Kräuterthee, Kaffee, Mittag- und Abendtisch, ärztliches Honorar und Bedienung). Gäste, welche, ohne die Kur zu gebrauchen, auf dem Schlosse Aufenthalt nehmen, zahlen wöchentlich 6 Thlr. ohne Wein. Der Prospectus wird gratis ausgegeben. Abfahrt in Boppard am Bureau der Düsseldorfer Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu billigen Preisen.

Schloß Schöneck, den 15. April 1849.

F. A. Reuter.
Dr. H. Schauenburg, Districtsarzt.

[1376] Liegenschafts-Versteigerung.

Die Kloster-Centralverwaltung des Kantons Thurgau bringt Montag den 25. Juni, Abends 6 Uhr, im Gasthof zum „Löwen“ zu Kreuzlingen auf öffentliche Verkaufs-Versteigerung:

die Gebäulichkeiten nebst einem Theil der Liegenschaften des aufgehobenen Stifts Kreuzlingen,

bestehend in

A. Gebäulichkeiten.

1) Klostergebäude (mit Ausschluß der angebauten Kirche) nebst den Räumlichkeiten der landwirthschaftlichen Schule, der Verwaltungswohnung, dem Oekonomiegebäude, dem Kornspeichergebäude mit Trotte und angebauten Schweinställen,
2) das Seminar mit Nebengebäude,
3) das ehemalige Wirthshaus zum „Hörnle“,
4) das Gebäude am See, enthaltend eine Sennmannswohnung, sehr geräumige Kornspeicher, ein großer gewölbter Keller und eine Weintrotte,
5) das Wohnhaus zum sogenannten „rothen Storkel“,
6) das Wohnhaus zum „großen Stein“, mit 150 Ruthen Gartenland.

B. Liegenschaften:

		Jucharte.	Rth.
7) Hofraum mit zwei laufenden Brunnen, Gemüsegarten, worin Gartenhaus u. Gärtnerwohnung		2	300
8) Wiesland	in unmittelbarer Nähe bei den Gebäulichkeiten liegend,	42	250
9) Ackerfeld		40	200
10) Reben und Gartenland		13	300
11) Waldung:			
a. Mittelwald	267. 200.		
b. Hochwald (Nadelholz)	34. —		
c. Niederwald	— 200		
		302	—
		403	250

Das oben beschriebene Gut liegt an den reizenden Ufern des Bodensee's, nahe bei Konstanz, an der Hauptstraße nach St. Gallen, in einer gesunden Gegend. Man genießt daselbst eine herrliche Aussicht, die sich bis in die Alpen erstreckt. Sowohl in Hinsicht auf den Verkehr, als auch den Genuß von Lustbarkeiten aller Art ist die größte Leichtigkeit dargeboten. Wenn sich das Gut zu einem Herrschaftssitz vorzugsweise eignet, so ist nicht minder die Möglichkeit gegeben, dasselbe für einen großartigen landwirthschaftlichen Betrieb, oder auch für Fabrikation, die nicht die Kraft laufenden Wassers erfordert, zu verwenden. Der Boden zeichnet sich durch Fruchtbarkeit aus, die Gebäulichkeiten sind sehr gut erhalten, die Waldungen wurden namentlich in jüngster Zeit sorgfältigst bewirthschaftet, die Reben sind von den ersten Gewächsen und liefern einen trefflichen Wein.

Weitere Auskunft ertheilt auf frankirte Anfragen die unterfertigte Stelle.

Frauenfeld den 10 Mai 1849.

Kloster-Centralverwaltung des Kantons Thurgau.

In Ladung bei H. SERIGIERS,

Consul, Kaufmann und Schiffsreheder,
[1313] in **ANTWERPEN.**

Regelmässige Schifffahrten

Nach **New-York**:

Amerik. 3master	FRANCE,	Cap. Hidson,	Abfahrt	10. Mai
„ „	RIO-GRANDE,	„ Thomas	„	20. „
„ „	MAYFLOWER.,	Hitchcock „		1. Juni

Nach **Rio-Janeiro**:

Belg Schiff WINDHOND, Cap. Parmentier, Abfahrt 1. Jun

Nach **Constantinopel**:

Schiff AMALIA, Cap. Dolwin, Abfahrt 20. Mai.

Obengenannte Schiffe nach New-York und Rio-Janeiro sind eingerichtet um zwischen Deck und Cajüte Passagiere zu übernehmen.

Nähere Auskunft ertheilt **H. Serigiers** in Antwerpen.

[1379] Wiesbaden.

Das Badhaus zum „Pariser Hof“, welches ich übernommen auf das bequemste eingerichtet und mit meinem vis-à-vis stehenden

— Badhaus zum goldnen Kreuz —

verbunden habe, empfehle bestens

Wiesbaden, im Mai 1849.

Heinrich Beyerle.

[1331] 116 Frankfurter Stadt-Lotterie.

Ziehung 1r Klasse am 6. u. 7. Juni a. c.

Haupttreffer: fl. **111.000**, 2 mal **100.000** u. s. f. Ganze Loose hiezu zu fl. 6, ½ zu fl. 3, ¼ zu fl. 2, ⅛ zu fl. 1. 30 kr. ½ zu 45 kr., so wie Loose für alle sechs Klassen gültig, zu fl. 1 das ganze, empfiehlt

Carl Höchberg, Hauptcollecteur.
Bräckhoffstraße in Frankfurt am Main.

Dampfschiffahrt für den Nieder- und Mittel-Rhein.

Düsseldorfer Gesellschaft.

[1264] Vom 1. Mai 1849 fahren die Boote täglich:

Von **Mainz** Morgens 7½ Uhr nach **Cöln** „*Schnellboot*“ (*Aachen, Düsseldorf und Elberfeld*)
„ **Biebrich** „ 8 „ „
☞ **unmittelbar** n. Ankunft des 1. Zuges (6½ U.) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Vormitt **10**½ Uhr nach **Cöln** und **Düsseldorf** (zwölf wöchentlich 6mal direct nach **Rotterdam**, 3mal n. **London**)
„ **Biebrich** „ **11** „ „
☞ **unmittelbar** n. Ankunft des 2. Zuges (9 Uhr) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Mittags **12**½ Uhr nach **Cöln** „*Schnellboot*“ (*Düsseldorf, Minden-Berlin u. s. w.*)
„ **Biebrich** „ **1** „ „
☞ **unmittelbar** n. Ankunft des 3. Zuges (11½ U.) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Vormitt. **11** Uhr nach **Mannheim** „*Schnellboot*“ (*Carlsruhe*) (*Neustadt u. s. w.*)
☞ im Anschluss an den 2. Zug (9 Uhr 5 Min.) von **Frankfurt**.

Von **Mainz** Abends **10** Uhr nach **Mannheim** (*Neustadt u. s. w.*) (*Basel*)
☞ **unmittelbar** n. Ankunft des 6. Zuges (8½ U.) v. **Frankfurt**.

Nähere Auskunft und **Billete** von **Frankfurt** nach allen Stationen bis **London** und **Basel** in Frankfurt am Main
bei dem Agenten Herrn **Georg Hirche**, Zeil, der Post gegenüber,
Herrn Thomas Fletcher bei den Herren Gogel, Koch & Comp., Rossmarkt,
und auf dem **Expeditions-Bureau** im **Taunus-Eisenbahnhof**.

NB. Um jeden Zeitverlust in Biebrich und Mainz zu vermeiden wird gebeten sich bereits in Frankfurt mit Dampfschiff-Billeten zu versehen.

Grosse Preisermässigung nach London:

Von **Mainz** oder **Biebrich** Salon Rthlr. 11. 14 Sgr., Vorsaljüte Rthlr. 6. 17 Sgr.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustsyrup von Georgó in Erlau, welcher derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und anerkannt wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Staaten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditor Schott, große Sandgasse, zu haben.

Commissionäre sind: Hr. Conditor J. C. Schlemmer in Mainz.
[1350]

[1381] An der Eisenbahnstraße ist eine sehr freundliche Wohnung von 14 Zimmern mit Gartenvergnügen zu vermiethen, mit oder ohne Möbel. — Näheres auf der Expedition.

[1344] Ein junger Mann, welcher der deutschen, englischen und französischen Sprache, so wie der Buchhaltung vollkommen mächtig ist, sucht eine Stelle; um seine Zeit auszufüllen würde derselbe auch Beschäftigung auf Stunden annehmen.

Gefällige Offerten unter Chiffer D besorgt die Expedition d. Bl.

[1013] Nachdem gegen den Handelsmann Sebastian Passenpflug dahier heute der förmliche Concurs erkannt worden ist, so werden alle Gläubiger desselben hiedurch aufgefordert, in dem auf

den 23. Juli d. J., Vormittags 10 Uhr, bestimmten Liquidations-Termin ihre Forderungen unter Meldung der Anschließung von der Concursmasse anzumelden und gegen den bestellten Contradictor die erforderlichen Sätze zu verhandeln.

Hanau, den 31. März 1849.

Kurfürstliches Landgericht.
Gilles.
Kahler

[1399] Oeffentliche Ladung.

Nachverzeichnete in der Gemarkung Obertad liegende 15 Grundstücke:

Gew.	Nr.	Vil.	Rth.	Sch.	
1	63	—	20	95	Schlüsselwiese in den Speckwiesen, Beissfrauenkloster 2 kr.
1	249	—	7	12	Wiese hinter dem Ort, stößt auf die Bornwiese.
1	387	—	10	71	ditto jenseits neben dem Speckweg.
3	123	—	35	30	Baumstück auf dem Sandhügel.
3	291	—	9	46	ditto im Metzel am breiten Hansenweg Königsberg 1½ kr.
3	421	—	24	91	ditto im Goldberg.
6	118	—	23	20	ditto vor dem Leben auf dem großen Rädberg.
6	357	1	9	25	ditto unter dem neuen Weg, gibt Königsberd und 5½ Escheid Haf
6	542	1	9	35	ditto im Kirchgarten.
6	737	—	21	81	ditto im Brand.
7	127	2	19	62	ditto im Glasser.
8	258	—	7	71	Acker in den Bruchädern, St. Weißfrauen 1½ kr.
9	253	—	3	9	Krautland in den langen Gärten nahe am Lachmesenfad.
9	558	—	1	76	ditto zwischen dem Kellers- und Wienerpfad.
9	599	—	1	95	ditto daselbst auf den Wienerpfad.

sind in dem Ab- und Zuschreibbuch der Gemeinde Obertad auf den Namen des Ludwig Weiß sen. eingetragen, in dem amtlichen Transscriptionsbuche aber nicht zugeschrieben, auch können keine Eigenthumsurkunden vorgelegt werden. Auf Antrag der Erben des verstorbenen Ludwig Weiß sen. werden daher Alle, welche Ansprüche auf die oben verzeichneten Grundstücke zu haben vermeinen, aufgefordert, solche

binnen 3 Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte geltend zu machen, indem sonst nach Ablauf dieser Frist besagte Grundstücke amtlichen Transscriptionsbuche auf den Namen des verstorbenen Ludwig Weiß sen. eingetragen werden soll.

Frankfurt am Main, den 2. Mai 1849.

Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Böhmer. Dr. Cyprian, 1r Sec.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Konversations-Blatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Beilage zu Nro. 118.) 19. Mai 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

224. öffentliche Sitzung.

Vorsitzender: Präsident Reh.

‖ **Frankfurt**, 19. Mai.

(Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung und Abstimmung über den vom Dreißigerausschuß erstatteten Bericht in Bezug auf die Anträge von Bregen, Biedermann, Schuett.)

Die Sitzung wird um 10½ Uhr eröffnet. Nach Verlesung des Protocolls zeigt der Vorsitzende den Austritt der Abgg. v. Gladis aus Wohlau, Heuben aus Meuré, Vogel aus Dillingen an, und verkündigt den Uebergang zur Tagesordnung. Zuerst erhält das Wort der

Abg. v. Hermann aus München. Denjenigen, die die Agitation für die Anerkennung der Verfassung zuerst anregten, ging es wie dem Goethe'schen Zauberlehrling, sie wußten zuletzt die Geister nicht mehr zu bannen, die sie beschworen. Nach den hier gefaßten Beschlüssen kann ich nicht der Ansicht beistimmen, daß Herr Eisenstuck sein Mandat in der Pfalz überschritten habe. Der Redner drückt seine Mißbilligung über den Oberhauptsbeschluß aus, und spricht dann für folgenden Antrag, den er der Versammlung empfiehlt, den sie annehmen könne, ohne daß ihrer Würde etwas vergeben wird. Die Nationalversammlung beschließt:

1) Die provisorische Centralgewalt ist in Kenntniß zu setzen, wie viele Stellen von Abgeordneten jedes deutschen Staates, sei es durch Austritt, sei es, weil anfangs nicht gewählt worden, unbesetzt sind, um sofort die schleunigste Einberufung der fehlenden Mitglieder zu verfügen;
2) Die Regierungen sind aufzufordern, ihre Vorschläge bezüglich der Abänderung einzelner Bestimmungen der Reichsverfassung unverweilt der Nationalversammlung vorzulegen;
3) die Nationalversammlung wählt nach ihrer Vervollständigung, spätestens am 10. Juni, einen Ausschuß zur Berichterstattung über die Oberhauptsfrage und die sämmtlichen Regierungsvorschläge und beschäftigt sich bis zur Discussion über diese Gegenstände mit den zur Ergänzung der Verfassung erforderlichen Gesetzen.
4) Sobald die sofort durch Beschluß der Nationalversammlung definitiv abgeschlossene Reichsverfassung mit der Einsetzung des verfassungsmäßigen Oberhauptes ins Leben tritt, löst sich die Nationalversammlung auf.

Abg. Uhland stellt folgenden Zusatzantrag: Sollte die von der Nationalversammlung geschaffene Reichsverweserschaft, nach Androhung des neuen Ministeriums, versuchen, die im Gesetze vom 28. Juni 1848 begründete provisorische Regierungsgewalt an andere Hand abzugeben, als an eine von der verfassunggebenden Versammlung einberufene Centralbehörde, so ist eine solche Uebertragung durchaus nichtig und für die deutsche Nation unverbindlich.

Abg Beseler von Greifswalde findet wohl eine Verbindlichkeit für die Centralgewalt, zur Durchführung der Verfassung mitzuwirken, bedauert aber, daß sie es nicht gethan, sieht aber keinen Grund für die Absetzung derselben und für ihre Ersetzung durch eine andere Behörde. Der Vorwurf, welcher schon öfters der Majorität gemacht worden, daß sie nicht alle Mittel versucht, trifft sie nicht. Sie wollte nur die constitutionellen Mittel angewendet wissen, und diese friedlichen Mittel von hier aus unterstützen. Durch die constitutionelle Entwickelung in den Einzelstaaten hätte die Verfassung auf friedlichem Wege selbst in Preußen durchgeführt werden können. (Sehr wahr, rechts; Widerspruch, links.) Was in Süddeutschland eine schnelle Durchsetzung der Verfassung zu fördern vermag, könnte derselben in Norddeutschland nur schaden (sehr wahr, rechts), und dann ist es nicht die Verfassung allein, welche bei der Bewegung beabsichtigt ist. Der Vorwurf, daß unsere Partei die Freiheit nicht wolle, wird wohl am besten durch die Grundrechte widerlegt, welche doch besonders der Ausdruck ihrer Gesinnung sind, und die sich des Beifalls der ganzen Nation erfreuen. Wie kann man an uns, deren beste Männer die Gegenpartei so oft geschmäht, jetzt die Forderung stellen, daß wir ins andere Lager übertreten? Anarchie und Reaction sind jetzt im Kampfe, nicht Freiheit und Reaction, für wen sollen wir daher nach Herrn Löwe's Wunsch Partei ergreifen? Noch gibt es Mittel, welche wir, während die Extreme sich bekämpfen, anwenden können; das Beste davon ist, die moralische Würde dieser Versammlung zu wahren. Wenn alle Gewaltmittel vorhanden sein werden, um octroyiren zu können: die Würde, welche die Versammlung bis zuletzt gezeigt, würde die Nation doch für ihr Werk gewinnen und dieses würde siegen. Von Zufälligkeiten, wie der Ausgang des ungarischen Kampfes, den Wahlen in Frankreich, das Wohl des Vaterlandes abhängig machen wollen, das ist eine traurige Politik. Sollten dem Vaterlande auch traurige Zeiten bevorstehen, der Gedanke der Einheit wird siegen. An der fernen Ostsee, der Nordsee wohnen Stämme, denen dieser Gedanke schon seit Jahrhunderten, seit den Zeiten der Hansa vorschwebt, das Bedürfniß nach Macht ist aber das größte, das Streben nach abstrakter Freiheit sichert uns keine Größe. (Bravo.) Mag der Bürgerkrieg auch noch weiter um sich greifen, mögen noch so traurige Zeiten kommen, der Gedanke an die Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes lebt zu tief in der Nation, er wird zuletzt doch siegen. (Lebhafter Beifall im Hause und auf den Galerien.)

Der Schluß der Debatte wird angenommen. Der Vorsitzende zeigt den Austritt der Abgg. Arndts aus München und Lelek aus Hultschin an.

Abg Zachariä aus Göttingen spricht als Berichterstatter der Minorität II. für das Erachten derselben: „In Erwägung, daß durch die vorliegenden Anträge die provisorische Centralgewalt ganz oder theilweise beseitigt werden soll, auf diese Weise aber das einzige noch vorhandene eigentliche Regierungsorgan Deutschlands dem In- und Auslande gegenüber zerrissen würde; daß ferner auf den vorgeschlagenen Wegen die angestrebte Einheit Deutschlands nicht erreicht, sondern derselben neue Hindernisse entgegengestellt würden; daß ferner der drohende Bürgerkrieg durch die Beseitigung der Centralgewalt nicht verhindert, sondern in Folge der mit der Centralgewalt dann nothwendiger Weise entstehenden Conflicte nur noch mehr befördert werden würde; geht die Nationalversammlung über den vorliegenden Antrag zur motivirten Tagesordnung über." (Zachariä, Langerfeld, Stedmann, Becker, Breusing, Dunker, Sprengel, v. Wydenbrugk.)

Abg. Welcker, Berichterstatter der Minorität I., spricht für den Antrag derselben: „Die verfassunggebende Reichsversammlung: in Anbetracht der gefährlichen Lage des Vaterlandes und der dringenden Nothwendigkeit, alsbald einen festen, verfassungsmäßigen Zustand für Deutschland herbeizuführen; in Erwägung, daß eine kräftige Durchführung der beschlossenen Reichsverfassung erst dann möglich wird, wenn dieselbe in allen ihren Theilen vollendet, insbesondere für Ausübung der Befugnisse des Reichsoberhauptes Fürsorge getroffen ist; in Erwägung, daß eine starke selbstständige Regierungsgewalt bei den täglich drohender werdenden Ereignissen nicht länger entbehrt werden kann, zur Zeit aber schon viele Tage hindurch nicht einmal ein Ministerium mit voller Verantwortlichkeit dasteht, beschließt auf Grundlage und zur Ergänzung ihrer Beschlüsse vom 4. Mai: I. Die Versammlung wählt sofort — wo möglich aus der Reihe der regierenden Fürsten — einen Reichsstatthalter, welcher bis zu dem im Beschlusse vom 4. Mai (Nro. 5 und 6) vorgesehenen Zeitpunkte die Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes — nach Abschnitt III. der Reichsverfassung — ausübt. II. Der Reichsstatthalter leistet den in § 190 der Verfassung vorgeschriebenen Eid auf die Reichsverfassung vor der verfassunggebenden Reichsversammlung und tritt dann die Regierung an. III. Der Reichsstatthalter hat sofort nach Antritt der Regierung wegen Leistung des in den §§ 191 und 194 vorgeschriebenen Eides der Reichsbeamten und der Angehörigen der Einzelstaaten auf die Reichsverfassung das Nöthige zu verfügen. IV. Er hat ferner wegen Vollziehung der Wahlen zum ersten Reichstage und Berufung des Reichstages, in Gemäßheit der Beschlüsse vom 4. Mai (Nr. 2 und 3) Vorkehrung zu treffen. V. Zur Ausführung der §§ 77 ff., 85 ff. der Verfassung tritt, bis zur Zusammenkunft des ersten Reichstages die gegenwärtige Versammlung in alle Rechte und Pflichten des Reichstages ein und übt solche nach Maßgabe des Abschnittes IV, Art. V, VI, VII, VIII, IX der Reichsverfassung. Ausgenommen hiervon ist die Bestimmung wegen der beschlußfähigen Mitgliederzahl, rücksichtlich welcher es bei dem Beschlusse vom 30. April verbleibt. VI. Sollten der in Nr. 5 und 6 der Beschlüsse vom 4. dieses Monats vorgesehenen Uebertragung der Oberhauptswürde auf den Monarchen des größten oder eines der nächstgrößten Staaten Deutschlands nicht zu beseitigende Hindernisse im Wege stehen, so führt der gewählte Reichsstatthalter sein Amt auch nach dem Zusammentritt des Reichstages fort, und es hat sodann Letzterer wegen Ausführung des § 69 der Verfassung die nöthigen Bestimmungen zu treffen. VII. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses, als wodurch das Verfassungswerk für Deutschland in Ausführung gebracht wird, hört, gemäß dem Gesetze vom 28. Juni 1848, § 15, die Thätigkeit der provisorischen Centralgewalt auf, und es gehen deren Befugnisse in dem erweiterten Umfange, wie solches der Abschnitt „die Reichsgewalt" bestimmt, auf den Reichsstatthalter über." (C. Welcker, Eckert, Wurm, Kierulff.) Der Redner zeigt die Nothwendigkeit, Preußens Betragen gegenüber einen neuen Reichsstatthalter zu wählen, da die jetzige Centralgewalt sich nicht zur Durchführung der Verfassung herbeilassen will. Er unterzieht das königliche Manifest einer scharfen Kritik. Der Beschluß vom 10. d. M. ist nur ein Urtheil über das Auftreten Preußens in Sachsen, aber keine Revolution, die Revolution wird in Berlin gemacht. Die Ehre der Nation vor Allem muß gerettet werden. Der Redner wird öfters vom Beifalle des Hauses unterbrochen.

Abg. Vogt, Berichterstatter der Majorität. Es ist nicht mehr möglich, den constitutionellen Weg zu gehen, der überall verrannt ist. Sie erklären, Sie wollen nicht mit der Linken gehen, welche die Verfassung retten will. Mit wem denn? Etwa mit jenen jämmerlichen Staatsmännern, welche glaubten, durch Preußen ihr Ziel zu erreichen? (Beifall.) Der Vorsitzende erklärt: daß wenn sich dieser Ausdruck auf Mitglieder des Hauses bezögen, er den Redner in solcher Weise nicht könne fortgehen lassen. Der Redner erklärt, daß wenn er diese Worte gestern gesagt hätte, sie sich wirklich auf ein Mitglied dieser Versammlung bezogen hätten, allein seit einer in der heutigen „Oberpostamts-Zeitung" enthaltenen Austrittserklärung nicht mehr. (Lebhafter Beifall links und auf den Galerien.) Diese Staatsmänner haben die Bewegung in Sachsen unterdrückt. Das Verhalten dieser Leute gegenüber der sächsischen provisorischen Regierung, ihre Verdächtigungen, die so weit gehen, das Nachtheilige in dem Staatsanzeiger aufzunehmen und das günstig klingende auszulassen, zeigen nur zu sehr, wie viel Sittlichkeit wir von ihnen zu erwarten haben, die immer die Unsittlichkeit auf einer andern Seite suchen. Der Redner berührt die badische Erhebung, welche aus dem Widerstande herleitet, welchen das Ministerium Beck der Durchführung der Verfassung in Deutschland entgegensetzte; er erwähnt seine Reise nach Franken, wo ein gewaltsames Sicherheben auch bevorstehe, wenn auf die von der bayerischen Kammer ausgesprochene Steuerverweigerung hin die Regierung die deutsche Verfassung nicht anerkennen würde. Dort schwuren 50,000 fränkische Männer mit Lust den Eid auf die Verfassung. Wir sollen über einen Antrag auf Vernichtung der Centralgewalt zur Tagesordnung übergehen, in einem Augenblicke, wo dieselbe zu einem neuen schimpflichen Waffenstillstande die Hand bietet, und die Ehre der deutschen Krieger entehrt. (Lebhafter Beifall.) Man hat uns gesagt, der Reichsverweser werde sonst die Macht in die Hände der Regierungen, das Amt aber in die der Versammlung niederlegen. Die Macht aber ist nur vereinigt mit dem Amte in Folge des Amtes, und es wäre Verrath von den deutschen Regierungen, welche die Verfassung anerkannt haben, wenn sie ihre Macht einer von der Nationalversammlung neu eingesetzten Behörde verweigerten. Der Redner hofft günstige Erfolge für Deutschland von dem Kampfe in Ungarn, von dem Ergebnisse der Wahlen in Frankreich; er hofft, daß sie den Deutschen lehren werden, was ein großes Volk sich selbst schuldig ist, mehr als zur Tagesordnung überzugehen. (Beifall.) Wir haben lange genug Rücksicht gehabt auf den Norden und was kommt uns nun von dorther? Noten, Austrittserklärung von Reichscommissären, welche plötzlich in das Lager der Octroyirenden übergehen. (Heiterkeit links und rechts.) Den Norden müssen wir erobern. Die Freiheit muß gerettet werden. Als General Hoche sich vor den Vendeern zurückzog, rief er einen Hauptmann zu sich und sagte ihm: „Hauptmann, Sie werden mit Ihrer Compagnie dieses Defilee vertheidigen!" „Jawohl, mein General!" „Hauptmann, Sie werden mit der ganzen feindlichen Armee zu thun haben." „Jawohl, mein General!" „Hauptmann, Sie werden alle umkommen." „Jawohl, mein General!" Machen Sie es wie jener Hauptmann. Wenn Ihnen das deutsche Volk zuruft: „Bleiben Sie, Sie werden alle umkommen, aber die Freiheit retten," so antworten Sie „Jawohl!" (Langer lebhafter Beifall im Hause und auf den Galerien.)

Der Vorsitzende meldet einen ferneren Austritt des Abg. v. Hartmann aus Münster.

Der Vorsitzende stellt, bevor er zur Abstimmung schreitet, noch die Unterstützungsfrage zu mehreren Anträgen. Abg. Becker stellt einen Antrag auf Vertagung bis Donnerstag den 24. d. M. Er motivirt denselben dahin, daß er besorgt, es dürfte bei der geringen Anzahl der anwesenden Abgeordneten sich für keinen Antrag eine genügende Mehrheit herausstellen. Der Antragsteller nimmt jedoch seinen Antrag wieder zurück.

Nach einer kurzen Debatte über die Fragestellung gelangt zuerst zur Abstimmung der Antrag der Minorität II., auf Uebergang zur motivirten Tagesordnung lautend. Dieser Minoritätsantrag wird mit 161 gegen 108 Stimmen abgelehnt.

Die Sitzung dauert fort. Die Fortsetzung des Berichts folgt in der nächsten Beilage.

Deutschland.

† **Wien**, 15. Mai. Der Kaiser hat den Fürsten Karl zu Lichtenstein zu seinem ersten Oberhofmeister, den Grafen v. Landoronsky zum Oberstkämmerer und den Grafen Rudolf von Wrbna zum Oberstpost- und Landjägermeister ernannt. — Dem Vernehmen nach soll durch ein kaiserliches Handbillet dem k. k. Militär das Tragen von Civilkleidern untersagt worden sein. Dem Civile wäre anderseits das Tragen von militärischen Abzeichen strenge verboten. — Nach einem Erlasse des Finanzministeriums sollen die russischen Truppen bei ihrem Einmarsche in die k. k. Staaten in Rücksicht auf die Zollvorschriften dem k. k. österreichischen Militär gleichgehalten werden. — Gestern ist der Ritter v. Schmerling von Berlin kommend hier eingetroffen. Der gewesene Präsident des Studentencomite's, Karl Hofer, wurde vor etlichen Tagen in Pozleinsdorf, wo er sich bisher verborgen hatte, verhaftet. Heute ist eine Deputation des Gemeinderaths, mit dem ersten Vorsteher Dr. Seiler an der Spitze, nach Olmütz abgereist, um der Erzherzogin Sophie zu ihrem Namensfeste Glückwünsche, so wie den Dank der hiesigen Bürgerschaft für die weise und freisinnige Art, in der die Erziehung des jungen Kaisers geleitet wurde, darzubringen. Der von Dr. Folwarzag gestellte Antrag, die Erzherzogin zur Rückkehr nach Wien einzuladen, wurde abgelehnt, mit der Einwendung, daß ein solcher Schritt den Anschein hätte, als wollte man in das jedem Bürger unbestritten gebührende Recht der freien Wahl des Aufenthaltsorts und in die etwaigen Dispositionen des Monarchen über einen delikaten Punkt des innern Familien-, gleichwie des öffentlichen Lebens eingreifen.

Gestern sind viele russische Verwundete nach den hiesigen Spitälern eingebracht worden. — Sämmtliche Festungen

Böhmens sollen auf den Kriegsfuß gesetzt werden. Die größten Zurüstungen und Befestigungen werden bei der Festung Olmütz vorgenommen.

Am 11. wurde die Festung Theresienstadt in Belagerungszustand erklärt. Es wurde das Standrecht gegen Alle publicirt, welche sich mit bewaffneter Hand den Behörden oder der Wache widersetzen, welche durch Worte, Schrift oder That zum Widerstand gegen die Behörden aufreizen oder Truppen zum Treubruch und zur Pflichtverletzung zu verleiten suchen. In gleicher Weise soll auch Königgrätz in Kriegszustand erklärt worden sein.

Heute sollen hier 15,000 Mann Russen ihren Durchzug halten, um auf der Glogauer Bahn nach Oedenburg befördert zu werden. — Das galizische Landespräsidium hat unterm 6. d. M. ein Circular an sämmtliche Kreisvorsteher erlassen, worin diese aufgefordert werden, einer Irreleitung des Landvolks, bezüglich des Einmarsches der Russen, auf alle Weise entgegen zu wirken. Desertionen in dieser Richtung mit der gespanntesten Aufmerksamkeit zu verfolgen, und die Schuldigen sogleich zur strengsten Ahndung zu ziehen. — Die Redacteure der beiden mährischen Landeszeitungen, der deutschen und böhmischen, mußten Erklärungen ausstellen, daß sie den beiden Blättern eine Haltung bewahren wollen, wodurch die Caution in keinerlei Gefahr der Schmälerung, eigentlich Ergänzung kommt.

Berlin, 16. Mai. So eben versichert man mir sehr bestimmt, Herr Obertribunalrath Waldeck sei heute verhaftet und seine Papiere in Beschlag genommen worden. — Unter den verschiedenen, zum Theil einander widersprechenden Nachrichten über unser Ministerium, welche die Zeitungen in diesen Tagen brachten, können Sie eine als vollkommen begründet betrachten, die nämlich, daß das Ministerium beabsichtigt, nach Bekanntmachung des neuen Wahlgesetzes zurücktreten. Graf Arnim-Boitzenburg wird sodann zum Premierminister ernannt werden. Von den gegenwärtigen Ministern werden die Herren v. Strotha und v. d. Heidt bleiben. — Heute ist es in unsern Straßen wieder einmal sehr lebhaft. Die Ansprache des Königs: „An mein Volk", welche an die Straßenecken geheftet ist, wird sehr eifrig gelesen und lebhaft besprochen. — Gegen Abend besprach man noch sehr lebhaft einen Vorfall, der sich am Nachmittage auf dem Anhaltschen Bahnhofe ereignet hatte. Hier hatte sich nämlich eine Menge Menschen versammelt, um einen Theil der von hier nach Dresden abgeschickten Truppen bei seiner Rückkehr von dort zu empfangen. Als die reich bekränzten Wagen, in denen die Soldaten sich befanden, ankamen, wurden diese mit einem Jubel empfangen, welcher den nicht sehr zahlreich anwesenden Demokraten in hohem Grade mißfiel. Einer derselben, man sagt, es sei ein Subalternbeamter der Bahndirection gewesen, warf einen großen Stein in einen der Wagen, und ein Anderer rief: „Die Bluthunde!" Sogleich stürzte die Menge sich mit unglaublicher Wuth auf diese Beiden, und es gelang den herbeigeeilten Schutzmännern (nach einer andern Angabe dem Prinzen von Preußen) nur mit vieler Mühe, sie vor den ärgsten Mißhandlungen zu schützen. In allen Straßen wurden die Truppen vom Volke mit Jubel begrüßt, und vor der Kaserne hatte es ihnen sogar Blumen gestreut, während ihnen aus den Fenstern Blumen zugeworfen wurden, denselben, die man im vorigen Jahre vertheerte Söldlinge schalt. Auch die Demokraten können bereits Erfahrungen über das Wankelmüthige der Volksgunst machen. (L. Z.)

† **Potsdam**, 16. Mai. Noch immer werden Truppen auf der Potsdam-Magdeburger Eisenbahn nach Westphalen befördert. Gestern Mittag traf ein zweites Bataillon des 20. Landwehrregiments von Zossen und Umgegend auf dem hiesigen Eisenbahnhofe ein und fuhr um 9 Uhr nach Hamm ab. Zwei Landwehrmänner, welche durch aufrührerische Reden sich der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben sollten, wurden vom Bahnhof aus in den hiesigen Militärarrest gebracht, um vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Gestern inspicirte der König Vormittags Truppentheile des ersten Garderegiments zu Fuß und fuhr Mittags wieder nach Charlottenburg zum täglichen Vortrage der Minister. Bei der Direction der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn ist von der Militärbehörde angefragt worden, ob sie im Stande sei, täglich 2000 Mann Militär auf der Eisenbahn nach Westphalen zu befördern? Die Antwort ist bejahend ausgefallen.

S* **Köln**, 17. Mai. Während uns die neuesten Frankfurter Blätter Nachrichten von dem Umsichgreifen des Aufstandes im Badischen und der Pfalz bringen, schickt sich hier der Aufstand zum Frieden zu legen. Die Nachricht, daß Elberfeld und Iserlohn sich ergeben haben oder vielmehr von ihrem Widerstande ablassen, geht heute hier von Mund zu Munde. Das Nähere, was man erzählt, ist Folgendes. Ein Herr v. Mirbach, ein Bruder eines hiesigen Oberregierungsrathes, der früher als Offizier unter den Franzosen in Algier gefochten habe, später in griechischen Diensten Offizier, dann Baumeister war, und zuletzt einen Posten an der Eisenbahn begleitete, war nach Elberfeld berufen worden, um den Widerstand zu leiten. Elberfeld, eine offene Stadt, unmittelbar von dominirenden Höhen umgeben, an welchen sie sich zum Theil hinaufzieht, ist unfähig, einem energischen Angriffe erfolgreichen Widerstand zu leisten. Da nun ohnehin die Bürgerwehr bloß die Ordnung aufrechterhalten, keineswegs aber gegen Truppen kämpfen wollte, so mögen die Führer des Aufstandes wohl das Unhaltbare ihres Beginnens eingesehen haben, besonders da ihre Hoffnung auf ein allgemeines Umsichgreifen des Aufstandes nicht in Erfüllung ging. Genug, man soll jeden Widerstand aufgegeben haben und bereits seit heute Morgen 6 Uhr mit Wegräumen der Barrikaden beschäftigt sein. Der Verbindlichkeit gegen Mirbach soll man durch Auszahlung einer Summe von 6000 T. sich entledigt haben. Mirbach soll ein Corps von Freischärlern, die nichts von Uebergabe wissen wollten, angeblich einige hundert Mann stark, nach der Pfalz führen wollen. Mit dieser Nachricht stimmt der Umstand zusammen, daß heute Nachmittag plötzlich der Befehl eintraf, zwei Schwadronen Ulanen sollten nach der Sieg zu aufbrechen. Da Mirbach, um nach der Pfalz zu kommen, die Sieg passiren müßte, so scheint man ihm den Weg abschneiden zu wollen. — Die Truppenbewegungen gegen Iserlohn haben gestern begonnen. Dröhdah ist auch die hier verbreitete Nachricht möglich — oder wahrscheinlich — daß Iserlohn bei Annäherung der Truppen sich ergeben und seinen Sicherheitsausschuß ausgeliefert habe. Iserlohn ist gleichfalls eine offene Stadt, die gegen einen geregelten Angriff gar nicht zu halten ist.

□ **München**, 17. Mai. Wir werden heute lebhaft an die Februartage des vorigen Jahres erinnert. Seit früher Morgenstunde geht in ganz München das unheimliche Gerücht um, der Justizminister (?) habe sich unmittelbar nach einer Ministerconferenz gegen einen seiner Räthe oder Bekannten dahin geäußert, daß morgen ein Regierungsbefehl die sofortige Schließung der Universität verfügen werde. Daher in allen Straßen Bewegung und überall lebhaft sprechende Gruppen von Bürgern — deren Interessen von dem Schicksal der Universität so vielfach berührt werden. Aber wer nur die Mißverständnisse sich nicht mehren lassen wollte, der hat eben so schnell wie das Gerücht selbst von der Auflösung auch dessen gründliche Widerlegung erfahren können. Nicht die Universität ist gesperrt, sondern das Studentenfreicorps ist aufgelöst, weil nachgewiesenermaßen dieses den vorgestrigen Selbstvertheidigungsact hervorgerufen und ausgeführt hat. Mit dem Auflösungsbeschluß ist auch der Befehl der augenblicklichen Waffenablieferung an das Zeughaus verbunden. Wir haben wohl kaum nöthig zuzufügen, daß alle noch zusammenhängenden Mitglieder des Freicorps sich tief gekränkt fühlen, und auch dafür glauben wir keine besondere Bürgschaft anführen zu müssen, daß die Kränkung der Einzelnen bereits anfängt von der Gesammtheit mitempfunden zu werden. Bis zur Stunde ist nur loyal vorgegangen worden. Die Mitglieder des Freicorps haben beschlossen, an das Kriegsministerium das Gesuch zu stellen, den peremptorischen Termin von 24 Stunden für die Ablieferung wenigstens auf 3 Tage zu verlängern, welche Zeit dann benutzt werden soll, um den Auflösungsbefehl rückgängig zu machen. Verschiedene andere Angaben, die nicht eben sehr zweifelhaft lauten, lassen uns fürchten, alle und jede Schritte der Studenten dürften vergeblich sein. So hören wir z. B., daß gegen den neugewählten Major des Freicorps bereits Verhaftsbefehl erlassen sei. Vielleicht ändert sich die Scene im Allgemeinen. Morgen werden beide Kammern Sitzungen halten und das bisher sehr geheim gehaltene Ministerprogramm bekannt werden.

Nachschrift. Nach einer zweiten Berathung in der Aula hat das Freicorps sich entschlossen, noch heute die Waffen abzuliefern.

Dresden, 16. Mai. Gestern Nachmittag kam von Landshut das 1. Bataillon des 12. preußischen Landwehrregiments hier an und wurde in Friedrichsstadt einquartiert; zwei Bataillone desselben Regiments sind seit mehreren Tagen schon in Dresden. — Aus Freiberg und Chemnitz laufen günstige Nachrichten ein; Alles ist dort in Ruhe und Ordnung. — Heute sind alle hier lebenden Polen unnachsichtlich angewiesen, die Stadt Dresden zu verlassen, nur die Damen, deren einige hier ansässig, sind von dieser Ausweisung ausgenommen. Dresden war von jeher ein gastlicher Ort für alle Fremde; ein großes Unrecht thut der, der diese vielleicht zu große Gastfreundschaft mißbraucht. — Die Untersuchung auf dem Gewandhause wird ganz nach dem in Sachsen geltenden gesetzlichen Gerichtsverfahren geführt, und man läßt sich eine Unredlichkeit zu Schulden kommen, wenn man von Ausnahmegerichten spricht.

Das Generalcommando hat an sämmtliche Communalgarden des Landes einen Tagesbefehl erlassen, in welchem sie allen Ernstes ermahnt werden, sich von allen und jeden Fragen der Politik fern zu halten und lediglich ihrem Beruf — Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Sicherung der Personen und des Eigenthums — zu dienen.

Dresden, 16. Mai. Die Zahl der wegen Theilnahme an dem letzten Aufstande Verhafteten war gestern Abend bis auf 533 gestiegen, worunter die in den Hospitälern liegenden Verwundeten noch nicht begriffen sind. Von den Verhafteten sind bereits 71 wieder entlassen, darunter 7 gegen Handgelöbniß. — Unter den bis jetzt Verhafteten befinden sich die vormaligen Abgeordneten Heubner, Heinze, Blöde, Tschucke, Röckel, Berthing, Schmidt, Benseler; der Russe Bakunin, der Obmann des Dresdner Vaterlandsvereins Dr. Minckwitz, Prof. Richter, Stadtverordneter Bromme, Postmeister Haase, Advocat Heinz, Gerichtsdirector Hennig aus Wilsdruff und Andere. Bürgermeister Schmidt, welcher in Leipzig sitzt, protestirt fortwährend gegen seine Verhaftung. Die Redacteure der „Dresdner Ztg." figuriren auf letzterer nur dem Namen nach, denn sie sind längst geflohen. Der vormalige Abg. Stadtrath Hirschfeld befindet sich zur Zeit in Adorf. (D. Z.)

Dresden, 17. Mai. Obgleich das Aeußere der Sophien-, Frauen- und Kreuzkirche in Fenstern und Gewänden noch deutlich von der Zerstörung zeugt, welche das Gewehrfeuer in den Schreckenstagen vom 5.—9. Mai angerichtet, so wurde doch schon heute, sowie in allen übrigen Kirchen, der Gottesdienst in denselben abgehalten, und in denselben Räumen, aus welchen vor kaum 8 Tagen noch gekämpft wurde, ertönte heute Orgelton und der Gesang der zahlreich versammelten Gemeinde. — Heute Morgen verließen zwei Bataillone des 12. Landwehrregiments, welche in der See- und Wilsdruffer Vorstadt einquartiert gewesen waren, Dresden, um Cantonnements in Zwickau und Umgegend zu beziehen. Diese abziehenden Truppen haben sich durch die lobenswertheste Haltung ausgezeichnet und verdienen volle Anerkennung für die Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit, mit welcher sämmtliche Mannschaft dieses Regiments ihren Quartierwirthen das Unangenehme der Einquartierung erleichtert hat. Diese Landwehrmänner waren größtentheils Verheirathete, die durch den Ruf zu den Waffen von Haus und Hof, von Frau und Kind getrennt wurden. So wie sie, so benimmt sich auch das übrige hier und in der Umgegend stationirte Militär, und von keiner Seite hört man Beschwerde über Brutalität oder unbillige Anforderungen von Seiten der preußischen Truppen, welche in der Regel nur 3—4 Tage hier bleiben und dann durch neu nachrückende Regimenter wieder ersetzt werden. — Dem Theaterpersonal ist vorläufig von Tichatschek und Devrient bis zum Souffleur herab, gekündigt, so daß zu Michaelis d. J. sämmtliche Contracte der hiesigen Hofsänger und Schauspieler als erledigt anzusehen sind. (L. Z.)

Die „Leipziger Zeitung" vom 17. Mai bringt sechs weitere Steckbriefe hinter dem Oberlehrer Wilhelm Berthold in Pegau, dem Ingenieur Karl Johann Heine in Dresden, Advocat Karl Theodor Kell in Dresden, Gerichtsdirector Richard Ludwig in Pegau, Gerichtsdirector und Advocat Ludwig Robert Hennig in Wilsdruff (den das Dresdner Journal unter den Verhafteten mit nennt) und dem Tischlergesellen Schöber in Pegau, welche sämmtlich bei dem letzten Aufstand in Sachsen betheiligt waren.

✕ **Freiburg**, 17. Mai, Abends. Soeben trifft aus Neustadt auf dem Schwarzwald die Nachricht ein, daß General v. Gailing, Commandant einer badischen Truppenabtheilung, von der Bürgerwehr zu Neustadt gefangen genommen und auf sein Schloß bei Freiburg gebracht wurde, wo er bewacht wird. — Heute Mittag ist ein Bataillon des dritten Infanterieregiments auf Befehl der provisorischen Regierung nach Karlsruhe abgegangen, nachdem es vorerst auf die deutsche Verfassung beeidigt ward. Morgen treffen noch mehrere Abtheilungen badischer Truppen, die sich seither auf Seite der Offiziere gehalten haben, hier ein, um gleichfalls auf die Reichsverfassung verpflichtet zu werden und dann nach Karlsruhe abzugehen. — J. Fickler, Mitglied der provisorischen Regierung, war heute Mittag hier, um sich mit dem Civil- und Militärcommissär über verschiedene Angelegenheiten zu besprechen. — Zum Commandanten der hiesigen Bürgerwehr soll ein polnischer Offizier, der gegenwärtig sich hier befindet, ernannt werden. — Diesen Abend haben sämmtliche Staats- und Gemeindebeamten Versammlung gehabt, um auf die Reichsverfassung beeidigt zu werden. — Bürger Willmann wird morgen als Civil- und Militärcommissär für den Seekreis nach Constanz abreisen. — Das zweite Infanterieregiment hat heute den Lieutenant Maier zum Major und drei Feldwebel zu Hauptleuten ernannt. — Der Gemeinderath der Stadt Lörrach hat mittelst Schreibens an die inzwischen abgetretene und neu constituirte Regierung des Oberrheinkreises diese benachrichtigt, daß derselbe den Landesausschuß nicht anerkenne, sondern dem „Aufruhr" mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten werde. In Folge dessen geht morgen ein Landescommissär nach Lörrach ab, um die Beamten abzusetzen und neue zu bestellen.

Frankreich.

△ **Straßburg**, 17. Mai. Der Großherzog von Baden ist von Lauterburg nach Hagenau gekommen, wo er einstweilen verweilen wird.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matter.

Cours der Staats-Papiere. 19. Mai 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metallq. Obligat.	5	74½	73½
»	dito dito	4	58	57½
»	dito dito	2½	39½	39⅞
»	Bank-Actien p. St.		1100	1095
»	1.250Loose v. Roth.		75	74½
»	500 » ditto		123½	123
»	Bethmann. Obligat.	4½	66	—
»	dito dito	4	61	—
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	80	79½
»	Prämienscheine		—	100
Bayern	Obligationen	3½	79¼	78⅝
Darmstadt	2. 50 Loose		69⅝	68⅞
»	2. 35 dito		21½	21
»	Obligationen	3½	77½	77
»	dito	4	85	84½
Baden	Obligationen v. 1845	3½	74	73½
»	5. 50 Loose v. 1840		47½	—
»	5. 35 Loose		26	25½

Wechsel-Cours.			
Den 19. Mai.		Papr.	Geld
Amsterdam	k.S.	—	101½
(100 fl. Crt.)	2M.	—	101
Augsburg	k.S.	—	119⅞
(100 fl. Crt.)	2M.	—	—
Berlin	k.S.	—	100⅜
(60 Thlr.)	2M.	—	—
Bremen (50	k.S.	—	99½
Rthlr.) 1.-Loos	2M.	—	—
Hamburg	k.S.	—	85½
(100 M. Bco)	2M.	—	84½
Leipzig (90	k.S.	—	103½
Thlr.) 1. u. M.	2M.	—	—
London	k.S.	—	121½
(10 Livr. St.)	2M.	—	121
Lyon	k.S.	—	95⅝
(300 Fr.)	2M.	—	—
Mailand(250	k.S.	—	100½
Lir. Austr.)	2M.	—	—
Paris	k.S.	—	95⅝
(300 Fr.)	2M.	—	—
Wien (100 fl.	k.S.	100½	—
in 2. 20 fr.	2M.	—	—
Disconto		—	1½

A. Sulzbach, beeid. Makler.

Gold.	S.	Kr.	Silber.	S.	Kr.
Pistolen	9	52	Gold al Marco	382	—
Pr. Friedrichsd'or	10	—	Laubth., ganze	—	—
Holl. 10 fl. Stücke	10	7	Preuss. Thaler	—	—
Rand Ducaten	5	40	5 Frankenthaler	—	—
20 Francsstücke	9	42	Hochhaltig Silber	24	30
Engl. Souvereins	11	5	Gering v. mittelh.	24	20

Diverse Actien u. Loose.	Briefe.	Geld.
Karlsruher Loose	27	26½
Sardinische Loose	25½	25
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Minden	76½	76
Ludwigsh.-Berbach.	69	68½
Frdr.-Wilhs-Nordbahn	83½	83¼

Nach der Börse: 1½ pCt. — Spec. Lyon fehl. — Diverse Cöln-Aachener (gr. Litt.) —; Ludw.-Berb. —; Frdr.-Wilhs.-Nordb. — G.

Druck von August Osterleth.

(Nebst Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Sonntag (Zweite Extra-Beilage zu Nro. 118.) 20. Mai 1849.

Deutschland.

¿ **Frankfurt**, 18. Mai. *) Die constituirende Nationalversammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung das Programm des neuen Reichsministeriums sehr übel aufgenommen und beschlossen, ihr Mißtrauen gegen dasselbe öffentlich zu erkennen zu geben. Welche Gründe halten das Ministerium zurück, dennoch nicht von seinem Posten zu weichen? Hat das Verhalten der Nationalversammlung das vorige Ministerium, das aus so volksbelirdten Männern bestand, dahin gebracht, dennoch abtreten zu müssen, wie viel mehr war vorauszusehen, daß das neue Ministerium mit Feindseligkeit werde empfangen werden, da mehrere Mitglieder desselben, insbesondere der Vorsitzende, unumwunden viele Maßregeln der Nationalversammlung als nachtheilig, als tadelnswerth bezeichnet haben. Als Dr. Gravell zum Erzherzog-Reichsverweser berufen und ihm der Auftrag wurde, ein neues Ministerium zu bilden, hielt er es für eine unerläßliche Pflicht, sein ganz vollständiges Glaubensbekenntniß über den gegenwärtigen Zustand Deutschlands aufzusetzen und vorzulegen, damit der Erzherzog genau wisse, auf welchem Standpunkte der von ihm Beauftragte stehe und was er für recht und angemessen erachte. Erst nachdem dies geschehen, ist die Anstellung erfolgt. Diese Denkschrift Hrn. Gravell's soll, wie man vernimmt, veröffentlicht werden, damit Jedermann daraus ersehe, weß Geistes die Männer sind, mit denen der zeitige Reichsverweser sich umgeben, und was man von ihnen zu erwarten hat. Ihr Charakter bürgt dafür, daß ihre ganze Handlungsweise eine offene und gerade sein wird. Das von den übrigen Ministern mit vollzogene Programm beweist, daß dieselben mit dem Vorsitzenden übereinstimmen. — Man kann es sich schwerlich länger verbergen, der Grund alles Haders liegt darin, daß 1) die Nationalversammlung den ihr ausdrücklich ertheilten Auftrag, die künftige Verfassung Deutschlands zwischen den Völkern und Regierungen zu Stande zu bringen, aus den Augen gesetzt und sich eigenmächtig beigemessen hat, aus vorgeblich ihr beiwohnender Macht des Volks völlig nach ihrem Belieben zu verfahren; und daß sie 2) nicht bei der Errichtung der Verfassung stehen blieb, sondern auch in die Zügel der Regierung der einzelnen Staaten sowohl, als der Centralgewalt eingriff und denselben befahl. Daraus mußte unvermeidlich Zwist und Streit hervorgehen; alle Vorstellungen und Verhältnisse in Betreff der Zuständigkeit und Befugnisse der Behörden mußten dadurch verwirrt, und das Volk verleitet werden, das für richtig zu halten, womit ihm geschmeichelt wurde, und sich dem gefährlichen Versuche hinzugeben, mit Gewalt zu zertrümmern, was ihm mißfällt, und die Erfüllung seiner momentanen Wünsche durch eine Umwälzung zu erzwingen, die ihm, wenn sie weiteren Fortgang hätte, viel schwerere Leiden zuziehen würde, als die sind, welchen es entgehen möchte. Auf Unrecht kann niemals Recht, aus Gewalt nie Pflichttreue, aus Unordnung nie Ordnung, aus der Erschütterung alles obrigkeitlichen Ansehens keine öffentliche Sicherheit und kein Wohlstand hervorgehen. Zunehmender Mangel an Treu und Glauben, zunehmende Nahrungslosigkeit aus Unsicherheit des Verkehrs, Streit und Haß der Parteien, mit jedem Tage steigend, blutiger Bürgerkrieg und mit ihm Zerreißung des Vaterlandes durch innere und äußere Feinde, das sind schon, das werden mehr und mehr die unausbleiblichen Folgen des gegenwärtigen Zustandes werden, wenn ihm nicht baldigst ein Ende gemacht wird. Diesem Unwesen Einhalt zu thun, dazu haben die dermaligen Reichsminister sich hergegeben und nur Beschwerden sich unterzogen. Sie wollen möglichst den Frieden zu erhalten, die einander entgegentretenden Ansichten über die Verfassung auf dem rechtlichen Wege zu versöhnen und auszugleichen, das Gesetz und die bürgerliche Ordnung in Ehren zu halten, jede Auflehnung dagegen und jede unrechtmäßige Gewaltsamkeit zu verhindern und das Recht eines Jeden zu schirmen sich bemühen. — Allein das Recht ist nicht eine wächserne Nase, die man heute so und morgen so drehen darf. Ein einmal übertragenes Recht kann nur auf rechtmäßige Weise verändert oder entzogen werden; aber es geht auch keins weiter, als es übertragen worden ist. — Solchergestalt ist der Wirkungskreis der Nationalversammlung durch den ihr ertheilten Auftrag genau bestimmt, und darf über denselben nicht ausgedehnt werden. Der Wirkungskreis der Centralgewalt ist durch das Gesetz vom 28. Juni v. J. eben so genau bestimmt. Es ist ihre Pflicht und ihr Recht, ihn zu behaupten und zu erfüllen. Beide Geschäftskreise sind von einander verschieden, stören einander nicht, sondern müssen einander unterstützen und beistehen, so viel im Rechte ist. Dies von ihrer Seite zu thun, sind die neu eingetretenen Minister bereit und haben sie sich bereit erklärt. Unrecht hingegen wollen sie nicht dulden. Weil man ihre Entschlossenheit und Festigkeit kennt, hat man sie zu verdächtigen und Mißtrauen gegen sie zu erregen gesucht. — In jedem Falle gebührt es sich, ihnen Zeit zu lassen, etwas zu thun, sich selber Zeit zu gönnen zum Beobachten und Prüfen. Es muß sich bald zeigen, auf welcher Seite mehr Ernst, Anstand und Würde im Geschäftsbetriebe waltet; wo die Angelegenheiten mehr mit Ruhe, Besonnenheit und Unparteilichkeit verhandelt werden; wo Gerechtigkeit, Friedfertigkeit, Ordnungsliebe und Volkswohl die alleinigen Triebfedern der Handlungsweise sind. Die Präcedentien der neuen Minister dürften Bürgschaft sein, daß sie auch ferner nie aus den Augen setzen werden, daß sie aus dem Volke sind und daß es ihr Beruf ist, für das Volk zu leben und zu wirken. Sie haben über die Einheit und die Mittel zur Erreichung der Einheit und Freiheit Deutschlands andere Ansichten an den Tag gelegt als Andere. Vielleicht geht aber sehr bald dem ganzen Volke ein Licht darüber auf, daß man besser gethan hätte, daß man dem Ziele schon weit näher sein würde, wäre man weniger den herrschenden, mehr ihren Einheitsideen gefolgt.

*) Obiger Artikel ist uns aus amtlicher Quelle zur Veröffentlichung zugegangen. Redaction d. O.-P.-A.-Z.

Frankfurt, 19. Mai. Das hier concentrirte mobile Truppencorps hat in der letzten Zeit abermals einige wesentliche Veränderungen bereits erfahren oder es stehen ihm solche für die nächste Zeit bevor. Das seit Monaten hier und in den umliegenden Ortschaften cantonnirende Bataillon vom preußischen 35. Infanterieregiment ist nach Mainz abmarschirt und statt seiner ist gestern Nachmittag mit der Eisenbahn das 2. Bataillon des 3. kurhessischen Infanterieregiments eingetroffen und sofort nach Benames gelegt: das erste Bataillon desselben Regiments ist bekanntlich seit 14 Tagen, zum Ersatz der abgegangenen Bayern, hier eingerückt. Die Hälfte der zur hiesigen Garnison gehörenden hessen-darmst. reitenden Batterie ist, nebst einer Schwadron der hessen-darmstädtischen Chevaurlegers, von welcher gegenwärtig noch 250 Pferde zurückgeblieben sind, an die badische Grenze beordert und statt ihrer gestern, vom Hundsrück kommend, eine halbe Batterie der preußischen 8. Artilleriebrigade einmarschirt. Die beiden österreichischen Bataillone endlich, welche hier garnisoniren, werden demnächst durch das dritte Bataillon ihres Regiments, zur Zeit noch in Mainz, verstärkt werden und dagegen ist von Bregenz in Tirol bereits ein ganzes österreichisches Regiment auf dem Marsche nach Mainz. Außerdem spricht man von der Zusammenziehung einer Macht von im Ganzen 60,000 Mann, deren Mittelpunkt Frankfurt bleiben würde, darunter 4000 Mecklenburger, 6000 Hannoveraner und 15,000 Preußen, letztere zum Theil von den Truppen, welche in Dresden gefochten haben. In Hanau ist schon zu heute Abend Quartier für 4000 M. Preußen, wie man hört vom Kaiser Alexander Regiment angesagt; in Frankfurt selbst sind gestern 6000 Quartierzettel gedruckt worden. Von jenen 60,000 Mann würden zwei Corps, jedes in der Stärke von 15,000 Mann, als mobile Colonnen in Baden verwandt werden. (D. J.)

† **Wien**, 16. Mai. Man ist darüber einig, daß der Rückzug der Ungarn auf einem weit combinirten Plane beruht, worüber man jedoch noch nicht im Klaren ist. Thatsache ist es, daß sie viele Punkte verlassen, welche sofort von den k. k. Truppen besetzt werden. — Die an der gestrigen Börse verbreitete Nachricht von der Besetzung Raabs durch die k. k. Truppen, und daß in Tyrnau bereits 18,000 Russen unter General Rüdiger eingerückt seien, hat sich nicht bestätigt. Nach Briefen aus Wieselburg scheint vielmehr Raab noch in den Händen der Ungarn zu sein; auch war die Communication zwischen beiden Städten unterbrochen. — Ueber das Schicksal Ofens ist man noch immer im Dunkeln; ein Gerücht, daß es in die Hände der Ungarn, jedoch mit einem Opfer von 3000 Mann gefallen sei, bedarf noch sehr der Bestätigung. Durch die bisher erfolgten Truppenmärsche dürfte jetzt in Hradisch und dessen Umgebung ein Hilfscorps von 20,000 Russen concentrirt sein. Es sind meist Männer im vorgerückten Alter, lauter Reservetruppen. — Nach dem „Lloyd" beträgt die Gesammtsumme der durch Galizien an den verschiedenen Punkten einrückenden russischen Truppen 128,000 Mann mit 20,850 Pferden; wogegen verläßliche Privatmittheilungen aus Brody vom 11. d. dieselbe nur auf 52,000 Mann angeben. — Die russische Intervention hat die Gemüther in Ungarn noch mehr entflammt. — In Klausenburg wurde am 29. April die ungarische Republik verkündet und durch ein Kirchenfest gefeiert. — Die ungarische Regierung hat gegen alle jene das Standrecht verhängt, welche mit den Assentirungen für die k. k. Truppen betraut waren; als erstes Opfer fiel der Präses einer solchen Commission, von Mioley.

Reisende, die am 12. d. von Venedig auf dem französischen Dampfboote in Triest ankamen, erzählen, daß Malghera unausgesetzt und heftig bombardirt wird. In Venedig selbst war man der Ansicht, daß jene Festung sich nur noch 2 Tage halten werde. Von Mestre aus hat der Commandirende, F.M.L. Haynau, den englischen und französischen Consul in Venedig aufgefordert, die Befehlshaber der Schiffe ihrer Nationen aufzufordern, die Gewässer von Venedig mit ihren Kriegsschiffen bis zum 20. d. zu verlassen, da jetzt, wo die Blokade Venedigs sich in einen Belagerungszustand verwandelt, die Anwesenheit fremder Schiffe nicht gestattet werden könne. Sie werden zugleich aufgefordert, für die Sicherheit der von ihnen repräsentirten Unterthanen Sorge zu tragen, da ein späterer Abzug nur mit Nachtheilen für die Belagerten geschehen könnte. Endlich ersucht er sie, die betreffende Note auch den Consuln der übrigen neutralen Mächte mitzutheilen.

Durch ein Circular der k. k. Kreisämter werden alle Bewohner Galiziens, die gegenwärtig in Ungarn und Siebenbürgen verweilen, aufgefordert, bis zum 1. Juni zurückzukehren oder den Grund ihrer legalen Abwesenheit nachzuweisen, widrigenfalls sie als Theilnehmer an dem bewaffneten Aufstande angesehen und nach dem Kriegsrecht behandelt werden sollen.

Göding, 11. Mai. Bei uns ist in jedem Hause russische Einquartierung angesagt, und zwar dürfte diese sehr bedeutend ausfallen, da für die meisten Häuser zwischen 20 und 50 Mann bestimmt sind; freilich ward uns versichert, daß die russischen Truppen Alles baar bezahlen werden, aber wird dies der enormen Theuerung abhelfen? Sollten Sie es glauben, daß ein Laib Brod einen Gulden kostet und Stroh beinahe um keinen Preis zu bekommen ist? — So eben langen hier zwei russische Generale mit der Nachricht an, daß die russische Armee um 2 Uhr hieher kommt, von hier soll dann alles an die Waag gehen, wo die Magyaren dem Vernehmen nach 95,000 Mann stark stehen. Auffallend und — ich möchte beinahe sagen — räthselhaft ist der Umstand, daß in unserem durch und durch deutschen Städtchen die Magyaren immerhin viele Sympathien besitzen; wäre die Sache nicht so augenscheinlich, ich würde selbst nie daran geglaubt haben. — Mit höchster Spannung sehen wir hier dem bevorstehenden Hauptangriffe entgegen, welcher etwa 12 Meilen von hier stattfinden soll. Was ich darüber erfahren kann, werde ich Ihnen schleunigst mittheilen. (Wand.)

Berlin, 17. Mai. Der „Preuß. Staatsanzeiger" enthält folgenden Armeebefehl:

„Soldaten der Linie und der Landwehr! Als ich vor sechs Monaten Eure Dienste zum Schutze des Gesetzes aufbot, da sank dem Feinde der Muth vor Eurer Festigkeit und Treue. Ohne Kampf wich die Partei des Umsturzes vor Euch zurück. Im Geheimen aber versuchte sie, durch alle Künste der Verführung Euren Sinn für Pflicht, Ehre und Kriegergehorsam zu untergraben und damit das preußische Heer — die feste Stütze des Thrones und der gesetzlichen Ordnung — zu vernichten. Die verbrecherischen Versuche sind zu Schanden geworden. Die Tage von Dresden, Berlin und Düsseldorf, wo die Aufstände blutiger Empörer durch Eure und Eurer Brüder siegreiche Waffen zu Boden geworfen wurden, geben Zeugniß von der ungeschwächten Treue und Tapferkeit des preußischen Heeres. Jetzt erhebt im Westen der Monarchie, so wie in einigen andern deutschen Ländern, der Aufruhr von neuem sein Haupt. Unter dem Vorwande von Deutschlands Einheit wird ein Kampf entzündet gegen jede rechtmäßige Obrigkeit, ein Kampf gegen unser ruhmvolles Preußen, das die Feinde vernichten, ein Kampf gegen den Thron Eures Königs, den sie umstürzen wollen. Zur Abwehr solcher verbrecherischen Angriffe habe ich jetzt abermals mein Heer berufen und die Landwehr aufgeboten. Es gilt zu kämpfen und zu siegen wider Eidbruch, Lüge, Verrath und Meuchelmord. Es gilt, den Thron zu schützen vor seinen erbitterten Feinden. Es gilt, das Vaterland zu retten vor Gesetzlosigkeit und Republik. Es gilt, Preußens Stärke, Preußens Ehre aufrecht zu erhalten und dadurch die Größe und Einheit des deutschen Vaterlandes fest zu begründen. Das ist das Ziel, wofür ich mein sieggewohntes Heer in den Kampf rufe. Soldaten! Seid ferner eingedenk des Ruhmes preußischer Tapferkeit und Kriegertreue, des Jahrhunderte alten Erbes, welches Ihr Euren Vätern verdankt! Gedenkt der in den Jahren 1813, 14 und 15 zur Vertreibung fremden Druckes erfochtenen Siege des preußischen Heeres, und Ihr werdet Euch auch jetzt durch preußische Kriegertugend als Schutz und Hort der werthvollsten Güter eines freien und gebildeten Volkes, dem preußischen und deutschen Vaterlande zum ewigen Ruhme bewähren! Charlottenburg, den 16. Mai 1849. Friedrich Wilhelm. v. Strotha."

* **München**, 18. Mai. Eine Bekanntmachung des Rectorats bezeichnet das Gerücht, als solle die hiesige Hochschule geschlossen werden, als ein völlig grundloses und falsches. Das Vertrauen zu den Studirenden seitens des Rectorats wie der Staatsregierung dauere vielmehr fort, weshalb kein Grund zu jener angeblichen Maßnahme vorliege.

Die Abberufung der bayerischen Deputirten von Frankfurt soll im Ministerium bereits beschlossen sein. Die betreffende Verordnung wird wahrscheinlich nicht lange auf sich warten lassen. Es fragt sich nur, ob die Regierung das Recht hat, den Abgeordneten einseitig ein Mandat zu entziehen, mit dem sie einzig und allein vom Volke betraut worden sind. (Bamb. Z.)

Das Künstler- und Studentenfreicorps wurden aufgelöst.

* In **Würzburg** ist es am 16. Abends in einem Schenklocal zu einem Tumult zwischen Studenten und Soldaten gekommen, der zu Verwundungen führte. Ein Bericht der „Würzburger Zeitung" mißt die Schuld den Soldaten bei. Die Studentenschaft hielt am 17. eine Versammlung und verlangte Genugthuung durch die Behörden, widrigenfalls sie die Stadt verlassen wollen. Die Gemeindebehörden und der Sicherheitsausschuß sind deßhalb in Berathung getreten.

Dresden, 17. Mai. Gestern Abend wurden wieder mehrere Wagen Gefangene eingebracht. Statt des gestern genannten Advocat Heinz, der, so viel wir wissen, nicht verhaftet ist, ist der Dr. Hirschel zu nennen. — Auch der vormalige Abgeordnete Seltmann, welcher den in Pirna unternommenen Angriff auf das nach Königstein bestimmte Dampfschiff geleitet haben soll, ist neuerdings verhaftet worden. — Ins Erzgebirge und Voigtland, wo vielen Behörden zur Vornahme von Arreturen die Macht fehlt, sind bedeutende Truppenabtheilungen abgegangen. (Dresdn. Z.)

⊙ **Stuttgart**, 16. Mai. 140. Sitzung der zweiten Kammer. Auf Scherr's Antrag wird mit 53 gegen 22 Stimmen beschlossen, die Regierung wiederholt zu bitten, die Stelle des württembergischen Corpscommando's aufzuheben, und wieder, wie früher, die Geschäfte dieser Stelle

mit dem Kriegsministerium zu vereinigen, und zwar soll das erstere geschehen unabhängig von dem Resultat der von dem Reichskriegsministerium zu führenden Untersuchung gegen das Verfahren des Prinzen Friedrich von Württemberg, betreffend die Dislocation der Truppen im badischen Oberland. Bei der Debatte äußerte General Rüppli, daß er zugeben könne, daß ein Versehen da sei, aber nicht berechtigt sei, ein absichtliches Versäumen anzunehmen. Letzteres sei von der Commission auch nicht angenommen, antwortete der Berichterstatter Stockmaier. Die beabsichtigte Maßregel ist auch an sich so unbedeutend, daß man gar nicht darnach gefragt hätte, wenn nicht, wie Staatsrath Römer selbst sagte, im Publikum sich die Befürchtung rege gemacht hätte, als habe damit ein Schlag gegen die Verfassung und die Rechte der Württemberger geführt werden wollen. — Die neuesten Ereignisse in Baden werden von dem Abgeordneten Reyscher zur Sprache gebracht, welcher ausführte, daß die dortige Bewegung keine deutsche, sondern eine badische sei, und die Frage stellte, ob von der Centralgewalt eine Aufforderung an die Regierung gestellt worden sei, um württembergische Truppen in Baden zu verwenden? Staatsrath Römer: Ich hoffe, daß Württemberg von dieser Bewegung nicht angesteckt werden wird, obgleich bereits in der Stadt Plakate angeschlagen worden sind, um die Soldaten zu verführen. Ich glaube, die Herren in Baden werden bald in Verlegenheit sein, was sie mit ihrem Siege machen sollen. Ich für meinen Theil bin durchaus nicht für eine Einschreitung in diese innere Angelegenheit Badens, indeß hat die Centralgewalt die Aufforderung zu Aufstellung eines Truppencorps gegeben, namentlich auch um sich in den Besitz der Reichsfestung Rastatt zu setzen. Da die badische Regierung alles anerkannt hat, was von der Centralgewalt angeordnet worden ist, so scheint es nicht, daß die Erhebung im Sinne der Reichsverfassung ausgeführt worden ist, sondern zum Zweck einer Republik. In diesem Fall muß das frühere Verhältniß, das constitutionell-monarchische, selbst mit Waffengewalt wieder eingeführt werden, weil die Bewegung mit gegen die Reichsverfassung gerichtet ist. Reyscher stellt nun Namens des Fünfzehnerausschusses, damit nicht unsere Truppen in Baden verwendet werden, wie die Preußen in Sachsen, den Antrag, daß die gesammte bewaffnete Mannschaft, einschließlich der Bürgerwehr, auf die Reichsverfassung beeidigt werde. Dagegen erklärt sich Staatsrath Römer, indem es bei einer Verfassung, die bloß auf dem Papier bestehe, schwer sei, sie zu beschwören; die Kammer möge beschließen, was sie wolle, so werde die Regierung ihren Weg gehen. Die Verpflichtung auf die Verfassung könnte vorläufig doch nur eine negative sein, und übrigens habe diese, da sie promulgirt worden sei, bei uns jetzt schon dieselbe Giltigkeit, wie jedes andere Gesetz. Die Dringlichkeit wurde dem Antrage Reyschers nicht zuerkannt; in der nächsten Sitzung wird die Kammer ihre Ansichten in Betreff Badens aussprechen, welche der großen Mehrheit nach dahin gehen, daß die Regierung sich in die innern Angelegenheiten Badens nicht mischen möge, oder, wie Becher sagte, nicht den Reichspolicieidiener mache. Staatsrath Römer benutzte in dieser Richtung damit, daß er sagte: die Kammer wird noch manchen Beschluß fassen können, bis die Truppen marschiren.

* **Stuttgart**, 18. Mai. Die zweite Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung auf den Antrag des Fünfzehnerausschusses beschlossen, sich bei der Mittheilung des Departementschef zu beruhigen, daß von Württemberg aus gegen Baden nur mittelbar, d. h. nur auf Veranlassung der Centralgewalt eingeschritten werden solle, zumal diese vorher die friedlichen Mittel versuche. Ferner wurde beschlossen, die Regierung zu bitten, die feierliche Verpflichtung der Staatsbürger, insbesondere der Staatsdiener und des Heeres, auf die Reichsverfassung anzuordnen und die Form derselben vorher den Ständen mitzutheilen.

* In den badischen Zuständen ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Die badischen Blätter enthalten wenig Neuigkeiten von Belang, mit Ausnahme einer von Brentano im Namen der vom Landesausschuß niedergesetzten Commission an das Volk in Baden erlassenen Proclamation, worin dasselbe aufgefordert wird, die provisorische Regierung, welche bedeutende Geldmittel bedürfe, durch freiwillige Beiträge zu unterstützen und sie in den Stand zu setzen, die vom Volke beschlossene allgemeine Bewaffnung durchzuführen. Ferner ersehen wir aus den vor uns liegenden Nachrichten, daß in der Gegend von Donaueschingen, Villingen und Rottweil ein beträchtliches Truppencorps (Württemberger und Bayern) zusammengezogen werden soll. Am 18. wurden die in Karlsruhe anwesenden Truppen vor dem Stadthause auf die Reichsverfassung und die gegenwärtige Regierung beeidigt. Die Eidesformel lautete: „Ich verpflichte mich auf Ehre und Gewissen, die Durchführung der Reichsverfassung mit allen meinen Kräften zu unterstützen und den Anordnungen des Landesausschusses unweigerlich Folge zu leisten, so wahr mir Gott helfe und meine Ehre mir heilig ist."

l. **Karlsruhe**, 19. Mai. Seit gestern befindet sich der Großherzog mit seiner Familie in Hagenau, wo er vorerst einige Tage zu bleiben gedenkt. Die französischen Behörden behandeln den flüchtigen Regenten mit aller Rücksicht und der zartesten Aufmerksamkeit. Von Straßburg sendete der dortige Militärbefehlshaber eine Abtheilung Lanciers nach Lauterburg, um den Großherzog nach Hagenau zu geleiten, wo er bei dem dortigen Oberst wohnt. Ueberhaupt genießen unsere Flüchtlinge, besonders die Offiziere, bei unsern elsäßischen Nachbarn im Allgemeinen eine fast rührende Unterstützung, während sich in allen Klassen der jenseitigen Bevölkerung und am allermeisten noch bei den Bauern ein großer Unwille über unsere diesseitigen Ereignisse ausspricht. Vorgestern sind die Reichscommissäre Christ und Zell von hier nach Rastatt und von da nach kurzem Aufenthalt nach Freiburg. Vom Reichskriegsministerium ist in diesen Tagen auch ein österreichischer Offizier aus Frankfurt nach Rastatt gesendet worden, um über das Festungsbauwesen, über die Verhältnisse und Stellungen der gegenwärtig die öffentlichen Angelegenheiten leitenden Militärpersonen sich zu unterrichten und über den Fortbau der Festungswerke Anordnungen zu treffen. In letzterer Beziehung war jedoch nichts mehr zu ändern, da die Festungsarbeiter bereits entlassen waren. In Kehl hat sich der Infanteriehauptmann von Fick, und in der Gegend von Pforzheim der Artilleriehauptmann Großmann erschossen. Ersterer war von einem Soldaten thätlich mißhandelt, und Letzterer auf der Flucht mit Oberst Hinkeldey und einigen andern Offizieren gefangen genommen worden. Beide waren wackere und allgemein beliebte Offiziere, welche nun als Opfer unserer unglückseligen Ereignisse gefallen sind.

Man macht uns von **Lauterburg** nachstehende Mittheilung: An das badische Volk! Bürger Badens, Soldaten, Landsleute! Eine Verkettung unglücklicher Ereignisse, herbeigeführt durch solche, denen keine gesetzliche Freiheit genügt, die vielmehr den Weg des Umsturzes, der Zerstörung und des Bürgerkriegs verfolgen, und ich sage es mit tiefem Schmerze, herbeigeführt auch durch einen Theil meiner sonst treuen und tapfern Soldaten, die der Fahne untreu geworden, war ich gezwungen, meine Residenz zu verlassen. Empörer, die an dem Vaterland Verrath üben, versuchen es, eine ungesetzliche Regierung zu errichten, und fangen schon an, durch gewaltsame Anordnungen das frühere glückliche Land in Jammer und Elend zu stürzen. Schon werden Eure Söhne vom jugendlichsten Alter, noch nicht entwickelt in hinlänglicher Kraft, zum Theil unentbehrlich für Euren Feldbau und Eure Gewerbe, von Eurer Seite gerissen, um ihr Blut für eine treulose Sache zu verspritzen. Bald werden Bürger gegen Bürger, Deutsche gegen Deutsche im brudermörderischen Kampf fallen. Nicht genug, bald wird auch Euer Eigenthum eine Beute gewinn- und raubgieriger Menschen werden und unter dem mißbrauchten Namen des Rechts und der Freiheit werden Recht und Freiheit untergehen. Ich verwahre feierlich meine und meiner verfassungsmäßigen Regierung Rechte, sowie die Rechte und das Glück meines Volkes gegen dieses frevelhafte Beginnen und erkläre für null und nichtig, was von dem Landesausschuß oder andern ungesetzlichen Behörden verfügt wird. Badener! Ihr wißt, mit welch freudiger Bereitwilligkeit ich stets das deutsche Verfassungswerk unterstützte, wie ich alle Opfer zu bringen erklärte, welche die Größe, Macht, Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes erfordern mögen. Ihr wißt es, wie ich, als kaum die Vertreter des deutschen Volkes ihr Werk beendigt hatten, dasselbe sogleich unbedingt anerkannte, und daß der Beisatz in meiner Erklärung vom 11. v. M., den Viele als einen Vorwand zu Angriffen benutzten, nur die Abwendung eines in Aussicht gestellten Sonderbundes bezweckte. Ihr wißt, daß ich die Reichsverfassung alsdann ohne allen Vorbehalt selbst durch das Regierungsblatt verkünden ließ, und die allgemeine Beeidigung auf dieselbe vornehmen lassen wollte, wie solche zum Theil, so weit nämlich die Kürze der Zeit und der Drang der Umstände es erlaubten, auch wirklich schon vollzogen wurde. Diejenigen, welche sich mit bewaffneter Hand gegen eine Regierung erheben, die auf solche Weise die deutsche Sache zu befördern suchte, versündigen sich zugleich an den großen Interessen des deutschen Vaterlandes, indem sie an den Tag legen, daß es ihnen nicht um die deutsche Reichsverfassung, sondern um andere Dinge zu thun ist, und indem sie dadurch den Gegnern der deutschen Einigung Waffen in die Hände geben. Ich gebe mich übrigens der Hoffnung hin, daß die unglückseligen Zustände, in die mein geliebtes Volk durch die Ereignisse gerathen ist, nicht von langer Dauer sein werden. Bürge dafür ist mir mein gutes Recht, Bürge die Reichsgewalt, welche den Reichsfrieden und die Aufrechthaltung der verfassungsmäßigen Ordnung zu sichern hat, Bürge endlich der gesunde Sinn der großen Mehrheit meines Volkes, welches die Herrschaft derjenigen, die die verfassungsmäßige Regierung vertrieben, und sich selbst die öffentliche Gewalt angemaßt haben, nicht dulden, welches sich die errungene Freiheit und gesetzliche Ordnung, bei der allein die Wiederkehr des Wohlstandes möglich ist, durch solche Anmaßungen nicht entreißen lassen wird. Auch an Euch, die Ihr dem lockenden Tone ehr- und gewinnsüchtiger Volksschmeichler zu viel Gehör geschenkt, wende ich mich, vertraut auf Euern Großherzog. — Ich habe das Recht, Vertrauen von Euch zu erwarten, denn Ihr selbst bei ruhiger Ueberlegung müßt mir das Zeugniß lassen, und einst in der unparteiischen Geschichte wird man es lesen, daß ich stets in schlimmen wie in guten Tagen mein Volk geliebt, daß ich für die Entwickelung seines Wohlstandes, seiner Bildung und einer gesetzlichen Freiheit nach Kräften gesorgt, und nur dem unheilvollen Mißbrauch zu steuern gesucht habe, und daß ich mit Bereitwilligkeit vorangegangen bin in der allgemeinen Bewegung für die Größe, Macht und Freiheit des gemeinsamen deutschen Vaterlandes, sowie ich den auf verfassungsmäßigem Wege an mich gebrachten Wünschen meines Volkes überhaupt stets bereitwilliges Gehör geschenkt habe. In diesem Bewußtsein ermahne ich die Verführten, von ihrem Irrthume zur Besinnung und gesetzlichen Ordnung zurückzukehren. Ihr aber, die Mehrheit meines geliebten biedern Volkes, die Ihr stets treu geblieben seid, und einsehet, in welches Elend Alles verfallen müßte, wenn es den Empörern gelänge, ihr Ziel zu verfolgen, haltet fest und treu an Eurem Großherzog, wie er an Euch festhält, und an der deutschen Centralgewalt, an der freisinnigen Reichs- und Landesverfassung! — Soldaten! Ich weiß, Ihr seid nur verführt worden durch alle Mittel und Künste, die eine böse Absicht zum Verführen anwendet, und der Verrath ist nicht aus Eurer Seele gekommen; sammelt Euch wieder um die Fahne Eures obersten Kriegsherrn und thut Ihr es ohne Zögern, so sei das Geschehene vergessen und Euch volle Amnestie ertheilt. Bedenkt aber, daß Treue länger dauert als Verrath! — Gegeben zu Berg in der Rheinpfalz, den 17. Mai 1849. Leopold. Dusch, Beck. Hoffmann. v. Stengel.

* **Mannheim**, 19. Mai. Die hiesigen Blätter enthalten eine Einladung an „alle Deutsche, insbesondere aber diejenigen in Baden, Rheinbayern und Hessen" zu einer heute Vormittag 11 Uhr auf dem hiesigen Marktplatze abzuhaltenden Volksversammlung. Der Zweck der Versammlung soll „die Berathung über die gemeinschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und den genannten drei Landestheile insbesondere" bilden. Die Einladung ist von Karlsruhe den 17. aus datirt und unterzeichnet von G. Struve. Peter. Martiny. d'Ester. Reymann. Fickler. Bamberger. Mördes. Löhr. Grohe. Heff.

Mainz, 19. Mai. (M. Z.) Soeben hören wir, daß unsere Citadelle nach Außen armirt wird.

* **Aus Schleswig-Holstein** erhalten wir Nachricht, daß am 15. Mai die Beschießung Friderícia's begonnen hat, unter andern aus 168-Pfündern. Der Vortrab der Reichstruppen, eine preußische Division, hat Aarhuus besetzt. Das dänische Linienschiff „Skjold", Commandeur H. P. Thomsen, scheint Lust zu haben, Kiel zu bedrohen; unsre Strandbatterien sind aber nicht abgeneigt, ihm diese Lust zu versalzen.

Frankreich.

** **Paris**, 17. Mai. Die meist gut unterrichtete „Opinion publique", ein legitimistisches Blatt, meldet: Wir wissen aufs Bestimmteste, daß diplomatische Conferenzen eröffnet worden sind, in denen das Schicksal Roms der nächste Gegenstand der Berathung ist. Rom soll Republik bleiben, aber den Namen römisch-apostolische Republik führen. Der Papst ist der jedesmalige Schutzherr der Republik. Rom erhält eine Art Bundesgarnison.

Cavaignac und Marrast haben darauf angetragen: die Asche des alten berühmten Conventsgenerals Carnot aus Magdeburg nach Paris zu schaffen.

Auf Proudhon, der sich seit einigen Tagen wieder hier aufhalten soll, wird von der Polizei stark gefahndet.

Großbritannien.

* **London**, 16. Mai. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses machte Lord Brougham das Haus auf die außergewöhnliche Entschließung Rußlands, beträchtliche Streitkräfte in Ungarn einrücken zu lassen, aufmerksam. Rußland, sagt der Redner, hat durchaus kein Interesse in Ungarn und Galizien. Ich werde die Regierung fragen, ob sie von dieser Einmischung Rußlands in die österreichische Angelegenheit Kenntniß erhalten hat. Ich zweifle keinen Augenblick, daß ihrerseits kein Einverständniß mit Oesterreich stattgehabt, aber wir haben das Recht, uns zu beklagen und gegen eine solche Thatsache zu protestiren. Zu gleicher Zeit muß ich erklären, daß Niemand lebhafter, als ich, unsere treue Bundesgenossin, Oesterreich, wieder in dem Besitz aller seiner Rechte und von jenen Wühlern, die Europa mit ihren Thorheiten und Verbrechen erfüllen, verschont zu sehen wünscht. Der Marquis von Lansdowne erwiederte, daß der Einmarsch der Truppen einer Macht in das Gebiet einer andern, mit Einwilligung dieser, keineswegs die Thatsache einer Intervention bildet.

Der Lordstatthalter von Irland, Lord Clarendon, soll einen unerwarteten Ruf nach London erhalten haben und wird am 19. von Dublin dorthin abgehen. Die Nachrichten aus dem Westen Irlands lauten sehr traurig. Die Cholera wüthet schrecklich in der Grafschaft Galway; in der kleinen Stadt Ballinasloe, die mit Ausschluß der Bevölkerung der Arbeitshäuser nicht viel über 5000 Einwohner hat, raffte sie in voriger Woche mehr als 100 Menschen täglich hin; doch läßt sie jetzt etwas nach.

Portugal.

* **Lissabon**, 8. Mai. Der Ministerpräsident Marschall Saldanha wird demnächst von Costa Cabral in der Führung des Ministeriums abgelöst werden. Die Königin ist von einem todten Kinde entbunden worden, ihr Gesundheitszustand erregt einige Besorgniß. — Der Exkönig von Sardinien, Karl Albert, lebt in Oporto in großer Zurückgezogenheit.

Börsenberichte.

Frankfurt, 19. Mai. Obwar das Geschäft an heutiger Börse von keinem Belang war, so zeigte sich dennoch mehr Kauflust, und größtentheils blieben Fonds sowohl wie Eisenbahnen höher im Cours als gestern. Oesterreichische Papiere begehrt, 5pCt. Met. 74⅞, ⅛, pCt. G., 2½pCt. Metall. 39⅞, pCt., Bankactien 1095 fl., 500 fl. Loose 123 fl., 250 fl. Loose 74½, pCt. G. Alle übrigen Loose gesucht, Kurhess. 40 Thlr Loose 26⅝, Nassau, Bad. 35 fl. Loose 25⅛ fl., do. 50 fl. Loose 47 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 21 fl., do. 50 fl. Loose 68⅜, fl., Nassauer 25 fl. Loose 20⅛, fl., Sard. Loose 25 Fr., Poln. 500 Loose 72⅞, Rthlr. Von südteutschen Obligationen 4½pCt. Württemberger 9½, pCt. G., do. 3½pCt. 75½, pCt. G. Bad. 3½pCt. Obligationen 73½, pCt. G., do. 5pCt. bad. vom Jahr 1848 93⅝, pCt. G. Nassauer 3½pCt. Obligationen 79½, pCt., do. vom Jahr 1849 99⅛, pCt. Holländ. 2½pCt. Integr. 50⅛, pCt. G. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 33½, Rthlr., Berbach 68⅜, pCt., Köln-Minden 76 pCt, Taunus 27½ fl. 3pCt. inländ. Span. schließen 21½, pCt. G.

Wien, 16. Mai. 5pCt. Metall. 89⅞. — 4pCt. 72½. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47½. — Bankactien 1121. — 500 fl. Loose 147. — 250 fl. Loose 91½. — Nordbahnactien 92½. — Gloggnitzer 93½. — Mailänder 70½.

Course fast unverändert. Devisen und Comptanten sind neuerdings zurückgegangen und waren mehr Geber als Nehmer.

Berlin, 18. Mai. Staatsschuldscheine 79½, bez., Seehandlungs-Prämienscheine 100½, G., Bankantheile 87½, etw. ⅛ à ⅞, bez., Berlin-Hamburg 54½, G., Köln-Minden 76 u. 76½, bez., Friedrich-Wilh.-Nordbahn 33½, bis ⅛, bez., Rhein. 39½, etw. bez., Thüring. 48½, à 49 bez., Ruff bei Stieglitz 8⅓, Br., Pola. 500 fl. Loose 71½, bez.

Die Beerdigung der Unruhen in Elberfeld und Iserlohn machte einen günstigen Eindruck auf die Börse, die Course blieben fest, und fl. Uten sich zum Theil höher; das Geschäft war nur beschränkt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Malter.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag [illegible] 1. Juli 1882. [illegible] 27. Jahrg.

Inhalt.

Amtliche Mittheilungen. Seite 1.

Verfügungen. Seite 1.

Verkehrs-Angelegenheiten. Seite 2.

Personal-Nachrichten. Seite 2.

Vermischte Nachrichten. Seite 2.

Amtliche Mittheilungen.

Verfügungen.

Nr. 1. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 2. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 3. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 4. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 5. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 6. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 7. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 8. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 9. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 10. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 11. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 12. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 13. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 14. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 15. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 16. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 17. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 18. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 19. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 20. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 21. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 22. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 23. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 24. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 25. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 26. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 27. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 28. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 29. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 30. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 31. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 32. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 33. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 34. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 35. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 36. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 37. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 38. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 39. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 40. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 41. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 42. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 43. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 44. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 45. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 46. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 47. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 48. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 49. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 50. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 51. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 52. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 53. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 54. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 55. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 56. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 57. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 58. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 59. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 60. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 61. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 62. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 63. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 64. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 65. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 66. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 67. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 68. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 69. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 70. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 71. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 72. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 73. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 74. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 75. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 76. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 77. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 78. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 79. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 80. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 81. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 82. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 83. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 84. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 85. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 86. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 87. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 88. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 89. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 90. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 91. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 92. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 93. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 94. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 95. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 96. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 97. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 98. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 99. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

Nr. 100. Bekanntmachung, [illegible] Verkehr mit Belgien betreffend.

Vom 1. Juli ab werden Briefsendungen nach Belgien, welche mit Einschreibgebühr belegt sind, nicht mehr mit Eisenbahnpost befördert.

Frankfurt a. M., den 30. Juni 1882.

Kaiserliches Oberpostamt.

№ 119. —— Montag —— den 21. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt f. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen f. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 38. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 88. — Für England und überseeische Länder: Loysel u. Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breit) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: G. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 38. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 88.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmitt in Wien, Landstraße Nr. 330; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 72a.; 3) Hofcommissär G. Flörke in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrseldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 18. Mai. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt kamen folgende Gegenstände zur Verhandlung: 1) Vortrag des Senats, Berufung eines Staatsanwalts betreffend. Derselbe schlägt für denselben eine jährliche Besoldung von 2500 Thlr., einen Ruhegehalt von 1500 Thlr., nebst den Reise- und Umzugskosten vor. Nach kurzen Bemerkungen von Dr. Kugler, Senator Hessenberg, Dr. Braunfels und Dr. A. Friedleben wird der Vortrag zur Begutachtung an den Ausschuß für das Strafverfahren verwiesen. 2) Petition der der Theilnahme an dem Septemberaufstande Beschuldigten, um Aufhebung des Untersuchungsarrestes gegen Leistung eines Cautionsbides. Es wird sofort in die Sache eingetreten; Dr. Reinganum stellt den Antrag: Die Petition an die Justizabtheilung des Senats empfehlend zu verweisen und den Senat zu ersuchen, der verfassunggebenden Versammlung ein Gesetz über Amnestirung dieser Angeklagten vorzulegen, insoweit nicht gemeine Verbrechen damit concurriren. Dr. Binding und Senator Hessenberg stellen einige Bemerkungen auf. Der Antrag wird genehmigt. 3) Bericht des Ausschusses über den mit dem Fürsten von Thurn und Taxis wegen Aufhebung des privilegirten Gerichtsstandes der Mitglieder und Angestellten der Generalpostdirection abgeschlossenen Vertrag. Hiernach sind diese Beamten künftig in allen Fällen den hiesigen Gerichten unterordnet. Der Vertrag wird dem Antrage gemäß genehmigt. 4) Vortrag des Senats über den § 43 der Grundrechte, die Militärgerichtsbarkeit betreffend, mit Gesetzesentwurf, wodurch die Art. 5, 6 und 7 des Gesetzes über das Strafverfahren beim Militär abgeändert werden. An den Ausschuß für das Strafverfahren 5) Vortrag des Senats, die Standesbuchführung und die bürgerliche Ehe betreffend. An eine besondere aus fünf Mitgliedern zusammenzusetzende Commission. 6) Rückäußerung des Senats, die zwischen den Regierungen der drei Hessen, des Herzogthums Nassau und der freien Stadt Frankfurt am 28. November v. J. stattgefundene Verständigung wegen Verfolgung zu verhaftender Personen durch die uniformirten Sicherheitsbeamten der genannten Staaten in den gegenseitigen Gebieten betreffend. An die Commission über das Strafverfahren. 7) Bericht des Petitionsausschusses über die Petition des Bürgers Keller, die Anstellung hiesiger Bürger bei den Kasernen betreffend. Der Antrag auf Tagesordnung wird angenommen; ebenso 8) über die Petition des Bürgers Leipold um Anstellung oder Remuneration. 9) Bericht desselben Ausschusses über die Petition des hiesigen Arbeiterbildungsvereins, um Ueberlassung eines Sitzungslocals. Der Ausschuß trägt auf Ueberweisung an den Senat an, was beschlossen wird. 10) Weiterer Bericht dieses Ausschusses über das Gesuch des Bürgers Fr. Funck um Erlassung eines Gesetzes zur Sicherstellung der Unabhängigkeit der Geschwornen; der Ausschuß, in Betracht daß mit dem Institut der Geschwornen auch das neue Strafgesetzbuch ins Leben trete, in welchem dafür Vorkehr getroffen, beantragt die Ueberweisung an den Ausschuß für das Strafverfahren, was beschlossen wird. 11) Derselbe berichtet noch über die Petition hiesiger Fischermeister wegen Verwendung von Mainsand zu öffentlichen Bauten. Es wird die Uebermittlung an den Senat zu geeigneter Verfügung an das Bauamt beschlossen. 12) Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1849. Nach dem gedruckten Berichte sind die Einnahmen folgendermaßen veranschlagt: I. Dienst der Rechnei-kasse: a) Gefälle von städtischem Grundeigenthum 150,570 fl. b) Regierungs-, Polizei-, Jurisdictionsgefälle, Strafen, Stempel, Concessionen und Abmodiationen 151,000 fl. c) Accise und Consumtionsabgaben 189,225 fl. d) Handelsabgaben 366,506 fl. e) Stadtbeleuchtungs- und Weggeldseinnahmen 50,000 fl. f) Staatssteuern der Dorfschaften 3500 fl. g) Verschiedene Einnahmen 5000 fl. Zusammen 920,981 fl. II. Dienst der Schuldentilgungskasse: a) Einkommen-, Wohn- und Miethsteuer, Additional-Accise, Extra-Kriegsauflagen, Antheil an dem Permissionsstempel und Lotterie 418,000 fl. b) Eisenbahne. 120,000 fl. c) Zinsen von Activcapitalien 6000 fl. Zusammen 544,000 fl. III. Dienst der Pfandamtskasse 7500 fl. Gesammtbetrag der Einnahmen 1,472,481 fl. Die Ausgaben sind veranschlagt: I. Dienst der Rechnei-kasse: a) Regierung und Verwaltung im Allgemeinen 132,761 fl. 4 kr. b) Rechtspflege 100,699 fl. 54 kr. c) Militärwesen 248,398 fl. 3 kr. d) Sicherheits- und Sanitätsanstalten 153,259 fl. 18 kr. e) Liegenschaften und Gefälleverwaltung 59,247 fl. 30 kr. f) Handel, indirecte Abgaben, Centralkasse 105,545 fl. 32 kr. g) Bauwesen 118,550 fl. h) Cultus 64,028 fl. 51 kr. i) Schul- und Studienwesen 45,190 fl. 35 kr. k) Pensionen und Unterstützungen 91,173 fl. 34 kr. l) Unvorhergesehene Ausgaben 30,000 fl. Zusammen 1,148,854 fl. 21. kr. II. Dienst der Schuldentilgungskasse mit einer Nacherigenz 502,488 fl. 44 kr. III. Dienst der Pfandamtskasse 7149 fl. 54 kr. Totalbetrag der Ausgaben 1,658,182 fl. 59 kr. Das Deficit wäre demnach 185,701 fl. 59 kr. Es wird aber in Folge einiger Nachträge angegeben auf die Summe von mehr als 204,000 fl. Der Berichterstatter Bürgermeister Cöster stellt eine Verminderung der Ausgabenansätze in Aussicht und hofft, daß die Einnahmen sich nicht unter ihre Positionen stellen werden. Er deutet aber auch an, daß die Errichtung neuer Schulen ein tief gefühltes Bedürfniß sei, das neue Ausgaben herbeiführen werde, weßhalb den Behörden die strengste Sparsamkeit zu empfehlen sein möchte. Bei dem Ansatz von den Beiträgen zur Reichskasse trägt Dr. J. Friedleben darauf an, nichts mehr an die Reichskasse baar zu bezahlen, sondern allmälig Compensation eintreten zu lassen. Dieser Antrag rief eine längere Discussion hervor, in welcher Bürgerm. Cöster, Schöff Souchay, Sen. Hessenberg, Dr. Reinganum, Dr. Braunfels, Herwig, Dr. Stein, Dr. Binding, Dr. Kugler sprachen, worauf der Antrag zurückgezogen wurde. Eine weitere Erörterung veranlaßten die Ansätze von Personalzulagen bei Angestellten der Polizei, woran sich Herwig, Dr. A. Friedleben, Dr. Reinganum, Dr. J. Friedleben, Senator Hessenberg und Dr. Binding betheiligten; ferner über den Cultus, wobei Herwig, Dr. Kugler und Dr. Reinganum theils Erläuterungen begehrten, theils gaben. Endlich wurde auf den Antrag von Dr. J. Friedleben der Ansatz unter den städtischen Pensionen, für Juden-, Meß- und Neujahrsgelder an diverse Civil- und Militärbeamte mit 35 fl. 32 kr. gestrichen. Beide Voranschläge der Gesammteinnahmen und der Gesammtausgaben werden in getrennter Abstimmung genehmigt, und auf den Vortrag des Senats sich damit einverstanden erklärt, daß das Rechnei- und Rentenamt ermächtigt werde, zur Deckung des laufenden Dienstes und der aus der Rechneikasse zu leistenden Vorschüsse soweit die regelmäßigen Einnahmen der Rechneikasse und sonstige jeweilig in andern städtischen Kassen vorhandenen verfügbaren Geldmittel nicht ausreichen, die erforderlichen Gelder nöthigenfalls auch verzinslich aufzunehmen. Sodann wird noch beschlossen, den Senat zu ersuchen, den verschiedenen Verwaltungszweigen die großmögliche Sparsamkeit zu empfehlen. Endlich wird ein Antrag von Dr. Reinganum, die Errichtung neuer Schulen betreffend, an den Verfassungsausschuß zur Prüfung der Ausführungsgrundsätze und der Ausführungsmittel überwiesen. 13) Bericht des Finanzausschusses über die Nachbewilligung auf den Bedarfsmehrstand des Polizeiamtes für Straßenreinigung von 2500 fl. für das Jahr 1849. Nach verschiedenen Bemerkungen über die Unreinlichkeit der Straßen, von Seiten der Abgg. Herwig, Dr. Stein, Dr. Reinganum u. A. wird die verlangte Nachbewilligung ertheilt, indessen soll das Polizeiamt ersucht werden, diesem Zweige seiner Verwaltung größere Aufmerksamkeit zu widmen. Nächste Sitzung Montag den 21. Mai.

Wien, 14. Mai. Von dem russischen Corps ist nur der kleinere Theil nach Göding, die größere Hälfte blieb in Ungarisch-Hradisch, um von dort direct auf Trentschin zu marschiren. Fürst Paskewitsch leitet die Bewegungen der Russen von Warschau aus. Der eigentliche Commandant bleibt General Rudiger, der mit dem stärksten Corps über Lemberg anrückt, jedoch vor Ende Mai kaum an den Grenzen Ungarns sein wird. Ob bis dahin Baron Welden größere Offensivbewegungen beginnt, steht dahin. Bis jetzt stehen die Russen an den Eingangspunkten bei Göding, Hradisch, Jablunka und Szandez. Vom Dembinetischen Corps haben sich die polnischen Honved getrennt und, während die Magyaren von den Grenzen sich entfernten, den Weg nach Dukla fortgesetzt, um diesen polnischen Theil Galiziens zu revolutiren. Dabei waren sie vermuthlich sehr gut über den Marsch der Russen unterrichtet, die auf dieser Seite später einrücken können als von Krakau aus über Zipsen und Trentschin. Sie kamen von Dukla bis Jasło (acht Meilen von Rzeszow und 30 Meilen von Lemberg). Hier, von einigen Compagnien des Infanterieregiments Haynau und dem galizischen Landsturm angegriffen, wurden sie mit großem Verlust geschlagen, ein Hauptmann Manzer gefangen, bei dem man von Dembinski am 3. Mai in Kaschau ausgefertigte Befehle vorfand. Vom kaiserl. Hauptquartier aus ist die Bildung eines slavisch-ungarischen Corps neuerdings angeordnet worden, obgleich die Erfahrung bewiesen hat, daß diese Miliz bei den ungarischen Slowaken durchaus keine Sympathien findet und bei dem geringsten Zusammenstoß mit den Insurgenten auseinanderstäubt, ja — gefangen genommen — willfährig in den Reihen der Magyaren dient. Viel zweckmäßiger wäre es, diese Slowaken den regulären Regimentern einzuverleiben. Sie wollen von einer selbstständigen Miliz, einer selbstständigen Slowakei nichts wissen, für diese keinen Tropfen Blut vergießen, aber für den König Ungarns unter seinem Banner kämpfen. Wann wird man diese Wahrheit endlich einsehen lernen? (A. Z.)

Wien, 15. Mai. Die Besetzung Raabs durch kaiserliche Truppen ist noch nicht erfolgt. Die bis auf den Damm, der vor der Stadt die Poststraße nach Wien bildet, vor Eschorna vorgedrungene Brigade Wyß wurde von einem zahlreichen Insurgentencorps angegriffen, und nach einem hartnäckigen Gefecht bis Kony zurückgedrängt, wohin der Corpscommandant Graf Schlick Verstärkung sandte, und dort das Vorrücken der ganzen kaiserlichen Armee abzuwarten befahl. Heute begann die Offensivbewegung gegen die Insurgenten auf der ganzen Linie von Tyrnau bis Wieselburg. Die Russen sollten ihr Hauptquartier in Tyrnau nehmen, und es sollte eine allgemeine Diversion auf der Straße gegen die Bergstädte stattfinden, da die Generale Benedek und Vogel über Trentschin ihre Verbindung mit General Wohlgemuth schon bewerkstelligt haben. Die Comitate Neutra und Trentschin sind von den Insurgenten geräumt, Dembinski aber soll mit der Hälfte seines Corps, ohne die Husaren, die Grenzen Galiziens bei Dukla überschritten, die andere Hälfte in die Bergstädte gesendet haben. Ofen wird fortwährend beschossen, doch bis jetzt ohne Erfolg, daher von Komorn Bombenmörser geholt wurden. Der Festungscommandant Hentzi ermahnt in einer Proclamation die Pester, nicht nach Ofen herüberzuschießen, indem einige Kanonenschüsse schon den Landpfeiler der Kettenbrücke getroffen, und wenn sie 20 Schritte weiter die dort angelegten Minen berührt hätten, der ganze Pfeiler, ein Wunderwerk der Kunst, muthwillig, und nur zum Schaden der Uferbewohner in die Luft gesprengt worden wäre.

Prag, 14. Mai. Die Deputation des Prager Stadtverordnetencollegiums, welche dem Kaiser die Petition wegen Einberufung des böhmischen Landtags überreichen sollte, ist von Wien unverrichteter Sache zurückgekehrt, da sie den Kaiser nicht mehr antraf, welcher sich bereits im Lager befand.

⚘ **Berlin**, 18. Mai. Ueber den gegenwärtigen Stand der Sache in Betreff der Gründung des engern Bundesstaates zwischen Preußen, Bayern, Hannover und Sachsen erfährt man aus guter Quelle Folgendes. Der hiesige Vertreter Oesterreichs hatte, wie wir bereits in unserm letzten Schreiben andeuteten, eine zustimmende Erklärung abgegeben, die jedoch nicht als die Enderklärung Oesterreichs anzusehen sei. Es ward deßhalb Hr. v. Kaniz preußischer Seits nach Wien entsendet, um die Angelegenheit zur bestimmten und völligen Erledigung zu bringen. Nach den neuesten hier eingegangenen Depeschen seitens des Hrn. v. Kaniz war eine solche Erledigung der Angelegenheit noch nicht erfolgt. Indessen scheint Preußen die innere Nothwendigkeit eines entschiedenen Vorgehens in der deutschen Sache in einer Weise erkannt zu haben, daß, sollten selbst vom österreichischen Cabinete noch einige Bedenken erhoben werden, diese nicht augenblicklich zustimmende Haltung Oesterreichs auf den Gang der Sache selbst keinen wesentlichen Einfluß äußern würde, indem, wie die Dinge gegenwärtig liegen, an eine Aenderung der vereinbarten Feststellungen nicht zu denken sein dürfte. Die eingeschlagene Bahn zur Errichtung eines engern Bundesstaates zwischen den genannten vier Königreichen wird, wie wir mit aller Bestimmtheit versichern hören, Angesichts der bedrohlichen Zustände Deutschlands in keiner Weise verlassen werden. In dem hiesigen Cabinete scheint in dieser Beziehung eine große Entschiedenheit vorzuwalten. — Aus Westphalen und der Mark sind hier mehrere Abordnungen eingetroffen, welche, mit Umgehung des Staatsministeriums, sich unmittelbar an den König wenden wollten. Dieselben sind jedoch in der Eigenschaft als Abordnungen nicht vorgelassen worden, indem höhern Orts auf das Unconstitutionelle solcher Schritte hingewiesen worden sein soll. Indessen hat sich das Staatsministerium bereit erklärt, für einzelne Männer dieser Abordnungen, insofern deren Persönlichkeit in jeder Hinsicht volle Gewähr biete, eine Vorlassung beim Könige veranlassen zu wollen. Die an den Führer einer solchen Abordnung gestellte Frage, ob er für alle Personen der Abordnung hinsichtlich deren tadellosen Verhaltens vor dem König Bürgschaft leisten könne, ward von demselben unverholen verneint, mithin deren Vorlassen in der Gesammtheit von ihm selbst als unthunlich erkannt. — Ueber die Verhaftung Waldeck's werden verschiedenartige Vermuthungen geäußert. Aus sicherer Quelle kann darüber Folgendes mitgetheilt werden. Es haben sich Briefe vorgefunden, welche den hiesigen Staatsanwalt Meyer es als seine Pflicht erkennen ließen, Waldeck sofort zur Haft bringen zu lassen. Das Staatsministerium soll übrigens diesem Schritt des Staatsanwalts durchaus fern stehen. Unter den vorgefundenen Briefen befinden sich auch solche von d'Ester, welche Herrn Waldeck bloßstellen sollen. Bemerkenswerth ist der Umstand, daß Letzterer nach erfolgter Haftnahme darauf bestand, nach der hiesigen Hausvoigtei (früheres Gefängniß für die dem criminellen

Gerichtsstand Angehörigen) gebracht zu werden, während Waldeck alle Standesvorrechte so entschieden fortwährend bekämpft hat! Die betreffende Behörde ließ sich indessen darauf nicht ein und der Genannte ward zur Stadtvoigtei geführt. — Heute wird wiederum ein Theil der preußischen Truppen, die in Dresden gedämpft haben, hier zurückerwartet. Die Bürger des Stadttheils, wo die Truppen in die Hauptstadt einmarschiren, bereiten denselben einen festlichen Empfang vor, Kränze, Blumen u. s. w. spendend. Der Umschwung der hiesigen öffentlichen Meinung schreitet in solcher Weise fort, wie es noch vor Kurzem Niemand geahnt hätte. Der vorgestrige Auftritt, bei welchem die dichtgedrängte Menge Partei für die aus Dresden einziehenden Truppen nahm, gibt dafür den augenscheinlichsten Beweis. Der hiesige Treubund, welcher noch vor Kurzem nur 800 Mitglieder zählte, soll gegenwärtig schon auf 3000 angewachsen sein. Die conservativen Bezirksvereine vermehren sich mit jedem Tage. Die hiesige „Speyer'sche Zeitung" ist nun auch auf die Seite der conservativen Partei getreten.

Die Zahlungszeit der Wechsel und anderer Handelspapiere, welche in den Städten Elberfeld und Barmen am 10. d. M. und an den folgenden Tagen bis zum 25. d. M. einschließlich zahlbar waren oder zahlbar werden, wird laut königlicher Verordnung um 14 Tage verlängert. Es werden demnach Wechsel und andere Handelspapiere, deren Zahlungstag der 10. d. Monats war, erst am 25. d. Monats fällig, und in gleicher Weise wird der Verfalltag der auf andere Tage des bezeichneten Zeitraumes gestellten Papiere berechnet. Die Zeit der Erhebung des Protestes, die Wechselverjährung und die sonstigen durch das Wechselrecht bestimmten Fristen richten sich nach dem in Gemäßheit des § 1 zu berechnenden Zahlungstage. Die gegenwärtige Verordnung tritt sofort in Kraft. Sie steht jedoch der Giltigkeit der bis zum 21. d. M. einschließlich geschehenen Protesterhebungen und der sonstigen durch das Wechselrecht bestimmten Handlungen nicht entgegen.

Magdeburg, 16. Mai. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten kam der Antrag des Centralvereins zur Wahrung der Volksrechte auf Ausschreibung eines Städtetags für die hiesige Provinz zum Behuf einer Berathung in der deutschen Verfassungsangelegenheit vor. Nachdem der Magistratscommissarius erklärt hatte, daß der Magistrat beschlossen habe, dem Antrage nicht Folge zu geben, weil keine Möglichkeit abzusehen sei, den Zweck durch gesetzliche und friedliche Mittel zu erreichen, und nach kurzer Debatte wurde mit 17 gegen 10 Stimmen die motivirte Tagesordnung in folgender Fassung: „in Erwägung, daß der Vorsitzende aus gesetzlichen Gründen sich nicht berechtigt glaubt, die Abstimmung über den Antrag selbst zulassen zu dürfen, geht die Versammlung zur Tagesordnung über" mit 18 gegen 9 Stimmen angenommen.

Königsberg, 11. Mai. Gestern Abend fand wiederum eine Volksversammlung unter dem Schutze der Bürgerwehr zu Pferd und zu Fuß in Böttchershöfchen statt. In derselben wurde mitgetheilt, daß mit der gestrigen Abendpost die Einladungen des Magistrats trotz des Verbots der Regierung abgeschickt worden seien, auch ward beschlossen, wenn der Magistrat dem Befehle der Regierung doch Folge leisten wolle, ihn durch eine neue Deputation von diesem Beschlusse abzubringen.

Königsberg, 16. Mai. In der gestrigen Nachmittagssitzung hat der hiesige Magistrat auf das nochmals ergangene Verbot der königl. Regierung mit 11 gegen 5 Stimmen seinen früheren Beschluß wegen Abhaltung des Städtetages annullirt. Hauptmotiv soll der Umstand gewesen sein, daß viele von den gedruckten Einladungsschreiben, welche nicht frankirt gewesen waren, namentlich aus Masuren unerö̈ffnet zurückgekommen sind, und nach der eigenen Aeußerung des Herrn Bürgermeisters Sperling vielleicht nur auf eine Betheiligung von 6 bis 7 Städten zu rechnen gewesen sein soll.

8° **Köln**, 18. Mai. Unsere Meldungen von gestern bestätigen sich als wahr, — die Aufstände in der Mark sind am Ende. In Elberfeld hat man freiwillig allen Widerstand aufgegeben, und man räumt die Barrikaden ebenso eifrig weg, als man sie gebaut hatte. Von dem ganzen Unternehmen wird nichts übrig bleiben, als empfindliche Verluste für Einzelne — und die zerstörte Laufbahn manches sonst tüchtigen Mannes, der sich in den allgemeinen Strudel hineinreißen ließ. — In Iserlohn ist es wirklich zu einem Kampfe gekommen. Das ist insofern erklärlich, als die Elberfelder von Anfang an sich so viel als möglich der unreinen Elemente entledigt haben und diese alle sich nach Iserlohn geworfen hatten. Der Oberst des 24. Regiments ist bei dem Kampfe gefallen. Die Bürger haben die Truppen mit Freuden begrüßt. Die Soldaten sollen zuletzt in Wuth gerathen sein und die Leute, die sie in den Häusern, aus denen geschossen wurde, trafen, mißhandelt haben; traurig, wenn es wahr ist. Von gewisser Seite gibt man sich hier alle Mühe, Aufregung hervorzubringen. Die Aufrufe der Märzvereine an das Volk, an das Heer kleben an allen Straßenecken, Einladungen zu Versammlungen der Landwehr, der Reservisten, der Bürgerwehr, der Arbeiter drängen einander — allein ohne allen ersichtlichen Erfolg. Selbst Excesse, die zwischen Soldaten und Civil vorgefallen sind, und wobei erstere nicht ohne Schuld waren, vermochten keine allgemeine Aufregung hervorzubringen. Diese Erscheinung ist beachtenswerth. Man hat ein gewisses Gefühl für die Stimmung eines ganzen Volkes — und uns scheint, als wenn die Zeit der Aufregung in ganz Deutschland vorüber wäre. Sollten nicht an dieser Erschlaffung zuletzt auch die Aufstände in Baden und der Rheinpfalz zu Grunde gehen?

Da in den letzten Tagen wiederholt Schildwachen insultirt worden sind, so ward eine Bekanntmachung der Commandantur vor solchen Insulten mit dem Bemerken, daß sämmtliche Posten und Wachen scharf geladen haben, um erforderlichenfalls von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Düren, 12. Mai. Gestern Abend waren die Gemeindeverordneten hierselbst zu einer ordnungsmäßigen Sitzung versammelt. Auf speciellen hinreichend unterstützten Antrag wurde der Inhalt der acht Beschlüsse der am 8. Mai in Köln versammelt gewesenen rheinischen Gemeindeverordneten vorab zur Verhandlung unterbreitet. Nach längeren interessanten Debatten über die Competenz- und Dringlichkeitsfrage, so wie zur Sache selbst, erfolgte der Beschluß: Seitens des Gemeinderathes wird Namens der Stadt Düren jenen acht Beschlüssen des Kölner Congresses unabänderlich beigetreten und die Durchführung derselben angestrebt werden. (Aachn. Z.)

Münster, 16. Mai. Sicherem Vernehmen zufolge sind gegen die hiesigen, aber abwesenden Agitatoren, den Abgeordneten des Wahlbezirks Münster, Caspari, den Referendar Jacobi und den Redacteur der „Westph. Volkshalle", v. Mirbach, Verhaftsbefehle erlassen. — Nach Dortmund und Hamm werden an jedem Orte 2000 Mann gelegt, wegen deren Verpflegung heute die Weisungen ergangen sind. — Gestern ging eine Munitionscolonne von hier nach Hamm ab.

Münster, 17. Mai. Der „Westphäl. Merkur" enthält folgende Bekanntmachung: Nachdem die beiden Landwehrzeughäuser zu Iserlohn und Gräfrath, die der Volksehre anvertraut waren, geplündert worden sind; nachdem ein Pulvertransport bei Hagen überfallen und geraubt ist; nachdem sogenannte Sicherheitsausschüsse die gesetzlichen Autoritäten zu Elberfeld und Iserlohn und an andern Orten dieser Gegend vertrieben und unwirksam gemacht haben, und in Elberfeld ehrenwerthe Bürger als Geißeln festgehalten werden; nachdem endlich in Elberfeld eine unberufene Versammlung neue Kriegsgesetze gibt, Heerespflichtige von ihrem Gehorsam abwendig macht, und bewaffnete Banden umherziehen und zum Widerstande gegen die rechtmäßige Obrigkeit schreiten; so erklärt der Unterzeichnete die Kreise Iserlohn und Hagen, Elberfeld und Solingen in Belagerungszustand. Der General und Divisionscommandeur v. Hanneken ist beauftragt, mit einer Division aus allen Waffen die Rebellen niederzuwerfen und dem rechtlichen Bürger Schutz und dem Gesetze wieder Achtung zu verschaffen. In diesen Kreisen geht die oberste Gewalt an diesen General über. Diesem durch die äußerste Nothwendigkeit gebotenen Verfahren nach der Allerhöchsten Verordnung vom 10. Mai d. J. leihen gewiß alle guten Einwohner ihre Kräfte. Wenn die deutsche Verfassungsfrage zum Vorwande dieser Schilderhebung dient, so zeigen der Erlaß des Herrn Erzherzog-Reichsverwesers an das deutsche Kriegsheer vom 12. d. und die rothen Fahnen auf den Barrikaden von Iserlohn und Elberfeld deutlich, was es damit für eine Bewandtniß hat. Marsauer und Männer aus dem Lande Berg, kehrt zur Besinnung, kehrt zu Eurer Pflicht zurück. Münster, 16. Mai 1849. Der inter. commandirende General des 7. Armeecorps, Karl Graf von der Gröben Generallieutenant u. Generaladjutant Sr. Maj. des Königs.

Koblenz, 14. Mai. Die Bildung fliegender Truppencorps, welche in unserer Gegend, und namentlich bei Wetzlar und Kreuznach, aufgestellt werden sollten, wird vorläufig unterbleiben, da die dazu bestimmten Abtheilungen anderwärts verwendet werden müssen. So ist die nach Wetzlar bestimmte 8. Jägerabtheilung und eine Batterie nach Düsseldorf marschirt, wohin auch ein Theil des hier garnisonirenden 30. Infanterieregiments aufgebrochen ist. — Die beiden in unserer Nachbarschaft befindlichen Landwehrzeughäuser zu Andernach und Neuwied sind, da man eine Plünderung derselben befürchtete, geleert und die Bestände hieher in Sicherheit gebracht worden. — In dem benachbarten nassauischen Orte Niederlahnstein hat gestern eine von mehreren Tausend Menschen besuchte Volksversammlung stattgefunden, auf welcher sich viele Redner vernehmen ließen, und beschlossen worden ist, ein Comite zu dem Zweck zu ernennen, die aus hiesiger Gegend nach Rheinbayern ziehenden Turner und Freischärler mit Waffen und Reisegeld zu versehen. (D. R.)

Koblenz, 17. Mai. Der hiesige Stadtrath hat in seiner gestrigen Sitzung es abgelehnt, den bekannten Kölner Beschlüssen einer Anzahl von Gemeindeverordneten unbedingt beizutreten; er hat vielmehr erklärt, daß er zwar die Anerkennung der Reichsverfassung, aber nur durch gesetzliche Mittel, fördern wolle, und daß er dem Art. 8 der Kölner Beschlüsse nicht die Auslegung geben könne, als beabsichtige in dem gegebenen Falle die Rheinprovinz, sich durch Rebellion und Bürgerkrieg von der Krone Preußen zu trennen. — Die Reserven der rheinischen Regimenter sind bereits wieder eingestellt; vom 29. Regiment hatten sich sogar über den Etat eine Anzahl freiwillig eingefunden, so daß alle Reclamationen berücksichtigt werden konnten.

Trier, 15. Mai. Die Gestellung und Einkleidung der einbeorderten Kriegsreservisten ist hier mit der größten Ordnung und ohne den geringsten Widerspruch erfolgt. Es hat keiner gefehlt, der nicht nachträglich reclamirt worden wäre. Großes Aufsehen erregte gestern früh die auf Grund eines gerichtlichen Befehls bewirkte Verhaftung des Verlegers des „Volksblattes". Wie wir vernehmen, soll der „Aufruf" der äußersten Linken an das Volk, zu den Waffen, die Veranlassung sein, welchen das „Volksblatt" in einer seiner letzten Nummern, groß gedruckt an der Spitze seines Blattes, nicht unter den Mittheilungen aus dem Gebiete der Tagespolitik gebracht hatte. — So eben erfahren wir, daß auch die heutige Nummer des „Volksblattes" laut Verfügung des Regierungspräsidiums in Beschlag gelegt werden sollte. Dieselbe war bis auf einige Exemplare bereits ausgegeben. (Rh.- u. M.-Z.)

München, 16. Mai. Das große Lager bei Donauwörth wird von 8 Bataillonen Infanterie, 2 Regimentern Cavallerie und 2 Batterien (einer 6- und einer 12pfündigen) gebildet werden. Das Commando erhält der Generallieutenant Freiherr v. Gumppenberg, dessen Hauptquartier in Donauwörth sein wird. Mit Anfang dieses Monats hat sich hier ein „bayerischer Bauernverein" gebildet, welcher eine freie Vereinigung bayerischer Grundbesitzer und Landgemeinden darstellt zur Erlangung und Wahrung aller der Landwirthschaft durch die Verfassung und die Gesetze gewährleisteten Rechte. Weitere Zwecke sind: Rath und Belehrung, Vermittelung von landwirthschaftlichen Schriften, Werkzeugen ꝛc. Der Sitz des Vereins ist hier in München und derselbe wird durch einen aus sieben Mitgliedern bestehenden Ausschuß geleitet. Seit gestern hat in Folge der Flucht ihres Redacteurs die Zeitung „Vorwärts" zu erscheinen aufgehört. (A. Z.)

München, 18. Mai. Auch im Reichsrath bereiten sich einige Mitglieder, vor gegen das System der jetzigen Regierung in der deutschen Einheitsfrage zu operiren. Unter andern wird Fürst Wallerstein, der, wie bekannt, auf Seite der verfassunggebenden Nationalversammlung steht, in Bezug auf das in dem gestern der zweiten Kammer vorgelegten Ministerprogramm ausgesprochene Verständigungsprincip der Minister des Aeußern, Hrn. v. d. Pfordten, in der ersten Sitzung der Reichskammer, welche am nächsten Montag stattfinden soll, interpelliren. Er will, wie wir hören, fragen: 1) Ob das Ministerium gesonnen sei, an dem Vereinbarungsprincip festzuhalten; 2) ob dasselbe auch jetzt noch eine Vereinbarung möglich halte, da Preußen das Mandat seiner Abgeordneten für erloschen erklärt habe, und 3) wie das Ministerium diese Vereinbarung durchzusetzen gedenke. In der zweiten Kammer hat die Rechte keinen Antheil an der Wahl für die Adreßcommission genommen. Die Wahl fiel auf die Abgeordneten Roßbach, Kolb von Straubing, Willich, Schüler, Rubner, Mayer von Ansbach und Röck. Gestern Abend lärmten die in der ehemaligen Kreuzcaserne, jetzt Militärgefängniß, inhaftirten Soldaten, und richteten in ihren Gefängnissen durch Zertrümmern alles Zerstörbaren eine arge Verwüstung an; eine Compagnie des Regiments König stellte die Ruhe in kurzer Zeit wieder her.

Der „constitutionell-monarchische Verein für Freiheit und Gesetzmäßigkeit" hat bei dem Präsidium der zweiten Kammer eine Verwahrung eingereicht gegen die Theilnahme der pfälzischen Abgeordneten an den Berathungen des gegenwärtigen Landtages. Die Mehrheit der letzteren hätte zur allgemeinen Bewaffnung aufgefordert, einen Landesvertheidigungsausschuß constituirt, ausländische Offiziere gerufen, Soldaten wie Beamte aufgefordert, der Regierung den Gehorsam zu versagen, und somit alles gethan, womit der Begriff des Verbrechens gegen die innere Sicherheit des Staates erschöpft werde. Am allerwenigsten könnten Mitglieder des pfälzischen Landesvertheidigungsausschusses selbst als so schwer compromittirt an den Berathungen des Landtages theilnehmen, und der Verein erachte alle Beschlüsse der Kammer als ungiltig, welche von derselben unter Mitwirkung von Abgeordneten einer in Aufruhr begriffenen Provinz gefaßt würden!

Nachschrift. Die Adresse wurde bereits der bayerischen Volkskammer vorgelegt. Sie ist von Schüler, und spricht einerseits aus, daß die Kammern dem Gesammtministerium jede Unterstützung zur Ausführung seines Programms versagen müsse, und stellt andererseits die Forderung, daß die Regierung die Reichsverfassung anerkenne.

Würzburg, 20. Mai. Gestern Abend warnte ein stadtcommissärisches Ausschreiben vor Angriff eines Postens, indem in Folge eines Schusses auf den Arbeitshausposten die Wachen scharf geladen hätten. Im Laufe des Abends fanden daher schwere Excesse von Seiten des Militärs statt, deren Folge Verwüstungen und Verwundungen waren. Die hiesige Zeitung erklärt es für Pflicht der bürgerlichen Behörde, jetzt endlich zum Schutze der Stadt zu handeln. In Folge dieser Excesse verließen die Studenten heute Morgen in einem großen Zuge unsere Stadt. Das Stadtgericht hat beschlossen, energische Schritte in dieser Angelegenheit zu thun.

* **Kaiserslautern**, 19. Mai. Die Mitglieder der provisorischen Regierung haben sich heute nach Speyer begeben. In einer gestern von hier aus erlassenen Proclamation werden sämmtliche Beamten in ihren Stellen bestätigt, und alle wegen politischer Vergehen und Verbrechen Angeschuldigten oder Verurtheilten amnestirt. — Heute rückten wieder Ehevaurlegers von Zweibrücken, dessen Garnison nun ganz aufgelöst ist, hier ein. Auch Landau entleert sich täglich mehr. Unter den zuletzt Angekommenen befinden sich einige Artillerieoffiziere. Die schon länger hier anwesenden und eingetretenen Truppenabtheilungen haben diesen Nachmittag plötzlich Marschordre nach Neustadt erhalten. Obenerwähnte Proclamation lautet:

Mitbürger! Im Vertrauen auf ihr gutes Recht hat die gesammte Bevölkerung der Rheinpfalz sich erhoben, um der Widerspenstigkeit der deutschen Fürsten gegen die durch die Vertreter des deutschen Volkes endgiltig beschlossene deutsche Reichsverfassung thatkräftig entgegen zu treten. Die Rheinpfalz kann mit Stolz sagen, daß sie für diesen Schutz des unveräußerlichen Rechts der Volkssouveränetät zuerst bewaffnet in die Schranken getreten ist, — eine Erhebung, welcher sich das benachbarte badische Volk muthig angeschlossen hat. Der Widerspruch des Königs von Bayern gegen den gesetzlich ausgesprochenen Volkswillen war durch kein Mittel zu brechen, die Autorität aller Behörden in der Pfalz dadurch vollständig gelähmt. Der in Folge der Volksversammlung zu Kaiserslautern am 2. Mai d. J. erwählte Landesvertheidigungsausschuß blieb die einzige Behörde, welche im Stande war, der drohenden Anarchie für eine Zeit lang Schranken zu setzen. Die Nothwendigkeit, die Zügel der Regierung in eine starke Hand zu legen, um einestheils den Bestrebungen des nach Freiheit ringenden Volkes Nachdruck und Einheit zu geben, andern Theils die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten, gestaltete sich von Tag zu Tag als ein dringenderes Bedürfniß. Der Landesvertheidigungsausschuß würde den ihm gewordenen Auftrag überschritten haben, wenn er selbst die Handhabung der Regierung übernommen hätte. Er hielt es aber für seine Pflicht, die Ernennung einer provisorischen Regierung für die Pfalz einstimmig bei der am 17. Mai zu Kaiserslautern versammelten pfälzischen Volksvertretung zu beantragen. Auch diese erkannte einstimmig die Nothwendigkeit der Einsetzung einer provisorischen Regierung zur energischen einheitlichen Leitung der Bewegung, und zur Aufrechthaltung der Ordnung an; und selbst diejenigen Mitglieder, welche den jetzigen Zeitpunkt dazu noch nicht für geeignet hielten, schlossen sich der Mehrheit in der Erklärung an, die provisorische Regierung mit voller Hingebung zu unterstützen. Die pfälzische Volksvertretung beauftragte mit diesem schwie-

rigen Amte die Bürger Reichard, Culmann, Schüler, Hepp und Kolb, und bestimmte für die drei Abwesenden, Culmann, Schüler und Kolb, den Eintritt der Bürger Greiner, Fries und Nic. Schmitt als Ersatzmänner. Der Jubel des bewaffneten und unbewaffneten Volkes begleitete die Verkündigung der prov. Regierung durch den Präsidenten der pfälzischen Volksvertreter. Mitbürger! Indem wir dem hohen Rufe, welcher an uns ergangen, folgen, vertrauen wir auf Eure Begeisterung, auf Eure Hingebung für die Freiheit. Vereint mit Euch werden wir stehen, und, wie wir die feste Ueberzeugung hegen, siegen in dem großen Kampfe für die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes, indem wir unsern Brüdern in Baden und überall im deutschen Vaterlande, wo sie sich immer zu gleichem Zwecke erheben mögen, freudig die Hand bieten. Wir werden bemüht sein, die Ordnung kräftig aufrecht zu erhalten, und rechnen dabei auf Eure Unterstützung. Die bestehenden Behörden bestätigen wir hiermit in ihren Aemtern, dauend auf ihre Ergebenheit für das Vaterland und die große Sache, zu deren Durchführung auch sie mitberufen sind. Die Zeit der Gefahr wird sie um so aufmerksamer und um so gewissenhafter in Erfüllung ihrer Pflicht machen. Ihre Amtshandlungen werden von heute an im Namen des pfälzischen Volkes ausgeübt. Diejenigen Verfügungen, welche zur Aufrechthaltung der Ordnung, zur Sicherstellung der Personen und des Eigenthums und zur weitern Durchführung der Volksbewaffnung nothwendig sind, werden wir in kürzester Frist erlassen. Alle wegen politischer Vergehen und Verbrechen Verurtheilten sind amnestirt, und alle politischen Untersuchungen niedergeschlagen. Bürger! Die absolute Fürstengewalt hat zur Aufrechthaltung der Gesetze ihrer Polizei und ihrer Soldaten bedurft. Eure Liebe zum Vaterlande, Euer Freiheitsgefühl ist eine bessere, eine mächtigere Triebfeder, Euch den für das Wohl des Vaterlandes nöthigen Bestimmungen unterzuordnen, als der blinde Gehorsam, welchen Eure früheren Machthaber von Euch gefordert haben. Pfälzer! Das Vaterland ruft. Wir alle werden nicht zurückbleiben. Kaiserslautern, den 18. Mai 1849. Die provisorische Regierung: Reichard. Hepp. Greiner. Fries. N. Schmitt.

(=) **Dresden**, 18. Mai. Der Belagerungszustand wird so mild gehandhabt, daß man ihn kaum bemerkt. Der sächsische General v. Schirnding befehligt sämmtliche Truppen. Die Preußen „beherrschen“ also Sachsen nicht. Ein gestern von einem preuß. Musikcorps auf dem Link'schen Bade gegebenes Concert war trotz ungünstiger Witterung sehr zahlreich von Dresdens Bewohnern besucht. — Gewisse Anträge in der Nationalversammlung erregen hier bei allen Verständigen nur Bedenken. Die Zahl derer, welche die provisorische Regierung ohne Grund als Spione verhaften ließ, beträgt 77. Die Zahl der jetzt zur Untersuchung Gezogenen beläuft sich fast auf 600. Viele davon sind wieder auf freien Fuß gesetzt. Es gilt hier als öffentliches Geheimniß daß Todt und Tzschirner nach Frankfurt geflüchtet sind. Todt wird allgemein bedauert, Tzschirner und Bakunin werden von Vielen verwünscht. Die Brandstiftungen mißt man nur ihnen bei. Man erzählt, daß der König von Preußen in diesen Tagen seinen Truppen hier einen Besuch abstatten werde. — Gestern wurden an allen Kirchthüren Sammlungen für die durch die traurigen Ereignisse unglücklich gewordenen Familien veranstaltet.

Hannover, 14. Mai. Gestern Abend kam der Minister Stüve mit dem Eisenbahnzuge von Berlin hier an. Heute von 11 bis 1 Uhr war Sitzung des Gesammtministeriums. Schon mit dem heutigen Nachmittagszuge trat Herr Stüve die Rückreise nach Berlin wieder an. Der Klosterrath von Wangenheim, welcher am 5. d. mit dem Minister nach Berlin gereist war, ist inmittelst in Berlin geblieben. Vermuthlich hatte die kurze Anwesenheit des Herrn Stüve zum Zweck, persönlich hier die Punkte zu discutiren, wegen deren eine Uebereinkunft mit Preußen und anderen Regierungen in Aussicht steht, und persönlich neue Instructionen für den Abschluß des projectirten Vereinigungswerkes einzuholen. Die militärischen Vorkehrungen gegen etwa vorkommende Ruhestörung dauern hier noch immer fort und sollen, wie man hört, noch längere Zeit in umfassendem Maße fortgesetzt werden. Ein Theil des hier liegenden Militärs ist auf das Land verlegt, aber so, daß es in kürzester Zeit in der Stadt sein kann. Uebrigens ist der Geist der hiesigen Bürgerwehr so, daß sie keine Störung der Ruhe und Ordnung dulden würde, und daß also militärische Zurüstungen kaum weiter nöthig erscheinen möchten.

Hannover, 16. Mai. Die „Hannov. Ztg.“ enthält folgende Mittheilung: Folgendes ist der wörtliche Inhalt der Erklärung, welche die königl. hannoversche Regierung dem Staatsrathe Seebeck auf die — in Folge des Beschlusses der Nationalversammlung vom 26. April d. J., und im Auftrage der provisorischen Centralgewalt hierher überbrachte — Einladung zur Anerkennung der dortigen Verfassungsbeschlüsse unter dem 4. d. M. ertheilt hat. Die Erklärung lautet:

„An den herzogl. sachsen-meiningenschen Herrn Staatsrath Seebeck, Abgesandter Sr. kaiserl. Hoh. des Reichsverwesers für Deutschland. Die Regierung Sr. Maj. des Königs von Hannover hat durch den herzogl. sachsen-meiningenschen Herrn Staatsrath Seebeck diejenige Eröffnung entgegen genommen, mit welcher derselbe von Sr. kaiserl. Hoh. dem Reichsverweser für Deutschland, in Ausführung des Beschlusses der deutschen Nationalversammlung vom 26. April d. J., betreffend die Anerkennung der Reichsverfassung, beauftragt worden ist. — Die königl. Regierung findet hierdurch, nach einer dem hohen Ernste des Gegenstandes entsprechenden Erwägung, sich zu folgender Erklärung veranlaßt. Von der königlich preußischen Regierung ist durch die unter dem 28. April d. J. an den königlich preußischen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt erlassene, in öffentlichen Blättern zur allgemeinen Kunde gelangte Verfügung erklärt worden, daß Se. Maj. der König von Preußen sich entschlossen haben, die auf Grund der in Frankfurt beschlossenen Verfassung ihnen dargebotene Kaiserwürde abzulehnen. — Nach dieser Erklärung, welche bei Ertheilung des Auftrags, der den Herrn Abgesandten hierher geführt hat, der provisorischen Centralgewalt noch nicht bekannt gewesen ist, würde die Verfassung in dem Reichsoberhaupte ihres wesentlichsten Stützpunktes entbehren. Abgesehen von den Bedenken, welche der Inhalt der Verfassung wie des beschlossenen Wahlgesetzes darbietet und welche, nach pflichtmäßiger Ueberzeugung der königlichen Regierung unter allen Umständen von ihr geltend zu machen sind, darf die Regierung hoffen, die Nationalversammlung selbst werde mit ihr darin übereinstimmen, daß diese Angelegenheit dermalen sich in einer Lage befindet, welche eine Revision der Verfassung unerläßlich und eine Anerkennung derselben von Seiten der Regierungen unthunlich erscheinen läßt. Indem die königliche Regierung den Herrn Abgesandten ersucht, die vorstehenden Bemerkungen zur Kenntniß Sr. kaiserl. Hoheit des Reichsverwesers zu bringen, vermag sie die Aeußerung des innigen Wunsches nicht zu unterdrücken, daß bei dieser Lage der Sache und Angesichts der Gefahren, von welchen Deutschland bedroht erscheint, in einer von der Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande geleiteten Verständigung zwischen den Vertretern des deutschen Volks und den Regierungen der deutschen Staaten der Weg zur Begründung einer Verfassung gefunden werden möge, welche Deutschlands Zukunft in äußerer und innerer Wohlfahrt und in enger Verbindung seiner Staaten dauernd sicher zu stellen geeignet sein wird. Auf diesem Wege mit der Nationalversammlung und den übrigen deutschen Regierungen zu einem Einvernehmen über die Verfassung gelangt, würde die königl. Regierung, von den aufrichtigsten Wünschen für Deutschlands erhöhte Einigung und Kräftigung beseelt, die für das Königreich Hannover zur Annahme der Reichsverfassung gesetzmäßige unentbehrliche Uebereinstimmung zwischen Regierungen und Ständen ihrerseits herbeizuführen sich um so mehr ohne Verzug angelegen sein lassen, jemehr die Regierung ohnedies die Einberufung der Stände verfügen wird, sobald die Umstände solches irgend gestatten. Hannover, den 4. Mai 1849. Königl. hannov. Gesammtministerium.“

Karlsruhe, 18. Mai. Gestern wurden zahlreiche Freischaaren bis auf weitern Befehl zurückgesendet; Viele sind schon von selbst zurückgekehrt. Man sieht gegenwärtig nur wenige mehr hier. Ordnung und Ruhe herrscht. — Heute morgen zwischen 8 und bis 9 Uhr war auf dem Marktplatz die Beeidigung von drei Bataillonen (zwei vom Leibregiment, eins vom 3. Regiment) auf die Reichsverfassung; die Soldaten schwuren ohne Klausel (mit Bezug auf die Landesverfassung), die Offiziere, wie ich höre — nicht. — Die Stadt hat ihr gewohntes, ruhiges Ansehen, die Läden sind wieder geöffnet, der Markt wird gehalten. Es wäre zu wünschen, daß sowohl die großherzogliche Familie, wie auch alle Flüchtlinge, nunmehr baldigst zurückkehren. — Bornstedt ist definitiv beseitigt, er wollte die rothe Republik und die Guillotine einführen; die einen sagen, er sei fort, andere sagen, er habe ein Commando erhalten, andere behaupten, er sei eingesperrt, und die große Mehrzahl will bestimmt wissen, er sei wegen Verrücktheit bei Seite geschafft. Auch Stay soll entfernt sein. — Heute Mittag sollte ein Bataillon des 3 Regiments seine neuen Führer wählen; es wählte seine seitherigen und wollte ohne dieselben nicht nach Heidelberg abziehen. Brentano erklärte um 4 Uhr vom Balcon des Rathhauses, wo die neue Regierung ihren Sitz aufgeschlagen hat, herab, daß ihrem Wunsche willfahrt sei. — Gestern Abend kamen 2 Transporte gefangene flüchtige Offiziere; der erste Theil wurde gegen 9 Uhr freigelassen; beim zweiten Transport soll auch Hinkeldey gewesen sein. (S. M.)

Es sind folgende Proclamationen in **Karlsruhe** erschienen:

I. An das deutsche Volk! Die Tyrannen Deutschlands haben die Maske abgeworfen. Der König von Preußen hat nicht bloß den Freiheitsbewegungen Deutschlands überhaupt, sondern namentlich auch der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt offen den Krieg erklärt. An Spitze der Centralgewalt hat ein Ministerium die Zügel der Regierung in die Hände genommen, dessen Ernennung die Nationalversammlung selbst für einen Hohn gegen das deutsche Volk erklärt hat. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die Nationalversammlung mit Waffengewalt gesprengt werden soll. Bei dieser drangvollen Lage des deutschen Volkes fanden sich heute drei Abgeordnete der Nationalversammlung: Raveaux aus Preußen, Trüeschler aus Sachsen, Erbe aus Altenburg, in unserer Mitte ein und verlangten den Schutz des badischen Volkes gegen die zum Umsturz der Reichsverfassung verbündeten Mächte. Deutsche Brüder! Der Augenblick der Entscheidung ist gekommen. Wir dürfen nicht länger zögern, soll nicht auch den bisher unverwüstet gebliebenen Theilen Deutschlands das Loos von Wien und Dresden zu Theil werden. Wir dürfen die letzten Vorkämpfer der Freiheit im Schooße der Nationalversammlung dem Grimm unserer gemeinsamen Feinde nicht preisgeben. Wir müssen ihnen Hilfe senden, soweit unsere Kräfte reichen. Das Volk Badens hat sich erhoben, die Soldaten sind aufgestanden, um Deutschlands Freiheit, Einheit und Größe zu erkämpfen. In wenigen Tagen schon kann der Kampf beginnen. Unser gemeinsamer Schlachtruf wird sein: Tod den verbündeten Tyrannen! Es lebe ein großes, ein einiges, ein freies Deutschland! Karlsruhe, den 19. Mai 1849. Der Landesausschuß von Baden: Bassermann, Cerdel, Damm, Dezen, Fickler, Happel, Henneka, Hoff, Junghanns, Kieser, Rehmann, Richter, Ritter, Rotteck, Stay, Steinmetz, Struve, Thiebauth, Torrent, Werner, Werenwag, Ziegler. Die Vollzugsbehörde: Brentano, Peter, Goegg, Eichfeld. Die Mitglieder der deutschen Reichsversammlung: Raveaux, Trüeschler, Erbe.

II. Soldaten, deutsche Brüder! Ihr habt Euch losgesagt von einer volksfeindlichen Regierung, weil Euer Rechtsgefühl und Euer Freiheitsmuth nicht länger den schweren Druck ertragen konnte, welcher auf Euch, gleich wie auf dem gesammten deutschen Volke lastete. Ihr habt gelobt, die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten. Der Augenblick ist gekommen, Euer eidliches Versprechen zu erfüllen. Ein verrätherischer Bund der Tyrannen Deutschlands, an dessen Spitze der König von Preußen steht, geht mit dem Plane um, die Nationalversammlung mit Gewalt zu sprengen. Bereits haben zu diesem Zwecke verschiedene Truppenmärsche stattgefunden. Bei dieser Bedrängniß sind die Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung: Raveaux aus Köln, Trüeschler aus Sachsen und Erbe aus Altenburg in unserer Mitte erschienen, mit der Bitte, um Schutz für die gefährdete deutsche Nat.-Versamml. Wir haben ihnen im Bewußtsein des vom Volk erhaltenen Auftrags unsern kräftigsten Beistand zugesichert. An Euch, Soldaten und deutsche, Brüder ist es, unserm Worte Nachdruck zu geben. Der Kampf, den wir kämpfen, ist ein guter Kampf. Eure Väter, Eure Brüder, Eure Schwestern nehmen Theil an demselben, ihre Gedanken folgen Euch in die Schlacht und ihr heißes Gebet zu Gott steht Euch zur Seite. Voran denn auf der Bahn der Freiheit! Vorwärts zum Schutze des deutschen Vaterlandes! Der Sieg ist unser, denn unsre Sache ist gerecht. Karlsruhe, den 19. Mai 1849. Der Landesausschuß von Baden. (Unterschriften wie bei I.) Die Vollzugsbehörde (wie I.) Die Mitglieder der deutschen Reichsversammlung: (wie I.)

× **Freiburg**, 19. Mai. Heute ist der Abg. Christ von Frankfurt als Reichscommissär hier eingetroffen; er wohnte diesen Abend einer Sitzung des Gemeinderaths bei, worin folgende wichtige Beschlüsse gefaßt wurden: 1) Die Reichsgewalt wird aufgefordert, den Landesausschuß anzuerkennen; 2) der Landesausschuß soll innerhalb 10 Tagen durch Volkswahl erneuert werden: 4) der gesetzliche Großherzog Leopold wird, wenn er zurückkehren will, als Landesoberhaupt angesehen; 4) wenn er auch nicht zurückkehrt, wird er doch staatsrechtlich als solches betrachtet werden. — Heute frühe sind wieder mehrere Truppenabtheilungen auf die Reichsverfassung beeidigt worden. — Die hier erscheinende „Oberrheinische Zeitung“ soll zum Organ des Landesausschusses bestimmt und zum amtlichen Verkündigungsblatt desselben gemacht werden. — Heute ist eine halbe Batterie Artillerie von hier nach Karlsruhe abgegangen.

Donaueschingen, 17. Mai. Auch hier herrscht bedeutende Aufregung. Die ersten Aufgebote der Bürgerwehr sind überall mobilisirt und zum Aufbruche parat; wohin? um unsere provisorische Regierung und den neuen Umschwung der Dinge zu beschützen ꝛc. — Schon am letzten Sonntag Abend war eine starke Bewegung in den Straßen. Am Montag zog der Brigadestab und gestern und heute der Stab des Generals v. Miller hier ein. Gleichzeitig concentrirte sich die württembergische Feldbrigade, soweit sie noch im Badischen weilt, und setzte sich heute zum größeren Theile gegen Villingen in Marsch; der Rest soll morgen, sammt dem großherzoglich badischen Dragonerregiment, welches sich der Bewegung nicht anschloß und welches heute hier erwartet wird, eben dahin nachfolgen. — Die großherzogliche Oberrheinarmeekasse wurde, ich will nur sagen, veranlaßt, 500 fl. vorzuschießen, wie man sagt, auf Guthaben an Einquartierungsgeldern. Gestern Abend mußten sie, auf Anordnung des Divisionscommandos, zurückerstattet werden. Schwierigkeiten wegen Fourageablassung sollen scharfe Conferenzen mit den hiesigen Behörden herbeigeführt haben und veranlaßten die Sage, der Bürgermeister und mehrere Bürger seien verhaftet. Die Kunde ging schnell auf die benachbarten Orte; man hörte da und dort die Lärmtrommel und Sturmgeläute. Alsbald machte die Infanterie gegen den hiesigen Ort eine concentrirte Bewegung, und bei der Schützenbrücke wurde Artillerie aufgefahren. Die Nacht verging jedoch ohne weitere Ereignisse; wir sehen sehr ernsten Tagen entgegen. (Schw. M.)

Kassel, 18. Mai. Heute Morgen ist eine mobile Colonne, bestehend aus einer Jägerabtheilung und einem Detachement Husaren, nach Arolsen abmarschirt. Sicherem Vernehmen nach ist der Abmarsch auf den Antrag der Regierung des Fürstenthums Waldeck, — dessen Contingent bekanntlich gegenwärtig seine Verwendung im Reichsdienste in Schleswig-Holstein findet, — in Folge einer von der provisorischen Centralgewalt ihr gewordenen Anweisung angeordnet, und besteht die Aufgabe der Colonne darin, gesetzwidrige Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in dem genannten, durch Anerkennung der Reichsverfassung mit Kurhessen verbundenen Staate zu unterdrücken; sie ist deßhalb zur Disposition der dortigen Regierung gestellt. So weit wir ferner erfahren, glaubt auch das diesseitige Ministerium sich zu der weiteren Vorsorge verpflichtet, etwaigen ferneren Requisitionen der waldeckischen Regierung für diesen Zweck entsprechen zu müssen, und hat dazu durch die befohlene Heranziehung einer Militärabtheilung aus der Garnison Fulda hierher das Geeignete verfügt. (K. A. Z.)

Darmstadt, 19. Mai. Daß preußische Truppen in Oppenheim seien, — wie einige Zeitungen wollten, — war und ist ebenso falsch, als das Gerücht, daß in Gießen preußische Truppen eingerückt seien oder hätten einrücken wollen.

20. Mai. Gestern Mittags ist die verwittwete Großherzogin Stephanie von Baden k. H., von Mainz kommend, bei unserem Hofe zum Besuche eingetroffen. Wir haben gestern weder Briefe noch Zeitungen aus dem Badischen erhalten, weil — trotz wiederhergestellten Schienenweges bei Weinheim — der dienstliche Eisenbahnverkehr diesseits aus Vorsichtsgründen suspendirt wurde. (D. Z.)

ƒ **Mainz**, 20. Mai. Die nächtliche Ruhe wurde in der verflossenen Nacht durch Feuerlärm gestört; der trotz der Mitternachtsstunde schnell herbeigeeilten Hilfe gelang es jedoch, obschon das Terrain sehr ungünstig war, des Feuers bald Meister zu werden. — Das Füsilierbataillon des 28. preußischen Infanterieregiments ist heute Morgens um 5 Uhr nach Bingen marschirt; ein weiterer Bestimmungsort war der Mannschaft noch nicht bekannt. — Unsere Bürgermeisterei hat heute zur Anzeige gebracht, daß das Festungsgouvernement neue Maßregeln zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung erlassen habe, welche sich auf Festsetzung der Polizeistunde auf 11 Uhr Nachts, Visitation der Eisenbahnzüge ꝛc. beschränken werden.

ƒ **Mainz**, 20. Mai. Die Bekanntmachung hinsichtlich der von dem Festungsgouvernement vorgesehenen Maßregeln lautet wie folgt:

Bekanntmachung. Das hiesige Festungsgouvernement hat in Erwägung, daß a) im Großherzogthum Baden eine Insurrection ausgebrochen, in Folge deren der Großherzog sich zu flüchten gezwungen war; b) in der Provinz Rheinhessen gleichfalls unter Zuzug vieler Bewohner der Nachbarländer gegen die bestehenden Gesetze sich eine bewaffnete Volksmacht ohne Zustimmung der Regierung organisirt; c) ein großer Theil der Bürger der Reichsfestung Mainz und der Provinz Rheinhessen ohne Autorisation der Regierung, und, nach Inhalt des Erlasses des großherzogl. hess. Ministeriums vom 8. Mai c. in ungesetzlicher Weise, bewaffneten Zuzug unter Führern geleistet hat, welche offenkundig republikanische Tendenzen befolgen; d) in Worms und in Mainz in der Entfernung von 4—8 Stunden die Sicherheit der Festung bedrohende Elemente bestehen; e) fremde Emissäre und selbst Bewohner von Mainz versuchen, den Soldaten der Garnison falsche Grundsätze beizubringen, um dieselben zum Ungehorsam, zur Untreue und zur Desertion zu verleiten; folgende Anordnungen getroffen: 1) die Dampfschiffe werden bei ihrer Ankunft und vor ihrer Abfahrt durch Militärpatrouillen unter Anführung eines Offiziers und unter Assistenz eines Polizeiagenten untersucht, ob sich in denselben Waffen, Munition, oder zur Desertion verleitete Soldaten befinden. 2) Die Redacteure der hier erscheinenden Zeitungen sind zur strengsten Mäßigung aufzufordern und persönlich verantwortlich für alle Folgen zu machen, die daraus entstehen können, wenn sie dieser Aufforderung nicht willig nachkommen. 3) Die Wirthshäuser müssen um 11 Uhr geschlossen werden und die Militärpatrouillen sind beauftragt, die Befolgung dieses Gebots zu brauszuhalten und im Falle der Nichtbeachtung denselben, die Schließung der Wirthshäuser durch die Polizei zu veranlassen. Alle Tumultuanten auf der Straße werden durch die Patrouillen arretirt. 4) Das Exerciren in der Fruchthalle, selbst ohne Waffen, die Anfertigung und Anfertigung von Waffen und Kugeln, die Anschaffung von Pulvervorräthen, das Tragen der rothen Cocarden, Bänder und Federn an den Hüten, das Anheften von aufrührerischen Placaten an den Straßenecken wird untersagt und die Wachten und Patrouillen sind beauftragt, gegen die Dawiderhandelnden einzuschreiten. 5) Auf dem Rheine wird ein Wachtschiff stationirt und haben alle den Rhein und den Main befahrenden Schiffe und Boote dem Anrufe derselben Acht zu stehen und dessen etwaigem Gebote: Anker zu werfen oder umzukehren, sofort Folge zu leisten. Sollte die mündliche Aufforderung hierzu nicht beachtet werden, so wird ein blinder Schuß als Aufforderung hierzu abgefeuert. Wird auch dieser unbeachtet gelassen, so wird scharf gefeuert. 6) Die Eisenbahnzüge werden bei ihrer Ankunft und Abfahrt durch Militärpatrouillen ebenso wie die Dampfschiffe visitirt. Erhaltenem Auftrage gemäß bringe ich diese Anordnungen hierdurch mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntniß, wie das Festungsgouvernement um so mehr erwarte, daß dieselben zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung und der öffentlichen Sicherheit genügen würden, als es gegenfalls zum förmlichen Belagerungszustand wurde erklären müssen. Mainz, 19. Mai 1849. Der Bürgermeister Nack.

Das erste Bataillon des 35. preußischen Infanterieregiments, welches am Freitag von Frankfurt hier einrückte, wird uns morgen verlassen, um nach Köln zu marschiren. Die aus Baden hierhergeflüchteten Offiziere, welche bisher in unsern Gasthöfen logirten, werden nun, um denselben ihre Lage zu erleichtern, von den k. k. österreichischen Offizieren unserer Garnison in ihren resp. Quartieren aufgenommen. Morgen rückt für das abgehende Bataillon 35er ein Bataillon vom 11. Regiment hier ein. Man spricht überhaupt von einer zu erwartenden größeren Besatzung unserer Festung.

Rendsburg, 13. Mai. Die gefangenen dänischen See- und Landoffiziere, so wie die Offizianten der beiden genommenen Schiffe, welche Offiziersrang haben, sind heute von hier nach Segeberg gebracht worden. Es sind folgende: Commandeurcapitän Paludan, Capitän J. A. Meyer, Premierlieutenants Albeck, Wedel-Jarlsberg und Obelitz, Secondlieutenants Rambusch, Holeböll, Michelsen, Tegner und Pedersen, Cadet Unterofficier Grove, Cadetten Hohlenberg und Schneider, Proviantmeister Vögild und Proviantverwalter Myhre. Gestern und vorgestern wurden hier gegen 40 dänische Gefangene eingebracht und ein fernerer Transport von 120 Mann ist im Anmarsch. — Orla Lehmann hat Erlaubniß erhalten, im Garten des Gottorfer Schlosses unter Militärbegleitung spazieren zu gehen.

Wiesbaden, 19. Mai. Gestern ist die hiesige Garnison auf die deutsche Reichsverfassung vereidigt worden. Heute wird die Vereidigung der Bürgerwehr vorgenommen. (N. A. Z.)

Braunschweig. Die „Reichszeitung" kann die auch von andern Blättern schon mitgetheilte Nachricht von dem bevorstehenden Anschlusse Hannovers an den Zollverein aus vollkommen sicherer Quelle bestätigen. Die Zolleinheit sei einer von den Punkten der in Berlin berathenen deutschen Verfassung. Als Zeitpunkt der eintretenden Einigung wird der 1. October d. J. bezeichnet.

Bremen, 14. Mai. Gestern Nachmittag wurde hier, gleich außerhalb der Stadt, eine Volksversammlung abgehalten, zu welcher der demokratische Verein die Aufforderung erlassen hatte. Die Versammlung, welche mehrere Stunden lang dauerte, mochte von etwa 1500 Menschen besucht sein. Beschlossen wurde, folgende Anträge an die Bürgerschaft in ihrer nächsten Versammlung zu bringen: 1) Antrag zur Vereidigung des Militärs auf die Reichsverfassung. 2) Antrag, dem Militär die ihm von seinem Chef früher ertheilte, später entzogene Erlaubniß, Vereine und Volksversammlungen zu besuchen, als allen Staatsbürgern zukommendes Vereinigungsrecht wieder zu geben. 3) Antrag zur Volksbewaffnung und zur Bewilligung geeigneter Mittel. (W. Z.)

Gallizien.

Krakau, 14. Mai. Zufolge einer am 12. d. M. von der Gubernialcommission erlassenen Verordnung ist das weitere Erscheinen der „Gazeta Krakowska" verboten.

Frankreich.

** **Paris**, 18. Mai. Heute fand in dem Stadthause die Proclamation der Wahlergebnisse für das Seinedepartement statt. Die Behörden hatten umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen, um gegen jede Unordnung sofort einschreiten zu können, und zu dem Behufe die Zugänge zu dem Stadthause und die anliegenden Plätze von starken Detaschements Nationalgarde und Linientruppen besetzen lassen. Diese Vorkehrungen zeigten sich jedoch insofern als unnöthig, als auch nicht der mindeste Versuch einer Ruhestörung gemacht wurde. Um 6 Uhr Abends wurde folgendes Resultat bekannt gemacht: Eingeschriebene Wähler 377,043. Stimmende: 281,140. Davon erhielten 1) Lucien Murat 134,825, 2) Lagrange 132,087, 3) Ledru-Rollin 129,069, 4) Boichot 127,998, 5) Bedeau 125,101, 6) De Lamoricière 121,632, 7) Dufaure 119,173, 8) Passy 118,038, 9) Moreau 117,546, 10) Victor Hugo 117,069, 11) Lamennais 113,388, 12) Birio 112,717, 13) Odilon Barrot 112,675, 14) Cavaignac 112,305, 15) Theodore Bac 112,257, 16) Felix Pyat 112,185, 17) Rattier 110,682, 18) Wolowski 110,646, 19) Coquerel 110,452, 20) Considerant 110,240, 21) Pierre Leroux 110,127, 22) Garnon 109,162, 23) Roger (du Nord) 108,309, 24) De Lasteyrie 108,010, 25) Bavin 107,953, 26) Peupin 107,838, 27) Agricol Perdiguier 107,831, 28) Napatel 107,825. Die Gemäßigten haben demnach 18, die Socialisten 10 Candidaten durchgesetzt, diese letzteren stehen aber an Stimmenzahl obenan, ein Resultat, das nicht wenig überraschte und darum auf die heutige Börse den ungünstigsten Eindruck ausübte. Auch aus den Departements lauten die neuesten Nachrichten über die Wahlergebnisse für die gemäßigte Partei nichts weniger als günstig.

* Der „Patrie" zufolge hat eine aus Castel-Guido den 13. Mai Mittags in Paris angelangte telegraphische Depesche die Nachricht gebracht, daß der württembergische Consul in Rom, von einem Oberofficier der römischen Republik begleitet, sich im Hauptquartier bei Oudinot eingefunden hat, um Worte des Friedens zu bringen.

Rußland.

Kalisch, 9. Mai. Der Kaiser von Rußland, dessen Ankunft zuerst auf den 12. d. M. angesagt war, wird nun nach eingetretener kleiner Verzögerung am 16. aus dem Lager von Lovitsch erwartet und es werden zu seinem Empfang Feierlichkeiten stattfinden. Auch wird er hier „hohe Gäste empfangen". Der nächste Zweck des Kaisers ist die Inspicirung des Uebungslagers bei Kirchendorf, welches dennoch und zwar trotz des gegen die Ungarn ausmarschirten Auxiliarcorps stattfinden wird. Das erwähnte Dorf liegt nur eine ½ Meile von Kalisch und man sieht bereits gegen 100 Lagerzelte stehen, während noch immer fortgearbeitet wird, so, daß das Lager in den folgenden Tagen wird bezogen werden können. Die Lagerzelte sind nur für die Officiere. Ein Theil der Truppen, welche in das Kirchendorfer Lager bestimmt sind, ist heute, bestehend in 6000 Mann Infanterie, in unserer Stadt eingezogen und wird morgen Artillerie mit 12 Geschützen eintreffen. Die übrigen in das Lager bestimmten Truppen werden nachfolgen. — Heute sind hier 12 Deserteure, nach russischer Sitte mit unbedecktem Haupte mit Militärescorte eingebracht worden; sie sind an der preußischen Grenze von den Kosaken aufgefangen worden. (C. Bl. a. B.)

Nachschrift.

Wien, 17. Mai. Hier haben wieder eine Menge kriegsrechtlicher Verurtheilungen stattgefunden. Die „Oest. Post" brachte in ihren letzten Nummern fast gar keine Mittheilungen aus Ungarn. Sie rechtfertigt sich deßhalb in folgender Notiz: „Heute ist uns ein an sämmtliche Redactionen gerichtetes Circular von der Militärcommandantur als „letzte Verwarnung" zugekommen, welches uns aufs strengste untersagt, Nachrichten vom Kriegsschauplatze über die Lage, Stellung und Stärke des Truppencorps und über Kriegserfolge, so lange sie nicht officiell bekannt gemacht sind, unsern Lesern mitzutheilen. Wir bitten daher, es zu entschuldigen, wenn wir von nun an nichts Weiteres über diesen Gegenstand bringen, als die officiellen Mittheilungen der „Wiener Zeitung."

Die galizischen Viehhändler und Viehzüchter wurden aufgefordert, ihr Vieh nach Wien zu treiben, wo sie jetzt, bei Absperrung der ungarischen Grenze, auf Absatz rechnen können.

Wien ist seit einigen Tagen ernst geworden; denn noch immer hört man nichts Erfreuliches vom Kriegsschauplatze. Im Süden ist das Glück den Magyaren entschieden günstig und die Serben werden überall geschlagen. Ein furchtbarer Landsturm organisirt sich unterm des Plattensee's; Resultat entwickelt eine gigantische Thätigkeit.

Aus Preßburg vernehmen wir, daß die Armee endlich die Offensive ergriffen hat. Uebergegangene Husaren versicherten, daß man sie über den wahren Sachverhalt im Dunkel gelassen und ihnen Nichts von der Entsagung des Kaisers Ferdinand gesagt habe.

Berlin, 19. Mai. Aus Hamburg wird von gestern gemeldet, daß Fridericia bombardirt wird, die Preußen in Aarhuus eingerückt sind, und eine große englische Dampffregatte in Curhaven angekommen ist. (D. Ref.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 20. Mai. In der heutigen Effectensocietät herrschte anfangs eine sehr günstige Stimmung, alle Fonds waren gesucht und zu höheren Preisen als gestern willig zu placiren, für 5pCt. Met. wurde 74⅛ ⅛ bezahlt, 2½pCt. 39½, pCt. G. Für Biererbankactien wurde 1120 fl. bezahlt. Eben so waren im Verhältniß alle übrigen Sachen begehrt, für F.-W.-Nordbahn war 33⅜ Rthlr. zu machen. Nach 1 Uhr bekam der Markt plötzlich ein flaues Ansehen, es geschahen starke Verkäufe und Anerbietungen, da durch Taubenpost merklich niedrigere französische Rentencourse angelangt waren, alle Papiere blieben hierauf im Cours gedrückt. Abends nach Ausgabe der französischen Post, welche einen Rückfall der Renten von circa 2 Fr. meldete, wurden 3pCt. inländ. Span. bereits zu 23⅜ verhandelt, schlossen aber durch gemachte Ankäufe, die in benannten Fonds geschahen, 22⅝ à ⅞ pCt.; in allen übrigen Effecten fand kein Umsatz statt.

Berlin, 19. Mai Staatsschuldscheine 79½ Br., Gerichtungs-Prämienscheine 100½ G., Bankantheile 87⅞ u. ⅝ bez., Berlin-Hamburg 55 à 56½ bez. u. G., Köln-Minden 76 ⅛ u. ½ bez., Friedrich-Wilh.-Nordbahn 34 à 34½ bez., Rhein. 40½ bis 42 bez. u. G., Thüring. 46½ bez., Ruff bei Stieglitz 8 ½ Br., Poln. 500 fl. Loose 71½ bez., Bad. 35 fl. Loose 15 ⅛ Br.

Im Fondsgeschäft war es still, und die Course zum Theil etwas matter. Von Eisenbahnactien wurden Berlin-Anhalter, Berlin-Hamburger, Friedrich-Wilhelms-Nordbahnactien und ganz besonders Rhein. merklich höher bezahlt, und der Verkehr war heute belebter.

London, 17. Mai. 3pCt. Stocks 91⅛ à ⅜. — 5pCt. Span. —. — Neue 3pCt. —. — 4pCt. Port. 28½, ⅝. — 2½pCt. Holländ. —.

Paris, 18. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 86. 80. — 3pCt. 54. 90. — Span. innere Schuld 24 G. — Bankactien 2270. — Versailles, rechtes Ufer 192. 50. — Linkes Ufer 162. 50. — Paris-Orleans 800. — Orleans-Bordeaux 400. — Marseille-Avignon 200. — Straßburg-Basel 105. — Nordbahn 430. — Paris-Straßburg 363. 75. — Röm. Anleihen 74.

In Folge der unerwarteten Siege der Socialisten bei den Wahlen fiel die Rente bedeutend. Die 5procentige war stark angeboten.

Amsterdam, 18. Mai. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 48¹⁵/₁₆, 49, 48⅝ ¹¹/₁₆. — 3pCt. Schuld 58. — 4pCt. 76⅛. — 5pCt. Arg. 12⅛ ⅜. — do. à 510 Pf. St. 12⅛. — 3pCt. int. à 6000 fl. 23¹³/₁₆, ¹⁵/₁₆ ⅞. — 3pCt. Port 27⅞. — 4pCt. do. 29⅛. — Russ. 4pCt. bei Hope 81⅛. — 5pCt. Met. 69⅝ ⅛. — 2½pCt. 37⅛.

Holländische Fonds haben nicht nennenswerth variirt, in Integr. war einiges Geschäft. Von Span. waren 3pCt. Inländische etwas fester. Oesterreichische Fonds setzten ihre rückgängige Bewegung fort. Französische Fonds waren mehr gesucht auf den günstigen Erfolg der Wahlen. Von den übrigen fremden Effecten waren Merikaner etwas mehr angeboten, auf die niedriger erhaltene Notirung derselben von London von vorgestern.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Benachrichtigungen.

[1396]

Bekanntmachung.

Bei hiesiger Fahrpost-Expedition befinden sich nachstehend verzeichnete Fahrpostsendungen, welche wegen erfolgter Abreise nicht bestellt werden konnten, und hierher wieder zurückkamen:

1) ein Packet an Herrn Conrad Linkau in Cassel,
2) ein Brief an Herrn Sändemahler in Oberndorf.

Die Aufgeber, beziehungsweise die Eigenthümer dieser Sendungen werden hiermit aufgefordert sich innerhalb 14 Tagen von dieser Anzeigung bei der Fahrpost-Expedition dahier über ihr Eigenthumsrecht an den fraglichen Sendungen auszuweisen, und dieselben gegen Bezahlung des darauf haftenden Porto's und gegen Rückgabe des Aufgabescheines in Empfang zu nehmen.

Frankfurt a. M., den 18 Mai 1849.

Fürstlich Thurn und Taxis'sches Ober-Postamt.

[1412] Nachstehende Coupons der Vereinigten Staaten von Nordamerika pr. 1. Juli 1849 à 30 Dollars jeder sind abhanden gekommen, vor deren Ankauf gewarnt und von deren Vorkommen um Anzeige bei der Expedition dieses Blattes ersucht wird:

Nr. 3186, 3189, 3190, 3614, 3670, 3671, 2869.

Keine grauen Haare mehr!!

Das einzige in Paris approbirte

Chantal-Wasser

färbet Kopf- und Bart-Haare augenblicklich und dauernd in allen Nüancen, welche garantirt wird. Preis 7 Franken im Hauptdepot bei Hrn. **H. C. v. Overn**, Bleidenstraße 24. [582]

[1293] Mein durch die neuesten Pariser Modelle neuen Assortiment fertiger **Mantillen** beehrt sich Bockenheimerberg Nr. 33.

C. Schlesinger.

[1031] **An- und Verkauf**

von allen Staatspapieren, Staats-Lotterie-Anlehens-Loosen, so wie von standesherrlichen Obligationen mit hypothekarischer Sicherheit bei

Raphael Erlanger, beeidigter Sensal in Frankfurt a. M., Zeil, Weidenhof.

[1342] Bei einer anständigen, stillen Familie in dem Gartenviertel Sonnenberg sind für diesen Sommer einige schön möblirte Zimmer oder auch das ganze Haus zu vermiethen. Die Lage des Hauses ist sehr gesund und liegt nahe an dem Cronpringenthore. Alle Pulte und Bequemlichkeiten, die man wünscht, werden verabreicht. Auch wurde einer nicht abgeneigt sein, kränkliche Personen oder kleine Kinder in Pflege oder Kost und Logis aufzunehmen. Das Nähere zu erfragen in Sonnenberg im Hause Nr. 11 selbst oder bei Ober-Postamts-Secretär Nagels in Frankfurt a. M.

[1341] In einer bedeutenden Leder- und Leinwand-Lacker-Fabrik des Auslandes wird ein tüchtiger Werkmeister gesucht, der mit dem neuesten Verfahren in schwarzer sowohl wie couleurter Fabrikation wohl bekannt wird, und sowohl durch gültige Zeugnisse seine Fähigkeit bekunden, wie auch als ein Mann von Charakter bekannt ist, um sein Engagement mit Vertrauen besorgen zu können. Nur ein solcher wird eine geeignete Stelle finden.

Nähere Auskunft ertheilt die Redaction d. Bl. unter Nr. 1341.

[817] **P. J. Kaiser**, Saalgasse 26, empfiehlt sein Modellager, welches auf das Beste assortirt ist.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[900] Der abwesende Johannes Gisländer von Hanau, geboren am 10. März 1779, wird aufgefordert, sich bis längstens zum Termine

den 11. Juni d. J.,

Morgens 9 Uhr,

dahier zu melden und sein Vermögen in Empfang zu nehmen, andernfalls derselbe für todt erklärt werden wird. Für den Fall der Eröffnung der Successionen werden auch diejenigen, welche erbrechte zu haben vermeinen, aufgefordert, sich in jenem Termine zu melden und zu legitimiren, bei Vermeidung, daß auf dieselben, welche nicht erscheinen, bei Ueberweisung des Nachlasses oder des Besitzes desselben keine Rücksicht genommen wird.

Hanau, den 20. März 1849.

Kurfürstl. Hess. Landgericht.
Giller.

[649] **Oeffentliche Ladung.**

Die verstorbene hiesige Bürgerin Marie Kunigunde Antonette Elisabethe Gilbert, vorher verehelichte Kumpf, geb. Sommer, hat am 28. Juli 1803 ein unehelich erzeugtes Kind geboren, welchem der Name Marie Kunigunde Antonette Elisabethe Sommer beigelegt worden.

Es ist dasselbe wahrscheinlich alsbald nach seiner Geburt verstorben, dessen Tod aber nicht in den Sterberegistern der hiesigen Hauptkirchenbuchführung eingetragen worden. Auf Ansuchen der übrigen ehelichen Kinder seiner Mutter, werden diese am 28. Juli 1803 geborne Marie Kunigunde Antonette Elisabethe Sommer oder deren etwaige Leibeserben hiermit aufgefordert, sich bei unterzeichnetem Gerichte, binnen der nächsten

sechs Monate

zu melden, widrigenfalls dieselbe für todt und ohne Leibeserben verstorben erklärt werden soll.

Frankfurt a. M., den 7. März 1849.

Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Böhmer,
Dr. Epsen, Ir. Secr.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Beilage zu Nro. 119.) 21. Mai 1849.

Amtlicher Theil.

Ich habe mich bewogen gefunden, den großherzoglich hessischen Generallieutenant Fürsten August von Sayn-Wittgenstein-Berleburg zum Reichsminister des Kriegs zu ernennen.

Dessen zur Urkund habe ich gegenwärtiges Decret eigenhändig vollzogen und mit meinem Insiegel versehen lassen.

Frankfurt, den 21. Mai 1849.

Der Reichsverweser
gez. **Erzherzog Johann.**

Der Reichsminister des Innern und interimistische Präsident des Reichsministerrathes
gez. Gravell.

Nichtamtlicher Theil.

Deutsche Reichsversammlung.

225. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident Reh.

ll **Frankfurt**, 21. Mai.

Die Sitzung wird um 10½ Uhr eröffnet. Nach Verlesung des Protocolls zeigt der Vorsitzende an, daß seit dem 19. d. M. 30 Zustimmungsadressen eingelaufen sind, und daß der Herr Ministerpräsident ihm das bei dem Reichsministerium durch den sächsischen Bevollmächtigten Kohlschütter überreichte Abberufungsschreiben der sächsischen Abgeordneten übersandt hat. Der Vorsitzende verliest dasselbe:

Herr Ministerpräsident! Die nämlichen bereits der Oeffentlichkeit übergebenen Gründe und Erwägungen, welche der königl. preußischen Verordnung vom 14. d. M. unterliegen, wodurch das Mandat der auf Grund der Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April v. J. im preußischen Staate gewählten Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung für erloschen erklärt worden ist, haben auch die königl. sächsische Regierung zu dem Beschlusse bewogen, die sächsischen Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung aus dieser abzuberufen. Der mir ertheilten Anweisung entsprechend, habe ich den hier anwesenden Abgeordneten aus dem Königreiche Sachsen von dieser Entschließung der königl. Regierung heute mittelst besonderen Zuschriften Nachricht gegeben, und an dieselben zugleich die Aufforderung gerichtet, die Nationalversammlung demgemäß zu verlassen. Ich unterlasse aber nicht, Ihnen, Herr Ministerpräsident, hierüber gleichzeitig gegenwärtige Mittheilung zu dem Zwecke zu machen, damit dieselbe durch Ihre geneigte Vermittlung, die ich mir zu dem Ende erbitte, auf officielle Weise zur Kenntniß der Nationalversammlung gelange. Kohlschütter."

In Beziehung auf dasselbe gibt Abg. Eisenstuck im Namen der Unterzeichneten folgende Erklärung: „In Erwägung, daß die Mitglieder der constituirenden Nationalversammlung nur vom deutschen Volke gewählt und bevollmächtigt sind, das deutsche Verfassungswerk zu beschließen und vollkommen zu Stande zu bringen, daß demnach unbestreitbar nur der Vollmachtgeber das Recht hat, die ertheilte Vollmacht zurückzuziehen, jede Abberufung durch eine deutsche Einzelregierung eine rechtlich völlig unbegründete und unstatthafte Handlung ist, erklären die unterzeichneten sächsischen Abgeordneten, daß sie sich weder für berechtigt, noch für verpflichtet halten, der am 19. d. M. durch den Bevollmächtigten der königlich sächsischen Regierung an sie ergangenen Aufforderung, die Nationalversammlung alsbald zu verlassen, Folge zu leisten, und daß sie demnach auf diese Aufforderung hin ihren Sitz in der constituirenden Nationalversammlung nicht verlassen werden. Eisenstuck, Biedermann, Dieskau, Scharre, Günther, Roßmäßler, Schaffrath." Der Erklärung schließen sich ferner an: Heisterberg, Hallbauer und Langbein.

Folgende Abgeordnete zeigen ihren Austritt in der heutigen Sitzung an: Bodbien, Winter, Selchow, Behnke, Richter, Berries, Bassermann, Biebig, Trabert, Hensel, Sepp, Langerfeldt, Haubenschmied. Der Vorsitzende verliest hierauf folgende Erklärung:

Die Unterzeichneten legen ihr Mandat als Abgeordnete zur verfassunggebenden Reichsversammlung mit dem heutigen Tage gemeinsam nieder, sie halten sich aber verpflichtet vor ihren Wählern und vor der ganzen Nation Rechenschaft zu geben. Mit dem Beschlusse vom 28. März d. J. war das Verfassungswerk von Seiten der Reichsversammlung vollendet. Die Unterzeichneten sind überzeugt, daß diese Verfassung der einzige unter den gegebenen Verhältnissen zu erreichende Ausdruck einer friedlichen Lösung und einer Versicherung der Interessen und Rechte der verschiedenen deutschen Stämme, Staaten und Dynastien war, daß in Ermanglung eines von den Regierungen vorgelegten Verfassungsentwurfes und bei der unüberwindlichen Schwierigkeit, die vielen unter sich widerstreitenden Interessen zu einer Vereinbarung zu bewegen, die constituirende Nationalversammlung eine schiedsrichterliche Stellung zwischen Regierungen und Völkern einzunehmen berufen war und daß keine andere Macht ersetzen kann, was im Bewußtsein der deutschen Nation als der freie Ausdruck ihrer Selbstbestimmung bereits gewurzelt hat. Nach der Berufung der mächtigsten deutschen Krone an die Spitze des neuen Bundesstaats, nach der darauf folgenden Anerkennung der 29 Regierungen und der wachsenden Zustimmung der großen Mehrzahl der gesetzlichen Organe in den übrigen deutschen Staaten war nur das Eintreten des erwählten Reichsoberhaupts zu erwarten, um die Durchführung der Reichsverfassung auf einem glücklichen und friedlichen Wege zu sichern. Von dieser Ueberzeugung geleitet, haben die Unterzeichneten bisher zu allen Beschlüssen mitgewirkt, welche die Anerkennung der Reichsverfassung in jedem Einzelstaate durch die landesverfassungsmäßigen Mittel und durch die Macht der öffentlichen Meinung herbeiführen konnten, zuletzt noch zu dem Beschlusse vom 4. Mai, welcher das Ausschreiben der Wahlen zum ersten ordentlichen Reichstag einleitet. Zu ihrem tiefen Schmerze haben sich die Ereignisse anders gestaltet und die Hoffnungen des deutschen Volkes drohen so nahe der Erfüllung zu scheitern. Im Angesichte der höchsten Gefahren des Vaterlandes haben nach der einen Seite vier deutsche Kronen, worunter die preußische selbst, den durch die Reichsverfassung gebotenen Ausdruck der Vermittelung zwischen den widerstreitenden das Jahrhundert bewegenden Principien abgelehnt. — Auf der anderen Seite erhebt sich außerhalb der Reichsverfassung und gegen einen ihrer wesentlichen Theile, die Oberhauptsfrage, eine gewaltthätige Bewegung, selbst in solchen Ländern, welche die Verfassung bereits anerkannt haben; von beiden Seiten wird die Gewalt der Waffen angerufen, während die prov. Centralgewalt eine Wirksamkeit behufs Durchführung der Reichsverfassung für außerhalb ihrer Befugnisse und Pflichten liegend erklärt; endlich ist seit dem zehnten Mai von einer neuen Mehrheit in der Versammlung eine Reihe von Beschlüssen gefaßt worden, welche theils unausführbar sind, theils derjenigen Richtung widerstreben, welche von der früheren Mehrheit, zu welcher die Unterzeichneten gehörten, verfolgt worden ist. In dieser Lage der Dinge hat die Reichsversammlung nur die Wahl, entweder unter Beseitigung der bisherigen Centralgewalt das letzte gemeinsame und gesetzliche Band zwischen allen deutschen Regierungen und Völkern zu zerreißen und einen Bürgerkrieg zu verbreiten, dessen Beginn schon die Grundlagen aller gesellschaftlichen Ordnung erschüttert hat, oder auf die weitere Durchführung der Reichsverfassung durch gesetzgebende Thätigkeit von ihrer Seite und unter Mitwirkung der provisorischen Centralgewalt Verzicht zu leisten. — Die Unterzeichneten haben unter diesen beiden Uebeln das letztere für das Vaterland als das geringere erachtet. Sie haben die Ueberzeugung gewonnen, daß die National-Versammlung in ihrer gegenwärtigen Lage und Zusammensetzung, wobei ganze Landschaften nicht mehr vertreten sind, dem deutschen Volke keine ersprießlichen Dienste mehr zu leisten vermag, und wie sie bisher in allen wesentlichen Stücken treu zusammen gestanden, so haben sie sich auch zu diesem letzten gemeinsamen Beschlusse, dem des Austritts aus der Versammlung, vereinigt. Nachdem sie durch alle gesetzlichen Mittel den Eintritt der reichsverfassungsmäßigen Gewalten vorbereitet haben, übergeben sie das Verfassungswerk für jetzt den gesetzlichen Organen der Einzelstaaten und der selbstthätigen Fortbildung der Nation. Frankfurt, 20. Mai 1849. Dahlmann, Saucken-Tarputschen, Lette, H. Gagern, E. Simson, Droysen, Beseler, Reudell, M. Gagern, Briegleb, Arndt, Degenkolb, Kerst, Schubert, Bürgers, Jordan von Berlin, Schneer, Stenzel, Groß aus Leer, Massow, Sturm, Kösterig, Doerweg, Versen, Keller, Bock, Mevissen, Leverkus, Münch, Jordan aus Gollnow, Andersen, Evertsbusch, G. Simson, Scholten, Waldmann, Plathner, Haym, Best, Oberg, Löw aus Magdeburg, Märcck, Dunker, Waitz, Matthies, Hausemann, Herzog, Albert, Meier, Thöl, Metzle, Rättig, Brons, Stedmann, Stehlmann, Schröter, Schwarz, Sylvester Jordan, Löw aus Posen, Schirmeister, Sellmer, Schweitzchle, Götz, Thielau, Detters, Mathy.

Abg. Cetto und Genossen reicht in Beziehung auf den Austritt so vieler Abgeordneten den Antrag ein, die Sitzung bis morgen zu vertagen. Abg. Schott will nur eine Vertagung auf 4 Uhr Nachmittag. An der kurzen Discussion über diese Anträge betheiligen sich die Abgg. Cetto, Claussen, Simon, Mohl, Rüder, Schott. Bevor zur Abstimmung über den Vertagungsantrag geschritten wird, werden auf Verlangen des Abg. Eisenstuck die Dringlichkeitsanträge der Abgg. Goltz, Umbscheiden, Eisenstuck und Raumerck verlesen. Abg. Goltz beantragt, die Versammlung erkläre, daß die Anwesenheit von 100 Mitgliedern zur Beschlußfähigkeit hinreiche. Abg. Umbscheiden will einen Aufruf an das deutsche Volk, worin demselben die Lage des Vaterlandes geschildert werde. Abg. Eisenstuck will, daß die Versammlung erkläre, die sächsischen Abgeordneten seien nicht berechtigt, dem Rufe ihrer Regierung zu folgen. Abgeordneter Raumerck will, daß die Versammlung sich unter den angebotenen Schutz des Freistaats Frankfurt stelle. Es wird hierauf zur Abstimmung über den Antrag des Abg. Cetto, „die Versammlung möge sich bis morgen vertagen" geschritten. Da das Resultat der Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben zweifelhaft ist, so wird durch Stimmzettel abgestimmt und derselbe mit 99 gegen 91 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag des Abg. Schott, die Sitzung bis 4 Uhr zu vertage , wird angenommen. Schluß der Sitzung 12½ Uhr.

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 21. Mai. Es verbreitet sich so eben das Gerücht, daß die Reichsfestung Landau gestern angegriffen, die Angreifenden jedoch durch Kartätschenfeuer mit bedeutendem Verlust zurückgetrieben worden sind.

Münster, 17. Mai. Die Nachricht von der Einnahme Iserlohns werden Sie allem Vermuthen nach wohl schon erhalten haben; da ich aber im Stande bin, Ihnen aus einer sehr zuverlässigen Quelle hierüber einige Details zu geben, so beeile ich mich, Ihnen folgende Facta mitzutheilen: Der Angriff begann gegen 10 Uhr Morgens und wurde zuerst von den Vierundzwanzigern unternommen. Hierbei fiel der Major Schrötter durch einen aus einem Hause gethanen Schuß. In anderthalb Stunden war der Ort genommen, und die Einwohner begrüßten unsere braven Truppen mit Jubel als ihre Befreier von einem schrecklichen Terrorismus. Die Soldaten haben den Befehl, möglichst schonend zu verfahren und nur da rücksichtslos einzuschreiten, wo aus den Häusern auf sie geschossen würde. Die Tödtung des vorerwähnten Majors entflammte sie leider zu einer solchen Wuth, daß wenige Bewohner jenes Gebäudes, aus welchem der Schuß fiel, mit dem Leben davon gekommen sind; sie wurden meist mit dem Bajonnet durchstochen. In einem anderen Hause, wo man ebenfalls hartnäckigen Widerstand zeigte, fielen auf ähnliche Weise gegen acht Personen. Die Getödteten sind fast sämmtlich fremde, unbekannte Personen. Von Soldaten ist außer dem Major Niemand geblieben. (K. Z.)

Essen, 17. Mai. Der über uns verhängte Belagerungszustand ist bereits wieder aufgehoben worden. (K. Z.)

□ **München**, 19. Mai. Das Programm unseres Gesammtministeriums vom Vorgestrigen hat außer wie in der Kammer einen guten Eindruck nicht hervorgebracht. Die öffentliche Meinung ist jedoch nicht bloß empfindlich gegenüber den Regierungen, sie controlirt auch die Kammern genau und mit dem nämlichen Mißtrauen. Daher hat, mit Ausnahme der Kopfüberstürzungspartei, auch Niemand sich recht zufrieden mit dem vorgestrigen Kammerputsch bezeigt. Es ist uns nach vielfältiger Besprechung mit Angehörigen aller Parteien kein Zweifel darüber geblieben, daß der Kolb'sche Antrag — (nicht von Kolb aus Straubing, sondern von Kolb aus Speyer) — eine parlamentarische Grube war, in welche die ganze Kammer fallen sollte, um beengt und gebunden zu sein unter allen und jeden Umständen. Noch einmal nämlich sind wir an einem Wendepunkte angekommen, wo die Wahl zwischen Friede und Revolution gegeben ist. Ermuthigend und gewinnend ertönt es daher heute als Gerücht in Aller Ohr, — man weiß kaum, von woher die Freundesbotschaft eigentlich stammt, — die gegen die Reichsverfassung bisher protestirenden Regierungen hätten sich endlich vollkommen im Sinne des Volks vereinigt, und heute werde Bayern dies durch das Organ der Minister erfahren. Darum habe sich der Präsident der Abgeordnetenkammer gestern durch kein Drängen und Stürmen bewegen lassen, eine Sitzung anzuberaumen, und darum vertraue jetzt die Rechte, die für heute angekündigte Berathung über die von der Commission der Sieben entworfene Adresse an den König werde entweder ganz unterbleiben oder doch nicht zu dem ursprünglichen Ziele führen. Wir werden bei dem frühen Postschlusse nicht im Stande sein, ein Ergebniß melden zu können. Der Entwurf der vorgestern beschlossenen Adresse knüpft an den Kammerbeschluß vom 7. Februar an, auf welchen hin über die deutsche Frage in der Thronrede und Adresse) die damaligen Minister sich abzudanken genöthigt sahen. Consequent wird jetzt in dem neuen Adreßentwurf verlangt, da auch das jetzige Ministerium in deutschen Fragen anderer Ansicht als die Majorität sei, daß der König dasselbe entlasse und unverzüglich ein neues berufe, „welches die unbedingte Anerkennung der von der Nationalversammlung endgiltig beschlossenen Reichsverfassung sammt dem dazu gehörigen Wahlgesetze aussprechen und sofort thatsächlich in Ausführung bringen werde." Die Rechte hat sich von ihrer Ueberraschung von vorgestern wieder erholt, und wenn die Verständigungsgerüchte, von denen wir soeben gesprochen, sich nicht als wahr erweisen sollten, dann wird der Kampf ein weit heftigerer sein, als ihn unser Abgeordnetensaal je erlebt hat. — Die Zahl unserer politischen Gefangenen mehrt sich täglich. Zumeist sind es junge Leute, wieder der Mehrzahl nach Studenten. Aber die Pfalz mit ihren offenen Armen für alle Ankömmlinge ist Ursache, daß die Zahl der Flüchtlinge noch weit größer ist, als die der Verhafteten. Drückende Schulden und andere Unannehmlichkeiten, die zu den Folgen eines flotten Lebens gehören, mögen mitunter wohl auch zu politischen Motiven gestempelt werden, um mit Ehren „durchbrennen" zu können. Wenigstens fragt man bei verschiedenen Personen, die vermißt werden, ganz vergeblich nach andern als etwa derartigen Ursachen. Unter den verhafteten Studenten werden mehrere Professorensöhne genannt.

++ **München**, 19. Mai. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde, durch Abstimmung mit Namensaufruf, mit 68 gegen 61 Stimmen beschlossen: „daß dem Antrage des Freiherrn v. Lerchenfeld entsprechend, die Debatte über den von der Linken vorgelegten Adresse-Entwurf, ein Mißtrauensvotum gegen das königl. Gesammtstaatsministerium enthaltend, nicht sofort, sondern erst in der nächsten Sitzung, am Montag den 21. d. M.

entsprochen werden solle." — Als darauf Tagesordnung beantragt wurde, erklärte Herr Stockinger, für sich und im Namen seiner politischen Freunde, daß sie an dieser Verhandlung keinen Theil nehmen wollen, und die meisten verließen sogleich den Saal. Die Majorität von 68 zu Gunsten der Sache der Mäßigung, wurde durch den Uebertritt eines Theiles der Mitglieder des linken Centrums erzielt, und es erscheint deßhalb diese Abstimmung als nicht unwichtig. — Die Stimmung der Hauptstadt und der älteren Provinzen des Landes ist sehr gut.

⊙ **Stuttgart**, 18. Mai. Die Tagesordnung der zweiten Kammer führte heute auf den Bericht der Fünfzehnercommission, über das Verhalten Württembergs zu Baden, als ersten Gegenstand der Berathung. Der Berichterstatter Reyscher erhält das Wort: Heute vor einem Jahre war der Tag, wo die Vertreter des deutschen Volkes in Frankfurt zusammentraten, und das deutsche Volk wieder zu einem politischen Dasein in der europäischen Völkergesellschaft berufen werden sollte; eine Gewähr des Gelingens kam diesem Vorhaben entgegen: die Bereitwilligkeit der Bundesversammlung, der Eifer, mit dem die Regierungen die Wahlen beschleunigten, endlich die Anerkennung, mit welcher die Bundesversammlung selbst die Nationalversammlung in einer Zuschrift begrüßte. Ein schweres Jahr ist indessen vorübergegangen, die Nationalversammlung hat wie ein vom Sturm gepeitschtes Schiff manchen Schaden, manches Leck erfahren, das Ruder schien den Führern öfters entsunken, oder die Nationalversammlung am äußersten Nordpol unter Eisschollen festgehalten zu sein. Endlich lief das Schiff mit vollen Segeln in den Hafen ein, aber jetzt gerade soll Alles wieder in Stücke gehen, soeben haben wir die Abberufung der preußischen Abgeordneten durch ihre Regierung gelesen. Doch zugleich hat die Nationalversammlung durch ihre in dieser Sache gefaßten Beschlüsse für ihre rechtliche Zusammensetzung gesorgt, und nur von ihr wird es abhängen, ob sie ihr Werk erhalten wird. Nothwendig ist, daß alle Partieen dazu zusammenhalten. Unsere Kammer ist dieser Ansicht bis jetzt treu geblieben, und ihr allein verdankt es dieses Land, daß die deutsche Sache in ihm sich siegreich erhalten hat. Was die Verhältnisse in Baden betrifft, so ist schon ausgesprochen worden, daß es nicht klug sein möchte, in diesem Augenblicke einzuschreiten. Der Commissionsbericht erkennt jedenfalls das Recht des Reichsministeriums an, über die württembergischen Reichstruppen zu verfügen, wie dieses bereits gethan hat, nämlich ein Truppencorps aufzustellen, eine Dislocation der Truppen in Baden unter General v. Miller anzuordnen, oder mit ihrer Hilfe die Reichsfestung Rastatt, nach Auflösung der im Friedensstande dazu dienenden badischen Besatzung, wieder unter das Reichscommando zu bringen. Es läßt sich die Pflicht der württembergischen Landesregierung nicht in Abrede stellen, solchen Anordnungen der Centralgewalt Folge zu leisten, nachdem ihre formelle und materielle Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Nationalversammlung als richtig erfunden worden ist. Indessen dürfte wohl zu erwägen sein, daß ein Einmarsch unserer Truppen ins Badische in diesem Augenblicke leicht einen den Zwecken der Centralgewalt entgegengesetzten Erfolg haben könnte. Vor einem unmittelbaren Abmarsche der Truppen dürfte also eine vorgängige Communication der Staatsregierung mit der Centralgewalt eintreten, um so mehr, als die Centralgewalt, dem Vernehmen nach, bereits Reichscommissäre nach Baden gesendet hat. Da die Departementschefs von derselben Erwägung der Sachlage ausgehen, indem zuerst der friedliche Weg versucht und zunächst nur Einleitungen zur Vervollständigung der Truppen und Vorbereitungen zum etwa nöthig werdenden Abmarsche getroffen sind, so geht der Antrag des Fünfzehnerausschusses dahin:

daß sich die Kammer bei dieser Mittheilung des Departementschefs zunächst beruhigen möge.

Dieser Antrag wird von der Versammlung sogleich zum Beschluß erhoben. — Der zweite Gegenstand der Tagesordnung sind die Anträge des Fünfzehnerausschusses über die Verpflichtung auf die Reichsverfassung. Sie ebenfalls von Reyscher vorgetragene Ausführung besagt, daß die Reichsverfassung selbst gebiete, in den Fahneneid der Truppen die Verpflichtung zur Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung an erster Stelle aufzunehmen. Die Reichsverfassung sei zwar in ihrer Ganzheit noch nicht vollzogen, dies stehe jedoch einer Verpflichtung des Volkes und des Heeres nicht entgegen, indem gerade eine Gewähr der Vollziehung in jener Verpflichtung auf das anerkannt giltige Grundgesetz gefunden wird. Uebrigens sei die Verkündigung der Verfassung durch das Regierungsblatt bei uns vollzogen, auch sei von der Nationalversammlung die Wahl eines Reichsoberhaupts vorgenommen, seien von ihr noch vor Kurzem die Wahlen zum künftigen Reichstage angeordnet worden. Die Nationalversammlung habe im Sinn einer Bitte der württembergischen Kammer die feierliche Verpflichtung der gesammten bewaffneten Macht Deutschlands zur Aufrechterhaltung der endgiltig beschlossenen Verfassung beschlossen. Diesem Beschlusse müsse unsere Regierung und Ständeversammlung von seinen Stücken Folge leisten, und zwar falle die Vernahme einer solchen feierlichen Handlung innerhalb des einzelnen Staates der Landesregierung anheim. Habe endlich der Nationalversammlung nur eine Beeidigung der bewaffneten Mannschaft zunächst als Bedürfniß erschienen, so schließe dies gewiß nicht eine weiter gehende, das ganze Volk begreifende Verpflichtung, wie sie in der Reichsverfassung vorgesehen ist, aus. Könne auch die Beeidigung jetzt noch nicht in der Form eines Fahnenides oder einer eigentlichen Reichshuldigung vorgenommen werden, so ist sie der Natur der Sache nach auf die Aufrechterhaltung der Verfassung zu beschränken. Es wird deßhalb der Antrag gestellt:

die königliche Staatsregierung zu bitten, die feierliche Verpflichtung der Staatsbürger, insbesondere der Staatsdiener und des Heeres, auf die Reichsverfassung anzuordnen, und die Form derselben den Ständen zuvor mitzutheilen.

Staatsrath Römer hält auf Diensteide nichts; wer sein Wort bricht, sei's beschworen oder unbeschworen, ist ein Hundsfott. Doch sei die Regierung dem einmal laut ausgesprochenen Verlangen nach Beeidigung nicht entgegen. Prälat Mehring hat große Bedenken gegen einen solchen Eid; nur die Centralgewalt ist ihm die competente Behörde zur Abnahme desselben; ein solch eilendes Drängen dazu sei nicht nöthig, der badische Aufruhr trotz einer solchen Beeidigung gebe eine Warnung ab. Die Verfassung müsse erst aufrecht stehen, ehe sie au recht erhalten werden könne. Durch den Antrag werde nur Unruhe und Zwietracht hervorgerufen, und das Gewissen leide schlechterdings keine Majorisirung. Auch Freiherr v. Linden ist dafür, daß man sich mit der Erklärung der Regierung begnüge, welche bereit sei, Berathungen eintreten zu lassen. Vor allem sollte in dieser wichtigen Sache die Einheit für alle deutschen Staaten, welche die Verfassung anerkannt haben, gewahrt werden. Frhr. v. Hornstein: Die Reichsverfassung ist ein Gesetz, dem man Folge zu leisten hat, ohne nöthig zu haben, es erst zu beschwören. Mack: Soll es die Absicht jedes Deutschen sein, dem Sinn und Willen der deutschen Nationalversammlung mit all seinem Wissen, Wollen und Können beizutreten, so kann der Beeidigung darauf nichts im Wege stehen. Ebenso Wiest von Eßlingen und Holzinger. Dem Wunsche des Prälat Faber, die Regierung zu bitten, Anordnung zu treffen, daß jedes Mitglied des Militärs wie der Bürgerwehr vor der Beeidigung ein Exemplar der Reichsverfassung erhalte, tritt die Kammer bei. Ueber die Freiwilligkeit des Eides und darüber, welche Wirkungen eine Verweigerung desselben habe, entspann sich ein längerer Streit, welcher aber heute noch zu keinem Resultat führte. Becher, Seeger und fast die ganze Kammer gingen davon aus, daß man den Reichsverfassungseid gezwungen und ganz in derselben Weise schwören müsse, wie den Fahneneid; Reyscher zog in ziemlich rigoristischer Weise als Consequenzen der Verweigerung desselben Verlassung des Staatsdienstes und Auswanderung. Dagegen vertheidigte Staatsrath Römer als seine subjective Ansicht, daß kein Zwang stattfinden dürfe, weder bei dem Soldaten, noch bei einem andern Staatsbürger. Endlich wird der Antrag mit 62 gegen 14 (die Frhrn. Hornstein, Berlichingen, Cotta, Wöllwarth, Linden, Baldinger, Varnbüler, die Prälaten Mehring, Moser, Gerock, Domdekan Jaumann, ferner Eggmann, Kuhn, Osterdinger) Stimmen angenommen. Die Vollziehung eines weitern Antrags auf Verpflichtung der Ständemitglieder wird ausgesetzt, bis die Regierung die Form der Vereidigung mitgetheilt haben wird.

* **Stuttgart**, 20. Mai. Der heutige „Schwäbische Merkur" enthält einen vom Chef des Kriegsministeriums, General Rüpplin, erlassenen Aufruf an die württembergischen Soldaten, in welchem diese vor der angeblich von den badischen Soldaten an ihre Kameraden im übrigen Deutschland gerichteten Aufforderung, dem von ihnen gegebenen Beispiel zu folgen, gewarnt und ermahnt werden, dem Eide gegen König und Vaterland treu zu bleiben. „Württemberger", heißt es in dem Aufruf: „wer den Eid bricht, den er Fürst und Verfassung geschworen, wer die Fahnen in den Staub tritt, die in zahlreichen Schlachten den Ruhm seiner Väter gesehen, darf Euch seine Kameraden nicht mehr nennen. Wie solche verbrecherische Handlungen nun auch beschönigt werden, was immer man zu ihrer Entschuldigung auch sagen mag, es ist nur Lug und Trug und wird, so hoffe ich, keinen Zugang zu Euch finden. Württemberger! König, Regierung und Volk halten fest und unverbrüchlich an den Freiheiten, welche durch die Landes- und Reichsverfassung — die auch wir freudig anerkennen und, wo es Noth thut, mit den Waffen in der Hand schützen und vertheidigen werden, als ein für Alle gleich verbindliches Gesetz — verbürgt sind. Alle Stände durchdringt das Gefühl der ehrenvollen Stellung, welche sich Württemberg im deutschen Lande erhalten hat. Soldaten! Wahret diesen Euren Beruf, wie es braven Männern geziemt. Nie werdet Ihr zu Handlungen befehligt werden, welche gegen Recht und Gesetz sind; ich bürge Euch dafür mit meiner Verantwortlichkeit! — nie zu Handlungen, welche nicht in Uebereinstimmung wären mit der Pflicht des Bürgers, wie des Soldaten! Bedenket, daß die Augen des gesammten deutschen Vaterlandes auf Euch gerichtet sind, daß Ihr die Erben seyd des Ruhmes, den Eure Väter, geführt von Eurem Könige, den württembergischen Waffen erkämpft haben!"

* **Aus Baden**, im Mai. Nachstehende Proclamation ist gewissermaßen das Programm des badischen Aufstandes: An das deutsche Volk! Die Revolution braust hin über die Völker Europas. Ein langjähriger unerträglicher Druck hat sie aufgeregt zum Kampfe auf Leben und Tod mit ihren Tyrannen. Auch Deutschland nimmt einen seiner Bedeutsamkeit entsprechenden Antheil an den mächtigen Bewegungen unserer Tage. Die alten Formen stürzen zusammen, seine Macht der Erde wird sie aufrecht erhalten. Das Volk ist zum Bewußtsein seiner ewigen und unveräußerlichen Rechte gelangt und hat in mehreren Gegenden, namentlich in Baden und Rheinbayern, bereits durch die That bewiesen, daß es im Stande sei, seine Angelegenheiten selbst zu führen. In Offenburg hat das Volk von Baden ausgesprochen, was es von seiner Regierung verlangt. Die Regierung, welche seine gerechten Forderungen mit Hohn zurückwies, fiel, und alle Stände schaarten sich um den Landesausschuß. Die durch das Verhalten der Minister und ihrer Diener gefährdete Ordnung wurde durch das kräftige Zusammenwirken des Volkes und der Männer seines Vertrauens mit verhältnißmäßig sehr geringen Opfern rasch wieder hergestellt. Die Bürger Badens, insbesondere diejenigen vom Soldatenstande, haben ein Recht zu verlangen, daß ihnen die Früchte ihrer Mühen vollständig und unverkümmert zu Theil werden. Bereits hat der Landesausschuß eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, durch welche sämmtliche in der Landesversammlung zu Offenburg aufgestellten Forderungen ihrer Erfüllung so nahe als möglich geführt wurden. Die Bürger Brentano und Peter haben ein neues Ministerium gebildet; die Ständekammer wurde aufgelöst und die alten Minister abgesetzt, eine verfassunggebende Landesversammlung wird zusammentreten und die Volksbewaffnung auf Staatskosten stattfinden. Ein großer Theil des Volkes steht unter den Waffen zur Vertheidigung seiner Rechte. Die Kerker der politischen Gefangenen sind geöffnet, die politischen Flüchtlinge zurückberufen und die politischen Verfolgungen eingestellt worden. Die Wahl der Offiziere durch das Heer ist zum größten Theile schon vorgenommen worden; wo dieselbe noch nicht getroffen werden konnte, ist sie vorbereitet; — die von den sog. Kammern in Karlsruhe seit dem 1. Januar l. J. gefaßten Beschlüsse sind, so weit als möglich, für null und nichtig erklärt, die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, die Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr (sobald es die außerordentlichen Verhältnisse des Landes gestatten), die unentgeldliche Aufhebung der Grundlasten, die unbedingte Unabhängigkeit der Gemeinden, die augenblickliche Einführung der Geschwornengerichte, die Abschaffung der alten Verwaltungsbureaukratie und Einführung einer freien Verwaltung, die Abschaffung des alten Steuerwesens und die Errichtung eines großen Landespensionsfonds zu Gunsten aller arbeitsunfähig gewordenen Bürger ist vorbereitet worden. Die veralteten Bestimmungen über die Presse wurden ersetzt durch ein dürftiges Preßgesetz; eine Annäherung von Rheinbayern, welche für Baden von hoher Wichtigkeit werden dürfte, ist angebahnt worden. Freiheit, Wohlstand, Bildung für Alle, ist unser Wahlspruch. Der Bund der Völker gegen ihre Tyrannen wird bald schon zur Wahrheit werden. Die Morgenröthe der Freiheit ist über Deutschland aufgegangen. Was vor bald zwei Jahrtausenden eine heilige Stimme in der Wüste lehrte, ist in die Herzen der Völker eingedrungen und wird ins Leben eingeführt werden. Keine Rache, kein Haß gegen unsere Mitmenschen erfüllt uns, die wir durch das Vertrauen des Volkes für den gegenwärtigen Augenblick an die Spitze der Bewegungen des Landes berufen wurden. Doch werden wir auch vor den strengsten Maßregeln nicht zurückweichen, wenn das Wohl des Volks sie erheischen sollte. Von Woche zu Woche werden wir dem Volke Rechenschaft ablegen über unsere Geschäftsführung. Wir werden zum Volke stehen bis zum letzten Hauche unseres Lebens, und das Volk wird zu uns stehen mit der unüberwindlichen Kraft seines Willens. Karlsruhe, den 17. Mai 1849. Der Landesausschuß von Baden: Bannwarth, Cordel, Damm, Degen, Fickler, Happel, Henneka, Hoff, Junghanns, Kaiser, Rehmann, Richter, Ritter, Rotteck, Stay, Steinmetz, Struve, Thiebauth, Werner, Wernwag, Ziegler. Die Vollziehungsbehörde: Brentano, Peter, Gorgs, Eichfeld.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Hallen.

Cours der Staats-Papiere. 21. Mai 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq.-Obligat.	5	73⅛	73	Württemb.	Obligationen b. Rothe	3½	75½	75
»	dito dito	4	56	57½	»	Neue Württemberg.	4½	93½	92½
»	dito dito	2½	39⅝	39	Nassau	Oblig. b. Rothsch.	5½	78½	79
»	Bank-Actien p. St.		1106	—	»	d. 25 Loose		20½	20½
»	f. 250 Loose b. Roth.		74½	74	Frankfurt	Obligationen	3	78	77½
»	f. 500 » dito		122½	122	»	dito v. 1839	3½	92½	92
»	Rothschild. Oblig.	4½	—	66	»	dito v. 1846	3½	89	88½
»	dito dito	4	61	—	»	Taunusbahnactien .		270	264
Preussen	Staatsanleiheschein	5½	100	99½	Holland	Integrale	2½	50½	50
»	Prämienscheine . .		—	100	»	Holländische	5	—	77⅝
Bayern	Obligationen . . .	4½	79½	—	»	5% inscript. . . .	5½	—	70⅛
Darmstadt	d. 50 Loose . . .		69½	68½	Spanien	Activsch. incl. 16½	5	—	—
»	d. 25 dito		21½	21	»	Innere Sch. neue Ob.	3	23⅜	23½
»	Obligationen . . .	3½	27½	27	Portugal	Consolid. Sch. à 3	3	—	—
»	dito	5	65½	64⅜	Polen	d. 300 Loll. Loose Rth.		—	93
Baden	Obligationen v. 1845	5½	74	73½	»	Obligationen de d. 500	4	72⅛	72½
»	d. 50 Loose v. 1840		46½	—	Russland	in R. à 2 b. Gran. ct.	5	—	81
»	d. 25 Loose		23½	25½	»	dito b. Stieglitz à C.	5	—	81

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.	Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Pistolen	10	—	Gold al Marco .	362	—	Nordamerikan. Loose . . .	20½	20½
Dr. Friedrichsd'or	10	1	Laubth., ganze .	—	—	Spanische Loose	25½	25
Holl. 10 fl. Stücke	10	7	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand-Ducaten . .	5	40	5 Frankenthaler.	—	—	Cöln-Minden	73½	73½
20 Francsstücke	9	42	Hochhaltig Silber	24	30	Ludwigsh.-Bexbach. . .	64	63½
Engl. Souvereign	12	5	Gering. do. mittl.	24	30	Stolb.-Wolfg.-Neustadt	35½	35½

Wechsel-Cours.

Den 21 Mai	Usnc.	Geld.
Amsterdam (K.S.	101⅝	101½
(100 fl. Crt.) (2M.	—	100½
Augsburg (K.S.	—	119½
(100 fl. Crt.) (2M.	—	—
Berlin . . (K.S.	—	100⅜
(50 Thlr.) (2M.	—	—
Bremen (50 (K.S.	—	96⅝
Brhs. l. f.-Gr. (2M.	—	—
Hamburg . (K.S.	99	98⅝
(100 M. Bco.) (2M.	—	98½
Leipzig (50 (K.S.	—	102⅜
Thlr.) l. d. M.	—	—
London . . (K.S.	123	—
(10 Liv. St.) (2M.	—	120½
Lyon . . . (K.S.	95½	—
(300 Fr.) (2M.	—	—
Mailand (250 (K.S.	—	100½
Ltr. Austr.) (2M.	—	—
Paris . . . (K.S.	97⅛	—
(300 Fr.) (2M.	—	—
Wien (100 fl. (K.S.	—	150½
im 20 Fl. (2M.	—	—
Hamburg . . .	—	1⅛

A. Sulzbach, verpf. Makler.

Nach der Börse: 2½ pCt. Ct. —; 2½ pCt. Span. —; Span. Obl. —; Ludw.-Bexb. —; L.-W.-Neust. —; Ct.

Druck von August Osterrieth.

(Hiezu Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Extra-Beilage zu Nro. 119.) 21. Mai 1849.

Amtlicher Theil.

Frankfurt a. M., 20. Mai 1849.

Seine kaiserliche Hoheit der Erzherzog Reichsverweser hat dem bisher als ersten Rath im Reichsministerium des Handels — Abtheilung für die Marine — beschäftigten Samuel Gottfried Kerst aus Birnbaum in Preußen die Stelle eines Generalsecretärs bei der Marineabtheilung unterm Heutigen übertragen.

Nichtamtlicher Theil.

Deutschland.

= **Berlin**, 18. Mai. Gestern, am Himmelfahrtstag, wo so wenig Zeitungen erscheinen, hatten unsere Neuigkeitskrämer vollauf zu thun. Da war zu erzählen von dem Siege der Ungarn über die Russen am Jablunczapasse, von der badischen Revolution und von der plötzlichen Verhaftung Waldeck's. Diese ist das Berliner Hauptereigniß dieser Tage. Sie fand vorgestern Nachmittag statt, der Staatsanwalt selbst verfügte sich in die Wohnung desselben, Dessauerstraße Nr. 2. Am Abend schon war es an den Ecken zu lesen. Unbekannte Hände hatten die Anzeige dicht unter die Proclamation „an mein Volk“ und die Ankündigung der Kriegsgerichte angeheftet. Die Briefschaften und Papiere, die bei Waldeck in Beschlag genommen wurden, sind zahlreich. Ein ganzer Koffer voll wurde weggebracht. Wie man im Publikum erzählt, soll die Verhaftung wegen Verwickelung in die Dresdener Vorgänge erfolgt und durch den Staatsanwalt speciell veranlaßt sein. Ja, es heißt, das Ministerium sei dagegen gewesen, der Staatsanwalt habe aber darauf bestanden und sogar mit dem Abschiede gedroht. Bis jetzt indeß haben, wie verlautet, die Verhandlungen der Voruntersuchung noch nichts Wesentliches ergeben und ist auch von der Verhaftung von Behrends, der sich freiwillig stellte, wieder Abstand genommen worden. Dagegen wurde Jung schon aufgesucht und wird gegen ihn und D'Ester in diesen Tagen, vielleicht schon morgen, der Erlaß von Steckbriefen erwartet. Waldeck selbst, obwohl in dem festesten Gefängniß der Stadtvogtei, der sogenannten „Riesenburg“, eingeschlossen, ist gefaßt; seine Freunde zweifeln nicht, daß er sich rechtfertigen werde, seine Feinde selbst meinen, er sei zu schlau, um sich fangen zu lassen. Uebrigens scheint seine Verhaftung nicht vereinzelt zu stehen. Von vorgestern zu gestern sind ungewöhnlich viel politische Verhaftete in die Gefängnisse abgeliefert worden, circa 138, wovon freilich einige 70 von Dresden mitgebracht sein sollen und einige 30 wegen des Vergehens, die Proclamation „an mein Volk“ abgerissen zu haben, arretirt worden sind. Aus letzterm Umstand darf man aber keineswegs auf den Eindruck dieser Proclamation schließen. Sie hat im Allgemeinen vielmehr ihre Wirkung nicht verfehlt; den gemeinen Mann gewinnt die Sprache, den Gebildeten beruhigen die positiven Zusicherungen, die rücksichtlich der deutschen Sache gegeben sind, und man muß nur bedenken, daß sie gegeben wurden in einem Augenblick, wo das Ministerium des Sieges schon so gut wie gewiß sein konnte. — Heute kündigt ein Extrablatt des „Staatsanzeigers“ das Ende der Elberfeld-Iserlohner Bewegung an. — Das Wahlgesetz, das erwartete, erscheint noch immer nicht; man munkelt, es werde nicht als preußisches, sondern als deutsches, von dem Königreiche angenommenes erscheinen und zur Revision vorgelegt werden. Soviel nimmt man für gewiß an, daß die Wahlen nicht in der durch die Verfassung bestimmten Zeit werden ausgeschrieben werden.

† **Berlin**, 19. Mai. Oeffentliche Blätter sprechen von neuen friedensunterhandlungen, welche zwischen Deutschland und Dänemark eingeleitet werden, ohne jedoch über dieselben Näheres anzugeben. Die „Allg. Ztgsrorrespond.“ will aus sicherer Hand in den Stand gesetzt sein, Folgendes hierüber mitzutheilen: Die preußische Regierung hat in ihrem eigenen Namen, sowie in dem Sachsens, Bayerns und Hannovers an das dänische Cabinet eine Note gerichtet, in welcher zunächst der wahre Zweck von der deutschen Invasion Jütlands auseinandergesetzt ist. Derselbe ist in bekannter Weise dahin angegeben, daß man sich für die genommenen Schiffe schadlos halten und die Ehre der deutschen Nation wahren wolle. Auf eine Occupation Jütlands sei es aber keineswegs abgesehen. Preußen lade ferner Dänemark ein, einen Bevollmächtigten nach Berlin zu schicken, um schleunigst mit direct Frieden abzuschließen, und zwar ohne die Intervention irgend einer anderen Macht, als die dabei thatsächlich betheiligten. Preußen versichert zugleich die dänische Regierung, daß es mit Billigkeit und Treue bei den Friedensunterhandlungen verfahren werde. Preußen will es unternehmen, unabhängig zu handeln, unabhängig selbst von Frankfurt; und während es die Ehre Deutschlands unangetastet lassen werde, wird es Dänemark volle Gerechtigkeit widerfahren lassen. Es stehe zu hoffen, daß das Kopenhagener Cabinet seine Zustimmung nicht versagen werde. Berlin sei der für die Friedensunterhandlungen geeignete Ort. Viele Gründe sprächen gegen die Möglichkeit, in London ein billiges Einverständniß zu erzielen, und keine mehr, als die Publicationen und politischen Verbindungen des deutschen Unterhändlers. Er sei ein Ehrenmann, und könne weder das Eine zurücknehmen, noch das Andere desavouiren. (Y) Was die im letzten Passus angedeutete Person betrifft, so scheint sie den Ritter Bunsen zu bezeichnen, der sich wegen seiner vorgreifenden Schrift über Schleswig-Holstein als deutscher Unterhändler über diesen Gegenstand unmöglich gemacht haben soll. — Aus Kopenhagen soll bereits Herr Stick, Attache im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, gestern wichtige Depeschen in Betreff des mit Dänemark abzuschließenden Friedens überbracht haben.

** Diese letzte Mittheilung unsers Herrn Correspondenten bestätigt ein leitender Artikel in einer der jüngsten Nummern der „Deutschen Reform“, bekanntlich eines halboffiziellen Organs. Der beregte Artikel ist nicht nur von speciell preußischem, sondern von allgemein deutschem Interesse, weßhalb wir ihn nachstehend im Wortlaute folgen lassen: „Die Wahlen für eine zweite Kammer an Stelle der aufgelösten müssen verschoben werden; so dringlich sie scheinen könnten, sie müssen dennoch verschoben werden! Das Verlangen des preußischen Volks im wahren Sinne des Worts ist auf eine Abänderung und zwar Einschränkung des früher fast gänzlich unbeschränkten Wahlmodus gerichtet, also eben dahin, wofür in der deutschen Reichsversammlung zu Frankfurt die gewichtigsten Stimmen sich ausgesprochen. Wahlen in derselben Art, wie die früheren, können nicht mehr stattfinden, weil, nach den zweimal gemachten Erfahrungen, daran der Vorwurf haften würde, es sei das Vaterland mit Bewußtsein ins Verderben gestürzt worden. Wir bedürfen eines neuen Wahlgesetzes. Die Regierung hat es auch nicht an Vorbereitungen fehlen lassen für die baldige Emanation eines solchen. Was davon bereits verlautete, läßt uns Bestimmungen hoffen, durch welche dem androhenden Unheil ein fester Damm entgegengesetzt, dennoch aber das billige Recht und der Geist der Zeit vollständig anerkannt wird, stellt uns ein Gesetz in Aussicht, welches nicht mehr in atomistischer Weise und nach communistischen Grundsätzen bei der bloßen Kopfzahl stehen bleibt, sondern Rechte und Pflichten gegen einander abwägt, dabei aber niemanden außerhalb des Staates stellt, und demgemäß auch niemanden von dem Antheil am Stimmrecht ausschließt. Schon sehen wir der Feststellung dieses wichtigsten Stücks aller organischen Gesetzgebung im constitutionellen Staat, welches seine eigentliche Basis ausmacht, in naher Zeit entgegen, so daß auch jetzt schon der von der Verfassung bestimmte Termin für den Zusammentritt der neuen Kammer hätte eingehalten werden können. Allein zwei Umstände von großem Gewicht treten, so scheint es uns, gebieterisch dazwischen: ein beklagenswerther und ein erfreulicher. In einer westlichen Provinz ist der Bürgerkrieg entbrannt; bewaffnete Massen stellen sich außer dem Gesetz; wenn auch nur an einzelnen Punkten, wenn auch nur von einem Theil der Bevölkerung, so ist doch eine offene Auflehnung gegen die Regierung da, welche nicht anders als mit der gesetzmäßigen Gewalt der Waffen niedergehalten werden kann. Bevor diese Symptome der Krankheit nicht verschwinden, bevor nicht Ruhe und Frieden im Lande hergestellt sind, können die Wahlen nicht erfolgen, schon darum nicht, weil die Landwehr ersten und zweiten Aufgebots unter Waffen oder im Felde steht, der Kern der Bevölkerung aber durchaus nicht ausgeschlossen werden darf, ohne ein falsches Resultat zu ergeben, und zwar mit Sicherheit zum Schaden der patriotischen Partei. Auf der andern Seite würde der Wahlact mitten in eine ungewöhnliche Aufregung hineintreffen, die auch auf das ruhige Urtheil des Volkes, das jetzt mehr als je erfordert wird, nur trübend einwirken könnte. Der andere erfreuliche Grund ist dieser: Wir können nicht wählen ohne ein revidirtes Wahlgesetz, ein solches aber ist nicht bloß eine preußische, sondern eine allgemein deutsche Angelegenheit, und muß, wenn die Umstände es irgend gestatten, als solche entschieden werden. In dem neuen deutschen Wahlgesetz hoffen wir die wahre Grundlage der deutschen Verfassung, den gemeinsamen Boden des deutschen Bundesstaates zu erlangen. Das Wahlgesetz der einzelnen Staaten darf jedoch mit dem des Gesammtstaates nicht in Widerspruch stehen; das letztere muß für das erstere maßgebend sein, es muß also vorher festgestellt werden. Wir wissen aber, daß die Regierungen der großen deutschen Staaten einig sind über die Verfassung und das dazu gehörige Wahlgesetz, und wir können daher bald auch die allein naturgemäße Regelung des preußischen Wahlgesetzes erwarten. So gebietrischen Gründen gegenüber hat die preußische Regierung die ernste Pflicht, im gegenwärtigen Moment die Wahlen zu verschieben; und die ebenso ernste Pflicht des Volkes ist es, das Zwingende dieser Gründe zu würdigen.“

Das Berliner Magistratscollegium hat vorgestern mit 13 gegen 6 Stimmen den Beschluß gefaßt, eine Adresse an Se. Majestät den König, als Erwiderung auf die königl. Proclamation an das Volk zu erlassen, welche letztere eben so wohl hier, als im ganzen Lande, einen sehr wohlthuenden Eindruck gemacht. Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung waren gestern zu einer geheimen Sitzung zusammen berufen worden. In Folge derselben fand gestern Abend eine sehr heftige Debatte statt. Der Magistrat hatte nämlich der Versammlung die von ihm beschlossene Antwort an Se. Majestät den König auf den Aufruf „An mein Volk“ zur Kenntnißnahme vorgelegt. Es entspann sich nun zuerst über die Bemerkung „zur Kenntnißnahme“ eine längere Debatte, indem einige Mitglieder darin eine „Aufforderung zum Beitritt“, andere dagegen nichts weiter, als eine einfache „Kenntnißnahme“ erblicken wollten. Bei der Abstimmung entschied sich denn auch die Majorität der Versammlung für die letztere Auffassung des Actenstückes. Es folgte demnächst ein von mehreren Mitgliedern eingebrachter Antrag, „eine beruhigende Ansprache an die Mitbürger, Seitens der Communalbehörden, zu erlassen.“ Die Ansprache selbst war bereits verfaßt und wurde der Versammlung vorgelegt. Auch diesem Antrag folgte eine sehr heftige Debatte und von vielen Seiten wurde darauf angetragen, die ganze Angelegenheit in öffentlicher Sitzung zu berathen. Die Majorität der Versammlung schloß sich diesem Antrage an, und eine öffentliche Sitzung wurde auf Sonnabend, Nachmittag 4 Uhr, anberaumt.

Nach dem Militärwochenblatt vom 19. Mai sind der Herzog v. Nassau, der Reichskriegsminister v. Peucker und der (zur Zeit an dem Feldzug in Schleswig-Holstein theilnehmende) Erbgroßherzog v. Weimar zu Generallieutenants der preußischen Armee befördert worden.

Hückeswagen, 18. Mai. Gestern Vormittag traf die amtliche Nachricht ein, daß etwa 100 vom Sicherheitsausschuß zu Elberfeld (wegen communistischer Bestrebungen) ausgewiesene Barrikadenmänner die Absicht geäußert hätten, hiesiger Stadt einen Besuch abzustatten. Diese Nachricht war gerüchtweise, wie gewöhnlich verschlimmert, kaum nach Wipperfürth gelangt, als dort die brave Bürgerschaft zu den Waffen griff und mit ansehnlichem Zuzuge ihrer bedrohten Nachbarschaft zu Hilfe eilte. Doch kamen jene Ausgewiesenen nicht bis hieher. Alle Zwischenorte, Städte und Dörfer hielten bewaffnet ihr Weichbild bewacht. In der Nähe von Radevormwald, wo die Schaar 150 Mann betragen haben soll, wurden sie nach hartem Kampfe von den Landleuten mit einem Verluste von 12 Mann völlig zersprengt. Sieben sollen schwer verwundet, einer soll bereits gestorben sein. Die Zersprengten wurden von allen Seiten bis spät in die Nacht verfolgt; von allen Seiten hörte man Schüsse. Auch hierher hat man mehrere Gefangene eingebracht. In wie fern sich die Ausgewiesenen diese Verfolgung durch praktischen Communismus oder schon wegen bloßer Befürchtungen zuzogen, vermag man aus den vielen sich widersprechenden Gerüchten noch nicht zu ermitteln. (Köln. Ztg.)

⊙ **Stuttgart**, 19. Mai. In der Sitzung der zweiten Kammer kam heute der Gesetzentwurf betreffend die Einberufung einer Versammlung von Volksvertretern zu Berathung einer Revision der Verfassung auf die Tagesordnung. Die Regierungsvorlage beschränkte die Zuständigkeit der einzuberufenden Versammlung auf die von der Staatsregierung vorgeschlagenen Abänderungen der Verfassung. Ferner solle die Regierung befugt sein, mit Zustimmung des von den bisherigen Kammern gewählten größeren Ausschusses, welcher auch während der Verhandlungen der verfassungberathenden Versammlung in seinem Wirkungskreise fortzubestehen habe, dringende Staatsgeschäfte zu erledigen. Der Berichterstatter Seeger führt aus, wie dadurch die Befugniß, andre Gesetze als die Verfassung zu berathen, unbedingt abgeschnitten, anderntheils dem ständischen Ausschusse Befugnisse eingeräumt würden, welche weit über seine bisherigen hinausgehen. Eine solche Theilung der Gesetzgebungsgewalt zwischen zwei verschiedenen Körpern der Landesvertretung sei in staatsrechtlicher Hinsicht unstatthaft, in politischer Hinsicht gefährlich. Die staatsrechtliche Commission der Kammer ist überzeugt, daß, wenn die Versammlung nicht mit dem Rechte eines wahren Parlaments bekleidet ist, und des einzigen energischen Hebels, den die Volksvertretung in allen freien Ländern zum Schutz gegen Angriffe der Regierung auf die Volksrechte hat, des Rechtes der Steuerverweigerung, entbehrt, leicht Verhältnisse eintreten können, unter welchen ihr das Zustandebringen einer die wahren Freiheiten des Volkes sicher stellenden Verfassung unmöglich gemacht oder ihr so erschwert würde, daß die neue Verfassung weiter nichts als eine unter der Hülle constitutionellen Verfahrens vollzogene Octroyirung wäre. Aus diesen Gründen werden an die Stelle des Gesetzentwurfs folgende zwei Artikel von der Kammer aufgenommen: Art. 1. An die Stelle der bisherigen, nach den Vorschriften des IX. Capitels der Verfassungsurkunde vom 25. September 1819 zusammengesetzten Ständeversammlung wird nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes eine Versammlung von Volksvertretern berufen. Diese Versammlung tritt in das Rechtsverhältniß der bisherigen Ständeversammlung ein, so weit nicht die nachfolgenden Bestimmungen etwas Anderes festsetzen. Sie hat in Gemäßheit des § 187 der deutschen Reichsverfassung das Recht des Gesetzvorschlages. Art. 2. Ihre Thätigkeit erstreckt sich zunächst auf Berathschlagung derjenigen Abänderungen der Landesverfassung, welche in Folge der Abschaffung der Standesvorrechte und anderer Bestimmungen der deutschen Reichsverfassung nothwendig werden, oder sich sonst als zweckmäßig erwiesen haben; sodann aber auch auf alle diejenigen Staatsgeschäfte, welche zu dem Wirkungskreise der Ständeversammlung gehören, und welche entweder von der Staatsregierung an sie gebracht, oder welche von der Versammlung selbst durch eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder für so dringend erklärt werden, daß ihre Erledigung nicht bis auf den unmittelbar nach Abschluß der neuen Verfassung einzuberufenden ordentlichen Landtag verschoben werden kann. Bis zur Berathschla-

dung der neuen Verfassung bleiben die Bestimmungen der Verfassungsurkunde vom 25. September 1819, so weit sie nicht durch die als Landesgesetz geltenden Grundrechte des deutschen Volkes, nach Maßgabe des Einführungsgesetzes, und durch das gegenwärtige Gesetz abgeändert sind, in Kraft. Vom Ministerium erklärt hatte, von diesem Census unter keinen Umständen abgehen zu wollen, so mußte die Kammer nachgeben. Die Ausschließungsgründe sind die bekannten. Diejenigen, welche eine Gefängnißstrafe erstehen oder sich in Untersuchungshaft befinden, können während dieses Zustandes das Wahlrecht nicht ausüben. Gegen diesen Satz fiel die Ansicht Holzinger's u. A. durch, welche die Bezirks- und Kreisgefängnisse am Tage der Wahl geöffnet wissen wollten. Was den Census betrifft, so bemerkte Staatsrath Römer, daß er der festen Ansicht bleibe, daß ein allgemeines Wahlrecht in politisch bewegten Zeiten zur Anarchie führe, und in gewöhnlichen Zeiten zum Socialismus. Der hier festgesetzte Census sei so höchst unbedeutend, daß er keine Last, sondern als Prämie für Fleiß und Sparsamkeit zu betrachten sei, und einer, der nur 15 kr. Steuer zahle, sei ihm lieber anstatt eines, der, wenn er sein Wahlrecht ausgeübt, den Schnappsack auf den Buckel nimmt und vielleicht zu einer Freischaar zieht. Art. 6. Für Wahlberechtigte vom Militärstande gilt die Garnison, in der sie zur Zeit der Abfassung der Wählerliste stehen, als Wohnort. Art. 7. Der Besitz des württembergischen Staatsbürgerrechts und ein Lebensalter von 30 Jahren sind die Bedingungen der Wählbarkeit.

Harburg, 16. Mai. (per elektro-magnetischen Telegraph.) Gestern Abend kamen hier 25 beladene hannoversche Munitionswagen von Schleswig-Holstein über Altona an.

Darmstadt, 21. Mai. Wie wir so eben vernehmen, hat General v. Schäffer gestern, wahrscheinlich aus strategischen Gründen, die Schienen zwischen Heppenheim und der badischen Grenze abnehmen lassen.

Mölln, 15. Mai. Unterm heutigen Datum ist den lauenburgischen Abgeordneten folgendes Schreiben zugegangen: „Wenn der Reichscommissär, Frhr. v. Wintzingerode, in einem an das Präsidium der Landesversammlung gerichteten Schreiben vom 13/14. d. M. davon Mittheilung gemacht hat, daß das von der Landesversammlung beschlossene Grundgesetz für das Herzogthum Lauenburg von ihm Namens der Reichsgewalt dahin genehmigt ist, daß die Statthalterschaft beauftragt worden, solches sofort in thatsächliche Wirksamkeit zu setzen, so ermangelt der unterzeichnete Ausschuß nicht, von dieser erfreulichen Eröffnung den sämmtlichen Mitgliedern der Landesversammlung hierdurch Nachricht zu geben. Ratzeburg, den 14. Mai 1849. Der Ausschuß der Landesversammlung. Lewerow. Nielmann. A. Hademann. Bürens."

§ **Altona**, 17. Mai. Wir erfahren, daß nach einer aus dem Hauptquartier an die Statthalterschaft gelangten Mittheilung die Beschießung Friedericias nunmehr wirklich ehegestern begonnen. Schweres Belagerungsgeschütz, unter anderm 168pfündige Mörserbatterien, wird zu diesem Zweck in Anwendung gebracht. Die Geschützstände sind auf einer hügelartigen Kuppel aufgerichtet. Die erste Avantgardebrigade liegt jetzt im dichten Cantonnement hinter der zweiten Schanze, welche 6 bis 800 Schritte von den äußersten Verschanzungen der Dänen entfernt steht. Die weiteren landeinwärts von den Uferrigen angelegten Schanzen sind ungefähr 1500 Schritte von der Festung entfernt und mit Schießscharten versehen, und scheinen dieselben mehr für die Infanterie als für die Artillerie berechnet zu sein. Es scheint indessen, daß die Dänen sich nicht lange in der Festung werden halten können, was aus übereinstimmenden Mittheilungen vom Norden hervorgeht. So haben jütische Bauern, die beim Rückzug der Dänen von letzteren in die Festung hineingenommen und später entlassen wurden, ausgesagt, daß die Magazine leer zu werden anfingen, und daß ein Theil der Armee so wie alle angesehenere Einwohner bereits nach Fühnen übergegangen seien. Diese Aussagen finden ihre Begründung in dem in den letzten Tagen stattgehabten lebhaften Schiffsverkehr auf dem Belt, obgleich wir mit einiger Bestimmtheit annehmen können, daß der Feind eine feste Verschanzte Position, wie die Festung Fridericia, nicht ohne hartnäckigen Kampf preisgeben werde. Aus dem Norddesien der cimbrischen Halbinsel hat man heute die Besetzung der gestern hier gerüchtweise verbreiteten Thatsache erhalten, daß die Avantgarde der Reichstruppen, die preußische Division, die Stadt Aarhuus besetzt habe. Sonst haben wir von den Operationen der Nordarmee mit dem Rendeburger Zuhuge nichts Bemerkenswerthes erfahren, wohl aber einige verläßliche Details aus dem Sundewitt, die wir Ihnen gleichzeitig mittheilen. Die Verschanzungen auf Düppel sind jetzt vollendet und mit der nöthigen Anzahl schweren Geschützes versehen. Einige Vierundzwanzigpfünder, welche in den letzten Tagen von dort nach Fridericia dirigirt wurden, sind durch fünf schwere Gefunden, die von Eckernförde herbeigeholt wurden, ersetzt. Die nothwendige Masse Munition, sowie die Bedienung der Kanonen, 200 preußische Artilleristen, trafen ebenfalls dort ein. Man will indeß jetzt von ziemlich gut unterrichteter Seite wissen, daß die Düppeler Befestigungen lediglich für die Defensive berechnet sind; ob man wohl die Absicht hegt, wenigstens den Brückenkopf, sowie die Brücke bei Sonderburg zu beschießen, um auch diesen Punkt des Festlandes gänzlich vom Feinde frei zu erhalten, darüber dürfte wohl kein Zweifel obwalten. Die Dänen scheinen auch ein Vergnügen darin zu finden, ihr Pulver durch Abhaltung von Marinemanövern in der Ostsee nutzlos zu vergeuden, wobei den Bewohnern der Ostküste eine herrliche Augenweide geboten wurde. Das flottgemachte dänische Linienschiff „Skjold", geführt vom Commandeur H. P. Thomsen, scheint im Verein mit mehreren Kriegsschiffen einen Angriff auf Kiel zu versuchen, um die Scharte von Eckernförde auszuwetzen. Die gewaltigen Feuerschlunde der Batterien bei Friedrichsort dürften wohl den Feind von seinen tollkühnen Versuchen zurückbringen.

Altona, 18. Mai. Der heutige „Merkur" enthält ein Schreiben aus Schleswig vom 16. d., wonach die dänischen Bevollmächtigten in London den Abschluß eines Waffenstillstandes bis Ende d. J. beantragt haben. Ferner geht daraus hervor, daß die Statthalterschaft ihren Bevollmächtigten bei der Reichsgewalt dahin instruirt hat, sich auf diesen Vorschlag nur unter der Bedingung einzulassen, daß die dänische Regierung zuvor das Staatsgrundgesetz als Friedensbasis anerkenne und auf die in dem Manifeste vorgeschlagene Verhandlung beiderseitiger Delegirten eingehe. Auch scheint entweder die Beibehaltung der jetzigen Position oder im Fall der Räumung Jütlands, die gleichzeitige Räumung der von den Dänen besetzten schleswigschen Inseln als Alternative gestellt zu sein. Als fernere Bedingungen werden die Fortdauer der Statthalterschaft bis zum Frieden und die Anerkennung der schleswig-holsteinischen Flagge bezeichnet.

Cuxhaven, 18. Mai. (per elektro-magnetischen Telegraph.) Das englische Kriegsschiff Sphinx, Capitän Hewlett, von Portsmouth kommend, ist diesen Mittag hier angekommen und auf der Rhede vor Anker gegangen. Capitän Hewlett ist mit dem Dampfschiffe Elbe, Capitän Gravert, nach Hamburg abgegangen.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 16. Mai. Bei der tief eingreifenden Rolle, welche die in neapolitanischen Diensten stehenden Schweizerregimenter in der verhängnißvollen Krisis in Italien spielen, sah man mit großer Spannung den Berathungen der Bundesversammlung über die Militärcapitulationen entgegen. Ein Antrag des Standes Genf, eine Menge mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Petitionen und die Mehrzahl der schweizerischen Blätter verlangten schleunige Aufhebung dieser Capitulationen. Noch vor wenigen Tagen richtete der Gesandte der römischen Republik bei dem Bundesrath eine Note ein, worin er Namens seiner Regierung verspricht, einen Theil der Entschädigungsgelder zu tragen. Der Ständerath hat nach langer, heißer Berathung heute mit 24 gegen 14 Stimmen die Tagesordnung beschlossen. Die ängstliche Vorsicht der Majorität will durchaus die Schweiz in keinen Conflict mit dem Ausland bringen. Die deutschen Demokraten im Ausland haben ein Manifest erlassen, worin sie ihr Programm veröffentlichen, wie sie in die gegenwärtige Bewegung einzugreifen entschlossen sind. Roth ist ihre Fahne, Blut ihr Verlangen, die Socialrepublik ihr Ziel.

Italien.

Livorno, 12. Mai. Unter diesem Datum wird dem „Journal des Debats" von hier aus geschrieben: Während der Stunden der Unruhe und Verwirrung, welche dem Einrücken der kaiserlichen Truppen in Livorno folgten, wurde die auf dem französischen Consulat aufgesteckte Fahne von einem österreichischen Soldaten heruntergerissen. Sobald der commandirende General von diesem Vorfall Kenntniß erlangt hatte, bot er unverzüglich und freiwillig jede beliebige Genugthuung an. In Folge dessen wurde die Uebereinkunft getroffen, daß auf der Festung die französische Fahne aufgezogen und mit einundzwanzig Kanonenschüssen salutirt werden solle. Außerdem wurde die französische Fahne von einem österreichischen Offizier mit einer Militärabtheilung, die Musik an der Spitze, bei dem Consulatssecretär Herrn Poggi abgeholt. Der Offizier begab sich hierauf zum französischen Consul, drückte ihm das Bedauern seines Generals über den Vorfall aus und pflanzte dann selbst die Fahne auf dem Balcon des Hotels. Die Befehlshaber und die Offiziere des Donnerre wohnten dieser Ceremonie bei.

Die Turiner Concordia will wissen: General Chrzanowski habe von der piemontesischen Regierung seine Entlassung als Generalissimus verlangt und erhalten. General Bès, der sich in dem letzten Feldzug ausgezeichnet, wurde von seinem Posten als Divisionsgeneral entfernt und mit einer besondern Mission nach Preußen abgesandt. Marchese Scati in zu seinem Nachfolger ernannt. Allen Offizieren und Militärbeamten in Piemont ist verboten, an politischen Vereinen oder Clubs theilzunehmen.

‡ **Rom**, 9. Mai. Die Regierung leugnet im „Monitore", daß sie sich auf Friedensunterhandlungen eingelassen habe. Der englische Vermittler Napier dagegen hat seinen Landsleuten gesagt, daß er in ihrem fernern Hierbleiben keine Gefahr sehe, da ein weiterer Kampf nicht zu befürchten sei. Die Feinde der Republik, sagt man, hätten eine Rotte Gesindel erkauft, um Excesse aller Art zu verüben und die Republikaner in Mißcredit zu bringen. Die Interventionstruppen liegen ruhig und scheinen ruhig zu erwarten, daß Rom sich unterwerfe. In Castel Gandolfo bei Albano sind vorgestern drei Wagen unter starker Bedeckung angekommen. Man vermuthet, der König von Neapel und zwei seiner Brüder seien dort eingetroffen. Von Garibaldi schweigt Alles. 120 Mann seines Corps sollen verwundet in Tivoli liegen, er selbst in ihrer Mitte.

Nachschrift.

‖ **Frankfurt**, 21. Mai. (Deutsche Reichsversammlung.) Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 4/4 Uhr und läßt die Zählung des Hauses durch Namensaufruf vornehmen, da ihm die Zahl der anwesenden Abgeordneten nicht als zur Beschlußfähigkeit hinreichend scheint. Das Ergebniß der Zählung stellt heraus, daß 189 anwesend, das Haus daher beschlußfähig ist.

Der Erzherzog-Reichsverweser benachrichtigt den Vorsitzenden, daß auf seine dringende Aufforderung Fürst Wittgenstein das Portefeuille des Kriegs übernommen habe. Der Vorsitzende zeigt den Austritt der Abgg. Jaukmann, Kahlert, Bradhausen und Kornelius, ferner den Eintritt des Abg. Wolff aus Breslau an, welcher den Sitz des abgetretenen Abg. Stenzel einnimmt.

Der Vorsitzende glaubt öffentlich aussprechen zu müssen, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß die Abgg. Raveaux, Trützschler und Erbe, welche die beiden Karlsruher Proclamationen unterzeichnet, dies nicht im Auftrag der Nationalversammlung gethan haben.

Abg. Fallati stellt einen dringlichen Antrag, welcher dahin geht, die Versammlung möge sich bis zum 20. Juni vertagen, und das Bureau zurücklassen, dem das Recht zustünde, die Versammlung zusammen zu berufen.

Dieser Antrag wird nicht als dringlich erkannt und dem Dreißigerausschuß zugewiesen.

Der Vorsitzende bringt zuerst den Antrag des Abg. Golz vor das Haus, welcher dahin geht, das Haus bei Anwesenheit von 100 Mitgliedern für beschlußfähig zu erklären. Die Dringlichkeit wird dem Antrag zuerkannt.

Hierüber entspinnt sich eine lebhafte Discussion. Das Resultat der Abstimmung war, daß 101 für und 39 gegen den Antrag stimmten. Der Vorsitzende erklärte hierauf den Beschluß für ungiltig, weil nicht die durch die Geschäftsordnung vorgeschriebene Zahl sich an der Abstimmung betheiligt hätte. — Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag den 24. Mai anberaumt.

ᵂᵂ **Paris**, 18. Mai. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung war eine Liste von 677 aus den Departements eingelaufenen Wahlen im Umlauf, deren 450 der gemäßigten Partei angehörten, 149 der social-demokratischen und 78 über welche noch Ungewißheit schwebte. Thiers und Leon Faucher waren dort glücklicher als in Paris; auch findet man die Namen Berryer, de Larcy, de Batisménil, de Montalembert, de Mortemart, d'Hondetot; ferner de Remusat, Admiral Cecille, Dronin de L'Huys, J. de Lasteyrie, O. de Lafayette, de Broglie, und einige Namen aus der Napoleonischen Zeit, wie Beugnot, Caulaincourt, Suchet d'Albufera, Ney, Grouchy u. a. m.

ᵂᵂ **Paris**, 19. Mai. Das Resultat der Wahlen zieht die allgemeinste Aufmerksamkeit auf sich und blieb der Gegenstand des Tagesgespräche, hinter welchem selbst die römische Angel zenheit zurückbleiben muß. Wie diese sich erledigen wird, ist noch immer ungewiß. Seit einigen Tagen sind Nachrichten von Wichtigkeit darüber nicht eingegangen.

Der Sergeant Boichot, welcher auf Befehl Changarnier's verhaftet wurde, einer der Ersten auf der Liste der in Paris Gewählten, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Der ehemalige deutsche Reichsminister Hecscher befindet sich seit mehreren Tagen hier.

Die Nationalversammlung, welche in ihrer gestrigen Sitzung die Branntwein- und Weinsteuer abschaffte, eine Maßregel, durch die dem Budget alljährlich ein Verlust von 100 Millionen Fr. erwächst, beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit der Berathung über den Antrag des Ministeriums, dem General Changarnier das doppelte Commando noch ferner zu belassen, und verwarf denselben mit 293 gegen 210 Stimmen.

* Nach den neuesten Nachrichten dauert die Beschießung Bologna's noch fort. Die Oesterreicher haben sich ein eines Theils der Stadt bemächtigt.

Börsenberichte.

Amsterdam, 19. Mai. 4 Uhr. 2½pCt Integr. 48⅞. ⅝. — 3pCt. Schuld 57⅛. — 4pCt 76¼. ⅜. — Dante maatschappij 147. — 5pCt. Anl. 12⅛. — do. à 510 Pf. St. 12⅛. — 3pCt. inl. à 6000 fl. 23⅞. ⅝. — Coupons 7⅞. 8⅛. — 5pCt. Mex. 69⅛. — 2½ pCt. do. 37⅛. 36⅛.

Die Börse war heute sehr flau gestimmt in Folge von unterschiedenen Verkäufen, die auf erhaltene niedrigere Notirung der französischen Renten durch Taubenpost von Paris von gestern, ausgeführt wurden. Franz. Fonds stellten sich seit gestern beinahe 1⅛pCt. niedriger. Baste inländ. Fonds wie alle andre fremde Effecten folgten, obzwar im minderen Grade, der ungünstigen Bewegung. Pera waren allein etwas williger.

Paris, 19. Mai. Stand der Rente: 5pCt 83. 20. — 3pCt. 52. 25. — Neue 3pCt. Span. 32½. — Bankactien 2100. — Versailles, rechtes Ufer 200. — Linkes Ufer 157. 50. — Paris-Orleans 740. — Paris-Rouen 475. — Orleans Bordeaux 395. — Orleans Bierzon 340. — Mar eille-Avignon 200. — Straßburg-Basel 97. 50. — Rhone 411. 25. — Paris-Strasburg 357. 50. — Röm. Anleihen 71.

Der Schrecken, der sich gestern aus Anlaß des Wahlergebnisses bemächtigt hatte, dauerte in seiner Wirkung auch heute noch fort und drückte die Course, namentlich die 5%procentige, abermals bedeutend herunter.

London, 17. Mai. 3pCt. Stocks 91¼. — 5pCt. Span. —. Neue 3pCt. 33. — 4pCt. Port. —. 2½pCt. Holl. —.

Madrid, 14. Mai. 3pCt. 25⅛. P., n. b. B. 3pCt. 23 G. — 5pCt. 10⅛ G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Marien.

Nordseebad der Insel Helgoland.

Auch in diesem Jahre wird die hiesige bekannte Seebad-Anstalt am 15. Juni eröffnet und mit dem 1. October geschlossen werden.

Eine regelmäßige Verbindung zwischen Helgoland und Hamburg wird durch die großen, sichern und bequemen Hamburger Dampfschiffe zu mehreren malen in der Woche unterhalten, worüber die Herren Schiffsbefrder gefälligst das Nähere bekannt machen werden.

Zur Beseitigung jeder Unsicherheit über die Sicherheit der Passage hat das königl. Großbritannische General-Consulat in Hamburg die officielle Anzeige des Commandeurs der königlichen Seemacht in der Nordsee veröffentlicht (siehe Hamburger Börsenhalle, 12. April), wonach die Dampfschiffahrt zwischen Hamburg und Helgoland während der Badesaison eben so frei gestattet sein wird, wie dieses im vorigen Jahr der Fall gewesen.

Bestellungen von Logis ꝛc. beliebe die unterzeichnete Direction auszumachen, sowie der Badearzt Herr Dr. v. Aschen ärztliche Auskunft auf Verlangen gern geben wird.

Helgoland, Mai 1849.

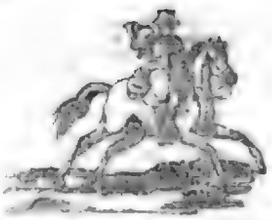
[1409] **Die Direction des Seebades.**

Druck von August Osterrieth.

№ 120. —— Dienstag —— den 22. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: W. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — Für England und überseeische Länder: Loysel u. Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 6 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: W. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Hr. Hammerschmied in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Meyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofzeitungsspedit. G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostcommissär Herrselbst in Hamburg; 5) Oberpostcommissär Du Roy in Bremen.



Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Der § 39 der Grundrechte und die Taxis'sche Post in Württemberg.

Die „Augsb. Allg. Zeitung" hat den von mir über § 39 der Grundrechte und die Taxis'sche Post in Württemberg verfaßten zweiten Artikel unter dem Bemerken abgelehnt, daß die Sache in Württemberg bereits entschieden sei.

Nach meiner Ansicht ist dies nicht der Fall, da bis jetzt nur die zweite Kammer und die Regierung, also erst zwei Factoren der Gesetzgebung, sich über das verständigt haben, was ich ein Unrecht nenne. Die Debatten sind also noch nicht geschlossen. Wie es aber endet, so hat doch der Richter noch zu sprechen, der in letzter Instanz entscheidet; dieser Richter ist die Geschichte, und ihm darf man meines Dafürhaltens eine wichtige Urkunde nicht vorenthalten.

Da die Redaction der „O.P.A.-Ztg." meinen ersten Artikel aus der „Augsb. Allg. Zeitung" abgedruckt hat, so hoffe ich, daß sie nunmehr auch dem zweiten und etwa weiter folgenden die Aufnahme nicht versagen werde. Andernfalls bitte ich um Rückgabe, um mir den Zutritt zur Verkündigung anderswo zu verschaffen*).

Wir haben die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die von der württembergischen Regierung versuchte Auslegung des § 39 der Grundrechte nach allen Regeln der Auslegungskunst unhaltbar und mit der Praxis der Gesetzgebung und dem Charakter der Zeit, sowie mit dem von der Reichsversammlung offen verfolgten Ziele im Widerspruche sei. Darin kann uns nicht irren, daß in der 132. Sitzung der Kammer der Abgeordneten Herr Staatsrath Duvernoy zweimal geheimnißvoll (Stenographischer Bericht S. 2884 und 2885) versichert hat, es gebe Gesetzgebungen, wo der Weg, den die Regierung in Beziehung auf das Taxis'sche Postlehen betreten wolle, auch hinsichts der Lehen von Grundstücken eingeschlagen, und daß das Princip der Freiheit vom Lehensverbande dort dadurch verwirklicht worden sei, daß man das Eigenthum dem Lehenträger abgenommen und dem Obereigenthümer zugesprochen habe. Wir gestehen, daß wir diese Gesetzgebungen nicht kennen und gerne darüber belehrt wären, wo sie existiren und ob sie auch den Grundsatz der Freiheit an der Stirne getragen haben. Sollte der Hr. Staatsrath aber das Verfahren gegen die Grundbesitzer in Polen nach den mißlungenen Versuchen zur Wiederherstellung ihres Vaterlandes im Auge haben, und etwa die Maßregeln der russischen Regierung zur gründlichen Vernichtung des Widerstandes zum Vorbilde wählen, so wollen wir sehen jetzt uns überführt erklären, denn gegen solche Logik wäre nicht aufzukommen.

Der Gang, welchen die Verhandlungen seit unserm ersten Artikel genommen, nöthigt uns aber jetzt, einer Thatsache zu erwähnen, deren Veröffentlichung wir uns lieber erspart hätten. Diese Thatsache ist der offenbare Widerspruch, in welchem die von der königl. Regierung versuchte Deutung des § 39 mit ihrer actenmäßigen Ueberzeugung steht.

Nach dieser würde, wenn die Fassung des § 39, wie sie ursprünglich war,

„Aller Lehensverband ist aufgehoben. Das Nähere „über die Art und Weise der Ausführung haben die „Gesetzgebungen der Einzelstaaten anzuordnen"

geblieben wäre, alles Lehenseigenthum in der Hand des Vasallen sofort freies Eigenthum gewesen sein. Deßhalb ließ die württembergische Regierung vor der zweiten Lesung durch ihren Bevollmächtigten bei dem Verfassungsausschusse darauf antragen, daß das Postlehen von der Bestimmung des § 39 ausgenommen werde, weil, wie es wörtlich hieß:

„die Meinung der grundrechtlichen Bestimmung of„fenbar dahin geht, daß der Vasall ein volles Recht „an dem beliehenen Gegenstande oder Rechte erhält, „nicht aber der Lehensherr, und also die betreffenden „Staaten durch Anwendung fraglicher Bestimmung „auf das Taxis'sche Postverhältniß zum Vortheile des „Hauses Thurn und Taxis in ihrem Rechte verkürzt „werden würden."

Allein der Verfassungsausschuß hat sich nicht bewogen gesehen, eine Ausnahme zuzulassen, sondern er hat gewollt, daß auch das Postlehen dem allgemeinen Grundsatze der Allodification folge, und nur insofern eine Aenderung in der Fassung angemessen erachtet, als er die Worte „ist aufgehoben" in „ist aufzuheben" verwandelte, und dadurch die Möglichkeit gab, bei der Allodification des Postlehens und anderer Kronlehen Bestimmungen zu treffen, um dem Fiscus der einzelnen Staaten noch irgend einen Vortheil zuwenden, offenbar also um einen Preis der Allodification festsetzen zu können. Der ganze Unterschied zwischen dem § 39 erster und zweiter Lesung ist nicht ein Unterschied im Grundsatze, sondern nur ein Unterschied in der Zeit. Der Schlußsatz, welcher die Wirksamkeit der Landesgesetzgebung auftrat, hat in der zweiten Fassung keine Aenderung erlitten, und da auch nicht etwa von der württembergischen Regierung die erfolgte Verwandlung des Präsens in das Futurum, sondern geradezu und motivirt die Ausnahme des Postlehens vom § 39 beantragt, von dem Verfassungsausschusse aber zurückgewiesen worden, so ist man wohl gedrängt, an ihrer Ueberzeugungstreue zu zweifeln, wenn sie nunmehr aus demselben Principe, welches nach ihrer actenmäßigen Ansicht den Vasall zum Eigenthümer machen sollte, die Confiscation aller Lehengüter bedeutet, um dieselben nach Convenienz dem Obereigenthümer oder dem Vasallen zuzusprechen.

Wenn aber wirklich geschehen wäre, was wir erröthen würden zu sagen, wenn die Reichsversammlung wirklich eine große Menge von Staatsbürgern ihrer Eminenz hätte berauben, und in das Belieben des Particularstaates ihr Geschick hätte legen wollen, indem sie ihn befugt erklärte, mit ihrem Eigenthum nach Convenienz zu schalten, zu behalten oder zu geben, — dann glauben wir behaupten zu dürfen, müßte gerade das Postlehen in der Hand des Fürsten von Thurn und Taxis vollkommen geschützt, und er dagegen gesichert sein, daß der Einzelstaat die Aufhebung des Lehensverbandes durch Vereinigung des nutzbaren mit dem Obereigenthum zum eigenen Vortheil verwirkliche. Denn wenn die Convenienz entscheidet, so werden doch wohl die eigenen Handlungen, und die vertragsmäßigen Verpflichtungen mit unter den Bestimmungsgründen auftreten. So weit sind wir noch nicht gekommen, daß alles in der Welt Geltung haben darf, ausgenommen das Recht! Der württembergische Staat ist aber völkerrechtlich und staatsrechtlich und obendrein durch einen speciellen Vertrag verpflichtet, das fürstliche Haus Thurn und Taxis im Besitze und Genusse der Posten in Württemberg zu belassen und zu schützen, und da das Unrecht niemals Staatsraison sein kann, so müßte er durch seine Vertragsverpflichtungen sich abgehalten sehen, von einer Wahl zwischen Einziehung zum Obereigenthum, oder Allodification, wenn sie ihm bei den Lehen überhaupt zustände, bei dem Postlehen Gebrauch zu machen, und er müßte sich für die Allodification ohne Weiteres entscheiden, weil dabei allein die öffentliche Moral und das Gebot der Pflicht, also unstreitig auch seine wahre Convenienz, bestehen kann.

*) Die Redaction hatte Anfangs die Absicht, diesen ihr schon am 14. Mai zugegangenen Artikel abzudrucken, weil No. 112 der „O.P.A.-Z." manches darin Gesagte bereits enthält. Da indessen die „Augsb. Allg. Zeitung" nur der Berichtigung der Taxis'schen Interessen ihre Spalten geschlossen hat, dagegen der Ankündigung, wie No. 138 beweist, noch immer offen steht, so nimmt die Redaction nunmehr nicht Anstand, diesen Artikel abdrucken zu lassen, und erklärt, auch Fortsetzungen anzunehmen.

Deutsche Reichsversammlung.

225. (Abend-) Sitzung.

Vorsitzender: Präsident Reh.

Frankfurt, 21. Mai.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 4½ Uhr und läßt die Zählung des Hauses durch Namensaufruf vornehmen, da ihm die Zahl der anwesenden Abgeordneten nicht als zur Beschlußfähigkeit hinreichend scheint. Das Ergebniß der Zählung stellt heraus, daß 189 anwesend, das Haus daher beschlußfähig ist.

Der Erzherzog Reichsverweser benachrichtigt den Vorsitzenden, daß auf seine dringende Aufforderung Fürst Wittgenstein das Portefeuille des Kriegs übernommen habe.

Der Vorsitzende zeigt den Austritt der Abgg. Junkmann, Kahlert, Brachausen und Cornelius, ferner den Eintritt des Abg. Wolff aus Breslau an, welcher den Sitz des abgetretenen Abg. Stenzel einnimmt.

Der Vorsitzende glaubt öffentlich aussprechen zu müssen, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß die Abgg. Raveaux Trützschler und Erbe, welche die beiden Karlsruher Proclamationen unterzeichnet, dies nicht im Auftrag der Nationalversammlung gethan haben.

Abg. Fallati stellt einen dringlichen Antrag, welcher dahin geht, die Versammlung möge sich bis zum 20. Juni vertagen und das Bureau zurücklassen, dem das Recht zustünde, die Versammlung zusammen zu berufen.

Der Vorsitzende will Hrn. Fallati das Wort zur Begründung seines Antrags geben. Abg. Wesendonck wirft ihm deßwegen Parteilichkeit vor, weil der Vorsitzende diesen Antrag zur Begründung zulassen will, ehe die andern vorliegenden dringlichen Anträge erledigt sind. Vorsitzender Reh will es der Entscheidung der Versammlung überlassen. Abg. Zacharia: Insofern unser Antrag darauf hinausgeht, andere Beschlüsse zu verhindern, so verlangt sein Wesen, daß er zuerst komme. Abg. Vogt: Solche Fälle sind noch nicht vorgekommen. Simon bittet, keine überflüssige Aufregung in die Debatte zu bringen. Hr. Wesendonck hat formell Recht. Der Redner deutet darauf hin, daß die Abgeordneten der rechten Seite austreten, und das Haus beschlußunfähig machen könnten, falls es nicht nach ihrem Sinne ginge und die ihnen ungewohnte Mehrheit der Linken sie beherrschte, drückte jedoch die Hoffnung aus, daß sie es zum Wohle des Vaterlandes nicht thun werden. Der Antrag des Abg. Fallati wird nicht als dringlich erkannt und dem Dreißigerausschusse zugewiesen.

Der Vorsitzende bringt zuerst den Antrag des Abgeordneten Goltz vor das Haus, welcher dahin geht, das Haus bei Anwesenheit von 100 Mitgliedern für beschlußfähig zu erklären. Die Dringlichkeit wird dem Antrage zuerkannt. Abg. Vöcker ersucht, diesen Antrag zurückzunehmen, der die Nationalversammlung sprengen könnte. Ein Theil der Nation könne glauben, daß eine solche Abänderung Besonderes bezwecke. Abg. Umbscheiden. Die Versammlung kann nicht gesprengt werden, sie hat beschlossen, bis zum Zusammentritte des nächsten Reichstags beisammen zu bleiben. Der Redner ist für den Antrag. Abg. Fallati. Es ist uns keine Freude gewesen, diesen Antrag einzureichen. Wir wünschen durch die Vertagung zu erzielen, daß die Continuität des Rechtes der Versammlung gerettet werde, daß wir einer Auflösung derselben vertrauen. Der Redner drückt offen die Befürchtung aus, daß wenn der Antrag durchginge, der übriggebliebene Theil der Versammlung aus solchen Männern von der andern Seite bestünde, deren Bestrebungen er nicht als heilbringend betrachten könnte. Ihre Beschlüsse würden den deutschen Süden und Norden trennen, würden der Reichsverfassung nur schaden. Der Redner behält sich, falls der Beschluß gefaßt würde, das Recht auszutreten vor. Abgeordneter Löwe beklagt die Leidenschaft, die sich in diesem Augenblicke noch in der Versammlung zeigt, welche trotz ihrer geringen Zahl doch noch dem Volke das Bild der Eintracht geben sollte. (Zur Rechten.) Wir haben bisher alle Ihre Beschlüsse hingenommen, und jetzt, da Sie besorgen, daß wir etwas beschließen, drohen Sie mit dem Austritt. So vernichten Sie jeden Begriff der parlamentarischen Vertretung. Glauben Sie nicht, daß wir uns darnach sehnen, die Versammlung auf hundert herabgeschmolzen zu sehen. Schaffen Sie uns wieder die zweihundert, welche auf Ihrer Seite fehlen, und wir werden gerne wieder die Rolle der Minorität spielen. Abg. Buß macht der linken Seite des Hauses Vorwürfe wegen ihrer dringlichen Anträge, wegen der Beschlüsse der letzten Tage, die das Ausscheiden so Vieler zur Folge hatte. Die Autorität des Hauses soll nicht Bewegungen unterstützen, welche, wie die badische, die große Einheit Deutschlands und uns selbst verschlingen werden. Der Redner erwähnt des Umstandes, daß die Abgg. Raveaux, Trützschler und Erbe die bekannten Karlsruher Proclamationen unterschrieben, tadelt dieses Vorgehen von Abgeordneten dieser Versammlung, und erklärt sich für eine Vertagung. Abg. Simon aus Trier. Die rechte Seite hat uns nicht nur verlassen im Augenblicke der Gefahr, sie will uns auch noch beschlußunfähig machen. Herrn Rießers Worte gingen nicht in Erfüllung. Die Linke allein ist geblieben. Wo sind jene Männer, wo ist besonders jener Mann, der von der Ministerbank herab einen so großen Einfluß auf jene Seite übte? Er ist mit Sack und Pack ins feindliche Lager übergegangen. Haben Sie es je erlebt, daß ein Gesandter von einem Hofe, der seinen Commissionen den Krieg erklärt, auf einmal mit Sack und Pack ins feindliche Lager übergeht? (Beifall.) Wenn Sie gehen, so zerstören Sie die Einheit und die Freiheit Deutschlands. Wir wollen keine Schreckensherrschaft. Ich glaube, so gut man einem Wrangel, einem Windischgrätz das Wohl einer Nation anvertrauen konnte, eben so gut kann man es auch einer Zahl von 100 Männern. Wir befinden uns wieder in derselben Lage, wie zu den Zeiten des Vorparlaments. Wie damals können wir vielleicht wieder eine Gesammtvertretung Deutschlands herstellen. Machen Sie uns nicht beschlußunfähig. Thun Sie es, so streichen Sie die Worte von den Mauern dieser Kirche weg: „des Vaterlands Größe, des Vaterlands Glück, o schafft sie und gebt sie dem Volke zurück" und schreiben Sie hin: „das Opfer liegt, die Raben steigen nieder." (Lebhafter Beifall links und auf den Galerien.) Abg. Siemens: Es ist meine feste Ueberzeugung, daß Sie, wenn Sie diesen Beschluß fassen, dem Vaterlande schaden, und in dieser Ueberzeugung würde ich heute mein Mandat niederlegen. Abg. Welcker ersucht, den Antrag zurückzunehmen, er werde die heutige Abstimmung nicht hindern, werde jedoch austreten müssen. — Es wird zur namentlichen Abstimmung über den Antrag des Abg. Goltz geschritten. — Das Ergebniß der namentlichen Abstimmung ist, daß 101 für und 39 gegen den Antrag stimmen. Da die Gesammtzahl der Stimmenden nicht die geschäftsordnungsmäßige Zahl erreichte, so erklärt der Vorsitzende den Beschluß für ungiltig. Der Vorsitzende schließt, da die Versammlung nicht mehr beschlußfähig ist, die Sitzung und beraumt die nächste Sitzung auf Donnerstag den 24. Mai

an, mit dem Bemerken, daß bis dahin Nachrichten aus München eingetroffen sein dürften, welche auf die Beschlüsse der Versammlung Einfluß zu üben geeignet wären. Schluß der Sitzung 6½ Uhr.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

JW **Aus Jütland**, 14. Mai. Die Ereignisse in Dresden haben hier eine unendliche Aufregung bei allen, und zwar besonders bei den sächsischen Truppen hervorgerufen. Im welchem Sinne man dieselben aber umfaßt hat, zeigt am besten eine Adresse, welche die in Jütland befindlichen sächsischen Soldaten an ihre Kameraden in Dresden gerichtet haben. Dieselbe lautet:

„Brave Kameraden! Während wir freudig in diesem Feldzuge unser Blut für Deutschlands Ehre und den alten Ruhm der sächsischen Soldaten vergossen haben, habt Ihr in Dresden mit gleicher Treue an dem feierlich geleisteten Fahneneide, für Schützung des Gesetzes, der Ordnung und wahren Freiheit gekämpft. Nehmt unseren aufrichtigen Dank dafür, und die feste Versicherung, daß wir in gleichem Fall ganz so wie Ihr gehandelt hätten. Innig bedauern wir unsere verführten Mitbürger, daß sie sich von ehrgeizigen Aufwieglern und fremden Abenteurern zu solch frevelhaften Handlungen, wie sie leider in Dresden verübt wurden, haben hinreißen lassen. Aber in hohem Grade freuen wir uns, daß Ihr den Muth und die Kraft gehabt habt, denselben mit Entschiedenheit entgegenzutreten, und so die Ehre der sächsischen Soldaten zu retten. Alle unsere preußischen, bayerischen, hannoverschen Kameraden, mit denen wir hier über die Dresdener Vorfälle gesprochen haben, sind gleicher Meinung mit uns, und es lassen wir zusammen, hier in Jütland, unsere braven sächsischen und preußischen Kameraden in Dresden hoch leben. Noch einmal unsern herzlichen Dank, den wir Euch bei der Rückkehr ins Vaterland auch mündlich zu sagen bitten.

Diese Adresse ist von einem Unteroffizier verfaßt und von sehr vielen Unteroffizieren und Soldaten unterschrieben worden. Das Offizierscorps steht der ganzen Sache fern. Ueberhaupt herrscht hier durchgängig in der ganzen Reichsarmee ein trefflicher Geist der Disciplin, und aller schlimmer Stoff, den die Wühlerpartei vielleicht früher hie und da bei einzelnen Soldaten erzeugt hat, ist gänzlich verschwunden. Hier im Felde lernt der Soldat erst so recht einsehen, wie unumgänglich nothwendig ihm tüchtige, einsichtsvolle Offiziere sind, und faßt daher vermehrtes Vertrauen zu denselben. Wahrlich auch in dieser, wie in jeder andern Beziehung, kann Deutschland auf sein Reichsheer in Jütland und Schleswig-Holstein in hohem Grade stolz sein.

Vor Fridericia, 16. Mai. Heute Morgen mit Tagesanbruch stand die erste Brigade gegen Fridericia aufgestellt, alles Feldgeschütz war im Gange, die Schanzen armirt — aber nachdem einige Schüsse gethan waren, zerbrachen die Bettungen der Schanzen, und unsere Kanonen, bis auf die Mörserbatterie, mußten einstweilen ihr Feuern einstellen, theils aus dem angeführten Grunde, theils weil die Zünder an den Bomben zu kurz waren, so daß dieselben schon auf dem halben Wege zur Festung platzten. Bei dieser Lage der Dinge war der Mißmuth allgemein. Nur die nördlich liegenden Mörserbatterien, wie man deutlich sehen konnte, warfen mehrere Bomben in die Stadt. Die Dänen schossen heute verhältnißmäßig sehr wenig.

Von der Königsau, 18. Mai. Seit vorgestern Nachmittag wird Fridericia bombardirt, wenn auch nur in Zwischenräumen von je einer halben Stunde einzelne Bomben dineingeworfen werden; allein schon brennt es an mehreren Punkten, der Feind scheint sich jedoch aufs Aeußerste halten zu wollen. (B. H.)

§ **Altona**, 18. Mai, Abends. Schon vor einigen Tagen war allgemein das Gerücht in Umlauf, daß ein englisches Kriegsschiff zum Schutz und Schirm des englischen Eigenthums in der Nordsee erscheinen werde. Wirklich wurde solches in Curhaven ehegestern signalisirt. Es hat uns aber überraschen müssen, als wir mit dem heutigen Kiel-Rendsburger Abendzuge die Nachricht vernommen, daß auf Ansuchen des die Küstenstrecke zwischen Kiel und Eckernförde commandirenden Herzog von Sachsen-Coburg an die Commandantur in Friedrichsruh und Laboe, eine englische Kriegsdampffregatte, von Kopenhagen kommend, in den Kieler Hafen unbehindert einlaufen solle. Wir wissen nicht, ob sich dies mit den völkerrechtlichen Bestimmungen des Blokadereglements verträgt, weil es uns bedünkt, daß unter dem Vorgeben, sein Eigenthum in den blokirten Häfen und Gewässern zu schützen, mancherlei unheimliche Absichten verborgen sein können. Die nächsten Tage werden uns indeß hierüber Aufschluß ertheilen. Es kreuzen noch fortwährend eine Menge feindlicher Fahrzeuge vor dem Kieler Hafen und es hat fast den Anschein, als wenn sie einen günstigen Moment, wo ihnen der Wind nicht entgegen ist, abwarten wollten, um den Kampf mit den Batterien von Friedrichsruh und Laboe aufzunehmen. Die schleswig-holsteinische Kanonenbootsflotille macht hin und wieder auf den Gewässern der Ostsee kleine Excursionen, ihre Bemannung und Ausstattung, sowie die gute und seelandige Leitung derselben, berechtigen zu den erfreulichsten Erwartungen. — Die dänischen Blätter überbieten sich jetzt gegenseitig an niedrigen Verunglimpfungen alles Deutschen. Die „Berlingsche“ stimmt jetzt auch denselben Ton an, welcher sich durch alle Artikel der lügenhaften „Flyveposten“ hindurchzieht, und sagt in Beziehung auf das Einrücken der deutschen Truppen in Jütland, daß dies „theils als eine die Linke der Nationalversammlung in Frankfurt zufriedenstellende Provocation gegen Rußland, theils und vornehmlich als eine Beschäftigung der Reichsarmee zu betrachten sei, die darauf hinziele, auf längere Zeit die verschiedenen deutschen Fürsten, namentlich von Preußen, Sachsen und Hannover, an der Verwendung ihrer Contingente auf Stellen, welche der gedachten Versammlung weniger convenirten, zu behindern.“ „Wär der Gedanke nicht so gar gescheidt, man wär versucht, ihn herzlich dumm zu nennen.“

Deutschland.

Frankfurt, 21. Mai. (D. Z.) Generallieutenant Herr v. Peucker ist zum Oberbefehlshaber (Höchstcommandirenden) sämmtlicher im Süden von Deutschland wirkender Reichstruppen ernannt.

† **Wien**, 18. Mai. Die Wiedereröffnung der gewöhnlichen Trains auf der Nordbahn bestätigt die Kunde, daß nun alle russischen Truppen sich auf ungarischem Boden befinden. — Der Schauplatz der Ereignisse des magyarischen Krieges bereitet sich in Oberungarn vor, wo die russischen Truppen an den Eingangspunkten Dukla, Altendorf, Jablunka und Jardonef aufgestellt sind und die Magyaren unter Dembinski und Görgey Mähren, Schlesien und besonders Galizien zu revolutioniren suchen werden. Dadurch ist eine Verlegung des Kriegsschauplatzes nach Galizien möglich. — Feldzeugmeister Welden hält seine Armee um Preßburg concentrirt. Alle vorgefallenen Scharmützel sind bloße Scheinangriffe der Magyaren, die auf der ganzen Trace der k. k. Armee gegenüber mit kaum 30,000 Mann operiren, um jede Bewegung gegen Nordungarn abzuhalten und selbst, wenn Görgey, von den Russen geschlagen, sich zurückziehen müßte, Welden in seiner jetzigen Stellung festzuhalten. Greifen die österreichischen Truppen auf der ganzen Linie an, so ziehen sich die Magyaren in die Festung Komorn zurück, um, so wie Welden gegen Görgey vorrückt, wieder hervorzubrechen. — In Preßburg ist es still und auch in der Umgegend ist kein Kanonendonner mehr zu vernehmen. Fortwährend gehen Cavallerieznüge nach der Schütt. Drei Stunden hinter Szerdahely-Somerein steht das Gros der magyarischen Armee. — Von der untern Donau erfährt man, daß Temesvar und Panczowa, mithin das ganze Banat, in den Händen der Magyaren sich befinden. — In Somogy (Zalaer Comitat) hat sich ein 25,000 Mann starker Landsturm zusammengezogen, wovon die Hälfte mit Feuergewehren bewaffnet ist. Die Besatzungen von Marczaly, Kaposvar, Lad und Szigeth haben sich über die Drau zurückgezogen. Nopsopy's Aufruf zum Landsturm verbietet zugleich bei Todesstrafe: a) Brandlegung, Raub, Plünderung; b) Tödtung eines politischen Verbrechers ohne gerichtliches Urtheil und c) jeden, irgend einem Windischgrätz'schen Beamten irgendwie zu leistenden Gehorsam. — Nach verbürgt sein wollenden Berichten ist Ofen bereits von den Magyaren eingenommen worden. — Aus Innsbruck wird amtlich gemeldet, daß Kaiser Ferdinand am 29. d. M. daselbst eintreffen werde; gleich eilig erwartet man auch daselbst den Erzherzog Rainer.

Berlin, 18. Mai. Die Deputation aus der Grafschaft Mark bestand aus einigen zwanzig Vertrauensmännern. Sie wollten Entfernung des Ministeriums und unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung erwirken. Der Prinz von Preußen, den sie zuerst besuchten, empfing sie nicht als Deputation, sondern als „Freunde“, dann suchten sie beim Grafen Brandenburg um Gehör beim Könige nach. Der Minister lehnte es ab, dasselbe zu erwirken. Der Prinz von Preußen hatte geäußert, er könne nichts thun, um die treue Mark vor Nachtheil zu bewahren, allein die Ruhe müsse man herstellen, und sollten hunderttausend Mann aufgeboten werden. Auch aus Minden ist eine Abordnung hier. Eine andere aus den Städten Lünen, Siegen, Altena, Lüdenscheid ꝛc. war beim Prinzen von Preußen. Auf die Aeußerung: daß, wenn der König in der deutschen Frage nicht mit der Grafschaft Mark gehe, würde die ganze junge Generation demokratisch werden, erklärte der Prinz: Jeder könne seine Kinder erziehen, wie ihm gut dünke.

Die **preußische Ansicht über die Lage der Dinge im Südwesten** ergibt sich aus einem Frankfurter Artikel der „Deutschen Reform“. Wenn, meint derselbe, Bayern ein durch und durch gesunder kräftiger Organismus wäre, so könnte leicht ein neuer südwestlicher deutscher Staat auf Grund der Reichsverfassung erstehen. Eine preußische Armee zur Herstellung eines geordneten Zustandes, namentlich im Badenschen, erscheine als Nothwendigkeit. Rastatt wieder zu nehmen und dem Reiche zu erhalten, sei eine Pflicht Preußens. Man erwarte vor Allem eine Aufforderung desselben an Bayern, ob es seine Schuldigkeit thun wolle und könne. Das Organ für die Aufforderung sei die Centralgewalt; erfolge hierauf nichts, so werde vom Norden her eingeschritten werden. Unter den preußischen Truppen in Frankfurt sei die Exaltation groß, alles sei „voll Jubel“ (!!). „Nach Baden, nach Baden, wir wollen Rastatt nehmen!“ sei die Losung.

‡ **Berlin**, 19. Mai. Aus guter Quelle hören wir, daß der Befehl zur Auflösung des Gemeinderaths in Elberfeld, wegen dessen Haltung, dem jüngsten Aufstande gegenüber, ergangen ist. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Eichmann, welcher gegenwärtig in Elberfeld weilt, ist mit der Ausführung dieses Befehls beauftragt. An die Bürgerschaft von Barmen wird wegen der dem König bewahrten Treue ein Schreiben des Königs ergehen, worin in wärmster und herzlichster Weise die vollste und auszeichnendste Anerkennung ausgesprochen sein soll. — Es ist Nachricht hierher gelangt, daß von den Aufständischen in Baden die Hilfe Frankreichs angesprochen worden sei. Auch soll man sich von Karlsruhe aus wegen Anerkennung der badischen Republik an das französische Ministerium gewendet haben. Man zweifelt hier nicht, daß Frankreich beide Ansinnen auf das Entschiedenste abweisen werde. Zur Unterdrückung des Aufstandes in Baden und Rheinbayern werden die umfassendsten Vorbereitungen getroffen, nachdem die Ruhe im Umfange des preußischen Staates nun wiederhergestellt ist, und der gewaltige Umschlag der öffentlichen Meinung keine weitere Störung der gesetzlichen Ordnung in Preußen erwarten läßt. Aus guter Quelle theile ich Ihnen mit, daß der Feldzug gegen den badischen und rheinbayerischen Aufstand von Seite Preußens im Verein mit der bayerischen Macht bald beginnen wird. Preußen wird eine Heeresmacht entwickeln, die für eine rasche Ordnung der Zustände in ganz Deutschland Bürgschaft leisten dürfte. Preußens Gesammtmacht steht in ungeschwächter Kraft schlagfertig da. Der Aufbruch eines großen Theils derselben nach Süddeutschland findet mit Nächstem statt.

Posen, 17. Mai. Wir erfahren hier, und leider aus einer uns durch die Erfahrung als sehr zuverlässig bekannt gewordenen Quelle, daß in diesem Augenblicke zwischen dem preußischen und russischen Cabinete Unterhandlungen wegen Besetzung des östlichen, jenseits der Demarcationslinie liegenden Theiles des Großherzogthums Posen durch russische Truppen gepflogen werden. (Köln. Z.)

‡ **Trier**, 20. Mai. Die hiesige Oberprocuratur erließ unter dem gestrigen eine Bekanntmachung, wonach durch eine bewaffnete Bande das Landwehrzeughaus in Prüm gestürmt und von dort etwa 300 Gewehre, 150 Cavalleriepistolen und einiges Bekleidungszeug fortgeführt worden seien. Man bringt die Namen von zwei bekannten Demokraten von hier mit dem Ereignisse in Verbindung. Das Zeughaus war von einer Abtheilung Landwehr bewacht, die jedoch, wie es scheint, den Eindringenden keinen lebhaften Widerstand leistete. Am verflossenen Freitag Morgen durchliefen schon Gerüchte von einem Angriff auf das Zeughaus die Stadt und die Fama vergrößerte durch Zusetzen die Bedeutung des Ganzen. Die Aufregung stieg auf einen merklichen Grad und es bedurfte des ganzen Einflusses der Leiter der hiesigen demokratischen Partei, um einen Putsch zu verhüten. Unsere Stadt ist jetzt ganz ruhig, wenigstens dem äußern Anschein nach; was im Innern vorgeht, läßt sich freilich nicht ergründen. Ein Theil der Landwehr ist zur Einkleidung für den 23. d. M. in Saarlouis beordert. Ein Placat, welches heute die Straßenecken bedeckt, rügt die Ungesetzlichkeit der Einberufung, weil ein äußerer Feind nicht zu bekämpfen sei, und fordert zu einer Versammlung der betreffenden Wehrmänner für Dienstag den 22. d. M. auf. Es ist unterzeichnet „der Landwehrausschuß“. Auch die Gardelandwehr wird durch einen heute Morgen eingetroffenen Befehl einberufen. — Die beiden Compagnien des 39. Regimentes, welche noch bei uns garnisonirten, haben uns gestern verlassen. Sie gingen nach Luxemburg zurück, von wo sie vor ungefähr einer Woche hierher marschirt waren. Man spricht in der Stadt davon, der lebhafte Geist der Mannschaft habe ihre Verwendung zum Festungsgarnisonsdienst wünschenswerth erachten lassen. Die beiden andern Compagnien des Bataillons sind eine nach der Saar und die andere nach der Eifel (Prüm) dirigirt. Für das Bataillon ist ein Bataillon des 35. Regiments von Luxemburg gestern hier eingetroffen. — Nachschrift. Heute Morgen ist der frühere Abgeordnete zur zweiten Kammer in Berlin, Dr. Grün, gefänglich hier eingebracht worden. Seine Verhaftung soll in der Nähe von Hermesteil geschehen sein. Man glaubt, daß diese Verhaftung mit der Affaire von Prüm in Zusammenhang steht.

□ **München**, 20. Mai. Die parlamentarische Entscheidungsschlacht ist durch das linke Centrum gestern wieder auf einige Tage verschoben worden. Ihrem Versprechen vom Donnerstag gemäß haben gestern die Minister wirklich ihre Bedenken gegen Grundrechte und Reichsverfassung ausführlich vorgelegt. Wie wenig es heute möglich ist, schon das öffentliche Urtheil genau zu bezeichnen, welches sich dahier über dieses Actenstück gebildet habe oder bilden dürfte, so wenig vermochte die Kammer gestern auf das bloße Verlesen hin über den Werth oder Unwerth desselben für sie sich schlüssig zu machen. Dabei handelte es sich aber natürlich wieder über die principiellen Vorfragen. Geht die Kammer von dem Grundsatze aus, sie dürfe die ministeriellen Bedenken gegen die Reichsverfassung und ministerielle Verbesserungsvorschläge bezüglich der Reichsverfassung aus dem einfachen Grunde weder würdigen, noch discutiren, noch darüber Beschlüsse fassen, weil eben weder Einzelregierungen noch Kammern in der Lage seien, über die Parlamentsbeschlüsse noch weiter sich zu besinnen und zu verhandeln, — nun dann kann die Kammer freilich nichts thun, als alle derartige Vorlagen einfach ad acta verweisen und nach ihrem Sinne auf das Ziel losgehen. Wenn aber von diesem Grundsatze nicht ausgegangen werden will, dann wird sich ergeben, was wir gestern zur Belehrung für alle diejenigen erfahren haben, die in dieser Beziehung noch lernen müssen. Die Minister brachten ihre am Donnerstag angekündigten Vorlagen bezüglich der deutschen Fragen ein, und unmittelbar nach deren Verlesung drang die äußerste und übrige Linke darauf, daß man mit der Berathung des antiministeriellen Adreßentwurfs beginne. Da vertheidigte zunächst der Präsident Baron v. Lerchenfeld, vertheidigten auch Andere mit Aufbietung aller Mittel das Vereinbarungsprincip, und warnten die Kammer, sich des Rechts und der Pflicht der Prüfung nicht zu entäußern und zu entschlagen. Die Gegenbemühungen der Linken waren vergeblich, um das linke Centrum sich treu zu erhalten. Die Berathung über die Mißtrauensadresse ward mit 68 gegen 61 Stimmen bis zur Berichterstattung des betreffenden Ausschusses über die ministerielle Vorlage vertagt. So müssen wir uns denn noch einmal gedulden. Die letzte Schlacht wird kaum vor übermorgen geschlagen werden. Die Aussichten sind durchaus unentschieden nach dem Ausgang des gestrigen Vorkampfes. Dies fühlte auch die Linke, denn sie verließ den Saal nach der erfolgten Abstimmung in Masse, gerade so, wie vorher die Minister sämmtlich abgetreten waren, als es den Anschein gewonnen hatte, daß die Linke durchdringen werde. Wer hat nun eine andere Ansicht als die auf die Erez'sche? Freilich das ministerielle Actenstück mit den Bedenken gegen Grundrechte und Reichsverfassung enthält auch Manches, was die Linke wieder consolidiren könnte; aber daraus, daß die Ultramontanen über dasselbe schimpfen und ihm nachsagen, daß es viel zu freisinnig und nachgiebig gegen die Demokraten sei, möchten wir doch auch auf seine gute Seiten schließen. Namentlich wird die Sprache versöhnend wirken, welche sie bezüglich der Grundrechte führen. Ein einziger Punkt wird in ganz Deutschland Befremden erregen, namentlich im gegenwärtigen Augenblicke, wo von allen Seiten her so bestimmt behauptet wird, Preußen habe die Zustimmung der renitirenden Regierungen für seine Reichsstatthalterschaft erhalten, — die bayerische Regierung dringt nach wie vor auf eine Directorialspitze statt der einheitlichen!

Hannover, 18. Mai. Aus Ostfriesland ist heute eine Deputation hier eingetroffen, bestehend aus den Herren Grafen v. Wedel, v. Senden, v. Düffel, Schmeding, Petersen, Geezlow, um dem Könige die bereits mitgetheilten Beschlüsse des ostfriesischen Landtages zu übergeben.

** **Hannover**, 19. Mai. Die „Morgenzeitung“ veröffentlicht heute den Wortlaut einer Adresse, welche hanno-

erfche Abgeordnete zur deutschen Reichsversammlung und
Mitglieder der hannoverschen ersten Kammer vom Stand
r Grundbesitzer, Vertreter des Handels und der Industrie,
r Kirche und Schule und des Standes der Rechtsgelehrten
ter dem 11. Mai an den König gerichtet haben, dahin
hend, die unverzügliche Berufung eines neuen Landtags
rfügen zu wollen, da die Auflösung der zweiten Kammer
s Land mit den größten Besorgnissen erfüllt habe und
emals das Vertrauen des Volkes zu der Regierung so
othwendig, die Erschütterung desselben niemals so gefahr-
rohend gewesen sei, als in gegenwärtiger Zeit, wo die
efürchtung nahe liege, daß die Regierung über die hoch-
ichtige deutsche Frage ohne die Mitwirkung der verfas-
ngsmäßigen Landesvertretung Entschließungen zu fassen
denke und daß diese den Wünschen der großen Mehrheit
s Volke nicht entsprechen möchten.

Der „Schwäbische Merkur" enthält keine neueren Nach-
chten von Belang aus dem Badischen; aus **Stuttgart**
eldet er unterm 20. Mai: Heute früh verließ das vierte
eiterregiment, etwas über 300 Mann stark, unsere
tadt. Es marschirt zunächst nach Besigheim und sofort,
ie wir hören, von Regierungsrath Geßler als Regie-
ngscommissär begleitet, an die badische Grenze. — Ge-
rn Abend erhielt der Vorstand des Kriegsministeriums,
eneral v. Rüpplin, von der Garnison ein Ständchen.
— Der Reichstagsabgeordnete Raveaux ist hier ange-
ommen.

Die „Ulmer Schnellpost" schreibt aus **Ulm** vom 19. Mai:
Wie wir aus guter Quelle vernehmen, so hat das dritte
Reiterregiment Marschbefehl erhalten. Wohin, ist un-
ekannt.

* **Karlsruhe**, 21. Mai. Die hiesige Zeitung vom heuti-
en enthält in ihrem „amtlichen Theile" eine von dem Lan-
esausschuß abgefaßte Erklärung gegen die Proclamation
es Ministeriums Bekk und eine von Goegg im Namen der
xecutivcommission unterzeichnete Bekanntmachung, der zu-
olge „behufs eines geregelten Geschäftsganges die bisher
erschehenen Kassenbeschlagnahmen aufzuheben seien und in
Zukunft von Seiten der Sicherheitsausschüsse und Civil-
ommissarien keine derartigen Maßregeln mehr stattzufin-
en haben.

Darmstadt, 21. Mai. Heute ist nachstehende Bekannt-
machung, die Reichsverfassung betreffend, er-
schienen:

„Von verschiedenen Seiten ist an die großherzogliche Regierung das
Verlangen gerichtet worden, daß eine allgemeine Verpflichtung auf die
Reichsverfassung und insbesondere die des Militärs angeordnet wer-
den möge. Es würde die Regierung, welche bisher unablässig alle ihre
Sorgfalt der deutschen Einheit und Freiheit gewidmet hat, sicher auch,
wenn die Verpflichtung von der gesetzlichen Einheitlichen Gewalt ange-
ordnet worden wäre, nicht gesäumt haben, ohne Weiteres mit Aufrich-
tigkeit zum Vollzug zu schreiten. Eine solche Anordnung hat indessen
nicht stattgefunden; die Nationalversammlung aber hat die Verpflich-
tung den einzelnen Staaten überlassen. Insofern hiernach und bei
Berücksichtigung laut gewordener Wünsche die Anordnung aus der
Entschließung der Regierung hervorgehen soll, muß diese über Be-
deutung und Folge einer so ernsten Handlung mit sich zu Rath gehen.
Obwohl es gar sich in dem Erdreich zum Eide den Seelen vieler achtba-
rer Bürger ein hoher sittlicher Aufschwung — es ist im Angesicht der
Gefahr die Willenskraft, für das Ziel, wonach Aller Herzen streben,
als zur Selbstaufopferung einzutreten! Wer in solchem Gefühle sich
zum Eide erbietet, hat darin unter höherer Weihe dem Ihm schon ab-
gelegt; er bedarf keiner Formel und kann auf den gezwungenen Eid
der nicht Gleichgesinnten wenig Werth legen. Bei Vielen jedoch hat
die bis zur Angst steigende Besorgniß, es möge die Reichsverfassung
nicht zur Geltung gelangen, den Drang erzeugt, jedes Mittel da-
zu aufzubieten, Alle mit sich für diese Bestrebung solidar zu verei-
nigen, was der Eid bekräftigen soll. Eine andere, verwegene Partei,
welche dem Panier der Reichsverfassung nur deshalb folgt, weil sie
darunter eine allgemeine Umwälzung um so gewisser zu erreichen hofft,
verlangt die Noth ging zum Eid unverkennbar — die Ereignisse ha-
ben es gelehrt — nur in der Absicht, hierrath Volk und Regierung
zum Verderben für verderbliche Zwecke zu machen. Sieht man jedoch
davon ab, daß der wahrhafte Anhänger der Verfassung des Eides nicht
bedarf, der Eid der Gleichgiltigen und Schwachen wenig Werth hat,
und der Eid als Mittel zu vereinbartem Zweck nicht angewandt wer-
den kann, so bleibt er auch als Mittel für guten Zweck sehr bedenklich.
Die Verpflichtung auf die Reichsverfassung könnte nur auf die Ver-
pflichtung gerichtet sein, sie in dem ganzen Inhalte nach treu zu
beobachten und aufrecht zu erhalten. Zu diesem ganzen Inhalte ge-
hört aber auch und zwar als höchst wesentlicher Bestandtheil die
Anerkennung der Verfassung über ein großes Deutschland und die An-
nahme der in der Verfassung errichteten Kaiserwürde durch einen
deutschen Fürsten. Ohne dieses Oberhaupt und nur für einen beschränk-
ten Umfang kann die Reichsverfassung nicht eingeführt werden.
Wenn man auch die Regierung den Wunsch, daß in der von der
Nationalversammlung beschlossenen Verfassung Deutschland Ein-
heit, Freiheit und Ruhe finden möge, noch so lebhaft theilt und
erkennt ist, mit allen rechtlichen und zweckmäßigen Mitteln da-
hin zu wirken, so darf sie doch hierin noch nicht die Verrechtigung
finden, das Angelobniß zur Aufrechterhaltung einer Verfassung
zu fordern, deren Durchführung in wesentlichen Punkten mächtige
Hindernisse findet. Der denkende, gewissenhafte Mann müßte sich im
Augenblick, in welchem er ein heilig bezeugtes Versprechen ablegt,
sprechen, daß dessen Erfüllung durch Ereignisse bedingt ist, die von
seinem Willen nicht abhängen. Wie sollte man ihm zumuthen, eine
Pflicht, die Pflicht, die Verfassung zu beobachten und aufrecht zu er-
halten, vor Gott in heiligem Gelübde anzuerkennen — im Bewußtsein
eines Unvermögens, sie vollständig zu erfüllen? Müßte er nicht die
gesprochenen Worte anders denken, als sie lauten? und was ist ein
Eid eines Jeden Meinung bedeutender Eid? Darin kann die deut-
sche Sache nichts gewinnen; sie kann nichts gewinnen durch das Un-
nehmen, gelegentliche Bedenken zu unterdrücken, welche auch in den
ersten Anhängern der Verfassung einem solchen Gelübde widerstre-
ben konnten. Ueberdies erfordert der Eid, wenn er als Mittel zur
Einheit wirken soll, auch einheitliche Form, welche nicht gegeben ist
und nur durch Anordnung der einheitlichen Gewalt oder Verständi-
gung unter den Regierungen erreicht werden kann. Durch diese of-
fene Darlegung will die Regierung die Aeußerungen der öffentlichen
Meinung ehren und Verständigung suchen. Indem sie erklärt, daß und
aus welchen Gründen sie sich zu einer Anordnung nicht zu verstehen
vermag, welche sie um der Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit willen
nicht verantworten möchte, kann sie geläuterte Gefühle nicht verletzen.
Die vertraut darum nicht weniger, daß der gute Bürger ohne ge-
setzliche Formel im Herzen gelobt für das gemeinsame Ziel, die
verfassungsmäßig gerichtete Einheit und Freiheit, in verständiger That
einzutreten, wo es deren bedarf. Sie erachtet sich darum wahrlich nicht
minder verpflichtet, alle ihre Kräfte auf Erreichung dieses Zieles zu richten.
Die Regierung nimmt nur das Vertrauen in Anspruch, was sich aus
den Sachen erzeugen muß; sie kann fordern, daß die Berechtigung
zum Mißtrauen nur auf Thatsachen gegründet werde. Stark in dem
Bewußtsein, den Gang des Rechts zum wahren Volkswohl wandeln
zu wollen, eingedenk ihres schweren Berufs in ernster Zeit, sucht sie
sich nicht zu kräftigen durch mehrdeutige Worte und Formeln, in wel-
chen die Furcht, getäuscht über Maß und Mittel, die Gefahr zu ban-
nen wähnt. Mehr als auf Worte rechnet sie auf die Gesinnung, von
Worten nicht erzeugt; sie erwartet, was im Kampfe mächtiger Interes-
sen und Leidenschaften allein retten kann, zur guten Stunde die That
der Besonnenheit auf dem Boden des Rechts und wird diesen in
keinem Kampfe verlassen. Darmstadt, den 19 Mai 1849. Großherzoglich hessisches Ministerium des Innern. Jaup. Maurer.

Mainz, 21. Mai. Gestern ging das Füsilierbataillon des 28. Regiments rheinab; demselben Weg nahm diesen Morgen das 25. Regiment. Heute rückt ein Bataillon 38er von Frankfurt hier ein. Vor dem Gauthor und auf der Mainspitze werden die Glacis rasirt! (M. Z.)

Oldenburg, 17. Mai. Die „Fassung des deutschen Reichs", wie sie von der Nationalversammlung angenommen ist, ist in dem heute erschienenen Gesetzblatte Nr. 21 publicirt. Dasselbe Gesetzblatt enthält auch das Gesetz, betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause und dasjenige über die Taggelder und Reisegelder der Abgeordneten zum Reichstage.

Braunschweig, 18. Mai. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer hat der Staatsminister v. Schleinitz das Wort genommen, um die Versammlung über das Verhalten der Regierung in der deutschen Angelegenheit zu benachrichtigen. Zunächst widersprach derselbe dem durch einige Zeitungen verbreiteten Gerüchte, unsere Regierung stände in mittelbarer oder unmittelbarer Verbindung mit dem von der preußischen Regierung nach Berlin berufenen Congresse. Er erklärte vielmehr, unsere Regierung handle in vollem Einverständnisse mit den übrigen Regierungen, welche die Reichsverfassung anerkannt hätten, und es wären unserem Gesandten in Frankfurt entsprechende Instructionen zugegangen. Allerdings habe die Regierung von der preußischen die Aufforderung erhalten, sich an dem Berliner Congresse zu betheiligen; sie habe es aber nicht gethan, würde es auch nicht thun, wenn es nicht gemeinschaftlich auch von den übrigen oben erwähnten Regierungen geschähe. Unsere Regierung habe gestern noch einen besonderen Deputirten, den Abgeordneten Schmid, nach Frankfurt geschickt. Die Gesandten der die Reichsverfassung anerkennenden Staaten hätten aber noch keinen Beschluß wegen der Beschickung des Berliner Congresses fassen können, theils weil noch viele Mitglieder fehlten, theils weil die Berathungen durch die Ereignisse in Süddeutschland gestört wären. Uebrigens würde die hiesige Regierung nie Anstand nehmen, die Abgeordnetenversammlung von allen Schritten der Regierung in dieser Angelegenheit zu benachrichtigen. (K. Z.)

A **Hamburg**, 19. Mai. Die Bewegung zu Gunsten der Reichsverfassung nimmt auch hier in allen Schichten der Bevölkerung an Selbstbewußtsein, innerer Haltung und Kraft von Tag zu Tag zu. Gestern ist in einer großen Bürgerwehrversammlung in der Tonhalle einstimmig der Beschluß gefaßt worden, eine sofortige Aufforderung an den Senat ergehen zu lassen, die Bürgerwehr und die Hanseatische Garnison auf die Reichsverfassung zu beeidigen. Sollte dies, so heißt es in der Aufforderung, binnen achtundvierzig Stunden nicht geschehen, so werde die Bürgerwehr den Act der Vereidigung selbst vornehmen. Die Volksversammlungen sind auch bei uns wieder in der Blüthe; in den nächsten Tagen wird eine solche auf der Sternschanze, einer großen Ebene unweit der Stadt, abgehalten werden. Gegen die allgemeine Volksbewaffnung hat sich der Senat erklärt, weil hierzu gar kein Grund vorliegt und die Bürgerwehr unseren staatlichen Ansprüchen genügt. Uebrigens ist bei dem gesunden und praktischen Sinn der Bevölkerung anzunehmen, daß diese an sich unschuldigen Manifestationen nicht über das Geleis der Gesetzlichkeit hinausgehen werden. Unsere Constituante wird in einigen Wochen das Verfassungswerk beendet haben.

Schweiz.

Bern, 18. Mai. (B. B.) Heute beschloß der Bundesrath die Internirung sämmtlicher aus dem Badischen anströmenden Flüchtlinge auf 6 Stunden von der badischen Grenze landeinwärts. Es versteht sich, daß auch hier den Rücksichten der Humanität die gebührende Rechnung getragen werden muß.

Frankreich.

* **Paris**, 19. Mai. Die allgemeinen Wahlen für die legislative Versammlung haben manch sonderbare Erscheinung an den Tag treten lassen. So wurden von den Mitgliedern der provisorischen Regierung nur drei wieder erwählt: Arago, Cremieux und Ledru-Rollin. Die andern acht: Lamartine, Marrast, Dupont (de l'Eure), Garnier-Pages, Marie, Flocon, Louis Blanc und Albert, wurden nicht gewählt. Dasselbe Schicksal hatten die in den Februartagen zur Regierung gelangten Carnot, Ducleric, Gourdchaux und Pagnerre. Von den vier Präsidenten der Nationalversammlung: Buchez, Senard, Marie und Marrast, ist gleichfalls noch keiner gewählt worden.

Nach der „Independance" hat die Liste der Gemäßigten 3,073,908, die der Socialisten 2,980,311 Stimmen davon getragen.

Die Bonapartisten haben nur einen ihrer speciellen Candidaten, L. Murat, durchgebracht, der zugleich auf der Liste des Vereins Poitiers stand. Dies war der Hauptgrund, weßhalb er gewählt wurde und die meisten Stimmen erhielt. Nach dem bisher bekannten Ergebnisse der Departementswahlen lassen sich in der gesetzgebenden Versammlung heftige Stürme erwarten; die in der jetzigen Versammlung nur schwach vertretene Socialistenpartei dürfte etwa 150 und die legitimistische Partei eben so viele Vertreter zählen, so daß die gemäßigte Majorität eine schwierige Stellung haben wird. Ziemliches Aufsehen erregt es, daß in der Vorstadt St. Antoine 16,000 Wahlkarten abgeholt wurden und doch nur 8000 Wähler mitstimmten. Als Grund gibt man an, daß die Wohlthätigkeitsbehörden durch Austheilung außerordentlicher Unterstützungen die ärmsten Wähler vermochten, an den Wahlen nicht Theil zu nehmen. Unverbürgt heißt es, der Feldwebel Boichot, welcher gestern seiner Haft zu Vincennes entlassen wurde, sei unter der von ihm eingegangenen Bedingung, das Mandat als Volksvertreter nicht anzunehmen, zum Unterlieutenant befördert worden. Die „Liberte", das Organ Napoleon Bonaparte's, sagt in Bezug auf das Ergebniß der Wahlen, die beklagenswerthe Politik Louis Napoleon's habe die bonapartistische Partei gelähmt, die thörichten Hoffnungen der Royalisten ermuthigt, und dadurch den Socialisten eine Energie und numerische Stärke gegeben, die Niemand vor 2 Monaten hätte voraussehen können.

* **Paris**, 19. Mai. Das Resultat der Wahlen zu der legislativen Versammlung ist nicht so ausgefallen, wie die Conservativen seit langer Zeit gehofft haben. Wenn auch die gemäßigte Partei im Allgemeinen in der Majorität blieb, so ist doch die Minorität auf der andern Seite nichts weniger als schwach, und wie übertrieben immer die Besorgnisse, welche man wegen der bevorstehenden Zukunft Frankreichs jetzt schon äußert, und als deren Maßstab der gestern an der Börse verbreitete panische Schrecken angesehen werden kann, sein mögen, so läßt sich doch nicht verkennen, daß in dem Wahlergebniß eine Hoffnung auf eine baldige Consistenz der staatlichen Verhältnisse, auf eine Wiederkehr dauernder Sicherheit und Ordnung nicht begründet ist. Es ist Thatsache, daß hier in der Hauptstadt die socialistische Partei seit dem letzten Jahr bedeutend an Terrain gewonnen und auch in den Provinzen, wenngleich nicht in demselben Maßstabe, doch immerhin ein viel günstigeres Resultat, als sie selbst erwartet hatte, erlangt hat. Die Ursache dieser Erscheinung, so auffallend sie sein mag, ist doch eine ganz natürliche. Auf der einen Seite das consequente, feste Zusammenhalten einer Partei, die zur Erreichung ihrer Zwecke kein Mittel scheut und unbeirrt von äußern Einflüssen ihr Ziel verfolgt, auf der andern eine aus vielen Fractionen zusammengesetzte, unter sich uneinige, durch persönliche Beweggründe von dem Hauptzweck abgeleitete; wie konnte da das Ergebniß ein anderes sein? Concordia res parvae crescunt war nicht der Wahlspruch, den die Conservativen im Auge behalten oder bei ihren Widersachern gefürchtet haben, sie würden sonst nicht, trotz der traurigen Erfahrung eines ganzen Jahres, unaufhörlich wieder uneinig geworden sein und dem Gegner, der numerisch schwächer, aber durch sein compactes Streben moralisch stärker war, so leichten Kaufs das Feld geräumt haben. An den Conservativen hat sich wie schon oft, so auch diesmal wieder das Wort: Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen, zu ihrem größten Schaden bewahrheitet. Wie nachtheilig indeß auch die jetzigen Wahlen für die Sache der Gemäßigten sich herausgestellt haben, immerhin ist es nicht gerechtfertigt, aus dieser Thatsache Grund zu Befürchtungen vor einer Verlebendigung aller socialistischer und communistischer Theorien, welche seit mehr als einem Jahre die staatliche Existenz bedroht haben, und noch bedrohen, zu schöpfen. Es sind viele Wahlen im demokratisch-socialistischen Sinne ausgefallen, das heißt, die Candidaten, welche diese Partei aufgestellt hatte, haben vor denen der Gemäßigten die Oberhand behalten, allein man muß nur bedenken, daß für die Wähler der socialistische Candidat der Oppositionscandidat war und daß es sehr viele Leute gibt, die, weil sie mit der Regierung unzufrieden sind, für den Oppositionscandidaten stimmen, ohne sich weiter darum zu bekümmern, ob dieser auch ihre eigene Gesinnung repräsentirt. Ueberdies aber nehmen viele den Namen demokratischer Socialisten an, ohne sich deßhalb zu dem Princip der demokratisch-socialen Republik in seinen ganzen Consequenzen zu bekennen. Sie nennen sich so, aber sie sind weit entfernt, zu einer Ausführung der Theorien, wie sie Proudhon oder Louis Blanc aufgestellt hat, die Hand zu reichen. Ein anderer Factor endlich kommt noch dazu: der Socialismus ist in der Mode, und man weiß, welch magischen Einfluß dieses Wort auf den Franzosen ausübt. Dies alles in Erwägung gezogen, ergibt sich der natürliche Schluß, daß der Socialismus wohl viel Stimmen, aber nicht eben so viel wahre Anhänger gewonnen hat, und wir sind fest überzeugt, daß ein Versuch, die Ereignisse des Juni zu wiederholen, nicht allein mit der Wiederkehr der damaligen Folgen, sondern mit der gänzlichen Vernichtung der demokratisch-socialen Partei endigen würde.

Börsenberichte.

Frankfurt, 21. Mai. Ein abermaliger bedeutender Rückfall der Renten von Paris vom 19. d. M., welcher durch Taubenpost zur Börsenzeit bekannt wurde, versetzte nicht auf den Stand sämmtlicher Papiere ungünstig einzuwirken, es stellten sich hierauf wiederum alle Course niedriger als gestern. 5pCt. Metall. bleiben 73½, pCt., 2½pCt. Metall 39 pCt., Wienerbankactien 1 66 Bf., 500 fl. Loose 122½ fl., 250 fl. Loose 74 pCt. Kurhess. 40 Rthlr. Loose 26½, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 23½, fl., do. 50 fl. Loose 46½ Bf., Darmstädter 25 fl. Loose 21 fl., do. 50 fl. Loose 48½ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20½ fl., Sard. Loose 25 Fr., Pein 500 Loose 72½, Rthlr. Von süddeutschen Obligationen waren 4½pCt. Württemberger 92½, pCt., do. 3½pCt. 75 pCt., Bad. 3½pCt. Obligationen 73½, pCt., do. 5pCt. do. vom Jahr 1848 93½, pCt., Nassauer 3½pCt. Obligationen 79 pCt., do. vom Jahr 1849 99½, pCt. Von deutschen Obligationen waren 2½pCt. belg. 43, do. 4½pCt. 82½, do. 5pCt. 90½, Holl. 2½ pCt. Integr. wegen Mangel an Vorrath von Stücken in benannte Fonds begehrt 50 pCt. Von Eisenbahn bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 33½, pCt., Berbach 67½ pCt., Köln-Minden 76½, pCt., Taunus 268 fl. 5pCt. inländ. Span. schließen 23½, G. Von Wechseln Amsterdam 101½, London 121½, Paris 95½, Wiener 101, Berlin und Leipzig 105½, ½, Hamburg 88½.

Wien, 19. Mai. 5pCt. Metall. 89½. à 90. — 4pCt. 72. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1120. — 500 fl. Loose 147½. — 250 fl. Loose 91½. — Nordbahnactien 94½. — Elogagnier 93½. — Mailänder 71.

Fonds und Actien zu höhern Coursen begehrt, und sind namentlich Nordbahnactien steigend. Devisen sind ansehnlich zurückgegangen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Für die Unglücklichen in Dresden

sind ferner bei uns eingegangen von B. R. 21 fl.; L. C. und L. 3 fl.; G. W. H. 2 fl.; L. D. 5 fl.; A. D. 1 fl. 45 kr.; C. J. 24 kr.; J. 30 kr.; K. und J. 30 kr. Weitere Beiträge wird dankbar entgegen

die Red. der O.-P.-A.-Z.

[1414] **Erklärung.**

Die Offiziere des badischen Armeecorps, welche durch die neuesten unglücklichen Ereignisse in ihrem Vaterlande genöthigt waren, auf fremdem Boden Schutz zu suchen, sehen sich veranlaßt, die Beweggründe zu diesem äußersten Schritte zur öffentlichen Kenntniß zu bringen:

Vor einigen Tagen brach in der Reichsfestung Rastatt eine Meuterei und Empörung unter dem größten Theil der Besatzungsmannschaft aus, welche alle Bande der Disciplin löste, die gesellschaftliche Ordnung, die gesetzliche Freiheit, sowie das Eigenthum bedrohte. Den Offizieren, welche Alles versuchten, die Aufrührer zur Treue zurückzubringen, wurde unter grausamer Mißhandlung ihrer Person und theilweiser Zerstörung ihres Eigenthums der Gehorsam auf das hartnäckigste verweigert. Die Festung gerieth in die Hände der Meuterer.

Rasch nach einander wurde die Fahne des Aufruhrs in andern Orten aufgepflanzt. Namentlich war es in Karlsruhe, wo am Abend des 13. Mai die Empörung trotz der an demselben Tage stattgehabten Beeidigung auf die Reichs-Verfassung alle Schranken des Gesetzes durchbrach.

Mit der größten Aufopferung und mit gänzlicher Hintansetzung der eigenen Person haben die Offiziere, so wie treu gebliebene Unteroffiziere und Soldaten auch hier der Empörung Einhalt zu thun versucht, doch vergebens. Im Vereine mit einem wüthenden Pöbel fanden thätliche Mißhandlungen der größten Art statt, die Pflichttreuen wurden bedroht, mißhandelt, ja selbst getödtet; Raub und Plünderung gesellten sich dazu.

Die Offiziere verharrten auf ihrem Posten, bis auch die letzte Aussicht auf Wiederherstellung des Gehorsams und der Disciplin verschwunden war. Der Großherzog nebst seiner Familie war, so wie seine Minister, gezwungen, sich zu entfernen. Die meuterischen Soldaten stellten sich freiwillig unter die Befehle einer „provisorischen Regierung", die als nicht verfassungsmäßig von den Offizieren in Folge ihrer geschworenen Treue nicht anerkannt, noch weniger unterstützt werden konnte.

Jene Offiziere daher, welche nicht mit Gewalt zurückgehalten wurden, faßten sich Angesichts dieser Zustände zur Wahrung ihres Eides und um nicht mit offenen Empörern sich verbinden zu müssen, außer Stand, länger an der Spitze ihrer Truppen zu bleiben.

Bei diesem Sachverhalt glauben die betreffenden Offiziere nur den Gesetzen der Ehre und ihrem Eide gewissenhaft nachgekommen zu sein. Sie sehen sich, um jeder Mißdeutung ihres gethanen Schrittes vorzubeugen, veranlaßt, diese Erklärung mit dem Anhängen niederzulegen, daß sie nur die Befehle ihres Fürsten, beziehungsweise dessen verfassungsmäßigen Nachfolgers, für sich als bindend anerkennen.

[1404] **General-Agentur**

für Fremde in London und in den drei vereinigten britischen Königreichen.

Unentgeltliche Auskunft über englische Sitten und Gebräuche. Capitalien und Berathung um Patente zu erlangen und auszubeuten.

Erfindungen, Entdeckungen, Pläne und überhaupt für alle Geschäfte.

Incasso, Erbschaftserhebungen, Naturalisationsangelegenheiten, Käufe und Verkäufe von aller Art Waaren.

Capitalanlagen in den englischen Staatsfonds und Lebensversicherungs-Gesellschaften, überhaupt in allen industriellen und Handelsangelegenheiten Englands.

Abonnements und Bekanntmachungen in allen Journalen um sehr mäßige Preise. — Man wendet sich an die Herren Loysel & Co., alleinige officielle Agenten der Presse, der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung und der Eisenbahnen des Continents in England. Patentirte Fremden- und General-Agentur 34 Essex Street Strand in London.

NB. Unfrankirte Briefe werden unbedingt nicht angenommen.

[1401] In der B. Schmid'schen Buchhandlung (J. C. Kremer) in Augsburg ist so eben erschienen und wurde heute bereits versandt; zu haben in der Andreä'schen Buchhandlung in Frankfurt a. M.:

Zehn Pfingstpredigten.

Herausgegeben

zum Besten des Missions-Vereins in der Erzdiöcese München-Freising.

Aus einem schriftlichen Nachlaß eines ausgezeichneten Predigers.

Erste Lieferung

(enthaltend diese zehn Predigten).

8. broschirt. 30 Kreuzer oder 10 Neugroschen.

[1374] Dienstag den 15. Mai und von da an täglich Vormittags von 11 bis 1 Uhr und Abends von 7 bis 9 Uhr

Concerte

auf dem von M. Welte aus Vöhrenbach im badischen Schwarzwald verfertigten großen mechanischen nach Odessa bestimmten Musikwerke

Orchestrion

im großen Saale des „Weidenbusches".

Eintrittspreis an der Kasse: das Billet 30 kr., Kinder die Hälfte, in der Musikhandlung von C. André.

Unter vorheriger Rücksprache werden auch besondere Concerte für Familien gegeben.

[1413] **Bekanntmachung.**

Das Großh. Badische Eisenbahn-Lotterie-Anlehen zu 15 Millionen Gulden von 1845 betr.

Die Ziehung derjenigen 30 Serien, welche die in der 14. Gewinnziehung mitspielenden 1000 Loos-Nummern bezeichnen, wird

Donnerstag den 31. d. M., Nachmittags 3 Uhr, im Ständehaus dahier öffentlich vorgenommen werden.

Karlsruhe, den 18. Mai 1849.

Großh. Eisenbahnschuldentilgungs-Kasse.

[1215] **Stenographischen Unterricht**

ertheilt nach dem System von Gabelsberger

J. Müller, Lehrer der Handelswissenschaften, Wollgraben Nr. 11 neu.

[1369] **Für Auswanderer.**

Da die Passage über **Hamburg** und **Bremen** durch die Affiche dieser Plätze für Auswanderer nun genehmigt ist, macht Unterzeichneter, vom belgischen Ministerium zum Schutze für Auswanderer ernannter Inspector hiermit bekannt, daß im dießjahrigen Hafen für den Monat Mai sieben große Dreimaster-Schiffe für Passagiere zur Abfahrt nach **New-York** bereit liegen, gefolgt von mehreren andern, welche sich auch schon in unserem Hafen befinden.

Von meiner Seite werde ich mit dem größten Vergnügen jeden möglichen Schutz und Protection gewähren und bin überzeugt daß Auswanderer mit aller Sicherheit ihren Weg über diesen Platz nehmen können.

Antwerpen, den 3. Mai 1849.

Inspector zum Schutze der Auswanderer.

Thielens.

[1292] **Selterser Mineralwasser.**

Die mit dem Selterser Krugzeichen versehenen Krüge werden nach Consumtion des wahren Inhalts nicht selten dazu benutzt, anderes Mineralwasser in denselben zum Verkauf zu bringen.

Die unterzeichnete Verwaltung sieht sich daher veranlaßt, auf diesen Verkauf mit dem Bemerken aufmerksam zu machen, daß, abgesehen von den bekannten äußern Kennzeichen der Krüge, alles ächte Selterser Mineralwasser nur durch Stopfen geschlossen wird, welche am untern Theil mit dem hierneben abgedruckten Brandzeichen versehen sind.

Niederselters, den 1. Mai 1849.

NASSAU SELTERS

Herzogl. Nass. Brunnen-Comptoir

Rotwitt.

Herzoglich Nassauische Domanial-Wein-Versteigerung betr.

Eingetretener Hindernisse wegen können die mittelst der Bekanntmachung vom 8. d. M. auf den 4., 5. und 6. Juni l. J. auch schon denen Weinversteigerungen zu Elivilla, Eberbach und Rüdesheim vorerst nicht abgehalten werden, wovon das Publikum mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt wird, daß wegen Anderaumung anderweiter Termine Nachricht in diesem Blatte gegeben werden soll.

Wiesbaden, den 19. Mai 1849.

Aus der Kanzlei

[1410] Herzoglicher General-Domänen-Direction.

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1849.

Mai.	Barometer bei 0° R. 9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Thermometer R. 9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Thermograph. Nacht	Tag.	Wasserhöhe des Mains. Rh. F.	Wind. 9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Wetter. 9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
6	330‴7	330‴2	330‴6	+ 13·0	+ 16·8	+ 10·2	+ 8·0	—17·7	1′ 6″	NO.	NO.	NO.	w.	w.	w.
7	330‴8	330‴5	330‴5	+ 12·8	+ 14·0	+ 10·5	+ 9·3	—15·0	1′ 6″	NO.	N.	N.	t.	t.	R.
8	330‴7	330‴8	331‴3	+ 12·1	+ 12·0	+ 9·0	+ 10·1	—13·6	1′ 4″	N	NNO.	—	t.	R.	R.
9	332‴7	333‴0	333‴4	+ 7·1	+ 8·2	+ 7·6	+ 6·4	+ 8·3	1′ 0″	SW.	SW.	SW.	t.	t.	t.
10	333‴4	333‴3	333‴3	+ 8·0	+ 10·1	+ 6·4	+ 6·5	—10·2	0′ 5″	SW.	WSW	—	t.	t.	ht.
11	332‴9	332‴2	332‴7	+ 9·1	+ 13·0	+ 8·5	+ 2·9	—13·0	2′ 6″	S	S.	S.	kl. ht.	w.	t.
12	334‴7	335‴7	336‴7	+ 10·6	+ 13·7	+ 9·7	+ 6·6	—14·1	3′ 8″	N.	N.	—	w.	w.	t.
M.	332‴3	332‴2	332‴6	+ 10·4	+ 12,5	+ 8·8	+ 7·2	—13·1	2	1″					

Am 6. Nachmittags um 5½ Uhr Gewitter aus Westen mit starkem Regen.

NB. Aus Versehen sind in unserer vorigen Tabelle die Mittel der beobachteten Barometer- und Thermometerstände weggeblieben. Sie heißen der Reihe nach: 333·9, 333.2, 333. 4, + 12.6, + 14.4, + 9.7, + 6.8, + 15.9. Das Mittel der Wasserhöhe ist = 1′ 11″ rh. F.

[1416] **Nachricht an C—z.**

A—z mit Mutter und Schwester und **C—z** mit Familie sind in Lauterburg.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustsyrup von Georgi in Cöln, welcher derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditor Schott, große Sandgasse, zu haben.

Commissionäre sind: Hr. Conditor J. C. Schlemmer in Mainz. [1380]

[1392] **Große süße Orangen bei Milani-Minoprio,**

kleiner Hirschgraben Nr. 3.

[1381] In der Eisenbahnstraße ist eine sehr freundliche Wohnung von 14 Zimmern mit Gartenvergnügen zu vermiethen, mit oder ohne Möbel. — Näheres auf der Expedition.

[1391] **Amerika.**

Die pr. 1. Juli verfallenen Coupont der 6pCt. Amerikanischen Obligationen werden von heute an schon eingelöst; auch sind Wechsel auf New-York ꝛc. stets zu bekommen durch

Raphael Erlanger,

in Frankfurt a. M., Zeil, Weidenhof.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[1411] Folgender Steckbrief wird auf Ersuchen des Königl. Bayerischen Herrn Untersuchungsrichters für den Bezirk Kaiserslautern veröffentlicht.

Frankfurt a. M., den 18. Mai 1849.

Peinlich Verhör-Amt.

Steckbrief.

In der Nacht vom 13—14. Mai letzthin ist der unten signalisirte wegen eines begangenen qualifizirten Diebstahls zu fünfjähriger Zwangsarbeit verurtheilte Johann Pastor von St. Johann Rohrbach bei Saargemünd, aus dem Central-Gefängniß dahier entwichen.

Es ergeht demnach an sämmtliche Polizeibehörden, an die Gensd'armerie des Kreises, sowie an jedermann die dringende Aufforderung, auf diesen höchst gefährlichen Individuum sorgfältig Acht zu haben, dasselbe im Betretungsfalle zu verhaften und es dem Unterzeichneten vorzuführen zu lassen.

Signalement.

Alter: 32 Jahre.
Größe: 5′ 7″ 7‴.
Haare: blond.
Augenbrauen: blond.
Stirne: hoch.
Augen: blaugrau.
Nase: gewöhnlich.
Mund: etwas.
Zähne: gut.
Bart: röthlich-braun.
Gesichtsfarbe: gesund.
Gesichtsform: länglich.
Statur: untersetzt.

Besondere Kennzeichen.

Auf beiden Armen mit schwarzblau und rother Farbe eingeätzte Zeichen. Dann auf der Brust und zwar oberhalb der Herzgrube mit eben solchen Farben: eine Blumenvase mit einem Fußgestelle, zu beiden Seiten je eine größere Blumenvase und dazwischen die Jahrszahl 1834. Oberhalb der mittlern Vase zwei gekreuzte Rapiere mit einem Bande zusammengeknüpft. Links zwei flammende mit einem Pfeile durchbrungene Herzen und der Name Pastor, Jean, rechts das Kreuz der französischen Ehrenlegion und der Name Libgot Marie, außerdem an beiden Seiten des Halses gegen die Wangen frische Narben von vertheilten Stroppel-Geschwüren. Bekleidet war derselbe mit einem grau baldrianenen Wamms mit schwarzen Kragen, Weste und Hosen von gleichem Stoffe und Farbe, letztere an deren Seiten mit schwarz gewirbelten Knöpfen versehen.

Kaiserslautern, am 15. Mai 1849.

Der k. Untersuchungsrichter.

Precht.

[1327] **Edictalladung.**

Verfügung

in Sachen

der Wittwe des Christoph Mengel, Dorothea Elisabetha, geb. Beck, zu Niederthone, Klägerin

gegen

die Erben des verstorbenen Particuliers Johann Friedrich Menzing zu Eschwege, Beklagte,

die Ertheilung einer gerichtlichen Quittung über den Abtrag der Darlehensforderungen aus zwei Schuld- u. Pfandverschreibungen und die Zurückgabe der letztern betreffend.

Die Beklagten haben sich auf die nachstehende Klage:

An Kurfürstliches Justizamt Eschwege I. Kurfürstliches Justizamt! Die Wittwe des Christoph Mengel, Dorothea Elisabetha, geb. Beck, zu Niederthone, Klägerin gegen die Erben des verstorbenen Particuliers Johann Friedrich Menzing zu Eschwege, Beklagte, „die Ertheilung einer gerichtlichen Quittung über den Abtrag der Darlehensforderungen aus zwei Schuld- und Pfandverschreibungen und die Zurückgabe der letztern betreffend".

Anlagen A. B. C. D. E. F.

Der ohne Testament verstorbene Particulier Johann Friedrich Menzing zu Eschwege lieh

1) dem Kaspar Beck und dessen Ehefrau Eva Christina, geb. Funk, sowie dem Christoph Rose und dessen Ehefrau Martha Elisabeth, geb. Beck, zu Datterode auf eine gerichtliche Schuld- und Pfandverschreibung vom 18. März 1804 ein zu 5 pCt. zu verzinsendes, nach einer 3monatlichen Kündigung zurückzahlendes, durch gerichtlich bestätigte Specialhypothek gesichertes baar ausgezahltes Kapital von einhundert Thalern und

2) dem Kaspar Beck und dessen Ehefrau, Eva Christina, geb. Funk, zu Datterode, auf eine gerichtliche Schuld- und Pfandverschreibung vom 10. März 1804 ein zu 5 pCt. zu verzinsendes nach einer dreimonatlichen Kündigung zurückzahlendes, durch gerichtlich bestätigte Specialhypothek gesichertes baar ausgezahltes Kapital von zweihundert zwanzig Thalern.

Beide Capitalien nebst den Zinsen waren sind im Mai 1847 laut der Anlagen A B C abgetragen worden. Der Darleiher hat aber weder jene drei Obligationen zurückgegeben, noch gerichtliche Quittungen über die Zahlungen seiner Forderungen ausgestellt, sondern sein Bevollmächtigter, Kaufmann Friedrich Wilhelm Menzing zu Eschwege, hat nur jene beiden Quittungen unter A und B, deren gerichtliche Beglaubigung aber erst am 2. August 1847 erfolgt ist, von sich gegeben.

Der Gläubiger Johann Friedrich Menzing ist laut der Anlage D am 2 Juni 1838 seinen Standes gestorben. Die Anlage E besagt, daß es unbekannt ist, wer ihn beerbt hat und wo seine Erben sich aufhalten.

Die oben erwähnten beiden Schuld- und Pfandverschreibungen befinden sich bei den Civilprotocollen des Kurfürstlichen Justizamts Netra M. Nr 292a und 292½.

Die ohne Testament verstorbenen Schuldner beglaubigtermaßen Miteigentümer, meine Eltern, Kaspar Beck und dessen Ehefrau Eva Christina, geb. Funk sind von mir und meinen Geschwistern beerbt worden und wir haben ihren Nachlaß, insbesondere auch die zur Sicherheit jener beiden Schuldposten der Zinsen davon und der Kosten als Special-Hypothek eingesetzten Immobilien unter uns vertheilt und diese derselben sind mir dadurch zugefallen.

Mehrere Miterben meiner Eltern sind nach Amerika ausgewandert.

Der Gläubiger Johann Friedrich Menzing hat verboten, nach den Anträgen seiner Forderungen gerichtliche Quittungen darüber auszustellen und die Original-Schuld- und Pfandverschreibungen herauszugeben. Diese Verbindlichkeit ist von ihm auf seine Erben übergegangen.

Jeder einzelne Hypothekarschuldner kann für sich allein auf seine Kosten von dem Gläubiger eine gerichtliche Quittung über den Abtrag der Schuld und die Zurückgabe der Schuldurkunde, insofern diese noch nicht getilgt ist, verlangen und im Weigerungsfalle darauf klagen.

Da die Erben des Gläubigers und ihre Aufenthaltsorte unbekannt sind, so ist die öffentliche Vorladung derselben erforderlich ꝛc.

Ich überreiche daher die Vollmacht unter F und der Bitte:

einen Termin zur Erklärung der Beklagten zu bestimmen, dieselben dazu öffentlich vorzuladen ꝛc., dann aber dieselben schuldig zu erkennen und anzuweisen, mir eine gerichtliche Quittung über den Abtrag des Capitals à 100 Thaler aus der gerichtlichen Schuld- und Pfandverschreibung vom 18. März 1804 und des Capitals der 2 0 Rthlr. aus der gerichtlichen Schuld- und Pfandverschreibung vom 10. März 1804, der Zinsen beider Capitalien und der Kosten auszustellen und die erwähnten beiden Schuld- und Pfandverschreibungen zurückzugeben, auch denselben in alle Kosten zu verurtheilen.

Kurfürstliches Justizamt

gehorsamste Klägerin.

im Termin den 27. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr, wo contumacirt werden kann, beim Rechtsnachtheile des Kostenersatzes, eventuell den 25. Juli d. J., Vormittags 10 Uhr (Contumazialtag) unter dem Rechtsnachtheile des Eingeständnisses und der Ausbleibung persönlich oder durch einen gehörig legitimirten Bevollmächtigten vernehmen zu lassen, und wird bemerkt, daß die weiteren Verfügungen nur am schwarzen Brette werden angeschlagen werden.

Eschwege am 26. April 1849.

Kurfürstl. Hess. Justizamt I. das.

Ewald.

Vegl.: Lohrey.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Konversations-Blatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Dienstag (Beilage zu Nro. 120.) 22. Mai 1849

Deutschland.

** **Frankfurt**, 22. Mai. Aus bester Quelle kann ich Ihnen Folgendes mittheilen: Der k. preuß. Generallieutenant v. Peucker ist von dem Erzherzog-Reichsverweser zum Oberbefehlshaber eines Corps ernannt, das in der Gegend von Frankfurt zusammengezogen, und von dem die hiesige Garnison einen Bestandtheil bilden wird. Schon in den nächsten Tagen treffen bedeutende Verstärkungen bei den hier concentrirten Reichstruppen, welche jetzt 12,000 Mann stark sind, ein, und das Corps wird eine imposante Stärke erhalten. Welche Generale unter Herrn v. Peucker die größeren Abtheilungen führen werden, ist noch nicht bekannt. Welche Zwecke auch mit der Zusammenziehung dieses Corps verbunden sein mögen, die Wahl des Generallieutenant von Peucker wird den allgemeinsten Anklang finden, da die erfahrensten Offiziere ihm alle Eigenschaften zugestehen, welche von dem Befehlshaber großer Truppenmassen gefordert werden: neben der Energie Mäßigung, unverwüstliche Thätigkeit, die Fähigkeit, das Vertrauen und die Liebe der Soldaten zu gewinnen, und endlich jene seltene, höhere Bildung, ohne welche der General im großen Maßstabe nicht bestehen kann. Da das Corps aus sehr verschiedenartigen Bestandtheilen besteht, so wird die Organisation desselben vielleicht einige Schwierigkeiten darbieten. — Der bisherige interimistische Truppenbefehlshaber, General v. Bechtold, wird zu dem in Rheinhessen zusammengezogenen Corps binnen Kurzem abgehen; der bisherige Commandant von Frankfurt, Major Deetz, bleibt in seiner Function. — Der Reichsminister des Krieges hat sich bereits gestern die in seinem Ministerium angestellten Offiziere vorstellen lassen, und vollständig die Functionen seines Amtes angetreten. Er übernimmt das Ministerium unter den schwierigsten und verwickeltsten Umständen; doch behaupten Alle, die ihn näher kennen, daß es nicht leicht einen geeigneteren Nachfolger des Herrn v. Peucker gebe.

† **Frankfurt**, 22. Mai. Die lithograph. Correspondenz des Centren motivirt den in der gestrigen Vormittagssitzung der Reichsversammlung verkündeten Massenaustritt, wie folgt: „Unsere Partei, welche bisher und zwar ein ganzes Jahr hindurch die Richtung des Parlaments bestimmte und die wesentliche Urheberin der Verfassung war, befand sich schon seit einigen Wochen in einer nicht nur bedrängten, sondern geradezu in einer furchtbaren Situation. Unsere Theilnahme und Unterstützung konnten wir nur einer legalen Agitation für die Reichsverfassung zuwenden. Die Mittel zu einer solchen waren mit dem Beschlusse vom 4. d. M. erschöpft. Nachdem dieser Beschluß theils nicht eingeschlagen, theils mißverstanden, theils durch die Gewalt der Bewegung überholt war, so blieb uns keine andere Haltung als die negative des Verhinderns und die passive des Abwartens. Inzwischen aber ging im Zusammenstoß der Extreme die Bewegung über unsern Köpfen hinweg. Der Charakter dieser Bewegung stellt sich je länger je mehr als ein Kampf zwischen dem Norden und dem Süden unsers Vaterlandes dar. Die Verfassungsbewegung ist nicht mehr eine allgemeine deutsche. Das Fortagiren der Nationalversammlung im Sinne des Beschlusses vom 11. April würde den Norden nur immer mehr rebellisch, während es den Süden in immer gesteigerte Fluctuationen versetzte, deren Ziel doch sicher über der Reichsverfassung hinausläge. So entschieden wir daher auch der von uns vollendeten Verfassung vor jeder, auch der besten octroyirten Verfassung im Interesse des Ehr- und Rechtegefühls des deutschen Volkes den Vorzug geben, so halten wir es doch unter den bezeichneten Umständen für höchst bedenklich, daß eben die Reichsversammlung fortfahre, für jene und gegen diese Verfassung zu agitiren. Aber weiter. Es ist ein nicht abzuleugnendes Factum, daß die jetzige Majorität der Reichsversammlung nicht mehr die moralische Macht hat, im Sinne der früheren conservativen Majorität fortzuwirken. Es ist dies eine Folge des Umstandes, daß wir keine positive Politik mehr hatten, und es äußerte sich in der ganzen Haltung der Versammlung in der letzten Zeit. Dieselbe hatte nicht mehr die Kraft, ein Ministerium Gravell zu stürzen, und angesichts dieser Thatsache fragt man sich billig, wo die Macht herkommen soll, den verfassungsfeindlichen Regierungen gegenüber? Und doch nach einer andern Seite hin hatte diese Versammlung noch eine Macht. Wir meinen den Einfluß der Versammlung auf die öffentliche Meinung eines Theiles von Deutschland. Nur daß dieser Einfluß kein segensreicher, sondern ein verderblicher war. Hier im Süden sieht man die hiesigen Beschlüsse noch ebenso an wie ehemals; die Autorität der Versammlung ist hier wesentlich dieselbe geblieben, während eine derartige Mehrheit das Wesen der Versammlung verändert hat. An dieser Verwirrung und Irreleitung des Volkes wollen wir uns nicht länger schuldig machen. Wir wollten das Unsrige thun, die dem Vaterlande nachtheilige Versammlung ihrem Ende entgegenzuführen. Die Frage des Austritts war uns identisch mit der der Auflösung der Versammlung und jener Austritt galt uns daher als ein „Staatsstreich zu Gunsten des Wohles Deutschlands". Auch ohne einen solchen Parteiaustritt wäre das Ganze früher oder später zerfallen: aber uns schien es würdiger, durch eigenen Willen und Entschluß das Ende herbeizuführen, als es duldend über uns ergehen zu lassen. Es handelt sich für uns nur noch um die Art des Todes, nicht um den Tod selbst; der freie Tod schien der bessere. Von dieser Ueberzeugung ausgehend durften wir aber den geeigneten Moment nicht vorübergehen lassen. Der Beschluß vom 19. bezeichnete diesen Moment: derselbe wurde nun zur Wetterscheide des Bleibens und Austretens. Wir fühlten, daß wir später gemeinsames Austreten nicht mehr so in der Hand haben würden, und diese Gemeinsamkeit mußte doch der beabsichtigten Wirkung wegen unsere Hauptsorge sein." — „Wir scheiden aus der Versammlung mit der sicheren Erwartung, daß doch dereinst unser Werk, die Reichsverfassung, das Panier werden wird, um welches die Patrioten sich schaaren müssen. Wir glauben, nach dem Ausdrucke eines unserer besten Mitglieder, daß diese Verfassung eine Saat sein werde, welche „in die Furche des deutschen Gemüths eingesenkt" in nicht allzuferner Zukunft aufgehen muß. Wir haben uns Wort und Handschlag gegeben, in der Heimath unser Werk fortzusetzen und überall die Verkünder desselben und werkthätige Arbeiter für dessen Durchführung zu sein."

** **Frankfurt**, 22. Mai. In der chegestrigen Beilage unseres Blattes hat ein Artikel über das eben ins Amt getretene Reichsministerium Aufnahme gefunden, der von der Redaction in einer Marginalnote ausdrücklich als officiell bezeichnet worden ist. Anknüpfend an diesen Artikel bemüht sich heute die „Deutsche Zeitung" nachzuweisen, daß nicht das Schicksal des bekannten Welcker'schen Antrags, sondern die Ablehnung des Gagern'schen Programms seitens des Erzherzog-Reichsverwesers k. Hoh. den Anlaß zum definitiven Rücktritt des vorigen Reichsministeriums gegeben habe. Die „Deutsche Zeitung" hat Recht. Wenn sie aber ihre Argumentation, deren es für uns wenigstens nicht bedurfte, mit den Worten schließt: „Das neue Ministerium wird wohl thun, seine Organe anzuweisen, daß sie in Zukunft mit dem Sachverhalte, mit dem inneren Zusammenhange der Dinge, mit den Thatsachen es etwas genauer nehmen," — so hat sie bei diesem guten Rath wohl die Herren im Ministerialbureau im Auge, die den officiellen Artikel entworfen haben? Die „Oberpostamts-Zeitung" kann laut ihrer Redactionsnote nicht gemeint sein!

⊙ **Frankfurt**, 21. Mai. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt wurden folgende Gegenstände behandelt: 1) Wahl eines Ausschusses von fünf Mitgliedern zur Begutachtung des Gesetzentwurfes über Standesbuchführung und bürgerliche Ehe. 2) Dringlicher Antrag des Unterausschusses der Verfassungscommission, den Senat zu ersuchen, den Schuldbehörden aufzutragen, künftig keine Schüler mehr abzuweisen, und wenn Mangel an Räumlichkeit Hindernisse in den Weg legen sollte, davon Anzeige zu machen. Dr. J. Friedleben hält dafür, dieser Antrag hätte zuerst dem Gesammtverfassungsausschuß vorgelegt und von diesem der Versammlung eingereicht werden sollen; er beantragt daher Zurückweisung, welche nach einigen Bemerkungen von Dr. Kugler, Dr. Binding und Dr. Burkard beschlossen wird. 3) Fortsetzung der Berathung über den Verfassungsentwurf. Vierter Abschnitt: Von dem Volksrathe. Erste Abtheilung. Zusammensetzung und Wahl des Volksrathes. Art. 63. „Der Volksrath besteht aus sechsundneunzig Abgeordneten." Angenommen. Art. 64. „Diese werden durch unmittelbare Wahl in geheimer Abstimmung ernannt." Angenommen. Art. 65. „Es werden zwei Wahlbezirke gebildet: der der Stadtgemeinde und der der vereinigten Landgemeinden." Art. 66. „Die Stadtgemeinde wählt achtzig, die vereinigten Landgemeinden wählen sechzehn Abgeordnete." Zu diesen beiden Artikeln stellt Dr. Mappes den Abänderungsantrag: die Stadt in acht Wahlbezirke und die Landgemeinden in acht zu theilen. Die Stadt wählt 80 Abgeordnete, die sechzehn Deputirte der Landgemeinden werden folgendermaßen vertheilt: Bornheim 4, und so im Verhältniß der Bevölkerung die übrigen Gemeinden. Schöff Souchay stellt den Antrag auf Bildung von 12 Wahlbezirken, von denen jeder acht Abgeordnete zu wählen hat; er schließt sich aber später dem Antrag von Dr. Marpes an. Dr. Binding hatte zu diesem Abschnitte ein Minoritätserachten von 43 Artikeln eingebracht; da aber dasselbe auf das bereits verworfene Zweikammersystem basirt war, kam es nicht weiter in Betracht. Nach langer ziemlich unparlamentarischer Erörterung wird zum dritten Male der Schluß der Debatte begehrt und genehmigt; hierauf in namentlicher Abstimmung mit 61 gegen 33 Stimmen Art. 65 angenommen, lautend: „Es werden zwei Wahlbezirke gebildet: der der Stadtgemeinde und der der vereinigten Landgemeinden." Nächste Sitzung Donnerstag, den 24. Mai.

Ein Brief aus **Wien** vom 17. Mai meldet der „Allg. Ztg.", daß auch Arad in die Hände der Insurgenten gefallen. Bei Raab stehen die Vorposten eines Gorgey'schen Corps und das Schlick'sche Armeecorps bis auf einige hundert Schritte ihnen gegenüber. Sowohl bei diesem Corps als bei dem Welden'schen wurden viele Generale gewechselt. Welden allein hat zwölf Generale von seiner Armee entfernt. Der Kaiser hat eine aus Schönbrunn vom 12. Mai datirte Proclamation an die Völker Ungarns erlassen. Sie warnt vor den fremden Abenteurern, welche die Ungarn als ihre Werkzeuge gebrauchen. Diesem Treiben ein Ziel zu setzen und den heißersehnten Frieden zu sichern, sei die Aufgabe jeder Regierung. „Von diesen Gesinnungen erfüllt hat unser erlauchter Bundesgenosse, der Kaiser von Rußland, sich mit uns vereinigt, um den gemeinschaftlichen Feind zu bekämpfen. Betrachtet seine Heere nicht als die Feinde Eueres Vaterlandes, sie sind die Freunde Eueres Königs."

Berlin, 19. Mai. Die Nachricht, welche mehrere Blätter durchläuft, daß der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten in einer Note an den preußischen Geschäftsträger in Paris Verwahrung eingelegt habe gegen die preußische Intervention in Sachsen, erweist sich als völlig unbegründet, wie bei dem staatsrechtlichen Standpunkt dieser Frage und von der Haltung der französischen Regierung, wie sie sich bisher Deutschland und Preußen gegenüber bewährt hat, auch nicht anders zu erwarten stand. Die englischen Blätter sprechen die Hoffnung aus, daß die letzten Vorschläge Lord Palmerstons (oder vielmehr Dänemarks) in der deutsch-dänischen Frage, welche im Wesentlichen auf einen Waffenstillstand bis Ende des Jahres und auf die Demarcation Schleswigs von Flensburg nach Husum hinauslaufen, von dem preußischen Gesandten in London angenommen werden würden. Unsererseits glauben wir, daß weder die Centralgewalt noch Preußen auf ein Arrangement eingehen wird, welches den größten Theil Schleswigs ohne Garantien für seine legislative und administrative Selbstständigkeit der Discretion Dänemarks überliefern würde. Dänemark wird sich überzeugen müssen, daß durch die vorübergehenden Wirren die Kräfte Deutschlands — sicher wenigstens die Kräfte Preußens nicht so zersplittert und geschwächt sind, daß es nicht möglich bleiben sollte, auch in Schleswig einen ehrenvollen und für beide Theile billigen Frieden zu erzwingen. Einen baldigen Frieden hoffen wir also dennoch von der besseren Einsicht der Dänen in die ungeschwächte Macht Preußens, welches auch hier für Deutschland vorkämpft. Trotz der entgegenstehenden Insinuationen der „Daily News" hat Preußen nicht aufgehört in dieser Frage sich mit Deutschland zu identificiren, und ist durch seine loyale und aufopfernde Politik vor dem Verdachte, daß es einen Separatfrieden mit Dänemark anstrebe, völlig geschützt. (D. R.)

Der bisherige Bevollmächtigte Preußens in Frankfurt a. M., Camphausen, ist aus Köln hierherberufen worden, und dürfte schon heute hier eintreffen.

München, 19. Mai. Ueber die heutige Sitzung der Kammer der Reichsräthe berichtet die „N. Würzb. Ztg.": „Präsident v. Stauffenberg. Anwesend 32 Reichsräthe, worunter die Prinzen Luitpold und Adalbert, dann Herzog Max. — Galerie stark besetzt. Tagesordnung: 1) Bekanntgabe des Einlaufes und 2) Wahl einer Commission zur Revidirung der Geschäftsordnung. — Nach Eröffnung der Kammer verlas der Minister Kleinschrod das Programm des Gesammtministeriums vom 16. Mai, sowie die heute in der Kammer der Abgeordneten gleichfalls bekannt gegebenen Einwendungen der bayerischen Regierung gegen die Anerkennung der Reichsverfassung. Hierauf ging von Seite des Präsidenten die Einladung an den ersten Secretär, den Einlauf zu verlesen, zu gleicher Zeit bat Fürst Wallerstein um das Wort bezüglich der von ihm angemeldeten drei Interpellationen an das Ministerium des Aeußern. Der Präsident erklärte ihm dagegen, er habe beabsichtigt, ihn erst beim Verlesen der bezüglichen Interpellationen zu benachrichtigen, daß er ihm für heute das Wort nicht geben könne, weil der Minister v. d. Pfordten nicht zugegen sei. Als auch der Minister Kleinschrod angab, auf jene Interpellationen nicht antworten zu können, weil er deren Inhalt nicht kenne, und Wallerstein fortfahr zu sprechen, bestand der Präsident darauf, heute überhaupt keine Discussion, insbesondere nicht über die deutsche Frage zulassen zu wollen, bis der Bericht über die Einwendungen der Regierung gegen die Reichsverfassung erstattet sei. Wallerstein gab sich hiermit in soweit zufrieden, daß er „mit Wehmuth" auf das Wort verzichtete. Nach Verlesung des Einlaufes wurden diese Einwendungen der Regierung gegen die Anerkennung der Reichsverfassung dem 1. und 3. Ausschusse überwiesen, mit dem Auftrage, baldigst Bericht zu erstatten. Die Interpellation, die Fürst Wallerstein stellen wollte, lautet: Hohes Präsidium! Zeuge der den Mitgliedern der Kammer der Reichsräthe so eben amtlich übergebenen Erklärung des Gesammtministeriums beharrt dieses auf der Nichtanerkennung der deutschen Reichsverfassung und ist eine specielle Vorlage an die beiden Kammern über den Stand der schwebenden Vereinbarungsunterhandlung angekündet. Meine Ueberzeugung bezüglich der verfassunggebenden Natur der Nationalversammlung und der daraus folgenden Rechtsgiltigkeit der Reichsverfassung ist zu bekannt, um hier einer nähern Erwähnung zu bedürfen. Aber abgesehen hiervon, wünsche ich, an den Hrn. Staatsminister des Aeußern zur vollständigen Aufklärung des ministeriellen Standpunktes folgende Fragen zu richten: 1) Ist eine Vereinbarung auch nur zwischen der Nationalversammlung und den vier rein deutschen unter den dissidirenden Regierungen möglich, seit die Krone Preußens das Mandat sämmtlicher Volksvertreter aus Preußen als erloschen erklärt, und diesen Abgeordneten jede Theilnahme an der Berathung förmlich untersagt? 2) Welchen Weg gedenkt die bayerische Regierung in dieser wichtigen Begebenheit zu Gunsten ihrer Vereinbarungsansicht einzuschlagen? 3) Was hat Deutschland seitens der bayerischen Regierung zu gewärtigen, falls, wie zu Tage liegt, die beabsichtigte Vereinbarung als unmöglich erkannt werden muß? Anerkennung der Verfassung oder Mitwirkung zu einer Octroyirung? Oder was sonst?"

Dresden, 19. Mai. Das Justizministerium hat so eben eine Verordnung erlassen, nach welcher die Regierung

nicht gemeint ist, die wegen Theilnahme an dem Aufstande vom 3.—9. Mai unter Anklage Gebrachten vor Geschwornengerichte zu stellen. Sie will also von der ihr in § 67 des Gesetzes vom 18. November v. J. verliehenen Ermächtigung, Strafsachen vor Geschworne zu verweisen, diesmal keinen Gebrauch machen. Gleichzeitig hat das Ministerium die Competenzverhältnisse über die neuesten Vorgänge durch Verordnung bestimmt und zwar dahin, daß der Aufstand selbst und jeder Theilnehmer daran vor dem hiesigen Stadtgerichte, wohin auch Alles vorläufig durch das hiesige Appellationsgericht gewiesen war, verhandelt werden und die etwa als selbstständig, wenn schon mit Beziehung vielleicht auf den Aufstand begangenen Verbrechen Auswärtiger vor dem ordentlichen Richter der Thäter zur Untersuchung kommen sollen. Ein in dieser Art selbstständiges Verbrechen ist vielleicht das Aufreißen der Eisenbahnschienen bei Niederau. Bei der großen Anzahl der Angeschuldigten bekommen wir sonach einen Riesenproceß. — Die Ausweisung der Polen wird unnachsichtlich streng geübt. Der preußische und der französische Gesandte haben sich vergeblich für Einzelne verwendet und sind selbst von ihrer Verwendung abgegangen, als ihnen eine Garantie für ihre Schützlinge vorgeschlagen wurde, welche sie allerdings nicht gewähren wollten.

Gestern und vorgestern sind zwei Bataillone vom 20. preußischen Infanterieregiment und gestern noch ein Landwehrbataillon hier eingetroffen. Dagegen sind gestern und heute zwei bisher hier befindlich gewesene preußische Bataillone, sowie mehrere kleine Detachements sächsischer Truppen, nach dem Erzgebirge und Voigtland abmarschirt. Heute und morgen werden hier und in der Umgegend noch eine Batterie Fußartillerie, eine Batterie reitender Artillerie, zwei preußische Jägerbataillone, ein Bataillon Landwehr und das vierte preußische Kürassierregiment eintreffen. (D. J.)

Die „Leipz. Ztg." v. 18. Mai bringt wieder 5 Steckbriefe wegen in den Dresdner Aufstand verwickelter Personen, darunter auch gegen die Redacteure der „Dresdner Zeitung" und den obigenannten angeblichen Predigtamtscandidat Mezdorf aus Oels. — Der gegen Dr. Haußner in Pirna wegen Theilnahme am Dresdner Aufstand ergangene Steckbrief erledigt sich dem „Dresdner Journal" zufolge dadurch, daß gestern der Leichnam desselben in der Gegend von Meißen aus der Elbe gezogen worden ist.

Das Resultat der neuesten Ermittelungen hinsichtlich der bei dem letzten Aufstande Gefallenen und Verwundeten unter den Aufständischen ist folgendes: 70 bekannte und 108 unbekannte Todte, 178 in Summa. Von den Unbekannten sind 32 auf dem Annenkirchhofe und 76 auf dem neuen weiten Kirchhofe beerdigt. Verwundete befinden sich dermalen: 92 im Krankenhause zu Friedrichstadt, 26 in dem der Altstadt, 3 in der Diakonissenanstalt und 1 in der Klinik, 122 in Summa. (D. J.)

Mannheim, 21. Mai. Am gestrigen Nachmittag fand auf hiesigem Marktplatze eine große Volksversammlung statt; die Zahl der Anwesenden mag zwischen fünf- bis sechstausend betragen haben. Von den vielen Rednern nennt das „Mannheimer Journal": Mördes, Hoff, Fickler, Schmitt von Löwenberg. Außerdem sprachen ein Pole und ein französischer Offizier aus Metz. Die „bedrohte Freiheit und ihr Schutz" bildeten das Hauptthema. Die Straßen, welche zum Marktplatz führten, waren mit Fahnen geschmückt. Vor den Reden spielten abwechselnd die beiden, an verschiedenen Orten aufgestellten Regimentsmusiken, wobei die Melodie: Was ist des Deutschen Vaterland, den Anfang machte. Die Versammlung verlief in aller Ruhe und Ordnung. (M. J.)

✕ **Freiburg**, 21. Mai, Morgens. In der Stadt herrscht die vollkommenste Ruhe; weder Personen noch Eigenthum sind im Mindesten bedroht. Die provisorischen Behörden sind in voller Thätigkeit. Allenthalben, wo es die Verhältnisse erfordern, werden Landescommissäre hingesendet. Alle Beamten vom Civil- und Militärstand, die dem Landesausschuß entgegenzuwirken suchten oder sich nicht auf die Verfassung beeidigen ließen, wurden ihres Dienstes entlassen und durch andere, den Verhältnissen entsprechende, ersetzt. An der Spitze der verschiedenen Kanzleien sehen wir jetzt meistens Solche, die früher als Angeklagte in denselben Kanzleien gestanden, und wegen politischer Vergehen die Gefängnisse bewohnt haben. — Viele der in den ersten Tagen der Bewegung Geflohenen kommen wieder zurück, seitdem sie sehen, daß für ihre Sicherheit nichts zu befürchten ist. — Diesen Morgen ist ein Bataillon Infanterie von hier abmarschirt; nach Einigen ins Unterland, nach Andern in die benachbarten Ortschaften. — Auf heute Abend ist die Bürgerwehr aufgeboten; sie hat bewaffnet auf ihren Sammelplätzen zu erscheinen.

Schweiz.

Basel, 20. Mai. (N. Z. Z.) Da der größte Theil der hier befindlichen flüchtigen Personen aus dem Großherzogthum Baden aus Franca, Kindern und alten Männern besteht, so wird die Ausführung der durch die Bundesbehörde angeordneten Internirung auf mildeste Weise zu geschehen haben. — Gestern fand eine Gebietsverletzung unseres Kantons in Kleinhüningen statt. Etwa vierzig unbewaffnete badische Bürgerwehrmänner verfolgten drei flüchtige Offiziere, einen Feldwebel und einen Beamten bis ins schweizerische Dorf Kleinhüningen hinein. Der dort stationirte Landjäger und der wackere Drei einjährig Weber schützen die Verfolgten, bis Hilfe von Basel kam, welche die Eindringlinge abtrieb. Auf einige basterische Landjäger wurde auf Schweizergebiet angeschlagen, doch nicht abgerückt.

Italien.

Rom, 10. Mai. Der „Positivo" meldet, die ausgelösten französischen Gefangenen hätten sich sogleich bei ihrer Ankunft in Civitavecchia nach Corsica einschiffen müssen, da General Oudinot um jeden Preis verhüten wollte, daß diese von der Sympathie für Rom angesteckten Soldaten auch nur ein Wort mit ihren Kameraden wechselten. Die franz. Expedition zählt bereits 16,000 Mann und täglich langen Schiffe mit neuen Truppen an.

Ungarn.

Aus Pest, 13. Mai, schreibt man der „Const. Zeitung": Die geringe Ofener Besatzung beschießt stetig unsere Stadt und der angerichtete Schaden ist nicht unerheblich. Wie man hört, wird Ofen im Rücken heftig vom ungarischen Heere bedrängt und wir erwarten, da auch unser Commandant beordert sein soll, von hier aus anzugreifen, daß unsere Schwesterstadt bald Ruhe geben wird. Genau unterrichtete ungarische Militärs berichten, daß sich ein Theil des ungarischen Heeres von Raab bis über Stuhlweißenburg hinaus verbreitet habe, während das ungarische Hauptheer in der Gegend von Neuhäusel lagern und Truppenlinien über Dolu, Schemnitz, Kremnitz, ferner über Komorn, längs der Donau bis Czegled, gezogen habe; in Neuhäusel ist Dembinski's Hauptquartier. Dem hält mit einer ansehnlichen Truppenmacht die galizische Grenze in Augenschein, besonders in der Gegend von Kriva, Arwa. Die dort vorgefallenen Ueberrumpelungen bedeutender russischer Corps sind bereits bekannt und soll die vom 9. Mai in Betreff der erbeuteten Kanonen, Waffen und Munition sehr ergiebig für die Ungarn gewesen sein. Dembinski scheint einer Hauptschlacht mit den Oesterreichern ausweichen zu wollen und andere Pläne zu haben. Seine Truppen sind ihm sehr ergeben und wissen seine Humanität nicht genug zu rühmen. — Um Debrezin sammelt sich ein neues ungarisches Heer. Jetzt beim Postabgange hat das Bombardement nachgelassen, auf der Straße wird laut gejubelt; Ofen scheint genommen zu sein. Zwischen 9 und 10 Uhr heute Vormittag wurden hier zwei angebliche österreichische Spione erschossen.

Amerika.

Montreal, in Canada, 26. April. Ein heftiger Aufstand ist hier ausgebrochen. Der Vorwand war der den Einwohnern zugesprochene Schadenersatz für den in dem letzten Aufruhr erlittenen Schaden; der eigentliche Grund der zwischen den englischen und den französischen Einwohnern herrschende Haß. Da letztere die größere Zahl bilden, so besitzen sie kraft der Verfassung auch die Obergewalt in Regierung und Kammer. Gegen diesen Zustand protestirten die Engländer, die in einem unter englischer Botmäßigkeit stehenden Lande das umgekehrte Verhältniß als das richtige betrachten. Ein solches Verlangen aber hat Lord Russell abgewiesen. Der Gouverneur von Canada, Lord Elgin, welcher gleicher Ansicht war, hat in diesem Sinne die Localinteressen den Wünschen der ganzen Bevölkerung, die fünf Millionen Seelen zählt, untergeordnet. Sich der Mehrzahl des canadischen Parlaments fügend, hatte er als Minister einen einflußreichen Bürger französischen Ursprungs eingesetzt. Darüber ergrimmten die Engländer und erklärten die beantragte Entschädigungsbill für einen Eingriff in die Befugnisse der englischen Krone. Sie regten das Volk auf, um die Genehmigung der Bill seitens des Gouverneurs zu hintertreiben, bildeten ein englisch-amerikanisches Bündniß zur Erlangung der Oberherrschaft im Lande und setzten ein Meeting an, worin der Haß gegen den französischen Theil der Bevölkerung angeschürt ward. Gestern, am 25., erschien Lord Elgin im Parlament und sprach die Genehmigung der Bill aus. Sogleich drang diese Nachricht ins Volk, und als der Gouverneur seinen Wagen bestieg und den Rückweg zu seinem Landsitz antrat, ward er mit Pfeifen, Zischen und Schreien verfolgt und endlich mit Steinwürfen, deren einer ihm den Kopf verletzte. Das war jedoch nur der Anfang. Abends um 9 Uhr, in dem Augenblick, da die Kammer, welche den Tumult beendet glaubte, ruhig eine Rechtssache verhandelte, versammelten sich mehrere tausend Menschen um das Gebäude, warfen die Fenster ein und es erfolgte ein dermaßen heftiger Steinregen, daß die Abgeordneten sich theils in den Bibliothekssaal retten, theils unter die Bänke verkriechen mußten. Bald drangen die Aufständischen in den Sitzungssaal und jagten die Deputirten auseinander. Tische, Stühle, Bänke, Kronleuchter und Gaslampen wurden zerschlagen. Ein einziger der Deputirten, ein englischer Tory, war zurückgeblieben und wohnte, auf einer der höchsten Bänke stehend, als Zuschauer dem Scandale bei, während Einer aus der Masse den Sitz des Präsidenten bestieg, die Auflösung der Kammer aussprach und dann, trotz den Bemühungen eines Thürhüters, der arg dabei zu ächtlet wurde, mit Hilfe einiger Spießgesellen des Präsidentenstuhl sich bemächtigte und davon ging. Kaum hatte er sich entfernt, als von allen Seiten Feuerlärm ausbrach. Die Abgeordneten, die sich in die Bibliothek geflüchtet, mußten nun den wachsenden Flammen entweichen, und bald war das ganze Gebäude ein Raub der schrecklichen Feuersbrunst. Keine Hilfe ward gebracht, kein Militär erschien, die Engländer ließen Alles ruhig gewähren. Das Parlament brannte vollständig nieder, mit ihm das Archiv der Kammer und auch die Bibliothek, die einen Schatz von Werken und werthvollen Actenstücken zur Geschichte Amerikas und besonders Canadas enthielt. Nichts konnte gerettet werden. Ein prachtvolles Bildniß der Königin Victoria, welches auf den Marktplatz geschleppt worden war, wurde von denselben Menschen, die vorgeben, zur Ehre der Krone Englands aufgetreten zu sein, in Stücke gerissen. Am andern Morgen (heute den 26.) begann der Tumult auf's neue. Das Haus des gedachten Ministers Lafontaine ward geplündert und endlich in Brand gesteckt. Der Gouverneur, der auf die Nachricht von dem Umzug von seinem Landsitz herbeigeeilt war, hatte Truppen zur Bewachung der Ministerwohnung ausgesandt; diese blieben aber als ruhige Zuschauer stehen und ließen das Volk nach Herzenslust sein Vernichtungswerk vollführen. Da versammelten sich die französischen Einwohner und ließen sich als Constabler beeidigen; nun brach der Conflict zwischen den beiden Bevölkerungen aus, und es setzte blutige Köpfe auf beiden Seiten. In diesem Augenblick (Abgang des Steamers) hat der Aufstand die Oberhand, und noch keine Maßregel zur Dämpfung desselben ergriffen werden können. Von einem Umsturz der Regierung ist bis jetzt nicht die Rede; wohl aber verlangen die Aufständigen die Rückberufung des Lord Elgin, und drohen im Falle einer Weigerung mit der Trennung der beiden canadischen Provinzen und dem Beitritt des englischen Theils zu den Vereinigten Staaten.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Der Pflanzensaft

des Dr. **Boyveau-Laffecteur**, allein autorisirt, ist weit vorzüglicher als der Sirop von Cuisinier, von Larrey, Salsepareille u. s. w. Er heilt gründlich ohne Quecksilber Hautausschläge, Flechten, Skrofeln, Folgen der Krätze, Geschwüre und von Unglücksfällen oder von Entbindungen herrührende Uebel, wie auch Fälle der krätzischen Jahre und der erblichen Schärfe von natürlichen Flüssigkeiten. Als wirksames Blutreinigungs-Mittel ist er für die Abstießungen der Hautdecke, für Niederschlagung und Schwäche der Organe, herrührend von übertriebenen Einspritzungen oder von Sorgen, sehr dienlich. Als syphilitisches Gegenmittel heilt dieser Saft in kurzer Zeit frische oder hartnäckige eiternde Harngangsfälle, welche sich stets erneuern in Folge der Anwendung von Copahu, Kubebe oder von Einspritzungen, welche das Gift zurücktreiben, ohne es unwirksam zu machen. Der Boyveausche Saft ist hauptsächlich anzuempfehlen gegen frische, eingewurzelte oder dem Quecksilber und der Verbindung des Petiklams widerstehende syphilitische Krankheiten. Der Prospectus über dessen Behandlung wird gratis und franco versendet zugeschickt, welche ihr Verlangen an Dr. **Giraudeau de St. Gervais**, Rue Richer Nr. 12 in Paris, ergehen lassen. Derselbe ertheilt ärztliche Consultationen unentgeltlich durch Correspondenz. — Preis des Saftes 7 Frc. 50 Ct. Zu haben bei nachstehenden Apothekern:

Laurentius, Hauptniederlage und Correspondenz, Dorotheenstraße in Leipzig; Knoderer in Straßburg; Dr. Galette in Mainz; Gebrüder Tripier in Lille; Timmer, Apotheker in St. Petersburg; Köhler in Odessa; Burgers, Kalverstraat, 165, in Amsterdam. [1360]

[741] Zur Beförderung von Personen und Waaren von ab **Köln** vermittelst der Rheinischen, Belgischen und Französischen Nordbahn nach **Aachen**, **Brüssel**, **Antwerpen**, **Paris**, **Calais** und **Havre** werden die nöthigen Anleitungen und Tarife bei mir unentgeltlich ertheilt.

Frankfurt, im März 1849.

Franz Jos. Böhm Sohn.

Wasserheilanstalt Mühlbad bei Boppard am Rhein.

Für die Badesaison des laufenden Jahres wird obgenannte Anstalt vom 1. März ab dem Publikum wieder geöffnet sein. Bei der steigenden Frequenz, deren sie bisher sich zu erfreuen hatte, und die namentlich im verwichenen Jahre noch so bedeutend war, daß Mangel an Raum entstand und längere Zeit dringende Gäste dislocirt werden mußten, bittet man diejenigen, welche sie zu besuchen die Absicht haben, mit ihren Anweisungen nicht allzulange zu zögern, besonders dann, wenn sie auf schöne und bequeme Wohnungen reflectiren. — Näheres bei dem in der Anstalt wohnenden Arzte, Kreisphysikus Dr. **Deusner**. [756]

Cours der Staats-Papiere. 22 Mai 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.			pCt.	Papier	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat.	5	73½	73⅛	Württemb.	Obligationen d. Rothsch.	5½	95½	95
"	ditto ditto	4	58½	58	"	Neue Württemberg.	4½	83½	82½
"	ditto ditto	2½	39⅞	39½	Nassau	Oblig. d. Rothsch.	3½	79⅞	79⅝
"	Bank-Actien à 1000		1114	1107	"	L. 35 Loose		20½	20⅜
"	d. dito dito à 500		7½	7⅝	Frankfurt	Obligationen	5	98	97½
"	d. dito ditto		123½	1.3	"	ditto v. 1830	3½	62⅜	62⅛
"	Rothschild. Obligat.	4½	—	66½	"	ditto v. 1845	3½	59	58½
"	ditto	2½	61	—	"	Taunusbahnactien		272	269
Preußen	Staatsschuldscheine	3½	80	79½	Holland	Integrale	2½	50	49½
"	Präm.-Anleihe		109	—	"	Holländische	5	—	97½
Bayern	Obligationen	3½	79½	77½	"	Syndicate	3½	—	70⅛
Darmstadt	à 50 Loose		63½	62½	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—
"	à 35 ditto		21½	21	"	Innere Sch. neue Obl.	3	23½	23½
"	Obligationen	3½	27½	27	Portugal	Consols Lst. à 6 13	3	—	—
"	ditto	3	25½	24½	Polen	à 300 Loll. Loos Rth.		—	93
Baden	Obligationen v. 1845	3½	29⅜	29⅛	"	Obligationen à fl. 500	4	72½	72½
"	à 50 Loose v. 1840		47	—	Russland	in S. à 5 p. Gr. Loll.	5	—	91
"	à 35 Loose		26½	25½	"	d. ito d. Kriegsjahr et C.	5	—	90½

Geld.			Silber.			Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Pistolen	10	—	Conv. 20 Mark	20	—	Kurhessische Loose	27½	27
Pr. Friedrichsd'or	10	1	Laubth., ganze	—	—	Sardinische Loose	25½	25½
Holl. 10 fl. Stücke	10	7	Preuss. Thaler	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten	5	40	5 Frankenthaler	—	—	Cöln-Minden	77½	77
20 Francsstücke	9	42	Hochhaltig Silber	24	80	Ludwigsh.-Berbach	68½	67½
Engl. Souvereins	13	5	Gering n. mittelh.	24	20	Prinz-Wilhs.-Saarbahn	34½	34

Wechsel-Cours.

Den 21 Mai	Papr.	Geld.
Amsterdam (K.S. 100 fl. Crt.)	101½	101¼
Augsburg (K.S. 100 fl. Crt.)	—	104
Berlin (K.S. 60 Thlr.)	—	100½
Bremen (K.S. Rthlr. à Louis-d'or)	—	99½
Hamburg (K.S. 100 Thlr. Crt.)	83⅛	—
Leipzig (K.S. Thlr. à K.S.)	—	102½
London (K.S. 10 Livr. St.)	13½	—
Lyon (K.S. 300 Fr.)	95½	—
Mailand (K.S. Lir. Austr.)	—	104½
Paris (K.S. 300 Fr.)	95⅛	—
Wien (100 fl. in K.S. 20 Fl.)	—	104
Disconto	—	1½

A. Sulzbach, vereid. Makler

Nach der Börse: 21/5 (2. T.) — Cöln-Crefelder Loose — 12½ Frankfurt-Hanauer Loose (Lit. A.) — London 10 Livr. St. — 120 Frankfurter Bankactien — 1100 Darmstädter Bankactien — 1100 Nassauische Bankactien — 1100

№ 121. —— Mittwoch —— den 23. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksheirl von Frankfurt f. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen f. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen f. 2. 36 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets f. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: C. A. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — Für England und überseeische Länder: Lenfel u. Comp., Nr. 34. Kaxon Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (¼ Breite) mit Beilegerift oder deren Raum 6 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; für England und überseeische Länder Lenfel & Comp., Nr. 34. Kaxon Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Hr. Hammerschmid in Wien, Lerchenstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär C. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrefeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Deutschland.

† **Wien**, 19. Mai. Gestern Abend erschien der Kaiser wieder im Burgtheater und wurde, sowie das erstemal, mit großem Jubel von dem zahlreich versammelten Publikum empfangen. Gestern Morgens erschien derselbe ganz unerwartet auf dem Exercierplatze nächst dem Franzenothore. Als Se. Majestät beim Exercieren eine Abtheilung Jäger mit den Worten: „Meine Kinder", anredete, gleich aber bemerkte: „Was sage ich, meine Kinder? ich bin zu jung, um Euch meine Kinder zu nennen; Ihr seid meine Freunde und Brüder!" da brach die Menge in lauten Jubel aus und brachte dem Kaiser ein vielstimmiges Hoch. — Vorgestern wurde ein hiesiger Bürger in der Vorstadt Wieden, Herr Mathias Lehmann, arretirt, weil er sein Kind nach der Weise der Deutschkatholiken, d. h. ohne priesterliche Einsegnung beerdigen lassen wollte. Eine telegraphische Depesche aus Prag von gestern Mittags lautet: „Die Ruhe ist nicht gestört worden. Die Militäruntersuchungscommissionen hat ihre Wirksamkeit begonnen."

Heute, früh um 7 Uhr, sind Se. Maj. der Kaiser in Begleitung des k. k. Herrn Generalmajors Grafen von Grünne, mittelst Separatzuges nach Olmütz abgegangen. (Wien. Z.)

Gratz, 11. Mai. Bezüglich des an dem Redacteur der hier bestandenen Volkszeitung, Gretschnigg, verübten Attentats kann ich Ihnen nunmehr das Resultat der Untersuchung übergeben. An den Beschädigten, Herrn Julius Gretschnigg, erfloß folgendes Urtheil: „Es wird Ihnen hiermit bekannt gemacht, daß den 32 Mann von Fürst Windischgrätz Chevauxlegersregimente, welche wegen der Ihnen am 7. Februar d. J. angethanen Gewalt in die kriegsrechtliche Untersuchung gezogen waren, im Wege der Gnade der ohne ihr Verschulden ausgestandene Untersuchungsarrest zur Strafe angerechnet worden ist, und daß sie von dem Kriegsrechte mit den angesprochenen, jedoch von den Inquisiten nicht für liquid anerkannten Entschädigungsansprüchen auf den ordentlichen Rechtsweg verwiesen worden sind. Graz, am 19. April 1849. Schulzig, m. p., F.M.L." (O. P.)

Stettin, 19. Mai. (Ostsee-Z.) An der Börse liegt folgende Bekanntmachung aus:

„Auf Veranlassung der königlichen Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten, des Innern, des Kriegs und für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß in Uebereinstimmung mit dem Reichsministerium beschlossen ist, ein Embargo auf die in diesigen Häfen befindlichen dänischen Schiffe und deren Ladungen zu legen, sowie alles innerhalb des diesseitigen Gebiets vorhandene Eigenthum der dänischen Krone in Beschlag zu nehmen. Ferner ist für die Dauer des gegenwärtigen Krieges mit Dänemark der Verkauf, die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Pulver, Munitionsgegenständen aller Art, Pferden und Schiffsbedarf nach Dänemark verboten. Ferner mache ich unter Bezugnahme auf die von den königlichen Regierungen der hiesigen Provinz dieserhalb bereits getroffenen Anordnungen darauf aufmerksam, daß jede directe Verbindung von Privaten mit den feindlichen Blokadeschiffen und Booten unbedingt untersagt ist. Falls im Interesse des Handelsschiffahrtsverkehrs Mittheilungen von Seiten der Kaufmannschaft oder der Consuln an die Führer der feindlichen Schiffe nothwendig oder wünschenswerth erscheinen, dürfen solche erst dann stattfinden, wenn die betreffende Militärbehörde von ihrem Inhalte Kenntniß genommen und die Uebergabe für zulässig erklärt hat. Ueber die Art und Weise der Ausführung der Uebergabe hat allein die Militärbehörde zu bestimmen. Stettin, den 14. Mai 1849. Der Oberpräsident. v. Bonin."

** **Vom Niederrhein**, 21. Mai. Die „Kölnische Zeitung" theilt heute die Bekanntmachung des Generalmajor von Hanneken mit, d. d. Iserlohn, 17. Mai, kraft welcher Stadt und Kreis Iserlohn, Stadt Hagen und die Aemter Hagen, Böle, Enneper, Enneper-Straße, Langerfeld und Breckerfeld in Belagerungszustand erklärt und wobei zugleich die Bestimmungen der Verordnung vom 10. Mai d. J., den Belagerungszustand betreffend, in Erinnerung gebracht werden. Eine andere Bekanntmachung des Divisionscommandeurs Hanneken, d. d. Barmen, 19. Mai, verordnet Weiteres hinsichtlich des über die Kreise Elberfeld und Barmen vom commandirenden General v. d. Gröben verhängten Belagerungszustands. Letzterer wird für Stadt und Bürgermeisterei Barmen wegen deren loyalen Verhaltens für wieder aufgehoben erklärt, in den übrigen betroffenen Orten sind die Bürgerwehren aufgelöst, die eignen und die den Zeughäusern entführten Waffen zurückgefordert ꝛc.

München, 19. Mai. Der von der Commission vorgelegte Adreß'entwurf (mit 6 gegen 1 Stimme angenommen) lautet:

„Königliche Majestät! Die der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung gewordene Aufgabe ist gelöst, die deutsche Reichsverfassung, durch dieselbe geschaffen, ist von ihr als endgültiges Grundgesetz verkündigt, und sowohl die Regierungen, wie auch die gesetzgebenden Körper der Einzelnstaaten sind aufgefordert worden, die Verfassung des deutschen Reiches zur Anerkennung und Geltung zu bringen. Die Kammer der Abgeordneten hat schon in der Sitzung vom 7. Februar bei Berathung der Antwortsadresse auf die Thronrede die Unterordnung unter die Beschlüsse der constituirenden Nationalversammlung und der Centralgewalt anerkannt, was den Rücktritt des damaligen Ministeriums Eurer königlichen Majestät zur Folge hatte. Durch wiederholte Erklärungen vom 23. April, 3. und 17. Mai hat aber auch das gegenwärtige Gesammtministerium Eurer königlichen Majestät, den Grundsatz der Vereinbarung im Widerspruch mit dem Beschlusse dieser Kammer aufstellend, die förmliche Weigerung ausgesprochen, die von der Nationalversammlung endgiltig beschlossene und verkündete Reichsverfassung anzuerkennen und vollziehen zu lassen; es hat sich den Absichten der preußischen Regierung, welche nach dem Circular derselben vom 28. April den Versuch bezwecken, die von der Nationalversammlung vereinbarte Reichsverfassung durch eine im Rathe der Fürsten zu beschließende zu ersetzen, dadurch angeschlossen, daß es der Aufforderung jener Regierung, zu diesem Ende einen Bevollmächtigten nach Berlin abzusenden, entsprochen hat. Die Nichtbeachtung des Kammerbeschlusses vom 7 Februar und dieses fortgesetzte Widerstreben des Gesammtministeriums Eurer kgl. Majestät gegen die von der Nationalversammlung, als Trägerin der Machtvollkommenheit der deutschen Nation, beschlossene Reichsverfassung, die insbesondere von der fränkischen, schwäbischen und rheinpfälzischen Bevölkerung Bayerns laut und freudig begrüßt wurde, in welcher der freiheitsliebende und friedfertige Bürger die einzige Hoffnung und das einzige Mittel erblickt, um den erhaltenen gesetzlichen Boden dauernd zu gewinnen und dadurch Ruhe und Ordnung zu schaffen, deren Anerkennung daher zur dringenden Nothwendigkeit geworden ist, wenn das Streben und die Bewegung aller Stämme der deutschen Nation nach Einigung einen Ruhepunkt finden, wenn wir nicht aufs Neue in blutige Revolution gestürzt und selbst Gefahr laufen sollen, den jetzigen Bestand des Königreichs bedroht zu sehen. — — dieses Widerstreben des Gesammtministeriums Eurer königl. Majestät legt der Kammer der Abgeordneten die ernste Pflicht auf: „ehrerbietigst Eurer königl. Majestät zu erklären, daß sie dem Gesammtministerium alle und jede Unterstützung überhaupt, insbesondere aber die verlangte zur Ausführung seines Programms vom 17. d. Mts. versagen müsse; andererseits Eurer kgl. Majestät die dringende Bitte an's Herz zu legen, unverzüglich ein Ministerium zu berufen, das die unbedingte Anerkennung der von der Nationalversammlung endgiltig beschlossenen Reichsverfassung sammt dem dazu gehörigen Wahlgesetze aussprechen und sofort thatsächlich in Ausführung bringen wird. Eurer königl. Majestät treugehorsamste Kammer der Abgeordneten."

‖ **München**, 21. Mai. Eben erfolgte nach fünfstündigen stürmischen Debatten und einer einstundenlangen Schlußrede des Abg. Schulz die Abstimmung über die Adresse, welche mit der unbedingten Anerkennung der deutschen Verfassung ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium v. d. Pfordten enthielt; sie wurde mit 72 gegen 62 Stimmen angenommen. Lerchenfeld und seine Partei legen eine Verwahrung zu Protocoll, daß man in so bewegter Zeit das Land in eine Ministerkrisis stürzen wolle.

Die in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 17. d. M. von dem königl. Gesammtstaatsministerium angekündigte und in der Sitzung am 19. den beiden Kammern vorgelegte Erklärung des Gesammtstaatsministeriums lautet vollständig:

„Nachdem die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. am 28. März d. J. die zweite Lesung der von ihr berathenen Reichsverfassung vollendet hatte, versammelte der interimistische Präsident des Reichsministeriums die Bevollmächtigten der deutschen Regierungen, übergab ihnen beglaubigte Exemplare jener Verfassung, und stellte den Regierungen die Abgabe von Erklärungen darüber anheim. Die bayerische Regierung gab hierauf am 23. April d. J. die abschriftlich anliegende Erklärung an das Reichsministerium und durch dieses an die Nationalversammlung ab. Sie nimmt darin das von ihr niemals aufgegebene Recht der Mitwirkung bei Begründung der deutschen Verfassung in Anspruch, entwickelt ihre Einwendungen gegen die unveränderte Annahme der Verfassung und erklärt sich wiederholt zur Vereinbarung mit der Nationalversammlung bereit. In ganz ähnlicher Weise hat sich auch die k. preußische Regierung unterm 28. April d. J. gegen das Reichsministerium und die Nationalversammlung ausgesprochen und es war hiernach zu hoffen, die Nationalversammlung werde darauf eingehen, in Gemeinschaft mit den Regierungen die neue Verfassung Deutschlands zu begründen. Diese Hoffnung ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Die Einwendungen der bayerischen Regierung gegen die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung ruhen auf einer durch gewissenhafte Erwägung gewonnenen Ueberzeugung, und konnten daher auch den Vorstellungen nicht weichen, welche der von Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzog-Reichsverweser hierzu beauftragte Unterstaatssecretär, Herr Mathy, zu diesem Zwecke hier gemacht hat. Die königliche Regierung beabsichtigt aber bei diesem Widerspruche gegen die in Frankfurt beschlossene Verfassung weder die Wiederherstellung des alten Bundestages, noch eine Verzögerung in der Vollendung einer zeitgemäßen, den Wünschen und Bedürfnissen der Nation entsprechenden Verfassung, deren baldige Feststellung sie vielmehr dringend wünscht. Sie ist daher bereitwillig eingegangen auf die Einladung der k. preußischen Regierung, eine Vereinigung der Ansichten unter den Regierungen durch Verhandlungen in Berlin zu erzielen. Diese bereits begonnenen Verhandlungen werden mit möglichster Beschleunigung gepflogen — und es ist um so mehr ein gedeihliches Resultat derselben zu hoffen, als auch die k. k. österr. Regierung sich bei denselben betheiligt hat. Bei dieser Lage der Dinge fühlt die k. Regierung das Bedürfniß, den wiederversammelten Vertretern des bayerischen Volkes die Grundsätze offen darzulegen, von welchen sie in dieser wichtigsten Angelegenheit geleitet wird, und sie glaubt dies nicht zweckmäßiger thun zu können, als indem sie diejenigen Bestimmungen der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung bezeichnet, welche ihr mit dem Wohle von Deutschland und Bayern unverträglich erscheinen, und zugleich angibt, was sie an deren Stelle vorschlagen zu müssen glaubt. Die Einwendungen der königl. Regierung gegen die Reichsverfassung lassen sich auf drei Hauptpunkte zurückführen:

1) Durch diese Verfassung wird Oesterreich von Deutschland getrennt. Eine solche Trennung ist nicht bloß für beide Theile und insbesondere für Bayern höchst nachtheilig, sondern auch dem Hauptgedanken der ganzen jetzigen Bewegung zuwider, der auf eine größere Einigung von ganz Deutschland gerichtet ist, wie auch die Kammern schon früher durch ihre einstimmigen Erklärungen anerkannt haben. Es müssen daher und es können auch solche Modificationen gefunden werden, durch welche ohne Rückkehr zu dem alten Bundestage jene Trennung vermieden wird.

2) Die Reichsverfassung gibt der Reichsgewalt zu ausgedehnte Befugnisse. Sie begründet nicht einen Bundesstaat, sondern einen Einheitsstaat, und geht dadurch über dasjenige Ziel hinaus, welches in dem vergangenen Jahre allgemein als das zu erstrebende bezeichnet wurde. Es muß daher zwischen den Befugnissen der Centralgewalt und der Einzelstaaten eine solche Grenzscheidung getroffen werden, daß die durch die Einzelstaaten getragenen materiellen und geistigen Interessen der Volksstämme gewahrt bleiben.

3) Die Organe der Reichsverfassung sind, namentlich durch das Wahlgesetz und durch die Bestimmungen über das Reichsoberhaupt, in einer Weise gebildet, daß die Centralgewalt nicht geeignet erscheint, eine so feste Trägerin der Ordnung und Freiheit zu sein, wie sie einem großen Staatenkörper unentbehrlich ist. Die Vertretung des Volkes bei der Centralgewalt muß daher auf Grundlagen gebaut werden, welche die Geschicke der Nation nicht der Herrschaft der Leidenschaften überliefern. Die nähere Begründung dieser leitenden Gedanken, wie sie sich an die einzelnen Abschnitte der Reichsverfassung anreihen lassen.

I. Der erste Abschnitt über das Reich veranlaßt für Bayern selber keine Bedenken, wohl aber kann er für Oesterreich Schwierigkeiten begründen, wenn man den § 2 so schroff auffassen wollte, daß er die deutschen Lande Oesterreichs mit den übrigen Ländern der Monarchie nur in dem Verbande der Personalunion bestehen ließe. Die Ausbildung der Provinzialverfassungen, welche der neuen Gesammtverfassung Oesterreichs zu Grunde gelegt ist, wird hierin das rechte Maß gewinnen lassen.

II. Die Bestimmungen des zweiten Abschnittes über die Reichsgewalt verletzen die materiellen Interessen und die finanziellen Kräfte Bayerns so sehr, daß sie die ganze Existenz des Staates bedrohen. In § 34—36 werden die Productions- und Verbrauchssteuern der Einwirkung der Einzelstaaten entzogen, und ihr Ertrag der freien Verfügung der Reichsgewalt übergeben. Damit kann Bayern seinen ganzen Malzaufschlag und mit diesem die Basis seines Staatscredites verlieren. Nach § 35 und 49 steht es ferner in dem Willen der Reichsgewalt, die sämmtlichen Zolleinkünfte für sich in Anspruch zu nehmen, und nach § 41 und 43 nicht bloß die Postsätze festzusetzen, sondern auch das ganze Postwesen auf eigene Rechnung gegen billige Entschädigung der Berechtigten zu übernehmen. Nicht genug, daß durch diese Sätze den Einzelstaaten ihre wichtigsten Einnahmen außer den directen Steuern entzogen und somit die bayerische Staatskassa um viele Millionen jährlich beeinträchtigt werden könnte, soll die Reichsgewalt noch überdies nach § 50 und 51 das Recht haben, Matricularbeiträge auszuschreiben, Reichssteuern zu erheben und Anlehen aufzunehmen. Diesen völlig schrankenlosen Eingriffen in die Finanzkräfte der Einzelstaaten gegenüber steht aber durchaus keine nur irgend erhebliche Minderung der Ausgaben, welche die Einzelstaaten bisher zu bestreiten hatten; denn die einzig möglichen Ersparnisse im Gesandtschaftswesen sind so unbedeutend, daß sie mit jenen Verlusten gar nicht in Vergleich gezogen werden können. Diese Verluste selbst müßten also für die bayerische Staatskasse wieder ersetzt werden, und dies könnte lediglich durch directe oder neue indirecte Steuern geschehen. Hierdurch würden aber diese Steuern zu einer Höhe anschwellen, welche den Wohlstand des ganzen bayerischen Volkes untergraben müßte. Man wende nicht ein, daß hier Möglichkeiten vorausgesetzt seien, die nicht verwirklicht werden würden. Die Reichsverfassung begründet diese Möglichkeiten, und ist sie erst rechtlich anerkannt, so hat die Regierung des Einzelstaates nicht mehr die Macht, die bezeichneten Nachtheile abzuwenden. Darum ist es ihre heilige Pflicht, gegen solche Gesetze zu protestiren, und so viel an ihr ist, die dem Lande drohenden Gefahren abzuwenden. Eine solche Abwendung wird aber nur dann möglich sein, wenn man die Reichsgewalt auf die Erhebung von Matricularbeiträgen beschränkt, und für de

ren richtige und schnelle Einzahlung eine größere Sicherheit gibt, als bisher bestand. Zu diesem Zwecke dürfte es genügen, die Gemeinschaftlichkeit der Zolleinkünfte in der Art, wie sie schon jetzt im Zollvereine besteht, auf das ganze zu einem Zollgebiete vereinigte Deutschland zu übertragen. Nicht bloß bezüglich der Finanzen ist jedoch eine übermäßige Centralisation in der Reichsverfassung theils schon ausgesprochen, theils angebahnt, sondern auch bezüglich mehrerer anderer Theile der Staatsgewalt. Allerdings gebührt der Centralgewalt die völkerrechtliche Vertretung des gesammten Deutschlands dem Auslande gegenüber. Die Entscheidung über Krieg und Frieden, die Oberleitung der bewaffneten Macht, des Zoll- und Handelswesens, der allgemeinen Anstalten und Mittel des Verkehrs — die Wahrung des Reichsfriedens, und die Reichsgesetzgebung. Aber es müssen die Grenzlinien dieser Rechte der Centralgewalt schärfer bezeichnet werden, wenn nicht eine nachtheilige Verwirrung und eine vielfache Beeinträchtigung der Einzelstaaten erfolgen soll. Was insbesondere die Gesetzgebung anbelangt, so wird in § 57 und 58 der Reichsgewalt nicht bloß über das Reichsbürgerrecht, was in Ordnung ist, sondern sogar über das Staatsbürgerrecht in den Einzelstaaten und über das Heimatherecht die ausschließliche Gesetzgebung eingeräumt. Eine solche Befugniß geht über die Idee eines Bundesstaates unbestreitbar hinaus, — wie sie denn auch weder in der Schweiz, noch in Nordamerika besteht, und kann den Gemeinden der Einzelstaaten um so größere Gefahren bereiten, wenn man erwägt, daß nach § 133 auch die Gewerbegesetzgebung lediglich in die Hand der Reichsgewalt gelegt und zugleich das Princip der Gewerbefreiheit bereits ausgesprochen ist. In § 63 aber ist der Reichsgewalt die Möglichkeit geboten, ihre Gesetzgebungsbefugniß nach Ermessen auszudehnen, und so nach und nach die Gesetzgebung der Einzelstaaten völlig zu vernichten.

III. Der dritte Abschnitt über das Reichsoberhaupt ist in der Nationalversammlung selbst nur mit der geringen Majorität von vier Stimmen angenommen worden, und seine Unausführbarkeit wird keines weitläufigen Beweises bedürfen. Wenn der in den Verhältnissen Deutschlands tief begründete föderative Charakter seiner Gesammtverfassung gewahrt, wenn insbesondere Oesterreich nicht von dieser ausgeschlossen werden soll, so kann an die Spitze nur ein Directorium gestellt werden. Daß diese Einrichtung einer raschen und kräftigen Leitung der Geschäfte nicht entgegenstehe, wird durch Beschränkung in der Zahl, durch das Princip der Stimmenmehrheit und die Ausschließung von besonderer Instructionseinholung vollkommen gesichert werden können.

IV. Die Bestimmungen des vierten Abschnittes über den Reichstag geben im Zusammenhange mit dem Wahlgesetze zu großen Bedenken Veranlassung. Es ist eine durch die Geschichte aller Völker bestätigte Wahrheit, daß die staatliche Ordnung auf die Dauer nicht erhalten werden kann, wenn die Entscheidung über die öffentlichen Angelegenheiten rein durch die nach der Kopfzahl gebildete Majorität der Staatsangehörigen erfolgt, und daß die in einer solchen Einrichtung liegenden Gefahren in dem Grade steigen, je größer der Staat, je verschiedener an Bildung und Besitz seine Bürger sind. Auf das hierin liegende Maß der Kräfte, auf das Verhältniß der Leistungen für den Staat muß der Einfluß der Einzelnen auf die öffentlichen Angelegenheiten gestützt werden, wenn diese nicht einer sich rastlos überstürzenden Bewegung überantwortet werden sollen, welche zunächst zur Anarchie und aus dieser zur Gewaltherrschaft führt. Zu diesem Zwecke wird es dienlich sein, wenn man zwar die Wählbarkeit zum Volksvertreter frei gibt, aber die Wahlberechtigung an gewisse Bedingungen knüpft. Aber auch ein Gleichgewicht unter den Trägern der Staatsgewalt ist erforderlich, und dieses erscheint durch § 101 und 196 der Reichsverfassung in bedenklicher Weise gestört.

V. Der fünfte und siebente Abschnitt enthalten zwar auch einige Bestimmungen, gegen deren Zweckmäßigkeit sich manche Einwendungen machen ließen. Doch erscheinen diese Bedenken nicht als so wichtig, daß die königl. Regierung um derselben willen einen Widerspruch gegen die ganze Verfassung erhoben haben würde, und sie können daher übergangen werden.

VI. Der sechste Abschnitt, welcher die Grundrechte des deutschen Volkes enthält, gibt zu folgenden Bemerkungen Veranlassung. Unter den Grundrechten findet sich eine Reihe von Sätzen, welche theils schon seit langer Zeit in Bayern Geltung haben, theils in neuerer Zeit zur Geltung gelangt sind. Diese bieten mithin keinerlei Schwierigkeit dar. Viele andere Bestimmungen der Grundrechte sind von der Art, daß die Regierung kein Bedenken trägt, sie anzuerkennen und nach erlangter Zustimmung der Kammern in Geltung zu setzen, theils durch Zugrundlegung derselben bei der bevorstehenden Revision der Verfassungsurkunde, theils durch Erlassen der von der Nationalversamml. selbst als nothwendig erkannten Einführungsgesetze. Einige dieser Gesetze sind bereits bearbeitet, namentlich zu den §§ 135. 139. 143. 146. 177. 187. Die Grundrechte enthalten aber auch einige Vorschriften, gegen deren unveränderte oder sofortige Annahme die Regierung sich deßhalb aussprechen muß, weil daraus große Nachtheile für den Staat und seine Bürger hervorgehen könnten oder müßten. Nur diese Theile der Grundrechte sollen hier besonders hervorgehoben werden. Die Bestimmungen des § 133 gefährden die Wohlfahrt des bayerischen Gewerbsstandes und stellen das Einströmen armer Bevölkerung in das Königreich in Aussicht. Es ist schon oben angedeutet worden, welche Grenze in dieser Hinsicht zwischen der Reichsgesetzgebung und der Gesetzgebung der Einzelstaaten zu ziehen sein dürfte. Jedenfalls aber könnte von der Anwendung dieser Sätze nur unter der Voraussetzung vollständiger Gegenseitigkeit die Rede sein. Der Inhalt des § 137 gibt zu zwei Bemerkungen Veranlassung. Nach dem ersten Absatze soll der Adel als Stand aufgehoben sein. Dies kann nicht den Sinn haben, daß die adeligen Familien gehalten wären, ihre Namen zu ändern; vielmehr sollen dadurch die Vorrechte des Adels beseitigt werden. Diese Beseitigung ist zu einem großen Theile in Bayern bereits durchgeführt, und wird bei Revision der Verfassungsurkunde dem Art. III des Einführungsgesetzes gemäß vollendet werden. Nicht unbedenklich erscheint dagegen die gänzliche Beseitigung der Stellvertretung bei der Wehrpflicht, wie dies erst neuerdings auch in Frankreich wieder anerkannt worden ist, und es dürfte gerathen sein, diese Frage einer nochmaligen Erwägung durch die Organe der Gesetzgebung zu unterstellen. In § 139 wird die Todesstrafe mit Ausnahme weniger Fälle aufgehoben. So unstreitbar es auch ist, daß bisher die Todesstrafe in zu vielen Fällen angedroht war, so wird doch sehr zu erwägen sein, ob die hier angenommenen Fälle ihrer Zulässigkeit nicht allzu beschränkt seien, und es könnten diese Sätze in Bayern ohne Nachtheil für die Rechtssicherheit nur unter der Voraussetzung angenommen werden, daß sie in ganz Deutschland zur Geltung kämen. Die in den §§ 144—151 enthaltenen Grundsätze werden bei Revision der Verfassungsurkunde zur Geltung gebracht werden. Es liegt jedoch gleichmäßig im Interesse des Staates und der Kirche, daß nicht jede Verbindung zwischen beiden gelöst, und die sich hierauf beziehenden Bestimmungen zu §§ 145—147 klar ausgeprägt werden. Der erste Satz in § 156 macht eine geeignete Modification des Staatsdienereidictes nothwendig, um eine übermäßige Belastung der Staatskasse abzuwenden. Die in § 157 ausgesprochene Aufhebung des Schulgeldes wird neue Gemeindeumlagen nothwendig machen. Daher wird bei jener Aufhebung nur allmälig zu Werke gegangen werden können. Durch § 165 und 170 werden die Interessen des Grundbesitzes und der Wohlstand des Bauernlandes in vielen Theilen des Königreiches eben so sehr gefährdet, als durch § 133 der Gewerbsstand. Die völlig unbedingte Theilbarkeit des Grundbesitzes trägt nicht minder große Gefahren in sich, als die unbedingte Gewerbefreiheit. Die Familienfideicommisse müssen zwar aufhören, ein Vorrecht des Adels zu sein, und sind daher in ihrer bisherigen Gestalt allerdings aufzuheben. Dagegen erscheint es als Bedürfniß und durch den Grundsatz der freien Verfügung über das Vermögen geboten, daß allen Staatsbürgern gleichmäßig die Möglichkeit gewahrt werde, größere Gutscomplexe ungetheilt zu erhalten. Das Verbot der Ausnahmsgerichte in § 175 kann nur den Sinn haben, daß nicht für einen besondern Fall ein nicht schon im Gesetze vorgesehenes Gericht (Specialgericht) eingesetzt werden kann. Dies sind die Bedenken, welche die Regierung gegen die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung zu erheben sich verpflichtet hielt. Werden dieselben durch eine Revision beseitigt, so wird die Regierung ihre Anerkennung nicht versagen. Durch diese offene Darlegung glaubt die Regierung Sr. Maj. des Königs bewiesen zu haben, daß es ihr Ernst ist mit dem Bestreben, dem deutschen Volke eine kräftigeinigende Gesammtverfassung, so viel an ihr ist, zu begründen, und sie gibt sich der Hoffnung hin, es werde, wenn die Kammern auf eine Prüfung dieser Darlegung eingehen, gelingen, eine Einigung zwischen der Regierung und den Vertretern des bayerischen Volkes über diese Angelegenheit zu erzielen. In dieser Hoffnung sieht die Regierung der Erklärung der Kammern über die gegenwärtige Vorlage entgegen. München, den 18. Mai 1849.

Nach Briefen aus **Würzburg** sind sämmtliche Rekruten des 14. Infanterieregiments, welche bekanntlich von den Pfälzer Insurgenten in Ludwigshafen gefangen genommen worden waren, wieder in Würzburg eingetroffen und haben sich daselbst bei ihren Vorgesetzten gemeldet, nachdem ihnen die Insurgenten vergeblich einen täglichen Sold von 28 Kreuzern geboten hatten, um sie zum Uebertritte zu bewegen. (N. M. Z.)

Würzburg, 22. Mai. Die Deputation ist von München zurückgekehrt und wird heute Nachmittag der städtischen Behörde Bericht erstatten.

Aschaffenburg, 18. Mai. Eine große Anzahl einberufener Mannschaft des 14. Infanterieregiments, auch einige des 9., diesseits einheimisch, welche nicht unter Erfüllung der bekannten Bedingungen die Rheinpfalz betreten wollte, ist gestern hierher zurückgekommen. (Asch. Z.)

⊙ **Stuttgart**, 21. Mai. In der ersten Sitzung der zweiten Kammer vom heutigen Tage richtete der Abg. Becher die Frage an den Ministertisch, ob die württembergische Regierung eine Weisung an das Commando der um Frankfurt liegenden Truppen ergehen zu lassen bereit sei, dahin gehend, daß dieses zu einer Maßregel des dermaligen, der Verfassung feindselig gegenüberstehenden Reichsministeriums sich nicht verwenden lasse. Staatsrath Römer: Eine derartige Weisung wäre eine offene Kriegserklärung gegen die Centralgewalt und kann von der Regierung nicht ertheilt werden. Ueberdies wäre es höchst schwierig, einem militärischen Befehlshaber eine Cognition in politischen Dingen zuerkennen zu wollen. Wollte man aber das Commando anweisen, mit der Vollziehung so lang zuzuwarten, bis die Zustimmung der Landesregierung eingelaufen wäre, so verfiele man in denselben Fehler, wie Oesterreich mit seinem Hofkriegsrath. Schweickardt will, daß Staatsrath Römer als Civilcommissär unsere Truppen begleite. Nachdem Schoder u. A. auf die Gefahr hingewiesen hatten, daß das deutsche Volk von denen verrathen werde, welche es zum Schutz und zur Ehre Deutschlands an seine Spitze berufen, und Scherr ein Schutz- und Trutzbündniß für die Staaten, welche die Verfassung angenommen, verlangt hatte, wird beschlossen, den Gegenstand, nach vorgängiger Berathung des Gesammtministeriums und Fünfzehnerausschusses, heute Abend schon wegen seiner Dringlichkeit auf die Tagesordnung zu setzen. In der Abendsitzung werden folgende Anträge der Fünfzehnercommission vorgelegt: Die Kammer möge beschließen, die Regierung zu bitten: 1) mit denjenigen Regierungen, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, in Beziehung auf die zum Schutze der Nationalversammlung und Reichsverfassung zu ergreifenden gemeinsamen Maßregeln sich ins Benehmen zu setzen; 2) unverweilt dafür Sorge zu tragen, daß das württembergische Militär nicht zu einem Angriffe auf die Nationalversammlung verwendet werde; 3) unter den vorliegenden dringenden Umständen die bereits beantragte Beeidigung der württembergischen Truppen auf die Reichsverfassung so schleunig als möglich vorzunehmen. Seeger beantragt, da hier Schweigen die beredteste Sprache sei, und da es nicht politisch wäre, sich jetzt in eine Discussion über Fragen von solcher Tragweite einzulassen, so möge die Kammer sogleich zur Abstimmung schreiten. Scherr stellt das Amendement, bei Ziffer 2) nach „Nationalversammlung" die Worte: „oder auf Staaten und Volksnämme, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, vielmehr zum Schutze derselben", einzuschalten. Diesem widersetzt sich Staatsrath Römer. Das Amendement wird mit 59 gegen 18 Stimmen verworfen. Sofort wird Ziffer 1) mit 76 gegen 1 Stimme, Ziffer 2) ohne namentliche Abstimmung, Ziffer 3) mit 68 gegen 9 Stimmen angenommen. — Auf eine Anfrage Zwergers entgegnet General Näpplin, daß die württembergischen Truppen an der badischen Grenze nur zum Schutz des diesseitigen Gebiets aufgestellt seien, und daß Befehle des Reichsministeriums an dieselben nicht anders als in Uebereinstimmung mit der württembergischen Regierung zum Vollzug kommen dürfen. Damit beruhigt sich die Kammer vollkommen.

Zum Schutze der Landesgrenze gegen etwaige Gebietsverletzungen durch bewaffnete Freischaaren, wie solche in den letzten Tagen an mehreren Punkten stattgefunden haben, wird entlang der badischen Grenze ein königlich württembergisches Truppencorps unter den Befehlen des Generalmajors v. Baumbach in den Gegenden von Jllingen, Maulbronn, Dürrmenz ꝛc. zusammengezogen. Dasselbe besteht aus dem 5. Infanterieregiment, dem 7. Infanterieregiment, dem 4. Reiterregiment, einer reitenden und einer Fuß gehenden Batterie mit Pionierabtheilung.

Der „Schwäbische Merkur" schreibt: Einem hiesigen Handlungshause kam gestern ein Schreiben eines Karlsruher Hauses zu, welchem eine größere Summe in Papiergeld beigelegt sein sollte. Dieses Papiergeld lag aber nicht bei; dagegen brachte ein zweiter Brief des Karlsruher Hauses die Aufklärung: Das Karlsruher Postamt habe jenes Papiergeld mit der Erklärung zurückgewiesen, daß die badischen Posten bis auf Weiteres weder Geld noch Werthpapiere zur Beförderung übernehmen können.

Karlsruhe, 20. Mai. Heute Vormittag 11 Uhr wurde von den hiesigen Staatsdienern, die den Eid noch nicht geschworen haben (den Nichtcollegialmitgliedern), vom Regierungscommissär Ziegler im Rathhause der Eid auf die Reichsverfassung und für den Landesausschuß, jedoch unbeschadet des früher auf die Landesverfassung abgelegten Eides, geleistet. — Eine Proclamation des Großherzogs vom 17. Mai 1849 aus Berg in der Rheinpfalz (bei Lauterburg) wurde nicht veröffentlicht. Man sagt, sie sei confiscirt worden. Camera assistent Philipp Reiter, früher Regierungsvicepräsident beim katholischen Oberkirchenrath, dann bei der Oberdirection des Wasser- und Straßenbaues, zuletzt politischer Flüchtling, wurde zum Ministerialrath beim Ministerium des Innern ernannt. — Thierarzt Lautermann wurde zum Kriegsrath befördert und hat seinen Dienst angetreten. — Die Stadt ist ruhig; viele ausgewanderte Familien kehren zurück. Es sind nur wenige Freischärler hier, sie exerciren fleißig. Die Meinung des wenigen hier befindlichen Militärs ist getheilt. — Das morgige Regierungsblatt soll die Ernennung Eichfelds zum Obersten und Mertys zum Oberstlieutenant bringen. (Schw. M.)

* **Karlsruhe**, 22. Mai. Die heutige „Karlsruher Zeitung" enthält wiederum eine Anzahl Proclamationen und amtlicher Erlasse der Executivcommission und gegenwärtigen Behörden. Zunächst eine Bekanntmachung, der zufolge nach einer Verfügung des Landesausschusses die Civilcommissäre und Sicherheitsausschüsse nur in Folge besonderer Ermächtigung des Ministeriums der Finanzen Gelder bei den öffentlichen Kassen zu erheben haben und daß die Verrechner öffentlicher Kassen bei Vermeidung eigener Haftbarkeit ohne solche schriftliche Ermächtigung keine Gelder anobezahlen dürfen; alsdann ein Erlaß des Kriegsministers, wonach der Art. 7 der Offenburger Beschlüsse, welcher besagt, „bei dem Heere soll eine freie Wahl der Offiziere stattfinden" dahin gedeutet werden soll, daß die freie Wahl bis zum Hauptmann und beziehungsweise Rittmeister einschließlich zu verstehen sei. Die Ernennung der Stabsoffiziere hat auf Vorschlag des Kriegsministeriums von dem regierenden Landesausschuß zu geschehen. Fernere Bekanntmachungen zeigen an, daß die sämmtlichen Militärarbeiter von dem Dienste in der Bürgerwehr bis auf weiteres befreit seien, daß der Civilcommissär von Freiburg, Bürger Heunisch, zugleich zum Obercommissär des Oberrheinkreises ernannt worden, endlich, daß alle alten Offiziere, die sich in Folge ihrer Flucht nicht bei ihren Regimentern befinden, als entlassen zu betrachten, diejenigen aber, welche zurückbleiben und von den Soldaten nicht wieder gewählt wurden, zur Verfügung des Kriegsministeriums zu stellen seien. Ein Aufruf des Kriegsministers fordert alle diejenigen, welche früher in den Reihen der Artillerie gedient und dieselben durch Abschied oder in anderer ehrenhafter Weise verlassen haben, auf aufs neue Dienste zu nehmen. Den „amtlichen Theil" schließt eine Proclamation des Landesausschusses an das badische Volk, in welcher in Bezugnahme auf die Proclamation des Ministeriums Bekk das badische Volk ermahnt wird, fest zum Landesausschuß zu halten, und nicht den trügerischen Worten der „durch die Entrüstung des gesammten badischen Volkes gebrandmarkten und landesflüchtigen ehemaligen Minister" zu glauben.

Bretten, 20. Mai. Auf die Nachricht vom Anrücken württembergischer Truppen gegen die badische Grenze nach Karlsruhe rückte gestern eine Anzahl Artillerie, Cavallerie und Infanterie hier und in der Umgegend ein. Der Kriegsminister Eichfeld steht an der Spitze der Truppen.

Darmstadt, 21. Mai. Die Verkündigung des Ministeriums des Innern vom 14. d. (sie ist im gestrigen Hauptblatt der Oberpostamtszeitung" mitgetheilt) bezeichnet die Stellung, welche die großh. Regierung im Verein mit vielen andern Regierungen in Bezug auf die deutsche Verfassung angenommen. Es ist hier nämlich erklärt, daß die Staatsregierung mit allen ihr zu Gebote stehenden rechtlichen und zweckmäßigen Mitteln dahin streben werde, die Grundrechte und die Reichsverfassung und die Beschlüsse

der Centralgewalt zur allgemeinen Geltung gelangen zu lassen. Eine Bestätigung dieser Erklärung finden wir einzig darin, daß nach sicherem Vernehmen die Bevollmächtigten derjenigen Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, damit beschäftigt sind, die Maßregeln zu berathen, welche die genannten Regierungen, gegenüber den Staaten, in welchen die Reichsverfassung noch nicht anerkannt ist, für zweckmäßig halten.

Auch das Garderegiment Ehevauxlegers und das Commando zu Marienschloß, letzteres in einem Nachruf an die Kameraden des 4. Infanterieregiments, haben in öffentlichen Blättern Erklärungen dahin abgegeben, daß sie in Erinnerung an die alte hessische Tapferkeit und Waffenehre in allen Fällen an ihrem Fahneneid halten und ihrem Großherzog, ihrem Vaterland und der Verfassung die Treue bewahren wollen. „Freiheit und Ordnung, aber keine Gesetzlosigkeit!" ist ihre Losung.

)(**Darmstadt**, 22. Mai. Der Schluß des Landtags wird heute oder morgen erfolgen, nachdem die gemeinschaftliche Sitzung beider Kammern zur Erledigung des Wahlgesetzes stattgefunden haben wird. Wir können die Verabschiedung der Stände nur mit Freude begrüßen, — die Haltung unserer zweiten Kammer war in den letzten Wochen so unsicher und schwankend, der radicale Südwind hat so betäubend auf manchen ehrenwerthen, gemäßigten Deputirten gewirkt, daß das längere Verbleiben der Kammer, so conservativ ihre Mehrheit auch ihren inneren Gesinnungen nach ist, ein Unglück in der jetzigen Krise wäre. Die Stimmung in Darmstadt und der Umgegend ist trübe, aber entschlossen. Die Erzählungen der Masse von badischen Flüchtlingen aller Stände, die gegenwärtig hier Gast- und Privathäuser füllen, geben ein anderes Bild von der badischen Ordnung und Sicherheit, als die Schilderungen der Correspondenten bekannter Blätter, und die Stimmung ist jetzt hier von der Art, daß man jeden energischen Schritt der Regierung gegen die hessischen Bundesgenossen der Hrn. Struve und Hoff freudig bewillkommnen wird. Unsere Gegend hat von Anfang an entschieden zu der Nationalversammlung und deren Verfassungswerk gestanden, — sie ist aber bei der jetzt gestellten Alternative nicht zweifelhaft und wird den von Baden eingeschlagenen Weg allgemeiner Zersetzung nicht betreten. Unsere Radicalen werden zunächst im Odenwald und in Rheinhessen, und vielleicht nicht ohne Erfolg operiren. Das wohlhabende, glückliche Rheinhessen sieht den Pfälzer Freischaaren offen, — der verrufene Odenwald ist leicht in eine übrigens nicht sehr gefährliche Bewegung zu bringen. In Darmstadt haben radicale Versammlungen bereits die Zurückberufung der Truppen von der badischen Grenze verlangt, und ein sehr beweglicher Deputirter hat auch versucht, in die Kammer diese Stimmung zu bringen, — von den Chefs unserer Wähler sind aber die Befähigten so wenig geachtet, und die Geachteten so wenig befähigt, daß alle diese Bemühungen nur das Gegentheil bewirkt haben. Die Bürgerschaft bewaffnet sich, jedoch zu einem andern Zweck, und die Regierung hat in Baden gesehen, wohin Schwäche und Halbheit führt. — Die gestern hier aus Mannheim eingetroffene Großherzogin Stephanie ist heute nach England abgereist.

Sigmaringen, 20. Mai. Unser ganzes Contingent nebst den Liechtensteiner Scharfschützen ist vorgestern von hier abmarschirt und hält heute in Hechingen Rasttag; von dort wird das vereinte Bataillon, 600 Mann stark, zu den Truppen des Generals v. Miller stoßen, um die Reichsfestung Rastatt zu besetzen; die frühere Ordre war nach Altona. Die Soldaten wurden vorher auf die Reichsverfassung beeidigt. (S. M.)

** Aus **Schleswig-Holstein** melden unsere neuesten Briefe, daß das Bombardement von Fridericia fortgesetzt wird.

Frankreich.

** **Paris**, 20. Mai. Die Nationalversammlung wird bis zum Zusammentritt der neuen Kammer, welcher am 28. stattfinden soll, ihre Sitzungen ununterbrochen fortsetzen. Ein Antrag auf Vertagung wurde abgelehnt.

Der heutige „Moniteur" bringt die Anzeige, daß General Perrot zum interimistischen Oberbefehlshaber der Nationalgarden des Seinedepartements ernannt worden sei. General Changarnier behält nur den Oberbefehl aller im Bereich der ersten Militärdivision stehenden Linientruppen. Somit wäre dem Beschlusse der Nationalversammlung in formeller Beziehung Genüge geschehen, in materieller bleibt die Sache nach wie vor dieselbe.

Wie die allgemeine Correspondenz berichtet, ist in dem letzten Ministerrathe beschlossen worden, eine Observationsarmee am Rhein aufzustellen und gegen eine Intervention Rußlands und Oesterreichs in die innern Angelegenheiten Deutschlands Einsprache zu thun.

Drouyn de Lhuys hat dem österreichischen Gesandten eine Note zugestellt, in welcher in gemäßigten aber bestimmten Ausdrücken die vollständigste Mißbilligung des von den österreichischen Truppen in Livorno und Bologna befolgten Verfahrens ausgesprochen ist.

** **Paris**, 20. Mai. Nach den neuesten Nachrichten lassen sich die bis heute Abend bekannt gewordenen Wahlresultate folgendermaßen resumiren: gemäßigte 492, demokratisch-socialistische Opposition 211, ungewisse Wahlen 3. Wir entnehmen diese Mittheilung der meist gut unterrichteten „Patrie".

An der heutigen Sonntagsbörse war die 5pCt. Rente 82. 75.

Spanien.

* **Madrid**, 15. Mai. Der Schluß der Kammern soll am Ende dieses Monats erfolgen.

An der Börse lief heute das Gerücht, daß der Befehl zur Einschiffung des nach Italien bestimmten Geschwaders zurückgenommen sei.

Ungarischer Kriegsschauplatz.

* **Wien**, 19. Mai. Die Wiener Zeitungen führen aus den Pesther die Aufforderung Görgey's zur Uebergabe Ofens und die darauf erfolgte Antwort Hentzi's an. In der ersten war die Bedingung gestellt: ehrenhafte Kriegsgefangenschaft; die Offiziere mit, die Mannschaft ohne Waffen und Rüstung. Hierbei wird erwähnt, daß Raab, Stuhlweißenburg, Komorn, Neutra, Hanfabegh, die Bergstädte und die ganze Waaglinie in den Händen der Magyaren seien. Im Falle mit der äußersten Vertheidigung Ofens noch die Zerstörung der Kettenbrücke und das Bombardement Pests verbunden werden, verbürgt es Görgey mit seinem Ehrenwort, daß nach geschehener Einnahme Ofens die ganze Besatzung über die Klinge springen soll. Zum Schlusse heißt es: „Gewarnt durch das niederträchtige, ehrvergessene System, nach welchem sogar unsere Parlamentare als Verbrecher österreichischerseits festgehalten und behandelt werden, wähle ich zum Ueberbringer dieses Schreibens bloß einen kriegsgefangenen österreichischen Offizier." — In der Antwort droht Hentzi mit dem Ruin von Pest, falls Ofen angegriffen wird, verwahrt sich gegen die ihm imputirte ungarische Nationalität und spricht sein letztes Wort dahin aus: „Ich werde den Platz nach Pflicht und Ehre bis auf den letzten Mann vertheidigen; mögen Sie es verantworten, daß hierbei die zwei schönen Schwesterstädte geopfert werden."

Die Einnahme Ofens durch die Magyaren bestätigt sich. Man fügt hinzu, der Commandant Hentzi habe sich entleibt, weil er gegen sein gegebenes Wort die Waffen gegen die Magyaren ergriffen hat. Die Besatzung ergab sich kriegsgefangen. — Von allen Reisenden, welchen es gelang, Einsicht in die magyarischen Zustände zu erhalten, wird bestätigt, daß es den Ungarn wider an Leuten, noch an Gold und Silber, wohl aber an Montursgegenständen aller Art fehle. — Unter den ungarischen Truppen werden besonders die jetzt förmlich organisirten Czikosche (Roßhirten) gefürchtet, welche gleich den südamerikanischen eine außerordentliche Uebung erlangt haben, wilde Pferde mittelst aus weiter Ferne geworfenen Schlingen zu fangen. Dieses Verfahren wird nun auch gegen die zweibeinigen Feinde angewendet, und gewinnt durch den am Ende der Schlinge angebrachten eisernen Haken ungemein an Furchtbarkeit.

Das Hauptquartier des F.Z.M. Welden soll demnächst nach Tyrnau verlegt werden und es sind daselbst für ihn Zimmer hergerichtet worden. Die Waag soll bis aufwärts Trentschin an 6 Punkten überschritten werden. Generalmajor Susan ist Generaladjutant beim Oberbefehlshaber Welden geworden. — F.M.L. Vogel ist mit 12,000 Mann in Trentschin eingerückt und faktisch wohl bereits mit den in Hradisch und Göding angekommenen Russen vereinigt. Die Magyaren haben bei Freistadtl 40 Geschütze aufgepflanzt, um den Uebergang über die Waag um jeden Preis zu erzwingen; der größere Theil ihrer Armee hat sich gegen die Bergstädte gezogen, um dort eine sichere Position zu nehmen. Die magyarische Gesammtmacht, welche sich vom rechten Waaguser über die Bergstädte bis ins Gömörer Comitat und gegen Komorn zu erstreckt, dürfte sich auf 120,000 M. belaufen, und ist derart vortheilhaft postirt, daß sie sich auf jeden beliebigen Punkt mit Uebermacht werfen kann. Fast scheint es, als ob sie durch fortwährende Scheinangriffe längs der Waag ihre eigentliche Absicht, in Galizien einzubrechen, maskiren wolle. Uebrigens ist die k. k. Armee von Verräthern und Spionen umlagert und selbst Standespersonen erscheinen unter dem Deckmantel der Anhänglichkeit an die kaiserliche Sache mitunter als die gefährlichsten Zuträger der Magyaren.

Kossuth hat mittelst Verordnung die vom Fürsten Windischgrätz ausgegebenen Zwangsanleihe-Assignaten verboten; wer sie annimmt oder ausgibt, wird als Landesverräther bestraft. — Auch hat er eine Gnadencommission ernannt, die aus folgenden Mitgliedern besteht: Anton Hunkar, Baron Nicolaus Josika (der bekannte Romanenschriftsteller), Anton Jozipovich und Ladislaus Palozci. — In Siebenbürgen wurde Karl Szent-Iranyi statt des Ministers Csanyi zum Commissär ernannt. — Die Pester Blätter erzählen, daß die deutsche Legion guten Fortgang hat und rufen die Legionäre auf, den Tod des wackern Blum zu rächen.

Görgey hat „an den commandirenden General der k. k. österreichischen Invasionstruppen in Ungarn" eine Erklärung gerichtet, worin er eine gute Behandlung der im k. k. Lager befindlichen ungarischen Kriegsgefangenen fordert, widrigenfalls er Repressalien gebrauchen würde. Zum Schluß dieser Erklärung finden wir folgende drei Punkte, die wir hier wörtlich mittheilen: 1) Für jeden ungarischen Kopf fallen drei österreichische. 2) Jeder im österreichischen Heere gegen uns kämpfende geborene oder auch nur indigenirte Ungar verfällt unbedingt dem Landesverrätherlode. 3) Ungarn ist gerüstet zum Kampfe auf Leben und Tod, das Volk ist der Langmuth satt, die es bisher an seinen Unterdrückern geübt. — Reisende aus Komorn, die nach Pest kamen, konnten von dem schaudervollen Anblick, den Komorn bietet, nicht genug erzählen. Die Stadt — sagen sie — sei fast gänzlich zu Grunde gerichtet. Was der große Brand verschont hatte, das wurde jetzt durch die Belagerungsoperationen heimgesucht. Die einzige Vorstadt, die sogenannte Curia, sei gänzlich unbewohnbar. In der eigentlichen Stadt ist fast kein Haus unversehrt. Die Fensterscheiben müssen durch Papier ersetzt werden, weil das vorräthig gewesene Glas aufgebraucht, und anderes herbei zu schaffen während der Belagerung unmöglich war. — Nach dem „Soldatenfreund" soll in Komorn auf Mal, Török, Esterhazy schon wieder ein neuer Commandant gefolgt sein, der schon öfter genannte Guyon, aus einer ursprünglich irischen Familie, welcher, früher in österreichischen Diensten, später einer Fabrik in der Umgegend Wiens vorstand, sich dann der radicalen Partei anschloß, und in der Verkleidung eines Geistlichen nach Ungarn entwich. — Casimir Batthyany hat St. Thomas dem Boden gleich gemacht. Kein Stein blieb über dem andern, die Schanzen wurden demolirt. Die herrenlos gebliebenen Gründe werden an fleißige ungarische Ansiedler vertheilt. — Aus den Glocken der Kirchthürme von St. Tomas sollen zum Andenken der Schlacht Denkmünzen geprägt, und an jene braven Krieger vertheilt werden, die sich an dem Sturme betheiligten. (Pl.)

Die schon erwähnte kaiserliche Proclamation an die Völker Ungarns, lautet wörtlich: „Eine verbrecherische Partei, von gewissenlosen Umsturzmännern geführt, — nachdem sie Frevel auf Frevel gehäuft, und alle Mittel der Lüge und Bethörung erschöpft hat, um Euch zum hochverrätherischen Treubruch zu verleiten und das Band zu zerreißen, das seit einer langen Reihe von Jahren unsere Völker in friedlicher Eintracht umschlungen hielt, — führt offenen Krieg gegen Euren König, um ihn seiner angestammten Rechte zu berauben, und sich selbst die Herrschaft über Euch und das Eigenthum Anderer anzueignen. Unter dem trügerischen Vorwande, als schwebte Eure Nationalität oder Eure Freiheit in Gefahr, opfert sie das Blut Eurer Brüder und Söhne, — die Habe des ruhigen Bürgers, — die Wohlfahrt Eures blühenden Landes, und ruft Euch zu den Waffen gegen uns — gegen Euren König, der allen seinen Völkern — auch jenen, die früher keine solche besaßen — eine freie Verfassung gegeben, alle Nationalitäten seines großen Reiches gewährleistet, jeder eine gleiche Berechtigung zugesichert hat. Und nicht allein auf ihr verruchtes Beginnen beschränkt sich diese Partei. Unsere ernsten Mahnungen mißachtend, sucht sie nun ihre Hauptstütze unter dem Auswurfe fremder Länder. Tausende von Ruhestörern und Abenteurern — Menschen ohne Vermögen und Gesittung, nur durch die Gemeinsamkeit verbrecherischer Absichten verbündet, stehen in ihrem Solde; schon sind sie zu Leitern des Aufruhres geworden, auf Eure Kosten, mit Eurem Blute sollen ihre schändlichen Pläne durchgefahrt, — Ihr selbst als blinde Werkzeuge fremder Umtriebe zum Umsturze jeder wahren Freiheit, jeder gesetzlichen Ordnung auch in andern Ländern mißbraucht werden. Solchem frevelhaften Treiben ein Ziel zu setzen, Euch von Euern Bedrückern zu befreien, und unserer Monarchie den von der großen Mehrzahl heiß ersehnten Frieden zu sichern, ist daher nicht allein unsere Pflicht und unser unerschütterlicher Vorsatz, sondern auch die Aufgabe jeder Regierung, die die Ruhe und Wohlfahrt der von der Vorsehung ihr anvertrauten Völker gegen diese allgemeinen Feinde des Friedens und der Ordnung zu wahren hat. Von diesen Gesinnungen erfüllt, hat unser erlauchter Bundesgenosse, Se. Maj. der Kaiser von Rußland, sich mit uns vereinigt, um den gemeinschaftlichen Feind zu bekämpfen. Auf unseren Wunsch und im vollsten Einverständnisse mit uns erscheinen seine Heere in Ungarn, um im Bunde mit aller uns zu Gebote stehenden Macht dem Eure Fluren verheerenden Kriege schnell ein Ende zu machen. Betrachtet sie nicht als Feinde Eures Vaterlandes, sie sind die Freunde Eures Königs, die ihn in seinem festen Vorhaben: Ungarn von dem drückenden Joche einheimischer und fremder Bösewichter zu befreien — kräftigst unterstützen. Mit derselben Mannszucht wie meine Truppen, werden sie jedem treuen Staatsbürger den verdienten Schutz angedeihen lassen, mit derselben Strenge in der Bewältigung des Aufruhrs vorgehen — bis Gottes Segen der gerechten Sache den Sieg verleiht. Gegeben in unserem kaiserlichen Lustschlosse Schönbrunn, am 12. Mai 1849. Franz Joseph m. p. (L. S.)
F. Schwarzenberg m. p.

Börsenberichte.

Frankfurt, 22. Mai. Einkaufscommissionen, die heute von verschiedenen Seiten zur Ausführung am Markt waren, gaben der Börse ein viel festeres Ansehen; fast sämmtliche Fonds sowohl wie Eisenbahnactien stellten sich hierauf höher im Cours als gestern. 5pCt. Metall. blieben 74 pCt., 2½pCt. Metall. 39½, pCt., Bienerbankactien 1107 fl. G., 500 fl. Loose 123 fl., 250 fl. Loose 75 pCt. Alle übrigen Sorten Anlehenslose begehrt, Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27 Rthlr, Bad. 35 fl. Loose 25½ fl. G., do. 50 fl. Loose 46½ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 21 fl, do. 50 fl. Loose 68½ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20½ fl., Sard. Loose 25½ Fr., Poln 500 Loose 72½, Rthlr. Den süddeutschen Obligationen waren 1½pCt. Württemberger 92½, pCt., do. 3½pCt. 75½, pCt., Bad. 3½pCt. Obligationen 73½, pCt., do. 5pCt. bad. vom Jahr 1848 93½, pCt., Nassauer 3½pCt. Obligationen 79½, pCt., do. vom Jahr 1849 99½, pCt. Von belgischen Obligationen waren 2½pCt. belg. 42½, do 4½pCt. 82½, do. 5pCt. 90. Von Eisenbahnen blieb: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 34 Rthlr., Berbach 67½, pCt., Köln-Minden 77 pCt., Taunus 269 fl. 5pCt. taländ. Span. schlossen 23½, G. Von Wechseln Wiener 101½, Paris 95½, London 121½, Hamburg 88½, Leipzig und Berlin 105½. Im Ganzen jedoch das Geschäft in sämmtlichen Devisen von keinem Belang. Disconto ½ pCt. G.

Wien, 19. Mai. 5pCt. Metall. 69½. — 4pCt. 71½. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1125. — 500 fl. Loose 148. — 250 fl. Loose 91½. — Nordbahnactien 94½. — Gloggnitzer 93. — Mailänder 71.

Fonds und Actien behaupteten sich fest, trotz der niedrigern Pariser Notirung. In Devisen und Geld war viel Verkehr zu wieder angezogenen Coursen. In London wurde zu 11 fl. 52 viel gemacht. Paris ist auch mit 141 bezahlt worden. Silber 17½.

Berlin, 21. Mai. Staatsschuldscheine 79½, Br., Seehandlungs-Prämienscheine 100½, bez., Bankantheile 87½, u. ½ bez., Berlin-Hamburg 59 bez., Köln-Minden 76½, u. ½ bez., Friedrich-Wilh.-Nordbahn 31 u. 31½, bez., Rhein. 43 à 43 bez. u. G., Thüring. 49 bez., Aust. bei Stieglitz 8.½, Br., Poln. 500 fl. Loose 71½, Br.

Die heute eingegangene circa 3pCt. schlechtere Pariser Rentennotirung übte keinen Einfluß auf unsere Börse; die Course stellten sich vielmehr meistentheils fest, und blieben von Fonds ohne wesentliche Veränderung, Eisenbahnactien aber wurden Berlin-Hamburger und Rheinische abermals bedeutend höher bezahlt; der Umsatz war nur beschränkt.

London, 19. Mai. 3pCt. Stocks 91½, à ½. — 5pCt. Span. 18½. — Neue 3pCt. 33½. — 4pCt. Port. 28½. — 2½pCt. Holländ. 49½.

Madrid, 15. Mai. Wegen Feiertag die heutige Börse geschlossen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Walter.

Bitte.

Die letztvergangenen Tage haben ein Unglück über einen Theil unseres schönen Dresdens verbreitet, welches die Geschichte mit düstern Farben, aber gewiß nie in dem Umfange und in den Spezialitäten aufbewahren wird, in denen es die Augenzeugen kennen; und wir glauben nicht, der Wahrheit zu nahe zu treten, wenn wir versichern, daß, so partiell auch der directe Schaden war sein mag, doch der Wohlstand unserer Stadt auf Jahre hinaus vernichtet ist.

Wir verzichten darauf, ein Gemälde der Verwüstung, welche der fast unausgesetzte Straßenkampf vom 3. bis zum Morgen des 9. d. M., das Bombardement und das böswillig angelegte Feuer angerichtet, vor den Augen unserer deutschen Mitbrüder aufzurollen; wir verzichten darauf, eine Schilderung der Noth eines großen Theiles unserer Mitbürger und der Ausssicht auf deren gesteigerten Umfang zu entwerfen; — wir berufen uns auf die immer noch hinter der Wahrheit zurückbleibenden Berichte der Zeitungen und Tausender von Augenzeugen. Wir wollen nicht schildern, sondern bitten. Ein Hilfsverein hat sich hier gebildet, um Gaben frommer Menschenliebe in Empfang zu nehmen, so wie um sie, nach seinem besten Wissen und Gewissen, für die in diesen schweren Tagen Verunglückten, für die betrauerten Hausbewohner, und für die Hinterbliebenen der von beiden Seiten Gefallenen, soweit diese insgesammt der Hilfe bedürftig sind, zu verwenden.

Wir erlauben uns daher die Bitte an unsere deutschen Brüder um Gaben an Geld für jene Unglücklichen, wobei wir darauf aufmerksam machen, daß das Königliche Ministerium der Finanzen uns für unsere Schriften und die eingehenden Gelder innerhalb der Königlich Sächsischen Lande Portofreiheit gewährt hat: daher wir wünschen, daß diese Schriften und Gelder vorzugsweise an unsern Hilfsverein eingesendet werden möchten.

Und so schenke Gott unserm Vorhaben und unsern armen Mitbürgern recht viele menschenfreundliche Herzen, unserer Stadt aber überhaupt die freundliche Theilnahme, welcher sie in glücklicheren Tagen sich zu erfreuen hatte.

Dresden, am 12. Mai 1849.

Der Hilfs-Verein.
Ackermann, Appellationsrath, Vorstand.

Der Unterzeichnete erbietet sich, jegliche Gabe, sowohl in seiner Wohnung an der Eschersheimer Chaussee G. X. Nr. 8 im zweiten Stock, als auch in seiner Expedition im Zollgebäude in Empfang zu nehmen und an den obigen Hilfsverein in Dresden zu befördern. Ueber die ihm zugekommenen Unterstützungsgelder und ihre Weiterbeförderung wird derselbe seiner Zeit öffentlich Rechnung ablegen.

Frankfurt a. M., den 16. Mai 1849.

Lamm, Ober-Steuer-Inspector.

Auch Herr J. J. Merz hat sich gerne bereit erklärt, Beiträge in Empfang zu nehmen und solche an ihre Bestimmung gelangen zu lassen.

[1426] Die pr. 1. Juli a. c. fälligen Coupons Nordamerikanischen 6pCt. Obligationen
Nr. 2518 à 30 Dollar,
„ 30 à 150 „
sind abhanden gekommen. Man warnt vor deren Ankauf und bittet allenfallsige Auskunft hierüber der Expedition dieser Blätter zukommen zu lassen.

In Ladung bei **H. SERIGIERS**,
Consul, Kaufmann und Schiffsrheder,
[1313] in **ANTWERPEN**.

Regelmässige Schifffahrten

Nach **New-York**:

Amerik. 3master FRANCE, Cap. Hidson, Abfahrt 10. Mai.
„ „ RIO-GRANDE, „ Thomas „ 20. „
„ „ MAYFLOWER, „ Hitchcock „ 1. Juni.

Nach **Rio-Janeiro**:

Belg. Schiff WINDHOND, Cap. Parmentier, Abfahrt 1. Juni.

Nach **Constantinopel**:

Schiff AMALIA, Cap. Dolwin, Abfahrt 20. Mai.

Obengenannte Schiffe nach New-York und Rio-Janeiro sind eingerichtet um zwischen Deck und Cajüte Passagiere zu übernehmen.

Nähere Auskunft ertheilt **H. Serigiers** in Antwerpen.

[1319] **Wiesbaden.**

Das Badhaus zum „Pariser Hof", welches ich übernommen, neu auf das bequemste eingerichtet und mit meinem vis-à-vis stehenden,

— Badhaus zum goldnen Kreuz —

verbunden habe, empfehle dessen
Wiesbaden, im Mai 1849.

Heinrich Reverle.

Rheinische Dampfschiffahrt.

Kölnische Gesellschaft.

Tägliche Fahrten vom 1. Mai 1849:

Von **Mainz** Morgens **6** Uhr nach **Düsseldorf, Elberfeld-Hamm).**
„ **Mainz** „ **8½** „ „ **Köln (Aachen-Düsseldorf).**
☞ Durch die Post- und Schnellschiffe „Beethoven" und „Rubens", im Anschluss an den Eisenbahnzug Morgens 6½ Uhr von Frankfurt.
„ **Mainz** Morgens **10½** Uhr nach **Köln (Minden-Berlin)**
☞ unmittelbar nach Ankunft des zweiten (9½ Uhr) Eisenbahnzugs von Frankfurt.
„ **Mainz** Nachmitt. **2½** Uhr nach **Mannheim**
☞ Von **Biebrich rheinabwärts ¼ Stunde später als von Mainz.**
Von **Mannheim** Morgens **6** Uhr nach **Köln.**
„ **Coblenz** rheinaufwärts Morgens **6, 8** und **12** Uhr, rheinabwärts Morgens **6, 10½** und Nachmittags **12½** und **2½** Uhr.
„ **Köln** Morgens **5½** Uhr nach **Mainz**, Morgens **9½**, Mittags **1** und Abends **10** Uhr nach **Coblenz-Mannheim**, Morgens **5** Uhr nach **Arnheim**.
„ **Arnheim** Morgens **6** Uhr nach **Köln, Coblenz, Mainz, Mannheim.** [1303]

Nähere Auskunft und Billete in Frankfurt a. M. bei dem Agenten Herrn **F. Böhm**, Rossmarkt, auf dem Filial-Bureau bei Herrn **G. B. Peill** auf der Zeil, im Taunus-Bahnhofe, und für die Postreisenden im Postbureau.

Bekanntmachung.

Statt der früher angekündigten Fahrten des Dampfschiffes **Lübeck**, Capt. G. Fuhr, zwischen Travemünde, Kopenhagen, Gothenburg und Christiania, wird dasselbe bis auf Weiteres zweimal wöchentlich, und zwar Dienstags und Sonnabends Nachmittags 6 Uhr von Travemünde mit der Post, Passagieren und Gütern nach Kopenhagen abgehen und Donnerstags und Sonntags von dort seine Rückreise antreten. So wird am Dienstag, den 27. März, zuerst von Travemünde seine Fahrten beginnen.

Lübeck, den 23. März 1849.

Die Direction der Lübecker Dampfschifffahrts-Gesellschaft.

NB. Federn, Bettfedern und Haare werden nicht geladen. [869]

[1256] **Deutscher Phönix.**

In Folge der statutenmäßigen Bestimmung des Verwaltungsrathes und der deßfalls an die General-Versammlung in Karlsruhe, in deren Sitzung vom 24. April d. J. gemachten Mittheilung, ist für das Jahr 1849 auf die Actien der Gesellschaft „Deutscher Phönix" eine Extra-Dividende von 5 Gulden für je 1000 fl. Nominalwerth festgestellt worden.

Die Auszahlung dieser Dividende hat gleichzeitig mit derjenigen der Zinsen von den geleisteten baaren Einlagen zu geschehen, und es sind hiernach auf jeden Coupon für 1849

von Lit. A 11 fl.
„ „ B 5 fl. 30 kr. und für Zins und Dividende zu entrichten.
„ „ C 8 fl. 45 kr.

Die Inhaber solcher Coupons werden demnach hiermit aufgefordert, gegen Abgabe derselben deren Betrag am 3., 4., 5., 7. und 8. Mai, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, an der Kasse der Gesellschaft dahier (Börsengebäude) in Empfang zu nehmen. Später kann die Auszahlung nur Dienstags und Freitags, gleichfalls in den Vormittagsstunden, stattfinden.

Diejenigen Actionäre, welche den Betrag ihrer Coupons in Karlsruhe zu erheben wünschen, haben sich deßfalls, nach Inhalt der Statuten, an die Section der Gesellschaft daselbst zu wenden.

Frankfurt a. M., den 30. April 1849.

Der Verwaltungsrath der Gesellschaft „Deutscher Phönix".

[1321] **116. Frankfurter Stadt-Lotterie.**

Ziehung erster Klasse den 6. und 7. Juni.

Hauptgewinne: fl. **211,000**, 2 à **100,000**, **40,000**, **25,000**, 2 à **20,000**, **13,000**, **12,000**, 4 à **10,000**, **8000**, 2 à **5000** ꝛc. Ganze Original-Loose à fl. 6, ½ à fl. 3, ¼ à fl. 1. 30 kr., ⅛ à 45 kr., so wie Loose auf alle Klassen gültig à fl. 90 das ganze empfiehlt

Jacob Hoctor, Hauptkollekteur in Frankfurt a. M.

---

[772] **H. G. von Oven,**
Bleidenstraße 24., empfiehlt sein wohlassortirtes Lager in:
schwarzen seidenen Herrenhalsbinden in Taffet und Atlas, Sommerhalsbinden in Seide, Halsfelze, Jaconet und Foulard, ächt ostindischen Taschentüchern Chatelaines, Foulard- und Atlas-Brustschleifen

---

[1420] Zur geneigten Ansicht einer prächtigen **Paulownia imperialis**, 4 Jahr alt, 20 Fuß hoch, 5 Zoll dick im Stamm, gegenwärtig mit Tausenden von blauen Blumen bedeckt, ladet ergebenst ein
C. Singer,
Vereinsgärtner in Mannheim.

[1423] Die ersten neuen Häringe bei
Milani-Minoprio,
kleiner Hirschgraben Nr. 3.

[1422] **Hessische 40-Thaler-Loose** und **Badische 35-Gulden-Loose**, Ziehung den 1. Juni a. c. Original-Obligations-Loose bei
J. N. Trier & Cie.

Neueste **Tolle du Nord**-Klavier zu 3 fl. 15 kr. bei **L. B. Schuster**, Bleidenstraße Nr. 5. [1417]

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[1068] **Decret**
in Sachen
des Friedrich Müller dahier, Klägers,
gegen
Moritz Eggerling aus Heidesheim, zuletzt hier wohnhaft, Beklagten,
wegen Forderung

Kläger hat dahier gegen den Beklagten eine Klage auf 108 fl. 44 kr. für verabreichte Kost, Logis und Bedienung während der Zeit vom 1. Januar 1848 bis Ende August 1848, angestellt. Der Beklagte, dessen Aufenthalt dermalen unbekannt ist, wird aufgefordert, sich auf die Klage innerhalb 60 Tagen zu erklären, bei Vermeidung der Rechtsnachtheile des Ungeständnisses und Verlusts des Einredens.

Alle weiteren Verfügungen in dieser Sache werden bei fruchtlosem Abweichen des Beklagten nur durch Anheften an das Gerichtsbrett bekannt gemacht werden.

Wiesbaden, den 31. März 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Winter.

[1307] Nachdem der Handelsmann Philipp Engel von hier seine Insolvenz angezeigt hat, und zur summarischen Schuldenliquidation, so wie zum Güterverzeichniß und ersterlich der Wahl eines Massenpflegers und dessen Verpflichtungsact Termin auf den 14. d. M., Morgens 9 Uhr, bestimmt worden, so werden sämmtliche Gläubiger des Gemeinschuldners aufgefordert, alsdann ihre Forderungen, unter Vorlage der darüber sprechenden Urkunden entweder in Person oder durch gehörig legitimirte und zum Vergleichsabschluß ermächtigte Vertreter anzumelden und bei den weiteren Handlungen mitzuwirken, widrigenfalls der nicht erscheinenden und nicht mitzuhandelnden als dem Beschlusse der Mehrheit der erschienenen beigetreten angenommen werden.

Hanau, am 16. Mai 1849.

Kurfürstl. Landgericht.
Miller.
vdt. Kahler.

[1301] Auf den Grundstücken: 2 Morgen 3 Ruthen Acker im Rosenfeld in der Gewann Nr. 21 und 3 Viertel 29 Ruthen Acker im Nürnberger Feld in der nämlichen Nr. 20, findet sich in den Hypothekenbüchern eine Schuld von 200 fl. nach Handverschreibung vom 19. März 1801 von dem Schuhmachermeister Heinrich Berg dahier zu Gunsten des J. Notar Seyd von hier ausgestellt, eingetragen.

Nach vorgelegten Bescheinigungen ist diese Schuld längst bezahlt worden und die Schuldurkunde verloren gegangen.

Auf gestellten Antrag werden alle diejenigen, welche nach Recht an dieser Forderung haften, aufgefordert, dieß im Termin

den 20. d. M.

dahier anzumelden, widrigenfalls die Schuldurkunde mortificirt und das bestellte Pfandrecht im Hypothekenbuch gelöscht werden wird.

Hanau, am 9. Mai 1849.

Kurfürstl. Hess. Landgericht.
Giller.
vdt. Kahler.

[1305] **Edictalladung.**

In der Concurssache des Johannes Schmitt VI., Weißgerbermeister zu Herrnsheim, findet Gantabstimmung an:

Mittwoch den 11. Juli l. J., Vormittags 8 Uhr,

bei Meidung des stillschweigend erfolgenden Ausschlusses mit allen Ansprüchen an die Masse.

Worms, am 8. Mai 1849.

Großh. Hess. Landgericht das. Sarcerius.

[1310] **Edictalladung.**

Ueber das Vermögen des Kaspar Kalm und seiner Ehefrau Catharina, geb. Petry, von hier ist rechtskräftig der Concursprozeß erkannt worden.

Diejenige wie persönliche Ansprüche an dieselben sind bei Vermeidung des Ausschlusses von der vorhandenen Masse

Freitag den 15. Juni, des Morgens 8 Uhr,

dahier zu liquidiren.

Hochheim, den 9. Mai 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Glitz.

[1373] Auf den Grundstücken des Schultheiß George Doole zu Niederauroff, B. 69 ½ Ar. ½ R. Haus, Scheuer u. Stallung unter einem Dache und Hofraithe 93 ½ Ar. Ertragarten beim Hause, Gemeindenutzen und Brauerei im Dorf Niederauroff belegen, finden sich die beiden Immissionsdecrete

1) zu Gunsten des Kaufmanns Ernst Merle von Karlshafen vom 7. Febr. 1842 wegen 48 Thlr 1 Sgr. 5 Pf. Hauptgeld und 3 Thlr. 3 Sgr. 2 Pf. Kosten und
2) vorgleichen des Advocaten Damm dahier vom 16. April 1842 wegen 9 Thlr. 3 Sgr.

im General-Währschafts- und Hypotheken-Protocolle von Niederauroff eingetragen.

Die Forderungsberechtigten sind zwar nach ihrer Erklärung befriedigt, da jedoch die Immissionsdecrete verloren gegangen sein sollen, so werden auf Antrag des Schuldners George Doole die etwaigen Inhaber dieser Urkunden hiermit öffentlich aufgefordert, dieselben so gewiß im Termin

den 14. Juni d. J.

dahier vorzulegen und ihre etwaigen Ansprüche daran geltend zu machen, als widrigenfalls die Urkunden für mortificirt erklärt werden sollen.

Jeßberg am 7. Mai 1849.

Kurfürstl. Justizamt.
Weber.
vdt. Ungewitter.

[1311] **Oeffentliche Aufforderung.**

Nachdem weitere Mittel des verstorbenen Hausmannes Joseph Stein von hier erklärt haben, ein Erbschaft nur unter der Rechtswohlthat des Inventars antreten zu wollen, so werden die Gläubiger der genannten Stein hiedurch aufgefordert, ihre Forderungen in dem auf

den 4. Juni d. J., Vormittags 9 Uhr,

in des Gerichtslocal hierselbst bestimmten Termine zum Zwecke der Aufnahme in das Inventar anzumelden.

Treysa, am 7. Mai 1849.

Kurfürstl. Justizamt.
Rüppell.
Kulenkamp.

[1421] Literat Gustav Diezel, aus Nassau königl. Württembergischen Oberamts Mergentheim gebürtig, ist der Aufforderung zum Aufrufe verdächtig, und wird hierorts Untersuchung gegen denselben geführt. Da sein Aufenthalt unbekannt, so ergeht an alle Gerichts- und Polizeibehörden des In- und Auslandes das Ansinnen, den genannten Gustav Diezel auf Betreten zu verhaften und unter abliefern zu lassen.

Nürnberg, den 19. Mai 1849.

Der Untersuchungsrichter am kön. bayl. Kreis- und Stadtgericht.
Grundherr.
Merz

Signalement.

Gustav Diezel ist 31 Jahre alt, seine Größe ist 5 Schuh und beiläufig 8 Zoll, seine Statur untersetzt, gedrungen, der Hals kurz, die Haare dunkelbraun, das Gesicht voll, die Augen grau, Nase und Mund zeigen nichts Auffallendes, sein Dialekt zwar dem Schwäbischen sich nähernd, doch nicht entschieden. Er trägt Augengläser, und einen um Wangen und Kinn und Hals gehenden braunen Bart. Die dermalige Kleidung des Gustav Diezel ist nicht bekannt.

[1232] **Edictalladung.**

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des hiesigen Bürgersohns Joachim Heinrich Fester Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen

Zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen auswärts wohnenden Intestaterben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 21. April 1849.

Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Böhmer.
Dr. Epstein, I. Secr.

[1083] **Bekanntmachung.**

Johann Josef Kohl aus Zweifen, geboren am 2. December 1790, ist nach vorgelegter Bescheinigung mit den vormaligen westphälischen Truppen nach Rußland marschirt, ohne daß eine Nachricht über sein Leben oder seinen Tod in seine Heimath gelangt wäre.

Auf den Antrag seines Bruders Johannes Kohl zu Zweifen wird er hiedurch geladen, sich so gewiß im Termine

den 31. Mai l. J., Vormittags 10 Uhr,

dahier persönlich oder durch einen Bevollmächtigten zu melden, als er sonst den drei fernern Bestimmungen der Verordnung vom 5. Juli 1816 zufolge für todt würde gehalten werden müssen.

Verfügt Jeßberg, den 4. April 1849.

Kurfürstliches Justizamt.
Weber.

[1234] **Edictalladung.**

Ueber das Vermögen des Vermögensverwalters Gabriel Kilian aus Rüsselsheim hat das unterzeichnete Gericht heute Concurs erkannt.

Demnach werden alle, welche an diesen Gemeinschuldner aus irgend einem Rechtsgrunde Forderungen zu machen haben, hierdurch vorgeladen, solche in der auf

Montag den 9. Juli l. J., Vormittags 10 Uhr

anberaumten Tagfahrt vor der angeordneten Gerichtscommission entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten hiesigen Anwalt klar zu stellen, auch einstweilen etwaige Vorzugsrechte zum Protokoll zu verhandeln, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse.

Es wird keine weitere Ladung ergehen, sondern nur, nachdem die gegenwärtige zu den Akten genommen ist, der Ausschluß der nicht aufgetretenen Gläubiger in öffentlichen hiesigen Blättern bekannt gemacht werden.

Frankfurt, den 27. April 1849.

Stadtgericht I.
Schöff Dr. von Schweitzer, Director.
Dr. Diego, Secr.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nro. 121.) 23. Mai 1849.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

JW **Vor Fridericia**, 18. Mai. Seit gestern hat das Bombardement von Fridericia begonnen und wird unablässig fortgesetzt werden, bis diese Festung sich übergeben hat. Unsere Batterien sind jetzt fast alle vollendet und mit schweren Geschützen besetzt, und so soll es den Dänen bald in der Stadt, in der man schon an zwei Stellen Rauch aufsteigen sieht, unheimlich werden. Die Bevölkerung derselben hat sich übrigens größtentheils schon geflüchtet und nur eine Infanteriegarnison von circa 8000 Mann und Artillerie steht noch dort; alles Uebrige ist schon nach Fühnen übergeschifft worden. Das Feuer der Dänen ist nicht sehr lebhaft und thut uns verhältnißmäßig äußerst geringen Schaden. Daß Fridericia sich lange halten wird, ist nicht anzunehmen, da die Werke der Festung gar nicht für eine längere Vertheidigung eingerichtet sind. Wenn General v. Bonin es jetzt forciren wollte, oder es für die ganze Führung des Krieges von Entscheidung wäre, so könnte wohl jetzt schon ein Sturm, der freilich viele Menschenleben kosten würde, versucht werden. Doch „Vater Bonin", wie seine schleswig-holsteinischen Soldaten ihn nennen, kennt die Bedeutung des Menschenlebens, und wie er seine Schaaren auch wahrlich nicht schont, wenn es gilt wichtige Zwecke zu erreichen, so vermeidet er doch entschieden jede nutzlose Aufopferung. Ob Fridericia aber einige Tage früher oder später in unsere Hände fällt, ist für die ganze Führung dieses Krieges gleichgiltig. Wie man aber anzunehmen alle Ursache hat, haben die Dänen an den für den Sturm günstig gelegensten Stellen große Flatterminen angelegt, die sie im Fall unseres Hereinstürmens anzünden würden, wodurch uns beträchtlicher Verlust zugefügt werden könnte. Das Leben hier vor der Festung in den Bivouaks der schleswig-holsteinischen Armee ist ungemein heiter und ansprechend. Wirklich malerisch liegen theilweise die Stroh- und Erdhütten einzelner Bataillone in grünenden Buchenwäldern an dem Abhang sanft sich erhebender Hügel, von deren Spitze das blaue Meer und die grünen Küsten der Insel Fühnen sich dem Auge darbieten. Dazu gute Verpflegung, besonders an trefflichem Fleisch, jetzt auch heiteres Wetter, und die Gewißheit des baldigen Sieges. Was bedarf es mehr, den Soldaten heiter zu nimmen, und Sang und Klang und Scherze aller Art wechseln daher unaufhörlich mit der harten Arbeit des Krieges ab. Auch die jütländischen Bauern sind gar nicht so übel, etwas roh, dumm und schmutzig zwar, sonst aber gutmüthig und willig. Von Fanatismus gegen die Deutschen, wie er sich in dem Norden so häufig zeigt, sind auf dem flachen Lande nur sehr vereinzelte Spuren zu finden.

§ **Altona**, 20. Mai. Mit dem letzten Bahnzuge erhielten wir nichts weiter, als die Nachricht, daß das Bombardement der Festung Fridericia unter mehrstündigen Unterbrechungen noch vorgestern Abend fortgesetzt wurde, jedoch sei an die Hauptsache, an das Breschschießen, deswegen noch nicht zu denken gewesen, weil die um die Festung aufgeworfenen festen dreifachen Sandschanzen noch nicht bezwungen seien. Das Feuer der Bayonnetten und andern schweren Bombenkanonen wirkte zwar zerstörend auf die Verschanzungen der Dänen; aber der Feind benutze seinerseits die diesseits eingetretenen Pausen, um die theilweise zerstörten Schanzwerke auszubessern, wodurch das bald erreichte Resultat unter der Hand verschwand. Mit dem Truppenabzug von Fridericia, wovon mehrmals die Rede gewesen, hat es nach einer gütigen Mittheilung eines am Waffenplatze anwesenden Offiziers eine eigene Bewandtniß, woraus hervorzugehen scheint, daß der Feind die Festung nicht aufs Gerathewohl preiszugeben gesonnen. Es haben nämlich eine Anzahl Transportschiffe, welche einen großen Theil der in Fridericia liegenden dänischen Truppen nach Fühnen hinüberbrachten, immer wieder dieselben Truppen zurückgeführt, und das ganze Manöver soll den Zweck gehabt haben, die Unsrigen glauben zu machen, daß die Festung gar nicht oder nur sehr schwach besetzt wäre. Während ich dies schreibe, wurde das Gerücht verbreitet, daß General v. Bonin auf Befehl aus dem Hauptquartiere das Bombardement habe einstellen lassen; es liegen indeß Gründe vor, die an der Wahrheit dieser Angabe stark Zweifel erheben lassen. Im Sundewitt sand vorgestern zwischen den Düppeler Schanzwerken und den feindlichen vor Sonderburg eine heftige Kanonade statt. Die Garnison ist auf Alsen in den letzten Wochen bedeutend verstärkt worden und es stand hiernach ein Angriff auf die diesseitigen Verschanzungen in Aussicht. Es endigte der zweistündige Kampf mit dem negativen Resultate, daß die Dänen, vom sicheren Geschützfeuer der Unsrigen überwältigt, sich hinter ihre Verschanzungen zurückziehen mußten. Dem Commandeur der Avantgarde der dänischen Reservedivision im Sundewitt, dem Herzog von Nassau, gebührt für seine geschickte und entschlossene Leitung der Batterien alle Anerkennung. Den Dänen ist die Brücke vor Sonderburg hart beschädigt worden, ebenso ein Kanonenboot. An Stelle der von Sundewitt nach Jütland abmarschirten 400 M. schleswig-holsteinischer Infanterie sind eine doppelte Anzahl Oldenburger gestern hier durch dahin abgegangen. Sonst hat sich längst der Ostküste nichts Bemerkenswerthes zugetragen. — Das Bureau der Landesversammlung hat sich in Erwägung der obschwebenden Verhältnisse, die immer bestimmter auf bald einzuleitende Friedensunterhandlungen hinweisen, bereits dahin gereinigt, daß die Versammlung Angesichts dieser Thatsache in Bälde zusammentreten werde, ohne daß eine Zusammenberufung erforderlich; der erste Vicepräsident, Professor Th. Olshausen, verweilt zu diesem Zwecke in Schleswig. In Kiel haben die Deputirtencollegien der Stadt den Antrag, sich für die Aufhebung der Personalunion zu erklären, abgelehnt, und zwar aus dem Grunde, weil dies jetzt nicht zu erreichen sei, oder mindestens nachtheilig auf die Friedensunterhandlungen einwirken könne. Unsere Stadt hat sich für die Aufhebung ausgesprochen. Die Seeoffizieranstalt in Kiel macht jetzt praktische Uebungsfahrten mit der schleswig-holsteinischen Kanonenbootsflotille und dem Kriegsdampfschiff „Bonin" auf der Ostsee. Die Zahl der Eleven in diesem gut geleiteten und tüchtigen Institut beläuft sich jetzt auf 42 junge Leute aus allen Theilen des Gesammtvaterlandes.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 23. Mai. Gestern Abend sind die Bevollmächtigten der deutschen Regierungen, welche im Laufe des Tages schon einmal versammelt waren, abermals zusammengetreten, um der Sage nach über das Verlangen der königlich preußischen Regierung zu berathen, daß der Erzherzog-Reichsverweser zurücktrete, und die Leitung der deutschen Angelegenheiten auf Preußen übergehen lasse. Der Erzherzog soll sich bisher beharrlich geweigert haben. Was die Bedenken der Bevollmächtigten hauptsächlich anregt, ist die Abgenrigtheit Oesterreichs, auf das Berliner Verfassungsproject einzugehen, und die positive Weigerung Bayerns. Dagegen scheint Preußen mit Hannover so vollständig im Reinen, daß der 1. October sogar als der Termin bezeichnet wird, an welchem die Zollschranken fallen sollen. Die größten Schwierigkeiten würden die kleinen Regierungen aber in ihren eigenen Ländern gegen die Forderung Preußens sich erheben sehen, weil die Reichsverfassung in denselben anerkannt, von Preußen aber verworfen ist. Alles dies soll zur Sprache gekommen sein. Auch davon wird gesprochen, daß Preußischerseits der ernste Wille erklärt worden, ohne Rücksicht auf die Centralgewalt allein den Waffenstillstand mit Dänemark abzuschließen. Diese Gerüchte, welche mehr oder minder beglaubigt sind, von uns aber nicht verbürgt werden können, gewinnen an Schärfe, und werden um so beunruhigender, als nach übereinstimmenden Nachrichten die Behauptung vernommen wird, es seien Russen im Großherzogthum Posen eingerückt, woraus denn der Schluß auf eine Allianz zwischen Preußen und Rußland sich von selbst ergibt.

Wien, 17. Mai. Die kaiserl. Truppen und Baron Welden scheinen in ihrer jetzigen Stellung bis 24. oder 28. Mai verharren zu wollen. Alle ferneren Operationen sind hier einstweilen eingestellt. Dieser Stillstand wird durch die Nothwendigkeit aufgeklärt, erst die bestimmten Positionen durch die Russen eingenommen zu sehen, deren Armeecorps sich in größern compacten Massen, daher langsamer fortbewegen, als man anfangs geglaubt hatte. Görgey war von Ofen in Raab, ließ dort die schon gegen Komorn sich zurückziehenden Insurgenten, ungefähr 8000 Mann mit 30 Kanonen, wieder nach Raab vorrucken und die noch im November v. J. bereiteten Schanzen beziehen. Einige hundert Schritte davon stehen die kaiserlichen Vorposten des Schlick'schen Corps. Trotzdem glaubt man nicht, daß es hier zum Kampf komme. Graf Schlick ist heute wieder von hier ins Lager. Nach mehreren Wechseln der Corpscommandanten und Generale — Baron Welden hat schon 12 Generale von seiner Armee entfernt — erhielten die 4 Armeecorps definitiv folgende Commandanten: erstes Armeecorps Graf Schlick, zweites F.-M.L. Jorich, drittes Fürst Edmund Schwarzenberg, viertes Wohlgemuth. Diese Truppen zählen mit dem Vogel'schen Corps und General Barko, 80,000 Mann und 240 Kanonen. Das fünfte Armeecorps in Südungarn beziehigt der Banus; es möchte 30,000 Mann stark sein. General Barko ist endlich am 11. Mai in Szandez angelangt, wo er schon die Vorhut der Russen fand. Er soll die Nachricht gebracht haben, daß Dembinski nur eine schwache Abtheilung an Galiziens Grenzen bei Duklа vorgeschoben habe; die ganze Stärke der Insurgenten stehe im Gömörer Comitat bei Rosenau, Rimassombat, dann in Gatsch, Nagy-Szalatna, Chemnitz, endlich im Zipser Comitat um Neudorf. Von Temeswar und Siebenbürgen nichts Neues. Die Festung Arad aber hatte sich schon vor 10 Tagen an die Insurgenten wegen Mangel an Proviant ergeben; was mit der Besatzung geschah, weiß man nicht. (A. Z.)

Wien, 18. Mai. Seit gestern hat der Russendurchzug auf der Eisenbahn aufgehört. Die letzten Bataillone rücken von Hradisch morgen nach Ungarn, einige Compagnien bleiben zur Sicherung des an der Grenze errichteten Spitals zurück. Von der kais. Armee kam nichts Neues. (A. Z.)

Berlin, 20. Mai. Die Ansprache des Königs an sein Volk und an sein Heer geht jetzt schnell und unaufhaltsam zur That über. In mehreren Provinzen ist die gesammte Landwehr aufgeboten worden, in anderen werden die bereits früher zusammengetretenen Bataillone auf den Kriegsfuß gesetzt und sind theilweise bereits in Bewegung; aus der Provinz Sachsen, wo die ganze Landwehr schon formirt ist, befindet sich ein Theil derselben nach Westphalen, ein anderer nach Thüringen im Zuge. Ebenso eilig wird die Mobilmachung von Linientruppen, Infanterie und Cavallerie, in allen Armeecorpsbezirken betrieben. Bedeutende Massen sind bereits in der Bewegung, die, wie z. B. bei den mobilen Divisionen im Königreich Sachsen und in Westphalen, schon ganz den kriegerischen Charakter angenommen hat. Eine wesentliche Vermehrung der mobilen Artillerie schreit dagegen vorläufig noch nicht einzutreten, da die Zahl der mobilen Geschütze sich bereits auf über 400 beläuft. (D. R.)

‡ **Posen**, 21. Mai. Die hiesigen Koryphäen der Liga Polska haben im Laufe des gestrigen Tages Privatbriefe aus Galizien erhalten, nach denen die Russen daselbst eine empfindliche Niederlage erlitten haben sollen. Es heißt nämlich, daß eine Abtheilung des Dembinski'schen Corps unter Führung eines Juden die russische Avantgarde bei Jordanow, unfern der ungarischen Grenze, südlich von Krakau und östlich von Biala, wo ebenfalls ein Gefecht zum Nachtheil der Russen stattgehabt haben soll, ganz unerwartet überfallen und gänzlich vernichtet habe; zweitausend Russen seien auf dem Platze geblieben, zwanzig Kanonen und die gesammte Bagage sei in die Hände der Sieger gefallen. Unsere Polen jubeln über diesen wichtigen Sieg, indessen glauben wir, daß eine Bestätigung desselben noch abzuwarten sei, da die Privatnachrichten der Polen in der Regel stark übertrieben sind. Wollen sie doch heute sogar schon wissen, daß Lemberg in den Händen der magyarischen Truppen und ein großer Theil von Galizien insurgirt sei. In unserem Großherzogthum herrscht dagegen noch durchweg Ruhe, höchstens einige Exzesse in den kleinen Städten ausgenommen; doch waltet darüber kein Zweifel mehr, daß das große Dembinski'sche Heer die Bestimmung haben soll, einen Besuch in Polen und Posen abzustatten, um die Revolution auch hierher zu verpflanzen. Aus diesem Grunde hat der ursprüngliche russische Feldzugsplan auch wahrscheinlich eine Abänderung erhalten, indem das bereits ganz verlassene und aufgegebene Lager bei Kalisch (Kirchdorf) abermals von 15,000 Mann bezogen worden ist, die an unserer Grenze stehen bleiben sollen. Der Kaiser werde in den nächsten Tagen in Kalisch erwartet, wo, wie man wissen wollte, auch vier deutsche Fürsten sich einfinden würden. Indessen ändert die politische Gestalt der Dinge sich jetzt oft innerhalb 24 Stunden, und so dürfte auch der ganze Kalischer Congreß, der außerordentlichen Vorbereitungen ungeachtet, noch manchem Bedenken unterliegen. — Daß nunmehr auch das ganze bei uns garnisonirende fünfte Armeecorps mobil gemacht und nach dem Westen geschickt werde, leidet keinen Zweifel mehr, nachdem gestern schon der Befehl hier eingegangen ist, daß das siebente Infanterieregiment sich schleunigst marschfertig machen soll. Unsere so sehr bedrohte Provinz soll lediglich mit pommerschen und ostpreußischen Landwehren vertheidigt werden.

♀ **Aachen**, 21. Mai. Gestern Abend wurden auf der Eisenbahnstation Herbesthal, an der belgischen Grenze, neun Waggons mit Waffen und Munition aller Art (Kugeln, Kartätschen ꝛc.) angehalten und durch ein dorthin detachirtes Detachement Soldaten hierher gebracht. Wie wir hören, soll diese Sendung die erste Abtheilung einer ganzen Schiffsladung sein, die von England aus an einen Spediteur in Köln adressirt war. Wir kennen nicht berichten, inwieweit diese Sendung mit einer für gestern angesagten republikanischen Schilderhebung, auf welche die Behörden unserer Stadt durch ein Ministerialrescript aufmerksam gemacht worden sind, in Zusammenhang steht. Jedenfalls scheint der fragliche Ausbruch jetzt verschoben, da die letzte Nacht sehr ruhig verlief. Ebensowenig sind heute die Besorgnisse in Erfüllung gegangen, welche sich an die Ausbedung der Landwehr knüpften. Dieselbe zog, von einer zahlreichen Menschenmenge begleitet und in der heitersten Stimmung, unter Hurrahs nach der benachbarten Festung Jülich ab. Das war zu erwarten. Die Leute hier zu Land sind nichts weniger als krawallsüchtig. Deßhalb nahm sich eine an allen Straßenecken angeheftete Proclamation des hiesigen (demokratischen) Volksvereins, in welcher das Volk in hochtrabenden Worten aufgefordert wird, sich ruhig zu verhalten, da die „rothe Reaction es umkraulen" wolle, und die Proclamation zur Verhängung des Belagerungszustandes über unsere Stadt bereits gedruckt sei — recht lächerlich aus. Dieser sogenannte demokratische Verein treibt es hier, wie es eben diese Vereine allerwärts treiben, findet aber wenig Anhang. Leider wendet sich jedoch bei uns die Masse, der Kern des Bürgerstandes, einer keineswegs vernünftigern Partei zu, die in dem Piusverein ihren Mittelpunkt findet. Als Charakteristik dieses religiös-politischen Vereins mag dienen, daß derselbe neulich den Beschluß faßte, die Reichsverfassung zwar anzuerkennen, jedoch nicht die Kaiserwahl, da dieselbe auf den protestantischen König von Preußen gefallen sei; daß er zwar zugab, daß das Ministerium Brandenburg-Manteuffel das Vertrauen des Volkes nicht besitze, jedoch demselben trotzdem kein Mißtrauensvotum geben wollte, da es dem König zur Ablehnung der Wahl gerathen. — Theils seine verwandten Gesinnungen mit diesem Verein, theils auch der Umstand, daß man trotz des Beschlusses der Reichsversammlung noch immer die Hoffnung hegte, daß das Spiel wieder durch unser Ministerium erlandt werde, und daher im loyalsten Lichte zu erscheinen wünschte, mochten auch unsern Stadtrath bewogen haben, den kürzlich in Köln abgehaltenen Congreß rheinischer Gemeinden nicht zu beschicken, ein Beschluß, mit dem er unseres Wissens unter allen rheinischen Gemeinden einzig da-

gestanden, und gegen den eine liberale Minorität von nur 4 Stimmen vergeblich angekämpft hatte. Sie mögen aus diesen kurzen Andeutungen ersehen, daß die Kaiserstadt Aachen ebensowenig geneigt sein möchte, durch activen, wie durch passiven Widerstand für die Durchführung der Reichsverfassung zu wirken. — Erfreuliches läßt sich nur von dem erst kürzlich entwandenen constitutionellen Verein berichten, der bisher treulich bei der Reichsverfassung ausgeharrt hat. Freilich zählt derselbe schon die größere Zahl der Bessern unter seinen Anhängern, aber in Bezug auf die Massen bildet er nur eine kleine Minorität. Wird einst die Volksbildung auch hier jenen Standpunkt erreicht haben, der einem solchen Vereine sichere Anhänger verschafft, dann wird sich auch erfreulicheres Thun hier offenbaren.

Neustadt, 21. Mai. Die „Mannh. Abendztg." berichtet: Gestern wurden ein in Edenkoben verhafteter früherer Gendarm und ein bayerischer Hauptmann von der Garnison Landau hierhergebracht, weil sie Spione bei der Landauer Affaire gewesen seien, allein was noch wichtiger ist: Soeben wurde im Auftrag der provisorischen Regierung Fenner von Fenneberg dahier im Gasthaus zum Schiff verhaftet; die Gründe der Verhaftung sollen zum Theil auch mit den Ereignissen von Landau zusammenhängen.

Dresden, 20. Mai. Die gegenwärtig im Königreich Sachsen vereinigten sächsischen und preußischen Truppen werden am 24. d. M. folgendermaßen vertheilt sein: in Dresden selbst 3 Bataillone sächsische und 8 Bataillone preußische Infanterie, 1 Schwadron preuß. Cürassiere und 1 preuß. Fußbatterie, außerdem aber noch in den nahliegenden Städten Pirna, Meißen, Radeberg, Tharandt, Wilsdruff u. s. w. 1 Bataillon sächs. Infanterie, 1 Bataillon preuß. Landwehr, 1 Schwadron sächs. Cavallerie, 3 Schwadronen preuß. Cürassiere, 2 Geschütze der sächs und 4 Geschütze der preuß. reitenden Batterie, so daß im Ganzen in und um Dresden etwa 10,000 Mann mit 14 Geschützen vereinigt sind. In und um Leipzig dagegen liegen nur 1 Bataillon und 4 Schwadronen sächsischer Truppen mit 4 Geschützen. In Bautzen stehen 1 Schwadron sächs. Cavallerie, 2 sächs. Geschütze und 1 Bataillon preuß. Landwehr; in Chemnitz 2 Bataillone und 3 Schwadronen sächs. und preuß. Truppen nebst 4 Geschützen der preuß. reitenden Batterie, in Zwickau und Werdau 1 preuß. Landwehrbataillon und 1 Compagnie sächs. Infanterie und in Plauen 1 Bataillon sächs. Infanterie, 1 Bataillon preuß. Landwehr, 1 preuß. Jägercompagnie, 2 Schwadronen sächs. Cavallerie, 2 Schwadronen preuß. Husaren und 2 Geschütze der sächs. reitenden Batterie.

Ueber die Wiedereröffnung der Hofbühne ist noch nichts entschieden. Der gänzliche Verlust der überaus reichhaltigen, geschmackvollen und zum Theil kostbaren Garderobe, den man wenigstens auf 60 bis 70,000 Thaler anschlagen kann, nebst einem Theile dort aufbewahrter namentlich französischer Decorationen, der durch das fluchwürdige Schadenfeuer des großen Opernhauses verursacht wurde, hemmt an und für sich diesen Wiederbeginn, die Bedrängniß der Zeitverhältnisse scheint aber auch überhaupt eine angemessene Reorganisation der hiesigen theatralischen Verhältnisse zur unerläßlichen Forderung zu machen, und so sind denn in Bezug auf eine in allen Contracten der Schauspieler und Sänger enthaltene Clausel vor der Hand die meisten Contracte gekündigt worden, jedoch so, daß man die zuversichtliche Hoffnung hegt, das gediegene Ensemble wieder zu vereinen und mit erneuter Thätigkeit die Vorstellungen zu beginnen, welche bis vor Kurzem noch der Dresdner Bühne einen so hohen Standpunkt in der Reihe ihrer Schwestern anwiesen.

*** **Leipzig**, 21. Mai. Hier ist in der Politik eine wahrhaft vormärzliche Windstille eingetreten Das sonst so rege Vereinsleben ist verstummt und nur der Vaterlandsverein hat in der vorigen Woche vor einem spärlichen Publikum seine Sitzungen wieder eröffnet. Eine nochmalige Erhebung zu Gunsten der Reichsverfassung scheint für Sachsen eine Unmöglichkeit geworden zu sein. Die Ereignisse in Dresden und Leipzig sind noch in Aller Munde und die nähern Ausschlüsse über ihren Zusammenhang wenig geeignet, die Entmuthigung hinsichtlich der deutschen Bewegung, sowie den häßlichen Eindruck, welchen diese bei uns zurückgelassen hat, aufzuheben. Inzwischen gewinnen die Untersuchungen gegen die an dem Dresdner Kampfe und den hiesigen Unruhen Betheiligten eine immer weitere Ausdehnung. Gestern und heute sind allein 6 Studenten wegen Theilnahme an dem Dresdener Freischaarenzuge eingezogen worden. Ein siebenter, welcher bei dem hiesigen Straßenkampf seine Absicht, die Tumultuanten zu unterstützen, offen eingestand, deßhalb von einem ordoberen Commilitonen angeklagt und „aus reinem Gewissensdrange" denuncirt wurde, ist bereits zu dreijähriger Zuchthausstrafe verurtheilt worden.

*** **Wertheim**, 21. Mai. Gestern wurde hier eine Volksversammlung gehalten. Die Stadt war festlich geschmückt. An aufreizenden Reden fehlte es nicht, sowie überhaupt die gegenwärtige Zeit im Großherzogthum Baden dazu geschaffen zu sein scheint, andern Staaten brachtungewerthe Lepren zu geben, dabei selbst aber auf dem Wege der Anarchie fortzuschreiten. — So eben, Vormittags 11 Uhr, traf der Befehl hier ein, daß sämmtliche Mannschaft vom 18. bis zum 30. Jahre sich bei Vermeidung des Standrechts unverzüglich bewaffnet in Heitelberg einzufinden habe. Die provisorische Regierung Badens rühmt sich, dem Könige von Preußen den Krieg ankündigen zu können. Der Land-Sturmschuß beeilt sich, alles Mögliche in Erwägung zu ziehen und einen Beschluß um den andern zu fassen. Bereits ist das dritte Regierungsblatt erschienen. Die Verordnungen enthalten übrigens nichts, als was Karl Heinzen, Gustav Struve ꝛc. in ihren Schriften mehrfach gelehrt haben. Auffallend ist es, daß man mit der Einführung eines Instituts beginnt, gegen welches man früher eifrig protestirt hatte, nämlich mit der Vermögensconfiscation. Das ist die gesetzliche Bewegung Badens! Es herrscht in Mannheim, Heidelberg, Weinheim, Karlsruhe und andern Städten ein Terrorismus, der mit der russischen Knutenherrschaft viel Verwandtes hat. Ueber die Haltung unserer Presse habe ich so eben ein gutes Wigwort gelesen: von den Redactionen gilt nämlich hinsichtlich der freien Meinungsäußerung: Was wir dürfen, wollen wir nicht, und was wir wollen, dürfen wir nicht.

Oldenburg, 17. Mai. Die Volksversammlung auf dem Exercierplatze vor der Stadt fand heute unter dem Vorsitze von Wibel, von Thümen und Dr. Barrelmann statt. Die Zahl der Anwesenden wird auf 2000 geschätzt. Mit lebhafter Beistimmung wurden angenommen: 1) ein Zuruf an die Nationalversammlung zu Frankfurt, auszuharren bis zum letzten Augenblick und nur der Gewalt zu weichen, 2) ein Antrag an das Staatsministerium, worin die Wahl von Stellvertretern für die Abgeordneten zur Nationalversammlung beantragt wird. (W.-Z.)

Schweiz.

Die „Schw. Nat. Ztg." schreibt: Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, können tüchtige Offiziere aus der Schweiz in dem unter dem Schutze des Parlaments stehenden Volksheere der Rheinpfalz unter günstigen Bedingungen sofort eintreten. (Sic!)

Italien.

F.M.L. Haynau erließ aus dem Hauptquartier Papadopoli bei Mestre am 10. Mai eine Zuschrift an den englischen und französischen Consul in Venedig, sie möchten die Commandanten der im Hafen von Venedig liegenden fremden Schiffe ersuchen, die venetianischen Gewässer bis zum 20. Mai zu verlassen, indem der Vicekus von Venedig ein Belagerungszustand geworden sei und die Anwesenheit fremder Schiffe daher nicht mehr geduldet werden könne. Der englische und französische Consul werden ersucht, den übrigen Consuln neutraler Mächte die Zuschrift mitzutheilen.

Der Stadt Livorno ist eine Contribution von 2 Millionen auferlegt.

Während römische Blätter von Siegen Garibaldis über die Neapolitaner erzählen, stellen neapolitanische die Sache ganz anders dar. Als Garibaldi nämlich auf die neapolitanische Vorhut stieß, zog sich diese, den Befehlen gemäß, auf die Hauptcolonne zurück. Garibaldi folgte ihr. Nun theilten sich die neapolitanischen Truppen in zwei Flügel und ließen aus ihrem Centrum die Artillerie spielen. Die Garibaldische Legion, bestürzt, wurde in beiden Flanken genommen und ließ viele Todte und Verwundete auf dem Schlachtfeld. Der Rest ergriff eiligst die Flucht mit Hinterlassung vieler Gefangenen. Gegen 600 Mann sind kampfunfähig gemacht worden. Auf diese Weise kam Garibaldi wieder nach Rom zurück. Die Neapolitaner haben ihre Recognoscirungen bis Frascati ausgedehnt. Auf der ganzen Straße wurden sie vom Volk mit dem Ruf: „Es lebe der König! Es lebe Pius IX.!" und mit der weißen Fahne empfangen. Die Spanier werden sich unmittelbar mit den Neapolitanern verbinden. — Die Stadt Ferrara ist von 4000 Oesterreichern unter General Thurn-Hohenstein besetzt worden. Der Präsident protestirte gegen die Besetzung und verlegte seine Residenz nach Argenta.

Uebergabe von Bologna. Officielle Berichte, die aus dem österreichischen Hauptquartier von Borgo Panegale in Mailand eingelaufen sind, besagen Folgendes: Am 13. machte eine feindliche Colonne von 1200 Mann mit verschiedenen Stücken Artillerie von San Felice und Lamme her auf der Straße Emilia einen Angriff auf das österreichische Lager. Vier Compagnien steirische Schützen mit 2 Kanonen warden ihnen entgegengesandt. Sie griffen den Feind mit dem Bajonnet an, warfen ihn in ungeräume Flucht, machten viele Gefangene und eroberten 3 Kanonen, die kaum Zeit hatten, einen einzigen Schuß zu thun. Zu gleicher Zeit wurde von Bologna aus versucht, einen Ausfall zu machen, der aber von Oberst Thun kräftig zurückgeschlagen wurde. Am 14. kam der Cavalleriegeneral Gorczkowsky an der Spitze eines zahlreichen Truppencorps im Lager von Borgo Panegale an. Am 15. begann das Bombardement von Neuem. Kaum hatte es jedoch begonnen, so wurde auf dem Thurm des apostolischen Palastes (des Regierungssitzes), sowie auf allen Kirchthürmen die weiße Fahne aufgepflanzt. Eine Deputation stellte sich im Hauptquartier ein, welcher eine Frist bis zum 16. 5 Uhr Morgens zur Uebergabe eingeräumt wurde. Um diese Zeit kam eine zweite Deputation, an ihrer Spitze Cardinal Oppizzoni, welche eine Capitulation abzuschließen Vollmacht hatte. Dies geschah, und in Folge dessen wurden die Thore Castiglione, S. Felice und Galliera von den österreichischen Truppen besetzt, die Barrikaden entfernt und die Artillerie der Insurgenten beim apostolischen Palast unter der Verantwortlichkeit des Stadtraths und des Commandanten des vierten päpstlichen Regiments gelassen. Die allgemeine Entwaffnung ist im Gange. Die Höhen um die Stadt herum bleiben von den österreichischen Truppen besetzt. General Gorczkowsky hat die Verrichtungen eines Militär- und Civilgouverneurs übernommen. Die von ihm beschligten Truppen bleiben in Bologna. Das Armeecorps unter F.-M. Wimpffen dagegen schlägt die Richtung nach Castel S. Pietro ein.

Großbritannien.

London, 19. Mai. Die „Times" vom vorigen Freitage enthält einen Leitartikel über die deutsch-dänische Frage, worin es heißt, daß Lord Palmerston den von der dänischen Regierung gemachten Vorschlägen zu einem Waffenstillstande seine Zustimmung gegeben habe. Diesen Vorschlägen zufolge soll provisorisch eine Theilung des Herzogthums Schleswig vorgenommen und die Grenzlinie zwischen Flensburg und Husum gezogen werden. Was südlich liegt, soll von deutschen, was nördlich, von dänischen Truppen besetzt werden.

In der Sitzung des Oberhauses am 18. theilte der Marquis v. Lansdowne dem Hause mit, daß, obgleich die Regierung nicht officiell von der beabsichtigten Intervention Oesterreichs in die Angelegenheiten Roms unterrichtet worden sei, der österreichische Gesandte doch Lord Palmerston davon in Kenntniß gesetzt habe. Lord Brougham kündigte an, daß er am nächsten Freitag die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Angelegenheiten von Canada lenken werde.

Im Unterhause trug Lord John Russell auf Grund des vom Oberhause abgefaßten Berichts über die Verurtheilung Smith O'Brien's auf folgende Beschlüsse an: „Aus dem besagten Bericht gehe hervor, daß William Smith O'Brien, Mitglied dieses Hauses, des Hochverraths schuldig befunden worden", und „daß der Sprecher eine Vollmacht erlasse für die Wahl eines Parlamentsgliedes für die Grafschaft Limerick an die Stelle Smith O'Briens." Beide wurden angenommen. Die Judenbill ging darauf durchs Comite, und Lord John Russell kündigte an, daß er die dritte Lesung am 11. Juni vorschlagen werde.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matzen.

Eine Bitte für Dresden.

Dresden hat unter dem einwöchentlichen Kampfe in seinen Mauern unsäglich gelitten. Nicht bloß seine Häuser und Straßen, so daß auf der Salzgasse zum Theil kein Erker und keine Fensterscheibe mehr ganz ist, sondern noch viel entsetzlicher ist das Elend, welches jetzt innerhalb jener Häuser wohnt, und in den unverletzt gebliebenen nicht minder als in den von den Kugeln zerschmetterten. „Wir sind schon ganz erschöpft vom Geben," schreibt man mir von Seiten einer in Dresden lebenden Familie. „Aber unmittelbar neben uns liegen acht Verwandte, von denen die Hälfte der Ernährer entblößt, und Kranke und verwaist Hinterlassene nehmen allerwärts ein Mitleiden in Anspruch, welches wir bald nur noch durch Thränen werden befriedigen können. Wäre es nicht möglich, Etwas in Frankfurt für unsere unglückliche Stadt zu sammeln? So arm, so bedürftig ist's hier geworden, daß auch die kleinste Gabe doch willkommen wäre."

Ich bringe diese Mittheilung mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die Expedition der „Deutschen Zeitung" (Paulsgasse Nr. 5 im Hofe) und daß ich persönlich (Hanauer Chaussee im Gehlhaar'schen Garten) zur Empfangnahme von Gaben auch des kleinsten Betrags für Dresden, sowie zur dankbaren Rechnungsablegung darüber bereit sind*). Damit verbinde ich das dringende Gesuch an menschenfreundliche und einflußreiche Personen, namentlich von der ständischen Einwohnerschaft Frankfurts, die sie meine Bitte zu der ihrigen zu machen und durch anderweitige Aufforderungen und Sammlungen der hier gegebenen Anregung Kraft und Umfang zu verleihen.

Frankfurt a. M., den 13. Mai 1849.

Robert Heller.

Indem die Unterzeichneten sich obiger Bitte anschließen, erklären sie sich bereit, Beiträge in Empfang zu nehmen und solche an ihre Bestimmung gelangen zu lassen

Georg Heinrich Engelhardt, Rosen-Apotheke.
Hermann'sche Buchhandlung, Zeil.
Jäger'sche Buchhandlung (C. Könitzer).
Hermann Mumm, Zeil 36.
Hermann Restle.
J. D. Sauerländer.
Joh. Friedr. Quilling.

*) Auch die Redaction der Oberpostamts-Zeitung erklärt sich zur Entgegennahme von milden Gaben für Dresdens Bedürftige bereit.

Cours der Staats-Papiere. 23 Mai 1849 (schluss der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat.	5	31½	3
»	dito dito	4	57	56½
»	dito dito	2½	39	38½
»	Bank-Actien à 1000		1100	—
»	3 Mill. Anlehn v. 1834		74	73
»	5 100 » dito		1 21½	1 20½
»	Hoffmann, Obligat	2½	68	—
»	dito dito	4	61	—
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	80½	80
»	Prämienscheine		—	103
Bayern	Obligationen	3½	78	77½
Darmstadt	L. 50 Loose		63½	63½
»	L. 35 dito		21	20½
»	Obligationen	3½	27	26½
»	dito	5	45	44½
Baden	Obligationen v. 1849	3½	73	72½
»	L. 50 Loose		66½	—
»	L. 35 Loose		25½	24½

		pCt.	Papier	Geld.
Nassau	Obligationen à 500	5	101½	101
»	dito à 1000	5	101½	101
»	dito à 100	5	101½	101
»	Loose à 35		30½	29
Frankfurt	Obligationen	5	78	77½
»	dito v. 1838	4½	121½	121
»	dito v. 1845	3½	89	88½
»	Tauunusactien		71	264
Holland	Integrale	2½	49	48½
»	Holländische	1	—	8½
»	Spanische	1½	—	28½
Spanien	Activsch. incl. 10 Cp.	5	—	—
»	Passive do. neue Ord.	3	22½	22½
Portugal	Consols Lst. à 8 10	3	—	—
Polen	L. 300 Loose Loose Rth.		—	93
»	Obligationen de 1 500	4	22½	22
Russland	in S. à 3 R. Gr.	5		90½
»	dito à Stieglitz et C.	5	—	90½

Wechsel-Cours.			
Den 23 Mai	Usnc	Geld.
Amsterdam (k S.		101½
(150 S. Cnt.)	2M.	—	101½
Augsburg	(k S.	—	115⅞
(100 fl. Cnt.)	2M.	—	—
Berlin	(k S.	—	105½
(10 Thlr.)	2M.	—	—
Bremen (50	k S.	—	50½
Rthlr. Louis)	2M.	—	—
Hamburg	(k S.	8 5/8	—
(100 M. Banco)	2M.	—	149½
Leipzig (100	k S.	—	104½
Thlr. Louis)	2M.	—	—
London	(k S.	12 1/2	121½
(10 Lstr. St	2M.	—	120⅝
Lyon	(k S.	95½	—
(300 Fr.)	2M.	—	—
Mailand (250	k S.	—	103½
Lir. Austr.	2M.	—	—
Paris	(k S.	9 1/2	—
(300 Fr.)	2M.	—	—
Wien (150 fl.	k S.	101½	—
im 24 20 Fl.	2M.	—	—
Disconto		—	1/2

A. Sulzbach, beeid. Makler.

Pistolen	9	53	
Dr. Friedrichsd'or	9	51	
Holl. 10 fl. Stücke	10	7	
Rand Ducaten	5	40	
20 Francsstück	9	41	
Engl. Souvereigns	11	5	

Gold al Marco	13	—	
Laubth. ganze	—	—	
Preuss. Thaler	—	—	
5 Frankenthaler	—	—	
Hochhaltig Silber	24	30	
Geringe v. Silber	24	20	

Kurhessische Loose	26½	26½
Sardinische Loose	25½	25
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Minden	77½	76⅝
Ludwigsh.-Bexbach	66⅝	66½
Pfdr.-Wilhs.-Nordbahn	33½	33½

Nach der Börse: 3½ G. Rel — 4 G. Spanier — Anhalt-Bernburger Actien pr. Cst. — Ludw.-Berb — F.-W.-Nordb. — G.

Druck von August Osterrieth.

№ 122. —— Donnerstag —— den 24. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: C. A. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — Für England und überseeische Länder: Lorsel u. Comp., Nr. 31. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/6 Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Adressen dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; für England und überseeische Länder Lorsel & Comp., Nr. 31. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmid in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 782.; 3) Hofcommissär C. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 23. Mai. Der k. preußische Commissarius Oberst im Generalstabe, Hr. Fischer, ist wieder abgereist, wie man sagt, unverrichteter Dinge, da er von dem Hrn. Reichsverweser keine Entscheidung über dessen Bleiben oder Gehen hat erlangen können. Ob der Antrag auf Auflösung der verfassunggebenden Reichsversammlung, wie behauptet wird, auch zu den Aufträgen des Hrn. Obersten Fischer gehört, und, wie gleichfalls verlautet, von Sr. kais. Hoheit dem Erzherzog-Reichsverweser entschiedene Ablehnung erhalten hat, wissen wir nicht zu sagen. Alles dies fällt in den Bereich der Tagesgerüchte, die wir den Lesern dieses Blattes nicht vorenthalten dürfen *).

* **Frankfurt**, 23. Mai. Heute Nachmittag ist der Abgeordnete v. Bally, welcher von Sr. kais. Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser mit Depeschen nach Berlin gesandt worden, von dort wieder eingetroffen.

* **Frankfurt**, 23. Mai. Nachrichten von Berlin besagen, daß sich eine Heeressäule von 50 Bataillonen Infanterie und verhältnißmäßiger Stärke der andern Waffengattungen in der Richtung gegen Frankfurt bewegt.

** **Frankfurt**, 24. Mai. Die wichtigste der Nachrichten, welche uns die heutigen Frühposten überbracht haben, ist ein Zusammentreffen des Kaisers von Oesterreich mit dem Kaiser von Rußland in Warschau. Aus letzterer Stadt meldet die „Deutsche Reform": Warschau, 19. Mai. Vorgestern Nachmittag traf Se. Majestät der Kaiser von St. Petersburg hier ein. In seinem Gefolge befanden sich die Generaladjutanten Graf Orloff, Baron Meyendorff und Adlerberg und der Flügeladjutant Fürst Mentschikoff. Gestern früh begab sich Se. Majestät in Begleitung des Fürsten Statthalters, Feldmarschall Paskewitsch, nach der Dreifaltigkeitskathedrale, wo die hohe Geistlichkeit den Monarchen am Eingange empfing.

Ferner wird aus Breslau, 21. Mai mitgetheilt: Der Kaiser von Oesterreich ist auf der Oberschlesischen Eisenbahn in der verflossenen Nacht von Olmütz nach Warschau abgereist.

Wien, 19. Mai. Baron Welden hat sein Hauptquartier heute nach Neutra verlegt, um den gegen das Insurgentencorps in den Bergstädten eingeleiteten Operationen näher zu sein, so melden Preßburger Briefe. Indessen wäre möglich, daß er nur einstweilen sich auf den bis Neutra vorgerückten linken Flügel der kaiserl. Armee begeben hätte. Von Göding sind keine Russen in Ungarn eingerückt; sie fuhren wieder nach Hradisch, wo sich das ganze Corps gesammelt und seine Vorhut bis zwei Stunden vor Trentschin vorgeschoben hatte. Von Jordanow und Jablunka sind die Russen vollzählig einmarschirt und haben das Arvaer und Thuroczer Comitat besetzt; eine Heeressäule von 10,000 Mann stand am 15. Mai in Trentschin.

In Orschowa sollen die Russen eingerückt sein, die den Rothenthurmpaß nicht zu forciren suchten. General Zeisberg — Chef des Generalstabs bei Jellachich — ist dieser Stelle enthoben worden und befehligt nun eine Brigade in Slavonien. Die aus Ungarn geschlagenen Serben verlieren eine Position nach der andern auch schon in der Militärgrenze; der Banus organisirt sein Corps in Essegg und hat die Offensive noch nicht ergriffen.

Aus dem Hauptquartier Preßburg hat die „Allgemeine Zeitung" Briefe vom 17. und 18. Mai, welche die Andeutungen obiger Correspondenz bestätigen: man schreitet auf dem linken Donauufer wieder zur Offensive. Die Brigade Jablonowsky ist am 17. von Tyrnau abgegangen, den nahen Ufern der Waag zu. An demselben Tage rückte Wohlgemuth mit zwei Brigaden und zahlreichem Geschütz in Tyrnau ein. Die Waag allein trennte noch die feindlichen Heere.

Laibach, 13. Mai. Heute sind 95 russische Polen unter militärischer Escorte hier angelangt, welche nach Amerika auswandern werden. Sie sollen die Absicht gehabt haben, auf dem ungarischen Kampfplatze zu figuriren; weil sie aber daran verhindert wurden, so wollen sie nun ihr Glück in der neuen Welt versuchen.

Aus der Provinz Schlesien, 15. Mai. Die oberschlesische Eisenbahn befördert gegenwärtig täglich 3000 Mann Russen. Die im Preußischen liegenden Bahnhöfe, welche der Transport berührt, sind mit unserer Infanterie besetzt, um etwaigen Störungen entgegen zu treten, wie dies z. B. in Glewitz versucht wurde, wo die Hüttenarbeiter, erbittert über diese gegen die Ungarn bestimmte Unterstützung, den Bahnhof angreifen wollten, als eben ein Zug Russen eingetroffen war; die beiden preußischen Infanteriecompagnien kannten jene Leute erst zurücktreiben, nachdem vor ihren Augen geladen und ihnen bemerkbar gemacht worden war, daß auf sie augenblicklich Feuer gegeben werden würde, wenn sie sich nicht entfernten. Augenzeugen berichten, daß sie die Russen in demselben Zustande wiedergesehen haben, wie früher in Kalisch, bei welcher Gelegenheit ihr Anf einen so großen Stoß erlitt. Ihr Anblick reizt weniger zur Erbitterung als zum Mitleid. Die bis jetzt auf unserer Eisenbahn beförderten Mannschaften bestanden zwar aus gebornen Russen, haben jedoch sehr lange in dem russischen Polen gestanden und sprachen fast durchgängig polnisch. Ihre Haltung ist ernst; sie zeigen ganz den Typus jener russischen Soldaten, die nur auf Befehl lustig sind, nach solchen erzwungenen Kundgebungen der Fröhlichkeit aber wieder in sich zusammensinken, den Kopf hängen lassen und stier vor sich hinblicken. Es sind geradezu bewußtlose Maschinen. Die Bekleidung dieser Soldaten wird als sehr dürftig, mangelhaft und aus schlechtem Tuch bestehend geschildert. Die Gewehre sind noch mit dem alten Feuerschloß versehen, worüber sich die preußischen Offiziere sehr gewundert haben. Die russischen Subalternoffiziere stehen in ihren Sitten und ihrer geistigen Ausbildung wenig über den Unteroffizieren. Es ist sehr selten, daß einer von ihnen etwas deutsch oder französisch spricht. Auch haben sie die Gewohnheit zu kaufen, ohne zu bezahlen. Die für eine Idee begeisterten Ungarn werden jenen Truppen gegenüber in einem Verhältniß stehen wie im Alterthum die Griechen zu den Persern. Den 20. Mai soll der allgemeine Angriff von Seiten der österreichischen Armee beginnen. Ganz Europa wird mit Erwartung der großen Stunde der Entscheidung harren. Unterdeß haben die Ungarn den Jablunkapaß eingenommen. Gewiß ist, daß seit dem Erscheinen der Russen die letzten Reste der Parteien in Ungarn verschwunden sind. Das ganze Land ist aufs Neue fanatisirt. Es fehlt an nichts als an Waffen.

Königsberg, 19. Mai. Gestern Abend bald nach sieben Uhr ward hier in dem v. Berd'schen Garten der Congreß der Deputirten der conservativen Vereine der Provinz Preußen eröffnet. Beschickt war derselbe aus allen Theilen der Provinz selbst bis Marienwerder und Danzig her, so daß sich von 26 Vereinen 53 Deputirte eingefunden hatten. Eröffnet wurde der Congreß durch den provisorischen Vorsitzenden Dr. Michaelis, und nachdem die Gäste durch den Divisionsprediger Cosack begrüßt waren, erfolgte der Gesang des Liedes: „Eine feste Burg ist unser Gott". Nach Verlesung der Geschäftsordnung, die sofort acceptirt wurde, begannen die Debatten über die Verbindung und Stellung der conservativen Vereine der Provinz, und es ward festgesetzt, daß ein Bund der selbstständig neben einander stehenden Vereine mit einem Centralcomite in Königsberg errichtet werden solle. Festgesetzt wurde ferner ein jährlich im Frühjahr zu berufender Congreß, so wie solche bei außerordentlichen Gelegenheiten zu veranstalten wären, Correspondenzen zwischen dem Centralcomite und den verschiedenen Vereinen. — Scharfe und nicht unverdiente Angriffe erfuhr die Redaction des Organs der conservativen Partei in der Provinz Preußen, der „constitutionellen Monarchie", deren Stellung dem Ministerium Brandenburg gegenüber in der letzten Zeit besonders getadelt wurde. (D. Ref.)

Münstereifel, 20. Mai. Auch in unserer Stadt haben wir einen Aufstand mit Sicherheitsausschuß, Barrikaden und sonstigem Zubehör! Etwa 30 bis 35 Landwehrmänner und Reservisten der Bürgermeisterei Münstereifel hatten Befehl erhalten, sich Freitag den 18. Mai, Morgens 7 Uhr, in Brühl zu versammeln; darauf wurde am 17. eine Versammlung abgehalten und beschlossen, dem Befehle nicht nachzukommen, sondern sich mit Waffengewalt zu widersetzen. In Brühl erschienen aus Münstereifel nur 1 Reservist und 3 Landwehrmänner. Gestern Morgen war wieder eine Volksversammlung angesagt. Plötzlich verbreitete sich das Gerücht, die Gensd'armerie von Euskirchen ꝛc. sei im Anzug. Da stürmte man nach den Thoren, um Barrikaden zu bauen, und als nun Alles verbarrikadirt war, wurde Nachmittags auch ein Sicherheitsausschuß gebildet, welcher alsbald nach seiner Zusammensetzung zwei Proclamationen, eine „an das deutsche Volk" und eine „an das deutsche Heer", erließ. Heute sind ein paar Barrikaden weggeräumt, damit der Verkehr nicht zu sehr gehemmt sei. Die Bürgerwehr zieht aber noch immer in einzelnen Colonnen durch die Straßen, um die St. dt gegen Gensd'armen und Militär zu behaupten! (Köln. Z.)

München, 21. Mai. General v. Gerlach aus Berlin ist hier; es heißt, er bringe einen Operationsplan, wonach Preußen in der Pfalz und Bayern in Baden militärisch einschreiten wolle. Um 11 Uhr Morgens war große Heerschau auf dem Marsfeld, dem der König Max und seine Gemahlin beiwohnten. (D. Z.)

* **Nürnberg**, 21. Mai. Wir hatten vorgestern die für Bayern diesseits des Rheines neue Erscheinung, daß die Soldaten des hiesigen Linieninfanterieregiments eine Versammlung zu Gunsten der Reichsverfassung hielten. Von einem Tische herab hielten auf einem Rasenplatze vor der Stadt (dem Judenbühl) mehrere Soldaten Reden, die von den Zuhörern, Militär und Civil, mit vielen Bravo's begleitet wurden. Die Redner erklärten, gegen den äußern Feind wurden sie sich gerne führen lassen, aber nicht gegen Brüder und Mitbürger, auch nicht gegen die Reichsverfassung. Ordnung wollten sie aufrecht erhalten, auch den König schützen, wenn man ihn vom Throne stürzen wolle; aber die Reichsverfassung erkennten sie an, brächten ihr hiermit ein Hoch, und wenn sie der König anerkennete, so brächten sie ihm drei Hochs. Gestern nun, Sonntags, wurde auf dem Schloßzwinger, einem Vergnügungsplatz, der mit deutschen Fahnen decorirt war, ein Verbrüderungsfest zwischen Stadtwehrmännern und Militär gefeiert, von dem heute auf allgemeines Verlangen, wie es heißt, eine Nachfeier gehalten werden soll. Große Plakate laden dazu ein. — Es ist gestern abermals Cavallerie von Ansbach eingerückt. Manche Leute sind hier bedenklich geworden, da die Führer der Bewegung und die Sprecher auf den Volksversammlungen zu Gunsten der Reichsverfassung allein entschiedene Republikaner waren und überhaupt die republikanischen Vereine den Grundstock der Agitation bildeten. Allein socialistische Elemente, wie in Dresden, laufen hier nicht mit unter. Stadt- und Landwehr haben erklärt, daß sie keiner Partei dienen, sondern Ordnung aufrecht erhalten werden; auch der Arbeiterverein hat erklärt, daß er keinen Angriff auf das Eigenthum dulden werde. Nur die unterste Hefe des Volkes möchte vielleicht auf Bereicherung aus fremdem Besitz denken.

* **Nürnberg**, 22. Mai. Wir erwarten täglich einen blutigen Zusammenstoß zwischen Civil und Militär. An dem Verbrüderungsfest hat nur Infanterie Theil genommen. Gestern sollte eine Nachfeier gehalten werden, da drangen plötzlich Chevaurlegers, meist Corporäle, in den öffentlichen Platz ein, wo man versammelt war, und fingen an mit blanker Waffe um sich zu schlagen. Mehrere Bürger sind sehr schwer durch Säbelhiebe verwundet. Die Chevaurlegers zogen dann, die Säbel auf dem Pflaster wetzend, durch die Straßen und sangen: Heil unserm König Heil! Der gemeine Mann glaubt, es sei darauf abgesehen, die Bürger entwaffnen zu können; diese Meinung hat ihn bisher zurückgehalten, den militärischen Excessen in gleicher Weise entgegenzutreten. Unsere öffentlichen Blätter geben heute eine Verwahrung der Unteroffiziere und Soldaten unseres Linieninfanterieregiments bezüglich der Soldatenversammlung für die Anerkennung der Reichsverfassung. Der Hauptredner sei ein Mensch von übler Conduite gewesen; nur wenige der Soldaten hätten in übler Absicht an der Versammlung Theil genommen. Die Versammlung war allerdings zahlreich von Soldaten besucht, und käme es zu einem Conflict, so würde wahrscheinlich ein Theil des Regiments mit den Bewegungsmännern aus dem Civil gehen, (?) wenn nicht vielleicht gar Infanterie und Cavallerie an einander geriethen.

Aus der Pfalz, 21. Mai. Nicht genug, daß der Volksmann Bernhardt bereits im Kerker zu Kitzlau schmachtet: die „Mannheimer Abendzeitung" will nun auch wissen, Fenner von Fenneberg sei in Neustadt auf Befehl der provisorischen Regierung verhaftet worden. Die lithographirten Bulletins des Landesausschusses begnügen sich, zu melden, der provisorische Obercommandant Fenner sei, wahrscheinlich, weil er sich vom Vertrauen des pfälzischen Volkes entblößt fühlte, um Enthebung von seinem Amte eingekommen und sein Gesuch bewilligt worden. Bis zum Eintreffen des zu seinem Nachfolger definitiv bestimmten polnischen Generals ist die militärische Oberleitung einer aus 7 Offizieren bestehenden Commission übertragen worden. Nach demselben Berichte wurde am 20. ein in Ludwigshafen verhafteter bayerischer Spion, Graf Zohne, in Neustadt eingebracht. Das Volk stürzte vors Rathhaus und verlangte das Blut des Verräthers; indeß gelang es Schmitt von Kaiserslautern, die Menge durch das Versprechen zu beruhigen, daß der Gefangene ungesäumt vor ein Kriegsgericht gestellt werden solle. Ferner liest man hier folgende Geschichte: „So eben (21.) langte hier ein nassauischer Oberstlieutenant von Reichenau, der sich für einen Reichscommissär ausgab, an. Die provisorische Regierung forderte Legitimation, worauf Reichenau eine vom Reichsverweser ausgestellte Vollmacht vorzeigte. Natürlich erklärte die Regierung, da der Reichsverweser abgesetzt und das Ministerium gefallen ist, jenes Document für null und nichtig und ließ den Reichscommissär nicht seiner Absicht gemäß nach Landau gehen, sondern nach Ludwigshafen zurückbringen und zwar seiner eignen Sicherheit wegen unter bewaffneter Escorte." Ein Organisationsdecret für die Pfälzer Volkswehr theilt dieselbe in die üblichen drei Aufgebote. Von weiteren Bestimmungen ist nur hervorzuheben, daß die Mannschaften alle Offiziere bis zum Bataillonsführer selbst ernennen, und daß ihnen bei den von der Regierung einzusetzenden höheren Offizieren ein Veto zusteht; so wie daß die Gemeinden verpflichtet sind, jeden Mittellosen mit 2 Hemden, 2 paar Schuhen, 1 Bleuse, 1 tuchenen und eine leinenen

*) Es versteht sich wohl von selbst, daß wir für die Wahrheit nicht einstehen können. Red. der O.P.A.-Ztg.

Hose, 1 Kopfbedeckung und 1 Patrontasche zu versehen. — Nach der „Mannh. Abendz." ist Microslawsky (vielleicht der designirte Obercommandant?) in Neustadt angekommen. (L. Z.)

Die „Darmst. Ztg." berichtet: Die Festung Germersheim ist in Kriegszustand erklärt.

Würzburg, 23. Mai. Die nach Wertheim gesandte Professorendeputation, die Herren: Hofrath Osann (Rector), Hofrath Textor, Prof. Albrecht, Kölliker, ist hierher zurückgekehrt, und hat über die würdige Haltung der Studenten in Wertheim nicht nur Erfreuliches berichtet, sondern auch die Gewißheit mitgebracht, daß sie die Rückkehr der Studenten in den nächsten Tagen bewirkte. Nur von der Erledigung eines Punktes soll dieselbe noch abhängen.

Dresden, 14. Mai. Der König hat dem Staatsminister Freiherrn v. Beust provisorisch die Leitung des Ministeriums des Cultus und öffentlichen Unterrichts, und dem geheimen Rathe Johann Heinrich August Behr, unter Ernennung zum Staatsminister, das Finanzministerium übertragen, auch auf Lexteren und den Staatsminister Freiherrn von Friesen den Auftrag in den evangelischen Angelegenheiten mitzuwirken. Dem zeitherigen Staatsminister von Ehrenstein ist, unter Ernennung zum Finanzdirector, das Directorium der bei dem Finanzministerium gebildeten besondern Abtheilung für öffentliche Arbeiten und Verkehrsmittel übertragen, derselbe auch, auf sein Ansuchen, des Titels und Ranges eines Staatsministers wieder enthoben worden. (Amtl. Meldung der Lpz. Ztg.)

Aus **Niedersachsen**, 21. Mai. Die „Times" sagt, Lord Palmerston habe die Anträge der dänischen Regierung wegen eines Waffenstillstandes mit Deutschland gut geheißen. Sie gehen darauf hinaus, Schleswig zeitweilig und provisorisch durch eine Linie zu theilen, welche quer durch die Halbinsel von Husum bis Flensburg gezogen wird. Was nördlich von derselben liegt, soll gleich unter die Botmäßigkeit des dänischen Königs treten und von dänischen Truppen besetzt werden, Südschleswig und Holstein würden von Reichstruppen besetzt bleiben. Die Blokade der deutschen Häfen würde aufgehoben, Jütland von Deutschen geräumt. Dänemark habe jetzt von Schweden und Rußland keine Hilfe zu erwarten. — Die Frage ist, was die Schleswig-Holsteiner zu einem solchen diplomatischen Theilungsprojecte sagen.

Stuttgart, 22. Mai. Gestern Abend bezog die 1. Compagnie des 1. Banners der Bürgerwehr unter klingendem Spiel die Wachen: Schloß- und Hauptwache. — Heute früh marschirte das 5. Infanterieregiment von hier aus. Seine Bestimmung ist, wie gestern gemeldet worden, die badische Grenze.

Hannover, 20. Mai. Wegen eines am Unterharz, nahe der braunschweigischen Grenze, ausgebrochenen Aufstandes werden morgen mit dem ersten Bahnzuge 2 Compagnien Infanterie der hiesigen Garnison nach Schladen, im Amte Vienenburg, entsendet werden. Nach der Größe dieses Corps zu urtheilen, scheint die Sache bis jetzt von geringer Bedeutung zu sein. Die sämmtlichen mecklenburgischen und 6000 Mann hannoversche Truppen sind, wie wir aus guter Quelle hören, zur Unterdrückung des Aufstandes im Süden bestimmt. Vermuthlich werden deren gegenwärtige Positionen durch preußisches Militär eingenommen werden.

Die Deputation der ostfriesischen Stände, welche noch einmal die Forderungen des Landes: unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes, sofortige Ausschreibung neuer Wahlen zur zweiten Kammer und Einberufung der allgemeinen Ständeversammlung und Entlassung des Ministeriums Stüve, an den Thron bringen sollte, hat keine Audienz erhalten können. Der König ist krank, lautete die Antwort auf ihre Bitte vorgelassen zu werden. Auf eine weitere Frage, ob nach Genesung Sr. Majestät die Deputation empfangen werde, war nichts Bestimmtes erwiedert. Zwei Compagnien der Bürgerwehr sind auf die en Abend consignirt, um „bei vorkommenden Unruhen", wie es in den Compagniebefehlen heißt, gleich zum Ausrücken bereit zu sein. Auf der Wache der Bürgerwehr soll eine bedeutende Menge scharfer Patronen bereit liegen. Das Militär ist in den Kasernen consignirt. Keiner weiß wozu diese vielen Vorbereitungen dienen sollen. Vielleicht fürchtet sich das Ministerium auch für Hannover vor dem ominösen 20. Mai? — Bis jetzt, kurz vor 9 Uhr Abends, ist die Stadt durchaus ruhig. (Wes. Z.)

*△ **Aus Baden**, 20. Mai. In der Sitzung der Nationalversammlung am 17. d. M. hat nach öffentlichen Blättern der Abg. Rauwerck bezüglich auf die badischen Ereignisse gesagt: „Der Minister Bekk habe alle Forderungen der Offenburger Versammlung zurückgewiesen und sogar den Abgeordneten mit Gewalt gedroht, während doch die Forderungen nur die Reichsverfassung und für das eigene Land eine constituirende Versammlung betroffen haben." Diese Behauptung ist fast in allen ihren Theilen unrichtig: 1) Die Offenburger Volksversammlung hat gar keine Forderungen an das Ministerium gebracht. Es können also hier nur diejenigen Forderungen gemeint sein, welche eine Deputation der Volksvereinsabgeordneten am 13. d. M. in der Frühe, schon ehe die Volksversammlung statt hatte, schriftlich überbrachte. 2) Diese Forderungen gingen nur: a. auf Auflösung der Kammern, b. Rücktritt des Ministeriums, c. Berufung einer constituirenden Versammlung, d allgemeine Amnestie und Zurückberufung der politischen Flüchtlinge. 3) Ebenso ist unrichtig, daß alle diese Forderungen schlechthin zurückgewiesen wurden. Die officielle Bekanntmachung, welche am 13. d. M. Nachmittags in Karlsruhe öffentlich angeschlagen wurde, gibt sowohl über die obigen Forderungen, als über die ertheilte Antwort vollständig Auskunft. Die letztere ging im Wesentlichen dahin: Zu a. Die Ständeversammlung werde in 8 Tagen, wo sie ihre dringlichen Geschäfte beendigt haben werde, geschlossen, sodann aufgelöst und zu c. eine neue Volksvertretung berufen, welche die in Folge der Reichsgesetzgebung oder sonst nöthigen weiteren Verfassungsänderungen zu berathen habe. Zu d. Es seien in neuester Zeit wieder Weisungen an die Behörden ergangen, um die Amnestie noch weiter auszudehnen. Zu b. Hinsichtlich des Rücktritts von der schweren Last seines Amtes werde das Ministerium ganz nach den constitutionellen Grundsätzen verfahren, d. h. also, es werde zurücktreten, wenn die alsbaldigen neuen Wahlen gegen das Ministerium ausfallen. 4) Von einer Drohung mit Gewalt enthielt die Antwort nicht eine Spur, wohl aber waren in der Forderungsurkunde der Volksvereinsdeputation Gewaltthaten in Aussicht gestellt. 5) Von der Reichsverfassung war in den Forderungen gar keine Rede, und daher auch nicht in der Antwort. Es lag dazu auch nirgends eine Veranlassung vor, da ja die badische Regierung in dieser Beziehung stets in Uebereinstimmung mit der Volksstimmung gehandelt hatte, und die Reichsverfassung nicht nur unbedingt anerkannte, sondern sie sogar im Regierungsblatt verkündete und die Beeidigung auf dieselbe anordnete. Noch falscher ist die Voraussetzung, als hätte erst die erzwungene Flucht des Großherzogs die völlige Revolution hervorgerufen. Die Flucht erfolgte in der Nacht vom 14. auf den 15., und schon am 14. hatte, abgesehen von der Verbreitung nach den revolutionären Beschlüssen in Offenburg und von den Verfügungen über die Bundesfestung Rastatt u. s. w., der Landesausschuß durch den Commissär Hennisch den Regierungsdirector von Marschall in Freiburg abgesetzt und über die Regierung verfügt, und dadurch nachfolgende Proclamation der Regierung vom 14. d. M. hervorgerufen: „Aufruf! Der Landesausschuß des Volksvereins und dessen angebliche Bevollmächtigte treffen Anordnungen, die nur den verfassungsmäßigen Behörden zustehen. Die gesetzlichen Behörden haben nicht aufgehört, ihre Verpflichtungen gegen Se. königliche Hoheit den Großherzog, gegen das Großherzogthum Baden und gegen das gesammte deutsche Vaterland zu erfüllen. Diesen Verpflichtungen nachkommend, glaubt die großherzogliche Regierung des Oberrheinkreises alle Staats- und Gemeindebehörden, alle Bewohner des Kreises dringend auffordern zu müssen, fest und treu an der Reichs- und Landesverfassung zu halten, und keinen Anordnungen Unbefugter, kommen sie, von wem sie wollen, Folge zu geben. Zugleich müssen wir Jedermann unter Hindeutung auf die Gefahr des Vaterlandes und der gesetzlichen Ordnung, auf die Zerstörung alles Wohlstandes und auf die schweren Strafen des Aufruhrs dringend vor ungesetzlichen Handlungen verwarnen. Freiburg, 14. Mai 1849. Großherzogliche Regierung des Oberrheinkreises. J. A. v. R. D. Nombride, Stephani, Bannwart, Ekert."

Aus Baden, 22. Mai. „Im Namen des Volkes" hat der Landesausschuß die Auflösung der badischen Kammern decretirt, die Einberufung einer constituirenden Versammlung beschlossen und den Minister des Innern mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt. Das Wahlgesetz für die Constituante lautet kurz und bündig wie folgt: „Im Namen des Volkes. In Gemäßheit der Verordnung des Landesausschusses wird das Wahlgesetz für die constituirende Versammlung in folgender Weise bestimmt: Art. 1. Wahlfähig und wählbar ist jeder Staatsbürger Badens, welcher das 21. Lebensjahr erreicht hat. Art. 2. Die Wahlbezirke bleiben dieselben, wie bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung. Art. 3. Jeder Wahlbezirk ernennt vier Abgeordnete für die constituirende Versammlung. Art. 4. Für jeden Wahlbezirk wird ein Commissär des regierenden Landesausschusses ernannt werden. Art. 5. Die Wahlen geschehen direct mit geheimer Stimmgebung. Art. 6. Der Tag, an welchem im ganzen Lande die Wahlen stattfinden, ist der 3. Juni. Art. 7. Die constituirende Versammlung wird am 10. Juni in Karlsruhe eröffnet werden. Karlsruhe, den 17. Mai 1849. Die Executivcommission: L. Brentano. vdt. Karl Blind."

Ein Decret der Executivcommission ernennt den Bürger Philipp Becker zum Oberbefehlshaber aller Bürgerwehrmannschaften des Landes. — Ein andres „Decret, die Nachberufung des Bürgers Friedrich Hecker von Mannheim betreffend", lautet: „In Erwägung, daß sich Bürger Friedrich Hecker von Mannheim um das Vaterland und die Freiheit verdient gemacht; in Erwägung, daß in der jetzigen Zeit das Vaterland Männer braucht, die erprobt sind im Kampfe für die Freiheit, und die den Muth und die Kraft besitzen, zum Heile für das Volk zu wirken; in Erwägung, daß solche Männer die Verpflichtung haben, in den Tagen der Gefahr sich an die Spitze des Volkes zu stellen; wird verfügt: 1) Bürger Friedrich Hecker von Mannheim, dermalen in Nordamerika wohnend, wird aufgefordert, in das Vaterland zurückzukehren und sich demselben zur Verfügung zu stellen. 2) Der Vorstand der Executivcommission ist mit dem Vollzug beauftragt. Karlsruhe, den 17. Mai. 1849. Der Landesausschuß: Jungbanns. Damm. Steinmetz. G. Struve. W. Happel. Thiebauth. Stark. L. Degen. Rehmann. Frech, Schriftführer. Vorstehendes Decret des Landesausschusses wird hiermit zum Vollzug verkündigt. Karlsruhe, den 17. Mai 1849. Der Vorstand der Executivcommission: L. Brentano. vdt. Karl Blind."

Karlsruhe, 21. Mai. Heute Vormittag 11 Uhr sollte das erste Aufgebot von Karlsruhe gebildet werden, es soll jedoch die Organisation nicht ganz zu Stande gekommen sein und Viele gefehlt haben. — Kriegsminister Oberst Eichfeld ist zur Zeit abwesend, sein Stellvertreter Oberstlieutenant Wersy besorgt die Geschäfte des Kriegsministeriums für ihn. — Heute Mittag ist ein Bataillon Freischaaren zum Ludwigsthor eingezogen; eine Abtheilung hatte eine deutsche Fahne mit der Aufschrift Bühl. Wie es scheint, sind dieselben auf dem Rückmarsch begriffen. — Heute Nachmittag 3 Uhr ist ein Bataillon Pforzheimer Freischaaren hier eingerückt, um Wachdienst zu übernehmen. — Gestern Abend sollen viele Exemplare der Proclamation des Großherzogs in den Straßen gefunden worden sein, dennoch sind dieselben selten zu sehen. — Ein großer Theil des Militärs ist zweifelhaft und bereut den geschehenen Schritt. Vielen sind die neugewählten Führer schon jetzt nicht mehr behaglich.

Als bezeichnend für den gegenwärtigen Zustand wird dem „Schw. M." folgende Anekdote von hier aus mitgetheilt: Der hiesige Kasernenwirth Kappler wird zu Bürger Ziegler, der gegenwärtig Polizeichef ist, vorgeladen, weil in seiner Wirthschaft die Proclamation des Großherzogs vorgelesen wurde, und erhält darüber einen Verhalt. Bürger Kappler erwiedert, wenn einer seiner Gäste dieselbe mitgebracht und vorgelesen habe, so könne er das nicht wohl verbieten; Bürger Ziegler bemerkt darauf, Kappler möge sich mit Derartigem in Acht nehmen, da ihm sonst sein Haus von Soldaten demolirt werden könnte.

Nach brieflicher Mittheilung hält sich der Großherzog in Lauterburg auf; in seinem Gefolge befinden sich die Herren v. Laroche, Stengel, v. Reitzenstein, v. Schilling, v. Lassolaye, v. Fischer, Schwarz, v. Göler, Nägele, Casinone, v. Leoprechting, v. Keltner, v. Enzenberg, v. Seldeneck, Ludwig, v. Marschall, v. Schäffer, sodann die Markgrafen, ferner v. Dusch, Beil und Hoffmann.

Konstanz, 20. Mai. Bis jetzt sind wir dahier von den heftigen Erschütterungen des Landes verhältnißmäßig wenig berührt worden. Bürgermeister Hüllin hatte noch immer das Heft in den Händen. Inzwischen ist der mit unumschränkten Vollmachten versehene Civil- und Militärgouverneur Willmann hier eingetroffen (ein Candidat, der eben ein sehr verspätetes Staatsexamen zu machen im Begriffe stand), und nun geht es auch hier ans Reorganisiren. Vorgestern wurde den Staatsdienern der neue Diensteid abgenommen, das Hofgericht verweigerte denselben und zwar aus dem Grunde, weil der Richterstand unabhängig sein und bleiben müsse und er sich deßhalb nicht verpflichten könne, beliebigen Anordnungen irgend einer Behörde Folge zu leisten. Die Entsetzung der Hofgerichtsräthe ist noch nicht erfolgt; der Commissär war durch die ausgesprochene Erklärung etwas eingeschüchtert. Dagegen wurde gestern Oberamtmann Fieser, obgleich er den Eid geleistet, seines Dienstes entsetzt. Er hat sich in die Schweiz geflüchtet. Gestern auch hat die Kreisregierung ihre Functionen eingestellt. Das Regierungsblatt Nr. 1. bot zu dieser Entschließung den Anlaß, indem dort Anordnungen getroffen worden sind, bei deren Ausführung sie bereits zu einer Verfassungsverletzung die Hand bieten müßte. Herr Willmann und Stephani haben die Regierungsgeschäfte übernommen. Der Finanzminister Goegg ist hier wohlbekannt, er war vordem Praktikant beim hiesigen Kreiskassier. (Sch. M.)

Ueber die schon erwähnte Kanonade berichtet der „Alt. Merk." **aus dem Sundewitt**, vom 18. Mai. Gestern Abend gegen 5½ Uhr begann eine heftige Kanonade zwischen den Werken der Deutschen auf den Düppeler Höhen und denen der Dänen vor Sonderburg. Die nordlich vom Benning Bond gelegene und erst neulich erbaute Strandbatterie der Deutschen, that auf ein in Benning Bond heranlegendes dänisches Kanonenboot 5 Schüsse, welches, nachdem es dreimal nach der Strandbatterie geschossen hatte, durch zwei Kanonenkugeln der Deutschen beschädigt, sich entfernte. Als der Commandant der linken Flügelredoute auf den Düppeler Höhen die Schüsse der Strandbatterie hörte, glaubte er, sie seien das Signal zu einer allgemeinen Kanonade und eröffnete das Feuer gegen die dänischen Werke, und bald folgten seinem Beispiele die übrigen Redouten. Die Dänen erwiederten ihrerseits das Feuer der Deutschen, und bald war die Kanonade allgemein. Auf Befehl des Commandeurs der Avantgarde der deutschen Reservedivision im Sundewitt, des Herzogs von Nassau, stellten die diesseitigen Redouten, nachdem aus ihnen ungefähr 60 Schüsse gethan worden waren, gegen 7 Uhr das Feuer ein, und auch die Dänen thaten dasselbe, nachdem sie wohl an 70 Schüsse abgefeuert. Das Resultat dieser Kanonade war, daß die Brücke bei Sonderburg beschädigt und ein daneben liegendes Haus angesteckt wurde. Drei dänische Bomben sprangen in der Luft, eine platzte in der Nähe deutscher Soldaten, riß einen Tornister in Fetzen und zernichtete ein Gewehr; eine andere fuhr in den Wall einer Redoute, ohne weiteren Schaden anzurichten, eine dritte beschädigte einen braunschweigischen Infanteristen, welcher spazieren ging, am rechten Oberschenkel so sehr, daß man an seinem Aufkommen zweifelt. Außerdem wurden deutscherseits noch drei Soldaten leicht verwundet.

8 **Mainz**, 23. Mai. Nachdem heute frühe abermals 4 Compagnien vom 28. preußischen Infanterieregimente von hier ausmarschirt sind, besteht unsere Besatzung nur noch aus 7 Compagnien Preußen und 14 Compagnien Oesterreicher. Seit 1830 waren wir keine so kleine Garnison gehabt. Heute Abend erwartet man jedoch 2 Bataillone vom 34. preußischen Infanterieregimente, welche mit Dampfbooten vom Niederrhein ankommen werden. Die Besatzung soll unverweilt auf den Kriegsfuß gebracht werden, und bis auf 22,000 Mann ansteigen. Soeben erfahren wir, daß die Direction der kölnischen Dampfschiffahrtsgesellschaft den ganzen Truppentransport aus Rheinpreußen hierher übernommen, und sich wegen Uebernahme von Passagieren mit der Düsseldorfer Gesellschaft geeinigt habe.

Oldenburg, 19. Mai. Dem großherzoglichen Hause steht, nach trüben Tagen, eine große Freude bevor. Es ist ein Besuch der Königin von Griechenland angekündigt, und wie man vernimmt, die Reise von Athen in diesem Augenblicke schon angetreten, so daß über acht Tage etwa die in ihrer alten wie in ihrer neuen Heimat vielgeliebte Fürstin hier in ihrem väterlichen Schlosse erwartet werden darf. (Wes. Z.)

Schwerin, 21. Mai. Morgen marschirt die Garde von Schwerin, 4 Compagnien stark, vereint mit einem Musketierbataillon von Wismar, das heute hier eintrifft, mit 2 Schwadronen Cavallerie von Ludwigslust und einer Batterie von 8 Kanonen nach Frankfurt. 4 Compagnien Jäger, die ebenfalls schon Marschordre bekommen hatten, bleiben noch eine Woche, bis das Ergänzungsmilitär von Rostock eingetroffen und stationirt ist. Dann werden sie wohl nachfolgen. Sie werden meine Landsleute als handfest, treu und zuverlässig kennen lernen. (D. Z.)

Eisenach, 17. März. In unserm schönen Marienthale hat eine Volksversammlung stattgefunden, die ungeachtet der geringen Theilnahme, welche eine ähnliche Versammlung in der Nachbarstadt Gotha gefunden, den Beweis gab, daß die deutsche Sache in Thüringen viele warme Herzen und viele kräftige Hände zählt. Denn es hatten sich heute auf Ladung des Gesammtausschusses aller hiesi-

gen Vereine, mindestens 5—6000 Menschen, und namentlich die Wehrmannschaften der Umgegend zusammengefunden, um sich über die Mittel und Wege zu berathen, die deutsche Reichsverfassung zur Durchführung zu bringen. Die Versammlung, von dem Candidaten Schönlein geleitet, verlief in musterhafter Ordnung. Als namhafte Redner verdienen hervorgehoben zu werden: der Landrabbiner Dr. Heß aus Eisenach, der Abg. Schwerdt und der Schriftsteller Ludwig Storch aus Gotha. Auf Beschluß der Versammlung soll an den Landtag des Großherzogthums, der auf den 20. Mai einberufen, ein Gesuch um ein schleunigst zu erlassendes Gesetz über Organisirung der Volkswehrbewaffnung im ganzen Lande, um Vereidigung des Militärs auf die Reichsverfassung, um Verwendung desselben zu deren Schutz und um Verwahrung des Durchzugs solcher Truppen, welche zu reichsverfassungsfeindlichen Zwecken verwendet werden sollen, sowie an die Nationalversammlung in Frankfurt um Erlaß eines Volkswehrgesetzes für ganz Deutschland übergeben werden.

Altenburg, 17. Mai. In der Sitzung der Landschaft am 5. April erklärte sich die Landschaft einstimmig einverstanden mit dem von einer aus landschaftlichen und herzoglichen Commissarien zusammengesetzten Deputation verfaßten Vortrag über die herzogliche Civilliste, wonach dem Herzog und der herzoglichen Familie aus der Hauptfinanzkasse statt aller bisherigen Bezüge die jährliche feste Summe von 100,000 Thlr., dem Herzoge Joseph bis an sein Lebensende 15,000 Thlr. jährlich gewährt werden. Ein Antrag des Abg. Oblisch: „Die Landschaft möge erklären, daß das Ministerium in seinem Bericht an die königlich sächsische Staatsregierung wegen der Militärcesse am 26. Februar in Altenburg sich voreilig und parteiisch ausgesprochen und sich daher seiner Stellung unwürdig erwiesen habe," wurde von dem Antragsteller selbst wieder zurückgezogen.

Aus dem Waldeck'schen, im Mai. Die fürstl. waldeckische Regierung hat unterm 1ten d. M. eine Proclamation an die Staatsangehörigen von Waldeck und Pyrmont erlassen; darin heißt es, die Regierung habe die Reichsverfassung unbedingt anerkannt, sowie, daß dieselbe nur auf dem darin angegebenen Wege revidirt werden könne; auch habe sie die Reichsverfassung und das Reichswahlgesetz im Regierungsblatt publicirt, und es sei zu hoffen, daß dieselbe bald werde Gemeingut des ganzen deutschen Vaterlandes werden. Die Beschlüsse zur Erreichung dieses Zieles seien von der Nationalversammlung zu fassen und sei zu erwarten, daß denselben überall mit Freudigkeit und Entschiedenheit werde entgegengekommen werden. Das am 18. erschienene Gesetz über Errichtung einer Volkswehr gebe Gelegenheit, den Anforderungen zur Durchführung der Reichsverfassung auf gesetzlichem Wege zu entsprechen. Die Beeidigung des Militärs und der Civilbeamten auf die Reichsverfassung werde stattfinden, sobald die Centralgewalt oder Reichsregierung deren Zeitpunkt und Form vorgeschrieben habe; bis dahin könne die Regierung nicht einseitig vorschreiten, und habe sie die Ueberzeugung, daß auch ohne eidliches Angelöbniß jeder Staatsbürger seine Treue gegen die Verfassung bethätigen werde. An den Berliner Verhandlungen werde sie sich nicht betheiligen und habe für angemessen gehalten, ihr Verfahren in der deutschen Angelegenheit zur Kenntniß der Staatsangehörigen zu bringen.

Pyrmont, 18. Mai. Unsere Regierung erklärt in einem Proclama, daß sie die von der Reichsversammlung ausgegangene Verfassung unbedingt anerkenne und daß sie sich an den Verhandlungen des vom Könige von Preußen ausgeschriebenen Congresses in keiner Weise betheiligen werde.

Bremen, 20. Mai. Der bisherige Reichshandelsminister Hr. Duckwitz ist gestern hier wieder eingetroffen. Eine Abends nach seiner Ankunft von zahlreichen Freunden und Verehrern ihm dargebrachte Nachtmusik gab demselben Gelegenheit, über das was ungeachtet alles Widerstandes und aller Hindernisse doch für Deutschlands Einheit zu Stande gebracht und dauernd gewonnen sei, so wie über die darauf zu gründenden Hoffnungen sich auszusprechen. Dieser herzliche Empfang in der Vaterstadt, welchem auch am heutigen Tage noch eine militärische Ehrenbezeugung von Seiten des hiesigen Schützencorps gefolgt ist, sind der Ausdruck des Dankes und der aus patriotischer Gesinnung entspringenden Liebe, womit Bremen das zu erkennen weiß, was auch durch die aufopfernden Bemühungen unseres verehrten Mitbürgers für die Einheit Deutschlands dauernd gewonnen ist. (Wes.-Z.)

Schweiz.

Basel, 21. Mai. (Bas. Z.) Am Freitag erhielt die hiesige Regierung von dem Bundesrathe den Auftrag, über die Zahl und Verhältnisse der badischen Emigration Bericht zu machen. Am Samstag Morgen kam der Befehl zur Internirung, also ohne eine Antwort abgewartet zu haben. Der „Verfassungsfreund" schreibt, der Bundesrath wolle kein Koblenz in Basel. Wir möchten wissen, ob er Indicien dieser Art hatte, er soll nichts mitgetheilt haben, auch ist so viel wir hören nicht das Mindeste von Reactionsprojecten von hier aus bekannt. Was sind aber politische Flüchtlinge? doch wohl solche, die wegen politischer Handlungen von den Behörden eines Landes verfolgt werden. Aber schwerlich solche, welche, um dem wüsten Treiben einer Revolution aus dem Wege zu gehen, ihre Heimat während des ersten Sturmes verlassen, um bei wieder eintretender Beruhigung so bald als möglich wieder heimzukehren. — Der Bundesrath wird zweifelsohne bei ruhiger Ueberlegung eine Definition geben wollen, was er denn eigentlich unter politischen Flüchtlingen verstehe. — Die „Berner Zeitung" rühmt, der Bundesrath habe bei diesem Anlasse „weitaus schneller und früher als je in ähnlichen Fällen gehandelt". Die Fälle sind jedoch sehr unähnlich: man schreitet langsam ein gegen versprengte Bewaffnete, aber schnell gegen ruhige Bürger, die dem anarchischen Terrorismus entfliehen.

Italien.

General Oudinot hat sein Hauptquartier nach Ziumicino verlegt. Seit der Ankunft der Verstärkungen sollte ein neuer Angriff auf Rom geschehen; allein die Ankunft des Herrn Lesseps hat den Dingen eine andere Wendung gegeben. — Der König von Neapel hat für seinen über die Garibaldische Legion erfochtenen Sieg in Albano, wo sich das neapolitanische Hauptquartier befindet, ein Tedeum feiern lassen.

Die Nachrichten von dem Wiederausbruch eines neuen Aufstandes in Palermo sind ganz ungegründet. Die neapolitanische Armee hielt am 14. ihren Einzug daselbst.

Aus **Rom** bringt der „Monitore Toscano" Nachrichten bis zum 13. Mai. Die Franzosen, bedeutend verstärkt, suchen sich des Monte Pincio, der die Stadt beherrscht, zu bemächtigen. Von der andern Seite sind auch die Neapolitaner bedeutend verstärkt; ein Theil von ihnen bedroht Rom, ein anderer dehnt sich aus in die Marken.

Frankreich.

** **Paris**, 21. Mai. Die Anzahl der Departements, deren Wahlen officiell bekannt sind, belief sich gestern auf 73 Von diesen haben 38 ausschließlich Gemäßigte, 15 ausschließlich socialistisch gewählt. Die Wahlen der andern 30 sind gemischt ausgefallen und zwar so, daß 164 der in denselben Gewählten den Gemäßigten, 101 den Socialisten zukommen.

Leon von Malleville wird, dem Vernehmen nach, mit einer besonderen Mission der französischen Regierung an das preußische Cabinet nach Berlin abgehen.

Morgen soll im Elysee National unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik eine Versammlung von Generalen stattfinden, in welchem die Mittel, über die Frankreich für den Fall der Nothwendigkeit eines Krieges gegen eine der großen Continentalmächte zu verfügen nöthig hätte, geprüft werden sollen. General Bugeaud ist hierher berufen worden, um diesem Kriegerath beizuwohnen.

In der Nationalversammlung wurden heute mehrere Gegenstände, meist localer Natur, verhandelt. Sarrans zeigte an, daß er morgen das Ministerium über die von demselben befolgte auswärtige Politik interpelliren werde, zunächst über die römischen Verhältnisse und alsdann wegen der russischen Intervention in Ungarn.

Der heutige „Siecle" enthält Folgendes: „Wir sind ermächtigt zu erklären: daß weder dem Herrn Dufaure, noch dem General Lamoriciere irgendwelche Vorschläge, in eine ministerielle Combination zu treten, gemacht worden sind. Demzufolge entbehren alle Gerüchte, welche verschiedene Organe der Presse seit zwei Tagen wiederholen, sowie die Commentare, die man daran knüpft, jedes Grundes."

A **Straßburg**, 22. Mai, 4 Uhr Abends. So eben trifft hier folgende telegraphische Depesche ein: Paris, 21. Mai. Der Minister des Innern an die Präfecten. Der Präsident der Republik hat heute die Truppen der Garnison und der Armee die Revue passiren lassen. Nahe an 60,000 Mann waren unter den Waffen. Eine zahlreiche Menge umgab die Böschungen des Marsfeldes. In allen Reihen und auf seinem ganzen Weg wurde der Präsident mit einstimmigen Acclamationen und dem Zuruf: Es lebe Louis Napoleon! Es lebe der Präsident der Republik! empfangen. Die größte Ordnung herrschte während der Revue. Es ist 3 Uhr. Der Präsident kehrt in das Elysee national zurück. Paris genießt einer tiefen Ruhe. (Den wesentlichen Inhalt dieser telegraphischen Depesche, welche sich um einen Tag verspätet, haben wir bereits gestern Abend in unsern Pariser Nachrichten mitgetheilt. Die Absendung einer Depesche scheint seinen Grund in den mannigfachen Gerüchten, deren wir gleichfalls Erwähnung thaten, gehabt zu haben; die Regierung konnte diese in der gegenwärtigen Zeit nicht unentkräftet lassen. A. d. R.)

Großbritannien.

* **London**, 25. Mai. Ein unerhörtes Verbrechen ist vorgestern hier begangen worden: ein Attentat auf das Leben der Königin Victoria. Die Königin, deren Geburtstag gerade an diesem Tage war, hatte in Begleitung des Prinzen von Wales, der Kronprinzessin und der Prinzessin Helena in Hydepark eine Spazierfahrt gemacht und kam eben zwischen fünf und halb sechs Uhr Abends von derselben zurück, als plötzlich, da der Wagen auf dem Wege nach dem königlichen Palast an dem untern Ende von Constitutionhill anlangte, von einem in Arbeitertracht gekleideten Mann, der innerhalb des Parkgeländers mit dem Rücken an einem Baume gelehnt stand, ein Pistol auf sie abgefeuert wurde. Der Schuß ging glücklicherweise fehl. Die Königin verlor keinen Augenblick ihre Fassung und suchte nur ihre Kinder zu beruhigen. Bei ihrer Ankunft im Palast kam ihr Prinz Albert, der in dem Moment des Verfalls etwas vorausgeritten war, sogleich entgegen, mit tiefer Rührung ihr Glück wünschend, daß sie jenem Unfall so glücklich entgangen. Der Verbrecher wurde von den Nebenstehenden augenblicklich festgenommen und in ein nahe gelegenes Wachthaus geführt. Wie sich aus dem sofort angestellten Verhör ergab, ist derselbe ein Irländer, Namens John Hamilton, von Profession ein Maurer. Nach seiner Aussage hat ihn Armuth zum Begehen jenes Verbrechens getrieben; Mitschuldige will er nicht haben.

Griechenland.

*D **Athen**, 6. Mai. Das neue Ministerium ist ein russo-gallisches. Zur russischen Partei gehören Kanaris, Glarakis und Zavellas, zur französischen Christides und die Uebrigen. Christides gibt dem Ministerium den Namen, ein Name, der für diejenigen, welche unsere Geschichte kennen, keinen guten Klang haben kann. In andern Zeiten würde die neue Verbindung der russischen und französischen Diplomatie, die Spaltung der russischen Partei in echte Nappisten und Königlichgesinnte, die erneute Verschmelzung dieses Theils der russischen mit der französischen Partei, die völlige Anschließung der englischen Partei und die Einflußlosigkeit der englischen Diplomatie größere Bedeutung haben. Jetzt hängt Griechenlands nächste Zukunft von der Wendung der Dinge in Deutschland ab. Denn der denkende Theil der Griechen, das junge Hellas, ist gut deutsch gesinnt, aber nicht wie Herr v. Prokesch meint, groß-deutsch oder österreichisch-bayerisch, sondern klein-deutsch. Von Frankfurt, sagen sie, erwarten wir unser Heil. Die Interessen unserer Schutzmächte laufen den unsrigen grade entgegen. Rußland will die Türkei sich einverleiben, England und Frankreich aber wollen sie als Staat erhalten. Nur Deutschland erkennt unser Recht an, nimmt an uns aufrichtigen Antheil. Deutschlands Urtheil ist nicht getrübt durch Handelsinteresse, durch die Sucht, den Katholicismus zu verbreiten, oder durch Eroberungssucht. Es wird uns unterstützen im neuen Kampfe gegen die Barbaren, wie im letzten, und mit ganz anderem Erfolg, weil es in die Reihe der europäischen Mächte eingetreten, an ihrer Spitze stehen wird.

Nachschrift.

[:] **Wien**, 20. Mai. In wenig Tagen werden die vereinten russischen und österreichischen Armeen bei Tirnau die Offensive ergreifen. Es gelang nämlich den 12,000 Mann starken Corps der Generale Benedek und Vogel, sich mit den Russen in der Nähe jener Stadt zu vereinigen, sowie denn auch aus Preßburg zahllose Truppen und 200 Brückenwägen nach Tirnau unter General Wohlgemuth abgingen, den Uebergang über die Waag zu erzwingen. Feldzeugmeister Welden gedenkt in drei Tagen sein Hauptquartier ebendahin zu verlegen, und baldig dürfte es zu einer entscheidenden Schlacht gegen Dembinski kommen, der die Kaiserlichen zurückdrängen, und sich einen Weg nach Schlesien bahnen will. — Die Transporte und Zuzüge der Russen und Oesterreicher nach Ungarn dauern unausgesetzt fort.

Soeben erfährt man, daß Stratimirovich bei Aez, im Tschaikisten-Bataillon, die siegreich vordringenden Magyaren geschlagen habe. Seine Serben hatten bereits die Flucht ergriffen, als er selbst, mit einer Hand voll Leute, in den Feind stürzte und seine beschämten Krieger dadurch zum erneuerten Kampfe veranlaßte; die Schlacht dauerte sieben Stunden und endete mit einem vollständigen Siege der Serben.

A **Koblenz**, 23. Mai. Der Großherzog von Baden ist gestern Abend zu Land mit drei Wagen hier eingetroffen und im Thal Ehrenbreitstein im Gasthofe zum „weißen Roß" abgestiegen, woselbst derselbe einige Zeit bleiben wird. Diese Nachricht ist officiell und Sie können selbige als authentisch verbürgen. Heute Morgen folgten noch drei Equipagen Sr. königl. Hoheit hierhin. Sind wir recht unterrichtet, so erwartet man hierselbst in diesen Tagen noch mehrere hohe Personen. — Die Kriegsmärsche und Kriegsrüstungen werden hier großartig ins Werk gesetzt. Das hiesige Gardelandwehr-Grenadierregiment tritt seit gestern unter die Waffen und soll bis zum künftigen Sonntag complet sein, die Provinziallandwehr in den benachbarten Städten wird gleichfalls allmälig eingekleidet. Nach der Eifel und der Saar, wo bedenkliche Unruhen ausgebrochen sind und ein Zeughaussturm namentlich in Prüm stattgefunden hat, gingen gestern in der Frühe 4 Geschütze, eine Schwadron Dragoner und ein combinirtes Bataillon aus dem von Mainz Tags vorher hier angelangten Bataillon des 35sten Regiments und zwei Compagnien des 25sten Regiments von hier ab. Dorten wird unter dem Befehle des Obristen v. Horn ein fliegendes Corps von 6000 Mann gebildet. Zwei Compagnien und die Musik des 35. Bataillons blieben hier zurück. Das 2. Bataillon des 29. Regiments, welches zuletzt in Alzei stationirte, ist heute auf Dampfbooten nach Köln hier vorbeigegangen. In sonst nie von Truppen besetzten Räumen sind jetzt wie auf der Bastion am deutschen Ecke, in dem vormals kurfürstlichen Schloß in Ehrenbreitstein ꝛc. Truppendetachements untergebracht und alle Abende werden sämmtliche Landstraßen der Umgegend von sehr starken Militärcommandos abpatrouillirt, indem man glaubt, bewaffnete Zuzüge nach dem Oberlande oder Waffentransporte dahin aufheben zu können. Die große Expeditionsarmee nach dem Oberlande wird wohl in einigen Tagen sich in Bewegung setzen.

Börsenberichte.

Frankfurt, 23 Mai. Eine abermalige durch Landespost erhaltene bedeutend niedrigere Notirung der Renten zu Paris vom 21. d. M. von 5 Fr. zur Börsenzeit bekannt, konnte nicht anders wie nachtheilig auf den Stand sämmtlicher Papiere influiren; sämmtliche Fondsgattungen stellten sich mehr oder minder niedriger im Cours als gestern. 5pCt. Metall. fielen um 1pCt. im Cours und bleiben 73 pCt., 2½pCt. Metall 36½, pCt., Wienerbankactien ohne Umsatz 1100 fl. Bf., 500 fl. Loose 121¾, fl., 250 fl. Loose 73 pCt. Kurhess. 40 Sthlr. Loose 28½, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 25½, ⅜ fl. G., do. 50 fl. Loose 46¼, fl., Darmstädter 25 fl. Loose 20¾, fl., do. 50 fl. Loose 68¼, fl., Nassauer 25 fl. Loose 20 fl., Poln. 500 Loose 72 Rthlr. Von süddeutschen Obligationen 4½pCt. Württemberger 92½, pCt., do. 3½pCt. 71¼, pCt., Bad. 3½pCt. Obligationen 72½, pCt., do. 5pCt. bad. vom Jahr 1845 92½, pCt., Nassauer 3½pCt. Obligationen 79 pCt., do. vom Jahr 1849 99¼, pCt. G. Von belgischen Obligationen waren 2½pCt. belg. 41, do. 4½pCt. 80¾, do. 5pCt. 89 fr. holl. 2½ pCt. Integr. 45½pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 33½, Rthlr., Berbach 66¼, pCt., Köln-Minden 76¼, pCt., Taunus 268 fl. 3pCt. inländ. Spanier fielen durch sehr bedeutende Verkäufe, die von mehreren Seiten darin geschahen, von 23½, pCt. auf 22½, à ½ pCt. im Cours zurück. Von Wechseln Amsterdam 100½, Berlin und Leipzig 105¾, Hamburg 88¾, London 121¼, ⅛, Paris 95¾, Wiener 101¼, Disconto ⅛ pCt. G.

Berlin, 22. Mai. Staatsschuldscheine 79 bez. u. Br., Seehandlungs-Prämienscheine 100½, G., Bankantheile 87¾, zu machen, Berlin-Hamburg 55½, G., Köln-Minden 76⅛ bez., Friedrich-Wilh.-Nordbahn 33½, u. ⅜ bez. u. Br., Rhein. 46½, etw. bez., Cöln 46 Br., Lpzltng. 49 Br., Ruff bei Stieglitz 81¾, Br., Pola. 500 fl. Loose 71½, Br.

Die abermals um 3pCt. schlechteren Pariser Rentencours'e veranlaßten auch heute keine wesentlich rückgängige Bewegung, denn die Preise der Fonds und Actien waren zwar zum Theil etwas matter, aber nur von einigen eine Kleinigkeit niedriger, dagegen wurden Rhein. noch 2½pCt. höher bezahlt als gestern, schließen indeß etwas billiger; im Geschäft blieb es sehr still.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matter.

Benachrichtigungen

[1430] **Bekanntmachung.**

Nach amtlichen Mittheilungen werden die Postdampfschiffe „Washington“ und „Hermann“ wegen der Blokade der Weser vom Monat Juni an einstweilen am 12ten jedes Monats von **Bremerhafen** und am 20sten von **Southampton** nach **Newyork** abgefertigt werden.

Die zur Beförderung mit diesen Schiffen bestimmte Correspondenz muß daher spätestens bis zum 11ten des Monats in **Bremen** eintreffen.

Frankfurt a. M., den 22. Mai 1849.

General-Post-Direction.
Freiherr von Pörnberg.
vdt. Beckmann.

[1417] **Drittes Verzeichniß**
der für die Abgebrannten in Güglingen eingegangenen Beiträge.

Durch Hrn. Major Schölles von einem Dienstmädchen 30 kr., von H. u. K. 1 fl., 1 Mädchen Kleider. Durch Hrn. J. C. Mack von N. N. 30 kr. Durch Hrn Petri von G. W. Fisk 1 Paar Hosen, von D. Elle 1 fl. 45 kr., C. B. 2 fl., H. S. Stiebel 7 fl., L. B. 5 fl. Durch Hrn. M. S. Kaulla von A. B. (Frau B.) 1 fl., A. J. R. 1 fl., Bernh. Gabel 2 fl. Durch Hrn. J. L. Graubner u. Söhne von G. K. 2 fl., R. R. 2 fl., J. L. 1 fl. 45 kr., Frl. J. 1 fl., R. R. 2 fl., Graubner u. Söhne 10 fl. Durch Hrn. Georg Reichl von L. O. 2 fl., B. M. Lehrerin 30 kr., Ungenannter 30 kr., Ungenannter 1 fl., desgleichen 1 fl., desgleichen 1 fl., desgleichen 2 fl., Ba. 2 fl. 42 kr., Frau v. Meurs 2 fl., G. F. Landauer 2 fl. 42 kr. Durch Hrn. Kapp von Sch. 5 fl., Hrn. Lyprim 1 fl., W. 2 fl., Hrn. Yunger 1 fl., Hrn. v. Hoff 1 fl., K. 3 fl., N. 30 kr., Wilke 1 fl., K. 1 fl., Schmitt 1 fl., Schmidt 1 fl., Ludwig 1 fl., Weichard 1 fl., Köhler 1 fl., Fäßler 2 fl., L. 1 fl., Döbel 1 fl., Ch. 30 kr., Lyprim 50 kr., J. 30 kr., N. 30 kr., R. 30 kr., v. H. 30 kr., Frau Pöstch Wittwe 1 fl., E. 12 kr., Frau v. Hoff 2 fl., E. H. 1 fl., Frau v. Walter 1 fl., J. Naumann 1 fl., Forster aus Gmünd 5 fl., von zwei Dienstboten 19 kr., Sawelle 1 fl. 45 kr., Bauer 1 fl.

Die Gesammtsumme der eingegangenen Geldbeiträge beträgt 505 fl. 19 kr., welche an die Unterstützungscommission in Güglingen abgesendet worden sind. Indem ich den Gebern, so wie den Herren Comitemitgliedern, welche sich mit der Einsammlung der Gaben befaßt haben, meine aufrichtige Anerkennung zuspreche, glaube ich mit gegenwärtigem Verzeichniß die Liste schließen zu können, bin übrigens gerne bereit, etwa noch eingehende Geschenke nach Güglingen zu besorgen.

Frankfurt a. M., 22. Mai 1849.

Ober-Tribunalrath **Frhr. v. Sternenfels.**

[1186] # Main-Neckar Eisenbahn.

Fahr-Ordnung für den Sommerdienst 1849. Vom 1. Mai anfangend.

I. Fahrten in der Richtung von Heidelberg nach Frankfurt.

Stationen.	Personen-Züge I Mrg.	II Mrg.	IV Bm.	VI Nm.	VIII Nm.	XIII* Abds.	Güter-Zug XII** Bm.
	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.
Heidelberg . Abgang	—	6 —	9 —	1 —	5 —	8 —	7 30
Friedrichsfeld „	—	6 20	9 20	1 20	5 20	8 20	7 57
Ladenburg . „	—	6 29	9 29	1 29	5 29	8 29	8 12
Großachsen . „	—	6 38	9 38	1 38	5 38	8 38	8 25
Weinheim . „	—	6 50	9 50	1 50	5 50	8 50	8 44
Hemsbach . „	—	6 58	9 58	1 58	5 58	8 58	8 57
Heppenheim . „	—	7 8	10 8	2 8	6 8	9 8	9 14
Bensheim . „	—	7 17	10 17	2 17	6 17	9 17	9 30
Zwingenberg „	—	7 27	10 27	2 27	6 27	9 27	9 43
Bickenbach „	—	7 34	10 34	2 34	6 34	9 34	9 53
Eberstadt . „	—	7 48	10 48	2 48	6 48	9 48	10 13
Darmstadt . „	5 30	8 5	11 5	3 5	7 5	10 2	11 51
Arheilgen . „	5 50	8 15	11 15	3 15	7 15	—	12 4
Langen . „	5 52	8 26	11 27	3 27	7 27	10 22	12 25
Frankfurt . Ankunft	6 13	8 48	11 48	3 48	7 48	10 32	1 —

II. Fahrten in der Richtung von Frankfurt nach Heidelberg

Stationen.	Personen-Züge III Mrg.	V Nm.	VII Nm.	IX Abds.	X Abd.	Güter-Zug XI Bm.
	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.	U. M.
Frankfurt . . . Abgang	7 5	11 —	3 —	6 5	8 —	7 45
Langen . . . „	7 32	11 28	3 28	6 32	8 28	8 25
Arheilgen . . . „	7 46	11 42	3 42	6 46	8 42	8 45
Darmstadt . . . „	8 —	11 57	3 57	7 —	8 51	9 20
Eberstadt . . . „	8 11	12 8	4 8	7 11		9 35
Bickenbach . . . „	8 22	12 19	4 19	7 22	—	9 51
Zwingenberg . . . „	8 29	12 26	4 26	7 29	—	10 —
Bensheim . . . „	8 39	12 36	4 36	7 39	—	10 15
Heppenheim . . . „	8 48	12 45	4 45	7 48	—	10 30
Hemsbach . . . „	8 58	12 55	4 55	7 58	—	10 44
Weinheim . . . „	9 8	1 5	5 5	8 8	—	11 —
Großachsen . . . „	9 18	1 15	5 15	8 18	—	11 14
Ladenburg . . . „	9 29	1 27	5 27	8 29	—	11 35
Friedrichsfeld . . . „	9 38	1 36	5 36	8 38	—	11 51
Heidelberg . . . Ankunft	9 56	1 51	5 51	8 56	—	12 18

III. Fahrten von und nach Mannheim, im directen Anschlusse an obige Züge der Main-Neckar-Eisenbahn.

Mannheim . . Abgang	6 —	9 —	1 —	5 —	8 —	6 —	Friedrichsfeld . . Abgang	9 38	1 36	5 36	8 38	—	1 36
Friedrichsfeld . . Ankunft	6 16	9 16	1 16	5 16	8 16	6 15	Mannheim . . . Ankunft	9 53	1 51	5 51	9 53	—	1 51

* Die Fahrt XIII von Heidelberg und Mannheim nach Frankfurt findet nur an den Sonntagen statt.

** Die Frachtgüter, welche nicht als Eilgut aufgegeben sind, werden in der Richtung von Heidelberg resp. Mannheim nach Frankfurt **am Dienstag, Donnerstag und Samstag** und in der Richtung von Frankfurt nach Heidelberg resp. Mannheim **am Sonntag, Montag, Mittwoch und Freitag** befördert.

Mit den Güter-Zügen XI und XII werden zugleich Personen in III und IV Wagen-Klasse befördert.

Darmstadt, im April 1849.

Die Direction der Main-Neckar-Eisenbahn.

[1402] In der **B. Schmid'schen** Buchhandlung (J. C. Kremer) in Augsburg ist so eben erschienen und werde heute bereits versandt; zu haben in der Andreäischen Buchhandlung in Frankfurt a. M.:

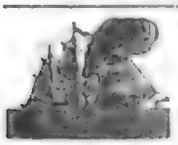
Die
Grundrechte und die Reichs-Verfassung
für Deutschland.
Beleuchtet von einem Bayer.
gr. 8. geh. 27 kr. ed. 8½ Ngr.

Wasserheilanstalt Mühlbad bei Boppard am Rhein.

Für die Badesaison des laufenden Jahres wird obgenannte Anstalt vom 1. März ab dem Publikum wieder geöffnet sein. Bei der fleißigen Frequenz, deren sie bisher sich zu erfreuen hatte, und die namentlich im verwichenen Jahre noch so bedeutend war, daß Mangel an Raum entstand und längere Zeit hindurch Gäste dislocirt werden mußten, bittet man diejenigen, welche sie zu besuchen die Absicht haben, mit ihren Anmeldungen nicht allzulange zu zögern, besonders dann, wenn sie auf schöne und bequeme Wohnungen reflectiren. — Näheres bei dem in der Anstalt wohnenden Arzte, Kreisphysikus Dr. Deusser. [756]

[1412] Nachstehende Coupons der **Vereinigten Staaten von Nordamerika** pr. 1. Juli 1849 à 30 Dollars sind seit abhanden gekommen, vor deren Ankauf gewarnt und von deren Vorkommen um Anzeige bei der Expedition dieses Blattes ersucht wird:

Nr. 3186, 3189, 3190, 3614, 3670, 3671, 2869.



Für Auswanderer.

„Die Hoffnung.“

Concessionirte deutsche Büreaux
für
Auswanderer nach Amerika
von **J. M. Bielefeld** in Mannheim.

London
bei Ullmann, Hirschhorn & Co.

New-York
bei Schulz und Bleidorn

Regelmäßige Fahrten gekupferter Dreimaßer erster Klasse, sogenannte Packetboote,
nach **New-York** und **New-Orleans.**

Bei Gründung dieser Linie habe ich zunächst mein Augenmerk darauf gerichtet, daß der Auswanderer auf der ganzen Reise nur mit Deutschen zu verkehren hat, deren Aufgabe es ist, sich mit aller Wärme seiner anzunehmen und ihn mit Rath und That zu unterstützen; auch bei seiner Ankunft in Amerika wird er von Deutschen empfangen, welche ihm jede Auskunft, seine Weiterreise und Ansiedelung betreffend unentgeltlich zu ertheilen haben.

Außer dem Schutze, den vorzugsweise die englische Gesetzgebung dem Auswanderer bietet, ist er auch in den Gesellschaften vor Uebervortheilung dadurch geschützt, daß er in Rotterdam sowohl, als in London während der ganzen Dauer seines Aufenthalts freie Beherbergung und Beköstigung in guten deutschen Gasthäusern findet, wodurch ihm gewiß die beste Bürgschaft für rasche Beförderung gegeben ist.

Die Preise sind auf das Billigste berechnet.

Zur näheren Erkundigung, so wie zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen, beliebe man sich an meine unterzeichneten General-Agenten oder deren Agenten zu wenden, bei denen Prospecte gratis abgegeben werden.

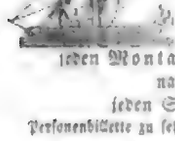
Mannheim, im März 1849.

J. M. Bielefeld.

Frankfurt a. M.	Herr Heinrich Klippel.	Mainz	Herr Heinrich Illi
Stuttgart	„ Friedr. G. Schulz sen.	Cöln	„ Vogel & Mack.
Straßburg	„ Louis Bielefeld.	Rotterdam	„ L. Mayer & Co.

Bielefeld Herr **J. M. Lembach.**

Zu Bezug auf Obiges bemerke ich noch, daß im Monat Mai 5 Boote und zwar am 3., 10., 17., 24. und 31. expedirt werden und empfehle ich mich zu jeder Auskunft und zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen
[1285] **Heinrich Klippel**, General-Agent in Frankfurt a. M.



Niederländische Dampfschiffe.

Abfahrt von Frankfurt mit dem ersten Eisenbahnzug vorläufig
jeden Montag, Dienstag, Donnerstag, Samstag (ohne umzuladen)
nach **Koblenz, Köln, Düsseldorf** und **Rotterdam,**
jeden Samstag vermittelst des „Battaviers“ nach **London.**

Personenbillette zu sehr ermäßigten Preisen: nach Köln Vorzahle 2 fl. 30 kr. Salen 5 fl.
„ Rotterdam „ 5 „ „ „ 10 „
und (mit der Eisenbahnkarte von Frankfurt) bis London „ 11 „ „ „ 20 „

Güter- und Geldsendungen werden aufs prompteste befördert.

Der Agent **E. L. Beyschlag,**
[1428] im Wolfs-Eck am Paradeplatz in Frankfurt

[1432] Ein geübterer junger Arzt, der schon einige Jahre mit Glück practicirt hat, wünscht aus verschiedenen Gründen seine jetzige Stellung mit dem Platze eines Reisegefährtschafters oder Führers junger Leute aus den höhern Ständen, denen er gleichzeitig Unterricht in verschiedenen Schulfächern zu ertheilen bereit ist, zu vertauschen. Hierauf Reflektirende wollen gefälligst portofreie Anfragen unter Adresse A. Z. an den Regierungsrath Lommer zu Altenburg in Sachsen richten.

10,000 französische Gewehre,
Modell 1842, sind zu verkaufen; schreibe franco an L. M. in Frankfurt a. M. [1439]

[1293] Mein durch die neuesten Pariser Modelle reiches Assortiment fertigter **Mantillen** befindet sich Liebfrauenberg Nr. 33.

C. Schleßinger.

[1215] Eine junge Deutsche, welche eine sorgfältige Erziehung so wie gründlichen Unterricht in ihrer Mutter-sprache und im Englischen und Französischen mit Nutzen genossen, auch in einem Erziehungsinstitute die für Kinder passende Unterrichtungs-Weise sich zu eigen gemacht hat, wünscht in den Ferien unterrichtet, wünscht eine Stelle als Bonne bei einer Familie, welche sie mit der einem Mädchen von 10 Jahren noch erforderlichen Sorgfalt anvertraut. Näheres in der Expedition dieses Blattes

---

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustsaft von **Georgé** in Epinal, welcher derselbe drei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist von angesehenen Aerzten und Apothekern Frankreichs, in allen Hospitälern Lothringens und hier von Allen in Frankfurt gebraucht, bei Herrn Conditor **Gobelli**, Neue Zeil, zu haben.

Commissionäre sind: Hr. Conditor H. C. Schirmer in Mainz. [1441]

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[1346] **Edictalladung.**

Ueber den Nachlaß des verstorbenen hiesigen Handelsmanns Johann Wilhelm Remy hat das unterzeichnete Gericht heute Gant erkannt.

Demnach werden alle, welche an diesen Nachlaß aus irgend einem Rechtsgrunde Forderungen zu machen haben, hiermit vorgeladen, solche in der auf

Montag den 25. Juni l. J., Vormittags 10 Uhr,

anberaumten Tagfahrt vor der angeordneten Gerichtscommission entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten hiesigen Anwalt klar zu stellen, auch hinsichtlich eines einzelnen Vorzugsrechtes zum Protocolle zu verhandeln, bei Vermeidung des Ausschlusses von der Masse.

Es wird keine weitere Ladung ergehen, sondern nur, nachdem die gegenwärtige zu den Acten gekommen ist, der Ausschluß der nicht aufgetretenen Gläubiger in öffentlichen hiesigen Blättern diktirt gemacht werden.

Frankfurt a. M., den 2. Mai 1849.

Stadt-Gericht I.
Schöff Dr. v. Schweitzer, Director
Dr. Dietz, Secr.

[1423] **Ladung.**

Der hiesige Bürger und Sattlermeister Matthäus Reutlinger, über dessen Vermögen heute Gant erkannt worden ist, wird hiermit aufgefordert, sich bei dem Stadtgerichte I. dahier zu stellen, bei Vermeidung, daß er sonst Fluchtverdächtig verfahren werden wird.

Frankfurt a. M., den 16. Mai 1849.

Stadt-Gericht I
Schöff Dr. v. Schweitzer, Director.
Dr. Dietz, Secr.

---

[1] **Edictalladung.**

Alle diejenigen, welche an die Verlassenschaften nachbenannter verstorbener Personen:

1) der hiesigen Bürgerswittwe Christine Euphrosine Arled, geb. Bock,
2) des Graveurs Joseph Lowenthal aus Hanau,
3) des hiesigen Linienfeldwebels Thomas Rauschkolb aus Eimsheim,
4) des hiesigen Linienfeldwebels Christian Wilhelm Lehmann aus Bockenheim,
5) des hiesigen Linienfeldwebels Heinrich Störkel aus Wehrheim,
6) des hiesigen Linienfeldwebels Jacob Sinn von hier gebürtig,

Erb- oder sonstige Ansprüche und Forderungen zu machen haben, werden hiermit aufgefordert, solche so gewiß in dem anmit auf

Montag den 11. Juni 1849, Vorm. 9 Uhr,

anberaumten Termine dahier anzuzeigen, als anfangs jene Nachlässe an die alsdann vorhandenen auswärtigen Erben ohne einiger Caution verabfolgt, resp. vergantet oder öffentlicher Versteigerung der vorgefundenen Mobiliar-Effecten, an welche sich mit Ausschluß der genannten Erben alle nicht angemeldeten Ansprüche verlieren werden, verhandelt, die einzelnen Nachlaßstücke aber dann bestimmt überwiesen werden sollen.

Aus Ried a. M., den 11. Mai 1849.

Stadt-Amt.
Deeland.
Dr. G. Jäger, Act

[1416] **Urtheil**

in Untersuchungssachen wider den beurlaubten Soldaten Edward Petsch aus Herrenalb, wegen Verbrechens der Desertion,

erkannt das Großherzoglich Oldenburgische Garnisonsgericht zu Birkenfeld, da der Angeschuldigte auf die Edictalladung vom 9. März d. J. nicht erschienen ist, dem verhandelten Acten nach für Recht:

daß der genannte Soldat Eduard Petsch aus Herrenalb des Verbrechens der Desertion aus dem Großherzoglich Oldenburgischen Militärdienst für überführt und schuldig zu erachten und deßhalb in eine Geldstrafe von zweihundert Thalern zu Gunsten der Invaliden-Kasse zu verurtheilen und für ihn ein Stellvertreter auf sechs Jahre aus seinem Vermögen zu stellen sei, und unter Verurtheilung desselben zu sämmtliche Kosten der Untersuchung.

Wie hiernit nach dem Militär-Strafgesetzbuche Art. 231, 234, 52 53 und 60 und dem bürgerlichen Strafgesetzbuche Art. 201 erkannt und die öffentliche Bekanntmachung dieses Erkenntnisses in Gemäßheit der Art. 237 und 244 des Militär-Strafgesetzbuches verfügt wird.

L. S. B.

Birkenfeld, den 12 Mai 1849.

Kig. Lehmann. Warnstedt
Seidemann

---

[308] **Edictalladung.**

Forderungen und Ansprüche jeder Art an das zur concursmäßig erkannte Vermögen des Christian Ziegenhain zu Solchtenwesen sind im Termine Donnerstag, 21. Juni l. J. Morgens 8 Uhr dahier anzuzeigen und zu begründen, gegenfalls ohne besonderes Ausschlußerkenntniß, Ausschluß von der Masse erfolgen wird.

Alterschiff, 7. März 1849.

Großh. Hess. Landgericht.
Weidig. Cestner.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nro. 122.) 24. Mai 1849

Deutsche Reichsversammlung.

226. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident Reh.

H **Frankfurt**, 24. Mai.

Einige Minuten vor 10½ Uhr ist das Haus noch sehr leer. In den Centren sitzen kaum ein Dutzend Abgeordnete, und diese gähnen meistens der Linken an. Die linke Seite hingegen ist stärker besetzt als in den letzten Tagen. Die früher abwesenden Abgeordneten der linken Seite sind meistens eingetroffen; unter ihnen bemerken wir den Abg. Peter aus Lenzkirch, welcher bei seinem Eintritte allgemein und laut begrüßt wird, und Abg. Damm, beide Mitglieder der provisorischen Regierung in Baden. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr und läßt eine Zählung durch Namensaufruf vornehmen. Es ergibt sich, daß 155 Abgeordnete anwesend, das Haus also vollzählig ist.

Das Reichsministerium des Innern erklärt in einer Zuschrift v. 23. d. M., daß ein von einer provisorischen Regierung der Pfalz an den Erzherzog Reichsverweser gerichtetes Schreiben, worin dieselbe ihre Constituirung anzeigt, von Seiten der Regierung der Centralgewalt keine Berücksichtigung finden könne. — Die Summe der neuerdings eingelaufenen Flottenbeiträge beläuft sich auf 2700 fl. (Bravo.) Dreiundvierzig neue Zustimmungsadressen sind bei dem Bureau eingereicht worden.

Abg. Schulz aus Weilburg fragt das Reichsministerium, ob es wahr sei, daß die preußische Regierung darauf angetragen habe, die Nationalversammlung mit Gewalt zu sprengen, den Erzherzog Reichsverweser zu veranlassen, sein Amt niederzulegen und es dem Könige von Preußen zu übertragen, daß die preußische Regierung mit Dänemark in Friedensunterhandlungen getreten ist, und daß ein Sonderbund zwischen Preußen, Sachsen und Hannover bestehe. — Der Vorsitzende meldet, daß der Herr Ministerpräsident diese Interpellation in der ersten Sitzung nach dem Feste beantworten werde. (Heiterkeit. Ruf: post festum! links.)

Der Vorsitzende verkündigt den Uebergang zur Tagesordnung. Erster Gegenstand derselben ist die Berathung des vom Abg. Eisenstuck eingebrachten dringlichen Antrags: die Abberufung der sächsischen Abgeordneten betreffend. Der Antrag des Abg. Eisenstuck, welcher dahin geht, die Nationalversammlung erklärt: daß die sächsischen Abgeordneten weder das Recht noch die Pflicht haben, dem Abberufungsdecrete der sächsischen Regierung Folge zu leisten, wird einstimmig als dringlich anerkannt und ohne Discussion angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des vom Abg. Umbscheiden eingebrachten dringlichen Antrags, eine Ansprache an das deutsche Volk betreffend. Der Antrag des Abg. Umbscheiden, der dahin geht, einen Aufruf an das deutsche Volk zu erlassen, worin demselben die jetzige Lage geschildert werde, und den Dreißigerausschuß mit dem Entwurfe des Aufrufs zu beauftragen, wird gleichfalls ohne Discussion angenommen.

Dem dritten Gegenstande der Tagesordnung, dem dringlichen Antrage des Abg. Nauwerck, die Nationalversammlung unter den Schutz der Stadt Frankfurt zu stellen, wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Der Antrag geht an den Ausschuß.

Einem Antrage des Abg. Schorn u. G., dahin gehend, die Versammlung möge sich auf unbestimmte Zeit vertagen und das Bureau mit der Einberufung der Stellvertreter der ausgetretenen Abgeordneten beauftragen, wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Der Antrag geht an den Ausschuß.

Abg. Rösler aus Oels u. A. stellen den dringlichen Antrag, das Präsidium möge die Aufhebung der Haft des Herrn Blöde aus Sachsen, Stellvertreters des heute ausgetretenen Abg. Hensel, verfügen. Abg. Biedermann erklärt sich gegen die Dringlichkeit dieses Antrags und bittet, ihn den Weg des Ausschusses gehen zu lassen. Abg. Rösler erklärt sich damit einverstanden; der Antrag geht an den Ausschuß.

Abg. Würth aus Sigmaringen stellt den dringlichen Antrag, die Nationalversammlung beschließe, die von dem Ministerium getroffenen Maßregeln und Verfügungen sind null und nichtig, seine Contrasignatur ist unwirksam. Der Antrag wird nicht als dringlich anerkannt und geht an den Ausschuß.

Abg. Nagel aus Balingen stellt den dringlichen Antrag, die Nationalversammlung beschließe, alle ohne Urlaub abwesenden Abgeordneten sind einzuberufen und haben binnen einer gewissen Frist einzutreffen. Der Antrag geht an den Geschäftsordnungsausschuß.

Abg. Simon von Trier trägt darauf an, daß über den Antrag des Abg. Golz heute noch einmal abgestimmt werde. Der Vorsitzende leistet diesem Antrag aus eigener Befugniß Folge. Der Antrag des Abg. Golz, welcher bekanntlich dahin geht, die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl von 150 auf 100 herabzusetzen, wird hierauf zur namentlichen Abstimmung gebracht. Das Ergebniß der Abstimmung ist, daß 115 für und 35 gegen stimmen. Der Antrag ist somit angenommen. (Großer Beifall links und auf den Galerien.)

Die Abgg. Schorn, Wydenbrugk u. A. reichen eine Erklärung ein, wodurch sie sich dagegen verwahren, an der Abstimmung über den Antrag des Abg. Umbscheiden Theil genommen zu haben.

In der heutigen Sitzung zeigten ihren Austritt an die Abgg. Mally, Deymann, Friedrich, Demel, Lammers, Braun, v. Vincke, Becker aus Gotha, Gevekoht, Bonardy, Widenmann, Bauer, Krafft, Sprengel, Stahl, Emmerling, Francke, Wurm, Künzel, Fallati, Zöllner, Herr v. Raumer, Tellkampf, v. Herzog, Wernher von Nierstein, Steindorff, Michelsen, Esmarch, Schromberg, Barth, Rümelin, Siemens. — Eingetreten ist der Abg. Jakobi. Der Stellvertreter des ausgetretenen Abg. Bonardy, Herr Schrötter, wird nächstens eintreffen. — Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 11½ Uhr und beraumt die nächste auf morgen, Freitag den 25. Mai an.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 24. Mai. Der beständige Courierwechsel mit Berlin, verbunden mit der kritischen Lage der deutschen Angelegenheiten, gibt zu den widersprechendsten Nachrichten Anlaß. Gestern unterhielt man sich davon, daß der Reichsverweser, nachdem er die Uebergabe seiner Befugnisse an Preußen abgelehnt, von dieser Seite aufgefordert worden sei, dieselben in die Hände der Bevollmächtigten der Regierungen zu legen. Damit wäre ein neuer Bundestag constituirt.

* **Frankfurt**, 24. Mai. Das in der k. Proclamation angekündigte Einverständniß Preußens mit den andern deutschen Königreichen über die Behandlung der deutschen Angelegenheiten scheint nicht zu bestehen, indem die dort ebenfalls vorhergesagte Maßregel der Abberufung der Abgeordneten zur verfassunggebenden Reichsversammlung bisher nur von Sachsen ergriffen ist, dagegen, wie zuverlässige Nachrichten aus Hannover und Bayern außer Zweifel setzen, von dort aus nicht einmal beabsichtigt wird.

Wien, 20. Mai. Der neue Feldzugsplan in Ungarn scheint noch immer nicht bis zu jenem Punkt gereift, von dem aus von allen Seiten combinirte Operationen beginnen und, wie wir hoffen, den unglückseligen Krieg mit einem Schlage beendigen werden. Die Bewegungen, welche am Ende der vorigen Woche gleichzeitig am rechten Donauufer und auf der Insel Schütt vorgenommen, scheinen mehr der Recognoscirung wegen stattgefunden zu haben, als in ernsthafter Absicht den Angriff zu beginnen. Wenigstens steht die Armee in diesem Augenblick wieder so ziemlich in ihren früheren Positionen, ohne übrigens durch eine überlegene Feindesmacht zum Rückzuge genöthigt worden zu sein. Vielmehr stellt sich durch diese Recognoscirung als sicher heraus, was man schon früher vermuthet hatte, daß unserer Donauarmee nur ein schwaches, ungefähr 30,000 Mann zählendes Corps gegenüber steht, während ein bei weitem größerer Theil der magyarischen Macht 70,000 bis 80,000 Mann unter Dembinski nach dem Norden und Nordwesten den durch Galizien einrückenden Russen gegenüber gerückt ist. Ich habe Ihnen bereits früher von dieser starken Macht, welche die Insurgenten an der galizischen Grenze ansammelten, Meldung gemacht, so wie von einem Treffen, das bei Jablunka stattgefunden. Das um Hradisch in Mähren concentrirte russische Corps von 25,000 Mann Stärke ist indeß bereits factisch mit unserer am linken Donau- und rechten Waagufer operirenden Armee vereinigt. Das linke Waagufer ist zwar noch immer in den Händen der Insurgenten, doch stehen sie daselbst in Folge der starken Abzüge nach dem Norden und der ausgedehnten Linie, welche sie, um die Verbindung zwischen ihrer obern Donau- und Karpathenarmee zu unterhalten, besetzt halten müssen, in so schwacher Anzahl, daß ich nicht zweifele, ein energischer Angriff würde den Uebergang über die Waag erzwingen, und die Verbindung zwischen diesen beiden Armeen unterbrechen. Warum dieser Angriff nicht jetzt, oder vielmehr bereits in der vergangenen Woche, wo die feindliche Besetzung des linken Waagufers noch schwächer war als in diesem Augenblicke, nicht unternommen wurde; warum nicht wenigstens der Versuch gemacht wurde, das als Stützpunkt für künftige Operationen strategisch wichtige Gebirge von Freistadtl (Galgacz) gegenüber der Festung Leopoldstadt zu nehmen; warum man vielmehr den Insurgenten Zeit läßt, Recrutirungen in großem Maßstabe vorzunehmen und fortwährend Verstärkungen aus den innern Gegenden an sich zu ziehen; das sind Fragen, die ich nicht zu beantworten weiß. — Wenn nicht Alles trügt, so wird noch im Laufe dieses Monats, vielleicht noch dieser Woche, der neue Feldzug eröffnet werden, und zwar gleichzeitig am rechten und linken Donauufer, sowie im Süden und Norden. — Gestern verbreitete sich hier abermals das Gerücht, Ofen sei genommen worden. Am 14. habe ein allgemeiner Angriff auf die Festung stattgefunden, der mit der Erstürmung derselben endete; Hentzi habe sich, da er Alles verloren sah, erschossen, oder wäre, nach einer anderen Version, erschossen worden. Es ist kein wahres Wort an diesem Gerüchte; vielmehr wurde Pest am 16. noch beschossen, und auf Ofen zwei wiederholte Angriffe gemacht, ohne jedoch bis zum Mittage jenes Tages die Festung zur Unterwerfung gebracht zu haben. Ueber die späteren Ereignisse fehlt es zur Stunde noch an Nachrichten. (D. Ref.)

= **Berlin**, 22. Mai. Unter den vielen neuen und überraschenden Nachrichten, die in der Stadt herumgetragen werden, setzt seit gestern eine sich immer mehr fest, die unsere letzten Hoffnungen auf einen erträglichen Ausgang der deutschen Einheitsfrage zerschlagen muß. Sie besteht in nichts Geringerem als dem Scheitern des mit so entschiedener Sicherheit dem Volk verkündeten auf ganz bestimmten Grundlagen in nächste Aussicht gestellten Verfassungsentwurfes der vier Königreiche und Oesterreichs. Prolesch von Osten, erfahren in allen Mitteln und Weisen, die auf die Person des Königs Einfluß zu üben, den Arglosen in Sicherheit zu wiegen, und durch ihn wieder das Ministerium zu sanguinischen Hoffnungen zu verleiten geeignet sind, soll plötzlich aufgehört haben, sich als „Theilnehmer" der Verhandlungen zu geriren. Nur Zuhörer und Zuschauer will er gewesen sein. Von österreichischer Zustimmung, heißt es, sei nicht mehr die Rede, und durch Oesterreich, sei es angeregt, sei es gestützt, habe auch Bayern sich zurückgezogen. Die Berliner Aussichten werden also auf ein nördliches Deutschland gerichtet, das dann den Süden bekriegen oder von ihm den Angriff gewärtigen mag. Ob diese Aussichten nicht an Abgründen enden? Man braucht kein Prophet zu sein, um an der Spree wie am Main zu wissen, was die Folge sein müsse, wenn die Fürsten sich nicht verständigen, und der Nation nichts zu bieten im Stande sind, was von derselben als die gesunde Frucht der großen Erhebung hingenommen werden kann. — Ueber den Fortgang der Verhöre Waldecks noch nichts Näheres. Seltsame Gerüchte wollen den steckbrieflich verfolgten Ohm als Waldecks Denuncianten in einen eigenthümlichen Zusammenhang mit der Behörde bringen. Man flüstert hierüber und über Anderes nur sehr unbestimmt aus Respect vor den Kriegsgerichten. Viele ängstliche Seelen vor den Thoren wollen sogar des Morgens so zwischen 3 und 4 Uhr einzelne Gewehrsalven gehört haben, welche, nach ihnen, wie sie sich nicht ausreden lassen, von heimlichen standrechtlichen Executionen herrühren. Gewiß ist indeß, daß die Zügel des Belagerungszustandes täglich straffer angezogen werden. In dem hinter dem zoologischen Garten belegenen Birkenwäldchen befindet sich ein Kaffeehaus, in dessen Gebiet in den letzten Wochen Ansätze zu Volksversammlungen vorgekommen sein sollen. Am letzten Sonntag las man da an allen Bäumen eine siebentliche Bitte des Wirths an seine Gäste, nicht nur Aufzüge, sondern auch Gesänge und politische Reden zu unterlassen, weil in allen diesen Fällen sein Local mit sofortiger Schließung bedroht sei. Von einzelnen kriegsgerichtlichen Verhandlungen hört man indeß noch nichts. Unter Juristen wird oft die Frage aufgeworfen, ob, wenn ein solches Gericht zum Tode verurtheile, nicht künftig mit dem Eintritt geordneterer Zustände bei der sehr zweifelhaften Rechtsbeständigkeit des Gesetzes vom 10. Mai die an dem Urtheil theilnehmenden Richter wegen prämeditirten Mordes könnten zur Untersuchung gezogen werden. — Die „Nationalzeitung" macht die größten Anstrengungen, ihr Wiedererscheinen zu bewirken, und die heutigen Zeitungen enthalten eine Erklärung, daß sie begründete Hoffnung dazu habe. Der Redacteur, Dr. Jabel, hat über das Verbot eine 2 Stunden lange Unterredung mit Hrn. v. Manteuffel gehabt. In derselben stellte sich heraus, daß nicht, wie angenommen war, ein etwas scharfer Artikel in der deutschen Sache, sondern ein in der vorletzten Nummer befindlicher, überaus ruhig und man möchte sagen fast lediglich rechtswissenschaftlich gehaltener Artikel über den Belagerungszustand die unmittelbare Veranlassung zu dem Verbot der Zeitung gegeben hat. „Ueber den Belagerungszustand dürfe gar nichts gesagt werden", so wurde eröffnet. — Daß Preußen rüstet und die Hand am Schwerte hat, ist genugsam bekannt, ich füge nur hinzu, daß nach circulirenden Angaben eine Operationsarmee von 16 Regimentern für die badisch-pfälzische Bewegung, also eine Truppenmasse von ungefähr 50,000 Mann, soll in Bereitschaft gehalten werden. Bei dem heute bekannt gewordenen Austritt Gagerns überrascht nur die Zahl, die geringe Zahl der Mitausgetretenen. — Nachdem die „Deutsche Reform" durch den Wechsel der Eigenthümer und Redacteure viel verloren hat, ist die „Constitutionelle" immer mehr gestiegen und dürfte bald den ersten Platz einnehmen. Uebrigens ist der Redacteur der „Deutschen Reform" keineswegs, wie angenommen wird, vom Ministerium abhängig. Er hat zwar manche von da ihm zugegangene Artikel aufgenommen, aber auch andere zurückgewiesen.

2 **Berlin**, 22. Mai. Aus guter Quelle erfahren wir, daß gestern eine telegraphische Depesche hier eingegangen ist, welche meldet, daß der Kaiser von Oesterreich in Warschau eingetroffen ist, um mit dem Kaiser von Rußland persönlich weitere Verabredungen zu treffen, die sich wohl namentlich auf die Kriegsführung in Ungarn beziehen dürften. Zugleich soll der Besuch den Zweck des persönlichen Näbertretens der beiden Kaiser haben. — Eine von Seite Rußlands hier überreichte Note macht in denjenigen hiesigen Kreisen, in welchen sie bis jetzt bekannt geworden ist, einen großen Eindruck. Das Verrücken der deutschen Truppen in Jütland ist Gegenstand dieser Note. Es wird in derselben ausgesprochen, daß Rußland sich verpflichtet fühle, Dänemark in Bezug auf Jütland zu schützen. Der Kaiser habe bis jetzt den Grundsatz der Nichtdazwischenkunft in dem neu begonnenen dänisch-deutschen Kriege festgehalten, indessen sei die fernere Aufrechthaltung dieses Grundsatzes

Mr. Hall, Mr. Hall, Mr. Hall,

№ 123. — Freitag — den 25. Mai — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Gebiete von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bayern fl. 2. 30 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Für England und überseeische Länder: Loysel u. Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmied in Wien, Lentstraße Nr. 388; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 38a.; 3) Postcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Vor Fridericia, 18. Mai. Vorgestern Morgen, den 16. Mai, Morgens 3 Uhr, warfen wir aus unserer wohlangelegten Mörserbatterie die erste Bombe in Fridericia hinein. Dieselbe brachte Allarm in der Stadt hervor, das Militär kam in Bewegung und an den Geschützen auf den Wällen erschien Bedienungsmannschaft. In dem langsamen Tempo von 5 Minuten zu 5 Minuten ließ der Oberst Richter Bombe auf Bombe folgen. Der zweite Wurf setzte die Sturmglocke in Bewegung; ein Haus war in Brand gerathen, wurde aber durch die anscheinend sehr kräftigen Anstrengungen bald wieder gelöscht. Nachdem um 9 Uhr Morgens ein Parlamentär erschienen, wurde das Feuern bis 4 Uhr Nachmittags eingestellt, mit dem Schlage 4 aber wieder eröffnet. Bei der Langsamkeit unseres Feuers wurden die etwa gezündeten Gegenstände stets wieder gelöscht, doch hörten wir Häuser krachen. Von 7 Uhr Abends bis 3 Uhr des folgenden Morgens war wieder Pause. Am gestrigen Morgen um 3 Uhr begann unser 168-Pfünder wieder zu spielen, aber in etwas rascherem Tempo. In kurzer Zeit war die Stadt an 3 Punkten in Brand geschossen. Die Feuersbrunst nahm dergestalt überhand, daß man von außen kaum Richtpunkte mehr finden konnte, außer einem hohen Schornstein, der zu einer Spriritfabrik gehört. In das dazu gehörige Gebäude schlugen 2 Bomben ein, wollten aber nicht zünden, so daß wir es für leer halten mußten. Gegen Mittag erschien plötzlich der Befehl, ein langsames Feuer zu unterhalten, welches die Folge hatte, daß wir das Feuer an den verschiedenen Stellen der Stadt nach und nach immer kleiner werden und zuletzt fast verschwinden sahen. Heute Morgen mit dem Schlage 3 Uhr begannen wir das Bombardement von Neuem. Der erste Schuß wurde in das Fabrikgebäude mit dem hohen Schornstein gerichtet und setzte dasselbe augenblicklich in Flammen. Bombe auf Bombe sandten wir seitdem hinein. Jetzt ist die Uhr 6 und es ist unmöglich, einen Punkt im südlichen Theile der Stadt zu entdecken, der nicht brannte. Immer erscheint aber noch kein Parlamentär und die Dänen scheinen die Festung halten zu wollen. Um so wunderbarer ist es, daß sie unser Feuer fast gar nicht erwidern, oft Stunden lang keinen Schuß auf uns richten, während kein Stabsoffizier und kein Munitionswagen nah oder fern sich blicken lassen darf, ohne von einem 80-Pfünder begrüßt zu werden. Es läßt sich für den Augenblick nicht bestimmen, welchen Verlauf die Belagerung nehmen wird. So viel aber ist einzusehen, daß wir mit Sturm nur einen Schutthaufen nehmen werden, wenn nicht die Uebergabe bald erfolgt. Bürger scheinen in der Stadt nicht viele mehr vorhanden. Dampfschiffe unterhalten eine ununterbrochene Verbindung mit Fühnen, die wir nicht stören können. In wenigen Tagen wird sich das Schicksal Fridericia's entscheiden müssen. (H. C.)

JW Vor Fridericia, 18. Mai. Die Beschießung von Fridericia wird von unserer Seite sehr lebhaft fortgesetzt, und zwar mit so glücklichem Erfolg, daß an mehreren Stellen der Stadt schon Feuer ausgebrochen ist. Lange wird Fridericia dies Bombardement nicht aushalten können, und es dürfte nur kurze Zeit dauern, bis es unsern Truppen die Thore öffnet. Auch sonst haben in ganz Jütland unsere Waffen den glücklichsten Erfolg. Die preußischen Truppen sind theilweise schon über Aarhuus hinaus. Bayern, Sachsen, Hannoveraner, Kurhessen, Detmolder folgen ihnen, um die wichtigen Städte Horsens und Veile mit Besatzung zu belegen. Das Corps des Generals Rye zieht sich, nachdem es die Preußen einigemal so tüchtig zurückgeworfen haben, eiligst immer weiter nach dem Norden hinauf, um dort den Versuch zu machen, sich irgend wo einschiffen zu können. So ist der Besitz von Jütland uns jetzt schon gesichert und der dänische Uebermuth auf das Empfindlichste bestraft. Uebrigens haben die Schleswig-Holsteiner in den letzten Tagen 400 Mann von ihrer Reserve bekommen, um ihre allmalig erlittenen Verluste wieder ausfüllen zu können. Auch die Preußen und Hannoveraner haben in den letzten Tagen Verstärkungen erhalten.

Horsens, 15. Mai, Mittags. Die Preußen haben diese Stadt mit dem 12. und 15. Linienregimente, dem 1. Bataillon des 17. Landwehrregiments, dem 8. Husarenregimente und einer 12pfündigen Batterie, in Summa 7000 Mann, besetzt. Die Bürger sind gut mit ihren Feinden zufrieden: Handel und Gewerbe gehen ungehindert fort. Heute Morgen sind aus der Stadt Horsens 500 Schanzarbeiter requirirt, um die von den Dänen angelegten Schanzen eine Viertelstunde vor der Stadt zu demoliren.

Kopenhagen, 19. Mai. Vom Kriegsschauplatze gehen die „amtlichen Mittheilungen des Kriegsministeriums" bis zum 16. Abends: „Der Feind hat am 16. Morgens 3 Uhr begonnen, Fridericia theils mit 24pfündigen Granaten, theils mit 84- und 168pfündigen Bomben zu bewerfen. Das Bombardement ward, mit geringen Zwischenräumen, den ganzen Tag fortgesetzt. Einzelne Gebäude geriethen in Brand, allein das Feuer ward sogleich gelöscht. Generalmajor Rye's Corps stand am 16. Abends noch bei Skanderborg. Im Sunderwitt ist nichts vorgefallen." — Die Insel Alsen ist unterm 12. d. M. in Belagerungszustand erklärt worden. — Kammerherr Rhedz ist hier angekommen und die Berlingsche Zeitung meint, daß er möglicher Weise nach Berlin in diplomatischen Angelegenheiten bestimmt sei. — Die Reichsversammlung hat die vorläufige Behandlung des Grundgesetzes geschlossen und vorläufig die 30 ersten Paragraphen des Wahlgesetzes durchgenommen.

20. Mai. Nach dem neuesten Armeebulletin wurde auch am 17. das Bombardement von Fridericia fast ununterbrochen fortgesetzt. Einige Gebäude waren abgebrannt und beschädigt. Der ganze Verlust der Besatzung am 16. und 17. hatte aus 2 Todten und 24 Verwundeten bestanden, unter letzteren war der Ingenieurcapitän v. Ernst. Von General Rye war kein Bericht eingelaufen. Nach Privatbriefen meldet „Fädrelandet" das Einrücken einer starken Division Reichstruppen ins westliche Jütland über Ripen nach Varde.

Deutschland.

H Frankfurt, 24. Mai. Die Abg. Wiedenmann, Bauer, Kraft, Sprengel, Stahl, Emmerling, Francke, Wurm, Jüngel, Fallati, Zeltner, Hans v. Raumer, v. Jezzo, Werther von Nierstein, Steindorff, Michelsen, Esmarch, Schierenberg, Barth, Rümelin, Siemens, reichten folgende Austrittserklärung ein: „Als die 65 Abgeordneten, deren Austritt in der Sitzung vom 21. d. M. verkündet worden ist, es aus den in ihrer Erklärung niedergelegten Gründen als ihre unabweisbare Pflicht erkannten, auf ihre weitere Thätigkeit in der Nationalversammlung zu verzichten, konnten wir Unterzeichneten, die wir mit ihnen zu derjenigen Mehrheit gehörten, aus deren Händen die Reichsverfassung, einschließlich der Grundrechte, hervorging, nur dadurch abgehalten werden, diesen letzten entscheidenden Schritt gemeinsam mit ihnen zu thun, daß wir den Augenblick noch nicht für gekommen erachteten, in welchem wir die Hoffnung irgend eines gedeihlichen Erfolgs der ferneren Wirksamkeit dieser Versammlung völlig aufgeben müßten. Wir glaubten nach dem Austritt jener Männer durch einen Antrag auf Vertagung der Versammlung wenigstens das letzte Mittel aufbieten zu müssen, um gefährlichen Beschlüssen vorzubeugen, die Ergänzung der Versammlung zu ermöglichen, und dadurch sowohl eine wahrhafte Vertretung der Nation gegenüber der Centralgewalt als die Möglichkeit eines heilsamen Wirkens unter veränderten Verhältnissen zu bewahren. Die Mehrheit der noch zurückgebliebenen Versammlung hat nicht nur die Dringlichkeit dieses Antrags verworfen, sondern durch einen entgegengesetzten Antrag, die Zahl der beschlußfähigen Mitglieder noch weiter herabzusetzen, die Absicht an den Tag gelegt, mit einem kleinen Rest von Abgeordneten, der weder die politischen Richtungen, noch die Stämme und Interessen des ganzen Vaterlandes vertritt, eine Thätigkeit der Versammlung fortzusetzen, die wir in keiner Weise als eine der Einheit und Freiheit Deutschlands heilbringende erkennen, als deren Folge wir vielmehr den Bürgerkrieg und die Spaltung Deutschlands befürchten müssen. Wir haben in der letzten Sitzung, um einen nach unserer Ueberzeugung gefährlichen und verderblichen Beschluß zu verhindern, von einem äußersten Mittel parlamentarischen Kampfes Gebrauch gemacht, indem mehrere von uns durch ihre Entfernung aus dem Hause die Versammlung beschlußunfähig machten. Da es aber unseren Grundsätzen und Gefühlen widerstrebt, dieses Mittel wiederholt und systematisch anzuwenden; da wir überhaupt in der so zusammengeschmolzenen und so zusammengesetzten Versammlung keine Möglichkeit einer weiteren dem Vaterlande nützlichen Wirksamkeit erblicken, so sehen wir uns nunmehr gedrungen, unser Mandat als Abgeordnete zur deutschen Nationalversammlung niederzulegen. Frankfurt, 24. Mai 1849."

Die Abgeordneten aus Schleswig-Holstein, Francke, Michelsen, Steindorff und Esmarch, motivirten ihren Austritt noch durch folgende besondere Erklärung: „Die Unterzeichneten, welche ihren Austritt aus der deutschen Nationalversammlung in Verbindung mit mehreren ihrer politischen Gesinnungsgenossen heute erklärt und unterzeichnet haben, fühlen sich verpflichtet, gleichzeitig Folgendes in dem Protocoll der Nationalversammlung niederzulegen. Den Herzogthümern Schleswig-Holstein angehörend, in welchen ein tapferes deutsches Heer durch glänzende Siege für das Recht gegenwärtig noch deutsche Einheit und Kraft thatsächlich zur Erscheinung bringt, wahren die aus dem Herzogthum Schleswig in die Nationalversammlung gewählten Unterzeichneten diesem Herzogthume und zugleich dem enge demselben verbundenen Herzogthum Holstein, alle in dem Abschnitt I Art. 1 § 1, dem Abschnitt IV Art. 2 § 57 der Reichsverfassung vom 28. März 1849 und in der Reichswahlmatrikel vom 27. März 1849 vorbehaltenen Rechte, so wie jedem künftigen deutschen Parlamente die in dem erwähnten Abschnitt I Art. 1 § 1 der Reichsverfassung begründete Befugniß und Verpflichtung, über den Frieden zwischen Deutschland und Dänemark endgiltig zu beschließen. Frankfurt, 24. Mai 1849."

***** Frankfurt,** 24. Mai. Die heute ausgegebene Nr. 62 des Amtsblatts der freien Stadt Frankfurt enthält die Disciplinarstrafordnung für das deutsche Reichsheer, vom 22. April 1849.

† Wien, 21. Mai. Trotz wiederholter Versicherungen vom Gegentheile wird die Einnahme Ofen's noch immer in Zweifel gestellt. — Aus glaubwürdiger Quelle erfährt man aus Ungarn, daß der polnische General Dembinski mit einem auserlesenen Armeecorps (man sagt zwanzigtausend Mann, größtentheils Husaren) nach Galizien eindringen wollte. Die Armee folgte ihm mit dem größten Eifer bis zur Grenze. Als die Avantgarde, mehrere 1000 Mann stark, diese so erreichte, machte sie Halt. Dembinski commandirte Vorwärts, aber die Truppen erklärten einmüthig, nicht aus Ungarn gehen zu wollen, und als er ihnen drohte, sie decimiren zu lassen, wenn das Gros der Armee nachgekommen, erwiederten sie, daß die ganze Armee damit einverstanden sei. Er mußte daher den beabsichtigten Einfall in Galizien aufgeben. — Nach anderen Nachrichten sei Dembinski geschlagen worden. — Man sagt, die k. k. Truppen wären bis Raab vorgerückt. Auch erwartet man, daß die k. k. Gesammtarmee in einigen Tagen die Offensive ergreifen werde. — In den Militärspitälern Preßburgs grassiren Typhus und Cholera. — Die Preßburg-Tyrnauer Eisenbahn für den ist Privatverkehr gesperrt.

Die „Wiener Zeitung" schreibt: Der Aufenthalt Sr. Maj. des Kaisers von Rußland in Warschau hat unserem allergnädigsten Monarchen eine erwünschte Veranlassung dargeboten, um den treuen Bundesgenossen und bewährten Freund des kaiserlichen Hauses mit einem Besuche zu überraschen. In der Begleitung Sr. Majestät befindet sich, außer dem Generaladjutanten, auch der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg. — Der Minister des Innern Graf v. Stadion hat mit Rücksicht auf seine geschwächte Gesundheit Se. Maj. den Kaiser um die gänzliche Enthebung von seinem hohen Posten gegeben.

§ Aachen, 22. Mai. Gestern Abend wurde abermals ein Waggon mit Munition im Herbesthal angehalten. Es heißt, daß bereits eine zweite Schiffsladung in Ostende eingetroffen sei. Die Bestellung soll in London angeblich für die deutsche Flotte gemacht worden sein. Die Behörden beobachten jedoch die äußersten Vorsichtsmaßregeln und entwickeln eine große Thätigkeit. Das (wie gestern erwähnt) durch den Volksverein verbreitete Gerücht, als ob die Proclamation zur Verhängung des Belagerungszustandes bereits gedruckt sei, wird heute amtlich wiederlegt. Die heutige Zeitung bringt auch einen im Styl der königl. Proclamation abgefaßten Erlaß der hiesigen Regierung, in welcher die Landwehrleute vor ungesetzlichen Zusammenkünften zur Berathung militärischer Zwecke verwarnt und aufgefordert werden, ihrer Pflicht nachzukommen. Man hält denselben hier, abgesehen von seiner für den gemeinen Mann etwas unverständlichen Fassung, für ziemlich überflüssig, da von sämmtlichen einberufenen Landwehrleuten des ganzen Bezirks bloß 3 oder 4 ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind. — Auch habe ich von einer kleinen Reiberei mit dem Militär zu berichten. Soldaten des hier stationirten 27. Regiments geriethen gestern während des Kirmeßfestes in einem nahgelegenen Oertchen in Händel mit den Bauern, und machten von ihren Seitengewehren Gebrauch. Ein Schullehrer wurde ernstlich verwundet. Das Ganze war jedoch rein unpolitischer Natur.

ϑ Düsseldorf, 22. Mai. Die traurigen Ereignisse, deren Schauplatz unsere Stadt in der Nacht vom 9. gewesen, geben Veranlassung zu einer strengen Untersuchung, die die ganze Thätigkeit unseres Untersuchungsamtes in Anspruch nimmt. Es haben bereits viele Verhaftungen stattgefunden, auch werden mehrere compromittirte Personen, die achtbaren Ständen angehören, steckbrieflich verfolgt. Bei einer großen Anzahl hiesiger Bürger wurden in diesen Tagen strenge Haussuchungen nach verborgenen Waffen und Munition vorgenommen; jedoch haben sie zu keinem Resultate geführt. Aus Elberfeld und Solingen werden gleichfalls täglich Gefangene hier eingebracht, die theils in der Kaserne, theils im Civilarresthaus eingekerkert werden; ebenso sitzen Verhaftete aus Neuß und Crefeld hier. Die aus dem zu Gräfrath erstürmten Zeughause entwendeten Waffen und Kleidungsstücke kommen auf Wagen hier an. Die Rüstungen werden noch immer fortgesetzt; so erhielt vorgestern das Düsseldorfer Gardelandwehrbataillon Einberufungsordre und soll dasselbe schon am 1. Juni marschfertig sein. Auch ist dem hiesigen Kreise aufgegeben, 115 Pferde zur Mobilmachung der Landwehr-

cavallerie auf den ersten Befehl in Bereitschaft zu halten. Ebenso sieht man der Einberufung des gesammten ersten Aufgebots der Provinziallandwehr in der ganzen Provinz täglich entgegen.

⁂ **Siegen**, 19. Mai. (Eingesandt.*) In einem Artikel in der Extrabeilage zu Nr. 116 der Frankfurter Oberpostamtszeitung wird gesagt, daß bei einer am 13. d. M. in der Stadt der hiesigen Stadt abgehaltenen Volksversammlung [illegible] bis [illegible] Menschen anwesend waren, und daß diese eine an die Reichsversammlung gerichtete Adresse einstimmig angenommen. Nach der gleichmäßigen Schätzung der achtbarsten Augenzeugen waren aber noch nicht 2000 Menschen anwesend, und von diesen bestand weit mehr als die Hälfte aus Knaben, Mädchen und anderen, an den Verhandlungen nicht direct theilnehmenden Neugierigen. Als die Adresse vollzogen werden sollte, entfernten sich die Meisten, und es wird glaubhaft versichert, daß man kaum einige hundert Unterschriften zu erlangen vermochte, obwohl man es nicht versäumte, auch Kinder ihre Namen beifügen zu lassen. Aus den höheren Ständen und dem hier so achtbaren Mittelstande betheiligte sich fast Niemand. Wie es mit der Stimmung im hiesigen Kreise, dessen kräftige Bewohner bei echt deutscher Gesinnung ihrem Könige mit großer Anhänglichkeit zugethan sind, aussieht, mag der Umstand beweisen, daß bei dem Auseinandergehen der Versammlung das bekannte Preußenlied gesungen wurde. Auch folgte die einberufene Landwehr willig und freudig ihrer Bestimmung. Das geeignete Siegerland war, wie der Berichterstatter richtig bemerkt, strenge preußisch; es ist es noch und wird es bleiben, gleichzeitig aber auch seine Gesinnungen und Pflichten gegen das gesammte deutsche Vaterland in constitutioneller Weise zu bethätigen wissen, unbeirrt durch die verwerflichen Bemühungen einiger wenigen Demagogen, die, schon früher gänzlich isolirt stehend, durch ihr jetziges öffentliches Auftreten die Zustimmung und Achtung ihrer Mitbürger nimmer wieder gewinnen werden.

⊔ **München**, 22. Mai. So eben wurde Folgendes an den Straßenecken angeheftet:

Bekanntmachung. Die politische Bewegung in der Pfalz ist nunmehr in eine über den ganzen Kreis ausgedehnte Empörung übergegangen. Der in Kaiserslautern gebildete Landesvertheidigungsausschuß, schon in seiner Entstehung gesetzwidrig, hat von den Beamten wie von Gehorsam geschworen, eine bewaffnete Macht gebildet und Waffen zu einer Vertheidigung der Pfalz angeschrieben. Die Waffen sind vollzogen worden. Die am 17. d. M. versammelten Abgeordneten der Kantone haben eine prov. Regierung eingesetzt und hiedurch das letzte Band der gesetzlichen Ordnung vernichtet. Die rechtlich gesinnten Einwohner der Pfalz empfinden bereits die verderblichen Folgen dieses Zustandes. Ueberläufer von k. b. Truppen, welche von allen Seiten verderbenbringend, um die Aufhebung des Landesfriedens für ihre Zwecke auszubeuten, entbehrt die Pfalz den Rechtsschutz für Personen und Eigenthum, und ihre Lage wird von Tag zu Tag unglücklicher, weil sich bereits jene Klasse fremder Abenteurer eingefunden hat, welche bei jeder politischen Bewegung in irgend einem europäischen Staate die Fahne des Aufruhrs voranzutragen gewohnt ist. Angesichts dieser Thatsachen erklärt die Staatsregierung: 1) die Rheinpfalz wird als eine im Zustande des Aufruhrs befindliche Provinz betrachtet; 2) die Errichtung der provisorischen Regierung ist ein Act des Hochverrathes; 2) alle Verfügungen der sog. prov. Regierung, sowie alle Beschlüsse der Cantonalvertretung sind nichtig; alle Steuerentrichtung an die provisorische Regierung oder deren Organe sind ungiltig; 4) die Gemeinden der Pfalz werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie nach dem Gesetze für allen durch den Aufruhr verursachten Schaden ersatzpflichtig sind. Indem die Staatsregierung dieses zur öffentlichen Kenntniß bringt, vertraut sie zu den Einwohnern der Landestheile diesseits des Rheines, daß sie im Hinblick auf die Lage der Pfalz jenen verbrecherischen Einflüsterungen, welche unter dem vorgezeigten Scheine einer Begeisterung für die Reichsverfassung ähnliches Verderben auch über die andern Provinzen des Königreichs bringen möchten, kein Gehör geben, sondern an dem Gesetze unerschütterlich festhalten werden. — In der Pfalz hat das Verbrechen für den Augenblick gesiegt, allein das Gericht wird über das Verbrechen liegen und die rechtliche Ordnung wieder hergestellt werden. München, den 22. Mai 1849. Königl. Gesammtstaatsministerium. v. Lesure. v. Kleinschrod. Dr. Abegg. v. Förster. Dr. Ringelmann. v. d. Pfordten.

□ **München**, 21. Mai. Die traurigen Parlamentenachrichten aus Frankfurt wirken hier niederschlagend und erbitternd zu gleicher Zeit. In wenigen Tagen erwartet man, die letzten bayerischen Mitglieder, welche noch in der Paulskirche ausharren, ebenfalls dieselbe verlassen zu sehen. Man weiß unter all' diesen obwaltenden Verhältnissen dahier bei uns nicht, ob man rechts oder links blicken, oder die Augen fest zuschließen soll, um gar nichts mehr zu sehen. Die Kammer wird nicht aufgelöst werden. Die Regierung hofft, der pfälzischen Abgeordneten zum Trotze, oder allenfalls auch ohne dieselben, werde sich in der Kammer zuletzt noch eine Majorität für das Ministerium ergeben. Die Gründe liegen nahe genug. Seit sich in der Pfalz eine provisorische Regierung gebildet hat, sehen sich die pfälzischen Abgeordneten in eine eigenthümliche Lage versetzt. Die Regierung kann dieselben nicht füglich heimschicken, weil sie in ihnen das letzte Unterpfand der abgefallenen Provinz in Händen hat; aber sie selbst können zuletzt nicht mehr bleiben wollen. Oder sollten die Pfälzer zugleich, wie es geschehen ist, für ihre Republik Centralabgeordnete wählen, und zugleich, wie es ihnen will, die früher gewählten Abgeordneten zum Landtage beibehalten können? Gestern Abend erschien eine Bekanntmachung des Gesammtministeriums, aus welcher wir folgende vier Hauptsätze hervorheben wollen. „Angesichts der Thatsachen erklärt die Staatsregierung: 1) die Rheinpfalz wird als eine im Zustande des Aufruhrs befindliche Provinz betrachtet; 2) die Errichtung der provisorischen Regierung ist ein Akt des Hochverraths; 3) alle Verfügungen der sogenannten provisorischen Regierung, sowie alle Beschlüsse der Kantonalvertretung sind nichtig, alle Steuerentrichtungen an die provisorische Regierung oder deren Organe sind ungiltig; 4) die Gemeinden der Pfalz werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie nach dem Gesetze für allen durch den Aufruhr verursachten Schaden ersatzpflichtig sind." Ueber die Mittel, welche die Regierung anzuwenden will, um die Pfalz zur Ordnung zurückzuführen, verlautet inzwischen nichts; aber in beiden Kammern werden heute ersatzfällige Interpellationen stattfinden. Die Kammer der Reichsräthe wird heute voraussichtlich der Regierung einen treuen und willkommenen Dienst thun und namentlich der v. d. Pfordten'schen Politik eine starke Stütze liefern. Sie ist daran, die deutsche Verfassungsfrage zu discutiren und der Referent über die ministeriellen Vorlagen, Reichsrath (Oberregierungspräsident) Arnold hat den Antrag gestellt, „es möge der hohen Kammer gefallen, der königlichen Staatsregierung zu eröffnen, die Kammer der Reichsräthe stimme den von dem königlichen Gesammtministerium unter dem 17. l. M. über die Grundsätze der Staatsverwaltung und unter dem 18. über die Reichsverfassung kundgegebenen Aeußerungen im Allgemeinen bei, vertraue, daß die königliche Staatsregierung auf schleunige Vereinbarung der Reichsverfassung ohne Zaudern hinwirke und dabei, festhaltend an dem Principe der Einigung und Festigung Deutschlands, die Integrität und Rechte des bayerischen Staats, sowie die Rechte der bayerischen Staatsgenossen möglichst wahre, erwarte übrigens die baldige Vorlage der angekündigten Gesetzentwürfe zur verfassungsmäßigen Berathung. Wird dieser Antrag sich von der Reichsrathskammer angeeignet, und es geschieht dies gewiß mit größter Majorität, — dann halten wir nichts für so wahrscheinlich, als daß wir rebus sic stantibus ut stant auch die Abgeordnetenkammer noch einmal auf den Anfang zurückkommen sehen.

□* **Bad Kissingen**, 22. Mai. Während der fast überall in Deutschland herrschenden Aufregung erfreut sich das Thal der fränkischen Saale, besonders der hiesige Kurort, der gemüthlichsten Ruhe. Unter den zahlreich eingetroffenen Badegästen bemerkt man mit Vergnügen den beliebten Volksrichter Dr. Berthold Auerbach. Auch die Königin von Württemberg, nebst zwei Prinzessinnen, ist vor einigen Tagen hier angekommen, um ihre leidende Gesundheit durch den Gebrauch der hiesigen Heilquellen wieder herzustellen.

Dresden, 21. Mai. In Folge der Enthüllungen, welche der Obercommandant des Aufstandes, Heinze, gemacht hat, ist bekanntlich am 16. Mai der Obertribunalrath Waldeck in Berlin verhaftet worden. Man erzählt darüber folgendes Nähere: Der Criminalcommissarius trat zu ihm in das Arbeitszimmer mit der Aufforderung, gewisse Papiere auszuliefern. Waldeck erklärte, solche nicht zu besitzen. Man rückte hierauf das Sopha von der Wand, öffnete ein verborgenes Wandschränkchen dahinter und bemächtigte sich der darin enthaltenen Papiere. Als Waldeck im Gefängnißlocal angelangt war, soll er ohnmächtig zusammengesunken sein. Die „Neue Preuß. Zeitung" will wissen, daß der hier verhaftete Bakunin folgende wichtige Papiere besitze: 1) das Original des Schlacht- und Brandplans für Berlin zum 12. November 1848; 2) das Original eines Planes zum allgemeinen blutigen Aufstande für die polnische Sache (im December 1848 unter Mieroslawski's Mitwirkung in Breslau entworfen); 3) sämmtliche Papiere über den Aufstand in Erfurt; 4) einen Originalbrief Waldeck's an das Mitglied der provisorischen Regierung Todt und 5) wichtige Papiere über die polnischen Verbindungen. Wir wissen hier nur so viel, daß allerdings wichtige Papiere bei Bakunin gefunden worden sind. Die Untersuchung ist übrigens nicht einer Untersuchungscommission, sondern dem Neustädter Stadtgericht übertragen. Wohl aber hat letzteres zur Leitung und Vernahme der nöthigen Erörterungen Drei seines Mittels, nämlich den Stadtrichter Jäger und die Stadtgerichtsräthe Flemming und Mannfeld, deputirt. Die Untersuchung soll nach dem gewöhnlichen Verfahren stattfinden, also nicht von den Geschwornengerichten beurtheilt werden. (Dresdn. Z.)

⁂ **Hannover**, 22. Mai. Am Sonntag Abend wurden plötzlich zwei Compagnien Bürgerwehr unter das Gewehr gerufen, Truppen zogen hin und her, man sprach von Aufstellen der Kanonen, reitende Artillerie galoppirte und Niemand wußte weßhalb? Endlich erfuhr man, daß Hannibal vor den Thoren erschienen sei, ein republikanischer Aufstand sollte in der nächsten Minute losbrechen. In Hannover ein republikanischer Aufstand? In Hannover, wo ein Republikaner zu den Naturmerkwürdigkeiten gehört. Es verstand sich sonach von selbst, daß sich kein aufständischer Republikaner zeigte, auch wurden keine Polen und sonstige Fremde erblickt. Und was ist die Folge so unmotivirter Vorkehrungen? Gleich erzählte einer dem andern: „man sehe es ja, die Regierung wolle einen Putsch, um den Belagerungszustand etwas näher zu rücken." — Am Harze herrscht, wie allgemein versichert wird, sehr große Gährung. Der Harz hat sich auf das Entschiedenste für die Reichsverfassung erklärt, und deßhalb soll er in Waffen stehen. Die Landleute haben ihre Sensen grade schmieden lassen. Man hat Jägerbataillone und Geschütz dorthin gesandt. — Unter den Beurlaubten der Armee, die sogar von 1842 einberufen worden sind, soll ein der Volksbewegung durchaus nicht abgeneigter Geist herrschen. Aus den Provinzen haben wir im übrigen nichts Neues erfahren. Hier herrscht eine tiefe apathische Ruhe. So viel ist ausgemacht, daß die Residenz nichts mehr zu Gunsten der Reichsverfassung thun wird. Die schwarz-roth-goldenen Fahnen können einstweilen in die Rumpelkammern gestellt werden.

Die ostfriesische Deputation, zuerst abgewiesen, hat doch noch am Sonntag Abend eine Audienz beim König erhalten. Die „Hannov. Ztg." vom 21. meldet: „Gestern Abend in die Deputation der ostfriesischen Provinzialstände von Sr. Maj. dem König huldreich empfangen worden. Der König hat sich gegen dieselbe sehr gnädig geäußert. Der vollständige Inhalt der Antwort wird durch die Deputirten selbst mitgetheilt werden."

Lüneburg, 19. Mai. Am heutigen Tage sind die Kriegsreservisten des 1. Bataillons 5. Infanterieregiments, meistens verheirathete kleinere Hofbesitzer, welche unter gewöhnlichen Verhältnissen schon verabschiedet wären, nach Schleswig abmarschirt.

⁂ **Karlsruhe**, 22. Mai. Ueber unsere Zustände in Baden sind außerhalb des Landes Angaben und Schilderungen im Umlauf, die aller Wahrheitsliebe entbehren. Es wird unter anderem mit einer gewissen, sich verwahrenden Feierlichkeit ausgesprochen, man wolle Se. Hoh. den Großherzog sobald als möglich zurückberufen; man spricht sogar von in dieser Absicht abgegangenen Abgeordneten, denen es jedoch nicht möglich gewesen sei, dessen Aufenthaltsort zu erfunden. Einigermaßen im Widerspruch damit steht es, wenn neben der Verwahrung des Landesausschusses, daß [illegible] Brentano gestern gegen Bürger von hier und Mannheim ausgesprochen habe, er sei mit der Zurückberufung [illegible] einverstanden, allein sie könne nicht vom Landesausschusse ausgehen, sondern es wäre etwa geeignet, wenn sich [illegible] Gemeinderath darum verwendete. Einen größeren Widerspruch aber, gegenüber der feierlichen Verwahrung gegen eine Winkelrepublik, trägt die Thatsache in sich, daß [illegible] ganz dem wohlwollenden Charakter unsers Großherzogs angemessene Proclamation an sein Volk soviel als möglich unterdrückt wird; einzelne sind wegen deren Verbreitung zur Rechenschaft vor die Regierung abgeführt worden, andere sind theils wegen Vorlesen, theils wegen Annahme dieser Proclamation von Bürger L.....o bedroht worden, mit Anzeige bei der Regierung. L.....o ist durch die Revolution zu einer höhern städtischen Stelle gekommen. Eine andere Thatsache ist die, daß Bürger Peter, der schon [illegible] Jahr außer Staatsdienst gesetzt ist, unter dieser Zeit theilweise die Taggebühren als Abgeordneter der Landesversammlung bezog, den Anfang der Ersparnisse der Staatskasse damit machte, daß er sich sein früheres Gehalt diese ½ Jahre nachbezahlen ließ. Und gilt es vielleicht bloß die Durchführung der Reichsverfassung, wonach die Gesandtschaften der Einzelstaaten aufhören sollen, daß die provisorische Regierung den bekannten Karl Blind zum Gesandten nach der Schweiz schicken will? oder ins Blei, den Blind aus dem Lande zu entfernen? — Aus glaubwürdiger Quelle erfährt man nun auch, daß Struve und Blind in wenigen Tagen sich durch einen Schlosser haben die Schrift im großherzoglichen Schlosse öffnen lassen und die Briefe durchsuchten, wobei die der Frau Großherzogin nicht [illegible] schont geblieben sind. — Unsere Soldaten werden als [illegible] tapfere Kämpfer bejungen, dieselben, welche, wenigstens die kleinere Hälfte, ihre ehrwürdigen Fahnen beschworen und verlassen haben. Jetzt werden sie freilich wieder aufgefordert zum unbedingten Gehorsam zurückzukehren; ich zweifle aber sehr, ob ohne Auflösung sämmtlicher Regimenter die Disciplin wieder hergestellt werden wird. Am letzten Sonntag Abend sollte ein Bataillon des 3. Regiments beeidigt werden; die Soldaten waren mit der Eidesformel, in der die Verfassung zu sehr in den Hintergrund gedrängt war, unzufrieden, und indem der Ausschuß einige Zeit auf die Abänderung warten ließ, lud dieses Bataillon unter verschiedenen Aeußerungen die Gewehre. Es kommt mir wahrhaftig schon vor, als habe jenes landesausschußliche Document Recht, wenn es ominös genug sagte: „Die Soldaten werden an ihrem neuen Eide ebenso festhalten, wie an ihrem alten!" Sollte es mit interessirenden Reichstruppen zum Waffenentscheid kommen, dann werden sich, das glauben Sie mir, ihre Reihen aus den zersprengten baldigen Regimentern verstärken.

Karlsruhe, 22. Mai. Gestern Abend sah es wieder [illegible] aus bei uns: die Militärreisepässe waren nußvergnügt, [illegible] man ihre Einstandskapitale nicht auszahlen wollte. Man spricht von einem Plane des Militärs gegen [illegible] Mitglieder des Landesausschusses, namentlich Struve und Blind. Noch spät Abends (nach 10 Uhr) wurde die Grötzinger und Durlacher Bürgerwehr und das in Durlach liegende Pforzheimer Freicorps, zum Theil aus den Betten, aufgeboten, um nach Karlsruhe zu marschiren. Sie kamen um Mitternacht an und blieben, unter [illegible] Scheine der Pechpfannen, auf dem Marktplatze bis [illegible] Uhr Morgens, dann zogen sie wieder ab. Die hiesige Bürgerwehr durfte ruhig schlafen. Freischaaren hatte die Wachen besetzt. Heute wurden viele solcher Einstandskapitale ausbezahlt. — Sowohl hier, als auch an vielen Orten des Landes, wird die Rückkehr des Großherzogs verlangt. — Der Landesausschuß hat nun seinen Sitz aus dem Rathhaus in das Ständehaus verlegt, wo dermalen mehr Räumlichkeit zu Gebot steht. — Das hiesige erste Aufgebot wird auf heute Abend 6 Uhr wieder zusammenberufen. Die Organisation will sich nicht machen; viele Freischärler gehen heim. — Es herrschen großer Wechsel im Militär, Soldaten und Freischaaren gehen ein und ab. Es herrscht Ruhe in der Stadt und Ordnung — oder Unordnung — in der Anarchie, wie man will. Es wäre eine baldige Lösung des jetzigen Zustandes zu wünschen. — Unter den Soldaten sind die wahnsinnigsten Lügen verbreitet: es sollen 40,000 Franzosen und [illegible] Bataillone Scharfschützen aus der Schweiz zur Unterstützung der provisorischen Regierung kommen. — Täglich hört man, wie unser schönes Baden mehr umschlossen wird. Es schaurig, unsere Truppen größtentheils ohne ihre Führer zu sehen. Die neugewählten haben das Zutrauen nur zum Feldzug, wie er jetzt bevorsteht, nicht. — Die Inärrirung der Bezirkscommissäre hat nicht geringes Aufsehen erregt. (Schw. M.)

Die Lage der Festung Landau ist eine verzweifelte. Die ganze Garnison besteht noch aus ungefähr 8 0 [illegible] und auch ihrer ist man nicht mehr sicher. Aber der Obrist Burkard, ein alter Offizier, der den russischen Feldzug mitgemacht, hat sich mit einer Anzahl anderer Offiziere in die beiden großen Pulvertürme am deutschen und französischen Thore eingeschlossen, geschworen, sobald [illegible] Insurgenten einziehen, sich in die Luft zu sprengen. Wen den alten Krieger kennt, zweifelt nicht, daß er [illegible] Schwur hält. Landau würde in diesem Falle ein Schutthaufen sein, denn jeder der Pulvertürme hält 1600 Centner Pulver. (D. Z.)

Mannheim, 21. Mai. Die hier anwesenden Mitglieder des Oberhofgerichts und hiesigen Hofgerichts haben auf die von dem hiesigen Civilcommissär an sie ergangene Aufforderung zur Eidesleistung auf die Anordnung des Landesausschusses für Baden, zu folgender Erklärung einstimmig vereinigt:

„Nach der noch bestehenden Landesverfassung ist nur das Staatsoberhaupt berechtigt, von den Beamten des Landes die Eidesleistung auf die Verfassung, die Landes- und die Reichsverfassung zu verlangen, und können diese Eide nur in die Hände des Staatsoberhauptes oder der von ihm bevollmächtigten Personen abgelegt werden

*) Obgleich der in obigem Eingesandt bekämpfte Artikel nicht Originalmittheilung der Oberpostamtszeitung, vielmehr einem hiesigen Blatt mit Angabe der Quelle entlehnt war, entsprechen wir doch gern dem Ansuchen des Einsendenden Herrn Einsenders um Aufnahme seiner Widerlegung. D. Red. d. O.-P.-A.-Z.

Richter des badischen Landes sind sowohl auf ihren Dienst, als auf die Beobachtung und Aufrechthaltung der Landesverfassung eidlich verpflichtet, und sind der Anordnung des Staatsoberhaupts zur Verfügung auf die deutsche Reichsverfassung, zu deren Anerkennung sie ebenfalls schon kraft der bereits geleisteten Eide verbunden sind, gewärtig — eine Verpflichtung, welche nach § 193 der Reichsverfassung mit dem Eid auf die Landesverfassung verbunden, und diesem vorangehend zu werden soll. Aus diesen Gründen müssen wir die von uns der an sie Zumuthung, wie hiernach geschieht, aus innerster Ueberzeugung ablehnen."

Freiburg, 22. Mai. General v. Gayling, die Rittmeister Schuler und v. Freistedt beim Dragonerregiment Großherzog, sowie Regimentsarzt Bucherer beim 2. Infanterieregiment sind des Staatsdienstes entlassen worden. — Man will bestimmt wissen, daß fortwährend bedeutende Geldsummen von Baden nach der Schweiz transportirt werden. — Beide hiesigen Blätter melden, daß die Vorlesungen an der Universität ihren Fortgang haben. (Schw. M.)

Freiburg, 23. Mai. Täglich kehren Flüchtlinge aus der Schweiz und aus Frankreich zurück, welche hier unterstützt und weiter befördert werden. Gestern kam eine Abtheilung von 36—40 unter Böning aus Wiesbaden. Heute erwartet man ein anderes größeres Corps, das Willich'sche, aus Besançon. (N. Fr. Z.)

Darmstadt, 24. Mai. Seit gestern liegen hier Vertrauensadressen an die Regierung auf, die bereits mit Tausenden von Unterschriften bedeckt sind. In demselben Sinn hat sich eine große Bürgerversammlung ausgesprochen. Die republikanische Partei hat übrigens ihre Verhaltungsbefehle aus Baden erhalten. Es werden Volksversammlungen anberaumt, um denselben die Offenburger Beschlüsse, die Baden bereits „Freiheit, Wohlstand und Bildung für Alle" gebracht haben, zur Annahme vorzulegen. Eine solche Versammlung hat gestern zu Erbach im Odenwald stattgefunden, — eine ähnliche haben die hiesigen demokratischen Vereine unter der Firma „große Landesversammlung zur Durchführung der Reichsverfassung" auf den 29. Mai nach Auerbach an der Bergstraße, 2 bis 3 Stunden von der badischen Grenze, ausgeschrieben. Man hofft auf diese Weise auch bei uns die Truppen zu ködern, wird jedoch sicherlich es kaum dahin bringen, einige in den demokratischen Vereinen erzogene Rekruten zu Excessen zu verleiten. Bis jetzt ist unsere Lage noch im Ganzen beruhigend, — wie lange sie es noch sein wird, hängt davon ab, ob die laut ausgesprochene Hoffnung unserer Anarchisten, daß die Uneinigkeit der Regierungen ihr bester Bundesgenosse zu werden verspreche, erfüllt oder getäuscht wird. Möchten diejenigen, in deren Hand es jetzt liegt, ob ganz Süddeutschland zerrüttet und zerfleischt werden soll, das Gewicht ihrer Verantwortlichkeit fühlen!

Erbach, 23. Mai. Heute war hier Volksversammlung; sie fing damit an, daß eine Deputation an das Militär in Michelstadt gesendet wurde, um dasselbe zur Theilnahme an der Versammlung aufzufordern. Vergebens! Sie endete damit, daß ein großer Haufen Volks nach Michelstadt zog, um dort selbst die Verlockung zum Treubruch zu betreiben. Vergebens! Löhr aus Worms und ein badischer Soldat im Turnergewand, priesen in der Versammlung lebhaft die badische Anarchie. Um 5 Uhr war alles zu Ende und die Leute gingen nach Haus. (D. Z.)

Die Heidelberger Professoren haben sich großentheils nach Auerbach geflüchtet (Gervinus befand sich am 23. in Darmstadt); Robert Mohl ist mit seiner Familie nach Straßburg gegangen; das Bender'sche Erziehungsinstitut aus Weinheim befindet sich in Bensheim. Schlöffel Sohn haust in Heidelberg als Regierungscommissär und setzt Beamte ein und ab. Um dessen politische Richtung zu charakterisiren, bedarf es nur der Bemerkung, daß er mit seinem Vater, wegen dessen „reactionairer" Gesinnung auf schlechtem Fuße lebt. Die Briefpostverbindung durch das Großherzogthum Hessen ist trotz der hinter Weinheim fehlenden Schienen (durch einen Postwagen) im Gange, aber die Briefversendung hat sehr abgenommen, seit Strauß Blind als badischer Postdirector in seiner Weise die Gewährleistung des Briefgeheimnisses ausübt. Um so fleißiger verschickt der Landesausschuß unter der Aufschrift „Dienstsache" gedruckte Revolutionsaufrufe in alle Nachbarländer. (Darmst. Z.)

Mainz, 24. Mai. Nach einem Correspondenzartikel von hier in Nr. 122 der O. P. A.-Ztg. soll die kölnische Dampfschifffahrtsgesellschaft den ganzen Truppentransport aus Rheinpreußen übernommen und sich wegen der Beförderung der Passagiere mit der Direction der Düsseldorfer Gesellschaft geeinigt haben. Nach eingezogenen genaueren Erkundigungen ist daran nicht ein wahres Wort und bleibt der Dienst der kölnischen Personendampfschiffe nach wie vor in seiner bekannten Regelmäßigkeit fortbestehen.

Schweiz, 21. Mai. Noch einmal wurde die deutsche Verfassungsfrage Gegenstand längerer Kammerdebatten. Der Ausschuß von Sieben, dem die unbefriedigende Antwort der Regierung zur Begutachtung überwiesen war, hatte sich bemüht, einen Antrag zu formuliren, der wo möglich Stimmeneinhelligkeit für sich gewinnen sollte. Die Erklärung ward auch mit 73 gegen 2 angenommen. Sie lautet: „In Erwägung, daß .... endlich daß die in Folge der preußischen Circularnote vom 20. v. M. stattfindenden Berliner Conferenzen jedenfalls von denjenigen Staaten, welche die Reichsverfassung rein anerkannt haben, nicht zu einem mit der Anerkennung im Widerspruche stehenden Zwecke beschickt werden können, vielmehr die Regierungen derselben vorzugsweise berufen sind, allen ihren Einfluß dahin zu verwenden, daß die Verfassung überall in Deutschland Geltung erlange, spricht die Kammer die Erwartung aus: Es werden auch die mecklenburgischen hohen Regierungen sich diesen Grundsätzen gemäß zu den in Folge der preußischen Circularnote vom 20. v. M. stattfindenden Berliner Conferenzen verhalten und, so viel in ihren Kräften steht, dahin wirken, daß die Reichsverfassung baldmöglichst in allen deutschen Staaten die Anerkennung erhalte."

Wiesbaden, 24. Mai. Gestern sind mehrere Compagnien des in Weilburg liegenden 1. Infanterieregiments in den Dörfern Bierstadt, Erbenheim rc. eingerückt, um demnächst in Wiesbaden Garnison zu beziehen. Ein anderer Theil jenes Regiments ist nach Frankfurt gegangen, um die Stationen der Taunuseisenbahn zu besetzen.

ζ **Aus dem Voigtlande**, Mitte Mai. Auch hier erhebt sich, scheinbar für die Reichsverfassung, die Demokratie ohne alle Ursache, da die Verfassung von der Regierung anerkannt und publicirt worden ist. Röhr, der wie andere Delegirte vom Centralmärzverein die Weisung erhielt, nach einem Fragenschema mitzutheilen, wie viel Pulver, Blei, Waffen rc. hier vorhanden seien, hat unterm 16. Mai das Land zu den Waffen aufgerufen. An einer Stelle seines Aufrufs sagt er: „Das preußische Volk sei noch für eine freiere Staatsform reif, als die gegebene," an einer andern, zu dem Kampfe gegen die bewaffnete Reaction sollte man sich rüsten. Doch ist die Reaction im Preußischen nirgends zu erblicken, die Regierung beharrt bei der Verfassung, sendet keinen Bevollmächtigten nach Berlin, hat sämmtliches Militär in Schleswig, und doch soll man sich zum Kampfe rüsten.

Galizien.

⊙⊙ **Lemberg**, 16. Mai. Sonntag den 13. d. M. Nachmittags ist das kaiserlich russische Ulanenregiment „Weenoeonsk" mit klingendem Spiele in Lemberg einmarschirt, hat allda übernachtet und Tags darauf den Marsch weiter nach Ungarn fortgesetzt. Prächtige Pferde, durchweg von einerlei Farbe, Füchse. Montag um dieselbe Zeit ist das kaiserlich russische Husaren-regiment Großfurst Thronfolger, durchweg auf herrlichen Braunen, hier eingezogen, hat denselben Nachtlager gehalten, und ist nächsten Morgens weiter marschirt. Soeben, 2 Uhr Nachmittags, ist das kais. russische Ulanenregiment Olecpol und das Husarenregiment Erzherzog Ferdinand d'Este mit klingendem Spiele hier eingerückt; das erstere hat durchaus Rappen, letzteres durchgehends Eisenschimmel. Ferner sind 24 Kanonen, d. i. zwei kais. russische leichte Batterien angekommen. Die Mannschaft hat vortreffliche Haltung. Im Ganzen marschiren durch Galizien nach Ungarn 120,000 Mann Russen mit 26,000 Pferden und 350 Geschützen. Dazu sind jene 20,000 Russen mit 5000 Pferden und 60 Geschützen nicht gerechnet, welche gleichzeitig über die Bukowina gegen Siebenbürgen aufgebrochen sind. Durch Lemberg marschiren in Allem 48,319 Russen mit 14,280 Pferden und 6 leichte dann 4 Positionsbatterien mit 120 Geschützen. Wir erwarten noch 6 Füsilierregimenter, 4 Jägerregimenter, 1 Tirailleur- und 1 Sapperbataillon, einen Pulkonische Kosaken und 8 Batterien zu 12 Geschützen. Der Durchmarsch ist jetzt ununterbrochen. Die Russen werden hier einquartiert, und weil sie sehr vorsichtig und gegen die Polen mißtrauisch sind, so wird beim Nachtragen des Mahles stets Wirth und Wirthin ersucht, die Speisen zuerst zu kosten.

Italien.

Am 7. war der Großherzog von Toscana in Neapel angekommen. Er hatte den Gav. Baldasseroni zum Präsidenten des neuen toscanischen Ministeriums ernannt, und den Duca di Casigliano mit dem Portefeuille des Auswärtigen betraut. Was Gaeta wußte man, daß der französische Botschafter, Herzog von Harcourt, und der französische Gesandte am Hofe von Neapel, Graf Rayneval, sich im französischen Hauptquartier in Palo (zwischen Rom und Civitavecchia) befanden. Der König von Neapel stand in Albano mit etwa 8000 Mann und bedeutender Artillerie. Aus Florenz vom 14. Mai schreibt man über Livorno: „Die Ruhe ist äußerlich hergestellt. Ueber das Betragen der Truppen hört man nicht die geringste Klage." Briefe aus Mailand und Treviso (17. und 18. Mai) melden über den Fortschritt der Belagerung von Malghera wenig Günstiges: die Venetianer hatten die Belagerungsarbeiten wieder unter Wasser gesetzt; die gefährlichen Seefieber griffen unter den Belagerungstruppen furchtbar um sich. Der das Belagerungscorps befehligende General, Feldmarschallieutenant Haynau, war zur Armee nach Ungarn berufen; Graf Thurn hatte seine Stelle vor Malghera erhalten.

Am 18. Mai trat in Turin der Cassationshof zusammen, um über die von Ramorino eingelegte Berufung zu erkennen.

Frankreich.

** **Paris**, 22. Mai. Der heutige „Moniteur" enthält folgendes Schreiben Bonaparte's an den General Oudinot: „Mein lieber General! Ich hatte Sie, den verschiedenen Truppencorps, über die ich eine Revue hielt, meine lebhafte Zufriedenheit über ihre schöne Haltung und meine ganze Anerkennung über ihren theilnahmvollen Empfang zu bezeugen. Mit solchen Truppen wird unsere junge Republik bald unter ältern Schwester von Marengo und Hohenlinden gleichen, wenn uns die Fremden hierzu zwingen. Und wenn im Inlande die Anarchisten ihre Fahne wieder erheben, würden sie bald durch eine solche Armee, so treu ihrer Pflicht und ihrer Ehre, ohnmächtig gemacht werden. Den Truppen Lob spenden, heißt auch dem Chef Lob spenden, der sie befehligt. Ich bitte Sie, mein lieber General, alle Strafen wegen Disciplinarvergehen zu erlassen. Ich fühle mich glücklich, Ihnen bei dieser Gelegenheit aufs Neue meine ganz besonderen Gefühle von Hochachtung und Freundschaft für Sie auszudrücken. (gez.) Louis Napoleon Bonaparte."

Unter den in die legislativen Kammern Gewählten befinden sich zwei, die weder lesen noch schreiben können. Wie man versichert, will die Regierung deßhalb ihre Zulassung bekämpfen, da sie nicht im Stande seien, in den Fällen, in welchen das Gesetz geschriebene Abstimmungen verlangt, ihre Stimmen abzugeben.

Seit einigen Tagen hat das Verlangen nach Pässen dergestalt überhand genommen, daß die Regierung Maßregeln zu treffen sich genöthigt gesehen haben soll um einer Emigration der höhern Stände, die durch nichts gerechtfertigt ist und sehr gefährlich werden kann, vorzubeugen.

Die ungarische Regierung hat durch Vermittlung ihres hiesigen Gesandten beträchtliche Bestellungen auf Schießwaffen machen lassen.

Die französische Armee besteht gegenwärtig aus 452,116 Mann mit 95,024 Pferden. Auf die Infanterie kommen 275,686, auf die Cavallerie 60,261, auf die Artillerie 36,491, auf das Genie 10,188, auf den Train 11,339, auf die Gendarmerie, Veteranen und Disciplinarcorps 30,587 und auf die Fremdenlegion 6000 Mann; der Offiziere aller Waffengattungen zählt man 17,625. Vertheilt ist diese Streitmacht, wie folgt: Afrika 71,000, Italien 13,000, Alpenarmee 70,000, Armee von Paris 60,000, Bestand der übrigen Militärdivisionen in Frankreich 242,116 Mann. Nach den Reductionen im Budget soll die Armee um 42,460 Mann vermindert werden.

** **Paris**, 22. Mai. Wie der „Constitutionnel" versichert, wird vor dem Zusammentritt der legislativen Kammer kein Ministerwechsel stattfinden; die demokratischen Organe hingegen versichern, daß eine Cabinetsveränderung noch vorher eintreten wird.

Seit einigen Tagen sieht man viele Russen in unserer Hauptstadt. Der „National" und die „Opinion publique" wollen diese Erscheinung daraus erklären, daß der Kaiser von Rußland endlich officiell die französische Republik anerkannt habe.

Griechenland.

*) **Athen**, 13. Mai. Nach den neuesten Nachrichten aus Konstantinopel hat die russische Diplomatie die französisch-englische aus dem Felde geschlagen. General Grabbe hat Alles erreicht, was Rußland wünschte: die fernere Besetzung der Fürstenthümer, die Erlaubniß, Truppen durch das turkische Gebiet nach Siebenbürgen vorzuschieben, ja (wie die hiesigen Ultrarussen behaupten) die gepeinte Ermächtigung, möglichen Falls die Dardanellen zu passiren. Die Pforte hat eingesehen, daß die treulose Politik Frankreichs sie, wie Mehmet Ali, im Stiche lassen würde, und daß die Versprechungen oder Drohungen Lord Palmerstons nicht in Erfüllung zu gehen pflegen, während Rußland nur das Wörtchen „Freheit" äußern darf, um sämmtliche slavische Provinzen der Turkei zum Aufstande zu bringen. Nachdem es mit der Türkei sich ausgeglichen und seinen Einfluß in Konstantinopel befestigt, kann Rußland seine ganze Aufmerksamkeit Deutschland zuwenden, seinen Verbündeten Oesterreich kräftigst unterstützend oder eventuell ausbrutend. Die Hoffnungen der griechischen Regierung auf Rußland aber erweisen sich abermals als eitel. — In einigen Tagen reist die Königin über Triest, Wien und Olmütz nach Oldenburg. Wohlunterrichtete bezeichnen den Zweck dieser Reise als einen politisch-finanziellen.

Börsenberichte.

Frankfurt, 24. Mai. Die heute Morgen durch telegraphische Depesche über Straßburg von Paris bekannt gewordene Nachricht, daß die Renten am 22. d. M. an dortiger Börse um 5 Fr. in die Höhe gegangen, gab dem Markt auch hier mehr Festigkeit und sämmtliche Papiere blieben an heutiger Börse zu höhern Coursen als gestern gefragt. 5pCt. Metall. schließen 58½ pCt., 2½pCt. Metall 39 pCt., Wienerbankactien 1075 fl. G., 500 fl. Loose 121¼ fl., 250 fl Loose 73 pCt. G. Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27 Rthlr G., Bad. 35 fl Loose 25½ fl., do. 50 fl. Loose 46½ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 20½ fl., do. 50 fl. Loose 68½ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20 fl., Sard. Loose 25 Fr., Poln 500 Loose 72½ Rthlr. Süddeutsche Obligationen gut preishaltend. Sämmtliche belgische Obligationen in steigender Bewegung. Holl. 2½ pCt. Integr. 49 pCt. G. 3pCt. inländ Span. bestritt vor der Börse zu 23½ pCt verhandelt, schließen an der Börse 24¼ pCt. G. Abends in der Effectenlocalität war 3pCt. inländ Schuld etwas minder fest, und bleibt der Cours benannter Fonds durch eine daselbst gemachte Verkäufe 24½ pCt.

Wien, 21. Mai. 5pct. Metall 68½ — 4pCt 71. — 3pCt. — — 2½pCt. 47. — Bankactien 1125. — 500 fl. Loose 148. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnactien 93½. — Gloggnitzer 93. — Mailänder 70.

Fonds und Actien fest bei geringem Umsatz. In Devisen und Comptanten war reger Verkehr und haben größtentheils wieder angezogen, namentlich Frankfurt, Augsburg und London.

Berlin, 23. Mai. Staatsschuldscheine 78½, etw. bez. u. Br., Seehandlungs-Prämienscheine 110½ G., Bankantheile 84 bez., Berlin-Hamburg 58½, etw. bez., Köln-Minden 76¼ u. ⅝, bez., Friedrich-Wilh. Nordbahn 31½ u. ¾ bez., Rhein. 85½, Br., Thüring. 49 Br., Auf bei Stieglitz 8⅝, Br., etw. 500 fl. Loose 71½ Br.

Mit Ausnahme von Staatsschuldscheinen, welche etwas höher angeboten waren, erhielten sich die Course im Allgemeinen ziemlich fest, und stellten sich von einigen etwas besser; das Geschäft war sehr unbedeutend.

Amsterdam, 22. Mai. 4 Uhr. 2½ pCt Integr 48⅛. 47⅞. — 3pCt. Schuld 36½. — 4pCt. 74½. — 5pct. Rus. 11. — do à 5 pCt. 11½. 11. — 2½pCt. 41⅛. — Russ. 4pCt bei Stieglitz 79⅛. — 2½pCt. Mex 46.

Gleich bei Eröffnung der Börse zeigte sich in fast allen Fonds zu den Preisen von gestern vielfältige Verkäufer, die später so überhand wurden, daß der Preis schnell zurückging auf 36½, pCt und sich der Cours, zu dem 2½pCt. niedriger als gestern, nicht erhalten konnte. Der Rückgang aller Papiere ist verursacht durch bedeutend größere Realisirung, die durch Taubenpost angelangt war. Ohne viel Handel fielen alle übrige Fonds bereits nachmittags.

Paris, 22. Mai. Stand der Rente: 5pCt 81. 75. — 3pCt 5. 75. — Innere Schuld 3/8 G. — Bankactien 2075. — Vor kurz, rechtes Ufer 190. — Linkes Ufer 165. — Paris-Orl. aus 710. — Paris-Rouen 775. — Orleans Bordeaux 1000. — Orleans-Vierzon 310. — Straßburg-Basel 1 0. — Rhodan 412. 50. — Paris-Straßburg 407. 50. — Röm. Actien 73.

Günstigere Nachrichten und die Nichtbestätigung der gestern verbreiteten gewesenen Gerüchte ließen die Fonds in bessere Lage wieder kriegen, als sie gestern herunterging gewesen waren.

London, 21. Mai. 4pCt Stock 91. — 5pCt. Span 19½. — Neue 3pCt. 32½. — 4pCt. Port. —. 4½ pCt. Holl. 48 /.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Hallen.

Benachrichtigungen.

[1436] **Bekanntmachung in Postsachen.**

Vom 1. Juni d. J. an gehen die Posten aus Memmingen nach Biberach (statt 8 Uhr Abends) um 3½ Uhr Nachmittags ab und insiuiren hiernach in letzterem Orte auf die Posten nach Stuttgart und Ulm.

Von gleichem Zeitpunkte an hören die bisher am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag Abends 5 Uhr aus Ochsenhausen nach Biberach abgefertigten Briefpostritte auf.

Frankfurt a. M., den 23. Mai 1849.

General-Post-Direction.

Freiherr von Pörnberg.

vdt. Beckmann.

[1439] **Schluß-Erklärung.**

Auf die eben so ungenügende als ungezogene Entgegnung des Herrn Dr. Julius Friedleben auf unsere Aufforderung vom 18. d. M. sehen wir uns nun veranlaßt, dessen, nach dem „Frankfurter Volksboten" von ihm geschehene, von uns in jener Aufforderung gerügte Aeußerung in Betreff der hiesigen Offiziere für Erdichtung und Lüge zu erklären.

Das Offiziercorps des hiesigen Linien-Militärs.

[1438] **Nachtrag**

zu dem dritten Verzeichniß der für die Abgebrannten in Güglingen eingegangenen Beiträge.

Durch Herrn Petri von Madame Kuchen 5 fl., Dr. N.... ix. 3 fl. Durch Herrn C. J. Wecker von einer Württembergerin 2 fl. Durch Herrn J. C. Weiner von J. J. fl. 4 fl., S. C. W. 2 fl. 42 kr., W. 1 fl 45 kr., J. C. M. 1 fl., J. D. L. 2 fl., J. N. 5 fl., Dr. J. 30 kr., L. S. 2 fl. Durch Herrn C. J. Balzer von C. M. Rapp 1 fl., Frau Damann 1 fl., F. W. J. 2 fl. 42 kr., J. C. 2 fl. 42 kr., J. M. R. 2 fl., Fräulein E. D. 30 kr., G. B. B. 4 fl. 36 kr.

Frankfurt a. M., 23. Mai 1849.

Ober-Tribunalrath **Frhr. v. Sternenfels.**

[1297] **Verkauf einer Villa.**

Eine in der Gemeinde Leutesdorf bei Neuwied auf dem rechten Rheinufer anmuthig gelegene Besitzung, bestehend:

a) in einem sehr geräumigen Wohnhaus, enthaltend Parterre 7 Zimmer, einen Saloa, Küche mit 2 Speisekammern; in der Bel-Etage 8 Zimmer, einen Saal mit Balkon; sodann zwei große Speicher und einen sehr geräumigen 100 Fuder fassenden Keller;
b) in zwei daran stoßenden Nebengebäuten, enthaltend 6 Zimmer mit zwei Küchen, Speicher, Stallung, Remise, Reiterhaus und Brunnen;
c) in einem 5 Morgen großen, ringsum mit einer starken Mauer umgebenen Garten, durch welche die ganze Besitzung eingeschlossen und durch eine elegante Thoreinfahrt betreten wird —

steht aus freier Hand zu verkaufen oder auch zu verpachten.

Diese hart an das Rheinufer stehende Villa gewährt die schönste Aussicht auf die nahe belegenen Städte Andernach und Neuwied und ist durch die frequente Passage der Dampfschiffe stets belebt; sie eignet sich besonders wegen ihrer gesunden Lage zu einem alle Bequemlichkeiten darbietenden Sommeraufenthalte, zu großartigen Fabriken etwa irgend einer Erziehungsanstalt. Sämmtliche Gebäulichkeiten sind bei der vaterländischen Feuer-Societät zu Thlr. 10,000 versichert.

Hierauf Reflektirende wollen sich in portofreien Briefen an den Geschäftsführer J. Mäurer zu Ehrenbreitstein gefälligst wenden, welcher jede drohaben gewünschte Auskunft bereitwillig ertheilen wird.

[1331] **116 Frankfurter Stadt-Lotterie.**

Ziehung 1r Klasse am 6. u. 7. Juni a. c.

Hauptireffer: fl. 241,000, 2 mal **100,000** u. s. f. Ganz Loose kosten zu fl. 6, ½ zu fl. 3, ¼ zu fl. 2, ⅛ zu fl. 1, 30 kr., ¹/₁₆ zu 15 kr., so wie Loose für alle sechs Klassen gültig, zu fl. 9 das ganze, empfiehlt

Carl Höchberg, Hauptcollecteur,
Brückhofstraße in Frankfurt am Main.

[1374] Dienstag den 15. Mai und von da an täglich Vormittags von 11 bis 1 Uhr und Abends von 7 bis 9 Uhr

Concerte

auf dem von M. Welte aus Vöhrenbach im badischen Schwarzwald verfertigten großen mechanischen nach Odessa bestimmten Musikwerke

Orchestrion

im großen Saale des „Weidenhäuschen".

Eintrittspreis an der Kasse: das Billet 30 kr., Kinder die Hälfte, in der Musikhandlung von C. Andre.

Unter vorheriger Rücksprache werden auch besondere Concerte für Familien gegeben.

Wiedererscheinende Zeitung!

[1437] Am 1. Juli d. J. erscheint in **Wien** seiner frühern Tendenz getreu

Der Freimüthige

und dessen Gratis-Beiblatt **„die Bauern-Zeitung".** — Unsere geehrten Mitarbeiter werden ersucht, sich am 25. Juni in Wien einzufinden.

Frankfurt a. M., den 24. Mai 1849.

Mahler.

[1442] **Kaltwasser-Heilanstalt Herrenalb**

im romantischen Albthal in der Nähe von Baden-Baden, Wildbad und der Residenz Karlsruhe.

Mit Beziehung auf die frühere weitläufige Annonce wird folgendes bemerkt:

Die Eröffnung findet am 1. Mai d. J. statt, und wird die Kur das ganze Jahr ununterbrochen fortgesetzt.

Die Quellen, welche die Anstalt benützt, haben eine Temperatur von 4 bis + 6° Reaumur, welche im Sommer nicht steigt und im Winter nicht fällt.

Besondere Rücksicht soll auf die Diät der Kranken genommen, und diese den verschiedenen Krankheitsformen angepaßt werden.

Die Molkenkur wird vom Monat Mai bis Ende September unter der Leitung des Arztes der Anstalt in Ausübung kommen. Diejenigen, welche die hiesige Gegend zum Zweck einer Luftveränderung wählen, werden bereitwillige Aufnahme finden. — Mannigfache Auswahl von schattigen Spaziergängen, Forellenfischerei und Jagd werden dem rüstigen Zuhänger die nöthige Unterhaltung gewähren, sonst bei schlechtem Wetter gedeckte Gänge, Kegelbahnen, Billard und Conversationszimmer zur Erheiterung beitragen werden. Mit Recht kann man behaupten, daß Herrenalb von der Natur selbst zu einer Heilanstalt geschaffen ist, und in Beziehung auf Wasser und Luft nicht allein Gräfenberg gleich, sondern sogar vorzuziehen ist.

Die wöchentlichen Preise, nach der Lage und Größe des Zimmers in drei Klassen getheilt, sind:

1. Klasse fl. 16 oder Rthlr. 9, 4 Gr. Preuß. Cour.
2. „ „ 12 „ „ 6, 25 „ „ „
3. „ „ 9 „ „ 5, 4 „ „ „

Hiefür wird gegeben: möblirtes Zimmer, Leinwand, Handtücher, 2 Badetücher, die durch den Arzt vorgeschriebene Kost, Bäder, Badebedienung und ärztliche Behandlung.

Eine nähere Beschreibung (Prospectus) der Anstalt und der Umgebung, worinnen die zu heilenden Krankheiten durch die Wasserkur näher bezeichnet und noch andere Bemerkungen enthalten sind, wird gratis ertheilt in Frankfurt bei Herrn **Schaack,** Kornmarkt Nr. 11.

Die ärztliche Oberleitung hat Herr Dr. Weiß, der sich früher diesem Zweig der Heilkunde in Gräfenberg widmete, übernommen; man bittet daher, die vor seinen Ressort gehörigen Anfragen franco an ihn zu richten, Anfragen in jeder andern Beziehung franco an den Vorstand der Anstalt.

Herrenalb, Postamt Pforzheim, im März 1849.

Dr. Weiß. G. A. Mohl.

[1423] Die ersten neuen Häringe bei

Milani-Minoprio,
kleiner Hirschgraben Nr. 3.

[1422] **Hessische 40-Thaler-Loose** und **Badische 35-Gulden-Loose,** Ziehung den 1. Juni a. c. Original-Obligations-Loose bei

J. N. Trier & Cie.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[1450] Edictalladung.

Nachdem über das Vermögen des Johann Dorf und dessen Ehefrau von Berzhahn der Concursprocess erkannt worden ist, so wie zur Anmeldung dinglicher wie persönlicher Ansprüche an die Masse Termin auf

Dienstag, den 12. Juni l. J., Morgens 8 Uhr,

unter dem Präjudize des von Rechtswegen eintretenden Ausschlusses von der vorhandenen Masse anberaumt.

Renneród, den 9. Mai 1849.

Herzogl. Nassauisches Amt.
Burgeff.

[1429] Bekanntmachung.

Philipp Reinhard Baum und Friedrich Christoph Müller von Wallau haben um die Entlassung aus dem Nassauischen Unterthanenverband zum Zwecke der Auswanderung nach Amerika nachgesucht, welches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, damit etwaige Gläubiger derselben allenfalls ihre Rechtsansprüche wahren können.

Hochheim, den 19. Mai 1849.

Herzogl. Nassauisches Amt.
Giese.

[1433] Es wird dem in der Edictalladung vom 26. März 1849 angedrohten Rechtsnachtheile gemäß das Original des an Gastwirth Fr. Winter zum Landsberg unter dem 4. October 1848 von der Packhofsverwaltung des Haupt-Steuramts dahier ertheilten Lagerscheins über einen im Packhof niedergelegten Korb, gezeichnet ⟩⟨ Nr. 8311 und enthaltend Wein in Flaschen, für amortisirt erklärt.

Frankfurt a. M., den 18. Mai 1849.

Stadt-Amt II.
Dr. Pfarr.
Dr. Antoni.

[1373] Auf den Grundstücken des Schullehrer Georg Poose zu Niederurff, D. 69 ⅝ Ar. ⅝ R. Haus, Scheuer u. Stallung unter einem Dache und Hofraithe 6½ ½ Ar. Erbgarten beim Hause, Gemeindenutzen und Brauerei im Dorf Niederurff belegen, fanden sich die beiden Immissionen:

1) zu Gunsten des Kaufmanns Ernst Merle von Karlshafen vom 7. Febr. 1842 wegen 48 Thlr 1 Sgr. 5 Pf. Hauptgeld und 3 Thlr. 3 Sgr. 2 Pf. Kosten und
2) desgleichen des Advocaten Damm dahier vom 16. April 1842 wegen 9 Thlr. 3 Sgr.

im General-Währschafts- und Hypotheken-Protocolle von Niederurff eingetragen.

Die Forderungsberechtigten sind zwar nach ihrer Erklärung befriedigt, da jedoch die Immissionsdocumente verloren gegangen sein sollen, so werden auf Antrag des Schullehrers George Poose die etwaigen Inhaber dieser Urkunden hiermit öffentlich aufgefordert, dieselben so gewiß im Termin

den 14. Juni d. J.

dahier vorzulegen und ihre etwaigen Ansprüche daran geltend zu machen, als widrigenfalls die Urkunden für mortificirt erklärt werden sollen.

Jesberg am 7. Mai 1849

Kurfürstl. Justizamt.
Weber.
vdt. Ungewitter.

[1394] Edictalladung.

Die bekannten und unbekannten Gläubiger des Konrad Pabst zu Büdesheim, über dessen Vermögen der förmliche Concurs erkannt worden ist, werden hierdurch aufgefordert, so gewiß in dem auf

Mittwoch den 18. Juli d. J., Vorm. 9 Uhr,

anberaumten Liquidationstermin ihre Forderungen und sonstigen Ansprüche an die Masse anzuzeigen und richtig zu stellen, als sie sich sonst, ohne daß die dießfallige Versäumung öffentlich bekannt gemacht wird, des Ausschlusses von der Masse zu gewärtigen haben.

Homberg, am 24. April 1849.

Großh. Hessisches Landgericht.
Klingelhöffer.

[1399] Bekanntmachung.

Bei der muthmaßlichen Vermögensüberschuldung des Herrn Verlagsbuchhändler Julius Heldig hier haben wir sein ganzes Vermögen im Interesse gesammter Gläubigerschaft bereits unter Siegel und gerichtlich in Beschlag genommen.

Es wird dieß vorläufig und unter Verwarnung vor etwaigen Compensationsversuchen einzelner Creditoren und Debitoren des genannten Herrn Heldig unter sich, so wie mit der Aufforderung an alle auswärtigen Gläubiger, möglichst bald Bevollmächtigte behufs der Verhandlungen über die Modalität des in Aussicht stehenden Cantonvertrags in hiesiger Stadt zu bestellen und uns anzuzeigen, hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Altenburg, den 11. Mai 1849.

Herzogl. Sächs. Stadtgericht das.
Bonde.

[1370] Edictalladung.

Das Schuldenwesen des Friedrich Schwarz und dessen Ehefrau Elisabetha geborne Leonhardt von Nister betr.

Nachdem über das Vermögen des Rubricaten der Concursprocess rechtskräftig erkannt worden ist, werden alle, welche dingliche oder persönliche Forderungen an dieser Masse zu machen haben, aufgefordert, solche

Freitag den 8. Juni l. J., Morgens 8 Uhr,

vor dem unterzeichneten Amte zu liquidiren, bei Vermeidung des von selbst eintretenden Rechtsnachtheils des Ausschlusses von der vorhandenen Masse.

Hachenburg, den 25. April 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Goerecke.

[1434] Oeffentliche Ladung.

Der am 24. September 1785 geborne, seit 1818 unbekannt wo? abwesende hiesige Bürgerssohn Johannes Wüst, oder dessen etwaige Leibeserben werden hiermit aufgefordert, sich binnen

sechs Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte zur Empfangnahme des für ihn daher verwaltet werdenden Vermögens zu melden, beziehungsweise zu legitimiren, bei Vermeidung, daß sonst nach Ablauf dieser Frist gerichtet Johannes Wüst für todt und ohne Leibeserben verstorben erklärt werden soll.

Frankfurt a. M., den 18. Mai 1849.

Stadtgericht II.
Schöff Dr. Böhmer.
Dr Upsen, Ir. Secr.

[1367] Oeffentliche Aufforderung.

Nachdem mehrere Miterben des verstorbenen Handelsmannes Joseph Stein von hier erklärt haben dessen Erbschaft nur unter der Rechtswohlthat des Inventars antreten zu wollen, so werden die Gläubiger des genannten Stein hierdurch aufgefordert, ihre Forderungen in dem auf

den 4. Juni d. J., Vormittags 9 Uhr,

in das Gerichtslocal hierselbst bestimmten Termine zum Zwecke der Aufnahme in das Inventar anzumelden.

Treysa, am 7. Mai 1849.

Kurfürstl. Justizamt.
Rüppell.
Kulenkamp.

[1240] Edictalladung.

Alle diejenigen, welche an den Nachlaß der Wittwe des hiesigen Beisassen Johann Philipp Jenior, Charlotte, vorher verwittwet n Meyer, geb. Hirsch, Erb- oder sonstige Ansprüche und Forderungen zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, solche so gewiß in dem hiermit auf

Montag den 4. Juni 1849, Vorm. 9 Uhr,

anberaumten Termine anzuzeigen, als ansonsten dieser Nachlaß an die anwesenden auswärtige Intestaterbin ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 24. April 1849.

Stadt-Amt.
Burkard.
Dr. C. Jäger, Act.

[1343] Decret

in Sachen

des Kaufmanns Johann Friedrich Emmerich, der Marie Stutz, geb. Emmerich, Wilhelmine Emmerich und Christine Stamitz, geb. Emmerich in Hanau, Klägern,

gegen

Goldarbeiter Johann Friedrich Becker, in Hanau, Beklagten,

wegen Kaufpreises.

Beklagter hat sich noch im Termin den 26. l. M. bei Strafe des Eingeständnisses und Ausschlusses auf die ihm bereits mitgetheilte Klage zu erklären, und dient demselben zugleich zur Nachricht, daß die Bekanntmachung eines erforderlich we dender weiterer Verfügungen lediglich durch Anheften an die Gerichtstafel erfolgen werde.

Hanau, 2. Mai 1849.

Kurfürstl. Hess. Landgericht.
Giller.

[1421] Literat Gustav Diezel, aus Nassau königl. Württembergischen Oberamts Mergentheim gebürtig, ist der Aufforderung zum Antritt verdächtig, und wird hierorts Untersuchung gegen denselben geführt. Da sein Aufenthalt unbekannt, so ergeht an alle Gerichts- und Polizeibehörden des In- und Auslandes das Ansinnen, den genannten Gustav Diezel auf Betreten zu verhaften und unter abliefern zu lassen.

Nürnberg, den 19. Mai 1849.

Der Untersuchungsrichter am königl. Kreis- und Stadtgericht.
Grundherr.
Merz.

Signalement.

Gustav Diezel ist 31 Jahre alt, seine Größe ist 5 Schuh und beiläufig 8 Zoll, seine Statur untersetzt, gedrungen, der Hals kurz, die Haare dunkelbraun, das Gesicht voll, die Augen grau, Nase und Mund zeigen nichts Auffallendes, sein Dialekt zwar dem Fränkischen sich nähernd, doch nicht entschieden. Er trägt Augengläser, und einen um Wangen und Kinn und Hals gehenden braunen Bart. Die derzeitige Kleidung des Gustav Diezel ist nicht bekannt.

[623] Decret

auf die Klage von Seiten des Christoph Schwab zu Biebrich, Klägers,

gegen

seine Ehefrau Liesette geb. Denzling, dermalen unbekannt wo? abwesend, Beklagte,

wegen Ehescheidung.

Die Beklagte, welche sich von ihrem Wohnorte entfernt hat und deren dermaliger Aufenthaltsort unbekannt ist, wird aufgefordert sich auf die von ihrem Ehemann gegen sie erhobene, auf böswillige Verlassung gegründete Ehescheidungsklage, wovon Einsicht in der Registratur des unterzeichneten Gerichts ihr freisteht, vor dem

1. Juli l. J.

durch einen mit öffentlich beglaubigter Vollmacht versehenen hiesigen Postgerichtsprocurator bei Vermeidung der Rechtsnachtheile des Eingeständnisses und des Verlustes der Einreden zu erklären.

Alle weitere Decrete und Erkenntnisse werden im Falle des Ungehorsams gegen diese Ladung lediglich durch Anschlag am Gerichtsbrett bekannt gemacht werden.

Usingen, den 26. Februar 1849.

Herzogl. Nass. Hof- und Appellationsgericht.
v. Bierbrauer.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Konversations-Blatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Beilage zu Nro. 123.) 25. Mai 1849.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 25. Mai. Gestern soll auf's neue an den Herrn Erzherzog Reichsverweser die Aufforderung zur Niederlegung seines hohen Amtes in die Hände des Königs von Preußen von Berlin aus durch Telegraph ergangen, und diesmal sogar die Forderung gestellt worden sein, daß Se. kaiserl. Hoheit den Tag des Rücktritts bestimmt angeben möge. Die Quelle ist gut, aus der ich diese Nachricht schöpfe. Hinzugesetzt wird, daß unter den Mitteln, welche den Herrn Reichsverweser zur Nachgiebigkeit bewegen sollen, auch die Verweigerung der in Aussicht gestellten Truppenzüge zur Wiederherstellung oder Erhaltung der Ruhe zu zählen sind. Obgleich in nicht geringer Verlegenheit, beharrt der Fürst bei seinem Entschlusse, sein Amt nirgends anders hin, als dorthin zurückzugeben, von wo er es empfangen, also an die Nationalversammlung. Sie ersehen daraus, daß die Nichtauflösung des Parlaments doch auch ihr Gutes hat.*)

† **Wien**, 21. Mai. Bei der Hofdienerschaft sind bedeutende Veränderungen gemacht worden. Niemand wird mehr mit Decret angestellt; ihre Zahl richtet sich nach dem Bedarfe, und ihre Besoldung nach ihrer Tauglichkeit und ihrem Fleiße. — Die Hof- und Staatsbeamten bekommen eine Uniformirung nach dem neuen Reglement. Man sagt, daß die Fracks und alle überreichen Stickereien abgeschafft und an ihre Stelle eine Art Waffenröcke treten werden, die im Dienste stets getragen werden müssen. — Die Cholera hat in den hiesigen Militärspitälern wieder bedeutend zugenommen; man zählt an 50 solcher Kranke, doch ist das Uebel noch immer sporadisch. — Eine Ministerialverordnung sagt, daß bezüglich des neuen Gemeindegesetzes der Bürgermeister und die Räthe in Gemeinden, wo eine Kirche vorhanden ist, den Eid in die Hände des Seelsorgers daselbst abzulegen haben.

Insulten, die sich einzelne Soldaten gegen harmlose Bürger und Studenten in Prag zu Schulden kommen ließen, veranlaßten einen strengen Tagesbefehl des commandirenden General Grafen Khevenhüller an die Garnison, welcher solche Unzukömmlichkeiten strengstens verbietet. Auch hat er den zu ihm beschiedenen Redacteuren die Versicherung gegeben, daß das Tragen von nationalen Trachten keineswegs, wohl aber Abzeichen politischer Clubs und Verbindungen verboten worden.

Einer telegraphischen Depesche zufolge ist Bologna am 16. nach einem heftigen Bombardement von den k. k. Truppen besetzt worden. — General Haynau ist von Mestre angekommen und begibt sich ungesäumt zur ungarischen Armee, die heute ihre Operationen beginnen wird; — auf der Börse wollte man jedoch mit Bestimmtheit wissen, daß Ofenburg von den Magyaren besetzt worden. Es machte auf die Rauflust wenig Wirkung. Den hiesigen Hausherren wurde die freundliche Weisung gegeben, alle in den Häusern — zum Andenken des Bombardements — eingemauerten Kugeln sofort herunterzunehmen und sieht man auch bereits Arbeiter damit beschäftigt, die Spuren jener grauenvollen Zeit verschwinden zu machen. Wir erlebten nach längerer Zeit endlich wieder einmal eine standrechtliche Hinrichtung; doch ist noch nicht bekannt, wer der Hingerichtete sei.

Ofen und Temeswar sind noch immer in den Händen der k. k. Truppen; Peth dagegen soll brennen. (C. Z.)

Die „Neue Oderzeitung" bringt folgende Notiz über die russische Interventionsarmee: Ueber Myslowitz, Rambor gehen bloß 12,000 Mann Infanterie, die übrige russische Armee, welche für Ungarn bestimmt ist, zerfällt in folgende acht Colonnen: 1. Colonne: 17,000 M. Infanterie und Cavallerie, 900 Mann Art., 1100 M. Pion. ꝛc., den 7. Mai über Krakau nach Jordanow, General Sas Corpscommandeur. 2. Colonne: 20,000 M. Infant. und Cavall., den 11. Mai über Pileno nach der ungarischen Grenze. Oberbefehlshaber Rimitschess. 3. Colonne: 15,000 M. Inf., 2500 M. Cav. ꝛc., den 13. Mai über Rzeczow. 4. Colonne: 26,000 M. Inf., 6500 M. Cav. ꝛc., den 15. Mai über Lemberg. 5. Colonne: 7000 M. Inf., 1000 M. Cavall. ꝛc., den 15. Mai über Lemberg. 6. Colonne: 9000 M. Inf., 900 M. Cavall. ꝛc., sollen am 23. Mai in Lemberg einrücken und bleiben dort in Garnison. Oberbefehlshaber: General Lüders. 7. Colonne: 29,000 M. Infant. und Cavall. aus der Moldau und Walachei über die Bucowina nach Siebenbürgen. 8. Colonne: 40,000 M. Inf., Cavall. ꝛc., über die Bucowina nach Siebenbürgen, unter General Sier I. Zusammen 176,200 Mann. Die russische Armee läßt sich nicht einquartieren, sondern bivouakirt bloß: sie hat eine Million Bomben und Kugeln mit. Die Munition schaffen die zurückgelassenen Mannschaften in einzelne galizische Städte. Das Gespann führt die Armee durchgehends aus Rußland mit. 150,000 Korsetz Getreide und 12,000 Silberrubel als vorläufige Löhnung befinden sich bei jedem Corps. Von Lemberg aus marschiren 8 österreichische Batterien mit. Die russische Cavallerie soll gut sein, die Infanterie nicht.

Wenn die Nachrichten, welche die böhmischen, Wiener, südslavischen Blätter über neue Zuzüge der Russen bringen, auch nur zur Hälfte wahr sind, so muß sich eine wahre Sündfluth von Kosaken und Moskowitern über Ungarn ergießen. Aus Preßau, aus Krakau, aus Brody, aus Lemberg, aus Czarnowitz u. s. w. laufen täglich Berichte von der Ankunft neuer Truppencorps ein. Einem Schreiben, welches der „Lloyd" aus Hradisch vom 17. dieses Monats bringt, entlehnen wir folgende Mittheilungen: „Gestern Abend um acht Uhr haben russische Stabsoffiziere und Ingenieure nicht nur die Stadt, sondern auch unsere Schanzgräben besichtigt und aufgenommen. Die einzelnen günstigen Punkte in den die ganze Stadt umgebenden Gärten, Gartenvorsprünge und Terrassen sollen strategisch zweckmäßig mit Geschütz versehen werden. Wie man hier vernimmt, sollen über 100,000 Mann Russen mit mehr als 600 Kanonen vom schwersten Kaliber nach Mähren und besonders in unsere Gegend kommen. Die ganze, gegenwärtig sich schon auf circa 28,000 Mann belaufende russische Macht ist jede Stunde bereit, sich zu schlagen. Auch Stangen mit Pechkränzen sind auf den rings herum gelegenen Anhöhen errichtet worden, und überall stecken auf 4 Stunden in der Runde russische Vorposten. Niemand kann mehr weder nach Ungarn noch von Ungarn hierher kommen.

Einige Blätter sprechen von einer heißen Schlacht, die am 6. d. bei Raco (im Csaikisten-Bat.) zwischen Serben und Magyaren geschlagen wurde und wobei nach siebenstündigem mörderischen Kampfe der Sieg auf Seite der Serben geblieben sei. Nach der Aussage von Stratimirovich sei diese Schlacht die heftigste gewesen, die bisher im Bezirke des Csaikistenbataillons geschlagen wurde. Der Beleg hierfür klingt jedoch etwas seltsam; denn es heißt: Am rechten Flügel der Magyaren sind allein 30 Todte geblieben, die sie in der Eile nicht fortschaffen konnten. Auch heißt es, daß die Serben nur aus zwei in der Eile zusammengerafften Bataillons bestanden und 10 1- und 2pfündige Kanonen mit sich führten, wogegen sie von den Magyaren mit 3 Bataillons regulärer Infanterie, 4 Escadronen Cavallerie und 6 12pfündigen, dann 6 6pfündigen Kanonen angegriffen wurden, überdies auch noch von zwei Seiten umgangen waren.

** **Berlin**, 23. Mai. Die „Deutsche Reform" enthält in ihrer heutigen Nummer einen sehr beachtungswerthen Artikel, der die schon seit einigen Tagen durch unbestimmte Gerüchte und Angaben über eine Spaltung der Ansichten zwischen den königlichen Regierungen im Wesentlichen bedingt und überhaupt den Standpunkt zu bezeichnen sich bemüht, den die preußische Regierung der neuen Verwickelung gegenüber einnimmt. Daß auch das ministerielle Organ einen Riß zwischen Süd- und Norddeutschland nicht für geradezu unmöglich hält, ergibt sich aus dem Artikel selbst. Er lautet:

„Mit gespannter Erwartung greift man seit einer Reihe von Tagen jeden Abend nach dem „Staatsanzeiger"; man erwartet in dieser peinlichen Krisis eine folgenreiche, entscheidende Maßregel von dem Ministerium. Noch immer durchläuft das Gerücht die Stadt, das Ministerium wolle in diesen Tagen seine Organisation des Wahlrechts veröffentlichen — ein Gerücht, das wir weder für begründet noch unbegründet zu erklären im Stande sind. Wir unsererseits wissen und empfinden nur Eins: nicht auf die Publication des neuen Wahlgesetzes für Preußen warten wir, sondern auf etwas viel Wichtigeres und Umfassenderes: auf die Publication der deutschen Verfassung. Es beruht dies nicht bloß auf einer subjectiven Meinung von dem, was gut, ersprießlich, unerläßlich wäre, sondern wir haben einen Grund, ein Recht, die deutsche Verfassung in diesen Tagen zu erwarten. Das ganze Land erwartet dieselbe, es erwartet sie insbesondere das Rheinland. Wir bezogen in den königlichen Worten ein Pfand, das seine Einlösung durch entsprechende Maßregeln der Regierung verlangt; einer solchen Proclamation müssen Thaten auf dem Fuß folgen. Diese Proclamation hat in den rheinischen Landen die Empörung entwaffnet, sie hat die schwankenden Gemüther umgelenkt, den Bürger zur Fahne des Vertrauens zurückgerufen, und es ist eine Nothwendigkeit, daß in kürzester Frist der Inhalt dieser Proclamation eine Wahrheit werde. Wir verstehen indessen die Zögerung wohl. Preußen hoffte mit allen größeren deutschen Staaten im Einverständniß handeln und dem deutschen Volk etwas darbieten zu können, was nicht nur seinen Wünschen entspräche, sondern auch schon die Zustimmung der ausschlaggebenden Regierungen besäße. Auf dieser Seite, leider! haben, dem Vernehmen nach, neuerdings sich Hindernisse in den Weg gestellt, in einer Zeit, wo alle Theile zu besonderer Wachsamkeit sich doppelt und dreifach aufgefordert sehen sollten! Es verlautet, daß Oesterreich und Bayern Verzögerungen des Einigungswerkes der deutschen Fürsten herbeigeführt, daß sie Preußen im entscheidenden Moment, was immer der Grund sein möge, allein gelassen. Für Preußen kann dies nichts ändern: verkenne es seine Stellung und seine Aufgabe in Deutschland nicht! Die Gefahr ist da, das Ziel ist erkannt — es ziemt zu handeln! Nicht, als ob wir glaubten, es könne der von dem letzten Fragmente der Frankfurter Versammlung gefaßte Beschluß, dem nächstgrößten Königreich die von Preußen abgelehnte Kaiserkrone anzutragen, zur Wirklichkeit werden, und von dort aus eine Quelle neuer Verwürfnisse für Deutschland hervorbrechen. Die Besonnenheit der bayerischen Regierung, die gewiß vorhandene Einsicht über Bayerns natürliche Stellung zu Deutschland bürgt uns dafür, daß es einen solchen Antrag, der unter den obwaltenden Umständen auch nicht mehr ehrenvoll ist, mit sicherm Entschluß von sich fernhalten werde, selbst wenn jener letzte Bruchtheil der deutschen Nationalversammlung jetzt billigere Bedingungen darbieten, und andererseits die bayerischen Kammern vielleicht eben dahin andringen sollten. Wir fürchten nicht ein südwestliches Kleindeutschland, wir halten es für unmöglich, daß die große Bewegung des kritischen Jahres so eng und klein enden könne. Ein solcher Kern hätte keine Hoffnung des Wachsthums. Es werden alle Augen sehend durch die neuesten Vorgänge in der Pfalz und in Baden, es zeigt sich, wie sehr der Südwesten Deutschlands eines ganz anderen Anhaltes bedarf, um in sich selbst befriedigt zu werden und dem Ganzen nicht verloren zu gehen. Wir würden es tief beklagen, wenn Preußen im Moment der großen Entscheidung plötzlich des schon so zuversichtlich gehofften, so freudig begrüßten Einverständnisses der beiden größten süddeutschen Staaten entbehren müßte; aber es kann dies an seiner Aufgabe nichts ändern. Der Moment darf nicht verpaßt werden; zögern jene, so soll es vielleicht den Ruhm allein haben. Handere es denn nicht, die Stunden sind gezählt, kein Tag ist zu verlieren! Die vollendete Thatsache wird siegen. Wer jetzt zuerst das Annehmbare, das von dem Volk Ersehnte, das von den Umständen unabweislich Geforderte frei, offen und von Herzen darbietet, ihm wird Germania ihre Hand reichen!"

Das Verfassungsproject ist, wie die „Köln. Ztg." sagt, sicherem Vernehmen nach, fertig. Bezüglich der Regierungsform setzt es einen Reichsrath mit beschließender Stimme als höchste Bundesbehörde über Deutschland, und dem Könige von Preußen vindicirt es das Präsidium in demselben als Erbstatthalter Deutschlands. Daneben bestände das Volkshaus. Im Uebrigen aber sind noch manche einzelne Paragraphen der Verfassung vom 28. März so abgeändert, daß den einzelnen Staaten ein größerer Schutz gegen Verwandlung des Bundesstaates in den unitarischen Staat gegeben ist. Die Verfassung vom 28. März, wenn sie hätte ins Leben treten können, würde leicht eine Confusion aller Competenzgrenzen hervorgebracht haben. Es wird aber darauf ankommen, wie weit man mit diesem Schutze gegen Centralisation gegangen ist. Wir fürchten, man ist sehr weit gegangen, viel weiter, als die öffentliche Meinung, zumal in den kleineren Staaten, billigen wird. Wenn wir recht verstanden haben, so wird das liberum Veto, welches nach der Verfassung von 1815 jedem Einzelstaate in wichtigen Dingen zustand, nicht ganz untergehen, sondern in der Anzahl der Stimmen und in den Gegenständen beschränkt fortbestehen. Es wird in der Legislation, folglich auch in allen Dingen, die Zölle, Münzen u. s. w., Communicationsmittel, Kriegsverfassung, Gewerbewesen ꝛc. ꝛc. betreffen, den größeren Staaten ein virtes und den kleineren ein collectives Recht der Zustimmung zustehen, so daß 5—6 zum Veto berechtigten Stimmen vorhanden wären, wohingegen die Befugnisse von Abschnitt II Art. 1—III an Preußen allein, vielleicht unter berathender Mitwirkung eines Reichsrathes, übertragen werden würden. Damit wäre dem Particularismus das Mögliche nachgegeben, und doch zugleich die einheitliche Execution in den Angelegenheiten, in welchen sie am dringendsten nothwendig ist, hinreichend gewahrt. Unsere Partei darf sich noch immer mit dem Projecte befreunden, wenn es nur bald zur Publication und Ausführung gelangt. Da aber steckt noch Alles. Bayern erhebt unverhofft neue Anstände.

Die „Constitutionelle Zeitung" enthält folgenden bemerkenswerthen Artikel: Der insurgirten Rheinpfalz und dem „aufständischen" Großherzogthum Baden gegenüber befindet sich Preußen und die übrigen Staaten des Zollvereins in einer ganz eigenthümlichen Lage. Deutsche Staaten, Preußen an ihrer Spitze, haben einen freien, nach völkerrechtlichen Grundsätzen abgeschlossenen Handels- und Zollvereinigungsvertrag mit einander eingegangen, in Folge dessen ihre Grenze in Handelsbeziehungen und gegenüber von anderen Landen als eine einheitliche sich darstellt, wonach sie gemeinschaftliche Kassen haben und gegenseitig zu gleichmäßiger Uebung des Zollschutzes verpflichtet sind. Nun fallen aber nicht nur die Zollkassen in Baden und in der Rheinpfalz in die Hände der Aufständischen und der von ihnen niedergesetzten provisorischen Regierungen, sondern die Zollvereinsgrenze gegen die Schweiz und gegen Frankreich — bei directer Verladung auf dem Rhein zu Berg sogar gegen Niederland und Belgien — ist einer meuterischen Bevölkerung übergeben, welche sich, besonders früher, durch die höchste Virtuosität im Schmuggel auszeichnete und deren — von den Wogen der Empörung auf einen Tag hervorgehobenen — Führern nicht zu rathen wäre, in Constanz, Kehl, Ludwigshafen, Mannheim und an der rheinpfälzisch-französischen Grenze das deutsche Zollsystem ernstlich zu handhaben. — Dadurch sind aber nicht nur die Interessen des preußischen Staatsschatzes und die der Landeskassen der übrigen Vereinsstaaten bedroht und verletzt, es ist der Zollverein überhaupt auf das Höchste gefährdet. Es ist die vertragsmäßige Bürgschaft nicht mehr vorhanden, daß nicht große Massen von Colonialwaaren unverzollt nach Baden und Rheinpfalz eingeführt werden. Den Ausfall, welchen die Zollvereinskasse dadurch erleidet, müssen die Bewohner Preußens, Sachsens, Altbayerns durch andere Steuern aufbringen und der redliche Kaufmann dieser Länder wird gegen den, der sich aus den anarchischen Schmuggellanden des südwestlichen Deutschlands versorgt, in schweren Nachtheil gerathen. Mautpausen im Elsaß wird nicht säumen, seine weitberühmten Kattune in großen Massen nach dem aufständischen badischen Oberlande zu liefern; um den Zollschein wird sie dort Niemand

*) Die Redaction nimmt den Artikel als Tagesgerücht auf, lehnt aber die Bürgschaft für die Wahrheit ab.

fragen. Welch ein schwerer Schlag wird das für unsere Berliner Kattundruckereien sein! Lyoner und St. Etienner Seidenwaaren und Seidenbänder werden unverzollt auf den vereinsländischen Märkten mit den Producten des Gewerbfleißes von Crefeld und Elberfeld concurriren, und die Männer, welche sich vorzugsweise Patrioten, Freunde der Arbeiter nennen, die Injurgenten der Rheinpfalz und des Großherzogthums Baden sind es, welche unserer ohnehin schon so sehr danieder liegenden Industrie diese blutigen Wunden schlagen! — Wir halten die Regierungen der Vereinslande und insbesondere Preußen für eben so verpflichtet als berechtigt, mit aller Kraft die verletzten Rechte und Interessen ihrer Unterthanen auch in dieser Beziehung zu wahren.

† **Berlin**, 23. Mai. Man spricht von einem französischen Courier, welcher hier durch nach Wien gereist, um wider den Einmarsch der Russen in Ungarn zu protestiren; auch will man aus Privatbriefen von einer neuen bedeutenden Niederlage der Oesterreicher durch die Ungarn wissen. — Der ehemalige Redacteur der „Deutschen Reform", Dr. Oldenberg, wird, wie man sagt, nach London gehen, um dort ein allgemeines Correspondenzinstitut für die deutschen Zeitungen zu begründen. — Man erzählt sich, daß die Armeecorps bei Halle, Erfurt, Hamm, nebst den Truppen am Rhein, zu einer großen Westarmee zusammengezogen werden sollen, deren rechten Flügel Graf von der Gröben, den linken hingegen General von Neumann commandiren soll. Letzterer soll durch Sachsen und Bayern verstärkt werden. Den Oberbefehl über das ganze Corps soll General von Holleben führen. — Obgleich die Zurückberufung der diesseitigen Reichsdeputirten bereits seit mehr als acht Tagen erfolgt ist, bezogen dieselben dennoch ihre Diäten weiter und besaßen den Rießbrauch der Portofreiheit. Seit gestern hat Beides laut Bekanntmachung des Handelsministers v. d. Heydt aufgehört.

Posen, 21. Mai. Die „Pos. Ztg." enthält nachstehende Bekanntmachung:

„An die Bewohner des Großherzogthums Posen. Bei den vielfachen Beweisen, welche unser König dem Lande gegeben hat, daß es sein ernstlicher, redlicher Wille sei, seine Verheißungen zu erfüllen, ist es Pflicht jedes ehrenwerthen Mannes, diesen zu vertrauen. Nichtsdestoweniger unterliegt es keinem Zweifel, daß eine verwerfene Partei im Staate damit umgeht, Gesetz und Ordnung umzustürzen, und daß die in ihr gehörenden Personen sich schamlos der nichtswürdigsten Mittel bedienen, um die Massen aufzuregen. Von dem gesunden Sinn des größeren Theils der Bewohner der Provinz läßt es sich nun zwar erwarten, daß sie sich mit Verachtung von solchen hochverrätherischen Aufwieglern abwenden werden, wohl aber konnte sich ein Theil der Bevölkerung von deren Vorspiegelungen zu Hoffnungen, welche für sie, so wie für die ganze Provinz die traurigsten Folgen nach sich ziehen würden, verleiten lassen. Die unterzeichneten oberen Provinzialbehörden halten es daher in dieser ernsten Zeit für ihre heiligste Pflicht, die Bewohner des Großherzogthums aufzufordern, sich ruhig in den Schranken der Gesetze zu verhalten und Alles, was zu Aufregungen Veranlassung geben könnte, zu vermeiden. Sie halten sich auch zu der feierlichen Erklärung verpflichtet, daß, wenn sich wider alles Vermuthen Behörde zu Ungesetzlichkeiten oder gar zu offenem Aufruhr verleiten lassen sollten, sie gegen diese ohne alle Rücksicht einschreiten werden, und das diesmal vermittelst ein strenges Gericht die Anstifter des Aufruhrs treffen würde, wozu das Gesetz vom 10. Mai c. dem commandirenden General nach Erklärung des Belagerungszustandes das Recht ertheilt. Posen, 20. Mai 1849. Der interim. commandirende General v. Brünneck. Der Oberpräsident v. Beurmann."

Königsberg, 19. Mai. Zur Besprechung der jüngsten Ereignisse fanden sich heute im Kneiphöf'schen Saale, der mit deutschen Fahnen passend ausgeschmückt war, 43 Deputirte unserer Provinz ein. Zum Vorsitzenden wurde Köhler aus Marienwerder, zum Ordner Flottwell aus Elbing und zum Schriftführer Magnus aus Königsberg durch Acclamation ernählt. Zuerst wurde der Antrag Schenkel's aus Marienburg auf Vertagung des heutigen Städtetages und Ansetzung eines andern abgelehnt. Dann wurde eine Commission gebildet, um die vorliegenden Anträge in die Arbeit zu vereinigen und Anschläge zu machen, ob behufs der Ausführung eine Petition zweckmäßig sei. Die Commission arbeitete Beschlüsse aus und die Versammlung nahm, nachdem sie sich auf eine Stunde vertagt hatte und wieder zusammengetreten war, nach zweimaliger Vorlesung selbige an. Die Beschlüsse lauten:

„Der Städtetag in Erwägung, daß die verfassunggebende Reichsversammlung zu Frankfurt a. M. die Gesammtheit des deutschen Volkes vertritt, und ihr Ausspruch oberstes Gesetz für ganz Deutschland ist; in Erwägung, daß daher die deutsche Reichsverfassung, wie sie am 28. März d. J. von der Reichsversammlung verkündigt worden, gesetzliches Gesetz ist; in Erwägung, daß das, in die preußische Gesetzsammlung aufgenommene, Gesetz vom 17. October jeden Angriff auf die Reichsversammlung, um sie auseinanderzutreiben, jene Mitglieder aus ihr zu entfernen, oder dieselbe zur Fassung oder Unterlassung eines Beschlusses zu zwingen, als Hochverrath bestraft; in Erwägung, daß nach dem Reichsgesetz vom 28. Juni 1848 über die provisorische Centralgewalt die blutige Intervention der preußischen Regierung im Königreich Sachsen eine eigenmächtige und ungesetzliche Maßregel ist; in Erwägung, daß die bisherige Politik der preußischen Regierung unser Vaterland in unsägliche Verwirrnisse gestürzt, Bürgerkrieg entzündet hat, und den Nothstand des Volkes aufs Aeußerste treibt, erklärt, daß nach seiner innigsten Ueberzeugung eine Rettung der Ehre und des Glücks unseres theuren Vaterlandes nur noch möglich ist, wenn 1) das Ministerium Brandenburg-Manteuffel sofort entlassen und durch ein volksthümliches ersetzt wird, 2) die deutsche Reichsverfassung unverzüglich eingeführt, 3) die Kammern ohne Abänderung des auch in der Verfassung vom 5. December 1848 garantirten Wahlgesetzes sofort einberufen werden, 4) das soeben mit der deutschen Verfassung, als auch mit der octroyirten Verfassungsurkunde vom 5. December 1848 im Widerspruch stehende, und einen unerhörten Militärdespotismus enthaltende Gesetz über den Belagerungszustand vom 10. d. M. sofort zurückgenommen wird, 5) die bisher befolgte äußere Politik der preußischen Regierung, namentlich das rasche österreichische Bündniß aufgegeben, der von der deutschen Centralgewalt wieder aufgenommene dänische Krieg mit voller Energie zu Ende geführt, und die eben so schmachvolle, wie verderbliche Blokade der deutschen Häfen durch einen ehrenvollen Frieden aufgehoben wird. Königsberg, den 19. Mai 1849."

Köln, 22. Mai. Die Nachricht der „Köln. Ztg." über einen Aufstand in Münster-Eifel ist, nach der Mittheilung des Landrathe, unbegründet. (Pr. Staatsanz.)

Köln, 23. Mai. Gestern Nachmittag gegen 6 Uhr traf die Magdeburger Landwehr, 26. Regiment, auf der Mindener Bahn hier ein und wurde von ihren Landsleuten, den hier liegenden Sechsundzwanzigern, den Stadtcommandanten an der Spitze, mit klingendem Spiel abgeholt und beim Einzuge in die Stadt mit lautem Hurrah von den Soldaten begrüßt.

Trier, 21. Mai. Wie wir eben vernehmen, ist die Stadt Saarbrücken in Belagerungszustand erklärt, weil die aufgelöste Bürgerwehr sich weigert, die Waffen niederzulegen. — Verflossene Nacht ist wieder ein Bataillon des 27. Infanterieregiments, das in Büchenbauern stand, hier eingetroffen; eben so die erste vor wenigen Tagen von hier abgegangene Batterie der reitenden Artillerie, wegegen zwei Compagnien des 35. Regiments nach Wittlich ausgerückt sind. — Wie man vermuthet, werden wir bald noch mehr Truppen hierher bekommen, da die Grenze nach der Pfalz zu stark besetzt werden soll.

§ **Trier**, 23. Mai. Die Verhaftung des früheren Berliner Abgeordneten, Dr. Grün, soll wegen der intellectuellen Urheberschaft an dem Sturme des Prümer Landwehrzeughauses erfolgt sein. Es wird gerügt, daß derselbe durch ein Militärcommando und auf Grund eines Verhaftsbefehles des hiesigen Regierungspräsidenten vor sich gegangen ist und nicht in Gegenwart eines richterlichen Befehles, wie es unsere Gesetze wollen. Als der directen Theilnahme an dem erwähnten Ereignisse verdächtig werden außerdem steckbrieflich verfolgt: der Advocat Schily, der Literat Imandt, der Kaufmann Delahaye, Schönfärber Vallut, Posamentier Seydel, Tabakfabrikant Varnin von hier und der Kaufmann Thibeauville von Prüm, alle der entschieden demokratischen Partei angehörend. Soviel bis jetzt bekannt ist, hat es noch nicht gelingen wollen, eine der genannten Personen zur Haft zu bringen. — Die auf gestern anberaumt gewesene Versammlung der Landwehrmänner des 30. Regiments, die heute eingeleitet werden, ist auf Grund des Art. 37 der preußischen octroyirten Verfassung vom 5. Dec. v. J. von der Regierung verboten worden. Durch ein gestern angeschlagenes Plakat ist denn auch von dem Landwehrausschusse die fragliche Versammlung zurückgenommen worden und die Absicht ausgesprochen, die Einkleidung vornehmen zu lassen, da „im gegenwärtigen Augenblicke kein Mittel da sei, um die Einkleidung zu verhindern". Die Stimmung unter den Wehrmännern, die nur gezwungen dem an sie ergangenen Rufe folgen, ist düster, man mag dagegen anführen, was man will. Die Ruhe der Stadt ist fortwährend musterhaft, da die beliebtesten demokratischen Parteiführer theils auf der Flucht, theils im Gefängnisse sind. Man vermeidet mit großer Vorsicht jeden Conflict. Der Ausfall der Wahlen in dem benachbarten Frankreich hat in unserer durch ihre eigenen Wahlen ja sattsam bekannten Stadt freudige Sensation hervorgerufen; man gibt sich den kühnsten Hoffnungen hin und scheint darüber die momentane gedrückte Lage zu vergessen. Sie wissen, daß der trierische Volkscharakter in seiner Beweglichkeit und rapiden Auffassungsweise schon sehr das nachbarliche französische Element verräth. Die öffentliche Meinung gestaltet sich hier ganz in der bekannten französischen Weise wunderbar schnell zu einer bestimmten Formel, sie schwillt schnell zur sanguinischen Hoffnung, aber sinkt auch eben so schnell zur deprimirten Stimmung. Der Grundzug des Volkscharakters ist jedoch durchgehende Ehrlichkeit, die sogar nicht selten die bekannte Begleitung der Plumpheit durchblicken läßt.

In **Augsburg** fand am 20. d. auf Veranlassung des Märzvereins eine Volksversammlung statt, über welche jedoch die dortigen Blätter ziemlich wortkarg sind. Die Postzeitung gibt die Zahl der Theilnehmer auf 3—400 Parteileute und 3—4000 Neugierige an; andere Blätter schätzen sie auf 8—10,000 Köpfe. Unter den Rednern über die deutsche Reichsverfassung war auch ein Ungar. Die Verfassung wurde beschworen und eine Adresse an die Kammer der Abgeordneten angenommen. (N. C.)

⊙ **Stuttgart**, 22. Mai. Die zweite Kammer fuhr in ihrer heutigen Sitzung mit Berathung des Wahlgesetzes fort, kam aber nur zu Artikeln von untergeordneter Bedeutung. Ein Gesetzesentwurf, betreffend die Beiziehung der Amtswohnungen zur Besoldungssteuer, wurde ohne Discussion angenommen. — Unsere Stadt ist nun ganz von Truppen entblößt, da dieselben an die badische Grenze gezogen sind; auch die Garde wird morgen abgehen. Die Bürgerwehr hat die Wachen bezogen. Der Ernst der Ruhe und der Gesetzlichkeit herrscht fortwährend in der Stadt. Die Königin nebst den Prinzessinnen ist nach Rüsingen gereist. In mehreren Städten des Landes wird, den Maßregeln der Regierung vorauseilend, die Bewaffnung der Bürgerwehr auf die Reichsverfassung begonnen. Die Bundestruppen rücken mit der größten Willigkeit in ihre Garnisonen ein.

⊙ **Stuttgart**, 23. Mai. In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten kündigte heute Becher eine Interpellation an den Kriegsminister an, des Inhalts, ob württembergische Truppen mit dem Reichsfeinde (Preußen und Bayern) gegen ein Reichsland (Baden) operiren werden, denn der Vorwand, das Reich müsse Ruhestatt besitzen, könne nicht beruhigen und Baden dürfe dermalen nicht als außerhalb des Reichsgebiets liegend angesehen werden. — Mit der Berathung des Wahlgesetzes für eine verfassunggebende Versammlung gelangte die Kammer heute zu Ende. Der Antrag von Ruoff, daß die öffentlichen Diener, welche zu Abgeordneten gewählt werden, ihre Stellvertreter zu besolden haben, und der Ueberschuß der Besoldung den sie salarirenden Kassen anheimfalle, konnte die Stimmenmehrheit nicht erhalten, dagegen wurde Schnitzers Amendement angenommen, daß Staatsdiener, welche gewählt werden, während der Dauer der Versammlung entweder auf ihre Besoldung, oder auf die ständischen Diäten zu verzichten haben, wogegen der Stellvertreter auf Staatskosten angestellt wird. Ebenso wird der Antrag des Frhrn. v. Hornstein einstimmig gutgeheißen: Reichstagsabgeordnete, deren Beruf eine Stellvertretung weder in der Reichsversammlung, noch in der Ständeversammlung Württembergs zuläßt, sind nicht wählbar. Der Abgeordneten-Eid, welchen überhaupt Freiherr von Hornstein und Osterdinger für unpraktisch erkannten, lautet also: „Ich schwöre als Mitglied der zur Revision der Verfassung berufenen Versammlung das Wohl des Königs und des Vaterlandes gewissenhaft zu wahren, und ohne alle Rücksichten nach freier eigener Ueberzeugung mitzuwirken zu einer der deutschen Reichsverfassung und den Grundrechten des deutschen Volkes entsprechenden Aenderung der Landesverfassung." Wer sich der unbedingten Ablegung dieses Eides weigert, verzichtet auf seine Stelle als Abgeordneter. Nach dem Commissionsantrag wird die Bestimmung, daß Staatsbezirksbeamte innerhalb des Bezirks ihrer Amtsverwaltung, und Dekane und Bezirksschul-Inspectoren innerhalb des Bezirks, in welchem sie wohnen, nicht gewählt werden können, in das Gesetz aufgenommen, wie sich dieselbe auch schon in der Verfassungsurkunde findet. Als während der Debatte wieder viel von Servilismus und nachmärzlichem Liberalismus, von Reaction und Furcht, daß die Märzerrungenschaften genommen werden könnten, die Rede war, bemerkte Staatsrath Römer: Wer den Teufel immer an die Wand malt, der ruft ihn endlich herbei! Ich kenne den Servilismus von Staatsdienern wie von Gemeindebeamten, den Servilismus gegen Regierungen wie gegen den Pöbel, und letzterer ist noch schlimmerer Natur. Was aber die Rechte des Volkes betrifft, so würde ich, wenn je eine auswärtige Macht es wagen sollte, diese den anzutasten, der erste sein, um den Antrag zu stellen, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. (Zustimmung.) Die Schlußartikel des Gesetzes enthalten folgende Bestimmungen: Der Versammlung ist die Wahl ihres Präsidenten und Vicepräsidenten freigegeben. Die Taggelder sind wie bisher 5 fl. 30 kr., die des Präsidenten der doppelte Betrag der Taggelder eines Abgeordneten. Nach beendigter erster Lesung der neuen Verfassungsbestimmungen wird eine zweite Lesung vorgenommen, und erst die bei dieser gefaßten Beschlüsse können an die Staatsregierung gebracht werden. Zwischen der Beendigung der ersten und dem Beginne der zweiten Lesung müssen mindestens acht Tage in der Mitte liegen. Zur Gültigkeit jedes Beschlusses ist die Anwesenheit von zwei Drittheilen der Mitglieder der Versammlung nothwendig. Motivirte Abstimmungen sind unzulässig. Mit 59 gegen 16 Stimmen wird der Zusatz genehmigt: an die Stelle des Geheimeraths tritt in Beziehung auf die Berathung der Verfassungsänderungen und den Verkehr zwischen der Staatsregierung und der einzuberufenden Versammlung das Gesammtministerium. Auch wird Zwerger's Antrag genehmigt: eine Vertagung der verfassungsberathenden Versammlung kann höchstens auf 4 Wochen geschehen, im Fall einer Auflösung muß spätestens binnen 3 Monaten eine neue Versammlung einberufen werden. Das ganze Gesetz wird mit 68 gegen 7 Stimmen angenommen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matter.

Cours der Staats-Papiere. 25. Mai 1849. (Schluß der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	73½	72½
»	ditto ditto . .	4	57½	57
»	ditto ditto . .	2½	35⅛	35
»	Bank-Actien à D. .		1100	1050
»	1.250Loose a. Rotz.		74	73¼
»	à 500 » ditto		152	121½
»	Oesterr. Obligat.	5	66½	—
»	ditto ditto	4	61	—
Preußen	Staatsschuldscheine	3½	80½	80
»	Prämienscheine . .		—	100
Bayern	Obligationen . . .	4½	78¼	77⅝
Darmstadt	à 50 Loose . . .		69	68½
»	à 35 ditto . . .		21	20¾
»	Obligationen . . .	3½	77½	77
»	ditto	3	85	84½
Nassau	Obligationen v. 1840	4½	92½	92
»	à 50 Loose v. 1829		47	—
»	à 35 Loose . . .		25½	25¼

Gold.	fl.	kr.
Pistolen	9	59
Pr. Friedrichsd'or	9	50
Holl. 10 fl. Stücke	10	7
Rand-Ducaten . .	5	40
20 Francsstücke	9	41
Engl. Souvereins	11	5

Silber.	fl.	kr.
Gold al Marco . .	383	—
Laubth., ganze . .	—	—
Preuss. Thaler . .	—	—
5 Frankenstücke .	—	—
Hochhaltig Silber	21	30
Gering u. mittelh.	21	20

Wechsel-Cours.		
Den 25 Mai	Papr.	Geld.
Amsterdam (K.S. (100 fl. Crt.)	101½	101⅛
Augsburg (K.S.	—	100⅝
Berlin . . (K.S.	—	103½
(60 Thlr.)		
Bremen (50	—	99½
Rthlr.) (K.-Sicht		
Hamburg . (K.S.	8.½	—
(100 Mk. Bco.)		
Leipzig (52	—	103½
Thlr.) (K.S.		
London . . (K.S.	—	121½
(10 Livr. St.)		
Lyon . . . . K.S.	95½	—
(300 Fr.)		
Mailand (250 K.S.	100½	—
Lit. Austr.)		
Paris . . . (K.S.	—	80⅝
(300 Fr.)		
Wien (100 fl. K.S.	100⅛	—
in fl. 20 F.		

Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Kurhessische Loose . . .	27½	27
Sardinische Loose . . .	25½	25
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Minden	77½	77⅛
Ludwigsh.-Berbach . .	87½	87⅛
Prinz-Wilhelm-Nordbahn	24½	23½

Disconto . . . . — ½

A. Sulzbach, beeid. Makler.

Nach der Börse: 3½ pCt. bei — fl. 1 pCt. Agio. — Taunusbahn-Actien pr. Pfr. —; Ludw.-Berb. —; F.-W.-Nordb. — fl.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Extra-Beilage zu Nro. 123.) 25. Mai 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

227. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident Reh.

‖ **Frankfurt**, 25. Mai.

Die Sitzung wird um 12½ eröffnet. Der Vorsitzende zeigt den Austritt der Abgg. Gier, Markus, Böcler, Johannes an. Das Ministerium des Kriegs zeigt in einer Zuschrift an, daß es wegen der neulichen Interpellation des Abg. Nagel aus Balingen bei dem Obercommando angefragt habe, und nur dessen Antwort abwarte, um die Interpellation zu beantworten. — Ein Flottenbeitrag von 57 Gulden ist eingelaufen. — Der Vorsitzende ertheilt hierauf das Wort dem Abg. Hagen, welcher erklärt, er habe im Namen der Stadt Heidelberg die Einladung an die Versammlung zu richten, ihren Sitz in die Stadt Heidelberg zu verlegen, falls sie sich in Frankfurt für gefährdet hielte; sie würde daselbst ihre Sitzungen in der großen Universitätsaula halten können. (Brave.) Der Vorsitzende meldet bei Gelegenheit einer Berichterstattung über die Revision der Abtheilungen, daß der nominelle Bestand der Versammlung 292 Mitglieder beträgt, wovon ein Theil theils mit theils ohne Urlaub abwesend ist. Der Vorsitzende schlägt in Beziehung darauf, daß das Ministerium sich bereit erklärt habe, die Neuwahlen zu veranlassen, vor, man möge dasselbe ersuchen, es zu thun, das Bureau werde die Einberufung der Stellvertreter übernehmen. Abg. Simon von Trier stellt hingegen den Dringlichkeitsantrag, daß die Wahlkörper in unwillfährigen Staaten durch das Bureau aufzufordern seien, die Wahlen selbstständig vorzunehmen. Die Dringlichkeit wird dem Antrage zugestanden. Die Abgg. Biedermann und Jucho wollen, daß dieser Antrag an den Geschäftsordnungsausschuß verwiesen werde. Abgeordneter Simon erklärt sich unter der Bedingung für die Verweisung seines Antrags an den Geschäftsordnungsausschuß, daß derselbe schleunigst berichte. Die Abgg. Titus und Würth stellen den dringlichen Antrag, die provisorischen Regierungen von Baden und der Pfalz anzuerkennen, und die beiden provisorischen Regierungen aufzufordern auf dem bisher betretenen Wege fortzuschreiten. Dem Antrage wird die Dringlichkeit nicht zugestanden. Ein zweiter dringlicher Antrag des Abg. Spatz, den Widerspruch der renitenten Einzelstaaten als nichtig zu erklären, die Gesammtheit der Staatsbürger solcher Staaten für berechtigt zu erklären, sich der Reichsverfassung unterzuordnen, geht an den Dreißigerausschuß. Der Vorsitzende verkündigt hierauf den Uebergang zur Tagesordnung. Die Berathung des vom Dreißigerausschusse vorzulegenden Entwurfs zu einem Aufrufe an das deutsche Volk, ist der Gegenstand der Tagesordnung. Abg. Nauwerck trägt im Namen des Dreißigerausschusses darauf an, daß der Entwurf des Aufrufes als dringlich sogleich in Berathung gezogen werde. Abg. Uhland trägt den vom Dreißigerausschusse vorgelegten Entwurf vor, welcher mit Beifall hingenommen wird. (Wird nachgetragen.) Die Minorität des Ausschusses (Welcker, Zacharia) stellt einen Zusatzantrag, welcher dahin geht, jede fremde Einmischung in die deutschen Angelegenheiten abzuweisen. Der Vorsitzende will den Aufruf dem Drucke übergeben und ihn auf die nächste Tagesordnung setzen. Die Abgeordneten Simon von Trier und Nauwerck erklären sich gegen eine Verzögerung und wollen sofortige Berathung.

Abg. Freudentheil will, daß der Entwurf gedruckt und auf die morgige Tagesordnung gesetzt werde. — Die Versammlung entscheidet sich mit 87 gegen 34 Stimmen für augenblickliche Berathung des Entwurfs. — Abg. Buß findet den Entwurf sehr gesetzlich und gemäßigt, jedoch nicht für die Ansichten des ganzen deutschen Volks berechnet. Für jene Theile des Volkes, welche der Redner und die Abgeordneten der großdeutschen Partei vertreten, hat er etwas Aufregendes. Der Redner erklärt sich für das Amendement Zacharia's Um der moralischen Wirkung keinen Abbruch zu thun, solle man z. B. darin erwähnen, daß man entfernt davon sei, eine Bewegung, wie die badische, anzuerkennen. Diese Bewegung, meint der Redner, stodt schon und wird an sich selbst zu Grunde gehen. (Widerspruch links.) Der Redner will, daß die Adresse noch einmal in Ueberlegung gezogen, und den Ansichten der großen Mehrheit der abwesenden Abgeordneten Rechnung getragen werde. Wo nicht, so ersucht er die Versammlung für die Minorität um die Berechtigung, auch eine Erklärung in ihrem Sinn zu erlassen. Abg. Simon aus Trier. Wenn man in dem Entwurfe eine Erwiederung auf die Verdächtigungen vermißt, welche die renitenten Regierungen gegen die Nationalversammlung schleudern, so bemerke ich, daß wir den Abgeordneten Uhland mit der Abfassung des Entwurfs beauftragten, weil dieser Abgeordnete an sich der lebendige Protest der Aesthetik und der Bildung gegen die Brutalität unserer Gegner ist. Das Amendement des Abg. Welcker bezieht sich unzweifelhaft auf die Franzosen. Gegen die Russen hat Niemand protestirt. In dem jetzigen Augenblick fühle ich mich für ein solches Amendement gar nicht geneigt. Den Despotismus läßt man sich gewiß nicht auf den Hals rücken, um sich dann nicht mehr dessen erwehren zu können. Abg. Biedermann erklärt sich überhaupt gegen jede Proclamation, weil die Versammlung nicht berufen ist, Empfindungen auszudrücken, sondern Beschlüsse zu fassen. Empfindungen auszudrücken kann man auch der Minorität nicht verbieten. Der Redner erkennt die Vorzüge des Entwurfs des Abg. Uhland an, wünschte jedoch, daß der Minoritätszusatz aufgenommen werde. — Ein von 20 Mitgliedern unterschriebener Antrag auf Vertagung der Abstimmung über den Entwurf auf morgen wird angenommen. — Abg. Simon berichtet im Namen des Dreißigerausschusses, daß derselbe in Beziehung auf den Nauwerckschen Antrag, der Versammlung folgenden Antrag als dringlich anempfehle: „Die Truppen solcher Staaten, welche die Verfassung nicht als rechtsgiltig anerkennen, sind ihrer zweideutigen und schwierigen Stellung entweder durch Vereidigung auf die Verfassung, oder durch Entfernung von dem Gebiete verfassungsfreundlicher Staaten zu entheben. Das Ministerium ist zu ersuchen, sich bis morgen zwölf Uhr zu erklären, ob es diesen Beschluß durchzuführen gesonnen ist." — Abg. Simon begründet diesen Antrag des Ausschusses in kurzen Worten, er wird alsdann zur namentlichen Abstimmung gebracht. Der Antrag wird mit 97 gegen 60 Stimmen angenommen. Der Antrag des Abg. Nauwerck: „Die Nationalversammlung stellt sich unter den Schutz des freistaats Frankfurt und der gesammten deutschen Nation, das Bureau setzt sich mit den Behörden Frankfurts ins Einvernehmen", wird abgelehnt. Die Sitzung wird um 3 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung morgen Samstag 26. Mai.

** **Frankfurt**, 25. Mai. Nicht der Abgeordnete A. W. Zöllner aus Chemnitz befand sich unter denjenigen Mitgliedern der Nationalversammlung, welche gestern ihren Austritt angezeigt haben, sondern der Abgeordnete Joh. Zeltner aus Nürnberg.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 24. Mai. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung der freien Stadt Frankfurt lagen folgende Gegenstände zur Berathung vor: 1) Austrittserklärung von Dr. Hoffmann. 2) Dr. Kugler beantragt als dringlich die Abänderung des Art. 16 der Geschäftsordnung, in der Art, daß keinem Redner das Wort zum zweiten Male gegeben werden solle, bevor alle eingeschriebenen Redner gesprochen haben. Der Antrag wird an den Ausschuß für Geschäftsordnung gewiesen. 3) Vortrag des Senats, betreffend die von der constituirenden Versammlung beantragte zeitweise Aufhebung des Bürgerwehrgesetzes Art. 7 in Beziehung auf die jungen Leute unter dem vorgeschriebenen Alter und die Handwerksbursche, mit dem Wunsche um Berücksichtigung der gemachten Bemerkungen. Der Vortrag geht an den Wehrausschuß. 4) Abg. Jung beantragt, an den Senat die Frage zu richten: ob das Gerücht gegründet sei, daß eine vermehrte Truppenmacht hier zusammengezogen und deßhalb die Stadt selbst stark belegt werden solle, und was der Zweck dieser Maßregel sei? Die Anfrage wird beschlossen. 5) Petition des freiwilligen Artilleriecorps um Anschaffung neuer Geschütze. An den Volkswehrausschuß. 6) Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Einführung des Waffenrockes und des Helmes bei dem hiesigen Linienmilitär. Der Ausschuß ist nur für allmälige Einführung und beantragt die Nichtbewilligung des Ergänzungscredits von 8378 fl. 20 kr. An der Debatte nahmen Theil: Schmidt, Bürgermeister Cöster, Dr. A. Friedleben, Herwig, Dr. Stein, Dr. Reinganum, Debary, Dr. Braunfels, worauf der Antrag angenommen wird. 7) Dr. Friedleben bringt eine am 4. Mai gestellte Interpellation in Erinnerung, auf welche der Senat die begehrte Antwort noch nicht ertheilt habe. Auf eine Bemerkung von Hessenberg hat die Sache keine weitere Folge. 8) Fortsetzung der Berathung des Verfassungsentwurfs. Vierter Abschnitt. Von dem Volksrathe. Erste Abtheilung. Zusammensetzung und Wahl des Volksraths. Art. 66. „Die Stadtgemeinde wählt achtzig, die verrichten Landgemeinden wählen sechzehn Abgeordnete." Auf eine Bemerkung von Dr. Kugler, daß bei Art. 75 Amendements werden eingebracht werden, welche von Einfluß auf diesen Artikel sein können, und nach einigen Gegenäußerungen von Dr. Reinganum und Dr. Braunfels wird die Berathung bis nach Art. 75 ausgesetzt. Art. 67. „Wähler ist jeder großjährige Staatsbürger an dem Orte, wo er im Gemeindebürgerrechte steht. Ist er Bürger mehrerer Gemeinden, so darf er nur in einer stimmen und muß vor dem Wahltage sich darüber erklären, in welcher Gemeinde er sein Stimmrecht ausüben will." Hierzu schlägt die Verfassungscommission als Ausnahmen vor: 1) diejenigen, welche unter gerichtlicher Vormundschaft stehen; 2) diejenigen, welche von den Assisen zu Strafen verurtheilt worden sind, ausgenommen solche wegen politischer und Preßvergehen. Dr. Jucho stellt einen Zusatzantrag. Dr. Schwarzschild trägt auf ein besonderes Wahlgesetz an, das über die Ausnahmen verfügen soll; Dr. A. Friedleben will nur diejenigen vom Wahlrechte ausschließen, welchen das Strafgesetz solches abspricht, und die diesfallsigen Bestimmungen diesem überlassen. Dr. Jucho modificirt seinen Antrag. Dr. J. Friedleben und Dr. Reinganum beantragen Abweisung aller Ausnahmen. Außer den Genannten nahmen noch an der langen Debatte Theil: A. May, Dr. Stein, Dr. Braunfels, Dr. Burkard und Sen. Hessenberg als Berichterstatter. Alle von Abgeordneten gestellten Anträge werden verworfen, dagegen aber diejenige der Verfassungscommission angenommen, sodaß der Art. 67 nun lautet: „Wähler ist jeder großjährige Staatsbürger an dem Orte, wo er im Gemeindebürgerrechte steht. Ist er Bürger mehrerer Gemeinden, so darf er nur in einer stimmen und muß vor dem Wahltage sich darüber erklären, in welcher Gemeinde er sein Stimmrecht ausüben will. Vom Wahlrechte sind ausgenommen: 1) diejenigen Personen, welche unter gerichtlich angeordneter Pflegschaft stehen; 2) diejenigen, welchen durch rechtskräftige Erkenntnisse der Vollgenuß der bürgerlichen Rechte entzogen ist, insofern sie nicht wieder in denselben eingesetzt sind. Urtheile wegen politischer Vergehen und Verbrechen schließen nicht aus." Art. 68. „Vor der Wahl werden Verzeichnisse der Wahlberechtigten aufgestellt. Die Einrichtung dieser Verzeichnisse und die Bildung der Wahlbehörden wird durch ein Gesetz bestimmt." Angenommen. Art. 69. „Der Regierungsrath hat die Wahlen im Laufe des Monats October anzuordnen. In Gemäßheit einiger Bemerkungen des Abg. Finger wird der Artikel so abgefaßt: „Der Regierungsrath hat die Wahlen im Laufe des Monats October anzuordnen und das Ergebniß bekannt zu machen." Art. 70. „Wählbar ist jeder Wähler ohne Rücksicht auf den Wahlbezirk, dem er angehört, so daß Bürger der Stadtgemeinde in dem Landbezirke, und Bürger der Landgemeinden in der Stadt gewählt werden können." Angenommen. Art. 71. „Gewählt sind diejenigen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, vorausgesetzt, daß die Anzahl dieser Stimmen nicht weniger als den vierten Theil der Abstimmenden beträgt. Wird wegen eines Mangels in dieser Beziehung eine zweite Abstimmung erforderlich, so genügt bei dieser relative Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos." Angenommen mit der Abänderung, daß der Schluß des ersten Satzes heißt: „den vierten Theil der Zahl der Abstimmenden beträgt." Art. 72. „Ist ein Bürger in beiden Wahlbezirken ernannt, so hat er in der ersten Sitzung des Volksrathes zu erklären, welche der beiden Wahlen er annehme. Unterbleibt diese Erklärung, so steht dem Volksrathe selbst die Entscheidung zu." Gegen und für diesen Artikel sprachen Dr. Mappes, Dr. J. Friedleben, Dr. Braunfels, Dr. Burkard, Dr. Kugler, und nach mehreren anderen Bemerkungen wurde beschlossen, den Art. 73 vor den Art. 72 zu setzen und denselben folgende Fassung zu geben: Art. 72: „Ueber die Giltigkeit der Wahlen erkennt der Volksrath allein." Art. 73. „Ist ein Bürger in beiden Wahlbezirken ernannt, so hat er dem Volksrathe zu erklären, welche der beiden Wahlen er annehme. Unterbleibt diese Erklärung, so steht dem Volksrathe selbst die Entscheidung zu." Art. 74. „In dem Wahlbezirk, dessen Wahl für ungiltig erklärt oder nicht angenommen worden ist, wird eine neue Wahl angeordnet. Ebenso wenn im Laufe des Jahres eine Abgeordnetenstelle erledigt wird." Nach längerer Erörterung wird der Art. mit folgender Abänderung angenommen: Art. 74. „In dem Wahlbezirk, dessen Wahl für ungiltig erklärt oder nicht angenommen ist, wird durch den Regierungsrath eine neue Wahl angeordnet. Ebenso wenn im Laufe des Jahres eine Abgeordnetenstelle erledigt wird." Art. 75. „Der Volksrath wird jährlich vollständig erneuert. Seine Mitglieder sind stets wieder wählbar." Der Ausschußantrag wird unverändert angenommen. Nächste Sitzung unbestimmt.

München, 22. Mai. Heute war den ganzen Vormittag Berathung im Ministerrathe über die in Folge des gestrigen Kammerbeschlusses, so wie der Zustände in der Pfalz zu ergreifenden Maßnahmen. Bezüglich der Pfalz wird noch heute Abend oder morgen früh eine Proclamation erscheinen. (Ist bereits geschehen; vgl. des heutige Hauptblatt.) Was in Folge der Annahme der Adresse in der Abgeordnetenkammer geschieht, darüber hat man vorerst nur Vermuthungen: ob Kammerauflösung, ob Aenderung des Ministeriums, ob Beides oder Keines von Beiden, darüber hört man die verschiedensten Ansichten äußern. Wahrscheinlich ist morgen Kammersitzung, in welcher man Bestimmtes erfahren wird. — Gestern ist unser Reichstagsabgeordneter Ministerialrath Hermann aus Frankfurt hier eingetroffen, wie es scheint mit einer Mission an das hiesige Cabinet. (?) Ausgetreten ist Hermann aus der Nationalversammlung noch nicht. — Die in die „provisorische Regierung" der Pfalz gewählten Abg. Kolb und Schüler werden München nicht verlassen, überhaupt keiner der hier noch anwesenden 14 Abgeordneten der Pfalz von hier sich wegbegeben. Von einer Ausschließung derselben aus der Kammer wird schwerlich die Rede sein können, da dies den Aufstand oder Abfall der Pfalz legalisiren hieße.

Beide Kammern feiern heute. Wie die Adresse an den König gelangen soll, darüber wird wahrscheinlich erst in einer der nächsten Sitzungen Umfrage gestellt werden; die Majorität wird sich für eine Deputation entscheiden, welcher jedoch so wenig als der früheren und den Abordnungen mehrerer fränkischer Städte eine Annahme in Aussicht steht. Die Theoretiker meinen, ein Ministerwechsel oder eine Kammerauflösung müsse unverzüglich eintreten; die Praktiker glauben keines von Beiden. (N. C.)

Harburg, 22. Mai, Nachmittags (pr. elektro-magnetischen Telegraph.) Zum Durchmarsch nach Frankfurt sind hier folgende mecklenburgische Truppen angemeldet: Auf Mittwoch 2 Bataillone Infanterie, auf Donnerstag 1 Batterie nebst Train, und auf Freitag 600 Dragoner.

N **Darmstadt**, 24. Mai. Heute Nachmittag um 5 Uhr hielten die beiden Kammern des Großherzogthums Hessen,

unter dem Vorsitze des Prinzen Emil von Hessen, als Präsidenten der ersten Kammer, gemeinschaftliche Sitzung zum Zwecke der Durchstimmung über diejenigen Punkte des neuen Wahlgesetzes, über welche zwischen den beiden Kammern eine Vereinbarung nicht erzielt worden war. Das Resultat dieser Durchstimmung war, daß ein Theil der Beschlüsse der ersten und ein Theil der Beschlüsse der zweiten Kammer die Majorität erhielt. Hiernach wird für die Zukunft die active und passive Wahlfähigkeit für die zweite Kammer an keinerlei Census, die active Wahlfähigkeit zur ersten Kammer an einen Census von 20 Gulden directer jährlichen Steuern mit der Ausdehnung gebunden sein, daß, wenn in einem Wahlbezirke keine tausend Wähler vorhanden sind, welche die vorgeschriebene Steuer von 20 Gulden entrichten, die Zahl von eintausend durch die zunächst Höchstbesteuerten in diesem Bezirke ergänzt werden soll. Die Wahl zur ersten Kammer ist ebenfalls von keinem passiven Census abhängig. Die Dauer der Wahlen wurde auf 6 Jahre bestimmt. Zu einem giltigen Beschlusse der ersten Kammer, welche aus 25 Mitgliedern bestehen wird, ist die Abstimmung von wenigstens dreizehn Mitgliedern, zu einem Beschlusse über Abänderung der Verfassungsurkunde die Zustimmung von wenigstens 13 Mitgliedern erforderlich. Zu einem giltigen Beschlusse der zweiten Kammer, welche aus 50 Mitgliedern bestehen wird, ist die Abstimmung von wenigstens 27 Mitgliedern, zu einem Beschlusse über Abänderung der Verfassungsurkunde die Zustimmung von wenigstens 26 Mitgliedern erforderlich. Ist aber die Anzahl an der Abstimmung wirklich theilnehmender Mitglieder so groß, daß zwei Drittheile davon mehr betragen, als die ausgedrückten Zahlen, so ist die Zustimmung von zwei Dritteln der wirklich Abstimmenden erforderlich. Nach beendigter Abstimmung erklärte Staatsminister Jaup in Auftrag Sr. königl. Hoh. des Großherzogs, in Folge des von den Kammern mehrfach ausgesprochenen Wunsches, dieselben für aufgelöst, und ertheilte die Zusage, daß die Neuwahlen möglichst bald eingeleitet werden sollen.

‡* **Oppenheim**, 25. Mai. Gestern sollte in Ober-Laudenbach, einem Grenzdorfe auf großh. hess. Gebiete, eine Volksversammlung, auf den Grund der in Erbach verabredeten Beschlüsse, stattfinden, und war bekannt geworden, daß bei derselben sich viele Bewaffnete einfinden würden. Wie die Freiheit des Versammlungsrechts bei dieser Gelegenheit verstanden und geübt wurde, beweiß am besten, daß in mehreren Gemeinden die Bevölkerung durch Sturmläuten zusammengerufen und mit Bedrohung von Gewalt zur Theilnahme am Zuzug veranlaßt wurde. Da von einer solchen Versammlung Uebergriffe zu befürchten waren, so wurde ein Detachement der nach Heppenheim herangezogenen Reserve für alle Eventualitäten bereit gehalten, auch war bekannt geworden, daß es nicht der Wille der Gemeinde sei, diese Versammlung bei sich abhalten zu lassen. Der großherzoglich hessische Regierungsrath Prinz begab sich deßhalb als Civilcommissär, unterstützt durch drei Compagnien des großherzoglichen dritten Infanterieregiments, nach Oberlaudenbach. Dort angekommen, wurden die Truppen vor dem Dorfe aufgestellt und der Civilcommissär begab sich in dasselbe, wo er von mehreren Führern die feierliche Versicherung erhielt, daß sich keine Bewaffnete bei der Versammlung befänden. Regierungsrath Prinz versuchte nun durch Zureden — und nachdem er sich persönlich überzeugt hatte, daß viele Anwesende in Waffen waren — die in verschiedene Gruppen getheilte Menge zu bewegen, Oberlaudenbach zu verlassen, überzeugte sich aber bald von der Nutzlosigkeit seiner Bemühungen. Als er dennoch vor dem Dorfe diesen Versuch bei einer zweiten Abtheilung wiederholte und noch in diesem Werke des Friedens begriffen war, fiel ein Schuß aus dem Haufen, der den pflichtgetreuen Beamten zu Boden streckte, während gleichzeitig die fanatisirte Masse sich auf den Gefallenen stürzte, und denselben mit Schlägen auf den Kopf vollends tödtete. Ein ihm beigegebener Gensdarme, der mit mannhaftem Muthe dem Commissär zur Seite stand, hatte das Glück, sich mit dem Säbel in der Hand durchzuschlagen, erhielt aber mehrere bedeutende Verwundungen. Nachdem auf diese Art der Friede gebrochen war, rückte die großherzogl. hessische Truppe, die bisher allen Verführungen der sie umlagernden Menge pflichtgetreu widerstanden hatte, in das Dorf ein, wurde aber sogleich aus einem vollständig besetzten Wirthshause mit einer heftigen Gewehrsalve empfangen. Ein lebhafter Kampf entspann sich nun, der damit endete, daß die regellosen Schaaren unter Zurücklassung einer namhaften Anzahl von Todten das Dorf verlassen mußten, das von den diesseitigen Truppen besetzt blieb, welche einige schwer und mehrere leicht Verwundete zählen. Gefangene wurden 107 gemacht, darunter einer der Hauptanführer, alle mit den Waffen in der Hand.

Frankreich.

§* **Paris**, 22. Mai. Die Interpellationen, welche in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung an das Ministerium gerichtet wurden, bezogen sich, wie bereits berichtet worden, auf die Stellung der französischen Regierung den auswärtigen Verhältnissen gegenüber und zwar zunächst in Betreff der römischen Angelegenheiten, sodann aber, und dies war das richtigere Moment, in Bezug auf die Intervention Rußlands in Ungarn und das vom Kaiser von Rußland erlassene Manifest. Die Antwort des Ministers der äußern Angelegenheiten war die Erklärung, daß was Rom anbelange den letzten Beschlüssen der Versammlung gemäße Verfügungen getroffen, und was die ungarische Frage angehe, diplomatische Unterhandlungen deßhalb mit den betreffenden Höfen von Berlin, Wien und Petersburg eingeleitet worden seien. Mehr könne das Ministerium auf jene Interpellationen nicht antworten, setzte Drouyn de Lhuys hinzu; beabsichtige die Versammlung eine Kriegserklärung, so solle diese von der Tribune aus verlangt werden. Die linke Seite des Hauses ließ sich dies nicht zweimal sagen, und stellte sofort durch Joly den Antrag auf eine motivirte Tagesordnung des Inhalts: „Indem die Nationalversammlung das Manifest des Kaisers von Rußland, und die zwischen Rußland, Preußen und Oesterreich abgeschlossenen Verträge als einen Angriff auf die durch die französische Revolution proclamirten und durch den Beschluß vom 24. Mai 1848 geheiligten Grundsätze des Völkerrechts betrachtet, und indem sie im Namen des französischen Volks gegen diese neue Verbindung, durch welche die Freiheit Europas bedroht wird, protestirt, fordert sie die Regierung auf, energische Maßregeln zu treffen, um dem Princip der Unabhängigkeit und Nationalität der römischen Republik Achtung zu verschaffen.“ Cavaignac bekämpfte zwar diese Fassung, indem er eine Solidarität zwischen der römischen und französischen Republik auf keine Weise zugeben wollte, hielt aber nicht minder das Manifest Rußlands für eine Erklärung, die sehr leicht einen europäischen Krieg nach sich ziehen könne, und schlug deßhalb dafür eine motivirte Tagesordnung folgenden Wortlautes vor: „Die Nationalversammlung fordert die ernstliche Aufmerksamkeit der Regierung auf die Ereignisse und Truppenbewegungen welche in Europa stattfinden, und indem sie in der gegenwärtigen Lage für die Freiheit und die Republik Gefahren erblickt, empfiehlt sie der Regierung an, die nöthigen Maßregeln zu deren energischem Schutz zu treffen.“ „Diese Anträge“, bemerkte Odilon Barrot, „sind ein Kriegesmanifest; man fordert auf dem Wege einer Tagesordnung von der Nationalversammlung die Erklärung eines europäischen Krieges. Nun gut,“ sagte der Ministerpräsident hinzu, „ich trage kein Bedenken es zu sagen, die Regierung weist einen solchen Act mit allen ihren Kräften zurück; sie kann sich ihm nicht anschließen. Wir wollen uns in keine Politik einlassen, für die wir persönlich die Verantwortlichkeit nicht zu übernehmen haben werden.“ So gerechtfertigt diese offene Erklärung auch war, da natürlich das Ministerium, welches in den nächsten Tagen zurücktritt, für eine Handlung von solch unermeßlicher Wichtigkeit nicht eintreten will, die Opposition konnte sich dabei nicht beruhigen, wollte sie ihren Regierungsgelüsten treu bleiben, und Ledru Rollin noch weniger die Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne wieder einmal in der Sprache des Convents, an dessen Zeiten er erinnerte, sich zu ergehen. Umsonst wies Odilon-Barrot nochmals auf das Gefährliche eines solchen Beginnens hin, umsonst that er dar, daß die Nationalversammlung jetzt, ein Paar Tage vor ihrer Auflösung, gar kein Recht habe, über die Zukunft und die Politik des Landes zu entscheiden, sein Antrag auf einfache Tagesordnung wurde verworfen und von der Versammlung beschlossen, die verschiedenen motivirten Anträge, zu denen sich noch folgender von Baraude eingebrachter gesellte: Indem die Nationalversammlung die Principien der Unabhängigkeit und der Freiheit durch das Manifest und die Truppenbewegungen des Kaisers von Rußland für gefährdet hält, fordert sie die Regierung auf, alle zum Schutz der Integrität der Unabhängigkeit der französischen Republik nöthigen Maßregeln zu treffen,“ einer Commission zu überweisen und morgen die Discussion darüber fortzusetzen. „Sonderbares Schauspiel“, bemerkt der Berichterstatter der „Independance“ in Bezug hierauf, „diese Todten, die sich in ihren Gräbern herumwälzen, diese Schatten, welche den Lebenden drohen, diese Phantome der politischen Welt, die noch immer deren Schicksale leiten wollen!“

* **Paris**, 22. Mai. Odilon Barrot äußerte heute bei Gelegenheit der Interpellationsdebatte: Ich will die politische Bedeutung des vom Kaiser von Rußland erlassenen Manifestes nicht zu gering anschlagen, aber ich muß zugleich daran erinnern, daß dieser Souverän eben erst die französische Republik anerkannt hat.

** **Paris**, 23. Mai. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Discussion über die Interpellationen fortgesetzt und nach kurzer Debatte die von Cavaignac vorgeschlagene motivirte Tagesordnung (siehe oben) mit 436 gegen 184 Stimmen angenommen. Ein von der linken Seite des Hauses vorgeschlagener Zusatz, „die Nationalversammlung fordere die Regierung auf, die Unabhängigkeit und Nationalität aller Völker zu wahren,“ war vorher mit 346 gegen 269 Stimmen verworfen worden. Dieses Resultat ist als ein Sieg des Ministeriums und der gemäßigten Partei zu betrachten.

Noch immer sind die abenteuerlichsten Gerüchte über einen Staatsstreich, den Louis Napoleon beabsichtige und zu dessen Ausführung er sich mit einem Ministerium Bugeaud, Thiers, Leon Faucher ꝛc. umgeben wolle, in Umlauf. Es bedarf nicht erst der Versicherung, daß diese Gerüchte jeder Begründung entbehren; immerhin aber ist es für die gegenwärtigen Zustände bezeichnend, daß man an die Möglichkeit einer solchen Handlung und, was noch mehr ist, an die Möglichkeit ihres Gelingens glaubt.

Großbritannien.

London, 20. Mai. Der Aufstand zu Montreal und die Stimmung der Canader fängt an, das englische Publikum sehr zu beunruhigen, denn man sieht ein, daß das Ende dieser Wirren die Losreißung Canada's vom Mutterlande werden kann, wie man schon zu New-York sagte, „es sei der Anfang des Endes“. Damit man die Veranlassung zu den jetzigen Conflicten begreife, muß man an den Aufstand der französischen Untercanader und Papineau's erinnern, der zur Zeit unterdrückt wurde. Vor einiger Zeit nahm die canadische Legislatur eine Bill an, zur Entschädigung der Personen, die durch jene Rebellion Verluste erlitten hatten. Diese Bill war keineswegs eine Bill zur Schadloshaltung der Rebellen, sondern eine Bill, die jedwedem in beschränktem Maße wegen Zerstörung von Eigenthum oder sonstiger Verluste eine Entschädigung zuerkannte. Da nun nach dem Aufruhr die englischen Royalisten aus Rache zur Zeit viele Häuser ihrer Feinde verwüstet und niedergebrannt hatten, so sind sie wüthend darüber, daß ihre Feinde jetzt entschädigt werden sollen. Behaupten wollen, daß die Majorität Canada's gegen die Entschädigung sei, ist eine Lüge, indem nur sechzehn Stimmen im Versammlungshause dawider gewesen, während 46 dafür waren. Der Generalgouverneur und das Gouvernement konnten mithin gar keine Veranlassung finden, eine Bill zu verwerfen, die nur als Vorwand den Tories in Canada diente, um ihrer Unzufriedenheit mit der Politik des Mutterlandes Luft zu machen und die am Ende aus Privatinteresse die Losreißung von England suchen. In Canada ist man nämlich, wie in den andern Colonien, mit der englischen Freihandelspolitik sehr unzufrieden. Der Handel liegt sehr darnieder. Canada ist bei den englischen Manufacturerzeugnissen nicht mehr bevortheilt und wird durch Schutzzölle von der Union ferne gehalten. Die nothwendige Folge ist, daß alles Eigenthum in Canada im Werthe gefallen, und daß täglich der Anschluß an Nordamerika sich wünschenswerther macht. In Montreal hat sich ein sogenannter britischer Bund gebildet, der trotz aller Loyalitätsphrasen sich lieber der Union anschließen will, hat er Aussicht dafür, daß die materiellen Landesinteressen dadurch gewinnen. Die „Times“ bennert gegen diese Partei, die in ihren Augen nur die Minorität darstellt und die sie noch für schlimmer hält, als die Rebellen von 1837. Dazu kommen noch aristokratische Familienbestrebungen und Parteigelüste, an deren Spitze Sir Allen Nabb und Genossen stehen, die noch gerne nach alter Weise das Land mit ihrer Vetterschaft regieren wollen und die, seitdem ihnen das Heft entrissen, nur auf Mittel sinnen, um dem Gouvernement Schwierigkeiten zu bereiten. Bei der steigenden Unzufriedenheit der Kolonie wird ihnen dies nur zu leicht werden.

* **London**, 21. Mai. Die neuesten aus Canada hier angelangten Nachrichten sind beruhigender Natur. In den östlichen Städten dauerte die Aufregung zwar noch fort, in Montreal war die Ruhe indeß schon wieder hergestellt. Der Sitz der Regierung wird künftig zwischen Quebec und Toronto wechseln.

* **London**, 21. Mai. In der heutigen Sitzung des Oberhauses zeigte der Marquis von Lansdowne an, daß der gestern gegen die Königin begangene Mordversuch kein Act des Hochverraths, sondern nur ein gemeines Verbrechen begründe, ein Grund zu einer Adresse an Ihre Majestät mithin nicht vorliege. Es ist besser, fügte der Conseilpräsident hinzu, den elenden Urheber dieser Schandthat den Folgen seines verabscheuungswürdigen Verbrechens zu überlassen, als ihm eine Berühmtheit zu geben, die er vielleicht wünscht. Die Lords Stanley, Brougham und andere sprachen ihre tiefste Indignation über jene That aus.

Im Unterhause nahm zu Anfang der heutigen Sitzung Lord John Russell das Wort. Herr Sprecher, sagte er, bevor die Kammer zur Tagesordnung schreitet, glaube ich einige Worte an die Kammer richten zu müssen, um die Aufregung und die Unruhe, welche vielleicht über das von den Zeitungen bereits berichtete Attentat auf Ihre Majestät die Königin noch existiren könnte, zu beschwichtigen. Obgleich es leider nur zu wahr ist, daß am Samstag Abend auf die Königin ein Pistolenschuß abgefeuert wurde, ist doch aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß der Thäter keine Kugel in seiner Waffe hatte. Ich bin überzeugt, daß, hätte jenes Attentat einen ernsthafteren Charakter, die Kammer mir mit herzlichster Bereitwilligkeit darin entgegengekommen wäre, J. M. eine Adresse zu votiren und ihr Glück zu wünschen, daß sie durch Hilfe der Vorsehung dem Tode entronnen ist, mit einem Worte, ihr unsere volle Freude über die Erhaltung eines so kostbaren Lebens zu bezeugen. Ihre Majestät hat bei jenem Vorfall einen Beweis ihres Muths und ihrer gewöhnlichen Kaltblütigkeit gegeben. John O'Connell sprach hierauf: Als irischer Abgeordneter muß ich erklären, daß, da der Urheber der verabscheuungswerthen That ein Irländer ist und sein Verbrechen vielleicht noch als ein schwereres betrachtet werden könnte, daß auch in dem Moment der größten Aufregung in Irland keiner meiner Landsleute den Gedanken, die Person der Königin zu verletzen, günstig aufgenommen haben würde. Wie groß auch immer das Unglück ist, unter dem Irland zu leiden hat, kein Theil des irischen Volkes könnte für eine so beklagenswerthe That auch nur die geringste Sympathie an den Tag legen.

Börsenberichte.

Amsterdam, 23. Mai. 4 Uhr. 2½ pCt. Jagr. 47⅞, 48⅛. — 3pCt. Schuld 56⅞, 57. — 4½ pCt. do. 75⅛, ⅜. — 5pCt. Arb. 11⅛, ⅜. — do. à 2. 510 - Stücke 11⅛, ⅜. — 3pCt. int. à 6000 fl. 22⅞. — 3pCt. Port. 28⅛. 4pCt. do. 27⅜. — Russ. 4pCt. bei Stieglitz 80. — 5pCt. Met. 97⅛, 69. — do. 2½ pCt. 36⅜, 37, 36⅜.

So wie gestern ein belangreiches Fallen der französischen Fonds einen sehr nachtheiligen Einfluß auf alle Effecten ausübte, gab ebenso heute ein belangreiches Steigen der französischen Fonds auch wieder einen bedeutenden Aufschwung an unserer Börse. In französischen Effecten war der Umsatz sehr bedeutend. Gleich bei Eröffnung der Börse wurde die Taubenpost bekannt, und der Preis benannter Fonds stellte sich 2 pCt. höher, ging durch anscheinliche Ankäufe noch weiter vorwärts und bleibt ohngefähr 3½ pCt höher als gestern. Diese günstige Wirkung verbreitete sich auch auf alle übrigen Papiere, die insgesammt merklich höher bleiben.

Paris, 23. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 80. 25. — 3pCt. 50. 50. — Neue 3pCt. Span. 32⅛. — Innere Schuld 22⅛. G. — Bankactien 2050. — Versailles, rechtes Ufer 185. — Linkes Ufer 160. — Paris-Orleans 720. — Paris-Rouen 470. Orleans-Bordeaux 395. — Orleans-Vierzon 310. — Marseille-Avignon 200. — Strasburg-Basel 97. 50. — Nordbahn 405. — Paris Strasburg 333. 75.

Die Ungewißheit über den Ausgang der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wirkte nachtheilig auf die Fonds. Das Geschäft war übrigens wenig belebt.

London, 22 Mai. 3pCt. Stocks 90⅜, 91. — 5pCt. Span. 16⅛. — Neue 3pCt. 32⅛. — 4pCt. Port. 27⅛. — 2½ pCt. Holländ. 48.

Madrid, 18. Mai. 3pCt. 25⅛ P. n. d. B. 25⅜, ⅛ G. — 5pCt. 16⅞ Pap., 16⅛ G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Walter.

Druck von August Osterrieth.

№ 124. —— Samstag —— den 26. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksgebiet von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: C. K. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 29. — Für England und überseeische Länder: Loysel u. Comp., Nr. 31. Lower Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (¼ Bogen) mit Beischrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: C. K. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 29.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 31. Lower Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hamburgischmitol in Wien, Landstraße Nr. 364; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Flory in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Wegen des h. Pfingstfestes erscheint morgen weder die Oberpostamts-Zeitung noch deren Beiblätter.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

JW **Von der schleswig-holsteinischen Armee.** Die Nachrichten aus Baden von dem meineidigen Benehmen eines Theiles der badischen Truppen haben hier die allgemeinste Entrüstung, sowohl im schleswig-holsteinischen Heere, wie auch bei den verschiedenen Contingenten der Reichsarmee erregt. Auch das hier befindliche badische Bataillon vom 4. Regiment ist empört über die Schmach, welche seine Kameraden dem badischen Soldatennamen angethan haben. Gestern noch war ich Ohrenzeuge, wie ein Transport Soldaten, die aus den Lazarethen kommend, wieder zu ihren entschiedenen Corps zurückgingen, Bayern, Sachsen, Preußen, Hannoveraner, Kurhessen, Schleswig-Holsteiner, Detmolder, alles bunt durcheinander, sich einmüthig in den ernstesten Ausdrücken über solch Benehmen aussprachen. Ueberhaupt hört man hier oft Worte, die unseren Wühlern Grade nicht erbaulich klingen dürften, und ein Berliner Pfiffar, der kürzlich nach Flensburg gereist war, um dort unter den Reconvalescenten der großen Lazarethe seine Ansichten zu verbreiten, hat handgreifliche Zurechtweisungen halten, so daß er mit hochgeschwollener Backe und gerötheter Nase eilig wieder den Rückzug angetreten hat, ob nicht weiter begierig gewesen ist, die Armee hier kennen zu lernen. Gerade hier im Felde lernt der Soldat so recht seine tüchtigen Offiziere achten, und sieht selbst ein, daß ohne Disciplin jedes Militär zu einem rohen Haufen herabsinken würde. — Unsere Waffen haben in den letzten Tagen wieder günstigen Erfolg gehabt, und es kommen wieder viele dänische Gefangene hier an, welche die Preußen eben in Jütland gemacht haben. Lange wird es nicht mehr dauern und kein Feind bleibt uns auf der cimbrischen Halbinsel mehr zu besiegen übrig. Nur Deutschland hat wieder noch innere und äußere Feinde genug, und wird eine hier gut geübte Reichsarmee noch wohl mehrfach bedürfen, bis Ordnung und Friede überall zurückgekehrt sind.

Am 20. ist in Eckernförde die Hamburger Taucherglocke angelangt, um bei der Bergung der Trümmer des „Christian VIII." zu helfen. Bisher hat man erst 11 Stück Kanonen ans Land gebracht.

§ **Altona**, 21. Mai. Vom jütischen Kriegsschauplatz erfährt man heute mit Bestimmtheit nur so viel, daß das Bombardement auf die Festung Fridericia unter mehrständigen Unterbrechungen noch vorgestern Nachmittag fortgesetzt wurde, ohne daß unser Gewährsmann anzugeben weiß, ob die Dänen sich anschickten, die Festung zu verlassen oder ob ein entscheidender Sturmangriff auf dieselbe unternommen werden wird. Es ist allerdings wahr, daß die Gebietsbestimmungen, welche einige Stunden nach dem Beginnen des Bombardements durch unvorsichtiges Aufstellen zusammenbrachen, wieder frisch aufgerichtet werden müssen, wozu Zeit und Kräfte gehören; aber man glaubte, da bereits mehrere Wochen mit den Vorrichtungen verstrichen waren, daß doch dieser Tage etwas Entscheidendes über Fridericia verlauten werde. Die Nordarmee ist auch seit der Besetzung von Aarhuus durch die Preußen wesentlich noch in ihren alten Positionen. Die Bayern, Sachsen und andere deutsche Truppen haben die Richtung über Kolding nach Veile inne. Im Westen Jütlands ist eine starke Reichsdivision aus Truppentheilen der kleineren Staaten vorgehoben, welche diesen Landestheil, welcher vom Feinde gesäubert, besetzt hält. Die Dänen, welche anderwärts noch ein gut Stück Land inne haben, verschanzen sich gegenwärtig auf der kleinen Insel Helgenaes und war sind dies die zusammengerafften Trümmer des endlichen General von Rye'schen Truppencorps. Was das vorgestern stattgehabte Gefecht im Sundewitt betrifft, worüber ich ausführlicher in meinem gestrigen Briefe berichtete, so ist besonders zu erwähnen, daß die Braunschweiger sich außerordentlich tapfer dabei benahmen und den siegreichen Ausgang desselben herbeiführten. Auf unserer Seite hatten die Braunschweiger 3, darunter einen schwer Verwundeten. In Folge eingegangenen Befehls wird die Fregatte „Eckernförde" vollständig reparirt und armirt werden, wozu man die Kanonen Christian's VIII. theilweise mit anwenden wird. Von Glückstadt ist ein Taucherapparat nach Eckernförde befördert worden, um die noch im Meeresgrunde liegenden Kanonen und Materialien zu bergen. Ebenso wie die Marine, so soll auch unsere schleswig-holsteinische Armee erheblich verstärkt und binnen Kurzem auf 40,000 Mann gebracht werden. Vier neue Reserveinfanteriebataillone werden bereits in Rendsburg einexercirt. Hiernach möchte es fast den Anschein haben, daß man schleswig-holsteinischer Seits auf die vielen theils aus London, theils aus Berlin zu uns dringenden Friedensgerüchte kein großes Vertrauen hat und sich vorerst auf alle Eventualitäten gründlich vorbereitet. Das Manifest der Statthalterschaft über die Anbahnung eines für beide Theile ersprießlichen und dauernden Friedens hat im Lande den erfreulichsten Eindruck hervorgebracht, so daß selbst die sonst ganz indifferenten Prälaten und großen Gutsbesitzer unseres Landes in einer von ihnen zu Kiel abgehaltenen Versammlung sich beistimmend der Statthalterschaftserklärung erklärt haben. Der Zusammentritt der Landesversammlung steht in naher Aussicht.

Ein Brief aus dem **Lager vor Fridericia** vom 20. Mai berichtet, daß sich ein dänischer Parlamentär aus Fridericia im Hauptquartier der schleswig-holsteinischen Truppen eingefunden habe, um eine Waffenruhe zu erbitten, welche so lange dauern soll, bis der Commandant der Festung auf eine von ihm nach Kopenhagen gesendete Anfrage (über deren Inhalt nichts verlautet) Antwort erhalten haben kann. General v. Bonin hatte die Waffenruhe für diese Zeitdauer bewilligt. (B. H.)

Ein anderer Brief aus Brörup vor Fridericia vom 20. d. M. berichtet der „Börsenhalle", daß das aus 4 Mörsern, welche 168pfündige Bomben werfen, und einer Anzahl Kanonen seit dem 16. unterhaltene Bombardement bereits mehrere Straßen der Stadt Fridericia total vernichtet hat. Die Einwohner der Stadt sind alle nach Jühnen ausgewandert und nur das Militär befindet sich noch in der Festung; es hat unmittelbar am Walle Baracken bezogen. Seit dem 19. Nachmittags hatte man keinen Rauch in Fridericia aufsteigen sehen. Im Lager vor Fridericia sprach man (vermuthlich in Folge des bekannten Manifestes der Statthalterschaft) viel von Friedensunterhandlungen, die in Hamburg stattfinden sollten.

Kopenhagen, 20. Mai Mittags. Die jütische Post ist heute Morgen angekommen. Aus Odense vom Freitag Abend (18.) wird gemeldet: Das Bombardement gegen Fridericia begann heute Morgen wieder. Gestern brannte es in der Stadt an 6 Stellen; jedes Mal gelang es jedoch, zu löschen. Verwundete und ein Theil der Einwohner sind unter einer Art von Waffenruhe nach Jühnen gebracht. Ein Versuch der Feinde, gestern Morgen unser Blockhaus außerhalb der Festung zu nehmen, mißlang unter großem Verlust für die Deutschen. Darauf fingen diese an, in Möllebucht oben am Strande, von wo aus das Blockhaus, die Festung und Strib beschossen werden können, eine Batterie zu errichten. Heute Morgen ist die große Dampfbrennerei von Ahlmann durch die erste geworfene Bombe angezündet worden und abgebrannt; später fing der engebaute Theil bei Prinzenort Feuer, wobei auch die Zuckerfabrik vom Brande ergriffen wurde, und um 7 Uhr schon war der Theil der Stadt ein großes Feuermeer. Der Feind schießt aus 3 in den Laufgräben angebrachten Batterien, welche von der Festung aus unsichtbar sind; die nordwestlichste ist die gefährlichste. Die Bomben sind zum Theil 120pfündige; eine wurde gewogen, sie wog 166 Pf. Ein Stück einer Bombe erreichte sogar das im Belt liegende Dampfschiff „Caroline Amalie".

Der Kammerherr Reedtz ist heute an Bord des englischen Kriegsdampfers „Hecate" nach Wismar abgegangen; er begibt sich auf die bekannte Einladung des preußischen Cabinets nach Berlin als dänischer Unterhändler. Das Organ der Kriegspartei, „Fädrelandet", ist höchlich unzufrieden damit, daß man die Verhandlungen nach Berlin verlegt und sie einem „fügsamen und staarblinden" alten Diplomaten wie Reedtz anvertraut. Von dem Vorschlage der schleswig-holsteinischen Statthalterschaft, daß Delegirte Dänemarks und der Herzogthümer in Hamburg oder Lübeck die Ausgleichung versuchen sollten, will natürlich die Partei jenes Blattes gar nichts wissen: mit „Rebellen" unterhandelt man ja nicht.

Das in England gekaufte Dampfschiff „Eider" ist abgegangen.

Vom Generalmajor v. Rye sind Rapporte vom 16., 17. und 18. d. eingetroffen, wonach das Corps seine frühere Stellung bei Skanderborg inne hatte. Der Feind nahm täglich Recognoscirungen vor, wodurch es zu einigen unbedeutenden Vorpostengefechten gekommen, wobei 15—16 Mann von unsern Dragonern abgeschnitten und gefangen genommen wurden.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 26. Mai. Der Entwurf der von der Reichsversammlung in ihrer ehegestrigen Sitzung beschlossenen Proclamation, über welchen in der heutigen Sitzung abgestimmt werden soll, ist vom Abg. Uhland verfaßt und lautet:

„Die deutsche Nationalversammlung an das deutsche Volk.

Die Nationalversammlung fühlt sich gedrungen, an das Volk, von dem sie gewählt ist und das sie in seiner wichtigsten Angelegenheit zu vertreten hat, über ihre neueste Stellung aufklärende und aufmunternde Worte zu richten. Diese Stellung ist eine so schwierige geworden, daß es wohl das Ansehen gewinnen mochte, als stände die verfassunggebende Versammlung ihrer Auflösung nahe, als müßte eben damit das von ihr mühsam zu Ende geführte Verfassungswerk in Scherben gehen, als sollte der gewaltige Strom der deutschen Volkserhebung kläglich im Sande verrinnen. Die Schwierigkeiten, die sich vor uns aufthürmen, kommen theils von außen her, durch den Widerstand der fünf mächtigsten Einzelregierungen und nun auch der von uns selbst ins Leben gerufenen Centralgewalt gegen die Durchführung der endgiltig beschlossenen und verkündigten Reichsverfassung, theils aber und zumeist noch aus unserer Mitte, durch den massenhaften Austritt derjenigen Mitglieder, die entweder dem Abruf ihrer Regierungen folgen zu müssen vermeinten oder am Gelingen des Werkes und an allem fruchtbaren Fortwirken der Versammlung verzweifelten. Diesen Hindernissen zum Trotze glauben wir noch immer unsern Bestand und die uns anvertraute Sache aufrecht erhalten zu können; wir setzen der Ungunst der Verhältnisse diejenige Zähigkeit entgegen, die schon manchmal zum endlichen Siege geführt hat. Den Regierungen, deren Staatsweisheit im vorigen Jahre so machtlos und rathlos, so gänzlich erstarrt war, daß sie jene siebzehn Vertrauensmänner am Bunde aufforderten mußten, die Initiative eines Verfassungsentwurfs zu ergreifen, und die, nachdem sie wieder warm geworden, uns nicht bloß Vereinbarung anzusinnen, sondern sogar die Octroyirung in Aussicht stellen, ihnen halten wir beharrlich den schon im Vorparlament gemachten, dann im Anfang unserer Verhandlungen feierlich ausgesprochenen und seitdem thatsächlich behaupteten Grundsatz der Nationalsouveränetät entgegen; wir lehnen uns an diejenigen, wenn auch minder mächtigen Staaten und ihre Bevölkerungen, welche die Beschlüsse unserer Versammlung für bindend und die verkündigte Verfassung für rechtsbeständig anerkannt haben. Die neuesten Erfahrungen haben schlagend bewiesen, daß aus einer Vereinbarung von 39 Regierungen unter sich und mit der Nationalvertretung, dazu noch mit allen Landesversammlungen, niemals eine Reichsverfassung hätte hervorgehen können, und daß die Nationalversammlung, selbst gegen eigene Neigung, das Verfassungswerk in die Hand hätte nehmen müssen, wenn es überhaupt zu Stande kommen sollte. Gegenüber der durch unser Gesetz vom 28. Juni v. J. geschaffenen provisorischen Centralgewalt, welche jetzt, da es gelte, die auch Durchführung der Verfassung gerichteten Beschlüsse zu vollziehen, sich dessen weigert und ein Ministerium am Ruder läßt, dem die Versammlung ihr Vertrauen alsbald abgesagt hat, ist in unserer Sitzung vom 19. Mai, noch vor dem großen Austritt, beschlossen worden, daß die Versammlung sofort, wo möglich aus der Reihe der regierenden Fürsten, einen Reichsstatthalter wähle, welcher vorerst die Rechte und Pflichten des Reichsoberhaupts ausübe. Damit glaubte man auch für die Zeit des Uebergangs dem Sinne der Verfassung selbst am nächsten zu kommen. Endlich der durch Massenaustritt dem Bestande der Nationalversammlung erwachsenen Gefahr suchten wir durch den gestrigen Beschluß zu begegnen, daß schon mit 100 Mitgliedern (statt früher angenommenen 150) die Versammlung beschlußfähig sei; nicht als ob wir eine so stark herabgeschmolzene Zahl für keinen Uebelstand ansähen, oder dadurch den Sieg einer ausharrenden Partei erringen wollten, sondern darum, daß nicht das letzte Band der deutschen Volkseinheit reiße, daß jedenfalls ein Kern verbleibe, um den bald wieder ein vollerer Kreis sich ansetzen könne. Noch sitzen in der Paulskirche Vertreter fast aller deutschen Einzelstaaten und gerade diejenigen Staaten sind noch immer namhaft vertreten, deren Abgeordnete zurückberufen wurden, Preußen, Oesterreich und Sachsen. Eine bedeutende Zahl von Mitgliedern ist nur zeitig abwesend und es soll für ihre Einberufung gesorgt werden; durch Stellvertreter und Nachwahlen ist für Abgezogene Ersatz zu erwarten. Sollte aber auch nicht der ernste Ruf des Vaterlandes seine Kraft bewähren, so gedenken wir doch, wenn auch in kleiner Zahl und großer Mühsal, die Vollmacht, die wir vom deutschen Volk empfangen, die zerfetzte Fahne, treugewahrt in die Hände des Reichstags niederzulegen, der, nach den Beschlüssen vom 4. dieses Monats, am 15. August zusammentreten soll und für dessen Volkshaus die Wahlen am 15. Juli vorzunehmen sind. Selbst aus diesen Beschlüssen ist ein Eingriff in die Regierungsrechte herausgefunden worden, während sie eben dadurch unvermeidlich waren, daß vom Inhaber der provisorischen Centralgewalt kein Vollzug zu gewarten stand. Für diese Bestrebungen, die Nationalvertretung unverloschen zu erhalten und die Verfassung lebendig zu machen, nehmen wir in verhängnißvollem Augen-

blicke die thätige Mitwirkung des gesammten deutschen Volkes in Anspruch. Wir fordern zu keinem Friedensbruch auf, wir wollen nicht den Bürgerkrieg schüren, aber wir finden in dieser eisernen Zeit nöthig, daß das Volk wehrhaft und waffengeübt dastehe, um, wenn sein Anrecht auf die Verfassung und die mit ihr verbundenen Volksfreiheiten gewaltsam bedroht ist, oder wenn ihm ein nicht von seiner Vertretung stammender Verfassungszustand mit Gewalt aufgedrungen werden wollte, den ungerechten Angriff abweisen zu können; wir erachten zu diesem Zwecke für dringlich, daß in allen der Verfassung anhängenden Staaten die Volkswehr schleunig und vollständig hergestellt und mit ihr das stehende Heer zur Aufrechterhaltung der Reichsverfassung verpflichtet werde. Außerdem mahnen wir dazu, daß durch Ersatzmänner und Nachwahlen unsere Versammlung ohne Säumniß Ergänzung erhalte. Vor Allem aber hegen wir zu dem Männerstolze und Ehrgefühle unseres zur Freiheit neuerwachten Volkes das feste Vertrauen, daß es nimmermehr auf ein willkürlich octroyirtes Reichswahlgesetz, sondern einzig nach demjenigen, welches die verfassunggebende Versammlung erlassen hat, die Wahlen vornehmen und daß, wenn der bestimmte Wahltag herankömmt, gleichzeitig in allen deutschen Gauen ein reger Wetteifer sich bethätigen werde, das gemeinsame Wahlrecht zu gebrauchen oder zu erlangen."

Zusatz der Minorität des Dreißigerausschusses (beantragt von Welcker, Kierulff, Liebmann, Bachaus, Zachariä von Göttingen, Eckert): Grundbedingung für den Sieg der Ehre, der Einheit und Freiheit des Vaterlandes ist die Treue gegen die Reichsverfassung, somit das Unterlassen und Aufgeben aller Maßregeln, welche ihr widersprechen; Grundbedingung ist nicht minder die Treue gegen das Vaterland selbst und seine Ehre, somit die entschiedene Zurückweisung jeder Einmischung der Fremden in die innern vaterländischen Zwiste, komme solche Einmischung vom Osten oder vom Westen."

RC **Frankfurt**, 25. Mai. Wenn wir noch gestern der Meinung waren, die Beschlüsse der gestrigen Sitzung würden für den größten Theil des „Nürnberger Hofes" das Zeichen zum Austritte sein, so haben wir uns geirrt. Herr Riesser erklärte sich mit einigen Anderen in den Berathungen, welche unsere Partei am gestrigen Tage pflog, für den Austritt; die große Mehrheit aber entschied sich dagegen, und die für den Austritt waren, haben die Ausführung dieses Entschlusses wenigstens verschoben, und einstweilen nur mit Bestimmtheit beschlossen, die Sitzungen der Nationalversammlung nicht mehr zu besuchen; Herr Riesser wird noch heute von hier abreisen, sein Mandat aber nicht niederlegen, vielmehr hat er erklärt, daß er unter veränderten Verhältnissen auf den ersten Ruf wieder herbeieilen werde. Die Gründe, welche einige Mitglieder unserer Partei zum Austritte geneigt machten, sind die bekannten, die jetzt vollgiltig geworden zu sein scheinen, nachdem die gegenwärtige Mehrheit der Nationalversammlung den Antrag, die beschlußfähige Zahl auf hundert herabzusetzen, zum Beschluß erhoben, die Dringlichkeit des Vertagungsantrages dagegen noch einmal verworfen hatte. Die Gründe, welche die meisten Mitglieder unserer Fraction zum Bleiben bewogen, sind die auch in der Linken herrschende Rathlosigkeit, und die Spaltung, welche innerhalb derselben immer mehr die besonneren, aber energischeren Elemente von den extravaganten zu trennen und durch deren Austritt auch theilweise von ihnen zu erlösen scheint. Hierzu kommt, daß möglicherweise eine Zeit eintreten kann, wo die Nationalversammlung durch Neuwahlen ergänzt, wieder eine Macht erlangen und geltend machen kann. Das Berliner Octroyirungsproject ist vollständig gescheitert; selbst der Norden Deutschlands, womit die „Deutsche Reform" schon sich zu begnügen anfängt, wird sich einer durch Preußen unter seiner Hegemonie zu begründenden Einheit nicht fügen. Das officielle Organ der hannover'schen Regierung deutet das klar genug an; auch bestimmte Nachrichten, die von Hannover hieher angelangt sind, sagen es ausdrücklich. In Sachsen ferner regt sich selbst innerhalb der höchsten Kreise, wie wir hören, bereits wieder eine Partei, die es verschmäht, das Land als eine „Brandenburg-Manteuffel'sche Provinz" regiert zu sehen. Die kleineren norddeutschen Staaten haben zum Theile den Berliner Congreß noch nicht beschickt. In Bayern aber sind, so weit auch die Ansichten dort auseinandergehen, doch alle Parteien darüber einig, der in Berlin projectirten Verfassung sich nicht zu unterwerfen, und wenn die officiellen und halbofficiellen Organe des preußischen Ministeriums drohen, in diesem Falle werde Bayern die preußische Hilfe entzogen werden, so könnte das gerade zu einem anderen Ergebnisse führen, als man in Berlin wünscht.

Frankfurt, 25. Mai. Heute trat ein neues — österreichisches Mitglied in die Reichsversammlung ein: Zimmer aus Prag.

Die aus Baden herbeigezogenen Mitglieder der äußersten Linken — doch mochten Reichard, Schmitt, Schüz, Martiny ꝛc. den Dienst in der Rheinpfalz und Baden nicht verlassen — konnten nach dem gestrigen Beschlusse auch mit größerer Ruhe nach Karlsruhe alsogleich wieder zurückkehren und namentlich hatten die Mitglieder des Landesausschusses Peter ꝛc. große Rückeile. Peter war gestern nach vielmonatlicher Abwesenheit zum erstenmale wieder in der Paulskirche erschienen. (D. Z.)

† **Wien**, 22. Mai. Die Einnahme Ofens und der Selbstmord Hengi's stellen sich nun als von magyarischer Seite ausgesprengte Gerüchte heraus. Auch Temesvar soll noch in den Händen der k. k. Truppen sein. — Durch das Bombardement von Pest hat nicht nur das vor 2 Jahren schon abgebrannte deutsche Theater neuerdings bedeutenden Schaden gelitten, auch das auf dem Marktplatze befindliche, auf Actien erbaute Interimstheater ist niedergebrannt. Von andern beschädigten Häusern nennt man die beiden großen Ullmenyi'schen Gebäude auf dem Marktplatz und in der Göttergasse, das Trattner-Karolyi'sche Haus in der Herrengasse, das Terrau'sche und Rosenfeld'sche Haus auf dem Marktplatz, das Hotel Emmerling an der Donau u. s. w. Die Leopoldstadt, also der schönste und fashionabelste Stadttheil, erlitt den meisten Schaden. — In Ofen brannten unter Anderm auch das Hofkammergebäude, die Stallungen und das neue protestantische Bethaus ab. Kossuth hat den Pester Hausbesitzern in einem Proclam versprochen, den durch das Bombardement erlittenen Schaden zu ersetzen; doch wird jenen kein Ersatz geleistet, die sich am Kampfe nicht betheiligen und die sich außerhalb des Landes befinden, wie Graf Ullmenyi, Nago, Orczi, Zitzky, Sina ꝛc. Alle Läden sind geschlossen und alle Waaren sind verpackt. — Aus Preßburg wird gemeldet: Die Ungarn haben das ganze rechte Waagufer so dicht mit Kanonen besetzt, daß nur mit den größten Opfern an Menschenleben der Uebergang zu erzwingen sein wird. Sie schützen dadurch ihr im Norden unter Dembinski operirendes Armeecorps. Hier wüthet seit einigen Tagen die Cholera in verschiedenen Stadttheilen. Am 19. sind 10 Personen daran gestorben. Die Theuerung nimmt zu und das Brod wird sehr klein gebacken. — Das Benehmen der Magyaren an der untern Donau wird als sehr human dargestellt. Graf Karoly, der Commandant von Versec, hat die serbisch-deutsche Deputation sehr zuvorkommend empfangen und die Serben zur Freundschaft und Bekämpfung des gemeinschaftlichen Feindes aufgefordert, der beide Nationen zu unterjochen suche. Diese Erklärung soll besonders auf die Deutschen großen Eindruck gemacht haben. — Perczel hat den Handelsmann Obradovich aus Versec an den Patriarchen gesendet, um eine Pacification mit den Serben einzuleiten. — Bei der Südarmee des Banus haben noch keine Operationen stattgefunden, außer daß die Brigade Horvath nach Syrmien vorgerückt ist. Mehacs wird noch besetzt gehalten, während die übrigen Truppenmassen um Essegg concentrirt sind. — Die fürstlich serbische Regierung bewaffnet die nach Serbien entflohenen Bewohner der Wojwodschaft und will aus denselben 4 Bataillone formiren; auch soll sie einen Aufruf an die Bevölkerung des Fürstenthums haben ergehen lassen, mit der Aufforderung, sich in möglichst großer Anzahl an dem Kampfe der österreichischen Serben gegen die Magyaren zu betheiligen.

Das „Const. Blatt aus Böhmen" entnimmt unter dem 21. Mai aus einem Privatbriefe die authentische Nachricht von einem bedeutenden Cavalleriegefechte, welches vor etwa 5—6 Tagen bei Raab stattgefunden hat. Die Husaren griffen mit großer Macht die Position der Kaiserlichen an, welche sich tapfer hielten und den Feind vertrieben; die Angreifenden wandten sich aber plötzlich zum Rückzuge und lockten dadurch unsere Truppen in die Schußlinie ihrer maskirten Batterien, welche plötzlich ein mörderisches Kreuzfeuer eröffneten und die Kaiserlichen nach bedeutendem Verluste warfen. Es war dies ein schon oft, namentlich bei Kapolna und Czegled, gelungenes Manöver der Magyaren. Die Größe des Verlustes ist nicht angegeben.

Aus ungarischen Blättern erfährt man, daß Kossuth eine Gnadencommission ernannt hat, welche aus Anton Hunkar, dem Romanschriftsteller Baron Nic. Josika, Anton Jazipovic, Ladislaus Palocsi besteht. Für Siebenbürgen, oder wie sich das Decret Kossuths ausdrückt, „für jenen Theil des Landes, der einst Siebenbürgen hieß", wurde an die Stelle des bisherigen Commissärs Csanyi (welcher Minister der Communicationen geworden) Karl Sz. Ivanyi zum Commissär ernannt. — Wem soll Temesvar, und zwar durch Ueberrumpelung genommen haben.

Semlin, 14. Mai. Gestern erließ der Patriarch einen Aufruf zu den Waffen. Alle kampffähigen Flüchtlinge aus der Backa und dem Banat sollen sich binnen fünf Tagen bei den hierzu ernannten Commissionen und zwar in Semlin, Ruma, Edrevir und Mukovar melden, um Waffen zu empfangen und in Lager vertheilt zu werden. Wer sich nicht freiwillig meldet wird mit Gewalt dahin abgeführt werden. Es dürften aber sehr wenige sein, die nicht enthusiastisch zu den Waffen greifen und gemeinschaftlich gegen den Feind kämpfen werden. Zur Armirung dieser Freischaaren sind hier 8000 Gewehre angekommen. (L.)

Königsberg, 21. Mai. In der vergangenen Nacht hat eine Estaffette den Befehl zur Mobilmachung der Landwehr des 1. Armeecorps gebracht. Die Ordres werden bereits ausgeführt, und wohin man hört, gibt sich eine freudige Begeisterung kund.

Stettin, 19. Mai. Das Ministerium des Innern hat nachstehende Circularverfügung an sämmtliche Regierungspräsidenten erlassen:

„Euer Hochwohlgeboren Bericht und die demselben beigefügte Anzeige des Landraths, theilen mir von der Rede, gilt mir zu folgenden Bemerkungen Veranlassung. Es ist zu bedauern, wenn die Gutgesinnten, und namentlich Beamte, wie Landräthe und Amtleute verblendet genug sind, um auch jetzt, nachdem die Verhältnisse in der vor Aller Augen liegenden Weise sich entwickelt haben, nicht einzusehen, welches der Kern der Frankfurter Verfassung und der daran geknüpften Kaiserkrone war. Was den Verdacht des Ministeriums im Amte betrifft, so wird es hier weder auf eine Darlegung der Gründe, welche bei dieser Entschließung bestimmend gewesen sind, ankommen, noch der Versicherung bedürfen, daß nicht die Annehmlichkeit und Neigung der Ministerialstellung dabei hat irgend ins Gewicht fallen können. So viel aber muß allen Verständigen einleuchten, einmal, daß die Maßregel der Kammerauflösung eine durchaus constitutionelle war, und sodann, daß die Regierung nicht mit Erfolg geführt werden kann, wenn die dem Ministerium nachgeordneten Behörden ihm nicht ihre kräftige Unterstützung mit redlichem Willen gewähren. Alle die, welche dies nicht thun zu können vermeinen, werden wohlthun, freiwillig zurückzutreten; und da wo dies nicht geschieht, wird das Ministerium im Interesse des Landes verpflichtet sein, auf die Entfernung solcher Beamten im gesetzlichen Wege hinzuwirken, welche ihre Amtspflichten lässig und widerstrebend erfüllen und Mißtrauen säen, wo sie durch Belehrung und Verständigung Vertrauen erwecken sollten. Euer Hochwohlgeboren wollen von diesen Bemerkungen den geeigneten Gebrauch machen. Berlin, 11. Mai 1849. An den Präsidenten Herrn von Bardeleben, Hochwohlgeboren zu Arnsberg. Abschrift zur Nachricht und Beachtung. Berlin, 11. Mai 1849. Der Minister des Innern, v. Manteuffel. An den Regierungspräsidenten Herrn N. N. Hochwohlgeboren zu N. N."

Dazu bemerkt die „Ostsee-Zeitung": „Diese Verfügung, welche den Beamten räth, freiwillig von ihrem Amte zurückzutreten, falls sie nicht dem Ministerium ihre kräftige Unterstützung mit redlichem Willen gewähren zu können vermeinen, und die unfreiwillige Entfernung für den entgegengesetzten Fall in Aussicht stellt, sieht dem von der jetzt am Ruder befindlichen Partei so heftig angegriffenen Stein'schen Anträge aus dem Schooße der gesprengten Nationalversammlung so ähnlich als ein Ei dem andern. Sie wird von den kleinern Tyrannen des Absolutismus, von dem niedern Junkerthum mit Jubel begrüßt werden, denn es ist ihnen wohl bekannt, daß es selbst in der Verwaltung noch Männer genug gibt, welche gesetzwidrigen und verfassungsfeindlichen Schritten höherer Behörden ihren kräftigen Beistand mit redlichem Willen nicht leihen, vielmehr solchen Versuchen mit aller Energie entgegentreten werden. Fragt man nach der gesetzlichen Berechtigung des Ministers zu diesem neuen Schritte, so kann man diese in keiner Weise hinwegleugnen, falls das Ministerium, wie es den Anschein hat, von seinen Unterbeamten nicht weiter verlangt, als kräftige Unterstützung mit redlichem Willen für seine innerhalb der Verfassung und des Gesetzes sich haltenden Befehle, falls es diese Unterstützung von den Beamten verlangt im Amte. Jede weitere Anforderung an die Beamten wäre zur Zeit, wo wir ein Staatsdienergesetz nach französischem Muster, welches die Staatsbeamten aus Beamten des Staates zu Sklaven der Minister macht, nicht besitzen, eine ungesetzliche. Man kann aber kaum annehmen, daß die vorliegende Circularverfügung in ertheilter Weise ausgelegt werden wird. Der Staatsbeamte in Preußen hat höhere Pflichten, als die der Augendienerei gegen ein Ministerium, das heute regiert und morgen gehorcht. Er hat die Pflicht, seinem Vaterlande und Könige zu dienen, indem er das Gesetz und die Verfassung schützt in und mit seinem Amte nach unten, wie oben!"

X **Koblenz**, 25. Mai. Der Großherzog von Baden hat gestern im Commandanturgebäude zu Ehrenbreitstein eine Wohnung bezogen, wohin die Möbel aus dem königl. Residenzschlosse geliefert wurden. Ein hoher Offizier aus seinem Gefolge begab sich gestern nach Mainz. Die nach dem Oberlande bestimmten Heeresmassen sind bereits in Bewegung dahin. Heute ging mit dem Dampfboote eine Abtheilung des 8. Jägerbataillons von Neuwied ab, und gestern trafen das 7. Ulanerregiment von Deutz nebst einer mobilen Batterie der 7. Brigade auf dem Marsche dahin ein. Noch heute, morgen und übermorgen werden große Truppenabtheilungen hier erwartet. Alle disponiblen Dampfboote und Schlepper sind zum Transport der Truppen requirirt. Die Operationsarmee an der Nahe wird der commandirende General des 8. Armeecorps, Generallieutenant von Hirschfeld, befehligen. Hier wird ein preußischer Prinz erwartet. Unser hiesiges Garde-Landwehrbataillon ist bereits mobil und hat vollständigen Train und Bespannung. Auch dieses soll nach dem Oberlande bestimmt sein, und die sächsische Provinziallandwehr in der Festung bleiben. — Der Abgeordnete Siedmann, welcher vorgestern auf der Rückkehr nach seiner Heimath hier ankam, wurde beim Aussteigen vom Dampfboot verhöhnt. Siedmann sagte einst bei einem hiesigen Festmahl: „Gegen den Willen des Volks ist der Ehrenbreitstein nur ein Kartenhaus." Die sämmtlichen Waffenvorräthe des Landwehrzeughauses zu Simmern kamen vorgestern unter starker Bedeckung hier an.

München, 23. Mai. Die heutige Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde durch Mittheilung neuer Begebenheiten in der Pfalz von Seiten des Staatsministeriums eröffnet, woran sich sogleich der Antrag des Gesammtstaatsministeriums knüpfte: Die Kammer möge beschließen, die Berechtigung der pfälzischen Abgeordneten ist zu beanstanden und inzulange zu suspendiren, bis der geregelte Zustand in der Pfalz wieder hergestellt sei. Der Vicepräsident Heguenberg vindicirt der Kammer das Recht, diese Reclamation (sic) zu entscheiden. Eine heftige Debatte entspann sich nun über die formelle Frage, woran sich anfänglich die Pfälzer nicht betheiligten, indem erst am Schlusse Schüler sich über die Formfrage äußerte und die davon in der Materi- abschweifende Debatte wieder dahin zurückführen wollte. Das Hauptargument, welches Ringelmann für diesen Antrag anführte, war die Bestrafung einer rebellischen Provinz durch den Beschluß ihrer Nichtvertretung beim Landtage. Er selbst gesteht zu, daß nur der spitzfindigste Jurist einen rechtlichen Grund für diese Maßregel in der Verfassung auffinden könnte, aber das Ministerium stehe im gegenwärtigen Augenblick nicht auf dem Boden der Verfassung, da diese für dergleichen Bewegungen keinen Anhaltepunkt gebe; diese Maßregel sei aber eine staatsrechtliche Nothwendigkeit; Abg. Rubner übersetzte diesen Ausdruck in „Staatsstreich". Es ist offenbar, das Ministerium hat zu dieser anarchischen Maßregel nur gegriffen, um die Majorität von der linken Seite des Hauses auf die Rechte hinüber zu escamotiren. Mit großer Erbitterung wurde der Kampf namentlich von Seiten der beiden rechten Factionen geführt. Rubner stellte den Antrag, in Erwägung, daß der vom Ministerium gestellte Antrag durchaus verfassungswidrig ist, geht die Kammer darüber zur Tagesordnung über. Ein anderer Antrag lautet auf Zuweisung an einen Ausschuß. Aus der Debatte selbst werde ich mir nächster Post Einiges mittheilen, für jetzt nur so viel, daß das Präsidium sammt der Rechten die Pfälzer Abgeordneten selbst in der ersten Formfrage nicht mitstimmen lassen wollen, um durch diese Maßregel allein schon in den Stand gesetzt zu werden, ihre Gegner anzuweisen. Das rief aber einen wahrhaften Sturm in der Versammlung hervor und Schad erklärte im Namen vieler Franken, daß wenn ihre pfälzischen Brüder nicht stimmen dürften, auch sie sich der Abstimmung enthalten würden. Graf Lerchenfeld nannte hierauf die Pfälzer Rebellen, mit denen er nicht berathen könne. Er wurde zwar zur Ordnung gerufen, die Unruhe aber wurde so groß, daß Heguenberg die Sitzung für zwei Stunden aussetzte.

Die Sitzung wurde um 5 Uhr Abends wieder aufgenommen. Wie voraussichtlich stieg die Aufregung. Die überfüllten Galerien empfingen Herrn v. Scheurl bei seinem Eintritt mit Zischlauten. Graf Heguenberg eröffnete die Sitzung. Mehrere Abgeordnete der Linken verlangen das Wort; der Präsident nimmt es für sich in Anspruch, um den Stand der Sache zu resumiren. Er kommt dabei zu dem Resultat, daß die Pfälzer nach allen parlamentarischen Regeln sich an der Abstimmung nicht betheiligen könnten. Da aber jede Frage, die über diese Betheiligung an die Kammer gerichtet

würde, eben diese Frage selbst zur Unterlage haben müßte, so sehe er sich genöthigt, diese Frage, kraft seiner Befugniß, selbstständig zu lösen, indem er sich lediglich auf parlamentarischen Gebrauch und auf die öffentliche Meinung stütze. Er werde daher ohne weitere Discussion in der Art die Abstimmung leiten, daß er um Namensaufruf schreite, dabei aber die Namen der pfälzischen Abgeordneten übergehe. Dieser Ankündigung folgt ein wüthender Ausbruch auf den Galerien (!). Von der linken Seite ertönt der Ruf: „wir gehen," und mit zorniger Hast verlassen die Linke und das linke Centrum — die 72 der Majorität — den Saal. Beifallsgetümmel der Galerien. Da nach einiger Zeit die Glocke des Präsidenten durchdringt, erklärt er die Sitzung auf eine halbe Stunde suspendirt, um indessen die Galerien räumen zu lassen. Während dieses allmälig geschieht, sind die Zurückgebliebenen in eifrigem Gespräch; man sieht, Dr. Müller, der ohne einem Club anzugehören mit der Linken stimmt, bemüht sich vergebens Proselyten zu machen; auch er verläßt endlich den Saal. Nach 6 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet; nur die Fractionen der Rechten sind da, es fehlt die beschlußfähige Zahl. Der Präsident drückt in kurzen Worten sein Bedauern über den traurigen Vorgang aus; man könne in diesem Augenblick nichts anderes oder besseres thun, als Zeit zur Besinnung zu geben, damit die Leidenschaft schwinde, das Pflichtgefühl widerkehren könne. Schließlich verließ er eine Erklärung von einer Anzahl der Abgeordneten, die den Saal verlassen hatten; es ist darin gegen das Verfahren des Präsidenten und gegen jeden Ausschluß der Pfälzer Verwahrung eingelegt. Bis morgen soll alles versucht werden ein Auskommen zu treffen. Das von den Galerien gewiesene Publikum und Vorübergehende standen am Schlusse dieser Sitzung vor dem „Ständehause". Mit Ausnahme einiger Brvat und Perrat fiel keinerlei Demonstration vor, und die bald zahlreich erscheinenden Militärpatrouillen fanden keinerlei Veranlassung zum Einschreiten. (A. Z.)

München, 23. Mai. Der „neuen Würzburg. Z." wird geschrieben: Die Vorfälle in den heutigen Sitzungen der 2. Kammer haben, was erklärlich erscheint, im Publikum nicht geringe Aufregung erzielt. Man hat verschiedene außergewöhnliche militärische Maßregeln zu treffen für nöthig erachtet, allein trotz der herrschenden Aufregung ist allem Anscheine nach nicht das Geringste zu befürchten. Bei dem größten Theil der Bevölkerung findet das Verfahren der Kammermajorität volle Billigung. Leider steht zu befürchten, daß die heutigen Vorfälle von den schwersten Folgen begleitet sein werden. An einer Kammerauflösung oder doch abermaligen Vertagung des Landtages dürfte jetzt kaum zu zweifeln sein.

** Unser □-Correspondent in **München** meldet uns noch unter dem 24. mit wenig Worten, daß die Sitzung der Abgeordnetenkammer an diesem Tage ohne Resultat geblieben ist.

Würzburg, 25. Mai. Sämmtliche hier garnisonirenden Truppen verlassen morgen und übermorgen unsere Stadt. Gestern kam bereits eine Abtheilung Jäger von Aschaffenburg hier ein. (N. W. Z.)

* **Speyer**, 22. Mai. Fenner v. Fennebergs Verhaftung erfolgte der „Karlsr. Ztg." zufolge deßhalb, weil er offene Drohungen gegen die provisorische Regierung ausgesprochen habe. Seine Papiere seien mit Beschlag belegt und die eingeleitete Untersuchung wird das Weitere ergeben.

⊙ **Stuttgart**, 24. Mai. In der heutigen für die Zukunft Württembergs höchst wichtigen Sitzung der zweiten Kammer interpellirte der Abg. Becher den Ministertisch folgendermaßen: Bei den kürzlichen Truppenbewegungen gab man uns zuerst die Antwort, man verlege die Truppen aufs Land, um in den Kasernen für die Beurlaubten Raum zu gewinnen, später hielt man uns den Befehl des Reichskriegsministeriums vor. Wir beruhigten uns damit. Indessen nehmen diese Bewegungen in einem Maße zu, daß jetzt die Mehrzahl der Truppen im Vorrücken gegen die badische Grenze ist. Ich möchte nun wissen, auf wessen Verantwortung dieselben vor sich gehen? Ferner habe ich vernommen, daß die württembergischen Truppen nach einem gemeinsamen Operationsplan in Verbindung mit Preußen und Bayern in Baden einrücken sollen; vom Norden sollen Preußen und Hessen, im badischen Seekreis Bayern dazu stoßen. Eine solche Operation würde aber der bisherigen Stellung Württembergs zur Nationalversammlung und dem Reiche gradezu widersprechen. Die Regierungen werden einig werden zur Restauration des alten Rechtszustandes, und damit droht nicht allein Baden, sondern jedem Reichsgebiete dieselbe Gefahr. Die Ehre Württembergs wird auf dem Spiele stehen, wenn wir uns jetzt mit dem Reichsfeind in eine gemeinsame Bekämpfung Badens einlassen würden, eine Bekämpfung, welche man bald gegen uns selbst kehren würde. Wir wollen ein Schutz- und Trutzbündniß der einzelnen Reichsgebiete, welche die Verfassung anerkannt haben. Wenn dies zunächst Baden und Württemberg unternimmt, dann wären wir nicht schwach, dann müßte auch in Bayern die Krone unter den Volkswillen sich beugen; ein solcher Bund würde Sachsen wieder wecken, der Rhein würde uns zufallen, und Württemberg hätte das Verdienst, die Reichsverfassung zur Anerkennung gebracht zu haben. (An den Ministertisch sich wendend:) Ihre Schwäche liegt nicht in Ihren Mitteln, sondern in Ihrer eigenen Brust; nehmen Sie ein Beispiel an der Schwäche der Gagern'schen Politik! Bewaffnen Sie das Volk bis auf den letzten Mann, und unsterbliche Ehre wird Ihnen werden! Ihm antwortete Staatsrath Römer: Die Politik, sich nicht einzumischen in die innern Angelegenheiten Badens, übt die Regierung auch heute noch aus, die Herren Abgeordneten mögen interpelliren so viel sie wollen. Es werden 6—7000 Mann sein, welche an der Grenze aufgestellt werden, also keine solche Macht, daß man einen Schlag gegen Baden befürchten dürfte. Ferner muß man bedacht sein, daß auch die Reichsfestung Rastatt besetzt werden muß, in welcher Beziehung der Befehl des Reichskriegsministers noch besteht. Wie wenig übrigens Baden geneigt ist, auf Württemberg Rücksicht zu nehmen, das geht aus einem empörenden Falle in Heidelberg hervor. Dort wurden nämlich und sind noch die Uniformen zurückbehalten, welche man unsern Truppen nach Schleswig schickte. Wenn ein Volk gegen ein anderes auf diese Weise handelt, dann hat man gegen ein solches Volk gerade keine besondere Rücksicht zu nehmen. Ich gestehe, daß ich den Muth nicht habe, auf ein Schutz- und Trutzbündniß mit Baden einzugehen. Sicher sagt. Sachsen, Bayern, der Rhein würden sich dann erheben. Von Seite des Herzens gebe ich dieser Auffassung volle Anerkennung, aber auch der Kopf muß sprechen, wenn es sich davon handelt, einem Volke so ungeheure Opfer aufzuerlegen. Wie wenig auf Rheinpreußen zu rechnen ist, haben die jüngsten Ereignisse bewiesen; in Sachsen hat sich der Widerstand bloß auf die Stadt Dresden beschränkt. Auch hat die jetzige provisorische Regierung Badens noch gar keinen Versuch gemacht, sich Württemberg zu nähern, und darin hat sie ganz recht gethan, weil sie voraussetzen muß, daß Württemberg sich in Abwesenheit des Großherzogs nicht in diplomatische Verhandlungen einlassen wird. Warum schickt sie denn nicht eine Deputation zum Großherzog, um ihn zur Rückkehr zu bewegen? Die badische Bewegung hat eben die Republik zum Zweck gehabt, und es gibt dort eine Partei, vielleicht die herrschende, welche sich bereit, die Franzosen zu Hilfe zu rufen. Diese aber, wie sie kommen, werden nicht so großmüthig sein, den Demokraten zu helfen, sondern sie werden so frei sein, deutsche Provinzen sich zu holen. Die angestrebte Einheit wird dann zur Zerrissenheit werden. Nach Gagerns Austritt darf man auf Nassau und Hessen nicht mehr rechnen; Baden, Württemberg und die Rheinpfalz wären also die einzigen Staaten, welche es gegen ganz Deutschland aufnehmen sollten. Unter diesen Umständen halte ich es für eine mathematische Gewißheit — es würde gegen alle Gesetze der Schwerkraft anstoßen, wenn es anders käme — daß hier nicht an einen Sieg des Volkes zu denken ist, sondern an ein Unterliegen. Die Folgen davon ergeben sich leicht, nämlich die höchste Despotie und der Verlust aller sogenannten Märzerrungenschaften. Wir würden also gerade das herbeirufen, was die Politik Becher's vermieden wissen will. Der württembergischen Regierung kann man nicht zumuthen, mit Baden sich einzulassen und dadurch gegen sich selbst zu wüthen. Was unser Verhältniß zur Centralgewalt betrifft, so ist dies eine sehr heikliche Frage; im Allgemeinen gedenkt die Regierung den Umständen und den Verhältnissen Rechnung zu tragen. So lang Deutschland keinen andern sichtbaren Mittelpunkt hat, so lang müssen wir an den Beschlüssen der Centralgewalt — wenn auch mit Modificationen — festhalten. Ein anderes Oberhaupt ist noch nicht da; zwar sucht man gegenwärtig in Bayern einen deutschen Kaiser, aber ob man dort einen findet, ist eine andere Frage. Ich wiederhole es, ich erblicke in einer defensiven Stellung gegen Baden für uns viel weniger Gefahr, als in einer offensiven. Freilich, wenn es nach den Correspondenzartikeln der „Karlsruher Zeitung" ginge, so wäre ich in ganz Würtemberg der einzige Mann, der Ordnung will; ich fordere aber das ganze württembergische Volk auf, zu erklären, daß es neben der Freiheit auch noch Ordnung will! (Begeistertes Bravo.) General Rüppli n: Ich will dem kühnen Flug der Phantasie des Abgeordneten Becher nicht folgen und auf dem nüchternen Boden der Thatsachen bleiben. Die Regierung wird sich zu keinem Schritte verleiten lassen, welcher das Land in das unabsehbarste Elend stürzen würde. Ich übernehme recht gern die Verantwortlichkeit der Concentrirung der württembergischen Truppen; sie hat den Zweck zum Schutz gegen die republikanische Propaganda Badens, zur Aufrechterhaltung der Ehre des württembergischen Staates. Was den Gebrauch dieser Truppen betrifft, so wird die Regierung wissen, was sie zu thun hat. Becher: Wenn Staatsrath Römer jetzt noch die Einheit über die Freiheit setzt, so spreche er es offen aus: ich will die octroyirte Verfassung, dann weiß ich für meinen Theil, wo ich daran bin. Die Hilfe Frankreichs ist mir das letzte Mittel, wenn den Dynastien des Nordens nicht der Widerstand geleistet wird, welchen das Volk zu leisten bereit ist. Dies ist die Politik Südwestdeutschlands, wenn diese nicht befolgt wird, so haben wir den Bürgerkrieg. Staatsrath Römer: Ich stelle mir den Fall vor, daß eine imposante Mehrheit in Deutschland für die octroyirte Verfassung sich erheben wird. Es fragt sich, ob, wenn es einmal zum Schlagen, zum Zahlen kommt, die Gesammtheit des Volkes sich zu solchen Opfern verstehen wird, zumal bei so zweifelhaftem Erfolge. Hätte die demokratische Partei in Dresden den Aufstand unterlassen, hätte Baden nicht jetzt zum drittenmal die Einheit nicht allein, sondern auch die Freiheit compromittirt, so drohten die Ereignisse nicht wie sie jetzt sind. Unter diesen Umständen werde ich die bisherige Politik nicht verlassen, würde es auch nicht thun, wenn ich in dem jüngern Lebensalter des Abg. Becher stünde. Auf eine Anfrage Reyschers, was hinsichtlich der Anknüpfung einer Verbindung mit andern Regierungen, welche die Verfassung anerkannt haben, geschehen sei? antwortete Römer: Vorsorglich haben in Frankfurt bereits Besprechungen stattgefunden zwischen beiden Hessen und Braunschweig, welche das gleiche Bedürfniß gefühlt haben. Hiermit wurden diese Fragen der höhern Politik verlassen, ohne daß die Kammer Willens war, für heute weiter darauf einzugehen.

Karlsruhe, 24. Mai. Die Karlsruher Ztg. und das Regierungsblatt Nr. 5 enthält einen amtlichen Aufruf des Landesausschusses „An Deutschlands Krieger" gegen „den blutdürstigen, verrätherischen Friedrich Wilhelm IV. von Preußen" und fordert auf, dem „hochherzigen Beispiele des badischen Heeres" zu folgen. Ferner einen Aufruf an die „Männer und Frauen Badens" Opfer zu bringen zur vollständigern Ausrüstung Rastatt's", das ein „mächtiger Stützpunkt unserer Bewegung" ist und um keinen Preis den Feinden des Reichs und der Freiheit in die Hände gelangen darf. Die Executivcommission hebt nun auch den Eingangszoll auf Munition für die Volksbewaffnung auf. Das Kriegsministerium verordnet den neu ernannten (?) Officieren behufs deren Equipirung Vorschüsse, gegen später zu machende Abzüge, aus den Regiments- und Corpscassen zu leisten. Den Wehrmännern, „welche die Eisenbahn zu besteigen wünschen", werden laut Verordnung Freikarten ertheilt. Den Gesuchen der Gemeinden um Waffen, kann der Landesausschuß jetzt nicht entsprechen, hofft es aber in 14 Tagen zu können. Die Verwaltung in Polizeisachen findet es nöthig beiwillige Gerücht dahin zu widerlegen, daß „Privatsachen unangetastet bleib n."

Die hiesige Zeitung schreibt: Wir fügen unserer Nachricht über die Verwahrung Bornstedt's in Rußlan noch eine erklärende Notiz bei, um Mißverständnissen vorzubeugen. Der schnelle Wechsel zwischen Kerkerleiden und jubelnder Befreiung durch das Volk hat die geistigen Kräfte des Genannten in einer Weise gestört, welche die gegen ihn verhängte Maßregel nothwendig machte. Es war unmöglich, an der Stelle eines Führers einen Mann zu lassen, dem jene Worte und Handlungen nicht mehr zugerechnet werden konnten. — Der „Staatsrath Mathy" ist seiner „Dienste" entboben worden.

* **Karlsruhe**, 25. Mai. Die heutige „Karlsruher Zeitung" enthält eine Aufforderung Seitens des Landesausschusses an die Gemeinden Badens, folgenden Inhalts: „Unsere wehrfähigen Männer sind unter die Waffen gerufen. Bald vielleicht geht es zum Kampfe. Wir müssen Vorsorge treffen, daß unsere Schaaren wohlgerüstet ins Feld ziehen. Die Mittel des Staates dürfen nicht allzusehr geschwächt werden; ein Theil der Opfer muß der Hingebung der Einzelnen, ein Theil insbesondere der Sorgfalt der Gemeinden überlassen bleiben. Bereits sind einzelne Gemeinden mit rühmlichem Beispiele vorangegangen, und haben ihr erstes Aufgebot mit den nöthigen Bedürfnissen vollständig ausgerüstet. Wir sind überzeugt, es bedarf nur eines Wortes, um in allen Theilen des Landes den gleichen Eifer anzuregen. Wer im Stande ist, aus eigenen Mitteln sich mit dem Erforderlichen zu versehen, der wird ohne Zweifel gern und freudig das Opfer tragen, welches das Vaterland für die Zeit des Kampfes an ihn verlangt. Die Unbemittelten vertrauen wir der Fürsorge der Gemeinden; die Gemeinden sind aufgefordert, die Ausrüstung des ersten Aufgebots mit den nöthigen Kleidungsstücken und Unterhaltungsmitteln anzuordnen, damit der Verwendung der Mannschaft außerhalb des Gemeindeeortes kein Hinderniß im Wege stehe. Es wird keine Gemeinde gegen die andere zurückbleiben wollen; es muß Ehrensache einer jeden sein eine möglichst wohlgeordnete und wohl verpflegte Mannschaft dem Volksheere zuzuführen." Außerdem bringt dieselbe Zeitung in ihrem amtlichen Theile eine Aufforderung der Vollziehungsbehörde an alle diejenigen, welche bereit sind, unter der jetzigen Regierung ihre Kräfte dem Vaterlande zu widmen, sich in schriftlicher Eingabe in Karlsruhe anzumelden und an die Volksbehörden, namentlich Civilcommissäre, mit Anträgen auf Entfernung von Beamten zugleich Vorschläge behufs der Wiederbesetzung der Stellen zu machen. Dabei wird bemerkt, daß solche Entfernungen sowohl als Anstellungen nur provisorisch geschehen können.

Heidelberg, 23. Mai. Germain Metternich inspicirte gestern die hiesige Volkswehr; das bewaffnete Studentencorps soll sich aber dabei nicht betheiligt und auch verweigert haben, nach Mannheim zu gehen. Metternich äußerte dabei auf, er wolle das dem jugendlichen Leichsinn hingehen lassen, später aber Ernst mit den Herrn Studenten machen. — Die Vorlesungen, wenn auch schwächer besucht, haben noch meistens ihren Fortgang (durch Docenten!) Die Stadt ist durch Militär und Freischarler sehr belebt, doch herrscht jetzt mehr Ruhe als vor acht Tagen. — Raveaux und Trützschler waren hier und sind heute abgereist. In den ersten Tagen der Bewegung sah man auch Arnold Ruge, der von Leipzig geflüchtet war. — In Rheinbayern verweigern die Beamten den Schwur auf die Reichsverfassung, als noch nicht zu Recht bestehend, und verlassen ihre Stellen, während die Demokraten schon die lautesten Klagen gegen die provisorische Regierung erheben, besonders deßhalb, weil sie gewisse Zuzüge fremder Freischaaren nicht gestattet. (Darmst. Z.)

△ **Rastatt**, 25. Mai. Es kann nicht fehlen, daß die ruhige Besonnenheit bei der Mehrzahl der Bevölkerung unsers Landes allmälig wieder die Oberhand gewinnt, zumal wenn nicht von Außen durch unzeitige Maßregeln die Aufregung wieder angefacht wird. Der Beschluß des Gemeinderaths und großen Bürgerausschusses von Freiburg, wonach der Großherzog, wenn er zurückkehrt, als Staatsoberhaupt anerkannt, und wenn er auch nicht sofort zurückkehrt, gleichwohl als Oberhaupt betrachtet wird, ist bekannt. Einen gleich wichtigen und jedenfalls für die nächsten Tage entscheidenden Beschluß hat gestern unsere Bürgerwehr in Uebereinstimmung mit dem Militär gefaßt; es soll nämlich den Truppen derjenigen deutschen Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, der Einzug in die hiesige Reichsfestung ohne Hinderniß gestattet sein, selbst wenn der Landesausschuß es anders verfügen wollte. Sie sehen daraus, daß unsere Bürger wie das hiesige Militär folgerichtig verfahren. Die ganze Bewegung, welche von hier ausging, war ursprünglich eine rein deutsche, zu Gunsten der Reichsverfassung. — Gestern sind ein Bataillon vom ersten Infanterieregiment und eine Abtheilung Dragoner von hier nach Heidelberg abgegangen. Unsere Besatzung besteht nun nur noch aus drei Bataillonen Infanterie, mit denen gemeinschaftlich unsere Bürgerwehr den angestrengten Festungsdienst versieht.

× **Freiburg**, 25. Mai. Wenn ich neulich schrieb, der Gemeinderathsausschuß zu Lörrach habe sich geweigert, sich der provisorischen Regierung zu unterwerfen, so kann ich Ihnen heute mittheilen, daß er dieselbe nunmehr anerkannt hat, mit dem Bemerken, weil sie Nothwendigkeit geworden sei; er erklärt auch sich der von der künftigen constituirenden Landesversammlung zu schaffenden künftigen Staatsform zu unterwerfen, mit Genehmigung der Reichsgewalt. — Willmann, als Civilcommissär für den Seekreis hat mehrere Beamten des Staatsdienstes entlassen, weil sie sich der neuen Regierung nicht unterwerfen wollten. — Die „Seeblätter" sind zum officiellen Organ des Seekreiscommissariats erklärt worden. — Der hiesige Frauen- und Jungfrauenverein beabsichtigt, dem 2. Infanterieregiment eine neue Fahne zu arbeiten, für die am 14. d. M. in dem Streit mit den Offizieren zu Grunde gegangene. — Mit der Disciplin unter dem Militär sowohl als unter der Volkswehr, deren Bildung rasch vorwärts schreitet, ist man im Allgemeinen zufrieden. — Die Mangelhaftigkeit

des Eisenbahnfahrtenplanes seit dem ersten Mai übersteigt wirklich alle früheren Mängel. Um nur ein Beispiel anzuführen, will ich bemerken, daß die Briefe, die Mittags 4½ Uhr zur Post gegeben werden, daselbst liegen bleiben bis den folgenden Morgen um 6 Uhr, also volle 14 Stunden, da der letzte Zug nach dem Unterland schon um 4½ Uhr abgeht. Es wäre sehr zu wünschen, daß diesem Uebelstande dadurch abgeholfen wurde, daß des Abends um 6½ oder 7 Uhr noch ein Bahnzug etwa bis Offenburg oder Karlsruhe abginge. — Seit acht Tagen treffen die Frankfurter Blätter fast immer um 4 bis 6 Stunden später hier ein als früher, woran wohl die Zerstörung der Eisenbahn bei Weinheim schuld sein mag. — Zwischen hier und Konstanz ist ein Staffettendienst errichtet worden, der bereits im Gange ist. Die Vorbereitungen zu den Wahlen für die constituirende Landesversammlung sind im Gange. Eine Bekanntmachung der provisorischen Regierung warnt die Staatsbeamten vor Einwirkung auf die Wahlen, da dieselben der Ausdruck des Volkswillens sein sollen.

** **Darmstadt**, 25. Mai. Einer eben durch den Generalstaatsprocurator am großherzogl. hess. Cassationshof, Hrn. Weiß, verkündigten Verordnung zufolge, soll die erste ordentliche Assise der Provinz Oberhessen am 23. Juli d. J. eröffnet werden. Oberappellations- und Cassationsgerichtsrath Merkel ist zum Präsidenten dieser Assisen, Hofgerichtsrath Buff zu seinem Stellvertreter ernannt.

Nachstehenden Bericht über die **Meuterei in Ober-Laudenbach** entheben wir der Darmst. Ztg., um unsere gestrige Mittheilung zu vervollständigen: Bereits vorgestern, am 23. d. M., wurde auf der zu **Erbach** abgehaltenen Volksversammlung für gestern eine solche, zur angeblichen Berathung verschiedener Maßnahmen in Ueter-Laudenbach, jenseits der hessischen Gränze, im Badischen, festgesetzt und von mehreren Rednern zum bewaffneten Erscheinen aufgefordert. In Folge dieses verstärkten sich gestern Morgens zahlreiche Schaaren aus dem hess. Odenwald nach dem genannten badischen Orte, wo sie jedoch von der Gemeinde abgewiesen wurden und eine Versammlung in dem nahen hessischen Ober-Laudenbach beschlossen. Zu dieser fanden sich dann am Nachmittag an 8000 Menschen ein, der größeren Anzahl nach bewaffnet, welche der Aufforderung des dortigen Bürgermeisters, die Waffen abzulegen, oder sich zu entfernen, keine Folge gaben, daher sich dieser genöthigt sah, dem Reichsgeneral v. Schäffer von dem bedrohlichen Vorgange Mittheilung zu machen. Hr. Gen. v. Schäffer ließ sofort 3 Compagnien des 3. großh. Infanterieregiments unter Commando des Obersten Dingeldei, gegen Ober-Laudenbach aufbrechen, dem ein Civilcommissär beigeordnet wurde, auf Uebernahme welcher Mission der großh. Regierungsdirigent Prinz bestand. In der Nähe des Ortes angekommen, verfügte sich Herr Prinz nur von ein paar Mann Militär gefolgt, zu den Ungehorsamen, um sie zur Pflicht zurückzuführen; seine Vorstellungen fanden aber nur Hohn und Abweisung, so daß er sich mit der Anzeige von seinen erfolglosen Schritten zur Militärbehörde zurückbegeben mußte. Nichtsdestoweniger versuchte es Herr Prinz nochmals und nur von einem Gendarmen begleitet dahin zurückzukehren, um vereint mit dem Bürgermeister nochmals zu den Aufrührern zu reden, als er plötzlich von einer Rotte von 80 Aufständischen verfolgt, von Einem derselben mit einem Schusse erreicht und zu Boden gesunken, von den Uebrigen mit Heugabeln und ähnlichen Waffen völlig ermordet wurde. In Folge dieses Meuchelmords rückte das Militär sofort ein; die bewaffneten Rebellen hatten sich in Häuser und Gehöfte zurückgezogen und empfingen die Soldaten mit einem Kugelregen, der aber keinen Erfolg hatte, während die Truppen bald des Aufruhrs Meister wurden. Von Seite der Widersetzlichen blieben 41 Todte, 107 wurden mit den Waffen in der Hand gefangen genommen und die Uebrigen versprengt. Die beorderte Mannschaft hat einen schwer verwundeten Unterofizier und zwei leichtverwundete Soldaten.

Einem über dieselben Vorfälle uns zugehenden Privatschreiben entnehmen wir noch, daß unter den Hauptleitern bei der projectirten Volksversammlung der bekannte Dr. Löhr aus Worms, ferner Bogen aus Michelstadt, Buchner und Obly aus Darmstadt gewesen sind. Die gefangenen Freischärler sollen, wie man hört, nach Mainz gebracht werden.

Mainz, 25. Mai. Das hiesige Wochenblatt veröffentlicht folgende Mittheilung des Festungsgouvernements: „An den großh. hess. Territorial-Commissär ꝛc. Nachdem das Gouvernement in Erfahrung gebracht hat, daß Emissäre der revolutionären Partei versuchen, die Soldaten der Garnison zur Desertion, zur Untreue und zum Ungehorsam zu verleiten, beehrt es sich, Euer Hochwohlgeboren ganz ergebenst und dringend zu ersuchen, die mit Ueberwachung der Fremden- und Wirthshauspolizei beauftragten Behörden strenge anzuweisen, auf alle solche Leute, Fremde oder Einheimische, welche das so eben bezeichnete schändliche Gewerbe treiben, die größte Aufmerksamkeit zu richten, dieselben sogleich zur Haft zu bringen, wobei die Militärpatrouillen und Wachten die erforderliche Assistenz sofort leisten werden. Uebrigens werden auch die Wachten und Patrouillen, sowie alle einzelnen Glieder der Garnison, jeden, den sie bei Ausübung des oben bezeichneten Verbrechens auf frischer That ertappen, sofort zur Haft bringen. Nur durch die energischste Niederhaltung aller solcher Umtriebe kann ein noch viel größeres Unglück von der Stadt Mainz abgewendet werden, und das Festungsgouvernement rechnet daher bei den hierzu dienenden Maßregeln nicht allein mit Zuversicht auf die bereitwillige Unterstützung der Behörden, sondern auch auf die thätige Mitwirkung aller ordnungsliebenden Einwohner von Mainz, und es wird ihm nur angenehm sein, wenn die vereinten Bemühungen dasselbe von der Nothwendigkeit entbinden, extreme und außerordentliche Maßregeln im Interesse der Ordnung und Sicherheit zu verfügen. Mit vorzüglichster Hochachtung verharrt: Gez. v. Hüßer. Generallieutenant und Vicegouverneur."

*** **Mainz**, 25. Mai. So eben wird hier durch die Schelle verkündigt, daß sich die Einwohner auf Einquartierung gefaßt machen sollen, und werden, wie uns aus sicherer Quelle versichert wird, morgen bereits 3 Bataillone Infanterie, 4 Schwadronen Cavallerie und 1 Batterie Artillerie vom Niederrhein hier eintreffen. Reisende, die mit dem Dampfboote ankommen, bringen die Nachricht, daß starke Truppenmassen im Anmarsche seien.

Italien.

Eine starke Abtheilung der kaiserlichen Truppen hat den Weg von Bologna nach Forli eingeschlagen und scheint gegen Ancona bestimmt zu sein. — Lesseps hat ein Ultimatum gestellt, das wohl zuletzt von den Römern angenommen werden wird.

Ostindien.

Wie die neueste Ueberlandpost aus Bombay, 17., Calcutta, 8., Singapur, 7. April, Hongkong, 30. März meldet, war der Krieg mit den Sikh vollständig beendigt, Sir W. Gilbert aber noch in Verfolgung der Afghanen begriffen. Das Pendschab, ein Land von 100,000 engl. (etwa 4000 geographische) Q.-Meilen mit mehr als 3 Millionen Einwohnern, ist sammt Peschawer dem indobritischen Reich einverleibt, der abgesetzte Maharadscha Dhulip Singh erhält 40,000 Pf. St. jährlich Pension, und die Stadt Puna ist ihm zum Aufenthalt angewiesen. — Der Kaiser von China hat auf die vertragsmäßige Forderung, die Stadt Canton den Fremden zu öffnen, eine sehr lakonische Antwort gegeben, welche das Ja oder Nein dem Vicekönig von Canton anheimstellt.

Börsenberichte.

Frankfurt, 25. Mai. Von österreichischen Fonds waren heute Metalliques mehr angeboten, 5pCt. Met. blieben ½ 72⅛ pCt., 2½pCt. Metall. 38⅛, Wienerbankactien gefragter 1090, 500 fl. Loose 121⅞ pCt., 250 fl. Loose 73⅛ pCt. Von den übrigen Anlehensloosen Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27 Rthlr., Bad 35 fl. Loose offerirter 25⅞ fl., do. 50 fl. Loose 46 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 20⅞ fl., do. 50 fl. Loose 68½ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20⅛ fl., Sard. Loose 25 Fr., Poln 500 Loose 72 Rthlr. Süddeutsche Obligationen gut preishaltend. Von belgischen Obligationen waren 2½pCt. belg. 41, do. 4½pCt. 81, do. 5pCt. 87⅞, Fr. Poll. 2½pCt. Integr. 48⅝ pCt. Von Eisenbahnen bleibt Fr.-L.-Nordbahn 33⅛ Rthlr., Berbach 67⅞ pCt., Köln-Minden 77⅞ pCt., Taunus 265 fl. 3pCt. inländ. Span. schließen 21 à 23⅛ pCt. Von Wechseln war Amsterdam 101⅛ G., Paris 95⅞ G., London 101⅛ G., Bremen 99⅝, Hamburg 85⅛ G., Berlin u. Leipzig 103⅛, Wiener 100⅛ B., im Ganzen wurde heute, sowie schon seit mehreren Tagen in sämmtlichen Devisen nur sehr wenig gethan. Abends in der Effectensocietät blieben 3 pCt. Span. etwas minder fest im Cours 22⅞ à 23 pCt.

Wien, 22 Mai. 5pCt. Metall. 89⅛. — 4pCt. 71. — 3pCt. — . — 2½pCt. 46⅛. — Bankactien 1123. — 500 fl. Loose 150. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnactien 94⅛. — Glogauer 91⅛. — Mailänder 71⅛.

Fonds und Actien sind ungeachtet des starken Weichens zu Paris nur unbedeutend zurückgegangen, und Comptanten auch nur wenig gestiegen. Das meiste Geschäft war in Devisen, welche zu höhern Preisen sehr begehrt waren. Frankfurt 119½.

Berlin, 24. Mai Staatsschuldscheine 79½, bez. Ende 79 Br., Seehandlungs-Prämienscheine 100½, bez., Bankanweisle 87½, bez u. B., Berlin-Hamb. 59 Br., Köln-Minden 76½, u. 76 bez. Friedrich-Wilh.-Nordbahn 33⅛, à ⅛ bez., Rhein. 45 Br., Düsseld. 49 Br., Ruff. bei Stieglitz 8⅛ Br., Poln. 500 fl. Loose 71½, Br.

Die ferner bedeutend schlechteren Pariser Notirungen veranlaßten eine matte Stimmung, in deren Folge mehrere Papiere billiger verkauft wurden; nur preußische Staatsschuldscheine waren zu besserem Preise begehrt.

verantwortlicher Redacteur: Dr. v Wallen.

Benachrichtigungen.

[1440]

Bücher-Versteigerung.

Zu der am 21. Mai d. J. angekündigten Bücher-Versteigerung, die aber erst Montag den 4. Juni ihren Anfang nehmen wird, ist noch ein interessanter Nachtrag von 2000 Werken gekommen, worin Bücherfreunde eine Auswahl des Besten der neueren und neuesten Literatur aus fast allen Fächern finden werden.

Frankfurt a. M., den 21. Mai 1849.

G. F. Kettembeil.

Lehr- und Erziehungsanstalt für Mädchen
von Louise Ensgruber
in Mainz Lit. D Nr. 163.

Am 4. Juni l. J. beginnt in meiner Lehr- und Erziehungs-Anstalt ein neuer Unterrichtscurs, wozu Zöglinge in ganze und halbe Pension aufgenommen werden. Indem ich dies zur allgemeinen Kenntniß bringe, beziehe ich mich rücksichtlich der Einrichtung der Anstalt und der Bedingungen auf mein Programm, welches auf desfallsige Anfrage den verehrlichen Eltern einsenden wird

[1444] **Louise Ensgruber.**

Wichtig für Auswanderer. [1431]

Herabgesetzte Preise
der **einzigen** und regelmäßigen **Postschiff-Linie**
zwischen
LONDON und NEW-YORK.

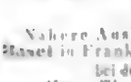
Der Unterzeichnete befördert vom 6. Juni d. J. durch die 16 regelmäßig am 6., 13., 21. und 28. eines jeden Monats von London abgehenden Postschiffe Auswanderer von Mannheim und Mainz nach New-York zu 61 fl. die Erwachsenen, und zu 42 fl. die Kinder bis 12 Jahren, Säuglinge unter 1 Jahr frei.

Mainz, 24. Mai 1849.

G. H. Paulsen,
Special-Agent der 16 regelmäßigen Postschiffe zwischen London und New-York.

Ferner die Agenten desselben:
Herren **Gustav Rosalino & Co.** in Frankfurt a. M.
Hr. J. B. Ullmann Sohn in Bingen, Hr. Carl Vincenti in Obermoschel, Hr. Christoph Wagner in St. Goarshausen, Hr. Felix Langenbach in Worms, Hr. Joh. Schuler Wittwe & Söhne in Alzey, Hr. F. A. Behlen in Ludwigshafen am Rhein, Hr. Ga. Herm. Klappert in Hersfeld

Dampfschiffahrt für den Nieder- und Mittel-Rhein.
Düsseldorfer Gesellschaft.



[1204] Vom 1. Mai 1849 fahren die Boote täglich

Von **Mainz** Morgens 7½ Uhr } nach **Cöln** „*Schnellboot*" (*Aachen, Düsseldorf und Elberfeld*)
Biebrich" „ 8 „ } ☞ „ **unmittelbar** n. Ankunft des **1.** Zuges (6½ U.) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Vormitt **10**½ Uhr } nach **Cöln** und **Düsseldorf** (*auch wöchentlich 4mal direct nach*)
Biebrich „ **11** „ } (**Rotterdam**, *2mal*, **London**)
☞ „ **unmittelbar** n. Ankunft des **2.** Zuges (9 Uhr) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Mittags **12**½ Uhr } nach **Cöln** „*Schnellboot*" (*Düsseldorf, Minden-Berlin* u. s. w.)
Biebrich" „ **1** „ }
☞ „ **unmittelbar** n. Ankunft des **3.** Zuges (**11**½ U.) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Vormitt. **11** Uhr nach **Mannheim** „*Schnellboot*" (*Carlsruhe*) (*Neustadt* u. s. w.)
☞ im Anschluss an den **2.** Zug (9 Uhr 5 Min.) von **Frankfurt**.

Von **Mainz** Abends **10** Uhr nach **Mannheim** (*Neustadt* u. s. w.) (*Basel*)
☞ „ **unmittelbar** n. Ankunft des **6.** Zuges (8½ U.) v. **Frankfurt**.

Nähere Auskunft und **Billete** von **Frankfurt** nach allen Stationen bis **London** und **Basel** in Frankfurt am Main
bei dem Agenten Herrn **Georg Hirchs**, Zeil, der Post gegenüber.
Herrn Thomas Fletcher bei den Herren Gogel, Koch & Comp., Rossmarkt,
und auf dem **Expeditions-Bureau** im **Taunus-Eisenbahnhof**.

NB. Um jeden Zeitverlust in **Biebrich** und **Mainz** zu vermeiden wird gebeten sich bereits in **Frankfurt** mit **Dampfschiff-Billeten** zu versehen.

Grosse Preisermässigung nach London:
Von **Mainz** oder **Biebrich** Salon Rthlr. 11. 14 Sgr., Vorcajute Rthlr. 6. 17 Sgr.

[1432] Ein gebildeter junger Arzt, der schon einige Jahre mit Glück practicirt hat, wünscht aus verschiedenen Gründen seine jetzige Stellung mit dem Posten eines Reisegesellschafters oder Führers junger Leute aus den höhern Ständen, denen er gleichzeitig Unterricht in verschiedenen Schulfächern zu ertheilen bereit ist, zu vertauschen. Hierauf Reflektirende wollen gefällige portofreie Anfragen unter Adresse A. Z. an den Regierungsrath Lommer zu Altenburg in Sachsen richten.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustteig von **Georgé** in Epinal, wofür derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditor **Schott**, große Sandgasse, zu haben.

Commissäre sind: Hr. Conditor H. C. Schlemmer in Mainz. [1350]

[1444] Ein junger Mann, welcher der deutschen, englischen und französischen Sprache, so wie der Buchhaltung vollkommen mächtig ist, sucht eine Stelle; unter seine Zeit auszufüllen hatte derselbe auch Privatstunden auf Stunden anzunehmen.

Gefällige Offerten unter Chiffer D besorgt die Expedition d. Bl.

[1392] **Große süße Orangen bei**
Milani Miuoprio,
kleiner Hirschgraben Nr. 3.

[1424] Ladung.

Der hiesige Bürger und Sattlermeister Matthäus Reutlinger, über dessen Vermögen heute Gant erkannt worden ist, wird hiermit aufgefordert, sich bei dem Stadtgerichte l. dahier zu stellen, bei Vermeidung, daß er sonst rechtlichen Verfolgs werden wird.

Frankfurt a. M., den 16. Mai 1849.

Stadt-Gericht I.
Schöff Dr. v. Schweitzer, Director.
Dr. Diehe, Secr.

[1365] Auf den Antrag der Gläubiger des am 19. Januar 1779 geborenen unbekannt wo abwesenden Friedrich Sebastian Dürber von hier, dessen Vermögen seither unter gerichtlicher Verwaltung stand, wird der gesetzliche Gebrauch unter dieselben aufgefordert, binnen 3 Monaten und längstens bis zum Termin den 11. Juni d. J. dahier sich zu melden, und sein Vermögen in Empfang zu nehmen.

Für den Fall, daß eine Anmeldung nicht erfolgen sollte, wird derselbe für todt erklärt werden, und es werden daher zugleich alle Diejenigen, welche Ansprüche geltend machen können, aufgefordert, dieselben in dem oben bestimmten Termine anzumelden und zu bescheinigen, bei Vermeidung, daß der Nachlaß dann demjenigen dahierigen Verwandten verwiesen werden werde.

Hanau, den 7. März 1849.

Kurfürstliches Landgericht.
Müller.
vd. Kayser.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Konversations-Blatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Extra-Beilage zu Nro. 124.) 26. Mai 1849.

Deutsche Reichsversammlung.

228. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident Reh.

‖ Frankfurt, 26. Mai.

(Schluß.)

Die Abgg. Wesendonck, Titus, Würth u. A. stellen den dringlichen Antrag: Der Sitz der Nationalversammlung wird nach Stuttgart verlegt, der Gesammtvorstand der Nationalversammlung hat die Uebersiedelung des Archivs und des Personals zu besorgen. Die Dringlichkeit wird dem Antrage nicht zuerkannt, er geht an den Dreißigerausschuß. Der Vorsitzende zeigt hierauf an, daß folgende Abgeordnete so eben ihren Austritt aus der Versammlung erklärt haben: Biedermann, v. Buttel, Rießer, Zachariä aus Göttingen, Rösler aus Wien, Kierulff, Böcking, Cetto, Welcker, Eckert aus Bromberg, Lodemann, Zöllner, Ostendorf. Sie motiviren ihren Austritt damit, daß sie erklären, die Versammlung scheine, wie aus Verwerfung des Welcker'schen Zusatzantrags hervorgehe, ein anderes Ziel zu verfolgen, als die Durchführung der Reichsverfassung für Deutschland. Diese Erklärung wird mit Zeichen des Mißfallens aufgenommen. Abg. M. Mohl glaubt den Ausdruck der ganzen Versammlung wiederzugeben, wenn er seine Entrüstung darüber ausspreche, daß Abgeordnete, um ihren Rücktritt zu beschönigen, die Versammlung so verdächtigen. (Beifall.) Abg. Nauwerck stellt den Dringlichkeitsantrag: die Regierungen der 29 verfassungstreuen Staaten sind aufzufordern, sofort gemeinsame Maßregeln zur Durchführung der Verfassung zu ergreifen, namentlich durch schleunige Ausbildung ihrer Wehrkräfte. Das Bureau wird beauftragt, sich mit den Bevollmächtigten dieser Staaten in Einvernehmen zu setzen, damit der Beschluß sobald als möglich vollzogen werde. — Der Antrag wird als dringlich anerkannt. Abg. Wedekind stellt den Verbesserungsantrag, die Ausführung des Beschlusses der Centralgewalt zu übertragen. Die Abgg. Löwe und Nauwerck erklären sich gegen den Verbesserungsantrag des Abg. Wedekind. — Der Antrag des Abg. Nauwerck wird angenommen. — Abg. Schorn schließt sich der Austrittserklärung der Abg. Buttel, Biedermann u. A. an. — Die nächste Sitzung wird auf Dienstag 29. Mai, 10 Uhr, anberaumt. — Schluß der Sitzung 3 Uhr.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 26. Mai. Einer Couriernachricht zufolge wird die Heeresmasse von 60,000 Mann preußischer Truppen, welche in drei Colonnen sich nach der Gegend von Frankfurt bewegt, in dessen Nähe binnen drei Tagen eintreffen. Der Courier war der Cavallerie diesseits Fulda begegnet. Die Bestimmung der Truppen soll die sein, daß sie jetzt keine andere sein, als Rastatt für das Reich wieder zu nehmen und Landau demselben zu erhalten.

** **Frankfurt**, 26. Mai. Se. k. Hoh. der Großherzog von Baden ist hier eingetroffen und hat sein Absteigequartier im „Englischen Hofe" genommen. Auch Prinz Friedrich von Baden ist hier anwesend. Der Großherzog hat dem Erzherzog-Reichsverweser heute einen Besuch abgestattet, welcher von Seiner kaiserl. Hoheit mit einem Gegenbesuch erwidert worden ist.

Bregenz, 14. Mai. Heute rückte die für den Krieg mit Dänemark aufgerufene Mannschaft des Fürstenthums Lichtenstein hier ein, vom commandirenden Herrn General, dem Offiziercorps der Garnison und der Regimentsmusik eingeholt und in die Stadt geleitet. (B. f. L.)

Königsberg, 21. Mai. Der Oberpräsident der Provinz hat mit Bezug auf den hier abgehaltenen, sogenannten Provinzialständetag eine Kundmachung erlassen, laut welcher die Beschlüsse desselben als durch gesetzlich legitimirte Vertreter abgegebene Willensäußerungen der betreffenden Stadtgemeinden sich nicht geltend machen dürfen. Es seien dieselben nichts anderes, als der Ausdruck der persönlichen Ansicht der Männer, welche die Erklärung unterzeichnet haben.

Düsseldorf, 21. Mai. Gestern starb in dem hiesigen Krankenhause noch einer der Verwundeten vom 10. Mai; es sind bis dahin 17 Todte bekannt geworden, es liegen aber noch viele Verwundete der Bürger theils im Krankenhause, theils in den Privathäusern. Unter den im Krankenhause liegenden befindet sich auch ein interessanter Fall, nämlich ein auf der Barrikade Elberfeld's verhafteter Decorationsmaler von dort. Derselbe ist nicht gefährlich und nur durch Kolbenstöße verwundet; allein er bietet insofern großes Interesse dar, als er sich mit einem gewissen Stolze rühmt, bei allen Aufständen von Wichtigkeit thätig gewesen zu sein und den Bau von zehn Barrikaden selbst geleitet zu haben. Er war unter andern auch mit bei dem Aufstande in Frankfurt, als Auerswald und Lichnowsky gemeuchelt wurden, und trägt von dieser Affaire noch eine breite Narbe auf dem Arme. Da derselbe bereits fast hergestellt ist, so wird er wohl erster Tage in das Gefangenhaus abgeführt werden. (D. R.)

Düsseldorf, 24. Mai. Große Sensation erregte es gestern Morgens, als man den jungen Grafen Paul Hatzfeldt von Gensd'armen nach dem Rathhause transportiren sah; derselbe war eben von Köln gekommen, an dem Bahnhofe aber sogleich erkannt und aufgegriffen worden. Der Polizeiinspector setzte sich sogleich mit ihm in einen Wagen und brachte ihn zum Divisionscommandeur, welcher ihm die Wahl ließ zwischen Haft oder Freiheit, letztere jedoch unter der Bedingung der Aussöhnung mit seinem Vater und Unterwerfung unter die Autorität desselben. Ersteres wurde sowohl von dem jungen als auch von dem alten Grafen Hatzfeldt angenommen, und soll heute ein förmlicher Act darüber aufgenommen werden. — Auch in Bilk sind dieser Tage die Waffen abgefordert und abgeliefert worden; es hieß, daß die Bauern dies zu thun sich geweigert hätten, doch war solches ein gewiß absichtlich ausgesprengtes Gerücht.

Elberfeld, 23. Mai. Wie wir eben vernehmen, hat der ganze Stadtrath von Elberfeld seine Entlassung genommen. (K. Z.)

* **Würzburg**, 25. Mai. In der „Neuen Würzb. Ztg." wird der Bericht der von München zurückgekehrten Würzburger Magistratsdeputation mitgetheilt. Wie aus demselben hervorgeht, hat das Ministerium der Deputation die Antwort gegeben, daß seiner Ansicht nach durch die unbedingte Annahme der deutschen Reichsverfassung das in Bayern geltende von ihm und allen Staatsangehörigen beschworene monarchisch-constitutionelle Princip nicht nur im höchsten Grade gefährdet, sondern vernichtet würde, daß ferner Bayern auspolitischen, wie aus materiellen Gründen die Reichsverfassung nicht annehmen könne, indem in ihr die Tendenz der Centralisation so stark ausgeprägt sei, daß nicht allein Bayerns Regierung, sondern auch Bayerns Volk seine Selbstständigkeit und Individualität über kurz oder lang ganz verlieren würde und die Bestimmungen der Reichsverfassung über die Steuergewalt der Centralregierung der Art seien, daß Bayern unumgänglich verarmen müsse, wenn diese Bestimmungen ins Leben träten. Mit Hinweisung auf die übrigen deutschen Regierungen, welche die Verfassung noch nicht anerkannt haben, lautet der Schluß des ministeriellen Bescheides: Diese deutschen Regierungen hoffen, der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt in längstens 14 Tagen eine Vorlage machen zu können, welche gewiß alle Forderungen und Wünsche des deutschen Volkes befriedigen werde.

Nürnberg, 21. Mai. Die von hier nach München abgegangene, aus Mitgliedern des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten bestehende Deputation ist gestern zurückgekehrt und wird heute oder morgen in einer öffentlichen Sitzung Rechenschaft über den Erfolg ihrer Mission ablegen. Wie wir erfahren, hat dieselbe sowohl von dem Gesammtministerium, als von dem König Audienz erhalten, nachdem ein beabsichtigtes gemeinschaftliches Handeln mit der Würzburger und der Bamberger Deputation durch deren schnelle Abreise vereitelt worden war. Der Empfang bei den Ministern wird uns als ein sehr cordialer geschildert, ihre Antwort auf die Ansprache des Hrn. Zeltfelder war jedoch eine ablehnende und gründete sich im Wesentlichen auf die bekannte ministerielle Erklärung. Der Befürchtung, daß die Nichtannahme der Reichsverfassung in Franken Aufregung hervorrufen werde, wurde unter Hinweisung auf die eingelaufenen 600 Adressen die Reichsverfassung entgegengehalten, daß ebenso die Annahme derselben in denjenigen Gegenden, wo man deren Einführung nicht wünsche, Aufregung zur Folge haben würde und daß schon die eigenthümliche Stellung der bayerischen Regierung zu Preußen die unbedingte Annahme der Reichsverfassung nicht zulasse. Zu einem etwa geforderten Rücktritt erklärten sich die Minister alsbald bereit, sobald es dem Könige gelingen werde, ein anderes Ministerium zu finden, das die Majorität des Landes habe; indeß sei wohl in diesem Augenblick ein aus der Rechten gebildetes Ministerium ebenso unmöglich, als ein Ministerium Willich, Schüler oder dgl. Der Empfang bei dem König war kurz, aber herzlich; er verwies die Deputation lediglich auf die ihr von den Ministern gewordene Mittheilung. Kurz vor ihrer Abreise hatte die Deputation noch eine Privatunterredung mit Herrn v. d. Pforten, die sich ebenfalls um die Reichsverfassung drehte. (N. C.)

/ **Kaiserslautern**, 25. Mai. Die provisorische Regierung hat nunmehr hier ihren ständigen Sitz genommen, und auch die Militärcommission ist von Neustadt wieder hierher zurückgekehrt. Kenner von Fennebera ist wieder auf freiem Fuß. Drohende Aeußerungen gegen die provisorische Regierung waren die Ursache seiner Verhaftung. Indessen war schon seit acht Tagen das allgemeine Mißtrauen gegen ihn so gestiegen, daß seine Stellung als Obercommandant eine unhaltbare geworden war. — Die jetzt zusammengesetzte Commission ist thätiger und energischer. Der erwartete Führer ist aber noch immer nicht eingetroffen. Als seitdigen nennt man außer Mieroslawsky noch den polnischen General Czneyde. — Die Zahl der aus Sachsen und Rheinpreußen hier eintreffenden Flüchtlinge mehrt sich täglich.

Hannover, 22. Mai. Man sieht hier täglich der Publication der deutschen Verfassung, wie sie in Berlin modificirt wurde, entgegen. (H. C.)

Stade, 22. Mai. Die Landesversammlung der vier Kirchspiele, Landes Vehdingen, hat eine Denkschrift über die deutsche Verfassungsangelegenheit an den König gerichtet, welche mit folgender Bitte schließt: „Se. königl. Majestät wolle die im deutschen Reichsgesetzblatt verkündete Reichsverfassung alsbald anerkennen, sich mit einem, dem entsprechenden neuen Ministerium umgeben und die von Sr. königl. Majestät Regierung nichtiger Weise aufgelösten Stände sofort wieder nach Hannover berufen."

⊙ **Karlsruhe**, 25. Mai. Unsere Stadt bietet ein unerquickliches Bild. Zahlreiche Freischaaren durchziehen in den buntesten Aufzügen die Straßen. Obwohl wir einen baldigen Umschlag der Verhältnisse nicht für wahrscheinlich halten, so ist doch soviel sicher, daß Brentano und Fickler mit ihrer Partei alles Ernstes bemüht sind, jede Ueberstürzung zu verhindern und selbst solche Männer zu entfernen, welche die Revolution auf die Spitze führen wollen, wie das Beispiel mit Bornstedt beweist. Aber ob die gemäßigten Revolutionäre sich werden halten können, das ist eine andere Frage. Schon jetzt scheint die polnisch-deutsche Legion, die sich in Karlsruhe bildet, einen überwiegenden Einfluß auszuüben, und täglich treffen immer mehr polnische Offiziere ein. Daß diese Leute sich nicht um die deutsche Reichsverfassung kümmern, ist einleuchtend. Bereits geht die „Karlsruher Zeitung" auf die Ideen der social-demokratischen Republik ein und scheut sich nicht, auf eine Allianz mit den Gleichgesinnten Frankreichs hinzudeuten. Wenn wir die russische Hilfe als Landesverrath bezeichnen hören, so muß man fragen: Was ist denn das Herbeiziehen der Franzosen anderes? Uebrigens erwartet man von der am 10. Juni zusammentretenden constituirenden Versammlung, wenn nicht schon vorher ein Schlag im Sinne der social-demokratischen Republik geschieht, kräftige Unterstützung für die gemäßigte Partei. — Unsere Soldaten zeigen, wenn auch nicht gerade offene Reue, doch bemerkliche Umstimmung. Sie sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie mit den aus ihren Reihen gewählten Führern einen Kampf nicht wagen können; mehrere dieser improvisirten Offiziere wurden wieder abgesetzt und bei manchen Bataillonen sind kaum noch zwei bis drei der frühern Offiziere, da die meisten, welche den ersten Sturm überdauert und bei ihren Truppen geblieben waren, nach einander ihren Abschied nahmen. So haben wir denn ein Armeecorps, das in seinem Innern als völlig aufgelöst erscheint. — Gestern wurde hier als bestimmt erzählt, daß zwei Schwadronen Dragoner vom Regiment Großherzog, welche in Malsch, zwischen Ettlingen und Rastatt, liegen, von der Volkssache abgefallen seien.

Wertheim, 23. Mai. Sollte sich die Befürchtung bestätigen, daß die Unterhandlungen sich in die Länge ziehen, so werden die Einzelnen nach Hause, zum Theil auf andere Universitäten gehen, und nur ein ständiger Ausschuß hier bleiben, um die Verhandlungen zu leiten. Täglich kommen noch einzelne Nachzügler hier an. Hier ist es — abgesehen von der Lebhaftigkeit, die die Studenten verursachen, ziemlich ruhig, von Anarchie u. dgl. merkt man durchaus nichts. Eine Adresse an die zweite Kammer ist angenommen worden, worin außer Bekanntem noch die Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes des Militärs gefordert ist. (Wie wir vernehmen, werden morgen oder übermorgen die Studenten eingeholt von Professoren wieder in Würzburg eintreffen. Daß auch wohl von Seiten der Bürgerschaft ihnen ein festlicher Empfang bereitet wird, läßt sich aus dem guten Einvernehmen, in welchem Studenten und Bürger immer hier lebten, aus der Trauer, mit welcher man erstere hier scheiden sah, wohl entnehmen. Würzb. Z.)

> **Mainz**, 25. Mai. Heute Mittag wurden wir officiell benachrichtigt, daß morgen unsere Stadt eine ansehnliche Anzahl Truppen (Mecklenburger) zu erwarten habe, welche hier eine Nacht verweilen werden. Die Truppenmärsche sollen 8 Tage hintereinander andauern.

Kiel, 22. Mai. Heute traf die Nachricht hier ein, daß der Oberst Sachau, Commandeur der zweiten Brigade, gestern Morgen an den Folgen seiner in der Schlacht bei Kolding erhaltenen Verwundung in Christiansfeld gestorben ist. Sein Tod wird sehr beklagt, da Sachau einer der tüchtigsten von den älteren schleswig-holsteinischen Offizieren, hier in Kiel aber, wo er längere Zeit in Garnison stand und zuletzt als Stadtcommandant fungirte, sowie bei den ihm untergebenen Truppen sehr beliebt war. — Der angemeldete englische Kriegsdampfer hat sich noch nicht sehen lassen. (Börse.)

§ **Altona**, 22. Mai, Abends. Die mit dem letzten Bahnzuge aus dem Norden hier eingetroffenen Nachrichten erwähnen in Bezug auf Fridericia, daß von der dortigen Festungscommandantur am 20. d. ein Parlamentär im schleswig-holsteinischen Hauptquartier Bonin eintraf, welcher das Ansuchen stellte, es möchte General v. Bonin das Bombardement so lange einstellen, bis auf eine vom Festungscommandanten gestellte Anfrage nach Kopenhagen eine Rückäußerung erfolgt sein wird. Diese Anfrage bezieht sich unzweifelhaft auf die Uebergabe der Festung, welche sich theils wegen Mangel an Proviant, theils wegen der Calamität, in welcher sie sich seit dem starken diesseitigen Bombardement befindet, nicht mehr wird halten können. Die Stadt ist an mehreren Stellen niedergebrannt, jedoch haben die Einwohner derselben sie bereits vor mehreren Tagen verlassen und sich nach Fühnen gewendet. Die drei 160pfündigen Mörser und sechs 24pfündigen Kanonen haben eine furchtbar verheerende Wirkung auf die Festungswerke und die Stadt ausgeübt. Schwer beladene Dampfschiffe fahren stets hin und her zwischen Fridericia und Fühnen. Längs der Küste kreuzen fortwährend Kriegsfahrzeuge und eine große Anzahl Kanonenboote, welche den Dänen bei der Beschießung unserer Schanzwerke zu Gebote stand. Die Nordarmee ist immer noch nicht weiter vorgerückt und ist von dort nichts Neues zu berichten. Im Sundewitt ist seit dem ehegestern stattgehabten Gefecht nichts vorgefallen, da die Dänen auf Alsen zur Einsicht gekommen zu sein

scheinen, daß gegen die Düppeler Schanzwerke, wie sie in diesem Jahre beschaffen sind, schwerlich etwas mit Erfolg zu unternehmen sein dürfte.

Braunschweig, 19. Mai. Auf Requisition der Centralgewalt wird nunmehr unser sämmtliches noch hier befindliches Militär binnen wenigen Tagen nach Frankfurt a. M. abgehen (zunächst das Leibbataillon und eine Schwadron Husaren). Den activen Garnisondienst soll während der Abwesenheit der Truppen das erste Aufgebot der Volkswehr versehen, das durch tägliche Exercierübungen in Handhabung der Waffen und allem Erforderlichen trefflich herausgebildet ist. (M. Z.)

Italien.

Rom, 12. Mai. (Basl. Z.) Das Triumvirat zu Rom hat am 10. eine Proclamation an die französischen Soldaten erlassen, worin gesagt ist, daß man ihnen einen Brudermord anstrege und daß sie ihre Fahne auf ewig beflecken würden, wenn sie sich zur Unterdrückung der römischen Republik hergäben. Ihre Aufgabe sei, gegen die Russen, Oesterreicher und Neapolitaner zu kämpfen, aber nicht gegen die dreifarbige Fahne Italiens. Diese und die französische Tricolore sollten sich vielmehr zur Befreiung der Völker verbinden. In einer andern Proclamation an das römische Volk wird Oudinot mit Brennus verglichen und gezeigt, daß Rom jetzt mächtiger sei, als zur Zeit jenes gallischen Einfalls. Oudinot dagegen schwächer als Brennus! — Die Straße von Rom nach Florenz ist mit bewaffnetem Zuzug, theils regulärem Militär, theils Freischärlern bedeckt, die alle nach Rom ziehen. Am 12. langte die Colonne Roselli, 4000 Mann stark, mit 18 Kanonen zu Rom an. Am gleichen Tage haben die Franzosen von Castel di Guido aus eine Recognoscirung gegen die Stadt zu gemacht, sich aber wieder zurückgezogen. Rom ist jetzt mit 120 Stücken Artillerie versehen.

Frankreich.

m **Paris**, 22. Mai. Die Gerüchte über die Bildung eines neuen Ministeriums sind noch schwankend; unter den Mitgliedern der Nationalversammlung war von folgender Zusammensetzung die Rede: Graf Mole, innere, Herzog v. Broglie, auswärtige Angelegenheiten, Bugeaud, Krieg, Faucher, Fallour und vielleicht auch Barrot würden unter Umständen eintreten; ersterem der drei letztgenannten soll der Präsident bei der Entlassung gesagt haben: „Lassen Sie es gut sein, ehe vierzehn Tage vergehen, sind Sie „mein" Minister des Innern. — Die Lage Oudinot's, der in der Nähe von Rom Halt machte, als das ihm eingesandte Votum vom 11. einlief, soll höchst peinlich sein, und nicht minder gewiß auch die der Minister, die den unbedachtsamen Schritt bezingen. Man ist hier aufs äußerste besorgt, daß die Anwesenheit unseres zu einer zweideutigen Haltung gezwungenen Heeres Verwicklungen mit Oesterreich herbeiführe, die einen europäischen Krieg zur Folge haben könnten. Unter die Reichen und die Anhänger der früheren Ordnung der Dinge ist durch den ganz unerwarteten Ausfall der Wahlen auch eine große Furcht gefahren; mit den Socialisten in der neuen Nationalversammlung glauben sie die Schreckensmaßregeln von 1793 vor der Thür, Verhaftung und Beschlagnahme im Innern, wie nach Außen den Krieg der socialistisch-republikanischen Propaganda, und denken nur daran, sich zur rechten Zeit zur Flucht vorzubereiten. Diese thörichte Verstimmung ist gewiß nur vorübergehend, aber sie übt den nachtheiligsten Einfluß; gar Viele sind davon angesteckt. — Von den 900 Mitgliedern der Constituante sind, wie man erfährt, nur 312 wieder erwählt worden, 588 treten aus. Die Regierungsblätter legen ein großes Gewicht auf die gestrige Truppenmusterung durch den Präsidenten auf dem Marsfelde und nennen zu wiederholten Malen diesen Tag einen großen Tag für die Sache der Ordnung und der öffentlichen Ruhe, einen guten Tag für den Präsidenten, für die Gesellschaft, für Alle, und bezeichnen die prachtvolle Haltung der Truppen und ihre treffliche Gesinnung als einen vorgreiflichen Sieg über die Anarchie.

** **Paris**, 23. Mai. Der ungarische Gesandte Graf Teleki richtet in den heutigen Morgenjournalen ein Schreiben an den Minister des Auswärtigen, worin er demselben im Namen Kossuths und der ungarischen Executivgewalt anzeigt, daß sich Ungarn als freier selbstständiger Staat constituirt habe und in den europäischen Staatenverband, namentlich von der französischen Republik, als Schwesternation aufgenommen zu sein wünsche ꝛc.

Die Parteien in der neuen legislativen Kammer werden sich nach annähernder Berechnung folgendermaßen sondern: gemäßigte Orleanisten 150, gemäßigte Legitimisten 270, gemäßigte Republikaner 100, socialistisch republikanische Montagnards 230.

* **Lyon**, 19. Mai. Marschall Bugeaud hat vor seiner Abreise nach Paris folgende Proclamation an die Alpenarmee erlassen:

Soldaten der Alpenarmee! Ihr habt Euer Recht frei ausgeübt, indem Ihr Eure Stimmen in die Wahlurnen legtet.

Diese Bürgerpflicht, welche Euch die Verfassung gewährt, ist nun zu drei Jahre beendet. Eure Mitbürgerin, die nicht weniger patriotisch ist, trust wieder in ihre alte Gewalt. Ihr werdet nie vergessen, daß die Armee dazu bestimmt ist, nach Außen der Unabhängigkeit Frankreichs, im Innern den Gesetzen die Achtung zu erhalten.

Eure Pflicht ist es, die Verfassung, welche die demokratische Republik eingesetzt hat, zu vertheidigen. Schon um deswillen seid Ihr dem Präsidenten der Republik, der des Volkes Erwählter ist und dem die Verfassung die Ausübung der Executivgewalt übertragt, Gehorsam schuldig.

Nun ist es müßt Ihr die dreifarbige Fahne vertheidigen, die einzige, welche national ist, die welche seit der alten Republik unsere Armee zum Siege führte. Sie ist das Sinnbild des unvergänglichen Bundes, mit dem sich die französische Nation in den großen Kriegstagen, deren die Geschichte erwähnt, verbrüdert hat.

Diejenigen, welche andere Farben aufpflanzen wollten, wären Verräther an der Verfassung, und Ihr wißt, wie man Verräther behandelt.

Die Disciplin, die Eure Stärke und Eure Würde ausmacht, ist zugleich eine der mächtigsten Nationalgarantien, und überhaupt der Gesammtbegriff aller militärischen Tugenden. Ihr werdet sie daher sorgfältig unter Euch aufrecht halten.

Das ist die Führung, die Euch Euer alter Waffenbruder vorzeichnet, Euer Waffenbruder, der es sich bis zum Grabe zur Ehre anrechnen wird, gleich Euch gemeiner Soldat gewesen zu sein. Wie Ihr, trug ich den Tornister auf dem Rücken und nur durch mein Gewehr und später durch meinen Degen bin ich nach einer Dienstzeit von 45 Jahren zu der Ehre gelangt, Euch zu befehligen.

(gez.) Marschall Bugeaud d'Isly.

Großbritannien.

* **London**, 22. Mai. Die Königin hat gestern in feierlicher Audienz den Prinzen Wilhelm Heinrich der Niederlande empfangen, und aus seinen Händen die Insignien des Bathordens, welche dem verstorbenen König Wilhelm II. von dem Prinzregenten im Jahre 1815 übertragen worden waren, entgegengenommen.

Gestern statteie der Graf von Neuilly, die Herzogin v. Nemours, der Herzog v. Aumale und der Prinz von Joinville der Königin und dem Prinzen Albert im Buckinghampalast einen Besuch ab. Mittag waren die Gäste bei der königlichen Tafel.

Hamilton ist nach Newgate abgeführt worden. Noch immer ist man nicht im Klaren darüber, ob das Pistol, welches er auf die Königin abfeuerte, geladen war oder nicht. Der „Globe" meint das Erstere, es ist indeß bis jetzt, trotz der sorgfältigsten Nachforschungen, noch keine Kugel gefunden worden.

Ungarn.

Preßburg, 20. Mai. Heute ist ein Verbot der Annahme und Verbreitung ungarischer Noten und Geldzeichen durch Kundmachung des Armeeobercommandanten Feldzeugmeister Welden ergangen; nach demselben wird Jeder, welcher dergleichen Papiergeld gegen österreichische Banknoten umsetzt oder dasselbe zu verbreiten, beim Ankauf und Verkauf zu verwerthen sucht oder auch nur im Besitze desselben ertappt wird, als der „Vorschubleistung zum Aufruhr schuldig", der strengsten kriegsrechtlichen Behandlung unterzogen, die vorgefundenen Noten selbst aber werden der Staatskasse zur Vertilgung übergeben. Auch kann ich die Versicherung geben, daß selbst in jenen Landestheilen, wo die Magyaren aufs neue eingedrungen sind, im Falle diese von den k. k. Truppen wieder besetzt werden, an keine spätere Auswechselung des ungarischen Papiergeldes zu denken ist, sondern dasselbe ohne jede Rücksicht für null und nichtig erklärt und vertilgt wird. Darum suchen auch die Magyaren von den Ortsbewohnern ihre ungarischen Noten gegen österreichische sogar zwangsweise auszuwechseln, indem sie sich auf Kossuth's Verordnung berufen, wonach Jeder, der ungarisches Papiergeld nicht annimmt, für einen Landesverräther erklärt und als solcher bestraft wird. — Ofen und Temesvar sind, trotz der wiederholten Behauptung der Wiener Blätter, noch in den Händen der Kaiserlichen, Raab in denen der Magyaren. (Wand.)

Polen.

Warschau, 22. Mai. Se. Maj. der Kaiser Nikolaus wohnte vorgestern dem Gottesdienste in der Hofkapelle des Palastes Lazienki bei und brachte den Abend bei dem Fürsten Statthalter zu. Gestern traf Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich auf der Warschauer Eisenbahn hier ein, begleitet von dem Minister Fürsten Schwarzenberg, dem Generaladjutanten von Kölner, dem Flügeladjutanten Oberst Schwarzel und dem Flügeladjutanten Major Grafen von Wrbna. Abends war Theatervorstellung in der Oranerie, welcher die beiden Monarchen beiwohnten. Lazienki und die ganze Stadt waren illuminirt. Von St. Petersburg sind auch der russische Gesandte am württembergischen Hofe, Geheimerath Fürst Worschakoff, und der preußische Gesandte am russischen Hofe, Generalmajor v. Rochow, hier angelangt.

Nachschrift.

** **Frankfurt**, 26. Mai. Die an den königl. hannoverschen Bevollmächtigten gerichtete Verfügung des Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, d. d. Hannover, 23. Mai, wodurch die Abgeordneten des Königreichs aus der verfassunggebenden Reichsversammlung abberufen werden, ist uns so eben mitgetheilt worden. Wir werden den Wortlaut dieser Abberufung im nächsten Blatte geben.

** **Frankfurt**, 26. Mai. Sicherem Vernehmen nach haben pfälzische Freischaaren gestern Abend die rheinhessische Stadt Worms besetzt und ihre Vorposten bis Osthofen, anderthalb Stunden von Worms an der Straße nach Oppenheim, vorgeschoben. In letzterer Stadt stehen preußische Truppen.

Elberfeld, 25. Mai. Das Verbot der „Elberfelder Zeitung" für die Kreise Iserlohn, Hagen, Elberfeld und Solingen ist vorläufig aufgehoben worden.

Karlsruhe, 24. Mai. Gestern war auch eine Abtheilung der deutsch-polnischen Legion (so viel ich weiß, aus Besançon) hier am Rathhaus auf der Wache; man sah ihre Fahnen, schwarz, roth, gold, jedoch nicht in der vom Reichstag vorgeschriebenen Farbenfolge, sondern der Art zusammengesetzt, daß schwarz den äußern Rand der Fahnen bildet; es folgt roth und in demselben ein goldenes Kreuz. Im schwarzen Rand steht: Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft, Wohlstand für Alle." Die gesammte niedere Hofdienerschaft ist vorerst entlassen; die Hofpferde und einige Wagen wurden, wie ich höre, zu sehr billigen Preisen verkauft. Die Familie des Großherzogs ist auf der Reise nach Brüssel begriffen. Auch der Erbgroßherzog, sehr krank, geht nach Belgien. — Heute Vormittag soll eine telegraphische Depesche beim französischen Gesandten eingetroffen sein, wornach seine Regierung die hiesige provisorische Regierung nicht anerkennt. Daß der Gesandte seit heute Vormittag seine die ganze Zeit über ausgesteckte Fahne eingezogen hatte, davon habe ich mich selbst überzeugt. Der österreichische Gesandte soll fort sein. (S. M.)

Mannheim, 24. Mai. Seit heute ist eine große Thätigkeit im Militär bemerkbar, Truppenmärsche finden gegen die hessische Grenze hin statt, alle Uebergänge über den Neckar und sonstige wichtige Stellen sind mit Kanonen besetzt. Wie man heute erfuhr, wurde ebenfalls bei Laudenbach die Grenze besetzt und in Weinheim soll sich das Hauptquartier befinden. (S. M.)

Aus **Rom** meldet der „Monitore Toscano", F. Lesseps habe ein französisches Ultimatum nach Rom gebracht, folgenden Inhalts: Freiwillige Zurückführung des Papstes, aber unter freisinnigen Bedingungen; Uebergabe eines Thors an die Franzosen während der Unterhandlungen; werden die Bedingungen nicht angenommen, Anwendung der Waffengewalt.

* **Paris**, 24. Mai. Die verschiedenen Gerüchte über einen Staatsstreich, welchen der Präsident der Republik beabsichtige, gaben in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung zu Interpellationen und in Folge deren zu stürmischen Debatten, namentlich von Seiten der Bergpartei zu neuen Angriffen gegen Changarnier, den man abermals eigenmächtiger Handlungen anschuldigte, Anlaß. Sie führten zu keinem Resultat und wurden auf die heutige Sitzung vertagt, aber auch in dieser noch nicht zu Ende gebracht.

Die Anerkennung der französischen Republik seitens des Kaisers von Rußland hat in aller Form stattgefunden. Herr v. Kisseleff, der russische Bevollmächtigte, verfügte sich in das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und gab dort in einer Unterredung, welche länger als eine Stunde währte, dem Minister die Versicherung, daß der Kaiser durchaus entschlossen sei, mit Frankreich in Frieden zu bleiben, welche Regierungsform dieses Land auch immer für sich annehmen wolle. Was die Intervention in Ungarn anbetreffe, so geschehe dies nur deßhalb, weil der Kaiser den ungarischen Krieg für den Anfang eines polnischen Krieges halte, mithin Rußland dadurch bedroht sei. Sobald dort der Friede hergestellt wäre, würden die Truppen auf das russische Gebiet zurückkehren. Herr v. Kisseleff hat sich verpflichtet, diese Versicherungen schriftlich abzugeben.

Handelsnachrichten.

§ **Mainz**, 25. Mai. Endlich haben die Kündigungen von Oel in diesem Monat stattgefunden. Von den hiesigen Dampfmühlen wurden etwa 500 Ohm angewiesen, die auch sämmtlich bezogen werden. In 42 wurde eine Kleinigkeit verkauft und hätte man heute vielleicht zu 41⅔ abkommen können. Für Ort. zeigt sich fortwährend Kauflust und ist 39½ f. hr gerne zu lassen. Frucht auch fester. Waizen im Großhandel mit 9 fl. 10 kr., im Consumo mit 9 fl. 25 kr. bezahlt. Im Ganzen zeigt sich mehr Leben im Geschäft und ist die Stimmung über die politischen Verhältnisse viel beruhigter.

Börsenberichte.

Amsterdam, 21. Mai. 4 Uhr. 2½ pCt. Jngr. 48⅝. ⅛. — 3pCt. Schuld 57⅛. ⅛. — 4pCt. do. 75⅛. — 5p t. Ind. 11⅞. ⅛. — do. à fl. 510 = Stücke 11⅜. — 3½ Ct. int. à 6000 fl. 22⅛. 22⅛. — 4pCt Port. 21⅛. ⅛. — 5pCt. Met 68⅛. ⅛. — do. 2½ pCt. 36⅛. ⅛.

Paris, 24. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 82. — 3pCt. 51. 75. — Neapel. 84. 50 — Rom 3pCt. Span. 32⅛. — Innere Schuld 23⅛. — Bankactien 2125. — Ver. alliés, rechtes Ufer 190. — linkes Ufer 162. 50. — Paris-Orleans 732. 50. — Paris-Rouen 480. — Orleans Bordeaux 395. — Ord. aus-Bierzon 300. — Rouen-Havre 250. — Marseill.-Avignon 190. — Straßburg-Basel 100. — Rhone-Bahn 410. — Paris-Straßburg 360. — Röm. Anleihen 70. 69.

Die Börse stützte sich heute bei weitem ruhiger wie in den letzten Tagen. Die Course sind sämmtlich gestiegen.

London, 23. Mai. 3pCt Stocks 91¼. ⅜. — 5pCt. Span. 16⅛. — Neue 3pCt. 32⅛. ⅛. — 4pCt. Port. —. — 2½ pCt. Holl. 48⅛.

Madrid, 19. Mai. 3pCt. 25⅞ P., a. d. B. 25⅛ ⅜ G. — 5pCt. 10⅛. Pap.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Marx.

Berichtigung.

Frankfurt, 26. Mai. Aus einem Bericht unseres Correspondenten in Darmstadt ist in das heutige Extrablatt die Notiz übergegangen, daß unter den Hauptleitern der in eine Meuterei ausgegangenen Volksversammlung in Oberlaudenbach sich auch der Abg. Bogen aus Michelstadt befunden habe. Unser Darmstädter Correspondent hat uns falsch berichtet. Herr Bogen hat der Volksversammlung in Oberlaudenbach weder beigewohnt, noch dieselbe direct oder indirect veranlaßt. So seine eigene der Unterzeichneten schriftlich vorgelegte Erklärung. Wir beeilen uns, die irrthümliche Angabe hiermit ausdrücklich zurückzunehmen. Red. d. D. P. A. Z.

Wilhelmsbad.

Täglich um 1 Uhr **Table d'hôte**, Sonn- und Feiertage und jeden Mittwoch **Orchester-Musik im Park**, wozu höflichst einladet

(1114) **C. Panizza.**

(1399) **Bekanntmachung.**

Bei der muthmaßlichen Vermögensüberschuldung des Herrn Verlagsbuchhändler Julius Heldig hier haben wir sein ganzes Vermögen im Interesse gesammter Gläubigerschaft bereits unter Siegel und gerichtlich in Beschlag genommen.

Es wird dies vorläufig und unter Verwarnung vor etwaigen Compensationsversuchen sämmtlicher Creditoren und Debitoren des genannten Herrn Heldig unter sich, so wie mit der Aufforderung an alle auswärtigen Gläubiger, möglichst bald Bevollmächtigte auf der Verhandlungen über die Modalität des in Anstalt stehenden Gantverfahrens in hiesiger Stadt zu bestellen und uns anzuzeigen, hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Altenburg, den 11. Mai 1849.

Herzogl. Sächs. Stadtgericht das. Bonde.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Beilage zu Nro. 124.) 26. Mai 1849.

Deutschland.

* **Wien**, 22. Mai. Die Russen unter General Kaufmann, 20,000 Mann mit 48 Geschützen, sind von Bochnia nach Mislenice gezogen und beziehen dort ein Lager; wogegen Generallieutenant Saß mit 14,000 Mann und 24 Geschützen in der Richtung von Neumarkt und Altendorf vorrückt, und demnächst die ungarische Grenze überschreiten dürfte. — Der Eisenbahnbuchhalter Franz Mells wurde gestern früh kriegsrechtlich erschossen, weil er versucht hatte, zwei Corporale vom Infanterieregiment Preußen zum Treubruch zu verleiten. — Das Ministerium des Innern hat unter Androhung schwerer Strafe verordnet, über die letzten Sitzungen des österreichischen Reichstags nichts mehr zu veröffentlichen und auch den in verschiedenen Provinzen begonnenen Druck der stenographischen Berichte sofort einzustellen.

‖ **Berlin**, 24. Mai. Also dahin wäre es gekommen, daß selbst das Ministerium Brandenburg ein Hort und Trost der Freunde des Fortschritts und der deutschen Sache geworden! Diese oder ähnliche Aeußerungen konnte man seit gestern und heute überall hören. Und es ist so. Das Ministerium Brandenburg, welches, trotz Bayerns und Oesterreichs Zurücktritt, energisch im Sinn der letzten Erklärungen und der Proclamation des Königs vorschreiten will, wird hartnäckig von jener unglückseligen Partei bekämpft, der allein es gelingen konnte, im Jahr 1848 die Gefahr so zu steigern, daß eine Revolution hereinbrechen mußte, die nirgends so leicht als in Preußen vermieden werden konnte. Einstimmig erhebt sich aber in diesem Augenblick in allen Blättern die Stimme der Presse, des Volkes, der deutschen Nation. Sie fordert Thaten, sie fordert die Verfassung, die Verfassung und abermals die Verfassung. Die nächsten Tage oder Stunden müssen uns die Entscheidung bringen. Aengstlich harren Stadt und Land. Diese Schwüle wird hier noch vermehrt durch eine Reihe plötzlich vorgenommener Verhaftungen. Sie trafen gestern den Lehrer Gehrle, heute die Herren Waldeck (Dr. med., Mitglied des Centralausschusses für volksthümliche Wahlen, Vorsitzender des Localvereins zum Wohl der arbeitenden Klassen), Pfeiffer (Justizrath), Petersen, zwei Schünemann, Gubitz (Assessor), Herzfeld (Assessor), Behrens (der Deputirte) und Andere. Ueber der unmittelbaren Veranlassung schwebt ebenfalls großes Dunkel. Nach der verbreitetsten Version wäre die Unterzeichnung einer als Anreizung zum Aufruhr betrachteten Erklärung der Grund derselben. — Auf der Börse war man heute mit den französischen Neuigkeiten — die Rente war wieder um 3 Fr., also zusammen schon um 11 Fr. gefallen — stark beschäftigt. Uebrigens ist man hier der Ansicht, als sei der panische Schrecken sowohl hierüber, als über die Wahlen ein künstlicher und nur dazu gemacht, um die conservative Partei unter einer Fahne zu vereinigen und zu kräftigem Zusammenhalten zu bewegen. Den angeblichen Kriegsdrohungen wegen der russischen Durchmärsche wird nicht besonders viel Gewicht beigelegt. Höchstens deutet man sie auf italienische Verwicklungen. Was drückt und quält, das sind nur die inneren, die deutschen Angelegenheiten, auf die ich daher nochmals zurückkomme. Ist hier erst der Rubicon überschritten, so wird Alles freier athmen. Bei kräftigem, entschlossenen Auftreten im Sinne der deutschen Einheit wird das durch dies eine Wort verjüngte Preußen in herrlichster Kraft und jubelvoll, das Vergangene vergessend, unter rauschenden Fahnen kriegesmuthig sich aufrichten. Ob mit oder ohne oder gegen Frankfurt, wenn nur zur Einheit! Dies ist hier der allgemeine Gedanke, das Ziel aller Wünsche und auch heute noch aller — Hoffnungen. Besser freilich, es hätte, was jetzt unmöglich geworden, das Motto lauten können: Zur Einheit mit Preußen und Frankfurt.

♀ **Berlin**, 24. Mai. Hinsichts der Haltung Bayerns, dem von Preußen, Hannover und Sachsen zu gründenden engern Bundesstaate gegenüber, sind in den Blättern die verschiedenartigsten Behauptungen laut geworden. Ueber den Stand der Sache können wir aus guter Quelle folgende Angaben mittheilen. Der hiesige bayerische Bevollmächtigte hatte zu einer endgiltigen Feststellung sich nicht ermächtigt erklärt, weßhalb unverweilt General v. Gerlach nach München entsendet ward, um auf dem kürzesten Wege die Zustimmung Bayerns zu der zwischen Preußen, Hannover und Sachsen bereits abgeschlossenen Uebereinkunft zu erlangen. Wie wir hören, hat nun General v. Gerlach hierher berichtet, daß Bayern bereit sei, sich dem engern Bundesstaate anzuschließen und gemeinschaftliche Anordnungen mit den genannten drei Staaten zu treffen, nur sei es der Ansicht, daß ein Directorium an die Spitze des zu gründenden engern Bundesstaates zu stellen sei. Man hegt indessen hier die Hoffnung, daß Bayern schließlich von dieser seiner Anschauung ablassen und Hand in Hand mit Preußen, Hannover und Sachsen gehen werde. Auf alle Fälle kann aber so viel mit Bestimmtheit angedeutet werden, daß, sollte selbst wider Vermuthen Bayern bei seiner Ansicht in Betreff der Errichtung eines Directoriums verharren, die drei übrigen Staaten die gefaßten Beschlüsse aufrecht zu halten fest entschlossen sind und den engern Bundesstaat unverzüglich ins Leben treten lassen werden. Die Veröffentlichung der Verfassung dieses Bundesstaates wird binnen Kurzem erfolgen. Namentlich herrscht im preußischen Cabinete in dieser bedeutungsvollen Angelegenheit die größte Entschiedenheit, welche auch durch die von Oesterreich erhobenen nachträglichen Bedenken keine Aenderung erleiden dürfte. Die hiesige constitutionelle Partei hat nun eine feste Organisation über die ganze Hauptstadt erhalten. Ueber diese Organisation erfahren wir, daß die gesammten Bezirksvereine in 22 große Kreisvereine eingetheilt worden sind. An die Spitze eines jeden solchen Kreisvereins hat der von den Vertrauensmännern der Bezirksvereine erwählte Centralausschuß einen Chef gestellt, welcher mit den Präsidenten und Vertrauensmännern der einzelnen zusammengelegten Bezirksvereine das Kreiscomité bildet. Durch diese Chefs steht der Centralausschuß mit den Kreis- und Bezirksvereinen der Hauptstadt in innigster, lebendigster Verbindung. Diese Organisation soll über den ganzen preußischen Staat und später über den gesammten deutschen Bundesstaat ausgedehnt werden. Mehrere Vereine aus den Provinzen haben ihren Beitritt bereits gemeldet. Der Centralausschuß hat soeben eine Ansprache an die gegnungsverwandten Bewohner der Hauptstadt gerichtet, in welcher dieselben zu gemeinsamer angestrengtester Thätigkeit aufgefordert werden. Die rasche Bildung constitutioneller Bezirksvereine in Stadttheilen, wo bisher die demokratische Partei das volle Uebergewicht zu haben schien, ist eine in Bezug auf die gegenwärtige hiesige Stimmung bemerkenswerthe Erscheinung. Die Hauptstadt ist offenbar in einer entschiedenen Gegenbewegung begriffen.

† **Berlin**, 24. Mai. Wie man hört, liegen die Hauptschwierigkeiten, welche aufs Neue die Vollendung der deutschen Verfassung in Frage stellen, von Seiten Oesterreichs in der Lösung der Oberhoheitsfrage, von Seiten Oesterreichs in der vorgeschlagenen Organisation der Militärverhältnisse, indem es entschieden gegen eine Vereinigung der Contingente der kleinern Staaten mit denen der großern ist. — Dem Vernehmen nach wird der König an der Spitze der Garden nach den bei Erfurt zusammenzuziehenden Truppencorps sich begeben. Diese Stadt soll auch als der Sitz der künftigen deutschen Reichsversammlung designirt sein.

Das Verbot der „Nationalzeitung" ist zurückgenommen und dieselbe erscheint wieder.

Berlin, 24. Mai. Im Großherzogthum Baden ist nach übereinstimmenden Berichten im Zolldienste bisher nirgends eine Störung eingetreten. Die Zollbeamten sind in ihren Stellen belassen und die für jeden Amtsbezirk ernannten Civilcommissarien gemessen angewiesen, jeder Störung des Zolldienstes entgegenzuwirken. Namentlich haben die genannten Commissarien, nachdem drei Zollbeamte zum Anschlusse an die Freischaaren gezwungen worden waren, die Anweisung erhalten, keine Beamte der Zollverwaltung zum Kriegsdienste auszuheben. Der Zoll von Waffen, welche in Baden eingeführt werden, wird zwar nicht erhoben; der Erlaß desselben erfolgt jedoch für alleinige Rechnung Badens, also in der Art, daß der erlassene Zollbetrag bei der Vertheilung der gemeinschaftlichen Einnahme der Zollvereinsstaaten, von Baden ebenso in Rechnung gestellt werden muß, als wenn er zur badenschen Kasse geflossen wäre. Die vorstehenden zuverlässigen Nachrichten werden zur Beruhigung derjenigen geeignet sein, welche wegen vermutheter Aufhebung der badenschen Zollschranken große Nachtheile für die Gewerbetreibenden und die Kassen des Zollvereins besorgten. (Pr. Staatsanz.)

Der „Preußische Staatsanzeiger" bringt in seinem amtlichen Theile Folgendes:

Die Erfahrungen der jüngsten Zeit haben ergeben, daß die Feinde der gesetzlichen Ordnung sich angelegentlich bemühen, Personen aus dem Soldatenstande, sowohl in Garnisonen, als auch nach erlassener Einberufungsordre, als endlich auch von dem Marsche, zum Ungehorsam zu verleiten. Da die bestehenden Strafgesetze nicht in allen Fällen ausreichen, um diesen mit großer Frechheit betriebenen Bestrebungen entgegenzutreten, so erscheint es als dringend nothwendig, die Lücke, insoweit sie vorhanden ist, durch eine provisorische Verordnung ohne Verzug auszufüllen. Ein königliches Majestät ertheilen wir uns, den Entwurf einer solchen in der Anlage allerunterthänigst vorzulegen und deren baldmöglichste Vollziehung ehrerbietigst anheimzustellen. Die angedrohte Strafe entspricht der Bestimmung, welche die Verordnung über den Belagerungszustand vom 10. d. M. im § 9 sub Lit. d enthält. Berlin, den 21. Mai 1849. Das Staatsministerium. Graf v. Brandenburg. v. Manteuffel. v. Ladenburg. v. Strotha. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. an Se. Majestät den König.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. verordnen auf den Antrag unseres Staatsministeriums auf Grund des Artikels 105 der Verfassungsurkunde, was folgt: Wer Personen des Soldatenstandes, es sei der Linie oder der Landwehr, dazu auffordert oder anreizt, den Befehlen ihrer Obern nicht Gehorsam zu leisten, wer insbesondere Personen, welche zum Beurlaubtenstande gehören, dazu auffordert oder anreizt, der Einberufungsordre nicht zu folgen, wird mit Gefängniß von sechs Wochen bis zu einem Jahre bestraft. Diese Bestimmung findet Anwendung, die Aufforderung oder Anreizung mag durch Wort oder Schrift oder durch irgend ein anderes Mittel geschehen, sie mag von Erfolg gewesen sein oder nicht. Vereinigt sie die Merkmale einer Handlung in sich, welche die Gesetze mit schwererer Strafe bedrohen, so wird diese allein verhängt. Urkundlich unter unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insiegel. Gegeben Charlottenburg, den 23. Mai 1849. (L. S.) Friedrich Wilhelm. Graf von Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons.

□ **München**, 24. Mai. Noch ein kleines Stündchen Geduld, und für die nächste Zukunft wird der heiße Kampf, der zwischen den Parteien gekämpft werden muß, aus unserm Abgeordnetensaale seine Parole erhalten! Wie anders in der Reichsrathskammer. Dort ist die Linke an ihrem Platze und Alles geht im rechten Gleise so ruhig fort, als fänden die Märzbewegungen mit oder ohne Errungenschaften bloß im Kalender. Mit Ausnahme des Fürsten Ludwig v. Wallerstein hat gestern Niemand daran gedacht, daß in Frankfurt Jemand zu befehlen habe oder zu beschließen. Wie alle andern Geschäftsgegenstände, so müsse auch die Reichsverfassung als ministerielle Vorlage vor die Kammer gebracht werden und dann werde man wohl sehen, was man von ihr brauchen könne. Wir haben gestern schon darauf hingewiesen, daß es nichts weniger als unmöglich sei, Derartiges auch demnächst noch in der Abgeordnetenkammer zu erleben. Es ist noch nicht aller Tage Abend eingekehrt, der Saal der Volksvertreter zittert und bebt seit gestern, wer weiß es, ob in einer Stunde dort die Linke noch in der Majorität sein wird, ja ob eine Linke dann dort überhaupt noch vorhanden sein wird? Wir haben gestern von der Erklärung der Regierung bezüglich der Zustände in der Pfalz gesprochen. Die Erklärung konnte nicht ohne Consequenzen bleiben. Zwar hört und ließ man noch nichts davon, daß und wie viele Regimenter Soldaten dazu bestimmt seien, die Pfälzer auf den rechten Weg zurückzuführen; aber dafür hat das Ministerium gestern in der Kammer Antrag auf die Entfernung der pfälzischen Abgeordneten aus dem Saale in so lange gestellt, bis die Pfalz selbst sich wieder im Zustande der Ordnung befinden werde. Es läßt sich wohl leichter denken als beschreiben, welcher Eindruck durch diesen Antrag augenblicklich hervorgebracht wurde. Würden es die Minister selbst gethan oder durch ihre Freunde veranlaßt haben, daß die pfälzischen Abgeordneten aus der Mitte der Kammer heraus von Mitgliedern der Rechten befragt worden wären, was sie selbst zu den rebellischen Zuständen ihrer Heimath sagen, so würde die eine oder erste Veranlassung zum gestrigen Sturme weggefallen sein, die nämlich, daß sich die pfälzischen Abgeordneten von dem Ministerium mit den Rebellen in der Pfalz unter eine und dieselbe Kategorie gebracht sahen. So mußte wohl die Linke deren Sache zur ihrigen machen und der Linken schloß sich zuletzt auch das linke Centrum an. Je mehr die Rechte drängte und die rebellische Pfalz nicht mehr vertreten wissen wollte, desto ungemirter erklärten die Franken in der Linken, fortan werde es in den drei Franken kommen, wie in der Pfalz. Die Leidenschaften wogten je länger, desto bedrohlicher auf, es mußte die Sitzung geschlossen und die Fortsetzung auf Abends anberaumt werden. Die Zwischenzeit ist leider nicht zur Verständigung benutzt worden, sondern nur zur Consolidirung der Parteien. Linke und linkes Centrum sollen sich rasch dahin geeiniget haben, mit einander stehen und fallen zu wollen. Graf Hegnenberg-Dux als Vorsitzender ließ Abends nach Wiedereröffnung der Sitzung keine weitere Debatte über den Antrag zu, wobei es ihm wahrscheinlich noch lange zum Vorwurfe gemacht werden wird, daß er nicht, wie bei dem Rolb'schen Antrag heute vor acht Tagen, sich aller Berathung und Abstimmung widersetzt hat, bis ein Ausschuß, oder im gegenwärtigen Falle das Secretariat, seinen Bericht werde erstattet haben. Jedoch man ließ sich die sofortige Abstimmung gefallen. Als aber der Präsident das Verlangen zusagte, die Pfälzer hätten sich, als Betheiligte, der Mitstimmung zu enthalten, da erhoben sich diese fünfzehn wie ein Mann unter Adieurufen, die ganze Linke folgte, und einzeln schlossen sich auch die Mitglieder des linken Centrums wenigstens der Mehrzahl nach an. Der Lärm und das Geschrei im Saale war groß, aber immerhin noch größer und wilder tobte der Tumult auf den Galerien, so daß endlich zu deren Räumung durch Mannschaft geschritten werden mußte. Von den Galerien wälzte sich der Spectakel auf die Straße unter einem Durcheinander von Vereats für die Rechte und von Vivats für die Linke. Nach endlich wiedergekehrter Ruhe im Saale vertagte der Präsident die Sitzung auf heute. Wir schließen, um ihr beizuwohnen.

Die Kammer der Reichsräthe beschloß heute, nach längerer Debatte über die bekannte Vorlage unseres Gesammtministeriums, mit allen Stimmen gegen die eine des Fürsten Oettingen-Wallerstein, der unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung will: „Die Kammer der Reichsräthe stimme den von dem k. Gesammtministerium unterm 18. d. M. über die Reichsverfassung und unterm 17. d. M. über die Grundsätze der Staatsregierung kundgegebenen Aeußerungen bei, vertraue daß die k. Staatsregierung auf schleunige Vereinbarung der Reichsverfassung ohne Verzug hinwirke, und dabei, festhaltend an dem Princip der Einigung und Kräftigung Deutschlands, die Selbstständigkeit und die Rechte des Staats, sowie die Rechte der bayerischen Staatsgenossen möglichst wahre, erwarte übrigens die baldige Vorlage der angekündigten Gesetzentwürfe zur verfassungsmäßigen Berathung."

Swinemünde, 22. Mai. Heute ist hier das englische Kriegsdampfschiff „Hecate", Capitän Cornwallis-Aldham, von 8 Kanonen und 107 Mann Besatzung angekommen. Zweck dieses Besuches ist, sich von dem Blokadezustande der Ostseehäfen zu überzeugen. Nach eingenommenen Kohlen wird die „Hecate" unseren Hafen wieder verlassen, um die Rhede von Danzig u. s. w. anzulaufen. Dänische Kreuzer sind seit längerer Zeit, auch heute, nicht sichtbar. Vom englischen Kriegsdampfschiff ist heute früh eine dänische Fregatte ostwärts gesehen worden. Von Kolberg kamen gestern 6 Kanonenböte in den Hafen, die von dem Dampfschiff „Delphin" dorthin bugsirt wurden. (Ostsee-Z.)

Dresden, 22. Mai. Die vierundzwanzig Städte Sachsens, an der Spitze Chemnitz, welche dem Könige eine Adresse überreicht haben, um die Reichsverfassung anerkannt und das preußische Militär abziehen zu sehen, sollen eine ungünstige Aufnahme gefunden haben und deßhalb des Nach-

sten eine zweite Zusammenkunft ihrer Abgeordneten in Zwickau halten wollen. Den Zweck dieser Zusammenkunft kennen wir nicht, doch bringt man damit die Zusammenziehung dreier Bataillone Cavallerie und Infanterie um Zwickau in Verbindung.

Unter den neuerdings wegen Theilnahme an dem Dresdner Aufstande steckbrieflich Verfolgten befinden sich die vormaligen Abgeordneten Oberlehrer Dr. Köchly und der Bürgermeister Meyer von Treuen, Dr. H. Semmig aus Döbeln und der Lagerhalter bei der königlichen Berg- und Hüttenproducten-niederlage Gustav Theil von Freiberg. Die Verhafteten hier werden gut behandelt und verpflegt. Das Gerücht, daß dieselben Nachts keine Lagerstätte hätten, ist unwahr; es ist dies nur anfänglich einige Tage, und so lange noch keine Einrichtungen dazu getroffen waren, der Fall gewesen. Der Bezirksarzt Dr. Siebenhaar, dem die Gefangenen übrigens Manches zu danken haben, hat heute seinem Gesuche ausdrücklich widersprochen. (Dr. J.)

Dresden, 23. Mai. Die Voruntersuchung über die letzten Ereignisse, womit die HH. Stadtrichter Burkhardt (nicht Jäger, wie irrthümlich gedruckt war) und Stadtgerichtsräthe Dr. Mannfeld und Dr. Flemming beauftragt sind, ist jetzt so weit gediehen, daß demnächst die Hauptuntersuchung wird beginnen können. Daß die Voruntersuchung bei 597 Verhafteten (auf so hoch war bis gestern Abend deren Zahl gestiegen) ebenso mühsam als aufhältlich ist, begreift sich von selbst, und gleichwohl wahr es nothig, vor Allem die Legitimationsverhältnisse festzustellen, um gar nicht oder minder Gravirte sofort entlassen zu können. So sind auch dem zufolge bis gestern Abend 138 gänzlich und 38 gegen Hautgelöbniß entlassen, 12 aber den competenten Behörden zur weitern Entschließung zugestellt worden. Unter Letztern befindet sich auch der vormalige Abg. Seltmann. Den resolvirten Entlassungen ist übrigens, mit Ausnahme eines einzigen Falles, seitens der obersten Militärbehörde niemals irgend eine Schwierigkeit entgegengesetzt worden, und sind die darüber umlaufenden Gerüchte daher völlig unbegründet. Ueberhaupt darf man nicht glauben, daß die Justizbehörde der Militärbehörde untergeordnet sei; es findet vielmehr bloß eine Rotification der beschlossenen Entlassungen statt, wie dies auch sonst den Polizeibehörden gegenüber zu geschehen pflegt. In der schon oft bewährten Selbstständigkeit unseres Richterstandes darf man auch schon an sich das Vertrauen hegen, daß er ungebührlichen Einflüssen, selbst wenn sie einmal versucht werden sollten, zu widerstehen und zu begegnen wissen würde. Unter den neuerdings Verhafteten befindet sich der vormalige Abgeordnete Ganisch aus Rogwein. — Der Belagerungszustand wird übrigens ziemlich mild gehandhabt; nächsten Sonntag dürfen auch die Tanzmusiken wieder ihren Anfang nehmen. (Dr. J.)

Dresden, 24. Mai. Die gesammte unter dem Befehle des Generallieutenants von Holleben stehende preußische mobile Division verläßt von heute ab das Königreich Sachsen gänzlich und wird durch neue Truppen ersetzt, von denen zunächst das 18. (posensche) Landwehrregiment morgen und übermorgen mittelst der schlesischen Eisenbahn hier eintreffen wird. Die Avantgarde der gegenwärtig in Sachsen stehenden preußischen Division (das 2. Bataillon des 20. Linieninfanterieregiments, das 35. Reservelandwehrbataillon und 2 Compagnien der 5. Jägerabtheilung) hat heute früh bereits den Marsch angetreten und wird fürs erste Erfurt besetzen, während die Erfurter Garnison weiter nach Süddeutschland vorgeschoben wird. Von allen gegenwärtig hier stehenden preußischen Truppen bleibt wahrscheinlich nur das Füsilierbataillon vom Kaiser-Alexander-Regiment in Dresden. (L. Z.)

Leipzig, 24. Mai. Heute Mittag 12 Uhr trafen auf der Leipzig-Dresdener Eisenbahn 1 Bataillon Füsiliere vom 20. preußischen Linieninfanterie- und 1 Bataillon vom 35. Landwehrregimente, von Dresden kommend, hier ein, um nach kurzem Aufenthalte ihre Reise über Halle nach Erfurt fortzusetzen. Wie man vernimmt, ist ihnen in letzterer Stadt nur kurze Rast bestimmt, indem sämmtliche Mannschaften dem in der Gegend von Kreuznach sich sammelnden Lager preußischer Truppen zugetheilt werden, nach Befinden wohl auch weiter südwärts marschiren sollen. (L. Z.)

Gestern sind die erwarteten zwei Geschütze reitender und zwei Geschütze königl. sächsischer Fußartillerie, eine Schwadron Reiter und eine Compagnie leichter Infanterie hier eingetroffen. — Auf der Leipzig-Dresdner Eisenbahn traf heute gegen Mittag mit zwei Zügen ein Bataillon vom 20. königl. preußischen Linienregiment und ein Bataillon vom 25. Landwehrregimente hier ein und wurden auf der Magdeburger Bahn nach kurzer Rast weiter befördert. — In der „Leipziger Zeitung" werden heute Buchhändler Ludwig Schreck und Buchdrucker Heßfeld von hier vom vereinigten Criminalamte wegen gegen sie vorliegender Anschuldigungen aufrührerischer und hochverrätherischer Handlungen steckbrieflich verfolgt. (D. A. Z.)

Mannheim, 25. Mai. Die Mitglieder der großherzogl. Kreisregierung dahier haben die von ihnen ausgesprochene Eidesverweigerung in folgender dem Civilcommissär zugestellten Erklärung begründet:

„In der Voraussetzung, daß die auf heute anberaumte Beeidigung der Staatsdiener in der Weise geschehen soll, wie dieselbe bereits bei einem Theile der Mitglieder der hiesigen Landescollegien statt hatte, erklären die Unterzeichneten, daß sie zwar gerne bereit wären, vor einer verfassungsgemäß bestellten Behörde sich auf die Reichsverfassung verpflichten zu lassen, daß sie jedoch den ihnen bei Landesausschüsse geleisteten abweichenden Eide wieder mit den auf die badische Verfassung übernommenen Pflichten, noch mit dem dem Landesherrn geleisteten Eide der Treue für vereinbar halten, von welchen Verpflichtungen dieselben überall nicht entbunden sind. Die Unterzeichneten sehen sich daher nicht veranlaßt, der an sie ergangenen Aufforderung Folge zu geben. Die uns anvertrauten Staatsverwaltungsgeschäfte werden wir bis auf Weiteres in bisheriger Weise fortversehen. Mannheim, den 22. Mai 1849. (Folgen die Unterschriften.) (M. J.)

Schweiz, 21. Mai. Auf Anordnung der Reichscentralgewalt werden, dem Vernehmen nach, 3 Bataillone Infanterie, 4 Schwadronen Cavallerie und 1 Batterie Artillerie unserer Truppen in Bereitschaft gesetzt, um sofort auf der Eisenbahn über Hamburg, Hannover u. s. w. nach Frankfurt a. M. abzugehen. (Mercl. Z.)

In der heutigen 96. Sitzung wurde der dringliche Antrag Pogle's: „Die Kammer der Abgeordneten wolle beschließen: 1) sie spreche die Erwartung aus, daß das mecklenburgische Militär, bevor es die Landesgrenze überschreite, auf die Aufrechthaltung der deutschen Reichsverfassung werde verpflichtet werden. 2) Diesen Beschluß den Herren Commissarien sofort mitzutheilen," — mit 41 gegen 41 Stimmen abgelehnt.

Kurhaven (per electro-magnetischen Telegraph), 22. Mai, 10 Uhr. So eben ist eine dänische Jacht mit Parlamentärflagge auf der Rhede angekommen. Der an Bord befindliche dänische Parlamentär ging mit einem Boote des Kriegsdampfschiffes Lübeck erst an Bord des letztern, und ist dann hier ans Land gekommen. Derselbe geht jetzt unter Begleitung des Hauptmann Meyer und eines Marinesoffiziers des Kriegsdampfschiffs Lübeck zum Herrn Amtmann Sthamer. (D. Ref.)

Deutsche Reichsversammlung.

228. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident Reh.

H **Frankfurt**, 26. Mai.

(Tagesordnung: Ergänzungswahlen in den Centrallegitimationsausschuß sowie in den Ausschuß für Geschäftsordnung. Fortsetzung der Berathung über den Bericht des Ausschusses für Durchführung der Verfassung über den Antrag des Abgeordneten Umbscheiden, einen Aufruf an das deutsche Volk betreffend.)

Die Sitzung wird um 11½ Uhr eröffnet. Auf der Ministerbank: Niemand. Nach der Verlesung des Protocolls zeigt der Vorsitzende an, daß neuerdings eine Reihe von 32 Anerkennungsadressen bei dem Bureau eingelaufen sind. Ausgetreten sind die Abgg. Schubert aus Würzburg, Bodewild, Straus, Bachmaier, Schubert aus Sachsen. Eingetreten ist der Abg. Schröder für den Abg. Bonardy aus Lobenstein. Der Dreißigerausschuß läßt durch den Abg. Tafel aus Stuttgart berichten, daß er darauf antrage, über die ihm neulich überwiesenen Anträge der Abgg. Schorn und Fallati zur Tagesordnung überzugehen. Abg. Umbscheiden berichtet im Namen des Dreißigerausschusses, daß derselbe in Beziehung auf den Schaffrath'schen Antrag vorschlage, die Centralgewalt aufzufordern, dahin zu wirken, daß der Verfassungs- und Rechtszustand in Sachsen wiederhergestellt werde, welcher daselbst durch Erhebung verfassungsmäßig nicht bewilligter Steuern, durch die Verordnung vom 7. und 8. Mai l. J., und durch die vom 19. Mai, nach welcher die wegen der Ereignisse vom 3. bis 9. Mai Verfolgten nicht von Geschwornen abgeurtheilt werden sollen, wiederholt verletzt worden sei. Der Vorsitzende meldet hierauf, daß von Seiten des Gesammtministeriums eine Mittheilung eingelaufen ist, des Inhalts: Die Erhaltung des Friedens und der Ordnung im Reiche ist der gesetzliche Beruf des Reichsministeriums. Hiermit würde der gestrige Beschluß im Widerspruche stehen und ihm kann deßhalb keine Folge gegeben werden. (Oh!) Unterzeichnet von allen Ministern. Abg. Vogt verliest eine früher von ihm eingereichte Interpellation in Beziehung auf eine Privatconvention, welche zwischen Preußen, Anhalt-Dessau und Anhalt-Bernburg abgeschlossen wäre. Der Abgeordnete erklärt jedoch, daß er auf eine Antwort von einem solchen Ministerium verzichte. (Bravo links.) Abg. Tafel aus Stuttgart verliest gleichfalls eine von ihm eingereichte Interpellation, welche dahin geht, der Reichskriegsminister möge die Resultate der Untersuchung über die vor einigen Wochen ohne Wissen der Reichsgewalt vorgenommene Rückziehung württ. Truppen aus Baden vorlegen. Der Interpellant erklärt jedoch schließlich, daß er sich dem Ausspruche des Abg. Vogt anschließe und unter den obwaltenden Umständen gleichfalls auf eine Antwort Verzicht leiste. — Die Versammlung ertheilt hierauf einen dringlichen Antrag des Abg. Schorn u. A. zum Beschluß, welcher dahin geht, die zur Unterstützung einer namentlichen Abstimmung gehörige Zahl von 50 auf 20 herabzusetzen, und geht zur Tagesordnung über. — Die Stimmzettel zu den Ergänzungwahlen in die beiden Ausschüsse werden eingesammelt, das Ergebniß der Wahl wird in der nächsten Sitzung bekannt gegeben werden. Der Vorsitzende geht zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung über. Von zwanzig Abgeordneten ist ein Verbesserungsantrag eingereicht worden, dahin gehend, über den „Aufruf an das deutsche Volk" zur Tagesordnung überzugehen. — Der Vorsitzende ertheilt den noch eingeschriebenen Rednern das Wort. Abg. Wolff aus Breslau findet den Majoritätsentwurf zu gemäßigt und nicht in einem solchen Tone abgefaßt, wie ihn das Volk braucht. Das Volk weiß nichts von Gesetzboden, das versteht es nicht. Unser Gesetzboden muß derjenige unserer Gegner sein, die Gewalt. Fordern Sie das deutsche Volk auf, Sturmcolonnen gegen jene Russen zu bilden, und zu jenen Russen zähle ich Preußen und Oesterreicher, Alle, welche sich gegen uns verbinden, auch jene gehören dazu, welche dieses Haus verlassen haben. Den Reichsverweser erklären Sie als Reichsverräther für vogelfrei. (Großer Lärm. Zeichen des Beifalls und des Mißfallens auf den Galerien. Ruf: zur Ordnung! Der Vorsitzende ruft den Redner und die Galerien zur Ordnung.) Ich lasse den Ordnungsruf über mich ergehen, allein ich behaupte doch, der Reichsverweser und sein Ministerium sind Verräther. (Lauter Ruf: herunter! heftige Bewegung.) Der Redner verläßt die Tribune mit den Worten: Ich protestire gegen eine solche Proclamation! Der Vorsitzende bedauert, daß Herr Wolff, welcher erst eingetreten, so sehr die Ordnung des Hauses verletzt. Noch nie hat ein Mitglied dieses Hauses erklärt, daß er die Ordnung absichtlich verletzt habe. Er drückt die Hoffnung aus, daß solch ein Fall nicht wieder vorkommen werde, und verweist die Galerien zum letztenmale sich ruhig zu verhalten. Abg. Hagen aus Heidelberg erklärt sich gegen das Minoritätserachten. Man könne in den Fall kommen, daß die Sache der Freiheit höher stehe als die der Nation. Abg. Zachariä aus Göttingen spricht für den Uebergang auf Tagesordnung. Abg. Vogt erklärt, er habe sich nur zum Worte gemeldet, um den krystallhellen Strom, der aus einer reinen Dichterseele (Uhland) geflossen, zu vertheidigen vor dem Kothe, mit dem man ihn zu beschmutzen trachte. (Abg. Wolff: Schwätzer! rufen Sie den Schwätzer zur Ordnung.) Abg. Gravenhorst spricht für seinen Verbesserungsantrag, welcher dahin geht, aus dem Aufrufe diejenigen Stellen wegzulassen, welche auf eine allgemeine Bewaffnung hindeuten, und sich an jene Regierungen zu wenden, welche die Verfassung anerkannt haben, und sie zu ersuchen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Verfassung zu unterstützen. So werde die Ordnung erhalten werden. Der Redner erklärt sich gegen jede Einmischung. Alle eingeschriebenen Redner haben gesprochen, die Debatte ist daher geschlossen. Bevor der Vorsitzende den Berichterstattern das Wort ertheilt, stellt er die Unterstützungsfrage zu einem Antrage auf namentliche Abstimmung, welcher die gehörige Unterstützung findet. Abgeordneter Welcker, Berichterstatter der Minorität, spricht für das Erachten derselben, welches lautet: Grundbedingung für den Sieg der Ehre, der Einheit und Freiheit des Vaterlandes ist die Treue gegen die Reichsverfassung, somit das Unterlassen und Aufgeben aller Maßregeln, welche ihr widersprechen; Grundbedingung ist nicht minder die Treue gegen das Vaterland selbst und seine Ehre, somit die entschiedene Zurückweisung jeder Einmischung der Fremden in die inneren vaterländischen Zwiste, komme solche Einmischung von Osten oder von Westen. Welcker. Rieruiff. Liebmann. Badhaus. Zachariä von Göttingen. Eckert. Ein Volk, welches die Freiheit will, muß sich selbst genügen, dann wird es siegen. Dem Abg. Simon erwidert der Redner, daß er nie den Einmarsch der Russen gutgeheißen habe und gutheißen werde. Allein wie er den Ruin derjenigen Staaten, welche sich auf Rußland anlehnten, voraussehe, ebenso sehe er denjenigen Deutschlands, falls es sich auf Frankreich lehnte. Abg. Nauwerck spricht für den Entwurf der Majorität. Abg. Uhland erhält noch das Wort zu der Bemerkung, daß, obwohl er den Entwurf der Majorität verfaßt, er sich doch im Ausschusse, dessen Mitglied er nicht sei, für den Zusatzantrag erklärt habe. (Bravo.) Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten. Der erste zur Abstimmung gelangende Antrag ist der auf Uebergang zur Tagesordnung gestellte. Er wird mit 125 gegen 35 Stimmen abgelehnt. Zunächst wird über einen verbessernden Gegenantrag des Abg. Gravenhorst durch Stimmzettel abgestimmt. Er wird mit 98 gegen 45 Stimmen abgelehnt. Der Majoritätsentwurf in Verbindung mit dem von der Minorität beantragten Zusatze wird mit 87 gegen 58 Stimmen abgelehnt. Der Entwurf der Mehrheit des Ausschusses wird hierauf angenommen. (Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Cours der Staats-Papiere. 26. Mai 1849. (Se. aus der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	72⅝	72⅛	Würtemb.	Obligationen b. Rothsch.	3½	75½	75
»	dito dito . .	4	57⅛	56¾	»	Neue Württemberg.	4½	92⅞	92⅜
»	dito dito . .	2½	38⅜	38⅛	Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	80	79½
»	Bank-Actien o. D. .		1035	1085	»	fl. 35 Loose		20⅜	20⅛
»	2.35fl. Loose v. Roth.		74	73½	Frankfurt	Obligationen	3	78	77½
»	2.500 » dito		121¼	121½	»	dito v. 1839	3½	93	92½
»	Sethmann. Obligat.	4½	68½	—	»	dito v. 1846	3½	89½	89
»	dito dito	4	61	—	»	Taunusbahnactien .		271	269
Preussen	Staats-Schuldscheine	3½	80⅜	80½	Holland	Integrale	2½	49½	49
»	Präamienscheine . .		—	103	»	Holländische	3	—	76⅛
Bayern .	Obligationen . . .	3½	78½	77½	»	Syndicats	3½	—	77½
Darmstadt	fl. 50 Loose		69	68½	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—
»	C. 35 dito		21	20½	»	Inners Sch. neue Obl.	3	23⅛	23⅛
»	Obligationen	3½	77½	77	Portugal	Canada Lat. à 2.18	3	—	—
»	dito	3	85	84½	Cuba	fl. 500 Lott. Loos Rth.		—	97½
Baden .	Obligationen v. 1849	2½	72½	72	»	Obligationen de fl. 500	6	72	71½
»	fl. 50 Loose v. 1840		47½	46¾	Russland	in S. fl. 5. v. Grun. etC.	5	—	81½
»	fl. 35 Loose		25⅜	25½	»	dito b. Stieglitz et C.	5	—	81

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.	Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Pistolen	9	53	Gold al Marco .	15	—	Kurhessische Loose . . .	22½	22⅛
Pr. Friedrichsd'or	9	53	Laubth., ganze . .	—	—	Sardinische Loose . . .	25½	25¼
Holl. 10 fl. Stücke	10	7	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	40	5 Frankenthaler .	—	—	Cöln-Minden	77½	76½
20 Francsstücke	9	31	Hallhaltig Silber	24	30	Ludwigsh.-Bexbach. . .	66½	66¼
Engl. Souvereigns	12	5	Conv. u. vollhalt.	21	20	Pfälz.-Ludw.-Nordbahn .	34	33½

Nach der Börse: 24½ pCt. Met. —; 5pCt. Span. Int. —; Taunusbahn-Actien (pr. Ult.) —; Ludw.-Bexb. —; P.-W.-Nordb. — U.

Wechsel-Cours.

Den 26. Mai.		Papr.	Geld.
Amsterdam	k.S.	101⅛	101¼
(100 fl. Crt.)	2M.	—	100⅞
Augsburg	k.S.	—	119⅞
(100 fl. Crt.)	2M.	—	—
Berlin . .	k.S.	—	105½
(Rt. Thlr.)	2M.	—	—
Bremen (50 Pfd.)	k.S.	—	99⅛
Rthlr. L.-Ldor	2M.	—	—
Hamburg .	k.S.	89½	—
(100 Mk. Bco)	2M.	—	88
Leipzig (20	k.S.	—	105½
Thlr.) L. G. M.	2M.	—	—
London . .	k.S.	—	121½
(10 Livr. St.)	2M.	—	120⅞
Lyon . . .	k.S.	95½	—
(300 Fr.)	2M.	—	—
Mailand (250	k.S.	100½	—
Lir. Austr.)	2M.	—	—
Paris . . .	k.S.	—	95¾
(300 Fr.) .	2M.	—	—
Wien (100 fl.	k.S.	100½	—
in fl. 20 F.	2M.	—	—

Disconto . . . . — 4½

A. Seitzbach, beeid. Makler.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Extra-Beilage.)

№ 125. — Montag — den 28. Mai — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Gebiete der Frankfurter k. k. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen f. 2. 45 kr. — 3) in Bayern f. 2. 30 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets f. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 25. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr 23. — Für England und überseeische Länder: Lowell u. Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (4/5 Groite) mit Beischrift oder deren Raum 5 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 25. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23; für England und überseeische Länder Lowell & Comp., No. 34. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Hr. Hauwerfschmidt in Wien, Lerchenfeld Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 75a.; 3) Hofrenmissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 26. Mai. Das heute hier eingegangene Abberufungsschreiben für die hannoverschen Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung lautet wie folgt: „Die königliche Regierung hat zu ihrem tiefen Bedauern aus dem Gange der Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung die Besorgniß schöpfen und in den neuesten dortigen Vorgängen bestätigt finden müssen, daß das Zustandebringen des deutschen Verfassungswerks zwischen dem deutschen Volke und den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten im Sinne derjenigen Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April 1848, auf deren Grund die Wahlen von Abgeordneten zur Nationalversammlung angeordnet und angenommen sind, von dieser nicht mehr erwartet werden darf. Die königl. Regierung findet durch diese Wahrnehmung eine, ihren wärmsten Wünschen für Deutschlands verjüngende Umgestaltung entsprungene Hoffnung in so weit vernichtet, als die Nationalversammlung mit Ablehnung der von den Regierungen dargebotenen freien Vereinbarung, entschieden den Weg verlassen hat, der nach unserer innigen Ueberzeugung das allseitig erstrebte Ziel der Einheit Deutschlands, seiner Macht und des Glücks seiner Völker am schnellsten und mit Sicherheit hätte erreichen lassen. Wie fest die königl. Regierung dieses Ziel, so lange eine Aussicht des Erfolgs übrig blieb, im Auge behalten, dies hat sie Gelegenheit gehabt, noch in der Erklärung zu beurkunden, die von ihr den Abgeordneten der provisorischen Centralgewalt über die verlangte Anerkennung der von der Nationalversammlung einseitig beschlossenen Reichsverfassung am 4. dieses Monats ertheilt worden ist. Nach vorgängigem Rücktritt der österreichischen Deputirten ist inzwischen auch die Abberufung der in den königl. preußischen und königl. sächsischen Staaten erwählten Mitglieder der Nationalversammlung erfolgt, und die letztere hat hierdurch so wie durch die zahlreiche Entfernung von Abgeordneten aus anderen Theilen Deutschlands in ihrer Zusammensetzung eine Veränderung erlitten, die es der Regierung Sr. Maj. des Königs nicht ferner gestattet, in ihr ein vollgiltiges Organ der Wünsche des gesammten deutschen Volkes anzuerkennen. Die königl. Regierung sieht sich hierdurch die ihr obliegenden Pflichten um so mehr behindert, da in dem Verhalten der Nationalversammlung selbst ein neuerlich hervorgetretenes Bestreben Unterstützung findet, das bei dem Beharren auf der einseitig beschlossenen Verfassung in einer Aufrechthaltung und Ausführung der letztern den Vorwand findet, das gesammte Vaterland mit Bürgerkrieg und Umsturz aller bestehenden Ordnung zu bedrohen, und auch für das hiesige Königreich Gefahren herbeizuführen, welche mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln abzuwenden die königl. Regierung fest entschlossen ist. Unter diesen Umständen und damit über die Betheiligung, welche eine fortgesetzte Thätigkeit der etwa versammelt bleibenden noch übrigen Abgeordneten zur Nationalversammlung in den Augen der königl. Regierung findet, jeder Zweifel für die Angehörigen des hiesigen Königreichs entfernt werde, hat die Regierung Sr. Maj. des Königs zu dem Beschlusse gelangen müssen, daß an die in dem Königreiche Hannover zu jener Versammlung erwählten Deputirten die Aufforderung zu erlassen sei, an den Verhandlungen, welche von den gedachten Abgeordneten in Frankfurt oder an andern Orten ferner möchten gehalten werden, sich der Theilnahme zu enthalten. Die königliche Regierung erkennt daneben als eine bestimmte Verpflichtung an, so viel an ihr ist, dafür Sorge zu tragen, daß die auf Deutschlands Einigung und Kräftigung wie auf die Vertretung des deutschen Volkes bei Deutschlands Centralgewalt gerichteten Zusagen, welche in den erwähnten Bundesbeschlüssen enthalten oder von Sr. Majestät dem Könige Ihren Unterthanen besonders ertheilt worden sind, mit jeder möglichen Beschleunigung und auf eine Weise zur Ausführung gebracht werden, welche dem deutschen Volke eine selbstthätige Theilnahme an der Begründung einer neuen Gesammtverfassung sichert. Die königliche Regierung ist, im Bewußtsein dieser Obliegenheit, bereits mit anderen deutschen Bundesregierungen in eine Verhandlung getreten, deren bisheriger Verlauf zu der Erwartung berechtigt, daß die Regierungen binnen Kurzem im Stande sein werden, die Ergebnisse ihrer Erwägungen dem Vaterlande zu seiner Beruhigung vorzulegen. Wir beauftragen den Herrn Bevollmächtigten, die dort anwesenden hannoverschen Abgeordneten mit der vorstehenden Verfügung vollständig bekannt zu machen und dabei zu bemerken, daß mit dem Tage des Empfanges der Eröffnung, auf dessen Constatirung Bedacht zu nehmen ist, die bisherige Diätenzahlung aus der hiesigen Landeskasse aufhören und sodann nur noch eine Vergütung der Kosten der Rückreise, insofern letztere sofort erfolgt, eintreten wird. Hannover, den 23. Mai 1849. Königl. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Gr. v. Bennigsen. An den Herrn Justizrath v. Bothmer, königl. hannoverschen Bevollmächtigten bei der provisor. Centralgewalt in Frankfurt a. M.

† **Wien**, 23. Mai. Aus Preßburg wird unterm 21. Mai geschrieben: Seit einigen Tagen circuliren hier mannigfaltige Gerüchte über das Schicksal Ofens. Man wollte wissen, daß Ofen von den Magyaren genommen sei, und gab sogar die Beute und das Zeug, welches in ihre Hände gefallen sein soll, genau an; andererseits sprach man wieder von einem Sturme, der abgeschlagen worden, und wobei die Magyaren bedeutenden Verlust erlitten. Die Festung Ofen ist aber noch in den Händen der kaiserlichen Truppen, die sie tapfer vertheidigen, und vergebens suchte Görgey durch zwei Tage Bresche zu schießen. Generalmajor Henzi leitet die Vertheidigung mit vielem Geschicke, besonders schützt er die Wasserleitungen vortrefflich. Palisaden, hinter denen Erdwälle aufgeworfen sind, leisten die besten Dienste. Nach den letzten Nachrichten aus Pest vom 19. d. war die Stadt nicht neuerdings beschossen worden, wohl aber dauerte das Bombardement der Festung Ofen ununterbrochen fort, und es war daselbst die königliche Burg abgebrannt. Görgey hat 30,000 Mann um Ofen concentrirt. Die Magyaren sind sehr thätig in Ausrüstung von Truppen; es wird bereits das 102. Honvedbataillon errichtet. Klapka ist Kriegsminister; Dembinski will in Galizien einbrechen und hat dazu von Kossuth die Ermächtigung verlangt. Pazmandy wurde nach Debrezzin abgeführt und eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet. Alle Bewohner Ungarns liefern die überflüssigen Waffen ab, und tragen so zur allgemeinen Bewaffnung wesentlich bei.

Im Banate sieht es noch so trostlos wie früher aus, da außer Orsowa und Mehadia Alles in den Händen der Magyaren ist, die sich mit eiserner Consequenz durch Rekrutenaushebungen verstärken. In Orsowa ist aus der Walachei ein Courier mit der Nachricht angelangt, daß die Russen am 18. d. von vier Seiten in Siebenbürgen einzubrechen beabsichtigten, und auch F.-M.-L. Malkovsky, der das siebenbürgische Corps in Mehadia concentrirte, hat diesen Tag zum Angriffe auf Caransebes bestimmt, wo die Magyaren bereits ein Comite zur Organisirung der Administration eingesetzt haben. — Aus Peterwardein erfährt man, daß der Festungscommandant Cuba vor ein Kriegsgericht gestellt worden, weil er die k. k. Truppen an dem Revoutendau bei Kamenic nicht gehindert hat. Die Anefälle aus der Festung werden jetzt häufig. Oberst Mamula hat das Kamenicer Lager in eine förmliche Festung umgewandelt.

Nachrichten aus Orsova vom 14. d. zufolge begann alldort am 12. und 13. der Einmarsch der gegen das Banat und südliche Ungarn heranrückenden russischen Truppen. Es sind bis 14. d. gegen 30,000 Mann dort eingerückt. Im Ganzen rücken jetzt aus der Moldau und durch die kleine Walachai 60,000 Mann russische Truppen gegen Siebenbürgen und das Banat vor. Die Russen haben die kleine Walachei verlassen und diese ist nur von Türken besetzt. — In Siebenbürgen ist eine großartige Rekrutenaushebung veranstaltet und Hermannstadt allein hat 600 Mann zu stellen. Die türkischen Offiziere fraternisiren an der Grenze mit den ungarischen und leben mit ihnen auf dem besten Fuße (Y).

Die Russen haben ihren Marsch am 19. d. aus ungar. Hradisch angetreten und durften jetzt schon in der Nähe Trentschin's stehen. Das Lager der Magyaren in der Schütt befindet sich in Abony unterhalb Szerdahely.

Es geht das Gerücht, daß der Friedenstraktat mit Sardinien bereits im Stillen abgeschlossen worden sei. Dagegen wird aus Turin gemeldet: General Chrzanowski hat als Generalissimus der sardinische Armee seine Demission verlangt und erhalten. Vom Friedensgeschäfte keine Silbe.

Das Ministerium des Innern hat verordnet, daß der Druck der stenographischen Berichte über die letzten Verhandlungen des österreichischen Reichstags in allen Provinziallandtagen, wenn es noch nicht geschehen sein sollte, sogleich anzustellen ist.

Wilhelm Eduard Fränkel, in Breslau geboren, hat sich im vergangenen Jahre fast immer hier aufgehalten sich im August als Arzt bei der akademischen Legion einschreiben lassen und ist wegen seiner Verbindungen mit den demokratischen Häuptern Deutschlands den 12. October ins Studentencomite gewählt worden, in welchem er bis zum 28. October als Präsident fungirte und sich an den revolutionären Umtrieben betheiligte. In Folge dessen ist er von der Militäruntersuchungscommission wegen eingestandener Theilnahme an den Octoberereignissen und in Erwägung, daß seine Thätigkeit nicht über den 29. October hinausreichte, einstimmig zu zweijährigem schweren Kerker verurtheilt worden. — Fürst Windischgrätz beendet sich wieder auf seinem Jagdschlosse „Inselhütte", Herrschaft Tachau. — Heute kam ein Bataillon Kaiser-Jäger aus Mailand hier an, um nach zweitägiger Rast nach Ungarn zu marschiren.

Der Stadt Wien steht ein hoher, wenn auch nur kurzer Besuch bevor. Ihre Majestät die Königin von Griechenland hat sich nämlich unterm 22. Mai am Bord des Kriegsdampfers „Otto" eingeschifft und gedenkt am 26. d. M. in Triest einzutreffen, von wo, nach einem Aufenthalte von nur Einem Tage, die Reise über Wien und Berlin nach Oldenburg fortgesetzt werden wird. Im Gefolge Ihrer Majestät befinden sich 15 Personen. (W. Z.)

Privatnachrichten zufolge haben die über Bologna gegen Imola vorgerückten kaiserlichen Truppen einem Freischaarencorps von 2000 Mann 4 Kanonen weggenommen, und selbes in wilder Flucht auseinandergesagt. Am 17. besetzten die kaiserlichen Truppen Imola. (W. Z.)

X **Prag**, 24. Mai. Bei uns ist es jetzt im Vergleiche zu dem tobenden Sturm in Deutschland politisch ganz still. Alle äußeren Zeichen des Belagerungszustandes sind verschwunden, und nur die repressiven Hiebe, welche zeitweilig die Presse von der Militärbehörde bekommt, und die Raufereien zwischen Militär und Civil, erinnern daran. Der Kaiser hat bereits vor einigen Tagen uns verlassen und begab sich nach Tirol. — Unsere Nationalgarde soll jetzt completirt und mit besseren Waffen versehen werden. Die Stadt hat dazu 20,000 fl. C.-M. angewiesen. Auch hat sich die Stadtgemeinde endlich entschlossen, das Militärwachlocal, welches am großen Ring stand und in den Junitagen vorigen Jahres niedergerissen wurde, von neuem aufzubauen.

Berlin, 22. Mai. Die „N. Pr. Ztg." und nach ihr die „Hannoversche" bringt folgende Enthüllung: Der Centralausschuß der Demokraten hat folgende lithographirte Proclamation an die Kreisausschüsse erlassen: „Deutschlands Söhne! Unsere Feinde, die kein Mittel, auch das Entwürdigendste, zur Erreichung ihrer verächtlichen Zwecke scheuen, rühmen sich jetzt eines Sieges! Ja, Brüder in Deutschlands Gauen, wir können es uns nicht verhehlen, unsere heilige Sache scheint gefährdet durch die starke Offenheit, mit der wir zu Werke gingen. — Brüder! Unsere Sache ist zu heilig, als daß sie verloren ginge. Wir haben deßhalb jetzt nur über Mittel zu berathen, um schnell zum Siege zu kommen. Zu dem Zweck haben wir uns mit dem Donnersberg — der äußersten Linken der Frankfurter Nationalversammlung — verbunden, und haben Folgendes beschlossen: 1) Am 28. Mai d. J. tritt in Karlsruhe in Baden eine geheime deutsche Conferenz der deutschen, französischen und polnischen Demokraten zusammen. — 2) Die mit uns in Verbindung gestandenen Kreisausschüsse haben zu veranlassen, daß alle Clubs, die der reinen demokratisch-socialen Republik huldigen, Deputirte wählen. — 3) Jeder Deputirte muß mit Legitimationen vom Kreisausschuß versehen sein. — 4) In den Clubs sind Sammlungen zu veranstalten, und sofort durch Vermittelung des Landesausschusses an uns zu besorgen. — 5) Allen Vereinen, die nicht unserer rein demokratisch-socialen Sache huldigen, wird hiermit keine Anzeige gemacht. — Graf Reichenbach für Schlesien, Liebelt für Posen und Preußen, Marr für die Rheinlande und Westphalen, Bracklow für die deutschen Ostseestaaten, Görg-Wrisberg für die Mark, Lausitz, Priegnitz und Pommern, Burchard für Königreich und Provinz Sachsen, Richard für Hannover, Schievenstein für Bayern sind unsere Commissarien und werden für uns bei jeder Gelegenheit vermitteln. — 7) Politische Flüchtlinge werden durch Pässe der Kreisausschüsse bei Folgenden respectirt: Bernard in Paris, Paul Bont in Brüssel, Heinzen in der Schweiz, Brentano in Karlsruhe, Sign. Calupetti in Rom und Kossuth in Debrezzin. Frankfurt, den 17. Mai 1849. Der von dem Centralausschuß und den Revolutionsvereinen übernommene und genehmigte europäische demokratische Ausschuß. Cullmann, Präsident. Erbe, Schriftführer. Heramer, beglaubigt. Levysur für Ledru-Rollin beglaubigt. Schöffel für den Donnersberg."

Die P. C. berichtet von einem in Potsdam abgehaltenen Congreß der Abgeordneten sämmtlicher constitutionell-monarchischen Vereine des preußischen Staates. Derselbe wurde am 22. Mai Abends 6 Uhr eröffnet. Unter dem Vorsitze des G. R. Stiehl wurde eine Vertrauensadresse an das Ministerium beschlossen, „sowohl in Bezug auf seine allgemeine Haltung seit dem November, als auch namentlich in Bezug auf die von des Königs Majestät abgelehnte unbedingte Annahme der von der Frankfurter Nationalversammlung aufgenellten Verfassung."

† **Berlin**, 25. Mai. Die gestern verhafteten, nicht 13, sondern 17 demokratischen Notabilitäten sind sämmtlich in die Militärgefängnisse abgeführt worden und werden demnach wahrscheinlich kriegsgerichtlich behandelt werden. — Der wegen Hochverraths steckbrieflich verfolgte Dyk ist in Hamburg ergriffen und hierhergeführt worden.

Berlin, 26. Mai. Zur Feier des Geburtstages Ihrer Maj. der Königin von Großbritannien und Irland fand vorgestern bei Sr. Maj. dem Könige im Schlosse zu Char-

stettenburg ein großes Galladiner statt, zu welchem außer den k. Prinzen und Prinzessinnen der großbritannische Gesandte am diesseitigen Hofe, Graf Westmoreland, so wie die übrigen Herren der großbritannischen Gesandtschaft und viele andere Gäste geladen waren. Se. Maj. der König brachte bei dem Diner einen Toast auf das Wohl Ihrer großbritannischen Majestät aus.

Aus glaubhafter Quelle geht uns die Nachricht zu, daß der Abschluß eines Friedens mit Dänemark ganz nahe sei, und zu diesem Zweck der dänische Kammerherr v. Reetz seit einigen Tagen mit geeigneten Vollmachten aus Kopenhagen hier verweilt.

Die Anzahl der bis jetzt mobil gemachten preußischen Truppen beträgt 240,000 Mann mit 864 Feuerschlünden. Von der Landwehrcavallerie sind noch gar keine Mannschaften eingezogen.

Es ist in den jüngsten Tagen von dem hiesigen französischen Gesandten de Lurde eine Note übergeben worden, worin Kenntniß gegeben wird von dem entschiedenen Proteste, den die französische Regierung gegen die russische Intervention in Ungarn erhoben hat, unter Hinzufügung eines Vorwurfs gegen das hiesige Cabinet, daß es den Durchmarsch der russischen Truppen durch das preußische Gebiet gestattet habe. Wir hatten Gelegenheit, in Beziehung auf diese Angelegenheit das Urtheil eines der Entwickelung dieser Fragen sehr nahe stehenden Staatsmannes zu vernehmen, und hörten von ihm die Versicherung, daß die Lage der Dinge nach dieser Seite sehr ernst sei und die französische Regierung fest entschlossen scheine, ihrem Proteste auch durch sofortiges Handeln Nachdruck zu verleihen. (K. Z.)

Königsberg, 22. Mai. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung, in Bezug auf die Erklärung des Oberpräsidenten mit 47 gegen 30 Stimmen beschlossen: „Die drei Deputirten haben auf dem am 19. d. M. stattgehabten Städtetage die Stadtverordnetenversammlung vertreten und vertreten können."

Stettin, 22. Mai. Vor einigen Tagen fand hier das längst verabredete Duell zwischen dem Major Voigts-Rheetz und dem Gutsbesitzer Koscielski aus dem Großherzogthum Posen statt. Die Ursache hatte ein literarischer Streit über die Demarcationslinie gegeben. Koscielski wurde beim zweiten Schuß leicht am Arme verwundet. (C. Z.)

Köln, 26. Mai. Gestern Nachmittags trafen auf der Köln-Mindener Eisenbahn 1900 Mann (1 Linien- und 1 Gardebataillon) mecklenburger Infanterie in Deutz ein, fast ohne alle Ausnahme schöne, schmucke Männer. Der größte Theil derselben — etwa 1400 Mann — setzte noch Abends 10 Uhr, der übrige Theil heute Morgens 5 Uhr die Reise nach Mainz mit Dampfschiffen fort. Im Laufe des heutigen Vormittags langte das bekanntlich mit Zündnadelgewehren versehene Füsilier- nebst einem Musketierbataillon des 24. Regiments, sowie ein Bataillon des 27. Landwehrregiments, welche dieselbe Bestimmung haben, hier an. Sicherem Vernehmen nach werden noch eine Zeit lang täglich 1000 - 3000 Mann Truppen auf dem Marsche nach dem Oberlande hier durchpassiren. (K. Z.)

Koblenz, 25. Mai. Hier ist folgende Bekanntmachung erschienen: „Bei der offenkundigen Insurrection einiger süddeutschen Staaten halten wir es für unsre Pflicht, die Einfuhr, Durchfuhr und Ausfuhr von Munition und Waffen jeder Art durch die Rheinprovinz, wie hiermit geschieht, zu verbieten. Die Militär- und Polizeibehörden der Provinz sind angewiesen, alle ein-, durch- und ausgehenden Kriegsbedürfnisse, in so weit nicht ausnahmsweise eine besondere polizeiliche Erlaubniß zu deren Beförderung ertheilt ist, bis auf Weiteres in Beschlag zu nehmen. Koblenz, 24. Mai 1849. Der stellvertretende commandirende General, (gez.) v Hirschfeld. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, (gez.) Eichmann.

□ **München**, 25. Mai. Wir konnten unserm gestrigen Berichte nur noch kurz zufügen, daß die Sitzung für die Abstimmung über den Antrag auf temporäre Ausscheidung der pfälzischen Abgeordneten abermals eine resultatlose gewesen sei. Vor allem müssen wir jedoch zur sonstigen Ergänzung unseres gestrigen Berichtes zufügen, was wir aus zuverlässiger Quelle über die vorgestrige Abendversammlung der Linken und des linken Centrums in der blauen Traube vernommen haben. Die politischen Glaubensbekenntnisse der Pfälzer, Angesichts der pfälzischen Zustände, mußten da natürlich die Grundlage bilden. Es ist vielleicht über den Kern des Pudels noch ziemlich rasch hingegangen worden, aber es gewann doch zur Beruhigung der Zweifelnden die Ansicht den Sieg, daß man schon darum das Mitstimmungsrecht der Pfälzer über den Antrag auf ihre Aussonderung aus der Kammer wegen der pfälzischen Lossagung in Schutz nehmen müsse, weil jedes ausgesprochene Nein von Seite der Pfälzer zu einer persönlichen Protestation gegen eben diese pfälzische Lossagung werden müsse. So ergab sich von selbst das Resultat der festen Vereinbarung zwischen der Linken und dem linken Centrum dafür, daß man in so lange sich an keinerlei Kammerverhandlungen betheiligen könne, als das Präsidium mit der Rechten darauf bestehe, den Pfälzern das Mitstimmungsrecht in ihrer eigenen Angelegenheit zu verweigern. Die heutigen Wahrnehmungen geben uns die Ueberzeugung, daß wir aus guter Quelle geschöpft haben. Der zweite Präsident, — jetzt immer Vorsitzende, da Baron v. Lerchenfeld, um Führer der Rechten werden zu können, bekanntlich seine Stelle als erster Präsident niedergelegt hat, — hatte zu einer gestrigen Versammlung durch eine Tagesordnung einladen lassen, welche alle andern Geschäfte, die schon vorgestern auf der Tagesordnung standen, ausschloß und lediglich die Abstimmung über den Antrag auf Ausscheidung der pfälzischen Abgeordneten enthielt. Die Pfälzer selbst erschienen nicht in der Kammer, waren aber in dem dem Ständehause gegenüberliegenden bayerischen Hofe versammelt. Als die Sitzung eröffnet war, wurde der Präsident von einem Mitgliede der äußersten Linken, Rudner aus Oberfranken, darüber interpellirt, ob derselbe darauf beharre, bei der angekündigten Abstimmung die pfälzischen Abgeordneten übergehen zu wollen. Nachdem die Antwort bejahend ausgefallen war, verließen die Linke und das linke Centrum sogleich wieder den Saal und machten ebendadurch die Kammer beschlußunfähig. Wir haben kaum nöthig zuzufügen, daß sich der vorgestrige Tumult (gegen Präsidium und Rechte) auf den Galerien erneute. Es dauerte wohl eine halbe Stunde, bis diese geräumt waren, aber darnach blieb dem Präsidenten eben doch nichts übrig, als die Sitzung mit einigen Worten der Hoffnung zu schließen, daß sich die Linke vielleicht doch noch eines besseren besinnen werde. Als wir auf die Straße traten, hatten sich bis auf wenige Gruppen die Massen der Galerien bereits unter strömendem Regen verlaufen. Dagegen ritt aber eine starke Patrouille reitender Artillerie mit Trompeter und Lieutenant an der Spitze vor dem Ständehaus vorüber. Später wurde uns versichert, nicht des Publikums auf den Galerien des Abgeordnetensaales halber seien die reitende Artillerie- und Cuirassierpatrouille bei hellem Tage sichtbar geworden, sondern wegen eines kurzen Auflaufs vor der Hauptwache auf dem Schrannenplatze. Dort soll ein vorüberreitender oder vorübergehender General im Mantel, angeblich der Stadtcommandant selbst, von dem Posten nicht erkannt worden sein, worauf derselbe den Soldaten und die wachthabenden Offiziere in solcher Weise zur Rede gesetzt habe, daß sich, etwas allerdings leicht Mögliches auf diesem Platze, schnell Volk angehäuft und den Herrn insultirt habe.

Die von dem Gesammtstaatsministerium an die Kammer gebrachte Legitimationsbeanstandung der Deputirten aus der Pfalz lautet wie folgt: „Das königl. Gesammtstaatsministerium an das Präsidium der Kammer der Abgeordneten. Die Abgeordneten der Pfalz betr.: Die Zustände der Pfalz haben das Staatsministerium veranlaßt, im Anschlusse desfallsige Bekanntmachung zu erlassen. Im Verfolge der darin ausgesprochenen Ueberzeugung ist das Staatsministerium der Ansicht, daß die Berechtigung der Abgeordneten aus dem pfälzischen Regierungsbezirke zur Theilnahme an den Verhandlungen dieses Landtages zu beanstanden, und diese Theilnahme für so lange zu suspendiren sei, bis der gesetzliche Zustand in der Pfalz wieder hergestellt sein wird. Indem das Staatsministerium sich verpflichtet erachtet, diese seine Ansicht dem verehrlichen Präsidium mitzutheilen, überläßt es demselben, die geeignete Einleitung zur Herbeiführung eines competenzmäßigen Kammerbeschlusses zu treffen, und benützt diese Gelegenheit zur Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung. München, den 22. Mai 1849. v. Lemaire. v. Kleinschrod. Dr. Aschenbrenner. v. Forster. Ringelmann. v. d. Pfordten."

Das 2. Infanterieregiment Kronprinz hat Ordre erhalten, sich für jede Stunde marschfertig zu halten. Ob dasselbe für das Lager bei Donauwörth bestimmt ist oder an die badische Grenze, darüber verlautet noch nichts Gewisses. (Lnd.)

Aus der Pfalz. Folgende „Ansprache an die Bewohner der Pfalz" ist hier veröffentlicht worden:

„Durch eine Versammlung von sogenannten Vertrauensmännern der Cantone am 17. Mai 1849 zu Kaiserslautern, wurde in der Majorität von 15 gegen 14 Stimmen eine provisorische Regierung für die Pfalz eingesetzt, und in Folge einer sofort stattgehabten Wahl haben sich nachgenannte pfälzische Bürger als Mitglieder dieser Regierung kundgegeben: die Herren Reichard, Dr Hepp, Dr. Greiner, Fries und Schmitt.

Nachdem die also gebildete provisorische Regierung durch eine Proclamation d. d. Kaiserslautern den 18 Mai 1849 ihr Dasein der pfälzischen Bevölkerung eröffnet hatte, erhielt der Präsident der königl. bayerischen Regierung der Pfalz unterm 19. Mai 1849 nachstehende Aufforderung:

An den Präsidenten der Kreisregierung der Pfalz, Herrn Nimmis.

Die provisorische Regierung der Pfalz hat Speyer zu ihrem Sitze bestimmt.

Sie sind ersucht, sämmtliche Beamte der Kreisregierung auf heute Nachmittag fünf Uhr im Regierungsgebäude zu versammeln, wo sich wer denselben den Eid auf die deutsche Reichsverfassung abnehmen werden.

Speyer, den 19 Mai 1849

Die provisorische Regierung der Pfalz.
In deren Auftrag:
Reichard. Fries. Dr. Hepp. Greiner.

In der That erschienen auch die Herren Reichard, Dr. Hepp, Dr. Greiner und Fries am 19. Mai Abends 5½ Uhr im Regierungsgebäude zu Speyer zum Zwecke der Eidesabnahme, welche die Anerkennung der provisorischen Regierung zugleich in sich schließen sollte; allein das Regierungs-Collegium erklärte einmüthig, daß es der gestellten Aufforderung nicht entspreche, und da in Folge dieser ablehnung seine Betheiligung in Speyer der factischen Gewalt gegenüber unmöglich geworden, begab sich dasselbe in Gemäßheit einer früher schon ebenfalls ertheilten ausdrücklichen Weisung des königl. Staatsministeriums nach Germersheim, um daselbst seine Amtsthätigkeit fortzusetzen.

Die Ablehnung hatte ihren Grund in beschworenen Pflichten, das Regierungs Collegium konnte aber auch den Personen, von welchen die Aufforderung ausging, keinerlei Befugnisse zu derselben einräumen.

Die Wahl der Vertrauensmänner, welche in der Mehrheit eine provisorische Regierung für die Pfalz constituirten, beruht lediglich auf der Anordnung des Landes-Ausschusses, und so wie die in aller gesetzlichen Grundlage entbehrt, sind auch die Handlungen seiner Organe als nichtig und wirkungslos anzusehen.

Bekanntlich sind nachdem einige Fractionen der pfälzischen Bevölkerung zu Kaiserslautern einen Landesvertheidigungs-Ausschuß für die Pfalz bestellt hatte, in diesem Lande unsichere Zustände entstanden, und die provisorische Centralgewalt fand sich veranlaßt, in der Person des Herrn Eisenstuck, zweiten Vicepräsidenten der Nationalversammlung, einen Reichscommissär abzuordnen.

Dieser Reichscommissär empfing von der provisorischen Centralgewalt die Vollmacht. (Beilage I.)

Wie der Herr Reichscommissär dem Auftrage nachgekommen und was seinerseits zur Beschwichtigung der Aufregung im Lande vorgekehrt wurde, darüber ist blos der Act seiner Bekanntmachung d. d. Kaiserslautern den 7. Mai 1849 zur Oeffentlichkeit gelangt. (Beil. II.)

Indem hiernach der Herr Reichscommissär den Landesvertheidigungs-Ausschuß in eine Landes-Aufsichts-Behörde umgestaltete, hat er seinen Befugnisse in bestimmte Grenzen eingeengt, demselben jeden Eingriff in die Befugnisse der zu Recht bestehenden Landesbehörden untersagt, was den vorne herein auch die leitende Anordnung entfernt, als sei in die Macht des Landes-Ausschusses gelegt, eine provisorische Regierung zu bilden, und in Beziehung auf die Eidesabnahme ist unter ab der Bekanntmachung mit klaren Worten bestimmt, daß der Landes-Ausschuß nur zu der Eidesabnahme zu schreiten habe, wenn sie von den Volkswehren, Truppenabtheilungen und Beamten verlangt werden sollte, folglich Aufforderung und Zwang zu diesem Gewissensacte ihm durchaus nicht zustehen. Allein aus selbst der unterm 7. Mai 1849 veröffentlichte Anordnung des Reichscommissärs wurde von Reichswegen verworfen, wie aus den Erlassen des Reichsministeriums vom 8. und 10. Mai 1849 hervorgeht. (Beilage III und IV.)

An vorbezeichnete Actenstücke schließen sich nun noch die Beschlüsse der Nationalversammlung, welche dieses ihren Willen aussprechen, daß vor Erledigung der Oberhauptfrage auf eine Eidesabnahme nicht zu bestehen sei, Zieht man Antrag des Abgeordneten Umbscheiden auf Billigung alles dessen, was in Beziehung auf die Durchführung der Verfassung in der Pfalz bisher geschehen sei, verworfen, dagegen Zieht die Pfalz lediglich unter den Schutz des Reiches stellen, mit Wahrung aller Rechte und aller Interessen.

Nach vorstehenden Erörterungen wird kein Unbefangener verkennen, daß, abgesehen von der Landesgesetzgebung, die bezeichneten Schritte des pfälzischen Landesvertheidigungsausschusses dem Willen des Reiches entgegen sind und mit der Absicht der Durchführung der Reichsverfassung im grellsten Widerspruche stehen; denn der § 190 der Reichsverfassung sagt ausdrücklich:

„Eine Aenderung der Regierungsform in einem Einzelstaate kann nur mit Zustimmung der Reichsgewalt erfolgen. Die Zustimmung muß in den für Aenderungen der Reichsverfassung vorgeschriebenen Formen gegeben werden."

Indem nun die königl. Kreisregierung von heute an ihre amtliche Thätigkeit in Germersheim fortsetzt, legt sie feierliche Verwahrung ein, gegen jeden Eingriff in die Rechte der Landesverwaltung und der gesetzmäßigen Obrigkeit, und protestirt ebenmäßig gegen die gewaltthätige Verhinderung der Vertretung der Acten der Kreisregierung und der Kreiskasse von Speyer an ihren normirten Amtssitz.

Sie fordert alle Behörden und Beamten auf, unerschrocken sich zu halten an ihrer Amtspflicht und ihrem Dienstreine, und mit den gesetzlichen Stellen und Behörden fortwährend in amtlicher Beziehung zu bleiben.

Germersheim, den 22. Mai 1849.

Königl. Bayer. Regierung der Pfalz Kammer des Innern und der Finanzen.
Almens, Präsident. Mure, Director.
v. Polsbuzer, functionirender Secr. Coll.

Beilage I.

Vollmacht.

Nachdem es aus öffentlichen Blättern, wie aus Berichten von Augenzeugen zur Kenntniß der provisorischen Centralgewalt über Deutschland gelangt ist, daß in der königl. bayerische Provinz der rheinischen Pfalz eine allgemeine Bewegung zum Zwecke der Anerkennung der Reichsverfassung eine solche Wendung genommen, daß ein Landesvertheidigungsausschuß, hervorgegangen aus Wahlen einer Volksversammlung, sich als eine öffentliche Behörde constituirt und Beschlüsse gefaßt hat, welche zu den Wirksamkeiten der bestehenden gesetzlichen Behörden eingreifen; nachdem ferner eine Anzahl bayerischer Abgeordneter zur deutschen Nationalversammlung, sowie mehrere hier anwesende Abgeordnete zur bayerischen Ständeversammlung den Wunsch des Landes vorgetragen haben, daß die Reichsgewalt vermittelnd einschreiten möge; nachdemes ferner zu befürchten steht, daß die von der gesetzlichen Landesbehörde zur Verfügung stehenden Kräfte unzureichend sein könnten um die Gesetze und die öffentliche Ordnung überall aufrecht zu halten,

so habe ich mich bewogen gefunden den Abgeordneten Hrn. Eisenstuck, zweiten Vicepräsidenten der deutschen Reichsversammlung, zum Reichscommissär für die bayerische Rheinpfalz zu ernennen und denselben zu beauftragen,

im Namen der Reichsgewalt alle zur Aufrechthaltung oder Wiederstellung der Ordnung und Sicherheit der Gesetze in jenem Lande erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, sich deshalb sowohl mit den Civil- als Militärbehörden unmittelbar in das Einvernehmen zu setzen, insbesondere Fürsorge zu treffen, daß der von der dachigen Landesvertheidigungsausschuß am 3. Mai zu Kaiserslautern gefaßte Beschluß wieder aufgehoben werde, oder denselben erforderlichen Falls von Reichswegen selbst aufzuheben, überhaupt aber alles dasjenige vorzukehren, was die öffentliche Ordnung der gedachten Provinz und die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt von Deutschland erfordert.

Sämmtliche Civil- und Militärbehörden in der bayerischen Rheinpfalz werden hiermit angewiesen, dem zu gedachtem Zwecke zu ertheilenden Verfügungen des Reichscommissärs Folge zu leisten und denselben in Vollstreckung alles von ihm zu treffenden Maßregeln kräftigst zu unterstützen.

Dessen zur Urkunde habe ich dem Vicepräsidenten Herrn Eisenstuck gegenwärtige Vollmacht ausstellen und dieselbe mit meinem Insiegel versehen lassen.

Frankfurt den 5. Mai 1849.

Der Reichsverweser.
(L. S.) (Gez.) Erzherzog Johann.
Der interim. Reichsminister des Innern.
(Gez.) H. v. Gagern.

Beilage II.

Bekanntmachung.

Zur Sicherung der öffentlichen Zustände und zu Vermittelung der Verfassungsfrage in der Pfalz im Namen der provisorischen Centralgewalt des deutschen Reiches und in Gemäßheit der Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung vom 11. April und 4. Mai d. J. Folgendes ist festgesetzt:

1) Der am 2. Mai dieses Jahres in den Personen der Parlamentsmitglieder Schüler, Reichard, Tellmann und Schmitt den Landtagsabgeordneten Dr. Greiner, Dr. Hepp, Dr. Hannig, Notär Schmidt aus Kirchheimbolanden, Forstmann Dieter von Landstuhl und Rechtscandidat Fries aus Frankenthal für die Pfalz gebildete Landesvertheidigungsausschuß wird als ein

Landesausschuß für Vertheidigung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung

hiermit bestätigt.

2) Der Landesausschuß ist berechtigt:
   a) alle zum Zweck der sich ihrenenden Maßregeln zur Vertheidigung der deutschen Reichsverfassung in der Pfalz einzuleiten, in so weit sie nicht in die Befugnisse der zu Recht bestehenden Landesbehörden eingreifen, der nach sind sondere die Organisation der Volkswehr zu leiten und zu überwachen.
   b) Diejenigen Volkswehren und Truppenabtheilungen, so wie diejenigen Landesbeamten in der Pfalz, welche auf Grund der §§ 14 und 191 der deutschen Reichsverfassung die Pflicht ganz auf die Verfassung verlangen sollten, den Eid abzunehmen.
   c) Gegen gewaltsame Angriffe auf die Reichsverfassung in der Pfalz im ersten Falles selbstständig einzuschreiten.
3) Der Landesausschuß hat seinen Sitz in Kaiserslautern. Fünf anwesende Mitglieder desselben sind beschlußfähig.
4) Der Landesausschuß dauert bis zu vollständiger Durchführung der deutschen Reichsverfassung in der Pfalz.
5) Durch den in § 2 dem Landesausschusse ertheilten Befugnisse sind alle bis heute von dem Land vertheidigungsausschusse gefaßten Beschlüsse, so weit sie diesen Befugnissen zuwiderlaufen, hiemit aufgehoben.

Kaiserslautern den 7. Mai 1849.

Eisenstuck.
Bevollmächtigter der provisorischen Centralgewalt für die Pfalz

Beilage III.

Frankfurt, den 8. Mai 1849.

Herr Reichscommissär!

Der Reichsministerrath hat nach Ansicht und Erwägung Ihres gestrigen Berichtes die Gründe nicht anzuerkennen vermocht, aus welchen Sie Ihre gestern getroffenen Verfügungen als übereinstimmend mit dem Inhalte Ihrer Vollmacht und mit den Beschlüssen der Nationalversammlung vom 4. d. M. betrachten.

Nach Ihrer Vollmacht mußte der Landesvertheidigungsausschuß, welcher durch die Beschlüsse vom 3. Mai in den Wirkungskreis der bestehenden gesetzlichen Behörden bereits eingegriffen hatte, nach Zu-

rücknahme dieser ungesetzlichen Schritte auf die Aufhebung solcher Befugnisse beschränkt werden, welche aus dem freien Vereinsrechte folgen und mit Aufrechthaltung des constitutionellen Königthumes verträglich sind. Nur unter dieser Voraussetzung durfte die Zustimmung der Mitglieder jenes Ausschusses unter dem veränderten Namen eines Landesausschusses für Vertheidigung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung als zulässig betrachtet werden.

Eine Bestätigung und Legitimation dieses Ausschusses von Seiten der Reichsgewalt lag aber gänzlich außerhalb Ihrer Vollmacht. Ganz abgesehen von der Unzulässigkeit und der Widersinnigkeit des Ausschusses wurde demselben auf keinen Fall der Charakter einer öffentlichen Behörde gegenüber den Landesbehörden beigelegt werden. Diesen Charakter nimmt die Reichsgewalt nicht an und sie muß Sie, Herr Reichscommissär, unter Hinweisung auf Ihre Verantwortlichkeit für die Folgen der Beeinträchtigung des Ausschusses hiermit auffordern, das Mittel zu finden, schleunigst den rechtlichen Gesichtspunkt wieder herzustellen, wonach der Ausschuß nicht als eine öffentliche, von der Reichsgewalt anerkannte Behörde den gesetzlich constituirten Gewalten gegenüber erscheinen darf. Ferner wird Ihr Auftrag bestimmt dahin gerichtet, den Beschluß vom 3. Mai d. J. aufrufen zu lassen, oder denselben erforderlichen Falles von Reichswegen aufzuheben. Mit diesem Auftrage haben Sie sich in offenbarem Widerspruch gesetzt, wenn Sie unter Nr. 5 Ihrer gestrigen Bekanntmachung nur im Allgemeinen die baldige Beschlüsse des Ausschusses für aufgehoben erklärten und zwar in so weit diese den von Ihnen in obiger Bekanntmachung dem Ausschusse beigelegten Befugnissen zuwiderliefen, während Sie gleichzeitig unter diese Befugnisse die Organisation der Volkswehr, also den wesentlichsten Punkt jenes aufgehobenen Beschlusses von Reichswegen ausdrücklich aufnahmen. Wenn auch die Umstände es Ihnen räthlich erscheinen lassen konnten, daß die Aufhebung des Beschlusses in der Form einer Modification desselben durch den Ausschuß unter Weglassung der anzufechtenden Punkte erfolge, so erlaubte doch Ihre Vollmacht in keinem Falle, die Organisation der Volkswehrmannschaft durch eine nicht gesetzlich eingesetzte Behörde statt dieser Maßregel entgegen zu treten, sogar als Bevollmächtigter der Reichsgewalt zu autorisiren. Ich muß Sie daher ersuchen, einer solchen Organisation ungesäumt Einhalt zu thun.

Endlich muß der Reichsministerrath gegen die unter 2 b der Bekanntmachung ertheilte eventuelle Ermächtigung zur Beendigung entstehenden Widerstruch einlegen, da die Nationalversammlung, welche selbst aus Rom einen Antrag auf Berufung der Truppen abgelehnt hat, sich keineswegs nur einer allgemeinen Anordnung enthalten, sondern im Gegentheil die Theilung des Heers in bestimmte und nicht näher bezeichnete Truppenkörper vermeiden wollte.

Ich muß die dringende Erwartung aussprechen, aus Ihren nächsten Berichten zu erfahren, daß es Ihnen gelungen sein wird, die Lage der Dinge, und jeden Falls Ihr eigenes Auftreten wieder mit der rechtlichen Stellung der Nationalversammlung und mit dem von der Centralgewalt Ihnen ertheilten Auftrag in Einklang zu bringen.

Ich habe zugleich die Ehre ꝛc.

(Gez.) H. v. Gagern.

Beilage IV.

Nachdem Se. kaiserl. Hoheit dem Reichsverweser Vortrag darüber erhalten worden ist, daß der mit Vollmacht vom 3. d. M. in die Pfalz entsendete Reichscommissär Herr Eisenstuck vorsichtige Maßregeln angeordnet, und im Namen der Reichsgewalt genehmigt hat, welche mit dem Inhalte der gedachten Vollmacht, so wie mit den die Durchführung der Verfassung betreffenden Beschlüssen der Nationalversammlung und mit der rechtlichen Stellung der Centralgewalt nicht vereinbar sind; so hat der Reichsverweser beschlossen, die dem Reichscommissär Eisenstuck ertheilte Vollmacht zurückzuziehen.

Der Unterzeichnete, mit Vollziehung dieß Beschlusses beauftragt, hat sonach Herrn Eisenstuck zu ersuchen, vom Empfang gegenwärtiger Verfügung an, die auf den Grund der erloschenen Vollmacht gestützte Wirksamkeit einzustellen.

Frankfurt, den 10 Mai 1849.

Der interimistische Präsident des Reichsministerraths.

L. S.) (Gez.) H. v. Gagern.

Collationirt.

(gez.) Rauch.

Würzburg, 26. Mai. Die Studenten werden heute in den Abendstunden hier zurückerwartet.

Leipzig, 24. Mai. Durch Steckbriefe vom gestrigen Datum werden unter Andern Buchdruckereibesitzer Hoffeld, Buchhändler Ludwig Schreck und der Literat Wesselhoeft verfolgt.

* **Stuttgart**, 26. Mai. Das Staatsministerium hat unter Heutigem eine Proclamation an das württembergische Volk erlassen, in welcher unter Bezugnahme auf die am Pfingstmontag in Reutlingen abzuhaltende Volksversammlung, bei der der Landesausschuß in Stuttgart „aus Reutlingen ein zweites Offenburg machen und die Regierung zwingen, sich mit der badischen Regierung in ein Schutz- und Trutzbündniß einzulassen, und wenn sie nicht nachgebe, sie abzusetzen und eine provisorische Regierung zu erwählen beschlossen habe", die Theilnehmer an jener Versammlung vor extremen Maßregeln gewarnt werden und insbesondere ausgesprochen wird, aus welchen Gründen die württembergische Regierung dem badischen Rechtsbeistandsauftrage, dem es übrigens um Durchführung der deutschen Reichsverfassung keineswegs zu thun sei, ein Bündniß nicht antragen könne. Die Proclamation, aus der hervorgeht, daß die Regierung eine Wiederholung der badischen Ereignisse in Württemberg nicht nur für möglich, sondern für wahrscheinlich hält, schließt mit den Worten: „Wir sehen der Zukunft mit Ruhe und Entschiedenheit entgegen."

Ludwigsburg, 25. Mai. Diesen Vormittag mußte das hiesige Infanterieregiment vor dem König ausrücken. Se. Majestät soll die Frage an das Regiment gerichtet haben, wenn Sie sich an die Spitze ihres Heeres stellen würden, ob Sie sich dann auf ihre Treue und Hingebung verlassen könnten? Worauf die Antwort erfolgte: daß Alle mit dem letzten Blutstropfen dafür einstehen, wenn es nicht gegen Verfassung und Beschlüsse der Nationalversammlung gehe, wenn Se. Majestät in dieser Beziehung mit dem Volke gehen werden. (L. T.)

Hannover, 25. Mai. Gestern wurden in Lehrte drei Personen verhaftet, die als d'Ester, Th. Hagen und ein Hauptmann a. D. bezeichnet werden. d'Ester soll den Namen Lebenthal geführt haben. (Nordd. Z.)

Göttingen, 22. Mai. (M. Z.) Gestern ist der Redacteur der hier erscheinenden „Volkswarte", K. Fiedler, zur Criminaluntersuchung gezogen und verhaftet worden. Ein

Nr. 14 der „Volkswarte" erschienener Aufsatz: „Die Polizeibudenpolitik", aus der „Hornisse" abgedruckt, soll Ursache der Verhaftung sein.

□* **Baden**, 24. Mai. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so geht unser „Landesausschuß" einem ziemlich raschen Ende entgegen. Aus den verschiedensten Elementen zusammengeweht, in sich durch und durch uneins, scheint er an einer eigenen Sache zu verzweifeln. Sonst würde er schwerlich in der Nacht vom 21. auf den 22. ein Freicorps von Karlsruhe zu seinem Schutz nach Karlsruhe commandirt haben. Auch soll er damit umgehen, entweder noch 5000 Freischärler zu seinem Schutz heranzuziehen oder seine Residenz nach Rastatt zu verlegen. Der nervus rerum, das Geld, dürfte auch bald zu Ende gehen, sonst würden die Herren schwerlich in ihrem „Organ", der „Karlsruher Zeitung", Badens Männer und Frauen schon jetzt um milde Gaben ansprechen. — Die Freischaaren scheinen von ihrer Begeisterung, für die Freiheit sterben zu wollen, mehr und mehr zurückzukommen. Von den badischen Bürgerssöhnen geht einer nach dem andern nach Haus. Der Kern des Volksheeres dürfte aus einer Falstaff'schen Armee von verlornen Söhnen bestehen, die schon den Hecker'schen und Struve'schen Zug mitmachten und seit Jahren als „politische Flüchtlinge" in der Schweiz und in Frankreich umherziehen. — Das Militär will je länger, je weniger davon wissen, mit diesen Freischaaren zu dienen. Die meisten Soldaten verwünschen die unglückselige Sache, zu welcher sie sich verleiten ließen. Es vergeht kein Tag, an welchem die neue Regierung nicht irgend eine Militärschwierigkeit durch unbedingte Nachgiebigkeit beseitigen muß. — Das Volk, am 14. und 15. Mai allerdings großentheils in dem Wahn, es handle sich bei dieser Bewegung um die Reichsverfassung, hat seitdem genug Gelegenheit gehabt, sich zu ernüchtern, und es war nicht schwer zu bemerken, wie die Actien des Landesausschusses von Tag zu Tag sanken. Sollten deutsche Truppen in Bälde bei uns einrücken, so werden sie von dem badischen Volk nicht als Feinde, sondern als Befreier von einem ebenso unerträglichen als knabenhaften Terrorismus begrüßt werden. Unsere alten Freunde, die Darmstädter und Kurhessen, werden all' ihren vorjährigen Wirthen von Herzen willkommen sein. — Wir können sagen: die Sachen stellen sich von Tag zu Tag, ja von Stunde zu Stunde besser.

** Verstehender Correspondenz lassen wir zur Erläuterung und Ergänzung eine amtliche Erklärung folgen, die in der „Karlsruher Zeitung" abgedruckt ist und zwischen deren Zeilen offenbar mehr steht, als innerhalb derselben:

„Erklärung der Reichscommissäre über die Zustände in Baden.

Auf das heute von dem Landesausschusse für das Großherzogthum Baden, zum Zwecke der Widersetzung erlassene, in öffentlichen Blättern verbreitete Ansuchen, an uns gestellte Verlangen einer amtlichen Darstellung der badischen Zustände betreffen wir uns zu erwiedern, daß wir, die wir Badens sie hier und in Frankfurt unserer Wirksamkeit eine entscheidende Richtung gestatten werden, nicht in der Lage sind, einem solchen Wunsche umfassend zu entsprechen. Wir gestatten aber gerne, daß wir in dem Schreiben des Landesausschusses angezogen, von uns gemachte mündliche Aeußerung veröffentlicht werde. Darnach ist, seitdem sich der Landesausschuß an die Spitze der Geschäfte gestellt hat, so weit die amtlichen Erhebungen hier und im Oberland reichen, eine gewaltsame Störung des Verkehrs und des Eigenthums, oder eine Verletzung von Personen nicht vorgekommen; die Stimmen, welche wir aus allen Klassen der Gesellschaft vernahmen, sprachen sich insgesammt — abgesehen von ihren verschiedenen Meinungen über die zunächst nothwendige künftige Gestaltung der Dinge — nur anerkennend über diese Thatsache aus. Karlsruhe, den 24. Mai 1849. **Die Reichscommissäre."**

** **Karlsruhe**, 26. Mai. Dringend und höchst beachtungswerth! Arnold Ruge und Karl Blind reisen morgen von hier nach Paris ab, und zwar, wie uns aus guter Quelle mitgetheilt wird, **in diplomatischer Mission**. Ob zu letzterer ein Mann wie Ruge, der in Paris seinerzeit so heftige Angriffe erfahren mußte, geeignet ist, glauben wir kaum. Jedenfalls aber können wir auf's Bestimmteste versichern, daß das Resultat der Wahlen in Frankreich mit der Reise der beiden Herren im nächsten und innigsten Zusammenhange steht. Des Pudels Kern: — die so vielfach gerupfte Ordnung in Baden — dürfte bald aller Welt klar werden. Bremano ist wohl die längste Zeit der Mann der Mäßigung gewesen!

△ **Karlsruhe**, 26 Mai. Was ich Ihnen jüngst von dem Gerücht über den Abfall zweier Schwadronen Dragoner von der Volkssache schrieb, hat seine volle Richtigkeit, nur mit dem Unterschiede, daß diese Truppen eigentlich noch gar nicht übergetreten waren. Die Sache ist wichtig genug, um näher erzählt zu werden, zumal sie zugleich die Verfahrungsweise des Landesausschusses in ihrem wahren Lichte zeigt. Von dem Dragonerregiment Großherzog standen noch zwei Schwadronen unter den Rittmeistern von Glaubitz und von Freystedt im Oberland. Vor einigen Tagen erhielten sie von dem Civil und Militärcommissär Hennish in Freiburg den Befehl, nach Karlsruhe aufzubrechen. In Malsch, zwischen Rastatt und Karlsruhe, 4 Stunden oberhalb dem letzteren Orte, brachte ein angeblicher ungarischer Honved, der in Karlsruhe mit dem Commando über ein Reiterregiment betraut werden soll, den Truppen Gegenbefehl. Man sagt, ein Bauer sei vorausgeeilt und habe die Behörden darauf aufmerksam gemacht, daß diese Dragoner nicht zuverlässig seien. So viel scheint richtig, daß diese Truppen ihren Offizieren mit Leib und Seel' ergeben waren. Auch erklärten sie jetzt gerade heraus, daß sie auf keinen Fall zurückzumarschiren geneigt seien, vielmehr der früheren Ordre gemäß nach Karlsruhe zögen. Da die sämmtlichen Offiziere ihren Soldaten bereits früher erklärt hatten, sie nur bis Karlsruhe führen und sich dann von ihren Stellen zurückziehen zu wollen, so hielten sie es um so mehr für Pflicht, dem Verlangen der Mannschaft zu entsprechen, als ihnen bei ihrem beabsichtigten Rücktritt die Verpflichtung oblag, die nicht unbedeutende Regimentskasse, Pferde und sonstige dem Staate gehörigen Gegenstände an die gegenwärtige Regierung abzuliefern. Hier in Karlsruhe angekommen, suchte Rittmeister v. Glaubitz sofort ein oder das andere Mitglied des Landesausschusses auf, um die nöthige Anzeige zu machen. Reichscommissär Christ war ihm selbst behilflich. Allein er fand nirgends Jemand vom Landesausschuß, oder waren die Herren nicht zu sprechen. Des andern Tages, heute in der Frühe, sollten die Truppen mit dem Eid auf die Reichsverfassung dem Landesausschuß Gehorsam schwören. Sie zögerten. Da wurden alsbald die sämmtlichen Offiziere, 7 an der Zahl, verhaftet und gegen Mittag unter Bedeckung eines ansehnlichen Zugs Pforzheimer Bürgerwehr und Freischaaren von Besançon nach Rastatt in die Kasematten gebracht. So waren denn die Truppen ihrer Führer beraubt und die Folge ergibt sich von selbst. Wir haben das Thatsächliche dieser Mittheilung aus dem Munde eines der gefangenen Offiziere.

Karlsruhe, 27. Mai. Die hiesige Zeitung enthält eine Bekanntmachung der Vollziehungsbehörde des Landesausschusses, die Aufhebung aller Beschlagnahmen auf das Vermögen flüchtiger, wegen politischer Vergehen angeklagter Bürger und die Zurückgabe aller deßhalb geleisteten Cautionen betreffend. Das Kriegsministerium, in dessen Namen „Major" Siegel unterzeichnet, erläßt mehrere Aufforderungen: 1) An die Urlaubte der Artillerie, alsbald bei ihren Regimentern einzutreten, 2) an diejenigen Offiziere der Linie, welche in den Generalstab eintreten wollen, sofort Anzeige an das Kriegsministerium zu machen, 3) an die sämmtlichen Amtsbezirke des Pfinz-, Oberrhein- und Seekreises, die mobile Mannschaft des ersten Aufgebots innerhalb zwei mal 24 Stunden in den betreffenden Bezirksstädten sich versammeln zu lassen.

* **Mannheim**, 27. Mai. Der Präsident des hiesigen Sicherheits-Ausschusses Florian Mördes hat zwei Bekanntmachungen erlassen. Nach der ersten ist das Schießen in der Stadt unter Androhung strenger Strafe verboten, in der zweiten wird verordnet, alle diejenigen, welche durch Aufreizung gegen die bestehende Regierung die öffentliche Ordnung zu stören versuchen, alsbald zu verhaften und der Bestrafung zu übergeben.

△ **Rastatt**, 27. Mai. Ich kann Ihnen heute mit Bezug auf mein Schreiben vom 25. d. M. und die dort aufgeführten Beschlüsse die weitere erfreuliche Mittheilung machen, daß gestern der Gouverneur Greiner, Civilcommissär Greiber und Hauptmann Baier beim Festungsbau nach Karlsruhe abgegangen sind, um beim Landesausschuß die dringende Nothwendigkeit darzuthun, daß die hiesige Festung eine Besatzung von Reichstruppen erhalte und zwar in möglichster Bälde. Wer unsere Verhältnisse nur ganz oberflächlich kennen zu lernen sich bemüht, dem ist es klar, daß eine große Verantwortlichkeit für alle die entsteht, welche berufen sind, die Festung als Reichsfestung zu bewahren. Die gegenwärtige Besatzung ist ganz gering und reicht nicht einmal hin, die gewöhnlichen Wachedienste zu thun, weßhalb unsere Bürgerwehr zu den anstrengendsten Diensten genöthigt ist und große Opfer an Zeit und Geld bringen muß. Darum ist das Verlangen nach Reichstruppen unter allen Klassen und Ständen der Bevölkerung allgemein und obige Herren werden, wenn sie beim Landesausschuß keine Unterstützung finden, alsbald weiter nach Frankfurt gehen, um beim Reichskriegsminister ihre unabweisliche Forderung darzuthun. Wir hoffen, daß man wenigstens in Frankfurt die Wichtigkeit der vorliegenden Frage erkennen und nicht zögern wird, von einem so bedeutenden Platze unverweilt Besitz zu ergreifen.

* **Darmstadt**, 26. Mai. So erfreulich auch das tapfere und entschiedene Benehmen unserer Truppen und der rasche und glänzende Sieg, den sie über die zehnfach überlegenen Freischaaren bei Oberlaudenbach an der badischen Grenze errungen, so hatte er doch auch einige Verlegenheiten im Gefolge. Zunächst galt es, die 107 mit den Waffen in der Hand ergriffenen Meuterer, unter denen sich sehr schwer Gravirte, namentlich des schändlichen Meuchelmordes an dem braven Regierungsrath Prinz Beschuldigte befinden, in sichern Gewahrsam zu bringen, um sie den Händen der Justiz zu überliefern. Man bietet die Reichsfestung Mainz hierzu für am geeignetsten. Das dortige Militärgouvernement verweigerte aber wiederholt deren Aufnahme, wohl um den Platz möglichst frei zu halten von solch' unangenehmen Anhängseln in diesem kritischen Zeitmomente. Unter diesen Umständen blieb nichts übrig, als die Gefangenen in das hiesige sehr starke und wohl geschützte Arresthaus zu bringen, was in verflossener Nacht in aller Ruhe und Ordnung geschah. Die öffentliche Meinung spricht sich hier immer entschiedener gegen das Treiben in Baden und der Rheinpfalz aus, und man verlangt Maßregeln von der Regierung gegen dessen Weiterverbreitung. **Die mit dem heutigen in Kraft getretener großh. Verordnung**, welche die **Volksversammlungen**, mit Bezug auf die obwaltenden Ereignisse, dann auf das Reichsgesetz zum Schutze der Centralgewalt und der Nationalversammlung, auf die Grundrechte und die Bestimmungen unserer Verfassung, in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen **verbietet**, ist darum auch sehr günstig aufgenommen worden. Der Regierung jetzt festen Bestand der guten Bürger zuzusichern, beschloß auch unser constitutionell-monarchischer Verein am Dienstag in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung ein unbedingtes Vertrauensvotum an das Ministerium und im heutigen Wochenblatte sprechen sich gegen 200 der achtbarsten Bürger ganz entschieden in gleichem Sinne aus.

Darmstadt, 27. Mai, Morgens. Sicherem Vernehmen nach ist seit gestern Abend die Passage an der baden'schen Grenze so stark gehemmt, daß nicht einmal der Nachts von Heidelberg kommende Postkarren durchgelassen wurde. Ob diese Maßregel mit der gestrigen Anwesenheit des Reichskriegsministers in Heppenheim zusammenhängt, können wir nicht angeben. — Daß die Volksversammlung in Laudenbach den Zweck hatte, Hand in Hand mit der badischen Insurrection die diesseitige Grenze bloßzulegen, bewaffnet und in massenhaftem Zuge Darmstadt und Frankfurt heimzusuchen und nach Befreiung aller Gefangenen weiter zu verfahren, stellt sich immer deutlicher heraus. Vorsicht und Mißtrauen gegen diejenigen so „reichsverfassungsbegeisterte" Baden ist daher ganz am Platze. — Heute Morgens wurde die Leiche des unglücklichen Regierungscommissärs Prinz, der als Opfer seiner Berufspflicht fiel, unter großer Theilnahme auf dem hiesigen Friedhofe bestattet. (D. Z.)

Der Ortsvorstand der Gemeinde Auerbach erklärt öffentlich, daß er die auf den 29. d. M. anberaumte Volksversammlung in Auerbach weder unter freiem Himmel, noch in einem geschlossenen Raum abhalten lassen wird, und daß er zur Aufrechthaltung der Ordnung entschlossen ist, und für dieselbe umsomehr mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln wirken will, als man die Folgen der Volksversammlungen erst vor einigen Tagen in unserer Nähe so sehr zu beklagen hat.

X **Aus Rheinhessen**, 25. Mai. Wie hoch bei uns unter einem Zig-Bambergerschen Regimente die persönliche Freiheit geachtet würde, mag der Umstand beweisen, daß in einem bei Mainz gelegenen Dorfe die wüthenden Freischärler sogar dem verheiratheten Lehrer mit Absetzung drohten, wenn er nicht mit ihnen nach Rheinbayern zöge (natürlich verdeutlicht, daß sie demnächst an's Ruder kämen).

> **Mainz**, 26. Mai. Durch das so eben hier landende Dampfboot „Marianne" kommt uns die Kunde zu, daß von heute an kein Fahrzeug den Rheinstrom aufwärts weiter passiren kann, als bis Gernsheim. In Worms sollen verflossene Nacht 2000 Bayern eingerückt sein. — Dem hiesigen Zollamt ist von Darmstadt bedeutet worden, keine Güter hinauf zu fertigen. — Unsere Stadt erfreut sich der größten Ruhe und Ordnung.

Gießen, 27. Mai. In Beziehung auf die Gerüchte von einer bestehenden Anhäufung bedeutender Truppenmassen in unserer Gegend kann ich Ihnen berichten, daß sie alles Grundes entbehrten. Bisher lagen in Wetzlar nur zwei Compagnien des 25. Infanterieregiments; eine desselben Regiments ist sogar den Rhein abwärts marschirt. Auf nächsten Mittwoch, den 30. Mai, ist aber hier der Einmarsch einer mobilen Colonne von 2500 Mann unter dem Commandirenden v. Schack amtlich angesagt. Ueber Bestimmung und künftigen Standort derselben kann ich noch nichts angeben.

§ **Altona**, 24. Mai. Die Nachrichten vom jütischen Kriegsschauplatz reichen bis zum 23. d. M. Nach einer mehrtägigen von dem Commandanten der Festung Fridericia erdichteten Waffenruhe begann das dieseitige Belagerungsgeschütz am 22. d. M. Morgens mit erneuter Heftigkeit das Bombardement, so daß das vor Fridericia sich befindliche dänische Blockhaus gleich beim ersten Schuß aus der schleswig-holsteinischen Mörserbatterie in Brand gerieth, worauf später vom 9. schleswig-holsteinischen Bataillon diese Position in Besitz genommen wurde. Noch immer haben sich Einwohner aus der Stadt auf Dampfschiffen nach Fühnen geflüchtet, die dies indeß ebenfalls mit Lebensgefahr bewerkstelligten, da die Bomben bereits mehrere Dampfschiffe sowie gegen fünf Kanonenböte hart mitgenommen haben. Ein Sturmangriff auf die Festung wird nicht mehr nöthig sein, weil der Feind, um nicht die ganze Stadt und die Festungswerke der gründlichen Verheerung preiszugeben, wohl dieselbe bald in die Hände der Unsrigen übergeben wird. Die schleswig-holsteinische Artillerie hat sich beim Bombardement die Achtung aller tüchtigen Militärs erworben und es dürfte interessant sein, hierüber ein gegnerisches Urtheil und zwar von einem dänischen Blatte zu hören. Die neueste Nummer der „Klödenhavensposten" erzählt: „Privatbriefe aus Fridericia vom 18. dies. aus der Feder kundiger Männer klagen darüber, daß das dänische Geschütz nicht von so schwerem Kaliber sei, als das feindliche, welches in jeder Hinsicht ausgezeichnet gut bedient ist." Aus dem nördlichen Jütland weiß man mit Bestimmtheit nur so viel, daß das feindliche General von Rye'sche Corps, welches von der Rückzugslinie abgeschnitten ist, bei Standerberg unweit Aarhuus sich verschanzt hat. Von Operationen der Reichstruppen hat nichts verlautet. Das Hauptquartier des höchstcommandirenden Generals v. Prittwitz ist noch in Horsens, die Vorhut der Nordarmee ist noch in und um Aarhuus concentrirt.

Die Kornladung der im Hafen von Veile eingeschlossenen dänischen Schiffe ist bereits ausgeschifft und unser sowie der Armee der Reichstruppen zu Gute gekommen. Die Beute wird auf 800 Tonnen geschätzt.

Hadersleben, 23. Mai. Gestern in der Frühstunde wurde das Blockhaus der Dänen bei Fridericia, ohne daß die dortige Besatzung etwas davon merkte, von unserm 9. Bataillon in Brand gesteckt. Die auflodernde Flamme weckte den Zorn der Dänen dermaßen, daß eine heftige Kanonade, namentlich von den dänischen Kanonenbööten, auf unsere Verschanzungen eröffnet, und von unserm Geschütz mit derselben Heftigkeit erwidert wurde. Die Kanonade dauerte mehrere Stunden hindurch. Wir verloren zwei Todte und ein paar leicht verwundete. Der Verlust der Dänen soll ziemlich beträchtlich, auch sollen 4 bis 5 Kanonenböte stark beschädigt worden sein. Das Gefecht wurde von einem Theile noch im dänischen Heere zurückgehaltener Schleswiger dazu benutzt, sich auf und davon zu machen, und freien Herzens gingen sie zu ihren Landsleuten über, die Stunde der Erlösung laut preisend. Hier steht man wiederum an einem schlagenden Beispiel die von den Dänen so vielfach behauptete Sympathie der Schleswiger für die dänische Sache. Die Stellung Preußens zu den vielbesprochenen Friedensunterhandlungen mit Dänemark drückt die hiesige Stimmung sehr herab, indem man fürchtet, Preußen werde um den Preis Nordschleswigs sich den Frieden von Dänemark erbetteln. (Börsh.)

Ein uns gütigst mitgetheiltes Privatschreiben eines Offiziers in der schleswig-holsteinischen Armee aus **Eckernförde** vom 21. Mai meldet, daß das Bombardement von Fridericia noch immer fortdaure und ein beträchtlicher Theil der Stadt schon ziemlich ruinirt sei. (Börsh.)

Das Corps des Generals Prittwitz steht bedeutend nördlich über Fridericia und ist im Begriff, die stärkste Position der Dänen (Lauterup?) zu nehmen. Von Horsens aus dorthin marschirt, rechnet er auf die concentrirte feindliche Macht von etwa 20 Bataillonen Dänen zu treffen. Das Bombardement von Fridericia dauert fort. (D. Ref.)

Den Prälaten und Gutsbesitzern der Herzogthümer ist der Statthalterschaft eine Erklärung zugegangen, in welcher dieselben dem Manifeste der letzteren, betreffend die Friedensunterhandlungen, unbedingt beistimmen. Die Unterzeichner versichern, daß sie stets bereit sind, „zur Erlangung eines ehrenhaften Friedens jedes noch so große Opfer zu bringen."

Braunschweig. Die Nachricht von dem Anschlusse Hannovers an den deutschen Zollverein ist, nach der Versicherung des Finanzdirectors v. Amsberg, vollkommen gegründet, ja, der Anschluß kann, unter gewissen Eventualitäten, sogar schon mit dem 1. Juli ins Leben treten. Aus guter Quelle hören wir, daß Hannover — um desto sicherer für den Anschluß gewonnen zu werden — von der Nachsteuer befreit sei, dagegen sich verpflichtet habe, allzu große Waarenaufhäufungen vor dem Beginn des Anschlusses zu verhüten. (Magdb. Ztg.)

JW **Hamburg**, 26. Mai. Gestern und heute gingen 1 Grenadierbataillon, 1 Musketierbataillon, 1 Bataillon Artillerie und 4 Schwadronen Dragoner mecklenburgischer Reichstruppen, hier und bei Artlenburg über die Elbe, um per Eisenbahn und Dampfschiff vorläufig nach Frankfurt befördert und von dort aus gegen die anarchischen Bestrebungen in Baden verwandt zu werden. Das kräftige, ächt kriegerische Aussehen der Soldaten und die zweckmäßige Ausrüstung derselben fanden hier den allgemeinsten Beifall. Dem guten Geist, der unter diesen Truppen herrscht, ist völlig zu vertrauen und alle Wühlereien demokratischer Aufwiegler dürften hier nicht die mindeste Wirkung äußern. Hier in Hamburg haben dieselben einige Hetzer, die sich in ihre Reihen drängten, so derb abgewiesen, daß diese eiligst das Weite suchen mußten. Zwei Musketierbataillone und 4 Bataillone Landwehr und 1 Batterie können übrigens nöthigenfalls aus Mecklenburg zur Reserve noch nachrücken.

Bremerhaven, 24. Mai. Heute bringen die Capitäne der beiden Kriegsdampfschiffe Lübeck und Hamburg die Nachricht, daß das hiesige, aber unter amerikanischer Flagge fahrende Schiff „Napier" und eine amerikanische Bark im Aufsegeln sind. — Man darf annehmen, daß es diesen beiden Schiffen gelungen ist, unter dem Schutze der von der Elbe kommenden deutschen Kriegsdampfboote die dänische Blockade zu brechen.

Frankreich.

* **Paris**, 25. Mai. Die Nationalversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung die Discussion über die von dem Berg beantragte Einleitung einer Untersuchung gegen Cavaignac wegen Amtsüberschreitung zu Ende gebracht und mit 380 gegen 260 Stimmen beschlossen, über jenen Antrag zur einfachen Tagesordnung zu schreiten.

Der „Moniteur" meldet: Herr v. Nisseleff hat dem Minister des Auswärtigen sein Beglaubigungsschreiben als Geschäftsträger von Rußland bei der Regierung der Republik überreicht.

Fordin-Janson, der bisherige französische Geschäftsträger in Rom, ist gestern Nachmittag mit wichtigen Depeschen hier eingetroffen. Wie voraus zu sehen, haben die Beschlüsse der Nationalversammlung vom 7. Mai, in Folge deren Lesseps nach Rom gesandt wurde, der römischen Expedition eine ganz andere Richtung angewiesen und, so viel man wahrnimmt, ist Fordin-Janson Ueberbringer eines Vertrages, der im Elysée ratificirt werden soll.

In Folge der Annahme der Cavaignac'schen motivirten Tagesordnung hat der Minister des Auswärtigen den Gesandten Oesterreichs und Rußlands eine neue diplomatische Note zugestellt.

* **Toulon**, 22. Mai. In diesem Augenblick, schreibt der „Journal", ist wahrscheinlich unsere Armee schon in Rom eingerückt; aber dieses Mal nicht als Feindin, sondern als Freundin und Verbündete. Lesseps hat zunächst einen Waffenstillstandsvertrag zwischen den Franzosen und den Römern auf 15 Tage abgeschlossen. Während dieser Zeit hofft man Alles in Güte auszugleichen und unsere Truppen werden als Brüder und nicht mehr als Feinde in die Siebenhügelstadt einrücken.

Spanien.

* **Madrid**, 20. Mai. Ein Antrag der äußersten Linken: die nach Italien bestimmten Expeditionstruppen zurückzurufen, ist mit 115 gegen 17 Stimmen verworfen worden.

Großbritannien.

* **London**, 24. Mai. Rucconi, der Gesandte der römischen Republik, ist hier angekommen, von Lord Palmerston aber nicht empfangen worden. Der Minister hat ihn nur officiös wissen lassen, daß die Regierung Großbritanniens in der römischen Frage sich vollkommen neutral halten und Frankreich und Oesterreich die Verantwortlichkeit ihrer Handlungen lassen wolle, so lange dadurch die europäischen Verträge nicht bedroht würden.

Nachschrift.

† **Wien**, 24. Mai. Personen, die am 20. d. M. Pest verlassen haben, bestätigen die Nachricht, daß die k. Burg in Ofen völlig niedergebrannt sei und auch Pest viel Schaden erlitten habe. Das Bombardement hatte aufgehört und die Geschäfte gingen bei lebhaftem Verkehre fort. — Vom Kriegsschauplatze hört man nichts von Belang, und was in der Schütt und im Neutraer Comitate vorfiel, ist ganz bedeutungslos. Von beiden Seiten herrscht tiefes Geheimniß über die beabsichtigten Operationen und darauf Bezug nehmenden Bewegungen. — Aus Lemberg wird die am 19. d. M. erfolgte sehr strenge Kundmachung des Generals Hammerstein berichtet. Der standrechtlichen oder nach Umständen der kriegsrechtlichen Behandlung wird unterzogen: 1) wer einen k. k. oder k. russischen Soldaten zum Treubruch auch nur zu verleiten versucht; 2) wer sich Lästerungen der beiden Kaiser erlaubt und 3) wer in der Absicht, sich der revolutionären Bewegung anzuschließen, Polen oder Sensen als Waffen herrichtet oder in deren Besitz betreten wird. — Aus ungarischen Blättern entnehmen wir folgende Notizen: Görgey ist krank, doch nicht so gefährlich, als es das Gerücht verbreitet. In der Debrecziner Nationalversammlung ist der „Közlöny" zum Amtsblatt dergestalt erhoben worden, daß die Gesetze verbindende Kraft haben, sobald sie im „Közlöny" erschienen sind. „L. Todt" kündigt einen Gesetzvorschlag an über die gänzliche Emancipation der Juden. Die Kaiserlichen, die sich in ungarischer Kriegsgefangenschaft befinden, werden größtentheils der ungarischen Armee eingereiht. Der frühere Festungscommandant von Komorn, Mack, wird noch immer gefangen gehalten; die Ursachen davon sollen Aufregereien eines Generalstabsoffiziers sein, die einen Zwiespalt zwischen Mack und dem Regierungscommissär herbeigeführt. Uebrigens betreibt Kossuth die Recrutenstellung und die Ablieferung aller Waffen sehr energisch.

* **Berlin**, 26. Mai. Der Justizminister erklärt amtlich im „Staatsanzeiger", daß die 17 vorgestern vorgenommenen Verhaftungen nicht von ihm angeordnet seien. — Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht 10 aus verschiedenen Theilen des Landes eingegangene Adresse, welche eine Abänderung des Wahlgesetzes bezielen.

Der seit vorgestern hier anwesende dänische Bevollmächtigte Reedtz conferirt mit dem Ministerium wegen eines definitiven Friedens, bei dessen Abschluß die Competenz der Centralgewalt gewahrt werden soll. — Sie erinnern sich, daß Lord Palmerston eine vorgeblich gegen die russische Intervention in Ungarn gerichtete Note desavouiren mußte. Dasselbe wird vielleicht bald Hr. Drouin de Lhuys bezüglich anderer Noten in Paris thun. Personen, die sich genau erkundigt haben, versichern, es sei bis jetzt hier in Berlin nichts dergleichen eingetroffen. — Der König-Statthalter soll im engern Bund Reichsvorstand heißen. (L. Z.)

Aus Bayern. Die „Allg. Ztg." meldet, daß der König Max die Frankfurter Deputation, die ihm die Reichsstatthalterwürde anbieten sollte, nicht empfangen hat.

Dresden, 25. Mai. Gegen Abend. Leider treibt die Nichtswürdigkeit ihr Spiel, um, nutzlos ihren Zwecken, unserer genug heimgesuchten Stadt neue Sorgen zu bereiten. Drohbriefe sind ausgeworfen worden, daß man Häuser, namentlich die Frohnfeste, um die dortigen Gefangenen zu befreien, in Brand stecken wolle. Die Vorsichtsmaßregeln des Militärs sind daher wieder verdoppelt worden; während bisher der Kriegsstand über unsere Stadt sehr mild und nach Verhältniß nachsichtig angeordnet worden, werden jetzt um 10 Uhr Abends die Schenklocale durch die Militärpatrouillen unnachsichtlich geräumt. Mehrere von denen, die wegen politischer Vergehen in die Frohnfeste zur Untersuchung gesetzt worden, sind in andere Gefängnisse nach Neustadt gebracht worden. Einige derselben haben bereits umfassende Andere compromittirende Geständnisse gemacht. Gestern gegen Abend wurde Dr. Herz und der Kürschnermeister Stadtrath Klette, die bisher frei herumgingen, zur Haft gebracht. Ersterer hatte sich selbst gestellt, war aber auf Handgelöbniß, sich wenn es nöthig zu stellen, wieder freigelassen worden. — Auch aus fernen außersächsischen Städten sind jetzt Geldbeiträge zur Unterstützung der durch den Aufruhr um ihre Habe Gebrachten wie für die Hinterbliebenen von gefallenen Soldaten eingesendet worden. (L. Z.)

Heute Morgen um 7 Uhr zogen die bisher in Dresden und Umgegend einquartierten preußischen Truppen mit klingendem Spiele ab. Das Einrücken der sie ersetzenden combinirten pommerschen und polnischen Regimenter wird von heute an erfolgen; vor der Hand haben sächsische Truppen die Wachen bezogen.

* Stadtrath und Bürgerausschuß, so wie der interimistische Oberbefehlshaber und die Bataillons- und die Abtheilungscommandanten der Bürgerwehr von **Stuttgart** erklären in einem Extrablatt zum „Schwäb. Merkur" in Beantwortung der vom Ministerium erlassenen Proclamation und des darin ausgesprochenen Entschlusses, in der Stunde der Gefahr auf dem Posten verharren, das Gesetz handhaben und der Gewalt widerstehen zu wollen, daß auch sie ihrerseits diesem Beispiele folgen und zur Aufrechthaltung der Ruhe und des Friedens das Ihrige beitragen werden.

Mainz, 27. Mai. Von den angekündigten 1500 Mann Mecklenburgern ist gestern Abend auf den Dampfern der Kölnischen Gesellschaft die erste, 500 Mann starke Colonne eingerückt und bei der Bürgerschaft einquartiert worden, welche dieselben, trotz aller Last dieser Maßregel, mit altgewohnter Mainzer Gastfreundschaft aufnahm. Die Colonne, welche, wie es zuerst hieß, diesen Morgen sogleich nach Frankfurt weiter befördert werden sollte, hält heute hier Rasttag. Neue Truppenmassen, dem Vernehmen nach auch Cavallerie, werden zu Abend erwartet. (M. Z.)

Aus Turin. Am 22. Mai wurde General Ramorino, nachdem der Cassationshof seine Berufung verworfen hatte, in Turin dem kriegsrechtlichen Spruche gemäß erschossen.

Warschau, 21. Mai. Gestern hielt der Kaiser auf den Mokotowsker Feldern wiederum eine Musterung über mehrere Truppentheile, worauf die eben auf dem sächsischen Platze vor Sr. Majestät vorbeidefilirten. — Der Staatskanzler Graf Nesselrode, der Generaladjutant Baron Lieven, der Leibarzt Sr. Majestät Dr. Karel sind von St. Petersburg hier angekommen. — Am gestrigen Abend wohnten die beiden kaiserlichen Monarchen in dem im Fruchthause im Lazienki befindlichen Theater einer Vorstellung bei. Lazienki und die ganze Stadt waren prachtvoll erleuchtet. (Schles. Ztg.)

Börsenberichte.

Wien, 23. Mai. 5pCt. Metall. 89⅞. — 4pCt. 71. — 3pCt. —. — 2½pCt. 46⅛. — Bankactien —. — 500 fl. Loose 137. — 250 fl. Loose 91⅛. — Nordbahnactien 95⅛. — Gloggnitzer 93⅜. — Mailänder 69.

5pCt. Metall. gesucht in Folge von Geldzahlungen und fehlenden Abgebern. Devisen eher etwas angezogen, Geld unverändert.

Berlin, 26. Mai. Staatsschuldscheine 79 Br. Geschäftslos. Prämienscheine 100⅛, etw. bez. Bankantheile 87⅛ u. 87 bez. Berlin-Hamb. 57⅛, 55⅛ u. 58 bez., Köln-Mindener 75⅛ u. ⅛. Friedrich-Wilh.-Nordbahn 33⅛ bez. u. Br., Rhein. 45⅛ Br., Thüring. 49 Br., Auss. bei Stieglitz 8⅛ Br., Poln. 500 fl. Loose 71⅛ Br.

Paris, 25. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 83. 80. — 3pCt. 53. 60. — Innere Schuld 24 G. — Bankactien 2200. — Versailles, rechtes Ufer 190 — Linkes Ufer 165. — Paris-Orleans 710. — Paris-Rouen 500. Orleans-Bordeaux 400. — Orleans-Vierzon 305. — Rouen-Havre 240. — Marseille-Avignon 192. 50. — Straßburg-Basel 105. — Nordbahn 420. — Paris-Strasburg 365. — Röm. Anleihen 67. 66. 65⅛. 67.

Die Haltung der Börse war heute sehr gut. Sämmtliche Course besser, wie gestern.

London, 24. Mai. 3pCt. Stocks 91. — 5pCt. Span. 16⅛. — Neue 3pCt. 32⅛. — 4pCt. Port. —. — 2½pCt. Holländ. 48⅛.

Madrid, 20. Mai. Sonntagsbörse 3pCt. 25⅛.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Marbach.

Druck von August Osterrieth.

№ 126. — Dienstag — den 29. Mai — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Würtemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: C. A. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — für England und überseeische Länder: Loysel & Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (⅛ Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmied in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 73a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Deutschland.

RC **Frankfurt**, 26. Mai. Die tägliche Parlamentscorrespondenz der Centren ist heute zum letztenmal erschienen. Sie kündigt dies mit folgenden Worten an: Der heutige Tag ist für die noch zurückgebliebenen Mitglieder der Centren wieder von bedeutender Wichtigkeit. Die Annahme oder Nichtannahme von mehreren der Anträge und Zusatzanträge, welche heute zur Abstimmung kommen, wird für manche unserer Parteigenossen über die Frage des Austretens oder Ausharrens entscheiden. Wir für unsere Person sind entschlossen, der Nationalversammlung auf dem abschüssigen Pfade, auf dem ihre gegenwärtige Mehrheit sie leitet, unter keiner Bedingung weiter zu folgen, obgleich wir diejenigen unserer politischen Freunde schätzen und ehren, welche der Meinung sind, aus dem Abgrund hervor, in den die Versammlung stürzen wird, mit halbzerschellten Gliedern die Höhe wieder erklimmen zu können. Wir schließen daher auch heute diese unsere Correspondenz, die einst mit besseren Aussichten angefangen wurde. Ob der letzte Rest unserer Freunde, der vielleicht bleiben wird, sie dann die wenigen Tage hindurch, welche die Versammlung noch in Frankfurt finden werden, fortzusetzen gedenkt, das wissen wir noch nicht.

** **Frankfurt**, 28. Mai. Die in der Sitzung der Reichsversammlung am vorigen Sonnabend vollzogene Austrittserklärung der Abgeordneten Biedermann und Genossen lautet: „An den Präsidenten der Nationalversammlung. Wir Unterzeichnete fühlen uns in Folge des so eben gefaßten Beschlusses gedrungen, aus der Nationalversammlung auszuscheiden. Wir haben es für unsere Pflicht gehalten in der Versammlung auszuharren, auch da noch, als durch den Austritt einer großen Zahl von Mitgliedern deren Gestalt eine gänzlich veränderte, deren fernere Wirksamkeit eine mehr als zweifelhafte geworden war. Wir glaubten, daß auch in dieser veränderten Gestalt die Nationalversammlung dem deutschen Volke erhalten werden müsse als der lebendige Mittelpunkt aller Bestrebungen für die Verwirklichung der von ihr geschaffenen Reichsverfassung, als das einzige Organ einer Gesammtvertretung für Deutschland — bis zur Herstellung einer solchen nach den eigenen Bestimmungen der Verfassung, bis zum Zusammentritt des ersten Reichstags. Dieser Zweck ist jedoch nach unserer Ueberzeugung unmöglich geworden von dem Augenblicke an, wo die Versammlung selbst jene ihre Aufgabe: das Organ der Durchführung der beschlossenen Reichsverfassung zu sein, thatsächlich verkannt und verleugnet hat. Das aber ist geschehen, indem die Mehrheit der Versammlung bei dem beschlossenen Aufrufe an das deutsche Volk die Aufnahme des Zusatzes von Welcker und Genossen verweigert hat, durch welchen das Volk zur Treue gegen die Reichsverfassung und zur Unterlassung aller Maßregeln, welche dieser widersprechen, ermahnt, durch welchen ferner jede Einmischung der Fremden in unsere innern Zwiste zurückgewiesen ward. Durch Ablehnung dieses Zusatzes hat die Mehrheit ausgesprochen, daß ihre Bestrebungen noch ein anderes Ziel haben, als die aufrichtige Durchführung der unveränderten Reichsverfassung in allen ihren Theilen, daß sie zur Erreichung dieses Ziels selbst die Hilfe des Auslandes nicht verschmähen würde. Wir wollen und können weder zu dem Einen noch zu dem Andern die Hand bieten, und da, so lange wir der Versammlung angehören, wir verpflichtet sind, die Aussprüche der Mehrheit als Aussprüche der Versammlung zu achten und uns ihnen zu unterwerfen, so bleibt uns als das einzige Mittel, um von Beschlüssen, welche wir dem Vaterlande verderblich und der Aufgabe dieser Versammlung widersprechend erachten und von deren moralischer Mitverantwortlichkeit uns loszusagen, nur der Austritt aus der Versammlung übrig, welchen wir hiermit dem h. Präsidium pflichtschuldigst anzeigen.

** **Frankfurt**, 28. Mai. Es geht uns nachstehende Berichtigung von Seiten der Gemeindeverwaltung in Wertheim zur Veröffentlichung zu: „Auf den in der Beilage zu Nr. 121 der O.P.A.Z. enthaltenen, von hier vom 21. d. M. datirten Artikel haben wir lediglich zu erwidern, daß, in so weit er sich auf stattgehabte Vorgänge in hiesiger Stadt beruft, derselbe theilweise nur Unwahres enthält, und dem Verfasser es nur darum zu thun gewesen sein mag, eine hier stattgehabte Volksversammlung, über deren ruhigen und gesetzlichen Verlauf nur eine Stimme herrscht, auswärts zu verdächtigen und dieses um so mehr, als von einem zugleich an demselben Tage hier eingetroffen sein sollenden Befehl, wonach bei Vermeidung des Standrechts sämmtliche Mannschaft vom 18. bis zum 30. Jahre nach Heidelberg auszuziehen habe, kein Mensch etwas weiß. Wertheim, den 26. Mai 1849. Die Gemeindeverwaltung."

Wien, 23. Mai. Ein Bericht des Feldzeugmeisters Baron Welden, aus Preßburg vom 21. d. M., enthält Folgendes über die Vorgänge bei der kaiserlichen Armee in Ungarn:

„Seit die Vorrückung in der großen Insel Schütt begann, ist der Feind durch tägliche Angriffe immer mehr in die Linie zwischen Bös und Vasarat zurückgedrängt worden. Es fielen bei dieser Gelegenheit Gefangene und Bleßirte, die er in den Dörfern zurückließ, in unsere Hände; auch zwischen der Waag und dem Neutraer Arme zog sich der Feind gegen Guta zurück. Gefangene und Ueberläufer sagten aus, daß von Komorn her, mit dessen Ausrüstung und Approvisionirung die Rebellen sehr beschäftigt waren, eine Verstärkung von neu aufgebotener Mannschaft erwartet wurde, und daß ein gewisser Lenkey in Komorn befehlige. In Raab hielt sich der Feind bis zur Abbrennung der Brücke und am Eingange der kleinen Schütt; hier kamen beinahe täglich Ueberläufer von den daselbst stehenden zwei Husarenregimentern, ehemals Kaiser Nikolaus und Alexander. Sie gaben an, schlecht verpflegt und noch schlechter behandelt zu werden, seitdem Viele von ihnen sich weigerten, den Eid auf die Republik zu leisten, und daß alle jene, welchen man nicht traue, nach Debrezin zurückgeschickt würden, um dort zur Abrichtung der Rekruten bestimmt zu werden, welche in bedeutender Zahl aus allen Theilen Ungarns zusammengetrieben worden. Die Emissäre Kossuth's waren allenthalben bemüht, Anhänger für die Republik zu gewinnen, welches ihnen aber bis jetzt nur in Stuhlweißenburg gelang. Die kaiserlichen Fahnen wehten noch in Groß-Kanisa, Jänklichen bis Buta, wo ein Theil des Corps der Szivarmer unter dem Feldzeugmeister Baron Jellachich stand, dessen rechter Flügel sich bis gegen Peterwardein ausdehnt. Der Herr Feldzeugmeister Baron Welden hat Nachrichten bis zum 17. d. aus Ofen, am welchen Platz nun in Pest der Feind gegen 30,000 Mann zusammengezogen hat. Das Feuer aus der Zetung dauerte fort, und ein Theil der Stadt Pest ward beschossen und die vom Feinde auf dem Schwabenberge errichtete Batterie zum Schweigen gebracht. Das tapfere Benehmen des Generals Pengi ward begreiflicherweise von den Rebellen nur mit Schimpf erwidert, und die Pester Zeitungen erschöpften sich in den fürchterlichsten Drohungen gegen diesen Ehrenmann. Verschiedene Stürme, welche von der Ofner Wasserstadt gegen die Wasserleitung der Ofener Zetung gemacht wurden, fielen zum größten Nachtheile der Brigade unter dem Rebellenführer Knezi aus, welche in ein Kartätschenfeuer gerieth, wobei das fünfundvierzigste Honvedbataillon über fünfzehnhundert Mann auf dem Platze ließ. Es wanderten täglich aus der Festung Ofen eine Menge Menschen aus, die ihren Nahrungsbedarf nicht mehr decken können, während dem es der Garnison an nichts fehlt. Das Hauptlager der Insurgenten ist im Leopoldifeld, wo sich zuletzt auch Görgey, der jedoch mehrerer Differenzen wegen nach Debrezin bestimmt war, weil die polnischen Insurgentenanführer Dembinski und Bem bereits mehr auf ihre eigene Rechnung, als der ungarischen Sache wegen den Krieg führten. Auch nimmt die Desertion unter den mehr regulären Abtheilungen der Insurgenten auffallend zu. — Ein soeben übergegangener Wachtmeister von König Wilhelm Husaren, wovon zwei Drittheilen bei Raab stehen, erklärt, daß die Husaren nur durch die entschiedensten Drohungen und unter der Erklärung, daß sie bei dem Kaiserlichen erschossen würden, zurückgehalten werden könnten. An der Waag von Erlau gegen Freystadtl an der Neutra vor dieser Stadt, Nagy Tapolcsan und Zsambokret war ein großes Schwanken in den feindlichen Bewegungen sichtbar. Der Herr Feldzeugmeister Baron Welden ließ daher in der Nacht vom 18. auf den 19. dieses durch einen Uebergang auf Kähnen Freystadtl durch die Brigade Perin besetzen (welches der Feind auch sogleich räumte) und die dortige Brücke herstellen. Cavallerieabtheilungen folgten dem Feinde auf der Straße gegen Neutra und Tapolcsan. Schon seit mehreren Tagen hatte sich der linke Flügel der Armee bis gegen Trentschin ausgedehnt, um mit dem Corps des F.M.L. Vogel in Verbindung zu kommen, welches am 14. d. M. bereits nach dem beschwerlichen Märschen, aber ohne vom Feinde gehindert zu werden, von Leutschau über Kubin zwischen Sillein und Preußka eingetroffen war. Die Spitzen der feindlichen Colonnen standen in Rosenberg, Turanzi, Rajetz und selbst in Trentschin, ohne einen Angriff zu wagen."

* Aus **Berlin**, 21. Mai, gehen der „Hannov. Zeitung", dem ministeriellen Organ, folgende bemerkenswerthe Correspondenzen zu:

Die Schlußconferenzen der hier gegenwärtigen Minister haben seit einigen Tagen begonnen und wenn auch über den Gang derselben wenig geredet wird, so glaube ich doch aus guter Quelle Folgendes mittheilen zu können. Im Allgemeinen schließt man sich eng an diejenigen Grundsätze an, die in den Collectivnoten vom 23. Februar und 1. März aufgestellt wurden, und nur den Zweck hatten, die Reichsregierung von einem kleinlichen und verwirrenden Einmengen in die Administrativen abzuhalten. Der Hauptgegenstand der Berathungen ist natürlich die Oberhauptsfrage. Hier sollen sich die Ansichten so ausprägen, daß man preußischer Seits von der Ansicht ausgeht, Oesterreich dürfe an den inneren Verhältnissen Deutschlands sich nicht betheiligen, während die übrigen an der Totalität von Deutschland festhalten. Daraus folgt weiter, daß preußischer Seits, um die Betheiligung von Oesterreich minder bedenklich erscheinen zu lassen, ein Plan aufgestellt ist, der bei entschiedenem Uebergewicht Preußens, das ja auch in der Natur der Sache begründet ist, den Einzelregierungen eine große Selbstständigkeit und Widerstandskraft gewährt; während die Pläne von der andern Seite der Reichsregierung eine viel zusammenhangendere und kräftigere Wirksamkeit geben würden, an der dann aber auch Oesterreich seinen Theil hätte. Da aber Oesterreich nach dem Inhalt seiner früheren Erklärungen überall keine allgemeine deutsche Legislation, kein Volkshaus will, und hier Alles darüber einig ist — wie dies die Proclamation vom 14. Mai ja auch deutlich sagt: so wird wohl mit Sicherheit der Ausgang vorhergesehen werden können, daß Oesterreich weder mit dem einen noch mit dem andern Plane zufrieden ist, und daß die übrigen sich möglichst dem preußischen Plane anschließen, — wo dann dem künftigen Reichstage überlassen bleiben würde, die Mängel, die sich bei dieser wie bei jeder neuen Gestaltung zeigen werden, zu bessern. Eine nicht geringe Schwierigkeit dürfte aber sein, wie der neue Reichstag zu Stande kommen soll?

In einem andern Artikel heißt es: Die deutsche Einheit ist noch nicht im Hafen. Verderben bringt es, die politischen Sachen zu sehen, wie man sie wünscht. Kinder und hysterische Frauen mögen ihr Hoffnungen sich laben, die von Stunde zu Stunde wechseln. Wenn Bassermann nach Frankfurt schreibt, Alles sei gut und man solle nur den preußischen Commissär abwarten, während dieser die Abgeordneten wegrufen und die „dortigen Verhältnisse sich ansehen" will, so ist das Herrn Bassermann's Sache. Männer müssen die Wahrheit vertragen. Die plötzliche Abberufung der Deputirten, von der gewiß nicht alle Mitglieder des Congresses unterrichtet waren, hatte nur Sinn, wenn das Ministerium — seinem von uns nicht contrasignirten Programm getreu — ein Armeecorps hinterher schickte. Oder es mußte, wie wir voraussetzen, sich in Frankfurt die Verhältnisse etwas vorher angesehen haben und genau wissen, wie viel kommen, wie viel bleiben würden. Unter den Neutralen ist Mevissen, der vor sieben Monaten in's hiesige Cabinet mit Bedenken fast schon berufen war, ist Sauden-Tarputschen, von altpreußischem Schrot, ist Veit, ein reactionärer, mit der „Constitutionellen Zeitung" eng verwandter Buchhändler, ist endlich Stedmann, gewiß keine Bassermann'sche „Gestalt". Also der Frankfurter Fehler, Beschlüsse zu fassen, die man nicht ausführen kann, ist treulich copirt worden. Ueberraschende Kühnheit hat oft in einem gefährlichen Mangel an constitutioneller Erfahrung ihre Quelle. Wir hörten einst in der Deputirtenkammer zu Paris einen Elsässer Abgeordneten mit großer Sicherheit über Frankreich und Europa sich auslassen. Neben uns auf der Tribune stand ein Mann mit einem klugen Gesichte, der sagte: Wissen Sie auch, warum der spricht? Weil er kein Französisch weiß. Sonst würde er sich fürchten, Fehler zu machen. Das klingt hart, aber jeder muß die Erlaubniß haben, auch einmal ärgerlich zu werden. Wenn nun Frankfurt den Großherzog von Baden retablirt, vor Ausschreitungen sich bewahrt, die Wahlen in den reichsunmittelbaren Ländern ausschreibt und ganz ruhig seinen engeren Bundesstaat seinerseits constituirt, was dann? Süd- und Norddeutschland geschieden, ein Schisma in der Kirche, Statthalter gegen Statthalter — es ist zwar längst prophezeit, aber gleichgiltig kann das Keiner mit ansehen. Ein Theil des Congresses wollte, so lange es menschenmöglich war, die Brücke zum Parlament offen halten. Nun verbrennt Brandenburg seine Schiffe. Warum? Es ist die Zeit der Widersprüche. Die Revolution will man schließen und — Fridericia wird bombardirt. Das Mandat der Abgeordneten ist für erloschen erklärt, Gagern nebst der Verfassung werden verleugnet und — Pfuel, der sich zur Verfassung bekennt, den Gagern seinen Freund nennt, wird mit Uebergehung Willisen's zum Generallieutenant oder etwas Aehnlichem avanciren. Warum? Es ist hier ein öffentliches Geheimniß, daß Bayern gestern noch nicht zugestimmt hatte. Dasselbe wird in meiner Umgegend heute Morgen versichert. Herrn v. d. Heydt's Depesche, die von der geschehenen Vereinigung der bisher widerstrebenden Königreiche erzählt, beruhigt nicht denjenigen, welcher in der bewußten Verordnung las, andere Regierungen hätten ihre Abgeordneten abberufen, und die Deputirten warteten nur darauf. Bayern widerstreitet nicht nur — im Gegensatz zu Hannover — einheitlicher Politik, es läuft auch viel Persönliches unter, Rancune über unklare Noten, zaudernde Politik, Coquetterie mit Frankfurt, was weiß ich. Frankfurts engerer, souveräner, revolutionärer Bund ist ohne Bayern nicht möglich. Mit Bayern bleibt er unwiderstehlich, und muß den Sieg davon tragen. München ist daher in diesem Augenblick der Schwerpunkt der Frage, die noch keineswegs gelöset ist. Wir sind nicht am Ende, und die Einheit ist nicht im Hafen. Wir sehen den Zug der Möven, und verrathen sie mit Eifer. Zu Lootsen und Steuermännern sind, Gottlob! Andere berufen, und Manche unter ihnen haben des Landes Vertrauen.

⚓ **Berlin**, 26. Mai. Aus guter Quelle vernehmen wir, daß die Veröffentlichung der deutschen Verfassung von Seite Preußens, Hannovers und Sachsens in den ersten Tagen erfolgen wird. Die Sache hat nur dadurch einen Aufschub erlitten, daß Preußen die Ueberklärung Bayerns abwarten will. Man sieht dieser endgiltigen Erklärung Bayerns mit jedem Tage entgegen. Sollte dieselbe auch dahin ausfallen, daß Bayern sich dem engeren Bundesstaate anzuschließen nicht gesonnen ist, so ist der feste Beschluß gefaßt worden, in keiner Weise eine weitere Verzögerung in der Gründung dieses Bundesstaates eintreten zu lassen. Das hiesige Staatsministerium erkennt, wie wir hören, durchaus an, daß das unaufgefordertsame Drängen der öffentlichen Meinung nach der unverweilten Errichtung des engeren Bundesstaates und nach der sofortiger Veröffentlichung der Verfassung desselben ein völlig gerechtfertigtes ist, welchem es in jeder Weise Rechnung zu tragen bereit ist. Im buchstäblichen Sinne zählt man hier die Stunden bis

zu dieser Veröffentlichung. Die Spannung ist eine außerordentliche. In Folge der in den hiesigen wohlunterrichteten Kreisen bekannt gewordenen Entschiedenheit und Entschlossenheit des Staatsministeriums, unbeirrt durch die allfällige Erklärung Bayerns und die Bedenken Oesterreichs, alsbald vorgehen zu wollen, sind die Gemüther einigermaßen beruhigt und beschwichtigt. — Wie wir hören, ist gestern eine Depesche aus Frankfurt hier angelangt, welche nun auch auf einige Bedenken von Seite des Reichsverwesers schließen läßt. Auf die baldige Veröffentlichung der Verfassung des engeren Bundesstaates dürften diese Bedenken aber bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge keinen Einfluß ausüben, da die innere Nothwendigkeit raschen Handelns schwerer in die Wagschale fallen möchte, als es nachträgliche Bedenken unter den augenblicklichen Umständen vermögen. Man hegt übrigens auch die Hoffnung, daß die Beseitigung der Bedenken des Reichsverwesers namentlich dem hiesigen königlichen Freunde desselben gelingen werde. Wir gehen einer bedeutungsvollen Wendung der deutschen Angelegenheiten entgegen. Zur Durchführung der Neugestaltung hat Preußen seine gesammte Macht aufgeboten. Man rechnet hier auf die Anerkennung, daß Preußen den gerechten und ausführbaren Forderungen der Zeit so wie dem Drange nach innigerem Verhältniß der deutschen Stämme die möglichste Rechnung getragen habe. — Von hiesigen Rechtskundigen wird darauf hingewiesen, daß der Staatsanwalt, falls derselbe nicht im Besitze von eigenhändigen Schreiben des frühern Abgeordneten Waldeck sein sollte, die Anklage gegen denselben auf die Mitwissenschaft von Plänen, welche den Umsturz der bestehenden Staatseinrichtungen bezweckten, stützen dürfte, indem die Eigenschaft des Herrn Waldeck als Beamter diese Anklage immerhin begründe. Von Militärpersonen erfährt man, daß die Untersuchungen des Kriegsgerichts in Betreff mehrerer der hier verhafteten Personen gestern begonnen haben. — Von den betreffenden hiesigen Ministerien ist an die noch fortlagenden preußischen Abgeordneten in Frankfurt, welche dem Beamtenstande angehören, die Eröffnung ergangen, daß ein längeres Verweilen in Franfurt die Anwendung der Strafgesetze zur Folge haben werde.

Dem Dr. Schütte ist nach erhaltener Weisung, Berlin in 24 Stunden zu verlassen, vom General v. Wrangel wieder gestattet worden, sich ferner hier aufzuhalten. — Die Vertrauensadressen an Se. Majestät und das Staatsministerium, welche beide in vielen Exemplaren circuliren, zählen bereits über 9000 Unterschriften. — Ueber die vielen Verhaftungen bringt der „Publicist“ einige Details, denen zu Folge der Grund derselben in einem Vorralle in der Conversationshalle am Mittwoch Abend zu suchen wäre. Dr. Gerke, Buchdrucker Berends, Justizrath Pfeiffer und mehrere Andere hätten eine Unterredung gehabt, die durch den Polizeicommissarius Rothe unterbrochen worden sei. Ein Brief, den Dr. Gerke nicht habe herausgeben wollen, sei, nachdem jener ihn zerrissen, aufgehoben und zusammengesetzt, Gerke selbst verhaftet worden. Nachdem man vergeblich seine Freilassung erwartet habe, seien vielmehr wahrscheinlich auf Grund der bei ihm mit Beschlag belegten Papiere jene zahlreichen Verhaftungen erfolgt. Der „Publicist“ berichtet ferner, daß sowohl Gerke als Waldeck vorgestern Nachts ein Verhör gehabt hätten.

Düsseldorf, 26. Mai. Die Einkleidung der auf heute einberufenen Gardelandwehrmänner des hiesigen Bataillons geht ohne die geringste Störung vor sich, und sind, so viel bekannt geworden, keine Weigerungen des Eintritts vorgekommen, was auch bei den vor etwa zwei Tagen zurückgekehrten Kriegsreservisten des 16. Infanterieregiments der Fall war. Das Gardelandwehrbataillon soll heute noch rheinaufwärts abmarschiren. Auch erwartet man heute noch mecklenburger Cuirassiere und andere Truppen. — Von Elberfeld ist eine Deputation nach Berlin abgegangen, welche auf Purification des dortigen Landgerichts antragen soll. (K. Z.)

München, 25. Mai. Gestern rückte das zweite Bataillon des Infanterieregiments Seckendorf von Passau auf dem Marsch nach dem Lager bei Donauwörth hier ein.

Münchener Briefe und Blätter vom 26. Mai besagen, daß die Herren Schüler und Kolb nach Frankfurt gegangen, um für den Augenblick den dortigen Parlamentssitzungen beizuwohnen. Die zweite Kammer wird ihre Sitzung erst am Mittwoch halten. Die „Neue Münchener Zeitung“ will wissen, daß sich in Vorarlberg ein österreichisches Truppencorps von 10,000 Mann zusammenziehe. (A. Z.)

Nürnberg, 26. Mai. Es soll in unserer Gegend ein Armeecorps von 15,000 Mann zusammengezogen werden, dessen Bestimmung jedoch noch nicht bekannt ist. Man will diese Concentrirung mit der Annäherung eines preußischen Armeecorps durch Thüringen in Verbindung bringen. — Gestern Abend, 6 Uhr, stattete der Gemeindebevollmächtigte, Herr Geißler, im Namen der wegen Anerkennung der Reichsverfassung in München gewesenen Deputation in einer öffentlichen Sitzung der städtischen Collegien Bericht über die Sendung derselben ab. Das sehr umfangreiche und durchaus objectiv gehaltene Referat machte insofern einen guten Eindruck auf die Zuhörerschaft, als durchaus hervorging, daß die Deputation mit Entschiedenheit und Offenheit sowohl dem König, als dem Gesammtministerium die Stimmung Nürnbergs und Frankens vorgetragen und alles, was in ihren Kräften stand, versucht hat, die unbedingte Annahme der Reichsverfassung möglich zu machen. In dieser Beziehung sprach denn auch Herr Bürgermeister Dr. Binder gegen die Deputirten den Dank ihrer Mandatgeber aus. Der Inhalt des Protocolls war eine klare und glückliche Zusammenstellung dessen, was bereits durch die Bekanntmachungen des Gesammtministeriums, die Verträge der einzelnen Minister in den Kammern, die halbamtlichen Artikel der „Neuen Münchner Zeitung“ ꝛc. in formeller, materieller und politischer Hinsicht gegen, und auf der andern Seite für unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung in der Kammer der Abgeordneten, öffentlichen Blättern, Volksversammlungen ꝛc. bekannt und gesagt worden ist. Neu waren uns nur die Erörterungen über die delicaten Beziehungen Bayerns zu Preußen, dessen Politik und speciellen, nicht nur die Existenz der bayerischen Dynastie, sondern die des ganzen Landes bedrohenden Einfluß die Regierung mehr zu fürchten scheint, als die beanstandeten Punkte der Reichsverfassung selbst. (N. Z.)

Donauwörth, 23. Mai. Seit drei Tagen rücken allmälig die in unser Lager bei Riedlingen bestimmten Truppen ein. Das 11. und 15. Regiment sind bereits seit dem 21. d. daselbst eingetroffen. Ihnen folgte gestern das erste Jägerbataillon und heute das erste Bataillon des 4. Regiments. Mit Bedauern mußten wir gestern dahier Zeuge eines Excesses von nahe an 400 Soldaten des 11. Regiments sein, welche sich eines tumultuarischen Benehmens schuldig machten, das man niemals von Kriegsleuten erwarten konnte.

Die „Augsb. Postztg.“ meldet über die in dem Lager von Donauwörth stattgefundenen Meutereien: Die erste Unzufriedenheit zeigte sich bei den Neuburger Soldaten, die bei der Eile, womit die Vorbereitungen zum Lager getroffen werden mußten, allerdings Manches missen mußten. Als aber die Kempiner anrückten, schienen die Bande der Subordination völlig gelöst. Unter dem Rufe „Freiheit, Republik, Hecker hoch“ zogen die Soldaten am Dienstag Nachmittag schaarenweise durch die Straßen der Stadt und verhöhnten die Drohungen eines Generals, dem kein Mittel blieb, als sich zurückzuziehen. Berauscht zogen sie Abends zum Lager hinaus. Hier empfing sie mit gezogenem Säbel ein Major und mahnte sie, zur Pflicht zurückzukehren. Die Antwort war ein thätlicher Angriff auf den Offizier. Endlich gelang es, die Ruhe herzustellen, und die Soldaten verliefen sich in ihre Zelte. Mittwoch den 23. kam das Jägerbataillon von Burghausen, Kerntruppen des besten Geistes und von musterhafter Disciplin. Die Nachricht von dem zügellosen Treiben ihrer Kameraden hatte sie im Innersten empört, und sie sprachen den festen Entschluß aus, Ordnung zu machen. In der That kam es bald zu einem Conflict. Ein Major der Jäger verwies den Oberländern, als diese in ihrer Weise sich wieder belustigten, ihr schamloses Treiben, ward aber sofort umzingelt und an der Brust gepackt. In diesem Augenblick machte sich ein anderer Offizier der Jäger die Gasse und versetzte dem, der sich am Major vergriffen, einen Säbelhieb über den Kopf. Hiemit schien das Signal zu einem allgemeinen Kampf gegeben; denn die Oberländer griffen sofort zu ihren Gewehren und luden sie scharf, und die Jäger thaten desgleichen. Nur dem eindringlichen Zureden der Offiziere gelang es, einen blutigen Kampf zu verhindern — es fiel nicht Ein Schuß. In kurzer Zeit war die Ruhe vollständig hergestellt, auch die Nacht blieb ruhig. Die Burghauser, welche sich so trefflich benahmen, erhielten am 24. Morgens Befehl, mit dem ersten Eisenbahnzuge nach Oettingen abzufahren. (Sie sind in Fürth angekommen.) An ihrer Stelle traf das Straubinger Jägerbataillon ein, das ebenfalls vom besten Geiste beseelt ist und im Verein mit den Regensburgern, den noch zu erwartenden Passauern und den Chevauxlegers aus Dillingen dem rebellischen Geiste der von den Demagogen verführten Oberländer wohl die Spitze zu bieten vermag. (Nach dem Münch. Fdb. wäre in dem Lager das Standrecht verkündet worden.)

Leipzig, 26. Mai. Das „Dresdner Journal“ theilt nachträglich mit, daß unter den unbekannten Todten des Aufstandes vom 3. bis 9. Mai der Kaufmann Schopeck aus Lindenau bei Leipzig ermittelt worden sei und die Zahl der unbekannt Verbliebenen noch 90 beträgt. Die Zahl der bekannten Todten ist nun 99. — Unter den neuerdings Verhafteten befinden sich die vormaligen Abgg. Herz, Kletke und Dr. Theile. — Wir erfahren ferner aus Dresden, daß Advocat Krause, welchen einige Zeitungen als einen Theilnehmer an den Maiereignissen bezeichneten, daran nicht den entferntesten Theil genommen, und weder in die deßhalb anhängige Untersuchung verwickelt noch verhaftet worden sei. Dagegen wird der Geschäftsführer der „Dresdner Zeitung“, Krause, mit Steckbriefen verfolgt. (D. A. Z.)

Karlsruhe, 28. Mai. Die hiesige Zeitung enthält in ihrem amtlichen Theil folgenden Erlaß des regierenden Landesausschusses: In der heutigen Sitzung der Wehrcommission, welche wir aus den Mitgliedern des Landesausschusses Brentano, Peter, Struve und Sigel mit der unumschränkten Vollmacht, alle diejenigen Anordnungen zu treffen, welche die außerordentliche Lage des Vaterlandes erheischt, gewählt haben, wurden nachstehende Beschlüsse gefaßt: 1) Major Sigel wird zum Oberbefehlshaber der Neckararmee und sämmtlicher badischen Truppen, sowohl der Volkswehr als des stehenden Heeres, mit unumschränkten Vollmachten ernannt; 2) Oberst Eichfeld wird zum Commandeur des Leibregiments ernannt; 3) Reichstagsabgeordneter Raveaux wird als Civilcommissär dem Oberbefehlshaber Sigel beigegeben; 4) der Reichstagsabgeordnete Julius Fröbel wird zum Bevollmächtigten des badischen Volkes bei dem Landesausschuß von Rheinbayern ernannt; 5) Hauptmann Meyerhofer wird zum Stellvertreter des Kriegsministers hierselbst ernannt. Die erforderlichen Vollmachten sind sofort auszustellen, und von den Mitgliedern der Wehrcommission zu unterzeichnen. J. Fickler. L. Degen. H. Hoff. Theodath. Bardo. G. Struve. Brentano. Start.

Hierauf folgt ein Befehl des Kriegsministeriums, wonach 1) die ordentlichen und außerordentlichen Staatssteuerbeiträge der Offiziere und Kriegsbeamten, sowie die Beiträge derselben zur Militärwittwenkasse vom 1. d. M. an für aufgehoben erklärt; 2) sämmtliche Militärkassen und die Militärwittenkasse angewiesen werden, die für den laufenden Monat bereits erhobenen Staatssteuer- und beziehungsweise Wittwenkassenbeiträge an die Betreffenden zurückzubezahlen; 3) sämmtliche neu ernannten Offiziere und Kriegsbeamten vom Tage ihrer Erwählung an den Betrag der vollen Gagen und sonstigen Bezüge ohne irgend einen Abzug für die Steuer- und für die Militärwittenkasse erhalten sollen; und 4) bestimmt wird, daß durch ein Landesgesetz für die Wittwen und Waisen der sämmtlichen Militärpersonen in gleicher Weise wie bisher fürsorgliche Anordnung getroffen werden wird.

Mannheim, 28. Mai. Gestern fand auf dem hiesigen Exercierplatz eine große Parade von Militär und Bürgerwehr statt. Herr Brentano stellte den Trupp in die Person des Herrn Sigel ihren zum Oberbefehlshaber der Neckararmee ernannten Anführer vor. Letzterer hielt eine begeisterte Anrede, worauf das Militär, Infanterie, Cavallerie und Artillerie, unter unzähligen Hoch an der Bürgerwehr vorbeidefilirte. (M. J.)

* **Darmstadt**, 28. Mai. Was man dem immer dreister und frecher auftretenden Aufruhr, der bei Offenbach sein mörderisches Banner auch in Starkenburg aufpflanzte, und in Worms von der Pfalz aus schändlichen Landfriedensbruch begangen hat, vielfach und dringend wünschte, ist geschehen: der Kriegsstand ist proclamirt für den ganzen südlichen Theil der Provinz vom Rhein durch die Bergstraße, längs des Neckars hin, die südöstlichen Bezirke des Odenwaldes inbegriffen, oder die Landgerichte Gernsheim, Zwingenberg, Lorsch, Fürth, Hirschhorn, Bensheim, Michelstadt, vorerst auf vier Wochen. Wer in rebellischer Absicht mit den Waffen in der Hand ergriffen wird, wer sich an bewaffneten Volksversammlungen betheiligt, Soldaten zum Treubruche verführt, Anlagen unternimmt oder bestehende Anlagen beschädigt, um militärische Bewegungen zu hindern, wird standrechtlich erschossen. Das Nähere finden Sie in dem heute ausgegebenen Regierungsblatte. Ich führe deßhalb nur noch an, daß alle Civilautoritäten in den genannten Bezirken dem Commandanten der Militärmacht untergeordnet sind. — Wie man hört sind bereits norddeutsche Reichstruppen zur Verstärkung der unsrigen im Odenwald angekommen, auch welche nach Rheinhessen instradirt worden, wo sich der Geist der Offenburger Versammlung regte, offenbar im Einverständniß der rheinhessischen mit den badischen Demagogen. Eine deßfallsige Deputation der ersteren erhielt aber vorgestern hier eine entschieden abweisende Antwort. Sie ersehen aus dem allen, daß man der vorschreitenden Revolution und Anarchie hier ernstlich Widerstand zu leisten gesonnen ist, was die entschiedene Beistimmung der großen Mehrheit der Bürgen hat, welche gut gesinnt ist. — Eine gestern in der Bergstraße stattgehabte Arrestation machte hier großes Aufsehen. Man brachte die fünf wohlgekleideten, mit Geld reichlich versehenen Gefangenen, worunter Jung aus Berlin, die man für Emissäre der revolutionären Propaganda hielt, hierher, und schickte sie dann mit Gendarmen nach Frankfurt; dort aber wurden sie sofort losgelassen und heimgeschickt! — Eine heute stattgehabte Verhaftung macht nicht weniger Aufsehen, wiewohl man sie längst erwartete; der Buchhändler Leske, einer der rührigsten demokratischen Wühler, ist hier eingebracht worden.

Darmstadt, 28. Mai. Die heute erschienene Nr. 37 unsers Regierungsblattes enthält folgende Verordnung, Verkündigung des Kriegsrechtes betreffend. „Ludwig III. Großherzog von Hessen und bei Rhein ꝛc. ꝛc. Eine verbrecherische Partei hat sich den Umsturz der gesetzlichen Ordnung zum Ziel gesetzt und verfolgt ihren treulosen Zweck in der dermaligen bedenklichen Lage des deutschen Vaterlandes mit verdoppeltem, vor keiner Gewaltthat zurückbebendem Eifer. Sie findet hierbei in benachbarten Ländern Unterstützung, welche nunmehr bis zum bewaffneten Einfall in das Großherzogthum fortgeschritten ist. Als Vorbereitung, um an der Stelle des Gesetzes der Gewaltthat die Herrschaft zu verschaffen, sollen, gegen Verbot der Grundrechte, bewaffnete Volksversammlungen dienen. Mehrfache Aufforderungen zu solchen haben bereits die Folge gehabt, daß ein zahlreicher, vorzugsweise aus den Grenzbezirken nach Oberlandenbach geströmter bewaffneter Haufen, ungeachtet wiederholter Mahnungen des in muthvoller Ausübung seiner Pflicht von meuchlerischer Rotte ermordeten Beamten, sich gegen die bewaffnete Macht zu behaupten unternommen und dadurch blutigen Kampf herbeigeführt hat. Es ist hienach, in offenbarer Empörung, ein Zustand des Kriegs gegen die im Staate bestehende Ordnung eingetreten, gegen welchen alle gesetzlichen Mittel aufzubieten sind. In der Bezeichnung des Umfreises, für welchen die gebotenen außerordentlichen Maßregeln zu ergreifen sind, ist es nicht möglich, die überwiegende Zahl treugesinnter Einzelner und gänzlich unbetheiligter gebliebener Gemeinden auszuscheiden. Diese treugesinnten Bürger und Gemeinden können indessen in den durch sie nicht veranlaßten Maßregeln nur das kräftige Einschreiten der Regierung zum allgemeinen Schutz des Vaterlandes und insbesondere zu ihrem Schutz erblicken. In Betracht alles dessen finden wir uns bewogen, mit Bezug auf § 9 der Grundrechte des deutschen Volks (§ 139 der deutschen Reichsverfassung) und § 43 der Grundrechte (§ 176 der Reichsverfassung), sodann auf Art. 179 des Militärstrafgesetzbuchs in Gemäßheit des Art. 73 der Verfassungsurkunde des Großherzogthums zu verordnen, wie folgt: Art. 1. Wer in dem Art. 6 bezeichneten Umfang mit Waffen versehen betroffen wird, sei es, daß er sich bei dem Angriff oder Widerstand gegen die gesetzliche Autorität oder gegen die bewaffnete Macht thätlich betheiligt, oder daß er an unerlaubter bewaffneter Versammlung Theil nimmt, oder daß er sich auf dem Wege zu solchen Versammlungen oder zu gewaltthätigen Unternehmungen befindet, — wer zu solcher Bewaffnung oder zu solchem Waffengebrauch auffordert, in welcher Weise es sei, — wer Soldaten in irgend einer Weise zum Treubruch zu verleiten sucht, — wer Anlagen unternimmt oder bestehende Anlagen zerstört oder beschädigt, um militärische Bewegungen zu hindern, sollen mit dem Tode bestraft werden. — Artikel 2. In Bezug auf die Erkennung und Vollziehung der im Art. 1 angedrohten Todesstrafe tritt das standrechtliche Verfahren nach Vorschrift der Art. 179, 513 u. f. des Militärstrafgesetzbuchs ein. — Art. 3. Erkennt das Militärgericht, wie es im Art. 522 des Militärstrafgesetzbuchs vorgesehen ist, daß der Angeschuldigte nicht des Todes schuldig sei, so wird das standrechtliche Verfahren aufgehoben, und der Proceß in dem ordentlichen Verfahren, durch das ordentliche Gericht des Angeschuldigten, weiter geführt. — Art. 4. Ist das Todesurtheil gegen eine größere Anzahl der am nämlichen Vorgang Betheiligten ausgesprochen, so wird der Militärcommandant hinsichtlich der weniger schwer Be-

…ßten den Vollzug des Erkenntnisses aufschieben und Unsere Entschließung über Begnadigung oder Strafverwandlung einholen. Art. 5. Dem Commandanten der Militärmacht in den bezeichneten Bezirken sind alle Civilautoritäten untergeordnet. Unter seinem Oberbefehl steht auch die Bürgerwehr, welche sich nach der Verordnung vom 1. November v. J. gebildet hat. Er ist namentlich befugt, solche aufzulösen, oder die Bildung einer solchen zu untersagen, wenn es ihm anvertraute Sicherheit erfordert. — Art. 6. Die vorstehenden Bestimmungen finden Anwendung auf die Landgerichtsbezirke Aschaffenburg, Bergzabern, Hirschhorn, Kaiserslautern, Landau, Lorsch, Germersheim und Zweibrücken. — Art. 7. Diese Verordnung tritt mit dem heutigen Tage auf die Dauer von vier Wochen in Kraft. Insofern eine Zurücknahme wegen geänderter Umstände nicht früher erfolgt; sowie auch eine etwa nothwendige Verlängerung ihrer Gültigkeit den Umständen gemäß durch weitere Verfügung ausgesprochen werden soll. Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und des beigedrückten Staatssiegels. Darmstadt am 29. Mai 1849. (L. S.) Ludwig. Zaup.

> **Mainz**, 27. Mai. Von den gestern hier eingetroffenen zwei Bataillonen Mecklenburger sind heute mehrere Abtheilungen auf die benachbarten Dörfer verlegt worden.

> **Mainz**, 28. Mai. Das gestern hier eingetroffene Jägerbataillon (Mecklenburger), welches heute Morgen um 5 Uhr nach Worrstadt marschfertig stand, erhielt Gegenbefehl und befindet sich noch hier. Seit einigen Tagen sieht man vom Eintreffen der k. k. österr. Regimenter Latour und Wellington, die noch in Italien stehen. Auch österreichische Artillerie und Husaren sollen hierher beordert sein. — Unsere Stadt wird von der Sperre auf dem Rhein sehr berührt, namentlich sind die Auswanderungsbureaux dadurch sehr behindert, indem die vielen Schweizer und Württemberger, welche hier eingeschifft werden, wegen des Verlegenheitsverbots nicht mehr hierher kommen können, und die Rheinische Dampfschiffahrtsgesellschaft, welche ihre Fahrten bis Straßburg ausdehnte, ist in ihren Verbindungen mit dem Oberrhein besonders gesperrt. Die niederländische Dampfschiffahrtsgesellschaft hat wegen der Sperre Beschwerden in Frankfurt und Darmstadt erhoben.

Mainz, 28. Mai. Gestern Abend traf die zweite Colonne Mecklenburger hier ein; die erste ist diesen Morgen in die Provinz Rheinhessen abmarschirt. Heute wird mecklenburgische Cavallerie und Artillerie erwartet. (M. J.)

Schleswig, 26. Mai, Morgens. Diese Nacht ist Präsident Bargum von Jütland hier eingetroffen. Am Mittwoch, den 23. d. brach Obergeneral Prittwitz mit seinem Generalstabe von Horsens auf, ließ die Preußen rechts, die Bayern links, die Hessen im Centrum gegen Skanderborg vorgehen, um das dänische Corps unter General Rye zu cerniren, fand aber das dänische Lager bereits völlig verlassen, und hörte, daß das feindliche Corps, Aarhuus rechts liegen lassend, sich direct auf Randers zurückgezogen habe. Die preußische Vorposten blieben darauf auf dem Wege zwischen Horsens und Aarhuus stehen. Das Hauptquartier ist für den Augenblick in Horsens verblieben. — Das Bombardement von Fridericia dauerte gestern Morgen fort. Vorgestern war Hauptmann Delius noch am Leben, aber ohne Hoffnung, daß er wieder aufkommen werde; die dänische Spitzkugel, die auf eine Entfernung von 700 Schritt geschossen sein soll, sitzt noch in seinem Vorderkopfe (Börsh.)

Flensburg, 23. Mai. Der Höchstcommandirende der deutsch-Reichstruppen in Schleswig-Holstein und Jütland hat folgende Bekanntmachung ausgestellt: „Den Zollbeamten in dem Theile Jütlands, der von deutschen Truppen besetzt ist oder werden wird, wird hierdurch befohlen, den freien Handel und Wandel mit den Herzogthümern Schleswig-Holstein nicht zu hindern, vielmehr alle Waaren ohne Ausnahme frei von den Herzogthümern in Jütland ein-, so wie auch von Jütland nach den Herzogthümern ausgehen zu lassen. Beile, den 14. Mai 1849. (gez.) Prittwitz." — Da die Zollbeamten Jütlands bisher nichts von der freien Einfuhr aus den Herzogthümern wissen wollten (in Ripen mußte wenigstens noch immer Zoll und Accise bezahlt werden), so wird diese Bekanntmachung Flensburg und andern Städten einstweilen eine Handelsquelle eröffnen, die ihnen namentlich in der jetzigen Zeit sehr zu statten kommen möchte. (D.-T.)

Snogbol, 23. Mai. Seit 60 Stunden war kein Schuß gefallen, als unsere Schanzen gestern Morgen 2 Uhr auf ein vor Fridericia erbautes Blockhaus ein lebhaftes Feuer eröffneten. Die ersten 4 Paßkugeln gingen durchs Haus; die erste Bombe platzte darin. Die darin befindliche Feldwache, eine Lieutenant und 43 Mann, nahm Reißaus; Ersterem wurde das Bein abgeschossen. Unsere Infanterie stand gedeckt aufmarschirt. Die 1. Compagnie vom vierten Bataillon unter Hauptmann Krohn rückte auf das Blockhaus vor. Die Festungskanonen eröffneten ein mörderisches Feuer auf dieselbe, aber trotzdem wurde das Blockhaus in aller Gemüthsruhe von den Leuten angezündet; 3 dänische Jäger, welche sich noch darin verborgen hielten, wurden zu Gefangenen gemacht. Auch nicht ein Mann unserersseits wurde verwundet oder getödtet. Hierauf wurden 150 Mann von demselben Bataillon beordert, einen Damm durchzustechen, um das auf der einen Seite sich befindende Wasser abzuleiten. Die Arbeit geschah mit der vollständigsten Ruhe unter dem ärgsten Kugelregen; kein Mann wurde getödtet, nur 3 leicht verwundet, die sich noch fortgesetzt beim Bataillon befinden. Bei abermaligem Vordringen wurden noch 11 dänische Jäger eingefangen. Seitdem werfen wir fortgesetzt neue Schanzen auf. Die Dänen kanoniren unaufhörlich, so lange keine Häuser in Fridericia brennen. — Gestern Morgen ritt Benin mit seinem Generalstab längs unserer Schanzen, als sich ein dänischer Schütze unbemerkt heranschlich und den braven und tapfern Hauptmann und Adjutanten Delius niederschoß, an dem unser Land einen seiner verdienstvollsten Offiziere verliert. Freilich lebt derselbe augenblicklich noch, aber es ist keine Hoffnung für sein Aufkommen vorhanden.

Aus dem Schwarzburgischen, 21. Mai. Das schwarzburg-rudolstädtische Regierungsblatt bringt die deutsche Reichsverfassung zur öffentlichen Kenntniß. — Im Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen ist unterm 9. Mai die jetzige Ständeversammlung für aufgelöst erklärt, gleichzeitig aber beschlossen worden, die nach Maßgabe des provisorischen Wahlgesetzes vom 6. October v. J. neugewählten Abgeordneten behufs Vereinbarung einer neuen Verfassung und anderer dringenden Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung auf den 4. Juni d. J. zu versammeln.

Ungarn.

Preßburg, 20. Mai. Der Feldzeugmeister Baron von Welden hat nachstehende Ansprache an die Bewohner Ungarns und Siebenbürgens erlassen:

„An Ungarns und Siebenbürgens Völker! Se. Maj. der Kaiser und König unser gnädigster Herr, haben mich mit allerhöchstem Handschreiben vom 12. April l. J. zum Oberbefehlshaber der kaiserl. Armee in Ung rn und Sieb nbürgen zu ernennen, so wie auch die provi orische Leitung aller Civil-angelegenheiten dieser Länder mir zu übertragen geruht. Durchdrungen von der Größe und Wichtigkeit dieser Sendung und überzeugt von der Ehre, an die Spitze einer so ruhmredigen Armee gestellt zu sein, würde ich zu Ihr und dieser Aufgabe meinen letzten Tropfen Blutes opfern, und habe mich zugleich veranlaßt, hiermit an Euch, Völker Ungarns und Siebenbürgens! einige Worte zu richten. Kennt Ihr es noch weiter ertragen und könnt Ihr vor der Zukunft und dem Richterstuhle der Geschichte verantworten, daß in Ungarn — wo die Treue und das Vertrauen den schönsten Ruf sich erworben — das Anarchie des Kossuth und der Seinige noch ferner mit Juden getrieben werde, daß Euere ehemals so schönen Blätter dazu der blutige Sammelplatz jener Auswurfstoffe einer fremden Nation seien, die durch die Strafen der wahren Aufklärung aus allen Theilen Europa's hinausgetrieben, die Schändung als Gewinn betrachten, damit sie den blutigen Sold der Revolutionspropaganda vertheilen, und gegenwärtig das schöne Ungarland zum Schauplatze ihrer fluchbeladenen und frevelhaften That machten, und auf diese Art durch ihr elendes und verwerfliches Treiben den Glanz Eures ruhmvollen Namens besudeln. Der sein Vaterland liebt, kann mit diesen Ritterunthätigen nicht halten; der soll der kaiserlichen Armee in thätig helfen. Der Verirrte kehre zurück, und für ihn werden die Gesetze mild sein; Jene dagegen, die des Verbrechens Bahn nicht verlassen, werden mit unerbittlicher Strenge vernichtet werden. Lasset daher ab von Euerem eitlen und vergeblichen Trachten, denn es möge was immer für eine Macht und Opfer kosten, dieses schöne Land wird für sich selbst und der Dynastie erhalten. Lasset auch ab von dem sarkastischen Wahne, als wenn Eure constitutionelle Freiheit und Nationalität in Gefahr wäre. Ungarn steht viel zu glänzend im Buche der Geschichte, die Verdienste der treuen Söhne Ungarns gegen das regierende kaiserliche Haus sind viel zu groß, als daß die Schneide unserer Waffen gegen dessen Blume und Erhaltung gekehrt werden könnte. Ungarns und Siebenbürgens treue Völker! reichet mir und den durch mich deshalbigten Helden Eure Bruderhand zu Eurem eigenen und zum Wohle und Glück des allgemeinen Vaterlandes. Preßburg, am 20. Mai 1849. Welden, Feldzeugmeister."

Ein Rundschreiben des magyarischen Cultusministers Horvath verordnet, daß alle Bischöfe, Capitel, Consistorien, Kirchen- und Schulvorsteher und Corporationen aller Confessionen binnen 6 Wochen ihre Huldigung und Anhänglichkeitserklärung an die jetzige magyarische Regierung einsenden sollen.

In den ungarischen Comitaten sollen alle Beamten entlassen und an ihre Stelle republikanisch Gesinnte gewählt werden.

Frankreich.

** **Paris**, 26. Mai. Die Nationalversammlung hat heute ihre letzte Sitzung gehalten. Wie sehr auch von der linken Seite des Hauses versucht wurde, noch die übrigen zwei Tage zu Sitzungen zu benutzen und trotz der diesseitigen Bemühungen, die Amnestiefrage aufs Neue vorzubringen. Die Majorität der Versammlung erklärte sich entschieden dagegen und so wurde nun drei Viertel auf sieben die constituirende Nationalversammlung mit einer Rede ihres Präsidenten Marrast geschlossen. Nach den letzten Worten der Rede: Es lebe die Republik! erhob sich die ganze Versammlung und antwortete mit dem gleichlautenden Rufe.

Die neue Kammer tritt morgen zusammen, um ihre Bureaubeamten provisorisch zu wählen.

Aus dem Ministerium sind dem Großherzog von Baden auf sein Verlangen Pässe nach Belgien verabfolgt worden.

* In **Toulon** dauern die Truppeneinschiffungen fort. Auch starke Munitionsvorräthe werden an Bord gebracht. Der Jemappes und der Jena sind von den hyerischen Inseln hier eingetroffen. Sie gehörten bekanntlich zum Baudin'schen Geschwader.

Spanien.

* **Madrid**, 21. Mai. General Manuel de la Concha hat der Regierung betreffs der Lage Cataloniens einen Bericht eingesendet, demzufolge der Bürgerkrieg in jenem Theile des Königreichs als glücklich beendet anzusehen ist. Der General wurde zur Belohnung für seine Dienste zum Generalcapitän der spanischen Armee ernannt.

Nachschrift.

† **Wien**, 25. Mai. Aus Preßburg wird unterm 23. d. berichtet: Die k. k. Armee hat an allen Punkten am heutigen Tage die Offensive ergriffen. Der nördliche Flügel unter Vogel und Benedek hat sich mit dem Centrum vereinigt, der südliche Flügel gegen Oedenburg bereits durch das Umgehen des Neusiedler Sees dasselbe Manöver ausgeführt und ist gegen die Fleischhackerstraße vorgerückt. Dies feste Vorwärtsschreiten hat abermals einen Rückzug der Insurgenten zur Folge gehabt. Bei Vösö kam es zum Treffen, auf beiden Seiten wurde mit Ausdauer gekämpft; doch den Bajonettangriffen der k. k. Truppen gelang es, die Magyaren zurückzudrängen. Im Komorner Comitate wird ein colossaler Landsturm aufgeboten.

Heute wurde der zweite Vitezgespann des Preßburger Comitats, Petocz, erschossen. Er ist überwiesen, den Landsturm in der Schütt aufgeboten zu haben. Außerdem soll man bei ihm wichtige Papiere gefunden haben. In Kaschau ist am 27. April die ungarische Republik ausgerufen worden. Benigky, der militärische Partigänger, hielt im Rathhause eine stürmische Rede, die Bildnisse der Habsburger wurden aus dem Rathsaale entfernt, das Militär bekam Fleisch und Brod, Abends war Beleuchtung; bei dem Tedeum am nächsten Tage hielt Kaplan Horvath eine Predigt, die in Druck gelegt wurde. Auch der Magistrat huldigte der Republik, nachdem die frühere Huldigung, die in einer Adresse dem F.M.L. Ramberg überschickt worden war, von der Versammlung als von vornhinein ungiltig erklärt wurde. — Nach der Einnahme von Pancsova hat Percsel eine Note an die Regierung des Fürstenthums Serbien gerichtet, worin er derselben anzeigt, daß die k. k. österreichische Armee in Ungarn von den magyarischen Waffen besiegt und aus dem Lande vertrieben worden sei, und der ungarische Reichstag die Dynastie entthront und Ungarn als unabhängigen europäischen Staat erklärt habe. In Folge dieses Beschlusses der ungarischen Nation werde die Regierung des Fürstenthums Serbien aufgefordert, mit Ungarn jenes gute, freundnachbarliche Einvernehmen auch ferner zu erhalten, welches sie bis jetzt stets bewahrt habe, und da fürstlich-serbische Unterthanen unter Knicanin und Milivoj in Ungarn gegen die Magyaren und zwar wider Willen der fürstlichen Regierung kämpfen, so sehe man sich veranlaßt, an dieselbe Regierung die Aufforderung ergehen zu lassen, daß sie ihre in Ungarn kämpfenden Unterthanen abberufe und bestrafe, und der Bevölkerung des Fürstenthums verbiete, die räuberischen „Raizen" zu unterstützen. — In Neusatz werden alle Serben vom fünfzehnten bis vierzigsten Jahre von den Magyaren für den Militärdienst conscribirt; kein Unterschied, ob ledig oder verheirathet, ob der Conscribirte Familie habe oder im Hause der Einzige sei, darf geltend gemacht werden. Alles muß zu den Waffen greifen und mit denselben einstehen für die magyarische Unabhängigkeit. — Das russische Hilfscorps, welches aus der Walachei eingerückt, ist bereits in Orsova eingetroffen. Die Magyaren stehen in Karansebes. — Der griechisch-unirte Bischof von Csanad, Gagarecz, wurde als Gefangener nach Debreczin gebracht, wahrscheinlich weil er den Anordnungen der rebellischen Regierung in seinem Sprengel keine Folge leistete.

Wiener Briefe vom 24. Mai melden von einem am 20. unternommenen Sturm auf Ofen, der von dem tapfern Henzi abgeschlagen wurde, wobei die Ungarn gegen tausend Mann verloren haben sollen. Vor Raab und an der Waag keine besondern Bewegungen. Einige Zeichen deuteten darauf, daß die Insurgenten ein Corps an die von Truppen ganz entblößten steyrischen Grenzen zu senden beabsichtigen. (A. Z.)

Heute Morgens um 5½ Uhr sind Se. Majestät der Kaiser, in Begleitung des k. k. Hrn. G. M. Grafen von Grünne, aus Warschau über Olmütz hier angekommen, der Hr. Ministerpräsident, Fürst von Schwarzenberg und die Flügeladjutanten Sr. Majestät waren vorausgeeilt und schon gestern mit dem letzten Zuge in Wien eingetroffen. (Wien. Z.)

/ **Kaiserslautern**, 26. Mai. Unsere pfälzischen Deputirten sind von München zurückgekehrt, man hat sie nach Hause geschickt, Bayern hat die Pfalz gleich einer verlorenen Tochter von sich gestoßen. Der katholische Pfarrer von Jggelheim ist gefänglich eingebracht worden, weil er von der Kanzel herab das Volk gegen die provisorische Regierung aufreizte. Die Verhaftungen sind überhaupt nichts Seltenes mehr. Unter mehreren der als des Spionirens verdächtig Aufgegriffenen soll man preußische Offiziere entdeckt haben. General Snayde ist hier angekommen und wird den Oberbefehl übernehmen. Trotz der Cernirung Landaus, welches von Geld und theilweise auch von Lebensmitteln gänzlich entblößt ist, ist es gelungen, von Germersheim aus eine Geldsendung in jene Festung einzubringen. Hätte man dieselbe abfassen können, es wäre der provisorischen Regierung gewiß erwünscht gewesen, denn da sie alle Staatskassen leer gefunden, so braucht sie Geld und wiederum Geld, weßhalb sie auch eine Zwangsanleihe ausgeschrieben hat, welche aber vorläufig nur auf diejenigen Bewohner der Pfalz ausgedehnt wird, welche über 40,000 Gulden Vermögen besitzen. Die eingezahlten Summen sind zu 2 pCt. verzinslich, die Coupons werden als Steuerzahlung angenommen, und das Capital soll in fünf Jahren zurückbezahlt werden. Welchen Erfolg diese Maßregel haben wird, wollen wir abwarten. So viel ist wenigstens gewiß, daß es Leuten, die eine halbe oder eine ganze Million im Vermögen haben, schwer halten wird, im gegenwärtigen Augenblick nur einige tausend Gulden baares Geld aufzubringen. Dagegen fehlt es auch auf der andern Seite nicht an Solchen, welche aus Aengstlichkeit früher ihre Capitalien eingezogen, und nun große Baarvorräthe liegen haben. — Ein Theil der hiesigen Mannschaft soll heute nach Dürkheim aufbrechen. Aus welchem Grunde ist nicht bekannt.

Börsenberichte.

Paris, 26. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 83. 50. — 3pCt. 53. 60. — Neue 3pCt. Span. 21½. — Bankactien 2200. — Ver. alles, rechtes Ufer 192. 50. — Linkes Ufer 165. — Paris-Orleans 760. — Paris-Rouen 520. Orleans-Bordeaux 400. — Orleans-Burzon 305. — Rouen Havre 255. — Marseille-Avignon 192. 50. — Straßburg-Basel 103. — Nordbahn 415. 75. — Paris-Straßburg 362. 50. — Röm. Anleihen 68. 67.

Zu Anfang war einige Neigung zum Steigen, in Folge von Verlusten aber ging die Rente später wieder etwas zurück.

Amsterdam, 26. Mai, 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 48⅞, 49, 48⅞. — 3pCt. Schuld 57⅛, ⅛. — 4pCt. 76, 75⅞ ⅝. 3½pCt. do. 76, 75⅞. ⅝. — 5pCt. Arn. 11⅝. — do. à 500 Pf. St. 11⅛. — 3pCt. int. à 6000 fl. 22⅛, 23⅛, ⅝. 5pCt. Met. 69⅛. — 2½pCt. do. 36⅛.

Holl. Fonds haben sich bei einigem Geschäft in Integr. auf ihrem gestrigen Standpunkte erhalten. Franz. waren gesucht und etwas ½pCt. höher als gestern dafür zu bringen. Span. begehrt, namentlich in 3pCt. fand zu verbessertem Preise viel Umsatz statt. Uebrigens lieferte der Markt in allen andern Effecten wenig von Belang.

Wien, 25. Mai. Stadt. Metall. 89⅛. — 4pCt. 70⅛. — 3pCt. . — 2½pCt. 47. — Bankactien 1120. — 500 fl. Loose 149. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnactien 95⅛. — Glogganitzer 96. — Mailänder 70⅛.

Das Fallen der Renten zu Paris bewirkte heute auch einen Rückgang unserer Fonds. Courtanten und Devisen bei lebhaftem Umsatz wieder in steigender Bewegung.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Wallau.

[1465]

Bekanntmachung.

Das Büreau der constituirenden Nationalversammlung bringt hiermit die Namen derjenigen Mitglieder zur öffentlichen Kenntniß, welche bis heute ihr Mandat niedergelegt haben. Die Einberufung der Stellvertreter, so wie die Veranstaltung neuer Wahlen, wo sie erforderlich sind, ist zwar durch das Reichsministerium eingeleitet, das Büreau sieht sich aber bei der dringlichen Lage der Zustände veranlaßt, hierdurch noch besonders alle Stellvertreter der ausgeschiede-

nen Abgeordneten aufzufordern, sich ohne die gewöhnliche Einladung der Behörden abzuwarten, ungesäumt mit ihren Wahllegitimationen in der Versammlung einzufinden

Frankfurt a. M., am 25. Mai 1849.

Der Gesammtvorstand
der constituirenden Nationalversammlung.
Reh, Präsident. **Biedermann,** erster Vicepräsident. **Eisenstuck,** zweiter Vicepräsident.

Die Schriftführer:
Jucho, Fetzer, Miakowiczka, Golz.

Verzeichniß der ausgetretenen und bis jetzt noch nicht ersetzten Abgeordneten.

I. aus Oesterreich.

Achleitner aus Ried.
Aichelburg aus Villach.
Archer aus Rein.
Arneth aus Wien.
v. Auersperg aus Thurn.
Barth aus Bregenz.
Bauer aus Baden.
Bauernschmied aus Wien.
Bendtel aus Brünn.
Benedict aus Wien.
Berger aus Wien.
v. Bruck aus Triest.
Carnoini-Cronberg, Graf, aus Görz.
Czörnig aus Wien.
Deym, Graf, aus Prag.
Dinstl aus Krems.
Edlauer aus Gratz.
Egger aus Wien.
d'Elvert aus Brünn.
Englmayer aus Enns.
Festi aus Trient.
Frisch aus Ried.
Fügerl aus Kronnenburg.
Gerstner aus Prag.
Glar aus Gumpendorf.
Göbel aus Jägerndorf.
v. Gold aus Adelsberg.
Grigner aus Wien.
Gspan aus Innsbruck.
Hayden aus Kirchdorf.
Herz aus Wien.
Höchsmann aus Wien.
Huber aus Linz.
Jeitteles aus Brünn.
Jenny aus Triest.
Kagerbauer aus Linz.
Kaiser aus Wien.
v. Kaisersfeld aus Birkfeld.
Kanitsch aus Karlsberg.
Kerer aus Innsbruck.
Knarr aus Steyermark.
Kreutberg aus Prag.
v. Kürsinger aus Salzburg.
v. Kürsinger aus Tamsweg.
Kreybig aus Göding.
Laschan aus Villach.
Lausch aus Troppau.
Lienbacher aus Goldegg.
Lindner aus Seisenegg.
Löschnigg aus Klagenfurt.
Mally aus Steyermark.
Maly aus Wien.
Mayrgger aus Obermais.
v. Möring aus Wien.
Mosing aus Wien.
v. Mühlfeld aus Wien.
Muller aus Weitenstein.
Neubauer aus Wien.
Neumann aus Wien.
v. Neuwall aus Brünn.
Perthaler aus Wien.
Peyer aus Brueck.
Puringer aus Kremsmünster.
Polazel aus Weißkirch.
Prinzinger aus St. Pölten.
Quesar aus Gratz.
Rapp aus Wien.
Rasl aus Neustadt.
Reindl aus Orth.
Renger aus Kammitz.
Riedl aus Gratz.
Riegler aus Budweis.
Schiedermayer a. Bockdruck.
v. Schmerling aus Wien.
Schmidt aus Linz.
Schreiner aus Grag.
Schrott aus Wien.
Schuler aus Innsbruck.
Schultheim aus Judenburg.
v. Semmarnga aus Wien.
Stein aus Görz.
Streffleur aus Wien.
v. Stremeyr aus Grag.
Stülz aus St. Florian.
Tomaschek aus Iglau.
Ulrich aus Brünn.
v. Unterrichter aus Klagenfurt.
Venbun aus Feldkirch.
Wagner aus Steyr.
Weber aus Meran.
Weiß aus Salzburg.
Werner aus St. Pölten.
Wessely aus Hradisch.
v. Würth aus Wien.

II. Aus Preußen.

Albert aus Quedlinburg.
v. Amstetter aus Breslau.
Anders aus Goldberg.
Anderson aus Frankfurt a. d. O.
Arndt aus Bonn.
Bandelow aus Kranz.
v. Beckerath aus Crefeld.
Beseler aus Greifswalde.
Beck aus Minden.
v. Bockum aus Pleß.
v. Borries aus Karthaus.
Braun aus Cöslin.
v. Brenning aus Aachen.
Breschius aus Zülichau.
Brockhausen aus Warendorf.
Bürgers aus Köln.
Clemens aus Bonn.
Cornelius aus Braunsberg.
Deeg aus Wittenberg
Degenkolb aus Eulenburg.
Deiters aus Bonn.
Dunker aus Halle.
v. Ende aus Waldenburg.
Engel aus Culm.
Erbstesbusch aus Altena.
Falk aus Ottolangendorf.
Fuchs aus Breslau.
Gier aus Mühlhausen.
Giesebrecht aus Stettin.
v. Gladis aus Wohlau.
Götz aus Neuwied.
v. d. Golz, Graf, a. Czarnikau.
Grävell aus Frankfurt a. d. O.
Gude aus Strehlow.
Hahn aus Guttstadt.
v. Hartmann aus Münster.
Hausmann aus Brandenburg.
Haym aus Halle.
Heimbrod aus Sohrau.
Houben aus Menrs.
Jordan aus Berlin.
Jordan aus Gollnow.
Junkmann aus Münster.
Kahlert aus Leobschütz.
v. Kalkstein aus Wogau.
v. Keller, Graf, aus Erfurt.
v. Kendell aus Berlin.
Koemann aus Stettin.
v. Kösterig aus Elberfeld.
Kratz aus Wintersehagen.
Küngel aus Weska.
Kutzen aus Breslau.
Leisel aus Huldschin.
Lette aus Berlin.
Leue aus Köln.
Leverkus für Lenep.
Löw aus Magdeburg.
Löw aus Posen.
Marks aus Duisburg.
Markus aus Bartenstein.
Martens aus Danzig.
v. Massow aus Karlsberg.
Matthies aus Greifswalde.
Mezke aus Sagan
Meviffen aus Köln.
Mäuch us Weglar.
Nitze aus Stralsund.
Nöthig aus Weißholz.
Oertel aus Mittelwalde.
Osterrath aus Danzig.
Ottow aus Labiau.
Overweg aus Haus Ruhr.
Pinder aus Woinowitz.
Plathner aus Halberstadt.
Plehn aus Marienburg.
Rahm aus Stettin.
Rittig aus Potsdam.
Reichensperger aus Trier.
Richter aus Danzig.
Röver aus Neustettin.
Rothe aus Berlin.
Rudloff aus Chodziesen.
v. Saucken aus Angerburg.
Scheller aus Frankfurt a. O.
v. Schleussing aus Rastenburg.
Schneer aus Breslau.
Scholten aus Ward.
Scholz aus Neisse.
v. Schrötter aus Pr.-Holland.
Schröter aus Zellin.
Schubert aus Königsberg.
Schultze aus Potsdam.
Schwarz aus Halle.
Schwerin, Graf, aus Berlin.
Schwetschke aus Halle.
v. Selasinsky aus Berlin.
v. Selchow aus Reitkewitz.
Sellmer aus Landeberg.
Seydel aus Bunslau.
Siehr aus Gumbinnen.
Simson, E., aus Königsberg.
Simson aus Stargard.
Staevenhagen aus Berlin.
Stedmann aus Besselich.
Stahlmann aus Herford.
Sturm aus Sohrau.
Suchan aus Himmelwitz.
Tannen aus Zirkenzig.
Teichert aus Berlin.
Trabert aus Rausche.
v. Treskow aus Grocholin.
Veit aus Berlin.
Versen aus Nieheim.
Wiebig aus Posen.
v. Vincke aus Hagen.
Waldmann aus Heiligenstadt.
v. Wegnern aus Lyk.
Wernich aus Elbing.
Wiebker aus Uckermünde.
Wiedenmann aus Düsseldorf.
Wiethaus aus Gummersbach.
v. Wrochem aus Ohlau.

III. Aus Bayern.

Arndts aus München.
Barth aus Kaufbeuren.
Bassermann f. Stadtprozelten.
Bauer aus Bamberg.
v. Beisler aus München.
Darenberger aus München.
Döllinger aus München.
Eckert aus Lohr.
Friedrich aus Bamberg.
v. Giech, Graf, aus Thurnau.
Gombart aus München.
Graf aus München.
v. Grundner aus Ingolstadt.
Haudenschmied aus Passau.
Herzog aus Ebermannstadt.
Hofer aus Pfarrkirchen.
Kraffe aus Nürnberg.
Lammers aus Erlangen.
v. Lassaulx aus München.
v. Nagel aus Oberviechtach.
Neumayer aus München.
Obermüller aus Passau.
Preuser aus Landshut.
Philips aus München.
v. Raumer aus Dinkelsbühl.
Reitmayer aus Regensburg.
v. Rotenhan a. Rentweinsdorf.
v. Schrenk aus München.
Sepp aus München.
Stahl aus Erlangen.
Vogel aus Dillingen.
v. Wulffen aus Passau.
v. Xylander aus München.
Zeltner aus Nürnberg.
v. Zerzog aus Regensburg.

IV. Aus dem Königreich Sachsen.

Hensel aus Camenz.
Kämmel aus Zittau.

V. Aus Hannover.

Bebnde aus Hannover.
v. Bothmer aus Car.w.
Bronz aus Emden.
Deymann aus Meppen.
Groß aus Leer.
Hugo aus Göttingen.
Meier aus Bremen.
Oberg aus Hildesheim.
Winter aus Liebenburg.

VI. Aus Württemberg.

Fallati aus Tübingen.
Mathy für Calw.
Rümelin aus Nürtingen.
Wurm aus Hamburg.

VII. Aus dem Großherzogthum Hessen.

Emmerling aus Darmstadt.
v. Gagern aus Darmstadt.
Wernher aus Nierstein.
Zitz aus Mainz.

VIII. Aus Kurhessen.

Jordan aus Marburg.

IX. Aus Schleswig-Holstein.

Dahlmann aus Bonn.
Droysen aus Kiel.
Esmarch aus Schleswig.
Francke aus Schleswig.
Michelsen aus Jena.
Steindorff aus Schleswig.
Waitz aus Göttingen.

X. Aus Mecklenburg.

Böcler aus Schwerin.
Drechsler aus Rostock.
Tydl aus Rostock.
Sprengel aus Waren.

XI. Aus Nassau.

v. Gagern aus Wiesbaden.

XII. Aus Luxemburg und Limburg.

v. Scherpenzeel aus Baarlo.
v. Schönmäckers aus Beck.

XIII. Aus Braunschweig.

Langerfeld aus Wolfenbüttel.
v. Thielau a. Braunschweig.

XIV. Aus Sachsen-Coburg-Gotha.

Becker aus Gotha.
Briegleb aus Coburg.

XV. Aus Sachsen-Meiningen.

Johannes aus Meiningen.
Müller aus Sonnenberg.

XVI. Aus Hechingen.

Bauer aus Hechingen.

XVII. Aus Schaumburg-Lippe.

Siemens aus Hannover.

XVIII. Aus Lippe-Detmold.

Schierenberg aus Detmold.

XIX. Aus Bremen.

Gevekoht aus Bremen.

Lehr- und Erziehungsanstalt für Mädchen
von Louise Ensgruber
in Mainz Lit. D Nr. 163.

Am 4. Juni l. J. beginnt in meiner Lehr- und Erziehungs-Anstalt ein neuer Unterrichtscurs, wozu Zöglinge in ganze und halbe Pension aufgenommen werden. Indem ich dieß zur allgemeinen Kenntniß bringe, beziehe ich mich hinsichtlich der Einrichtung der Anstalt und der Bedingungen auf mein Programm, welches auf deßfallsige Anfrage den verehrlichen Eltern einsenden wird

[1444] **Louise Ensgruber.**

In Ladung bei **H. SERIGIERS,**
Consul, Kaufmann und Schiffsrheder,
[1313] in **ANTWERPEN.**

Regelmässige Schifffahrten

Nach New-York:

Amerik. 3master	FRANCE,	Cap. Hidson,	Abfahrt	10 Mai
„ „	RIO-GRANDE,	„ Thomas	„	20. „
„ „	MAY FLOWER,	„ Hitchcock	„	1. Juni.

Nach Rio-Janeiro:

Belg. Schiff WINDHOND, Cap. Parmentier. Abfahrt 1. Juni.

Nach Constantinopel:

Schiff AMALIA, Cap. Dolwin, Abfahrt 20. Mai.

Obengenannte Schiffe nach New-York und Rio-Janeiro sind eingerichtet um zwischen Deck und Cajüte Passagiere zu übernehmen

Nähere Auskunft ertheilt **H. Serigiers** in Antwerpen.

[1479] **Bekanntmachung.**

Bei hiesiger Fahrpost-Expedition befinden sich nachstehend verzeichnete beschwerte Briefe und Packete, welche wegen Verweigerung der Annahme Seitens der Adressaten resp. als unbestellbar hierher zurückgekommen sind, und deren Absender resp. Eigenthümer bisher nicht ermittelt werden konnten.

1) Ein Brief an Herrn A. Lind zu Armshausen.
2) Ein Packetchen an Herrn W. Müller zu Mainz.
3) Ein Packetchen an Herrn Ch. Holl zu Cassel.
4) Ein Packetchen an Herrn Rabbiner Geiger zu Breslau.
5) Zwei Koffer an Herrn Fatzan in Basel.
6) Ein Packetchen an Mademoiselle Maria Hillenbrand in Mainz.
7) Ein Brief an Herrn Joseph Zitler in Wien.
8) Ein Brief an Herrn Joh. J. Reinbach zu Fulda.
9) Ein Brief an Herrn J. Müller in Wiesbaden.

Die Aufgeber resp. Eigenthümer dieser Fahrpostsendungen werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb

sechs Monaten

von heute anfangend auf der Fahrpostinspection dahier über das Eigenthumsrecht gefällig auszuweisen, und die betreffenden Sendungen gegen Entrichtung des darauf haftenden Portos und Rückgabe des Aufgabescheines in Empfang zu nehmen, widrigenfalls anderweit hierüber verfügt werden wird.

Frankfurt a. M., den 20. Januar 1849.

Ober-Post-Amt.

[1442] **Bad Salzschlief.**

Die Eröffnung des hiesigen Bades findet den 3. Juni statt.

Dr. Martiny.

[1453] Vor dem Ankauf nachstehend abhanden gekommener Staatspapiere wird jedermann gewarnt, da bereits Maßregeln getroffen sind, daß sie nur Werth für den rechtmäßigen Eigenthümer haben.

3 Stück Promessen der bayrischen Hypothek- und Wechselbank à fl. 500: Nr. 11372, 11373, 11374, jede mit zwei Raten à fl. 50 bezahlt.

2 Stück kurhessische 40-Reichsthaler-Loose: Serie 5241 Nr. 131092, 131093.

[1379] **Wiesbaden.**

Das Badhaus zum „Pariser Hof", welches ich übernommen auf das bequemste eingerichtet und mit meinem vis-à-vis stehenden

— Badhaus zum goldnen Kreuz —

verbunden habe, empfehle bestens.

Wiesbaden, im Mai 1849.

Heinrich Beyerle.

[1331] **116. Frankfurter Stadt-Lotterie.**

Ziehung 1r Klasse am 6. u. 7. Juni c. c.

Haupttreffer: fl **211,000**, 2 mal **100,000** u. s. f. Ganz Loose ziehen zu fl. 6, ½ zu fl. 3, ⅓ zu fl. 2, ¼ zu fl. 1. 30 kr., ⅛ zu 45 kr., so wie Loose für alle sechs Klassen gültig, zu fl. 9 das ganze, empfiehlt

Carl Höchberg, Hauptcollecteur.
Brückhofstraße in Frankfurt am Main.

Bekanntmachung

Statt der früher angekündigten Fahrten des Dampfschiffes **Lübeck**, Capt. G. Suhr, zwischen Travemünde, Kopenhagen, Gothenburg und Christiania, wird dasselbe bis auf Weiteres dreimal wöchentlich, und zwar Dienstags und Sonnabends Nachmittags 6 Uhr von Travemünde mit der Post, Passagieren und Gütern nach Kopenhagen abgehen und Donnerstags und Sonntags von dort seine Rückreise antreten. Es wird am Dienstag, den 27. März, zuerst von Travemünde seine Fahrten beginnen.

Lübeck, den 23. März 1849.

Die Direction der Lübecker Dampfschifffahrts-Gesellschaft.

NB. Federn, Betfedern und Haare werden nicht geladen. [869]

[1321] **116. Frankfurter Stadt-Lotterie.**

Ziehung erster Klasse den 6. und 7. Juni.

Hauptgewinne: fl. **211,000**, 2 à **100,000**, **40,000**, **25,000**, 2 à **20,000**, **15,000**, **12,000**, 4 à **10,000**, **6000**, 2 à **5000** 2c. Ganze Original-Loose à fl. 6, ½ à fl. 3, ¼ à fl. 1. 30 kr., ⅛ à 45 kr., so wie Loose auf alle Klassen gültig à fl. 50 das ganze empfiehlt

Jacob Doctor, Hauptcollecteur in Frankfurt a. M.

[1423] Die ersten neuen Häringe bei

Milani-Mirovrio,
kleiner Hirschgraben Nr. 3.

Keine grauen Haare mehr!!

Das einzige in Paris approbirte

Chantal-Wasser

färbet Kopf- und Bart-Haare augenblicklich und dauerhaft in allen Nüancen, welche garantirt wird. Preis 7 Franken im Hauptdepot bei Hrn. **H. G. v. Oven,** Bleidenstraße 24. [1449]

[1142] Staats- und Standesherrliche Obligationen, Staats-Lotterie-Effecten, Eisenbahn-Actien, Coupons, werden ge- und verkauft bei

J. N. Trier & Cie., Zell, im Türkenschuß.

---

[771] **H. G. von Oven,**

Bleidenstraße 24., empfiehlt sein wohlassortirtes Lager in:

schwarzen seidenen Herrenhalstüchern in Taffet mit Atlas, Sommerhalstücher neu in Seide, Halbseide, Jacconet und Foulard, ächt ostindischen Taschentüchern, Chatelaines, Foulard- und Atlas-Brochetüchern.

Neueste **Tolle du Nord**-Kleider zu 3 fl. 15 kr. bei **L. B. Schuster,** Bleidenstraße Nr. 5. [543]

[1441] Ein nassauischer evangelischer Landpfarrer in guten Verhältnissen, unweit Wiesbaden in der Weltrau, wünscht unter billigen Bedingungen noch einige Zöglinge von 10—14 Jahren und kann ihnen gründlichen Unterricht versprechen. Frankirte Briefe unter **W. V.** und der Nummer 1441 besorgt die Expedition d. Bl.

Druck von Andreä in Offenbach.

(Nebst Konversations-Blatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Dienstag (Beilage zu Nro. 126.) 29. Mai 1849.

Amtlicher Theil.

Tagesbefehl.

Durch Se. kaiserliche Hoheit den Erzherzog Reichsverweser zum Oberbefehlshaber der in und um Frankfurt und zwischen dem Main und Neckar versammelten Reichstruppen ernannt, sehe ich mich zu meiner Freude mit noch innigeren Banden an denjenigen Kreis von Waffengefährten geknüpft, mit welchen mich bereits seit dem verflossenen Herbste die Stunden ernster Gefahr und die freudige Hingebung für das gemeinsame deutsche Vaterland vereinigten.

Mit der festen Zuversicht auf deren allseitige treue Unterstützung, mit jenem offenen Vertrauen, welches überall wiederum Vertrauen zu erwecken pflegt, trete ich heute das mir übertragene Commando an. Gleichwie die Truppen dieses Bereichs durch Repräsentanten der wichtigsten deutschen Volksstämme gebildet werden, ist es unser ehrenvoller Beruf, das gesammte deutsche Vaterland gegen die zerstörenden Angriffe der Pflichtvergessenheit und Verblendung zu schützen, festgeschlossen durch die heiligen Bande der Pflichttreue und der Disciplin, welche zu allen Zeiten die Grundlagen siegekrönter Heere waren, uns als echte Söhne des deutschen Vaterlandes zu zeigen, und inmitten der Sturmfluthen politischer Zerrissenheit desselben, auf eine rettende und unzweifelhafte Weise der Welt ein Zeugniß darüber abzulegen, daß die Einheit und Stärke des deutschen Vaterlandes in der Brust seiner Krieger, in der Pflichttreue seines Heeres ungeschwächt fortleben.

Frankfurt a. M, den 23. Mai 1849.

(gez.) von Peucker, Generallieutenant.

Für die Abschrift: Becker, Hauptmann.

Nichtamtlicher Theil.

Deutsche Reichsversammlung.

229. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident Raveaux.

H **Frankfurt**, 29. Mai.

(Tagesordnung: Wahl des ersten Vicepräsidenten und dreier Reichsschriftführer. Ergänzungswahlen in den Prioritäts- und Petitionsausschuß. Berathung über den vom Abgeordneten Tafel von Stuttgart Namens des Ausschusses für Geschäftsordnung erstatteten Bericht über die Anträge der Abgeordneten Zimmermann und Schoder.)

Die Sitzung wird um 11¼ Uhr eröffnet. Nach der Verlesung des Protocolls verkündigt der Vorsitzende den Austritt der Abgg. Schönmäcker, Kunzberg aus Aschbach, Ebenezer, Neeveder, Zacharia aus Anhalt-Bernburg. Abg. Schubert aus Würzburg zeigt in einer Zuschrift an, daß sein Mandat nicht niedergelegt habe, sondern daß er in einer Zuschrift vom 24. wohl erklärt habe, nicht an den Berhandlungen des Parlamentsrestes Theil nehmen zu wollen, daß er aber dadurch nicht gemeint gewesen, sein Mandat niederzulegen. Der Vorsitzende erklärt, daß Herr Schubert eine Zuschrift vom Bureau erhalten werde, wodurch er aufgefordert wird, alsbald seinen Sitz wieder einzunehmen, weil er sonst als ausgeschieden müsse betrachtet werden. — Zwei Mittheilungen von Seiten des Ministeriums sind eingelaufen. Die erste vom 27. d. M. begleitet das Abberufungsschreiben der hannoverschen Regierung. Die zweite vom 28. d. M. begleitet eine Erklärung des königl. hannoverschen Bevollmächtigten, worin derselbe in Beziehung auf das Abberufungsschreiben seiner Regierung erklärt, die gewünschte Neuwahl für den Abg. Deimann nicht anordnen zu können. Acht Zustimmungsadressen sind eingelaufen. Abg. Schulz nimmt seine Interpellation vom 24. d. M. zurück. Reichskriegsminister v. Wittgenstein erklärt auf die nämliche Interpellation des Abg. Nagel, daß die Untersuchung über die militärischen Excesse, welche der seinem Amtsantritte eingeleitet worden, im vollen Gange sei, und gibt die Versicherung, daß alle Maßregeln getroffen seien, um ähnlichen Excessen künftig vorzubeugen. Abg. Simon aus Trier stellt den Antrag, daß die Sitzung um 5 Uhr vertagt werde, weil bis dahin der Dreißigerausschuß über den die Verlegung der Nationalversammlung betreffenden Antrag werde berichten können. Es wird hierauf zum ersten Gegenstand der Tagesordnung, die Wahl des ersten Vicepräsidenten, geschritten. Zweiter Vicepräsident Eisenstuck wird mit 93 gegen 21 Stimmen zum ersten Vicepräsidenten erwählt. Abg. Löwe aus Calbe erhielt 13 Abg. Soiron 7, Abg. Buß 1 Stimme. Zweiter Vicepräsident Eisenstuck ersucht die Versammlung, im Bureau in einer andern Persönlichkeit frischere Kräfte zu üben, und lehnt die auf ihn gefallene Wahl mit der Bitte ab, an seiner bisherigen Stelle verbleiben zu dürfen. Auf die Bitte des Abg. Schoder erklärt Herr Eisenstuck wiederholt, daß er es als ein Zeichen von großer Freundschaft von Seiten des hohen Hauses betrachten werde, wenn man seine Bitte willfahre. Es wird daher neuerdings zur Wahl geschritten. Abg. Löwe aus Calbe wird mit 98 gegen 12 Stimmen zum ersten Vicepräsidenten erwählt. Abg. Zell erhielt 7, Abg. Soiron 3, Abg. Simon 1, Abg. Schoder 1 Stimme. Der erste Vorsitzende-Stellvertreter Löwe dankt in kurzen Worten; er erklärt, daß er die Versammlung trotz ihrer Zerrissenheit noch immer als den Ausdruck der Souveränetät der deutschen Nation betrachte und diesem Grundsatze gemäß nach Pflicht und Kräften sein Amt versehen werde. (Beifall.) Hierauf wird die Wahl dreier Schriftführer vorgenommen. Die Stimmzettel werden eingesammelt. Das Ergebniß wird in der nächsten Sitzung verkündet werden. Der Vorsitzende geht zum dritten Gegenstande der Tagesordnung über. Der Dreißigerausschuß stellt über den am 21. d. M. gestellten Antrag der Abgg. Fallati und Schorn, dahin gehend: „Die Versammlung vertagt sich bis zum 20. Juni d. J., sie läßt das Bureau mit dem Auftrage zurück, die Mitglieder in dringenden Fällen wieder zusammenzurufen; der Beschluß der Nationalversammlung, nach welchen hundert Mitglieder die Anberaumung einer außerordentlichen Sitzung von dem Präsidenten verlangen dürfen, wird für die Zeit dieser Vertagung suspendirt. Ein weiterer, als dringlich bezeichneter Antrag der Abgeordneten Schorn und Genossen geht dahin, sich auf unbestimmte Zeit zu vertagen, zugleich aber das Bureau zu beauftragen, die Stellvertreter der ausgetretenen Abgeordneten einzuberufen, und demselben die Befugniß beizulegen, die Versammlung zu geeigneter Zeit wieder zusammenzurufen," — den Antrag, über die vorliegenden Anträge, soweit dieselben nicht bereits erledigt sind, zur Tagesordnung überzugehen. — Abg. v. Reden spricht gegen den Ausschußantrag und für den der Abgg. Fallati und Schorn. Es könne für das Ansehen dieser Versammlung nichts Gefährlicheres geben, als wenn sie beisammenbliebe und solche Beschlüsse fasse wie in den letzten Tagen. Abg. Schoder spricht für den Ausschußantrag. Die Versammlung, sollte der Redner glauben, hätte nicht an Ansehen in den Augen der Nation verloren, sondern müßte im Gegentheile in demselben zunehmen, seit Jene ausgeschieden, welche die Versammlung so weit gebracht haben. Jetzt muß gehandelt werden, wenn wir nicht dieser Tage dadurch, daß der Reichsverweser sein Amt in die Hände der Versammlung, seine Macht aber in die der Regierungen niederlegen wird, wieder den alten Bundestag haben wollen. Die Fürsten sind nicht so einstimmig, als es den Anschein hat, wenn es sich davon handelt, der Versammlung entgegenzutreten. Die Aufgabe der Nationalversammlung ist jetzt diejenige, zu berathen, durch welche Mittel solche Länder zu unterstützen sind, welche sich für die Verfassung erheben. Abg. Buß aus Freiburg gegen den Ausschußantrag und für Vertagung. Der Redner erwähnt bei Gelegenheit jener Behauptung, daß die Versammlung durch keine directe Gefahr bedroht sei, des Umstands, daß Se. kais. Hoheit der Erzherzog Reichsverweser, an den man von Berlin aus das Ansinnen gestellt habe, die Versammlung mit Gewalt auszulösen, dasselbe abgewiesen habe und fernerhin abweisen werde. (Hört!) Der Redner weist darauf zurück, wie unrecht die Versammlung Sr. kais. Hoheit durch die Beschlüsse der letzten Tage gethan, und zeigt ferner darauf hin, daß man in Berlin die ganze deutsche Bewegung zu Gunsten eines Mannes ausbeuten wolle, was man um keinen Preis zugeben dürfe und werde. (Hört!) Die Berliner Conferenz sei so uneinig, daß die Versammlung sich getrost auf vier Wochen vertagen könne, ohne befürchten zu dürfen, daß dieselben bis dahin einig geworden wären. Der Redner sieht das einzige Heil der Versammlung in ihrer passiven Haltung und schließt: „Beschließen Sie Ihren Sitz nach Stuttgart oder Mannheim zu verlegen, ich versichere Sie, sie werden dort schlechte Geschäfte machen." — Abgeordneter Tafel, Berichterstatter der Mehrheit des Ausschusses, vertheidigt den Ausschußantrag. — Der Vorsitzende stellt die Unterstützungsfrage zu mehreren Verbesserungsanträgen. Der erste zur Abstimmung gelangende Antrag des Ausschusses auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen. Die hannoverschen Abgeordneten Freudentheil, v. Reden, Wedekind, Gravenhorst, Nicol, Brakenbusch, Horst II. reichen folgenden Protest gegen ihre Abberufung ein: „Die Unterzeichneten erklären in Uebereinstimmung mit den früheren Beschlüssen der Nationalversammlung, daß sie die Abberufung der Deputirten aus dem Königreich Hannover für null und nichtig halten und sie bei der Vertretung des deutschen Volkes, wozu sie das Mandat von dem Volke, nicht aber von der Regierung erhalten, nur ihrem gewissenhaften Ermessen folgen, und von diesem auch nur den Zeitpunkt ihres Austritts abhängig machen werden. Frankfurt, den 29. Mai 1849." — Der Redner weist eine solche Maßregel aber, wie sie seine Regierung getroffen, daß den Abgeordneten Hannovers nämlich die Reisegelder entzogen werden sollten, falls sie nicht binnen einer gewissen Frist heimkehrten, als eine gemeine Maßregel, welche von der Vermuthung ausgeht, als könnten so ganz gemeine Rücksichten, wie die Entziehung einiger armseliger Louisd'or die Abgeordneten Hannovers dazu bewegen, ihren Posten zu verlassen, mit Unwillen zurück. (Großer Beifall.) Der Vorsitzende meldet, daß die Wahl der Schriftführer auf die Abgg. Backhaus, Reinstein und Rösler von Oels gefallen ist. — Ueber den vom Abg. Simon vorliegenden Antrag auf Vertagung der Sitzung auf 5 Uhr Nachmittags wird mit Stimmzettein abgestimmt und derselbe mit 91 gegen 60 Stimmen abgelehnt. — Schließlich zeigt der Vorsitzende an, daß der Abg. Heisterbergk ausgetreten ist, sein Stellvertreter aber, Herr Hellwig, dieser Tage eintreffen werde. Schluß der Sitzung: 2 Uhr. Nächste Sitzung: morgen, Mittwoch den 30. Mai, 10 Uhr.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 29. Mai. Wir erfahren, daß das vierte großh. hess. Infanterieregiment, unter Anführung des Obersten von Weitershausen, heute früh die rheinpfälzisch-badischen Freischaaren nach ziemlich lebhaftem Kampfe aus Worms vertrieben.

** **Frankfurt**, 29. Mai. Gestern Nachmittag ist die bisher hier befindliche Abtheilung großherzoglich hessischer reitender Artillerie und eine Schwadron der großherzoglich hessischen Chevauxlegers auf der Main-Neckarbahn nach der hessisch-badischen Grenze abgegangen. Heute um die Mittagsstunde ist ein Bataillon mecklenburgischer Gardeinfanterie per Eisenbahn von Mainz hier angekommen und sofort auf der Main-Neckarbahn nach der Bergstraße weiter befördert worden. Die zu letzterem gehörige Schützenabtheilung ist bereits heute in den Frühstunden eingetroffen, und in nahegelegene Dorfschaften einquartiert.

* **Berlin**, 27. Mai. Die ministerielle, also gut unterrichtete „Deutsche Reform" meldet heute, daß hinsichtlich des deutsch-dänischen Krieges eine protestirende Note der russischen Regierung an das preußische Cabinet nicht existirt, und fährt dann fort: „Wir glauben jetzt vollständig gut unterrichtet zu sein, wenn wir behaupten, daß die Stellung Preußens zu Deutschland und die neue Gestaltung des letzteren noch niemals Gegenstand der Verhandlungen zwischen Berlin und St. Petersburg gewesen. Rußland hat sich vielmehr fortwährend auf dem Standpunkt erhalten, den es sich gleich nach den Ereignissen des Frühjahrs 1848 vorgezeichnet und damals offen ausgesprochen hat: nämlich, in seiner eigenen festen Stellung verharrend, der innern Entwickelung der übrigen Länder ruhig zuzusehen, so lange sie sein eignes Gebiet nicht berühren. In Bezug auf den dänischen Krieg hat Rußland den von ihm im vorigen Jahre eingenommenen Standpunkt ebenfalls bisher nicht verlassen. Es hatte dazu im jetzigen Augenblick wohl um so weniger Ursache, als die Unterhandlungen mit Dänemark gerade jetzt in ein Stadium getreten sind, in welchem eine befriedigende Lösung in näherer Aussicht steht. Wir haben deßhalb auch allen Grund zu vermuthen, daß die russische Flotte, an deren Auslaufen so große Besorchtungen geknüpft werden, keine offensiven Instructionen erhalten habe. Wir glauben, daß diese Berichtigung allen unsern Lesern willkommen sein wird. Die Ehre und Würde Deutschlands fordern, daß seine eigenen Angelegenheiten von ihm selber geordnet werden; Preußen wurde diese Ehre und Würde unter allen Umständen wahren — diese Ueberzeugung hatten wir in unserm gestrigen Artikel aussprechen wollen. Wir freuen uns, dieselbe dadurch bestätigt zu sehen, daß, wie wir inzwischen erfahren haben, jener Grundsatz auch vom Auslande anerkannt wird, und auch kein Versuch einer Einmischung gemacht werden ist."

Ferner enthält die „Deutsche Reform" folgenden Artikel: Wir hören, daß ein dänischer Commissarius hier verweilt, um die Friedensverhandlungen mit Deutschland einem raschern Ende entgegen zu führen. Von mancher Seite ist daran die Besorgniß geknüpft worden, daß Preußen für sich allein einen Separatfrieden zu schließen beabsichtige. Eine richtige Auffassung der augenblicklichen politischen Lage Deutschlands muß diese Besorgnisse verscheuchen und es natürlich erscheinen lassen, daß die endliche Lösung der dänischen Frage nach Berlin verlegt werden mußte. Die jüngsten Vorgänge in Frankfurt, die Umgestaltung der innern Verhältnisse Deutschlands konnte nicht ohne Einfluß auf unsere Beziehungen zum Auslande bleiben und mußten namentlich auch unsere Stellung zu derjenigen Macht verändern, mit welcher wir gegenwärtig im Kriege begriffen sind. Schon die „Times" vom 18. Mai weisen darauf hin, daß die Frankfurter Versammlung und das Frankfurter „Gouvernement", nachdem Preußen und Oesterreich zurückgetreten, von auswärtigen Mächten nicht mehr als die Repräsentanten des deutschen Bundes und die gesetzlichen Nachfolger des Bundestages anerkannt werden können, und finden in der Abreise Lord Cowley's mehr als einen zufälligen Umstand. In der That ist auch die deutsche Centralgewalt gerade in der dänischen Frage aus staatsrechtlichen ebenso wie aus Gründen der Zweckmäßigkeit für die Entscheidung kaum mehr als competent oder sie anzurufen zu betrachten. Der § 4 des Gesetzes vom 28. Juni „über Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland" bestimmt:

> „Ueber Krieg und Frieden mit auswärtigen Mächten beschließt die Centralgewalt im Einverständniß mit der Nationalversammlung."

Dieses „Einverständniß mit der Nationalversammlung" ist gegenwärtig nicht herbeizuführen, weil die Nationalversammlung nicht mehr existirt. Preußen wenigstens, welches seine Abgeordneten zurückberufen und die Gründe dargelegt hat, aus welchen es die Versammlung für aufgelöst betrachten muß, könnte eine etwaige Einigung zwischen der Centralgewalt und den jetzt noch fortlagenden Mitgliedern der Versammlung nicht für das vom Gesetz geforderte „Einverständniß" halten, ohne mit sich selbst in Widerspruch zu gerathen. Eben so wenig würde es sich für befugt oder gar verpflichtet halten können, die etwa einseitig von der Centralgewalt gefaßten Beschlüsse als maßgebend anzuerkennen und zur Ausführung zu bringen. Solche Beschlüsse würden auch staatsrechtlich jeder Garantie entbehren; denn

die Anordnungen des unverantwortlichen Reichsverwesers erhalten nur Giltigkeit durch die Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers. Die Minister sind verantwortlich der Nationalversammlung. Diese Verantwortlichkeit hat aber keinen Sinn, sobald die Nationalversammlung nicht mehr besteht. Wollte also Preußen die Leitung derjenigen auswärtigen Angelegenheiten, bei welchen es selbst so wesentlich betheiligt ist, in den Händen der Centralgewalt lassen, so hätte es nur die Wahl, sich entweder den Beschlüssen einer von ihm selbst verborrercirten Versammlung oder dem absoluten Willen des Reichsverwesers unbedingt unterzuordnen. Keines von beiden wird man Preußen heute zumuthen wollen. Auf die Gründe der Zweckmäßigkeit näher einzugehen bedarf es kaum. Verhandlungen, deren Hintergrund die Entscheidung durch das Schwert bildet, bedürfen einer festen einheitlichen Leitung. Entschluß und Ausführung müssen bei ihnen eins sein. Durch jede Zögerung, durch jedes Schwanken und Hinhalten wird dem Feinde nur Vorschub geleistet. Es gilt jetzt mit der größten Energie und dem unbedingtesten Kraftaufwande die dänische Frage entweder auf dem Wege der Unterhandlung oder auf dem des Krieges schleunigst zu einem Ende zu führen, wie Deutschlands Recht und Deutschlands Ehre es fordern. Vertrauen wir, daß Preußen, welches unter dem dänischen Kriege zwar am meisten gelitten, aber auch das Schwert zuerst für Deutschland aus der Scheide gezogen hat, bei den jetzigen Friedensunterhandlungen Deutschlands Ehre, wie seine eigene zu wahren wissen wird.

Breslau, 24. Mai. Der Kaiser von Oesterreich ist von Warschau wieder zurückgekehrt. Heute früh 4 Uhr traf derselbe mittelst Eisenbahn in Myslowitz ein und setzte nach kurzem Aufenthalte seine Reise über Kosel und Oderberg fort. In Myslowitz hatte sich vorher der interimistische Commandirende von Schlesien, Generallieutenant v. Lindheim, mit mehreren Offizieren seines Stabes eingefunden, um den Kaiser zu begrüßen. Bis Oderberg gab derselbe dem hohen Reisenden das Geleit und ist bereits heute Nachmittag wieder hier eingetroffen. (Schl. Z.)

** **Wetzlar**, 28. Mai. Die so oft erwähnte Aufstellung eines Observationscorps im hiesigen Kreise in der Stärke von über 7000 Mann, findet nunmehr darin ihre Bestätigung, daß jetzt die auf dem Marsche begriffenen Truppentheile, nämlich das 8. Cuirassierregiment, 2 Escadrons des 12. Husarenregiments, 1½ Batterien der 4. Artilleriebrigade und das 31. Infanterieregiment hier angesagt sind. Alle diese Truppen kommen uns über Grünberg zu.

München, 26. Mai. In Folge der in der Pfalz ausgebrochenen Bewegung hatte eine Anzahl pfälzischer Studenten unsere Stadt verlassen, um sich der dortigen Bewegung anzuschließen. Vier derselben sind bereits hier wieder eingetroffen und machen die kläglichste Schilderung der dortigen Zustände. Sie wollen mit dem Gesindel, das dort den Herrn spielt, nichts zu thun haben. Die Demoralisation unter den eidbrüchigen Truppen hat den höchsten Grad erreicht. Sie commandiren, nicht ihre Offiziere! Die übrigen Studenten, welche noch nicht aus der Pfalz zurückgekehrt sind, werden gleichfalls einzeln wieder hierher nachkommen. Es verbreitet sich nach Aussage der Rückkehrenden binnen sehr kurzer Zeit eine gewaltige Contrerevolution in der Pfalz vor. (N. M. Z.)

Man behauptet heute in militärischen Kreisen, daß der Kriegsminister v. Lerchenfeld zurücktreten beabsichtige, und nennt den seit einigen Tagen hier anwesenden Generalmajor von Zlotow als dessen Nachfolger. Sämmtliche Minister haben diesen Mittag einer Sitzung des Staatsraths beigewohnt, in welcher die deutsche Verfassungsangelegenheit Gegenstand der Berathung und Beschlußfassung war. Von den Abgeordneten der Pfalz sind dermalen nur noch sechs in unserer Stadt, diese aber werden unter allen Verhältnissen hier bleiben, während einige andere ihrer Collegen im Laufe der nächsten Woche schon hierher zurückkehren wollen.

Im Lager von Donauwörth scheint die Ordnung vollständig zurückgekehrt zu sein. (A. Z.)

Würzburg, 28. Mai. Vorgestern Abend 6 Uhr kamen die Studenten, die aus Wertheim noch bis Eichel feierlich waren begleitet worden, hierher zurück. Fast sämmtliche Professoren an der Universität, eine Deputation des Stadtmagistrats, der Landwehr, die Liedertafel und eine Unzahl von Einwohnern hiesiger Stadt aus allen Ständen war ihnen bis an den Zeller Felsenkeller entgegengekommen. Von dort aus bewegte sich der feierliche Zug, an dessen Spitze ging der Reiter, zwischen dem deutschen Banner und der Universitätsfahne durch die Stadt, welche (namentlich die Domstraße) wegen des Empfanges der lieben Ankömmlinge geschmückt war. Sowohl vorgestern als gestern Abend fanden wegen dieser glücklichen Rückkehr der Studenten heitere Feste im Theatergarten statt.

Nürnberg, 26. Mai. Gestern Nachmittags 4 Uhr rückte das 1. Jägerbataillon (frühere Garnison Burglauten), aus dem Lager bei Donauwörth kommend, in Fürth ein, woselbst es vor der Hand bleiben wird. Seine Stärke beträgt über 900 Mann. Der vom 5. Inf.-Regim. als Commandant zu diesem Bataillon versetzte Obristlieutenant Wanz hat das Commando desselben übernommen. Es soll in unserer Gegend ein Armeecorps von 15,000 Mann zusammengezogen werden, dessen Bestimmung jedoch noch nicht bekannt ist. Man will diese Concentrirung mit der Annäherung eines preußischen Armeecorps durch Thüringen in Verbindung bringen. (N. C.)

) **Von der badischen Grenze**, 27. Mai. Aus guter Quelle kann ich die Nachricht mittheilen, daß das an der badischen Grenze aufgestellte württembergische Truppencorps vorerst nicht offenbar verrathen wird, indem man jedenfalls den Zusammentritt der von der provisorischen Regierung auf den 10. Juni einberufenen constituirenden Landesversammlung abwarten zu wollen scheint (!), ehe man bewaffnet einzuschreiten gedenkt, indem man überzeugt ist, von dieser Versammlung werde die Zurückberufung des Großherzogs verlangt werden. Viele Soldaten bringen ungestüm darauf. Falls jedoch die Landesversammlung sich für die Republik erklären sollte, so sind die benachbarten Staaten entschlossen, mit den Waffen in der Hand den frühern politischen Zustand in Baden wieder herzustellen. Obschon wenn es zum Kampf kommen sollte, Baden und die bayerische Pfalz eine bewaffnete Macht von über 100,000 Mann stellen kann, so glaubt man doch allgemein, daß dieselbe einer kaum halb so großen Militärmacht gegenüber schon deßhalb erliegen würde, da es ihr an jeder einsichtsvollen Leitung fehlt, und dieselbe keinen einzigen tüchtigen, practisch erfahrenen Oberanführer zählt, auch die niederern Offiziere die für einen Feldzug nöthigen Kenntnisse durchaus nicht besitzen. Mehrere Versuche der provisorischen Regierung, polnische und schweizerische Offiziere für die Volkswehr zu gewinnen, sind gescheitert. Bloß einige schweizerische ältere Offiziere sollen zugesagt haben. Auch 500 schweizerische Scharfschützen sollen bereit stehen und den Ruf der provisorischen Regierung erwarten.

* **Freiburg**, 27. Mai. Diesen Morgen ist ein Bataillon des hier liegenden Militärs nach dem Seekreis marschirt. Heute Vormittag wurde dem hiesigen zweiten Infanterieregiment sein neuer Commandant, Major Thomä von Rastatt, vorgestellt. Sämmtliche Soldaten tragen auf ihrer Kopfbedeckung rothe Federn. — Der Civil- und Militärcommissär für den Oberrheinkreis, Heunisch, warnte unterm Gestrigen alle politischen Gegner, sich jeder Umtriebe gegen die neue Regierung zu enthalten. Der größtentheils aus Professoren bestehende Redactionsausschuß der „Freiburger Zeitung" ist in Folge der neuen Bewegung zurückgetreten und wird das Blatt künftig eine andere Richtung als die bisherige verfolgen. Dr. Kreutzlein wird die Redaction behalten.

* **Darmstadt**, 28. Mai, Abends. Heute Nachmittag wurde es plötzlich wieder recht kriegerisch lebendig hier. Das 2. Bataillon des noch hier stehenden 1. Infanterieregiments erhielt ganz unvermuthet Marschordre. Auf der Eisenbahn zog eine Abtheilung unserer reitenden Artillerie und Cavallerie von Frankfurt vorbei nach der Bergstraße. Um 6 Uhr Abends brach das Bataillon, 1200 Mann stark, gefolgt von einer andern Abtheilung Artillerie und Reiterei, von hier auf. Die Truppen zeigten sich vom besten Geiste beseelt und voll Kampfeslust. Auf dem Paradeplatz am Schlosse vorbeimarschirend brachte jede Compagnie dem Großherzoge und der Großherzogin, welche sich auf dem Balkon des Schlosses befanden, laute und herzliche Lebehochs. Auch eine Abtheilung Pioniere mit Pontons ist den Truppen gefolgt. Man glaubt, daß die Expedition gegen Worms gerichtet sei, um diese Stadt wieder von den aus der bayerischen Pfalz eingedrochenen Freischärlern zu säubern, und vermuthet, daß dieser Angriff von der andern Seite her durch norddeutsche Truppen unterstützt werde. Es dürfte sich dann bald zeigen, ob Herr Blenker und seine Freischaaren braven Männern gegenüber so tapfer sind, als sie unschuldige Weiber und Kinder zu ängstigen und sich fremden Eigenthums zu bemächtigen verstehen. Sie sollen nämlich, wie hier allgemein versichert wird, viel Unfug angerichtet, sich des ärarischen Eigenthums in der Caserne bemächtigt, die zurückgebliebenen Offiziers- und Soldatenfrauen gröblich insultirt haben ꝛc. Mehrere sind hierher geflüchtet. — Die Communication zu Wasser und Lande mit Baden ist jetzt sehr erschwert und strenger Controle unterworfen. Die Dampfschiffe dürfen zu Berge nur bis Gernsheim und von da dann wieder zurück fahren. Aufwärts nach Mannheim hin und abwärts von da wird die Fahrt diesseits nicht gestattet. Welche empfindliche Störungen und großen Schaden bringt dieser unnöthige badische Aufstand schon dem Verkehr! Man hofft hier, wo sich ihm die öffentliche Meinung täglich entschiedener feindselig ausspricht, daß ihm recht bald ein Ende werden wird. — Der heute Morgen von der Bergstraße unter Gensdarmeriescorte gefänglich eingebrachte Buchhändler Leske ist am Nachmittag seiner Haft wieder entlassen worden. — Von Frankfurt ist den Abend spät noch eine Abtheilung unserer Ehev aurlegers hier eingerückt. Patrouillen durchziehen die Straßen der Stadt und Umgegend, doch herrscht hier fortwährend tiefe Ruhe und von unsern Demokraten merkt man wenig.

Kiel, 25. Mai. Gestern Nachmittag hörte man hier seewärts Stunden lang heftigen Kanonendonner. Schon ward vermuthet, die dänische Blokade-Escadre sei mit unsern Kanonenbooten zusammengerathen und harrte begierig der Resultate eines Seegefechts, als man vernahm, daß die dänischen Kriegsschiffe sich damit amüsirten, nach den deutschen Vorposten auf Bülk und Dänisch-Nienhof zu schießen u[nd] ganze Lagen auf sie loszufeuern. (B. H.)

Flensburg, 24. Mai. Mit dem größten Theil sein[es] Corps ist der General Rye vollständig von den gewöhnlichen Einschiffungsplätzen abgedrängt, doch soll die v[on] ihm hinter Sonderborg genommene Stellung eine von N[a]tur sehr feste sein, und wird es an der Nachhilfe durch d[ie] Kunst hier ebensowenig als bei Beile gefehlt haben. Sch[on] vor einigen Jahren in die dortige Gegend von Offizier[en] im Auftrage des dänischen Generalstabs, welcher der Wi[ch]tigkeit dieser Position für einen Rückzug durch Jütland [zu] kannt hatte, genau aufgenommen worden. Es wird dah[er] wohl kaum mit Grund getadelt werden können, wenn [es] gegen den General Rye operirende Corps nicht schon w[ei]ter vorgedrungen ist. (K. Cb.)

Aus **Jütland**, 23. Mai. Heute Nacht hat der Dän[e] einen Versuch gewacht, die Position beim Blockhause wi[e]der zu nehmen. Es ritt der Stab (der General war nic[ht] dabei) in Folge des Gewehrfeuers schon um 1 Uhr Mo[r]gens nach der bedrohten Gegend. Der Feind wurde g[e]gen Tagesanbruch zurückgeschlagen und hat ohne Zweifel starken Verlust gehabt. (Bei dieser Gelegenheit war es, wo der Hauptmann v. Delius tödtlich verwundet wurde.) Am Ufer [der] Fühnen stehen 5 dänische Batterien, welche auch den ganzen Morgen Bomben warfen. — General Bonin hat [am] 22. aus dem Hauptquartier Taarup einen Tagesbefehl erlassen, in welchem die Wegnahme des Blockhauses kundgemacht und der Premierlieutenant Christiansen von der Artillerie, sowie der Hauptmann v. Krohn vom 4. Bataillon besonders belobt werden. Ebenfalls wegen Auszeichnung bei dieser Gelegenheit sind der Kanonier Kühl und der Unteroffizier Malitzky von den Pionieren zu Fähnrichs befördert worden. — In demselben Tagesbefehl wird ein dreitägige Trauer bei der 2. Infanteriebrigade für den an seinen Wunden verstorbenen Commandeur derselben, Oberst v. Sachau, angeordnet. (N. fr. Pr.)

Die „Lüb. Ztg." meldet unter der Rubrik Kopenhagen vom 24. Folgendes: Von Sonderburg schreibt man: „Wir befinden uns in seiner angenehmen Lage, da wir die Feinde beschäftigt sehen, ihre Schanzen zu verbessern; doch was uns am meisten beunruhigt, ist die Nachricht, welche unsere einquartierten Artilleristen mitbringen, daß sie Befehl erhalten haben, nicht auf den Feind zu schießen, auch dann nicht, falls er wieder beginnen sollte, die Stadt zu bombardiren. Viele Einwohner flüchten mit ihrer besten Habe aus der Stadt, um wenigstens aus der Schußweite der Feinde zu sein.

Ungarn.

Tyrnau, 19. Mai. Nach lange anhaltendem Schießen mußten die Insurgenten endlich Freistadtl verlassen, worauf sogleich die Brücke geschlagen wurde und die diesseit gelegene Brigade um Mittag in Freistadtl ihren Einzug hielt. In unserer Stadt ist seit den Durchzügen der kaiserlichen Truppen (gestern und heute marschirten zwei Cuirassierregimenter hier durch) ein reges Leben. (Prd. Z.)

Das Ueberschreiten der Waag durch die kaiserl. Truppen an einem Orte, den die Insurgenten aus bekannten Gründen verließen, und die Besetzung von Freistadtl ohne Schwertstreich bringen das Feld der Operationen in eine neue Phase. Auch in der Schütt sind bedeutende Veränderungen vorgegangen, die Insurgenten haben sich, Abor verlassend, bis gegen Komorn zurückgezogen. Die geräumten Ortschaften wurden von den Unsrigen stehenden Fußes besetzt. Die Räumung so vieler Ortschaften und so fester Positionen ist zwar nichts Unerwartetes bei den Insurgenten, läßt aber gegenwärtig einzig er auf dringende Ereignisse im Norden oder auf den Vorsatz einer engern Vereinigung Ofens schließen. (Pr.)

Dembinski ist seit einigen Tagen das Thema der Gerüchte. Als authentisch wird erzählt, er hält mit einer Reiterschaar von 15,000 Mann die gallizische Grenze bei Dukla und Gorlic überschritten, um das Land zu insurgiren. Die Weigerung der Husaren und Honvéd, ein fremdes Territorium zu betreten, scheint sich hiernach vollkommen zu bestätigen.

Gallizien.

Brody, 20. Mai. Vorgestern sind die letzten größern Russenzüge durch unsere Stadt passirt, kleinere Truppenabtheilungen werden wohl noch folgen. Im Ganzen kamen gegen 25,000 Mann, worunter 5000 M. Cavallerie, durch, außerdem 64 Kanonen, meistens von schwerem Kaliber, und eine Menge Bagage- und Munitionswagen. (L. Bl. a. B.)

Verantwortlicher Redacteur: Dr. D. Müller.

Cours der Staats-Papiere. 29 Mai 1849 (Schluss der Course.)

	pCt.	Papier	Geld.			pCt.	Papier	Geld.
Oesterreich. Metalliq.-Obligat. .	5	5⅜	73½	Warschau.	Obligationen à Rthlr.	4½	75	74½
» dito dito . .	4	55⅛	5	»	Neue Warschauerg.	4½	52½	51½
» dito dito . .	2½	3 1/16	39	Toscana	Obligat. d. Nothsch.	5	80	79½
» Bank-Actien à D.		10 0	1095	»	à 25 Loose		20⅝	20⅛
» à 250 fl. ganz u. Hoch.		74⅛	73⅝	Frankfurt	Obligationen . .	5	78	77½
» à 100 » dito		1 3	1 2½	»	dito v. 1849	5½	53	52½
» Lothmann Obligat.	4½	66½	—	»	dito v. 1846	5½	49⅝	48⅝
» dito dito	3	61	—	»	Taunusbahnaktien .		171	169
Preussen	Staatsanleihscheine	3½	80⅜	80⅛	Holland	Integrale	2½	49⅛	48
»	Prämienscheine . .		—	101	»	Holländische . . .	4	—	97
Bayern .	Obligationen . . .	5½	76	75½	»	Syndicats	2½	—	73
Darmstadt	à 50 Loose . . .		64⅝	64	Spanien	Arrérés, incl. 16 Cp.	5	—	—
»	à 25 dito		20⅜	20½	»	innere Sch. neue Ord.	3	23½	23⅛
»	Obligationen . . .	3½	77½	77	Portugal	Coupons Lst. à 2 12	6	—	120
»	dito	4	84⅛	84	Polen	à 300 Fl. Loose Rth.			9⅝
Baden .	Obligationen v. 1849	3½	72½	72	»	Obligationen à 5 500	4	72	71
»	à 50 Loose v. 1845		47	46½	Russland	in S. R. u. Conv. etc.	5	—	81
»	à 35 Loose		25⅜	25⅛	»	ditto b. Stieglitz et C.	5	—	106½

Gold.	Lr.	kr.	Silber.	Lr.	kr.	Diverse Actien u. Loose.	Brief	Geld
Pistolen	9	53	Geld al Marco .	233	—	Kurhessische Loose . . .	27½	26½
Pr. Friedrichsd'or	9	53	Laubth., ganze .	—	—	Sardinische Loose . . .	25½	25½
Holl. 10 fl. Stücke	10	7	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten .	5	40	5 Frankenthaler .	—	—	Cöln-Minden	77½	76½
20 Francsstücke	9	41	Hochhaltig Silber	24	20	Ludwigsh.-Bexbach .	67½	66½
Engl. Souvereins	12	5	Courig. u. mittelh.	24	20	Prinz-Wilhs.-Nordbahn	84½	83½

Wechsel-Cours.

26 Mai	Papr.	Geld.
Amsterdam (k. S.	101½	—
(100 fl. Cour.)	—	100⅞
Augsburg (k. S.	—	11
(100 fl. Cour.)	—	—
Berlin . . (k. S.	—	1
(50 Thlr.)	—	—
Bremen (50 Rthlr.	—	99½
Breslau (50 Rthlr.	—	—
Hamburg . (k. S.	8	—
(100 Mk. Bco.)	—	77½
Leipzig (50 Thlr.) (k. S.	—	100½
London . . (k. S.	121½	—
(10 Liv. St.)	—	120⅛
Lyon . . . (k. S.	95½	—
(300 Fr.)	—	—
Mailand (250 Lr.	100½	—
Lir. Austr.)	—	—
Paris . . . (k. S.	95½	95¼
(300 Fr.)	—	—
Wien (150 fl.	100	—
in 20 Fr.	—	—
Disconto . . .	—	4½

A. Strübach, bestr. Makler.

Nach der Börse: 2½ pCt. Pfdbr. — 5 pCt. Span. Int. — Taunusbahn-Actien (pr. Ult.) — Ludw.-Bexb. — F. W.-Nordb. — G.

Druck von August Osterrieth.

№ 127. —— Mittwoch —— den 30. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksgebiet von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bayern fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Vermaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: P. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 37. — Für England und überseeische Länder: Loysel u. Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: P. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth No. 37.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 34. Essex Street. Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmid in Wien, Langemarie Nr. 356; 2) das Comptoir der Zeitungsnachrichtung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 72a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostamts-Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

§ **Altona**, 25. Mai. Aus den vielen verläßlichen Details, welche uns vom Kriegsschauplatze vor Fridericia zugehen, geht so viel hervor, daß das am 32. d. eroberte dänische Blockhaus vor der Festung insofern entschieden für das endliche Resultat der gänzlichen Einnahme Fridericias ist, weil dieses Blockhaus den Dänen nicht mehr wie bisher zu beabsichtigten Ausfällen aus der Festung als Stützpunkt dienen wird. Leider ist dies mit dem Tode eines der tüchtigsten Offiziere der schleswig-holsteinischen Armee erkauft werden, nämlich der Chef des Generalstabs, Hauptmann v. Detius fiel bei dieser Affaire, während die Unsrigen an Mannschaft durchaus weiter keinen Verlust erlitten. Ein so eben der Statthalterschaft zugegangener Corpsbefehl aus dem schleswig-holsteinischen Hauptquartier lautet wie folgt: „Taarup, 22. Mai. Heute nach Tagesanbruch ist das Blockhaus vor Fridericia durch einen Theil der belagernden Artillerie beschossen und durch Mannschaften der ersten Infanteriebrigade in Besitz genommen worden; indem ich dies den Truppen mittheile, gebe ich dem Premierlieutenant Christiansen der Artillerie, welcher in der Batterie commandirte, und dem Hauptmann v. Krohn des 4. Bataillons, welcher mit Mannschaft des 4. Bataillons zuerst ins Blockhaus drang und einen Theil der Besatzung gefangen nahm, ein öffentliches Anerkenntniß ihres tüchtigen Verhaltens. Auch erwähne ich den Kanonier Kühl der Artillerie, der sich durch Umsicht und Thätigkeit während der Beschießung von Fridericia ausgezeichnet, zum Fähndrich. Der Unteroffizier Malichipky der zweiten Pioniercompagnie wird zum Fähndrich ernannt. v. Bonin." Der Commandeur der zweiten schleswig-holsteinischen Infanteriebrigade, Oberst v. Sachau, starb an einer in der Schlacht bei Kolding am 23. v. M. erhaltenen Schußwunde. Daß der dänische General Rye in seiner Stellung bei Skanderborg von den Reichstruppen umzingelt und eingeschlossen ist, wird Ihnen wohl bereits bekannt sein. Heute hier angekommene Kranke und Verwundete von Beile erzählten, sie hätten dort das Lazareth räumen müssen, weil Verwundete von Skanderborg u. s. w. erwartet wurden und etliche verwundete Damen seien vor ihrer Abreise schon gekommen. Dies deutet darauf hin, daß dort ein entscheidendes Gefecht mit den Dänen sich ereignen werde, worüber indeß die nächste Feldpost wohl vollständigen Aufschluß zu geben im Stande sein wird. — Die letzt hier angekommenen dänischen Blätter sind wegen der Art, wie sie die einzuleitende Friedensangelegenheit besprechen, diesmal besonders interessant und beachtenswerth. „Fädrelandet" hält die diplomatische Sendung des Kammerherrn v. Reedz nach Berlin für eine weise und kluge Maßregel der dänischen Regierung; denn Reedz, heißt es, habe die Instruction erhalten, mit einem etwa eintreffenden Sendboten der „Aufrührer" nicht in Unterhandlungen sich einzulassen, sondern allein mit den Commissarien der preußischen Regierung und der der andern Königreiche, welche die deutsche Reichsverfassung nicht anerkannt, in Verbindung zu treten. Uebrigens könne, fährt das Blatt fort, unter den gegenwärtigen Verhältnissen Deutschlands und Europa's nicht von einem definitiven Frieden, wohl aber, vorausgesetzt, daß Dänemarks Feinde dazu geneigt wären, von einer vorläufigen Uebereinkunft die Rede sein, welche die schließliche Lösung bis zu einer günstigeren Zeit aussetze. Hinsichtlich der Blokade bemerkt dies Blatt sehr naiv, daß es doch noch eine große Frage sei, ob der Feind nicht durch Auspressung Jütlands Dänemark eine tiefere Wunde beibringen könne, als Dänemark demselben durch die Blokade. Die „Berlingsche Zeitung" will genau wissen, daß die jetzt vorgeschlagene Friedensbasis ziemlich mit dem früher gestellten dänischen Ultimatum übereinstimme. Die Vorschläge der Statthalterschaft, wie sie in dem bekannten Manifeste niedergelegt wurden, werden schnöde zurückgewiesen, weil mit der „aufrührerischen Regierung" nicht zu unterhandeln ist. Die Landesversammlung wird wahrscheinlich gleich nach Pfingsten zusammentreten. Wie wir hören, soll sich namentlich der Präsident derselben, Herr Bargum, der sich augenblicklich in Schleswig befindet, für den baldigen Zusammentritt ausgesprochen haben.

Unter den vielfach einander durchkreuzenden Friedensgerüchten ist auch folgende, der „N. fr. Pr." aus Schleswig zugegangene Mittheilung: Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle aus London, daß in den dortigen einflußreichen Kreisen und bei den Parlamentsmitgliedern nach den Siegen bei Ekernförde und Kolding die Stimmung gänzlich zu Gunsten der schleswig-holsteinischen Sache umgewandelt ist. Einen Friedensabschluß stellt man dort in nahe Aussicht und spricht von Unzertrennlichkeit der Herzogthümer, Anerkennung der schlesw.-holstein. Flagge seitens Dänemarks und Bewilligung freier Ein- und Ausfahrt unserer Schiffe in dänischen Häfen als Grundbedingungen des Vertrags. Es ist klar, daß die erste Hauptbedingung so allgemein, wie sie hier gestellt ist, gar keine Bedeutung für uns haben kann, da die Unzertrennlichkeit des Landes erst dadurch Werth für uns erhalten kann, daß wir wissen, es werde das Land zugleich in engster Verbindung mit Deutschland stehen und außer politischer Verbindung mit Dänemark gesetzt werden. So viel scheint aber doch gewiß zu sein, daß Lord Palmerston die dänischen Vorschläge zu einem langwierigen Waffenstillstand, dessen Grundlage eine Theilung des Herzogthums Schleswig ist, nicht unterstützen wird.

Kopenhagen, 24. Mai. Der Artikel der „Berlingschen Zeitung" über die Sendung des Kammerherrn Reedz nach Berlin lautet wie folgt: „Die Sendung des Kammerherrn Reedz nach Berlin ist, wie wir erfahren, veranlaßt durch eine Einladung der preußischen Regierung, welche dahin ging, es möge von dänischer Seite möglichst schnell ein Bevollmächtigter dahin abgesandt werden, um wo möglich mit dem zugleich ernannten preußischen Bevollmächtigten sich über Präliminarartikel zu einigen, welche, nach London geschickt, unter Auspicien der vermittelnden Mächte zur Grundlage eines definitiven Friedens dienen könnten. Der Kriegsminister und sein Adjutant sind nach einigen Tagen Aufenthalt in Fridericia wieder hier angekommen.

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 29. Mai. Sonntag den 6. d. M. hielt die Senckenbergische naturforschende Gesellschaft ihre siebenundzwanzigste öffentliche Sitzung zur Jahresfeier, nachdem im verwichenen Jahre letztere wegen einer der öffentlichen Verhältnisse halber nicht zu bezweifelnden Herabstimmung der Theilnahme war ausgesetzt worden. Wenn auch nun der Mai 1849 noch nicht den Moment bezeichnet, wo nach abgekühlter politischer Aufregung die Naturwissenschaft für Viele wieder anziehend geworden, so hatte sich die Jahresfeier der Gesellschaft eines, wenn auch nicht wie früher sehr zahlreichen, doch unter den obwaltenden Umständen immer erfreulichen Besuches zu rühmen. Se. kaiserliche Hoheit der Herr Erzherzog Reichsverweser, sowie die beiden regierenden Herren Bürgermeister beehrten die Feier mit ihrer Gegenwart. Der erste Director, Herr Dr. Mappes, benutzte die aus Veranlassung der in diesem Jahre abermals stattgehabten Zuerkennung des Sömmerringischen Preises sich bietende Gelegenheit, um die Entstehung dieses Preises und die früheren Ertheilungen desselben an deutsche Gelehrte den Anwesenden in das Gedächtniß zurückzurufen und daran die Mittheilung zu knüpfen, daß derselbe diesmal (in der Gesellschaftssitzung vom 7. April dieses Jahres) dem berühmten Physiologen Herrn Professor Rudolph Wagner in Göttingen zuerkannt worden sei. Sodann unterhielt Herr Dr. med. Lucae die Versammlung mit den socialen Verhältnissen der Thiere, nachdem Herr Dr. Stiebel senior einen einleitenden Vortrag dazu gelesen. Zuletzt sprach der zweite Director, Herr Dr. G. Fresenius, über die Dronte, didus ineptus Linn., welcher vor 150 Jahren ausgestorbene Vogel wegen neuerer Forschungen gegenwärtig wieder das besondere Interesse der Naturforscher in Anspruch nimmt, und schloß mit dem Bericht über den Zustand und die Leistungen der Gesellschaft seit der letzten Jahresfeier. Nach der Sitzung vereinigte sich noch ein kleiner Kreis von hiesigen und auswärtigen Mitgliedern zu einem Mittagsmahle auf der Mainlust. — Möchte das Maifest der Senckenb. naturf. Gesellschaft, wie so oft in früherer Zeit, auch künftig immer freudig begrüßt und durch feindliche Störung beeinträchtigt werden; möchte unserem Vaterland recht bald der Friede wiederkehren, ohne welchen weder Handel und Gewerbe, noch die Wissenschaften einen gedeihlichen Fortgang nehmen können!

** **Frankfurt**, 30. Mai. Gestern Abend ist mit dem Bahnzug von Mainz ein zweites Bataillon mecklenburger Infanterie angelangt, von dem hier liegenden Generalstab und dem Musikcorps des 38. preußischen Regiments durch die Stadt geleitet worden und sofort nach Offenbach marschirt, wo dasselbe bis auf weiteres Quartier bezogen hat. Das gestern früh hier vorbeipassirte mecklenburger Gardebataillon ist nicht nach der badischen Grenze abgegangen, sondern in Langen, der nächsten Station auf der Straße nach Darmstadt, einquartiert worden, um in den nächsten Tagen hierher verlegt zu werden und einen Theil unserer Besatzung zu bilden. Im Lauf des heutigen Tages werden vier Schwadronen mecklenburgischer Dragoner hier erwartet. Heute in der Frühstunde hat uns die letzte hier noch befindlich gewesene Abtheilung großh. hessischer Ehevauxlegers und reitender Artillerie verlassen, um nach der hessisch-badischen Grenze abzugehen.

† **Wien**, 25. Mai. Im Prager Gemeinderath ist beschlossen worden, wiederholt eine Deputation an den Kaiser zu senden, mit der Bitte um schleunige Einberufung des böhmischen Landtages, um so mehr, da dieser Petition 52 Gemeinden Böhmens sich angeschlossen haben. — Das Prager Stadtverordnetencollegium hat bereits einem Juden das Bürgerrecht verliehen. Es ist der Stadtverordnete von Läml, welcher dieses Recht genießt. — Der während der Octobertage in Gesellschaft von Blum, Fröbel und Hartmann hier anwesende deutsche Reichstagsabgeordnete Trambusch, soll dieser Tage in Salzburg verhaftet worden sein, weil er daselbst auf öffentlichem Platze aufreizende Reden hielt, und nach Wien gebracht werden.

Das russische Officiercorps gab am 21. Mai im Redoutensaale in Hradisch einen festlichen Ball zur Erinnerung an die gastfreundliche Aufnahme der russischen Truppen von Seite der dortigen Einwohner. Zu diesem Balle waren sämmtliche Behörden und sonst ausgezeichnete Personen eingeladen.

Das Schloß auf der erzbischöflichen Herrschaft Müran bei Mügliz in Mähren, bisher eine Strafanstalt für Geistliche, soll nun als Gefängniß für Verbrecher benutzt werden. 800 Sträflinge des Spielbergs sollen dahin bestimmt sein.

Der Banquier Sina erhielt am 13. d. eine Zuschrift von der ungarischen Regierung, die ungefähr so lautete: Da die Gräfin Czaky sich um das Vaterland sehr verdient gemacht hat, so wolle ihr die ungarische Nation eine Nationalbelohnung übergeben, und da er — Baron Sina — sich gar nicht um Ungarn verdient gemacht, so sei dazu seine große Herrschaft bestimmt und der Gräfin Czaky bereits übergeben worden. Er solle sich daher nie mehr unterfangen, irgend einen Anspruch auf diese Herrschaft geltend machen zu wollen und sich im Uebrigen für die Zukunft besser verhalten, da er noch anderweitige Herrschaften in Ungarn besitze. — F.M. Radetzky hat die nach Mailand geschickten Schlüssel der Stadt Bologna dem Papste nach Gaeta überschickt. — Die Königin von Griechenland mit einem Gefolge von 15 Personen wird am 26. d. in Triest erwartet, von wo sie die Reise über Wien und Berlin nach Oldenburg fortsetzen wird. — F.M.L. Graf Wallmoden-Gimborn von Prag kommt zur Armee nach Ungarn, Baron Bechtold von Linz nach Prag und Graf Falkenhayn als Militärcommandant nach Linz. G.M. Kriegern wurde F.M.L. in Ungarn. G.M. Graf Merveldt wurde Oberhofmeister beim Erzherzog Franz Karl.

÷ **Wien**, 26. Mai. In Preßburg ist ein Aufruf zur Vereinigung ergangen, um auf mittelbare oder unmittelbare Weise zur Vernichtung einer verbrecherischen Umsturzpartei zu wirken. Morgen am Pfingstsonntage soll die erste Versammlung im Preßburger Comitatshause stattfinden. Der Aufruf trägt die Unterschriften des höchsten ungarischen Adels als: Graf Moriz Palffy, Graf Karl Appony, Joh. B. Graf Batthyany, Jos. Graf Cziraky, Fr. Graf Zichy, Graf Fr. Dezasse, Fr. Graf Teleky, Paul Graf Zichy, Ant. v. Kuczera, M. v. Janko, Baronin Wohlgemuth, geb. Szirata, Gräfin Antonia Esterhazy, geb. Schröffl, Ignaz Nagy, Gräfin Vict. Keglevich, Gräfin Julie Hunyady, Rosine Gräfin Esterhazy, Alois v. Vital, Gräfin Karolina Grenneville, geb. Esterhazy. Aug. Graf Forgach. Graf Leopold Palffy. Graf Otto Choted. — Es dürfte sich vorzüglich um Herbeischaffung von Leuten, Pferden und Geld handeln. Hierbei stellt sich heraus, daß Graf Stephan Szirmay, der bekanntlich das Freicorps errichtete, bisher der einzige vom ungarischen Adel gewesen sei, welcher begriffen, was dem Interesse des Landes für jetzt und für die Zukunft frommen müsse. Der Gemeinderath Preßburgs hat die in dem Aufrufe angeführten Grundsätze zu den seinigen gemacht und hiernach nähere Anordnungen erlassen. — Um die k. k. Armee in ihren Bedürfnissen sicher zu stellen und vor Vertheuerung zu wahren, sind dem Vernehmen nach 2 Drittheile der in Preßburg und Wieselburg lagernden Getreidevorräthe gegen entsprechende Vergütung requirirt worden.

Kaschau soll von den k. k. und Hermannstadt von den russischen Truppen besetzt worden sein. — An der Börse war heute abermals das Gerücht von der Einnahme Ofens verbreitet, fand aber wenig Glauben, da man mit gleicher apodictischer Gewißheit dasselbe vor acht Tagen gesagt hatte. Ein weiteres Börsengerücht bezeichnete den heutigen Tag als zum allgemeinen Angriff ausersehen; wahrscheinlich begründet sich dasselbe auf die von einem hiesigen Blatte gemachte Mittheilung, daß der russische General Berg und der Kriegsminister Cordon nach Preßburg gereist sind, was auf den Beginn der Operationen hindeute.

Erzherzog Franz Karl und Erzherzogin Sophie werden heute Abend in Schönbrunn erwartet. — Die Feldmarschalllieutenants Theodorovich, bisheriger Corpscommandant, und Baron Trebersberg, Festungscommandant in Esseg, sind pensionirt worden. — Generalmajor von Ullrichshal ist Feldmarschalllieutenant geworden.

In Tirol herrscht seit einiger Zeit unter den Landleuten Unzufriedenheit wegen dem Verbot, Tabak zum eigenen Gebrauch zu bauen, und wegen der eingeführten Getränkesteuer, deren Entrichtung in Passeyr verweigert wurde. Den Unter-Innthalern wurde nun der Tabakbau zum eig-

nen Gebrauch gestattet und eine durchgreifende Aenderung der Getränkesteuer in nahe Aussicht gestellt.

Olmütz, 24. Mai. Von heute an ist die Olmützer „Slovanska Lipa“, welche unter dem Namen „slavischer Leseverein“ Zusammenkünfte hielt, gänzlich aufgehoben und ihr amtlich verboten worden, sich unter irgend einem Namen jemals mehr zu versammeln. Das Vereinslocal ist am heutigen Tage geschlossen worden. (N. Z.)

PC **Potsdam**, 24. Mai. Die Vertreter der verbundenen monarchisch-constitutionellen Vereine haben heute die seit dem 22. d. begonnenen Berathungen beendet. Es waren im Ganzen Abgeordnete von 93 Vereinen anwesend, welche für mehrere hundert einzelne Vereine Vollmacht besaßen. Als Ausdruck der die constitutionelle Partei der gegenwärtigen Stellung des Vaterlandes und der Regierung gegenüber beseelenden Gesinnung und Richtung sind: 1) eine Adresse an des Königs Majestät, 2) eine solche an das Staatsministerium und 3) eine Ansprache an die Soldaten der Linie und der Landwehr beschlossen worden. Diese sofort weit verbreiteten Documente mögen überall als der wahre Ausdruck der Partei betrachtet werden, und dazu beitragen, die sie erfüllende Gesinnung und ihren Muth und Treue weiter zu beleben und zu stärken. Die ferneren Verhandlungen betrafen innere Angelegenheiten der Partei, und haben jedenfalls dazu beigetragen, von der Nothwendigkeit eines einigen, geordneten Zusammenhaltens alle Anwesenden zu überzeugen. Es ist die Constituirung eines Generalcomite's in Berlin beschlossen worden, welches alle Vierteljahre mit Vertretern der Provinzen gemeinsame Berathungen abhalten wird. Ein besonderes Interesse rufen die Verhandlungen über Organ ation der conservativen Presse hervor, und wurde allgemein die Pflicht einer größeren Einwirkung auf die Localblätter anerkannt. Den Schluß der Verhandlungen bildete die einstimmige Erklärung, fest an dem Glauben und an der Mitwirkung für die Herstellung eines einigen, freien und kräftigen Deutschlands halten zu wollen. Das Vertrauen auf die baldige Erfüllung der in dem königlichen Aufruf in dieser Beziehung gegebenen Zusicherungen ließ es unnöthig erscheinen, in diesem Augenblick die Regierung zu weiteren Maßnahmen zu drängen; doch war das Gefühl allgemein, daß der Hammer schon gehoben sei, der die letzte Stunde schlagen werde, und daß die Minuten gezählt seien, in welchen Preußens Entscheidung und That erwartet werden müsse. Mit einem begeisterten Hoch auf des Königs Majestät und des Vaterlandes Heil trennten sich die Männer, welche drei Tage der ernsten Arbeit zu freudigem weiteren Wirken für die heiligsten Güter des Vaterlandes gestärkt und ermuntert hatten.

München, 27. Mai. Der seitherige Staatsminister des Krieges, Generallieutenant v. Lefuire, wurde seines Portefeuille enthoben, und statt seiner der zeitige Stadtcommandant von München, der charakterisirte Generalmajor Lüder, zum Kriegsminister ernannt. Dem Vernehmen nach sollen die jüngsten Vorgänge in Germersheim und Landau diese Portefeuilleveränderung veranlaßt haben. Wie man hört, werden nächsten Dienstag vier Compagnien des hiesigen ersten Artillerieregiments nach Ingolstadt abgehen. Die in hiesigen Blättern verbreitete Nachricht, daß im Lager bei Donauwörth das Standrecht verkündet worden sei, erweist sich als falsch. (In Stuttgarter Blättern, welche alles anwenden, was auf den Geist der Soldaten demoralisirend zu wirken und sie zur Nachahmung des Treubruches der badischen Truppen zu verleiten verspricht, wird gemeldet: „die bayerischen Soldaten haben das Lager bei Donauwörth verlassen und zerstört, und sind bei den Bürgern einquartiert. Die Offiziere haben Reißaus genommen und sich nach Augsburg begeben.“ Da diese Lüge gerade für das Pfingstfest ausgegeben wurde, so konnte man von ihr für den Pfingstmonat immerhin eine glückliche Wirkung erwarten.) (A. Z.)

Neu-Ulm, 24. Mai. Heute veranstalteten die Unteroffiziere des von Augsburg hierher detachirten ersten Bataillons des königl. bayerischen dritten Infanterieregiments (Prinz Karl) eine große Versammlung, an welcher gegen 300 Soldaten Theil nahmen. Es waltete dabei die herzlichste Geselligkeit, und alle waren von der Wichtigkeit eines disciplinirten Heeres in der Jetztzeit begeistert. Nach mehreren geeigneten Toasten ergriff ein junger Unteroffizier, Namens Förg, das Wort, und sprach die treue Gesinnung der Truppen für Bayern, dessen Königshaus und blauweiße Fahne in gewandter Rede aus, welche stürmischen Anklang fand. (A. Z.)

Dresden, 26. Mai. Gestern Abend gegen 10 Uhr wurden wieder mehrere der Gefangenen aus der Frohnfeste, die nicht Raum genug für die Eingebrachten bietet und auch nicht sicher genug für die Schwergravirten erscheint, nach der Reiterkaserne in die Neustadt gebracht. Bakunin war unter ihnen. Als der Beamte ihm ankündigte, daß er seine jetzige Wohnung vertauschen solle, gerieth Bakunin, der sonst so verwegene, entschlossene und schlaue Russe, in eine fast wahnsinnige Aufregung; er schlug mit den Ketten um sich — er ist der einzige Gefangene, dem man für nöthig gefunden Ketten zu geben — und rief aus, man wolle ihn zum Tod führen oder an Rußland ausliefern, das sei der Grund, daß man ihn nächtlich aus seinem Gefängniß wegbringen wolle. Nur mit Mühe konnte der Beamte den wild erregten nach dann auch wieder in eine Art von Muthlosigkeit versinkenden Mann mit der Versicherung beruhigen, daß er nur an einen anderen Aufenthaltsort gebracht, und daß er weder zur Auslieferung noch auch zum Tode abgeführt werden solle. Bakunin ist ein hochgewachsener, sehr kräftiger Mann, mit dunklen aufstehenden Haaren, das blasse Gesicht mit Blatternarben bedeckt. (L. Z.)

Stuttgart, 29. Mai. Der „Schwäbische Merkur“ vom Heutigen enthält Folgendes: Es hat sich im Publikum die Sage verbreitet, daß Se. Maj. der König Willens sei das Land zu verlassen, und an der Spitze preußischer Truppen wieder in dasselbe zurückzukehren, ein Gerücht, welches, wie so manches in beswilliger Absicht verbreitetes, vielfach Glauben gefunden haben soll. Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß der König, Höchstwelcher während zweiunddreißig Jahren unermüdlich seine Pflichten gegen sein Volk erfüllt zu haben die Ueberzeugung hat, gerade in den jetzigen gefahrdrohenden Zeiten einen entscheidenden Grund weiter findet, um in der Mitte seiner treuen Württemberger auf dem ihm von der Vorsehung anvertrauten Posten fest auszuharren, und bis zum letzten Athemzuge zum Wohl seines Volkes thätig zu sein.

Reutlingen, 27. Mai. Ein Extrablatt des „Reutlinger Courier“, ausgegeben am Pfingstsonntag den 26. Mai, theilt die Beschlüsse der Versammlung von Abgeordneten der Vereine, Gemeindecollegien und Bürgerwehren des Landes mit. Sie lauten: 1) Ungesäumte Anerkennung und thatkräftige Durchführung des reichsgesetzlich bereits bestehenden Bündnisses mit allen Reichsländern, also auch mit Baden und mit der Rheinpfalz. 2) Unverzügliche Rückberufung der Truppen aus ihrer Angriffsstellung an der badischen Grenze, und Verweigerung des Ein- und Durchmarsches von Truppen, die nicht auf die Reichsverfassung beeidigt sind, insbesondere Nichteinlassung von solchen Truppen in die Festung Ulm. 3) Alsbaldige Bewaffnung des ganzen Volkes, um jeden Angriff der Reichsfeinde besetzen und jeden deutschen Bruderstamm gegen dieselben schützen zu können. 4) Sofortige öffentliche und feierliche Beeidigung des Heeres, sowie aller weltlichen und geistlichen Beamten. 5) Amnestie für alle politischen Angeschuldigten oder Gefangenen.

Reutlingen, 27. Mai. Die heutige Versammlung war von 49 Oberämtern und von 202 Volksvereinen besucht. Becher präsidirte. Von Baden waren Fickler und Hoff anwesend und forderten zur Unterstützung der badisch-deutschen Sache auf. Die Abgeordneten vom schwäbischen Oberland und vom Schwarzwald sprachen sich am radicalsten aus. Die heutige Versammlung hatte einen entschieden deutschen, schwarz-roth-gelben, aber keinen ungesetzlichen oder rothen Charakter. Die schwäbische Natur ist nicht überstürzend, aber fest, das hat sich auch heute bewährt und wird sich morgen wieder bewähren. Von den 64 Vertrauensmännern, die die Wünsche der hiesigen Versammlung der Kammer der Abgeordneten und dem Ministerium überbringen sollen, wurden heute noch 49 gewählt, die übrigen werden theils morgen, theils durch die Volksvereine der hier nicht vertretenen Oberämter in den nächsten Tagen gewählt werden.

Reutlingen, 27. Mai. Die Versammlung der Vereinsabgeordneten war sehr zahlreich aus allen Gegenden des Landes, auch Baden, Hechingen und Sigmaringen, besucht. Die Versammlung selbst war, trotz der energischen Versuche des Vorsitzenden Becher, nach Form und Inhalt, nach Art des polnischen Reichstags. So viel ist indessen klar, daß die Bewegung, wie sie von der hiesigen Versammlung angefangen und fortgesetzt werden will, jedenfalls über das Ministerium Römer hinaus geht. (S. M.)

Hannover, 26. Mai. In der gestrigen Versammlung des deutschen Vereins wurde beschlossen: 1) Eine Aufforderung an die Curien der Städte und Landgemeinden in den Provinziallandschaften, daß sie bei dem Mangel des verfassungsmäßigen Organs für das ganze Land, ihrerseits für die Durchführung der Reichsverfassung wirken möchten; 2) ein Dankschreiben an diejenigen Mitglieder der Nationalversammlung, welche treu und standhaft ausharren; 3) ein Dankschreiben an die bayerische zweite Kammer, für ihr kräftiges und patriotisches Auftreten in der deutschen Frage. — Von den gestern in Lehrte verhafteten drei Preußen ist einer, den man irrthümlich für d'Ester hielt, wieder freigelassen.

Hannover, 29. Mai. Die „Hannov. Ztg.“ enthält folgenden Artikel: „Seit einigen Wochen wird in verschiedenen (außerhalb des Königreichs Hannover erscheinenden) Zeitungen, die Alles, was das Königreich Hannover und seine Bewohner angeht, weit eher und besser als diese selbst zu wissen sich das Ansehen geben, die Nachricht von dem sichern und nahen Anschlusse Hannovers an den Zollverein emsig und stets von Neuem verbreitet. Die „Magdeburger Zeitung“ läßt sich in einem Artikel aus Braunschweig sogar schreiben, daß die Sache nach Versicherung des dortigen Finanzdirectors v. Amsberg völlig gegründet sei, ja der Anschluß unter gewissen Eventualitäten schon am 1. Juli d. J. ins Leben treten werde. Selbst specielle Anschlußbedingungen kennt der Br. Correspondent ganz genau. Gewiß sehr mit Recht macht die „Weser-Zeitung“ darauf aufmerksam, daß ein solcher Anschluß ohne Einwilligung der Stände unmöglich sei (was gerade acht Tage früher die „Hannoversche Zeitung“ ebenfalls behauptet hatte). Dies wird auch Jeder zugestehen, der die Verfassung und Verhältnisse Hannovers kennt, und wir würden jenen Nachrichten überall keine Beachtung schenken zu dürfen glauben, wenn sie nicht, trotz ihrer augenfälligen Unwahrscheinlichkeit, ja Unwahrheit, durch Berufung auf die anzeblichen Aussagen namhafter vollkommen kundiger Personen mindestens den Schein der Glaubwürdigkeit gewännen. Obwohl nun zwar an ihrer Grundlosigkeit nicht zweifelnd, haben wir uns doch zu aller Sicherheit die Mühe genommen, an völlig zuverlässiger Stelle Erkundigung einzuziehen, und können in Folge davon die bestimmte Versicherung geben, daß alle jene Nachrichten über einen Anschluß Hannovers an den Zollverein rein erfunden sind. Eine Zoll- und Handelseinigung hat die hiesige Regierung seit vorigem Jahre stets gewollt und will sie auch noch, aber als Folge der politischen Einigung und umgekehrt. Dagegen liegt ein Anschluß an den Zollverein nicht in Absicht, und kann dies auch zur Zeit nicht sein, da die Hoffnung auf politische Einigung und folgeweise auf Handels- und Zolleinigung Deutschlands keineswegs verschwunden, vielmehr eben jetzt als sicherer und näher denn je angesehen werden darf.“

▽ **Karlsruhe**, 28. Mai. In einer seiner letzten Sitzungen hat der Landesausschuß beschlossen, noch viel „entschiedener“ als bisher aufzutreten, um die mit Riesenschritten anstürmende „Reaction“ mit aller Macht zu unterdrücken. Struve, Blind und Andere machten bereits seither Hrn. Brentano den Vorwurf, daß er durch seine Besonnenheit der Reaction in die Hände arbeite. — Man will wissen, Glaubitz soll kriegsgerichtlich erschossen werden. Er war bekanntlich vom Militär zu Karlsruhe zum Obersten des Dragonerregiments Großherzog gewählt worden, verweigerte aber sodann den Eid auf die Reichsverfassung und die provisorische Regierung, weßhalb er verhaftet und in die Festung Rastatt abgeführt wurde.

✕ **Freiburg**, 28. Mai. Heute Vormittag ist Stadtdirector Riegel auf Befehl der provisorischen Regierung verhaftet und in Gewahrsam gebracht worden.

△ **Mannheim**, 27. Mai. Es wird als bestimmt versichert, sämmtliche Mitglieder des Oberhofgerichts sollen des Staatsdienstes entlassen werden, wegen Verweigerung des Eides auf die Reichsverfassung.

Aus **Mannheim** wird geschrieben, daß am Freitag eine bedeutende Abtheilung des dritten badischen Infanterieregiments nach Kaiserslautern in der Rheinpfalz abging.

Die „Darmstädter Ztg.“ berichtet: „In Worms sind, wie bereits angedeutet, am 25. etwa 250 Mann abtrünnige bayerische Truppen und an 800 Mann Freischaaren unter Commando des Wormser Bürgers und sogenannten Obersten Blenker eingezogen, trotz aller Gegenvorstellungen und Protestationen des dortigen Bürgermeisters, der sich endlich zur Bequartierung herbeilassen mußte. Angegeben wurde, man komme auf Befehl des badischen Kriegsministeriums, das gemeinschaftlich hier durch Pfälzer wie an der Südgrenze von Starkenburg durch badische Truppen operire. Zweck sollte sein, um die Stadt Worms wie den Rheinübergang vor dem Angriff reichsfeindlicher Truppen zu schützen, indem, wie weiter gelogen wurde, in Oppenheim Preußen ständen. Die Posten der Blenker'schen Schaar wurden bis Osthofen vorgeschoben. Daß dies Landfriedensbruch und offene Empörung ist, unterliegt wohl keinem Zweifel. Diese Insurgenten, welche in Worms eingedrungen sind, und die neuerdings gesagt, als sie am 25. mit dem Einzug drohten, von der Wormser Stadtmauth feierlich eingeholt wurden, gingen in ihrer Frechheit immer weiter. Am 27. d. haben sie die von einer kleinen Abtheilung großherzoglicher Truppen (etwa 20 Mann) zum Schutz der Militärvorräthe besetzten Kasernenräume gestürmt und geplündert, die Mannschaft zu einer Beeidigung gezwungen und weiteren Unfug verübt. An allen diesen verbrecherischen Vorgängen haben sich viele Einwohner von Worms mitbetheiligt.“

* **Darmstadt**, 29. Mai. Was ich Ihnen gestern über einen projectirten Angriff auf Worms und Zuchhausung der dort eingefallenen Freischärler schrieb, hat sich vollkommen bestätigt. Nach soeben, Mittags 11 Uhr, hier eingetroffenen Nachrichten unterlag es einem heute Nacht oder vielmehr mit Tagesanbruch unternommenen, wohl combinirten Angriffe, an welchem, außer den Ihnen gestern angeführten, von hier abgegangenen Truppen, namentlich noch das 4. Infanterieregiment Theil nahm. General v. Schäffer selbst leitete den Angriff. Näheres fehlt noch. Soviel ich es erfahre, theile ich es Ihnen mit. Flüchtlinge von Worms bestätigen nur das schändliche Benehmen der Freischärler gegen die Familien der Offiziere und Soldaten. Unsere Truppen haben sich einen neuen Lorbeer erworben.

♂ **Von der Bergstraße**, 29. Mai. Gestern Abend wurden in Bidenbach der Kaufmann Rumpf und der durch seine wilden Reden auf mehreren Volksversammlungen bekannte Büchner (nicht Buchner, wie der Name unlängst durch einen Setzfehler entstellt wurde) von Darmstadt verhaftet, weil sie mehrere Soldaten in benachbarten Orten aufzureizen versucht hatten. Nach dem eben in der ganzen Gegend verkündeten Kriegerecht steht auf diesem Verbrechen der Tod und unter Umständen könnte es für die Gefangenen schlimm ablaufen. Der Geist, der unter den Truppen herrscht, ist vortrefflich. Erst vor wenigen Tagen bezeichneten Soldaten des 4. Regiments ihren Offizieren einige üble Bursche (Rheinhessen) aus ihren Reihen und übten alsdann selbst und handgreiflich Justiz. Sie sehen daraus, wie gefährlich das Wühlerhandwerk wird, und daß es keinen goldnen Boden mehr hat. Allen Grund verlor es unter dem Volke besonders durch den Meuchelmord in Laudenbach und die Feigheit, welche das bewaffnete „souveräne Volk“ dort wie anderswo bewies. So trieben vor 8 Tagen 3 Offiziere angesichts ihrer Mannschaft einen höhnenden Volkshaufen von ein paar hundert Mann in einem benachbarten Orte auseinander.

> **Mainz**, 28. Mai. Heute ist eine Schwadron mecklenburgischer Dragoner auf zwei Dampfbooten der Mainz-Düsseldorfer Gesellschaft hier angelangt, eben so 4 Compagnien des 30. k. preuß. Infanterieregiments.

4 Uhr Nachmittags. Soeben ist eine Abtheilung mecklenburgischer Gardedragoner, 600 Mann stark, nach Frankfurt ausgerückt. Auch mecklenburgische Artillerie ist dahin abgegangen.

Soeben rückt das Regiment Mecklenburger Grenadiergarde nach Frankfurt. Das 28. preußische Infanterieregiment hat Befehl erhalten, sich marschfertig zu halten.

8 **Mainz**, 29. Mai. Fast das ganze 40. k. preußische Infanterieregiment ist von hier in die Provinz Rheinhessen verlegt worden, und ist dagegen gestern Abend 1 Bataillon vom 30. Regiment hier eingerückt, während 1 Bataillon vom 24. Regiment, das mit Zündnadelgewehren bewaffnet ist, jede Stunde erwartet wird. Die ganze Garnison von Erfurt und die preußische Besatzung von Dresden, welche durch nachrückende Truppen ersetzt werden, befindet sich bereits nach Frankfurt und Mainz auf dem Marsche. Im Ganzen erwartet man 60,000 Mann preußische Truppen am Rhein.

)(**Bingen**, 29. Mai. Gestern fuhr eine Anzahl hiesiger Bürger zur Volksversammlung nach Wörrstadt. Am Abend kehrte sie jedoch mit der Nachricht zurück, die in Wörrstadt beabsichtigte Volksversammlung sei auf das bayerische Gebiet verlegt worden. Von den hiesigen Freischärlern sind mehrere (angeblich mit Urlaubspässen) schon seit fast acht Tagen wieder hier und täglich kommen deren mehrere zurück. Es hat den Anschein, daß sie bis zur Vollendung des Feldzugs auf Urlaub bleiben wollen.

* **Gießen**, 28. Mai. Auf Donnerstag den 31. Mai sind hier 2400 Preußen angesagt, die von Fulda kommend nur

e Nacht hier und in der Umgegend bleiben und nach
zlar gehen. Nach dem Vorgang von Aisfeld hat man
h hier berathen, ob man den Durchzug der Preußen
Truppen eines Staates, der die Verfassung nicht an-
rane, mit Gewalt verhindern soll, aber, wie in Aisfeld,
einstimmig sich dahin erklärt, von aller Gewalt abzu-
rn.

Aus Weimar, 26. Mai. Wie sehr sich diejenigen
en, welche glauben, die 28 Regierungen, welche die von
Reichsverfassung gegebene Verfassung anerkannt, hät-
dieses ohne alle Bedingung gethan, geht schon aus
r Aeußerung unsers Ministeriums in der Propositione-
rift zur Eröffnung des gegenwärtigen außerordentlichen
ndtags hervor, welche wörtlich dahin geht, daß die Be-
willigkeit zur Anerkennung der Reichsverfassung vom
März in der Erwartung und Voraussetzung von den
Regierungen erklärt worden, daß auch die Regierungen
übrigen und mächtigern deutschen Staaten, insonderheit
königlich preußische, zu gleichem Entschlusse sich noch
egen finden würden. Unsere Regierung hat neuerdings
bemüht, eine Einigung Thüringens in der Gesetzgebung
beizuführen, und in dieser Absicht den übrigen Regie-
ngen vorgeschlagen, die einzelnen Landtage zur Wahl
Gesammtausschüssen zu veranlassen, welche sich dann
den Regierungscommissionen behufs gemeinsamer Be-
lüsse in allen den organischen Gesetzen, welche durch die
undrechte hervorgerufen werden, zu benehmen hätten.—
urchmärsche preußischer Truppen nach dem südwest-
en Deutschland mehren sich bei uns jeden Tag.

Brake, 22. Mai. Die deutsche Reichsflagge,
che die hiesigen Einwohner der Dampffregatte Barba-
Ja schenken, und die von den hiesigen Damen mit großem
eiß und Accurateste gestickt ist, wurde am 20. Mai von
er dazu gewählten Deputation von fünf jungen Damen
d fünf Herren, der sich sämmtliche Damen, welche an
r Stiftung Theil genommen hatten, anschlossen, dem
egattencapitän Bremmy am Bord überreicht. Die sinn-
chen und patriotischen Reden, welche eine der Damen
d einer der Herren bei der Ueberreichung hielten, wur-
n von dem Fregattencapitän Bromny in demselben Sinne
d dankend erwidert, und sodann unter einem donnernden
urrah der Besatzung, welche in Parade aufgestellt war,
r den Ueberreicherinnen die Flagge aufgezogen. Die Ge-
llschaft wurde von dem Fregattencapitän Bromny am
ord bewirthet.

Delmenhorst, 21. Mai. Gestern wurde hier auf dem
arkte eine Volksversammlung gehalten, die von etwa
0—1000 Menschen besucht sein mochte. Der deutschen
rfassung, für die man gegen die Eingriffe der Fürsten
stehen müsse, wurde auf eine Aufforderung des Pastors
n Lindern ein freudiges Hoch dargebracht. Die Herren
r. Bödel und Secretär Claussen, Mitglieder der Synode,
aren von Oldenburg gekommen und forderten zum ge-
einsamen Zusammenstehen für die Verfassung auf. Die Ver-
mmlung stimmte in den Beschluß ein, die Nationalversamm-
ng zum Beharren auf ihrem Wege aufzufordern. (Wes. Z.)

Hamburg, 25. Mai. Die von dem sogenannten Bür-
rwehrverein berufene Versammlung hat den Beschluß ge-
ßt, eine Adresse an die Nationalversammlung nach Frank-
rt zu richten, um durch diese die Absendung eines
eichscommissärs mit dem Auftrage, den Senat zur bis-
r verweigerten Beeidigung der Bürgerwehr auf die
eichsverfassung aufzufordern, zu veranlassen. — Der
atriotische Verein hat nach Anhörung des Berichtes
nes Abgeordneten, des Herrn Godefroy, über die Be-
lüsse des Congresses der nationalen Vereine in Frankfurt
seiner gestrigen Sitzung seinen Austritt aus dem Ver-
nde der nationalen Vereine und eine demnächstige Moti-
irung dieses Schrittes in den öffentlichen Blättern beschlossen.

Schweiz.

⊙ **Bern**, 25. Mai. Nachdem im Nationalrathe drei Tage
ng über die Aufhebung der Militärcapitulationen gestritten
rden ist, hat er heute folgenden Beschluß gefaßt: 1) Die
Militärcapitulationen sind mit der Ehre und Würde der
dgenossenschaft unverträglich. 2) Der Bundesrath wird
fgefordert, die geeigneten Schritte zur Auflösung der Ca-
mitulationen zu thun und über das Resultat Nachricht zu
den. 3) Der Bundesrath soll die Auflösung im Namen
r Eidgenossenschaft aussprechen und die Rückkehr der Trup-
n bewirken, wenn dieselben zu einem Angriffe gegen
nde Staaten, insbesondere gegen solche verwendet wer-
n sollen, die man in ihrem Selbstconstituirungsrechte hin-
rn wolle. 4) Alle Werbungen im Gebiete der ganzen
dgenossenschaft sind untersagt. Diese Beschlüsse wurden
rch Namensaufruf mit 60 Stimmen gegen 37 gefaßt.

Italien.

Turin, 23. Mai. Durch Decret vom 21. d. M. über-
igt der König die Leitung der Geschäfte dem Herzog von
ma, bis seine Gesundheit ihm wieder erlaubt, die Sor-
des Staates zu übernehmen.

Die Belagerung von Malghera macht langsame Fort-
ritte. Die Venetianer haben die Belagerungsarbeiten
eder unter Wasser gesetzt und die gefährlichen Seeufer
ffen unter den Belagerungstruppen um sich. Der das
lagerungscorps befehligende General F.-M.-L. Hayнau
rde zur Armee nach Ungarn berufen; vor Malghera
t Graf Thurn an seine Stelle.

Durch Decret des Generals Gorzkowski vom 19. ist
plegna in Belagerungszustand erklärt. Alle Waffen, mit
tnahme derjenigen der regulären Truppen, müssen ab-
liefert werden, alle politischen Versammlungen, Zusam-
nrottirungen ꝛc. sind verboten, die Presse ist der Censur
terworfen, die Freicorps sind aufgelöst, die Civica außer
tivität gesetzt und die päpstliche Cocarde für alle Mili-
rs vorgeschrieben.

§ **Rom**, 10. Mai. Die Friedenshoffnungen erweisen
) als ungegründet. Die Franzosen sind mit verstärkter
acht im Anmarsch begriffen; man erwartet stündlich den
griff. Auf der andern Seite Roms, bei Palestrina und
Valmontone, soll Garibaldi einen Sieg über 7000 Neapolitaner
erfochten, und 3 Kanonen genommen haben, wie ein officielles
Bulletin meldet. Die Einzelnheiten des Kampfes sind nicht
angegeben. In der Stadt herrscht große Stille; die waf-
fenfähige Mannschaft ist an den Mauern vertheilt. Der
Enthusiasmus scheint sehr gering, obwohl sich die Barri-
kadencommission viele Mühe gibt, ihn neu zu beleben.

§ **Rom**, 11. Mai. Die Franzosen sollten gestern vier,
heute wieder sieben Miglien von der Stadt stehen. An dem
Siege Garibaldi's scheint etwas zu sein; es ist ein aus-
führlicheres Bulletin darüber erschienen. Einige Gefangene
sind eingebracht, man will sogar erbeutete Kanonen gesehen
haben. Garibaldi ist mit seinen Trophäen heute früh wie-
der in Rom eingerückt. Das Sengen und Brennen vor
den Thoren dauert fort; gestern Abend war der Himmel
hinter dem Vatican durch den Brand von wenigstens zehn
Gebäuden roth. Den Eigenthümern werden dafür Anwei-
sungen, auf Nationalgüter hypothecirt, ausgestellt.

§ **Rom**, 12. Mai. Garibaldis Rückzug nach Rom ist,
wie man jetzt erfährt, nicht ein freiwilliger, sondern ein
gezwungener. Er fürchtete, von Rom abgeschnitten zu wer-
den, und mußte daher den Marsch von 24 Miglien in einer
Tour machen, so daß ein Theil seiner Schaaren sehr er-
schöpft ankam. Viele Verwundete hat er in Tivoli gelassen.
Nichts desto weniger ist er heute in entgegengesetzter Rich-
tung gegen die Franzosen ausgerückt, von denen man nicht
erfahren kann, was sie vorhaben. Bei Fiumicino sollen sie
eine Schiffbrücke über die Tiber geschlagen haben; Belage-
rungsgeschütz ist ihnen aus Gaeta zugeschickt worden.

§ **Rom**, 13. Mai. Ein aus Civitavecchia angekommener
Franzose wollte gestern aus dem Munde des Generals
Oudinot wissen, daß heute der entscheidende Tag sei, an
dem Franzosen und Neapolitaner vereint in aller Frühe
gegen Rom anrücken würden. Wirklich zeigte sich gestern
Nachmittag einige Bewegung auf der Straße von Albano.
Heute Morgen ergeht sich im schönsten Frühlingswetter
halb Rom auf dem Corso. Freilich ist es Sonntag, und
dies kann, namentlich wo es sich um die Wiedereinsetzung
des kirchlichen Oberhauptes handelt, ein Grund des Auf-
schubes bis morgen sein. Sicher ist, daß die Franzosen
sich gestern der Stadt genähert haben. Eben vernehme
ich, daß sie sich auch auf dem linken Tiberufer bei S. Paolo
fuori le mura zeigen.

§ **Rom**, 20. Mai. Der gestrige Tag und die letzte
Nacht, so ruhig sie äußerlich vergingen, werden wahrschein-
lich für Rom entscheidend sein. Frankreich hat Bedingungen
gestellt, die Constituante hat sie aber verworfen. Sie
lauteten dahin, daß die Römer die Franzosen zum Ein-
marsch in Rom einladen und den Garnisondienst mit ihnen
theilen sollten. Die Kammer habe sodann auseinanderzugehen,
und neue Wahlen seien vorzunehmen, deren Beschlüsse
Frankreich anerkennen werde. Das Princip der Volkssou-
veränetät war demnach wenigstens scheinbar gesichert; da-
gegen hoffte man unter dem Einfluß einer fremden Be-
satzung auf conservative Wahlen. Eben deßhalb wollte die
Kammer zwar auf Neuwahlen eingehen, die Franzosen je-
doch nur in Civitavecchia dulden.

Frankreich.

* **Paris**, 27. Mai. Die große Frage des Tages ist im-
mer noch die Cabinetskrisis. Wohlunterrichtete wollen
von einem Ministerium Barrot-Dufaure wissen; Andere
meinen, Bugeaud sei mit der Bildung eines Ministeriums
beauftragt worden, in welchem dann weder Dufaure, noch
Barrot, sondern Fallour und Leon Faucher figuriren würden.

Heute ging das Gerücht, der Präsident der Republik und
die Minister wollen den Lesseps'schen Vertrag mit der
römischen Republik nicht ratificiren. Auf der andern Seite
hört man, daß die römische Constituante selbst den zwi-
schen dem Triumvirat und dem französischen Unterhändler
abgeschlossenen Vergleich verworfen habe und somit die
Feindseligkeit zwischen Rom und der französischen Republik
wieder beginnen würde. Beide Mittheilungen gehören, wie
gesagt, in das Bereich der Gerüchte.

Bis heute Mittag waren etwa 400 Deputirte hier
eingetroffen. Um 1 Uhr versammelte sich die neue Kammer,
um ihr provisorisches Bureau zu bilden. Wie man hört,
wird Dupin für den Präsidentenstuhl in Vorschlag ge-
bracht werden.

An der Tortonibörse war die fünfprocentige heute 84
bis 83. 20. Gestern Abend nach dem Schluß der Börse
wurden noch zu 84. 60 Geschäfte gemacht.

Galizien.

Krakau, 20. Mai. Seit dem Einmarsche der Russen in
unserer Stadt hat die Stimmung in derselben sich sehr ver-
ändert, sie ist im Allgemeinen gereizt. Einen beträchtlichen
Antheil haben auch die in den letzten Tagen an einigen
Bewohnern vollzogenen Todesurtheile, besonders die Er-
schießung eines Lehrers aus der Nähe. Der Haß gegen die
österreichischen Offiziere, welche als Werkzeuge für diese
Strafvollstreckungen dienen, ist im Wachsen. Die täglich
neu angeordneten Polizeimaßregeln sind nicht geeignet, das
militärische Gouvernement in der Volksgunst zu befestigen.
Die polnischen Emigranten, welche vor Kurzem nach der
Festung Theresienstadt geführt wurden, sind jetzt über Wien
nach Triest transportirt worden, von wo sie nach Amerika
eingeschifft werden sollen. Am 16. d. M. ist der russische
Gensdarmerieoberst Szwejkowski, berühmt durch seine Er-
folge in politischen Untersuchungen, hier angekommen. An
demselben Tage wurden 3 russische Ulanenoffiziere festge-
nommen und nach der Warschauer Citadelle abgeführt. Die
Ursache ist unbekannt. Der General Dwernicki eilte von
Lemberg nach Prag, weil das österreichische Gouvernement
ihm, obgleich er in Galizien begütert ist, für seine per-
sönliche Sicherheit nicht einstehen zu können erklärt hatte.
Wie man bestimmt weiß, hat das österreichische Minis-
terium eine Million rheinischer Gulden zur Deckung der Be-
dürfnisse der russischen Truppen hierhergeschickt, man kann
sich daher die, selbst gewaltsame Requisition von Lebens-
mitteln nicht erklären. — Das hiesige Schloß ist mit Ge-
fangenen aus Galizien angefüllt; auf Podgorze wurden
gestern drei von den Bauern selbst verhaftete russische Sol-
daten wegen Hinneigung zu den Magyaren erschossen. (C. Z.)

Rußland.

Petersburg, 18. Mai. Ein kaiserlicher Ukas an den
Senat verordnet, daß die achte Rekrutenaushebung in den
fünf westlichen Gouvernements: Cherson, Taurien, Jeka-
terinoslaw, Poltawa und Charkow, „in Folge der dort
eingetretenen Mißernte und des daher rührenden Viehster-
bens und der ungewöhnlichen Verbreitung einer besondern
Krankheit unter den Bewohnern," verschoben und zum Ersatz die
Aushebung in den dem östlichen Theile des Reiches zuge-
hörigen Gouvernements: Orel, Kaluga und Tula, vorge-
nommen werden solle, und zwar 8 Mann von je tausend
Seelen.

Nachschrift.

Eine außerordentliche Beilage zur „Darmstädter Zeitung"
berichtet über die Besetzung von Worms Folgendes: **Darm-
stadt**, 29. Mai, Abends 5 Uhr. Soeben erhalten wir nach-
stehenden Brief eines gestern von hier ausgerückten Offi-
ziers vom 2. Bataillon des 1. Regiments, datirt Worms,
29. Mai, 9 Uhr Morgens:

„. . . Erfahre denn jetzt, daß wir, ohne einen Schuß
gethan zu haben, glücklich in Worms eingerückt sind. Ich
marschirte um ½8 von Darmstadt (mit der Nachtuhr) ab
nach Pfungstadt, von wo ich um 12 U. in Gernsheim eintraf.
Das Bataillon war bereits über den Rhein. Wir schifften
alsbald auch über und stießen dazu. Wir marschirten die
Nacht durch und hörten um 4 Uhr Morgens eine fürchterliche
Kanonade. (Wo und von welcher Seite wird nicht gesagt.) Auf
den ersten dieser Schüsse verließen die mächtigen Freischärler
Worms und wir rückten zur Freude der Bewohner hier ein.
Im Augenblicke liegen wir noch auf den Straßen, hoffen
aber bald einquartiert zu werden. Vier Mann der Aufstän-
dischen hatten die Unverschämtheit auf uns zu schießen;
ein Freischärler bekam hierauf von einem unserer Feld-
webel einen Schuß ins Bein . . . . Das vierte großher-
zogliche Regiment, ein Bataillon Württemberger, sowie Ca-
vallerie und Artillerie von uns liegt hier. Die Freude der
Einwohner ist groß."

Die Mittheilung eines Militärs, dem 4. großherzoglichen
Regimente angehörend (welches auf Befehl des Reichsge-
nerals v. Schäffer nach Worms detachirt wurde), lautet
wie folgt:

„Worms, 29. Mai, 9 Uhr Morgens. In der Eile nur
wenige Worte. Wir haben heute Morgens 3 Uhr Worms
bombardirt und die Freischärler daraus verjagt, die durch-
aus nicht Stand hielten, wesshalb nur wenige Todte von
Seite derselben; wir haben keinen Mann verloren. Wenn
das Bataillon von Darmstadt zur rechten Zeit eingetroffen
wäre, so hätten wir sie alle gefangen; so müssen wir uns
mit der Besetzung der Stadt begnügen. Heute bleiben wir
vorerst in Worms."

(Aus einem andern Briefe entnehmen wir, daß von
Seite der großherzogl. Truppen nur vier Kanonenschüsse
nach Worms gethan wurden, worauf sich die Freischaaren
alsbald über die Grenze nach Bobenheim zurückzogen und
die großherzogl. Truppen um halb 7 Uhr Morgens in
Worms einrückten. Von einer Theilnahme anderer als der
in obigen Briefen genannten Truppen an der Wormser
Occupation wird von keiner Seite berichtet. — Die Wörr-
städter Volksversammlung war schon vorgestern abgesagt
und auf heute nach Oberwiesen in der bayerischen Pfalz,
hart an der diesseitigen Grenze, anberaumt worden.)

Straßburg, 28. Mai, 4¼ Uhr Nachm. Telegraphi-
scher Bericht.

Paris, 28. Mai, 3½ Uhr Nachmittags.

Der Minister des Innern an den Präfecten. „Die gesetz-
gebende Versammlung hat so eben ihre erste Sitzung gehal-
ten. Einige Gruppen, welche sich um den Palast gebildet
hatten, wurden leicht zerstreut. In den übrigen Stadtvier-
teln von Paris hat sich keine Bewegung kund gegeben.

Börsenberichte.

Frankfurt, 29. Mai. Das Geschäft, welches während
der Pfingstfeiertage durchaus Null war, zeigte an heutiger Börse
etwas mehr Lebhaftigkeit, man merkte eher Kauflust und die Course
sämmtlicher Papiere schlossen fest. Von österreichischen Effecten blie-
ben 5pCt. Met. 73½ pCt., 2½pCt. Metall. 39 pCt., Bankac-
tien 1085, 500 fl. Loose 122½ pCt., 250 fl. Loose 73¾
pCt., Kurhess. 40 Rthlr. Loose 26½ Rthlr. G., Bad 35 fl. Loose
25½ fl. G., do. 50 fl. Loose 46½ fl., Darmstädter 25 fl. Loose
20½ fl., do. 50 fl. Loose 68½ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20½
fl., Gard. Loose 25½ Fr., Polen 500 Loose 71½, 72 Rthlr.
Von süddeutschen Obligationen 3½pCt. Württemberger 74½ pCt.,
do. 4½pCt. 92¼ pCt. G., Bad. 3½pCt. Obligationen
72 pCt., do. 5pCt. bad. vom Jahr 1848 92½ pCt. G.,
Nassauer 3½pCt. Obligationen 79½ pCt., do. vom Jahr 1849
99½ pCt. Von belgischen Obligationen 2½pCt. belg. 42, do.
4½pCt. 82, do. 5pCt. 87½ Fr. holl. 2½pCt. Integr. 49
pCt. Von Eisenbahnen bleibt z. W. Nordbahn 33½ Rthlr., Ber-
bach 66½ pCt., Köln-Minden 76½ pCt., Taunus 268 fl. 3pCt.
inländ. Span., gegen Schluß der Börse lebhaft begehrt, 23½ à
23½ pCt. dafür zu bedingen.

Wien, 26. Mai. 5pCt. Metall. 69⅞. — 4pCt. 70½. —
3pCt. —. — 2½pCt. 46½. — Bankactien 1118. — 500
fl. Loose 149. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnactien 96½.
— Glogauiger 96. — Mailänder 71.

Fonds waren schon etwas höher, schlossen aber matter; es war
darin, sowie in Devisen und Coupons, nur geringer Umsatz. Deutsche Plätze und Silber sind höher gegangen.

London, 25. Mai. 3pCt. Stocks 91⅞. — 5pCt. Span.
16⅞. — Neue 3pCt. —. — 4pCt. Port. —. — 2½pCt.
Holländ. 48½.

Madrid, 22. Mai. 3pCt. 25 comzt. n. d. B. 25 à 25/32
G. — 5pCt. 10⅞, P., 10 G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Da die größere Zahl meiner politischen Freunde aus der Nationalversammlung ausgetreten ist, so glaube ich die Gründe, welche mich veranlaßen, nicht denselben Schritt zu thun, öffentlich aussprechen zu sollen. Auch ich billige den Gang, welchen die Versammlung nach dem 4. Mai in ihren wesentlichen Beschlüssen genommen hat, nicht, ich betrachte es ferner — ohne hier auf die Erklärungsgründe einzugehen — als Thatsache, daß die Versammlung in der nächsten Zukunft für ihre hohe Aufgabe nichts Ersprießliches wirken wird, und mehr als alles Uebrige würde ich es beklagen, wenn dieselbe sich dahin drängen ließe, ihre Bestrebungen mit den Bewegungen in Baden und der Pfalz zu identificiren. Wie ich dieser Bewegung, was namentlich Baden betrifft, alle Berechtigung bestreite, so kann ich, wenn ich auf ihr inneres Wesen und den Geist derer, die sie leiten, blicke, nicht glauben, daß sie der nationalen Einigung und der staatsbürgerlichen Freiheit irgend einen Dienst leisten wird, selbst dann nicht, wenn sie, um sich zu halten und zu verbreiten, mehr innere Kräfte hätte, als dies bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands der Fall ist. Trotz alledem habe ich den Entschluß nicht fassen können, aus der Versammlung zu scheiden, und werde diesen Entschluß wohl überhaupt nie fassen. Ich trenne den Beruf der einigen Nationalvertretung Deutschlands und seine hohe Aufgabe von der Richtung, welche zu einer gewissen Zeit die verfolgen, welche die Träger derselben sind. Diese Richtung kann ich tief beklagen, bitter tadeln, ohne deßhalb nach nur zu dem geringsten Theile mitmachen zu wollen, daß die Sache, die Nationalvertretung selbst der rechtlichen Bedingungen ihres Daseins beraubt werde. Und dann überwiegt alle Gründe für den Austritt bei mir diese eine Betrachtung. Möglich, daß je höher der Brennstoff in Deutschland gesteigert, je mehr die größeren Staaten auseinandergehen, um so näher die aus dieser Krise hervorgehende Gestaltung, die Lösung der deutschen Verfassungsfrage ist; möglich, daß die Regierungen der größeren Staaten endlich dem Verlangen der gesetzgebenden Körper, den Wünschen des Volks Gehör verleihen, möglich, daß ihnen endlich der innere Sinn dafür aufgeht, daß nur durch Annahme der Reichsverfassung jene sichere rechtliche Grundlage für die neue Entwickelung unseres öffentlichen Lebens gegeben werden mag, daß jeder andere Weg in Stößen und Gegenstößen in kürzeren oder längeren Zeiträumen zu Revolutionen und Contrerevolutionen führen wird. Dieß ist möglich. Aber auch das ist möglich, ja sogar noch wahrscheinlicher ist es, daß die allgemeine Verwirrung noch wächst, daß — wenn vielleicht das Fortlagen der Nationalversammlung factisch längst unterbrochen ist — sich Verwickelungen mit dem Auslande hinzugesellen. Sollten sich dann die Blicke der Nation nicht wieder nach dieser rechtlich noch fortbestehenden Versammlung richten? Und sollte man im Voraus davon verzweifeln müßen, daß dann alle Mitglieder derselben, auch die jetzt abwesenden und die Stellvertreter der Ausgeschiedenen, dem Rufe des Vaterlandes augenblicklich folgen, rasch den günstigen Zeitpunkt erfaßen, und vielleicht in wenigen Wochen die mühsame Arbeit eines langen Jahres zur Wahrheit machen, und so dem Vaterlande geben würden, was es bedarf, wonach jede edle und freie Seele sich sehnt, nämlich, die auf der Selbstbestimmung der Nation ruhende Einheit und wohlgeordnete staatsbürgerliche Freiheit.

[1466] **v. Wydenbrugk.**

Für die Unglücklichen in Dresden

haben wir ferner empfangen unter dankbarer Bescheinigung: von G., fl. 7 fl.; von Herrn v. Thiemen 10 fl.; von Z. W. 5 fl. 24 kr. Um fernere Beiträge bittet

die Red. der O.-P.-A.-Z.

[197]

Bekanntmachung.

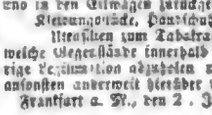
Bei hiesiger Fahrpostexpedition befinden sich verschiedene im Postlokale und in den Eilwägen zurückgebliebene Gegenstände, als:

Kleidungsstücke, Handschuhe, Stöcke, Taschentücher, Regenschirme, Uhrketten und Tabakpfeifen rc.,

welche Gegenstände innerhalb 6 Monaten von heute an gegen gehörige Legitimation abgeholt und in Empfang zu nehmen sind, weil ansonsten anderweit hierüber verfügt werden wird.

Frankfurt a. M., den 2. Januar 1849.

Ober-Post-Amt.



Dampf-Packetfahrt

zwischen

Lübeck und St. Petersburg.

Die bekannten, unter Russischer Flagge fahrenden drei Dampfschiffe der St. Petersburg-Lübecker-Dampfschifffahrt-Gesellschaft: **Nicolai I.**, **Naslednik** und **Alexandra**, unterhalten in diesem Jahre die regelmäßige Fahrt zwischen den oben genannten Plätzen. Jeden Dienstag geht eins derselben von jedem der beiden Plätze ab; von Lübeck das erste am 1. Mai, das letzte am 30. October.

Abfahrt von **Travemünde**: Dienstag, Nachmittags 5 Uhr.

Preise der Passage mit Beköstigung:

Erste Cajüte 64 Rthlr., zweite 41 Rthlr., dritte 26 Rthlr. Pr. Ct.

Nähere Nachricht ertheilt:

Das Comptoir der Dampfschifffahrt-Gesellschaft in Lübeck.

☞ Exemplare des Prospectus sind in der Expedition dieser Zeitung zu haben. [1178]

Wasserheilanstalt Mühlbad bei Boppard am Rhein.

Für die Badesaison des laufenden Jahres wird obgenannte Anstalt vom 1. März ab dem Publikum wieder geöffnet sein. Bei der hiergegen Frequenz, deren sie bisher sich zu erfreuen hatte, und die namentlich im verwichenen Jahre noch so bedeutend war, daß Mangel an Raum entstand und längere Zeit dasselbe Gäste dislocirt werden mußten, bittet man diejenigen, welche sie zu besuchen die Absicht haben, mit ihren Anmeldungen nicht allzulange zu zögern, besonders dann, wenn sie auf schöne und bequeme Wohnungen reflectiren. — Näheres bei dem in der Anstalt wohnenden Arzte, Kreisphysicus Dr. Heusner. [756]

[741] Zur Beförderung von Personen und Waaren von ab Köln vermittelst der Rheinischen, Belgischen und Französischen Nordbahn nach **Aachen, Brüssel, Antwerpen, Paris, Calais** und **Havre** werden die nöthigen Anleitungen und Tarife bei mir unentgeldlich ertheilt.

Frankfurt, im März 1849.

Franz Jos. Böhm Sohn.

[1469]

Bekanntmachung.

Einer dahier gerichtlichen Anzeige zufolge sind seit dem 22. April d. J. Nachmittags folgende 88 Stück k. k. Oesterreichische Metalliques-Coupons à 25 fl. jeder, abhanden gekommen, vor deren Ankauf gewarnt wird.

fällig		vom Jahrgang	Verzeichniß.
1848	1. April	1817	Nr. 86209.
1848	1. Juli	1823	Nr. 3775. 509. 510. 517. 2681.
		1828	Nr. 21703. 21705. 21795 u. 96. 21055. 1310054. 21057.
1848	1. August	1831	Nr. 64013. 67109. 73778.
		1843	Nr. 114077 à 80. 121649 u. 50.
		1847	Nr. 590-4. 153677. 152687. 59236. 61611. 61 05. 191321. 165104. 151309. 57017.
1848	1. Sept.	1831	Nr. 32 [illegible].
		1832	Nr. 112163.
1848	1. Oct.	1817	Nr. 8 209. 88690 77328. 25. 24.
1848	1. Nov.	1831	Nr. 54767 und 69.
		1831	Nr. 14750-5. 131620.
1848	1. Dec.	1816	Nr. 23792.
1849	1. Jan.	1817	Nr. 30201. 30932. 36051. 39649.
		1823	Nr. 4652.
		1823	Nr. 27343. 27325. 20013. 14828. 4972. 1997. 1549.
		1824	Nr. 1858.
		1826	Nr. 12 [illegible].
		1827	Nr. 18 [illegible]. 19021. 19097 u. 99. 19100.
1849	1. Febr.	1817	Nr. 162076. 193125. 163130. 162452. 169913. 57312.
		1831	Nr. 67489. 74903 u. 4. 73762. 75317. 64913.
1849	1. März	1833	Nr. 121131. 126205.
		1831	Nr. 34197 5 99. 96140 u. 41. 94250. 89032.
		1817	Nr. 190 [illegible] 71764. 66119. 70133.

Frankfurt a. M., den 24. Mai 1849.

Peinliches Verhöramt.

Die Unterzeichnete ist erbötig, Anzeigen, wenn den besagten Coupons vorgekommen sind, in Empfang zu nehmen

Die Exped. der Oberpostamts-Zeitung.

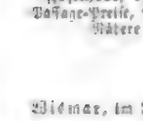
Rheinische Dampfschiffahrt.

Kölnische Gesellschaft.

Tägliche Fahrten vom 1. Mai 1849:

Von **Mainz** Morgens **6** Uhr nach **Köln (Düsseldorf, Elberfeld-Hamm).**
„ **Mainz** „ **8½** „ „ **Köln (Aachen-Belgien).**
☞ Durch die Post- und Schnellschiffe „*Beethoven*“ und „*Rubens*“, im Anschluss an den Eisenbahnzug Morgens 6½ Uhr von Frankfurt.
„ **Mainz** Morgens **10½** Uhr nach **Köln (Minden-Berlin)**
☞ unmittelbar nach Ankunft des zweiten (9½ Uhr) Eisenbahnzugs von Frankfurt.
„ **Mainz** Nachmitt. **2½** Uhr nach **Mannheim.**
☞ Von **Biebrich rheinabwärts ½ Stunde später als von Mainz.**
Von **Mannheim** Morgens **6** Uhr nach **Köln.**
„ **Coblenz** rheinaufwärts Morgens **6, 8** und **12** Uhr, rheinabwärts Morgens **6, 10½** und Nachmittags **12½** und **2½** Uhr.
„ **Köln** Morgens **5½** Uhr nach **Mainz**, Morgens **9½**, Mittags **1** und Abends **10** Uhr nach **Coblenz-Mannheim**, Morgens **5** Uhr nach **Arnheim.**
„ **Arnheim** Morgens **6** Uhr nach **Köln, Coblenz, Mainz, Mannheim.** [1263]

Nähere Auskunft und Billete in Frankfurt a. M. bei dem Agenten Herrn F. Böhm, Rossmarkt, auf dem Filial-Bureau bei Herrn G. H. Pelli auf der Zeil, im Taunus-Bahnhofe, und für die Postrei-enden im Postbureau.



Regelmäßige Dampfschiffahrt

[1189] zwischen

Wismar und Kopenhagen.

Das, als vorzüglich eingerichtet bereits bekannte, kupferfeste und kupferbeschlagene Dampfschiff „Obotrit“, geführt vom Capitän J. J. Seeb, wird regelmäßig jeden Mittwoch, nach Ankunft der Eisenbahnzüge von Hamburg und Berlin, Nachmittags 4 Uhr mit Passagieren, Gütern und Posteffecten von Wismar nach Kopenhagen, und Donnerstag Nachmittag nach Wismar, wo es sich an die nach Hamburg und Berlin abgehenden Eisenbahnzüge anschließt, abgehen.

„Der Hafen Wismar's ist blockadefrei, und das Dampfschiff wird regelmäßig mit Passagieren, Posteffekten und Gütern, gegen jedes Kriegsmolest gesichert, expedirt.“

Passage-Preise, so wie Güterfrachten sind auf billigste gestellt.

Nähere Auskunft wird ertheilt:

in Kopenhagen bei den Herren Fiedler & Co.,
„ Hamburg „ „ „ Hamel & Co.,
„ Berlin „ „ „ Fleischow & Sohn,
„ Wismar im Büreau der Dampfschiffahrt.

Wismar, im April 1849.

Directorium der Mecklenb. Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

[1452] Lorenen und Orangen en gros et en detail billigst bei

Milani-Minovrio,
kleiner Hirschgraben Nr. 3.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Anzeige von Georg [illegible] selbe bei der Industrie-Ausstellung [illegible] und goldene Ehrenmedaille [illegible] und ausgezeichnet wirksames Brustbon- [illegible] deutschen Städten und hier nur allein [illegible] depot bei Herrn Conditor Scherer, große Gallusgasse, zu haben.

Commissionäre sind: Hr. [illegible] Schlemmer in Mainz. [1390]

[1454] Messina- und Sevilla-Citronen treffen so eben ein bei

Joseph Milani,
Bleidenstraße Nr. 6.

Neue schonische Matjes-Häringe zu billigen Preisen erwartend.

Anzeige und Empfehlung.

Geschäftseröffnung.

Die Unterzeichnete, Eigenthümerin des **Gast- u. Badhauses zur Rose in Wiesbaden** beehrt sich, die Familien und Herren Reisenden ergebenst zu benachrichtigen, daß sie das bis zum 15. März dieses Jahres von Herrn A. Schneider gehaltene Geschäft wieder an sich genommen und unter Leitung ihres Gemahls, des Herrn Fritz Keiler mit dem 1. Mai eröffnet hat. Dieses ganz neuerlich eingerichtete Hotel mit seinen als vorzüglich bekannten Zimmern, gegenüber dem Curhause in der Nähe der Promenaden, bietet sowohl für Familien als einzelne Herren alle erforderlichen Bequemlichkeiten dar; auch macht es sich die Eigenthümerin zur Pflicht, durch freundliche Zuvorkommenheit und reelle Bewirthung allen Anforderungen, der sie mit ihrem Besuche beehrenden Gäste bestens zu entsprechen.

C. D. Freinsheim Wittwe.

Wiesbaden, den 1. Mai 1849. [1317]

[710] Edictalladung.

In Sachen der Anna Elisabetha Balthaser Gunst Ehefrau zu Gundernhausen, Klägerin gegen ihren Ehemann daselbst, Beklagten, Ehescheidung betreffend, hat Erstere Klage dahin erhoben, daß ihr Ehemann im Jahr 1847 sich heimlich entfernt und seitdem keine Nachricht von sich gegeben habe, und daß sie deßhalb um Trennung der mit dem Beklagten bestehenden Ehe dem Bande nach bitte, falls Beklagter nicht innerhalb der vom Gericht gesetzt werdenden Frist zu ihr zurückkehre.

Beklagter wird deßhalb aufgefordert, sich innerhalb

sechs Monaten

gehörig auf die Klage zu erklären, oder in gleicher Frist zur Klägerin zurückzukehren, widrigenfalls er der Klage für geständig erachtet, mit Einreden ausgeschlossen und weiter was Rechtens erkannt werden wird.

Alle weiter in dieser Sache zu erlassenden Verfügungen werden nur durch Anschlag an das Gerichtslocal veröffentlicht werden.

Reinheim, den 10. März 1849.

Großherzogl. Hess. Landgericht.
Klitzschmidt.

Stets.

[1439] Bekanntmachung.

Philipp Reinhard Baum und Adelheid Christine Müller von Wallau haben um die Entlassung aus dem Nassauischen Unterthanenverbande zum Zwecke der Auswanderung nach Amerika nachgesucht, welches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, damit etwaige Gläubiger derselben alsbald ihre Rechtsansprüche machen können.

Hochheim, den 19. Mai 1849.

Herzogl. Nassauisches Amtsgericht.

[1370] Edictalladung.

Das Schuldenwesen des Friedrich Schwartz und dessen Ehefrau Elisabetha geborne Leonhardt von Roßer betr.

Nachdem über das Vermögen des Rebtelegaten der Concursproceß rechtskräftig erkannt worden ist, werden alle, welche hinsichtlich oder persönliche Forderungen an dieser Masse zu machen haben, aufgefordert, solche

Freitag den 8. Juni l. J., Morgens 8 Uhr,

vor dem unterzeichneten Amte zu liquidiren, bei Vermeidung des vom selbst eintretenden Rechtsnachtheils des Ausschlusses von der vorhandenen Masse.

Hachenburg, den 28. April 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Woerdehe.

[1405] Bekanntmachung.

Da sich zur Zeit der wahre Stand des Nachlasses des am 3. Mai dieses Jahres verstorbenen Gold- und Silberarbeiters Herrn August German weil. hier noch nicht hinreichend klar ist, so werden die einzelnen Nachlaßgläubiger und Schuldner veranlaßt, ihre etwaigen Conventionsvorschläge unter sich verwahrt.

Gleichzeitig werden alle diejenigen, welche an diesen Nachlaß aus irgend einem Rechtsgrunde Ansprüche zu machen haben, aufgefordert, solche binnen

zwei Monaten

anher anzuzeigen, damit sie nach Befinden bei Requirirung des Nachlasses berücksichtigt werden können, während an die vorhandenen Nachlaßschuldner und an diejenigen, welche noch zum Nachlasse gehörige Waaren besitzen, die Aufforderung ergeht, binnen gleicher Frist ihren Verbindlichkeiten zur Bezahlung resp. Zurückgabe an den von uns zur Einkassirung der Nachlaßaußenstände beauftragten Hrn. Advocat Bernhard Bergner hier nachzukommen.

Altenburg, den 14. Mai 1849.

Herzogl. Sächs. Stadtgericht daselbst.
Beate.

[1415] Decret.

Auf die Klage des Moses Löwenberg von Kördorf, Klägers gegen Georg Friedrich Moll von der Breitenbacher Mühle, Gemarkungs Ergeshausen, Beklagter,

wegen Forderung von 150 fl. aus Darlehn und für käuflich übernommene Waaren laut Schuldbekenntniß vom 26. Jan. 1845 nebst 5 pCt. Zinsen von da an, wovon 34 fl. 40 kr. erst. Mai künftigen Jahres Ziel für einen vom Beklagten um 104 fl. gekauften Acker nebst 5 pCt. Zinsen von Martini 1843 an, in Abzug zu bringen sind, 1 fl. 20 kr. Kosten.

Dem unbekannt wo? abwesenden Beklagten wird aufgegeben, sich binnen

vierzig Tagen

vom Tag des Erscheinens dieses Decrets in öffentlichen Blättern, auf die Klage dahier zu erklären, bei Vermeidung der Rechtsnachtheile des Eingeständnisses und des Verlustes der Einrede unserer Benachrichtigungen werden bei nichtfristgemäßer Anzeige an die Gemeinderäthe zu Ergeshausen bekannt gemacht.

Nassätten, den 17. Mai 1849.

Herzogl. Nass. Amt.
Göll.

[1425] Edictalladung.

Ueber das Vermögen des hiesigen Bürgers und Sattlermeisters Nicolaus Reutlinger und dessen Ehefrau Auguste geb. Wolcker hat das Unterzeichnete Gericht heute Gant erkannt.

Demnach werden alle, welche an diese Gemeinschuldner aus irgend einem Rechtsgrunde Forderungen zu machen haben, hierdurch vorgeladen, solche in der auf

Montag den 6. August l. J., Verm. 10 Uhr,

anberaumten Tagfahrt vor der angeordneten Gerichtscommission entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten hiesigen Anwalt klar zu stellen, auch pflichtliches etwaiges Vorzugsrechtes zum Protocolle zu verhandeln, bei Vermeidung des Ausschlusses an der Masse.

Es wird keine weitere Ladung ergehen, sondern nur, nachdem die gegenwärtige zu den Acten genommen ist, der Ausschluß der nicht aufgetretenen Gläubiger in öffentlichen hiesigen Blättern bekannt gemacht werden.

Frankfurt a. M., den 16. Mai 1849.

Stadt-Gericht I.
Schöff Dr. v. Schweitzer, Director.
Dr. Dietze, Secr.

[1381] Auf den Grundstücken: 2 Morgen 3 Ruthen Acker im Rosenfeld in der Gemarkung Nr. 21 und 3 Viertel 29 Ruthen Acker im Nürnberger Feld in der Gemarkung Nr. 26, findet sich in den Hypothekenbüchern Sinsheim pro 800 fl. nach Pfandverschreibung vom 19. März 1801 von dem Schuhmachermeister Heinrich Deiß dahier zu Gunsten des J. Kaspar Seitz von hier ausgestellt, eingetragen.

Nach vorgelegten Bescheinigungen ist diese Schuld längst bezahlt worden und die Schuldurkunde verloren gegangen.

Auf gestellten Antrag werden alle diejenigen, welche noch Rechte an dieser Forderung zustehen, aufgefordert, dieße im Termin

den 20. l. M.

dahier anzumelden, widrigenfalls die Schuldurkunde amortisirt und das dießfallige Pfandrecht im Hypothekenbuch gelöscht werden wird.

Sinsheim, am 9. Mai 1849.

Kurfürstl. Hess. Landgericht.
Giller.
vdt. Kahler.

Druck von Andreä in Offenbach.

(Nebst Konversations-Blatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nro. 127.) 30. Mai 1849

Deutsche Reichsversammlung.

230. Sitzung.

Vorsitzender: Präsident Reh.

H **Frankfurt**, 30. Mai.

Tagesordnung: Ergänzungswahlen in den Prioritäts- und Personals-Ausschuß. Berathung über den vom Ausschusse für Durchsicht der Verfassung in Betreff des Antrags auf Verlegung der Nationalversammlung zu erstattenden Bericht.)

Die durch Namensaufruf vorgenommene Zählung des Hauses ergibt die Anwesenheit von 130 Mitgliedern. Der Vorsitzende eröffnet hierauf die Sitzung um 11 Uhr. Nach Verlesung des Protocolls zeigt der Vorsitzende den Austritt der Abgg. Hennig, Schüler und Köhler an. Neu eingetreten ist Herr Hohlfeld aus Schlesien. Die hannov. Abgg. Brons und Plaß reichen einen Protest gegen ihre Abberufung ein. Abg. Buß stellt den Antrag, daß die Versammlung beschließe, daß die aus Baden zurückgekehrten Reichscommissäre noch in der heutigen Sitzung oder in einer Abendsitzung Bericht erstatten. — Abg. Giskra, welcher den Reichscommissären beigegeben gewesen, erklärt sich dazu nach vorhergegangener Besprechung mit den beiden Reichscommissären bereit. — Abg. Wolff von Breslau erhält das Wort zu einer Erklärung. Der Abg. von Breslau, der es darauf angesehen zu haben scheint, Scandalscenen hervorzurufen, erklärt die neulichen Worte des Abg. Vogt für eitele Schimpferei. Diese Aeußerung wird von der Versammlung mit Entrüstung hingenommen. Allgemeiner Ruf: „Herunter! Hinaus! Hinaus!" Der Vorsitzende bedauert, daß die Geschäftsordnung nicht für solche Fälle der absichtlichen Störung vorgesehen, und ruft den Abgeordneten für Breslau wiederholt zur Ordnung, obwohl er glaube, daß es nichts nütze. (Abg. Wolff vom Platze: das ist schon wahr!)

Abg. Vogt stellt hierauf Namens des Dreißigerausschusses folgenden Antrag, dem die Dringlichkeit zuerkannt wird:

Die Nationalversammlung beschließt:

1) Die nächste Sitzung der Nationalversammlung findet im Laufe der nächsten Woche auf Einladung des Bureau's in Stuttgart statt.

2) Das Bureau hat sofort einen Aufruf an sämmtliche anwesende Mitglieder zu erlassen, so wie die Stellvertreter der Ausgeschiedenen bis zum 4. Juni nach Stuttgart zu berufen.

3) Die Centralgewalt wird in Gemäßheit und zur Ausführung des Art. 10 des Gesetzes vom 28. Juni 1848 aufgefordert, sich ungesäumt nach Stuttgart zu begeben.

4) Die Bevollmächtigten derjenigen Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, werden in Ausführung des Beschlusses vom 26. Mai eingeladen, sich ebenfalls nach Stuttgart zu begeben.

Abg. Eisenmann stellt den Verbesserungsantrag, dahingehend, das Bureau habe das Recht und die Pflicht, die Versammlung anderswohin zusammenzuberufen, falls es die Dringlichkeit gebiete.

Abg. v. Reden trägt darauf an, die Berathung des Beschußantrags auf morgen zu verschieben und die Druckvorlage des Antrags zu veranlassen.

Abg. Vogt erklärt sich gegen den Antrag des Vorredners. Der Antrag des Ausschusses sei durch die Zustände hinreichend motivirt. Das Hauptmotiv sei, daß die Versammlung hier in Frankfurt mit einer Centralgewalt, welche zuweigere, ihre Beschlüsse durchzuführen, mitten unter verfassungsfeindlichen Truppen sitze. (Beifall auf den Gallerien, welche der Redner zur Ruhe verweist.) Der Antrag des Abg. v. Reden wird abgelehnt und die Berathung des Beschußantrags begonnen.

Abg. Gfrörer. Der Vorschlag, die Versammlung zu verlegen ist dem deutschen Charakter der Versammlung entgegen. Der Redner weist auf die alte historische Bedeutung Frankfurts hin, auf die große Macht der Erinnerungen, die sich an dasselbe knüpfen. Auch die geographische Lage Frankfurts, dessen politische Stellung ist zu berücksichtigen. Als Deutscher, noch entschiedener als Württemberger protestire ich gegen die Verlegung nach Stuttgart. Eine Einladung von dem Könige von Württemberg, von dem Ministerium Stuttgarts ist nicht erfolgt. Die Absicht, Stuttgart zu Karlsruhen muß ich im Namen meines Landes zurückweisen.

Abg. Mohl stellt den Verbesserungsantrag, Alinea III. des Ausschußantrags sei wegzulassen.

Abg. Hagen aus Heidelberg. Herr Gfrörer scheint die Durchführung der Reichsverfassung in Württemberg übernommen zu haben. Die großen Truppenanhäufungen um Frankfurt machen es der Versammlung unmöglich, ferner hier zu tagen. Meine Partei will nicht bloß zerstören, sie will organisch aufbauen. Dazu ist jetzt Frankfurt nicht der Ort.

Abg. Uhland. Im Vorparlamente wurde beschlossen, daß der Sitz der Nationalversammlung in Frankfurt sei. Meiner Ansicht nach steht es den Vertretern Deutschlands nicht zu, ihren Sitz zu verwechseln. Die neutrale Stellung Frankfurts, seine Lage an der Grenzscheide des Südens und Nordens berufen es zu dem Sitze einer deutschen Reichsvertretung. Die Absicht der Verlegung nach Stuttgart soll eine Schwenkung sein, um von dem Süden aus den Norden zu erobern. Aber ich habe die Ahnung, die Schwenkung werden wir machen, aber die Eroberung nicht. Wir sind schon sehr zusammengeschmolzen, durch einen solchen Beschluß werden wir es noch mehr. Wir haben die Einberufung der Stellvertreter angeordnet, beschließen wir aber die Verlegung nach Stuttgart, so wird Mancher nicht Folge leisten. Man würde die Versammlung als einen Winkelconvent betrachten und sie verleugnen. Meinem persönlichen Gefühle will ich nur durch die wenigen Worte den Ausdruck geben: ich kann die Verlegung in mein schwäbisches Vaterland nicht wünschen.

Abg. Simon aus Trier. Seit 14 Monaten treibt man mit uns ein böses Spiel hier. Was ist aus den Verheißungen des Hrn. H. v. Gagern geworden? Wo sind seine Garantien, von denen er so oft sprach? Einer seiner Freunde, Herr v. Schmerling, ist in Wien, Herr Bassermann ist in Berlin und der Kriegsminister v. Peucker wird von preußischer Seite zum Obercommandanten der deutschen Truppen im südwestlichen Deutschland ernannt. Der Erzherzog hat erklärt, er werde uns nicht treten; allein seien Sie überzeugt, wenn er abtritt, dann werden Sie von Anderen getreten werden. Geben Sie die Mittel an, wie wir dem tagtäglichen Schimpfe und der Schande ausweichen können, welche uns ein verfassungsfeindliches Ministerium anthut. Formuliren Sie derartige Anträge, ich werde ihnen gerne beitreten und auf den Antrag der Verlegung verzichten; dies können Sie aber nicht, und darum müssen wir gehen. Was hat die rein theoretische Zustimmung mehrerer Regierungen uns genützt? Haben wir die Truppen dieser Staaten zur Verfügung? Gebraucht man sie nicht, um den Süden durch den Norden zu erobern? Ich bestreite die Verdienste des Ministeriums Römer nicht, allein eine gänzliche Hingebung an die Verfassung ist von ihm nicht zu erwarten, es ist nicht einmal der Octroyirung ganz abgeneigt. Wir haben mehr Mittel als die Magyaren sie am Beginne ihrer Erhebung hatten. Bei dem bevorstehenden Kampfe zwischen dem Osten und dem Westen darf Deutschland nicht die Hände in den Schooß legen. Es muß mithandeln, sonst wird es ein zerrissenes, armseliges Land bleiben; wer nicht mithandelt, der wird auch die Früchte nicht mitgenießen. Wir müssen die Brücke hinter uns abschneiden, Alles wagen, das Glück unterstützt den Muthigen! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Venedey. Durch die vorgeschlagene Verlegung ist der Kampf zwischen Despotismus und den Elementen, welche jetzt noch unter uns stehen, unvermeidlich. Ich werde hingehen, wohin die Versammlung beschließen wird, allein ich halte die Verlegung derselben für ein Unglück.

Abg. M. Mohl ist für die Verlegung nach Württemberg, man dürfe sich nicht mehr täglich vom Ministerium die Schmach in das Gesicht werfen lassen. Was den Empfang der Versammlung in Stuttgart betrifft, so bürgt der Redner für einen guten. Daß noch keine Einladung erfolgt, findet er erklärlich und weist auf die Erklärungen der württembergischen Kammern hin. Der Redner erklärt sich schließlich gegen Alinea III. des Ausschußantrags; es sei ein Unsinn, dieselbe Centralgewalt, welche man als einen Gegner der Nationalversammlung betrachte, aufzufordern, mitzugehen. (Beifall links und oben.)

Abg. Henkel aus Kassel ist gegen den Antrag des Ausschusses. Nur durch offenbare Gewaltmaßregeln könnte sich die Versammlung dazu bewegen lassen, ihren Sitz nach Stuttgart zu verlegen. Erfolgt solch ein Gewaltstreich, dann kann er uns nur nützen. Der Redner weist auf die Bedeutung Frankfurts hin. Wenn die Versammlung jetzt nach Süden zöge, so würde man im Norden glauben, sie wolle daselbst einen republikanischen Club bilden. Alle norddeutschen Abgeordneten müßten sich zurückziehen. An eine Eroberung vom Süden aus ist nicht zu denken. Zu einer Nationalversammlung gehört auch ein Körper, sie ist nicht bloß ein Begriff. Gehen wir, so bleibt die Centralbehörde als eine förmliche absolutistische zurück. Die Versammlung ist die einzige Stütze der provisorischen Gewalt. Geht sie verloren, dann hat die Centralgewalt gegenüber den Regierungen keinen Halt mehr und der alte Bundestag wird alsdann gleich wieder da sein. Die Regierungen werden mit ihren Octroyirungsplänen nichts zu Stande bringen und zuletzt doch wieder auf uns zurückkommen müssen. Wir sind ein kostbares Kleinod für das Vaterland und dürfen uns nicht ruiniren. Der Redner erklärt seinerseits, daß er nicht nach Stuttgart gehe.

Abg. Schoder aus Stuttgart. Auf dem bisher eingehaltenen Wege, daß wir täglich Beschlüsse fassen, die nicht ausgeführt werden, zerstören wir uns. Hier in Frankfurt ist es uns unmöglich, unter den obwaltenden Zuständen die widerstrebende Centralgewalt zu entsetzen, uns fehlt hier die Macht. Gegenüber den Minoritätsministerien in Frankfurt, und Berlin kann man kein Vertrauen mehr haben. Und wenn nur hundert von uns an einem Orte, wohin uns der Präsident riefe, unsern Feinden gegenüber einen Beschluß fassen werden, so wird derselbe nicht unbeachtet bleiben. Das württembergische Ministerium ist es seiner politischen Ehre schuldig, uns gut aufzunehmen und gewiß, es wird das thun. Wenigstens innerhalb der Grenzen Württembergs können wir uns dann einstweilen vor dem Despotismo retten. Die württembergische Regierung hat die Verfassung anerkannt und wird die Versammlung ferner anerkennen. Das württembergische Volk wünscht es auch, daß die Versammlung zu ihm komme, das kann ich Sie versichern. (Bravo!)

Abg. Wödsler protestirt gegen den Ausspruch des Abg. Henkel, als ob die norddeutschen Abgeordneten sich alle zurückziehen würden, wenn die Versammlung die Verlegung beschlösse. So lange die Versammlung das schwarz-roth-goldene Banner führen werde, werde ihr die Sympathie Norddeutschlands bleiben.

Abg. Eisenmann ist gegen den Ausschußantrag. Der Redner erklärt, für das Verbleiben in Frankfurt zu sprechen, nicht etwa, weil er sich hier sicherer fühle, denn er glaube an den Ausspruch eines Freundes: die Berliner Camarilla macht keinen Unterschied zwischen Herrn v. Gagern und Schlöffel. Durch den Beschluß der Verlegung wird man die bayerische Regierung z. B. gewiß dazu bewegen, die Neuwahlen nicht anzuordnen. Der Redner sieht in einer Verlegung einen moralischen Stoß, den sich die Versammlung selbst versetzt, er glaubt nicht an die Verdächtigungen der Person des Reichsverwesers, welcher gewiß nicht sein ehrenwerthes 67jähriges Leben opfern werde. Er fährt fort: Durch Ihre Uebersiedelung nach Stuttgart regen Sie dort dieselbe Bewegung wie in Baden an, und diese steht nicht mehr auf dem Boden der Verfassung nach meiner Ansicht. Man muß nicht bloß Norddeutschland, ganz Deutschland muß man berücksichtigen, man muß der politischen Entwicklung Deutschlands Rechnung tragen und diese ist so, daß sobald die Versammlung bloß mehr eine Partei sein wird, sich ganz Deutschland von ihr abwenden wird. Wenn unsere Gegner durch ihren Massenaustritt diese Versammlung zu sprengen beabsichtigten, so wollen wir sie durch ein kluges Ausharren retten. (Beifall.)

Abg. Vogt, Berichterstatter des Ausschusses: Ich habe alle vorgebrachten Gründe in Erwägung gezogen, all in der Umstand, daß alle jene Mitglieder, welche bisher vertrauten in die Regierungen, gegen die Verlegung stimmen, hat mich von der Nothwendigkeit der Verlegung überzeugt. Nur durch sie werden wir die Möglichkeit haben noch in die Geschicke Deutschlands einzugreifen. Die jetzige Majorität hat hier nicht die Macht zur Hand, um das Ministerium zu zwingen. Nach Mecklenburg hat erklärt, daß seine Truppen nur der provisorischen Centralgewalt und nicht der Nationalversammlung zur Verfügung stehen. Die preußischen Schlingen liegen jetzt zu deutlich am Tage; die Actenstücke liegen offen vor, daß das Berliner Ministerium selbst gesonnen ist, über die Leiche seines bisherigen Bundesgenossen hinwegzugehen, um für den Absolutismus zu handeln. Wir müssen in Süddeutschland eine Stütze gegen den Absolutismus suchen, im Norden finden wir sie nicht mehr. Daß es der Norden nicht mehr kann, daran sind wir nicht Schuld. Wir wollen den Norden nicht von dem Süden trennen, wir haben dies bewiesen. Allein sie sind schon factisch getrennt durch ein Meer von Bajonneten. Wir müssen uns deßwegen den Kern in Süddeutschland zu erhalten suchen und in ihm den Keim der Freiheit für Deutschland retten. Wir wollen daselbst die Bewegung allgemein machen und so viel Theile als möglich hineinwerfen, um dem Norden Respect einzuflößen. Wir wollen Gewalt und hoffen sie im Süden zu bekommen. Der Absolutismus kennt keine Grenzen der Länder, keine Verträge, keine Treue. Sollen wir ihm uns gebunden überliefern, da seine Vorposten schon vor unsern Thoren stehen? Er ist unter sich verbrüdert, er hat seine Knotenpunkte in Norddeutschland und schickt seine Kolonnen gegen den Süden. Sollen wir die Sache der Freiheit verrathen, indem wir uns ohne zu handeln besiegen lassen, ohne die Freiheitsbewegungen im Osten und Westen durch den Kampf gegen den Absolutismus zu unterstützen? Wir werden im Süden an der Spitze stehen, wir werden sie meistern, und vermögen wir dies nicht, dann sind wir werth, daß wir untergehen. (Beifall.)

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung hat die gehörige Unterstützung gefunden. — Zuerst wird über das erste Alinea des Ausschußantrags namentlich abgestimmt. Das erste Alinea des Ausschußantrags wird mit 71 gegen 64 Stimmen angenommen, 4 enthalten sich der Abstimmung. — Die beiden übrigen Alineas werden durch Aufstehen und Sitzenbleiben angenommen.

Folgendes erklärt hierauf der Vorsitzende Reh: Als ich mein Amt antrat, sprach ich mich dahin aus, daß kein Grund vorliege, zu behaupten, die Versammlung sei hier bedroht. Ich erklärte, daß ich das unumwundenste Zutrauen zum Erzherzog Reichsverweser habe, deßgleichen zu der Ehrenhaftigkeit der hiesigen Garnison, und daß ich der Letzte sein würde, der in Zeiten der Gefahren von der Versammlung lassen würde. Ich halte diesen Beschluß weder für motivirt noch für heilbringend für Deutschland. Durch ihn wird das stärkste Band, welches Deutschland an die Versammlung fesselt, zerrissen. Ich erkläre Ihnen hiermit, daß ich diesen Beschluß weder ausführen noch auch mit unterzeichnen kann. Ich lege meine Stelle nieder und danke Ihnen für das geschenkte Zutrauen. Leben Sie wohl!

Der Vorsitzende verläßt den Stuhl und tritt ihn dem ersten Vicepräsidenten Löwe von Calbe ab. Dieser ertheilt das Wort dem Abg. Buß. Gehen Sie, meint der Redner, das Parlament das sind nicht die, die gehen, das sind die, welche bleiben.

Die Abgg. Jucho und Makowiczka erklären ihren Austritt aus dem Personale des Bureaus, weil sie sich nicht an der Ausführung des heutigen Beschlusses betheiligen wollen. Einige Urlaubsgesuche werden von der Versammlung nicht gewährt.

Der Vorsitzende, Löwe, erklärt, daß er sein Möglichstes thun werde, zur Uebersiedelung der Versammlung beizutragen und schließt die Sitzung um 2¼ Uhr.

Deutschland.

† **Berlin**, 28. Mai. Die patriotischen Vereine, welche sich gern rühmen, mit dem gegenwärtigen Staatsministerium in steter Harmonie zu sein, beabsichtigen jetzt auch den Erlaß einer Adresse in Betreff des dänischen Krieges. Derselbe sei ein Vermächtniß des Aufstandes vom 18. und 19. März, durch welches Empörer gegen ihren rechtmäßigen Herrn unterstützt würden; es sei daher unwürdig, denselben noch länger fortzuführen. Außerdem wird darauf hingewiesen, welchen Gefahren das Vaterland durch eine Fortsetzung des Krieges ausgesetzt werde, und daß Preußen dabei am meisten zu leiden habe. Der Wohlstand der Ostseeprovinzen werde untergraben, und zunächst und vor allem Preußen der Schauplatz eines russischen Krieges werden müssen. (!) Eine gewisse Partei will den dänischen Krieg unter allen Umständen beendigt sehen, um die Truppen anderweit verwenden zu können. — Die Reichsverfassung hat am 26. d. M. vergebens auf sich warten lassen, da die Verwickelungen eher zu als abgenommen haben sollen. Besonders verräth sich hier jetzt eine sehr gereizte Stimmung gegen Bayern. Was nun im Weiteren geschehen, ob und wann die Verfassung kommen wird, vermögen wir im Augenblicke nicht einmal andeutungsweise zu sagen; von verschiedenen, nicht einflußlosen Seiten wird lebhaft in das Ministerium gedrungen, den gordischen Knoten zu zerhauen und die Verfassung ohne weiteres für sich, Sachsen und Hannover zu publiciren. Dem scheint jedoch der König persönlich noch nicht geneigt zu sein.

Die „Deutsche Reform", ministeriell redigirt, hat in einem unter dieser Voraussetzung sehr ungewöhnlichen Artikel sehr emphatisch erklärt, Rußland habe gegen das Werk der deutschen Einigung drohende Forderungen gestellt und darauf hin im voraus ganz Deutschland gleichsam zu den Waffen mit Preußen gegen Rußland gerufen. Am nächsten Morgen aber folgte jenem Lärmartikel, der großes Aufsehen gemacht hat, die sehr bescheidene (gestern in der Beilage mitgetheilte) Selbstberichtigung, welche ein nicht geringeres Aufsehen erregte. Die „Disch. Allg. Ztg." meint nun: Wenn zu Ludwig Philipps Zeiten ein ministerielles Blatt so schlecht unterrichtete Publicistik getrieben hätte, würde in Paris Alles an „Börsenspeculation" gedacht haben. Dazu liegt hier kein Grund vor, und es bleibt nur die schlecht unterrichtete Redaction übrig, deren Glaubwürdigkeit nach diesen Erfahrungen in den Katalog der Artikel zu herabgesetzten Preisen gehört. Dagegen will die „Allg. Ztgcorr." die Quelle so auffallender Widersprüche in einem halboffiziellen Organ in zwiespältiger Ansicht, in die sich das Ministerium theilt, finden. Trotz alledem existire die russische Note quos ego! doch.

Anfangs Juli steht die Generalconferenz für Zollvereinsangelegenheiten in Berlin zu erwarten, um über den Anschluß Hannovers und der norddeutschen Küstenstaaten und über die zu diesem Ende vorzunehmenden Modificationen in dem Vereinstarif zu unterhandeln. Es sind alle Aussichten vorhanden, daß dieser Anschluß mit dem 1. Oct. ins Leben trete. Nach den Aeußerungen des hier anwesenden hannoverschen Staatsministers Stüve sind von hannoverscher Seite keine Anträge mehr zu besorgen, welche das Zustandekommen des Anschlusses in Frage stellen könnten.

Den Buchhändlern in Berlin ist verboten worden, Plakate, Zeitungen, Extrablätter oder irgend welche Anzeigen dieser Artikel an die Schaufenster zu stellen. Einige wollen hiergegen als Eingriff in ihren Gewerbebetrieb Beschwerde einlegen.

Köln, 27. Mai. Das Offiziercorps unserer Garnison gab gestern Abends in der Gartenhalle des Gertrudenhofes den Offizieren des an dem Tage hier eingetroffenen 24. Regiments, sowie den anwesenden mecklenburger Offizieren ein Banket. Recht heiter und lebendig war die Stimmung, und zugleich ernst gehoben durch die von den Stabsoffizieren ausgebrachten Trinksprüche und den Gedanken an die Einheit der Gesinnung aller deutschen Heere für die Größe und Ehre des gemeinsamen Vaterlandes, das eben jetzt des treuen Opfermuthes seiner wehrbaren Söhne in so hohem Grade bedarf. (K. Z.)

Münster, 27. Mai. (W. Merk.) Hier ist nachstehende Bekanntmachung erschienen: „Da der Generalmajor von Hanneken mit seiner mobilen Division zu seiner weiteren Bestimmung nach dem Rhein abmarschirt, so geht 1) die vollziehende Gewalt in den Kreisen Solingen und Elberfeld, so weit der letztere in den Belagerungszustand erklärt ist, am 25. d. an den Generalmajor Thielbau in Düsseldorf, 2) in dem Kreise Hagen, soweit er in den Belagerungszustand erklärt ist, an den Major Wilm, Bataillonscommandeur im 15. Infanterieregiment, und 3) in dem Kreise Iserlohn an den Major v. Glisczinski, Commandeur des Landwehrbataillons Bielefeld, über. Münster, den 24. Mai 1849. K. Graf von der Gröben, Generallieutenant und interimistischer commandirender General des 7. Armeecorps."

Trier, 23. Mai. Ueber die Stadt Wittlich ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Ursachen zu dieser Maßregel liegen nach glaubhaft eingezogener Erkundigung in dem zur Erstürmung des Zeughauses zu Prüm bewerkstelligten Zuzuge, sowie in sonstigen Excessen, welche sich dort selbst am 20. d. begeben haben. — Da man vermuthet, daß von den zu Prüm geraubten Waffen noch hier und dort in der Stadt vorfindlich seien, so ist, wie wir vernehmen, von Seiten der Militärbehörde die sofortige Ablieferung aller Waffen angeordnet worden. (S. u. M. Z.)

△ **Aus Westpreußen**, 26. Mai. Aus Danzig meldet man uns so eben, vier russische Kriegsschiffe seien eingelaufen, in der Absicht, eine bedeutende Truppenmacht aus den Ostseeprovinzen an Land zu setzen, die längs der Weichsel nach Posen zu ziehen beordert sei, um dort jede weitere Insurrection zu verhindern. Bestätigt sich diese Nachricht, so melde ichs Ihnen sofort. Die hiesigen Polen warten auf den Ausgang des ungarischen Kampfes mit Ungeduld. Alle ihre Hoffnungen schließen sich daran. Die englische Dampffregatte, welche die blokirten Ostseehäfen revidirt, ist vor Pillau angekommen; ihre Offiziere fuhren an Land, und wurden mit Jubel von den Pillauern aufgenommen. Die Fregatte geht zu tief, um bis ins Seegatt einlaufen zu können.

Danzig, 24. Mai. Die Untersuchung gegen den bereits verhafteten Präsidenten des hiesigen demokratischen Clubs, Dr. Crüger, in welche auch noch einige andere Literaten hiesiger Stadt gezogen sind, soll merkwürdige Aufschlüsse über ein weit verzweigtes Complot geben, das in enger Verbindung mit der Liga polska steht, für welche Crüger unlängst einen Zweigverein in Danzig begründete, der sich über ganz Westpreußen erstreckt.

⁂ **Aus dem Badischen**, 28. Mai. (Aus einem uns gütigst mitgetheilten Privatschreiben.) Die erste Angst und Bestürzung einerseits, und die erste Begeisterung für die Bewegung andererseits fangen an zu verschwinden, und machen einem Gefühle von Unbehaglichkeit Aller Platz. Man fühlt das Bedürfniß eines festen Punktes, an welchem man sich anlehnen könnte, und leider ist keiner zu finden. Der Fürst ist außer Landes, die Nationalversammlung ist in ihrer Auflösung begriffen, die Centralgewalt hat keine Autorität mehr, und deßhalb auch keine Macht; zu Preußen und Bayern ist kein Vertrauen! Will man dem Volke begreiflich machen, daß es sich auf falschem Wege befinde, so muß man ihm einen andern zeigen können, der augenscheinlich der bessere wäre, dem es mit Vertrauen folgen könnte. Die Soldaten sind sehr nüchtern geworden; so weit ich es beobachten konnte, haben sie den brennenden Wunsch, wieder in einige Ordnung zu kommen, wieder unter wirklichen Offizieren zu stehen. Ich hörte nicht selten von ihnen äußern: „Wenn nur der Großherzog wieder da wäre." Aber wenn er käme, müßte das Programm einer gesunden deutschen Politik vorliegen, auf welches er sich berufen könnte, und das ist noch nicht vorhanden, und er allein kann es nicht aufstellen, dazu ist er in jeder Beziehung zu wenig mächtig. Wenn Württemberg, wie es allen Anschein hat, ruhig bleibt, so wird der eigentliche Aufstand leicht bezwungen werden. Aber was nachher in einem so aufgewühlten Ländchen? Im Volke herrscht noch viele Unklarheit und Furcht vor dem revolutionären Regiment. Dafür ist es möglicher Weise gut, daß es noch einige Zeit diese Regierung genieße. Aber mit welchen Opfern müssen die Erfahrungen erkauft werden! Denken Sie sich, daß 250,000 Steuerpflichtige 10 Tage lang nicht gearbeitet und also nichts verdient haben, daß viele während dieser Zeit von den Andern erhalten werden mußten, daß die Zeughäuser ausgeleert und alle Waffen vertheilt sind, daß weder directe noch indirecte Steuern in solchen Zuständen wie sonst fließen, daß die täglichen Ausgaben ungeheuer und die Kassen erschöpft sind, und sie werden die Folgerungen ziehen, die das Alles auf das Volks- und Staatsvermögen ausüben muß. Es ist wahr, daß Eigenthum, Verkehr und persönliche Sicherheit durch das revolutionäre Gouvernement bisher direct nicht gefährdet wurden; aber wie groß sind die indirecten Nachtheile! Mit der Zeit werden dies Alle begreifen! — Wollte man nicht Alles in Anarchie sich auflösen lassen, wollte man sich des Schwarms revolutionärer Fremdlinge entledigen, die täglich sich vermehren aus den Flüchtlingen und dem Auswurf aller Nationen, und die Absicht nicht verhehlen, die Zügel aller Gewalt an sich zu reißen, so mußten sich einzelne Männer, wenn auch mit Widerstreben, dazu hergeben, die Municipal- und Polizei- und Verwaltungsgeschäfte provisorisch zu besorgen; die Unordnung wäre sonst über alles Maß groß geworden. Dadurch allein ist es z. B. in Heidelberg dem Gemeinderath und der Bürgerwehr möglich geworden, sich des Herrn Schlöffel jun. zu entledigen, der für den ganzen Unterrheinkreis die ausgedehntesten Vollmachten vom Landesausschuß in Händen hatte und dessen ausgesprochene Absicht es war und ist, ganz Deutschland zu revolutioniren. Die Gemeindebehörden nahmen die Gewalt selbst in die Hände und so wurde dieser Mensch mit seinem Anhange beseitigt. Das sind aber nur momentane Nothhilfen.

Aus dem Badischen, 28. Mai, schreibt man der „Darmstädter Zeitung": Glauben Sie mir's und verbreiten Sie es: man beabsichtigt einen Ueberfall ins Hessische. Plakate und Aufrufe, daß die hessischen und württembergischen Soldaten den hiesigen augenblicklich zur Seite stehen werden (!!), sind im Ueberfluß an das Militär vertheilt worden. Auch Ihren Großherzog zu vertreiben und weiter Frankfurt ist das Ziel. Beispielsweise ein neuer Werberuf: „Kampflustige Männer! Wer gesonnen ist, in dem Kampfe für die gute Sache der deutschen Freiheit an den gefährlichsten Punkten einzustehen, wer entschlossen ist, todverachtendem Heldenmuth die feindliche Partei an jedem offenen Punkte anzugreifen, der wolle sich der zu organisirenden deutsch-ungarischen Legion anschließen, zu der gegenwärtig schon viele entschlossene Ungarn, welche die von ihrem Vaterlande leider getrennt gewesen, gemeldet haben. Gemeinsam sei unser Wirken! Freiheit sei unser Ziel! Das Werbebureau ist in der Infanteriekaserne, 3 Treppen Nr. 13. Karlsruhe, den 27. Mai 1849. Sie Thürr, Commandant der zu organisirenden Legion. v. Jonovits, Hauptmann der ungarischen Honvede."

Mannheim, 29. Mai. Fünf württembergische Soldaten sind heute Morgen in Karlsruhe eingetroffen, mit dem officiellen Auftrag, Namens ihrer Kameraden die badischen Soldaten zu begrüßen und die Versicherung zu geben, daß das württembergische Militär nicht nur nicht gegen Baden feindlich auftreten, sondern auch im Falle der Noth den badischen Truppen vereint für die deutsche Verfassung kämpfen werde. — Heute Nachmittags ist das hier jetzt in Garnison gelegene 4. Infanterieregiment ausmarschirt, wie man glaubt, in der Richtung nach Heidelberg. (M. J.)

In **Pforzheim** haben die Beamten und Angestellten den Eid, welcher vor dem Bezirkscivilcommissär von ihnen geleistet werden sollte, vorerst abgelehnt, bis die Executionscommission, sowie die Civilcommissäre ebenfalls auf die Reichsverfassung nach der bestehenden Formel beeidigt worden sei. Sie haben außerdem den Wunsch zu Protocoll niedergelegt, daß mit der Eidesleistung so lange gewartet werden möge, bis durch die demnächst zusammentretende constituirende Versammlung die Landesverfassung der Reichsverfassung angepaßt worden sei, damit die Heiligkeit und Würde des Eides durch wiederholte Leistung nicht verletzt werde. (Pf. J.)

Von der Bergstraße, 28. Mai, schreibt man der „Darmstädter Zeitung": Ein unverbürgtes Gerücht läßt den Assessor Müller von Fürth in Weinheim sitzen, wegen, in Heppenheim heute Inzicht als Gegengeisel festgehalten werde. — Reisende, von Worms geflüchtet, erzählen von einem grenzenlosen Terrorismus, den sich Blenker mit seinen Freischärlern gegen die bedrängten Bewohner erlaubt, besonders seien die Ausbrüche der rohesten Brutalität gegen die Familien von Militärpersonen gerichtet gewesen.

Bingen, 27. Mai. Seit gestern ziehen fast alle Corps preußischen Militärs hier durch und vorbei: Cuirassier Garde, Landwehr ꝛc. ꝛc.; bis gestern Abend waren an einem Tage sieben Schiffe voll nach Mainz zu vorbeigefahren. — Vorgestern Abend wurde der Volksausschuß zusammengebeten; es erschien ein Herr, der ein Mandat von Frebel, Raveaux und Schüz unterschrieben vorzeigte, laut dessen er bevollmächtigt war, uns Mittheilungen zu machen. Diese bestanden darin, wir sollten Emissäre hinaufschicken auf das Land schicken, um das Landvolk aufzuhetzen, es sollte sich bereit halten, auf den ersten Ruf durch Eilboten gerüstet herbeizueilen, da binnen 4 bis 5 Tagen „etwas geschehen würde". Was dieses sei, konnte oder wollte er uns nicht näher angeben. Man bemerkte ihm, der Zweck unseres Verfassungsvereins sei, für die Verfassung selbst mit Gut und Blut einzustehen; — dazu seien wir sowie auch das Landvolk auf den ersten Ruf der Nationalversammlung und unserer Regierung bereit; zu allenfallsigen Putschen gäben wir uns nicht her, auch seien wir nicht so vernagelt, unsere Rheinprovinz durch die Herren von Baden zum Vorposten gegen Preußen machen zu lassen. Da er nach dieß n Aeußerungen sah, daß sein Zweck verfehlt war, zog er von dannen, nachdem sich hatte bescheinigen lassen, daß er da gewesen. (Darmst. Z.)

Frankreich.

• **Paris**, 27. Mai. Die Aufstellung einer Observationsarmee an der Rheingrenze wird mit dem größten Eifer betrieben. Im Laufe der vorigen Woche sind mehrere Regimenter nach Chalons beordert worden und werden ihr im Laufe dieser Tage noch andere nachfolgen. Die Truppen sollen längst der Grenze als Observationscorps aufgestellt werden.

† **Paris**, 27. Mai. Die legislative Versammlung ist heute zusammengetreten, um zur provisorischen Bildung des Bureaus zu schreiten. Dieselbe fand ganz nach dem Muster zur Zeit der Monarchie in Brauch gewesenen statt. Kerarry wurde zum Alterspräsidenten, Boich, Estancelin, Rolland, de Ceislin, Bancel und Commissaire, der ehemalige Sergeant der Jäger von Vincennes, als die jüngsten Mitglieder, zu Secretären ernannt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. H. Matten

Cours der Staats-Papiere. 30. Mai 1849. (Schluss der Börse.)

	pCt.	Papier	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat.	5	73⅛	73⅛	Frankfurt	Obligationen d. Rothsch.	2½	74⅜	73⅛
»	dito dito	4	57⅛	57	»	Neue Württemberg.	4½	92⅝	92⅛
»	dito dito	2½	31⅛	30	Nassau	Obligat. d. Rothsch.	3½	80½	80
»	Bank-Actien a D.		1050	1045	»	d. 35 Loose		20¼	20
»	250fl.-Loose v. Rothsch.		74⅛	73⅛	Frankfurt	Obligationen	3	78	77½
»	500 » dito		123	122½	»	dito v. 1839	2½	93	92½
»	Bethmann. Obligat.	4½	66⅝	—	»	dito v. 1842	4½	89½	89⅛
»	dito dito	4	61	—	»	Taunusbahnactien		271	269
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	61⅛	60⅝	Holland	Integrale	2½	49⅜	49⅛
»	Prämienscheine		—	100	»	Holländische	4	—	77
Sachsen	Obligationen	3½	78	77½	»	Syndicats	5½	—	73
Darmstadt	d. 35 Loose		65⅞	65⅝	Spanien	Activesch. im J. 1823	5	—	—
»	d. 25 dito		20⅜	20⅛	»	Innere Sch. neue Obl.	3	23⅛	23⅛
»	Obligationen	3½	77½	77	Portugal	Consols Lit. A d. 18	3	—	—
»	dito	4	84⅜	84⅛	Polen	d. 300 Loll. Loos Rth.		—	97½
Baden	Obligationen v. 1844	3½	72⅝	72½	»	Obligationen de 500	4	72	71⅝
»	d. 50 Loose v. J. 18		17	16½	Russland	in S. G. b. Grun. etc.	4	—	91
»	d. 35 Loose		25½	24⅞	»	dito b. Stieglitz et C.	5	—	99⅝

Geld								
Preussen	9	58	Conv.-Rl. Mark	200	—	Nassauische Loose	27½	26½
Pr. Friedrichsd'or	9	52	Laubth. Gulden	—	—	Sardinische Loose	25½	25½
Holl. 10 fl. Stücke	10	7	Preuss. Thaler	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten	5	40	5 Frankenthaler	—	—	Cöln-Minden	77½	76⅝
20 Francsstücke	9	41	Hochhaltig Silber	24	20	Ludwigsh.-Bexbach	65⅛	64⅞
Kais. Souverains	12	5	Gerings. mittelh.	23	20	Prinz-Wilhs.-Nordbahn	34	33½

Wechsel-Cours.			
Den 30. Mai	Papr.	Geld
Amsterdam (k. S.	101⅜	—
(100 fl. Crt.)	100	—
Augsburg (k. S.	—	120
(100 fl. Crt.)	—	—
Berlin (k. S.	—	100
(50 Thlr.)	—	—
Bremen (50	—	99
Rthlr. L.-fuss	—	—
Hamburg (k. S.	8.2	—
(100 M. B. Crt.	—	87
Leipzig (80	—	100
Thlr.) k. S.	—	—
London (k. S.	131⅝	—
(10 Livr. St.)	—	120
Lyon (k. S.	95½	—
(300 Fr.)	—	—
Mailand (250	100½	—
Ltr. Anstr.)	—	—
Paris (k. S.	95⅝	95
(300 Fr.)	—	—
Wien (100 fl.	—	—
im 24 Fl.	—	—

Disconto		

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Extra-Beilage zu Nro. 127.) 30. Mai 1849.

Der § 39 der Grundrechte und die Taxissche Post in Württemberg.

III.

** **Frankfurt**, 26. Mai. Der „Schwäbische Merkur" vom 16. Mai, und nach ihm die „Allgemeine Augsburger Zeitung" hat eine Entgegnung auf den zuerst in der letztern und dann auch in Ihrem Blatte erschienenen Artikel I. unter dieser Aufschrift gebracht. Er nennt den Verfasser den Taxisschen Correspondenten, und wird daher gestatten müssen, daß er fortan der Regierungscorrespondent heiße. Was zuvörderst den geschichtlichen Hergang der Abfassung des § 39 der Grundrechte anlangt, so ist dieser, trotz der aus dem Zusammenhange herausgerissenen Säze in den stenographischen Berichten ungenau, und da dem Regierungscorrespondenten wohl auch die Akten bekannt sein müssen, unwahr. Denn es ist verschwiegen, was zwar nicht in den stenographischen, wohl aber in den württembergischen Regierungsacten steht, und nicht minder richtig als wichtig ist, daß der württembergische Bevollmächtigte darauf angetragen hat, das Postlehen von der Bestimmung des § 39 auszunehmen, „weil die Absicht unverkennbar sei, das Lehen in der Hand des Vasallen in freies Eigenthum zu verwandeln", und daß dieser Antrag von dem Verfassungsausschusse abgelehnt worden ist. Es genügt auf den Eingangsartikel in Nummer 120 und auf Nr. 112 der „Oberpostamts-Zeitung" zu verweisen. Der Regierungscorrespondent wird nicht behaupten können, daß das fürstl. Haus Taxis auf die Abfassung der Grundrechte Einfluß zu üben versucht habe, wogegen fest steht, daß ein solcher württembergischerseits gegen dieses Haus erstrebt worden ist. Es kann daher nichts auf der Welt übler angebracht sein, als die plumpe und perfide Beschuldigung, daß Taxis die deutschen Grundrechte zu seinem Vortheile auszubeuten suche, während ein solcher Versuch grade wider dieses Haus gemacht worden ist und dasselbe sich nur gegen eine gewaltsame Verdrehung vertheidigen will. Seinerseits würde auf eine Aenderung in der Form des Besitzes gar kein Werth gelegt werden sein, und wenn nun behauptet wird, „daß der Allodialbesitz statt des Lehenbesitzes im staatsrechtlichen und staatswirthschaftlichen Interesse unstatthaft, und insbesondere mit der Bestimmung eines öffentlichen Instituts unverträglich sei", so verstößt diese Angabe offenbar gegen das eigene Besserwissen, indem dem Regierungscorrespondenten nicht entgangen sein kann, daß die Aufhebung des Lehenverbandes an den durch die Staatshoheits- und Aufsichtsrechte beschränkten Befugnissen des Inhabers der Posten nicht das Geringste erweitert oder ändert, daß dies von Taxis unaufgefordert anerkannt worden, und daß, insoferne die Verwandlung des Lehenbesitzes in einen allodialen die Abhängigkeit der Sache aufhebt, die Erhöhung ihres Werthes der Landesgesetzgebung Gelegenheit zu ausgleichenden Anordnungen, also zur Schadloshaltung des Lehensherrn gewährt. Wäre aber wirklich der Taxis'sche Postbesitz in Württemberg so schädlich, wie der Regierungscorrespondent zu versteben gibt, so müßte die Erfahrung darüber in der Zeit des Besitzes zu Lehenrecht gemacht worden sein, und so hätte es auch damals Mittel gegeben, sich dieser Last zu entschlagen. Dieses Mittel bestand in der freiwilligen Lösung des Verhältnisses. Es steht auch noch zu Gebote, und da Taxis die Hand dazu gereicht hat, so kann die württembergische Regierung der Welt wohl das Schauspiel der Verdrehung der Grundrechte ersparen, und ihren Zweck dennoch erreichen. Dabei wird freilich vorausgesezt, daß es mit der Entschädigung Ernst und nicht die Absicht sei, mit Ränken und mit Uebermacht das Amt der Gerechtigkeit zu verfälschen. Auf einen solchen Vorbehalt führt der Schlußsatz der Entgegnung. Wenn das die Staatsmoral sein sollte, was dem Regierungscorrespondenten das emphatische Lob der württembergischen Regierung eingegeben, „daß sie nicht durch Ausbildung des Landboteninstituts in Verbindung mit der Eisenbahn den Fürsten von Taxis, den sie zum Abschlusse des Postvertrags im Jahre 1819 vermocht hat, um alle Vortheile dieses Vertrags gebracht, oder wie die Hahnenfeder selber schreibt, zu Grunde gerichtet habe", so wäre nicht gerade die größte Hoffnung darauf zu sezen, und lieber die Entscheidung des künftigen Reichsgerichts abzuwarten. Einer Handlungsweise aber, der sich jeder Privatmann schämen muß, wird es schwer, eine Regierung fähig zu halten, obwohl im vergangenen Jahre in der Allgemeinen Zeitung, wie im Schwäbischen Merkur ihr die gründlichsten Rathschläge con amore ertheilt worden sind, wie man des Postvertrags, der zur Vermeidung einer großen Entschädigung und wegen Unzulänglichkeit der eigenen Mittel und Verbindungen eifrig erstrebt worden, sich auf gute Manier entledigen, und das fürstliche Haus Taxis zugleich um den Ersaz betrügen könne. Wenn gleich die Verfagung der Benüzung der Eisenbahn, welche mit großen Opfern Seitens der Postverwaltung erkauft werden wollte, bei immer maßloseren Beeinträchtigungen der Postrechte und fortdauernder Verhöhnung der Administration über die Fortsezung des Betriebes mit Wagen und Pferden den Gedanken, daß solche Rathschläge verfangen hätten, wohl aufkommen zu lassen geeignet waren, so wird man es in Deutschland doch in gutem Glauben für eine Unmöglichkeit halten, daß eine Regierung je zu einem Verfahren schreiten werde, für welches unsere Sprache keine andere Bezeichnung als — Prellerei — gebraucht. Der Regierungscorrespondent hat der Regierung offenbar einen schlechten Dienst erwiesen, wenn er ihr nachrühmt, daß sie solcher Versuchung zu widerstehen im Stande sei.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 30. Mai. Heute Nachmittag um halb drei Uhr sind zwei Schwadronen mecklenburgischer Dragoner und eine mecklenburgische Batterie von acht Geschützen hier eingerückt, um vorläufig einen Theil der hiesigen Garnison zu bilden: durchgehends junge kräftige Männer des niedersächsischen Volksstammes auf schönen ausdauernden Pferden. Zwei weitere Schwadronen sind für morgen erwartet.

≈ **Schleswig**, 26. Mai. Das Bureau der schleswig-holsteinischen Landesversammlung ist seit 14 Tagen vereint, um die Landesversammlung, wenn es deren Zusammentreten für nothwendig hält, unverzüglich zusammen zu rufen. Es hat gestern entschieden, daß die Voraussezung noch nicht eingetreten, unter welcher das Bureau die Convocation beschließen solle. Zwei Ereignisse schienen vorzugsweise hierzu Veranlassung geben zu können: die deutsche Frage in Frankfurt und die Anknüpfung neuer Friedensunterhandlungen. Das Bureau ist überdies von mehreren Abgeordneten aufgefordert worden, die Versammlung zu berufen, während täglich Adressen um Aufhebung der Personalunion eingehen. Inzwischen trat die Statthalterschaft mit ihrer öffentlichen Erklärung ein, und diese dürfte wohl der Mitgrund sein, daß die Majorität des Bureaus noch immer bei der Ansicht verharrt, daß die politischen Ereignisse noch nicht der Art seien, daß sie auf die Haltung unseres Landes entscheidend einen Einfluß üben. Der Beschluß des Bureaus der Landesversammlung vom 25. Mai lautet:

„Das Bureau der Landesversammlung bringt hierdurch zur öffentlichen Kunde, daß es, in Folge des ihm ertheilten Auftrags, die Versammlung einzuberufen, wenn es deren Zusammentritt für nothwendig hält, zur Berathung zusammengetreten ist. Die Frage, ob die Voraussezung eingetreten sei, unter welcher dieser Auftrag auszuführen, ist wiederholt und namentlich auch in einer am heutigen Tage stattgefundenen Besprechung über diese Frage durch Majorität verneinend entschieden worden, zugleich aber, da alle unterzeichneten Mitglieder die Verpflichtung anerkennen, die Einberufung der Versammlung vorzunehmen, sobald es möglich geworden, die politischen Ereignisse, welche auf die Haltung unseres Landes entscheidenden Einfluß üben müssen, genügend zu übersehen, den Beschluß gefaßt, am 2. d. M. eine neue Zusammenkunft zu halten."

Die Statthalterschaft hat die Frage über die Lösung der Personalunion unerwähnt gelassen, indem ihr Hauptaugenmerk ist, dahin zu wirken, daß die Herzogthümer an dem Friedenswerk mit Theil nehmen sollen, um so die Anerkennung von Seiten Dänemarks zu erlangen. Allein diesen Plan haben die Dänen natürlich schnell begriffen und die Folge ist, daß sie den stolzen Nacken höher werfen. Die Statthalterschaft und die deutschen Fürsten scheinen die dänische Nation in der That nicht genau zu kennen, wenn sie glauben, daß vermittelnde Wege etwas helfen. Die Dänen betrachten dies Alles als Schwäche. Sieht man nun die maßlose Schonung, mit der der Reichsgeneral, Generallieutenant v. Prittwiz, die Jüten behandelt, so müssen die Dänen umsomehr den Glauben gewinnen, als stehe unsere Sache mißlich. In diesem Augenblick hat man allerdings dem Generallieutenant v. Prittwiz zu erkennen gegeben, daß das auf jütischem Boden befindliche Heer von Dänemark erhalten werden müsse, gehe dies auch zu Grunde, daß Schleswig-Holstein Alles gethan, was es habe thun können, und daß es sich nicht rechtfertigen lasse, aus Schonung gegen Jütland aus Schleswig-Holstein Lebensbedürfnisse für das schleswig-holsteinische Heer herbeizuschaffen. Die Zögerungen haben es denn abermals herbeigeführt, daß die Dänen aus Nordjütland davongelaufen sind. Wir sehen nur einen Ausweg aus dem Labyrinthe. Wenn General v. Bonin Fridericia genommen hat, so muß er mit den Schleswig-Holsteinern Alsen nehmen. Erst wenn diese beiden Punkte von Schleswig-Holsteinern erobert worden sind, wird der dänische Uebermuth gebrochen, werden wir den Frieden mitdictiren können. Allein die ganze Kriegsführung zeigt, daß man Dänemark nicht ernstlich zwingen will. Vielleicht werden die englischen Dampfschiffe mehr thun. Unsere Armee hat einen schweren Verlust an dem Hauptmann v. Delius erlitten, der an der Spitze des Generalstabs des Generals v. Bonin stand, und wesentlich zur Organisation unseres Heeres beigetragen hat. Hauptmann v. Delius würde noch eine militärische Notabilität geworden sein.

× **Weimar**, 22. Mai. Ueber die Eröffnung des weimarischen Landtags, des ersten auf Grund des neuen Wahlgesetzes, konnte ich früher noch nicht berichten, weil erst in der heutigen Sizung die Wahl des Präsidenten Dr. Leutbecher vom Großherzog bestätigt wurde. Vorgestern eröffnete Minister v. Wydorf den Landtag durch eine Rede, welche den Stempel der Freisinnigkeit, der Aufrichtigkeit und einer wahrhaft deutschen Gesinnung an sich trug, mithin von Seiten der Abgeordneten aller Farben und der anwesenden Zuhörer die vollste Anerkennung gewann. Was an diesem Staatsmanne, dem wir in seinem Wirken mit Wydenbrugk die jetzige Ruhe in unserm kleinern Vaterlande verdanken, besonders einnimmt, das ist sein gemüthvoller, ja wir können sagen, innerlich religiöser Sinn, der nur das eine Ziel, das der Herbeiführung der Volkswohlfahrt durch Humanität, kennt. So bunt auch die Zusammensezung des Landtags aussah, so hat sich doch schon in der heutigen Sizung die Eintracht, wenn natürlich auch nicht in den Ansichten, doch in dem besten Streben gezeigt. Der frühere Präsident v. d. Gabelenz, ein äußerst gelehrter und unbefangener Mann, schrint nur deßhalb nicht wieder die absolute Stimmenmehrheit erhalten zu haben, weil er gegen das nun eingeführte Wahlgesez gesprochen hat, und weil die Abgeordnetenversammlung schon durch ihre Spize ihre Farbe kund geben wollte; denn es waren auch noch Schüler aus Jena und Enders aus Tiefenort, beide noch in Frankfurt, in Vorschlag. In einer Abendsizung wird eine Angelegenheit zur Sprache, auch wohl zur Annahme kommen, nämlich die Herabsezung der Diäten, welche das harrende Volk ebenfalls mit Freude aufnehmen wird. Gespannt ist man hier in allen Kreisen auf die Abwicklung des politischen Fadens, welcher jeden Tag neue, zu lösende Knoten kund gibt.

Koburg, 20. Mai. Heute in der Mittagsstunde hat die Bürgerwehr und ein ansehnlicher Theil der hiesigen Einwohnerschaft auf dem Marktplaze in feierlicher Weise den Eid auf die deutsche Reichsverfassung geleistet. Bereits vor einigen Tagen hatten die Stände des Landes, das Justizcollegium, der Magistrat und die Stadtverordneten in ihren Sizungen die Reichsverfassung beschworen. Viele Bürger forderten den Magistrat auf, eine feierliche Vereidigung der hiesigen Staatsbürger zu veranstalten. Der Magistrat erfüllte bereitwillig dieses Verlangen und lud durch eine Proclamation zu der heutigen Feierlichkeit ein. Dieselbe war ernst und würdig. Der Bürgermeister hielt vom Rathhause herab eine Anrede und forderte die Mitbürger auf, zu geloben: „an der von den Vertretern der deutschen Nation verkündeten Verfassung festzuhalten und in jeder gesezlich erlaubten Weise mitzuwirken, daß sie Anerkenntniß finde im ganzen deutschen Vaterlande." Die Versammelten sprachen: „Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe!" Der Vorstand unseres Ministeriums nahm persönlich an dieser Eidesleistung Theil. Eine Beilage zum gestrigen Regierungsblatte bringt eine Bekanntmachung des Ministeriums, daß die Staatsregierung fest entschlossen sei, unwandelbar an der in Frankfurt beschlossenen und am 30. April im hiesigen Lande gesezlich verkündeten Verfassung des deutschen Reiches festzuhalten und, so viel an ihr liege, auf Durchführung und Aufrechthaltung derselben hinzustreben; wenn im Einverständniß mit ihr sämmtliche Staatsbürger des Herzogthums freiwillig zu dem Entschlusse sich vereinigen sollten, die Reichsverfassung zu beschwören, so würde die Staatsregierung hierin ein Zeichen echt deutscher Gesinnung begrüßen; aber die Eidesleistung auf die Reichsverfassung als eine Zwangspflicht anzuordnen, liege zur Zeit nicht in dem Bereiche ihrer Befugnisse; hierzu müsse die Veranlassung zuvor von der Centralgewalt selbst gegeben werden. (N. C.)

Nachschrift.

** **Paris**, 28. Mai. Die Eröffnung der legislativen Versammlung hat heute ohne weitere Ceremonien stattgefunden. Die öffentliche Sizung war von geringer Bedeutung. Nach einigen Worten, welche der Alterspräsident Nerairy an die Versammlung richtete, zog sich diese in ihre Bureaux zurück, um zu deren Bildung zu schreiten. Die gemäßigte Partei hat bei dieser einen vollständigen Sieg davongetragen; alle Vorsizenden gehören ihr an, denn die einzigen Republikaner, welche gewählt wurden, Cavaignac und François Arago gehören, wie sich von selbst versteht, jenen und nicht den Montagnards an. Eine große Menge umgab die Zugänge des Sizungsgebäudes; es fiel indeß nicht die mindeste Ruhestörung vor. Mildin haben sich alle Gerüchte, welche man deßhalb verbreitet hatte, als ungegründet erwiesen.

Das neue Ministerium ist noch immer nicht constituirt. Allem Anschein nach aber wird die Combination Barrot-Dufaure über die Bugeaud-Fallour-Faucher den Sieg davon tragen.

Die Verwerfung der Lesseps'schen Vermittelungsanträge seitens der römischen Republik hat sich bestätigt. Die Nachricht davon ist officiell hier eingetroffen.

• **Madrid**, 25. Mai. Das nach Italien bestimmte Expeditionsgeschwader ist am 21. von Barcelona in See gegangen.

Börsenberichte.

Paris, 28. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 83. 40. — 3pCt. 53. 50. — Bankactien 2210. — Ver aillés, rechtes Ufer 190. — Linkes Ufer 160. — Paris Orleans 760. — Paris-Rouen 510. Orleans-Bordeaux 402. 50. — Orleans-Vierzon 297. 50. — Rouen-Havre 255. — Marseille-Avignon 193. 75. — Straßburg-Basel 100. — Nordbahn 418. 75. — Paris-Strasburg 365. 75. — Röm. Anleihen 69 69½.

Die ärztlichen Gerüchte wirkten Anfangs ungünstig auf die Course. Diese erholten sich jedoch später wieder, da sich jene als unwahr erwiesen.

Madrid, 25. Mai. 3pCt. 25 ℔., a. d. B. 21½. ⅛ G. — 1pCt. 10½ G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Maiter.

Benachrichtigungen

Der Pflanzensaft

des Dr. **Boyveau-Laffecteur**, allein autorisirt, ist weit vorzüglicher als der Strop von Tuiffinier, von Larrey, Salsepareille u. s. w. Er heilt gewöhnlich ohne Quecksilber Hautausfälle, Flechten, Skropheln, Folgen der Krätze, Geschwüre und von Unglücksfällen oder von Entbindungen herrührende Uebel, wie auch solche der kritischen Jahre und der erblichen Schärfe von natürlichen Flüssigkeiten. Als wirksames Blutreinigungs-Mittel ist er für die Abstießungen der Harnblase, für Niederschlagung und Schwäche der Organe, herrührend von übertriebenen Einspritzungen oder von Sonden, sehr dienlich. Als syphilitisches Gegenmittel heilt dieser Saft in kurzer Zeit frische oder hartnäckige eiternde Hargangflüsse, welche sich stets erneuern in Folge der Anwendung von Copahu, Kubebe oder von Einspritzungen, welche das Gift zurücktreiben, ohne es unwirksam zu machen. Der Boyveau'sche Saft ist dauerhaftlich anzuempfehlen gegen frische, eingewurzelte oder dem Queckſilber und der Verbindung des Potasiums widerstehende syphilitische Krankheiten. Der Prospectus über dessen Behandlung wird gratis und franco denjenigen zugeschickt, welche ihr deßfallsiges Verlangen an Dr. **Giraudeau de St. Gervais**, Rue Racher Nr. 12 in Paris, ergehen lassen. Dieselbe ertheilt ärztliche Consultationen unentgeltlich durch Correspondenz. — Preis des Saftes 7 Frs. 50 Ct. Zu haben bei nachstehenden Apothekern:

Laurentius, Hauptniederlage und Correspondenz, Dorotheenstraße in Leipzig; **Knoderer** in Straßburg; Dr. Galette in Mainz; Gebrüder Tripier in Lille; Tixmer, Apotheker in St. Petersburg; Köhler in Odessa; Burgers, Kalverstreet, 165, in Amsterdam. [1360]

[1404] **General-Agentur**

für Fremde in London und in den drei vereinigten britischen Königreichen.

Unentgeltliche Auskunft über englische Sitten und Gebräuche. Capitalien und Berathung um Patente zu erlangen und anzudeuten.

Erfindungen, Entdeckungen, Pläne und überhaupt für alle Geschäfte.

Incasso, Erbschaftserhebungen, Naturalisationsangelegenheiten, Käufe und Verkäufe von aller Art Waaren.

Capitalanlagen in den englischen Staatsfonds und Lebensversicherungs-Gesellschaften, überhaupt in allen industriellen und Handelsangelegenheiten Englands.

Abonnements und Bekanntmachungen in allen englischen Journalen um sehr mäßige Preise. — Man wendet sich an die Herren **Loysel & Co.**, alleinige officielle Agenten der Presse, der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung und der Eisenbahnen des Continents in England. Patentirte Fremden- und General-Agentur 34 Essex Street Strand in London.

NB. Unfrankirte Briefe werden unbedingt nicht angenommen.

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1849.

Mai.	Barometer bei 0° R.			Thermometer R.			Thermograph.		Wasserhöhe des Mains.	Wind.			Wetter.		
	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Nacht	Tag	Rh. F.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
13	336‴4	335‴3	334‴3	+ 12'9	+ 14'3	+ 8'5	7'1	+ 15'4	3' 3"	ONO.	W.	—	w.	w.	ht bt.
14	332‴1	330‴5	330‴1	+ 13'1	+ 16'1	+ 10'1	+ 6'8	+ 16'6	2' 11"	O.	SO.	—	t.	t.	R.
15	329‴7	329‴5	330‴6	+ 12'7	+ 10'9	+ 7'6	+ 9'3	+ 13'3	2' 8"	SW.	SW.	SW.	t.	t.	R.
16	331‴3	331‴2	330‴9	+ 10'8	+ 13'7	+ 10'6	+ 6'4	+ 14'9	2' 3"	SW.	S.	—	t.	t.	R.
17	330‴1	329‴8	331‴7	+ 13'5	+ 15'0	+ 9'4	+ 10'4	+ 15'1	2' 0"	SSW.	SSW.	—	t.	t.	w.
18	331‴7	331‴6	331‴7	+ 12'9	+ 12'4	+ 9'8	+ 8'5	+ 13'2	1' 10"	SW.	SW.	SW.	w.	t	t.
19	333‴2	331‴8	334‴6	+ 11'0	+ 12'0	+ 9'3	+ 9'6	+ 13'6	1' 9"	SW.	NW.	—	t.	t.	t.
M.	332‴1	331‴8	332‴0	+ 12'4	+ 13,5	+ 9'3	+ 6'9	+ 14'8	2 4'						

Am 15. Vormittags einmaliger Donner, um Mittag Platzregen, Nachmittags Gewitter mit Regen; am 16. Nachmittags, am 17. nach Mitternacht, vor Mittag und vor Mitternacht Regen; am 18 Vormittags stürmisch und regnerisch, um Mittag Regen, Nachmittags sehr stürmisch mit wenig Regen; am 19. um Mittag Platzregen mit etwas Hagel.

☞ Für Auswanderer. ☜

„Die Hoffnung."

Concessionirte deutsche Büreaux

für

Auswanderer nach Amerika

von **J. M. Bielefeld** in **Mannheim.**

London — cf **Ullmann, Hirschhorn & Co.**

New-York — bei **Schulz und Bleidorn**

Regelmäßige Fahrten gekupferter Dreimaster erster Klasse, sogenannte **Packetboote,**

nach **New-York** und **New-Orleans.**

Bei Gründung dieser Linie habe ich zunächst mein Augenmerk darauf gerichtet, daß der Auswanderer auf der ganzen Reise nur mit Deutschen zu verkehren hat, deren Aufgabe es ist, sich mit aller Wärme seiner anzunehmen und ihn mit Rath und That zu unterstützen; auch bei seiner Ankunft in Amerika wird er von Deutschen empfangen, welche ihm jede Auskunft, seine Weiterreise und Anstellung betreffend unentgeltlich zu ertheilen haben.

Außer dem Schutze, den vorzugsweise das englische Gesetz dem Auswanderer bietet, ist er auch in den Seestädten vor Uebervortheilung dadurch geschützt, daß er in Rotterdam sowohl, als in London während der ganzen Dauer seines Aufenthalts freie Beherbergung und Beköstigung in guten deutschen Gasthäusern findet, wodurch ihm gewiß die beste Bürgschaft für rasche Beförderung gegeben ist.

Die **Preise** sind auf das Billigste berechnet.

Zur näheren Erkundigung, so wie zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen, beliebe man sich an meine unterzeichneten General-Agenten oder deren Agenten zu wenden, bei denen Prospecte gratis abgegeben werden.

Mannheim, im März 1849.

J. M. Bielefeld.

Frankfurt a. M.	Herr **Heinrich Klippel.**	Mainz	Herr **Heinrich Zis.**
Stuttgart	„ **Friedr. G. Schulz sen.**	Cöln	„ **Vogel & Mack.**
Straßburg	„ **Louis Bielefeld.**	Rotterdam	„ **L. Mayer & Co.**
	Diedrich Herr J. K. Lembach.		

In Bezug auf Obiges bemerke ich noch, daß im Monat Mai 5 Boote und zwar am 3., 10., 17., 24. und 31. expedirt werden und empfehle ich mich zu jeder Auskunft und zum Abschluß von Ueberfahrtsverträgen

[1285] **Heinrich Klippel,** General-Agent in Frankfurt a. M.

[1198] **Oeffentliche Ladung.**

Nachbenannte 15 in der Gemarkung Niedererlenbach liegende Güterstücke, nämlich:

Ordn. Nr.	Lagerbuch. Bd.	Lagerbuch. S.	Bezeichnung. Gew.	Flächengehalt. Nr.	Flächengehalt. Rt.	Flächengehalt. Rth.	Flächengehalt. Sch.	Beschreibung und Lage der Grundstücke, auch darauf haftende Grundlasten, sowie letztere ins Lagerbuch eingetragen sind
8	1	12	1	25a	1	22	5	Acker im Buchbaum'eld über den Weg an das Kornamt 2½ Gesch. Korn,
9	1	224	20	672	1	10	53	Acker links den Thalackern auf der Hohenbrück an das Kornamt 2 Gesch. Korn,
10	2	4	40	1224b	1	20	93	Acker im hinteren Rad auf der Greaz,
11	2	112	52	1477	1	26	87	„ in dem Holzingsberg,
12	3	99	97	2721a[1]	1	7	50	„ Schlüssel in der Lachgemann,
13	3	445	128	3719b	1	22	51	„ heinrich der Bildeler Straße,
14	4	281	112	3313cm	—	27	69	Baumstück bei dem Dirdsweg,
15	4	350	113	3403	1	0	94	„ hinzu den Bergen,
16	4	703	10	3175b	—	1	62	Wiese an dem Gänsberg an das Hospital 1 hell.
17	4	785	111	3286	—	15	24	„ hinzu den Bergen,
18	4	447	74	2048b	—	6	72	„ an dem Reichn,
19	4	211	76	2169	—	39	47	Baumstück rechts dem Mühlweg,
20	5	102	17	508b	—	2	64	Gradgarten heinrich dem Borsaberg,
21	5	229	74	2069d	—	7	60	„ auf der Hohenstadt,
22	5	254	74	2092a	—	7	68	Garten rechts der Gangasse,

sind in den Lager-Ab- und Zuschreibe-Büchern der Gemarkung Niedererlenbach auf den Namen der verstorbenen Catharina Amberger dahelbst eingetragen, in den amtlichen Transscriptionsbüchern dagegen nicht zugeschrieben. Ebenfowenig können Eigenthumsurkunden vorgelegt werden.

Auf Antrag der Wittwe Anna Margaretha Amberger, geb. Schupp, der alleinigen Erbin der Catharina Amberger, werden dieser Alle, welche Ansprüche auf vorstehende Güterstücke zu haben vermeinen, aufgefordert, solche

binnen drei Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte geltend zu machen, indem sonst nach Ablauf dieser Frist obengedachte Güterstücke als der Catharina Amberger gehörig in die amtlichen Transscriptionsbücher eingeschrieben werden sollen. Frankfurt a. M., den 18. April 1849.

Das Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Böhmer.
Dr. Eysen, Ir. Secr.

[1397] Nachdem der Handelsmann Philipp Engel von hier seine Insolvenz angezeigt hat, und zur summarischen Schuldenliquidation, so wie zum Güterverzeichniß und eventuell zur Wahl eines Massecurators und Gläubigerausschusses Termin auf den 14. l. M., Morgens 9 Uhr, bestimmt worden, so werden sämmtliche Gläubiger des Gemeinschuldners aufgefordert, alsdann ihre Forderungen, unter Vorlage der darüber sprechenden Urkunden, entweder in Person oder durch gehörig legitimirte und zum Vergleichsabschluß ermächtigte Vertreter anzumelden und bei den weiteren Handlungen mitzuwirken, widrigenfalls die nicht erschienenen und nicht mithandelnden als dem Beschlusse der Mehrheit der erschienenen beigetreten angenommen werden.

Hanau, am 16. Mai 1849.

Kurfürstl. Landgericht.
Geller.
vdt. Kahler.

[1315] **Edictalladung.**

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß der am 3. November 1848 verstorbenen hiesigen Bürgers- und Kirchers-Wittwe Marie Katharina Enders, geborenen Schmidt, Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen

zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen, zum Theile auswärts wohnenden Testaments-Erben ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 30. April 1849.

Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Böhmer.
Dr. Eisen, Ir. Secr.

[1327] **Edictalladung.**

Verfügung

in Sachen

der Wittwe des Christoph Mengel, Dorothea Elisabetha, geb. Beck, zu Niederzone, Klägerin

gegen

die Erben des verstorbenen Particuliers Johann Friedrich Mensing zu Eschwege, Beklagte,

die Ertheilung einer gerichtlichen Quittung über den Abtrag der Darlehensforderungen aus zwei Schuld- u. Pfandverschreibungen und der Zurückgabe der letztern betreffend.

Die Beklagten haben sich auf die nachstehende Klage:

An Kurfürstliches Justizamt Eschwege I. Kurfürstliches Justizamt! Die Wittwe des Christoph Mengel, Dorothea Elisabetha, geb. Beck, zu Niederzone, Klägerin gegen die Erben des verstorbenen Particuliers Johann Friedrich Mensing zu Eschwege, Beklagte, „die Ertheilung einer gerichtlichen Quittung über den Abtrag der Darlehensforderungen aus zwei Schuld- und Pfandverschreibungen und die Zurückgabe der letztern betreffend".

Anlagen A. B. C. D. E. F.

Der ohne Testament verstorbene Particulier Johann Friedrich Mensing zu Eschwege lieh

1) dem Kaspar Beck und dessen Ehefrau Eva Christina, geb. Junk, sowie dem Christoph Hose und dessen Ehefrau Martha Elisabeth, geb. Beck, zu Datterode auf eine gerichtliche Schuld- und Pfandverschreibung vom 15. März 1808 ein zu 5 pCt. zu verzinsendes, nach einer dreimonatlichen Kündigungsfrist zurückzuzahlendes, durch gerichtlich bestätigte Specialhypothek gesichertes baar ausgezahltes Capital von einhundert Thalern und

2) dem Kaspar Beck und dessen Ehefrau, Eva Christina, geb. Junk, zu Datterode, auf eine gerichtliche Schuld- und Pfandverschreibung vom 16. März 1808 ein zu 5 pCt. zu verzinsendes nach einer dreimonatlichen Kündigungsfrist zurückzuzahlendes, durch gerichtlich bestätigte Specialhypothek gesichertes baar ausgezahltes Capital von zweihundert zwanzig Thalern.

Beide Capitalien nebst den Zinsen davon sind im Mai 1837 laut der Anlagen A B C abgetragen worden. Der Darleiher hat aber weder jene beide Obligationen zurückgegeben, noch gerichtliche Quittungen über die Zahlungen seiner Forderungen ausgestellt, sondern sein Bevollmächtigter, Kaufmann Friedrich Wilhelm Mensing zu Eschwege, hat nur jene beiden Quittungen unter A und B, deren gerichtliche Beglaubigung aber erst am 2. August 1848 erfolgt ist, von sich gegeben.

Der Gläubiger Johann Friedrich Mensing ist laut der Anlage D am 2 Juni 1838 seinen Gläubigern gestorben. Die Anlage E besagt, daß es unbekannt ist, wer ihn beerbt hat und wo seine Erben sich aufhalten.

Die oben erwähnten beiden Schuld- und Pfandverschreibungen befinden sich bei den Civilprotocollen des Kurfürstlichen Justizamts Netra M. Nr. 292a und 292b.

Die ohne Testament verstorbenen Schuldner beziehungsweise Mitschuldner, meine Eltern, Kaspar Beck und dessen Ehefrau Eva Christina, geb. Junk, sind von mir und meinen Geschwistern beerbt worden und wir haben ihren Nachlaß, insbesondere auch die zur Sicherheit jener beiden Schuldposten der Zinsen davon und der Kosten als Specialhypothek eingesetzten Immobilien unter uns vertheilt und viele derselben sind mir dadurch zugefallen.

Mehrere Miterben meiner Eltern sind nach Amerika ausgewandert.

Der Gläubiger Johann Friedrich Mensing war verbunden, nach dem Abtragen seiner Forderungen gerichtliche Quittungen darüber auszustellen und die Original-Schuld- und Pfandverschreibungen zurückzugeben. Diese Verbindlichkeit ist von ihm auf seine Intestaterben übergegangen.

Jeder einzelne Hypothekarschuldner kann für sich allein auf seine Kosten von dem Gläubiger eine gerichtliche Quittung über den Abtrag der Schuld und die Zurückgabe der Schuldurkunde, insofern diese noch nicht gelöscht ist, verlangen und im Weigerungsfalle darauf klagen.

Da die Erben des Gläubigers und ihre Aufenthaltsorte unbekannt sind, so ist die öffentliche Vorladung derselben erforderlich ꝛc.

Ich überreiche daher die Vollmacht unter F mit der Bitte:

einen Termin zur Erklärung der Beklagten auf die Klage zu bestimmen, dieselben dazu öffentlich vorzuladen ꝛc., dann aber dieselben schuldig zu erkennen und anzuweisen, mir eine gerichtliche Quittung über den Abtrag des Capitals der 100 Thaler aus der gerichtlichen Schuld- und Pfandverschreibung vom 15 März 1808 und des Capitals der 220 Rthlr. aus der gerichtlichen Schuld- und Pfandverschreibung vom 16. März 1808, der Zinsen beider Capitalien und der Kosten auszustellen und die erwähnten beiden Schuld- und Pfandverschreibungen zurückzugeben, auch dieselben in alle Kosten zu verurtheilen.

Kurfürstlichen Justizamts
gehorsamste Klägerin.

im Termin den 27. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr, wo contumaciter werden kann, beim Rechtsnachtheile des Kostenersatzes, eventuell den 25. Juli d. J., Vormittags 10 Uhr (Contumazialzeit) unter dem Rechtsnachtheile des Eingeständnisses und der Anstellung persönlich oder durch einen gehörig legitimirten Bevollmächtigten vernehmen zu lassen, und wird bemerkt, daß die weiteren Verfügungen nur am schwarzen Brette werden angeschlagen werden.

Eschwege am 26. April 1849.

Kurfürstl. Hess. Justizamt I. das.
Ewald.
Vegl.: Lohrey.

[1148] **Edictalladung.**

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des verstorbenen hiesigen Bürgers und Sauerwasserhändlers Gerhard Bausch, auch Pausch und dessen gleichfalls verstorbenen ersten und zweiten Ehefrau, der Anna Catharina, geb. Keilner, und der Philippine Catharina, geb. Fritz, Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hiermit vorgeladen, solche binnen

zwei Monaten

bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als sonst dieser Nachlaß an die aufgetretenen, zum Theile auswärts wohnenden Erben ohne einige Caution der abfolgt werden wird.

Frankfurt, den 16. April 1849.

Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Böhmer.
Dr. Eysen, Ir. Secr.

[1368] **Edictalladung.**

Alle diejenigen, welche an die Verlassenschaften nachbenannter verstorbener Personen:

1) der hiesigen Bürgerswittwe Christine Euphrosine Fried, geb. Bock,
2) des Grafens Joseph Löwenthal aus Hanau,
3) des hiesigen Linien-Soldaten Thomas Rauschkolb aus Eimsheim,
4) des hiesigen Linien-Soldaten Christian Wilhelm Lehmann aus Beckmar;
5) des hiesigen Linien-Soldaten Heinrich Störkel aus Betzheim,
6) des hiesigen Linien-Soldaten Jacob Sinn von hier gebürtig,

Erb- oder sonstige Ansprüche zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, solche so gewiß in dem anmit auf

Montag den 11. Juni 1849, Vorm. 9 Uhr,

anberaumten Termine dahier anzuzeigen, als ansonsten jene Nachlässe an die aufgetretenen auswärtigen Erben ohne einige Caution verabfolgt, resp. vorgängiger öffentlicher Versteigerung der vorgefundenen Mobiliarschaft, an diejenigen, welche sich mit Ansprüchen angemeldet und solche als richtig nachgewiesen haben werden, vertheilt, die etwaigen Ueberschüsse aber dem hiesigen Aerario überwiesen werden sollen.

Frankfurt a. M., den 11. Mai 1849.

Stadt-Amt.
Beckard.
Dr. G. Jäger, Act.

[1367] **Oeffentliche Aufforderung.**

Nachdem mehrere Miterben des verstorbenen Parteimannes Joseph Stein von hier erklärt haben, dessen Erbschaft nur unter der Rechtswohlthat des Inventars antreten zu wollen, so werden die Gläubiger des genannten Stein hierdurch aufgefordert, ihre Forderungen in dem auf

den 4. Juni d. J., Vormittags 9 Uhr,

in das Gerichtslocal hierselbst bestimmten Termine zum Zwecke der Aufnahme in das Inventar anzumelden.

Treysa, am 7. Mai 1849.

Kurfürstl. Justizamt.
Näppell.
Kalenkamp

Druck von August Osterrieth.

№ 128. —— Donnerstag —— den 31. Mai —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bayern fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Botenanstaltsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Für England und überseeische Länder: Lassel u. Comp., Nr. 34. Exeter Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (½ breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder Lassel & Comp., Nr. 34. Exeter Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) die Hamm'sche Buchhandlung in Wien, Lugstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Mayl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär C. Klorey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrseldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

* **Frankfurt**, 30. Mai. Der „Deutschen Zeitung" zufolge hat die preußische Regierung ihrem Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt, dem Herrn v. Kamptz, nachfolgende Depesche, d. d. Berlin, 18. Mai, zugehen lassen:

„Aus Ew. Hochwohlgeb. und des Oberstlieutenant Fischer telegraphischen Meldungen vom 16. d. M. ersehe ich, daß Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog Reichsverweser noch Anand nimmt, auf die von dem letzteren ihm überbrachten hiesigen Vorschläge einzugehen. Es ist in diesem Augenblicke nicht meine Absicht, die Folgen, welche daraus für unsere ganze Stellung, Frankfurt gegenüber, hervorgehen, näher zu besprechen und ich muß mir vorbehalten, die weiteren Beschlüsse der königlichen Regierung Ew. Hochwohlgeb. demnächst mitzutheilen. Dagegen muß ich schon jetzt einen Punkt hervorheben, in welchem die königliche Regierung, ohne weitere Autorisation von der Centralgewalt abzuwarten, sich zu selbstständigem Handeln genöthigt sieht. Das Verhältniß zu Dänemark kann nicht länger den Folgen der schwankenden und unsichern Stellung Preis gegeben werden, in welche die Centralgewalt sich hat hineindrängen lassen, und die königliche Regierung hat sich deßhalb entschlossen, die Kriegführung und die Unterhandlung selbstständig in ihre Hand zu nehmen, wobei sie im Einverständniß mit den Regierungen handeln wird, welche sich ihr anschließen bereit erklärt haben. Ich ersuche Sie, in Gemeinschaft mit dem Oberstlieutenant Fischer, dies Sr. kaiserlichen Hoh. dem Reichsverweser zu eröffnen und ihm die Gründe darzulegen, welche die königliche Regierung bestimmen mußten, auch ohne förmliche Uebertragung von Seiten der Centralgewalt zunächst in diesem Einen Punkte die Leitung zu übernehmen. Daß die wichtigen materiellen Interessen Preußens und des ganzen nördlichen Deutschlands bei einer schleunigen Beendigung dieser Angelegenheit betheiligt sind, ist eben so klar, als daß factisch nur Preußen allein jetzt im Stande ist, dieselbe zu bewirken. Daß die Reichsgewalt factisch in diesem Augenblicke kein Gewicht mehr in die Schale, weder des Kriegs noch des Friedens legen und weder den Krieg noch die Verhandlungen mit Nachdruck führen kann, darüber wird sich das Ministerium wohl selbst nicht mehr täuschen. Aber auch formell ist die Centralgewalt in dem Augenblicke nicht mehr im Stande, die Angelegenheit weiter zu führen. Das Gesetz vom 28. Juni vorigen Jahres, welches ihre rechtliche Stellung fixirt, verordnet Art. 4: Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Centralgewalt im Einverständniß mit der Reichsversammlung. Nachdem die königl. Regierung sich durch die letzten Schritte der Reichsversammlung genöthigt gesehen, gegen jede Bedeutung ihrer weiteren Beschlüsse Protest einzulegen und die preußischen Deputirten zurückzurufen, hat die Reichsversammlung und gegenüber eine rechtliche Existenz mehr, und ein Einverständniß der in Frankfurt etwa noch fortlagenden Vertreter der übrigen deutschen Länder mit der Centralgewalt würde für uns ohne alle Bedeutung sein. Von unserm Standpunkte aus müssen wir also erklären, daß der Centralgewalt für jene Fragen die Vertretung ihrer Action fehlt, und wir also weiteren Anordnungen derselben in Bezug auf Krieg und Frieden oder die Verhandlungen mit Dänemark keine Folge leisten, auch unsere Truppen in den Herzogthümern nicht länger unter den Befehlen der Centralgewalt lassen und der Gefahr aussetzen können, Anordnungen gehorchen zu müssen, welche aus dem Einverständniß mit einer auf keinem gesetzlichen Boden stehenden Versammlung hervorgegangen wären. Dies ist um so mehr der Fall, da das Ministerium der provisorischen Centralgewalt nach eben jenem Gesetz der Reichsversammlung verantwortlich sein soll; es ist klar, daß wir den Regierungshandlungen eines Ministeriums, welches der von uns nicht mehr anerkannten Versammlung verantwortlich zu sein durch sein Verbleiben im Amte fortfährt, keine Giltigkeit mehr beilegen können. Es ist dabei aber unabweislich, daß die ganze Angelegenheit von einer Hand geleitet werde, und die königl. Regierung hat sich daher entschlossen, unter ausdrücklich erklärter Immunität der zunächst betheiligten Regierungen von Hannover und Sachsen und in Erwartung des Anschlusses der norddeutschen Uferstaaten, diese Leitung für sich und die ihr verbündeten Regierungen zu übernehmen, indem sie Bayern, sowie den übrigen Staaten, welche sich noch nicht erklärt haben, den Beitritt offen erhält. Wir werden demnach den königl. Gesandten in London anweisen, daß er seine weiteren Verhandlungsbefehle nur noch von der königl. Regierung zu empfangen und in ihrem und der ihr verbündeten Regierungen Namen zu unterhandeln habe. Gleichzeitig werden auch dem General v. Prittwitz entsprechende Weisungen zugehen. Ich darf hoffen, daß es Ew. Hochwohlgeb. gelingen werde, Se. kaiserl. Hoheit den Erzherzog-Reichsverweser von der Nothwendigkeit zu überzeugen, worin die königl. Regierung sich befindet, diesen Schritt zu thun, durch welchen allein noch eine befriedigende Lösung dieser verwickelten Frage möglich gemacht werden kann. Berlin, 18. Mai 1849. Graf Brandenburg."

— An den interim. Bevollmächtigten ꝛc. Hrn. v. Kamptz.

Hierauf erwiderte der Erzherzog-Reichsverweser unter dem 23. Mai, er gehe deßhalb nicht auf das Ersuchen Preußens in Betreff der Uebertragung der Oberleitung der deutschen Angelegenheiten ein, weil eine solche Uebertragung nicht durch unberechtigte und für Niemand verbindliche Handlungen ihres jetzigen Inhabers, sondern nur durch gesetzlichen Vorgang geschehen könne. Er könne nicht erwarten, daß Preußen in einer einzelnen Angelegenheit sich an die Stelle einer Gewalt setzen würde, für deren Uebertragung im Ganzen die Einwilligung aller Betheiligten fehle. Die Fortführung der dänischen Angelegenheit durch die Centralgewalt werde keine so unglücklichen Folgen nach sich ziehen, wie ein erklärter Bundesbruch Preußens (Art. XI der Bundesacte); durch Preußens Verfahren allein werde die Führung der dänischen Angelegenheit schwanend. Und wenn Preußen den General Prittwitz eigenmächtig instruirt habe, so gibt der Erzherzog zu bedenken, daß Prittwitz als Befehlshaber der deutschen Armee in Schleswig-Holstein in der Pflicht des Reichs stehe. In der Voraussetzung, daß die jetzige Centralgewalt bald aufhöre und die dänische Angelegenheit auf anderem als factischem Wege in Preußens Hände übergehe, würde es dem Erzherzoge schwer fallen, vorher noch durch öffentliche Verwahrung der Rechte der Gesammtheit und seiner eigenen Würde, sowie durch Verantwortlichkeitserklärung Preußens für sein früheres und jetziges Verhalten die Verwürfnisse noch zu vermehren. Hierauf — forderte der Bevollmächtigte Preußens den Erzherzog Namens der preußischen Regierung auf, sofort sein Amt in die Hände Preußens niederzulegen. Ein entschiedenes „Nein" war die Antwort darauf.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

§ **Altona**, 25. Mai. Die letzten zuverlässigen Nachrichten vom jütischen Kriegsschauplatze reichen bis zum 24. d. Nachdem die Dänen am Vormittag des vorgestrigen Tages vergeblich das Blockhaus wieder zu erobern versucht hatten, zogen sie gegen Mittag eine kleine Escadre, bestehend aus 2 Dampfern, 1 Brigg und 12 Kanonenbooten, an der Küste zusammen, von wo aus sie ein drei- bis vierstündiges Feuer gegen unsere Verschanzungen unterhielten, das indeß durch die vor Errichtung über dem Strande angelegte Batterie wirkungslos gemacht wurde. Der Feind wurde jedoch von seinem Vornehmen nicht abgehen, weil er die Wichtigkeit dieses strategischen Punktes wohl begreift, und sandte, als die Fahrzeuge sich zurückgezogen hatten, mehrere Bataillone Infanterie, um die das Blockhaus besetzt haltende schleswig holsteinische Mannschaft im Sturmschritt anzugreifen; die Unsrigen gingen ihnen aber entgegen und warfen sie zurück. Die Verschanzungen von dieserseits sind nunmehr so nahe an die Festung hinangeschoben, daß die Schleswig-Holsteiner Bresche zu legen begonnen haben sollen. Hiernach wird bald etwas Entscheidendes mit Friderecia geschehen müssen, so daß entweder die Festung geschleift werden oder die Uebergabe derselben erfolgen dürfte; denn es ist einleuchtend, daß, nachdem die äußeren Schanzwerke der Festung vernichtet und die inneren Bastionen stark beschädigt worden, dieselbe bei einem ernstlichen Vorgehen in unsere Hände fallen muß. Die Festung Friderecia ist zwar nicht bedeutend befestigt, aber sie erhält wegen ihrer Lage bei der Vertheidigung, wie es sich zeigt, eine nicht wegzuleugnende Wichtigkeit, und zwar dadurch, weil die Dänen durch den Besitz der Insel Fünen im Stande sind das aus der Festung erwidernde Feuer von der Küste her durch Mitwirkung der Kanonenboote und Batterien zu unterstützen. Das von Reichstruppen umzingelte dänische Truppencorps, welches bei Standerborg sich verschanzt hatte, ist wunderbarer Weise gerade in dem Augenblicke aus seinem Versteck entschlüpft, als es von den Bayern angegriffen werden sollte. Der Feind soll sich nach Randers gewendet haben, und es scheint fast, als wenn ein bedeutenderes Gefecht in Jütland nicht mehr zu erwarten sei.

⊙ **Hamburg**, 27. Mai. Von Süden, Westen und Osten her ziehen gewitterschwangere Wolken über unser Vaterland heran, und Niemand weiß, ob die Früchte eines Jahrhunderte langen Revolutionszeitraums durch die elektrische Entladung werden zur völligen Reife gezeitigt oder aber für immer zerstört werden. Auch im Norden dauert der Kampf nun schon wieder zwei volle Monate, und doch fürchtet man, so friedlich man auch in Nordalbingien gesinnt ist, nichts mehr, als ein baldiges Ende desselben. Schon vor einigen Wochen ist hier (bei Hoffmann u. Campe) ein starkes Bändchen unter dem Titel: der Scheinkrieg mit Dänemark im Jahre 1848 von Prinzhausen (einem ehemaligen Tann'schen Freiwilligen) erschienen, welches sich zunächst an das treffliche Tagebuch eines Freiwilligen im v. d. Tann'schen Corps (von dem Architecten Martens hierselbst) anreiht. Sollen wir, so hört man von allen Seiten flüstern oder einander laut zurufen, heuer eine zweite Auflage des vorjährigen Scheinkrieges mit Dänemark erleben? Dem ein ächten, unbefangenen Gemüthe muß es fast so scheinen. Schon drei Wochen stehen Preußen, Bayern und Hessen auf jütischem Boden und noch ist das Hauptquartier des General fumus nicht über Horsens hinausgerückt. Den Schleswig-Holsteinern allein wurde am 20. April die Einnahme, am 23. die Behauptung Koldings überlassen und jetzt läßt man sie wieder allein seit länger als einer Woche Friderecia beschießen, ohne sie mit einem solchen Succurs zu versehen, daß sie nach Einäscherung der Stadt auch in die Festung Bresche schießen und sie nöthigenfalls mit Sturm nehmen können. Inzwischen dauert die Ueberschiffung Bewaffneter und Wehrloser von Jütland nach Fühnen ungestört fort, und als nach langem Zögern vor drei Tagen die Preußen, Bayern und Hessen aufbrachen, um den versprengten General Rye, der wahrscheinlich die ganze dänische Cavalerie bei sich hatte, zu schlagen und gefangen zu nehmen, war der Vogel ausgeflogen; das Nest war leer und unsere braven Reichstruppen hatten das Nachsehen. Die Preußen sind, trotz aller seit 8 Tagen in Umlauf befindlichen Gerüchte vom Gegentheil, noch immer nicht in Aarhuus. — Doch bleiben wir von Jütland nach Schleswig zurück. Nur in Ripen, einer dänischen Enclave von Schleswig, ist bis jetzt eine Contribution von 8000 Rthlr. eingetrieben worden, die andern 4000, die noch gefordert werden, scheint man ad melierem loci unam finden zu wollen. — Die Schanzen und Blockhäuser, Sonderburg gegenüber, sind fertig und Alles wimmelt von Truppen (gegen 6000 sind krank, davon etwa der fünfte Theil verwundet); doch vernimmt man noch nichts von einem Angriffe auf Alsen, wo gerade jetzt die dänische Macht wahrscheinlich sehr gering ist. Vorgestern soll auch die kleine schleswig-holsteinische Flotille, als sie eben im Begriffe war, ein größeres dänisches Kriegsschiff, das sich dem Lande zu sehr genähert hatte, zu nehmen, nach ihrer Station zurückbeordert worden sein. Unterdeß liegt unsere sogenannte deutsche Flotte müßig vor der Jade, Elbe und Weser; von der Fregatte „United States", sowie von den von England her zu erwartenden neuen Kriegsschiffen und der von Nordamerika in Aussicht gestellten Hülfe an Offizieren und Mannschaft ist es wieder still geworden; selbst die Fregatte „St. Lawrence", welche amerikanisches Eigenthum in der Nord- und Ostsee schützen sollte, ist noch nicht nach der Weser zurückgekehrt. — Das Kriegsdampfschiff „Lübeck" liegt Tage lang, unbegreiflicherweise unangefochten, vor der Mündung der Elbe; unsere Kanonenböte fahren auf und ab; mit dem Kommando in Curhaven communicirt Steenbille häufig; der Embargobefehl des Reichskriegsministeriums ist in Hamburg noch nicht publicirt, und das dänische Postamt daselbst besteht nach wie vor, obwohl die Statthalterschaft erst vorige Woche in dieser Angelegenheit beim Senate wieder Schritte gethan hat. — Von dänischer Seite erwartet man mit Sehnsucht die russische Flotte (am 17. ist die Gisdecke der Newa verschwunden); wollen auch wir so lange warten, bis die Russen die schleswig-holsteinischen, hamburgischen und hannoverschen Küstenplätze bombardiren und unsere junge Flotte erobern? — Schon hat Orla Lehmann sein Ehrenwort, das Schloß Gottorf nicht zu verlassen, zurückgenommen (er ist deßhalb gestern nach Rendsburg gebracht worden) und schon verhöhnen die dänischen Blätter die Statthalterschaft ob ihrer Friedensliebe, und uns Deutsche wegen unserer Uneinigkeit. — Vorgestern ist der bisherige Parlamentsabgeordnete Friedrich von Raumer aus Berlin hier angekommen.

⊙ **Hamburg**, 27. Mai. Das Bureau der Landesversammlung, welches in voriger Woche eine Berathung darüber hatte, ob eine dringende Veranlassung vorhanden sei, die Versammlung in Pleno sofort zu berufen, wird übermorgen wieder zusammentreten, um diese Frage noch einmal reiflich zu erwägen. Diesmal wird auch der Präsident der Landesversammlung, Advocat Dr. Bargum aus Kiel, der Berathung des Bureau's beiwohnen können, da er vorgestern aus Jütland, wo er den Posten eines Civilcommissarius und schleswig-holsteinischen Regierungsbevollmächtigten für die Reichstruppen bekleidet, nach Schleswig zurückgekehrt ist. Mit ihm zugleich war die tief verstimmende Nachricht von dem Entkommen des Rye'schen Corps eingelaufen. (Rye ist, beiläufig erwähnt, ein geborner Norwege und hat schon viele Dienstjahre — er machte die Schlacht bei Waterloo im Heere der Alliirten mit — gilt aber weder für einen gebildeten, noch für einen durch Umsicht und Tapferkeit ausgezeichneten Offizier; er hat lange in Rendsburg in Garnison gestanden.) In ebenso hohem Grade, wenn auch mit anderer, eher wehmüthiger, als erbitterter Färbung ist man über den Tod des wackern Obristen von Sachau, der eine schleswig-holsteinische

gade führte und in dem Treffen bei Kolding, 23. April, anscheinend leicht, verwundet worden war, betrübt. Und doch ist dieser Verlust kaum eben so schmerzlich und unersetzlich, wie der des Hauptmann v. Delius, der schwerlich zu retten sein wird. Delius, der, wenn wir nicht irren, im vorigen Jahre in der preußischen Armee am schleswig-holsteinischen Feldzuge Theil nahm, blieb nach dem schmählichen Malmöer Waffenstillstande in der Umgebung Bonin's bei dem jungen schleswig-holsteinischen Heere zurück. Als Bonin's Generalstabschef hat er sich die ausgezeichnetsten Verdienste um die Bildung dieser kräftigen Kriegerjugend erworben, die ihren Werth bereits bei Eckernförde, Kolding und Gudsöe, sowie vor Fridericia bewiesen hat. Doch diese und ähnliche Verluste würden mit Resignation ertragen und willig immer neue Opfer an Habe und Gut, an Blut und Leben gebracht werden, wenn man nur endlich von der Angst erlöst wäre, daß alle diese Anstrengungen vergeblich gemacht, all diese Kräfte fruchtlos vergeudet, für alle gebrachten und ersehnten Früchte umsonst so hohe Preise eingesetzt worden sein könnten. Und diese Angst — sie steigt von Tag zu Tage. Den Friedensvorschlägen der Statthalterschaft setzen die Organe des dänischen Volkes — Royalisten, Nationale, Doctrinärs und demokratische Socialisten — unisono Spott und Hohn Verachtung und Haß entgegen; bald werden, so hoffen die Dänen, die „rettenden Thäter" (um einen bezeichnenden Ausdruck der „Ztg. für Norddeutschland" auf den deutsch-dänischen Krieg anzuwenden), die Russen kommen, um mit oder ohne Einwilligung Preußens die Herzogthümer wieder in ihr altes Joch zu zwingen. Ja, die dänischen Blätter treiben die Schamlosigkeit so weit, daß sie offen das Einverständniß der verfassungsfeindlichen Könige von Preußen, Sachsen und Hannover (weniger des von Bayern; mit dem dänischen Könige erklären und sich durch die Hrn. v. Prittwitz von Berlin aus gesandten Instructionen vor jeder Niederlage gesichert halten. — Indeß sehe ich in dieser Taktik der Dänen nur eine Wiederholung des alten: Divide et impera, oder richtiger: Calumniare audacter, semper aliquid haeret. Denn Rußland wird keinen thätigen Antheil an dem Kriege gegen Schleswig-Holstein nehmen; selbst wenn die dänische Nation so ganz alles Ehr- und Nationalgefühls ledig wäre, in den Russen ihre Beschützer, ihre Bundesgenossen, ihre Freunde und Retter zu sehen, und wenn Dänemarks Staatsmänner kurzsichtig genug wären, um nicht in dem russischen Czar den gefährlichsten Feind ihres Vaterlandes zu erkennen. Mehr noch als dieser Unabhängigkeitssinn der Dänen wird uns vor russischer Einmischung die britische Flotte bewahren, die gewiß nicht ermangeln würde, schon am Sunde ein kräftiges „Bis hieher und nicht weiter!" der russischen zuzudonnern. Uebrigens kann ich nicht umhin, an der Wahrheit des ganzen Gerüchts von der dänisch-russischen Allianz zu zweifeln. Dazu berechtigt dasselbe Preußen, welches russische Truppen auf seinen Eisenbahnen ins österreichische Gebiet befördert, von dem ferner das Gerücht geht, es wolle polnisch Posen [illegible] russischen Rußlands seit dem Jahre 1830 bis zu diesem Augenblicke wesentlich zur Niederhaltung des unruhigen Geistes in Polen beigetragen hat. — Ein anderes ist, daß Preußen den Frieden um jeden Preis zu wünschen scheint. Denn wäre dies nicht der Fall, so würde Herr v. Reedz nicht nach Berlin eingeladen sein und das preußische Cabinet nicht die Ohnmacht der Centralgewalt und die Selbstauflösung der Reichsversammlung benutzen wollen, um ungehindert in Berlin mit Dänemark ins Reine kommen zu können. Und dennoch prophezeihen wir auch dieser Friedensanstrengung keinen günstigen Erfolg. Denn Dänemarks Rundus in Schleswig-Holstein ist seit dem Tag von Eckernförde, Kolding und Gudsöe dahin; die Dänen haben keine Beamten, die auch nur ein leidliches Regiment in den Herzogthümern führen und Ruhe, Ordnung und Gehorsam in denselben aufrecht erhalten könnten; Soldaten, Bürger, Adel, Bauern und Beamte sind ihnen mit wenigen Ausnahmen feindlich gesinnt, und um überall den Belagerungszustand einzuführen und wirksam zu exerciren, ist Dänemarks Macht zu schwach. Daher nutzt alles Entgegenkommen den dänischen Anmaßungen gegenüber nicht einmal den Dänen etwas und man könnte ohne Gefahr die größten Wetten eingehen, daß Dänemark in 10 Jahren eher in Scandinavien, Rußland oder England aufgehen wird, als daß Schleswig-Holstein nach Ablauf dieser Zeit noch einem dänischen Königherzoge gehorcht. Das fühlen auch die Dänen recht gut, und darum, namentlich aber weil es ihnen an tüchtigen und populären Repräsentanten fehlt, wollen sie keine freundschaftliche Ausgleichung und Auseinandersetzung mit den Herzogthümern. — So ist denn die Sache wieder in Herrn v. Reedz's, eines gewiegten alten Diplomaten, Hände gelegt, der vorigen Jahr von der öffentlichen Meinung in Dänemark desavouirt wurde. Wie wir hören, hat er bei seiner Durchreise nach Berlin in Wismar geäußert, er habe noch kein bestimmtes Urtheil über den Erfolg seiner Sendung, es hänge alles von der Auffassung der Sache in Berlin ab, und je nachdem diese beschaffen sein werde, werde der Friede entweder sofort oder noch lange nicht abgeschlossen werden. Uebrigens kommen fast täglich Couriere von und nach Kopenhagen durch Lübeck; so in voriger Woche ein preußischer und ein englischer von Petersburg, ein russischer von London, ein englischer und ein dänischer von Kopenhagen u. s. w. — Das heute Morgen erwähnte Parlamentsglied v. Raumer war nicht der Geschichtschreiber der Hohenstaufen, sondern Hans von Raumer, der als Gemeiner in die Reihen des schleswig-holsteinischen Fußvolkes einzutreten beabsichtigt.

Deutschland.

Wien, 26. Mai. In dem officiellen Berichte des Marschalls Radetzky an das hohe Kriegsministerium werden die Verluste der k. k. Armee während des letzten glorreichen Feldzuges gegen Sardinien folgendermeise angegeben: Im Gefechte bei Gravellona am 20. März. Vom Feldwebel abwärts: Verwundete 9 Mann, Vermißte 12 Mann. — Bei S. Siro, Gambolo und Mortara am 21. März Offiziere: Todte 2, Verwundete 20, Vermißte keiner, Gefangene 1. Vom Feldwebel und Wachtmeister abwärts: Todte 61, Verwundete 236, Vermißte 182, Gefangene 8. — Bei der Schlacht von Novara am 23. März. Offiziere: Todte 1 Stabs- und 13 Oberoffiziere; Verwundete 2 Generale, 7 Stabs- und 91 Oberoffiziere; Vermißte 1, Gefangene 2. Vom Feldwebel und Wachtmeister abwärts: Todte 396, Verwundete 1747, Vermißte 876, Gefangene 78. Von der Division Wimpffen bei Casale am 24. und 25. März. Todte 10 Mann, Verwundete 21 Mann. — Der Gesammtverlust belief sich daher in allen Gefechten: Offiziere: Todt 1 Stabs- und 15 Oberoffiziere. Verwundete 2 Generale, 7 Stabs und 114 Oberoffiziere. Vermißt 1 Oberoffizier. Gefangen 3 Oberoffiziere, Vom Feldwebel abwärts: Todte 467, Verwundete 2013, Vermißte 1070, Gefangene 76. Von den Vermißten sind jedoch nach und nach viele wieder zurückgekehrt, die theils gefangen gewesen, nun aber wieder ranzionirt, theils versprengt worden waren.

Preßburg, 21. Mai. Der Uebergang der Kaiserlichen über die Waag bestätigt sich. Die Ungarn haben sich fast überall zurückgezogen, und die Kaiserlichen sind in Szered, Tapolcsan, Neustadtl und Neutra. Von bedeutenden Gefechten in jenen Gegenden hört man nichts, obschon die Ungarn in fast unglaublicher Anzahl sich in den nordwestlichen Comitaten zusammengezogen haben. Die meisten Punkte der Schättinsel sind ebenfalls in den Händen der Kaiserlichen, und nur die nächsten Ortschaften um Komorn beherbergen noch die Insurgenten. — Zahlreiche Deputationen von Seiten der hiesigen Behörden vermochten nicht, die Lebensfristung des heute früh hingerichteten zweiten Vicegespans Petőcz zu erbitten. Es ist aber auch nicht zu leugnen, daß sein Benehmen nach der bereits erfolgten Unterwerfung des hiesigen Comitats, keine Entschuldigung zuläßt. — Ein Riesenplacat spricht heute die Bewohner Preßburgs an zu großartigen Beiträgen an Geld und Mannschaft, um das Vaterland aus den Händen einer usurpirenden Partei zu retten. Unterzeichnet sind, außer den Magistratualen, viele ungarische Cavaliere. (C. B. a. B.)

Hradisch, 20. Mai. Heute kamen hier gegen 300 Wägen an, auf denen Graupen, Fleisch, Heu und anderer Proviant weiter, man sagt, gegen Ungarisch-Brod, geführt werden, wohin die ganze russische Colonne vorrücken soll. — Die russischen Offiziere lesen fleißig die „Narodni" und die „Morawské Nowiny"; auch nach russischen Grammatiken ist große Nachfrage. (Oest. Corr.)

Prag, 26 Mai. Heute erschien folgende Kundmachung: „Die in neuester Zeit gemachte Erfahrung hat mir die Ueberzeugung verschafft, daß eine Partei durch Druckschriften verbrecherischen Inhalts, welche sie im Wege der Buchhandlungen zur Oeffentlichkeit zu bringen trachtet, dahin arbeitet, die Gemüther der Bewohner zu erregen, die Regierungsmaßregeln frech zu höhnen, ja selbst so weit geht, zum Widerstand gegen die bestehenden Gesetze in schändlicher Weise aufzufordern. — Um diesen verbrecherischen Tendenzen zu steuern, finde ich mich, meiner Pflicht eingedenk, veranlaßt zu verordnen, daß mir die Herrn Buchhändler, wie alle diejenigen, welche zum Verkauf von Büchern oder Flugschriften befugt sind, dafür verantwortlich bleiben, daß durch ihre Vermittelung solche aufrührerische Schriften weder verlegt, noch durch ihre Firma in Verkauf gebracht werden. — Dawider Handelnde werden im Betretungsfalle, außerdem, daß ihnen das Verlagsquantum erzählter Schriften confiscirt wird, ohne Nachsicht nach den Kriegsgesetzen behandelt werden. Prag, am 24. Mai 1848. Graf Khevenhüller, F.-M.-L. u. commandirender General im Königreiche Böhmen."

Trier, 29. Mai. Die Folgen des Prümer Zeughaussturmes beginnen den Urhebern und Theilnehmern immer verderblicher zu werden. Außer Dr. Grün, der, wie Sie wissen, verhaftet ist, und den übrigen Trierschen Demokraten, die sich auf der Flucht befinden, haben es eine Menge Bewohner von Wittlich, Prüm und Bernkastel für gut befunden, sich vorläufig dem Einfluß der preußischen Justiz zu entziehen. Die Nähe der französischen, belgischen und holländischen Grenze begünstigt diese Entweichungsversuche sehr, und es ist hieraus erklärlich, daß die meisten der bei dem Prümer Putsch Compromittirten sich den Nachstellungen der Behörden entziehen konnten. Advocat Schily, der als Führer des ganzen Unternehmens genannt wird, soll gegenwärtig eine Hauptmannsstelle in der bayerisch-pfälzischen Volksarmee bekleiden; er war preußischer Landwehrlieutenant. Das Kreisstädtchen Wittlich ist in Belagerungszustand erklärt, der mit aller Energie gehandhabt wird wegen Auflehnung gegen verschiedene im Interesse der Wiederhabhaftwerdung der geraubten Waffen von den dortigen Behörden angeordneten Maßregeln. Die Sonntagsnummer der „Trierer Zeitung" (Nr. 126) ist von den Behörden auf der Post, in dem Expeditionslocal und in den hiesigen Wirthshäusern mit Beschlag belegt worden, wegen des in derselben mitgetheilten Aufrufes der badischen provisorischen Regierung „an die Krieger Deutschlands". Die Confiscationsordre, die vom Regierungspräsidenten ausging, stützte sich auf § 102 des rheinischen Strafgesetzbuches, nicht der preußischen Verfassung vom 5. December, wie die „Rhein- und Moselzeitung", wohl aus Versehen, berichtet. Das gerichtliche Verfahren ist eingeleitet. — Alle Reisende, die zu uns vom Westen kommen, berichten übereinstimmend von unablässigen bedeutenden Truppenbewegungen der Franzosen nach der Rheingrenze. Es scheint dies mit dem Gerüchte der Aufstellung eines rheinischen Observationscorps von Seiten Frankreichs in Verbindung zu stehen. Thatsache ist, daß für die Bundesfestung Luxemburg Verstärkung der Besatzung verlangt ist. Die Gewehre und Munition, die kürzlich bei Herbesthal auf der preußisch-belgischen Grenze angehalten wurden, waren nach der Pfalz bestimmt, wie man hier versichern hört. — Die nächsten Tage werden uns große Truppenmassen hierher bringen, die jedoch nur durchmarschiren. Man erwartet für morgen das 26. und 29. Landwehrregiment. Das Wetter ist seit einigen Tagen so herrlich, wie es kaum der italische Himmel kennt, die Vegetation in unserem lieblichen Flußthale ist so üppig und vorgeschritten, wie man sich ihrer kaum erinnert. Sie mögen die Aussichten auf die Obsternte bemessen, wenn ich Ihnen mittheile, daß der Aepfelwein in diesem Augenblicke hier zu 8 Pfennige das preußische Quart detaillirt wird. Die Haltung der Stadt ist durchweg besonnen und musterhaft. Heute sind hier unsere diesmaligen Assisen begonnen.

München, 28. Mai. Die „N. M. Ztg." schreibt: Wir sind in den Stand gesetzt, den gestrigen Mittheilungen der „Allg. Ztg." über die Abbrechung der Conferenzen in Berlin bezüglich des Rücktritts des bayrischen Bevollmächtigten von denselben zu widersprechen. Die Conferenzen nehmen ununterbrochen ihren Fortgang, und der bayerische Bevollmächtigte betheiligt sich an denselben ebenso ununterbrochen, so daß eine befriedigende Lösung dieser wichtigen Frage binnen wenigen Tagen in Aussicht stehen dürfte.

München, 28. Mai. Dieser Tage ist aus dem Staatsministerium des Kriegs ein Tagbefehl an die ganze bayerische Armee ergangen, in welchem die fahnenflüchtige Soldaten des 6. und 9. Infanterieregiments, der 4. Division des 2. Jägerbataillons und der 7. Schwadron des 5. Chevaurlegersregiments öffentlich eines ehrlosen Treubruch beschuldigt, der gute Kern der pflichtgetreuen Soldaten aber namentlich die Offiziere in Landau, belobt werden mit den angehängten Versprechen, daß ihre Namen zum Lohne verzeichnet und dem König vorgelegt werden sollen. Graf v. Waldbott-Bassenheim ist, seinem Ansuchen entsprechend, der Stelle eines Kreiscommandanten und Generalmajors der Landwehr von Schwaben und Neuburg enthoben worden. (A. Z.)

Nürnberg, 29. Mai. Das Truppencorps, welches sich in diesen Tagen in unserer Gegend sammelt, wird 15 bis 16,000 Mann zählen und aus 13 Infanteriebataillons, 19 Schwadronen Chevaurlegers, einer 12pfünder Batterie, zwei 6pfünder und der hier liegenden 6pfünder Batterie reitender Artillerie, — im Ganzen 30 Geschütze — bestehen. Das Hauptquartier des dieses Corps commandirenden Generallieutenants Fürsten von Thurn und Taxis wird vorerst nach Burgfarnbach verlegt werden. Heute Morgens hielt Letzterer Musterung über die hier und in der nächsten Umgegend liegenden Truppen auf dem Ludwigsfelde (Peterhaide). (N. C.)

Schweinfurt, 29. Mai. Vorgestern und gestern sahen wir aus allen fränkischen Turngemeinden Vertreter in unserer Stadt, die sich zur Abhaltung eines Turntages, in welchem allgemeine turnerische Fragen verhandelt, so wie dem Ernste der Zeit entsprechende Beschlüsse gefaßt wurden, hier versammelt hatten.

Im Lager von **Donauwörth** sollen aufs Neue schwere Excesse und Verwundungen vorgekommen sein. Die „Allgemeine Zeitung" behält sich näheren Bericht vor.

Aus der Pfalz, 23. Mai berichtet die „Allg. Ztg." Die Anarchie ist bei uns in schönster Blüthe. Man reißt die bayerischen Wappen ab, vertreibt die Gendarmen, verheert die Waldungen, achtet weder Gesetz noch Ordnung und läßt dabei die „Freiheit und Republik" leben. Alle gerade diese Zügellosigkeiten scheinen einen Umschlag in der öffentlichen Meinung zu veranlassen. Die übereilte, zumeist von Nichtpfälzern dictirte Wahl einer provisorischen Regierung, die Erhöhung der Steuern, die Belastung der Gemeinden durch Ausrüstung armer Waffenpflichtigen, endlich die Einquartierung fremder Freischärler haben schon Manchem die Augen geöffnet. Dazu kommen noch die Bewaffnung des Proletariats, worunter eine Masse verrufener und verwegener Gesellen, und die von solchen dirigirten und geübten Geldererpressungen. Schon jetzt seufzen viele aus dem Grunde ihres Herzens nach den Preußen, während Bayern durch sein passives Verhalten manche Sympathien verloren hat. Landau ist in Belagerungszustand erklärt. Die Besatzung soll noch 1000 Mann stark und vom besten Geiste beseelt sein. Auch kehren täglich fahnenflüchtige Soldaten zurück, mit denen aber die treugebliebenen keine Gemeinschaft mehr haben wollen. Man nimmt ihnen die Waffen und Soldatenkleidung ab und jagt sie dann wieder schimpflich zum Thore hinaus. Die Bürgerwehr hält treulich ihr dem Commandanten gegebenes Versprechen und theilt mit dem Militär die Strapazen des nächtlichen Wachtdienstes. Jede Gefahr für die Festung ist daher vorderhand beseitigt. (Y) Beim Angriff auf das deutsche Thor am 3. d. M. wurden die abgefallenen Soldaten vorangestellt, in der eitlen Hoffnung, ihre früheren Kameraden würden ihnen und den Freischaaren ohne weiteres öffnen. Hätte die Artillerie nicht absichtlich zu hoch gefeuert, so wäre der Verlust der Angreifenden ungeheuer gewesen. Doch sollen auch einige Todte gehabt haben. Jetzt haben sie sich mehr vom Gebirg — wo sie den Kellern unserer Weinbauern tüchtig zugesetzt — hinweg und in die meist conservativ gesinnten Dörfer zwischen Landau und Germersheim gezogen, um beiden Festungen die Zufuhren abzuschneiden. Ihre Hauptaufgerkeit zeigt sich im Spionenfang. So haben sie den Hauptmann Grafen Joner gefangen und als „Spion" vor ein Kriegsgericht gestellt. Nach einer unverbürgten Nachricht soll er erschossen werden. Bürger Fenner v. Fenneberg hat seine neue Rolle schon angespielt. Einer schmachvollen Absetzung ist er durch Eingabe seiner Entlassung zuvorgekommen. Unter anderm wirft man ihm vor, er habe das Siegel des Landesausschusses — vielleicht aus „strategischen Gründen" — nachgemacht und einen verdächtigen Briefwechsel geführt. Bürger Anneke zum Oberstlieutenant und zum Commandanten der vereinigten, nur aus „Kazenköpfen" bestehenden pfälzischen Artillerie befördert. Die Beförderungen gehen überhaupt im Volksheer sehr rasch. Wie sehen Offiziere desselben in bayerischer Uniform umhergehen, die kaum lesen und schreiben können. Wir ich von zuverlässiger Seite vernehme, ist ein Mitglied des aufgelösten Landesausschusses in Frankenthal gewesen, um von diesem für den Fall, daß Preußen bei uns einschreiten sollte, Hilfe zu verlangen. Sollten die deutschen Patrioten wirklich so niederträchtig oder so wahnsinnig sein, die Pfalz an Frankreich zu verrathen? Schließlich noch die Bemerkung, daß die lithographischen Berichte von Neustadt und Kaiserslautern nur mit großer Vorsicht aufzunehmen sind. So ist es unter anderm falsch, daß Artilleristen mit Geschütz zu den Aufständischen übergegangen.

†* **Aus dem Badischen**, 29. Mai. Der Herr Abgeordnete Hagen hat in der Sitzung der Nationalversam-

ung erklärt: die Bewegung in Baden habe nicht den Zweck gehabt, die bisherige Regierung gewaltsam zu stürzen. Das Ministerium und die großherzogliche Familie seien ohne Anerkennenden Grund gestehen, und auch dann habe der Centralausschuß noch nicht aus eignem Antriebe, sondern nur auf Einladung des Magistrats von Karlsruhe die Regierung in die Hand genommen, welche Einladung sogar mit Verwiesen und ohne Einsprache des Ministeriums erfolgt sei. Diese so auffallenden Angaben würden wohl kaum eines Widerspruchs bedürfen, wenn sie nicht sogar in der Paulskirche aufgestellt worden wären. Nur aus der letztern Rücksicht ist darauf Folgendes kurz zu erwidern: 1) Wenn gesagt wird, der Landesausschuß und die Freischaaren hätten nicht die Absicht gehabt, die Regierung gewaltsam zu stürzen, so wäre interessant gewesen, Herr Hagen hätte zugleich angegeben, worin denn sonst der Zweck des Unternehmens bestanden haben sollte. Wenn die durch lange Bübereien vorf brten Soldaten in Rastatt ihren Obern den Gehorsam aufkündeten, ihre Offiziere theils mißhandelten, theils verjagten, theils gefangen nahmen und sich der Festung bemächtigten, — wenn sodann am 13. Mai die Abgeordneten der Rastatter Soldaten bei der Offenburger Versammlung erklärten, sie haben diesmal den Kampf für die Freiheit angefangen, während früher beim Hecker'schen und Struve'schen Zug die Truppen gegen das Volk gehossen, sie erwarten daher, daß das Volk jetzt sie nicht im Stiche lassen, sondern gemeinsame Sache machen werde, — wenn darauf die tumultuarische Versammlung in Offenburg in wilden Geschrei dies zusagte und auf den folgenden Tag zahlreiche bewaffnete Züge nach Rastatt und Karlsruhe ansicherte, sich also den meuterischen Soldaten anschloß und darum den Landesausschuß, den sie mit dem Vollzug ihrer Beschlüsse beauftragte, vorläufig nach Rastatt bestellte, — wenn sodann im Einverständnisse hiermit in der Nacht vom 13. auf den 14. Mai auch die Karlsruher Soldaten, wie vorher schon ebenso die Lörracher, ihre Offiziere mißhandelten oder verjagten, die Posten verließen, Straßenkrawalle machten, Häuser demolirten und das Zeughaus stürmten, — wenn ferner im Einklange damit in der nämlichen Nacht Bernhard, Struve, Blind und andere politische Gefangene in Bruchsal gewaltsam befreit wurden und die Freischaaren den dortigen Bahnhof besetzten, — so muß man wohl mehr als gutmüthig oder blind sein, um anzunehmen, es sei auf einen gewaltsamen Umsturz gar nicht abgesehen gewesen, selbst wenn man außer Anschlag läßt, daß die Offenburger Beschlüsse, deren gewaltsame Durchführung dort angekündigt wurde, nach einem großen Theil ihres Inhaltes von der dazu etwa genöthigten Regierung ohne Gesetzesverletzung gar nicht hätten vollzogen werden können. — 2) Ob unter diesen Umständen dem Großherzog hätte zugemuthet werden können, zu bleiben, und sich der Gewalt der meuterischen Soldateska, sowie der Freischaaren und der befreiten politischen Gefangenen zu überlassen, mag jeder Unbefangene für sich beurtheilen. Daß die Aufrührer dies gewünscht hätten, um dem Gefangenen das, was sie wollten (stufenweise fortschreitend bis zur Abdankung), abzunöthigen und dadurch dafür den Schein der Legalität zu gewinnen, — ist natürlich. — 3) Unterdessen erfuhr der Großherzog, daß er wegen den überall schon aufgestellten oder heranziehenden Freischaaren nach Frankfurt nicht mehr fortkommen könnte, weßhalb er sich nach Germersheim wenden, und von dort auf großem Umweg durch Frankreich und Preußen nach Frankfurt fahren musste. Der Kriegsminister, der mit einiger Mannschaft und mit Kanonen den Großherzog begleitet hatte, versuchte es, landabwärts auf geradem Wege fortzukommen. Wie es ihm und seinen Kameraden ging, ist bekannt, und mag dazu dienen, zu beurtheilen, ob der Großherzog mit Sicherheit hätte fortkommen oder gar in Karlsruhe bleiben können. — 4) Die andern Minister folgten erst am Montag (den 4. Mai) Vormittags 10 Uhr dem Großherzog nach, als die Karlsruher Truppen zum Theil von Neuem in den Straßen schossen, zum Theil nach Rastatt abgegangen und zum Theil in ihre Heimath abgereist, also jedenfalls aufgelöst waren, — und als dazu noch die Nachricht kam, die Gemeindebehörden in Karlsruhe haben (da die Bürgerwehr für sich allein dem Andrange allerdings nicht gewachsen gewesen wäre) durch eine am Montag früh nach Rastatt abgeordnete Deputation dem Landesausschuß die Unterwerfung der Stadt angezeigt, sodaß also die Minister in wenigen Stunden in den Händen der Meuterer und Freischaaren gewesen wären. — Sieht man auch ab von der von den Demokraten gedrohten persönlichen Rache, so war es jedenfalls Pflicht der Minister, sich nicht in die Gewalt der Aufrührer zu begeben. Es wäre diesen allerdings willkommen gewesen, wenigstens die Minister in der Hand zu haben, und sofern es ihnen gelungen wäre, dieselbe ebenfalls zu dem andern Beamten abgenöthigten Eid des Gehorsams gegen den Landesausschuß zu zwingen, dadurch auch noch den Schein einiger Legalität zu retten. 5) Daß der Magistrat von Karlsruhe, wie Hr. Hagen sagt, den Landesausschuß eingeladen habe, „die Leitung der Geschäfte (d. h. die Regierungsgewalt) zu übernehmen", widerspricht allen Nachrichten über jenen Beschluß der Gemeindebehörden, würde aber den Wegzug der Minister nur um so nothwendiger gemacht haben. 6) Daß das Ministerium von einer solchen Einladung an den Landesausschuß, nach Karlsruhe zu gehen und die Leitung der Geschäfte zu übernehmen, zum Voraus in Kenntniß gesetzt und von ihm nichts dagegen eingewendet worden sei, ist ungegründet.

Mannheim, 29. Mai, 2 Uhr Nachmittags. So eben wird Generalmarsch geschlagen. Das 3. und 4. Linieninfanterieregiment und eine Feldbatterie, welche diesen Morgen Befehl erhalten hatten, sich marschfertig zu halten, sollen noch heute an die hessische Grenze in der Richtung von Worms abgehen. Zwei Escadronen Dragoner und eine halbe Batterie reitender Artillerie sind bereits diesen Morgen in derselben Richtung aufgebrochen. Man spricht von einer Bewegung in Worms und von einem blutigen Kampfe zwischen hessischen und mecklenburgischen Truppen, an welchem die Freicorps der Rheinpfalz sich betheiligt haben sollen. Doch hört man darüber nur schwankende Gerüchte. (D. Z.)

Heidelberg, 25. Mai. In welcher Weise das badische Volk für die Freiheit reif gemacht wird, mögen Sie aus folgenden Auszügen eines hier erscheinenden radicalen Winkelblattes, der „demokratischen Republik" ersehen: „Die Ereignisse auf dem Schauplatze unserer Revolution drängen sich. In Darmstadt ist es gestern zum Kampfe gekommen. Das Volk hat einen Sturm auf das Schloß gemacht. Ein Hauptmann und mehrere Soldaten sind gefallen. Ueber den Ausgang weiß man in diesem Augenblicke noch nichts Sicheres. [Ja wohl!]

Darmstadt, 30. Mai. Die hiesige Zeitung theilt Folgendes mit: Genaue Details über die gestrigen Vorgänge bei und in Worms haben wir noch nicht erhalten. Was uns auf glaubwürdige Weise von verschiedenen Seiten mitgetheilt wurde, stellen wir in Nachstehendem zusammen: Der Angriff auf die Freischaaren, welche Worms besetzt hielten, sollte von der Rheinseite geschehen, indeß die Truppen, welche über Gernsheim dirigirt waren, (1 Bataillon, 1 Schwadron, 2 Geschütze) Worms einschlossen, und den Freischaaren den Rückzug abschnitten. Durch besondere Umstände, welche noch nicht näher bekannt sind, verzögerte sich der Rheinübergang bei Gernsheim, und der Angriff bei Worms durch die Hauptcolonne (3 Bataillone, 1 Schwadron, 3 Geschütze) konnte so die Unterstützung durch die übrigen Truppen, worauf gerechnet ward, nicht finden. Die Hauptcolonne kam gegen 4 Uhr Morgens bei Worms an. Die fliegende Brücke war auf dem jenseitigen Ufer, bewacht von einer Abtheilung von Freischaaren. Als auf das wiederholt gegebene Zeichen die Brücke nicht herüberkam, wurde von den Schützen nach der Freischaarenwache gefeuert, was von diesen erwiedert wurde. Hierauf begann die Kanonade nach dem jenseitigen Ufer, welche 2 Stunden währte. Die Freischaaren zogen sich vom Ufer zurück in die Stadt, wo die sämmtlichen Freischaaren sich sammelten, und, statt der angekündigten energischen Vertheidigung sich eiligst nach dem nahen Frankenthal in die insurgirte Rheinpfalz zurückzogen. Die Truppen setzten gegen 7 Uhr Morgens über den Rhein, und wurden von der Bürgerschaft mit allen Zeichen der Freude über die Erlösung von der unerträglichen Gewaltherrschaft der Freischaaren und ihrer Führer empfangen. Verwundet wurde, soviel wir wissen, nur der Major Diery vom 3. Infanterieregiment, welcher mit der Hauptcolonne unter General v. Schäffer über den Rhein ging. Ueber alles Sonstige fehlen uns noch die Nachrichten.

♂ **Von der hessischen Bergstraße**, 30. Mai. Heute Nacht um 1 Uhr wurden plötzlich die in Zwingenberg und der Umgegend liegenden Truppen alarmirt und zogen auf der Eisenbahn der badischen Grenze zu. — Von den in Laudenbach Verwundeten starben bis jetzt noch zwei in Fürth, zwei in Lindenfels und zwei wurden im Walde bei Hirschhausen von den Truppen sterbend gefunden. Außerdem glaubt man, daß sich beim Abmähen des sehr hochstehenden Korns noch manche Leichen finden werden. Jedenfalls beträgt die Zahl der Todten jetzt schon über fünfzig.

* **Aus Oberhessen**, 27. Mai. Auch unsere Provinz scheint bei der jetzigen Erhebung für die Reichsverfassung von Seite der Demokraten den Beweis liefern zu sollen, daß man von dieser Seite einseitige Parteizwecke verfolgt, und, indem man diese mehr und mehr hervortreten läßt, nicht wenig dazu beitragen wird, durch neue Spaltung der Freunde der Verfassung das so heiß ersehnte Werk der deutschen Einheit in immer größere Ferne zu rücken. Der Bezirksausschuß der demokratischen Vereine Oberhessens zu Gießen hat an alle demokratischen Vereine der Provinz die dringende Aufforderung erlassen, sich so zahlreich als möglich durch Abgeordnete bei einer Deputation zu betheiligen, welche den 30. Mai folgende „Forderungen des hessischen Volkes" in Darmstadt an die Regierung resp. den Großherzog stellen soll. 1) Sofortige Auflösung beider Kammern und Berufung einer hessischen verfassunggebenden Versammlung, für welche und in welcher jeder volljährige Staatsbürger Wähler und wählbar ist. 2) Entfernung des Ministeriums Jaup und alsbaldige Bildung eines volksthümlichen Ministeriums. 3) Augenblickliche Organisation der Volksbewaffnung auf Kosten des Staates mit freier Wahl der Führer. Alle Volljährigen bis zum 40. Jahre sind alsbald gesetzlich unter die Waffen zu rufen. 4) Anerkennung der völligen Selbstständigkeit der Gemeinden, Bestätigung der Höchstbestimmten zu Bürgermeistern, gesetzliche Einführung der öffentlichen Gemeinderathssitzungen. 5) Unentgeldliche Aufhebung aller Feudallasten, sofern dieselben nicht auf Privatverträge gegründet sind, damit ein kräftiger Mittelstand als Grundsäule des Staates erhalten werde. 6) Allgemeine Amnestie für alle politischen Vergehen bis auf diesen Tag, mit Einschluß — des Militärs und Niederschlagung aller politischen Processe. 7) Organisation des Schulwesens, freiere unabhängige Stellung der Lehrer und Entlassung aller Behörden, welche seither auf die politische Ueberzeugung der Lehrer einzuwirken sich erfrecht haben. 8) Alsbaldige Einführung einer Synodalverfassung, Entfernung des allen religiösen Fortschritt hemmenden Oberconsistoriums. 9) Sofortige Vereidigung des Militärs, der Bürgerwehr und der Beamten auf die Verfassung. 10) Alsbaldige der Nationalversammlung zur Verfügungstellung des hessischen Heeres mit Einschluß der Bürgerwehren zur Durchführung der Reichsverfassung. 11) Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und somit Gleichstellung des Militärs mit dem Bürger. 12) Sofortige Neuwahl der Gemeindevorstände im ganzen Lande. — Abgesehen von dem, was von vorstehenden Punkten schon ins Leben getreten ist, leuchtet ein, daß Manches über die Grundrechte hinausgeht, das Ganze aber vor die Gesetzgebung der Stände gehören würde. Augenscheinlich soll das Ganze nur die Parole sein, mit welcher sich die Partei zusammenscharen und erheben will. Es wird alles darauf ankommen, ob Darmstadt ein zweites Karlsruhe sein und das hessische Militär dem badischen gleichen will. Wir glauben es nicht.

Galizien.

♀ **Zolkiew**, in Galizien, 23. Mai. Nachdem wir im Laufe der vorigen Woche bedeutende russische Cavalleriemassen, nebst leichter und schwerer Artillerie hier durchziehen sahen, deren Haltung allgemeine Bewunderung erregte, kommen seit einigen Tagen starke Infanteriedivisionen ebenfalls hier durch und die nach Ungarn führende Heerstraße ist mit dichten Colonnen bedeckt. Eine jede dieser Divisionen besteht aus zwei Musketier- und zwei Jägerregimentern, deren Bekleidung und Bewaffnung vorzüglich sind; die hageren Gestalten dieser an Strapazen gewöhnten Kerntruppen erinnern viel an die alten Soldaten des Kaiserreichs; unter denselben sind viele, welche den Feldzügen in Persien, Polen und am Kaukasus beiwohnten. Man kann mit vollem Rechte behaupten, daß wohl nie eine vollständiger ausgerüstete Heeresmacht ins Feld rückte, als diese russische Hülfsarmee.

Frankreich.

* **Paris**, 28. Mai. Ueber die muthmaßliche Wahl des Präsidenten der legislativen Versammlung schreibt die „Independance": Als Candidaten für die Präsidentschaft wird von der Rechten Dupin der ältere, von dem Berge Ledru Rollin aufgestellt werden, der Letztere aber ohne Hoffnung auf Erfolg. Nicht unmöglich wäre es indessen, daß noch ein dritter Candidat auftauchte, und zwar von jener Seite her, die dem Anschein nach eine Zwischenpartei zwischen der Rechten und der Linken bilden soll. Diese drei großen Parteien, in welche sich höchst wahrscheinlich die Versammlung theilen wird, beginnen bereits sich abzugrenzen. Eine jede von ihnen hat in eigenen Lokalen ihre vorbereitende Zusammenkunft gehabt.

Nachschrift.

** **Frankfurt**, 31. Mai. An der hessisch-badischen Grenze ist es gestern Abend in der Nähe von Heppenheim abermals zu einem Kampf zwischen großherzoglich hessischen Truppen und Freischaaren der Aufständischen gekommen, und es scheint derselbe ernstlicher geworden zu sein, als die Affaire von Oberlaudenbach. Darauf deuten mehrere Umstände hin: die württembergisch-badische Post ist bis zur Stunde noch nicht eingetroffen, demnach scheint der Verkehr auf der Bergstraße unterbrochen und es fehlen in Frankfurt die schon gestern Nachmittag fälligen Briefe und Blätter aus Baden und Württemberg; ferner ist im Laufe des gestrigen Nachmittags alles noch in Darmstadt befindliche Militär eiligst nach der Bergstraße abgegangen; endlich sind von hier aus während der ganzen Nacht mittelst Extrazügen auf der Main-Neckarbahn Truppen nach der Provinz Starkenburg befördert worden, darunter ein Theil der erst gestern von Mainz hier eingetroffenen mecklenburgischen Dragoner und mecklenburgisches Geschütz und eine längere Zeit hier in Garnison gewesene Abtheilung bayerischer Jäger. Vom Schauplatz des gestrigen Kampfes fehlen authentische Nachrichten. Nach mündlicher Mittheilung eines Reisenden, der gestern Abend um 6 Uhr Heppenheim verlassen und mit dem letzten Zug der Main-Neckarbahn hier angekommen ist, sind gestern in den ersten Nachmittagsstunden in der Nähe von Fürth Freischaaren, 3000 (?) Mann stark, mit 20 Kanonen (?) aus dem Badischen in den hessischen Odenwald eingebrochen; um 3 Uhr sei es mit den großherzogl. hessischen Truppen zum Anfangergefecht gekommen und gegen 6 Uhr sei der Kampf ein sehr heftiger, aber noch unentschiedener gewesen. Starken Kanonendonner habe man in Heppenheim vernommen und eben dahin seien auch verwundete Soldaten und Aufständische gebracht worden. So der mündliche Bericht, für dessen Wahrhaftigkeit wir natürlich nicht einstehen können.

Die Main-Neckarbahn ist ausschließlich zur Verfügung des commandirenden Generals v. Peucker gestellt. Seit heute früh werden Personen, Güter und Briefe zur Weiterbeförderung auf dieser Bahn nicht mehr angenommen, da die Züge unausgesetzt Truppen von hier und den umliegenden Orten nach Darmstadt und der Bergstraße transportiren.

[:] **Wien**, 27. Mai. Handels- und Kundschaftsnachrichten melden, daß am 20. Abends 11 Uhr, nach zwei glänzend zurückgewiesenen Stürmen, ein dritter Angriff auf Ofen, durch 30,000 Rebellen unter Görgey's Commando erfolgte, in Folge dessen am 21. um 6 Uhr Morgens die Festung Ofen von den Rebellen erobert worden sei. — Man fand Generalmajor Hentzi an den schweren Wunden blutend, den Obersten von Cercepieri Infanterie todt. Alle slavischen Offiziere wurden niedergemacht, das Schloß geplündert. — Der k. k. Major, welcher den Brückenkopf besetzt hielt, sprengte sich selbst in die Luft. (Officielle Nachrichten fehlen.)

Ein Extrablatt der „Wiener Zeitung" bestätigt die Erstürmung der Festung Ofen durch die Magyaren.

Nach ziemlich übereinstimmenden Berichten soll der Fall der Festung durch den Verrath eines Bataillons vom Regiment Cercepieri (Italiener) herbeigeführt worden sein, indem die Mannschaft dieses Bataillons selbst gegen ein anderes Bataillon (Grenzer) treulos die Waffen gekehrt haben soll. Wie es heißt, sollen von der kaiserlichen Besatzung bei dem darauf erfolgten Sturme 800 geblieben und die übrigen zu Gefangenen gemacht worden sein! Officielles ist jedoch zur Stunde darüber nichts bekannt worden.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 30. Mai. Bei stillem Handel machte sich auch heute keine nennenswerthe Veränderung in den Coursen bemerkbar. Von österreichischen Papieren blieb beinahe alles ganz auf seinem gestrigen Standpunkt, 5pCt. Met. 73½, pCt., 2½pCt. Metall 39 pCt., Bierordanlehen 108½ fl., 500 fl. Loose 122½, pCt., 250 fl. Loose 73½, pCt., Kurhess. 40 Rthlr. Loose 26½, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 25 fl., do. 50 fl. Loose 46½, fl., Nassauer 25 fl. Loose 20 fl., Poln 500 Loose 71½, Rthlr. Sächsische Obligationen preishaltend. Belgische Obligationen gesteigert, 2½pCt. belg. 42½, do. 4½pCt. 82½, do. 5pCt. 88½, fr. Von Eisenbahnen bleibt K.-W.-Nordbahn 33½, Rthlr., Verbach 67½, pCt., Köln Minden 76½, pCt., Taunus 268 fl. 2½Ct. inländ. Span. schließen fest, 23½, pCt. Abends in der Effectensocietät zeigte sich für 3pCt. Inland noch mehr Nachfrage, es scheint darin Bedarf und Mangel an Stücken für die morgende Abrechnung zu sein, 23½, pCt. für benannte Fonds bezahlt und Geld.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Walter.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von Bedarfsartikeln für die Verwaltung der Staatsbahnen, Bedarf an Schmiermaterialien, Putzwolle, Putzlappen, Besen, Bürsten, Kohlen, Koks, Brennholz, Petroleum, Gas, Beleuchtungsmaterialien, Bedarf an Werkzeugen, Eisen, Stahl, Metallen, Maschinen, Maschinenteilen, Bedarf an Bau- und Betriebsmaterialien, Bedarf an Fuhrwerken, Bedarf an Pferden, Bedarf an Futtermitteln, Bedarf an Kleidungsstücken, Bedarf an Schuhwerk, Bedarf an Lederwaren, Bedarf an Leinen- und Wollwaren, Bedarf an Papier, Druck- und Schreibmaterialien, Bedarf an Farben, Bedarf an Glas- und Porzellanwaren, Bedarf an Bürobedarf, Bedarf an Telegraphenmaterialien, Bedarf an Signalmaterialien, Bedarf an Fahrkartenmaterialien, Bedarf an Gepäckmaterialien, Bedarf an Frachtmaterialien, Bedarf an Stückgutmaterialien, Bedarf an Eilgutmaterialien, Bedarf an Expreßgutmaterialien, Bedarf an Postmaterialien, Bedarf an Telegraphenmaterialien, Bedarf an Signalmaterialien, Bedarf an Fahrkartenmaterialien, Bedarf an Gepäckmaterialien, Bedarf an Frachtmaterialien, Bedarf an Stückgutmaterialien, Bedarf an Eilgutmaterialien, Bedarf an Expreßgutmaterialien, Bedarf an Postmaterialien

Die Lieferung von Bedarfsartikeln für die Verwaltung der Staatsbahnen, Bedarf an Schmiermaterialien, Putzwolle, Putzlappen, Besen, Bürsten, Kohlen, Koks, Brennholz, Petroleum, Gas, Beleuchtungsmaterialien, Bedarf an Werkzeugen, Eisen, Stahl, Metallen, Maschinen, Maschinenteilen, Bedarf an Bau- und Betriebsmaterialien, Bedarf an Fuhrwerken, Bedarf an Pferden, Bedarf an Futtermitteln, Bedarf an Kleidungsstücken, Bedarf an Schuhwerk, Bedarf an Lederwaren, Bedarf an Leinen- und Wollwaren, Bedarf an Papier, Druck- und Schreibmaterialien, Bedarf an Farben, Bedarf an Glas- und Porzellanwaren, Bedarf an Bürobedarf, Bedarf an Telegraphenmaterialien, Bedarf an Signalmaterialien, Bedarf an Fahrkartenmaterialien, Bedarf an Gepäckmaterialien, Bedarf an Frachtmaterialien, Bedarf an Stückgutmaterialien, Bedarf an Eilgutmaterialien, Bedarf an Expreßgutmaterialien, Bedarf an Postmaterialien, Bedarf an Telegraphenmaterialien, Bedarf an Signalmaterialien, Bedarf an Fahrkartenmaterialien, Bedarf an Gepäckmaterialien, Bedarf an Frachtmaterialien, Bedarf an Stückgutmaterialien, Bedarf an Eilgutmaterialien, Bedarf an Expreßgutmaterialien, Bedarf an Postmaterialien

Die Lieferung von Bedarfsartikeln für die Verwaltung der Staatsbahnen, Bedarf an Schmiermaterialien, Putzwolle, Putzlappen, Besen, Bürsten, Kohlen, Koks, Brennholz, Petroleum, Gas, Beleuchtungsmaterialien, Bedarf an Werkzeugen, Eisen, Stahl, Metallen, Maschinen, Maschinenteilen, Bedarf an Bau- und Betriebsmaterialien, Bedarf an Fuhrwerken, Bedarf an Pferden, Bedarf an Futtermitteln, Bedarf an Kleidungsstücken, Bedarf an Schuhwerk, Bedarf an Lederwaren, Bedarf an Leinen- und Wollwaren, Bedarf an Papier, Druck- und Schreibmaterialien, Bedarf an Farben, Bedarf an Glas- und Porzellanwaren, Bedarf an Bürobedarf, Bedarf an Telegraphenmaterialien, Bedarf an Signalmaterialien, Bedarf an Fahrkartenmaterialien, Bedarf an Gepäckmaterialien, Bedarf an Frachtmaterialien, Bedarf an Stückgutmaterialien, Bedarf an Eilgutmaterialien, Bedarf an Expreßgutmaterialien, Bedarf an Postmaterialien, Bedarf an Telegraphenmaterialien, Bedarf an Signalmaterialien, Bedarf an Fahrkartenmaterialien, Bedarf an Gepäckmaterialien, Bedarf an Frachtmaterialien, Bedarf an Stückgutmaterialien, Bedarf an Eilgutmaterialien, Bedarf an Expreßgutmaterialien, Bedarf an Postmaterialien

Die Lieferung von Bedarfsartikeln für die Verwaltung der Staatsbahnen, Bedarf an Schmiermaterialien, Putzwolle, Putzlappen, Besen, Bürsten, Kohlen, Koks, Brennholz, Petroleum, Gas, Beleuchtungsmaterialien, Bedarf an Werkzeugen, Eisen, Stahl, Metallen, Maschinen, Maschinenteilen, Bedarf an Bau- und Betriebsmaterialien, Bedarf an Fuhrwerken, Bedarf an Pferden, Bedarf an Futtermitteln, Bedarf an Kleidungsstücken, Bedarf an Schuhwerk, Bedarf an Lederwaren, Bedarf an Leinen- und Wollwaren, Bedarf an Papier, Druck- und Schreibmaterialien, Bedarf an Farben, Bedarf an Glas- und Porzellanwaren, Bedarf an Bürobedarf, Bedarf an Telegraphenmaterialien, Bedarf an Signalmaterialien, Bedarf an Fahrkartenmaterialien, Bedarf an Gepäckmaterialien, Bedarf an Frachtmaterialien, Bedarf an Stückgutmaterialien, Bedarf an Eilgutmaterialien, Bedarf an Expreßgutmaterialien, Bedarf an Postmaterialien, Bedarf an Telegraphenmaterialien, Bedarf an Signalmaterialien, Bedarf an Fahrkartenmaterialien, Bedarf an Gepäckmaterialien, Bedarf an Frachtmaterialien, Bedarf an Stückgutmaterialien, Bedarf an Eilgutmaterialien, Bedarf an Expreßgutmaterialien, Bedarf an Postmaterialien

Die Lieferung von Bedarfsartikeln für die Verwaltung der Staatsbahnen, Bedarf an Schmiermaterialien, Putzwolle, Putzlappen, Besen, Bürsten, Kohlen, Koks, Brennholz, Petroleum, Gas, Beleuchtungsmaterialien, Bedarf an Werkzeugen, Eisen, Stahl, Metallen, Maschinen, Maschinenteilen, Bedarf an Bau- und Betriebsmaterialien, Bedarf an Fuhrwerken, Bedarf an Pferden, Bedarf an Futtermitteln, Bedarf an Kleidungsstücken, Bedarf an Schuhwerk, Bedarf an Lederwaren, Bedarf an Leinen- und Wollwaren, Bedarf an Papier, Druck- und Schreibmaterialien, Bedarf an Farben, Bedarf an Glas- und Porzellanwaren, Bedarf an Bürobedarf, Bedarf an Telegraphenmaterialien, Bedarf an Signalmaterialien, Bedarf an Fahrkartenmaterialien, Bedarf an Gepäckmaterialien, Bedarf an Frachtmaterialien, Bedarf an Stückgutmaterialien, Bedarf an Eilgutmaterialien, Bedarf an Expreßgutmaterialien, Bedarf an Postmaterialien, Bedarf an Telegraphenmaterialien, Bedarf an Signalmaterialien, Bedarf an Fahrkartenmaterialien, Bedarf an Gepäckmaterialien, Bedarf an Frachtmaterialien, Bedarf an Stückgutmaterialien, Bedarf an Eilgutmaterialien, Bedarf an Expreßgutmaterialien, Bedarf an Postmaterialien

Die Lieferung von Bedarfsartikeln für die Verwaltung der Staatsbahnen, Bedarf an Schmiermaterialien, Putzwolle, Putzlappen, Besen, Bürsten, Kohlen, Koks, Brennholz, Petroleum, Gas, Beleuchtungsmaterialien, Bedarf an Werkzeugen, Eisen, Stahl, Metallen, Maschinen, Maschinenteilen, Bedarf an Bau- und Betriebsmaterialien, Bedarf an Fuhrwerken, Bedarf an Pferden, Bedarf an Futtermitteln, Bedarf an Kleidungsstücken, Bedarf an Schuhwerk, Bedarf an Lederwaren, Bedarf an Leinen- und Wollwaren, Bedarf an Papier, Druck- und Schreibmaterialien, Bedarf an Farben, Bedarf an Glas- und Porzellanwaren, Bedarf an Bürobedarf, Bedarf an Telegraphenmaterialien, Bedarf an Signalmaterialien, Bedarf an Fahrkartenmaterialien, Bedarf an Gepäckmaterialien, Bedarf an Frachtmaterialien, Bedarf an Stückgutmaterialien, Bedarf an Eilgutmaterialien, Bedarf an Expreßgutmaterialien, Bedarf an Postmaterialien, Bedarf an Telegraphenmaterialien, Bedarf an Signalmaterialien, Bedarf an Fahrkartenmaterialien, Bedarf an Gepäckmaterialien, Bedarf an Frachtmaterialien, Bedarf an Stückgutmaterialien, Bedarf an Eilgutmaterialien, Bedarf an Expreßgutmaterialien, Bedarf an Postmaterialien

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.
Erscheint täglich. Dienstag, den 29. Mai 1883. Preis halbjährlich 3 Mk.

Bekanntmachung.

Nachdem die Kaiserliche Oberpostdirektion in Frankfurt a. M. die Errichtung einer Postagentur in Hofheim a. Taunus genehmigt hat, wird dieselbe mit dem 1. Juni d. J. eröffnet werden.

Frankfurt a. M., den 28. Mai 1883.

Kaiserliches Postamt.

Bekanntmachung.

Nachdem die Kaiserliche Oberpostdirektion in Frankfurt a. M. die Errichtung einer Postagentur in Hofheim a. Taunus genehmigt hat, wird dieselbe mit dem 1. Juni d. J. eröffnet werden.

Frankfurt a. M., den 28. Mai 1883.

Kaiserliches Postamt.

wird dieser General ein Commando bei dem gegen Baden und die Pfalz operirenden Armeecorps übernehmen. (Rh.- u. Mos.-Ztg.)

Köln, 29. Mai. Die Truppenbewegungen dauern bei uns und in unserer Nähe fort. So ist vorgestern für die hiesige mobile Fußbatterie der 8. Artilleriebrigade der Befehl eingetroffen, zu dem im Süden der Provinz sich zusammenziehenden Observationscorps abzugehen. Gestern kam der Befehl zur Mobilmachung der siebenpfündigen Haubitzbatterie derselben Brigade. Nächstens, wahrscheinlich morgen, werden zwei Geschütze gleichzeitig mit dem von Essen einrückenden Bataillon nach Aachen abgehen. Aus Münster kam gestern eine 12pfündige Batterie, die vorläufig nach Koblenz gegangen ist und von da wahrscheinlich auch weiter vorrückt und zu dem Observationscorps an der südlichen Grenze stoßt. In Münster selbst werden zwei Munitionscolonnen der siebenten Artilleriebrigade mobil gemacht. Auch für die Mobilmachung der Landwehrinfanterie werden bei uns bereits die Vorkehrungen getroffen; beispielsweise werden schon die Listen der Unverheiratheten angefertigt. — Das Observationscorps wird an der Grenze zwischen Kreuznach und Trier zusammengezogen. Es besteht aus 26 Bataillonen Infanterie, 16 Schwadronen Cavallerie und 5 Batterien.

Düsseldorf, 26. Mai. Heute wurde das hiesige Garde-Landwehrbataillon eingekleidet. (Düss. Z.)

)(**Bingen**, 30. Mai. In der gestrigen Sitzung des demokratischen Vereins wurde die Ausschließung hiesiger Mitglieder beantragt, welche angeblich mit Urlaubspässen ihre Fahnen in der Rheinpfalz verlassen und, wie es scheint, keine Lust mehr haben, zu denselben zurückzukehren. Die Freischärler suchten ihre Rückkehr durch Beschwerden gegen ihre Führer zu begründen, woraus hervorging, daß sie ihren Urlaub wirklich bis zur Beendigung des Putsches auszudehnen gedenken. — Gestern legten hier vier Dampfschiffe mit preußischen Soldaten an, welche nach Kreuznach marschirten.

Altona, 26. Mai. Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß Orla Lehmann diesen Morgen gegen 4 Uhr in Rendsburg eingetroffen ist. Dem Vernehmen nach hatte er auf die Nachricht, daß die russische Flotte im Anlegeln auf Kopenhagen begriffen sei, die Erklärung gegeben: er könne sich nun nicht länger an sein Ehrenwort gebunden erachten. (N. fr. Pr.)

Neumünster, 25. Mai. Bei der gestrigen Wahl eines Abgeordneten zur Landesversammlung wurde der bisherige Deputirte unseres Districts, Bureauchef Sammer, wieder gewählt. Diese Wahl war von Seiten der demokratischen Partei lebhaft bestritten, doch konnte sie für ihren Candidaten, den Advocaten N. Neergaard in Kiel, nur 278 (gegen 351) Stimmen aufbringen. Die Wiedererwählung des in London befindlichen früheren Abgeordneten Sammer erklärt sich daher, daß man seine Rückkehr baldigst erwarten darf, weil nach sicherer Mittheilung die Unterhandlungen in unserer Sache schon so gut als ganz nach Berlin verlegt sind. (A. M.)

Dänemark.

Kopenhagen, 26. Mai. Die gestrige amtliche Mittheilung aus dem Kriegsministerium (heute Morgen ist keine ausgegeben) lautet: „Der Feind hat am 23. Mai Bomben und Granaten in Fridericia geworfen, ohne bedeutenden Schaden anzurichten. Zwei Unteroffiziere und ein Mann von der Garnison sind verwundet. Generalmajor Rye hat am 22. seine Stellung bei Standerborg, die der Feind zu umgehen versuchte, verlassen und stand am 23. Abends ungefähr eine Meile nordöstlich von bis jetzt noch nicht vom Feinde besetzten Aarhuus; der Rückzug wurde vollführt, ohne daß ein eigentliches Gefecht zu bestehen war."

Die dänische Berichte erzählen, daß der Feind an 30,000 Mann stark gegen Standerberg und Aarhuus vorgedrungen, wobei 6 Cavallerie-Regimenter die Bestimmung gehabt, den linken Flügel des Rye'schen Corps zu umgehen. — General Rye wird wahrscheinlich sich nach Helgenäes ziehen, um sich von da vielleicht nach Fridericia oder Fünen einzuschiffen. Selbst dänische Blätter meinen, daß den für den Sieg von Kolding und zur Kühlung ihrer Kampflust gegen die Wälle von Fridericia geschickten Schleswig-Holsteinern nicht gehörig Munition zum Bombardement geliefert werde, da sie zuweilen Feldsteine statt Bomben benützten. — Die „Berling'sche Zeitung" erzählt, daß die posensche Landwehr nicht weiter nördlich marschiren wollte und theilweise die Waffen weggeworfen (!?).

„So ist denn Dänemarks Reichsgrundgesetz von der Reichsversammlung angenommen!" verkündete gestern der Präsident des Reichstages, als bei namentlichem Aufrufe das Grundgesetz mit 119 gegen 4 Stimmen angenommen war. Die Herren Algreen Ussing, Orsted, David, Lüttichau, Scavenius, Neergaard, Mynster, Tvede, Wegener und Zeuthen haben schriftlich angezeigt, daß sie nicht an der Abstimmung Theil nehmen könnten. Die verlangte Aufnahme ihrer motivirten Erklärung ins Protocoll lehnte der Reichstag ab. Die Regierung scheint Lust zu haben, den Reichstag jetzt aufzulösen. Die liberale Presse kämpft dagegen und ist mit Recht der Ansicht, daß der Reichstag nur vertagt werden müsse. — An der Westküste ist bereits Ringlebung von Reichstruppen besetzt.

Frankreich.

w **Paris**, 29. Mai. So wären denn also die drei verhängnißvollen Tage, für welche Straßenkampf, Staatsstreich u dergl. m. verkündigt wurden, Sonnabend, Sonntag und heute, Montag, ruhig abgelaufen, und dem Anschein nach ist auch kein Grund zu weiterer Besorgniß vorhanden. Ueberall beim herrlichsten Sommerwetter Ströme von friedlichen Spaziergängern; tagtäglich neue Zufuhr von Fremden, die sich zur Kunst- und zur Gewerbeausstellung einfinden, und von militärischen Maßregeln nichts zu merken. Gegen 500 Engländer sind dieser Tage hier angekommen oder auf der Herreise begriffen. Mit dem Bonapartischen Staatsstreich soll es indeß doch seine Richtigkeit gehabt haben, und Emil de Girardin (der ihn durch seine Veröffentlichung absichtlich im Interesse des Präsidenten vereitelte) behauptet, er sei sich bewußt, diesem in diesen Tagen einen nicht geringern Dienst geleistet zu haben, als der war, den er ihm bei der Präsidentenwahl leistete. Bekanntlich hat Girardin diese Wahl zum großen Theil durch die Artikel seiner „Presse" durchgesetzt.

Italien.

Z **Rom**, 20. Mai. Heute Abend, heißt es, sei die Waffenruhe vorüber. Die französischen Truppen, die sich jetzt bis nahe an 30,000 Mann belaufen sollen, stehen so, daß sie jeden Augenblick angreifen können. Wird Lesseps den Befehl dazu geben? Sein Auftreten wird als sehr bestimmt und energisch geschildert. Der „Moniteur" hat eine Erklärung von ihm (pour M. M. Mazzini, Saffi, Armellini, Triumvirs à Rome) aufnehmen müssen, in welcher ein Artikel des „Contemporaine" gegen Oudinot als „infame Verleumdung" bezeichnet wird. Briefisch sollen ihm Dolchstiche angedroht worden sein, was eine sehr heftige Scene zwischen ihm und Mazzini verursacht hat. Nur fragt es sich, wie weit Lesseps Vollmachten gehen. Muß das negative Resultat seiner Unterhandlungen erst nach Paris berichtet werden, so werden wir vielleicht noch vierzehn Tage in der gegenwärtigen peinlichen Lage bleiben. Gestern hat man ein neues Gebiet revolutionärer Thätigkeit betreten. Man hat die Beichtstühle aus mehreren Kirchen herausgeschleppt, um sie auf Piazza del Popolo zu verbrennen. Sterbini verhinderte es. Man dürfe die Kirche, so schuldig auch ihre Diener seien, nicht beschimpfen, sagte er, deßhalb die Beichtstühle nicht verbrennen, sondern müsse Barrikaden daraus bauen. Vom Kriegesschauplatz noch immer keine Siegesnachrichten, wohl aber bittere Klagen über das Geschick der Ortschaften am Albanegebirge. In ihnen hatten zunächst die Anhänger der Republik von den Neapolitanern zu leiden, jetzt, nachdem diese für einen Augenblick sich in Velletri concentrirt hatten und die Römer in die geräumten Orte eingerückt sind, müßte es nun die entgegengesetzte Partei entgelten. Viele Familien haben mit Zurücklassung von Habe und Gut fliehen müssen und die Lebensmittel sind durch die Truppendurchzüge so selten geworden, daß sich viele genöthigt sehen, in Rom Hilfe zu suchen, wo auch nicht der größte Ueberfluß herrscht. — Die hier wohnenden Franzosen sind heute Mittag zu Lesseps beschieden, wie man vermuthet, um sie zur Abreise aufzufordern. Die Römer machen sich immer mehr auf einen neuen Angriff gefaßt.

Nachschrift.

* **Darmstadt**, 30. Mai. Ein Ausflug in die Cantonements unserer Truppen in der Bergstraße hinderte mich, Ihnen gestern noch Näheres über die Einnahme von Worms mitzutheilen, wie ich versprochen. Auch bietet diese nicht so viel Erfreuliches, als man Anfangs glaubte. Die Freischärler flohen nach einer Kanonade der Truppen und diese besetzten die Stadt. Doch kehrte der größere Theil bald auf das rechte Rheinufer zurück, nachdem man die noch nicht geraubten Militäreffecten in Sicherheit gebracht. Hier scheint es ernstere Arbeit zu geben. Die badischen Insurgenten zeigten sich in Birnheim, einem großen hessischen Grenzorte gegen Weinheim hin. Unsere braven Truppen wurden die Nacht alarmirt, und brachen freudig dem Rufe folgend von Jugenheim, Bickenbach, Zwingenberg ꝛc. gegen Heppenheim auf. Hier erfolgte am Nachmittage ein Angriff von Seiten der badischen Insurgenten, der so keck war, daß beim Abfahren des Abendzuges um 6 Uhr eine Kugel bis in den Bahnhof flog. Die von Frankfurt gekommenen Fremden flüchteten dahin zurück, so daß der Bahnzug übersetzt war. Zugleich erfuhr man, daß Haufen badischer Soldaten in den hessischen Odenwald eingefallen seien. Sie wurden von ganz zuverlässigen Augenzeugen in Rimbach und Gegend gesehen. Ueber all' diese Ereignisse herrschte hier heute Abend große Bewegung. Die Straßen waren mit Menschen gefüllt, welche theilnehmend nach neuen Nachrichten forschten, die ab- und einmarschirenden Truppen geleiteten. Infanterie, Reiterei, Geschütz zog durch die Straßen. Auf dem Paradeplatz sammelte sich unter Fackelschein und dem Schalle der Musik ein Corps, welches sofort nach dem Odenwald abging. Ein Bataillon Nassauer zog unter dem Klange der Hörner ein, und um 11 Uhr noch wird öffentlich bekannt gemacht, daß Mitternacht weitere Einquartierung eintreffen werde, wie man sagt: Mecklenburger. Sie sehen aus dem allen, daß wir wie mitten in einem Feldlager und vor dem Feinde sind. Der Himmel wolle, daß diese traurigen Geschichten so gut ausgehen, als sich der Geist der Bürger und Soldaten gut zeigt!

* **Darmstadt**, 31. Mai. Was ich Ihnen in verflossener Nacht, ferilich meistens nach eigner Anschauung, von der Bergstraße und hier berichtete, hat sich vollkommen bestätigt. Ich eile, Ihnen weiter das Wichtigste anzufügen, was ich als zuverlässig melden kann. Unsere braven Truppen — man darf jetzt doppelt stolz sein, ein Hesse zu sein, jenem badischen Fahnenflüchtigen gegenüber — haben den gestrigen Angriff auf Heppenheim abgeschlagen und die Aufständischen bis gegen Heidelbach auf badisches Gebiet verfolgt. Hier entspann sich ein hartnäckiges Gefecht. Leider haben wir den Verlust braver Offiziere und Soldaten zu beklagen. Unter den Todten zählt man den Oberlieutenant Zimmermann vom Generalstabe, Bruder des im vergangenen September vor den Barrikaden in Frankfurt gefallenen Oberlieutenant Zimmermann vom 1. Regiment, also ein recht tragischer Fall — beide Brüder, Söhne eines in den früheren Feldzügen ausgezeichneten hessischen Generals, starben so kurz nach einander den Tod der Ehre für das Wohl des Vaterlandes; — ferner der Oberlieutenant Hofmann vom zweiten Infanterieregiment, — erst seit kurzem vermählt — ein ebenso trauriger Fall, der gleichfalls hier die allgemeinste Theilnahme erregt. Welche Opfer werden diesem unglücklichen Bürgerkriege noch fallen! Die Erbitterung gegen die badischen Aufständischen ist darum groß und stets im Steigen. Und doch wagte es ein Elender heute frühe am Bahnhofe, als man die armen verwundeten Soldaten vom 2 Regimente mit Droschken und Omnibus nach dem Militärlazarethe schaffte, auszurufen: „Hätten sie sie nur alle todtgeschossen!" Brave Mecklenburger, welche diese schmählichen Worte des Parteihasses hörten, schlugen den Niederträchtigen zu Boden. Fortwährend gehen Truppenzüge nach der Bergstraße ab, so eben (nach 8 Uhr frühe) das stattliche mecklenburgische Gardebataillon. Die heute Nacht hier eingetroffenen mecklenburgische Artillerie und Reiterei wird folgen. Das gestern Abend eingetroffene nassauische Schützenbataillon erwartet ebenfalls Marschbefehl. Das 2. Bataillon des 1. Regiments naf heute frühe um 6 Uhr von Worms, wo es durch ein nassauisches Linienbataillon abgelöst wurde, wieder dahier ein. Nach dem Odenwalde sind ebenfalls noch Truppen gewiesen. Der gestern Abend mit einer mobilen Colonne in den Odenwald marschirte brave Artillerieoberst Scholl beklagt in dem gestern Abend vor dem Feind gefallenen Oberlieutenant Zimmermann seinen wackern Schwiegersohn. Im Ganzen zählt das Militär bei dem Heppenheimer Gefecht 17 Todte.

** **Paris**, 29. Mai. Die heutigen Blätter enthalten keine Nachrichten von besonderem Interesse. — Die legislative Versammlung beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit der Prüfung der Legitimationen.

Börsenberichte.

Berlin, 29. Mai. Staatsschuldscheine 78⅔ bez., Seehandlungs-Präm.-Scheine 100⅞ G., Bankantheile 98 bez. u. G., Berlin-Hamb. 55⅛, bis 55½ bez. u. G., Köln-Minden 76 me r. u. 46⅛ bez., Friedrich-Wilh.-Nordbahn 31 u. 31⅛ bez., Aachen 14⅞ bez., Thüring. 49⅞ bez., Ruff. bri Stieglitz 8⅛ Br., Poln. 300 fl Loose 71⅞ em. bez., do. 300 fl. Loose 98 em. bez.

Amsterdam, 29. Mai. 4 Uhr. 2½ pCt. Integr. 48⅝ — ¾ — 3pCt. Schuld 37⅛ — 4pCt. do. 75⅛ — 5pCt. Arb. 11⅝ — ⅝ — do. à 2. 510 Stück 11⅝ — 3pCt. inl. à 6000 fl. 23⅛ — ⅛ — ¾ — 4pCt Port. 27⅛, 24. — Russ. 4pCt. bei Hope 80. — do. bei Stieglitz 79⅛ — 5pCt. Met. 69⅛ 70⅛ — do. 2½pCt. 36⅛ 37⅛.

Paris, 29. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 83. 40. — 3pCt. 53. 45. — Rente 3pCt. Span. 33⅛. — Innere Schuld 23⅛. — Banlactien 2205. — Versailles, rechtes Ufer 190. — linkes Ufer 160. — Paris-Orleans 760. — Paris-Rouen 507. 50. — Orleans Bordeaux 401. 75. — Orl. ans-Bierzon 300. — Rouen-Havre 255. — Marseille-Avignon 190. — Straßburg-Basel 160. — Nordbahn 416. 25. — Paris-Straßburg 362. 50. — Röm. Anleihen 69⅞. 70.

London, 28. Mai. 3pCt. Stocks 91⅛ à ⅜. — 5pCt. Span. —. — Neue 5pCt. —. — 4pCt. Port. 27. — 2½pCt. Def. 19, 48⅛.

Madrid, 24. Mai. 3pCt. 21⅞, p. m. d. M. 24⅝ à ⅝. — 5pCt. 10⅞, p. 10 G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matter.

Cours der Staats-Papiere. 31. Mai 1849. (Telegraph der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat.	5	73⅛	73
»	dito dito	4	58½	57
»	dito dito	2½	39⅛	38⅝
»	Bank-Actien p. St.		1091	1086
»	250 Loose v. Rsch.		74½	74
»	500 » dito		122½	121⅝
»	Geldzahlan. Obligat.	4½	66	—
»	dito dito	4	61	—
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	81⅛	80⅝
»	Prämienscheine . .		—	100½
Bayern	Obligationen . . .	3½	78	77½
Darmstadt	2. 50 Loose . . .		69	68½
»	2. 25 dito . . .		21	20⅝
»	dito dito		78	77
»	Obligationen . . .	3½	77½	77
Baden	dito	5	84½	84
»	Obligationen v. 1843	3½	72½	72
»	2. 50 Loose v. 1760		47	46½
»	2. 35 Loose		25½	25½

Wechsel-Cours.			
Vom 31. Mai.	Papr.	Geld.	
Amsterdam	k.S.	101⅜	—
(100 fl. Crt.)	2M.	101	—
Augsburg	k.S.	—	120
(100 fl. Crt.)	2M.	—	—
Berlin	k.S.	—	100⅛
(60 Thlr.)	2M.	—	—
Bremen (80	k.S.	—	99⅛
Rthlr. f. L.-Gut	2M.	—	—
Hamburg	k.S.	83⅛	—
(100 Mk. Bco)	2M.	—	82⅝
Leipzig (100	k.S.	—	100⅛
Thlr.) f. L.-M.	2M.	—	—
London	k.S.	121⅝	—
(10 Liv. St.)	2M.	—	120½
Lyon	k.S.	95⅛	—
(300 Fr.)	2M.	—	—
Mailand (250	k.S.	100⅜	—
Lir. Austr.)	2M.	—	—
Paris	k.S.	95⅛	95⅛
(300 Fr.)	2M.	—	—
Wien (100 fl.	k.S.	100	—
im 24 20 F.	2M.	—	—
Disconto		—	4½

Anerb. der ohne Zus.: 21½ Ct. Pet. — ; Bad. Span. inl. — ; Taunus-Ges.-Actien (pr. Ult.) — ; Lu lw.-Bexb. — ; L.-W.-Nordb. — ; G.

Druck von August Osterrieth.

№ 129. — Freitag — den 1. Juni — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bayern fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Für Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an: für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — Für England und überseeische Länder: Loysel & Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu übersenden. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: G. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 385; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Wesl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrselbt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 31. Mai. Von Seiten der Kanzlei der deutschen Reichsversammlung geht uns nachstehende „Aufforderung" zur Veröffentlichung zu: „Die constituirende deutsche Nationalversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, ihre nächste Sitzung in Stuttgart abzuhalten. In Folge dieses Beschlusses werden die abwesenden Mitglieder der Versammlung so wie die Stellvertreter der ausgeschiedenen Deputirten hiermit aufgefordert, am 4. Juni in Stuttgart sich einzufinden und beim Einweisungsbureau: Hotel Marquard, auf Grund ihres Legitimationsnachweises sich einzeichnen zu lassen. Frankfurt, den 30. Mai 1849. Der Gesammtvorstand der deutschen Nationalversammlung. Die Präsidenten: Löwe. Eisenstuck. Die Schriftführer: Fetzer. Reinstein. Rösler."

Frankfurt, 31. Mai. Das Bureau der nach Stuttgart auswandernden Nationalversammlung hat bereits Hand angelegt, um den gestern gefaßten Beschluß zur Ausführung zu bringen. Wie man aber vernimmt, geschieht es mit schwerem Herzen, und allerdings ist es eine trostlose Arbeit für das Bureau, der Nationalversammlung ihr Grab vorzubereiten. Es mag namentlich für Löwe aus Calbe, der nach Heh's ehrenhaftem Rücktritt den Vorsitz zu übernehmen hatte, kein frohes Gefühl sein, einen Beschluß zur Ausführung zu bringen, den er im Club bekämpft hatte. (D. Z.)

*** **Frankfurt**, 1. Juni. Nachstehende officielle Antwort wird uns zur Veröffentlichung nachträglich mitgetheilt:

An den königl. preußischen interimistischen Bevollmächtigten, Herrn Legationsrath v. Kampz dahier.

Auf die dem Reichsverweser heute mitgetheilten telegraphischen Depeschen von Berlin vom 18. und 23. d. M. habe ich von Seiner kaiserlichen Hoheit den ausdrücklichen Befehl erhalten, zu erwiedern: „daß Se. kais. Hoheit der Reichsverweser, wie bekannt, längst entschlossen ist, das ihm anvertraute Amt niederzulegen, daß Er aber bei der Bestimmung des Zeitpunktes, wann dieses geschehen werde, lediglich das Interesse Deutschlands consultiren und keiner Macht der Erde ein Recht zugestehe, Ihn von dem Ihm anvertrauten Posten zu verdrängen."

Frankfurt, den 24. Mai 1849.

Der Reichsminister des Innern: (gez.) Gravell.

Wien, 26. Mai. Der Feldmarschall Radetzky hat auf eine von mehreren österreichischen Deputirten aus Anlaß der siegreichen Schlacht bei Novara an ihn gerichtete Beglückwünschungsadresse dem ehemaligen Abgeordneten Dr. Herz folgendes Antwortschreiben zukommen lassen:

„Ew. Hochwohlgeboren! Vor Allem muß ich Sie um Entschuldigung bitten, daß ich Ihr Sendschreiben vom vorigen Monate, welches Sie mir im Namen mehrerer österreichischen Herren Abgeordneten zusandten, erst heute beantworte. Der Drang der Geschäfte muß beispiellos sein. Ich erstatte Ew. Hochwohlgeboren meinen warmen Dank für die Gefühle und Gesinnungen, die Sie mir bei Gelegenheit unserer letzten Siege ausdrückten, und bitte Ew. Hochwohlgeboren, den Herrn Mitunterzeichneten diese gefällige Eröffnung zu wollen. Die Dinge in Frankfurt haben eine Richtung genommen, die zwar nicht überraschen kann, aber doch jedes echte deutsche Herz ergreifen muß. Das also ist die deutsche Einigkeit, von der man so viel auf den Rednerbühnen faselte? Das bald in Trümmern liegende Dresden erweist, wozu man wollte. Was man in Wien und Berlin nicht durchzusetzen vermochte, das soll nun in den kleineren deutschen Residenzen erfolgt werden. Um dieser Pläne willen hatte man sich Oesterreich ein Mitgebiet, keine Rücksicht für seine innere Lage, man mußte rüsten, ehe diese Macht wieder erstarkte, denn das mag man wohl begriffen haben, daß Oesterreich Deutschlands Vereinigung nicht zugeben werde, daß dasselbe Oesterreich, das eine lange Reihe von Kaisern dem deutschen Throne gegeben. Frag n Sie doch die gestrigen Herren in Frankfurt, ob sie in Deutschland eine Quadratmeile finden werden, auf der nicht Oesterreichs Söhne ihr Blut für Deutschlands Ehre und Freiheit vergossen? Nein, diese Macht drängt man so leicht nicht aus der Reihe deutscher Staaten. Noch lebt, Gott sei Dank! deutscher Sinn und deutsche Treue in den Herzen deutscher Krieger, noch zählt Deutschland edle Fürsten genug, die ehrt sich unter den Trümmern ihrer Hauptstädte begraben, als zu den werden, das Deutschlands Geschicke so unwürdig behandelt und zu Grabe getragen werden. Sie werden meine Sprache stark finden; mag sein, aber ich versichere Sie, auch meine Gefühle sind stark, wenn ich auf das blicke, was jetzt in Deutschland vor sich, und das allein seine Quelle in Frankfurt hat. Das ist aus dem deutschen Nationalparlamente geworden? Was aus den Hoffnungen, die man an diese nun verrümmerte und ungerechtmäßige Versammlung knüpfte? Wer konnte es aber auch anders werden, wenn man gestattete, daß die Mitglieder dieser Versammlung in Deutschland herumgezogen, um hinter Barrikaden die Anarchie zu organisiren, als man seine eigenen Kollegen in den Straßen Frankfurts schändlich ermorden ließ. Meine Herren Abgeordneten Oesterreichs! Ich wünsche Ihnen Glück, daß Sie eine Versammlung verlassen, in der kein Oesterreicher mehr sein kann, ohne seine Pflichten als Deutscher und Oesterreicher zu verlegen. Hauptquartier Mailand, 28. Mai 1849. Radetzky."

† **Wien**, 28. Mai. Vorgestern Abend sind Erzherzog Franz Carl und Erzherzogin Sophie, die Eltern des Kaisers, glücklich in Schönbrunn angelangt. Die hohen Herrschaften mischten sich gestern unter das zahlreich versammelte Publikum im Schönbrunner Park, und wurden mit unverkennbaren Zeichen der Anhänglichkeit und Freude begrüßt. Der Erzherzog, seine Gemahlin und die Prinzen Ferdinand, Carl und Ludwig werden nur 8 Tage in Schönbrunn verweilen, und sich dann nach Ischl begeben. — Die regierende Großherzogin von Baden ist am 23. mit Gefolge in Innsbruck angekommen, und bezeichnet man Meran als ihren künftigen Aufenthalt. Der Reichsverweser, Erzherzog Johann, wird binnen 8 Tagen hier erwartet, er begibt sich von Frankfurt über Berlin hierher.

† **Wien**, 28. Mai. Der heute ausgegebene „Wiener Geschäftsbericht und Neuigkeitsbote" enthält folgende Mittheilung: Ein gestern ausgegebenes Extrablatt der „Wiener Zeitg." brachte einige Notizen über die dreimalige Erstürmung und endliche Einnahme Ofens (am 21. früh 6 Uhr) durch die Magyaren. Eine solche Nachricht mußte um so größeres Aufsehen erregen, da sie in der Regierungszeitung mitgetheilt wird, wodurch derselben ein officieller Charakter beigegeben ist. Allein aus authentischer Quelle können wir berichten, daß alle diese Angaben keine officiellen sind und hierin der Grund des Verbotes zur Weiterausgabe des Blattes allein zu suchen ist. Die nochmalige Bestätigung jener Kundschaftsnachrichten veranlaßte jedoch die wiederholte Mittheilung in der heutigen Wien. Ztg. unter der Rubrik: „Neueste Nachrichten" im nichtofficiellen Theile derselben, wie folgt: Am 4. Mai rückte Görgey auf der Ofener Seite vor, besetzte den Blocks- und Schwabenberg, rückte in Ofen bis zum Bombenplatz. Generalmajor Hentzi nahm die Aufforderung zur Capitulation nicht an und entwickelte ein so heftiges Feuer, daß die Insurgenten zurückziehen mußten. Am selben Abend bombardirte er auch Pest, von wo aus auf die k. k. Truppen mehrere Schüsse fielen; hierdurch erschreckt, hielten sich die Insurgenten mehrere Tage passiv und schlugen eine Brücke bei der Insel Csepel. Am 9. begannen die Ungarn erster von den Bergen die Festung zu beschießen, in Folge dessen am 10. Morgens von 5 bis 7 Uhr Pest heftiger bombardirt und auch ein Haus (Trattner-Karoly'sche) in Brand gesteckt wurde. Am heftigsten war sodann das dritte Bombardement der Stadt Pest am 13. Abends 7 Uhr, wo auch mittelst Raketen mehrere Häuser zerstört wurden. Den 17. Nachts 10 Uhr wurde zum ersten Mal gestürmt, wo an manchen Stellen die Insurgenten die Wälle erreichten, aber mit Verlust von 4—500 Todten zurückgeschlagen wurden. Den zweiten Sturm wagten sie am 19. Nachts 11 Uhr, wo sie nicht einmal die Wälle erreichten und ebenfalls mehrere hundert Todte hatten. Endlich wagten sie den dritten Sturm am 20. Nachts 11 Uhr und überwältigten um 6 Uhr Morgens am 21. mit großer Uebermacht die Festung. Nach Erstürmung fand man den Oberßen von Cercopieri Infanterie todt und den Generalmajor Hentzi an drei schweren Wunden noch lebend. Alle Offiziere der Croaten und Grenzer wurden ohne Erbarmen niedergemacht, das Schloß und einzelne Häuser, wo man auf Offiziere Jagd machte, geplündert. Der Major der Grenzer, der mit ungefähr 200 Mann den Brückenkopf hielt, gab Befehl, als er die Erstürmung der Festung und das Herandringen der Feinde sah, selben in die Luft zu sprengen; als ihm nicht Folge geleistet wurde, zündete er selbst die Mine an, doch explodirte das Pulver zur künstlichen Oeffnung und tödtete den Major, ohne der Brücke Schaden zuzufügen. Der Verlust der Ungarn wurde bei diesem Sturme auf 250 Mann und 40 Offiziere angegeben. In Ofen commandirte Görgey im Ganzen 30,000 Mann.

In **Debreczin** fand am 14. Mai die Eidesleistung des Präsidenten vor dem Reichstage statt. — Die ungarische Nationalversammlung hat dem Präsidenten Kossuth die k. Burg zu Ofen und den Gehalt, welchen früher der Palatin bezogen, angewiesen. — In Pest weiß man, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, über die russische Intervention noch Nichts.

Die Cholera rafft in **Preßburg** noch immer täglich 10—12 Personen weg. Es bestätigt sich, daß die Fruchthändler zu Preßburg laut hoher Verordnung zwei Drittheile ihrer Fruchtvorräthe zu annehmbarem Preise zur Verpflegung der k. k. Truppen zu stellen haben.

Aus mehreren Correspondenzberichten in unseren Blättern geht wiederholt hervor, daß mit dem Verschwinden der Krone aus dem ungarischen Wappen große Bedenklichkeiten unter den Ungarn entstehen und sich dadurch viele Husaren zum Austreiten bewegen lassen.

Nach Privatnachrichten sind viele Häuser in Pest durch das Bombardement zu Grunde gegangen, und namentlich die schönen Gasthöfe „Königin von England" und „Erzherzog Stephan" ganz niedergebrannt. In Ofen wird der Verlust von Leuten und Geschütz beklagt.

Die „Wiener Zeitung" enthält eine telegraphische Nachricht, der zufolge **Malgdera** am 27. Mai früh — nach unausgesetzem Bombardement durch den vorhergehenden Tag und die ganze Nacht — von den venetianischen Insurgenten verlassen und von den österreichischen Truppen besetzt worden ist.

In **Preßburg** ist über die Hinrichtung des Petöcz folgende Kundmachung erschienen: Georg v. Petöcz, aus Ebersdorf in der Schütt, Preßburger Comitats, gebürtig, 44 Jahre alt, katholisch, verheirathet, zweiter Vicegespan des hiesigen Comitats, wurde im Laufe der mit ihm abgeführten kriegsrechtlichen Untersuchung bei gesetzlich erhobenem Thatbestande rechtsbeständig überwiesen, im Laufe dieses Monats die in der untern Schütt unter Commando des Obersten Koßtelanyi vorgedrungenen Insurgenten durch Repartition an die Ortschaften theilweise verpflegt, für solche die Stellung eines Rekrutencontingents von 111 M. angeordnet und seinen untergebenen Magistratualen auch schriftlich die Besorgung von Kundschaftsnachrichten empfohlen zu haben. Dieses Absendegeschäft hatte zur Folge, daß die gestellten Rekruten sogleich zur ungarischen Fahne beeidet und nach Komorn entsendet wurden. Georg v. Petöcz ist daher nach den bestehenden gesetzlichen Normen, wegen factischer Theilnahme an Hochverrath, mittels Urtel vom vom 23. d. M. seiner Vicegespanswürde entsetzt und zum Tode durch den Strang verurtheilt, dagegen dessen Gesammtvermögen einstweilen und bis zur Ermittelung der Entschädigungsziffer mit Sequester belegt worden; welches Kriegsrechtsurtel mit der Abänderung der Todesstrafe des Stranges in jene des Erschießens die Bestätigung erhielt und am heutigen Tage in Vollzug gesetzt worden ist. Preßburg, 24. Mai 1849. Von der k. k. Militäruntersuchungscommission.

Semlin, 19. Mai. Der Banus soll gestern, nachdem er zur Vermehrung des Geschützes bei Jlok und Kamenicze 14 Kanonen von großem Kaliber verausgeschickt hatte, in Karlowitz eingetroffen sein und wird hier erwartet. Die Truppen gehen massenhaft bei Surduk über die Donau nach dem Banat. Vorgestern marschirten 4000 Mann von der Armee des Banus dorthin. (Ll.)

Der im Banat commandirende F. M. L. Theodorovich und der Festungscommandant von Essegg, F. M. L. Treffersburg, wurden pensionirt. Das Festungscommando von Essegg erhielt der pensionirte G. M. Victor. (Wand.)

In **Teschen** kamen am 19. gegen 500 russische Wägen mit Kriegematerial an, escortirt von zwei Escadronen Ulanen und hundert Kosaken. Der Zug durch die Stadt dauerte fast anderthalb Stunden, und bewegte sich des folgenden Tages gegen mährisch Ostrau zur Eisenbahn. Die Pferde, besonders die der Husaren, sind sehr schön, das Betragen der Soldaten musterhaft und allgemein anerkannt.

Berlin, 28. Mai. Die letzte Sitzung der Conferenzen wegen der deutschen Verfassung sollte vorgestern Abend stattfinden. Man erwartete wieder Herrn v. Beust, um den Act im Namen Sachsens zu ratificiren. Stüve wollte gestern wieder abreisen. Die Constitution ist nun vollendet, und wenn Bayern nicht sofort eintritt, so wird dieselbe ohne Bayern veröffentlicht werden. Es ist Herrn v. Radowitz trotz Hannovers Widerstand gelungen, die drei Klassen des preußischen Wahlgesetzes in das deutsche aufnehmen zu lassen. — Die Conferenzen wegen des Friedens sollten vorgestern zwischen Hrn. v. Schleinitz, unserm Gesandten in Hannover, und Hrn. v. Reedz eröffnet werden. Dänemark bringt die Demarcationslinie Palmerston's in Vorschlag. Preußen wünscht, so versichert man, die Personalunion Schleswigs und Dänemarks, ferner die Einverleibung Schleswigs in den Bundesstaat, dem es das militärische Contingent zu liefern und in dem es auch an der Nationalrepräsentation Theil hätte. — Herr de Lurde hat Samstag im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zwei an ihn gerichtete Briefe seiner Regierung vorgelesen. In dem einen erklärt das französische Gouvernement, die verlängerte Occupation Jütlands kraft der Verträge, durch welche Frankreich dem Könige von Dänemark seine Besitzungen garantirt habe, nicht dulden zu können. Das zweite Schreiben drückt Verwunderung darüber aus, daß Preußen den eventuellen Marsch der Russen durch sein Gebiet und ihre Gegenwart in Mähren dulden könne. — Eine hochgestellte Person hat geäußert, man beabsichtige, die preußischen Kammern am 26. Juli und den Reichstag später zu berufen. (K. Z.)

** **Berlin**, 29. Mai. Ueber den mehrfach besprochenen auffallenden Widerspruch zweier Artikel, welche in Betreff einer russischen Protestnote einander unmittelbar in dem ministeriellen Organ, der „Deutschen Reform", abgedruckt waren, glaubt ein Berichterstatter der „Deutschen Reichszeitung" Aufschluß geben zu können. Derselbe schreibt aus Berlin Folgendes: „Der Zufall setzt mich in die Lage, Ihnen den Widerspruch der zwei erwähnten Artikel zu lösen. Es befindet sich hier seit einigen Tagen ein dänischer Bevollmächtigter, welcher den Auftrag hat, den dänisch-deutschen Krieg auf diplomatischem Wege zu endigen. Dieser Bevollmächtigte hat nicht undeutlich merken lassen, daß Rußland die Unterhandlungen durch die Schärfe des Schwerts zu Ende führen werde, wenn man in Berlin auf die von der dänischen Regierung gestellten Bedingungen nicht eingehe. Darauf hin hat sich denn das Ministerium „der rettenden That" zu schritten verleiten lassen, welche mit der Ehre

Deutschlands wenig gemein haben. Da man aber fürchtet, durch sofortige Veröffentlichung des Standes der Dinge böses Blut im Volke zu machen, so mußte ein vermittelnder Uebergang gefunden werden, eines jener bekannten diplomatischen Manöver, welche die Franzosen „les nuages précurseurs d'un coup d'état" nennen. Zu diesem Zwecke wurde der Redaction der „Deutschen Reform" angedeutet, einen Artikel vom Stapel zu lassen, der im Vordergrunde ein rührendes Bild von des Königs deutscher Gesinnung und des Ministeriums Thatkraft und Freisinnigkeit entrolle, während im Hintergrunde als tragisches Element Knuten, Kosaken und dergleichen Störenfriede durchblicken sollten. Die Redaction der „Deutschen Reform", die im Dienste der Reaction mehr guten Willen als Geist zeigt, brachte einen Artikel zu Stande, der dem Ministerium doch etwas zu farbenbestimmt russenfeindlich erschien. Daher der heutige Widerruf."

AZC Berlin, 29. Mai. Die sogenannten politischen Gefangenen haben bereits das erste Verhör überstanden. Dasselbe begann am Freitag Abend und dauerte bis Sonntag Abend. Es wurde von der civilen Staatsanwaltschaft geleitet. Selbstverständlich wurde jeder einzelne Gefangene besonders verhört, sowie auch jetzt einem jeden ein separates Gefängniß eingeräumt worden ist. Gestern begann das zweite Verhör, ist aber bis jetzt noch nicht beendet. Was die Anklage betrifft, so scheint sich noch immer kein präciser Gegenstand der Belastung ergeben zu haben, denn noch immer hört man von den entgegengesetztesten Anschuldigungen sprechen. Zu den bereits früher gerüchtweis umlaufenden Incolpationen tritt jetzt noch die des beabsichtigten Aufruhrs hinzu, dessen die Eingezogenen, dem Verhöre zufolge, angeklagt werden dürften. — Großentheils weisen die Gefangenen noch in den engen Militärgefängnissen, dieselben haben aber in ihren Verhören energisch und protocollarisch darauf angetragen, in die Stadtvogtei bis dahin zurückgebracht zu werden, wo sich die Competenzfrage, ob ihre Angelegenheit vors Civil- oder Militärgericht gehöre, entschieden haben werde. Der mitgefangene Oeconom Schönemann hat seinerseits auf sofortige und völlige Entlassung angetragen.

Von heute Morgen um 9 Uhr ab fand ein Brigade-Manöver bei der Hasenhaide statt. Die schon um halb 9 Uhr aufmarschirten Truppen bestanden aus den Infanterieregimentern 2, 9, 14, dem 2. Landwehrregiment und der Fußartilleriebrigade. Beim Manövriren ist mit Platzpatronen geschossen worden. Der König, die Königin, der Prinz von Preußen, Prinz Karl, die Prinzessin von Preußen, wie auch der General v. Wrangel nebst andern hohen Offizieren waren bei diesen Uebungen zugegen. Morgen sollen andere Truppentheile ein zweites Manöver ausführen.

Königsberg, 26. Mai. Staatsminister Flottwell übernimmt in einer am vorgestrigen Tage erschienenen Bekanntmachung die commissarische Verwaltung des Oberpräsidiums unserer Provinz unter Oberpräsident v. Auerswald soll im Bade weilen. — Außer der Provinzial-Landwehr werden auch zwei Gardelandwehrbataillone, das 1. (Insterburg) und das 3. (Graudenz), sofort mobil gemacht, ebenso eine reitende und zwei Fußbatterien, welche zu der bei Wolfsdorf unter dem Befehle des Generals v. Below gebildeten mobilen Colonne stoßen werden. (K. Z.)

Köln, 30. Mai. Ueber das in der Gegend von Kreuznach sich gegenwärtig concentrirende preußische Observationscorps liegen in der „Köln. Ztg." folgende Angaben vor: Das ganze Corps wird von dem Generallieutenant v. Hirschfeldt befehligt. Die einzelnen Abtheilungen sind folgende:

I. Avantgardedivision unter Generalmajor v. Hanneken. Hierzu gehören folgende Corps: 1. Infanteriebrigade unter Generalmajor v. Webern. 6 Füsilierbataillone (17, 25, 26, 27, 28, 29, letzteres zur Zeit noch nicht disponibel). 2. und 3. Compagnie des 8. Jägerbataillons. 6pfündige Fußbatterie Nr. 34. 9. Husarenregiment. Cantonnement: Kreuznach und Simmern.

II. Corps de Bataille unter Generallieutenant v. Dunker. 2. Infanteriebrigade unter Oberst v. d. Chevallerie. Landwehrbataillons Köln und Burg. 1. Bataillon des 25., 2. Bataillon des 35. Regiments. 1. und 2. Compagnie des 8. Jägerbataillons. 6pfündige Fußbatterie Nr. 11. 8. Ulanenregiment. Cantonnement: Saarbrücken, Saarlouis, Merzig. 3. Infanteriebrigade unter Oberst v. Kusserow. Landwehrbataillons Aachen und Simmern. 1. und 2. Bataillon 27. Regiments. 12pfündige Batterie Nr. 19. Cantonnement: Ottweiler und St. Wendel. 4. Infanteriebrigade unter Generalmajor v. Münchow. Landwehrbataillon Saarlouis. Füsilierbataillon des 30. Regiments (noch nicht disponibel). 1. Bataillon des 26. Regiments. 1. und 2. Bataillon des 27. Regiments. 1. Bataillon des 36. Regiments. 6pfündige Fußbatterie Nr. 36. Cantonnement: Trier, Berncastel (rechts von der Mosel).

III. Reservedivision unter Generalmajor v. Brun. Gardelandwehr: Bataillons Berlin, Magdeburg, Düsseldorf, Koblenz. 1. und 2 Bataillon des 17. Regiments. Füsilierbataillon des 24. Regiments. 6pfündige Fußbatterie Nr. 37. Cavallerie unter Oberst v. Schleinitz. 6. und 7. Ulanenregiment. Reitende Batterie Nr. 22. Cantonnement: St. Goar und Umgegend. Zusammen 27 Bataillone Infanterie, 1 Jägerbataillon, 16 Schwadronen Cavallerie, 4 6pfündige Fußbatterien, 1 12pfündige und eine reitende. Die Besatzung von Köln besteht gegenwärtig aus 5200 Mann Infanterie und 1 Schwadron Cavallerie.

Schneeberg, 26. Mai. Gestern Nachmittag ereignete sich in der Nähe hiesiger Stadt ein ungewöhnliches Unglück; auf Daniel Fundgrube nämlich wurden vier Bergarbeiter durch das Zusammenbrechen einer mit einer bedeutenden Masse sogenannter Berge belasteten Bühne im Schachte auf das Schrecklichste zerdrückt und beziehendlich zerrissen. Bis heute sind dem Vernehmen nach erst zwei dieser Unglücklichen und ein Theil des dritten herausgearbeitet worden, da alle Anstrengungen durch die großen Stein- und Schuttmassen, welche beseitigt werden müssen, gehemmt werden. Sofort nach erhaltener Anzeige eilte das Directorium hiesigen Bergamts an Ort und Stelle, um die nöthigen Anordnungen zu treffen, sich von den Ursachen des Unfalls zu überzeugen und die jammernden Wittwen und 16 Waisen zu trösten. (D. J.)

Hannover, 28. Mai. Die „Hannov. Ztg." theilt folgende Nachricht mit: Nach heute eingegangenen Mittheilungen aus Berlin sind die dortigen Verhandlungen über die Verfassungsfrage zu dem erfreulichen Resultate gediehen, daß auf der Basis der Frankfurter Beschlüsse über den Entwurf der Reichsverfassung, so wie über den Entwurf eines Wahlgesetzes abgeschlossen ist. Die vereinbarten Gegenstände würden einem nach dem Verfassungsentwurfe zu berufenden Reichstage zur weiteren Beschlußnahme vorgelegt werden. Die Resultate der Verhandlungen werden innerhalb der nächsten Tage zur Veröffentlichung gelangen.

* **Aus dem Hannover'schen**, im Mai. Für die Provinz Bremen und Verden und das Land Hadeln ist folgender Aufruf ergangen:

„Die neuesten Verwickelungen in der deutschen Angelegenheit erregen nach allen Seiten die größten Besorgnisse. Dringend nothwendig wird es, daß die wahren Wünsche des Volks erkannt werden, und daß man die geeignetsten Mittel finde, ihnen den gesetzmäßigen und nicht zu mißverstehenden Ausdruck zu geben. Dazu sind vor Allen verpflichtet diejenigen Männer, welche Gelegenheit zur Beruf haben, in ihren Lebenskreisen die Wünsche des Volkes zu erforschen und zugleich das Vertrauen desselben sich zu erwerben, dasselbe von Privatleidenschaften oder speciellen Parteirichtungen, diese ernstlich offen anzusprechen werden. Dazu dazu die gesetzlich verfassungsmäßigen Organe des ganzen Landes, die allgemeinen Stände, hätten wir leider noch immer vermißt. So scheint nichts Anderes übrig zu bleiben, als daß die verschiedenen Corporationen unseres Landes die große Tagesfrage mit einander berathen und sich über die geeignetsten Wege verständigen, welche sie gemeinsam einzuschlagen haben, um den berechtigten Wünschen des Volkes Geltung und Anerkennung zu verschaffen. Von vielen Seiten dazu aufgefordert, haben die Unterzeichneten es für ihre Pflicht gehalten, die Gelegenheit zu einer solchen Besprechung herbeizuführen. Sie haben daher zum 7. d. M. Juni in Stade zu dem Behufe eine Versammlung vorbereitet, und laden alle Gemeinden und Corporationen des Provinz Bremen und Verden und des Landes Hadeln ein, welche durch gutachtliche Vertreter oder eingesandte Vollmachten und mit schriftlicher Vollmacht versehene Abgeordnete zu beschicken. Die Berathungen fangen Morgens pünktlich um 10 Uhr an. Sie bezwecken lediglich die Fassung gemeinsamer Beschlüsse über die gesetzmäßigen Mittel, den erklärten Wünschen des Landes in der deutschen Frage Geltung zu verschaffen. Am 16. Mai 1849. Langl, Syndicus zu Verden. Neubourg, Bürgermeister zu Stade. C. H. Ahrens, Mitglied der Landschaft des Landes Wursten. A. Kroop, Rathmann zu Osterholz. Addicks, Provinziallandtagsdeputirter."

Von der Elbe, 25. Mai. Vor einigen Tagen schrieb ein in London sich aufhaltender, den Friedensunterhandlungen nahe stehender Schleswig-Holsteiner an eine hochgestellte Militärperson in den Herzogthümern, daß die Siege bei Eckernförde und Kolding in beiden Parlamentshäusern das lebhafteste Interesse erregt hätten, die Engländer hätten sich überzeugt, daß Schleswig-Holstein einer wirklich bedeutenden Kraftentwicklung fähig sei und eine Armee geschaffen habe, die nicht allein eine solche genannt zu werden verdiene, sondern an Bravheit von keiner selbst ältern übertroffen werde. Noch ein Paar Siege wie vor Kolding, und England wäre gänzlich für uns gewonnen. Einem baldigen Friedensabschluß dürfe man mit Bestimmtheit entgegensehen, und derselbe würde sich unbedingt auf Unzertrennlichkeit der Herzogthümer, Anerkennung der schleswig-holsteinischen Flagge seitens Dänemark und Bewilligung der freien Ein- und Ausfuhr der schleswig-holsteinischen Schiffe in den dänischen Häfen basiren. Die erwähnte Militärperson hat in ihrer Erwiederung besonders darauf gedrungen, keinen Waffenstillstand abzuschließen. — Wenn diese Nachricht auch nicht aus einer so guten Quelle flösse, so hat sie außerdem innere Wahrscheinlichkeit. Seit der übermüthigen Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Dänemarks hat sich die Ansicht des englischen Cabinets über unsern Streit wesentlich geändert. Da der englische Handel durch die Blokade empfindlich leidet, und öfter Klagen englischer Kaufleute bei dem Ministerium angebracht worden sind, wird sich dieses, wenn ein Friede nicht bald zu Stande kommt, schwerlich lange mehr die Blokade gefallen lassen, welchem Beispiel die andern Seemächte bald folgen werden. Wirklich ist an den Mündungen der Elbe und Weser eine englische Fregatte erschienen, ein anderes Kriegsschiff vor den preußischen Ostseehäfen, ein drittes endlich in Kiel angekündigt, zu keinem andern Zwecke, als darüber zu berichten, wie die Blokade gehandhabt wird, ob wirklich eine ausreichende Macht vorhanden sei, dieselbe factisch in's Werk zu setzen. Da letzteres aber keineswegs der Fall ist, so wird die Blokade wohl bald ein Ende nehmen müssen. Die dänischen halboffiziellen Blätter machen selbst kein Hehl daraus, und haben schon längst auf die ihnen wenig zuverlässig erscheinende, in ihrem Sinne perfide Politik Lord Palmerstons hingewiesen, und die Nothwendigkeit hervorgehoben, die Friedensunterhandlungen an einen andern Ort zu verlegen, wo andere Einflüsse sich geltend machen könnten. Jetzt scheint den Dänen das wirklich gelungen zu sein, es ist betrübend, daß diese Sympathie Englands für unsere Sache sich nicht ein Jahr früher gezeigt, denn nach vielen von allen Seiten übereinstimmenden Nachrichten ist der Friede zu Berlin so gut wie abgeschlossen, natürlich unter russischem Einflusse. Man ist dort einmal beim Octroyiren und wird uns von dort auch einen Frieden octroyiren, einen Brandenburg-Manteuffel'schen Frieden, der, wie es heißt, eine Theilungslinie südlich von Flensburg bis Husum zieht, so daß uns nur ein in jeder Beziehung höchst unbedeutender Theil Schleswigs zufiele, und das nennt man das Recht der Herzogthümer auf Unzertrennlichkeit wahren. (D. Rchztg.)

Darmstadt, 30. Mai. Nach Berichten von Augenzeugen des Wormser Putsches enthält die „Darmst. Ztg." folgende Einzelnheiten: Beschossen wurde eigentlich nur das Steiner'sche Wirthshaus am Rhein, in welches sich die Freischärler, welche die Brücke besetzt hielten, von den Kugeln diesseitiger Scharfschützen bedroht, schnell zurückgezogen hatten. Als die Geschütze gegen das genannte Haus und nach der Allee zu spielen anfingen, räumten sie alsbald auch diese Stelle, und die überschifften Truppen fanden das Gebäude leer. Zu derselben Zeit war ein wohlbepackter Wagen und in diesem Herr und Mad. Blenker schleunigst zum Stadtthor hinausgefahren. Tags vorher hatte sich die dem Freischaarenzuge angereihten bayerischen Soldaten öffentlich versammelt und ihre Unzufriedenheit mit Blenker sehr derb ausgesprochen. Dieser hatte nun nichts Eiligeres zu thun, als der Stadt eine Contribution von fl. 600 anzumuthen, um die angeblich nur wegen rückständigen Soldes Unzufriedenen zu beschwichtigen. Der Bürgermeister wußte indessen diesem Ansinnen entschieden zu begegnen. Die Besatzung der Militärkaserne wurde nun zur Hälfte zur Vertheidigung gezwungen; die andere Hälfte entlam und verbarg sich in den Feldern. Unter den ersteren befand sich ein Unteroffizier, der durch vorgeschützte schwere Krankheit dem Zwangeact entging; allein er mußte sich bequemen, 48 Stunden im Bette hinzubringen und an denselben zwei permanente Freischärlerwachen zu sehen. Die Militärvorräthe sollen übrigens nicht geplündert worden sein; man begnügte sich mit Demolirungen im Local und namentlich in den Kasernenwohnungen. Die feige Flucht der doch immerhin zahlreichen Freischaaren grenzt ans Unbegreifliche. Die „Mainzer Zeitung", welche im Lager des Aufstands ihre Mitarbeiter hat, stellt dieselbe als einen geordneten Rückzug auf Befehl des badischen Kriegsministeriums dar. So wenig wir auch von dem Heldenmuth der Blenkerschen Cohortin halten, so glauben wir diesmal doch, daß man lediglich die diesseitigen militärischen Dispositionen nach Worms ablenken wollte, um auf einer anderen Seite weniger bemerkt einfallen zu können. Die nächste Folge bestätigt unsere Vermuthung. Heute Morgens brach eine Colonne badischer Infanterie, deren Stärke von 800—1000 Mann angegeben wird, über die hessische Grenze in das Birkenauer Thal und wandte sich über Mörlenbach und Rimbach nach Fürth, auf den Wege allenthalben aufrührerische Aufrufe vertheilend. General von Schäffer traf sofort Anstalt, die Eingedrungenen zu verfolgen und wurden zugleich weiter nothwendige Verstärkungstruppen von hier und von Frankfurt requirirt. — Schon vorgestern hatten sich 14 badische Dragoner in Birnheim gezeigt und im dortigen Wirthshause geäußert, daß ihre Kameraden nun in kürzester Frist kommen und alle Hessen mitzugehen und für die Freiheit zu kämpfen zwingen werden. Diese Ankündigung erfüllte sich heute auf mehreren Seiten. Außer der erstgenannten Colonne, die um 3 Uhr in Fürth einrückte, suchte sich der Feind Nachmittags von Laudenbach und Dorf Erbach her versteckt zu nähern, allein es wurden ihm sofort Truppen entgegengesendet, man vernahm Kanonendonner, der Feind zog sich zurück und wurde verfolgt. Diese Verfolgung dauerte bis gegen halb 7 Uhr Abends, wo neue Truppen nachgesendet wurden. Zugleich kam die Nachricht, im nahen Gebirge stecken Freischärler, die sich den neuesten Meldungen zufolge auch in Ober-Hambach zeigten. Sogleich wurde auch nach diesen Richtungen die nöthige Truppenzahl verfügt. Um 8 Uhr fuhr in Heppenheim ein Wagen voll Trophäen ein, meist Waffen und weggeworfene Monturstücke enthaltend. Um diese Zeit erfuhr man, daß sich unsere Truppen in Hembach befanden, und daß uns im Dorf Erbach ein Mann getödtet und zwei verwundet worden waren. Erst um 9 Uhr kam in Heppenheim die sichere Kunde von den Hembacher Vorgängen an. Das Gefecht, welches dort über zwei Stunden lang mit den Insurgenten, fast lauter badischer Militär, bestanden worden, war ein sehr heftiges und endete damit, daß der Feind zurückgeworfen wurde, was jedoch mit nicht unbedeutendem Verlust von unserer Seite geschah. Wir haben den Tod zweier tapferen Offiziere, der Oberlieutenants Zimmermann und Fr. Hoffmann, zu beklagen; Lieutenant Wilh. v. Plönnies ist, wenn auch nicht lebensgefährlich, doch erheblich verwundet, zwei Wagen mit verwundeter Mannschaft und ein paar Todte wurden nach Heppenheim gebracht. General v. Schäffer recognoscirte bis Weinheim, das man in starkem Vertheidigungszustand und mit Kanonen besetzt fand. Unser Corps zog sich mit einbrechender Nacht zurück und glaubt man, daß morgen bei inzwischen eingerückten Verstärkungen, nach dieser Seite hin von uns offensiv vorgegangen werden dürfte.

Den 31. Seit gestern am späten Abend trafen an Verstärkungen für die Operationsarmee an der badischen Grenze hier ein: um 10 Uhr eine Abtheilung nassauische Infanterie von Großgerau; um 1 und 2 Uhr Morgens zwei Transporte mecklenburgische Artillerie und Cavallerie von Frankfurt; um 6 Uhr Morgens mecklenburger Grenadiere und Schützen von Langen und Offenbach, wo sie wieder ersetzt sind. Unser 1. Bataillon des 1. Infanterieregiments war bereits gestern Abends halb 10 Uhr mit entsprechender Artillerie und Cavallerie nach dem Odenwald abgerückt, wofür das 2. Bataillon desselben Regiments von Oppenheim kommend heute um fünf Uhr eintraf. Die Wachposten unserer Stadt hat seit gestern Abend unsere Bürgerwehr bezogen. Die oben genannten Reichstruppen sind theils am Morgen, theils im Laufe des Vormittags nach ihren Bestimmungen dirigirt worden. — Ueber die nach Fürth eingedrungene badische Colonne sind uns noch keine bestimmten Nachrichten zugegangen; man glaubt, sie habe sich verfolgt in östlicher Richtung auf badisches Gebiet zurückgezogen. Jedenfalls ist der nördliche Odenwald gedeckt und das Operationscorps an der Bergstraße jetzt stark genug, um allen Eventualitäten zu begegnen und nach allen Seiten vorschreiten zu können.

Die Unteroffiziere und Soldaten des vierten württembergischen Infanterieregiments erlassen in der „Darmst. Zeitung" folgende Erklärung: Aus Veranlassung der über uns in jetziger stürmbewegten Zeit ausgestreuten Verleumdung, als setzen wir Mißtrauen in unsere Führer und wollen in Folge dessen gegen die in Baden ausgebrochene Insurrection nicht einschreiten, sehen wir uns, die Unteroffiziere und Soldaten des königlich württembergischen vierten Infanterieregiments verpflichtet, diese falsche Verdächtigungen mit Indignation zurückzuweisen. Wir erkennen in dieser unserer der Oeffentlichkeit übergebenen Erklärung unsere heiligste Pflichterfüllung besonders da wir uns bewußt sind, daß der Same der

Zwietracht und des Verderbens in unsern Reihen noch einen Boden gefunden hat. Sollten etwa einige aus unserer Mitte den Umtrieben und Einflüsterungen der Umsturzpartei Raum gegeben haben, so sind dies nur bedauernswerthe Schwächlinge. Ueberhaupt sind wir von der Ueberzeugung und dem Bewußtsein geleitet, daß die von den Regierungen und dem deutschen Volke anerkannte Centralgewalt uns nie als Mittel zu ungerechten Zwecken gebrauchen wird. Wir erkennen in den nothwendigen Tugenden des Militärs, nämlich des Gehorsams, der Treue und der Muthes, seine Rundheit, sondern das Bedürfniß eines geordneten Zustandes. Auch sind uns die Absichten der anscheinend Reichsverfassungsbürstenden nur zu bekannt, als daß wir ihnen mit Vertrauen entgegenkommen könnten. Sollte aber die Struve'sche Partei vermeinen, wir wollen auch aus ihrem unsauberen Becher trinken, so hat sie vielleicht noch Gelegenheit, sich vom Gegentheil zu überzeugen. Unser Aller Wahlspruch sei und bleibe: „Alles mit Gott für Fürst und Vaterland." (Folgen die Unterschriften.)

Frankreich.

** **Paris**, 29. Mai. In der heutigen Sitzung der legislativen Versammlung erhob ein Abgeordneter, Hr. Randolphe, darüber Beschwerde, daß an dem gestrigen Tage das Volk, welches gehofft hatte, die neue Kammer würde ihre Sitzung mit Acclamationen für die demokratische Republik eröffnen, nicht nur in seinen Erwartungen getäuscht, sondern sogar durch Cavalleriepiketts auseinandergesprengt worden sei. Dieser Anfang, meinte der Redner, sei des legislativen Staatskörpers unwürdig, er protestire deßhalb dagegen und verlange, daß die Versammlung durch ein Hoch auf die Republik ihren Fehler gut mache. Ein großer Theil der Linken und einige wenige Mitglieder der Rechten erhoben sich hierauf mit dem Rufe: Es lebe die Republik! Da die Rechte nicht einstimmte, wurde von der Linken die Aeußerung laut: Sie erheben sich nicht! Nieder mit den Royalisten! Dies gab einem Mitgliede der Rechten, Herrn Legur d'Agueffeau, Veranlassung, das Wort zu nehmen. Ich muß, sagte er, gegen den Mißbrauch, welchen man mit dem heiligen Namen „Volk" treibt, protestiren. (Sehr gut! Nichts; Unruhe links.) Unsere jetzige Verfassung verwechselt so wenig wie die frühern das Volk mit einer Fraction; die Souveränetät gehört dem ganzen Frankreich und nicht einem Theile des Landes. Ich werde stets dagegen protestiren, so oft man versuchen wird, in diesem Hause im Namen des Volkes den Willen oder die Hirngespinnste einer Fraction zur Geltung zu bringen. Wenn wir geschwiegen haben, wenn wir nicht mit ihnen gerufen haben: Es lebe die Republik!... (Hr. Rattier, einer der Sergeanten und Mitglied des Berges: Es lebe die demokratische und sociale Republik!) Der Präsident: Die Worte „sociale Republik" stehen nicht in der Verfassung. Ich rufe das Mitglied, welches diesen Ruf hat laut werden lassen, zur Ordnung. (Stimmen von der äußersten Linken, darunter Ledru-Rollin, Beichot u. A.: Uns auch! uns Alle!) Der Redner fährt fort: Wenn die Bürger, welche auf jener Seite sitzen, die Freiheit der Tribune nicht achten, wenn sie so die Republik verstehen wollen, so sage ich Ihnen, daß wir gerade aus diesem Grunde in den Ruf: Es lebe die Republik! nicht mit einstimmt haben. Wir für unsern Theil wollen die Republik der Freiheit. Und in diesem Sinne werde ich stets rufen: Es lebe die Republik! Hierauf erhob sich die ganze Versammlung, diesen Ruf wiederholend. Nach diesem Zwischenfall, der, wie die „Independance" bemerkt, darthat, daß der Berg der legislativen Versammlung der würdige Erbe seines Vorgängers in der constituirenden sei, schritt das Haus zur Prüfung der Legitimationen. Bemerkenswerth ist es, daß bei der ersten Abstimmung über eine beanstandete Wahl für die gemäßigte Partei eine Majorität von zweihundert Stimmen sich herausstellte.

Gestern Abend hatten sich in dem Jardin de la Liberte an der Poissoniere-Barriere an zweitausend Menschen versammelt, um den Zusammentritt der neuen demokratischsocialen Deputirten durch ein Bankett zu feiern. Die communistischen Stimmführer des Berges waren alle anwesend. Rattier, der neue Militärdeputirte, hatte gerade seine Rede begonnen, als der Polizeicommissar Einlaß begehrte. Derselbe wurde ihm verweigert. Bald darauf kehrte er an der Spitze eines ganzen Regiments zurück. Rattier, der noch die Rednerbühne inne hatte, protestirte in Begleitung mehrerer anderer Bankettcommissarien am Eingang des Etablissements gegen diesen Bruch des Vereinsrechts, ermahnte aber die Gäste, sich ruhig zurückzuziehen und der organisirten Staatsmacht zu weichen. Dieser Aufforderung wurde Folge geleistet und die Versammlung ging ruhig auseinander.

Die ministeriellen Combinationen sind immer noch nicht gelöst. Während man gestern mit ziemlicher Gewißheit von einem Ministerium Barrot-Dufaure sprach, ist heute die Combination Fallour-Faucher wieder die größere Wahrscheinlichkeit für sich. Der Präsident der Republik will Fallour unter allen Umständen im Cabinet behalten.

Dem Vernehmen nach wird Herr v. Lesseps zurücktreten werden, weil er in den Bedingungen, welche er den Römern gestellt — sie sind, wie bekannt, von diesen bereits verworfen worden — seine Vollmacht überschritten habe.

Nach der Uebersicht eines Journals leben 599 Mitglieder der jetzigen Versammlung von ihren Renten. Unter den übrigen sind 26 Generale, 9 andere Offiziere, 19 Aerzte, 9 Geistliche, 9 Akademiker, 13 Handwerker und 3 Unteroffiziere.

Schon vor einigen Tagen griff Proudhon im „Peuple" mit ziemlicher Heftigkeit jene Männer an, welche durch einen neuen Aufstand die jetzige Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft umstürzen möchten. Er wurde deßhalb von den Organen der entschiedenen Umsturzmänner scharf getadelt, beharrt aber in einem neuen Artikel, den gestern der „Peuple" brachte, in seiner Verdammung der Ultrarevolutionäre, welche gewaltsam alle Gesetzlichkeiten unterdrücken und ein Willkürregiment einführen wollen, um zur Forderung ihrer eigensüchtigen Zwecke zur Dictatur zu gelangen. Im Schlusse des offenbar gegen Ledru-Rollin gerichteten Artikels räth Proudhon den Dictatoren, falls sie einmal ans Ruder kommen sollten, nur auch sofort die Preßfreiheit zu erwürgen, weil er sonst ihr steter Bekämpfer sein werde. Er protestirte gegen jeden Gedanken, anders als durch gesetzliche Mittel die Verfassung abzuändern und socialistische Ideen zu verwirklichen. Man sieht hieraus, daß im demokratisch-socialistischen Lager eine entschiedene Spaltung ausgebrochen ist.

Großbritannien.

London, 28. Mai. Der heute früh in Liverpool angekommene nordamerikanische Dampfer „Amerika" hat Nachrichten aus New-York bis zum 16. und aus Halifax bis zum 19. überbracht. In Canada war die Aufregung fast ganz verschwunden und ein ruhiger Zustand eingetreten. In Montreal war es allerdings am 9. zu einem unbedeutenden Auflaufe gekommen, der aber bald durch das Militär unterdrückt wurde und überhaupt vereinzelt dasteht. Sir Allan M'Nab sollte als außerordentlicher Agent unverzüglich nach England abgehen, um den Minister des Innern zu überzeugen, daß die Aufhebung der Rebellionsbill und die Abberufung Lord Elgin's als Gouverneur von Canada die einzigen Mittel seien, die Colonien dem britischen Reiche zu erhalten.

Rußland und Polen.

Warschau, 24. Mai. Wenn auch nur die Hälfte von dem wahr werden sollte, schreibt man der „Köln. Ztg.", was von Personen aus der nächsten Umgebung des Kaisers so eben erzählt wird, so gehen wir Ereignissen entgegen, an die wohl Niemand bisher gedacht hat. Während der Tafel der beiden Monarchen am gestrigen Tage, zu der auch der von Petersburg hier angekommene preußische Gesandte, so wie ein anderer hier befindlicher preußischer General zugezogen waren, wurden über das nächste Schicksal Europas, vornehmlich Deutschlands, sehr deutliche Reden geführt. „Polen," äußerte der Kaiser in deutscher Sprache, „wurde ewig gähren, so lange nur noch zwei Polen am Leben blieben, und bei Licht betrachtet, sei es doch ein sehr ehrlicher Freund, wenn man seine Liebe erwerben; Polen müsse selbstständig werden, und der Kaiser von Oesterreich, so wie der König von Preußen wären nicht abgeneigt, dazu die Hand zu bieten. Dagegen aber müsse, um Ordnung in Deutschland für die Dauer zu erlangen, die Masse kleiner Regierungen, die sich als ohnmächtig bewiesen, um ihr Volk im Zaume zu halten, und über lang oder kurz doch nur jämmerlich zu Grunde gehen dürften, aufhören und an Preußen und Oesterreich übergeben werden, was nöthigenfalls mit Waffengewalt zu erstreben sei. Rußland selbst werde sich an seinem Nachbar, dem Sultan, schadlos zu halten wissen, da es kein Geheimniß mehr sei, daß der Bruch mit der Pforte auf diplomatischem Wege nicht mehr zu heilen sei." — Der junge österreichische Kaiser hat hier ungemein gefallen und sich durch die großartige Freigebigkeit, mit der er einige Stiftungen bedachte, so wie durch seine Herablassung ein bleibendes Denkmal erworben.

Nachschrift.

Frankfurt, 1. Juni, Morgens.

** **Der mit Spannung erwartete Entwurf einer von den königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover dem deutschen Volke dargebotenen Reichsverfassung ist endlich an das Licht der Oeffentlichkeit getreten.** Die heute früh hier eingegangene Nummer des „preußischen Staatsanzeigers" theilt denselben mit: Angeschlossen sind ihm Entwürfe der Grundrechte und des Wahlgesetzes. In diesem Augenblick, da wir zur Presse gehen, fehlen uns Raum und Zeit, unsern Lesern die Entwürfe selbst mitzutheilen; wir verweisen deßhalb auf eine Beilage, die vorliegenden Hauptblatt schleunigst folgen soll. In Betreff des Reichsverfassungsentwurfs können wir im Allgemeinen auf die in unserer gestrigen Beilage abgedruckten Correspondenzen verweisen. Was dort von dem bis jetzt noch nicht erfolgten Anschluß Bayerns, von dem „Reichsvorstand" anstatt des „Kaisers", von dem „Fürstencollegium" anstatt des Reichsrathes ꝛc. gesagt ist, findet sich in dem Entwurf bestätigt. Dem Staaten- und dem nach dem von den 3 königl. Regierungen entworfenen Wahlgesetz zu berufenden Volkshaus sollen die Entwürfe zur Revision vorgelegt werden. Ueber die Zeit der Berufung der nächsten Staaten- und Volksrepräsentation scheint noch nichts bestimmt. Wahrscheinlich soll die Erklärung und eventuell der Beitritt der deutschen Regierungen erst abgewartet werden. Eingeleitet und motivirt sind die Entwürfe durch folgende Actenstücke:

Die Berathungen, welche auf die Einladung unserer Circulardepesche vom 28. v. M. hier in Berlin in Bezug auf die deutsche Verfassungsfrage stattgefunden haben, haben zu dem für die königl. Regierung erfreulichen Ergebniß geführt, daß sie nunmehr im Verein mit den königl. Regierungen von Sachsen und Hannover den übrigen deutschen Regierungen eine umfassende Vorlage in Bezug auf die deutsche Verfassung machen können.

Die königl. preußische Regierung beehrt sich daher, in der Anlage der ꝛc. Regierung die betreffende Eröffnung in ihrem eigenen, wie im Namen der Regierungen von Sachsen und von Hannover zu übersenden, und bemerkt dabei, daß die königlich bayerische Regierung, welche an sämmtlichen Verhandlungen zwischen obenerwähnten Regierungen Theil genommen, sich die schließliche Erklärung über ihren Beitritt noch vorbehalten hat.

Wir glauben dabei das Vertrauen aussprechen zu dürfen, daß diese Eröffnung bei der ꝛc. Regierung die reifliche und eingehende Erwägung finden werde, welche die Wichtigkeit des Gegenstandes erfordert, und daß auch die Gesinnungen und das Verfahren der verbündeten Regierungen, welche hiermit einer unabweislichen Pflicht genügt zu haben glauben, gerechte Würdigung und Anerkennung erlangen werden.

Berlin, den 28. Mai 1849.

Der Ministerpräsident.
(gez.) Graf von Brandenburg.

An
sämmtliche deutsche Regierungen.

Der ꝛc. Regierung finden sich die Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover, und in deren Auftrage die preußische Regierung, veranlaßt, folgende ergebenste Eröffnung zu machen:

Es bedarf keiner näheren Darlegung der Gefahren, von welchen gegenwärtig das gemeinsame Vaterland bedroht wird. Die Ereignisse sprechen laut genug. In mehreren Theilen Deutschlands ist die gesetzliche Autorität durch den Aufruhr umgestürzt, in anderen nur durch die Anwendung der Waffen hergestellt worden. Niemand vermag zu ermessen, welche fernere Ausdehnung diese weit verzweigten Bewegungen erhalten, und wie weit sie selbst, dem Auslande gegenüber, zu ernsten Bedenken führen können. Nicht bloß die gesammte staatliche Existenz Deutschlands ist in Frage gestellt, sondern eben sowohl die Grundlagen jedes geordneten Zustandes überhaupt.

Um diesen Gefahren gewachsen zu sein, um den Kampf siegreich zu bestehen, dessen Ausgang sonst alle deutschen Lande mit gleichem Verderben treffen würde, bedarf es vor Allem einer vollen Uebereinstimmung in den Handlungen der Regierungen. Um desto schmerzlicher muß es empfunden werden, daß hierzu jetzt der geeignete Vereinigungspunkt mangelt. Der auf der Akte vom 8. Juni 1815 errichtete deutsche Bund ist hierzu factisch um so mehr außer Stande, da ihm zur Zeit ein ausreichendes Organ zu gemeinschaftlicher Thätigkeit abgeht. Ein neues, den gegenwärtigen Anforderungen entsprechendes Bundesverhältniß hat noch nicht zu Stande gebracht werden können. Die in Frankfurt zusammengetretene Nationalversammlung hat, als sie die von ihr berathene Reichsverfassung als abgeschlossen und weiterer Verhandlung unzugänglich verkündigte, sich selbst außer Stand gesetzt, ihr Mandat ferner zu erfüllen; ihre weiteren Beschlüsse entbehren daher schon deßwegen jeder rechtlichen Giltigkeit und können nur als Uebergriffe betrachtet werden, denen keinerlei Folge zu geben ist.

Einer so bedrohlichen Lage gegenüber ist ein festes, einträchtiges und unverzügliches Handeln nothwendig, und es wird dieses von den Regierungen angehen müssen, welche sich zu den hier vorliegenden Fragen in gleicher Stellung befinden.

Die Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover sind daher übereingekommen, auf Grund des Art. 11 der deutschen Bundesacte in ein Bündniß zu treten, das den gegenseitigen Schutz seiner Glieder gegen den inneren oder äußeren Feind zum Zwecke hat. Die Leitung der hierzu erforderlichen gemeinsamen Maßregeln haben sie Preußen übertragen. So wie an alle Regierungen, welche Glieder des deutschen Bundes von 1815 sind, so ergeht auch an ꝛc. Regierung ihr Ansuchen, sich diesem durch die Gefahren des Augenblicks hervorgerufenen Bündnisse anzuschließen und sich hierüber in kürzester Frist gefälligst erklären zu wollen.

Die genannten Regierungen würden jedoch die ihnen gestellte Aufgabe nur unvollständig erfüllen, wenn sie lediglich bei den Bedürfnissen, welche die nächste Gegenwart erzeugt, stehen blieben. Sie sind vielmehr von der Ueberzeugung durchdrungen, daß Pflicht und Vernunft gleichmäßig gebieten, sich über ihre Stellung zu der deutschen Verfassungsfrage von vorn herein gegen ihre Verbündeten sowohl, als gegen die Nation offen auszusprechen. Sie haben die von der Nationalversammlung entworfene Reichsverfassung nicht anerkannt, weil sie über die wahren und heilsamen Anforderungen eines kräftigen Bundesstaates hinausgriff, und in ihrer aus den Kämpfen und Zugeständnissen der politischen Parteien hervorgegangenen Gestalt die wesentlichsten Bürgschaften entbehrte, auf welchen der rechtliche und geordnete Bestand jedes Staatswesens beruht.

Aber die verbündeten Regierungen haben nicht einen Augenblick verkannt, daß ihnen eben hieraus die doppelte Verpflichtung erwachsen sei, nach allen Kräften zu dem Abschluß eines Verfassungswerkes mitzuwirken, das für das gesammte Deutschland eine unabweisliche Nothwendigkeit geworden ist. Eine solche Verfassung wird der Nation gewähren müssen, was sie seit längerer Zeit schmerzlich entbehrte, was sie von ihren Regierungen zu fordern berechtigt ist: dem Auslande gegenüber Einheit und Macht, im Innern, bei gesichertem Fortbestande aller einzelnen Glieder, die einheitliche Entwickelung der gemeinsamen Interessen und nationalen Bedürfnisse. Die Bürgschaften der rechtlichen Freiheit und der gesetzlichen Ordnung sind es, welche die deutsche Verfassung den Regierungen und den Völkern zu gewähren haben wird.

Unter diesen Gesichtspunkten haben die verbündeten Regierungen den von der Nationalversammlung beschlossenen Entwurf ernstlich geprüft, alle seine heilsamen und unbedenklichen Bestimmungen beibehalten und nur diejenigen Theile geändert, welche mit dem gemeinen Wohle unvereinbar sind.

Hieraus ist, auf Grund einer von Preußen vorgelegten Proposition, der Entwurf einer Reichsverfassung hervorgegangen, welchen sie sämmtlichen Gliedern des Bundes von 1815 als ihren gemeinschaftlichen Vorschlag und in der Hoffnung vorlegen, daß derselbe ihre Zustimmung finden werde. Die Begründung seines Inhalts, sowie dessen nähere Erläuterung, ist in der Denkschrift niedergelegt, welche beiliegt. Die deutschen Staaten, welche sich dem vorgelegten Verfassungsentwurf anschließen, werden als die im § 1 bezeichneten Glieder des Bundesstaates zu betrachten sein, während denjenigen Regierungen gegenüber, welche sich zu diesem Anschluß nicht veranlaßt finden, die aus den Verträgen von 1815 fließenden Rechte und Pflichten unverändert fortbestehen.

Indem die Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover sich durch den Drang der Zeitumstände genöthigt gesehen haben, ihrerseits die Initiative in dem Verfassungswerke zu ergreifen, sind sie jedoch von der bestimmten und ausdrücklichen Voraussetzung ausgegangen, daß der rechtsgiltige Abschluß desselben auf der freien Zustimmung der Nationalvertretung beruht. Sie werden daher in Gemeinschaft mit denjenigen Regierungen, welche sich dem Verfassungsentwurfe anschließen, aus diesen deutschen Landen einen Reichstag in dem Umfange und nach den Wahlbestimmungen berufen, welche der Verfassungsentwurf vorläufig bezeichnet. Diesem lediglich hierzu versammelten

Stuttgarter Hof

Versicherungs-Gesellschaft

Lebens-Versicherungs-Bank für Deutschland

in Stuttgart.

Gegründet 1895. Gegründet 1895.

Die Gesellschaft übernimmt Versicherungen auf den Todesfall, auf den Erlebensfall, gemischte Versicherungen, Versicherungen auf mehrere Personen, Versicherungen mit Rückgewähr der Prämien, Versicherungen mit Rückgewähr der Prämien und Zinsen, Versicherungen mit Rückgewähr der Prämien und Zinsen und Zinseszinsen, Versicherungen mit Rückgewähr der Prämien und Zinsen und Zinseszinsen und Zinseszinseszinsen, Versicherungen mit Rückgewähr der Prämien und Zinsen und Zinseszinsen und Zinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinsen, Versicherungen mit Rückgewähr der Prämien und Zinsen und Zinseszinsen und Zinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinsen, Versicherungen mit Rückgewähr der Prämien und Zinsen und Zinseszinsen und Zinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinsen, Versicherungen mit Rückgewähr der Prämien und Zinsen und Zinseszinsen und Zinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinseszinsen, Versicherungen mit Rückgewähr der Prämien und Zinsen und Zinseszinsen und Zinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinsen, Versicherungen mit Rückgewähr der Prämien und Zinsen und Zinseszinsen und Zinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinsen, Versicherungen mit Rückgewähr der Prämien und Zinsen und Zinseszinsen und Zinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinsen, Versicherungen mit Rückgewähr der Prämien und Zinsen und Zinseszinsen und Zinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinsen, Versicherungen mit Rückgewähr der Prämien und Zinsen und Zinseszinsen und Zinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinsen, Versicherungen mit Rückgewähr der Prämien und Zinsen und Zinseszinsen und Zinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinsen, Versicherungen mit Rückgewähr der Prämien und Zinsen und Zinseszinsen und Zinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinseszinsen, Versicherungen mit Rückgewähr der Prämien und Zinsen und Zinseszinsen und Zinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinsen und Zinseszinseszinseszinseszinseszinsen und Zinsesz

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Beilage zu Nr. 1181. 5. Juli 1910.

Der deutsche Postverkehr mit Spanien.

Abgeändert durch Nachtrag, Belgien und Frankreich.

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. Juli 1910 — Nr. 1180 des Frankfurter Oberpostamts-Zeitung — wird nachstehend der Nachtrag zu der Vereinbarung über den deutsch-spanischen Postverkehr vom 1. Juli 1910 bekannt gegeben.

Berlin, den 1. Juli 1910.

Der Staatssekretär des Reichspostamts
Kraetke.

Nachtrag zu Artikel 1 der Vereinbarung vom 1. Juli 1910.

Artikel 1. Zu Artikel 1 der Vereinbarung wird folgendes bestimmt:

1. Der deutsche Postverkehr mit Spanien wird durch Vermittlung der belgischen Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid eingerichtet.

2. Die Briefpost wird in geschlossenen Briefbeuteln befördert, die in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid ausgetauscht werden.

3. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

4. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

5. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

6. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

7. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

8. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

9. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

10. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

11. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

12. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

13. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

14. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

15. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

16. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

17. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

18. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

19. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

20. Die Briefbeutel werden in Aachen, Ostende, Dover, Calais, Paris, Irun und Madrid mit den Zügen befördert, die in den Fahrplänen der Eisenbahnpostlinie Aachen—Ostende—Dover—Calais—Paris—Irun—Madrid vorgesehen sind.

Digitized by Google

bar gemacht oder deren Schiffbarkeit erweitert werde.

Die Anordnung der dazu erforderlichen baulichen Werke erfolgt nach vorgängigem Benehmen mit den betheiligten Einzelstaaten durch die Reichsgewalt.

Die Ausführung und Unterhaltung der neuen Anlagen geschieht von Reichswegen und auf Reichskosten, wenn eine Verständigung mit den Einzelstaaten nicht erzielt wird.

Artikel VII.

§ 35. Die Erhebung und Verwaltung der Zölle, so wie der gemeinschaftlichen Productions- und Verbrauchssteuern, geschieht nach Anordnung und unter Oberaufsicht der Reichsgewalt.

Aus dem Ertrage wird ein bestimmter Theil nach Maßgabe des ordentlichen Budgets für die Ausgaben des Reiches vorweggenommen, das Uebrige wird an die einzelnen Staaten vertheilt.

Ein besonderes Reichsgesetz wird hierüber das Nähere feststellen.

Artikel VIII.

§ 41. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über das Postwesen, namentlich über Organisation, Tarife, Transit, Portotheilung und die Verhältnisse zwischen den einzelnen Postverwaltungen.

Dieselbe sorgt für gleichmäßige Anwendung der Gesetze durch Vollzugsverordnungen und überwacht deren Durchführung in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Controle.

Der Reichsgewalt steht es zu, die innerhalb mehrerer Postgebiete sich bewegenden Course im Interesse des allseitigen Verkehrs zu ordnen.

§ 42. Postverträge mit ausländischen Postverwaltungen dürfen nur von der Reichsgewalt oder mit deren Genehmigung geschlossen werden.

§ 43. Die Reichsgewalt hat die Befugniß, insofern es für nöthig scheint, das deutsche Postwesen für Rechnung des Reiches in Gemäßheit eines Reichsgesetzes zu übernehmen, vorbehaltlich billiger Entschädigung der Berechtigten.

Artikel IX.

§ 46. Der Reichsgewalt liegt es ob, in ganz Deutschland dasselbe System für Maaß und Gewicht, so wie für den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren zu begründen.

§ 47. Die Reichsgewalt hat das Recht, das Bankwesen und das Ausgeben von Papiergeld durch die Reichsgesetzgebung zu regeln. Sie überwacht die Ausführung der darüber erlassenen Reichsgesetze.

Artikel X.

§ 49. Zur Bestreitung seiner Ausgaben ist das Reich zunächst auf seinen Antheil an den Einkünften aus den Zöllen und den gemeinsamen Productions- und Verbrauchssteuern angewiesen.

§ 50. Die Reichsgewalt hat das Recht, soweit die sonstigen Einkünfte nicht ausreichen, Matrikularbeiträge aufzunehmen.

§ 51. Die Reichsgewalt ist befugt, in außerordentlichen Fällen Reichssteuern aufzulegen und zu erheben oder erheben zu lassen, so wie Anleihen zu machen oder sonstige Schulden zu contrahiren

Artikel XI.

Uebereinstimmend.

Artikel XII.

Uebereinstimmend.

Artikel XIII.

§ 63. Die Reichsgewalt ist befugt, wenn sie im Gesammtinteresse Deutschlands gemeinsame Einrichtungen und Maßregeln nothwendig findet, die zur Begründung derselben erforderlichen Gesetze in den für die Veränderung der Verfassung vorgeschriebenen Formen zu erlassen.

Artikel XIV.

Abschnitt III. Das Reichsoberhaupt.

Artikel I.

§ 68. Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen.

§ 69. Diese Würde ist erblich im Hause des Fürsten, dem sie übertragen worden. Sie vererbt im Mannsstamme nach dem Rechte der Erstgeburt.

§ 70. Das Reichsoberhaupt führt den Titel: Kaiser der Deutschen.

§ 71. Die Residenz des Kaisers ist am Sitze der Reichsregierung. Wenigstens während der Dauer des Reichstags wird der Kaiser dort bleibend residiren.

So oft sich der Kaiser nicht am Sitze der Reichsregierung befindet, muß einer der Reichsminister in seiner unmittelbaren Umgebung sein.

Die Bestimmungen über den Sitz der Reichsregierung bleiben einem Reichsgesetz vorbehalten.

§ 72. Der Kaiser bezieht eine Civilliste, welche der Reichstag festsetzt.

bar gemacht oder in ihrer Schiffbarkeit erweitert werden. Die Anordnung der dazu erforderlichen wasserbaulichen Werke erfolgt nach vorgängiger Verständigung mit den betheiligten einzelnen Staaten; diesen bleibt die Ausführung und auf Reichskosten die Unterhaltung der neuen Anlagen überlassen.

Artikel VII.

§ 35. Die Erhebung und Verwaltung der Zölle, sowie der gemeinschaftlichen Productions- und Verbrauchssteuern, geschieht unter Oberaufsicht der Reichsgewalt.

Artikel VIII.

§ 41. Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und die Oberaufsicht über das Postwesen, namentlich über Organisation, Tarife, Transit, Portotheilung und die Verhältnisse zwischen den einzelnen Postverwaltungen.

§ 42. Postverträge mit ausländischen Postverwaltungen dürfen nur mit Genehmigung der Reichsgewalt geschlossen werden.

Artikel IX.

§ 45. Der Reichsgewalt liegt es ob, im ganzen Reiche dasselbe System für Maß und Gewicht, sowie für den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren, zu begründen.

§ 46. Der Reichsgewalt steht über das Bankwesen und das Ausgeben von Papiergeld die Erlassung allgemeiner Gesetze und die Oberaufsicht zu.

Artikel X.

§ 48. Zur Bestreitung seiner Ausgaben ist das Reich zunächst auf die Matricularbeiträge der einzelnen Staaten angewiesen.

§ 49. Die Reichsgewalt ist befugt, in außerordentlichen Fällen Anleihen zu machen oder sonstige Schulden zu contrahiren.

Artikel XI.

Uebereinstimmend.

Artikel XII.

Uebereinstimmend.

Artikel XIII.

Artikel XIV.

Abschnitt III. Das Reichsoberhaupt.

Artikel I.

§ 65. Die Regierung des Reichs wird von einem Reichsvorstande an der Spitze eines Fürstencollegiums geführt.

§ 66. Die Würde des Reichsvorstandes ist mit der Krone von Preußen verbunden.

§ 67. Das Fürstencollegium besteht aus 6 Stimmen und zwar:

1) Preußen,
2) Bayern,
3) Württemberg, Baden, beide Hohenzollern,
4) Sachsen, die sächsischen Herzogthümer, Reuß, Anhalt, Schwarzburg,
5) Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Mecklenburg, Holstein, die Hansestädte,
6) Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Nassau, Hessen-Homburg, Luxemburg und Limburg, Waldeck, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe, Frankfurt.

Die Staaten, welche einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten zum Fürstencollegium bestellen, haben sich über dessen Wahl zu verständigen; für den Fall der Nichtverständigung wird ein Reichsgesetz die Mitwirkung der Betheiligten bestimmen.

Artikel II.

§ 68. Der Reichsvorstand wird während der Dauer des Reichstages am Sitze der Reichsregierung residiren.

So oft sich der Reichsvorstand nicht am Sitze der Reichsregierung befindet, muß einer der Reichsminister in seiner unmittelbaren Umgebung sein.

§ 69. Der Reichsvorstand übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche von ihm ernannte Minister aus.

§ 70. Alle Regierungshandlungen des Reichsvorstandes bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung von wenigstens einem der Reichsminister, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt.

Artikel III.

§ 76. Das Fürstencollegium unter dem Vorsitze des Reichsvorstandes, oder in dessen Verhinderung unter dem Vorsitze Bayerns, hat das Recht des Gesetzesvorschlages. Es übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Reichstage unter den verfassungsmäßigen Beschränkungen aus.

§ 77. Das Fürstencollegium faßt seine Beschlüsse durch absolute Majorität der anwesenden Bevollmächtigten. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 78. Der Reichsvorstand verkündigt die Reichsgesetze und erläßt die zur Vollziehung derselben nöthigen Verordnungen.

§ 82. Ueberhaupt hat der Reichsvorstand in allen Angelegenheiten des Reiches nach Maßgabe der Reichsverfassung die Regierungsgewalt, welche derselbe nach § 76 als Theilhaber an der gesetzgebenden Gewalt unter Zustimmung und in Verbindung mit dem Fürstencollegium ausübt.

Dem Reichsvorstande stehen diejenigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Verfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewiesen sind.

Abschnitt IV. Der Reichstag.

Artikel I.

Uebereinstimmend.

Artikel II.

§ 87. Die Zahl der Mitglieder vertheilt sich nach folgendem Verhältniß:

Preußen	40	Mitglieder.
Oesterreich	38	"
Bayern	18	"
Sachsen	10	"
Hannover	10	"
Württemberg	10	"
Baden	9	"
Kurhessen	6	"
Großherzogthum Hessen	6	"
Holstein (= Schleswig, s. Reich § 1.)	6	"
Mecklenburg-Schwerin	4	"
Luxemburg-Limburg	3	"
Nassau	3	"
Braunschweig	2	"
Oldenburg	2	"
Sachsen-Weimar	2	"
Sachsen-Koburg-Gotha	1	"
Sachsen-Meiningen-Hildburghausen	1	"
Sachsen-Altenburg	1	"
Mecklenburg-Strelitz	1	"
Anhalt-Dessau	1	"
Anhalt-Bernburg	1	"
Anhalt-Köthen	1	"
Schwarzburg-Sondershausen	1	"
Schwarzburg-Rudolstadt	1	"
Hohenzollern-Hechingen	1	"
Liechtenstein	1	"
Hohenzollern-Sigmaringen	1	"
Waldeck	1	"
Reuß ältere Linie	1	"
Reuß jüngere Linie	1	"
Schaumburg-Lippe	1	"
Lippe-Detmold	1	"
Hessen-Homburg	1	"
Lauenburg	1	"
Lübeck	1	"
Frankfurt	1	"
Bremen	1	"
Hamburg	1	"
	192	Mitglieder.

So lange die deutsch-österreichischen Lande an dem Bundesstaate nicht Theil nehmen, erhalten nachfolgende Staaten eine größere Anzahl von Stimmen im Staatenhause; nämlich:

Bayern	20
Sachsen	12
Hannover	12
Württemberg	12
Baden	10
Großherzogthum Hessen	8
Kurhessen	7

Artikel II.

§ 73. Die Person des Kaisers ist unverletzlich.

Der Kaiser übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche von ihm ernannte Minister aus.

§ 74. Alle Regierungshandlungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung von wenigstens einem der Reichsminister, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt.

Artikel III.

In diesem Artikel tritt überall an die Stelle des Titels „Kaiser" der Titel „Reichsvorstand". Abweichend sind:

§ 80. Der Kaiser hat das Recht des Gesetzvorschlages. Er übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Reichstage unter den verfassungsmäßigen Beschränkungen aus. Er verkündigt die Reichsgesetze und erläßt die zur Vollziehung derselben nöthigen Verordnungen.

§ 84. Ueberhaupt hat der Kaiser die Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten des Reiches nach Maßgabe der Reichsverfassung. Ihm als Träger dieser Gewalt stehen diejenigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Reichsverfassung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewiesen sind.

Abschnitt IV. Der Reichstag.

Artikel I.

Uebereinstimmend.

Artikel II.

§ 85. So lange die deutsch-österreichischen Lande an dem Bundesstaate nicht Theil nehmen, vertheilt sich die Zahl der Mitglieder des Staatenhauses nach folgendem Verhältniß:

Preußen	40	Mitglieder.
Bayern	20	"
Sachsen	12	"
Hannover	12	"
Württemberg	12	"
Baden	10	"
Kurhessen	7	"
Großherzogth. Hessen	7	"
Holstein	6	"
Mecklenburg-Schwerin	4	"
Luxemburg-Limburg	3	"
Nassau	4	"
Braunschweig	2	"
Oldenburg	2	"
Sachsen-Weimar	2	"
Sachsen-Koburg-Gotha	1	"
Sachsen-Meiningen u. Hildburghausen	1	"
Sachsen-Altenburg	1	"
Mecklenburg-Strelitz	1	"
Anhalt-Dessau	1	"
Anhalt-Bernburg	1	"
Anhalt-Köthen	1	"
Schwarzb.-Sondershausen	1	"
Schwarzb.-Rudolstadt	1	"
Hohenzollern-Hechingen	1	"
Liechtenstein	1	"
Hohenzoll.-Sigmaring.	1	"
Waldeck	1	"
Reuß ältere Linie	1	"
Reuß jüngere Linie	1	"
Schaumburg-Lippe	1	"
Lippe-Detmold	1	"
Hessen-Homburg	1	"
Lauenburg	1	"
Lübeck	1	"
Frankfurt	1	"
Bremen	1	"
Hamburg	2	"
	167	Mitglieder.

§ 86. Die Mitglieder des Staatenhauses werden zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretung der betreffenden Staaten ernannt.

Wo zwei Kammern bestehen, wird die Hälfte von jeder Kammer gewählt; bei ungleichen Hälften fällt die größere auf das Volkshaus.

Nassau 4
Hamburg 2

§ 88. Die Mitglieder des Staatenhauses
rden zur Hälfte durch die Regierung und
r Hälfte durch die Volksvertretung der
treffenden Staaten ernannt.

In denjenigen deutschen Staaten, welche
s mehreren Provinzen oder Ländern mit
gesonderter Verfassung oder Verwaltung
stehen, sind die durch die Volksvertretung
rses Staates zu ernennenden Mitglieder
s Staatenhauses nicht von der allgemeinen
ndesvertretung, sondern von den Vertre-
gen der einzelnen Länder oder Provinzen
Provinzialständen) zu ernennen.

Das Verhältniß, nach welchem die Zahl
r diesen Staaten zukommenden Mitglieder
ter die einzelnen Länder oder Provinzen
vertheilen ist, bleibt der Landesgesetzge-
ng vorbehalten.

Wo zwei Kammern bestehen und eine
rtretung nach Provinzen nicht stattfindet,
ihnen beide Kammern in gemeinsamer
zung nach absoluter Stimmenmehrheit.

Artikel III.

§ 91. Die Mitglieder des Volkshauses
rden für das erste Mal auf vier Jahre,
nmächst immer auf drei Jahre gewählt.
Die Wahl geschieht nach den in dem Reichs-
hlgesetze enthaltenen Vorschriften.

Artikel IV.
Uebereinstimmend.

Artikel V.

§ 101. Ein Reichstagsbeschluß, welcher
Zustimmung der Reichsregierung nicht
angt hat, darf in derselben Sitzungs-
riode nicht wiederholt werden.

Ist von dem Reichstage in drei sich unmit-
bar folgenden ordentlichen Sitzungsperioden
rselbe Beschluß unverändert gefaßt worden,
wird derselbe, auch wenn die Zustim-
ung der Reichsregierung nicht erfolgt,
t dem Schlusse des dritten Reichstages
m Gesetz. Eine ordentliche Sitzungspe-
ode, welche nicht wenigstens vier Wochen
uert, wird in dieser Reihenfolge nicht
itgezählt.

§ 103. Bei Feststellung des Reichshaus-
lts treten folgende Bestimmungen ein:

Von den 3 Unterabtheilungen weichen nur 1, 3
d 6 von einander ab:

1) Alle die Finanzen betreffenden Vorlagen der Reichsregierung gelangen zunächst an das Volkshaus.
2) Die Dauer der Finanzperiode und Budgetbewilligung ist ein Jahr.
3) Nach erfolgter Prüfung und Bewilligung durch das Volkshaus wird das Budget an das Staatenhaus abgegeben. Diesem steht, innerhalb des Gesammtbetrages des ordentlichen Budgets, so wie derselbe auf dem ersten Reichstage oder durch spätere Reichstagsbeschlüsse festgestellt ist, nur das Recht zu, Erinnerungen und Ausstellungen zu machen, über welche das Volkshaus endgültig beschließt.

Artikel VI.
Uebereinstimmend.

Artikel VII.

§ 116. Jedes Haus hat das Recht, sich
ne Geschäftsordnung selbst zu geben. Die
schäftlichen Beziehungen zwischen beiden
usern werden durch Uebereinkunft beider
iuser geordnet.

Artikel VIII.

§ 118. In diesem letzteren Falle ist dem
reffenden Hause von der angeordneten
ßregel sofort Kenntniß zu geben. Es
ht demselben zu, die Aufhebung der Haft
er Untersuchung bis zum Schlusse der
zungsperiode zu verfügen.

§ 119. Dieselbe Befugniß steht jedem
use in Betreff einer Verhaftung oder
tersuchung zu, welche über ein Mitglied
selben zur Zeit seiner Wahl verhängt
wesen oder nach dieser bis zur Eröffnung
r Sitzungen verhängt worden ist.

Artikel IX.

§ 121. Die Reichsminister haben das
cht, den Verhandlungen beider Häuser
s Reichstages beizuwohnen und jederzeit
n denselben gehört zu werden.

Abschnitt V. Das Reichsgericht.

Artikel I.

§ 123. Zur Zuständigkeit des Reichsge-
hts gehören:

Von den zwölf Unterabtheilungen weichen nur k
d m von einander ab.

k) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen der Minister der Einzelstaaten, insofern sie deren ministerielle Verantwortlichkeit betreffen.
l) Klagen gegen den Reichsfiscus.

Artikel III.

§ 92. Die Mitglieder des Volkshauses werden auf vier Jahre gewählt.

Die Wahl geschieht nach den in dem Reichswahlgesetze enthaltenen Vorschriften.

Artikel IV.
Uebereinstimmend.

Artikel V.

§ 99. Ein Reichstagsbeschluß kann nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser einerseits, so wie des Reichsvorstandes und Fürstencollegiums andererseits, gültig zu Stande kommen.

Ein Reichstagsbeschluß, welcher die Zustimmung der Reichsregierung nicht erlangt hat, darf in derselben Sitzungsperiode nicht wiederholt werden.

§ 101. Bei Feststellung des Reichshaushaltes treten folgende Bestimmungen ein:

1) Alle die Finanzen betreffenden Vorlagen der Reichsregierung gelangen zunächst an das Volkshaus und sodann an das Staatenhaus.
3) Die Dauer der Finanzperiode und Budgetbewilligung ist drei Jahre.
6) Nach erfolgter Prüfung und Bewilligung durch das Volkshaus wird das Budget an das Staatenhaus zur Berathung und Beschlußnahme abgegeben. Wenn dieser Beschluß mit dem des Volkshauses übereinstimmt, so geht das Budget zu fernerer Verhandlung an das Volkshaus zurück. Ein endgiltiger Beschluß kann nur durch Uebereinstimmung beider Häuser zu Stande kommen.

Artikel VI.
Uebereinstimmend.

Artikel VII.

§ 114. Es soll eine allgemeine Geschäftsordnung unter Zustimmung beider Häuser erlassen werden. Die Anwendung dieser Geschäftsordnung im Einzelnen bleibt den Beschlüssen jedes Hauses vorbehalten.

Artikel VIII.

§ 116. In diesem letzteren Falle ist dem betreffenden Hause von der angeordneten Maßregel sofort Kenntniß zu geben.

§ 117. Jedes Haus ist befugt, für die Dauer seiner Sitzungsperiode die Aufhebung derjenigen Verhaftungen zu verfügen, welche über ein Mitglied desselben zur Zeit seiner Wahl verhängt gewesen oder nach dieser bis zu Eröffnung der Sitzungen verhängt worden ist.

Artikel IX.

§ 119. Die Reichsminister und die von ihnen bezeichneten Commissarien haben das Recht, den Verhandlungen beider Häuser des Reichstages beizuwohnen und jederzeit von denselben gehört zu werden.

Abschnitt V. Das Reichsgericht.

Artikel I.

§ 124. Zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören:

k) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelstaaten, insofern sie deren ministerielle Verantwortlichkeit betreffen und die Gerichte der Einzelstaaten dazu nicht competent sind.
m) Klagen gegen den Reichsfiscus, wo ein gemeinrechtlicher Gerichtsstand nicht begründet sein sollte.

Abschnitt VI. Die Grundrechte des deutschen Volkes.

§ 130. Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet sein. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen, und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates soll dieselben je aufheben oder beschränken können.

Artikel I.

§ 133. Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen. Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen.

Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt.

Artikel II.

§ 137. Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände.

Der Adel als Stand ist aufgehoben.

Alle Standesvorrechte sind abgeschafft.

Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.

Alle Titel, insoweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, sind aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden.

Kein Staatsangehöriger darf von einem auswärtigen Staate einen Orden annehmen.

Die öffentlichen Aemter sind für alle Befähigten gleich zugänglich.

Die Wehrpflicht ist für Alle gleich; Stellvertretung bei derselben findet nicht statt.

Artikel III.

§ 139. Die Todesstrafe, ausgenommen wo das Kriegsrecht sie vorschreibt, oder das Seerecht im Fall von Meutereien sie zuläßt, sowie die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung, sind abgeschafft.

Artikel IV.

§ 143. Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.

Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise durch vorbeugende Maßregeln, namentlich Censur, Concessionen, Sicherheitsbestellungen, Staatsauflagen, Beschränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, Postverbote oder andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden.

Ueber Preßvergehen, welche von Amtswegen verfolgt werden, wird durch Schwurgerichte geurtheilt.

Ein Preßgesetz wird vom Reiche erlassen werden.

Artikel V.

§ 144. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren.

§. 147. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen.

Keine Religionsgesellschaft genießt vor andern Vorrechte durch den Staat; es besteht fernerhin keine Staatskirche.

Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht.

§ 148. Niemand soll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden.

Artikel VI.

§ 153. Das Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staates, und ist, abgesehen vom Religionsunterricht, der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher entzogen.

§. 157. Für den Unterricht in Volksschulen und niederen Gewerbeschulen wird kein Schulgeld bezahlt.

Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten freier Unterricht gewährt werden.

Artikel VII.
Uebereinstimmend.

Artikel VIII.

§ 162. Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden.

Artikel IX.

§ 165. Jeder Grundeigenthümer kann seinen Grundbesitz unter Lebenden und von Todes wegen ganz oder theilweise veräußern. Den Einzelstaaten bleibt überlassen, die Durchführung des Grundsatzes der Theil-

Abschnitt VI. Die Grundrechte des deutschen Volkes.

§ 128. Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet sein. Sie dienen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm und werden ihre Anwendung auf deren besondere Verhältnisse in den Gesetzgebungen dieser Staaten finden.

Artikel I.

§ 131. Die Bedingungen für den Aufenthalt und die Wohnberechtigung in den Einzelstaaten werden durch ein allgemeines Heimatsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine allgemeine Gewerbeordnung von der Reichsgewalt festgesetzt.

Artikel II.

§ 135. Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände.

Alle Standesvorrechte sind abgeschafft.

Die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.

Die öffentlichen Aemter sind für alle Befähigten gleich zugänglich.

Die Wehrpflicht ist für Alle gleich; Stellvertretung bei derselben findet nicht statt. Das Nähere hierüber wird durch das Wehrgesetz bestimmt.

Artikel III.

§ 137. Die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung sind abgeschafft.

Artikel IV.

§ 41. Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.

Die Censur darf nicht eingeführt werden.

Ein Preßgesetz zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und der Rechte Dritter wird vom Reiche erlassen werden.

Ueber Preßvergehen, welche von amtswegen verfolgt werden, wird durch Schwurgerichte geurtheilt.

Artikel V.

§ 142. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.

§ 145. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

Es besteht fernerhin keine Staatskirche.

Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht.

§ 146. Niemand soll von Staats wegen zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden.

Artikel VI.

§ 151. Das Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staats; er übt sie durch eigene von ihm ernannte Behörden aus.

§ 155. Unbemittelten soll in allen Volksschulen und niederen Gewerbeschulen freier Unterricht ertheilt werden.

Artikel VII.
Uebereinstimmend.

Artikel VIII.

§ 160. Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugende Maßregel beschränkt werden.

Die Ausübung der in diesem Paragraphen und im § 159 festgestellten Rechte soll zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit durch das Gesetz geregelt werden.

Artikel IX.

§ 163. Die Bestimmungen über die Veräußerlichkeit und Theilbarkeit des Grundeigenthums, sowohl unter Lebenden als von Todes wegen, bleiben der Gesetzgebung der Einzelstaaten überlassen.

§ 1. Der Verkehr mit Milch ist nur gestattet, wenn die Milch von Kühen stammt, die frei von Tuberkulose sind.

§ 2. Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, darf nur in abgekochtem Zustande in den Verkehr gebracht werden.

§ 3. Der Verkauf von Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, ist nur an Molkereien, Käsereien und Anstalten gestattet, die die Milch vor dem Verkaufe abkochen.

§ 4. Der Verkauf von Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, ist nur in Gefäßen gestattet, die mit einem Aufdruck versehen sind, der die Milch als solche kennzeichnet.

§ 5. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 6. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 7. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 8. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 9. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 10. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 11. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 12. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 13. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 14. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 15. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 16. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 17. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 18. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 19. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 20. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 21. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 22. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 23. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 24. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 25. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 26. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 27. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 28. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 29. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 30. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 31. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 32. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 33. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 34. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 35. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 36. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 37. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 38. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 39. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 40. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 41. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 42. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 43. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 44. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 45. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 46. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 47. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 48. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 49. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 50. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 51. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 52. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 53. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 54. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 55. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 56. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 57. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 58. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 59. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 60. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 61. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 62. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 63. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 64. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 65. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 66. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 67. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 68. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 69. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 70. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 71. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 72. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 73. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 74. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 75. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 76. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 77. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 78. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 79. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 80. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 81. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 82. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 83. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 84. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 85. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 86. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 87. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 88. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 89. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 90. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 91. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 92. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 93. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 94. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 95. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 96. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 97. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 98. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

§ 99. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat dem Käufer eine Bescheinigung darüber auszuhändigen, daß die Milch von tuberkulösen Kühen stammt.

§ 100. Wer Milch, die von tuberkulösen Kühen stammt, verkauft, hat ein Buch zu führen, in das er die Namen und Wohnungen der Käufer einzutragen hat.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Extra-Beilage zu Nro. 129.) 1. Juni 1849.

Frankfurt, 1. Juni.

** In der ersten Beilage zur heutigen Nummer ist der zwischen den Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover vereinbarte Entwurf einer deutschen Reichsverfassung, so weit er von der endgiltig in der Paulskirche beschlossenen abweicht, nach dem „Staatsanzeiger" mitgetheilt. Demselben schließt sich an folgender

Entwurf eines Gesetzes,
betreffend
die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause.

§ 1. Wähler ist jeder selbstständige unbescholtene Deutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

§ 2. Als selbstständig ist derjenige anzusehen, welcher an den Gemeindewahlen seines Wohnortes Theil zu nehmen berechtigt ist und irgend eine directe Staatssteuer zahlt.

§ 3. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:

1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Curatel stehen;
2) Personen, über deren Vermögen Concurs oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist, bis dahin, daß sie ihre Creditoren befriedigt haben;
3) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.

§ 4. Als bescholten sind von der Berechtigung zum Wählen diejenigen Personen ausgeschlossen, denen durch rechtskräftiges Erkenntniß nach den Gesetzen des Einzelstaates, wo das Urtheil erging, entweder unmittelbar oder mittelbar der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, sofern sie in diese Rechte nicht wieder eingesetzt worden sind.

§ 5. Des Rechts zu wählen soll, unbeschadet der sonst verwirkten Strafen, für eine Zeit von 4 bis 12 Jahren durch strafgerichtliches Erkenntniß verlustig erklärt werden, wer bei den Wahlen Stimmen erkauft oder mehr als einmal bei der für einen und denselben Zweck bestimmten Wahl seine Stimme abgegeben oder zur Einwirkung auf die Wahl überhaupt gesetzlich unzulässige Mittel angewendet hat.

§ 6. Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder unbescholtene Deutsche, welcher das 30. Lebensjahr zurückgelegt und seit mindestens drei Jahren einem deutschen Staate angehört hat.

§ 7. Personen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in das Volkshaus keines Urlaubs, haben aber die Kosten ihrer amtlichen Stellvertretung zu tragen.

§ 8. In jedem Einzelstaate sind Wahlkreise von je 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung zu bilden.

§ 9. Ergibt sich in einem Einzelstaate bei der Bildung der Wahlkreise ein Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen, so ist hierfür ein besonderer Wahlkreis zu bilden.

Ein Ueberschuß von weniger als 50,000 Seelen ist unter die andern Wahlkreise des Einzelstaates verhältnißmäßig zu vertheilen.

§ 10. Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigstens 50,000 Seelen bilden einen Wahlkreis.

Diesen soll die Stadt Lübeck gleichgestellt werden.

Diejenigen Staaten, welche keine Bevölkerung von 50,000 Seelen haben, werden mit anderen Staaten nach Maßgabe der Reichswahlmatrikel zur Bildung von Wahlkreisen zusammengelegt.

§ 11. Die Wahl ist indirect. Die Urwähler wählen Wahlmänner, und diese wählen den Abgeordneten.

§ 12. Die Wahlkreise zerfallen in Wahlbezirke behufs der Wahl der Wahlmänner.

§ 13. Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, muß in denselben zur Zeit der Wahl und seit mindestens 3 Jahren seinen festen Wohnsitz haben und heimatsberechtigt sein. Er muß außerdem auf Erfordern nachweisen, daß er mit der letzten Rate der von ihm zu zahlenden directen Staatssteuer nicht im Rückstande ist.

Der Standort der Soldaten und Militärpersonen des stehenden Heeres gilt als Wohnsitz und berechtigt zur Wahl ohne Rücksicht auf Heimatsberechtigung und Dauer des Wohnsitzes. In den Staaten, wo Landwehr besteht, tritt für diese dahin eine Ausnahme ein, daß Landwehrpflichtige, welche sich zur Zeit der Wahlen unter den Fahnen befinden, an dem Orte ihres Aufenthaltes für ihren Heimatsbezirk wählen. Die nähern Anordnungen zur Ausführung dieser Bestimmungen bleiben den Regierungen der Einzelstaaten überlassen.

§ 14. Die Wähler werden behufs der Wahl der Wahlmänner in drei Abtheilungen getheilt. Jede Abtheilung wählt ein Drittheil der zu wählenden Wahlmänner.

§ 15. Die Bildung der Abtheilungen erfolgt nach Maßgabe der von den Wählern zu entrichtenden directen Staatssteuern und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ein Drittheil der Gesammtsumme der Steuerbeträge aller Wähler fällt. Diese Gesammtsumme wird berechnet:

a) gemeindeweise, falls die Gemeinde einen Bezirk für sich bildet oder in mehrere Bezirke getheilt ist;
b) bezirksweise, falls der Bezirk aus mehreren Gemeinden zusammengesetzt ist.

Den Regierungen der Einzelstaaten bleibt es überlassen, für diejenigen Gemeinden oder Bezirke, in welchen keine oder nicht alle landüblichen directen Steuern zur Hebung kommen, der ausfallenden Steuer, behufs Feststellung der Wahlberechtigung und der Abtheilung, eine andere zu substituiren.

§ 16. Die erste Abtheilung besteht aus denjenigen Wählern, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Drittheils der Gesammtsteuer fallen.

Die zweite Abtheilung besteht aus denjenigen Wählern, auf welche die nächstniedrigeren Steuerbeträge bis zur Grenze des zweiten Drittheils fallen.

Die dritte Abtheilung endlich besteht aus den am niedrigsten besteuerten Wählern, auf welche das letzte Drittheil fällt.

§ 17. In jedem Bezirke ist ein Verzeichniß der stimmberechtigten Wähler (Wählerliste) mit Angabe des Steuerbetrages bei den einzelnen Namen aufzustellen. Diese Listen sind spätestens 4 Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen und dies öffentlich bekannt zu machen.

Einsprachen gegen die Listen sind binnen 8 Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten 14 Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

§ 18. Aus den Wählerlisten ist für jede Gemeinde oder Bezirk (§ 15) eine Abtheilungsliste anzufertigen, wegen deren Berichtigung die Vorschriften des vorhergehenden Paragraphen Platz greifen.

§ 19. Bei der Wahlhandlung sind Gemeindemitglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeindeamt bekleiden.

§ 20. Die Wahlen erfolgen abtheilungsweise durch offene Stimmgebung zu Protocoll, nach absoluter Mehrheit.

§ 21. Ergibt sich bei der ersten Abstimmung keine absolute Stimmenmehrheit, so findet die engere Wahl statt.

§ 22. Die gewählten Wahlmänner treten zur Wahl des Abgeordneten zusammen.

§ 23. Die Wahlmänner wählen durch offene Stimmgebung zu Protocoll nach absoluter Mehrheit. Ergibt sich bei der ersten Abstimmung eine solche nicht, so findet die engere Wahl statt.

Der Tag der Wahlen wird für das gesammte Reich ein und derselbe sein.

Die Wahlen, welche später erforderlich werden, sind von den Regierungen der Einzelstaaten auszuschreiben.

§ 24. Die Wahlkreise und Wahlbezirke, die Wahldirectoren und das Wahlverfahren, insoweit dieses nicht durch das gegenwärtige Gesetz festgestellt worden ist, werden von den Regierungen der Einzelstaaten bestimmt.

Dieselbe Nummer des „Staatsanzeigers", welche in ihrem amtlichen Theil die obigen wichtigen Actenstücke mittheilt, enthält in ihrem nichtofficiellen Theil d. d. Berlin, 30. Mai folgenden Artikel:

Bei der Bildung und Zusammensetzung dieser Centralgewalt sind nun ferner zwei Extreme zu vermeiden gewesen. Das eine derselben stellte sich in dem von der Nationalversammlung ausgegangene Entwurf dar: die Summe der Centralgewalt war in einem erblichen Kaiser vereinigt, neben welchen den übrigen Regierungen nur die Berechtigung blieb, einen Theil der Mitglieder zum Staatenhause zu ernennen. Wenn man aber auch zugeben wollte, daß ein solcher Vorschlag für die durchgreifende Einheit der Handlung günstig und durch die Erinnerungen an die alte Größe des Reiches Vielen werth sei, so konnte er doch keine Annahme finden. Nicht bloß die formale Einheit, sondern auch eine tiefer begründete Einigung zu erzielen, ist die Aufgabe der Verfassung, und eine solche kann nicht erwartet werden, wo den einzelnen Regierungen Opfer angesonnen werden, welche weder die Nothwendigkeit fordert, noch der Geist der deutschen Stämme billigt.

Eben so wenig aber hat Preußen es vermocht, sich der Einsicht zu verschließen, daß da, wo die Nation dem Auslande gegenüber hervortritt, wo sie im Inlande auf übereinstimmende Handlung hingewiesen ist, die Centralgewalt einheitlich auftreten müsse. In dem mehr oder weniger bewußten Zug nach einer solchen die Gesammtheit darstellenden Einheit mußte man eine der mächtigsten Ursachen des weit verbreiteten Beifalls, ja der Begeisterung erkennen, welche der von Frankfurt ausgegangene Verfassungsentwurf in den verschiedensten Theilen Deutschlands gefunden hat. Daß die Form eines aus mehr oder minder gleichberechtigten Stimmen zusammengesetzten Directoriums, in welchem die Reichsregierung aufginge, diesem tiefen Bedürfnisse nicht entspreche, hierüber konnte Preußen nicht im Zweifel sein.

Es kam daher Alles darauf an, für die Centralregierung eine solche Grundlage zu finden, auf welcher der einen und der andern dieser Anforderungen möglichst Genüge geleistet würde. Hieraus ist der leitende Gedanke hervorgegangen, daß die gesetzgebende Gewalt, insoweit hierbei die Centralregierung als verfassungsmäßiger Factor erscheint, der in einem Collegium vereinigten Gesammtheit der Regierungen verbleibe, daß dagegen die eigentliche Executivgewalt einheitlich dargestellt und dem mächtigsten Gliede in diesem Bundesstaate übertragen werde. Bei der nothwendigen Beziehung der Ausführung zu den erforderlichen Mitteln wird hierdurch zugleich der Gesammtheit der deutschen Regierungen ein naturgemäßer Einfluß auch auf diejenigen Handlungen gesichert, welche dem Bereiche der Executivgewalt zugewiesen sind.

Neben diese Reichsregierung mit ihrem Vorstand an der Spitze tritt nun in dem vorgelegten Verfassungs-Entwurfe die National-Vertretung als gleichberechtigter Factor der Gesetzgebung. Seine Zusammensetzung sowohl als seine Befugnisse sind im Wesentlichen dieselben geblieben, welche der Entwurf der National-Versammlung, wie er vor den Transactionen der Parteien aus der ersten Lesung hervorging, bezeichnet hat. Nach dem ernstlichen Willen der Regierungen, die ihren Entwurf jetzt vorlegen, soll keine der Bestimmungen vermißt werden, in welchen die Bürgschaften für die Freiheit und die Ordnung zu suchen sind. Eben deßhalb hat das in Frankfurt entworfene Wahlgesetz, unter Beibehaltung seines obersten Grundsatzes, Aenderungen erfahren müssen; die Regierungen würden ihre Pflicht gegen die Nation nicht erfüllen, wenn sie Einrichtungen guthießen, über deren verderbliche Folgen Niemand im Zweifel sein kann, der sich von den Leidenschaften und Absichten der Umwälzungspartei frei gehalten hat und die Bedingungen eines gedeihlichen politischen Lebens unbefangen zu beurtheilen vermag.

In dieser Gestalt nun legen die verbundenen Regierungen das Resultat ihrer Berathungen zunächst den andern deutschen Regierungen vor. Ihr Entwurf ist als der Vorschlag anzusehen, welchen sie übereingekommen sind, einer im Staatenhaus und Volkshaus gegliederten, auf Grund des beigefügten Wahlgesetzes einzuberufenden Versammlung aus allen den Staaten vorzulegen, welche sich zu diesem Zwecke mit ihnen vereinigen. Der Bundesstaat selbst, wie er aus der Annahme des Entwurfs von Seiten jener Versammlung hervorginge, würde daher stets nur diejenigen deutschen Staaten umfassen, die sich ihm nach eigenem, freiem Ermessen angeschlossen haben. Allerdings ist es der Wunsch und die Hoffnung der jetzt verbundenen Regierungen, daß ihre aus der reifsten Prüfung der unabweislichen Bedürfnisse der Gegenwart hervorgegangene Proposition allgemeine Zustimmung finde, daß demnach sämmtliche Glieder des bisherigen deutschen Bundes sich ihnen anschließen mögen. Sie fühlen vollkommen, in welchem Maße ein wahrhaft heilbringender Ausgang der schweren Krisis, die über Deutschland liegt, eben davon abhängig ist. Aber sie müssen dennoch auch den schmerzlichen Fall ins Auge fassen, daß einzelne Staaten des Bundes von 1815 sich nicht bewogen fänden, diesen Weg mit ihnen zu betreten. Diesem Falle gegenüber bedarf es nur der erneuerten und ausdrücklichen Hinweisung darauf, daß der Bundesstaat, dessen Gründung sie beabsichtigen, den rechtlichen Fortbestand der Verträge von 1815 nirgends [illegible] tastet, sondern vielmehr, auch bei definitiver Feststellung, in landesrechtlicher Hinsicht nur ein auf Grund des [illegible] Artikels errichtetes dauerndes Bündniß ist. Allen Pflichten, welche den einzelnen Bundesgliedern nach der Bundesacte obliegen, würden auch die in dem engeren Bundesstaat vereinigten Staaten vollständig genügen, und eben so die entsprechenden Rechte für sich in Anspruch nehmen. Sollte es erforderlich werden, die durch die Auflösung des Bundestages verursachte Lücke in der formellen Behandlung der Bundesgeschäfte durch neue Uebereinkünfte zu ersetzen, so werden sich die in dem engeren Bundesstaate vereinigten Glieder hierzu bereit finden lassen.

Es ist nicht zu verkennen, daß an diese allgemeinere Betrachtung, die sich auf sämmtliche Glieder des bisherigen deutschen Bundes bezieht, noch eine hiervon gesonderte über das Verhältniß sich knüpft, in welches jene Vorlagen zu der kaiserlich österreichischen Regierung, dem ersten Gliede des bisherigen deutschen Bundes, treten. Niemand kann lebhafter fühlen, welche hohe Bedeutung in der Stellung Oesterreichs zu dem übrigen Deutschland liegt, als die preußische Regierung. Jeder Aufbau einer neuen Verfassung, dessen Verhältniß zu dem mächtigen Kaiserstaate, zu der Gemeinschaft, welche die ruhmwürdigsten und glänzendsten Zeiten der deutschen Geschichte in sich schließt, nicht völlig klar und befriedigend hervortritt, würde von vornherein an einem tiefen Gebrechen leiden. Mit Recht würde man hierin eine Einheit erblicken, die auf Kosten der Macht und Weltstellung Deutschlands erzielt sei. Daher ist es bisher die angelegentlichste Bemühung Preußens gewesen, und wird es stets bleiben, eine volle Uebereinstimmung mit der kaiserlichen Regierung auch hierin zu gewinnen.

Die der österreichischen Monarchie verliehene Verfassung vom 4. März 1849 schließt alle Theile derselben zu einem gleichmäßigen Gesammtstaat zusammen. Aus mehr oder minder selbstständigen, durch das Regentenhaus vereinigten Staaten sind diese Lande jetzt Provinzen eines politischen Körpers geworden, welcher von einer centralen Regierung seine Leitung und von einem Gesammtparlamente seine Gesetze empfängt. Die bisher zum deutschen Bunde gehörigen Lande befinden sich dabei ganz in gleicher Lage wie die andern Theile der Monarchie. Die gegebenen Erklärungen der kaiserlich österreichischen Regierung haben sich daher auch seitdem auf den gesammten Kaiserstaat beziehen müssen, und es ist die nächste Aufgabe gewesen, ernstlich danach zu trachten, eine Gemeinschaft zwischen dieser Gesammtmonarchie und den übrigen deutschen Staaten zu begründen, in welcher beide Theile ihre Bedürfnisse befriedigt und ihr Wohl gefördert zu sehen im Stande wären. Die hierüber eingeleiteten Verhandlungen haben noch zu keinem Resultate geführt. Bei der hohen Wichtigkeit dieses theuren und altbewährten Bandes und dem aufrichtigsten, innigsten Willen Preußens, dauernd zu befestigen, was den gegebenen Bedingungen allseitig entspricht, darf die begründete Hoffnung ausgesprochen werden, daß das Allen gemeinsame Ziel auch erreicht werde. Keinen-

falls und unter keinen Umständen kann es in Jemandes Gedanken kommen, die Rechte anzutasten, welche den zu dem deutschen Bunde gehörigen österreichischen Landen aus dem unverändert fortbestehenden Bundesvertrage zukommen. Sie werden stets eben so heilig zu halten sein, als das übrige Deutschland berechtigt ist, zu erwarten, daß diese Theile des jetzigen österreichischen Gesammtstaates die Stellung zu dem bisherigen deutschen Bunde einnehmen, die der Bund bei allen seinen Gliedern als Grundbedingung voraussetzt. Welche Grundlagen auch hierfür gesucht und gefunden werden mögen, immer wird es Preußen als unwandelbare Pflicht erkennen, zu Allem bereitwillig die Hand zu bieten, was eine volle Einigung zwischen allen Theilen zu begründen geeignet ist.

Die heute zur Oeffentlichkeit gelangenden Actenstücke legen vor Aller Augen offen dar, wie Preußen und die mit ihm verbundenen deutschen Regierungen die große Aufgabe betrachten, welche die Zeit ihnen gestellt hat, und auf welchen Wegen sie deren Lösung zu erreichen streben.

Nähere und fernere Gefahren drohen in einer Ausdehnung und Offenkundigkeit, die jede einzelne Darlegung überflüssig erscheinen läßt. Der bisherige und rechtlich fortbestehende deutsche Staatenbund ist nicht fähig, seine Glieder gegen den inneren und äußeren Feind zu schützen, der neu zu errichtende Bundesstaat ist noch nicht ins Leben getreten. Den Uebergang zwischen beiden in rechtlichem und geordnetem Wege zu vermitteln, war die Aufgabe der Nationalversammlung, sie ist aus dieser Bahn gewichen und hat es hierdurch den Regierungen der größeren deutschen Staaten unmöglich gemacht, ihren ferneren Handlungen irgend eine Giltigkeit beizumessen. Da die Regierung des Erzherzogs-Reichsverwesers nach dem Inhalte des Beschlusses vom 28. Juni 1848 nur durch die der Nationalversammlung veranwortlichen Minister ausgeübt wird, so hat auch deren Thätigkeit eben so ihren rechtlichen Boden verloren, als sie jetzt factisch außer Stande ist, einem Berufe zu genügen, in dessen Ausübung sie sich so hohe und mannigfache Verdienste um das Vaterland erworben hat.

Unter diesen gefahrvollen und drängenden Umständen haben sich die Regierungen, welche zunächst auf eine gemeinsame Handlungsweise hingewiesen sind, nicht der Pflicht entziehen können, sich darüber zu verständigen, in welcher Art und mit welchen Mitteln sie ihren Angehörigen den gemeinsamen Schutz zu leisten beabsichtigen, den diese von ihnen zu fordern berechtigt sind. Die Leitung der hierzu erforderlichen Maßregeln haben sie Preußen in dem Umfange übertragen, der durch die Nothwendigkeit einheitlichen Handelns bezeichnet und abgegrenzt wird. Da ihre Aufgabe aber nicht bloß darin bestehen kann, den äußeren und den inneren Feind abzuwehren, sondern auch dahin zu trachten, daß die Quellen geschlossen werden, aus welchen wenigstens theilweise die verheerenden Strömungen fließen, so sind die verbundenen Regierungen zugleich übereingekommen, ein provisorisches Schiedsgericht einzusetzen, dessen Entscheidung sie die Streitigkeiten zwischen diesen Regierungen selbst, sowie die Streitigkeiten zwischen den Regierungen und ihren Ständen und Angehörigen unterwerfen. Jede Beschwerde soll hier ihre gerechte, streng unparteiische Erledigung finden.

Es erscheint kaum nothwendig, dieses vorübergehende Bündniß gegen mögliche Mißdeutungen zu verwahren. Allerdings kann es nur der Wunsch und die Hoffnung der verbundenen Regierungen sein, daß alle Glieder des deutschen Bundes, welche ein gleiches Bedürfniß zu engerem Zusammenschließen empfinden, in die dargebotene Gemeinschaft eintreten. Aber dieses aus den Forderungen der Gegenwart hervorgegangene und von deren Dauer abhängige Bündniß ist nicht der deutsche Bund von 1815. Auf die Befugnisse gestützt, welche der elfte Artikel der Bundesacte allen Bundesgliedern vorbehält, berührt es nirgends den völkerrechtlichen Verein der Staaten, die zum deutschen Bunde gehören, sondern erkennt vielmehr den rechtlichen Fortbestand desselben mit allen hieraus erwachsenden Rechten und Pflichten unverändert an. Eben so wenig fällt daher die an Preußen übertragene Leitung der gemeinsamen Interessen jenes Bündnisses mit der durch den Bundesbeschluß vom 12. Juli 1848 anerkannten provisorischen Centralgewalt zusammen; über die Fortdauer dieser Institution würde, wenn der Erzherzog-Reichsverweser sich veranlaßt finden sollte, sein Mandat niederzulegen, immer wieder nur durch die Gesammtheit der Glieder des deutschen Bundes bestimmt werden können.

Die Regierungen, welche zu dem vorerwähnten Bündnisse zusammengetreten sind, haben allerdings auch über den vorübergehenden Zweck desselben hinaus ihre Augen richten müssen. Sie sind dabei von der Ueberzeugung ausgegangen, daß die politischen Krämpfe, welche Deutschland gegenwärtig so schwer empfindet, nicht eher als wahrhaft beendet betrachtet werden können, ehe nicht die Umgestaltung des bisherigen Bundes auf rechtlichem Wege vollbracht ist, ehe nicht das Verfassungswerk vollendet dasteht. Hierin lag das Richtige des Gedankens, welcher die Mehrheit der Nationalversammlung während geraumer Zeit geleitet hat. Um so mehr muß tief beklagt werden, daß, durch bekannte Umstände veranlaßt, das Werk derselben, sowohl seinem Inhalte, als seinem Abschlusse nach, unannehmbar blieb. Hinsichtlich des Inhalts ist dieses in den mehrfachen Erklärungen, welche die deutschen Regierungen an die Versammlung gelangen ließen, deutlich nachgewiesen. Sie blieben, ihrem wesentlichsten Theile nach, gänzlich unbeachtet; man beschloß eine Verfassung, welche die rechtliche Selbstständigkeit der Einzelstaaten zu Gunsten einer Centralgewalt zerstört, während gleichzeitig dieser Centralgewalt die Mittel vorenthalten blieben, um die gesetzliche Sicherheit und die politische Ordnung, welche kein Staatswesen entbehren kann, in dem neuen Reiche aufrecht zu erhalten.

Für die Verwirklichung dieses Verfassungswerkes legte sich nun die Nationalversammlung eine ausschließliche Befugniß bei; ohne Mitwirkung oder Zustimmung der Regierungen verkündete sie es als endgültig. Sie mißkannte hierbei gänzlich ihre Stellung und setzte sich eigenmächtig außerhalb ihres Mandats, daß nie ein anderes gewesen ist, als die Verfassung zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringen. Ein so maßloses Ausschreiten aus den ihr rechtlich zukommenden Befugnissen konnte von den Regierungen der einzelnen Staaten nicht gestattet werden, wenn sie die ihnen gegen die eigenen Angehörigen obliegenden Pflichten erfüllen wollten.

Da die erste Periode in derVerfassungsarbeit ohne Frucht ablief, so erwuchs hieraus eben den Regierungen, welche den Frankfurter Entwurf nicht annahmen, die besondere Verpflichtung, ihrerseits nach Kräften dahin zu wirken, daß Deutschland seine ersehnte Verfassung erhalte. Es lag ihnen ob, die Initiative hierzu zu ergreifen und ihrerseits einen Entwurf aufzustellen, welcher zunächst den anderen deutschen Regierungen vorgelegt werde und nach Maßgabe ihrer Erklärungen dann als gemeinsame Vorlage an eine aus diesen Landen einzuberufende Versammlung gelange.

Bei dem Entwurfe der Reichsverfassung, welcher hier den Regierungen und der Nation zu freier Zustimmung dargeboten wird, ist die Arbeit der Nationalversammlung zu Grunde gelegt; nicht bloß ihre nothwendigen und nützlichen Bestimmungen sind beibehalten, sondern auch alle diejenigen, welche, den obersten Forderungen des Rechts und der Ordnung nicht widersprechend, keinen eigentlichen Nachtheil für die gemeine Wohlfahrt befürchten lassen.

Eine ausführliche Denkschrift wird den Inhalt der vorgeschlagenen Verfassung näher erläutern. Da dieselbe jedoch erst in einigen Tagen nachfolgen kann, so mögen einige Andeutungen über die Grundsätze, welche bei jener Arbeit geleitet haben, hier ihre Stelle finden.

Der Grundgedanke, der sich durch diesen Verfassungsentwurf hindurchzieht, ist der, daß Deutschland dem Auslande gegenüber durchaus als eins und ungetheilt erscheine, nach Innen aber seinen Gliedern eine volle Sicherung ihrer staatlichen Existenz neben der heilsamen Entwickelung gemeinsamer Institutionen gewähre.

In Frankreich, in England, überall außerhalb der deutschen Grenzen soll man nur Deutsche kennen und mit Deutschen verhandeln, nur Deutsche finden, wenn der Ruf des Vaterlandes zu den Waffen ergeht. Innerhalb dieser Grenzen aber soll der Sachse, der Bayer, der Preuße, soll jedes deutsche Land in seiner selbstständigen Entwickelung nirgends gefährdet, sollen den Regierungen der Einzelstaaten die Rechte und die Pflichten nicht verkümmert werden, die ihnen zukommen.

Für den Umfang der Centralgewalt erwächst hieraus, daß derselben keine Befugniß beigelegt werden darf, die, aus irgend einem Schuldbegriff gefolgert, von den Einzelregierungen mit gleichem Erfolge ausgeübt werden könnte. Nur dasjenige, was der Einzelstaat als solcher nicht vermag, oder wobei mehrere Einzelstaaten betheiligt sind, ohne zur Einigung zu gelangen, nur dieser Kreis von Handlungen fällt der Centralgewalt anheim. Sie übt die Oberaufsicht aus über die Gesammtinteressen des Bundesstaats, sie zeichnet die Wege vor, auf welchen Gemeinsames entstehen soll, aber sie überläßt auch hier die eigentliche Ausführung den Staaten selbst.

Deutschland.

† **Berlin**, 30. Mai. Die Grundzüge, auf deren Basis jetzt die Friedensunterhandlungen zwischen Preußen und Dänemark von Neuem aufgenommen sind, bezeichnet, wie der Allg. Zeitungs-Correspondenz aus „guter Hand" mitgetheilt wird, in Folgendem: Jütland wird von den Reichstruppen geräumt, dafür hat Dänemark die genommenen Schiffe zurück- und die Blokade aufzugeben. Der Waffenstillstand soll bis zum 1. Januar 1850 ausgedehnt und während dieses Zeitraums, eventuell bis zur Herbeiführung des Friedens der Statusquo der Herzogthümer belassen werden. Diese Grundzüge sind möglichst einfach aufgestellt, um den Parteien bei den Friedensunterhandlungen das weiteste Terrain zu eröffnen. Es ist beachtungswerth, daß Palmerstons letzter Vorschlag: Schleswig sei von Flensburg bis Husum von den Dänen zu besetzen, von unserem anderweitig jetzt doch so dynastisch auftretenden Cabinette, als der Ehre der Nation und der gerechten Interessen der klientirten Herzogthümer zuwider, entschieden zurückgewiesen wurde, so daß in Folge seiner Proposition des in dieser Politik sehr schwankenden englischen Ministers und mit Beiseitesetzung des Vermittlers der Schauplatz der Unterhandlungen von London nach Berlin verlegt wurde. Preußen will keinen Theil der Herzogthümer von den Dänen wieder besetzen lassen, oder Schleswigs Unterwerfung gutheißen, so lange die constitutionellen Rechte der Herzogthümer nicht anerkannt und Garantien gegeben sind, daß weder eine Incorporation des Ganzen, noch eine persönliche Rache gegen Einzelne stattfinden kann. Diese ehrenhafte und gerechte auswärtige Politik unseres Ministeriums ist anerkennungswerth und würde gewiß auch vollkommen anerkannt werden, wenn sie nur von einer entsprechenden inneren begleitet wäre. Uebrigens finden die diesseitigen Unterhändler, welchen auch der diesseitige hannoversche Gesandte von Schleinitz hinzugesellt ist, an dem dänischen Bevollmächtigten, dem Kammerherrn von Reedtz ihren Mann. Reedtz, dessen Wort zur Zeit selbst ein Metternich und Guizot respectirten, hat bereits im Jahre 1816 die dänischen Interessen wohl zu wahren gewußt. Indessen zweifeln wir doch nicht, daß in Bälde irgend eine Vermittelung zu Stande kommen wird, nachdem sich in Kopenhagen unter der Bourgeoisie ein bedeutender Meinungsumschlag herausgestellt. Diese Bürgerklasse, anfangs die Hauptantreiberin des Krieges, ist jetzt entschieden gegen denselben. Wie die Sachen jetzt stehen — fügen wir hinzu — halten wir wohl den neuen Waffenstillstand für wahrscheinlich und nahe bevorstehend, minder aber einen baldigen definitiven Friedensschluß, welcher, allem Anscheine nach, ohne einen deus ex machina noch länger wird auf sich warten lassen, trotzdem, daß man in hiesigen politischen Kreisen schon in den nächsten Tagen den Frieden selbst erwarten zu dürfen glaubte.

— Die durch die neuesten Frankfurter Blätter gemeldete Verwerfung des Welcker'schen Zusatzes zu dem Uhland'schen Manifest an die deutsche Nation hat hier in fast allen politischen Kreisen einen tief düsteren Eindruck hervorgerufen. Denn wenn jener Zusatz in seiner Tendenz einer energischen Zurückweisung jeder fremden Einmischung in die deutschen Angelegenheiten ohne Zweifel badische und rheinpfälzische Eventualitäten vor Augen hatte, so mußte man ihn schon als Demonstration gegen drohende Gefahren einstimmig annehmen. Statt dessen hat man ihn mit 87 gegen 58 Stimmen verworfen und dadurch auswärtigen Einmischungsgelüsten gewissermaßen selbst die Hand geboten! Dieß ist ein Verfahren, welches die tadelnswürdigsten Akte der Regierungen vollkommen aufwiegt und uns eben so sehr wie von den absolutistischen Sondergelüsten der Cabinette, so von der vaterlandsfeindlichen Politik der Reichsversammlung abwendig macht. Denn welches auch unser politischer Standpunkt, wie heiß auch unser innerer Kampf sei, darüber müssen wir uns Alle einig wissen: keine Intervention von Außen! oder die tausendjährige Geschichte deutscher Erniedrigungen ist spurlos an uns vorübergegangen, und die größte, weil nationalste Erhebung des deutschen Volkes, schließt mit dem schmachvollsten Verluste neuer Ländertheile. Darum hoffen wir, es werde jener Beschluß der 87 zu Frankfurt einen Schrei der Entrüstung in ganz Deutschland hervorrufen, und man werde jenseits des Rheins inne werden, daß ein freies Volk seine Nationalehre als höchstes Gut schätzt!

Dresden, 27. Mai. Wir melden jüngst, daß Todt und Tzschirner in Frankfurt seien. Es war die Nachricht begründet. Todt ist noch jetzt dort. Tzschirner befindet sich in Hanau. Die dortigen Justiz-Behörden haben Notiz davon genommen, bis jetzt indeß verweigert, gegen die Verfolgten etwas vorzunehmen, weil diese noch nicht auf Grund richterlicher Entscheidung steckbrieflich verfolgt werden seien. Man ist hier so eben dabei, der Weigerung durch Fassung einer richterlichen Entscheidung Abhülfe zu geben. Der ehemalige Ober-Bürgermeister Klinger von Leipzig ist seit zwei Tagen nach Dresden übergesiedelt. Herr Bassermann befand sich in diesen Tagen hier. (D. Ref.)

Darmstadt, 31. Mai, Abends. Die Main-Neckarbahn stand heute ausschließlich den Militärzügen zu Gebot. Das Leben im Bahnhof war den ganzen Tag sehr bewegt. Ein starker Militärzug, namentlich von Mecklenburgern, folgte dem andern. Der junge Herzog Wilhelm von Mecklenburg, Bruder des Großherzogs, commandirt die Reiterschwadron, welche die nach der Bergstraße gehende Batterie geleitet. Auch nach dem Odenwalde gingen mehrere Truppenabtheilungen, so auch das gestern Abend angekommene nassauische Schützenbataillon. Wir haben keine bestimmte nähere Nachrichten von dort. Von der Bergstraße erfährt man, daß es heute zu keinem ernstlichen Gefechte kam. Man glaubt, daß nach den beträchtlichen Verstärkungen, welche das Corps heute erhalten hat, es die Offensive gegen Baden ergreifen und wenigstens die Neckarlinie occupiren wird, um eine sichere Stellung gegen weitere Ueberfälle der Insurgenten einzunehmen. — Die Leichen der beiden im gestrigen Gefechte gefallenen Offiziere sind heute Abend hierher gebracht worden. Unter den angekommenen Verwundeten erregte besonders ein Soldat, den seine Kameraden auf einer Tragbahre nach dem Lazarethe trugen, allgemeine Theilnahme. Ein Kartätschenschuß hatte ihm beide Beine zerschmettert.

Nachschrift.

∞ **Paris**, 30. Mai. Die Ministerkrisis nähert sich ihrem Ende. Diesen Morgen conferirte Fallour lange Zeit im Elysee. Sind wir gut unterrichtet, schreibt die lithographirte Correspondenz, so erhalten wir ein Ministerium vom reinsten Royalismus, nämlich Bugeaud, Mole, Benoist, Mathieu und Fallour. Die Entschiedenheit, mit der sich in der legislativen Versammlung Rechte und Centrum wie auf einen Wink erhoben, trägt zu diesem Entschlusse nicht wenig bei.

Die legislative Versammlung fuhr in ihrer heutigen Sitzung in der Prüfung der Legitimationen fort.

Privatbriefe aus Rom vom 23. Mai melden, daß der Waffenstillstandsvertrag zwischen den französischen Expeditionstruppen und den Römern auf zehn Tage verlängert worden sei.

Börsenberichte.

Amsterdam, 30. Mai. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 48⅞. — 3pCt. Schuld 57⅜. — 4pCt. do. 75¹⁵/₁₆. — 5pCt. Ard. 11⅝. — do. à L. 310 = Stücke 11⅝. — 3pCt. int. à 6000 fl. 23⅜. — Russ. 4pCt. bei Stieglitz 89. — 5pCt. Met. 70½. — do. 2½pCt. 37½.

Der Rondsmarkt lieferte heute wenig Belangreiches ab, noch in Holl. wie in fremden Effecten war nennenswerthes Geschäft, und die Preise haben wenig oder nichts variirt. Nur Peru waren etwas angenehmer.

Paris, 30. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 81. 30. — 4½Ct. 51. 70. — Neue 3pCt. Span. ... — Innere Schuld 23½. — Bankactien 2150. — Versailles, rechtes Ufer 185. — Linkes Ufer 160. — Paris-Orleans 740. — Paris-Rouen 495. — Orleans Bordeaux 400. — Orl ans-Vierzon 295. — Marseille-Avignon 190. — Straßburg-Basel 100. — Nordbahn 407. 50. Paris-Strasburg 353. 75. — Röm. Anleihe 70, 69½. 70.

In Folge starker Gewinnrealisationen dauerte das Fallen der Course auch heute fort.

London, 29 Mai. 3pCt. Stocks 91¼. — 5pCt Span. 16¼. 16. — Neue 3pCt. 32½. — 4pCt. Port. —. — 2½pCt. Holländ. 49.

Madrid, 25. Mai. 3pCt. 21⅞ B., n. b. O. 21⅞ G. — 5pCt. 10 G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Druck von August Osterrieth.

№ 130. —— Samstag —— den 2. Juni —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Würtemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bayern fl. 2. 35 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: C. A. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth. Nr. 33. — Für England und überseeische Länder: Loysel & Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) die Hamburger Zeitungshalle in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Mayer u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 75a.; 3) Hofcommissär G. Förster in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 31. Mai. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt wird vor dem Beginn der Sitzung eine Interpellation von Dr. Reinganum über die von dem Gewerbeausschuß in seiner letzten Sitzung gerügte, und durch ein öffentliches Blatt zur Sprache gebrachte Mißachtung seiner Eingaben verhandelt. Dr. Binding erklärt, der Bericht über das Gesuch des Ausschusses, betreffend die Gleichstellung aller Ehefrauen im Concurse ihrer Männer, werde demnächst vorgelegt werden, womit die Sache erledigt erscheint. Wegen anscheinend nicht vollzähliger Versammlung erfolgt Namensaufruf, der die beschlußfähige Zahl ergibt. Dr. Stein beantragt die Reduction dieser Zahl (80), was dem Ausschuß für Geschäftsordnung zugewiesen wird. Eine Senatsvorlage über den früher von hier gestellten Antrag: in so lange keine Vorlage mehr für die Reichskasse zu machen, bis an den bereits vorgeschossenen 670,000 fl. wenigstens eine beträchtliche Abschlagszahlung geleistet sei, kommt zur Berathung, und füllt die ganze Sitzung aus. Der Senat theilt die Verhandlungen, welche er mit dem Reichsministerium gepflogen, durch seinen Commissär, Senator Kloß mit, aus denen im Wesentlichen hervorgeht: das Reichsministerium habe kein Geld, könne also auch nicht sagen, ob und wann es zahlen werde; ein bedeutender Theil der Summe gehe den Staat Frankfurt selbst an; wolle man nicht mehr zahlen, so werde man die Truppen aus den Kasernen in Bürgerhäuser legen; für den nächsten Monat aber brauche man 9000 bis 10,000 fl, auf deren Bewilligung der Senat antrage. Ueber die von dem Senatscommissär, Senator Kloß, beantragte Dringlichkeit sprechen Dr. Braunfels, Dr. J. Friedleben, Dr. Stein, Dr. A. Friedleben, Bürgermeister Cöster, Schöff Souchay, Herwig, Dr. Reinganum; die in dieser Diecussion beantragte Ueberweisung an die Finanz- oder eine andere Commission wird abgelehnt und in die Sache selbst eingetreten. In der Hauptdebatte, an welcher sich Dr. J. Friedleben, Dr. Stein, Dr. A. Friedleben, Dr. Reinganum, Schmidt, Vogtherr, Dr. Schwarzschild, Jung, Herwig, Dr. Kugler, Schöff Souchay, Dr. Braunfels, Dr. Goldschmidt betheiligten, fand der Senatsantrag wenig Vertheidiger; die Einen wollten gar nichts mehr bewilligen; Andere wollten nur dasjenige auszahlen lassen, wozu contractliche Verbindlichkeiten vorliegen; noch Andere wollten auch hier noch dasjenige beifügen, was für die Erhaltung der von der Stadt angeschafften Bestände und die Fortdauer der Verpflegscommission erforderlich sei; entschieden aber sprach man sich aus über die Drohung des Reichsministeriums: die Truppen, im Falle der Zahlungsverweigerung, den Bürgern in's Quartier zu legen. Unter mehreren Anträgen wird derjenige von Dr. Kugler, dahin gehend, vom 26. Mai keine Vorlagen für die Reichskassen mehr zu machen, mit Ausnahme derjenigen contractlichen Verpflichtungen, welche nach dem Conferenzprotocoll der ständigen Bürgerrepräsentation zu leisten seien, und derjenigen Ausgaben, welche die Erhaltung der von der Stadt angeschafften Bestände und die Fortdauer der Verpflegungscommission erheische, aber nur für einen Monat, in namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 39 angenommen. Ein während der Debatte in Form einer Anfrage von Dr. Reinganum gestellter Antrag: „Ist der Senat Willens, bei künftigen Eingaben darauf anzutragen, daß der Soldat von dem Bürger nur das vorschriftsmäßige Dach und Fach, die Mundverpflegung aber von seinem Verar erhalte?“ wird von ihm in der Voraussetzung zurückgezogen, daß der Senatscommissär dem Senate hierüber Bericht erstatten werde. Die nächste Sitzung wird auf Sonnabend den 2. Juni angesetzt.

† **Wien**, 29. Mai. Die „Wiener Zeitung.“ kömmt nun in ihrem Abendblatt auf die Katastrophe von Ofen zurück und gibt zu verstehen, daß die Ausgabe des Extrablattes, das zuerst hierüber berichtet, nicht ohne höhere Ermächtigung stattgefunden, die Einstellung der Ausgabe aber lediglich durch das rasche Vergreifen der 8000 Exemplare starken Auflage herbeigeführt worden war. Es wird hierbei die trostvolle Versicherung gegeben, daß die dermalen gegen den Sitz der Empörung gerichteten Kräfte von einer Ausdehnung sind, daß der Verlust der Position von Ofen für den Erfolg der Operationen von keinem entscheidenden Einfluß sein könne. In der That legen auch Strategen der Festung Ofen als solcher nur eine sehr untergeordnete Wichtigkeit bei und der moralische Eindruck wird zum Glück fast gleichzeitig durch die Einnahme Malgheras aufgewogen. Nur bleibt immer der Verlust so vieler Braven, die durch Schlachten — nicht in der Schlacht — den Tod gefunden, so wie jener an Geschützen und Feuergewehren sehr zu beklagen. — Generalmajor Hentzi war am 22. an seinen Wunden gestorben. Die ungarische Cernirungsarmee hat bis auf 1000 Mann, die als Besatzung zurückgeblieben, Budapest verlassen und auch die Waffen und Kanonen mitgenommen. Die Ofener Festungswerke werden geschleift, um Pest nicht wieder einem Bombardement auszusetzen. Auf dem gräflich Sandorschen Hause in Ofen ward zuerst die ungarische Tricolore aufgepflanzt. — Die Berichte, die wir über die Einnahme Ofens lesen, finden kaum Worte, um den Muth und die außerordentliche Tapferkeit der k. k. Truppen gebührend zu schildern. Jede Treppe, jede Kammer, jedes Dach kostete mehrere Menschenleben. Man focht in den Höfen und in den Zimmern Mann gegen Mann. Die Magyaren nahmen und gaben keinen Pardon. Am frühen Morgen erschien Görgey in Ofen. Er hielt strenge Mannszucht. Die Magyaren lagerten auf den Plätzen mitten unter Leichen. Ein Kriegsrath wurde ernannt, welcher die österreichische Besatzung für kriegsgefangen erklärte. Görgey's Bericht an den Präsidenten nach Debrezin lautete in drei Worten: „Hurrah! Buda! Görgey!“ Die Antwort war: „Den Dank der Republik! Herr Feldmarschallieutenant.“

Im Czaikistendistricte concentriren Puffer, Knicsanin und Horvath ihre Streitkräfte, um Percsel die Spitze zu bieten. Gerüchtsweise vernimmt man, daß die Magyaren Orsowa eingenommen und F.M.L. Malovsky sich in die Walachei zurückgezogen habe, was ebenso, wie die Nachricht, daß Temesvar in feindliche Hände gerathen sei, der Bestätigung bedarf. Als verläßlich wird mitgetheilt, daß 60,000 Russen in Siebenbürgen eingedrungen sind, Kronstadt den Magyaren entrissen haben und sich bald mit dem Puchner'schen Armeecorps vereinigen werden. — In Semlin rafften Typhus und Cholera täglich viele Menschen weg.

Die gestern gemeldete Einnahme Malgheras wird nun officiell in dem 37. Armeebulletin gemeldet. Nach anderweitigen Mittheilungen dauerte das Bombardement aus 90 Geschützen 36 Stunden, und nachdem im Fort zwei Pulvermagazine in die Luft geflogen waren, wurde dasselbe von den Insurgenten geräumt. Der Verlust der k. k. Truppen ist nicht bedeutend; bloß 2 Batterien wurden demontirt.

Hier ist es überaus still und ruhig, und in diesen Feiertagen hat man sich mehr mit Ausflügen in die Umgebungen erheitert, als mit Politik beschäftigt. Viele Familien haben ihre Landsitze bereits bezogen.

Das reoccupirte Ungarn soll 13 Militär- und Districtscommandanten erhalten und jedem Commandanten ein Civilbeamter als Landesscherheitscommissär beigegeben werden. In letzterer Eigenschaft sind schon drei Beamte der Wiener Stadthauptmannschaft nach Tyrnau, Preßburg und Oedenburg abgegangen; der vierte Posten soll zunächst Trentschin sein. Der Vicestadthauptmann Regierungsrath v. Sessenburg befindet sich im Hauptquartier des F.Z.M. Freiherrn v. Welden.

Preßburg, 25. Mai. Die Ankunft der russischen Hilfstruppen, von denen nach unserer Schätzung schon 80,000 M. auf ungarischem Boden stehen, hat noch keine erschöpfliche Aenderung in der Taktik des Feindes nach sich gezogen. Noch immer weicht er jeder Schlacht aus und manövrirt mit Scheingefechten. Eine Avantgarde von 6000 Honveds ist in Megyer, einem von Szerdahely zwei Stunden entfernten Dorfe, angelangt und hat auf einer Ebene Lager geschlagen. Ofen soll nun wirklich am 22. Mai in die Hände des Feindes gefallen sein. Man spricht von Verrath der italienischen Besatzung, die mittels Stricken die Honveds über die Festungsmauer zog. Hierauf sei es zu einem großen Blutbade gekommen, wobei der tapfere und brave Commandant mehre tödtliche Wunden erhalten habe. (Pr.)

* — Es bestätigt sich, daß die k. k. Truppen immer weiter vorgehen, die Magyaren zurückweichen. Unter ihren Reihen scheint Disharmonie zu herrschen. Die Husaren sind nun zur Einsicht gekommen, sie kämpften nicht mehr für Ferdinand V. Wir haben es vorausgesagt, mit dem Verschwinden der Krone aus dem Wappen, mit dem Momente, wo die Natur ohne die Republik und den Abfall von ihrem Kaiser inne werden, hat auch ihre Anhänglichkeit an das Regiment Kossuth's ein Ende. Sie reißen haufenweise aus und kehren schwadronenweise nach Hause um; denn im neuen Eide, den sie schwören sollen, steht nichts vom Kaiser Ferdinand. Kossuth hat sich gezwungen gesehen, mehrere Regimenter nach Debrezin zu verlegen. Auch zwischen den Polen und Magyaren soll Zwietracht herrschen und blutige Händel nichts Seltenes sein. Im Lande zählt die Republik ebenfalls wenig Sympathien. (O.-D. P.)

Weitere Berichte aus **Preßburg** bestätigen, daß die rückgängigen Bewegungen der Magyaren noch immer fortdauerten. Man möchte in der Räumung so fester Positionen das Merkzeichen einer Uneinigkeit im magyarischen Lager erkennen, und es scheint auch wirklich dort ein isolirter polnischer Kriegsrath organisirt werden zu sein. Dagegen geben die zahlreichen Freunde der Ungarn halblaut zu verstehen, daß die polnisch ungarischen Generale nach einem wohlberechneten Plane Oesterreicher und Russen in das Innere des Landes locken wollen. — Eine zurückkehrende Streifpatrouille brachte die Nachricht, daß die Insurgenten das hinter Szered liegende Dorf Sinto, wie auch die Stadt Neutra verlassen hätten. Das Bemerkenswerthe bei diesem neuen Rückzug ist, daß er in größter Eile geschah. In der Schütt saßen die Insurgenten bei einem 2 Meilen von Komorn liegenden Dorfe Szakolcs Posto und schlugen auf einer großen Haide ein Lager von beinahe 10,000 Mann auf, das in beständiger Verbindung mit Komorn steht. (Pr.)

Aus Pest erfährt man als ganz zuverlässig, daß Kossuth ernstlich zur Confiscation alles österreichischen Gutes schreitet. Nicht nur jenes, was der Regierung gehört, sondern auch das Vermögen der österreichischen Privaten soll eingezogen werden. Es ist eine nicht zu bezweifelnde Thatsache, daß Kossuth der ungarischen Commercialbank befohlen hat, das Darlehen, welches ihr auf Verwendung des Fürsten-Feldmarschalls die österreichische Nationalbank gegeben hatte, nicht zurückzuzahlen, denn die ungarische Regierung werde dieses Kapital, sowie das Vermögen aller Oesterreicher in Ungarn, namentlich die Activforderungen, zu ungarische Güterbesitzer und Kaufleute als Entschädigung für die Kriegskosten einziehen. (Pr.)

In **Debrezin** trat am 14. Mai in der Hauptkirche die Nationalversammlung zusammen, und Paul Almasy als Präsident des Hauses forderte in einer Rede, in welcher die Volkssouveränetät herausgehoben wurde, den Regierungspräsidenten zur Eidesleistung auf. Als Kossuth geschworen hatte, sprach der Regierungspräsident ein starkes Gelübde aus und ließ durch den Secretär des Hauses, Stephan Gorope, die Minister beeiden. Der Pesti Hirlap schließt die Beschreibung mit folgenden Worten: Der Feierlichkeit fehlte der Ausdruck der Begeisterung, die sonst bei großen Volksfesten erscheint, aber dafür waren wir ergriffen, was bei Volksfesten fehlt. Wir standen vor Gott, im Hause Gottes, wir brachen nicht in lauten Jubel aus, denn wir beteten für das Vaterland. — In Stuhlweißenburg ist die Republik proclamirt worden, aber der Pesti Hirlap klagt sehr über den gänzlichen Mangel an Begeisterung, mit dem der Act vorübergieng. (A.)

Essegg, 21. Mai. Die k. k. Armee zieht sich nun und nach auf dem Baranjer Comitat nach Syrmien. Nur in Füsslirchen bleibt eine Besatzung von 1500 Mann, um diese Stadt zu halten und die Festung Essegg, so gut es geht, zu decken. Im Nothfall wird sich diese Truppe durchschlagen können und nach Essegg retiriren, da sie nur vom Landsturm attaquirt werden kann. Ein Theil der k. k. Truppen unter Gramont wird mittelst Dampfboot nach Sarengrad transportirt. — Knicsanin hält sich noch in der Bacska und ermöglicht so den Donauübergang für unsere Armee, der bei Surduk oder Semlin stattfinden soll. Die Lage der k. k. Südarmee von Ungarn ist kritisch, sie befindet sich auf einem schmalen Landstriche zwischen der Save, Donau und Drave gleich einer Zunge im feindlichen Rachen, denn den Türken dürfte auch nicht recht zu trauen sein. Wenn der Banus Jellachich diesen Feldzug gut und glücklich beendet, so wird ihm ebenso zu gratuliren sein, wie bei dem kühnen Versenden der Dampfboote von Ofen nach Essegg und bei dem wunderbaren Marsche längs der Donau herab, mitten im feindlichen Lande.

† **Berlin**, 30. Mai. Der „Const. Correip“ zufolge, sollen aller Wahrscheinlichkeit nach die Kammern zum 20. Juli einberufen werden, so daß die verfassungsmäßige Frist nur um 20 Tage überschritten würde. Die Indemnität für eine so kurze durch die Umstände gebotene Ueberschreitung sei von den nächsten Kammern, welche die Gewalt der Umstände nicht verkennen werden, wohl zu erwarten. — Es wird als ganz bestimmt erzählt, daß die beiden Berliner Landwehrbataillone in Folge der vollständigsten Verachtung und Umkehrung aller Disciplin aus der Liste der preußischen Armee gestrichen sind. Das 20. Landwehrregiment wird in Zukunft neben dem gebliebenen Treuendri jener Bataillon, aus einem Spandower und Teltower Bataillon bestehen. Drei der am meisten gravirten Berliner Landwehrmänner sollen erschossen sein. — Dr. Häring (Willibald Alexis) tritt von der Redaction der „Vossischen Zeitung“ zurück, weil er dem geheimen Justizrath Lessing zu liberal schreibt.

‡ **Posen**, 29. Mai. Wie es scheint, sind unsere obersten Behörden genau davon unterrichtet, daß die Polen die Absicht haben, sofern es dem General Dembinski gelingt, in Galizien einzudringen und dies Land zu insurgiren, auch in unserm Großherzogthum sofort einen neuen Aufstand zu erregen, denn seit einigen Tagen werden an verschiedenen Orten die strengsten Nachforschungen nach verborgenen Waffendepots angestellt. Diese Nachsuchungen sind auch schon nicht ohne Erfolg gewesen, denn bei einem bekannten Edelmanne, Herrn v. L—ski, soll ein großer

Vorrath von Waffen, unter andern auch sechs Kanonen, aufgefunden sein. Herr v. L—ski ist demzufolge gefänglich eingezogen. Es sollen bereits noch andere verborgene Waffendepots angezeigt sein. Freilich lauten die gestern hier eingegangenen Privatnachrichten aus Ungarn den Plänen der Polen keineswegs günstig, indem die magyarische Armee von den vereinigten russischen und österreichischen Truppen eine große Niederlage erlitten haben soll. Die russische Uebermacht wird jedenfalls den ungarischen Aufstand mit der Zeit unterdrücken, unter dessen jetzigen Leitern schon, wie man hier wissen will, Mißhelligkeiten ausgebrochen sind. — Unsere Nachrichten aus dem Königreich Polen beschränken sich auf Mittheilungen von fortgesetzten Truppenmärschen, die sämmtlich die Richtung nach dem Süden einschlagen; nur eine Abtheilung Garden bewegt sich nach dem Westen, um das Kirchdorfer Lager bei Kalisch zu beziehen. Einen Krieg mit Rußland fürchtet man hier, trotz der veränderten politischen Haltung Frankreichs, nicht; man glaubt vielmehr, daß Preußen, um nicht die Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen zu verlieren, sich zu einer Allianz mit Rußland genöthigt sehen werde. Ueberhaupt läßt sich schwerlich annehmen, daß das Berliner Cabinet ein Bündniß mit dem revolutionären Westen eingehen sollte. Die hiesigen polnischen Zeitungen und auch die im polnischen Interesse redigirte deutsche „Zeitung des Ostens“ melden ganz bestimmt, daß der König von Preußen gleichzeitig mit dem österreichischen Monarchen in Warschau gewesen, und daß er incognito hier durchgegangen sei. Die Nachricht ist aber völlig unwahr und muß als eine absichtliche Erfindung bezeichnet werden, um Mißtrauen zu erwecken, da die Sympathie für Rußland hier im Allgemeinen nicht groß ist. — Unsere gesammte Besatzung wird uns wieder in der nächsten Zeit verlassen, um sich nach dem Westen zu begeben; zu unserm Schutze erhalten wir Landwehren aus Preußen und Pommern; auch ist uns das Woldenberger Lager so nahe, daß wir binnen drei Stunden militärischen Succurs von dort auf der Eisenbahn erhalten können.

Magdeburg, 28. Mai. Die 2. und 4. Compagnie des 20. Landwehrregiments, in welchem sich bekanntlich die meisten der widerspenstig oder meuterisch gesinnten Wehrmänner befanden, ist auf dem Rückmarsch aus Westphalen hierher begriffen. Ihre fernere Bestimmung werden die Schuldigen hier erfahren. (C. Z.)

□ **München**, 30 Mai. In Betreff einer neuen bei uns eingetretenen Ministerkrisis sind die hiesigen und Augsburger Zeitungen mit der Bezeichnung des Anfangs, Verlaufs und Schlusses derselben etwas zu voreilig gewesen. Erst diesen Vormittag wird wahrscheinlich Officielles bekannt werden. Nur daran ist kaum zu zweifeln, daß der mildere und auch im Soldaten noch den constitutionellen Bürger wiedererkennende Generallieutenant von Lesure dem Zoll für Zoll soldatisch geschulten und Alles wieder soldatisch schulenden Generalmajor Lüder im Kriegsministerium weichen muß. Vermag eine eiserne Strenge im Dienst, vom größten bis zum kleinsten Ding, verbunden mit strengster Unparteilichkeit gegen Alle, die in unserer Armee aufgebrochenen Schäden zu heilen, so wird die Heilung eine gründliche sein; denn Lüder ist der Mann zugleich der haarscharfsten Strenge und der gewissenhaftesten Gerechtigkeit. Es handelt sich indeß nicht um Heilung einer einzigen klaffenden Wunde, der Schäden sind viele, und wir müssen immer wieder darauf zurückkommen, daß es ein Irrthum ist, sie nur in den Mannschaften zu suchen, statt in der ganzen Organisation. Freilich wenn der Zwietrachtapfel einmal hingeworfen ist unter die Gemüther, dann lassen diese sich das Ausfechten nicht mehr nehmen, und sie erscheinen da als die Hauptpersonen überhaupt. So im Lager bei Donauwörth, wo man auch schon wieder Alles unter die Subordinationsträne gebracht zu haben vermeinte, während die Gewässer schon im zweiten, noch ärgeren Ueberfluthen begriffen waren. So vergestern hier im Prater und im Paradiesgarten, wo „der Hecker“ zwischen Infanterie und Cavallerie nebst Artillerie gespukt hat. Mehrere Soldaten liegen schwerverwundet im Spital, einer wird heute begraben! Allein Herr von Lesure ist nicht die einzige Verlegenheit für die Regierung. Auch mit dem Minister des Innern Herrn von Forster will oder kann Herr von der Pfordten nicht länger gehen. Man gibt dem Herrn von Forster schuld, mit der Reichsverfassung zu liebäugeln. Wenn Freiherr v. Welden, den Mittelfranken als Kreisregierungspräsidenten kennen gelernt hat, sein Nachfolger wird, wie ein Gerücht noch in gegenwärtiger Stunde behauptet, so steht solches Liebäugeln nicht mehr zu befürchten, das ist gewiß. Aber durch die drei Franken und durch Schwaben würde es böses Blut machen, das ist gewiß. Darum glaubt auch kein Mensch daran, obschon an fähigen Männern sich ein drückender Mangel bemerkbar macht, und daher dieser allerdings allein hinreichen könnte, die Regierung zum Zugreifen zu drängen. — Der Celb'sche Antrag bezüglich des griechischen Anlehens figurirt heute auf der Tagesordnung für die Abgeordnetenkammer, wahrscheinlich bloß um dessen Erledigung anzuzeigen, nachdem König Ludwig bekanntlich seine Bürgschaft durch Selbstzahlung gehoben hat. Die pfälzische Abgeordnetenfrage bleibt ausgesetzt, wenn sie nicht vielleicht im Verlauf der Discussion aus der Rechten heraus auf die eine oder andere Weise in Wiederanregung kommt.

Würzburg, 30. Mai. Nachdem die Abgeordneten aus den Pfingstferien zahlreich zurückgekehrt waren, hielten sie heute wieder Sitzung. Auch die hier befindlichen sechs Pfälzer Abgeordneten — die übrigen sind theils in Frankfurt, theils zu Hause — nahmen ihre gewohnten Plätze wieder ein; die Tagesordnung schwieg über die im Abstimmungsstadium schwebende Frage der Suspension ihrer Rechte, und es verlautet, die Regierung wolle ihren Antrag mit der Absicht fahren lassen, ein förmliches Gesetz über die Vertretung im Aufstand befindlicher Provinzen einzubringen. Dieser Weg ist von Schüler selbst in der Debatte angedeutet worden, und entscheidet von selbst, daß die Pfälzer mitberathen und mitstimmen könnten. Am Ministertische saßen heute sämmtliche Minister mit alleiniger Ausnahme des Kriegsministers; es widerlegen sich hiermit vorerst die Gerüchte, welche in den letzten Tagen über einen weitern Ministerwechsel umliefen. Ehe zur Tagesordnung übergegangen werden konnte, wurden von den Ministern fünf Gesetzentwürfe vorgelegt: nämlich: 1) ein transitorisches Gesetz zur Abstellung verschiedener Preßmißbräuche, acht Paragraphen stark, welches erlöschen soll, sobald das vollständige Preßgesetz in Wirksamkeit tritt. In dem erstgenannten und hauptsächlich die Flugblätter und Preßerzeugnisse ohne benannten Autor oder sonst verantwortlichen Verbreiter scharf aufs Korn genommen; 2) ein vollständiges Preßgesetz in 53 Paragraphen. Dasselbe ist natürlich rein repressiv, und kennt weder Cautionen noch Concessionen, stellt aber eine Menge Strafsätze mit ziemlich allgemeinen Definitionen, sowie große Geld- und Freiheitsstrafen auf. (Man vergesse nicht, daß über jeden Fall die Geschworenen entscheiden.) 3) Ein weiterer Entwurf betrifft eine staatsbürgerlichen (politischen) und bürgerlichen Rechte der Juden. In diesem ist die vollständige Emancipation, der Wegfall aller durch Gesetze oder Verordnungen bisher bestandenen Ausnahmebestimmungen ausgesprochen. 4) Ein weiterer Entwurf betrifft eine Abänderung des vorjährigen Jagdgesetzes. Durch denselben wird der Verzicht des Königs auf die ihm reservirten Hofjagden, Leibbezirke, zum Gesetz erhoben, die Berechtigung der Gemeinden und Einzelnen bezüglich der Jagdausübung festgestellt, und die Abgabe von Jagdbillets wie in Frankreich und der Pfalz eingeführt. 5) Ein Gesetz über die Ansässigmachung der Schullehrer gewährt diese und das Heimatsrecht nach dreijähriger Dienstzeit an dem Orte des letzten Aufenthalts. Minister Ringelmann bemerkt dabei, daß das Ministerium den Schullehrern allerdings, sowie in den Grundrechten festgesetzt ist, staatsdienerliche Rechte gewähren wolle, dies könne aber erst geschehen, wenn die Staatsdienerpragmatik revidirt und die nöthigen Fonds beigeschafft seien. Nachdem diese Gesetzvorlagen übergeben waren, interpellirte Frhr. v. Lerchenfeld im Namen von 18 Mitgliedern des Centrums, anknüpfend an die in Zeitungen enthaltenen Nachrichten über die Berliner Conferenzverhandlungen, das Ministerium mit den Fragen: „Sind die Unterhandlungen in Berlin abgebrochen oder noch im Gang, auf welcher Grundlage und mit welchem Erfolge? Ist eine Verständigung zwischen den Regierungen erfolgt und wie weit? Welches sind die noch unerledigten Fragen?“ Die Antwort des Herrn von der Pfordten hierauf widersprach entschieden, daß die Berliner Verhandlungen jemals abgebrochen worden seien; die Arbeiten seien auf Grund der Frankfurter Reichsverfassung vor sich gegangen, und bereits so weit gediehen, daß jene Punkte, über welche eine Einigung noch nicht erzielt werden konnte, wohl in den nächsten Tagen mit gewohnter Offenheit den Kammern vorgelegt werden sollen. Der bayerische Gesandte sei durch die bekannte Note vom 23. April und durch die jüngsten Ministererklärungen instruirt; hauptsächlich solle auf die Ganzheit Deutschlands, als dessen allein wahre Einheit hingearbeitet werden. Dieser Zwischenverhandlung folgte eine weitere, indem der Abg. Binder den Präsidenten Grafen Hegnenberg fragte: 1) welches Schicksal die von der Kammer beschlossene Adresse an den König gehabt? und 2) wie es mit dem Mißtrauensvotum gegen das Präsidium stehe, welches durch die Kolb'sche Beschwerde angeregt und seither zweimal in einer Weise bestätigt worden, wie dies wohl noch in keiner Kammer vorgekommen sei? Graf Hegnenberg entgegnete zu 1) am 22 habe der Präsident v. Lerchenfeld an den Oberstceremonienmeister Grafen Irsch geschrieben, damit dieser bei dem König eine Audienz zur Uebergabe dieser Adresse erwirke; hiermit habe das Präsidium seine Pflicht erfüllt, eine Antwort sei indeß noch nicht eingetroffen; zu 2) er habe schon früher erklärt, die Beschwerde gegen das Präsidium in so lange zu verschieben, bis durch Besetzung der freigewordenen Präsidentenstelle die Leitung der Sache durch einen Unbetheiligten geschehen könne. Mit dieser Erklärung schloß der Präsident um 1 Uhr die Sitzung, obwohl von den Gegenständen der angesetzten Tagesordnung — darunter der Kolb'sche Vortrag über die griechische Anleihe — noch nichts zur Discussion gekommen war. (A. Z.)

Die Kammer der Reichsräthe hielt heute Mittag eine kurze Sitzung, welche lediglich dazu bestimmt war, drei Gesetzentwürfe, die Minister Meinschred einbrachte, entgegen zu nehmen.

Gestern Morgen ist ein Bataillon des Leibregiments unter der Führung des schon von Griechenland her rühmlich bekannten Majors Herrn Feder, und diesen Nachmittag ein anderes Bataillon des 2. Linienregiments (Kronprinz) unter dem Commando des Herrn Obersten von Krafftsen mit der Eisenbahn von hier ins Lager nach Donauwörth abgegangen.

Bamberg, 29. Mai. Heute früh 8 Uhr marschirte das 6. Chevauxlegeregiment Herzog von Leuchtenberg von Bamberg, wo es lange Jahre garnisonirte, in die Cantonnirung bei Fürth ab. Zugleich mit dem Chevauxlegeregiment marschirte auch die Batterie Bombard ab. Gestern wurden zwei Compagnien des 10. Infanterieregiments mittelst Eisenbahn von hier bis Schwarzenbach befördert, um von dort aus nach Wunsiedel zu gehen. Der Zweck ist nicht bekannt. (Bamb. Tgbl.)

Nürnberg, 29. Mai. Sicherm Vernehmen nach wird in der hiesigen Umgegend ein aus 17 Bataillons Infanterie (zu 900 Mann), 7 Escadrons Chevauxlegers und 3 Batterien Artillerie bestehendes Armeecorps zusammengezogen und dieses vor der Hand nur Cantonnirungen beziehen bis auf weitere Ordre. (N. K.)

Nürnberg, 30. Mai. Die 13 Infanteriebataillone, aus welchen das hier in der Concentrirung begriffene Truppencorps bestehen wird, sind: die drei Bataillone des 5., die drei des 10., zwei des 13., je eines des 4 und 8. Infanterieregiments, zwei Bataillone aus dem Lager bei Donauwörth, dann das 1. Jägerbataillon. Die Cavallerie besteht aus 6 Escadrons vom Regiment Taxis, 6 von Prinz Eduard von Altenburg, 5 von Leuchtenberg (demnach im Ganzen 17, nicht, wie gestern irrthümlich angegeben worden, 19 Escadrons). Das Truppencorps muß bis Ende d. M. (also bis morgen) versammelt sein.

Augsburg, 28. Mai. Heute Mittag erschien ein Placat, worin zu einer Versammlung der Soldaten in Kriegsbadu — doch ohne Waffen — aufgefordert wurde. Die Oberbehörden des Militärs trafen jedoch Maßregeln, daß die Versammlung nicht zu Stande kam. Es herrschte übrigens überall die größte Ruhe, das schöne Wetter hatte Tausende der Bevölkerung ins Freie gelockt, und nirgends wurde die Ordnung gestört. (Augsb. Abdz.).

* Da seit vier Tagen alle directen Verbindungen zwischen Frankfurt und Württemberg abgeschnitten sind und uns aus diesem Grunde weder Briefe noch Zeitungen zukommen, so sind wir genöthigt, die württembergischen Nachrichten den bayerischen Blättern zu entnehmen. Aus Stuttgart lauten die neuesten Nachrichten vom 29. Mai: Der gestrige Tag verlief hier vollständig ruhig. Abends rückte die Bürgerwehr zum Verlesen aus. Heute früh marschirte das erste Infanterieregiment, von Ludwigsburg auf der Eisenbahn kommend, mit zwei Kanonen hier durch auf die Filder. Heute sind die Abgesandten der gestrigen Volksversammlung in Reutlingen hier eingetroffen; sie werden die Beschlüsse dieser Versammlung (siehe unten) heute dem Präsidenten der Kammer und dem Ministerium übergeben und um Antwort darauf bitten. Von der Kammer ist der Fünfzehnerausschuß mit Berichterstattung beauftragt worden. Die Reutlinger Volksversammlung war, wie wir heute hören, überaus zahlreich besucht. Der Abgeordnete Becher präsidirte. Die Beschlüsse sind, außer denen der Versammlung der Vollsvereinsabgeordneten vom Tag zuvor, denen die Volksversammlung beistimmte und welche wir bereits mitgetheilt haben, folgende: „Die am Pfingstmontag 1849 zu Reutlingen zusammengetretene, aus allen Theilen des Landes durch Abgeordnete von Gemeindecollegien, Volksvereinen, Bürgerwehren und Soldaten beschickte Volksversammlung tritt den Beschlüssen, welche die Generalversammlung der Vereine des Landes am Pfingstsonntag in Reutlingen gefaßt hat, bei, und erklärt ferner: der gegenwärtige Zustand des Landes wird täglich unerträglicher. Auf dem bisher von Regierung und Ständen eingeschlagenen Weg ist aber auch keine Rettung zu hoffen. Bald Jahr und Tag sitzt die Kammer: Tag für Tag steigt die Noth des Volkes, und noch haben wir nichts von Erleichterung verspürt. Wir verlangen daher: unverzügliche Einberufung einer verfassunggebenden Landesversammlung. Jeder Bürger, sei er reich oder arm, soll wählen dürfen. (Kein Census!) Von dieser Versammlung verlangen wir endlich schleunige Erfüllung der Zusagen, mit denen wir Jahr und Tag abgespeist worden und noch hungrig geblieben sind. Namentlich unentgeldliche Abschaffung der Feudallasten und Ersatz des Ausfalls in den Staatseinnahmen durch eine reine, verhältnißmäßig ansteigende Einkommensteuer. Umfassende Verminderung der Staatsausgaben durch Vereinfachung des Staatshaushalts. Aufhebung der Apanagen. Abschaffung der Pensionen. An die Stelle des Beamtenheeres in der Verwaltung endlich vom Volke gewählte Bezirks- und Kreisausschüsse und unbedingte Selbstständigkeit der Gemeindeverwaltung. An der Stelle des stehenden Heeres baldige Volksbewaffnung und Volksheer, namentlich Wahl der Offiziere bis zum Hauptmann durch die Soldaten, und Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Eine Volksversammlung in Pfalzgrafenweiler, äußerst zahlreich besucht, sprach sich bei aller Entschiedenheit für Durchführung der Reichsverfassung einstimmig für das Ministerium Römer aus.

Die Versammlung in Reutlingen soll — nach der Versicherung von Stuttgarter Demokratenblättern — etwa 25,000 Menschen vereinigt gesehen haben. Die Reutlinger und die Tübinger Bürgerwehr rückten dabei zum festlicher Aufzug aus. Die Reden wurden vom Balcon des Badhotels gehalten. Der Abgeordnete Schertz trug die „Forderungen der württembergischen Politik“ vor. Hoff und Fidler brachten die „Grüße des badischen Volks“. Die Rheinpfalz hatte in einem Mitglied der dortigen provisorischen Regierung, Greiner, ihren Vertreter gesendet; aus Wien war ein Herr Rübeck da; auch Wiesner, der „Hausleerer“, der sich in der Paulskirche selten mehr hören läßt, ließ sich vernehmen, und ein Ungar nahm, wie jüngst einer seiner Landsleute auf der Augsburger Volksversammlung, die deutschen Sympathien in Anspruch. Die Versammlung schwor mit emporgehobenen Händen an der Reichsverfassung zu halten, und sie nöthigenfalls mit Waffengewalt zu schützen. Sie nahm die erwähnten Beschlüsse, die der Centralgewalt und Preußen den Krieg erklären und in Schwaben eine neue durchgreifende Constituirung verlangen, an. Es ward eine große Deputation gewählt, die Beschlüsse nach Stuttgart zu bringen. Die Deputation wünschte, in Stuttgart angekommen, in dem Saal der Kammer der Abgeordneten zugelassen zu werden, um die Beschlüsse selbst zu überreichen. Der Präsident der Kammer erklärte ihr: ein Paragraph der Verfassung stehe diesem Verlangen entgegen. Der Abg. Becher wollte diesen Paragraphen durch einfache Abstimmung beseitigt wissen. Die Minister Goppelt und Duvernoy protestirten gegen solches summarisches Verfahren. Schnizer erinnerte zwar, die Sache sei dringend, dem Volk sei die Geduld ausgegangen. Indessen erfolgten in der Kammer so viele Widersprüche, daß Becher zuletzt seinen Antrag zurückzog, worauf die Kammer die Anordnung ihres Präsidenten genehmigte: d. h. die Deputation in die Kammer nicht zuzulassen, sondern zur Tagesordnung überzugehen.

Darmstadt, 31. Mai. Gestern Nachmittag brachen die Rebellen, badische Truppen und Freischaaren bei Heppenheim über die hessische Grenze. Es kam zum heftigen Kampfe bei Hemsbach; General Schäffer warf die Aufrührer bis Weinheim zurück. Wir haben den Tod zweier Offiziere, des Oberlieutenant Zimmermann und Oberlieutenant Hofmann zu beklagen. Unter den heute Morgen hier eingebrachten Verwundeten befindet sich Lieutenant von Plönnies. Wir erwarten, daß das Kriegsministerium die Namen der gemeinen Soldaten und Unteroffiziere, die in dem Kampfe für das Vaterland verwundet worden sind, sobald als mög-

ch veröffentlichen werde. — Auch bei Fürth sind die Re-
ellen hereingebrochen. Gestern Abend noch gingen hessische
ruppen dahin ab. Nassauer liegen hier; die Bürgerwehr
erstreckt den Wachedienst. Die ganze Nacht kamen auf der
isenbahn Mecklenbürger hier durch. Nach Berichten, welche
eute um 11 Uhr einliefen, war es heute Morgen noch
icht wieder zum Kampfe gekommen. Verschiedene Trup-
engattungen, bayerische Jäger, Mecklenburger Grenadiere, Ja-
er, Dragoner und Artillerie gingen im Laufe des Mor-
ens, zum Theil direct von Frankfurt kommend, nach der
ergstraße ab. Die Personenbeförderung auf der Eisenbahn
ach Frankfurt, ist gänzlich eingestellt. Badenser, Frei-
ärtler und Soldaten, sind bis Fürth vorgegangen, ihre
orposten stehe bei Lindenfels. Soeben, Nachmittags
Uhr, marschiren die nassauischen Jäger, welche gestern
end hier eintrafen, dahin ab. (D. J.)

Darmstadt, 31. Mai. (Darmst. Ztg.) Nach den uns
n Laufe des heutigen Tages gewordene Mittheilungen,
t sich die Lage der Dinge an der badischen Grenze we-
g geändert, und scheinen keine besonderen Bewegungen
eder dies- noch jenseits vorgekommen zu sein. Aus Fürth
llen die Insurgenten abgezogen sein, desgleichen aus
irschhorn und Birnheim, wo sie Tags vorher erschienen
id und sich dann wahrscheinlich den in Hemsbach kämpfen-
n anschlossen. Die bereits erwähnte, zuerst über Birkenau
ngebrochene Colonne hat sich, von unseren Truppen ge-
ängt und verfolgt, vor und in Fürth zertheilt und haben
h 500 Mann derselben nach Erbach gewendet, um, wie
an meint, in südöstlicher Richtung wieder nach Baden
rückzukehren. Der Versuch, den Odenwald zu insurgiren
id Wehrhafte zum Zuzug zu pressen, hat keinen Erfolg gehabt.
m die nördlichen und nordwestlichen Ausgangspunkte des
denwalds zu verlegen, und einer etwaigen Invasion auch auf
esen Seiten mit entschiedener Kraft zu begegnen, sind be-
its gestern Abend großh. hessische und heute nassauische Trup-
n in der Richtung von Reinheim und Lindenfels
sgegangen. Die Truppensendungen von Frankfurt nach
m Hauptquartier passirten in langen Eisenbahnzügen den
nzen Tag hindurch und noch in der Nacht an unserer
tadt vorüber; Waffen aller Gattungen; außer den gestern
enannten Mecklenburgern und Nassauern auch Bayern.
us Worms wurde heute der Rest der Besatzung zurück-
zogen, jedoch Bereitschaft getroffen, nöthigenfalls also-
eich wieder zurückzukehren. Am späten Abend wurde uns
ittheilung, daß sich heute die neuangekommenen Meckle-
burger, sowie das 4. Regiment mit dem Feinde beschäftigen,
ch schienen sich die Vorgänge lediglich auf Vorpostenge-
echtereien zu beschränken. Die Verlustliste vom vorigen Tage
lief sich auf 7 Todte, beide Officiere mitgerechnet, und
) Verwundete, welche zum Theil hierher gebracht worden
nd. Der gewiß erhebliche Verlust der Badenser läßt sich
och nicht näher bestimmen.

Eine weitere Mittheilung bringt uns folgende Speciali-
ten: Von den am 30. bei Birkenau eingefallenen
200 bis 1500 badischen regulären Soldaten wurden 613
nteroffiziere und Gemeine mit 8 größtentheils ganz neu
ernannten Officieren, denselben Nachmittags bei Fürth ab-
eschnitten. Diese lagerten Nachts in Hilgesklingen im
reien und kamen unter Anführung des Dr. v. Löhr
us Worms, als Civilcommissär (Dank sei es der rhein-
essischen Justizverfassung!) am 31. um 7 Uhr Morgens
Erbach an. Sie wurden einquartiert, alsbald aber wie-
er allarmirt (weil ein badischer Dragoner von Fürth her
n der Nachricht kam, sie seien verloren) und zwischen 8
nd 9 Uhr gegen die badische Grenze zu abgeführt. Ver-
uthlich haben sie durch Beerfelden die badische Grenze
ieder erreicht. Herr v. Löhr hatte mit Truppen gedroht,
e aus Bayern zu ihnen stoßen würden. Die badischen
oldaten waren sehr niedergeschlagen und muthmuthig;
nige Officiere sagten, daß die Hälfte ihrer Leute marode
i, und sie sich schon für gefangen hielten. Ja, manche
oldaten erklärten sich wegen des Eides, daß sie noch dem
roßherzog Treue geschworen hätten, und man sah, wie
hr die verschiedene Eidesleistung ihr Gewissen belästigte.
ehrere haben öffentlich ihre Sache verflucht, und einige
ihren Quartieren sogar geweint.

Den 1. Juni. Wie uns eben berichtet wird, haben die
adenschen Truppen in jüngster Nacht **Weinheim** und die
nze diesseitige Neckarlinie, aus Furcht eines Angriffs
n unserer Seite, schnell und gänzlich geräumt. Unsere
orposten wurden vorgeschoben. Ein Theil der mecklen-
rgischen Truppen ist heute an den Rhein bei Lampertheim
dirigirt worden, um das jenseitige Ufer sicher zu stel-
n. Im Laufe des gestrigen Tages wurde ein badenscher
unitionswagen und außerdem noch viele Beutestücke ein-
bracht.

Heppenheim, 31. Mai. (Darmst. Ztg.) Wir hatten
estern einen warmen Tag. Starke Colonnen von Badener
gen rasch durch den Odenwald, um einen Besuch zu
armstadt zu machen. Gleichzeitig hört man von einem
n Weinheim her drohenden Angriff. Es wurden alle
orbereitungen getroffen. Aber noch ehe die nöthigen
räfte gesammelt waren, saß uns der Feind, mit regel-
äßigem Militär aller Waffen, schon auf dem Hals. Der
griff wurde abgewiesen und nun gingen wir zum An-
iff vor. Bald war die badische Grenze erreicht, das
gesinnte Unterlaudenbach nach kurzem Kampfe
nommen, bei dem zweiten Ort Hemsbach aber ent-
nn sich ein andauerndes, lebhaftes Gefecht und es
aten kritische Momente ein. Das kräftigste Zusam-
nwirken der Infanterie und der vortrefflichen Ar-
lerie wurde mit Erfolg gekrönt, der Feind nach einstündi-
m Kampfe hinausgeworfen und mit Kartätschen be-
irket. Hier trat die Nacht ein. Seit vier Stunden kämpf-
n die in 12 Tagen nicht aus den Waffen und dem ange-
engtesten Dienst gekommenen, ermudeten, aber treu und
sch ausharrenden Truppen. Wir marschirten in die Po-
ion zurück. Ueberall herrschte Ordnung, Zuversicht und
ertrauen. Auch nicht der kleinste Excess wurde in den ba-
schen Ortschaften begangen. Wir haben 2 todte Officiere,
ren verwundeten, mehrere todte und etliche und zwanzig
rwundete Soldaten.

JW Vor Fridericia, 26. Mai. Die Dänen haben von 10 Kanonenbooten, 2 andern kleinen Dampfschiffen und einer Landbatterie eine **dreistündige heftige Kanonade** auf das ihnen von unsern tapfern Truppen entrissene Blockhaus unterhalten, ohne uns jedoch den mindesten Schaden damit zuzufügen. Von unserer Seite sind noch einige Verschanzungen bis auf 600 Schritte von den Wällen von Fridericia aufgeworfen worden, die noch mit schwerem Geschütze, was wir täglich erwarten, armirt werden sollen. Daß innerhalb kurzer Frist Fridericia sich übergeben wird, hofft man in unserem Heere allgemein, und läßt sich dies bei dem Zustande, in welchem die Stadt sich befindet, auch nicht gut anders erwarten. Von Frieden spricht man hier im schleswig-holsteinischen Heer sehr wenig, und glaubt auch, daß jetzt noch Dänemark nicht genug gedemüthigt sei, um in einen Friedensabschluß, den Schleswig-Holstein eingehen kann, einzuwilligen; daß aber nach einigen harten Schlägen, die dasselbe noch bekommen muß und wird, ein sehr günstiger Frieden für uns zu erhalten sein wird. Daß man in Schleswig bei der Statthalterschaft selbst ebenfalls dieser Ansicht ist, geht schon aus der angeordneten Vermehrung des Heeres um weitere 4 Infanteriebataillone, die jetzt in Rendsburg neu organisirt werden, hervor. Hauptmann **Delius** ist endlich nach mehrtägigem schweren Todeskampf **gestorben**. In ihm verliert die schleswig holsteinische Armee vielleicht ihren begabtesten Officier, der, obgleich sonst ein strenger Preuße, sich durch seine hohen militärischen Eigenschaften das unbedingte Vertrauen aller Soldaten erworben hatte.

Frankreich.

** **Paris**, 30. Mai. Die heutige Sitzung der legislativen Versammlung war wiederum so stürmisch, ja sogar noch stürmischer, als die gestrige. Während der Prüfung der Legitimationen hatte ein Mitglied von der Bergpartei, Herr Chapeir, die Entfernung des Obersten Canrin vom Commando der bei dem Sitzungsgebäude aufgestellten Truppen, die den Anordnungen des Bureaus entgegen auf Befehl Changarniers erfolgt war, zur Sprache gebracht und wie Alles, was sich auf diesen General bezieht, schon in der constituirenden Versammlung zu den stürmischsten und leidenschaftlichsten Discussionen Anlaß gab, so wurde auch heute wieder dieses Incident mit solcher Heftigkeit erörtert, daß der Vorsitzende, der bei seinem hohen Alter nicht im Stande war, den Sturm zu beschwichtigen, sich genöthigt sah, sich zu bedecken und die Sitzung auf einige Zeit zu suspendiren. Nach der Wiederaufnahme derselben ging der Tumult von Neuem los und ein den versöhnenden Worten des Marschall Bugeaud gelang es, die Debatte zum Schluß zu führen, die, wie vorauszusehen war, mit dem Uebergang zur Tagesordnung endete. „Man muß in der That an der Freiheit in Frankreich verzweifeln," äußert die „Independance" in Bezug auf diesen Vorfall, „wenn die parlamentarischen Discussionen stets auf solche Weise in scandalöse Streitigkeiten ausarten, wenn die legislative Versammlung in eine Art Kampfplatz sich umgestalten muß, auf welchem die heftigsten Leidenschaften freien Spielraum haben; unter solchen Umständen ist weder Republik, noch Monarchie, noch überhaupt irgend eine Regierung möglich." Die häufige Wiederkehr derartiger Scenen schon im Beginn der Versammlung zeigt übrigens, wie schroff sich die Parteien gegenüberstehen und mit welch leidenschaftlicher Erbitterung von beiden Seiten zu Werke gegangen wird. Zu Folge des heutigen Vorfalls soll der Alterspräsident, Herr v. Keratry, den Entschluß gefaßt haben, von seinem Amte zurückzutreten, da es ihm seine physischen Kräfte nicht gestatten, unter solchen Stürmen die Debatte zu leiten.

Straßburg, 28. Mai. Unter diesem Datum schreibt man der „Köln. Ztg." von hier: Das allgemeine Losungswort ist jetzt — Krieg. Die verschiedenartigsten Parteien reichen sich in dieser Hinsicht die Hände. Bevölkerung Republikaner und eingefleischte Legitimisten sehen in einem Kampfe nach Außen das einzige Mittel, dem „verletzten" Nationalgefühle Genugthuung zu verschaffen. Die Bonapartisten aber, deren Stern so sehr erbleicht, wissen von dieser Stimmung Nutzen zu ziehen und blasen ebenfalls in die Kriegstrompete. Das Heer selbst spricht es offen aus, daß es nur um den Preis des Schlachtfeldes sich nicht der vom „Peuple" gepredigten Demokratie in die Arme werfe. Die Bande der Disciplin sind in der französischen Armee ebenso locker geworden, wie in Deutschland, und darum wird dem Gouvernement am Ende nichts Anderes übrig bleiben, als zur Lockspeise des Ruhmes seine Zuflucht zu nehmen, um den Troß unsauberer Elemente, welche die Gesellschaft gefährden, über die Grenze zu werfen. Die nächsten Tage müssen zeigen, welchen Weg die gesetzgebende Versammlung einzuschlagen Willens ist. Die italienische Frage dürfte möglicher Weise den Ausschlag über Krieg oder Frieden mit Europa geben. Die Einmischung in die deutschen Angelegenheiten wird nicht lange auf sich warten lassen; denn die neuesten Ereignisse in den Nachbarländern liefern Vorwand genug, an die Verträge von 1815 zu erinnern und entweder für ihre Aufrechterhaltung oder ihre Vernichtung das Schwert zu ergreifen. War es klug und staatsweise gehandelt, daß die benachbarten Regierungen in Baden und Bayern so lange mit der Revolution spielen ließen, bis die Reichsfestungen selbst in die Lage kamen, in der sie sich jetzt befinden? — Die von deutschen Blättern gegebene Nachricht, daß wir eine aus 200,000 Mann bestehende Rheinarmee nebst 300 Kanonen erhalten, ist unrichtig, namentlich der erste Theil derselben. Das Observationscorps, welches aufgestellt werden soll, wird höchstens 20—25,000 Mann betragen. In Bezug die Kanonen aber kann ich Ihnen sagen, daß wir hier wenigstens 1000 besitzen; dabei enthält das Arsenal so viel Waffen, daß jeden Augenblick 300,000 Mann vollständig ausgerüstet werden können. Bei all' den kriegerischen Aussichten lebt es sich hier übrigens sehr friedlich, und wir sehen mit jedem Tage die Zahl der Deutschen, welche bei uns eine Zufluchtsstätte suchen, zunehmen. Der größte Theil des diplomatischen Corps, welches bisher in Karlsruhe beglaubigt war, befindet sich hier. Aus der Pfalz, aus Baden, aus Hessen und selbst aus Frankfurt kommen Leute an. Es ist bei Vielen nicht nur „Furcht vor der Angst", was sie fortreibt, sondern gegründete Besorgniß um das, was die nächsten Wochen Deutschland bringen werden. Mit der bayerischen Rheinpfalz stehen wir in gar keiner Verbindung mehr. Die Eilwagen werden in Landau nicht mehr eingelassen, und die Post ist sehr unregelmäßig. In den naheliegenden badischen Bezirken herrscht Ordnung und Ruhe. Die Ausflüge nach Baden, Offenburg, Freiburg und anderen Orten waren während der Pfingsttage nicht so zahlreich, wie in früheren Jahren; dagegen kommen bei uns unbedeutende elsässische Badeorte in den größten Flor, denn man findet dort Ruhe und ist nicht gestört von der Revolution.

Nachschrift.

** **Berlin**, 31. Mai. Die neueste Nummer des „preuß. Staatsanzeigers" verkündet auf Grund des Art. 105 der Verfassungsurkunde vom 5. December 1848 das neue Wahlgesetz für die preußischen Kammern und die den Erlaß desselben motivirende Denkschrift des Ministeriums. Nach dem neuen Wahlgesetzentwurf sind die Wahlen indirect. Jeder selbstständige Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, sofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält. Die **Urwähler** werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden directen Staatssteuern (Klassensteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer) in 3 Abtheilungen getheilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ein Drittheil der Gesammtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt. Diese Gesammtsumme wird berechnet: a) gemeindeweise, falls die Gemeinde einen Urwahlbezirk für sich bildet oder in mehrere Urwahlbezirke getheilt ist. b) bezirksweise, falls der Urwahlbezirk aus mehreren Gemeinden zusammengesetzt ist. Die erste Abtheilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Drittheils der Gesammtsteuer fallen. Die zweite Abtheilung besteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die nächst niedrigeren Steuerbeträge bis zur Grenze des zweiten Drittheils fallen. Die dritte Abtheilung besteht aus den am niedrigsten besteuerten Urwählern, auf welche das dritte Drittheil fällt. In diese Abtheilung gehören auch diejenigen Urwähler, welche keine Steuern zahlen. Jede Abtheilung wählt ein Drittheil der zu wählenden Wahlmänner. Die Wahlmänner werden in jeder Abtheilung aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler des Urwahlbezirks ohne Rücksicht auf die Abtheilung gewählt. Zum Abgeordneten ist jeder Preuße wählbar, der das dreißigste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren hat und bereits ein Jahr lang dem preußischen Staatsverbande angehört. Die Wahlen der Abgeordneten erfolgen durch Stimmgebung zu Protocoll.

Durch königliche Verordnung vom 30. Mai sind **die preußischen Kammern auf den 7. August zusammenberufen**. Die Urwähler haben am 17. Juni die Wahlmänner zu wählen.

Kopenhagen, 27. Mai. Mit der gestrigen Post ist von Berlin die Bestätigung eingelaufen, daß **dem General Prittwitz Ordre ertheilt, mit den Feindseligkeiten einzuhalten** und nimmt man an, daß ihm dieselbe am 24. oder 25. d. zugekommen ist.

Handelsnachrichten.

§ **Mainz**, 1. Juni. Der Weltermin hat sich sehr ruhig abgewickelt; was gekündigt wurde, ist bezogen, und sind gestern Morgen noch einzelne Pöstchen Oel zu 42¼, abgemacht worden. Gestern Abend konnte man hingegen zu 41½, kaufen und war um 41 zu erzielen. Effectives Oel ist heute zu 41½ à ⅝ am Markt. Für October wird 39½ à ⅝, fortwährend geboten, doch sind keine Verkäufer am Markt. Für Frucht ist die Stimmung flau; die ausgezeichnete Witterung veranlaßt stärkere Zufuhren vom Lande. Verkauft wird beinahe nichts mehr. Waizen 9 à ⅝ fl. Korn 5 fl. 30 à 15 kr.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 1. Juni. Auf die Nachricht von der Besetzung Malghera's von Seiten österreichischer Truppen zeigte sich an heutiger Börse mehr Kauflust für alle österreichischen Papiere, namentlich konnte man für 5pCt. Met. willig höhere Course als gestern bedingen; der Aufschwung österreichischer Fonds würde noch größer gewesen sein, wenn nicht zur Börsenzeit durch Telegraph eine merkliche niedrigere Renteunotirung vom 30. Mai von Paris eingetroffen wäre, wodurch sich auch alle übrigen Effecten größtentheils etwas niedriger im Preise als gestern stellten. 5pCt. Met. bleiben 73¾, pCt., 2½pCt. Metall. 39 pCt., Bleyerdacactien 1050 fl., 500 fl. Loose 121½, pCt., 250 fl. Loose 74½, pCt. Von den übrigen Anlehenslosen waren Kurhess. 40 Rthlr. Loose 26½, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose wegen des gegenwärtig stattfindenden Serienzugs ohne Umsatz, Darmstädter 25 fl. Loose 20½, fl., do. 50 fl. Loose 68½, fl., Nassauer 25 fl. Loose 20 fl., Sardinische Loose 25½, Fr., Poln. 500 Loose 72½, Rthlr. Säculerische Obligationen ohne wesentliche Coursveränderung. Von belgischen Obligationen 2½pCt. belg. 42½, do. 4½pCt. 82½, do. 5pCt. 88½. Von Eisenbahnen bleibt F.-W.-Nordbahn 34½, Rthlr., Berbach 66½pCt., Köln-Minden 71½, pCt., Taunus 271 fl. 5pCt. inl. Span. ebenfalls im Cours ½pCt. gedrückt, schließen 23½, pCt. G. Von Wechseln Amsterdam 101½, Hamburg 88½, Augsburg 120½, Leipzig und Berlin 105½, Paris 95½, London 120½, Mailand 100½, Wiener 99½.

Wien, 29. Mai. 5pCt. Metall. 89½. — 4pCt. 71. — 3pCt. —. — 2½pCt. 46½. — Bankactien 1125. — 500 fl. Loose 149½. — 250 fl. Loose 91½. — Nordbahnactien 96½. — Gloggnitzer 9¼. — Mailänder 70.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Benachrichtigungen.

[1379] **Wiesbaden.**

Das Badhaus zum „Pariser Hof“, welches ich übernommen, der auf das bequemste eingerichtet und mit meinem vis-à-vis stehenden,

— Badhaus zum goldnen Kreuz —

verbunden habe, empfehle bestens.

Wiesbaden, im Mai 1849.

Heinrich Beyerle.

[1331] **116. Frankfurter Stadt-Lotterie.**

Ziehung 1r Klasse am 6. u. 7. Juni a. c.

Haupttreffer: fl. **211,000**, 2 mal **100,000** u. s. f. Ganze Loose hierzu zu fl. 6, ½ zu fl. 3, ¼ zu fl. 2, ⅛ zu fl. 1. 30 kr., 1/16 zu 45 kr., so wie Loose für alle sechs Klassen gültig, zu fl. 90 das ganze, empfiehlt

Carl Höchberg, Hauptcollecteur,
Brückhofstraße in Frankfurt am Main.

Stand der Lebensversicherungsbank f. D. in Gotha am 1. Mai 1849.

Versicherte	15,203	Personen.
Summe der bestehenden Versicherungen	24,237,900	Thaler.
Hiervon neuer Zugang seit 1. Januar:		
Versicherte	324	Personen.
Versicherungssumme	511,900	Thaler.
Einnahme an Prämien und Zinsen seit 1. Jan.	340,500	„
Ausgabe für 93 Sterbefälle	130,900	„
Betrag der verzinslichen Ausleihungen	5,368,700	„
Gesammtfonds	5,531,400	„
Dividende für 1849 aus 1844 stammend	28	Procent.
Dividende für 1850 aus 1845 stammend	28	„

Versicherungen werden vermittelt durch

Joh. Mart. Guttenberger.

Frankfurt a. M., im Mai 1849. [1458]

[1438] **Taubheit.**

„Neue Entdeckung eines Gehör-Instruments, welches an Wirksamkeit Alles übertrifft, was bis jetzt zur Erleichterung dieses Uebels in Anwendung gebracht worden ist. Nach dem Ohre gebildet, kaum bemerkbar, indem es nur einen Centimeter Durchmesser hat, wirkt dieses kleine Instrument so bedeutend auf das Gehör, daß das manglhafteste Organ dadurch seine Thätigkeit wiedererlangt. Die Kranken können wieder an der allgemeinen Unterhaltung Theil nehmen, auch das Sausen, welches man gewöhnlich verspürt, verschwindet gänzlich. Mit einem Worte, es bietet diese Entdeckung in Bezug auf diese schreckliche Krankheit, alle nur möglichen Vortheile dar. Die Instrumente können (der Entfernung unbeschadet) bei franco Einsendung einer Anweisung, nebst gedruckter Gebrauchsanweisung, in Silber à 4 Thlr., in vergoldetem Silber à 5 Thlr. und in Gold à 8 Thlr. das Paar verschickt werden. Auf portofreie Anfragen können zahlreiche Atteste über die Wirksamkeit der Instrumente eingesandt werden. Man beliebe sich an Herrn **Abraham**, Neupforte Nr. 685 in Aachen, zu wenden.

[1462] Die in allen Ländern Europa's rühmlichst bekannten, von vielen Sanitätsbehörden, renommirten Aerzten und Chemikern geprüften und empfohlenen

Goldberger'schen

kaiserl. königl. patentirte galvano-elektrischen

Rheumatismus-Ketten,

können ihrer ganz besonderen Kraft und Wirksamkeit wegen als das schnellste und sicherste Heilmittel gegen gichtische, rheumatische und nervöse Uebel empfohlen werden, da diese so wohlthätigen und leicht anwendbaren Apparate schon Tausenden von Leidenden bei ihrer großen Verbreitung in Deutschland, Dänemark, Norwegen und Schweden, Rußland, Holland, Belgien, Frankreich, England, Schweiz und den vereinigten Nordamerikanischen Staaten Hülfe und vollständige Genesung gebracht haben. Die beste Bürgschaft für die heilkräftige Wirksamkeit der **Goldberger'schen Rheumatismus-Ketten** sind wohl auch die attestirten Erfahrungen und äußerst günstigen Zeugnisse von mehr als Zweihundert geachteten Aerzten und glaubwürdigen Privatpersonen, die in einer vorrathigen Brochüre zusammengestellt in meiner General-Agentur für ganz Süddeutschland, bei Herrn **A. J. Stiebel. Knopf- und Kurzwaaren-Handlung in Frankfurt am Main, Schnurgasse Nr. 23, gratis ausgegeben, und welche mehr als alle Prahlereien, die von den vielen Nachbildnern meiner Ketten ausgehen,** darthun werden, mit welchem günstigen Erfolg meine Ketten angewendet und welche überraschende Heilungen schon durch sie ausgeführt worden sind. Der Mangel an Absatz, den meine galvan. Ketten allerwärts finden, hat nämlich viele Specianten veranlaßt, dieselben nachmachen zu lassen und sie sogar unter angenommenen falschen Firmen und mit allerhand albernen Prahlereien anzubieten. Diese Leute scheinen nicht zu wissen, oder wollen es nicht wissen, daß der Werth eines Heilmittels nicht von einer neuen prahlerischen Bezeichnung, sondern davon abhängt, ob sich dieses Mittel auch wirklich schon heil- und wirksam erwiesen hat. Ich bitte daher Diejenigen, welche Lust zum Kaufe der **Goldberger'schen Rheumatismus-Ketten** entschlossen haben, oder eine solche zu kaufen beabsichtigen, recht höflichst, sich noch durch die oben beregte Attestsammlung von dem wahren Nutzen und der hundertfach bewährten heilsamen Wirksamkeit meiner Fabrikate zu überzeugen und gefälligst darauf achten zu wollen, daß die Etuis meiner Rheumatismus-Ketten auf der Vorderseite meinen Namen „J. J. Goldberger“ und auf der Rückseite den k. k. österreichischen Adler und das Wappen der freien Bergstadt Tarnowitz tragen. Zu **Frankfurt a. M.** hat mein Hauptagent für Süddeutschland

Herr **A. J. Stiebel**, Schnurgasse Nr. 23, Knopf- und Kurzwaaren-Handlung,

stets meine Rheumatismus-Ketten zu den Fabrikpreisen, à 1 Thlr. pr. Stück, stärkere 1 Thlr. 15 Sgr. allein ächt vorräthig.

J. J. Goldberger in Tarnowitz im oberschlesischen Bergbezirk.
k. k. privilegirte Fabrik von elektro-magnetischen Apparaten

NB. Briefe und Gelder unter Adresse meines General-Agenten Herrn A. J. Stiebel in Frankfurt a. M. werden franco erbeten, und kann auf Verlangen der Betrag pr. Postvorschuß erhoben werden.

[1442] **Bad Salzschlirf.**

Die Eröffnung des hiesigen Bades findet den 3. Juni statt.

Dr. **Martiny.**

[1462] **Bekanntmachung.**

Sistirung des Lotto-Spiels in der k. bayerischen Pfalz betreffend.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen allgemeiner Aufregung in der k. bayerischen Pfalz und noch weiter, hat die k. bayerische Staatsregierung beschlossen, im Interesse des Publikums und des Aerars das öffentliche Lotto-Spiel in diesem Kreise bis auf weiters ganz ruhen, und sämmtliche Lotto-Collecten ohne Ausnahme schließen zu lassen.

Hievon wird das Publikum mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß die k. bayerische Lotto-Anstalt für Lotto Sätze, welche auf die 1490. Ziehung in München den 5. Juni 1849 und die folgenden noch beabsichtet, oder gleichviel bei einer Lotto-Collecte in der Pfalz auch wirklich angenommen werden sollten, in keiner Beziehung irgend eine Verantwortlichkeit oder Haftung übernehme, da die Lotto-Collecteure angewiesen sind, nach der 449. Nürnberger Ziehung den 24. d. M. alle Lotto-Papiere und Requisiten ꝛc. an das k. Lotto Rentamt in Speyer unverzüglich zurück zu geben und diese Bekanntmachung an den Lotto-Läden anzuschlagen.

München, den 22. Mai 1849.

K. B. General-Lotto-Administration.
Trautner.

Wihr.

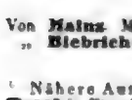
[1456] **Friedrich-Wilhelms-Nordbahn.**

Da auf die Certificate 18. Termins Nr 58574 u. 7349 die Einzahlung für den 19. Termin (1. Februar 1849) ungeachtet der dieserhalb erlassenen Bekanntmachung bis jetzt nicht geleistet worden ist, so werden diese Certificate auf Grund der Bestimmung des § 24 des Statuts hierdurch für ungültig erklärt.

Kassel, am 25 Mai 1849.

Die Direction
der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn.
Arnold.
vdt. Dr. Eisenberg.

Dampfschifffahrt für den Nieder- und Mittel-Rhein



Düsseldorfer Gesellschaft.

[1455] Vom 1. Mai 1849 fahren die Boote täglich:

Von **Mainz** Morgens 7½ Uhr
„ **Biebrich** „ 8 „ } nach **Cöln** „**Schnellboot**“ (*Aachen, Düsseldorf und Elberfeld*)

☞ **unmittelbar** n. Ankunft des **1.** Zuges (6½ U.) v. **Frankfurt**

Von **Mainz** Vormitt. 10½ Uhr
„ **Biebrich** „ **11** „ } nach **Cöln, Düsseldorf** und **Arnheim** (*Amsterdam*)

☞ **unmittelbar** n. Ankunft des **2.** Zuges (9¾ Uhr) v. **Frankfurt**
und in *Cöln* im sichern Anschluss n. d. Nachtzug n. *Belgien-Paris*
Mont., Mittw., Donnerst. u. *Samstag* direct nach **Rotterdam** in 30 Stunden,
Montag und *Donnerstag* „ „ **London** in 3 Tagen.

Von **Mainz** Mittags **12½** Uhr
„ **Biebrich**† „ **1** „ } nach **Cöln** „**Schnellboot**“ (*Düsseldorf, Minden-Berlin u. s. w.*)

☞ †**unmittelbar** n. Ankunft des **3.** Zuges (**11½** U.) v. **Frankfurt**

Nähere Auskunft und **Billete** von **Frankfurt** nach allen Stationen bis **London** und **Basel** in Frankfurt am Main

bei dem Agenten Herrn **Georg Krebs**, Zeil, der Post gegenüber,
Herrn Thomas Fletcher bei den Herren Gogel, Koch & Comp., Rossmarkt,
und auf dem **Expeditions-Bureau** im **Taunus-Eisenbahnhof.**

NB. Um jeden Zeitverlust in Biebrich und Mainz zu vermeiden wird gebeten sich bereits in Frankfurt mit Dampfschiff-Billeten zu versehen.

Grosse Preisermässigung nach London:

Von **Mainz** oder **Biebrich** Salon Rthlr. 11. 14 Sgr., Vorsajüte Rthlr. 6. 17 Sgr.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustlatz von **George** in Epinal, welcher derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditor **Scholl**, große Sandgasse, zu haben.

Commissionäre sind: Dr. Tourtier z. L. Schlemmer in Mainz. [1350]

[1449] Ein gebildeter junger Mann kann in einem anständigen Hause Tisch und Wohnung erhalten. Gelegenheit zur Uebung in Musik und fremden Sprachen wird ihm im Hause geboten. Näheres unter Nr. 1449 bei der Expedition d. Bl.

[1031] **An- und Verkauf**

von allen Staatspapieren, Staats-Lotterie-Anlehens-Loosen, so wie von standesherrlichen Obligationen mit hypothekarischer Sicherheit bei

Raphael Erlanger, beeidigter Sensal
in Frankfurt a. M., Zeil, Weidenhof.

[817] **B. J. Kaiser**, Saalgasse 28, empfiehlt sein Möbellager, welches auf das Beste assortirt ist.

[1474] Eine schöne Wohnung an der Eisenbahnstraße, mit oder ohne Möbel, ist zu vermiethen.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[1451] **Ladung.**

Der hiesige Bürger und Sattlermeister Matthäus Reutlinger, über dessen Vermögen heute Gant erkannt worden ist, wird hiermit aufgefordert, sich binnen

sechs Wochen

bei dem Stadtgerichte I. dahier zu stellen, bei Vermeidung, daß er sonst flüchtlich verfolgt werden wird.

Frankfurt a. M., den 16. Mai 1849.

Stadt-Gericht I.
Schiff Dr. v. Schweitzer, Director.
Dr. Dietz, Secr.

[1205] **Valentin Becker** aus Marbach, geboren am 8. Februar 1778, Sohn des verstorbenen Johann **Heinrich Becker** und dessen Ehefrau **Elisabeth**, geb. **Baier**, und Ehemann der am 18. Februar 1810 verstorbenen **Margaretha Schardt**, mit welcher er in Gütergemeinschaft lebte, ist bereits seit 48 Jahren abwesend, ohne daß sein Leben oder Aufenthalt bisher zu ermitteln gewesen wäre. Es werden daher der Abwesende oder dessen Leibes- und Vermögenserben aufgefordert, innerhalb 3 Monaten, und zwar bis zum Termine, den 13. Juli d. J., Morgens 11 Uhr, um so gewisser selbst oder durch einen gehörig legitimirten Vertreter zu erscheinen, und das curatorisch verwaltete, in ungefähr 41 fl. 27½ kr. bestehende Vermögen in Empfang zu nehmen, widrigenfalls sie zu gewärtigen haben, daß der Abwesende für todt erklärt, und dessen Vermögen an die sich meldenden nächsten Verwandten ohne weitere Cautionsleistung erb- und eigenthümlich überwiesen werden wird.

Gleichzeitig haben alle diejenigen, welche an den Abwesenden oder dessen Leibes-Erben Forderungsansprüche zu machen haben, diese bei Meidung der Ausschließung in diesem Termine anzumelden und zu begründen.

Feida, am 10. April 1849.

Kurfürstl. Hess. Landgericht.
Goßmann

[1337] **Oeffentliche Ladung.**

Forderungen und Ansprüche jeder Art an den für concursfällig erklärten Christian Werner von Niederroden sind im Termine,

Montag den 2. Juli d. J.. Vormittags 9 Uhr,

bei Meidung des stillschweigenden eintretenden Ausschlusses dahier anzumelden und zu begründen.

Langen, den 2. Mai 1849.

Großh. Hessisches Landgericht.
Schulz. Eckstorm.

[1346] **Edictalladung.**

Verfügung

in Sachen

des Wollentuchmachermeisters Daniel Bödicker zu Eschwege, Klägers

gegen

den Wollentuchmacher Cyriacus Schalles zu Hildesheim, Verklagten,

wegen Darlehns.

Der Verklagte hat auf die nachstehende Klage:

Kurfürstliches Justizamt!

An Kurfürstliches Justizamt Eschwege I. Der Wollentuchmachermeister Daniel Bödicker zu Eschwege, Kläger gegen den Wollentuchmacher Cyriacus Schalles zu Hildesheim, Verklagten wegen Darlehns Rthl. Anlagen A. B. C. D. E. F.

Laut der Anlage A. hat sich der Verklagte am 28. Februar 1845 zweihundert Thaler gegen sein Versprechen, dieselben nach einer dreimonatlichen Kündigung zurückzugeben und jährlich zu 4½ pCt. zu verzinsen, und sonderlich ihm durch die Post nach Hildesheim. Vor länger als 3 Monaten habe ich ihn zum Behufe des Hauptgeldes und der Zinsen aufgefordert, jedoch ohne Erfolg.

Die Anlage B. besagt, daß der Verklagte an seinem Wohnorte Hildesheim einen Paß nach Bremen gelöst hat, an ersterem Orte nicht zurückgekehrt und sein Aufenthaltsort daselbst unbekannt ist.

Durch die Anlage C. beschreibe ich [illegible] selbst auch von hier abwesend und sein Aufenthaltsort daselbst unbekannt ist.

Laut der Anlage D. haben die Eltern des Verklagten, der hiesige Bürger und Ackermann [illegible] Schalles und dessen Ehefrau Dorothea Margaretha, geb. Becker, (da ihre Tochter Dorothea Catharina Schalles verstorben ist) drei Kinder Reinhard, Cyriacus und Elisabeth, Geschwister Schalles.

Diese haben belage der Anlage E. durch gerichtlich bestätigten Vertrag vom 25. Juni gewerbschaftlich folgende hiesige Grundstücke:

C. 3503. ¾ Acker 6 Ruthen Land auf dem Haidschenwege.

C. 3724. 1¾ Acker 2½ Ruth. Land bei den Koppen.

C. 5304. 1¾ Acker 6 Ruthen Garten am Dietenacker.

B 1041. ½ Acker 4 Ruthen Land auf dem Holzstallsbrunnen.

E. 6574. 2½ Acker 2½ Ruthen Holz im Anderthain.

B. 2035. ½ Acker 14 Ruth. Land im Gundelbrunnen erworben.

Laut der Anlage F. besitzen sie dieselben zu gleichem Theil.

Vermöge des vollen Landsassiats bin ich befugt, den Verklagten bei dem Kurfürstlichen Justizamte zu verklagen, ꝛc.

Ich überreiche deshalb die Vollmacht unter mit der Bitte:

einen Termin zur Erklärung des Beklagten auf meine Klage zu bestimmen und denselben dazu ꝛc. öffentlich vorladen, dem vorgängig von ihm die Klage erkennen, mir die 200 Thaler Darlehnsgeld nebst 4½ pCt. Zinsen seit dem 28. Februar 1845 binnen 14 Tagen unter [illegible] sofortiger zu zahlen.

Kurfürstlichen Justizamts
gehorsamster Kläger.

Im Termin den 27. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr (Contumazialsitzung) beim Rechtsnachtheile des Ersatzes, ersuchen den 25. Juli d. J., Vormittags 11 Uhr (Contumazialsitzung) unter dem Rechtsnachtheile der Eingeständnisses und der Ausschließung erinnert, daß ich oder durch gehörig legitimirte Bevollmächtigte vernehmen zu lassen, und wird bemerkt, daß die weiter ergehenden Verfügungen nur am schwarzen Brette werden angeschlagen werden.

Verfügt Eschwege, am 30. April 1849.

Kurf. Hess. Justizamt I. Kas.
Ewald.

Vergl. Lesery.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Beilage zu Nro. 130.) 2. Juni 1849

Nachrichten aus Württemberg und Baden.

** Die rückständigen württembergischen und badischen Posten sind und heute auf dem durch die Absperrung der badischen Grenze gebotenen Umwege über Bayern zugegangen. Wie aus den neuesten Nachrichten aus Württemberg hervorgeht, haben sich die Befürchtungen, welche man auf Grund der Reutlinger Volksversammlung vor dem Ausbruch einer revolutionären Bewegung hatte, nicht verwirklicht; es läßt sich vielmehr mit Gewißheit annehmen, daß das Ministerium Römer, gestützt auf die große Majorität des Volks, nach wie vor jedem excessiven Andrang einer ungestümen Fraction mit gewohnter Festigkeit entgegentreten und denselben mit Erfolg bekämpfen wird. In Baden haben sich die Zustände seit unsern letzten Berichten im Wesentlichen nicht verändert, doch scheint der Wunsch auf eine baldige Erlösung von den gegenwärtigen Verhältnissen in demselben Maße gewachsen zu sein, als die Aussicht auf eine solche Erlösung näher rückt. Eine nähere Begründung dieser Angaben findet sich in folgenden Mittheilungen:

* **Stuttgart**, 31. Mai. Der Stadtrath und Bürgerausschuß der hiesigen Stadt haben an die Bewohner Stuttgarts eine Ansprache erlassen, in welcher sie sagen: „Angesichts der heute zu unserer Kenntniß gekommenen Beschlüsse der zu Reutlingen abgehaltenen Volksversammlung erklären wir: daß wir zu unserer Regierung und den gesetzlichen Vertretern des württembergischen Volks das feste Vertrauen haben, sie werden wie bisher, so auch jetzt in der Zeit der Gefahr nicht säumen, die geeigneten Maßregeln für die Sache Deutschlands und der Freiheit zu ergreifen. Wir erblicken mit ihnen in der Durchführung der deutschen Reichsverfassung durch Anwendung aller gesetzlichen Mittel die einzige Bürgschaft für die Herbeiführung geordneter öffentlicher Zustände, wir werden aber auch jedem gewaltsamen Versuch zum Sturz des Ministeriums und der Volkskammer aufs Entschiedenste entgegentreten. Wir glauben, bei dem Ernste des gegenwärtigen Augenblicks, mit einer Erklärung von unserer Seite uns nicht begnügen zu sollen, wir halten vielmehr dafür, daß jetzt der Tag gekommen sei, an welchem kein Bürger mehr neutral bleiben darf, und richten hiermit die Aufforderung an alle diejenigen Einwohner Stuttgarts, welche unsere Gesinnungen theilen, diese ihre Ueberzeugung männlich offen und vor aller Welt zu bekennen. Wir versehen uns zu ihnen, daß sie dieser Erklärung mit zahlreichen Unterschriften beitreten werden. Möchten alle Gemeinden des Landes in diesem Streben sich mit uns vereinigen!“

Am Pfingstmontag wurden in mehreren württembergischen Städten, so in **Oberndorf, Ellwangen, Wehingen** u. a. Volksversammlungen abgehalten. Das Hauptthema bildete überall die gegenwärtige Differenz zwischen dem Ministerium und der radicalen Partei, und die Beschlußfassungen waren fast dieselben, wie die auf der Reutlinger Volksversammlung. In Oberndorf erklärte man grade heraus, daß, wenn das Ministerium die Reutlinger Beschlüsse nicht annehmen wolle, nichts übrig bliebe, als zu den Waffen zu greifen. Im Gegensatz zu diesen dem Ministerium feindlichen Demonstrationen sind aus vielen anderen Städten des Königreichs Zustimmungsadressen zu der Proclamation des Ministeriums eingelaufen, aus denen hervorgeht, daß die Regierung nöthigenfalls die gehörige Unterstützung erhalten wird, um den maßlosen Anforderungen einer selbstsüchtigen Partei entgegenzutreten.

Ein **Ministerialerlaß** an die Oberämter verweist diese auf die deutsche Reichsverfassung und das Volksbewaffnungsgesetz, wonach bewaffnet auf Volksversammlungen zu erscheinen verboten ist.

Ulm, 28. Mai. Heute brachte die nach Stuttgart entsendete Deputation folgende Antwort mit: „Der von der Stadt Ulm in Sachen der Bundesfestung Ulm hierher gesendeten Deputation wird auf den ausdrücklichen Wunsch derselben die schriftliche Versicherung ertheilt, daß das in Ulm verbreitete Gerücht, die württembergische Regierung wolle die württembergische Infanteriebesatzung entweder ganz oder theilweise zurückziehen und die Besatzung anderen (nichtwürttembergischen) Truppen überlassen, rein aus der Luft gegriffen ist. Auch für die Zukunft wird die württembergische Regierung sich angelegen sein lassen, so weit möglich das Besatzungsrecht in Ulm allein auszuüben, vorausgesetzt, daß von der Reichsgewalt nach Maßgabe der deutschen Reichsverfassung nicht andere Maßregeln getroffen werden. Stuttgart, den 26. Mai 1849. F. Römer. Rüpplin.“ (S. M.)

Karlsruhe, 29. Mai. (S. M.) In den letzten Tagen war der regelmäßige Fortgang des seit 14 Tagen üblichen Lebens und Treibens. — Eine Anzahl noch vorhandener Hofpferde, ferner dergleichen von Prinz Friedrich und den Markgrafen Wilhelm und Maximilian von Baden wurden letzten Samstag Nachmittag taxirt, mit Beschlag belegt und inzwischen für Kriegszwecke gewaltsam abgeführt (Sicherheit von Personen und Eigenthum). — Viele Offiziere und Militärärzte nehmen der Reihe nach ihre Entlassung; einzelne sollen beabsichtigen, nach Oesterreich zu gehen. — In einer benachbarten Stadt wird von der Kanzel nicht über das Evangelium, sondern über die deutschen Grundrechte gepredigt; auch der Katechismus der Schulkinder soll dort vorerst wegen Erklärung dieser Rechte zurückgelegt sein. — In den letzten Tagen lasen wir an unsern Straßenecken eine Aufforderung zur Bildung einer deutsch-ungarischen Legion, die von zwei ungarischen Offizieren befehligt werden soll. Der Erfolg der Aufforderung ist mir unbekannt geblieben. — Der Aufruf des regierenden Landesausschusses zur Beisteuer patriotischer Gaben hat bis jetzt äußerst wenig zusammengebracht. — An der Nordgrenze im Neckar-Rheinthal (zwischen Mannheim, Weinheim und Heidelberg) sollen an Militär und Freicorps 30—40,000 Mann versammelt sein. Man erzählt, es solle in Bälde die Offensive ergriffen werden. Die neuesten hier eingetroffenen Freicorps sind zum allergrößten Theil gezwungen ausgezogen; sie sehnen sich heim, und man sieht keinerlei Enthusiasmus für die Sache, von der behauptet wird, es herrsche „die größte Begeisterung im ganzen badischen Volke“. Aus dem südlichen Oberrhein- und Seekreise sind noch keinerlei Freicorps hier angekommen. Etliche der hier gewesenen Bürgerwehren, vom wahren Standpunkt der Sache näher unterrichtet, haben umgeschlagen und sind — zurückgekehrt. — Gestern und vorgestern zog das hiesige erste Aufgebot aus (man sagt, nach Philippsburg); es ging etwa ein Drittheil der Pflichtigen mit; zwei Drittheile waren schon vorher bei Seite gegangen. Auch die deutsch-polnische Legion ist wieder fort. — Auch das hiesige zweite Aufgebot (zwei Compagnien) soll noch diese Woche nach Rastatt abgehen. Da das deßfallsige Auszugsgesetz noch nicht erschienen ist, so steht vor der Hand zu erwarten, ob einem derartigen Befehl Folge geleistet wird. — Unter den neuesten Erlassen findet sich die Zusicherung, daß Gesetzvorlagen über ein Steuersystem der am 20. l. M. zusammentretenden constituirenden Versammlung zur Genehmigung vorgelegt werden sollen, sowie eine Mahnung zum Steuerzahlen. Dann eine Verordnung über Organisation der Volkswehr, wonach die bewaffnete Macht des oberrheinischen Kriegsbundes aus allen waffenfähigen Männern von Baden und der überrheinischen Pfalz besteht; sie führt den Namen: „Volkswehr des oberrheinischen Kriegsbundes“. Die Pfalz trifft 25,000 Mann. Das erste Aufgebot besteht aus der waffenfähigen Mannschaft vom 18. bis einschließlich 30. Jahre, und allen Freiwilligen. Alle waffenfähigen Männer vom 30. bis 40. Jahre bilden das zweite Aufgebot. Beide Aufgebote bilden den beweglichen Theil des Volksheeres. Alle waffenfähigen Männer vom 40. bis 50. Jahre, mit Einschluß der Freiwilligen eines höheren Alters, bilden das dritte Aufgebot. Dasselbe hat die Bestimmung der Vertheidigung im Innern. Da die Zeitverhältnisse eine schnelle Ausrüstung des ersten Aufgebots nothwendig machen, so wird bestimmt, daß alles Kriegsmaterial und alle Waffen der beim ersten Aufgebot nicht eingetheilten Bürger hiezu verwendet werden. Die Gemeinden und Bürger, welche sich bereits Waffen angeschafft haben, sollen dafür baldmöglichst die Entschädigung nach deren Werth aus der Staatskasse erhalten. Die bewaffnete Macht, welche bisher die Linie oder das stehende Heer ausmachte, ist ein Bestandtheil der Volkswehr, und wird als die bereiteste verwendet. Die Wahl der Offiziere bis zum Hauptmann einschließlich geschieht direct durch die Wehrmänner der Compagnie. Die Stabsoffiziere ernennt die Regierung. Die Wehrkreise sind: der Seekreis; der Oberrheinkreis; der Mittelrheinkreis; der Unterrheinkreis; der Pfalzkreis. Das Volksheer führt die deutsche Fahne schwarz, roth, gold. Die Kleidung soll aus einfachem blauen Waffenrocke von Tuch bestehen; ferner aus einer einfach gearbeiteten Pickelhaube. Bei demjenigen Theile des Volksheeres, welches bisher die Linie bildete, bleibt die Bewaffnung dieselbe, wie früher. — Ferner hat der Landesausschuß die Verfügung erlassen: Die provisorische Regierung der Rheinpfalz zu veranlassen, daß nach den Bestimmungen des badischen Wahlgesetzes auch Vertreter der Rheinpfalz zur constituirenden Versammlung von Baden geschickt werden. Alle deutschen Staaten, die sich der Bewegung anschließen, aufzufordern, ebenfalls Vertreter nach Karlsruhe zu senden.

Karlsruhe, 31. Mai. Die heutige „Karlsruher Zeitung“ bringt in ihrem amtlichen Theile den Wortlaut des zwischen dem Landesausschuß von Baden und der provisorischen Regierung von Rheinpfalz abgeschlossenen Vertrages. Er heißt: 1) In militärischer Beziehung bilden Baden und Rheinpfalz ein Land. 2) Das badische Kriegsministerium wird fürs erste als das gemeinschaftliche beider Länder betrachtet. 3) Alles Brückengeld auf Brücken, welche Baden und Rheinpfalz verbinden, wird sofort abgeschafft. Die Entschädigung von privatrechtlichen Ansprüchen bleibt vorbehalten, und die Kosten der Unterhaltung und Wiederherstellung der Brücken werden für die Zukunft von beiden Ländern gemeinschaftlich und gleichheitlich getragen. 4) Die Einwohner beider Länder werden in allen Beziehungen so angesehen, als gehörten sie ein und demselben Staate an. Karlsruhe, den 17. Mai. 1849. Der Landesausschuß. Junghanns. G. Struve. Damm. Stark. Steinmetz. Cordel. Degen. Genehmigt Kaiserslautern, den 18. Mai 1849. Die provisorische Regierung der Rheinpfalz. Reichard. Greiner. N. Schmidt. Hepp. Fries.

Karlsruhe, 28. Mai. Der Civilcommissär von Mannheim, Florian Wördes, ist durch Trützschler aus Dresden, das bekannte Parlamentsglied, und Schütz in der Pfalz durch Fröbel ersetzt worden, da Schütz sich einer andern wichtigen Mission unterziehen mußte. Der in einigen Blättern verbreiteten Nachricht, daß Arnold Ruge von der badischen Regierung mit einem diplomatischen Auftrage betraut worden sei, können wir direct widersprechen. Ruge ist auf eigene Faust nach Paris gereist. (Karlsr. Ztg.)

*** **Mannheim**, 30. Mai. Vorgestern wurden ohne jedes vorhergegangene richterliche Urtheil die Wohnung und das Bureau des Redacteurs des „Mannheimer Journals“ auf Befehl des Herrn Trützschler, des neuernannten Landescommissärs, durchsucht, angeblich nach volksfeindlichen und aufrührerischen Schriften, wozu man besonders die Proclamation des Großherzogs von Baden an sein Volk zu rechnen scheint. Sie ersehen hieraus, wie man bei uns Grundrechte und deutsche Verfassung anerkennt! Dieses Attentat auf die persönlichen Rechte des deutschen Bürgers hat wie billig das höchste Aufsehen gemacht und der Sicherheitsausschuß selbst ist über das Urtheil der öffentlichen Meinung, welche sich einstimmig, ohne Rücksicht auf die politische Farbe, verdammend über solchen Terrorismus äußert, so verdutzt geworden, daß sofort eine Bekanntmachung, unterzeichnet Trützschler, erlassen wurde, wornach künftighin alle derartigen Maßregeln nur auf gesetzlichem Wege ausgeführt werden sollen! Noch muß bemerkt werden, daß der Sicherheitsausschuß mit der Ausführung des obigen Attentats zuerst den Polizeicommissär Hoffmann beauftragte; dieser weigerte sich jedoch standhaft, einen so ungesetzlichen Befehl, der den vernehmsten Paragraphen der deutschen Verfassung geradezu umstößt, zu vollziehen und ist sofort wegen seiner Widersetzlichkeit aus dem Amte entlassen worden. Also der Diener des alten Polizeistaates wird entlassen, weil er pflichtgetreu genug ist, Gesetz und Recht zu respectiren! Zwei Kreaturen des Sicherheitsausschusses, ein Jude und ein Advocatenschreiber, haben hierauf die Haussuchung vorgenommen. Das Ergebniß derselben war, daß der Redacteur des „Mannheimer Journals“ von allem Verdacht freigesprochen werden mußte. Noch berichte ich Ihnen als factisch, daß die drei intelligentesten Officiere unserer Linie, welche neulich gewählt worden sind, ihre Entlassung gefordert haben und bereits abgereist sind. Zwei dieser Herren sind als Republikaner bekannt gewesen und wohl auch als solche vorzugsweise gewählt worden.

Schließlich geben wir noch in nachstehenden Mittheilungen des „Schwäb. Merkurs“ ein anschauliches Bild der badischen Zustände. In einem Bericht aus Freiburg vom 28. Mai heißt es: Es ist ein Plakat an unsern Mauern zu lesen mit der großartigen Aufschrift: „Die württembergischen Soldaten an die badischen.“ Es heißt unter anderm darin, daß sie die Ansprache ihres Kriegsministers wohl vernommen, sich aber nicht dadurch beirren lassen werden u. s. w. Diese angeblich württembergische Erklärung wird im Lager unserer Bewegungsmänner die größte Freude und die höchste Zuversicht erwecken. Auf Württemberg hoffen sie ganz gewiß. Denn soviel ist klar, die Reichsverfassung bildet nur den Vorwand; es handelt sich um die südwestliche Republik, vielleicht unter dem Protectorat von Frankreich. Das liest man freilich in unsern Blättern nicht, obgleich wir anscheinend das freisinnigste Preßgesetz von Deutschland haben. Auch von Flugblättern kann keine Rede sein; man würde sie gleich verfolgen. Hat es ja nicht einmal eine einzige unserer Zeitungen gewagt, die Ansprache des Großherzogs an sein Volk zu bringen. Und doch bildet ja der Großherzog noch immer das staatsrechtliche Oberhaupt Badens. Aber auch mündlich darf sich Niemand unterstehen, sich gegen die herrschende Gewalt zu erklären. Die Freiburger Aristokratie ist gewiß das ungefährlichste Ding von der Welt. Kaum hat aber die hiesige Regierung vernommen, daß dieselbe Miene mache, ihr etwas zu opponiren, als sie gleich in einem Anschlage auf das Ernstlichste vor solchen Umtrieben und Einflüsterungen warnt, mit der Bemerkung, daß sie sonst nicht mehr das Eigenthum und die Person gehörig schützen könne. Eine Regierung muß auf schwachen Füßen stehen, die sich vor der Freiburger Aristokratie fürchtet! Ferner wissen Sie, daß unsere Gemeinden für schlechthin selbstständig in jeder Hinsicht erklärt wurden. Gleichwohl werden viele Bürgermeister geradezu abgesetzt und neue Wahlen angeordnet, die, um giltig zu sein, natürlich nur auf solche Männer fallen dürfen, welche der herrschenden Partei genehm sind — und dies Alles, weil „die Gemeinden absolut selbstständig sind“. Und so geht es denn fort. So haben wir auch das Recht zu Vereinen. Daß sich aber auch solche bilden könnten, die gegen die bestehende Regierung Opposition machen, ist gar nicht zu denken. Alles dies ist um so bemerkenswerther, je frischer noch die Erinnerung an das Treiben derer ist, die jetzt am Ruder sind. Vielen, und zwar nicht nur den Constitutionellen, ist daher der gegenwärtige Zustand schon wieder entleidet. Auch vom Militär ist, wie radicale Soldaten selbst aussagen, mehr als die Hälfte wieder unzufrieden. Denn hier war nicht die Politik, sondern vielmehr nur die Hoffnung auf eine bessere Behandlung, größere Löhnung u. s. w. das Hauptmotiv des Handels. Auch sehen die Soldaten ein, daß unter der Hand das Ding ein ganz anderes geworden, als sie es gewünscht. Endlich gefallen ihnen auch die Leute nicht, die jetzt in der Regierung sind. Ein Umschlag wäre daher von dieser Seite gar nicht so unmöglich. Das scheint man höheren Orts auch zu merken und zu fürchten. Auch vom Volke gilt dies zum großen Theil; es ist unseres Zustandes wieder müde.

Und aus **Heidelberg** schreibt man demselben Blatte unterm 28. Mai: Wir sitzen in Baden in einer schönen revolutionären Sauce. Seien Sie sehr froh, wenn Sie davon verschont bleiben, und ermahnen Sie Alle, die Sie kennen, aufs Entschiedenste und Entschlossenste, gegen den

ersten Anfang einzuschreiten. Was Anarchie für Gewerbeleute ist, das kann man erst wissen, wenn man vierzehn Tage darin gesessen ist; es ist schmählich unter aller Vorstellung.

Frankfurt, 1. Juni. Das Bureau der Reichsversammlung hat gestern dem evangelisch-lutherischen Gemeinde- und Kirchenvorstand die Schlüssel der Paulskirche unter Begleitung eines freundlichen Dankschreibens zurückgegeben. Es werden nun diese Räume bis zur Eröffnung des neuen Reichstages leer stehen, wofern es überhaupt bei der verfassungsmäßigen Bestimmung bleibt, daß dieser seinen Sitz in Frankfurt nehmen wird.

Seit acht Tagen zu einer Besprechung mit dem Reichsministerium eingeladen, hatten sich gestern die Bevollmächtigten der verfassungsfreundlichen Staaten zu Abhaltung derselben eingefunden. Allein statt irgend einer Person des Reichsministeriums trafen die Versammelten ein an Herrn v. Sternenfels, den k. württemb. Gesandten bei der Centralgewalt, gerichtetes Schreiben folgenden Inhalts: Bei der gestrigen Beschlußfassung, „sc" dem Reichsministerium erst heute mitgetheilt worden, und „bei den übrigen eingetretenen Umständen" (?) halte das Reichsministerium dafür, daß die Bevollmächtigten sich heute unbefangener besprechen dürften, wenn sie allein blieben. „Weßhalb ich um Entschuldigung bitte, wenn ich heute nicht unter Ihnen erscheine. Frankfurt a. M., 31. Mai 1849. Gez. Dr. Gravell." Die Bevollmächtigten, unter dem Ministerium Gagern an solche Formen nicht gewöhnt, gingen ohne Besprechung auseinander. (D. Z.)

*** **Frankfurt**, 2. Juni. Von dem Reichsminister des Innern geht uns folgende Erklärung zur Veröffentlichung zu: „In Nr. 128 und 129 der „O.P.A.Z." sind zwei Actenstücke, welche telegraphische Mittheilungen zwischen dem Herrn Reichsverweser und der königlich preußischen Regierung enthalten, unbefugter und unberufener Weise veröffentlicht worden, und das letztere mit einer Einleitung, welche der Deutung Raum gibt, als ob diese Bekanntmachung auf amtlichem Wege veranlaßt werden sei. Das Reichsministerium findet sich deßhalb bewogen, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß diese Nachrichten der Zeitung ohne sein Verwissen zugegangen sind, und daß wegen des Bruches der Amtsverschwiegenheit, ohne welchen davon keine Abschriften hätten genommen werden können, die nöthige Untersuchung verfügt worden ist. Frankfurt, den 2. Juni 1849.. Dr. Gravell." *)

Frankfurt, 2. Juni. Im heutigen Amtsblatt macht die Stadtkanzlei im Auftrag Hohen Senats die Verordnung, betreffend die Disciplinarbestrafung in der Marine des Reichs, zur Nachachtung bekannt.

Wien, 29. Mai, 1 Uhr Nachmittags. Soeben ist von dem Generalmajor Standrisky, Stellvertreter des commandirenden Generals in Triest, folgende telegraphische Depesche an den Kriegsminister eingelangt: „Nach erhaltener Mittheilung des Herrn Vicеadmirals Dahlrup ist Ancona, eng cernirt zu Wasser und zu Land, am 24., 25. und 26. Mai von der Seeseite durch die Kriegsschiffe beschossen, worauf die zurückbehaltenen Geißeln ausgeliefert wurden. Die Einwohner scheinen entmuthigt; die Wasserleitung abgeschnitten; die Land- und Seemacht in Verbindung." (Wien. Z.)

Aus dem Königreich Sachsen, 31. Mai. Der König hat folgende Proclamation erlassen:

An das sächsische Volk.

Sachsen! Als ich in den ersten Tagen dieses Monats den dringenden Bitten Vieler unter Euch widerstand und die unbedingte Annahme der von der Frankfurter Nationalversammlung berathenen Reichsverfassung ablehnte, da geschah dies nicht aus dynastischen Rücksichten, nicht deßhalb, weil ich im einseitigen sächsischen Interesse der großen Sache Deutschlands entgegentreten wollte, oder weil ich nicht persönlich zu jedem Opfer bereit gewesen wäre. Ich that es einzig und allein in der festen, wohlbegründeten Ueberzeugung, daß die Reichsverfassung in der Gestalt, in welcher sie aus der zweiten Lesung der Frankfurter Versammlung hervorgegangen war, nicht geeignet sei, die Einigkeit und das Glück des deutschen Volkes auf die Dauer zu begründen, daß sie überhaupt nicht mehr ausführbar sei, nachdem der mächtigste Staat Deutschlands, nachdem Preußen sie abgelehnt hatte. Es würde mir eine wohlthuende Beruhigung gewesen sein, hätte ich auf dem von mir gleich anfangs betretenen und fortwährend festgehaltenen Wege der Vereinbarung mit den übrigen Fürsten Deutschlands und der Nationalversammlung das große Ziel, die Aufrichtung des deutschen Verfassungswerks, erreichen können. Die Nationalversammlung selbst hat dies unmöglich gemacht. Die Bemerkungen der Regierungen zu dem aus der ersten Lesung hervorgegangenen Verfassungsentwurf wurden bei der zweiten Lesung fast gar nicht berücksichtigt, nicht einmal einer Berathung unterworfen, und dennoch beschloß die Nationalversammlung, die Verfassung endgiltig festzusetzen und einseitig zu verkünden. Von diesem Augenblick an verließ die Nationalversammlung den rechtlichen Boden ihrer Existenz, denn ihre Mitglieder waren für das zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringende Verfassungswerk gewählt, also zur einseitigen Feststellung der Verfassung nicht berechtigt. Von diesem Augenblicke an blieb kein Zweifel mehr, daß mit dieser Versammlung eine Vereinbarung über das deutsche Verfassungswerk nicht zu erreichen sei. Es mußte daher, wollte man die Sache selbst, den Zweck nicht aufgeben, ein anderer Weg eingeschlagen werden und ich habe, treu meinem Entschlusse, jedes Opfer zu bringen, was zu Deutschlands wahrem Wohle nothwendig wird, nicht gezaudert, diesen Weg zu betreten. Die Verfassung, die heute zur öffentlichen Kenntniß kommt, ist aus den Verhandlungen hervorgegangen, die in Berlin zwischen den Bevollmächtigten meiner Regierung und denen der Regierungen von Preußen und Hannover stattgefunden haben. Sie hält den Entwurf der Frankfurter Versammlung in den meisten Punkten fest und weicht von ihm nur da ab, wo es zum Wohle Deutschlands, zur Begründung einer starken Reichsgewalt und zur genaueren Begrenzung ihrer Rechte den Einzelstaaten gegenüber unabweislich nothwendig war. Sie entspricht dem auch von mir lebhaft gefühlten Bedürfnisse einer künftigen Einigung des deutschen Vaterlandes, aber sie gestattet zugleich die freie Bewegung der selbstständigen politischen Gliederungen, welche eine tausendjährige Geschichte im deutschen Reiche großgezogen hat, welche sich nicht mit einem Federstriche vernichten lassen, und welche mit der Gewalt der Naturkraft ein Gesetz beseitigen würden, das darauf ausginge, sie zu zerstören. Die Verfassung, welche die vereinigten Regierungen dem deutschen Volke bieten, ist für mich mit bedeutenden Opfern verknüpft. Daraus, daß ich diese Opfer zu bringen mich bereit erkläre, wird mein Volk erkennen, ob ich den stürmischen Bitten desselben wegen Anerkennung der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung in selbstsüchtiger Absicht oder seines eigenen Wohles wegen widerstanden habe. Es sind alle Staaten Deutschlands eingeladen worden, sich dieser Verfassung anzuschließen, welche einem demnächst auf Grund des vereinbarten Wahlgesetzes einzuberufenden Reichstag zur Zustimmung vorgelegt werden soll. Ich bin ihr beigetreten unter dem ausdrücklichen Vorbehalte der Zustimmung der sächsischen Kammern, die nach § 2 der Verfassungsurkunde vom 4. September 1831 hierzu nothwendig ist. Jetzt gilt es, daß alle wahrhaft deutsch gesinnten Männer Sachsens sich vereinigen, meine Regierung auf dem betretenen Wege, dem einzigen, der noch zu dem erstrebten großen Ziele führen kann, zu unterstützen.

Festung Königstein, den 30. Mai 1849.

Friedrich August. Dr. Zschinsky. Freiherr v. Beust. Rabenhorst. Freiherr v. Friesen. Behr.

Das „Dresdner Journal" theilt mit: Unter den neuerdings steckbrieflich Verfolgten befinden sich der vormalige Abg. Reimann, der bekannte Kieselhausen aus Chemnitz, der Advocat v. Polenz aus Radeberg, der dortige Grenzaufseher Lieutenant Bauer in Schandau und Andere. —

In **Zittau** ist am 28. Mai der dortige Stadtrath Hensel, Präsident der zweiten Kammer letzter Ständeversammlung, von Bernstadt verhaftet eingebracht worden.

Hadersleben, 28. Mai. Vom Norden verlautet heute nichts. Der bei Fridericia tödtlich getroffene Hauptmann Delius ist heute — als Leiche — nach Apenrade gebracht, um dort beerdigt zu werden. — Eine 48pfündige und drei 24pfündige Kanonen von der „Gefion" sind nach dem Norden abgegangen. — Merkwürdigerweise hat bis jetzt keine Zeitung von der im Amtsblatt für die Herzogthümer Schleswig-Holstein mitgetheilten Verfügung, betreffend die Leitung der kirchlichen Angelegenheiten im Törninglehn, Notiz genommen und doch ist sie wichtig genug, um öffentlich bekannt zu werden. Sie lautet folgendermaßen: § 1. Behörden des Königreichs Dänemark haben in Bezug auf die kirchlichen Angelegenheiten im Törninglehn fortan keine amtliche Wirksamkeit. § 2. Die Visitatorialgeschäfte im Törninglehn sind von dem Amtmann zu Hadersleben und dem Probsten des Törninglehns wahrzunehmen. § 3. Die Superintendentur für Nordschleswig, die schleswig-holsteinische Regierung und das Departement der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten haben die ihnen zuständige amtliche Wirksamkeit in Kirchensachen auf das Törninglehn mit zu erstrecken. § 4. In Betreff der Consistorialangelegenheiten im Törninglehn werden nähere Bestimmungen vorbehalten." Nach dieser Verfügung wird die Statthalterschaft wahrscheinlich nicht lange mehr solche Beamten ungestört ihr Wesen treiben lassen, die als die eifrigsten Mitglieder der dänischen Propaganda unserer Sache feindlich gegenüberstehen, und, wenn auch nicht offenkundig, so doch im Verborgenen Unkraut unter den Waizen streuen.

Schleswig, 29. Mai. Da jetzt englische, schwedische und russische Kriegsschiffe in der Ostsee erscheinen, so sind die Commandeure der Küstenbatterien durch einen Armeebefehl des Generals v. Bonin darauf aufmerksam gemacht worden, damit bei Annäherung derselben keine Verwechselung neutraler mit feindlichen Schiffen stattfinde. — Dem Vernehmen nach tritt Major v. Gerodorf an die Stelle des verstorbenen Delius in den Generalstab. (H. C.)

Von der Niederelbe, 29. Mai. Seit gestern Mittag läuft in Hamburg das Gerücht um, die Friedensunterhandlungen zwischen Dänemark und Preußen hätten sich wieder völlig zerschlagen, ein von Berlin gekommener Courier habe den Befehl ins Hauptquartier nach Jütland gebracht, den Krieg mit aller Energie fortzusetzen.

Seit Rye's Entkommen hat das Mißtrauen gegen Preußen wieder tiefe Wurzeln geschlagen. Soll man nun das vor einigen Tagen vom General v. Prittwitz im Lager erlassene Verbot, die „Norddeutsche freie Presse" zu lesen, als ein Zeichen betrachten, daß der Oberbefehlshaber das gegen ihn in diesem Blatte öfters ausgesprochene Mißtrauen für gerechtfertigt hält, oder soll man aus dem Verbote schließen, er halte sich für verleumdet?

Die russische Intervention erregt hier übrigens um so weniger Besorgniß, je mehr man davon überzeugt ist, daß der in der gestrigen „Lübecker Zeitung" enthaltene Bericht aus Petersburg auf zuverlässigen Angaben beruht und daß die Ausrüstung der russischen Flotte theils noch nicht vollendet, theils sehr mangelhaft ist. So sollen nicht 60, sondern nur 45 Kriegeschiffe segelfertig und kaum die Hälfte der requirirten Transportschiffe (namentlich der von Riga erwarteten) herbei geschafft sein. (Wes. Z.)

Altenburg, 26. Mai. Seit gestern ist ein Wechsel in der seit dem März hier liegenden preußischen Besatzung eingetreten. Die drei Compagnien vom 31. Infanterieregiment, die zwei Schwadronen des 12. Husarenregiments und die halbe reitende Batterie haben uns verlassen und sind nach Erfurt abmarschirt. Zurückgeblieben sind nur zwei Compagnien vom 19. Infanterieregiment; dagegen sind über Zeitz neu eingerückt ein Bataillon Treuenbrietzener Landwehr und eine Schwadron grüner Husaren. Die Truppen liegen fast sämmtlich in der Stadt selbst oder doch auf den nächsten Dörfern. Dem Vernehmen nach sollen wir vorläufig ohne Artillerie bleiben und nur eine Schwadron Husaren behalten. Wir befinden uns übrigens in der tiefsten Ruhe; fast nie sind unsere Republikaner so still gewesen als eben jetzt. Den abziehenden Truppen folgt das beste Lob nach. So lange wir Preußen hier gehabt haben, ist auch nicht die geringste Reibung zwischen Militär und Bürgerschaft vorgekommen, während wir früher nicht selten über Excesse zu klagen hatten. (D. Ref.)

Zeitz, 28. Mai. Am gestrigen Abend gegen 10 Uhr zog ein großer Haufen zusammengelaufener Menschen singend und johend durch die Straßen unserer Stadt und setzte sich endlich vor dem Gefangenenhause fest, erhob das Geschrei: „Gefangene heraus!" und ein Bajonnetangriff der verstärkten Wache war nicht im Stande, die Massen zu zerstreuen. Vielmehr zog sich eine noch größere Menge zusammen, und es wurde ein Versuch, das Gefangenenhaus zu demoliren, gemacht. Als nach dreimaligem Trommeln die Menge sich noch immer nicht verlief, wurde eine Salve gegeben, als deren Opfer zwei Todte und sieben Verwundete zu beklagen sind. Mit Rachegeschrei wurden die Leichen in der Stadt umher getragen, während auf der andern Seite die Alarmtrommel erscholl. Man versuchte, Barrikaden zu bauen, die jedoch gleich vom Militär genommen wurden; darauf wurde auch kein erheblicher Widerstand mehr geleistet und die Aufrührer zerstreuten sich. Heute Vormittag wurden die Volksführer Schieferdecker, ein ehemaliger Buchhändler, Fehmer, Conrector am Gymnasium, Thiele, Arzt, und Andere mit Militärbedeckung in das Gefängniß abgeführt. Um 11 Uhr rückte das 3. Bataillon des 19. Regiments ein. General Schack wird Mittags erwartet. Der Belagerungszustand wird verkündet für Stadt Zeitz und Umkreis. Commandant ist der Major des Bataillons vom 19. Regiment. Die Befehle des Commandanten lauten: 1) Alle Wirthshäuser sind um 8 Uhr zu schließen. 2) Es dürfen nicht mehr als 6 Personen zusammenstehen. 3) Die Bürgerwehr wird entwaffnet. 4) Das „Echo an der Elster" ist verboten. 5) Es wird ein Kriegsgericht niedergesetzt, welches alle Widersetzlichkeiten zu bestrafen hat. Die Verhaftungen dauern fort. (D. Ref.)

Berlin, 31. Mai. Staatsschuldscheine 78½, etw. bez. u. Br., Seehandlungs-Prämienscheine 100½ Br., Bankantheile 88 u. 88½, bez., Berlin-Hamburg 59½ bez., Köln-Minden 76½, Br., 76 G., Friedrich-Wilh.-Nordbahn 34½, u. ½ bez., Stein. 45 u. 45½, bez. u. G., Thüring. 49½ Br., Russ. bei Stieglitz 84½, Br., Pola. 500 fl. Loose 71½, Br.

Die Börse war auch heute sehr geschäftslos, die Hordecourse waren zum Theil etwas matter, die Preise der Eisenbahnactien behaupteten sich fest, und Rhein. waren höher bezahlt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Cours der Staats-Papiere. 2. Juni 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	74	73⅞	Wurtemb.	Obligationen b. Rothsch.	3½	74½	74
»	ditto ditto . .	4	57½	57	»	Neue Württemberg.	4½	92½	91⅝
»	ditto ditto . .	2½	39½	39	Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	80½	80
»	Bank-Actien v. D. .		1092	1083	»	d. 25 Loose		20½	20
»	250Loose v. Rothsch.		75¼	74½	Frankfort	Obligationen	3	78	77½
»	500 » ditto		122½	122	»	ditto v. 1839	3½	93	92½
»	Heimann. Obligat.	4½	—	65	»	ditto v. 1846	3½	90	89½
»	ditto ditto	5	61	—	»	Taunusbahnactien .		274	271
Prussia	Staatsschuldscheine	3½	81⅛	80½	Holland	Integrale	2½	49½	49½
»	Prämienscheine . .		—	100½	»	Holländische	4	—	77
Bayern	Obligationen	3½	77½	76½	»	Syndicate.	2½	—	73
Darmstadt	à 50 Loose . . .		69½	68½	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—
»	à 35 ditto		21	20¾	»	Innere Sch. neue Obl.	3	23½	23½
»	Obligationen	3½	77½	77	Portugal	Consols Lat. à f. 12.	3	—	—
»	ditto	4	84½	84	Polen	à 500 Loth. Loos Rth.			97½
Baden	Obligationen v. 1849	3½	72½	72	»	Obligationen de à 500	4	72¾	72½
»	à 50 Loose v. 1845		47	46½	Russland	in R. à. S. b. Grun. etc.	4	—	81
»	à 35 Loose		—	—	»	ditto b. Stieglitz et C.	4	—	80¾

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.	Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Pistolen	9	58	Gold al Marco .	392	—	Kurhessische Loose . . .	—	—
Pr. Friedrichsd'or	9	59	Laubth., ganze .	—	—	Sardinische Loose . . .	25⅛	24⅞
Holl. 10 fl. Stücke	10	7	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	40	5 Frankenthaler .	—	—	Cöln-Minden	77⅛	76½
20 Francsstück .	9	41	Hochhaltig Silber	24	30	Ludwigsh.-Berbach. . . .	66⅝	66⅛
Engl. Souverains	12	5	Gering a. mittelh.	24	30	Prin.-Wilh.-Nordbahn .	35	34⅜

Nach der Börse: 3½ pCt. Rel. —; 3pCt. Span. Int. —; Tannusbahn-Actien (pr. Ct.) —; Ludw.-Berb. —; F.-W.-Nordb. — G.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Extra-Beilage.)

*) Die bezüglichen Artikel sind uns aus dem Reichsministerium zur Veröffentlichung zugesandt worden. Von unserer Seite ist durchaus nichts zur Veranlassung jener Veröffentlichung geschehen. Red. d. O.-P.-A.-Z.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Extra-Beilage zu Nro. 130.) 2. Juni 1849.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 2. Juni. Nach einer Mittheilung aus glaubwürdiger Quelle wäre die Rückwirkung, welche die an der Bergstraße und im Odenwald erlittene Niederlage bei dem badischen Militär nothwendig hervorbringen mußte, in rascher Entwicklung begriffen. Statt, wie den unglücklichen badischen Soldaten vorgespiegelt worden war, von den Hessen mit offenen Armen empfangen zu werden, statt durch diese ihre Reihen verstärkt zu sehen, waren sie von denselben, aller Lockungen ungeachtet, als Feinde behandelt und zur Flucht gezwungen worden. Sie schrien deßhalb über Verrath und warfen zum Theil ihre Waffen von sich, um sich, ungeachtet aller Gegenvorstellungen, in ihre Heimaten zu zerstreuen. Inzwischen soll sich doch ein starkes Corps Militär und Freischärler am linken Neckarufer gesammelt und Batterien errichtet haben, um die Gegend von Neuenheim bis Ladenburg zu bestreichen.

Innsbruck, 29. Mai. Die Ankunft des Kaisers Ferdinand I. und der Kaiserin Maria Anna erfolgte heute um 6 Uhr Abends. Bis zur Kettenbrücke, eine Viertelstunde von der Hofburg entfernt, wo ein schöner geschmackvoller Triumphbogen errichtet war und sämmtliche Stabsoffiziere in freudiger Erwartung harrten, standen Spaliere, gebildet von dem hier garnisonirenden Militär, der sämmtlichen Nationalgarde und mehreren Schützencompagnien, die sämmtlich mit ihren Musikbanden und fliegenden Fahnen den ankommenden Majestäten Lebehoch zujauchzten, in welchen Ruf die unüberseh bare Volksmenge freudig einstimmte! Von den nahen Hügeln krachten Böllerschüsse.

§ **Berlin**, 31. Mai. Die Veröffentlichung des Wahlgesetzes für Preußen wird heute Abend in dem preußischen Staatsanzeiger erfolgen. Das Landeswahlgesetz unterscheidet sich von dem Wahlgesetz des engern Bundesstaates darin, daß in der dritten Abtheilung der Mindestbesteuerten alle mitwählen werden, welche nach dem bisherigen Wahlgesetz mit allgemeiner Wahlberechtigung das Wahlrecht ausgeübt haben. Die Landeskammern werden vor der Einberufung des Reichstages zusammenkommen, da die Hälfte der preußischen Mitglieder des Staatenhauses von den beiden Landeskammern gewählt werden soll. Preußen sendet ins Staatenhaus 40 Abgeordnete, von denen 20 der Ernennung der Regierung, 10 der Wahl der ersten Kammer und zehn der Wahl der zweiten Kammer anheimgegeben sind. In Hinsicht der Anwendung des neuen Wahlgesetzes in denjenigen Städten, wo keine Klassensteuer besteht, hören wir aus guter Quelle, daß die Gemeindesteuer (Miethssteuer u. s. w.) als Grundlage dienen wird. Was die gestern veröffentlichte Reichsverfassung betrifft, so ist der Eindruck, welchen dieselbe auf den Kern der hiesigen Bevölkerung hervorgebracht, ein entschieden günstiger, was sich namentlich in der heitern Stimmung, die man seit der Veröffentlichung unter der Bürgerschaft der Hauptstadt gewahrt, augenscheinlich kundgibt. Das Vertrauen zu einer Befestigung der preußischen so wie deutschen Zustände ist auch in unserer Handelswelt in hohem Grade belebt und dürfte seine Rückwirkung auf Verkehr und Handel schon in der nächsten Zeit in überraschender Weise äußern. Auch scheint die Hoffnung hier vorzuwalten, daß der Anschluß der übrigen deutschen Staaten zu erwarten sei. In Bezug auf Bayern und die noch nicht beigetretenen norddeutschen Staaten sind bereits bestimmtere Aussichten in dieser Beziehung vorhanden. Für die katholischen deutschen Staaten und Provinzen dürfte der muthmaßliche Eintritt des Herrn v. Radowitz in das künftige Reichsministerium nicht ohne günstige Wirkung sein. Der Einfluß desselben auf die gegenwärtige Gestaltung ist ein bedeutender. — In den hiesigen höheren Kreisen ist die Ansicht verbreitet, daß der Abschluß eines definitiven Friedens mit Dänemark nach den bis jetzt gepflogenen Unterhandlungen kaum zu bezweifeln sei. — Nach einer aus Trier hier angelangten Depesche haben sich bereits rheinbayerische Gemeinden an den Commandirenden in Trier mit der dringenden Bitte gewendet, ihnen militärische Hilfe zur Befreiung von dem sie erdrückenden anarchischen Unwesen unverweilt zukommen zu lassen.— Vor einigen Tagen hat hier auf Veranlassung des Ausschusses des conservativ-constitutionellen Centralvereins eine Versammlung der Präsidenten sämmtlicher der conservativen Partei angehörigen Vereine, welche neben den zahlreichen constitutionellen Bezirksvereinen in der Hauptstadt bestehen, stattgefunden, in welcher einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, fortan jede Scheidewand innerhalb der conservativen Partei fallen zu lassen und wie Ein Mann fest zusammenzustehen, um durch entschlossene einheitliche Zusammenwirkung den Sieg der constitutionellen Sache und der wahren Freiheit zu erlangen. Die Zahl der auswärtigen Vereine, welche Collectivvertreter in der Versammlung hatten, mochte sich auf 90 belaufen. Wir sehen mithin seit dieser Uebereinkunft die hiesige conservative Partei als ein mächtiges, fest geschlossenes Ganzes dastehen, dessen Bedeutsamkeit in überraschender Weise mit jedem Tage sich zu steigern scheint.

* **München**, 31. Mai. Bekanntlich ist der Fürst Ludwig von Oettingen-Wallerstein in der Kammer der Reichsräthe der Einzige gewesen, welcher für Annahme der Reichsverfassung gesprochen hat. Wiewohl die Rede zu umfangreich zum vollständigen Abdruck in Ihren Blättern ist, so wird doch einigen Stellen derselben Raum gegönnt werden, zumal dieselben Fragen behandeln, deren Lösung auch darüber entscheiden wird, ob Bayern dem neuen preuß. Verfassungsentwurf beitreten, oder in seiner isolirten Stellung verharren wolle.

Ueber das Vereinbarungsprincip und die danach zu beurtheilende Giltigkeit oder Ungiltigkeit der in Frankfurt beschlossenen Verfassung läßt der Fürst sich in folgender Weise vernehmen:

Allerdings deutete der erste Bundesbeschluß auf den vereinbarenden Standpunkt, das Vorparlament hat aber kurz zuvor die allein verfassunggebende Natur der Nationalversammlung feierlich proclamirt. Unter Hinweisung auf diese Thatsache ward von dem Fünfzigerausschuß gegen den Bundesbeschluß vom 30. März remonstrirt, und aus dieser Remonstration des Fünfzigerausschusses ging der zweite Bundesbeschluß vom 7. April hervor. Im Zusammenhange mit den vorangehenden Thatsachen und vermöge des Umstandes, daß der Bundesbeschluß vom 7. April nun von der zu berufenden Versammlung als von einer constituirenden sprach, ist nach meiner Ueberzeugung die verfassunggebende Natur der Nationalversammlung unumwunden ausgesprochen. Doch ich hatte mich nicht bloß an diese Worte. Ich suche die Quelle des verfassunggebenden Rechtes der Nationalversammlung weit tiefer. Versetzen wir uns zurück in das Jahr 1848, in jenes Jahr, während dessen ersten Märzereignissen ich noch in amtlicher Eigenschaft zu fungiren hatte. Was wollte die damalige Bewegung? Sie wollte ein Gesammtdeutschland, einheitlich und mächtig nach Außen, frei im Innern. Dies war das formulirte Verlangen auf allen Punkten Deutschlands, an der Spree, in Wien, wie an dem Rhreine und in allen übrigen Gauen Deutschlands. Deutschland hatte zu diesem Verlangen ein erworbenes, ein unbestreitbares Recht; denn ein volles Jahrtausend hindurch war es im Besitze gewesen, erst der thatsächlichen, zuletzt mindestens der nominellen Einheit, und — was man auch von der alten Reichsverfassung sagen möge — eines hohen Grades von gesetzlicher Freiheit. Als im Jahre 1805 eine Anzahl deutscher Fürsten sich trennte von der deutschen Sache, um die französischen Adler in die Kaiserstadt tragen zu helfen, als später im Jahre 1806 eine Anzahl solcher Fürsten geradezu den rechtsbeständigen Reichsverband zerriß, so die Auflösung des deutschen Reichs und die Abdication des letzten Kaisers herbeiführend, geschahen diese Thatsachen ohne Zustimmung der Völker; selbst jene Landstände, welchen im alten Deutschland reichsverfassungsmäßig das Recht der Mitwirkung und Einsprache zukam, wurden zertrümmert. Sieben Jahre Napoleonischen Druckes folgten, bis zuletzt der Eroberer die Dynastien selbst in ihrem Bestande bedrohte. Da riefen diese ihr Volk zum Kampfe auf gegen ihr eigenes Werk unter feierlicher Zusage sofortiger Wiederherstellung der alten Reichszustände. Die Völker gingen den Pact ein, erhoben sich wie ein Mann, vergossen ihr Herzblut und warfen den Eroberer zu Boden. Was der Wiener Congreß gebracht, wir wissen es; welche Einwendungen gegen die aus ihm hervorgegangene Bundesacte erhoben wurden, wir wissen es gleichfalls; ebenso, wie die schon an und für sich vitiöse Bundesacte sich immer mehr von dem Geiste der Epoche entfernte, dessen bloßer Abglanz noch in sie getragen war und wie sie allmählig zu einer formlich freiheitsfeindlichen sich ausbildete. Wir wissen, namentlich wie selbst der Gedanke gefesselt, wie statt jener Preßfreiheit, welche seitens des Bundes feierlich zugesagt war, und bezüglich derer die Noten von Metternich und Hardenberg einen denkwürdigen Commentar der Bundesacte bilden, der strengste Preßzwang allgemein über Deutschland sich lagerte. Wir wissen mit einem Worte die Klagen, welche Deutschland im Jahre 1848 zu führen hatte. Das Höchste — das Vertrauen — war gewichen. Wie mächtig die Erhebung von 1848 in ihrem Beginne war, wer konnte, wer möchte es leugnen! In ihrer Willkür stand es, die Throne umzuwerfen. Das deutsche Volk blieb vor den Fürsten stehen, die einzige von ihm gesetzte Bedingung war das Recht, seine künftigen Zustände selbst zu regeln, und dieses Recht wurde ihm auch nach meiner innigsten Ueberzeugung eingeräumt. Man proclamirte die Versammlung in Frankfurt von Seite des Bundestags als eine constituirende, man widersprach der von ihr ausgesprochenen allein verfassunggebenden Gewalt in keiner Weise. Ja, als sie durch das, was der Herr Referent einen kühnen Griff nennt, eine Centralgewalt schuf, als sie in der Gründungsurkunde dieser Centralgewalt abermals sich allein das Zustandebringen des Verfassungswerkes vorbehielt, anerkannten die Fürsten diese Maßregeln, und das bekannte Schreiben des Bundestags an den Reichsverweser, die Rede des Bundespräsidenten von Schmerling diesem gegenüber sind Documente, welche aus der Geschichte nun einmal nicht mehr weggewischt werden können. Auch später beeilten sich die meisten deutschen Regierungen, die Beschlüsse und Gesetze der Nationalversammlung zu publiciren. In Bayerns Regierungsblatt ist sogar jenes Reichsgesetz zu lesen, welches die Publicationsweise und bindende Kraft der von der Nationalversammlung ausgehenden Gesetze feststellt. Dies Alles, die ganze Haltung der deutschen Regierungen entgegen den Beschlüssen der deutschen Volksvertretung, hat in allen Gemüthern die Ueberzeugung von der constituirenden Gewalt der Volksversammlung gefestigt; vermöge dieses Glaubens milderte sich allmählig die Kraft der Erbedung, und die hohe Versammlung gestatte mir die Bemerkung: in politischen Dingen ist der gute Glaube der Völker ein Rechtstitel, überwiegend alle Pergamente. Man hat das Volk gewiegt in dem Zutrauen auf seine gesetzgebende Macht, und dieses von einer Seite gewonnene, von anderer bekräftigte Zutrauen ist der größte, der heiligste Rechtstitel — für den allein constituirenden Beruf der Nationalversammlung. Ich selbst, vor Ende März 1848 in dem Falle, mich amtlich über die Art zu äußern, wie ich den Befugnißumfang eines bayerischen Bundestagsgesandten betrachtete, sprach mich aus für ihn unter der Bedingung, daß er offen kundgegeben und durch Regierung sowohl als Stände — denn damals hatten wir noch Stände — förmlich verabschiedet werde. Eine solche offene Kundgabe und Verabschiedung trat nirgends ein. Man erkannte den allein constituirenden Beruf der Nationalversammlung thatsächlich an, als das Volk die Macht in Händen hatte.

Die einzige Mandatsüberschreitung seitens der Reichsversammlung hat der Fürst in der Errichtung eines preußischen Kaiserthums erblickt. Seitdem aber die Reichsverfassung Zustimmung von so vielen Seiten erhalten, vielleicht auch, weil die Frage durch Ablehnung Preußens eine offene geworden war, ist dieser Mangel nach seiner Meinung geheilt.

Bei Erörterung der aus dem allgemeinen Standpunkte zu beurtheilenden Zweckmäßigkeit der Annahme der Reichsverfassung ist zunächst der durch das Princip der Personal-Unionen in § 2 des I. Abschnitts angeblich ausgesprochenen Ausschließung Oesterreichs eine Betrachtung gewidmet. Hier sagt der Redner: Meines Erachtens begründet dieser Paragraph nicht von ferne eine Trennung Deutschlands. Allerdings hindert er Oesterreichs Anschluß, so lange dieser Staat bei seiner unglücklichen Idee beharrt, die ganze Zeitbewegung nur zur Verwirklichung des alten Lieblingswunsches des Habsburg'schen Hauses und zu Verschmelzung aller Theile des Kaiserreichs in einen Einzelstaat zu benützen. Aber so, wie die Dinge stehen, ist diese Idee eben so fehlerhaft als unverwirklichbar. Oesterreich besteht aus einer Masse verschiedener Nationalitäten. Diese Nationalitäten bilden nicht, wie manchmal behauptet werden wollte, ein zufälliges Agglomerat; sie sind durch ihre Lage zu gegenseitiger Verbindung hingewiesen, jeder einzelne Bestandtheil der österreichischen Monarchie mit alleiniger Ausnahme der Lombardei ist geographisch so gelegen, daß eine Trennung vom Ganzen seine Lage verschlimmern würde. Die Magyaren scheuen mit Recht slavisches und russisches Uebergewicht; derselbe Fall tritt ein bei Galizien; die kroatischen Länder, die Südslaven hassen den Gedanken an eine Rückkehr zum Orient, Böhmen hat nur die Wahl zwischen dem germanischen Oesterreich und dem reingermanischen Deutschland. Alle diese Staaten sind trotz ihrer inneren Verschiedenheit durch die Natur der Dinge zu einem Ganzen geschaffen. Aber sie halten nur zusammen, sie folgen dem Naturgesetze nur, bei voller Wahrung ihrer Nationalität; widrigenfalls überbietet das nationale Gefühl jede andere Betrachtung, und die österreichische Monarchie geht früher oder später in Trümmer. Für Oesterreich war in den Märztagen d. J. eine große Aufgabe gegründet; organisirte es sich föderativ, so trat es für seine deutschen Staaten an die Spitze Deutschlands, für die Lombardei an die Spitze des italienischen Bundes, und wurde die erste Macht des Continentes. Leider ist dieser Weg nicht beschritten worden. Selbst der Kampf gegen Ungarn, dieser Oesterreichs Herzblut und kostbarste Kraft verzehrende Kampf rührt nur daher, daß das kaiserliche Cabinet den Magyaren nicht bewilligen will, was die Bedingung ihrer Wahl eines Habsburgers vor 600 Jahren gewesen war; daß man vergißt, wie die Grundbedingung des ersten Wahlactes war, eine eigene Verwaltung für Ungarn und stellvertretende Beherrschung des Landes durch den Palatin, so fern und so oft der ungarische König nicht in Ungarn residire. Der § 2 des I. Abschnittes der Reichsverfassung zerreißt Deutschland nicht naturnothwendig, sondern nur so lange, als Oesterreich nicht in seinem eigenen Staatsleben dem politischen Naturgesetze und seinem eigenen Interesse huldigt, ein Fall, dessen allzulange Fortdauer kaum anzunehmen ist.

Dann kommt er zu den speciellen bayerischen Besorgnissen gegen die Annahme der Reichsverfassung und sagt: Die Bestimmungen über die Reichsfinanzen haben unserer Regierung zu nachstehenden Bedenken Anlaß gegeben; man fürchtet den Verlust von 5 Millionen Zolleinnahmen und Verbrauchsteuern, man glaubt, die Reichsgewalt werde an unseren indirecten Auflagen im vorhinein hinwegnehmen, was ihr zusagt, und nur einen zufälligen Rest an Bayern abgeben. Ich kann die beanstandeten Verfassungsstellen nicht aus gleichem Gesichtspunkte beurtheilen. Was bestimmt dieser Abschnitt? Er erkennt dem Reiche eigene Finanzen zu. Diese hatte das deutsche Reich, dies hatte der deutsche Bund, nur in Form von Matricularbeiträgen. Er centralisirt die Gesetzgebung über die staatswirthschaftlichen Interessen, also auch die staatswirthschaftlichen Gesammt-Einnahmen und fundirt die Reichsfinanz zunächst auf diese Einnahmen. Aber er ist weit entfernt jedem einzelnen Staate seine particularen Verbrauchssteuern zu entziehen. Nur die allgemeinen für ganz Deutschland beschlossenen Verbrauchssteuern dienen bis zu gedecktem Centralbedarfe dem Reiche als Finanzquelle; der Ueberrest wird verhältnißmäßig an die Einzelstaaten hinausgegeben und von der bayerischen Rate an den Zollgefällen, dann an den sonstigen Consumoauflagen kann dem bayerischen Staate nicht mehr entzogen werden, als proportionell dem württembergischen, dem sächsischen an den übrigen. Um Maltaufschlag ist keine allgemeine für ganz Deutschland gehende Verbrauchssteuer, bleibt uns also nach wie vor, u

wenn die Reichsgesetzgebung sich vorbehält auszusprechen, auf welche Gegenstände particulare Verbrauchssteuern gelegt werden dürfen, so darf nicht vergessen werden, daß die Centralgewalt nur die Spitze der Territorialgewalten ist, daß sie aus letzterer hervorgeht; daß Gottlob Gesammtheit und Glieder nicht gedacht werden dürfen als einander feindlich gegenüberstehende Mächte. Haben wir nicht in dem deutschen Volkshause unsere Vertreter ebenso gut, wie die von andern Staaten? Zeigt nicht die Erfahrung aller Zeiten, wie die Gewählten jedes Staates zunächst immer ihrer eigenen Heimat gedenken? Sehen wir nicht insbesondere in Bayern, wo, wie ich wohl zu erwähnen bitte, ein Abgeordneter von dem Momente seiner Wahl an aufhört, seinem eigenen Wahlbezirke anzugehören, und zum Vertreter der Gesammtheit erwächst; sehen wir nicht in Bayern, sage ich, bei jeder Frage die Abgeordneten der einzelnen Kreise zunächst ihren Kreis ins Auge fassen? Nicht eine absolute Centralgewalt wird in Deutschland geschaffen, sondern eine *parlamentäre*, und bei dem gesunden Sinne des deutschen Volkes werden in letzterer nie Maßregeln Anklang finden, welche den Bestand der einzelnen Stämme bedrohen könnten. Ein solches Durchgehen ist um so weniger zu fürchten, als das Centralparlament vor Allem das Verbundenbleiben Deutschlands zu wahren hat, und als jeder mit zwei Augen Begabte einsieht, ein Bundesstaat zerfalle, sobald er nicht gleichmäßig das Interesse Aller schirmt. Außerdem frage ich, wie war es denn zur Zeit des deutschen Reiches? Waren die Zölle nicht Reichsregalien oder als kaiserliche Privilegien den einzelnen Landesfürsten übertragen? Waren nicht die Posten bis zu Einführung des Rheinbundes reichslehnsweise in den Händen jenes fürstlichen Hauses, das sie in Deutschland begründet hat, dem unser Vaterland sie als kostbares Geschenk verdankte? Hatte das deutsche Reich nicht seine Reichssteuern? Waren nicht, wie ich mich aus eigener Anschauung entsinne, die Contributionssteuern nur zu bestimmten Reichszwecken verwendbar, und begründete nicht die Verwendung derselben zu anderen Zwecken sogar eine Klage vor den Reichsgerichten? Galt nicht dasselbe im Prinzip bei dem deutschen Bunde? Wurden nicht auch in diesem deutschen Bunde die Matricularbeiträge von der Bundesversammlung beschlossen, und erfreute sich diese nicht sogar des Executionsrechtes? Dieser Titel flößt mir keine Beunruhigung für Bayern ein. Könnte ich eine solche nähren, so bezöge sie sich nur auf das Reich selbst. Dieses hat seine Finanzen auf die zerbrechlichste Basis gegründet. Die Auflagen auf die ersten Lebensbedürfnisse schwinden in allen Staaten. Mag auch kommen was da wolle, und wenn selbst keine andere Errungenschaft aufrecht bliebe, so stünde doch jene fest, daß der Staatsbedarf fortan nicht mehr gedeckt werden wird aus den Nahrungsmitteln der Unbemittelten und daß letztere nicht ferners solchermaßen einen unverhältnißmäßigen Antheil an den Staatslasten tragen. Diese Steuern, ich spreche es laut aus, werden in Kurzem nicht existiren.

Weitere Einwendungen wurden erhoben gegen das Central-Gesetzgebungs-Recht. Unsere Regierung wünscht nähere Bezeichnung der Grenzlinien zwischen centraler und territorialer Gewalt in Absicht auf diplomatische Vertretung, auf Entscheidung über Krieg und Frieden, auf die Oberleitung im Kriege, auf die allgemeinen Anstalten zur Wahrung des Handels und Verkehres und auf die Wahrung des Reichsfriedens. Auch tadelt die Regierung, daß die Gesetzgebung des Reiches sich erstrecken solle auf das Territorial-Staatsbürger- und Heimatsrecht, und auf die Gewerbegesetzgebung; sie tadelt namentlich, daß durch § 63 dem Reiche noch überdies eine sehr allgemeine legislative Competenz zugewiesen ist. Ich antworte Folgendes: „In Bezug auf die diplomatische Vertretung ist nur das Recht ständiger Gesandtschaften den Einzelregierungen entzogen. Jedermann weiß, daß auch zu Zeiten von Kaiser und Reich dieses Recht ein bestrittenes war, daß es sich erst in den letzten Zeiten des deutschen Reiches auszubilden vermochte, und daß gerade in ihm die unmittelbarste Quelle des Zerfalles von Deutschland ruhte. Auch in dem deutschen Bundesrechte war festgesetzt, der Bund bilde nach Außen eine politische und diplomatische Einheit, mit diplomatischer Gesammtvertretung, er erkläre durch Stimmenmehrheit Krieg und Frieden, kein Einzelstaat dürfe bundeswidrige Verträge schließen, oder von erklärten Bundeskriegen einseitig zurücktreten. — In Bezug auf das Zoll- und Handelswesen sind die Bestimmungen sehr billig. Das Reich vindicirt sich nur die Einwirkung dort, wo Handelsinteressen, Straßen, Canäle mehrere Einzelstaaten berühren, das einen Einzelstaat allein Angehende bleibt seiner Competenz anheimgegeben. Bezüglich der bewaffneten Macht und der Wahrung des Reichsfriedens überläßt die Reichsverfassung jedem Staate, seine Militärverfassung gemäß der allgemeinen Wehrordnung zu organisiren, und über seine Truppen zu verfügen, in so lange sie nicht für das Reich aufgeboten sind. Selbst Einschreitung bei inneren Ordnungsstörungen tritt nur ein, sofern der betheiligte Einzelstaat die Reichsgewalt anruft, oder seine Unfähigkeit, sich selbst zu helfen, notorisch ist. Dieses sind beinahe wörtlich die Bestimmungen der deutschen Bundesgesetze über dieselbe Materie; sie greifen unendlich weniger weit, als jene des einstigen deutschen Reiches. Was das Territorial-Staatsbürger- und Heimatrecht betrifft, so beziehe ich mich auf das vorhin Bemerkte. In diesen Fragen sowie in jenen des Gewerbewesens und der Ansässigmachung erwarte ich wahrlich von Frankfurt keine umstürzenden Gesetze. Lesen wir nach, was die Abgeordneten des Gewerbebundes von ganz Deutschland, die Männer aus Nord und Süd, aus den Hansestädten wie aus unseren Alpengegenden in Frankfurt gefordert haben, so sehen wir sie sich höchst particularistisch aussprechen, wir sehen sie sogar für Beschränkung der jetzt bestehenden Freiheit reden. Uebergriffe stehen hier fürwahr nicht in Aussicht. Aber leugnen können wir nicht, daß wenn unsere Stämme ein Ganzes werden wollen, dann endlich Deutschland wirklich zur praktischen Einheit des Bundesstaates und zu einer Nationalität als Wahrheit gezogen soll, die Freizügigkeit von Staat zu Staat und die Gleichstellung in Absicht auf Ansässigmachung und gewerbliche Thätigkeit nicht länger versagt bleiben kann; sie war für das Zollvereinsgebiet längst durch den Zollverein angebahnt, und die Entfernung von den deßfalls geltenden, zu den noch erforderlichen Bestimmungen ist wahrlich eine sehr geringe. Sehr wohl entsinne ich mich, wie 1834 gelegentlich der legislativen Revision unseres Gewerbegesetzes der preußische Gesandte im Namen des Zollvereins Einwendungen gegen Beschränkungen erhob, und diesen Einwendungen billige Rechnung tragend verschiedene Punkte abgeändert werden mußten. Anbelangend endlich die sonstige Gesetzgebung, so liegt das in der Reichsverfassung Ausgesprochene abermals in der Natur der Sache, es entfernt sich nicht wesentlich von den Bestimmungen des deutschen Bundes. Und wie war es denn mit der Gesetzgebung gehalten zur Zeit von Kaiser und Reich? Waltete damals auch nur eine Territorialautonomie vor, ähnlich der heute durch die Reichsverfassung genährten? Wahrlich nein. Die Grenzlinie zwischen Reichskreis- und Territorial-Gesetzgebung war keine ausgeprägte, bis in die einzelnen Materien griff der legislative Arm des deutschen Reiches. Wir haben sogar eine Reichsordnung für Israeliten, eine Reichsdienstbotenordnung und ich könnte der Gesetze hunderte anführen, die, wenn man ihnen analog die Reichsverfassung bemessen wollte — hohe Kammer verzeihe mir den Ausdruck — ein allgemeines Halloh hervorrufen würden. Ich wiederhole es, soll Einheit kommen, so muß auch in der Gesetzgebung im Wesentlichen Einheit eintreten; gerade die Verschiedenheit der Reichsfundamente hat uns in dem Grunde particularisirt, in welchem wir particularisirt waren.

Die Lage des Vaterlandes scheint dem Redner so dringend, daß, nachdem Oesterreich sich aus- und abgeschlossen, er sogar seinen Widerwillen gegen den preußischen Erbkaiser aufgibt, und diesen *als Uebergang* zulassen will, und selbst vor dem Wahlgesetz nicht erschrickt, da das reziminale Rad, das Staatenhaus, so kolossal erbaut steht, daß das volksthümliche eine verhältnißmäßige Kraft besitzen müsse. Immer aber ist die Revision der Verfassung durch die regelmäßige Legislatur vorbehalten.

Den Schluß der Rede bilden Klagen über die Verschleppung der Verfassungsangelegenheit. Als das Nationalparlament zusammentrat, erwartete jeder Patriot, die deutschen Regierungen mit einem Collectivvorschlage der Versammlung entgegentreten zu sehen. Er unterblieb. Die Gründe, welche hauptsächlich in particularistischen Hintergedanken zu suchen sein sollen, werden entwickelt. Endlich wird die Idee der Berufung eines neuen Parlaments zum Zweck einer Vereinbarung als gefährlich und als unausführbar verworfen, weil dieser Schöpfung das Vertrauen des Volks, wodurch das erste stark und in gewissen Perioden allmächtig und zum Horte der Throne und der Ordnung geschickt gewesen sei, für immer versagt bleiben werde.

Die „Neue Münchner Zeitung" schreibt: Nach amtlichen Berichten aus **London** vom 22. Mai wurde die Festung seit dem am 20. versuchten Angriff nicht weiter beunruhigt. Bei diesem Angriffe, wo die ganze auf 3000 Köpfe geschätzte bewaffnete Masse auf den ersten Kanonenschuß auseinanderstob und sich in wilder Flucht zurückzog, wurde von der Besatzung Niemand, und durch das Schießen am Tage zuvor nur ein Unteroffizier leicht am Fuße verwundet; auch wird die Lage der Besatzung in der Art geschildert, daß hoffentlich die Erhaltung der Festung gelingt. Was die Verproviantirung der Festung betrifft, so ist Landau selbst für eine Besatzung von 4000 Mann an Korn und Brodmehl noch auf 8 Monate, an Pökelfleisch auf 1—2 Monate, an trockenem Gemüse, Reis, Gerste ꝛc. auf 3 Monate, an Wein, Branntwein, Consomme, Tabak, ungerechnet das in neuester Zeit Angeschaffte, auf eine noch viel längere Dauer verproviantirt.

* **Gießen**, 31. Mai. So eben sind die preußischen Truppen hier eingezogen, das 8. Cürassierregiment aus Langensalza und Mühlhausen, das 31. Landwehrregiment aus Erfurt, und eine reitende Batterie, lauter schöne kräftige Leute, der bekannte Thüringer Menschenschlag. Besonders das Cürassierregiment mit weißen Waffenröcken und Stahlhelmen und Panzern macht einen imponirenden Eindruck, das Regiment, das seiner Zeit den Aufstand in Erfurt unterdrückte. Hier ist ein großer Umschwung der öffentlichen Meinung eingetreten, aber nicht erst seitdem die Preußen da sind. Schon lang vorher soll ein Gemeinderath die Demokraten öffentlich als Buben bezeichnet haben; hinter den Gemeinderäthen steht aber die Bürgerschaft. Der Hauptführer der Demokraten soll im sogenannten Bewaffnungsausschuß durch seinen unsinnigen Antrag, die Preußen mit Gewalt aufzuhalten, sich noch Härteres zugezogen haben. Wie man sagt, sind einige Führer der Demokraten seit wenig Tagen unsichtbar geworden. Schändlich ist der Ueberfall eines preußischen Gutsbesitzers und seiner Arbeiter in der Nähe von Gießen, wie es scheint bloß aus politischem Fanatismus: doch hat er noch rechtzeitig Hilfe erhalten. Die Sache soll bereits dem Gerichte übergeben sein.

Wiesbaden, 31. Mai. Die beiden zuletzt ausgegebenen Nummern des nassauischen Verordnungsblattes enthalten: die Publication der Gesetze über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Strafverfahrens mit Schwurgerichten und über die Errichtung der Volkswehr im Herzogthum Nassau.

Italien.

Mestre, 24. Mai. Es ist jetzt 7 Uhr früh, ich schreibe Ihnen aus einem Laufgraben, 800 Schritte von Malghera entfernt, im fürchterlichsten Donner von beinahe 400 Geschützen unsererseits zu Land und zur See. Seit zwei Stunden hat dies großartigste Bombardement, das je erlebt worden, von beiden Seiten begonnen. Es ist unbeschreiblich — fürchterlich — Gott gebe, daß es gut für uns gehen möge! Zwei Batterien weittreibender Mörser schicken ihre zwölfzölligen Bomben über die Lagunen selbst bis Venedig. Drei Bataillone des Regiments Großherzogs von Baden sind der Artillerie zum Munitionszutragen beigegeben. Wir haben schon mehrere Todte und Verwundete. In wenig Tagen muß das Schicksal Venedigs entschieden sein. (Tiroler Bote.)

Botzen, 28. Mai. Feldmarschall Radetzky und Minister v. Bruck befanden sich gestern bei dem Eintreffen der Nachricht vom Falle Malghera's eben in Verona, worauf Ersterer gleich zu dem vor Venedig stehenden Belagerungscorps abging.

Rußland.

St. Petersburg, 21. Mai. Die Nacht vom 8. auf den 9. Mai war für die höheren Kreise der Petersburger Welt eine Schreckensnacht. Ohne Ahnung davon wurden Söhne der angesehensten Familien nächtlich von Polizei und Gensd'armerie überfallen, aus den Armen der Ihrigen gerissen und sind seitdem verschwunden. Das Gerücht mag die Anzahl der auf diese Weise vorgenommenen Verhaftungen übertreiben, zumal da es natürlich Niemand wagt, über die Angelegenheit noch zu sprechen; aber die ängstliche Gewitterschwüle, die seitdem über uns lagert, ist nicht zu ertragen. Als zuverlässig kann ich Ihnen berichten, daß die Anzahl der Verhafteten in Petersburg die Zahl 100 überschreitet. Manche geben dieselbe auf 200 und 300 an. Die „Verschwörung", welche dieser Maßregel zu Grund liegen soll, wird als eine communistisch-sociale bezeichnet, jedoch nach den mir zum Theil bekannten Persönlichkeiten, welche von dem Zorne des Selbstherrschers betroffen sind, kann dieselbe nur einen sehr gemäßigten politischen Charakter gehabt haben. Unter den Verhafteten befinden sich namentlich Gardeoffiziere und junge Adelige, welche im Ministerium des Innern und im Departement der Diplomatie angestellt waren. — Mit welcher Rohheit diese Verhaftungen vorgenommen wurden, können Sie daraus schließen, daß der Sohn eines sehr angesehenen Staats- und Edelmannes, Kaschkin, auf den Tod erkrankt im Bette, von den Polizeischergen vor den Augen der weinenden Eltern hinweggetragen wurde. — Die Gefangenen wurden zunächst nach der Festung Petersburg gebracht, von da sollen sie jedoch nach den Kasematten von Kronstadt transportirt werden sein. Unstreitig ist hiermit die spirituelle Blüthe Rußlands vernichtet; denn Sie werden unsere Verhältnisse hinlänglich kennen, um zu wissen, daß die verhafteten Jünglinge für immer verschwunden sind. Ueber den wirklichen Zusammenhang erfährt man eigentlich Nichts. Die Russen, welche unter einer Revolution nur eine Ermordung des Zaaren verstehen, behaupten, man habe die Ermordung desselben bei der großen Revue, die der Kaiser über die Petersburger Garden vor seiner Abreise nach Warschau angekündigt hatte, beabsichtigt. Die Parade wurde am 29. April wirklich über 40,000 Mann abgehalten und war in Bezug auf militärische Dressur das Glänzendste, was man sehen kann. Der Kaiser hielt eine energische Anrede, in welcher er versprach, die „Mordbrenner und Räuber" den Ruhm der russischen Waffen fühlen zu lassen. (— Außerdem spricht der Bericht noch von der Entdeckung von Pulverminen unter dem neuen Kaiserpalaste in Moskau während der dortigen Anwesenheit des Kaisers. —) — Bis heute ist unsere Flotte noch nicht ausgelaufen; dieselbe wird noch ausgerüstet und kann erst in etwa 8 Tagen segelfertig sein. (Lüb. Z.)

Nachschrift.

** **Paris**, 31. Mai. In der heutigen Sitzung der legislativen Versammlung wurde die Prüfung der Legitimationen fortgesetzt. Beinahe wäre es zu einer Wiederholung der stürmischen Scenen der vorhergehenden Tage gekommen; von Seiten der Bergpartei wurde sie wenigstens erstrebt, indem Rattier gegen Wahlumtriebe protestirte und deßhalb förmlich Anklage gegen den Kriegsminister erhob. Von Seiten der Rechten fanden diese Beschuldigungen indeß keine Erwiederung, und hatte der Streit ebensowenig wie an den beiden vorhergehenden Tagen irgend eine Folge: die angefochtenen Wahlen wurden mit großer Mehrheit zugelassen. — Die Ministerkrisis ist immer noch zu keiner Entscheidung gekommen.

* **London**, 30. Mai. Die englischen Blätter zeigen die bevorstehende Verheirathung des Grafen von Montemolin mit einer Miß de Horsey an. Es heißt, Unterhandlungen mit der spanischen Regierung seien im Gang, wonach der Prinz gegen Zahlung einer gewissen Summe seinen Ansprüchen auf den spanischen Thron zu entsagen bereit sei.

Börsenberichte.

Amsterdam, 31. Mai. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 48⅛/₁₆ ⅛/₁₆. — 3pCt. Schuld 57⅜/₁₆ 57⅜/₁₆. — 4pCt. do. 75⅞/₁₆ 75⅞/₁₆. — 5pCt. Anl. 11⅞/₁₆ ⅞/₁₆. — do. à L. 510 - Stücke 11⅞/₁₆ ⅞/₁₆. — 3pCt. inl. à 6000 fl. 23⅛/₁₆ 23⅛/₁₆. 24. — Russ. 4pCt. bei Stieglitz 80, 79⅞/₁₆. — 5pCt. Met. 70, 69⅞/₁₆. — do. 2½pCt. 36⅜/₁₆. 37.

Auf die durch Taubenpost erhaltene niedrigere Rentennotirung von Paris von vorgestern, waren auch hier die Effecten sehr gedrückt, und die 3pCt. Franz. blieben circa 1½pCt. niedriger als gestern. Der Umsatz in denselben Fonds war sehr unbedeutend. Ebenso waren unsere inl. Effecten wie größtentheils alle übrige Papiere zu herabgesetzten Preisen zu erhalten. Im Allgemeinen zeigte der Handel jedoch heute keine besondere Lebhaftigkeit.

Paris, 31. Mai. Stand der Rente: 5pCt. 81. 20. — 3pCt. 52. 25. — Neue 3pCt. Span. 33. — Innere Schuld 23½. — Bankactien 2165. — Versailles, rechtes Ufer 185. — Linkes Ufer 160. — Paris-Orleans 740. — Paris-Rouen 495. Orleans-Bordeaux 397. 50. — Rouen-Havre 250. — Marseille-Avignon 185. — Straßburg-Basel 95. — Nordbahn 407. 50. — Paris-Straßburg 355. — Röm. Anlehen 69.

Die gestrige stürmische Sitzung der Nationalversammlung hat die Neigung zur Baisse vermehrt. Zu Ende der Börse erholten sich jedoch die Course auf die Nachricht, daß die Bank von Frankreich 15 Mill. zur Disposition des Wechselagentensyndicats stellen wolle.

London, 30. Mai. 3pCt. Cons. 91⅞/₁₆ ⅛/₁₆. — 5pCt. Span. 16⅞/₁₆ ⅛/₁₆. — Neue 3pCt. 33⅛/₁₆. — 4pCt. Port. —. — 2½pCt. Holl. 49⅛/₁₆. 49.

Madrid, 26. Mai. 3pCt. 21⅛/₁₆ P. u. d. M. 23⅛/₁₆ ⅛/₁₆ G. — 5pCt. 10 G.

Kassel, 1. Juni. Achte Serienziehung der kurfürstl. hess. 40 Thalerloose. Nr. 323 621 994 1113 1216 1309 1570 1992 2065 2583 2854 3793 4208 4379 4675 5306 5591 5734 6318 6487.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Müller.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Sonntag (Zweite Extra-Beilage zu Nro. 130.) 3. Juni 1849

Deutschland.

† **Wien**, 30. Mai. Der Kaiser hat an den Kriegsminister mittelst Handbillet seine tiefe Betrübniß über das Loos der unglücklichen und heldenmüthigen Vertheidiger Ofens, und zugleich seinen Willen zu erkennen gegeben, für deren Hinterbliebenen zu sorgen, namentlich in Betreff des Commandanten Henzi, des Obersten Allnoch und des Majors, der bei dem Versuche die Brücke zu sprengen, das Leben einbüßte. — Ein Armeebefehl des F.Z.M. Welden aus dem Hauptquartier Preßburg theilt den Soldaten mit, wie der Kaiser, unbekümmert um die eigene Gefahr, auch diejenigen Militärspitäler besucht, wo Typhus und andere ansteckende Krankheiten wüthen. — Aus Privatnachrichten und ungarischen Blättern werden folgende Daten über den Fall Ofens mitgetheilt: „Der Fall Ofens wurde zunächst durch angelegte Minen, welche mehrere Wälle in die Höhe geben, sowie durch den von einem heftigen Winde angefachten Brand bewirkt. Die kaiserlichen Truppen kämpften mit wahrem Löwenmuthe, und ließen die vertheidigten Positionen lange nicht im Stich. Der erst kürzlich ernannte Oberst Allnoch von Cecropieri ist geblieben, auch soll der tapfere Generalmajor Henzi in Folge der erhaltenen Wunden bereits gestorben sein. Die Besatzung wurde von den erbitterten Siegern nicht niedergemacht, sondern kriegsgefangen nach Debrezin geführt und zwar 2200 Soldaten und 80 Offiziere. — In der Festung haben die Magyaren 83 Geschütze, worunter 3 vernagelte, 1400 Ctr. Pulver, 2000 Ctr. Salpeter und 14,000 Gewehre erbeutet. An der Retzenrücke wurden durch die Explosion der Mine 5 gußeiserne Tragebalken beschädigt, die aber bald wiederhergestellt waren, so daß die Brücke jetzt der allgemeinen Communication übergeben ist. Anfangs sah sich Görgey genöthigt, die Brücke zu sperren, weil von der Erbitterung der Pester gegen die Ofener bedauerliche Excesse zu befürchten standen. Die Magyaren haben in Ofen zwei Stunden geplündert, jedoch nur gewisse näher bezeichnete Häuser, darunter die königliche Burg. — Die Debrezziner Regierung macht bereits Anstalten, nach Pest zu übersiedeln, wo sie diese Woche eintreffen soll. Um den durch die Nachricht von der russischen Intervention bereits abgekühlten Enthusiasmus der Magyaren von Neuem zu beleben, hat die Insurgentenregierung zum religiösen Fanatismus ihre Zuflucht genommen. Die Geistlichen aller Confessionen müssen einen Kreuzzug predigen; sie durchziehen das Land im Ornate und rufen das Volk zu den Waffen auf. Auch ist ein allgemeiner Fasttag in jeder Woche angeordnet. Um dem Mangel an Waffen abzuhelfen, hat die ungarische Regierung eine allgemeine Waffenablieferung anbefohlen. Für jede abgeliefernde Flinte werden 5—20 fl. ausgezahlt. — Die für den 26. d. zu Preßburg anberaumt gewesene Versammlung im Komitatshause ist auf höhere Anordnung verlegt worden. — Es sollen sich in der letzten Zeit die Versuche wiederholt haben, k. k. Truppen zum Treubruche zu verleiten, Einverständnisse mit den Magyaren zu unterhalten und ihnen durch Beischaffung von Kriegsbedarf Vorschub zu leisten. Die Regierung hat sich dadurch, wie wir hören, veranlaßt gesehen, die an Ungarn grenzenden mährischen Kreise Prerau, Hradisch und den schlesischen Kreis Teschen in Kriegszustand zu erklären.

Gestern Abend war das Gerücht von der Uebergabe Venedigs verbreitet, das jedoch bis jetzt noch der Bestätigung ermangelt.

Nach Berichten aus Mailand vom 26. hatte sich allerdings im Stande der Dinge nichts verändert. Der Marschall Graf Radetzky war im Begriff, seine beabsichtigte Inspectionsreise anzutreten, und begibt sich vorerst nach Mestre zu der Belagerungsarmee von Venedig. Der Handelsminister wird ihn wieder begleiten. Aus Treviso wird vom 28. der Einzug der kaiserl. Truppen in den Schlüssel von Venedig, in Malghera gemeldet. Die Insurgenten hatten vor ihrem Abzug das schwere Geschütz nach Venedig abgeführt. Es hieß in Treviso, daß die Venetianer bereits unterhandeln. Sie sollen schon vor dem Fall von Malghera auf ihre nach Paris und London überreichten Vermittlungsvorschläge sehr entmuthigende Antworten erhalten haben. Jedenfalls dürfte die Ankunft des tapfern Marschalls Radetzky das Signal zur Uebergabe Venedigs sein. (Wien. Z.)

Berlin, 31. Mai. Der Minister des Innern hat an sämmtliche Landrathsämter und abschriftlich an die königl. Oberpräsidien und Regierungen folgendes Schreiben erlassen:

„Dem königl. Landrathsamte übersende ich in der Anlage die Entwürfe a) der Verfassung des deutschen Reiches, b) eines Gesetzes, betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaus. Ueber die nächste Bestimmung und über die hohe Bedeutung dieser Documente brauche ich mich jetzt nicht zu äußern. In derselben Beziehung wird die im Staatsanzeiger abgedruckte begleitende Note, worauf deren diesseitigen Verschiedenen deutschen Regierungen mitgetheilt sind, genügende Auskunft geben. Ich beschränke mich daher darauf, das königl. Landrathsamt zu ersuchen, seines Orts dahin zu wirken, daß der gegenwärtig seitens Sr. Maj. Regierung gethane Schritt mög lichst zur allgemeinen Kenntniß gelangt und mit richtigem Verständniß aufgefaßt werde. Ueber etwa übrig bleibende Zweifel wird eine umfassende authentische Declaration, welche in wenigen Tagen der Oeffentlichkeit übergeben werden wird, Aufschluß gewähren. Nur in Beziehung auf § 2 des Wahlgesetzes sehe ich mich veranlaßt, schon jetzt erläuternd Folgendes zu bemerken. Wenn in dem Paragraphen die Geistlichkeit, welche als Bedingung der Theilnahme an den Wahlen zum Volkshause hingestellt ist, von der Berechtigung, an den Gemeindewahlen des Wohnorts Theil zu nehmen, abhängig gemacht ist, so hat diese Bestimmung offenbar den Sinn, daß diejenigen, deren politische Geltung nicht so weit zur Anerkennung gelangt ist, daß ihnen eine selbstständige Mitwirkung in Gemeindeangelegenheiten zusteht, von den Wahlen zum Volkshause ausgeschlossen sein sollen. In denjenigen Landestheilen, wo sämmtliche Orte die stimmfähigen Gemeinden angehören und die Vertretung der letzteren durch ein Wahlgesetz geregelt ist, wird sich mit Leichtigkeit erkennen lassen, ob die Bedingungen des Gesetzes erfüllt sind. Wo diese Voraussetzung aber nicht eintrifft, wie dieses in einem großen Theile von Preußen dann der Fall sein würde, wenn nicht vor der Reichswahl die im Entwurfe vorliegende Gemeindeordnung ins Leben tritt, wird man den im § 2 des Wahlgesetzes zum Grunde liegenden Gedanken einstweilen durch Ueberzeugungsbestimmungen verwirklichen müssen, damit einerseits die Erreichung des Zweckes gesichert und solche Personen von der Wahl ausgeschlossen werden, deren Nichtberechtigung zur Theilnahme an der Gemeindewahl feststeht, andererseits aber jedoch nicht werde, daß Jemand nur aus dem Grunde des Wahlrechts verlustig gehe, weil in dem Orte, wo er wohnt, überhaupt Gemeindewahlen nicht stattfinden. Der königl. Landrathsamt wolle etwanige Anfragen, welche über diesen Punkt an dasselbe gelangen möchten, in diesem Sinne beantworten. Berlin, den 30. Mai 1849. Der Minister des Innern: v. Manteuffel."

Das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg hat den bekannten Erlaß des diesseitigen Staatsministeriums vom 7. d. M. über die Beschlüsse der Reichsversammlung vom 4. d. M. (betreffend die Durchführung der Reichsverfassung, Vornahme der Reichswahlen am 1. August, Zusammentritt des Reichstags am 22. August) sämmtlichen Landräthen und städtischen Obrigkeiten der Provinz mit einem besondern Anschreiben zugestellt. Das Oberpräsidium gibt sich der zuversichtlichen Erwartung hin, daß die genannten Behörden „allen Bestrebungen, welche auf die Ausführung der von der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. gefaßten, der Anerkennung der Regierung Sr. Maj. entbehrenden Beschlüsse abzielen, mit Entschlossenheit und unter Anwendung der Ihnen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel entgegentreten und dadurch auch bei dieser Gelegenheit Ihre oft erprobte Pflichttreue und aufopfernde Hingebung für die Sache des Rechts und der Ordnung rühmlich bethätigen werden."

Königsberg, 26. Mai. Die Stadtverordneten schreiten auf dem Wege der Opposition gegen Regierung und Magistrat vermärts und haben die Einberufung der Landwehr in ihrer gestrigen Sitzung für ungerechtfertigt erklärt, indem nach ihrer „innigsten Ueberzeugung" der Fall eines ausbrechenden Krieges, im Sinne der Landwehrordnung vom 21. November 1815, zur Zeit nicht vorhanden sein soll. Sie hat daher den Ankauf der von der hiesigen Stadt zu gestellenden Landwehrpferde mit einem Proteste und nur deßhalb genehmigt, weil der Stadt mehr Kosten erwachsen würden, wenn für deren Rechnung die königlichen Behörden den Ankauf besorgten. Nur so viel kann zuverlässig mitgetheilt werden, daß sich zur Landwehr hier so viel Freiwillige stellen, daß die größte Berücksichtigung der Verheiratheten wird stattfinden können. — Eben so erfreulich lauten die Nachrichten aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen. (D. Ref.)

ϱ **Kreuznach**, 1. Juni. In unserer Nähe auf der bayerischen Ebernburg hatten sich am Dienstag 29. Mai etwa 150 Freischärler eingefunden, welche die nahe Ueberfahrt besetzten und sich im Dorfe Ebernburg einquartierten. Die daran stoßenden Dörfer Altbamberg, Feil und Bingart hatten ähnliche Besatzung, während in dem gegenüber gelegenen Münsteramstein nur 10 Mann Preußen vom 28. Infanterieregiment lagen. Am Abende wurden die am preußischen Nahetuer gelegenen Dörfer Münster, Norheim und Niederhausen von Abtheilungen des 28. Regiments stärker besetzt, worauf sich die Freischärler Abends um 10 Uhr eiligst zurückzogen. In dem Städchen Obermeschel sollen sich die Bürgermeister und Notabeln am Mittwoch den 30. Mai versammelt und beschlossen haben: 1) die provisorische Regierung zu Kaiserslautern nicht anzuerkennen; 2) auf ihre Requisitionen weder Geld noch Mannschaft und Pferde zu stellen; 3) sollte man Gewalt brauchen wollen, preußische Truppen zu Hilfe zu rufen, und sich auf 4) die Vereidigung der Verfassung für jetzt noch nicht einzulassen. — Die in dem ganzen Alsenzthale stationirt gewesenen bayerischen Gendarmen haben sich auf das preußische Gebiet zurückgezogen und sich dem hier commandirenden preußischen General zur Disposition gestellt. Ueberhaupt dürfte bei dem Einrücken der preußischen Truppen in die bayerische Pfalz die Sache bald ein Ende nehmen, indem die Landleute gegen die dortigen Freiheitsmänner großen Widerwillen aussprechen und nur die Annäherung der Truppen erwarten, um sie verjagen zu helfen.

ϱ **Kreuznach**, 2. Juni. Unser Kurort scheint der wahre Hafen der Ruhe nicht allein für die Kurgäste, sondern auch für Flüchtlinge aus den von der Revolution heimgesuchten Ländern zu werden. Baden und Rheinbayern lieferten bereits ihr Contingent; alle diese Gäste freuen sich über den vortrefflichen Geist, welcher unter den hier versammelten preußischen Truppen aller Waffen herrscht, etwas was in ihren Ländern leider ganz anders geworden ist. Die jungen Männer der Pfalz kommen unter den Schutz des preußischen Adlers, da ihnen das Exerzieren für eine ihnen Sympathien unangenehme Sache zuwider ist. Die Bevölkerung des Alsenzer Thales wird dem Einmarsch der Preußen freudig entgegen kommen, und die Truppen können kaum den Befehl erwarten, die Sache zum Ende zu bringen.

Aus **München**, 30. Mai, schreibt man dem „N. Correspondent": Seit heute Morgen hat sich das Gerücht verbreitet, daß gestern im Staatsrath der Beschluß gefaßt worden sei, gegen jedes eigenmächtige militärische Einschreiten Preußens in Süddeutschland, insbesondere in der Pfalz, ohne daß es auf Verlangen der provisorischen Centralgewalt geschehe, mit Entschiedenheit zu protestiren, und daß noch gestern Abends ein Courier mit dieem Beschlusse abgegangen sei. Ich gebe Ihnen diese Nachricht, wie sie mir diesen Vormittag von mehreren Seiten mitgetheilt wurde, ohne sie bis jetzt verbürgen zu können. Gewiß ist indessen, daß die neuesten Nachrichten aus Berlin über verschiedene offene und geheime Vorhaben und Gelüste der preußischen Politik hier in allen Kreisen der Bevölkerung vielfache Besorgniß erregen und den nie erloschenen Haß gegen das „Preußenthum" aufs Neue anfachen. — Nach hiesigen Blättern sollen von den bei den Soldatenexcessen im Paradiesgarten am Montag Verwundeten ein Soldat und ein Civilist bereits gestorben sein. Die Verwüstungen, welche die Soldaten an diesem Orte wie im Prater an den zwei Pfingstabenden anrichteten, sind leider weit größer, als man Anfangs glaubte: im Prater wurden, wie der Landbote sagt, alle Mobilien und Küchengeräthe, ja sogar der Kochherd wurde von den Soldaten zertrümmert.

Aus der Pfalz, 28. Mai. Die provisorische Regierung hat zu möglichster Verbreitung ihrer Staats- und Heldenthaten eine eigene lithographirte Correspondenz für die Journale. Darin wird denn alles in eigenthümlichem Lichte dargestellt. Der schlaue Zug Bleulers um die Hessen in Worms zu beschäftigen, findet darin seine Anpreisung. Als dies gelungen, heißt es, zog sich Bleuler „fechtend" (?!) zurück, ohne Schaden zu leiden. Inzwischen führte Wallich einen gleichen Schlag gegen die Germersheimer Garnison aus. Am 29. endlich heißt es, seien 4000 Mann badischer Truppen mit drei Batterien Artillerie nach Worms aufgebrochen, „um diese Stadt den Hessen zum zweiten Male zu nehmen und dann weiter nach Darmstadt zu rücken." Von den Erfolgen dieses neuen Zuges ist noch nichts bekannt (weder in Worms noch in Darmstadt!) — Zur gemeinsamen Leitung der militärischen, finanziellen und allgemein-politischen Angelegenheiten Badens und der Pfalz soll in Mannheim eine gemeinsame Centralregierung aus drei Personen (2 für Baden, 1 für die Pfalz) errichtet werden. Wie diese neue Regierung mit den unteren Landesausschüssen und provisorischen Regierungen zusammenhängt, wird noch nicht gemeldet.

Das Amts- und Intelligenzblatt der „provisorischen Regierung der Rheinpfalz" Nr. 4 enthält u. A. folgende Verkündigungen: 1) Decret, das Verbot der Einberufung von Lehenmutein und Hontage nach den Festungen Landau und Germersheim betreffend; 2) Decret, die Einsetzung von Civilcommissären betreffend; — Cuimann und Rold haben die Stellen in die provisorische Regierung nicht angenommen.

Speyer, 29. Mai. Von Seiten des Kantonalvertheidigungsausschusses von Annweiler ist unterm 25. Mai ein motivirter Beschluß gefaßt und veröffentlicht worden, worin näher entwickelt ist, die dem Kantonalausschusse, insbesondere durch die Verfügungen in Nr. 2 d. d. Amtsblattes der provisorischen Regierung, ertheilten Aufträge seien der Art, „daß wir deren Durchführung nicht übernehmen können; wir legen daher hiermit unsere Functionen als „Kantonalvertheidigungsausschuß" nieder, constituiren uns aber aus eigenem Antriebe zum Schutze der Personen und des Eigenthums, als „Kantonalsicherheitsausschuß". Sämmtliche 20 Ausschußmitglieder haben diesen Beschluß einhellig gefaßt und unterzeichnet.

Dem Vernehmen nach soll der Kantonalausschuß von **Germersheim** einen ähnlichen Beschluß beabsichtigen.

Kaiserslautern, 27. Mai. Die provisorische Regierung hat folgende Bekanntmachung erlassen: „Mitbürger! Die volksfeindliche bayerische Staatsregierung hat den Abgeordneten der Pfalz, welche sich zu den Sitzungen der zweiten Kammer nach München begeben hatten, die fernere Theilnahme an den Berathungen derselben gewaltsam untersagt, nachdem sie sich in Verbindung mit der Mehrheit der fränkischen und schwäbischen Abgeordneten für die unbedingte Geltung der deutschen Reichsverfassung und der sofortigen Entfernung des widerstrebenden Ministeriums ausgesprochen hatten. Mitbürger! Das bayerische Staatsministerium hat dadurch mit eigener Hand die Möglichkeit der gegenwärtigen Verbindung zwischen der Rheinpfalz und Bayern vernichtet, die Trennung deutlich ausgesprochen. Die Abgeordneten der Rheinpfalz haben München verlassen, entrüstet über dieses Verfahren einer Staatsregierung, welche dem Willen des Volkes und der Würde seiner Vertreter in solcher Weise Hohn spricht. Mitbürger! Manche Bewohner der Pfalz haben von dem Ausspruch und der Wirksamkeit der Volksvertreter in München noch eine gütliche Ausgleichung erwartet; sie haben geglaubt, daß die bayerische Staatsregierung sich dadurch veranlaßt sehen werde, von ihrer rebellischen Widerspenstigkeit gegen die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung, und somit gegen die Souveränetät des deutschen Volkes abzustehen. Die bayerische Staatsregierung hat nun selbst alle diese Hoffnungen zerstört. Es ist daher um so dringender die Pflicht eines jeden Pfälzers, zum Schutze der Freiheit, zur Aufrechthaltung der Ordnung mit aller Kraft und allen zu Gebot stehenden Mitteln die Anordnungen und Maßnahmen der provisorischen Regierung zu unterstützen. Nähere erläutern den 27. Mai 1849. Die provisorische Regierung der Rheinpfalz: (gez.) Hepp. Schmitt. Reichard. Heintz.

Ein Decret der provisorischen Regierung vom Heutigen verordnet, da es zur Mobilmachung des ersten Aufgebots noch an Waffen fehle, daß die Waffen des zweiten Aufgebots der Volkswehr sofort an das erste Aufgebot abgegeben werden sollen. Außerdem publicirt das heutige Amtsblatt der provi-

ferischen Regierung die neue, vollständig auf den Grundsatz der Selbstverwaltung basirte Gemeindeordnung für die Rheinpfalz.

Dresden, 29. Mai. Ungeachtet die Kriegsreserve zum 20. d. M. eingezogen worden ist, werden wir doch nächstens eine außerordentliche Rekrutirung haben, denn es soll das sächsische Armeecorps um fünf Bataillone verstärkt werden, dergestalt, daß die einzelnen bereits vorhandenen Regimenter fortan aus 4 Bataillonen bestehen. Die 5 neuen Bataillone werden über 3000 Mann umfassen, und dazu 100 Offiziere, zu denen wahrscheinlich nur Leute genommen werden, die von unten auf gedient haben. (D. Ref.)

Leipzig, 30. Mai. Die „Leipziger Zeitung" von heute enthält nachstehende Verordnung des Ministeriums des Innern an sämmtliche Kreisdirectionen vom 25. Mai 1849:

Aus den amtlichen Berichten über das Verhalten der städtischen Behörden und Gemeindevertreter während der neuerlich stattgefundenen aufrührerischen Bewegungen geht hervor, daß an mehreren Orten Geldbewilligungen aus städtischen Fonds zur Bewaffnung, Aufsteuerung und Fortschaffung von Individuen, welche behufs der Theilnahme am Kampfe nach Dresden abzugehen sich bereit erklärt haben und zum Theil auch wirklich abgegangen sind, mit Zustimmung der Stadtverordneten beziehentlich der ersteren Bürgerausschüsse erfolgt sind. Da nun, abgesehen von der der Beurtheilung der Criminalbehörden unterliegenden Frage, ob und inwiefern hierin eine Begünstigung einer verbrecherischen Unternehmung liege, derartige Bewilligungen offenbar zu andern als gemeinsamen städtischen Zwecken geschehen und daher nach den hierüber einschlagenden Vorschriften in §§ 28, 30 und 32 der allgemeinen Städteordnung vom 2. Februar 1832 als eine gesetzwidrige Verwaltung mit dem Communalvermögen anzusehen sind, so unterliegt es nach der ausdrücklichen Vorschrift im § 32 der allgemeinen Städteordnung keinem begründeten Zweifel, daß die Mitglieder der Stadträthe, welche bei derartigen Beschlüssen mitgewirkt haben, den Stadtgemeinden und der Staatsregierung für derartige Verausgabungen, auch wenn sie mit Zustimmung der Gemeindevertreter erfolgt sein sollten, verantwortlich und demnach zur Schadloshaltung der städtischen Kassen aus eignen Mitteln anzuhalten sind. Inzwischen daher nicht von Seiten der Gemeindevertreter selbst die nöthigen Einleitungen zur Sicherstellung der Ansprüche der Stadtgemeinden etwa bereits getroffen worden sein sollten, werden die Kreisdirectionen vom Ministerium des Innern hierdurch angewiesen, da, wo es nöthig, sofort die geeigneten Maßregeln zu ergreifen, zu dem Ende aber die betheiligten Stadtrathsmitglieder zum alsbaldigen Wiederersatz des aus städtischen Kassen Verwendeten auffordern zu lassen, und im Weigerungsfalle das Erforderliche im Interesse der betreffenden Gemeinden anzuordnen.
Ministerium des Innern v. Friesen.

Ein Tagesbefehl des königlichen Generalcommandos der Communalgarde d. d. Dresden, 26. Mai, an die Communalgarde zu Leipzig spricht sich auf Grund der eingegangenen Berichte höchst anerkennend über das umsichtige Verfahren des Commandos derselben aus und über die Verdienste des größeren Theiles der Communalgarde um hiesige Stadt in der Zeit vom 2. bis 10. Mai, hinzufügend, daß gegen die Einzelnen und die Abtheilungen, welche ihrer Pflicht nicht nachgekommen, im Wege des Gesetzes werde verfahren werden. — Das „Dresdener Journal" berichtigt heute seine frühere Angabe vom Tode des Kaufmanns Schopeck aus Lindenau. Derselbe befindet sich unter den Verwundeten in Dresden.

⊙ **Stuttgart**, 29. Mai. Die Volksversammlung in Reutlingen verlief gestern ohne weitere Folgen, und es geschah wie gewöhnlich, je mehr man von Revolution zuvor an dieselbe anzuhängen bemüht war, je gewaltiger man eine Nachäfferei von Offenburg und Baden ausposaunte, desto kümmerlicher war das Resultat, das die Helden des Tages erzielten. Freilich ist Württemberg kein Baden, bei uns sind die Zustände nicht so morsch und unterwühlt, die Haltung des Volks und des Soldatenstandes, wie sie bisher im Ganzen das begeisternde Bild einer wahrhaft gesetzlichen Erhebung gab, so ist sie auch fortwährend eine besonnene, und der entschiedene, fast einstimmige Ausdruck der Bezirke des Landes ist volles Vertrauen zu dem Ministerium Römer. Den längst vorhergesagten bewaffneten Einzug der Reutlinger Volksversammlung in unsere Stadt haben wir nicht zu sehen bekommen, und es war dies wohlgethan, denn ihr Empfang von dem unterwegs stationirten Militär und der hier in der besten Verfassung sich findenden sämmtlichen Bürgerwehr wäre nicht der freundlichste gewesen, wohl aber zogen in unsere Stadt ein die 61 Vertrauensmänner, ein Vorschmack unserer künftigen Constituante, um die Forderungen der Versammlung alsbald persönlich vor die zweite Kammer zu bringen. Der Präsident Murschel gab ihnen jedoch zum Voraus den Bescheid, daß dies Begehren gegen die Verfassung anstoße, welche der Kammer nicht gestatte, Deputationen vorzulassen. Die Petenten werden nun ihr Gesuch auf dem vorgeschriebenen schriftlichen Wege eingeben. Nachmittags versuchten sie es bei dem Ministerium, wo Staatsrath Römer das Unpraktische und Verderbliche ihres Ansinnens ihnen vorhielt und sie mit den Worten beschied, er opfere seine Ueberzeugung nicht dem Volke, so lange er dieses für politisch unmündig ansehen müsse. Inzwischen hielt der hiesige vaterländische Verein eine Sitzung, und sprach in einer Adresse seine entschiedene Verwahrung dagegen aus, daß eine Handvoll Leute sich herausnehme, im Namen des schwäbischen Volksstammes zu sprechen, und ebenso unheilvolle als rechtswidrige, gerade gegen die angestrebte Reichsverfassung verstoßende Forderungen aufzustellen. Ein Schutz- und Trutzbündniß mit der Empörung in Baden hält der Verein für verwerflich, von einer Anerkennung der dortigen provisorischen Regierung könne nicht die Sprache sein; er fordert die Regierung auf, dem Treiben einer durch das ganze Land organisirten Clubregierung mit Entschiedenheit zu steuern, und stellt sich mit Vertrauen auf die Seite der Maßregeln des Ministeriums. In diesem Sinne wird auch die Kammer morgen über die eingereichten Pfingstforderungen beschließen. Becher nahm der Reutlinger Versammlung den Schwur ab, auf allen Wegen, selbst bewaffnet, für die Durchführung ihrer Forderungen thätig zu sein; die Tollkühnen mögen es versuchen, sie werden es mit der besonnenen, mehr und mehr zur politischen Einsicht kommenden Bevölkerung Schwabens zu thun haben. — In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kamen wieder Ablösungsgegenstände vor, worunter die Annahme eines Antrags des Abg. Steger, die Regierung zu bitten, daß das Vorverfahren bei Ablösungsstreitigkeiten an die Bezirksgerichte überwiesen, die Entscheidung selbst aber einem Centralgerichte mit öffentlich-mündlichem Verfahren übertragen werde. Eine Petition des Volksvereins in Hall will, daß Stuttgart der Nationalversammlung als Asyl eingeräumt werde; nach der allgemein sich geltend machenden Stimmung ist aber Stuttgart gar nicht gesonnen, Einleitungen dazu zu machen, und will die Ehre, der Sitz der Nationalversammlung zu sein, recht gern Frankfurt lassen. Die Kammer der Standesherren hat, bei der Erfolglosigkeit und dem durch das Wahlgesetz herbeigeführten nahen Ende ihrer Thätigkeit, nachdem sie noch zuvor gegen die bei dem Wahlgesetz von Regierung und zweiter Kammer geltend gemachten Principien sich verwahrt hat, ihre Geschäfte eingestellt.

⊙ **Stuttgart**, 30. Mai. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten geht die officielle Mittheilung ein, daß die Kammer der Standesherren nicht mehr besteht, indem der Präsident derselben wegen mangelnder Anzahl der Mitglieder die Geschäfte einzustellen sich veranlaßt gesehen hat. Auf Seeger's Antrag beschloß deßhalb die zweite Kammer nach § 161 der Verfassungsurkunde, fortan die Befugnisse einer alleinigen Ständeversammlung auszuüben, und den übrig bleibenden Mitgliedern der bisherigen Kammer der Standesherren es anheimzugeben, den Sitzungen mit Stimmrecht beizuwohnen. — Die Petition der Reutlinger Versammlung kam heute noch nicht zur Berathung; von den Deputirten sind mehrere wieder abgereist. Immer allgemeiner sieht man das Verkehrte des Verlangens eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Baden ein, und kein rechtlicher Bürger sehnt sich nach der Auflösung und der Gefährdung aller Elemente eines geordneten Daseins, die in unserm Nachbarlande in so schrankenlosem Grade stattfindet. — Der sehnlichst erwartete Gesetzesentwurf über die weitere Ausbildung der Bürgerwehr ist vom Ministerium eingebracht worden. Demgemäß sind zum Dienst in der Bürgerwehr verpflichtet alle Staatsbürger von zurückgelegtem 20. bis zu erfülltem 50. Lebensjahr, einschließlich der auf unbestimmte Zeit beurlaubten Soldaten. Ausgeschlossen sind: 1) die, welche des Rechts, Waffen zu tragen, verlustig sind; 2) die, welche aus der Bürgerwehr ausgestoßen sind; 3) alle die, welche sich erwiesenermaßen bei Straßentumulten oder ähnlichen gesetzwidrigen Auftritten betheiligt haben. Vom Dienst entbunden sind die Volksvertreter, die angestellten Geistlichen u. s. w. Die Wehrpflichtigen werden eingetheilt in Wehrmänner für den ordentlichen und für den außerordentlichen Dienst. Die Letztern werden nur in Nothfällen aufgerufen und haben sich weder auszurüsten, noch zu bewaffnen. In die Liste für den ordentlichen Dienst sind alle diejenigen Wehrpflichtigen aufzunehmen, welche nach dem Ermessen des Verwaltungsrathes den Dienst ohne zu große Belästigung versehen können. Jünglinge von zurückgelegtem 18. bis 20. Lebensjahre sollen in allen Orten, wo es die Verhältnisse gestatten, gehalten sein, unter der Aufsicht der Befehlshaber der Bürgerwehr militärisch sich zu bilden und zu diesem Zwecke in Exerciergesellschaften zusammenzutreten. Die Commandanten von Bannern haben das Recht, zu Aufrechterhaltung der dienstlichen Ordnung Geldstrafen bis zu dem Betrage von 4 Gulden, Hauptleute bis zu dem Betrage von 2 Gulden zu erkennen. Die Aufsicht über sämmtliche Bürgerwehren führt in Unterordnung unter das Ministerium des Innern eine aus einem Vorstand und 6 Mitgliedern bestehende Bürgerwehrcommission. Drei Mitglieder müssen militärisch gebildet, drei zum Richteramte befähigt sein. Der Vorstand der Commission hat insbesondere die Aufgabe eines Generalinspectors der Bürgerwehr. Organisirte bewaffnete Corps von Bürgern außerhalb der Gemeinde sind bei einer Strafe von fünf bis dreißig Gulden für jeden Theilnehmer verboten. Die Oberämter sind befugt, eine Bürgerwehr bis auf die Dauer von acht Tagen, das Ministerium bis auf die Dauer von 6 Monaten, zu suspendiren; die Auflösung einer Bürgerwehr kann auf eine bestimmte Zeit, welche die Dauer von Einem Jahre nicht übersteigen darf, verfügt werden.

⊙ **Stuttgart**, 31. Mai. Die Beschlüsse der Ständeversammlung gegenüber den sogenannten Forderungen der Reutlinger Volksversammlung stehen in der vollsten Uebereinstimmung mit der Politik des Ministeriums Römer aus. Auch wurden die Departementschefs bei ihrem Ein- und Austritt von dem Ständesaal durch die zahlreich aufgestellte Bürgerwehr mit lebhaftem Hochrufe empfangen. Stockmaier stellte einen mit den Reutlinger Beschlüssen conformen Antrag auf sofortige und unbedingte Eingehung eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Baden und der Pfalz. Dieser Antrag fiel durch 60 gegen 18 Stimmen (letztere sind: Schweickardt, Reutenmaier, Pfäflin, Ruoff, Schniper, Winter, Stockmaier, Süßkind, Herrlinger, Forster, Zeller, Vogel, Plaz, Seefried, Trotter, Wolf, Becher, Scherr). Dagegen wurde das Amendement Macks in den Commissionsantrag Nr. 1 aufgenommen und mit 45 gegen 33 Stimmen zum Beschluß erhoben, daß die Regierung sämmtlichen Reichsländern mit Einschluß von Baden und Rheinbayern, im Fall eines Angriffs von Reichsfeinden, jede militärische Hilfe angedeihen lassen möge, so bald jene Reichsländer den durch Anerkennung der Reichsverfassung übernommenen Pflichten in allen Theilen nachkommen. Im Sinn dieses Beschlusses, in den darüber geführten Debatten und in den Erklärungen der Minister ist es gelegen, daß Baden und Rheinbayern ihren Reichspflichten bis jetzt nicht nachgekommen sind, indem, wie Staatsrath Römer ausführte, z. B. in Baden die provisorische Regierung das bestehende Gesetz in einem radicalen Sinn abgeändert, die Reichsverfassung verletzt, das befreundete Hessen (Worms) bewaffnet angegriffen hat, und im Lande ein Zustand der Gesetzlosigkeit herrscht. Der von der radicalen Seite gestellte Antrag, die Regierung solle die Truppen von der badischen Grenze in ihre Garnisonen zurückberufen, wurde ebenfalls abgelehnt, indem die Kammer mit der Erklärung vom Ministertisch sich zufrieden gab, daß keine Angriffsstellung beabsichtigt und bereits der Befehl gegeben sei, daß dieselben weiter von der Grenze weggelegt werden. Der Antrag, die Regierung möge Truppen von Staaten, welche die Reichsverfassung nicht angenommen haben, den Ein- und Durchmarsch durch das Land nicht gestatten, wurde von der Mehrheit angenommen, dagegen wurde der Commissionsantrag, denselben den Eintritt in die Reichsfestung Ulm nicht zu gestatten, mit 58 gegen 14 Stimmen abgelehnt und Schweickardt's Amendement genehmigt, daß der Eintritt in die Reichsfestung Ulm von solchen Truppen in einem größere als dem durch die Verträge bestimmten Maße nicht geschehen solle. Die übrigen von der Commission gestellten Anträge 3, 4, 5, 6 konnten ohne weitere Bemerkung angenommen werden, indem sie meist frühere Bitten an die Regierung wiederholen, zu deren Realisirung die Regierung Einleitungen getroffen hat. Ueber das Gesuch der Reutlinger Versammlung, unverzüglich eine verfassunggebende Landesversammlung (ohne Census gewählt) einzuberufen, wurde zur Tagesordnung übergegangen, und sämmtliche Beschlüsse den Petenten mitgetheilen beschlossen. Wie wenig die Reutlinger Versammlung Anklang gefunden hat, ging auch aus der Abstimmung des sonst immer radikalen Reutlinger Abg. Bantlin hervor, welcher bemerkte, von seiner Vaterstadt, die den Namen zu dieser Versammlung habe hergeben müssen, sei der bei weitem überwiegende Theil der Bevölkerung aller Klassen mit deren Beschlüssen unzufrieden gewesen. Graf Degenfeld äußerte gegenüber der Partei, die überall Despotie und Reichsfeinde sehe, daß diejenigen die alleinigen Reichsfeinde und Reichsverräther seien, welche die Franzosen zu Hilfe rufen zu müssen vermeinen. Menzel wünschte vor Allem bei unserer Lage ein Bündniß mit Bayern. Staatsrath Goppelt verwahrte sich vor der Demokratie, welche die Herrschsucht einer großen Menge ist, die, selbst urtheilslos, das Schicksal des Vaterlands bestimmen will, welche in einer zuchtlosen Soldateska und der Herrschaft jener Volksversammlungen besteht, die im gleichen Augenblicke die Reichsverfassung beschworen wissen wollen und einen wesentlichen Abschnitt derselben mit Füßen treten. Diese Demokratie erscheine ebenso verwerflich, als der verwerflichste Absolutismus; an ihre Stelle müsse, wenn das Wohl des Vaterlandes gedeihen soll, die fortschreitende Reife des politischen Urtheils treten, das nur unter geordneten Verhältnissen wachsen kann. Becher, welcher den Reutlinger Forderungen den Ausdruck in der Kammer gab, stellte im Verweigerungsfall eines Bündnisses mit Baden den Aufstand Schwabens und den Abfall des Heeres in Aussicht, und gab es nicht undeutlich zu verstehen, daß er mit seiner Partei an die Spitze von Freischaaren sich stellen und — wenn von Deutschland verlassen — Frankreich zu Hilfe rufen werde, so daß, wenn die Freiheit unter Preußens Händen schutzlos verbluten sollte, erst die Revolution und der innere Krieg auf Generationen verewigt sein werde. Sonst gaben die achtstündigen Debatten der Wiederholung viel und nichts des Neuen, aber die Gewißheit zeigte sich wieder, daß, mag eine gewisse Partei die Frage wenden wie sie will, der Boden der Revolution im schwäbischen Volksstamme nicht zu suchen, und die Berechtigung des gegenwärtigen Ministeriums als Ausdruck der überwiegenden Mehrheit des Volkes nicht abzuleugnen ist.

Stuttgart, 31. Mai. Wie wir hören waren heute die Befehlshaber der Bürgerwehr bei dem Minister des Innern versammelt. Von den hier getroffenen Maßregeln haben wir Folgendes in Erfahrung gebracht: Bei etwaigen Unruhen handelt der Oberbefehlshaber der Bürgerwehr unabhängig von der I. Stadtdirection, demselben sind auch sämmtliche noch hiesige Linientruppen untergeordnet. Es sind daher bereits die Vorbereitungen zur Errichtung eines Hauptquartiers getroffen werden. Oberregierungsrath Camerer II. wird als Civilcommissär dem Oberbefehlshaber zur Seite stehen. Die Stadt selbst ist in Districte getheilt, in welchen je ein Bataillon seine Stellung nehmen würde. Den einzelnen Majoren sollen ebenfalls Civilcommissäre beigegeben werden. Endlich wird die Instruction über den Gebrauch der Waffen, für die Bürgerwehr und das Linienmilitär, in 2000 Exemplaren gedruckt und demnächst öffentlich vertheilt werden. (S. M.)

Ulm, 30. Mai. Heute ist das Dampfboot „Stadt Ulm" der Ulmer Donaudampfschiffahrtsgesellschaft hier angekommen. Dasselbe war gezwungen, seine Fahrten einzustellen, weil ihm bei denselben sowohl österreichischer als bayerischer Seits Hindernisse in den Weg gelegt wurden.

Hannover, 31. Mai. Es ist kein Verlaß mehr auf die ministeriellen Blätter; was sie heute sagen, wird morgen desavouirt. Wäre das nicht, so würden wir aus dem neuesten Leitartikel des ministeriellen Blattes für Hannover schließen müssen, daß Hrn. Stüve aus seinen Berliner Erfahrungen nichts lebhafter erwachsen sei, als Reue über seinen Widerstand gegen die Reichsverfassung, welche in diesem Artikel wesentlich als Inbegriff der Mittel anerkannt wird, die Deutschland allein noch retten können. Die „Hannov. Z." sagt so: „Die Volksvertretung hat gesprochen; jetzt werden auch die Fürsten sprechen. Mögen auch sie sich dann des Dünkels der Souveränetät entäußern, der sich bei ihnen von Geschlecht zu Geschlecht vererbt hat! Gönnt es ihnen auch jetzt noch das Schicksal, daß sie die Form der Verfassung schließlich zu bestimmen haben, — auch die Fürsten haben nicht die Macht, eine Verfassung zu beschließen, wie es sie gelüstet. Die Macht des Volkes ist nicht minder thatsächlich vorhanden, als die der Fürsten. Nur eine Verfassung, welche dem Bedürfnisse, dem Bildungszustande der Zeit entspricht, wird in das Leben treten. Die Zeit aber ist vorüber, wo die unumschränkte Souveränetät der Fürsten galt, so gewiß auf der andern Seite die Zeit noch nicht gekommen ist, wo die unumschränkte Souveränetät des Volkes gilt. Beide Forderungen stehen jetzt wider einander im Kampf und nur durch eine „Vermittelung zwischen den widerstreitenden das Jahrhundert bewegenden Principien", wie sie im Wesentlichen die Reichsverfassung bildet, vermag der Kampf auf glückliche Weise beendet zu werden."

Das Centralcomite der verbundenen Volksvereine hat eine außerordentliche Versammlung von Abgeordneten aller

Vereine und Gemeinden des Landes auf Sonntag 10. Juni nach Bremen berufen. (Mzztg.)

Karlsruhe, 29. Mai. Bernhus ist zurück; er soll mit verschiedenen Beschlüssen, die in seiner Abwesenheit gefaßt wurden, nicht einverstanden sein. Das in der heutigen „Karler. Ztg." erschienene Decret wegen Umbildung der Bürgerwehr, wornach alle Männer vom 30.—40. Jahr, gleichviel ob ledig oder verheirathet, in das zweite Aufgebot gehören und mobil gemacht werden sollen, hat sehr überrascht, und große Mißstimmung hervorgerufen. Der hiesige Gemeinderath hat in diesem Betreff seinen Beschluß gefaßt; und der allergrößte Theil der dahin gehörigen Bürgerwehrklasse ist entschieden gegen jeden Bürgerwehrauszug. — Neuerdings sind wieder Polen hier angekommen. Auch einige württembergische Soldaten vom 7. Infanterieregiment sind hier; ich sah deren zwei. — Man will wissen, daß der Kassenbestand verschiedener Verrechnungen hier aufgenommen wurde. — An vielen Orten des Landes ist das erste Aufgebot noch nicht abgegangen; das zweite will gar nicht fort. — Noch fortwährend gehen viele Leute, namentlich auch jüngere, von hier fort.

Karlsruhe, 31. Mai. Der Landesausschuß hat über das Treffen bei Heppenheim folgendes Bulletin erlassen: Gestern fand das erste Zusammentreffen unseres badischen Freiheitsheeres und der fürstlichen Söldner bei Heppenheim, Laudenbach und Hemsbach an der Bergstraße statt. Das Treffen dauerte von 5 bis 8 Uhr Abends und endigte mit einem Rückzuge beider Heeresabtheilungen. Von unserer Seite zeichneten sich das dritte und vierte Infanterieregiment, die reitende Artillerie und die Volkswehr von Offenburg, Lahr und anderer Bezirke durch Tapferkeit und Unerschrockenheit aus. Hätten sich die Dragoner mit gleicher Lust daran geschlagen, so hätten wir einen glänzenden Sieg errungen. Nachdem sich dieselben bis auf 60 Schritte den feindlichen Kanonen genähert hatten, kehrten sie, statt vorwärts zu rücken und die losgeschossenen Geschütze zu nehmen, um, und brachten so einige Verwirrung in die Reihen unserer Fußtruppen. Ohne Zweifel werden sie die Scharte bei der nächsten Gelegenheit auswetzen. Oberst Sigel führte selbst unsere Truppen und war aller Orten voran, wo es galt zu ordnen, zu ermuntern und anzureizen. Er hat sich bewährt als Feldherr und Krieger. Wir sehen mit Zuversicht den Ereignissen des heutigen Tages entgegen.

Rastatt, 31. Mai. Gestern that sich eine große Anzahl hiesiger Soldaten, man sagt an 400, zusammen und zog nach dem benachbarten Baden, um daselbst jene Offiziere, die theils unfreiwillig, wie Oberst Pierron, theils freiwillig ihre Stellen verließen und seitdem sich dort aufhielten, zu entfernen und sie zu den übrigen hier einsitzenden Dragoner-Offizieren einzusperren. Am Abend brachten sie auch drei Offiziere, v. Göler, Widmann und v. Böcklin gefangen hierher, doch nicht den vor allen gesuchten Obersten Pierron. Die drei Gefangenen wurden in der Nacht nach Karlsruhe abgeführt. Auf dem Wege nach Baden, schon über den Ort Oos hinaus, kam den hinziehenden Soldaten der Bahnzug von Baden aus entgegen, dessen Locomotivführer sie zu halten zurieten. Weil diesem Rufe nicht Folge gegeben wurde, feuerten auf den Bahnzug mehrere Schüsse, wodurch einige Wagen, doch ohne daß in denselben eine Verletzung vorkam, durchlöchert wurden und der Locomotivführer von einer Kugel in den Schenkel und von Schroten an sonstigen Körpertheilen getroffen herabstürzte. Der Grund zu diesem gewaltsamen Anhalten des Bahnzuges war wohl kein anderer, als weil man sich verlässigen wollte, ob keiner der Gesuchten mittelst der Eisenbahn zu entkommen suche. Heute waren einige Mitglieder des Landesausschusses von Karlsruhe hier und verwiesen den im Schloßhofe versammelten Soldaten mit ernsten Worten solche Gewaltthaten.

Aus **Baden-Baden**, 30. Mai, wird uns Folgendes berichtet, sagt die „Basl. Ztg.": Heute hatten wir hier einen Besuch von einigen hundert bewaffneten Soldaten aus der Bundesfestung Rastatt, welche auf eigene Faust mehrere ihrer früheren Offiziere zu verhaften beabsichtigten. Zwischen Oos und Baden begegneten sie einem Eisenbahnzug, in welchem sie die Offiziere vermutheten, dem Locomotivführer wurde Halt zugerufen, und da die Maschine natürlich nicht alsogleich still stand, wurde Feuer gegeben; der Maschinenführer erhielt einen Streifschuß in das rechte Bein, andere Kugeln fuhren durch die Waggons, glücklicherweise ohne Jemand zu beschädigen. Oberst Hoffmann und Biron, auf welche es vorzüglich abgesehen war, hatten Baden bereits verlassen, drei andere Offiziere wurden nach Rastatt gebracht.—Nach andern Berichten wurde der Maschinist von vier Kugeln getroffen und erhielt nach Anhaltung des Zugs noch einen Bajonnetstich. Die größere Zahl der Reisenden, die aus Franzosen bestand, beschwerte sich lebhaft über dieses barbarische Verfahren, erhielt aber zur Antwort: „Ihr habt da nichts zu sagen, Canaille!"

× **Freiburg**, 1. Juni. Bei der gestern und heute hier vorgenommenen Wahl eines neuen Bürgermeisters an die Stelle des gestürzten Herrn J. v. Rotteck (nicht zu verwechseln mit C. v. Rotteck) wurde mit bedeutender Stimmenmehrheit Hofgerichtsrath A. Buisson gewählt, der diese Wahl auch annahm. — Heute ist auch das zweite und dritte Aufgebot der Bürgerwehr erfolgt. Es umfaßt die Männer vom 30. – 40. und vom 40.—50. Altersjahre. — Seit zwei Tagen sind keine Frankfurter Posten hier eingetroffen. — Einer Verordnung des Oberzivilcommissärs für den Seekreis, Gunters, zufolge dürfen an Wehrpflichtige keine Pässe oder Wanderbücher mehr verabfolgt werden.

Darmstadt, 1. Juni. Die badischen Rothen haben die Maske abgeworfen und den Bürgerkrieg gegen Hessen begonnen. Unterm 28. Mai hat der Oberbefehlshaber der badischen Truppen, Erbprinz Emil Leopold Carl Friedrich Wilhelm Siegel, und der ihm beigegebene Civilcommissär, Franz Raveaux, von Mannheim aus ein Manifest „an das deutsche Volk", eigentlich aber ein Kriegsmanifest an das Großherzogthum Hessen erlassen, welches Blatt von den eingedrungenen Freischaaren und Soldaten allenthalben vertheilt wurde, und worauf wir nachstehende Stellen unseren Lesern zur Beachtung mittheilen:

„Die besonders feindselige (!) Haltung der großherzoglich hessischen Regierung geben unserm Drange eine bestimmte Richtung, und statt feigen Abwartens ziemt es den Streitern der deutschen Einheit und Freiheit, ihren Feinden muthig entgegen zu treten. Wir werden auf diese Weise den Kriegern, die unwilligen Herzens uns entgegenziehen würden (!!), die Gelegenheit bieten, in treuer Verbrüderung zu beweisen, daß sie für dieselbe Sache glühen, gegen die man ihre tapfern Arme mißbrauchen möchte." Weiter heißt es: „Die einzelnen Beschwerdepunkte gegen die gr. hess. Regierung bestehen in folgenden: 1) Hessen bricht die Verbindung, sowohl durch die Eisenbahn als durch die Post ab, wodurch dem Gewerbstande unberechenbarer Schaden erwächst. 2) Die hessische Regierung hat auf gegen Baden und die Pfalz gerichtete Eröffnung des früheren Reichskriegsministers Peucker eingehend, zu den behufsigen Rüstungen von den Kammern unter allerlei Verwänden einen Credit von 2,000,000 fl. gefordert, welcher ihr indessen verweigert ist. 3) Die hessische Regierung greift in das so wesentlich durch die Reichsverfassung dem deutschen Volke verbürgte Versammlungsrecht ein und sind deßhalb (!) hessische Bürger des Odenwaldes in Laudenbach erschossen worden. 4) Sie gestattet den Truppen solcher Regierungen, welche die Reichsverfassung nicht anerkannt haben, den Einzug. 5) Auf die am 28. v. M. durch den Reichstagsabgeordneten Löwe der hess. Regierung gemachte Aufforderung, alle dem badischen Lande feindlichen Durchzüge zu verweigern, geht die hess Regierung nicht ein. 6) General Schäffer erklärte durch einen Parlamentär, daß er auf jeden badischen Soldaten, der das hess. Gebiet betrete, Jagd machen lassen würde. 7) Auch badische Bürger werden auf der hessischen Grenze zurückgewiesen. 8) General Schäffer hat wiederholt gedroht, sobald die Preußen angelangt seien, in Baden und in der Pfalz einzurücken, und hat in diesem Augenblicke sogar die friedliche Stadt Worms wegen ihrer der Reichsverfassung entschieden zugethanen Gesinnung bombardirt." „Wir suchen" wird weiterhin gesagt „durch unsern Einmarsch in Hessen lediglich (!) zu bewirken, daß die hess. Regierung den feindlichen Durchmarsch nicht gestatte und ihre eigenen Truppen auf die Verfassung vereidigen lasse." Endlich wird die „zum Ekel wiederholte Beschuldigung widerlegt, daß die ganze badische Schilderhebung nicht die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung, sondern die Einführung der rothen Republik zum Zwecke habe." Aber diese Widerlegung geschieht mit dem klugen Vorbehalt: „wie auch hierüber die Ansichten Einzelner beschaffen sein mögen", d. h. auch in diesem officiellen Manifest muß die Hinterthüre für das offen bleiben, was die constituirende Versammlung nächstbald zu erklären genöthigt sein wird. Wir geben diese Stellen alle, ohne uns mit der Widerlegung zu befassen: diese Dinge sind selbstredend.

Darmstadt, 2. Juni. In einem vereinigten langen und festlichen Trauerzuge, an welchem sich Militär, Bürgerwehr und Publikum aus allen Ständen sehr zahlreich betheiligte, wurden heute um die siebente Morgenstunde die bei Hemsbach gebliebenen Offiziere Zimmermann und Hoffmann ihrem frühen Grabe zugeführt. Die sichtbare Trauer und Theilnahme aller Geleitenden sprach deutlich aus, daß dieses rasche Entrissensein zweier so hoffnungsreicher und allgemein geschätzter Mitbürger, die in der Blüthe ihrer Jugendkraft ein Opfer des fanatischen Bürgerkriegs geworden, durch den allzufrisch errungenen Heldenlorbeer nicht gedeckt, nicht vergessen werden kann. Blutige Denksteine des bewaffneten Aufruhrs, den ein Nachbarland über unsere Grenzen gespült, mögen diese frischen Grabhügel unsere engere Heimat an Grieß, Versöhnung und Beendigung des eingeschleppten Parteistreites mahnen! (Darmst. Z.)

Von der Bergstraße, 31. Mai. Heute sind auch einige unserer in Heppenheim ansäßigen Demokraten als Spione ertappt worden, was im Kriegszustand keine tröstlichen Aussichten gewährt. Mehrere berüchtigte Schwätzer bei Volksversammlungen sollen flüchtig sein. Die 8 Leichen unserer gefallenen Soldaten werden heute Abend zur Erde bestattet. Diesen Morgen früh hörte man in südöstlicher Richtung, im Odenwald, und Nachmittags zwischen 4 und 6 Uhr, gegen Mannheim hin, Kanonenschüsse, worüber noch keine weitere Nachricht hierherkam. — Die Ankunft der sämtlichen Mecklenburger und bayerischen Jäger hat unsere Truppen und die Bürger freudig erregt; die „Hoch's" an den Bahnhöfen in Bensheim und Heppenheim schallten weit in das Gebirg hinan. Einen sehr freundlichen Empfang fanden unsere Soldaten gestern in dem badischen Grenzorte Unterlaudenbach. Heut brachte man von dort sogar Wagen mit Brod und Fäßer mit Wein für die Soldaten nach Heppenheim. (Dst. Z.)

K **Von der hessischen Bergstraße**, 2. Juni. In der dritten Beilage zu Nr. 130 des „Frankfurter Journals" findet sich eine Darstellung des Vorfalls bei Oberlaudenbach, angeblich von einem Augenzeugen, worin behauptet wird, daß der Herrn Prinz begleitende Gensdarm auf die Menge zuerst geschossen habe. Derselbe war aber zu reitender Gensdarm und trug, wie ich Ihnen aus bester Quelle mittheilen kann, nur seinen Säbel, keine Art von Schießwaffen. Es ist ferner unwahr, daß Herr Prinz die Menge anschrie, an Bezahlung ihrer Steuern und an den den Soldaten geschenkten Aepfelwein zu denken. Daß so manche Unbewaffnete fielen, erklärt sich dadurch, daß die Bewaffneten diese vorschoben und sich selbst meist im dritten Gliede hielten. Als die ersten Schüsse des Militärs fielen, wollten die unbewaffneten Vorgedrängten zurück, aber sie konnten nicht; sie mußten die Leiber der Schießenden decken. Die üblichen Phrasen jener Darstellung, wie z. B. daß Unbewaffnete „auf den Bergen wie Wild erlegt worden", „Brüder feuerten auf Brüder, Söhne schossen auf ihre Väter, das Herz der Menschenfreunde blutete", widerlegen sich von selbst; ebenso die Behauptung, daß mehrere Soldaten „über ihre traurige Stellung Thränen vergossen". Unser Militär ist an dergleichen seit lange gewöhnt.

Mainz, 1. Juni. Die auf heute Nachmittag um 2 Uhr in das Turnlocal dahier berufene Wahlmännerversammlung hat in der damit bezweckten Vorberathung folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Es werden alsogleich die Einleitungen zur Wahl eines Deputirten in die Nationalversammlung (jetzt in Stuttgart) an die Stelle des ausgetretenen Abg. Zitz im Wahlbezirke Mainz getroffen. 2) Zu dem Ende eine Commission von fünf Mitgliedern ernannt, welche a. sofort mit dem Wahlcommissär Hestermann in Vernehmen tritt und ihn zur Ausschreibung der Wahl im Laufe der nächsten Woche auffordern soll; b. im Falle einer abschläglichen Antwort Hestermann's die sämmtlichen Wahlmänner von Stadt und Land zur Vornahme der Wahl auf einen Tag der nächsten Woche zusammenberufen und die Wahlmänner dazu durch Anschlag und Zuschriften auffordern soll. 3) Der Commission wird gestattet, sich zu ergänzen. Sofort Wahl der Commission; in dieselbe treten ein: Dr. Stredter, Friedrich Müller, Chr. Lothary, Thom. Harig von Mainz und Fritz Werner von Gaubischofsheim. (M. Z.)

> **Mainz**, 2 Juni. Se. kaiserl. Hoh. der Erzherzog-Reichsverweser ist heute hier eingetroffen und hat die Kasernen der Garnisonstruppen besucht, wo er mit dem freudigsten Zurufe begrüßt wurde. Auch die Festungswerke und Vorrathsmagazine werden besichtigt werden. Man bereitet hier eben die Wahl für den Ersatzmann unseres Abgeordneten Zitz zur Nationalversammlung nach Stuttgart vor. Die Verstärkung unserer k. k. Artillerie, 270 Mann stark, wird diesmal der Unruhen im Oberlande wegen, durch Preußen hierherkommen und erwartet man dieselbe in der nächsten Woche.

Bremen, 30. Mai. Ein in der heutigen Sitzung der Bürgerschaft gestellter dringlicher Antrag der Herren Kegenberg und Eisenhardt: Die Bürgerschaft möge beschließen: „sofort eine Deputation niederzusetzen, welche die wegen der Wahl eines Ersatzmannes für unseren Abgeordneten bei der deutschen Nationalversammlung erforderlichen Anordnungen unverzüglich treffe und in Ausführung bringe und hiervon falls dies zum Beschluß erhoben würde, den Senat alsobald in Kenntniß zu setzen" gab Veranlassung zu einer zweistündigen, lebhaften, theilweise sogar äußerst hitzigen Debatte. Für den Antrag sprachen die Herrn Kozenberg, Eisenhardt, J. G. Meyer, Rogge, Bastian, Wischmann und Pastor Dulon; gegen denselben Hr. Dr. Kellmeyer, H. H. Meyer, Victor. Von dieser Seite wurde geltend gemacht, wie man ja noch gar keine officielle Anzeige von dem Austritt des Hrn. Gerwehr erhalten habe, wie es höchst wahrscheinlich schon zu spät und also unnütz sei, eine Wahl noch vorzunehmen, wie es bei der beschlossenen Beschlußfähigkeit von 100 Mitgliedern gar nicht mehr darauf ankomme, die Mitglieder einer Partei, die jetzt allein in der Nationalversammlung vertreten sei, um einen Abgeordneten zu vermehren. Von der entgegengesetzten Seite meinte man, es sei Pflicht und Schuldigkeit, unbekümmert um das was vorkommen könne, sofort einen Ersatzmann zu wählen, an dem Austritt unseres bisherigen Abgeordneten ließe sich, nachdem die stenographischen Berichte die Anzeige und Motivirung desselben gedruckt hätten, nicht mehr zweifeln u. s. w. Hr. Dr. Tidemann beantragte gegen Herrn Wischmann, der sich allerdings eines unüberlegten nicht zu billigenden Ausdrucks gegen die in Frankfurt ausgetretenen Mitglieder bedient hatte, einen Ordnungsruf; die Versammlung entschied sich jedoch, nachdem der Präsident Feldmann diesen Antrag ihrer Entscheidung unterstellt hatte, dagegen und nahm endlich — unter Verwerfung eines Vermittlungsantrages des Hrn. Dr. F. L. Meyer (auf Verweisung des Antrags an die für die Verhältnisse zur Reichsgewalt bestehende Deputation zur schleunigen Berichterstattung) — den Antrag der Herren Kozenberg und Eisenhardt unverändert an.

Dänemark.

Ringkjöbing ist am 21. Mai von kurhessischen Cavalleristen besetzt worden. Der Lieutenant, der sie befehligte, requirirte vom Amte eine tägliche Lieferung von 300 Tonnen Hafer, die der Amtmann verweigerte. Auf seine Weigerung wollte der Lieutenant ihn als Gefangenen mit sich führen, verzichtete aber darauf, nachdem derselbe sein Ehrenwort gegeben hatte, sich auf Verlangen des Generals Prittwitz in Veile, Horsens oder Kolding stellen zu wollen. „Ride Avis" meldet, daß General Prittwitz der Stadt Ripen für die restirenden 4000 Rthlr. von den verlangten 12,000 Rthlrn. 14 Tage Respit bewilligt habe.

Schweiz.

△ **Bern**, 30. Mai. Heute hat der seit dem 28. d. M. versammelte große Rath des Kantons Bern die verfassungsmäßige Ernennung der obersten Beamtungen vorgenommen, und sind solche sämmtlich in entschieden radicaler Richtung ausgefallen. Zum Regierungspräsident wurde im ersten Wahlgang mit 122 von 191 Stimmen Herr Regierungsrath Stämpfli, welcher sowohl im Kanton als im Nationalrath an der Spitze der radicalen Partei steht, und namentlich in den letzten Tagen mit Erfolg für Aufhebung der Militärcapitulationen mit Neapel auftrat, gewählt. Präsident des großen Raths wurde ebenfalls im ersten Scrutinium mit großer Mehrheit, Herr Niggeler, gleicher politischer Richtung angehörend wie Herr Stämpfli (beide sind Schwiegersöhne des radicalen Professors Dr. Wilhelm Snell).

Aus **Tessin** vom 22. Mai. Einige lombardische Flüchtlinge im Bezirk Mendrisio haben am Samstag Abends einen bewaffneten Einfall auf österreichisches Gebiet und speciell bei Clivio gemacht, haben in die Dogana (Mauth) gegen die Grenzwächter ꝛc. geschossen. Sie wurden auf tessinisches Gebiet zurückgejagt. Radetzky hat nun eine drohende Note geschickt, und man sagt, er stehe mit vielen Truppen in Como. (Schw. Z.)

Italien.

Brescia, 26. Mai. Das dritte Armeecorps setzt sich so eben in Marsch nach Tirol und Vorarlberg, und dessen Hauptquartier wird sich am 5. Juni bereits auf tirolischem Boden befinden.

Padua, 27. Mai. Eine telegraphische Depesche aus Mestre berichtet, daß nebst Malghera auch das Fort St. Giuliano von den k. k. Truppen genommen und besetzt worden ist. Ein Theil der Eisenbahnbrücke ist durch eine

Mine zerstört worden, die den Hauptmann Kopetzky vom Geniecorps, noch 2 Offiziere und 14 Mann tödtete und 16 bis 20 Mann verwundete. Noch heute wird die Beschießung von Venedig beginnen.

Bozen, 28. Mai. Der Herzog von Modena, dessen Familie bisher zu Gries in unserer Nähe weilte, wird mit derselben dieser Tage in sein beruhigtes Gebiet zurückkehren; nicht lange wird es anstehen und auch der Großherzog von Toscana kommt wieder nach Florenz, der Pabst nach Rom zurück. Am 26. zogen die Franzosen in der Hauptstadt des Kirchenstaates ein (Y). Die Schicksale der apenninischen Halbinsel dürfen sofort durch einen Congreß bestimmt und entschieden werden, bei welchem wohl auch manche andere verwandte Völkerfrage die Lösung finden mag. Wäre es doch gelungen die friedliche Ordnung des deutschen Vaterlandes in Frankfurt zu vermitteln; möchten die deutschen Fürsten, noch ehe die dunklen Gewebe der Congreßdiplomatik gezettelt werden, mit der Nation sich redlich einigen und den Brand längs der französischen Minengänge rechtzeitig löschen! (A. Z.)

Rom, 21. Mai. (Basl. Z.) Die von dem französischen Abgeordneten Lesseps der Assemblea am 19. vorgelegten Vorschläge sollen folgende gewesen sein: 1) Die römischen Staaten treten den Schutz der französischen Republik an. 2) Das römische Volk hat das Recht, sich frei über eine Regierungsform auszusprechen. 3) Rom nimmt die französische Armee als eine Armee von Brüdern auf. Der Dienst der Stadt geschieht gemeinschaftlich mit den römischen Truppen und die römischen Civil- und Militärbehörden fahren fort, ihre gesetzlichen Verrichtungen auszuüben. — Hierauf erließ die Assemblea nach kurzer Berathung folgende Antwort: „Die Assemblea bedauert, den Vorschlag des außerordentlichen Abgesandten der französischen Regierung nicht annehmen zu können, überläßt dem Triumviral die Gründe dafür anzuführen und diejenigen Schritte weiter zu thun, welche die Befestigung besserer Beziehungen zwischen den beiden Republiken befördern können."

Schweden.

Stockholm, 24. Mai. In der halboffiziellen „Postzeitung" vom 21. d. M. ist Folgendes, was hier eine gewisse Aufmerksamkeit erregte und vielleicht auch Deutschlands Beachtung verdienen möchte, nämlich: „Infolge dessen, was wir zu erfahren Gelegenheit gehabt haben, soll eine Ordre nach Carlskrona abgegangen sein, die Fregatten „Desirée" und „Götheborg", die Corvette „Najade", die Dampfcorvette „Thor" und einen Schooner zur Verstärkung der schon anbefohlenen Rüstung von 2 Fregatten, 1 Corvette, 1 Brigge und 1 Bataillon Kanonenschaluppen und Jollen nebst einem Vorrathsschiff, welche schon Ordre erhalten, ihre Besatzung zum 5. Juni einzumustern und klar zu machen." Wir enthalten uns über diese neuen und eiligen Rüstungen einer jeden weiteren Reflexion, da im Publikum durchaus nicht bekannt ist, was sie eigentlich veranlaßt haben könne und was also ihre Bestimmung sei.

Nachschrift.

Berlin, 1. Juni. Der „Preuß. Staatsanz." enthält in seinem amtlichen Theil Folgendes: Die Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover haben über die Einsetzung eines Bundesschiedsgerichts folgende Uebereinkunft getroffen: Das provisorische Schiedsgericht der verbündeten Staaten. § 1. Die königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover verpflichten sich, spätestens am 1. Juli d. J. ein provisor. Bundesschiedsgericht ins Leben treten zu lassen, dessen schiedsrichterlicher Entscheidung sie sich nach Maßgabe der im § 4 enthaltenen Competenzbestimmungen unterwerfen. § 2. Dieses Schiedsgericht wird zusammengesetzt aus Bundesrichtern, von denen Preußen 3, Sachsen 2, Hannover 2 ernennen. Jedem Staate bleibt vorbehalten, bei diesen Ernennungen seinen Ständen eine Mitwirkung einzuräumen. § 3. Das Gericht soll seinen Sitz zu Erfurt nehmen; den Vorsitz führt das älteste der von Preußen ernannten Mitglieder. § 4. Die Verbündeten unterwerfen sich dem Urtheile dieses provisorischen Bundesschiedsgerichts: a. in allen denjenigen Fällen, welche nach den §§ 124 und 125 des von ihnen vorgelegten Entwurfs der Reichsverfassung dem Reichsgerichte überwiesen sind, insoweit solche vor definitiver Einführung der Reichsverfassung in Frage kommen können, namentlich in den Fällen von: 1) politischen und privatrechtlichen Streitigkeiten aller Art zwischen den verbündeten Staaten; 2) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in denselben; 3) Streitigkeiten zwischen der Regierung eines der verbündeten Staaten und dessen Volksvertretung über die Giltigkeit oder Auslegung der Landesverfassung; 4) Klagen der Angehörigen eines der verbündeten Staaten gegen die Regierung desselben, wegen Aufhebung oder verfassungswidriger Veränderung der Landesverfassung. Klagen der Angehörigen eines der verbündeten Staaten gegen die Regierung wegen Verletzung der Landesverfassung können bei dem Schiedsgerichte nur angebracht werden, wenn die in der Landesverfassung gegebenen Mittel der Abhilfe nicht zur Anwendung gebracht werden können 5) Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgesetzlichen Mittel der Abhilfe erschöpft sind; 6) Anklagen gegen die Minister der verbündeten Staaten, insofern sie die ministerielle Verantwortlichkeit betreffen und die eigenen Landesgerichte dazu nicht competent sind; 7) Klagen gegen die verbündeten Staaten, wenn die Verpflichtung, dem Anspruche Genüge zu leisten, zwischen ihnen zwischen den oder bestritten ist; sowie wenn die gemeinschaftliche Verpflichtung gegen mehr als Einen Staat in Einer Klage geltend gemacht wird. Ferner überweisen sie der Competenz des provisorischen Schiedsgerichts: b) alle diejenigen Beschwerden, welche als Veranlassung von Störungen der inneren Sicherheit zur Sprache kommen und nicht durch den Verwaltungsrath oder die Civilcommissarien im Wege gütlicher Verhandlungen zu erledigen oder lediglich dem Landesgerichten zur Entscheidung zu überweisen sein möchten. c) alle Rechtshändel, welche unter den Verbündeten selbst aus der Vollziehung des gegenwärtigen Bundnisses erwachsen, insofern auch hier die Gerichte eines einzelnen Staates nicht competent sein möchten. § 5. Der Beitritt zu dem Bündnisse wird keiner Regierung verstattet, welche sich nicht in gleichem Maße der Entscheidung des provisorischen Schiedsgerichts unterwirft. § 6. Die näheren Bestimmungen über die Einsetzung des Gerichts, das Verfahren vor denselben und die Vollziehung seiner Entscheidungen sollen durch den Verwaltungsrath der verbündeten Staaten erlassen werden. Die Mitglieder des Gerichts werden mit der Bearbeitung der deßfallsigen Gesetzes-Entwürfe beauftragt.

Die Note, mittelst welcher den deutschen Regierungen diese Uebereinkunft mitgetheilt worden, soll morgen nachgetragen werden.

Straßburg, 1. Juni, 7 Uhr Abends. Telegraphische Depesche. Paris, 1. Juni, 5½ Uhr Abends. Der Minister des Innern an den Präfecten. Die gesetzgebende Nationalversammlung ist so eben zur Wahl ihres definitiven Präsidenten geschritten. Hier das Ergebniß der Abstimmung: Zahl der Votanten: 609; absolute Majorität: 305. Herr Dupin der Aeltere 336, Ledru-Rollin 182, Lamoriciere 67. — Paris ist vollkommen ruhig.

Börsenberichte.

Frankfurt, 2. Juni. Bei sehr stillem Handel läßt sich von der heutigen Börse in Hinsicht der Course fast sämmtlicher Papiere durchaus keine nennenswerthe Veränderung mittheilen. Oesterreichische Effecten zeigten eine feste Haltung. 5pCt. Met. 93⅜, 2½pCt. Metall 39 pCt., Wienerbankactien 1048 fl., 500 fl. Loose 122 pCt., 250 fl. Loose 74½ pCt. Kurhess. 40 Thlr. Loose ohne Umsatz, ebenso in Bad. 35 fl. Loosen nichts getan. Darmstädter 20 fl. Loose 20½ fl., do. 50 fl. Loose 68⅝ fl. Sardinische Loose 25 Fr., Nassauer 25 fl. Loose 30 fl., Polnische 500 Loose 72½ Rthlr. Sämmtliche Obligationen sowie bei Eisenbahn-Obligationen preishaltend. Holl. 2½ pCt. Integr. 49½, 5pCt. Von Eisenbahnen bleibt z. B. Nordbahn 31½ Rthlr., Berlin-Hamburg 66½ pCt., Köln-Minden 77½ pCt., Taunus 271 fl. pCt. incl. Span. sehr fest im Cours, schließen 24½ pCt. G.

Berlin, 1. Juni. Staatsschuldscheine 86½ Br., Seehandlungs-Prämienscheine 109⅞ Br., Bankantheile 87½ u. ½ bez., Berlin-Hamburg 95½ Br., Köln-Minden 76 bez. u. Br., Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 34 u. 33⅜ bez., Rhein. 45 Br., Leipzig 49½ Br., Nassauer bei Eisenbahn 84 Br., Pols. 500 fl. Loose 71 Br., Bad. 35 fl. Loose 19⅞ etw. bez.

Bei außerordentlicher Stille im Geschäft macht sich heute eine entschieden flaue Stimmung geltend; von Fonds sind Staatsschuldscheine Bankantheile sowie mehrere ausländische mehrlich von Eisenbahnactien aber einige etwas im Course zurückgegangen.

Wien, 30 Mai. 5pCt. Metall 89⅞, 4½pCt. 70⅞. — 3pCt. — pCt. 46¾. — Bankactien 1125. — 500 fl. Loose 149. — 250 fl. Loose 90½. — Nordbahnactien 96½. — Gloggnitzer 9. — Mailänder 7⅛.

Fonds behaupteten sich bei geringem Geschäft. Devisen besonders in langer Sicht sehr begehrt, und fast durchgehends besser bezahlt. Auch Gold höher. Frankfurt 121⅛, London 12 fl. 22 kr., Paris 115.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. D. Müller.

[1496]

Taunus-Eisenbahn.

Im Monat Mai l. J. wurden auf der Taunus-Eisenbahn, ausschließlich der Militairtransporte, 62,783 Personen befördert.

Die Einnahmen betrugen während dieser Zeit:

a)	für Personentransport und Gepäck	29542 fl.	22 kr.
b)	für Transp. von 19319 Ctr. Frachtgut	3348 „	16½
c)	„ „ „ bela einer Frachtw.	260 „	—
d)	„ „ „ 21 Reisewagen	166 „	18
e)	„ „ „ 242 Stück Schlachtvieh, 1 Pferd, 198 Hunden, 1200 Tragkast.	351 „	40
	Summa der Einnahmen	33958 fl.	36½

Frankfurt a. M., den 1. Juni 1849.

Im Auftrag des Verwaltungsraths
der Director der Taunus-Eisenbahn
Weil.

[1321]

116. Frankfurter Stadt-Lotterie.

Ziehung erster Klasse den 6. und 7. Juni.

Hauptgewinne: fl. **211,000**, 2 à **100,000**, **40,000**, **25,000**, 2 à **20,000**, **15,000**, **12,000**, 4 à **10,000**, **6800**, 2 à **5000** ꝛc. Ganze Original-Loose à fl. 6, ½ à fl. 3, ¼ à fl. 1. 30 kr., ⅛ à 45 kr., so wie Loose auf alle Klassen gültig à fl. 50 das ganze empfiehlt

Jacob Doctor, Hauptkollekteur in Frankfurt a. M.

Bekanntmachung.

Statt der früher angekündigten Fahrten des Dampfschiffes **Lübeck**, Capt. C. Jahr, zwischen Travemünde, Kopenhagen, Gothenburg und Christiania, wird dasselbe bis auf Weiteres zweimal wöchentlich, und zwar Dienstags und Sonnabends Nachmittags 6 Uhr von Travemünde mit der Post, Passagieren und Gütern nach Kopenhagen abgehen und Donnerstags und Sonntags von dort seine Rückreise antreten. Es wird am Dienstag, den 27. März, zuerst von Travemünde seine Fahrten beginnen.

Lübeck, den 23. März 1849.

Die Direction der Lübecker Dampfschifffahrts-Gesellschaft.

NB. Fässern, Bettfedern und Haare werden nicht geladen. [1471]

[382]

Kaltwasser-Heilanstalt Herrenalb

im romantischen Albthal in der Nähe von Baden-Baden, Wildbad und der Residenz Karlsruhe.

Mit Beziehung auf die frühere weitläufige Annonce wird folgendes bemerkt:

Die Eröffnung findet am 1. Mai d. J. statt, und wird die Kur das ganze Jahr ununterbrochen fortgesetzt.

Die Quellen, welche die Anstalt benützt, haben eine Temperatur von 4 bis + 6° Reaumur, welche im Sommer nicht steigt und im Winter nicht fällt.

Besondere Rücksicht soll auf die Diät der Kranken genommen, und diese den verschiedenen Krankheitsformen angepaßt werden.

Die Molkenkur wird vom Monat Mai bis Ende September unter der Leitung des Arztes der Anstalt in Anwendung kommen. Diejenigen, welche die hiesige Gegend zum Zweck einer Luftveränderung wählen, werden bereitwillige Aufnahme finden. — Mannichfache Abwechslung von schattigen Spaziergängen, Forellenfischerei und Jagd werden dem rüstigen Ausgänger die nöthige Unterhaltung gewähren, sowie bei schlechtem Wetter gedeckte Gänge, Kegelbahnen, Billard und Conversationszimmer zur Erheiterung beitragen werden. Mit Recht kann man behaupten, daß Herrenalb von der Natur selbst zu einer Heilanstalt geschaffen ist, und in Beziehung auf Wasser und Luft nicht allein Gräfenberg gleich, sondern sogar vorangestellt.

Die wöchentlichen Preise, nach der Lage und Größe des Zimmers in drei Klassen getheilt, sind:

1. Klasse fl. 16 oder Rthlr. 9. 4 Gr. Preuß. Cour.
2. „ „ „ 12 „ „ 6. 25 „ „ „
3. „ „ „ 9. „ „ 5. 4 „ „ „

Hiefür wird gegeben: möblirtes Zimmer, Leinwand, Handtücher, 2 Badetücher, die durch den Arzt vorgeschriebene Kost, Bäder, Badebedienung und ärztliche Behandlung.

Eine nähere Beschreibung (Prospectus) der Anstalt und der Umgebung, worinnen die zu heilenden Krankheiten durch die Wasserkur näher bezeichnet und noch andere Bemerkungen enthalten sind, wird gratis ertheilt in Frankfurt bei Herrn **Schanck**, Roßmarkt Nr. 11.

Die ärztliche Oberleitung hat Herr Dr. Weiß, der sich früher diesem Zweig der Heilkunde in Gräfenberg widmete, übernommen; man bittet daher, die vor seinen Reisen gehörigen Anfragen franco an ihn zu richten, Anfragen in jeder andern Beziehung franco an den Vorstand der Anstalt.

Herrenalb, Posthalt Pforzheim, im März 1849.

Dr. Weiß. C. A. Mohl.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustsyrup von George in Epinal, welcher derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditor **Scholl**, große Sandgasse, zu haben.

Commissionäre sind: Hr. Conditor J. C. Schlemmer in Mainz. [1380]

[1395]

Edictalladung.

Die bekannten und unbekannten Gläubiger des Konrad Haid zu Bibesheim, über dessen Vermögen der förmliche Concurs erkannt worden ist, werden hierdurch aufgefordert, so gewiß in dem auf

Mittwoch den 18. Juli d. J., Vorm. 9 Uhr,

anberaumten Liquidationstermin ihre Forderungen und sonstigen Ansprüche an die Masse anzugeben und dahier vorzulegen und ihre etwaigen Ansprüche daran richtig zu stellen, als sie sich sonst, ohne daß die desfallsige Verfügung öffentlich bekannt gemacht wird, des Ausschlusses von der Masse zu gewärtigen haben.

Homberg, am 2. April 1849.

Großh. Hessisches Landgericht.
Klein, Hofgerichtsrath.

[1373] auf den Grundstücken des Schullehrer George Doose zu Niederurff, H. 69 ½ Ltr. 9½ R. Haus, Scheuer u. Stallung unter einem Dache und Hofraum 69a 1½ Ltr. Erdgarten beim Hause, Gemeindenutzungen und Brauerei im Dorf Niederurff belegen, haben die beiden Immittenten

1) zu Gunsten des Kaufmann Ernst Merle von Korbach vom 7. Juni 1842 wegen 48 Thlr. 1 Sgr. 5 Pf. Hauptgeld und 3 Thlr. 3 Sgr. 2 Pf. Kosten und
2) desgleichen des Advocaten Damm dahier vom 16. April 1842 wegen 9 Thlr. 3 Sgr.

im General-Währschafts- und Hypotheken-Protocolle von Niederurff einzutragen.

Die Forderungsberechtigten sind zwar nach ihrer Erklärung befriedigt, da jedoch die Immissionsbereete des Schullehrers George Doose die etwaigen Inhaber dieser Urkunden hiermit öffentlich aufgefordert, dieselben so gewiß im Termin

den 14. Juni d. J.

dahier vorzulegen und ihre etwaigen Ansprüche daran geltend zu machen, als widrigenfalls die Urkunden für mortificirt erklärt werden sollen.

Zeyberg am 7. Mai 1849.

Kurfürstl. Justizamt.
Weber.
vdt. Ungewitter.

[1309]

Oeffentliche Ladung.

Nachverzeichnete in der Gemarkung Oberrad liegende 15 Grundstücke:

Gem.	Nr.	Mt.	Rth.	Sch.	
1	65	—	20	95	Schlüsselwiese in den Speckwiesen, Weißfrauenkloster 2 kr.
1	249	—	7	12	Wiese hinter dem Ort, stößt auf die Bornwiese.
1	367	—	10	71	ditto jenseits neben dem Speckweg.
3	143	—	35	30	Baumstück auf dem Sandhügel.
3	291	—	9	46	ditto im Metzel am dritten Pansenweg Königsberg 1½ kr.
3	411	—	24	91	ditto im Goldberg.
6	118	—	23	20	ditto vor dem Leben auf dem großen Rödberg.
6	357	1	9	25	ditto unter dem neuen Weg, gibt Königsberg und 5½ Gescheid Hafer.
6	5.2	1	9	35	ditto im Kirchgarten.
6	737	—	21	81	ditto im Brand.
7	127	2	19	62	ditto im Staffer.
8	258	—	7	71	Acker in den Bruchäckern, St. Weißfrauen 1½ kr.
9	253	—	3	9	Krautland in den langen Gärten nahe am Lachwiesenpfad.
9	538	—	1	76	ditto zwischen dem Keller- und Bienerpfad.
9	569	—	1	96	ditto daselbst auf den Dienerpfad.

sind in dem Ab- und Zuschreibebuch der Gemeinde Oberrad auf den Namen des Ludwig Weiß sen. eingetragen, in dem amtlichen Transscriptionsbuche aber nicht zugeschrieben, auch können keine Eigenthumsurkunden vorgelegt werden. Auf Antrag der Erben des verstorbenen Ludwig Weiß sen. werden daher Alle, welche Ansprüche auf die oben verzeichneten Grundstücke zu haben vermeinen, aufgefordert, solche

binnen 3 Monaten

bei unterzeichnetem Gerichte geltend zu machen, indem sonst nach Ablauf dieser Frist belegte Grundstücke im amtlichen Transscriptionsbuche auf den Namen des verstorbenen Ludwig Weiß sen. eingetragen werden sollen.

Frankfurt am Main, den 2. Mai 1849.

Stadt-Gericht II.
Schöff Dr. Böhmer. Dr. Eysen, Ger. Sekr.

Druck von August Osterrieth.

№ 131. — Montag — den 4. Juni — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bestandtheilen von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Nassau fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postvereinsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und desselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 22. — Für England und überseeische Länder: Loysel u. Comp., Nr. 34. Essex street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (¼ Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 3 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 22; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 336; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Kommissär G. Klopp in Leipzig; 4) Oberpostsekretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsekretär De Bay in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Deutschland.

†* **Frankfurt**, 3. Juni. Aus mehreren Actenstücken, welche von anderer Seite her zur Kenntniß des Publikums gelangt sind, erhellt, daß die königl. preußische Regierung mit Sr. kaiserl. Hoh. dem Herrn Erzherzog-Reichsverweser über die Frage in Unterhandlung gestanden hat, ob die Niederlegung seines hohen Amtes zur Zeit im Interesse der Wohlfahrt Deutschlands liege. Ob derartige Veröffentlichungen, während die Unterhandlung über einen so zarten Gegenstand noch im Zuge war, sich mit derjenigen Discretion vertragen, ohne welche die Geschäfte nicht geführt werden können, überlassen wir dem Urtheil hierin competenter Richter.*) Wie dem aber auch sei, die preußische Regierung hat, wie in keiner der in Frankfurt geführten Unterhandlungen, so auch in dieser nicht das Urtheil der öffentlichen Meinung zu scheuen gehabt. Damit das Publikum vielmehr vollständig in der Lage sei, sich über jene Unterhandlung ein richtiges Urtheil zu bilden, wird hiermit ein neueres, sich darauf beziehendes Actenstück zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Dasselbe lautet:

„Durch Ew. Hochwohlgeboren Bericht vom 25. d. M. habe ich das Schreiben erhalten, welches der interimistische Präsident des Reichsministerraths unter dem 24. d. M. an Ew. Hochwohlgeboren, als Erwiederung auf die dem Herrn Reichsverweser mitgetheilten telegraphischen Depeschen von Berlin vom 18. und 23. hujus, gerichtet hat.

Ich kann nicht umhin, Ew. Hochwohlgeboren das lebhafte Bedauern auszudrücken, welches die königl. Regierung darüber empfindet, daß Se. kaiserl. Hoheit der Reichsverweser geglaubt hat, auf die von hier aus gemachten Mittheilungen erwiedern zu müssen, daß Hochderselbe,

wie bekannt, längst entschlossen sei, das ihm anvertraute Amt niederzulegen, daß Er aber bei Bestimmung des Zeitpunkts, wann dieses geschehen werde, lediglich das Interesse Deutschlands consultiren und keiner Macht der Erde das Recht zugestehen könne, Ihn von dem Ihm anvertrauten Posten zu verdrängen.

Die königl. Regierung kann nur annehmen, daß diese Erwiederung auf einem eben so bedauernswerthen als unerklärlichen Mißverständniß beruhe.

Die königl. Regierung hat von Sr. kaiserl. Hoheit niemals etwas Anderes erwartet, als daß Er bei seiner schließlichen Entscheidung lediglich das Interesse Deutschlands consultiren werde; sie hat noch weniger jemals auch nur den Gedanken fassen können, denselben in irgend einer Weise von seinem Posten zu verdrängen. Sie hat es aber für ihre Pflicht erachtet, auf die ausdrückliche Aufforderung des Reichsverwesers mit ihrer Ansicht nicht zurückzuhalten, sondern offen auszusprechen, was ihr dem Interesse Deutschlands angemessen erscheine.

Se. kaiserl. Hoheit hat selbst zuerst sich an die königl. Regierung mit der Erklärung gewandt, daß Er in der nächsten Zeit sich werde genöthigt sehen, sein Amt niederzulegen, und dabei den Wunsch ausgesprochen, Se. Majestät der König möge sich darauf gefaßt machen, daß jeden Tag der Augenblick eintreten könne, wo Se. Majestät die Leitung der deutschen Angelegenheiten in die Hand nehmen müsse.

Se. Majestät der König haben darauf, in voller Uebereinstimmung mit Ihren früheren bekannten Erklärungen, wiederholt, daß Sie dazu bereit sein würden, soweit die Regierungen dazu ihre Zustimmung geben möchten, und Sr. kaiserl. Hoheit anheimgestellt, durch ein schriftliches Ansuchen an Se. Majestät die Veranlassung zu einer deßfallsigen Erklärung zu geben.

Die königl. Regierung hat aber ebenso ausdrücklich ausgesprochen, daß sie der von Sr. kaiserl. Hoheit selbst ebenfalls angedeuteten Niederlegung seiner Gewalt in die Hände der Bevollmächtigten, als der augenblicklich allein vorhandenen Vertreter der Regierungen, nicht entgegen sei.

In Betreff des Zeitpunkts, wann dieses zu geschehen habe, ist sie weit davon entfernt gewesen, irgend eine Forderung an Se. kaiserl. Hoh. zu richten; sie hat aber, nachdem sie von dem Reichsverweser consultirt worden, ihre Ansicht dahin ausgesprochen, daß sie allerdings den jetzigen Zeitpunkt für den richtigen halte. Sie hat sich dabei von der Erwägung des Gesetzes vom 28. Juni v. J. leiten lassen, durch welches die Stellung der Centralgewalt bedingt ist. Durch den Art 4 dieses Gesetzes wird dieselbe für die wichtigsten Fragen der Politik an das Einverständniß der Nationalversammlung gebunden; durch den Art. 6 wird das Reichsministerium der Nationalversammlung verantwortlich gemacht. Nachdem die Letztere, in Folge ihrer eigenen Beschlüsse, so wie der Abberufung der österreichischen, preußischen und sächsischen Deputirten und des wirklich erfolgten Austritts der größeren Zahl ihrer Mitglieder, nicht mehr als die gesetzliche Gesammtvertretung der deutschen Nation angesehen werden konnte: mußte die Stellung der Centralgewalt und des Reichsministeriums als eine nicht mehr haltbare und der sichern Basis entbehrende erscheinen: Dazu kam die Erwägung, daß in eben diesem Augenblick der Kampf gegen die Anarchie in einem nicht unbedeutenden Theile Deutschlands eine Gestalt angenommen hatte, in welcher derselbe nicht mehr durch die der Centralgewalt zu Gebote stehenden Mittel durchgeführt werden konnte. Im Interesse Deutschlands, wie im Interesse des Reichsverwesers selbst hat daher die königl. Regierung ihren von dem Letztern selbst in Anspruch genommenen Rath nicht zurückhalten zu dürfen geglaubt.

Sie kann nicht umhin, diese Ansicht auch jetzt noch festzuhalten; sie spricht aber dabei gern das Vertrauen aus, daß Se. kaiserliche Hoheit in Ihrer Weisheit den rechten Augenblick finden werden.

Inzwischen erachtet sie es für ihre Pflicht, auch der Centralgewalt von der Eröffnung Kenntniß zu geben, welche sie heute in Verein mit den königlichen Regierungen von Sachsen und Hannover den übrigen deutschen Regierungen zugehen läßt, und welche ich Ew. Hochwohlgeboren zu dem Zwecke in der Anlage übersende.

Dieselbe ist aus den Berathungen hervorgegangen, welche in Folge der von uns unter dem 28. v. M. an die deutschen Regierungen ergangenen Einladung hier in Berlin stattgefunden haben.

Die Dringlichkeit der gegenwärtigen Umstände hat die königliche Regierung, so wie die Regierungen von Sachsen und Hannover vermocht, von dem im Art. 11 der Bundesacte den Bundesgliedern vorbehaltenen „Rechte der Bündnisse aller Art" Gebrauch zu machen, und mit einander zu dem bestimmten Zweck des Schutzes der innern und äußern Sicherheit ein Bündniß einzugehen, zu dem sie den Beitritt allen übrigen deutschen Staaten offen erhalten. Sie sind zugleich dahin übereingekommen, den deutschen Regierungen gemeinsam einen Entwurf zu der Verfassung des deutsches Bundesstaates zur Prüfung vorzulegen, wie sie denselben, unter voller Berücksichtigung der von der Nationalversammlung berathenen Verfassung, den Bedürfnissen der deutschen Nation für angemessen erachten.

Dieses Bündniß der vereinigten königlichen Regierungen bewegt sich ganz innerhalb des deutschen Bundes, den es als rechtlich bestehend anerkennt und voraussetzt; es läßt die Rechte und Pflichten der Bundesglieder vollkommen intact, und berührt die allgemeinen Verhältnisse des deutschen Bundes in keiner Weise. Die in demselben an Preußen übertragene Leitung der gemeinsamen Maßregeln der verbündeten Regierungen beruht auf der freien Uebertragung von Seiten der Letzteren und beschränkt sich auf die bestimmten Zwecke des Bündnisses; sie greift daher auch keineswegs in die Befugnisse der Centralgewalt, als des bisherigen leitenden Organs des deutschen Bundes, ein, deren Rechte vielmehr vollständig gewahrt erscheinen, und welche zu ersetzen Preußen keinerlei Anspruch macht.

Es ist daher auch in keiner Weise irgend eine rechtliche Collision zwischen beiden zu befürchten, und die königliche Regierung überläßt sich mit Vertrauen der Ueberzeugung, daß die Centralgewalt dieses einfache Sachverhältniß nicht verkennen werde.

Sie glaubt aber selbst sich nicht verhehlen zu sollen, daß durch diese Vereinbarung der Regierungen es Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser erleichtert werden dürfte, den vom Ihm so oft ausgesprochenen Wunsch der Niederlegung Seines Amtes zu verwirklichen, indem durch dieselbe die Mittel zum Schutz der öffentlichen Sicherheit in den Staaten, welche diesem Bündniß beitreten möchten, in hinreichender und umfassender Weise geboten werden und dadurch die Bedenken beseitigt werden dürften, welche Se. kaiserl. Hoheit noch auf Ihrem dornenvollen Posten zurückhalten. So wenig rechtlich irgend eine Collision zu befürchten sein kann, so fallen doch die Zwecke, welche Se. kaiserl. Hoheit in der treuen deutschen Gesinnung, die wir in vollem Maße anerkennen, Sich vorgesetzt haben und diejenigen, welche durch dieses Bündniß erreicht werden sollen, so nahe zusammen, daß Se. kaiserl. Hoheit Sich bewogen finden dürften, im Vertrauen auf die vereinigten Regierungen Sich der weitern persönlichen Verpflichtung entbunden zu erachten und den Regierungen die Durchführung der etwa noch nöthig werdenden Maßregeln zu überlassen.

Ew. Hochwohlgeboren wollen diese Eröffnung der königlichen Regierung, durch abschriftliche Mittheilung dieses Erlasses, zur Kenntniß Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers bringen.

Berlin, den 28. Mai 1849.

(Gez.) G. v. Brandenburg.

An den interimistischen Bevollmächtigten ꝛc. ꝛc. Herrn wirklichen Legationsrath von Rampz, Hochwohlgeboren, zu Frankfurt a. M."

*) Nach Allem, was uns bekannt geworden, scheint Mißbrauch amtlichen Vertrauens die Quelle jener Veröffentlichungen zu sein.
Red. d. O.P.A.Z.

** **Frankfurt**, 3. Juni. Nachstehende Ansprache ist „an die badischen Soldaten" gerichtet worden: „Soldaten! Euer Großherzog hat in einer Proclamation vom 17. v. M. allen denen unter Euch Vergessenheit zugesichert, welche, nur verleitet von politischen Wühlern und Verführern, oder eingeschüchtert durch die Ueberzahl, die ihrem Fürsten und der Verfassung angelobte Treue gebrochen, wenn sie, so bald als ihnen möglich, zu ihrer Pflicht zurückkehren. Soldaten! Der Zeitpunkt ist gekommen, in dem Euch die Ueberzeugung geworden sein muß, welches Unheil Eure Pflichtvergessenheit über unser unglückliches Vaterland gebracht hat und noch bringen wird. Eine Rotte einheimischer und ausländischer Abenteurer vergeuden die Güter des Staates und stürzen dadurch Euere Väter und Euch selbst in Verarmung auf lange Jahre. Soldaten! Ihr werdet fühlen, daß Ihr die badischen Waffen gebrandmarkt habt, daß Ihr entehrt vor allen braven Soldaten, vor ganz Europa dasteht, wenn Ihr nicht durch schnelle und aufrichtige Reue zu Euerer Pflicht zurückkehrt, und mithelft der Anarchie entgegenzutreten. Soldaten! Ihr müßt fühlen, daß durch die Entfernung Euerer erfahrenen Führer Eure Kraft gebrochen ist; daß nur streng militärische Ordnung und das Bewußtsein gewissenhafter Pflichterfüllung eine Truppe stark macht. Ich wiederhole daher die Versicherung des Großherzogs und fordere in Seinem Namen und aus Seinem Auftrag alle Soldaten und Unteroffiziere, welche auf Pflicht und Ehre halten, auf, sich mir anzuschließen und der Reichsgewalt zur Verfügung zu stellen. Soldaten! höret auf den Ruf der Ehre und der Pflicht, öffnet Eure Augen über das Getriebe Eurer Verführer, stoßt sie von Euch und brechet die schmählichen Bande, mit denen das Mißtrauen und die selbstsüchtigen Ränke dieser Menschen Euch umschlungen halten. Sämmtliche Reichstruppen sind angewiesen, Euch aufzunehmen, wenn Ihr denselben Euch anreihet. Soldaten! Ihr werdet nicht taub sein für die Stimme Eures gütigen Großherzogs, der Euch Verzeihung anbietet, der Euch Gelegenheit gibt, Eure feldherrliche Ehre wieder herzustellen und Euer Verbrechen zu sühnen. Frankfurt a. M., den 1. Juni 1849. Der Präsident des großh. Kriegsministeriums. (gez.) Hoffmann."

⊙ **Frankfurt**, 2. Juni. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt wird mit der Berathung des Verfassungsentwurfs fortgefahren. Der noch rückständige Artikel 66: „die Stadtgemeinde wählt 80, die vereinigten Landgemeinden wählen 16 Abgeordnete", wird angenommen. Vierter Abschnitt. Von dem Volksrathe. Erste Abtheilung. Zusammensetzung und Wahl des Volksraths. Art 76. „Die Abgeordneten vertreten die Gesammtheit der Staatsangehörigen, nicht den Bezirk, in welchem sie gewählt sind. Sie können durch Aufträge oder Vorschriften ihrer Wähler nicht gebunden werden." Angenommen. Art. 77. „Die Abgeordneten dürfen wegen Aeußerungen und Abstimmungen in der Versammlung oder deren Ausschüssen an keinem Orte außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen oder zur Rede gestellt werden." Schöff Souchay beantragt die Abänderung des Schlusses dahin: „außerhalb der Versammlung nur auf den Antrag der dadurch etwa verletzten Privatpersonen zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden." Von Dr. Varrentrapp, Dr. Kugler, Dr. A. Friedleben, Dr. Manhayn, Dr. Burkard, Dr. Reinganum und Dr. Braunfels werden verschiedene Ansichten über den Gegenstand ausgesprochen, der Antrag von Dr. Burkard, auf Rückweisung, abgelehnt, und der Artikel des Entwurfs, vorbehaltlich der von Dr. Manhayn vorgeschlagenen Einschaltung, in namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 45 Stimmen angenommen, die vorbehaltene Einschaltung von Dr. Manhayn aber ebenfalls in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 46 Stimmen verworfen und damit alle weiteren Anträge beseitigt. Art. 78. „Kein Abgeordneter darf ohne Bewilligung des Volksrathes verhaftet oder in Untersuchung gezogen werden, ausgenommen in dem Fall der Ergreifung auf frischer That, wo die nachträgliche Genehmigung des Volksrathes unverzüglich einzuholen ist. Zu diesem Artikel sind von Bogtherr, Dr. Stein und Herwig drei Abänderungsanträge vorgeschlagen, welche hauptsächlich die politischen oder Preßvergehen oder Verbrechen speciell in demselben aufgeführt wissen wollen. Dr. Braunfels erblickt in dieser Bestimmung eine Bevorzugung, ein Privilegium der Abgeordneten; wer aber Freiheit wolle, müsse auch Gleichheit wollen. Dr. Varrentrapp schlägt die Fassung so vor: „Wenn ein Abgeordneter verhaftet wird, so muß dem Volksrathe unverzüglich Nachricht davon zur nachträglichen Ermächtigung gegeben werden." Ein Antrag von Dr. Reinganum will die Einschaltung der Worte: „wegen strafrechtlicher Anschuldigungen", dagegen will er die Worte „oder in Untersuchung gezogen" streichen, denn er und noch andere Mitglieder dieser Versammlung wissen aus Erfahrung, daß die bloße Untersuchung die

Thätigkeit eines Volksvertreters nicht hindern könne. Dr. A. Friedleben gegen diesen Antrag und für specielle Anführung der polnischen und Preßvergehen. Dr. Manhayn beantragt die Zurückweisung des Artikels mit allen gefallenen Anträgen an den Verfassungsausschuß. Außer diesen sprachen noch für und gegen den Artikel und die Abänderungsanträge Schiff Souchay, Dr. Mappes, Sen. Hessenberg, Herwig, Dr. Kugler, Vogtherr und Dr. J. Friedleben als Berichterstatter. Sämmtliche Anträge, mit Ausnahme derjenigen von Dr. Reinganum, werden theils nicht unterstützt, theils zurückgezogen; der Art. nach der Fassung des Entwurfs wird verworfen, dagegen aber die Redaction von Dr. Reinganum angenommen, wonach der Art. 78 nun lautet: „Kein Abgeordneter darf ohne Bewilligung des Volksraths wegen strafrechtlicher Anschuldigungen verhaftet werden, ausgenommen in dem Fall der Ergreifung auf frischer That, wo die nachträgliche Genehmigung des Volksrathes unverzüglich einzuholen ist.“ Schluß der Sitzung um 8 Uhr.

† **Wien**, 31. Mai. Aus Preßburg wird unterm 29. d. berichtet: Bösch, das von den k. k. Truppen aus strategischen Gründen geräumt wurde, haben die Magyaren besetzt. Das Gros der österreichischen Armee befindet sich bei Sverdahely, jenes der ungarischen in dem mehrere Stunden davon entfernten Megyer. Die Cholera rafft hier noch immer viele Opfer dahin. In Komorn soll Ueberfluß an Geld, dagegen drückender Mangel an Waaren, besonders an Colonialartikeln, herrschen. — Weiter erfährt man, daß bei Freistadtl ein Conflict stattgefunden habe. Auch sollen die Magyaren willens sein, die vom Plattensee umflossene Halbinsel Tihany bei Füred zu befestigen. — Aus Tyrnau wird berichtet, daß am 28. d. M. die russische Avantgarde 20,000 M. stark aus dem Waagthale daselbst einrucke. Diese Colonne scheint bestimmt zu sein, gegen die Gran vorzurücken, wozu alle Uebergangsmittel über die Waag, und zwar bei Freistadtl und Schintau vorbereitet sind. In Erlau ist die Cholera ausgebrochen. — In der Szamegy ist der Landsturm organisirt und sind die Gewehre dem Volke zurückgegeben worden. — Der „Pesti Hirlap“ berichtet über G.M. Henzi, der in Ofen den Heldentod starb, daß er ein verwegener und tapferer Soldat war, der die Festung bis zum letzten Tropfen Blutes gehalten habe. Seines Theils nahm er immer den gefährlichsten Posten ein. 1848 zum Generalmajor befördert, wurde er Festungscommandant in Peterwardein, und hier war es, wo er die Festung dem Kaiser erhalten wollte, jedoch gefangen nach Ofen abgeführt und im Jänner d. J. auf freien Fuß gesetzt wurde. Er hinterläßt einen als Offizier im Ingenieurcorps dienenden Sohn. — F.M. Radetzky gedachte in Mehre einzutreffen; man hofft, daß seine Anwesenheit vor Venedig dessen Fall beschleunigen werde. Auch hat der F.M. mit Erlaß v. 22. Mai die Gemeinden und Familien der Verpflichtung enthoben, die betreffenden Deserteurs durch Stellvertreter zu ersetzen. Die bisher Gestellten sollen entlassen werden, sobald eine neue Rekrutenaushebung, die für die Altersklassen 1848—1849 zu erwarten ist, dies thunlich machen wird. — Nach telegraphischen Nachrichten gedachte Radetzky am 29. d. Mittags mit dem Bombardement Venedigs zu beginnen und zugleich in Brondolo die nöthigen Operationen vorzunehmen. — F.Z.M. Welden soll leidend sein. — Baron Papuay, F.M.L. und Armeecommandant ad latus in Ungarn, erhielt die geheime Rathswürde und den kaiserl. Orden der eisernen Krone erster Klasse. — Der Kaiser von Rußland ertheilte dem Ministerpräsidenten F.M.L. Fürsten Schwarzenberg den kaiserl. russischen Alexanderewskyorden in Brillanten; den beiden k. k. Generaladjutanten G.M. Graf Grünne und v. Kellner den St. Annenorden erster Klasse, ersterem in Brillanten, und dem k. k. Flügeladjutanten Oberst Schwarzl den St. Annenorden zweiter Klasse in Brillanten.

Die **Königin von Griechenland** wird heute oder morgen hier erwartet; der ganze erste Stock des Gasthofes zum römischen Kaiser ist für die hohe Frau hergerichtet und mit Blumen festlich ausgeschmückt.

Eine neue Kundmachung macht Sensation. Sie betrifft die in Caffee- und Gasthäusern böswillig gehaltenen aufreizenden Reden der Gäste und die Verantwortlichkeit der Localitätsinhaber, die dieselben dulden. Es wird ihnen hiefür gleich beim ersten Betretungsfalle mit der Sperre ihres Gewerbes für die Dauer des Ausnahmezustandes gedroht.

Laibach, 31. Mai. Ihre Majestät die Königin von Griechenland kam gestern 11 Uhr Abends wohlbehalten hier an und setzte nach eingenommenem Mahle um 12 Uhr Ihre Reise nach Cilli fort. (Tel. Dep. d. Wien. Z.)

= **Berlin**, 31. Mai. So ist er nun da der langersehnte, der in der Geburt bedrohte von Preußen ausgehende deutsche Verfassungsentwurf; der gestern Abend ausgegebene „Staatsanzeiger“ vom heutigen Datum brachte ihn. Was schon seit mehr als einer Woche vorausgesagt wurde, bestätigte sich: Bayern hat den Entwurf nicht angenommen, nur Sachsen und Hannover haben ihn zu dem ihrigen gemacht. Diese drei Regierungen legen ihn den übrigen als Vorschlag vor, zur Genehmigung dieselben einladend. Von einer Octroyirung ist keine Rede. Das einleitende Circularschreiben an die deutschen Regierungen ist würdig und offen, auch der zur Rechtfertigung des Verfahrens von Preußen in dieser Angelegenheit im „Staatsanzeiger“ abgedruckte Artikel, datirt vom 30. Mai, enthält in passender Sprache viel Zutreffendes und gewinnt dadurch Interesse, daß darin die Stellung zu Oesterreich als eine befriedigende erscheint. Lassen Sie mich nun, so viel es heute schon möglich ist, Einiges über Eindruck und Inhalt der Verfassung hinzufügen. Dem Versprechen, die Frankfurter Verfassung erster Lesung zu Grund zu legen, ist im Wesentlichen nachgekommen, die Abweichungen sind nur bei den bekannten Streitfragen durchgreifender Art, hier aber in einer Rücksicht, nämlich in Rücksicht auf das Fundament jeder Verfassung, das Wahlgesetz, eher unglücklich als glücklich. Hierüber ist das allgemeine Urtheil schon heute einig. Selbst die Alterconservativsten schütteln die Köpfe; denn das Wahlgesetz ist nicht nur politisch gefährlich — freilich aus dem entgegengesetzten Grunde wie das Frankfurter — sondern auch technisch fast unausführbar. Diese Unausführbarkeit beruht theils auf der Eintheilung der Wähler in 3 Steuerklassen, in welchen dieselben nach der Höhe der Steuerbeträge gesondert werden, theils in den Bedingungen der Wahlberechtigung, die fast von Niemand erfüllt werden können. Der Gedanke, nach drei Steuerklassen wählen zu lassen, fand hauptsächlich darum so viel Anklang, weil er auf die Gerechtigkeit basirt und ein Ausweg schien, das allgemeine Stimmrecht der Civilisation und der Ordnung einer festen Regierung vereinbar zu machen. In Bezug auf die Gerechtigkeit ist aber nicht angedeutet, wie es gemacht werden soll, wenn zufällig eine große Anzahl von Personen gleiche Steuerbeträge zahlt, so daß deren Gesammtsumme ein Drittheil der Gesammtsteuer übersteigt. Dies wäre aber erforderlich gewesen; die erste Abtheilung besteht nämlich (nach § 16 des Wahlgesetzentwurfes) aus denjenigen Wählern, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Drittheils der Gesammtsteuer fallen u. s. f. Wird nun, nachdem dies Drittheil erreicht ist, einer der gleichviel Zahlenden in die nächstniedrige Steuerklasse gesetzt, so verliert derselbe, da jede Steuerklasse gleichviel Wahlmänner wählt, in jeder niedrigeren Klasse aber der Natur der Dinge nach die Zahl der Mitstimmenden zunimmt, bedeutend an seinem Stimmrechte, seine Stimme hat weniger Gewicht als die der ihm Gleichbesteuerten in der ersten Klasse. Aber auch die Theilnahme aller bisherigen Urwähler, auch nur in der untersten Steuerklasse, ist nicht garantirt, ja ohne Einführung einer neuen Gemeindeordnung und einer allgemeinen Einkommen- oder Klassensteuer geradezu unmöglich; nur der „selbstständige“ 25jährige Deutsche ist Wähler und als „selbstständig ist (nach § 2) derjenige anzusehen, welcher an den Gemeindewahlen seines Wohnorts Theil zu nehmen berechtigt und dringend eine directe Staatssteuer zahlt.“ Die jetzigen Gemeinde- und Steuerverhältnisse zu Grunde gelegt, würden aber nach dieser Bestimmung nur unendlich wenige Personen Urwähler sein können. Dazu kommt noch, daß „auf Erfordern“ ausgeschlossen werden können alle diejenigen, welche mit der letzten Rate der zu zahlenden directen Steuern im Rückstande sind, und daß (nach § 13) „wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, in demselben zur Zeit der Wahl und seit mindestens 3 Jahren seinen festen Wohnsitz haben und heimatsberechtigt sein muß.“ Da nun je 100,000 Seelen einen Wahlkreis bilden, der wieder in Wahlbezirke zerfällt, und dies auch für die Städte gilt, so würde Berlin z. B. in vier Wahlkreise und diese wieder in Wahlbezirke zerfallen, und wer innerhalb dreier Jahre durch Wohnungswechsel — oft nicht dazu die Entfernung von 2 — 3 Häusern hin — die Grenze seines Wahlbezirkes überschritten hätte, würde seines Wahlrechtes verlustig gegangen sein, obwohl er den Wohnsitz in der Gemeinde nicht aufgegeben hätte. Diese Bestimmung grenzt an Willkür und das allgemeine Bestreben ist, sie durch einen Irrthum oder einen Druckfehler zu erklären; allein gleich der folgende Paragraph, der ganz besonders für Militärpersonen und nur für diese (nicht auch für Civilbeamte) eine Ausnahme macht, thut dieser Hoffnung großen Abbruch. Die gemachten Andeutungen werden hinreichen, um zu zeigen, daß das Wahlgesetz ein wunder Punkt des Entwurfs ist und ich fürchte, ein so wunder, daß das ganze Project davon scheitern kann, wenn nicht eine schleunige Declaration daran nachhilft. Dagegen ist im Uebrigen die Verfassung wahrlich sehr annehmbar und, namentlich darin, daß sie nicht zu rücksichtslos centralisirt, der Frankfurter weit vorzuziehen. Der Gedanke, ein Fürstencollegium mit 6 Stimmen zwischen den Reichsvorstand (Preußen) und die Kammern und zugleich in gewisser Beziehung neben den Reichsvorstand zu stellen und für gewöhnliche Fälle diesem Collegium das Veto zu übertragen, ist ein überaus glücklicher. Vielleicht ein nächstes Mal mehr hierüber.

• **Berlin**, 1. Juni. Die Uebereinkunft, gemäß welcher die Regierungen Preußen, Sachsen und Hannover ein provisorisches Reichsschiedsgericht haben ins Leben treten lassen und deren nähere Bestimmungen in unserer gestrigen Sonntagsbeilage in ihrem officiellen Wortlaut aufgezählt sind, ist den deutschen Regierungen mit folgender begleitenden Note mitgetheilt worden: „Mit Bezugnahme auf die Eröffnung vom 28. d. M. ermangelt die königl. preußische Regierung nicht, in ihrem und im Namen der verbündeten Regierungen von Sachsen und Hannover, der ꝛc. Regierung folgende fernere Mittheilung zu machen: Indem die verbündeten Regierungen die Nothwendigkeit anerkannten, ihrem Versuche zur Herstellung der gefährdeten inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands zugleich durch Förderung einer bundesstaatlichen Verfassung und durch genaue Bezeichnung ihrer Stellung, den Beschlüssen der Frankfurter Nationalversammlung gegenüber, den richtigen Charakter aufzudrücken, haben sie gleichwohl nicht verkannt, daß auch dieser Schritt noch keineswegs zur Erreichung des Zweckes genüge. Nachdem seit mehr als 30 Jahren die Thätigkeit der Gesammtregierung Deutschlands auf derjenigen Bahn, welche wenigstens Preußen und Hannover bereits auf dem Wiener Congresse als die nothwendige mit Bestimmtheit bezeichnet und gefordert haben, zurückgeblieben war, indem man ein Bundesgericht verweigerte und damit die Thätigkeit der Bundesregierung lediglich nach den Grundsätzen des augenblicklichen Vortheils bemessen wissen wollte, ist es heut zu Tage nicht mehr genug, Berathungen über künftige Abstellung der Uebel zu pflegen, vielmehr muß da, wo ein so lange erkanntes und so bestimmt bezeichnetes Bedürfniß vorliegt, unmittelbar eingegriffen werden. Die verbündeten Regierungen haben daher den Beschluß gefaßt, in diesem Sinne zu handeln. Wenn der Bundesstaat allein im Stande ist, ohne Gefahr der Zerrüttung die ihrer Natur nach unabhängige Staatsgewalt unter die Entscheidung des Richters zu stellen: so ist es auch Pflicht desselben, sich dieses Vorzuges bewußt zu werden und denselben geltend zu machen. Je mehr aber die Staatsformen sich freierer Bewegung zuneigen, je mehr sie den Wünschen und Bestrebungen des Volkes mittelbaren Einfluß gestatten, um desto nothwendiger ist es, ein Mittel zu besitzen, welches im Stande ist, das unruhige Drängen zu mäßigen und die stürmische Thätigkeit der großen Versammlungen in den Schranken zu erhalten, deren Ueberschreitung jedes Staatsleben zu Grunde richten muß. In Deutschland ist das Bedürfniß eines solchen höheren Richteramtes durch die ganze Geschichte des Volkes tief begründet. Es ist ein doppeltes Bedürfniß der kleineren Staaten, in denen die Gesetzgebung stets in Gefahr ist, in die Gestaltung individueller Zustände unmittelbar einzugreifen. Die richtende Gewalt des Kaisers hat in den früheren Jahrhunderten mehr als vieles Andere den Charakter der Nation bestimmt. In unserer Zeit wird eine ähnliche Einrichtung eine Bürgschaft sein, daß die Gesetzgebung so vieler verschiedenen Staaten stets in gleicher Bahn erhalten werde, sie wird Ungleichheiten an den Tag bringen und solche entweder durch zweckmäßige Auslegung und Anwendung der Gesetze selbst ausgleichen oder die Gesetzgebung auf den Punkt hinführen, wo es ihrer Hilfe bedarf. Von diesem Gesichtspunkte aus haben die verbündeten Regierungen das in dem Entwurfe der Reichsverfassung begründete Institut des Reichsgerichts für eines der bedeutendsten und wirksamsten halten müssen, und so haben sie sich entschlossen, ein provisorisches Bundesschiedsgericht als Vorläufer jener großen nationalen Institution sofort ins Leben treten zu lassen. Die Anlage enthält die unter ihnen getroffene Uebereinkunft über die sofortige Einsetzung dieses Gerichts. Sie haben diesen Schritt um so unbedenklicher gethan, je weniger es dazu irgend einer legislatorischen Thätigkeit bedurfte. Denn einem Schiedsgerichte sich zu unterwerfen, steht einem Jeden zu; und wenn hier das Schiedsgericht von einer Seite allein ernannt wird: so wird auch Niemand genöthigt, bei demselben Klage zu erheben, der dieses nicht seinem Vortheil gemäß erachtet. Nur die Regierungen, die Fürsten sind es, welche dasselbe unbedingt über sich erkennen. Diese aber, indem sie sich ihm unterwerfen, bezeugen dadurch, daß sie die Sicherheit nicht allein in äußerer Ordnung suchen, sondern im tiefen sittlichen Grunde derselben, im Rechte. Sie ziehen damit eine scharfe Grenze zwischen ihrem jetzigen Standpunkte und demjenigen einer früheren Zeit, welche nur jene äußere Ordnung, nur die Unterdrückung der Unruhen dem Bunde zuwies, ohne demselben zugleich die Mittel zu gewähren und die Pflicht aufzulegen, das verletzte Recht auch gegen die Regierungen zu schützen. Eben deßhalb haben die verbündeten Regierungen aber auch diese Prüfung und Entscheidung des Rechts nicht sich selbst vorbehalten, sondern solche einem völlig getrennten und selbstständigen Gerichte überweisen müssen. Die Organe der Regierungen, welche zur Herstellung der äußeren Ordnung thätig eingreifen sollen, werden eben dadurch selbst betheiligt; man ihnen in zweifelhaften Fragen unmöglich diejenige Unbefangenheit zutrauen, aus welcher allein ein gerechtes Urtheil hervorgehen kann. Endlich haben sie auch, indem sie den in der Uebereinkunft enthaltenen Bestimmungen wesentlich diejenigen Normen zum Grunde gelegt haben, welche der Entwurf der Reichsverfassung über das Reichsgericht aufstellt, ein Zeugniß geben wollen, daß sie diesen Entwurf für mehr als ein bloßes Project halten, vielmehr ihnen daran ernstlich gelegen ist, demselben so bald und so kräftig als irgend möglich Leben und Wirksamkeit zu verschaffen. Wenn nun aber die verbündeten Regierungen die Bedingung stellen, daß Jeder, der ihre Hilfe verlangt, sich diesem provisorischen Bundesschiedsgerichte unterwerfe, so glauben sie, auch darin ungetheilten Beifall hoffen zu dürfen. Sie können sich unmöglich zur Aufgabe machen, Unrecht irgend einer Art zu befestigen. Wer ihren Beistand wünscht, muß sich in dieser Beziehung mit ihnen auf gleichen Boden stellen. Sie hegen das Vertrauen, daß alle deutsche Regierungen von gleichen Grundsätzen ausgehen, und so hoffen sie, in der ausgesprochenen Bedingung selbst das kräftigste Mittel zur Förderung einer Einigung erblicken zu dürfen, von der nach ihrer Ansicht das Wohl und Wehe Deutschlands abhängt. Berlin, den 30. Mai 1849. Der Ministerpräsident (gez.) Graf v. Brandenburg. An sämmtliche deutsche Regierungen.“

Der „Staatsanzeiger“ theilt heute ferner das Reglement zur Verordnung vom 30. Mai d. J. über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten für die zweite Kammer mit.

München, 1. Juni. Generalmajor v. Luder hat bis heute die Leitung des Kriegsministeriums noch nicht übernommen, auch in seine Ernennung zum Kriegsminister bis heute weder im Regierungsblatt noch officiell in der N. M. Z. enthalten. Sollte dieselbe, obwohl sie bereits verfügt war, auf Hindernisse gestoßen sein? Man will heute wissen, daß auf das Bemühen der einflußreichsten Glieder der königl. Familie der König beschlossen habe, die Berliner deutsche Verfassung anzuerkennen, wie sie aus der Conferenz hervorging. Eine Nachricht, die indessen von Vielen bezweifelt wird, zumal da auch heute wieder keine Sitzung in der 2. Kammer stattfand, wie man glaubt, um Interpellationen über diesen Gegenstand auszuweichen. — Unter den Abgeordneten herrscht über das fortwährende Nichtstattfinden von Sitzungen große Unzufriedenheit. (N. W. Z.)

00 **Dresden**, 1. Juni. Die Stadt Dresden hat wegen Entschädigung des bei dem Aufruhr v. 3—9. Mai erlittenen Verlustes Tzschirners Vermögen inhibiren lassen. Freilich wird dies wie ein Tropfen verrinnen. Denn es dürfte wohl kaum zureichen, eins der fünf auf Befehl der provisorischen Regierung angezündeten Häuser wieder aufzubauen, das Opernhaus mit seinem werthvollen Inhalte gar nicht zu rechnen! Sehr komisch nimmt es sich aus, wie die ultraradicale Partei sich namentlich in Süddeutschland bemüht, den in Dresden angerichteten Schaden an Häusern und Mobiliar und den Verlust an Todten gering darzustellen. Die aufgedeckten Schleußen, das aufgerissene Pflaster, die in Zwangscours ausgestellten Bons über Lieferungen, die Brandstätten, — (dies Alles ohne Kampf von der provisorischen Regierung veranlaßt) — die zerschossenen Häuser, die unzähligen zersprungenen Fenster, die ruinirten Mobilien und Wohnungen belehren uns hier am Orte hinsichtlich des Schadens, die Kirchhöfe und das angefüllte Krankenhaus hinsichtlich der Gefallnen und Verwundeten allerdings eines Andern. Nicht 50,

die Jemand dem Frankfurter Journal neulich erzählte, sondern 150 sind auf Seiten der Insurgenten todt geblieben. — Bald werden aber die süddeutschen Städte Zeit und Gelegenheit haben, zu berechnen, ob sich das ihnen von den provisorischen Regierungen und von den Freischaaren gebrachte Glück so leicht übersehen lasse! — Die königl. Regierung hat nach § 103 des Verfass.-Urk. die Steuern vom April 849 bis 1850 ausgeschrieben. — Morgen soll nach vielem Jahren das Hoftheater wieder geöffnet und „Torquato Tasso", seines Inhaltes wie seines geringen Garderobebedürfnisses wegen, gegeben werden.

Karlsruhe, 31. Mai. (S. M.) Man erzählt hier, letzte Nacht sei Jemand vom Kriegsministerium nach Rastatt gegangen, um die gefangenen Dragonerofficiere, die „vom Volke" umgebracht werden sollten, frei zu geben, „weil sie unschuldig seien". — Es geht allgemein die Sage, Struve habe für seine Gefangenschaft 30,000 fl. liquidirt. — Der Fortzug von hier dauert fort. — Bezeichnend für unsern regierenden Landesausschuß ist der in der heutigen Zeitung erschienene Angst- und Hilferuf an die Franzosen, nachdem noch vor wenigen Tagen laut gepredigt wurde, daß wir nicht allein sind und ganz Deutschland sich an die gloreiche badische Revolution anschließen werde. — Ein auf der Flucht heute morgen von Weinheim hier angekommener Soldat hat gewaltig geschimpft über den stattgehabten Kampf; die Soldaten meinen, ihre „selbstgewählten Führer" hätten sie absichtlich in die Mausfalle geführt.

Karlsruhe, 1. Juni. Karl Heinzen bietet sich in der hiesigen Zeitung demokratisch gesinnten Wahlkreisen als Vertreter an. Zwar hat der Landesausschuß bestimmt, daß in Baden nur badische Bürger in die constituirende Versammlung gewählt werden können, dies findet aber Heinzen für unlogisch, da der Landesausschuß von Baden einen Beschluß veröffentlicht habe, worin anerkannt wird, daß die badische Bewegung nicht eine specifisch badische, sondern eine deutsche sei, und worin sich an diese Anerkennung die Folgerung knüpft, daß in die einberufene badische constituirende Versammlung ersteus die Rheinbayern und weitens alle diejenigen deutschen Staaten Vertreter schicken können, welche sich der badischen Bewegung anschließen.

†* **Karlsruhe**, 3. Juni. Je weiter wir vorwärts kommen in unserm neuen Glück, desto offener rückt man von Seiten unserer Beglücker mit der Sprache heraus. Als Beleg dafür mag Ihnen ein Aufruf dienen, der in der heutigen „Karlsruher Zeitung" an die engherzige Bourgeoisie erlassen wird: „Die Uebermacht des Feindes," heißt es darin, „zwingt uns, alle Kräfte zu vereinigen, um einen Sieg möglich zu machen. Von dem Herne der Nation, von den waffenfähigen Männern wird verlangt, daß sie ihr Leben für die Freiheit ihres Volkes einsetzen; sollten die besitzenden Klassen sich dadurch nicht veranlaßt finden, ihr Vermögen, wenigstens einen Theil desselben, auf den Altar des Vaterlandes zu legen? Zumal wenn sie bedenken, daß das Geld, welches sie jetzt der Revolution vorenthalten, nicht für die Besiger selbst, sondern für die Mörder von Dresden und die Verkündiger des Standrechts gespart ist. Denn Geld ist Macht, und es ist an keinen Sieg zu denken, wenn von einer engherzigen Bourgeoisie dieses der Revolution vorenthalten wird. Die Leute, welche ihr Vermögen, das doch meistentheils aus der Ausbeutung des Proletariats hervorgegangen ist, jetzt verbergen oder außer Landes schicken, diese sind die größten Verräther des Volkes und des Vaterlandes, und wenn sie auch für den Augenblick durch ihren Egoismus die Contrerevolution ermöglichen und das Standrecht herbeiführen, so wird doch früher oder später sie der Fluch und die Rache des Volkes treffen. Deßhalb ist es nothwendig, daß die einzelnen Einzeichnungen öffentlich bekannt gemacht werden, damit das Volk den Patriotismus der Einzelnen hinreichend beurtheilen kann. Nicht klägliche Almosen, sondern große Opfer verlangt die Revolution. Sie klopft nicht, wie ein hungernder Bettler, an die Thüren der Reichen; sie hat das Recht zu fordern. Sie hat das Recht zu fordern, daß in diesem entscheidenden Moment, wo das Unglück und die Knechtschaft vieler Jahre gesühnt und dem deutschen Volke die Bahn der Ehre und des Glückes eröffnet werden soll, alle Kräfte mit einander wetteifern, daß die Revolution nicht gleich in ihrem ersten Aufflammen wieder verlösche. Deßhalb, Bürger und Bürgerinnen, seid ihr nochmals zu freiwilligen Steuern aufgefordert. Bedenkt, daß ihr verschwenderisch seid, wenn ihr euch mit geringen Opfern, die der Revolution das Leben nicht fristen können, begnügt; diese sind für euch und für die Sache verloren. Sparsamer und klüger dagegen ist ein reichliches Geben, das zum Ziele führt und euch wiederholte und größere Opfer erspart." Diese Worte sind so klar und deutlich, daß sie eines weiteren Commentars nicht bedürfen.

* **Karlsruhe**, 3. Juni. Der regierende Landesausschuß hat eine provisorische Regierung erwählt, welche in sich die gesammte Gewalt des Landesausschusses und der Vollziehungsbehörde vereinigen soll. In diese provisorische Regierung wurden gewählt: die Bürger Lorenz Brentano, Amand Goegg, Joseph Fickler, Ignaz Peter und Franz Sigel.

Heidelberg, 31. Mai. Nach Angabe der „Karlsruher Zeitung" zählten die badischen Truppen nach dem Gefecht bei Weinheim ungefähr 7 Todte und noch einmal so viel Verwundete.

Aus **Mannheim** schreibt man dem „Schwäb. Merkur" unterm 30. Mai: Es verbreitet sich so eben das Gerücht, daß starke Abtheilungen französischer Freiwilliger in die bayerische Rheinpfalz eingerückt seien.

= **Rastatt**, 31. Mai. Die drei Herren, welche laut meinem Berichte vom 27. d. M. in der Absicht nach Karlsruhe gegangen, um die Nothwendigkeit einer Besatzung von Reichstruppen für die hiesige Festung darzuthun, sind schon den andern Tag wieder hierher zurückgekehrt. Der regierende Landesausschuß ist, so wird versichert, weit entfernt, in dem hiesigen Platze etwas anders als eine Reichsfestung zu sehen und es folgt daraus natürlich, daß er auch die nöthige Sorge tragen muß, dieselbe dem Reiche zu erhalten. Die Karlsr. Ztg. hat zwar widersprochen, daß die hiesige Bürgerwehr und Militär Reichstruppen als Besatzung verlangt haben. Nun sie muß es freilich besser wissen. Uebrigens haben wir keinen Grund, unsere Mittheilung zurückzunehmen, die von ganz verschiedener Seite berichtet worden. Daß die Rastatter nur thun, was der Landesausschuß will, wollen wir gern glauben, aber darum sind wir jedenfalls auch überzeugt, daß der Landesausschuß in Bezug auf die Festung Rastatt nichts anderes will und wollen kann, als was in der Natur der Sache liegt. Er hat sich für die Reichsverfassung erhoben und will er nicht mit sich selbst in Widerspruch kommen, so muß er nothwendig im Sinne und Geist eben dieser Reichsverfassung handeln. Er darf daher eben so wenig entgegen sein, wenn Truppen solcher Staaten, welche die Reichsverfassung mit allen ihren Folgen anerkannt haben, die Reichsfestung besetzen, als er zugeben kann, daß Franzosen an den Rhein gerufen werden, um unsere deutschen Angelegenheiten ordnen, beziehungsweise verwirren zu helfen. Wir haben uns laut und mit aller Kraft gegen die Einmischung der Russen ausgesprochen, und eben so werden wir auch gegen jede französische Einmischung uns aussprechen.

⨯ **Freiburg**, 31. Mai. Hier sieht es sehr kriegerisch aus; den ganzen Vormittag sind die Volkswehren aus den benachbarten Ortschaften hier eingetroffen, in Folge einer Verkündigung des Oberbefehlshabers, wornach das Hauptquartier für die oberrheinische Volkswehr sich hier befindet, und sich daselbst zu versammeln hat. Sie zogen alle unter Trommelschlag und mit deutschen Fahnen hier ein, meist von Soldaten der Linie commandirt. — Auf heute Abend ist den hiesigen Einwohnern bedeutende Einquartierung angesagt worden. — Aus der Schweiz treffen einzelne Freischaarencorps hier ein, die alle sehr gut bewaffnet sind. — Die Volkswehr hält täglich Exercierübungen, und leistet für die kurze Zeit ihres Bestehens schon Erkleckliches. — An die Stelle des verhafteten und abgesetzten Stadtdirectors Geheimrath Riegel wurde Amtmann Kah zum Stadtdirector von Freiburg ernannt; viele Rechtspraktikanten wurden zu Amtmännern befördert. — Die hiesigen Handwerksmeister und Gewerbetreibende wurden aufgefordert, ihre Gesellen und Gehilfen zu den Exercierübungen zu entlassen. Alles steht unter den Waffen.

*„ **Aus dem badischen Oberlande**, 31. Mai. Unsere Blicke sind in banger Erwartung auf Würtemberg gerichtet, denn daß im Norden unser unseliger Aufstand Ausbreitung gewinnen könne, glauben wir, bei der ruhmlich bekannten Treue der hessischen Truppen, nicht. Sollte aber auch die Mannszucht im würtembergischen Heere so unterwühlt sein, wie es im badischen der Fall war, so kann doch der Umstand einigermaßen beruhigen, daß die würtembergische Regierung das warnende Schicksal Badens vor Augen hat und also nicht so unvorbereitet von den Ereignissen überfallen werden kann, als dies bei uns geschah. — Hiernach wird wohl gehofft werden dürfen, daß der Aufstand die Grenzen Badens und der Rheinpfalz nicht überschreiten werde, und somit könnte es genügen, nur die Grenzen zu besetzen und die Aufständischen sich selbst aufzehren zu lassen, — denn daß in unserem „regierenden Ausschusse", namentlich zwischen Struve und Brentano, die größten Zerwürfnisse herrschen, kann ich Ihnen mit Sicherheit melden. Letzterer will nämlich vorsichtiger Weise von Erklärung Badens zur Republik durchaus zur Zeit noch nichts wissen, während Struve und Genossen auf ein entschiedenes Handeln dringen und va banque spielen wollen, ohne zu bedenken, daß mit dem Worte „Republik" der Zauber gelöst ist, welcher unsere Soldaten gefangen hält. Allein ein solches Zuwarten, bis die Revolution ihre eigenen Kinder verzehren wird, wäre in anderer Beziehung nicht zu verantworten. Mit jedem Tage wird die Geschäftsstockung empfindlicher, die Städte Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Baden sind ganz verödet, die reichen Ausländer, welche dort ihr Geld zu verzehren pflegen, flüchten nach alle, ungeheure Kapitalien bleiben für dieses unglückliche Jahr todt und besonders in Baden muß dies eine Reihe von Ganten zur Folge haben. Bald wird der „regierende Ausschuß" mit den vorhandenen Millionen, welche er in den Staatskassen fand, fertig sein, es werden dann Zwangsanleihen folgen und dadurch wird der Rest der Wohlhabenden zur Flucht gedrängt werden. Freilich meint ein Artikel Ihres geschätzten Blattes „von der badischen Grenze, 27. Mai", daß die constituirende Versammlung die Zurückberufung des Großherzogs verlangen werde, allein, wer die Verhältnisse kennt, wird hieran nimmermehr glauben. Die Anhänger der großherzoglichen Regierung sind meist geflüchtet, die Zurückgebliebenen sind eingeschüchtert, von den Volksvereinen werden die Mitglieder zur constituirenden Versammlung vorgeschlagen und wehe dem, welcher einem solchen freundlichen Rufe sich nicht folgt. Hiernach können nur Republikaner „vom reinsten Wasser" in diese Versammlung kommen, besonders wenn man bedenkt, daß unendlich Viele nach dem octroyirten Wahlgesetz des Landesausschusses, den sie nicht anerkennen, gar nicht wählen werden — von einer solchen Versammlung aber die Zurückberufung des Großherzogs zu erwarten, hieße an das Unmögliche glauben. Ist es nun aber schon nach den inneren badischen Zuständen dringend geboten, daß die gestörte Staatsordnung in Baden wieder hergestellt werde, so wäre es gerade zu unverantwortlich, wenn man die Reichsfestungen aus den Händen lassen wollte. — Möge nur bald geschehen, was einmal jedenfalls geschehen muß.

* **Darmstadt**, 2. Juni. Heute frühe hatten wir eine sehr erhebende Feierlichkeit hier, das Leichenbegängniß der beiden am 30. v. M. im Treffen bei Heppenheim gefallenen braven Officiere, des Oberlieutenants Zimmermann vom Generalstabe und Hofmann vom 2. Infanterieregimente. Alle hier anwesenden Officiere, die Veteranen, die Bürgerwehr und grünen Schützen, viele Beamten und Bürger folgten den Särgen in langem Zuge unter dem Schalle der Trauermusik durch die Straßen der Stadt nach dem Friedhof. Tausende von Menschen standen längs des Weges in achtungsvoller Theilnahme. Prälat Dr. Zimmermann hielt eine wahrhaft ergreifende vortreffliche Rede, welche die deutsche Treue und Tapferkeit der Hessen dem schmählichen Fahneneidsbruch der Badener gegenüber in diesem unseligen Bürgerkrieg kräftig hervorhob. Die Rede verdient gedruckt und in den Händen jedes braven Kriegers, jedes redlichen Bürgers zu sein. Der Eindruck, den sie machte, aus dem Munde des ausgezeichneten Redners selbst, war wirklich groß und läßt sich nicht beschreiben.

F **Heppenheim**, 1. Juni, Abends 9 Uhr. Heute Morgen wurden die Leichen der sechs bei dem letzten Gefechte Gefallenen hier feierlich beerdigt. Es war ein großer, erhebender Zug. Der ganze Generalstab und Abtheilungen sämmtlicher hier stationirender Truppen, Se. Hoh. den Prinzen Emil an der Spitze, folgten den Särgen der braven Soldaten. „Hierher!" hätten wir denen Allen zurufen mögen, die in arger Verblendung für die Freiheit des Vaterlandes zu kämpfen meinen, während sie für dessen und deren geschworne Feinde fechten, hierher in den Kreis, in die Mitte dieser Begeisterten, die sich ohne Ausnahme das stille Gelübde thaten, auszuharren bis zum letzten Manne, wo es die heilige Sache der Ordnung, des Gesetzes, der wahren und ächten Freiheit gilt, die uns der Frühling des vorigen Jahres gebracht, deren Blüthe wir in der Reichsverfassung vertheidigen. Die Grabrede des hiesigen Kaplan Wagner war eine der schönsten, die wir noch gehört, und ergriff tief alle Versammelten. — Unter den Truppen lebt nur ein Wunsch: „Vorwärts!" und er wird bald erfüllt werden. Von Renitenz ist keine Spur zu finden, Alles von einem Geiste beseelt. Auch verschiedene badische Officiere stehen nun in unsern Reihen, rechte Kernmänner, deren einer sich eben noch bei mir äußerte: „Wie wohl fühle ich mich, wieder unter braven und fahnentreuen Soldaten zu sein. Sie haben keine Ahnung dessen, was wir durchgemacht haben." — Ueber die „Schlacht bei Heppenheim" könnte ich Ihnen hunderte von Zügen berichten, die einerseits beweisen, wie unerschütterlich unsere Mannschaft für die gute Sache einsteht, andererseits aber auch, wie wahr es ist, daß der Soldatenrock den „Bürger" nicht so plötzlich in einen „verthierten Soldknecht" umwandelt, wie es uns die „gesinnungstüchtigen" Blätter glauben machen möchten, wie die Soldaten nur mit zu viel Schonung zu Werke gingen. Doch ich eile zu schließen — Eben werden Patronen gefaßt.

Nach Angabe von Reisenden, die mit dem heutigen Vormittagszuge von **Kiel** gekommen sind, haben sich gestern Abend 9 Uhr bei Friedrichsort und Laböe 1 dänische Fregatte, 1 Dampfschiff und 1 Linienschiff sehen lassen; auf die Fregatte, welche sich näherte, ist geschossen worden, worauf sich die Schiffe wieder zurückgezogen. In weiter Entfernung sah man noch 4 Segelschiffe.

Dänemark.

Lager vor Fridericia, 27. Mai. Seit dem 22. sind wir, von der Reserve, aus Glückstadt und Rendsburg hier eingetroffen und dem 9. und 10. Bataillon einverleibt worden. In unserer Hoffnung aber, dem Erbfeinde thätig gegenüber zu treten und an dem Kampfe für's Vaterland Theil zu nehmen, finden wir uns getäuscht. Seit einigen Tagen ruhen die Feindseligkeiten ganz; wir fürchten, in Folge Weisungen von Preußen her, welches sich allein der Leitung des Krieges wie des Friedensschlusses bemächtigen zu wollen scheint. Es heißt, das schleswig-holsteinische Lager werde hier drei Monate lang bleiben! Das wäre ein trauriger Dienst! — General Rye that klug daran, sich ohne Gesicht nach dem Norden zurückzuziehen. — Rußlands Flotte, die nun losgerissen, und seine Ansprüche — denen in Berlin nur zu bereitwillig Gehör geschenkt zu werden scheint, — verbunden mit erneuerten Unterhandlungen in London (weßhalb nicht auf deutschem, unparteiischem Boden?), werden eine wirkliche ernstliche Bedrohung für Rye's entfernte Stellung wohl schwerlich in diesem Feldzuge möglich machen. Die hier so allgemeine Mißstimmung darüber, daß dem dänischen Corps das Entwischen so leicht gemacht worden, wird auch wohl außerhalb Schleswig-Holstein getheilt werden. — Wenn wir unsern Bonin nicht hätten, so säße es schlimm um unsere Sache aus. Dem vertrauen wir aber, trotz aller düster und ernst lautenden Gerüchte über Waffenstillstand u. s. w. (B.-H.)

Kopenhagen, 30. Mai. Der König ist in die Hauptstadt gekommen und wird dem Vernehmen nach bis nächste Woche hier bleiben. Man bringt seine Anwesenheit mit der Bestätigung des Grundgesetzes und sogar mit der Ankunft eines mit der russischen Flotte erwarteten hohen Gastes in Verbindung. Die Hoffnung auf die russische Flotte zeigt die Demoralisation der Kriegspartei, da bis jetzt in allen Klassen der Bevölkerung große Antipathie gegen Rußland herrscht.

Aus Nyborg meldet die jütische Zeitung, daß die Ankunft der russischen Flotte gewiß sei, denn das Marineministerium habe in der Stadt auskommen lassen, daß es wünsche, die Kaufleute möchten sich mit der Mannschaft nothwendigen Dingen versehen, und der Mannschaft der 1. Division der im großen Belt stationirenden Flotte alle mögliche Aufmerksamkeit erweisen. Auch soll russische Einquartierung in Fühnen angesagt sein.

Die Berlingsche Zeitung nimmt in ihrem gestrigen Blatte einen sich entschieden für den Frieden aussprechenden Artikel des Morning Chronicle auf, mit dem Bemerken, daß der Vorschlag zum Waffenstillstande nicht von Dänemark ausgegangen, aber auch nicht zurückgewiesen sei. Der Artikel des Chronicle hofft von den Unterhandlungen in Berlin die Beendigung des Krieges. Das von der Berlingschen benutzte englische Blatt erklärt sich für die vom Kopenhagener Cabinet vorgeschlagene von Flensburg nach Hujum gezogene Trennungslinie, in der Hoffnung, daß die zwischen König Friedrich und den Herzogthümern schwebenden Streitigkeiten auf eine Weise erledigt würden, welche die theuersten Freiheiten und Rechte der Bewohner mit deren Verbindung mit Dänemark vereinen.

Kopenhagen, 31. Mai. „Fädrelandet" gibt dem Erscheinen der bei Alsen und in den Belten erwarteten russischen Flotte — für deren Proviantirung den Intendanturen der betreffenden Punkte Befehle ertheilt sind — die richtige Bedeutung, indem es sagt: „Das ist denn jedenfalls — eine Demonstration." Andere, besonders Provinzialblätter, dagegen schwärmen von der russischen Hilfe. „Nyeste Poneterretninger" in Aalborg melden, daß

Am Montag, den 20. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Dienstag, den 21. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Mittwoch, den 22. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Donnerstag, den 23. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Freitag, den 24. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Samstag, den 25. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Montag, den 27. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Dienstag, den 28. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Mittwoch, den 29. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Donnerstag, den 30. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Freitag, den 31. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Samstag, den 1. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Montag, den 3. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Dienstag, den 4. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Mittwoch, den 5. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Donnerstag, den 6. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Freitag, den 7. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Samstag, den 8. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Montag, den 10. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Dienstag, den 11. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Mittwoch, den 12. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Donnerstag, den 13. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Freitag, den 14. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Samstag, den 15. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Montag, den 17. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Dienstag, den 18. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Mittwoch, den 19. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Donnerstag, den 20. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Freitag, den 21. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Samstag, den 22. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Montag, den 24. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Dienstag, den 25. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Mittwoch, den 26. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Donnerstag, den 27. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Freitag, den 28. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Samstag, den 29. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Am Montag, den 31. d. M., vormittags 10 Uhr, werden im Pfandlokal des Gerichtsvollziehers Schmidt, Hauptstraße 12, folgende Gegenstände öffentlich gegen Barzahlung versteigert: 1 Sofa, 2 Sessel, 1 Tisch, 1 Spiegel.

Hauptstraße 12, Gerichtsvollzieher Schmidt

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Beilage zu Nro. 131.) 4. Juni 1849.

* Unsere Lage.

Die Leser dieser Blätter werden sich unserer Worte erinnern, daß, wie wir das deutsche Verfassungswerk mit Hoffnung und Sorge begleiteten, mahnend zur Einheit und zum Abschluß, warnend vor der alten Stammeseifersucht und vor Verachtung der gegebenen Verhältnisse, wir auch, als sich Wolken thürmten, als Oesterreich die Bruderhand zurückzog, als Preußen in expectativer Politik verharrte, auszudauern versprachen auf der Warte der Zeit und den Muth nicht sinken zu lassen, wenn auch die Ansprüche herabgestimmt werden müßten, und statt daß das Zaghorn des Segens sich auf das Vaterland ergieße, nur noch mindere Erwerbungen für die Einheit, Freiheit und Gesetzlichkeit zu machen seien.

Nachdem unsere frühen Verhersagungen über die Unmöglichkeit des Eintritts der österreichischen Lande in den neuen Bundesstaat längst eingetroffen, rufen wir in das Andenken unserer Leser, daß die Bildung eines engern Verbandes in dem bisherigen Bunde unter Aufrechthaltung der seit 1815 wieder begründeten völkerrechtlichen Beziehungen zu Oesterreich, von uns seit vorigem Sommer, und lange vor Aufstellung des Gagern'schen Programms, als die wahrscheinlichste und leichteste Lösung aller Schwierigkeiten, als das bereitste Mittel zur Erlangung von Einheit, Macht, Frieden und gedeihlicher Entwicklung bezeichnet worden ist.

Die Reichsversammlung ging einen andern Weg. So lange wir hoffen konnten, daß derselbe das ersehnte Ziel erreichen lasse, haben wir den Willen der Majorität der Volksvertreter geehrt und nach Kräften unterstützt, wenn gleich wir nie verhehlten, daß einzelne Theile der Reichsverfassung, und insbesondere das Wahlgesetz, unserer Ansicht von dem, was Größe und Glück des Vaterlandes begründen könne, nicht entsprachen. Wir vertrauten auf den gesunden Sinn des Volkes, daß die regelmäßige Gesetzgebung die Mängel heilen werde, deren Vorhandensein wir wiederholt verkündeten. Wäre die Annahme der Reichsverfassung allgemein erfolgt, so leben wir der Ueberzeugung, daß unser Vertrauen nicht getäuscht sein würde. Die Hoffnung auf den Zutritt der größeren Staaten ist aber gescheitert und das deutsche Verfassungswerk tritt in eine neue Phase.

Wir glauben nicht, daß für den Vaterlandsfreund nur die Alternative bleibe, die Dinge der eigenen Entwickelung zu überlassen, oder die Durchführung der Reichsverfassung mit Gewalt zu versuchen: das faule Schmollen ist keine staatsmännische Tugend und das Abschließen gegen eine andere Meinung und ihre Gründe keine politische Weisheit und Standhaftigkeit. Wie man über den Schritt der Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover auch denken möge, — es ist noch einmal die Gelegenheit geboten, den Bedürfnissen und Wünschen des Vaterlandes in parlamentarischen Verhandlungen Geltung zu verschaffen und den Stellungen und Verhältnissen die in unsern Tagen allein Dauer versprechende Grundlage des Vertrags zu geben.

Wir haben uns den Entwicklungsgang anders gedacht. Es wird uns schwer, nicht einen Anachronismus in der Verfassungsweise zu erblicken, die wir vor 14 Monaten als die natürlichste und nothwendigste erkannten und empfahlen. Wie wenig aber auch die Wendung der Verfassungsangelegenheit unserer politischen Ueberzeugung entspricht, so wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch jetzt noch manches Gute erwirkt, manches Schlimme verhütet werden kann. Den guten Willen der Fürsten wollen wir an ihren Werken, den Beruf zur Freiheit an der Haltung des Volkes erkennen: von den Männern aber, welche das Wort in der Feder führen, erwarten wir, daß sie unverzagt auch unter veränderten Bedingungen den edeln Gütern des Volkslebens nachstreben und nicht rasten, so lange noch eine Hoffnung des Gelingens bleibt. So lange aber noch ein Funke des Vertrauens auf seine Zukunft in dem Volke selber glimmt, ist noch nichts verloren, Alles zu erwarten. Wir wollen daher in die neue Phase ohne Vorliebe, aber auch ohne Vorurtheil eintreten.

Deutschland.

† **Frankfurt**, 3. Juni. Die in Nr. 128 u. 129 der Oberpostamtszeitung geschehene Veröffentlichung von telegraphischen Depeschen, welche zwischen Sr. kaiserl. Hoheit dem Reichsverweser und der königl. preuß. Regierung gewechselt worden, hatte, wie Seitens des Reichsministerii bereits in der Beilage zu Nr. 130 der Oberpostamtszeitung erklärt worden war, nur durch einen Bruch der Amtsverschwiegenheit geschehen können. Das Reichsministerium verfügte daher sofortige Untersuchung dieser Angelegenheit; diese Untersuchung hat denn auch die Richtigkeit jener Voraussetzung ergeben. Die unbefugte Veröffentlichung war durch einen Beamten des Ministerii des Innern geschehen, dessen Entlassung denn auch sofort vom Ministerio verfügt worden ist. Die beiden hier unten folgenden Actenstücke (das erste ein Bericht von dem mit der Untersuchung der Angelegenheit betrauten Ministerialrath, das zweite die darin angezogene offene und freiwillige Erklärung des Secretärs Herrn v. Schütz) werden zur Aufklärung der Sachlage und des Verhaltens, welches das Reichsministerium seinem Beamten gegenüber einzuhalten sich genöthigt sah, beitragen.

„Herr Präsident! In Folge des mir heute Morgen ertheilten Auftrages, zu ermitteln, auf welchem Wege die telegraphischen Depeschen, welche zwischen Sr. kaiserl. Hoh. dem Reichsverweser und der königl. preußischen Regierung in Betreff der Resignation des Ersteren gewechselt wurden, an die Redaction der „Oberpostamts-Zeitung" gelangt und in den Nrn. 128 und 129 dieser Zeitung erschienen sind, — habe ich die Ehre, Ew. Excellenz die angeschlossene Erklärung des Secretairs v. Schütz vom heutigen nebst Beilagen A und B ergebenst mit dem weiteren Bemerken vorzulegen, daß, wenn gleich ein Dienstfehler vorliegen sollte, doch kein Grund vorhanden zu sein scheint, um irgend welchen Zweifel in die gute, redliche Absicht des Secretärs v. Schütz zu setzen. Frankfurt a. M., den 2. Juni 1849. (gez.) Dr. Rauschenplat. An den interimistischen Reichsministerpräsidenten Herrn Dr. Grävell.

„Da ich in Erfahrung gebracht habe, daß von Seiten des hohen Reichsministeriums eine Untersuchung darüber angeordnet worden ist, auf welche Weise die telegraphischen Depeschen, welche zwischen Sr. kaiserl. Hoheit dem Reichsverweser und der königl preußischen Regierung in Betreff der Resignation des Ersteren gewechselt worden sind, in die Nrn. 128 und 129 der „Oberpostamts-Zeitung" gekommen sind, so stehe ich keinen Augenblick an, zu bekennen, daß ich es war, welcher der Redaction der „Oberpostamts-Zeitung" die in Nr. 129 befindliche Antwort Sr. kaiserl. Hoheit mitgetheilt hat. Meine Motive waren die folgenden: In dem Leitartikel der hier beiliegenden Nr. 147 der „Deutschen Zeitung" vom 30. Mai war zu meinem großen Befremden die Depesche der preuß. Regierung an Herrn v. Kamptz vom 18. Mai abgedruckt worden; wie die Redaction der „Deutschen Zeitung" zu dieser Depesche gekommen ist, ist mir völlig unbekannt. Nun hat die „Oberpostamts-Zeitung" vom 31. Mai unter ausdrücklicher Angabe ihrer Quelle, nämlich der „Deutschen Zeitung", eben diese Depesche abgedruckt (Anl. 2.) und dadurch hat dieses Actenstück eine noch größere Verbreitung erlangt. Es berührte mich nun höchst unangenehm, daß man nur jene Depesche, nicht aber auch die darauf von Sr. kaiserl. Hoh. ertheilte höchst würdige und energische Antwort zur Kenntniß des Publikums brachte; ich äußerte auch noch diese Empfindung am 30. v. M. gegen meinen Collegen, auf dessen Zuzug ich mich berufe. Lediglich in der Absicht, der Welt einen Beweis von den hochherzigen Gesinnungen meines Erlauchten Gebieters zu geben, nahm ich Abschrift der Depesche vom 23. Mai und übergab sie am 31. d. M. Abends der Redaction der „O.-P.-A.-Ztg." mit. Der Redacteur war in jenem Augenblicke nicht zugegen, und es nahm mir ein sonstiger Bediensteter der Redaction jene Abschrift ab, zu welcher dann der Redacteur am folgenden Morgen die Einleitung verfaßte. Aus den oben angegebenen Motiven konnte ich es mir nicht versagen, das erwähnte, meinem politischen Gefühle so sehr wohlthuende Actenstück der Oeffentlichkeit zu übergeben, obgleich ich mir dabei wohl bewußt war, welche Folgen möglicherweise ich zu gewärtigen habe. Frankfurt, den 2. Juni 1849. (gez.) v. Schütz. An den Ministerialrath Herrn Dr. Rauschenplat."

⊙ **Frankfurt**, 3. Juni. Heute waren die demokratischen Vereine des Großherzogthums Hessen zu einer Versammlung in Offenbach angeladen, es erschienen jedoch kaum 35 bis 40 Abgeordnete. Der Gegenstand ihrer Verhandlungen war Entgegennahme von Berichten aus den verschiedenen Landestheilen, besonders über den Geist der Bewohner und den Fortgang der Volksbewaffnung. Wenn auf der einen Seite hervorgehoben wurde, daß die demokratischen Ideen weiter um sich greifen, so konnte man doch auf der andern Seite sich nicht verhehlen, daß namentlich in der Klasse der Besitzenden sich keine große Vorliebe für dieselben zeige. Bezüglich auf die Durchführung der Reichsverfassung und der deutschen Bewegung wurde Ausdehnung der Volksbewaffnung auf der breitesten Grundlage als das dienlichste Mittel, nicht minder aber auch Klugheit empfohlen und vor übereilten Schritten gewarnt. Aus dem Ganzen ging hervor, daß die Hessen nicht geneigt sind, sich kopfüber in die Bewegung zu stürzen. Von Schaub aus Bubenheim wurden verschiedene Vorschläge aufgestellt, welche durch eine Deputation an die Regierung gebracht werden sollen. Endlich kamen die Wahlen für die nächste Ständekammer und die Einwirkung darauf zur Sprache. Es wurde wegen des geringen Besuchs beschlossen, die Vereine auf künftigen Sonntag den 10. d. M. abermals nach Offenbach zu berufen, und für diese Verhandlung die heute besprochenen Gegenstände zur Grundlage zu nehmen.

† **Berlin**, 2. Juni. Heute Morgen wurde hier und zwar von Leuten, die sonst nicht ununterrichtet zu sein pflegen, die Nachricht von einer in unserem Cabinete angelangten bayerischen Note verbreitet, worin dieser Staat seine Zustimmung zu der von Preußen im Verein mit Sachsen und Hannover publicirten deutschen Reichsverfassung unbedingt aussprechen sollte, zugleich aber dringendst um Hinsendung einer ausreichenden preußischen Truppenmacht bate, da die bayerische Regierung, ohne Verlaß auf die eignen Soldaten, die einbrechende Anarchie nicht im Stande sei zu bewältigen. Die Nachricht wird geglaubt, denn man glaubt gern, was man wünscht und in Berlin hat es nie einen allgemeineren Wunsch gegeben, als den, daß sämmtliche deutsche Regierungen, wenn nicht durch die Liebe zur deutschen Einheit, so doch durch die eigene Schwäche und Haltlosigkeit möglichst bald gezwungen werden möchten, sich der preußischen Regierung in die Arme zu werfen. Bis jetzt aber ist dieser Wunsch, wenigstens in Betreff Bayerns, wie wir aufs Bestimmteste versichern können, eben nur Wunsch geblieben.

Der dänische Unterhändler, Kammerherr v. Reedz, hält gegenwärtig fleißige Privatconferenzen mit dem englischen und russischen Gesandten. Die Friedensunterhandlungen sollen überaus langsam vorwärts schreiten. Wie vielen Grund das preußische Cabinet auch in seinen gegenwärtigen Verhältnissen finden mag, das Ende des dänischen Krieges so rasch als möglich herbeizuführen, so scheint es doch in die jetzt bedrängtere als je gestellten Bedingungen Dänemarks einzuwilligen Anstand zu nehmen. Das Kopenhagener Cabinet soll auf nichts weniger bestehen, als auf einer Incorporation Schleswigs — freilich mit eigener Verfassung und Vertretung — rücksichtlich Holsteins und Lauenburgs auf einer Personalunion. Die Drohung mit einer eventuellen Adoption des Herzogs von Leuchtenberg wird jetzt dänischerseits am lautesten erhoben, mit welchem Schreckbilde man namentlich die Herzogthümer selbst zur Nachgiebigkeit bewegen zu wollen scheint. Es stehen indeß hierselbst jetzt dem definitiven Friedensabschluß um so größere Schwierigkeiten entgegen, als die daneben laufenden Unterhandlungen in London noch immer fortdauern. Außerdem wird jetzt, was wir auch schon vor länger als acht Tagen mittheilten, außer im Namen Preußens, Hannovers und Sachsens auch noch im Auftrage Mecklenburgs und anderer norddeutscher, schiffahrttreibender Staaten unterhandelt. Das Ultimatum, was preußischerseits schon am 29. v. M. an Herrn v. Reedz gestellt werden sollte, scheint weiter aufgeschoben zu sein, was darin seinen Grund haben dürfte, daß noch vor diesen Tage von hier ein Feldjäger mit Depeschen nach Kopenhagen gesandt wurde, um sie dort dem General Neumann und weiter dem dänischen Cabinet vorzulegen. Es ist nämlich zu bezweifeln, daß zur rechten Zeit eine Antwort angelangt war. Allen diesen Schwierigkeiten gegenüber trösteten sich die Freunde des dänischen Friedens hier besonders mit der Hoffnung, daß, wenn Bunsen früher als deutscher Unterhändler die dänisch-englischen Anerbietungen von sich wies, er sich jetzt als preußischer Bevollmächtigter gefügiger zeigen dürfte. Diese Hoffnung ist freilich so alt als der seiner Zeit gemeldete und nun bedingte Entschluß der preußischen Regierung, die dänische Frage mit Umgehung der Centralgewalt in die eigene Hand zu nehmen. — Die Nachricht von besondern preußischen Instructionen an den General Prittwitz bestätigt sich. Der Hochcommandirende hat die p ezische Ordre erhalten, während der Friedensunterhandlungen in Jütland nur lang am vorzurücken, und zwar so, daß er immer den dänischen Truppen zum Rückzuge Zeit lasse. (Y) Nach ähnlichen ausdrücklichen Instructionen handelte Prittwitz, wenn er den General Rye, statt ihn mit seinem Corps abzuschneiden, zum Meere entkommen ließ. Es soll in letzteren Instructionen dahin lauten, daß da in den truppenentblößten Kopenhagen ein republikanischer Aufstand gefürchtet werden müsse, so sei die militärische Energie gegen Rye, insofern er sein Vaterland vor Anarchie zu retten habe, nicht in gewohnter Weise zu handhaben.

δ* **Köln**, 2. Juni. Die Hauptmärsche der für das Oberland bestimmten Truppen scheinen vorüber zu sein. Daß auch im Rheinlande im Bezirke des 8. Armeecorps einzelne Bataillone der Landwehr in der Stärke von 600 Mann eingerufen sind, wissen Sie. Neuliens ist nirgends vorgekommen. Die einzelnen wenigen Fälle, wo die Landwehr sich gegen die Disciplin vergangen hat, verschwinden gegen die Masse, wenn man bedenkt, daß 100 Bataillone Landwehr in Preußen bestehen und das massenhafte Einberufen derselben zum ersten Male seit dem Bestehen der ganzen Einrichtung erfolgt ist. Auch wären diese wenigen Fälle nicht vorgekommen, wenn ein äußerer Feind das Land bedroht und wenn die Zeit nicht alle Begriffe so verwirrt hätte, daß andere Köpfe auf Abwege gerathen sind, als arme, leicht zu täuschende Landwehrleute. Die preußische Armee wird ihre tüchtige Einrichtung bewähren und sich überall gut schlagen, wo sie hingeführt wird. Trotzdem kann man versichert sein, daß es den Preußen nicht gleichgiltig ist, gegen wen sie sich schlagen, und daß sie mit Jubel gegen einen auswärtigen Feind marschiren würden, während sie mit schwerem Herzen ihre Pflicht erfüllen, die ihnen das Schwert gegen ihre deutschen Brüder in die Hand drücken kann. Wenn man von einigen Seiten über die Niedergeschlagenheit der preußischen Truppen gesprochen hat, so muß dies wohl eine Täuschung sein. Bei den vielen Truppen, die hier durchgekommen sind, konnten wir keine Niedergeschlagenheit bemerken, sondern viel eher den leichten Muth, das Vergnügen an der Veränderung, das der Soldat zu haben pflegt, wenn er marschiren soll. Der Erfolg wird es lehren, ob sich das preußische Heer bewährt. Denn die Dinge sind dahin gekommen, daß die Entscheidung nicht mehr lange auf sich warten lassen kann.

München, 31. Mai. Wie man von ziemlich verlässiger Seite erfährt, sollen demnächst zur Herstellung des bayerischen Heeres auf den Kriegsfuß die 4. Bataillone errichtet, und zugleich alle noch fehlenden Offiziersstellen in den dritten Bataillonen besetzt werden. Ein Rescript, durch welches Beförderungen und Ernennungen in den einzelnen Zweigen der Militärbeamten bekannt gegeben werden, erwartet man ebenfalls in kürzester Zeit. In einer der jüngsten Staatsrathssitzungen soll beschlossen worden sein, von der angebotenen preußischen Hilfe in der Rheinpfalz keinen Gebrauch zu machen. Die Gerüchte über den herrschenden Auf-

Der Regierungspräsident. Dr. Schmidt.

Bekanntmachung.

Nachdem der Kreistag des Landkreises Halle (Saale) in seiner Sitzung vom 15. Dezember 1926 die Aufhebung der Kreisordnung für den Landkreis Halle (Saale) vom 19. Juli 1922 (Amtsblatt der Provinz Sachsen 1922 S. 1) beschlossen hat, wird diese Aufhebung hiermit gemäß § 3 Abs. 2 der Kreisordnung für die Provinz Sachsen vom 19. März 1888 (Gesetzsammlung für die Königlichen Preußischen Staaten 1888 S. 233) bekanntgemacht.

Halle (Saale), den 15. Dezember 1926.

№ 132. — Dienstag — den 5. Juni — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bereichsort von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Würtemberg fl. 2. 30 kr. und 4) in den übrigen Ländern des fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Für Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an: für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Für England und überseeische Länder: Boffet u. Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Druckbogen) mit Papierschrift oder deren Raum 3 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder Boffet & Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschlag in Cöln, Lauergasse Nr. 330; 2) das Comptoir der Deutschen Allgemeinen Zeitung von C. Wolf u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 73.; 3) Haasenstein & Vogler in Leipzig; 4) Oberpostamtsrath Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Der Berliner Verfassungsentwurf.

I.

Endlich ist der Entwurf der zwischen Preußen, Hannover und Sachsen vereinbarten Reichsverfassung erschienen. Es fragt sich jetzt, was diejenigen Staaten thun sollen, welche die in Frankfurt ausgearbeitete Verfassung anerkannt haben.

Eine Annäherung und Einigung muß stattfinden, wenn nicht die Hoffnung auf Einheit und Macht Deutschlands, so auf einigermaßen erträgliche und haltbare Zustände ganz verloren gehen soll.

Jetzt sind zwei deutsche Bundesstaaten auf dem Wege des Entstehens. Die kleineren Staaten haben die Frankfurter Verfassung anerkannt, und — mit Ausnahme Mecklenburgs — gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung vom 4. Mai, durch welche die Verfassung einsweilen unter den anerkennenden Staaten eingeführt und der Beitritt der übrigen erwartet wird, nichts erinnert. In dieser Staatengruppe gilt die Verfassung als bereits endgiltig beschlossen, und Aenderungen können nur von dem künftigen Reichstage unter gewissen erschwerenden Formen beschlossen werden. Preußen, Sachsen und Hannover haben dagegen eine — freilich in der Structur und Anlage und in. beinveitem den meisten Einzelnheiten gar nicht von der Frankfurter Verfassung abweichende — Verfassung als Entwurf vorgelegt, und schreiten ebenfalls mit der Ausführung vor. Der Entwurf wird einem Reichstage vorgelegt werden, den die übrigen Staaten, welche an dem ganzen Verfassungswerke Theil nehmen wollen, mit zu beschicken haben würden.

Bayern und Oesterreich sind bis jetzt noch von diesen beiden Staatengruppen isolirt. Deutschland ist also auf dem besten Wege einer völligen Zertrümmelung. Das Nächste ist, daß sich wenigstens die beiden Staatengruppen, von welcher jede einen — und zwar in Anlage und Structur gleichen und auf alle deutschen Staaten berechneten — Bundesstaat bilden will, sich einigen und zusammen nur einen Bundesstaat errichten.

Daß man auf dem eingeschlagenen Wege fortfahre, daß man zwei Reichstage einander gegenüberstelle, halten wir aus Gründen — deren Darlegung uns für den Augenblick zu weit vom Ziele abführen würde — für bedenklich. Man muß sich also einigen, eine Staatengruppe muß der andern sich anschließen; es fragt sich, welche sich der andern anschließen und nachgeben soll?

Es würde in den Augen Vieler eine schwere Verletzung des einmal angenommenen Princips der Nationalsouveränetät und des ganzen Ideenkreises sein, in welchem die frühere so achtungswürdige Majorität der Nationalversammlung gehandelt hat, wenn man die Frankfurter Verfassung aufgeben und die Berliner annehmen wollte. Wir lassen indeß jetzt den Streit über das Princip und dessen Werth oder Unwerth bei Seite. In der jetzigen, fast verzweifelten Lage glauben wir uns nur an die Thatsachen, an das Mögliche und Zweckmäßige halten zu müssen. — Zudem ist für den ächten Vaterlandsfreund jenes Princip nur etwas werth, wenn es dem Vaterlande frommt. Wir würden jenes Princip wollen, wenn seine consequente Anwendung eine Bedingung wäre — was sie lange zu sein schien — um zur Macht und Einheit Deutschlands zu gelangen. Wir wollen die Frankfurter Verfassung als Mittel zur Einheit. Die Einheit steht uns höher als gerade diese Verfassung. Führt uns diese Verfassung zur Einheit, so wollen wir sie, führt sie uns nicht dazu, so wollen wir sie nicht, und um das Princip der Souveränetät der Nationalversammlung, über ihre Befugniß zum endgiltigen Beschließen wollen wir dabei nicht streiten. In der jetzigen Sachlage wäre dieser Streit überflüssig. Es fragt sich nicht mehr, wer in diesem Streite Recht hat, sondern wie Deutschland jetzt zu einer vernünftigen Verfassung kommen soll.

Man wird einwerfen, daß für die anerkennenden Staaten die Frankfurter Verfassung bereits Gesetz sei, daß sie also dieselbe nicht auf anderem als auf dem in der Verfassung selbst vorgezeichneten Wege ändern können, namentlich nicht durch ein Eingehen auf den jetzt von Preußen vorgeschlagenen Weg. Nehme man aber die Sachen praktisch und wie sie wirklich sind. Die Anerkennung in der Collectivnote vom 14. April ist unter der sich von selbst verstehenden Voraussetzung erfolgt, daß der Bundesstaat, der in der Verfassung nur auf dem Papier existirt, wirklich zu Stande kommen würde. Ein Rückgedanke, als wolle man das Renitiren des einen oder andern Staats benutzen, um sein Wort zurückzuziehen, lag hierin nicht. Wenn die für mehr als 30 Millionen Bevölkerung berechnete Verfassung nur in einem Ländercomplexe mit etwas mehr als 6 Millionen anerkannt wird, so kann man nicht sagen, daß die Regierungen dieses kleineren Ländercomplexes einen bloßen Vorwand ergreifen, um eine im Grunde ausführbare Verfassung für unausführbar zu erklären. Für die kleineren Staaten allein ist aber die Frankfurter Verfassung nicht ausführbar. Wollte man selbst alle Bestimmungen, die ausdrücklich auf die Theilnahme der größeren Staaten berechnet sind, als hinweggefallen ansehen, so blieben sie doch unausführbar. Sie soll eine allgemeine deutsche Verfassung sein, und das kann sie nicht sein, wenn nicht wenigstens die größere Hälfte von Deutschland, die auf den Rest eine Anziehungskraft ausüben könnte, betheiligt. Es fehlt ihr an den thatsächlichen Unterlagen, und diese werden durch kein Anerkennen, durch keine Beeidigung auf die Verfassung ersetzt. Wenn in einem Binnenstaate eine Schifffahrtsgesetzgebung, in einem Staate ohne Bergbau eine Bergwerksgesetzgebung, in einem Staate ohne Sclaven der Code noir anerkannt und beschworen würde, so würde das Anerkennen und Beschwören doch nichts helfen. Im gleichen Falle befindet sich nicht nur jeder einzelne kleinere Staat, sondern auch der ganze Complex der kleinen Staaten der Frankfurter Verfassung gegenüber. Sie können mit dem besten Willen die Verfassung nicht unter sich allein ausführen, und würden sich durch Versuche dazu in endlose Verlegenheiten und Gefahren stürzen.

Bei der Frage, wer nachgeben soll, entscheidet nicht das Princip, nicht wer Recht oder Unrecht hat, sondern der Drang der Umstände und die Macht. Ein Streit darüber, ob Preußen, Sachsen und Hannover rechtlich verpflichtet sind, die Frankfurter Verfassung anzunehmen, und nach den Beschlüssen vom 4. Mai wählen zu lassen, wären hier völlig unpraktisch und würde zu allem Möglichen, nur nicht zu dem von allen Vernünftigen gewollten Ziele führen. Es steht fest, daß jene Staaten zu dieser Anerkennung nicht genöthigt werden können. Auch der Drang der Umstände wird sie nicht zwingen, sich dem von den kleineren Staaten zu bildenden Bundesstaate anzuschließen, vielmehr werden umgekehrt die kleineren Staaten gezwungen sein, dem in den größeren ruhenden Schwerpunkte zu folgen. Sie können unter sich allein den Bundesstaat weder finanziell ausführen, noch sich im Innern der Anarchie erwehren, noch durch Zoll- und Handelsgesetzgebung die materiellen Interessen schützen, noch nach außen ein compactes und mächtiges Ganzes bilden. Kommt es also auf Nachgeben an, so ist das Nachgeben an ihnen.

Somit sind die kleineren Staaten darauf hingewiesen, Mittel und Wege zu suchen, um sich mit Preußen, Sachsen und Hannover zusammenzuschließen: diese letzteren Staaten aber werden einen solchen Anschluß der guten Sache wegen gewiß nach Kräften erleichtern und auf die in den kleineren Staaten herrschende Stimmung, auf das Erhalten des Einverständnisses zwischen Bevölkerung und Regierung, jede mögliche Rücksicht nehmen.

Die Ständeversammlungen und Corporationen, in denen sich die öffentliche Meinung ausspricht, mögen es aber auf das Entschiedenste erwägen, daß die Frankfurter Verfassung so wie die ganze Thätigkeit der Nationalversammlung nur Mittel zur deutschen Einheit sein sollte, und daß der Zweck höher steht als das Mittel. Wollte man, wo es auf die Sache ankommt, die Sache opfern und um ein Princip streiten, so würde man sich dem leider gegen Manche nur zu begründeten Vorwurfe aussetzen, daß man die gute deutsche Sache zu einem Mittel der Agitation und einem Stratagem der Opposition quand même herabwürdige und nicht die deutsche Sache fördern, sondern nur agitiren und opponiren wolle.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 4. Juni. Die gestern hier veröffentlichte Nr. 30 des großherzoglich badischen Regierungsblattes enthält nachstehende Proclamation:

Leopold, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Einer hochverrätherischen Partei in unserm Großherzogthum ist es in Verbindung mit meuterischen Truppen, und begünstigt durch den vorausgegangenen Aufstand in der angrenzenden Rheinpfalz, gelungen, die Regierungsgewalt an sich zu reißen, und durch ihr Schreckensystem den Widerstand der großen Mehrheit guter Bürger, die ohne Haltpunkt und Zusammenhang waren, für den Augenblick zu lähmen. Der sogenannte Landesausschuß hat sich alle die Befugnisse angemaßt, welche die Verfassung nur dem Großherzog einräumt, und er ist darin noch weiter gegangen, indem er sogar mit ständischer Zustimmung zu Stande gekommene Gesetze einseitig aufhob oder umging. Er hat willkürlich über Staatsgelder verfügt, treue Beamte eigenmächtig abgesetzt, andere ernannt, zur Beschränkung der Freiheit der Verfassungstreuen durch seine Agenten Verhaftungen vornehmen oder ungesetzliche Strafe androhen lassen, endlich sogar die Ständeversammlung aufgelöst und eine andere Versammlung nach willkürlich ertheilten Wahlvorschriften berufen. Indem wir diese und alle andern ungesetzlichen Handlungen des sogenannten Landesausschusses oder seiner Agenten hiermit für nichtig und wirkungslos erklären, wiederholen wir die in unserer Proclamation vom 17. vorigen Monats enthaltene Ermahnung an die Verirrten, daß sie zur Gesetzlichkeit und Ordnung zurückkehren, und an die Treugebliebenen, daß sie, eingedenk der großen Interessen, um die es sich handelt, vereint und Jeder nach seinen Kräften und Verhältnissen für die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes thätig seien. Da haben jetzt aber die Empörer den offenen Kampf selbst gegen die Reichsgewalt, welche die verfassungsmäßigen Zustände der einzelnen Länder zu schützen hat, begonnen, zu solch' unheilvollem Kampfe Fremde zur Hilfe genommen und die Söhne Badens gepreßt. Indessen werden nun die Reichstruppen, denen sich die treu gebliebenen badischen Truppen anschließen, in das Großherzogthum einrücken, und es ist zu hoffen, daß der Rechtszustand bald wieder hergestellt und das Land von seinen Drängern befreit werde. Um aber auch jetzt noch den Verirrten oder Verführten die Gelegenheit zu geben, daß sie durch schnelle Besserung wegen ihres Fehltritts Nachsicht erlangen können, und um gegen die Anderen, die auf ihrem verbrecherischen Wege beharren, desto strengere Maßregeln eintreten lassen zu können, verordnen wir wie folgt: Denjenigen Theilnehmern an dem hochverrätherischen Unternehmen, welche nicht zu den Anstiftern oder Rädelsführern gehören, und welche, ehe sie in einen Kampf mit den Truppen kommen, und zwar sobald es ihnen nach Verkündung dieser Verordnung überhaupt nur immer möglich ist, sich freiwillig unterwerfen, und so viel an ihnen liegt, die Sache der verfassungsmäßigen Regierung und der für die Wiederherstellung der Staatsordnung einschreitenden Truppen thätig zu befördern suchen, wird hiermit, ohne Unterscheidung zwischen Militärpersonen und Andern, Amnestie zugesichert. Gegeben in unserem Staatsministerium zu Frankfurt a. M. den 2. Juni 1849. Leopold. Fr. Hoffmann v. Stengel.

** **Frankfurt**, 4. Juni. Es ist das Gerücht herumgetragen worden, daß der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin seine Truppen aus hiesiger Gegend zurückziehen wolle; dies Gerücht ist durchaus unwahr.

*** **Frankfurt**, 3. Juni. Der Erzherzog-Reichsverweser hat, unterm 3. d. M., den großherzogl. hessischen Generallieutenant Fürsten August von Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Reichsminister des Kriegs, unter Beibehaltung dieser Function, zum Präsidenten des Reichsministeriums, und den Reichsminister der Justiz, J. H. Detmold, unter Beibehaltung dieser Function, zum interimistischen Reichsminister des Innern ernannt.

† **Wien**, 1. Juni. Eine schon gestern allgemein verbreitete Nachricht erhielt heute ihre amtliche Bestätigung: F.M.L. Haynau übernimmt das Obercommando in Ungarn und ist gleichzeitig zum Feldzeugmeister ernannt. F.-Z.-M. Welden ist auf sein, auf geschwächten Gesundheitszustand gegründetes Begehren von jenem Posten enthoben worden. In dem darüber an den F.-Z.-M. Welden gerichteten Handschreiben wird demselben vom Kaiser aufgetragen, den früher in Wien eingenommenen und nur zeitweilig verlassenen Posten wieder anzutreten; doch ist es zweifelhaft, ob bei der wirklich geschwächten Gesundheit des F.-Z.-M. Welden es ihm möglich sein wird, den Willen des Kaisers zu entsprechen. — Ein sehr verbreitetes, doch der Bestätigung erheischendes Gerücht läßt den Feldmarschall Radetzky hier erwarten, jedoch nur um dem Kaiser seine Huldigung darzubringen, und Wien, das ihm das Ehrenbürgerrecht verliehen, zu begrüßen. Man spricht bereits von allgemeiner Illumination und sonstigen Feierlichkeiten, mit denen man den greisen Helden empfangen will. — F.M.L. Giulay, Gouverneur des Küstenlandes, ist hier angekommen. — Graf Stadion war gestern in dem Ministerium des Innern und kehrte, nachdem er einige Stunden dort verweilt hatte, nach Baden zurück. — Die Flügeladjutanten des Kaisers sind gestern nach Preßburg gegangen, woraus man die Vermuthung schöpft, daß der Kaiser sich zur Armee begebe. — Gestern Vormittag ist der Kaiser, von zwei Adjutanten begleitet, ganz unerwartet in der Alserkaserne erschienen, ließ die Truppen auf das Glacis ausrücken, einige Evolutionen machen und dann defiliren. Der Kaiser, welcher sich dann nach der Josefstadt zu entfernte, wurde vom zahlreich versammelten Publikum mit lautem Vivatrufe begrüßt. — Der Kaiser hat die Versammlung der Bischöfe in feierlicher Audienz empfangen. Dieselben haben hierbei den Zweck ihrer Versammlung dahin ausgesprochen, die katholische Gesinnung zu stärken und zu beleben, und zu diesem Ende alle Einrichtungen, durch welche die katholische Kirche für Glauben, Frömmigkeit und Pflichttreue Sorge trägt, in unbeirrter frantvoller Wirksamkeit zu erhalten. Der Kaiser sprach in seiner Antwort mit kurzen Worten seinen Dank für die bezeugte Gesinnung und sein Vertrauen zu den zu pflegenden Berathungen aus, indem er zugleich auf die Reichsverfassung hinwies, welche der Kirche die ihr gebührende Stellung zu-

weise. — Seit einigen Tagen circuliren hier Gerüchte von Aufhebung einiger Klöster, Dominikaner, Franziskaner, Minoriten u. a. m. zu Gunsten des Religionsfonds, dessen bedeutende Passiva man mit dem Verkauf der Klostergüter decken will. Natürlich kann man dieses Gerücht, das sich sonderbarer Weise mit der Restauration der Ligurianer und der Aufrechthaltung der Klosterschulen verbindet, weiter nicht verbürgen.

Ein Bericht des Banus von Croatien meldet die Erstürmung einer von den Magyaren in der Nähe von Peterwardein neu erbauten Batterie bei dessen Beschützung der Cernirungsarbeiten gegen diese Festung. — Die schon früher verbreitete Nachricht über eine Schlacht, welche das Vogel'sche Corps und die Brigade Benedek im Trentschiner Comitate zu bestehen hatte, wird nun auch von der heutigen „Presse" gemeldet. Dasselbe Blatt meldet: Ein großer Theil der russischen Truppen ist jenseits des Pruth zurückgegangen, bis Ende d. M. werden ihnen alle übrigen folgen. Alle Anhänger der russischen Regierung sind durch diesen Aufbruch so schwer getroffen, als er die sanguinischen Hoffnungen ihrer Gegner neu beflügelt hat. — Reisende, welche über Schwechat kommen, wollen dort in der Nacht vom 29.—30. eine starke Kanonade in der Richtung gegen Raab gehört haben. — Nachrichten aus Diakovar vom 19. Mai melden: General Jovic, der vorjährige Commandant der Festung Essegg, ist mit mehreren gefangenen Husaren, unter welchen sich auch der Redacteur des „Essegger Volksfreundes" befindet, in Ketten hierher gebracht worden. Morgen werden sie sämmtlich nach Alt-Gradiska befördert, um dort wahrscheinlich ihr Schicksal zu erwarten. — Eine des Einverständnisses mit den Magyaren überführte Frau ist in Preßburg kriegsrechtlich verurtheilt und mit Ruthenstreichen gezüchtigt worden. — Aus Zlocjow wird unterm 29. Mai berichtet: Am heutigen Tage ist die letzte Colonne des vierten russischen Armeecorps hier durchmarschirt. Das ganze Corps, bestehend aus 52,000 Mann und 15,000 Pferden, wurde allenthalben ohne Anstand untergebracht und verpflegt.

Laut eingelangten telegraphischen Nachrichten hat Venedig am 28. Mai ein heftiges Geschützfeuer aus den Batterien, welche an der Eisenbahnbrücke aufgestellt sind, und aus den längs der Brücke entfernt stehenden Schiffen unterhalten, um die Batteriearbeiten beim Fort San Giuliano und der Mauth, von wo aus Venedig beschossen werden soll, zu hindern. Das Feuer war ohne Erfolg und die Arbeiten wurden so eifrig fortgesetzt, daß das wichtige Fort San Giuliano bereits in den Händen der k. k. Truppen ist, trotz aller Gegenbemühungen der Venetianer. Von San Giuliano läßt sich Venedig vollkommen beschießen. Kurz nach dem Einrücken der österreichischen Truppen in dieses Fort ist eine Mine daselbst gesprungen, durch die einige Offiziere und Soldaten das Leben verloren.

Aus ungarischen Blättern wird ersichtlich, daß in Debreczin dem Regierungspräsidenten zwei sardinische Gäste vorgestellt wurden, die, ohne einen officiellen Charakter zu besitzen, eine Verbindung zwischen Ungarn und Sardinien anbahnen sollten.

Die Königin von Griechenland ist heute Morgen unter dem Incognito einer Gräfin von Athen mittelst eines Separattrains auf der Glogganitzer Bahn hier angekommen, und im Gasthofe zum römischen Kaiser auf der Freiung abgestiegen. — Der Feldzeugmeister v. Welden ist gestern Nachmittag mit seiner Gemahlin hier angekommen, jedoch schon um 9 Uhr Abends nach Gratz abgereist.

Nach Berichten aus Treviso vom 30. waren die kaiserlichen Truppen nach der Besetzung des Forts von St. Giuliano bis auf die Eisenbahnstation vor Venedig vorgerückt. Die Insurgenten hatten 2 Brückenpfeiler der wundervollen Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt. Allein der Bahndrückenkopf bildet jetzt für die kaiserl. Truppen eine treffliche Brustwehr, von welcher das Bombardement gegen die Stadt am 29. Abends begann und die ganze Nacht fortdauerte. Der Marschall Graf Radetzky leitet mit unermüdlicher Thätigkeit die Operationen, und seine Stirne dürfte bald durch die Eroberung Venedigs mit neuen Lorbeern geschmückt sein. (Wien. Z.)

Briefe aus **Bozen** vom 31. Mai versichern, daß das Zusammenziehen eines österreichischen Corps in Vorarlberg größtentheils unterbleiben werde. Radetzky will einen Theil der italienischen Armee entlassen. (?)

= **Berlin**, 1. Juni. Unser durch den erschienenen Reichsverfassungsentwurf in neue Schwingungen gebrachtes Leben ist durch das im heutigen „Staatsanzeiger" dem deutschen Wahlgesetz wesentlich nachgebildete, jedoch vielfach weniger beschränkende preußische Wahlgesetz für die Abgeordneten zur zweiten Kammer noch gesteigert worden. Lange war keine solche Geisterbewegung zu spüren, und was und wie viel man auch tadelt und aussetzt an den von oben gereichten Gaben, so ist doch eine Aussicht auf bessere Tage, ruhigere Entwickelungen dadurch angebahnt und die Hoffnung kehrt wieder ein in viele verdüsterte Gemüther. Alles spricht denn auch und liest und kauft — eine ganze Stadt voll studirender Büchermänner. Das beste, das ich zu berichten habe, liegt aber wohl in dem durch das Ministerium des Innern an sämmtliche Landrathsämter erlassenen Schreiben, in welchem eine umfassende authentische Declaration über etwa übrig bleibende Zweifel in Betreff der deutschen Reichsverfassung und des Wahlgesetzes fürs Volkshaus versprochen wird. In Beziehung auf den § 2 des Wahlgesetzes, der am meisten Anstoß erregen muß, ist sogar in diesem Schreiben schon eine kurze Andeutung enthalten, die offenbar dahin zielt, zu zeigen, daß es mit den Beschränkungen nicht so schlimm gemeint sei. Auch das wird schon ausgesprochen, daß, wenn vor der Reichswahl die im Entwurfe vorliegende Gemeindeordnung ins Leben getreten, der im § 2 zu Grunde liegende Gedanke durch Uebergangsbestimmungen verwirklicht werden solle. Diese Erklärung beruhigt ungemein, und entspricht die zu erwartende Declaration den gerechten Erwartungen aller Wohlmeinenden und Besonnenen, die sich, wohin man nur hört, ganz entschieden aussprechen, so dürfen wir der Zukunft mit gutem Muthe entgegensehen; der Knoten beginnt sich dann zu lösen, die Einigung Deutschlands wird noch einmal möglich. Die Aufmerksamkeit des Publikums richtet sich jetzt auch schon auf Specialitäten der Verfassung. Da will es denn, um nur Eines zu erwähnen, verdächtig erscheinen, daß es § 145 heißt: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds." Man will hier einen glücklichen Griff des ultramontanen Beiraths des Ministeriums erkennen, in dem zu Folge der Bulle und Erklärungen von 1821 die Dotirung der katholischen Kircheninstitute von preußischer Seite als versprochen betrachtet werde, und unter diesen Paragraphen falle ein Gegenstand von 15—16 Mill. Thlr. Ferner fällt die bei derselben Stelle vorkommende Weglassung des folgenden in der Frankfurter Verfassung stehenden Passus auf: „Keine Religionsgesellschaft genießt vor andern Vorrechte durch den Staat." Eine vieldeutige Weglassung. Dem Gedanken des Fürstencollegiums schenkt man allgemein, je mehr darüber nachgedacht wird, um so größeren Beifall. Ohne Complicationen und Schwerfälligkeiten ist dadurch den Fürsten eine Stellung gewährt, die sie vor der moralischen Vernichtung bewahrt, die unzweifelhaft der Gedanke ihres Unnützseins nach sich gezogen hätte und ohne ein Fürstencollegium wären sie unnütz. Aber mehr noch: das Fürstencollegium nimmt für alle Fälle der gewöhnlichen Gesetzgebung dem Reichsvorstand das Odium des Veto ab — eine weise und geschickte Auskunft, die dem constitutionellen Principe des Reiches Kraft zu geben verspricht. — Bei Kroll war gestern Abend ein Fest zum Besten der Landwehrmännerfamilien. Die Hauptbestandtheile seiner Besucher gehörten dem Treubund an, der sich überall in den Vordergrund zu drängen sucht. Sein Wachsthum ist wirklich Staunen erregend; aber nur für den Fernstehenden, wir — wir sehen die Fäden.

Berlin, 2. Juni. An der heutigen Börse verbreitete man ein Gerücht, Bayern hätte unter der Bedingung, daß das preußische Gouvernement ihm in der Pfalz zu Hilfe komme, die preußisch-hannöverisch-sächsische Reichsverfassung anerkannt. Von sehr glaubwürdiger Seite wird uns dagegen mitgetheilt, daß dieses Gerücht unbegründet und von Bayern vielmehr das Anerbieten einer preußischen Truppenunterstützung für jetzt dankend abgelehnt worden sei. Uebrigens werden die Unterhandlungen zwischen der preußischen und bayerischen Regierung fortgesetzt. Die Hoffnung auf den Beitritt Bayerns ist keineswegs aufgegeben, so wie denn überhaupt in gewissen Kreisen die besten Erwartungen in Bezug auf Anerkennung der Reichsverfassung von den übrigen Regierungen gehegt werden. (C. B.)

Konitzsberg, 29. Mai. Der frühere Präsident der deutschen Reichsversammlung, Tribunalrath Dr. Eduard Simson, macht durch die hiesigen Blätter Folgendes bekannt: An meine Wähler. Der Zustand meiner Gesundheit macht mir für die nächste Zeit eine erschöpfende Darlegung der Gründe unmöglich, die mich zu meinem schmerzlichen Bedauern veranlaßt haben, das mir unter dem 10. Mai v. J. anvertraute Mandat (mit der Majorität der Partei, zu welcher ich zähle) unter dem heutigen Tage niederzulegen. Indem ich mir eine solche Auseinandersetzung vorbehalte, achte ich mich doch für verbunden, unverzüglich diejenige Erklärung zur Kenntniß meiner Wähler gelangen zu lassen, welche wir in diesem Betracht in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung übergeben haben. Frankfurt a. M., 21. Mai 1849. Eduard Simson.

München, 30. Mai. Die Antwort, welche Minister von der Pfordten heute in der Sitzung der Abgeordneten auf die Lerchenfeld'sche Interpellation gab, lautet nach der stenographischen Nachschreibung wörtlich:

„Die Interpellation, welche Sie soeben vernommen, ist dem Ministerium gestern Vormittags zugekommen. Die Abendpost hat mich in den Stand gesetzt, eine, wie ich hoffe, sehr befriedigende Antwort geben zu können. Die Verhandlungen zu Berlin sind niemals abgebrochen worden, wenigstens von Seite Bayerns nicht. Der bayerische Gesandte hat denselben ununterbrochen auf den Grund seiner Instructionen beigewohnt und sich daran betheiligt. Sie sind auch in diesem Augenblick nicht abgebrochen, sondern zu bestimmten Resultaten, wenigstens zu einem ersten Schritt für ein letztes Resultat gediehen. Die Grundlage der Verhandlungen in Berlin war die Verfassung wie sie von der Nationalversammlung in Frankfurt beschlossen worden ist; und die Bevollmächtigten der königlichen Regierungen haben sich alle Mühe gegeben, die Bedenken, welche die verschiedenen Regierungen gegen diese Verfassung gehegt und mehr oder minder bestimmt und offen ausgesprochen haben, zu gemeinschaftlichen Bedenken gegen jene Verfassung zu machen und danach diese selbst in geänderter Weise zu redigiren, so daß man bestimmt erkennen kann, welche Paragraphen der Frankfurter Verfassung von den Regierungen nicht beanstandet werden, welche dagegen dieselben beanstanden und welchen Wortlaut sie an die Stelle derselben setzen wollen. Ich glaube, daß dieses das zweckmäßigste Verfahren ist, welches eingeschlagen werden kann. Diese Revision, wenn ich sie so nennen darf, der Frankfurter Verfassung ist beendigt; nur sind nicht sämmtliche Regierungen über alle Punkte derselben vollkommen einig, und ich kann nicht in Abrede stellen, daß die Instruction, die der bayerische Gesandte hatte, nicht in allen Punkten mit den Beschlüssen der Mehrheit in der Berliner Conferenz übereinstimmt. Damit Sie im Allgemeinen die Motive dieser Abweichungen schon jetzt überblicken können, füge ich hinzu, daß die Instruction unseres Gesandten Ihnen Allen bekannt ist. Unsere Erklärung nach Frankfurt vom 23. April d. J. und unsere Vorlagen an die Kammern sind dem Gesandten ausdrücklich als wesentlichster Bestandtheil seiner Instruction zugesendet worden. Die Regierung hält es zunächst für ihre Pflicht, dieses ihr gestern Abend zugekommene Resultat der Berliner Conferenz so schnell als möglich in ruhige Erwägung zu nehmen und die Resultate dieser Prüfung, die Entschließungen, welche sie darauf fassen zu müssen glaubt, mit derselben Offenheit und Klarheit den Kammern vorzulegen, wie sie es bezüglich der Bedenken gegenüber der Frankfurter Verfassung that. Ich hoffe, die Regierung wird in einigen Tagen im Stande sein, diese Vorlagen an die Kammern gelangen zu lassen. Die Principien, von denen die bayerische Regierung bei der Behandlung der Verfassungsfrage in der bisherigen Construction ausgegangen ist, und bei der Prüfung der Resultate der Berliner Conferenz ausgehen wird, sind sehr einfach. Bayern erstrebt eine Verfassung für das ganze Deutschland. Bayern kann sie nicht diktiren, aber so lange nicht jede Möglichkeit und jede Hoffnung abgeschnitten ist, wird sie mit der Beharrlichkeit der fest begründeten Ueberzeugung nach jenem Ziel streben. Wohl hat man zwischen der Einheit und der Ganzheit Deutschlands unterschieden. Ich kann aber diesen Unterschied nicht machen. Er könnte dazu führen, daß zwei oder drei der kleinsten Staaten die deutsche Einheit darstellen wollten. Wenn es nicht auf die Ganzheit Deutschlands, sondern nur auf die Einheit des Restes Deutschlands ankommt, dann glaube ich, daß der Gedanke, von welchem die ganze deutsche Verfassungsbewegung ausgegangen ist, um seine höchste und letzte Bedeutung gebracht worden ist. Ich wiederhole es, daß es nicht in der Macht der bayerischen Regierung oder einer andern steht, die Erreichung dieses Ziels zu ergzingen oder zu dictiren, aber beharrlich darnach zu streben steht ihr zu, und sie erachtet dies für ihre Pflicht. Innerhalb dieses ganzen und zur Einheit führenden Deutschlands erstreckt die bayerische Regierung nicht eine nivellirende Gleichmacherei, sondern die lebendige und allein für die Zukunft lebenskräftige Einigung in freier Verbundenheit der einzelnen Glieder. Sie widerstrebt einer unzweckmäßigen Centralisation, die ein Uebergewicht auf die eine Seite legen würde, zum Nachtheil der wesentlichsten Interessen der andern. Dies sind die zwei Grundgedanken, von denen die bayerische Regierung in ihren bisherigen Schritten sich hat leiten lassen und wird leiten lassen bei einer Prüfung der bisherigen Resultate der Berliner Conferenz. Sie wird diese Prüfung möglichst beeilen und bald die Resultate derselben der hohen Kammer mittheilen."

München, 2. Juni. Heute verließen abermals zwei Bataillone Infanterie (das erste des Leibregiments und das zweite vom zweiten Regiment) unsere Stadt, um eiligst nach Donauwörth gebracht zu werden. Ob das Gerücht von neuen Treffen im dortigen Lager oder die, wie ich höre, für die nächsten Tage schon beabsichtigte Expedition gegen die Pfalz (mit einem Heer von 20,000 Mann unter dem Commando des Generallieutenants Fürsten v. Taxis) hierzu Veranlassung ist, weiß ich vorerst nicht zu entscheiden. Gestern Abend ging von hier Generalmajor v. d. Mark nach Berlin ab, um von Seite der bayerischen Staatsregierung die Zustimmung zu der in Berlin vereinbarten deutschen Verfassung zu überbringen. (Andern Briefen zufolge ist anzunehmen, daß diese Zustimmung — wenn sie bereits gegeben seine sollte — nicht ohne einige Vorbehalte, z. B. zu Gunsten eines spätern Beitritts von Oesterreich, erfolgt sein werde.) (A. Z.)

München, 3. Juni. Der König hat auf Grund des § 63 Tit I. der 10. Verfassungsbeilage unter Gewährung der von dem Abgeordneten Frhrn. v. Lerchenfeld gestellten Bitte um Enthebung von der Stelle eines ersten Präsidenten der Kammer der Abgeordneten den dermaligen zweiten Präsidenten Grafen Hegnenberg-Dux zum ersten und den Abgeordneten Ministerialrath Dr. Feder zum zweiten Präsidenten der Kammer der Abgeordneten, beide für die Dauer des gegenwärtigen Landtags, ernannt. (N. M. Z.)

Würzburg, 4. Juni. Zu Miltenberg und Obernburg sind, wie man durch Stafetten die hiesige Regierung benachrichtigte, Freischaaren angezeigt. Durch Aschaffenburg zogen bereits 400 Mann Freischaaren ins Badische (s. Art. Aschaffenburg). Eine andere Schaar setzte zwischen Stockstadt und Seligenstadt über den Main; dagegen hört man, daß von Frankfurt aus Truppen in diese Gegenden geschickt werden, und von Nürnberg werden zwei Corps zu je 6000 Mann, das eine über Neustadt, das andere über Uffenheim hierher dirigirt und theilweise heute Nacht hier eintreffen (s. Art. Nürnberg). Auch in hiesiger Stadt sind desfallsige Maßregeln ergriffen, und namentlich einige Thore mit Kanonen besetzt worden. Das seit dem 11. Mai in Ludwigshafen mit Beschlag gelegt gewesene Maindampfschiff „Leopold" ist gestern Morgens freigegeben worden und befindet sich bereits auf der Rückreise hierher. Gestern Abend traf es wohlbehalten in Frankfurt ein. (N. W. Z.)

Aschaffenburg, 3. Juni. Heute früh 7 Uhr zogen ungefähr 400 Freischärler in aller Ordnung ohne Trommelschlag durch unsere Stadt. Sie kamen von Hanau und setzten nach einstündiger Rast außerhalb der Thore ihren Marsch auf dem rechten Mainufer nach Amerbach fort, von wo sie mit anderen Zügen vereint nach Baden und von da ihre Richtung in die bayerische Pfalz nehmen wollen. (Aschaff Ztg.)

Nürnberg, 3. Juni. Eingetroffenem Befehle gemäß sind heute Morgens 4 Uhr 8 Infanteriebataillone und 9 Escadronen Chevauxlegers, sowie eine 12pfündner und zwei 6pfündner Batterien Artillerie von dem in hiesiger Gegend zusammengezogenen Truppencorps jeden Augenblick bereit, auszumarschiren. Das ausmarschirende Corps hat den Namen „westfränkisches Corps," das in der Cantonnirung verbleibende „fränkisches Observationscorps". Zu den obigen 8 Infanteriebataillons zählen das 1. und 2. Bataillon des 5., das 1. und 2. Bataillon des 10., das 1. und 2. Bataillon des 12., ein Bataillon des 4. oder 13. Regiments und das 1. Jägerbataillon. Das 1. und 2. Chevauxlegersregiment geben jedes 4 Schwadronen, das 6. Chevauxlegersregiment die übrige Cavallerie zum westfränkischen Corps. (C. v. u. f. D.)

Nürnberg, 3. Juni. Der Marschbefehl für das westfränkische Corps ist eingetroffen, so daß sich dasselbe morgen früh in der Richtung nach Würzburg in Bewegung setzt. Ohne Zweifel findet darnach ein Zusammenhang der Operationen des Truppencorps am Main (bei Frankfurt) mit jenen der bayerischen Truppen statt. Wie verlautet, wird sich das bei Donauwörth befindliche Corps unter Generallieutenant v. Gumpenberg mit dem hier in der Umgegend befindlichen fränkischen Observationscorps unter Generalmajor Dambser in Verbindung setzen, der Commandant des zweiten Armeecorps jedoch, Fürst Taxis, sämmtliche Corps einheitlich führen. (C. v. u. f. D.)

Karlsruhe, 1. Juni. In einem Berichte des „Schwäb. Merkurs" von hier heißt es unter anderm: So viel ist nach Augenzeugen richtig, daß die badischen Truppen (die unsern General Hoffmann als Führer der Hessen vermuthen) bei Heppenheim total geschlagen wurden und in voller Auflösung begriffen sind, weil keiner mehr

'em andern traut! Dies war das erste Probestück der selbstgewählten Führer". Wenn die hiesigen Republikaner über die „Croaten des preußischen Zaren" schimpfen, so können andere Leute die Ankunft der Reichstruppen nicht erwarten. Daß die provisorische Regierung gegenwärtig sich in sehr übler Lage befindet, ersieht man tagtäglich aus den Jeremiaden ihres Organs, der „Karlsruher Zeitung". — Verschiedene Leute haben bereits ihre schwarz-roth gelben Schärpen abgelegt. — Gestern Abend ist wieder eine Partie Freischärler aus der Schweiz angekommen, 3 bis 400 Mann, lauter belogene und betrogene Leute, wie sie sich hier selbst überzeugten, als sie die übergegangenen württembergischen und preußischen Regimenter hier nicht sehen, wie man ihnen in der Schweiz vorgelogen hat. Einzelne jammerten über den Verlust ihres Geschäfts und verlorene Reisezeit und Geld. Die Welt will angelogen sein. — Von den hier anwesenden Polen werden drei erbärmliche, herzbrechende Lieder ausgegeben, worunter eins „an die Söhne des brandenburgischen Säbelregiments".

Karlsruhe, 4. Juni. Die deutsch-ungarische und die deutsch-polnische Legion, die sich im Verlauf der letzten Tage vollzählig gebildet, sind heute nach dem Kriegsschauplatz an der preußisch-hessischen Grenze abgezogen. (K. Z.)

* **Karlsruhe**, 4. Juni. Die provisorische Regierung und in ihrem Namen L. Brentano haben folgende Bekanntmachung erlassen: Die dem Bürger Schlöffel Sohn über ertheilte Vollmacht ist erloschen, was hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, daß dessen Befehle fernerhin nicht zu vollziehen sind.

Eine andere Bekanntmachung des Bürger Adolph Layer, welche die „Karlsruher Zeitung" unter ihrem amtlichen Theile bringt, lautet: Das Ministerium Römer hat sich in der Kammer der Abgeordneten gegen den einstimmigen Volkswillen ausgesprochen: seine Ablehnung der Beschlüsse, die von den Deputirten Württembergs in Reutlingen gefaßt wurden, ist ein Verrath an der deutschen Sache, der Sache der allgemeinen Freiheit; das Volk wird richten über den Verrath, es wird sich treu seinem heiligen Versprechen: Gut und Blut für Durchführung der Verfassung einzusetzen, zum glorreichen Kampfe erheben. Sobald die Kunde der Erhebung des württembergischen Volks eintrifft, werden alle in Baden befindlichen Württemberger aufgefordert, in ihre Heimat zurückzukehren. Die Sammelplätze werden bekannt gemacht.

* **Darmstadt**, 4. Juni. Unsere seit einigen Tagen todtstille Stadt ist heute plötzlich wieder kriegerisch lebendig geworden. Mehrere starke Bahnzüge brachten um 10 Uhr Vormittags mecklenburgische Truppen, welche bisher zu Lampertheim an der badischen Grenze gegen Mannheim im Lager, ganz unversehrt hierher zurück. Sie stiegen am hiesigen Bahnhofe aus, rasteten einige Stunden und zogen so eben Mittags 1 Uhr mit klingendem Spiele durch die Stadt nach Dieburg und Reinheim. Es sind eine Abtheilung Scharfschützen mit trefflichen Spitzkugelbüchsen, die herrliche Grenadiergarde und 2 Geschütze mit einer Bespannung von Dragonern. Der Großherzog und die Großherzogin standen auf dem Balkon des Schlosses und sahen diese Elitentruppen vorbeimarschiren, welche trotz der außerordentlich großen Strapazen, welche sie bisher hatten, stets fröhlich und kampfesmuthig sind. Wie wir hören brach der andere Theil der Mecklenburger, welche an der Bergstraße lagen, gleich von Heppenheim aus in den Odenwald auf. Es scheint also zu gelten, die Freischaaren, welche von Hanau und Aschaffenburg aus in den Odenwald aufgebrochen sein sollen, zwischen zwei Feuer zu bringen und abzuschneiden.

Darmstadt, 4. Juni. (Darmst. Z.) Die heute erschienene Nr. 38 des großh. Regierungsblattes enthält eine Bekanntmachung, die Wahl der Geschwornen für das Jahr 1850 in der Provinz Starkenburg betreffend. — Gestern wurden in und bei Fürth Einige arretirt und unter militärischer Escorte weiter gebracht; unter andern Bürgermeister Keil von Fürth, gewesener Landstand, einer der 13, die am Schlusse des Landtags unter Anführung des Herrn Lehne noch eine Erklärung gegen das Ministerium erließen. Die Arretirten, unter denen man noch einen Bürgermeister nennt, sollen heute hierher gebracht werden. — Die Rückfahrt leerer Wagen heute Nacht veranlaßte das falsche Gerücht, die Mecklenburger würden damit nach Frankfurt zurückgeholt; dieselben werden dem Vernehmen nach über hier in der Richtung von Roßdorf in den Odenwald dirigirt. Aus Heppenheim haben wir von heute 6½ Uhr Morgens die Nachricht, daß Alles ruhig und diesseits des Neckars frei von badischen Waffen ist. — Dem Gerüchte, welches auch durch ein hiesiges Blatt verbreitet wurde, daß Prinz Emil das Obercommando sämmtlicher gegen Baden operirenden Truppen übernommen, können wir auf das Bestimmteste widersprechen, und scheint ein freundlicher Privatbesuch des Prinzen in Heppenheim diese irrige Combination veranlaßt zu haben.

Mainz, 3. Mai. (Darmst. Z.) Die ausgezeichnete Bravour, mit der sich unsere hessischen Truppen, trotz der fortwährend in Anwendung gebrachten Mittel der Rothrepublikaner, um ihre Treue zu erschüttern, bei Laudenbach, Heppenheim und Hemsbach geschlagen, hat bei allen Wohldenkenden hier und in der Provinz, sowie bei der Garnison unserer Festung, die höchste Anerkennung gefunden. Der Umschlag in der öffentlichen Meinung gibt sich hier bereits mehrfach zu erkennen und nach Berichten, die uns heute aus verschiedenen Theilen der Provinz zugekommen sind, dürfte die Bekehrung unter unseren Landleuten noch rascher eintreten. Von den jungen Leuten, welche, durch die hohlen Phrasen der Herren Löhr, Mehr, Itz und Bamberger bestochen, als Freischärler nach der Pfalz ausmarschirt waren, kehren jeden Tag ganze Züge vollkommen enttäuscht zurück; in mehreren Orten sind alle Ausgezogenen zusammt und sonders heimgekommen, und entwerfen ein nichts weniger als schmeichelhaftes Bild von dem wilden Treiben, das in der ehemals so glücklichen Pfalz herrscht.

* **Aus Rheinhessen**, 3. Juni. Das großherzogliche Obergericht zu Mainz hat gestern zu Aller Verwunderung einen „kühnen Griff" gethan. Als in seiner gestrigen Sitzung der in Freischaarensachen abwesende Dr. Itz durch einen andern Anwalt vertreten werden sollte, wie dies die ganze Zeit her von den Gerichten geduldet worden war, stellte der Generaladvocat, Herr Creve, den Antrag, gegen Herrn Itz, der in Ausübung eines Verbrechens abwesend sei, eine Untersuchung einzuleiten und nicht zu dulden, daß er fernerhin als gesetzlich entschuldigt betrachtet und durch einen andern Anwalt vertreten werden könne. Der Gerichtshof ging hierauf auch ein, ordnete eine Untersuchung an wegen des Einfalles der Freischaaren in Worms, der daselbst, wie in der ganzen Provinz verübten und im Zusammenhange stehenden Verbrechen, behielt die Untersuchung an sich und ernannte zur Führung derselben den großherzoglichen Obergerichtsrath Schmidt. Ohne Zweifel wird nunmehr auch die Suspension des Herrn Itz erfolgen, und ihm damit seine reichliche Erwerbsquelle verstopft werden. — Seit gestern Morgen wird für die an der badischen Grenze verwundeten hessischen braven Soldaten Geld gesammelt, und obschon hierbei nicht die directen und indirecten Drohungen und Zwangsmittel benutzt werden, wie bei der republikanischen Geldsammlung für Waffen, so dürfte das Unternehmen doch einen reichlichen Erfolg haben, da auch hier viele Herzen leichter aufathmeten bei den Siegesnachrichten unserer wackeren Soldaten.

Der aus der ministeriellen „Deutschen Reform" auch in unsere Zeitung übergegangene Bericht aus **Zeitz** von Vorfällen, in Folge deren der Belagerungszustand verhängt worden sei, wird von der „Neuen Preußischen Zeitung" für durchaus unwahr erklärt. Aus bester Quelle, sagt dieselbe, können wir versichern, daß in Zeitz nicht die geringste Störung der öffentlichen Ordnung vorgekommen ist.

Schweiz.

Das in der Schweiz erscheinende demokratische Blatt Evolution enthält das Manifest der deutschen Demokraten im Ausland, welche nun bewaffnet, aus Besançon und der Schweiz, in Baden eingerückt sind. Das deutsche Volk möge erfahren, welche Grundsätze diese Leute als Volkswillen verwirklichen wollen. Sie wollen einen neuen Staat und eine neue Menschheit „emporwirken" — die rothe Republik, die proletarische Revolution; sie wollen das Fundament untergraben, auf dem Staat, Religion und Gesellschaft gebaut waren. Es gilt einen Vernichtungskampf der eigenen und der entgegengesetzten Partei; „erst nach vollständiger Unterwühlung und Zertrümmerung aller jetzigen gesellschaftlichen Zustände können wir die Grundsätze unserer Partei verwirklichen." Angestrebt wird die vollständige Umgestaltung der Eigenthumsverhältnisse. Halb- oder Scheindemokraten sind die nationalen Politiker, deren Hauptsitz in Deutschland im Frankfurter Parlament ist, ferner die republikanischen Bourgeois, die pyilosophischen Politiker und die kleinbürgerlichen Socialisten. Oberster Grundzug der Reihen ist die Allmacht des Staats über alle ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Alle und jede Production soll Sache des Staats sein. Auch die landwirthschaftliche Production muß in die Hände des Staats kommen. Die Religion, welche aus der Gesellschaft verdrängt werden muß, soll aus dem Gemüth des Menschen schwinden. Sie wollen nicht die Freiheit des Glaubens, sondern die Nothwendigkeit des Unglaubens (d. h. es soll verboten werden, an Gott und Christus zu glauben). „Deutschland, sagt die „Allg. Ztg.", mag sich nun entscheiden, ob es seine Gegenwart und Zukunft diesen Händen überlassen will." Württemberg insbesondere, können wir beifügen, möge sich erinnern, daß die bewaffneten Jünger dieser Lehren in seiner nächsten Nähe stehen, und daß man von unserer Regierung verlangt, sie solle sich mit der badischen Regierung verbünden, die solche Kämpfer in ihren Schaaren zählt und bereits auch die Franzosen ins Land ruft. (Schw. M.)

Basel, 31. Mai. Unterm 29. d. wurden von Karlsruhe für Rechnung eines Frankfurter Handlungshauses fünf Fäßchen Geld zu je 5000 fl. (auf 25,000 fl.) per Eisenbahn an ein hiesiges Handlungshaus spedirt. Der Packwagen kam am 29. hier richtig an, brachte aber bloß zwei von diesen Fäßchen mit. Auf der Begleitungskarte von Karlsruhe waren die fünf Fäßchen eingetragen, aber durch das Eisenbahnbureau Efringen am Ausgang der badischen Bahn war wegen der übrigen drei die Bemerkung nachgetragen: „Wurden auf Anordnung des Landesausschusses mit Beschlag belegt und folgen später nach." Bis zur Stunde sind sie aber nicht nachgefolgt, obschon der Packwagen seitdem wieder regelmäßig eingetroffen ist. Da nun alle fünf Fäßchen durch ein und denselben Versender für ein und dieselbe Rechnung an ein und denselben Adressaten mit ein und demselben sie begleitenden Frachtbrief spedirt wurden, sie auch alle fünf auf ein und derselben Begleitungskarte eingetragen waren, so ist es auffallend, daß, wenn die „Beschlagnahme" wirklich auf „Anordnung des Landesausschusses" stattgefunden hat, nur drei der Fäßchen, welche zuvörderst im Wagen mögen gelegen haben, weggenommen wurden, den übrigen zwei aber beim Ausgang in Efringen gar nichts in den Weg gelegt wurde. Es ist deßhalb wohl ein Zweifel erlaubt, ob diese Beschlagnahme wirklich vom Landesausschuß und nicht vielmehr aus eigener Machtvollkommenheit der in Rastatt die Bahnzüge visitirenden Machthaber geschehen sei, welchen einstweilen die 15,000 fl. genügt haben mögen. (Bas. Ztg.)

Italien.

Briefe aus **Rom** vom 25. Mai melden das Vordringen der Oesterreicher in zwei Colonnen. Die eine unter Wimpffen war bis Jesi unweit Ancona, die andre 18,000 Mann stark über Livorno gekommen und hatte am 26. zwischen Montalto und Toscanella gelagert. (A. Z.)

Florenz, 27. Mai. Der Großherzog hat ein neues Ministerium ernannt, und zwar Baldasseroni zum Präsidenten und Minister der Finanzen und des Handels, Landucci des Innern, Capoquadri der Gnaden und Justiz, Fürst Andrea Corsini des Auswärtigen, Jacob Mazzei des Cultus, Cesar Borrella des Unterrichts, de Laugier des Krieges.

Nach Briefen aus **Ancona** 29. Mai ist diese Festung seit dem 25. von General Wimpffen auf der Landseite, und von Viceadmiral Dahlrap mit drei Fregatten und einem Dampfer auf der Seeseite blokirt. Am 26. begann der Dampfer mit der Beschießung. Das österreichische Corps ist 11,000 Mann stark. (A. Z.)

Frankreich.

½* **Paris**, 2. Juni. Ueber die Zusammensetzung des neuen Ministeriums äußert sich die „Independance" folgendermaßen: Die erste und hauptsächlichste Bemerkung, welche sich gegenwärtig über das neue Ministerium machen läßt, ist die, daß es der Regierung eine compacte Majorität in den ersten Kämpfen, welche in dem Schooß der legislativen Versammlung sich erheben werden, zusichert. Es ist dies ein Punkt von hoher Wichtigkeit. Man kann zum Beispiel mit Hrn v. Fallour verschiedener Meinung sein, aber man muß einmal in ihm den Mann von Talent anerkennen, sodann aber auch zugeben, daß er 120—150 legitimistische Stimmen nach sich zieht, die sein Ausscheiden aus dem Ministerium aller Wahrscheinlichkeit nach, zum großen Theile wenigstens, in die Opposition geworfen hätte. Die Fraction der Legitimisten bildet einen beträchtlichen Stützpunkt, den Odilon Barrot und Dufaure natürlich nicht gegen sich gerichtet sehen wollen, da dies jede Regierung unmöglich machen würde, zumal gegenüber einer Vereinigung von 200 socialistischen Demokraten, die in allen Fragen gegen alle Cabinete stimmen. So aber finden sich die Legitimisten durch die Beibehaltung Fallour's an das Ministerium gefesselt. Außerdem verbindet Odilon-Barrot die neuen Conservativen mit ihnen: Dufaure, den bedeutendsten der achtzig Mitglieder, die ihn als ihren Chef anerkannt haben, und die gemäßigte Partei der Altrepublikaner. Demnach wird sich das neue Cabinet immerhin auf eine Majorität von ungefähr 450 Stimmen stützen. Diese Combination hat das Gute, daß sie die Plänkeleien, welche in Folge einer schwachen und unzuverlässigen Majorität unfehlbar entstanden wären, zu verhindern im Stande sein wird. Im Anfang der Legislativen ist dieser Punkt wesentlich; es wird der Regierung möglich sein, die nöthige Ruhe zu erlangen. Wenn das Ministerium nicht mehr nöthig haben wird, tagtäglich seine Existenz zu vertheidigen, wird es sich auch mehr mit den Mitteln, die dazu dienen sollen, die nach Innen wie nach Außen hin sich häufenden zahlreichen Schwierigkeiten zu lösen, beschäftigen können.

* **Paris**, 2. Juni. Dem Vernehmen nach, schreibt die „Allgemeine Correspondenz", beabsichtigt die französische Regierung in der Herzogthümerfrage eine für Dänemark vollkommen günstige Stellung anzunehmen und wird sich zur Unterstützung der diplomatischen Intervention der Republik ein französisches Geschwader in die Nordsee begeben.

Börsenberichte.

½ **Frankfurt**, 4. Juni. Das Geschäft an heutiger Börse zeigte etwas mehr Leben, österreichische Papiere waren theilweise, sowie namentlich 5pCt. Metall. minder fest als gestern, 5pCt. Met. blieben 73½, pCt, 2½pCt. Metall 39 pCt., Bienerbankactien 1055 Br., 500 fl. Loose 122 pCt., 250 fl. Loose 74½ pCt. Von den übrigen Actienpapieren Kurhess. 40 Rthlr. Loose 26½, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose a. d. Zug 25½ fl., do. 50 fl. Loose 46½ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 40½ fl., do. 50 fl. Loose 80½ fl., Nassauer 25 fl. Loose 30 fl., Sardinische Loose 24½, Frz., Poln 500 Loose 72 Rthlr. Von süddeutschen Obligationen waren 3½pCt. Württemberger 73½ pCt, do. 4½pCt. 91½, pCt, Bad. 3½pCt. Obligationen 72½, pCt., do. 3pCt. bad. vom Jahr 1845 91½ pCt., Nassauer 3½pCt. Obligationen 79½ pCt., do. vom Jahr 1849 99½ pCt. Von belgischen Obligationen waren 2½pCt. belg. 42½, do. 4½pCt. 82½, do. 5pCt. 89. Holl. 2½ pCt. Integr. 49½ pCt. G. Von Eisenbahnen bleibt F.-L.-Nordbahn 34½ Rthlr., Berbach etwas fester, 67 pCt., Köln-Minden 77½, pCt, Taunus 271 fl. Für 3pCt. ind. Span. zeigte sich auch heute sehr viel Kauflust, der Cours benannter Zonds stieg um ½pCt., und schlossen dieselben 24 pCt. G. Von Wechseln war Wiener 95½ ohne Umsatz, Amsterdam 101½, Augsburg 120½, Bremen 99½, Hamburg 88½, Paris 95½, ½, London 120½, Berlin und Leipzig 106.

Wien, 1. Juni. 5pCt. Metall 89½, ½. — 4pCt. 70½. — 3pCt. —. — 2½pCt 47. — Bankactien 1130. — 500 fl. Loose 149½. — 250 fl. Loose 90½. — Nordbahnactien 98. — Glogauiger 96½. — Mailänder 70½.

Metall. etwas angezogen ebenso sind Eisenbahnactien bedeutend in die Höhe gegangen. Alle fremden Valuten heute wiederum bedeutend gestiegen. Frankfurt 124½, London 12 fl. 35, Paris 2 Monat 151, Amsterdam 2 Monat 174.

Amsterdam, 2. Juni. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 48¹⁵/₁₆, ½. — 3pCt. Schuld 57½. — 4pCt. 75½. — 5pCt. Ard. 11¹⁵/₁₆, — do. à 510 pl. St. 11¹⁵/₁₆, ½. — 3pCt. ind. à 6000 fl. 23½, ½. — Russ. 4pCt. bei Stieglitz 80. — 5pCt. Met. 70½.

In unserm Inland. Fonds war heute wenig Paniel nach Variation. Span. etwas minder fest. Franz., Oesterr. und Russ beinahe unverändert. In Peru war das Geschäft sehr animirt eröffnet zu 51½, es gingen solche schnell zurück auf 50, und blieben wieder durch einige Käufer, die sich zu diesen niedrigern Coursen zeigten, 50½ getragt.

London, 1. Juni. 3pCt. Stocks 91½, ½. — 5pCt. Span. 17/₃₂, ½, 17. — Neue 3pCt. 33½, 32½, 33½. — 4pCt. Port. —. — 2½pCt. Holländ. —.

Paris, 2. Juni. Stand der Rente: 5pCt. 52. 90. — 3pCt. 53. 40. — Neapol. 84. — Neue 3pCt. Span. 21½. — Innere Schuld 21½. G. — Bankactien 2220. — St. Germain-Eisenbahn 370 — Versailles, rechtes Ufer 185. — Linkes Ufer 160. — Paris-Orleans 740. — Paris-Rouen 497. 50. — Orleans Bordeaux 400. — Orl ans-Vierzon 330. — Rouen-Havre 250. — Marseille-Avignon 181. — Straßburg-Basel 100. — Nordbahn 410. Paris-Straßburg 357. 50.

Die Börse war heute sehr ruhig und der Umsatz unbedeutend. In Folge des günstigen Ausfalls der Bureauwahlen gingen die Fonds etwas in die Höhe.

Frankfurt, 5. Juni.

Da nachstehende Nachrichten nicht in alle Exemplare unserer gestrigen Beilage aufgenommen werden konnten, so tragen wir sie hier nach.

⊙ **Stuttgart**, 2. Juni. In der Sitzung der Ständeversammlung verkündigte heute der Präsident, daß der Vicepräsident der Nationalversammlung, Eisenstuck, ihm persönlich zu erkennen gegeben habe, daß dieselbe hierher übersiedeln wolle, und es ihm angenehm wäre, wenn sie, auch mit Absicht auf die Localität, hier willkommen geheißen würde. Staatsrath Römer bemerkte kurz, es sei der Regierung gestern ein officielles Schreiben des Präsidenten mitgetheilt worden, wornach die Nationalversammlung den Beschluß gefaßt habe, hierher zu kommen. Seeger zweifelt nicht, daß von der Staatsregierung Einleitungen getroffen werden, um den Vertretern des deutschen Volkes eine würdige Aufnahme zu sichern, aber auch die Ständekammer sollte der Nationalversammlung gern jeden Vorschub leisten. Freiherr von Hornstein findet es sehr zweifelhaft, ob diese Uebersiedelung für die Stellung der württembergischen Ständeversammlung von Vortheil sei. Wenn zwei solcher Körper sich an Einem Orte befinden, so sei es für den kleineren nicht gut. Man brauche eben keinen Triumph darüber zu feiern, daß sich die Frankfurter Versammlung hierher begeben. Mack ist dafür, daß man ihr in ihren bedrängten Umständen, welche ein Bild der Bedrängniß des Vaterlandes seien, allen Vorschub leisten sollte. Auch Scherr will der von preußischen Bajonneten Verfolgten ein gastliches Asyl geboten wissen. Sein Antrag, die Kammer möge beschließen, ihren Präsidenten zu beauftragen, alles zu thun, was von Seite der Kammer zum Empfang und Unterkommen der Nationalversammlung geschehen kann, und dieselbe im Namen der Kammer willkommen zu heißen, wird von der Mehrheit angenommen; viele auf der Prälaten- und Ritterbank bleiben sitzen. Als der Präsident Murschel hinzufügen wollte, vielleicht könnte es der Fall sein, daß man dieses Local anbieten könnte, entstand von einer Seite großer Lärm und der Ruf Nein! Nein!. Die Staatsräthe Duvernoy und Römer bemerkten, wenn die Kammer einseitig über Staatseigenthum verfügen wollte, so habe die Regierung auch ein Wort zu sprechen, und welches Wort sie sprechen werde, werde nicht zweifelhaft sein. Damit wurde der Gegenstand verlassen. Die Absicht ist, der Nationalversammlung den Ständesaal der zweiten Kammer einzuräumen, wogegen diese, deren Arbeiten ohnedies nicht mehr über 14 Tage andauern werden, den eben frei gewordenen Saal der Kammer der Standesherren einnehmen würde. Eine Räumlichkeit würde auf diese Weise die Nationalversammlung schon erhalten, und zwar ganz nach dem Verhältniß der gegenwärtigen Anzahl ihrer Mitglieder, welche wir, wie auch ihre etwaige Wirksamkeit in Stuttgart, nicht zu hoch anschlagen wollen. — Dem Gesetzentwurf wegen Uebernahme der Post in die Hände des Staates stimmt die Kammer als Ständeversammlung mit 48 gegen 24 Stimmen bei, da die Kammer der Standesherren noch nicht darüber berichtet hat und jetzt nicht mehr berieth. Der Termin der Uebernahme wurde auf den 30. Juni bestimmt.

Seit gestern Abend hielt sich Fickler hier auf und wurde heute Vormittag verhaftet und auf den Asberg geführt. Er soll eine Summe Geldes bei sich gehabt und damit den Versuch der Verführung von Soldaten gemacht haben.

Die Zustimmungsadressen für die Politik des Ministeriums gegenüber der Reutlinger Versammlung mehren sich von allen Bezirken. Die Stadt ist fortlaufend ruhig, und die Bürgerwehr versieht den Dienst zur allgemeinen Zufriedenheit. Möge dieser gesetzliche Zustand nicht durch die Nationalversammlung, wie von manchen Seiten gefürchtet wird, getrübt werden.

** **Paris**, 2. Juni. Das neue Ministerium ist endlich zu Stande gekommen. Es besteht aus folgenden Mitgliedern: Odilon Barrot, Conseilpräsident und Justizminister; Dufaure, Inneres; Tocqueville, Auswärtiges; Rullieres, Krieg; Fallour, Unterricht und Cultus; Passy, Finanzen; Tracy, Marine; Lanjuinais, Handel, und Lacrosse, Bauten.

Die heutige Sitzung der legislativen Versammlung wurde von dem Alterspräsidenten Keratry unter den gewöhnlichen Formalitäten eröffnet. Hierauf übergab derselbe den Vorsitz dem neugewählten Präsidenten, Dupin dem Aeltern, der mit rothem Bande und großem Ordensstern auf der Brust auf dem Bureau erschien. Er trat sein Amt mit einer Rede an, die er mit dem Ruf: Es lebe die Republik! schloß. Die Versammlung nahm sodann die Prüfung der noch rückständigen Legitimationen vor. Germain Sarrut's, eines Mitgliedes der Bergpartei, Wahl wurde angefochten und seine Ausschließung beschlossen. Unterbrochen wurde die Debatte weiter durch die Publication des neuen Cabinets, und nachdem diese erfolgt, die Prüfung der Vollmachten wieder aufgenommen. Sämmtliche 28 Wahlen des Seinedepartements gingen ohne Beanstandung durch.

Die Herren Culmann, Ruge und Blind sollen, wie man hört, mit diplomatischen Aufträgen aus der Pfalz hier angekommen sein.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matthy.

Vielfacher Aufforderung zufolge erklären sich die Unterzeichneten bereit, Beiträge zur Unterstützung der Verwundeten und Hinterlassenen der an der hessisch-badischen Grenze in ihrer Berufspflicht Gefallenen dankbar in Empfang zu nehmen. — Sie ersuchen die Geber, die Art der Verwendung zu bezeichnen, indem sie sonst annehmen, daß ihnen die Vertheilung überlassen bleibt.

Frankfurt a. M., den 3. Juni 1849

Biersack, im Zoll-Directions-Gebäude. **v. Rabenau**, vor dem Bockenheimer Thor Nr. 11 B.

v. Leonhardi, Große Eschenheimerstraße Nr. 37 neu.

Auch die Redactionen der „Oberpostamts-Zeitung" wird Beiträge zu obigem Zwecke dankbar annehmen und zur öffentlichen Anzeige bringen.

Benachrichtigungen.

[1516] **Bekanntmachung.**

Vom 1. Juni 1849 an findet die Abfertigung der Brief- und Päckereipost von **Soden** nach **Höchst** und umgekehrt in folgender Weise statt:

aus Soden:	aus Höchst:
6 Uhr Morgens zum Anschluß an den I. Bahnzug nach Frankfurt,	9 Uhr 50 Min. Morgens nach Ankunft des II. Bahnzuges v. Frankfurt,
11 Uhr 30 Min. Vormittags per Cölner Diligence,	2 Uhr Nachmittags per Cölner Diligence,
2 Uhr 30 Min. Nachmittags zum Anschluß an den IV. Bahnzug nach Frankfurt,	5 Uhr 45 Min. Abends nach Ankunft des V. Bahnzuges von Frankfurt.

Mit der Cölner Diligence finden außer größeren Fahrpostsendungen auch Personen-Beförderung; mit den übrigen beiden Postverbindungen dagegen nur Briefe und kleinere Handpackete.

Frankfurt a. M., den 4. Juni 1849.

General-Post-Direction.
Freiherr von Dörnberg.
vdt. Hoffmann.

Concerte auf dem Orchestrion
im großen Saale des Weidenbusches
wegen Abreise nur noch diese Woche. — Billets bei C. André und an der Casse à 30 kr. Kinder zahlen die Hälfte. — Gallerie 12 kr. [1513]

[1507] **Anzeige.**

Der Unterzeichnete zeigt hiermit ergebenst an, daß sein bisheriger Stellmeister Herr Frändel von München aus seinem Dienste entlassen ist, und alle bisherigen Dienstverhältnisse, so wie alle mit ihm bestandenen Geschäftsverbindungen aufgehoben haben.

Moses Franckel,
Pferdehändler in Urspringen bei Würzburg.

[1493] Zu der Leihbibliothek von J. P. Demmert 40
Die Verfassung des deutschen Reichs,
amtliche Ausgabe,
zu 6 kr. das Exemplar zu haben.

[1501] **Bekanntmachung.**

Bei der zufolge Bekanntmachung vom 12. d. M. heute stattgefundenen Verloosung des 3½ pCt. Anlehens vom 9. April 1839 sind nachfolgende Nummern zur Rückzahlung herausgelooset worden:

Obligationen Lit. A, wobei 13 Coupons und Talon abzuliefern:
à fl. 1000. Nr. 24. 73. 171. 448. 515. 711. 735. 862. 1060.
à fl. 500. Nr. 1332. 1563 1933. 2031.
à fl. 300. Nr. 2341. 2345. 2775. 2812.
à fl. 150. Nr. 3211. 3550. 3592.
à fl. 100. Nr. 4193. 4278. 4409. 4433.

Obligationen Lit. B, wobei 13 Coupons und Talon abzuliefern:
à fl. 1000. Nr. 415. 498. 603. 722. 745. 990. 1075.
à fl. 500. Nr. 1110. 1334. 1387. 1397. 1503. 1560. 1951.
à fl. 300. Nr. 2131. 2172. 2354. 2944. 2968. 2971. 2973.
à fl. 100. Nr. 4274. 4437.

Obligationen Lit. C, wobei 13 Coupons und Talon abzuliefern:
à fl. 1000. Nr. 139. 284. 641. 708. 809.
à fl. 500. Nr. 1259. 1305. 1458. 18 6. 1931. 1919. 2013.
à fl. 300. Nr. 2111. 2126. 2195. 2226. 2475. 2512. 2540. 2[illegible] 2681. 2697. 2738 2785. 2858. 2970 3057.
à fl. 150. Nr. 3244. 3393. 3399. 3409. 3431. 3442. 3464. 3[illegible] 37-8. 3845. 3864. 3-98. 4030.
à fl. 100. Nr. 4153. 4191 4242. 4259. 4264. 4296. 4426. 4[illegible] 4519. 4529. 4556. 4593.

Obligationen Lit. D, wobei 14 Coupons und Talon abzuliefern:
à fl 1000. Nr. 3. 134 139. 180. 260. 332. 719. 731. 763. 9[illegible] 1004. 1034. 1079
à fl. 500. Nr. 1568. 1793. 1867.
à fl. 300. Nr 2189. 2547. 2933. 2915. 3012.
à fl. 150. Nr. 3132. 3184. 3206. 3300. 3373. 3546. 3935. 39[illegible]
à fl. 100. Nr. 4155. 4381. 4517. 4547.

Den Betrag dieser Obligationen können die Inhaber derselben mit den bis dahin fällig werdenden [illegible] Zinsen

Montag den 2. Juli a. c.

bei unterzeichneter Stelle gegen Zurücklieferung der Obligationen in Empfang nehmen, wobei bemerkt wird, daß die bei den Obligationen befindlichen Coupons und Talons mit eingeliefert werden müssen.

Da auch noch verschiedene der in den vorigen Verloosungen gezogenen Obligationen desselben Anlehens, nämlich:

Lit. A à fl. 500. Nr. 1654.
" " " 300. " 2184. 2518. 2802. 3007.
" " " 150. " 3557.
" " " 100. " 4239. 4349. 4362. 4385. 4468. 4546.
Lit. B à fl. 1000. Nr. 259. 261. 350. 706. 763. 761. 815. 979
" " " 500. " 1602. 1706. 1765.
" " " 300. " 2698.
" " " 150. " 3255. 3738. 3773. 4059.
" " " 100. " 4265. 4 91.
Lit. C à fl. 1000 Nr 320. 397. 660.
" " " 500. " 1134. 1216.
" " " 300. " 2358. 2516. 2532. 2697. 2774.
" " " 150. " 3160. 3436. 3775.
" " " 100. " 4323. 4388. 4572. 4573. 4591. 4713.
Lit. D à fl. 1000. Nr. 148. 618.
" " " 500. " 1294. 15-8. 1788. 2046.
" " " 300. " 2339. 2909. 2951.
" " " 150. " 3115. 3242. 3306. 3337. 3913. 4077.
" " " 100. " 4101. 4609.

bis heute nicht zur Erhebung vorgekommen sind, so will unterzeichnete Commission die Inhaber derselben an deren Ablieferung samt den abhängigen Zinscoupons nochmals mit dem Bemerken erinnern, daß selbst den ihnen durch längeren Verzug erwachsenden immer größeren Schaden sich selbst zuzuschreiben haben werden, indem auf die gezogenen Obligationen von den in den Ziehungen angesetzten Terminen an keine Zinsen mehr vergütet werden.

Frankfurt a. M., den 23. Mai 1849.

Schuldentilgungs-Commission.

Niederländische Dampfschiffe.

Die Boote dieser Gesellschaft fahren vorläufig um 9¼ Uhr von **Mainz** ab

jeden Sonntag, Montag, Dienstag, Donnerstag und Samstag,

den ersten Tag nach **Köln**, den zweiten Tag bis **Rotterdam** über **Arnheim** in Verbindung mit der Eisenbahn nach **Amsterdam** und jeden Sonntag in 3 Tagen nach **London**

Der Personen-Tarif ist sehr ermäßigt und die Güter werden auf das Prompteste befördert.

Der Agent **E. L. Beyschlag**, in Frankfurt a. M.

[1498]

[1497] **Schöne Citronen,**
4 fl. pr. 100, 1 fl. pr. 25 und 30 kr. pr. 12 Stück, im ganzen Kisten billiger bei
Milani-Minoprio,
kleiner Hirschgraben Nr. 3.

Catarrhe, Schnupfen, Husten, Heiserkeit.

Der Brustteig von Georgé in Epinal, wofür derselbe bei der Industrieausstellung in Paris eine silberne und goldene Ehrenmedaille erhielt, ist ein angenehmes und ausgezeichnet wirksames Brustheilmittel, in allen deutschen Städten und hier nur allein in dem Hauptdepot bei Herrn Conditor Scholl, große Sandgasse, zu haben.

Commissionäre sind: Hr. Conditor J. C. Schlemmer in Mainz. [1380]

Keine grauen Haare mehr!!
Das einzige in Paris approbirte
Chantal-Wasser
färbet Kopf- und Bart-Haare augenblicklich und dauerhaft in allen Nüancen, wofür garantirt wird. Preis 7 Franken im Hauptdepot bei Hrn. **H. G. v. Oven**, Bleidenstraße 24. [1419]

[1474] Eine schöne Wohnung an der Eisenbahnstraße, mit oder ohne Möbel, ist zu vermiethen.

[1449] Ein gebildeter junger Mann kann in einem anständigen Hause Tisch und Wohnung erhalten. Gelegenheit zur Uebung in Musik und fremden Sprachen wird ihm im Hause geboten. Näheres unter Nr. 1449 bei der Expedition d. Bl.

[1518] In dem schönsten Theile der Promenade nahe bei dem Bockenheimer Thor sind 2—3 gut möblirte Zimmer mit der schönsten Aussicht noch dem Taunus zu sehr ermäßigten Preisen zu vermiethen. Näheres bei der Exped. d. Bl.

[772] **H. G. von Oven,**
Bleidenstraße 24., empfiehlt sein wohlassortirtes Lager in:
schwarzen seidenen Herrenhalsbinden in Taffet und Atlas, Sammethalsbinden in Seide, Halbseide, Jaconet und Foulard, ächt ostindischen Taschentüchern, Chantelaines, Foulard- und Atlas-Brochetüchern.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[1432] **Edictalladung.**

Dem pension. Bürger und Kaufmann Martin Schlotthofer ist das Original eines ihm von dem Rechnungsamte ertheilten Depotscheins über eine von ihm bei demselben am 24. April 1836 bis zu 500 fl. — geleistete, seit dem 23. April 1841 aber bis auf 300 fl. vermindernde Caution, bestehend in einer hierigen zu 3½ Procent verzinslichen Stadtobligation Lit. C. Nr. 2306 im Nominalbetrage von 300 fl. seiner Angabe nach abhanden gekommen. Auf seines Antrag werden daher alle diejenigen, welche an den vorgedachten Depotschein Ansprüche haben sollten, hiermit aufgefordert, dieselben binnen

zwei Monaten

bei dem unterzeichneten Amte geltend zu machen, widrigenfalls nach Ablauf der Frist jener Depotschein für erloschen erklärt werden soll.

Frankfurt am M., den 21. Mai 1849.

Stadtamt II.
Dr. Pfarr.
Dr. Amoni, Act.

[1495] **Steckbrief.**

Der hiernach signalisirte Rekrut Julius Trost von Louisenthal (Mühlheim an der Ruhr) hat sich der wegen eines im Mai 1849 zu Elberfeld geübten Complotts und verübten Attentats mit dem Zweck die Bürger zur Bewaffnung gegen die Königl. Gewalt zu reizen, verhängungsweise wegen illegaler Entfernung und Fesselung verübenen Personen wegen unbefugter Einmischung in öffentliche Angelegenheiten der Civilbehörde, und wegen Plünderung im Hafen Verhaft zu Kronenberg an der Spitze einer bewaffneten Bande, eingeleiteten Untersuchung durch die Flucht entzogen. Auf Grund des von der Inquisitionsrichter erlassenen Vorführungsbefehls ersuche daher die betreffenden Civil- und Militärbehörden auf denselben vigiliren und ihn im Betretungsfalle verhaften und mit vorführen zu lassen.

Elberfeld, den 30. Mai 1849.

Der Ober-Procurator
für denselben:
Der Staats-Procurator.
ges. Tschorn.

Signalement.

Alter: 24 Jahre; Größe: 5' 4" 3"'; Haare: dunkelblond; Augen: blau; Nase: spitz; Mund: gewöhnlich; Bart: blond; Kinn: oval; Gesichtsfarbe: gesund; Statur: schlank.

[1471] Alle die, welche aus der von Johann Heinrich Angeber in Breitenborn am 6. November 1834 zu Gunsten des Pfleger Stübing in Breitenborn über ein Darlehen von 450 Gulden errichtete angeblich verloren gegangene Schuld- und Pfandverschreibung Rechte herleiten wollen, haben solche

binnen 6 Wochen

von heute an dahier geltend zu machen, widrigenfalls die Löschung der Hypothek verfügt werden wird.

Wächtersbach am 18. Mai 1849.

Kurfürstlich Gräflich Isenb. Justizamt.
Vollmar.

Neueste **Tolle du Nord**-Lieder zu 3 fl. 15 kr. bei L. B. Schuster, Bleidenstraße Nr. 3. [547]

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Konversations-Blatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Dienstag (Beilage zu Nro. 132.) 5. Juni 1849.

Amtlicher Theil.

An den geheimen Justizrath Dr. Grävell.

Auf Ansuchen des Reichsministers des Innern und interimistischen Präsidenten des Reichsministerrathes, geheimen Justizraths Dr. Grävell, vom 2. d. M., habe ich mich bewogen gefunden, ihn dieser beiden Functionen zu entheben.

Frankfurt a. M., den 3. Juni 1849.

Der Reichsverweser

(L. S.) (gez.) **Erzherzog Johann.**

Der Reichsminister des Krieges und Präsident des Reichsministerrathes (gez.) Fürst Wittgenstein.

An den großherzoglich hessischen Generallieutenant Reichsminister des Krieges Fürsten August von Sayn-Wittgenstein-Berleburg.

Ich ernenne den großherzogl. hessischen Generallieutenant Fürsten August von Sayn-Wittgenstein-Berleburg und Reichsminister des Krieges, unter Beibehaltung dieser Functionen, zum Präsidenten des Reichsministerrathes.

Frankfurt a. M., den 3. Juni 1849.

Der Reichsverweser

(L. S.) (gez.) **Erzherzog Johann.**

Der Reichsminister (gez.) Jochmus.

An den Reichsminister der Justiz J. H. Detmold.

Ich ernenne den Reichsminister der Justiz J. H. Detmold, unter Beibehaltung dieser Function, zum interimistischen Reichsminister des Innern.

Frankfurt a. M., den 3. Juni 1849.

Der Reichsverweser

(L. S.) (gez.) **Erzherzog Johann.**

Der Reichsminister des Krieges und Präsident des Reichsministerrathes (gez.) Wittgenstein.

Nichtamtlicher Theil.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 4. Juni. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt wird beschlossen: die Sitzungen für Verfassungsangelegenheiten Montag und Freitag zu halten und Mittwoch für die laufenden Geschäfte zu bestimmen. Fortsetzung der Berathung des Verfassungsentwurfs. Vierter Abschnitt. Von dem Volksrathe. Zweite Abtheilung. Sitzungen und Verhandlungen des Volksrathes. Art. 79. „Der Volksrath tritt am ersten Montag des Novembers kraft eigenen Rechtes zusammen. Die folgenden Sitzungen werden durch seinen Vorsitzer angeordnet." Nach einigen Bemerkungen von Donner, Sen. Hessenberg, Finger, Dr. Mappes, Bentard und Herwig wird der Antrag des Verfassungsausschusses angenommen, und ein Zusatzantrag von Dr. Burkard in namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 42 Stimmen verworfen. Art. 80. „Die Sitzungen des Volksraths sind öffentlich. Nur ausnahmsweise können sie durch Beschluß der Versammlung in geheime verwandelt werden." Auf den Antrag von Dr. Braunfels wird der Ausdruck „geheime" in „nicht öffentliche" abgeändert und so der Artikel angenommen. Art. 81. „Der Volksrath kann nur dann beschließen, wenn wenigstens 64 Abgeordnete anwesend sind. Er faßt seine Beschlüsse durch absolute Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder." Nach einer Debatte zwischen Dr. Reinganum, Dr. Binding, Dr. J. Friedleben, Dr. Manhayn, Dr. Stein, Dr. Braunfels, Senator Hessenberg wird auf den Antrag von Dr. J. Friedleben die Zahl auf 50 herabgesetzt und so der Artikel genehmigt. Art. 82. „Alle Mitglieder des Regierungsrathes haben das Recht, den Sitzungen des Volksrathes beizuwohnen und an den Verhandlungen Theil zu nehmen. Der Regierungsrath kann seine Anträge durch besonders Bevollmächtigte aus seiner Mitte oder aus der Zahl der Staatsbeamten vertreten lassen. Auch kann der Volksrath die Gegenwart von Bevollmächtigten des Regierungsrathes in den Sitzungen zur Ertheilung etwa nöthiger Auskunft verlangen. Den Mitgliedern und den Bevollmächtigten des Regierungsraths muß jederzeit auf ihr Verlangen das Wort ertheilt werden. Sind die Regierungsräthe oder Bevollmächtigten zugleich Abgeordnete im Volksrathe, so nehmen sie auch an dessen Beschlüssen Theil." Auf den Antrag von Dr. Braunfels wird der dritte Satz so gefaßt: „Der Regierungsrath ist verpflichtet, auf Verlangen des Volksrathes Bevollmächtigte zur Auskunftsertheilung abzuordnen." Das Uebrige wird unverändert angenommen. Art. 83. „Vorsitzer des Volksrathes oder Stellvertreter dieses Vorsitzers kann ein Mitglied des Regierungsrathes nicht sein." Angenommen. Art. 84. „Jedermann kann schriftliche Eingaben an den Volksrath richten (Art. 41). Der Eintritt von Deputationen in die Sitzung zur Ueberreichung von Zuschriften ist unstatthaft." Angenommen. Art. 85. „Die Form seiner Berathungen bestimmt der Volksrath selbst durch seine Geschäftsordnung." Nach einiger Erörterung zwischen Dr. Goldschmidt, Dr. Reinganum, Schöff Souchay, Dr. Braunfels, Dr. Mappes, Dr. J. Friedleben, Dr. Manhayn und Dr. Schwarzschild wird auf den Antrag von Dr. Manhayn der Artikel mit folgender Abänderung angenommen: „Die Form seiner Berathungen und die Art der Handhabung der Ordnung bestimmt der Volksrath selbst durch seine Geschäftsordnung." Dritte Abtheilung. Zuständigkeit des Volksrathes. Art. 86. „Der Volksrath beschließt die Gesetze und übersendet sie dem Regierungsrathe zur Verkündigung und Vollziehung." Art. 87. „Das Recht, Gesetze zu beantragen, steht dem Regierungsrathe und jedem Mitgliede und Ausschuß des Volksrathes zu." Art. 88. „Geht der Antrag aus dem Volksrathe hervor, so kann dieser nach Gutfinden entweder den Regierungsrath ersuchen, ihm einen Gesetzentwurf vorzulegen, oder das Gesetz sogleich beschließen." Art. 89. „Die von dem Regierungsrath beantragten Gesetze kann der Volksrath annehmen, verwerfen und verändern. Der Regierungsrath kann die von ihm ausgehenden Anträge zurückziehen, so lange der Volksrath nicht endgültig darüber beschlossen hat." Diese vier Artikel wurden ohne Discussion angenommen. Art. 90. „Der Regierungsrath kann ein ihm zur Verkündigung überwiesenes Gesetz binnen einer Frist von drei Monaten seit dem Empfang desselben mit Erinnerungen an den Volksrath zurückgeben. In der Gestalt, in welcher der Volksrath hierauf nach erneuerter Berathung das Gesetz beschließt, muß dasselbe von dem Regierungsrathe verkündet werden." Art. 91. „Wenn der Regierungsrath ein Gesetz, gegen das er keine Erinnerung erhoben hat, oder das nach der erneuerten Berathung des Volksrathes (Art. 90) an ihn gelangt ist, binnen 20 Tagen nach Ablauf der drei Monate im ersten Fall, oder binnen 20 Tagen nach Mittheilung des Gesetzes im zweiten Fall, nicht verkündet, so kann der Volksrath selbst die Verkündung durch seinen Präsidenten bewirken und den Regierungsrath zur Verantwortung ziehen." Statt dieser beiden Artikel schlägt Senator Hessenberg und eventuell Dr. Binding folgendes Minoritätserachten vor: „Art.... Der Regierungsrath muß jedes ihm zum Vollzug überwiesene Gesetz entweder binnen zwei Monaten seit dem Empfang desselben mit seinen Erinnerungen an den Volksrath zurückgeben oder binnen weiteren zwanzig Tage verkünden. Art..... Läßt der Regierungsrath beide Fristen verstreichen, ohne innerhalb der ersten von seinem Erinnerungsrecht Gebrauch zu machen und ohne das Gesetz zu verkünden, so kann der Volksrath die Verkündung durch seinen Präsidenten bewirken und den Regierungsrath zur Verantwortung ziehen. Art.... Werden die von dem Regierungsrathe rechtzeitig gemachten Erinnerungen von dem Volksrathe zurückgewiesen, so kann der Regierungsrath die Verkündung des neuen Gesetzes verschieben, bis ein neuer Volksrath zusammengetreten ist und eine nochmalige Prüfung vorgenommen hat. Art.... In der Gestalt, in welcher der neue Volksrath hierauf das Gesetz beschließt, muß dasselbe von dem Regierungsrathe binnen zwanzig Tagen seit dem Empfang desselben verkündet werden, sonst erfolgt die Verkündung desselben durch den Volksrath, vorbehaltlich der Verantwortlichkeit des Regierungsrathes. Letzteres gilt auch dann, wenn der Regierungsrath ein von dem Volksrathe des vorigen Jahres beschlossenes Gesetz, dessen Verkündung er gemäß Art.... verschoben hat, dem neuen Volksrathe nicht binnen zwanzig Tagen nach dessen Zusammentritt zur erneuerten Berathung vorgelegt hat." Dieses Minoritätserachten wird von Sen. Hessenberg motivirt, von Dr. Kugler amendirt, von Dr. A. Friedleben, Dr. Mappes, Dr. Schwarzschild, Bentard, Debary unterstützt und allein von dem Berichterstatter, Dr. J. Friedleben, bekämpft. Die Ausschußanträge werden verworfen und das Minoritätserachten in namentlicher Abstimmung mit 63 gegen 32 Stimmen angenommen. Art. 92. „Der Volksrath beschließt insbesondere die Gesetze 1) über die Steuern und Abgaben, sowie über die Erhebungsweise derselben; 2) über den jährlichen Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben; 3) über die vergleichende Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben eines verflossenen Jahres im Verhältniß zu dessen Voranschlag (Rechnungsgesetz); 4) über die Aufnahme von Staatsanleihen; 5) über das Münzwesen. Das Münzrecht steht ausschließlich dem Staate zu und kann Niemandem verliehen werden. 6) über die bewaffnete Macht." Angenommen. Art. 93. „Dem Volksrathe ist ferner übertragen: 1) die Genehmigung der Staatsverträge; 2) die Einwilligung zur Veräußerung und Erwerbung von Staatsgütern; 3) die Uebersicht über den Staatshaushalt, die Einsicht aller Staatsrechnungen durch Ausschüsse; 4) die Aufsicht über die gesammte Staatsverwaltung. Zu diesem Behufe kann der Volksrath von dem Regierungsrathe Bericht über alle Gegenstände der Verwaltung verlangen. 5) Das Recht der Anklage des Regierungsrathes, seiner Mitglieder und anderer Staatsbeamten. Ein Gesetz wird die Fälle und die Form solcher Anklagen bestimmen. 6) Die Ertheilung des Staatsburgerrechtes an Nichtdeutsche (Naturalisation). 7) Die Verfügung auf Beschwerden Einzelner wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte durch eine Behörde. Doch bleibt es dem, welcher sich für verletzt hält, überlassen, ob er den Volksrath anrufen oder die Hilfe der Gerichte in Anspruch nehmen will (Art. 42). Ueber die Punkte 3, 4 und 6 werden von Dr. Stein, Dr. Manhayn, Dr. Reinganum, Schöff Souchay, Dr. Kugler, Dr. Binding, Dr. von Oven und Senator Hessenberg Bemerkungen eingebracht, der Artikel aber unverändert angenommen. Art. 94. „Dem Volksrathe steht das Begnadigungsrecht zu. Er übt dasselbe theils unmittelbar, theils durch Uebertragung. Er übt es immer unmittelbar, wenn es sich handelt a) von der Bestrafung politischer oder vermittelst der Presse begangener Verbrechen oder Vergehen, b) von der Bestrafung eines Staatsbeamten wegen Amtsvergehen, c) von einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe. Er kann jedes Begnadigungsgesuch an sich ziehen. Ein Gesetz bestimmt, in welchen Fällen und in welchen Formen das Begnadigungsrecht geübt werden, und welchen Behörden es übertragen werden kann. Niemand darf wider seinen Willen begnadigt werden." In der Discussion, an welcher sich Dr. Mappes, Dr. J. Friedleben, Dr. A. Friedleben, Schöff Souchay und Dr. Kugler betheiligten, wird sich theils gegen das Begnadigungsrecht im Allgemeinen, theils für dessen gänzliche Uebertragung an den Regierungsrath ausgesprochen, der Artikel aber unverändert angenommen. Art. 95. „Der Volksrath hat das Recht, vollständige oder theilweise Amnestie zu gewähren." Dr. Goldschmidt beantragt das Erforderniß eines Gesetzes für die Ertheilung von Amnestie. Nach einigen Bemerkungen von Dr. Reinganum, Dr. Braunfels und Dr. Stein wird der Artikel unverändert angenommen. Art. 96 „Der Volksrath kann die Untersuchung thatsächlicher Verhältnisse durch Ausschüsse vornehmen lassen. Bedürfen diese Ausschüsse der Auskunftsertheilung oder Mitwirkung von Behörden, so sind letztere durch den Regierungsrath hiezu anzuweisen." Angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch den 6. Juni.

*** **Frankfurt**, 5. Juni.*) In den Zeitungen lesen wir, daß Preußen, Sachsen und Hannover sich über eine Reichsverfassung und ein Reichsschiedsgericht geeinigt haben. Allein in dieser Fassung ist eine solche Behauptung eine unrichtige. Denn die Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover sind nicht Preußen, Sachsen, Hannover. Was Preußen und Hannover anlangt, so wollen wir uns, als über die Landeszustände nicht genugsam unterrichtet, kein Urtheil hier erlauben; was aber Sachsen anlangt, so ist die Regierung des Landes dem Verfassungsentwurfe lediglich „unter dem ausdrücklichen Vorbehalte der sächsischen Kammern" beigetreten und es ist als ziemlich sicher anzunehmen, daß die Stände des Königreiches Sachsen dieses Project mit Entschiedenheit zurückweisen werden. Die Abänderung der Grundrechte und das auf vormärzliche Grundsätze rückwärts gehende Wahlgesetz haben hingereicht, in Sachsen, selbst in solchen Kreisen, die als reactionär erscheinen würden, eine tiefe Verstimmung, ja theilweise sogar lebhafte Erbitterung hervorzurufen, die, da Sachsen doch noch nicht preußische Provinz ist, allein hinreichen dürfte, den nächsten Wahlen eine Richtung zu geben, die mit dem preußischen Plane unverträglich ist, ganz abgesehen von der Stärke der deutschen Gesinnung in Sachsen, welche ein ganzes Deutschland vereinigt sehen will. Das Reichswahlgesetz ist vom Reichsverweser im Reichsgesetzblatte Stück 13 vom 16. April verkündet worden, mithin in Sachsen rechtsverbindlich, und wir bezweifeln, ob gutwillig so viele ihr politisches Recht sich werden nehmen lassen, als es verlieren müßten, wenn der preußische Wahlgesetzentwurf in Giltigkeit treten sollte. Schreiber dieses wenigstens, der von einer großen Stadt Sachsens in die Nationalversammlung abgeordnet wurde, und nach dem neuen Entwurfe nicht einmal stimmberechtigt wäre, ist entschlossen, unrechtmäßiger Gewalt nicht sein Wahlrecht zu opfern. Was endlich das von den drei Regierungen projectirte Reichsschiedsgericht betrifft, so hat Sachsen bereits seinen Staatsgerichtshof, vor den pflichtvergessene Minister zu ziehen sind.

Frankfurt, 5. Juni. Die Stadtcanzlei veröffentlicht in der heutigen Nummer des „Amtsblattes" der freien Stadt Frankfurt folgendes Schreiben:

„An einen Hohen Senat der freien Stadt Frankfurt! Die Nationalversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, sich nach Stuttgart zu verlegen. Wir können nicht von hier scheiden, ohne den Behörden und Bürgern dieser Stadt im Namen der Versammlung unseren Dank für ihr freundliches Entgegenkommen zu sagen. Wir ersuchen einen hohen Senat, hiervon der Bürgerschaft gefälligst Mittheilung zu machen, und bedauern, daß unsere Anwesenheit der Stadt Frankfurt und ihren Behörden manche Unannehmlichkeit und Mühwaltung gemacht hat. Möge die Verfassung siegen, und Frankfurt in seinem Senat und seinen Bürgern noch Kräften zu ihrer Durchführung mitwirken.

Frankfurt a. M., den 30. Mai 1849.

Der Gesammtvorstand der deutschen Nationalversammlung:

Das Präsidium:

(gez.) Löwe. Eisenstuck.

Die Schriftführer:

(gez.) Zeyer. Gottschalk. Reuter. A. Rösler von Ols.

** **Frankfurt**, 5. Juni. Wir vernehmen, daß der badische Bevollmächtigte, Herr Welcker, um nicht bei Ausübung seines Dienstes in der jetzigen Lage Deutschlands in Widerstreit mit seinen politischen Ueberzeugungen zu kommen, seiner Stelle entsagt hat.

*** **Frankfurt**, 5. Juni. Die Coercitivmaßregeln gegen die Ausländischen in Baden und der Rheinpfalz haben am heutigen Tage begonnen. Man verspricht sich um so mehr einen baldigen entscheidenden Erfolg von denselben, als die Stimmung bei der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gegen das bisherige Treiben und Anbeuten der zum großen Theile durch fremde Elemente verstärkten Aufwiegelung bereits öffentlich laut geworden ist. Rheinhessen ist von preußischen Reichstruppen besetzt, auf der Seite gegen Heidelberg und Mannheim operiren kurhessische,

*) Wir glauben, nachdem wir einen für den preußischen Verfassungsentwurf so ungemein günstigen Artikel veröffentlicht haben, auch diesen, gegen denselben Entwurf gerichteten, die Aufnahme um so weniger verweigern zu dürfen, da er von einem der vier gedruckten Mitglieder der deutschen Reichsversammlung herrührt. Red. d. O.P.A.-Z.

großh. hessische, nassauische und mecklenburgische Reichstruppen. Die österreichischen Reichstruppen waren in Lindau und die bayerischen in Memmingen bereits vor einigen Tagen eingetroffen. Mit Nächstem stehen wichtige Ereignisse bevor.

[:] **Wien**, 1. Juni. F.M.L. Giulay traf am gestrigen Abend plötzlich hier ein. Man vernimmt, der Graf habe die Nachricht gebracht, daß Marschall Radetzky nach der kaum zu bezweifelnden baldigsten Einnahme von Venedig das Obercommando in Ungarn zu übernehmen nicht abgeneigt sei. Es wäre sonach nicht unwahrscheinlich, daß F.M.L. Schönhals Italien übernimmt, jedoch so, daß derselbe dort, sowie der Banus im Südosten und F.Z.M. Haynau im Centrum, unter den alleinigen Befehlen des alten Marschalls operiren, Baron Heß dagegen die Stelle eines ad latus desselben einnehmen dürfte. Die neuesten Nachrichten aus Süd-Ungarn lauten günstig; der Ban belagert mit zunehmendem Erfolge die Veste von Peterwardein, und Knicanin schlug wiederholt die Magyaren, das wichtige Perlas zurückerobernd. — An Truppen ist dermalen dort kein Mangel; Croaten und Serben bilden ein reorganisirtes Heer von 30,000 Mann. — Görgey zog mit 25,000 Mann nach Komorn, und gedenkt, von dort aus verstärkt, den Kaiserlichen eine Schlacht bei Raab zu bieten. — Die Gerüchte, Kaschau und Eperies seien von den Russen geschleift worden, haben sich zur Stunde nicht bestätigt.

Der „Lloyd" meldet: „Der Kaiser von Rußland wird zum Gegenbesuch bei Sr. Maj. in Schönbrunn erwartet."

Vorgestern Abend ist der in besonderer Mission hierher gesandte königl. preußische General v. Canitz von hier nach Berlin zurückgereist; wie es heißt, soll der Zweck dieser Sendung nur mangelhaft erreicht worden sein.

Der „Lloyd" berichtet: „Das von Kossuth an Bem geschenkte Gut Ferdinandsberg in Siebenbürgen hat auf Verordnung des Ministers des Innern den Namen Bemberg erhalten." — Die Presse bemerkt: „Das Agitationstalent Kossuth's ist gewiß unerschöpflich; wenigstens scheint ihm kein Mittel zu gering, welches sich eignet, die Magyaren irrezuleiten. So ließ er kürzlich officielle Armeestandestabellen im Drucke erscheinen, in welchen er versichert, es wäre ein Geringes, das Heer der Republik auf 1 Million Mann zu stellen, nachdem die magyarische Heeresmacht bereits auf 400,000 Mann angewachsen sei und aus 13 Armeecorps unter 160 Generalen und 270 Obersten bestehe, welche sich theilen in 67 Linieninfanterieregimenter, 21 Regimenter Honveds, 6 Bataillone der Fremdenlegion, 11 Artillerieregimenter, 1600 Mann Carabiniers, 6 Jägerregimenter, 28 Husarenregimenter, 14 Regimenter berittener Honveds und 2 Regimenter berittener Jäger." — Das Ministerium des Innern hat, nach der Presse, in einem Umlaufschreiben den politischen Behörden Vorschriften zur Verfolgung der in den an Ungarn grenzenden Provinzen immer kühner auftretenden republikanischen Emissäre ertheilt. Die Regierung will mit solchen Umtrieben ernstlich zu Ende kommen und kein Mittel unbenutzt lassen, welches zu diesem Ziele führen kann. Zugleich sind sämmtliche Ortsbehörden beauftragt worden, der Veranstaltung von Volksversammlungen entgegenzuwirken und den gegen die gesetzlichen Vorschriften dennoch stattfindenden mit Gewalt entgegenzutreten.

Agram, 28. Mai. Die neueste „Belgrader Zeitung" enthält einige Details über die Einnahme von Orsova durch Bem. Den 16. d. M. hielten die Magyaren ihren Einzug in die Stadt, die sie ohne Schwertstreich einnahmen, nachdem Puchner, obwohl an Truppenzahl dem Feinde überlegen, sich in die Walachei zurückgezogen hatte. Die Ansehnlicheren unter den Einwohnern flüchteten sich, von den Deutschen und Romänen schloß sich der größte Theil den Magyaren an.

Pester Blätter vom 24. entnehmen wir Nachstehendes: Der ungarische Justizminister Bukovics gibt die Confiscation sämmtlicher Güter und Einkünfte des Grauer Erzbischofs Ham und des Bischofs von Fünfkirchen, Schiskovits, kund und erklärt Beide als Vaterlandsverräther.

Krakau, 26. Mai. General Rüdiger ist endlich angekommen, aber nach Abnahme einer Revue sogleich nach Galizien weiter gegangen, wo er sein Corps wahrscheinlich nicht mehr vollzählig antreffen wird, da das Gerücht von einer Niederlage bei Jablunka immer mehr Gewißheit erhält. Nach Berichten aus Tarnow sollen in dortigen Hospitälern viele verwundete und kranke Russen untergebracht werden. Die Cholera greift immer weiter um sich, sie droht uns wie Deutschland Gefahr. Hier haben wir augenblicklich 6—800 cholerakranke Russen. (Gaz. piel.)

Berlin, 3. Juni. Der „Staatsanzeiger" enthält folgende Berichtigung:

Beim Abdruck des Entwurfs der deutschen Reichsverfassung im 147. Stück des „Staatsanzeigers" haben sich einige Fehler eingeschlichen, welche hierdurch, wie folgt, berichtigt werden:

1) Der § 67 soll heißen: Das Fürstencollegium besteht aus 6 Stimmen, und zwar:
1) Preußen.
2) Bayern.
3) Sachsen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Koburg-Gotha, Sachsen-Meiningen-Hildburghausen, Sachsen-Altenburg, Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Köthen, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß ältrer Linie, Reuß jüngerer Linie.
4) Hannover, Braunschweig, Holstein, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Lübeck, Bremen, Hamburg.
5) Württemberg, Baden, Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen, Lichtenstein.
6) Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Luxemburg und Limburg, Nassau, Waldeck, Schaumburg-Lippe, Lippe, Hessen-Homburg und Frankfurt a. M.

Die Staaten, welche einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten zum Fürstencollegium bestellen, haben sich über dessen Wahl zu verständigen; für den Fall der Nichtverständigung wird ein Reichsgesetz die Mitwirkung der Betheiligten bestimmen.

2) Im § 100 zu 2 fallen nach „Matricularbeiträge" die Worte weg: „oder Steuern".

3) Im § 101 zu 5 muß es anstatt: „auf jedem Reichstage" heißen: „auf dem Reichstage".

Coblenz, 4. Juni. Bekanntlich hatte auch der hiesige Gemeinderath eine Deputation zu dem Städtetag in Köln abgesandt, welche den dort gefaßten Beschlüssen beitrat, und demnächst nach Rückkehr der Deputation und Anhörung ihres Berichts mit Stimmenmehrheit folgenden Beschluß gefaßt: „Der Gemeinderath dankt der aus seiner Mitte abgesandten Deputation zur Versammlung von Gemeindeverordneten in Köln für die Ausführung des ihnen ertheilten Auftrags und tritt der veröffentlichten Erklärung vom 8. d. M. bei, indem er alle gesetzlichen Mittel zur Einführung der Reichsverfassung angewendet zu sehen wünscht, und in Bezug auf den achten Punkt jener Erklärung keineswegs die Auffassung theilt, als werde darin zu einer gewaltsamen Losreißung der Rheinprovinz und Bürgerkrieg aufgefordert." Wegen dieses Beschlusses ist nun von der hiesigen Regierung auf Grund des § 71 der Gemeindeordnung ein Verfahren eingeleitet und geht allgemein die Rede, daß eine Suspension des Gemeinderathes bevorstehe. — Unsere Stadt gleicht gegenwärtig einem Feldlager, fortwährend gehen und kommen Truppen, welche zu der Armee an der Nahe bestimmt sind. General v. Hirschfeld geht morgen mit seinem Stabe nach Kreuznach ab. Heute Morgen ist das hiesige Gardelandwehrbataillon sowie das 6. Ulanenregiment und ein Bataillon des 17. Regiments, endlich eine Pioniercompagnie mit einem großen Train zum Brückenschlagen nach der Nahe abmarschirt; ein Bataillon des 17. Regiments und 4 mobile Geschütze von der 7. Brigade zogen gestern hier durch. Morgen brechen abermals große Truppenmassen von hier auf und heute werden an 1000 Mann neue Truppen wieder hier erwartet. Die Truppen leiden durch die Hitze auf dem Marsche sehr. Bis zum 7. d. soll die ganze Armee an der Nahe versammelt sein. — Am gestrigen Abende wurde unsere Stadt durch Generalmarsch alarmirt. Die seit der Ankunft der Füsiliere des 24. Regiments (aus der Mark), welche in Ilerlohn und Dresden verwendet worden sind, in unsern rheinischen Truppen, namentlich der Gardelandwehr, herrschende Gährung kam an mehreren Orten zum Ausbruch und man machte gegenseitig von der blanken Waffe Gebrauch, wobei die 24er gelitten haben und mehrere derselben gefährlich verwundet ins Hospital gebracht wurden. — Heute Morgen wurde am Rheinufer ein nach Niederlahnstein im Nassauischen mit 52 Centner Bleikugeln befrachtetes Schiff von der Behörde mit Beschlag belegt.

F **Heppenheim**, 4. Juni. Unsere Truppen werden mit jedem Tage ungeduldiger; es will ihnen immer weniger gefallen, daß man noch nicht voran mache, sie sind des Hierliegens müde. „Lieber drüben unter freiem Himmel, als hier so träg", tönnen Sie jeden Augenblick hören. Zu dieser Stimmung hat hauptsächlich der Ausgang des Treffens beigetragen, worin sie so reiche Ehren gewannen, und wovon ich immer neue und schöne Züge echter Tapferkeit erfahre. So dementirte u. A. Hauptmann Frank vom 2. Regiment mit einigen Schützen im dichtesten Kugelregen (wobei ihm selbst zweimal der Czako von Kartätschenkugeln durchschlagen wurde) zwei badische Kanonen. Und diese Schützen waren vom langen und angestrengten Marsche so müde und lechzend, daß sie fast umsanken in der stechenden Mittagshitze. Sie nahmen trotzdem dem Feinde zwei Munitionswagen — einen dritten zogen sie eine Strecke selbst, mußten ihn dann aber im Stiche lassen — und den ganzen Apparat der Musik. — Man hat vor ein paar Tagen drei Bursche aufgegriffen, die an dem letzten denkwürdigen Tage den badischen Insurgenten die momentane schwache Besatzung des hiesigen Punktes verrathen haben sollen. Es war schon die Rede, daß sie erschossen werden sollten. Unsere Mecklenburger werden uns zum Theil morgen schon verlassen und nach dem Odenwald ziehen, von wo sie später gegen Frankfurt hin marschiren sollen.

Odstedt, 31. Mai. Seit acht Tagen steht die ganze preußische Division, ein Theil der Kurhessen, Sachsen und Bayern etwa zwei Meilen südlich Aarhuus, die Preußen auf dem rechten Flügel. Bei unserem Vordringen von Horsens am 23. gegen Aarhuus zogen sich die Dänen vor uns zurück, ohne daß es zu einem Gefecht gekommen wäre; die Dänen behielten Aarhuus besetzt. Am heutigen Tage wurde von der diesseitigen Avantgarde (bestehend aus zwei Compagnien preuß. Jäger, einer Compagnie Pioniere, zwei Schwadronen des 11. Husarenregiments, einem Bataillon des 15. Infanterieregiments, einem Bataillon westphälischer Landwehr und der Gründigen Batterie Nr. 4) eine Recognoscirung gemacht, die den Feind dicht vor Aarhuus zurückwarf, wobei er einen Verlust von 2 Jägern und 8 Infanteristen an Gefangenen erlitt. Unsere Avantgarde behauptet die genommene Stellung.

Feldlager vor Fridericia, 29. Mai. Der Commandeur der 4. Brigade, Oberst St. Paul, ist provisorisch zum Commandeur der Infanterie ernannt (an des verwundeten Grafen Baudissin Stelle). (W. C. N.)

Rendsburg, 31. Mai. Das bei der Reichsarmee gegen Dänemark stehende Bataillon großherzogl. badener Infanterie, welches in der letzten Zeit keinen Sold vom Hause aus bezahlt erhalten hatte, ist jetzt in schleswig-holsteinischen Sold getreten. Die Rückstände sind demselben bereits ausbezahlt worden. (W. C. N.)

Kiel, 1. Juni. Gestern Abend bewegte sich eine größere Anzahl dänischer Kriegsschiffe gegen unseren Hafen. Sie beschränkten sich darauf, eine kleine, mit drei unbewaffneten Leuten bemannte Jacht, welche bei Bülk ihrem Gewerbe, Granitsteine aus dem Wasser zu holen, nachging, zu nehmen.

Lübeck, 28. Mai. Daß die russische Flotte noch am 15. und 20. Mai, wenngleich vollständig ausgerüstet, in Kronstadt und Reval lag und Landtruppen zur Einschiffung herangezogen, erfuhren wir mit dem am 24. Mai von Kronstadt hier ankommenden Dampfschiffe Nikolai I., welches wegen eines Fehlers an der Maschine auf der Heimreise in Reval einlaufen mußte. (O.-Z.)

Großbritannien.

London, 2. Juni. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde Lord Palmerston von Herrn Sandars in Betreff der dänischen Blokade interpellirt und unter Anderm gefragt, ob zu seiner Kenntniß gekommen, daß mehrere Schiffe mit britischem Eigenthum, welche aus dem Hafen von Bath ausgelaufen, von dänischen Kriegsschiffen weggenommen und nach Kopenhagen aufgebracht worden seien, obschon der Hafen von Bath nicht zu den in Blokadezustand erklärten Häfen gehöre? Lord Palmerston erwiderte, daß er über diesen Fall in Kopenhagen Untersuchungen anzustellen die Weisung gegeben habe. Auf andere Interpellationen ähnlichen Inhalts entgegnete der edle Lord, daß er bereits die nöthigen Anfragen deßhalb in Kopenhagen angeordnet habe.

Nachschrift.

Stuttgart, 3. Juni. Das heutige Sonntagsblatt der „Laterne" schreibt: Die gestern hier vorgenommene Verhaftung Fickler's soll, wie bestimmt versichert wird, auf Requisition der jetzigen badischen Regierung erfolgt sein. Man munkelt darüber allerhand Dinge, welche die Untersuchung bald aufklären wird.

Darmstadt, 5. Juni. Da Freischärler gestern wieder sich in Weinheim gezeigt haben, angeblich 1500, so sind in der verflossenen Nacht um 11 Uhr Truppen von Heppenheim aufgebrochen. Um 3 Uhr sollen einige Kanonenschüsse gehört worden sein. Ein Reisender bringt die Nachricht, das bald darauf die Freischärler schnell entflohen seien. (Reisende, die heute mit dem regulären Morgenzuge von Heppenheim ankamen, wollen daselbst, und zwar in der Richtung von Weinheim her, von Morgens 4 Uhr an, Kanonendonner gehört haben. Die Heidelberger Nachtcarriolpost ist des Morgens hier nicht angekommen, noch durch den spätern Convoi befördert worden.) (Dst. Z.)

* **Paris**, 3. Juni. Die Nachricht, welche durch die Turiner „Opinion" hier anlangte, daß Oesterreich alle Festungen längs der piemontesisch-französischen Grenze, namentlich Genua besetzen wolle, hat große Sensation gemacht.

Am heutigen Sonntag war die Börse geschlossen, auch bei Tortoni wurden keine Geschäfte gemacht.

* **Madrid**, 29. Mai. Die Deputirtenkammer berieth in ihrer heutigen Sitzung einen Gesetzentwurf, die Autorisation zum Verkauf einer großen Staatsdomaine, in der Nähe von Sevilla, an den Herzog von Montpensier betreffend. Der Entwurf wurde gebilligt.

* **London**, 2. Juni. Das Gerücht von der bevorstehenden Verheirathung des Grafen Montemolin hat sich als ungegründet erwiesen.

Börsenberichte.

London, 2. Juni. 3pCt. Stock 93. — 5pCt. Span. 17⅛. — Neue 3pCt. 33⅛. — 4pCt. Port. 27⅛. — 2½pCt. Holländ. —.

Madrid, 29. Mai. 3pCt. 21⅛ p. m. u. b. W. 23⅜, ⅜ G. — 5pCt. 10 G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. D. Wolfs.

Cours der Staats-Papiere. 5 Juni 1849 (Schluss der Börse.)

		G.	Papier	Geld			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	72½	72	Württemb.	Obligationen b. Rothsch.	3½	74½	73½
»	ditto ditto . .	4	57½	—	»	Neue Württemberg.	4½	91½	91
»	ditto ditto . .	2½	3 ⅜	3¼	Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	80¼	80
»	Bank-Actien à D. .		1060	—	»	fl. 25 Loose		20½	20
»	3. Emission v. Rothsch.		730½	—	Frankfurt	Obligationen	2	75½	77½
»	fl. 500 » ditto		122	—	»	ditto v. 1839	3½	93½	92½
»	Bethmann. Obligat.	4½	—	65½	»	ditto v. 1846	3½	80½	80½
»	ditto ditto	3	61	—	»	Tannusbahnactien . .		270	272
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	79⅜	79½	Holland	Integrale	2½	49⅜	49½
»	Prämienscheine . .		—	100½	»	Holländische	5	—	97
Bayern .	Obligationen	3½	77½	77	»	5) Lit. A.	2½	—	74
Portugall	fl. 80 Loose . . .		68½	68¼	Spanien	Activa L. incl. 16 Cp	5	—	—
»	fl. 25 ditto . . .		21	20⅝	»	Innere Reh. neue Obl	3	24½	24½
»	Obligationen	3½	77½	77	Portugal	Consols Lot A à 12	3	—	—
»	ditto	4	83½	83½	Polen	fl. 500 Loll. Loos RD.		—	97½
Baden .	Obligationen v. 1849	3½	72½	72	»	Obligationen à fl. 500	4	72½	72
»	fl. 50 Loose v. 1840		46½	46¼	Zweibrück	in R. 1 à 5 p. Gran. C.	4	—	81½
»	fl. 35 Loose		25½	25½	»	ditto b. Stieglitz & C	4	—	81

Ducaten			Silber			Diverse Actien u. Loose.	Brief	Geld.
Pistolen	9	38	Gold al Marco .	3:2	—	Kurhessische Loose . . .	28½	28½
Dr. Friedrichsd'or	9	53	Laubth., ganze .	—	—	Sardinische Loose . . .	25½	—
Holl. 10 fl. Stücke	10	7	Preuss. Tonler .	—	—	Ohio-Actien	—	—
Rand Ducaten . .	5	40	5 Frankenthaler .	—	—	Ohio-Staaten	77½	77½
20 Francsstücke	9	41	Hochhaltig Silber	24	30	Ludwigsh.-Berbach . . .	6 ⅝	6⅞
Kais. Souverains	12	5	Gering a. mittelh.	24	20	Fried.-Wilh.-Nordbahn .	34½	34½

Druck von August Osterrieth.

Wechsel-Cours.			
Den 5 Juni.	Papier.	Geld.
Amsterdam (K.S. 100 fl. Crt.)	2M.	101½	101½
Augsburg (100 fl. Crt.)	2M.	101	—
Berlin . . .	(K.S.	—	100⅝
(60 Thlr.)	2M.	—	—
Bremen (50 Rthlr.)	K.S.	—	99½
	2M.	—	—
Hamburg . (100 M. Bco)	(K.S.	88½	87½
	2M.	—	87½
Leipzig (60 Thlr.)	(K.S.	—	100½
	2M.	—	—
London . . .	(K.S.	121⅝	—
(10 Livr. St.)	2M.	—	120
Lyon	(K.S.	95½	—
(300 Fr.)	2M.	—	—
Mailand (150 L.	K.S.	102½	—
Lir. Austr.)	2M.	—	—
Paris . . .	(K.S.	95½	95
(300 Fr.)	2M.	—	—
Wien (100 fl.	K.S.	97½	—
im 24 20 Fr.	2M.	—	—
Disconto		—	—

A. Sulzbach, bevoll. Makler.

№ 133. — Mittwoch — den 6. Juni — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Gebiete von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23. und desselben in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — Für England und überseeische Länder: Lepsel u. Comp., Nr. 31. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/6 Drittel) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; für England und überseeische Länder Lepsel & Comp., Nr. 31. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmied in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Wesl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofconditor G. Fiorey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Nicht allein in der Paulskirche, schreibt man der „Börsenhalle" aus Berlin, 31. Mai, sondern auch in der deutschen, ja selbst in der ausländischen Presse ist die Befürchtung laut geworden, Preußen werde einen „schimpflichen Frieden" mit Dänemark abschließen und Schleswig dabei als Opfer fallen. Wie wenig Grund diese Befürchtung ist, wird eine kurze, aus guter Quelle geschöpfte Darlegung des Ganges der Friedensunterhandlungen am deutlichsten zeigen. — Nachdem zwei von der großbritannischen Regierung, als vermittelnder Macht, eingebrachte Vorschläge in Betreff der Basis für die Friedensunterhandlungen beiderseits zwar acceptirt, von Dänemark aber abgewiesen worden waren, legte Lord Palmerston im October v. J. einen dritten Plan vor, welcher „die legislative und administrative Selbstständigkeit Schleswigs" als Grundlage vorschlug, und erklärte dabei, daß auch Dänemark gewillt sei, diese Selbstständigkeit zu garantiren. Der Vorschlag wurde von der Centralgewalt im Februar d. J. einfach angenommen und dem preußischen Gesandten in London, Herrn Bunsen, der Auftrag ertheilt, die weiteren Friedensunterhandlungen auf dieser Basis zu eröffnen, zugleich aber die sofortige Verlängerung des Waffenstillstandes als zur Erreichung des gemeinschaftlichen Zieles nothwendig darzuthun. Dies geschah und Lord Palmerston schlug in Folge dessen am 3. Februar die Aufnahme des bekannten Protocolls vor, durch welches die Verhandlungen als definitiv auf jener Basis für eröffnet erklärt, und zugleich eine weitere Suspension der Feindseligkeiten auf Grund des Statusquo festgestellt werden sollte. Hr. Bunsen erklärte sich bereit, dieses Protocoll zu unterzeichnen. Obgleich nun die darin aufgestellte Basis doch eben nichts Anderes enthielt, als den auf Grund der eigenen dänischen Anträge gemachten Vorschlag der vermittelnden Macht, so verweigerten nichtsdestoweniger die dänischen Gesandten die Unterzeichnung und schützten vor, dazu nicht autorisirt zu sein. Dieses auf den ersten Blick unbegreifliche Verfahren erhielt nur zu bald seine Erklärung durch die bereits am 26. Februar erfolgende Aufkündigung des Waffenstillstandes. Dieselbe mußte um so mehr befremden, da es unzweifelhaft war, daß sowohl die englische, als die russische Regierung ihren gewichtigen Einfluß im Sinne des Friedens geltend gemacht hatten. Da jedoch Dänemark bei der Kündigung zugleich die Hoffnung aussprach, dieselbe werde zu keiner Erneuerung der im vorigen Jahre stattgehabten Feindseligkeiten führen, so erklärte die preußische Regierung sofort nach Frankfurt und London, daß sie die Unterhandlungen hierdurch nicht für unterbrochen halte, und wies in Uebereinstimmung mit der Centralgewalt ihren Gesandten an, den Abschluß von Friedenspräliminarien zu erzielen, womöglich aber sofort ein provisorisches Abkommen über die Fortdauer der Waffenruhe zu treffen. In Folge dessen wurde seitens der vermittelnden Macht eine neue Fassung des erwähnten Protocolls vorgeschlagen, in welcher die selbstständige Stellung Schleswigs durch eine „abgesonderte Verfassung in Betreff seiner Legislatur und innern Verwaltung" bezeichnet und bestimmt wurde, „daß die politische Union des Herzogthums mit der Krone Dänemark durch diese Trennung nicht berührt werden solle." Herr Bunsen ward autorisirt, dieses Protocoll zu unterzeichnen, doch zugleich angewiesen, ihm eine reservirende Declaration beizufügen, in welcher 1) die politische Union des Herzogthums mit der dänischen Krone nur so lange für unberührt erklärt werde, als die männliche Linie des gegenwärtig in Dänemark regierenden Hauses nicht erloschen ist, und 2) die Successionsfrage im Herzogthum Schleswig als offen und nicht präjudicirt durch Art. 1 des Protocolls erachtet werde. — Unterdessen wurden jedoch von der dänischen Regierung abermals neue Schwierigkeiten erhoben. Die Malmöer Convention gab beiden kriegführenden Mächten das Recht, bei Wiedereröffnung der Feindseligkeiten dieselben Positionen einzunehmen, welche ihre Heere am 26. August v. J. inne gehabt hatten. Gleichwohl wollte Dänemark die Benutzung dieser unzweifelhaften Befugniß, als „die Wiederholung einer bewaffneten Intervention in die inneren Angelegenheiten der dänischen Monarchie von Seiten deutscher Staaten" ansehen, und nahm einen Anstand, sie als „einen den Fortgang der Friedensunterhandlungen störenden Schritt" zu bezeichnen. Auch jetzt wieder erklärten sich die Centralgewalt und die preußische Regierung bereit, von dem ihnen zustehenden Rechte mittelbaren noch Abstand nehmen zu wollen, wenn Dänemark seinerseits bestimmte Erklärungen und Garantien gäbe, daß es nicht in Schleswig einrücken und überhaupt den Statusquo nicht gewaltsam verändern werde, bis die Unterhandlungen zu einem festen Ziele geführt seien. Diese Erklärungen und Garantien blieben aber aus. Es lag daher der Centralgewalt und der preußischen Regierung ob, alle Vorbereitungen zu treffen, um mit der erforderlichen Truppenstärke für jeden Fall kampfgerüstet dazustehen. Auf die hiernach erfolgte Zusammenziehung deutscher Truppen in Schleswig-Holstein antwortete Dänemark zwar mit dem Vorschlage zu einer neuen Redaction des Lord Palmerstonschen Protocolls, zu gleicher Zeit aber auch — mit der Blokade. Der Krieg entbrannte abermals. Nach einem für Dänemark zur See und zu Lande ungünstigen Verlauf eines fast dreimonatlichen Kampfes, hat die dänische Regierung folgende neue Propositionen gestellt: „Waffenstillstand bis zum Ablauf des Jahres; vorläufige Demarcation Schleswigs von Flensburg nach Husum; Besetzung Nordschleswigs jenseits der Demarcationslinie von dänischen, Südschleswig von preußischen Truppen." Wer den Ereignissen nicht gefolgt wäre, müßte bei solchen Anerbietungen versucht sein zu glauben, Dänemark sei der Sieger gewesen bei Eckernförde, bei Düppel, bei Kolding! Dennoch rathen die englischen Blätter und erwarten von der Einsicht des preuß. Gouvernements, daß es die Bedingungen annehme. Wenn aus dieser Darlegung des jetzigen Standes der dänischen Frage einerseits hervorgeht, wie aufrichtig die preußische Regierung bemüht gewesen ist, die schleswig-holsteinische Frage auf friedlichem Wege ihrer Lösung entgegenzuführen, wie sie Alles, was sich mit ihrer und Deutschlands Ehre irgend vereinigen ließ, gethan hat, um jedem billigen Anspruche in der versöhnlichsten Weise zu genügen, so erhellt auch andererseits, daß die dänische Regierung bei jedem Entgegenkommen von unserer Seite jegleich ihre Ansprüche zu steigern und mit neuen Forderungen hervorzutreten sich beeilte. Es liegt jetzt nur zu deutlich am Tage, daß Dänemark niemals die ernstliche Absicht gehabt hat, eine friedliche Einigung herbeizuführen, daß es vielmehr immer nur bemüht gewesen, durch neue Schwierigkeiten die Entscheidung hinzuhalten und eine friedliche Ausgleichung der Differenzen am Ende unmöglich zu machen. Es hat sich aber auch herausgestellt, daß die solcher Handlungsweise, solchen Tergiversationen gegenüber nothwendige Entschiedenheit und Energie sowohl in den Unterhandlungen als bei der Führung des Krieges erheblich gelähmt und abgeschwächt worden ist durch die Zersplitterung der Berathungen, durch die Theilung der entscheidenden Stimme zwischen Preußen und der Centralgewalt. Diese Theilung darf fortan nicht mehr stattfinden, wenn die Kräfte Deutschlands nicht vergeblich verschleudert werden sollen; es darf einer Centralgewalt, der gerade jetzt die Unguns der Verhältnisse jeden factischen Einfluß geraubt hat, der nicht einmal mehr (wie es doch das Gesetz vom 28. Juni verlangt) eine Nationalversammlung zur Seite steht, ihr darf auf diese schnell zu lösende Frage keine Einwirkung mehr bleiben; — sie könnte nur eine hemmende sein. Vielmehr muß die Macht, welche ihren Entschlüssen mit der größten Kraft Nachdruck zu geben vermag, die Macht, deren materielle Interessen bei diesem Conflict zunächst und am Erheblichsten betheiligt sind, kurz Preußen muß naturgemäß die Lösung der dänischen Frage allein in die Hand nehmen. So nur ist ein für Deutschland angemessener und für Schleswig-Holstein heilsamer Ausgang zu erwarten; nur wenn Preußen seine ungehemmte Kraft der Lösung dieser Frage widmet, wird es Deutschlands Ehre und Interessen zu wahren im Stande sein. Dann aber wird es sie auch sicher wahren, und jede Furcht vor einem „schimpflichen Frieden" darf von vorn herein als eine rein Verdächtigung bezeichnet werden. Preußen, von welchem man so oft gesagt hat, daß es Deutschlands Schwert führe, Preußen, welchem die Volksvertretung und die Regierungen die oberste Leitung aller deutschen Verhältnisse zu übertragen beabsichtigten, es wird auch in dieser Frage die Ehre Deutschlands fleckenlos zu erhalten und seinen gerechten Ansprüchen Geltung zu verschaffen wissen. Ueberdies sind Deutschlands Ehre und Interessen hier gleichbedeutend mit denen Preußens: daher wird schon die Selbstachtung und die Rücksicht auf das eigene Wohl ihm ein Verhalten auferlegen, wie es Deutschland von ihm zu erwarten, wie es die feindliche Macht von ihm zu fürchten hat. Preußen, dessen dürfen wir versichert sein, wird Schleswig-Holstein unter keinen Umständen opfern; es wird niemals in eine Proposition willigen, die den größeren Theil Schleswigs durch ein abermaliges Interimisticum der Discretion Dänemarks überliefern würde, ohne daß für die legislative und administrative Selbstständigkeit Schleswigs genügende Garantien geboten sind. Preußen wird sicherlich sehr energisch auf einen definitiven Frieden dringen, dessen Basis diese letzte Forderung ist. Ein solches Resultat aber, wie überhaupt ein baldiges und ehrenvolles Ende des Krieges ist mit Sicherheit nur dann zu erwarten, wenn Preußen seine Kraft unbehindert entfalten, die Operationen gegen Dänemark nach eigenem Ermessen leiten und den Frieden abschließen kann. Dann wird sich Preußen in seiner wahren Kraft und Energie erheben, und die hoffnungstrunkenen Andeutungen dänischer Journale, als seien die militärischen Kräfte Preußens durch innere Wirren zersplittert und gänzlich in Anspruch genommen, werden sich dann bald als Irrthümer beweisen, deren schwere Folgen auf die verblendete feindliche Macht selbst zurückfallen. Es wird sich dann zeigen, daß Preußen bis jetzt noch nicht die Hälfte seiner waffenfähigen Mannschaft unter die Waffen gerufen hat, daß es ohne irgend welche Anstrengung durch die bloße Einziehung des zweiten Aufgebots weit über eine halbe Million ins Feld zu stellen vermag. Mit einer solchen Macht aber wird es ihm nicht schwer sein, zu gleicher Zeit den Bedürfnissen im Innern zu genügen, den bedrängten Brüdern im Süden gegen die Anarchie zu Hilfe zu eilen, den dänischen Krieg zu führen und überdies noch seine Ostgrenzen zu decken.

JW Aus Nord-Schleswig. 28. Mai. Die sich so nennende provisorische Regierung in Baden, die unsern schwarz-roth-goldnen Fahnen wahrlich keine Ehre bringt, hat ihren Patriotismus für ein einiges Deutschland auch dadurch gezeigt, daß sie dem bei Eckernförde gegen die Dänen im Felde stehenden badischen Bataillon vom 4. Regiment seine ganze Löhnung, die ihm rechtlicher Weise zukommt, und einen Transport neuer Kleidungsstücke, die es dringend bedarf, zurückbehalten hat. Die armen Soldaten dieses Bataillons, welches über das schmachvolle Betragen so vieler seiner Kameraden in Baden gerechte Entrüstung äußert, würden hier verkommen müssen, wenn nicht die Statthalterschaft in Schleswig eingeschritten wäre, und demselben den nöthigen Sold aus ihrer Kasse zahlte. Auch schleswig-holsteinische Waffenröcke wird dies Bataillon wahrscheinlich bald erhalten, da es dringend neuer Uniformen bedarf, und aus Baden wohl nicht das Mindeste zu bekommen sein wird, so lange dort die Anarchie, wie jetzt der Fall sein soll, herrschet. Nun Schleswig-Holstein wird auch ferner dies Bataillon, was sich hier in dem Gefechte bei Ulderup brav gezeigt hat, unterhalten, nur darf sich dann die Karlsruher Regierung nicht mit deutschthümlichen Gesinnungen brüsten, und thäte besser, die schwarz-roth-goldene Farbe abzulegen, und die sie bezeichnende rothe anzunehmen. Unsere Belagerungsarmee vor Fridericia erhält noch fortwährend schweres Geschütz, unter dem sich mehrere schon geborgene Kanonen vom Christian VIII. befinden. So können wir die Dänen doch schon mit ihren eigenen Geschützen beschießen.

JW Aus dem nördlichen Schleswig. Nicht allein für das hier im Reichsdienst befindliche badische Bataillon hat die sogenannte provisorische Regierung in Karlsruhe die Uniformen unterschlagen, sondern auch eine Sendung württembergischer Uniformen, welche für das hier stehende Bataillon vom 8. Regiment bestimmt waren, in Heidelberg anhalten lassen. Dies Bataillon, was schon seit vorigem Sommer hier steht, ist natürlich schon ziemlich abgerissen in seiner Uniformirung, und hoffte sehnsüchtig von Woche zu Woche auf den versprochenen Ersatz. Statt dessen erhält es aber jetzt die Nachricht, daß man in Heidelberg dieselben aufgefangen habe, und so können die armen Soldaten hier in schlechten Jäckchen, die sie kaum vor dem rauhen Ostwind zu schützen vermögen, nur weiter herumlaufen. Die Entrüstung, welche alle unsere Truppen hier und gar dies betreffene württembergische Bataillon gegen solch Verfahren hegen, ist ungemein groß. Wahrscheinlich werden die Württemberger wie auch das badische Bataillon jetzt aus den Magazinen des schleswig-holsteinischen Heeres die nöthigen Kleidungsstücke erhalten. Auf solche Weise unterstützt man in Baden jetzt den Kampf für die deutsche Sache hier oben. — Bei den preußischen Landwehrregimentern in Jütland haben in den letzten Tagen einige Veränderungen stattgefunden. Die verheiratheten Leute derselben, die den besonderen Wunsch äußerten, sind nach Hause zurückgeführt worden, dagegen ist ein neuer Ersatz an unverheiratheten Landwehrleuten bei denselben eingetroffen, so daß sie ganz ihre frühere Stärke behalten haben. Ein kleines Gefecht hat in den letzten Tagen zwischen der preußischen und dänischen Cavallerie stattgefunden und sind bei dieser Gelegenheit 10—12 dänische Dragoner gefangen genommen und nach Rendsburg abgeführt worden.

Aus dem Schleswigschen. 25. Mai. (A. M.) Gegenwärtig stehen in Schleswig-Holstein und Jütland mit Einschluß der schleswig-holsteinischen Armee, 73 Bataillone Infanterie, 48 Escadronen Cavallerie, 21 Batterien mit einen 160 Geschützen, zusammen ungefähr 70,000 Mann. Hiervon kommen auf Schleswig-Holstein 18 Infanteriebataillone (mit Einschluß der Reservebataillone und der Jägercorps), 4 Dragonerregimenter (18 Escadronen), worunter das Reserve-Dragonerregiment, 6 Batterien mit 48 Geschützen; Kurhessen 4 Bataillone Infanterie, 1 Regiment Husaren zu 4 Escadronen und 2 Batterien Artillerie mit 10 Geschützen; Bayern 5 Bataillone Infanterie, 1 Regiment Chevauxlegers zu 6 Escadronen und 1 Batterie mit 8 Geschützen; Hannover 6 Bataillone Infanterie, 1 Regiment Dragoner zu 4 Escadronen und 3 Batterien mit 18 Geschützen; das Königreich Sachsen 6 Bataillone Infanterie, 1 Regiment Dragoner zu 4 Escadrons,

Ausstellung der Wiener Kunstgenossenschaft. Die Ausstellung der Wiener Kunstgenossenschaft, welche Ende Februar eröffnet wurde, ist in ihrer Anlage und Einrichtung eine Neuerung, die sich gut bewährt hat. Sie ist nicht mehr eine Ausstellung im alten Sinne, sondern eine Reihe von Ausstellungen, die sich in kurzen Zwischenräumen folgen. Die Ausstellung ist in drei Abtheilungen getheilt, deren jede 14 Tage dauert. Die erste Abtheilung, welche bereits geschlossen ist, enthielt Werke von Hans Canon, Eduard Charlemont, Ferdinand Georg Waldmüller, Rudolf Alt, Anton Romako, Heinrich Lefler, Josef Engelhart, Josef Rauscher, Josef Ranzoni, Wilhelm Gause, Ludwig Schmutzler, Josef Mühlberger, Ludwig Hans Fischer, Josef Kriehuber, Josef Kastner, Josef Kaiser, Josef Lauer, Josef Schindler, Josef Wenzel Mayer, Josef Schönbrunner, Josef Schmidt, Josef Schmidt, Josef Schmidt

hen und rheinbayerischen Brüdern die ungesäumte Hilfe
i leisten, welche Ihr ihnen auf dem Tage zu Reutlingen
elobet habt und in der allein wir noch Rettung für
Deutschland sehen. Wir sind entschlossen, unser feierliches
Versprechen zu halten, den Bruderstämmen nicht mit Wor-
n, sondern mit der That zu helfen und erwarten von
uch, daß Ihr uns treu zur Seite steht." Die Meisten
ıd darauf in ihre Bezirke zurückgereist. (Bis zum 3. war
s in Württemberg zu einer demokratischen Schilderhebung
ch nicht gekommen.)

Stuttgart, 4. Juni. Se. königl. Maj. haben in Erwä-
ung der gegenwärtig zur großen Gefahr des Vaterlandes
ch mehrenden Aufwieglungsversuche und in Betracht der
it einiger Zeit um sich greifenden Excesse von Insubordi-
ation und Zuchtlosigkeit bei einem — wenn auch kleinen —
heile des Militärs, im Einverständnisse mit dem Staats-
inisterium die Truppencommandanten, sowie die Gouver-
eure der Garnisonsstädte mit der Vollmacht bekleidet, un-
r den in den militärischen Strafgesetzen Art. 167—178
zeichneten Fällen das Standrecht zu verkünden und
reführen zu lassen. Der Garnison zu Stuttgart ist un-
rm heutigen hievon feierlich Eröffnung gemacht worden.

Sicherem Vernehmen nach ist das in der Stadt verbrei-
te Gerücht von einer Ministerkrisis unbegründet.

Gestern Abend kam eine Anzahl Reichstagsabgeord-
eter auf der Eisenbahn von Heilbronn hier an. Die
ahl der bei dem Bureau Angemeldeten beträgt heute Ver-
ittag 11½ Uhr etwa 30, worunter Vogt, L. Simon von
rier, Rappard, Fröbel, Schott. Die Zahl der bereits in
r Stadt Anwesenden beläuft sich auf gegen 90. Heute
bend findet eine vorberathende Versammlung statt.

Nachmittage 2 Uhr. So eben treffen etwa 20 Reichs-
agsabgeordnete hier ein, unter ihnen: Uhland, Federer,
öringer, Frisch, Pfahler, Wigard von Dresden, Umb-
heiden ꝛc.

Daß Fickler auf Requisition der badischen provisorischen
Regierung verhaftet worden sei, hat sich nicht bestätigt. Es
heint vielmehr, daß die württembergische Regierung ihrer-
eits und zwar wegen der Bemühungen Ficklers, das württ.
Militär aufzureizen, die Verhaftung angeordnet habe.

Aus **Reutlingen** schreibt man dem „Schwäb. Merkur"
om 3. Juni: Bei der hiesigen Volksversammlung waren
höchstens 12—15,000 Menschen, darunter 2—3000 Frauen-
immer und Kinder. Die Zahl der Männer und jungen
eute, welche zum Zeichen, daß sie für Ausführung der
eschlüsse geloben, den Arm emporhoben, war höchstens
000. Wenn man von hier aus den Kampf gegen die Re-
ierung mittelst Aufruhrs beginnen wollte, so würden sich
elche sehr täuschen, welche glauben, daß sie hier auf An
ang rechnen dürfen, denn wir haben Noth genug und
erden unsere in üppiger Pracht stehenden Aecker, Wiesen,
Baumgüter, Weinberge, unsere Häuser der Zerstörung durch
inen Zusammenstoß der beiden Parteien nicht preisgeben.

Heilbronn, 3. Juni. Gestern und heute kamen viele
Frankfurter Abgeordnete hier an, welche von den
iesigen Bürgerwehren Ehrenwachen an ihren Absteigquar-
ieren erhielten; sie besuchten gestern Abend den Actengar-
en, der mit Fahnen geziert war, wurden daselbst bewill-
ommt und Reden wurden gegenseitig gehalten. Heute Nach-
ittag rückte alles Bürgermilitär von hier und einigen
Nächstgelegenen Orten aus, bildete Spaliere und begleitete
ie Abgeordneten bis zum Bahnhof, wo noch Abschiedsworte
esprochen wurden. (S. M.)

Karlsruhe, 2. Juni. Der Umschlag hat begon-
en; die Herren Prätorianer befehlen und der Landes-
usschuß gehorcht! Ein Bataillon des zweiten Regiments
das übrigens nie den neuen Stand der Dinge ganz an-
rkannt hat) lag in der Umgegend von Bruchsal und sollte,
ngeblich auf Befehl des Reichsministeriums, mittelst eines
xtrazuges nach Heidelberg abziehen. Mit Widerwillen
ings an den Zug; in Heidelberg angekommen, sollte das
Bataillon über den Neckar, um dort eine Stellung einzu-
ehmen, weil Sigel wieder angreifen wollte. Das Batail-
on erklärte: „Wir gehen nicht!" Es fand darauf ein Zusam-
entritt der Offiziere und Führer der in Heidelberg versammel-
en Truppen (etwa 10,000 M.) statt, worauf Brentano erklärt
urde: 1) daß man Sigel nicht mehr als Oberbefehlshaber
nerkenne (Sigel ist bereits hier zurück angekommen); 2) daß
an nicht gegen die Reichstruppen, namentlich gegen die
essen, kämpfen wolle; 3) daß man die Auctorität des
andesausschusses nicht mehr anerkenne, und daß eine neue
rovisorische Regierung gebildet werden müsse. (Ist ge-
chehen.) 4) Daß sogleich eine Deputation an den Groß-
erzog vom Militär abgesendet werde, wegen seiner alsbal-
igen Rückkehr, und daß wenigstens Prinz Friedrich
omme, um sich einstweilen an die Spitze zu stellen. — In
iner hiesigen Nachbargemeinde kam Befehl zum Aufbruch
es ersten Aufgebots; man kam zusammen, berieth und be-
chloß — ins Kartoffelhacken zu gehen; nur wenn die
arlsruher rufen, will die ganze Mannschaft gehen und
ich an die Bürgerwehr anschließen. Von anderen Nach-
argemeinden kam die Mannschaft gestern Abend hier an,
um Theil mit ihren Mädchen, die unter Kummer und
Thränen Abschied nahmen. — Es sind nun faß alle
Offiziere aus dem badischen Heere ausgeschieden. — Von
er Rastatter Besatzung hört man fortwährend wilde
Unbotmäßigkeit. Es soll keinerlei Proviant in der
estung sein. — Heute Abend 7 Uhr ist Inspection
er hier liegenden Freischaaren (auch Genfer sind ge-
ommen) und der Leute vom ersten Aufgebot. — Heute
bend werden folgende Proclamationen angeschlagen:
) eine an das Volk in Baden, in welcher die Gründe
useinandergesetzt werden, die den Landesausschuß zur
iedersetzung einer provisorischen Regierung veranlaßt
aben; 2) eine Ansprache dieser provisorischen Regierung
n das Volk in Baden; und ein Aufforderung für den
III. Wahlbezirk (Stadt Karlsruhe, Landamt Karlsruhe und
mt Ettlingen) für die constituirende Versammlung unter
olgenden Männern zu wählen: Brentano, Häusser,
amey (diese beiden Mitglieder der bisherigen Kammern
ehörten der conservativen Seite an) und Welcker.

Nach Privatnachrichten fügt der „Schwäb. Merkur" bei, daß der Wechsel in der Regierung ein Umschlag zu Gunsten der gemäßigten Richtung sei, wodurch vielleicht die Rückkehr des Großherzogs und Beilegung der Wirren zu erzielen sein wird.

Karlsruhe, 5. Juni. Die provisorische Regierung erläßt im Namen des Volkes in Baden folgende Proclamation an das Volk in Württemberg: Deutsche Mitbürger! Der vom Volksverräther Karl Mathy im vorigen Jahre verhaftete und unter der vorigen, nun schmählich gestohenen badischen Regierung dreizehn Monate grundlos im Kerker gehaltene Bürger Joseph Fickler, eben einmüthig durch den Landesausschuß in die provisorische Regierung gewählt, ist nach eingetroffenen sicheren Nachrichten gestern in der königlichen Residenz Stuttgart gefangen genommen und auf den Asperg geführt worden. Württemberger! Es ist ein Deutscher, es ist Euer Mitbürger, Eurer Bruder, den Ihr auf der Reutlinger Volksversammlung lieb gewonnen habt; es ist ein Mitglied der badischen Volksregierung, welche für die Freiheit nicht bloß des badischen, nein! des ganzen deutschen Volkes, welche auch für Eure Freiheit kämpft, an den königliche Schergen Hand angelegt haben! Werden Euch jetzt die Augen aufgehen, werdet Ihr jetzt erkennen, daß die Könige, selbst wenn sie die Reichsverfassung beschworen haben, ihr Wort, kein Wort zu halten, erfüllen? Württemberger, deutsche Brüder! Werdet Ihr solch' niederträchtigen Verrath an der Sache des Volkes, an der Sache Deutschlands dulden? Nein, Ihr werdet dies nicht! Ihr werdet Euch erheben wie ein Mann; Ihr werdet eine Regierung mit den Waffen in der Hand verjagen, welche auf so deutliche Weise zeigt, daß sie Gegnerin der Sache des deutschen Vaterlandes ist! Wir werden unsererseits mit den entschiedensten Mitteln die Freilassung unseres Mitbürgers, des Mitgliedes der obersten badischen Regierungsbehörde, verlangen und zu verwirklichen suchen; wir werden nöthigenfalls diesen Schritt Eurer Regierung als eine Kriegserklärung gegen uns, gegen die deutsche Sache betrachten, und mit den Waffen in der Hand Genugthuung verlangen. An Euch ist es, mit uns gemeinschaftliche Sache zu machen! Ihr seid unsere Brüder, Eure Regierung ist unser Feind; ihr werden wir das Schwert entgegenhalten. Auf denn, Manner des Schwabenlandes, geht mit uns in den Kampf! Das Volk wird siegen, die Rebellen mit den Kronen werden vernichtet werden!

Darmstadt, 5. Juni. Vorgestern noch herrschte so tiefe Ruhe diesseits des Neckars, daß mecklenburgische Dragoner bei einer Recognoscirung Nachts bis an die Mitte der Drahtbrücke vor Mannheim gehen konnten, ohne von einem Feind das Geringste zu merken, ohne nur auf einen Vorposten oder eine Schildwache zu stoßen. Heute dagegen verbreitet sich das Gerücht, daß in Mannheim neue Unruhen ausgebrochen und daß sich die Parteien dort selbst einander in die Haare gerathen. Freischaaren hätten geplündert, Bürger sich ihnen zur Wehre gesetzt, das bandenlose Militär auf beiden Seiten Partei genommen. So ein viel verbreitetes Gerücht. Gewiß aber ist, daß sich gestern wieder Freischaaren in Weinheim zeigten und daß unsere Truppen hierauf vorrückten. Sie sollen Weinheim genommen haben.

Darmstadt, 5. Juni, Abends 5 Uhr. Heute Nacht 12 Uhr war im Hauptquartier Heppenheim die Kunde eingetroffen, daß Weinheim von Heidelberg aus durch etwa 1200 Mann badischer Freischaaren und 300 Mann regulären Militärs besetzt worden ist. In Folge dieses mußten auf Befehl des Obercommandanten sofort mecklenburgische Truppen von Fürth aus, das großherzogl. 4. Infanterieregiment unter Oberst Westersbausen von Hüttenfeld aus und endlich aus dem Hauptquartier das 3. großherzogl. Regiment aufbrechen, mit welchem letzteren sich Herr General v. Schäffer selbst an Ort und Stelle begab, wo die combinirte Masse mit entsprechender Artilleriebedeckung gegen 3 Uhr Morg. anlangte. Die badischen Freischaaren und Soldaten schienen eines solchen Angriffs nichts weniger als gewärtig, warfen sich auf schnelle Flucht gegen Heidelberg hin und konnten nur wenige Abtheilungen derselben zum Kampfe gezwungen werden, bei welchem, so wie auf der Fluchtverfolgung, sie an 30 Todte und gegen 30 Gefangene verloren, indessen unsere angreifenden Truppen nur zwei Verwundete haben, einen Unteroffizier und einen Soldaten, welche bereits hieher gebracht worden sind. Nach dieser kurzen Expedition verfügte der Obercommandirende sofort die Auslieferung sämmtlicher Waffen in Weinheim, welchem Befehl, da die Erfüllung nicht augenblicklich erfolgte, durch Einwerfen einer Granate ernstlicher Nachdruck gegeben wurde, worauf Weinheim durch vier Stunden von den operirenden Truppen besetzt und die Abnahme der Waffen vollzogen wurde, unter welchen letzteren, sehr zahlreichen, viele badische Aerarial- und Ordonnanzgewehre erkannt wurden. Nachdem dieses vollführt, zog sich das Operationscorps wieder auf die diesseitige Grenze zurück. Unter Einem wurde das bisher bei Oberramstadt stationirte nassauische Bataillon nach Bensheim dirigirt, während das 1. Bataillon des 1. gr. Regiments in die Darmstädter Garnison zurückbeordert ist, um durch diese Evacuirung in der Gegend von Oberramstadt, Dieburg ꝛc. für die von Frankfurt über Offenbach nordöstlich dahin detachirten und mittlerweile schon eingerückten kurhessischen Reichstruppen Raum zu schaffen. (Dst Ztg.)

F **Heppenheim**, 4. Juni. Durch Ministerialrescript ist er Transport aller Personen, die nicht eine amtliche Erlaubniß dazu haben, auf der Eisenbahn verboten. Vor einigen Tagen wurden hier sechzehn Gefangene von Fürth eingebracht, unter ihnen der Bürgermeister. Die Untersuchung ist im vollsten Gange, wie gleichfalls die gegen die drei eingebrachten Spione von hier, Menschen, von denen befreit zu sein die Gemeinde sich groß Glück wünschen würde. Fortwährend langen Flüchtlinge an, deren Erzählungen uns schauderhafte Bilder des Jammers geben, welchen die Männer des Wahlspruches: „Wohlstand, Freiheit, Bildung für Alle" über Baden verbreiten. Jetzt haben die Wahlen begonnen und ihr Ausfall wird, wenn man von dem Acte in Heidelberg auf das ganze Land schließen darf — und ich glaube, daß dies erlaubt ist — überwiegend radical sein. Der Terrorismus, das Spionirsystem soll seine höchste Ausbildung erhalten haben. Die Zustände sollen überhaupt der Art sein, daß mir heute ein sehr freisinniger, flüchtiger Badener äußerte: Ich habe früher stets, wenn, wie in Wien, Freiburg u. a. von freudiger Begrüßung einrückender Truppen die Rede war, gesagt: Das sind Aufschneidereien der Reaction. Jetzt ist mir klar, wie und daß dies möglich war. — Ueber General von Schäfers Haltung während des letzten Treffens herrscht nur eine Stimme, die der vollsten Begeisterung. Er war überall vorne an, und im dichtesten Kugelregen scholl den Truppen sein anfeuerndes Wort zu, tauchte seine edle kräftige Gestalt plötzlich auf. Gegen diese Führung und solche Soldaten kann der Aufstand unmöglich anhalten. Das Bulletin der Insurgenten über das Treffen hat allgemein die größte Heiterkeit erregt. Sie haben nicht 7, wohl aber über 50 Todte und ganze Wagen voll Verwundete weggeschleppt. Die Nullen scheinen bei ihren Zahlen vergessen und die zählen doch so viel.

Nachschrift. Heute Nacht um 11 Uhr marschieren wir von hier ab. Wohin, ist unbekannt.

F **Heppenheim**, 5. Juni, Mittags 12 Uhr. Gestern Abend 8 Uhr erhielten unsere Truppen plötzlich Befehl zum Abmarsch, und von 11 bis 12 Uhr Nachts zogen sie in möglichster Stille von hier gegen Weinheim, während zugleich von Fürth über Birkenau die Mecklenburger vorrückten und eine andere Abtheilung unserer Truppen von Lorsch über Hüttenfeld. Es hatten sich nämlich schon seit gestern in Weinheim Freischaaren gesammelt, deren Absicht ein abermaliger Einfall in unser Gebiet schien; einem solchen aber wollte man vorbeugen. Gegen 3 Uhr langten die verschiedenen Corps in Weinheim an, aber da war schon seit 2 Uhr durch einen Spion die Nachricht von unserm Anrücken bekannt und die Flucht eine allgemeine. Unsere Scharfschützen hatten den Nachtrab des Feindes jenseits Weinheim ein und griffen ihn sehr energisch an. Er floh mit Hinterlassung von zwanzig Todten und ebensoviel Verwundeten. In Weinheim selbst wurde eine allgemeine Entwaffnung angeordnet. Wir machten 15 Gefangene und brachten den sogenannten badischen Civilcommissär Herder als Geisel mit hierher. Außerdem fielen uns 4 prächtige Pferde aus dem herrschaftlichen Gestüt in die Hände. Todte zählen wir keine, nur zwei schwer Verwundete, die sogleich in Wagen 2. Klasse auf der Eisenbahn nach Darmstadt gesandt wurden. Eben ziehen unsere Truppen jubelnd und mit grünen Zweigen hier ein. Die Gefangenen sind von der Art, wie sie bisher gewöhnlich auf dem Schub fortgebracht wurden, die allervollkommensten Gaunergesichter, die man sich denken kann. Mir schaudert bei dem Gedanken, in diesen Subjecten der verworfensten Klasse die Kämpfer für „Wohlstand, Freiheit, Bildung für Alle" zu erblicken. O armes, unglückseliges Baden!

K **Von der hessischen Bergstraße**, 3. Juni. Hier circulirt das Gerücht, daß heute in Lorsch fünf badische Bauern angekommen seien und um Hilfe gebeten hätten, weil man alle waffenfähigen Männer von 18—40 Jahren requirire. Ein Theil der Einzuziehenden sei nach Germersheim gezogen, die übrigen harrten an der Grenze auf Antwort. Alle wollten sich, wenn sie unterstützt würden, gern gegen die provisorische Regierung schlagen, aber nicht für dieselbe. Die Wahrscheinlichkeit der Sache steht fest, ob sie wahr ist, kann ich Ihnen noch nicht verbürgen.

Mainz, 4. Juni. Heute gingen von hier aus mehrere badische Offiziere in der Richtung nach Kreuznach ab, um dem Vernehmen nach in den Reihen der Preußen gegen die Aufständischen zu kämpfen. Einem, jedoch noch unverbürgten Gerüchte zufolge, würde morgen der Angriff auf die Pfalz und Baden auf mehreren Punkten zugleich stattfinden. — Das hier umlaufende Gerücht, der Dr. Zitz sei von dem Tableau der hiesigen Advocaten gestrichen worden, ist unsers Wissens bis jetzt unbegründet. Es ist in der ganzen Sache noch nichts weiter geschehen, als daß (wie auch bereits in der O.P.A.Z. berichtet), von Seiten der Staatsprocuratur ein Antrag auf Untersuchung des bewaffneten Einfalles der Freischaaren in Worms und der damit verbundenen Verbrechen gestellt worden ist. Wahrscheinlich hängt damit zusammen, daß heute Morgen ein höherer richterlicher Beamter an die rheinbayerische Grenze abgereist ist, um die rheinhessischen Freischaaren zum Auseinandergehen und zur Heimkehr aufzufordern. Möchte die Stimme der Vernunft endlich Gehör finden. (M. J.)

)(**Aus Rheinhessen**, 3. Juni. Mit den Lobeserhebungen, welche unsere demokratischen Blätter täglich über die musterhafte Ordnung der Rheinpfalz bringen, stehen die Erzählungen der zurückkehrenden Freischärler im auffallendsten Contrast. Aus den Schilderungen, die ich in Mainz, Bingen, Alzei und anderen Orten vernahm, geht unzweifelhaft hervor, daß die Zustände in der Rheinpfalz ganz trostlos sind. Sehr achtbare junge Leute aus der Umgegend von Alzei erklären offen, es sei ihnen unmöglich gewesen, bei dem in der Rheinpfalz zusammengelaufenen Gesindel länger auszuharren. Selbst in den Bierhäusern zu Mainz spricht man schon unverhohlen über die traurige Unordnung in jener Provinz, welche viele junge Männer zur Rückkehr in ihre Heimat vermocht hat. Im Innern und im Westen des Landes sollen die Bewohner das wüste Treiben der Freischärler so müde sein, daß sie in manchen Orten schon die Preußen zu Hilfe rufen wollen. Aus der Umgegend von Alzei gehen oft hessische Bürger nach Kirchheimboland, um sich an dem Durcheinander zu ergötzen. Besonders erbaulich soll es sein zuzusehen, wie sich die gemeinen Freischärler mit den von ihnen gewählten Offizieren herumzanken. Ein Metzgerbursche von Bingen, der bis zum Hauptmann vorgerückt ist, hat einen Aufruf an Bingens Frauen und Jungfrauen ergehen lassen, für Charpie und Verbandleinwand zu sorgen. Da nach der Aussage vieler auf Urlaub (!) befindlicher Freischärler täglich Väter und Mütter kommen, um ihre Söhne zu holen, so dürfte der Charpiebedarf nicht groß werden.

Wiesbaden, 5. Juni. Man erwartet hier heute oder morgen die Ankunft Sr. Hoheit des Herzogs aus Schleswig-Holstein, und bringt dies ihre damit in Verbindung, daß Ministerpräsident Hergenhahn seine Entlassung eingereicht habe. (N. A. Z.)

Briefstich.

Ein Mann, der sich in Gesellschaft befindet, bekommt einen Brief, den er sofort öffnet und liest. Ein Bekannter fragt ihn, ob es gute Nachrichten seien. Er antwortet: „Ja, ich habe eine Erbschaft gemacht.“ Der Bekannte fragt weiter: „Wieviel?“ Der Mann antwortet: „Ich weiß es noch nicht, ich habe noch nicht weiter gelesen.“

Wechselrede.

A. Sie, Herr Doktor, ich habe Ihnen doch vor einem Jahr 1000 Mark geliehen, und Sie haben mir versprochen, mir das Geld zurückzuzahlen, wenn Sie es könnten. Können Sie jetzt?

B. Ja, ich kann jetzt.

A. Na, dann zahlen Sie mir das Geld zurück.

B. Ich kann aber nicht.

A. Ja, Sie haben doch gesagt, Sie könnten jetzt.

B. Ja, ich kann jetzt, aber ich will nicht.

A. Ja, Sie haben doch versprochen, mir das Geld zurückzuzahlen, wenn Sie es könnten.

B. Ja, ich kann jetzt, aber ich will

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nro. 133.) 6. Juni 1849.

Deutschland.

† **Frankfurt**, 6. Juni. Wer die Verhältnisse, die Zwecke, die Verpflichtungen der „Deutschen Zeitung" kennt, kann sich über die Polemik nicht wundern, welche sie gegen das dermalige Reichsministerium übt. Nachdem ihre persönlichen Anfeindungen nicht gefruchtet, beginnt sie auf eine andere Weise. Gestern knüpfte sie allerlei Gehässiges an die Bemerkung, daß nicht die „Oberpostamts-Zeitung", sondern die „Frankfurter Zeitung" die amtliche Mittheilung vom Rücktritte des Reichsministers Grävell bringe, woraus sie auf einen Wechsel in dem officiellen Organe des Ministeriums jedoch zu voreilig schloß, da es lediglich auf einer Zufälligkeit oder einem Versehen beruht, daß die „Frankfurter Zeitung" jene Mittheilung unter der Rubrik: „Amtlicher Theil", brachte. Unrichtig war es, daß die „Oberpostamts-Ztg" die Mittheilung nicht gebracht habe. Sie ist in der Beilage zur gestrigen Nummer groß und breit unter derselben Rubrik zu lesen. In ihrer heutigen Nummer sucht die „Deutsche Ztg." auszuführen, das gegenwärtige Reichsministerium sei ein österr.-bayerisches Intriguenspiel, um Oesterreich die Bundespräsidialstelle offen, und Preußen von der Leitung der deutschen Angelegenheiten fern zu halten. Die „Deutsche Zeitung" möge erklären, wie dies durch das gegenwärtige Reichsministerium und dessen Bleiben geschieht. Sodann sagt sie Reichsministerium statt Centralgewalt. Nicht die dermaligen Minister sind es, welche sie entfernt haben möchte: der Reichsverweser ist gemeint. Man weiß, daß der Erzherzog-Reichsverweser sein Amt gern niederlegen möchte, weil seine Gesundheit geschwächt ist und die Amtsbürde ihm zu schwer wird. Allein ein Grund, ihn auch nur indirect zur Niederlegung seines Amtes zu veranlassen, ist unsers Wissens nicht vorhanden. Auch gibt die „Deutsche Zeitung" einen solchen nicht an. Die provisorische Centralgewalt sollte dauern, bis das Definitivum festgestellt sei. Ist der Fall aber als eingetreten zu betrachten? Die „Deutsche Zeitung" wolle angeben, welche der beiden Verfassungen sie als dieses Definitivum anerkennt, die Frankfurter oder die Berliner? Ohnehin ist noch immer kein Definitivum da, wenn eine Verfassung als regierungsseitig angenommener Entwurf, oder auch, wenn eine Verfassung, wie die Frankfurter, als Gesetz verkündigt wird, aber nicht ins Leben tritt. Jene beiden Verfassungen sind freilich darin einig, daß der Krone Preußen die Oberhauptstelle zustehen soll, und das ist für die „Deutsche Zeitung" die Verfassung. Allein wir wollen diese Punkte weiterer Besprechung vorbehalten, und über ein paar thatsächliche Behauptungen der „Deutschen Zeitung" das mittheilen, was wir aus guter Quelle wissen, so daß wir für die Richtigkeit unserer Mittheilungen einstehen zu können glauben. Was die angebliche Anfrage der Bevollmächtigten betrifft, so sind allerdings seitens der Bevollmächtigten der die Frankfurter Verfassung anerkennenden Staaten dem Reichsministerium einige Fragen vorgelegt: allein wir müssen bezweifeln, ob diejenigen, welche von der „Deutschen Zeitung" angegeben werden, wir müssen ebenso bezweifeln, daß das Reichsministerium so geantwortet, wie die „Deutsche Zeitung" angibt. Was den Credit von 25,000 fl. für die Nationalversammlung betrifft, so war derselbe vom Bureau der letztern gefordert und vom Reichsministerium angewiesen worden, bevor der Vertagungsbeschluß gefaßt war. Nachdem dies geschehen, hat das Ministerium die Zahlung sistirt. Es ist also unwahr, daß jene 25,000 Gulden ganz oder theilweise gezahlt worden seien, und die Unwahrheit, welche die „Deutsche Zeitung" zum Besten gibt, ist um so gehässiger, indem die „Deutsche Zeitung" insinuirt, „die Zahlung sei erst nach dem Austritt des Herrn Grävell verfügt worden". Wenn die „Deutsche Zeitung" endlich darüber klagt, daß das Reichsministerium so schwach besetzt sei, daß Herr Detmold drei Departements verwalten müsse, so finden wir freilich diese Klage nicht ganz unbegründet und hoffen auch, daß das Reichsministerium durch Heranziehung neuer Kräfte und Besetzung der erledigten Portefeuilles jener Klage abhelfen werde. Vorläufig mag man es dem Reichsministerium Dank wissen, daß es nicht durch Anstellung zahlreicher Unterstaatssecretäre und sonstiger Ministerialbeamten den Staaten Kosten aufgebürdet, die derzeit noch erspart werden konnten.

* **Aus Bayern**, 4. Juni. Ueber die Stellung, welche dem Berliner Verfassungsentwurf gegenüber Bayern, wenigstens in diesem Augenblick, einnimmt, gibt der nachstehende Artikel Aufschluß, welcher, der „Allgem. Ztg." aus München zugegangen, unverkennbar ein halbofficielles Gepräge trägt. Er lautet:

Morgen, am Montag, wird das Ministerium den Kammern die Verhandlungen und den Stand der deutschen Verfassungsfrage in Bezug auf die Berliner Entwürfe vorlegen. Das Ministerium wird, wie ich höre, die Zustimmung Bayerns im Allgemeinen aussprechen, aber auf das Bestimmteste diejenigen wenigen Punkte, welche für Bayern Lebensfragen sind, dem Lande wahren. In diesen Punkten wird der König von Bayern niemals nachgeben; er soll erklärt haben, eher auf die Krone zu verzichten oder alle untreuen Provinzen fahren zu lassen und sich allein auf Altbayern stützen zu wollen, als eine Vernichtung Bayerns als Staat gutwillig zu unterschreiben. Und wahrlich, wenn man von der Anforderung ausgeht, daß die Aenderung der Frankfurter Verfassung principiell deßhalb nothwendig war, weil sie zu unsern bestehenden Zuständen zu wenig paßte und zu weit über dieselben hinaussprang, wie dies doch Preußen selber erklärt hat, wenn man wirklich in Berlin einsah, daß denn doch wenigstens die Königreiche Deutschlands zu viel Lebenskraft und Selbstständigkeit besäßen, um sich durch diplomatische Federstriche und kleine Majoritäten von Volksvertretern (zum größten Theil aus Preußen bestehend) vernichten zu lassen, so wundert man sich wohl mit Recht, wie denn jetzt nach ein paar Tagen in den preußischen Vorschlägen gerade die meisten jener bedenklichsten Punkte erhalten sind, wie Preußen dazu kommen könne, zwar das Kaiserthum abzulehnen, aber alle wesentlichen Functionen und Gewalten, welche mit demselben nach der Frankfurter Verfassung zusammenhängen sollten, wieder aufzunehmen. Das Fürstencollegium, welches Preußen an die Stelle des von Hannover, Sachsen und Bayern vorgeschlagenen Directoriums gestellt hat, ist nichts weiter, als ein für die Gesetzgebung mitbeschließendes Collegium, so aber beschränkt, daß die wichtigsten politischen Fragen seinen Beschlüssen entrückt sind, namentlich Krieg und Frieden, Verträge mit auswärtigen Staaten und die Controle der auswärtigen Politik. Die Könige von Sachsen, Hannover und Bayern, deren Geschlechter längst die Landeshoheit besahen, als man den Namen der Hohenzollern noch nicht hörte, sollen jetzt gutwillig ihre Stimme aufgeben bei allen Hauptrechten, die in der alten deutschen Landeshoheit lagen. Preußen verlangt nach seinem Entwurf den Oberbefehl über die ganze Kriegsmacht, die Ernennung aller Reichsgenerale für den König von Preußen als Reichsvorstand, die Ernennung der Feldherren und Generale der selbstständig operirenden Corps, der Reichsfestungscommandanten und Festungsbeamten, die Verfügung über die Reichsfinanzen nach verfassungsmäßigen Bestimmungen, die alleinige Leitung der auswärtigen Politik, den alleinigen Abschluß aller Verträge mit auswärtigen Staaten, das Präsidium im Fürstencollegium, das absolute Veto in der Gesetzgebung, in der Art, wie es eine jede der Staatsgewalten für sich hat, die Ernennung aller Reichsminister, aller Beamten und Vollzugsbehörden, endlich das alleinige Kriegs- und Friedensrecht. Bei allen diesen stark concentrirten Staatsgewalten, wo denn die Einzelstaaten die größten Opfer zu bringen hätten, soll das Fürstencollegium weder Rath, noch Beschluß, noch Vorschlag (Avis, wie der nordamerikanische Senat), noch irgend ein entscheidendes Votum, noch Controle, noch Einsicht haben. Und an diesen maßlosen Anforderungen Preußens sollte die deutsche Einheit abermals scheitern? Ich versichere Sie, der König von Bayern und das bayerische Ministerium haben bereits die einheitliche Spitze Preußens (da Oesterreich das Volkshaus nicht wollte) zugegeben, sie haben Alles zugegeben, was von ihnen ohne Selbstvernichtung zu erlangen war: Preußen soll die Executive, die Leitung der auswärtigen Politik, die Besetzung der Ministerstellen, ja selbst der Reichsfeldherrnstellen erhalten, Preußen soll den Vorsitz haben im Fürstencollegium, es soll außerdem alle Gewalten des jetzigen Reichsverwesers erhalten, aber an den Beschlüssen, welche die Regierungsgewalt ausmachen, soll das Fürstencollegium Theil nehmen, Theil nehmen so, daß der Reichskrieg und Frieden nur nach Majorität der sechs Stimmen beschlossen werden kann, wo dann dennoch bei Stimmengleichheit die Stimme Preußens den Ausschlag gibt; ferner soll der Abschluß der Verträge an die Zustimmung der Majorität des Fürstencollegiums gebunden werden und demselben wenigstens die Einsicht in den diplomatischen Verkehr offen stehen. Glauben Sie mir, wenn Preußen diese nur gerechten Anforderungen nicht zugibt, dann wird Preußen noch viel weniger erlangen. Jetzt hat es bereits die Hegemonie, wenn es nachgibt; will es aber zu viel auf einmal, so wird es höchstens einen norddeutschen Bund erreichen. Schon nimmt Oesterreich eine feindselige und drohende Stellung zu Preußen ein; in den nächsten Tagen erwartet man hier eine Protestation Oesterreichs gegen die preußische Alleinherrschaft; der bayerische Minister des Aeußern wird selber wahrscheinlich nach Berlin gehen, um Preußen zu einer vernünftigen Nachgiebigkeit zu bewegen. Bedenken Sie, wie nothwendig dies im Interesse Süddeutschlands ist! Erinnern Sie sich des englischen, des holländischen und mancher anderer Verträge, welche Preußen für den Zollverein abschloß, erinnern Sie sich der preußischen Leitung des Kriegs in Schleswig vom vorigen Jahre, des Malmöer Waffenstillstande, der brutalen Anforderungen an den Reichsverweser: Preußen die dänische Sache allein zu übertragen und seine Würde niederzulegen — und Sie werden die Nothwendigkeit einsehen, daß wenigstens so große Staaten wie Bayern und Württemberg, welche die süddeutschen Interessen vertreten, welche im Volkshause und Staatenhause so schon in der Minorität sind, bei den Verträgen und in Kriegs- und Friedensrechten ihre volle Stimme haben müssen. Preußen hat bereits mehrmals im Gefühle seiner übertriebenen Ansprüche die Unwahrheit begangen, zu erklären, daß die Königreiche, die mit ihm verhandelten, ihre Zustimmung gegeben hätten. Auch jetzt ist die Publication der preußischen Verfassung voreilig geschehen, offenbar, um die andern Staaten zur Zustimmung zu zwingen. Zwar haben Sachsen und Hannover im Allgemeinen ihre Zustimmung gegeben, aber beide haben eine Art Verwahrung eingelegt, daß sie dies nur im Gefühle der Nothwendigkeit thäten, daß endlich eine Unionsverfassung zu Stande komme. Die hannoversche Erklärung ist vom tiefsten Schmerze eines edlen Mannes (Stüve) durchdrungen, daß Preußen nicht genug deutschen Sinn gehabt habe, Oesterreich wenigstens für die Zukunft eine Stelle in der Verfassung offen zu halten, sowie auch darüber, daß die hannoverschen Vorschläge, welche wenigstens allen Deutschen das Aufsteigen zu den höchsten Reichsstellen offen erhalten hätten, so gar nicht beachtet worden wären. (Dies heißt wohl, daß eben alle Stellen von Wichtigkeit durch Preußen besetzt werden.) Sachsen aber hat geradezu den Vorbehalt ausgesprochen, seine Zustimmung zurückzuziehen, wenn es sich zeigen sollte, daß Süddeutschland, namentlich Bayern, sich nicht den preußischen Ansprüchen unterwerfen würde. Einem bloß norddeutschen Bunde werde Sachsen ebensowenig wie einem Zwergdeutschland ohne Preußen und Oesterreich beitreten. Wie aber Preußen gegen Oesterreich gehandelt hat, geht daraus hervor, daß es die vielberufenen §§ 2 und 3 beibehielt und zugleich die alleinige Besitznahme der Reichsvorstandschaft forderte.

Ein radicales Blatt und Organ der provisorischen Regierung der bayerischen Pfalz, die „Speyerer Zeitung", beleuchtet vom bayerischen Standpunkt aus den preußisch-deutschen Verfassungsentwurf, wie folgt:

Die von Preußen octroyirte Verfassung hat grade auf alles dasjenige keine Rücksicht genommen, was Bayern in der Reichsverfassung geändert wünschte. Die preußische Hegemonie ist nach dieser Octroyirung vollständig begründet. Die bayerische Regierung wendete gegen die Reichsverfassung ein: Oesterreich werde von Deutschland ausgeschlossen. Dieser Einwand war grundlos, denn gleich der erste Paragraph bestimmte: „Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes." Dies war also der bayerischen Regierung vorgeblich nicht genug, um Oesterreichs Verbleiben bei Deutschland zu sichern. Nun ist aber (wahrlich bezeichnend für die bayerischen Vereinbarungsbemühungen!) der §1 des preuß. Entwurfes folgendermaßen abgefaßt: „Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete derjenigen Staaten des bisherigen deutschen Bundes, welche die Verfassung anerkennen. Die Festsetzung des Verhältnisses Oesterreichs zu dem deutschen Reiche bleibt gegenseitiger Verständigung vorbehalten." Bayern will ferner keine preußische Hegemonie. Nun besagt aber der § 66 der octroyirten Verfassung: „Die Würde des Reichsvorstandes ist mit der Krone von Preußen verbunden." Bayern will Beseitigung der Bestimmungen über Productions- und Consumtionssteuern, seines Malzaufschlags wegen. Nun hat aber die octroyirte Verfassung gerade die Bestimmungen ausdrücklich beibehalten, daß das Reich gemeinsame Productions- und Consumtionssteuern aufzurichten, und zugleich festzusetzen ermächtigt sei, welche dieser Auflagen als gemeinsame betrachtet werden sollen. Bayern hat sich gegen die Bestimmungen erboben, wonach das Reich Gesetze erlassen könne über das Staatsbürgerrecht, über das Heimats- und Gewerbswesen. Preußen aber hat eben diese Bestimmungen in den neuen Entwurf geradezu aufgenommen. Aus Allem ergibt sich: 1) Die Einigung Deutschlands ist unmöglich, wenn die 38 Regierungen sich vereinbaren sollen. 2) Bayern, dessen schönste Aufgabe es gewesen wäre, sich an die Spitze von Deutschland zu stellen, ist heute völlig isolirt: verlassen von Oesterreich, verlassen von Preußen, verlassen von den rein deutschen Staaten. Es kann sich nicht mehr helfen, ohne sich Preußen nun ganz in die Arme zu werfen, dessen Hegemonie es bekämpfen wollte.

□ **München**, 4. Juni. Generalmajor von der Mark, der vorgestern nach Berlin abgereist ist, scheint noch im letzten Augenblicke vor seiner Abreise andere Aufträge erhalten zu haben, als für deren Ueberbringung er in Berlin angekündigt worden war. Wie schon aus der von dem Herrn von der Pfordten vom Ministertische aus in der Abgeordnetenkammer abgegebenen Erklärung vom 30. Mai zu entnehmen war, konnten sich König und Minister damals noch nicht entschließen, den preußischen Verfassungsrevisionsentwurf unbedingt gutzuheißen. Preußen sollte weg von der Spitze, und darum sollte ein bayerisches Ultimatum in diesem Sinne durch Herrn von der Mark nach Berlin überbracht werden. An der Annahme desselben zweifelten unsere Minister so wenig, daß sie vielmehr gar kein Geheimniß aus ihren Ansprüchen auf die Anerkennung Deutschlands dafür machten, daß durch sie die Directorialspitze gerettet worden sei. Da kamen die Berliner Blätter mit dem Revisionswerke an, und was blieb übrig, als dem General von der Mark seine ersten Instructionen wieder abzunehmen und ihm neue zu geben? Die letzteren sind auf Anerkennung und Beitritt berechnet. Das ist gut, wenn's auch zu spät kommt, um noch die rechte Wirkung üben zu können. Wir loben es schon, weil wir darin eine Bürgschaft für die Hoffnung finden, daß Preußen und die übrigen Regierungen auch nach schweren Kämpfen und langen Stürmen ihre Versprechungen halten, daß sie sich durch die Verfassung des Reichs, wie sie selbst dieselbe jetzt herstellen wollen, als unbedingt gebunden erachten. Wahrscheinlich erfahren wir wohl darüber noch heute das Eine oder Andere. Sie werden aus den hiesigen Blättern ersehen haben, daß die Majorität der Abgeordnetenkammer, d. h. Linke und linkes Centrum, darauf beharren, sich an keiner Debatte zu betheiligen und keinerlei Geschäft erledigen zu helfen, bis nicht zuerst und vor Allem die deutschen Fragen bereinigt sein werden. Man erklärte sich's zum Theil daraus, daß seit Mittwoch überhaupt keine Sitzung mehr stattfand, obschon es denn doch bei Gott Zeit wird, daß die seit dem Januar in ewigem

Am 28. Januar Gedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 29. Januar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 30. Januar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 31. Januar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 1. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 2. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 3. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 4. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 5. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 6. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 7. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 8. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 9. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 10. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 11. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 12. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 13. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 14. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 15. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 16. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 17. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 18. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 19. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 20. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 21. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 22. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 23. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 24. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 25. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 26. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 27. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 28. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 29. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 30. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 31. Februar Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 1. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 2. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 3. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 4. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 5. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 6. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 7. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 8. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 9. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 10. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 11. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 12. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 13. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 14. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 15. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 16. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 17. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 18. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 19. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 20. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 21. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 22. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 23. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 24. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 25. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 26. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 27. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 28. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 29. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 30. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 31. März Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 1. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 2. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 3. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 4. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 5. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 6. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 7. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 8. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 9. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 10. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 11. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 12. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 13. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 14. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 15. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 16. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 17. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 18. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 19. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 20. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 21. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 22. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 23. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 24. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 25. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 26. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 27. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 28. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 29. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 30. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 31. April Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 1. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 2. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 3. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 4. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 5. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 6. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 7. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 8. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 9. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 10. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 11. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 12. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 13. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 14. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 15. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 16. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 17. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 18. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 19. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 20. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 21. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 22. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 23. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 24. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 25. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 26. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 27. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 28. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 29. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 30. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 31. Mai Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 1. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 2. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 3. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 4. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 5. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 6. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 7. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 8. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 9. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 10. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 11. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 12. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 13. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 14. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 15. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 16. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 17. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 18. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 19. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 20. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 21. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 22. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 23. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 24. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 25. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 26. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 27. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 28. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 29. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 30. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 31. Juni Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 1. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 2. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 3. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 4. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 5. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 6. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 7. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 8. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 9. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 10. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 11. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 12. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 13. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 14. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 15. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 16. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 17. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 18. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 19. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 20. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 21. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 22. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 23. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 24. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 25. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 26. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 27. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 28. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 29. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 30. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 31. Juli Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 1. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 2. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 3. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 4. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 5. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 6. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 7. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 8. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 9. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 10. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 11. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 12. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 13. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 14. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 15. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 16. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 17. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 18. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 19. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 20. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 21. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 22. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 23. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 24. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 25. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 26. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 27. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 28. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 29. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 30. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 31. August Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 1. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 2. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 3. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 4. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 5. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 6. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 7. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 8. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 9. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 10. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 11. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 12. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 13. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 14. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 15. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 16. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 17. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 18. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 19. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 20. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 21. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 22. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 23. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 24. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 25. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 26. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 27. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 28. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 29. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 30. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 31. September Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 1. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 2. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 3. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 4. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 5. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 6. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 7. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 8. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 9. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 10. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 11. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 12. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 13. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 14. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 15. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 16. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 17. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 18. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 19. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 20. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 21. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 22. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 23. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 24. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 25. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 26. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 27. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 28. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 29. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 30. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 31. Oktober Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 1. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 2. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 3. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 4. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 5. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 6. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 7. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 8. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 9. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 10. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 11. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 12. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 13. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 14. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 15. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 16. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 17. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 18. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 19. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 20. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 21. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 22. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 23. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 24. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 25. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 26. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 27. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 28. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 29. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 30. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 31. November Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 1. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 2. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 3. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 4. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 5. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 6. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 7. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 8. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 9. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 10. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 11. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 12. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 13. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 14. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 15. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 16. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 17. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 18. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 19. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 20. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 21. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 22. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 23. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 24. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 25. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 26. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 27. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 28. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 29. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 30. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr. Am 31. Dezember Jahrgedächtnis-Andacht um 8 Uhr.

Digitized by Google

№ 134. —— Donnerstag —— den 7. Juni —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in der Bestellung von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Würzburg fl. 2. 35 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: C. A. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Für England und überseeische Länder: Loysel & Comp., Nr. 34. Kings Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 34. Kings Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Lentzgasse Nr. 336; 2) das Comptoir der Zeitungsexpedition von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78.; 3) Hofbuchhändler G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Auf welchem Wege ist das Ziel zu erreichen?

I.

Vielleicht gab es, für die Erreichung des Zieles, nach welchem Deutschland seit einem Menschenalter ringt, nie einen verhängnißvollern Augenblick als den jetzigen. An der Haltung, welche jetzt die deutsche Nation einnehmen wird, wird das Ausland, werden z. B. die praktischen Engländer, wird einst die Geschichte erkennen, ob wir Deutsche es verstehen, das dargebotene Erreichbare im günstigen Zeitpunkt zu erfassen. Dieser kehrt vielleicht so bald nicht wieder. Wie mögen Deutschlands Feinde jetzt darauf lauern, daß wir theoretisch gebildeten Deutschen das theoretische Beharren auf einem abstracten Satze der endlich ins grüne Leben einzuführenden Einheit vorziehen werden! Mit welchem Eifer mögen sie jetzt in den Organen der deutschen Presse nach den Anzeichen suchen, daß die von Preußen, Hannover und Sachsen dargebotene Verfassung von den Lenkern der öffentlichen Meinung werde verworfen werden! Aber nicht bloß Deutschlands Feinde hoffen dies, auch diejenigen Parteien in Deutschland selbst, die von beiden Seiten dem Einigungswerke stets die meisten Hindernisse bereitet, hegen gleiche Hoffnung. Die öffentlichen Blätter derjenigen Partei, die den schmählichen Mangel alles vaterländischen Gefühls endlich in einem förmlichen Anrufen französischer Einmischung offenbart, wie nicht minder die mit den Russen sympatisirende „Neue preußische Zeitung" — beide eifern gleichmäßig gegen die dargebotene Verfassung. Ein besseres Zeugniß kann dieser nicht werden; und wer noch im Zweifel wäre, wohin seine Stimme zu geben: die Uebereinstimmung dieser beiden Parteien müßte ihm wahrlich Fingerzeig genug sein. Der richtige Gedanke der Gagern'schen Partei war, daß Deutschland kein Staat werden könne, wenn nicht derjenige völlig deutsche Staat, welcher zugleich europäische Großmacht ist, sich an die Spitze des neuen einheitlichen Deutschlands stellte. Preußen für das Werk zu gewinnen, war daher die wahre und richtige Aufgabe. Die Ablehnung Preußens wäre die Vernichtung des Werkes. Darum auch die Niedergeschlagenheit, als die Kaiserdeputation unverrichteter Sache zurückkam, als endlich die förmliche Ablehnung erfolgt war. Aber schon damals pflichteten wir denen nicht bei, die schon verzweifeln wollten. Das Nationalgefühl haben wir allzu tief gewurzelt, als daß es hätte undefriedigt bleiben können. Und nun endlich will Preußen dieses Bedürfniß befriedigen. Seine Stellung in Europa, seine Macht, seine Geltung will es auf das neue Deutschland übertragen; es will diesem neuen Deutschland im Wesentlichen grade die Einrichtungen geben, die von der besonnenen Partei der Nationalversammlung für heilsam erachtet waren, worin sie nur überstimmt worden war. Nun ist endlich die Möglichkeit gegeben, den 30jährigen Traum zu verwirklichen, und es sollte noch eine Frage sein, ob jetzt wir wollen? Ich wiederhole, man würde dies im Auslande, man würde dies in späteren Jahren nicht glauben, und wenn es geschähe, nicht verüeben. Wie man ein großes Gebäude nicht würdigen kann, wenn man ihm allzu nahe steht, so ist wohl auch derjenige Moment, in welchem das Große geschehen soll, nicht der geeignetste, es unbefangen in's Auge zu fassen. Denken wir uns daher in einige Entfernung von dem jetzigen verhängnißvollen Momente. Denken wir uns die von den drei Königreichen dargebotene Verfassung verworfen, denken wir uns die Folgen unheilbarer Zerrüttung, ein Chaos, aus welchem das Vaterland nur durch die cadinischen Gabeln heilloser Blutarbeit oder auswärtiger Einmischung, oder beider, hindurch zu einer festen Gestaltung wieder zurückgelangen könnte, deren Formen aber kein Sterblicher im Voraus anzugeben vermöchte. Oder denken wir uns die Verfassung angenommen, die Revolution geschlossen, und die Kraft des neuen Reiches von nun an sich entfaltend, Segen spendend im Innern, Macht entwickelnd nach Außen. Würde die Nachwelt nicht im ersteren Falle verdammen, im letzteren segnen die Männer, deren Worten die Nation gehorcht? — Oder, rücken wir den Standpunkt für unsere Beurtheilung nach einer andern Seite hin in die Ferne, geben wir rückwärts, ich will nicht sagen bis in das Jahr 1847, nein, nur bis zum 12. Febr. 1848, da in der badischen Kammer der Antrag auf Vertretung beim Bundestage begründet worden. Den Meisten galt dieser Antrag als ein schöner Traum, dessen Verwirklichung zu erleben vielleicht unseren Kindern vergönnt sein möchte. Wer damals vorhergesagt hätte: „es wird der deutschen Nation nach heißen Kämpfen endlich eine Centralregierung und ein Parlament geboten werden, die Nation aber wird zweifelhaft sein, ob sie das Dargebotene annehmen soll", den würde man als einen Thoren verlacht, als einen Verleumder des gesunden Sinnes der Nation bezeichnet haben. — Freilich, wir wissen es, es liegt Manches dazwischen, und an Fehlern, welche den Regierungen, auch der preußischen, vorzurechnen wären, ist kein Mangel. Mit der Abrechnung, auf welcher Seite ein Saldo bleibe, mögen sich jetzt Andere befassen. Wir wollen nur den einen Einwand erörtern. Die Frankfurter Verfassung, sagt man, sei einmal rechtskräftig, und durch ihr Aufgeben das deutsche Rechtsgefühl zu verletzen könne niemand zugemuthet werden. Das „Einzig und Allein" hat der Antragsteller im Vorparlamente, Hr. v. Soiron, schon selbst erläutert; nach dieser Erläuterung war die Vereinbarung mit den Fürsten nicht ausgeschlossen. Aber wenn auch die Nationalversammlung am 11. April 1848 erklärte, „sie allein habe endgiltig zu beschließen", steht es denn so unangefochten fest, daß sie hiezu die (juristische) rechtliche Befugniß hatte? Niemand hatte sie ihr eingeräumt; sie hatte sie sich selbst beigelegt. Geschieht aber dies, dann ist eine solche Frage auch stets mehr eine Frage der Macht als des Rechts. Ein juristisches Recht beruht nur auf Anerkennung, auf beiderseitiger Zustimmung, auf Vertrag. Auch ist bekannt, daß die Partei des Centrums den Weg des Vertrags nur verworfen, nicht weil sie ihn nicht für den rechten und billigen erkannt hätte, sondern weil sie in einer Einigung mit 38 Regierungen practisch allzugroße Schwierigkeiten erblickte. Sobald nun die Regierungen des größten Theils von Deutschland (jetzt schon über 20 Millionen Seelen vertretend) sich dennoch geeinigt, fällt der Hauptgrund für das Verwerfen eines Vertragsabschlusses hinweg. Von der Verletzung eines unbestrittenen Rechtssatzes, von dem Untergraben des deutschen Rechtsgefühls kann daher die Rede nicht sein, man müßte denn so billig denken, auf der andern Seite es auch den Regierungen nicht zu verargen, wenn sie, über deren bisherigen Rechte doch verfügt werden soll, auch ihrerseits den Satz behaupten, daß nur sie einzig und allein über die Entäußerung ihrer Befugnisse zu verfügen haben. Wer zwischen solchen Gegensätzen durch einen peremptorischen Beschluß entscheiden will, „der beschließt (wie Welcker schon im Vorparlament gegen den Soiron'schen Antrag sagte) den Bürgerkrieg, und das ganze Werk unserer Nationalversammlung, wie es werden soll, ist zerstört." Solche Gegensätze lassen sich nur durch den Inhalt des Werkes selbst versöhnen. Darüber das Weitere in einem neuen Abschnitt.

Schleswig-holsteinisch: Angelegenheiten.

§ **Altona**, 3. Juni. Es ist auffallend, daß, obgleich factisch eine stillschweigende Waffenruhe eingetreten, die Dänen auf Alsen seit einigen Tagen Verstärkungen nach der Insel aus Jütland schaffen und fortwährend an den Verschanzungen von Sonderburg arbeiten. Bei der Gewissenlosigkeit der Dänen gegenüber der schleswig-holsteinischen Sache, wo ihnen, wie die Erfahrung gezeigt, trotz Versprechungen und Tractate jedes Mittel, den Schleswig-Holsteinern zu schaden, heilig ist, kann man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß die Dänen einen Angriff auf die diesseitigen Düppeler Verschanzungen im Schilde führen. Andererseits ist es zu beklagen, daß man, nachdem die Verschanzungen in Sundewitt so trefflich ausgeführt und mit schwerem Geschütz versehen worden, das offensive Vorgehen gegen Alsen fast aufzugeben scheint. Ohne die Besitzergreifung Alsens, die bei den vorhandenen Vorarbeiten in Düppel mit einiger Energie im Vorgehen rasch zu ermöglichen wäre, kann von einem annehmbaren Waffenstillstande, geschweige denn einem Frieden gar nicht die Rede sein. Wer behaupten wollte, daß es den Unsrigen wohl gelänge, die Insel Alsen zu nehmen, aber auf die Dauer nicht zu halten, ist vollständig in einem argen Irrthum befangen; denn man erwäge nur, daß die vor Sonderburg angelegten Batterien, von deutschen trefflichen Artilleristen verbessert und geleitet, vollständig den Alsener Sund zu beherrschen im Stande sein können. Der Commandeur der im Sundewitt stationirten Reichstruppen, der kurhessische Generallieutenant Bauer, soll beim Höchstcommandirenden darum ersucht haben, daß die Düppeler Festungswerke vollendet und ein Angriff auf Alsen unternommen werden möge. Das von den dänischen Blättern ausgesprengte Gerücht von einer Besetzung Alsens durch die Russen entbehrt augenblicklich aller Begründung; auf Fühnen sollen jedoch für russische Truppen Quartiere angesagt sein und die Juten erwarten die moskowitischen Gäste mit Sehnsucht. Diese russische Intervention hat in Wahrheit nicht diejenige Bedeutung, welche man ihr von gewissen Seiten beizulegen sucht; denn Rußland will in dieser Frage nur drohend demonstriren, um den vermittelnden Mächten einen Vorwand an die Hand zu geben, einen Frieden eventuell Waffenstillstand mit Dänemark um jeden Preis abzuschließen. Hoffentlich werden die Cabinetsintriguen zu Schanden werden und unsere gerechte Sache wird noch aus der diplomatischen Schicksalsurne siegreich erstehen.

[ ] **Hamburg**, 3. Juni. Die neuesten dänischen Blätter, die hier heute Nachmittag über Wismar (pr. „Obotrit") angelangt sind, datiren vom 31. Mai bis 2. Juni und sind nicht ganz ohne Interesse. Wir heben aus denselben Folgendes als das Wesentliche hervor: Am 29. waren von den Schleswig-Holsteinern vor Fridericia einige Bomben in die Stadt geworfen worden; sie scheinen indeß keinen erheblichen Schaden angerichtet zu haben; am 30. v. M. war dort nichts von Bedeutung vorgefallen. — Das Reichsheer hat inzwischen vor dem Schlusse des Monats Mai einen kleinen Schritt vorwärts gethan; einem in Kopenhagener Blättern abgedruckten Privatschreiben aus Viborg (dem Sitze der früheren jütischen Provinzialstände) zufolge sind nämlich am 29. 150 Bayern in dem 6 Meilen von Viborg gelegenen Orte Silkeborg eingerückt und ein größeres Corps wurde dort erwartet. — Auch bei Aarhuus war es am 29. bei einer Recognoscirung zu einem unbedeutenden Gefechte zwischen den dänischen und deutschen Vorposten gekommen, doch waren am 30. die Reichstruppen noch nicht in die Stadt eingerückt, obwohl 6000 Mann Einquartierung angesagt war. (Der Einmarsch soll indeß seitdem erfolgt sein.) — In der Reichstagssitzung vom 31. verlas der Finanzminister von Sponneck eine königliche Bekanntmachung, in welcher für die königliche Civilliste außer verschiedenen öffentlichen Gebäuden u. s. w. auf eine jährliche Baarsumme von 300,000 Species Anspruch gemacht, und wobei der Antheil, den Holstein und Lauenburg daran tragen sollen, vorbehalten wird. Sie sehen, Schleswig wird noch immer als völlig Dänemark incorporirt betrachtet. — Die Blokade wird jetzt wieder sehr streng ausgeübt; sogar die Fischerboote dürfen nicht mehr in die See zu gehen wagen. Ja, man erwartet nächstens 6—8 dänische Kanonenboote bei Cuxhaven, die namentlich die von der Ems und den nordholländischen Küsten übers Watt kommenden kleineren Fahrzeuge am Einlaufen in die Weser und Elbe verhindern sollen. Und unsere Flotte rührt sich noch immer nicht? Gestern, heißt es, soll Bonin in die Festung Fridericia Bresche zu schießen haben beginnen wollen.

Cuxhaven, 4. Juni, Vormittags. Ein dänisches Kriegsdampfboot von 8 Kanonen, vermuthlich „Geyser", kam um 10 Uhr 15 Minuten vor dem Hafen an, ging jedoch um 10 Uhr 30 Minuten wieder seewärts. Nachmittags 5 Uhr: Man hört von hier seewärts schon seit einer Stunde eine sehr lebhafte Kanonadr. — Nichts in Sicht. (Börsh.)

Hadersleben, 3. Juni. Ich kann Ihnen noch mittheilen, was mir aus zuverlässiger Quelle berichtet worden, daß nämlich die preußischen Vorposten, hauptsächlich aus Husaren bestehend, am 31. wieder in Aarhuus eindrangen, jedoch von den Dänen mit Uebermacht angegriffen und wieder zurückgedrängt wurden. Es ist dabei ziemlich heiß hergegangen; der Prinz Salm-Salm wurde verwundet und gefangen, 3 oder 4 Husarenofficiere verwundet, 30 bis 37 Husaren sind theils gefallen, theils gefangen. Gleichzeitig aber wurden durch die Preußen 18 Dänen zu Gefangenen gemacht. — Vorgestern, Abends elf Uhr, erhielten die Bayern Befehl zum Vorrücken gegen Aarhuus und trafen um 5 Uhr Morgens in dessen Nähe ein, wo sie Position nahmen. Gegen Mittag jedoch wurden sie nach Stelling zurückbeordert, ohne vorher einen Angriff unternommen zu haben. — Morgen früh erwartet man den ernstlichen Wiederbeginn des Bombardements von Fridericia. (B. H.)

Aus Schleswig, 3. Juni. Heute endlich hat das Bureau der Landesversammlung beschlossen, die Abgeordneten zu Donnerstag den 7. d. M. hierher einzuberufen.

Man erfährt, daß an die Stelle des gebliebenen Hauptmanns v. Delius der gleichfalls dem preußischen Generalstabe angehörige Hauptmann v. Blumenthal zum Chef des Generalstabes der schleswig-holsteinischen Truppen ernannt sei.

Unterm 29. Mai ist der provisorisch als Commandeur des 1. Dragonerregiments angestellte preußische Major a. D. Haun v. Weiperrn zum Oberstlieutenant in der schleswig-holsteinischen Armee und Commandeur des 1. Dragonerregiments ernannt worden.

Die „Hecate" ist von Kiel nach Eckernförde gegangen. (A. M.)

Kopenhagen, 2 Juni, Abends. Nach den officiellen Berichten war bis zum 31. Mai vor Fridericia nichts Bemerkenswerthes vorgefallen, und war am 30. Abends Aarhuus noch im Besitze dänischer Truppen gewesen. Privatberichte vom 31. melden dagegen aufs Bestimmteste, daß an diesem Tage die Deutschen eingerückt seien. Das in Silkeborg eingezogene Streifcorps hat sich, nachdem es Lebensmittel requirirt, über Virklund zurückgezogen.

Wie die „Berlingsche Zeitung", anscheinend officiell, meldet, hat das dänische Finanzministerium auf Anlaß der deutscherseits beschlossenen Beschlagnahme auf dänisches Kroneigenthum in Deutschland, seinen Agenten für die in Han-

nover und Frankfurt a. M., resp. in 1791 und 1806, geschlossenen dänischen Staatsanleihen, mitgetheilt, daß die hiesige Staatskasse unter solchen Umständen sich nicht im Stande sieht, dieselben mit Rimessen gegen die bis 1. Juni und 1. Juli d. J. verfallenen Zinsen, im Belauf von resp. circa 2000 und 3850 Rdlr., zu versorgen.

Im Reichstage wurde heute die zweite Verlesung des Wahlgesetzes beschlossen. Die Diäten wurden nach längerer Discussion nach Bierring's Vorschlag auf 3 Rdlr. festgesetzt.

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 6. Juni. Daß die bekannten Aussprüche der Geschworenen in Baden, in dem gegen Struve und Genossen geführten Hochverrathsproceß, zum Theil den Grund gelegt haben zu den gegenwärtigen trostlosen Zuständen in diesem Lande, wird jetzt allgemein zugestanden. Mit um so größerer Aufmerksamkeit verdient daher die Flugschrift von Dr. N. Gaerth, betitelt: „Mißgriffe bei den deutschen Gesetzen über Schwurgerichte, Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Unabhängigkeit der Richter", gelesen zu werden. Durch einen elfjährigen Aufenthalt in England hat der Verfasser dieser Schrift hinlänglich Gelegenheit gehabt, mit den dortigen Gesetzen, Institutionen ꝛc. sich bekannt zu machen. Seine einfache Darstellungsweise trägt nicht wenig dazu bei, das von ihm Mitgetheilte allgemein verständlich zu machen.

Wien, 2. Juni. Heute ist ein Theil des russischen Corps, welches von Hradisch nach Tyrnau kam, in Preßburg eingerückt, um morgen die Marschroute über Eisenstadt nach Oedenburg fortzusetzen, wo eine Stunde vor der Stadt 20,000 Russen ein Lager beziehen sollen. Ebenso ist, wie ich letzthin erwähnte, das ganze zweite Armeecorps unter General Csorich auf das rechte Donauufer übergegangen, wo es vereint mit dem Schlick'schen Corps den in Raab sich concentrirenden Insurgenten gegenübersteht. Nach den verschiedenen Berichten stellt sich heraus, daß Görgey die meisten dem Anschein nach an die untere Donau hin beorderten Truppen seines Corps von Stuhlweißenburg plötzlich auf der Straße über Kischber nach Raab gebracht, und nur 8000 Mann gegen Jellachich abgesendet hat. Bei Raab sind die Insurgenten nun 50,000 Mann stark, die entweder gegen Oedenburg oder gegen Körmend nach Steiermark durchbrechen könnten, daher die kaiserliche Truppenmacht in dieser Gegend vermehrt werden mußte. (A. Z.)

† **Wien**, 3. Juni. Die Avantgarde der Südarmee hat die Theiß bei Titel passirt und Verlaß genommen, welche Position den Stützpunkt der ferneren Operationen bilden dürfte. — Seit 8 Tagen ist es in der Schütt ruhig; es gibt weder Plänkeleien noch Vorpostengefechte. Um so heißer geht es in der Waaggegend her; die k. k. Truppen haben das jenseitige Waaguser verlassen und sich diesseits postirt, wahrscheinlich um einen Einmarsch zu decken. Die Magyaren behaupten mit aller ihnen zu Gebote stehenden Energie das jenseitige Waaguser; daß sie die Waag bereits überschritten, ist bloßes Gerücht. — Um den Haß gegen die Russen zu erhöhen, fachen die Insurgenten jetzt den religiösen Fanatismus an, nachdem der politische bereits zum Theil verraucht ist. Die Russen, sagen sie dem Landvolke, hätten es auf Unterdrückung der katholischen Religion abgesehen.

Im Holitscher Lustschlosse werden Vorbereitungen zum Empfange des Kaisers gemacht. — Man bezeichnet den Grafen Giulay, Gouverneur des Küstenlandes, als künftigen Civil- und Militärgouverneur des lombardisch-venetianischen Königreichs. Graf Giulay hat sich in Triest die allgemeinste Achtung und Zuneigung zu erwerben gewußt. Dagegen will die heutige „Ostdeutsche Post" wissen, Graf Giulay sei zum Kriegsminister designirt und nur zwischen ihm und F.-M.-L. Schönhals die Wahl noch unentschieden. — Die Königin von Griechenland beschäftigt fortwährend die Sorgfalt des Hofes und die Aufmerksamkeit des Publicums. Eine Baruschade, die der hohen Frau zu Ehren im Schönbrunner Garten stattfand, zog viele Zuschauer an. Unter den Hofdamen der Königin befindet sich eine edle Griechin von seltener Schönheit, die durch das Nationalcostüm noch mehr hervorgehoben wird. Gestern stattete der Kaiser der Königin einen Besuch ab, worauf selbe in den Augarten zur Erzherzogin Palatinewittwe fuhr.

In der vorgestrigen Nacht wurde der bürgerliche Apotheker am Kohlmarkt, Hr. Anton Angyal, arretirt; er hatte in seiner Wohnung in Gegenwart mehrerer Personen das Bild Kossuth's festlich beleuchtet und mit Blumen geschmückt; hinter demselben war Jellacic gleichsam auf einem Galgen aufgehängt. Bei Durchsuchung seiner Wohnung fand man ein geschliffenes deutsches Schwert und 2 Pistolen. — Unlängst ist es geschehen, daß eine Stadtbehörde einem Juden, welcher eine Liegenschaft erwerben wollte, die Erlaubniß hierzu verweigerte, so daß der Jude sich bis an die obersten Behörden wenden mußte, um in den Besitz seines Rechts zu gelangen. Das Justizministerium erließ als Antwort auf diesen Recurs ein Decret, worin es mit Beziehung auf den § 1 der Grundrechte und § 30 der Reichsverfassung die Zweifel der Behörde als unbegründet zurückwies.

Von der galizisch-schlesischen Grenze, 30. Mai. Die Angaben über die Anzahl der in Galizien zusammengezogenen russischen Truppen variiren so sehr, daß man die eigentliche Stärke der verschiedenen Hilfscorps mit numerischer Gewißheit nicht angeben kann. Sicher ist es, daß die Menge der Auxiliartruppen in Galizien bis heute die Summe 120,000 Mann mit beiläufig 40 Batterien schon erreicht hat: im Wadowitzer Kreise und zwar in den Lagern von Wolenice, Jordanow und Spytkowice wird täglich die Verpflegung für 68,000 Mann geliefert. Fruchthändler machen hierbei gute Geschäfte, wiewohl der letzte Ukas, laut welchem gewisse Getreidegattungen aus Rußland zollfrei nach Galizien eingesendet werden dürfen, dem hie und da bereits eingetretenen Kornwucher ein schnelles Ende gesetzt hat. Wenn auch nicht im Ueberfluß, so war bis jetzt alles doch in mehr als hinreichender Menge im russischen Lager, zumal als zur Pferdefütterung bei der kaiserl. und russ. Cavallerie jetzt auch Häckerling verwendet wird. — General Saß hat vor fünf Tagen eine Recognoscirung auf ungarischem Gebiet vorgenommen und zwei Gefangene gemacht, von denen er die Stärke des in dortiger Gegend aufgestellten magyarischen Corps in Erfahrung brachte. Auch hat man die Gewißheit, daß Dembinski sich nicht in der Zips befindet. — Am 25. hörte man in Jablunka, in der Richtung von Silein, heftiges Kanonenfeuer, das bis gegen Abend währte. Nach der Lustlinie zu schließen, müßte Waser Baron Trenk oder General Barco, der mit seiner 4000 Mann starken Brigade am 24. d. von Seypusch gegen Silein gezogen ist, mit den Magyaren handgemein geworden sein. Der Erfolg des Treffens ist hier bis jetzt unbekannt.

In Preßburg grassirt die Brechruhr, oder wie man es hier allgemein nennt, die Cholera, auf grauenhafte Weise. Wie bisher das Blumenthal, so scheint jetzt der Schloßgrund daran zu müssen, und zwar der Art, daß aus manchem Hause in 24 Stunden 8—10 Menschen — hier meist Kinder und sonstige junge Leute — dahingerafft werden. — Die Eisenbahnfahrten nach Tyrnau — wo keineswegs, wie die Preßburgerin berichtete, ein russisches Armeecorps von 20,000 Mann, sondern nur einige russische Quartiermacher angekommen sind — haben wieder begonnen, nachdem sie nur wenige Tage eingestellt waren.

Die „Preßburger Zeitung" berichtet unter dem 1. Juni: „Johann Nimnichter aus Loschonz, Neograder Comitats, in Ungarn gebürtig, 34 Jahre alt, katholisch, ledig, Bäcker von Profession, ist im Laufe des standrechtlichen Verfahrens gesetzlich durch Zeugen überwiesen, zwei Corporale von Civilarrestanen durch allerlei Vorspiegelungen zum Treubruche und Uebertritte zu den Insurgenten aufgefordert zu haben. Derselbe wurde daher wegen dieser Falschwerbung nach Anleitung der bestehenden Gesetze zum Tode mit dem Strange verurtheilt, und dieses Urtheil nach erfolgter Bestätigung und Kundmachung am gestrigen Tage in Vollzug gesetzt. Von der k. k. Militäruntersuchungscommission."

Krakau, 30. Mai. Wieder ziehen durch unsere Stadt ganze Caravanen russischer Truppen; eine unabsehbare Kette von Kibitken schleppt sich seit gestern die langen Straßen entlang, die mit regulärem Fußvolk und Reitern abwechselnd, und bei dem anhaltend trockenen Wetter große Staubwolken hinter sich zurücklassend, unserer Stadt ein wahrhaft kriegerisches Ansehen verleihen. — Gestern Nachmittags rückte nach dem Tacte eines Krakoviak ein Bataillon des 5. Infanterieregiments ein und durch; ebenso heute in aller Frühe ein Grenadier- und Jägerbataillon, die letzteren mit ausgezeichneten Drahtläusen; auch sollen gleichzeitig im Gebiete mehrere Abtheilungen Cavallerie untergebracht worden sein. — Heute werden noch 16,000 Mann erwartet; alles zieht jetzt, nicht wie früher mit der Eisenbahn nach Schlesien, sondern in Eilmärschen über Podgorze in das Lager von Jordanow, wo bereits bei 40,000 Mann beisammen sein dürften. Auch werden heute 600 Pferde aus den Stallungen des Fürsten Pastiewicz hier erwartet; der Fürst selbst soll erst den 2. Juni hier eintreffen. — Am Ringplatze müssen sehr viele Parteien ihre Quartiere, besonders die ersten Stockwerke, räumen, angeblich für hohe Gäste aus dem Norden, wahrscheinlich aber für Kanzleien, da an einem Wechsel in der Verwaltung Krakaus, die jetzt schon eine gemischte ist, Niemand mehr zweifelt. — Dreißig ungeheure Backöfen wurden von den Russen bei dem Kloster na skalce aufgestellt; ebenso in Kalwaria und andern Orten in der Nähe; die Proviantvorräthe sind sehr stark und werden täglich vermehrt, als stünden zehn Jahre lange Kriege in Aussicht. Podgorze ist zu Pulvermagazinen bestimmt. — Kranke unter dem russischen Militär mehren sich täglich, zur Stunde liegen gegen Tausend in den verschiedenen Spitälern, und an verschiedenen Uebeln krank, besonders werden sie vom Typhus und der Cholera stark mitgenommen; gestern starben 14, vorgestern 8 an der Cholera. — Die Karpathengegenden, wo der Temperaturwechsel, besonders in dieser Jahreszeit, so empfindlich ist, sollen am nachtheiligsten auf dieselben wirken. — Heute soll der König von Preußen über Szczakowa auf unserer Bahn nach Warschau fahren.

Berlin, 3. Juni. Es ist vor einiger Zeit vielfach in den öffentlichen Blättern die Rede gewesen von den Verträgen Preußens mit mehreren andern deutschen Staaten, namentlich den anhaltischen Herzogthümern, den beiden Mecklenburg, Braunschweig und Kurhessen, durch welche die Truppen dieser Länder dem preußischen Militär als integrirender Theil einverleibt werden sollten; wir wissen auch, daß in mehreren dieser Verträge der 1. Juni bereits als der Zeitpunkt bezeichnet worden war, mit welchem die Conventionen ins Leben treten sollten. Seitdem haben sich nun aber die deutschen Staaten in zwei verschiedene Heerlager gespalten, und namentlich gehören die sämmtlichen Staaten, mit welchen Preußen jene Verträge geschlossen hat, zur Zahl derjenigen, welche die deutsche Reichsverfassung unbedingt anerkannt haben und für welche daher nach dem Wortlaute der §§ 12 und 13 derselben die Verträge etwas Ungesetzliches und Unverbindliches enthalten. Schon vor einiger Zeit soll deshalb denn auch von Seiten Preußens diesen Regierungen der Vorschlag gemacht worden sein, den Ausführungstermin obiger Verträge für jetzt noch hinauszurücken, und es soll von Seiten Braunschweigs und Mecklenburgs dieser Vorschlag angenommen, gleichzeitig aber die Bereitwilligkeit bekundet worden sein, an den Verträgen selbst festzuhalten; seitens der kurfürstlich hess. Regierung soll eine bestimmte Antwort überhaupt nicht eingegangen, von Anhalt-Dessau dagegen erwidert sein, daß man bei der gegenwärtigen Lage der Dinge und bis zum Austrage der in Deutschland herrschenden Bewegung auf die Durchführung des besagten Vertrages überhaupt verzichten müsse. Jedenfalls wird die Lösung auch dieser Fragen davon abhängig sein, in wie fern die von Preußen vorgeschlagene Reichsverfassung zur Durchführung kommt, und ob die Regierungen auch solcher Staaten, welche bereits die Frankfurter Verfassung anerkannt haben, sich in der Lage befinden werden, derselben sich anzuschließen. (K. Z.)

Endlich soll auch der Großherzog von Baden seinen Beitritt zu dem zu bildenden Bundesstaate ausgesprochen und Preußens Hülfe in Anspruch genommen haben. Schon länger hieß es, daß hierüber unterhandelt werde; jetzt aber soll von Koblenz aus die Annahme der diesseits gestellten Bedingungen eingegangen sein, zugleich mit der Mittheilung, daß auch Brentano sich so eben mit persönlichen Anerbietungen an den Großherzog gewendet habe, die jedoch unannehmbar befunden wurden. Es haben außerdem bis jetzt, wie es heißt, Braunschweig, Anhalt-Bernburg und Mecklenburg sich für den Verfassungsentwurf der drei Königreiche erklärt. Mit Anhalt-Dessau dürfte man, so lange das jetzige Ministerium am Ruder bleibt, diesseits kaum unterhandeln.

Ich wünschte Ihnen über die Friedensunterhandlungen Erfreuliches melden zu können. Aber, leider! will Dänemark, das sich von Rußland unterstützt weiß, von seinen unerträglichen Prätentionen noch immer nicht ablassen. Gestern zum wenigsten war Preußen mit seinen Vorschlägen noch keinen Schritt vorwärts gekommen.

Am 31. v. M. starb hierselbst, nach mehrjährigen Leiden, der frühere Professor der Theologie, Dr. Rheinwald. Der Verstorbene, Gründer und bis zu seiner Krankheit Herausgeber der „Berliner Allgemeinen Kirchenzeitung", war früher Docent der Theologie an der hiesigen und dann außerordentlicher Professor an der Bonner Universität. Bis zu seiner ihn plötzlich antretenden Geisteskrankheit war er dann in dem Ministerium der geistlichen ꝛc. Angelegenheiten beschäftigt. (B. N.)

Düsseldorf, 4. Juni. Bereits in voriger Woche waren einige Streitigkeiten zwischen den hier liegenden Gardelandwehrbataillonen und den Linieninfanteristen des 16. Regiments vorgekommen. Gestern Abend spielte die Fortsetzung in einem Bierhause, auf dem Wege nach Derendorf gelegen. Es wurde von beiden Seiten blank gezogen und und dabei einige gefährliche Verwundungen vorgefallen. Ob in Folge dieser Reibungen oder zufolge schon früher genommener Disposition, weiß ich nicht zu sagen, doch wird das Gardelandwehrbataillon Düsseldorf am Mittwoch verlassen; es sind schöne kräftige Gestalten, die bei dieser Gelegenheit einen Muth und eine Kraft entwickelten, welche einer besseren Sache werth gewesen wären. (K. Z.)

Trier, 2. Juni. Der Prümer Putsch zieht noch immer fort, traurige Folgen nach sich zu ziehen. Gestern wurden wieder 10 Steckbriefe gegen flüchtige Einwohner des Städtchens Wittlich erlassen. Die in Wittlich liegenden Executionstruppen haben nur weniger Gewehre, die aus dem Prümer Zeughause entwendet waren, wieder habhaft werden können, es scheint also, daß der größte Theil in der Eifel selbst zerstreut sein muß. Dr. Grün befindet sich noch immer in Haft hier und wird wohl auch so bald nicht aus derselben befreit werden, die Regierung ist ihm im Allgemeinen zu gram. Ein Gerücht, daß er nach dem Ehrenbreitstein abgeführt werden solle, hat sich bis jetzt nicht bestätigt. Der Kaufmann Riedel (Sohn) von hier wurde vor einigen Tagen ebenfalls verhaftet wegen des Prümer Putsches und einer Quantität Munition, die man bei einer Haussuchung in seiner Wohnung gefunden hatte. Er wurde jedoch noch an demselben Morgen wieder frei gegeben, weil durchaus keine Theilnehmerschaft seinerseits zu ermitteln war und die Munition zum Jagdbedarfe und zu Zwecken des hiesigen Schützenvereines, dessen Mitglied Riedel ist, nachweisbar diente. Auch der frühere Gerichtsschreiber Cammerer aus Schweich (an der Mosel), ein Schwager von Raveaux, ist zu Carden verhaftet worden. In der nächsten Woche werden die Bernkasteler politischen Gefangenen vor die hiesigen Assisen gestellt werden. Ihre Freisprechung ist wohl mit Bestimmtheit anzunehmen. — Die Truppenmärsche hier durch dauern fort. Am verflossenen Mittwoch traf ein Bataillon (800 M.) des 26. Landwehrregiments hier ein und zog am anderen Morgen wieder weiter in der Richtung nach Saarbrücken. Die Leute schienen mit ihrer Verwendung nicht zufrieden zu sein und man sah sie viel mit der Trierischen Bevölkerung fraternisiren. Es ist dasselbe Bataillon, was man in Burg durch Artillerie zur Abfahrt auf der Eisenbahn zwingen mußte. Heute erwartet man wieder Landwehr von der Eifel aus und morgen werden die hier liegenden zwei Schwadronen Husaren (9. Regiment) nach der Gegend von Kreuznach abmarschiren. — Die „Trier'sche Zeitung" brachte vor einiger Zeit die Mittheilung, daß 2 Compagnien des 39. Regiments ein Lebehoch auf Heckr ausgebracht hätten. Das Commando der Reichsfestung Luxemburg widerlegt diese Mittheilung in öffentlichen Blättern, die „Trier'sche Zeitung" bestand aber auf der Richtigkeit ihrer Angabe. Heute nun veröffentlicht der Commandeur Wigleben des 39. Regiments ein Schreiben an die betreffenden Compagnieführer, worin es heißt, daß die „Trier'sche Zeitung" auf gesetzlichem Wege zur Verantwortung gezogen werden würde, daß im Falle dies jedoch nichts fruchten würde, Redacteur und Berichterstatter der Selbsthülfe jedes einzelnen Soldaten des Regimentes vogelfrei überlassen würden. Die Entrüstung über diese unverhohlene Aufforderung spricht sich allgemein aus.

§ **Wetzlar**, 6. Juni. Seit Sonntag den 5. d., wo ein zweiter bedeutender Einmarsch von Truppen erfolgte, wimmelt es in unsern Straßen von Soldaten der 4. preußischen Armeecorps. Sobald die erste Colonne sich vollständig hier versammelt haben wird, erwarten diese Truppen die Marschordre nach Baden, denen das ganze Armeecorps in verschiedenen Colonnen auf dem Fuße nachzufolgen bestimmt sein soll. — Die Mannschaft, vom besten militärischen Geiste beseelt, können nicht genug die freundliche Aufnahme und die ausgezeichnet gute Bewirthung rühmen, welche ihnen von Seiten der Gießener Bürger bei ihrem Durchmarsch zu Theil geworden ist, was sie deßhalb bemerkenswerth finden, weil ihnen die Aussicht gegeben war, vielleicht mit ihren Kanonen und Kürassieren den Durchmarsch erzwingen zu müssen. — Das Füsilierbataillon des 31. Regiments ist mit Zündnadelgewehren versehen.

München, 4. Juni. In der 22. öffentlichen Sitzung der Volkskammer gab Minister v. d. Pfordten Erklärungen über das Verhalten Bayerns zur preußischen Reichsverfassung.

v. d. Pfordten: Die Resultate, deren Bekanntgabe am 30. zugesagt, seien indessen durch den preußischen Staatsanzeiger bekannt geworden. Das Wesentlichste derselben ist: Nach Art. 11 der Bundesacte ist ein Schutzbündniß zwischen den drei Staaten geschlossen worden. Die Verfassung und das Wahlgesetz sind bekannt. Die Urkunde über das genannte Schutzbündniß verliest der Minister aus dem „Staatsanzeiger". Er beantworte nun 2 Hauptfragen: Warum habe Bayern nicht beigestimmt, und was werde es jetzt thun? Die Propositionen der Berathung vom 17. Mai sind der bayerischen Regierung erst auf das Reichsoberhaupt nicht bekannt. Der Entwurf vom 24. Mai kam der hiesigen Regierung erst am 27. d., der vom 26. erst am 30. d. M. zur Kenntniß. Das abgeschlossene Schutzbündniß betreffend, kam die Einladung hiezu am 24. hier an, am 27. ward die ablehnende Antwort von Berlin expedirt, unterdessen aber das Bündniß in Berlin abgeschlossen, und bloß mit der Verkündigung ward auf die Antwort gewartet. Ferner scheiterte die Einigung daran, daß solche Punkte in der Verfassung blieben, um derentwillen die bayerische Regierung die Anerkennung zuerst verweigerte. Was die zweite Frage betreffe, so sei jetzt leider das Ministerium zu der Ansicht gelangt, daß mit der Nationalversammlung eine allgemeine Verfassung nicht mehr vereinbart werden könne. Die Regierung schließe sich daher dem Beschlusse der drei Königreiche an, einen Fürstentag einzuberufen, um mit diesem zu vereinbaren. Diesem sollen die Regierungen einen gemeinsamen Entwurf mit Zugrundelegung der ersten deutschen Verfassung (der Verfassung, wie sie in Frankfurt aus der ersten Lesung hervorgegangen?) vorlegen. In dem Berliner Entwurf sei nun erstens Oesterreichs Anschluß nicht erleichtert, und zweitens die materiellen Interessen Bayerns nicht gewahrt. Der § 1 müsse so bleiben, wie ihn die Nationalversammlung beschloß. Ferner unterscheide sich der Abschnitt über das Oberhaupt nur dem Worte, nicht der That nach von dem der Frankfurter Verfassung, ausgenommen, daß durch das Fürstencollegium und das Veto die Stimmen der einzelnen Staaten mehr berücksichtigt würden. Oesterreich sei ausgeschlossen, und zwischen diesem Kleindeutschland und Oesterreich könne kein staatsrechtliches, höchstens ein völkerrechtliches Bündniß stattfinden. Die bayerische Regierung könne sich nicht entschließen, diesen Scheidebrief zu unterschreiben. Er entwickelt nachträglich, wie durch diesen Anschluß Oesterreichs dieses slavisirt und dadurch Deutschland zwischen drei mächtige Nachbarn eingekeilt würde, ohne eine natürliche Grenze zu besitzen. Kleindeutschland müsse dem politischen Tode verfallen und habe die commerziellen Nachtheile zu erwarten. Man müsse es mit allen Mitteln Oesterreich ermöglichen, deutsch zu werden, Abhilfe der socialen Mißstände, Abfluß der übergroßen Bevölkerung könne bloß im Anschluß an Oesterreich gefunden werden, das planmäßig von einer Partei in Deutschland ausgeschlossen worden sei. Außerdem hebt der Redner hervor, daß auch in der Berliner Verfassung § 34—36 die Gemeinschaftlichkeit der Verbrauchssteuern ꝛc. und in § 55, 56, 57 und 131 dieselben Bestimmungen über Gewerbwesen, wie in der Frankfurter Verfassung enthalten seien. Zu bedenken seien auch die Bestimmungen über Fideicommisse und Einstehergesellschaft. Dieses seien die Bedenken, die zwar einen Ausschluß von dem Einigungswerk, wohl aber eine ernstliche, allseitig entgegenkommende Erwägung erfordern. Was das Schutzbündniß betreffe, so nehme die Regierung die provisorische Centralgewalt fortwährend als rechtlich und factisch bestehend an. Sie sei auch bereit, falls es nothwendig würde, eine neue provisorische Gewalt bilden zu helfen; doch glaube sie, daß eine neue Nothwendigkeit hierfür nicht vorliege. Der Redner schließt mit der Versicherung, daß die Kammern auch künftig von weiteren Vorgängen in der deutschen Frage gleich Kenntniß erhalten sollen.

Stuttgart, 3. Juni. Dem „Nürnb. Corresp." schreibt man von hier: Ungeheures Aufsehen macht die Geschichte mit Fickler. Die plumpe Art, wie der „Beobachter" den Stadtdirector und Abg. Seeger bloßstellt, indem er erzählt, Fickler habe wiederholt und dringend verlangt, man solle Seeger von seiner Verhaftung Nachricht geben, damit auch diese demokratische Größe bei den „Entschiedenen" dieser Partei bereits in Mißcredit gekommen ist, weil er sich der Reutlinger Beschlüsse nicht kräftig genug angenommen hat. Was Fickler selbst betrifft, so kann ich so viel aus sicherer Quelle verbürgen, daß vorgestern zwei badische Beamte, von denen einer Junghans heißt, hier waren und anzeigten, sie wüßten gewiß und seien bereit, es zu bezeugen, daß Fickler mit 5000 Gulden badischer Staatsgelder sich von Karlsruhe entfernt habe, um damit Verführungsversuche beim württembergischen Militär zu machen; ferner, daß die Verhaftnahme keineswegs von einem unserer Minister, sondern lediglich von der Polizeibehörde verfügt worden ist. — Gestern ist ein Mensch, der in Kornwestheim Soldaten bestechen wollte, von diesen selbst festgenommen und zur Haft gebracht worden. — Vom Centralkriegsministerium ist unser Generallieutenant Miller zum Commandanten von Rastatt ernannt und angewiesen, mit 4 Bataillonen, 3 Schwadronen und 8 Stücken Geschütz daselbst einzurücken. Unsere Regierung wird über ihre Zustimmung zu dieser Maßregel noch berathen.

Stuttgart, 4. Juni. Die Gesammtzahl der bis gestern Abend hier angekommenen Reichstagsabgeordneten mag etwa 70 bis 75 betragen. Es war die allgemeine Sage, welche dem eingetroffenen gestrigen Beschluß der Stände entgegnach, daß den auf der Eisenbahn ankommenden Herren Abgeordneten ein feierlicher Empfang bereitet werde. Da sie Stunde ihrer Ankunft gerade auf Sonntag Abend fiel, so sich die meisten Menschen auf den Straßen bewegen und der Tag einer der schönsten Frühlingstage war, so vermuthete ich, daß eine große Menge sich zusammenfinden und die Ankommenden mit Hoch und Begeisterung begrüßen würde. Allein nichts von alledem erfolgte in den Straßen, das Innere des Bahnhofes betrat ich nicht; ein riger bekannter Caffetier hatte sich mit der deutschen Fahne eingefunden, die er den im Zuge in die Stadt Einziehenden voraustrug, während vielleicht 100 Menschen folgten. Es schien mir, als ob dieser Vortritt den Ankommenden selbst nicht ganz zusage, denn sie blieben von dem Augenblick, wo sie in die Königsstraße einbogen, immermehr hinter dem Fahnenträger zurück. Zum größern Theil traten sie in das „Hotel Marquard" ein, wo das Bureau und der Vicepräsident Eisenlohr ihren Sitz genommen haben. Noch weiß man nicht bestimmt, welches Sitzungslocal ihnen eingeräumt werden wird, um so weniger, als man nicht gewiß ist, ob sie in beschlußfähiger Anzahl sich hier einfinden werden.

Aus allen Theilen des Landes und von der Mehrzahl der Gemeinden laufen Erklärungen gegen die Reutlinger Forderungen und für das Ministerium ein, und zwar so zahlreich, daß sie z. B. vom „Schwäb. Merkur" nicht sämmtlich zum Abdruck gebracht werden können. In Kornwestheim bei Ludwigsburg ist das badische Landesausschußmitglied Steinmetz verhaftet worden. (A. Z.)

Hannover, 3. Juni. Von unsern Abgeordneten zur Nationalversammlung sind die Herren Nicol und Brackebusch gestern hier eingetroffen; Breusing war vor dem Pfingstfest mit Urlaub abgereist, die übrigen, soviel ihrer gegen die Abberufung protestirt haben, sind bis auf zwei in die Heimat gegangen. Niedergelegt haben sie ihr Mandat nicht, vielmehr ist von ihrer Partei ein Ausschuß in Frankfurt zurückgelassen, welcher nach Erfordern die Einberufung vornehmen soll, wenn etwa die Nationalversammlung nach Frankfurt zurückkehren oder der Verlauf ihrer Thätigkeit in Stuttgart die Bedenken heben sollte, welche diese Mitglieder der gemäßigten Linken gegen die Uebersiedelung hegen. In diesem Ausschuß ist Hannover vertreten durch Freudentheil und Reden, welcher Letztere seinen bleibenden Wohnsitz in Frankfurt nimmt. Die Uebersiedelnden rechnen mit Bestimmtheit auf 109 Mitglieder in der Stuttgarter ersten Sitzung; sie können demnach formell gültige Beschlüsse fassen, auch den, die Beschlußfähigkeitsanzahl herabzusetzen, was wahrscheinlich geschehen wird. Sodann wird wohl einer ihrer nächsten Beschlüsse auf ihre eigene Ergänzung gerichtet sein, und es scheint, daß die Versammlung nicht ohne Hoffnung ist, durch manche Nach- und Neuwahlen ergänzt zu werden, obwohl sie so eben das Schicksal trifft, daß auch Hessen-Homburg sie desavouirt, indem es seinem Vertreter Benedey die Diäten entzieht. Das kommt von dem Spielbankenverbot!

Die „Hannover'sche Zeitung" bemerkt über den neuen Verfassungsentwurf: „Wir wollen von den Verschiedenheiten im Wahlgesetze ganz absehen und nur hinweisen auf die eine Bestimmung, daß dem Reichsvorstande ein Fürstencollegium zur Seite stehen soll, welches in Beziehung auf Legislation und andere Reichstagsbeschlüsse de jure eine entscheidende Stimme haben soll, und welches selbstfolgend in Beziehung auf die Executive ein sehr gewichtiges votum con-stitutivum haben wird. Das Institut des Fürstencollegiums fehlte im Frankfurter Beschlusse ganz. In dieser neuen Bestimmung erblicken wir erst ein Palladium dafür, daß die Interessen der Einzelstaaten gehörig gewürdigt und gegen Uebergriffe der Reichsgewalt gesichert sind, daß der Reichsvorstand, der Nationalvertretung gegenüber, gestärkt, und daß die Selbstständigkeit der Einzelregierungen, dem Reiche und Preußen gegenüber, erhalten werde. Dieses wichtige und völlig ausreichende Palladium ist aber für sich allein schon ein genügender Preis für die vielen Anfeindungen und Conflicte, welchen sich die hannover'sche Regierung durch die Suspendirung ihrer Anerkennung der Frankfurter Verfassungsarbeiten aussetzen mußte."

Aurich, 31. Mai. (Z. f. N.) In der heutigen Sitzung der ostfriesischen Landschaft wurde der Bueren'sche Antrag, eine Commission zu wählen, die in der deutschen Sache Vorschläge und Anträge zu machen hätte, angenommen, und demzufolge 9 Mitglieder in die Commission gewählt.

* Wie man dem „Mainzer Journal" von **Worms** aus unterm 4. berichtet, sind zwar keine Truppen, aber auch keine Freischärler in jener Stadt. Es herrscht die tiefste Ruhe, und das unblutige Kriegsvorspiel, welches man neulich dort hatte, hat aller Welt die Lust am Revoltiren so ziemlich vertrieben.

Wiesbaden, 6. Juni. Auf heute war der Wiederbeginn unserer Kammersitzungen nach beinahe vierzehntägigen Ferien angesagt und man war um so mehr gespannt auf diese Sitzung, da jedenfalls die Linke einen ganzen Sack voll Interpellationen ausgeschüttet haben würde. Allein kurz vor Beginn der Sitzung erließ der Kammerpräsident ein Circular an die Abgeordneten, des Inhalts, daß er sich veranlaßt sehe, die Sitzung auf Freitag zu verschieden, da heute Abend erst die Ankunft Sr. Hoheit des Herzogs erwartet würde, womit wichtige Eröffnungen in Landesangelegenheiten, welche der Kammer vorzulegen seien, in Verbindung stünden. (N. A. Z.)

Von der Lahn. In der Nacht vom 29. auf den 30. Mai ist die bei Weinähr, unweit Nassau, gelegene Pulvermühle in die Luft geflogen. Die Ursache dieses Ereignisses ist noch unbekannt. (N. A. Z.)

Hamburg, 2. Juni. Wir sind im Stande, mit vollkommener Zuverlässigkeit anzugeben, daß die Zahl der Verhaftungen in Petersburg nur einige 30 betragen hat. Minder bestimmt, jedoch ebenfalls aus vorzüglicher Quelle, wird uns die Mittheilung, daß mehrere von den eingezogenen jungen Russen mit Caussidiere und Louis Blanc Verbindungen angeknüpft hatten. Es ist auch bemerkenswerth, daß die hiesige russische Gesandtschaft directe Mittheilungen aus Petersburg über jene Vorfälle nicht erhalten hat. — Es sind heute hier Berliner Briefe eingetroffen, welche es beinahe wahrscheinlich machen, daß die in Berlin stattgehabten Conferenzen in Betreff der dänisch-deutschen Frage bisher ganz fruchtlos geblieben und daß die Verhandlungen nahe daran sind, abgebrochen zu werden, weil man Dänemarks Forderungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen als unannehmbare betrachtet. — Der Wind, welcher die Segel der im großen Belt erwarteten russischen Kriegsschiffe schwellen soll, scheint im Voraus die Köpfe der dänischen Minister und Unterhändler berührt zu haben; sie tragen die Nasen wieder sehr hoch. (K. Z.)

⌣ **Hamburg**, 3. Juni. Mit dem um 7 Uhr in Altona angelangten Abendzuge ist unter Andern auch der Herzog von Nassau vom Norden her mitgekommen. Ob er kurze Zeit zum Besuche hier bleiben oder wieder nach seiner Residenz Wiesbaden zurückkehren wird, habe ich noch nicht in Erfahrung bringen können.

(Der Herzog ist, wie die „Oberpostamts-Zeitung" gestern nach der „Nass. Allg. Ztg." berichtete, in Wiesbaden erwartet.)

Italien.

Die neuesten Briefe aus **Rom** (vom 28. Mai) melden, daß die Römer, stolz auf ihre Erfolge gegenüber den Franzosen und Neapolitanern, ihr Glück nun auch gegen die Oesterreicher versuchen wollen. General Rossetti wurde mit dem Entsatz von Ancona beauftragt. Gibt General Durinel diesen Zug zu, so zeigt sich, daß er mit doppelten Karten spielt.

Frankreich.

†* **Paris**, 4. Juni. Die Botschaft des Präsidenten der französischen Republik, deren Mittheilung in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung allgemein erwartet wurde, ist heute nicht verlesen worden und wird auch wahrscheinlich vor übermorgen nicht veröffentlicht werden. Dieser Aufschub hat in Folge der Beweggründe, welche man ihm beilegte, ziemlich bedeutende Sensation gemacht. Zwar meinen Einige, es handle sich nur darum, für die Anbringung einiger weiteren Punkte Zeit zu gewinnen, und wiederum Andere, es hätte die Regierung heute wichtige Neuigkeiten vom Auslande erwartet, die sie vor der Bekanntmachung des officiellen Documents wissen wollte, allein nach dem am allgemeinsten verbreiteten und auch geglaubten Gerücht, hätte die Verzögerung lediglich in dem Zwiespalt, der zwischen den neuen Ministern und einem Theile der ältern Mitglieder des Cabinets und zwar wegen der auswärtigen Frage ausgebrochen wäre, seinen Grund. Ja, das Gerücht ging sogar so weit, von einer Auflösung des neuen Ministeriums zu sprechen. Wie übertrieben auch diese letztere Annahme sein mag, so steht doch soviel fest, daß namentlich wegen der italienischen Frage Meinungsdifferenzen im Schooße des Cabinets obwalten. Auf der andern Seite aber ist nicht minder gewiß, daß das Ministerium in der Kammer keinen leichten Stand haben wird, weil die Leidenschaftlichkeit der Parteien die so nothwendige Versöhnung und namentlich der socialistischen Partei gegenüber unerläßliche Einigung nicht aufkommen läßt. Wenn man die Urtheile der verschiedenen Organe der Presse über die Zusammensetzung des neuen Ministeriums vergleicht, wird man diese traurige Wahrnehmung bestätigt finden. Obschon ihnen die Wahlergebnisse erst auf das Deutlichste gezeigt haben, welcher Vorschub dem Gegner durch eine solche Zersplitterung der eigenen Kräfte geleistet wird, können sie es doch nicht unterlassen, in ihrem Parteieifer einander anzufeinden. Und hierin sind es namentlich die Ultramoderados, welche in ihrem beständigen Groll verharren. Sie können es dem Cabinet nicht verzeihen, Männer, wie Dufaure, Tocqueville, Lanjuinais in seiner Mitte zu haben, und scheinen durchaus nicht gewillt zu sein, einem aus solchen Bestandtheilen zusammengesetzten Ministerium ihre Unterstützung zu leihen.

Nachschrift.

** **Frankfurt**, 7. Juni. Seit gestern Nachmittag ist der gewöhnliche Verkehr sowohl auf der Main-Neckar- als auf der Offenbacher Bahnstrecke eingestellt, da alle disponiblen Wagen und Locomotive noch gestern Nachmittag und Abends auf Befehl des commandirenden General v. Schäffer nach Darmstadt geschafft worden sind, um dort, muthmaßlich für Truppentransporte zur Verfügung zu stehen; zunächst sollen 3000 Bayern von Aschaffenburg in Darmstadt erwartet sein. Als Veranlassung zu diesen Verfehlungen erzählt man, die Aufständischen in Baden hätten sich wiederum mit großer bewaffneter Macht der hessisch-badischen Grenze genähert und Weinheim, Hemsbach ꝛc. besetzt.

Börsenberichte.

Frankfurt, 6. Juni. Ebenso wie zu Wien am 2. d. M. waren heute hier österreichische Papiere wiederum mehr angeboten, 5pCt. Metall. fielen um ½pCt. im Cours, und blieben 71½ pCt. G., 2½pCt. Metall 38½ pCt., Wienerbankactien 1060 Br., 500 fl. Loose 121½ pCt., 250 fl. Loose 73 pCt. Alle übrige Anlehenslose größtentheils auch heute gefragter, Kurassc. 40 Sthlr. Loose 26½ Rthlr., Bad. 35 fl. Loose bei lebhaftem Umsatz 25½ fl., do. 50 fl. Loose 46½ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 21 fl., do. 50 fl. Loose 69 fl., Nassauer 25 fl. Loose 30½ fl., Polen 500 Loose 72 Rthlr. Süddeutsche Obligationen auch belebter, 3½pCt. Württemberger 73½, pCt., do. 4½pCt. 91½ pCt. G., Bad. 3½pCt. Obligationen 72 pCt., do. 5pCt. bis vom Jahr 1848 91½ pCt. G., Nassauer 3½pCt. Obligationen 80½ pCt., do. 5pCt. vom Jahr 1849 99½ pCt. Von belgischen Obligationen waren 2½pCt. belg. 42½, do. 4½pCt. 82½, do. 5pCt. 89. Holl. 2½pCt. Integr. 49½ pCt. G. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 34½, Rthlr., Berlin-Hamburg 67½ pCt., Köln-Minden 77½ pCt., Taunus 271 fl. 5pCt. int. Span. Actien 24½ pCt. G. Von Wechseln Amsterdam 101½, Hamburg 88½, ⅛, Leipzig 105½, Berlin 106, London 120½, Paris 95½. Wien 96, Disconto ½ pCt. G.

Berlin, 5. Juni Staatsschuldscheine 78½, bez. u. Br., Seehandlungs-Prämienscheine 100½ u. ½ bez., Bankantheile 87½, einz. bez. u. Br., Berlin-Hamburg 58½, bez. u. Br., Köln-Minden 76 Br., Friedrich-Wilh. Nordbahn 33½ u. ¼ bez., Rhein. 43 Br., Thüring. 49 Br., Russ. bei Stieglitz 83½, einz. bez. u. G., 5. 83 Br., Poln. 500 fl. Loose 71 bez.

Es wurden auch heute nur sehr wenige Geschäfte gemacht, und die Course der Fonds und Actien waren zwar zum Theil etwas matter, im Allgemeinen aber ohne wesentliche Veränderung.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Matten.

Bekanntmachung.

[1705] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

[1706] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1707] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1708] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1709] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1710] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1711] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1712] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1713] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1714] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1715] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1716] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1717] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1718] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1719] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1720] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1721] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1722] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1723] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1724] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1725] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1726] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1727] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1728] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1729] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1730] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1731] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1732] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1733] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1734] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1735] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1736] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1737] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1738] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1739] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1740] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1741] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1742] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1743] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1744] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1745] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1746] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1747] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1748] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1749] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1750] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1751] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1752] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1753] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1754] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1755] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1756] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1757] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1758] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1759] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1760] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1761] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1762] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1763] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1764] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1765] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1766] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1767] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1768] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1769] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1770] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1771] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1772] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1773] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1774] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1775] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1776] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1777] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eingetragen worden, daß der Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst das Geschäft mit Aktiven und Passiven des Kaufmanns Ferdinand Hoffmann hierselbst übernommen hat und dasselbe unter der Firma Ferdinand Hoffmann fortsetzt.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Bekanntmachung.

[1778] Nachdem der Kaufmann Ferdinand Hoffmann hierselbst sein Geschäft mit Aktiven und Passiven an den Kaufmann Wilhelm Hoffmann hierselbst übertragen hat, ist Letzterer in das hiesige Handelsregister unter Nr. 1 eingetragen worden.

Bielefeld, den 1. Juli 1871.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung II.
Schmidt.

Edict.

[1779] Auf Antrag des Kaufmanns Wilhelm Hoffmann hierselbst, Inhabers der Firma Ferdinand Hoffmann, ist in das hiesige Firmenregister unter Nr. 1 eing

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nro. 134.) 7. Juni 1849.

Deutschland.

** Frankfurt, 7. Juni. Das heute ausgegebene 18. Stück des Reichsgesetzblatts enthält: 1) Verordnung über die Anwendung von Laternen zur Vermeidung des Zusammenstoßens von Dampfschiffen, vom 25. Mai 1849, und 2) Erläuterung der Verordnung vom 25. Mai 1849, betreffend die Anwendung von Laternen, um das Zusammenstoßen von Dampfschiffen zu vermeiden.

[:] Wien, 3. Juni. Abermals sind bei der kaiserlichen Armee eine Menge Veränderungen und Beförderungen vorgenommen, welche zum Theil bereits amtlich von der „Wiener Ztg." officiell verkündet worden. Dem Feldzeugmeister Haynau hat der Kaiser das große Band der eisernen Krone und die geheime Rathswürde verliehen. — Feldmarschallieutenant Graf Falkenhayn ist zum Militärcommandanten in Oberösterreich und Generalmajor Graf Clerfeldt an dessen Stelle zum Oberhofmeister des Erzherzog Franz Karl ernannt. Die Generalmajore Kriegern, Graf Colloredo und Ulrich sind zu Feldmarschallieutenants, 15 Obristen zu Generalmajoren, 15 Obristlieutenants zu Obristen, 17 Majore zu Obristlieutenants und 21 Capitäns zu Majoren befördert worden. Endlich sind die Generale Puchner, Jellacic, Theodorovich und Trebereburg pensionirt. — Minister Schwarzenberg hat vom Kaiser von Rußland in Warschau den Revelyorden in Brillanten, die Generalmajore Grünne und Kellner, ferner Oberst Schwarzel den Annenorden, gleichfalls in Brillanten, erhalten. Es sind nunmehr sämmtliche 150,000 Mann russischer Hilfstruppen, wobei 24 Cavallerieregimenter, auf k. k. Boden eingelangt, und folgen fernere 150,000 Mann bis an die Grenze nach. Auch Fürst Paskewitsch ist bereits unterwegs. — Panjutins Corps, der westlichen Operationsarmee zugetheilt, wird durch Haynau befehligt, wegegen die dortigen russischen Truppen durch Paskewitsch commandirt werden. — Die Operationen können indeß nicht vor Ablauf einer Woche beginnen, indem der Angriffsbalbkreis unmöglich rascher gebildet werden kann. Derselbe läuft von Ducla bis Oedenburg. — Feldmarschallieutenant Graf Gyulay ist zum Kriegsminister ernannt worden, ein Mann von Energie und Popularität!

Radetzkys Ankunft zu Schönbrunn hat sich nicht bestätigt; man zweifelt überhaupt, daß der Marschall in der nächsten Zukunft hierher kommen werde, da der Friedensschluß mit Sardinien sich über Gebühr zu verzögern scheint. — Heute ist von einem großen Kriegsrathe die Rede, der hier abgehalten werden soll, und zu welchem die Mehrzahl der kaiserlichen Corpscommandeure nach Wien berufen seien; es handelt sich um die Frage, ob und in welcher Stärke ein Armeecorps bei Bregenz zusammengezogen werden soll. — Die Einkleidung der sechsten Bataillone ist im raschen Fortgange. Böhmen wird wahrscheinlich von den Russen besetzt werden.

Die Königin von Griechenland ist gestern bei Hofe zur Tafel gewesen, und hatte die kaiserliche Schatzkammer und das Burgtheater besichtigt. Heute setzt der hohe Gast die Reise nach Norden fort. (Die Königin ist bereits in Berlin angekommen; siehe unten.)

Neustadt a. d. Waag, 30. Mai. Gestern ist eine russische Colonne von 11 Bataillons mit vielen Geschützen unter Commando des Generallieutenants Panjutin hier betroffen und setzt heute ihren Marsch fort. (Wnd.)

Nach verläßlichen Berichten wird das 3. Armeecorps unter Italien unter Feldmarschallieutenant Lichnowsky nach Tirol und Vorarlberg gezogen und wird am 5. Juni schon in unserer Provinz eingerückt sein. Zugleich traf die sichere Anzeige ein, daß unter Feldmarschallieutenant Schwarzenberg in kürzester Zeit ein Reservecorps von 5000 Mann im Oberlechthal und Reute zusammengezogen wird. (Boter Bote.)

Aus Bukarest vom 21. Mai wird bestätigt, daß Orsowa durch ein Bem'sches Corps besetzt ist; die österreichischen Truppen sind nahe bei 12,000 kampffertige Soldaten und 24 Kanonen wieder in die Walachei zurückmarschirt.

Brünn, 31. Mai. Wegen der zahlreichen ungarischen Flüchtlinge, welche die an Ungarn grenzenden Bezirke Mährens und Schlesiens zum Aufstande reizen, sowie aus strategischen Rücksichten, wurden die Kreise Prerau, Teschen und Hradisch in Kriegszustand versetzt. Bei Brünn selbst soll ein Reservecorps im Herbst ein Lager beziehen; für jetzt werden hier nur starke Truppencantonnements stattfinden. (Pr. Z.)

Ofen, 30. Mai. Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen (Vater des regierenden Fürsten) ist gestern Abend mit Prinzessin Tochter von hier nach Graz abgereist. — Man setzt hier die Nachricht ein, daß es in Venedig bereits an zwei Punkten brenne.

Berlin, 5. Juni. Immer bestimmter heißt es heute, sämmtliche in Folge des Vorfalls in der Conversationshalle Verhaftete sollen freigelassen werden, indem sich nicht das so viel gegen die eben herausgestellt habe, um die Untersuchung gegen sie zu eröffnen. Der Localverein zum Schutz der arbeitenden Klassen hat in seiner Sitzung vom 3. Juni Anträge auf die Freilassung derselben — viele der Vereinsmitglieder des Vereins — beschlossen und sich dafür auf sociale Gründe gestützt. — Ueber die hier mit großem Erstaunen vernommenen Verhaftete sollen freigelassen werden, indem sich nicht das so viel gegen die eben herausgestellt habe, um die Untersuchung gegen sie zu eröffnen. Der Localverein zum Schutz der arbeitenden Klassen hat in seiner Sitzung vom 3. Juni Anträge auf die Freilassung derselben — viele der Vereinsmitglieder des Vereins — beschlossen und sich dafür auf sociale Gründe gestützt. — Ueber die hier mit großem Erstaunen vernommenen, in Frankreich gepflogenen Conferenzen erfährt man jetzt, es ist dies eine aus authentischer Quelle geschöpfte Nachricht — daß Preußen ein großes mitteleuropäisches Reich im Auge hatte, daß das Ministerium Brandenburg gegen Oesterreich aufs nachgiebigste auftrat, indem es vorschlug, zwischen dem österreichischen Gesammtstaat und dem unter Preußen stehenden Deutschland solle ein ewiger Bund bestehen, der nach außen als eine Macht auftrete und dessen Vertretung in Oesterreichs Händen sei! Aber selbst hierauf ging das Olmütz-Wiener Cabinet nicht ein. Auf einen Zutritt Bayerns zum Verfassungsentwurf wird hier nicht mehr gerechnet; dessenungeachtet werden heute oder morgen 25,000 Mann Preußen in die Pfalz einrücken. Der König wolle damit nicht Bayern unterjochen, aber er wolle die Bundesfestung Landau retten. Dem Rufe des Gesammtvaterlandes folge er, nicht Bayerns Unterjochungsgesuch. So wenigstens erzählt es hier Einer dem Andern.

An das königl. Generalcommando des 8. Armeecorps zu Koblenz, so wie an den Generallieutenant v. Peucker zu Frankfurt und den Generallieutenant v. Hüser zu Mainz, ist die Weisung ergangen, daß Se. Maj. der König, vorbehaltlich der Zustimmung Sr. königl. Hoheit des Großherzogs von Baden, genehmigt hat, daß diejenigen badischen Offiziere, welche ihrem Souverän treu geblieben und aus dem Großherzogthum haben flüchten müssen, falls sie es wünschen und keinen höheren Grad als den eines Hauptmanns haben, bei den preußischen Truppen zur Dienstleistung eintreten können, während welcher ihnen zu ihrer Subsistenz das Gehalt nach preußischen Sätzen gezahlt werden soll. Demnach werden die gedachten Offiziere in angemessener Weise bei den Linientruppen vertheilt werden. (D. Ref.)

± Berlin, 5. Juni. In Betreff der vielverbreiteten Nachricht, daß der Minister des Innern, v. Manteuffel, aus dem Staatsministerium ausscheiden werde, können wir mittheilen, daß dieselbe eine unbegründete ist. Namentlich aber kann der Andeutung, daß absolutistische Elemente sich am königl. Hofe geltend zu machen streben, auf das Bestimmteste widersprochen werden. In der verflossenen Woche hatte es in Bezug auf den Minister v. Manteuffel allerdings den Anschein, daß es nicht unmöglich sei, daß derselbe aus eigenem Antrieb sich bald zurückziehen werde; indessen hat die Angelegenheit gegenwärtig die Wendung genommen, daß Herr v. Manteuffel bleiben wird. Was den persönlichen Wunsch desselben betrifft, so weiß man aus bester Quelle, daß derselbe die Zeit herbeisehnt, wo es ihm möglich sein wird, die bisher bekleidete hohe Stelle in die Hände des Königs zurückzulegen. Wenn derselbe sich gegenwärtig zur fernern Leitung des Ministeriums des Innern veranlaßt gesehen hat, so ist es lediglich die Lage der Dinge, welcher er dabei Rechnung getragen hat. — In vielen Blättern sind bereits die Personen bezeichnet worden, welche von preußischer Seite dem Bundesschiedsgericht angehören würden. Wir erfahren, daß diese Angaben gänzlich aus der Luft gegriffen sind. Was bisher in dieser Angelegenheit geschehen, ist lediglich eine Aufforderung des Staatsministeriums an den Justizminister, eine Liste geeigneter Männer dem Staatsministerium vorzulegen. Einstweilen glauben wir jedoch mittheilen zu können, daß sich auf dieser Liste auch der Professor Dahlmann und der Präsident der deutschen Nationalversammlung Eduard Simson befinden. Es kann dies beweisen, daß der Geist der Versöhnung im hiesigen Staatsministerium vorwaltet. — Ueber den Fortgang der Friedensunterhandlungen mit Dänemark erfährt man Befriedigendes. Der dänische Bevollmächtigte ist in mancher Beziehung bereitwillig entgegengekommen, nur besorgt man noch, daß das dänische Cabinet nachträglich wieder Einsprüche erheben könne. Wenn auch Lord Palmerston an der politischen Union Schleswigs mit Dänemark festzuhalten scheint, so deutet doch manches darauf, daß der Friede Deutschlands mit Dänemark auf der Grundlage der Scheidung Schleswigs nach den beiden Nationalitäten geschlossen werden wird. Diese Ansicht hören wir wenigstens von hochgestellten Staatsmännern aussprechen. — Hier eingegangene zuverlässige Berichte aus Westphalen melden, daß das westphälische Volk sich entschieden der Sache des Königs zuwende, da der Drang nach Ruhe, Ordnung und Gesetzlichkeit keine Befriedigung bei den demokratischen Bestrebungen hoffe und erblicke. Aus Schlesien wird hierher berichtet, daß in einzelnen Gegenden sich wandernde demokratische Clubs gebildet hätten, deren Geschäftlichkeit bei dem gegenwärtigen Umschwung der öffentlichen Meinung jedoch nicht hoch angeschlagen wird. Die schwache Garnison in Breslau, die sich als hinreichend zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung erweist, liefert für die in Schlesien vorherrschende Gesinnung den besten Beleg. — Hier in Berlin ist die conservative Partei binnen wenigen Wochen zu einer festen Organisation und Centralisation gelangt, da gegenwärtig über das ganze Gebiet der Hauptstadt ein Netz constitutioneller Bezirksvereine gelegt ist, welchen außer den Bürgern auch viele Arbeiter beigetreten sind. In einem Thordezirke der Hauptstadt meldeten sich an einem Tage 100 Maschinenbauer zum Beitritt.

† Berlin, 5. Juni. Die neueste Nummer der „Daily News" bespricht den von Preußen vorgelegten Verfassungsentwurf für den deutschen Bundesstaat und schenkt ihm ungetheilten Beifall. Wenn auch der Fürstenrath nach ihrer Meinung keine große Bedeutung gewinnen werde und bedauert wird, daß man es in Betreff des Volkshauses nicht mit directen, statt mit indirecten Wahlen einmal versuchen wolle, so sei doch der ganze Entwurf vortrefflich und nicht bloß ein deutsches, sondern ein europäisches Ereigniß. Preußen könne übrigens um die Durchführung seines Werkes unbesorgt sein, die deutschen Kleinstaaten würden wohl selbst so einsichtsvoll sein und die Augen nicht gegen den Rettungsanker verschließen, der ihnen zugeworfen wird. Rußland habe vorläufig genug an der ungarischen Grenze zu thun, um sich ernstlich an der innern Neugestaltung Deutschlands betheiligen zu können, und Oesterreich müsse zunächst an seine eigne Rettung denken und sei nicht im Stande, der Organisation des neuen Bundes Hindernisse in den Weg zu legen.

Der bayerische General v. d. Mark soll hier eingetroffen sein, um preußische Hilfe zur Wiedereroberung der Pfalz zu erbitten und soll gleichzeitig hierzu die Zustimmung der Centralgewalt in Frankfurt überbracht haben. In Folge dessen rückt morgen, am 6. Juni, das Corps des Generals Hirschfeld mit 24 Bataillonen incl. Cavallerie und Artillerie, etwa 25,000 Mann, von Kreuznach in die Pfalz ein und marschirt direct auf Landau. Die Truppen werden auf dem Requisitionswege verpflegt. Das Corps des Generals Holleben auf dem rechten Rheinufer unter dem Obercommando des Generals Gr. Gröben mit 30 Bataillonen und entsprechender Artillerie und Cavallerie wird einige Tage später über Darmstadt nach Baden einrücken. Von badischer Seite soll eine sehr befriedigende Erklärung in Betreff des künftigen Beitritts zur Reichsverfassung vom 28. Mai eingegangen sein. Die altbayerischen bisher im Lager bei Nürnberg concentrirten Truppen (angeblich 12—15,000 Mann) sollen am 14. Juni über Aschaffenburg nach der Pfalz nachrücken. Für den Marsch durch Württemberg fürchtet man den Contact mit den dortigen auch vielleicht schon schwankenden Truppen. Das Lager der Truppen bei Donauwörth verbleibt vorläufig, weil man ihrer nicht durchweg so sicher sein soll, wie der Truppen im Nürnberger Lager.

Durch einen Ministerialerlaß vom 30. Mai werden die preußischen Postämter angewiesen, die politischen Blätter und periodischen Schriften des Großherzogthums Baden und der Rheinpfalz, welche fortdauernde Angriffe gegen die gesetzliche Ordnung in anderen deutschen Ländern, Aufforderungen zur Auflehnung gegen die Regierungen und grobe Schmähungen gegen die Person Sr. Majestät des Königs verbreiten, nicht weiter zu befördern, sondern den betreffenden fremden Postanstalten zurückzusenden. Hierzu bemerkt die „Const. Ztg.": Wir haben gegen diese, in dem Ministerialerlasse enthaltene, Charakterisirung der revolutionären badischen und rheinpfälischen Presse nichts zu erinnern, allein im Namen der constitutionellen Freiheit, im Geiste der conservativen Partei, müssen wir gegen das darauf gegründete Verbot protestiren. Nicht nachtheilig, sondern vielmehr vortheilhaft ist es der Sache der Ordnung, wenn das Volk Gelegenheit bekömmt, wahrzunehmen, was man in Baden und der Rheinpfalz unter Achtung der persönlichen Freiheit und der Grundrechte des deutschen Volkes versteht. Wenn unsere tapfern und treugesinnten Soldaten durch diese Blätter selbst erfahren, welche Subjecte an die Spitze von Truppen gestellt wurden, die sich verleiten ließen, ihren Fahnen und ihren Führern auf dem Pfade der Ehre untreu zu werden, dann werden sie nur um so gewissenhafter auf die Erhaltung ihres unbefleckten Namens sehen, und zu allen Zeiten noch haben die unwürdigen plumpen Angriffe der radicalen Presse auf die Person unseres Königs nur dazu beigetragen, die Anhänglichkeit an das Königthum und seinen deutschesten Vertreter zu vermehren. Wir hatten bis jetzt nur die Verbote einzelner Blätter durch den Belagerungszustand erlebt, der seine constitutionelle Grundlage in dem betreffenden Artikel der Verfassung vom 5. December, wenn auch gegen unsere Ansicht, für sich geltend macht; das vorliegende Verbot ist jedoch ein allgemeines, nicht bloß die im Belagerungszustand befindlichen Orte treffendes, dessen Erlaß wir um so mehr bedauern, als wir seine Nützlichkeit in keiner Weise einsehen vermögen.

In der „Berliner constitutionellen Zeitung" von gestern lesen wir Nachstehendes: Heute ist die Beitrittserklärung von Seiten der Regierungen von Mecklenburg-Strelitz und Anhalt-Bernburg zu dem von Preußen, Hannover und Sachsen aufgestellten Entwurfe der Reichsverfassung hier eingetroffen.

Die Königin von Griechenland ist auf ihrer Reise nach Oldenburg hier angekommen.

Berlin, 5. Juni. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: „Der bisherige preußische Geschäftsträger zu Paris, Legationsrath Graf von Hatzfeld, ist zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der französischen Republik ernannt worden." (Staatsanz.)

In unserer Börsenwelt bringt das Gerücht von einer bevorstehenden russischen Anleihe außerordentliche Bewegung hervor. Das Gerücht hat vorläufig die Wirkung gehabt, daß die Papiere der russisch-englischen Anleihe bis auf 103 gefallen sind. Auch von neuen Anleihen einiger deutschen Staaten ist die Rede; jedenfalls sind sie deren benöthigt.

Dieser Tage ist in der Nähe der Schönhauser Allee in einem Feldgarten eine bedeutende Quantität von Munition und Schießbedarf gefunden worden, nämlich: circa 100 gefüllte Handgranaten, ein Fäßchen mit Patronen, 5 königl. Gewehre, 12 Bajonnete. Die Nachgrabungen werden fort-

Wien, am 31. Dezember 1910.

Der Bürgermeister:
Dr. Lueger m. p.

Der Vizebürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.

Der Stadtrat:
Dr. Porzer m. p.

Der Magistratsdirektor:
Dr. Ritter v. Mayr m. p.

Der Stadtbuchhalter

№ 135. —— Freitag —— den 8. Juni —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Nassau fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Für England und überseeische Länder: Boysel u. Comp., Nr. 34. Knox Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 3 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebt man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: G. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28., und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder: Boysel & Comp., Nr. 34. Knox Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Hr. Haasenstein in Wien, Lenaustraße Nr. 836; 2) das Comptoir der Westphal'schen Buchhandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 164.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Der Berliner Verfassungsentwurf.

II.

Es ist eine nationale Schwäche der Deutschen, daß Jeder grade seine Idee ausgeführt wissen will, und lieber radezu das Ziel aufgibt und Alles scheitern läßt, als daß r von dem Wege abließe, den er für den allein heilbringenden erkannt zu haben glaubt. Statt auf die Sache zu ehen, streitet man um Principien, und die Eifrigen und Fanatischen mögen jetzt nahe daran sein, nicht nur die deutsche inheit, sondern die Hoffnung auf Rettung regelmäßiger Staatszustände, auf Rettung vor dem demokratisch-socialistischen Unwesen und der Ochlokratie als wahre Kleinigkeiten gegen die souveräne Geltung der Frankfurter Beschlüsse, gegen das Princip der Nichtvereinbarung fahren zu lassen. So scheiterte denn am Ende Alles an Principienstreitigkeiten und das deutsche Regenerationswerk lief in as aus, was die Franzosen une querelle d'Allemand nennen!

So ist aber nicht bloß das eigensinnige Festhalten an Principien, womit wir zu kämpfen haben. Hinter dem igensinn birgt sich Perfidie. Man will, es soll nichts zu Stande kommen; alsdann kommt die neue Revolution. An en Ständekammern kann jetzt die ganze Sache scheitern Deßhalb zählt man auf die Ständekammern, man zählt uf jenen traurigen Scheinconstitutionalismus, der die Verassung nicht als das heilig zu haltende Besitzthum des Volks, sondern a's bloßes Mittel zur Durchsetzung weiterer freiheitlicher" Pläne ansieht, der die Verfassung nicht ehren, sondern vernichten und die verfassungsmäßigen Freiheiten nur als Mittel, die Verfassung zu ruiniren, gebrauchen will. Diesem Scheinconstitutionalismus bietet die eutsche Sache einen trefflichen Vorwand. Geht die deutsche Sache auch verloren, stürzt man sich auch in Anarchie nd Unglück, wie die Badener und Pfälzer: es ist doch wenigstens eine Regierung gestürzt und die Wortführer ommen zum Regimente — das so lange dauert, bis der esunde Sinn im Volke an dem wüsten Treiben Ekel mpfindet und einen neuen Umschwung herbeiführt!

Heinrich v. Gagern und seine Freunde werden im Laufe ieses Monats in Gotha zusammenkommen, um über ihre Stellung zu den preuß. Verfassungsvorschlägen zu berathen. Gagerns Einfluß ist bei dem intelligenten und achtungswürdigen Theile der Bevölkerung ein großer. Sein tüchtiger, durchaus ehrenhafter Charakter imponirt jedem unverdorbenen Sinne. Jetzt kann Gagerns Einfluß segensreich wirken: segensreicher als seine bisherige politische Thätigkeit in Frankfurt. Er ist gedrungt darüber, daß der Weg, den er eingeschlagen, nicht zum Ziele führte, er ist um so schmerzlicher gedrungt, als er sich in seiner Rechnung auf Eigenschaften des deutschen Volks getäuscht fand, an die er glauben mußte, um ein Durchführen des Werks in seinem Sinne hoffen zu können. Wer hätte auch nicht gern an eine ehrenhafte Erhebung des deutschen Volks geglaubt, wer nicht denjenigen beklagt, der die Zerrbilder und Unsauberkeiten voraussah, die statt einer großartigen, ehrenhaften Erhebung an den Tag kommen mußten! Gagern wird aber nicht unter dem Eindrucke dieser Täuschung, nicht geleitet von Mißmuth und Verbitterung sich zurückziehen. Er wird seine Empfindung der Sache selbst unterordnen und aufopfern, er wird ohne alle Rücksicht darauf, daß das neue Werk an die Stelle seines eignen (scheinbar unergebenden) tritt, das Beste des Vaterlandes im Auge behalten, und dem jetzt zu betretenden Wege nicht hinderlich sein. Durch solche Beseitigung der eigenen Empfindung leistet r jetzt dem Vaterlande den besten Dienst. Ihm und seinen Freunden wird aber das Bewußtsein bleiben, daß Geist und Wesen ihres Werkes nicht untergegangen sind, daß sie die Grundzüge und leitenden Ideen festgestellt haben, und diese Grundzüge für jedes neue Werk maßgebend sein müssen. Ist so der eigentliche Inhalt unvertilgbares Eigenthum der Nation geworden, so kann wenig daran liegen, auf welchem Wege dieser Inhalt zur gesetzlichen Giltigkeit gelangt, oder wie sich Einzelnheiten und Nebendinge modificiren und anders gestalten.

Wir gestehen offen, an der Sicherheit des Weges, den Gagern zur Durchführung der Verfassung betrat, immer gezweifelt zu haben. Als aber die Umkehr nicht mehr möglich war, als es galt, einig und entschieden auf diesem Wege fortzugehen, haben wir nichts sehnlicher gewünscht, als durchzudringen und die Hindernisse, die sich bei jedem fernern Schritte häuften, beseitigt zu sehen. Jetzt wünschen wir, auf dem anderweit zu betretenden Wege durchzudringen. Einigkeit, festes Halten an der Sache selbst, und Aufgeben besonderer Ansichten und Wünsche ist in Deutschland einmal die unerläßliche Bedingung, um zu vernünftigen Zuständen zu kommen. Erinnern wir uns, was Niesser in einer denkwürdigen Rede vom 28. März sagte: „Und wenn unser Vorschlag fiele, wir würden nicht ermüden, wir würden mit treuer Sorgfalt, wie Sandkorn auf Sandkorn zu dem Bau der Einigkeit beitragen. Wir werden, wenn der Stein, den wir dem Gipfel nahe glaubten, sich abermals herabwälzt und zu unsern Füßen niederfällt, ihn immer von Neuem heben und in duldender Arbeit beharren." Jetzt ist der Stein herabgerollt und zu unsern Füßen niedergefallen. Andere Hände, als die unsrigen, beginnen ihn aufs Neue zu heben. Sollten wir nun, weil unsere bisherige Mühe verloren war, anstatt sie zu erneuern, am Fuße des Berges mit denen, welche jetzt die Arbeit beginnen, Kampf und Streit anfangen? Sollten wir nicht unsere Empfindungen besiegen und einig und freimüthig in den neu Hinzutretenden die gute Absicht erkennen und mit ihnen zusammenarbeiten?

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

*** **Frankfurt**, 7. Juni, Abends. Laut einer so eben dem Reichsministerium der Marine zugekommenen, bis Bremen telegraphisch beförderten Depesche, datirt Bremerhaven, 5. Juni, 11 Uhr 35 Minuten Vormittags, hat der Seezeugmeister und Capitän zur See, Brommy, am 4. um 12 Uhr 30 Minuten mit seiner Flotille die Wesermündung verlassen, das dänische Blokadegeschwader verjagt und bis Helgoland verfolgt, wo die deutschen Schiffe mit einer dänischen Corvette 25 Minuten lang Kugeln gewechselt. Capitän Brommy lobt die Mannschaft seiner Schiffe. Abends ging er auf der Rhede von Cuxhaven vor Anker.

Vorstehendem fügt die neueste Ausgabe der „Weserztg." hinzu: am 4. früh seien die drei Kriegsdampfschiffe „Barbarossa", „Bremen" und „Hamburg" von der Weser ausgelaufen. — Die Meldung des optischen Telegraphen Bremerhaven, 5. Juni lautet:

„Unsere 3 deutschen Dampfschiffe haben gestern Abend nach 5stündigem Kampfe die dänischen Kriegsschiffe vor der Elbe und Weser in die Flucht geschlagen." (In einem telegraphischen Privatbericht an eine Bremer Firma ist von einem 3stündigen Kampfe die Rede.)

JW **Vor Fridericia**, 2. Juni. Unsere Schanzarbeiten sind jetzt so weit vorgerückt, daß es unsern schweren Geschützen, deren mehrere in der letzten Zeit wieder hier eingetroffen sind, bald möglich werden wird, Bresche in den Wällen von Fridericia zu schießen. Die Beschießung der Festung, die mehrere Tage von unserer Seite ausgesetzt war, dürfte daher heute oder morgen wahrscheinlich mit erneuerter Kraft beginnen und von sehr günstigem Erfolg begleitet sein. Daß dieser wichtige Platz bald in unsern Händen sein wird, ist hier die Ansicht des ganzen Heeres, und die Soldaten freuen sich schon darauf, auch hier Deutschlands schwarz-roth-goldnes Banner bald wehen lassen zu können. Die Dänen haben unsere Schanzarbeiter in den letzten Tagen wieder häufig beschossen, aber ohne uns dadurch in unserer Arbeit gestört zu haben. Die schleswig-holsteinischen Soldaten sind an dies dänische Kanonenfeuer nachgerade schon so gewöhnt, daß sie ganz unbekümmert um dasselbe ihre Arbeit fortsetzen. Uebrigens haben wir jetzt eine Strandbatterie angelegt, die den dänischen Kriegsschiffen bald allen Respect einflößen, und die Verbindung der Festung mit der Insel Fünen sehr erschweren wird. Unsere bei der Armee hier eingetroffene Rekruten exerciren fleißig, um ihren älteren Kameraden bald in der Uebung der Waffen gleichzukommen, und so sich das volle Lob des Generals Bonin zu erwerben. Mit der Ernennung des Hauptmann Blumenthal vom preußischen Generalstabe an die Stelle des Allen unvergeßlichen preußischen Hauptmanns v. Delius, zum Chef des Generalstabes von Bonin, ist man hier sehr zufrieden. Eben so hat die Ernennung des wegen seiner Kühnheit von den Soldaten sehr geschätzten preußischen Obersten St. Paul, zum Brigadechef-Adjudanten an die Stelle des noch immer leidend an seinen Wunden schwer daniederliegenden Grafen Baudissin, einen guten Eindruck bei unsern Truppen gemacht.

§ **Altona**, 4. Juni, Abends. Die mit dem Abendbahnzuge aus Norden eingetroffenen Nachrichten bringen uns noch einige bemerkenswerthe und interessante Details vom Kriegsschauplatze aus Jütland und Schleswig. Seit dem ersten Einzuge der Preußen in Aarhuus den 29. Mai, Nachts, sind täglich Recognoscirungen nach der Stadt hingesandt, während das Standquartier der preußischen Division ungefähr eine Meile diesseits Aarhuus blieb. Die Recognoscirungen hatten lediglich den Zweck, die nöthigen Requisitionen zu beschaffen. Als am 31. v. M. eine solche Recognoscirungsabtheilung nach Aarhuus ging, welche Abtheilung aus 4 Bataillone, 2 Compagnien Jäger, 2 Schwadronen Husaren und Artillerie bestand, stieß sie unter der Leitung des Cavallerieoffiziers Prinzen Salm-Salm, auf den hinter Aarhuus liegenden Höhen auf bedeutende feindliche Cavallerieabtheilungen, so daß beim ersten Angriff der Prinz Salm-Salm und einige Husaren schwer verwundet wurden. Diese Sorglosigkeit von Seiten des commandirenden Offiziers bei dieser Affaire, wo der Feind das Gros seiner Streitkräfte concentrirt hatte, ist unverzeihlich und war von gerechten Vorwürfen des Höchstcommandirenden begleitet. Bei dem ersten Einzuge in Aarhuus fand man die Stellung der Nye'schen Brigade so, wie dieselbe in den dänischen Blättern gemeldet war, nämlich die eigentliche Position im Norden der Stadt und die Vorposten durch die Stadt bis zur südlichen Einfahrt. Im Außenhafen lagen mehrere Schiffe, im Binnenhafen 4 Kanonenböte und 1 Dampfschiff, welche gegen die Mühle, wo der preußische Divisionsstab sich aufhielt, ein mehrstündiges, wirkungsloses Feuer unterhielten. Es zogen indeß die Dänen bald zurück, und die Schiffe entfernten sich hierauf ebenfalls. Ein von Süden kommendes englisches Kriegsdampfboot ist gestern Abend vor Sonderburg vor Anker gegangen. Trotz den angeblichen friedlichen Aussichten fährt man mit der Errichtung neuer Werke am Alsunde fort. Gegenwärtig beläuft sich die Anzahl der Kranken der auf der Halbinsel Sundewitt stationirten Reservedivision auf 900, welche theils im Gravensteiner, theils in den Flensburger Hospitälern untergebracht sind. Für die Dauer der Abwesenheit des Herzogs von Nassau hat der hannoversche Generalmajor Ludwig von der Division Wynekens das Commando der ersten Reservebrigade im Sundewitt, wo ein offensives Vorgehen noch in Aussicht steht, übernommen. Schließlich noch eine kleine interessante Notiz. Das schleswig-holsteinische Kriegsdampfschiff „Bonin" hat gestern mit einem feindlichen Fahrzeug unweit des Eckernförder Meerbusens ein kleines siegreiches Gefecht bestanden. Der „Bonin" war aus dem Kieler Hafen zum Recognosciren herauspaziert, um das dänische Blokadegeschwader zu beobachten. Das Dampfschiff wagte sich jedoch zu weit von der eigentlichen Wasserstraße und der Küste und sah sich hierauf von einigen dänischen Kriegsschiffen abgeschnitten, um wieder nach dem Kieler Hafen zurückkehren zu können; es schlüpfte indeß, durch ein kühnes Manöver ausgeführt, sicher in den Eckernförder Meerbusen ein. Hiervon in Kiel benachrichtigt, ging noch des Abends das Dampfschiff „Löwe", mit einigen Kanonenböten im Schlepptau, aus dem Kieler Hafen, vertrieb das dänische Blokadeschiff und brachte, während letzteres Hilfe holte, das Dampfschiff „Bonin" aus dem Eckernförder Hafen heraus, und gingen sie ungestört nach Kiel zurück. Die Taucherglocke ist bereits in Eckernförde, aber sie hat noch nicht in Anwendung gebracht werden können, weil noch andere Werkzeuge herbeigeschafft werden müssen.

Deutschland.

Berlin, 4. Juni. Es bestätigt sich, daß die diesjährige Conferenz der Zollvereinsstaaten nicht in Kassel, sondern in Berlin stattfinden wird. Aber es war vorerst, wenn man den 1. Juni als den Tag der Eröffnung angab. Wir hören, daß über den Termin nichts Definitives festgestellt sei, wiewohl derselbe nicht entfernt sein könne. (K. Z.)

Münster, 5. Juni. Es sind wieder 150 Landwehrmänner des hiesigen Bataillons (13. Landwehrregiments) eingezogen worden. Dieselben ließen sich ohne allen Widerstand einkleiden. Dem Vernehmen nach wird in Kurzem das ganze Bataillon mobil gemacht werden und dann gleichfalls von hier abmarschiren. Die beiden hier mobil werdenden Munitionecolonnen bestehen aus 50 Fahrzeugen, deren Bespannung heute eintreffen soll. (K. Z.)

Kassel, 5. Juni. Der Kurfürst von Hessen ist gestern von Frankfurt wieder in Wilhelmshöhe eingetroffen.

≈ **Darmstadt**, 6. Juni. Nachts 11 Uhr. So eben komme ich von dem Bahnhofe, wo noch Hunderte von Menschen der Dinge harren, die da kommen sollen. Die heizte Locomotive stehen parat, andere schnauben mit gestautem Pfiff hin und her. Ueber hundert Wagen stehen zur Aufnahme von Truppen bereit. Am östlichen Himmel schaut der Mond, Tageshelle verbreitend mit seinen milden Strahlen, ruhig über die friedliche Stadt, in deren Straßen zahlreiche Gruppen von Menschen sich bewegen; westlich drohen Gewitterwolken am Horizonte mit zuckenden Blitzen, ein rechtes Bild der Zeit. — Was veranlaßte noch diese späte Bewegung? Die Nachricht traf heute ein, daß die badischen Insurgenten trotz der mehrfach erhaltenen Niederlagen, einen neuen Angriff in großen Massen beabsichtigen und zu dem Ende schon wieder in zahlreichen Haufen sich Weinheim genähert hätten. Das 2. Bataillon des 1. Infanterieregiments ging deßhalb schon heute Nachmittag mit der Eisenbahn nach der Bergstraße ab. Das 1. Bataillon dieses Regiments kehrte heute Morgen mit Artillerie aus dem Odenwalde hierher zurück. — So eben zieht eine Abtheilung mecklenburgische Reiterei mit Geschütz unter meinem Fenster vorbei nach dem Bahnhofe. Die In-

fanterie wird nachfolgen. Es sind dieselben Truppen, welche vorgestern hier durch nach dem Odenwalde marschirten. Wie man hört werden diese Nacht noch 2000 Mann durch die Eisenbahn nach der Bergstraße gebracht. Da General v. Schäffer schon 13 Bataillone mit Geschütz und Reiterei dort hat, nämlich 7 Bataillone Hessen, 2 Bataillone Württemberger, 2 Bataillone Nassauer, 1 Bataillon Kurhessen und 1 Bataillon Mecklenburger, also morgen dort ein Corps von 12—14,000 Mann vereinigt sein wird, so sieht man mit Ruhe den Ereignissen entgegen. — Man behauptet hier allgemein, der Großherzog habe sich Preußen angeschlossen und die preuß. Truppen würden gleichfalls morgen auf der linken Rheinseite ihre Operationen beginnen. Bestätigt sich dies, so ist der Großherzog nur den dringenden Wünschen aller besonnenen Vaterlandsfreunde entgegengekommen.

Nachschrift, Mitternacht. Eben schlägt es 12 Uhr und zugleich erschallt der feste Schritt der mecklenburger Grenadiere auf der breiten Rheinstraße. Sie erhalten am Bahnhofe eine Restauration und gehen dann gleich weiter. Mit dem morgenden Tage stehen sie wohl schon im Feuer. Gott sei mit unsern Tapfern!

Darmstadt, 7. Juni. (Darmst. Z.) Der gestrige Tag ist, was die Positionen an der badischen Grenze betrifft, ohne alle Ereignisse verübergegangen. Im Hauptquartier erfuhr man, daß Weinheim von etwa 4000 Mann badischen Militärs besetzt worden, und daß eine etwa gleiche Anzahl regulärer Truppen und wahrscheinlich auch Freischaaren in dortiger Nähe bereit gehalten wurde; ein Angriff ist jedoch nicht erfolgt. Vorgestern kam ein bewaffneter Trupp über die Grenze und holte den Bürgermeister Münch aus Birnheim, wie man sagte, als Repressalie für den von unserem Militär auf Weinheim gefänglich abgeführten Civilcommissär Huerter, welcher inzwischen im Hauptquartier zu Bensheim freigelassen worden war; Münch wurde gleicherweise in Mannheim freigegeben. In Weinheim wurde gestern Postmeister Hübsch arretirt, weil er neulich mit einigen unserer Offiziere gesprochen und Erfrischungen an sie verabreicht; er fand indessen Gelegenheit zu entfliehen, und kam hier an. Gegen Abend hatte sich eine Freischaar vor das Birkenauer Thal gelagert und Boten nach Birkenau gesendet, von wo sie den Revierförster Bernhard und den Steuereinnehmer Bernthäusel ausgeliefert haben, widrigenfalls dieselben abholen wollte; die beiden Beamten entfernten sich aus dem Orte. — Heute Morgen gegen 7 Uhr wollte man in Heppenheim Geschützdonner gehört haben und combinirte, daß eine von Fürth nach dem Birkenauer Thal dirigirte Colonne Mecklenburger vielleicht Gelegenheit gefunden haben dürfte, die letzterwähnten Freischaaren zu bekämpfen. — Nachdem gestern Morgen das 1. Bataillon des 1. gr. Infanterieregiments hier eingetroffen, ist Nachmittags das 2. Bataillon desselben Regiments in das Hauptquartier dirigirt worden. Vorüberpassirt sind ferner des Nachts um 11 Uhr: eine Abtheilung gr. mecklenburgischer Cavallerie nebst 2 Geschützen; um 12 Uhr: ein Bataillon gr. mecklenburgische Jäger; um 1 Uhr: ein Bataillon gr. mecklenburgische Grenadiere, von Reinheim angekommen und nach Heppenheim bestimmt.

> **Mainz**, 7. Juni. Vom schönsten Wetter begünstigt, bewegte sich heute nach altherkömmlicher Weise die Frohnleichnamsprocession durch unsre Straßen; der Zug war diesmal bedeutend stärker als sonst. Die Functionen des verstorbenen Bischofs wurden vom ältesten Mitgliede des Domcapitels, Herrn Werner, verrichtet.

Schwerin, 3. Juni. In unserem Ministerium herrscht gegenwärtig eine große Thätigkeit. Es werden in der Regel täglich zwei Sitzungen gehalten. Gegenstand der Berathungen ist natürlich die preußische Reichsverfassung. Es wird erzählt, daß die Regierung beabsichtige, dieselbe in den nächsten Tagen der Abgeordnetenversammlung zur Genehmigung vorzulegen. Ob die Kammer solche ohne Weiteres annehmen werde, müssen wir dahin gestellt sein lassen; doch glauben wir die Behauptung aufstellen zu können, daß Mecklenburg selbst gegen den Willen der gegenwärtigen Abgeordnetenversammlung sich über kurz oder lang für die preußische Reichsverfassung erklären werde. Preußen steht im Begriffe, seine weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen; Mecklenburg, durch Lage und andere Verhältnisse gezwungen, kann nur mit Preußen gehen. Der siebenjährige Krieg, wo Friedrich der Große den mecklenburgischen Wehlfad lieferte, hat uns gelehrt, was es heißt, den mächtigen Nachbar zum Gegner zu haben. Darum werden auch alle Demonstrationen für die Frankfurter Reichsverfassung ohne Nutzen und Erfolg bleiben; sie können nur dazu dienen, den Bruch zwischen der Staatsregierung und demjenigen Theil des Volks, der einer entgegengesetzten politischen Richtung folgt, immer unheilvoller zu machen. Eine solche Demonstration zu Gunsten der Frankfurter Reichsverfassung hat heute auch hier stattgefunden. Auf Veranlassung der Bürgerwehr (nicht des Obercommandos) und des Bürgerausschusses versammelten sich Nachmittags um 3 Uhr, bei brennender Sonnenhitze, Abgeordnete, Bürgerrepräsentanten, Bürgerwehrmänner, Schützenbrüder, Innungsgenossen, Arbeiter ꝛc. auf dem altstädtischen Markte, um sich im feierlichen Zuge durch die Stadt nach dem Louisenplatze (beim Bahnhofe) zu begeben, wo der Abgeordnete Wenzlaff das Ge.öhniß auf die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung ausbrachte. Nachdem darauf noch der Buchhändler Kürschner einige Worte gesprochen, begab sich der Zug wieder auf den altstädtischen Markt, wo er sich in größter Ruhe und Ordnung auflöste. Das gesammte Militär, erst heute Morgen durch Infanterie aus Rastatt verstärkt, war im Arsenale consignirt. — Von unseren Truppen in Frankfurt ist gestern das erste Schreiben hier angelangt. Wie gerne die mecklenburgischen Soldaten dorthin gegangen sind, mag daraus hervorgehen, daß die 2. und 3. Compagnie des leichten Bataillons, welche hier geblieben sind, bei ihrem Commandeur darum nachgesucht haben, ihre Kameraden begleiten zu dürfen. Aus guter Quelle wird versichert, daß die Uebersiedelung unseres Reichscontingents 40,000 Thlr. gekostet habe und daß der Militäretat jetzt monatlich 110,000 Thlr. (das Doppelte mehr als vor einem Jahre) betrage. (H. C.)

Gotha, 3. Juni. Unsere Abgeordnetenversammlung hat folgende Anträge des Abgeordneten Henneberg, ungeachtet des Eifers, mit welchem die Abgg. Brückner und Grützmüller gegen dieselben sprachen, zu Beschlüssen erhoben: 1) Die herzogl. Staatsregierung möge in der deutschen Sache eine Politik befolgen, welche nicht bloß nichts gegen die Reichsverfassung unternimmt und zu deren Beseitigung keine Art von Unterstützung bietet, sondern auch ausdrücklich alle Mittel anwendet, welche die Durchführung der Reichsverfassung fördern; insbesondere möge sie schleunigst und kräftigst auf ein gemeinschaftliches Handeln aller verfassungstreuen Regierungen, sowie auf sofortige Herstellung eines geeigneten Organs derselben zur Berathung der gemeinschaftlich zu ergreifenden Maßnahmen hinwirken, namentlich aber eine Collectiverklärung aller verfassungstreuen Regierungen dahin veranlassen, daß den widerstrebenden Regierungen (selbst nach Art. VI der Bundesacte) das Recht zur Begründung eines neuen deutschen Bundes nicht zustehe und jede in diesem Sinne von ihnen zu gebende Verfassung im voraus als ungiltig und unverbindlich für das deutsche Volk erklärt werde. 2) Die herzogl. Staatsregierung möge den gesammten Zustand der Wehrhaftigkeit des Landes umständlich ermitteln, um die Landesbewohner so weit möglich wehrhaft zu organisiren. Dagegen wurde abgelehnt, daß die Staatsregierung zur sofortigen Durchführung der Beschlüsse der Nationalversammlung vom 4., 12. und 19. Mai aufgefordert werden solle. — Unser Reichstagsabgeordneter Becker ist in unsere Stadt zurückgekehrt. Ein Gesuch des hiesigen ältern Bürgervereins, die Erledigung seines Platzes in der Nationalversammlung betreffend, wurde, nachdem es der Abg. Schwerdt zum dringlichen Antrag erhoben, durch de Beantwortung einer vom Abg. Rix gestellten Interpellation dahin erledigt, daß die Staatsregierung den Stellvertreter des Hofraths Becker, Regierungsrath Kopp, sofort nach Frankfurt entsenden oder die Wahl eines neuen Abgeordneten anordnen werde. (D. A. Z.)

Großbritannien.

K **London**, 4. Juni. Mit unverwandter Aufmerksamkeit folgt die englische Presse den Angelegenheiten Deutschlands und der Gestaltung der deutschen Zustände. Kein Ereigniß von Wichtigkeit wird von ihr unbeachtet vorübergelassen und anknüpfend an die eigenen Verhältnisse und heimischen Institutionen unterläßt sie nicht, ihre Betrachtungen anzustellen und ihr Urtheil auszusprechen. Der neueste von den Regierungen Preußens, Sachsens und Hannovers vorgelegte Verfassungsentwurf gibt den englischen Blättern dazu abermals Gelegenheit. Ohne auf die je nach dem Parteistandpunkt verschieden ausfallenden Urtheile einzugehen, wollen wir hier nur mittheilen, was die „Times" darüber äußert. Es sind zwar die Aeußerungen dieses Organs, wie man auf den ersten Blick sieht, von Einseitigkeit und theilweise falscher Anschauung, wenn nicht gar, wie dies bei den Ansichten über die Frankfurter Nationalversammlung der Fall, von absichtlicher Unterschätzung nichts weniger als frei, allein demungeachtet halten wir es bei der einflußreichen Stellung der „Times" für wesentlich, sie kennen zu lernen. „Wir haben jetzt," sagt das angeführte Blatt, „das Ergebniß des befremdenden und wir müssen sagen ungerechten Verfahrens des Berliner Cabinets vor uns. Es ist nicht das erste, sondern das dritte Mal seit dem Beginn der Revolution, daß wir Gelegenheit hatten, die Unentschlossenheit und den Widerspruch, mit welchen der König von Preußen seine Sache gerade in dem Augenblick, wo er das Spiel gewonnen zu haben schien, Preis gab, zu unserm Erstaunen zu beklagen. Als im März 1848 seine Truppen durch ihre Disciplin und Tapferkeit ihre Ueberlegenheit über das Volk gerade geltend gemacht hatten, gab er in dem letzten Moment nach, zog die bewaffnete Macht zurück und willigte in jene fatalen Bedingungen, welche Berlin acht Monate lang zum Schauplatz der Anarchie machten. Im November 1848 wurde ein Staatsstreich ausgeführt und zwar mit vollständigem Erfolg; aber kaum hatte die Krone die Ordnung in der Hauptstadt wiederhergestellt und der Regierung die nöthige Gewalt wieder verschafft, als sie auch diese Vortheile durch Veröffentlichung einer so absurden und unpractischen Verfassung, daß bereits nach dreiwöchentlicher Ausübung derselben, um nur den Staat zu retten, zu einem zweiten Staatsstreich Zuflucht genommen werden mußte, wieder aus der Hand gab. Auch dies gelang: Armee und Landwehr blieben treu; die Excesse der Republikaner empörten die Mittelklassen; die Frankfurter Verfassung und die Frankfurter Versammlung geriethen rasch in die verdiente Verachtung; und nun erfahren wir plötzlich zu unserer Ueberraschung, daß die Berliner Conferenzen zu keinem andern Resultat, als zur Annahme eines Entwurfs, der sich allen Anstellungen, welche gegen die Frankfurter Verfassung geltend gemacht wurden, nähert, geführt haben. Wenn der König, nur von Sachsen und Hannover hierin unterstützt, diesen Plan seinen Verbündeten zur Annahme aufzudringen gesonnen ist, so sind wir in der größten Verlegenheit, ein Motiv für seine peremtorische Ablehnung der Kaiserkrone, die ihm von den Frankfurter Demokraten und 28 Staaten angetragen ward, zu finden. Denn abgesehen von den unbedeutenden Differenzen, welche beide Propositionen unterscheiden, vier wesentliche Punkte sind darin identisch: Ausschließung Oesterreichs, permanente Oberhoheit Preußens, Theilung des übrigen Deutschlands und Einführung einer auf allgemeinem Stimmrecht basirten und unseres Dafürhaltens practisch unmöglichen Regierungsform." Die „Times" führt ihre Ansicht weiter dahin aus, daß Deutschland durch die Annahme des in Rede stehenden Verfassungsentwurfs in drei, wohl auch in vier Theile getheilt werden würde: einmal Oesterreich, dann Preußen an der Spitze jenes Fürstenraths und Bundes der mediatisirten Souveräne, drittens die Republikaner im südwestlichen Deutschland und wohl auch viertens Bayern, das sich nur durch die äußerste Noth würde dahin bringen lassen, der Oberhoheit des Fürsten aus dem protestantischen Hause Hohenzollern sich zu unterwerfen. Freilich, meint die „Times", wäre es nicht unwahrscheinlich, daß Rheinbayern späterhin den preußischen Entwurf annähme, und da die Hilfe, welche Bayern unter den jetzigen Umständen von Oesterreich erhalten könnte, auch nur äußerst schwach sein dürfte, auf der andern Seite sein gänzliches Alleinstehen auf die Dauer nicht möglich wäre, so würde es sich zuletzt doch fügen müssen; aber immerhin zöge die Einheit Deutschlands in solcher Form und durch solche Mittel die Trennung des deutschen Bundes in drei oder vier Theile nach sich und diese könnten dann nur durch Waffengewalt zusammengehalten oder unterworfen werden, sodaß eine solche Combination nothwendigerweise mit theilweisem, wenn nicht allgemeinem Kampf um Uebermacht und Unabhängigkeit beginnen müßte. Was nun den neuen Reichstag anbetrifft, so glaubt die „Times" nicht, daß er sich in materieller Hinsicht von seinem Vorgänger unterscheiden werde. Seine Basis sei allgemeines Stimmrecht, wenn auch durch die Aussicht der indirecten Wahl maskirt; bei dem gegenwärtigen Zustande des westlichen Deutschlands aber würde jede Versammlung einen meist demokratischen Charakter annehmen. Das Staatenhaus ferner würde sich in directer Opposition mit dem Volkshause befinden und die Verfassung könnte demnach einzig und allein durch den Umsturz eines dieser beiden im Conflicte begriffenen Elemente in Gang gebracht werden. Und in Bezug hierauf meint die „Times", die wir jetzt wieder redend einführen: „Die Nachahmungen britischer Institutionen auf dem Festland haben unglücklicherweise stets zwei wesentliche Beeinigungen unseres Systems außer Acht gelassen: einmal, daß die Verfassung unseres Landes mittelst der Vereinigung der drei Gewalten und nicht durch ihren Gegensatz thätig ist, so daß wir eine Collision zwischen den beiden Häusern oder zwischen dem Parlament und der Krone durch fortdauernde Vorsicht und gelegentliche Opfer zu vermeiden suchen; sodann aber, daß Englands Parlament, und hierin wird es durch seine Einsicht sowohl, wie durch die Geschichte geleitet, mit Gewissenhaftigkeit vermeidet, einen Eingriff in die Befugnisse der Executivgewalt zu thun. Die Tendenz der modernen demokratischen Versammlungen auf dem Continent hingegen ist es, seine Theilung der Regierungsgewalt zu dulden, jeden äußerlichen Widerstand niederzuwerfen und die Minister zu Dienern eines Conventi zu machen." Der König von Preußen, fährt die „Times" dann fort, sei beschuldigt worden, die Oberhoheit in Deutschland, welche er auf das Anerbieten der Frankfurter Democratie ausgeschlagen, sich gleichsam unter der Hand durch Gewalt und List verschaffen zu wollen; sie, die „Times", könne dies nach den Antecedentien des Königs nicht glauben, und erwarte deßhalb eine vollständige Ausführung der Gründe, welche die einseitige Annahme jenes Verfassungsentwurfs mit Beistimmung Hannovers und Sachsens rechtfertigen, nachdem von Seiten des Berliner Hofes die feierlichsten Versicherungen gegeben worden, daß er mit dem Beistande aller deutscher Fürsten handeln wolle und nach seinen wiederholten Erklärungen in Verbindung mit Oesterreich an den Principien des Bundes von 1815 festzuhalten. Schließlich sagt die „Times", wie wenig Ersprießliches sie auch von dem neuen Entwurf hofft, immerhin wäre es bei dem gegenwärtigen Zustand Deutschlands gut, wenn die öffentliche Meinung eine Zeitlang beruhigt und Preußen in den Stand gesetzt würde, kräftige militärische Maßregeln zu treffen, um die Revolution, welche mit erschrecklicher Raschheit in den südwestlichen Staaten vorwärts schreitet, zu bezwingen.

Gelegentlich dieser Beurtheilung deutscher Zustände seitens eines englischen Organs wollen wir nicht unterlassen, eines offenen Sendschreibens, welches Sir Harry Verney, das Unterhausmitglied für Bedford, im Laufe des vorigen Monats an Lord Palmerston gerichtet, Erwähnung zu thun. Es finden sich in diesem einige schlichte Worte, welche, wir führen hier die Worte des „Sun" an, klarer als tausend Argumente das Recht Deutschlands darthun, nach seiner Nationaleinheit zu ringen. Als Antwort auf den Hohn derer, welche die jetzige politische Bewegung in Deutschland als eine Irrwischjagd, eine Wühnenspiegelung oder Fata Morgana darstellen, bemerkt er einfach: „Das deutsche Volk hat nicht vergessen, daß es noch unter Karl V. so gut ein Reich war, wie Frankreich unter Franz I." Weiterhin sagt er: „Die Deutschen stehen in vielfacher Hinsicht an der Spitze der europäischen Civilisation, und sollen sie allein einer verfassungsmäßigen Regierung beraubt sein? Spanien und Portugal, Schweden, Norwegen und Dänemark, ja sogar Griechenland, haben Repräsentativverfassungen, so gut wie Frankreich und Britannien, und wird Deutschland sich ohne eine solche Verfassung zufrieden geben? Außerhalb Deutschland ist ein zwischen den Alpen und der Ostsee geborner Mensch nur als Deutscher gekannt und genannt. Da darf der Deutsche wohl fragen: warum sollen wir nicht ein gemeinsames Vaterland haben nach innen und außen? Diese Frage wird von 40 Millionen gestellt. Die Reactionäre wissen nur mit ihren Intriguen darauf zu antworten. Soll die Bewegung darum scheitern? Gott verhüte es! Die deutsche Nation hat sich für ihre Einheit erklärt, und die Einheit wird den Deutschen werden!"

Neuestes aus Württemberg und Baden.

** Nach einer abermaligen kurzen Unterbrechung des regelmäßigen Verkehrs auf der Main-Neckarbahn ist derselbe seit heute früh wiederhergestellt, und wir haben die rückständigen Briefe und Blätter aus Würtemberg und Baden erhalten. Was sie uns berichten, ist eben nicht sehr tröstlich. In Stuttgart hat **der Rest der deutschen Reichsversammlung** als deutsches Rumpfparlament am 6. Juni seine **erste Sitzung gehalten** und seinem Character als Convent dadurch bethätigt, daß es die **Einsetzung einer Regentschaft** Deutschlands beschlossen und in dieselbe die Herren **Raveaux von Cöln, C. Vogt von Gießen, Schüler von Zweibrücken, Heinrich Simon von Breslau** gewählt hat, — die Wahl des fünften Mitgliedes war bei Abgang der letzten Nachrichten noch zu keinem Resultat gediehen. Wir verweisen wegen des Ausführlicheren auf die unten folgenden Berichte. — In Ba-

en sieht es bedenklich aus. Die Moderados und
e Ultras suchen einander das Heft der Macht aus
en Händen zu winden und unter diesem Parteiringen ver-
uten Land und Leute. Der constituirenden Versammlung
ll ein schon vorbereitetes Gesetz, „eine bei den Rei-
en zu machende Zwangsanleihe" betreffend, vor-
legt werden: braucht man mehr zu wissen? Und wenn
chts davon wahr sein sollte, schon daß man sich in Baden
zählt und glaubt, Struve und Brentano suche einer den
idern, wie immer unschädlich zu machen, beweist mehr
s Alles, wie die republikanischen Volksführer verunreinigt
d, auf wie geackertem Boden der badische Freistaat auf-
achsen soll. Wir lassen zunächst die Nachrichten aus Würt-
mberg folgen:

Stuttgart, 6. Juni, Morgens nach 9 Uhr. So eben
elt die deutsche Nationalversammlung ihren
nzug in das Ständehaus zur ersten Sitzung in Stutt-
rt. Sie hatte sich auf dem Rathhaus versammelt, wo sie
m Stadtschultheißen und den bürgerlichen Collegien be-
llkommnet wurde. Die Bürgerwehr hatte in ununter-
chener Reihe die Straßen besetzt, durch welche der Zug
ng, vom Rathhaus über die Kirchenbrücke, Königsstraße
d Kanzleistraße bis zum Ständehaus Spaliere bildend.
n Rathhaus stand die Bürgerartillerie, in und beim
ständehaus das fünfte Banner. Um 9 Uhr traten die
bgeordneten ihren Gang zur ersten Sitzung am
uen Orte an. Löwe von Calbe eröffnete den Zug, von
ödinger geleitet; ihnen folgte Eisenstuck mit einem
dern Stuttgarter. Unsere Bürgerwehr empfing den Zug
r Geseierten würdig, die Gewehre wurden präsentirt,
e Trommeln und die Musik fielen ein, und ein kräftiges
och erschallte den Vorübergehenden entgegen.

Der Ständesaal bot ein verändertes Bild dar; die Ga-
rie der Standesherren ist den Damen eingeräumt, für
elche 48 Karten ausgegeben wurden, die Loge der Jour-
llisten ist den Departementschefs und ihren Familien über-
ssen, wogegen den Journalisten (24 an der Zahl) ein
ag im Saale selbst im Gange hinter den Säulen ange-
esen ist. Vor dem Sitze des Präsidenten, auf welchen ein
umenstrauß niedergelegt worden, ist eine Rednerbühne
richtet; für die Mitglieder der württembergischen Kam-
r sind Sitze im Gange hinter den Plätzen der Reichs-
esabgeordneten angebracht. Die Mitglieder der Versamm-
ng wurden in den Ständesaal durch eine ständische
eputation, bestehend aus dem Präsidenten Murschel, den
gg. Schweickhardt, Mack, Wiest, Zwerger und Redwitz,
geführt. Zuerst wurde ein namentlicher Aufruf von dem
rretär (Rösler von Oels) vorgenommen, welcher ergab,
ß 103 Mitglieder anwesend sind. Der erste Vicepräsi-
ent Löwe aus Calbe eröffnete hierauf die Sitzung mit
lgenden Worten: „In diesem feierlichen Moment, wo
r eine neue Aera dieser Versammlung beginnen, in de-
n Schooß, trotz ihrer kleinen Zahl, doch das Schicksal
s größten Volkes der Erde niedergelegt ist, sage ich dem
ein Volksstamm Württembergs, seiner Regierung, seinen
rtretern und seiner Hauptstadt unsern herzlichsten Dank
r die Gastfreundschaft, mit der sie uns in ihrer Mitte
sgenommen haben. Wir haben uns in die Mitte dieses
olksstammes begeben, der groß ist durch seinen Sinn für
eiheit und Gesetzlichkeit; wir haben uns hieher begeben
seine Mitte, um daselbst das Panier der Freiheit auf-
ht zu erhalten. Nachdem wir uns aus Frankfurt
rtbegeben, haben wir der dortigen Stadt und Bevölke-
ng den Dank für die daselbst genossene Gastfreundschaft
szusprechen. Ich ersuche die Versammlung, sich zu er-
ben zum feierlichen Ausdruck des Dankes für Frankfurt
d Stuttgart." Die ganze Versammlung erhebt sich. Der
räsident bringt sofort die Namen einiger Ausgetrete-
n zur Kenntniß der Versammlung, und zwar: Löw, A.
chmidt aus Berlin, Geyer aus München, Eucumus, Kirch-
ßner, Max Simon, Pauer aus Neisse, Gerlach u. A.
ngetreten sind: Heilbig aus Borna, Eisenlohr, Örten-
ch und Mayer aus Eßlingen. Sofort wird die Erklärung
r 27 in Frankfurt zurückgebliebenen Mitglieder verlesen,
rauf Wesendonk bemerkt, daß es sich von selbst ver-
ben werde, daß auf diese Mitglieder der Beschluß An-
ndung finde, welcher wegen der über vierzehn Tage ohne
land ausbleibenden Mitglieder gefaßt worden ist; hier-
ch werden sie nach Ablauf dieser Frist als ausgetreten zu
trachten sein. Präsident entgegnet, die Sache werde
ohl so zu behandeln sein. Sofort wird zur Wahl des
räsidenten geschritten. (Inzwischen ist der Abg. Römer
ngetreten, so daß die Versammlung aus 104 Mitgliedern
steht.) Von abgegebenen 104 Stimmen fielen 101 auf
öwe aus Calbe, eine auf Simon, eine auf Schüler von
na und eine auf Eisenstuck. Der neu erwählte Präsident
tritt sein Amt mit folgenden Worten an: Meine Herren,
danke Ihnen für Ihr Zutrauen, ich kann Ihnen nur
rsprechen, daß ich Ihnen und der Sache, die Sie ver-
eten, ganz und vollständig angehöre. Nun wird folgender
inzliche Antrag des Dreißiger-Ausschusses verlesen.
in Erwägung, daß die Regierungen von Preußen,
achsen und Hannover sich angemaßt haben, im Wider-
uche mit der von der Nationalversammlung endgiltig
ngestellten Reichsverfassung ihrerseits eine andere Reichs-
rfassung zu entwerfen und ein Reichswahlgesetz zur Consti-
irung des nächsten Reichstags zu octroyiren; in Erwägung,
ß keinedeutsche Regierung das Recht hat, ihrem Volke, ge-
weige der ganzen deutschen Nation zwangsweise Gesetze auf-
legen; in Erwägung, daß das Reichswahlgesetz zur Con-
tituirung des nächsten Reichstags von der Nationalver-
mmlung endgiltig beschlossen und durch die von allen
utschen Regierungen anerkannte provisorische Centralge-
alt als Gesetz für ganz Deutschland verkündet worden ist
beschließt die Nationalversammlung: 1) das von den
egierungen von Preußen, Sachsen und Hannover verkün-
te Wahlgesetz zum nächsten Reichstage ist null und
chtig; 2) jeder Versuch, solches in Deutschland zur An-
endung bringen zu lassen, ist als Hochverrath gegen die
uveräne deutsche Nation zu betrachten; 3) der Theil-
hme an diesem Hochverrathe machen sich alle Perso-
n, insbesondere alle Civil- und Militärbeamten schul-
dig, welche auf irgend eine Weise zur Ausführung die-
ses Wahlgesetzes mitwirken." Die Dringlichkeit des An-
trags wird mit großer Mehrheit anerkannt. Der erste Satz
wurde hierauf einstimmig, der zweite und dritte Passus aber
mit großer Mehrheit angenommen. Ein Verbesserungsantrag
Uhlands, statt 2 und 3 zu setzen: „die reichstreuen Re-
gierungen aufzufordern, gegen die bezweckte Octroyirung
eines Reichswahlgesetzes gemeinsam und nachdrücklich Ver-
wahrung einzulegen, auch dem Antrag auf Vollziehung
desselben entgegenzutreten," wurde abgelehnt. — Ein wei-
terer dringlicher Antrag des Dreißigerausschusses, dessen
Dringlichkeit gleichfalls anerkannt worden ist, lautet: „In
Erwägung, daß es Pflicht der Nationalversammlung ist,
die endgiltig beschlossene und verkündete Verfassung allen
Sonderbestrebungen gegenüber aufrecht zu erhalten und
durchzuführen; in Erwägung, daß die provisorische Cen-
tralgewalt die Durchführung der darauf bezüglichen Be-
schlüsse der Nationalversammlung verweigert hat; in Er-
wägung, daß die Lage des Vaterlandes die schleunigste
Einsetzung einer Executivgewalt gebietet, welche die
Reichsverfassung mit kräftiger Hand durchführt; in Er-
wägung, daß die Wahl eines Reichsstatthalters nach
Maßgabe des Beschlusses vom 19. Mai unter den gegen-
wärtigen Verhältnissen und zur Zeit unthunlich erscheint;
aus diesen Gründen beschließt die Nationalversammlung:
1) Bis zur Einsetzung des Reichsstatthalters wird von der
Nationalversammlung eine Regentschaft von 5 Personen
einzeln und mit absoluter Stimmenmehrheit erwählt, welche
der Nationalversammlung verantwortlich ist, die Reichsver-
fassung durchzuführen, die Beschlüsse der Nationalversamm-
lung zu vollziehen und im Uebrigen die durch das Gesetz
vom 28. Juni der provisorischen Centralgewalt übertra-
genen Pflichten und Befugnisse auszuüben hat. 2) Die
Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört mit dem
Augenblicke des Eintritts der Regentschaft auf. 3) Als
nächste Zielpunkte ihrer Wirksamkeit bezeichnet die Nationalver-
sammlung der Regentschaft: a) schleunige Aufstellung
eines Reichsheeres und Organisation der Volksbewaffnung
zur Durchführung der Reichsverfassung; b) Wahrung der
Interessen Deutschlands nach Außen, besonders durch kräf-
tige Fortführung des Kriegs in Schleswig-Holstein; c) Be-
treibung der Wahlen zu dem auf den 15. August einzuberu-
fenden Reichstage; d) Einberufung der Bevollmächtigten der
die Reichsverfassung anerkennenden Staaten an den Sitz
der Nationalversammlung. (Einstimmig im Dreißigeraus-
schuß angenommen.) — Hiezu wurden eine Reihe von
Verbesserungsanträgen gestellt. Schoder schlägt vor, die
Sitzung auf einige Stunden, etwa bis 3 oder 4 Uhr, auz-
zusetzen, um sich darüber berathen zu können, sein Antrag
wurde aber abgelehnt. Die Debatte über den Ausschußantrag
wird eröffnet, in welcher Schmidt von Löwenberg und Vogt
sprechen. Gegen 12 Uhr wird zur Abstimmung geschritten.
Ein von Uhland gestellter Verbesserungsantrag zu Punkt 1:
„1) die am 19. v. M. beschlossene Wahl eines Reichsstatt-
halters wird in einer der nächsten Sitzungen vorgenommen;
2) diese Wahl ist ein entschiedener Protest gegen das Fort-
bestehen der Centralgewalt", wird abgelehnt. Ein Antrag
von Wigard und Stockinger, dahin lautend: „die Wahl
des Reichsstatthalters findet am 20. dieses Monats statt.
Bis zur Einsetzung des Reichsstatthalters und der Be-
eidigung desselben wird eine Regentschaft, aus fünf Per-
sonen bestehend, nach den vom Dreißigerausschuß
beantragten Bestimmungen gewählt", wird ebenfalls abge-
lehnt, und ein Verbesserungsantrag von Rühl zu Punkt 1
des Dreißiger-Ausschußantrags, wonach der Satz weggelassen
werden soll, „bis zur Einsetzung des Reichsstatthalters", wird
abgelehnt, dagegen wird der Ausschußantrag Nr. 1 bei na-
mentlicher Abstimmung mit 93 gegen 10 Stimmen angenom-
men. Ein Zusatzantrag von Moriz Mohl, dahin lautend:
„Bis zur Einsetzung des Reichsstatthalters wird von der
Nationalversammlung eine Regentschaft auf Widerruf
gewählt", wird angenommen. Abgelehnt wird ein Zusatz
Rühls, wonach ein Verantwortlichkeitsgesetz in einer der
nächsten Sitzungen berathen und beschlossen werden soll. Der
Ausschußantrag Punkt 2 wird angenommen; mit einem Zu-
satz Umbscheidens, daß die Theilnahme an der Regent-
schaft mit der Eigenschaft eines Abgeordneten vereinbar sei.
Punkt 3 a ohne Widerspruch angenommen; ebenso Punkt 3 b
mit einer von Schmiet von Löwenberg beantragten Abände-
rung, wornach der Satz: „besonders aber mit kräftiger Füh-
rung des Krieges in Schleswig-Holstein", weggelassen und
dafür gesetzt werden solle: „besonders auch in Absicht auf
die deutsch dänische Angelegenheit. Punkt 3 c und 3 d ohne
Veränderung angenommen und schließlich noch folgender von
Dietzsch gestellte, von ihm zurückgenommene, aber von
Wesendonk wieder aufgenommene Antrag angenommen:
„Das Präsidium der Nationalversammlung wird beauftragt,
diese Beschlüsse als Gesetz dem deutschen Volke zu verkündi-
gen." Hierauf stellt Uhland folgenden dringlichen Antrag:
die württembergische Regierung, als die des größten
Staates unter denen, welche die Reichsverfassung für rechts-
kräftig anerkannt haben, wird ersucht, sofort ihre nachdrück-
liche Vermittlung dafür eintreten zu lassen, daß der Ausbruch
des Kriegs gegen Baden und die Rheinpfalz abgewen-
det, und in diesen Ländern wieder ein verfassungsmäßiger
Rechts- und Friedenszustand auf verhältnißmäßigem Wege ge-
stellt werde. Nachdem die Dringlichkeit des Antrags an-
erkannt worden war, wurde derselbe mit 65 gegen 36 Stim-
men abgelehnt. Simon stellt den Antrag, die öffentliche
Sitzung auf eine Stunde anzuzeigen, diese Zeit zu einer ver-
traulichen Besprechung zu verwenden und in einer Stunde
in öffentlicher Sitzung die Regentschaft zu wählen. Schmidt
will zu diesem Zwecke heute Abend um 5 Uhr eine Sitzung
anberaumt wissen. Der erste Antrag wird abgelehnt, der
letztere angenommen. — Zu Secretären sind gewählt:
Rathlich, Mayer von Eßlingen, Beczek aus Böhmen.

⊙ **Stuttgart**, 6. Juni. Ueber die Abendsitzung berich-
tet unser Correspondent: Präsidium: Löwe. Anfang
Abends ½6 Uhr. Eingelaufen ist eine Adresse des Volks-
vereins in Urach, welche die Vertreter des deutschen Vol-
kes in Schwaben aufs Herzlichste willkommen heißt. —
Der Präsident fordert die Versammlung auf, zur Wahl
des ersten Mitgliedes der Regentschaft zu schreiten, und
zwar so, daß vermittelst Stimmzetteln zuerst jedes Mitglied
auf einen Zettel Einen Namen schreibt; ist die absolute
Mehrheit erlangt, so ist die Wahloperation für ein Mitglied
vollendet.

Der Präsident verkündigt, daß beim ersten Scrutinium
Stimmen erhalten haben: Raveaux aus Köln 62
Stimmen, Vogt aus Gießen 15 Stimmen, Schüler von
Zweibrücken 11, Christ 2, Römer 2, Ludwig Simon 1,
Heinrich Simon 1 u. s. w. Stimmzettel wurden abgege-
ben 105, worunter 2 leere abgezogen wurden, also 103
Stimmen, absolute Stimmenmehrheit 52. Scheit, Uhland,
Römer, Klett, Weigle, Gistra, Melly schrieben auf ihre
Zettel; ich wähle nicht.

Raveaux ist gewählt.

2) Zweite Wahl. Abgegebene Stimmen 105; absolute
Mehrheit 53. Vogt von Gießen 78 Stimmen, Schü-
ler 8, Heinrich Simon 2, Fröbel 2, Uhland, Trütsch-
ler, Römer u. s. w. je 1. Nicht abgestimmt haben 8,
zu den obigen Federer.

Vogt ist gewählt.

3) Dritte Wahl. Abgegebene Stimmen 105; absolute
Mehrheit 53. Stimmen erhielten: Schüler von Zwei-
brücken 93; Heinrich Simon, Moriz Mohl, der würt-
tembergische Abgeordnete Becher je 1. Der Wahl ent-
hielten sich 9, die Vorigen und Dörtenbach.

Schüler ist gewählt.

4) Vierte Wahl. Abgegebene Stimmen 104; absolute
Mehrheit 52. Es erhielten Heinrich Simon 40, Be-
cher 29, Ludwig Simon 13, Schoder 3, Jacobi 2 Stim-
men. Andere Stimmen zersplitterten sich. Es ist keine
absolute Stimmenmehrheit erreicht, daher wird wie-
der gewählt, und zwar diesmal nach dem Vorschlage
des Präsidenten nur zwischen Heinrich Simon, Becher,
Ludwig Simon, Schoder und Jacobi. Das Wahl-
ergebniß ist diesmal: 105 Stimmzettel. Es erhielten
Heinrich Simon 67, Becher 21, Ludwig Simon 7,
Jacobi u. s. w. 1 Stimme.

Heinrich Simon von Breslau ist gewählt.

5) Fünfte Wahl. Abgegebene Stimmen 105. Es erhiel-
ten Becher 36, Joseph aus Sachsen 25, Schoder 17,
Ludwig Simon 8, Fürst von Oettingen-Wallerstein 2,
Jacobi 2, Löwe 1, Fürst Waldburg-Zeil 1, Tafel,
Brentano u. s. w. je 1 Stimme. Keine Absolute
Mehrheit ist erzielt, daher ist eine neue Wahl zwischen
den Herren Becher, Joseph, Schoder, Ludwig Simon,
Fürst von Oettingen-Wallerstein und Jacobi vorzuneh-
men. Auch bei dieser Wahl ergab sich keine absolute
Mehrheit. Becher erhielt 43 Stimmen. Postabgang
Abends 8 Uhr.

Nachschrift: In der vorangegangenen vertraulichen Be-
sprechung wurde Staatsrath Römer aufgefordert, die Wahl
in die Regentschaft anzunehmen, er soll es aber aufs ent-
schiedenste abgelehnt haben.

Stuttgart, 5. Juni. Heute kam die Verhaftung Fick-
lers in der Abgeordnetenkammer zur Sprache. Römer gab
darüber keine andere Erklärung, als daß dieselbe Sache der
Polizei und der Gerichte sei und das Ministerium nicht
berühre. Gegen das Manifest der badischen provisorischen
Regierung an das württembergische Volk gab sich eine sehr
gereizte Stimmung kund, obgleich Becher, Schnitzer und
Andere zu Gunsten desselben sprachen.

Der „Schw. Merkur" bestätigt, daß von der Centralge-
walt an eine württembergische Truppenabtheilung der Be-
fehl gekommen sei, mit andern Reichstruppen, man spricht
von 20,000 Mann, die Besetzung der Reichsfestung
Rastatt zu vollbringen. — Gestern Abend zog hier eine
Freischaar, von Eßlingen kommend, jedoch mit Ablegung
der Waffen, hier durch. Es sind meist Badenser, die ins
Badische marschiren.

Karlsruhe, 5. Juni. Das Ergebniß der gestrigen Wahl
zur constituirenden Versammlung ist: 1) Brentano 1644
Stimmen, 2) Christ 1158 St., 3) Thiedauth 970 St.,
Peter 603 St.

Die provisorische Regierung für Baden hat beschlossen
und verordnet provisorisch, wie folgt: Art. 1. Vom 1. d. M.
an bis auf weitere Verfügung werden

die Besoldungstheile der Civilstaatsdiener	die Pensionstheile
von 1000—1500 fl.	800—1600 fl. nur zu ¾
„ 1500—3000 fl.	1600—2400 fl. „ „ ⅔
über 3000 fl.	2400 fl. nicht ausbezahlt.

Die Ausbezahlung des einbehaltenen Betrags wird auf die
Zeit besserer finanzieller Verhältnisse ausgesetzt. Art. 2. Der
constituirenden Versammlung ist ein die möglichste Erleich-
terung der Staatskasse bezielender Gesetzesentwurf zur neuen
Regelung der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse der
Staatsdiener, sowie zur Abänderung des Staatsdiener-
Edicts vorzulegen. — Ferner: Einziger Artikel. Die direc-
ten und indirecten Steuern, welche in den Monaten Juni
und Juli d. J. zum Einzuge kommen, sind nach dem seit-
herigen Umlagefuß und nach den bestehenden Gesetzen und
Tarifen zu erheben. Karlsruhe, den 5. Juni 1849. Bren-
tano. Peter. Goegg (Amtl. Theil der K. Z.)

* **Karlsruhe**, 7. Juni. Die heutige „Karlsruher Zei-
tung" enthält in ihrem amtlichen Theile eine Erwiederung
der provisorischen Regierung an den „Club des ent-
schiedenen Fortschrittes", der wir folgende Stellen entnehmen:
Mit Freuden vernehmen wir den Wunsch der Wehrmänner,
in den Kampf geführt zu werden. Dieser Kampf ist seit
gestern an der hessischen Grenze wieder entsponnen; die
ganze Neckararmee wird vorrücken und zur Unterstützung
derselben werden daher die bereitesten hiesigen Streitkr. sie
abmarschiren; ein Theil davon wird nach Rheinbayern zur
Unterstützung der dortigen Operation gehen. Ueber die An-
ordnung dieser Maßregeln haben wir dem Stadtcommandan-
ten Reininger die nöthigen Befehle gegeben. An die Stelle
der Bürger Fickler und Sigel haben wir gestern schon
die Bürger Thibaut und Raveaux provisorisch als
Mitglieder unserer Regierung ernannt. Was in Herbei-
schaffung der Geldmittel bis jetzt möglich war, ist
geschehen. Ein Gesetzentwurf über ein Zwangs-

anlehen bei den Reichen ist vorbereitet, und wird der constituirenden Versammlung vorgelegt werden. Der General Mieroslawski wurde schon vor 14 Tagen zum Obercommandanten der badischen und pfälzischen Streitkräfte von uns ernannt. Wir haben ihm zur Hierherreise mit einigen andern Staabsoffizieren die nöthigen Geldmittel nach Paris geschickt. Wegen der Verhaftung unseres Mitbürgers Fickler haben wir sogleich an das württemberger Volk den energischsten Aufruf erlassen, wir haben ferner den Abgeordneten Raveaux nach Stuttgart gesandt, um zur Befreiung Fickler's alle möglichen Schritte zu thun, insbesondere der württembergischen Regierung zu erklären, daß wir die Verhaftung Fickler's für eine Kriegserklärung ansehen und darnach handeln werden. Ferner heißt es in dieser Erwiederung, daß zum energischen Einschreiten gegen die Festungen Landau und Germersheim dem Obercommandanten die nöthige Weisung gegeben werden wird. Uebrigens verstehe es sich von selbst, daß die provisorische Regierung in ihrer politischen Wirksamkeit keinen andern Standpunkt haben werde, als den des europäischen Völkerkampfes; vor Allem aber müsse Baden das Panier der Freiheit und Einheit Deutschlands vorantragen. Für diese Freiheit und Einheit wird sich Deutschland wohl bedanken!

Ferner macht die provisorische Regierung folgende Beschlüsse bekannt:

Art. 1. Das Land wird von der hessischen Grenze bis zur Murg einschließlich der Festung und des Amtsbezirks Rastatt in den Kriegszustand erklärt. Art. 2. 1) Wer in diesem Bezirke in Beziehung auf die Zahl, die Marschrichtung der operirenden Truppencorps, die angeblichen Siege des Feindes oder angeblichen Niederlagen unserer Armee falsche Gerüchte ausstreut oder verbreitet, welche geeignet sind, das Publikum zu beunruhigen, oder die Civil- und Militärbehörden in Beziehung auf ihre Maßregeln irre zu führen; 2) einer zuständigen Handlung der Civil- oder Militärbehörde sich widersetzt; 3) gegen die jetzt bestehende Regierung oder ihre Behörden zum Ungehorsam oder Widersetzlichkeit aufreizt; 4) die aufgebotene Mannschaft vom Einrücken abzuhalten oder die unter den Waffen stehende Mannschaft zum Ungehorsam oder zur Treulosigkeit zu verleiten sucht, wird sofort verhaftet und so lange der Kriegszustand dauert, als Kriegsgefangener behandelt. Art. 3. Je nach Umständen steht es den Truppencommandanten zu, solche Kriegsgefangene sofort vor ein Kriegsgericht zu stellen und kriegsrechtlich aburtheilen zu lassen. Art. 4. Ueber die Zusammensetzung des Kriegsgerichts und seine Zuständigkeit ist der Kriegsminister unter Beistimmung des Civilcommissärs eine Verordnung zu erlassen berechtigt. Art. 5. Ebenso hat der Kriegsminister unter Beistimmung des Civilcommissärs das Recht, sobald er es für nothwendig erachtet, das Standrecht zu proclamiren und dieses sofort in Anwendung zu bringen. Art. 6. Gegen Jeden, welcher sich mit den Waffen in der Hand den Anordnungen der Civil- und Militärbehörden widersetzt, ist sofort mit Waffengewalt einzuschreiten.

Karlsruhe, 8. Juni. (Darmst. Ztg.) Die provisorische Regierung ist bereits genöthigt, weil die Truppen ihren selbstgewählten Oberen den Gehorsam verweigern und die Bande der Subordination und Disciplin zu zerreißen suchen, derlei Vergehen nach der vollen Strenge des Kriegsgesetzes bestrafen zu lassen; ein Kriegsgericht hat über die Fälle abzuurtheilen; Offiziere wie Soldaten, die außerhalb ihres Garnisonortes ohne Urlaubpaß betroffen werden, sind zu verhaften und einzuliefern. So lautet der neueste Erlaß, sehr im Widerspruch mit des herrlichen Struve Grundsatz: im Militär müsse an die Stelle der Subordination die Association treten. Gestern war der allgemeine Wahltag für die constituirende Versammlung; von der Karlsruher Wählerschaft wählten nur 2—300. Die anwesenden Fremden wählten in Masse (ungefähr 1200), groß und klein, alt und jung; man fragte nicht wie alt oder woher? Schweizer, Franzosen, Italiener, Polen, alles wählte mit; und um das Wahlgeschäft zu erleichtern, hatte Jemand die Gefälligkeit, den Leuten gedruckte Wahlzettel zur Abgabe in die Hand zu geben.

I. Aus dem „Lande Baden," 7. Juni. Sie sehen, ich gewöhne mich rasch an die neue Schreibart. Unsere provisorische Regierung läßt aus guten Gründen den Namen Republik nicht gelten, als Großherzogthum mag sie aber das Land doch auch nicht bezeichnen, und so hilft sie sich einfach mit dem Namen: „das Land Baden", den wir als offiziell zu betrachten haben. Heute muß ich Gerüchte referiren, die aber wichtig genug sind, um nicht übergangen zu werden. In der Nacht vom 5. auf den 6. Juni, Morgens 2 Uhr, kam Struve mit einer ansehnlichen Schaar Scharfschützen, Genossen seiner frühern Bande, vom Unterland nach Karlsruhe, um die rothe Republik auszurufen. Zwei von diesen Scharfschützen sollen es übernommen haben, Brentano zu erschießen, weil er ein entschiedener Gegner der rothen Pläne Struve's ist. Die Sache wurde rasch bekannt, wenigstens so erzählt; die Karlsruher Bürgerwehr schützte Brentano und Struve nebst den beiden Scharfschützen wurden verhaftet. Eine andere Erzählung der Sache weiß nichts von dem Ermordungsplan gegen Brentano, sondern sagt nur: Struve habe die rothe Republik proclamirt, Brentano aber sich entschieden widersetzt und so sollte dieser auf Befehl des Ersteren verhaftet werden, was jedoch durch das Einschreiten der Bürgerwehr verhindert worden sei; vielmehr sei Struve selbst verhaftet worden. So viel ist Thatsache: in Karlsruhe sind auf dem Schloßplatze gestern die Kanonen aufgefahren worden, gegen die Stadt gerichtet; dann habe ich die beiden verhafteten Scharfschützen Struves selbst gesehen, wie sie in Rastatt in das frühere Gefängniß, das Struve bewohnte, abgeführt wurden. Struve soll in Karlsruhe sitzen.

Nachschrift.

Wien, 4. Juni. Der bisherige Minister, Generalmajor Freiherr v. Cordon hat die aus Gesundheitsrücksichten nachgesuchte Entlassung von seinem Posten erhalten, und der F.M.L. Gulay, Civil- und Militärgouverneur von Triest, ist mittelst kaiserlichen Handbillets zum Kriegsminister ernannt worden. Derselbe hat das Portefeuille unverzüglich zu übernehmen. Mit einem zweiten Handbillet wurde ihm für die ausgezeichneten Verdienste um Triest das Großkreuz des kaiserlich österreichischen Leopoldordens verliehen.

Im „Wanderer" liest man: „Dem Vernehmen nach berathen sich der Handelsminister Bruck und Hofrath Brenner in Mailand über die Ausarbeitung einer Constitution für das lombardisch-venetianische Königreich."

Triest, 2. Juni. Der „Lloyd" meldet: „Aus Venedig vernehmen wir: Die Beschießung der Stadt ist bereits eingestellt, im gegenwärtigen Augenblick unterhandelt man."

Braunschweig, 4. Juni. Von früh 10 Uhr bis Nachmittags halb 3 Uhr währte eine überaus stürmische Sitzung der Deputirtenkammer, in welcher der Lucius Aronheimsche Antrag auf Beeidigung des gesammten Landes auf die am 28. März zu Frankfurt beschlossene Reichsverfassung discutirt und verworfen wurde, mit 44 gegen 8 Stimmen.

Börsenberichte.

Frankfurt, 7. Juni. Bei sehr trägem Handel wichen die Fonds heute im Allgemeinen nur wenig von ihrem gestrigen Stanzpunkt ab. Von 69-treiblichen Papieren blieben 5pCt. Metall. 71⅞, pCt., 2½pCt. Metall. 38 pCt., Wienerbankactien 1052 G., 500 fl. Loose 121 pCt., 250 fl. Loose 73 pCt. Kurhess. 40 Thlr. Loose 26⅜, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose lebhaft begehrt 25⅞, fl., do. 50 fl. Loose 46⅛, fl., Darmstädter 21 fl. Loose 21 fl., do. 50 fl. Loose sehr gesucht 70½ fl G., Nassauer 25 fl. Loose 20⅛, fl., Poln 500 Loose 72½, Rthlr. Südrussische Obligationen gut preishaltend. Von belgischen Obligationen waren 2½pCt. belg. 42⅞, do. 4½pCt. 82½, do. 5pCt. 89 Fr. Holl. 2½pCt. Inlegr. 49½, pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms Nordbahn 34⅛, Rthlr., Berbach 67½, pCt., Köln Minden 77½, pCt, Taunus 270 fl. 5pCt. inl. Span. anfangs zu 21½, pCt. umgesetzt, schließen etwas matter 24¼, à 24½, pCt. Von Wechseln blieben Amsterdam 101⅛, Hamburg 150⅛ ⅜, Leipzig 105⅞, Berlin 106, London 120½, Paris 95⅝, Wien 96. Abends nach Ausgabe der Madrider Post zeigte sich in der Effecten-Coulisse für 5pCt. inländ. Span. mehr Kauflust, und wurden benannte Fonds zu 23⅛ à 23½, pCt. verhandelt.

Amsterdam, 5. Juni. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 49⅝, ⅛. — 3pCt. Schuld 57⅝. — 4pCt. do. 75¾, ⅝. — 5pCt. Ard. 12½, ⅛. — do. à 2. 510 = Stück 11⅞. — 3pCt. int. à 6000 fl. 24, 23⅞. — 3pCt. Port. 26⅞. — 4pCt. do 29. — Russ. 4pCt. bei Stieglitz 80⅛. — 5pCt. Met. 69⅞. — do. 2½pCt. 36⅜. ⅛.

Holländische Fonds gut preishaltend, bei einigem Geschäft in Integralen. Von ausländ. Effecten waren Span. etwas angenehmer. Alle übrigen beinahe wie gestern. Nur auf Peru waren auf Neue höhere Coursen zu bedingen.

Paris, 5. Juni. Stand der Rente: 5pCt. 81. 70. — 3pCt. 52. 60. — Neue 3pCt. Span. 34½. — Innere Schuld —. — Bankactien 2200. — St. Germain-Eisenbahn —. — — Versailles, rechtes Ufer 177. 50. — Linkes Ufer 145. — Paris-Orleans 740. — Paris-Rouen 500. — Orleans-Bordeaux 402. 50. — Orleans-Vierzon 285. — Rouen-Havre —. — Marseille-Avignon 185. — Straßburg-Basel 97. 50. — Nordbahn 408. 75. — Paris-Straßburg 356. 25. — Röm. Anleihen 68. 67½.

Die Börse war heute sehr schlecht; die Rente blieb beständig im Weichen. Die Gerüchte über eine abermalige Veränderung des Ministeriums übten den ungünstigsten Einfluß aus.

Madrid, 30. Mai. 3pCt. 24½. — 5pCt. 10⅛. P.

Frankfurt, 8. Juni.

Da nachstehende Nachrichten noch in alle Exemplare unserer gestrigen Beilage aufgenommen werden konnten, so tragen wir sie hier nach.

Paris, 5. Juni. In der heutigen Sitzung der legislativen Versammlung wurde mit der Prüfung der Legitimationen fortgefahren. Bei Gelegenheit der Wahlen des Yonne-Departements entstand eine ziemlich heftige Debatte, indem die Giltigkeit einer Wahl von der linken Seite wegen angeblicher Wahlumtriebe des Ministeriums angefochten wurde. Der vormalige Minister Leon Faucher suchte diese Behauptungen zu entkräften. Die Debatte wurde auf morgen vertagt.

Die in dem neuen Ministerium obschwebenden Differenzen scheinen immer noch im Zunehmen begriffen. Man sprach heute sogar schon davon, daß Dufaure, Tocqueville und Lanjuinais ihre Entlassung genommen hätten. Doch gehört dies nur zu den Gerüchten, die jetzt wieder zahlreicher verbreitet werden, aber auch unwahrscheinlicher sind als je. Zu ihnen gehört auch, daß die Franzosen nach heftigem Bombardement und mörderischem Kampfe Rom eingenommen haben, ein Gerücht, welches mit den neuesten directen Nachrichten aus dem französischen Lager vor Rom in Widerspruch steht. Diese melden unter Anderm, daß Lesseps von einem heftigen Nervenfieber befallen worden.

D'Andre, seitheriger Ministerialvorstand im Departement des Aeußern, geht als Gesandter nach Dresden und der bisherige dortige Geschäftsträger Reinhardt nach Bern, um den General Thiars zu ersetzen.

Frankfurt, 7. Juni. Bei der heutigen 2. Ziehung 1. Klasse der 110. hiesigen Stadtlotterie gewann Nr. 8139 10,000 fl., Nr. 15313 3000 fl. und Nr. 20245 400 fl.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. v. Maltitz

[1317] **Bekenntmachung.**

Kündigung Hannoverscher Landes- und Eisenbahn-Schuld-Capitalien.

In Befolgung des Gesetzes vom 30. Juni 1846 werden, nach stattgehabter Verlosung, die nachbezeichneten Obligationen der älteren Landesschulden, der Eisenbahn-Schuld und des Anlehns vom 27. Mai 1848 zu dem tarifmäßigen Gesammtbetrage von 431,044 Rthlr. 10 gGr. 8 Pf. Courant hiemit auf den 1. December 1849 gekündigt:

1) Von den älteren Landesschulden, die Obligationen:

Lit. A Nr. 72 165 300 690 777 813 837 876 899 911 1019 1033 1048 1049 1117 1131 1171 1317 1 25 1449 1516 1529 1599 1638 1693 18 8 1832 19 2 2026 2 5 2190 2251 2512 2532 2535 25 8 2598 2602 2669 27 6 2935 2970 2983 3051 3196 3731 3263 3572 3715 3940 4241 4323 4525 4579 4605 4968 5105 5122 5127 5125 5214 5447 5543 5551.

Lit. B Nr. 153.

Lit. E Nr. 196 220 263 297 366 474 491 560 614 693 707 974 1100 1126 1133 1383 1401 1754 1847 1 40 1936 1959 1978 1994 2 26 2020 2069 2 95 2186 2238 2270 2462 2475 2414 2484 2507 2510 2562 2564 26 6 2649 2911 2962 3121 3155 3161 3273 3281 32 7 36 2 3794 3906 3956 3996 3990 4067 4194 4243 4195 4491 4515 4579 4592 4620 4702 4757 4766 4767 4814 4833 5185 5220 5226 5260 5265 5350 5367 5490.

Lit. F Nr. 44 103 1 8 198 1018 1056 1062 1138 1237 1273 1279 1400 1418 1586 1716 1743 1755 1764 1 23 1881 1810 1 8 1923 1931 2165 2279 2161 253 2626 2721 2734 2907 2938 3110 3195 3293 3362 3470 3690 3687 3976 9917.

Lit. G Nr. 42 351 585 696 756 861 1019 1 08 1361 1436 1641 1795 1847 1930 2409 2617 2773 3064 3205 4585 5042 5064 5161 52 9 5249 5275 5 95 5 33 5351 5379 5399 5447 5477 5480 5538 5622 5651 5677 5711 5906 5810 5828 5835 5838 5893 5989 6023 6028 6116 6124 6179 6204 6225 6761 6265 6793 6403 6466 6488 6584 6587 6637 6675 6900 6981 6902 7020 7043 7035.

Lit. H Nr. 359 480 503 813.

Lit. K Nr. 1229 1486.

Lit. L Nr. 42 45 1077 1140 1145 1196 1281.

Lit. N Nr. 50 190 240 361 430 445 492 578 676 693 726 735 864 894 954 992 1016 1077 1152 1 04 1 17 1337 1342 1357 1397 1580 1679 1762 1772 1803 1842 1 6 2126 2213 2215 2298 2359 2423 2441 2502 2558 2668 2674 2712 2737 2817 2870.

2) Von den Capitalien der Eisenbahn-Anlehen, die Obligationen:

Lit. A I Nr. 142 169 190 257 312 421 472 489 496 497 523 611 633 672 699 716 739 776 940 945 1042 1053 1096 1116 1133 1187 1225 1253 1276 1287 1342 1395 1412 1419 1443 1575 1664 1683 1708 18 6 1829 1854 1908 1909 1960 2003 2011 2155 2211 2214 2231 2155 2358 2360 2422 2464 2510 2566 2641 2694 2761 2774 2780 2812 2847 2848 2921 30 9 3024 3041 3050 3092 3124 3153 3212 3219 3233 3286 3288 3294 3296 3156 3634 3636 3651 3661 3684 3697 37 5 3836 3863 3870 3901 3992 4031 40 9 4108 4226 4241 4131 4377 4402 4473 4485 4490 4493 4517 4557 4592 4594 4737 4825 4840 4844 4858 5008.

Lit. B I Nr. 84 89 100 233 281 233 435 463 470 482 484 512 593 722 730 731 782 853 9 2 10 7 1074 1101 1191 1423 1448 1660 1707 1767 1836 1841 1848 1939 1991 2255 2568 2738 2882 2997 3036 3131 3301 3 45 3169 3408 3439 3419 3569 3583 3634 3903 3935 4024 4044 4124 4380 4499 4581 4670 4687 4768 4803 49 9 5018 5151 5252 5487 5555 5586 5593 5619 5618 5661 5701 5774 5783 5830 5886 5944 5973 5990 6175 6179 6265 6302 6377 6646 6959 6990 7295 7 01 7911 7929 8011 8031 8046 8049 8050 8 61.

3) Von dem Anleihen vom 27. Mai 1848, die Obligationen:

Lit. Q Nr. 13 17 27 152 172 211 245 252.

Lit. R Nr. 44 123 231 257 270 512 583 600 628 639 661 691 779 815 832 917 922 934 998 1142 1177 1185 1202 1206 1351 1405 1492 1505 1512 1721 1818 1 66 1872 1977 1978 2149 2221 2254 2306 2398 2409 2434 2481 2511 2562 2563 2621 2770 2846 2 19 29 7 3 22 3103 3112 3121 3157 3195 3255 3303 3323 3342 3353 3374 3408 3425 und 3471.

Rücksichtlich des eintretenden Verfahrens bringen wir Folgendes zur öffentlichen Kenntniß:

1) Die Inhaber der vorbezeichneten Obligationen haben solche mit den dazu gehörigen, bis zum obigen Kündigungs-Termine nicht fällig gewordenen Zinscoupons und mit dem ausgegebenen Talons bis zum 1. December 1849 bei der General-Staats-Casse hieselbst einzuliefern und die Capitalien nebst den Stückzinsen alsdann in Empfang zu nehmen, da die Verzinsung jener Capitalien mit dem obigen Kündigungstermine aufhört.

Die unter Lit. B I verbrieften an porteur Obligationen können auch bei dem Bankierhause **M. A. v. Rothschild u. Söhne** in Frankfurt a. M. eingeliefert werden, welches selbige dann am Verfalltage, zum vollen Nennwerthe, zu zahlen hat.

2) Der Betrag der bei Einlieferung der Obligationen etwa fehlenden, noch nicht fällig gewordenen, Zinscoupons wird nach Vorschrift der königlichen Verordnung vom 11. November 1834 am Capitale gekürzt.

3) Wenn von einzelnen Gläubigern eine Rückzahlung des gekündigten Capitals vor dem Fälligkeits-Termine gewünscht werden sollte; so sind die Obligationen mit den Zinscoupons von diesen Gläubigern, unter Angabe des Termins, zu welchem die Rückzahlung gewünscht wird, unmittelbar an das Schatz-Collegium einzuliefern und soll sodann auf solchen Antrag, so weit es thunlich ist, Rücksicht genommen werden.

4) Sollten die Gläubiger bei Einsendung der Obligationen durch die Post, den Werth derselben auf dem Couvert angeben, so sind sie verpflichtet, das dafür zu erlegende Porto selbst zu übernehmen.

Hannover, 1. Juni 1849.

Königlich Hannoversches Schatz-Collegium.
v. Wangenheim. Rasch. v. Bothmer.
Lang. Merkel. Grote.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Konversations-Blatt und Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Beilage zu Nro. 135.) 8. Juni 1849.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 6. Juni. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt wurden behandelt: 1) Bericht des Wehrausschusses, den Vortrag des Senats über die Volksbewaffnung betreffend. Herwig verliest den Bericht, welcher die Bedenken des Senats über die beschlossene Suspension des Art. 7 der Stadtwehrordnung heben soll, und folgende Anträge stellt: den Senat zu ersuchen, den combinirten Volksbewaffnungsausschuß zu ermächtigen: a) junge waffenfähige Bürgerssöhne unter 19 Jahren auf vor Begehren und mit Einwilligung ihrer Eltern oder Vormünder in die Bürgerwehr aufzunehmen; b) Permissionisten und ihre Söhne, so wie ständige Handwerksgesellen derselben zuzutheilen; c) Nicht-Frankfurter, welche seit einem halben Jahre hier Arbeit und Erwerb haben, auf ihr Verlangen für die Dauer der Gefahr zu bewaffnen und der Bürgerwehr einzuverleiben; d) von Allen die Verpflichtung auf die Reichsverfassung und für den Schutz des Gemeinwesens anzunehmen. Dr. A. Friedleben möchte den ganzen Bericht dem Senate übermitteln, was beschlossen wird. 2) Vortrag des Senats, die Allmendlose in den Landgemeinden betr., nebst Gesetzentwurf. An den landwirthschaftlichen Ausschuß. 3) Rückäußerung des Senats, Uebergriffe des Militärs und die Vorfälle vom 13. Mai d. J. betr. Der Bericht zählt, unterstützt von elf Beilagen, alle diejenigen Schritte auf, welche der Senat in dieser Angelegenheit gethan, und welche Erwiderungen ihm geworden sind, mit dem Zusatze: er werde der constituirenden Versammlung von Allem was ihm hierüber noch zur Kenntniß kommen werde, sofort Nachricht geben. Dr. A. Friedleben beantragt die Verweisung dieses Berichts an eine Commission von fünf Mitgliedern, was beschlossen wird. 4) Vortrag des Senats, die Classification der in den Gemarkungen der hiesigen Landgemeinden gelegenen Grundstücke betr. An den landwirthschaftlichen Ausschuß. 5) Petition der Anwohner der Stadtallee, Entfernung der Pferdeställe aus der Stadtallee betr. Die Dringlichkeit wird ausgesprochen, und in der Debatte, an welcher sich Thierarzt Schmidt, Dr. Braunfels, Dr. J. Friedleben, Dr. Behaghel, Dr. Mappes, Bürgermeister Cöster, Herwig, Dr. Stein und Mesdinger theilnehmen, die Gründe der Feuersgefahr, der Gefahr für die Gesundheit und die Verunstaltung eines der schönsten Plätze der Stadt geltend gemacht, sowie auch daß dem Vernehmen nach dem Senat der bis Vorschläge für eine Abhilfe gemacht worden, und auf den Antrag von Dr. J. Friedleben beschlossen: den Senat aufzufordern, für die unverweilte Entfernung dieser Ställungen Sorge zu tragen. 6) Petition des hiesigen Bürgers und Weinwirths G. F. Gruber um Verwendung für einen Ersatz des, durch die Ereignisse am 13. Mai d. J. von hier garnisonirenden Reichstruppen bei ihm verübten Schadens an Mobilien und Gerätschaften, den er auf 500 fl. anschlägt. An den Petitionsausschuß. 7) Bericht des Petitionsausschusses über die Petition mehrerer Ortsbürger zu Bornheim, unberechtigten Abzug bei Rückgabe von Cautionen von Seiten des Ortsvorstandes betr. An den Senat zur Rückäußerung. 8) Bericht desselben Ausschusses über die Petition von A. F. Wagner, Preßvergehen betr., dahin gehend, das Verfahren gegen den Petenten bis zur Einführung der Geschworenengerichte einzustellen, oder das von dem Polizeigericht gegen ihn incompetenter Weise ausgesprochene Urtheil an den Cassationshof zu verweisen. Der Antrag auf Tagesordnung wird nach längerer Discussion zwischen Dr. Braunfels, Dr. Mappes, Senator Hessenberg, Dr. A. Friedleben, Dr. J. Friedleben, Bürgermeister Cöster und Dr. Neukirch, als Berichterstatter, angenommen; auf den Antrag von Dr. Braunfels aber noch beschlossen, den Senat an die Rückäußerung auf die diesfallsigen Eingaben zu erinnern. 9) Bericht desselben Ausschusses, die Petition der hiesigen Schiffer und Fischermeister betreffend. Nach längerer Erörterung, woran Dr. A. Friedleben, Oppenheimer, Dr. Mappes, Bürgermeister Cöster, Kraz, Schöff Souchay und Dr. Burkard, als Berichterstatter, Theil nehmen, wird auf den Antrag der Commission beschlossen, die Gesuche der Bittsteller um nochmalige Untersuchung der Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit dieser Bauten, um Beiziehung dabei von Schiffer und Fischermeistern und die Veröffentlichung des Ergebnisses dem Senate zur Berücksichtigung vorzulegen; über das weitere Ansinnen: bis dahin mit den Bauten einzuhalten, wird Tagesordnung erkannt, und auf den Antrag von Dr. A. Friedleben der Senat zur Rückäußerung aufgefordert. 10) Bericht desselben Ausschusses über die Petition der hiesigen Schröttergesellschaft um Erhöhung ihrer Taxen. Der Antrag geht auf Ersuchen an den Senat 1) der Gesellschaft wie früher das ganze Krahnengeld vom Wein zu überlassen, wegen Erhaltung der Krahnen aber besondere Einrichtungen zu treffen; 2) derselben eine entsprechende Theilnahme an der Erhebung und Verwaltung der Gebühren zu gestatten; 3) die andern Taxen billig zu reguliren und 4) die den Handel belastenden Abgaben einer Revision zu unterwerfen, ohne daß dadurch der arbeitenden Klasse ein Nachtheil erwachse. Nach lebhaften Erörterungen zwischen dem Berichterstatter Dr. Mayhayn, Dr. Supf, Bürgermeister Cöster, Schöff Souchay, Debary und Donner werden die Anträge genehmigt. 11) Dringlicher Antrag von Herwig, die Entlassung der Septembergefangenen gegen Caution betreffend. Da auf Namensaufruf nur noch 68 Mitglieder anwesend sind, so wird die Behandlung auf die nächste Sitzung, Freitag den 8. Juni, verschoben.

Frankfurt, 8. Juni. Unserer gestrigen Mittheilung über die erste Kriegsfahrt der deutschen Flotte können wir heute folgende, aus dem Berichte des Commodore Brommy geschöpfte Details hinzufügen:

„Um 12 Uhr 30 Minuten Nachmittags, heißt es in demselben, erblickte ich das dänische Violadegeschwader im Norden vor mir, aus drei Fregatten, einer Corvette und einem Dampfschiff bestehend. Dies letztere kam von der Elbe her. Die Corvette war im Norden und Osten von mir. Ich machte Jagd auf letztere, welche aber den Schutz von Helgoland suchte. — Gegen 4 Uhr 15 Minuten nahten wir Helgoland, als die Corvette ihre Kanonen an Backbord nach einander abfeuerte, was meine Mannschaften mit freudigem „Hurrah" beantworteten. Von 4 Uhr 21 Minuten bis 4 Uhr 47 Minuten fielen zwanzig Schuß Granaten und Bleikugeln vom „Barbarossa", ebenzehn vom „Hamburg" und ebensoviel vom „Lübeck". Im Ganzen ward gut gezielt, aber die Entfernung war zu bedeutend, als daß großer Schaden hätte angerichtet werden können. Mit der größten Freude erfüllte es mich zu sehen, mit welchem frohen Muthe die Mannschaft zum ersten Male ins Feuer ging; Officiere, Unterofficiere, Matrosen, Soldaten und Jungen waren von gleichem patriotischen Eifer beseelt. — Sie kannten nur einen Schmerz, nach der Elbe gehen zu müssen, ohne ein Zeichen des Sieges mitzubringen .... Ich mußte die Verfolgung der Corvette leider aufgeben, da zwei Fregatten und das Dampfschiff zu ihrer Unterstützung herbeieilten, während der Wind sich so verstärkte, daß die Segelschiffe im Vortheil gegen uns gewesen wären, und gleichzeitig auf Helgoland drei Kanonen gelöst wurden, uns zu warnen, daß wir uns auf neutralem Grunde befänden. — ... Endlich ist es der deutschen Flotte gelungen, einmal in See zu gehen. Der Anfang war gut und ich habe gerechten Grund zu hoffen, es werde stets besser gehen ..." Der Bericht ist datirt: Rhede von Cuxhaven an Bord des „Barbarossa", 4. Juni.

Frankfurt, 8. Juni. Die neuesten Nachrichten aus Mannheim widerlegen alle die Gerüchte, nach welchen in dieser Stadt Plünderungsversuche oder sonstige Unruhen vorgefallen wären; es ist nichts der Art in Mannheim vorgegangen, auch dort nichts Arbaliches aus den andern Landestheilen bekannt geworden. Die ganze Aufmerksamkeit ist jetzt durch die Erwartung des bevorstehenden Angriffs in Anspruch genommen. Die 8000 Mann, welche vorgestern nach Weinheim ausmarschirt waren, sind noch an dem nämlichen Abend zurückgekehrt. Alle Zeichen deuten darauf, daß unsere Bedrücker sich nun selbst für verloren halten.

Wien, 4. Juni. Es tauchen abermals Gerüchte von noch weiteren Veränderungen im Ministerium auf. Kübeck soll wieder zur Leitung der Finanzen, dagegen Kraus an die Spitze des Innern berufen werden, und Stadion definitiv aus der Verwaltung scheiden. — Zu den Neuigkeiten des Tages gehört auch die Errichtung einer neuen großösterreichischen Leibgarde, die weder, wie die bis jetzt bestandene ungarische und italienische Nobelgarde, das Gepräge einer Nationalität an sich tragen, noch wie die Ancienrengarde aus älteren und zum Theil dienstunfähigen Officieren bestehen, sondern aus den jüngsten, kräftigsten, intelligentesten Officieren aller Waffengattungen ohne Rücksicht auf Nationalität und Stand gebildet werden soll. Wahrscheinlich dürfte die Ancienrengarde ganz aufgelöst und durch die neue Leibgarde ersetzt werden.

Die Verhaftung eines Apothekers am Kohlmarkt, eines Magyaren von Geburt, die in Folge einer Denunciation seines eigenen Schwagers erfolgte, bildet hier das allgemeine Tagesgespräch. Man fand bei dem Verhafteten nicht nur verborgene Waffen, sondern es soll sich sogar herausgestellt haben, daß er mit den Insurgenten in geheimer Correspondenz gestanden sei. Er wurde bereits zum Tode verurtheilt, jedoch heißt es, daß die Strafe im Wege der Gnade, aus Rücksicht, daß er vom eigenen Schwager angegeben wurde, auf achtjährige Schanzarbeit gemildert worden sei. Man glaubt allgemein, daß der Apotheker nicht vollkommen geisteskrank gewesen sei; über die Handlung seines Schwagers, den er noch obendrein lange Zeit im Hause verpflegt und vielfältig unterstützt hatte, ist nur Eine Stimme der Verachtung und des Abscheus. — Der Magistrat hat neuerdings zu Denunciationen von verborgenen Waffenvorräthen aufgefordert, und den Angebern nicht nur Verschwiegenheit ihres Namens, sondern in Folge eines Gemeinderathsbeschlusses als Prämie den zehnten Theil des Werthes der entdeckten Waffen, ja in besonders wichtigen Fällen auch noch mehr zugesichert.

Die neuesten Nachrichten aus Ungarn melden leider wieder von einigen Schlappen, welche unsere Truppen erlitten. Die bereits gewonnenen Positionen am linken Waaguser mußten nach einigen Gefechten, in welchen die Unsrigen nicht unerhebliche Verluste erlitten, wieder aufgegeben werden, und die Waag bildet wieder die Grenzscheide beider Heere. Auch bei Oedenburg hat ein ernsthaftes Gefecht stattgefunden; welches nach einem harten Kampfe und mit einem starken Verluste von beiden Seiten mit dem Rückzuge der österreichischen, von feindlicher Uebermacht angegriffenen Abtheilung endete. Die feindliche Macht an der obern Donau und Waag ist jetzt viel stärker als sie früher war, da die 30—40,000 Mann, welche durch die Eroberung Ofens disponibel geworden waren, zur Verstärkung dieser Linie herangezogen wurden. Görgey selbst commandirt am rechten Donauufer und hat sein Hauptquartier in Raab. — Es ist nun definitiv festgesetzt, daß eine starke russische Abtheilung, vornehmlich Cavallerie, auch am rechten Donauufer operiren wird. In den letzten Tagen der vorigen Woche wurden wieder sehr viele Verwundete unserer Armee, wahrscheinlich in Folge der erwähnten Gefechte an der Waag und bei Oedenburg, heraufgebracht. Alle Militärlazarethe und alle zu Militärlazarethen umgeschaffenen Civilspitäler und Privathäuser sind bereits überfüllt; man weiß im wahrsten Sinne des Wortes nicht, wohin mit den vielen Verwundeten und Kranken. Auch an ärztlichem Personal fehlt es noch immer sehr, wiewohl sehr viele Civilärzte mit patriotischer Aufopferung sich dem Dienste in den Militärspitälern widmen. (D. Ref.)

Der Marschall Fürst Paskewitsch hat sich mittels einer aus Warschau datirten Proclamation an die Ungarn als Obercommandant der russischen Armee verkündet.

Preßburg, 3 Juni. Nun sind die Russen endlich da. Eine sehr große Anzahl russisch-polnischer Truppen, Infanterie, Cavallerie mit sehr vielem Geschütz, von Tyrnau und Tyrnau kommend, hat auf der sogenannten Sauhaide (eine Viertelstunde von der Stadt entfernt) ihr Lager aufgeschlagen. Viele Neugierige gehen hinaus, um die neuen Ankömmlinge zu bewundern; Marketender erinnern gehen zur Stadt, um ihre Flaschen und Fäßchen zu füllen, lange Wagenreihen befördern Proviant hinaus. Einzelne Soldaten zeigen sich schon, um Nöthiges einzukaufen, und wechseln Papier- und Silberrubel für österreichische Scheidemünze ein. Weder die Zahl der Mannschaft, noch der Ort ihrer nächsten Bestimmung kann genau angegeben werden, aber es ist wahrscheinlich, daß sich dieser Truppenkörper dem im Raaber Comitate zur Kriegsoperation bestimmten Heeretheile anschließen wird. (Lloyd.)

Semlin, 30. Mai. Gestern Nachmittags traf Se. Excellenz der Ban Jellachich von Ruma hier ein. Aus Privatbriefen von Essegg 27. Mai entnehmen wir: Der Nationalgeneral Knicanin machte bei Moserin und Bicovo 300 Magyaren zu Gefangenen und eroberte 21 Kanonen. Mamula operirt von Kamenitz aus, und der beste Erfolg wird seine Bemühungen krönen. Den 28. beginnen die Operationen der Subarmee. Bem zog sich nach Siebenbürgen zurück, um sich den Russen entgegenzustellen. Magyaren sind sehr wenige im Banat und Bacska. In Vaja, Zombor und Theresiopel kein magyarischer Soldat. In Peterwardein, Neusatz und der Umgebung stehen 14,000 Mann Magyaren. (Presse.)

Briefe aus Jassy vom 14. Mai bestätigen, daß Fürst Michael Stourdza durch einen Ferman der Pforte abgesetzt worden sei und bereits Jassy verlassen habe. Als seinen Nachfolger bezeichnet man den Hetman Gregor Ghika, der zunächst das Fürstenamt als Kaimakam verwalten wird.

Von der schlesisch-österreichischen Grenze, 4. Juni. Die in Krakau und dem ganzen Krakauer Gebiet aufgeschlagenen Heereslager der Russen gewinnen täglich durch Zuzüge aus dem Innern Rußlands neue Verstärkung, und können bereits als feste Plätze der russischen Truppenmacht, die sich den europäischen Bewegungen gegenüber aufgestellt hat, angesehen werden. Diese Truppen des Czars, deren Wehrhaftigkeit und militärische Anerüstung so verschieden beurtheilt wird, sind jetzt wenigstens einem innern Feinde preisgegeben, der sie auf eine fürchterliche Weise zu verheeren droht. Dieser Feind ist die Cholera, der im Krakauer Lager täglich 50—60 Mann erliegen, und die von diesem Punkte aus bereits auch in die Provinz Schlesien mit erneuerter Heftigkeit vorgedrungen ist. Das Wiederauftreten der Cholera in Schlesien zeigt sich diesmal ungemein bösartig und durchaus contagiös; in Breslau pflegt die Seuche spitematisch ganze Straßen und Häuser zu durchstreichen, und nicht eher zu ruhen, als bis sie dort mit einer gewissen Vollständigkeit ihre Opfer zusammengetragen hat. Die Besorgnisse steigen natürlich in unserer Gegend, weil sich an unsern Grenzen ein immer wachsender Nahrungsstoff für den asiatischen Schreckensgast anbänft. Die eigentlichen Zwecke der militärischen Festsetzung Rußlands auf dem Krakauer Gebiete sind kein Geheimniß mehr, und man hört dieselben von russischen Officieren sowol wie in den polnischen Grenzbevölkerungen mit einer fast auffallenden Freimüthigkeit erörtern. Diese Concentrationen russischer Truppenkräfte sind nämlich vorzugsweise auf Polen gerichtet, und man würde nicht so laut selbst in Polen davon reden hören, wenn nicht die Erwartung einer polnischen Schilderhebung, die nur noch auf Ereignisse in Ungarn harrt, hier allgemein ausgesprochen werden wäre. Warschau ist von 50—60,000 Mann besetzt. Die Lager bei Kalisch wie in Krakau und dem dazu gehörigen Gebiet sollen in der nächsten Zeit zusammen auf 100,000 Mann gebracht werden. Im benachbarten Krakau gehen die Zustände auf immer eigenthümlichere Weise vor sich. Daß es fast einer definitiven russischen Occupation gleich sieht, erhellt aus dem in diesen Tagen dort ergangenen Befehle an sämmtliche Einwohner, alle Privatwaffen an die neuerdings eingesetzten russischen Behörden abzuliefern. Nächstens erwartet man auch die Ankunft des Czars selbst. In diesem Augenblicke verweilt Kaiser Nicolaus noch in Warschau, wo er

zwischen den russischen Ministern und mehreren auswärtigen Bevollmächtigten geheime Conferenzen stattfinden, denen der Czar in der Regel selbst beiwohnt. Warschau ist bereits ein diplomatischer Mittelpunkt für gewisse Eventualitäten der europäischen Politik geworden. (D. A. Z.)

Graz, 1. Juni. Die „Grazer Zeitung" will aus verläßlicher Quelle wissen, daß man derzeit von der Abordnung eines Armeecorps unter F.M.L. Lichnowsky aus Italien nach Vorarlberg abgekommen sei. Dessen ungeachtet wird aber die österreichische Truppenmacht in Nordtirol an der Grenze namhaft verstärkt, und die Division Fürst Karl Schwarzenberg eine Aufstellung am obern Lech nehmen.

Der „Stettiner Ostseezeitung" wird aus **Greifswald**, 3. Juni, Nachstehendes gemeldet, was selbst dieses Blatt nicht ganz glaublich zu finden scheint, denn es macht dabei ein Fragezeichen: Reisende, welche gestern Abend von einem Ausfluge nach der Insel Rügen hier eintrafen, erzählten, daß sie am Feiertage von Stubbenkammer aus in nur geringer Distanz 17 russische Kriegeschiffe und ein Kriegeschiff unter dänischer Flagge, welches einen Kauffahrer als Prise mit sich führte, vorüberfegend erblickt hätten. Aus Stralsund erfahren wir, daß die gesammte dortige Artillerie schleunigst mobil gemacht werden soll. Auch sollen, wie verlautet, sofort in der Provinz Pommern 500 Trainsoldaten ausgehoben werden, von denen auf den Greifswalder Kreis 25 fielen.

** **München**, 4. Juni. Ich kann Ihnen aus zuverlässiger Quelle mittheilen, daß die Nachricht, Bayern habe um die preußische Hilfe verbeten, völlig unbegründet ist. Unmittelbar in Berlin hat Bayern die Mitwirkung Preußens zur Unterdrückung des Aufstandes in der Pfalz in Anspruch genommen. Ueberhaupt sind die Beziehungen der bayerischen Regierung zur preußischen weit freundschaftlicher, als die letzte Erklärung des Ministers v. d. Pfordten könnte vermuthen lassen. Die Zeichen der Zeit scheinen der bayerischen Regierung endlich allzu deutlich zu sprechen, als daß sie noch länger sich sollte von der österreichischen Politik leiten lassen. Ich kann Ihnen mittheilen, daß trotz der erwähnten Erklärung der Beitritt Bayerns zu dem Verfassungsentwurfe der drei Königreiche näher ist als je. Minister von der Pfordten wird dieser Tage deßhalb selbst nach Berlin reisen.

Leipzig, 5. Juni. Heute kamen wieder 2 Bataillone Preußen, die ungern von Dresden geschieden zu sein äußerten, auf dem Marsch nach Erfurt pr. Eisenbahn hier durch. Dem Vernehmen nach, sammeln sich bei Erfurt schleunigst 20,000 Mann preußischer Truppen, deren Bestimmung der Süden ist.

Aus Baden, 2. Juni, berichtet die „Allg. Ztg.": Wir werden noch immer überschwemmt mit Schaaren von fremden Zuzüglern. Vielfach sind es Gestalten, vor deren Anblick einem graut. Man sollte meinen, aller Auswurf der Gesellschaft hätte plötzlich einen Abzugscanal gefunden, um an die Gestade unseres schönen Landes gespült zu werden. Der Bürger entsetzt sich beim Auftauchen dieser unheimlichen Gäste, und denkt mit Schrecken daran, was kommen könnte, wenn diese Leute einmal auf eigene Rechnung zu wirthschaften anfangen, und dies wird nicht ausbleiben, sobald Reichstruppen in Baden einrücken. Aber der Landesausschuß braucht sie als den Grundstock einer Revolutionsarmee und als wirksamstes Werkzeug des Terrorismus. Das badische Militär ist und bleibt seit der freiwilligen und unfreiwilligen Entfernung seiner Offiziere desorganisirt. Die neuen Führer finden keinen Gehorsam und kein Vertrauen, die Soldaten, einmal souverän geworden, treiben was sie wollen, und um sich nicht zu sehr vor der Welt zu compromittiren, pflegt man ihnen nachträglich zu bescheinigen, was sie vorher selbst zu thun oder nicht zu thun beschlossen haben: Marschiren, Exerciren, Einquartierung, das alles hängt von ihrem Willen ab, und was ihnen nicht gefällt, dazu verstehen sie sich nicht. Mit der Mobilmachung des ersten Aufgebots geht es auch nicht nach Wunsch, obschon dabei mit größter Strenge verfahren wird. In Karlsruhe mußten viele Jünglinge, die den Abzug verweigerten, aus den Betten und Verstecken geholt werden; die ganze Colonne wurde wie gefangen ins Unterland abgeführt. Auch in Lahr dieselbe Weigerung, und fast das ganze Oberland, der Schauplatz des Struve'schen Septemberputsches, verweigert die Aufstellung des ersten Aufgebots. Schon ist Executionsmannschaft dorthin abgegangen, um die Widerstrebenden zu züchtigen und mit Gewalt fortzuführen. Viele junge Leute haben sich ins Ausland geflüchtet, um nicht zum Zuzug gepreßt werden zu können. Unter diesen Umständen müssen die regierenden Herren um so mehr darauf sehen, daß sie Cohorten um sich haben, die ihnen mit Leib und Seele verschrieben sind. Dazu dienen nun die Flüchtlingsschaaren, die man aus aller Herren Länder herbeizieht, angeblich, um für die deutsche Reichsverfassung zu fechten, in Wahrheit aber, um den Staat, die bürgerliche Gesellschaft, die Familie und den Geldbeutel so auszugleichen, daß es hierin keine Unebenheit mehr gibt. Von da bis zum förmlichen Landes- und Reichsverrath ist nur noch ein Schritt, und daß auch dieser schon geschehen, daß die Hilfe der Franzosen durch eine eigens zu diesem Zweck nach Paris gesendete Deputation begehrt wird, das sind die officiellen Blätter der Revolutionspartei anfrischen oder frech genug unverhüllt einzugestehen.

Das Bild zu vervollständigen entnehmen wir folgendes dem „Schw. Merkur": Mit welchen Lügen man die öffentliche Meinung bei uns jetzt irre zu machen sucht, mag man daraus ersehen, daß z. B. gestern gedruckte Zettel herumgegeben wurden, wornach der König von Württemberg die badische provisorische Regierung nicht nur förmlich anerkannt, sondern ihr auch zwei Regimenter über Hasloch geschickt haben solle. Dieser Zettel war natürlich ohne Unterschrift; gleichwohl wurde dies Alles von Radicalen aufs Haar geglaubt. Etwas später ließen sich noch das Ministerium Römer abtreten, dessen Feingefühl sie allerdings etwas genirt. Die Fidelen machte hier nichts weniger als Aufregung; ja nicht einmal viel Sensation. Man denkt eben, es würden wohl Gründe dafür vorhanden sein. Höchstens hört man hier und da Einen oder den Andern die Ansicht aussprechen, jetzt bleibe unserer Regierung nichts Anderes übrig, als Württemberg den Krieg zu erklären. Nun, wenn man den Muth hatte, selbst Preußen den Fehdehandschuh hinzuwerfen und durch die bekannten Proclamationen zum Kriege förmlich herauszufordern, warum sollte man denn mit diesem kleinen Württemberg den Kampf scheuen? Sind wir ja ohnedies mit dem ganzen Reich im Krieg; ein Königreich noch mehr oder weniger!

Kassel, 4. Juni. Die Nr. 23 der „Blätter des nationalen Vereins für Deutschland" enthält eine entschiedene Zurückweisung der gegen diesen Verein auf Veranlassung der Frankfurter Congreßbeschlüsse von dem Hamburger patriotischen Verein ausgesprochenen Mißbilligung, und zug eich die überzeugende Nachweisung, daß der Austritt des letztern auf ganz irrigen Voraussetzungen beruhe.

> **Mainz**, 7. Juni. So eben ist Se. königl. Hoheit der Großherzog von Baden, nebst dem Markgrafen Maximilian von Baden, und Gefolge, auf dem Dampfboote „Elberfeld" von Thal-Ehrenbreitstein hier eingetroffen, ohne Zweifel, um sich den bevorstehenden militärischen Operationen zu nähern. — Die preußischen Truppen, welche gestern in 4 Dämpfern von Köln rheinaufwärts fuhren, sind bei St. Goar ans Land gegangen, um von da zu Lande gegen die Rheinpfalz zu marschiren.

Apenrade, 4. Juni. Gestern legten sich, nachdem fast 6 Wochen hindurch kaum ein dänisches Kriegsfahrzeug in Sicht gewesen, plötzlich drei kleine dänische Kriegsfahrzeuge bei der Mündung des hiesigen Meerbusens vor Anker. Die Veranlassung hierzu ward klar, als am heutigen Morgen das englische Kriegsdampfschiff „Hecate" im Meerbusen erschien, und, als es die dänische Blokade „very firm" fand, nach kurzem Aufenthalt weiter nordwärts ging.

Kiel, 4. Juni. Während gegenwärtig von der Elbe bis zur Königsau und wohl noch über diese hinaus Gerüchte von einem neuen mißliebigen Waffenstillstand (auf 10 Monate) erzählt werden, erfährt man aus wohlunterrichteter Quelle, daß Preußen nur auf Grundlage des Manifestes der Statthalterschaft unterhandeln will, mindestens die Betheiligung der letzteren bei den Friedensunterhandlungen als conditio sine qua non gestellt hat. Eine solche Betheiligung mag die dänische Regierung fürchten, sie wird ihre Bewilligung aber schwerlich vermeiden können. (Börsh.)

Dänemark.

Kopenhagen, 4. Juni, Morgens. Nach officiellen Berichten aus Fridericia vom 1. war dort bis dahin nichts von Bedeutung vorgefallen. Ueber die Besetzung und spätere Räumung von Aarhuus publicirten sowohl das Marineministerium als das Kriegsministerium Berichte bis zum 31. Mai Abends, nach welchen der Feind um 8½ Uhr Morgens in bedeutender Anzahl vom Marselieborg-Walde aus den linken Flügel unserer Avantgarde unter Obristlieutenant v. Müller zu umgehen suchte, was jedoch durch das Feuer von Dampfschiffen „Hertha" und 2 Kanonenschaluppen verhindert wurde. Die Avantgarde zog sich durch Aarhuus nach dem Riiswalde zurück, wo sie noch Nachmittags 1½ Uhr stand, und erhielt dort Verstärkung. Darauf wurde der Feind wieder aus Aarhuus hinausgedrängt und die Stadt durch unsere Truppen besetzt. Unser Verlust beträgt angeblich an Todten 9 und an Verwundeten 12. Wir haben 23 Gefangene gemacht, unter denen 4 verwundete sind; unter den letztern befindet sich auch der Prinz v. Salm-Salm, Secondelieutenant im 11. preuß. Husarenregiment. Außerdem wurden 15 Pferde und einiges Sattelzeug erbeutet. „Aarhuus Avis" vom 1. Juni fügt hinzu, daß der Feind an jenem Tage noch seine Stellung nicht vor der Stadt behauptete.

„Flyveposten" zufolge soll die dritte Lesung des Grundgesetzes heute (4.) stattfinden, und morgen im Reichstage das Grundgesetz durch den König in Person sanctionirt werden, wonach es bestimmt wird, ob die Versammlung aufgelöst oder vertagt wird.

Italien.

Rom, 28. Mai. Das Corps unter General Wimpffen liegt, 12,000 Mann stark, vor Ancona. Das Hauptquartier befindet sich in Collamene, einer Villa des Grafen Camerata. Die Besatzung der Stadt beträgt 3000 Mann. Ihre Artillerie ist zwar sehr zahlreich, aber aus Mangel an Mannschaft und Uebung bei der Mannschaft schlecht bedient. Die Festungswerke sind zum Theil gänzlich verfallen. Auch kann die Stadt wegen gänzlichen Mangel Mühlen leicht ausgehungert werden. Eben erhalte ich Nachrichten aus Ancona vom 25. Die Stadt wurde in enger cernirt, die Höget Pietra la Croce, di Trave delle Grazie, 2 bis 3 Miglien von der Stadt, sind von Oesterreichern besetzt. Von der Festung kanonirt man allen Erfolg auf den Feind; der Bolognese Zambeccari fehlgt in Ancona. General Wimpffen hat die Landgen den einer Contribution unterworfen. (A. Z.)

Rom, 28. Mai. Garibaldi mit seinem Corps ins Neapolitanische eingerückt und hat Arci bei auf der andern Seite ist General Rossetti den Oesterreichern entgegengegangen.

Aus Civitavecchia vom 29. Mai wird dem Mariner Semaphore gemeldet, daß die Spanier, 3000 M stark, in Terracina, dem südlichsten Hafen des Kirchenstaats, gelandet waren.

Frankreich.

Straßburg, 3. Juni. Vorigen Donnerstag hat der Staatsrath die endgiltige und unwiderrufliche Entscheidung in dem Apfel'schen Processe erlassen. Die Verwandten des Erblassers erhalten den vierten Theil der Hinterlassenschaft, und unsere Stadt oder vielmehr unser Theater drei Viertheile. Das Vermögen, welches also unser Theater durch diese Stiftung erlangt hat, beläuft sich auf 1,100,000 Fr. Keine Bühne in Frankreich wird in der Folge das Theater können, was die unsrige. — Nachschrift. Wir vernehmen soeben, daß sich in Chalons beträchtliche Truppenmassen vereinigen, um hieher und in die Umgegend zu marschiren. Sie sind für die Rheinarmee bestimmt. (M. Z.)

Belgien.

* **Brüssel**, 6. Mai. Die Großherzogin von Baden ist Montag Abend hier angekommen und im Hotel de la Grande Bretagne abgestiegen. Am Bahnhofe wurde sie von dem Gesandten des Reichsverwesers, Hrn. v. Drachenfels, empfangen.

Großbritannien.

* **London**, 5. Mai. Der Hof ist nach Windsor abgegangen, wo er bis nach dem Rennen von Ascot bleiben wird. Die Königin, Prinz Albert und die jungen Prinzen werden sich Ende Juli nach Schottland begeben.

Die Lords der Schatzkammer haben so eben eine bedeutende Ermäßigung des Pontarifs zwischen Frankreich und England angeordnet. Diese Ermäßigung wird am Nächsten in Kraft treten.

Aus Indien auf außerordentlichem Wege hier ganzige Nachrichten melden, daß im Pendschab die größte Ruhe herrscht. Der Generalgouverneur beschäftigt sich thätig mit der Bildung einer Verwaltung für die neu Eroberung. Ein aus einem Präsident und sieben Mitgliedern bestehender Verwaltungsrath wird an die Spitze der Regierung gestellt werden. Zum Commissär wurde Oberstlieutenant Lawrence mit einem Gehalt von 5000 Pfund Sterling ernannt. Die Handelsnachrichten aus Indien lauten befriedigend.

Einem Briefe aus **Dublin** in der „Times" zufolge zeigen sich in Irland bereits wiederum Spuren der Kartoffelkrankheit. Sie hat indeß bis jetzt noch keinen bedenklichen Charakter angenommen. Der Getreidestand ist überall erfreulich.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde der Gesetzentwurf über Erleichterung des Verkaufs verschuldeter Güter in Irland in dritter Lesung mit 117 gegen 12 Stimmen angenommen.

Amerika.

* Nachrichten aus den **Vereinigten Staaten** sind bis 16. Mai. Der berühmte Schauspieler Macready, der künstlerisches Wirken in Newyork die Rivalität der beliebten Schauspieler in einem solchen Grade hervorrief, daß eine Emeute dadurch provocirt wurde, ist wieder nach Europa zurückgekehrt.

Die amerikanische Regierung hat, auf die Neutralität des Bundes sich berufend, die Erlaubniß zum Ankaufe von der deutschen Marine angekauften Dampfer „United States" verweigert. Das Verbot soll aufgehoben werden, sobald die preußische Regierung sich verpflichtet, dieses Schiff nicht gegen Dänemark zu verwenden.

In **San Francisco** in Californien ist eine Versammlung zusammenberufen worden, welche die nöthigen Maßregeln zur Aufrechthaltung der Ordnung und zum Schutz des Landes anordnen soll.

In **Canada** ist die Ruhe vollständig wieder hergestellt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Mahler.

Cours der Staats-Papiere. 8 Juni 1849 (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat.	5	74⅛	73⅞	Warschau	Obligationen d. Kamm.	5	74½	73½
"	dito dito	4	58½	—	"	Neue Württemberg.	4½	91½	91
"	dito dito	3½	3½	3½	Russen	Obligat. d. Rothsch.	5	80½	80
"	Bank-Actien à D.		1060		"	à 25 Loose		20½	20½
"	Lotterieloose à fl. 250		75½	75	Frankfurt	Obligationen	3	72½	72
"	à 500 " dito		121½	121	"	dito v. 1828	4½	93½	93
"	Lothringen, Obligat.	4½	—	94⅝	"	dito v. 1846	4½	101½	101
"	dito dito	3	61	—	"	Taunusbahnactien		124	123
Preussen		4½	101½	101	Holland	Integrale	2½	57½	57
"	Staatsschuldsch.		—	101½	"	Holländische	4	—	99½
Bayern	Obligationen	4½	97½	97	"	Spanische	5½	—	7½
Darmstadt	à 50 Loose		50½	50½	Spanien	Activa à incl. 18 Cp	3	—	—
"	à 35 dito		35½	35	"	Interim Sch. neue Ord	3	24½	24½
"	Hildesheimer	3½	77½	77	Portugal	Portugies. Anl. à 3	3	—	—
"	dito	3	53	53½	Polen	à 500 Fl. Loose Lit.		9½	9
Sachsen	Obligationen v. 1845	4½	101½	101	"	Obligationen à 500	4	72½	72
"	à 100 Loose v. 1. 10		46½	46½	Russland	in S. à 5 R. Gr. ausl.	5	—	81½
"	à 2 Thaler		25½	25½	"	dito dito Anl. C	5	—	81

		kr.				kr.			
Ducaten	9	53	Louis d'or à Marcs	3	2	—	Kaiserl. Loose	260½	259½
Kr. Friedrichsd'or	9	53	Laubthaler, Kassen	—		—	Bankactien Loose	55	—
Holl. 10 fl. Stücke	9	7	Preuss. Thaler	—		—	Lit. A. Loose	—	—
Rand Ducaten	5	40	5 Frankenstücke	—		—	Cöln-Minden	77½	77
20 Francsstücke	9	01	Spanische Thaler	2	50	—	Ludwigsh.-Bexbach	64	63½
Engl. Souvereigns	11	5	Gemeine Silbers	2	20	—	Friedr.-Wilh.-Nordbahn	34½	34

Nachbörse: Oesterr. Metall. 74½ Pap. — Bank-Actien 1060 Pap. — Lotterieloose 75½ Pap. — Polnische Actien (pr. St.) — Ludwigsh. — Pr.-W.-Nordb. —

Druck von Anton Pichler.

Wechsel-Course.

Datum	Sicht	Geld
Amsterdam (à 2 M.)		
(150 fl. 2 M.)		
Augsburg (2 M.)		
(150 fl. 2 M.)		
Berlin (8 T.)		
(50 Thlr.)		
Bremen (50 Rthlr.)		
Breslau (2 M.)		
Hamburg (2 M.)		
(100 Mk. 2 M.)		
Leipzig (8 T.)		
(100 Thlr. 2 M.)		
Lyon (2 M.)		
(300 Fr.)		
Mailand (2 M.)		
(300 Lire)		
Paris (2 M.)		
(300 Fr.)		
Wien (150 fl. 2 M.)		
(im 24 Guld.)		

Amtliche Actien u. Loose

	Brief	Geld
Kaiserl. Loose	260½	259½
Bankactien Loose	55	—
Lit. A. Loose	—	—
Cöln-Minden	77½	77
Ludwigsh.-Bexbach	64	63½
Friedr.-Wilh.-Nordbahn	34½	34

Amtliche Actien u. Loose

	Brief	Geld
Kaiserl. Loose	260½	259½
Bankactien Loose	55	—
Lit. A. Loose	—	—
Cöln-Minden	77½	77
Ludwigsh.-Bexbach	64	63½
Friedr.-Wilh.-Nordbahn	34½	34

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Extra-Beilage zu Nro. 135.) 8. Juni 1849

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 8. Juni. Nachstehende Actenstücke gehen uns zur Veröffentlichung zu:

Sr. Durchlaucht dem Herrn Ministerpräsidenten Fürsten von Sayn-Wittgenstein-Berleburg.

Die letzten Ereignisse müssen die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten veranlassen, über verschiedene Fragen von der höchsten Bedeutung eine offene Verständigung mit dem Ministerium der Centralgewalt herbeigeführt zu sehen. Sie hatten gehofft, bei zwei mit dem Ministerium bevorstehenden Conferenzen Gelegenheit zu den deßhalb nöthigen Erörterungen zu finden. Diese Hoffnung ist indeß durch das Absagen der anberaumten Conferenzen fehlgeschlagen, und so bleibt es ihnen nur übrig, ihren Wunsch einer mündlichen Besprechung schriftlich vorzutragen und zugleich die Gegenstände dieser Besprechung anzudeuten.

Es ist bekannt, daß die Centralgewalt durch die Entfernung der Nationalversammlung von Frankfurt des in dieser Versammlung liegenden moralischen Gewichts beraubt ist, und daß ihr von den größeren deutschen Staaten die wünschenswerthe Unterstützung nicht zu Theil wird. Jetzt haben außerdem Preußen, Sachsen und Hannover ein besonderes Bündniß geschlossen, dessen gemeinsame Angelegenheiten von Preußen geleitet werden sollen, und es ist endlich bekannt, daß Verhandlungen verschiedener Art über Veränderungen in der Centralgewalt stattgefunden haben. Es muß sich bei der bedrohten Lage Deutschlands somit die Frage aufwerfen, ob die Centralgewalt unter diesen Umständen die Mittel zu einer genügenden Wahrnehmung ihrer Functionen besitze, und die unterzeichneten Bevollmächtigten müssen diese Frage mit einer um so ernsteren Aufmerksamkeit ins Auge fassen, als ihnen über alle im Augenblicke schwebenden, so unendlich wichtigen gemeinsamen Angelegenheiten nicht die mindeste officielle Kunde gegeben und die nach dem Gesetze vom 28. Juni v. J. nöthige Verständigung mit ihnen unterlassen ist.

Die einzelnen Regierungen sind, wie keines weiteren Nachweises bedarf, nicht nur befugt, sondern auch verpflichtet, sich bestimmte Aufklärung über die gegenwärtige Lage der Centralgewalt zu verschaffen. Sie müssen wünschen zu erfahren, wie sich dieselbe dem besonderen Bündnisse von Preußen, Sachsen und Hannover gegenüber zu verhalten denkt, was sie den im Innern und von Außen drohenden Gefahren gegenüber zu thun gesonnen und im Stande ist, ob und welche Mittel sie überhaupt zur erfolgreichen Wahrnehmung ihrer Functionen besitzt, und wie sie endlich ihre Stellung zu der Nationalversammlung nach dem Beschlusse über die Verlegung derselben nach Stuttgart ansieht.

Die Unterzeichneten richten daher an den Herrn Ministerpräsidenten die eben so dringende als gehorsamste Bitte, ihnen in einer mit dem Reichsminister so schleunig als irgend möglich zu veranstaltenden Conferenz über die angedeuteten Punkte offenen Aufschluß zu geben.

Frankfurt, den 3. Juni 1849.

(gez.) Sternenfels. (gez.) Kreziger
" Duch. " Frhr. v. Holzhausen.
" Jordan. " Kohlschütter, für beide Schwarzburg.
" Eigenbrodt. " Bierthaler, für Dessau und Cöthen.
" Liebe. " Francke. " Kirsten. " Elder.
" Moele, für Weimar und Oldenburg. " Smidt, für Bremen.
" Kirchenpauer.

Der Präsident des Reichsministerrathes an die Herren Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt, Freiherrn von Sternenfels, Duch, Jordan, Eigenbrodt, Liebe, Francke, Kirsten, Moele, Kreziger, Freiherrn v. Holzhausen, Kohlschütter, Bierthaler, Elder, Smidt und Kirchenpauer.

Zu Handen des Herrn Frhrn. v. Sternenfels hier

Von den Herren Bevollmächtigten derjenigen deutschen Staaten, welche die von der Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung anerkannt haben, ist in ihrer an den Unterzeichneten gerichteten Note vom 3. d. M. der Wunsch ausgesprochen, daß das Reichsministerium die in dieser Note bezeichneten Fragen einer gemeinschaftlichen Besprechung mit ihnen unterziehe.

Je angenehmer dieser Wunsch dem Reichsministerium gewesen ist, um so lebhafter bedauert es, daß es ihnen eine Bedeutung zu finden weiche ihm rücksichtlich seiner Fragen eine Säumniß in der Herbeiführung der durch das Reichsgesetz vom 28. Juni v. J. geboteten Verständigung mit den Regierungen der deutschen Staaten zur Last zu legen scheint. Der Unterzeichnete erlaubt sich daher zunächst die ergebenste Bemerkung, daß das Reichsministerium jede bestimmte Maßregel, welche nach der Absicht jenes Gesetzes der gemeinschaftlichen Berathung mit den deutschen Regierungen bedarf, dieser in dem Augenblicke, wo sie dazu genügend vorbereitet ist, unmangelhaft unterziehen wird, da dasselbe von der lebhaften Ueberzeugung durchdrungen ist, daß nur ein bereitwilliges Zusammenwirken der Einzelregierungen mit der Centralgewalt das Wohl des Ganzen zu sichern und zu fördern vermag. In dieser Ueberzeugung wird auch das Reichsministerium in allen anderen Fällen dem Wunsche nach einer Mittheilung seiner Ansichten mit dem größten Vergnügen entsprechen und der Unterzeichnete beeilt sich, dies zu bestätigen, indem er sofort über die in der gefälligen Note vom 3. d. M. bezeichneten Fragen sich äußert.

Die erste derselben betrifft das Verhalten, welches die Centralgewalt den neuesten Schritten der Kronen Preußen, Sachsen und Hannover gegenüber zu beobachten gedenkt. Ihre Beantwortung dürfte sich aus den bestehenden staatsrechtlichen Normen ohne wesentliche Schwierigkeit ergeben. Die drei genannten Regierungen haben eines Theils, veranlaßt durch die gegenwärtigen Zeitverhältnisse, ein vorläufiges Schutzbündniß geschlossen, andern Theils den übrigen deutschen Regierungen den Entwurf einer Reichsverfassung mit der Absicht vorgelegt, darüber eine Einigung zu Stande zu bringen. Die Befugniß zu jenem Bündnisse ist aus dem Artikel 11 der Bundesacte abgeleitet und kann von der provisorischen Centralgewalt, welche an Stelle des Bundestags getreten ist, eben so wenig angefochten werden, als von dem letztern, da erst mit ihrem Aufhören das neue deutsche Staatsrecht in Wirksamkeit tritt und bis dahin nothwendig das bisherige gelten muß, wenn nicht inzwischen jedes rechtliche Band zwischen den deutschen Staaten wegfallen soll. Was aber die erwähnten Vorschläge in Beziehung auf die künftige Reichsverfassung betrifft, so bedarf es rücksichtlich derselben wohl nur der Bemerkung, daß die Centralgewalt nach dem Gesetze vom 8. Juni vorigen Jahres der Errichtung dieser Verfassung völlig fremd ist und daher auch durch jene Vorschläge nur insofern berührt wird, als sie zu einem Definitivum und damit zum Aufhören ihrer Functionen führen. Ob aber dieses der Fall sein wird, hängt von dem Verhalten ab, welches die übrigen deutschen Staaten auf die Anträge der drei genannten Königreiche beobachten, weßhalb der Unterzeichnete sich die ergebenste Bitte erlauben muß, daß die Herren Unterzeichner der Note vom 3. d. M. ihn von den Absichten, welche ihre Regierungen in der fraglichen Beziehung hegen, nach vorgängiger Anfrage bei denselben geneigtest in Kenntniß setzen wollen.

Eine zweite Frage richtet die eben erwähnte Note auf das Verfahren, wozu die Centralgewalt durch die Verlegung der Nationalversammlung nach Stuttgart sich veranlaßt sehen wird. Hierauf kann der Unterzeichnete die sofortige Erklärung ertheilen, daß das Reichsministerium die Befugniß der Nationalversammlung zu der fraglichen Maßregel nicht anerkennen kann, da in den Bundesbeschlüssen vom 30. März und 7. April v. J. Frankfurt ausdrücklich als der Sitz der Nationalversammlung bezeichnet ist und eben deßhalb, weil aus diesen Beschlüssen die legalen Befugnisse derselben entspringen, diese nicht über ihre Quelle hinausgehen und dahin führen können, sie selbst zu alteriren.

Indem der Unterzeichnete kein Bedenken trägt, diese Erklärung abzugeben, verbindet er damit den Wunsch, über die Ansichten der hohen Regierungen Euer Hochwohlgeboren auch über diese Frage in Kenntniß gesetzt zu werden, und zwar um so mehr, als bis jetzt nur die andern, die Verfassung vom 28. März nicht anerkennenden Regierungen sich über ihre Stellung zur Nationalversammlung ausgesprochen haben.

Wenn endlich aber noch eine Auskunft darüber gewünscht wird, ob die Centralgewalt gesonnen und im Stande sei, die ihr übertragenen Functionen auszuüben, so glaubt das Reichsministerium, daß die Centralgewalt zu keiner Zeit eine Veranlassung gegeben habe, den festen Willen zu Erfüllung ihrer Pflichten in Zweifel zu ziehen. Auch die Mittel dazu hat sie bisher stets gefunden, und es liegt bis jetzt kein Grund zu der Annahme vor, daß dies künftig nicht mehr der Fall sein werde. Diejenigen Staaten nämlich, welche die von der Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung anerkannt haben, werden, ohne sich mit ihrem ganzen bisherigen Verhalten in Widerspruch zu setzen, jene Mittel nicht versagen können und von den übrigen Staaten haben Oesterreich und Bayern neuerdings bedeutende militärische Streitkräfte zugesichert, Preußen aber, welches vollständig gerüstet dasteht, hat noch nie seinen Bundespflichten sich entzogen, und als ungerecht würde daher auch der Verdacht erscheinen müssen, daß seine Regierung ihre Unterstützung der Stelle versagen könnte, auf welche unabhängig von dem Gesetze vom 28. Juni v. J. die Befugnisse des Bundestages von Preußen selbst wie von allen übrigen deutschen Staaten übertragen sind.

Frankfurt a. M., den 5. Juni 1849.

(gez.) Wittgenstein.

P. S. Das Reichsministerium erlaubt sich hinsichtlich der Unterzeichnung der Note vom 3. d. M. folgende Anfrage: Zwischen dem Namen des Herrn v. Sternenfels als Bevollmächtigter der königl. württembergischen Regierung und dem des Herrn Jordan als kurfürstl. hess. Bevollmächtigter findet sich der Name Dusch. Sollte, wie das Reichsministerium vermuthet, dieser Name die großherzogl. badische Regierung repräsentiren, so muß der Unterzeichnete sich die Bemerkung erlauben, daß für diesen Herrn eine Vollmacht bei der provisorischen Centralgewalt bislang nicht eingegangen ist.

Der Obige.

** **Frankfurt**, 8. Juni. Als Nachtrag zu unserm heutigen Frühbericht über die vorgestrige Abendsitzung des Rumpfparlaments in Stuttgart, in welcher eine Reichsregentschaft für Deutschland beschlossen und gewählt wurde, melden wir weiter nach einem Extrablatt des „Schwäb. Merk.", daß aus der fünften und letzten Wahl der württembergische Abg. Becher mit 56 Stimmen als fünftes Mitglied der Regentschaft hervorging. Joseph erhielt 29, L. Simon 10. Hiernach sind Raveaux, Vogt, Schüler, H. Simon, Becher als Mitglieder der provisorischen Regentschaft von Deutschland eingesetzt. Der Präsident verkündigt die provisorische Regentschaft und fordert das deutsche Volk auf, ihren Anordnungen Folge zu leisten, dann erklärt er: Die Centralgewalt hat in Folge dieser Wahl von diesem Augenblicke an aufgehört, zu existiren.

** **Frankfurt**, 8. Juni. Heute sind preußische Quartiermacher hier eingetroffen. Von Wetzlar und von Gotha her werden morgen die ersten preußischen Truppen auf dem Durchmarsch nach der hessisch-badischen Grenze erwartet. Zunächst zwei Schwadronen Husaren und ein Landwehrbataillon.

† **Wien**, 4. Juni. Gerüchte, deren Wahrheit wir nicht verbürgen können, melden, daß der hier angekommene Gouverneur von Triest, Graf Gislay, der Ueberbringer der erfreulichen Nachricht sei, daß Graf Radetzky nur den Fall von Venedig abwarte, um dann mit den Schlüsseln desselben hieher zu kommen und das Obercommando der in Ungarn operirenden Armee zu übernehmen. (Siehe dagegen unten.) Ihm zur Seite würde als Chef des Generalstabs FML. Baron Heß stehen, der Banus das Armeecorps im Süden, Baron Haynau jenes im Norden befehligen; FML. Schönhals aber hätte die Bestimmung, die sämmtlichen Armeecorps in Italien zu leiten. FM. Radetzky als alter ego des Kaisers und zugleich als Feldmarschall aller russ. Truppen, würde durch sein unmittelbares Wirken auf dem ungarischen Kriegsschauplatze jedenfalls die gewünschte Einheit und Energie mächtig fördern. — Zum Commandirenden der für die Kriegsoperationen in Siebenbürgen bestimmten k. k. Armee ist FML. Graf Clam ernannt worden. — Dem Vernehmen nach soll FZM. Welden zum künftigen Civil- und Militärgouverneur Venedigs bestimmt sein.

Graf Merveld, welcher zur Beglückwünschung des neuen Königs der Niederlande nach dem Haag gesendet worden ist, wurde unterwegs vom Schlage getroffen und ist an den Folgen davon gestorben.

Mit dem in Schönbrunn stationirten Bataillone von E. H. Wilhelminfanterie exerciren die Brüder Sr. Maj. Der ältere Prinz versieht dabei die Stelle des Majors, der jüngere jene eines Unterlieutenants. — Außer der hier gewesenen Huldigungsdeputation von Treviso sind solche nun auch von Brescia und Bergamo hier eingetroffen.

Aus Mestre wird vom 30. v. M. gemeldet, daß alle Dispositionen zur Rückreise des Marschalls Grafen Radetzky über Vicenza, Verona nach Mailand getroffen sind. Die Belagerungsarbeiten vor der Eisenbahnstation gegen die Stadt Venedig wurden fortgesetzt, und Flüchtlinge sagen aus, die Stadt könne sich höchstens noch bis Sonntag halten.

Nach heutigen Berichten aus Mestre vom 31. hatte sich bei Venedig nichts verändert. Nachdem die Insurgenten auf den vom Marschall nach Venedig abgeschickten Parlamentär geschossen und dem Trompeter ein Brein zerschmettert hatten, so hat der Marschall Ordre ertheilt, die Operationen mit größtem Nachdrucke zu beschleunigen. (Wien. Z.)

Berlin, 5. Juni. General-Lieutenant v. Rauch, der sich nach Warschau begeben hatte, um den Kaiser zu begrüßen und, wie es heißt, wegen der Occupation Jütlands Erklärungen abzugeben, ist seit einigen Tagen wieder in Berlin. — Der Depesche an Herrn v. Kisseleff in Paris, welche die französische Republik anerkannte, folgte eine zweite auf dem Fuße, die anzeigte, daß, wenn der Kaiser in Ungarn intervenire, er seinen Erbfeind Polen dort besiegen müsse, um nicht von ihm angegriffen zu werden. — Die Frau Baronin v. Meyendorff begibt sich nach St. Petersburg, um, wie man sagt, von ihren Söhnen Abschied zu nehmen, die in der Interventionsarmee als Freiwillige dienen wollen. Herr v. Meyendorff wird den Sommer in einem deutschen Bade zubringen. (K. Z.)

Koblenz, 6. Juni. Die Truppensendungen nach dem Oberlande fangen an, ein sehr ernstes Aussehen zu gewinnen. Eine plötzlich ertheilte Marschordre schlägt die andere. So haben gestern mehrere Bataillone hiesiger Besatzung Befehl zum Abmarsche erhalten, welches man anfänglich nicht glauben wollte, wie die 2 Bataillone 26r in Eilmärschen, 28r, Pioniere, Artillerie. In Folge dessen sind dann heute Morgen auch allein vier Dampfboote vollgepfropft mit Truppen abgegangen, ohne die zu rechnen, welche in der Richtung nach Trier und der Mosel, so wie durch das Maifeld und die Eifel nach der französischen und bayerischen Grenze abmarschiren. Auch kam diesen Morgen eine 12pfündige Batterie der 7. Brigade von hier durch Andernach hier durch, der morgen 2 andere folgen sollen. Eine Compagnie Pioniere wird morgen aufbrechen, so wie mit Gewißheit erzählt wird, daß auch die 29r eintreffen sollen. Wie gesagt, eine ungeheure Bewegung gibt sich allenthalben kund. Der das Armeecorps bei Kreuznach commandirende General v. Hirschfeld befindet sich noch hier; derselbe wird erst, wenn die Truppen ihre Positionen eingenommen, nach der Armee abgehen. Es steht fest, daß wir kommende Woche auf ernstliche Vorgänge im Oberlande gefaßt sein können. Das 20. Regiment und das 24. Landwehrregiment werden ebenfalls morgen und übermorgen hier erwartet. (Rh. u. M.-Z.)

§ **Wetzlar**, 7. Juni. Abgehende Couriere und ankommende Stafetten haben sich gestern und in der letzten Nacht zwischen hier und Frankfurt fortwährend begegnet. Demnach scheint es, daß der Augenblick gekommen ist, wo die im Kreise Wetzlar lagernde Colonne des 4. Ar-

meercorps in der Stärke von 7000 Mann an die hessen-badensche Grenze wird vorgeschoben werden. Wirklich marschirt noch heute ein Theil derselben und morgen der andere Theil, mit Zurücklassung nur weniger Mannschaften, von hier nach Frankfurt ab, wo sie, wie man sagt, weitere Ordre erhalten sollen. Die von Erfurt aus nachrückenden Truppen werden allen Anzeichen nach von Gründberg direct nach Friedberg und von da nach Frankfurt marschiren.

Hannover, 5. Juni. Die heutige Feier des 78. Geburtstags unsers Königs trug wiederum vollständig das Gepräge der früheren Jahre, und wem die stark einlenkende Bewegung, die wir hier in den letzten Wochen deutlich genug wahrnehmen konnten, entgangen wäre, der würde bei einer ruhig und aufmerksamen Beobachtung sich leicht die Ueberzeugung haben verschaffen können, daß die Eindrücke der letzten 15 Monate hier mächtig im Schwinden begriffen sind. — Um 11 Uhr fand große Parade in der Herrenhäuser Allee statt. Ein Regiment Garde du Corps, ein Dragonerregiment, das Gardegrenadierregiment, ein Bataillon des Landregiments und einige Batterien Fußartillerie boten den zahlreichen Zuschauern einen imposanten Anblick dar. Im Gefolge des Königs, der in der Uniform des bekannten österreichischen Husarenregiments erschienen war, sah man den Herzog von Braunschweig und viele fremde Offiziere höherer Grade. (W. Z.)

§ **Altona**, 5. Juni. Die heutigen Nachrichten aus Norden lauten schon etwas zuversichtlicher, tröstlicher, als die der letzten Tage, indem es trotz aller Waffenstillstandsunterhandlungen auf dem Kriegsschauplatze in Jütland wieder sehr rührig wird und ein energisches Vorgehen sich vorzubereiten scheint. Die Beschießung Fridericias hat aufs Neue begonnen und alle Vorkehrungen sollen bereits getroffen sein, die endliche Uebergabe der Festung mit der dort eingeschlossenen Mannschaft zu erzwingen. Der Glaube an eine entschiedene, rasche und patriotische Kriegführung in Jütland und Schleswig ist zwar in letzterer Zeit in den Gemüthern etwas wankend geworden, indeß erwarten wir nunmehr, daß das Versäumte bald nachgeholt werden wird. Ueber das Gefecht jenseits Aarhuus haben wir zu unserem gestrigen Briefe noch nachträglich Folgendes zu ergänzen. Zwei Schwadronen preußischer Husaren waren zum Recognosciren ausgeritten, als sie sich plötzlich von feindlicher Uebermacht umringt sahen; sie wollten sich durchschlagen, es gelang dies nicht Allen und deßhalb blieben 4 oder 5 auf dem Platze, und einige Gefangene und Verwundete. Es rückte jedoch unmittelbar darauf Infanterie von unserer Seite nach, und so sind nicht nur unsere Gefangenen frei gemacht, sondern es sind noch obendrein 18 dänische Dragoner gefangen genommen worden, die sofort nach Rendsburg gebracht wurden. Ueber ein weiteres Vordringen von Seiten der Nordarmee hat noch nichts Zuverlässiges verlautet, und sind hierüber die mit nächster Feldpost einlaufenden Mittheilungen abzuwarten. Der Erbprinz von Sachsen-Weimar ist aus dem Hauptquartier hier eingetroffen und in seine Heimat gereist. An diese Abreise wird folgende, von wohlunterrichteter Seite verbürgte Thatsache geknüpft, welche allerdings nicht geeignet ist, unsere Ansichten über energische Fortführung des Krieges zu erhalten. Vor seiner Abreise soll der weimar'sche Erbprinz in Kolding das Offizierscorps seiner Truppen um sich versammelt und ihnen mugetheilt haben, daß der Frieden so gut wie abgeschlossen sei, und er deßhalb seine Reise nach der Heimath antreten würde. Daß der Höchstcommandirende, Generallieutenant v. Prittwitz, Befehl haben soll, nicht weiter vorzurücken, wurde ebenfalls bei der Verabschiedung des Erbprinzen erwähnt. Die nächste Zeit muß es lehren, wie viel Wahrheit diese allerdings bedenklichen Thatsachen enthalten.

Die Landesversammlung ist heute in Schleswig zusammengetreten; noch nie, selbst nicht nach dem Abschluß der Malmöer Convention, war die Versammlung in einer schwierigeren und verantwortlicheren Lage als jetzt. Dies betrifft nicht allein unsere zu den Friedensunterhandlungen eingenommene scharfe Stellung, sondern unsere einzunehmende Haltung gegenüber der polnischen Lage und der unglücklichen Verfassungskrise Deutschlands, da wir die Reichsverfassung anerkannt und amtlich publicirt haben. Wir hegen jedoch die Zuversicht, daß die einsichtsvollen Vertreter des schleswig-holsteinischen Volkes auch diesmal mit Besonnenheit und Festigkeit verfahren, daß sie, wie bisher, nicht übereilte Beschlüsse fassen, sondern nach ruhiger Erwägung den Weg einschlagen werden, welcher dem von der wahren Einheit des Gesammtvaterlandes unzertrennlichen Wohle unseres Landes der angemessene ist.

** Auch unser JW-Correspondent berichtet aus Jütland, 3. Juni, über das Gefecht jenseits Aarhuus. Indeß bestätigt der Brief nur das bereits Bekannte, nichts Neues hinzufügend. Schließlich schreibt er, daß die Nordarmee im Vorrücken begriffen und daß namentlich die Bayern auf dem linken Flügel bereits bis gegen Viborg gekommen sind.

Eckerbeck (vor Fridericia), 3. Juni. Das Bombardement von Fridericia hat heute um 10 Uhr Morgens wieder begonnen. Seit 10 Tagen war die Kanonade höchst lässig betrieben, es fielen höchstens 10 bis 12 Kanonenschüsse den ganzen Tag und in den drei letzten Tagen hat wenigstens factisch eine vollkommene Waffenruhe bestanden, indem kein einziger Schuß abgefeuert war. Gestern Abend aber plötzlich bekam unsere Compagnie den Befehl, Mannschaft zum nächtlichen Aufwerfen einer neuen Schanze zu stellen; dieselbe hat auch eine eigene sichere Schanze für den General Bonin gebaut, der selbst als Augenzeuge die Kanonade leiten will. Von heute Morgen um 10 Uhr ununterbrochen bis jetzt dauert nun der Donner von beiden Seiten fort, von unsern Batterien, von den feindlichen Wällen der Festung und von den dänischen Strandbatterien von Strib und von Middelfarth. Ueber den Erfolg der Kanonade können wir in diesem Augenblick noch nichts Bestimmtes schreiben. Man behauptet, daß Fridericia an mehreren Stellen brenne.

Darmstadt, 8. Juni. Auch vom gestrigen Tage sind aus dem Heerlager an der badischen Grenze keine neuern Vorgänge zu melden. Jenseits der Grenze zogen sich stärkere badische Colonnen in der Nähe von Bruchsal, von Hilsbohrn und im Neckarthal zusammen. — Der gestern und vorgestern unterbrochene Verkehr auf der Main-Neckar-Eisenbahn zwischen Heppenheim und Frankfurt ist seit heute Morgen wieder im regulären Gange. (Darmst. Ztg.)

Eutebaden, 7. Juni. Gestern Abend ist Se. Hoh. der Herzog in Biebrich eingetroffen.

Heute früh wurden die Passagiere des 8½ Uhr-Zuges auf der Taunus-Eisenbahn zwischen hier und Capel plötzlich von einer ganz außergewöhnlichen Hitze erschreckt, deren Ursache darin bestand, daß an der Maschine etwas zersprungen war, in Folge dessen sich eine ungeheure Feuersäule unter den Wagen verwälzte. Durch die Besonnenheit des Maschinenführers, der sofort die Maschine abhängte, gelang es, daß das Feuer gelöscht und dadurch der ganze Zug von einer gräßlichen Feuersbrunst gerettet und eine große Menge Menschen dem Tode aus den Armen gerissen wurde. (N. A. Z.)

T **Aus Thüringen**, 1. Juni. Es ist Nichts, als die pure Erdichtung, wenn einigen deutschen Blättern berichtet wird, die durchgezogenen preußischen Truppen hätten in Eisenach Widerstand begründet und es daher vorgezogen, sich in den Dörfern einquartieren zu lassen. Niemand hat weder in Gotha noch in Eisenach an einen solchen unsinnigen Widerstand gedacht, vielmehr war in der letzten Stadt mehrere Tage lang sehr starke preußische Einquartierung und ist auch nicht die geringste Reibung zwischen dieser und den Bürgern vorgefallen. Ueberhaupt ist die Stimmung in ganz Thüringen eine ungemein ruhige, und wenn jeder es auch auf das Tiefste beklagt, daß die vom Parlamente beschlossene Verfassung bei den größeren Regierungen einen unüberwindlichen Widerstand gefunden, so fehlt doch alle und jede Leidenschaft, alle und jede Aufregung, die einer gröblichen Volkserhebung vorausgehen muß; ja die Sehnsucht nach Ruhe und Befestigung der Zustände ist jetzt so unter allen Volksklassen vorherrschend, daß man selbst eine octroyirte preußisch deutsche Verfassung hinnehmen wird, wenn darin nur die wesentlichen Volksfreiheiten gewahrt und gewährt werden. — Die „Weimarische Zeitung", das halboffizielle Organ der Regierung, hat wieder einen Reactionswechsel erfahren. Doch wenn man daraus, wie bereits in einigen Blättern geschehen, schon Reactionsschlüsse macht, so geht man offenbar zu weit. Die nächste Ursache ist vielmehr in nichts anderem, als in der bisherigen ganz geist- und tactlosen Redaction dieser Zeitung zu suchen; auch ist der erste leitende Artikel, welchen die neue Redaction bringt, keineswegs von reactionärer Färbung. Minister v. Wydenbrugk soll übrigens den festen Entschluß geäußert haben, aus dem Ministerium zu treten, wenn die octroyirte preußisch-deutsche Verfassung angenommen würde. — Die Amnestirung der politischen Verbrecher, für welche sich der Landtag bejahend ausgesprochen, wird doch nochmals in demselben vorkommen. Im Volke sind aber alle Besonnenen dafür, daß ein Unterschied in den Verbrechen gemacht werde, da man diejenigen, welche auch nach der Amnestie im Frühjahre 1848 und der Gewährung der Volksfreiheiten sich Pöbelexcesse, Landfriedensbruch und Mißhandlung von Beamten haben zu Schulden kommen lassen, nicht unter die „für die Freiheit des Volkes im Kerker schmachtenden Brüder" zu zählen vermag.

Aus Thüringen, 1. Juni. Am dritten Pfingstfeiertag ist in der Augustinerkirche zu Gotha eine Versammlung von Geistlichen und Laien gehalten worden, in welcher die Kirchenfragen der Gegenwart besprochen, aber in keiner Weise erledigt worden sind. Einige Redner sollen darauf gedrungen haben, den Besuch der Kirchen und die Feier des Abendmahls durch Excommunication und Geldstrafen zu fördern. So berühren sich überall die Extreme, und es scheint beinahe, als ob die freisinnige Richtung, welche der verewigte Bretschneider unserer Landeskirche eingehaucht, mit ihm zu Grabe gehen sollte. — Das großherzogl. Staatsministerium zu Weimar hat bei den übrigen thüringischen Staatsregierungen darauf angetragen, daß die Gesegenwärtze zur Ausführung der Grundrechte des deutschen Volks, nach Vollendung ihrer Redaction, nicht den verschiedenen Landtagen der einzelnen thüringischen Staaten, aus deren Berathungen sie voraussichtlich in verschiedenartiger Fassung wieder hervorgehen würden, sondern einem von und aus den verschiedenen thüringischen Landtagen zu wählenden Gesammtausschusse vorgelegt werden möchten.

Cuxhaven, 5. Juni. Unsere Umgebung hat heute ein festliches Ansehen, denn der deutschen Dampfflotille zu Ehren flaggt hier Jeder, der nur im Besitz irgend einer Flagge ist. Man hat hier gegen Mittag eine Zeit lang wieder ganz deutlich starken Kanonendonner seewärts wahrgenommen.

Schweiz.

Basel, 3. Juni. Die drei Fäßchen Geld, von denen wir gemeldet, daß sie für Rechnung eines Frankfurter Handlungshauses von Karlsruhe an ein hiesiges Handlungshaus spedirt werden sollten, allein auf der badischen Eisenbahn auf Anordnung des Landesausschusses mit Beschlag belegt wurden, sind am 2. d. Abends an das betreffende Haus gelangt. Die Beschlagnahme wurde einem Mißverständniß zugeschrieben. Dagegen vernehmen wir, daß zwei Koffer Privateigenthum, die von Heidelberg hieher adressirt waren, zwar angelangt sind, aber erbrochen und einer bedeutenden Summe Geldes, sowie anderer Sachen von Werth beraubt. Ob diese Entwendung ebenfalls auf einem Mißverständniß beruhe, darüber werden uns die badischen Behörden wohl bald belehren können. (Basl. Z.)

Nachschrift.

** **Paris**, 6. Juni. Die Botschaft des Präsidenten der französischen Republik wurde der Nationalversammlung auch heute noch nicht mitgetheilt. Gegen Ende der Sitzung kündigte der Präsident der Versammlung an, daß er die Botschaft so eben empfangen habe, diese aber ihrer Ausdehnung und der bereits vorgerückten Zeit wegen nicht mehr in der Sitzung verlesen werden könnte, sondern dem „Moniteur" zum Druck übereignet werden würde. Bis 7 Uhr Abends hatte die Druckerei des officiellen Blattes noch nichts empfangen, und dies gab zu der Annahme Veranlassung, daß zwischen dem Präsidenten der Republik und den Ministern betreffs jenes Documents abermals Meinungsverschiedenheiten entstanden waren. Die Sitzung der Nationalversammlung war ziemlich ruhig. Die Wahlen der Sonne, die gestern zu so lebhaften Debatten Veranlassung gegeben hatten, wurden mit der gewohnten Majorität genehmigt.

Ein Courier, der gestern hier angekommen ist, hat die Nachricht gebracht, daß die Feindseligkeiten gegen Rom am 2. wieder begonnen haben.

Da Lanjuinais, der neue Handels- und Ackerbauminister, noch nicht in Paris eingetroffen, so ist dieses Portefeuille interimistisch dem Minister des Innern, Dufaure, übertragen worden.

Proudhon ist gestern Abend 8 Uhr in dem Augenblick, wo er auf der Nordbahn in Paris eintraf, verhaftet worden.

Karl Marx, vormal. Redacteur der „Neuen Rheinischen Zeitung", befindet sich seit zwei Tagen in Paris.

Die „lithographirte Correspondenz" berichtet wiederholt, daß die Gesandtschaft der „deutschen Rheinrepublik" bis heute weder beim Präsidenten Bonaparte, noch beim Minister des Auswärtigen eine Audienz erlangen konnte.

Lesseps ist diesen Vormittag, von zwei Aerzten bewacht, hier angekommen und im Elysee empfangen worden.

Die Sterblichkeit ist hier seit fünf Tagen so groß, daß man die Leichen in Möbelwagen auf die Kirchhöfe schafft. Gestern allein sollen 1600 Personen gestorben sein.

* **Toulon**, 3. Juni. Hier dauern die Einschiffungen von Mannschaften und Material fort. Nach dem „Christophe Colomb" und „Marsouin" sind der „Orenoque" und „Narval" mit neuen Verstärkungen nach Civitavecchia abgegangen. In der Nacht vom 30. Mai ging außerdem der Dampfer „la Vedette" mit einer dringenden Depesche an Oudinot ab. Heute trifft das 32. Regiment von Marseille hier ein, um sofort auf dem „Asmede" eingeschifft zu werden.

* **Madrid**, 1. Juni. Die Königin wird in Folge der tropischen Hitze Aranjuez bald verlassen und hierher zurückkehren. Die römische Expedition hält auch hier alle Gemüther in Spannung. Pidal soll gegen Lesseps Specialunterhandlungen protestirt haben.

* **Lissabon**, Ende Mai. Graf Thomar ist von der Königin mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden.

* Aus **Rom** nichts Neues durch die gewöhnliche Post. In **Florenz** stellte am 29. Mai der französische Gesandte Walewski das diplomatische Corps dem österreichischen Erzherzog Albert vor.

Börsenberichte.

Wien, 4. Juni. 5pCt. Metall 89½. — 4pCt. 71½. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1130. — 500 fl. Loose 169. — 250 fl. Loose 90½. — Nordbahnactien 97½. — Glogauer 93. — Mailänder 71.

Fonds und Eisenbahnen fest, Devisen heute sauer, Frankfurt 126 Bc., London 3 Monat 12 fl. 40 Bf., Amsterdam 174 Bf., Paris 2 Monat 150 Bf.

Berlin, 6. Juni. Staatsschuldscheine 78½ u. ½ bez. Seehandlungs-Prämienscheine 100½ G., Bankactien 97½ G., Pots. 88 bez., Berlin-Hamburg 58½, zu machen, Köln-Minden 76 u. 76½ bez., Friedrich-Wilh.-Nordbahn 33½ u. ½ bez., Mein. 47 bez., Lüttich. 49 Br., Kass. bei Stieglitz 83½, zu machen, 5. 83 Br., Pots. 500 fl. Loose 71½ bez.

Geschäfte wurden fast gar nicht gemacht, die Course der Fonds und Actien erhielten sich jedoch im Ganzen fest, und einige wurden ein wenig höher bezahlt.

Paris, 6. Juni. Stand der Rente: 5pCt. 81. 60. — 3pCt. 52. 50. — Innere Schuld 21½ G. — Bankactien 2190. — St. Germain-Eisenbahn 370. — Versailles, rechtes Ufer 177. 50. — linkes Ufer 155. — Paris-Orleans 760. — Paris-Rouen 500. Orleans-Bordeaux 400. — Orleans-Bierzon 272. 50. — Rouen Havre 245. — Marseille-Avignon 195. — Straßburg-Basel 98. 75. — Nordbahn 407. 50. Paris-Straßburg 356. 25. — Römische Anleihen 67½.

Die Course gingen heute abermals etwas zurück. Der Umsatz war nicht bedeutend. Die Furcht vor der Cholera hatte die Spekulanten von der Börse fern gehalten.

Amsterdam, 6. Juni. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 49⅛. 48⅞. — 3pCt. Schuld 57½. — 4pCt. 75⅛. — 5pCt. Anl. 11½. — 3pCt. Anl. à 5000 fl 23½. — 4pCt. Port. 28. — 2½pCt. do. 38⅝.

Unsere ind. Fonds waren heute im Allgemeinen etwas minder fest. In Span. war das Geschäft sehr animirt. Jul. 3pCt. waren gut preishaltend, Arb. mehr angeboten, Oesterr. und Franz. etwas sauer. Peru sind bei lebendigem Umsatz circa 1pCt. seit gestern gewichen.

London, 5. Juni. 3pCt. Cons. 92½. — 5pCt. Span. 16½. — Neue 3pCt. 33½. — 4pCt. Port. 27½. — 2½pCt. Holländ. 60.

Madrid, 1. Juni. 3pCt. 24¼ B., a. d. B. 24½. G. — 5pCt. 10 G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Marx.

Für die an der hessisch-badischen Grenze verwundeten großherzogl. hessischen Krieger sind bei uns eingegangen: von dem Obergerichts-Secretär, rc. Herrn L. Weichand 2 fl.; von H. 1 fl.; J. Epstein 2 fl. 42 kr.; J. P. 3 fl. 30 kr.; B. 2 fl., was wir hiedurch unter Beifügung der Anzeige, zur Annahme weiterer Gaben uns bereit erklärt.

Frankfurt a. M., 7. Juni 1849.

Red. der O.-P.-A.-Zeitung.

Druck von August Osterrieth.

№ 136. — Samstag — den 9. Juni — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bestellorten von Frankfurt f. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und den Kanton Schaffhausen f. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen f. 2. 39 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets f. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslands nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: C. L. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth No. 22. — Für England und überseeische Länder: Lopsel & Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/9 Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung werden auch in allen Redaktionen dieser Zeitung angenommen. Für Frankreich und überseeische Länder ist einzig befugt: C. L. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth, Nr. 22; für England und überseeische Länder: Lopsel & Comp., Nr. 34 Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmied in Berlin, Breitestraße Nr. 500; 2) das Comptoir der Leipziger Zeitungs-Expedition von L. Hesse & Comp. in Berlin, Mauerstraße Nr. 7 a.; 3) Lehmann'sche Buchhandlung in Hamburg; 4) Expedition des Journals des Chemins de fer in Leipzig; 5) Oberpostsekretär Dr. Kay in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Von der preußischen Division in Jütland, unweit Aarhuus, 2. Juni. Am Donnerstag, den 31. v. M., wurde von einem Theil der Division eine Recognoscirung gegen Aarhuus unternommen, in der Absicht, die Stellung und etwaige Stärke des Feindes zu erforschen und dann auch wohl zu verhindern, daß der Feind seine Vorposten diesseits Aarhuus aufstelle. Kaum waren die Truppentheile oben gedachter Recognoscirung in der Nähe von Aarhuus und der See angelangt, so begann der Feind mit großem Getöse seine schweren Schiffsgeschütze zu entladen, und gab sich alle erdenkliche Mühe, unsere Truppen mit Granaten und Paßkugeln zu überschütten, ohne uns jedoch nur im Entferntesten bedeutenden Verlust zuzufügen. Das Resultat klingt im Verhältniß zu dem stattgehabten Kanonenlärm kaum glaubhaft und doch, so viel der Verfasser dieser Zeilen bei in Erfahrung bringen können, ist vom Meschederschen Landwehrbataillon nur 1 Mann todt und einer verwundet worden. Als der grollende Donner der Kanonenböte und des Dampfboots nachgelassen, wozu eine Drohung der Beschießung von Aarhuus nicht wenig beigetragen haben mag, rückten ein paar Compagnien Infanterie des 12. und 15. Regiments, eine Compagnie Jäger des 7. Bataillons und 2 Schwadronen des 11. Husarenregiments in Aarhuus ein. Mehrere Tirailleurzüge der Infanterie sowohl wie der Jäger, rückten gleich durch die Stadt durch und besetzten die nach feindlicher Seite gelegenen Gärten des Orts. Mit der Abgrenzung dieser Gärten, vor welchen nur noch in geringer Entfernung einige Hügel lagen, hörte eigentlich das den Jägern günstige Terrain auf, indem nun eine Wiese begann, die sich wohl bis zur Entfernung von etwa 7—800 Schritte ausdehnte, und nur von einem unbedeutenden Knick und etwas Sumpf unterbrochen wurde. Im muthigen Vordringen und der Hitze des Gefechts, vielleicht auch des Befehls, war ein Zug der Jäger von etwa 20 Mann, dem sich noch einige Rotten Füsiliere des 12. Infanterieregiments angeschlossen hatten, auf vorbezeichnete Wiese vorgedrungen, und hatte etwa 400 Schritte zurückgelegt, als plötzlich aus einem angrenzenden Walde dänische Dragoner hervorbrachen. Zurücklaufen — das ging nicht mehr! Man ließ deßhalb die feindlichen Dragoner bis auf etwa 80 Schritte herankommen, feuerte dann mit Erfolg, ohne jedoch die Cavallerie in ihrem Laufe aufzuhalten und warf sich nun platt auf die Erde. Die Dragoner, welche nun auf die liegenden Jäger herangesprengt waren, suchten dieselben, sich bückend, mit ihren Säbeln zu erreichen, was ihnen indeß, mit Ausnahme von zweien, nicht gut gelungen sein soll. In dieser Situation, welche für die Jäger, ohne den Beistand von Cavallerie, nur Vernichtung oder Gefangenschaft nach sich ziehen konnte, fanden die zwei Schwadronen Husaren, welche grade aus der Stadt debouchirt waren, ihre treuen Waffengefährten der gleichen Farbe. Da war denn kein Besinnen mehr für die wackeren Husaren; in Allen brannte nur ein Verlangen, ihre Kameraden aus der gefahrdrohenden Lage zu befreien. Zur schnellen Attake ging es vorwärts, über Knick und Sumpf; und ob verschiedene auch mit den Pferden stürzten und überschlugen, und ob sie auch dadurch auseinanderkommen und mehr einzeln anlangten, gegenüber von zwei geschlossenen, ruhig haltenden dänischen Schwadronen, welche noch außer jenen gegen das Lager angesprengten Dragonern zum Vorschein gekommen waren, gleichviel, die einzelnen Husaren stürzten sich auf den geschlossenen Feind. Es war zu kühn und herausfordernd, als daß dieser Kampf nicht hätte angenommen werden müssen, um so mehr, als nun noch von verschiedenen Seiten feindliche Schwadronen zum Vorschein kamen und die Flanken der braven Husaren attakirten. Aufgelöst, wie es nur im ritterlichen Kampfe sein konnte, focht jetzt Mann gegen Mann, und unter dem Sausen der mächtigen Hiebe verlor sich Alles bunt durcheinander. Das war ein hartes Aneinander! Ein Husar fast jedes Mal gegen drei bis vier Dragoner. Die Hiebe pochteten rechts und links, über Kopf, Hals, Brust und Arme, daß die Klingen vom Blute troffen, so daß sie sich krümmten in der schweren Arbeit. Alles Feuern der Tirailleurs ruhte, denn Freund und Feind war nur noch schwer der Farbe nach zu unterscheiden. Aller Augen waren gerichtet auf den Ausgang dieses seltenen Kampfes, und jedes Herz pochte vor Freude und Besorgniß. Die Dänen räumten endlich das Feld, nachdem sie 8 Dragoner als Gefangene hinterlassen, dagegen 15 Husaren, 11 Pferde und den im Arm schwer verwundeten Prinzen Salm mit fortgeschleppt hatten. Die Behauptung des Platzes war theuer erkauft, ein Offizier war geblieben und etwa 4 Offiziere und gegen 40 Husaren verwundet. Doch der Triumph der schönen Kameradschaft war mit Lorbeeren bekränzt — die Jäger waren gerettet! Der Lieutenant v. Bardeleben, bedeckt mit Hieben, nachdem aber schon mancher seinen Streichen erlegen, wurde von etwa sechs Dragonern fechtend stets umgeben und verschiedene Male zum Pardon aufgefordert; doch das gab nur eben Luft für seine Erwattung und aufs Neue schlug er jedesmal dann los, bis er endlich sein Schwert dem Heldenmuthe übergab. — Auf den Lieutenant v. Bernuth drangen beim Beginn der Attaque, gleich von vorn herein, zwei Offizier ein, doch den einen schlug er sofort herunter und der Andere mag nicht weniger gut davon gekommen sein, bis er auch später, von stets überwiegender Anzahl angegriffen, mit einem schweren Hieb in den Kopf außer Gefecht gesetzt wurde. Der Major v. Pfuel drang als Beispiel seiner Husaren kühn mit vor und wußte seinen Mann zu finden, um ihn vom Pferde herunterzustechen. So thaten es alle Offiziere ihren Husaren zur wackeren Nachahmung vor. Seitens unserer Infanterie wurden etwa 16 dänische Infanteristen gefangen genommen. Es dürfte vielleicht auch hiermit der Ort sein, zu erwähnen, mit welcher Hingebung für Offiziere und Leute der katholische Feldprobst v. Retteler seinen Pflichten als Geistlicher nachkommt. Da ist kein Kugelregen zu stark, wo nicht sein scheuer Beistand nahe wäre, und das Ideal eines Feldgeistlichen wird hier zur That. (H. C.)

JW Vor Fridericia, 4. Juni. Mit neuer Kraft hat jetzt das Bombardement aus unsern den Festungswällen bis auf 600 Schritte genäherten Schanzen begonnen, und die Dänen suchen dasselbe zu erwidern, ohne uns den mindesten Schaden damit zuzufügen. Das Ziel unserer Kugeln sind jetzt nicht so sehr die Häuser der Stadt, durch deren Vernichtung wir den armen Einwohnern derselben nur mehrern Schaden zufügen würden, als vielmehr die Wälle der Festung selbst, in die wir bald eine gangbare Bresche zu schießen hoffen, da wir dieselben jetzt aus viel größerer Nähe wie früher mit unsern Geschützen bestreichen können. Uebrigens und die Dänen durch eine unserer Batterien jetzt in eine sehr schlimme Lage gerathen, denn wir können von dieser aus die Passage von Fridericia nach Fühnen bestreichen. Dies machte bei der Ueberfetzung der dänischen Truppen nach letzterer Insel noch manche unangenehme Schwierigkeiten bereiten, zumal es ihnen jetzt hier an den nöthigen Dampfschiffen fehlt. Das beste dänische Dampfschiff, der „Geiser", ist nämlich von hier aus nach der Nordsee geschickt worden, um dort die dänischen Kriegsschiffe, die bei etwaiger Windstille sicher den Angriff unserer deutschen Dämpfer fürchten, beschützen zu helfen. Daß Fridericia nicht lange mehr unsern Kugeln widerstehen kann und die dänische Fahne bald dort wehen wird, ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen. Unsere Truppen, unter denen fortwährend der beste Geist herrscht, freuen sich schon sehr auf den Einzug in diese Stadt, und wenn General Bonin dieselben zum Sturmen führen sollte, wird er mit Zuversicht auf den Muth derselben zählen dürfen, zumal da Alle überzeugt sind, daß der so hoch verehrte Anführer sie nicht nutzlos dem feindlichen Feuer preisgeben wird.

Kopenhagen, 3. Juni. Durch Indiscretion eines Provinzialbeamten ist folgendes Schreiben bekannt geworden: „Der Kriegsminister hat die officielle Nachricht erhalten, daß die 1. Division der russischen Flotte, welche ihre Station in Reval hat und von dem Admiral Lazareff befehligt wird, dazu ausersehen ist, sich schleunigst hierher zu begeben, um im großen Belt und den angrenzenden Gewässern eine solche Stellung gegen den Feind einzunehmen, daß sie der dänischen Armee den Beistand leisten kann, welcher sich mit den Instructionen, die der Admiral Lazareff von seiner Regierung empfangen hat, verträgt. In dieser Veranlassung ersucht man das Generalcommando, durch die nöthigen Ordres an die ihm untergeordneten Befehlshaber dafür zu sorgen, daß den Offizieren und der Mannschaft der betreffenden Escadre alle mögliche Hilfe und das größte Wohlwollen bewiesen werde, sowie auch die Aufmerksamkeit der Autoritäten und der Handelnden darauf zu lenken, im geeigneten Falle die russische Flotte mit den gewöhnlichen Schiffsbedürfnissen und Erfrischungen versehen zu können." Wohl wäre es möglich, daß dieses Schreiben nur erfunden ist, um die armen Soldaten zu trösten. (Wes. Z.)

Deutschland.

† **Wien**, 5. Juni. Es bestätigt sich, daß die Magyaren im Tschaikistadtischen von Kniczanin aufs Haupt geschlagen worden. — Nach den neuesten Berichten aus Preßburg sah man daselbst einer Hauptschlacht entgegen. — Die vorgestern Abend eingerückte russische Colonne war 16,000 Mann stark, mit 36 Geschützen. Sie hat außer der Stadt auf der Sauhaide ihr Lager aufgeschlagen. Etwas später langten 2 Bataillone Grenadiere an, die 2 Batterien 12pfändigen Geschützes bei sich hatten. Das Gros der k. k. Armee zieht an die rechte Seite der Donau, die linke Seite soll aber durch die russischen Hilfstruppen besetzt gehalten werden. — Weiterhin wird berichtet: Seit dem 2. d. finden auffallend große Bewegungen im Lager, bedeutende Truppendislocationen und Detachirungen gegen den nördlichen diesseitigen Kriegsschauplatz statt. Die russischen Truppen haben die unsrigen in der ganzen Waaggegend abgelöst. Nach einem eilfständigen forcirten Marsche in der stärksten Hitze trafen folgende Truppengattungen hier ein: 1 Regiment Chevauxlegers, 2 Bataillone Scheuchäller, 1 Bataillon Ceccopieri, 1 Bataillon Leiß, 1 Bataillon Stephan, 2 Bataillone Grenier sammt 11 Batterien, worunter 2 Cavallerie- und 1 Raketenbatterie. Diese Truppen, unter Befehl des F.M.L. Schwarzenberg, bielten hier kurze Rast und bezogen darauf das Lager auf der Kittseer Haide. Denselben folgte noch eine 2. Brigade nach. — Die Magyaren haben sich am linken Waagufer concentrirt und bedeutende Verstärkungen in der Richtung über Neuhäusel gegen die Waag an sich gezogen. Sie scheinen den Uebergang der kaiserl. königl. Truppen auf das jenseitige Ufer ernstlich verhindern zu wollen. Vor Komorn, bei Megyer, steht ein Corps, welches zur Besatzung gehört und gleichsam die Reserve bildet. Ein drittes Corps unter General Klapka steht bei Raab und hat diese Stadt befestigt und besetzt. Eine Colonne dieses Corps wurde über Stuhlweißenburg gegen Veszprim detachirt, um über Papa zu operiren. — Kossuth hat gegen die russische Intervention Protest eingelegt und beklagt sich darüber, daß die Russen ohne vorhergegangene Kriegserklärung eingerückt sind.

Dieser Tage wurde in Preßburg ein Mensch, der sich erlaubte, kaiserliche Kundmachungen auf die boswilligste Weise zu verunglimpfen, auf frischer That ertappt, sogleich auf dem Hauptplatze auf eine Bank niedergelegt und zu 30 Stockprügel, dann zu 3 Jahren Kerker verurtheilt; den Tag nach jener Execution ist er gestorben.

Die „Wiener Zeitung" theilt den Berliner „Entwurf der Verfassung des deutschen Reichs" mit. — Die „Ostdeutsche Post" bemerkt zu der Berliner Verfassung: Wir theilen dieses wichtige Actenstück, das eine ganz neue in die deutsche Verwirrung bringt, unsern Lesern in seiner ganzen Ausdehnung mit. Wir sagen die deutsche Verwirrung, weil der eben erschienene preußische Verfassungsentwurf die deutsche Frage nur noch verwickelter macht. Bis zu diesem Augenblick standen zwei große Lager einander entgegen. Es sind jetzt drei Gruppen: die Frankfurter Versammlung mit den 31 Regierungen, die übereinstimmenden drei Königreiche Preußen, Sachsen und Hannover, und endlich die dissentirenden zwei Reiche: Oesterreich und Bayern. Aber allen Anzeichen nach ist die Zerklüftung auch mit diesen drei Gruppen noch nicht erschöpft; denn auch Bayern und Oesterreich sind nicht einig. Wir erkennen in dem preußischen Act bereitwillig das Verdienst an, daß er eine neue positive Grundlage zur Verständigung liefert; aber wir hegen entschiedene Zweifel, ob er die Lösung des Knotens herbeigeführt hat, herbeiführen wird. — Die „Presse" ist minder skeptisch und schreibt: Preußen, Hannover und Sachsen haben sich bereits verständigt und bilden den Staatenbund, den die preußische Regierung durch alle Wechselfälle der Ereignisse stets im Auge behalten hat. Ja man kann mit einiger Gewißheit annehmen, daß durch den großen Zwiespalt der letzten Zeit, in einem Augenblick, wo der Streit zwischen Parlament und Regierungen Deutschland in Bürgerkrieg zu stürzen drohte, die neue Verfassung der Vereinigungspunkt aller Derjenigen werden wird, welche die hereinbrechende Anarchie vermeiden wollen.

Altenburg, 30. Mai. (Presse.) Soeben kommt ein Offizier der Ofener Garnison hier an, den Görgey auf sein Ehrenwort auf 6 Wochen beurlaubt hat. — Die Ermordung der kroatischen Offiziere ist bis auf drei, die ein Honvedoffizier aus eigenem Antrieb umbringen ließ, nicht wahr. (Auch die „Wiener Ztg." nimmt die Nachricht von der angeblichen Metzelei bei der Einnahme von Ofen zurück.) — Geblieben sind 22 Offiziere.

Nach Berichten aus **Mestre** vom 2. d. war der Marschall Graf Radetzky über Verona nach Mailand zurückgekehrt. Bei Venedig hatte sich nichts verändert. Die Operationen werden jetzt gegen das Fort Brondolo eifrigst betrieben. So schreibt die officielle „Wiener Zeitung". Venedig war also am 2. noch nicht eingenommen, wie angebliche Nachrichten aus Treviso vom 1. wissen wollten.

Die kais. Armee ist in ganz Toscana mit Jubel empfangen worden. Die Toscaner sehen ein, daß die sogenannte Erhebung Italiens mit einem Krieg gegen das Eigenthum, von welchem jetzt der ganze Continent von Europa bedroht ist, geendet hätte, und daß er nur durch Waffengewalt bezwungen werden kann. Die Brigade Liechtenstein ist am 28. von Florenz gegen Ancona aufgebrochen.

Krakau. Nach Berichten aus Krakau vom 3. erwartete man stündlich den russischen Marschall, Fürst Paskewicz. Er hat nachstehende Proclamation an die Ungarn erlassen: „Bewohner Ungarns! Auf den Ruf Eures legitimen Monarchen, welcher den Beistand meines erhabenen Herrn in

Anspruch genommen, haben die unter meinen Oberbefehl gestellten Truppen sich mit Oesterreichs Kriegern vereinigt, um die gesetzliche Ordnung wieder herzustellen, welche in Eurem Vaterlande durch die Waffen der Empörung gewaltsam umgestürzt worden ist. Die Förderer des Aufstandes, um welche sich alsobald Abenteurer aus allen Ländern geschaart haben, deuten Eure unselige Verblendung für ihre persönlichen Zwecke aus. Ihre verbrecherischen Umtriebe haben Euch zum Meineid hingerissen. Doch kann der Kaiser, mein Herr, nicht glauben, daß die Mehrheit der Nation ihre alte Tugend, ihre angestammte Anhänglichkeit an die Dynastie ihrer Könige verleugnen könnte. Es ist der innigste Freund des Kaisers Franz, glorreichen Gedächtnisses, des Kaisers Ferdinand, der Freund und Verbündete Eures Königs Franz Joseph I., der sich durch mich an Euch wendet, Euch zu beschwören, daß Ihr von Eurer strafwürdigen Verirrung zurückkommen und auf den Pfad der Ehre, der Treue und der Pflicht zurückkehren möget. Das russische Heer betritt Euer Land nicht als Feind, es rückt auf den Ruf Eures Königs ein. Wenn Ihr es als Feinde empfangt, so werdet Ihr die Folgen einer solchen Vermessenheit empfinden. Möchten meine Mahnungen Euch zur Reue und Unterwerfung bringen, und dadurch Euch die Drangsale eines blutigen Krieges ersparen. Dies ist der innigste Wunsch meines erlauchten Herrn. Warschau, Mai (Juni) 1849. Fürst von Warschau Graf Paskewicz von Eriwan, Feldmarschall und Commandeur en Chef der russisch-kaiserlichen Armee.

Triest, 3. Juni. Laut gestern Abend mit Staffette angekommenem Berichte ist das Fort Brondolo bei Venedig mit Sturm genommen, und weht in Chioggia die weiße Fahne.

Berlin, 7. Juni. Der Großherzog von Baden hat seinen Beitritt zu der von Preußen, Sachsen und Hannover gemachten Vorlage der deutschen Verfassung bestimmt erklärt, und auch von mehreren andern Regierungen ist die Bereitwilligkeit hierzu neuerdings ausgesprochen. (D. Ref.)

Königsberg, 3. Juni. Bereits gestern marschirte das 1. Bataillon (Königsberger) des 1. Landwehrregiments von hier nach Woldenberg aus; sein Bestimmungsort ist sicherem Vernehmen nach, Saarlouis. Die Gardelandwehrbataillone folgen am 6. d. M. Der größere Theil der Provinziallandwehr concentrirt sich bei Thorn, um von da, wie man mit Bestimmtheit annimmt, nach Oberschlesien abzugehen. So viel steht fest, daß unsere Provinz, bis auf die geringe Anzahl von Linientruppen, die jedoch auch täglich einzutreffender Marschordre gewärtig sind, von Militär fast gänzlich entblößt wird. (K. Z.)

Münster, 5. Juni. Heute Morgens hat uns eine combinirte Compagnie des hiesigen Landwehrbataillons verlassen; sie ist dazu bestimmt, eine Abtheilung des 13. Regiments, die in der Gegend von Arnsberg steht und mit zu dem fliegenden Corps gehört, zu ersetzen. Der commandirende General gab derselben das Geleite, und die Wehrmänner brachten bei ihrem Scheiden ihrem Führer, dem Major v. Forstner, ein kräftiges Lebehoch. Uebermorgen sollen hannoversche Truppen hier durchkommen; für die Cavallerie ward die Einquartierung in den umliegenden Ortschaften bereits vor einigen Tagen angesagt. (K. Z.)

München, 6. Juni. Heute Morgen begab sich der König mit seiner Familie in das Lager bei Donauwörth.

München, 6. Juni. Man erzählt sich in politischen Kreisen, das preußische Cabinet habe der bayerischen Regierung zu einer bestimmten Erklärung wegen Beistimmung oder Nichtbeistimmung zu der Berliner Verfassung eine peremtorische Frist von 14 Tagen gestellt; zu einer Abänderung dieser Verfassung in der von der bayerischen Regierung gewünschten Weise soll man in Berlin nicht im Geringsten geneigt sein. Dies wird wenigstens seit gestern hier in sonst gut unterrichteten Kreisen behauptet. — Die vereinigten Fractionen der Linken sollen den Beschluß gefaßt haben, consequent mit der von der Kammermajorität beschlossenen Adresse, wonach sie dem jetzigen Ministerium alle und jede Unterstützung versagten, keinen der von diesem Ministerium vorgelegten Gesetzentwürfe zu berathen, was dieselben auch ausführen können, da sämmtliche Ausschüsse aus Mitgliedern der beiden Fractionen der Linken zusammengesetzt sind und diese eben keine Ausschußberichte über die Gesetzentwürfe bearbeiten und vorlegen werden. (N. C.)

München, 7. Juni. Von Seite des königlichen Staatsministeriums des königlichen Hauses und des Aeußern ist an den königlichen interimistischen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt Obersten v. Xylander unter dem 5. Juni das Folgende ergangen, das Aufhören der Diätenzahlungen an die bayerischen Mitglieder der Nationalversammlung betreffend: „Die königlich bayerische Regierung hat so lange als möglich die Hoffnung festgehalten, die deutsche Verfassung mit der Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. vereinbaren zu können. Dies ist jetzt entschieden unmöglich geworden, nachdem die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder der Nationalversammlung ausgetreten ist und der Rest eine Reihe von Beschlüssen gefaßt hat, welche die gesetzlichen Befugnisse der Nationalversammlung unverkennbar überschreiten, nachdem endlich die geringe Mehrzahl dieses Restes beschlossen hat, Frankfurt zu verlassen. Die Nationalversammlung zu Frankfurt hat jetzt rechtlich und factisch zu existiren aufgehört, sie an einem anderen Orte wiederherzustellen, ist in jeder Hinsicht erfolglos. Die bayerische Regierung kann eine Betheiligung bayerischer Abgeordneten bei einem solchen Versuche nicht als Ausfluß der Gesetze vom 15. April 1848 über die Wahl der bayerischen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutschen Bunde und vom 4. Juni 1848 über die Kosten auf die Uebernahme zu der Volksvertretung am deutschen Bunde zu Frankfurt betrachten, und weist daher den königl. Bevollmächtigten an, die Auszahlung von Tagegeldern von dem Tage an einzustellen, da ihm diese Weisung zukommt. München, den 5. Juni 1849. Auf Sr. Majestät des Königs allerhöchsten Befehl (gez.) v. d. Pfordten. Durch den Minister der Generalsecretär (gez.) Rappel." (N. M. Z.)

Augsburg, 7. Juni. Se. Maj. der König kehrte gestern Abend aus dem Lager von Donauwörth zurück, besichtigte auf dem Platze vor dem Eisenbahnhof die gesammte hiesige Besatzung, und fuhr dann wieder nach München. Hat ein Berliner Blatt hier oder in Donauwörth einen Berichterstatter, so kann er dem Berliner Publicum die Lügen widerlegen, die dort von einigen Organen über den Geist des bayerischen Heers verbreitet werden. Man traut seinen Augen kaum, wenn man dort liest: unter den bayerischen Truppen herrsche dieselbe Auflösung wie in Baden und Württemberg, so daß sich auch Bayern bald hilfesuchend nach der preußischen Armee, als der Retterin aus der Noth, werde umsehen müssen.

In der Pfalz stößt die provisorische Regierung da und dort auf Widerspruch. Eben hat sie den Stadtrath von Speyer aufgelöst, der sie aufgefordert hatte, eine Volksvertretung zu berufen, wenn sie organische Gesetze erlassen wolle. (A. Z.)

Nürnberg, 7. Juni. Heute früh sind die zum westfränkischen Corps gehörigen 8 Escadrons des 1. und 2. Chevauxlegersregiments, die 12pfündner Batterie (Bomhard), die fahrende 6pfündner Batterie (Schmid) und die 6pfündner reitende Batterie (Weyrer) mit der vorgestern hier eingetroffenen Compagnie Genietruppen, die einen neugebauten Brückentrain nach dem Birago'schen Systeme bei sich führt, von hier und der Umgegend nach derselben Richtung aufgebrochen, wie die am 4. d. M. ausmarschirten Infanteriebataillone. Eine Division vom ersten Chevauxlegersregiment wird, wie man hört, wieder hierher gezogen, sowie auch heute noch eine 6pfündner reitende Batterie hier eintrifft.

** **Stuttgart**, 6. Juni. Der „Schwäbische Merkur" enthält folgenden Artikel: „Die stenographischen Berichte der Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten weisen nach, daß dieselbe auf die Kunde von Beschwerden der Taxis'schen Postverwaltung bei der provisorischen Reichscentralgewalt gegen die von der württembergischen Regierung beabsichtigte Einziehung des Postlehens, gestützt auf § 39 der Grundrechte, Bedenken über die Zuständigkeit der Landesgesetzgebung und den seinen Entschluß gefaßt hat, in keinen Widerspruch mit der Reichsgewalt treten zu wollen. Das Ministerium hat der Kammer seine Verhandlungen mit dem Reichsministerium des Innern mitgetheilt, aber ein Vertrauensvotum begehrt und erhalten, daß es seinerseits nichts thun werde, was einen Conflict mit dem Reichsministerium hervorrufen könnte. Zur Würdigung lassen wir hier Abschrift der von dem Reichsministerium des Innern an den königlich württembergischen Bevollmächtigten am 6. April erlassenen Verfügung folgen, worin das Reichsministerium die Entscheidung zu seiner Competenz erwachsen erklärt, mit klaren Worten die Ansicht der württembergischen Regierung, als habe es nur den Wunsch geäußert, daß dem Vorschreiten der Landesgesetzgebung Einhalt geschehe, zurückweist, und die königliche Regierung auffordert, wenn sie den Weg des Vergleichs mit Taxis nicht betreten und der Entscheidung der Centralgewalt oder der Nationalversammlung sich nicht fügen wolle, diejenige des hoffentlich bald einzusetzenden Reichsgerichts abzuwarten. Wie das Verfahren des württembergischen Ministeriums des Innern mit seinen Worten in der 2. Kammer und mit seinen Pflichten gegen die Reichsgewalt sich reimt, darüber mag sich jeder Württemberger das Urtheil selber bilden. Die Verfügung des Reichsministeriums besteht zur Stunde, es ist eine spätere nicht ergangen.

Abschrift.

Das Reichsministerium des Innern an den königl. württembergischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, Herrn Obertribunalrath Frhrn. v. Sternenfels, dahier.

Der Unterzeichnete hat Ihre schätzbare Zuschrift vom 31. v. M. empfangen und, indem er sich beehrt in Nachstehendem darauf zu erwiedern, muß er zuerst die von der königl. württembergischen Regierung verneinte Frage berühren, ob der Centralgewalt ein Recht zustehe, über die von dem Fürsten Erblandpostmeister gegen die königl. württembergische Staatsregierung erhobene Beschwerde zu entscheiden. Wenn die königl. Regierung sich bei Bestreitung der Zuständigkeit der provisorischen Centralgewalt auf die durch die Bundesacte nicht beschränkte Selbstständigkeit Württembergs beruft, demnach diese Acte als fortwährend giltig anerkennt, und wenn sie erwägt, daß die Befugnisse der Bundesversammlung durch feierlichen Act vom 12. Juli 1848 unter Zustimmung des königlich württembergischen Bundestagsgesandten an die provisorische Centralgewalt übertragen worden sind, daß ferner § 17 dieser Bundesacte ausdrücklich das fürstliche Haus Thurn und Taxis in dem Genusse der Posten in den verschiedenen Bundesstaaten so lange sichert, als nicht durch freie Uebereinkunft anderweitige Verträge abgeschlossen werden, daß endlich es ein unbestrittenes Recht der Bundesversammlung war, und also jetzt der Centralgewalt ist, den Wortlaut der Bundesacte auszulegen und anzuwenden, so wird die königl. württembergische Regierung zugeben müssen, daß, will man in dem gegebenen Streitfalle die Bundesacte als maßgebend betrachten, der provisorischen Centralgewalt die von ihr angesprochene Zuständigkeit nicht kann streitig gemacht werden. Soll aber nicht mehr die Bundesacte, sondern sollen an ihrer Stelle die aus der Thätigkeit der Nationalversammlung hervorgegangenen Beschlüsse und hier vor Allem die Grundrechte des deutschen Volkes maßgebend sein, worauf auch die königlich württembergische Regierung sich beruft, so übersieht dieselbe offenbar, daß, wenn auch der § 39 der Grundrechte das Nähere über die Art und Weise, wie der Lehensverband aufzuheben sei, der Gesetzgebung der einzelnen Staaten überläßt, doch der Art. 5 des Einführungsgesetzes der Grundrechte ausdrücklich verordnet, daß die Erlassung und Ausführung der in Folge des § 39 nothwendig werdenden Gesetze „von Reichswegen" sollen überwacht werden. Es ist hier nicht zu erörtern, ob nach Einführung der deutschen Reichsverfassung dieses „von Reichswegen" sich auf die Reichsregierung, den Reichstag oder das Reichsgericht wird zu beziehen haben, daß aber für jetzt zunächst die Centralgewalt die Reichsgewalt zu üben, und also dasjenige vorzunehmen habe, was „von Reichswegen" zu geschehen hat, wird nicht bestritten werden wollen. Wenn nun auch die provisorische Centralgewalt in der Regel den Gesetzgebungen der einzelnen Staaten volle Freiheit in der Ausführung der Grundrechte lassen darf, so lange nicht Beschwerden erhoben werden, so durfte sie doch in dem gegebenen Falle, wo dem § 39 der Grundrechte eine der gewöhnlichen und natürlichen Auslegung ganz entgegengesetzte gegeben werden will, ja wo trotz der nicht zu leugnenden Zweifelhaftigkeit der Streitfragen dennoch ein thatsächliches Vorschreiten in der Frist nur weniger Wochen von Seiten der königl. Regierung angekündigt war, nicht die Pflicht außer Acht lassen, die ihr der mehrerwähnte Artikel 5 des Einführungsgesetzes auferlegte. Die königl. Regierung kann aber nicht den einen Theil (§ 39 des Gesetzes vom 27. December v. J.) für sich in Anspruch nehmen, ohne auch den andern (Art. 5 des Einführungsgesetzes) gelten zu lassen. Es ist daher nicht, wie die königl. Regierung sich ausdruckt, ein bloßer „Wunsch" des Reichsministeriums ausgesprochen worden, sondern es hat dasselbe von einer Befugniß Gebrauch gemacht, die übrigens durch die königl. Regierung selbst eine Anerkennung dadurch erhält, daß sie bei dem Reichsministerium darauf anträgt, die Thurn und Taxis'sche Beschwerde zurückzuweisen. Geht nun aber der Unterzeichnete auf die Streitfrage selbst ein, so kann er nicht dem vor dem königl. württembergischen Ministerium des Innern in seiner an die Generaldirection gerichteten Zuschrift vom 6. v. M. aufgestellten Satz beistimmen, daß nur der Wortlaut des verkündeten Gesetzes zur Richtschnur zu nehmen sei, und nicht die Absicht des Gesetzgebers zu erforschen gesucht werden müsse. Es ist vielmehr, nach des Unterzeichneten Kenntniß, der entscheidenden Behörden eifriges Bemühen überall da, wo über die Auslegung einer Gesetzesstelle Zweifel entsteht, die Absicht zu erforschen, welche der Gesetzgeber durch seine Worte hat erreichen wollen, wie ja auch Niemand wird wünschen können, daß ein Gesetz die entgegengesetzten Folgen von demjenigen herbeiführe, was damit sollte bezweckt werden. Daß bei Abfassung des § 39 die Nationalversammlung nur die Absicht hatte, das Lehen in ein freies Eigenthum des Lehenträgers zu verwandeln, könnte nur von demjenigen bestritten werden, der aus dem Wortlaute „aller Lehensverband ist aufzuheben" glauben würde z. B. folgern zu dürfen, die von der Krone Württemberg reluirenden Grundzehnten könnten nunmehr von derselben in Anspruch genommen, und die Besitzer von dem nutzbaren Eigenthum vertrieben werden. Wenn sich die königliche Regierung darauf beruft, daß gerade in Rücksicht auf die Postlehen bei der zweiten Lesung der Grundrechte der Ausdruck „aufgehoben" in „aufzuheben" verändert worden, und wenn auf die Rede des Berichterstatters Zell verwiesen wird, so kann daraus nur entnommen werden, daß sich die Nationalversammlung bewußt war, es erfordere die Aufhebung des ausgedehnten Postlehensverbandes noch größere Vorbereitungen, als daß der, wie von einer vollendeten Thatsache sprechende Ausdruck „ist aufgehoben" eine Wahrheit hätte werden können. Day aber gerade bei dieser Art Lehen statt des Lehnsträgers der Lehnsherr in den freien Besitz des Lehnsgutes treten solle, ist durch das Wort „aufzuheben" in keiner Weise ebensowenig angedeutet, als durch die Rede des Berichterstatters Zell, welcher im Gegentheil neben den Postlehen ausdrücklich der Kronlehen erwähnt, bei deren Regulirung dem Fiscus der einzelnen Staaten durch die Ablösung Vortheile zugewendet werden konnten. Ist aber, wie die königl. württembergische Regierung selbst nicht bestreitet, die Meinung des allgemein deutschen Gesetzgebers unbestritten dahin gegangen, die Lehen in freies Eigenthum der Lehnsträger zu verwandeln, so kann auch der zweite Satz des § 39 „das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der einzelnen Staaten anzuordnen", nicht so ausgelegt werden, als stehe der Einzelgesetzgebung etwas Anderes zu, als die Modalitäten zu bestimmen, unter welchen des Gesetzgebers Absicht, gegenüber den besonderen Verhältnissen der Einzelstaaten, durchzuführen bleibt. Den Beweis dafür, daß wenn einmal das Postlehen aufgehoben werden müsse, dasselbe nur an den Staat fallen könne, führt die königliche Regierung einzig aus dem Satze: das Postregal sei ein der Staatsgewalt wesentlich und nothwendig zukommendes Recht. Ohne diesen Satz bestreitet sie nicht, daß das Postlehen wie jedes andere Lehen zu freiem Eigenthum des Lehnträgers werden müßte. Der Streit scheint also auf die Frage zurückgeführt, ob nach dem Begriffe von den Staatsobjecten der Postbetrieb in andern Händen als denen des Staates belassen werden könne. Diese Frage ist einer verschiedenen Beantwortung fähig und es kann behauptet werden, es genüge zur Erreichung der Staatszwecke und zur Wahrung der Postheheit, daß die Staatsgewalt bei Errichtung von Postcursen, Festsetzung von Taxen und ähnlichen für die Allgemeinheit wichtigen Maßregeln ein wesentliches Einwirkungsrecht übe, wie ja auch in den Ländern, in welchen die für den Staat nicht minder wichtigen Eisenbahnen von Privatgesellschaften betrieben werden, der Staat auf Grund seines Oberaufsichtsrechts durch Mitwirkung bei Festsetzung der Course und Tarife die allgemeinen Interessen vertritt. Der Unterzeichnete führt dies nicht an, als ob er das Wünschenswerthe eines Ueberganges der Taxis'schen Postverwaltung an die württembergische Staatsgewalt mißkennen könnte: er glaubt nur im Interesse einer gerechten Anwendung des § 39 darthun zu müssen, daß der Satz, auf welchen allein sich das Verfahren der königl. Regierung gründet, nicht hinreicht, um die mit dem § 39 unzweifelhaft verbundene Absicht in das Gegentheil zu verkehren. Um indessen auf Grund des Art. 5 des Einführungsgesetzes der Grundrechte die Beschwerden des fürstl. Thurn und Taxis'schen Hauses genauer prüfen zu können, ersucht der Unterzeichnete ergebenst um gefällige Mittheilung des in Ihrer geehrten Zuschrift erwähnten königl. württembergischen Gesetzentwurfs. Seinerseits will er indeß gerne zur gütlichen Erledigung des Streites beitragen, und richtet gleichzeitig mit gegenwärtigen Zeilen ein Ersuchen an die fürstlich Thurn und Taxis'sche Ge-

teralpostdirection, sich zu einem gütlichen und billigen Vergleiche herbeizulassen. Sollte dieser nicht gelingen, und die königliche Regierung sich auch bei der dann eintretenden Entscheidung der gegenwärtigen provisorischen Centralgewalt, oder eventuell der Nationalversammlung, nicht beruhigen wollen, so glaubt der Unterzeichnete als einziges Auskunftsmittel vorschlagen zu sollen, die Streitfrage bis zur Errichtung des Reichsgerichts ruhen zu lassen, unter dessen Zuständigkeit nach § 126 der deutschen Verfassung dieselbe fallen würde. Da die königl. württembergischen Posten bereits seit dem Jahre 1819 von dem fürstlichen Erblandpostmeister konnten verwaltet werden, ohne daß eine Unvereinbarkeit dieser Verwaltung mit den allgemeinen Interessen Württembergs weiterhin nachgewiesen wäre, so muß es wohl thunlich sein, auch noch die verhältnißmäßig kurze Zeit zuzuwarten, in welcher nach unserer Zuversicht das Reichsgericht wird ins Leben getreten sein.

Frankfurt a. M., den 6. April 1849.

Der interimistische Reichsminister des Innern.
(Gez.) H. v. Gagern."

Stuttgart, 7. Juni. Ueber den Schluß der gestrigen Sitzung des Rumpfparlaments tragen wir nach dem „Schwäbischen Merkur" noch Folgendes nach: Nachdem die letzte Wahl vollzogen war, verkündete der Präsident Löwe: Ich erkläre die Männer Raveaux, Vogt, Schüler, Simon und Becher als die provisorische Reichsregentschaft Deutschlands und fordere sie auf, sich zu konstituiren. An das deutsche Volk aber richte ich die Aufforderung, den Befehlen dieser Regentschaft treulich Folge zu leisten. Möge die Größe und Einheit Deutschlands durch sie wiederhergestellt werden! (Lange anhaltendes Bravo und Klatschen.) Hierauf betrat Franz Raveaux die Rednerbühne und sprach: Mit Freude und willig nehmen wir das Amt an, das Sie uns übertragen haben; wir werden muthig und entschlossen die Zügel der Regierung ergreifen; unser ganzes Bestreben soll dahin gehen, daß endlich einmal das Versprechen zur Wahrheit werde, daß ein einiges, freies und großes Deutschland geschaffen werde. Wir haben zwar nicht die Mittel, welche andern Regierungen dargeboten sind, aber wenn Sie uns zur Seite stehen, so haben wir den Muth, unser großes Werk zu beginnen, denn in Ihnen sind in dem Kern der deutschen Nation haben wir eine kräftige Stütze. Wir werden mit Ihnen stehen und fallen! (Stürmisches Bravo.) Präsident: Ich erkläre: die provisorische Centralgewalt hat von diesem Augenblick an aufgehört zu existiren. (Anhaltendes Bravo.) Die nächste Sitzung wurde alsdann auf künftigen Freitag verkündigt und auf die Tagesordnung die Wahl des Vicepräsidenten und Berathung verschiedener dringlichen Anträge gestellt. — Die Sitzung wird indeß an diesem Tage wohl nicht stattfinden, da, wie der „Schwäbische Merkur" vom Heutigen meldet, morgen eine Sitzung der württembergischen Ständeversammlung in ihrem gewöhnlichen Sitzungssaale gehalten werden, dem Rumpfparlamente also das Local fehlen wird.

Hannover, 6. Juni. Der von dem Centralcomite der verbundenen Volksvereine erlassene Aufruf, zum Volkstage in Bremen (den 10. Juni) Abgeordnete zu senden, ist an alle Magistrate, an alle Bürgervorstehercollegien im Lande und an alle Landgemeinden, die mindestens 30 Feuerstellen haben, versandt. (Mztg.)

L. Aus Baden, 7. Juni, Nachmittags. Als Nachtrag zu meinem Schreiben von diesem Morgen kann ich Ihnen aus guter Quelle mittheilen, daß außer Struve auch der bekannte Becker von Biel, der sogar mit dem Oberkommando unserer gesammten Bürgerwehren betraut war, verhaftet wurde. Sind auch die näheren Gründe im Publikum nicht bekannt, oder durch Gerüchte entstellt, so ist doch die Verhaftung wahr.

Karlsruhe, 6. Juni. Ueber die Vorgänge des heutigen Tages schreibt man dem „Schwäb. Merkur": Heute Nacht war es sehr unruhig; es heißt, Struve habe mit Hilfe der eingetroffenen Schweizer die rothe Republik proclamiren und Brentano stürzen wollen. Dieser mußte sich unter den Schutz der Bürgerwehr begeben, die, 80 Mann stark, das Ständehaus besetzte. Morgens früh 5—6 Uhr Generalmarsch; die ganze Bürgerwehr versammelte sich auf dem Schloßplatz, die gesammte hier liegende Volkswehr in Blusen ꝛc., sowie die Durlacher und Ettlinger Bürgerwehr und eine Schwadron Dragoner schließen sich ihr an. Der Heereshaarbeselshaber Oberst Gerber stellt das Ganze in Schlachtordnung auf; es werden 6 Kanonen von der Bürgerwehr und zwei vom Militär vor dem Schloßhof aufgefahren; Alles hat scharf geladen, und ist auf den Kampf bereit. Die Schweizer, welche von hier fort wollen und nicht geben wollen, rücken langsam an und stellen sich auf dem gegen die Stadt liegenden Theil des Schloßplatzes auf. Nach langem Abwarten gehen sie, angeblich mit dem Versprechen, heute Nachmittag 3 Uhr fortziehen zu wollen, in die Kaserne. Die Bürgerwehr trennt sich hierauf bis auf ein Bataillon, welches das Schloß besetzt hält und zahlreiche Posten in der Stadt. Es kommen 2 Compagnien Infanterie von Brachsal, und desgleichen zwei von Rastatt an. Der Tag ist in jeder Beziehung sehr schwül. Die Lobert-Bimm-Compagnie zieht nach 3 Uhr zur Stadt hinaus. Nachmittags wird Becker, der Landesheerschaarbeselshaber, verhaftet, worauf die Schweizer unter Hin- und Herrennen Lärm und Tumult anfangen; nach 4 Uhr ziehen sie aus der Kaserne, sie halten in der langen Straße vor derselben, man hört sie oft „Hoch" rufen. Es schlägt und bläst Bürgerwehr Generalmarsch, Alles, das Militär, das sehr kampfmuthig ist, eingeschlossen, sammelt sich. 5 Uhr ebenso. Alle Läden sind den ganzen Tag geschlossen.

Nachschrift. Nach langem Parlamentiren brachte Brentano, der eine Rede hielt, die Schweizer dahin, daß sie unter dem Versprechen, daß Becker freigegeben werde, um 6 Uhr abzogen, um mit der Eisenbahn diesen Abend nach Heidelberg zu gehen. Auch Bönning, einer ihrer Führer, wurde wieder freigegeben. Struve geht mit. Die Mannschaft begibt sich größtentheils nach Hause, doch bleibt Alles gerüstet.

Auffallend oder vielmehr bezeichnend ist es, daß die neueste Nummer der „Karlsruher Zeitung" über diese Vorfälle kein Wort enthält.

** **Darmstadt**, 8. Juni. Das hiesige Criminalgericht hat gegen den Dr. med. Ferdinand v. Löhr aus Worms (bekanntlich Redacteur des in letztgenannter Stadt erschienenen ultra radicalen Blattes „Neue Zeit"), ferner gegen den Dr. med. W. Zimmermann aus Darmstadt und gegen den Cand. der Theol. C. Ohly aus Großenbusek in Oberhessen Steckbriefe erlassen. Dem amtlichen Erlaß zufolge hat die Untersuchung in Betreff der bei den Volksversammlungen zu Erbach und Oberlaudenbach am 23 und 24. Mai d. J. vorgefallenen Verbrechen, bestehend in Hochverrath, Aufruhr und der Ermordung des großh. hess. Provinzialcommissärs Prinz, die obenbezeichneten Verfolgten als der beiden ersteren Verbrechen in besonders hohem Grade als angeschuldigt und verdächtig dargestellt. Die Requirirten befinden sich auf der Flucht. — Der in Erfüllung seiner Pflicht als wehrloser Friedensbote ermordete Regierungsdirigent Prinz hinterläßt sechs unerzogene Kinder mit unbedeutendem Vermögen. Nun ist für morgen zu einer Versammlung eingeladen, um über Mittel und Wege zu berathen, wie für die Waisen des im Dienst seines Vaterlandes hingeopferten Mannes zu sorgen sei. Möge der Erfolg der schönen Absicht entsprechen! — Wie wir vernehmen, hat der Redacteur der „Darmst. Ztg." die Redaction des „Frankfurter Journals" zur gerichtlichen Verantwortung gezogen und zwar auf Grund der in letztgenanntem Blatt gegen jenen gerichteten Angriffe, die in ihrer Form ebenso injuriös wie ihrem Inhalte nach unwahr seien.

F **Von der hessischen Bergstraße**, 7. Juni. Das auffallende Benehmen der zwei badischen Cavalleristen, die bei Heppenheim Anfangs zu uns übergingen, später aber wieder zurückkehrten, nachdem sie schon unter den hessischen Cheveauxlegers einrangirt waren, erklärt uns so eben ein Privatbrief aus zuverlässiger Hand. Sie waren von ihren Kameraden abgeschickt, um nachzusehen, ob badische Cavallerieoffiziere sich in unsern Reihen befänden. Als sie sich überzeugt hatten, daß dies nicht der Fall war, ritten sie wieder zu ihren Kameraden, denen einer mit dem Säbel zuwinkte, worauf sie alsbald umwandten.

* **Aus Oberhessen**, 8. Juni. Zum dritten Male haben sich die tapferen Hessen der von Süden heranbrängenden Anarchie entgegengeworfen, und für die gesetzliche Entwickelung von Deutschlands Einheit und Größe ihr Blut vergossen. Doch ist's nicht genug mit Worten des Lobes! Die Gefallenen haben Hinterbliebene, die Verwundeten bedürfen Hilfe, Labung und Sicherung ihrer Zukunft! Wie in Darmstadt, so ist nun auch dem Vernehmen nach in Gießen ein Comite zusammen getreten, um für die hessischen Soldaten zu sammeln: 12 Bürger sollen an der Spitze stehen, 20 Frauen werden, wie man sagt, von Haus zu Haus gehen. Hoffentlich werden bald in den bedeutenderen Städten und Orten unserer ganzen Provinz ähnliche Comite zu gleichem Zwecke zusammentreten. Aber die Hessen haben nicht allein für ihr engeres Vaterland, sie haben für die gesetzliche Entwickelung von ganz Deutschland gekämpft, und thun es noch. Darum bedarf es wohl kaum der öffentlichen Anregung, daß auch in den andern deutschen Einzelstaaten Sammlungen für die verwundeten Krieger veranstaltet werden möchten. Gewiß wird das Bureau Ihres Blattes gern bereit sein, Beiträge an das Comite zur Unterstützung verwundeter Krieger in Darmstadt in Empfang zu nehmen, so wie die geehrten Redactionen der deutschen Presse dieser Anregung gerne ihre Spalten öffnen werden.

> **Mainz**, 8. Juni. Gestern hatten wir das ergötzliche Schauspiel einer Versammlung der hier in Dienst stehenden Magde. Unsere städtische Behörde beschloß vor einigen Tagen, von jeder hier dienenden Magd jährlich zwei Gulden zu erheben, und solcher dafür im Falle ihrer Erkrankung im hiesigen städtischen Krankenhause Heilung und Pflege zu gewähren. Diese gewiß nicht unbillige Forderung veranlaßte jedoch, daß sämmtliche Dienstmädchen, ungefähr 500 an der Zahl, vom Associationsrecht Gebrauch machten und im „Frankfurter Hofe" sich versammelten, eine Präsidentin wählten, und die Tribüne bestiegen, um die von der städtischen Behörde getroffene Verfügung zu bekämpfen. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, sich jener Krankensteuer durchaus zu widersetzen und nichts dazu beizutragen.

Wiesbaden, 8. Juni. Beim Beginn der heutigen Kammersitzung eröffnete Regierungscommissär Reichmann, daß Se. Hoh. der Herzog die Entlassung, welche Ministerpräsident Hergenhahn eingereicht, angenommen, daß er ferner, im Augenblicke mit der Bildung eines neuen Cabinets beschäftigt, beschlossen habe, die Kammer auf acht Tage zu vertagen. Bis ein neues Ministerium ernannt sei, werde Herr Hergenhahn die Geschäfte provisorisch fortführen. Der Abg. Braun las hierzegen in seiner und vieler andern Abgeordneten Namen eine Erklärung vor, des Inhaltes, daß die Unterzeichner gegen eine solche Vertagung protestiren, da die Kammer eine constituirende sei, und der Regierung also, und obendrein im gegenwärtigen kritischen Augenblicke, das Recht einer Vertagung nicht zustehe. Präsident Wirth erklärte jedoch sofort die Sitzung für geschlossen.

Weilburg, 9. Juni. Die Riesenversammlung bei Aulenhausen, welche nach dem Aushängeschild Tausende vereinen sollte, wurde schließlich zu einem mons parturiens, d. h. statt der Tausende fanden nur einige hundert Leute aus benachbarten Dörfern (aus Weilburg selbst nicht zehn) sich ein. Die Vorträge des Hrn. Gerau und Genossen drehten sich mehr oder weniger um die bekannten Themen: Zehntabschaffung, Volksbewaffnung, volksfeindliche Regierung, Renitenz gegen die Anordnungen der Centralgewalt rücksichtlich des Militärs u. dgl., und es wurde beschlossen, eine Petition à la Offenburg vom Stapel zu lassen. Dieselbe wurde je von einem Manne aus den verschiedenen Gemeinden unterschrieben (sonderbare Kriterien für den Gesammtwillen einer Gemeinde) und durch Gerau nach Wiesbaden befördert.

Braunschweig, 4. Juni. Unsere Abgeordnetenversammlung hat sich bisher mit inneren Einrichtungen beschäftigt, welche aber, trotz ihrer hohen Wichtigkeit für unser Land, bei den ungleich wichtigern allgemeinen Erei..nissen und der Ungewißheit der ganzen Zukunft, verhältnißmäßig geringe Theilnahme finden. Heute kam indeß ein Gegenstand von allgemeinerem Interesse vor. Der Abg. Lucius hatte vor einiger Zeit den dringlichen Antrag gestellt, die Beeidigung der bewaffneten Macht auf die Reichsverfassung zu beantragen, welcher nach abgelehnter Dringlichkeit einer Commission zur Begutachtung übergeben war. Diese hatte der Abgeordneten-Versammlung empfohlen, zu beschließen, daß auf den Antrag, wenigstens für jetzt, nicht einzugehen sei. Zugleich hatten zwei Mitglieder der Commission in einem Separatberichte die Annahme des Antrags empfohlen, bei der Regierung die Beeidigung aller Staatsangehörigen auf die Reichsverfassung in Antrag zu bringen. Für den Fall der Nichtannahme dieses Antrags war folgende motivirte Tagesordnung vorgeschlagen: Die Versammlung beschließt, in Erwägung, 1) daß ein Eid auf die Reichsverfassung vor Constituirung der verfassungsmäßigen Gewalten nicht zweckmäßig erscheint, 2) daß sie in die Einwohner des Herzogthums das Vertrauen setzen darf, daß sie auch ohne Beeidigung auf die Verfassung allen ihren Pflichten gegen dieselbe genügen, daß sie dieselbe mit Gut und Blut schützen und durchführen werden, über den Antrag des Abgeordneten Lucius zur Tagesordnung übergehen. — Es erhob sich darüber eine sehr lebhafte Debatte. Von der einen Seite wurde die Unausführbarkeit der Beschwörung und Einführung der Reichsverfassung abgesondert in einem kleinen Lande von so kritischer Lage und bei den unzweifelhaften Mediatisirungsgelüsten der größeren deutschen Staaten hingewiesen, während man auf der andern Seite keiner Rücksicht der Politik Rechnung tragen wollte. Die Sitzung wurde noch bewegter dadurch, daß ein Theil der zahlreichen Zuschauer Zeichen des Beifalls und des Mißfallens gab, die Drohung des Vorsitzenden Grafen, die Galerie leeren zu lassen, verhöhnte, so daß derselbe die Sitzung auf eine halbe Stunde aussetzte und durch eine herbeigerufene Compagnie der Volkswehr seiner Drohung Nachdruck gab. — Die Anträge des Minoritätsberichts wurden mit großer Mehrheit verworfen und der Commissionsantrag mit einem der obigen motivirten Tagesordnung ähnlichen Zusatze angenommen.

Nachschrift.

♀ **Berlin**, 7. Juni. Die deutsche Angelegenheit nimmt, wie wir aus guter Quelle mittheilen können, einen überraschend günstigen Fortgang. Die Gefahr einer Spaltung zwischen Norddeutschland und Süddeutschland kann bereits als beseitigt betrachtet werden. Die Erklärung des außerordentlichen bayerischen Botschafters, Generals v. d. Mark, ist den Umständen nach sehr befriedigend. Wenn auch Bayern an engern Beziehungen zu Oesterreich festzuhalten geneigt ist, so scheint es doch vollständig bereit zu sein, der Macht der Thatsachen und Ereignisse Rechnung zu tragen, so daß an einem baldigen Beitritt Bayerns nicht zu zweifeln sein möchte. Zu unserer Freude können wir aber mittheilen, daß Mecklenburg-Strelitz, Anhalt-Bernburg, Hessen-Darmstadt und Braunschweig bereits definitiv beigetreten sind. Andere Staaten, worunter auch süddeutsche, haben die Andeutung gegeben, daß ihre Beitrittserklärung, so bald sie die Freiheit ihrer Entscheidung erlangt haben würden, erfolgen werde. Die deutsche Einigung dürfte mithin rascher eine feste Gestaltung gewinnen, als es mit der Durchführung der Frankfurter Reichsverfassung in diesem Grade zu hoffen gewesen wäre. Das von uns mitgetheilte Ergebniß der bisherigen Bemühungen der drei verbündeten Staaten ist in der That geeignet, die Hoffnung der wahren deutschen Vaterlandsfreunde von Neuem zu erwecken und zu beleben. Möge der Geist der Versöhnung, welcher Deutschland allein frommen kann, das vollenden, was Preußen, Sachsen und Hannover zum Heil des theuern Gesammtvaterlandes mit redlichem aufrichtigem Sinne begonnen haben!

Börsenberichte.

½ **Frankfurt**, 8. Juni. Das Fallen des Wechselcourses auf Frankfurt zu Wien am 4 d. M. veranlaßte an heutiger Börse eine Besserung in sämmtlichen österreichischen Papieren. 5pCt. Met. stiegen um ½ pCt, blieben 72 pCt. G., 2½ pCt. Metall 35½ pCt., Bienerbankactien 1060 fl. G., 500 fl. Loose 121½ pCt., 250 fl. Loose 73½ pCt. Kurhess. 40 Rthlr. Loose 28½ Rthlr., Bad. 35 fl. Loose heute mehr angeboten, 25½ ¼ fl., do. 50 fl. Loose 46½ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 21 fl., do. 50 fl. Loose 70½ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20½ fl., Poln. 500 fl. Loose 72½ Rthlr. Süddeutsche Obligationen preishaltend. Von belgischen Obligationen waren 2½ pCt. belg. 42½, do. 4½ pCt. 82½, do. 5pCt. 86½. Holl. 2½ pCt. Integr. 49½ pCt. G. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms Nordbahn 34½ Rthlr, Verbach 67½ pCt., Köln-Minden 77 pCt, Taunus 271 fl. 5pCt. ini. Span. anfangs 24½ pCt, schließen durch einige Verkäufe die in benannten Fonds gemacht, etwas matter, 24½ à 24½ pCt. In Wechseln sind keine Veränderung statt, alle Devisen wie gestern zu lassen, Wien 96.

Wien, 5 Juni. 5pCt. Metall. 89½, à ½. — 4pCt. 71. — 3pCt. —. — 2½ pCt. 47. — Bankactien 1125. — 500 fl. Loose 149. — 250 fl. Loose 91½. — Nordbahnactien 99½. — Gloggnitzer 101¼. — Mailänder 71½.

Devisen und Coupons waren heute stark ausgeboten und 2 à 3pCt. niedriger als gestern, der Verkehr in London war bedeutend. Frankfurt 123 Br., London 12. 25 Br., Amsterdam 2 Monat 171 Br., Paris 2 Monat 145 Br.

Berlin, 7. Juni. Staatsschuldscheine 78½, bez., Seehandlungs-Prämienscheine 100½, etw. bez., Bankantheile 85 zu machen, Berlin-Hamburg 59½, u. 60 bez., Köln-Minden 76½ bez., Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 31½, à ¼ bez., Rhein. 42 bis 42½ bez., Thüring. 49½, Br., Russ. 4pCt. bei Stieglitz 85½, G., 5. 83 G., Poln. 500 fl. Loose 71½, G.

Das Geschäft war heute in einigen Fonds und Actien etwas lebhafter, und mehrere Papiere, für welche sich Frage zeigte, wurden höher bezahlt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matthy.

Zur Rechnung für Auswanderer nach Amerika.

Die Rechnung für Auswanderer nach Amerika ist in der Weise eingerichtet, daß sie in Form eines Briefes an den Auswanderer gerichtet ist, in welchem ihm mitgetheilt wird, daß er für seine Reise nach Amerika, für Eisenbahnfahrt, Beköstigung, Logis, Dampfschiffpassage, Gepäck und Transport desselben, Trinkgelder, Provision und Porto für Postanweisungen zusammen einen Betrag von Thalern . . . . . zu bezahlen habe, und daß er sich dafür Folgendes zu leisten verpflichte: Er soll in Hamburg, Bremen, Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam, Havre, Harwich, Hull, Liverpool, Leith, Glasgow, Queenstown, Cork, Londonderry, Belfast, Dublin, Galway, Sligo, Limerick, Waterford, Kinsale, Bristol, Plymouth, Southampton, Portsmouth, Dover, Ramsgate, Gravesend, London, Boulogne, Dieppe, Cherbourg, Brest, Nantes, Bordeaux, Marseille, Genua, Neapel, Triest, Fiume, Venedig, Ancona, Civitavecchia, Livorno, Gibraltar, Malta, Alexandrien, Constantinopel, Smyrna, Beirut, Jaffa, Port Said, Suez, Aden, Bombay, Madras, Calcutta, Singapore, Batavia, Sydney, Melbourne, Adelaide, Port Adelaide, Hobart Town, Launceston, Port Phillip, Geelong, Portland, Port Fairy, Warrnambool, Port Albert, Port Macquarie, Newcastle, Brisbane, Maryborough, Rockhampton, Auckland, Wellington, Nelson, Lyttelton, Dunedin, Invercargill, Port Chalmers, Hokitika, Greymouth, Westport, Napier, Gisborne, Wanganui, New Plymouth, Taranaki, Auckland, Kaipara, Tauranga, Thames, Coromandel, Whangarei, Hokianga, Kawau, Kaipara, Manukau, Waitemata

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Beilage zu Nro. 136.) 9. Juni 1849

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 8. Juni. In der heutigen Sitzung der Verfassunggebenden Versammlung des Freistaats Frankfurt kamen vor: 1) Wahl eines Ausschusses für Begutachtung der Rückäußerung des Senats, die Uebergriffe des Militärs betreffend. 2) Dringlicher Antrag von Herwig: den Senat wiederholt zu ersuchen, die Septembergefangenen gegen suratorische Caution der Haft zu entlassen, und von ihm Rückäußerung bis zur nächsten Sitzung zu verlangen. Die Dringlichkeit wird ausgesprochen und nach kurzer Discussion zwischen Dr. Jucho, der die Mörder des Generals v. Auerswald nicht entlassen will, Dr. Kugler und Dr. Reinganum wird auf des Letzteren Vorschlag der Antrag dahin abgeändert, den Senat zu ersuchen, bei dem Appellationsgericht die geeigneten Schritte hierfür zu thun. 3) Der Präsident trägt darauf an, zur Berathung der von letzter Tagesordnung rückständigen Gegenstände am Samstag Sitzung zu halten. Nach einigen Bemerkungen von Dr. Goldschmidt, Dr. A. Friedleben, Dr. J. Friedleben und Dr. Barrentrapp wird dies beschlossen. 4) Fortsetzung der Berathung des Verfassungsentwurfs. Fünfter Abschnitt. Von dem Regierungsrathe. Dr. Reinganum erstattet den allgemeinen Bericht über den Abschnitt und die Motive der Anträge; Dr. Stein will die Artikel 97 und 104 zum gemeinschaftlich behandelt wissen, was angenommen und hiernach zur speciellen Berathung übergegangen wird. Artikel 97. „Die vollziehende Gewalt und die Staatsverwaltung ist einem Regierungsrathe von sieben Mitgliedern übertragen." Senator Hessenberg und cvent. Dr. Binding stellen folgendes Minoritätserachten: „Die vollziehende Gewalt und die Staatsverwaltung ist einem Regierungsrathe von vierzehn Mitgliedern übertragen." Art. 104 lautet: „Die Amtsdauer des Regierungsrathes ist auf fünf Jahre festgesetzt. Der Antritt des Amtes erfolgt regelmäßig am ersten September des Wahljahres." Nachdem Dr. Reinganum und Sen. Hessenberg das Majoritäts- und das Minoritätserachten begründet hatten, entwickelt Schöff Souchay in einem langen Vortrage ein weites Minoritätserachten, das alle 22 Artikel des Abschnittes umfaßt, und woraus man hauptsächlich vernimmt, daß ein Regierungsrath von 28 Mitgliedern beantragt wird, wovon die eine Hälfte besoldet und lebenslänglich, die andere unbesoldet und für sieben Jahre angestellt werden soll. Unterstützt wird der Antrag von Bürgermeister Cöster, der sich rücksichtlich der Zahl dem Minoritätserachten Hessenberg anschloß. Dr. J. Friedleben, Dr. Reinganum und Dr. Supf bekämpfen beide Minderheitsgutachten. Um 1 Uhr wird die Berathung abgebrochen und ihre Fortsetzung auf nächsten Montag den 11. Juni angesetzt.

Wien, 5. Juni. Die Cholera hat schon mehrere Opfer hingerafft und der Volksglaube verknüpft die unliebsamen Wochenbetten mit dieser ihnen überall nachfolgenden bösen Seuche. — Heute wurde ein reicher Bürger, der von seinem eigenen Schwager denuncirt worden war, zu achtjähriger Kerkerstrafe begnadigt, weil, wie es in der Motivirung des Urtheils heißt, die Anzeige nicht aus Pflichtgefühl und loyaler Absicht, sondern offenbar, um in Folge häuslichen Zerwürfnisses einer niedrigen Rachsucht durch den strafenden Arm der Gesetze Befriedigung zu verschaffen, geschehen ist. Er hatte nicht nur Waffen verheimlicht, sondern auch Kossuth's Büste bekränzt und Jellachich's Bild an einen Galgen genagelt, was sein Schwager, der sehr gutgesinnt ist, schnell anzeigte. So steht es bereits um die Moralität Wiens und es wird noch ärger kommen, wenn dem elenden Spitzelunwesen nicht ein baldiges Ende gemacht wird. Die Gastwirthe wollen ebenfalls gegen die ihnen zugemuthete Rolle, ihre Gäste auszuspionieren, Protest einlegen. Auf der Börse wurde heute das Mäkeln mit Silbergeld durch Polizei verhindert; wird das Metallgeld dadurch billiger werden?

Heute Morgen um 8 Uhr war große militärische Feierlichkeit am Burgplatze. Mehrere Soldaten des dritten Jägerbataillons und des Kürassierregiments Prinz Leopold erhielten die Tapferkeitsmedaille. Der Kaiser schmückte höchstigenhändig die Brust der Ausgezeichneten mit dem Ehrenzeichen und sprach mit jedem Einzelnen freundliche Worte der Aufmunterung und des Dankes. (Lloyd.)

Die Truppen des Banus haben die Theiß überschritten und bedrohen Peterwardein. Venedig brennt an mehreren Punkten, hat sich jedoch noch nicht ergeben.

Aus Preßburg wird geschrieben, daß Kossuth bereits in Pest eingetroffen sei, und vom Balkone des Rathhauses daselbst wieder eine seiner fulminanten Reden gehalten habe. Er soll bei dieser Gelegenheit den ungarischen Königsmantel getragen haben. Die Krone des heil. Stephan hatte er auch bei sich, ließ dieselbe aber nach Ofen schaffen. Da die sonst übliche feierliche Kistenöffnung unterblieb, so zweifelt man, daß die Krone wirklich in der Kiste sei. Dem Landfrieden scheint der Agitator übrigens nicht zu vertrauen, da er nach 48stündigem Aufenthalte von Pest wieder nach Debrezin eilte. — Die Russen haben ihr Lager auf der Sauhaide wieder verlassen und sind auf der Insel Schütt eingezogen. Einer der ehemaligen Commandanten der Festung Leopoldstadt, Banus Medasy, und der Oberartillerist sind zum Tode verurtheilt. Die Cholera läßt etwas nach.

Dem „Soldatenfreund" schreibt man aus Essegg unterm 1. Juni Folgendes: Das Armeegeneralcommando mit der Cavalleriebrigade Jesevary, Wallmoden und Harbegg-Kürassiere in Mitrowitz, das Ueberschreiten der Donau bei Stanlament durch unsere Truppen, deutet auf den Beginn der Operationen, und es muß vorerst Perczel mit seinen Schaaren vertrieben werden, um Peterwardein größere Aufmerksamkeit zu schenken. Man behauptet, daß die Nebenen Zuzüge aus Ofen erhalten sollen, dagegen Bem nach Siebenbürgen — wo es mit der ungarischen Union schimm steht, weil die Romanen der magyarischen Willkür ernstlich die Stirne bieten — abgezogen sein soll, um sich den eingedrungenen Russen entgegen zu stellen. Durch Bem's Abzug hört die Cernirung Temesvars auf.

Semlin, 30. Mai. Gestern Nachmittag traf Se. Exc. der Ban Jellachich von Ruma hier ein. Er stieg im Militärcommandogebäude ab, und begab sich sogleich zum Patriarchen, mit welchem er eine lange Conferenz hielt.

= **Berlin**, 7. Juni. In der großen Frage: „Wähler oder Nichtwähler?" wäre nun, wie es heißt, das erste Votum öffentlich abgegeben: Grabow und der Magistrat von Prenzlau haben erklärt, das neue Wahlgesetz nicht vollziehen zu wollen. Bezeichnend genug für unsere Verhältnisse ist es, daß grade Grabow diesen Schritt thut. Wozu aber wird es führen? wird es mehr sein, als eine schwache Wiederholung des Steuerverweigerungsbeschlusses so vieler Magistrate und Stadtverordneten? Schwerlich, ja wir glauben, es wird ein passiver Widerstand in der äußersten Verdünnung sowohl nach der Kraft als der Zahl der Protestirenden werden, wir glauben, Herr Grabow wird wenig Nachfolger finden und Niemand mehr als die Reaction wird sich die Hände reiben, weil es ihr dadurch gelingen muß, eine Anzahl Männer von gemäßigter Gesinnung auf die nächste Zeit unmöglich zu machen. Zwar die echten, zumal die mundfertigen Demokraten stellen das Nichtwählen als Axiom hin, als etwas Unfehlbares, Nothwendiges, ein untrügliches Mittel, das ihnen den Sieg im Umdrehen in die Hände spielen müsse, so sehr, daß Viele meinen, die einzige Mühe werde sein, sich bis zu geeigneter Zeit diejenigen zu merken, welche wählen; allein Sie können versichert sein, daß hinter all' diesen Worten sehr wenig Energie steckt und möglicherweise werden grade die Demokraten sehr eifrig wählen. — Mit der in meiner letzten Correspondenz verheißenen Freilassung der Maigefangenen ist es nichts geworden, obwohl Gerichtspersonen, denen die Kenntniß des Gangs der Untersuchung vollkommen beiwohnte, es aufs Bestimmteste versicherten. Welche neue Verdachtsgründe aufgefunden sein mögen, ist noch nicht bekannt. Inzwischen ist eine Veränderung in der Lage der Gefangenen und eine vorläufige Beseitigung des Competenzconfliktes zwischen den Militär- und Civilbehörden durch Versetzung der Angeklagten in die viel leichteren und erträglicheren Hausvoigteigefängnisse und Ueberweisung der Untersuchung an eine eigene Commission eingetreten. — Nachdem während einiger Tage durch die Schlag auf Schlag die Verfassung betreffenden Publicationen eine Hebung des politischen Interesses sich bemerklich gemacht hatte, ist auf diese kurze Flutz jetzt schon wieder die totale Ebbe des Indifferentismus gefolgt. Die Stadt ist ungefähr so politisch lebendig wie 1839, wo man die politischen Köpfe mit der Laterne suchen konnte. Aus Gewohnheit, aber völlig abgestumpft fragt man wohl noch nach Neuigkeiten aus Ungarn, Baden, der Pfalz, Jütland u. s. f. Die Antwort falle aber, wie sie wolle: die gleichgiltig gegebene wird ebenso gleichgiltig entgegengenommen. Höchstens wird ein armseliger Witz gerissen; man muß ja doch über etwas sprechen. Die Wenigen, die sich die Dinge noch wie früher zu Herzen nehmen, werden gehänselt und ausgelacht. Der Vorsehung und dem Ministerium, der Nothwendigkeit und dem General Wrangel, der überall in Kupferstichen, Gemälden, bald und ganz erhabenen Arbeiten zu haben ist und von der sonst auf die Märzerrungenschaften so stolzen Schützengilde als „Vater Wrangel" ein Hurrah erhalten hat, dieser wichtigen, heiligen Allianz, gegen die jedes ernstliche Widerstreben aufgegeben ist, wird Alles überlassen. Sie werden's wohl machen oder übel, wie's nun sei, sie werden's machen. Dies unter der afrikanischen Hitze und Wiederbeginn der Cholera die geistige Physiognomie Berlins. Auch die heute circulirende, als gewiß angebene Nachricht von der definitiven Ablehnung Baierns (Y) in Bezug auf den Entwurf der drei Königreiche hat so gut wie gar keinen Eindruck gemacht. Bequemlichkeit und Freiheit werden die Tugenden des Tages, und bald wird es schwer sein, zu sagen, was mehr demoralisirt: die frühere Anarchie oder — diese Ruhe. Möchte sie wenigstens die Ruhe eines vorübergehenden Krankheitszustandes sein, ein Vorläufer gesunder Thätigkeit. Traurig, wenn sie das nicht wäre! — Bemerkenswerth bei den Quellen des Blattes ist die Kritik, die in dem heutigen Abendartikel der „Reform", betitelt: „Die Stellung Preußens. No. II." über die bayerische Erklärung enthalten ist. Eine bittere, fast verächtliche Kritik ist es. Preußen hat die Geduld verloren, es fordert wenigstens Gründe der Ablehnung, die sich hören lassen. Auf dem Wege dieser Kritik liegt eine selbstständige, kräftige Politik und hier wenigstens, ja wohl in ganz Preußen und noch über seine Grenzen hinaus, wird man nur tadeln, daß dieser Weg nicht früher betreten worden. Von Beitritten zum Bündniß der Drei sprechen mehrere Zeitungen, auch die „Deutsche Reform", aber diese noch nicht so, als ob sie der Sache ganz sicher wäre. Der „Staatsanzeiger", auch der heute Abend ausgegebene, schweigt.

‡ **Berlin**, 7. Juni. Unser Publikum sieht heute begierig an allen Ecken, um eine neue Bekanntmachung des General v. Wrangel zu lesen, worin derselbe mit Rücksicht auf die wiederholten Waffenabnahmen einen neuen und letzten Termin zur freiwilligen Abgabe bis zum 8. d. M., Abends 10 Uhr, festsetzt. Alle Militair- und Schutzmannswachen seien zur Empfangnahme angewiesen, ohne nach der Ursache der bisherigen Verzögerung fragen zu dürfen. Nach jenem Termine werde jeder, der noch im Besitz von Staatswaffen sei, zu Folge Verfügung vom 10. Mai d. J. vor ein Kriegsgericht gestellt werden. — Gestern Abend fand die fünfte Generalversammlung des Treubundes für König und Vaterland im Saale des Gesellschaftshauses bei einer unerträglichen Hitze und unter großem Gedränge statt. Unter den patriotischen Gesängen, welche wie gewöhnlich unter Musikbegleitung gesungen wurden, befand sich auch eines mit dem Eingang: „Noch ist Preußen nicht verloren". Am Eingange wurden schwarz-weiße Cocarden, das Stück zu 1 Sgr., verkauft.

Die Königin von Griechenland ist gestern Nachmittag um 3 Uhr nebst Gefolge nach Oldenburg abgereist. Der Prinz von Oldenburg, der Bruder der Königin, war in ihrer Begleitung.

□ **München**, 7. Juni. Was wir in unserm vorgestrigen Briefe bereits als das allein Voraussichtliche bezeichnet hatten, ist seitdem eingetroffen. Es gibt unter zehn Menschen wenigstens acht, die sich aufs Aeußerste hüten, eine Meinung zu äußern, auch wenn sie eine haben, nur um nicht einer solchen Aeußerung treu bleiben zu müssen. Man will den Ereignissen nicht vorgreifen, sie sogar in aller Ruhe abwarten; aber schimm, wenn zu gut gleichwohl eine Täuschung, eine Treulosigkeit zu Tage käme. Die Detroyirungesucht ist vorüber, aber nicht der Groll gegen die regierenden Regierungen, weil man überzeugt ist, bei einiger Geschicklichkeit der Reichsgewalt würde es gar nicht daran gefehlt haben, daß der erste Reichstag mit der Reichsverfassung die nämlichen Veränderungen und noch andere vorgenommen haben würde, die man in Berlin vorgeschlagen hat. Das Geschehene läßt sich nicht ändern. Also jetzt dem Ziele rasch und aufrichtig entgegensteuern, damit die Ereignisse nicht zuvorkommen. — München weiß heute zum Glück nichts von Politik. Nicht einmal Wien angenommen, feiert bekanntlich das fromme München unter allen Städten des katholischen Deutschlands das Fronleichnamsfest mit dem größten Aufwand an kirchlicher Pracht und Herrlichkeit. Auch das darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß das Münchner Fronleichnamsfest schon oft als Kern zu einer großartigen Parteidemonstration benutzt worden ist. Wir können uns täuschen, allein wir glauben bestimmt versichern zu können, daß die Kirche auch heute eine politische Rolle zu spielen nicht verschmäht hat. Sie stellt sich in der ultramontanen hier so mächtigen Partei voran im Kampfe für das Königthum. Adel und Bureaukratie, von der bewaffneten und unbewaffneten Bürgerschaft gar nicht zu reden, wetteiferten mit dem Hof, die Gegenwart des Königs in der Kirche und seine Theilnahme an der großen Prozession zu einem Ereignisse zu machen. Alles ging in der schönsten Ordnung, Achtung gebietend, vorüber und nur eine heiße Sommersonne machte dem Zug und der unübersehbaren Zuschauermasse die Aufgabe etwas schwer, obschon die Feier um eine Stunde früher als gewöhnlich stattfand und gestern Abends ein erfrischender Regen gefallen war.

Dresden, 7. Juni. Hier ist folgende Bekanntmachung erschienen: Die in Ober- und Mittelitalien thatsächlich bestehenden revolutionären Regierungen haben, wie zur Kenntniß des unterzeichneten Ministeriums gekommen ist, die Veräußerung der im Vatican und andern öffentlichen Museen zu Rom und Venedig befindlichen Kunstschätze beschlossen; es ist jedoch von den legalen Regierungen jener Staaten gegen diese Maßregel protestirt, auch im Kaiserthum Oesterreich der Verkehr mit dergleichen Kunstgegenständen überhaupt, insbesondere aber auch deren Ein-, Aus- und Durchführung verboten und dabei verordnet worden, daß, wo immer solche Gegenstände vorkommen sollten, dieselben ohne jeden Anspruch des Besitzers auf Entschädigung von den Behörden aufgegriffen und in Verwahrung genommen werden sollen. Die Erhaltung dieser Kunstschätze in ihrer Vereinigung an bestimmten, der allgemeinen Betrachtung und dem Studium der Künstler zugänglichen Orten ist ein Gesammtbedürfniß aller Nationen und Niemand, der diese Schöpfung genialer Begeisterung in ihrem wahren Werthe für die höchsten Interessen der Menschheit zu erkennen vermag, wird — ohne alle Rücksicht auf einen politischen Parteistandpunkt — dazu beitragen wollen, sie durch Zersplitterung in einzelnen Privatsammlungen der allgemeinen Benutzung unzugänglich zu machen, und dadurch als Gemengut der gebildeten Welt zu vernichten. Darf daher das Ministerium des Innern hoffen, daß sich in Sachsen ohnedies Niemand dabei betheiligen werde, so hat es doch nicht unterlassen wollen, den erfolgten Widerspruch der legalen Regierungen und die im österreichischen Kaiserstaate deßhalb getroffenen Maßregeln zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, und dadurch vor dem Ankaufe solcher Kunstwerke, der leicht nachtheilige Folgen

Es war heute kühler Morgen, und schwerer als gestern fiel es mir, aufzustehen.

Ich ging zum Bahnhof, um mir eine Zeitung zu kaufen. Ich hatte Glück, denn ich bekam noch eine. Ich ging in den Wartesaal und setzte mich an einen Tisch. Ich bestellte mir Kaffee und Brötchen. Ich las die Zeitung und trank Kaffee. Ich aß Brötchen und las die Zeitung. Ich las die Zeitung und aß Brötchen. Ich trank Kaffee und las die Zeitung

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Extra-Beilage zu Nro 136.) 9. Juni 1849

†* **Frankfurt**, 9. Juni. Aus zuverlässiger Quelle wir im Stande, nachstehende auf die königl. preußische e vom 28. Mai d. J. erfolgte Rückäußerung des Mi- prändenten des Reichsministeriums mitzutheilen:

Der Unterzeichnete ist von Sr. kaiserl. Hoheit dem herzog-Reichsverweser beauftragt, der königl. preußischen gierung durch die gefällige Vermittlung des interimisti- n königl. Bevollmächtigten, Herrn g heimen Legations- ts v. Kamph, von den Ansichten und Erwägungen ntniß zu geben, zu welchen Se. kaiserl. Hoheit in dem ehrten Schreiben vom 1. l. Mts. mitgetheil- Erlasse des königl. Ministerpräsidenten Herrn Grafen Brandenburg vom 28. v. Mts. Anlaß gefunden haben. Gerne ist der Erzherzog Reichsverweser bereit, die Aeu- ungen des Schreibens vom 24. v. M., zu welchen nur in ein Grund vorlag, wenn die königl. Regierung Ihn ingend einer Weise von seinem Posten zu verdrängen achte einem bloßen Mißverständnisse zuzuschreiben. Be- igt durch die Versicherung, daß ein solcher Gedanke der igl. Regierung fern gelegen habe, verzichtet Se. kaiserl. heit auf eine nähere Berufung an den thatsächlichen rgang der Verhandlungen, welche jene Aeußerung ver- geführt haben da eine derartige Erörterung einen Ver- il für das öffentliche Interesse nicht erwarten läßt. Für richtige Auffassung dieser Verhandlungen genügt es, ten Zweifel darüber entstehen zu lassen, daß der Reichs- weser, so dringend Er auch Sr. Maj. dem Könige von ußen gleich anderen Bundesfürsten auf die Nothwendig- aufmerksam machte, zeitige Vorsorge für den Fall seines orstehenden Rücktritts zu treffen, sich doch niemals mit ner Stellung und Ueberzeugung in Widerspruch gesetzt t, mit welcher ein Ansuchen an Se. Majestät um Ueber- hme der Centralgewalt so wenig vereinbar sein konnte, s überhaupt eine nicht von den Regierungen ausgehende bertragung dieser Gewalt an Preußen.

„In jeder Hinsicht müssen aber Se. kaiserl. Hoheit Werth rauf legen, sich gegen die Standhaftigkeit der Folgerun- n auszusprechen, welche die königl. Regierung hinsicht- h der rechtlichen Stellung der Centralgewalt seit Auf- ung der Nationalversammlung aus den Artikeln 4 und des Gesetzes vom 28. Juni 1848 in der Note vom 28. M. so wie schon bei anderm Anlasse abgeleitet hat. ls Bewahrer der einzigen für ganz Deutschland gemein- men Autorität hoffe der Reichsverweser seiner schweren fgabe in erhöhtem Maße genügt zu haben, als Er auch ch der beklagenswerthen Erschütterung, welche diese Auto- tät durch die Selbstauflösung der Nationalversammlung ihrer rechtlichen Grundlage erleiden mußte, den Rechts- sammenhang sowohl des grundgesetzlichen Bundesver- ltnisses, als der an die Stelle der Organe des Bun- s getretenen gemeinsamen Executivgewalt, so viel an m war aufrecht zu halten sich entschloß. Neben diesen chsten Interessen konnte die weit entlegenere Schwierig- it der Frage, wie es bei Unterbrechung der Gesammtver- tung der Nation mit der Verantwortlichkeit der Reichs- inister und mit der Bestätigung etwa vorkommender völ- rechtlicher Verträge zu halten sei, zunächst nicht in Be- acht kommen; und ohne Zweifel wird die preußische Re- erung bereitwillig zugeben, daß ein vorläufig nur zwischen ei Bundesregierungen abgeschlossenes Bündniß ebensowe- g für die von der Nationalversammlung errichtete Ge- mtexecutive, wie für das Organ des Bundesverhältnisses fort einen Ersatz gewährte. Deutschland ist augenblicklich mehrere Gruppen von Staaten getheilt, welche die Mit- l und Wege zu neuem Aneinanderschließen suchen, und s diese Bestrebung gelungen sein wird, muß der Reichs- weser die Erhaltung des allein noch bestehenden gesetz- den Einigungspunktes als den wichtigsten Gegenstand iner Sorge betrachten. Die deutschen Regierungen haben on selber, ungeachtet der Verschiedenheit ihres Verhält- sses zur Verfassungsfrage, übereinstimmend in dieser Ueber- ugung bestärkt. Außer Preußen haben noch andere Staaten e Nationalversammlung für nicht mehr rechtlich bestehend er- ärt, sie haben aber an diese Nichtanerkennung nicht die Folge knüpft, daß dadurch auch der rechtliche Bestand der Cen- algewalt aufgehoben und derselben die ihr gebührende nterstützung nicht länger zu gewähren sei. Alle diese Re- erungen, auch Preußen selbst, haben ihre nur auf dem runde des Gesetzes v. 28. Juni v. J. ruhende Betre- ng durch Bevollmächtigte bei der Centralgewalt fortdauern lassen. Da endlich Preußen noch gegenwärtig ausdrücklich ausspricht, daß das von ihm geleitete Bündniß in die Befug- isse der Centralgewalt als des bisherigen leitenden Or- ans des Bundes, nicht eingreifen, vielmehr deren Rechte ollständig wahren werde, — der Centralgewalt aber für ie Ausübung jener Befugnisse kein anderer Organismus ls das Reichsministerium zu Gebote steht, so scheint dem nterzeichneten auch aus diesem Grunde der von der Ver- ntwortlichkeit der Reichsminister hergenommene Einwand ehrt zu beweisen, als in der Absicht der königl. Regie- ung liegen kann.

„Wenn die Note des Herrn Grafen v. Brandenburg fer- er darauf hinweist, daß die Centralgewalt factisch nicht ehr über die Mittel zu verfügen habe, welche die Erfül- ung ihres Berufes in den gegenwärtigen Kämpfen erfor- ert, so erachten Se. kaiserl. Hoheit die freimüthige Er- egnung für gestattet, daß die königliche Regierung sich hier egenüber der Centralgewalt, deren Anspruch auf die Un- erstützung der Regierungen selbst nach der jetzigen Ansicht Preußens über ihre Stellung unverloren ist, eines Argu- mentes bedient, welches sie sich selber geschaffen hat und in jedem Augenblicke mit der in voller Rüstung stehenden Macht Preußens zu entkräften im Stande ist.

„Nur von dieser Auffassung der Verhältnisse und von der gleichen Rücksicht auf die Interessen aller Theile Deutsch- lands ausgehend, konnte der Reichsverweser sich die Frage stellen, ob das zwischen Preußen, Sachsen und Hannover abgeschlossene Bündniß die Niederlegung Seines Amtes zu erleichtern, die entgegenstehenden Bedenken zu beseitigen geeignet sei. Es liegt unstreitig in dem Rechte Sr. kaiserl. Hoheit, die doppelte Prüfung anzustellen, ob nach der Na- tur föderativer Staatseinrichtungen und nach den ausdrück- lichen Bestimmungen des Art. XI. der Bundesacte ein en- geres Bündniß, dessen Zwecke in denjenigen der Gesammt- heit enthalten sind, für berechtigt zu gelten Anspruch habe, und ob nicht die Zwecke jenes Bündnisses sicherer und all- gemeiner durch entschiedenes Zusammenwirken Preußens mit der Centralgewalt hätten erreicht werden können. In der Reinheit seiner patriotischen Gesinnung und in der aner- kennendsten Würdigung der Beweggründe Preußens findet sich jedoch der Erzherzog Reichsverweser zu der Erklärung bestimmt, daß Er Seinerseits weder die Berechtigung zu dem fraglichen Bündnisse zu bestreiten, noch der weiteren Ausdehnung desselben irgend ein Hinderniß in den Weg zu legen, vielmehr diese Frage der Verhandlung zwischen Preußen, Namens der verbündeten Regierungen und den übrigen deutschen Bundesstaaten unbirrt zu überlassen ge- sonnen ist. Welches auch der endliche Ausgang sein möge, Se. kaiserl. Hoheit werden jederzeit auf das Freudigste den Augenblick begrüßen, wo die Niederlegung des von Ihnen ausgeübten Amtes nicht wie noch gegenwärtig als ein Zei- chen und vielleicht eine neue Ursache tiefgehender Spaltun- gen, sondern als die Bekräftigung einer neu begründeten Einigung erscheinen wird.

„Der Unterzeichnete bittet den königl. Herrn Bevoll- mächtigten, gegenwärtige Mittheilung an seine hohe Regie- rung zu befördern, und er hat die Ehre, mit diesem Er- suchen die Versicherung vorzüglicher Hochachtung zu ver- binden.

Frankfurt a. M., den 7. Juni 1849.

Der Präsident des Reichsministerrathes
(gez.) Wittgenstein."

An den interimistischen königl. preußischen Bevollmächtigten Herrn geheimen Legationsrath v. Kamph hier"

Neueste Nachrichten.

** **Paris**, 7. Juni. Die heutigen Blätter bringen endlich die langerwartete und vielbesprochene Botschaft des Prä- sidenten der Republik. So viel man heute schon wahr- nehmen Gelegenheit hatte, war der Eindruck, den sie machte, kein günstiger. Sie ist ziemlich farblos, nichts weiter, als eine lange Auseinandersetzung der gegenwärtigen Lage und hierbei vermeidet sie sorgfältig, irgend etwas Positives auszusprechen, wodurch etwa für die Regierung in den Fragen, welche in dem gegenwärtigen Augenblick in Europa sich bekämpfen, eine bestimmte Verpflichtung entnommen werden könnte. In dieser Beziehung ist die allgemeine Erwartung getäuscht wor- den. Man hatte gehofft, daß die Botschaft der Ungewißheit in Betreff der äußern Politik ein Ende machen, daß die Regierung ihre Ansichten darüber klar und deutlich aussprechen werde: keins von beiden geht aus der Botschaft hervor. Was die innere Politik anbetrifft, so sind in Bezug auf diese vielfache Verbesserungen angekündigt. Im Allgemeinen läßt sich sagen, daß in jenem Document in der innern Politik etwas zu weit in der äußern nicht weit genug gegangen wurde.

Die wesentlichsten Stellen der Botschaft theilen wir nach der „Köln. Ztg." mit, welcher dieselbe auf außerordentlichem Wege zugegangen ist. Es sind folgende:

Meine Herren Repräsentanten! Die Verfassung schreibt dem Präsidenten der Republik vor, Ihnen jährlich die Aus- einandersetzung des allgemeinen Zustandes des Landes vor- zulegen. Ich komme dieser Verpflichtung nach, die mir, in- dem ich Ihnen die Wahrheit in ihrer ganzen Einfachheit, die Thatsachen in demjenigen, was sie Belehrendes haben, vorlege, gestattet, Ihnen auch von meinem früheren Verhal- ten und von meinen Absichten für die Zukunft zu sprechen.

Meine Wahl zum ersten Amte der Republik hatte Hoff- nungen entstehen lassen, die sich noch nicht sämmtlich ver- wirklichen konnten. Bis zu dem Tage, wo Sie sich in die- sem Raume versammelten, genoß die vollziehende Gewalt nicht vollständig ihre verfassungsmäßigen Prärogative. In einer solchen Stellung fiel es ihr schwer, einen ganz sichern Gang einzuhalten. Nichtsdestoweniger bin ich meinem Ma- nifeste treu geblieben. Wozu habe ich mich denn eigentlich verpflichtet, als ich die Stimmen der Nation annahm? Die verwegen angegriffene Gesellschaft zu vertheidigen; eine weise, große, rechtliche Republik zu befestigen; die Familie, die Religion, das Eigenthum zu schützen; alle möglichen Verbesserungen und Ersparungen herbeizuführen; die Presse gegen Willkür und Zügellosigkeit zu schützen; die Mißbräuche der Centralisirung zu vermindern; die Spuren unserer in- nern Zwiste zu verwischen; endlich nach Außen eine Poli- tik ohne Uebermuth, wie ohne Schwäche zu befolgen.

Die Zeit und die Umstände haben mir nicht erlaubt, allen diesen Verpflichtungen nachzukommen; es sind jedoch große Schritte auf dieser Bahn geschehen. Die erste Pflicht der Regierung war, alle ihre Anstrengungen der Herstellung des Vertrauens zu widmen, welches nur unter einer defi- nitiven Gewalt vollständig wiederkehren konnte. Der Man- gel an Sicherheit in der Gegenwart, an Glauben in die Zukunft zerstört den Ertrag, hemmt die Arbeit, vermindert das öffentliche und Privateinkommen, macht die Anleihen unmöglich und die Quellen des Reichthums versiegen. Be- vor man das Vertrauen zurückgeführt hat, würde man umsonst zu allen Creditsystemen, so wie zu den revolutio- närsten Auskunftmitteln greifen; man würde den Ueberfluß nicht da wieder entstehen machen, wo die Furcht und das Mißtrauen von früher die Unfruchtbarkeit erzeugt haben.

Selbst unsere auswärtige Politik konnte nicht unserer frühe- ren Macht entsprechen, bis wir im Innern wieder herge- stellt hatten, was die Stärke der Völker bildet: die Ein- tracht der Bürger, das Gedeihen unser Finanzen. Um die- ses Ziel zu erreichen, hatte die Regierung nur einen festen und entschlossenen Weg zu verfolgen, indem sie Allen zeigte, daß sie, ohne die Gesetzlichkeit zu verlassen, die kräftigsten Mittel zur Beruhigung der Gesellschaft anwenden würde. Ueberall bemühte sie sich auch, den Zauber der Autorität wiederherzustellen, indem sie alle Sorgfalt darauf verwendete, zu den öffentlichen Aemtern Männer zu berufen, die sie für die ehrenhaftesten und die fähigsten hielt, ohne sich an ihre politische Vergangenheit zu kehren.

Um nicht abermals die Gemüther zu beunruhigen, mußte die Regierung die Absicht, den Opfern unserer bürgerlichen Zwiespalte die Freiheit zu geben, verlagen. Bei dem bloßen Worte Amnestie erregte sich die öffentliche Meinung in ver- schiedenem Sinne; man befürchtete die Wiederkehr neuer Ruhestörungen; nichts desto weniger habe ich überall Nach- sicht geübt, wo sie keine Inconvenienzen bot. Die Gefäng- nisse haben sich bereits für 1570 Juni-Transportirte geöffnet, und bald werden die anderen in Freiheit gesetzt werden, ohne daß die Gesellschaft irgend etwas davon zu befürchten hätte; was diejenigen betrifft, die kraft Entscheidung der Kriegsgerichte ihre Strafe in den Bagno's verbüßen, so werden einige von ihnen, die den politischen Verurtheilten gleichgestellt werden müssen, in Zuchthäuser untergebracht werden.

(Nachdem alsdann die inneren Verhältnisse Frankreichs ausführlich behandelt sind, wendet sich die Botschaft zu der auswärtigen Politik:)

Es liegt in der Bestimmung Frankreichs, die Welt zu er- schüttern, wenn es sich bewegt, und sie zu beruhigen, wenn es sich mäßigt. Auch macht Europa uns für seine Ruhe und seine Aufregung verantwortlich. Diese Verantwortlich- keit legt uns große Pflichten auf und beherrscht unsere Lage. Nach dem Februar machte sich der Gegensatz unserer Lage von der Ostsee bis ins Mittelmeer fühlbar, und die Mäu- ner, welche mit an der Spitze der Geschäfte vorhergingen, wagten nicht, Frankreich in einen Krieg hineinzuschleudern, dessen Ende man nicht voraussehen konnte. Sie hatten Recht. Der Stand der Civilisation in Europa gestattet nicht, sein Land den Wagnissen eines allgemeinen Zusammenstoßes preis zu geben, wenn man nicht in ersichtlicher Weise das Recht und die Nothwendigkeit für sich hat. Ein unterge- ordnetes Interesse, ein mehr oder minder bestechender Grund politischen Einflusses genügen nicht. Eine Nation, wie die unserige muß, wenn sie sich in einen kolossalen Kampf ein- läßt, im Angesichte der Welt entweder die Größe ihrer Er- folge oder die Größe ihrer Unfälle rechtfertigen können.

Als ich zur Gewalt gelangte, handelte es sich an mehre- ren Punkten von Europa um gewichtige Fragen. Jenseits des Rheins, wie jenseits der Alpen, von Dänemark bis nach Sicilien, gab es für uns ein Interesse zu wahren, einen Einfluß auszuüben. Aber verdienten dieses Interesse und dieser Einfluß, daß man, um sie energisch aufrecht zu halten, die Gefahren eines europäischen Brandes lief? So stellt sich die Frage; sie ist leicht zu lösen. Von diesem Gesichts- punkte aus hat Frankreich bei allen auswärtigen Angelegen- heiten, welche Gegenstand der Unterhandlungen gewesen sind, welche wir die Revue passiren lassen werden, stets das gethan, was ihm für das Interesse seiner Verbündeten zu thun möglich war, ohne jedoch seine Zuflucht zu den Waffen zu nehmen, diesem letzten Auskunftsmittel der Regierungen.

Sicilien hatte sich vor fast einem Jahre gegen den Kö- nig von Neapel empört. England und Frankreich traten mit ihrer Flotte dazwischen, um den Feindseligkeiten Ein- halt zu thun, welche den Charakter der grausamsten Erbit- terung annahmen, und die beiden Admirale, obgleich, man muß es sagen, England mehr Interesse bei dieser Frage hatte, als Frankreich selbst, vereinigten sich in gemeinsamer Uebereinstimmung, um vom Könige Ferdinand zu Gunsten der Sicilianer eine vollständige Amnestie und eine Verfas- sung zu erlangen, welche ihre legislative und administrative Unabhängigkeit gewährleistete. Sie weigerten sich. Die Ad- mirale, die Vermittlerrolle aufzugeben gezwungen, verließen Sicilien, und bald begann der Krieg von Neuem. Ein wenig später war eben dieses Volk, welches so günstige Bedingungen zurückgestoßen hatte, genöthigt, sich auf Gnade und Ungnade zu ergeben.

Im Norden Italiens war ein ernstlicher Krieg ausge- brochen. Einen Augenblick, als die piemontesische Armee ihre Erfolge bis an den Mincio vorschob, konnte man glauben, daß die Lombardei ihre Unabhängigkeit wieder erringen würde. Die Unentschiedenheit ließ schnell diese Hoffnung schwinden, und der König von Piemont wurde genöthigt, sich in seine Staaten zurückzuziehen.

Zur Zeit meiner Wahl war die Vermittelung Frankreichs und Englands von den kriegführenden Parteien angenommen worden. Es handelt sich nur noch darum, für Piemont die mindest nachtheiligen Bedingungen zu erlangen. Unsere Rolle war angedeutet, sogar geboten. Sich derselben verlagen, hieß einen europäischen Krieg entzünden. Obgleich Oesterreich keinen Unterhändler nach Brüssel, als dem bezeichneten Conferenzorte, geschickt hatte, so rieth doch die französische Regierung Piemont, dem Gelüste zu widerstehen, welches dasselbe zum Kriege verlockte, und einen zu ungleichen Kampf nicht wieder zu beginnen. Dieser Rath wurde nicht befolgt, wie Sie wissen, und nach einer neuen Niederlage schloß der König von Sardinien direct mit Oesterreich einen neuen Waffenstillstand ab.

Obgleich Frankreich nicht für dieses Verfahren verantwortlich war, so konnte es doch nicht gestatten, daß Piemont vernichtet werde, und von der Höhe der Tribüne herab erklärte die Regierung, daß sie die Integrität des Gebietes eines Landes aufrecht erhalten werde, welches einen Theil unserer Grenzen deckt. Von der einen Seite bemühte sie sich, die Forderungen Oesterreichs zu ermäßigen, welches eine Kriegsentschädigung verlangte, die unerschwinglich schien; von der anderen forderte sie Piemont auf, billige Opfer zu bringen, um einen ehrenhaften Frieden zu erlangen. Wir haben allen Grund, zu glauben, daß uns dieses Werk der Versöhnung gelingen wird.

Während sich im Norden Italiens diese Ereignisse zutrugen, verwickelten neue Bewegungen im Mittelpunkte der Halbinsel die Frage. In Toscana hatte der Großherzog seine Staaten verlassen; zu Rom war eine Revolution vor sich gegangen, welche die katholische und liberale Welt lebhaft erschüttert hatte. In der That war man seit zwei Jahren gewohnt, auf dem heiligen Stuhle einen Papst zu sehen, der die Initiative nützlicher Reformen ergriff und dessen Name, in den Hymnen der Dankbarkeit von einem Ende Italiens zum anderen widerhallend, das Symbol der Freiheit war und das Unterpfand aller Hoffnungen, als man plötzlich mit Staunen vernahm, daß der Fürst, sonst das Idol des Volkes, genöthigt gewesen war, heimlich aus seiner Hauptstadt zu fliehen. Auch schienen die Angriffsacte, welche Pius IX. nöthigten, Rom zu verlassen, dem Auge Europa's das Werk einer Verschwörung zu sein, weit mehr als die Bewegung eines Volkes, das nicht in einem Momente vom lebhaftesten Enthusiasmus zur betrübendsten Undankbarkeit übergegangen sein konnte.

Die katholischen Mächte schickten Gesandte nach Gaeta, um sich mit den wichtigsten Interessen des Papstthums zu beschäftigen. Frankreich mußte dort vertreten sein. Es hörte Alles an, ohne seine Verfahrungsweise zu verpflichten. Nach der Niederlage von Novara aber nahmen die Angelegenheiten eine entschiedenere Wendung. Oesterreich, in Uebereinstimmung mit Neapel, das dem Rufe des heil. Vaters folgte, notificirte der französischen Regierung, daß es eine Partei ergreifen müsse, denn diese Mächte seien entschieden, an Rom zu marschiren, um dort rein und einfach die Autorität des Papstes wieder herzustellen.

In die Lage gebracht, uns zu erklären, hatten wir nur drei Mittel anzunehmen: entweder uns jeder Art Intervention mit den Waffen zu widersetzen, und in diesem Falle brachen wir mit dem ganzen katholischen Europa um des einzigen Interesse der römischen Republik willen, die wir nicht einmal anerkannt hatten; oder die drei verbündeten Mächte nach ihrem Belieben und ohne Schonung die päpstliche Autorität herstellen zu lassen; oder aber endlich aus unserer eigenen Bewegung ein directes und unabhängiges Verfahren zu üben. Die Regierung der Republik wählte das letztere Mittel. Es schien uns leicht, den Römern begreiflich zu machen, daß sie, gedrängt von allen Seiten, nur von uns Heil zu erwarten hätten; daß, wenn unsere Anwesenheit die Rückkehr Pius IX. zur Folge hätte, dieser Fürst, sich selbst treu, Versöhnung und Freiheit mit sich zurückführen würde; daß wir einmal in Rom, die Integrität des Gebietes verbürgen würden, indem wir Oesterreich jeden Vorwand rauben, in die Romagna einzurücken. Wir konnten sogar hoffen, daß unsere ohne Widerspruch im Mittelpunkte Italiens aufgepflanzte Fahne ihren schützenden Einfluß über die ganze Halbinsel ausgedehnt hätte, deren Schmerzen alle uns nicht gleichgiltig finden können.

Die Expedition von Civitavecchia wurde daher in Uebereinstimmung mit der Nationalversammlung beschlossen, welche die nöthigen Credite votirte. Sie hatte alle Aussicht auf Erfolg. Die erhaltenen Auskünfte stimmten darin überein, daß zu Rom mit Ausnahme einer kleinen Zahl von Menschen, die sich der Gewalt bemächtigt hatten, die Mehrheit der Bevölkerung mit Ungeduld unsere Ankunft erwartete. Die einfache Vernunft mußte glauben lassen, daß es sich so verhalte, denn zwischen unserer Intervention und jener der anderen Mächte konnte die Wahl nicht zweifelhaft sein. Ein Zusammenwirken unglücklicher Umstände entschied anders darüber; unser Expeditionscorps, wenig zahlreich — denn ein ernstlicher Widerstand war nicht vorgesehen worden — schiffte zu Civitavecchia aus und die Regierung ist benachrichtigt, daß man, wenn es am nämlichen Tage zu Rom hätte ankommen können, ihm mit Freuden dessen Thore geöffnet hätte. Während aber General Oudinot seine Ankunft der Regierung in Rom anzeigte, rückte Garibaldi an der Spitze eines aus Flüchtlingen aller Theile Italiens und selbst des übrigen Europa gebildeten Haufens dort ein, und seine Gegenwart vermehrte begreiflicherweise plötzlich die Stärke der Partei des Widerstandes.

Am 30. April erschienen sechs Tausend unserer Soldaten unter den Mauern Roms. Sie wurden mit Flintenschüssen empfangen. Einige sogar, in eine Falle gelockt, wurden gefangen genommen. Wir müssen Alle das an jenem traurigen Tage vergossene Blut beklagen. Dieser unerwartete Kampf hat, ohne in dem Endzwecke unserer Unternehmung irgend etwas zu ändern, unsere wohlthätigen Absichten gelähmt und die Bemühungen unserer Vermittler vereitelt. (Der in der „Presse" enthaltene Wortlaut der Botschaft weicht wie in mehreren andern Stellen so auch in dieser, welche wir für die wichtigste halten, wesentlich von der des „Moniteurs" ab, ein Beweis, daß noch bis zum letzten Augenblick Veränderungen vorgenommen wurden. Dort heißt dieser Passus: Dieser unerwartete Kampf hat, ohne in dem Endzweck unserer Unternehmung irgend etwas zu ändern, unsere wohlthätigen Absichten gelähmt, und der Frage einen andern Charakter gegeben. Sie kann zur Ehre Frankreichs heute nur noch in Rom ihre Lösung finden.)

Im Norden Deutschlands hatte der Aufstand die Unabhängigkeit eines Staates gefährdet, der zu den ältesten und treuesten Verbündeten Frankreichs gehört. Dänemark hatte die Bevölkerung der Herzogthümer Holstein und Schleswig in Empörung gegen sich gesehen, während diese Bevölkerung doch zugleich die Oberhoheit des gegenwärtig herrschenden Fürsten anerkannte. Die Centralgewalt Deutschlands glaubte die Einverleibung Schleswigs in den Bund beschließen zu müssen, weil ein großer Theil des Volkes deutschen Ursprungs war.

Dieser Beschluß war der Grund eines erbitterten Krieges geworden. England bot seine Vermittelung an, und dieselbe wurde angenommen. Frankreich, Rußland und Schweden zeigten sich geneigt, Dänemark zu unterstützen. Seit mehreren Monaten eröffnete Unterhandlungen haben zu dem Schlusse geführt, daß Schleswig unter der Oberhoheit des Königs von Dänemark, einen besonderen Staat bilden solle. Aber nach Zulassung dieses Princips konnte man sich nicht über die daraus zu ziehenden Folgen verständigen, und die Feindseligkeiten begannen von Neuem. Die Bemühungen der eben genannten Mächte zielen gegenwärtig auf den Abschluß eines neuen Waffenstillstandes, der einem definitiven Vergleiche vorhergehen soll.

Das übrige Deutschland ist durch ernsthafte Ruhestörungen erregt. Die Anstrengungen der Frankfurter Versammlung zu Gunsten der deutschen Einheit haben den Widerstand mehrerer Staaten des Bundes hervorgerufen und zu einem Conflicte geführt, welcher, sich unseren Grenzen nähernd, unsere Wachsamkeit erfordert. Oesterreich, in erbittertem Kampfe mit Ungarn begriffen, hat sich berechtigt geglaubt, die Hilfe Rußlands in Anspruch zu nehmen. Das Einschreiten dieser Macht, der Marsch ihrer Heere gegen den Westen mußten nothwendig die Besorgniß der Regierung, die darüber schon diplomatische Noten gewechselt hat, erregen.

Demnach sind in Europa überall Veranlassungen zu Collisionen, die wir zu heben gesucht haben, ohne dabei jedoch unsere Unabhängigkeit im Handeln und unseren eigenen Charakter aufzugeben.

In allen diesen Fragen sind wir immer in Uebereinstimmung mit England gewesen, welches uns einen guten Willen gezeigt hat, für den wir empfänglich sein müssen.

Rußland hat die Republik anerkannt.

Die Regierung hat mit Spanien und Belgien Postverträge abgeschlossen, welche den internationalen Verkehr erleichtern.

In Amerika hat sich der Staat von Montevideo auffallend mediscirt, nach den Berichten des Admirals, welcher unsere Seemacht in jenen Gegenden befehligt.

Der französische Theil der Bevölkerung ist von einem Ufer des La-Platastromes auf das andere ausgewandert. Diese Wohnungsveränderung ist nothwendig zu berücksichtigen.

Schließlich, meine Herren Repräsentanten, seien Sie überzeugt, daß, wenn alle unsere Unterhandlungen nicht den Erfolg gehabt haben, den wir uns von ihnen versprechen durften, das einzige Gefühl, welches die Regierung der Republik belebt, das der Ehre und des Vortheils Frankreichs ist.

Das ist, meine Herren, die kurz zusammengefaßte Auseinandersetzung des gegenwärtigen Zustandes der Angelegenheiten der Republik. Sie sehen, daß unsere Praeoccupationen ernst, unsere Schwierigkeiten groß sind, und daß uns gegenwärtig, im Innern wie nach Außen, viele wichtige Fragen zu lösen übrig bleiben. Stark durch Ihren Beistand und jenen der Nation hoffe ich nichts desto weniger, mich zu der Höhe der Aufgabe zu erheben, indem ich einen klaren und bestimmten Weg verfolge.

Dieser Weg besteht darin, kühn die Initiative aller Verbesserungen, aller Umgestaltungen zu ergreifen, welche zur Wohlfahrt Aller beitragen, und auf der anderen Seite durch die nothwendig gewordene Strenge der Gesetze die Versuche von Ruhestörung und Anarchie zu unterdrücken, welche das allgemeine Ungemach verlängern. Wir werden nicht das Volk in Täuschungen und Utopien wiegen, welche die Einbildung kraft nur aufregen, um auf Trug und Elend hinauszulaufen. Ueberall, wo ich eine an praktischen Ergebnissen fruchtbare Idee wahrnehme, werde ich sie studiren lassen und, wenn sie anwendbar ist, Ihnen die Ausführung vorschlagen.

Die Hauptaufgabe insbesondere einer republikanischen Regierung ist, aufzuklären und durch die Kundmachung der Wahrheit den trüglichen Glanz zu zerstreuen, den das persönliche Interesse der Parteien in die Augen strahlen läßt. Eine unglückliche Thatsache findet sich auf jeder Seite der Geschichte wieder, die nämlich, daß, je mehr die Uebel einer Gesellschaft wirklich und den Augen der Gutgesinnten offenbar sind, um so mehr eine blinde Minderzahl sich in den Mysticismus der Theorien hineinwirft.

Im Anfange des 17. Jahrhunderts geschah es nicht für den Triumph der unsinnigen Ideen einiger Schwärmer, welche die Bibel zum Text und zum Vorwande ihrer Thorheiten nahmen, daß das englische Volk vierzig Jahre lang kämpfte, sondern für die Suprematie seiner Religion. Eben so wurde nach 1789 nicht der Ideen Baboeuf's oder irgend eines anderen Seelenmannes wegen die Gesellschaft umgestürzt, sondern es galt die Abschaffung der Vorrechte, die Theilung des Eigenthums, die Gleichheit vor dem Gesetze, die Zulassung Aller zu Aemtern.

Wohlan! Auch jetzt ist nicht um der Anwendung unausführbarer Theorien oder eingebildeter Vortheile willen die Revolution vollbracht worden, sondern um eine Regierung zu haben, welche das Ergebniß des Willens Aller, die Bedürfnisse des Volkes besser erkennen und ohne dynast Eingenommenheiten die Geschicke des Landes leiten

Unsere Pflicht ist es daher, zwischen den falschen und wahren Ideen, die aus einer Revolution hervorgehen zu unterscheiden. Nachher, wenn diese Sonderung gesch ist, muß man sich an die Spitze der einen stellen und andern muthig bekämpfen. Die Wahrheit wird sich fe indem man an jede Ansicht sich wendet, indem man zurückweist, ohne es reiflich geprüft zu haben, und n man alles das sich aneignet, was der Prüfung sachverst diger Männer unterstellt ward und die Probe der Erf rung bestanden hat.

Nachdem, was ich eben vorgetragen habe, werden Ih Gutheißung zwei Arten von Gesetzen unterbreitet wer die einen, um die Gesellschaft zu beruhigen und die A brüche zu unterdrücken; die anderen, um überall wirkl Verbesserungen einzuführen. (Nachdem die verschiede Gesetze einzeln aufgeführt sind, schließt die Botschaft m den Worten:)

Das Vorhergehende genügt, meine Herren! ich hoffe, Ihnen darzuthun, daß meine Absichten mit den Ihrig zu einstimmen. Sie wollen, wie ich, an der Wohlfahrt d Volkes arbeiten, das uns gewählt hat, an dem Ruhme, dem Gedeihen des Vaterlandes; wie ich, halten Sie d daß die besten Mittel, dazu zu gelangen, nicht Gewalt List sind, aber Festigkeit und Gerechtigkeit. Frankreich v traut dem Patriotismus der Mitglieder der Versammlu es hofft, daß die im hellen Lichte der Tribune entbü Wahrheit die Lüge vernichten und den Irrthum entwaffn wird. Die ausnahmende Gewalt wird ihrerseits ihre Pf thun. Ich rufe unter die Fahne der Republik und auf d Gebiet der Verfassung alle dem Heile des Landes ergebe Männer; ich rechne auf ihren Beistand und Einsichten, mich aufzuklären, auf mein Gewissen, um mich leiten, Gottes Schutz, um meine Mission zu erfüllen."

Die Interpellationen, welche Ledru Rollin auf heute angekündigt, sind, da er durch Krankheit verhindert wurde, die Sitzung der Nationalversammlung zu kommen, auf Montag verschoben worden.

Ueber die Römischen Angelegenheiten sind immer no die verschiedenartigsten Gerüchte in Umlauf, darunter ein daß Rom nach blutigem Kampf von den Franzosen genom men, ein anderes, daß die Franzosen zum zweiten Mal zurückgeschlagen worden seien. Wie es scheint, hat Lesse vor seiner Abreise von Rom einen Vertrag mit den Triu virn abgeschlossen, dem Oudinot beizutreten sich we gerte. Dieser hat deßhalb zu seiner Rechtfertigung de General Regnaud de Saint-Jean-d'Angely hieher geschick Jetzt ist Corcelles mit neuen Vergleichsvorschlägen nac Gaeta abgesendet worden.

Koblenz, 7. Juni. Morgen wird der commandirend General v. Hirschfeld von hier nach Kreuznach zu de dort aufgestellten Truppencorps abreisen. Am 10. wird ein allgemeiner Feldgottesdienst, am 11. die Aufstellung de ganzen Armeecorps stattfinden, und am 12. soll der An griff auf Rheinbayern beginnen. — So eben trifft das Füsilierbataillon des 29. Infanterieregiments hier ei und wird morgen per Dampfschiff nach Trarbach abgehen

Altona, 6. Juni. Mit dem heutigen Abendzuge trafe hier mehrere verwundete und kranke Soldaten, meisten Hannoveraner und Preußen, so wie auch einige bayerisch Offiziere ein. Vom Norden her wird gemeldet, daß da Bombardement gegen Fridericia unaufhörlich fortdauert.

Cuxhaven, 6. Juni. Als die drei deutschen Kriegs Dampfschiffe am 4. d. Vormittags aus der Weser kamen, sollte drei Kanonenschiffe auf Helgoland gerathen, auch mehrere Flaggen daselbst gehißt worden sein. Das Kriegsdampfschi „Barbarossa" läßt hier kein Fahrzeug passiren, bevor letzte es nicht seine Flagge gezeigt.

Börsenberichte.

Amsterdam, 7. Juni. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 48¹⁵/₁₆. — 3pCt. Schuld 37 ⅞. — 4pCt. do. 75¾. — 5pCt. Anl. 11¹⁵/₁₆. — do. à L. 510 = Stück 11⅞. — 3pCt. int. à 6000 fl. 23¹⁵/₁₆. — Coupon 7⁷/₁₆. — 3pCt. Port 27⅛. — 4pCt. do 25¾. — Russ. 4pCt. bei Hope 90⅛. — do. bei Stieglitz 90⅛. — 5pCt Met. 69. 68¾. — do. 2½pCt. 36⅝.

In holl. Fonds war wenig Handel und auch keine wesentliche Variation. Spez blieben nach einigen Zu und Abnahmen der nahe wie gestern. In Port. war die Stimmung etwas angenehme in Folge der angekündigten Bezahlung von einem der rückständigen Coupons. Russ, Oesterr. und Franz. differiren nicht belang reichs ab. Von Spanien, wenig Nerie. und Peru etwas mehr angeboten.

Paris, 7. Juni. Stand der Rente: 5pCt 8⅞. 8⅝. — 3pCt 50. 90. — Neue 5pCt. Span. 14.— Inn. Sch 24⅛. — Bankactien 2185 — St. Germain-Eisenbahn — — Versailles, rechtes Ufer 175. — Linkes Ufer 155. — Paris-Orleans 745. — Paris-Rouen 500. — Orleans Bordeaux 400 — Orleans Nantes 210. — Rouen Havre 245. — Marseille-Avignon 185 — Strasbourg-Basel 98. 75. — Rordbahn 406 25. — Paris Strasburg 357. 50 — Röm. Anleihen 67¼. 67.

Der ungünstige Eindruck, den die Botschaft des Präsidenten machte und die Ungewißheit über die Lage der Dinge in Rom wirkten nachtheilig auf die Börse und drückten die Course.

London, 7. Juni. 3pCt. Stocks 92. 91⅝. — 5pCt. Span. 16⅛. — Neue 3pCt. —. — 4pCt. Port. —. — 2½pCt Holländ. 49⅛.

Madrid, 2. Juni. 3pCt. 21⅛. 5pCt. 9. 9. 21⅛. — 3pCt. 10⅝. P. 10⅝. G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Müller.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Sonntag (Zweite Extra-Beilage zu № 136.) 16. Juni 1850.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 15. Juni. Die Bundesversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung (der 39.) den Beschluß gefaßt, daß die Bundesregierungen, welche sich an dem Bundesbeschlusse vom 30. Mai d. J. betheiligt haben, ersucht werden sollen, ihre Bevollmächtigten zu einer Conferenz zu ermächtigen, welche in Frankfurt a. M. zusammentreten und sich über die Grundlagen einer Verfassung für das deutsche Bundesgebiet berathen soll. Die Conferenz soll ihre Berathungen mit thunlichster Beschleunigung vollenden und ihre Resultate der Bundesversammlung vorlegen. Die Bundesversammlung wird sodann über die Einberufung der Bundesversammlung in ihrer vollen Wirksamkeit Beschluß fassen. Die Bundesversammlung wird ferner die Regierungen, welche sich an dem Bundesbeschlusse vom 30. Mai d. J. betheiligt haben, ersuchen, ihre Bevollmächtigten zu einer Conferenz zu ermächtigen, welche in Frankfurt a. M. zusammentreten und sich über die Grundlagen einer Verfassung für das deutsche Bundesgebiet berathen soll. Die Conferenz soll ihre Berathungen mit thunlichster Beschleunigung vollenden und ihre Resultate der Bundesversammlung vorlegen. Die Bundesversammlung wird sodann über die Einberufung der Bundesversammlung in ihrer vollen Wirksamkeit Beschluß fassen.

Frankfurt a. M., 15. Juni. Die Bundesversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung (der 39.) den Beschluß gefaßt, daß die Bundesregierungen, welche sich an dem Bundesbeschlusse vom 30. Mai d. J. betheiligt haben, ersucht werden sollen, ihre Bevollmächtigten zu einer Conferenz zu ermächtigen, welche in Frankfurt a. M. zusammentreten und sich über die Grundlagen einer Verfassung für das deutsche Bundesgebiet berathen soll. Die Conferenz soll ihre Berathungen mit thunlichster Beschleunigung vollenden und ihre Resultate der Bundesversammlung vorlegen. Die Bundesversammlung wird sodann über die Einberufung der Bundesversammlung in ihrer vollen Wirksamkeit Beschluß fassen. Die Bundesversammlung wird ferner die Regierungen, welche sich an dem Bundesbeschlusse vom 30. Mai d. J. betheiligt haben, ersuchen, ihre Bevollmächtigten zu einer Conferenz zu ermächtigen, welche in Frankfurt a. M. zusammentreten und sich über die Grundlagen einer Verfassung für das deutsche Bundesgebiet berathen soll. Die Conferenz soll ihre Berathungen mit thunlichster Beschleunigung vollenden und ihre Resultate der Bundesversammlung vorlegen. Die Bundesversammlung wird sodann über die Einberufung der Bundesversammlung in ihrer vollen Wirksamkeit Beschluß fassen.

Frankfurt a. M., 15. Juni. Die Bundesversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung (der 39.) den Beschluß gefaßt, daß die Bundesregierungen, welche sich an dem Bundesbeschlusse vom 30. Mai d. J. betheiligt haben, ersucht werden sollen, ihre Bevollmächtigten zu einer Conferenz zu ermächtigen, welche in Frankfurt a. M. zusammentreten und sich über die Grundlagen einer Verfassung für das deutsche Bundesgebiet berathen soll. Die Conferenz soll ihre Berathungen mit thunlichster Beschleunigung vollenden und ihre Resultate der Bundesversammlung vorlegen. Die Bundesversammlung wird sodann über die Einberufung der Bundesversammlung in ihrer vollen Wirksamkeit Beschluß fassen. Die Bundesversammlung wird ferner die Regierungen, welche sich an dem Bundesbeschlusse vom 30. Mai d. J. betheiligt haben, ersuchen, ihre Bevollmächtigten zu einer Conferenz zu ermächtigen, welche in Frankfurt a. M. zusammentreten und sich über die Grundlagen einer Verfassung für das deutsche Bundesgebiet berathen soll. Die Conferenz soll ihre Berathungen mit thunlichster Beschleunigung vollenden und ihre Resultate der Bundesversammlung vorlegen. Die Bundesversammlung wird sodann über die Einberufung der Bundesversammlung in ihrer vollen Wirksamkeit Beschluß fassen.

Frankfurt a. M., 15. Juni. Die Bundesversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung (der 39.) den Beschluß gefaßt, daß die Bundesregierungen, welche sich an dem Bundesbeschlusse vom 30. Mai d. J. betheiligt haben, ersucht werden sollen, ihre Bevollmächtigten zu einer Conferenz zu ermächtigen, welche in Frankfurt a. M. zusammentreten und sich über die Grundlagen einer Verfassung für das deutsche Bundesgebiet berathen soll. Die Conferenz soll ihre Berathungen mit thunlichster Beschleunigung vollenden und ihre Resultate der Bundesversammlung vorlegen. Die Bundesversammlung wird sodann über die Einberufung der Bundesversammlung in ihrer vollen Wirksamkeit Beschluß fassen. Die Bundesversammlung wird ferner die Regierungen, welche sich an dem Bundesbeschlusse vom 30. Mai d. J. betheiligt haben, ersuchen, ihre Bevollmächtigten zu einer Conferenz zu ermächtigen, welche in Frankfurt a. M. zusammentreten und sich über die Grundlagen einer Verfassung für das deutsche Bundesgebiet berathen soll. Die Conferenz soll ihre Berathungen mit thunlichster Beschleunigung vollenden und ihre Resultate der Bundesversammlung vorlegen. Die Bundesversammlung wird sodann über die Einberufung der Bundesversammlung in ihrer vollen Wirksamkeit Beschluß fassen.

Darmstadt, 9. Juni. Das Verordnungsblatt des großherzogl. Kriegeministeriums Nr. 345 enthält Folgendes:

„Seine königl. Hoheit der Großherzog haben an Ihrem heutigen Geburtsfeste gnädigst beschlossen, 1) den vor dem heutigen Tage von den Militärgerichten zur Festungsstrafe rechtskräftig Verurtheilten einen Theil ihrer Strafen, und zwar, a) wenn die erkannte Strafe in sechs Monaten oder mehr besteht: drei Monate, b) wenn sie in weniger als sechs Monaten besteht: die Hälfte, — sodann 2) den vor dem heutigen Tage von den Militärgerichten zur Arreststrafe rechtskräftig Verurtheilten die Hälfte dieser Strafe zu erlassen, und es sollen diejenigen, welche nicht mehr so viel zu verbüßen haben, als der ihnen erlassene Theil der Strafe beträgt, alsbald in Freiheit gesetzt werden. Seine königliche Hoheit sind durch das brave Benehmen der großh. hess. Truppen in den bisherigen Kämpfen, wodurch dieselben der Geschichte der hessischen Kriegertreue und Tapferkeit ein neues Blatt beigefügt haben, zu dieser Gnadenerweisung bewogen worden, und Sie wollen dadurch eben so sehr eine ehrende Anerkennung dieses Benehmens aussprechen, als denjenigen, welche die gedachten Strafen zu verbüßen haben, Gelegenheit geben, an der Freude über die neue Verherrlichung des hessischen Namens durch ihre braven Kameraden, welchen sie jene Gnadenerweisung vorzugsweise zu verdanken haben sollen, Theil zu nehmen. Se. k. Hoheit erwarten, daß dieselben in diesem erhebenden Gefühle einen mächtigen Antrieb finden werden, durch ihr künftiges Betragen die begangenen Fehler gut zu machen und nach Endigung ihrer Strafzeit dem Beispiel ihrer Kameraden nachzueifern. Die vorstehende Allerhöchste Entschließung ist in allen Regimentern und Corps, sowie in der Militärstrafanstalt alsbald bekannt zu machen und zu vollziehen. Graf Lehrbach."

Gestern Abend eingegangene Nachrichten von der Operationsarmee melden nichts als eine Allarmirung unserer Truppen durch die Badener; letztere wurden ohne Gefecht bis nach Hemsbach zurückgetrieben, worauf erstere nach Heppenheim zurückkehrten. Ungegründet ist das durch ein Blatt verbreitete Gerücht von der Niederlage, welche die Reichstruppen an der Bergstraße am 7. erlitten haben sollen, an welchem Tage dort gar nichts vorfiel, indem der Geschützdonner, den man Morgens in Heppenheim vernommen haben wollte, wenigstens mit einer Bewegung der Reichstruppen nicht zusammenhing, noch vom hessischen Gebiete kam. Die liebe „Mainzer Zeitung" hat aber noch bessere Kunde; sie läßt am 7. Abends „Flüchtlinge aus Darmstadt" in Mainz ankommen und erzählen, „daß die Fürstentruppen bei Weinheim blutig geschlagen worden, daß gleichzeitig eine andere Colonne der badischen Schaaren bis auf 2½ Stunden von Darmstadt vorgedrungen und daß den ganzen Tag Verwundete und Todte auf der Eisenbahn nach Darmstadt gebracht worden seien. In Offenbach, erzählt ein von dort kommender Reisender, könnten keine Verwundeten mehr aufgenommen werden, weil das dortige Lazareth überfüllt sei." Unsere Darmstädter Leser werden diese Gerüchte und Berichte am besten zu würdigen im Stande sein! — Durch Friedberg waren vorgestern 6000 Mann Preußen gekommen, die sich gestern bereits in Vilbel befanden und ihre Quartiermacher nach Frankfurt entsendeten. (Dst. Z.)

F **Hauptquartier Vensheim**, 8. Juni. Diesen Morgen rückten hier stationirende hessische Truppen von hier aus und unter lautem Hoch dem Großherzoge nach Heppenheim vor, während am Nachmittag schon württembergisches Militär, vom Reichsgeneral v. Schäffer und seinem Staade an der Eisenbahn empfangen, einzog. Mecklenburger zogen dem Odenwalde zu; andere Abtheilungen von ihnen kamen diesen Abend in Heppenheim an, besonders Cavallerie. — Die Freischärler hatten, wie es scheint, die zwei ersten Bahnwärter jenseits unserer Grenze als Spione im Verdacht, wenigstens zog eine Truppe auf die Wärterhäuschen zu, um die Bewohner gefangen zu nehmen. Glücklicherweise aber waren diese vorher gewarnt, so daß es ihnen gelang, zu entfliehen.

> **Mainz**, 9. Juni. Das k. k. österreichische und das königl. preußische Musikcorps der hiesigen Besatzung brachten gestern, am Vorabend des Geburtsfestes Sr. k. Hoheit des Großherzogs von Hessen, eine Serenade mit Fackeln dem Dirigenten der hiesigen großherzoglich hessischen Regierung, Herrn v. Dalwigk. Im Dome wurde aus demselben Anlaß heute ein feierliches Amt in Anwesenheit aller Beamten gehalten.

JW **Vor Fridericia**, 5. Juni. Gestern Abend um 10 Uhr versuchten die Dänen unter dem Schutze der Dunkelheit, mit starker Macht einen Ausfall zu unternehmen, um sich einiger von unsern Batterien zu bemächtigen oder wenigstens die Kanonen derselben zu vernageln. Allein unsere Truppen waren sehr wachsam, starke Abtheilungen warfen sich dem Feinde sogleich entgegen, und obgleich dieser den großen Vortheil hatte, das Terrain genau zu kennen, so trieben sie ihn doch bald zurück ohne daß er seinen Zweck zu erreichen vermochte, und verfolgten ihn bis unter die Wälle der Festung. Unser Verlust am gestrigen Tage war im Ganzen 28 Mann Todte und Verwundete, darunter der sich wiederholt schon so ausgezeichnet habende Lieutenant Christiansen von der schleswig-holsteinischen Artillerie und 1 Jägeroffizier. Der Verlust der Dänen ist sicherlich bedeutender gewesen. Die Beschießung von Fridericia wird heute mit vielem Nachdruck wieder fortgesetzt werden. Gestern warfen unsere Geschütze ungefähr hundert Bomben in die Stadt.

Wiesbaden, 8. Juni. Gestern begab sich eine Deputation unserer Radikalen, darunter Snell, Oppermann u. A. nach Biebrich, um dem Herzoge eine Adresse zu übergeben, deren Inhalt auf die Offenburger Beschlüsse hinauslaufen soll. Der Herzog ließ sich in keine Erörterungen über die darin enthaltenen Forderungen ein, sondern verwies die Herren an das Ministerium.

Aus verschiedenen Theilen des Landes sind Deputationen hier anwesend, meist in der Absicht, um auf Zurückberufung des nassauischen Militärs rc. zu dringen. Manche dieser Abgeordneten, die nach den im Lande umlaufenden Gerüchten ganz andere Dinge in Wiesbaden zu sehen erwarteten, als den dermalen herrschenden friedlichen Zustand, sollen sich sehr getäuscht fühlen. Eine ernstliche Bewegung hier hervorzurufen, wäre höchstens dann möglich, wenn sich die Sache in Baden ganz ungünstig wenden sollte. Unsere constitutionelle Partei erstarkt täglich mehr; die Bauern wollen angesichts ihrer üppig gedeihenden Felder nichts von Krawall wissen, und die Kur beginnt in unseren stillen Taunusbädern einen in Betracht der Zeitverhältnisse ganz leidlichen Aufschwung zu nehmen.

Morgen halten unsere Demokraten eine sogenannte „Landesversammlung" in Idstein.

Ueber das Resultat unserer Ministerkrisis verlautet selbst in den bestunterrichteten Kreisen noch gar nichts Bestimmtes. (N. A. Z.)

Schweiz.

Basel, 7. Juni. Es heißt, der schweizerische Bundesrath werde aus Anlaß der Unruhen in Baden militärische Vorsichtsmaßregeln an der Grenze ergreifen. Die „Suisse" will wissen, daß der Beschluß schon gefaßt sei; wie wir hören, sollte der Bundesrath gestern berathen, und es war von Absendung eines Brigadecommandanten (Oberst Frei von Brugg) und Piketstellung von Truppen aus Basselstadt, Baselland und Solothurn die Rede. (Basl. Z.)

Italien.

Das Bombardement Venedigs dauerte die ganze Nacht vom 29. auf den 30. Mai. Zahlreiche Bomben flogen bis in den Mittelpunkt der Stadt.

Rom, 30. Mai. Die Entscheidung naht mit schnellen Schritten. Lesseps hat auf die abschlägige Antwort des Triumvirats eine Note an den Municipalrath gerichtet, in welchem er von diesem, als Erhalter der Stadt und ihrer Monumente, gutwilligen Einlaß für die französischen Truppen verlangte oder dem General Oudinot volle Freiheit zu handeln vorbehält. Der Municipalrath antwortete abschlägig. Auf dieses hin stellte Oudinot folgendes lakonische Ultimatum: „Die französische Armee wird als Freund in Rom einziehen, indem sie die gemachten Vorschläge aufrecht erhält, im entgegengesetzten Falle mit Gewalt. Man gibt 24 Stunden Zeit zur Antwort." Die Assemblea und das Municipium übertrugen nun dem Triumvirat unbedingte Vollmacht, und dieses beschloß: Widerstand zu leisten. Am 30. Nachmittags hatten daher die Franzosen schon alle Verbindungen abgeschnitten, zwei römische Commissäre als Kriegsgefangene zurückbehalten, die Truppen in Bewegung gesetzt und die Batterien in Position gestellt.

Niederlande.

Haag, 6. Juni. In der heutigen Sitzung wurde der zweiten Kammer der Generalstaaten eine königliche Botschaft mitgetheilt, wonach dem Art. 27 des Grundgesetzes zufolge das Einkommen der Krone für die Dauer der Regierung des jetzigen Königs auf 600,000 Gulden jährlich, außer den Einkünften von den Krondomänen, festgestellt wird. Der vorige König hatte ein Einkommen von einer Million Gulden; in der die erwähnte Botschaft begleitenden Denkschrift wird ausgesprochen, die obige Summe sei in Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse des Vaterlandes im Allgemeinen und des Staatsschatzes insbesondere festgestellt worden.

Nachschrift.

Frankfurt, 9. Juni. Die Veranstalter der Versammlung von Parlamentsgliedern der vormaligen Weidenbuschpartei für den 26. Juni haben von Hrn. Becker von Gotha die Mittheilung erhalten, daß die Eingeladenen des freundlichsten Empfangs daselbst, der Einräumung der nöthigen Localitäten und jeder sonstigen Unterstützung gewiß sein könnten. Diese Antwort gibt Hr. Becker, nachdem er sich auch mit dem herzoglichen Staatsministerium in unmittelbare Beziehung gesetzt hat, und zugleich im Namen des Leiters dieses Ministeriums, des Hrn. v. Stein. (D. Z.)

Halle, 6. Juni. Seit einigen Tagen ist hier die Cholera, die seit dem Winter bisher nur in sehr milder Form aufgetreten war und in der letzten Zeit sogar fast ganz aufgehört hatte, wieder in heftigerem Grade ausgebrochen. So bedeutend die Zahl der Erkrankten im Verhältniß zur Zahl der Einwohner ist, so ist die Furcht, welche sich in Folge davon überall verbreitet hat, noch weit größer und hat schon zahlreiche Auswanderungen veranlaßt. (D. Ref.)

Hamburg, 7. Juni. Mit dem heutigen Vormittagszuge ist vom Kriegsschauplatze nur die Nachricht eingetroffen, daß das Bombardement von Fridericia vorgestern noch fortgesetzt wurde.

Wir erfahren, daß, auf Anlaß vorgekommener Gerüchte, demgemäß die schwedische Handelsflagge wegen eines möglichen Friedensbruches zwischen Schweden und fremden Mächten unsicher werden könnte, der hiesige königl. schwedisch-norwegische Generalconsul v. Staël unter dem 1. d. M. von seiner Regierung autorisirt worden ist, öffentlich zu erklären, daß Schweden mit allen auswärtigen Mächten in friedlichen Verhältnissen sich befinde und daß keine Veranlassung vorhanden sei, daß eine Veränderung in dieser Hinsicht eintreten werde. (Börsen-Halle.)

Börsenberichte.

Frankfurt, 9. Juni. Auf das abermalige bedeutende Fallen des Wechselcourses auf Frankfurt zu Wien am 5. d. M. um 3pCt nahmen sämmtliche österreichische Papiere an heutiger Börse einen erneuerten Aufschwung, 5pCt. Met. stiegen um 1pCt, von 72 auf 74 pCt, 2½pCt. Metall blieben 3½pCt, Bankactien 1075 k. G., 500 G. Loose 122½ pCt. G., 250 fl. Loose 74½ pCt. G. Von den übrigen Anlehenslosen waren Kurhess. 40 Rthlr. Loose 26⅝ Rthlr., Bad. 35 fl. Loose auch gesuchter, 25½ fl. G., Darmstädter 25 fl. Loose 21¼ fl., do. 50 fl. Loose 70⅝ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20½ fl., Sardinische Loose 25 Fr., Poln 500 fl. Loose 72½ Rthlr. Süddeutsche sowohl wie belgische Obligationen behaupteten sich auf ihrem gestrigen Standpunkt. Holl 2½pCt. Integr. 49½, pCt. G. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 34½ Rthlr., Berbach 67½ pCt., Köln Minden 77 pCt, Taunus 271 fl. pCt. im Span. bei beschränktem Verkehr ohne Coursveränderung 21½ à ⅝. In sämmtlichen Wechseln zeigte sich auch keine Coursdifferenz sei gestern, nur die Devise auf Wien stieg um 1⅛pCt. von 96 auf 97½ pCt

Wien, 6. Juni. 5pCt. Metall. 89⅝, à ½. — 4½Ct. 71. — 3pCt. —. — 2½pCt. 46⅜. — Bankactien 1118. — 500 fl. Loose 149. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnactien 101¼, ⅜. — Gloggnitzer 101½. — Mailänder 72.

Fonds ohne Veränderung seit gestern im Cours, Actien aller Eisenbahnen gesucht. Devisen und Comptanten sind auch heute abermals begehrt und vergangen. Frankfurt 121½, London 3 Monat 12 fl. 15, Amsterdam 2 Monat 170, Paris 2 Monat 144.

Berlin, 8. Juni. Staatsschuldscheine 78⅔, bez., Seehandlungs-Prämienscheine 100½, etw. bez., Bankantheile 85⅔, bez., Berlin-Hamburg 60⅝, G., Köln-Minden 77 u. 77½, bez., Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 34½, bez., Rhein 41 u. 41¼, bez., Thüring. 49 Br., Russ. 4½Ct. bei Stieglitz 84 G., Poln. 500 fl. Loose 71½, G.

Mehrere Fonds und Eisenbahnactien, besonders auch Prioritäten, waren zu höheren Preisen begehrt; das Geschäft blieb jedoch sehr beschränkt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Malten.

Benachrichtigungen.

[1546] **Amtliche Bekanntmachung.**

Um die Ausführung der in der deutschen Wechselordnung in Betreff der Protesterhebung vorgeschriebenen Bestimmungen sowie der Vorschrift des § 10 des hiesigen Einführungsgesetzes vom 27. März 1849 zu sichern, welches letztere insbesondere vorschreibt:

„die Proteste werden Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr aufgenommen; die Wechselnotare haben die ihnen zukommenden Aufträge schnell und pünktlich zu besorgen,"

wird, in Uebereinstimmung mit der den hiesigen Wechselnotaren deßhalb ertheilten Instruction, zur allgemeinen Nachachtung bekannt gemacht:

„daß die Ablieferungszeit der ausgefertigten Proteste für alle bis um 12 Uhr Vormittags übergebenen Wechsel spätestens auf den folgenden Tag Vormittags 11 Uhr und für alle Nachmittags nach 2 Uhr übergebenen Wechsel auf den folgenden Tag spätestens Nachmittags 3 Uhr festgesetzt wird;"

und ferner:

„daß zur rechtzeitigen Protesterhebung am letzten Protestationstage die Wechsel bis 12 Uhr Vormittags den Wechselnotaren übergeben sein müssen."

Frankfurt am Main, 30. Mai 1849.

Rechnei- und Rentenamt.

[1458] **Taubheit.**

Neue Entdeckung eines Gehör-Instruments, welches an Wirksamkeit Alles übertrifft, was bis jetzt zur Erleichterung dieses Uebels in Anwendung gebracht worden ist. Nach dem Ohre gerichtet, kaum bemerkbar, indem es nur einen Centimeter Durchmesser hat, wirkt dieses kleine Instrument so bedeutend auf das Gehör, daß das mangelhafte Organ dadurch seine Thätigkeit wiedererlangt. Die Kranken können wieder an der allgemeinen Unterhaltung Theil nehmen, auch das Sausen, welches man gewöhnlich verspürt, verschwindet gänzlich. Mit einem Worte, es bietet diese Entdeckung, in Bezug auf diese schreckliche Krankheit, alle nur möglichen Vortheile dar. Die Instrumente können (der Entfernung unbeschadet) bei franco Einsendung einer Anweisung, nebst gedruckter Gebrauchsanweisung, in Silber à 4 Thlr., in vergoldetem Silber à 5 Thlr. und in Gold à 8 Thlr. das Paar verschickt werden. Auf portofreie Anfragen können zahlreiche Atteste über die Wirksamkeit des Instruments eingesandt werden. Man beliebe sich zu wenden an Herrn **Abraham**, Kreyfforte Nr. 585 in Aachen.

Meteorologische Beobachtungen des physikalischen Vereins zu Frankfurt 1849.

Mai u. Juni.	Barometer bei 0° R.			Thermometer R.			Thermograph.		Wasserhöhe des Mains.	Wind.			Wetter.		
	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	Max.	Min.	Rh. F.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.	9 Uhr.	3 Uhr.	10 Uhr.
27	335‴7	335‴5	335‴5	+ 17·0	+ 20·4	+ 14·0	+ 10·5	+ 10·7	1′ 3″	O.	O.	—	bl. bl.	w.	bl.
28	335‴9	335‴5	335‴6	+ 16·3	+ 22·5	+ 14·4	+ 12·4	+ 14·0	1′ 3″	OSO.	O.	O.	bl.	w.	bl. bl.
29	335‴5	334‴6	335‴3	+ 19·4	+ 23·0	+ 13·8	+ 12·2	+ 14·0	1′ 4″	O.	W.	—	w.	t.	bl.
30	336‴1	335‴0	335‴8	+ 15·0	+ 16·5	+ 11·8	+ 11·6	+ 16·9	1′ 4″	N.	N.	—	w.	w.	bl.
31	336‴0	335‴0	335‴8	+ 16·2	+ 20·9	+ 14·0	+ 0·2	+ 21·0	1′ 4″	O.	W.	—	w.	bl.	w.
1	336‴0	335‴6	335‴7	+ 20·3	+ 24·2	+ 16·4	+ 11·9	+ 24·7	1′ 5″	SW.	SW.	—	bl.	w.	bl.
2	335‴7	334‴9	335‴4	+ 19·4	+ 25·0	+ 17·6	+ 14·1	+ 25·0	1′ 4″	O.	NO.	—	w.	w.	t.
M.	335‴8	335‴4	335‴5	+ 18·0	+ 21,8	+ 14·6	+ 11·8	+ 22·3	1 4″						

Am 29. Abends nach 7 Uhr Strichregen; am 2. Nachmittags um 3¼ Uhr ferner Donner in Südwest.

Druck von August Osterrieth.

№ 137. —— Montag —— den 11. Juni —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Gebietstheilen von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Würtemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: C. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23, und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — für England und überseeische Länder: Lopsel u. Comp., Nr. 34. Knoer Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (⅛ Bogen) mit Beilagen oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Expedition dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: C. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23, und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder Lopsel & Comp., Nr. 34. Knoer Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 368; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 764.; 3) Hofcommissär C. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Amtlicher Theil.

Aufruf an das badische Volk.

Zur Bezwingung des Aufruhrs, welcher in Baden gegen die verfassungsmäßige Landesregierung und gegen die Reichsgewalt in Waffen steht, ist die erforderliche Streitmacht zusammengezogen worden, und steht im Begriffe, in das Großherzogthum einzurücken. Die Maßregeln der Strenge, welche den Einmarsch der Truppen begleiten müssen, werden von den zunächst dazu berufenen Behörden verkündigt und unnachsichtlich vollzogen werden. Einwohner Badens! Meiner Pflicht, dem Gesetze Kraft zu verleihen, werde ich genügen. Aber als Hüter des Friedens und Freund des Vaterlandes hege ich zugleich den sehnlichen Wunsch, für eine friedliche Mahnung Gehör bei euch zu finden. Das öffentliche Urtheil hat sich bereits so entschieden gegen die Bewegung in Baden und der Rheinpfalz ausgesprochen, daß ich, wenn ich die im badischen Volke verbreitete Gesittung und Bildung mit dem offenherzigen Charakter dieser verwerflichen und haltlosen Bewegung vergleiche, die Hoffnung nicht aufgeben kann, durch eine Berufung an das Gefühl und die Einsicht der Bürger Badens zur Verhütung unermeßlichen Unglücks beizutragen. Es bedarf nur einer Erstarkung der eigenen edleren Kräfte Badens um dem bevorstehenden unnatürlichen Kampfe zuvorzukommen, oder doch die Reihen der Empörung auf die Wenigen zu beschränken, die auf dem Boden Deutschlands nicht heimisch sind oder sich die Bahn des Rechtes und der Ehre ohne Rückkehr verschlossen haben. Badener! Ihr könnt nicht vergessen haben, daß nicht der gesetzlich ausgesprochene Wille der Mehrheit, sondern das Machtgebot zusammengerafter Volkshaufen den unglückseligen Zustand verschuldet, in welchen Baden und die Rheinpfalz versetzt sind. Euer Glück hängt davon ab, daß dem Ruin eures Wohlstandes ungesäumt Einhalt geschehe; eure Ehre fordert, daß euer sonst so freies und gesegnetes Land den Völkern Deutschlands nicht länger ein drohendes Bild des Verfalls und der Zerrüttung vor Augen stelle. Der Ursprung des badischen Aufstandes entbehrt eben so sehr jedes sittlichen Grundes wie die Handlungen seiner Führer. Keine bürgerliche Freiheit, kein vaterländisches Interesse war in Baden bedroht. Die Bewegung bedurfte der henchlerischen Farce des Kampfes für die Reichsverfassung, damit sie nicht als sinnlos und verbrecherisch selbst von den Verblendetsten durchschaut werde. Statt aber die Reichsverfassung zu fordern, bilden im Gegentheile die maßlosen Uebertreibungen in Baden und der Rheinpfalz das gefährlichste der Hindernisse, welche gegenwärtig noch, zum gerechten Schmerze aller Vaterlandsfreunde, dem großen Ziele einer des deutschen Volkes würdigen Neugestaltung Deutschlands entgegenstehen. Mit Scham und Trauer muß jeder Deutsche, der ein Herz für sein Volk hat, sich von der Erfahrung abwenden, daß nicht äußere Feinde, sondern deutsche Volksstämme am Untergange der theuersten Hoffnungen des Vaterlandes arbeiten. Viele eurer jetzigen Gewalthaber, die das Wort Freiheit im Munde führen, kennen freilich kein Vaterland. Aber das bessere Bewußtsein des Volkes trennt das Vaterland nicht von der Freiheit, und die Söhne Badens werden fühlen, daß es schmählich ist, einer Schaar anzugehören, deren Führer sich nicht scheuen, in einem innern Verfassungskampfe die Hilfe der Fremden anzurufen. Nie und nimmer darf eine solche Schaar es wagen, sich ein Freiheitsheer zu nennen; die allgemeine Entrüstung wird dieser Lüge ihr Recht widerfahren lassen. Badener! ich vertraue fest darauf, daß das Volksgewissen wohl übertäubt, aber nicht auf lange unterdrückt werden kann. Hört auf seine Stimme mehr als auf den Ruf ehrgeiziger Volksschmeichler! Ganz Deutschland erwartet von euch die Rückkehr zu den politischen Tugenden der Mäßigung und des Rechtssinnes, ohne welche kein Fortschritt gelingen, und der Preis der Anstrengungen und Leiden des letzten Jahres nicht gewonnen werden kann. Das deutsche Heer, das euern Boden betritt, wird die Sicherheit des Reiches schirmen, und euch die verfassungsmäßige Herrschaft eures gütigen Fürsten, die Wohlthaten des Friedens und der ächten Freiheit wiederbringen. Ich beschwöre euch, fördert die unblutige Erreichung dieses Zwecks, vereinigt eure Kreise, um das Unglück und die Schmach des Bürgerkriegs von eurer Heimath abzuwenden.

Gegeben zu Frankfurt, 10. Juni 1849.

Der Reichsverweser
Erzherzog Johann.

Der Präsident des Reichsministeriums
Wittgenstein.

Nichtamtlicher Theil.

Deutschland.

† **Frankfurt**, 10. Juni. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, hat der Ministerpräsident des Reichsministerrathes in Betreff der Verlegung der Nationalversammlung nach Stuttgart und des von derselben dort wegen Einsetzung einer Regentschaft für Deutschland gefaßten Beschlusses eine Note an das königl. württembergische Gesammtministerium erlassen, welche wir im Stande sind, dem Wortlaut nach hiemit folgen zu lassen:

„Der Präsident des Reichsministerrathes an das königlich württembergische Gesammtministerium zu Stuttgart.

„Gelegentlich einer von den Bevollmächtigten mehrerer Regierungen an das Reichsministerium gerichteten Anfrage hatte der unterzeichnete Präsident des Reichsministeriums die Ehre, zu erklären, daß das Reichsministerium die Befugniß der Nationalversammlung zur Verlegung nach Stuttgart nicht anerkennen könne, da in den Bundesbeschlüssen vom 30. März und 7. April v. J. Frankfurt ausdrücklich als Sitz der Nationalversammlung bezeichnet ist und eben deßhalb, weil aus diesen Beschlüssen die legalen Befugnisse derselben entspringen, diese nicht über ihre Quelle hinausgehen und dahin führen können, letztere selbst zu alteriren.

„Inzwischen ist die Sache in ein neues Stadium getreten: ein Theil der ehemaligen Nationalversammlung hat nicht nur jene Verlegung ausgeführt, sondern auch unterm 6. d. M. in Stuttgart eine Regentschaft eingesetzt, welche die Reichsverfassung mit Waffengewalt durchführen, die Beschlüsse vollziehen und im übrigen die durch das Gesetz vom 28. Juni v. J. der provisorischen Centralgewalt übertragenen Befugnisse ausüben soll.

„Wie man auch über die Befugnisse der ehemaligen Nationalversammlung urtheilen mag, darüber kann nicht der mindeste Zweifel obwalten, daß jener nach Stuttgart übergesiedelte Theil hiermit den gesetzlichen Boden völlig verlassen, und den der offenen Anarchie betreten; und die Regierung Sr. kaiserlichen Hoh. des Reichsverwesers erfüllt, wenn auch mit dem tiefsten Schmerze, nur eine ihr obliegende Pflicht, dieses Verhalten jenes Theils der ehemaligen Nationalversammlung geradezu für ungesetzlich und aufrührerisch gegen die verfassungsmäßige Centralgewalt zu erklären.

„Die Centralgewalt selbst, berufen, die vollziehende Gewalt in allen, die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands betreffenden Angelegenheiten zu üben, kann nicht zugeben, daß neben ihr ein Organ entstehe, welches mit frevelhafter Hand in ihre Befugnisse eingreift. Ihre Pflicht gebietet ihr, jedem derartigen verbrecherischen Bestreben, mag es ausgehen von wem es wolle, auf das Entschiedenste mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegen zu treten; sie ist hierbei der Mitwirkung aller deutschen Regierungen im Voraus versichert, und zählt insbesondere auf die königl. württembergische Regierung, innerhalb deren Gebiet jene aufrührerischen Bestrebungen durch Einsetzung jener s. g. Regentschaft zunächst ans Licht getreten.

„Die königl. württembergische Regierung wird, dies zweifelt der Unterzeichnete nicht, schon vor Empfang dieses die geeigneten Maßregeln getroffen haben, um jedes Auftreten jener s. g. Regentschaft im Voraus zu vereiteln. Auf alle Fälle aber richtet er Namens der provisorischen Centralgewalt das deßfallsige ausdrückliche Ansinnen an dieselbe und verbindet damit die ausdrückliche Erklärung, daß die Centralgewalt, falls die dortigen Mittel zur Ausführung dieses Ansinnens nicht hinreichen sollten, sofort das Erforderliche anordnen wird.

„Einer möglichst beschleunigten Rückäußerung glaubt der Unterzeichnete bei der Dringlichkeit der Lage entgegensehen zu dürfen.

„Frankfurt a. M., den 9. Juni 1849.

„gez. Wittgenstein."

⊙ **Frankfurt**, 9. Juni. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaats Frankfurt kamen folgende Gegenstände zur Behandlung: 1) Bericht der Commission für das Strafverfahren über die Anstellung eines Staatsanwalts. Dr. Kugler, Berichterstatter, vertritt denselben und trägt auf Annahme an. Dr. A. Friedleben, Schöff Souchay, Dr. Braunfels, Dr. J. Friedleben sprechen sich über den Antrag aus, der in namentlicher Abstimmung mit 77 gegen 2, welche sich der Abstimmung enthielten, angenommen wird. Er lautet: Die verfassunggebende Versammlung möge folgenden Beschluß fassen: in der Voraussetzung, daß dadurch dem Staate eine in jeder Beziehung tüchtige Persönlichkeit gewonnen werde, und daß auf dem Wege weiterer Verhandlung eine mäßigere Vergütung als die geforderte nicht zu erzielen sei, erklärt sich die verfassunggebende Versammlung damit einverstanden: daß dem zu berufenden Oberstaatsanwalte ein jährlicher Gehalt von 2500 Thlr. Vereinsmünze, für den Fall eintretender Dienstunfähigkeit ein Ruhegehalt von 1500 Thlr. Vereinsmünze und Erstattung der Umzugskosten zugesichert werde." 2) Bericht des Ausschusses für das öffentliche und mündliche Verfahren in Strafsachen mit beigelegten Gesetzesentwürfen: a. Gesetz über das Verfahren in Strafsachen; b. Einführungsverordnung zu diesem Gesetze; c. Gesetz über Polizeiübertretungen und Strafen. Nach einigen Vorschlägen von Dr. Goldschmidt und Dr. Braunfels, wie nach kurzem Eingangsberichte von Dr. Manhayn, wird in die Berathung selbst eingetreten. Erster Abschnitt. Von den strafgerichtlichen Behörden und ihrer Zuständigkeit. Art. 1. „Strafgerichte sind: 1) das Rügegericht; 2) das Stadtgericht; 3) das Appellationsgericht; 4) der Cassationshof." Art. 2. „Das Rügegericht besteht aus einem Richter und einem Actuar. Es hält täglich Sitzung." Art. 3. „Das Stadtgericht hat für Strafsachen zwei Abtheilungen, die Rathskammer und das Zuchtpolizeigericht, von welchen jede aus drei Richtern besteht. Bei allen Verhandlungen dieser zwei Abtheilungen des Stadtgerichts müssen die drei Mitglieder, aus welchen eine jede derselben besteht, bei Vermeidung der Nichtigkeit mitwirken. Das Zuchtpolizeigericht hat wöchentlich zwei Sitzungen." Art. 4. „Kein Richter kann bei Vermeidung der Nichtigkeit in derselben Sache bei dem Zuchtpolizeigericht sitzen, in welcher er als Mitglied der Rathskammer erkannt hat." Art. 5. „Der Präsident des Stadtgerichts bezeichnet die Mitglieder beider Abtheilungen für die einzelnen Sitzungen." Diese Artikel wurden ohne Bemerkung angenommen. Artikel 6. „Das Appellationsgericht zerfällt als Strafgericht in zwei Abtheilungen: 1) die Anklagekammer, welche aus drei Richtern besteht; 2) den Assisenhof, welcher aus einem Präsidenten und vier Richtern besteht." Hier wurde von Dr. A. Friedleben für die Mitglieder des Assisenhofs die Gesammtzahl auf vier beantragt; theils dagegen, theils dafür sprachen sich aus: Dr. Scharff, Dr. Neukirch, Dr. Reinganum, Dr. Kugler. In der über den Ausschußantrag ergangenen namentlichen Abstimmung fielen 45 Ja und 32 Nein, somit ist dieselbe ungiltig und die Sitzung wird aufgehoben. Nächste Sitzung Montag den 11. Juni.

= **Berlin**, 8. Juni. Die angebliche Erklärung Grabows, die Wahl nach dem neuen Wahlgesetz nicht vollziehen zu wollen, soll auf einer Mystification beruhen. Dasselbe wird trotz der öffentlichen Verhandlungen über die Einrichtung von Cholera-pitälern von dem Wiederausbruch dieser Krankheit behauptet. Es sollen die sogenannten vier Cholerafälle Schlagflüsse gewesen sein. Der Publicist berichtet über einen in Betreff der Mai-Verhafteten entstandenen neuen lächerlichen Competenzconflict, dessen Wirklichkeit ich zur Ehre unserer Behörden gern bezweifeln möchte. Der Competenzconflict entstand nach den Publicisten bei Gelegenheit der plötzlichen für Cholera gehaltenen Erkrankung des verhafteten Herrn Schildknecht, und von 3 Uhr Nachmittags bis 6 Uhr Abends soll der Kranke ohne alle ärztliche Behandlung geblieben sein, weil der competente oder amtlich zur Hilfeleistung verpflichtete Arzt nicht habe ermittelt werden können! Die heutige Abendausgabe der „Deutschen Reform" bespricht den größern Theil der auch in meiner Correspondenz vom 31. Mai herausgehobenen wesentlichen Mängel des Entwurfes zum deutschen Wahlgesetz, der seiner Natur nach, da jeder weitere Schritt von Vollziehung der Wahlen nach diesem Entwurf abhängt, in der That mehr als ein Entwurf ist; sie erklärt diese Mängel für Redactionsfehler, und verheißt eine authentische Declaration. Möge diese wenigstens so bald als möglich erscheinen, um den verderblichen Eindruck solcher fast unverzeihlichen Fehler einigermaßen zu mildern!

München, 8. Juni. Heute Morgen ist Se. königl. Hoh. Prinz Luitpold nach Wien abgereist, dem Vernehmen nach mit einer Mission an das Wiener Cabinet in Betreff der deutschen Verfassungsangelegenheit. — Auch heute ist keine Sitzung, morgen voraussichtlich ebensowenig; die Ausschußsitzungen der zweiten Kammer geben das einzige stille Lebenszeichen unseres Landtages und selbst diese werden als Resultat nur die Entscheidung der zwei bekannten Reclamationen und die Entschuldigung (!) der bisherigen Unthätigkeit herauszustellen.

Stuttgart, 7. Juni. In Betreff der Verhaftung von Fickler und Steinmetz, wovon die erstere hier und die letztere in Ludwigsburg stattgefunden hat, vernimmt man, daß der Untersuchungsrichter auf Freigebung angetragen hat, daß aber der Criminalsenat in Eßlingen hierauf nicht einging, sondern einem andern Richter die Untersuchung übertragen hat. (Fr. J.)

⊙ **Stuttgart**, 8. Juni. Die vorgestern von den hier anwesenden Mitgliedern der Nationalversammlung gewählten

Mitglieder der deutschen Regentschaft haben heute folgenden Aufruf erlassen:

„An das deutsche Volk!

Die bisherige provisorische Centralgewalt hat sich, im Widerspruch mit den ihr nach dem Gesetze vom 28. Juni v. J. obliegenden Pflichten, beharrlich geweigert, die Reichsverfassung durchzuführen, und alle dahin zielenden Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung unbeachtet gelassen. Sie hat es, trotz mehrfacher Mahnung, versäumt, die Erhebung der deutschen Volksstämme zu Gunsten der Reichsverfassung zu unterstützen und den Regierungen entgegenzutreten, die sich anmaßten, mit offenem Friedensbruche dem deutschen Volke eine Verfassung und ein Wahlgesetz aufzuzwingen.

Die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung hat aus diesen Gründen in ihrer Sitzung vom 6. Juni d. J. beschlossen:

„Die bisherige Centralgewalt ihres Amtes zu entheben und eine Regentschaft für Deutschland einzusetzen, die in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands betreffen, die vollziehende Gewalt zu üben hat."

Wir, die Unterzeichneten, sind von den Vertretern der deutschen Nation zur Regentschaft für Deutschland ernannt worden. Es sind uns die Pflichten und Befugnisse der bisherigen Centralgewalt die Durchführung der Reichsverfassung und die Vollziehung der Beschlüsse der Nationalversammlung übertragen worden. Für unsere Handlungen sind wir der Nationalversammlung verantwortlich.

Deutsche! Wir haben dem Rufe Eurer gesetzlichen Vertreter Folge geleistet im festen Vertrauen auf unsere gerechte Sache.

Der Zustände unseres Vaterlandes erheischen rasches Handeln. Es gilt, das Heiligste, die Freiheit und Ehre des deutschen Volkes, zu retten vor maßlosen Uebergriffen der rohen Gewalt. Wir werden alle unsere Kräfte aufbieten, den Bürgerkrieg abzuwenden und auf friedlichem Wege die deutsche Einheit und Freiheit zu erreichen; wir werden aber, wenn es zur Erreichung dieses Zieles nöthig ist, der Gewalt Gewalt entgegenstellen. Hunderttausende aus allen Theilen des Vaterlandes haben freiwillig gelobt, Gut und Blut für die Reichsverfassung einzusetzen; wir werden sie auffordern, in jenem Falle ihr Manneswort zu lösen.

An Euch, deutsche Krieger, noch ein besonderes Wort! Das Gesetz gibt uns die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht Deutschlands; es überträgt uns die Ernennung der Oberbefehlshaber. Ihr, deutsche Krieger, werdet dem Gesetze gehorchen, dessen bewaffneter Arm ihr seid. Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der Volkswehr und des stehenden Heeres, was Grades Ihr sein mögt, Ihr werdet Alle weiteren in pflichtmäßem Erfüllen der Befehle, die wir und die von uns ernannten Befehlshaber Euch zukommen lassen. Ihr werdet des Wahlspruchs jedes Kriegers eingedenk sein: Treue dem Gesetz, Gehorsam seinen Vollstreckern!

Nachdem mit dem heutigen Tage der Befehl über die Reichstruppen, welche bisher der provisorischen Centralgewalt verpflichtet waren, in unsere Hände übergegangen, wird jeder fernere Gehorsam gegen Befehle der bisherigen provisorischen Centralgewalt als Treubruch gegen das Gesetz und die deutsche Nation geahndet werden.

Deutsche! In verhängnißvollem Augenblicke wenden wir uns an Euch.

Noch ist es Zeit, durch unsere eigene Kraft des Vaterlandes Größe, Einheit und Freiheit zu retten, ihm Achtung zu verschaffen nach Außen und Frieden im Innern! Noch ist es Zeit, unter den Bürgerkriegen der deutschen Reichsverfassung eine auf Freiheit gegründete Ordnung der Dinge wieder herzustellen.

Ruhe und Frieden, die unerläßliche Bedingung des Erblühens von Handel und Gewerbe, werden nicht eher zurückkehren, bis der unversöhnliche Kampf zwischen dem Absolutismus und der Freiheit zu Gunsten der Letzteren beendet ist. Stellt Alle zu uns mit Eurer vollen Willens- und Thatkraft! Der gerechten Sache ist der Sieg gewiß.

Stuttgart, den 7. Juni 1849.

Die Mitglieder der deutschen Reichsregentschaft:
Franz Raveaux, Carl Vogt, Heinrich Simon, Friedrich Schueler, August Becher.

Der Chef des Ministeriums des Innern Staatsrath Duvernoy erklärte hierauf am Anfange der heutigen Sitzung der Ständeversammlung, daß das Gesammtministerium im Hinblicke auf obigen Aufruf folgende Ansprache an das württembergische Volk erlassen habe, nämlich:

Das württembergische Gesammtministerium an das württembergische Volk.

Die bisherige deutsche Nationalversammlung in Frankfurt hat in Folge Beschlusses vom 30. Mai d. J. ihren Wohnsitz nach Stuttgart verlegt. Zurückgeführt auf den fechten Theil ihres vollen Bestandes und fast ausschließlich nur noch eine einzige der im Volke enthaltenen Parteien darstellend, hat die übriggebliebene Versammlung in ihrer ersten Sitzung in wenigen Stunden, ohne Debatte, die wichtigsten Beschlüsse gefaßt, unter Anderem den Beschluß, die bisherige Centralgewalt in Frankfurt ab- und eine aus fünf Mitgliedern bestehende Regentschaft einzusetzen. Diese selbst aber beginnt ihre Wirksamkeit damit, sich den Gesetzen über die Heere aller deutschen Staaten unzuerkennen, und läßt, während sie versichert, Allem aufbieten zu wollen, den Bürgerkrieg abzuwenden, bei Letzterem, der die Verhältnisse kennt, einen Zweifel übrig, daß ihr Beginnen nur dazu führen kann, daß Blut und Blut Württembergs in einem brudermörderischen und gegenüber den größeren deutschen Staaten ganz ungleichen Kampfe zu vergeuden, und durch die Geldopfer, welche die in Stuttgart neu gewählte Reichsregentschaft zunächst nur von unserem Staate fordern könnte, unserem ohnedem schon tief gerütteten Wohlstand vollends zu zerrütten.

Wir haben allen Zweifel an dem rechtmäßigen Fortbestand der Nationalversammlung unerörtert lassen, in ihr nur den einer besseren Zukunft noch fähigen Rest jener politischen Schöpfung sehen wollen, an welche die deutsche Nation ihre schönsten Hoffnungen, ihr wohlberechtigtes Streben nach Einigung und Selbstbestimmung geknüpft hat; nicht verhehlen aber können wir uns, welche gewichtige Bedenken sich der behaupteten Befugniß der Versammlung entgegenstellen, die durch das Reichsgesetz vom 28. Juni 1848 bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland eingesetzte Centralgewalt mit einer andern zu verändern, und außer allem Zweifel endlich ist es uns, daß wir dieser neuen Regentschaft nicht die Schicksale Württembergs preisgeben dürfen.

Wir erklären daher, daß wir der aufgestellten provisorischen Regentschaft das Recht nicht zugestehen, ohne Zustimmung der württembergischen Regierung für Württemberg gültige Beschlüsse zu fassen, namentlich nicht das Recht, über württembergische Streit- und Geldkräfte zu verfügen, und wir vertrauen zu dem im württembergischen Heere und in der Bürgerwehr lebenden Geiste der Ehre und des Pflichtgefühls. Das Heer wird sich nicht verführen lassen, es wird das schmähliche Beispiel des Treubruchs nicht nachahmen. Das Heer und die Bürgerwehr, sie werden ihrer Verpflichtung eingedenk sein, die Verfassung zu beschützen, dem Gesetze Achtung zu verschaffen und die öffentliche Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten.

Der deutschen Reichsverfassung und Allem, was das deutsche Volk von ihr hofft, auf gesetzlichen Wege durch auswärtige Mittel Geltung zu verschaffen, wird unser vereintes Streben bleiben.

Stuttgart, den 8. Juni 1849.

Die Departementsvorstände:
Römer. Roser. Duvernoy. Schmidlin. Rüppelin. Goppelt.

Der Departementschef hat im Namen des Gesammtministeriums, besonders auch des wegen Krankheit am Erscheinen verhinderten Staatsraths Römer, daß sich die Kammer dem Gesammtministerium gegenüber offen aussprechen möchte; dasselbe gehe sich der Hoffnung hin, die Unterstützung der Kammer zu erlangen. Bei diesen Worten brach die äußerste Linke der Kammer in ein furchtbares Geschrei Nein! Nein! aus, während die Anhänger des Ministeriums dasselbe mit Bravo u. s. w. unterstützten. Es fand nun eine solch stürmische Sitzung statt, wie man hier noch nie erlebte. Eine von dem gemäßigten Abgeordneten **Veiel** gestellter Antrag, die Sache als dringend sogleich in Verhandlung zu setzen, wurde mit 51 gegen 32 Stimmen abgelehnt, dagegen mit 45 gegen 38 Stimmen beschlossen, daß die staatsrechtliche Commission über die Ansprache des Ministeriums einen Bericht erstatte, der morgen um 9 Uhr auf die Tagesordnung kommen solle.

Stuttgart ist in großer Unruhe; die Mehrzahl wünscht, daß die Nationalversammlung fortgeblieben wäre. An dem Siege des Ministeriums in morgender Sitzung ist jedoch nicht zu zweifeln. So eben Abends 5 Uhr erscheint folgende Erklärung:

Die Erklärung des Gesammtministeriums schließen sich die Unterzeichneten vollkommen an. Im Stadtamt auf die zahlreichen Unterschriften, welche unsere Ansprache vom 29. Mai gefunden hat, sind wir überzeugt, daß wir auch heute im Sinne der weit überwiegenden Mehrzahl unserer Mitbürger handeln, und enthalten uns daher, die Einwohner der Stadt abermals zu einem unterschriftlichen Beitritt aufzufordern, indem wir der Zuversicht leben, daß solche, wenn ein Angriff auf Gesetz und Ordnung erfolgen sollte, ihre Gesinnungen durch die That bewähren werden. Stuttgart, 8. Juni 1849. Stadtrath und Bürgerausschuß. Der interimistische Oberbefehlshaber und die Commandanten der Bürgerwehr.

L **Stuttgart** 8. Juni. Eine neue Bewegung in Württemberg scheint vor der Thüre. Die Plakate fliegen ihr als Sturmvögel voraus. Heute finden wir deren vier an den Ecken der Straßen von Stuttgart. Nro. 1 zeigt den Mitgliedern der Nationalversammlung an, daß die heute früh 9 Uhr anberaumte Sitzung nicht stattfinden kann. Der einfache Grund ist der, daß die zweite hiesige Kammer, welche ihr Local eingeräumt hatte, dasselbe schon wieder selbst in Anspruch nimmt. Diese Kammer tritt soeben zu einer Berathung zusammen, deren Ausgang unzweifelhaft ein Vertrauensvotum für Römer und ein Mißtrauensvotum für die Reichsregentschaft bringen dürfte. Der Sturz des Ministeriums Römer — sollte man ihn beabsichtigen — würde hier sofort den Kampf und wahrscheinlich den Sieg der „Römer" zum Ergebniß haben. Dahin deutet Nro. 2 der Plakate an unsern Ecken. Es ist dies eine Aufforderung der hiesigen Bürgergesellschaft zur Unterzeichnung einer Vertrauensadresse für das Ministerium Römer. Heute früh nahm ich ein solches Plakat, welches fast ganz herabgerissen war, völlig herunter, um es abzuschreiben. Dies wäre mir beinahe übel bekommen. Drei württemberger Bürger stürzten aus ihren Verkaufsläden auf mich los und entrissen mir gewaltsam das Plakat wieder mit dem Zuruf: „Das ist schändlich! Sie wollen unsere Sache abreißen!" Ich machte, daß ich fortkam. Unter „ihrer Sache" verstehen sie das Ministerium Römer gegenüber der Reichsregentschaft. Ueber die hiesigen Sympathien für letztere läßt sich wenig sagen, und das heißt schon viel. Ich hörte hier besonders die Wahl August Bechers mißbilligen. Auch Raveaux scheint seit seiner Betheiligung an der politischen Insurrection in Baden hier an Sympathien verloren zu haben. Das letzte Plakat endlich ladet den Volksverein von Stuttgart zu einer schleunigen Berathung über die Tagesfrage ein.

Nachschrift. Die zweite Kammer hat einer Commission zur Berichterstattung bis morgen früh die Fragen zur Entscheidung übergeben: „Soll sich die württembergische Kammer der Abgeordneten den letzten Beschlüssen der Nationalversammlung und der von der Reichsregentschaft erlassenen Proclamation anschließen oder nicht?" — So eben höre ich, daß Abends 6 Uhr eine Sitzung der Nationalversammlung stattfinden wird; der Saal ist aber nur für diese Sitzung überlassen worden.

Abends 6 Uhr. Sitzung der Nationalversammlung. Staatsrath Römer fehlt, er ist krank. Die Regentschaft sitzt an einem besondern Tische. Man beginnt mit dem Namensaufruf welcher die beschlußfähige Anzahl ergibt. Schriftführer **Reinstein** verliest Adressen, welche festes Anhangen an die nach Stuttgart übergesiedelte Nationalversammlung entschieden und warm aussprechen. — Sie sind vom Volksverein aus Stuttgart und aus Winnenden in Württemberg. (Bravo.) **Fröbel** erstattet im Namen des Dreißigerausschusses Bericht über Anträge von Schoder, Jungbanns und Umbscheiden, die Verhältnisse in Baden und der Pfalz betreffend; der Ausschuß beantragt mit Rücksicht auf die veränderte Reichsregierungsform:

1) Baden wird gleich der bayerischen Rheinpfalz unter den Schutz des Reiches gestellt.
2) Alle auf die Verhältnisse dieser Länder bezüglichen Anträge gehen an die Regentschaft zur Berücksichtigung.

Fehrenbach erstattet einen Bericht über einen Antrag von Scharre: das Verbot, im fünfmeiligen Umkreis der Nationalversammlung Volksversammlungen unter freiem Himmel halten zu dürfen, wird aufgehoben. Der Ausschuß beantragt, den Antrag von Scharre anzunehmen. Die Versammlung beschließt demgemäß sofort ohne Discussion. Hiecranden **Eisenstuck** bringt noch einen Antrag des Dreißigerausschusses, die Nationalversammlung möge beschließen:

1) der seitherige Dreißigerausschuß ist aufgehoben;
2) es wird durch die Nationalversammlung ein Ausschuß von 15 Mitgliedern nach relativer Stimmenmehrheit gewählt, welchem die Functionen des Dreißigerausschusses übertragen werden.

Wird ohne Discussion sofort angenommen. Die Dringlichkeit der obigen Anträge des Dreißigerausschusses (S. Fröbel) wird hierauf erkannt und die Discussion beginnt. **Wigard** spricht dagegen. **Schoder** dafür mit einem Amendement. Letzterer griff heftig das Ministerium Römer an. **Würth** von Sigmaringen sprach Unsinn. Postschluß 7½ Uhr.

* **Karlsruhe**, 9. Juni. Wie die gestrige Freiburger Zeitung berichtete, soll Brentano Willens sein, den Großherzog zurückzurufen oder falls dieser nicht in seine Residenz zurückkehren wolle, den Prinzen Friedrich als Landesstatthalter einzusetzen, überhaupt Alles zu thun, um dem Lande die Fortsetzung des Bürgerkrieges und eine feindliche Besetzung zu ersparen. — Die hiesige Zeitung spricht auch in ihrer heutigen Nummer über die Vorfälle vom 6. und die zwischen Struve und Brentano entstandenen Conflicte. Die Karlsruher Zeitung neigt sich bekanntlich der altradicalen Struve'schen Richtung zu, in ihren Augen ist Brentano Reactionär.

:< **Karlsruhe**, 9. Juni. Es sind bis diesen Abend schon viele Abgeordnete zur constituirenden Landesversammlung hier eingetroffen. Morgen ist vorbereitende Sitzung, worauf die Eröffnung stattfindet. — Das Gendarmeriecorps ist einberufen und hat sich gestern und heute zahlreich hier eingefunden. Es zählt im Ganzen 300 Mann. — Gestern und heute sind in einem benachbarten kleinen Ort Executionstruppen (Dragoner und Volkswehr) abgegangen, da sich das erste Aufgebot weigert, abzuziehen.

x **Mannheim**, 9. Juni. Es sieht schlimm, sehr schlimm bei uns aus. Man arbeitet eben an der Befestigung der Klemm'schen Fabrik, dem Friedhof gegenüber, einen für uns allerdings gefährlichen Punkt; aber was werden wir dadurch gewonnen haben? Mag man alles aufbieten, was aufzubieten ist, man wird sich doch nicht halten können. Der Terrorismus hat seine höchste Höhe erreicht. Könnte ich Ihnen nur eine Musterkarte unserer „Begüterten" senden, wie würden Sie staunen! Erlösung! das ist der stille Nothruf der gesammten Bevölkerung, Erlösung von dem nicht süßen Joch, der unsanften Bürde unserer Demokratie. Wolle Gott, daß sie bald nahe!

Mannheim, 9. Juni. Die seither in unserer Stadt gelegenen Truppen haben uns gestern fast größtentheils verlassen, ebenso das erste Aufgebot unserer Volkswehr, welches nach Weinheim vorgerückt ist. Auch die auswärtigen Freischaaren haben unsere Stadt verlassen und sind nach der badisch-hessischen Grenze gezogen. In vergangener Nacht wurde über den Neckar, an derselben Stelle, wo früher die alte Neckarbrücke stand, eine Floßbrücke geschlagen. Von Karlsruhe sind heute Morgen viele Pontons mit einer zahlreichen Mannschaft von Pionieren eingetroffen. Heute Vormittag hörten wir hier eine halbstündige Kanonade in der Richtung der Bergstraße. (M. J.)

F **Bensheim**, 9. Juni. Die letzten Tage vergingen sehr still; nur gestern Morgen wurde es in Heppenheim lebendiger. Gegen 4 Uhr schlug Allarm, da die Nachricht eingelaufen war, daß sich bei Weinheim wieder Freischärler gesammelt hätten. Unsere Operationslegere saßen auf, ein Bataillon Infanterie rückte nach, doch die übliche Flucht fehlte auch diesmal nicht und zwar, als die Schaaren unsere Reiter kaum von ferne erblickten. Ein paar Schüsse, welche man ihnen nachsandte, waren Alles, was übrig blieb. Die Infanterie stand in geschlossenen Colonnen vor dem Dorfe Sulzbach, aber sie kam nicht einmal zum Schuß. — Der Geburtstag unseres Großherzogs wurde heute gefeiert. Beim Verlesen am Morgen brachten die hessischen Truppen ihrem Fürsten ein begeistertes Hoch; eben bereiten sie Alles zur morgigen Heerschau vor, die Se. k. Hoheit hier abhalten wird und die mir das Signal zum Aufbruch scheint. Reisende berichten von bedeutenden Spaltungen der Parteien in Baden und wie man nur durch die seltsamsten Lügen und die äußersten Schreckmittel die Leute noch zum Stehen bringen könne. Es wird dies nicht lange mehr helfen. Ein Heer, in welchem, wie schon erzählt wurde, „keiner seinem Nebenmann traut", welches dazu noch so schlecht geführt ist, das kann sich keine Stunde halten, wenn ihm ordentliche Truppen gegenüber treten. — In Darmstadt wie hier wird versichert, daß auch Hessen sich auf die Seite Preußens geschlagen habe und der „Octropirten" beitreten werde. — Diesen Morgen hörte man starken Kanonendonner von der Pfalz her.

F **Bensheim**, 10. Juni. Einem Briefe aus Heidelberg entnehme ich eben, daß Sigel am 7. einen langen Kriegsrath hielt, worin vom einstweiligen Vorrücken abgesehen wurde, da man von Weinheim und aus den Gebirgen des Odenwaldes Angriffe fürchtet.

*„ **Zwingenberg**, 10. Juni. Heute Morgen hielten Se. k. H. der Großherzog hier eine Truppenschau vorzüglich der bei dem Gefecht bei Hemsbach Betheiligten. Der Großherzog wurde mit wiederholtem begeisterten Hurrah empfangen, und ließ sich dann die Soldaten vorstellen, die irgend welche Wunden erhalten hatten. Diesen, wie den Unteroffizieren und Offizieren dankte er in herzlicher Weise für die bewiesene Tapferkeit und bat sie, ihren Kameraden denselben Dank auszusprechen. Ein schallendes Hoch! war die Antwort der Soldaten, die darauf in der trefflichsten Haltung am Fürsten vorbeidefilirten. Reichsgeneral von Schäffer mit seinem Stabe, worunter viele badischen Offiziere, hielt an der Seite des Großherzogs; eine echtdeutsche, ritterliche Persönlichkeit, die jeden mit Vertrauen und Verehrung erfüllen muß.

> **Mainz**, 10. Juni, Vormittags 11 Uhr. So eben ist das zweite Musket-erbataillon des 30. k. preuß. Infanterieregiments, welches erst vor kurzem von Trier eingerückt war, wieder ausmarschirt; es wird in Oppenheim und Nierstein einquartiert.

Weimar, 5. Juni. Die gestrige Sitzung unseres Landtags begann mit der Verlesung eines großherzoglichen, an den Landtag gerichteten, die deutsche Verfassungsangelegenheit betreffenden Decrets vom 29. Mai, worin die von der hohen Staatsregierung befolgten Gesichtepunkte ausführlich dargelegt werden. Es heißt darin: „Durch die Bundestagsbeschlüsse vom 30. März und 7. April v. J. ist die rechtliche Wirksamkeit der deutschen Nationalversammlung und ihre Competenz den Einzelstaaten gegenüber, nach einem nicht glücklich gewählten Ausdruck, dahin festgestellt worden, „daß sie das Verfassungswerk zwischen Volk und Regierungen zu Stande bringen soll." — Die größten deutschen Staaten haben sich entschieden zu dem Principe der Vereinbarung bekannt. — Ihrerseits hielt die großherzogl. Regierung an dem Grundsatz fest, daß die Anerkennung der Reichsverfassung seitens des Großherzogthums nur den Sinn haben kann, die Verwirklichung dieser Verfassung herzustellen, soweit der Hinzutritt des Großherzogthums hiefür von Einfluß sein kann. Wie eine andere als die Reichsverfassung für das Großherzogthum ohne Zustimmung Sr. königl. Hoh. des Großherzogs und des Landtags nicht eingeführt werden kann und wird, ebensowenig kann und wird die großherzogl. Staatsregierung sich bestimmen lassen, einen Weg zu betreten, auf

chem in gewaltsamer Weise die Reichsverfassung da, wo noch nicht anerkannt ist, zur Anerkennung gebracht werden soll, noch überhaupt den die Reichsverfassung nicht anerkennenden Staaten gegenüber ein feindseliges Verhältniß einnehmen. Die Beitretung jenes von manchen Seiten angestrebten Weges würde die äußersten Anstrengungen und Opfer verlangen, die Kraft des Großherzogthums und der übrigen die Reichsverfassung anerkennenden Staaten weit übersteigen und könnte sogar die Existenz des Großherzogthums gefährden. Das Ziel solcher Bestrebungen würde, selbst zur Einheit, zur Zwietracht, zum Bürgerkrieg und zu dem Gegentheil des Erstrebten führen. Die großh. Staatsregierung muß daher sich klar darüber aussprechen, daß, wenn die Lage der Dinge so bleibt, wie sie jetzt ist, wenn nicht die 29 Staaten, welche die Verfassung anerkannt haben, nicht noch andere und namentlich Preußen hinzutreten, dieselbe unausführbar ist. Es würde sich bei dem Zusammentritt dieser Staaten zu dem Zweck eines Bundesstaats nicht bloß um Abänderung einzelner nicht verwendbarer Bestimmungen der Verfassung handeln, sondern es würde an deren Stelle etwas ganz Verschiedenes geschaffen werden müssen. Gerade die wichtigsten Sätze, z. B. über die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands, über Militärwesen, über Einheit im Post-, Eisenbahn-, Münz- und Münzwesen und dergleichen, würden als völlig unausführbar erscheinen. Wie die Lage der Dinge im Augenblicke ist, stellt es sich als eine praktische Unmöglichkeit dar, mit Ausführung der deutschen Reichsverfassung weiter voranzuschreiten. Es wird dies daher durch die großherzogliche Staatsregierung auch nicht geschehen. Neben der Pflicht auf das Gesammtvaterland fordert auch die Rücksicht auf das engere Vaterland gebieterisch Beachtung. Eine Gefahr verhanden, daß die errungenen Freiheiten verloren gingen, die alten Zustände wiederherzustellen würden, dann würden die Staatsangehörigen des Großherzogthums gern und bereitwillig Gut und Leben zum Opfer bringen, und Se. königl. Hoheit der Großherzog würden für eine heilige Pflicht halten, dieses Opfer zu fordern; aber so lange dies nicht der Fall ist, glaubt die großherzogliche Staatsregierung dem Lande nicht die Auferlegung solch außerordentlicher Lasten zumuthen zu dürfen. Und dies würde der Fall sein, wenn man die Reichsverfassung in den engen Grenzen derjenigen Staaten, welche dieselbe bisher anerkannt haben, auszuführen versuchen wollte. Ohne dem zu bildenden engeren Bundesstaate einen entsprechenden Ersatz zu finden, würden alle Verkehrsverhältnisse den benachbarten größeren Staaten aufs Tiefste erschüttert werden, der unmittelbare finanzielle Ausfall würde ein Drittheil der gesammten landschaftlichen Jahresaufnahme betragen und sonach den Staatsangehörigen nicht zu ertragende Opfer auferlegt werden, da selbst die Verdoppelung der gesammten Einkommensteuer diesen Ausfall weitem nicht decken würde. Gestützt auf vorstehende Erwägungen bekennt sich die großherzogliche Staatsregierung zu folgenden Grundsätzen: 1) Die Reichsverfassung vom 16. März d. J. mit Einschluß der Erledigung der Oberhofrage ist für das Großherzogthum in der Art rechtsverbindlich, daß sie ohne verfassungsmäßige Zustimmung des treuen Landtage nicht geändert werden darf. Die Staatsregierung hat, was bereits geschehen, mit allen geeigneten Mitteln dahin zu wirken, daß die Verfassung auch in den übrigen Staaten zur Anerkennung gelange, in denen dies Zeit noch nicht der Fall ist. 2) Sollte dies Ziel jedoch trotz Bemühungen ungeachtet nicht zu erreichen sein, sollte die Nothwendigkeit eintreten, in Abänderungen der Reichsverfassung zu willigen, so wird die großh. Staatsregierung zuvor dem getreuen Landtage darüber zur Abgabe seiner verfassungsmäßigen Erklärung Vorlage machen. 3) Die großh. Staatsregierung schreitet in einem solchen Falle so wenig irgend thunlich in Uebereinstimmung mit den übrigen deutschen Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, vor. 4) Zur Zeit werden alle auf Ausführung der Verfassung berechneten Schritte unterlassen. Die großh. Staatsregierung sieht sich um so mehr veranlaßt, diese Mittheilungen zur weiteren Erwägung und Beschlußnahme anher zu erweiß dem Landtage anheim zu geben, da inzwischen selben bereits auf theilweise Ausführung der Reichsverfassung Anträge gestellt worden sind, die genauere Prüfung des ganzen Sachverhältnisses erfordern." — Gleichzeitig mit diesem großherzogl. Erlaß vom 29. Mai wurde durch Reskript vom 1. Juni der Landtage eröffnet, daß in Bezug auf die in neuester Zeit eingegangenen Mittheilungen der königl. preußischen Regierung die großh. Staatsregierung sich die definitive Abgebung ihrer Ansicht in der deutschen Verfassungsangelegenheit vorbehält. (K. Z.)

Schwerin, 6. Juni. 102. Sitzung der Abgeordnetenversammlung. Beim Bureau ist eingegangen: Antrag Spangenberg: Ich ziehe meinen gestrigen, auf heute Tagesordnung stehenden Antrag zurück und beantrage gegenwärtige: die Kammer wolle vor Uebergang zur heutigen Tagesordnung sofort einen Ausschuß von 7 Mitgliedern zum Behufe Berichterstattung über die in der deutschen Frage heute abgegebenen commissarischen Erklärungen wählen, diesem Ausschusse unter Anerkennung der großen Dringlichkeit und daher der Anwendlichkeit der Schlußbestimmung des § 23 der Geschäftsordnung die fragliche Berichterstattung zur morgenden Sitzung aufgeben, nach der Wahl des Ausschusses aber die Sitzung bis morgen Mittag 12 Uhr vertagen. Dringlicher vor weiterem Uebergang zur Tagesordnung zu berathender Antrag Otto-Grabow: die Kammer wolle beschließen: 1) Mecklenburg weist jede Verbindung mit den hochverrätherischen Regierungen entschieden zurück. 2) die mecklenburgischen Truppen haben fortan nur den Anordnungen der Nationalversammlung Folge zu leisten. Es kommt zur Verhandlung der dringliche Antrag Spangenberg. Der Antrag ist hinlänglich unterstützt. Spangenberg (von Platze aus): Nach dem gestrigen Beschlusse bedarf es der Motivirung der Dringlichkeit des Antrages wohl keines Wortes mehr. — Die Dringlichkeit wird anerkannt. — Spangenberg: Meine Herren! Ich habe Ihnen nur sehr wenige Worte zu sagen. Sie haben sich gestern bis auf heute vertagt; in diesen 24 Stunden wird jedes Mitglied dieses Hauses, jede politische Partei in ernste Berathung mit sich gegangen sein über die Schritte, welche in Bezug auf die commissarischen Erklärungen zu thun. Die verschiedenen Parteien haben sich in Verbindung gesetzt und das Ergebniß ihrer Verhandlungen ist in meinem Antrage niedergelegt. Für die Kammer bedarf es also keiner Rechtfertigung, auch, meine ich, kaum für das mecklenburgische Volk. Wir wollen nämlich den Schritt, den wir in dieser Lebensfrage zu thun beschließen, nicht ohne die vollste Besonnenheit gehen und diese Besonnenheit wird ja nur befördert durch einen Ausschuß. Jeder fühlt, daß seit gestern die Momente wie ein Alp auf uns lasten; wir müssen einen Ausweg finden und rasch finden. Der Ausschuß muß morgen berichten; und soll er das, so muß er seine Arbeiten sofort beginnen, und das führt zur Vertagung der Kammer; denn wir dürfen den Ausschußmitgliedern nicht das Recht entziehen, an den weiteren heutigen Berathungen Theil zu nehmen. (Brave.) — Brandt stimmt völlig mit dem Antrage überein, nur ist ihm die Ausführung nicht recht klar. Die Berichte und die Arbeiten des Ausschusses werden umfänglich, die Erwägungen bedeutend sein. Sollte Alles bis morgen fertig sein, so werde es kaum das Kriterium der Gründlichkeit für sich haben. Außerdem erinnere er, daß der Bericht gedruckt vorliegen müsse. Er schlage deßhalb vor, daß der Ausschuß bis übermorgen berichte und die Kammer sich bis dahin vertage. (Sehr gut.) Brandt bringt das Amendement hiernach formulirt ein. — M. Wiggers stellt das Amendement: den Ausschuß zu bevollmächtigen, mit den Behörden in Verbindung zu treten; und motivirte dadurch, daß der Ausschuß nur auf diesem Wege die Mittheilung der in dieser Angelegenheit gewechselten diplomatischen Noten und Correspondenzen von den Commissarien erlangen könne. — Raber stellt das eventuelle Amendement: Die Kammer wolle sich vertagen, bis der Bericht vorliege. — Otto-Grabow: Er müsse sich gegen jedes Vertagen und Wählen von Ausschüssen erklären; denn er sehe nicht, wozu das führen solle. Während in Baden das Feuer der Freiheit im Blute der Freiheitskämpfer gelöscht werde, wolle man hier noch lange berathen. Er meine, Jeder in der Versammlung müsse sich klar sein, was er zu thun habe. (Schwaches Bravo auf einer Galerie.) — Die Debatte wird geschlossen. — Raber: Er halte seinen Antrag deßhalb für nothwendig, weil er glaube, daß man bis zum Berichte des Ausschusses nichts verhandeln könne. Denn was man auch bis dahin verhandeln werde, es werde unerträglich sein mit der Ehre der Kammer. — Spangenberg erklärt vom Platze aus, daß er nichts habe gegen die Amendements Brandt und M. Wiggers. Das Amendement Raber scheine ihm überflüssig, weil er glaube, daß der Ausschuß bis übermorgen berichten könne und werde. — Der Antrag Spangenberg wird hierauf mit dem Amendement Brandt und M. Wiggers angenommen, und kommt sonach das als eventuell eingebrachte Amendement Raber nicht zur Abstimmung. — Die Wahl des Ausschusses wird hierauf, da Niemand widerspricht, in einem Acte vorgenommen und von 92 Stimmen in denselben gewählt: Tretsche (92), Spangenberg (92), Brandt (92), Ebert (92), Meyer-Malchow (90), M. Wiggers (89) und Pohle (86). — Der Ausschuß wird sich nach dem Schluß der Sitzung Zwecks seiner Constituirung im Bureauzimmer versammeln.

Bremen. Aus dem Beschluß der Bürgerschaft vom 6. Juni sind folgende Punkte hervorzuheben: „Beeidigung der bewaffneten Macht: Die Bürgerschaft glaubt aus der Erklärung des Senats die Versicherung entnehmen zu müssen, daß auch der Senat die Verwirklichung der deutschen Reichsverfassung als einen Gegenstand seiner unausgesetzten Bestrebungen betrachte, und sieht sie gerneigten Mittheilungen über die Ergebnisse dieser Bestrebungen, namentlich auch in Beziehung auf die Beeidigungsfrage, seiner Zeit entgegen. Bundescontingent: Die Bürgerschaft ist damit einverstanden, daß dem unter dieser Rubrik der Mittheilungen gestellten Antrage des Senats zufolge die Militärdeputation mit der Berathung und Berichterstattung beauftragt werde. Wahl eines Ersatzmannes für die deutsche Nationalversammlung: Es ist der Bürgerschaft genehm, daß dieser Gegenstand an die Deputation für die Beziehungen Bremens zur deutschen Reichsgewalt zur Berathung und Berichterstattung, welcher sie, wegen der Dringlichkeit der Sache, bis zu ihrer nächsten Sitzung mit Bestimmtheit entgegensieht, verwiesen werde; sie hat jedoch die Zahl ihrer Mitglieder bei dieser Deputation für diesen besonderen Fall um 6 vermehrt und dazu erwählt die Herren W. Brandt, Pastor R. Dulon, S. G. W. Eisenhardt, H. W. A. Hoyenberg, C. D. Seemann und C. H. C. Wischmann."

Frankreich.

** **Paris**, 8. Juni. Die allgemeine Aufmerksamkeit concentrirt sich gegenwärtig auf drei Punkte: Die Cholera, die Botschaft des Präsidenten und die italienischen Angelegenheiten. Was die erstere anbetrifft, so ist diese zwar bereits im Abnehmen begriffen, aber immerhin noch stark genug, um die Gemüther in Angst zu halten. Sie holt ihre Opfer aus allen Reihen der Gesellschaft, und rafft Manchen hinweg, der auf vielen Schlachtfeldern dem Tod glücklich entronnen. Auch Marschall Bugeaud ist von ihr befallen worden, befindet sich indeß bereits wieder in der Besserung. Die Botschaft des Präsidenten wird von sämmtlichen heutigen Blättern besprochen, im Ganzen aber viel mehr getadelt, als anerkannt. Es ist dies eine natürliche Erscheinung. In Frankreich nimmt heute Jedermann Partei; ein officielles Document, das gar keine bestimmte Färbung hat, kann Niemanden befriedigen. Die römischen Verhältnisse verwirren und verdunkeln sich von Tag zu Tage; die Verhandlungen, welche in der legislativen Versammlung am nächsten Montag stattfinden werden, werden sie wohl einigermaßen aufklären. Sonderbar ist es, daß Herr v. Lesseps, der bisher von den Oppositionsblättern beständig angegriffen wurde, von dem Augenblick an, da sein Zwiespalt mit Oudinot bekannt wurde, ein Gegenstand ihrer Lobeserhebungen ist. Die über ihn im Umlauf gewesenen Gerüchte in Betreff einer Geistesabwesenheit, von der er befallen sein sollte, waren vollständig aus der Luft gegriffen; er ist bei vollkommener Gesundheit.

Die Nationalversammlung hat heute keine Sitzung gehalten.

Ben-Salem, einer der arabischen Häuptlinge, welche Abdelkader's Gefangenschaft auf Schloß St. Amboise theilen, ist beim Baden in der Loire ertrunken.

Straßburg, 9. Juni. Die Volksversammlungen zu Gunsten der Erhebung in den Nachbarländern sind einer ministeriellen Weisung zufolge streng verboten und zugleich Werbung von Leuten für den Kriegsdienst daselbst untersagt. Die Präfecturen verweisen bei dieser Gelegenheit auf den § 84 des Strafgesetzbuches, welcher lautet: „Wer durch feindliche, von der Regierung nicht gebilligte Handlungen den Staat einer Kriegserklärung aussetzt, wird mit der Verbannung, und ist der Krieg daraus erfolgt, mit der Deportation bestraft." Von hier sind an die Grenzorte des Unterelsasses Truppenverstärkungen abgegangen, um das mögliche Eindringen von Freischaaren zu verhüten.

Spanien.

* **Madrid**, 3. Juni. Aus Catalonien ist eine Deputation von Fabrikanten eingetroffen, welche die Regierung ersuchen soll, die neuen Eingangs- und Ausfuhrzölle erst im nächsten Jahre in Kraft treten zu lassen.

Dänemark.

Kopenhagen, 6. Juni. Der König hat gestern den Reichsrath mit einer das Staatsgrundgesetz sanctionirenden Rede geschlossen. Der König erklärt, daß er die vorgeschlagenen Veränderungen in dem von ihm vorgelegten Verfassungsgesetz annimmt und das Ganze als des dänischen Reiches Grundgesetz unterzeichnet hat. Indem der König die Versammlung auflöst, behält er sich vor, dieselbe wieder zusammenzurufen, im Fall der harte und ungerechte Krieg gegen Dänemark die Mitwirkung der Stände schneller, als ein neuer Reichstag grundgesetzmäßig zusammen treten kann, nöthig machen sollte. Der König antwortete auf das vom Präsidenten Scheuw ihm gebrachte Hoch, in welches die Versammlung jubelnd einstimmte, mit den Worten: „Ich danke Ihnen Alle, Gott sei mit Ihnen." Das vom König unterschriebene Grundgesetz ward durch Etatsrath Lunding dem Präsidenten überreicht. Das dänische Königsgesetz, die berüchtigte lex regia, ist also gefallen. In einem offenen Brief behält der König sich vor 1) die Entscheidung über die schwebenden Unterhandlungen über Abtretung der dänischen Besitzungen auf Guinea, 2) die Steuern für das laufende Jahr und die ersten drei Monate des folgenden Jahrs zu erheben, und 3) die oben erwähnte Einberufung der aufgelösten Versammlung.

Vom Kriegsschauplatze geben die amtlichen Berichte aus Fredericia das um 3. d. M., wo der Artilleriekampf zwischen den Batterien der Belagerer und der Festung den ganzen Tag bis 4½ Uhr währte. Die feindlichen Bomben sollen nicht gezündet und die Dänen nur 3 Todte und 10 Verwundete gehabt haben. Am 2. Abends hielt eine Abtheilung von General Rye's Corps Aarhuus noch besetzt, und die preußischen Vorposten waren etwas zurückgegangen. Das Dampfschiff „Mercator" ist mit 4 Kriegszeug führenden Jachten im Schlepptau abgegangen. Ein Odenseer Blatt meldet, daß die dänische Regierung sowohl als die Frankfurter Centralmacht vergebens Orla Lehmann's Freilassung zu erwirken versucht. Mit derselben Post, welche die „Börsenhalle" mit der Meldung, Lehmann sei nach Rendsburg geführt, brachte, hatte man Briefe von ihm aus Gottorp. Man hat mit dem „Tage" neuere Nachrichten aus Petersburg, nach welchen die russische Flotte noch nicht von Kronstadt abgesegelt war, und noch nicht einmal Truppen am Bord hatte.

Rußland und Polen.

St. Petersburg. Der Kaiser hatte vor seiner Abreise von hier die russischen und polnischen Bischöfe nach Petersburg berufen. Aus Polen wurden die Bischöfe Holowinski, Borowski und Zoltnicki berufen. Der erste dankte im Namen Aller für die ihnen erwiesene Gnade und bemerkte, sie würden auf dem Wege des Glaubens, des Gewissens, auf dem Wege der Liebe und Ueberzeugung das Volk zur Ruhe und Gehorsam leiten und dem Geiste der Anarchie entgegenarbeiten, und glauben so dem Willen Sr. Maj. des Kaisers nachzukommen. Der Kaiser drückte ihm die Hand und sagte unter anderm: „Ich will keinen neuen Glauben. Man hat im Auslande einen neuen katholischen Glauben erfunden, diesen habe ich in mein Reich nicht einführen lassen, denn diese Neuerer sind die größten Aufwiegler. Ohne den Glauben kann nichts bestehen. Was aus den Menschen wird, wenn sie keinen Glauben haben, das sehen wir im Westen, — welchen Unsinn begehen sie dort. Als ich von Rom zurückkehrte, habe ich das Alles vorhergesagt. Der Glaube ist im Westen völlig verschwunden; dies beweist, wie man jetzt den Papst behandelt. Nur in Rußland herrscht der wahre Glaube, und ich hoffe (hier bekreuzte sich der Kaiser), daß dieser heilige Glaube sich erhalten wird. Ich habe dem verstorbenen Papst Gregor XVI. gesagt, was er noch von Niemanden gehört hatte. Der jetzige Papst ist ein redlicher Mann und hat guten Willen gehabt, aber er gab Anfangs dem Zeitgeiste zu viel nach. Der König von Neapel in ein guter Katholik; man hatte ihn beim Papst verleumdet, und nun mag er doch bei ihm Zuflucht suchen." Bischof Holowinski: „Majestät! den heil. Vater haben die Verhältnisse dazu bewogen, man konnte dem Zeitgeiste nicht widerstehen." Der Kaiser: „Möglich! Alle diese Unruhen kommen daher, daß der Glaube fehlt; ich bin kein Fanatiker, aber ich glaube fest. Im Westen gibt es nur zwei Alternativen, entweder der Fanatismus oder die völlige Gottlosigkeit. (Hier wandte er sich an die polnischen Bischöfe.) Sie sind die Nachbarn dieser Verkehrten, ihr Beispiel sollte Ihnen zur Lehre dienen. Sollten Sie, meine Herren, irgend Hindernisse finden, so wenden Sie Sich an Mich. Meine ganze Macht will ich anwenden (hier erhob er die geballte Faust), um diese Finth des Unglaubens und des Aufruhrs aufzuhalten, welche sich immer mehr verbreitet und auch

Bautzen, den 1. Januar 1900.

Die Königliche Kreis-Hauptmannschaft Bautzen hat mit Genehmigung des Königlichen Ministeriums des Innern zu Dresden die Bestimmung getroffen, daß das Amtsblatt der Königlichen Kreis-Hauptmannschaft Bautzen, welches bisher wöchentlich einmal erschien, vom 1. Januar 1900 ab wöchentlich zweimal, und zwar Dienstag und Freitag, erscheinen soll.

Der Bezugspreis für das Amtsblatt beträgt vierteljährlich 1 Mark 50 Pfennige. Bestellungen nehmen die Postanstalten, Landbriefträger und die Expedition des Amtsblattes entgegen.

Die Einrückungsgebühren für Bekanntmachungen betragen für die Zeile 15 Pfennige.

Königliche Kreis-Hauptmannschaft Bautzen.

Dr. Rumpelt.

Bekanntmachungen.

Verordnung

des Königlichen Ministeriums des Innern, die Ausführung des Gesetzes, die Abänderung des Gesetzes, die Einkommensteuer betreffend, vom 24. Juni 1878 vom 22. Juni 1899.

Auf Grund des Gesetzes, die Abänderung des Gesetzes, die Einkommensteuer betreffend, vom 24. Juni 1878 vom 22. Juni 1899 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 337) wird verordnet, wie folgt:

§ 1.

Zu § 1 Nr. 1 des Gesetzes.

Als Einkommen aus Grundbesitz ist der Reinertrag anzusehen, welcher nach den Vorschriften des Gesetzes, die Grundsteuer betreffend, vom 2. Juli 1887 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 233) für die Grundsteuer festgestellt worden ist.

Bei Grundstücken, für welche ein Reinertrag nicht festgestellt worden ist, ist der Reinertrag nach den Vorschriften des Gesetzes, die Grundsteuer betreffend, vom 2. Juli 1887 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 233) zu ermitteln

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Beilage zu Nro. 137.) 11. Juni 1849.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 11. Juni. Gestern waren in Offenbach abermals Abgeordnete der demokratischen Vereine des Großherzogthums Hessen versammelt, um sich über die vaterländischen Angelegenheiten und die zu treffenden Maßregeln zu berathen. Die Debatten waren lebhaft und dauerten ziemlich lange. Die früher gemachten Vorschläge für eine Deputation an den Großherzog, um ihm verschiedene Ansinnen vorzulegen, wurden, in Betracht der vorauszusehenden Erfolglosigkeit einer solchen Abordnung, verworfen, dagegen verschiedene Beschlüsse gefaßt, die im Wesentlichen dahin gehen: Zu erklären, die Staatsregierung habe das Vertrauen des hessischen Volkes verloren; dasselbe sympathisire mit Baden und der Pfalz und mißbillige den Kampf der hessischen Truppen, als feindlich gegen die deutsche Verfassung; Jeden für einen Verräther am Vaterland zu erklären, der die octroyirte preußisch-deutsche Verfassung anerkenne; die Wahlbezirke, welche bei der Reichsversammlung in Stuttgart, die als die einzig geltende anerkannt wurde, nicht vertreten seien, aufzufordern, die Ersatzwahlen, wenn sich die Regierung der Anordnung derselben weigere, dennoch vorzunehmen. In Beziehung auf die Landtagswahlen wird ein von Rheinhessen ausgegangenes Wahlprogramm als Grundlage angenommen, demselben aber noch beigefügt: den einzelnen Bezirken die den localen Bedürfnissen entsprechenden Abänderungen vorzubehalten; jeden Gewählten durch sein Ehrenwort sich verpflichten zu lassen, sich im Falle eines Mißtrauensvotums zurückziehen; das Ministerium Jaup in Anklagezustand zu versetzen; die vollständige Trennung des Staats von der Kirche und die Aufhebung aller staatskirchlichen Behörden zu erwirken. Endlich wird das Offenbacher Comite als Hauptwahlcomite constituirt und ihm aufgetragen, noch vor den Landtagswahlen eine allgemeine Versammlung von Abgeordneten aller Wahlbezirke zur Vereinbarung über zweckmäßige Wahlen zu veranlassen.

** **Frankfurt**, 11. Juni. Heute Vormittag um 11 Uhr sind ein preußisches Kürassierregiment, das 31. preußische Landwehrregiment und eine Zwölfpfünderbatterie hier eingerückt. Diese Truppen bleiben vorläufig hier und sind, so weit die Kasernen nicht ausreichen, bei den Einwohnern einquartiert worden.

[:] **Wien**, 7. Juni. Die Frohnleichnamsprocession fand am heutigen Morgen mit hierorts nie gesehener Pracht statt. Der Wiener Fürst-Erzbischof pontificirte; ihm voran zogen in feierlichstem Ornate die zahlreichen hier versammelten Erzbischöfe und Bischöfe, worunter Fürst Schwarzenberg im Cardinalsgewande. Nach dem Sanctissimum folgte der Kaiser Franz Joseph im schlichten Waffenrocke, geziert durch das große Band des Theresienordens. In einiger Entfernung folgten der Vater und der Bruder Sr. Maj. Nach vollendetem Zuge defilirten die Truppen, geführt durch F.-M.-L. Simunich, vor dem Kaiser, an dessen Seite der eben aus Preßburg zurückgekehrte Kriegsminister Gulay sich befand. 300 Offiziere aller Waffen bildeten die Suite. Unter den äußerst zahlreich erschienenen Ordensrittern, geheimen Räthen, Kämmerern und Truchsessen bemerkte man viele Ungarn in dem funkelnden Anlagewand. Die größten Namen Ungarns befanden sich darunter.

Von dem Kriegsschauplatze fehlen alle Nachrichten. Trotz aller Gegenvermuthungen scheint denn doch Marschall Radetzky hier erwartet zu werden, zu Rath und That für Osten und — Westen.

Wien, 7. Juni. Vom südlichen Kriegsschauplatze Ungarns erfahren wir Folgendes: Temesvar und Arad behaupten sich noch immer, letztere Festung mit einem Heldenmuthe und einer Aufopferung, die in der Kriegsgeschichte wenig Beispiele findet. In Siebenbürgen weht auf den Thürmen der kleinen Festung Karlsburg noch immer die kaiserliche Fahne; auch das Schloß Deva hat noch eine Compagnie kaiserliche Besatzung. In Letzterem commandirt ein Oberlieutenant, welcher trotz aller magyarischen Verführungskünste mit seiner kleinen Heldenschaar den festen Punkt behaupten oder fallen will. Ueber das Einrücken des russischen Auxiliarcorps erfährt man zuverlässig, daß dasselbe erst am 7. Mai (alten St.) in der Moldau erwartet würde, was um so glaubwürdiger erscheint, da Bem am 22. (alt 9.) noch in Caransebes war und an die romänischen Grenzer eine Proclamation erließ, worin er ihnen nebst andern Vortheilen die beliebige Benutzung der Waldungen frei gab und den Preis des Salzes von 6 auf 3 Gulden herabsetzte, um sie bei den bevorstehenden Kämpfen in Siebenbürgen an seine Fahne zu fesseln. Die kaiserliche Südarmee setzte sich bereits in Bewegung. Perlaß, ein Städtchen jenseits der Theiß, welches unsere Avantgarde genommen, wurde von dem Insurgentenführer Perczel erfolglos wieder zu nehmen versucht. Die Stärke des Perczel'schen Corps soll 60,000 Mann betragen, von denen die Mehrzahl jedoch schlecht bewaffnet ist. Auf Befehl des Banus soll die kroatische Mobilgarde in die regulären Truppen eingetheilt werden. Ein hier angekommener Flüchtling erzählt, daß circa 20,000 Mann magyarischer Truppen an der Grenze des baranyer Comitates stehen.

Der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg hat gestern Vormittag sämmtliche Beamte seines Departements um sich versammelt und nach längerer Anrede erklärt: „er wisse, daß Verräther unter ihnen seien.“ Als sich die Beamten sodann entfernten, wurden der Conceptist Czermiczly und der Official Fissko im Vorzimmer durch eine Militärpatrouille arretirt und in das Stabsstockhaus geführt. Beide sollen mit den Magyaren ein Einverständniß unterhalten haben. — Die beiden Minister Schwarzenberg und Bach sind gestern nach Preßburg abgereist, um dort mit dem F.Z.M. Haynau eine Besprechung zu halten. — Der stabshauptmannschaftliche Obercommissär Pedolsky ist zur Leitung der Polizeiangelegenheiten in Ungarn heute dahin abgereist. — Einem Gerüchte zu Folge soll Justizminister Bach das Portefeuille des Ministers des Innern definitiv übernehmen. — Die Frohnleichnamsprocession wurde heute unter den üblichen Ceremonien abgehalten. Die Ruhe blieb, obgleich man das Gegentheil zu befürchten schien, weil die Garnison consignirt war, ungestört.

Olmütz, 4. Juni. Die große Requisition von Wagen und Pferden zum Behuf des Lebensmitteltransports für die am ungarischen Kriegsschauplatz operirende Armee stieß bei dem hiesigen Landvolk auf bedauerlichen Widerspruch, welcher zuletzt durch das Erscheinen des Militärs beseitigt wurde. Ob alle geforderten Wagen und Pferde abgingen, können wir nicht mit Bestimmtheit angeben.

Einige Ortschaften um Olmütz sind in Belagerungszustand erklärt worden, weil die Bauern die Vorspannsleistungen verweigerten. (C. Bl. a. B.)

§ Flüchtlinge aus Pest sagen aus, daß man die Befestigungswerke Ofens gänzlich demolirt. Es seien dabei viele Arbeiter beschäftigt. — Vorgestern empörte sich eine Abtheilung des ungarischen Palatinalhusarenregiments, welche auf ihrem Marsche von Böhmen nach Italien plötzlich den Weg über Enns und Steier durch die Steiermark nach Ungarn einzuschlagen versuchte. Die Husaren schritten zu offener Gewaltthätigkeit und wollten sich der Brücke bei Enns bemächtigen, um dort diesen Fluß zu passiren. Allein die Brücke wurde glücklicherweise durch Hilfe von Civil und Militär abgetragen, und gestern zogen von allen Seiten Truppen heran, um die Husaren zu entwaffnen. (Brol. Z.)

= **Berlin**, 9. Juni. Die sehnlich erwartete authentische Declaration des Reichsverfassungsentwurfes soll, wie erzählt wird, zugleich mit den Beitrittserklärungen eines großen Theiles der kleineren Staaten publicirt werden. Um dieselbe Zeit würde, heißt es, das Ministerium Brandenburg abtreten, um einem Ministerium Arnim-Boitzenburg Platz zu machen. Dieser Rücktritt, eine ungern der öffentlichen Meinung gebrachte Concession, soll hauptsächlich als Wahlmanöver wirken. Die Erfahrungen der letzten Wahl haben zu deutlich gelehrt, was es heißt, unter diesem Ministerium wählen lassen. Die gewählten Volksvertreter würden auch jetzt größtentheils aus den Gegnern des Ministeriums entnommen werden und ein neuer Parlamentskrieg wäre in Aussicht gestellt. Ohne Frage würde man weise handeln, ihn zu vermeiden; ich für meine Person weise aber daran und glaube auch nicht an den Rücktritt des Ministeriums. Nach dem etwas ungnädig aufgenommenen Berichte des Generals v. Hirschfeld hat die übergroße Hitze und die Furcht vor Krankheiten denselben abgehalten, dem Befehle des Ministeriums, wonach die Operationen gegen die Pfalz am 6. d. Mts. beginnen sollten, nachzukommen. — Die drei einigen Königreiche haben, so wird von den verschiedensten Seiten versichert, eine Art Verwaltungs- und Executivbehörde eingesetzt oder sind wenigstens im Begriffe, sie einzusetzen, um durch dieselbe energisch zur Durchführung ihrer Pläne zu wirken. Wie das „energisch“ zu verstehen, soll noch nicht ganz ausgemacht sein, da Meinungsverschiedenheit über die Zuziehung oder Nichtzuziehung anderer Regierungen bei diesen Schritten besteht. Preußen will die Anderen hören, nicht so wollen es, nach allgemeiner Sage, Sachsen und Hannover, deren Ansicht vielmehr auf ein mehr dictatorisches Verschreiten gerichtet sein soll. — Die Beschlüsse des Stuttgarter Rumpfparlaments vom 7., die so eben noch bekannt werden, erregen fast nur ein bemitleidendes Lächeln. Man ist hier nur gespannt, wie Württemberg sich aus der Klemme ziehen wird. Solche Beschlüsse, wie die vom 7., sind nur in der Pfalz und in Baden ausführbar; uns dünkt daher, daß entweder das Parlament Stuttgart oder die Regierung Württemberg räumen muß.

Der „constitutionellen Correspondenz“ zufolge wäre das Gerücht, welches mehrere Zeitungen voreilig brachten, der Prinz von Preußen werde das Obercommando der Truppen am Rhein übernehmen, jetzt begründet.

§ **Berlin**, 9. Juni. In der nächsten Woche wird der interimistische Verwaltungsrath des engern deutschen Bundesstaates zusammentreten, um sich vorläufig über diejenigen Feststellungen und Anordnungen zu verständigen, welche geeignet sind, die angestrebte deutsche Einigung zur wirklichen That werden zu lassen und in fester Gestaltung ins Leben zu rufen. Es soll mithin zur Verkörperung der die deutsche Nation begeisternden Idee der Einheit Deutschlands geschritten werden. Das rasche Vorschreiten der drei verbündeten Staaten läßt keinen Zweifel mehr übrig, daß Preußen, Hannover und Sachsen mit hohem Ernst zur Erfüllung einer für das deutsche Vaterland bedeutungsvollen und gewiß weltgeschichtlichen Aufgabe zu schreiten gesonnen sind. Wie wir hören, hat sich unter den drei Staaten eine kleine Meinungsverschiedenheit darüber erhoben, ob diejenigen deutschen Staaten, welche ihren Beitritt nach Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs erklärt haben, sofort mit voller Berechtigung gemäß ihrer Bedeutsamkeit im deutschen Verbande beim Verwaltungsrath des engern deutschen Bundesstaates sich betheiligen sollen. In Bezug auf die wichtige Frage können wir so viel andeuten, daß von Seiten Preußens die Entscheidung ohne allen Zweifel zu Gunsten der beigetretenen und noch beitretenden Staaten ausfallen werde. Es möchte wohl auch nicht zu bezweifeln sein, daß eine volle Verständigung in der von Preußen beabsichtigten Weise zwischen den verbündeten Staaten zu Stande kommen werde. — Nach hier eingegangenen Depeschen ist der Angriff gegen die Aufständischen in Rheinbayern und Baden aus dem Grunde noch einige Tage hinausgeschoben worden, weil die Commandirenden allzu starke Eilmärsche bei der großen Hitze in Rücksicht auf den Gesundheitszustand der Truppen nicht für rathsam erachteten. Von der französischen Grenze sind Berichte hier eingelaufen, welche melden, daß die französische Regierung sich veranlaßt gefunden habe, alle diejenigen verdächtigen Personen, welche eine Zusammenrottung zur Beunruhigung der deutschen Grenzen befürchten ließen, ins Innere von Frankreich zurückzuweisen. Die Maßregel der französischen Regierung, die mithin den Zustand in den betreffenden angrenzenden deutschen Ländern in keiner Weise zu begünstigen geneigt ist, soll bisher auch ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Richtig ist bezeichnend für den gegenwärtigen Stand der hiesigen demokratischen Partei, als die gestern erfolgte Ablieferung der noch zurückgebliebenen Gewehre u. s. w. in einer den Befehlen Wrangels nicht eben sehr Widerstand leistenden Weise. Es eine größere Anzahl von Waffen in den Besitz des Staates zurückgekommen, als es selbst erwartet worden war. Für die Sitzungen des Kriegsgerichts sind hier größere Räume eingerichtet worden, welche Vorbereitungen zu schrecken zu wirken scheinen, da man den Ernst der Behörden erkennt. Die äußern Erkennungszeichen der Demokraten schwinden mit jedem Tage mehr und mehr, und dürfte der Demokratenhut bald völlig der Rumpfkappe andringefallen sein. — Die Entscheidung des hiesigen Appellationsgerichts in einem Hochverrathsproceß macht um so größern Eindruck, als die Angeklagten von dem Gerichtshofe erster Instanz völlig freigesprochen worden waren. Das Appellationsgericht verurtheilte dieselben zu zehnjähriger Festungsstrafe, indem es die Ansicht des frühern Gerichtshofes, daß in der Zeit vom 18. März bis 5. December v. J. gar kein Hochverrath denkbar gewesen wäre, vollständig umwarf, darlegend, daß es auch in jener Zeit in Preußen eine Verfassung, nämlich die constitutionelle, gegeben habe, die in ihren Grundzügen festgestellt gewesen wäre.

⚓ **Trier**, 9. Juni. Unsere Gegend wimmelt von Militär, alle Waffengattungen, alle Regimenter, Linie und Landwehr, sind vertreten. Täglich kommen und gehen Truppen; gestern kamen tausend Mann per Dampfschiff die Mosel herauf bis Bernkastel, morgen gehen schon wieder tausend Mann auf demselben Wege von hier fort. Die Leute können ihre Bestimmung nie vorher, und wissen in der Regel des Morgens nicht, wo sie Abends Quartier nehmen. Estaffetten jagen sich, eine die andere. Man muß das geregelte Treiben der preußischen Militärinstitutionen bewundern. Mit großer Präcision und vieler Sicherheit und im Ganzen sehr geräuschlos gehen alle diese Bewegungen vor sich. Wenn nicht die ungewöhnliche Anzahl größtentheils unserm Auge wenig bekannter Uniformen es uns sagte, wenn wir über die Straße schreiten, man sollte es nicht glauben, daß vielleicht binnen wenigen Tagen der blutige Reigen an der nahe gelegenen Grenze der schönen Pfalz beginnen werde. Sogar nicht einmal im Preise der Lebensmittel ist durch die Vermehrung der Consumtion eine fühlbare Aenderung eingetreten, wozu wesentlich die glänzende Aussicht auf die Ernte mit beitragen mag. Gebe der Himmel, daß der lockende Segen unserer Felder nicht mit Blut gedüngt werde. Das Benehmen unserer Stadt gegenüber den durcheilenden Truppen muß durchweg als ein löbliches bezeichnet werden. Die demokratische Partei, die, wie Sie wissen, in Trier die Weitem überwiegende ist, scheint zu der Einsicht gekommen zu sein, daß die Person vom Amte zu trennen sei. Wenigstens sehen wir die Trierischen Demokraten durchschnittlich den ermüdeten Soldaten gerne mit Rath und That, mit Labung und Erquickung zur Hand gehen. — Am verflossenen Mittwoch sprach der hiesige Assisenhof das Urtheil gegen die der bewaffneten Rebellion und der Widersetzlichkeit gegen die Behörde Angeklagten von Bernkastel, noch eines traurigen Nachwehen der vorjährigen Steuerverweigerung. Von den 9 Angeklagten wurden 7 freigesprochen, unter ihnen der Maler Felten von Graach, zwei, die Bürger Reif und Heiliger, wurden zu fünfjähriger Freiheitsstrafe verurtheilt, ein Urtheil, was traurige Sensation in der Stadt hervorrief. Am Schlusse der gerichtlichen Verhandlung ereignete sich der Zwischenfall, daß einer der Verurtheilten durch einen epileptischen Anfall die Sitzung unterbrach. Anwesende Aerzte stellten die anfänglich naheliegende Annahme einer Simulation auf das Bestimmteste in Abrede. — Die Landwehrleute, welche zur Sicherheit des Prümer Zeugnisses zur Zeit des bekannten Putsches daselbst aufgestellt waren, werden ohne Waffen in alten Uniformen nach der Festung Saarlouis unter militärischer Bedeckung abgeführt. Ihr Schicksal erregt viel Theilnahme. — Nach der Stimmung der hiesigen Gegend, wie sie sich dauernd erhält, glauben wir nicht, daß sich auch nur ein Mann der demokratischen Partei an den für den 17. Juni zur zweiten Kammer ausgeschriebenen Neuwahlen betheiligen

zen wird. Das octroyirte Wahlgesetz namentlich mit öffentlichem Scrutinium erregt allgemeinen Widerwillen, sich seiner zu bedienen. — Die Nachrichten, die uns durch Reisende aus dem Elsaß zugehen, schildern übereinstimmend die Stimmung der dortigen kräftigen Bevölkerung als sehr kriegerisch und halten es im Bereiche der Möglichkeit, daß der Elsaß im Falle einer siegreichen preußischen Invasion in Baden und der Pfalz auch unabhängig von dem Pariser Ministerium sich an den Ereignissen betheiligen wird. Man wundert sich hier bei uns über die Aufstellung des preußischen Corps, was sich mit seinem rechten Flügel an die französische Grenze lehnt. Bei der immer möglichen Eventualität, daß in Frankreich die öffentliche Meinung und die Stimmung des Heeres eine Kriegserklärung herbeiführt, würde die so bloßgegebene rechte Flanke der Preußen einen harten Stand haben und ein Frontmachen nach der Grenze die Pfalz in die Flanke kriegen. — Der seit einer Woche herrschenden tropischen Hitze und ägyptischen Dürre hat gestern Nachmittag ein starkes Gewitter mit gedeihlichem Regenfall ein wohlthätiges Ende gemacht.

Dresden, 8. Juni. Gestern wurde der derzeitige Vorsteher der hiesigen Stadtverordneten, Dr. Seidenschnur, verhaftet. Der erste Vorsteher (Blöde) ist es bekanntlich schon längst. — Aus einer Bekanntmachung des Kriegsministeriums vom 5. Juni erhellt, daß bei demselben an Beiträgen zur Unterstützung resp. in Schleswig-Holstein und in Dresden verwundeter, sowie der Hinterlassenen von daselbst gebliebenen königl. preußischen und königl. sächsischen Unteroffizieren und Soldaten 3528 Thlr. 14 Ngr. zeither bei selbigem deponirt worden.

In **Chemnitz** ist am 6. Juni die Communalgarde aufgelöst worden. Da aber das Bestehen eines bewaffneten Corps aus gutgesinnten Ortsbewohnern von unverkennbarer Wichtigkeit ist, soll die Errichtung einer freiwilligen Schutzwehr unter gewissen Garantien erfolgen.

Aurich, 5. Juni. Das Majoritätsgutachten der ostfriesischen sämtlichen Commission in der deutschen Sache (bekanntlich zu Gunsten der Reichsverfassung vom 28. März) ist heute angenommen worden.

Quakenbrück, 3. Juni. Vor einiger Zeit kamen die Herren Buddenberg, Dr. Drees aus Bersenbrück und einige Mitglieder des Osnabrücker Magistrats in den Flecken Bremsche zusammen; sie hatten das Unglück, den Zorn des souveränen Pöbels dadurch zu erregen, daß sie einen im Orte angehefteten Aufruf des Centralmärzvereins nicht mit der erwarteten Ehrfurcht lasen. Wenigstens sagt man, daß ein spöttisches Lächeln der Herren die Veranlassung zu einem empörenden Exzesse gewesen sei, der gegen sie verübt wurde; es wäre indeß wahrscheinlich auch ohne das dazu gekommen, weil man sie als Anhänger von Stüve haßt. — Als der Herr Dr. Buddenberg mit seinen Bekannten am Abende nach Bersenbrück zurückkehren wollte, wurde der Wagen unmittelbar vor Bremsche von einer Rotte Gesindel aus dem Hinterhalte angefallen, es gelang glücklicher Weise, die Pferde in Galopp zu bringen, doch konnte man sich einem Hagel von Steinen nicht entziehen, die von allen Seiten herangingen. Mehre der angegriffenen Personen sind verletzt, einige gefährlich; namentlich soll für das Leben des Kutschers zu fürchten sein. Der Wagen selbst ist arg beschädigt, man sagt, daß 11 Steine durchgedrungen seien. — Leider wird es schwer halten, den Thätern auf die Spur zu kommen, weil nicht unmittelbar nach der That von der Behörde eingeschritten werden konnte. — Der Entwurf des Wahlgesetzes, den man in Berlin „vereinbart" hat, dürfte schwerlich die Zustimmung der hannöverschen Stände finden; ganz abgesehen von der Bewegung zu Gunsten der Frankfurter Verfassung, wird man die vorgeschlagene Klasseneintheilung nicht gutheißen, weil eine so beschränkende Bestimmung hier noch nie existirt hat. — — Sollte Stüve sich entschließen können, ohne Zuziehung unserer Stände die Wahlen für den projectirten Reichstag auszuschreiben, so wird es voraussichtlich zu Minoritätswahlen wie zur Zeit des früheren Kampfes um das Staatsgrundgesetz kommen. (Reichsztg.)

* **Stuttgart**, 9. Juni. Wie der „Karlsruher Zeitung", als deren der provisorischen Regierung verantwortlicher Redacteur seit heute ein Paul Römisch unterzeichnet, von hier berichtet wird, hat sich Steinmetz dem von der württembergischen Regierung gegen ihn erlassenen Verhaftsbefehl durch die Flucht entzogen. Gegen Becher, Mitglied des Landesausschusses in Stuttgart und der provis. Regierung für Deutschland, ist derselben Correspondenz zufolge gleichfalls ein Verhaftsbefehl ausgestellt worden, und zwar wegen Hochverraths.

Der Schütze Sauter des 4. württembergischen Infanterieregiments ist wegen Versuchs, seine Kameraden zur Meuterei zu verleiten, standrechtlich erschossen worden.

Karlsruhe, 9. Juni. Die Abgg. Fehrenbach und Metz sind von der provisorischen Regentschaft für Deutschland zu Reichscommissären für Baden ernannt worden und bereits hier eingetroffen. (Karlsr. Z.)

Karlsruhe, 10. Mai. Die provisorische Regierung für Baden hat folgende Bekanntmachung erlassen:

In Anbetracht, daß nach eingegangenen Mittheilungen in einzelnen Gemeinden des Landes, auf Veranlassung reactionärer Beamten und Bürgermeister, die Durchführung der Volksbewaffnung einen Aufgebots häufig auf Widerstand stößt, und man dadurch gröblich ist, Executivtruppen anzuwenden, setzt sich die provisorische Regierung veranlaßt, zu verordnen: 1) Jeder Widerstand gegen die Durchführung der Volksbewaffnung, in so fern er nicht schon den Charakter der Meuterlichkeit angenommen hat, und deßhalb unter die Bestimmungen des Kriegsgesetzes fällt, wird mit Executivstrafen bestraft. 2) Die Kosten der Executivstruppen bezahlt die Gemeinde in der Art, daß die Truppen außer unentgeldlicher Verpflegung noch per Mann dreißig Kreuzer täglich erhalten. Der betreffenden Gemeinde bleibt das Recht, die Kosten auf die Widerspenstigen auszuschlagen. Brentano.

*** **Mainz**, 10. Juni. Trotz des halben Belagerungszustandes, in welchem sich unsere Stadt seit etwa drei Wochen befindet, haben die hiesigen Republikaner für gut befunden, nun für den nächsten Dienstag aus eigner Machtvollkommenheit die Wahl eines Deputirten zur deutschen Nationalversammlung auszuschreiben. Man zweifelt nicht im Geringsten, daß sich außer den Demokraten Niemand an der Wahl betheiligen wird, daß Herr Bamberger, welcher sich im Lager der Freischaaren in Rheinbayern befindet, erkoren werden wird, die Stadt Mainz im Rumpfparlamente in Stuttgart ꝛc. zu vertreten; vorausgesetzt, daß die hiesige Militär- und Civilbehörde dieser Operation kein Hinderniß entgegenstellt. — Von den Lügen, welche hier zu jeder Stunde über den Stand der Dinge an der Bergstraße verbreitet werden, kann man sich auswärts keinen Begriff machen (tout comme chez nous!). Tag für Tag bringen die „Mainzer Zeitung" und das „Mainzer Tagblatt" fingirte Berichte über vorgefallen sein sollende Gefechte, in welchen unsere Landsleute und Brüder, die Hessen, die man „Fürstensoldaten" nennt, von dem „Volksheer" aus Baden total geschlagen worden und Tausende von Leuten verloren haben; die Badenser stehen bereits in Darmstadt, der Großherzog sei geflüchtet, ganze Regimenter seien zum Volke übergegangen ꝛc. Und solchen Unsinn verbreitet man hier in der Nähe der Ereignisse. In Baden ist das Standrecht publicirt für alle diejenigen, welche ungünstige Nachrichten vom Kriegsschauplatze verbreiten; bei uns nimmt man von dergleichen gar keine Notiz, und so wird denn fortwährend frisch daraus losgelogen und das gläubige Volk in der grassesten Unwahrheit gehalten; alles zur größten Ehre der „Mainzer Zeitung".

> **Mainz**, 10. Juni. Heute Mittag ist das 38. preuß. Infanterieregiment von Frankfurt wieder hier eingerückt, auch eine halbe preußische Batterie und zwei Compagnien vom 40. Regiment, die bisher im Gerau'schen standen, folgten denselben hierher.

*△ **Vom Rheiu**, 10. Juni. In einer Zeit, in welcher im südwestlichen Theil Deutschlands die militärische Treue, die letzte Stütze der Ordnung und Gesetzlichkeit, von Anarchisten durch alle erdenkliche, selbst verruchte, Mittel zu erschüttern versucht worden ist, und in welcher so bedauerliche Beispiele von Treubruch vorgekommen sind, mag es wohl an seinem Orte sein, des musterhaften Betragens eines Truppencorps zu erwähnen, welches ungeachtet aller Verführungsversuche seine militärische Ehre unbefleckt erhalten, und sich dadurch den Dank des Vaterlandes erworben hat. Die großh. hess. Soldaten sind bei Kandern und Freiburg mit einem guten Beispiel vorangegangen und haben in den Septembertagen in Frankfurt durch ihr muthvolles Betragen die Achtung von Kameraden sich erworben, welche größern Truppenkörpern angehören; aber sie haben in den letztvergangenen Tagen mehr gethan: sie haben den Verführungen einer zügellosen und gleißnerischen Presse widerstanden, sie haben Bestechungen verachtet, und haben Angesichts dessen, was in zwei benachbarten größeren Staaten zur ewigen Schmach von Deutschland geschehen ist, in einem andern aber drohte, ihre militärische Ehre und den alten Ruhm ihrer Fahne bewahrt. Den hessischen Kriegern gebührt die Anerkennung, in dem gefährlichsten Momente der Anarchie einen Damm entgegengesetzt, und die Gegenden bis zum Main von einem Unheil bewahrt zu haben, welches, wenn auch vorübergehend, für Ordnung und Wohlstand doch jahrelang die verderblichsten Folgen hätte nach sich ziehen können.

X **Bensheim**, 10. Juni. „Noch immer kein Abmarsch," das ist der Noth- und Stoßseufzer der Truppen. Gestern feierten unsere Soldaten den Geburtstag des Großherzogs in solenner Weise und bei dem Festmahl des Offizierscorps folgte ein erhebender Toast dem andern. Reichsgeneral v. Schäffer präsidirte dem Mahle und wir hatten Gelegenheit, zu sehen, wie sich dabei die vollste Anhänglichkeit an den verehrten Führer aussprach. Wer Herrn v. Schäffer näher kennt, weiß, daß es ihm während seiner langen militärischen Laufbahn nicht an reicher Gelegenheit aller Art fehlte, seine Tüchtigkeit bessern Feinden gegenüber geltend zu machen. Man durfte daher wohl erwarten, daß er dem ihm gewordenen ehrenvollen Auftrage des Großherzogs, die Grenzen des Landes vor dem Einfall der badischen Horden zu schützen, so entsprechen werde, wie dies bisher geschah. Daß ihm dies jedoch so fest und sicher auf der ganzen ausgedehnten Linie gleich von Hause aus und bis heute gelang, dazu bedurfte es nebst der Umsicht und Kraft des Führers so treuer, wohldisciplinirter und wackerer Truppen, wie unsere braven Hessen sind. Sie haben kaum einen Begriff von der Aufopferung und Hingebung, welche diese in den letzten Tagen bewiesen. Erschöpfende Märsche in einer tropischen Hitze, Vorposten, Wachen, Patrouillen, nächtliche Allarmirungen, Dislocationen, Züge in das Gebirge folgten sich unaufhörlich und der Ruhe konnten kaum wenige Stunden gewidmet werden. Dennoch herrschte überall die heiterste Zuversicht, die strengste Ordnung, das beste Vertrauen und war — trotz aller Berichte des „Frankfurter Journals" — an Uebergehen auch nicht ein Gedanke, von „Croatenwirthschaft" nie, auch nur einen Augenblick die Rede. Wir leben unterm Kriegsrecht, aber wahrlich, wir segnen uns darob, denn unter der bisherigen Demokratenherrschaft erfreuten wir uns nicht der Ruhe, Ordnung und Sittlichkeit, wie jetzt in dem gefürchteten „Belagerungszustand". Unser Heer bewies und beweist vom grauköpfigen Veteranen bis zum vierzehntägigen Rekruten herab eine Freudigkeit und Pflichttreue, wie man sie nicht oft findet. Und — wenige Schritte weiter haust die Regierung mit dem Wahlspruch: „Wohlstand, Freiheit, Bildung für Alle" und wie? — Wie wird man die „verhierten Soldknechte" dort begrüßen!

Frankreich.

Paris, 8. Juni. Der Kriegsminister besuchte gestern zwei Militärspitäler. Er ließ sich in alle Zimmer führen und forschte besonders in denen, wo Cholerapatienten liegen, sorgsam nach, ob es ihnen an ärztlicher Behandlung und sonstiger Pflege in keiner Art fehle. Unsere ärztliche Behörde warnt vor dem Genusse von Branntwein und sonstigen hitzigen Getränken, so wie vor zu kaltem Trinken. Kalte Bäder, besonders im Flusse, werden als Präservativmittel anempfohlen.

Die „Presse" versichert, daß sie ihre (bekanntlich von dem Texte des „Moniteur" mehrfach abweichende) Copie der Botschaft aus dem Elisee National empfangen habe, was nur durch einen Durchschleif von Seiten einer zum Bureau des Präsidenten gehörigen Person geschehen konnte. „Galignani's Messenger" versichert, bestimmt zu wissen, daß die Botschaft schon am Dienstag Morgen in den Händen mehrerer Personen gewesen und einigen Journalen angeboten worden sei.

Mehrere Repräsentanten haben beschlossen, die Suspendirung der Sitzung für mehrere Tage zu beantragen, weil kein Gesetzentwurf auf der Tagesordnung stehe. Sechs andere Repräsentanten haben einen Vorschlag eingebracht, nach welchem der Jahresbetrag der den Repräsentanten zuerkannten Diäten von neuntausend auf sechstausend Franken herabgesetzt werden soll. An der Annahme des Vorschlags wird stark gezweifelt. Ferner ist von Herrn Creton ein Vorschlag eingebracht worden, nach welchem den Mitgliedern der Familien, welche über Frankreich geherrscht haben, die Rückkehr gestattet sein soll, wenn sie die Erlaubniß dazu nachsuchen und wenn die vollziehende Gewalt ihre Zustimmung ertheilt. Jede so zugelassene Person soll die Rechte französischer Bürger haben, jedoch erst nach sechs Jahren in die Nationalversammlung und nach acht Jahren zur Präsidentschaft der Republik gewählt werden können.

Großbritannien.

* **London**, 6. Juni. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses verlangte Herr Hume die Ermächtigung zur Einbringung einer Bill folgenden Inhalts: Es soll eine Verbesserung der Volksvertretung eintreten, und zwar durch Ausdehnung des Wahlrechts, so wie durch geheime Abstimmung; die Sitzungsperiode eines und desselben Parlaments soll die Dauer von drei Jahren nicht überschreiten, und die Zahl der Volksvertreter zu der wahren Stärke der Nation in das richtige Verhältniß gesetzt werden. Der Antragsteller begründete seine Motion damit, daß die Reformacte, obschon sie in der angeregten Sache Gutes gethan, die gehörige Wirkung doch nicht vollständig erzielt habe, und suchte darzuthun, daß das britische Volk im Unterhause nicht nach dem ihm zustehenden Rechte vertreten sei. Zur Bekräftigung seiner Behauptung führte er an, daß auf eine männliche Bevölkerung von 8 Millionen nur 820,000 eingeschriebene Wähler kämen, so daß die Majorität der Kammer nur ein Achtel der Bevölkerung repräsentire. Die Motion wurde von Herrn Berkeley unterstützt, von Sir Graham bekämpft. Dieser machte darauf aufmerksam, daß bereits in der letzten Sitzungsperiode eine gleiche Motion Hrn. Humes verworfen worden sei; übrigens scheine ihm eine Erweiterung des Wahlrechts, ein allgemeines Stimmrecht nach den auf dem Continent gemachten Erfahrungen nichts weniger als vortheilhaft, wie dies die angeheure bewaffnete Macht, welche Paris zur Sicherung der öffentlichen Ruhe auf den Beinen halten müsse, zur Genüge darthue. Nach ihm nahm Lord John Russell das Wort, und bekämpfte ebenfalls mit großem Erfolge die Motion, welche hierauf in der Abstimmung mit 268 gegen 82 Stimmen verworfen wurde.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Hoffer.

Cours der Staats-Papiere. 11. Juni 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat.	5	73½	72⅞
»	ditto ditto	4	57	56½
»	ditto ditto	2½	33½	33⅛
»	Bank-Actien p. St.		1080	1075
»	250fl.Loose v. Hofn.		74½	74
»	500 » ditto		122½	121⅝
»	Nationalanl. Obligat.	5	—	65½
»	ditto ditto	4	61	—
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	79⅞	79⅜
»	Prämienscheine . .		—	101½
Bayern .	Obligationen	3½	77½	77
Darmstadt	35 fl. Loose . . .		72	71½
»	35 fl. 25 ditto . . .		24½	24⅛
»	Obligationen	3½	77¼	77
»	ditto	3	81	80½
Baden .	Obligationen v. 1845	3½	82⅝	82
»	fl. 50 Loose v. 1840		46⅝	46⅜
»	fl. 35 Loose		25⅛	25⅛
Würtemb.	Obligationen b. Rothsch.	3½	73½	73⅛
»	Neue Württemberg.	4	91½	91⅛
Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	80½	80⅛
»	fl. 25 Loose		26½	26⅛
Frankfurt	Obligationen	3	78½	78
»	ditto v. 1839	4½	102⅛	102
»	ditto v. 1845	4½	100⅛	100
»	Taunusbahnactien .		175	172
Holland	Integrale	2½	49⅞	49⅝
»	Holländische	4	—	72½
»	Syndicate	4½	—	79½
Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—
»	Innere Sch. neue Ord	5	24½	24
Portugal	Consols Lit. A & B	3	—	—
Polen	fl. 300 Loose Loos Rth		—	97½
»	Obligationen de d. 600	4	72½	72¼
Russland	in R. S. b. Gron. etC	5	—	91
»	ditto b. Stieglitz et C	5	—	90½

Gold.	S.	kr.
Pistolen	9	58
Dr. Friedrichsd'or	9	59
Holl. 10 fl. Stücke	10	7
Rand Ducaten . .	5	40
20 Francsstücke	9	41
Kaiserl. Souverains	12	5

Silber.	S.	kr.
Gold al Marco . .	382	—
Laubth., ganze . .	—	—
Preuss. Thaler . .	—	—
5 Frankenthaler .	—	—
Hochhaltig Silber	21	30
Gering v. mittelh.	21	20

Wechsel-Cours.			
Den 11. Juni.		Papr.	Geld.
Amsterdam	(k.S.	101⅛	—
(100 fl. Crt.)	(2M.	101	—
Augsburg	(k.S.	—	119½
(100 fl. Crt.)	(2M.	—	—
Berlin . .	(k.S.	—	100⅜
(00 Thlr.)	(2M.	—	—
Bremen (50	(k.S.	—	99⅛
Schiff.L.-Gut	(2M.	—	—
Hamburg .	(k.S.	89½	89⅛
(100 Mk. Bco)	(2M.	—	87½
Leipzig (40	(k.S.	—	105½
Thlr.) i. d. M.		—	—
London . .	(k.S.	121½	—
(10 Lstr. St.)	(2M.	—	120½
Lyon . . .	(k.S.	95½	—
(200 Fr.)	(2M.	—	—
Mailand (150	(k.S.	—	100½
Lit. Austr.)	(2M.	—	—
Paris . . .	(k.S.	95½	—
(200 Fr.)	(2M.	—	—
Wien (100 fl.	(k.S.	99½	—
im 24 fl. F.	(2M.	—	—

Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Karlsruher Loose . . .	28½	28⅛
Sardinische Loose . . .	25	—
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Minden	78	77½
Ludwigsh.-Bexbach. . .	63⅛	62⅝
Prior.-Wilh.-Nordbahn	34½	34⅛

Disconto . . . . — ½

A. Seligsberg, beeid. Makler.

Nach der Börse: 2½ Cl. Act. — ½ Cl. Spec. Int. — Tarnowitzbahn-Actien (pr. Ult.) —; Ludw.-Bexb. —; F.-W.-Nordb. — Cl.

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Abendblatt zu № 495.) 11. Juni 1849.

Deutsche Bundesstaaten und Nachbarländer.

Frankfurt a. M., 9. Juni. In der Sitzung der Nationalversammlung vom 8. Juni wurde der Antrag des Abgeordneten Wesendonk, die Reichsregierung möge sofort Maßregeln treffen, um die Ausführung der Reichsverfassung in Baden zu sichern, mit 258 gegen 236 Stimmen verworfen. Dagegen wurde der Antrag des Abgeordneten Simon

Bekanntmachung, betreffend die Ausführung des Gesetzes über die Kontrolle des Militäretats vom 25. März 1874. Vom 15. Mai 1874.

Auf Grund des Gesetzes über die Kontrolle des Militäretats vom 25. März 1874 (Reichs-Gesetzbl. S. 65) wird hiermit Folgendes bestimmt:

§. 1. Die Kontrolle des Militäretats wird durch eine Rechnungskommission ausgeübt, welche aus einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten, sechs ordentlichen und sechs außerordentlichen Mitgliedern besteht.

§. 2. Der Präsident, der Vizepräsident und die ordentlichen Mitglieder der Rechnungskommission werden auf Vorschlag des Bundesrathes vom Kaiser ernannt. Die außerordentlichen Mitglieder werden vom Bundesrathe gewählt.

§. 3. Die Rechnungskommission hat ihren Sitz in Berlin.

§. 4. Die Rechnungskommission ist befugt, sich durch Kommissarien an Ort und Stelle von der Richtigkeit der Rechnungen und Belege zu überzeugen.

§. 5. Die Rechnungskommission ist befugt, Sachverständige zu ihren Berathungen zuzuziehen.

§. 6. Die Rechnungskommission ist befugt, Zeugen und Sachverständige eidlich zu vernehmen.

§. 7. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Zeugen und Sachverständige, welche ohne genügende Entschuldigung ihrer Vorladung nicht Folge leisten, oder ihre Aussage oder ihr Gutachten verweigern, zu verhängen.

§. 8. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 9. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 10. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 11. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 12. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 13. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 14. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 15. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 16. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 17. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 18. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 19. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 20. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 21. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 22. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 23. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 24. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 25. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 26. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 27. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 28. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 29. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 30. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 31. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 32. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 33. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 34. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 35. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 36. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 37. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 38. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 39. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 40. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 41. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 42. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 43. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 44. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 45. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 46. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 47. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 48. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 49. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 50. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 51. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 52. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 53. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 54. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 55. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 56. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 57. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 58. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 59. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 60. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 61. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 62. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 63. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 64. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 65. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 66. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 67. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 68. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 69. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 70. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 71. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 72. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 73. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 74. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 75. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 76. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 77. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 78. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 79. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 80. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 81. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 82. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 83. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 84. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 85. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 86. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 87. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 88. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 89. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 90. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 91. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 92. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 93. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 94. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 95. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 96. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 97. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 98. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 99. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 100. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 101. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 102. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 103. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 104. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 105. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 106. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 107. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 108. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 109. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 110. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 111. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 112. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 113. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 114. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 115. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 116. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 117. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 118. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 119. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 120. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 121. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 122. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 123. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 124. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 125. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 126. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 127. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 128. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 129. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 130. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 131. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 132. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 133. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 134. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 135. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 136. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 137. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 138. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 139. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 140. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 141. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 142. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 143. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 144. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 145. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 146. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 147. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 148. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 149. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 150. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 151. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 152. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 153. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 154. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 155. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 156. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 157. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 158. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 159. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 160. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 161. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 162. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 163. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 164. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 165. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 166. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 167. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 168. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 169. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 170. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 171. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 172. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 173. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 174. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 175. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 176. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 177. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 178. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 179. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 180. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 181. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 182. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 183. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 184. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 185. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 186. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 187. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 188. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 189. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 190. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 191. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 192. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 193. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 194. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 195. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 196. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 197. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 198. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte, welche ihren Requisitionen nicht Folge leisten, zu verhängen.

§. 199. Die Rechnungskommission ist befugt, Ordnungsstrafen bis zu dreihundert Mark gegen Beamte,

№ 138. —— Dienstag —— den 12. Juni —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Nassau fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: C. F. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28, und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Für England und überseeische Länder: Lovell u. Comp., Nr. 34, Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Druckbogen) mit Papierstempel oder deren Raum 5 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: C. F. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23; für England und überseeische Länder: Lovell & Comp., Nr. 34, Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Daniel Schmidt in Wien, Landstraße Nr. 356; 2) das Komptoir der Verlagshandlung von L. Mayer u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 75; 3) Hofmusikalien-H. Bieren in Leipzig; 4) Oberpostsekretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostamtmann Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Auf welchem Wege ist das Ziel zu erreichen?

II.

Betrachtet man den Inhalt der dargebotenen Verfassung, so kann man in ihm den Sieg der zwei größten Ideen, welche in der Paulskirche zur Geltung gekommen, nicht verkennen. Gegenüber Oesterreich, das uns ein Volkshaus mißgönnt, ist das Parlament gerettet, und Einheit und Dauer sind in der Erblichkeit des Oberhaupts gesichert. Wer von den Parteitransactionen in der Nationalversammlung, von unzeitigen und bereuten Nachgiebigkeiten gegen die herrschenden unreinen Einflüsse des Augenblicks, und den Zufälligkeiten, denen die Arbeiten einer jeden großen Versammlung unterworfen sind, abstrahirt, und nur auf die Grundgedanken, auf das Große und Ganze sieht, der wird gestehen müssen: die dargebotene Verfassung ist dennoch in der Paulskirche geboren. Daß sie dem ungeachtet getadelt wird, wen könnte dies wundern? Jede Verfassung, auch die Frankfurter, muß in den verschiedenen Parteien Angriffe von eben so verschiedenen Seiten erfahren. Es werden bereits sehr gewichtige Stimmen laut, welche von den weitgehenden, unpraktischen Grundrechten viel zu viel übrig gelassen finden. Wenn man doch einmal änderte, meinen sie, so mußte man gründlich ändern. Während die Erbkaiserlichen das Fürstencollegium verwerfen, klagen die Großdeutschen über das stehen gebliebene erbliche Oberhaupt. Wir unsererseits wissen natürlich auch zu tadeln, und möchten am liebsten den Nervus rerum in den Zolleinkünften, statt in Matricularbeiträgen schöpfen. Die meisten Anfechtungen erleidet indeß, wie wir sehen, das Wahlgesetz. Die verschiedenen Klassen will man nicht gelten lassen. Lassen Sie mich einen Augenblick bei diesem Punkte verweilen. Die Behauptung von Mißständen, welche bei der praktischen Handhabung sich ergeben werden, verkennt oder übersieht völlig die Befugnisse, welche in den §§ 15 und 24 den Einzelregierungen zur Ausgleichung der Unebenheiten eingeräumt sind, die jedes Gesetz mit sich führen wird, das, ein allgemeines, für 38 verschiedene Staaten gelten soll. Nur wer jedem Erwachsenen ohne Rücksicht auf Steuer oder Vermögen Stimmrecht gewähren, also das allgemeine Wahlrecht einführen will, kennte alle Schwierigkeiten vermeiden. Grade aber die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts halten wir für den wesentlichsten Vorzug der neuen Verfassung. Für seine Beschränkung haben im Februar die hervorragendsten Mitglieder der Nationalversammlung leider vergebens gekämpft. In Frankreich liefert es, auch nach den schrecklichsten Erfahrungen, wieder an 200 Anhänger eines wahnsinnigen Systems in die Volksvertretung; die Nichtswürdigen, welche die Franzosen an den Rhein rufen, sie glauben mit Recht sich am besten durch eine aus allgemeinem Wahlrecht hervorgegangene Versammlung feststellen zu können. England, Belgien, Norwegen und Amerika aber haben Census, und jeder Census bildet Klassen; freilich nur zwei statt drei. Aber während es in diesen freien Ländern eine Klasse gibt, welche wählt, und eine andere, welche gar nicht wählt, soll es in Deutschland wohl eine Klasse geben, welche bei der Wahl noch mehr bevorzugt ist, als dort die erste, dagegen keine Klasse, der gar kein Wahlrecht bliebe. Es ist die Frage, welches von beiden Systemen mehr der Idee der Gerechtigkeit und Freiheit entspricht. Darüber läßt sich streiten; aber eines solchen Zweifels wegen das Verfassungswerk ablehnen, wäre keines besonnenen Mannes würdig. Die Gemeindeordnung Badens beruht auf einer ganz ähnlichen Wahlordnung, welche die Wähler je nach ihren Steuerbeträgen ebenfalls in drei Klassen theilt; sie ist deshalb nicht minder als das freisinnigste Gemeindegesetz in Deutschland anerkannt. Ein ganz ähnliches Wahlgesetz haben sich die Schleswig-Holsteiner erst vor einigen Monaten für ihre Landesversammlung selbst gegeben. Daß also auf Grund dieses Wahlgesetzes der vernünftige Volkswille in Deutschland ganz ebenso zum Ausdruck kommen kann, wie durch einen Census in England, Schweden, Belgien und Nordamerika, ist keinem Zweifel unterworfen. Warnen müssen wir aber vor dem Begehren, in den Staaten, welche die Frankfurter Verfassung bereits anerkannt haben, nach dem Frankfurter Reichswahlgesetz wählen zu lassen, während in den Königreichen nach dem octroyirten Wahlgesetze gewählt würde, und die solchergestalt auf zweierlei Art Gewählten dennoch auf einem Reichstag zusammen tagen zu lassen. Bei einigem Nachdenken muß man sofort finden, daß dies unthunlich wäre, und daß die drei Königreiche dies nimmermehr zugeben könnten. Eine solche Forderung erheben, hieße also nur eine neue Schwierigkeit in den Weg werfen und Deutschland hat deren wahrlich ohnehin noch immer genug zu überwinden. Das Wahlgesetz legt Niemand Pflichten auf, thut Niemand Zwang an. Darum kann auch keine Regierung abgehalten sein, danach wählen zu lassen; dem freien Ermessen eines jeden Staatsbürgers bleibt es anheimgegeben, ob er danach wählen will oder nicht.

Eine weit größere Schwierigkeit für die endliche Erreichung der Einheit Deutschlands liegt in dem Vorbehalte Sachsens, wonach die Reichsverfassung der Genehmigung der Stände unterbreitet werden soll. Machen auch noch andere beitretende Regierungen denselben Vorbehalt, so könnte es kommen, daß die Verfassung, um ins Leben zu treten, nicht bloß vom Volks- und Staatenhause, sondern auch noch von 38 Einzelständekammern geprüft und angenommen werden müßte. Dies wäre nun freilich ächt deutsch, und so recht darauf angelegt, damit ja das Gelingen möglichst erschwert werde. Warum sollte denn die Nation zweimal abstimmen? Wir können nur in der Auslegung Trost finden, daß diese Zustimmung der sächsischen Kammer als eine nachträgliche mit ja oder nein über das Ganze verstanden ist, wenn vorher der Reichstag über den Entwurf entschieden haben wird. Was würde auch im andern Falle aus dem Entwurf werden? Die Ständeversammlung des einen Landes würde das Fürstencollegium streichen, die andere den Reichsvorstand, die dritte würde das Staatenhaus anders zusammensetzen ꝛc., und vor den eigentlichen Reichstag könnte somit ein wirklicher Entwurf gar nicht mehr gelangen. Die Nation aber will endlich erlöst sein, sie begehrt nach etwas Festem, und würde jetzt selbst, so glaube ich, den Regierungen für ein durchgreifendes Verfahren, wenn es nur zur Einheit führt, Dank wissen. Freilich hört man aller Orten und liest in allen Blättern, die das Alarmiren sich zum Geschäfte machen: es gelte nun nicht den Kampf um diese oder jene Verfassung, sondern es gelte nun den Kampf zwischen Freiheit und Despotie. Nun, wenn dies wäre, wer vermöchte zu berechnen (oder zu beweisen?), auf welcher Seite die größere Wahrscheinlichkeit des Siegs sich böte? Hielten aber die beiden Seiten sich die Wage, glaubt man da wohl im Ernste an einen Friedensschluß, dessen Inhalt der Freiheit günstiger wäre, als der Inhalt der dargebotenen Verfassung? Könnte man aber in Wahrheit behaupten, das Princip der Despotie sei es, welches 160 preußische Bataillone bewaffne, so müßte man den Trägern dieses Princips doch wenigstens so viel Verstand zutrauen, daß sie diese Rüstungen nur in der Hoffnung des Sieges machten. Durch die Verfassung aber hätten sich die Sieger im voraus gebunden, und den in Gotha zusammentretenden Männern könnte man nur zurufen: „Nehmt sie beim Worte!" Die in Männern ist Großes aufgelegt. Die erste und schwerste der politischen Tugenden sollen sie üben: Selbstverleugnung. Aber wir hoffen, ihr Beschluß wird weder den Rothen noch den Bo Russen Freude bereiten; wir hoffen, sie werden siegen, denn: Se ipsum vincere maxima est victoria (sich selbst überwinden ist der größte Sieg).

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

§ **Altona**, 7. Juni. Vom jütischen Kriegsschauplatze sind mit dem Früh- und Abendbahnzuge keine weiteren Nachrichten eingetroffen, als daß bei Friderizia noch unter mehrstündigen Unterbrechungen die Festung beschossen und ein entscheidendes Resultat bald zu gewärtigen sei. Die Stellungen der Operationsarmee in Nordjütland haben seit der Besetzung von Aarhuus (obgleich dies im dänischen Bulletin widersprochen wird) keine Veränderungen erfahren, so daß von daher nichts zu berichten ist. Die Verhandlungen der in Schleswig tagenden Landesversammlung haben einen erfreulichen Anfang genommen, die deutsche Verfassungsfrage, die Frage wegen Aufhebung der Personalunion werden die Anhaltspunkte bilden, um welche sich die parlamentarische Discussion drehen wird. Vor dem Kieler Hafen findet sich ab und zu eine größere Anzahl dänischer Kriegsschiffe ein, welche nicht übel Lust haben, wenn es nur irgend anginge, Kiel zu überrumpeln. Man möchte sich gern auf irgend eine Weise für Eckernförde entschädigen, aber die Unsrigen sind wacker auf ihrer Hut. Im vorigen Jahre war dagegen der Kieler Hafen nur von einer schlecht bemannten Corvette blokirt, und man hätte damals bei der geringen Hafenbefestigung vielleicht etwas ausrichten können; aber heuer ist dies eine wahre Unmöglichkeit, obgleich das Linienschiff „Skjold", eine Fregatte und ein Dampfschiff fortwährend oberhalb Kiel kreuzen und eine günstige Gelegenheit zu einem Angriffe abwarten.

Rübel, 7. Juni. Gestern Morgen gegen halb 9 Uhr wurde von den dänischen Vorposten auf einige beim Batteriebau beschäftigte Infanteristen der Reservedivision geschossen und dadurch ein Mann von Nassau-Infanterie blessirt. Hierdurch entspann sich zwischen den beiderseitigen Vorposten ein Tirailleurgefecht, dessen Resultat gegen halb 11 Uhr dahin geführt hatte, daß der Feind von den nächst gelegenen Knicken vertrieben worden war, und sich mehr gegen den Brückenkopf von Sonderburg zurückgezogen hatte. Da hiernach das feindliche Feuer schwieg, zugleich ein weiterer Angriff diesseits gar nicht beabsichtigt war, so wurden die Tirailleure in die frühere Stellung zurückgezogen. Unerwartet drang der Feind um halb 12 Uhr Mittags mit geschlossenen Abtheilungen und einer Espignolenbatterie von Neuem vor, und eröffnete bald darauf das Feuer aus seinen schweren Batterien am Alssunde gegen die diesseitigen Werke auf den Düppeler Höhen, welches sofort lebhaft erwidert wurde. Hierdurch begann das Gefecht auf der ganzen Linie. Gegen halb zwei Uhr Mittags stellte der Feind das Geschützfeuer wieder ein, welches ohne alles Resultat geblieben war, worauf auch gegen 2 Uhr das Feuer der diesseitigen schweren Batterien aufhörte, deren Geschosse die feindlichen Werke mehrfach beschädigten, auch die Brücke und vorderen Gebäude von Sonderburg getroffen hatten. Das Tirailleurgefecht dauerte mit abwechselnder Lebhaftigkeit zwischen den feindlichen Vorposten und den Tirailleurs des 1. Bat. Braunschweig, des Bat. Waldeck und einigen Abtheilungen des 1. Bat. Nassau, bis zum Abend fort, wobei die Espignolenbatterie durch einen Abpfändigen Kartätschenschuß vertrieben und drei Bauernhöfe in Brand geschossen wurden. Als gegen 8 Uhr das feindliche Feuer schwieg, wurden die Tirailleurs in die frühere Vorpostenstellung zurückgezogen. Der diesseitige Verlust besteht in 4 Todten und 17 Verwundeten, unter letzteren ein Offizier von Braunschweig Infanterie (leicht). Das Verhalten der Truppen war ausgezeichnet. Wir beklagen die bei dieser Gelegenheit erfolgte Tödtung (durch einen Bombensplitter) des jungen Seefahrers Wilhelm Petersen, welcher zur Beobachtung der Schiffsstation Sonderburg dahier angestellt war, und seither die nützlichsten Dienste geleistet hatte. Er war bei der ganzen Division sehr beliebt und Jedermann ist betrübt über seinen Verlust. (Brsbl.)

Nach einer officiellen Mittheilung meldet die in Braunschweig erscheinende „Deutsche Reichszeitung": Gefecht auf der Düppeler Höhe mit der dänischen Vorpostenlinie: In Folge von Erdarbeiten, um 2 Batterien durch einen Laufgraben mit einander zu verbinden, begann dänischerseits das Tirailleurfeuer, welches von unsern Truppen erwidert, bald allgemein wurde. Gegen Mittag begann auch das Kanonenfeuer, sowohl aus den diesseitigen Schanzen, als auch aus denen der Dänen im Brückenkopf und auf Alsen. Der Erfolg war auf beiden Seiten gering, nur daß unser rechter Flügel weiter vorgeschoben, eine vortheilhaftere Stellung einnehmen konnte. Diesem gegenüber hatten sich nämlich die Dänen in einem Gehöfte festgesetzt, aus dem sie ein ziemlich lebhaftes Feuer gegen die Unsrigen unterhielten. Der Commandeur der Artillerie, Major Orges, erhielt Befehl, dies Gehöft in Brand zu schießen; als dies trotz des guten Schießens aus Mangel an mit Brandsatz gefüllter Munition nicht gelang, beorderte derselbe den Lieutenant Wildt, mit 6 Mann, um dasselbe mit Zündlichtern anzuzünden. Das erste herzoglich braunschweigische Bataillon befand sich hier unter den Kämpfenden der Infanterie auf Vorposten. Die Lieutenants v. Frankenberg und Koch vom Piquet des Hauptmann v. Berner wig standen dem Gehöft gegenüber, drangen zur Ausführung des Unternehmens mit ihren Leuten mit gefälltem Bajonnet und unter Hurrah in das Gehöft ein, trieben die Dänen rasch heraus, so daß dasselbe von dem Lieutenant Wildt, den Bombardieren Nicolai und Thomae in Brand gesteckt werden konnte. Gegen Abend ließ das Feuer nach, und wurde die Stellung vor der erwähnten Brandstelle behauptet. An Verwundeten sind braunschweigischerseits Lieutenant Rittmeyer leicht verwundet, ein Unteroffizier, angeblich Krüger, und sechs Soldaten.

N.C. **Schleswig**, 7. Juni. Die Landesversammlung, die heute wieder zusammentrat, wurde durch einen Bericht des Präsidenten über die vorhergegangenen Berathungen des Bureaus wegen der Convocation eröffnet, aus dem nur hervorzuheben, daß das Motiv für die letztere zunächst die Kundgebung des preußischen Reichsverfassungsentwurfes ist. Darauf erschienen, vorher angekündigt, die beiden Mitglieder der Statthalterschaft in eigener Person, um der Versammlung eine vom Gesammtministerium contrasignirte Botschaft mitzutheilen. Das Actenstück wurde von dem Präsidenten der Statthalterschaft, Herrn Grafen Reventlou, vom Sitze des Präsidii aus verlesen, worauf derselbe sich, begleitet von seinem Collegen, Herrn Beseler, wieder entfernte. Die ganze Versammlung begrüßte die Statthalterschaft bei ihrer Ankunft und beim Scheiden durch Aufstehen von den Sitzen. Die Botschaft, die ziemlich lang ist, hat den Zweck, die Ansicht der Statthalterschaft über die Stellung, welche für die Herzogthümer im gegenwärtigen Zeitpunkte sowohl der verwickelten deutschen Verfassungsfrage als auch den Friedensunterhandlungen, namentlich dem weit und breit herrschenden Wunsche nach Aufhebung der Personalunion mit Dänemark, gegenüber die politisch richtige sei, offen ausgesprochen. Sie hebt aber im Eingange hervor, daß die beiden von einander getrennten Fragen in enger Wechselwirkung stehen. Was die gewünschte Aufhebung der Personalunion anlangt, so meint die Statthalterschaft, daß die stärkste Stütze unserer Sache von Anfang an im Rechte beruht habe, und warnt daher,

ihr diese zu entziehen. Der deutschen Verfassungsfrage gegenüber erachtet die Statthalterschaft es für politisch richtig, ja nothwendig, daß die Herzogthümer für jetzt überall keine Parteistellung annehmen. Hierbei wird besonders hervorgehoben, daß der Krieg gegen den äußern Feind, den wir um unsere staatliche Existenz mit Hülfe der Truppencontingente fast aller deutschen Einzelstaaten führen, uns die Pflicht dazu auferlegt, um keine Conflicte in der Armee hervorzurufen. Das Actenstück scheint aus gewandter Feder geflossen und mit eingehender Umsicht abgefaßt zu sein. — Nach der Entfernung der Statthalterschaft hielt der Präsident Bargum noch eine längere Rede, in der er die so sehr kritischen Zeitumstände andeutete, die in manchen ihrer Erscheinungen ohne Zweifel Bedauern und Unwillen, daher wohl bei Diesem und Jenem eine mehr als sonst gereizte Stimmung erweckt hätten und deßhalb geeignet wären, die Leidenschaft mehr, als es in früheren Versammlungen der Fall gewesen, zu provociren. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Versammlung dennoch nicht den Weg der Besonnenheit verlassen, ihre Würde wahren werde. Nachdem Herr Bargum darauf viele Petitionen und Adressen, besonders die Aufhebung der Personalunion mit Dänemark betreffend, zur Anzeige gebracht und theilweise verlesen hatte, erhielt der Eisenbahndirector Theodor Olshausen das Wort zu einer Interpellation in Betreff der Ausschreibung von Wahlen für den deutschen Reichstag. Die Interpellation war in scharfen Ausdrücken abgefaßt, und ging von der Anerkennung der Reichsverfassung als rechtlicher Basis aus. Dann folgte ein dringlicher Antrag des Dr. C. Prieß, wegen vermehrter Aushebung zum Kriegsdienste; der Antrag ward (gegen 21 Stimmen) für dringlich erklärt und ein Comite aus 5 Mitgliedern zur Berathung desselben niedergesetzt.

Kopenhagen, 7. Juni. Von Fridericia geht die amtliche Mittheilung aus dem Kriegsministerium heute einen Tag weiter, nämlich bis zum 4. d. M. Der Angriff der Feinde am 3. Abends auf die nordwestlichen Vorposten sei zweimal durch das Feuer der dänischen Truppen abgeschlagen, wobei diese einen Todten (Lieutenant Möller vom 3. Jägercorps), 11 Verwundete und 1 Vermißten verloren und zwei Feinde gefangen genommen. In der Nacht zwischen dem 3. und 4. habe der Feind Arbeiten vorgenommen, andeutend, daß er die erste Parallele 1400 Ellen von der Festung öffnen wolle. Am 4. seien einige Bomben in die Festung geworfen, ohne Schaden zu thun. „Bei Aarhuus — schließt das officielle Bulletin — ist die Stellung im Wesentlichen unverändert!“

Die „Berling'sche Zeitung“ bemerkt auf einmal, daß bei der Nichtremittirung der verfallenen Rente des dänisch-Frankfurter und des dänisch-hannoverschen Anlehens an die Agenten, es sich von selbst verstehe, daß, wenn Inhaber von Obligationen dieser Anleihe sich direct an die Staatskasse in Kopenhagen wendeten, die Renten ihnen ausbezahlt würden. — Das Finanzministerium scheint sich rasch besonnen zu haben.

Deutschland.

† **Frankfurt**, 11. Juni. Es kann Niemanden, der mit den Verhältnissen einigermaßen bekannt ist, wundern, daß das Reichsministerium von der „Deutschen Zeitung“ angegriffen wird, und wir wollen deßhalb auf die Motive jener Angriffe nicht weiter eingehen. Die Widerlegung derselben ergibt sich einfach aus den bereits veröffentlichten Actenstücken, welchen, sobald es die Umstände gestatten, anderweitige Mittheilungen nachfolgen sollen. Allein was soll man dazu sagen, wenn jene Zeitung in ihrer gestrigen Nummer schreibt: „das Treiben dieses Ministeriums ist eitel Lug und Trug“ u. s. w.? Kann man erwarten, daß das Reichsministerium auf derartige ehrenrührige Behauptungen mit etwas Anderm als einer Vorladung vor die Gerichte antworte?

**** **Frankfurt**, 12. Juni. Heute früh um 7 Uhr ist das frankfurtische Linieninfanteriebataillon auf der Main-Neckarbahn nach der Bergstraße abgegangen.

† **Wien**, 8. Juni. Ein Abgesandter Kossuths, Iranyi, ist von Paris wieder nach Debrezin zurückgekehrt, ohne daß man weiß, auf welchen Punkt die Unterhandlungen gediehen sind. Pest stellt ein Bataillon, 1200 Mann zu den Honveds, Veszprim 200 Mann. Die Insurgenten verlegten das Bureau des Kriegsministeriums bereits wieder nach Pest. Wegen Schleifung der Ofener Festungswerke wird noch berathen. — Seit drei Tagen fehlt die Ordenburger Post, was mit der Nachricht, daß unweit Altenburg so eben eine Schlacht geschlagen wird, zusammenstimmt. Mehrere Personen behaupten, in der Nacht eine Kanonade gehört zu haben und wollen damit ein Verrücken Görgeys in Verbindung bringen. Wie vorsichtig derartige Gerüchte aufzunehmen sind, braucht nicht gesagt zu werden. Die Börse hat sich nicht im Geringsten dadurch beunruhigen lassen; es wurde vielmehr höher in einigen Fondsgattungen und abermals niedriger in fremden Valuten gehandelt. — Versey soll die Vorstadt-Fabrik von Temesvar genommen haben. — Der Ministerpräsident, Fürst Schwarzenberg, der Kriegsminister, Graf Giulay, und der Justizminister, Dr. Bach, sind vorgestern Nachmittags mit dem Dampfboot nach Preßburg abgereist und gestern Morgen wieder hier angekommen.

Die „Grazer Zeitung“ bringt folgende Notiz: Der von mehreren Wiener Blättern gebrachten Nachricht, daß F. J. M. Welden vom Schlagflusse getroffen in Graz schwer krank darnieder liege, kann man die zuverlässige entgegensetzen, daß Welden sich bereits auf dem Wege der vollkommensten Genesung befindet, in seiner schönen Villa die reizende Natur genießt, aber schon in den nächsten Tagen wieder nach Wien zurückkehren wird. Die Bestimmung Welden's wird aber nun nicht mehr Wien sein, sondern der Gouverneursposten der Provinz Venedig.

Gerüchte über Ministerwechsel werden immer zahlreicher, u hort aber keine Combination ohne den Namen Schmer-

Dr. Bauernschmidt, früher beim Bücherrevisions-angestellt, nach dem März als Publicist auftretend, später Mitglied der Frankfurter Linken, ist in Ruhestand versetzt worden. — Mehrere wegen politischer Vergehen Verurtheilte, wie Schapmacher u. A., wurden nach Rastatt transportirt. — Die Wiener Handelskammer hat an den Finanzminister die Bitte gestellt zur unverzüglichen Bildung einer Commission, aus Abgeordneten des Ministeriums, der Bankdirection, der Handelskammer und anderer Sachverständigen, mit der Aufgabe, Mittel und Wege zu finden, wie der Entwerthung der Banknoten begegnet, die Rehabilitation der Nationalbank angebahnt, und der Staatsbedarf ohne Intervention der Bank gedeckt werden könnten. Der Finanzminister hat die Dringlichkeit dieses Verlangens anerkannt.

Heute Nacht sind abermals 30 Wagen mit Verwundeten hierher gebracht worden.

Die „Wiener Ztg.“ enthält Folgendes: Dem Kriegsministerium ist über das Benehmen der bereits zu Bregenz eingetroffenen k. k. Besatzung zu Rastatt der officielle Bericht zugekommen, aus welchem hervorgeht, daß diese an Zahl nur geringe Truppe durch kein Mittel der Drohung oder Verführung in ihrer Treue wankend gemacht werden konnte, und daß sie sich selbst dann, als sie von den wüthenden Massen des empörten Volkes zum Abmarsch gezwungen wurde, so ehrenvoll benommen habe, daß das Vaterland mit dem gerechtesten Stolze auf diese seine edlen Söhne blicken kann.

Meran, 31. Mai. Prof. Beda Weber hat nun wirklich die Stadtpfarrerstelle in Frankfurt a. M. angenommen und wird nächster Tage dahin abreisen. (B. f. T.)

Imst, 3. Juni. Heute ist die Mannschaft unsers technischen Corps, welche beim Ausbruche der badischen Revolution die Festung Rastatt verlassen mußte, auf dem Marsche nach Innsbruck hier durchpassirt. (B. f. T.)

Königsberg, 6. Juni. Zwölf Landwehrbataillone des ersten Armeecorps sind nun bereits auf dem Marsche. Die ersten derselben werden in wenigen Tagen die Weichsel überschritten haben. — Zum Commandeur des ersten Armeecorps ist nunmehr der bisherige Gouverneur von Danzig, Generallieutenant v. Grabow, ernannt. Die beiden Infanteriebrigaden dieser Division haben den General v. Döring in Königsberg und General v. Koch in Danzig zu Befehlshabern erhalten. Ihre Stäbe werden bereits formirt und in einigen Tagen ebenfalls nach Woldenberg abgehen. Desgleichen wird eine Intendanturabtheilung der hiesigen Intendantur für die Division mobil gemacht. Aus dem Bereiche des 5. Armeecorps wird das 7. Infanterieregiment nach den Marken und zu dieser Division stoßen. — Gestern hat Herr Graf Eulenburg Königsberg verlassen, um seine neue Stellung in Stettin als Vicepräsident der dortigen Regierung anzutreten.

§ **Von der Lahn**, 9. Juni. Sicherm Vernehmen nach soll in dem Kreise Wetzlar der Abgang der bisher hier gestandenen Truppen durch andere vom Rheine kommende ersetzt werden, und würden diese ihre Bestimmung zunächst dahin erhalten, daß sie das angrenzende Nassau und wahrscheinlich auch die Provinz Oberhessen überwachen. Die neuesten Vorgänge in Nassau, insbesondere die extreme Haltung der Ständeversammlung gegenüber der Regierung, und die Wahrscheinlichkeit, daß der Herzog sich der preußisch-deutschen Reichsverfassung anschließen wird, scheinen zu dieser Vorsicht gerathen zu haben.

München, 8. Juni. In Folge einer jüngsten Ministerialentschließung werden sämmtliche bayerische Staatsangehörige vor dem Erwerbe solcher Kunstschätze gewarnt, welche aus den öffentlichen italienischen Sammlungen verschleppt worden sind, und zwar um so mehr, als die Erwerber solcher Gegenstände im Fall der von Seite der rechtmäßigen Eigenthümer eintretenden Entwährung sehr empfindliche Verluste erleiden könnten.

00 **Dresden**, 9. Juni. Die Milde, mit welcher der Belagerungszustand bisher gehandhabt wurde, scheint gemißbraucht zu werden. Der Oberbefehlshaber v. Schirnding macht bekannt, daß gewisse politische Vereine zum Theil unter veränderten Namen ihr Haupt von Neuem erheben und ihr verbrecherisches, auf Umstoßung aller staatlichen Ordnung berechnetes Treiben wieder beginnen. Nochmals wird angedroht, daß jeder im Kriegszustandsbezirke, welcher politische Versammlungen veranstaltet, oder solchen beiwohnt; welcher der absichtlichen Verbreitung aufreizender Schriften gegen die Staatsregierung oder Staatsverfassung, ingleichen aufreizender Aeußerungen gegen dieselben sich schuldig macht; welcher das Militär zum Treubruch zu verleiten sucht oder gegen selbiges Schmähungen ausstößt — und überhaupt jeder, welcher absichtlich etwas unternimmt, was die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet, unnachsichtlich die verdiente Strafe finden wird. — Die Nachrichten aus Baden und der Pfalz tragen viel dazu bei, daß die Zahl der Königlichgesinnten wächst und mancher zur Besinnung kommt. Aus dem Städtchen Schellenberg und 22 benachbarten Dörfern kam eine Adresse an den König, welche ihm Ergebenheit und Treue versichert. In Dresden liegt eine gleichen Inhalts zur Unterzeichnung aus. In der Lausitz ließen bei den öffentlichen Vergnügungen die Landbewohner das Lied „den König segne Gott“ unter großem Jubel wiederholt von den Musikern spielen. Der frühere Commandant der hiesigen Communalgarde, C. Lenz, welcher an dem verhängnißvollen 3. Mai abtreten mußte, hat eine umfassende Darstellung des bezüglichen Sachverhältnisses in den Druck gegeben. Aus derselben geht hervor, daß die Verschwörungspartei den Fall, daß Lenz die Bürger nicht gegen das Militär führen, sondern abtreten werde, schon vorgesehen und den Adj. Oberlieutenant Heinze bereits zu seinem Nachfolger ernannt hatte. Denn derselbe trug, als er aufs Rathhaus gerufen wurde, eine gedruckte Proclamation seiner Ernennung zum Commandanten der Bürgerwehr bereits in der Tasche.

†† **Hannover**, 8 Juni. Wenn ich Ihnen in der jüngsten Zeit keine Mittheilungen von hier zusandte, so hat der Grund davon darin gelegen, daß sich eigentlich nur sehr Weniges ereignete, was einer Meldung werth gewesen wäre. Es ist in unsern Zuständen augenblicklich eine Pause der Ruhe eingetreten, eine Pause, der aber jedenfalls späterhin eine neue Bewegung folgen wird. — Ueber Eindruck, welchen der preußisch-sächsisch-hannoversche Verfassungsentwurf bei uns hervorgebracht hat, kann ich [illegible] nach längerer, sorgfältiger Beobachtung nur mittheilen, bezüglich seiner allenthalben im Lande große Anerkennung vorhanden ist. Die Parole ist: deutsch wollen wir sein, preußisch wollen wir niemals werden! Ueber das neue Wahlgesetz wird allgemein der Stab gebrochen. Es dürfte Minister Stüve außerordentlich schwer werden, in der bevorstehenden zweiten Kammer seine Pläne durchzusetzen. Man rechnet auf das Bestimmteste, daß die Wahlen zu ihr in den nächsten Tagen ausgeschrieben werden sollen. Der Kampf wird sehr heißer werden, aber die deutsche Partei, d. h. diejenige welche die von der Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung anerkennt, wird den Sieg davon tragen. Die Wahlkörper wollen ganz entschieden darauf sehen, daß die Wahlcandidaten an die Spitze ihres Glaubensbekenntnisses den Satz stellen: ich erkenne die aus der Nationalversammlung zu Frankfurt hervorgegangene Reichsverfassung an, und werden zu dem Staatenbaue in der preußisch-hannoverschen Verfassung nicht wählen. Im Hannoverschen wird der Kampf für die deutsche Reichsverfassung fortwähren. — In diesem Augenblicke wählen die sämmtlichen politischen Vereine unseres Landes ihre Abgeordneten zu dem Bremer Congresse, welcher am 10. d. M. abgehalten werden soll. Es wird das eine sehr zahlreich besuchte Versammlung werden. Auf ihm wird man sich hauptsächlich darüber berathen, in welcher Weise die Agitation für die deutsche Reichsverfassung fortzuführen sei. — Das Schicksal zweier Unteroffiziere des 7. Infanterieregiments erregt Bedauern und Theilnahme. Sergeant Reinhard und Corporal Emeßt [illegible] der Erste auf 2 Jahre, der Letzte auf 1½ Jahre, in Strafarbeitshaus nach Hameln abgeführt worden, weil als Rädelsführer bei Verfertigung einer Petition angesehen wurden, die in kräftiger Weise eine Verbesserung der Lage der Unteroffiziere und Soldaten bei dem Kriegsministerium verlangte.

Stuttgart, 8 Juni, Abends. Wir erfahren soeben, die Reichsregentschaft den Abg. Joseph aus Sachsen als Reichscommissär an den Generallieutenant v. Peucker mit dem Befehl gesendet hat, sofort die Feindseligkeiten in Baden einzustellen. Es wird uns mit Gewißheit versichert, daß die Regentschaft sich vorerst alle Mühe geben werde auf friedlichem Wege die Bewegung in Baden und Pfalz in das Gleis zu führen. (N. Fr. Z.)

Sehr bezeichnend ist nachstehende Erklärung, welche heutige „Merkur“ aus dem Oberamt Vaihingen bringt:

„Ungetreten in die Reihen unserer Kameraden und [illegible] von dem Geist ihrer Treue und Pflichtlichkeit, werden unsere [illegible] wieder frei und läßt es uns wie Schuppen von den Augen weit schon die Versuche heimtückischer Verführung ehrgeiziger [illegible] auf Gewinn spekulirenden Demagogen uns von dem Wege der [illegible] und des Rechts abgelenkt haben. Wir haben gerechte, aber [illegible] wissen damit belastet, und der allmächtige Gott, der [illegible] unserer Herzen sieht, wird Eure sündenwürdige That zu strafen [illegible] Nicht wir wollen mit Euch rechten, die Ihr unter dem Vorwand Verbrüderung Zwietracht und Aufruhr in unsere friedlichen Glieder streutet, die Ihr uns den Eid auf die Reichsverfassung stellet und uns zugleich zum Treubruch an derselben, zum Abfall an unserem König und Vaterland und zum Abfall von unseren Führern verleiten wolltet. Eurem Schicksal entgehet ihr nicht! Aber an Euch, tapfere Brüder des 5. Regiments, an wir uns, Euch sind wir öffentliche Genugthuung schuldig. Du [illegible] muß ausgewetzt sein, gereinigt müssen wir vor Euch treten. Darum hiermit alle in dem Volksblatt „der Beobachter“ redigirten Stuttgart und Badingen auf gegebenen Erklärungen zu [illegible] schließen uns vielmehr der während unserer Beurlaubung [illegible] und im „Schwäb. Merk.“ vom 4. Mai d. J. erschienenen Erklärung der Angehörigen des königl. 5. Infanterie-Regiments an. Auch unser Wahlspruch, an dem wir festhalten wollen, ist: Gott für König und Vaterland! Den 6. Juni 1849. Sämmtliche Unterzeichner des königl. 5. Infanterieregiments der [illegible] im „Beobachter“ erschienenen Erklärungen.“

In **Mosbach** kam am 6. früh das 400 Mann [illegible] wohlbewaffnete Corps der Hanauer Turner an. (B

D **Darmstadt**, 11. Juni. Justizminister Kilian [illegible] seine Entlassung erhalten. Zugleich ist das Justizministerium als solches aufgehoben und in ein unter Oberleitung des dirigirenden Staatsministers stehendes Departement, verlaufig von dem Ministerialrath v. Lindelof [illegible] wird, verwandelt worden. Die Gründe der Entlassung Kilian's liegen, sicherm Vernehmen nach, nicht [illegible] seiner Unbekanntschaft mit den diesseitigen Justizverhältnissen (Kilian ist rheinischer Jurist), sondern hauptsächlich in den Conferenzen wegen der gegen radicale und insbesondere [illegible] dischen Bestrebungen ergriffenen und noch zu ergreifenden Maßregeln. Diese seit mehreren Wochen in dem Publikum bekannt gewordenen Meinungsverschiedenheiten haben eine bedeutende Mißstimmung unter der conservativen Partei erzeugt und dieser Umstand, in Verbindung mit der einstimmigen Klage über verschiedene Zweige der Justizverwaltung, haben die Aenderung herbeigeführt, die den Charakter eines Provisoriums hat.

* **Darmstadt**, 11. Juni, Abends. Wir sind in der Ministerkrisis. Wie weit sich diese erstreckt, kann nicht gesagt werden. Gewiß ist nur, daß Graf [illegible] heute nach seiner Rückkunft von Frankfurt nicht blos die Entlassung als Kriegsminister, sondern auch von seinen Aemtern nahm, und sofort unsere Stadt verläßt. Daß dies um so mehr auf, als er bisher besonders als Vertrauter des Großherzogs galt. Ob diese plötzliche Entlassung mit unserm wohl nicht mehr zu bezweifelnden und allgemein gewünschten Anschluß an [illegible] zusammenhängt, muß ich dahin gestellt sein lassen. Von einer andern Entlassung, der des Justizministers Kilian, spricht man ebenfalls. Sie wird in der [illegible] schwierigen und gefährlichen Zeitverhältnissen [illegible] vereinigenden Nachsicht gesucht, mit der unsere [illegible] handhabt, oder vielmehr nicht gehandhabt [illegible] Freude aller Wühler und zum Schrecken und [illegible] sorgniß der gutgesinnten Bürger, was schon [illegible] allgemeine vielfach vernommene Klage war.

* **Darmstadt**, 11. Juni. Wenn irgend etwas [illegible] nung des Publicums dem Aufstande in Baden [illegible] dem schmählichsten, den die Geschichte kennt, [illegible] weist und zeigt, wie sehr noch auf der andern Seite

reue, Ehrgefühl und Tapferkeit, angesichts des Meineids nd schändlichsten Verraths, dankbare Anerkennung und ahre Achtung finden, so ist es die lebhafte Theilnahme an er Sammlung zur Unterstützung der im Kampfe gegen die adische Insurrection verwundeten Krieger und der Hinterliebenen der in diesem beklagenswerthen Bürgerkriege Gelleuen. Seit den wenigen Tagen, daß diese Sammlungen röffnet sind, gingen schon an 4000 fl. ein und die Motive nd Sinnsprüche, welche man den Gaben beifügt, beweisen, it welcher Begeisterung man die Treue und Tapferkeit der essen, als echt deutschen Kriegern, anerkennt. Besonders freulich ist es, daß auch in Rheinhessen sich diese Theilahme zeigt. In Mainz gingen schon über 1600 fl. ein, og der Wuth der dasigen Demokraten hierüber und ihrer erwährenden Bemühungen, die öffentliche Meinung zu terrosiren. Man erzählt sich rührende Züge der Anerkennung, r innigen Verehrung und wahren Hochachtung, welche der asopfernde Heldenmuth unserer biedern, treuen Hessen auch Mainz fand. Die Landgemeinden werden nicht zurückbleien. Schon sandten diesseits mehrere ihren im Felde stehenn Mitbürgern Unterstützungen und versprachen für die erwundeten zu sorgen. Die Gemeinde Spiesheim bei Mainz bot zur Erfrischung der für gesetzliche Freiheit und rdnung gegen Aufruhr und Anarchie kämpfenden Soldan 20 Stück Wein an. Solche Thatsachen beweisen, daß r Geist des Volkes ein ganz anderer ist, als ihn die lärmenden demokratischen Clubs und lästernden demagogischen lätter darstellen. So hatte man auch gegen die von der sseren Mehrheit sehnlich herbeigewünschten Preußen zu hmähen und sich in den demokratischen Versammlungen in en unsinnigsten Projecten zu ergehen gesucht, namentlich ch in Oberhessen. Hören Sie dagegen, was der Comandeur der k. preuß. mobilen Division, General v. Schack, nterm 6. d. officiell von Wetzlar aus dem Magistrate von ießen schreibt. Er dankt aufs herzlichste für die gastreundliche Aufnahme, welche die k. preußischen Truppen ist durchgehends in Gießen fanden und sagt: „Die Stadt ießen hat an uns eine altdeutsche Tugend geübt, die der Bundesfreundschaft, und wir werden ihnen nicht nachstehen, indem wir die der Dankbarkeit in vollem Maße dafür zolen, und in der Heimath jeden Einwohner von Gießens mit offenen Armen empfangen wollen. Nicht minder haben wir n den andern großherzoglich hessischen Landen, die wir durchzogen, manches Freundliche erfahren und die Erinnerung daran wird uns immer bleibend sein." — Es herrschte n den letzten Tagen die tiefste Ruhe hier bei uns, und ir haben von dem Operationscorps in der Bergstraße ichts Neues.

⊗ **Bensheim**, 8. Juni. Hauptquartier der Reichstruppen. Wenn man den Zeitungsgerüchten folgend das riegslager in einem düstern, unbehaglichen Zustande sich ormalt und mit Besorgniß auf die Stelle hinblickt, von welcher aus die Zukunft unseres Vaterlandes entschieden erden soll, so muß es selbst den Unmuthigen und Verzagten erheben, wenn er hier an Ort und Stelle kommt und ie Truppen in bewunderungswürdigster Ordnung neben inander sieht, regiert von der Liebe zu ihren Führern und on dem Gehorsam gegen die Disciplin, getragen von der egenseitigen Anhänglichkeit an die gute Sache und voll Erbitterung gegen den Trug und Trug der Aufständischen in Baden. Diese musterhafte Haltung, diese freudigen Gesichter er Soldaten müssen den Theilnahmslosesten begeistern. Dieser Geist lebt aber nicht allein in den hessischen Truppen nd in den mecklenburgischen und nassauischen, er ist auch vorherrschend in den würtembergischen beiden Bataillons, die mit den hiesigen Reichstruppen hier vereinigt stehen. Dieses Corps hat nicht einmal, sondern zu verschiedenen alen den General v. Schäffer-Bernstein gebeten, ihnen en soldatischen Ehrenplatz im Vordertreffen einzuräumen, m dem Commandeur beweisen zu können, daß sie gleiche reue und gleichen Muth wie die übrigen Reichstruppen esitzen, und der Commandeur hat ihrem lobenswerthen Begehren nachgegeben, indem er sie bereits zum Vorpostenienst mit verwendete, da sie ihre Ehrenhaftigkeit auf ie unzweideutigste Weise bei mehreren Gelegenheiten gezeigt aben. Die Reichstruppen stehen im Augenblick noch an der adenschen Grenze. Nachdem sie die Aufständischen nach Baden zurückgeworfen haben, sind sie in das diesseitige Lager urückgezogen. Nach dieser Rückkehr von Weinheim ins iesige Lager zogen daselbst gestern Abend eine Schwadron Dragoner und etwa 100 Mann Freischaaren ein. Die Weinheimer Bürgerschaft hat das Commando in Heidelberg um Verschonung mit weiterer Einquartierung, da Weinheim bereits ganz ausgesogen sei, erhielt aber eine abschlägige Antwort. Die Orte an der Straße von Weinheim nach Heidelberg sind mit Aufständischen überfüllt. Merkwürdig ist dabei, daß die Hauptführer, die für die deutsche Reichsverfassung zu kämpfen vorgeben, meistens Leute sind, die der deutschen Sprache nicht einmal mächtig sind; so stehen außer en polnischen Führern in Hadderheim ein Ungar an der Spitze der Freischaaren. Traurig ist es und eine Schrecken erregende Maßregel, daß die Freischaaren die hessischen Beamten, so oft sie in einen Ort kommen, gleichsam als natürliche Geißeln ansehen und sie als solche behandeln. Allerdings erklärt sich ein solches Verfahren nur dadurch, daß man zu seiner eigenen Sache kein Vertrauen hat. Daß Baden in den Belagerungszustand erklärt ist, bestätigt sich, ebenso die Publication des Standrechtes. Jeder Militär, der sich flüchtet, Jeder, der, zum ersten Aufgebote gehend, sich nicht stellt, ist dem Tode verfallen. Die Badenschen Soldaten haben den Glauben für das Siegen ihrer Sache verloren gegeben, sie äußern selbst, daß sie zu Grunde gehen würden, und daß sie beklagen, sich so haben verführen zu lassen. — Charakteristisch ist, wie man die Disciplin und den Gehorsam unter der aufständischen Truppe versteht. Als neulich der von den Soldaten gewählte Oberst Kapfer in Mannheim an der Front der Soldaten hinunterreitet, und man ihm nicht salutirt, bricht er darüber in Vorwürfen aus, worauf ihm entgegnet wird: Sie haben ihn ja zum Oberst gewählt, daher sei es seine Schuldigkeit, ihnen die Honneurs zu machen. — Mannheim scheint man befestigen zu wollen, eine Fabrik vor der Stadt ist in ein Fort umgewandelt, hier und da sind Kanonen aufgepflanzt, und es werden Batterien am Neckar aufgeworfen. Der frühere Kriegsminister Eichfeld hat sich geflüchtet. — Bei dem letzten Treffen sind von den hessischen Truppen den Aufständischen ein vollständiger Munitionswagen abgenommen. — Letzterer hat all in einen Werth an Munition von 1000 fl., da er kostbare Projectile, als Shrapnells und Anderes enthält. — Die Offiziere der Reichstruppen feierten heute das Geburtsfest Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs von Hessen in sämmtlichen Cantonnements, im Hauptquartier waren wohl 70 Offiziere bei der Tafel anwesend, und der Commandirende brachte dem verehrten Landesherrn in würdigen Worten ein Hoch, das mit Jubel begrüßt wurde, und um so feierlichern Eindruck machte, als es, dem festlichen Tage angemessen, das einzig Ausdringende bleiben sollte. — Wie verlautet, wird der Großherzog die Truppen in ihrer ganzen Ausdehnung in den nächsten Tagen besuchen, welche Verheißung einen angenehmen Eindruck bei den Truppen hervorgebracht hat.

Mainz, 11. Juni. (M. Z.) Bezüglich der auf morgen anberaumten Versammlung der Wahlmänner zur Wahl eines Abgeordneten in das deutsche Parlament, an die Stelle von Zitz, ist heute durch den Polizeicommissär den Wahlmännern angedeutet worden, daß die hessische Regierung, da sie die Stuttgarter Versammlung nicht als rechtsgiltig anerkenne, die auf morgen angesagte Wahlmännerversammlung als ungesetzlich und durch Art. 191 des Strafgesetzbuchs verboten betrachte! — In Alzei sind in verwichener Nacht preußische Truppen, die von Kreuznach kamen, eingerückt.

Mit Bezug auf das Vorstehende ließ man in der „Mainz. Zeitung" folgende Mittheilung: Die Unterzeichneten erklären, daß sie durch die polizeiliche Verweisung auf den Art. 191 des hessischen Strafgesetzbuches, also lautend: „Wer sich in rechtswidriger Absicht die Ausübung eines ihm nicht übertragenen öffentlichen Amtes oder einer ihm nicht zustehenden öffentlichen Berechtigung anmaßt, soll, wenn hierbei kein anderes Verbrechen concurrirt, mit Gefängnißstrafe oder mit Geldbuße belegt werden," — sich nicht veranlaßt sehen können, auf ihr von der Nationalversammlung als Bürgerpflicht anerkanntes Wahlrecht zu verzichten; sie werden daher morgen, am 11 Uhr Vormittags, zu dessen Ausübung im Frankfurter Hofe erscheinen. Mainz, 11. Juni 1849. Ch. Lotharp. Dr. Strecker. Ch. Scholl. Fr. Müller. Fr. Werner.

8 **Mainz**, 11. Juni. Nachdem gestern schon zwei Bataillone vom 28. und 30. k. preußischen Infanterieregiment nach Worms abgegangen waren, sind so eben, 2 Uhr Nachmittags, auch 2 Schwadronen Dragoner nach demselben Bestimmungsort marschirt. Die gestern zum Ersatze von Frankfurt a. M. hierher beorderten 2 Bataillone vom 38. preußischen Infanterieregiment werden wieder über Frankfurt nach der Bergstraße abgehen und sollen durch preußische Landwehr ersetzt werden.

Wiesbaden, 11. Juni. Auf der gestern von unserer Demokratie nach Idstein ausgeschriebenen „Landesversammlung" wurde beschlossen: Die Regierung zur Anerkennung der Beschlüsse des Stuttgarter Rumpfparlamentes aufzufordern, desgleichen zur Anerkennung der Raveaux-Vogt'schen Regentschaft; ferner soll die Regierung der Centralgewalt keinen Gehorsam mehr leisten, die nassauischen Truppen aus Baden abberufen, die in Schleswig-Holstein stehenden nassauischen Truppentheile dem preußischen Obercommando entziehen, die Volkswehr Nassau's auf Landeskosten bewaffnen. Ueberdies wurde ein Landesausschuß ernannt, bestehend aus den Herren Rapp, Lang, Snell, Justi, Hehner, Müller II und Wenkenbach. Die Anerkennung des preußischen Verfassungsentwurfs wurde für Hochverrath erklärt und schließlich allgemeine politische Amnestie gefordert. Eine Deputation, welche diese Beschlüsse dem Herzoge mittheilen soll, ist bereits hier eingetroffen. Daß Jeder, der die Lage des Landes und die Stimmung der Mehrzahl seiner Bewohner halbwegs kennt, über die Idsteiner Farce nur lächelt, braucht kaum erwähnt zu werden. (N. A. Z.)

Wiesbaden, 12. Juni. Die „Nass. Allg. Ztg." enthält in ihrem amtlichen Theile Folgendes: Seine Hoheit der Herzog haben den Präsidenten Hergenhahn auf sein Ansuchen von der ihm bei dem Staatsministerium übertragenen Dienststelle entbunden und dem Präsidenten von Wintzingerode die Leitung der Geschäfte bei dem Staatsministerium unter ministerieller Verantwortlichkeit übertragen.

Oldenburg, 7. Juni. Die älteste Tochter unsers Großherzogs, die Königin von Griechenland, ist heute, nach acht Jahren, wieder einmal zum Besuche auf einige Zeit bei uns eingezogen; ihre Ankunft glich einem Triumphzuge. Der Weg von der Osternburg nach dem Schlosse war mit Fahnen, Blumen, Kränzen, Guirlanden und Ehrenbogen geschmückt. Tausende waren der von jeher verehrten Fürstin entgegengezogen.

Hamburg, 8. Juni. Wie man hier heute an der Börse behauptete, werden englische Banquiers unter russischer Garantie die Summe von 2,500,000 Pf. St. der österreichischen Regierung vorschießen.

Italien.

In **Florenz** erwartet man nächstens den F.-M. Radetzky. Auch heißt es, der Papst werde mit dem Großherzog dahin kommen und dann nach Bologna gehen, um dort seine Regierung zu errichten. In den Forts von Livorno liegt eine österreichische Besatzung von 3500 Mann.

Bologna, 28. Mai. Gestern wurde eine Proclamation veröffentlicht mit der Aufschrift: „Im Namen Sr. Heil. Papst Pius IX. den Bewohnern der Legationen von Bologna, Ferrara, Forli und Ravenna". Unterzeichnet ist sie von dem k. k. Civil- und Militärgouverneur Gorzkowski, und dem außerordentlichen päpstlichen Commissär Bedini. Sie enthält die Erklärung des Wiederbeginns der päpstlichen Oberherrlichkeit und trifft einige administrative Anordnungen, worunter im Art. 5 provisorisch die Presse der polizeilichen Censur und die eingehenden Journale der polizeilichen Aufsicht unterworfen werden. Alle Beamten, welche es am 16. November waren, werden in ihre Stellen wieder ein, alle nach diesem Termin ernannten Beamten außer Function gesetzt.

Frankreich.

** **Paris**, 9. Juni. Marschall Bugeaud's Krankheitszustand hat sich dermaßen verschlimmert, daß die Aerzte bereits alle Hoffnung aufgegeben haben. Heute Mittag besuchte ihn der Präsident der Republik. „Gott hat über mich verfügt", soll der Marschall mit sterbender Stimme zu Bonaparte gesagt haben, „Sie haben die große Mission, Frankreich zu retten ... ich hätte Ihnen gern in Erfüllung dieser Mission geholfen ... Doch Sie werden sie mit allen Freunden der Ordnung durchsetzen." Uebrigens sind seit gestern viel weniger Cholerafälle bekannt worden. Ein heftiges Gewitter entlud sich gestern über die hiesige Stadt und wird, wie man allgemein hofft, zur Reinigung der Atmosphäre beitragen.

Auch heute war wieder das Gerücht verbreitet, Oudinot habe Rom am 3. Juni wiederholt gestürmt, sei aber nach hartnäckiger Gegenwehr abermals zurückgeschlagen worden. Die Verluste werden auf 950 Mann auf beiden Seiten angegeben. Indessen liegt diesen Angaben nichts Officielles zum Grunde, da das Ministerium bis Postschluß kein Wort veröffentlichte.

Die sardinische Regierung hat officiell dem in einem Turiner Blatte veröffentlichten Gerüchte widersprochen, nach welchem das Wiener Cabinet eine Besetzung Genuas und anderer Festungen Piemonts an der französischen Grenze durch österreichische Truppen beansprucht hätte.

Spanien.

* **Madrid**, 4. Juni. Die Truppen, die in Barcelona nach Gaeta abfuhren, sollen nicht zum Angriff gegen Rom, sondern für eine Leibgarde des Papstes bestimmt sein. Bekämen sie eine andere Bestimmung, so will sie das Ministerium zurückrufen.

Nachschrift.

Während die „Const. Ztg." schon gestern meldete die Abreise des Prinzen von Preußen nach dem Rhein sei am 9. Juni erfolgt, berichtet heute die „Allg. Ztgcorresp." aus **Berlin**, 10. Juni, wie folgt: „Der Prinz von Preußen begibt sich morgen (also am 11.) zu den am Rhein zusammengezogenen preußischen Truppen, und heute sind ihm bereits 22 Pferde aus seinem Marstalle vorangegangen. Die Idee dieses Schritts war allerdings schon länger vorhanden; allein es war uns gleichzeitig bekannt, daß sich lebhafte Bedenken dagegen erhoben und im Staatsministerium dieserhalb Meinungsverschiedenheiten gebildet hatten. Man scheint namentlich gefürchtet zu haben, der revolutionären Bewegung dadurch eine Bedeutung beizulegen, die sie, vorab in den Augen des Auslandes, nicht erhalten dürfe. So sind lange ein unentschiedenes Schwanken statt, bis dasselbe endlich in gedachter Weise entschieden ward. Indeß ist es noch im Augenblick ungewiß und sogar zweifelhaft, ob der Prinz irgend ein wirkliches Militärcommando übernehmen wird. Jedenfalls wird von einer und nicht einflußlosen Seite gewünscht, daß der Prinz sich damit begnüge, in die Mitte der Rheinländer und zugleich in die Nähe der Truppen gegangen zu sein."

Anhalt-Bernburg ist dem preußisch-deutschen Verfassungsentwurf beigetreten.

Börsenberichte.

*** **Frankfurt**, 11. Juni. Bei trägem Handel stellten sich heute größtentheils alle Effecten etwas niedriger im Cours, Mangel an neuen Einkaufscommissionen und einige wenige gemachte Verkäufe inkurirten ungünstig auf den Markt. Für Eisenbahnen zeigte sich mehr Nachfrage, und für sämmtliche Actien derselben wurden höhere Preise bezahlt. 5pCt. Met. bleiben 72⅛, pCt., 2½pCt. Metall 38⅛, pCt., Wienerbankactien 1075 fl., 500 fl. Loose 121½, pCt., 250 fl. Loose 74 pCt., Kurhess. 40 Rthlr. Loose 20⅞, Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 25⅛, ⅛, fl., do. 50 fl. Loose 46¼, fl., Darmstädter 25 fl. Loose 21⅛, fl., do. 50 fl. Loose 71⅛, fl. Von südteutschen Obligationen 3½pCt. Württemberger 73⅛, pCt., do. 4½pCt. 91⅛, pCt., Bad. 3½pCt. Obligationen 72 pCt., do. 5pCt. bad. vom Jahr 1848 91⅛, pCt., Nassauer 3½pCt. Obligationen 80⅛, pCt., do. 5pCt. vom Jahr 1849 99⅛, pCt. Von belgischen Obligationen 2½pCt. belg. 41⅛, do. 4½pCt. 81⅛, do. 5pCt. 68⅛, do. 5pCt. 2½pCt. Integr. 49⅛, pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 34⅛, Rthlr., Berbach 68⅛, pCt., Köln Minden 77⅛, pCt., Taunus 272 fl. 3pCt. inl. Span. schließen 21 pCt. G. Von Wechseln war Amsterdam 101⅛, Br., Hamburg 88⅛, G., Berlin 105⅞, Leipzig 105⅛, Mailand 100⅛, London 121⅛, Br., Paris 95⅛, Br., Wien 98⅛, Br.

Wien, 8. Juni. 5pCt. Metall. 89⅛. — 4pCt. 71. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1110. — 500 fl. Loose 149. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnactien 102⅛. — Gloggnitzer 101. — Mailänder 72⅛.

Zonds fest, Devisen abermals bedeutend theilweise zurückgegangen. Frankfurt 121, London 12 fl. 9, Amsterdam 169, Paris 141½.

Paris, 9. Juni. Stand der Rente: 5pCt. 80. 50. — 3pCt. 49. 65. — Neapol. 84. — Neue 3pCt. Span. —. — Innere Schuld 24⅛, G. — Bankactien 2180. — Eisenbahn, rechtes Ufer 170. — Linkes Ufer 155. — Paris-Orleans 730. — Paris-Rouen 490. — Orleans-Bordeaux 395. — Orleans-Vierzon 267. 50. — Rouen-Havre 220. — Marseille-Avignon 175. — Straßburg-Basel 95. — Nordbahn 398. 75. — Paris-Straßburg 350. — Römisches Anlehen 66⅛.

Auch heute wurden fast gar keine Geschäfte gemacht. Die Tendenz der Börse ist noch immer zur Baisse.

London, 8. Juni. 3pCt. Stocks, 91⅛. — 5pCt. Span. —. — Neue 3pCt. 33⅛. — 4pCt. Port. 28, 27⅛. — 2½pCt. Holl. 50.

Madrid, 4. Juni. 3pCt. 24⅛, P., a. d. B. 21⅛, G. — 5pCt. 10⅛, G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Kaltenbach.

Kreditbriefe für die bevorstehende Reise, Geldtaschen, Brieftaschen, Reisetaschen, Koffer, Handkoffer, Plaids, Reisedecken, Reisekissen, Reisenecessaires, Reisebestecke, Reisetoilettenartikel, Reisekörbe, Reisekoffer, Reisekoffer, Reisekoffer

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Dienstag (Beilage zu Nro. 138.) 12. Juni 1849.

Deutschland.

Frankfurt, 7. Juni. Was bei dem Wechsel politischer Gestaltungen empfindlich zu beklagen, ist der mannigfache Verlust tüchtiger Kräfte, die auch hier in Frankfurt der Reichsgewalt entzogen worden sind. Männer mit bestimmter politischer Färbung wechseln fast immer mit dem Wechsel des Ministeriums. So ist namentlich im Handelsministerium der Verlust Fallati's auch deßwegen zu beklagen, da er gerade im Begriff war, das so nothwendige statistische Bureau zu errichten, dem sich tüchtige Kräfte zuwenden sollten. — Ebenso ist der im Zollvereine tüchtig bewährt erfundene Schimpff aus dem Handelsministerium abgegangen, wie der verzügliche Münzenkenner Helfrich. Die Gestaltung nothwendig neu einzuführender Bureau's ist dadurch namentlich und ganz natürlich unterbrochen worden. So wird denn auch das als Bedürfniß sich herausstellende Auswanderungsbureau noch eine Zeit auf sich warten lassen. Bisher hat man rühmlicher Weise die ausgezeichnetsten Kräfte für dergleichen Einrichtungen an sich gezogen, und es wird bei der Errichtung dieses Bureaus gewiß nur der Erwähnung des Namens Hohagen bedürfen, um ihn als einen vorzugsweise Befähigten für die Auswanderungsangelegenheit zu bezeichnen. Seine Verdienste um die 900 in Dünkirchen im Elende schmachtenden Auswanderer, denen er durch seine aufopfernden Bemühungen zur Ansiedlung in Afrika 1847 verhalf, sind noch in frischem Andenken, und wird er durch seine Erfahrungen ein Mann sein, der die Uebel und Gebrechen beim Auswanderer von materieller Seite kennt und daher die rechten Mittel zur Abhilfe bringen kann. (Rhein. Volkshalle.)

⊙ **Frankfurt**, 11. Juni. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt kam zuerst die Mittheilung des Senats zur Anzeige über die neuen Wahlen in die verfassungsgebende Versammlung; dieselben fielen auf: J. C. C. Knoblauch, Dr. jur. G. J. Jung, L. C. F. Berninger, Dr. med. Ehrmann, G. Schweppenhäuser Sohn, C. W. Griesbauer, Ph. Enke jun. und J. F. Büchsel. Dann wird in der Discussion über Art 97 und 104 des Verfassungsentwurfs fortgefahren. Das in dem letzten Bericht angedeutete Minderheitserachten von Schöff Souchay lautet: Art. 97. „Die vollziehende Gewalt und die Staatsverwaltung ist einem Regierungsrathe von 28 Mitgliedern zu übertragen." Statt des Art. 104, 105, 106, 116 und 117 schlägt der Antragsteller folgende neue Artikel vor: Art. . . . „Der Regierungsrath zerfällt in zwei Abtheilungen, jede von 14 Mitgliedern." Art. . . . „Die 14 Mitglieder der ersten Abtheilung werden auf Lebensdauer erwählt. Diese ständigen Rathsmitglieder dürfen keinerlei bürgerliche Berufsthätigkeit außer ihrem Amte betreiben. Sie beziehen einen Gehalt, der gleichzeitig mit den nöthigen Bestimmungen über Pensionirung durch ein Gesetz festzustellen ist." Art. . . . „In der ersten Abtheilung müssen wenigstens zwei Rechtsgelehrte als Syndiker sich befinden." Art. . . . „Die zweite Abtheilung besteht aus 14 wechselnden Mitgliedern, welche je auf sieben Jahre im Amte verbleiben, keinen festen Gehalt beziehen und ihre bürgerliche Berufsthätigkeit unterdessen fortsetzen dürfen." Art. . . . „Die austretenden Mitglieder dieser zweiten Abtheilung sind stets wieder wählbar." Art. . . . „Jährlich treten zwei Mitglieder der zweiten Abtheilung aus, und zwar die 14 zuerst gewählten nach dem Loose; die später eintretenden nach einer Amtsdauer von sieben Jahren." Art. . . „So oft durch den in Art. . . erwähnten Turnus eine Stelle frei wird, wird in analoger Weise zum Behufe der Wiederbesetzung die Neuwahl vorgenommen, wie nach Art. . . die erste Wahl angeordnet." Art. . . . „Für die Geschäftsbehandlung hat der Regierungsrath durch eine Geschäftsordnung zu sorgen." In der nun fortgesetzten und mit ziemlicher Lebhaftigkeit geführten Discussion sprachen: Dr. Stein für den Ausschußantrag; Dr. Binding für den Antrag Hessenberg; Dr. J. Fried eben über Persönlichkeiten; Schöff Souchay, der noch mals seinen Antrag vertheidigt; Dr. Mappes, welcher einen Regierungsrath von neun Mitgliedern beantragt, zu Art. 114 verschiedene Abänderungen vorschlägt, Artikel 117 dahin abgefaßt wissen will: „kein Mitglied des Regierungsraths bezieht einen Gehalt, sondern es werden ihm allein tharsächliche Auslagen ersetzt. Dem Präsidenten wird eine gewisse Summe für Repräsentationskosten ausgesetzt;" und endlich die gemeinschaftliche und namentliche Abstimmung über Art. 97, 104, 114 und 117, sowie über jeden Antrag besonders begehrt; Dr. A. Friedleben für den Ausschußantrag; Dr. Varrentrapp für das Hessenbergsche Amendement; Dr. Reinganum über Persönlichkeiten; Dr. Schwarzschild und Dr. Goldschmidt für den Entwurf. Nach 9 Uhr wird die Berathung abgebrochen und auf die nächste Sitzung vertagt.

* **Frankfurt**, 12. Juni. Die auf heute angekündigte Ankunft Sr. k. Hoh. des Prinzen von Preußen scheint verschoben, wenigstens steht fest, daß der Prinz heute nicht eintreffen wird.

Wien, 8. Juni. Nachrichten aus Mestre vom 4. zufolge war der Marschall Graf Radetzky ganz unerwartet wieder im dortigen Lager eingetroffen. Er war nur bis Verona gekommen und hatte sich, nach einer abgehaltenen Conferenz mit den Ministern über die nach Turin entgegengeschickten Frieden mit Sardinien betreffenden neuen Anträge, sogleich entschlossen, nach Venedig zurückzukehren und die Einnahme dieser Stadt zu beschleunigen. Es wurde nach der Ankunft Radetzky's im ganzen Lager in Mestre verkündet, daß der Friede mit Sardinien so gut als abgeschlossen sei. Auf die sardinischen Minister scheinen die Folgen einer republikanischen Intervention, wie die in Rom, endlich einen ernsten Eindruck zu machen. (Brsl. Z.)

Die „Pester Zeitung" vom 31. Mai enthält einen Bericht über die Wirksamkeit des magyarischen Justizministers. Es wurden hiernach Franz Lengyel, welcher einem österreichischen Offizier als Spion diente; Emerich Miskei, der als Montirungscommissar ein österreichisches Amt übernommen hatte, Christoph Offner, der die Pulverfabrication der Oesterreicher besorgte, „wegen Vaterlandsverrath" mit Pulver und Blei hingerichtet.

** **Berlin**, 10. Juni. Die Zusammenkunft, zu welcher die beiden Gagern, Dahlmann ꝛc. andere deutsche Männer und Gesinnungsgenossen auf den 26. d. M. nach Gotha eingeladen haben, scheint von der preußischen Regierung gern gesehen zu sein. Wenigstens berechtigt zu solcher Annahme ein leitender Artikel in dem Morgenblatt der „Deutschen Reform", in welcher Preußens Stellung zum Reorganisationswerk des deutschen Bundesstaates besprochen wird, und wo es schließlich heißt, wie folgt: „Inzwischen zaudert Bayern; es scheint zwar Lust zur Beschickung des neuen Reichstages zu haben, möchte aber dabei Alles und Einiges in Frage stellen, den engeren Bund gänzlich. Norddeutschland dagegen scheint einen Umschwung zu nehmen. Während die Hundert der Linken ihr Anathema von Stuttgart aus gegen die Verräther schleudern, welche nach dem neu vorgeschlagenen Wahlgesetze wählen sollten, werden sich viele der besten Männer der Paulskirche in Gotha versammeln, in versöhnender Weise die große vorliegende Frage behandeln, und das Gewicht ihres moralischen Einflusses einlegen, um die Lösung zu erleichtern. Wir werden mit Freuden ihr patriotisches Unternehmen verfolgen. Es ist uns nicht verborgen, daß Preußen in dieser Frage den schwierigsten Stand hat; nicht die Regierung allein, nein, auch die Söhne seines Volkes, welche bewaffnet auf allen Punkten Deutschlands stehen. Aber der Wendepunkt wird eintreten; dem Hasse der Verblendung wird die Anerkennung, und der unbedingten Verdammung eine mildere, gerechtere Beurtheilung folgen. Immer mehr wird die Zeit die Thatsache ans Licht bringen, daß Preußen Deutschlands Rettungsanker gewesen ist." — Hierzu kommt, daß von verschiedenen Seiten versichert wird, der Gothaer Versammlung würden auch Herr von Radowitz und Major Teichert beiwohnen, wenn die preußische Regierung es genehmige, und wie die Sachen jetzt liegen, scheine Herr v. Radowitz diese Genehmigung bereits in der Tasche zu haben. Andere sind der Meinung, es könne die Gothaer Versammlung wohl den Kern bilden, um den sich eine neue Reichsversammlung anlege. Diese Conjectur scheint uns denn doch etwas gewagt.

Das Gerücht, welches durch die Zeitungen läuft, Preußen werde zu Mitgliedern des Bundesschiedsgerichts die ehemaligen Minister v. Savigny, Uhden und v. Dürsberg ernennen, ist in Bezug wenigstens auf die beiden Erstgenannten, wie wir aus der besten Quelle vernehmen, völlig unbegründet. Dagegen soll allerdings die Ernennung des Hrn. v. Dürsberg zu dieser Stelle, welcher sich durch Vielseitigkeit der Wissenschaft und der praktischen Erfahrung auszeichne, in Frage gekommen sein. (D. Ref.)

* **Von der polnischen Grenze**, 6. Juni, läßt sich das Berliner Correspondenzbureau schreiben: Es ist Thatsache, daß die Gefängnisse von Warschau seit einiger Zeit mehr Russen als Polen bergen. Eine große Anzahl russischer Offiziere sitzen in der Warschauer Citadelle. Der Geist Murawiew's, Pestel's und Besuschew's lebt noch im russischen Heere, aber die russische Militärpolizei ist so organisirt, daß es ihr immer gelingt, einige Glieder der großen Kette auszureißen, und so hat man denn kurz vor dem Abmarsch nach Oesterreich eine neue weitverzweigte Verschwörung entdeckt. Das große Ziel derselben war wie im Jahre 1825 eine slavische Föderativrepublik. Hunderte von Offizieren, Unteroffizieren und Cadets sind eingezogen, und eine besondere Commission führt die Untersuchung. Viele sind vom Marsche, ja einige sogar von den auf österreichischem Boden stehenden Armeecorps aus eingezogen und nach Warschau gebracht worden. Wie die Sachen ausfallen und ob das Resultat jemals veröffentlicht werden wird, kann Niemand wissen; so viel aber steht fest, daß Hunderte der Unglücklichen nach Sibirien und in die Minen des Ural abgefahrt werden.

Warzburg, 11. Juni. Gestern ist das 1. Bataillon des 13. Infanterieregiments, das 1. Bataillon des 5. Infanterieregiments und das 1. Jägerbataillon, und heute Vormittag 4 Schwadronen Chevauxlegers, eine Zwölfpfünderbatterie und die Genieabtheilung mit dem Brückentrain hier eingetroffen.

Dresden, 9. Juni. Der vormalige Abgeordnete Bürgermeister Meyer aus Treuen ist in Germersheim, wo er das dortige Militär aufzuwiegeln suchte, verhaftet und das Verlangen auher gerichtet worden, für dessen Abholung Sorge zu tragen. (D. Z.)

× **Karlsruhe**, 9. Juni. Nach dem soeben erschienenen Programm zur Eröffnung der constituirenden Versammlung für Baden, wird dieselbe eine friedliche sein. Die erste Sitzung ist auf morgen bestimmt. Um halb 4 Uhr setzt sich die Bürgerwehr vom Schloßplatz aus, woselbst sie sich versammelt, in Marsch, um vom Rathhause bis zum Ständehause Spalier zu bilden. Um 4 Uhr erklärt der Präsident die Versammlung unter Glockengeläute und Geschützdonner für eröffnet und constituirt, und ladet die Mitglieder der provisorischen Regierung zum Erscheinen in der Versammlung ein. Nach dem Eintreffen der provisorischen Regierung im Sitzungssaale begrüßt der Präsident derselben die Versammlung im Namen des Volkes, erstattet kurzen Bericht über die Lage des Landes und die seitherige Thätigkeit der provisorischen Regierung mit der Erklärung, daß die letztere bereit sei, ihr Amt in die Hände der Volksvertreter niederzulegen, sobald dieselbe eine andere Regierungsgewalt werde ernannt haben, worauf die Eröffnungssitzung beendet ist. Die Bürgerwehren auf dem Schloßplatz werden von den Mitgliedern der provisorischen Regierung inspicirt und defiliren vor denselben.

** **Schleswig**, 8. Juni. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung motivirte Bürgermeister Balemann den Antrag, daß ein Ausschuß erwählt werden möge, um die gestrige Mittheilung der Statthalterschaft einer näheren Prüfung zu unterziehen und diejenigen Anträge einzubringen, zu welchen die Prüfung etwa Veranlassung gebe. — Das Resultat der Debatte war die Annahme des Balemann'schen Antrags. Diese erfolgte mit 67 gegen 24 Stimmen. In den Ausschuß wurden gewählt: Balemann, Wiggers aus Plön, Lüders, Prehn, Th. Olshausen, Mommsen, Dr. Lorentzen, Steindorf und Wichmann.

Flensburg, 8. Juni. Allenthalben, d. h. bei allen Deutschen, hört man heute hier Klage über den Verlust des wackeren Obersten St. Paul. Heute Morgen kam mit einer an die Statthalterschaft abgefertigten Staffete ein Schreiben an einen hiesigen Einwohner, welcher in einem freundlichen Verhältniß zu dem Obersten St. Paul gestanden, daß dieser gestern Abend gegen 7 Uhr vor Fridericia von einer Kugel niedergestreckt sei.

Dem „Hamb. Corresp." wird aus dem Lager von Fridericia vom 5. geschrieben: Heute Morgen um 10 Uhr wurde das Bombardement aus allen Batterien eröffnet und bis gegen Mittag lebhaft, darnach bis 4 Uhr nur langsam fortgesetzt. Verluste haben wir fast gar keine, nur ist einem Infanteristen durch ein abgesprengtes Bombenstück der Arm zerschmettert worden. Dahingegen gelang es der von dem Fähnrich Kühl commandirten Mörserbatterie, eine von den 48pfündigen Bombenkanonen, welche von der vierten Bastion herab das Land weithin drauend übersehen, zu demontiren. Die 168pfündige Bombe traf die Kanone mit dem Anschlage, fiel in den Erdboden und krepirte, so daß Kanone und Mannschaft in die Höhe geschleudert wurden. Das Geschütz ist total zerstört. Die Mörserbatterie ist überhaupt sehr hart gewesen, indem selbst nach dänischen Berichten 46 Häuser abgebrannt sind und eine ähnliche Anzahl demolirt ist. Jetzt schweigt das Feuer von allen Seiten.

Kiel, 9. Juni. Von Fridericia erhielt man ferner die Nachricht, daß das Bombardement am 6. d. nur äußerst schwach gewesen sei und endlich ganz aufgehört habe; auch hat man im Lager erzählt, daß eine achttägige Waffenruhe abgeschlossen sei. In Fridericia soll der Feind nur noch einige tausend Mann stark sein, dagegen das Rye'sche Armeecorps im Norden Jütlands jetzt wieder eine Stärke von circa 20,000 Mann besitzen; auch Alsen muß nach den Erzählungen über die letzten Düppeler Affairen jetzt wieder stärker besetzt sein.

Gottdorf, 7. Juni. Wiederholt enthalten die öffentlichen Blätter die Nachricht, daß das großherzogl. badische, in diesen Gegenden stehende Bataillon in den schleswig-holsteinischen Dienst und Sold getreten sei. Wir müssen daher ebenso wiederholt entgegnen, daß dieses Gerücht gänzlich unbegründet ist.

Dem Vernehmen nach hat das englische Generalconsulat in Hamburg, unter Begleitung der betreffenden Depeschen für das englische Ministerium, von Kopenhagen die Mittheilung erhalten, daß die dänische Regierung sich entschieden weigere, auf die nachgesuchte freie Zulassung der Hull'er Dampfschiffe im Postdienste durch die Elbblokade einzugehen, unter dem Vorgeben, daß der regelmäßige Postdienst der Dampfposte zwischen London und Hamburg wie bisher auch ferner ausreichen würde.

Schwerin, 8. Juni. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung wurde ein von heute datirtes Schreiben der schwerinschen Regierungscommissarien verlesen, in welchem mit Bezugnahme auf die am 5. gemachte Mittheilung in Betreff der deutschen Verfassungsfrage erklärt wird, daß es nicht die Absicht der Regierung sei, in der deutschen Verfassungsfrage einseitig und ohne Betheiligung der Abgeordnetenversammlung vorzugehen. Unter Hinweisung auf eine dem Schreiben beiliegende Mittheilung der Regierung an das preußische Cabinet vom 7. d. M., in welcher nur ganz im Allgemeinen der Beitritt Mecklenburgs zu den preußischen Propositionen ausgesprochen wird, fordert die Regierung die Abgeordnetenversammlung fürs Erste nur zur Erklärung über folgende beide Punkte auf: 1) die Aufforderung des k. preußischen Ministeriums, betreffend die Errichtung eines provisor. Schiedsgerichtes, 2) die demnächstige Anordnung der Wahlen für das zur Berathung des vorgelegten Verfassungsentwurfs zu berufende Volkshaus, insbesondere den Antrag, daß diese Wahlen in Grundlage des mitvorgelegten provisorischen Wahlgesetzes angeordnet werden sollen. „Den letztern Punkt anbelangend", schließt das Schreiben, „so ist über die Zeit der Wahlen zwar noch nichts bestimmt, indessen wird der definitive Beitritt zu der Verbindung der drei königlichen Regierungen immer nicht eher erfolgen können, als bis auch über diese Angelegenheit eine bestimmte

Erklärung abgegeben worden ist. Ueberhaupt handelt es sich zur Zeit nur um eine generelle Beitrittserklärung. Manche einzelne Punkte werden noch näher festgestellt werden, und deßhalb einer spätern Verhandlung vorbehalten bleiben müssen. Jene allgemeine Erklärung muß aber, wenn das deutsche Verfassungswerk keine unnöthigen Verzögerungen erfahren soll, allseitig möglichst bald abgegeben werden, und sieht die großherzogliche Regierung deßhalb einer beschleunigten Rückäußerung der Abgeordnetenversammlung entgegen." — Von den streitigen Regierungscommissarien ist noch keine weitere Erklärung in der Verfassungsfrage eingegangen.

Braunschweig, 9. Juni. In der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenkammer interpellirte Abg. Lucius das Ministerium darüber, ob in Bezug auf den von den Königreichen Preußen, Hannover und Sachsen vorgelegten Verfassungsentwurf eine officielle Aufforderung an die herzogliche Landesregierung ergangen, und welche Antwort in diesem Fall ertheilt sei, sowie welchen Weg die Regierung einzuschlagen beabsichtige. Staatsminister v. Schleinitz antwortete, daß der Verfassungsentwurf mit Ausnahme einer noch rückständigen Denkschrift der Regierung mitgetheilt, daß aber eine Antwort darauf noch nicht gegeben sei. Die Regierung werde den bisher eingeschlagenen Weg, wo möglich mit den übrigen Regierungen, von denen die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung anerkannt sei, in Gemeinschaft zu handeln, auch jetzt verfolgen. Es fänden grade jetzt darüber unter den Bevollmächtigten in Frankfurt Verhandlungen statt, die indeß zu einem Resultate noch nicht geführt hätten. Diese sowie die in Bezug auf die Gestaltung der Centralgewalt bevorstehenden Ereignisse würden abzuwarten sein, und demnächst auf die Entschließungen der Regierung Einfluß haben. Die Regierung werde nicht ermangeln, sobald ein bestimmter Entschluß gefaßt sei, an die Versammlung Mittheilung davon gelangen zu lassen. (D. Rz.)

** **Wiesbaden**, 11. Juni. Die Deputation der Idsteiner „Landesversammlung" ist heute Mittag durch unsere Stadt nach Biebrich gereist, um dem Herzog ihre Anliegen, d. h. ihre Forderungen à la Offenburg, die hier allgemeine Heiterkeit erregt haben, vorzutragen. Ein Theil der Deputation erhielt Audienz, und der Herzog eröffnete ihr, daß er immer das Wohl seines Landes und Volkes im Auge gehabt und auch in Zukunft so thun werde: er habe bewiesen, daß alle vernünftigen Wünsche des Volkes Befriedigung von ihm zu erwarten hätten; die heute an ihn gestellten Forderungen seien unvernünftig: es sei Zeit, endlich Ruhe und Ordnung im Lande zu schaffen, und dazu habe er jetzt die Mittel in Händen. — Damit war die Deputation entlassen.

Italien.

Die Nachricht, welche man bisher noch zu bezweifeln Grund hatte, daß nämlich auch die Oesterreicher auf der Straße von Rom verrücken, ist jetzt sicher. Am 31. Mai sind die kaiserl. Truppen bereits in Perugia eingezogen. Der Generalmajor Liechtenstein erließ aus Arezzo eine Proclamation an die Bewohner von Perugia, in welcher er ankündigt, daß strategische Rücksichten das Einrücken der kaiserl. Truppen in diesen Theil der päpstlichen Staaten nothwendig gemacht hätten, damit so das Corps F.M. Wimpffen, welches zur Unterdrückung der Anarchie und zur Widerherstellung der gesetzmäßigen Regierung Pius IX. in die Marchen eingezogen, die gehörige Unterstützung fände. Die in Perugia aufwiegelnden Freiwilligen wollten Anfangs Widerstand leisten, allein der Stadtrath wußte es zu verhindern, und so zog die Bande mit 2 Kanonen und vielen Waffen in der Richtung von Foligno ab. — Wie aus der Erklärung des Generalmajors Liechtenstein hervorgeht, hat der Marsch dieses österr. Corps zunächst den Zweck, eine Verbindung mit dem Corps des F.M. Wimpffen zu bewerkstelligen, sich des Passes über den Apennin zu versichern, die Straße von Rom nach Ancona frei zu halten und so einem möglichen Entsatz dieser Festung zuvorzukommen.

Ueber Livorno erfährt man, daß der Angriff der Franzosen auf Rom am 2. Morgens begonnen hat, indem Oudinot von einem Vergleich nichts mehr wissen wollte.

☿ **Rom**, 31. Mai. Nachdem weder Drohungen, noch gütliche Vorschläge den französischen Bevollmächtigten seinem Ziele näher gebracht hatten, treten endlich Umstände ein, die ihn zwingen, seiner Politik eine bestimmtere Wendung zu geben. Vorgestern Abend ist ein Ultimatum angelangt, das die alten Bedingungen stellt, aber durch seine Motivirung die Stellung Frankreichs zu Oesterreich in ein schiefes Licht stellt. Es beginnt: „In Betracht, daß das Verrücken der österreichischen Armee in den römischen Staaten die resp. Lage der französischen Armee und der römischen Truppen verändert; in Betracht, daß die Oesterreicher mit ihrem Verrücken gegen Rom Stellungen einnehmen konnten, welche die französische Armee bedrohen würden; in Betracht, daß die Verlängerung des Statusquo, zu dem auf Verlangen der Obergeneral seine Zustimmung gegeben hatte, der französischen Armee gefährlich werden könnte ....," fordert der Bevollmächtigte eine unmittelbare Erklärung über die vorgeschlagenen Bedingungen, widrigenfalls er seine Mission als beendigt ansehen und die französische Armee wieder ihre volle Freiheit im Handeln in Anspruch nehmen würde. Die Oesterreicher, mit denen die Franzosen doch auf einen Zweck hinarbeiten sollten, werden hiernach geradezu als eine feindliche Macht hingestellt; und dennoch bleibt allerdings den Vermittlern nichts übrig, als vom Unterhandeln zum „Handeln" zu schreiten, da zu einem Entgegenkommen der Römer noch immer wenig Aussicht ist. Die Constituante hat diese Note, wie die frühern, dem Triumvirat überwiesen, d. h. negativ beantwortet. Manche schließen daraus, daß nun die Franzosen wirklich die Feindseligkeiten eröffnen würden, und allerdings zögern sie weniger als Kanonenschußweite von der Stadt. Allein noch hat Lesseps seine Flagge nicht abgenommen und es sollen neue Unterhandlungen angeknüpft sein, nach denen wir vielleicht schon morgen ein friedliches Einrücken der Franzosen zu gewärtigen hätten. Daß an einen plötzlichen Angriff hier nicht gedacht wird, scheint aus der verhältnißmäßig großen Ruhe des Militärs hervorzugehen. Ein Theil ist gegen die Oesterreicher ausgerückt, ein anderer steht an der neapolitanischen Grenze. Die Vertheidigung würde also nicht sehr nachdrücklich sein können, um so mehr, da der Bürger sich nach Ruhe sehnt und sich an einem Kampfe schwerlich betheiligen wird. Im Stillen wünscht alles ein Ende des gegenwärtigen zweifelhaften Zustandes.

☿ **Rom**, 1. Juni. Heute Morgen sind wir mit folgenden Actenstücken überrascht worden: „Art. 1. Die Unterstützung (appoggio) Frankreichs ist den Bevölkerungen der römischen Staaten zugesichert. Diese betrachten die französische Armee als eine befreundete, welche kommt, um zur Vertheidigung ihres Territoriums beizutragen. Art. 2. Im Einvernehmen mit der römischen Regierung und ohne sich in die Verwaltung des Landes zu mischen, wird die französische Armee die äußeren Cantonnirungen nehmen, die sowohl für die Vertheidigung des Landes (passe) als für die Gesundheit der Truppen geeignet sind. Die Communicationen sind frei. Art. 3. Die französische Republik garantirt gegen jede fremde Invasion das Territorium, das von seinen Truppen besetzt ist. Art. 4. Es bleibt vorbehalten, daß der gegenwärtige Vergleich (accomodamento) der Ratification der Regierung der französischen Republik unterworfen wird. Art. 5. In keinem Falle können die Wirkungen des gegenwärtigen Vergleiches eher aufhören, als 15 Tage nach der Mittheilung der Nichtratificirung. 31. Mai 1849, 8 Uhr Abends. gez. Armellini. Sassi. Mazzini. von Lesseps." — Wenn dieses Actenstück viel besagen will, so ist es höchstens der Anfang des Endes. Vielleicht hat es aber keinen andern Zweck, als das französische Ministerium vor dem Vorwurf zu schützen, seine Diplomaten und ein Heer von fast 30,000 Mann vier Wochen lang ohne den geringsten Erfolg vor den Thoren Roms angespießt zu haben. Ob freilich auch dieser Vertrag ein Erfolg zu nennen ist, darüber urtheilt ein unbefangener Beobachter vielleicht anders, als die Diplomaten. — Die Franzosen haben zunächst den Monte Mario bezogen, ein Theil wird sich wahrscheinlich nach den Albanergebirgen wenden. Offizieren soll der Eintritt in die Stadt erlaubt sein.

☿ **Rom**, 2. Juni. Sie werden von heute an Ihren Correspondenten nicht mehr verdammen können, wenn er Ihnen in der letzten Zeit vielfältig hat Nachrichten geben müssen, die Sie auf keine Weise zusammenzureimen im Stande gewesen sein mögen. Die Confusion liegt nicht in seinem Kopfe, sondern in den Köpfen derer, die „Geschichte machen". Angesichts des officiellen, von den Triumvirn und Lesseps unterzeichneten Actenstücks, wer hätte da nur entfernt zweifeln können, daß in der römischen Frage irgend ein fester Punkt, sei er auch noch so undedeutend, gefunden sei? Dennoch ist dem nicht so. Frankreich ist zwar eine Republik une et indivisible; allein diese neue Republik ist vor den Thoren Roms durch zwei Köpfe vertreten, einen Diplomaten, ministre plenipotentiaire, einen Militär, général en chef. Der eine hat das Amt, der andere hat die Macht, um mich der Frankfurter Kunstausdrücke zu bedienen. Dieser Dualismus ist gestern in polarischen Gegensatz getreten. Der General will von den Bedingungen des Diplomaten nichts wissen, sondern hat seinen eigenen Weg eingeschlagen und den Römern den Waffenstillstand gekündigt. Dies mag allerdings auch ein Anfang des Endes sein, nur einigermaßen verschieden von dem gestern gemeldeten. Wer Recht hat, mag man in Paris entscheiden. Uns bleibt nichts übrig, als die Verwunderung der Römer zu theilen. Sie wissen, ich bin kein Freund der römischen Republik, aber ich liebe die Stadt Rom; und ihretwegen muß mich ein solches Gaukelspiel empören. Wahrlich, wäre auf den 30. April schnell ein Bombardement erfolgt, um die Stadt zur Uebergabe zu zwingen, es würde nicht halb so viel Unglück gebracht haben, als durch dieses unselige Zaudern über die Stadt gekommen ist. Und das nennen die Diplomaten im Namen der Freiheit und Humanität intercediren!

Frankreich.

△ **Straßburg**, 11. Juni. „Im Laufe des Tages vom 2. Juni ward Rom vom Obergeneral Oudinot aufgefordert, unsern Truppen seine Thore zu öffnen, und antwortete, wie man dessen gewärtig sein mußte, durch eine förmliche Weigerung. Sogleich wurden Anordnungen getroffen, um den Angriff zu beginnen, unsere Colonnen setzten sich in Bewegung, und in Folge der ersten militärischen Operationen bemächtigte man sich der Stellungen, welche die Stadt beherrschen, und welche die römischen Truppen in großer Anzahl seit mehreren Tagen besetzt hielten. Die französischen Soldaten haben mit jener kräftigen Unerschrockenheit, mit jenem Eifer, der sie charakterisirt, rasch alle Stellungen mit dem Bajonnete genommen, und sind in diesem Augenblicke Meister der Vortheile des Gebietes. Wir haben in diesem Kampfe einige Verwundete und zwei Todte gehabt. Die Römer ihrerseits haben beträchtlichere Verluste erlitten, und der General Oudinot hat durch den „Veloce" mehr als 200 von unsern Soldaten gefangene Männer nach Korsika bringen lassen. Man versichert, daß die Oesterreicher in Eilmärschen auf Rom rücken; aber auf die Bemerkungen des Generals Oudinot werden sie wahrscheinlich ihren Marsch nicht fortsetzen. Ein Adjutant ist zu diesem Behufe zum Oberbefehlshaber der österreichischen Streitkräfte abgesandt worden. Die Belagerungsarbeiten gegen die ewige Stadt wurden fortwährend mit der größten Thätigkeit betrieben bei Abfahrt des „Orenoque". Wir werden übrigens umständliche Einzelnheiten erhalten bei Ankunft eines Dampfschiffes, das man morgen oder übermorgen auf der Rhede von Marseille erwartet. Civitavecchia ist von unsern Truppen in guten Vertheidigungszustand gesetzt worden."

Nachschrift.

* **Karlsruhe**, 11. Juni. Gestern Nachmittag ist die „constituirende Versammlung für Baden" in dem Sitzungslocale der früheren zweiten Kammer eröffnet worden. Die „Karlsruher Zeitung" weiß sehr viel von dem Jubel zu erzählen, mit dem die provisorische Regierung auf ihrem Zuge von dem Rathhause in den Sitzungssaal empfangen wurde, und von dem stürmischen Beifall, welchen Brentano's Begrüßungsrede an die Versammlung fand. (Die „Karlsruher Zeitung" sagt nicht, ob dieser Jubel unter Androhung des Standrechts vorher anbefohlen war: Privatschreiben, die uns heute von Karlsruhe zukommen, lassen uns, nach der gedrückten Stimmung, die aus ihnen hervorspricht, zu urtheilen, dies beinahe glauben.) In seiner Rede, die wir in ihrer Ausführlichkeit nachtragen werden, warf Brentano zunächst einen Rückblick auf die früheren Zustände des Landes, auf die neuesten Ereignisse und die Thätigkeit der provisorischen Verwaltung nach der Flucht des Großherzogs und seiner Minister, sodann hob er hervor, wie sehr das vorige Ministerium die Stimme, die laut ertönte, überhört und der Revolution in die Hände gearbeitet habe. Hierauf kam er auf die Thätigkeit der provisorischen Regierung, die sich wegen mehr einheitlicher Regierung des Volkes habe bitten müssen, zu sprechen und erklärte die Bereitwilligkeit derselben, ihr Mandat, das sie vom Volke empfangen, in die Hände der Versammlung, deren Aufgabe es sei, die künftige Regierungsweise des Landes zu bestimmen, niederzulegen. Die ganze Förmlichkeit war übrigens, beiläufig gesagt, bis ins kleinste Detail dem Pariser Vorbild nachgeäfft.

Darmstadt, 12. Juni. Heute Morgens 8 Uhr rückte das Frankfurter Bataillon, nach dem Odenwald bestimmt, hier ein. — Sicherem Vernehmen nach werden bayerische Truppen von Aschaffenburg und Amorbach nach Dieburg dirigirt, in kürzester Zeit die Operationsarmee gegen Baden und die Pfalz verstärken. (Darmst. Z.)

** **Paris**, 10. Juni. Die heutige „Patrie" enthält Berichte aus Rom, aus denen hervorgeht, daß Oudinot am 3., Nachts 2 Uhr, einen Angriff auf Rom gemacht, die 7 Uhr Abends aber noch kein bedeutendes Resultat erlangt hatte. Marseiller und Lyoner Blätter vom 8. und 9 wollen wissen, daß Rom nach einem dreitägigen Bombardement und großem Blutbade in die Hände Oudinot's gefallen sei. Diese Nachricht bedarf indeß noch der Bestätigung.

Bugeaud ist heute früh um 6 Uhr gestorben. Im Elysee und in der Rue de Poitiers herrscht große Trauer und mit Recht, denn sein Tod trifft die conservative Partei in dem gegenwärtigen Moment, wo sie seines Beistandes so sehr bedurfte, überaus schmerzlich. Bugeaud war 1784 geboren.

Bei Tortoni war die fünfprocentige heute zu 81 angeboten, ohne daß sich Abnehmer fanden.

Börsenberichte.

London, 9. Juni. 3pCt. Stocks 91¾, ⅞. — 5pCt. Span. 16⅞, ⅞. — Neue 3pCt. 33, 33¼. — 4pCt. Port. —. — 2½pCt. Holl. 49½.

Madrid, 5. Juni. 3pCt. 25 compt., a. d. B. 25 G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Hallen.

Cours der Staats-Papiere. 12. Juni 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	73	72⅛	Württemb.	Obligationen b. Rothsch.	3½	74⅛	73½
»	dito dito . .	4	56⅜	56⅛	»	Neue Württemberg.	4½	91½	91⅛
»	dito dito . .	2½	38⅞	38⅜	Nassau	Obligat. b. Rothsch.	3½	81	80⅞
»	Bank-Actien v. D. .		1040	—	»	à 25 Loose		20½	20⅛
»	250fl.Loose v. Rothsch.		74⅛	73½	Frankfurt	Obligationen	3	78½	78¼
»	500 » dito		122½	121½	»	dito v. 1809	3½	93¼	93
»	Deffauama. Obligat.	4½	65½	—	»	dito v. 1845	3½	90½	90⅛
»	dito dito	5	81	—	»	Tannusbahnactien .		279	275
Preussen	Staats-Schuldscheine	3½	80	79½	Holland	Integrale	2½	49⅞	49⅜
»	Prämienscheine . .		—	101½	»	Holländische	5	—	97½
Bayern .	Obligationen	3½	77½	77	»	Syndicats	3½	—	60
Darmstadt	à 50 Loose		72½	72	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—
»	à 25 dito		22½	22	»	Interes Sch. neue Obl.	3	24½	24⅛
»	Obligationen	3½	77½	77	Portugal	Consols Lit. A. C. D.	3	—	—
»	dito	4	84	83½	Polen	à 300 Fl. Loosethr.		—	97½
Baden	[illegible]	3½	72½	72	»	Obligationen à 500	4	72½	72¼
»	à 35 Loose . . 1845		46⅞	46¼	Russland	[illegible]	4	—	104⅜
»	[illegible]		26	25½	»	Actien b. Stieglitz et C.	4	—	101

Gold.	G.	kr.	Silber.	G.	kr.	Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Pistolen	9	53	Cölln. Mark .	332	—	Kurhessische Loose . . .	26⅝	26⅜
Pr. Friedrichsd'or	9	59	Landsb., ganze .	—	—	Badische Loose	25	—
Holl. 10 fl. Stücke	10	7	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	40	5 Frankenthaler .	—	—	Cöln-Minden	78	77½
20 Francsstücke	9	41	Hochhaltig Silber	21	30	Ludwigsh.-Bexbach. . .	65½	65
Kaiserl. Souvereigns	12	5	Gering u. mittelh.	21	20	Pfälz.-Ludw.-Maxbahn .	34½	34⅛

Wechsel-Cours.

	12. Juni	Fr.	Ct.
Amsterdam	k. S.	101¼	—
(100 fl. Cr.)	2M.	100½	—
Augsburg	k. S.	—	119⅜
(100 fl. Cr.)	2M.	—	—
Berlin . .	k. S.	—	103⅛
(50 Thlr.)	2M.	—	—
Bremen (50	k. S.	—	99⅛
Hbkr. LL. do	2M.	—	—
Hamburg .	k. S.	88⅛	88¼
(100 Mk. Bco)	2M.	—	87⅞
Leipzig (52	k. S.	—	103⅜
Thlr.) (1 A. M.)			
Lond-n . .	k. S.	121½	—
(10 Livr. St.)	2M.	—	120⅜
Lyon . . .	k. S.	95½	—
(300 Fr.)	2M.	—	—
Mailand (150	k. S.	—	100⅛
Lir. Austr.)	2M.	—	—
Paris . . .	k. S.	95½	—
(300 Fr.)	2M.	—	—
Wien (100 fl.	k. S.	99	99
Rh. S. 20 Fr.	2M.	—	—
Piemont . . .		—	—
A. Sulzbach, bereid. Makler.			

Nach der Börse: 2½pCt. Spec.—; 3½pCt. Span. Int.—; Tarnowitzbahn-Actien (pr. Ult.)—; Ludw.-Bexb.—; Pf.-L.-Maxb.—; G.

Druck von August Osterrieth.

№ 139. — Mittwoch —

Den Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung bezahlt vierteljährlich: 1) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 2) in Baiern fl. 2. 36 kr. und 3) in den übrigen Ländern des Fürstl. Thurn und Taxis'schen Postvereinsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Für England und überseeische Länder: Loysel u. Comp., Nr. 54. Queen street, Cheapside, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/6 Bogen) mit Postaufschlag oder deren Raum 8 kr.

Frankfurter Ob

☞ Mit dem 1. Juli 1849 beginnt ein neues Abonnement auf die Fr
zeitung zur Veröffentlichung ihrer amtlichen Verkündigungen
Quelle ihr zugehenden Nachrichten schleunigst veröffentlicht. Die **Frankfurter**
wie bisher, zu nachstehenden Preisen vierteljährlich abgegeben: 1. In dem Bestellbe
Hessen, Nassau, den sächsischen Herzogthümern und den Hansestädten 2 fl. 30 kr.; 3. in Wür
fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen 2 fl. 45 kr. — In der preußischen Monarchie,
Baden kostet die Zeitung vierteljährlich 3 fl. 8 kr., und in der österreichischen Monarchie 6 fl. 24 kr. C.-M.

Man ersucht um möglichst baldige Bestellung bei den betreffenden Postämtern. — Für Frankreich, England un
a Straßburg, Brandgasse Nr 28, und Paris Rue N. D. de Nazareth Nr. 23, Bestellungen an. — Die Insertione
Zeitschrift oder deren Raum 8 Kreuzer.

Deutschland.

Berlin, 8. Juni. Großes Aufsehen erregt ein im Appel
tionsverfahren nach langstündigen Verhandlungen gegen
en Buchdrucker Fähndrich gefälltes Erkenntniß, wodurch
erselbe wegen des im vorigen Sommer bewirkten Druckes
nes sogenannten republikanischen Katechismus zu zehn-
ähriger Zuchthausstrafe verurtheilt ward. Derselbe war in
rster Instanz noch nach altem Verfahren freigesprochen,
iergegen jedoch vom Staatsanwalt die Appellation einge-
gt und wie bemerkt erkannt worden, da der Appellations-
hter annahm, daß dem Angeklagten der Inhalt bekannt
ewesen und er sich hierdurch des versuchten Hochverraths
chuldig gemacht. Es kommen indeß mehrere sehr zweifel-
afte Rechtsfragen bei diesem Fall in Betracht, und da
em Verurtheilten noch die Revision zusteht, so ist es mög-
ich, daß sich darin sein schweres Schicksal mildert. — In
olge der durch den General Wrangel verfügten Feststel-
ung eines letzten Termins zur **Ablieferung der lö-
iglichen Waffen** sind zwar nur sehr wenig abgeliefert
orden, desto mehr wurden jedoch in der Nacht von den
onstablern auf der Straße liegend aufgefunden, so daß
iejelben in einigen Gegenden die ganze Nacht mit Ein-
ammeln beschäftigt waren. Auch im Thiergarten wurden
ute Morgen Infanteriesäbel und Hirschfänger aufgefun-
n, so daß die Ausbeute im Ganzen eine sehr ergiebige
ein scheint. (C. Z.)

München, 10. Juni. Gestern hatten die Reichsräthe
ne Sitzung, in welcher sie den Gesetzentwurf über die
bschaffung der Strafen des bürgerlichen Todes, der öffent-
hen Ausstellung und der Brandmarkung berietben und
eschluß faßten. Der Gesetzentwurf wurde mit allen gegen
e eine Stimme des humanen Fürsten Wrede angenom-
en: dagegen fielen alle Anträge auf Abschaffung der To-
es- und Kettenstrafe, trotz der warmen Befürwortung
rch den greisen Ehrenmann, Graf Reigersberg, mit Glanz
rch. Minister Kleinschrod kündigte eine solche Masse
euer Gesetzentwürfe (auch ein neues Strafgesetzbuch) an,
ß, wenn sie alle zur Berathung kommen sollten, uns ein
endlich langer Landtag bevorstehen müßte und keinenfalls
r jetzt an eine Auflösung gedacht wird. Morgen wird in
r Abgeordnetenkammer über die Reclamation gegen das
räsidium berathen werden. Der Ausschuß hat sich mit
gegen 2 Stimmen für die Beschwerde ausgesprochen. (D. Z.)

München, 10. Juni. Wie ich aus sicherer Quelle höre,
reibt man der „Allg. Z.", ist die von Berliner Corre-
pondenten und Blättern gebrachte Nachricht, als habe Bayern
reußen um militärische Hilfe gegen die Pfalz angegangen,
ie reine Erfindung. Im Gegentheil verhält sich die Sache
, daß Preußen seine Hilfe für die Erhaltung der Ruhe
Franken und die Wiederherstellung der Ordnung in der
alz **anbot**, dagegen aber verlangte, daß Bayern zu
ich dem angebotenen Schutzbündniß Preußens gegen die
evolution und der dabei in den Kauf gegebenen preußi-
en Reichsverfassung beitrete. Ersteres wurde entschieden
m König und Ministerium zurückgewiesen, weil Bayern
ffe, durch eigene Kraft bei sich Herr werden zu können.
as zu jenem Gerücht Veranlassung gegeben haben kann,
der Umstand, daß fast zu gleicher Zeit mit dem preußi-
en Anerbieten vom Reichsverweser die Aufforderung kam,
ß mit preußischen und andern deutschen Streitkräften die
erischen Truppen zur Pacificirung Badens und der
alz, sowie zur Besetzung der Reichsfestungen Rastatt und
ndau gemeinschaftlich agiren sollten. Nun wurde aller-
ngs von hier aus, wie ich höre, Preußen bedeutet, daß
n gegen die Anordnungen des Reichsverwesers und des
eußischen Kriegsministeriums nichts einzuwenden habe, daß
n sich vielmehr denselben fügen werde, auch wenn ein
rmarsch preußischer und anderer deutschen Truppen durch
Pfalz nothwendig werden sollte. Die ganze Erklärung
ayerns in Berlin scheint nur geschehen zu sein, um jede
nfelige Absicht oder jede mißtrauische Voraussetzung zu
fernen, die in der abschlägigen Antwort hätte liegen
nnen. Bayern wies Preußen auf den gesetzlichen Weg
ch den deutschen Reichsverweser hin.

Aus der Pfalz vom 9. Juni schreibt man: „Heute erwartet man in der Gegend von Zweibrücken den Einmarsch der Preußen. — In Speyer wurden die alten Gemeinderäthe fast alle wieder gewählt."

Einer Verordnung des Militärcommissärs zu **Speyer** vom 2. d. M. zufolge ist jede Verbindung mit den Festungen Landau und Germersheim eingestellt, und können daher von nun an weder Briefe noch Fahrpostsachen durch die Post dahin Beförderung finden.

Würzburg, 12. Juni. Heute trafen 4 Schwadronen Chevauxlegers, eine Batterie reitende Artillerie und eine Batterie fahrende Artillerie (Schmidt) hier ein. Sie verlassen morgen wieder die Stadt. Das Hauptquartier wurde heute von hier nach Effelbach verlegt.

Aschaffenburg, 10. Juni. Sicherem Vernehmen nach werden am 14. und 15. d. 10,000 Mann verschiedener Waffengattungen von der Division Taxis hier ankommen, und theils in die Stadt, theils in die Umgegend gelegt werden. Ueber ihre weitere Bestimmung ist noch nichts bekannt.

Karlsruhe, 10. Juni. Die Feierlichkeiten zu Eröffnung der constituirenden Versammlung für Baden begannen in Gemäßheit eines bereits vorgestern veröffentlichten Programme diesen Montag 12 Uhr mit Aufstellung der hiesigen Bürgerwehr, Infanterie und Artillerie, der sich ein halbes Bataillon der dazu besonders eingeladenen Pforzheimer Bürgerwehr angeschlossen hatte, sowie mehrerer neugebildeter Bataillone des ersten Aufgebots auf dem Schloßplatze. Die anwesenden Mitglieder der constituirenden Versammlung hatten vorher eine vorberathende Sitzung gehalten, worin der Bürger **Schlatter**, Pfarrer zu Mupfdach, zum Alterspräsidenten, die Bürger **Mörder** von Mannheim, **Volk** von Offenburg, **Steinmetz** von Durlach, **Stay** von Heidelberg, zu Jugendsecretären ernannt und die Deputation gewählt wurde, welche die Mitglieder der provisorischen Regierung gemäß des Programms abzuholen und einzuführen hat. Kurz vor 3 Uhr rief der Generalmarsch abermals die hiesige so wie die inzwischen hier eingetroffene Durlacher Bürgergarde und die Truppen auf ihre Sammelplätze. Durch die mit schwarz-roth-goldnen Fahnen festlich geschmückten Straßen wurde ein Spalier gebildet vom Rathhaus an bis zu dem Ständehaus. In dem mit Guirlanden, Blumen und schwarz-roth-goldenen Fahnen reich geschmückten Locale der ehemaligen zweiten Kammer hatten sich inzwischen die für das Publikum bestimmten Plätze dicht gefüllt, so daß später die Räume zwischen den Sitzen der Abgeordneten dem Publikum geöffnet werden mußten. Diese erschienen von halb 4 Uhr an einzeln nach und nach. Nach 4 Uhr erklärte der Alterspräsident Pfarrer **Schlatter** die erste Sitzung der constituirenden Versammlung für Baden für eröffnet, und brachte nach einigen einleitenden Worten ein Hoch auf Baden und das deutsche Vaterland aus; Glockengeläute und Kanonendonner verkündeten außerhalb des Hauses diesen feierlichen Augenblick. Auf Aufforderung des Alterspräsidenten begab sich die oben erwähnte Deputation nach dem Rathhause und geleitete von da die Mitglieder der provisorischen Regierung durch das von den Bürgerwehren gebildete Spalier nach dem Ständehause, unterwegs durch den unablässigen Zuruf der versammelten Menge begrüßt. Im Ständehaus angelangt, wurden die Mitglieder der provisorischen Regierung, die Bürger **Brentano**, **Peter**, **Thiebaut**, **Gögg** und **Meyerhofer**, von derselben Deputation in die Versammlung eingeführt und mit stürmischem Hoch empfangen. Der Präsident, Bürger Brentano, betrat die Rednerbühne und begrüßte die Versammlung mit folgender Rede: Bürger Volksvertreter! Die provisorische Regierung begrüßt Sie im Namen des Volks und heißt Sie hier in diesem Saale willkommen. Wir begrüßen Sie in einem ernsten Augenblicke! Nach einer 33jährigen Unterdrückung des Volkes und seiner Rechte schien es endlich im Frühlinge des vorigen Jahres, daß die Sonne der Freiheit aufgehen werde über ganz Deutschland und seine Gauen, und daß sie beglückend erscheinen werde die deutschen Völker. Ich brauche

das Volk folgenden Inhalts: Angesichts der Depesche des Generals Oudinot an den Kriegsminister, worin er demselben den Angriff gegen Rom anzeigt, ist es jetzt aufs Klarste bewiesen, daß Louis Bonaparte und seine Minister die Verfassung in der leichten Weise verletzt und dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 7. Mai zuwidergehandelt haben. Die Montagne kann jetzt nichts als hiermit energisch protestiren. Bleibe das Volk ruhig. Es kann auf die Montagne zählen, welche sich des Vertrauens, das sie beim Volk genießt, würdig zeigen wird. Sie wird ihre Pflicht erfüllen."

Der Bericht Oudinot's über den neuesten Angriff auf Rom schließt mit den Worten: Der Tag war einer der glorreichsten. Unsere Truppen waren nie alle gleichzeitig im Gefecht; sie ertheilten sich der Reihe nach; indessen war der größte Theil derselben von früh 2 Uhr bis Abends 6 Uhr auf den Beinen. Sie haben Stellungen genommen, die unüberwindlich schienen, und deren Behauptung einen ungeheuern Einfluß auf den Erfolg der Belagerung haben wird. Die Zahl unserer Verwundeten beläuft sich, einschließlich 7 Offiziere, auf 165; Sie erhalten nächstens hierüber eine genaue Aufstellung. Sobald ich die besonderen Berichte der Corpschefs habe, werde ich genauer, als ich es hier vermag, die Thaten bezeichnen, welche den verschiedenen, am 3. Juni gelieferten Kämpfen zur Ehre gereichten. Ich werde glücklich sein, die ganze Sorgfalt der Regierung für Soldaten in Anspruch zu nehmen, die an diesem denkwürdigen und glorreichen Tage die französische Fahne so tapfer getragen haben. General ꝛc., **Oudinot de Reggio**.

Nachschrift.

1. Juni. Wir erfahren soeben, daß, [illegible] Hoheit der Prinz von Preußen, [illegible] nach Kreuznach fahrend, Nieder- [illegible] letzten Häusern dieses Ortes, [illegible] daß fiel, welcher den Postillon [illegible]. Nähere Nachrichten über [illegible] nicht eingetroffen.

[illegible] ist Kossuth mit sämmtlicher Mannschaft [illegible] woselbst die magyarischen [illegible] die in einem so langen Zeitraum [illegible] Debrecziner Reichsheit, auf Einigung des Vaterlandes [illegible] um welche Zeit er Der Ruf nach Freiheit, der Ruf nach [illegible] Kräfte der Nation Größe der Nation, er ist nicht [illegible] ein Bataillon Eine Versammlung des souveränen Volkes [illegible] selbst Damensammengetreten und ihre Aufgabe war [illegible] und dürfen. Das die Stütze der Freiheit werden könne, [illegible] wäre, ein großes, ein wachsames Deutschland [illegible] mit der vollendet, und wenn auch ein großer Theil des deutschen Volkes [illegible] rasch wohl sagen, der größte Theil des deutschen Volkes [illegible] mag befriedigt war durch jedes Werk, so haben doch alle Volksvertreter sich über denselben die Hand gereicht, Alle waren einig, daß an diesem Werk festgehalten werden müsse, wenn man überhaupt in der Zukunft noch von einem Deutschland solle sprechen können. Während des Zeitraums von einem ganzen Jahre haben die Herren mit den Kronen von einem Häuptern geschwiegen, sie legten jener Versammlung kein Hinderniß in den Weg, und erst als das Werk vollendet war, da zeigte sich die Reniteuz gegen den neuerbauten Willen des Volkes, da fing man erst an zu mäkeln, und dann trat man kühner mit der Sprache hervor, und erklärte von Seiten der sogenannten Großmächte von Deutschland, daß man diese Verfassung, welche die Vertreter des Volks geschaffen, nicht annehme. Die deutschen Volksvertreter haben eine Kaiserkrone geschaffen, das Volk hat diese Kaiserkrone dem König von Preußen mit Widerstreben angeboten und mit Widerstreben anbieten sehen, und mit Hohnlachen hat man den Vertretern des deutschen Volkes diese Krone vor die Füße geworfen, weil ein König aus den piedestischen Händen des Volks sie nicht annehmen wollte. Da mußte das Volk endlich erkennen, daß es sich selbst helfen müsse, und daß nur dann, wenn es auf seine eigene Kraft vertraue, ein Heil für Deutschland zu erwarten sei. Die kleineren Staaten, sie haben zwar scheinbar diese Reichsverfassung anerkannt und sich ihr unterworfen, allein wie jetzt der Beweis vor Augen liegt, nur um auf die Gelegenheit zu erwarten, auch ihrerseits sich reuitent an die großen Mächte anzuschließen. So, Bürger Volksvertreter, war die Lage des Vaterlandes, als ein Bruderstamm jenseits des Rheins, als die wackern Pfälzer sich muthig erhoben und mit den Waffen in der Hand erklärten, daß sie den Trotz ihres Königs brechen wollten. Dieser muthige Schritt unserer Nachbarn und Brüder konnte natürlich nicht ohne Wirkung auf uns sein. Betrachten wir, Bürger Volksvertreter, die Lage, in der das badische Volk sich befand. An der Spitze der Regierungsgeschäfte stand ein Ministerium, das bei jeder Gelegenheit gezeigt hat, daß es ihm nicht ernstlich darum zu thun sei, die Freiheit des Volkes zu begründen, das bei jeder Gelegenheit zeigte, daß es die Grundrechte, diese große Charte des deutschen Volkes, beschneiden wollte. Als überall in dem badischen Lande vermehrte sich der Ingrimm, all überall rief man nach Auflösung der Kammern, die zu Bedienten dieses Ministeriums herabgesunken waren, all überall verlangte man, daß eine aus freien Urwahlen hervorgegangene Volksvertretung berufen werde, um eine Verfassung für das Volk zu gründen. Mit Hohn, Bürger, Volksvertreter, wie Sie Alle wissen, wurde auch diese Forderung zurückgewiesen. Tausende von unsern Mitbürgern schmachteten in den Kerkern oder waren verbannt aus dem Vaterlande, tausende von Familien waren ihrer Ernährer, Väter, Brüder, Söhne beraubt, laut erhob sich überall die Stimme des Volks, daß man durch einen großmüthigen Act der Versöhnung die Vergangenheit schließen solle; allein auch in dieser Beziehung konnte man Nichts erreichen, und so nahmen es denn die Vereine der Männer des Volks in die Hand, für die Durchführung eines besseren Zustandes zu wirken. Es bildeten sich die Volksvereine, und mit ihnen verband sich, zur Ehre und zum Ruhm sei es gesagt, denn zum erstenmal in Deutschland geschah es — mit ihnen verband

Sie, Bürger Volksvertreter, [illegible]
cher Mäßigung damals [illegible]
und wie es sehen gelitten [illegible]
die in einem so langen Zeitraum [illegible]
heit, auf Einigung des Vaterlandes [illegible]
Der Ruf nach Freiheit, der Ruf nach [illegible]
Größe der Nation, er ist nicht [illegible]
Eine Versammlung des souveränen Volkes [illegible]
sammengetreten und ihre Aufgabe war [illegible]
das die Stütze der Freiheit werden könne, [illegible]
wäre, ein großes, ein wachsames Deutschland [illegible]
Die Nationalversammlung in Frankfurt, sie hat [illegible]
vollendet, und wenn auch ein großer Theil des deutschen Volkes [illegible]
wohl sagen, der größte Theil des deutschen Volkes [illegible]
befriedigt war durch jedes Werk, so haben doch alle Volksvertreter
sich über denselben die Hand gereicht, Alle waren
einig, daß an diesem Werk festgehalten werden müsse, wenn
man überhaupt in der Zukunft noch von einem Deutschland
solle sprechen können. Während des Zeitraums von einem
ganzen Jahre haben die Herren mit den Kronen von einem
Häuptern geschwiegen, sie legten jener Versammlung kein
Hinderniß in den Weg, und erst als das Werk vollendet
war, da zeigte sich die Reniteuz gegen den neuerbauten
Willen des Volkes, da fing man erst an zu mäkeln, und
dann trat man kühner mit der Sprache hervor, und erklärte von Seiten der sogenannten Großmächte von Deutschland, daß man diese Verfassung, welche die Vertreter des Volks geschaffen, nicht annehme. Die deutschen Volksvertreter haben eine Kaiserkrone geschaffen, das Volk hat diese Kaiserkrone dem König von Preußen mit Widerstreben angeboten und mit Widerstreben anbieten sehen, und mit Hohnlachen hat man den Vertretern des deutschen Volkes diese Krone vor die Füße geworfen, weil ein König aus den piedestischen Händen des Volks sie nicht annehmen wollte. Da mußte das Volk endlich erkennen, daß es sich selbst helfen müsse, und daß nur dann, wenn es auf seine eigene Kraft vertraue, ein Heil für Deutschland zu erwarten sei. Die kleineren Staaten, sie haben zwar scheinbar diese Reichsverfassung anerkannt und sich ihr unterworfen, allein wie jetzt der Beweis vor Augen liegt, nur um auf die Gelegenheit zu erwarten, auch ihrerseits sich reuitent an die großen Mächte anzuschließen. So, Bürger Volksvertreter, war die Lage des Vaterlandes, als ein Bruderstamm jenseits des Rheins, als die wackern Pfälzer sich muthig erhoben und mit den Waffen in der Hand erklärten, daß sie den Trotz ihres Königs brechen wollten. Dieser muthige Schritt unserer Nachbarn und Brüder konnte natürlich nicht ohne Wirkung auf uns sein. Betrachten wir, Bürger Volksvertreter, die Lage, in der das badische Volk sich befand. An der Spitze der Regierungsgeschäfte stand ein Ministerium, das bei jeder Gelegenheit gezeigt hat, daß es ihm nicht ernstlich darum zu thun sei, die Freiheit des Volkes zu begründen, das bei jeder Gelegenheit zeigte, daß es die Grundrechte, diese große Charte des deutschen Volkes, beschneiden wollte. All überall in dem badischen Lande vermehrte sich der Ingrimm, all überall rief man nach Auflösung der Kammern, die zu Bedienten dieses Ministeriums herabgesunken waren, all überall verlangte man, daß eine aus freien Urwahlen hervorgegangene Volksvertretung berufen werde, um eine Verfassung für das Volk zu gründen. Mit Hohn, Bürger, Volksvertreter, wie Sie Alle wissen, wurde auch diese Forderung zurückgewiesen. Tausende von unsern Mitbürgern schmachteten in den Kerkern oder waren verbannt aus dem Vaterlande, tausende von Familien waren ihrer Ernährer, Väter, Brüder, Söhne beraubt, laut erhob sich überall die Stimme des Volks, daß man durch einen großmüthigen Act der Versöhnung die Vergangenheit schließen solle; allein auch in dieser Beziehung konnte man Nichts erreichen, und so nahmen es denn die Vereine der Männer des Volks in die Hand, für die Durchführung eines besseren Zustandes zu wirken. Es bildeten sich die Volksvereine, und mit ihnen verband sich, zur Ehre und zum Ruhm sei es gesagt, denn zum erstenmal in Deutschland geschah es — mit ihnen verband

sich die wackere badische Armee, deren Mitglieder erkannten, daß sie vor allen Dingen Bürger seien, und daß sie nur dann für das Wohl des Vaterlandes in Wahrheit wirken, wenn sie Hand in Hand mit den Bürgern gehen. Es ist Ihnen bekannt, welche bescheidene Forderungen man auf der Versammlung zu Offenburg gestellt hat. Eine Deputation der dort versammelten Männer wurde nach Karlsruhe entsendet, um drei Forderungen hauptsächlich dem badischen Staatsministerium zur Erfüllung vorzulegen. Der Hohn, den das badische Volk schon lange von diesen Mitgliedern der obersten Regierungsgewalt gewohnt war, derselbe Hohn trat auch diesen Forderungen entgegen, ja einer jener Minister hatte die Keckheit, zu sagen, daß man im Stande sei, mit der Gewalt der Bajonnete dem Willen des Volks entgegen zu treten. Aber dieselben Männer, die noch Nachmittags auf dieselbe herausfordernde Weise zu den Abgesandten des Volks sprachen, sie haben kurz nach den Ereignissen vom 13. v. M. feige ihren Posten verlassen, sie haben den Fürsten beredet und ihm den Rath gegeben, das Land zu verlassen; sie haben die deutsche Erde verlassen und sich auf französischen Boden geflüchtet, sie haben versucht, von dort aus das badische Land zu regieren und ihm Gesetze vorzuschreiben. Die Absicht, Bürger Volksvertreter, die jene Männer hatten, liegt wohl klar vor Augen, man wollte eine Anarchie im Lande heraufbeschwören, damit man dann unter diesem Vorwande die preußischen mit Rußland verbündeten Bajonnete in das badische Land hereinbringen könnte. Dank der Besonnenheit des Volkes, ist dieser Plan gescheitert; die Vertrauensmänner von Offenburg eilten auf die Kunde des Geschehenen hierher, um ihrer Pflicht gemäß die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen. Der Landesausschuß hat sogleich an dem ersten Tage seines Erscheinens eine Executivgewalt niedergesetzt, er hat in Gemeinschaft mit dieser Executivgewalt die Ordnung des Landes aufrecht erhalten, und wir dürfen es wohl offen gestehen, wohl selten ist eine Revolution von diesem Umfange und von diesen Folgen in der Geschichte vorgekommen, wobei im Verhältniß so wenig die öffentliche Sicherheit gestört war. Der Landesausschuß in Gemeinschaft mit der Executivcommission hat es sich zur Aufgabe gemacht, vor allen Dingen die wichtigsten und drängendsten jener Forderungen der großen Landesversammlung in Offenburg zu verwirklichen. Ein Gesetz wurde erlassen, wodurch alle politischen Untersuchungen niedergeschlagen, alle Kerker geöffnet, und alle Folgen der ergangenen Strafurtheile aufgehoben wurden. Ein Bürger, der ebenfalls in Folge dieser Verfolgungen das Land verlassen mußte, ein Bürger, an dessen Name sich die heiligsten und glühendsten Gefühle, nicht bloß des badischen, nein des deutschen Volkes knüpfen, er wurde besonders durch ein specielles Gesetz zurückgerufen, und wir haben die Ausfertigung desselben an den Consul in Newyork geschickt, um ihm die Aufforderung zuzustellen, daß er sogleich in sein Vaterland zurückkehre und seine großen Kräfte und bedeutenden Talente dem Volke zur Verfügung stelle. Allgemeine Volksbewaffnung, welche auf der Offenburger Landesversammlung verlangt worden ist, suchten wir nach Kräften zu fördern. Wir haben die in dem Arsenal brach liegenden Waffen unter das Volk vertheilt, wir haben nicht gespart an den Summen, welche nöthig sind, um noch weitere Waffen herbeizuschaffen, und in wenigen Tagen hoffen wir, Ihnen die Nachricht mittheilen zu können, daß wir im Besitze einer großen Anzahl Waffen sind, um allmälig wenigstens das erste Aufgebot kampfgerüstet aufzustellen. Die Kammern, gegen die sich der wohlbegründete Haß des Volkes aufgethürmt hatte, wir haben sie, nachdem sie schmählich die Flucht ergriffen hatten, sogleich aufgelöst, wir haben auf der Grundlage des freisinnigen Wahlgesetzes Sie berufen, um in Ihre Hände die Geschicke des Vaterlandes niederzulegen. Wir haben, so viel in unsern Kräften stand und so viel es sich thun ließ, ohne daß dadurch Verwaltung und Rechtspflege gehemmt wurden, die reactionären Elemente entfernt, und durch volksthümliche Männer ersetzt; und so lange diese Maßregel nicht ganz durchgeführt war, haben wir Männer des Vertrauens in alle Bezirke geschickt, mit ausgedehnten Vollmachten, um die Sache der Revolution, die Sache der Freiheit, die Sache des Vaterlandes zu fördern. Haben wir auch, Bürger Volksvertreter, keine Sparsamkeit eintreten lassen da, wo es sich darum handelte, das Volk zu bewaffnen und eine bedeutende Streitmacht den Feinden der deutschen Sache, welche Deutschland wieder zerreißen wollen, entgegenzustellen, so können wir Ihnen den Beweis liefern, daß wir in allen andern Gegenständen auf die energischste Weise Sparsamkeit eintreten ließen, und es wird nun an Ihnen sein, Bürger Volksvertreter, für die künftige Zeit diese Sparsamkeit zu sanctioniren, namentlich den großen Unfug ungeheurer Besoldungen, wodurch das Mark des Volkes ausgesogen wird, zu beseitigen. Der Landesausschuß hat aber in Anbetracht der großen Gefahren, die dem Vaterlande drohen, in Anbetracht, daß es räthlich war, eine mehr einheitliche Gewalt an die Spitze der Regierungsgeschäfte zu berufen, nachdem einmal es mit den Feinden zum blutigen Zusammenstoß gekommen ist, seine Gewalt freiwillig niedergelegt in die Hände einer provisorischen Regierung, die nun vor Ihnen steht und bereit ist, ihr Amt in Ihre Hände niederzulegen. Mehrere unserer Brüder, sie haben ihr Leben ausgehaucht im Dienste und im Kampfe für die Freiheit. Friede sei ihrer Asche, und möge jedem freien deutschen Manne das Loos beschieden sein, mit den Waffen in der Hand unterzugehen, ehe es den Feinden der Freiheit gelingt, über uns die blutige Geisel und die Knute zu schwingen. (Stürmisches Bravo im Saale und auf der Galerie.) Nach allen Nachrichten, welche von dem Heere einkommen, ist der Muth der Truppen ein großer, sie brennen alle vor Begierde, für die Sache der Freiheit, für die Sache des deutschen Vaterlandes in den Kampf zu ziehen, und vielleicht wird es nicht mehr lange dauern, so werden sie Gelegenheit haben, ihren Muth zu erproben, und ich zweifle nicht daran, die Nachrichten, die nunmehr von dem Schauplatz des Krieges kommen, werden Nachrichten sein, daß die Sache der Freiheit gesiegt hat. An Ihnen, Bürger Volksvertreter, ist es nun, zu handeln, wir haben es unterlassen, irgend etwas zu thun, wodurch es den Anschein hätte gewinnen können, als wollten wir vorgreifen den künftigen Geschicken des Landes. Wir haben an der Form der Regierung Nichts geändert, wir haben Nichts geändert an der Verfassung. An Ihnen, Bürger Volksvertreter, ist es nun, sich darüber auszusprechen, auf welche Weise künftig dieses Land regiert werden soll. Eines aber werden wir Alle bedenken, der Kampf, der entbrannt ist gegen die Mächte des Nordens, der Kampf, der entbrannt ist gegen die Feinde des Volkes, es ist kein Kampf des badischen Volkes, es ist kein Kampf unserer rheinpfälzischen Brüder, es ist ein Kampf des ganzen deutschen Volkes, für das große, für das deutsche Vaterland. Indem ich Ihnen, Bürger Volksvertreter, im Namen der provisorischen Regierung erkläre, daß wir bereit sind, über jeden Schritt, den wir gethan, über jede Handlung, die wir vorgenommen, hier öffentlich vor den Augen des Volkes Rechenschaft abzulegen, erkläre ich Ihnen ferner, daß wir bereit sind, unsere Gewalt, die wir von dem Landesausschuß entgegen genommen, in Ihre Hände niederzulegen, sobald Sie, und zwar so schnell als möglich, eine neue Regierungsgewalt berufen haben. Gott schütze das Vaterland! Für Deutschland Alles!" Nachdem er unter lebhaftem Beifall und dreifachem Hoch geendet, erklärte die Versammlung auf Antrag des Alterspräsidenten der provisorischen Regierung ihren Dank durch allgemeines Aufstehen von den Sitzen, und Letzterer schloß damit die Eröffnungssitzung, indem er die erste Sitzung der constituirenden Versammlung auf morgen ansetzte, und die zu deren Constituirung nöthigen Vornahmen die Prüfung der Wahlen der einzelnen Abgeordneten und die Verhandlungen über die Wahl einer neuen provisorischen Regierung, auf die Tagesordnung brachte. (Karlsr. Ztg.)

✕ **Karlsruhe**, 11. Juni. Heute Vormittag fand die erste Sitzung der constituirenden Versammlung statt. Alterspräsident Schlatter eröffnete dieselbe nach 10 Uhr. Ein Namensaufruf der gewählten Mitglieder ergibt, daß noch 28 Mitglieder fehlen. Nach vorgenommener Prüfung der Legitimationen legte Brentano der Versammlung mehrere provisorische Gesetze, die bereits in Kraft getreten, zur Genehmigung vor. 1) Gesetz vom 17. Mai, die Freilassung der politischen Gefangenen anordnend; 2) vom 22. Mai, die Niederschlagung politischer Untersuchungen betreffend; 3) Abänderung der Gemeindeordnung betreffend vom 24. Mai; 4) Gesetz, die Erklärung des Kriegszustandes von der hessischen Grenze bis Rastatt betreffend. Ferner legte Brentano einen Gesetzentwurf vor, wornach den Wehrpflichtigen keine Reisepässe ins Ausland zu verabfolgen, die Zurückkehr der Abwesenden zu verlangen und die Dawiderhandelnden als Refracteure zu behandeln seien. Er bemerkte, das Entfernen vieler jungen Leute, namentlich zum ersten Aufgebot gehörender, habe ihn zu dieser Vorlage bestimmt; auch seien diejenigen, die sich der Wehrpflicht durch Abreise ins Ausland entzogen hätten, meistens reiche Leute, und so käme es zuletzt dahin, daß bloß Unvermögliche Wehrdienst zu thun hätten. Ueber die Art, wie dieser Gesetzentwurf zu behandeln sei, entspann sich eine kleine Discussion. Da eine provisorische Geschäftsordnung vorliegt, so beantragte Mördes Annahme derselben und Behandlung des Entwurfs darnach. Dieser Antrag wurde mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Abg. Griesheber stellte hierauf den Antrag, die constituirende Versammlung möge alsbald die gegenwärtige provisorische Regierung anerkennen, da er fürchte, es könnte zu lange dauern, bis durch die Versammlung die definitive Wahl werde vorgenommen werden; er halte es deßhalb für gut, weil dieselbe aus dem Landesausschuß hervorgegangen, der anfangs eigentlich nur für die Volksvereine gewählt wurde, und somit kein Ausdruck des Gesammtwillens des Volkes sei. — Goegg legte folgende provisorisch erlassene Gesetze der Versammlung zur Genehmigung vor: 1) Gesetz vom 16. Mai, den Eingangszoll für Waffen betreffend. 2) Gesetz, den Eingangszoll auf Munition betreffend. 3) Gesetz, die Regulirung der Besoldungen und Pensionen der Staatsdiener betreffend. 4) Gesetz, die Erhebung der directen und indirecten Steuern betreffend. Die auf heute angesetzte Wahl der provisorischen Regierung wurde auf eine andere Tagesordnung gesetzt. Gegen 2 Uhr schloß die Sitzung und findet die nächste heute Abend 5 Uhr statt, worin die Wahl des Präsidenten und der Secretäre vorgenommen wird.

Karlsruhe, 11. Juni. (Karlsr. Z.) Der bekannte polnische General Mieroslawski ist am 9. d. M. hier eingetroffen, und nachdem er das Zeughaus und die Gießereien hier und in der Nähe besichtigt und zur Anfertigung verschiedener militärischer Apparate die nöthigen Anweisungen gegeben, gestern nach Mannheim und Heidelberg abgegangen, um sich von dem Zustand der Dinge daselbst, den localen Verhältnissen ꝛc. persönlich zu unterrichten.

✕ **Karlsruhe**, 12. Juni. In der gestrigen Abendsitzung der constituirenden Versammlung wurde Bürger Damm zum Präsidenten, zu Vicepräsidenten die Bürger Werner und Stehlin gewählt. Nachdem hierauf auch noch die Wahl der Secretäre vorgenommen worden war, stellte Bürger Hoff von Mannheim folgende dringliche Anträge: I. Das Kriegsministerium hat ohne allen Verzug die Anordnungen zu treffen, daß alle bewaffneten Körper der Volkswehr sogleich mit Patrontaschen, Schuhen, Socken, Hemden ꝛc. versorgt werden. Ferner, daß sogleich von den Handwerkern der Volkswehr in den Stunden, wo nicht exercirt wird, die Gegenstände gegen Bezahlung des Arbeitslohns überall zu gleicher Zeit verfertigt werden; sowie den Gemeinden aufzugeben, alles hierzu Nöthige zu liefern, wenn es von dem Kriegsministerium oder den Civilcommissären verlangt wird, und es später dem Staate zu verrechnen. II. Rastatt sogleich entsprechend zu verproviantiren und mit Munition zu versehen. III. Da im Unterland, namentlich in der Gegend von Heidelberg, dem Hauptquartier, wo bedeutende Truppenmassen zusammengezogen seien, bereits eine Theuerung und ein Mangel an Lebensmittel einzutreten beginnt, während diese in andern Gegenden des Landes in Ueberfluß vorhanden seien, den Gemeinden die Lieferung von Lebensmittel aufzugeben, die an die entsprechenden Behörden in den stark von Truppen besetzten Gegenden des Landes am Neckar abzuliefern sind ꝛc. Nach einer kurzen Debatte, ob die Verhandlung in geheimer Sitzung stattfinden solle oder nicht, erklärten sich 38 Mitglieder für geheime Sitzung und diese wird demnach heute Abend um 8 Uhr stattfinden.

°□ **Mannheim**, 10. Juni. Eben commandiren bei uns Metternich, Willich und ein polnischer Offizier; die Truppenbewegungen folgen sich sehr rasch. Im Allgemeinen können Sie annehmen, daß unsere Cavallerie und Artillerie gut, die Infanterie hingegen schlecht gesinnt ist, eine Folge der Selbstwahl der Führer, welche nichts versäumen, den Leuten die Köpfe zu verdrehen. Privatnachrichten aus Karlsruhe versichern, daß Struve durch die polnische Legion die „reactionäre" Stadt habe plündern lassen wollen. Im Neckarthal ist die Stimmung sehr gut und man hofft und wünscht nichts mehr, als baldige Befreiung. Zwar habe Sigel das Standrecht verkünden lassen, wie Sie bereits wissen, doch wurde er jetzt schon zu Modificationen und Milderungen gezwungen. Dem Proclam zufolge verfielen alle Flüchtlinge ohne Weiteres der kriegsrechtlichen Behandlung; jetzt sollen sie vorerst vor ein Civilgericht gestellt werden. Aus den meisten Gegenden des Landes fand ich gestern bei einem hiesigen Privaten Briefe vor, die von einem großartigen Umschlag der öffentlichen Meinung sprechen, und zwar nicht nur bei den „Bourgeois", sondern selbst bei Vielen, welche die Flucht des Großherzogs mit Jubel begrüßten.

⊗ **Bensheim**, 11. Juni. Aus dem Hauptquartier der Reichstruppen. Zwischen Zwingenberg und Bickenbach hielt der Großherzog von Hessen gestern Morgen Inspection über die Truppen der Reserve. Es waren Infanterie, Chevauxlegers und Artillerie vereinigt. Der Großherzog soll sich sehr befriedigt über die Haltung der Truppen ausgesprochen haben. Unter dem in Bickenbach cantonnirenden nassauischen Jägerbataillon hat es große Freude erregt, daß der Commandirende ihnen gestern früh versprochen hat, sie ins Treffen zu führen, sobald dazu die Gelegenheit sich biete. Heute Morgen, früh 6 Uhr, inspicirte der Großherzog die in dem Hauptquartier Bensheim liegenden Truppen. Sie waren auf der Chaussee zwischen Bensheim und Lorsch aufgestellt, die Reiterei bildete den rechten Flügel, die Artillerie den linken, im Centrum stand die Infanterie, die ganze Linie gegen den Neckar gelehnt. Der Großherzog nahm die Parade ab, und sprach den Truppen in erhebender Weise den Dank für die bewiesene Treue aus, die es allein gewesen, welche der Anarchie an der Grenze Hessens einen entschiedenen Grenzstein gesetzt hätte. Nach der Parade begab sich Se. k. Hoheit auch nach Heppenheim, um auch über die dort stehenden Truppentheile Inspection abzuhalten. — Worms wurde am Sonntag abermals von Freischaaren, und zwar dieses Mal in friedlicher Weise heimgesucht. Die Frau Wenkers wollte nämlich ihre Hauseinrichtung von Worms nach Mannheim schaffen, um sich ihrem neuen hohen Stande gemäß einzurichten, und ließ sich zu diesem Zwed von 250 Freischaaren begleiten, die den Transport decken sollten. — Was den Abschied des Oberlieutenants von Rosenberg betrifft, so hat derselbe in dem hessischen Offizierscorps gegen die Erwartung der „Neuen Deutschen Zeitung" keinen Beifall gefunden, vielmehr Erbitterung erregt. Unwahr ist, es habe eine Anzahl Offiziere des zweiten Regiments dem Minister Jaup erklärt, daß sie äußersten Falls ihren Abschied nehmen würden, müßten sie gegen Baden kämpfen. — Den vielfachen Entstellungen, die über das Gefecht von Weinheim verbreitet sind, zu begegnen, diene folgende Mittheilung: Als das Corps der Reichstruppen gegen Weinheim vorging, überbrachte ein reitender Bote diese Nachricht in genannte Stadt. Die Aufständischen wurden alarmirt, und räumten Weinheim so schnell, daß die Truppen ohne den geringsten Widerstand dort einzogen. Erst als diese die Stadt umgingen und auf der Straße nach Heidelberg unterhalb der Burg Windeck anlangten, kamen sie mit den Nachzüglern der Freischaaren ins Gefecht, bei welchem 25 bis 30 von denselben fielen und 21 gefangen genommen wurden. Von den hessischen Truppen wurden 2 Mann von der ersten Schützencompagnie des 4. Infanterieregiments verwundet, außerdem erhielt das Pferd des Unteradjutanten der Chevauxlegers einen Schuß. — Nachdem darauf die Truppen am südlichen Ende des Ortes Stellung genommen hatten, kehrten sie nach Weinheim hinter die Weschnitz zurück, wo ihnen die Einwohner Lebensmittel zubrachten, einen Theil der Waffen aber erst ablieferten, nachdem der Commandant die Drohung ausgesprochen hatte, die Stadt zu beschießen, wenn die Ablieferung nicht binnen einer Stunde erfolge. Als nach anderthalb Stunden nur ein Wagen Gewehre eintraf, wurde eine Granate über die Stadt weit hinausgeworfen, und die Folge war, daß sofort ein zweiter Wagen voll Gewehre windschnell anrasselte. Seitens der Truppen ist, was man auch darüber erzählen mag, nirgends der geringste Exceß verübt worden, um so weniger, als unmittelbar nach Ablieferung der Waffen die Truppen abmarschirten. — In den beiden letzten Tagen sind mehrere Recognoscirungen vorgenommen worden; indessen haben sich die Aufständischen jedesmal zurückgezogen, sobald sie der dieseitigen Truppen ansichtig wurden.

X **Bensheim**, 11. Juni. Gestern Morgen zeigten sich wieder Freischärlermassen in der Gegend von Heppenheim, aber unsere Truppen räumten bald wieder unter ihnen auf, und auch diesmal hatten sie das Mißvergnügen, die Kämpfer der Freiheit fliehen zu sehen. Ob diese Beunruhigungen unsere Grenzbesatzung ermüden sollen, oder was man sonst damit bezweckt, das ist uns unklar, so viel nur wissen wir, daß sie dadurch immer mehr erbittert werden und den Angriff immer sehnlicher wünschen. — Die Augsburger „Allg. Ztg." läßt sich aus Heidelberg von Grausamkeiten berichten, welche unsere Hessen verübt haben sollen. Den von ihr angeführten Fall, daß einer der Todten eine schwarze Brandwunde auf der Brust gehabt, kennen wir hier längst, aber nicht als Beweis von Grausamkeit; ein Soldat unseres zweiten Regiments gab dem schwer verwundeten Mann diesen Schuß als „Gnadenschuß". Als Robert Blum Aehnliches einem „Volkskämpfer" auf den Barrikaden Wiens befahl, da nannte man es Menschlich-

eit. Soll es das weniger sein, weil der Schuß von einem Soldaten erfolgte. Wollten wir nur halbweg so genau ein mit der Aufzählung der zahllosen Schandscenen der freiheitskämpfer, welche Bilder hätten wir da zu enthüllen. Jener Fall, was ist er u. a. gegen die bei Fürfelden von en Freischärlern begangene Schändung der Leiche des ba- ischen Artillerieoffiziers v. Großmann, die mit Dreschflе- ein zerschlagen wurde!" — In der vergangenen Nacht urde zwischen hier und Lorsch auf eine Ordonnanz ge- chossen, doch traf die Kugel bloß die Depeschen. — Frau Henker soll vor einigen Tagen in Begleitung einer Leib- ache von 70—80 Freischärlern Effecten aus ihrem Hause eholt haben. — Heute Morgen inspicirte der Großherzog ier und in Heppenheim die Truppen und sprach ihnen ein Vertrauen aus, daß sie den alten Soldatenruhm der essen auch in diesem Kampfe bewähren würden.

F **Bensheim**, 12. Juni. Heute etablirt General von Neuder sein Hauptquartier in Zwingenberg, wo, wie in der Umgegend, eine bedeutende Zahl von Preußen einrücken oll. Unsern Bensheimer Demokraten, oder wenigstens un- ren Spionen, an denen wir reich sind, dürfte nicht längere Schonung mehr bevorstehen; noch heute werden mehrere Verhaftungen stattfinden. Die Ueberläufer aus Baden meh- en sich; am Sonntag kam einer in Lorsch an, gestern folg- n andere, heute sah ich hier einen Unteroffizier des 4. ba- ischen Regiments, der ins Hauptquartier geführt wurde. Gestern waren wir Zeuge von einer neuen Schändlichkeit er Freischärler. Ein Heppenheimer Schlosser kehrte von einer Arbeit in Oberlaudenbach zurück und ging wohlge- muth auf der Landstraße daher, als es einem „Volks- ämpfer" einfiel, ihn zu Boden zu schießen. Der Schuß traf ur zu gut. Das ist ächter Heldenmuth! Wie werden sehen, b derselbe sich unsern Truppen gegenüber so bewähren ird, wie bei dem friedlichen, wehrlosen, nichts Arges ahnen- en Manne. Wie würde man schreien, wenn Derartiges n „Fürstenknecht" gewagt hätte! Welche Lügen wird man u Gebote haben, dieser Schandthat ein Mäntelchen von echt umzuhängen! So eben schon wird Hartnagel, von em ich Ihnen schon früher sprach, der Präsident des demo- ratischen Vereins, in Begleitung von 5 Gendarmen zum Rathhause geführt. Heute Morgen noch gewarnt, besonne er zu sein, erwiederte er: „Es ist noch Niemand erschossen worden."

8 **Mainz**, 12. Juni. Vorgestern Abend rückten wie- er, zur Ueberraschung der Einwohner, circa 60 Mann reischaaren in Worms ein, welche, nachdem sie das Weiß- eug des Herrn Blenker und 2 Fraule Unteroffiziere als Gefangene mitgenommen, die Stadt gestern früh wieder erließen. Der ganze Streifzug scheint somit den Hemden es Oberst Blenker gegolten zu haben, der sich ohne Zweifel uf eine längere Abwesenheit gefaßt machte. — Die 2 Schwadronen preußischer Dragoner, welche gestern früh in er Richtung von Worms abgezogen waren, sind gestern Abend ieder hier eingetroffen; sie hatten lediglich einer abgegangenen Ordreheilung von Geschützen zur Bedeckung gedient. — Das hier lagernde k. preußische 40. Infanterieregiment, welches unsere Reihen hinlänglich bearbeitet glaubten, hat in Ber- in bei dem König darum angesucht, bei dem bevorstehenden Kampfe in's Vordertreffen gestellt zu werden, und dürfte uns diese schöne Regiment daher erster Tage verlassen. Auch das 38. Infanterieregiment, welches, ehe es nach Frankfurt gekommen, lange Jahre hier in Garnison ge- standen, soll wieder über Frankfurt nach der Bergstraße abgehen, so wie die nöthigen Ersatztruppen hier eingetrof- en sind. Bei dem 38. Regiment haben unsere Demokraten ihre Bemühungen gänzlich eingestellt, „da bei diesen preu- ischen Kroaten Chrysam und Taufe verloren sei." Ein ohnes Lob für die Treue dieser Truppen!

8 **Mainz**, 12. Juni. Heute früh ist Se. königl. Hoh. er Prinz von Preußen ganz unerwartet hier eingetroffen, und war kurz vorher auch der General v. Peucker in unser Festung angelangt; das Gerücht, als ob der als tüchtiger Führer allgemein anerkannte Prinz an die Spitze sämmt- licher Streitkräfte gegen Baden und die Pfalz gestellt würde, scheint hierdurch an Consistenz zu gewinnen.

> **Mainz**, 12. Juni. Das erste Bataillon des königl. preußischen 38. Infanterieregiments, welches vorgestern von Frankfurt hier eintraf, marschirt morgen früh um 4 Uhr von hier nach Heppenheim. — Herr Dr. Creve, bisher Generaladvocat am hiesigen Obergerichtshofe, ist als Mini- sterialrath im Justizministerium nach Darmstadt berufen worden.

‡ **Mainz**, 12. Juni. Unbeschadet des vorhergegangenen Verbots haben die hiesigen Demokraten dennoch die Wahl eines Abgeordneten zur ehemaligen deutschen Reichsver- sammlung, in der Person des Stageadvocaten **Bamberger**, an die Stelle des ausgetretenen Dr. Zitz vorgenommen.

Wiesbaden, 11. Juni. Wie man sagt, soll die Auf- gabe des in Idstein gewählten „Landesausschusses" dahin bestimmt worden sein, die Neuwahlen für die ausgetrete- nen Mitglieder der Reichsversammlung anzuordnen, sowie die Beschlüsse, welche die Linke der Kammer während der Vertagungszeit faßt, zum Vollzug zu bringen. Sollte es sich, was wir hoffen, bestätigen, daß dem „Landesausschuß" solche Functionen aufgetragen seien, und sollte sich der- selbe wirklich anschicken, dieselben zu übernehmen, dann müßten wir in der That nicht, was der Regierung weiter zu thun übrig bliebe, als diesen Landesausschuß ohne Um- stände verhaften zu lassen und den Criminalgerichten zu übergeben. (N. A. Z.)

Wiesbaden, 12. Juni. (N. A. Z.) Sicherem Vernehmen nach ist eine sehr determinirte preußische Note bei unserm Ministerium eingelaufen, worin dasselbe nachdrücklichst aufgefordert wird, geordnetere Zustände im Nassauer Lande wieder herzustellen, widrigenfalls sich Preußen in die Noth- wendigkeit versetzt sähe, diesen Ordnerberuf in Nassau selber zu übernehmen.

Flensburg, 5. Juni. Bayern und Sachsen haben in der Eisengießerei der Herren Dittmann und Jensen hier- selbst Platten zu zwei Denkmälern, welche sie ihren im Bundeswelt gefallenen Landsleuten auf dem Kirchhofe zu Düppel setzten, anfertigen lassen. Aus derselben Fabrik wird auch nächstens eine Platte nebst Ornamenten zu einem für die Ruhestätte der hier beerdigten, für Schleswig-Holstein gefallenen Krieger bestimmten Monumente hervorgehen. Die Errichtung eines großartigeren Denkmals als dieses an sel- biger Stätte ist zwar vom Casino hierselbst beabsichtigt und in Aussicht gestellt, doch wollten Einzelne von thatkräftigem Eifer für jedes patriotische Wirken und von innigstem Dank gegen die Gebliebenen beseelte Patrioten den Ort, der freu- lich von Privatbänden fleißig geschmückt wird, auch nicht bis zum Erscheinen jenes verheißenen Denkmals ohne einen öffentlichen Liebesbeweis lassen. Sie beschafften eine Sammlung im kleineren Kreise Gleichgesinnter und brachten ein nettes Sümmchen zusammen, und bald wird ein einfaches, aber geschmackvolles Denkmal nebst einer entsprechenden Anlage jene Ruhestatt verschönern. — Am Sonnabend wur- den dort wieder drei an Wunden gestorbene Sachsen beer- digt. (D.-T.)

Bernburg, 9. Juni. Der Herzog von Anhalt-Bernburg verkündet heute in einer besondern Ansprache an die An- haltiner, daß er „im Vollbewußtsein seiner Pflicht gegen unser gesammtes Vaterland und insbesondere gegen den seiner Regierung anvertrauten Theil desselben, und in der wohlgeprüften Ueberzeugung, daß nur auf di.sem Wege für Gegenwart und Zukunft das hohe Ziel aller seiner Wünsche, Euer wahres Glück, meine lieben Anhaltiner, gefunden und gesichert werde", sich entschlossen habe, für das Her- zogthum Anhalt-Bernburg den Anschluß an den von den drei Königreichen vorgeschlagenen Bund, so wie den Beitritt zu dem bezeichneten Verfassungsentwurfe erklären zu lassen. In der dieser Erklärung vorausgeschickten Motivi- rung wird der Rücktritt von der ausgesprochenen Zustim- mung zu der von der Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung zu rechtfertigen versucht und von der Reichsversammlung unter Anderm gesagt: „die Vertreter des Volkes in derselben, dazu gewählt, um zwischen den Regierungen und dem Volke das Verfassungswerk zu Stande zu bringen, haben bis zum letzten Augenblicke jede Art der Verpfändigung mit jenen zurückgewiesen, vielmehr noch durch eine Reihe alles Maß verachtender Beschlüsse den rechtlichen Boden ihrer Aufgabe verlassen." (L. Z.)

A **Hamburg**, 7. Juni. Der wohlhabendste und einfluß- reichste Theil der hiesigen Bürgerschaft hat im Hinblick auf das von unserer Constituante ausgearbeitete hamburgische Verfassungswerk, welches bald zu Ende berathen sein wird, folgendes Manifest veröffentlicht:

„Nachdem die Majorität der constituirenden Versammlung solche Grundsätze der künftigen hamburgischen Verfassung vorläufig angenommen hat, welche uns, den u terzeichneten hamburgischen Bürgern, mit Hand ns Welt vollkommen unvereinbar erscheinen, erachten wir es für Gewissenspflicht, unsere Mitbürger aufzufordern, mit uns öf- fentlich zu erklären: „daß die Verfassung Hamburgs, um, neben dem völlig berechtigten Freiheitssinn unserer Zeit, auch den unabweislichen Bedürfnissen unsers Handelsstands zu entsprechen, mindestens die nachstehenden Garantien gewähren muß." 1) Wer an der Erwerbung der Bürgerschaft (gesetzgebenden Versammlung) Theil nehmen will, muß entweder das hamburgische Stadt- oder Landbürgerrecht erworben haben, oder eine directe Steuer dem Staate entrichten. 2) Das Stadt- oder Landbürgerrecht kann nur der erlangen, welcher einen genügenden Erwerb nachweiset. 3) Die Mitglieder des Raths werden auf Lebenszeit gewählt. Die Wahl der Rathsmitglieder wird von der Bürgerschaft oder gesetzge- denden Versammlung durch absolute Majorität aus einem von dem Rath vorzulegenden Wahlzettel vorgenommen. 4) Die Gesetzgebung ist bei dem Rath und der Bürgerschaft. Bei andauernden Meinungs- verschiedenheiten zwischen dem Rath und der Bürgerschaft entscheidet — sofern dieselben nicht durch anderweitige, in der Verfassung anzuord- nende Ausgleichungsmittel zu erledigen sind — letztlich die Bürgerschaft; jedoch erst, nachdem dieselbe durch zwischengetretene ordentliche oder außerordentliche Neuwahl vollständig erneuert sein wird. Die Initiative steht sowohl dem Rath als der Bürgerschaft zu."

In der weitläufigen Motivirung dieser Punkte wird be- sonders darauf hingewiesen, daß beim allgemeinen Wahlrecht, Suspensivveto u. s. w. kein geordnetes Staatsleben be- gründet werden könne.

Italien.

Neapel, 31. Mai. Endlich enthält die officielle Ztg. vom 25. Mai eine Erklärung über den Rückzug des Königs aus den röm. Staaten. Sie besagt dem Hauptinhalt nach Folgendes: „Kraft des von Sr. Heil. an die 4 Mächte Frankreich, Oesterreich, Spanien und beide Sicilien gerich- teten Begehrens um bewaffnete Intervention im Kirchen- staat zur Herstellung seiner weltlichen Macht sei Se. Maj. am 29. April eingerückt, zugleich mit der Landung von Seite Spaniens. Da aber seit der neuen Stellung, die Frankreich in der römischen Frage eingenommen, der noth- wendige Einklang zwischen den königlichen und den bereits an Ort und Stelle befindlichen französischen Streitkräften aufgehört habe, Frankreich für sich handle und die übrigen Mächte noch gar nicht handelten, habe Se. Maj. es seiner Würde gemäß gehalten, nach den Grenzen seines Staates zurückzukehren. Es sei deßhalb am 17. Mai der Rückzug von Albano gegen Velletri erfolgt. „Den 19. Mai, als die Colonne ihren Marsch fortsetzen wollte, erschienen die Banden Garibaldis in der Absicht, die Flanken des königl. Heeres anzugreifen; da es ihnen aber nicht gelang, irgend eine der von den königl. Truppen besetzten Positionen weg- zunehmen, so wurde der begonnene Marsch fortgesetzt, und den 21. zog der König wieder in seine Staaten ein mit allen seinen Truppen in vollkommener Ordnung, um nun die Grenzen besetzt zu halten und den Ereignissen entgegen sehen zu können." — Die Zahl der in Gaeta vereinigten spanischen Streitkräfte wird auf 6000 Mann angegeben (8 Bataillone Infanterie, 3 Batterien Artillerie, 1 Comp. Genie und 1 Schwadron Cavallerie). Oberbefehlshaber derselben ist General Cordova. Die spanische Flotte besteht aus 6 Dampfern, 1 Fregatte und 2 Corvetten. In Barce- lona sollen noch weitere 4000 Mann eingeschifft werden.

Belgien.

Brüssel, 10. Juni. Die von ihrem Sohne begleitete Großherzogin von Baden, welche sich seit mehreren Tagen hier aufhielt und bedeutende Einkäufe machte, ist gestern nach Namur abgereist.

Frankreich.

** **Paris**, 10. Juni. Die demokratischen Blätter vom heutigen enthalten eine Ansprache der **Montagne** an das Volk folgenden Inhalts: Angesichts der Depesche des Generals Oudinot an den Kriegsminister, worin er dem- selben den Angriff gegen Rom anzeigt, ist es jetzt aufs Klarste bewiesen, daß Louis Bonaparte und seine Minister die Verfassung in der keckten Weise verletzt und dem Be- schlusse der Nationalversammlung vom 7. Mai zuwiderge- handelt haben. Die Montagne kann jetzt nichts als hiermit energisch protestiren. Bleibe das Volk ruhig. Es kann auf die Montagne zählen, welche sich des Vertrauens, das sie beim Volk genießt, würdig zeigen wird. Sie wird ihre Pflicht erfüllen."

Der Bericht Oudinot's über den neuesten Angriff auf Rom schließt mit den Worten: Der Tag war einer der glorreichsten. Unsere Truppen waren nie alle gleichzeitig im Gefecht; sie ersetzten sich der Reihe nach; indessen war der größte Theil derselben von früh 2 Uhr bis Abends 6 Uhr auf den Bei- nen. Sie haben Stellungen genommen, die unüberwindlich schienen, und deren Behauptung einen ungeheuern Einfluß auf den Erfolg der Belagerung haben wird. Die Zahl unserer Verwundeten beläuft sich, einschließlich 7 Officiere, auf 165; Sie erhalten nächstens hierüber eine genaue Auf- stellung. Sobald ich die besonderen Berichte der Corpschefs habe, werde ich genauer, als ich es hier vermag, die Thatsachen bezeichnen, welche den verschiedenen, am 3. Juni ge- lieferten Kämpfen zur Ehre gereichten. Ich werde glücklich sein, die ganze Sorgfalt der Regierung für Soldaten in Anspruch zu nehmen, die an diesem denkwürdigen und glor- reichen Tage die französische Fahne so tapfer getragen ha- ben. Der General ꝛc., **Oudinot de Reggio**.

Nachschrift.

** **Frankfurt**, 13. Juni. Wir erfahren soeben, daß, als gestern Abend Se. k. Hoheit der Prinz von Preußen, mit Extrapost von Mainz nach Kreuznach fahrend, Nieder- ingelheim passirte, bei den letzten Häusern dieses Ortes, gegen den Selzbach, ein Schuß fiel, welcher den Postillon **Fries** im Schenkel verwundete. Nähere Nachrichten über dies Attentat sind bis jetzt noch nicht eingetroffen.

† **Wien**, 9. Juni. Am 5. Juni ist Kossuth mit sämmt- lichen Ministern in Pest eingetroffen, woselbst die magyari- sche Regierung jetzt ihren Sitz hat. Der Debrecziner Reichs- tag ist bis zum 2. Juli vertagt worden, um welche Zeit er in Pest wieder zusammentreten soll. Alle Kräfte der Nation werden zum Kampfe aufgeboten. Pest rüstet ein Bataillon aus, das nun das 107. bildet. Alle Schneider, selbst Damen- schneider der Stadt, müssen für die Armee arbeiten und dür- fen bei strenger Strafe keine andere Arbeit annehmen. Der Debrecziner Reichstag hat sich in der letzten Zeit mit der Einführung eines neuen Steuersystems und mit der Robot- ablösung beschäftigt. Die Ofner Festungswerke werden rasch geschleift und die Pallisaden abgetragen. Was die Stellung der Ungarn betrifft, so steht **Dembinski** an der galizischen Grenze in Oberungarn, **Klapka** vor Raab, **Perczel** an der untern Donau, Bem wieder in Siebenbürgen, **Görgey** zwischen Raab und Komorn. — Aus der Mur Insel wird unterm 5. Juni geschrieben: Seit dem Vorfall zu Ibaros Vereny kam es hier zu keinem Gefechte, aber täglich werden Plänkeleien mit den am linken Draufer sich ausbreitenden ungarischen Landstürmlern gegenüber Kotteri und Lazrad unterhalten, da sich die Insurgenten längs diesem Flusse und der Mur sammeln. Der ungarische General Aulich soll sich mit 13,000 Mann regulärer Truppen im Anmarsch von Ofen befinden und auf dem Plattenser eine ansehnliche Zahl Ge- schütze an sich ziehen.

In Warschau und Breslau sind sehr große Ankäufe für die Armee gemacht worden, welche jetzt auf das Vollkom- menste approvisionirt sein soll. Es läßt sich daher jetzt einer baldigen Eröffnung der Kriegsoperationen entgegen- sehen. — Aus **Preßburg** vernimmt man, daß die Cholera dort besonders unter den russischen Truppen grassirt, die kaiserlichen aber fast gänzlich verschone. — 150 Mann Pa- latinal-Husaren sind auf ihrem Marsche aus Böhmen nach Italien in Oberösterreich desertirt und haben ihre Flucht nach Steiermark, um hier durch nach Ungarn zu gelangen, bewerkstelligt. Es hieß, daß eine zweite Escadron im Be- griff war, dem Beispiel der ersten zu folgen. In Enns, wo diese stationirt war, hat der Verfall bedeutende Sen- sation gemacht.

Die Ungarn hatten bei Guta, unweit Komorn bereits eine Brücke über die Waag geschlagen, welche aber von den k. k. Truppen zerstört wurde.

Die mit dem Parlamentär von Venedig gepflogenen Un- terhandlungen haben noch nicht den gewünschten Erfolg gehabt.

‡ M.L. Graf Lichnowsky ist zum Gouverneur in Mai- land an die Stelle des F.M.L. Fürsten Schwarzenberg er- nannt; Letzterer übernimmt das Commando des österreichi- schen Armeecorps, welches gegenwärtig in Vorarlberg zu- sammengezogen wird.

Baron Geringer, der neuernannte kaiserliche bevollmäch- tigte Commissär für Ungarn, begleitete den Ministerpräsi- denten, den Kriegs- und Justizminister nach Preßburg, und hatte dort eine Conferenz mit dem Obercommandanten der Armee, F.Z.M. Baron Haynau. Baron Geringer ist wie- der in Wien eingetroffen, und wird sich bald zur Führung seines Amtes nach Ungarn begeben.

Aus **Debrezin** berichtet die „Presse": In der Sitzung vom 21. Mai wurde der Beschluß des Repräsentantenhauses, daß General Görgey wegen der Einnahme Ofens zum Feldmarschalllieutenant ernannt werde, und den Verdienst- orden 1. Klasse erhalte, der Armee aber der Dank der Na- tion ausgedrückt, und eine Deputation an Görgey gesendet werde, einstimmig angenommen. Graf M. Esterhazy machte den Vorschlag, Görgey noch eigens seiner Humanität wegen zu belohnen, weil er eine so „unbarmherzige" Besatzung wie die Ofner, „die es verdient hätte, daß man sie über die Klinge springen lasse", begnadigte. Das Haus erkannte den humanen Sinn des Feldherrn an, fand aber die Be- lobung unstatthaft. In der am 25. Mai abgehaltenen Sit- zung wurde der Gesetzvorschlag des Finanzministeriums in Betreff der Steuern angenommen. Der Vorschlag M.

Bayern. Der Landtag ist geschlossen. Der Kaiser hat dem Prinzen Ludwig Ferdinand, dem Sohne des Prinzen Leopold, das Kommando der 1. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Württemberg. Der Landtag ist geschlossen. Der König hat dem Prinzen Wilhelm, dem Sohne des Prinzen Hermann, das Kommando der 26. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 2. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Hügel, der in den Ruhestand tritt.

Sachsen. Der Landtag ist geschlossen. Der König hat dem Prinzen Johann Georg, dem Sohne des Prinzen Georg, das Kommando der 1. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Baden. Der Landtag ist geschlossen. Der Großherzog hat dem Prinzen Max, dem Sohne des Prinzen Wilhelm, das Kommando der 29. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Hessen. Der Landtag ist geschlossen. Der Großherzog hat dem Prinzen Ludwig, dem Sohne des Prinzen Heinrich, das Kommando der 25. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Mecklenburg-Schwerin. Der Landtag ist geschlossen. Der Großherzog hat dem Prinzen Friedrich Franz, dem Sohne des Prinzen Paul, das Kommando der 17. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Mecklenburg-Strelitz. Der Landtag ist geschlossen. Der Großherzog hat dem Prinzen Adolf Friedrich, dem Sohne des Prinzen Karl, das Kommando der 9. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Oldenburg. Der Landtag ist geschlossen. Der Großherzog hat dem Prinzen Peter, dem Sohne des Prinzen Friedrich, das Kommando der 19. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Braunschweig. Der Landtag ist geschlossen. Der Herzog hat dem Prinzen Albrecht, dem Sohne des Prinzen Wilhelm, das Kommando der 31. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Sachsen-Meiningen. Der Landtag ist geschlossen. Der Herzog hat dem Prinzen Bernhard, dem Sohne des Prinzen Georg, das Kommando der 32. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Sachsen-Altenburg. Der Landtag ist geschlossen. Der Herzog hat dem Prinzen Ernst, dem Sohne des Prinzen Moritz, das Kommando der 33. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Sachsen-Coburg-Gotha. Der Landtag ist geschlossen. Der Herzog hat dem Prinzen Alfred, dem Sohne des Prinzen Ernst, das Kommando der 34. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Anhalt. Der Landtag ist geschlossen. Der Herzog hat dem Prinzen Friedrich, dem Sohne des Prinzen Leopold, das Kommando der 35. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Schwarzburg-Sondershausen. Der Landtag ist geschlossen. Der Fürst hat dem Prinzen Günther, dem Sohne des Prinzen Karl, das Kommando der 36. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Schwarzburg-Rudolstadt. Der Landtag ist geschlossen. Der Fürst hat dem Prinzen Friedrich, dem Sohne des Prinzen Heinrich, das Kommando der 37. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Waldeck. Der Landtag ist geschlossen. Der Fürst hat dem Prinzen Friedrich, dem Sohne des Prinzen Heinrich, das Kommando der 38. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Reuß ältere Linie. Der Landtag ist geschlossen. Der Fürst hat dem Prinzen Heinrich, dem Sohne des Prinzen Heinrich, das Kommando der 39. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Reuß jüngere Linie. Der Landtag ist geschlossen. Der Fürst hat dem Prinzen Heinrich, dem Sohne des Prinzen Heinrich, das Kommando der 40. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Schaumburg-Lippe. Der Landtag ist geschlossen. Der Fürst hat dem Prinzen Georg, dem Sohne des Prinzen Georg, das Kommando der 41. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Lippe. Der Landtag ist geschlossen. Der Fürst hat dem Prinzen Leopold, dem Sohne des Prinzen Leopold, das Kommando der 42. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Lübeck. Der Landtag ist geschlossen. Der Senat hat dem Prinzen Heinrich, dem Sohne des Prinzen Heinrich, das Kommando der 43. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Bremen. Der Landtag ist geschlossen. Der Senat hat dem Prinzen Heinrich, dem Sohne des Prinzen Heinrich, das Kommando der 44. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Hamburg. Der Landtag ist geschlossen. Der Senat hat dem Prinzen Heinrich, dem Sohne des Prinzen Heinrich, das Kommando der 45. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Elsaß-Lothringen. Der Landtag ist geschlossen. Der Statthalter hat dem Prinzen Heinrich, dem Sohne des Prinzen Heinrich, das Kommando der 46. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Preußen. Der Landtag ist geschlossen. Der König hat dem Prinzen Heinrich, dem Sohne des Prinzen Heinrich, das Kommando der 47. Division übertragen. Der Prinz ist Generalmajor und Chef des 1. Infanterie-Regiments. Er ist der Nachfolger des Generals Frhr. v. Horn, der in den Ruhestand tritt.

Rheinischer Dampfschiffahrts-Verein.

Sonntag Vormittag

Abfahrt von Bingen 10 Uhr 30 Min.
Ankunft in Rüdesheim 11 Uhr 15 Min.
Abfahrt von Rüdesheim 11 Uhr 30 Min.
Ankunft in Bingen 12 Uhr 15 Min.

Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 50 Pfg.

Die Direktion.

Turnverein Amöneburg.

Sonntag, den 15. Juli, Nachmittags 3 Uhr, findet auf dem Turnplatze ein Wettturnen statt, wozu wir unsere Freunde und Gönner freundlichst einladen.

Der Vorstand.

Turnverein und Feldschützen

zu Amöneburg und Roßdorf.

Sonntag, den 15. Juli, 1894,

Wilhelmsbad.

Abfahrt Bingen 10 Uhr. Fahrt auf der Rheinbahn nach Hanau. Ankunft in Wilhelmsbad 12 Uhr 30 Min. Rückfahrt 6 Uhr 30 Min. Ankunft in Bingen 8 Uhr 30 Min.

Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 1 Mk. 50 Pfg.

Der Vorstand.

Neue Kronleuchter

in großer Auswahl empfiehlt zu billigen Preisen

Wilhelm Schmidt,
Bingen, Rochusstraße 1.

Bingen.

Ich habe mich hier als Arzt niedergelassen und wohne Rochusstraße 1.

Dr. Schmidt

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nr. 138.) 19. Juni 1850.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 18. Juni. Die Bundesversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung (Präsidium Graf Thun) beschlossen, die Bundesexekution gegen Kurhessen, welche bisher nur in Bezug auf Hanau und Fulda vollzogen worden ist, auf das ganze Kurfürstenthum auszudehnen. Die Bundesexekution wird demnach nunmehr auch in Kassel, Hersfeld, Rotenburg, Schmalkalden, Gelnhausen, Schlüchtern, Marburg, Fritzlar, Homberg, Ziegenhain, Melsungen, Eschwege, Witzenhausen, Hofgeismar, Wolfhagen, Rinteln, Vacha, Allendorf, Lichtenau, Frankenberg, Biedenkopf, Rauschenberg, Kirchhain, Grünberg, Alsfeld, Lauterbach, Schlitz, Hünfeld, Gersfeld, Fulda, Hanau, Schlüchtern, Gelnhausen, Orb, Salmünster, Steinau, Schwarzenfels, Wächtersbach, Meerholz, Bieber, Langenselbold, Windecken, Bockenheim, Homburg, Friedberg, Butzbach, Gießen, Wetzlar, Braunfels, Usingen, Weilburg, Limburg, Runkel, Wiesbaden, Höchst, Hochheim, Eltville, Rüdesheim, Kastel, Kostheim, Langenschwalbach, Nassau, Ems, Montabaur, Hachenburg, Marienberg, Dillenburg, Herborn, Siegen, Biedenkopf, Battenberg, Frankenberg, Korbach, Arolsen, Mengeringhausen, Waldeck, Sachsenhausen, Landau, Wildungen, Fürstenberg, Cor

gut bekannt oder ganz fremd mit den obwaltenden Localverhältnissen, vergebliche Mühe geben, wollte man den Versuch wagen, aus den laut werdenden Urtheilen all' der vorhandenen Parteileute auf die wirkliche Natur und Beschaffenheit der öffentlichen Meinung dahier bezüglich des preußischen Verfassungsentwurfs einen giltigen Schluß zu ziehen. Zunächst muß man natürlich die beiden vorkämpfenden Parteien ins Auge fassen. Die große und überwiegende der Ultramontanen will überhaupt nichts von Preußen wissen, weder Gutes noch Uebles, wie viel weniger kann der preußisch-hannoverisch-sächsische Octroyirungsversuch bei ihr Gnade finden? Sie greift ihn im Beichtstuhl und auf den Kanzeln als ein heilloses Ketzerwerk, in der Gesellschaft als eine beabsichtigte Usurpation, in der Presse als beides zusammen an. Unsere „Neue Münchner Zeitung", das officielle Organ der Regierung, die Wochen lang ihren Lesern nach der Frankfurter Kaiserwahl nichts darbot als Abdrücke aus der „Hannoverischen Zeitung", kennt jetzt nicht einmal das befreundete Hannover mehr! Von der demokratischen und radicalen Partei dürfen wir gar nicht reden. Sie würde aus allen ihren Consequenzen herausfallen, wenn sie dem Berliner Revisionswerke auch nur zugeständnißweise Anerkennung zollen wollte. Nachdem sich nun aber Alles, was öffentlich mit Zunge und Feder Politik zu treiben pflegt, hier der einen oder der andern dieser beiden Parteien anschließt, was bleibt denn als tertium comparationis übrig? Wir glauben getrost sagen zu dürfen, immerhin noch die Mehrzahl der Bevölkerung mit Einschluß gerade des eigentlich zurechnungsfähigen Theils derselben. Die Mehrheit, die parteifremden Ruhigen vor allen andern, verlangen sehnsüchtig nach einem Anhaltspunkt der Ordnung, der Stetigkeit, — des Anfangs für die später kommen sollende feste Gestaltung der Dinge, — und dieser Anhaltspunkt müsse sich nach dem ganzen Befund der Umstände denn immer wieder in der revidirten Berliner Verfassung finden. Liebäugeln nach Rechts und nach Links hilft nichts mehr, man muß, so wird argumentirt, mitten durch zum dargebotenen nächsten Ziele greifen, um überhaupt zu einem Ziele zu gelangen. Preußen soll nur den neuen Reichstag ausschreiben, er wird, außer von Oesterreich, von allen deutschen Staaten beschickt werden, und dann wird man schon zum willkommenen Werke sich einigen, — dies ist die Hoffnung, welche aus der Argumentation, die wir so eben angeführt, von selbst hervorgeht. Sie werden sehen, morgen oder übermorgen, wenn eben wieder Kammersitzung sein wird, werden sich schon Ansichten in diesem Sinne geltend machen, obschon dort, eben wegen des Vorherrschens der beiden Hauptparteien, dies schwerer halten muß, als im größeren Publikum. So eben erfahren wir, daß schon heute Sitzung sein solle. Da werden wir denn auch Gewißheit darüber erhalten, ob unser oberbayerischer Regierungspräsident, Herr von Zweyl, wirklich Minister des Innern geworden ist, was bis zur Stunde nur Gerücht, nicht Thatsache ist, da keine officielle Bekanntmachung vorliegt. — Aus der uns in diesem Augenblicke zugekommenen Tagesordnung ersehen wir, daß die Rolb'sche Beschwerde gegen die Präsidenten und die Willich'sche Reclamation gegen das Ministerium Berathungsgegenstand sein sollen; es ist also vorauszusehen, daß heute entweder das Gesammtministerium zurücktritt, oder die Kammerauflösung erfolgt. Die beiden Mißtrauensvoten gegen das Kammerpräsidium und gegen das Gesammtministerium sind von dem niedergesetzten Ausschusse mit großer Majorität, nämlich mit allen gegen 2 Stimmen, angenommen worden, und zu einem gleichen Resultate würde zuverlässig auch die Debatte in der Kammer selbst führen. Daher für die Regierung das aut vincere aut mori.

Nachschrift. Es ist gewiß, die Abgeordnetenkammer wird aufgelöst, wir erhalten zu den übrigen Stürmen noch die einer Neuwahl. — Wegen des in Paris erfolgten Ablebens der Fürstin von Wagram, gebornen Herzogin (Marie Elisabeth Amalie) in Bayern, hat unser königl. Hof auf vier Wochen Trauer angelegt. Die Verstorbene war eine Tochter des Herzogs Wilhelm in Bayern, und war geboren zu Landshut am 5. Mai 1784. Der Leichnam soll, wie man vernimmt, von Paris in die herzogliche Familiengruft nach Banz gebracht werden.

München, 11. Juni. Der Landtag ist aufgelöst. Kurz nach 9 Uhr eröffnete der erste Präsident heute die 23. Sitzung der Kammer der Abgeordneten. Am Ministertische die Herren v. d. Pfordten, Ringelmann und Lüder; Letzterer — abweichend von dem im Laufe dieses Landtages bisher von den übrigen Ministern geübten Brauche — in Uniform. Nach Verlesung und Genehmigung des Protocolls der letzten Sitzung erklärte Dr. Haniz, der erst seit der letzten Sitzung aus der Rheinpfalz zurückgekehrt ist, daß er der jüngsten vom Abg. Willich abgegebenen Erklärung in allen Punkten beitrete. — Laut der Tagesordnung hätte nun zur Berichterstattung über den Beschwerdeantrag Rolb's und die Reclamation Willich's geschritten werden sollen, welche beide Gegenstände zu einem Ausspruche der Kammer über das „ministerialcommissariatliche" Benehmen des Präsidiums und indirect auch über das verfassungswidrige Ansinnen der Regierung auf Suspension der Pfälzer Abgeordneten hätten fahren müssen. Mit allgemeiner Spannung vernimmt man, daß Minister Ringelmann das Wort zu einer Regierungsmittheilung verlangt. Wird das Ministerium durch Zurückziehung seines Antrages endlich einen Beweis versuchen, daß die von der Pfordten'schen Declamationen über Constitutionalismus etwas mehr als hohle Phrasen waren, oder wird dem seit gestern umlaufenden Gerüchte zufolge, eine Kammerauflösung ausgesprochen werden. Das von Ringelmann mit zitternder Stimme vorgelesene Schreiben hebt den Zweifel. Es lautet:

„Maximilian II. rc. rc. Unsern Gruß zuvor, Liebe und Getreue! Wir finden uns bewogen, mit Bezugnahme auf § 23 Titel VII. der Verfassungsurkunde, die Versammlung des gegenwärtigen Landtages aufzulösen und behalten uns vor, eine neue Wahl der Kammer der Abgeordneten innerhalb der durch die Verfassungsurkunde bestimmten Zeit vornehmen zu lassen. Wir verbleiben Euch mit königlicher Huld und Gnade gewogen. München, 11. Juni 1849. Max. Freiherr v. Pfordten. Dr. Eisenbrenner. Dr. Ringelmann. v. d. Pfordten. Lüder. Zwehl."

Nach den Worten des Präsidenten: „es übrigt mir nichts weiter, als die Sitzung zu schließen," erhoben sich Saal und Zuhörerräume ohne jede Aeußerung.

*** **Kaiserslautern**, 12. Juni. Auf die Nachricht hin, daß die Preußen in das hessen-homburgische Oberamt Meisenheim eingerückt seien, erwartete man auch ihren Einmarsch in das pfälzische Gebiet, und in allen Gemeinden wurde der Landsturm durch die Sturmglocken aufgeboten. Die Preußen sollen übrigens Meisenheim wieder verlassen haben. — Das Freischaarencorps unter dem Commando von Willich, welches Landau umstellt hat, hat die in die Stadt führenden Wasserleitungen zerstört, und dadurch derselben das Trinkwasser entzogen, ferner unterhalb der Festung die Queich abgedämmt, so daß durch den stets steigenden Wasserstand auch das Wasser der übrigen Brunnen Landaus ungenießbar geworden und dadurch viele Krankheiten ausgebrochen sein sollen. Bei einem Ausfall, den die Garnison aus der Festung gemacht, wären wieder 138 Mann zurückgeblieben, und seien bereits zu Permasenz in die Pfälzer Volkswehr eingetreten. Die Einzahlungen auf das Zwangsanleihen, welches anfangs auf großen Widerstand stieß, folgen seit einigen Tagen rasch auf einander; auch die gewöhnlichen Steuern sollen nun beinahe allenthalben regelmäßig eingehen. Der Salzpreis ist um 25 pCt. herunter gesetzt. Das Lotto ist aufgehoben.

„An die preußischen Soldaten der Linie und Landwehr" hat die provisorische Regierung der Rheinpfalz eine Proclamation erlassen, deren Tendenz folgender Passus bezeichnet: „Brüder! Ihr steht heute der pfälzischen Volkswehr gegenüber, die für das höchste Gut des Menschen, die Freiheit, kämpft, nicht etwa für die Pfalz, nein, für ganz Deutschland. Wir wollen keinen Kampf mit dem preußischen Volke, das wir achten, als ein tapferes, hochherziges, und von dem wir überzeugt sind, daß in ihm dieselbe Begeisterung für die Freiheit glüht, wie in uns. Wir wollen nur einen Kampf mit seinen eigenen Unterdrückern, den Fürsten und der Kaste engherziger Bevorzugter, die sie umgeben, und die von dem gegenwärtigen Kampfe die Vernichtung ihrer volksfeindlichen Privilegien fürchten. Brüder-Soldaten, reicht uns die Hände, wenn man Euch gegen uns führt, bedenkt, daß Eurre Pflichten als Bürger, Eurre Pflichten gegen Eurre Väter, Eurre Brüder, und das ganze Volk höhere sind, als gegen den König, der Euch mißbraucht, Euch, wie uns verräth, und Euch den barbarischen Horden des russischen Czaaren überliefert rc."

Neustadt a. d. H., 9. Juni. Heute Morgen hörte man von 8 Uhr an in der Gegend von Landau Kanonendonner. Um 10 Uhr kam eine Estaffette, gleich darauf noch zwei, welche schnellen Zuzug verlangten. Um 12 Uhr zogen circa 200 Bewaffnete von hier ab, sowie auch sogleich die Mannschaft in Geinsheim und anderen Orten gegen Landau beordert wurden. Die Freischaaren um Landau eilten, um sich unter Willich zu einer Operation zu vereinigen. Ein Ausfallversuch aus der Festung glückte nicht. — Nach der „Neuen Münchener Zeitung" hätten am 3. d. die Vorposten von Germersheim mit Freischärlern ein Gefecht gehabt, wobei Letztere 4 Todte gehabt hätten.

✕ **Karlsruhe**, 12. Juni. In der heutigen dritten öffentlichen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde nach Eröffnung derselben durch den Vicepräsidenten Werner von Hiltmann ein Antrag gestellt, dahin gehend: 1) Eine Commission zu ernennen, welche über Tauglichkeit zum Wehrdienst zu entscheiden hat. 2) Wer diese Entschuldigungscommission in jedem Amt sei. 3) Eine Commission ebenfalls zu ernennen, die in jedem Amte über weitere Befreiungsgesuche alsbald zu entscheiden hat. Dieser Antrag wurde mit großer Stimmenmehrheit für dringlich erklärt. Nach längerer ausführlicher Discussion hierüber wird auf den Antrag Brentano's beschlossen, eine Commission niederzusetzen, welche mit der Entwerfung eines bestimmten betreffenden Gesetzes beauftragt werden soll. Präsident Werner bringt sodann in Folge Beschlusses der gestrigen geheimen Sitzung die §§ 3 und 4 der Hoff'schen Anträge zur Sprache. Nachdem ihnen die Dringlichkeit zuerkannt wurde, wird § 3 ohne Discussion angenommen. § 4 veranlaßte eine längere Verhandlung. Bei der Abstimmung wurde die erste Abtheilung des § 3 des Hoff'schen Antrags: Auflösung des Gensdarmeriecorps betreffend, mit dem Mayer'schen Zusatz, die Auflösung des Polizeidienercorps betreffend, angenommen; die zweite Abtheilung des Antrags aber, die Weiterverwendung respective Vertheilung des Corps in die Armeen betreffend, wird abgelehnt. Sodann wird zur Tagesordnung übergegangen. Goegg, als Finanzministerpräsident, erstattet Bericht über die seitherigen Finanzverhältnisse des Landes, Bürger Vertreter! beginnt er, ich stehe hier, um über meine seitherige Amtsführung in der wichtigen Sache der Finanzverwaltung Rechenschaft abzulegen. Wer von Ihnen Kenntniß von unserer Geschäftsweise, namentlich von dem Kassenwesen hat, der wird mit mir dahin übereinstimmen, daß eine detaillirte Uebersicht der Zahlenverhältnisse hier nicht vorgelegt, noch gegeben werden kann. Dennoch habe ich es mich genommen, ihnen von meiner Wirksamkeit Rechenschaft zu geben. Sie wissen mit mir, Bürger Volksvertreter, welch' ernster Besorgniß man überall im Lande der Sitz der Regierung, den Sitz der Finanzverwaltung blickt hat; denn wenn schon in ruhigen Zeiten die Sorgfältigkeiten der Steuererhebung, und somit der prompten Consequenz des Staatshaushaltes, sich immer mehr gehäuft haben, wie viel mehr in Zeiten der Unruhe, in Zeiten der Revolution. Allein nicht nur dieser, sondern anderer Grund mußte die badischen Bürger mit Besorgniß erfüllen; es war der: daß ich als ein junger Mann hinreichende Erfahrung und Kenntniß zu einem so wichtigen, zu einem so bedeutungsvollen Posten berufen werden. Glauben Sie nicht, Bürger Volksvertreter, daß ich nicht meine eigene Unzulänglichkeit, so wie die Schwierigkeiten meines Amtes wenigstens eingesehen habe. Ich versichere Sie vielmehr und kann beweisen, daß ich selbst gegen alle mich berufenden Anträge und Aufforderungen entschieden protestirt, daß ich meine eine Reihe von Vorschlägen zur Zuziehung von erfahrenen mehr tauglichen Männern gemacht, ja daß ich sogar die Beibehaltung des früheren Finanzministers Hoffmann beantragt habe, weil meiner Ansicht nach hier weniger die politische Ansicht, vielmehr die Kenntniß und Erfahrung des Geschäftslebens maßgebend wäre, wenn sie nur mit Ehrlichkeit gepaart ist. Aber auch dieser Mann hat seine Kräfte dem Vaterlande entzogen; auch ihn können wir nur noch richten. Nun konnte aber meine Weigerung nicht mehr Stich halten, nun war es für die Stimme der Männer nachzugeben, deren Vertrauen mich zu meinem Amte berufen hat, und so habe ich dieses übernommen mit dem festen Entschluß, nach deinen Kräften streng rechtlich und mit Aufbietung aller meiner Kräfte selbst mit Leistung von Opfern, meine Pflicht zu erfüllen und ich darf es wohl sagen, daß ich diesem Entschlusse geblieben bin. (Wegen des Postabgangs muß ich den Bericht hier schließen. Die Sitzung dauert fort).

Heidelberg, 11. Juni. Gestern Abend soll der Hauptquartiere Mieroslawski angekommen sein; man glaubt, daß jetzt unverzüglich angegriffen werde. Zweifelhaft ist aber, welchen Eindruck die Ernennung dieses „berühmten polnischen Feldherrn" auf unsere Soldaten machen wird; sie haben gegen alle fremden Führer eine gewisse Abneigung geäußert. Hier ist noch immer das Polen-Corps, aus etwa 500 Franzosen und Schweizern bestehend, auch wird eine „deutsch-politische Flüchtlingslegion" unter den Auspicien des Herrn Heramer eingekleidet, der zu diesem Zwecke, ohne nur anzufragen, zwei Auditorien des Universitätsgebäudes in Beschlag genommen hat. (D. B.)

S **Mainz**, 12. Juni. Heute ist ein Regierungscommissär nach dem südlichen Theile der Provinz abgereist mit dem Auftrage, in den an die bayerische Pfalz grenzenden Kantonen den Belagerungsstand zu erklären und das Standrecht zu publiciren. Bei der Nähe des Kriegsschauplatzes wird diese Maßregel gewiß allgemein gebilligt werden.

S **Mainz**, 12. Juni, Abends. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, hat heute früh bereits der Kampf im Alsenzer Thale begonnen.

Aus dem Großherzogthum Weimar, 10. Juni. Unsere Regierung hat nun auch eine Erklärung über die deutsche Verfassungsangelegenheit abgegeben, nach welcher man mit ziemlicher Sicherheit schließen kann, daß sie sich gleichfalls den Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover noch anschließen werde. Die Ansicht unserer Regierung über die Verfassungsangelegenheit ist übrigens um so wichtiger, weil sie nach vorherigen Vernehmen mit den Abgeordneten der übrigen thüringischen Regierungen erfolgte, und es ist also kaum zu bezweifeln, daß alle denselben Weg gehen werden.

** **Wolln**, 7. Juni. Die lauenburgische Landesvertretung ist durch Schreiben des Ausschusses zum 12. Juni berufen, um zunächst den von dem Ausschuß verfaßten Entwurf zu einem Wahlgesetz zu berathen.

Verantwortlicher Redacteur: C. v. Rotteck.

Cours der Staats-Papiere. 13. Juni 1849 (Nachtrag der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld
Oesterreich	Metallig. Obligat.	5	17⅛	71⅝
»	dito dito	4	56⅛	—
»	dito dito	2½	3⅝	3⅝
»	Bank-Actien a D		1005	—
»	3.Abth. coms. a Rothsch.		72½	72
»	5.600 » dito		121	120½
»	Bethmann subscript.	1½	65	—
»	dito dito	1	8	—
Preussen	Staats-Prämienscheine	3½	80½	79½
»	Prämienscheine			101⅛
Bayern	Obligationen	4½	77½	77
Darmstadt	35 Loose		73	72½
»	35 dito		21	12
»	Obligationen	3½	77½	77
»	dito	4	84	3½
Baden	Obligationen v. 1848	4½	27	26½
»	35 Loose v. 1840		46½	46½
»	35 Loose		25½	25½

		pCt.	Papier	Geld.
Nassau	Obligationen d. Rothsch.	4½	94⅛	93½
»	Neue Württemberg	4½	94⅛	94⅛
Hessen	Obligat. d. Rothsch.	4½	80½	80¼
»	35 Loose		100⅛	99⅝
Frankfurt	Obligationen	3	85	84
»	dito v. 1839	4½	93½	3
»	dito v. 1846	4½	90⅝	90⅛
»	Taunusbahnactien		2 0	75
Sachsen	Lit. exfrair	3½	44½	43⅝
»	Holl. gelche	1		77⅛
»	Sächs. alte	4½	—	80
Hannover	Actien exclus. incl. 16 Thlr.	1	—	
»	dito neue Obl.	1	14⅜	13⅞
Portugal	Coupons à 5 fl.	3	—	—
Polen	à 300 fl. pol. Courant			9 1½
»	Obligationen de 5 A.	3	72½	2½
Russland	in S. 5 à 6 Prämien	5		65⅛
»	dito à Pfandbriefe	5		91⅛

Pistolen	9	58	Gold al Marco	3½2	—	Diverse Actien u. Loose	Brief	Geld
Dr. Friedrichsd'or	9	59	Laubth., ganze	—	—	Kurhessische Loose	26⅛	25⅝
Holl. 10 fl.-Stücke	10	7	Preuss. Thaler	—	—	Sardinische Loose	45	—
Rand Ducaten	5	40	5 Frankenthaler	—	—	Cöln-Aachen	—	—
20 Francsstücke	9	41	Hochhaltig. Silber	21	20	Cöln-Minden	77⅛	77⅛
Engl. Souvereins	13	5	Gering. u. mittelh.	21	20	Ludwigsh.-Berbach	68¼	68¼
						Prtz.-Wilh.-Nordbahn	34⅛	34⅛

Nach der Börse: 3½pCt. Met — 3 Ct. Span. fol. — Taunusbahn-Actien pr. Ult. — Ludw.-Berb. — P.-W.-Nordb. —

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Extra-Beilage.)

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Extra-Beilage zu Nro. 139.) 13. Juni 1849

Berlin, 11. Juni. Die in der Note der drei verbündeten Regierungen vom 28. v. M. angekündigte Denkschrift zur näheren Erläuterung und Begründung des Verfassungs-Entwurfs lautet, wie folgt:

Denkschrift

zu dem von den königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover vorgelegten Entwurf der Verfassung des deutschen Reichs. D. d. Berlin, 11. Juni 1849.

Indem die verbündeten königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover die in ihrer gemeinschaftlichen Eröffnung, d. d. Berlin, 28. Mai c., angezeigte Denkschrift den sämmtlichen deutschen Regierungen in Gegenwärtigem zugehen lassen, können sie zunächst nicht beabsichtigen, dem von ihnen dargebotenen Entwurf der Verfassung des deutschen Reichs dadurch noch eine äußere Rechtfertigung zufügen zu wollen. Beruhigt in dem Bewußtsein, daß sie die Forderungen der rechtlichen Freiheit und der gesetzlichen Ordnung auf gleicher Wage wogen und die ungeschwälerten Resultate ihrer gewissenhaften Prüfung in den Verfassungs-Entwurf niedergelegt, haben sie denselben den Regierungen wie der Nation zu völlig freier Würdigung übergeben, in der Hoffnung, daß Einsicht, Gerechtigkeit und Patriotismus das öffentliche Urtheil leiten werden. Hierin auch liegt ihre Zuversicht, daß eine rasche, einmüthige Zustimmung es möglich machen werde, die schweren Leiden der Gegenwart zu heben und unverzüglich dazu vorzuschreiten, auf gesicherten Grundlagen das Gebäude aufzurichten, in welchem die deutschen Fürsten und Stämme, die Einzelnen und die Gesammtheit, in Ehre und Sicherheit wohnen, und für die Wiedergewinnung und Mehrung deutscher Macht und Größe unter Gottes Segen und Beistand erfolgreich wirken können. Was den verbündeten Regierungen nach Vorlage ihres Verfassungsentwurfes noch zu sagen übrig bleibt, beschränkt sich auf eine Darlegung der Standpunkte, die sie bei Anlage und Ausführung desselben einnahmen, auf eine Nachweisung dessen, was sie auf diese Standpunkte hinführte und sie von hier aus die bei den einzelnen Materien vorkommenden Grenzen ziehen ließ, auf eine Feststellung der Bestimmungen, deren Wortfassung über den Willen und die Absicht der verbündeten Regierungen mögliche Zweifel lassen könnte. Die Denkschrift ist hiernach nicht Commentar, sondern authentische Interpretation des Entwurfs der Reichsverfassung, und als solche von dem Entwurfe selbst untrennbar.

Das Reich.

Die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. legte sich die Befugniß bei, eine Verfassung für das deutsche Reich endgiltig zu beschließen. Sie bestimmte daher den Umfang dieses Reiches nach dem Umfange des bisherigen deutschen Bundes und ging darauf aus, sämmtliche Glieder desselben zum Eintritt in den neuen Bundesstaat zu verpflichten. Daher spricht der erste Paragraph der dort entworfenen Verfassung einfach aus, daß das deutsche Reich aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes bestehe. Die verbündeten Regierungen, welche ihren Entwurf zu einer Reichsverfassung hier vorlegen, sind dagegen von der unwandelbaren Ueberzeugung geleitet worden, daß der Neubau der deutschen Verfassung nur durch freiwillige Uebereinkunft der Regierungen unter sich, und hiernächst eben so freiwillige Zustimmung der Nationalvertretung rechtlich zu Stande kommen könne. Daher haben sie in ihre Vorschläge keine Bestimmung aufnehmen können, welche für die Glieder des bisherigen deutschen Bundes irgend einen Zwang in sich schlösse; wie fest und zuversichtlich auch ihre Hoffnung sei, daß der neue Bundesstaat das gesammte Gebiet des Bundes von 1815 umfassen werde, so wird sich doch dieses Gebiet aus denjenigen deutschen Landen bilden müssen, deren Regierungen sich dem vorgelegten Entwurfe anschließen und deren Vertreter ihn in einem aus diesen Landen einzuberufenden Reichstage annehmen. Hierdurch ist die Fassung des § 1, wie sie vorliegt, gerechtfertigt. Wenn schon hieraus von selbst einleuchtet, daß der neue Bundesstaat zu denjenigen Gliedern des bisherigen deutschen Bundes, welche sich ihm noch nicht anschließen möchten, zunächst in dem Verbande der Rechte und Pflichten verbleibt, die aus der Bundesacte vom 8. Juni 1815 erwachsen, so hat doch der Beziehungen zu Oesterreich noch besondere Erwähnung geschehen müssen. Die zu dem deutschen Bunde gehörigen Theile Oesterreichs sind durch die dem Kaiserstaate verliehene Verfassung vom 4. März d. J. in ein staatliches Verhältniß zu der österreichischen Gesammtmonarchie getreten, welches eine erneuerte Erwägung ihrer Stellung zu den übrigen Gliedern des deutschen Bundes unabwendlich erscheinen ließ. Hierzu, sowie zu einer umfassenderen Vereinbarung zwischen dem österreichischen Gesammtstaate und dem deutschen Bundesstaate die Wege völlig frei zu erhalten, ist der Zweck des dem § 1 beigefügten Zusatzes. Ueber die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig hat zur Zeit noch keine Bestimmung erfolgen können; sie bleiben dem Schlusse der hierüber eröffneten Verhandlungen vorbehalten. Hinsichtlich der Stellung des Herzogthums Limburg werden die Abänderungen, welche das bisherige vertragsmäßige Verhältniß desselben zum deutschen Bunde durch die Annahme der Reichsverfassung erheischen könnte, der Gegenstand weiterer Vereinbarung mit der königlich niederländischen Regierung sein.

Die Reichsgewalt.

Die Befugnisse der Reichsgewalt waren nach den Zielen zu bestimmen und abzugrenzen, die in Gemäßheit der Auffassung der verbündeten Regierungen dem Bundesstaat als solchem vorgesteckt sind. Sie waren zu bestimmen, insofern die gesicherte Erreichung dieser Ziele die der Reichsgewalt zu übertragenden Befugnisse nicht entbehren kann; und abzugrenzen, insofern eben diese Befugnisse im Interesse der Ehre und Selbstständigkeit der Einzelstaaten das Maß des wirklichen Bedürfnisses nicht überschreiten dürfen. Es kam daher vor Allem darauf an, sich dieser Ziele des Bundesstaats, und zwar sowohl im Gegensatz zu dem Einheitsstaat, als zu dem bloßen Staatenbund, deutlich bewußt zu werden und sie dann in äußerer Erkennbarkeit aufzustellen. Die Ziele des Bundesstaates liegen innerhalb und außerhalb seiner Grenzen; hier maßgebend für sein Verhältniß zum Auslande, und dort für sein eigenes Leben und seine innere Gestaltung. Die verbündeten Regierungen wollen und bekennen für den Bundesstaat

dem Auslande gegenüber:

Einheit und Macht, ein einiges, ungetheiltes, mächtiges Deutschland, eintretend an die Stelle Preußens, Sachsens, Hannovers und aller übrigen deutschen Einzelstaaten und deren besonderen Interessen;

dem Inlande gegenüber:

ausschließliche oder ergänzende Leistung dessen, was der einzelne Staat entweder gar nicht oder nicht in erforderlichem Maße zu leisten im Stande ist;

durchgreifend endgültige Verfügung in Fällen, wo die Interessen der Einzelstaaten sich berühren, insofern diese Staaten selbst die Differenzen unter sich nicht zum Abschluß bringen und das Gemeinwohl die Regelung des gestörten oder die Herbeiführung eines gebesserten Zustandes fordert;

Verzeichnung von Linien, auf denen sich die Regierungen der Einzelstaaten zur Förderung gemeinsamen Nutzens in Bildung oder Entwickelung gemeinsamer Institutionen begegnen und einigen können.

Verhältniß der Reichsgewalt dem Auslande gegenüber.

Unter den Opfern, welche die Bildung des Bundesstaates den einzelnen Gliedern des bisherigen deutschen Bundes abfordert, ist die Verzichtleistung auf die diplomatische Vertretung im Auslande, die Absendung und der Empfang der Gesandten, eines der größten. Der deutsche Bund war als ein völkerrechtlicher Verein unabhängiger Staaten eingesetzt; er konnte und mußte daher auch Jedem derselben anheimstellen, seine Interessen im Auslande selbstständig vertreten zu lassen. Das Recht der Bündnisse und Verträge war keiner anderen Beschränkung unterworfen, als daß keine dieser Verbindungen gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Glieder desselben gerichtet sein dürfe. Allerdings war hierbei auch der Fall ausbedungen, daß der Bund für seine gemeinschaftlichen Interessen Gesandte an fremde Mächte abordne, durch dieselben Unterhandlungen für die Gesammtheit führe und Verträge abschließe. Es ist jedoch bekannt, daß dieser Vorbehalt nie zur Ausführung gekommen ist; der völkerrechtliche Verkehr Deutschlands mit dem Auslande ist ausschließlich durch die diplomatischen Agenten der einzelnen Staaten an den fremden Höfen geführt worden. Von dem Augenblicke an, als man die Nothwendigkeit erkannte, den völkerrechtlichen Verein in einen staatsrechtlichen, den bisherigen deutschen Bund in einen wahren Bundesstaat zu verwandeln, konnte nicht daran gedacht werden, jenes Verhältniß fortbestehen zu lassen. Soll der oberste Grundsatz: daß Deutschland dem Auslande gegenüber nur als ein einiger und ungetheilter Körper auftrete, je zu wirklichem Leben gedeihen, so wird das Ausland auch nur den Gesammtstaat kennen, nur mit diesem verhandeln, nur mit diesem Bündnisse und internationale Verträge abschließen können. Hierauf hat daher der zweite Artikel des ersten Abschnitts des vorgelegten Verfassungsentwurfs fußen müssen. Er hat den einzelnen Regierungen und hierunter auch solchen, die zu den Großmächten Europa's oder zu denen gehören, deren diplomatische Verbindungen mit den auswärtigen Höfen seit geraumen Zeiten bestehen, das Ansinnen gestellt, zu Gunsten der Reichsgewalt auf ihr Recht, ständige Gesandte zu senden oder zu empfangen, freiwillig zu verzichten, keine besonderen Consuln zu halten und ihre Befugniß zu Verträgen und Bündnissen wesentlich zu beschränken. Diese Opfer sind sehr groß; man darf sich jedoch der Hoffnung hingeben, daß sie von den deutschen Regierungen und Stämmen als solche erkannt werden, welche unerläßlich sind, um der Nation die Weltstellung zu sichern, die sie in ihrer bisherigen Zerrissenheit schmerzlich entbehrt hat und von dem Neubaue ihrer Verfassung zu erwarten entschieden berechtigt ist. Wenn daher dieser Grundsatz in dem vorgelegten Entwurfe volle Geltung finden mußte, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Ausführung der hieraus geflossenen Bestimmungen an mannigfache Uebergänge und nähere Erläuterungen gebunden ist. Die Beziehungen, welche zwischen den deutschen Einzelstaaten und den auswärtigen Höfen bestehen, können nicht von einem Tage zum andern abgebrochen werden; auch wenn die vorgeschlagene Reichsverfassung allseitige Zustimmung findet, wird stets noch einige Zeit verfließen, ehe die völkerrechtliche Vertretung des Reiches im Auslande nach den verschiedenen Seiten hin geordnet und in anerkannte Wirksamkeit getreten ist. Bis dahin werden die diplomatischen Agenten der einzelnen Staaten ihre Thätigkeit um so mehr fortzusetzen haben, als sonst eine nur Deutschland schädliche Unterbrechung in dem internationalen Verkehre eintreten würde. Ein Gleiches gilt für die bei den deutschen Regierungen accreditirten auswärtigen Gesandten, bei deren Abberufung zudem das Reciprocitätsverhältniß maßgebend sein wird. Aber auch dann, wenn nach vollkommen geordneten diplomatischen Beziehungen mit dem Auslande die einzelnen Regierungen weder ständige Gesandte halten, noch empfangen werden, ist doch nicht zu übersehen, daß für diese Regierungen das Bedürfniß fortbestehe, in einzelnen abgegrenzten Fällen ein bestimmtes Interesse bei auswärtigen Staaten unmittelbar geltend zu machen. Die Entsendung eines besonderen außerordentlichen Bevollmächtigten wird daher der betreffenden Regierung nicht streitig zu machen sein, sobald dessen Auftrag vorher zur Kenntniß der Reichsregierung gebracht und er selbst angewiesen ist, sich mit der am Orte befindlichen ständigen Gesandtschaft des Reichs stets im Zusammenhange zu erhalten. Gleichermaßen wird es den Einzelregierungen unbenommen bleiben, solche Interessen, welche aus verwandtschaftlichen oder sonstigen Beziehungen fließen, durch besondere Agenten zu wahren, insofern dieselben entweder ganz ohne völkerrechtlichen Charakter auftreten oder in entgegengesetzten Falle der Reichsgesandtschaft überwiesen und zugetheilt werden. Indem nach den §§ 6 und 7 die einzelnen Regierungen ihr Recht, besondere Consuln zu halten, der Reichsgewalt übertragen, übernimmt letztere auch selbstverständen die Pflicht, die Interessen aller Angehörigen deutscher Staaten überall genügend zu vertreten. Es wird daher jeder einzelnen Regierung die Befugniß zustehen, von der Reichsgewalt die Bestallung eines Consuls an einem auswärtigen Orte selbst dann zu begehren, wenn nur allein ihre eigenen Angehörigen mit diesem Orte verkehren. Aus demselben Grundsatze fließt auch das Recht jeder Einzelregierung, über mangelhafte Vertretung dieser besonderen Interessen durch den Reiche-consul Beschwerde zu führen und erforderlichenfalls die Abhilfe auch dadurch zu verlangen, daß eine Person ihres Vertrauens als Reichs-Viceconsul an demselben Orte bestellt werde.

Verhältniß der Reichsgewalt zum Inlande.

So viel das Verhältniß des Bundesstaates zu dem Inlande betrifft, so konnte den verbündeten Regierungen auch hier über die aus den vorher bezeichneten Anforderungen fließenden Folgerungen kein Zweifel bleiben. Der Bundesstaat soll ausschließlich oder ergänzend dasjenige leisten, was der einzelne Staat entweder nicht oder nicht in erforderlichem Maße zu leisten vermag. Hieraus folgt, daß er auch nur das und nicht mehr als das zu leisten berechtigt werden durfte; daß der Selbstständigkeit der einzelnen Staaten der ganze übrige Theil der Regierungs- und Machtbefugnisse belassen und gesichert werden mußte; daß die Verfassung des deutschen Bundesstaates hier nach allen Richtungen hin einer falschen Centralisation zu begegnen hatte. Die verbündeten Regierungen glauben dies durch Fernhalten der Reichsgewalt von der eigentlichen Administration und durch Begrenzung des der Reichsgewalt zugetheilten Oberaufsichtsrechts gethan zu haben und durch die gegenwärtige Erklärung noch thun zu müssen. Die Befugnisse der einzelnen deutschen Regierungen, die der § 8 der Frankfurter Aufstellung ausdrücklich auf Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei beschränkt, sind in dem von den verbündeten Regierungen vorgelegten Entwurfe auf alle Gegenstände ausgedehnt, die der Zuständigkeit der Reichsgewalt nicht verfassungsmäßig zugewiesen sind. Die Verfügung der Reichsgewalt über die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands (§ 11 d. F. A.) ist auf die Fälle des Krieges oder nothwendiger Sicherheitsmaßregeln im Frieden zurückgeführt und hiernach gleichzeitig der § 81 dazu bemessen. Die § 13 d. F. A. der Reichsgewalt ausschließlich attribuirte Gesetzgebung und Organisation des Heerwesens ist auf eine allgemeine Gesetzgebung und auf die Ueberwachung und Durchführung derselben in den einzelnen Staaten ermäßigt und diesen Staaten dabei die selbstständige Organisation durchaus unverkümmert gelassen. Die besondere eidliche Verpflichtung gegen das Reich, die der § 14 des Frankfurter Entwurfes der gesammten Heeresmasse in allen deutschen Einzelstaaten gleichmäßig auferlegt, ist nur bei denjenigen Militärpersonen festgehalten, die, wie die von der Reichsgewalt ernannten Feldherrn, die von diesen zum selbstständigen Commando einzelner Corps bestimmten Generale, und die Gouverneure, Commandanten und höheren Beamten der Reichsfestungen in ein besonderes Pflichtverhältniß gegen das Reich getreten sind; eine Einschränkung, deren Nothwendigkeit nach den beklagenswerthen Vorgängen der letzten Zeit wohl allgemein einleuchtet. Bei dem Schifffahrts- und Flößereibetrieb auf Flüssen, Canälen und Seen, welche mehrere deutsche Staaten im schiffbaren oder flößbaren Zustande durchströmen oder begrenzen, ist abweichend von dem § 24 der F. A. der Reichsgewalt nur die Gesetzgebung und deren Ueberwachung zugetheilt, dagegen die Wahl der Verbesserungsmaßregeln und deren Ausführung lediglich den betreffenden Regierungen überlassen worden. Bei Anlage neuer Landstraßen und Canäle und bei Schiffbarmachung bis dahin nicht befahrener Flüsse ist der Reichsgewalt wieder nur die Anordnung zugestanden, selbst diese jedoch in wesentlicher Einschränkung des § 32 der F. A. durch die vorgängige Verständigung mit den einzelnen Staaten bedingt, und eben diesen Staaten auch die Ausführung und zwar auf Reichskosten übergeben. Bei Erhebung und Verwaltung der Zölle ist der Reichsgewalt nur das Recht der Oberaufsicht vorbehalten, das Recht der eigenen Anordnung dagegen, das ihr

der § 35 der F. A. ebenfalls zutheilt, ausgeschieden. Der § 36 der F. A., der der Reichsgesetzgebung die Bestimmung über die Gegenstände überläßt, auf welche, und die Bedingungen und Beschränkungen, unter welchen die einzelnen Staaten Productions- oder Verbrauchssteuern für Rechnung des Staates oder einzelner Gemeinden legen dürfen, ist zwar beibehalten, es wird aber ausdrücklich erklärt, daß die dabei in Frage tretenden finanziellen Interessen der Einzelstaaten in der Reichszollacte gehörig gewahrt werden sollen, so wie auch, daß es nicht in der Absicht liegt, dadurch in den durch den Zollverein geordneten Verhältnissen etwas zu ändern. Unter Löschung des 2. und 3. Absatzes eben dieses § 35 und unter gleichzeitiger Abänderung des § 49 ist der Reichsgewalt ein unmittelbares Recht an irgend welchem Quantum der Landessteuern in den Einzelstaaten nicht zuerkannt, die Landessteuern sind vielmehr als ein ausschließliches und unantastbares Eigenthum der Einzelstaaten in verfassungsmäßigen Schutz genommen und, die Nothfälle der Anleihen und der Contrahirung von Schulden abgerechnet, die Einnahmen der Reichsregierung ein- für allemal auf die Bezüge der Matricularbeiträge beschränkt. Die der Reichsgewalt zugestandene Einwirkung auf das Postwesen ist unter Abänderung der §§ 41 und 42 der F. A. durchaus in den Schranken der Gesetzgebung und Oberaufsicht erhalten, und das der Reichsgewalt in jenen Paragraphen zugetheilte Recht der Erlassung und Durchführung von Vollzugsverordnungen, von reglementären Verfügungen und der Uebernahme des deutschen Postwesens für Reichsrechnung beseitigt. Die verbündeten Regierungen erklären zu dem, daß sie der Reichsgewalt durch die derselben in den einzelnen Paragraphen vorbehaltene Oberaufsicht nur das Recht zugestanden haben, Beschwerden entgegen zu nehmen, deren Abstellung zu vermitteln, nöthigenfalls durch Entscheidung des Reichsgerichts zu erzwingen und unter allen Umständen durch Abordnung von Commissarien Kenntniß von dem Stande der ihrer Oberaufsicht unterliegenden Angelegenheiten und Verwaltungsgegenstände zu nehmen. Alles jedoch mit der ausdrücklichen Maßgabe, daß die Einzelregierungen, diesem Oberaufsichtsrecht der Reichsgewalt gegenüber, weder zu allgemeinen Berichterstattungen noch auch zur Einholung von Genehmigungen vor dem Ergreifen der betreffenden Regierungs- und Verwaltungsmaßregeln verpflichtet sind.

Die verbündeten Regierungen sind bei allen diesen Abänderungen des Frankfurter Entwurfes der Ueberzeugung gefolgt, daß die Reichsgewalt nur dadurch die ihr im Bundesstaate angewiesene hohe Stellung zum Segen des Ganzen einnehmen und ohne störende Gegenwirkung der Einzelstaaten behaupten könne, daß sie sich von einem Eingreifen in die innere Administration dieser Staaten grundsätzlich fern halte, daß sie namentlich Erhebung der Zölle und Abgaben, Leitung des Bauwesens, Uebung, Ausrüstung und Verpflegung des Heeres, kurz Alles, was seiner Natur nach dem Bereiche der inneren Regierungsthätigkeit des einzelnen Staates angehört, auch zunächst der selbstständigen Anordnung und Ausführung der betreffenden Regierung völlig frei lasse. Vornehmlich bei den beiden erstgenannten Gegenständen, der Steuererhebung und dem Bauwesen, hat sich diese Ueberzeugung den verbündeten Regierungen zu besonderer Stärke gesteigert. Die Finanzeinrichtungen pflegen fast jedes deutschen Staates bilden in sich geschlossene Systeme, an welchen am wenigsten in einem Augenblicke so großer Erschütterungen und so drohender Gefahren, wie der gegenwärtige, unvorsichtig gerüttelt werden darf. Der Versuch, neben den bestehenden verschiedenen Steuersystemen der Einzelstaaten ein neues Reichssteuer- und Finanzsystem zu gründen, würde gleichbedeutend sein mit der Vernichtung der Ordnung und des Credits in diesen Staaten, ohne Garantie für das neu zu Schaffende, welche jederzeit erst durch die Erfahrung gegeben wird. Aehnliches gilt über das Bauwesen, vorzüglich bei Strom- und Uferbauten, die für einzelne Landesstriche wahre Existenz- und Lebensfragen bilden. Nichts würde unzweckmäßiger und nachtheiliger sein, als Bauwerke der letzteren Art direct von Reichswegen, bloß durch die Hand des Technikers und ohne eine daneben stehende, das Interesse des Bauherrn und der Nachbarn vermittelnde Landesbehörde zur Ausführung zu bringen. Der fernere Umstand, daß sich die Reichsgewalt hier bei eigener Bauführung zu den verschiedenen Einzelstaaten nicht mehr in dem gleichen, sondern, nach dem größeren oder geringeren Bedürfnisse dieser Staaten, in einem verschiedenen Verhältnisse befinden würde, führt für eine gedeihliche Wirksamkeit der Reichsgewalt auf die erheblichsten Bedenken. Klagen über unbillige Bevorzugungen und Begünstigungen oder unerspriessliche Einmischung, Hemmung und Störung würden nicht ausbleiben. Es wäre ein Stoff steter Reibung und Unzufriedenheit geschaffen, der in seiner Fortwirkung entweder die Reichsgewalt fortwährend paralisiren oder die Selbstverwaltung der deutschen Länder in ihren werthesten und theuersten Interessen endlich gänzlich vernichten müßte. Indem aber die verbündeten Regierungen die innere Administration der Einzelstaaten von den Befugnissen der Reichsgewalt streng und völlig gesondert haben, ist das der Reichsgewalt competirende Recht der durchgreifend endgiltigen Verfügung in Collisionsfällen der Einzelstaaten, unter der vorangegebenen Bedingung, daß die Einzelstaaten selbst die von dem Gemeinwohl geforderte Erledigung der obschwebenden Differenzen nicht zu richtiger Zeit herbeiführen, durchaus nicht geschmälert worden; wie die aus der Frankfurter Aufstellung unverändert beibehaltenen oder modificirten §§ 21, 28, 30, 31, 38, 39 und 41, betreffend Unterhaltung von Schiffahrtsanstalten am Meere und in den Mündungen der deutschen Flüsse, des Schiffahrtsbetriebs u. d. der Flößerei, der Eisenbahnen, Landstraßen, Kanäle, des Handels-, Gewerbe- und Postwesens, des Näheren ausführen. In dem Recht der Oberaufsicht und der Gesetzgebung, das in allen diesen Administrationsmaterien der Reichsgewalt verbleibt, sind ihr die hinlänglichen Mittel zur Verfügung gestellt, die betreffenden Differenzen entweder selbst zu schlichten, oder ihnen doch die Bahn einer verfassungsmäßigen, raschen und gewissen Erledigung anzuweisen. Die verbündeten Regierungen erblicken gerade in dieser Thätigkeit der Reichsgewalt die Beendigung eines Zustandes, der bisher vielfach schwer empfunden wurde: die schädigende Bürgschaft gegen endlose Streitigkeiten und die angemessene Sicherstellung allgemeiner Volkswohlfahrt gegen die Particularinteressen der Einzelregierungen.

Die umfassendste und fruchtbarste Thätigkeit bleibt endlich der Reichsgewalt zu entwickeln in der Anbahnung gemeinsamer Institutionen zum Nutzen der einzelnen Staaten und des gesammten Reichs. Hier hat sich die Reichsgewalt recht eigentlich als Gesammtregierung des Reichs zu erweisen, und in großen praktischen Gedanken und geeigneten Anregungen die Saaten dauernder Einigung niederzulegen und zu zeitigen. Die hauptsächlicheren Richtpunkte dieser, das Bedürfniß und die Mannigfaltigkeit des realen Lebens umfassenden Thätigkeit sind in den §§ 24, 32, 33, 41, 45, 46 und 64 der F. A. vorgezeichnet und in dem jetzigen Entwurf unter den nöthigen Modificationen beibehalten: commercielle und gewerbliche Vereinigungen, Erleichterung und Verbesserung sämmtlicher Mittel des inneren Verkehrs, Einwirken auf die Verbesserung und Regelung des Postwesens durch die betreffenden Einzelstaaten und die sonst Berechtigten, möglichste Uebereinstimmung in der Gesetzgebung und dem Gerichtsverfahren, Einheitlichkeit in Münze, Maß und Gewicht. In dem Zollverein, einer Schöpfung, die selbst unter dem bisherigen staatenbundlichen Verhältniß in's Leben treten konnte, findet der Bundesstaat für diesen Bereich seiner Thätigkeit ein praktisches Muster. Daß dieser Zollverein durch die vorgeschlagene Verfassung nunmehr das gesammte Gebiet des Reichs in sich begreifen werde, muß als einer der segensreichsten Fortschritte für das nationale Leben angesehen werden.

Das Reichsoberhaupt.

Bei Bildung der Reichsregierung kamen zunächst die beiden großen principiellen Gegensätze der absolut einheitlichen und der absolut gemeinschaftlichen höchsten Staatsleitung, die Form des erblichen Kaiserthums und des Directoriums, in Betracht. Für die erstere Form hatte sich die Verfassungsaufstellung der Nationalversammlung § 68 ausgesprochen; für die letztere mehr als eine deutsche Regierung sich mit entschiedenem Nachdruck erhoben. Vortheile der einen und der andern Form fanden sich einander gegenüber gestellt; für beide wurde das Bedürfniß der Gegenwart und das Recht der Wirklichkeit gleichmäßig angerufen. In dem von den verbündeten Regierungen auf Vorlage der königlich preußischen Regierung gegenwärtig dargebotenen Verfassungsentwurf ist weder ausschließlich die eine, noch die andere dieser Formen angenommen worden; es ist darin vielmehr eine neue selbstständige Regierungsform ermittelt, bei deren Aufstellung das Bestreben obgewaltet hat, das Gute und Gedeihliche, was in jeder der beiden vorgenannten Formen liegt, mit verdienter Anerkennung zu benutzen und mit einander zu vereinigen, und dadurch den gleichberechtigten Anforderungen, sowohl der Gesammtheit des deutschen Volkes, als der einzelnen deutschen Staaten und Regierungen, gerecht zu werden. Die Functionen der Reichsregierung sind in Legislation und Executive geschieden; jene, die Legislation, ist einem Fürstencollegium, diese, die Executive, dem Reichsvorstande zugewiesen. Weder der Reichsvorstand noch das Fürstencollegium stellen für sich allein die Reichsregierung dar; diese existirt erst in der Verbindung beider. In dem Reichsvorstande sind zwei Eigenschaften miteinander verbunden, die des Trägers der Executivgewalt und die eines gleichzeitigen Mitgliedes des Fürstencollegiums. In letzterer Eigenschaft ist der Reichsvorstand nur primus inter pares, so zwar, daß er, um seiner Mitgliedschaft im Fürstencollegium willen, an die Mehrheitsbeschlüsse eben dieses Collegiums auch als Träger der Executive später gebunden ist, den gleich zu berührenden Fall des § 194 allein ausgenommen. Dabei werden als legislative, dem Fürstencollegium zugewiesene Functionen alle diejenigen Befugnisse betrachtet, welche zu ihrer Wirksamkeit eines Reichstagsbeschlusses bedürfen. Insbesondere also auch alle mit auswärtigen Staaten zu schließende Verträge, welche dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt werden müssen, wobei jedoch bei dringenden Umständen die Einholung vorgängiger Zustimmung allerdings unmöglich werden kann. Eben so werden die Vollzugsverordnungen, insofern sie materielle Bedeutung haben, und nicht, wie etwa Publicationspatente, bloße Formen erledigen, mit dem Fürstencollegium berathen, unbeschadet der endgiltigen Beschlußfassung, die dem Reichsvorstande vorbehalten bleibt. Der eben erwähnte § 194 statuirt allerdings eine Getheiltheit zwischen Reichsvorstand und Fürstencollegium auch im Punkte der Legislation. Er macht die Giltigkeit eines Reichsschlusses, die sonst überall nur an die gemeinschaftliche Ausübung des Zustimmungsrechtes geknüpft ist (§ 99), bei Abänderung in der Reichsverfassung von der selbstständigen Zustimmung sowohl des Reichsvorstandes als des Fürstencollegiums abhängig. Die Einwirkung, die ein solcher die Verfassung abändernder Reichsschluß auf die besondere Stellung sowohl des Reichsvorstandes, als des Fürstencollegiums auszuüben geeignet ist, hat hier eine abgesonderte Sicherstellung sowohl für den Reichsvorstand, als für das Fürstencollegium ausnahmsweise nicht entbehren lassen. Die in den §§ 99 und 194 vollzogene Abänderung der §§ 101 und 195 der Frankfurter Aufstellung war für die verbündeten Regierungen Sache der entschiedensten Nothwendigkeit. Die freie Uebereinstimmung des Reichstages mit der Reichsregierung, aber auch der Reichsregierung mit dem Reichstage, bleibt Grundbedingung des ganzen künftigen deutschen Staatsbaues. Jede Verletzung dieser Bedingung raubt alle Garantien eines gesunden Zustandes. Bei allen übrigen dem Reichsvorstande als solchem ausschließlich übertragenen Attributionen, der Kriegserklärung und dem Friedensschlusse, der Leitung des völkerrechtlichen Verkehrs, der Ernennung des Reichsministeriums u. s. w. bleibt die Ausübung der entsprechenden Rechte des Reichsvorstandes demnach in einem fortwährenden inneren Zusammenhange mit der Thätigkeit des Fürstencollegiums. Bei näherer Erwägung aller executiven Functionen, so wie sie in den betreffenden §§ 69, 71, 72 und 81 des dargebotenen Entwurfs verzeichnet sind, zeigt sich sofort, daß sich die Gemeinschaftlichkeit des Verkehrs und die Gegenseitigkeit der Beziehungen zwischen dem Reichsvorstande und dem Fürstencollegium überall geltend macht, wo vereinte Thatigkeit und gemeinschaftliches Erwägen irgend einen größeren Nutzen in gesicherte Aussicht stellt. Die Executive des Reichsvorstandes, als einer wirklich ausschließliche Thätigkeit desselben, bleibt, außer den Fällen der reinen Ausführung von gemeinschaftlich beschlossenen Maßregeln, nur da bestehen, wo die Schnelligkeit und Freiheit des Entschlusses und die Energie der Handlung unerläßlich ist: bei der Kriegsführung und in den andern verwandten Ausnahmefällen, die von dem Augenblick ihre Entscheidung fordern. Die das Fürstencollegium betreffenden Theile des dritten Abschnitts haben in Uebrigen zur Zeit auf der Grundlage beruhen müssen, daß Oesterreich gehindert ist, mit einem Theile seines Centralstaats, mit seinen deutsch-österreichischen Bundeslanden in den Bundesstaat einzutreten, der nach der Ueberzeugung der verbündeten Regierungen dem übrigen Deutschland nicht länger vorenthalten werden darf, in einen Bundesstaat mit deutschem Parlament, das in Volkshaus und Staatenhaus gegliedert ist. Sollte diese Behinderung vor dem Zusammentritt des nächsten Reichstags indeß thatsächlich gehoben sein und die Gewißheit vorliegen, daß das deutsche Reich, auf dessen glorreichen Namen der Bundesstaat nicht hat verzichten wollen, auch seiner räumlichen Größe nach in einer und derselben lebenskräftigen Vereinigung aller Bruderstämme jetzt wiederherzustellen ist, so werden alsdann auf dem Wege gegenseitiger Verständigung diejenigen Modificationen einzutreten, die der erste Paragraph des Entwurfs, bezüglich des Verhältnisses Oesterreichs zu dem deutschen Reich, in umfassender Weise vorbehält.

Der Reichstag.

Die Vertretung der Nation in einem Volkshause neben dem Staatenhause ist zum unabweislichen Bedürfnisse geworden. Die auf den Frankfurter Beschlüssen beruhende Zusammensetzung des Reichstags aus zwei Häusern ist daher geblieben; bei der Feststellung der Befugnisse beider Häuser ist jedoch der Grundsatz der gleichen Berechtigung befolgt worden, da auch das Staatenhaus, indem es zum Theil wenigstens aus der Volksvertretung der Einzelstaaten hervorgeht, die wesentlichen Elemente der Vertretung der Nation enthält, und sogar einzelne allgemeine Interessen des Volks, z. B. die wichtigen Interessen des Staatshaushalts und der Volkswirthschaft, ihre, wenn auch nicht ausschließliche, doch vorzügliche Vertretung nur im Staatenhause finden. Aus dieser Erwägung ist besonders die Bestimmung des § 101, Nr. 6, hervorgegangen. Unter der im § 1 dieses Verfassungsentwurfs, bezüglich der Verhältnisse der deutsch-österreichischen Bundesländer und deren Stellung zum deutschen Bundesstaate niedergelegten Verwahrung ist bei Bestimmung des Theilnahmeverhältnisses der Einzelstaaten an der Beschickung des Staatenhauses, im § 85 zunächst der Fall der Nichtbetheiligung Oesterreichs ins Auge gefaßt; jedoch ist im andern Falle die Rückkehr zu dem Stimmenverhältnisse und der Gesammtzahl von 192 Mitgliedern für das Staatenhaus, wie dies in § 87 der Fr. A. vorangestellt wurde, durchaus freigehalten. Daß dem Kurfürstenthum und dem Großherzogthum Hessen eine gleiche Zahl von Stimmen zugetheilt ist, wird in der beiderseitigen Stellung und Bedeutung dieser Staaten begründet gefunden werden. Die Stimmenzahl für Holstein ist hier nur mit Einschluß von Lauenburg und correspondirend zu Schleswig auf die Zahl sechs gestellt; es bleibt mithin für den Fall des Nichteintritts Schleswigs in den Bundesstaat eine neue Regelung der Stimmenzahl für Holstein und Lauenburg nothwendig, so, daß alsdann Holstein drei und Lauenburg eine Stimme, beide zusammen also vier Stimmen, wie Mecklenburg-Schwerin, erhalten werden. Im § 86 hat der Wahl durch Provinziallstände, wie sie der § 88 der Frankfurter Beschlüsse will, eine Nothwendigkeit nicht zugestanden werden können, da die als Provinziallstände in mehreren deutschen Ländern bestehenden Institute zur Vornahme dieser Wahlen wohl weniger als die allgemeinen Ständeversammlungen geeignet sind. Damit hat aber die Möglichkeit einer solchen Wahlart für diejenigen Staaten, in denen sie zweckmäßig erscheinen sollte, keineswegs ausgeschlossen werden sollen. Der letzte Satz jenes Frankfurter Paragraphen, wonach bei Vornahme der Wahlen durch zwei Kammern der Wahlact in gemeinsamer Sitzung nach absoluter Stimmenmehrheit vorgenommen werden soll, hat ebenfalls eine in die Verfassung der einzelnen Staaten minder einschneidende und die Bedeutung des Zweikammersystems weniger verletzende Fassung erhalten.

Das Wahlgesetz.

Für das Volkshaus ist die Dauer der Wahlperiode auf vier Jahre bestimmt. Daneben sind durch den angeschlossenen Entwurf eines Gesetzes für die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause, unter Festhaltung des Satzes der allgemeinen Wahlberechtigung ohne Census, zugleich Schranken gesucht worden, innerhalb deren allein der Aufbau und die Erhaltung einer dem Geiste und den Interessen des Volkes entsprechenden staatlichen Ordnung möglich ist. Die Gefahren und die Täuschungen, welche in dem allseitigen Vorwalten des arithmetischen Calculs in politischen Dingen liegen, sind hier nicht weiter zu erörtern. Ob von oben oder von unten her die gesunden Lebenselemente des Staates vernichtet werden, ist gleichgiltig. Jenen Gefahren und Täuschungen durch eine weise Abwägung und Vertheilung der politischen Rechte im Volke in möglichster Wirksamkeit zu begegnen, ist die Aufgabe, deren Lösung das allgemein gefühlte Bedürfniß von der Gesetzgebung zu erwarten hat. Die Tendenz des vorliegenden Entwurfs eines Wahlgesetzes geht dahin, mit Aufrechterhaltung des vorerwähnten Satzes der allgemeinen Wahlberechtigung ohne Census, das Destructive und absolut Schädliche des in Frankfurt beschlossenen Wahlgesetzes auszuscheiden, das in kurzen Worten dahin zusammengefaßt werden kann, daß es das gesammte Gewicht der Ausübung der höchsten politischen Rechte der Nation, aus dem Kern derselben heraus lediglich in die Massen verlegt, und die öffentliche Wahlhandlung durch die Einführung heimlicher Abstimmung mittelst der Stimmzettel ohne Unterschrift, zu einem bereiten Felde der politischen Intrigue macht. Diesem Uebelstand hat man dadurch zu begegnen gesucht, daß man der allgemein für nothwendig erachteten Qualification der Unbescholtenheit für die Ausübung des activen Wahlrechts, auch noch diejenige der Selbstständigkeit hinzu-

Digitized by Google

fügt, und den Begriff der Selbstständigkeit im § 2 des Wahlgesetzentwurfes näher definirt hat. Wenn die Berechtigung, an den Gemeindewahlen des Wohnortes Theil zu nehmen, als ein Kriterium der Selbstständigkeit hingestellt wurde, so ist man dabei von dem tief im deutschen Wesen wurzelnden Gedanken ausgegangen, daß der Staat als organisches Ganzes sich in seinen Einrichtungen seinem geschichtlichen Entwickelungsgange anschließen, daß er nach Analogie des Entstehens der Gemeinde aus der Familie und des Staates aus der Gemeinde, auch die Berechtigung seiner Mitglieder an eine gewisse Stufenfolge knüpfen muß, und daß er ohne Störung seines Organismus demjenigen in höheren Kreisen keine Berechtigung zuerkennen darf, welchem sie in niederen deßhalb versagt ist, weil seine Leistungsfähigkeit den Ansprüchen und Bedürfnissen selbst dieser niederen Kreise nicht entspricht. Es erscheint daher mit einem gesunden Staatsleben nicht verträglich, demjenigen, welcher von der Berechtigung zu Gemeindewahlen ausgeschlossen ist, die Betheiligung an den Reichswahlen einzuräumen. Die unzweckmäßige Richtigkeit dieses Princips dringt auf eine strenge und consequente Durchführung auch in solchen Landestheilen, wo bei dem Mangel gesetzlich geordneter Gemeindeverhältnisse eine Gemeindevertretung mittels Wahlen zur Zeit überhaupt noch nicht stattfindet, oder wo gewisse Güter und Grundstücke als nicht zur Gemeinde gehörig erachtet werden. Es wird hier nur derjenige als zur Wahl für das Volkshaus berechtigt angesehen werden können, welchem an dem Orte, wo er wohnt, eine Stimme der Berathung darüber zusteht, auf welche Weise den Ansprüchen des Staats an die Einwohner des Wohnorts als solche genügt werden soll. Bei Ausführung des zum Gesetze erhobenen Entwurfs des Wahlgesetzes wird es Sache der Regierungen sein, den hier ausgesprochenen Grundsatz in die Formen zu kleiden, welche den bestehenden Verhältnissen der Staaten entsprechen. Als ein weiteres Kriterium der Selbstständigkeit ist die Entrichtung irgend einer directen Staatssteuer aufgestellt. Es mag darum um so weniger ein Census gefunden werden, als diese Bestimmung je nach den Besteuerungsverhältnissen in den einzelnen Staaten zu sehr verschiedenen Resultaten führen würde. Es hat auch hier vielmehr nur der alte in Deutschlands öffentlichem Rechte gegründete, wenn auch leider oft vergessene Grundsatz festgehalten werden sollen, daß das Recht, in öffentlichen Dingen mitzurathen, von der correspondirenden Pflicht, auch die öffentlichen Lasten mitzutragen, abhängig sein muß. Der wirklich selbstständige Staatsbürger wird durch die directe Besteuerung überall getroffen werden, wo er nicht aus andern Gründen, als denen der Nonvalenz, von der directen Steuerzahlung befreit ist, oder vermöge besonderer Staatseinrichtungen überhaupt keine directe Steuer zahlt. In solchen Fällen wird aber ebenfalls die Landesgesetzgebung bei Ausführung dieses Wahlgesetzes das Nöthige vorsehen haben. Die Bestimmungen, wonach die Ausübung des Wahlrechts an den Wohnsitz und die Heimatsberechtigung geknüpft ist, der Wahlact aber durch indirecte Wahlen und in gewissen Abtheilungen der Wähler (§§ 13, 14, 15 und 16 des Wahlgesetzes) mittelst offener Stimmgebung zu Protocoll (§ 20) geschehen soll, sind wesentlich geeignet, dem Einflusse verderblicher Wahlumtriebe entgegenzutreten, der wirklichen Sinnesmeinung der Wähler einen freien Ausdruck zu verleihen und die formelle Giltigkeit der Wahlen gegen Zweifel sicher zu stellen. Die seitherigen Erfahrungen und die für die eigene Landesvertretung in den größeren einzelnen deutschen Staaten bestehenden Vorschriften mußten hier auf das sorgfältigste berücksichtigt werden, und zwar ersteres besonders auch aus dem Grunde, weil das Staatenhaus zum Theil aus den Volksvertretungen der Einzelstaaten hervorgehen soll, es also zugleich als eine dringende Aufgabe der Reichsgesetzgebung erscheint, geeignete Vorkehr zu treffen, damit auch in den Einzelstaaten die Ausübung des Wahlrechts sich innerhalb der Schranken halte, die für das vorliegende Wahlgesetz zum Volkshause bestimmend waren. Daß in volkreichen Städten, wo dieselbe städtische Gemeinde mehrere Wahlbezirke bildet, auch die Bestimmungen des § 13 über den Wohnsitz nur auf die ganze Stadt bezogen werden können, leuchtet ein.

Legislative Thätigkeit des Reichstags. Rechtliche Stellung seiner Mitglieder. Geschäftsordnung. Disciplin.

Was die legislative Thätigkeit des Reichstags betrifft, so ist es sich neben dem oben bereits erwähnten Grundsatz der gleichen Berechtigung beider Häuser als nothwendig herausgestellt (§ 101, Nr. 3), die Finanzperiode auf eine Reihe von mindestens 3 Jahren zu erstrecken, damit nicht die finanziellen Verhältnisse und der Staatshaushalt aller Einzelstaaten durch ihre Abhängigkeit von dem jährlichen Wechsel des Reichsbudgets den gefährlichsten Schwankungen ausgesetzt werden. Eine dreijährige Finanzperiode ist um so zweckmäßiger und unbedenklicher, als die Reichsregierung keine eigentliche Verwaltung zu führen hat und ihre Ausgaben sich wesentlich auf die Reichsbedürfnissen, die Marine, die Diplomatie, die Kosten der Ministerien und des Reichstags beschränken. In ruhigen Zeiten wird sie daher sehr wohl im Stande sein, ihre einfachen Verhältnisse auf einige Jahre im voraus zu ordnen und dadurch den Regierungen der Einzelstaaten die Möglichkeit gewähren, den Betrag der an die Reichskasse zu entrichtenden Matricularbeiträge mit Sicherheit zu veranschlagen. Die dreijährige Finanzperiode wird aber auch gestatten, daß bei vierjähriger Wahlperiode des Volkshauses dieselbe Versammlung zweimal die Festsetzung des Budgets vornehmen und daher die Finanzen mit größerer Erfahrung und Sicherheit ordnen kann, als solches bei einer kürzern Wahlperiode der Fall sein würde. In Ansehung der Disciplinargewalt beider Häuser über ihre Mitglieder mußte es für angemessen erachtet werden, eine Ausdehnung der Disciplinargewalt auf das Verhalten der Mitglieder auch außer dem Hause eintreten zu lassen. Eine solche der Würde des Reichstags entsprechende Ausdehnung erschien bei den großen Vorzugungen, die Art. VIII den Mitgliedern des Reichstages zutheilt, besonders nahe gelegt. Bezüglich der Geschäftsordnung hat eine völlige Unabhängigkeit der beiden Häuser, bei ihren steten Geschäftsbeziehungen unter einander, das große Bedenken, daß auf diesem Wege in einem völlig neuen Institute sehr leicht Differenzen und Schwankungen der gefährlichsten Art entstehen können. Wo ein fester unwandelbarer Gebrauch sich seit Jahrhunderten festgesetzt hat, da kann eine solche Unabhängigkeit ohne Nachtheil bestehen. Bei völlig neuen Verhältnissen wird es aber die Einigkeit und zweckmäßige Entwicklung sehr erleichtern, wenn man dafür sorgt, daß beide Häuser in der Art der Behandlung der Geschäfte und in ihren Gebräuchen nicht zu weit auseinander gehen. Dahin zielen die im § 114 getroffenen Bestimmungen. Die ausgedehnten Privilegien, welche Art. VIII (§§ 115—118) den Mitgliedern des Reichstags beilegt, werden jedenfalls Gegenstand der ernstesten und vorurtheilsfreiesten Erwägung des neuen Reichstags werden müssen, da es in keiner Weise räthlich sein und mit den Grundsätzen einer höheren Sittlichkeit und Gerechtigkeit im Einklange stehen kann, die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers zu sehr in eine Ausnahmestellung gegen die Gesetze zu bringen, wenn auch diese Privilegien als Gewähr für die Freiheit der Berathung und Beschlußnahme der Häuser zu schätzen sind. Für jetzt hat man eine Abänderung der dieserhalb gefaßten Frankfurter Beschlüsse nur insoweit für unumgänglich nothwendig gehalten, als es der öffentlichen Moral widersprechen würde, wenn darüber noch zu deliberiren wäre, ob ein auf frischer That ergriffener Verbrecher vor Gericht gestellt werden soll oder nicht.

Das Reichsgericht.

Das Reichsgericht darf als derjenige Theil der deutschen Verfassung betrachtet werden, dessen dringlichste Verwirklichung zu den unabweislichsten Bedürfnissen gehört. Der Versuch wird nie aufgegeben werden dürfen, dieses Institut als ein gemeinsames deutsches für alle dem Bunde von 1815 angehörigen deutschen Bundesstaaten in's Leben zu rufen, und damit auch wieder das Recht, als Basis des deutschen Staatslebens durch ein höchstes Organ der Rechtsprechung für die deutschen Länder unter einander zur Anerkennung zu bringen. Die verbündeten Regierungen sind von der Nothwendigkeit dieser Institution so überzeugt, daß sie derselben auch jetzt schon für ihre Verhältnisse unter einander nicht glauben entbehren zu können, und bis dahin, daß ein solches Reichsgericht verfassungsmäßig eingesetzt und organisirt werden kann, es für nöthig gehalten haben, die vertragsmäßige Unterwerfung unter ein mit den wesentlichsten Attributen des künftigen Reichsgerichts ausgestattetes Collegium von Schiedsrichtern zu einer Grundbedingung ihres Bundnisses zu machen. Die Aenderungen welche in diesem Theile der Frankfurter Beschlüsse gegenwärtig vorgenommen sind, haben sich daher auch nur auf einige wünschenswerthe nähere Bestimmungen beschränkt. Während es sich zum § 124 lit. d. wohl von selbst versteht, daß Streitigkeiten über Thronfolge u. s. w., welche sich zugleich auf nicht zu Deutschland gehörende Länder beziehen möchten, dem Reichsgerichte nicht unterliegen können, insofern dasselbe nicht ausdrücklich als zuständig von allen Theilen anerkannt würde, hat es sich als zweckmäßig und nothwendig dargestellt, unter lit. b den Zusatz zu machen: „und die Gerichte der Einzelstaaten dazu nicht competent sind.“ Man ist dabei von der Ansicht ausgegangen, daß es nicht in der Absicht liegen könne, die richterliche Competenz der Landesgerichte irgendwie durch die Competenz des Reichsgerichts zu beschränken, ebenowenig aber auch durch die Concurrenz der Zuständigkeit zweier Gerichtshöfe die Möglichkeit eines sich widersprechenden Verfahrens hervorzurufen. Aus gleichen Gründen werden ad lit. m die Klagen gegen den Reichsfiscus nicht unbedingt an das Reichsgericht zu verweisen sein. Es würde hierin eine ungemeine Erschwerung der Rechtsverfolgung liegen können, wenn z. B. eine Klage über Verletzung nachbarschaftlicher Rechte nicht im Gerichtsstande der belegenen Sache, sondern bei dem weit entlegenen Reichsgerichte anzubringen wäre, indeß die Natur der Sache in der Regel die höchste Beschleunigung fordert. Kann die Bezeichnung der hier in Frage tretenden Gegenstände füglich einer weiteren Gesetzgebung überlassen werden, so dürfte dagegen ein Gesetzentwurf über Einsetzung und Organisation des Reichsgerichts, über das Verfahren und über die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen, gleichzeitig mit dem gegenwärtigen Verfassungsentwurf dem zur Vereinbarung über denselben zu versammelnden Reichstage mit vorzulegen sein. Die Bearbeitung dieses Entwurfs wird dem von den verbündeten Regierungen einzusetzenden Bundesschiedsgerichte sofort übertragen werden.

(Schluß der Denkschrift, Grundrechte und Gewähr der Verfassung betreffend, morgen.)

Nachschrift.

** **Frankfurt**, 13. Juni. Aus zuverlässiger Quelle können wir nur leider! die in dem Hauptblatt mitgetheilte Nachricht von dem Attentat in Niederingelheim bestätigen. Zwei vierspännige Extraposwagen kamen gestern Abend halb 10 Uhr von Mainz her auf der Reise nach Kreuznach durch Niederingelheim. In einem der Wagen fuhr Se. k. Hoheit der Prinz von Preußen. Am Ende des Ortes fiel, wie vermuthet wird aus dem hochstehenden Korn, ein Schuß und verwundete einen der Postillone tödtlich. Zweck und Ziel des Attentats ist noch nicht bekannt, da man bei Abgang dieser Nachricht des ruchlosen Frevlers noch nicht habhaft geworden war.

Heute Mittag um 12 Uhr sind abermals 3000 Mann preußischer Truppen hier eingerückt, und zum Theil hier, zum Theil in Offenbach einquartiert worden. Die Truppen bestanden in vier Schwadronen des 12. (blauen) Husarenregiments, dem Füsilierbataillon des 31. Linien- und je einem Bataillon des 27. und des 31. Landwehrregiments, gefolgt von einer halben Batterie reitender Artillerie.

* **Frankfurt**, 13. Juni. Die unter dem 9. hier ausgegebene Nr. XXXII des großherz. badischen Regierungsblattes enthält Folgendes:

„Se. königl. Hoh. der Großherzog haben durch höchste Entschließung vom 3. Juni 1849 die Mitglieder des Staatsministeriums, mit Ausnahme des Präsidenten des Kriegsministeriums, Generallieutenant Hoffmann, ihrer Stellen in Gnaden enthoben.

Sodann haben Se. königl. Hoheit durch höchste Entschließung vom 6. Juni 1849 den geheimen Rath Klüber zum Staatsminister des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten ernannt;

und endlich durch höchste Entschließung vom 8. Juni 1849 auch den Generallieutenant Hoffmann, auf sein unterthänigstes Ansuchen, von seiner Stelle als Mitglied des Staatsministeriums und Präsident des Kriegsministeriums gnädigst enthoben, und andererseits den bisherigen Präsidenten des Justizministeriums, Staatsrath Frhrn. v. Stengel, als Mitglied des Staatsministeriums ohne Portefeuille von Neuem in Thätigkeit zu setzen geruht.“

* Die neuesten Nachrichten aus **Stuttgart** vom 11. sind ohne alles besondere Interesse. Eine Sitzung der Nationalversammlung hat am Montage nicht stattgefunden. Ueber den Conflict zwischen dieser und der württembergischen Kammer schweigt der „Schwäbische Merkur“ gänzlich; er scheint also bis dahin keine weitern Folgen gehabt zu haben.

L **Stuttgart**, 11. Juni. Die für heute anberaumte Sitzung der Nationalversammlung fand aus dem Grunde nicht statt, weil das Local der zweiten Kammer nach dem bekannten Beschluß vom 9. der Benutzung entzogen war. Die hiesige Reitbahn wird zum Sitzungslocal für die Nationalversammlung eingerichtet, und vielleicht schon morgen oder übermorgen die erste Sitzung daselbst stattfinden.

Darmstadt, 13. Juni. Heute Morgens 9 Uhr haben die Züge preußischer Truppen auf der Main-Neckar-Eisenbahn, auch an unserer Stadt vorüber, begonnen; mit dem ersten Convoi wurde das 38. Infanterieregiment transportirt; weitere Züge sollen heute und morgen nachfolgen.

Die gestern in Oberferöheim und nach Ostheim vorgerückten preußischen Truppenabtheilungen werden heute in Worms erwartet. (Darmst. Ztg.)

Bensheim, 12. Juni. Heute wurde der Präsident des hiesigen demokratischen Vereins, Valentin Hartnagel, gefänglich eingezogen und nach Darmstadt geführt. — Heute zog ein Bataillon kurhessische Infanterie, eine Batterie Artillerie und 2 Escadronen Cavallerie, Mecklenburger, hier durch, nachdem sie etwa eine Stunde gerastet und Wein und Brod zu sich genommen hatten, nach Birnheim. Gerüchtweise wurde hier die Nachricht verbreitet, daß in dem letztgenannten Orte die Freischärler eingebrochen seien und über alle Maßen wild hausten. Ebenso soll gestern bei Laudenbach ein braver ruhiger Bürger, Kohl von Heppenheim, von Badensern erschossen worden sein. (Dst. J.)

Mainz, 12. Juni. Wie wir vernehmen hat das großherzogl. Kreisgericht die Suspension des Advocatanwalts Dr. Zitz von seinen amtlichen Functionen gestern Abend ausgesprochen. Verhaftungsbefehle gegen denselben, sowie gegen die Herren Bamberger und Bleicher, sind schon vor einigen Tagen erlassen worden. (Mz. J.)

** **Paris**, 11. Juni. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung zeigte Präsident Dupin zunächst den Tod des Marschall Bugeaud an. Hierauf wurde zu den römischen Interpellationen, welche für die heutige Tagesordnung anberaumt waren, übergegangen. Ledru-Rollin, der die Interpellationen angezeigt hatte, stellte statt dieser den Antrag, den Präsidenten der Republik und die Minister, weil sie dem Beschluß der Nationalversammlung zuwidergehandelt und Rom abermals hätten angreifen lassen, in Anklagestand zu versetzen. Odilon Barrot vertheidigte das Ministerium. Die römische Frage, sagte er, diene nur zum Vorwand; man wolle den Präsidenten und die Minister in Anklagestand versetzen, um sich der Staatsgewalt zu bemächtigen. Möge die Versammlung entscheiden, ob die Regierung ruhig zusehen soll, wie die Oesterreicher Rom mit Sturm nehmen, schloß der Conseilpräsident seine Rede. Nachdem die Sitzung hierauf auf eine Viertelstunde unterbrochen war, ergriff nach Wiederaufnahme derselben Ledru Rollin abermals das Wort. Bei Postschluß stand er noch auf der Rednerbühne.

Die Cholera ist neuerdings wieder im Zunehmen begriffen. Abermals hat sie sich aus den Reihen der Armee ein Opfer geholt: General Rapatel ist heute von der schrecklichen Epidemie hingerafft worden.

Aus Rom sind keine neueren Nachrichten eingelaufen. Die aus den Marseiller Blättern entnommenen, welche die Erstürmung der Stadt meldeten, bedürfen immer noch der Bestätigung. Zwar schreibt die allgemeine Correspondenz: „Wir begreifen nicht, warum der „Moniteur“ die officielle Nachricht von dem Eintreffen unserer Truppen in Rom nicht veröffentlicht. Wir wissen zuverlässig, daß das Ministerium legten Samstag die Nachricht erhalten, daß unsere Truppen sich der Engelsburg bemächtigt haben. Die Triumvirn haben sich hierauf entschlossen zu capituliren.“ Allein wir sind der Meinung, daß wenn diese Angaben Grund hätten, Odilon Barrot sie ganz gewiß in der Nationalversammlung mitgetheilt haben würde.

* **Madrid**, 6. Juni. Wie man hört, wird eine zweite Expedition nach Italien abgeschickt werden. Die Bataillone dieses Corps, das eben so stark sein wird, wie das erste, sind bereits auf dem Marsch nach Barcelona.

Börsenberichte.

Amsterdam, 11. Juni. 4 Uhr. 2½ pCt. Integr. 48⅞, 49⅛. — 3pCt. Schuld 57⅛. ⅜. — 4½pCt. 75⅛. — 5pCt. Ind. à 510 Fl. Cl. 11⅝. — 3pCt. int. à 600 fl 23⅛. — 3pCt. Port. 27½. — 4pCt. do. 29½. — 5pCt. Met. 69⅛. — 2½pCt. do. 38½.

Paris, 11. Juni. Stand der Rente: 5pCt. 80. 80. — 3pCt. 50. 10. — Neapol. —. — Neue 3pCt. Span. 34. — Innere Schuld 24⅛. — Bankactien 2175. — Vier alliés, rechtes Ufer 170. — Linkes Ufer 154. — Paris Orleans 720. — Paris-Rouen 482. 50. — Orleans-Bordeaux 400. — Orleans-Vierzon 264. 75. — Rouen-Havre 230. — Marseille-Avignon 170. — Strasburg-Basel 105. — Nordbahn 460. — Paris-Strasburg 351. 25. — Römisches Anlehen 66½.

Die Geschäfte waren heute sehr unbedeutend. Alles wartet auf den Ausgang der heutigen Kammersitzungen.

Madrid, 6. Juni. 3pCt. 25⅛, compt., n. d. D. 25⅛. G., 25⅛. F. — 5pCt. 10⅛. G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matter.

Kaufmann Hermann Schwarz,
der Mitbegründer der Firma Schwarz & Co.,
ist heute im 70. Lebensjahre sanft entschlafen.

Die Beerdigung findet Montag, den 2. Oktober, um 3 Uhr nachmittags, vom Trauerhause, Kaiserstraße 12, aus statt.

Wien, am 30. September 1907.

Die Direktion und Beamtenschaft der Firma Schwarz & Co.

Am 29. September verschied nach kurzer Krankheit unser Mitglied, der Kaufmann

Herr Hermann Schwarz

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet Montag, den 2. Oktober, um 3 Uhr nachmittags, vom Trauerhause, Kaiserstraße 12, aus statt.

Wien, am 30. September 1907.

Der Vorstand

№ 140. —— Donnerstag —— den 14. Juni —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Gebiethe von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Nassau fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen auf für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: C. A. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Für England und überseeische Länder: Loysel u. Comp., Nr. 34. Kaser Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Drittel) mit Beischrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 34. Kaser-Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmid in Wien, Landstraße Nr. 388. 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 75.; 3) Postcommissär C. Florey in Leipzig; 4) Oberpostcommissär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Deutschland.

* **Frankfurt**, 13. Juni. Durch Versehen in der Abfassung der Adresse erhielt vor einiger Zeit die „Frankfurter Zeit." statt der „Frankf. Oberpostamts Z." einen officiellen Artikel des Reichsministeriums und nahm denselben in einen sofort ereirten amtlichen Theil auf. Dieses Versehen wurde im Reichsministerium alsbald erkannt und entschuldigt, und noch an demselben Tage brachte die „Oberpostamts-Zeitung" diese Artikel in ihrem amtlichen Theile. Einige Tage später gelang es der „Frankfurter Zeitung" durch ihre Verbindungen in dem Reichsministerium, einen halbofficiellen Artikel fast gleichzeitig mit der „Oberpostamts-Zeit" zum Abdruck zu erhalten. Dadurch nun ist die Meinung genährt und verbreitet worden, daß die „Oberpostamts-Zeitung" aufgehört habe, das amtliche Organ der Centralgewalt, und um deswillen zur ersten Verkündigung der amtlichen und halbofficiellen Nachrichten derselben berechtigt zu sein, und daß statt ihrer, oder vielleicht zugleich mit ihr, die „Frankfurter Zeitung" dazu anzuerkennen. — Den Lesern der „Oberpostamts-Zeitung" ist man die Aufklärung und die Bemerkung schuldig, daß der Wiederholung der Versehen, welche zu der irrthümlichen Meinung von der veränderten Stellung der „Oberpostamts-Zeitung" Anlaß gaben, Seitens des Reichsministeriums vorgebeugt worden ist.

*** **Frankfurt**, 14. Juni. Es ist hier vielfach die Meinung verbreitet, das in diesen Tagen erfolgte, durch den Aufstand in Baden und der Rheinpfalz erheischte Einrücken preuß. Truppen in hiesige Stadt habe stattgefunden, ohne daß vorher den Behörden derselben die übliche Mittheilung gemacht worden sei. Dies ist vollkommen unrichtig. Aus zuverlässiger Quelle kann vielmehr versichert werden, daß der ältere regierende Bürgermeister über die bevorstehende Ankunft k. preuß. Truppen durch den k. preuß. Residenten bei hiesiger freien Stadt ganz in derselben Weise begrüßt worden, wie dies den benachbarten Regierungen gegenüber geschehen und von diesen durch eine den Verhältnissen befreundeter Bundesmitglieder auch völlig entsprechende Bereitwilligkeitserklärung erwiedert worden ist.

2 **Frankfurt**, 12. Juni. Wenn die hiesige constituirende Versammlung nicht schon selbst auf den Gedanken gekommen sein sollte, so wollen wir ihr ein Mittel anrathen, wie ohne allen Nachtheil erhebliche Ersparnisse gegen die bisherigen Ausgaben im städtischen Etat gemacht werden. Man braucht nur alle Gehalte und sonstige Kosten, welche zur Abwehr der Landstreicher, Bettler und des Gesindels aller Art bisher verwendet wurden, zu streichen. Sie sind in der That überflüssig. Auch wenn sie wegfallen, wird die Arbeitsscheu und Bettelei nicht größer werden, als jetzt, wo die Häuser von Bettlern aller Lebensalter, den rüstigsten Personen mitunter, belagert werden, wo man keinen Fuß in die städtischen Promenaden setzen kann, oder in die Wege zu den Badeanstalten, ohne sofort von Bettlern verfolgt zu werden, die in den Hauptstraßen der Stadt als Blumenmädchen, als Strohdeckenverkäufer und unter hunderterlei Gestalten auftreten. — Es sind gewiß wohlfeile Zeiten, und es fehlt in unsern Gegenden nicht an lohnender Arbeit. Der Hang zum Müssiggange, zum Wohlleben, und die falschen Begriffe von Freiheit und Recht sind es, die auf so zudringliche Art die Mildthätigkeit ausbeuten, und damit die Mittel für die wahrhaft Bedürftigen aufzehren. — Was für ein Loos haben wir aber zu erwarten, wenn erst die Freischaaren zersprengt sein werden. Da es aber nun doch einmal nicht anders ist, so sollte man wenigstens die überflüssigen Polizeiausgaben schonen.

† **Wien**, 9. Juni. Bank- und Finanzoperationen nehmen die Tagesinteressen beinah allein in Anspruch. Die Bank hat, sicherm Vernehmen nach, in der gestern abgehaltenen Sitzung beschlossen, die noch erübrigten 49,379 Actien à 700 fl., mit Bevorzugung der jetzigen Besitzer, zu emittiren, so daß der Besitz einer Actie zur Ersteyung einer neuen berechtigen soll. Man hofft dadurch 30—40 Mill. fl. einzuziehen und ebenso den Credit der Bank als ihre Valuten zu heben. Der Finanzminister soll hierzu bereits seine Zustimmung ertheilt haben. Wie begreiflich gibt dieser Plan zu mancherlei Meinungsäußerungen Anlaß, indem die Einen an dem Gelingen desselben nicht den geringsten Zweifel hegen, die Andern jedoch in der geschmälerten Dividende und den mancherlei noch unentschiedenen Verhältnissen Bedenken finden. Beide aber vereinigen sich im lobenswerthen Zusammenwirken, die verschiedenen hierzu berufenen Potenzen anzuerkennen. — Ein Circularschreiben, von dem Erzbischof an die Kirchenvorsteher erlassen, verordnet, daß Niemand, dessen Gesinnungen dem rechtmäßigen Throne und dem politischen Gesetze der Monarchie widerstreben, mit einem geistlichen Amte betraut werden soll. — Der frühere Reichstagsabgeordnete für Stadt-Enzersdorf, Marcher, wurde neuerdings in Gewahrsam gebracht. Gegen den ehemaligen Mitarbeiter der „Constitution" Wintersberg ist vom hiesigen Criminalgericht die steckbriefliche Verfolgung eingeleitet worden. — Das Einverständniß, welches der Hofconcipist Czeremisky mit den ungarischen Insurgenten unterhielt, entbehrte aller bei solchen Dingen nothwendigen Vorsicht. Er machte einer großen Anzahl der bekanntesten Anhänger Kossuth's Mittheilungen aus der Staatskanzlei, welche geheim zu halten er durch Eid und Pflicht verbunden war, und erbot sich ihnen ferner zu dienen, sprach seine Wünsche aus für das Wohlergehen der Insurgenten, wie für den Untergang Oesterreichs u. s. w. — Seit dem 21. Mai d. J., an welchem Tage die Cholera neuerdings in Wien sich zeigte, sind bis 7. d. M. im Ganzen 73 Erkrankungen vorgekommen und darunter 24 Personen gestorben.

Preßburg, 7. Juni. Die Bewegungen verschiedener Truppenabtheilungen geschehen seit verflossenem Samstag hier in einem so scheinbaren Widerspruche, daß sie den genau Unterrichteten verwirren, daher sie die verschiedenartigsten Gerüchte hervorriefen, die aber sämmtlich auf bloßen Vermuthungen beruhen. — Gestern langten hier die Herren Minister Schwarzenberg und Giulay mit dem Dampfboote an, und heute wird der Fürst Paskiewicz erwartet. — Ein großartiges Diner für 200 Offiziere ist auf heute in dem großen Redoutensaale vorbereitet. Es soll dieses ein Verbrüderungsfest der beiden Kaiserheere werden, wie ein ähnliches auch in Wien stattfindet. — Von den 14,000 Russen, welche hierher beordert waren, sind 10,000 gegen Raab gerückt, die restirenden 4000 bilden auf der sogenannten Saubaide vor dem Orte ein Lager, das bis gestern den Neugierigen zugänglich war.

= **Berlin**, 11. Juni. Mit der so oft als nahe bevorstehend bezeichneten Freilassung der Maigefangenen scheint es nun doch nach und nach Ernst zu werden. Heute wurde wieder einer derselben, der Justizrath und Rechtsanwalt Pfeiffer, entlassen. Das gehässige Obertribunal soll etwas voreilig seine Mandanten angewiesen haben, sich nach einem anderen Mandatar umzusehen, weßwegen möglicherweise ein interessanter umfangreicher Entschädigungsprocess entstehen dürfte. Immer bestimmter erwartet man übrigens auch die baldige Entlassung von Pfeiffers Schicksalsgenossen. Es wird dies schon aus dem Umstande gefolgert, daß sie viel weniger streng von der Außenwelt, als bisher, abgeschlossen werden. Es hält nicht schwer, dieselben zu sprechen, und zwar ist nur der Gefangeninspecteur und nicht, wie sonst gewöhnlich, der Untersuchungsrichter gegenwärtig. Ja es wird behauptet, daß Collusionen bei dieser Gelegenheit gar nicht schwer sein würden. In Bezug auf den fabrikanten Schildknecht haben die Bemühungen des Localvereins zum Wohl der arbeitenden Klassen dahin geführt, daß eine Veranstaltung getroffen ist, um den Verhafteten in Stand zu setzen, Vermögensdispositionen zu treffen, namentlich in Geschäften mit seinem Werkführer zu communiciren. Am unzufriedensten sind die Gefangenen, besonders Anfangs, mit dem Arrestlocal gewesen. In den meisten Zellen war es, um von den in andern Blättern schon erwähnten Uebelständen zu schweigen, so dunkel, daß der Verhaftete, wenn er lesen wollte, einen Schemel an das Fenster rücken und auf diesem stehend lesen mußte. — In den Geschwornenverhandlungen, deren letzte am vorigen Sonnabend abgehaltene eine kleine Diebstahlssache betraf, erscheint, da Karten ausgegeben werden, ein viel anständigeres Publikum, als man bisher auf den Bänken des Zuschauerraums in den Sälen des Criminalgerichts zu sehen bekam. — Gestern war das Offizierscorps in großer Bewegung, da der Prinz von Preußen als oberster Commandirender der preußischen Truppen an den Rhein bestimmt ist. Die Ernennung des Prinzen von Hessen an Peuckers Stelle zum Reichsfeldherrn hat die unmittelbare Veranlassung gegeben. Von Peucker sagt man, daß ihm die oberste Leitung des Generalstabes unter dem Prinzen zugedacht sei. — Unsere Offiziere in Holstein haben Unglück. Kaum ist Hauptmann von Delius gefallen, so erhalten wir die Nachricht, daß eine Kanonenkugel vor Fredericia dem Leben des Majors (in Holsteinischen Diensten war er zum Obersten avancirt) St. Paul ein Ende gemacht hat. Er hinterläßt eine Wittwe mit drei Kindern. Es gehörte dieser brave Offizier dem hiesigen Alexanderregiment an, das im Lauf eines Jahres nun schon sieben Offiziere im Kampf verloren hat. — Aus Quellen, die dem Ministerium nahe sein wollen, wird heute verbreitet, es solle der Belagerungszustand, dessen Unvereinbarkeit mit der Ausübung des Wahlrechtes man bei den Februarwahlen erkannt habe, binnen acht Tagen aufgehoben werden. Die Nachricht wird sehr ungläubig aufgenommen. Wahlagitationen finden indessen auch jetzt schon trotz des Belagerungszustandes Statt, allerdings in der einseitigsten Weise, nämlich von der Partei, für die es factisch keinen Belagerungszustand gibt, von der Partei der Preußenvereine, geselligconstitutionellen Bezirksvereine, des Treubundes u. s. w. Daß sie sich zu den Wahlen organisiren, darüber möchte man hinwegsehen; aber ich kann nicht umhin, hervorzuheben, wie große Indignation es in weitern Kreisen, auch nicht demokratischen, in Berlin erregt hat, daß schon so oft während des Belagerungszustandes diese Partei, da allen anderen der Mund durch Konstabler und Kriegsgerichte verschlossen wurde, ganz öffentlich politische Demonstrationen vornehmen, sie politische Adressen und Erklärungen discutiren, beschließen und in den Zeitungen veröffentlichen durfte. Es sollte für die Dauer des Belagerungszustandes keiner Partei erlaubt sein, was man allgemein verboten hat. — Die Stadtverordneten werden ohne Zweifel schon in ihrer heutigen Sitzung sich gegen Einführung der Einkommensteuer und für Beibehaltung der Schlacht- und Mahlsteuer erklären. In der zur Begutachtung dieses Gegenstandes ernannten Commission herrscht hierüber Einstimmigkeit, und hat dieselbe in allen wesentlichen Punkten den Ansichten, welche der Stadtrath Nisch in seiner Broschüre vertreten hat, beigepflichtet. Die Capitalisten werden jauchzen über diesen Beschluß; in Betreff der untern Klassen wird aber die Frage aufgeworfen werden: ob es nicht mindestens an der Zeit sei, denselben, da sich herausgestellt, daß sie zum Stadtbaubehalt sowohl relativ, als absolut durch die Schlacht- und Mahlsteuer die größten Beiträge liefern, eine Vertretung bei den Gemeindewahlen zu Theil werden zu lassen? Dann würde diesen Klassen für ihre schwere Verpflichtung doch endlich ein Recht.

Breslau, 9. Juni. In der heute beendigten Woche sind (excl. 8 todtgeborener Kinder und eines in Folge eines Schusses gestorbenen Mannes) von hiesigen Einwohnern gestorben 268 Personen, davon an der Cholera 293. — Rector und Senat der Universität machen bekannt, daß der Professor der Rechte, zeitige Decan der Juristenfacultät, Dr. Regenbrecht, gestern ebenfalls an der Cholera verschieden ist, und widmen ihm einen ehrenden Nachruf.

o **Kreuznach**, 12. Juni. Unter großer Begleitung der Bewohner und frohen Gesängen rückten heute unsere Truppen nach der insurgirten bayerischen Rheinpfalz. Land- und Stadtbewohner wünschten den schönen und begeisterten Truppen Glück und baldige Rückkehr als Sieger. Die Oberamburg, wo Zitz mit den Mainzer Freischaaren gestern Abend noch hause, wurde von einer Compagnie des 24. Infanterieregiments besetzt. Widerstand leistete Niemand. Die, welche daselbst gehaust hatten, waren eilig und ohne Vertheidigung dieser Veste Franzens von Sickingen abgezogen. Die bayerischen Landleute begrüßten die Preußen mit Jubel als ihre Erlöser von hartem Drucke.

o **Kreuznach**, 13. Juni. Ihre kk. HH. der Prinz von Preußen und Prinz Friedrich Carl kamen in letzter Nacht hier an, und setzten heute früh gegen 9 Uhr mit dem ganzen Generalstabe zu Pferde ihre Reise nach Rheinhessen und Bayern fort. Die Truppen brachten dem Prinzen ein begeistertes Hurrah, namentlich die Reklenzer, Düsseldorfer und Magdeburger Gardelandwehr. Alle Truppen freuen sich, daß es nun zum Kampfe kommen wird, Alle sind der langen Märsche, welche sie den Demokraten zuschreiben, müde. Die ersten Gefechte dürften von unserer Seite mit größter Erbitterung geschlagen werden. Die Proclamationen des Generals v. Hirschfeld an die Rheinhessen, Badener und Bayern, sowie die an die Armee machen den besten Eindruck.

Aufruf. Bewohner von Rheinbayern und Rheinhessen! Auf Befehl meines Königs, veranlaßt durch die Aufforderung Eurer Regierungen, die bundesmäßige Hilfe zu leisten, betrete ich mit meinen braven Truppen, Euren deutschen Brüdern, heute Eure Grenzen, um Euch den durch Aufruhr und Verrath gestörten Frieden wieder zu bringen. Den wohlgesinnten Bürgern verspreche ich Schutz und erwarte von ihnen kräftige Unterstützung bei Handhabung des Gesetzes und Herstellung der Ordnung. Die Aufrührer aber, die Euch in Unglück und Verderben gestürzt haben, werde ich mit starker Hand niederwerfen, wo ich sie finde. Ihr preußischen Unterthanen aber, die Ihr durch Aufruhr und Verrath den preußischen Namen schändet und in den Reihen der Rebellen, gegen Eure Brüder kämpft, Ihr seid dem Kriegsgesetz unnachsichtig verfallen. Ihr habt die Todesstrafe verwirkt, und sie wird Euch treffen nach dem Gesetz. Hauptquartier Baumholder, den 12. Juni 1849. Der commandirende General, (gez.) v. Hirschfeld.

Aufruf an die Truppen des mobilen Armeecorps. Auf Befehl Sr. Maj. des Königs habe ich Euch an diesen fernen Grenzen unseres preußischen Vaterlandes versammelt, um Euch auf Anrufen unserer deutschen Bundesgenossen in Bayern, Hessen und Baden, in die benachbarten Lande zu führen, wo der Aufruhr tobt, die Willkür herrscht, und die Rechte und die Freiheit aller ehrlichen Leute täglich mißhandelt werden. Preußens ruhmvolle Waffen sind berufen, diesen Ländern Recht und Gesetz wieder zu bringen, Freiheit und Frieden dahin zurück zu führen. Mit Gottes Hilfe werdet Ihr diese Preußens tapfere Armee würdige Aufgabe wie Ehrenmänner lösen, zum Ruhme Eurer glorreichen Fahnen und zum Heil unseres

Ausgabe der Bücher und Zeitschriften, Bestellung der Bücher, Verwaltung der Bibliothek, Verwaltung der Kasse, Verwaltung des Archivs, Verwaltung des Inventars, Verwaltung des Gebäudes, Verwaltung des Gartens, Verwaltung des Hofes, Verwaltung des Stalles, Verwaltung des Wagens, Verwaltung des Pferdes, Verwaltung des Hundes, Verwaltung des Katzen, Verwaltung des Vogels, Verwaltung des Fisches, Verwaltung des Bienenstocks, Verwaltung des Weinbergs, Verwaltung des Obstgartens, Verwaltung des Gemüsegartens, Verwaltung des Blumengartens, Verwaltung des Rasens, Verwaltung des Teiches, Verwaltung des Brunnens, Verwaltung des Springbrunnens, Verwaltung des Wasserfalls, Verwaltung des Bachs, Verwaltung des Flusses, Verwaltung des Sees, Verwaltung des Meeres, Verwaltung des Ozeans, Verwaltung des Himmels, Verwaltung der Erde, Verwaltung des Feuers, Verwaltung des Wassers, Verwaltung der Luft, Verwaltung des Lichts, Verwaltung der Finsternis, Verwaltung der Zeit, Verwaltung des Raumes, Verwaltung der Bewegung, Verwaltung der Ruhe, Verwaltung der Kraft, Verwaltung der Schwäche, Verwaltung der Stärke, Verwaltung der Schwäche, Verwaltung der Stärke, Verwaltung der Schwäche, Verwaltung der Stärke

nd Weinheim abgereist, und will dort die am Neckar und ings der hessischen Grenze aufgestellten Corps des Heeres nd der Volkswehr inspiciren, um die vorhandenen Wehrräfte kennen zu lernen. Morgen wird er zurück erwartet. Mit ihm ist auch der Artillerieoberst Gajewsky angekomen, der sich bei Ostrolenka an Bem's Seite zu rühmlich ausgezeichnet hat. (D. Z.)

Rastatt, 9. Juni. Heute war Brentano hier, um, wie an hört, die hier gefangen sitzenden Dragonerofiziere it sich fortzunehmen und nach Rislau zu schicken; ob in olge eines Urtheils über dieselben, oder nur um sie in ne etwas leichtere Verwahrungshaft, als die hiesigen affematten gewähren, zu bringen, ist mir nicht bekannt. Vorgestern kam Bornstedt von Rislau kommend hier durch ach Illenau, woselbst er seine Gesundheit in wenigen agen hergestellt zu sehen hofft. Sein Geisteszustand ist der That derart, daß er einer gründlichen seelenärztlichen ehandlung bedarf.

⊗ **Bensheim**, 12. Juni. Bei den verschiedenen Recogoscirungen in der letzten Zeit gingen die badischen Truppen, sobald sie die diesseitigen sahen, zurück, entweder gar inen Schuß gebend, oder nur einen einzigen; so bei dem Gefechte in Hemsbach stellten sich eine große Zahl badischer Soldaten in die Keller, und nachdem die Freischaaren und die hessischen Truppen abgezogen waren, gingen e in den Odenwald, um in ihre Heimat zu eilen, und so us einer bedrückenden Lage zu kommen, die ihnen unerräglich geworden sein muß. Wie wenig auch selbst den och in Baden befindlichen Offizieren, vielleicht 10 an der ahl, während 250 den Dienst in Baden verlassen haben, ch theils im hessischen Lager, theils in Frankfurt und Mainz efinden, es Ernst ist mit unsern Truppen zu kämpfen, beeist der heutige Uebergang von 3 Offizieren und 1 Kriegsahler, die als Vorposten der Badener bei Schriesheim, eitseits Heidelberg, standen. Sie gingen von Schriesheim ach Lampertheim hinauf, und schlossen sich dort wartend iner vorbeiziehenden hessischen Reiterpatrouille an. Zwei en ihnen waren Majore und Bataillonecommandanten ei den Badenern. Der Eine heißt Eichfeld, und ist der Bruder des früheren Kriegsministers. Diese Offiziere gaben ei ihrem Uebergehen die Erklärung, daß sie deßhalb in Baden noch geblieben seien, weil sie geglaubt hätten, einwirken auf die untreuen Truppen wirken zu können, was un aber durch das Terrorisiren der Freischaaren so unmögich geworden, daß sie ihre gute Absicht aufgegeben, und aus iesem Grunde erst jetzt sich ihren diesseitigen Kameraden nschließen. — In Mannheim werden die Pferde aus dem Marstalle der Herzogin Stephanie, die sich in Mainz bendet, von den Freischaaren zu allen ihren beliebigen Zwecken ebraucht.

* **Bensheim**, 13. Juni. Hier wurden heute Morgen acht Mann Ueberläufer eingebracht, worunter zwei Gemeine. Gestern langten vier Offiziere hier an. Sie sehen, daß der Rausch drüben allmälig verfliegt und die Besinnung wiederkehrt.

Michelstadt, 11. Juni. Am 8. d. M. marschirte das Bataillon mecklenburgischer Infanterie, welches seit mehreren Tagen in Fürth und Lörzenbach einquartiert war und den Zug nach Weinheim mitgemacht hatte, nach Beerfelden und wurde da 850 Mann stark einquartiert. Auch eine Abtheilung bayerischer Jäger von 500 Mann war mitgekommen. Um 9. Vormittags kamen die Mecklenburger nach Erbach, woselbst sie Abends um 6 Uhr bei dem Verlesen einige Exrestationen dortiger Bürger vollziehen wollten. Sie trafen aber nur einen zu Hause an, welcher sofort mit 3 Mann Bedeckung in einer Chaise nach Darmstadt abgeführt wurde. Gestern Abend 5 Uhr kamen sie hier an und wurden einquartiert. Heute in aller Frühe kamen zwei mecklenburger Dragoner eilig geritten und brachten dem Commandirenden Ordre, in Folge deren das Bataillon durch Generalmarsch zusammengerufen wurde und schon um 6½ Uhr gegen Fürth abmarschirte. — Soeben, Nachmittags 2 Uhr, rückt ein Bataillon kurhessischer Infanterie mit 2 Darmstädter Geschützen hier ein, zusammen 850 Mann, welche seit acht Tagen in Dieburg einquartiert waren. Zwei Compagnien marschiren nach Erbach und die andern zwei werden hier einquartiert. (Od.)

⊁ **Offenbach**, 12. Juni. Wenn die demokratischen Vereine gegenwärtig irgendwo zusammenkommen, um unter sich eine Berathung zu halten, so nennen sie dies à la Oeffentlichkeit eine „Landesversammlung". Das klingt freilich sehr großartig, wenn auch in Wahrheit nicht viel dahinter ist. Mit einer solchen sogenannten „Landesversammlung" wurde unsere Stadt, nachdem die acht Tage vorher abgehaltene allzu spärlich besucht war, am letzten Sonntag abermals beglückt. Mit Erstaunen lasen wir in der heutigen dritten Beilage zum „Frkf. Journal" die „energischen" Beschlüsse, welche diese „Landesversammlung" faßte. Darunter befinden sich u. A.: „Die Staatsregierung hat das Vertrauen des hessischen Volkes verloren. — Das hessische Volk spricht seine Sympathie mit Baden und der Pfalz aus und mißbilligt den Kampf der hessischen Truppen als feindlich gegen die deutsche Verfassung." — Wir finden es, gelinde ausgedrückt, etwas — unbescheiden, wenn 20 bis 30 Personen sich die Machtvollkommenheit des hessischen Volkes aneignen, während sie doch nur eine Partei repräsentiren. Inzwischen circulirt hier eine Liste zu Gunsten der in dem Kampf gegen Baden verwundeten hessischen Krieger und die bedeutenden Einzeichnungen (jetzt schon über 600 fl.) bekunden, wenigstens bei einem Theil des hessischen Volkes, eine andere Sympathie, als „der Ausdruck des Willens der Landesversammlung" in den obigen Beschlüssen sie ausgesprochen.

§ **Mainz**, 13. Juni, 12 Uhr Mittags. Gestern Abend um 7 Uhr hatte der Prinz von Preußen unsere Stadt verlassen, um zu dem Armeecorps nach Kreuznach abzugehen. In Niederingelheim wurden die Pferde gewechselt. Als der weite Wagen etwa hundert Schritte von dem letzten Hause des Orts entfernt war, erhob sich plötzlich ein Mann aus einem Kornfelde, zielte, und feuerte auf den Wagen. Der Schuß traf den Postillon, welcher am Schenkel ziemlich schwer verwundet, mit Hilfe vorbeikommender Fuhrleute sofort nach Ingelheim gebracht wurde. Einer der Bedienten des Prinzen sprang gleich nach dem Schusse, auf das Sattelpferd, und im Galopp jagten die Wagen fort in der Richtung nach Bingen. Der großh. Provinzialcommissär, Freiherr v. Dalwigk, ist mit dem Generalstaatsprocurator, Herrn Parcus, bereits nach Ingelheim abgegangen, welcher Ort, Dank den Bemühungen der Demokraten, der aufgeregteste im ganzen Lande ist.

§ **Mainz**, 13. Juni, 1 Uhr Nachmittags. In Folge einer hier angelangten Staffette ist um 12 Uhr eine Schwadron preußischer Dragoner nach Niederingelheim aufgebrochen. Die Schwadron, welche eben vom Exerciren eingetroffen war, hat, ohne zu füttern, mit verhängtem Zügel die Stadt verlassen, und schließt man daraus auf wichtige Nachrichten, welche dem Gouvernement zugegangen sein müssen.

Wiesbaden, 12. Juni. Das heute erschienene „Verordnungsblatt des Herzogthums Nassau" verkündigt ein herzogl. Decret, wonach der Herzog auf Antrag des Staatsministeriums (Wintzingerode) beschlossen hat, die Sitzungen der Ständeversammlung, welche durch allerhöchste Entschließung vom 8. d. M. auf acht Tage unterbrochen worden waren, auf weitere vier Wochen, bis zum 14. Juli d. J., zu vertagen. Sodann enthält das Verordnungsblatt eine Bekanntmachung des Staatsministeriums über die aus 30 Gemeinden des Herzogthums in der letzten Zeit an die Regierung gerichteten bekannten Anträge. Se. Hoh. der Herzog haben diese Eingaben zu verfassungsmäßiger Erledigung an das Staatsministerium überwiesen, welches öffentlich vor dem ganzen Lande denjenigen, welche zu den Anträgen und Beschlüssen jener sämmtlichen Eingaben mitgewirkt haben, in Folgendem die Entschließung der herzogl. Regierung eröffnet:

„Diese hat sich rückhaltlos derjenigen Reichsverfassung angeschlossen, welche aus den Beschlüssen der Nationalversammlung zu Frankfurt hervorgegangen ist. Von den Gesinnungen, welche sie dabei geleitet haben, wird sie nicht weichen. Sie wird aber vor Allem festhalten, daß die Erlassung der Einzel-Verfassungen die Grundlage der Reichsverfassung bildet, daß also, wenn es in anderer Weise nicht möglich ist, diese endliche Gestaltung auch mit Abänderung einzelner Bestimmungen jener Reichsverfassung erreicht werden muß. Die Regierung wird zu solchen Aenderungen nur in einer Weise und in Wegen mitwirken, welche den Rechten, der Lage und Wohlfahrt des Landes und insbesondere der Stellung der Landstände in allen Landesverfassungsfragen vollständig entsprechen. Die Nationalversammlung, welche sich von Frankfurt nach Stuttgart verlegt hat, ist durch ihre an letzterem Orte von einer geringen Anzahl noch anwesender Mitglieder seit dem 5. d. M. gefaßten Beschlüsse augenscheinlich aus ihrem jetzigen Berufe und aus aller gesetzlichen Bahn getreten. Sie hat in Erneuerung einer Regentschaft für Deutschland einen Weg genommen, welcher, wenn er überhaupt Folgen haben könnte, Deutschland unausbleiblich nicht zur Einheit und Freiheit, nicht zu einer wirksamen Reichsverfassung führen, sondern in die Verwüstungen des Bürgerkriegs und in gänzliche Zerrüttung stürzen würde. Deßhalb ist es die Pflicht der Regierung, die von der Nationalversammlung zu Stuttgart gefaßten oder die ferner von ihr ausgehenden Beschlüsse nicht anzuerkennen. Das der Aufstand in dem Großherzogthum Baden nicht die Durchführung der Reichsverfassung zum Zwecke gehabt hat, sondern unter diesem Vorgeben andere, sogar die Selbstständigkeit und Einheit Deutschlands gefährdende Richtungen verfolgt, ist keine Frage. Diejenigen Reichstruppen, welche für die Herstellung der Ordnung in Baden und dem ihm zugetretenen Rheinbayern verwendet sind, vollziehen demnach lediglich eine reichsverfassungsmäßige Obliegenheit Deutschlands. Mit diesen Erklärungen erledigt die herzogliche Regierung die Ziffern 1, 2, 3, 4 und 9 der von der vorgestrigen Versammlung zu Ittstein ausgegangenen Eingabe. — Hinsichtlich deren übrigen Inhaltes verweist die Regierung auf das so eben mit ständischer Zustimmung erlassene und in Vollziehung begriffene Bürgerwehrgesetz, welches allein maßgebend ist. Sie erklärt hinsichtlich der nachgesuchten allgemeinen Amnestie für alle wegen politischer Vergehen Angeschuldigte und Verurtheilte, daß sie niemals in dieser Weise in den Beruf der Gerichte eingreifen wird, und daß Seine Hoheit der Herzog nur in einzelnen geeigneten Fällen, Ausnahmen von der Vollziehung der von den Gerichten erkannten Strafen im Wege der Begnadigung bewilligen. In der Zumuthung, in einem andern als dem von der Landesverfassung vorgeschriebenen Wege der Vereinbarung zwischen Regierungen und Ständen Abänderungen in der bisherigen Verfassung, wie diese sich in selbiger seit und auf Grund der im März 1848 ertheilten Zusicherungen Sr. Hoheit des Herzogs und in dem darauf verfassungsmäßig erlassenen neuen Gesetzen ausgebildet hat, zu bewirken, liegt eine Aufforderung an die Regierung zu einem Bruche der Landesverfassung. Daß zu einer solchen Verletzung aller Pflichten die Regierung die Hand nicht bieten wird, darauf darf das ganze Land mit vollem Vertrauen bauen, ebenso auch mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß ihm die Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Ruhe und Ordnung, also den Gesetzen Achtung und Gehorsam verschaffen und anarchische Bestrebungen mit Ernst unterdrücken wird. Wiesbaden, den 12. Juni 1849. Herzogl. Nass. Staatsministerium Wintzingerode."

Bremen, 10. Juni (Vorberathung der Abgeordneten der Volksvereine und Gemeinden.) Es sind hier heute mit Vollmachten versehen hundert und zehn Abgeordnete von Vereinen und Gemeinden des Königreichs Hannover zusammengetreten, namentlich viele Landgemeinden hatten Vertreter gesandt, am stärksten vertreten waren die Provinz Bremen, Ostfriesland und die Stadt Celle. Der hiesige demokratische Verein hat den Abgeordneten seinen sehr geräumigen und festlich geschmückten Saal zur Verfügung gestellt. Zu Anfang der Vorberathung wurde eine von Dr. Gerding und Dr. Matthäi entworfene Geschäftsordnung angenommen, dann zur Wahl der Präsidenten geschritten; sie fiel auf Gerding und Freudenthal. Später wurde eine Redactionscommission ernannt, um die gleichartigen Anträge zu verschmelzen und den Gang der Verhandlungen abzukürzen. Am Schlusse der Sitzung begrüßten der Präsident des demokratischen Vereins und der Präsident des Bürgervereins Wischmann die Abgeordneten und wünschten ihren Arbeiten einen erfreulichen, dem Vaterlande wünschenswerthen Erfolg. (Brem. Z.)

Italien.

⊁ **Rom**, 3. Juni. Ganz wider Erwarten wurden wir diesen Morgen schon vor 5 Uhr durch den Beginn des Kampfes aus dem Schlafe geweckt. Noch jetzt um 10 Uhr dauert das Feuer fort; doch ist es nie sehr heftig gewesen. Der Angriff der Franzosen scheint wirklich erst auf morgen festgesetzt zu sein, der heutige Kampf nur eine Vorbereitung, wahrscheinlich um das Belagerungsgeschütz zu postiren. Ich schließe dies daraus, daß schweres Geschütz, wenn nicht alles täuscht, nur von Seiten der Römer angewendet wird. Die Zahl der Verwundeten mag schon jetzt nicht unbedeutend sein. Der Hauptkampf ist unmittelbar bei Porta Pancrazio, die nach Villa Pamfili führt. Einige Kanonenschüsse wurden vom Aventin und Janiculus gegen S. Paolo hin, andere in entgegengesetzter Richtung vom Castell S. Angelo und Porta Angelica, nur wenige von der Bastion der Vaticansgärten abgefeuert. — 2 Uhr Mittags. Das Feuer dauert in der frühern Weise fort. Ein Resultat ist noch nicht ersichtlich. Die Franzosen scheinen die ganze Stadt umzingeln zu wollen, indem sie das Netz von zwei Seiten zuziehen. Doch hat vor den Thoren des linken Tiberufers der Kampf noch nicht begonnen. Morgen wahrscheinlich die Entscheidung.

⊁ **Rom**, 4. Juni. Erst gegen 9 Uhr ward gestern Abend das Feuern eingestellt. Während der Nacht herrschte Ruhe. Heute seit 9 Uhr Vormittags lassen sich wieder einzelne Kanonenschüsse von Seiten der Römer und nur selten ein schwaches Trailleurfeuer vernehmen. Der gestrige Tag muß den Römern gezeigt haben, daß Infanterieangriffe zur Verhinderung der französischen Schanzarbeiten unverhältnißmäßig vieles Blutvergießen kosten. Ohnehin haben sie den Büchsen und Spitzkugeln der französischen Jäger nicht einmal gleiche Waffen entgegenzusetzen. Daher kommt es, daß die Römer, obwohl sie mit Garibaldi an der Spitze sich hartnäckig gewehrt und den Franzosen zu schaffen gemacht haben, doch schließlich im Nachtheil geblieben sind. Garibaldi hat allein 12 Offiziere, und darunter 3 seiner besten, auf dem Felde gelassen. Verwundete und Todte der Römer werden auf 5—600, von manchen noch höher angegeben; auch an Gefangenen sollen sie eine ziemliche Zahl verloren haben. Dieser große Verlust findet seine Erklärung zum Theil auch darin, daß die Franzosen ihrem Zweck zufolge, die Schanzarbeiten zu decken, sich meist in sicherer Stellung in der Defensive halten konnten. Ihre Ruhe erregt hier große Bewunderung. Denn auch hier, wie in den oberitalischen Feldzügen, glauben die Italiener, daß der Lärm wirken müsse. Die Kanonen haben manche Kugel unnütz nach Punkten verschossen, die nur von wenigen Mann Franzosen besetzt waren, zur großen Belustigung der letzteren, wie früher der Oesterreicher. Diese, sowie die Neapolitaner, sollen sich Rom bis auf die Entfernung eines Tagemarsches genähert haben, so daß im Volke sich das Gerede bildet, man werde den Oesterreichern die Thore öffnen, nur um den Franzosen den Willen nicht zu thun. Auf keinen Fall kann es der Eitelkeit der Franzosen schmeicheln, wenn diese noch an der Eroberung Roms Theil nehmen müßten. Die Sympathien für Frankreich sind jetzt ohnehin gänzlich verscherzt; und in dem ob gen Gerede liegt wenigstens die Wahrheit, daß man den offenen Feind mehr achtet, als den falschen Freund.

Turin, 7. Juni. Eine telegraphische Depesche von Genua meldet, daß sich die Franzosen mit den Römern noch am 3. bis Abends 5 Uhr schlugen. Die Franzosen hatten die Villa Corsini (innerhalb der Porta S. Pancrazio) genommen, wieder verloren und wieder genommen. Details fehlten.

Frankreich.

** **Paris**, 11. Juni. Der Antrag Ledru Rollin's auf Versetzung des Präsidenten der Republik und der Minister in Anklagestand ist mit 361 gegen 203 Stimmen verworfen worden.

Nachschrift.

** **Frankfurt**, 14. Juni. Die Nr. XXXIII des großh. badischen Regierungsblattes enthält eine Bekanntmachung, die deutsche Nationalversammlung betreffend, folgenden Inhalts: „Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Da der unlängst von Frankfurt nach Stuttgart übergesiedelte Theil der Nationalversammlung durch eben diese Uebersiedelung die Grundlage der Berufung und des rechtlichen Daseins der Nationalversammlung selbst aufgegeben, und jener Rest der Versammlung seitdem überdies den Weg des Aufruhrs eingeschlagen hat, so vermögen wir in demselben die deutsche Nationalversammlung nicht mehr anzuerkennen, und indem wir dieses hierdurch erklären, betrachten wir zugleich die Vollmachten der dabei noch befindlichen badischen Abgeordneten als erloschen. Beschlossen im großh. Staatsministerium zu Mainz, den 12. Juni 1849. Leopold. Rüder. Stengel."

Börsenberichte.

⊥⊥ **Frankfurt**, 11. Juni. Das Fallen sämmtlicher Papiere, namentlich der Bankactien zu Wien am 13. d. M., veranlaßte auch an hiesiger Börse einen weiteren merklichen Rückgang aller österreichischer Fondsgattungen, 5pCt. Met. fielen seit gestern um 1pCt, von 72½ auf 71½, pCt im Cours zurück, 2½pCt. Metall. bleiben 35½ pCt., Wienerbankactien 1025 Br., ohne Nehmer, 500 fl. Loose 120½ pCt. G., 250 fl. Loose 72 pCt. G. Von den übrigen Anlehenslosen waren Kurhess. 40 Rthlr. Loose fest, 20½ Rthlr. G., Bad. 35 fl. Loose 23½, ½ fl., do. 50 fl. Loose 46½ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 23 fl., do. 50 fl. Loose sehr gefragt 72½, fl. G., Nassauer 25 fl. Loose 20½ fl., Poln 500 fl. Loose 72½ Rthlr. Süddeutsche Obligationen preishaltend. Von belgischen Obligationen stellten sich 2½pCt. beh. 41½, do. 4½pCt. 81½, do. 5pCt. 88½ Fr. Holl. 2½pCt. Intzgr. 49½, pCt. G. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 31½ Rthlr, Berbach minder fest 69½, pCt., Rhein-Nassau 77½, pCt Taunus gesuchter 278 fl. pCt. inkl. Spanschlesien 21½, pCt Von Wechseln Amsterdam 101, Augsburg 120½, Berlin 105½, Leipzig 105½, London 121½, gemacht, Mailand 100½, Hamburg 88½, Paris 95½, Br., Wien 97½. Der Umsatz im Allgemeinen in sämmtlichen Devisen unbedeutend.

Berlin, 12. Juni. Staatsschuldscheine 79½, Br., Seehandlungs-Prämienscheine 100½, etw. bez., Bankantheile 88½, Br. Berlin-Hamburg 60½, G., Köln-Minden 77 bez., Friedrich-Wilh.-Nordbahn 34½, u. ½, bez., Rhein. 43 bez., Thüring. 49 Br., 48½, G., Kurh. bei Stieglitz 81 G., 5. 81 Br., Pos. 500 fl. Loose 71½, Br. ½ B.

Die Börse bleibt geschäftslos, die Course der Fonds und Actien, im Allgemeinen matt, behaupten sich doch im Ganzen ohne wesentliche Veränderung.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Reiter.

Verschiedenes.

1927 **Klavierunterricht-Ertheilung.**
Eine Dame, welche mehrere Jahre als Lehrerin am Conservatorium in Leipzig thätig war, ertheilt Unterricht im Clavierspiel nach der Methode des Conservatoriums. Gefällige Offerten unter Chiffre A. 1927 in Haasenstein und Vogler's Annoncen-Expedition, Leipzig, erbeten.

1928 **Ein Lehrer** mit guten Zeugnissen, der Lust hat, Unterricht in Latein, Griechisch und Mathematik zu ertheilen, wünscht eine Stelle als Hauslehrer. Gefällige Offerten unter Chiffre A. 1928 in Haasenstein und Vogler's Annoncen-Expedition, Leipzig, erbeten.

1929 **Ein Lehrer** mit guten Zeugnissen, der Lust hat, Unterricht in Latein, Griechisch und Mathematik zu ertheilen, wünscht eine Stelle als Hauslehrer. Gefällige Offerten unter Chiffre A. 1929 in Haasenstein und Vogler's Annoncen-Expedition, Leipzig, erbeten.

**

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nro. 140.) 14. Juni 1849.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Aus Nord-Schleswig, 10. Juni. Gestern ist wider Erwarten das russische Kriegsdampfboot „Ottwachai" mit dem Flügeladjutanten des Czars, Glazenap, in Alsen angekommen; am 5. hat es Reval verlassen. Auf Fühnen sollen ebenfalls einige russische Kriegsdampfboote angekommen sein, während die eigentliche Escadre noch zu erwarten ist. Die Vorbereitungen zum Angriffe auf Alsen sind diesseits seit einiger Zeit so gut wie beendet und es wäre traurig, wenn wir durch diese russische Demonstration die Besitzergreifung dieser Insel, welche als der Schlüssel der Herzogthümer anzusehen ist, aufgeben müßten. Auch die Seerüstungen Schwedens sind in diesem Jahre scheinbar umfassender, als gewöhnlich, indem nicht nur eine Uebungs-Escadre, sondern eine kleine Flotille ausgerüstet wird. Es ist zwar bekannt, daß König Oskar in Bezug auf die deutsch-dänische Streitfrage anders gesinnt ist, als das schwedisch-norwegische Volk; aber wir bezweifeln es, daß es demselben trotz aller Bemühungen gelingen werde, einen deßfalls günstigen Beschluß des Storthings zur bewaffneten Intervention für Dänemark zu erwirken, weil dieser Krieg in Schweden-Norwegen höchst unpopulär ist. Deßhalb sind dies vorläufig nur Scheinrüstungen.

Im Lager vor **Fridericia** stehen die Dinge wesentlich noch so, wie sie seit der Erstürmung und der Besitznahme des dänischen Blockhauses sich gestaltet haben. Die Laufgräben rücken der Festung zwar immer näher, jedoch suchen die Dänen bei dem diesseitigen säumigen Verhalten durch ihre bei **Strib** an der Küste Fühnens errichteten schweren Batterien unsere Schanzarbeiten aufzuhalten. Die Katastrophe ist an dieser Position bereits überreif, und wir hegen die Vermuthung, daß, wenn sich bei Fühnen endlich ein russisches Kriegsschiff drohend hinlagern sollte, an eine Einnahme Fridericia's nicht zu denken sein wird. In **Nordjütland** verweilt die Operationsarmee, welche unter unmittelbarer Leitung des Höchstcommandirenden, Generallieutenant v. **Prittwitz**, steht, noch in ihren seit dem 31. v. M. eingenommenen Cantonnements. Das General Rye'sche Truppencorps hat Verstärkungen an sich gezogen und steht jetzt in der Richtung von Aarhuus nach Randers, gedeckt von Kriegsschiffen und Kanonenböten, in einer Stärke von 20,000 Mann.

Orla Lehmann, welcher jüngst bei der Statthalterschaft um seine Auslieferung nachsuchte, indem seine Frau in Kopenhagen schwer erkrankt sein soll, hat jetzt auf Verlangen des Generallieutenant von Prittwitz seine Freiheit erhalten und ist über Alsen nach Kopenhagen gereist. Derselbe wurde sowohl in Schleswig als in Rendsburg übrigens, wie es Deutschen geziemt, human behandelt.

Wir erfahren so eben, daß an Stelle des leider der jungen schleswig-holsteinischen Armee zu früh verstorbenen Oberst St. **Paul** der eben so kriegstüchtige und brave Oberst von **Jastrow** zum Commandeur der beiden Infanteriebrigaden und der Major von **Gersdorf** (beide früher in preußischen Diensten) zum Commandeur der Avantgarde ernannt worden. (D. Ref.)

Schleswig, 9. Juni. Der Departementschef v. Harbou hatte in der gestrigen Sitzung der Landesversammlung die vorgestern gestellte Interpellation des Eisenbahndirectors Olshausen wegen der Ergänzungswahlen zur deutschen Nationalversammlung und der Wahlen zur künftigen Reichsversammlung beantwortet, sich hierbei indeß darauf beschränkt, näheren Angaben über das Thatsächliche die Bemerkung hinzuzufügen, daß die Wahlangelegenheit unverkennbar mit den übrigen politischen Fragen in Verbindung stehe und daß die bisherige Unthätigkeit der Regierung durch die Umstände gerechtfertigt werde. Th. Olshausen stellte nun heute den Antrag, daß die Statthalterschaft aufzufordern sei, die Wahlen beiderlei Art ungesäumt zu veranstalten. Die für diesen Antrag theilweise in Anspruch genommene Dringlichkeit wurde indeß bei Namensaufruf mit großer Majorität abgelehnt und darauf der Antrag dem zur Begutachtung der Declaration der Statthalterschaft bestellten Ausschuß überwiesen. (B.-H.)

Ueber das Gefecht am 6. Juni auf der **Düppeler Höhe** zwischen den Reichstruppen und den Dänen sind in Braunschweig der „Deutschen Reichszeitung" zufolge noch folgende officielle Nachrichten eingegangen, welche mit Beziehung auf unser gestriges Schreiben mitgetheilt werden. Das Feuer der Dänen wurde um 10 Uhr Morgens auf die diesseitigen Schanzarbeiter begonnen. Auf Vorposten befanden sich das 1. Bataillon Braunschweig, das Bataillon Waldeck und ein herzogl. nassauisches Bataillon (in Reserve). Das erste Bataillon erwiderte das Feuer der Dänen nicht allein bald, sondern drang so lebhaft vor, daß die dänischen Vorposten sich zurückziehen mußten. Namentlich soll die Compagnie des Hauptmann Isendahl lebhaft vorgegangen und erst ganz in der Nähe des Brückenkopfes durch eine stärkere Abtheilung des Feindes aufgehalten sein. Der Feind brachte alsdann 6 Espignolen ins Feuer und ging verstärkt aus dem Brückenkopfe hervor, so daß unsere Vorposten ihre Stellung, unterstützt vom schweren Geschützfeuer, wieder einnahmen. Auf dem diesseitigen äußersten linken*) Flügel war das Feuer der Dänen von dem gestern erwähnten Gehöft aus äußerst lebhaft und nicht zum Schweigen zu bringen. Der hierauf von den Lieutenants von Frankenberg und Koch mit ihren Tirailleurs ausgeführte Angriff geschah mit solcher Keckheit, daß die preußischen Festungsartilleristen in den Schanzen auf die Brustwehren sprangen und in das Hurrah der Braunschweiger einstimmten. Auf ähnliche Weise wurde später von der braunsch. Infanterie auch noch ein zweites weiter vorliegendes Gehöft genommen und niedergebrannt. Die officiellen Verlustlisten sind noch nicht eingegangen, doch werden sie, Streifschüsse ausgenommen, auf 5 schwer und 4 leicht Verwundete angegeben.

*) Hiernach beruht die frühere Mittheilung, daß es auf dem rechten Flügel gewesen, auf einem Mißverständnisse.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 14. Juni. „Wir sehen mit tiefem Bedauern, daß jetzt von Berlin aus dasselbe Spiel gegen Bayern getrieben wird, das früher von Frankfurt aus so lang unterhalten wurde; und es thut uns leid, auch jetzt wie damals die „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" unter den Blättern zu finden, welche sich zu Organen der gegen Bayern ausgestreuten Entstellungen von Thatsachen oder geradezu aus der Luft gegriffenen Unwahrheiten, nicht selten auch Verdächtigungen hergeben." Mit diesen Worten hebt ein unter der Aufschrift „zur Berichtigung und Abwehr" in der „Neuen Münchener Zeitung" abgedruckter Artikel an. Je mehr wir das Bewußtsein haben, seit Monaten hinter den Besten nicht zurückgeblieben zu sein in dem offenen, ernsten und aufrichtigen Bestreben, zwischen den entgegenstehenden Grundsätzen zu vermitteln und zwischen den Parteien zu versöhnen, um die Wiedergeburt des Vaterlandes aus dem wilden Chaos der Gegenwart zu ermöglichen, um so ungerechter trifft uns jener Vorwurf der „Neuen Münchener Zeitung". Absichtliche Unwahrheit oder gar Verdächtigungen uns nachzuweisen, wird man sich vergebens bemühen. Das sind die Mittel nicht, die zum Sieg führen; es ist vielmehr der sittliche Ernst, der die Sache nicht mit der Person, den Gedanken nicht mit seinem Träger vermengt; dieser Grundsatz hat uns bisher geleitet und soll ferner so thun. Für den Unbefangenen kann gerade der von der „Neuen Münchn. Ztg." angegriffene Berliner Correspondenzartikel der „Oberpostamtszeitung" am wenigsten eine Unehrlichkeit oder eine Gehässigkeit involviren. Wir haben ihn als ein Anzeichen naher vollkommener Einigung der größern deutschen Regierungen um so lieber aufgenommen, als er von unserem ⚘Berichterstatter herrührte, der seine Mittheilungen aus authentischer Quelle zu schöpfen pflegt, uns immer Zuverlässiges berichtet hat, und dessen Parole „Versöhnung" ist, die er auch in dem angegriffenen Artikel wieder vernehmen läßt. Der berichtigende Aufsatz der „Neuen Münchener Zeitung" lautet weiter:

„Aber nicht gleichgiltig kann es uns sein, wenn wir die einseitigen Wünsche jener Partei als vollbrachte Thatsachen hinstellen sehen; nicht gleichgiltig kann es uns sein, wenn durch Ausstreuung falscher Thatsachen und offenbarer Unwahrheiten das politische Verhalten unserer Staatsregierung in ein falsches Licht gestellt, die öffentliche Meinung auf jede Weise irre zu führen gesucht wird. Ganz Bayern und Deutschland haben vernommen, in welch' bestimmter Weise und auf welch' gewichtige Gründe gestützt, unsere Staatsregierung durch das Organ des Herrn Ministers des Aeußern Dr. v. d. Pfordten in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 4. Juni die Ablehnung des Berliner Verfassungsentwurfes in seiner jetzigen Gestalt ausgesprochen hat. Die „Frankfurter Oberpostamtszeitung" weiß dies so gut als wir, deßungeachtet bringt sie in ihrer Nummer vom 9. Juni einen damit im schreiendsten Widerspruche stehenden Artikel aus Berlin vom 7., in welchem die Unwahrheit mit einer ganz besonderen Keckheit aufgetischt wird. Der Verfasser dieses Artikels versichert „aus guter Quelle" mittheilen zu können, daß der „außerordentliche bayerische Botschafter" General v. d. Mark in der deutschen Angelegenheit zu Berlin Erklärungen abgegeben habe, die „den Umständen nach sehr befriedigend" seien. „Wenn auch Bayern — heißt es dann weiter — an engern Beziehungen zu Oesterreich festzuhalten geneigt ist, so scheint es doch vollständig bereit zu sein, der Macht der Thatsachen und Ereignisse Rechnung zu tragen, so daß an einem baldigen Beitritt Bayerns nicht zu zweifeln sein möchte." Das heißt denn doch der Wahrheit gar zu keck in's Gesicht schlagen. Niemand wird sich durch solche Erfindungen täuschen lassen. Wir können aufs Bestimmteste versichern, daß nach wie vor von einer Annahme des Berliner Verfassungsentwurfs in seiner jetzigen Gestalt von Seite Bayerns weder die Rede ist, noch sein kann; daß die Sendung des Herrn Generals v. d. Mark nach Berlin durchaus keine politischen, sondern rein militärische Fragen zum Gegenstand und Zweck hatte; daß also hieraus schon erhellt, daß derselbe Erklärungen in der deutschen Verfassungsfrage, wie die „Frankf. O.-P.-A.-Z." sie angibt, weder so, noch in irgend einer Art abgeben konnte, auch nicht abgegeben hat. Die militärischen Fragen, deren Besprechung ihm oblag, betreffen aber die Regelung der auf den Grund der bundesgesetzlichen Bestimmungen im Zusammenwirken auszuführenden Operationen zur Wiederherstellung von Ordnung und Gesetz in denjenigen Theilen Deutschlands, wo solche in der jüngsten Zeit gewaltsam und durch offenen Aufruhr zerstört und mit Füßen getreten worden sind. Es handelt sich dabei namentlich keineswegs, wie man gleichfalls von Berlin aus in die Welt zu schicken beliebte, um Herbeirufung eines einseitigen Einrückens preußischer Truppen in die bayerische Pfalz gegen die dortigen Rebellen; im Gegentheile hatte die Sendung des Herrn Generals von der Mark gerade mit zum Zwecke, einem solchen einseitigen Einschreiten Preußens, von dem man indessen jetzt doch berichtet, vorzubeugen. Die eben jetzt von Nürnberg aus stattfindenden bayerischen Truppenmärsche nach dem Rhein geben dazu den besten Commentar. Wir glauben, das Vorstehende ist klar und bestimmt genug, um jeden Zweifel über die Grundlosigkeit der Angaben der „Frankfurter Oberpostamts-Zeitung" zu heben. Bayern wird die entschiedene Haltung, mit der es jeden Versuch zur Vergewaltigung Deutschlands durch Bildung eines Kleindeutschland, von welcher Seite er auch gemacht werden möchte, mit Festigkeit entgegentritt, in Zukunft wie bisher zu behaupten wissen. Bereit wie es ist, stets seine Bundespflichtungen gegen Deutschland, gelte es der Bekämpfung innerer oder äußerer Feinde desselben, treu und gewissenhaft zu erfüllen, mit ganzer Macht und im Vereine mit den andern Bundesgliedern für dasselbe einzustehen, steht ihm, Dank dem gesunden Sinne seines treuen und kernhaften Volkes — auch das Bewußtsein der vollen Verfügbarkeit seiner ganzen Kraft zur Seite. Noch steht Bayern fest auf eigenen Füßen, und der Tag wird so bald nicht kommen, an dem es seine Hilfe, wo es auch sei, bethein, oder sich von irgend wem das Gesetz vorschreiben lassen müßte. Mit Bayern fiele auch Deutschland, und wer daher sagt, Gott erhalte Bayern! sagt eben damit auch, Gott erhalte Deutschland!"

†* **Frankfurt**, 13. Juni. Ein heute in der „Oberpostamts-Zeitung" abgedruckter Artikel der „Allgemeinen Zeitung" unter dem Datum München den 10. Juni stellt eine directe Requisition seitens der bayerischen Regierung um die Hilfe Preußens bei den zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung in der Rheinpfalz nöthigen militärischen Operationen in Abrede. Obgleich der Correspondent seine Quelle eine sichere nennt, muß jener Behauptung dennoch auf das Bestimmteste widersprochen werden. Die Ereignisse der letzten Wochen, in denen Süddeutschland das Opfer eines der Civilisation Vernichtung drohenden Aufruhrs geworden ist, ohne daß zur Unterdrückung desselben von Seiten Badens, Bayerns oder Württembergs irgend etwas, sei es nun selbstständig oder auf Veranlassung der provisorischen Centralgewalt, geschehen wäre, die Thatsache, daß jene Regierungen so wie die Centralgewalt auch jetzt noch nicht, weder in diesem Augenblick noch in den nächsten Tagen irgendwie Ernstliches gegen den Aufruhr zu unternehmen im Stande sind, dies alles beweist zur Genüge die Nothwendigkeit der preußischen Intervention. Die bayerische Regierung hat diese Nothwendigkeit auch vollkommen eingesehen, indem sie Preußens Hilfe, wie gesagt, in Anspruch nahm. Preußen hätte hoffen dürfen, daß ihm die Leute, die aus sicherer Quelle in München schöpfen, für die erbetene und gewährte Hilfe dankbar gewesen wären; daß man aber statt des Dankes unbestreitbare Thatsachen in kleinlicher Weise in Abrede stellt, um sich das Ansehen einer nicht vorhandenen Selbstständigkeit zu geben, muß im höchsten Grade befremden erregen.

** **Frankfurt**, 14. Juni. Die „Deutsche Zeitung" glaubt die in unserer gestrigen Beilage über die bevorstehende Gothaer Versammlung gegebene Mittheilung in einem Punkt berichtigen zu müssen: „es sei nämlich den Einladenden niemals eingefallen, daß die Versammlung in Gotha unter den Auspicien des Hrn. v. Radowitz verhandeln und von ihm die Eventualitäten sich solle andeuten lassen, welche die Verwerfung des dargebotenen Entwurfs zur Folge haben könnten." Dies zu behaupten, ist unserem Berichterstatter „niemals eingefallen"; der zu jener Berichtigung in der „Deutschen Ztg." sich berufen Glaubende möge den angefochtenen Artikel der „O.-P.-A.-Z." noch einmal lesen und er wird finden, daß es seiner Berichtigung durchaus nicht bedurfte. Unser Berichterstatter hat in seinem Artikel — und das wird ihm doch erlaubt sein? — nur den Wunsch zu erkennen gegeben, Hr. v. Radowitz möge sich in der angedeuteten Weise an der Gothaer Versammlung betheiligen.

† **Wien**, 10. Juni. Die Kriegsoperationen an der untern Donau erwecken bei den competenten Beurtheilern kein geringeres Interesse, als jene in unserer Nähe. Man ist über die Stellung des Banus nicht ganz ohne Sorge, wenn gleich seine hervorragenden Eigenschaften und die Anhänglichkeit der ihm zugewiesenen Bevölkerungen großes Vertrauen erwecken. Berichte aus Waradin melden, daß ein ungarisches Armeecorps, 20,000 Mann stark, die Grenze des Baranyer Comitats bereits überschritten habe. An der Drave sei Alles auf den Beinen. Im Tschaikistendistrict stehen nebst Knicanins Truppen, die außer den Serbianern aus Bosniern und Kikindaern bestehen, 4 Brigaden regulärer Truppen, darunter die Wiener Freiwilligen. Ein Theil der am rechten Donauufer in Sirmien dislocirten Südarmee bildet in den Verschanzungen von Kamenic, Bulvic und Karlovic, die um Peterwardein einen Halbkreis beschreiben, eine imposante Cernirungskette. Die Truppen des Kameniczer Lagers sind wegen der zunehmenden Cholerasterbfälle abgelöst worden. Wie verlautet, werden zu der Südarmee auch 1000 Montenegriner stoßen. Bei den letzten Kämpfen hat es sich gezeigt, daß die Rebellen auch im Besitze von Raketen sind, welche unter der Leitung eines Engländers in Großwardein, wo auch ihre Kanonengießerei und Pulvermühle im Gange sind, angefertigt werden.

Bei einer Höhe von 1000 m ist der Luftdruck nur noch 0,9 Atmosphären, bei 2000 m 0,8 Atmosphären, bei 3000 m 0,7 Atmosphären, bei 4000 m 0,6 Atmosphären, bei 5000 m 0,5 Atmosphären, bei 6000 m 0,4 Atmosphären, bei 7000 m 0,3 Atmosphären, bei 8000 m 0,2 Atmosphären, bei 9000 m 0,1 Atmosphären, bei 10000 m 0,0 Atmosphären. Der Luftdruck ist also in 10000 m Höhe gleich Null. Wir können uns nun leicht vorstellen, daß in einer Höhe von 10000 m die Luft so dünn ist, daß sie nicht mehr imstande ist, Lebewesen zu ernähren. Wir können uns auch leicht vorstellen, daß in einer Höhe von 10000 m die Luft so dünn ist, daß sie nicht mehr imstande ist, Lebewesen zu ernähren. Wir können uns auch leicht vorstellen, daß in einer Höhe von 10000 m die Luft so dünn ist, daß sie nicht mehr imstande ist, Lebewesen zu ernähren.

Wir können uns auch

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Donnerstag (Extra-Beilage zu Nro. 140.) 11. Juni 1879

rlin, 11. Juni. Der Schluß der in der gestrigen Extra- e abgebrochenen preußischen Denkschrift lautet:

Die Grundrechte.

Abschnitt VI von den Grundrechten des deutschen s leidet in der Verfassungsaufstellung der Nationalammlung sowohl im Grundsatze als in der speciellen führung an vielfältigen Gebrechen. Da dieser Abjedoch bereits in mehreren Staaten publicirt worden sind, namentlich mit Rücksicht auf diesen Umstand, die rungen hier auf das Nothwendigste beschränkt werden. lich der formellen Bedeutung der Grundrechte sind n Entwurfe der Nationalversammlung eine Reihe sehr tein gehaltener Regeln enthalten, welche dem Rechte bisher schon größtentheils zum Grunde gelegen haben, aber, wenn auch als Principien von großer Bedeutung, dennoch zu ihrer unmittelbaren Anwendung noch weiBestimmung bedürfen. Eine zweite Klasse derselben ebr specielle förmliche Rechtsvorschriften (z. B. §§ 138, 141); eine dritte endlich schreibt gewisse Staatseinrichn als nothwendig vor, welche, um in Wirksamkeit zu , sehr erhebliche Vorbereitungen voraussetzen. Diesen ssen von sehr verschiedener Geltung wurde ihre ung im Systeme durch den Satz des Frankfurter Entangewiesen: „Sie sollen den Verfassungen der Einten zur Norm dienen, und keine Verfassung oder Geung eines deutschen Einzelstaats soll dieselben je aufoder beschränken können." Der erste Theil dieses s hat seine Richtigkeit, dagegen kann der andere nur ndung finden auf die zweite der obigen Klassen. Bei rten hat derselbe gar keine Bedeutung, da es sich nicht um etwas Aufzuhebendes oder zu Beschränkendes, sondern um etwas positiv zu Schaffendes handelt. irriger aber stellt der Satz sich dar in Bezug auf die Klasse. Hier bedarf es gerade, um die Regel anwendbar machen, der näheren gesetzlichen Bestimmung und ränkung. Es ist die Natur einer jeden Regel, daß sie Ausnahme nothwendig in sich sagt. Sie ist das Prinips Gesetzes, nicht aber das Gesetz selbst; vielmehr bedarf dieses ganz vorzüglich in der Feststellung der Grenzen nehmen, welche ein solches Princip erleiden muß, um sich zu wenden. Indem also der Satz solchergestalt einen ebaften Ausdruck mit einem inneren Widerspruche verfiel er in den ferneren Fehler, daß er es gänzzweifelhaft ließ, welcher Gesetzgebungsgewalt die weitere delung dieser Principien zugetheilt sein solle, derjenigen Reichs oder derjenigen der Einzelstaaten, ein Zweifel, welcher noch durch die Fassung der §§ 62 und 63 des furter Verfassungsentwurfs vermehrt wurde. Das rungsgesetz, mit welchem ein Theil der Grundrechte 7. December 1848 publicirt war, machte den Versuch, Mangel zu heben, indem es ausdrücklich die Wirksamkeit mancher Bestimmungen von der Landesgesetzgebung abmachte. Dieses Gesetz war aber von manchen Staaten nicht anerkannt, machte auch keinen Theil der Verfassung und über die §§ 150, 160, 173, 184 bis 189 fehlten ge Bestimmungen ganz. Es hat demzufolge dieser el des Grundrechtes incipus nothwendig gehoben und dem folgende Fassung gegeben werden müssen: „Sie dienen Verfassungen der Einzelstaaten zur Norm und werden Anwendung auf deren besondere Verhältnisse in den ebungen dieser Staaten finden." Dadurch ist ausdrücklich erklärt, daß die in den Grundrechten enthaltenen ipien nur als Norm der Landesgesetzgebung zu betrachten, und daß ihre Geltung erst durch einen Act derins Leben zu rufen ist, inwiefern der Gegenstand nicht, den §§ 133, 137, 143, 183 ausdrücklich der Reichsebung vorbehalten ist. Es wird demnächst die Aufder Reichsgewalt (§ 51) und des Reichsgerichts sein, e Aufrechthaltung der Uebereinstimmung zwischen der Gesetzgebung und auch diesem Theile der Verfassung gen.

Das Reichs-Bürgerrecht.

materielle Inhalt der Grundrechte umfaßt zunächst eutsche Reichs-Bürgerrecht, d. h. den Inbegriff derRechte, die einem jeden Angehörigen des deutschen esstaates als solchem in jedem einzelnen Staate, auch hen von seinem Rechte als Staatsbürger eines solzustehen sollen. Die Feststellung des desfallsigen Rechtsinnes ist durch die Natur des Gegenstandes, wie durch örtlichkeit des Bedürfnisses, gleichmäßig geboten. Nachie einzelnen Staaten in ihrem Innern die Rechte und en der Gemeinden in Bezug auf die Angehörigen derordnet, ist die Lücke der Gesetzgebung in dem Falle, die Angehörigkeit nicht zwischen Gemeinden desselben es, sondern zwischen verschiedenen Staaten streitig ist, desto fühlbarer geworden. Es droht die Gefahr, nzahl Heimatloser sich bilden zu sehen. Verschiedene n, namentlich Preußen, Sachsen und Hannover und haben gesucht, diese Lücke durch Verträge auszufüllallein offenbar genügt das nicht. Eben so nothwendig es sein, allgemeine Bestimmungen darüber zu ertheilen, chen Fällen die Polizei berechtigt sei, den Aufenthalt end einem Orte zu versagen.

ts- und Wohnberechtigung in den Gemeinden der Einzelstaaten. immungen über die Rechte des einen Staats und seiangehörigen gegen den andern gehören in das Gebiet chtsgesetzgebung. Dieses Gebiet ist es, welches dem 31, so wie § 56, erwähnten Heimatsgesetze zu Ehr. m. Keineswegs aber wird dasselbe die Heimats-Wohnberechtigungen in den einzelnen Gemeinden der Einzelstaaten ordnen können; vielmehr muß ihm die Befugniß dazu ausdrücklich abgesprochen werden. Daß die Gleichstellung des Rechts, welche § 132 ausspricht, bei dem durch dieses Gesetz zu ordnenden Verhältnisse erst durch das Gesetz selbst eintreten könne, bedarf deßhalb eben so wenig der Bemerkung, als daß (§ 134) die Auswanderungsfreiheit niemals so zu verstehen sei, als könne der Einzelne sich dadurch unbedingt seinen Verpflichtungen gegen den Staat, namentlich in Bezug auf die Wehrpflicht, entziehen; nur derjenige darf ungehindert auswandern, der seinen Verpflichtungen genügt hat.

Rechte der vormals reichsunmittelbaren Fürsten. Lehensverhältnisse.

Nach diesen Bestimmungen über das Reichsbürgerrecht beschäftigen die Grundrechte sich damit, für die Rechtsverhältnisse innerhalb der einzelnen Staaten gewisse Grundregeln festzustellen. Dieselben haben den Zweck, theils eine gewisse abstracte Gleichheit der Individuen zu begründen, theils beschränken sie die Thätigkeit des Staats, theils endlich legen sie dem Staat gewisse Verpflichtungen auf. Es ist hierbei zunächst die allgemeine Bemerkung festzuhalten, daß alle diese Bestimmungen niemals den Kreis der Berechtigung des Staates überschreiten können. Es darf hier also niemals den Bestimmungen die Deutung gegeben werden, als ob durch dieselben Rechtsverhältnisse, die auf völkerrechtlichen Verträgen beruhen, aufgehoben sein könnten. Dies bezieht sich zuerst auf manche Rechte der vormals reichsunmittelbaren Fürsten und Herren, welche durch §§ 135, 165, 168 und 171, 172 und 174 gefährdet erscheinen. Es ist nothwendig gewesen, den § 135, auf welchen zurückzukommen sein wird, zu ändern. Im Uebrigen wird es genügen, überhaupt die völkerrechtlich begründeten Rechte, wie hier ausdrücklich geschieht, vorzubehalten. Zur Beseitigung mancher allerdings nachtheiliger Rechtsverhältnisse wird ein anderer Weg eingeschlagen werden müssen, als der der Gesetzgebung, welcher hier nicht zum Ziele führen kann. Eben so wenig aber kann jenen Bestimmungen irgend eine Bedeutung gegeben werden, welche in die Verhältnisse der Erbmonarchie eingriffe, die Würde und politische Stellung der regierenden Häuser herabsetzte. So wie § 168 bei den Familien-Fideicommissen hier einen ausdrücklichen Vorbehalt macht, so muß solcher beim § 135 und 174 als sich von selbst verstehend gedacht werden, wie denn auch der § 169 die hausgesetzlichen Ordnungen und Verhältnisse da, wo solche auf den Formen des Lehns beruhen — wie dies bei den Thronlehnen der preußischen Monarchie der Fall ist — nicht alteriren darf.

Adel, Titel, Orden.

Das Princip der Rechtsgleichheit ist bezüglich des Adels in den Sätzen: „Vor dem Gesetz gilt kein Unterschied der Stände;" „alle Standesvorrechte sind abgeschafft;" „die Deutschen sind vor dem Gesetze gleich" vollständig gewahrt worden. Zu einer Aufnahme des ferneren Zusatzes der Frankfurter Aufstellung: „Der Adel als Stand ist aufgehoben" lag kein Grund vor. § 135. Es mußte diese Aufnahme um so mehr unterbleiben, als nach Anerkennung der obigen Sätze mit dem Worte „Stand" hier kaum noch ein bestimmter Begriff zu verbinden war. Es sieht nichts im Wege, daß der Bauernstand, der Handwerkerstand u. s. w. gewisse besondere Rechte in Anspruch nehmen; auch hat die Verfassung selbst gewisse Stände nicht nur als solche bezeichnet, jenseren ihnen auch besondere Vorrechte zuerkannt, wie § 154 dem Lehrerstande und § 175 dem Richterstande. Die Aufhebung der nicht mit einem Amte verbundenen Titel ist als kleinlich und wirkungslos beseitigt. Ueberdies würde jenem Satze auch die gewiß falsche Deutung unterzulegen gewesen sein, daß auch die akademischen Grade, der Doctortitel, aufgehoben seien. Für das Verbot auswärtiger Orden hat eben so wenig ein Grund aufgefunden werden können, wenn man nicht consequent: alle Orden beseitigen wollte.

Gleiche Berechtigung zu Staatsämtern.

Wichtiger ist die Bestimmung des gleichen Zutritts zu den Aemtern. Ist hier die Bedingung der Befähigung mit Recht festgehalten, so versteht es sich von selbst, daß dadurch jedem Staate die Befugniß zugestanden sei, die Bedingungen der Befähigung (z. B. vorgängiger Kriegsdienst und dergl.) völlig so festzustellen, wie seine Verhältnisse es fordern.

Die Wehrpflicht.

Eben so darf die Gleichheit der Wehrpflicht Einrichtungen nicht ausschließen, welche unter gewissen Bedingungen die Dienstzeit abkürzen. Auch wird durch das Verbot der Stellvertretung nur eine Einrichtung ausgeschlossen, nach welcher der Einzelne einen Andern an seine Stelle dingt; nicht aber auch wird den Staaten benommen werden dürfen, wo es solche angemessen finden, sich den Dienst eines fähigen und dienstwilligen Mannes für denjenigen eines minder Dienstwilligen zu sichern; vielmehr wird hierin allein das Mittel zu finden sein, für die absolute Ungleichheit, welche in jeder persönlichen Dienstleistung nothwendig liegt, eine Milderung zu finden. Es ist deßhalb auch erst durch das Wehrgesetz dieser Grundsatz ins Leben zu rufen. Im Uebrigen werden die Bestimmungen der §§ 171 und 174 nur als Ausflüsse jener Rechtsgleichheit zu betrachten und als solche durch nähere gesetzliche Anordnungen zur Ausführung zu bringen sein.

Ausschluß der Strafe des bürgerlichen Todes, Aufhebung der Vermögensconfiscation, des Prangers, des Brandmals und der körperlichen Züchtigung. Die Todesstrafe.

Bei den Beschränkungen, welche der Staatsthätigkeit dem Individuum gegenüber aufgelegt sind, kommen zunächst die Bestimmungen in Betracht, welche die Existenz des Individuums an sich betreffen, der Ausschluß des bürgerlichen Todes (§ 133) und das Verbot der Todesstrafe. Gegen die erste, im deutschen Rechtssysteme ohnehin begründete Bestimmung war nichts einzuwenden. Eben so werden unzweckmäßige und ungerechte Strafmittel, wie die Vermögensconfiscation (§ 150), Pranger, Brandmal und körperliche Züchtigung (§ 137) sicher ausgeschlossen werden können. Die Aufhebung der Todesstrafe dagegen ist ein Gegenstand großer Meinungsverschiedenheit. Der § 139 der zu Frankfurt beschlossenen Verfassung entschied sich für die Unzulässigkeit der Todesstrafe im Principe, ließ aber dennoch Ausnahmen zu, welche jenes allgemeine Princip als ein müßiges und unausführbares darstellten. Gesetzt man einmal dem Staate das Recht zu, die Existenz eines Individuums zu vernichten, so ist in der That nicht abzusehen, weßhalb solches allein nach Kriegsrecht — wobei weder der wirkliche Fall des Krieges, noch sonst irgend eine Nothwendigkeit vorgesehen ist, und zwar ohne Rücksicht auf bestimmte Verbrechen, — zulässig sein soll. Um so mehr hat daher diese unmotivirte, in ihren Folgen unberechenbare Aenderung des bisherigen Strafrechts entfernt und diese wichtige und schwerste Frage einer tiefer eingehenden Gesetzgebung, wozu § 61 die Veranlassung bietet, vorbehalten bleiben müssen.

Gesetzliche Sicherstellung der persönlichen Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Briefgeheimniß.

Die Grundrechte sichern den Einzelnen sodann gegen gewisse Hemmungen seiner persönlichen Freiheit, indem sie § 136 die Freiheit der Person, § 138 die Unverletzlichkeit der Wohnung, §§ 139 und 140 das Geheimniß der Briefe und Papiere sanctioniren. Es ist bei diesen in großer und meist zu unmittelbarster Anwendung geeigneter Specialität getroffenen Bestimmungen nichts zu ändern gewesen als die Vorschrift, nach welcher jeder Verhaftete der richterlichen Behörde übergeben werden sollte. Hier ist der allgemeinere Ausdruck der zuständigen Behörde gebraucht, dabei nicht angemessen ist, den Richterstand mit dem Bettler- und Vagabondentransport zu belasten; andererseits aber die unabhängige Stellung und Competenz der Gerichte, welche §§ 173 bis 180 herbeiführt, genügend schützen wird.

Die gesetzlichen Bestimmungen über Preßfreiheit, Petitions-, Versammlungs- und Vereinsrecht.

Es sind ferner einige besondere Arten der Thätigkeit des Individuums geschützt, indem § 141 die Preßfreiheit, § 157 das Petitions- und § 159 bis 161 das Versammlungs- und Vereinsrecht sicher stellen. Es ist hier nothwendig erachtet werden, den Kreis der Gesetzgebung zu erweitern. Bei der Presse bleibt die Censur ausgeschlossen; dagegen scheint es eine nähere Erwägung zu fordern, ob und in wie weit sonstige Schutzmittel gegen den Mißbrauch von vorn herein und in allen Fällen zurückzuweisen seien. Ebenso wird man dem Staate nicht das Recht entziehen dürfen, Versammlungen und Vereine zu illegalen Zwecken zu hindern. Auch hat dem Mißverständnisse vorgebeugt werden müssen, als ob eine jede Vereinigung zu Petitionen und Beschwerden nothwendig eine erlaubte sei, da solche sehr wohl den Vorwand zu ganz andern Zwecken bieten kann und oft geboten hat. Besonders hervorgehoben aber muß es werden, daß der § 161 niemals gebraucht werden dürfe, um die Bande der Zucht und des Gehorsams in Heer und Flotte zu lösen, und daß dort das Vereins- und Versammlungsrecht niemals weitere Anwendung finden könne, als inwieweit die Disciplinarvorschriften solches ausdrücklich zulassen.

Die Religionsgesellschaften.

Die Artikel V und VI über Religion und Schule mußten in dem Maße, wie sie bedingend und bildend in das ganze Staatsleben eingreifen, der ernstesten Prüfung unterworfen werden. Das Princip der gestatten Freiheit — wie unvollkommen solches auch im § 152 der Frankfurter Aufstellung ausgedrückt ist — hat unbedingt geachtet werden sollen; wie denn vom rechten Glauben an die Wahrheit die Ueberzeugung nicht zu trennen ist, daß sie allein ohne äußeren Schutz den Sieg zu erringen vermöge. Wenn aber dieses Princip der Freiheit übertrieben und zu einer völligen Gleichgültigkeit des Staates gegen das Göttliche herabgewürdigt wird, so kann einer solchen Ausschreitung keine Folge mehr gegeben werden. Der Staat, der in seiner Eidesformel den Glauben an Gott anerkennt, kann nicht in Wahrheit erklären, daß Niemand verpflichtet sei, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren. Eben so soll dem Begriffe einer territorialen Staatskirche mit den davon abhängigen Vergünstigungen fernerhin keine practische Bedeutung eingeräumt und die factische Berechtigung des Deutschen nach seinem Bekenntnisse nicht bemessen werden, wie dieses in den §§ 144 und 145 des Entwurfs auch der entsprechende Ausdruck gegeben ist. Es konnte dies aber keineswegs zu einer Wiederholung des ferneren Satzes der Frankfurter Aufstellung berechtigen, „daß keine Religionsgesellschaft vor der andern Vorrechte durch den Staat genieße". Der Satz würde in dieser Fassung dem Mißverständnisse Raum lassen, als könne die Nachricht, welche der Staat bei der Behandlung der einzelnen Religionsgesellschaften auf deren besondere Stellung und Verfassung zu nehmen hat, den andern Religionsgesellschaften gegenüber, als ein Vorrecht angesehen werden, während die Parität, richtig verstanden, darin beruht, daß jede Religionsgesellschaft nach der ihr eigenthümlichen Einrichtung und äußeren Geltung behandelt und berücksichtigt wird. Zu Religionsgesellschaften, welche seinem Grundprincipe entsprechen, wird sich der Staat stets in einer andern Lage befinden,

als zu solchen, die dasselbe vielleicht gerade vernichten. Der Staat kann sodann davon abstehen, von Staatswegen irgend Jemand zu einer kirchlichen Handlung zu zwingen; aber er kann sich nicht das Recht beilegen, in die innere Disciplin der Religionsgesellschaften selbst hemmend oder auflösend einzugreifen. Hiernach haben die §§ 142, 145 und 146 geändert und die bestehenden Religionsgesellschaften auch schon in factischer Handhabung der Unverletzlichkeit des Eigenthums im Besitz und Genuß der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds im § 145 geschützt werden müssen. Daß die Religionsgesellschaften den Gesetzen des Staats unterworfen sind, ist als keinen besonderen Ausdruckes bedürftig erkannt und der betreffende Zusatz des Frankfurter Entwurfes deßhalb gelöscht worden. Es versteht sich ganz von selbst, daß jede in die äußere Rechtssphäre eintretende Wirksamkeit der verschiedenen Religionsgesellschaften, sobald dieselbe vor dem staatlichen Forum Anerkennung und Berücksichtigung finden soll, sich mit den allgemeinen Staatsgesetzen in Uebereinstimmung befinden muß.

Die Schule.

Bezüglich der Bestimmungen über die Schule ist des mangelhaften Ausdrucks der Lehrfreiheit bereits im Allgemeinen oben gedacht worden; es muß aber noch besonders dem Mißverständniß entgegengetreten werden, als ob durch den aus der Frankfurter Aufstellung unverändert herübergenommenen deßfallsigen Satz (§ 152 der Frankf. Aufst., § 150 des Entwurfs) dem Staate auch das Mittel genommen sei, einer destructiven verbrecherischen Lehre, welche als Wissenschaft nie anerkannt werden kann, wirksam zu begegnen. Sodann haben noch zwei Sätze der Frankfurter Aufstellung in dem Entwurf der verbündeten Regierungen aus überwiegenden Gründen keine Anerkennung finden können. Allerdings wird dem Staate stets überlassen bleiben müssen, die Oberaufsicht des Unterrichts- und Erziehungswesens durch eigene von ihm ernannte Behörden auszuüben. Von diesen aber die Geistlichkeit principiell auszuschließen, hierfür kann kein genügender Grund gefunden werden. Das Verhältniß, in welchem sich der Volksunterricht zur Zeit in ganz Deutschland, von etwaigen einzelnen, wenig erheblichen Ausnahmen abgesehen, befindet, wurzelt fest und entschieden in der Verbindung zwischen Religion und Erziehung. Diese Beziehung, welche nicht willkürlich entstanden, auch durch das Bewußtsein des deutschen Volkes seit Jahrhunderten getragen ist, grundsätzlich ausschließen, hieße mit Zuständen brechen, die dem Volke heilig sind, die das religiöse Leben sichern und zugleich dem Staate die festeste Bürgschaft einer auf sittlicher Bildung beruhenden Zukunft gewähren. Es hieße weiter, die Bahn zu Conflicten zwischen der Schule und den Religions-Gesellschaften und hierdurch zugleich zwischen diesen und dem Staate eröffnen, die nach beiden Seiten verderblich werden können, und zumal unter den eigenthümlichen Verhältnissen, wie sie in Deutschland bestehen, vermieden werden müssen. Außerdem erscheint bei den Verhältnissen, die in den meisten ländlichen Gemeinden obwalten, die Durchführung jener Ausschließung practisch unmöglich, auch für den materiellen Fortbestand der zahlreichen Volksschulen, welche aus ihrer Verbindung mit kirchlichen Anstalten nicht geringe äußere Vortheile schöpfen, bedrohlich. Nicht minder bedenklich mußten die im § 157 der Frankfurter Aufstellung enthaltenen Grundsätze über die absolute Unentgeltlichkeit des Unterrichts gefunden werden. Die Gemeinden oder etwa selbst den Staat principaliter für die gesammten Kosten des Volksunterrichts, mithin auch für die Kosten des Unterrichts der bemittelten Staatsbürger, haftbar zu erklären, — das practische Resultat des § 157, — läßt sich vom rechtlichen Standpunkte aus in keiner Weise begründen und müßte finanziell zu Verlegenheiten führen, die bald unbesiegbar werden würden. Die subsidiarische Verpflichtung der Gemeinden, nach Umständen auch des Staates, die Kosten des Unterrichts der Unvermögenden zu bestreiten, findet überdies ihre natürliche und nothwendige Begrenzung auf den Bereich des eigentlichen Volksunterrichts, indem dieser alle diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten umfaßt, deren Besitz der Staat von jedem Staatsbürger ohne allen Unterschied verlangen muß. Ueber diesen Bereich hinaus hört das Recht des Staates auf, Anforderungen an die Ausbildung seiner Bürger zu stellen, und hiermit auch seine Befugniß, die Gemeinden zur Tragung von Kosten zu verpflichten. Noch ist hier der § 156 zu erwähnen, dessen Inhalt dahin mißverstanden werden könnte, als ob solcher den Staat hinderte, gewisse Formen der Berufsausbildung zur Bedingung der Ausübung des Berufs zu machen. Diese Befugniß muß die Gesetzgebung jederzeit behalten.

Ablösung von Grund- und Bodenlasten.

In verschiedener Weise, wie die Rechte der Persönlichkeit, faßte der Art. IX des Frankfurter Entwurfes das Verhältniß des Eigenthums auf. Während dort eine möglichst unbeschränkte Willkür des Individuums das Ziel zu sein schien, ist hier der Grundgedanke, welcher mit dem Satze von der Unverletzlichkeit des Eigenthums eingeleitet wird, ein doppelter, nämlich der, das Eigenthumsrecht auf seine wahren Objecte zurückzuführen, und das Eigenthum möglichst mobil zu machen. Der Zweck, um deßwillen Hörigkeit (§ 164) und Patrimonialgerichte nebst den darauf beruhenden Lasten, soweit solche nicht dinglicher Art sind, sondern nur an der Person kleben (§ 165), hinwegfallen, und das Mittel gegeben wird, Grund und Boden durch Ablösung von Lasten zu befreien (§ 166), ist völlig anerkannt. Doch hat die Ablösbarkeit auf privatrechtliche Lasten beschränkt werden müssen, da Staats- und Gemeindelasten, ferner polizeiliche Lasten und Abgaben (z. B. solche, mit welchen Schutz gegen Fluthen, Entwässerung, Wegebau und dergl. zusammenhängen) der Ablösung nicht allgemein werden unterworfen werden dürfen. Das Verbot fernerer Belastung von Grundstücken mit unablösbaren Leistungen findet seinen Grund nur in jenem Zwecke der Mobilisirung, wird aber unter Umständen die Vertheilung von Grundeigenthum an die unbemittelten Klassen erschweren, weßhalb darauf nach Verschiedenheit der Gegenden zurückzukommen sein wird.

Das Jagdrecht.

In geradem Widerspruche mit dem § 162 und daher bedenklich war die unentgeltliche Aufhebung des Jagdrechts (§ 167). Mag immerhin die gesetzliche Aufhebung dieses Rechts, so weit solches auf fremdem Grund und Boden zu üben war, wünschenswerth sein, so wird doch die Nothwendigkeit einer unentgeltlichen Aufhebung stets des Beweises entbehren. Nach dem Grundsatze des § 162 muß bei diesem wirklichen Vermögensrechte eine Entschädigung erfolgen; es muß aber der Gesetzgebung des Einzelstaates überlassen bleiben, solche nach seinen individuellen Verhältnisse zu ordnen.

Veräußerlichkeit und Theilbarkeit des Eigenthums.

Die Tendenz zur Mobilisirung des Grundeigenthums tritt besonders hervor in den Bestimmungen über Veräußerlichkeit und Theilbarkeit desselben (§ 165 des Frankfurter Entwurfes). Es hängen aber die Wirkungen einer solchen Mobilisirung so sehr von äußeren Umständen, von der Bodenbeschaffenheit, der Cultur, der Bevölkerung, den Erbrechts- und Communalverhältnissen ab, daß die Wirkung eines äußerlich gleichförmigen Satzes innerlich die verschiedenartigste sein würde, weßhalb es nothwendig gewesen ist, diesen Gegenstand der Gesetzgebung der Einzelstaaten gänzlich zu überweisen.

Fideicommisse.

Der Gesetzgebung der Einzelstaaten wird es auch obliegen, die Aufhebung der Familienfideicommisse (§ 168) nach dem Grundsatze der Unverletzlichkeit des Eigenthums zu ordnen, eine Aufgabe, deren Lösung um desto größere Vorsicht und Sorgfalt erfordert, je verschiedenartiger die Rechtsverhältnisse sind, welche man unter jenem Namen zusammenzufassen pflegt. Unter diesen befinden sich allerdings manche nachtheilige, deren neue Entstehung nicht minder gehindert werden muß. Dagegen werden die Principien, nach denen die Bestimmungen des § 163 in den Einzelstaaten ausgeführt werden, auch entsprechende Vorschriften über die Erbfolge nothwendig machen; und so wird auch hier die Aufgabe der Gesetzgebungen sein müssen, nicht allein zu vernichten, sondern auch Rechtsformen zu geben, unter denen zweckmäßige Erbfolgeordnungen auch ferner geschaffen werden können, wo solches offenbar in den Bedürfnissen des Landes liegt.

Justizpflege.

Endlich beschäftigen die Grundrechte sich mit Formen der Staatsverfassung. Es ist bereits ein Theil dieser Formen bei dem Verhältniß der Schule, ein anderer, namentlich die Competenz der Gerichtsbehörden betreffender Theil, beim Schutze der persönlichen Freiheit erwähnt. Was die §§ 172 bis 181 über das Gerichtswesen enthalten, bedurfte außer einem richtigen Ausdruck über das Verhältniß der Mitbürgerrichtsbarkeit (§ 174) und über die Beurtheilung politischer Vergehen durch Geschworne (§ 177) noch folgender Bemerkungen. Die Bestimmungen über Unabhängigkeit der Gerichtspersonen (§ 175) dürfen niemals der Regierung die nothwendige Kraft nehmen, um die Gerichtsbehörden selbst auf derjenigen Höhe zu halten, welche das Wohl des Ganzen fordert. Die Ausgleichung brüder Anforderungen, die individueller Ansicht und Willkür allerdings nicht überlassen werden darf, wird die Landesgesetzgebung zu bewirken haben. Die Bestimmung über die Entscheidung der Competenzconflicte (§ 179) schließt die ursprüngliche deutsche Einrichtung, nach welcher die Gerichte selbst über ihre Competenz zu erkennen haben, nicht aus. Auch hier wird die Landesgesetzgebung das Nöthige ordnen müssen, sowie ihr denn auch allein zusteht, den sehr unbestimmten Begriff der Verwaltungsrechtspflege zu normiren. Endlich wird auch durch die Trennung der Strafgerichtsbarkeit von der Polizei ein Verfahren nicht ausgeschlossen, in welchem die Polizeibehörde ihren Strafantrag dem Contravenienten mittheilt und diesem überlassen wird, auf richterliches Erkenntniß zu provociren.

Gemeindewesen.

Die Bestimmungen über das Gemeindewesen stimmen mit denjenigen überein, was in Deutschland als Bedürfniß anerkannt wird. Eine Bestätigung der Vorsteherwahlen und Sorge für deren Geschäftstüchtigkeit, zumal wo auch Staatsgeschäfte den Gemeindebeamten obliegen, ist nicht ausgeschlossen. Daß die Ortspolizei den Gemeindebehörden überlassen bleibe, muß allerdings die Regel bilden; als unabänderliche Verfassungsnorm aber hat es nicht aufgenommen werden dürfen, da Fälle vorkommen, wo die Handhabung der Localpolizei (z. B. in einer großen Hauptstadt) auf die Existenz des Staates selbst zu großen Einfluß hat, als daß sie lediglich der Localbehörde überlassen bleiben dürfte. Es bleibt dieses ebenso wie die nähere Bestimmung der im zweiten Absatze des § 183 gestatteten Ausnahmen der Landesgesetzgebung anheimgestellt. Die Bestimmung über das gegenseitige Verhältniß der Kammern in denjenigen Staaten, wo ein Zweikammersystem besteht, hat der Landesgesetzgebung überlassen bleiben müssen, da in der That die Bedeutung eines einseitigen Gesetzvorschlags ziemlich dunkel, eine einseitige Beschwerde, sowie eine einseitige Anklage aber mit den Verhältnissen einzelner Landesverfassungen durchaus nicht in Einklang zu bringen ist. In diesem Sinne, von den verschiedenen Landesgesetzgebungen weiter entwickelt und ausgeprägt, werden die Grundrechte allerdings mehrfach eine völlig neue Gestaltung der Dinge herbeiführen, ohne die eigentlichen Grundlagen des gemeinen Wohls zu gefährden.

Die Gewähr der Verfassung.

Die zur Gewähr der Verfassung in dem Entwurf der Nationalversammlung aufgestellten Bestimmungen haben zunächst diejenigen Modificationen erfahren müssen, welche durch die veränderte Form der Reichsregierung und durch die für die Gültigkeit der Reichsschlüsse erforderliche Uebereinstimmung der Reichsregierung mit dem Reichstage bedingt sind, und die daher einer Erklärung nicht weiter bedürfen. Die übrigen Aenderungen beschränken sich auf [illegible] Feststellung des Rechtszustandes in den Ausnahmefällen [illegible] Krieges oder Aufruhrs und des Belagerungszustandes. [illegible] Nationalversammlung hat hier das Recht der Nothwehr des Staates im Principe anerkannt, ohne demselben jede die Consequenzen zu lassen, auf die die factische Handhabung nicht verzichten kann. Dieselbe Nothwendigkeit, die in jenen der Gefahr und für die Dauer derselben die Aufhebung der grundrechtlichen Bestimmungen über Verhaftung, Haussuchung oder Versammlungsrecht und die Verkündigung des Belagerungszustandes in Festungen rechtfertigt, kann auch die Aufhebung des gewöhnlichen Gerichtsstandes und der Presse und die Ausdehnung des Belagerungszustandes über den Bereich der Festungen hinaus, je nach Lage der Umstände, zur gebieterischen Pflicht machen. Eben so muß anerkannt werden müssen, daß gerade die Natur solcher Ausnahmezustände die Gewißheit ausschließt, den Reichs- oder Landtag in einer vorher bestimmten kurzen Frist berufen und ihm in dieser Frist die getroffenen Maßregeln zur Genehmigung vorlegen zu können. Was mit Sicherheit hier allein vollzogen und daher gesetzlich auch allein garantirt werden kann, ist die Verpflichtung des betreffenden Ministeriums zu sofortiger Verantwortung vor dem versammelten Reichs- oder Landtage, oder sofern der Reichs- oder Landtag im Augenblick nicht versammelt ist, vor dem ersten neu zusammentretenden. Daher die modificirte Fassung des § 197 der Frankfurter Aufstellung in § 195 des gegenwärtig dargebotenen Entwurfs. Die hauptsächlichste Gewähr der Verfassung, soweit diese durch Bestimmungen einer äußeren Gesetzgebung überhaupt zu bewirken ist, gibt der § 194. Es bedarf dabei kaum des Zusatzes, daß der hier in Uebereinstimmung mit § 196 des Entwurfs der Nationalversammlung für Verfassungsabänderungen festgestellte Abstimmungsmodus bei dem zunächst zu berufenden Reichstage, auf dem die Verfassung des Reichs nicht abgeändert, sondern durch Vereinbarung mit den Regierungen festgestellt werden soll, noch nicht in Anwendung tritt, vielmehr die Beschlüsse dieses ersten, lediglich zu diesem Zwecke gesetzlich versammelten Reichstages in beiden Häusern nach absoluter Stimmenmehrheit der beschlußfähigen Anzahl zu fassen sind. Die näheren Anordnungen, die erst nach Maßgabe des erfolgenden Beitritts der Regierungen zu dem dargebotenen Verfassungsentwurf zu bestimmen sind, bleiben den Einberufungsdecreten vorbehalten.

Nachschrift.

* **Darmstadt**, 14. Juni. Der hiesigen Zeitung zufolge ist als des Attentats auf den Prinzen von Preußen dringend verdächtig der 26jährige Adam Schneider, Sohn eines Schneidermeisters in Niederingelheim, gestern in Mainz eingebracht worden.

* Aus **Schleswig-Holstein**, 10. Juni. Dem „Altonaer Merkur" zufolge ist gegen den deutscherseits in seine Heimat entlassenen Orla Lehmann dänischerseits der bei Aarhuus in Gefangenschaft gerathene Prinz von Salm-Salm herausgegeben worden; er scheine doch nicht sehr bedenklich verwundet. — An der Mündung der Elbe haben sich in der letzten Zeit dänische Kriegsschiffe nicht wieder sehen lassen.

** **Paris**, 12. Juni. Nach dem Sieg, welchen das Ministerium in der gestrigen Sitzung durch die Annahme der einfachen Tagesordnung über die römischen Interpellationen erlangt hatte, ließ sich voraussehen, daß der von Ledru-Rollin gestellte Antrag, den Präsidenten der Republik und die Minister in Anklagestand zu versetzen, verworfen werden würde. Es ist dies heute eingetroffen. Auf Verlangen des Ministeriums selbst wurde sofort zur Berichterstattung über jenen Antrag geschritten und ohne dem Antrage der Bergpartei, die Debatte so lange auszusetzen, bis das Ministerium alle auf die Unterhandlungen mit den römischen Triumvirn bezüglichen Actenstücke vorgelegt haben würde, Folge zu geben, nahm die Versammlung die Discussion vor, deren Resultat, die Verwerfung jenes Antrags, bereits auf telegraphischem Wege bekannt geworden ist. Der Berg hatte sich der letzten Abstimmung enthalten. Das Ministerium ist demnach vollkommen siegreich aus dem Angriff hervorgegangen.

Aus Rom sind immer noch keine bestimmten Nachrichten über die seit einigen Tagen gerüchtweise gemeldete Einnahme der Stadt eingetroffen. Man will im Gegentheil, daß noch am 7. der Kampf fortdauerte.

* **London**, 11. Juni. In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte Herr Hume den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, welche Haltung die britische Regierung gegenüber der französischen Expedition gegen Rom zu nehmen gedenke. Lord Palmerston erklärte, daß er auf Befragen des französischen Cabinets erwidert habe, er glaube, daß die zwischen dem Papste und seinen Unterthanen entstandene Differenz auf diplomatischem Wege ausgeglichen werden könne; übrigens hätte die britische Regierung keinen Einwand gegen eine Expedition zu machen, sie selbst würde jedoch nie irgendwie zwischen dem heiligen Vater und den Römern interveniren. Die Interpellation hatte weiter keine Folgen.

Börsenberichte.

Amsterdam, 12. Juni. 4 Uhr. 2½ pCt. Integr. 49⅛. — 3pCt. Schuld 57⅞. 4pCt. do. 75⅞. 5pCt. — 5pCt. Anl. à 2. 510 Stücke 11¹¹/₁₆ ⅝. — do. 3pCt. inl. à 6000 fl. 23¹¹/₁₆. — 4pCt. Port. 25⅛. — 2½ pCt. Met. 37⅜.

Paris, 12. Juni. Stand der Rente: 5pCt. 81. 80. — 3pCt. 50. 80. — Neapol. —. — Neue 3pCt. Span. 33⅜. — Innere Schuld —. — Bankactien 2195. — Versailler, rechtes Ufer 170. — linkes Ufer 155. — Paris-Orleans 730. — Paris-Rouen 485. — Orleans-Bordeaux 400. — Orleans-Vierzon 280. — Rouen-Havre 235. — Marseille-Avignon 180. — Straßburg-Basel 96. 25. — Nordbahn 402 50. — Paris-Straßburg 353. 75. — Römisches Anlehen 66½.

Die von dem Ministerium gestern erlangte glänzende Majorität ist von der Börse günstig aufgenommen worden; die meisten Fonds sind gestiegen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Rallen.

Druck von August Osterrieth.

№ 141. —— Freitag —— den 15. Juni —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Bezirksgut von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und den Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postvereinsgebiets fl. 3. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und daselbst in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 28. — Für England und überseeische Länder: Loysel u. Comp., Nr. 34. Exeter Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/6 Bogen) mit Beilage 5 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: G. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 28.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 34. Exeter Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 366; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 75.; 3) Hofcommissär G. Storey in Leipzig; 4) Oberpostcontrolleur Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostcontrolleur Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Die Stellung der Centralgewalt.

In den letzten Wochen ist die Stellung der Centralgewalt in erheblicher Weise verändert, und Mancher möchte fast geneigt sein, ihr Voraussetzung und Zweck ihres Fortbestehens ganz abzusprechen. Die Nationalversammlung, deren moralisches Ansehen die Centralgewalt stützen mußte, ist nicht nur ganz in das Lager der süddeutschen Revolution, also zu einer Partei, deren Unterdrückung Aufgabe der Centralgewalt ist, übergegangen, sondern hat die letztere sogar abzusetzen versucht und einen revolutionären Vollziehungsausschuß ernannt. Mit der Unterstützung der Staaten ist es ebenfalls bedenklich geworden. Preußen fühlt sich — und wer möchte das tadeln! — berufen, in Deutschland Ordnung zu schaffen, und die Grenze, innerhalb welcher dieses mit Wahrung der Existenz der Centralgewalt geschehen kann, möchte nicht gerade leicht zu finden sein. Im dänischen Krieg leitete Preußen selbstständig, und in Leitung der süddeutschen Angelegenheiten dürfte dadurch ein Schwanken gebracht sein, daß eine einheitliche Regierung über den Staaten von den mächtigern noch als etwas Neues betrachtet und über eine Theilnahme an dieser Regierung, oder eine entscheidende Einwirkung darauf berirt und verhandelt wird.

So scheint es denn allerdings um die Reichsregierung in diesem Augenblicke nicht besser bestellt zu sein, als zur Zeit des Verfalls des heiligen römischen Reichs, und der einzige Ausweg der zu sein, daß man das Recht nicht länger von der Macht getrennt halte, sondern es dahin gebe, wo dieß ist. Deßhalb wünschen Viele, und besonders ist es der Wunsch der kleinern Staaten, daß die Leitung gemeinsamen Angelegenheiten an Preußen übergehen möge.

Die Sache hat aber noch eine andere Seite, als die der mittelbaren Zweckmäßigkeit. Fast sollte man sich wundern, daß ein Jahr des deutschen Enthusiasmus und der Begeisterung für deutsche Einheit so plötzlich einen Zeitpunkt haben zu sehen, in dem man eine Zersplitterung Deutschlands in Stücke nicht mehr scheut, wenn es nur in dem Sinne, zu dem man selbst gehört, möglicherweise (denn wirklich ist von mehr als bloßen Möglichkeiten nicht die Rede) verfassungsmäßigen Zuständen, zu einem Zusammenhalten nach innen und außen kommen kann. Hier noch zu halten und zu halten was zu halten ist, hier die schroffen Uebergänge zu verhüten, durch welche die Zersplitterung in Stücke sofort herbeigeführt werden kann, scheint jetzt die Aufgabe der Centralgewalt zu sein.

In dem besondern Bündnisse zwischen Preußen, Sachsen und Hannover liegt ganz entschieden keine Lossagung von der Centralgewalt. Zu besondern Bündnissen sind die kleinen Staaten berechtigt, und es war sogar natürlich, daß man (nachdem der Versuch, den gegenseitigen Schutz und die Solidarität der Staaten von einer constituirenden Versammlung decretiren zu lassen, fehlgeschlagen) auf das ganz übersehene föderative Element zurückkam, und sich den Schutz auf dem zwischen selbstständigen Staaten nachgewiesenen Weg des Vertrages zusagte. Die Bestimmungen dieses Vertrags stehen innerhalb des Bundesrechts, und schließen so wenig eine Bundesregierung als die denselben bundesmäßigen Rechte und Pflichten der sämmtlichen Staaten aus.

Jedem den preußischen Bündnisse und mit der Neigung, sich demselben anzuschließen, stehen die kleineren Staaten. Der Anschluß hätte auch wenig Bedenken, und würde an der Lage der Centralgewalt nicht viel ändern. Außerdem kommen diejenigen Staaten in Betracht, die eine Unterfassung unter eine preußische Centralregierung, welche nur einem Anschlusse aller Staaten an das besondere preußische Bündniß allerdings verbunden sein würde, nicht wollen, und in denen dergleichen zum Theil auch bei der Bevölkerung Widerstand finden würde. In Kurhessen, Großherzogthum Darmstadt und Nassau würde sich dieser Widerstand leicht überwinden lassen, vielleicht auch in Baden: in Württemberg würde er aber allerdings ernstlicher und bedenklicher sein. Mit Bayern und Oesterreich muß endlich, so wie die Sachen jetzt stehen, die Form noch gefunden werden, in welcher die Leitung der nach den festzuhaltenden Bedürfnissen gemeinsamen Angelegenheiten erfolgen soll.

In dieser Lage müßte ein plötzlicher Rücktritt der Centralgewalt zu großen Verwickelungen führen und namentlich für Preußen keineswegs nur erwünschte Folgen haben. Mit dem Wegfall des noch vorhandenen Einigungspunktes wäre Alles gelöset. Nord- und Mitteldeutschland würde rasch an Preußen schließen: Süddeutschland, so weit es nicht der Anarchie verfällt und mit preußischer Hülfe pacificirt wird, würde zunächst isolirt sein und auf Anschließen an das durch innere Bedrängnisse von den deutschen Angelegenheiten abgezogene Oesterreich rechnen können, so daß auf eine vollständige Spaltung, einen preußischen Bund, einen österreichischen Bund und einen revolutionirten Theil, über dessen Pacification und Gewinnung für die eine oder andere Seite leicht Unfrieden entstehen könnte, Aussicht wäre. Die Sache liegt jetzt so, daß in dem Chaos und der Zersplitterung, die auf das Scheitern des Frankfurter Verfassungswerks folgt, die isolirt stehenden Staaten sich zusammenzufinden suchen, wie sie eben können. Ihre Lage ist dabei eine seltsame. Das Bundesrecht muß bis zur Gründung einer definitiven Verfassung für Deutschland fortbestehen, denn es beruht auf Verträgen, die gehalten werden müssen. Ob die Vernichtung der Bundesversammlung, als des einzig passenden Organes für die Handhabung des Bundesrechts, mehr ein coup de tête oder coup d'état war, wollen wir hier nicht prüfen: gewiß ist es aber, daß ein an die Stelle der Bundesversammlung auf die übrigen Bestimmungen der Bundesacte und Wiener Schlußacte gesetztes parlamentarisches Regiment, gehandhabt durch ein Oberhaupt und verantwortliche Minister, die Lage nur erschweren konnte. Den Staaten fehlt es an dem naturgemäßen Anhaltepunkte, an dem gemeinsamen, eben durch gemeinsamen Willen gebildeten Organe, aus welchem jetzt die neue Form entwickelt werden könnte, und es liegt eben die Gefahr vor, daß sich dieselben in bestimmte Gruppen, je nachdem augenblickliche Noth, Vorurtheil und besondere Wünsche, zum Theil auch wirkliche Bedürfnisse den Ausschlag geben, zusammensondern, daß alsdann aber unter diesen verschiedenen Gruppen die Einigung schwer, und das Festhalten an dem Bundesrechte, als einem Minimum, beim Mangel jeder diesem Rechte entsprechenden organischen Einrichtung rein illusorisch sein wird. Einen gemeinsamen Punkt, eine Brücke zu einem Vereinbleiben von Deutschland haben wir jetzt nur in der Centralgewalt. Das constitutionelle Regieren der frühern Ministerien, mit Interpellationen und unausgeführten Executivmaßregeln haben wir, so lange die Verfassung nicht fertig und eingeführt war und das alte Bundesrecht fortgalt, gelinde ausgedrückt für eine Anticipation gehalten, welche mehr der Nationalversammlung zur Unterhaltung, als Deutschland zum Nutzen diente. Von diesem constitutionellen Regieren ohne Constitution kommt die Centralgewalt jetzt nach Entfernung der Nationalversammlung ganz von selbst zurück. Es liegt aber daran, es allgemein zur Erkenntniß zu bringen, daß nicht dieses Regieren, zu welchem die Mittel, die anwendbaren Grundsätze und Normen, die Competenzbestimmungen, sowie die eigentlichen Gegenstände fehlen, die Aufgabe der Centralgewalt ist, und daß man, wenn sie einer solchen Aufgabe nicht genügt, ihr keinen Vorwurf zu machen, sondern ihren Beruf wesentlich darin zu finden hat, den letzten Einigungspunkt zu bilden und als solcher zusammenzuhalten so viel sie kann, bis sich die Erreichung eines definitiven Zustandes deutscher Einheit oder die Zerstückelung Deutschlands als Resultat festgestellt hat.

Deutschland.

†* **Frankfurt**, 14. Juni. Sie brachten zuerst die Nachricht, daß auf Se. königl. Hoh. den Prinzen von Preußen bei seiner Abreise von Mainz nach Kreuznach geschossen worden sei. Wir sind in der Lage, hierüber einige von einem Augenzeugen herrührende nähere Mittheilungen zu machen. Der Prinz hatte am 12. d. M. Abends 9 Uhr, nach genommenem Pferdewechsel Niederingelheim verlassen, und fuhr mit einem der Herren seines Gefolges auf der Straße gegen Bingen voran, gefolgt durch einen zweiten Wagen, in welchem sich ein Offizier, ebenfalls aus dem Gefolge Sr. königl. Hoheit, befand. Beide Wagen waren durch einen Raum von etwa 200 Schritt getrennt. In geringer Entfernung von dem Flecken fiel aus dem hohen Korn ein Schuß, der den reitenden Postillon des zweiten Wagens, in welchem sich der Prinz nicht befand, traf und im Schenkel verwundete. Nachdem der Postillon in den Flecken zurückgebracht und seine Stelle durch einen der begleitenden Bedienten ersetzt war, erreichte der Wagen bald den des Prinzen, so daß Se. königl. Hoheit erst durch die Erzählung des Offiziers von dem Vorgange unterrichtet worden ist. Ob dieser letzte einen Angriff auf die Person der Prinzen hat bedeuten sollen, ist so wie die Sache liegt möglich, indeß durch nichts motivirt.

** **Frankfurt**, 14. Juni. Die heute ausgegebene Nr. 71 des Amtsblatts der freien Stadt Frankfurt enthält das Gesetz über Feststellung des Voranschlags der Ausgaben des Staats für das Jahr 1849, welche sich auf fl. 1,632,932. 7 kr. belaufen werden; ferner das Gesetz über Feststellung des Voranschlags der Einnahmen für das Jahr 1849, welche im Ganzen fl. 1,472,481 betragen sollen.

† **Wien**, 11. Juni. Prinz Luitpold von Bayern ist gestern Abend hier eingetroffen und hat sein Absteigquartier im „römischen Kaiser" genommen. Man vermuthet, daß seine Hierherkunft einen politischen Zweck hat. — Fürst Trautmannsdorf ist zur Oberst-Stallmeisterwürde designirt. — Heute Nacht sind starke Transporte von Verwundeten angelangt, welche zur bessern Verpflegung in den hiesigen Spitälern untergebracht werden. — Durch die außerordentliche Hitze begünstigt, ist die Cholera in der Zeit nicht nur an mehreren Orten in Ungarn, sondern auch hier wieder in einer beunruhigenderen Weise aufgetreten, und hat bereits zahlreiche Opfer gefordert. Die Krankheit, welche sich bis jetzt auf die Militärspitäler beschränkte, zeigt sich nun in mehreren Vorstädten, zumeist aber und mit größerer Intensität in jenen Quartieren, welche den Militärspitälern und Kasernen am nächsten gelegen sind, und wo die Cholera einen entschieden endemischen Charakter angenommen hat. — Als die desertirten Palatinalhusaren aus Oberösterreich in die Gegend von Gloggnitz kamen, setzten sie dem Grafen Sauer, welcher sich eben mit seiner ungarisch gekleideten Dienerschaft dort befand und sie beschwichtigend anredete, die Pistole an die Brust. Sie zogen dann weiter über Aspang nach Steiermark und sind nach Einigen in Hartberg gefangen genommen worden, nach Andern aber glücklich entkommen.

Bei Szered hörte man gestern heftigen Kanonendonner, und da die bei Preßburg lagernden Russen Befehl erhielten, wieder dorthin zu marschiren, so vermuthet man ein bedeutenderes Treffen in jener Gegend. Hingegen heißt es, daß die Ungarn in der Nähe von Güns sich befinden, was aber vielleicht durch den Vormarsch der desertirten Husaren zu erklären ist; letztere hatten einen Kampf mit nacheilenden Jägern zu bestehen und ließen über 20 Todte auf dem Platze, während sie selbst in wilder Flucht bei Kirchschlag die Grenze überschritten. — Ein Getreideschiff, welches von Preßburg abwärts abrouirte, wurde als verdächtig angehalten und untersucht; man soll mehrere Kanonenläufe darauf gefunden haben. — Das italienische Regiment Zanini, welches sich gegen die Magyaren zu schlagen geweigert haben soll, liegt gegenwärtig in Olmütz in Garnison.

Prag, 10. Juni. Die czechische Presse hatte im Laufe des gestrigen Tages in Folge des Belagerungszustandes einen harten Schlag erlitten. Hawlicek's „Narodni Nowiny" wurde auf Befehl des F.M.L. Khevenhüller suspendirt. Die Ursache soll ein Artikel über das Verhältniß der magyarischen Aristokratie zur österreichischen Regierung sein. Ein gleiches Schicksal traf das czechische Abendblatt „Wecerni List." — Von der Militäruntersuchungscommission wurde Herr Rehor bereits auf freien Fuß gesetzt. — Im Universitätsgebäude erlebten wir gestern eine eigenthümliche Folge des Belagerungszustandes. Bei einer Promotionsfeierlichkeit ward den fungirenden Professoren und Doctoren verboten, den üblichen Ehrendegen zu tragen. — Die politischen Neuigkeiten, die russische Intervention, der Krieg in Ungarn treten seit gestern vor einem Ereigniß in den Hintergrund, das man seit lange erwartet und gefürchtet hatte, dem Ausbruche der Cholera. Nachdem man einige Fälle im Militärhospitale, wo die Krankheit unter den aus Ungarn heimkehrenden Verwundeten zuerst ausgebrochen, verheimlicht hatte, wurden gestern mehrere Fälle zugleich constatirt. Das Medicinalcollegium hat in einer gestern vom Landespräsidium einberufenen Sitzung bereits die Stadt in kleine Bezirke, denen jeder ein Arzt zugewiesen wird, eingetheilt und alle nöthigen Vorkehrungen getroffen.

Olmütz, 8. Juni. Hiesige Militärs sagen mit Bestimmtheit aus, daß die Hauptoperationen gegen die Magyaren erst Mitte Juni erfolgen können, um des Erfolgs allseitig sicher zu sein. — Die Russen sind noch immer in kleiner Anzahl hier und in den Laboratorien von früh bis Abends emsig beschäftigt. (C. Bl. a. B.)

** **Berlin**, 12. Juni. Ein leitender Artikel in dem heutigen Abendblatt der „Deutschen Reform" bekämpft den Theil der deutschen Oppositionspresse, der aus der schleswigschen Angelegenheit seine Waffen nimmt, das Berliner Cabinet zu verdächtigen. Nächste Veranlassung zu diesem Artikel gab dem ministeriellen Organ jener Passus in der Botschaft des Präsidenten der französischen Republik, der den deutsch-dänischen Krieg betrifft. Diesen Passus berichtigend, bemerkt der Artikel der „Reform", weder die Bundesversammlung, noch die provisorische Centralgewalt, noch endlich die Nationalversammlung habe jemals die Einverleibung Schleswigs in den Bund beschlossen, vielmehr sei in der Frankfurter Reichsverfassung wie auch in der den Berliner Entwurf begleitenden Denkschrift die Festsetzung dieser Verhältnisse ausdrücklich vorbehalten. Diese Maßregel konnte daher auch nie den Grund des „erbitterten" Krieges gegen Dänemark abgeben, und das ministerielle Blatt weist die in der französischen Botschaft ruhende indirecte Beschuldigung deßhalb nachdrücklich zurück. Umgekehrt war es die drohende Gefahr der beabsichtigten und angebahnten Einverleibung Schleswigs in Dänemark, welche zu dem Aufstande in diesem Lande Veranlassung gab. Preußen aber zog sein gutes Schwert zum Schutze

der legislativen und administrativen Selbstständigkeit Schleswigs, welche durch die Proclamation des Königs von Dänemark vom 24. März 1848 gefährdet war. „Was die gegenwärtigen Unterhandlungen betrifft," schließt die „Disch. Ref.", „so beziehen sich dieselben, wenn wir recht unterrichtet sind, nicht auf den Abschluß eines neuen Waffenstillstandes, sondern auf einen Frieden, der seine Forderung Preußens für Schleswig, nämlich: „legislative und administrative Selbstständigkeit" zur Grundlage haben soll. Mit Erreichung dieses Zieles würde auch der rechtliche Grund des Kampfes wegfallen."

Königsberg, 5. Juni. Die „constitutionelle Monarchie" bringt aus Polen die verbürgte Nachricht, daß die Aufregung dort überall um sich greift und eine weit verzweigte Verbindung aller Unzufriedenen nicht mehr zu bezweifeln ist. In Wilna haben viele Verhaftungen stattgefunden, ebenso in Kauen; doch von den in gewaltigen Massen anrückenden Truppen, — auch die Petersburger Garden sind bereits auf dem Wege, — soll die drohende Glut erstickt werden. Bei dieser erwachenden Bewegung sind die polnischen Bauern meist indifferent, und die Gutsherren haben eher Grund, die Bauern zu fürchten. Das Anerücken der Kosaken vom Don in der Stärke von 25,000 Mann bestätigt sich; im ganzen südlichen Rußland finden die lebhaftesten Truppenbewegungen statt.

Aachen, 11. Juni. Heute begannen vor dem hiesigen Assisenhofe die Verhandlungen über die wegen Theilnahme an dem Tumult Angeklagten, der im April vorigen Jahres hier stattfand. Auf der Anklagebank erschienen 57 Angeklagte. Belastungszeugen sind 255 geladen, Entlastungszeugen ebenfalls eine bedeutende Zahl. Die erste Sitzung hat mit Bildung des Assisenhofes und Verlesung der Actenstücke begonnen. Im Justizgebäude sind die umfassendsten Maßregeln getroffen, um die Ordnung der Debatten zu handhaben, ohne jedoch die Oeffentlichkeit zu hemmen. Der Proceß wird jedenfalls noch mehrere Wochen andauern. (A. Z.)

Trier, 13. Juni. Alle Anzeigen mehren sich bei uns von einer binnen Kürze bevorstehenden Eröffnung des Feldzuges gegen den insurgirten Süden; die Truppenm rsche häufen sich, die Couriere fliegen nach allen Seiten, und alle Anstalten werden geheimnißvoller als je betrieben. Am vergangenen Sonnabend wurde die Trainmannschaft hier aufgeboten und marschirt heute schon ab, sowie heute ebenfalls ein Bataillon des 35. Regimentes nach Saarlouis von hier abgeht. Den Garnisondienst versehen in der Stadt ein Bataillon des 26. Landwehrregiments, ein Bataillon des 36 Regimentes und eine Escadron Dragoner. Das Einvernehmen zwischen Militär und Bürger ist fortwährend das Allerbeste, beide Theile bewegen sich so ungenirt und harmlos durch einander, daß man die Scenen des vorigen Jahres kaum begreifen kann. Von Saarlouis kommt uns die Nachricht zu, daß zwischen den Wehrleuten des 27. Landwehrregimentes und einigen Offizieren in einem Kaffeehause eine ernste Scene stattgefunden habe. Sie begann damit, daß einige Wehrleute in dem Kaffeehause Erfrischungen verlangten, was ihnen von anwesenden Offizieren verwiesen ward. Die Wehrleute weigerten sich indeß, dem Gebote zu folgen und das Local zu verlassen, und der ganze Auftritt endigte damit, daß das ganze Bataillon vor dem Kaffeehause erschien und erst nach einer Stunde die Ruhe sich wieder herstellte. Die Landwehr, soweit wir Gelegenheit hatten, sie zu beobachten, schien uns überhaupt mißmuthig und unzufrieden aus ihren bürgerlichen Verhältnissen gerissen zu sein. — Der Commandeur des 29. Regimentes Witzleben aus Luxemburg widerspricht der durch einige deutsche Blätter gegangenen Nachricht von der Desertion der ersten Compagnie desselben Regimentes aus Saarbrücken nach der Pfalz, und behauptet, es seien nur zwei Mann gewesen. Die betreffende in der hier erscheinenden Saar- u. Mosel-Zeitung enthaltene Widerlegung zeichnet die badischen und pfälzischen Zustände nicht besonders erbaulich, sie nennt das dort stehende Insurgentenheer „räuberische Horden, verbrecherischer Auswurf aller Familien und Länder, die in Baden und der Rheinpfalz jetzt ihr schmachvolles Wesen treiben, denen mit echt preußischem Ernste, starkem Arme und geübtem Auge entgegenzutreten sein Regiment Verlangen trage, um an dem edlen Werke Theil zu nehmen, diese für das Zuchthaus überreifen Verbrecher wo möglich spurlos von den schönen Gauen aller deutschen Länder zu vertilgen." Am Schlusse warnt er jene Redactionen vor anderen Wirrungen fernerer Schmähartikel über das 39. Infanterieregiment. — Die demokratische Partei hier hat sich entschlossen, ihrem Abgeordneten Ludwig Simon die von Staatswegen entzogenen Diäten zu garantiren. Es hat sich zu dem Ende eine Commission gebildet, um die betreffenden Schritte einzuleiten. Wie wir hören, fließen die Beiträge reichlich, und das Unternehmen scheint gesichert. Ludwig Simon steht hier wegen seiner persönlichen Eigenschaften in großer Achtung. — Die Lebensmittel fangen seit Kurzem nun auch an, in Folge der vielen Truppenmarsche im Preise zu steigen.

München, 12. Juni. Heute tritt Minister von der Pfordten seine Missionsreise nach Berlin über Wien an, um durch sein persönliches Handeln jenen Vereinigungszweck zu erzielen, welcher außerhalb der österreichischen und preußischen Politik zu liegen scheint. Die Reise wird ihn etwa 14 Tage von hier entfernt halten, während welcher dessen Portefeuille von Herrn v. Kleinschrod übernommen wird. Der frühere Kriegsminister Herr v. Lesure ist in Pensionestand versetzt. Soviel man hört, wird Se. Maj. der König Ludwig sich mit Anfang künftigen Monats auf längere Zeit nach Berchtes aden begeben, und bei Rückkehr den Wittelsbacher Palast beziehen, dessen Einrichtung nun seiner Vollendung nahe ist. (B. Bl.)

Aus St. Petersburg ist hier die Nachricht von der schweren Erkrankung des Herzogs von Leuchtenberg eingetroffen. Die ärztlichen Bulletins sagen, der Herzog leide an den Masern, in Petersburg fand jedoch ein verbreitetes anderes Gerücht, wonach der Herzog vergiftete Speisen genossen hätte, mehr Glauben. (Landb.)

* **Ansbach**, 12. Juni. Gestern kam es hier zu einem tumultuarischen Auftritt, der indeß keine weiteren Folgen hatte. Die Stadt ist wieder vollkommen ruhig.

Dresden, 11. Juni, Morgens. Gestern kamen 2 Compagnien vom 19. Landwehrregiment hier an, der Rest des Bataillons ist noch in und bei Bautzen zurückgeblieben; jene werden morgen nach Pirna gehen und dort und in der Umgegend einquartiert. Heute gegen 10 Uhr rückte ein Gardelandwehrbataillon, tüchtige kräftige Leute, ein, das in der Pirnaischen und Seevorstadt einquartiert wird. Ein Bataillon vom 18. Landwehrregiment geht nach Freiberg, Chemnitz ꝛc., das andere wird den 13. seine Richtung nach Erfurt und von da nach dem Rheine nehmen, wohin ihm wahrscheinlich auch die übrigen durch Sachsen kommenden Truppen später nachrücken werden.

Der seitherige Assessor des Appellationsgerichts zu Dresden, Wilhelm Adolf von Trützschler, ist „auf sein Ansuchen" aus dem sächsischen Staatsdienste entlassen.

Stuttgart, 11. Juni. Die „deutsche Reichsregentschaft" hat dem General v. Prittwitz folgende Depesche zugehen lassen: „Wir setzen Sie hierdurch davon in Kenntniß, daß die deutsche constituirende Nationalversammlung in ihrer Sitzung vom 5. d. M. beschlossen hat: „„Die bisherige Centralgewalt ihres Amtes zu entheben und eine Regentschaft für Deutschland einzusetzen, welche in allen Angelegenheiten, die die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands betreffen, die vollziehende Gewalt zu üben hat.""" In Folge dieses Beschlusses hat hierauf die constituirende Nationalversammlung die Unterzeichneten als Mitglieder dieser Regentschaft erwählt und uns die vollziehende Gewalt übertragen. Wir haben die Reichsregierung übernommen. Indem wir hievon Ihnen, Herr General, Nachricht ertheilen, fordern wir Sie auf, künftig nur von uns, der provisorischen Reichsregentschaft, und von Niemand Anderem, Befehl oder Instructionen anzunehmen. Zugleich ertheilen wir Ihnen hierdurch die Weisung, den Krieg gegen die Dänen rasch und energisch fortzuführen und namentlich ganz Jütland militärisch zu besetzen, damit baldigst ein ehrenvoller Friede geschlossen werden könne. Zu Vermittlung eines solchen Friedens werden wir demnächst einen Reichscommissär absenden. Unterhandlungen, Waffenstillstands- oder Friedensschlüsse zwischen Dänemark und deutschen Einzelstaaten werden wir nicht anerkennen. (N. C.)

Stuttgart, 12. Juni, Morgens. Zum zweiten Mal hat die sogenannte Regentschaft dem württembergischen (Reichs-) General v. Miller den Befehl zugehen lassen, ihr allein zu gehorsamen. Da dies nicht geschehen wird, so erwartet man, daß die Regentschaft ihn absetzen werde, in welchem Fall das württembergische Ministerium, sich im Conflict mit der Regentschaft befindend, dieser und ihren Anforderungen die Rechtsgiltigkeit nicht zuerkennen könnte. Man ist sehr gespannt, in welcher Weise diese Nichtanerkennung der Regentschaft erfolgen wird. (A. Z.)

⊙ **Stuttgart**, 12. Juni. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung wurde der Austritt Feger's angekündigt. Eine Adresse einer Versammlung aus Tübingen enthält die Behauptung, daß die Minister die deutsche Sache verlassen haben. Unter der Zustimmung der Kammer zu den Schritten des Ministeriums weist Staatsrath Duvernoy jene leidenschaftlichen Ausfälle mit Entrüstung zurück. Barchet, Holzinger, Hölder u. A. legen Zeugniß ab von dem Vertrauen ihrer Bezirke auf die Regierung, gegenüber der sogenannten Regentschaft des deutschen Volkes. Schoder stellt zwei Interpellationen an den Ministertisch; zuerst fragt er, wann die Regierung die Beeidigung des Militärs auf die Reichsverfassung vorzunehmen gedenke, in welcher Beziehung von Staatsrath Duvernoy die Erwiderung ertheilt wird, daß die Sache bereits eingeleitet sei, aber daß es gerade in diesem Augenblicke die mißlichsten Folgen haben würde, sie zur Erledigung zu bringen. Mit 54 gegen 23 Stimmen beschließt die Kammer, die Sache an den Fünfzehnerausschuß zu verweisen, welcher, nach dem ausdrücklichen Wunsche von Zwerger, Briel, Freiherr v. Hornstein, Holzinger, namentlich darüber zu berichten haben wird, ob in der Beeidigungsfrage der Stand der Sache jetzt noch derselbe sei, wie bei den frühern Kammerbeschlüssen. Zweitens stellt Schoder die voreilige Interpellation, ob die Regierung bereit sei, einer demnächstigen Aufforderung der Nationalversammlung Folge zu leisten und für den aus der Nationalversammlung ausgetretenen Abgeordneten Federer eine neue Wahl anzuordnen? Vom Ministertisch wird natürlich geantwortet, daß bis jetzt noch keine Veranlassung vorliege, sich auszusprechen. Der größte Theil der Sitzung wird hierauf mit wiederholten Berichten in Adelsungssachen ausgefüllt. — In unserer Stadt ist es fortwährend ruhig. Durch mehrere Abtheilungen Militär, welche hier eingerückt sind, wird der Dienst der Bürgerwehr, welcher in letzter Zeit sehr beschwerlich geworden ist, erleichtert. Etwa ein Fünftel der Bürgerwehr haben ihre Sympathien für die hier versammelte Nationalversammlung kund gethan. Man glaubt, daß wir in nächster Zeit einen Schritt weiter kommen werden, d. h. daß das Ministerium strenge Maßregeln ergreifen und diesen Theil der Bürgerwehr entwaffnen werde.

Ulm, 11. Juni. Eine der bitteren Früchte des über das Reichsoberhaupt und über die Reichsverfassung in Deutschland entstandenen Zwiespalts wird sich demnächst in unserer Stadt auch sehr bemerklich machen. Es soll nämlich auf Befehl des Reichsministeriums der Festungsbau aus Mangel an baaren Mitteln demnächst auf das äußerste beschränkt und mehrere tausend Arbeiter entlassen werden, wenn nicht den dagegen durch Deputationen der Oberbehörden in Stuttgart und nöthigenfalls in Frankfurt einzureichenden Gegenvorstellungen und Bitten Gehör geschenkt werden kann. Die Festungsbehörden sollen zu deren Unterstützung mit größter Bereitwilligkeit den möglichsten Vorschub geleistet haben. In jetziger Zeit wäre eine solche Einstellung des Festungsbaues schwer und doppelt zu beklagen. — Unser Stadtrath hat zu Unterzeichnung einer vollen Zustimmungs- und Vertrauensadresse an unser Ministerium wegen seiner neuesten Beschlüsse in Betreff der provisorischen Regentschaft ꝛc. aufgefordert. (S. M.)

Karlsruhe, 11. Juni. Gestern Abend spät und heute kamen weitere gepreßte Volkswehren an und wurden einquartiert; sie sind voll Enthusiasmus, erster Gelegenheit — nach Hause zu gehen! — Struve, nun in Heidelberg soll dort, wie bereits hier in Verschollenheit gerathen sein; es wurde bis jetzt nicht bekannt, daß er in einem Wahlbezirk gewählt wurde. Man prophezeiht ihm Bornstedts klägliges Schicksal. — Man will bestimmt wissen, daß das Stuttgarter Parlament 25,000 fl. zur Fristung seines Daseins übersendet wurden. — Es werden große Lief rungen von Schuhen in Arbeit gegeben; die Schweizer, Polen ꝛc. sollen deren sehr bedürftig sein. — Bei der gestrigen Musterung ritt Stadtcommandant Reininger einen um 60 Louisd'or angekauften Schimmel des Markgrafen Wilhelm, welcher, wie man sagt, um die Taxe von 22 Louisd'or aus dem markgräflichen Stalle abgeführt wurde. — Endlich wird mit den hier noch säumigen Bürgerwehrpflichtigen auch Ernst gemacht; ein Bürgerwehrtagesbefehl fordert die noch Rückständigen auf, sich ungesäumt zu melden und zu stellen. Der Tagesbefehl sagt: „Weit ab die große Mehrheit der hiesigen Wehrmannschaft hat bisher ihre schweren Pflichten mit Aufopferung und Hingebung erfüllt. Nur Einzelne haben gewußt, durch allerlei Ausflüchte sich zum Nachtheile ihrer Kameraden dem Dienste zu entziehen." — In Heidelberg soll bei den Truppen große Rathlosigkeit herrschen, und namentlich der Mangel an Offizieren sehr fühlbar sein. — Die Hauptneuigkeit des Tages ist das Verschwinden des Exkriegsministers Eichfeld, zuletzt Commandeur des Leibinfanterieregiments, von Heidelberg. Derselbe hat gestern Vormittag Lauterburg passirt, mit sorgfältiger Vermeidung aller Berührung mit den dortigen Flüchtlingen, und in solcher Eile, daß er wegen Erlangung eines Passes den Lauterburger Commandanten aus der Procession rufen ließ. Er reiste alsbald wieder ab in Begleitung seines Schwagers, des Lieutenants Freyberg, angeblich nach Straßburg wegen Munition. (Schw. M.)

* **Karlsruhe**, 12. Juni. In der gestrigen Sitzung sagte Goegg im weitern Verlauf seiner Rede: Große Verlegenheiten seien dem Ministerium bereitet worden, 1) durch die unzeitig erlassene Bekanntmachung des Kriegsministeriums, daß die Soldaten ihre Einstandsgelder zurückzufordern berechtigt seien. Dadurch sei die Staatskasse genöthigt worden, gegen 800,000 fl. sofort auszuzahlen, 2) seien die Steuern nicht regelmäßig eingegangen, und 3) sei gerade die Revolution in einem Zeitpunkt geschehen, in welchen keine bedeutenden Steuererhebungstermine gefallen. Nichtsdestoweniger sei es durch Sparsamkeit möglich gewesen, mit den vorhandenen Mitteln bis jetzt auszukommen, die Ausgabe des bereits verwilligten Papiergeldes sei vorbereitet, und werde in 3—4 Wochen erfolgen können. Die eigenthümlichsten Schwierigkeiten des Drucks und der Papierbereitung hätten die bisherige Verzögerung herbeigeführt. Sache der constituirenden Versammlung werde es nun sein, ihn zu unterstützen, namentlich bei Eintreibung der rückständigen Steuern, die jetzt gegen 1 Million betragen würden. Eine ungefähre Uebersicht der Kostenverhältnisse soll dem Finanzausschusse sofort überwiesen werden. Er hoffe, daß das badische Volk seine Stellung erkennen werde als Vorkämpfer für die Freiheit und Einheit Deutschlands, daß es seine Ehre wahren werde. Denn möge auch dasselbe im Kampfe unterliegen, es werde doch dieses Beispiel nicht verloren sein, die Saat, die jetzt ausgestreut, werde und müsse einmal aufgehen, und einst werde das befreite Deutschland anerkennen, daß es Baden und der Pfalz seine Befreiung verdanke. (Y.) Hierauf wurde der vom Finanzminister vorgelegte Gesetzentwurf über ein Zwangsanlehen vorgetragen. Welchen Inhalts derselbe sei, theilt die „Karlsruher Zeitung" nicht mit. Der übrige Theil der Sitzung war ohne weiteres Interesse. Ein Antrag der Commission, welche über das provisorische Gesetz, die Versetzung des badischen Landes von der nördlichen Grenze bis zur Murg in Kriegszustand betreffend, zu berichten hatte, dahin gehend: den Kriegszustand auf das ganze Land auszudehnen, wurde fast mit Einstimmigkeit angenommen.

l. **Aus Baden**, 12. Juni. Während uns die „Karlsruher Zeitung" täglich den guten Geist der Truppen von der Linie und des ersten Aufgebots rühmt, und die provisorische Regierung das Land glauben machen will, das Heer sei im besten Stande, erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß dem nicht so ist, vielmehr im ganzen Heerwesen keine Ordnung, keine Einheit besteht. Wenn es heute zu einem ernsteren Kampfe, etwa zu einer Schlacht käme, so darf man sicher sein, daß zwei Drittheil des ersten Aufgebots sich nach allen Winden hin zerstreuen, und selbst von den Linientruppen wird nur ein geringer Theil Stand halten. Ich habe sehr viele junge Leute des ersten Aufgebots gesprochen, die bei aller Begeisterung laut „Karlsruher Zeitung" mit ganz unumwunden erklärten, daß sie ohne weiteres „rechtsumkehrt" machen, wenn losgehe, denn sie hätten auf die Hülfe der Franzosen gerechnet, von der man ihnen mit Bestimmtheit gesprochen. Alle die Uebelstände im Heere, der Mangel an Ordnung, Folgsamkeit, sind längst auch dem Laien klar genug, und ich denke, sie werden jetzt sogar Manchem klar sein, der sich und Andere darüber täuschen wollte. Gestern nämlich wurde der General Mieroslawski durch den Kriegsminister Sigel den Truppen, an deren Spitze er sich stellen soll, vorgestellt. Bei dieser Gelegenheit erklärte der polnische General, daß man sich nothwendig auf die Defensive beschränken müsse, bis die Armee organisirt sei. Damit ist dem Herrn Kriegsminister, in welchem Einige schon einen jungen Napoleon wittern wollten, kein kleiner Vorwurf gemacht, da er mit seinen nicht organisirten Truppen angriffsweise verfuhr. Freilich haben die Schreibstubenmenschen in Karlsruhe, die sogenannte provisorische Regierung, dazu getrieben und nach allen Seiten hin, nur nicht gegen die Franzosen den Krieg erklärt. Aber so ists, gerade das unbesonnene, tactlose Benehmen der provisorischen Regierung hat ihr selbst am meisten verdorben. So hat z. B. die Kriegserklärung gegen Württemberg, die einst zu den Curiosis des Wahnsinns gezählt werden wird, durchaus die entgegengesetzte Wirkung hervorgebracht und das ganze Selbstgefühl der Schwaben geweckt. Man sagt als bestimmt, daß noch heute alle badischen Truppen hinter den Neckar sich zurückziehen, um sich

ort wieder in einen festen Stand zu setzen. Es wäre dies ie erste Maßregel des Generals Mierosławski.

K **Mannheim**, 13. Juni. Die Rath- und Muthlosigkeit ist zwar sehr groß bei uns, doch will man die Sache icht so bald schon verloren geben. Seit dem 12. wurde ie Brücke bei Ladenburg auf beiden Ufern verbarrikadirt. ch sah in der Nähe der Brücke Floßholz und einige Schiffe. Heilosem sich am 13. die Freischaaren aus der Bergstraße nd theilweise hinter den Neckar zurückzogen, wimmelt es ier von solchen und sogenannten regulären, in der That der sehr irregulären Truppen. Bei einem gestrigen Ausuge fand ich bei Neckarhausen Verschanzungen gegen den Lecar hin angelegt. Metternich und Willich verließen uns; e sind Beide sehr unschädliche Leute und von ihrem Feldetrutalent ist nicht viel zu fürchten.

†† **Zweibrücken**, 13. Juni. Wenn auch unsere Infanterie ie erste war, die ihre Fahne verließ und ihres Eides ergaß, scheint sie, trotz all der Anstrengungen, welche die Presse, wie die selbstgewählten Führer machen, sie auf er Bahn des Meineides zu halten, doch jetzt zur Besnnung gekommen zu sein. Sie hat sich in den bisherigen Gefechten überzeugt, wie wenig sie sich auf die neue Fahnung verlassen kann, wie viel gute Offiziere werth sind nd daß die „Selbstwahl" wohl plötzlich Epauletten, aber cht militärisches Wissen verleihen kann. Jedem wird sie es zügellosen Treibens immer mehr satt, und es muß mit orem Tage mehr Ueberläufer geben, denn mit jedem Tage ehrt sich die Muthlosigkeit. Ein von Weinheim kommener Mann erzählt, daß dort wieder sechs, drei Soldaten nd drei Unteroffiziere übergetreten seien; von andern Grenzorten hören wir dasselbe. Mögen unsere radicalen Blätter der „Neuen Deutschen Ztg." noch so oft die Verscherung entnehmen, daß die hessischen Soldaten „mit schwerem Herzen kämpften", man glaubt es nicht, denn man überzeugte sich zu oft vom Gegentheil. Die „Turner nd Bürgerwehren", die Soldaten, die man „ans Feuer ewöhnen müsse, die beständig den Feind allarmiren und dadurch ermüden" sollen, finden es auch größtentheils viel equemer, für das Vaterland zu trinken und zu singen, als ürür zu fechten. Schlechten Eindruck macht zudem die Haung Frankreichs. Die „Tribune des peuples" in Paris thr mißbilligt es sehr, daß die Polen sich bei dem Kampfe etheiligen und beklagt es offen, daß General Snayde das Kommando in der Pfalz übernommen. Da fragt man sich wohl: Wenn das vom „grünen Holze" erwächst, was soll us vom „dürren Holze" kommen? „Das ist eine Perfidie, ür die wir keinen Namen haben", ruft die „N. D. Ztg." Wir sehen keine Perfidie darin, wir haben einen ganz nderen Namen für diese Haltung des rein republikanischen Blattes. — Unsere Stadt wurde gestern urplötzlich von hren unwillkommenen Gästen befreit; Truppen wie Freiharler zogen ab und zwar — auf die Nachricht hin, daß ie Preußen anrücken.

Konstanz, den 11. Juni. Heute Morgens 6 Uhr marschirte das erste Aufgebot der Stadt Konstanz, gegen 200 Mann, nach Stockach ab, wo auch die ersten Aufgebote anderer Landgemeinden sich mit denselben vereinigen sollen. Sie wurden von dem zweiten und dritten Aufgebote mit großem militärischen Gepränge bis nach Wolmatingen begleitet. Die täglichen Waffenübungen abgerechnet geht im Uebrigen Alles seinen ungestörten Gang. Wer durch Alter oder sonstige Ursachen von diesen Exercitien befreit ist, muß durch Geldbeiträge zur allgemeinen Ausrüstung Theil nehmen. Das Betreffniß derselben wird vom Gemeinderath fixirt und beträgt in der Regel 40—50 fl. (S. M.)

Darmstadt, 14. Juni. Als dringend verdächtig des verabscheuungswürdigen Attentats gegen den Prinzen von Preußen, wurde von der Untersuchungscommission zu Niederingelheim arretirt und am 13. nach Mainz eingebracht der 20jährige Sohn eines Schneidermeisters in Niederingelheim. Man fand bei demselben eine frisch abgeschossene Büchse, in welche die bei dem Postillon vorgefundene Kugel vollkommen paßte; daß schmutzige Schuhwerk hielt mit den verfolgten Fußtapfen im Felde gleiches Maß und Zeugen bekräftigten, denselben gleich nach jenem Verbrechen in sehr verwirrtem Zustande getroffen zu haben, — aus welchen Indicien sich wohl mit ziemlicher Sicherheit entnehmen läßt, daß dieser Mensch der Thäter war. Die nach Niederingelheim entbotene Schwadron, scheint nur eine Vorsichtsmaßregel, wegen Transportirung des Verhafteten, gewesen zu sein. Der großherzogl. Regierungsdirigent ist in Begleitung des Staatsprocurators am 13. Abends sofort von Niederingelheim nach Kreuznach abgereist, wahrscheinlich um Sr. königl. Hoh. dem Prinzen von Preußen das Resultat der bisherigen Untersuchung mitzutheilen und von dessen Gefolge weitere Notizen einzuziehen. (Darmst. Z.)

Darmstadt, 14. Juni. Vorgestern kamen fünf badische Offiziere, gestern acht Unteroffiziere über unsere Grenze und verlangten als Gefangene in das Hauptquartier des Generals v. Schäffer gebracht zu werden, wie sie sofort erklärten, ihr Loos der Gnade ihres Fürsten anheimstellen zu wollen. (Darmst. Ztg.)

Worms, 13. Juni. Von der nach der bayerischen Pfalz dirigirten königlich preußischen Armeedivision des mobilen Corps sind heute hier eingetroffen: der Stab der Division, der Stab des 30. Infanterieregiments, zwei Bataillone dieses Regiments, eine Batterie der 8. Artilleriebrigade, der Stab des 28. Infanterieregiments, eine Schwadron des 9. Husarenregiments, das 8. Jägerbataillon und eine Pionierescompagnie. — In den Gemeinden Leiselheim, Hochheim und Pfiffligheim befindet sich ein Bataillon Infanterie; in Weinsheim, Horchheim und Wiesoppenheim ein Bataillon Infanterie, eine Escadron und zwei Stück Geschütze. (Worms. Z.)

Worms, 13. Juni. Heute gegen Abend kam es bei Niedesheim zwischen den preußischen Husaren und den rheinpfälzischen Soldaten zu einem Zusammentreffen. In Niedesheim waren nämlich 150 Mann Volkswehr, lauter gediente bayerische Soldaten eingerückt, um von den Bauern Pferde zur Errichtung von Cavallerie zu requiriren. Die Bauern weigerten sich, ihre Pferde herzugeben, und holten von Weinsheim eine Abtheilung der preußischen Husaren, etwa 300 Mann. Diese rückten von zwei Seiten in Niedesheim ein, worauf es zu einem kleinen Gefecht kam, bei dem es 5 Todte und 3 Verwundete auf pfälzischer, 3 Todte und 1 Verwundeten auf preußischer Seite gab. Die drei verwundeten Bayern wurden heute Abend nach Worms gefahren; der eine hat einen Säbelhieb in den Kopf, der andere in den Arm, der dritte in den Oberschenkel bekommen. Der verwundete Husar hatte einen Schuß im linken Arm. — Der Correspondent der „Mainzer Zeitung", welcher dies berichtet, thut der Mannszucht, durch die sich die Preußen auszeichnen, rühmender Erwähnung.

Niederingelheim, 13. Juni. So eben bestellt Regierungscommissär v. Dalwigk dem Bürgermeister, er habe dafür zu sorgen, daß unverzüglich sämmtliche Waffen abgeliefert würden. (M. Z.)

Rendsburg, 11. Juni. Orla Lehmann ist weder ausgewechselt, noch freigegeben worden, sondern hat nur gegen gestellte Caution die Erlaubniß erhalten, vierzehn Tage von hier abwesend zu sein, um seine in Kopenhagen erkrankte Frau besuchen zu können. Der ihn begleitende Offizier hat ihn von hier direct und in einer Tour bis zu den dänischen Vorposten bei Sonderburg gebracht, von wo wir ihn also bis zum 23. d. M. wieder hier erwarten können. (W. z. N.)

Horsens, 10. Juni. In größter Eile nur die unangenehme Nachricht, daß gestern Nacht Rittmeister Grau, die Lieutenants v. Blumenstein und v. Baumbach, ein Arzt Dr. König und 66 kurhessische Husaren, welche nach Nörre-Sunde, welches noch hinter der Vorpostenkette liegt, zum Fouragiren gesandt waren, von den Dänen überrumpelt und gefangen worden sind; nur neun Husaren haben sich gerettet. (Hdlle.)

Wiesbaden, 14. Juni. Gestern wurde der ehemalige Präsident des Kölner Arbeitervereins, Schapper, der sich, obgleich von Preußen steckbrieflich verfolgt, schon längere Zeit unangefochten hier herumtrieb, verhaftet. — Bei dem Redacteur der „Freien Zeitung", Oppermann, sowie bei dem Landtagsabgeordneten Müller II. ist Haussuchung vorgenommen worden. Sie waren die Schriftführer des Hanauer „Landescongresses". Ein vollständiges stenographisches Protocoll über die Verhandlungen der Idsteiner Versammlung wurde mit Beschlag belegt. (N. G. Z.)

Schweiz.

⊙ **Bern**, 9. Juni. Der Ständerath hat in der Capitulationsfrage heute folgenden Beschluß gefaßt: Die Bundesversammlung, in Betracht, daß das Fortbestehen der Militärcapitulationen mit den politischen Grundsätzen der Schweiz als eines demokratischen Freistaates unverträglich sind, beschließt: Art. 1. Der Bundesrath ist mit Unterhandlungen zur Auflösung der Capitulationen beauftragt. Art. 2. Die Werbungen sind einstweilen eingestellt. Die Discussion dieser in Folge des Nationalrathsbeschlusses nothwendig gewordenen zweiten Berathung der Capitulationsfrage dauerte zwei Tage und war sehr bewegt. Der Beschluß wurde mit 24 gegen 17 Stimmen gefaßt. Im Wesentlichen stimmen nun beide Räthe überein: Einleitung von Unterhandlungen zur Auflösung und Einstellung der Werbungen; dem Bundesrath ist der Weg vorgezeichnet, den er zu gehen hat. — Aus Biel trifft soeben die Nachricht ein, daß Altschultheiß Neuhaus an einem schmerzhaften Magenübel gestorben ist.

Italien.

Nach einem Brief aus **Padua** vom 9. Juni schreiten die Belagerungsarbeiten vor Venedig langsam, aber sicher vorwärts. Gegenüber einer gegen venetianischen Batterie auf dem mittlern Pfeiler der Eisenbahnbrücke wurden zwei Demontirbatterien errichtet, die am 12. Juni ihr Feuer beginnen sollten. Dann erst konnte man dort ein ferneres Vorrücken erwarten. (A. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 11. Juni. Aus der Botschaft des Präsidenten tragen wir noch folgende Darlegung der Streitkräfte Frankreichs nach. Sie werden auf 4 Millionen Nationalgardisten, wovon 1,200,000 Mann mit Gewehren bewaffnet und, nebst 500 Kanonen, 451,000 Mann Linientruppen, 93,754 Pferde und 16,495 Feuerschlünde, wovon 13,770 metallene, und 5139 Feldgeschütze angegeben. Die Dampfflotte besteht aus 61 Fahrzeugen, worunter 16 Fregatten, und die Segelflotte aus 96 Fahrzeugen, wovon 10 Linienschiffe und 8 Fregatten. Die Reserveflotte besteht aus 47 Fahrzeugen.

Paris, 12. Juni. Ein vom Präsidenten der Republik auf den Vorschlag des Kriegsministers erlassenes Decret verfügt die Beerdigung des Marschalls Bugeaud in den Invaliden. Der Tag für Abhaltung des Leichenbegängnisses wird später festgesetzt werden. Gestern und heute strömten zahlreiche Repräsentanten, Generale, Nationalgardisten, Offiziere und Unteroffiziere der Armee nach dem Hotel des Verstorbenen. Die Leiche des Marschalls ist einbalsamirt worden. Er ruht auf seinem Bett, mit seiner Marschalls-Uniform bekleidet, den Degen auf der Brust, im Hute und Handschuhen. Seine Züge sind vollkommen unversehrt; man möchte ihn schlafend glauben. Ein Priester betet Tag und Nacht bei der Leiche, neben welcher sich bald ein Offizier oder Unteroffizier, bald ein Mann aus dem Volke, der seinem Wohlthäter das letzte Lebewohl sagt, weinend niederwerfen. Die Marschallin Bugeaud hat der erste Adjutant des Verstorbenen bei Chateauroux eingeholt und wird sie dort vorbereitet haben, den entsetzlichen Schlag, der sie getroffen hat, mit Fassung zu ertragen. Auf Anordnung des Ministeriums wird die Marmorstatue Bugeauds im Versailler Museum aufgestellt werden. — Das heutige „Journal des Debats" sagt nach Mittheilung des Ergebnisses der gestrigen Abstimmung: „Nicht über die Angelegenheiten von Italien hat die Versammlung abgestimmt. Jeder von uns hat gefühlt, daß davon nicht mehr die Rede war. Ledru-Rollin hat gesagt, daß es sich nicht mehr um den Papst handle; man kann ihm antworten, daß es sich nicht ferner um Rom handelte. Wir Alle sind hier im Spiele. Wir sehen mit tiefem Schmerze, daß große Unglücke noch unser Vaterland zu bedrohen scheinen. Eine furchtbare Verantwortlichkeit wird sicher auf denen lasten, welche sie herbeiführen werden. Man hat uns das allgemeine Stimmrecht gegeben; aus ihm ist die gesetzgebende Versammlung hervorgegangen; aber gleich in den ersten Tagen ward das Mandat, welches diese Versammlung vom Lande empfangen hat, durch einen Aufruf der Minoritäten zum Aufstande kühn verletzt. Wenn es wahr ist, daß man dahin gelangen will, dann haben wir nur noch mit diesem Grundgesetze, das man zerreißen will, zu sagen: „Die Verfassung ist der Odium und der Vaterlandsliebe aller Franzosen anvertraut." — Gestern haben 28 Repräsentanten, die sämmtlich der vorgeschrittensten Opposition angehören, unter deren Namen jedoch nur der von Bac allgemeiner bekannt ist, einen Vorschlag eingereicht, nach welchem die zur Bestreitung der Repräsentationskosten der vollziehenden Gewalt monatlich bewilligten 50,000 Fr. vom 1. Juli an gestrichen werden sollen. Mit Bestimmtheit läßt sich voraussehen, daß der Berg mit diesem neuen Act der Friedfertigkeit gegen Ludwig Napoleon durchfallen wird. (K. Z.)

Der Erzbischof von Paris ist von der Cholera befallen worden. Die Symptome der Krankheit zeigten sich gerade in dem Augenblick, als der geistliche Herr die St. Genovevakirche verließ.

Straßburg, 8. Juni. Der „Schrecken" scheint sich bei unsern Nachbarn mehr und mehr zu verbreiten; denn die Zahl der Flüchtigen, welche hier ankommen, wächst mit jedem Tage. Die Schilderungen, welche diese Unglücklichen von den innern Zuständen Badens machen, mögen wohl übertrieben sein; allein ist auch nur der zehnte Theil derselben wahr, so ist das Land doch noch bellagenswerth genug. Abenteurer aller Nationen hausen in dem ehemals so blühend gewesenen Ländchen und saugen dasselbe aus. Männer wie Brentano ꝛc. gelten bereits als Reactionäre, und die, welche eben gar nichts zu verlieren haben, wollen nur Eins, nämlich — die rothe Republik und für einige Stunden praktische Ausführung gewisser communistischer Lehrsätze. Man hat bei uns Werbungen für einen bewaffneten Zuzug versucht; allein sie führten zu keinem von den Hochrothen ersehnten Resultate, und zugleich erschien gestern eine Verordnung der Präfectur, in welcher sämmtlichen Behörden angegeben wird, streng darüber zu wachen, daß kein Franzose sich für militärische Dienste in den Nachbarländern anwerben lasse. Die Maires haben dem Art. 21 des bürgerlichen Gesetzbuchs die größtmögliche Oeffentlichkeit zu geben und ihre Gemeindeangehörigen aufmerksam zu machen, daß Jeder, welcher ohne Ermächtigung des Gouvernements Militärdienste im Auslande nimmt, seine Eigenschaft als Franzose verliert. — Nach dem Alpenheere sind neuerdings mehrere Batterien Artillerie beordert, so wie denn überhaupt fortwährend starke Munitionsverstärkungen dahin abgehen. — Die Grenzdörfer gegen Baden und Rheinbayern werden überall militärisch besetzt. Für Waffenankäufe sollen in den letzten Tagen große Summen aus Deutschland angekommen sein; allein die Regierung hat nicht nur die Ausfuhr im Großen untersagt, sondern auch verboten, daß Einzelne mit einem Gewehre oder irgend einer andern Waffe die Grenze überschreiten. (K. Z.)

Nachschrift.

** **Frankfurt**, 15. Juni, 9 Uhr Morgens. Die gestern Nachmittag fällige französische Post ist zur Stunde noch nicht eingetroffen. Da die Malle ihren Weg durch die Rheinpfalz nimmt, so deutet ihr Ausbleiben auf das Eintreten wichtiger Ereignisse daselbst. Die neuesten Pariser Nachrichten haben wir übrigens bereits gestern Abend nach belgischen Blättern mitgetheilt.

** **Frankfurt**, 15. Juni. Heute früh ist hier die zuverlässige Nachricht aus Rheinbayern eingegangen, daß die von Saarbrücken und von St. Wendel vorgedrungenen k. preußischen Truppen bereits in Landstuhl (eine Poststation von Kaiserslautern) stehen.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 14. Juni. Von österreichischen Papieren waren heute wieder namentlich Wienerbankactien bedeutend niedriger im Cours, während alle übrigen Sorten sich fest auf ihrem gestrigen Standpunkt behaupteten. 5pCt. Metall. bleiben 71⅛, ⅜ pCt., 2½pCt. Metall 35⅞ pCt., Wienerbankactien 959 fl. G., 500 fl. Loose 120½ pCt. G., 250 fl. Loose 72⅛ pCt. Alle übrigen Anlehensloose begehrt, Kurhess. 40 Rthr. Loose 26⅝, ⅜ Rthr., Bad. 35 fl. Loose 25⅛, fl., do. 50 fl. Loose 46⅛, fl., Darmstädter 25 fl. Loose 23 fl., do. 50 fl. Loose 72⅛, fl., Nassauer 25 fl. Loose 20½, fl., Poln 500 fl. Loose 72⅛, Rthr. Von südwestlichen Obligationen 3½pCt. Württemberger 71 pCt., do. 4½pCt. 91½, pCt., Bad. 3½pCt. Obligationen 72⅝, pCt., do. 5pCt. bad. vom Jahr 1848 91⅝, pCt., Nassauer 3½pCt. Obligationen 80½, pCt., do. 5pCt. vom Jahr 1849 99⅞, pCt. Von belgischen Obligationen waren 2½pCt. belg. 41⅝, do. 4½pCt. 82, do. 5pCt. 88½, fr. Holländ. 2½ pCt. Integr. 49½, pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 31⅛, Rthr., Berbach gefragter 69½, pCt., Köln-Minden 77½, pCt., Taunus 277 fl. 3pCt. inl. Span. schließen 21½, pCt. G. Sämmtliche Wechsel ohne viel Handel fast ganz wie gestern im Wechselcours.

Wien, 11. Juni. 5pCt. Metall. 87½, 88. — 4pCt. 70. — 3pCt. —. — 2½pCt. 46½. — Bankactien 950. — 500 fl. Loose 149½. — 250 fl. Loose 91½. — Nordbahnactien 102. — Gloggnitzer 101. — Mailänder 73½.

Die Börse in Jeder matt und geschäftslos. Bankactien haben einen abermaligen starken Rückgang erlitten, der auf die Ausführung der beantragten Maßregel schließen läßt. Comptanten und Devisen haben erneuerten Favor genommen, besonders langsichtige Wechsel gesucht. Frankfurt 172½, London 12 fl. 15 kr., Amsterdam 2 Monat 172, Paris 2 Monat 145.

Berlin, 13. Juni. Staatsschuldscheine 78½, Br., Seehandlungs-Prämienscheine 101½ bez., Bankantheile 88 bez. u. Br., Berlin-Hamburg 64 u. 63½ bez., Köln-Minden 76½, u. 77 bez., Friedrich-Wilh.-Nordbahn 34½ bez., Rhein. 43 G., Thüringer 49 Br. 48½ G., Russ. bei Eisenbahn 84 G., Pein. 500 fl. Loose 71⅛ Br.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Keller.

1797 **Bekanntmachung.**

Nr. 1. Am 1. Januar 1900 werden die Bäume in der Allee zwischen Ober- und Unterstadt, sowie die Bäume in der Allee zwischen Unterstadt und Bahnhof, ferner die Bäume in der Allee zwischen Bahnhof und Kirchhof, sowie die Bäume in der Allee zwischen Kirchhof und Oberstadt, sowie die Bäume in der Allee zwischen Oberstadt und Ober- und Unterstadt, sowie

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Beilage zu Nro. 141.) 15. Juni 1849.

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 15. Juni. Wir sind in den Stand gesetzt, den Lesern ein paar Actenstücke mitzutheilen, deren Lektüre zu einer erheiternden Abwechselung von den seither veröffentlichten Noten dienen kann; das erste derselben lautet wie folgt:

„An Herrn Dr. jur. Reinganum in Frankfurt a. M.

„Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat im Artikel II des Gesetzes vom 6. d. M., betreffend die Wählung einer Regentschaft, die Bestimmung getroffen, daß die Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt mit dem Augenblicke des Eintritts der Regentschaft aufhöre.

„Nachdem nun die unterzeichnete von der Nationalversammlung in der Sitzung vom 6. d. M. erwählte Regentschaft ihr Amt angetreten hat, so werden Sie hierdurch aufgefordert, die bisherige provisorische Centralgewalt zu Frankfurt a. M. hiervon mit Hinweisung auf den Art. II des Gesetzes vom 6. d. M. in Kenntniß zu setzen, und selbe in Ausführung dieser Bestimmung aufzufordern, das Eigenthum des Reichs, so weit es in den Händen der bisherigen provisorischen Centralgewalt war, an uns zu ergeben.

„Sie werden zugleich ermächtigt, bei der von Ihnen zu bewirkenden Herausgabe des Staatseigenthums dasselbe in unserm Namen in Empfang zu nehmen und darüber zu quittiren, resp. diejenigen Verfügungen zu treffen, welche Sie behufs fernerer Aufbewahrung oder Verwaltung desselben für geeignet erachten.

„Stuttgart, am 10. Juni 1849.

Die deutsche Reichsregentschaft:
Franz Raveaux. Vogt. Schüler. Heinrich Simon.
A. Becher."

Hieran reiht sich das zweite Actenstück, dessen Inhalt nachstehender ist:

„Ihr. Durchlaucht des Herrn Reichsministers-Präsidenten, Generallieutenants Prinzen August v. Sayn-Wittgenstein-Berleburg.

„Die Reichsregentschaft, welche durch die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung kraft des Gesetzes vom 6. Juni ernannt worden, hat mir die angelegte Urkunde d. Stuttgart 10. Juni 1849 (vergl. vorstehend) zugehen, um den darin enthaltenen Auftrag zu vollziehen.

„Diesem Auftrage gemäß, habe ich hierdurch die bisherige provisorische Centralgewalt mit Beziehung auf Art. II. des erwähnten Gesetzes davon in Kenntniß zu setzen, daß die Reichsregentschaft ihr Amt angetreten hat, und damit in Ausführung jener Bestimmung die Aufforderung zu verbinden, daß das Eigenthum des Reichs, soweit es in den Händen der seitherigen provisorischen Centralgewalt war, von ihr an die deutsche Reichsregentschaft übergeben werde.

„Ew. Durchlaucht bitte ich ergebenst, die zu letzterem Zweck nöthigen Anordnungen zu veranlassen, von demselben gefällige Mittheilung zu machen, und die Versicherung meiner großen Hochachtung zu genehmigen.

„Frankfurt a. M. den 15. Juni 1849.

Dr. jur. Reinganum."

Wien, 10. Juni. Görgey will die bei Wieselburg concentrirten kaiserlichen Truppen zur Theilung ihrer Streitkräfte zwingen, indem er den General Aulich mit 12,000 Mann gegen Kanischa, und eine andere Insurgentenabtheilung in das Baranyaer Comitat nach Fünfkirchen entsendet, um von hier aus Croatien zu bedrohen, so daß die in Ofen stehenden Insurgenten kaum noch 10,000 Mann betragen werden. Sie rechnen darauf, daß ohne Sicherung der Comitate Eisenburg, Somogy und Zala die kaiserliche Armee nicht gegen Ofen vorrücken kann. Fürst Schwarzenberg war in der That schon vorgestern in Güns; ob sein Corps noch weiter gegen die Drau zu marschiren wird, müssen wir demnächst erfahren. Am linken Flügel fand keine Bewegung statt, wenigstens ist die Nachricht in den hiesigen Blättern, daß die kaiserlichen Truppen den Uebergang auf das linke Waagufer erzwungen hätten, voreilig; Neutra befindet sich noch immer in den Händen der Insurgenten, die Verschanzungen aufwerfen. Fürst Paskewitsch ist in Ofen angelangt, mit ihm reisten die Großfürsten Michael (der des Kaisers) und Constantin (jüngerer Sohn des Czars), die nach Wien kommen und unsern Kaiser zur Armee begleiten sollen. Man behauptet, daß Paskewitsch versichert habe, am 17. in Eperies schlafen zu wollen, also scheint er die Dembinski'schen Verhaue im Dukla'er Paß nicht zu fürchten und, indem er von Dukla fünf Tagmärsche von Eperies hat, den 12. seine Bewegungen beginnen zu können. (N. Z.)

Wien, 11. Juni. Die Operationen der k. k. Armee haben dem Vernehmen nach bereits begonnen und beschränken sich vor der Hand auf Verpflegsgefechte. Paskewitsch wird erwartet und soll sogleich das Commando übernehmen. Man verliert die Armee in den tapfersten Reitergeneral: General Schlick hat abgedankt, weil ihm Jellachich Haynau vorgezogen worden sind. Er ist ein ritterlicher Mann in der edlern Bedeutung des Wortes, und genießt bei den Magyaren notorisch mehr Achtung, als andere Generale. Heute sind zwei russische Großfürsten angekommen und begaben sich nach Preßburg. — In Preßburg will man wissen, daß 50,000 Mann Russen von den Karpathen herunterrücken, um sich mit 100,000 Oesterreichern, die in der Schütt, um Preßburg und am rechten Donauufer sich befinden, zu vereinigen. Görgey erwartet neue Verstärkungen, um eine Schlacht anzunehmen, oder, wie unsere Radicalen glauben, Wien zu überfallen. — Die neulich durchgegangenen Husaren sind zum großen Theile wieder eingefangen worden und nur einem kleinern Theile gelang es durchzukommen. — Der Friede mit Sardinien ist keineswegs, wie die Presse wissen wollte, dem Abschlusse nahe, vielmehr scheint es, daß die Italiener nur Zeit gewinnen wollen. — Minister Bruck hat sich nach Mailand begeben, mit dem Vorsatze, durch Baron Brenner dem Ministerium in Turin anzeigen zu lassen, daß er fest entschlossen sei, nicht länger in Mailand eine endliche Erklärung abzuwarten, sondern nach Wien zurückzukehren. — Wie es heißt, hat man gestern bei Szered eine starke Kanonade gehört, was auf ein Treffen schließen läßt. Sanguinisten erwarten ein Siegesbulletin, da auch der Ban angeblich einen glänzenden Sieg erfochten haben soll.

Die „Wiener Zeitung" enthält folgende telegraphische Depesche vom 11. Juni: Heute Vormittag ist dem hierländischen Generalcommando mittelst des Telegraphen folgende dienstliche Meldung aus Bruck an der Mur zugekommen: „Heute, Nachts 1 Uhr, versuchte eine Colonne von 100 Husaren durch St. Michael, Leoben und Bruck durchzubrechen, was jedoch mißlang. Von den Husaren sind todt 12 Mann, verwundet 14 Mann, Gefangene 72 Mann; von Bianchi Infanterie sind 3 Mann blessirt."

Nach verläßlichen Berichten aus Dukla vom 7. d. M. haben die Kosaken bereits einen jener Coups ausgeführt, der nur dieser Waffengattung eigen ist. Nach Eingang der Nachricht, daß die Kossuthschen Commissäre im Zempliner Comitat den Landsturm zu organisiren suchten, machte sich eine kleine Abtheilung Kosaken von Dukla auf den Weg und überraschte dieselben in ihrem Sitzungssaal in Strepla. Die Matadors wurden sogleich auf die Pferde gebunden und gefangen nach Dukla geschleppt, ohne daß weder die erschreckten Honveds noch die Bauern auch nur einen Versuch zu ihrer Befreiung wagten. Wir sind überzeugt, daß in diesem Comitate vor der Hand von keinem magyarischen Aufgebot mehr die Rede ist, denn es flüchtet sich feindem wer da kann gegen die Bergstädte. (Wien. Z.)

Preßburg, 9. Juni. Diesen Morgen um 5 Uhr haben die Russen ihr Lager abgebrochen und sind die Donau abwärts Komorn zu marschirt. An ihrer Stelle sind zwei sehr stattliche Grenadierbataillone in Preßburg eingerückt, die Haynau, wie er es bei allen neu eintreffenden Truppen zu thun pflegt, Revue passiren ließ. An den Russen fiel dem hiesigen Publikum besonders die wilde Hörnermusik auf und der Gesang und Tanz, der diesen Naturmenschen selbst in der größten Hitze noch Vergnügen macht. Auf der ganzen Linie von Oedenburg bis Trentschin dauern die Scharmützel fort, bei denen natürlich bald der eine, bald der andere Theil im Vortheil ist. Am heftigsten wird auf der Schütt gestritten, wo die Kaiserlichen Nyanos genommen haben und mithin der Komorner Festung wieder einen Schritt näher gerückt sind. — Freiherr v. Geringer hat seine neue Function angetreten und ist vom Fürsten Schwarzenberg in eigener Person hier installirt worden. Die obersten Regierungsgewalten bleiben zwar fortwährend in den Händen des Oberbefehlshabers vereint, da aber durch den Befehl des Kaisers das Gesammtministerium zu einem unmittelbaren, fortgesetzten Einfluß auf die Administration des Landes berufen wurde, hat der Civilcommissär, obgleich er factisch dem Militärcommando untergeordnet ist, eine ziemlich unabhängige Stellung, daher auch das an Haynau ergangene kaiserliche Handbillet diesem ein gutes Einvernehmen mit dem Freiherrn v. Geringer dringend anempfiehlt. — Ein Beschluß des Debrecziner Parlaments erklärt alle jene Individuen, welche in Preßburg einen Aufruf an die Bevölkerung wegen Bildung ungarischer Freilegionen zur Bekämpfung der Rebellion ergehen ließen, für vogelfrei und ihrer Güter verlustig. — Eine Pester Zeitung hat sich die unedle Erdichtung zu Schulden kommen lassen, General Henzi sei vom österreichischen Kriegsministerium des Vaterlandsverrathes beschuldigt worden. Bei dieser erbärmlichen Erfindung blickt deutlich die Absicht hindurch, die Truppen, die sich unter Henzi's Befehlen so brav geschlagen haben, zum Uebertritt zu den ungarischen Fahnen zu bewegen. (O. Z.)

Die Nachricht, daß eine Frau v. Udvarnoky kriegsrechtlich mit Ruthenhieben gezüchtigt worden, reducirt offizielle Wiener Blätter darauf, daß die genannte Dame sich nur in Untersuchungshaft befinde.

Preßburger Briefe vom 10. Juni melden, das erste, was der neue Civilgouverneur von Ungarn gethan, sei, daß er alle Fremden aus der Stadt ausgewiesen habe, um einerseits allen und jeden Verkehr mit den Insurgenten abzuschneiden, andererseits keine irgendwie mißliebige Berichterstattung an auswärtige Zeitungen die Grenze passiren zu lassen. Das in Berlin eben ins Leben getretene magyarische Correspondenzbureau gab mit Veranlassung zu jener Maßnahme. — Verachtung, schreibt ein Berichterstatter der „Const. Ztg." mit Recht, Verachtung muß ein ehrlicher Deutscher empfinden, wenn er hört, daß jener Javonovits, der unter dem Namen eines Hauptmanns der Honveds aus Ungarn einen Aufruf zur Bildung einer deutsch-ungarischen Legion in Karlsruhe erlassen läßt, Niemand anders ist, als eines der verrufensten Subjecte aus Wien, Namens Heinrich Peter, der aller Orten schlechte Streiche gemacht hat.

In den nächsten Tagen wird der Großfürst Michael und wie es heißt auch der Großfürst Constantin aus Petersburg hier erwartet. Darf man einem Gerücht Glauben schenken, so würden die Operationen so lange ausgesetzt bleiben, bis die Kornernte eingebracht ist.

Von der Etsch, 8. Juni. Die Truppendurchzüge nach Nordtirol dauern fort. Das Regiment Erzherzog Ludwig, von Malghera kommend, ging theils über Innsbruck, theils über die Finstermünz nach dem Vechthale. Dahin wenden sich auch alle bisherigen Zuzüge. Es sind 8000 Mann bestimmt, das dortige Beobachtungscorps zu bilden. Beim Fußvolk sahen wir sehr viele ganz junge Leute, lauter Neuausgehobene — die Bataillone haben in letzter Zeit unendlich viele Mannschaft durch Krankheit eingebüßt, z. B. das obengenannte Regiment allein 12 bis 1300 Mann. Unter Offizieren wie Soldaten vernimmt man mannigfache Meinungen über ihren Marsch an die Schwadengrenze. Etliche vermuthen ein gemächliches Wachestehen von zwei bis drei Monaten und dann ein Kehrt-Euch nach Italien, Andere getrösten sich in Bälde in Bayern, ja selbst in München einmarschiren zu können. Sie rechnen auf guten Empfang, denn sie gedenken als Hilfsvolker aufzutreten gegen allerlei Bedrängniß der Nachbarregierung und ihrer Getreuen, gegen die octroyirte und die Parlamentsverfassung und was immer daran hängt. Auch sind sie gewappnet gegen alle Zumuthungen der neumodischen Soldatenverführung — sie haben aus Italien einige Praxis mitgebracht. Also läßt sich das Bezügliche aus den Marsch- und Quartiergesprächen zusammenfassen. Sie selber mögen über das Gewicht derselben entscheiden und beherzigen was es verdienen mag, wir sagen pflichtschuldigst was wir sahen und hörten. Uebrigens sind die Krieger, die wir zu Gesicht bekommen, lauter solche, von denen wir uns freuen, daß es Deutsche sind — oder werden.

Gratz, 6. Juni. Baron Welden ist bereits so weit hergestellt, daß er an Rückkehr nach Wien denkt. (Oestr. C.)

† **Berlin**, 13. Juni. Die demokratischen Vereine der Provinz Sachsen haben Abgeordnete erwählt, welche vorgestern in Köthen zusammentraten, um darüber zu berathen, ob man sich auch seitens der Partei bei den bevorstehenden Wahlen auf Grund des veränderten Wahlgesetzes betheiligen solle. Auf dem Congresse waren u. A. die Herren Rodbertus, Schulz-Delitsch, Pilet und Par zugegen. Die große Majorität der Versammelten, Herr Rodbertus an der Spitze, war der Meinung, daß man nicht wählen dürfe. Das neue Wahlgesetz wurde einstimmig als ein die Verfassung verletzender Act der derzeitigen Regierung erklärt. Schulz-Delitsch und Pilet wollten, daß man nichts desto weniger sich, vom praktischen Gesichtspunkte ausgehend, an der Wahl betheiligen möge; diese Ansicht blieb jedoch in der Minorität, und man beschloß, nicht zu wählen. Anfangs August will man in Köthen wiederum zusammenkommen, um sich gegenseitig über den Stand der Dinge Bericht zu erstatten. — Herr Rodbertus ist von Köthen aus wieder in Berlin eingetroffen, wo er sich einige Zeit aufzuhalten gedenkt. — Seitens des „Comite der Volkspartei in Berlin" wird eine Proclamation veröffentlicht werden, in welcher man erklärt, nicht wählen zu wollen, weil „1) das Wahlgesetz eine schwere Verfassungsverletzung enthält; 2) weil es die gleiche Berechtigung Aller zur Wahl der Volksvertreter aufs Tiefste kränkt; 3) weil sich die Partei nicht an die Beschlüsse einer nach diesem Wahlgesetz zusammenberufenen Kammer gebunden erachten will." — Das Centralcomite zur Wahrung des Wahlrechts in Magdeburg will nächstens eine ausführliche Abhandlung über die Frage „wählen oder nicht?" veröffentlichen. — Im Ministerium beriet man darüber, ob man die Verbreitung der Ansprache der deutschen Regentschaft in Stuttgart an die deutschen Krieger hindern solle, — man hat es jedoch vorgezogen, jenes Placat nicht zu unterdrücken. — Wie man versichert, ist von der Centralgewalt bei unserm Cabinet die Aufforderung eingegangen, Preußen möge die Versammlung in Stuttgart, die sich fremde Hoheitsrechte angemaßt habe, aufheben.

Ueber den Anschluß Hannovers an den deutschen Zollverein, welchen verschiedene Blätter als eine aus dem zwischen Preußen, Sachsen und Hannover geschlossenen Bundnisse sich von selbst ergebende Folge bezeichnen, hat das Correspondenzbureau aus sehr guter Quelle folgende Mittheilung erhalten: „Dem Vernehmen der hannoverschen Kaufmannschaft ist am 10. d. M. in Audienzen bei den Herrn Ministern Stüve und Lehzen die Versicherung gegeben worden, daß an den Zeitungsgerüchten, wonach Hannover nächstens dem preußischen Zollverbande beitreten solle, kein wahres Wort sei; auch sei der Gegenstand bei Herrn Stüve's Verhandlungen in Berlin nicht zur Sprache gebracht worden. Ein solcher Anschluß liege nicht im Interesse Hannovers, darum sei den früheren deßfallsigen Einladungen keine Folge gegeben worden. Erst nach vorhergegangener politischer Einigung könne von einer Zolleinigung des gesammten Deutschlands unter Zutritt des hannoverschen Steuervereins die Rede sein. Aber selbstredend könne es alsdann sich nicht darum handeln, den preußischen Tarif anzunehmen. Vielmehr müsse ein neues deutsches Zollgesetz vereinbart werden, welches möglichst alle Mängel der zeitherigen einzelnen Zollsysteme beseitige und den verschiedenen Interessen der zu vereinigenden Gebiete Rechnung trage; eine dahin zielende Vorlage solle das Reichsministerium bereits fertig haben, indeß sei zur Zeit Näheres darüber nicht bekannt."

Ausschreiben Bedürfnis für den 2. ordentlichen Professor der Geschichte an der Universität Innsbruck. Mit Allerhöchster Entschließung vom 4. Juli 1. J. wurde der Professor der Geschichte an der Universität in Graz Dr. Hermann Wopfner zum ordentlichen Professor der Geschichte an der Universität in Innsbruck ernannt

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag. (Extra-Beilage zu Nro. 141.) 15. Juni 1849

** Wichtige Nachrichten aus Paris.

Manifestation gegen die letzten Abstimmungen der legislativen Versammlung. Insurrectionsversuch. Ein Theil der Deputirten von der Bergpartei will sich zum Convent formiren. Paris in Belagerungszustand versetzt.

Die letzte Abstimmung in der gestrigen Sitzung der legislativen Versammlung, durch welche der Antrag der Bergpartei, den Präsidenten der Republik und die Minister in Anklagestand zu versetzen, verworfen worden war, hat wichtige Folgen gehabt. Die Bergpartei, welche sich dabei nicht beruhigen wollte, vereinigte sich noch gestern Abend spät mit den socialistisch-demokratischen Comités, zur Abfassung von Proclamationen und Aufrufen an das Volk, in denen dasselbe zur Empörung gegen die Regierung aufgefordert wurde. Außerdem wurde die Nationalgarde zu einer großen Manifestation veranlaßt. Heute Vormittag 11 Uhr begannen die Versammlungen auf dem Boulevard du Temple, an dem zur Zusammenkunft angezeigten Orte. Wie sich erwarten ließ, entstand daraus, trotz der lügenhaften friedlichen Versicherungen ein verbrecherischer Insurrectionsversuch. Aber die Regierung war benachrichtigt worden, und hatte die geeigneten Mittel zu seiner Unterdrückung getroffen. Die legislative Versammlung, welche heute keine Sitzung halten sollte, wurde sofort zusammenberufen. Sie erklärte sich in Permanenz. Ein Gesetzentwurf, die Versetzung der Stadt Paris in Belagerungszustand betreffend, wurde vorgelegt, für dringlich erkannt und angenommen. Unterdeß begab sich ein großer Theil der Mitglieder der Bergpartei, begleitet von der Artillerie der Nationalgarde, in das Conservatorium der Künste und Gewerbe (Rue St. Martin). Dort versuchten sie, dem Vernehmen nach, sich als Convent zu constituiren. Acht Uhr Abends war die Aufregung sehr groß. Aber die ungeheure Truppenmacht und der vortreffliche Geist derselben ließ keinen Zweifel, daß im Fall eines Ausbruchs blutiger Conflicte dem Gesetz die gehörige Achtung verschafft werden würde.

Dieser summarischen Schilderung der Vorgänge des heutigen Tages lassen wir nachstehende Einzelnheiten folgen:

Zunächst einen Bericht des „Evenement“:

Eilf Uhr. Der Chateau-d'Eau-Platz, früher leer, füllt sich mit Arbeitern in Blousen und jungen Leuten; die Nationalgarden sind dort in der Minderheit und ohne Waffen. Einige Offiziere, einer oder zwei Oberoffiziere werden unter den Gruppen bemerkt.

Drei Viertel auf 11 Uhr. Hr. Lacrosse, Minister der öffentlichen Arbeiten, kommt zu Pferde heran, in Begleitung von zwei Stabsoffizieren und zwei Gardesergecains. Er richtet Worte der Versöhnung an die Menge. Man umzingelt ihn, man trennt ihn von den Offizieren, die ihn begleiten, und ruft: „Es lebe die Constitution! Es lebe die römische Republik!“ Man verlangt, daß er in diesen Ruf mit einstimme. Die Kleider werden ihm zerrissen. Hr. Lacrosse flüchtet sich nur mit Mühe in ein benachbartes Haus.

Von Zeit zu Zeit zerstreuen sich Gruppen auf die Nachricht hin, daß die Versammlung heute keine Sitzung hält. Die größere Zahl harrt aus.

Halb ein Uhr. Man stellt sich in Reih und Glied. Die ersten Reihen wählen unter sich einen Obrist, einen Bataillonschef und einige Offiziere der Nationalgarde: die Reihen, zwanzig Mann in der Fronte, nehmen fast die ganze Breite des Boulevards ein. Hinter den zwanzig oder dreißig Reihen stellt man sich in Gliedern von fünf Mann auf. Der Zug bewegt sich in ziemlicher Ordnung vorwärts unter dem Rufe: „Es lebe die Constitution, es lebe die Republik!“ In dem Augenblicke wo er vor dem passage Jouffroy vorbeizieht, wo die Gesellschaft der Freunde der Constitution ihren Sitz hat, verdoppelte sich die Zurufe und das Beifallklatschen. Den Abgeordneten der Schulen, in geringer Anzahl unter den Blousen bemahe verschwindend, wird ein Banner vorangetragen. Zu dem Augenblicke wo dieses Banner auf der passage de l'Opéra anlangt, lernt der allgemeine Ruf: „rette sich wer kann“, die Boulevards. — Folgendes hat sich in der Nähe der Nationalversammlung zugetragen:

Der Concordienplatz mit müßigen Gruppen theilweise angefüllt, war um 1 Uhr von einem Lancierregiment besetzt worden, welches die Menge mit großer Mäßigung zerstreut hatte. Dieses Regiment stellte sich hierauf beim Eingange der Nationalstraße gegenüber der Madelainenstraße in Fronte auf und sperrte den Platz. Alle Zugänge zum Saale der gesetzgebenden Versammlung waren zu gleicher Zeit von 1 Regiment Dragoner und 2 Regimenter Cürassiere stark besetzt worden. Ein ganzes Dragonerregiment besetzte die Straße de la Pair. Als die Spitze des Manifestationszuges über die Straße de la Pair hinausgelangt war, setzte sich das Dragonerregiment in Galopp und trennte den Zug in zwei Hälften. Hierauf warfen sich die Dragoner rechts gegen das Boulevard Montmartre, links gegen das Boulevard des Capucines und drängte gegen beide Seiten hin die Menge in die anliegenden Straßen zurück. Der Ruf der Flüchtigen: zu den Waffen! fand keinen Wiederhall. Man erwiederte ihn mit dem Rufe: Es lebe die Republik! es lebe die Constitution!

General Changarnier und sein Generalstab, die Dragoner, die Lanciers und die Chasseurs d'Afrique durchstreiften von da an theils im Schritt, theils im starken Trabe die Boulevards und unterhielten auf allen Punkten die Circulation frei. Auf dem Boulevard Montmartre spannte man schon einen Omnibus aus, um ihn dann umzuwerfen. Die Chasseurs d'Afrique kamen noch gerade recht, um dies zu verhindern und den Conducteur zu befreien.

Ein Ordonanz Municipalgardist war gerade umzingelt worden und hatte es nur der Schnelligkeit seines Pferdes zu danken, daß er den Aufrührern entkam.

Der General Changarnier folgte den Chasseurs d'Afrique auf dem Fuße an der Spitze einer Schwadron des 2. Dragonerregimentes; in dem Augenblicke, als er auf der Höhe der Straße Neuve-Vienne ankam, brachte ein, wie man sagte, zufälliger Schuß eine große Aufregung hervor.

Man sagt — doch können wir die Thatsache noch nicht bestätigen, — daß auf der Höhe des Gymnase verschiedenemale auf den General Changarnier gefeuert wurde.

Als der General wieder vor der Passage Jouffroy vorbeikam, wo sich das Bureau des Journals „Le dix Decembre“ und der Cercle des Amis de la Constitution befinden, rief man von der einen Seite: Es lebe die Ordnung! Es lebe Napoleon! von der andern: Es lebe die Constitution! Der General machte einen Augenblick Halt, und richtete, gegen beide Balkone sich wendend, an dieselben eine versöhnende und kräftige Ansprache.

Halb 3 Uhr. Polizeiberichte melden, daß ein Waffenladen in der Straße Jequelet geplündert wurde, und daß die Urheber nach allen Seiten sich hin zerstreuten und die Waffen mit fortnahmen.

Die Artillerie der Nationalgarde, sagt man, wird aufgelöst werden.

Der General Cavaignac hat in den Bureaux erklärt, daß, obwahl anderer Meinung als das Ministerium, er doch bereit sei, für die Sache der Ordnung und der Gesellschaft zu sterben.

Nach der Zerstreuung des Manifestationszuges begaben sich die Abgeordneten des Berges in ihren Schärpen, begleitet von der Artillerielegion in das Conservatorium der Künste und Gewerbe.

4 Uhr. Eine demokratisch-socialistische provisorische Regierung hat sich, wie man sagt, in diesem Conservatorium gebildet. Man fügt hinzu, daß 123 Montagnards den Convent proclamirt und die Regierung, sowie die Mehrheit der Versammlung für vogelfrei erklärt haben.

Vier ein halb Uhr. Das 24. Linienregiment, Herrn Pierre Bonaparte an der Spitze, marschirt unter dem Ruf: es lebe die Ordnung! es lebe die Constitution! auf das Conservatorium los.

Der Präsident der Republik hat die Linie des Boulevards durchritten und ist über die Quais zurückgekehrt, überall von zujauchzenden Rufen empfangen.

6 Uhr. Ein Fiaker von einem Bataillon Chasseurs de Vincennes escortirt, kommt den Boulevard herab.

Herr Felix Pyat und eine andere Person, von der man versichert, es sei Theodor Bac, nehmen den Rücksitz des Wagens ein. Man fügt hinzu, daß diese beiden Abgeordneten in dem Conservatorium der Künste und Gewerbe festgenommen wurden.

Die allgemeine Correspondenz gibt über die Vorgänge des heutigen Tages folgende Schilderung:

Paris, 13. Juni, 5 Uhr Nachmittags: „Wir befinden uns plötzlich wieder im Kriegszustand; Paris gewährt den Anblick einer belagerten Stadt. Boulevards, Seinegestade, Hauptstraßen sind mit langgedehnten Truppensäulen besetzt. Ueberall, wo die Generalmärsche sich zeigen, werden sie mit dem Rufe: „Hoch die Constitution! Hoch die Republik! oder Hoch die Ordnung! Es lebe Changarnier! empfangen. — Heute bis um 11 Uhr Vormittags schien Paris der vollständigsten Ruhe sich zu erfreuen. Um diese Zeit begannen sich Zusammenrottungen bei der großen Wasserkunst (château d'eau) und auf dem ganzen Boulevard zwischen dem Ambigutheater und dem Templeboulevard zu bilden. Um 1 Uhr, wo starke Menschenhaufen in der Richtung gegen die Magdalenenkirche sich in Bewegung setzten, mochten dieselben aus etwa 4—5000 Nationalgardisten in Uniform und 20—25,000 jungen Leuten und Arbeitern bestehen. Eine einzige Fahne wehte über dieser in der größten Ordnung marschirenden Menschenmenge, welche beständig rief: „Hoch die Constitution!“ An ihrer Spitze befanden sich mehrere Stabsoffiziere der Nationalgarde, namentlich Oberst Forestier von der 6. Legion und der Bataillonschef Stephan Arago, umgeben von Offizieren aller Grade. Als die vorgedachte Menschenmasse noch die Wasserkunst umstand, erschien der Minister der öffentlichen Arbeiten, Lacrosse, begleitet von zwei Offizieren des Generalstabs, alle zu Pferd. Er sprach eifrig, aber durchaus versöhnend. Die Menge drängte sich ihm nach, wodurch es kam, daß seine beiden Begleiter bei Seite gestoßen wurden. Man forderte den Minister auf, vom Pferde zu steigen, während man ihm zurief: Hoch die Constitution! Hoch die römische Republik! Im Gedränge wurden Herrn Lacrosse die Kleider zerrissen; die eine Hand soll ihm zerquetscht sein. Die Nationalgarde trat inzwischen wenig zahlreich unter die Waffen; eine Abtheilung derselben stellte sich jedoch auf dem Boulevard unter dem allgemeinen Schrei: „Rette sich wer kann!“ entschlossen auf. Andererseits wurde diese Abtheilung mit dem Rufe: „Hoch die Constitution!“ begrüßt. — So eben versichert man, daß die Offiziere, welche sich an die Spitze der großen Menschenmasse gestellt, festgenommen und nach dem Generalstabshotel auf den Vendômeplatz gebracht worden sei. So viel scheint gewiß, daß Paris in Belagerungszustand erklärt worden, daß man 40 Mitglieder des Berges verhaftet hat und daß die gesetzgebende Versammlung zu einer außerordentlichen Sitzung auf heute Abend zusammen gerufen worden ist. Außerdem sollen noch viele Verhaftungen vorgenommen und wichtige Entdeckungen gemacht worden sein. In diesem Augenblick sind alle Läden auf den Boulevards geschlossen und diese selbst sind gänzlich verödet; alle Fiaker und Omnibus sind im Galopp nach Hause gefahren, um nicht der Gefahr ausgesetzt zu sein, zu Barricaden verwendet zu werden. Einige derselben sind jedoch angehalten und sogleich umgeworfen worden; andere sind durch hinzugekommene Soldaten wieder befreit worden. Schnell füllten sich nun die Hauptstraßen der Stadt mit Truppen und zwar in einer Weise, daß man daraus auf einen längst vorherberechneten Plan schließen kann. Hin und wieder hörte man einige vereinzelte Flintenschüsse; zu einem Kampfe irgend einer Art ist es bis jetzt noch nicht gekommen. Die vier demokratischen Zeitungen sind heute Vormittag mit Beschlag belegt worden. Die für heute angesagte Sitzung der gesetzgebenden Versammlung ist nicht gehalten worden. Auf vielen Punkten sind die Verbindungen durch die aufgestellten Truppen gänzlich unterbrochen.

Schließlich geben wir noch aus einem Schreiben in der „Independance“ folgende Stelle:

Halb acht Uhr Abends. Paris ist ruhig. Die Truppen sind auf allen Punkten, die sie seither einnahmen, stationirt. Es ist nichts weiter vorgefallen.

* Die heute Nachmittag fällige Pariser Post ist abermals nicht eingetroffen, auch die gestrige ist noch rückständig. Es erklärt sich dieser Umstand aus dem Beginn der militärischen Operationen in der Rheinpfalz. Wir hatten deßhalb für unsere Mittheilungen keine andere Quellen, als Brüsseler Blätter, und wird sich ein vollständiges Bildniß dann geben lassen, wenn wir im Besitz unserer Pariser Briefe und der dortigen Zeitungen sein werden.

Deutschland.

⊙ **Stuttgart**, 13. Juni. In der Ständeversammlung interpellirte heute der Abg. Schnitzer den Ministertisch wegen der angeordneten Entwaffnung der Bürgerwehr in Heilbronn, und Schoder wünschte Auskunft darüber, ob wirklich die Erklärung der Bürgerwehr zu Gunsten der eingesetzten neuen Centralgewalt eines der Motive für die Maßregel gewesen sein. Schweickardt bemerkte dazu, man solle nicht gleich zu den äußersten Maßregeln schreiten und die einzelnen Schuldigen herausnehmen, sonst pflanze man nur Erbitterung u. s. w. Staatsrath Römer: es ist nothwendig, daß die Regierung jetzt um so kräftigere Maßregeln ergreift, als eine Partei besteht, welche das Volk gegen die gesetzliche Regierung aufzuregen sucht. In Heilbronn ist nicht allein moralischer, sondern thatsächlicher Terrorismus geübt worden. Die Bürgerwehr in Heilbronn kam bewaffnet auf dem Marktplatz zusammen, um zu debattiren, und gelobte mit feierlichem Eidschwur, den Beschlüssen der Nationalversammlung Folge zu leisten. Verhandlungen mit den Waffen in der Hand verbietet das Gesetz. Die Obrigkeit dort ist nicht mehr im Stande gewesen, dem Gesetze Achtung zu verschaffen. Die Regierung hat einen Belagerungszustand noch nicht ausgesprochen, aber wenn es nothwendig ist, daß er ausgesprochen werden soll, so wird sie ihn nicht nur gegen Heilbronn, sondern auch gegen andere Orte verhängen. (Zustimmung im Saale). Ich kenne wohl den furchtbaren Meinungsterrorismus, welcher jeden für einen Verräther erklärt, wer es nicht mit einer äußersten Partei hält, aber als Mann von Ehre kümmere ich mich um derlei erbärmliche Anfeindungen nichts. (Allgemeiner Beifall). Ich vindicire wiederholt und durchaus der Regierung eine Cognition über die Beschlüsse der provisorischen Centralgewalt. Die Reichsregentschaft hat bereits angefangen, sich Uebergriffe in die württembergischen Verhältnisse zu erlauben. Sie hat den General v. Miller nicht nur abgesetzt als Reichsgeneral, sondern auch als württembergischen Divisionsgeneral (Große Heiterkeit), was eine wahre Monstruosität ist. Ich möchte wissen, wie die Regentschaft diese Anmaßung verantworten könnte. Daß die Regierung weder das Eine noch das Andere anerkennen wird, versteht sich von selbst. Nachdem noch Freih. v. Hornstein, Zweyger, Kuhn, Holzinger für die Schritte der Regierung gesprochen, und Kanzler Wächter vor Allem jetzt entschiedenes kräftiges Auftreten von derselben verlangt hatte, wurde der Gegenstand verlassen. — In einer so eben ausgegebenen größeren „Erklärung an unsere Mitbürger“ haben 19 Abgeordnete (Schweickardt, Pfäffin, Eisenlohr, Schnitzer, Winter, Steckmeier, Süskind, Seifried, Forster, Seeger, Trotter, Wolff, Scherr, Kopp, Schoder, Rödinger, Tafel, Regele, Feger) mit dem Märzministerium Römer offen gebrochen. Die Erklärung geht von der Kundgebung des württembergischen Gesammtministeriums an das württembergische Volk aus und von dem Kammerbeschluß (herbeigeführt mit 60 gegen 26 Stimmen), jene Kundgebung zu billigen, indem die Beschlüsse der provisorischen Regentschaft nicht ohne Weiteres für Württemberg als verbindlich zu betrachten seien, vielmehr die Staatsregierung eine Prüfung und Anerkennung derselben vom Standpunkt der Landes-

und Reichsverfassung vorbehalten werde, damit nicht die württembergischen Streit- und Geldkräfte einseitig in Anspruch genommen oder sonst die Interessen des Landes bedroht würden. Die Erklärung enthält nun weiter Stellen wie folgt: Das Ministerium und die demselben ergebene Kammermehrheit hat im entscheidenden Augenblicke keine Thaten, sondern nur Worte. Und welche? Man spricht im Voraus das Urtheil über die provisorische Regentschaft, stellt die rechtliche und gesetzliche Geltung derselben und der Nationalversammlung selbst in Frage u. s. w. Damit sind wir mit dem Ministerium Römer ins Klare gesetzt, und können dasselbe fernerhin nicht mehr unterstützen; wir erkennen dem Gutdünken auch des Ministeriums Römer so wenig als einer andern Willkür das Recht zu, über die Gesetzmäßigkeit der Nationalversammlung und der von ihr eingesetzten Centralgewalt den Stab zu brechen. Oder glaubt das Ministerium, jene einmüthige Erhebung des Volkes vor sieben Wochen habe lediglich nur seiner Erhaltung gegolten? ... Nur der Kampf ist ungleich, mit dem unser Land durch die unselige Politik der Regierung bedroht wird, wenn die Nationalversammlung gesprengt ist und unter den Verwickelungen der deutschen Sache ein europäischer Krieg zwischen der französischen Republik und dem preußischen und russischen Absolutismus entzündet sein wird, der seine Schlachtfelder auf unserm Boden haben wird... Der Schlußsatz lautet: Indessen ist es zu einer Fluth von Vertrauens- und Zustimmungsadressen für das Ministerium gekommen, welche aber größtentheils von Behörden, von den längst unvollständig gewordenen vaterländischen Vereinen und von Reactionären ausgehen. Wir treten deßhalb mit dieser offen Erklärung vor unsere Mitbürger, von deren überwiegender Mehrheit wir überzeugt sind, daß sie gewußt haben, was sie mit der friedlichen Anerkennung der Reichsverfassung gewollt: daß sie die Verletzung der Gastfreundschaft gegen die Nationalversammlung mit Entrüstung erfüllt; daß sie, wie wir, nur von dem Zustandekommen der Einheit und Freiheit des deutschen Volkes Ruhe und Ordnung, Friede, Kraft und Wohlstand erwarten; daß sie für diese obersten Güter der Nation einem ehrenvollen Kampfe nicht ausweichen, daß sie treu und entschlossen als Männer zur Nationalversammlung stehen werden. Wohlan, so möge das Ministerium Römer seinen Weg gehen, möge in Verhaft nehmen lassen und den Proceß machen allen Staatsbürgern, welche die Reichsverfassung unverletzt haben wollen und der gesetzlichen Centralgewalt Gehorsam leisten! Dann aber gewärtige auch dieses volksfreundliche, mit Jubel begrüßte Ministerium, daß es von der deutschen Nation, vor dem Richterstuhle der Geschichte wird angeklagt und verurtheilt werden. Wir unserm Theils werden auf der Stelle, auf die uns Pflicht und Ehre ruft, ausharren.

* **Stuttgart**, 14. Juni. Heute Abend findet wieder eine Sitzung der Nationalversammlung statt. Zum Sitzungslocal ist der August Kolbsche Gartensaal, der zu der Kolbschen Bierwirthschaft gehört und seiner Bestimmung nach zur Aufnahme der Biergäste dient, bestimmt worden.

* **Karlsruhe**, 14. Juni. In der gestrigen Sitzung der „constituirenden Versammlung für Baden" interpellirte Mördes das Ministerium wegen der von dem Reichsverweser an das badische Volk erlassene Proclamation: Brentano antwortete hierauf, die Regierung habe noch keine amtliche Notiz von diesem Actenstücke erhalten und daher noch keine Veranlassung gefunden, Beschluß darüber zu fassen. Wenn er seine Privatansicht darüber äußern solle, so müsse er gestehen, daß ihm die Ansprache nur lächerlich erscheine. Er kenne keinen Reichsverweser Erzherzog Johann mehr, nachdem die Nationalversammlung ihn seines Amtes entsetzt habe, und sollte derselbe es wagen, mit Waffengewalt in Baden einzudringen, so werde man ihm, wie jedem andern Reichs- und Landesfeind, mit den Waffen entgegentreten. Uebrigens sei eine Entgegnung auf diese Proclamation weniger Sache der provisorischen Regierung, als der jetzt versammelten Volksvertreter." Eines weitern Berichts über die Sitzung können wir uns um so eher erhalten, als nur Gegenstände legislativer Natur verhandelt und Beschlüsse gefaßt wurden, die doch nie ins Leben treten werden. Noch ein paar Tage und die „Versammlung am Landgraben", wie sie hier von Vielen genannt wird, hat ein Ende. Hingegen wollen wir, der Charakteristik wegen, nicht unterlassen, des die Erhebung einer Zwangsanleihe betreffenden Gesetzentwurfs Erwähnung zu thun. Derselbe lautet in seinen wesentlichen Artikeln:

Jeder Bürger ist verpflichtet, die Größe seines schuldenfreien Vermögens dem Schatzungsrathe seiner Gemeinde auf Ehre und Gewissen anzugeben. Von dem ermittelten schuldenfreien Vermögen wird, sofern es weniger als 10,000 fl. beträgt, Nichts erhoben, dagegen von Vermögen, welches in Einer Hand vereinigt 10,000 fl. bis 20,000 fl. beträgt, ein Anlehen von 100 fl., 20,000—30,000 fl.: 200 fl., 30,000—40,000 fl.: 300 fl., 40,000—50,000 fl.: 400 fl., 50,000—60,000 fl.: 500 fl. und so weiter in der Weise, daß auf je 10,000 fl. Vermögen 100 fl. Anlehen weiter erhoben. Bei denjenigen Bürgern, welche bis heute freiwillige Beiträge geleistet haben und noch leisten, wird der betreffende Betrag als Vorkauf an dem Anlehen in Abzug gebracht. Das Eigenthum eines Staatsangehörigen, welches der Schatzungsrath dem Anleihen zu Grunde zu legen hat, besteht aus seinem im Lande gelegenen unbeweglichen Gut, aus dem Betriebscapital seines inländischen Erwerbszweiges, aus dem Besitz an Actien, gewerblichen oder sonstigen Unternehmungen, sofern die Actien einen Cours haben, aus dem gesammten Capitalvermögen einschließlich dem Capitalwerth der, der Capitalsteuer unterworfenen Bezüge aus den ehrigen der Capitalsteuer nicht unterworfenen Einkommenquellen, wie Zins- und Gefällrückstände, Handels- und Gewerbsbaarschaften u. s. w. in ihrem wirklichen Betrag, zweifelhafte Posten jedoch nur insofern sie sich einbringlich anzuweisen sind, und aus seinem sonstigen beweglichen Eigenthum. Außer den Staatsbürgern sind auch die Körperschaften und Verwaltungen, welche ein selbständiges Vermögen besitzen, (wie Gemeinden, Kirchen- und Stiftungsverwaltungen), nach den in Art. 3 und 5 bezeichneten Maßstäben und Objecten Anlehen zu erheben. Das gegenwärtige Anlehen wird, wenn seine Einzahlung bei den Pflichtigen Schwierigkeiten findet, im Wege der Steuerexecutionsordnung beigetrieben. Das Zwangsanlehen wird mit Staatsdomänen unterpfändlich gesichert, und vom Tage der Einzahlung an jährlich mit 5 Pct. verzinst. Jeder einzelne Gläubiger hat das Recht, auf das Unterpfand zu dringen, wenn ihm der Zins nicht rechtzeitig bezahlt wird.

Darmstadt, 15. Juni. Gestern fanden in dem Heerlager an der Bergstraße mannigfaltige Truppenverschiebungen statt, theils um Ablösungen aus den anstrengenderen Posten vorzunehmen, theils um die strategischen Positionen nach Maßgabe der nunmehr sehr bedeutend angewachsenen Kräfte zu verstärken und zu ordnen. Das ganze Lager scheint dermalen aus einer ersten, einer zweiten Vorhut, dem eigentlichen Gros und einer Reserve zu bestehen, welche unter dem Obercommando Penckers von den Generalen v. Schäffer, v. Bechtold und Wachter befehligt werden. Inwiefern die den innern Odenwald in mannigfachen Gruppen besetzenden und von dort aus zum Vorschreiten bestimmten Massen mit diesen Aufstellungen längs der Bergstraße in näherem Zusammenhange stehen, ist natürlich dem Auge des Laien ein Geheimniß. Die verschiedenen Truppen und Waffen, die sich hier bald begegnen, bald ablösen, bald zusammenbleiben, kennen nur Einen Wunsch, nämlich den, möglichst bald den Feind ihren Muth und ihre Tapferkeit verspüren zu lassen, wozu allerdings sehr nahe Aussicht ist. Wer sich, wie Schreiber dieses, persönlich von der bei allen Truppentheilen herrschenden Stimmung und namentlich von der Ansicht dieser Krieger über den ihnen gegenüberstehenden Feind überzeugt, der kann gewisse Versicherungen und Hoffnungen der demokratischen Presse nur mit mitleidigem Lächeln lesen.

In der Nacht von vorgestern auf gestern wurde von kurhessischen Truppen von Birnheim aus eine Recognoscirung auf badischem Gebiet bis Käferthal vorgenommen, auf welcher ein Freischärlerposten aufgehoben wurde. Die Badenser verloren einige Todte und mehrere Gefangene. Gestern Vormittag war ein größerer Haufe Freischärler in Beerfelden eingefallen, wie man sagt, die sogenannte deutsch-schweizerische Legion; von Fürth, wie von Waldmichelbach aus wurden sofort die nöthigen Kräfte aufgeboten, um den Eindringlingen nachdrücklich zu begegnen. Bis gestern Abend waren uns noch keine weitere Nachrichten von dort zugegangen. Heute erfahren wir, daß in der Nacht ein Theil der Truppen aufgebrochen, um dicht an die badische Grenze vorzurücken. In der Nacht war ein Dutzend badischer Dragoner völlig ausgerüstet und mit den Pferden übergegangen.

Die „Darmst. Ztg." schreibt: Heute um 10 Uhr Morgens passirte die erste Abtheilung der bayerischen, nach der Pfalz bestimmten Truppen hier durch; dieselbe bestand aus 1 Chevauxlegerregiment, 1 Bataillon Jäger, 1 Batterie, Sappeurs und Brückenequipagen.

Die in Kassel erschienene „Neue Hess. Ztg." vom 13. d. sagt, daß, wie es scheine, das hiesige Ministerium sich „den preußischen Projecten unbedingt angeschlossen" habe. Wir glauben versichern zu können, daß diese Nachricht nicht richtig ist.

Worms, 13. Juni. Nachdem heute Nacht die Freischaaren noch einmal unsere Stadt durchschwärmten und Drohungen gegen einige Bürger ausgestoßen hatten, zogen heute Vormittag die schon so lange angekündigten königlich preußischen Truppen in unsere Stadt. Es liegen hier außer dem Stab der Division, das 28. und 30. Infanterieregiment, zwei Schwadronen Husaren, zwei Compagnien Jäger (vom 8.), eine Batterie Artillerie und eine Pionniercompagnie. Die angrenzenden Orte gegen die bayerische Grenze sind mit Truppen von diesem Armeecorps angefüllt, die Vorposten bis zur Grenze vorgeschoben, die dem Vernehmen nach übermorgen, also nach kurzer Ruhe für die Truppen, überschritten werden soll. Wie wir hören, sollen die Freischaaren nicht die Absicht haben, sich mit den Reichstruppen an der Gränze in darmäckige Gefechte einzulassen; Oberst Blenker werde sich sechtend zurückziehen, das heißt, er wird sich frühzeitig aus dem Staube machen. Bis jetzt sieht man noch hier und da einige Vorposten an der Gränze. Das ist sicher, daß der größte Theil der bayerischen Pfalz den seitherigen Zustand satt ist, und die Reichstruppen mit offenen Armen empfängt, um ihre Dränger los zu werden, die nicht allein dem Bürger eine nicht zu erschwingende Steuer in baarem Gelde auferlegt, sondern auch jetzt noch Pferde und Rindvieh u. dgl. abpressen. Die Niederheimer und Bobenheimer ließen heute deßhalb den Schutz des preußischen Piquets bei Weinheim an. Der Officier entsandte sofort 20 Husaren und ebenso viel Fäßlere zum Recognosciren ab. Dieselben kamen mit den Freischaaren zwischen beiden Orten in ein Gefecht, in dessen Folge gegen 7 Uhr 2 blessirte Bayern und ein am Arm verwundeter Husar in das Lazareth gebracht worden sind. Zwei schwer blessirte Bayern waren nicht zu transportiren; nach andern Nachrichten sollen 5 todte Freischärler zu Bobenheim liegen. Außer dem verwundeten Husar sind nur noch 2 Pferde blessirt. Der bayerische Soldat, welcher mit dem Bayonnette auf einen Husaren eindrang, erhielt von diesem zwei Hiebe auf den Kopf und einen andern auf die Hand, an der 4 Finger fehlen. Die Truppen sind alle schön, ausgezeichnet die Jäger. Der Kampf in der Pfalz wird von keiner Bedeutung werden, wir glauben nicht, daß die Freischaaren diesen Truppen einen Widerstand zu leisten sich entschließen können. Der k. preußische General v. Hannelen ist Commandant dieser Truppe und liegt hier. Oberst Gerlach von Darmstadt ist Platzcommandant von Worms; auch ein Civilcommissär befindet sich hier. Die Schelle kündet eben den Schluß der Wein- und Bierwirthschaften von heute an auf 9 Uhr Abends, und verbietet das Tragen der Waffen. Wer nicht mit einem Waffenpaß versehen ist, darf also keine Waffen tragen. Es sind dieß die Vorboten des Martialgesetzes, dessen Publication wir jeden Augenblick entgegensehen. So folgen denn die Wehen, die uns die Führer der hiesigen Demokratie durch ihre giftigen Reden in den Vereinen und den Volksversammlungen bereitet haben, mit dem Druck der Einquartirungslasten, die so bald nicht aufhören werden, die so manchen braven Bürger des Handwerk- Mittelstandes, der mit den alten Wunden des theuren Jahrs und der seitherigen verdienstlosen Zeit zu kämpfen hatte, auf lange zurücksetzen, und den endlichen Ruin herbeiführen werden. Mehrere dieser Führer sind fort, haben das, was sie noch besessen, veräußert, und überlassen den Zurückgebliebenen die Ernte ihrer Saat.

F Bensheim, 14. Juni. Abermals ein Putsch der Freischaaren, der abermals mißlang. Diesmal hatten sie Waldmichelbach im Auge, wo eben von unserer Seite Brod und Wein requirirt worden war. Die Mecklenburger und Bayern wurden indeß allarmirt, sie rückten vor und es kam zu einem kleinen Gefechte, bei welchem die erstern bald siegten, jedoch einen Mann verloren; dagegen brachten sie 8 Gefangene und drei verwundete Freischärler ein; der Verlust an Todten auf letzterer Seite beträgt 8 bis 10. Ich darf Ihnen bei dieser Gelegenheit einen schönen Zug aus den Reihen der Mecklenburger nicht vorenthalten, um so weniger, da von der Gegenseite Alles aufgeboten wird, die „Fürstenarmee" im ungünstigsten Lichte darzustellen. Außer sich über den Verlust ihres Kameraden setzten die Mecklenburger vorzüglich dem Freischärler nach, der gleich im Anfang ihren Gefährten niedergeschossen hatte. Sie fingen ihn in der That ein und — sie rächten sich nicht, sie ehrten den Gefangenen in ihm, obwohl, wie einer von ihnen mir sagte, „jedem von uns die Hand quikte und zitterte. In der vergangenen Nacht führten die Mecklenburger uns von einer Recognoscirung abermals 5 Soldaten als Gefangene zu und drei neugewählte Offiziere, die jedoch andern Aussagen zufolge, freiwillig übergetreten seien. — In Darmstadt rückten gestern 4000 Preußen ein. Zwar sollen die Demokraten darüber sehr ungehalten gewesen sein, aber sie mußten es doch geschehen lassen. Das dortige Deutsche Wirthshaus in der Nähe der Eisenbahn wird zur Aufnahme von Verwundeten eingerichtet, da, wenn der Kampf an Neckar größere Opfer kosten sollte, das Lazareth nicht genügen würde.

F **Bensheim**, 15. Juni. Heute wurde das Hauptquartier der ersten Division der Reichsarmee zwischen Main und Neckar von hier wieder nach Heppenheim verlegt, während zugleich alle in der ganzen Gegend liegenden Truppen aufbrachen und vorrückten. Die Freude der Soldaten ist groß, denn in der letzten Zeit war ihr Dienst sehr schwer und sie dürfen sich nun mit dem Feinde messen. Jubelnd und singend ziehen sie, von den hiesigen Einwohnern im Vordermarschiren noch mit Brod, Tabak, Wein u. a. m. versehn, der Grenze zu. — Diese Nacht desertirte aus Ladenburg eine ganze Dragonerpatrouille, ein Trompeter, zwei Wachtmeister und 11 Gemeine, die alsofort auf der Eisenbahn nach Frankfurt befördert wurden. Man soll daselbst aus den Uebergetretenen eine eigene Legion bilden wollen, die dann in unsern Reihen beweisen könnte, daß es ihr ernst mit ihrem Schritte war und daß sie den Flecken wieder tilgen wollen, der auf ihrem Leben haftet. Gestern vernahm ich aus guter Hand, daß neuerdings sich viele junge Leute, besonders Studenten, im hiesigen Hauptquartier gemeldet und gebeten hätten, sie als Freiwillige unsern Gliedern einzuverleiben; die Bitte aber habe ihnen nicht gewährt werden können. — Die hiesige Gegend, die ohnehin durch die Truppenanhäufung schon starken Mangel an Lebensmitteln leidet, wurde vor ein paar Tagen durch einen verheerenden Hagelschlag heimgesucht, der schweren Schaden anrichtete und leider die ohnehin große Zahl der Bedürfigen wieder mehren wird.

‡ **Bensheim**, 15. Juni. Heute Nacht 1 Uhr rückte die Vorhut dem Feinde entgegen, um 4 Uhr rückten hier die Artillerie und mecklenburger Cavallerie aus, um 8 Uhr gingen die Infanterieregimenter hier ab, um 8½ Uhr folgten Nassauer, Frankfurter Linie, Kurhessen und Preußen, (drei Bataillon vom 38. Regiment) nach. Das ganze Hauptquartier folgt. Eben gehen die Bagagewagen. Jetzt 10 Uhr Morgens, hören wir starken Kanonendonner nach Mannheim zu, und sind im Begriff mit dem letzten Rest des Stabes vom Commando nachzufolgen. Heute früh gingen wieder 13 badische Dragoner über. — An der Spitze der combinirten Regimenter ritt der Stab und der Commandeur General von Schäffer-Bernstein, der Obercommandeur von Peucker soll bereits an der Schlachtlinie stehen, die Truppen marschirten von hier mit einer Zuversicht und einem freudigen Muthe, der einem gewissen Siegeszuge glich.

> **Mainz**, 15. Juni. Die Fahrten der niederländischen Dampfschiffahrt nach Mannheim sind nun auch seit heute Morgen unterbrochen. Diese Gesellschaft, die bisher kein Militär befördert und daher unbelästigt nach Mannheim fahren konnte, sollte heute Morgen 6 Uhr eine Abtheilung vom 28. preuß. Infanterieregiment aufnehmen und nach dem Oberrhein fahren; was die Agenten, genützt auf ihre deßfallsige bisher beobachtete Handlungsweise, verweigerte, worauf das Gouvernement die weitern Fahrten der Niederländischen Gesellschaft von hier nach Mannheim untersagte, so daß das Boot nun 900 Centner Güter, welche für nach Mannheim bestimmt waren, hier löschen muß und wieder nach den Niederlanden fährt. Man glaubt hier allgemein, daß die Regierung der Niederlande mit Repressalien antworten werde.

Börsenberichte.

Amsterdam, 13. Juni. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 49⅛/₁₆ ⅛/₁₆ — 3pCt. Schuld 57⅛/₁₆. — 4pCt. do. 76, 75⅞. — 3½pCt. do. 78. — 5pCt. Anl. 11⅞/₁₆. — do. à 2. 510 Stücke 11¹¹/₁₆ ⅝/₁₆. — 3pCt. int. à 6000 fl. 23⁹/₁₆ ⅞/₁₆. — 4pCt. Port. 29⅛/₁₆. — Russ. 4pCt. bei Pope 80⅝/₁₆. 81. — do. bei Stieglitz 80⅝/₁₆ ⅛/₁₆. — 5pCt. Met. 70, 69⅝/₁₆. — 2½pCt. Met. 50⅛/₁₆ ⅛/₁₆.

Paris, 12. Juni. Stand der Rente: 5pCt. 81. 50. — 3pCt. 50. 25. — Neapol. —. — Neue 3pCt. Span. —. — Innere Schuld —. — Banfactien 2175. — Versailles, rechtes Ufer —. — Linkes Ufer 155. — Paris Orleans 720. — Paris-Rouen 485. — Orleans-Bordeaux —. — Orleans-Bierzon —. — Rouen Havre 400. — Marseille-Avignon —. — Straßburg-Basel —. — Nordbahn —. — Paris-Straßburg —. — Römisches Anleihen 66⅛/₁₆.

London, 12. Juni. 3pCt. Stocks 92⅛/₁₆. — 5pCt. Span. 16⅛/₁₆. — Neue 3pCt. 33⅛/₁₆. — 4pCt Port. —.

Madrid, 8. Juni. 3pCt. 25⅛/₁₆ n. B. 25⅛/₁₆ G. — 5pCt. 10⅛/₁₆ G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Druck von August Osterrieth.

№ 142. — Samstag — den 16. Juni — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksgebiet von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. A. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und dieselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — für England und überseeische Länder: Lepsel u. Comp., Nr. 84. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/9 Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexander in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder: Lepsel & Comp., Nr. 84. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 356; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär C. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrselbst in Hamburg; 5) Obersecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Auf welchem Wege ist das Ziel zu erreichen?

III.

Die endliche Erklärung Bayerns, in Bezug auf das von drei Königreichen dargebotene Verfassungswerk, veranlaßt uns, der frühern Betrachtung über diesen wichtigsten aller Gegenstände heute eine weitere Folge zu geben. Die Worte des Ministers von der Pfordten können uns in der Ansicht nur bestärken, daß das langersehnte Ziel der Einigung Deutschlands nur erreicht werden kann, wenn die Nation nun auf dem Wege nachfolgt, welcher durch die drei Königreiche angebahnt worden. Wir wollen wahrlich nicht verletzen (auch wäre dazu jetzt der Augenblick sehr übel gewählt), aber daß Oesterreichs Politik (und eine andere vernehmen wir aus dem Munde des bayerischen Ministers nicht) seit seiner berühmten Note vom 25. December v. J. bis zu den diplomatischen Schritten des Ritters Prokesch v. Osten die Vermuthung nur verstärken konnte, Oesterreich wolle um jeden Preis verhindern, daß Deutschland ein Parlament und ein einheitliches Oberhaupt (also die eigentliche Einheit) erlange, dies wird nicht geleugnet werden können. Die österreichische Diplomatie ist thätig und in München wirksam. Bayern verweigert den Beitritt, wenn nicht das Directorium hergestellt, d. h. Preußen die Möglichkeit genommen wird, seine Stellung als europäische Großmacht auf den deutschen Bundesstaat zu übertragen. Gegen eine Art neuen Bundestag hätte Oesterreich nichts einzuwenden, aber Preußen behielte dann seine preußischen Gesandten, seine auswärtige Politik bei, und die neue Centralgewalt wäre so machtlos nach Außen, wie die jetzige es aus denselben Gründen seit ihrem Entstehen war. Daß daher weder Preußen, noch die Nation, auf das bayerische Begehren eingehen kann, ist jedermann klar. Was ist also mit der bayerischen Erklärung gewonnen? Gegen den Willen Bayerns für die Feinde der deutschen Einheit sehr viel. Noch mehr wird für diese gewonnen sein, wenn die bekannten 28 Staaten auch ihrerseits einen besondern Weg gehen, auf ihrem theoretischen Satze beharren und auf den 5. August ein Gegenparlament beschicken. Ueber die Consequenz in Stuttgart, Darmstadt, Kassel, Braunschweig ꝛc. wird man sich, außer im Lager der Demagogen, am meisten vielleicht in Petersburg freuen. Je mehr der Parlamente, je weniger hat ein deutsches Parlament überhaupt eine Zukunft. Was sich gegenseitig selbst aufreibt, erfordert zu seiner Vernichtung von Außen keine Anstrengungen. So kann man den Wirrwar begünstigen, man kann in den kleinen Staaten mittelbar auffordern lassen, wenigstens nicht nach dem neuen Wahlgesetze zu wählen, weil man weiß, daß die drei Königreiche eine Zusammensetzung nach verschiedenem Wahlgesetze sich, wie Jeder einsieht, nicht können gefallen lassen. Man erscheint überhaupt wieder auf dem Schauplatze, und wichtige Absichten müssen es sein, welche Oesterreich bestimmen, im Süden von Baden der Centralgewalt mit einem Armeecorps zu Hilfe zu kommen, während man dieselben Truppen im eignen Lande einstweilen durch russische Truppen muß ersetzen lassen. Ja, man sagt*), dieses Armeecorps sei bestimmt, dann durch Baden hindurch nach Frankfurt zu ziehen, von wo aus es diejenigen Staaten unterstützen kann, welche ihre Selbstständigkeit gerne aufrecht erhielten und sonst genöthigt sein möchten, dem Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen beizutreten. Man sieht, Deutschland ist von seinem alten Fluche noch immer nicht erlöst. Die Erlösung aber liegt nur in der Ausführung des Gagernschen Programms. Wer zweifelt nun noch an der Richtigkeit dessen, was Gagern als das einzig mögliche Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich angestrebt? Preußen selbst hat dies Programm jetzt endlich verwirklicht. Der König hat sein Wort gelöst und die Geschichte wird einst den Namen der Männer gerecht werden, welche die großen Anstrengungen, die noch in den letzten Tagen dagegen versucht worden, zu nichte gemacht. Wahrlich, es zeugt nicht von großen Fortschritten politischer Erkenntniß in Deutschland, daß diejenige Partei, welcher die Einheit und Freiheit des Vaterlands vorzugsweise am Herzen liegen, jetzt nicht aufjubelt darüber, daß endlich Preußen den weltgeschichtlichen Schritt gethan, und den Handschuh hingeworfen für jede europäische Macht im Westen oder Osten, welche die Verwirklichung der in der Paulskirche geborenen Idee zu hindern versuchen möchte. Doch die Verwirklichung kann noch immer verhindert werden. So lange der Revisionsreichstag nicht zusammengetreten, brauchen unsere Feinde die Hoffnung nicht aufzugeben. Und warum sollten sie nicht hoffen? Beruht doch ihre Hoffnung auf dem alten Erbübel des deutschen Nationalcharakters**).

*) Ein solches Gerücht schlich allerdings vor einigen Tagen hier herum. So wenig Glauben es verdient, so mögen wir doch nicht hindern, daß seiner erwähnt werde. Red. d. O.P.A.-Z.

**) Wir haben bereits erklärt, daß wir die in dem obenstehenden Artikel besprochene Frage als eine offene betrachten. Red. d. O.P.A.-Z.

Deutschland.

Aus **Frankfurt**, 9. Juni, wird der „Hamburger Börsenhalle" Folgendes geschrieben: Das Mißtrauen gegen Preußen ist, wie es scheint, in den Herzogthümern ziemlich allgemein. In mancher Hinsicht mag dasselbe gerechtfertigt sein. In Preußen selbst gibt es zwei Parteien, nach dem Ausdruck eines fremden Staatsmannes eine dänische und eine antidänische. Daß wenigstens die letztere die Rechte der Herzogthümer mit Nachdruck und Schärfe vertritt, kann nachfolgendes Stück einer Note lehren, deren Einsicht Einsender zufällig erhielt. Sie ist vom 2. Juni d. J. und von dem preußischen Gesandten in London an die englische Regierung gerichtet: „Se. Maj. der König von Preußen hat niemals anerkannt, daß die Bewohner der Herzogthümer sich im Zustande der Auflehnung gegen die legitime Obrigkeit befinden. Die legitime Obrigkeit ist nach den wiederholten Erklärungen der preußischen Regierung der regierende Herzog von Schleswig-Holstein und seine legitimen Nachfolger in männlicher Linie. Diese Autorität haben die Einwohner immer und noch vor Kurzem in einem friedlichen Actenstücke anerkannt. Wenn Dänemark darauf besteht, die Schleswiger mit Waffengewalt zu der Anerkennung zu zwingen, daß dies Herzogthum eine Provinz des Königreichs sei, so macht nach den in Deutschland fortwährend festgehaltenen Grundsätzen die dänische Regierung durch ein Attentat auf das gute Recht der Herzogthümer eine Revolution, nicht aber das Land, welches genöthigt ist, sich diesem Attentat zu widersetzen. Das Land leistet nach langen und geduldigen Gegenvorstellungen nur Widerstand gegen das, was es mit Preußen und Deutschland als eine Handlung der Tyrannei betrachtet. Es fordert Nichts als eine Garantie seiner constitutionellen Rechte. Es will nur seine von so vielen Königen von Dänemark anerkannte und beschworene Selbstständigkeit. Dies Verfahren ist allem Anscheine nach genau dasjenige des englischen Parlaments und Volks, als es sich der Tyrannei Jacobs II. widersetzte. Der Unterschied in der Bewegung der Herzogthümer von 1848 und der Englands von 1688 scheint nur darin zu bestehen, daß die Herzogthümer nicht beabsichtigen, den Platz der legitimen aber zu tyrannischer Unterdrückung entarteten Autorität für erledigt zu erklären, während England dies im Jahre 1688 that."

⊙ **Frankfurt**, 13. Juni. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt werden folgende Eingaben vorgelegt: Vorstellung von Bachmann-Korbett, die Abgaben der hiesigen Einwohner betreffend: an den Petitionsausschuß; Vorstellung des Vereins für das Volksschulwesen, verschiedene Wünsche betreffend: an den Verfassungsausschuß; Vorstellung und Rechtsverwahrung der hiesigen evangelisch-reformirten Gemeinde, die Dotation ihrer Schulen betreffend: an den Verfassungsausschuß. Vorstellung des Bürgers Funk in Betreff der Betretung des hiesigen Freistaats in der deutschen Reichsversammlung: an den Petitionsausschuß. Tagesordnung. Fortsetzung der Berathung über das Strafverfahren. Bevor die Abstimmung über den in letzter Sitzung ausgesetzten Art. 6 vorgenommen wurde, entspann sich noch eine Debatte über denselben zwischen Dr. A. Friedleben, Dr. Manhayn, Dr. Braunfels, Dr. Kugler, Dr. Reinganum, Dr. Burkard und Dr. Goldschmidt, worauf derselbe in der angegebenen Fassung genehmigt wurde. Da es zu weit führen würde, alle in der heutigen Sitzung genehmigten 163 Artikel anzuführen, so begnügen wir uns, nur diejenigen zu geben, bei welchen eine Abänderung beliebt worden. Art. 12 wird auf den Antrag von Dr. Scharff, und nach verschiedenen Bemerkungen von Dr. J. Friedleben, Dr. Braunfels, Dr. Mappes, Dr. Kugler und Dr. Manhayn in folgender Fassung angenommen. „Das Stadtgericht ergänzt sich erforderlichen Falls aus der Zahl der hiesigen Anwälte. Die beizuziehenden Ergänzungsrichter sind vom Stadtgericht zu verpflichten. Es können mehrere Abtheilungen des Rügegerichts gebildet werden." Art. 16 wird auf den Antrag des Berichterstatters Dr. Manhayn dahin abgeändert: „Als einfache Uebertretungen sind diejenigen Handlungen zu betrachten, welche nach dem Gesetze über Polizeiübertretungen und Strafen zu einer Strafe von zehn Gulden und weniger, oder zu fünf Tagen Gefängniß oder weniger Anlaß geben können, gleichviel ob eine Confiscation weggenommener Gegenstände damit verbunden ist oder nicht, und welches auch deren Werth sei." Zweiter Abschnitt. Von dem Verfahren vor dem Rügegericht. Art. 32 wird nach einer Debatte zwischen Dr. Thomas, Dr. Reinganum, Dr. Jucho, Dr. Braunfels und Dr. Kugler dahin abgeändert, daß er lautet: „Beweismittel sind Protocolle, Berichte und in deren Ermangelung oder zu deren Unterstützung Zeugen." Dritter Abschnitt. Von der Berufung gegen Urtheile des Rügegerichts wird unverändert angenommen. Vierter Abschnitt. Von der Staatsbehörde. Art. 50 wird abgeändert und lautet: „Bei dem Zuchtpolizeigericht versieht der Staatsanwalt, bei den Assisen der Oberstaatsanwalt, bei dem Cassationshofe der Generalstaatsprocurator die Amtsverrichtungen der Staatsbehörde." Fünfter Abschnitt. Von der Civilpartei. Art. 63 erhält auf den Antrag von Dr. A. Friedleben folgende Fassung: „Die Civilpartei kann sich durch einen hiesigen Anwalt vertreten lassen und muß einen solchen bestellen, wenn sie im hiesigen Staate keinen Wohnsitz hat. Hat sie in diesem Fall nicht mindestens einen Insinuationsmandatar bestellt, so kann sie keinen Einwand und keine Beschwerde daraus ableiten, daß ihr eine gesetzlich erforderliche Zustellung nicht geschehen ist." Sechster Abschnitt. Von der Untersuchung. Art. 70. Dr. Goldschmidt beantragt folgende, von der Versammlung angenommene Redaction: „Die Zeugen schwören ohne Rücksicht auf bereits geleistete Dienstpflicht den Eid: die ganze Wahrheit, nichts als die Wahrheit zu sagen. Der Untersuchungsrichter befragt sie um ihre Namen, Vornamen, Alter, Stand, Gewerbe und Wohnort, ob sie bei der einen oder andern Partei in Dienste stehen, ob sie mit denselben verwandt oder verschwägert sind, und in welchem Grade." Siebenter Abschnitt. Von der Verhandlung vor der Rathskammer. Artikel 95 bis 101 werden unverändert angenommen, ebenso der achte Abschnitt, von der Verhandlung vor dem Zuchtpolizeigericht, Art. 102 bis 115. Neunter Abschnitt. Von der Berufung gegen Urtheile des Zuchtpolizeigerichts. Art. 116. „Die Erkenntnisse des Zuchtpolizeigerichts können auf dem Wege der Berufung an die zweite Abtheilung des Appellationsgerichts sowohl von dem Angeklagten und den civilrechtlich für verantwortlich erklärten Personen, als auch von der Civilpartei und dem Staatsanwalt angegriffen werden," wird nach einigen Bemerkungen von Dr. J. Friedleben, Dr. Reinganum und Dr. Goldschmidt auf den Antrag des Ersteren an den Verfassungsausschuß zurückgewiesen. Ebenso auf den Antrag von Dr. Goldschmidt der Art. 118, lautend: „Die Berufung muß bei Vermeidung der Erlöschung unter Angabe der Beschwerden innerhalb zehn Tagen nach ergangenem Urtheile entweder zu Protocoll oder mittelst einer Schrift auf der Kanzlei des Zuchtpolizeigerichts angezeigt werden. Der Gerichtsschreiber hat diese Anzeige binnen 24 Stunden nach dem Empfang an das Appellationsgericht einzusenden." Die übrigen Artikel bis 128 werden unverändert angenommen. Zehnter Abschnitt. Von der Verhandlung vor der Anklagekammer. Art. 133 erhält auf Antrag von Dr. Reinganum folgende Fassung: „Die Berathung der Anklagekammer findet in Abwesenheit des Oberstaatsanwalts und des Gerichtsschreibers statt." Die weitern Artikel bis 147 erleiden keine Abänderungen. Elfter Abschnitt. Von der Verhandlung nach erkannter Anklage. Art. 151 wird auf den Antrag von Dr. A. Friedleben und mit Zustimmung des Berichterstatters folgendermaßen abgefaßt: „Der Präsident des Assisenhofs oder der von ihm delegirte Richter eröffnet, bei Vermeidung der Nichtigkeit, zugleich bei obiger Vernehmung dem Angeklagten, daß, falls er sich zur Erhebung einer Nichtigkeitsbeschwerde gegen die Voruntersuchung oder das Verweisungsurtheil berechtigt glaube, er durch seinen Vertheidiger Einsicht von den Untersuchungsacten nehmen könne und in den nächstfolgenden von der Vernehmung an laufenden fünf Tagen die Nichtigkeitsbeschwerde daselbst einwenden müsse, widrigenfalls er damit nicht mehr gehört werden würde. Diese Eröffnung ist in das vorerwähnte Protocoll einzutragen." Die übrigen Artikel bis 162 werden angenommen. Zwölfter Abschnitt. Von den Geschwornen. 1) Bildung der großen Liste. Art. 163. „Im Monat October eines jeden Jahres werden für das mit dem 1. Januar beginnende nächste Jahr 200 Geschworne gewählt." Dr. A. Friedleben beantragt Verschiebung dieses Artikels auf einen spätern; Dr. Braunfels die Offenlassung der Zahl. Das letztere wird angenommen. Artikel 164. „Die Wahl geschieht nach absoluter Stimmenmehrheit durch Wahlmänner, welche von und aus den Staatsbürgern, welche das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben und wahlberechtigt sind (Art. 164a), zu diesem Zwecke zu erwählen sind. Art. 164a. Nicht wahlberechtigt sind: 1) Alle wegen anderer als Preß- oder politischer Vergehen von den Assisen Verurtheilten; 2) alle wegen Diebstahls, Betrugs, Fälschung, Unterschlagung, Zinswuchers, Verletzung der Sittlichkeit, Bettelns oder Landstreicherei von dem Zuchtpolizeigerichte Verurtheilten; 3) alle, die sich wegen eines Vergehens oder Verbrechens in Anklagezustand befinden; 4) alle gerichtlich erklärten Falliten, so lange sie ihre Gläubiger nicht vollständig befriedigt haben; 5) Personen, welche unter gerichtlicher Pflegschaft stehen, und 6) Personen, welche

eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln bezogen haben, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahr beziehen. Die unter 1 und 2 bezeichneten Personen sind dann wahlberechtigt, wenn seit Verbüßung der erkannten Strafe oder seit ihrer Entlassung in Folge erwirkter Begnadigung ein fünfjähriger Zeitraum verflossen ist." Dr. A. Friedleben beantragt die directe Wahl der Geschwornen durch das Volk und nicht durch Wahlmänner. Nach einer längern Discussion, woran sich außer den beiden Antragstellern Dr. Manhayn, Schöff Souchay, Dr. Thomas, Dr. Burkard und Dr. Goldschmidt betheiligten, wird der Antrag von Dr. A. Friedleben in namentlicher Abstimmung mit 71 gegen 19 Stimmen verworfen, der Antrag des Ausschusses angenommen und somit der von Dr. Jucho abgelehnt. Art. 165. Die Zahl der Wahlmänner wird im Ganzen auf 68 und zwar 1) für Frankfurt auf 56, 2) für Bornheim auf 3, 3) Oberrad 2, 4) Niederrad 2, 5) Niedererlenbach 1, 6) Bonames 1, 7) Hausen 1, 8) Dortelweil 1, und Niederursel 1 festgesetzt. Art. 166. „Die Wahlen geschehen unter Leitung der von der obersten Regierungsbehörde bestellten Wahlcommissionen. Ort und Tag der Wahl werden von der Regierung bestimmt." Art. 167. „Die Abstimmung erfolgt in jeder der im Art. 165 bestimmten neun Gemeinden durch Stimmzettel." Art. 168. „Die Wahlcommissäre haben das Ergebniß der Wahlen sofort dem Regierungsrathe unter Mittheilung der Wahlverhandlungen anzuzeigen. Die Wahlversammlung tritt auf Anordnung der Regierungsbehörde zusammen." Diese Artikel sind angenommen. Art. 169. Erster Satz: „Niemand kann zum Geschwornen erwählt werden, welcher nicht das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat, bei Vermeidung der Nichtigkeit." Hiergegen stellen Dr. Reinganum und Dr. jur. Friedleben das Minoritätserachten: „welcher nicht das 21. Lebensjahr zurückgelegt hat." Dr. A. Friedleben beantragt das 50. Lebensjahr, zieht aber seinen Antrag vor der Abstimmung zurück. Nach einer lebhaften Discussion, an welcher sich außer den Antragstellern und dem Berichterstatter noch A. May, Dr. Binding, Dr. Jucho, Schneider, Dr. Braunfels, Dr. Goldschmidt und Schöff Souchay betheiligten, wird das Minderheitserachten in namentlicher Abstimmung mit 50 gegen 36 angenommen, die Verhandlung der übrigen Theile des Artikels aber vertagt. Nächste Sitzung Freitag den 15. Juni.

*** **Frankfurt**, 15. Juni. Die Nr. 32 des großherzgl. badischen „Regierungsblattes" enthält folgendes Standrechtsgesetz:

„Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. In Anbetracht der Gefahren, denen das Großherzogthum durch die Usurpation einer revolutionären Regierung ausgesetzt ist, und in Erwägung, daß die Reichstruppen mit den sich ihnen anschließenden treu gebliebenen badischen Truppen zur Wiederherstellung der Staatsordnung in das Großherzogthum einrücken, finden wir uns veranlaßt, auf den Grund des § 66 der Verfassungsurkunde und im Einverständniß mit der deutschen Centralgewalt zu verordnen, wie folgt: § 1. Der Militärcommandant, der wenigstens eine Brigade zu befehligen hat, ist ermächtigt, diejenigen Bezirke, in denen er es für nöthig erachtet, in unserm Namen, nach dem Gesetz vom 7. Juni 1845, in Kriegszustand zu erklären, mit der fernern Wirkung, daß für die in Kriegszustand erklärten Bezirke nicht nur gegen die aufrührerischen Truppen nach dem Gesetz über das militärstandrechtliche Verfahren vom 7. Juni 1845, sondern allgemein nach Maßgabe der nachstehenden §§ 2–5 das Standrecht eintritt. § 2. Wer während der Dauer des Kriegszustandes 1) bewaffnet an einem Angriffe oder Widerstand gegen die gesetzliche Autorität oder bewaffnete Macht, oder an einer unerlaubten bewaffneten Versammlung Antheil nimmt, oder sich auf dem Wege dazu oder zu einem gewaltsamen Unternehmen befindet, — oder wer 2) zu solcher Bewaffnung oder solchem Waffengebrauch oder überhaupt zu Hochverrath, Landesverrath oder Aufruhr auffordert, 3) Soldaten in irgend einer Weise zum Treubruch verleitet, 4) Anlagen macht, oder bestehende Anlagen zerstört, um militärische Bewegungen zu hindern, 5) den Aufrührern als Spion dient, oder die für die Wiederherstellung der Staatsordnung einrückenden Truppen zu ihrem Nachtheil irre zu führen sucht, wird standrechtlich mit dem Tode, oder bei mildernder Betheiligung mit Zuchthaus von 10 Jahren bestraft. § 3. Diese Vergehen werden von einem Kriegsgericht abgeurtheilt, welches nach Artikel 4 des am 7. Juni 1845 über das standrechtliche Verfahren beim Militär erlassenen Gesetzes zusammengesetzt wird. Insoweit es Civilpersonen betrifft, findet dabei der letzte Absatz des Art. 4 des gedachten Gesetzes keine Anwendung. Das Verfahren richtet sich nach den Artikeln 5–7 des nämlichen Gesetzes, jedoch mit der Aenderung, daß das Gericht in den dazu geeigneten Fällen auf die im § 2 erwähnte 10jährige Zuchthausstrafe erkennt und den alsbaldigen Vollzug anordnet. Kann wegen ungenügender Aufklärung der Sache weder die zehnjährige Zuchthausstrafe noch die Todesstrafe erkannt und der Angeschuldigte auch nicht sogleich völlig freigesprochen werden, oder erscheint die Aburtheilung hinsichtlich eines Angeschuldigten überhaupt nicht als dringend, so wird die Sache zur weiteren Untersuchung und Erledigung an den ordentlichen Richter verwiesen. Bei der im Artikel 6 Nr. 3 des Gesetzes vom 7. Juni 1845 erwähnten Wahl eines Vertheidigers ist der Angeklagte, der nicht zum Militär gehört, in seiner Auswahl nicht auf Militärpersonen beschränkt und ebenso wenig das Gericht, vorausgesetzt, daß das Verfahren nicht aufgehalten wird. § 4. Ist das Todesurtheil gegen eine größere Anzahl der am nämlichen Vorgang Betheiligten ausgesprochen, so wird der Commandirende hinsichtlich der darunter befindlichen verhältnißmäßig weniger schwer Belasteten den Vollzug des Erkenntnisses aufschieben, und unsere Entschließung über Begnadigung oder Strafverwandlung einholen. § 5. Di sittlich der Theilnehmer an den hochverrätherischen Unternehmungen seit dem 11. Mai v. J., die nicht erst nach Verkündigung des Kriegszustandes eine der im § 2 erwähnten Handlungen verüben, findet diese Verordnung nur auf diejenige Anwendung, welche zu den Ausführern gehören, oder an der hochverrätherischen Verbindung Theil genommen haben, und nicht nach Verkündung dieser Verordnung ohne allen Verzug sich völlig loslagen, indem sie sich der gesetzlichen Gewalt unterwerfen, und zugleich Alles, was in ihren Kräften steht, beitragen, auch die Mitschuldigen zur schleunigen Unterwerfung zu bringen, und dadurch den weiteren strafbaren Erfolg ihrer verbrecherischen Unternehmung zu verhindern. § 6. Während der Dauer des Kriegszustandes sind alle Bezirks- und Ortsbehörden, die sich mit der Sicherheitspolizei und überhaupt mit der Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung zu befassen haben, dem Militärcommandanten untergeordnet, und auch die Bürgerwehr steht unter seinem Oberbefehl. In allen Bezirken, in welchen sich Truppen befinden, können die Militärbehörden die Sicherheitspolizei auch unmittelbar selbst handhaben, zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung in Gemeinschaft mit den ihnen beigegebenen Civilcommissären auch polizeiliche Anordnungen und Verbote erlassen, die Uebertretung mit Festnehmung und polizeilicher Strafe bedrohen, und diese durch die Civilbehörden vollziehen lassen, oder nach Umständen selbst vollziehen. Gegeben in unserm Staatsministerium zu Frankfurt a. M., den 9. Juni 1849. Leopold. Kluber. Stengel."

** **Frankfurt**, 16. Juni. Das vor einigen Tagen hier eingetroffene k. preuß. Cuirassierregiment ist, nebst dem 31. und 27. k. preuß. Infanterieregiment (Linie und Landwehr), heute früh von hier nach dem Kriegsschauplatz in Baden aufgebrochen.

Wien, 12. Juni. Der Prinz Luitpold von Bayern und die russischen Großfürsten Michael und Konstantin sind hier angekommen. Zu Ehren dieser hohen Gäste fand heute eine Parade der hier garnisonirenden Truppen statt, welcher auch der Kaiser mit seinen Brüdern beiwohnte. — Die Herzogin von Angouleme ist am 9. von Linz und der Erzherzog Wilhelm am 10. von Mestre hier angelangt. — Der Prinz Luitpold von Bayern, welcher vorgestern hier ankam, hat die in Schönbrunn für ihn bereiteten Appartements bezogen. Seiner Gegenwart legt man eine politische Mission bei. — Die Stadtcommandantur und die stadthauptmannschaftliche Section werden die bisherigen Amtslocalitäten in der k. k. Burg verlassen und in der k. k. Stallburg untergebracht werden. Man sagt, daß die erwartete Ankunft des Kaisers von Rußland, des Königs von Preußen, sowie des Erzherzog Johann diese Verfügung nothwendig gemacht habe. (N) Auch F.M. Radetzky soll erwartet werden. — Generalmajor Adalbert Baur v. Eisenet ist zum Feldmarschallieutenant ernannt worden.

Das Ministerium des Innern hat die Theilnahme an den im Königreich Bayern gegenwärtig stattfindenden Volksversammlungen für alle Bewohner von Tirol und Vorarlberg mit dem Beifügen verboten, daß der Besuch derselben dem Besuche einer nicht autorisirten Volksversammlung im Inlande gleich zu halten sei. — Dem commandirenden Grafen Khevenhüller wurde am 9. in Prag das Erscheinen der „Narodny Nowiny" untersagt; die Ursache dieses Verbots soll dem Vernehmen nach ein Artikel über das Verhältniß der magyarischen Aristokratie zur österreichischen Regierung sein. Redacteur Hawliczek will sich nach Wien begeben, um dort das Wiedererscheinen seines Blattes zu bewirken.

† **Wien**, 12. Juni. Bei Szered wurde am 8. d. heftig kanonirt; wie es heißt, handelt es sich um die Position Szered, die die Magyaren um jeden Preis nehmen wollen, da dieser Endpunkt der Tyrnauer Bahn mit ihrem Kriegsplane in enger Verbindung zu stehen scheint. Die Post von Oedenburg kam in Preßburg seit 4 Tagen nicht an. Auf der Saupaide bei Preßburg lagern noch 4000 Russen; 10,000 sind mit Geschütz gegen Raab aufgebrochen. F.M.L. Schlick hat eine Recognoscirung bis Adda vorgenommen, ohne auf feindliche Vorposten zu stoßen. Ungarische Vorposten stehen bewärts von Szered. In der Schüttinsel ist alles ruhig, aber diesseits der Donau bei Kapuvar soll ein Scharmützel stattgefunden haben. — Aus Güns ist die Post hier eingetroffen, so daß das Gerücht, die Magyaren befänden sich dort, als ein unwahres bezeichnet werden kann; hingegen haben Husaren Steinamanger besetzt, und die Post von dort bleibt seit mehreren Tagen aus. — Aus Tarnow wird unterm 8. Juni gemeldet: Der Durchmarsch russischer Truppen dauert bei uns fort. Gestern kamen 8000, heute 9000 M. mit 72 Kanonen hier durch. Ganz ausgezeichnet waren die Batterien der Gardelokalen. Jede Kanone mit 6 herrlichen, gleichfarbigen Pferden bespannt, hat 7 bis 8 wohlberittene Mann zur Bedienung. Diese 17,000 Mann sind ebenfalls nach Dukla bestimmt, da das dortige Armeecorps 80,000 Mann stark werden soll. F.M. Paskiewitsch wird auf seiner Durchreise nach Dukla hier stündlich erwartet. Zu diesem Behufe stehen 45 Postpferde bereit. — Horvath, Bischof von Csanad und ungarischer Cultusminister, hat in allen Kirchen Gebete für die jetzige Regierung angeordnet; die Gemeinden in den Karpathen wollen aber davon nichts wissen. — Dembinski soll bereits von den Russen angegriffen worden sein.

Aus der heute veröffentlichten Adresse der serbischen Vertrauensmänner an den Kaiser entnimmt man die Bitten, Seine Majestät möge einstweilen geruhen, den Titel eines Großwojwoden von Serbien anzunehmen und die Wojwodschaft zu einem eigenen Kronland zu erheben. Der Kaiser versprach in seiner Antwort, die Adresse dem Ministerrathe zur reiflichen Erwägung zu überweisen.

So eben langen von der Südarmee in Ungarn so günstige Berichte ein, daß sie einen erheblichen Aufschwung der Fonds bewirkten. Näheres hat jedoch über den Inhalt nicht verlautet.

Im Gegensatz zu der von verschiedenen Blättern mitgetheilten Nachricht eines mit Sardinien bereits abgeschlossenen Friedenstractats wird berichtet, daß der Minister Bruck erklärt habe, das Zustandekommen desselben nicht länger in Mailand abwarten, sondern nach Wien zurückkehren zu wollen. Hr. v. Brenner war, mit den nöthigen Instructionen versehen, in Turin zurückgeblieben.

Die „Wiener Zeitung" meldet, daß der Kaiser dem Generaladjutanten des Königs von Preußen wegen seiner „besonderen Bereitwilligkeit" bei Gelegenheit des Durchzuges der russischen Truppen durch das preußische Gebiet den Orden der eisernen Krone erster Klasse verliehen habe. Aus gleichem Grunde sind mehrere Eisenbahnbeamte mit Geldgeschenken und einige russische Offiziere mit Orden bedacht worden.

Berlin, 12. Juni. An den General v. Prittwitz als Höchstcommandirenden der deutschen Truppen, welche gegen Dänemark kämpfen, ist nunmehr heute wirklich von hier die Ordre abgegangen, „die Waffenruhe einzuleiten," d. h. sich ganz auf die Defensive zu beschränken und jedenfalls nichts mehr zu unternehmen, was zu einem ferneren ernsten Zusammenstoße führen könnte. Die bisher bekanntlich nur sehr langsam vorgerückten Friedensverhandlungen haben nämlich endlich in den letzten Tagen einen beschleunigten Gang genommen und sind jetzt so weit gediehen, daß man über die materiellen Bedingungen völlig einig ist. Freilich wird die Beseitigung der Formalien wohl noch einige Zeit erfordern, da diese Verhältnisse durch die neueste Entwickelung der deutschen Angelegenheiten in eine sehr verwickelte Lage gekommen sind. Bekanntlich hatte Preußen der deutschen Centralgewalt jüngst bestimmt erklärt, daß es in Beziehung auf die Friedensverhandlungen mit Dänemark nunmehr ganz selbstständig handeln werde, und es war deßhalb auch in letzter Zeit der Hauptsitz dieser Verhandlungen wieder von London nach Berlin verlegt worden, wo sie denn auch zwischen den Herren v. Schleinitz und v. Rheedz nunmehr zum Abschlusse gediehen sind. Da aber der Krieg im Namen der Centralgewalt geführt, der Waffenstillstand von Malmö in gleichem Namen geschlossen war, so besteht der dänische Bevollmächtigte, um nunmehr auch zu einem definitiven Frieden zu kommen, dies jetzt noch auf der Forderung, die gegenwärtigen Bedingungen auch durch die Centralgewalt ratificiren zu lassen, was im Augenblicke freilich seine Schwierigkeiten hat, und wozu sich Preußen in Folge der Stellung, die es in jüngster Zeit dieser Gewalt gegenüber eingenommen, nicht entschließen kann. Es ist in Folge davon heute zunächst ein Courier nach London abgegangen, um den Vertrag dorthin zur Mitgenehmigung zu überbringen, und man beabsichtigt außerdem, wie wir hören, einen Ausweg dadurch zu treffen, daß man die schließliche Ratification bis zum Zusammentritte des neuen Reichstages aussetzt und bis dahin nur eben unter den vereinbarten Bedingungen factisch Frieden eintreten läßt. (K. Z.)

In dem königlichen Patente vom 5. December v. J., mit welchem die Verfassungsurkunde für Preußen publicirt wurde, war unter andern auch die Verheißung ausgesprochen worden, daß den Kammern eine Verordnung über die Aufhebung einiger Ehehindernisse zur Berathung vorgelegt werden solle. Dies ist bisher nicht geschehen. Wir hören indeß, daß der Entwurf des Gesetzes bereits ausgearbeitet sein soll, und daß die Regierung sogleich bei Wiedereröffnung der Kammern damit vortreten wird. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um die Beseitigung zweier gesetzlicher Vorschriften. Die eine betrifft die bekannte Bestimmung des allgemeinen Landrechts, wonach Christen keine Heirath mit Juden und überhaupt mit solchen Personen, welche nach den Grundsätzen ihrer Religion sich den christlichen Ehegesetzen zu unterwerfen gehindert werden, schließen dürfen. Nach dem gegenwärtigen Standpunkte unserer Gesetzgebung, und namentlich nach Artikel 11 der Verfassung, wonach der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte unabhängig sein soll von dem religiösen Bekenntnisse, läßt sich jene Vorschrift nicht länger halten, und ihre baldige Aufhebung erscheint deßhalb allerdings sehr wünschenswerth. Noch mehr ist dies der Fall mit einer zweiten Bestimmung des Landrechts, wonach Mannspersonen von Adel mit Weibspersonen (sic!) aus dem Bauer- oder geringeren Bürgerstande keine Ehe zur rechten Hand schließen dürfen. Dies Verbot steht mit den gegenwärtigen Begriffen und Verhältnissen offenbar in einem so entschiedenen Widerspruch, daß seine schleunige Beseitigung sich als eines der dringendsten Bedürfnisse darstellt, und daß selbst eine einseitige Aufhebung desselben durch die Regierung mittelst einer auf Grund des Artikels 105 der Verfassung zu erlassenden Verordnung gerechtfertigt sein würde. So sehr wir auch sonst zu denen gehören, die einen möglichst vorsichtigen und spärlichen Gebrauch von der in diesem Artikel enthaltenen Befugniß für wünschenswerth erachten, würden wir es doch nur billigen können, wenn die Regierung sich in dem vorliegenden Falle veranlaßt finden sollte, den bestehenden Widerspruch auf diesem Wege auszugleichen. (C. Z.)

Magdeburg, 12. Juni. Gestern fand in dem benachbarten Köthen eine große Versammlung nicht nur einzelner hervorragender Mitglieder von der Linken der aufgelösten zweiten Kammer, darunter die Herren v. Unruh, Rodbertus, Hildenhagen, Pilet, Schulze-Delitzsch u. A. m., sondern auch anderer Notabilitäten der demokratischen Partei, Statt, worin der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, bei den bevorstehenden Neuwahlen für die zweite Kammer sich in keiner Weise zu betheiligen, auch wenn die Wahl etwa auf sie fallen sollte, dieselbe nicht anzunehmen. (K. Z.)

e **Kreuznach**, 15. Juni. So eben geht hier die Nachricht ein, daß General v. Hirschfeld gestern Abend mit den preußischen Truppen in Kaiserslautern ohne Widerstand eingerückt ist. Die provisorische Regierung soll über den Rhein nach Baden geflüchtet sein. Die preußischen Truppen rückten über Grumbach und Lauterecken durch das Thal der Lauter vor und warfen alle Hindernisse rasch aus dem Wege. Die Bevölkerung begrüßte sie als Befreier von schwerem Joche. Bürger und Soldaten sind über das gegen den Prinzen von Preußen versuchte Attentat aufs höchste entrüstet. Den Demokraten wird dasselbe schlechte Früchte tragen; seit dem Bekanntwerden desselben beobachtet man alle Volksführer und frühere Sicherheitsmänner mit scharfen Augen.

München, 13. Juni. Nachdem schon vor mehreren Tagen Se. königl. Hoheit der Prinz Luitpold nach Wien abgegangen, ist gestern Abend auch der Herr Staatsminister des Aeußern, Dr. v. d. Pfordten, dahin abgereist. Während seiner Abwesenheit versieht der Herr Justizminister v. Kleinschrod dessen Portefeuille. (N. M. Z.)

*) **Kaiserslautern**, 14. Juni. Die provisorische Regierung ist heute Nacht von hier abgereist. Ebenso wurden alle pfälzischen Truppen in die östliche Pfalz gezogen. Die letzten gingen heute früh um 6 Uhr mit der Eisenbahn nach Frankenstein und Neustadt ab. Die von Westen einrückenden preußischen Truppen finden also offenes Terrain. Nur bei Homburg soll ein kleines Gefecht stattgefunden haben. Hier werden sie ohne allen Widerstand aufgenommen werden. Wie sich die Sachen im Gebirge und in der vordern Pfalz, namentlich um Landau gestalten werden, muß sich in Kurzem entscheiden. — Die französischen Posten sind heute ausgeblieben. Unsere Eisenbahnfahrten sind von heute Morgen an ausgesetzt. Auf dem hiesigen Bahnhofe befindet sich keine Locomotive und kein Wagen mehr. Alles ist mit den Truppen ins Neustädter Thal vorgeschoben worden.

○ **Aus der Rheinpfalz**, 15. Juni. In der Nacht vom 12. zum 13. d. M. geriethen die in Frankenthal liegenden Freischärler mit einer geringen Anzahl recognoscirender preußischer Reiterei in ein kleines Scharmützel, worauf sich der sogenannte Oberst Blenker mit seinen Schaaren von

rankenthal zurückzog und von da die beiden Geistlichen, n Dr. Bettinger, Arzt am Landkrankenhause, und den olzhändler Martil als Geißeln mit sich fortführte. Eige andere Bürger Frankenthals konnten sich nur durch die lucht vor einem ähnlichen Schicksale retten. Der Stadtth forderte vorgestern durch eine Deputation von der rovisorischen Regierung seine Mitbürger zurück. Diese war ber ein solches Verfahren von Seiten Blenkers nicht weg erstaunt. Allein wie muß es in einem Lande aussehen, dem ein Mann, dessen Vergangenheit wahrlich nicht von brenhaftigkeit zeugt, sich solche Maßregeln der Willkür und ügellosigkeit erlauben darf?

Leipzig, 13. Juni. Die den Reichstagsabgeordneten zuständene Portofreiheit in Sachsen ist neuerlich aufgeben. Es ist dies zwar eine Consequenz der von Frankrt aus bekannt gewordenen Zurückberufung der Abgeordeten; gleichwohl muß es befremden, daß weder über diese urückberufung noch über die Aufhebung der Portofreiheit ne amtliche Bekanntmachung hier zu Lande erfolgt ist.

Eberbach, 13. Juni. Der gestrige Tag war für uns n sehr aufgeregter; gegen 4 Uhr Nachmittags verbreitete ch das Gerücht, die Hessen wären im Anmarsch, einige ouiten sie sogar schon in der Nähe unserer Stadt gesehen aben. Alles bewaffnete sich und zog auf den Sammelplatz, ber an der ganzen Sache war keine Wahrheit, denn die essen haben nur ihre Grenzorte besetzt und denken an keien Einmarsch in unserer Gegend, weil ohnehin das Terain zu viele Schwierigkeiten darbietet. Man hat übrigens in Folge dieses blinden Lärmens die Wachtposten edeutend verstärkt. Einen derselben visitirte der Hauptmann und der Leitmann des ersten Aufgebots heute lacht gegen 1 Uhr. Der Posten rief an, aber die Visitirenden gaben nicht gleich die Parole; der Posten hoß und Hauptmann und Leitmann wurden von der Kugel arch und durch geschossen, beide waren wenige Minuten arnach Leichen. Beide Offiziere waren junge, brave und aatkräftige Männer, ihr Verlust erregt deßhalb das aufchtigste Bedauern. (M. Z.)

Aus Kurhessen. Am 6. trafen die Freischaaren von rankenberg ꝛc., 28 Mann stark, mit einem Bagagewagen n Marburg ein; 200 sollten nachkommen; die 28 sind nen einstweilen wieder entgegengezogen, um das Zubauseleiben anzurathen. Sie sollen übrigens die HH. Bayroffer und Hinkel zum Mitgehen aufgefordert haben und sehr nzufrieden über deren Entschließung gewesen sein. (K. A. Z.)

* **Darmstadt**, 15. Juni. Die Operationen gegen den ufstand in Baden haben heute Nacht begonnen. Wir haen zwar noch keine bestimmten Nachrichten, so viel aber eiß man, daß um 2 Uhr Nachts die Truppen in der Bergstraße aus ihren Cantonnements aufgebrochen sind. Der Feind soll sich zurückgezogen haben und Weinheim von en Unsrigen besetzt worden sein. Man hörte an der Bergraße heute gegen 10 Uhr ein starkes Feuern in der Richung von Mannheim. Diese Kanonade wurde sogar hier ehört. Die gestern hier eingerückten k. preuß. Truppen efinden sich noch hier, erwarten aber jeden Augenblick Marschordre. Heute Vormittag um 10 Uhr marschirten ie ersten Bayern hier durch, ein starkes Jägerbataillon, in Regiment Chevauxlegers, eine Batterie 12pfünder von Pieren, ein Brückenzug von 15 Pontons mit Zubehör. Die Truppen waren wohl ausgerüstet und von guter Haltung. Sie kommen von Aschaffenburg und gehen bei Oppenheim über den Rhein nach der Pfalz. Morgen folgen —8000 Mann nach, in 2 Colonnen, die eine wieder über ier, die andere über Niederramstadt und Eberstadt. Letztere eht wahrscheinlich bei Gernsheim über den Rhein. Wir offen heute noch Wichtiges von den gegen Baden vorückenden Truppen zu erfahren.

* **Darmstadt**, 15. Juni. Hunderte von Menschen umgerten heute Abend den Bahnhof, um mit dem um 7 Uhr intreffenden letzten Zuge aus der Bergstraße Kunde vom riegsschauplatze zu erhalten. Man hatte den ganzen Tag ber fortwährend Kanonendonner gehört, auch Rauchsäulen ufsteigen sehen, wie Einige glaubten, in Mannheim, Andere mehr rechts in Oggersheim oder Frankenthal. Dies lles steigerte natürlich die Neugierde. Endlich kam der ersehnte ug, hielt aber an dem Wege jenseits des Exercierplatzes öglich stille. Man schaffte einen verwundeten Offizier heraus, er hier sein Landhaus hat, Rittmeister von Jäger von den hevauxlegers, dem das Bein zerschmettert ist. Der Zug, er nun langsam dem Bahnhofe zufuhr, enthielt außerdem noch 4 verwundete Chevauxlegers, wovon einer so schwer, daß man ihn auf einer Tragbahre nach dem Lazarett tragen mußte. Ueber das Gefecht selbst, das schon den Morgen um Uhr stattgefunden, erfuhr man nur, daß die Chevauxlegers bei Käferthal, unweit Mannheim, etwas zu hitzig vorgegangen seien, ohne Unterstützung von Infanterie und Artillerie, wodurch sie diesen Verlust erlitten. Jedenfalls war das Vorrücken des diesseitigen Truppencorps ein allgemeines und siegreiches. Das Hauptquartier war schon m Morgen zu Weinheim, die Vorposten zu Schriesheim. Was den Tag über weiter vorging, ist man sehr begierig zu erfahren. Die Kanonade, die man hier hörte, glaubt man ühre von den Preußen her, welche jenseits gegen Ludwigsafen (die Rheinschanze) vorrücken.

* **Darmstadt**, 15. Juni. Ein Correspondent von hier richtet im „Frankfurter Journal" vom 14. d. M., daß er mit der provisorischen Leitung des großh. hess. Kriegoministeriums beauftragte Geheimerath Zimmermann auch er Verfasser des trefflichen großh. hess. Militärstrafgesetzuches gewesen sei. Dies ist jedoch ein Irthum. Jenes Gesetzbuch ging vielmehr aus den Berathungen einer eigenen Commission hervor, deren Mitglieder Geheimer Staatsath Scriba, Geheimerath Schenk und General Lynker waren, und bei welcher Herr Geheimerath Zimmermann nur als Secretär fungirte. Suum cuique. (S. Scriba's essisches Schriftstellerlexikon die Art. Lynker, Scriba und Zimmermann.)

* **Lorsch**, 14. Juni. Soeben (2 Uhr Nachmittags) marschirt das 3. hessische Infanterieregiment mit einer Abtheilung mecklenburgischer Dragoner in den Odenwald. (M. Z.)

Worms 14. Juni. Heute Nachmittag kam eine Deputation Frankenthaler, mit ihrem Bürgermeister an der Spitze, nach Worms, um bei dem preuß. General um Schonung für die Stadt zu bitten. Sie stellten ihm vor, daß sie keine Gewalt in Händen gehabt hätten, um die Freischaaren zurückzuhalten; dieselben seien jetzt abgezogen, nachdem sie mehrere angesehene Bürger als Geißeln mit sich genommen. Die Frankenthaler Bürger bäten, daß die preuß. Truppen als Freunde bei ihnen einziehen möchten. Der Obrist Blenker hat sich mit seinen Freischaaren nach Dürkheim zurückgezogen. Heute gegen Abend wird unsere Brücke, welche die Hessen nach dem Bombardement bis Gernsheim rheinabwärts geführt hatten, auf Befehl des Stadtcommandanten Gerlach durch Vorarbeiter wieder hierher gebracht und die Communication dadurch wiederhergestellt. Morgen werden die 2 Compagnien Preußen vom 28. Regiment nach Frankenthal und der Umgegend abmarschiren. In diesen Tagen wird der Hauptangriff von allen Seiten geschehen, und hoffe ich, Ihnen bald wichtigere Begebenheiten melden zu können. In Grünstadt sollen bereits Preußen eingerückt sein. Der Commandant der Volkswehr soll beim Anrücken der Preußen seine Leute gleich nach Hause geschickt haben. (M. Z.)

Schwerin, 11. Juni. Der Abgeordnetenversammlung wurde heute eine Erklärung der schwerinischen Commissarien mitgetheilt, dergemäß die Regierung der in Stuttgart tagenden Nationalversammlung die Anerkennung verweigert und demgemäß auch die Nachwahlen nicht vornehmen lassen wird. Eine zweite Erklärung, welche die strelitzischen Commissarien heute vorlegten, bezieht sich auf den Anschluß von Strelitz an das preußische Verfassungsproject, wobei die Frage noch unentschieden gelassen wird, in wie weit eine Betheiligung der Abgeordnetenversammlung bei dieser Sache zugelassen werden soll.

Schwerin, 12. Juni. (Meckl. Z.) Der Abgeordnetenversammlung wurde heute folgendes, der mecklenburg-schwerinschen Regierung zugegangenes Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten mitgetheilt:

Die königliche Regierung hat mit lebhafter Befriedigung die Mittheilung des großherzoglich mecklenburgischen hochlöblichen Staatsministeriums vom 7. d. M. entgegengenommen, wonach die großherzogliche Regierung in Folge der unterm 23. v. M. ergangenen Einladung ausspricht, an dem zunächst zwischen Preußen, Sachsen und Hannover abgeschlossenen Bundnisse Theil zu nehmen, und sich den Bestrebungen der gedachten Regierungen für das Zustandekommen des deutschen Verfassungswerkes anzuschließen. Sie wird unverzüglich die verbündeten Regierungen von Sachsen und Hannover davon in Kenntniß setzen, und zweifelt nicht, daß dieselben mit gleicher Genugthuung den Entschluß des großherzoglichen hochlöblichen Staatsministeriums begrüßen werden. Der Unterzeichnete ersucht daher das großherzogliche hochlöbliche Staatsministerium, einen Bevollmächtigten hierher absenden zu wollen, damit derselbe von dem in seinen Inhalt der den Anschluß des Bundes betreffenden Acte Kenntniß nehme, und auf Grund der Vollmachten, mit welchen hochdasselbe ihn gefälligst versehen wird, den formellen Beitritt bewirken könne. Zugleich wird der Verwaltungsrath der verbündeten Staaten sich mit demselben in Einvernehmen setzen, um die Theilnahme des großherzoglich hochlöbl. Staatsministeriums an der Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten in allseitigem Einverständniß und angemessener Weise zu regeln. Inzwischen sieht die königl. Regierung, da die Zustimmung der übrigen Verbündeten keinem Zweifel unterliegt, und diese nähere Verabredung nur Detailfragen betreffen kann, die großherzogl. mecklenb. hochlöbl. Regierung schon jetzt in jeder, den gemeinsamen Sitz betreffenden Beziehung als ein berechtigtes Mitglied des Bündnisses an. Berlin, den 9. Juni 1849. Der Ministerpräsident Graf v. Brandenburg.

Bernburg, 9. Juni. Dem heute ausgegebenen Regierungsblatt liegt eine vom 7. d. M. datirte Proclamation bei, laut welcher der Herzog den Anschluß an den von Preußen, Sachsen und Hannover vorgeschlagenen Bund, sowie den Beitritt zu dem Verfassungsentwurf dieser Regierungen, hat erklären lassen. Der Herzog zweifelt, wie es am Schlusse der Proclamation heißt, nicht, „daß die übrigen deutschen Regierungen — möge ihre Lage, wie die meinige, diesen für Alle heilsamen Schritt zu thun erfordern, oder mögen ihre besonderen Verhältnisse noch einige Zögerung darin mit sich bringen oder zulassen — schließlich durch ihren Zutritt dies Werk zu fördern sich entscheiden." (M. Z.)

Italien.

F.M. Radetzky ist am 7. Juni von Bologna her in Florenz angekommen.

Die spanischen Truppen haben Terracina ohne Widerstand besetzt und rücken von da in die Provinz Velletri ein. — Die Einschließung Anconas war am 28. Mai vollständig. Alle Flecken in der Nachbarschaft, namentlich Santa Margherita, waren genommen, alle Verbindungen abgeschnitten. Es waren bis zu jenem Tage 2 Mörser und 200 Bomben angekommen. Die Arbeiten zu einem allgemeinen Angriff zu Land und zur See wurden eifrig fortgesetzt. Macerata wurde ebenfalls friedlich besetzt. Die Marchen und Umbrien, mit Ausnahme weniger Landestheile, sind somit unter die Herrschaft des Papstes zurückgebracht. — Der Colonne, welche durch die Romagna über Perugia und Foligno nach Ancona gezogen ist, wurde großes Kriegsmaterial nachgesandt.

‡ **Rom**, 5. Juni. Auch die Nacht hat den Plänkeleien kein Ende gemacht. Tirailleursfeuer ließ sich sogar häufiger vernehmen, als am Tage. Dafür hören wir jetzt fast nur den Donner der schweren Geschütze. Porta S. Pancrazio wird heute weniger beunruhigt, man sucht auf der untern Stadtseite zu beiden Seiten der Tiber freie Hand zu gewinnen und die Geschütze zu demontiren, die auf Monte Testaccio, Aventin und Janiculin das Tiberthal und die benachbarten Höhen beherrschen, und es bleibt daher nicht aus, daß sich schon einzelne Kanonenkugeln bis in die Stadt verirren. Vor Beendigung dieser Aufgabe wird ein eigentlicher Angriff auf die Stadt nicht unternommen werden. Bleibt dieser noch lange aus, so wird der Widerstand den Römern immer schwieriger werden. Die Zahl ihrer mobilen Truppen ist klein, und diese schwindet durch die fortwährenden Plänkeleien stark zusammen. Noch einige Tage, und Garibaldi's Corps ist gänzlich aufgerieben; merkwürdig, daß er selbst, der immer voran ist, noch unversehrt geblieben, während von seinen höhern Offizieren schon mehrere gefallen sind. Aber auch die Schönheiten Roms vor den Thoren schwinden immer mehr unter den Händen der Vertheidigungscommissäre, wie große Rauchwolken in Villa Borghese und in den Wiesen der Ripetta gegenüber nur zu deutlich beweisen. — Die Zahl der vorgestrigen Verwundungen wird heute geringer angegeben. Doch liegen nach officiellen Berichten allein in den Hospitälern über 200. Dagegen spricht man von einer ebenso großen Zahl Gefangener, die Garibaldi verloren haben soll.

Großbritannien.

London, 11. Juni. In dem ministeriellen „Globe" findet Louis Napoleons Botschaft die größte Anerkennung. „Kann ich nichts Großes, so will ich doch Gutes thun", waren seine Worte, als er seine jetzige hohe Stellung einnahm, und diese scheint er auch geneigt zu erfüllen. Das gute Einverständniß mit England wird Europa überzeugen, daß es seine Zuflucht wieder in dem Lager der Kosaken noch der Anarchisten zu suchen hat.

London, 12. Juni. In der gestrigen Unterhaussitzung ward die dritte Lesung der sogenannten Judenbill (Parliamentary Oaths jew Bill) mit 272 gegen 206 Stimmen angenommen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 6. Juni. Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich hat dem Fürsten von Warschau, Grafen Paskewitsch von Eriwan, das Großkreuz des St. Stephansordens in Diamanten mittelst eines Handschreibens vom 28. Mai übersandt, welches das „Journal de St. Petersbourg" in französischer Uebersetzung mittheilt. Es ist folgendes Inhalts:

„Herr Marschall! Ich bin hoch erfreut, daß ich die Gelegenheit gehabt habe, Ihre persönliche Bekanntschaft in eben der Stadt zu machen, welche das hohe Vertrauen des Kaisers, Ihres erhabenen Herrn, Ihnen als Mittelpunkt Ihrer Thätigkeit angewiesen hat, und die seit einer Reihe von Jahren täglich Zeugin unermüdlicher Dienste ist, welche Sie sowohl Ihrem Souverän und Ihrem Vaterlande, wie der gesellschaftlichen Ordnung in ganz Europa leisten. Auch habe ich in der Wahl Ihrer Person durch den Kaiser zur Uebernahme des Oberbefehls der Truppen, welche Se. kaiserl. Maj. mir gegen eine freiwillige Empörung geneigtest zu Hilfe sendet, nur eine sichere Gewähr für den Sieg unserer gerechten Sache erblicken können. So kurz auch mein Aufenthalt in Warschau war, so genügte derselbe doch, die aufrichtige Bewunderung und Achtung zu steigern, welche mir die glänzenden Thaten, die Ihren Namen in den Annalen der Geschichte unserer Zeit berühmt gemacht, für Ew. Durchlaucht eingeflößt haben. Da ich Ihnen gern ein Zeichen der Erinnerung andeuten wollte, so sende ich Ihnen durch meinen Adjutanten, den Oberst Baron v. Langenau, das Großkreuz meines Stephansordens in Diamanten und füge den Wunsch hinzu, daß diese Decoration Ihnen stets die Gesinnungen der Hochachtung und aufrichtigen Anerkennung ins Andenken rufen möge, welche Ihnen widmet Ihr wohlgeneigter (gez.) Franz Joseph."

Warschau, 11. Juni. Vorgestern ist der Fürst Gortschakoff, Generaladjutant Sr. Maj. des Kaisers, Generalmilitärgouverneur von Warschau und Chef des Generalstabs der activen Armee, von hier nach Oesterreich abgereist. An seiner Stelle hat heute der Generallieutenant Ofunew, Curator des Warschauer Lehrbezirks, die Functionen als Militärgouverneur der Stadt Warschau übernommen.

Nachschrift.

Hadersleben, 12. Juni. Soeben trifft aus dem Norden die überall freudige Sensation verbreitende Nachricht hier ein, daß die von den Dänen gefangenen hessischen Husaren befreit worden sind. Ihre Position wurde, wie erzählt wird, von einem dänischen Bauer verrathen, und wie bekannt, wurden sie von einer bedeutenden Uebermacht umzingelt. Ein Hesse fand während der Verwirrung Gelegenheit, sich zu verbergen und nach Abzug der Dänen zu entkommen. Auf seine Anzeige von der Gefangennehmung seiner Landsleute eilten aus der Gegend von Standerberg sogleich 1 Escadron bayerischer Chevauxlegers, 1 Compagnie Jäger und 1 Zug Artillerie, Alles Bayern, den Dänen nach, die sich nach der Küste begeben hatten, um ihren Fang auf die Schiffe zu bringen. Sie wurden eingeholt, ein Theil niedergemacht, die Hessen befreit und von den Dänen über 100 zu Gefangenen gemacht, die morgen schon bei uns erwartet werden. Nähere Details sehen wir uns bis jetzt nicht im Stande mittheilen; die Hauptthatsache scheint jedoch keinem Zweifel unterworfen zu sein. (B. H.)

Börsenberichte.

☞ **Frankfurt**, 15. Juni. Es zeigte sich an heutiger Börse im Allgemeinen etwas mehr Kauflust wodurch sich sämmtliche Fonds, sowie namentlich Eisenbahnactien höher im Cours als gestern stellten. Von österreichischen Effekten bleiben 5pCt. Metall. 72 pCt, 2½pCt. Metall 53⅞ pCt., Wienerbankactien 965 fl., 500 fl. Loose 121 pCt., 250 fl. Loose 72½ pCt. Von den übrigen Anlehensloosen waren Kurhess. 40 Rthlr. Loose gefragt 26⅞ Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 25½ pCt., fl., do. 50 fl. Loose 46⅛ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22⅝ fl., do. 50 fl. Loose 72⅛ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20⅛ fl., Polen 500 fl. Loose 72½ Rthlr. Sächsische Obligationen beliebter, bad. 5pCt. Obligationen vom Jahr 1845 91¼ pCt. G., Nassauer 5pCt. vom Jahr 1849 99½ pCt. G. Von belgischen Obligationen waren 2½pCt. belg. 41⅝ do. 4½pCt. 84½ do. 5pCt. 88½ Fr. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 35⅜ Rthlr., Berbach 69½ pCt., Köln-Minden 77½ pCt., Taunus merklich höher 285 fl. 2pCt. int. Span. schließen 21½ pCt. G. In Wechsel auch heute keine Courveränderung, nur Bremer mehr angeboten 97½.

Wien, 12 Juni. 5pCt. Metall. 89⅜ ⅝. — 1pCt. 70⅛. — 5pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1020. — 500 fl. Loose 149. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnactien 102⅛. — Glogauer 102½. — Mailänder 73.

Fonds und Bankactien höher, Devisen wieder etwas höher bezahlt. Frankfurt 123, London 12 fl. 19., Amsterdam 2 Monat 171, Paris 2 Monat 145½ Bf..

Berlin, 14. Juni. Staatsschuldscheine 79 bez., Seehandlungs-Prämienscheine 101½, etw. bez., Bankantheile 88½ bez., Berlin-Hamburg 61½ bez. u. Br., Köln-Minden 77 u. 77½ bez., Friedrich-Wilh.-Nordbahn 34⅝, bis ½ bez., Rhein. 43½, G., Thüring. 48½, G., Kurhess. Prämienscheine à 40 Rthlr. 27 Br., 26½, G., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 13½ bez.

Die Course der Fonds und Actien waren ziemlich fest und ohne Veränderung; Berlin-Hamburger Actien wurden noch höher bezahlt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Walten.

Die Einrichtung der Gesellschaft für Bäume und Sträucher in Hellerau.

Am 1. Oktober 1923 ist die Gesellschaft für Bäume und Sträucher in Hellerau, Eingetragener Verein, mit dem Sitze in Hellerau, gegründet worden. Sie bezweckt die Förderung der Kenntnis der Bäume und Sträucher und ihrer Verwendung in Gärten, Parkanlagen und in der freien Landschaft. Sie will dies durch Vorträge, Veröffentlichungen, Ausstellungen und Sammlungen erreichen. Der Jahresbeitrag beträgt 1 Goldmark. Anmeldungen sind an den Vorsitzenden, Herrn Professor Dr. Wilhelm Lienenkamp, Hellerau, Moritzburger Weg 67, zu richten.

Die Kartoffelernte 1923.

Nach der Ernteschätzung vom 1. November 1923 ist der Ertrag der Kartoffelernte 1923 im Deutschen Reiche gegenüber dem Vorjahre um 30 v. H. zurückgegangen. Es wurden geerntet:

	1923	1922
	Doppelzentner	
Deutsches Reich	29 000 000	41 000 000
Sachsen	1 500 000	2 100 000

Die Ernte ist also in Sachsen um 600 000 Doppelzentner geringer als im Vorjahre.

Bekanntmachung über Preisfestsetzung.

Auf Grund der Verordnung über Preisfestsetzung und Preisüberwachung vom 26. Juli 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 723) wird folgendes bestimmt:

§ 1.

Die Preise für Kartoffeln, Kohlrüben, Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Rosenkohl, Grünkohl, Blumenkohl, Rotrüben, Gelbrüben, Weißrüben, Schwarzwurzeln, Meerrettich, Sellerie, Zwiebeln, Gurken, Tomaten, Spinat, Rhabarber, Spargel, Kopfsalat, Endiviensalat, Feldsalat, Rapunzel, Schnittsalat, Rettich, Radieschen, Meerkohl, Grünkern, Steinpilze, Pfifferlinge, Champignons, Morcheln, Reineclauden, Mirabellen, Zwetschen, Pflaumen, Renekloden, Äpfel, Birnen, Quitten, Kirschen, Sauerkirschen, Weichseln, Stachelbeeren, Johannisbeeren, Himbeeren, Brombeeren, Heidelbeeren, Preiselbeeren, Walnüsse, Haselnüsse, Eßkastanien, Honig, Eier, Kaninchen, Geflügel, Wildgeflügel, Hasen, Rehwild, Rotwild, Schwarzwild, Fische, Krebse, Schnecken, Frösche, Milch, Butter, Käse, Quark, Schlagsahne, Kaffeesahne, Speisequark, Speisequarkmilch, Buttermilch, Kefir, Yoghurt, Kumys, Matzoon, Speisequarkbutter, Speisequarkkäse, Speisequarkmilchkäse, Speisequarkbuttermilchkäse, Speisequarkkefirkäse, Speisequarkyoghurtkäse, Speisequarkkumyskäse, Speisequarkmatzoonkäse, Kochkäse, Schabzieger, Handkäse, Weißbrot, Roggenbrot, Mischbrot, Vollkornbrot, Schwarzbrot, Pumpernickel, Kommißbrot, Graubrot, Kleingebäck, Feingebäck, Dauergebäck, Zwieback, Brötchen, Semmeln, Hörnchen, Brezeln, Kuchen, Torten, Waffeln, Obstkuchen, Obsttorten, Obstwaffeln, Streuselkuchen, Streuseltorten, Streuselwaffeln, Mohnkuchen, Mohntorten, Mohnwaffeln, Nußkuchen, Nußtorten, Nußwaffeln, Mandelkuchen, Mandeltorten, Mandelwaffeln, Rosinenkuchen, Rosinentorten, Rosinenwaffeln, Sandkuchen, Sandtorten, Sandwaffeln, Hefekuchen, Hefetorten, Hefewaffeln, Blechkuchen, Blechtorten, Blechwaffeln, Obstblechkuchen, Obstblechtorten, Obstblechwaffeln, Streuselblechkuchen, Streuselblechtorten, Streuselblechwaffeln, Mohnblechkuchen, Mohnblechtorten, Mohnblechwaffeln, Nußblechkuchen, Nußblechtorten, Nußblechwaffeln, Mandelblechkuchen, Mandelblechtorten, Mandelblechwaffeln, Rosinenblechkuchen, Rosinenblechtorten, Rosinenblechwaffeln, Sandblechkuchen, Sandblechtorten, Sandblechwaffeln, Hefeblechkuchen, Hefeblechtorten, Hefeblechwaffeln, Teegebäck, Obstteegebäck, Streuselteegebäck, Mohnteegebäck, Nußteegebäck, Mandelteegebäck, Rosinenteegebäck, Sandteegebäck, Hefeteegebäck, Blechteegebäck, Obstblechteegebäck, Streuselblechteegebäck, Mohnblechteegebäck, Nußblechteegebäck, Mandelblechteegebäck, Rosinenblechteegebäck, Sandblechteegebäck, Hefeblechteegebäck, Lebkuchen, Pfefferkuchen, Honigkuchen, Spekulatius, Printen, Makronen, Kokosmakronen, Mandelmakronen, Nußmakronen, Haferflockenmakronen, Reismakronen, Makronenkuchen, Makronentorten, Makronenwaffeln, Makronenblechkuchen, Makronenblechtorten, Makronenblechwaffeln, Makronenteegebäck, Makronenblechteegebäck, Kokosmakronenkuchen, Kokosmakronentorten, Kokosmakronenwaffeln, Kokosmakronenblechkuchen, Kokosmakronenblechtorten, Kokosmakronenblechwaffeln, Kokosmakronenteegebäck, Kokosmakronenblechteegebäck, Mandelmakronenkuchen, Mandelmakronentorten, Mandelmakronenwaffeln, Mandelmakronenblechkuchen, Mandelmakronenblechtorten, Mandelmakronenblechwaffeln, Mandelmakronenteegebäck, Mandelmakronenblechteegebäck, Nußmakronenkuchen, Nußmakronentorten, Nußmakronenwaffeln, Nußmakronenblechkuchen, Nußmakronenblechtorten, Nußmakronenblechwaffeln, Nußmakronenteegebäck, Nußmakronenblechteegebäck, Haferflockenmakronenkuchen, Haferflockenmakronentorten, Haferflockenmakronenwaffeln, Haferflockenmakronenblechkuchen, Haferflockenmakronenblechtorten, Haferflockenmakronenblechwaffeln, Haferflockenmakronenteegebäck, Haferflockenmakronenblechteegebäck, Reismakronenkuchen, Reismakronentorten, Reismakronenwaffeln, Reismakronenblechkuchen, Reismakronenblechtorten, Reismakronenblechwaffeln, Reismakronenteegebäck, Reismakronenblechteegebäck, Zuckerwaren, Schokolade, Kakao, Kaffee, Tee, Kaffeeersatz, Teeersatz, Kaffeezusatz, Teezusatz, Kaffeeersatzzusatz, Teeersatzzusatz, Kaffeeersatzteezusatz, Teeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzzusatz, Teeersatzkaffeeersatzzusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzzusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzzusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzzusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzzusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Teeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeeersatzteeersatzkaffeezusatz, Kaffeeersatzteeersatzk

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Beilage zu Nro. 142.) 16. Juni 1849.

Amtlicher Theil.

Frankfurt, 16. Juni.

So eben geht eine Meldung des Herrn Generallieutenants v. Peucker, dat. Weinheim, den 15. Juni, Abends Uhr, ein, wonach gestern sein Corps in der Frühe in wei Colonnen, die eine auf der Bergstraße, die andere von ürth aus, zu einem concentrischen Angriffe gegen Weinheim vorgegangen ist. In der rechten Flanke wurde gleichzitig eine Recognoscirung gegen Mannheim über Käferal ausgeführt. Die linke Flanke wurde durch eine Seitenolonne gedeckt, welche im Odenwald gegen die obern leckarübergänge vordrang. Der Feind wurde auf allen unkten zurückgeworfen. Der wichtige Punkt Ladenburg nd hierdurch die Eisenbahnverbindung bis zum Neckar urde genommen. In der Front wurde über Weinheim is Großsachsen vorgedrungen und bei einbrechender Nacht urch Besetzung von Weinheim, Birnheim, Heddesheim, adenburg und Großsachsen eine Stellung bezogen.

Die Truppen haben in 15stündiger ununterbrochener Anrengung an frischem thatkräftigen Muthe und Ausdauer erweitert und einen Geist brüderlicher Einigkeit an den ag gelegt, welcher über alles Lob erhaben ist. Weitere Details fehlen noch zur Zeit.

Nichtamtlicher Theil.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 16. Juni. Die heute ausgegebene Numer 72 des Amtsblatts der freien Stadt Frankfurt enthält ie Publication der zu Frankfurt am 21. März 1849 zwiehen hohem Senat der freien Stadt Frankfurt und Seiner Durchlaucht dem Herrn Fürsten von Thurn und Taxis abeschlossenen Uebereinkunft, die Aufhebung des privilegirten Berichtsstandes der Mitglieder und Angestellten der fürstlich Thurn und Taxis'schen General-Post-Direction betreffend.

"+" **Frankfurt**, 16. Juni. Den vielfach verbreiteten Gerüchten zu begegnen, als ob in Offenbach bereits viele Blessirte eingetroffen wären, kann auf das Bestimmteste ersichert werden, daß gestern 182 Mann daselbst in ärztlicher Behandlung sich befanden. Der größte Theil der Erkrankungen, besonders bei den Mecklenburgern, darf der großen Hitze zugeschrieben werden. Dabei sind auch viele Hautkrankheiten, aber keine Blessirte. Die in Militärlocalitäten sehr gut untergebrachten Kranken der verschiedenen Contingente sprechen sich sehr zufrieden über Wart und Pflege aus und es verdient die humane und zweckmäßige Behandlung des die Ordination besorgenden allgemein geschätzten Hofraths Dr. Lorenz alle Anerkennung.

Wien, 12. Juni. Ein Gerücht, welches stark verbreitet ist, (spricht von einem großen Siege, welchen die k. k. Truppen bei Odenburg erfochten haben. Ein heute angekommener Courier hat die betreffende Depesche Sr. Majestät während der Revue übergeben. Die Nachricht wirkte auch auf die Börse, denn die Course gingen sogleich in die Höhe. Einen officiellen Bericht dürfte morgen die „Wiener Ztg." enthalten.

= **Berlin**, 14. Juni. Es sind von hier nur kleine Dinge zu berichten; alles Große begibt sich außerhalb oder ist noch Geheimniß der Cabinete. Der Stern des Treubundes ist immer im Wachsen. Dieser Stern ist die schwarzweiße Cocarde, das aufgesteckte Feldzeichen des Stockpreußenthums gegenüber dem Deutschthum. „Nach dem Gesetze, sagt ein Anonymus in der Vossischen, dürfen bestrafte Verbrecher und Ehrlose u. s. f. die preußische Cocarde nicht tragen. Viele Männer aber scheinen lieber als bestrafte Verbrecher, als wie als patriotische wahre Preußen einhergehen; unter den sogenannten Deutschen allein ist aber mancher Verworfene und Ehrlose versteckt. Darum u. s. f." Solcher Leute, die so gut preußisch sind, daß sie weder schriftlich noch mündlich die deutsche Sprache zu handhaben wissen, gibt es gar viele und könnten gewisse Vereine Gesetze geben, so würden nur diese Leute wahlberechtigt sein. — Der Gedanke, sich nicht an den künftigen Wahlen zu betheiligen, findet, was ich kaum erwartete, immer mehr Anklang und Verbreitung. Selbst viele Conservative, deren Rechtsbewußtsein durch die Gewaltschritte der letzten Zeit zu tief gekränkt ist, neigen sich ihm zu. Seltsam genug gibt es auch Landstrecken, wo die Bauern Miene machen, nicht zu wählen, weil sie zu gut „königlich" sind, um den Monarchen nochmals durch Leute, die das Regieren noch nicht verstehen, in Verlegenheit zu setzen. Mit der einzigen „Deutschen Reform" wurde ein kleines populär sein sollendes, diesen Wunderpunkt und ähnliche berührendes Schriftchen ausgegeben, betitelt: „Die neuen Wahlen des preußischen Volkes", ein Gespräch zur Beherzigung für den Bürger und Landmann. Die Frage, ob das neue Wahlgesetz verfassungsgemäßen Ursprungs sei, ist in diesem Schriftchen gar nicht einmal berührt, und das Ganze ein schwaches Machwerk. Daß die Massen ihre Gesinnungen nicht so ganz geändert haben, wie in den hiesigen Zeitungen täglich behauptet wird, zeigten einige Vorgänge am Montag den 11. d. M., wo, um Kornwells Luftballon bei Kroll steigen zu sehen, Zehntausende sich auf dem ehemaligen Exercirplatz und in den umliegenden Alleen des Thiergartens versammelt hatten. Es wurde daselbst General Wrangel, um nur dies Eine zu erwähnen, beim Vorbeireiten in aller Geschwindigkeit ausgepfiffen. Dies erzählt selbst die „Neue preußische Zeitung". Dieselbe spielt neuerdings, sie, die sonst enthüllende, eine zurückhaltende Rolle. Gewiß ist, daß frühere, im „Zuschauer" enthaltene, einige Mitglieder der Maigefangenen betreffende und dieselben gravirende Notizen zu einer Beschlagnahme verschiedener dem Redacteur des Zuschauers gehöriger Papiere geführt haben; es war deren Ausantwortung nach einem an ihn hartnäckig gewiesen worden. — Wegen der preußischen Cocarden kommen jetzt auch Verhaftungen vor. Viele Demokraten fangen nämlich an, sie zum Spott auffallend groß zu tragen, zum Theil mit der Um- oder Unterschrift „rother Reactionär". So schützen also nicht einmal mehr die schwarzweißen Farben. Es ist Humor in der Sache. — Weniger neu als interessant ist die in zweiter Instanz vorgestern zum Schluß geführte Untersuchung wider den ehemaligen Abgeordneten zur Nationalversammlung, Rittmeister Kuhr, hervorzuheben. Derselbe hatte bekanntlich beim Zeughausthurm ein Zündnadelgewehr an sich genommen und nachher wieder abgeliefert, weßwegen er der Theilnahme an einem gewaltsamen Diebstahl angeklagt, aber in erster Instanz freigesprochen worden war. Die durch den Staatsanwalt Herrn Sethe eingelegte Appellation führte im vorgestrigen Schlußtermin, wobei Herr Kuhr dem Staatsanwalt politischen Parteihaß vorwarf, zu einer Bestätigung des freisprechenden Erkenntnisses erster Instanz. — Vor den Eigenthümern Berlins öffnet sich in immer größerer Nähe der beinahe unvermeidliche Schlund eines großartigen Häuserbanquerotts. Unzählige Vorbeugungsmittel werden vorgeschlagen — umsonst; weder werden sie angewendet, noch können sie helfen, die wenigen versuchten sind Palliative.

± **Berlin**, 14. Juni. Von Cöthen wird hierher berichtet, daß daselbst vor einigen Tagen eine Versammlung von preußischen Demokraten stattgefunden habe, welcher gegen 300 Mitglieder, worunter sich auch v. Unruh befunden haben soll, beiwohnten. Wie geheim die daselbst gefaßten Beschlüsse auch gehalten worden sind, soll man doch erfahren haben, daß der Beschluß gefaßt wurde, von Seite der demokratischen Partei für die preußisch-deutsche Reichsversammlung nicht zu wählen. Eine Andeutung in dieser Hinsicht soll dem hiesigen Staatsministerium zugegangen sein. Die in den Blättern vielfach verbreitete Nachricht, daß zur Deckung der gegenwärtigen außerordentlichen Kosten von Preußen eine Anleihe gemacht oder eine neue Steuer erhoben werden würde, können wir aus bester Quelle auf das bestimmteste widerlegen, da im hiesigen Finanzministerium nicht das Geringste auf eine solche Maßnahme hindeutet. Es kann vielmehr versichert werden, daß trotz der so gesteigerten Ausgaben des preußischen Staates, welche durch die gegenwärtigen deutschen Verhältnisse herbeigeführt worden sind, Preußen sich in der Lage befindet, falls keine besonderen Fälle eintreten, diese großen Ausgaben durch die vorhandenen Mittel zu bestreiten oder durch Anordnungen, welche die Bürger des Staates in keiner Weise berühren, zu decken. — Von mehreren Blättern ist berichtet worden, daß Württemberg bereits Unterhandlungen mit Preußen in Betreff des Anschlusses an den engern deutschen Bundesstaat gepflogen habe. Es ist diese Nachricht ungegründet. Man zweifelt indessen hier nicht, daß eine Anknüpfung solcher Unterhandlungen erfolgen werde, sobald Württemberg sich aus den Armen der Revolution, deren Stunden gezählt sein dürften, herausgewunden haben wird. Entscheidenden Kraftanstrengungen Württembergs im Interesse der Gesetzlichkeit und Ordnung glaubt man entgegensehen zu können. — Das Stuttgarter Rumpfparlament (hier „Rumpelparlament" genannt) und die provisorische Regentschaft für Deutschland bieten den hiesigen Kreisen viel Stoff für heitere Unterhaltung, die namentlich auf Kosten der Hoheit der Regentschaft sich ergeht: Sie wissen, daß der Berliner Spottwitze zu machen versteht.

Halle, 12. Juni. Noch immer haben wir den traurigen Gast, Cholera genannt, in unsern Mauern, obwohl sich seit einigen Tagen doch eine Abnahme in den Erkrankungsfällen erkennen läßt. Welche Höhe aber die Epidemie erreicht hat, können Sie daraus entnehmen, daß noch heute die Polizeidirection eine öffentliche Aufforderung erlassen muß, um genügende Kräfte für Herstellung von Gräbern auf dem Stadtgottesacker zu erhalten. Die Zahl der Todesfälle, welche vor einigen Tagen täglich bis auf 50—70 sich belief, ist jetzt auf 20—30 herabgesunken. Dagegen zeigt sich die Epidemie um so stärker in den umliegenden Ortschaften, nach denen daher bereits auch jüngere Aerzte aus der Stadt auf amtliche Anordnung hin abgeschickt worden sind. Die Universität befindet sich noch immer deßhalb in einem Zustande der Auflösung, da die große Zahl der Studirenden noch immer nicht zurückgekehrt ist. Zur Beruhigung derer, welche an den hiesigen Bildungsanstalten Angehörige haben, mag hinzugefügt werden, daß sowohl die Francke'schen Stiftungen bisher von jedem Todesfall verschont geblieben sind, als auch noch kein Studirender der Krankheit erlegen ist. (D. Ref.)

Breslau, 12. Juni. Nach den polizeilichen Anmeldungen hat die Cholera auch während der drei letzten Tage an Intensität nicht abgenommen. Am 10. erkrankten 114, starben 48 und genas 1; am 11. erkrankten 111, starben 46 und genasen 10, und am 12. erkrankten 131, starben 54 und genasen 21 Personen. In diesen Tagen sind die Professoren Regenbrecht und Pohl von der hier herrschenden Epidemie befallen und hinweggerafft worden. Herr Dr. Levy hat in einem Vortrag in der medicinischen Section der vaterländischen Gesellschaft das salpetersaure Silber (Höllenstein) als ein neues von ihm in vielen Fällen erprobtes Cholerahellmittel anempfohlen.

München, 13. Juni. Das Ministerium soll die Absicht haben, die Wahlen schon nach 14 Tagen, von jetzt an gerechnet, ausschreiben zu lassen, so daß die neue Kammer nach 5 bis 6 Wochen schon zusammentreten könnte. Die Wahlausschreibung soll auch in der Pfalz geschehen, da man mit Zuversicht erwartet, in einigen Wochen in jener Provinz Ruhe und Ordnung hergestellt zu sehen. Der Club der Linken und des linken Centrums hat einen „Schlußbericht über ihre Wirksamkeit in der bayerischen Volkskammer" veröffentlicht. Als dessen Verfasser wird Dr. Rudhart genannt.

Dresden, 12. Juni. Aus Tharand meldet das hiesige Journal, daß auch der vormalige Abgeordnete Secretär Frische bereits seit dem 3. d. M. dort verhaftet ist.

Leipzig, 13. Juni. In der heute Abend abgehaltenen Sitzung des Stadtverordnetencollegiums wurde der bisherige Vicebürgermeister Koch zum Bürgermeister unserer Stadt mit 51 unter 54 Stimmen gewählt. (L. Z.)

Hannover, 10. Juni. Hier ist heute folgende Aufforderung erschienen:

Die Lage des Vaterlandes, die Zerrissenheit der Parteien, die Ungleichheit zwischen Macht und Recht, die Verschiedenheit der Maßregeln, die man vorschlägt, die Unsicherheit der Zukunft scheint den Gleichgesinnten, die auf der Grundlage der deutschen Reichsverfassung vom 28. März mit friedlichen und gesetzlichen Mitteln eine Sicherung und Durchführung des Gewonnenen erstreben, die dringende Verpflichtung aufzuerlegen, sich über die Mittel zu verständigen, die zu ergreifen sein möchten, um ein gemeinsames Handeln für die Gegenwart und für die nächste Zukunft möglich zu machen. Wir laden daher unsere politischen Freunde aus der Nationalversammlung und aus der ersten Kammer der allgemeinen Ständeversammlung, so wie die früheren Mitglieder der aufgelösten zweiten Kammer, hierdurch ein, sich am Sonnabend, 16. Juni, hier einzufinden und den folgenden Tag einer gemeinsamen Besprechung (im „Römischen Kaiser") zu widmen. Hannover, 10. Juni 1849. P. L. Ahrens. G. F. Brackebusch. L. Göbeler. C. Hartelmann II. Lang II. Karl Nicol. Wachsmuth.

Hannover, 12. Juni. Ein jedes der vier Bataillone unserer Bürgerwehr ist von den Damen der Residenz mit einer prachtvollen schwarz-roth-goldnen Fahne beschenkt worden, deren Einweihung diesen Nachmittag 5½ Uhr unter dem Zudrange von mindestens 5 bis 6000 Zuschauern stattfand. Die gesammte Bürgerwehr mit dem neuerdings gebildeten sehr tüchtigen Musikchor an der Spitze, war auf dem Schützenplatze aufmarschirt, auf welchem eine Tribunen, mit Fahnen und sinnreichen Emblemen geschmückt, errichtet war. Von letzterer herab hielt Pastor Bödeker eine passende, wiewohl etwas kühle Rede, deren Effect auch von keiner Bedeutung war. (Wes. Ztg.)

Karlsruhe, 13. Juni. Daß die Stuttgarter „Nationalversammlung" ihre Zelte bei uns aufschlagen werde, schreibt man der „Allg. Ztg." von hier, ist bereits gestern bekannt geworden. Da die Herren bei ihrem Abgang von Frankfurt mit dem Nöthigen nicht ausgiebig versehen waren, so hat man hier für das Unentbehrlichste Sorge getragen. Auf der Staatskasse sind, wie ich höre, 25,000 fl. zur Verfügung jener Herren parat, deren einige bereits gestern hier angekommen. Heute wird bestimmt versichert, daß nicht Karlsruhe, sondern Baden der neue Vorort sein solle. Nun, das dortige Conversationshaus bietet einen hübschen Sitzungssaal, nur däucht mich, möchte man es durch die Räume summen hören: „Messieurs, le jeu est fait — rien ne va plus." Ueber die Vorgänge im Innern der „Regentschaft" gibt übrigens ein (natürlich radicaler) Stuttgarter Berichterstatter der „Karlsr. Ztg." folgende Aufschlüsse: „Unter den Mitgliedern der Reichsregentschaft ist es entschiedenermaßen Heinrich Simon, welcher am entschiedensten auftritt, am energischsten, rücksichtslosesten vorwärts geschritten wissen will. Nach ihm kommt Raveaux, und ihnen wird sich Becher, der jetzt noch das Terrain sondirt, anschließen, um eine entschlossene Majorität zu bilden. Vogt spielt wie immer den „Politiker". Zu unserm Leidwesen sowohl als Erstaunen müssen wir indessen bemerken, daß Schüler einen ganz andern Weg einschlägt als bisher. Nicht nur, daß er gegen die Bewegung in Baden und der Pfalz heftig sich erklärt, will er sogar gewissermaßen in der Pfalz eine Contrerevolution hervorrufen; er stört auch das Einvernehmen der Regentschaft durch eine hartnäckige Opposition und verzögert die Berathungen durch stundenlange Erörterungen. Da indessen seine reactionären Bemühungen an der Majorität scheitern, so ist es möglich, daß er seines Postens bald überdrüssig wird."

Karlsruhe, 13. Juni, Abends. So eben wurde die neue provisorische Regierung gewählt. Nach langer Discussion entschied sich die constituirende Versammlung für das Triumvirat und wählte die Herren Brentano, Goegg, Werner. Peter und Thiebaut sind durchgefallen. Ersterer soll sich bei merklich gealtertem Geist während der letzten Wochen als gänzlich unfähig bewährt haben; Thiebaut schreit viele persönliche Gegner in der Versammlung zu haben. Aus gewissen Vorkehrungen an der hessischen Grenze glauben wir morgen oder übermorgen auf wichtige Begebenheiten schließen zu können. (D. Z.)

)(**Weimar**, 14. Juni. So eben hat der Landtag nach dreitägigen Verhandlungen über die deutsche Reichs-

Nr. 1 und 2 der Verordnung, die Bestimmungen über die Ausübung der Fischerei in den Gewässern des Bezirkes Feldkirch betreffend, vom 15. Juni 1911, L.G.Bl. Nr. 19, wird verordnet:

§ 1.

Die Fischerei in den Gewässern des Bezirkes Feldkirch darf nur mit Netzen, Reusen, Angeln und Fischgabeln ausgeübt werden.

§ 2.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Ill und in der Frutz gestattet.

§ 3.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 4.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 5.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 6.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 7.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 8.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 9.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 10.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 11.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 12.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 13.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 14.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 15.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 16.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 17.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 18.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 19.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 20.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 21.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 22.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 23.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 24.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 25.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 26.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 27.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 28.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 29.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 30.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 31.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 32.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 33.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 34.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 35.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 36.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 37.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 38.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 39.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 40.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 41.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 42.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 43.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 44.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 45.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 46.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 47.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 48.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 49.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 50.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 51.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 52.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 53.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 54.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 55.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 56.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 57.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 58.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 59.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 60.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 61.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 62.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 63.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 64.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 65.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 66.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 67.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 68.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 69.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 70.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 71.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 72.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 73.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 74.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 75.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 76.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 77.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 78.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 79.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 80.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 81.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 82.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 83.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 84.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 85.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 86.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 87.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 88.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 89.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 90.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 91.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 92.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 93.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 94.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 95.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 96.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 97.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 98.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

§ 99.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober gestattet.

§ 100.

Die Verwendung von Netzen ist nur in der Zeit von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends gestattet.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Extra-Beilage zu Nro. 142.) 16. Juni 1849

Neueste Nachrichten aus Paris

vom 14. Juni.

Vollständige Wiederherstellung der Ruhe. Vorfälle in der Versammlung der Montagnards im Conservatorium der Künste und Handwerke. Genehmigung zur gerichtlichen Einschreitung gegen mehrere Abgeordnete. Verbot der Clubs. Ledru Rollin, Boichot und Rattier auf der Flucht.

Paris hat heute wieder die ruhigste Physiognomie. Keine Spur mehr von Barrikaden. Einige obscure Trabanten der Bergpartei verhaftet, ihre Chefs theils auf der Flucht, theils ihres Ansehens beraubt — dies ist das Resultat des gestrigen Tages.

Die Nacht verstrich durchaus ruhig. Um Mitternacht verließen die Nationalgardisten die großen Mittelpunkte ihrer Vereinigungen.

Man beschränkte sich darauf, einige Straßenausgänge besetzt zu halten. In den großen Verbindungswegen begegnete man nur einigen vereinzelten, wenig zahlreichen und vollkommen harmlosen Gruppen. Die Hauptbrücken, der Pont-Neuf, au Change, St. Michel, National und der Eintracht, waren während der ganzen Nacht mit Truppen besetzt. Mobile Posten überschritten sie von einem Ende zum andern. Diese Art von Wachsamkeit fand namentlich auf den nach der Polizeipräfectur ausmündenden Brücken statt. Die Patrouillen der Nationalgarde durchzogen, combinirt mit jenen der Linie, die großen und kleinen Straßen. Die wichtigen Punkte der Hauptstadt, welche während des gestrigen Tages besetzt waren, wurden die ganze Nacht hindurch von den Linientruppen bewacht. Allenthalben loderten die Bivouacfeuer.

Das Ergebniß der Abstimmung in der Nationalversammlung über das Ganze des Gesetzentwurfes wegen des Belagerungszustandes war gestern Abend dahin ausgefallen, daß derselbe mit 395 gegen 82 Stimmen angenommen wurde. Ueber den darauf gestellten Antrag des Staatsprocurators auf Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des über der Verübung des Vergehens der Aufreizung zum Aufstande verhafteten Repräsentanten Suchet entspann sich eine längere Debatte und erst um 10½ Uhr wurde die nachgesuchte Ermächtigung von der Versammlung ertheilt. Diese Ermächtigung ward auch gegen sechs andere Repräsentanten bewilligt, welche im Conservatorium der Künste und Gewerbe festgenommen wurden, wo man eine Art von Convent zu bilden versucht hatte. Trotz der vorgerückten Stunde blieb die Versammlung noch beisammen, um einen Bericht des Ministers des Innern über die Lage von Paris zu erwarten. Um 11 Uhr verlas Lacrosse einen Bericht des Generals Changarnier, dem das Doppelcommando der Militärdivision und Nationalgarde übertragen worden ist. Man ersieht aus demselben, daß die Empörung in diesem Augenblick durch die unwiderstehliche Entfaltung von Streitkräften, welche alle Theile der Stadt decken, gänzlich gelähmt ist. Die Nationalgarde, an welche wahnsinnige Aufrufe gerichtet worden waren, hat dieselben dadurch beantwortet, daß sie überall mit einer Begeisterung, welche die strafbaren Hoffnungen der Empörer rasch vernichten mußte, zu den Waffen griff. Was die Armee angeht, so sprechen ihre Thätigkeit, als sie zu handeln berufen ward, und ihre entschlossene, ruhige und verachtende Haltung während dieses ganzen Tages unendlich lauter, als es Lobesworte vermöchten, deren sie nicht bedarf.

Die „Independance belge" enthält ein neues Schreiben vom 13. Juni, worin es heißt: Der Aufstand ist vollständig gescheitert. Die französische Nation, welche den Muth liebt, ist mit der ihr eigenthümlichen Selbstthätigkeit wieder zu sich gekommen. — 8 Uhr Abends. Ich habe eben Paris in seiner ganzen Ausdehnung durchwandert. Allenthalben nur Gruppen, Nationalgardisten, Posten, einzig durch die Neugier veranlaßte Aufregung und nirgend eine Spur von Conflicten. Die Läden öffnen sich, die Kinder spielen; der Belagerungszustand würde unter diesen Verhältnissen wahrhaft lächerlich sein, wenn man nicht bedächte, daß zuweilen die am ersten Tage fehlgeschlagenen Verschwörungen (und diese war denn eine ernstliche) am andern Tage wichtig werden. Die Namen der im Conservatorium der Künste und Gewerbe verhafteten Repräsentanten, welche ich verbürge, sind folgende: Deville, Magne, Daniel Pilhes, Fargin-Fayolle, Roch, Baulhier und Suchet (Var). Ledru Rollin entkam durch die Gärten des Herrn Penillet, Director des Conservatoriums, Boichot und Rattier durch die Fenster des Gebäudes. Hr. Pyat ist gleichfalls entkommen; er war am meisten compromittirt.

Die erste Militärdivision, deren Bezirk bekanntlich in Belagerungszustand erklärt ist, faßt sechs Unterdivisionen in sich, nämlich: 1) Seine, 2) Seine-et-Oise und Oise, 3) Loiret, Loir-et-Cher, und Eure-et-Loire, 4) Seine-et-Marne, 5) Seine-Inferieure und Eure, 6) Yonne und Aube.

Als man gestern den General Cavaignac ins Elysee (wo Präsident Napoleon residirt) nöthigen wollte, um dort eine ehrenwerthen Gesinnungen zu äußern, sagte er: „Nein, ich würde mich, wenn es sein müßte, vor dem Elysee tödten lassen, ich werde es aber nicht betreten."

Die Pressen des Journals „Le Peuple" sind gestern Abends unter Siegel gelegt worden.

Die heutige Sitzung der legislativen Versammlung wird um 12 Uhr Mittags eröffnet. Nach Erledigung einiger Gegenstände von untergeordnetem Interesse verlas der Präsident Dupin einen Antrag der Pariser Staatsanwaltschaft auf Ertheilung der Erlaubniß zur Einleitung einer Criminaluntersuchung gegen Ledru Rollin, Victor Considerant, Boichot und Rattier. Ein zweiter Antrag wird gegen alle Deputirten, welche den in den gestrigen Morgenjournalen erschienenen Aufruf zu den Waffen unterzeichnet hatten, gestellt. Zur Begründung ihres Antrags legt die Staatsanwaltschaft eine Proclamation des gestern versuchten socialistischen Convents der Rue St. Martin bei, die schon an einige Straßenecken angeklebt war. (Diese lautete: An das Volk, an die Nationalgarde, an die Armee! Die Verfassung ist verletzt, das Volk erhebt sich, um sie zu vertheidigen; der Berg ist auf seinem Posten. Zu den Waffen! Es lebe die Republik! Es lebe die Constitution! — Im Conservatorium der Künste und Gewerbe. [Folgten 105 Namen.])

Nach längerer Debatte wurde der Antrag auf Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens gegen die vier genannten Abgeordneten mit großer Majorität genehmigt. Der andere Antrag wurde nicht erledigt. Hierauf legte der Minister des Innern, Dufaure, einen Gesetzentwurf gegen die Clubs vor. Dieser wurde sofort für dringlich erkannt und an die Bureaus gewiesen, welche morgen darüber berichten werden.

In den Departements, zumal in den südlichen und östlichen, scheint der gestrige Tag auch zum Ausbruch einer Emeute bestimmt gewesen zu sein. Durch die Clubs war Alles vorbereitet und man wartete nur auf das Signal von Paris, um zu Gunsten der socialen Republik einen Coup zu versuchen. An welchen Orten und mit welchem Erfolg ein solcher versucht wurde, ist zur Stunde noch nicht bekannt. Zur Beruhigung der Departements hat der Minister des Innern heute Morgen 10 Uhr eine telegraphische Depesche abgeschickt, folgenden Inhalts:

„Paris ist vollkommen ruhig, die Bevölkerung hat an dem von einigen Anarchisten versuchten Aufstand keinen Theil genommen. Er ist, Dank den von der Regierung ergriffenen Maßregeln und der Haltung der Nationalgarde und der Armee, ohne weitere Collision unterdrückt worden."

Ledru Rollin, Boichot und Rattier nebst mehreren andern Montagnards, retteten sich durch die Fenster der Gewerbschule in den daran stoßenden Garten. Die Mütze des Feldwebels Rattier liegt als Beweisstück bei den Acten. Alle diese Deputirten sind auf der Flucht, wie es heißt, nach Belgien.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 15. Juni. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaats Frankfurt wird mit der Berathung des Verfassungsentwurfs fortgefahren. Zuerst stellt Dr. A. Friedleben den Ordnungsantrag, daß keinem Redner, außer den eingeschriebenen, mehr das Wort gegeben werde. Angenommen. In der Discussion sprechen noch Dr. Braunfels, Gerber Schmidt, Senator Hessenberg als Berichterstatter der Minderheit, und Dr. Reinganum als solcher der Mehrheit, und es wird, nachdem in einer längeren Debatte über die Fragestellung viele Zeit verloren gegangen, der Antrag des Ausschusses, lautend: Art. 97. „Die vollziehende Gewalt und die Staatsverwaltung ist einem Regierungsrathe von sieben Mitgliedern übertragen," in namentlicher Abstimmung mit 80 gegen 24 Stimmen angenommen. Nun kommt zur Abstimmung der Art. 104, welcher lautet: „Die Amtsdauer des Regierungsrathes ist auf fünf Jahre festgesetzt. Der Antritt des Amtes erfolgt regelmäßig am 1. September des Wahljahres." Hiergegen hatten Senator Hessenberg und beziehungsweise Schöff Souchay den Antrag auf Lebenslänglichkeit gestellt. In der namentlichen Abstimmung wurde aber der Antrag des Verfassungsausschusses mit 100 Stimmen angenommen, 1 (Schöff Souchay) enthielt sich der Abstimmung. Dr. Mappes beantragt die Abstimmung über Art. 117: „Alle Mitglieder des Regierungsrathes erhalten eine Geldentschädigung, welche durch das Gesetz bestimmt wird." Gegen diesen Artikel hatte Dr. Mappes den Abänderungsantrag eingebracht: „Kein Mitglied des Regierungsrathes bezieht einen Gehalt; nur die nachgewiesenen Auslagen werden ihm ersetzt. Dem Präsidenten für die Kosten der Repräsentation des Staates in dem Voranschlag eine gewisse Summe ausgeworfen". Nach einigen Bemerkungen von Dr. Burkard und Dr. Braunfels wird die Abstimmung und zwar namentlich vorgenommen, worin 94 für den Entwurf des Verfassungsausschusses und 2 dagegen stimmten, drei aber (v. Oven, Schöff Souchay und J. C. de Bary) sich der Abstimmung enthielten. Art. 98. „Die Mitglieder des Regierungsrathes werden von dem Volke durch unmittelbare Wahl in geheimer Abstimmung ernannt." Senator Hessenberg stellte dazu folgendes Minderheitserachten: „Die Mitglieder des Regierungsraths werden auf den von diesem in dreifacher Zahl zu machenden Vorschlag von dem Volke (auf Lebenszeit) gewählt." Dr. Mappes beantragt einen zweifachen Vorschlag von dem Volksrathe. An der Discussion hierüber nahmen Theil: Dr. Jucho, der einen Vorschlag zur Hälfte vom Regierungsrathe und zur Hälfte vom Volksrathe beantragte, jedoch wieder zurückzog, Dr. Mappes, Dr. Stein, Schweppenhäuser, Dr. A. Friedleben, Dr. Binding und Dr. Reinganum als Berichterstatter, und der Artikel wurde so wie ihn der Ausschuß vorgeschlagen, angenommen. Schweppenhäuser beantragte als Zusatz, daß die bei den Wahlen in den Regierungsrath auch auf die verschiedenen Berufsarten Rücksicht zu nehmen sei; allein es wird demselben auf die Bemerkungen von Herwig und Dr. Reinganum keine Folge gegeben. Art. 99. „Für die Erwählung des Regierungsraths bildet der Freistaat nur einen Wahlbezirk. Die Wahl sämmtlicher Mitglieder des Regierungsrathes erfolgt durch Eine Wahlhandlung." Das Minderheitsrachten von Senator Hessenberg lautet: „Für die Wahl der Regierungsräthe bildet der ganze Staat nur Einen Wahlbezirk." Der Majoritätsantrag wird ohne Discussion angenommen und die nächste Sitzung auf Montag den 18. dieses Monats angesetzt.

** **Frankfurt**, 16. Juni. Nachdem heute früh der größere Theil der zu Anfang dieser Woche von Wetzlar her hier einmarschirten Preußen — Kürassiere, Landwehr und Füsiliere — nach dem Kriegeschauplatz im Badischen abgegangen ist, sind gegen Mittag zwei Schwadronen Kürassiere, ein Füsilierbataillon vom 20. Linien- und zwei Bataillone vom 8. Landwehrregiment, gefolgt von einer halben Batterie, in hiesiger Stadt eingerückt und einquartiert worden. Diese Truppen bildeten den Rest der vor Kurzem bei Wetzlar zusammengezogenen preußischen Armeeabtheilung. Morgen ist die erste Abtheilung der über Thüringen, Fulda und Hanau anrückenden vom General v. Holleben befehligten preußischen Division hier erwartet.

⊙ **Stuttgart**, 13. Juni. Sitzung der Nationalversammlung im Wirthschaftssaale des August Kolb in der Militärstraße. Anfang halb 5 Uhr Abends. Präsidium: Löwe aus Calbe. Der Namensaufruf weist 101 Anwesende auf. Den mecklenburgischen Abgeordneten Wöhler und Reinhard ist von ihrer Regierung ein Abberufungsschreiben zugekommen, welches sie mit Entrüstung und Bedauern zurückweisen, mit der Bemerkung, daß die Regierung das Mandat, das sie nicht gegeben, auch nicht nehmen dürfe. — Ausgetreten sind 14 Abgeordnete, worunter Rob. Mohl und Römer, eingetreten Seefried, Ritter, Bergmann. Der Präsident bemerkt, daß die bayerische Rheinpfalz jetzt vollständig vertreten sei, und wünscht von Herzen, daß er dies auch bald von den andern Volksstämmen verkündigen könnte. — Eingelaufen ist eine große Anzahl von Adressen: von einer Bürgerwehrversammlung von Stuttgart (etwa 500 Unterschriften), eine Erklärung für die Nationalversammlung gegenüber den Schritten des württembergischen Ministeriums Römer; eine Adresse vom Volksverein zu Horb, zu Oehringen, der Bürgerwehr zu Calw, des Volksvereins zu Eßlingen, von Heilbronn, von 24 Jugendvereinen Schwabens, von Weil, Knittlingen, Steinheim, Ulm, Buchau, Rottweil, Kupferzell, Göppingen, Oehringen, lauter württ. Orte. Ferner von Emden in Ostfriesland eine Vertrauensadresse. Eine Interpellation Schoders fragt an, ob der Thatbestand der Entsetzung des württ. Generals Miller durch die Regentschaft, wie Staatsrath Römer in der heutigen Sitzung der württembergischen Ständeversammlung ihn angegeben, richtig sei. Das Mitglied der Regentschaft, Raveaux, antwortet: alle diese Verdächtigungen, wie Römer sie gegen uns geführt, zerschellen vor der Wahrheit; wir werden jederzeit öffentlich Rechenschaft geben. Wir haben es für gut gefunden, vorab den gebrochenen Reichsfrieden wieder herzustellen, und haben den Reichsgeneralen Befehle dazu ertheilt. An Peucker und Miller sind gleichlautende Befehle abgegangen; Ersterer gab keine, Letzterer auf wiederholtes Schreiben die Antwort, daß er an der dem Reichsverweser geleisteten Huldigung festhalte, und ihm eine Cognition in politischen Dingen nicht zustehe, er habe nur von dem Reichsverweser oder seiner Regierung Befehle zu erhalten. Auf dieses hin hat die Reichsregentschaft den General Miller seines Postens als Reichsgeneral entsetzt, und dies zugleich mit der Aufforderung der Designation eines Nachfolgers dem königl. württembergischen Kriegsministerium kurz angezeigt. Hiermit glaube ich, ist die Sache erledigt, und Sie können nun, meine Herren, diese und ähnliche Verleumdungen beurtheilen. Meine Herren, eine weitere Verfügung der Regentschaft betrifft die Aufstellung eines Reichsheeres zum Schutze des Reichsgebiets und der Reichsverfassung. Dieses Reichsheer wird unmittelbar unter den Befehlen der Reichsregentschaft stehen. Wir haben bei seiner Zusammensetzung auf die Regierungen Badens und der Rheinpfalz namentlich Rücksicht genommen, auch die württembergische Regierung haben wir aufgefordert, 5000 Mann Infanterie, 4 Schwadronen Cavallerie, 2 Batterien Artillerie zu stellen, und diese Truppen feierlich auf die Verfassung zu verpflichten. Bis dahin aber hat das württembergische Kriegsministerium noch nicht geantwortet. Wir aber haben durch alle diese Schritte der württembergischen Regierung Gelegenheit gegeben, zu beweisen, daß sie den Bürgerkrieg nicht will. Wohlan, sie greife zu!. . . Auch das Regentschaftsmitglied Becher vertheidigt die Entsetzung General Miller's als Reichsgeneral. Uhland beantragt, daß dieser wichtige und höchst folgenschwere Gegenstand der Schoder'schen Interpellation an den neuen Fünfzehnerausschuß zur Berichterstattung gewiesen werde. Der Antrag, von Vogt vertheidigt, von Rühl bekämpft, wird von der Versammlung genehmigt. Wesendonck als Berichterstatter des Ausschusses für die

Geschäftsordnung verließ einen in Druck zu gebenden Bericht über Einberufung von Stellvertretern und Vornahme neuer Wahlen, wozu ein Minoritätsgutachten von Rösler von Oels kommt, daß, wenn die Regierungen eine Wahl verzögern, die Wahlbezirke berechtigt seien, selbst vorzufahren. — Der Finanzausschuß besteht nur noch aus den vier Mitgliedern Schoder, Löwe, Sachs, Scholl; Moriz Mohl hält statt bisheriger 15 Mitglieder jetzt sieben für genug, um die Finanzen zu besorgen. Die drei neuen Mitglieder sollen das nächstemal gewählt werden. — An Fürst Waldburg-Zeil, Holland, Wien von Tübingen, Wichmann wird ein kurzer Urlaub verwilligt. — Die Wahl in den neuen Fünfzehner-Ausschuß zur Durchführung der Reichsverfassung wird vorgenommen. Stimmen erhalten: L. Simon von Trier 98, Eisenstuck 95, Hagen 90, Claussen 89, Jakobi 87, Raumerk 87, Schüler aus Jena 79, Kollaschek 71, Tafel aus Stuttgart 72, Fröbel 70, Rudlich 69, Spatz 68, Schaffrath 66, Uhland 62, Rühl 58. Diese Fünfzehn sind also gewählt. Die nächste Sitzung findet Samstag den 16. Juni, Nachmittags 3 Uhr im Fritzschen Reithause statt. Tagesordnung: Berathung eines Berichtes über Abänderung der Geschäftsordnung und eventuell Berathung von Anträgen des Fünfzehner-Ausschusses.

In dem lithographirten Stuttgarter Tagesbericht wird über die Sitzung in dem Keilb'schen Wirthsgartensaal gemeldet, daß der äußere Eindruck für den, welcher die Nationalversammlung noch in der Paulskirche in Frankfurt habe tagen sehen, ein niederschlagender gewesen sei. Nicht einmal für Beleuchtung — die heutige Sitzung wurde Abends gehalten — war gesorgt und das Local selbst sei so enge, daß viele Zuhörer außerhalb desselben vor den Fenstern Platz suchen mußten. Es ist zum Erbarmen!

† **Stuttgart**, 14. Juni, 1 Uhr Mittags. Aus dem hier etablirten Zeitungscorrespondenzbureau wird unter vorstehendem Datum berichtet: Minister Römer hat die Reichsregentschaft ausgewiesen! Er motivirt diesen Schritt in dem Decret an die Regentschaft durch den „nahebevorstehenden Ausbruch der blutigen Revolution", welche dem Lande droht, und erachtet es für seine Pflicht, die nächsten Ursachen zu einer solchen zu beseitigen. Zu diesen nächsten Ursachen gehört die Regentschaft, welche somit angewiesen wird, sich einen andern Aufenthaltsort zu suchen. — Die Regentschaft, welche eben erst ein festes Local, Paulinenstraße No. 15 (beim sogenannten „Affenwerner"†), bezogen hat, gedenkt ihrerseits keineswegs, Stuttgart zu verlassen, und hat diesen Entschluß dem Ministerium Römer in einem so entschiedenen und undiplomatischen Tone mitgetheilt, daß unausbleiblich Gewaltmaßregeln die nächste Folge sein dürften. — Dies würde den Brand entfesseln und die Grenzen dieses Brandes sind schwer zu zeichnen. — Die Nationalversammlung hat in Folge dieser Ereignisse sofort auf Nachmittag um 3 Uhr eine vorberathende Sitzung im Hotel Marquard zusammengetrommelt, und wird, wie ich eben höre, wohl auch noch eine öffentliche Sitzung im Laufe des Abends halten. Von den Ergebnissen beider später. — Hier in der Stadt bemerkt man noch wenig Militär, jedoch liegt viel desselben in der Umgegend. Die Nationalversammlung selbst ist bis jetzt noch ganz unangetastet geblieben.

⊙ **Stuttgart**, 14. Juni. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung führte wieder der Abgeordnete Schoder lange, unfruchtbare Erörterungen darüber herbei, daß die Reichsregentschaft in Stuttgart den General Miller nur als Reichsgeneral, nicht als württembergischer General seines Postens entsetzt habe. Staatsrath Römer antwortete, daß Miller nicht mehr Reichsgeneral sei, indem die Division des achten Armeecorps nicht mehr existire, weil in Folge der Revolution in Baden dieses militärische Verhältniß aufgelöst worden ist. Die württembergischen Truppen im Lande, sagt er, sind gegenwärtig nur der Disposition der württembergischen Regierung anheimgegeben. Becher stellte, wie er sagt, in der Eigenschaft als Abgeordneter weitere Fragen in dieser Sache an den Ministertisch, mit dem Ansuchen, daß er in diesem Saale verbleiben werde, so lang noch Hoffnung vorhanden sei, daß die Widersprüche, in die sich das Ministerium mit seinem frühern Verhalten gesetzt, beseitigt werden. Die Regentschaft werde sich zu möglichster Beseitigung jeder Differenz in ein gutes Vernehmen mit der württembergischen Regierung setzen. Staatsrath Römer: Die württembergische Regierung wird sich aber nicht veranlaßt sehen, sich in ein gutes Vernehmen mit dieser Regentschaft zu setzen. Wir wollen weder zwei, noch drei, sondern gar keinem Herrn gehorchen; ich erkläre, daß wir auch die Centralgewalt in Frankfurt nicht mehr anerkennen. Jeder Staat sorgt jetzt für sich selbst; nicht nach staatsrechtlichen Grundsätzen, sondern vom Standpunkte der Politik sind jetzt unsere Verhältnisse zu beurtheilen. Wir stellen uns auf den Boden der Thatsachen. — Seefried: Ist der Bevollmächtigte bei der Centralgewalt nicht zurückberufen worden? Römer: Er ist in Frankfurt nöthiger als in Stuttgart, wo wir ja die Reichsregentschaft in unserer allernächsten Nähe haben. — Eisenlohr und Schoder verlangen als Pflicht der Regierung, daß sie die württembergischen Bataillone unter General Peucker an der hessischen Grenze zurückberufe, denn, sagt Letzterer, ihre Bestimmung ist ja nur, einen Großherzog wieder einzusetzen, welcher als Preis dafür die Annahme der preußischen Verfassung zugesagt hat. Kanzler Wächter, Zwerger u. A. entgegnen, daß die Frage noch nicht spruchreif sei, indem, so lange die Principienfrage noch nicht entschieden sei, die Consequenzen auch nicht gezogen werden können. Die Dringlichkeit des Antrags von Schoder, diese Bataillone ungesäumt ins Land zu rufen, wird von der Kammer mit 48 gegen 34 Stimmen verneint. — Schoder bringt die Entwaffnung der Bürgerwehr und den über den Oberamtsbezirk Heilbronn verhängten Belagerungszustand zur Sprache. Staatsrath Duvernoy legt das Actenstück darüber auf den Tisch des Hauses nieder; aus demselben geht hervor, daß in der Heilbronner Bürgerwehr von Anfang an ein gesetzwidriger Zustand geherrscht, der größte Terrorismus ausgeübt, und das Ansehen der Obrigkeit verhöhnt worden sei. Die angewendete Maßregel habe aber in der Stimmung Heilbronns bereits einen Umschwung herbeigeführt.

Den Mitgliedern der Reichsregentschaft soll heute die Eröffnung von der Regierung zugekommen sein (siehe oben die †-Correspondenz), sie möchten sich aus dem Lande entfernen. Sie hatten in Folge dessen so eben eine vertrauliche Sitzung im Hotel Marquardt. Wie man hört, sprechen sich Einige für Konstanz als nächsten Aufenthaltsort aus. — Der König ist heute Abend 4 Uhr nachdem er mehrere Truppencorps inspicirt und sich mit ihrer Haltung vollkommen zufrieden erklärt, wieder nach Ludwigsburg abgereist.

Eine Sitzung der Nationalversammlung, für das Publicum zugänglich, wird heute nicht stattfinden, in der vorberathenden wurde die Anweisung der Regentschaft besprochen. Der Abg. Venedey ist angelangt und war bei dieser vorberathenden Sitzung anwesend.

Heilbronn, 13. Juni. Gestern Abend, nachdem sämmtliches Militär von hier abgegangen war, wurde die Bürgerwehr, welche gesetzlich nicht mehr bestand und wovon die Wenigsten die Waffen abgeliefert hatten, herausgetrommelt; wer den Befehl dazu gab, ist unbekannt, da der Obercommandant nach Stuttgart war, um gegen die Entwaffnung zu protestiren. Es traten ungefähr 500 bis 600 Mann ganz gerüstet an und zogen um 9 Uhr gegen Frankenbach zu ab; etliche und 40 kleiner Bürgerwehrmänner hatten sich dem Zuge angeschlossen. Was der Zweck des Auszuges war, scheint ihnen selbst im Augenblick nicht klar gewesen zu sein, jedenfalls wollten sie ihre Waffen nicht abgeben, auch nicht durch diese Weigerung und ihr Verbleiben in der Stadt dieselbe größerem Unglück aussetzen. Der befehlende General hatte nämlich gestern Abend noch verkunden lassen, daß wenn bis heute früh 8 Uhr sämmtliche Waffen nicht abgeliefert seien, die Stadt in Belagerungszustand werde erklärt werden. Nachdem die Truppe abgezogen war, sammelten sich auf dem Markte viele Arbeiter und verlangten stürmisch nach Waffen, um, wie sie sich ausdrückten, „auch für die Freiheit zu streiten." Dem Verlangen wurde natürlich nicht nachgegeben, auch der Schlüssel zum Rathhauthore, in dem sich noch 3 Kisten erst bezogene, noch unausgepackte Gewehre befanden, verweigert. Die Menge sprengte aber das Thor und die Kisten, und in einem Nu waren sämmtliche Gewehre in festen Händen. Es waren Leute dabei, die in ihrem Leben kein Geschoß in der Hand hatten. Widerstand zu leisten war unmöglich, da alle Mittel hiezu fehlten; die zurückgebliebene Bürgerschaft war entwaffnet, die bewaffnete ausgezogen, auch nicht ein Soldat wurde vom commandirenden General zum Schutze der Stadt zurückgelassen. Munition, welche die abgezogene Bürgerwehr von den Behörden verlangte, wurde verweigert. — Die Nacht verlief ruhig. Diesen Morgen um 8 Uhr rückten wieder zwei Bataillone Infanterie und sechs Kanonen in die Stadt. Mit dem ersten Bahnzuge kam auch unser Obercommandant mit der Nachricht von Stuttgart zurück, daß das Ministerium entschlossen sei, von der gegen die Stadt ergriffenen Maßregel nicht abzugehen. — So eben, 8½ Uhr, durchreitet ein königl. Beamter die Stadt und verkündigt für die Stadt und das Oberamt Heilbronn die Aufruhracte, die Entwaffnung sämmtlicher Bürgerwehren mit der Erklärung, daß alle dadurch entstehenden Kosten den in Aufruhr befindlichen Gemeinden zur Last fallen. — Von unserer ausgezogenen Bürgerwehr erfährt man, daß ein Theil sich gegen Wimpfen zu gezogen habe, wie man vermuthet, nach der badischen Grenze; ein anderer, und zwar der größere Theil ins Hohenlohische. Es sollen sich ihnen von Dorfschaften viele beigesellt haben. Näheres darüber weiß man jedoch nicht. Es wurden bei uns mehrere Verhaftungen vorgenommen, unter andern der Redacteur des hiesigen Blattes „Neckardampfschiff" und andere Demokraten. (Schw. M.)

Heilbronn, 14. Juni. In verflossener Nacht wurden viele Waffen von den ausgezogenen Bürgerwehren hieher zurückgeschickt, auch lassen sich viele der Ausgezogenen bürgerliche Kleidung schicken und kehren einzeln zurück. (S. M.)

Karlsruhe, 13. Juni. Alles ist in größter Spannung der Dinge, die da kommen sollen; Alles erwartet Erlösung von dem Joche „der Freiheit", unter dem wir schmachten. Die Reichstruppen, die etwa in hiesige Gegend und hierher kommen, dürfen der besten freundlichsten Aufnahme versichert sein — das ist die Stimmung der Stadt und der umliegenden Haardörfer. — Bei der gestern hier stattgehabten Neuwahl zweier Bürgermeister wurden ungeachtet der größten Anstrengungen der Republikaner für Advocat Dürr und Gemeinderath Kiesele doch die früheren, Hr. Malsch und Hr. Helmle, mit der eminenten Mehrheit von ⅔ wieder gewählt. Weil jetzt Alles sauber ist und „die größte Ruhe im Lande herrscht", hat unser Constituirender beschlossen, die Gendarmerie aufzulösen. Ein großer Theil dieses etwa 600 Mann betragenden Corps ist bereits hier eingetroffen und hat in einer stattgehabten Versammlung beschlossen, sich nicht auflösen zu lassen. Nach einer Angabe wollen sie das Schloß besetzen, nach einer andern Sage in Gemeinschaft mit der Bürgerwehr handeln. — Das Geld in der Staatskasse fängt bereits an rar zu werden (einzelne Zahlungen sollen auch schon ins Stocken gerathen sein). Die vorgefundenen drei Millionen sind draus! — in vier Wochen. (S. M.)

§ **Altona**, 13. Juni. Die gestern hier eingetroffene Nachricht von der Gefangennehmung von 70 Mann Hessen, veranlaßt durch jütische Bauern, welche im feindlichen Lager die diesseitige Vorpostenpositionen verrathen hatten, hatte in den Gemüthern einige Bestürzung hervorgerufen und man trug sich hinterher mit mannigfachen schgrauen Gerüchten von Ueberrumpelungen u. s. w. Die heutigen Mittheilungen aus Jütland von der Nordarmee sind indeß erfreulicherer Art, da es einem bayerischen Detaschement nicht allein gelungen ist, ihre hessischen Kameraden den Händen des Feindes zu entreißen, sondern sie machten noch, wie der Rendsburger Abendzug auch bestätigt, 130 dänische Dragoner zu Gefangenen, die ohne Verzug nach Schleswig gebracht wurden. Die bayerischen Chevaurlegers haben ihre Tüchtigkeit bereits mehrfach bewährt. Ob es zum Angriff gegen das General Rye'sche Corps kommen wird, ist nicht mit Sicherheit anzugeben. Aarhuus ist von den Reichstruppen verlassen und von den Dänen nur schwach besetzt. Die dänische Cavallerie hat sich nach Randers zurückgezogen, und der größte Theil der Rye'schen Brigade, ungefähr 12,000 Mann, hat sich auf der kleinen Haldinsel Helgenaes verschanzt. Die gegenwärtige Stellung der Reichstruppen ist in Kürze folgende: Die bayerischen Vorposten stehen vom Maas- bis Stellingsee, die preußischen mit jenen in Verbindung bei Thiset über Thulden bis an die Ostseeküste, hinter den Vorposten ist in angedeuteten Cantonnements die Armee concentrirt. Die Verpflegung wird durch Requisition beschafft. Vor Fridericia ist es etwas lebhafter, und die Stadt ist nun so eingeschlossen, daß nur noch die nördliche Spitze derselben, wohin die diesseitigen Batterien nicht dringen können, zur Communication mit Fühnen übrig geblieben ist. Ob nach all den Anstrengungen, welche zur Einnahme Fridericia's verwandt worden, dieselbe noch vor sich gehen werde, ist noch sehr zu bezweifeln. Die Soldaten der schleswig-holsteinischen Armee brennen vor Kampfbegier und möchten gern etwas mehr Energie in dem Operationsplane entfaltet wissen. Der Krieg hat bereits einige der tüchtigsten und bravsten Führer unserer jungen Armee dahingerafft, und von allen wird der am 8. d. gefallene wackere Oberst St. Paul als ein unersetzlicher Verlust betrauert. So eben erhalten wir hierüber einen Corpsbefehl aus dem Hauptquartier Bredstedt, wo der General Bonin von demselben sagt: Die Truppen und insbesondere diejenigen, welche in dem Obersten St. Paul einen kühnen Führer, einen wohlwollenden Vorgesetzten und einen väterlichen Freund verehrten, werden mit mir empfinden, welche seltenen militärischen Eigenschaften mit dem Dahingeschiedenen zu Grabe gegangen sind. Möge, heißt es weiter, das Andenken dieses braven Offiziers stets lebendig bleiben in der Armee, möge sein Beispiel noch ferner Allen vorleuchten in der Stunde des Kampfes und möge ihm durch Aufrechthaltung des wahrhaft soldatischen Geistes — der Disciplin — Treue und Hingebung, die er zu pflegen stets bereit war, für alle Zukunft ein schönes Denkmal aufgerichtet werden. — Die gegenseitige Gefangenenausweschslung geht ruhig vor sich. So sind zwanzig bei der am 31. v. M. stattgehabten Affaire bei Aarhuus in dänische Kriegsgefangenschaft gerathene preußische Soldaten von Kopenhagen in Sonderburg angekommen und den diesseitigen Vorposten im Sunderwitt überwiesen worden. Die ausgelieferten Dänen werden ebenfalls über Sonderburg retour geschafft.

Braunschweig, 11. Juni. In der Sitzung der Abgeordnetenversammlung vom 12. berichtete Abgeordneter Trieps Namens der Commission für die deutschen Angelegenheiten über deren Berathungen, die Anordnung von Neuwahlen für die Nationalversammlung betreffend. Die Commission hat die Frage sowohl von der rechtlichen, als auch von der politischen Seite erörtert. Sie habe es indeß bei der verwickelten Lage der Verhältnisse für wünschenswerth gehalten, die Ansicht der Regierung über diese Frage kennen zu lernen, und daher die Bitte an dieselbe gerichtet, möglichst bald ihre Mittheilungen darüber zu machen. Sobald diese erfolgt, werde die Commission ferner in Berathung treten. (D. R. 3)

Polen.

Warschau, 12. Juni. Der Geheime Rath und Senator Fürst Tschetwertynski ist von hier nach Berlin und die Generaladjutanten Grabbe und Gerbel sind nach Krakau abgereist.

Börsenberichte.

Amsterdam, 14. Juni. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 49⅛/₁₆ 49⅛/₁₆. — 3pCt. Schuld 57⅝. — 4pCt. do. 76, 75⅞, ⅜/₁₆ ⅞/₁₆. — 3½pCt. do. —. — 5pCt. Ard. 11⅛/₁₆. — do. à L. 510 Stücke 11⅛, ⅝/₁₆. — 3pCt. inl. à 6000 fl. 23⅞ ⅝/₁₆, ⅝/₁₆. — Franz. ausgest. Kassen 2⅛/₁₆. — 4pCt. Port 28. — Russ. 4pCt. bei Hope 81⅛, ⅝. — do. bei Stieglitz 81. — 2½pCt. Met. 37, 36⅝.

Unter dem Einfluß der heute durch Taubenpost erhaltenen niedrigeren Rentennotirung verkehrte die Börse in einer flauen Stimmung, und alle Sorten sowohl inländ. wie ausländ. Effecten waren zu niedrigern Coursen angeboten; ausnahmsweise waren Russ. 4pCt. Obligationen zur Geldanlage etwas mehr gesucht.

Paris, 14. Juni. Stand der Rente: 5pCt. 83. 8⅜. — 3pCt. 52. 50. — Neapol. —. — Rente 3pCt. Span. —. — Innere Schuld —. — Bankactien 2220. — Ver. ältes, rechtes Ufer — — Linkes Ufer 160. — Paris Orleans 710. — Paris-Rouen 500. — Orleans-Bordeaux 402. 50. — Orleans-Vierzon 310. — Rouen Havre 250. — Marseille-Avignon 185. — Straßburg-Basel 100. — Nordbahn 405. 75. — Paris-Straßburg 360. — Römisches Anlehen —.

Die Börse war heute sehr belebt, und es hatte eine bedeutende Steigerung statt. Man ist für den Augenblick vollkommen beruhigt und hegt keine Furcht mehr vor ernstlicher Ruhestörung; die Regierung ist stark. Man meldet das Eintreffen günstiger Nachrichten aus Rom.

London, 13. Juni. 3pCt. Stocks 92⅛. — 5pCt. Span. 16⅛, ⅜. — Neue 3pCt. 33⅛. — 4pCt. Port. 27⅛.

Madrid, 9. Juni. 3pCt. 25⅛, P, a. d. B. 24⅛ G. — 5pCt. 10 G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

[1617] Ein schwarzer Pudel mit weißer Kehle, frisch geschoren, welcher auf den Namen „Monton" hört, hat sich von Hochheim aus verlaufen. Wer über diesen Hund Auskunft ertheilen kann, wird gebeten, solche an eine der Stationen der Taunus-Eisenbahn gelangen zu lassen.

Druck von August Osterrieth.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.
(Amtlicher Extra-Beilage zu Nr. 1884.)
Montag. 18. Juni 1866.

Bekanntmachung.

Wegen Verlegung der Station Bonames nach Nieder-Eschbach wird vom 1. Juli d. J. ab die Taxe für Briefe, Briefkarten, Drucksachen, Waarenproben und Geschäftspapiere nach Bonames um 1 Sgr. erhöht.

Frankfurt a. M., den 16. Juni 1866.

Königliches Oberpostamt.

len des Großherzogs ab. Die Diäten sind den beiden Genannten nur bis zu der Anwesenheit in Frankfurt ausgezahlt worden, und wird weitere Zahlung derselben nicht erfolgen. Herr Wöhlert wird übrigens wahrscheinlich nicht wieder nach Mecklenburg, wo grade nicht angenehme Verhältnisse seiner harren dürften, zurückkehren, sondern soll die Absicht haben, nach Amerika auszuwandern. Von den früheren mecklenburgischen Mitgliedern des Centrums der Frankfurter Nationalversammlung, Böcler, Sprengel, Thöl, Kierulf, Mann, werden mehrere an der von Hrn. v. Gagern zum 26. d. M. in Gotha ausgeschriebenen Versammlung Theil nehmen.

Hamburg, 12. Juni. In der gestrigen Sitzung der constituirenden Versammlung wurde der Verfassungsentwurf, wie er, hervorgegangen aus den Vorschlägen des Eilfer-ausschusses, den Berathungen der Abtheilungen und der Versammlung, vom Fünferausschuß in seinen Einzelheiten, behufs der zweiten Lesung, redigirt ist, an die Abgeordneten vertheilt.

** **Bremen**, 13. Juni. Die Bürgerschaft berieth in ihrer heutigen Sitzung den Deputationsbericht, betreffs der Neuwahl eines bremischen Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung. Der Antrag der Deputation ging dahin, die Wahl nicht vorzunehmen. Statt dieses wurde jedoch nach langer und langweiliger Debatte folgender Vermittlungsantrag des Herrn Roeenberg: sich die Antwort auf den Deputationsbericht noch vorzubehalten, so daß derselbe immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt werde, — mit 102 gegen 85 Stimmen angenommen.

Frankreich.

** **Paris**, 14. Juni. Ueber die gestrige Sitzung der Nationalversammlung tragen wir heute das Ausführlichere nach. Wie bereits mitgetheilt, war für gestern keine Sitzung anberaumt worden, die Abgeordneten mußten daher zusammenberufen werden. Um 4 Uhr Nachmittags kamen sie zusammen. Die Generale erschienen in Uniform; ebenso Lucian Murat als Oberst der Nationalgarde. Die Rechte war vollständig besetzt, die höchsten Bänke der Linken aber waren fast ganz leer. Man bemerkte die Abwesenheit Ledru-Rollin's und der drei Feldwebel. Nach Verlesung des Protocolls erklärte der Präsident, die heutige Sitzung sei, obgleich für heute nicht angekündigt, wegen der eingetretenen Umstände für nöthig erachtet und dieser Beschluß in allen Bureaux angeschlagen, sowie den Mitgliedern in ihrer Wohnung angezeigt worden. Ein Mitglied verlangte den Namensaufruf und Nennung der Abwesenden im „Moniteur"; unter den jetzigen Verhältnissen verstoße jeder Repräsentant, der fehle, gegen seine Pflicht. Viele Stimmen: „Man hat Ihre Zusammenberufungen nicht empfangen." Der Präsident suchte darzuthun, daß jeder Repräsentant gehörig von dem Stattfinden einer Sitzung benachrichtigt worden sei. Bevor noch über den Antrag jenes Mitgliedes etwas entschieden war, traten O. Barrot, Falloux und Lacrosse ein und wurden sofort von zahlreichen Repräsentanten umringt. Lefort-Gonsselin verlangt von der Regierung Erläuterungen über die gegenwärtige Sachlage; wie er glaube, werde sie dieselben nicht verweigern. Odilon-Barrot bestigt die Tribune (tiefe Stille) und sagte: „In der gestrigen Sitzung hörten Sie von dieser Tribune Worte, die als directer Aufruf zur Empörung gelten konnten. Nachher wurden, als man diejenigen, von denen diese Aufforderungen ausgingen, zur näheren Angabe ihres Sinnes und Belanges aufforderte, diese Worte zurückgenommen oder gemildert. Ich weiß nicht, ob die Urheber dieser Aufreizungen sich über die Bedeutung ihrer Worte täuschten; die Justiz aber wird dies wissen, sie wird ihre Strenge Jene fühlen lassen, welche das Signal zu blutigen Scenen gegeben und vor Gott und den Menschen die Verantwortlichkeit für das zum dritten Male in der Stadt vergossene Blut übernommen haben. Schon heute Morgens gab sich große Aufregung kund; gesetzwidrige, aufrührische Zusammenberufungen fanden statt; denn es wurden Männer, die das Gesetz mit Aufrechthaltung der Ordnung beauftragt hat, aufgefordert, sich zu Werkzeugen der Unordnung und Anarchie herzugeben. Der größere Theil der Bürger folgte diesen Berufungen nicht; nur einige thaten es. Gruppen bildeten sich und Leute in Nationalgardenuniform vermengten sich mit denselben. Rufe wurden laut, anarchische Rufe, weil sie zum Umsturze der aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenen Gewalten aufreizten; denn zum dritten Male empören sich diese sonderbaren Republikaner gegen die aus dem Willen des Landes entsprungenen Gewalten. Die Behörde war benachrichtigt; Unterdrückungsmaßregeln waren vorbereitet. Sobald die Gruppen feindliche Absichten kundgaben und gegen diese Versammlung zogen, wurden Streitkräfte entfaltet; die Unterdrückung der Emeute hat begonnen. Alle Personen, welche über die Sicherheit der Stadt und der Versammlung zu wachen beauftragt sind, stehen auf ihren Posten. Ich habe Ursache zu glauben, daß gegenwärtig die Zusammenrottung aufgehört und man sich vor der Haltung der Nationalgarde zerstreut hat. Ueber Rufe zu den Barrikaden haben sich hören lassen, und man hat sogar mit dem Baue derselben begonnen. Noch habe ich keinen Bericht des Ministers des Innern empfangen, der auf seinem Posten ist. Die Umstände sind übrigens so ernst, daß wir die Versammlung schon jetzt auffordern, sich in Permanenz zu erklären. (Bravo's der Rechten.) Dies ist um so unerläßlicher, weil viel daran liegt, daß für alle etwa eintretenden Fälle Verkehrung getroffen werde. In solchem Augenblicke darf weder Schwäche noch Uebereilung stattfinden. Wenn wir mit einer einfachen Emeute zu thun haben, so werden die vorhandenen Mittel damit fertig werden, und die bestehenden Gesetze werden mit ihrer Strenge die Urheber treffen. Haben wir aber einen wahrhaften Aufstand, der sich auf einem weiten Terrain entwickelt, zu bekämpfen, so ist es nöthig, daß wir Sie hier stets beisammen haben, um sofort von Ihnen rasche und sichere Unterdrückungsmaßregeln begehren zu können. Es liegt im Interesse der Humanität, solche Aufstände sich nicht ausbreiten zu lassen, und sie lieber in ihrem Beginnen zu ersticken, als durch Zaudern die Entwickelung des Bürgerkrieges zu begünstigen. (In diesem Augenblicke übergab ein Huissier dem Conseilspräsidenten ein Schreiben, der nach dessen Lesung fortfuhr:) Der Schluß meiner Rede ist in dem Schreiben, welches Hr. Dufaure mir zuschickt. „Ich glaube — schreibt er —, daß der Augenblick da ist, von der Versammlung zu begehren, daß sie Paris in Belagerungszustand erkläre." (Bewegung der Linken; zur Rechten: Sehr gut!) Demgemäß beehre ich mich, der Versammlung unter Beantragung der Dringlichkeit den nachstehenden Entwurf vorzulegen:

Im Namen des französischen Volkes!

Der Präsident der Republik beauftragt den Conseilspräsidenten, der gesetzgebenden Versammlung folgenden Gesetzentwurf zu überreichen: In Erwägung, daß ein bewaffneter gegen die verfassungsmäßigen Gewalten der Republik gerichteter Aufstand in Paris ausgebrochen ist, und daß er sich über andere Städte von Frankreich ausbreiten kann; daß es von Wichtigkeit ist, die Gewalt mit allen Mitteln zu bewaffnen, um die rasche und wirksame Unterdrückung dieses Aufstandes zu sichern, dem Gesetze Kraft zu verleihen und die Verfassung aufrecht zu halten, werden Art. 1 die Stadt Paris und der ganze in die erste Militärdivision eingetheilte Bezirk in Belagerungszustand erklärt. Art. 2. Diese Maßregel soll auf die Städte ausgedehnt werden können, in welchen etwa ähnliche Aufstände ausbrechen, und wenn die Präfecten durch einen Erlaß die Thatsache der Empörung gegen die Gesetze constatirt haben werden. So geschehen im Elysee, 13. Juni 1849.

Der Präsident der Republik,
Gezeichnet: Napoleon Bonaparte.

Der Verlesung dieses Entwurfes folgte ziemlich lebhaftes Murren der Linken und lauter Beifall der Rechten. O. Barrot: „Ich lege den Gesetzentwurf mit dem Dringlichkeitsantrage auf das Bureau nieder; ich bitte die Versammlung, sich in Permanenz zu erklären und sich sofort in ihre Bureaux zurückzuziehen, um den Namens der Regierung ihr übergebenen Gesetzentwurf zu prüfen." Lagrange sprach gegen die Permanenzerklärung und gegen den Belagerungszustand — Maßregeln, zu denen man jetzt in Abwesenheit der ohne ihre Schuld fehlenden Linken, in Abwesenheit des Publikums schreiten wolle. Er erklärte sodann, daß er nochmals gegen die Handlungen protestire, wegen deren die Versetzung in Anklagestand verlangt worden sei. Der Redner protestirte zum Schlusse gegen die beantragten Maßregeln. Nach einem ziemlich heftigen Auftritte zwischen Lagrange, P. Bonaparte und General Leydet, welcher Letzterem den Ordnungsruf zuzog und seine Entschuldigung von der Tribune herab veranlaßte, antwortete Odilon-Barrot auf die von Lagrange versuchte Rechtfertigung der abwesenden Mitglieder des Berges und erklärte, daß die Justiz Jeden, wer er auch sei, strenge richten werde. Er verlangte sodann, daß die Versammlung, weil das Gesetz triumphiren müsse, zuerst die Permanenz ihrer Sitzungen ausspreche, sodann aber in ihre Bureaux sich zurückziehe und die Dringlichkeit des vorgelegten Entwurfs ausspreche. Mehrere Stimmen der Linken: „Thatsachen: Citiren Sie Thatsachen!" Charras rügte, daß man Permanenzerklärung und Belagerungszustand verlange, ohne diese Maßregeln irgendwie zu begründen; im Juni 1848, als die Kanonen gedonnert, habe Hr. Odilon-Barrot gegen den Belagerungszustand gesprochen; jetzt wolle er denselben, ohne irgend eine Thatsache als Grund anzuführen. Nach einigem Wortwechsel zwischen Charras, der fast bei jedem Worte unterbrochen ward, und andern Mitgliedern befragte der Präsident die Versammlung über die Permanenz, während Dufaure und Murat, Oberst der Nationalgarde, in den Saal traten. Die ganze Rechte erhob sich in Masse für die Permanenz, welche sodann erklärt wurde. Der Präsident fragte weiter, ob der Vorschlag wegen des Belagerungszustandes an die Bureaux verwiesen werden solle? Einspruch der Linken; ein Mitglied derselben bekämpfte die Dringlichkeit, welche von Dufaure unter Hinweisung auf die unterbrochene Aufreizung der rothen Journale zum Aufstande und auf die Vorgänge des Tages, denen ernstere Auftritte folgen zu lassen, im Plane der Meuterer liege, gerechtfertigt wurde. Nach einigen Bemerkungen des Hrn. Pean entschied die Versammlung, daß die Dringlichkeit in Erwägung gezogen werden solle, so wie, daß sie sich in ihre Bureaux begeben wolle, um eine Commission zu ernennen, welche sofort über die Dringlichkeit, so wie über den Gesetzentwurf selbst Bericht erstatten solle. Die Sitzung ward suspendirt und um 6 Uhr wieder eröffnet. G. de Beaumont schlug im Namen der gesammten Commission der Versammlung vor, die Dringlichkeit zu erklären und unverzüglich über das vorgeschlagene Decret abzustimmen. Die Versammlung sprach die Dringlichkeit aus. P. Lerour bekämpfte den Gesetzentwurf wegen des Belagerungszustandes und machte Bemerkungen, welche Cavaignac zu einer Erwiderung bezüglich des vorjährigen Belagerungszustandes veranlaßten. Nachdem O. Barrot noch bemerkt hatte, daß man an dem Siege der Ordnung kaum zweifeln dürfe, daß aber noch immer Gefahr vorhanden und die Maßregel deßhalb nothwendig sei, wurde nach einer Protestation Lagrange's gegen den Belagerungszustand über den betreffenden Gesetzentwurf abgestimmt. Beide Artikel desselben wurden durch Aufstehen und Sitzenbleiben angenommen und sodann zur Abstimmung über das Ganze des Gesetzentwurfs geschritten.

Straßburg, 11. Juni. Die Lücken, welche in unsern Grenzbesatzungen seit einigen Monaten bestehen, werden allmälig ausgefüllt. Gestern trafen Infanterieabtheilungen aus dem Innern ein, morgen werden noch weitere folgen, und die nächste Woche langen afrikanische Jäger an. — Die Anordnungen in Bezug auf die Bildung der Rheinarmee haben bereits in Lothringen begonnen. Die in Thionville und Saargemünd garnisonirenden Reiterregimenter haben Befehl erhalten, sich der Grenze zu nähern. Mit Bestimmtheit wird versichert, daß der Nationalversammlung in den nächsten Tagen ein Gesetzentwurf für Aushebung einer ganzen Altersklasse (80,000 Mann) vorgelegt werden soll. — Die Werbungen für den Kriegsdienst in den Nachbarländern haben bei uns aufgehört. Die Mahnungen der Präfecturen haben gewirkt; denn welcher unsichtige Franzose möchte sein Bürgerrecht in Frankreich aufs Spiel setzen? — In der badischen Armee scheint große Zuchtlosigkeit zu herrschen. Von den noch vor kurzer Zeit so sehr für die Freiheit „Begeisterten" treffen viele Ausreißer hier ein. Auch Herr Eichfeld hat für gut befunden, sich auf französischen Boden zurückzuziehen; er ist bereits gestern hier angelangt. Wie Viele werden ihm noch folgen! Unsere Regierung hat strenge Maßregeln bezüglich des Aufenthalts von politischen Flüchtlingen an unserer Grenze angeordnet. Es soll Niemandem gestattet werden, in den vier zunächst gelegenen Departementen zu bleiben. Alle Grenzerte werden mit Truppen besetzt, um dem maßlosen Eindringen von „verlorenen Freiheitskindern" aller Nationen kräftigst entgegenzuwirken. (K. Z.)

Dänemark.

Die der „Hamb. Börsenhalle" entlehnte Nachricht, die wir gestern Abend schon im „Hamb. Corresp." angezweifelt fanden, daß nämlich die in Jütland in dänische Gefangenschaft gerathene kurhessische Husarenabtheilung durch bayerische Chevauxlegers wieder befreit worden seien, hat sich leider nicht bestätigt. Die Gefangenen sind bereits in Kopenhagen angekommen. Unter dem 13. Juni meldet die „Börsenhalle" von dort: Das Dampfschiff „Aegir" ist gestern mit 63 gefangenen Dragonern (kurhess. Husaren), worunter 1 Rittmeister, 2 Lieutenants und 1 Arzt, hier angekommen. Die Husaren sind in der Nacht von Sonnabend auf den Sonntag plötzlich von einer Schwadron Dragoner des 3. Regiments und einer Compagnie Infanterie umringt worden, so daß an Widerstand nicht zu denken war. 73 Pferde sind mit gefangen und der Brigade des General Rye übergeben worden. — Orla Lehmann ist hier angekommen. — Das Dampfschiff „Schleswig" ist Sonntag Nacht nach Alsen abgegangen.

Das englische Dampfschiff „Hecate" ist gestern Nachmittags nordwärts gegangen, vermuthlich um nach England zurückzukehren.

Polen.

Warschau, 11. Juni. Der Großfürst Konstantin Nikolajewitsch ist gestern aus St. Petersburg hier angekommen

Nachschrift.

** **Frankfurt**, 17. Juni. Die fällige Wiener Post vom 13. Juni ist in dem Augenblick, da wir zur Presse gehen, noch nicht hier eingetroffen. Wiener Berichten vom 13. in den Berliner Blättern enthalten durchaus keine belangreiche Nachricht. Der am 12. in Wien verbreitet gewesenen Gerüchte von einer von den Kaiserlichen gegen die Ungarn gewonnenen Schlacht bei Sillein oder Oedenburg wird nicht mehr gedacht; sie scheinen sich demnach nicht bestätigt zu haben.

Die radicale „Karlsr. Ztg." theilt als neueste Nachrichten aus Frankreich Folgendes mit: „Der Regierung sind durch telegraphische Depesche aus Straßburg folgende Nachrichten zugegangen: Die Sache der Freiheit hat in Paris gesiegt. Das ganze Elsaß ist im Aufstand begriffen. Die Nationalgarde in Straßburg hat die dortige Citadelle besetzt." Aus der mit gesperrter Schrift gedruckten Stelle ergibt sich, mit welchem Glauben der Zusatz, das Elsaß betreffend, aufzunehmen ist.

Fürst Windischgrätz soll zum Commandanten des an der bayerischen Grenze zusammenziehenden Observationscorps bestimmt sein. (F)

Der Wiener „Lloyd" meldet: In der k. k. Hofburg werden Appartements für Se. k. Hoheit den Erzherzog Johann hergerichtet. Es scheint demnach, als sollten wir den geehrten Prinzen bald in unserer Mitte sehen.

* **Frankfurt**, 17. Juni. So eben treffen über Straßburg mehrere telegrapeische Depeschen aus Paris vom 13. und 14. ein. Sie melden den Ausbruch der Emeute am 13., ihren weitern Verlauf und deren glückliche Bekämpfung. Die letzte derselben enthält den bereits gestern in unserm „Paris" mitgetheilten Wortlaut.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 16. Juni. An heutiger Börse zeigte sich mehr Laune, man bewilligte größtentheils für alle Zeitnotirungen höhere Course als gestern, es schien als wäre durch Taubenpost eine höhere Pariser Rentennotirung v. 14. d. M. bekannt geworden, auch für österreichischen Papiere waren willig wegen ihres Steigens zu Wien am 12. d. M. bessere Preise als gestern zu bedingen. 5pCt. Metall. blieben 72⅞ pCt, 2½pCt. Metall. 35½ pCt, Bürgerbankactien 980 fl., 500 fl. Loose 121½ pCt., 250 fl. Loose 72½ pCt. Von den übrigen Anlehensloosen waren Kurhess. 40 Rthlr. Loose 26½ Rthlr., Bar. 35 fl. Loose 25⅝ fl., do. 50 fl. Loose 46⅛ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 21¼ fl., do. 50 fl. Loose 72½ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20⅞ fl., Polu 500 fl. Loose 72½, Rthlr. Sämmtliche Obligationen gut preishaltend. Von belgischen Obligationen waren 2½pCt. belg. 41⅞ do. 4½pCt. 84⅛ do. 5pCt. 68⅝ Holländ. 2½ pCt. Integr. 49½ pCt. G. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn minder fest 34½ Rthlr., Berbach 69½ pCt., Köln-Minden 77½ pCt., Taunus 283 fl. 5pCt. inl. Span. schließen 21½ pCt G.

Berlin, 15. Juni Staatsschuldscheine 79 bez. u. G., Seehandlungs-Prämienscheine 101½ bez., Bankantheile 98⅓ Br. u. etw. bez, Berlin-Hamburg 65, 64½ u. Cöln etw. 66½ bez., Köln-Minden 77½ à ⅝ bez. u. Br., Friedrich-Wilh.-Nordbahn 34⅝ bis ½ bez., Thüring. 48⅝ u. ½ bez., Russ. bei Stieglitz 81½ bez., Poln. 500 fl Loose 71 bez., Kurhess. prämienscheine à 40 Rthlr 26⅞ bez., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 14½, G.

Russ. 4pCt. Stieglitz sowie Eisenbahnactien einige etwas, Berlin-Hamburger aber ferner merklich höher bezahlt; im Geschäft blieb es still.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Nassen

Druck von August Osterrieth.

№ 143. — Montag — den 18. Juni — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezirksgebiet von Frankfurt f. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Herzogthum Nassau f. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen f. 2. 33 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks f. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. L. Alexandre in Straßburg, Grandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — für England und überseeische Länder: Loysel u. Comp., Nr. 34. Kaxx Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (⅛ Bogen) mit Beilagen oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu übersenden. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: G. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 34. Kaxx Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmied in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir des Verlagsbuchhandlung von L. Wepf u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär K. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Amtlicher Theil.

Generallieutenant v. Peucker berichtet dem Reichskriegsministerium, dat. Weinheim, den 16. Juni 1849:

Am heutigen Morgen ging der Feind, welcher nach Aussage von Gefangenen von dem Polen Mirosławsky befehligt war, in der Stärke von 10–12,000 Mann sowohl in der Front als in meiner rechten Flanke zu einem lebhaften Angriff über, bei welchem mit Hartnäckigkeit um den Besitz des Dorfes Großsachsen gekämpft, der Feind aber mit bedeutendem Verlust überall zurückgeschlagen wurde. Das hessische Gebiet ist von dem Feinde nun gänzlich geräumt. Unsere sämmtlichen Truppen haben sich äußerst brav geschlagen.

Nichtamtlicher Theil.

Nachrichten aus Württemberg und Baden.

** Die Stuttgarter Blätter vom 16. Juni bestätigen die schon vorgestern von uns gegebene Nachricht, daß es zwischen der deutschen Reichsregentschaft der Fünfmänner und der württembergischen Staatsregierung bereits zum offenen Bruch gekommen ist. Das Ministerium Römer hat der Regentschaft geschrieben: es möge Hauptstadt und Land Schwabens räumen, und wenn auch die Regentschaft erwidert hat: sie könne und werde diesen Wunsch nicht erfüllen, so scheint es doch ihr sowohl wie dem Reste der Nationalversammlung allgemach in Stuttgart so unbehaglich zu werden, daß ihnen selbst Bedürfniß wird, was man ihnen eben noch als Wunsch von anderer Seite her angesonnen hat. Der unterfolgende Notenwechsel und die vorberathende Sitzung vom 14. sind höchst unerquicklich, und hier liegt einer jener seltenen Fälle vor, wo der derbste Humor und die große Tragik bis zur Unerkennbarkeit in einander fließen. — Wir theilen zunächst nach württembergischen Blättern den Notenwechsel mit:

An die von der Nationalversammlung aufgestellte Regentschaft.

Die am 6. d. M. von der in Stuttgart befindlichen Nationalversammlung gewählte Regentschaft für das deutsche Reich hat unter dem 12. Juni d. J. beschlossen, den württembergischen Generallieutenant v. Miller „von dem bisher bekleideten Posten eines Reichsgenerals und Commandanten der combinirten Division des 8. Armeecorps zu entheben, und das hiesseitige Kriegsministerium zu Vorschlägen zur Wiederbesetzung dieser Stelle aufzufordern.“ Generallieutenant v. Miller hat sich im Prinzip der auf die Erklärung der württembergischen Regierung, so wie auf den Beschluß der württembergischen Staatsversammlung vom 9. d. M. mit Recht gewiegert, die jenseitigen Anordnungen vom 9. Juni zu erfüllen, weil dieselben, abgesehen von der Rechtsfrage über die Stellung der Regentschaft, unmittelbar die Souveränität Württembergs gefährden würden, wenn auf Beschluß der württembergischen Staatsversammlung württembergische Truppen zum Schutze der württembergischen Regierung, so wie auf den Beschluß der württembergischen Staatsversammlung von 9. d. M. mit Recht geweigert, die jenseitigen Anordnungen vom 9. Juni zu erfüllen, weil dieselben, abgesehen von der Rechtsfrage über die Stellung der Regentschaft, unmittelbar die Souveränität S. M. Württembergs gefährden würden, wenn auf Beschluß der württembergischen Staatsversammlung württembergische Truppen zum Schutze der württembergischen Regierung, so wie auf den Beschluß der württembergischen Staatsversammlung württembergische Truppencorps

Aus Baden.

Vom Neckar, schreibt man dem „Schwäb. Merk." unterm 13. Juni: In badischen (republikanischen) Blättern wird Brentano scharf angegriffen. Mag sein Wille redlich sein, heißts unter Anderm, so taugt aber seine Einsicht nicht in diese aufgeregte Zeit. Die Revolutionszeit nicht begreifend, will Brentano die Ruhe, die Revolutionszeit begreifend, will Struve den Krieg.

Karlsruhe, 14. Juni. Die in Ihrem heutigen Blatt aus Frankfurt gebrachte Nachricht über die Bildung des großherzoglichen Ministeriums hat sehr überrascht. Ein Ministerium Marschall-Regenauer würde, wenn es sich bestätigte, allen Parteien mißfallen. (Regenauer, der auch fort war, ist seit einigen Tagen wieder hier.) — Man erzählt über eine angeblich gestern stattgehabte Wahl eines Volkswehrhauptmanns Folgendes: Eine Abtheilung Volkswehr sollte sich einen Hauptmann wählen; es waren zwei Candidaten vorhanden, wovon einer sogleich eine Rede voll Feuer hielt, und versprach, seine Compagnie durch den dichtesten Kugelregen zum Sieg und Ruhm zu führen, indem er noch viel von seiner Tapferkeit und Heldenmuth beifügte. Als der Erste geendet hatte, trat der zweite Candidat auf, und sprach: Kameraden! Ich verspreche Euch, beim ersten Kanonenschuß Euch — nach Hause zu führen! Das wirkte elektrisch, und der letztere soll gewählt worden sein. — Der Beschluß, die Gendarmerie aufzulösen, ist nun zurückgenommen, wovon die Mannschaft in Kenntniß gesetzt wurde, mit der Aufforderung, alsbald wieder in ihre Stationsorte zu gehen. Die Mannschaft geht ab. — Es treffen fort und fort neue gepreßte Volkswehren ein. (S. M.)

* **Karlsruhe,** 15. Juni. Nachdem die heutige Sitzung der constituirenden Versammlung von Baden um 10 Uhr eröffnet worden war, machte Mördes die Anzeige, daß die zur Entwerfung eines Verfassungsentwurfs niedergesetzte Commission mit ihrer Arbeit fertig sei. Es wurde hierauf die sofortige Verlesung des Entwurfs beschlossen und von dem Berichterstatter Mördes vollzogen. Der Entwurf lautet: „Im Namen des Volkes von Baden. Zur Ausführung des Beschlusses vom 13. d. M. über die Errichtung einer provisorischen Regierung mit dictatorischer Gewalt, beschließt die verfassunggebende Versammlung und verkündet als Gesetz: Art. 1. Die provisorische Regierung vereinigt in sich alle Regierungsgewalt, insofern sie nicht durch dieses Gesetz beschränkt ist. Art. 2. Die provisorische Regierung ist die allgemeine vollziehende Behörde für die Beschlüsse der verfassunggebenden Versammlung. Art. 3. Die provisorische Regierung hat die Befugniß, provisorische Gesetze zu erlassen und Gesetze zu suspendiren. Art. 4. Die provisorische Regierung ernennt für die regelmäßige Verwaltung des Landes Minister. Diese Ernennung wird von demjenigen Mitgliede der provisorischen Regierung vorgenommen, welches bei der Wahl die meisten Stimmen erhielt. Die Entlassung der Minister geschieht nach collegialischem Beschluß der provisorischen Regierung. Art. 5. Das übrige Beamtenpersonal wird von der provisorischen Regierung insgesammt ernannt. Jedoch kann in dringenden Fällen jedes Mitglied der Regierung auf seine Verantwortung hin Ernennungen vornehmen. Das Gleiche findet bei der Entsetzung der Beamten statt. Art. 6. Die provisorische Regierung hat das Recht, in gleicher Weise außerordentliche Beamten mit den ihr gut dünkenden Vollmachten zu ernennen, und ihren Gehalt zu bestimmen. Art. 7. Die provisorische Regierung hat das Recht, unbedingt über die Staatsgelder zu verfügen. Art. 8. Die provisorische Regierung hat das Begnadigungsrecht. Art. 9. Die provisorische Regierung hat die oberste Militärgewalt. Art. 10. Die provisorische Regierung hat das Recht der Vertretung nach Außen. Gegeben Karlsruhe, den 15. Juni 1849. ꝛc." Der Entwurf wurde ohne weitere Discussion angenommen. Ueber den Schluß der Sitzung ist bereits in der gestrigen Nummer dieses Blattes berichtet worden.

Sicherem Vernehmen zufolge sind die früher in Rastatt, später in Kißlau gefangen gehaltenen Dragonerofficiere auf Geheiß der provisorischen Regierung gestern in Freiheit gesetzt worden. (N. Fr. Z.)

× **Karlsruhe,** 15. Juni. In der heutigen Nachmittagssitzung der „constituirenden Versammlung" verlas der Präsident der Kammer ein eingegangenes Schreiben der provisorischen Regierung, worin der Versammlung die Mittheilung gemacht wird, daß die Regierung den Bürger Mördes von Mannheim zum Minister des Innern, Metz von Freburg zum Finanzminister, und Sachs aus Mannheim zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt habe; das Justizministerium habe sich Brentano vorbehalten. Ueber die Besetzung des Kriegsministeriums werde später Mittheilung erfolgen.

Bürger Goegg, Mitglied der neu constituirten Regierung, ist den 16. Juni Mittags in das Hauptquartier abgegangen, um dem commandirenden General Mieroslawski in allen Angelegenheiten, die nicht rein militärischer Art sind, zur Seite zu stehen.

Mannheim, 14. Juni. Auch hier wie in den übrigen Theilen des Landes wird nun mit Strenge gegen jene Pflichtigen des ersten Aufgebots eingeschritten, welche sich dem Aufruf entzogen haben. Ihre Eltern und ihr Vermögen werden in Ermangelung der Flüchtigen zunächst in Anspruch genommen.

Rastatt, 11. Juni. Der Festungsbaudirector k. k. Oberstlieutenant Maly, erhielt vom Reichsministerium zu Frankfurt die Weisung, sich mit den wenigen noch hier weilenden österreichischen Officieren unverzüglich nach Bregenz zu begeben, wohin früher schon die österreichische Besatzung Rastatts dirigirt wurde, wenn nicht die provisorische badische Regierung geneigt sein sollte, Reichstruppen jener Länder, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, zunächst Hessen und Würtemberger, in die Festung Rastatt aufzunehmen. Der Betreffende sandte diese Weisung sogleich nach Karlsruhe, von wo er gestern den Bescheid erhielt: sein Bureau unverweilt zu übergeben und der Frankfurter Weisung Folge zu geben. Morgen wird uns demnach der Rest der österreichischen Officiere verlassen und der Weiterbau der Festung, der gegenwärtig fast gänzlich eingestellt ist, von badischen Technikern geleitet werden. (N. Fr. Z.)

Freiburg, 13. Juni. Heute zog die bisher hier gelegene Mannschaft des ersten Aufgebots aus der Umgegend auf der Eisenbahn nach dem Unterlande ab, nachdem schon gestern ein Theil des Leibregiments ebenfalls dahin abgegangen war, so daß wir jetzt ganz von Truppen entblößt sind. Wenn man von Enthusiasmus dieser Leute spricht, so ist dies im Allgemeinen unrichtig. Sie gehorchen, weil sie einmal müssen. Ja man kann von ihnen selbst hören, daß freiwillig nicht einmal der vierte Theil zusammengekommen wäre. Uebrigens haben sie sich während ihres Hierseins sehr gut aufgeführt, auch ordentliche Fortschritte im Exerciren gemacht. Nur an Einem scheinen sie sich noch nicht sehr gewöhnt zu haben: an Disciplin. So fielen sie bei einer militärischen Excursion, weil ihnen etwas nicht gefiel, über ihren Führer, Hauptmann Siegel, geradezu thätlich her. Ebenso setzte einmal ein Theil des hiesigen Aufgebots einen seiner Officiere trotz der Einsprache desselben Siegels wieder ab. Man sieht also, die Landwehr will in dieser Beziehung nicht hinter der Linie zurückstehen, souverän, wie letztere, sein. Auch unter dem Volk ist statt Enthusiasmus vielmehr entschiedene Abneigung zu finden. So waren gerade wieder gestern Executionstruppen in das Amt Staufen beordert. Ueberhaupt zeigt sich das ganze Oberland schwierig. Dasselbe gilt vom südlichen Schwarzwald, z. B. von den Aemtern St. Blasien und Waldshut. So haben auch die Hauensteiner, die sich weder Waffen kaufen, noch auch exerciren wollen, eine Deputation in diesem Sinn nach Karlsruhe geschickt. Es ist allerdings auch keine Kleinigkeit, wenn Gemeinden, die sonst sehr verschuldet sind, und sich vor Umlagen nicht zu heißen wissen, zur Ausrüstung der von ihnen zu stellenden Mannschaft oft mehrere Tausend Gulden aufnehmen müssen, und besonders jetzt, wo das Geld so schwer zu bekommen ist. Und erst, wenn man sich fragt, wofür das Alles? Hat doch kein Vernünftiger nur einen Funken Glauben an den jetzigen Zustand der Dinge. Der schlagendste Beweis davon sind unsere Wahlen zur const. Versammlung. Die eigentliche Bürgerschaft, der Kern des Volkes, hat sich der großen Mehrzahl nach gar nicht dabei betheiligt. So steht es jetzt bei uns, wo nach unsern Blättern alles voll Enthusiasmus sein soll. In welch gedrückter und unerträglicher Stimmung wir leben, das wird erst dann recht offenbar werden, wenn wir wieder aus der gegenwärtigen Lage heraus sind. Doch ein Gutes hat es immer, wir haben nämlich jetzt auch die Seligkeit einer republikanischen Advocatenregierung kennen gelernt; und das ist jedenfalls viel werth. Denn nur Erfahrung, und zwar schlimme Erfahrung, kann die Leute von ihren kranken Ideen heilen, wenn sie je noch zu heilen sind. (S. M.)

Nachrichten vom Kriegsschauplatz am Neckar und Rhein.

** Neueres als die Berichte über den heißen Kampf in der Bergstraße am 15. und 16. Juni liegt heute noch nicht vor. Ob am 17. Waffenruhe herrschte oder ob die Kräfte im blutigen Streit wieder gemessen wurden, wissen wir zur Stunde nicht; nur so viel sei bemerkt, daß man im Lauf des gestrigen Nachmittags außerhalb unserer Stadt von Süden her wieder deutlich Kanonendonner vernommen haben will. Ueber die Resultate des Kampfes am 15. und 16. liegen heute von beiden Seiten die Berichte in officieller Fassung vor und es ergibt sich aus denselben, daß diese Tage entschiedende nicht gewesen sind. Vielleicht wird es der heutige, der Gedächtnißtag von Belle-Alliance. Die diesseitigen Berichte lauten indessen zu unbestimmt, und die jenseitigen tragen das Gepräge der Entstellung so sehr an sich, daß sich als entschieden wahr im Allgemeinen nur Folgendes annehmen läßt. Die diesseits des Rheins operirende Heeresmacht ist mit ihrem linken und rechten Flügel entschieden und mit Erfolg vorgedrungen, und zwar der linke über Hirschhorn hinaus, welches letztere von den Hanauer Turnern geräumt worden ist, der rechte bis über Käferthal hinaus vor die Stadt Mannheim, wo der Neckar den Truppen Halt gebietet. Zu einem heißen mit abwechselndem Glück und Erfolg geführten Kampf kam es nur im Centrum, und steht wenigstens so viel fest, daß das Hauptquartier der Reichstruppen noch das bereits occupirte badische Gebiet, trotz des Siegesgeschreies der „Karlsruher Zeitung", nicht verlassen hat. Der Neckarübergang bei Ladenburg ist der streitige Punkt. Daß die Brücke von den Reichstruppen genommen sei, hat sich nicht bestätigt. Auf dem linken Rheinufer haben die Preußen das durch eine Schiffbrücke mit Mannheim verbundene Ludwigshafen genommen, und bedrohen jene badische Stadt; die „Karlsr. Zeitg." lügt, wenn sie behauptet, Ludwigshafen und Frankenthal seien wieder im Besitz der Insurrection. Wir lassen nunmehr zunächst die Berichte der Darmstädter Blätter und diesen die jenseitigen Mittheilungen der „Karlsr. Ztg." folgen. Der Leser hat dann die beste Gelegenheit, sich aus dem Vergleich beider den Kern der Wahrheit herauszuschälen:

Erbach, 15. Juni. Heute Morgen verließen uns die seit gestern hier (früher in Beerfelden) einquartierten Reichstruppen (kurhessische Infanterie und Darmstädter reitende Artillerie) wieder; sie marschirten gegen Beerfelden, auf welchem Wege bayerische Jäger, aus dem Marbachthale kommend, zu ihnen stießen; diese Truppen setzten sodann vereint ihren Marsch fort nach Hirschhorn und Neckarsteinach, in welcher Gegend man heute Abend schon deutlich Kanonendonner vernahm. — Dr. Nöthig aus Miltenberg (bekannt als Redner auf einer Michelstädter Volksversammlung) hat sich durch die Flucht seiner Verhaftung entzogen. — Der hiesige Bürger Seier, welcher vor einigen Tagen durch 1 Bataillon Mecklenburger dahier arretirt und nach Darmstadt transportirt worden war, kam vorgestern wieder hierher zurück, und zwar geschlossen, in Begleitung eines Gendarmen; er wurde augenblicklich dahier freigegeben. (Od.)

Darmstadt, 17. Juni. Ueber die letzten Vorgänge an der Bergstraße sind uns zuverlässige directe Mittheilungen zugegangen. Am 15. wurden die Mecklenburger mit Verlust von Ladenburg durch den überlegenen Feind zurückgewiesen. Sie nahmen mit darmstädtischen und kurhessischen Truppen eine Stellung bei Großsachsen ein, welche gestern Morgen von badischer Seite besonders durch ein bedeutendes Artilleriefeuer (man hörte es hier) mit Vortheil angegriffen wurde. Die Reichstruppen zogen sich, da der Feind in überlegener Zahl angriff, langsam zurück, sodaß gestern Abend das Hauptquartier sich in Weinheim befand, jenseits welcher Stadt Vorpostenketten mit größeren Piquets aufgestellt wurden. — Verwundet wurden Oberlieutenant Keim und Major Reidhardt vom 4. Regiment. Die Gerüchte über den Verlust unserer Truppen, welche in der Stadt umlaufen, sind höchst übertrieben, auch an Ort und Stelle selbst hört man aus dem Munde der Soldaten Angaben, die unter augenblicklichen Eindrücken gegeben mit den genaueren Nachsuchungen nicht übereinstimmen. Das Schießen, welches gestern Nachmittag vernommen wurde, kann nur von Ludwigshafen her gehört worden sein. Es hieß in Weinheim, Mannheim werde von Preußen beschossen. Es scheint, daß an der Bergstraße, so lange nicht bedeutendere Truppenmassen concentrirt sind, mit Erfolg nicht vorgegangen ist.

Ein anderes Schreiben von gestern, Sonntag, Morgens halb 8 Uhr sagt: Der soeben angekommene Bahnzug aus der Bergstraße bringt uns keine Nachrichten über weitere Vorfälle vom Kriegsschauplatze. Drei schwer Verwundete und etwa sechs leicht Blessirte kamen mit demselben an. Hier angekommene Privatbriefe melden, daß der rechte Flügel unserer Truppen vergangenen Abend bei Mannheim stand. Die Einnahme vom Käferthal bestätigt sich demnach. Daselbst liegt ein Theil unserer Artillerie und unser zweites Regiment. Im Laufe des heutigen Tages erwartet man neue preußische Truppen. — Hirschhorn, welches seit vorigem Mittwoch von Hanauer Turnern besetzt war, ist von denselben zufolge einer Mittheilung der „Darmst. Zeitung" wieder geräumt worden. Eine Truppenabtheilung, die vorgestern dort durchzog, fand keine Veranlassung zum Kampfe mehr.

Darmstadt, 17. Juni. Seit dem Einrücken der Reichstruppen über die badische Grenze und dem Vordringen in weitere Positionen ist ein hartnäckiger Kampf entbrannt, welcher an sechsundzwanzig Stunden dauerte, und endlich mit Ermüdung beider Theile gestern aufhörte, nachdem unsererseits mit beispielloser Bravour die Positionen wieder eingenommen worden und gegenwärtig behauptet werden, welche im Gewoge des Treffens wie vor dem Andrange bedeutender Uebermacht mehrmals verlassen, occupirt und wieder verlassen wurden. Das Hauptquartier befindet sich nach wie vor in Weinheim, während der rechte Flügel von Birnheim aus ohne Hindernisse vorwärts gekommen ist und dort jedenfalls eine vorgerückte Stellung einnimmt. Auf dem Felde zwischen Ladenburg, Schriesheim, Hedesheim und Großsachsen fand die Action unseres Centrums gegen das Gros der feindlichen Armee statt, wo das Treffen ein sehr hartnäckiges und langes war. Einzelheiten desselben mitzutheilen ist jetzt noch nicht möglich; sie sollen nachfolgen. Daß Tapferkeit und begeisterter Muth unsere Truppen beseelte, darüber herrscht nur eine Stimme und werden davon glänzende Züge erzählt. So war ein Geschütz dadurch, daß seine Bespannung von Kugeln gefallen, in Feindes Hand gerathen, als ein Unteroffizier mit vier Mann sich in die Schaaren stürzte und das verlorene Stück alsbald wieder eroberte. Die gestern hier bequartierten preußischen Truppen sind Nachmittags nach Eberstadt, Seeheim, Jugenheim und Alsbach vorgerückt um dort vor der Hand eine Reserveposition in dritter Linie einzunehmen. Abends trafen weitere 2100 Mann Preußen ein, welche vorzugehen bestimmt sind, indem zugleich noch heute und morgen der übrige Theil des unter dem Commando des General v. d. Gröben stehenden großen Truppencorps hier ein- und weiterrückt, um mit der dazu gehörigen Artillerie (44 Geschütze) die Heereskräfte des Weinheimer Hauptquartiers zu verstärken. Auch die gestern hier durchgekommenen 2 bayerischen Regimenter und Batterien sollen in Großgerau Halt machen, um eventuell zu dem diesseitigen Operationscorps gezogen zu werden.

Die gestern erwähnten Feuersäulen stiegen in Ludwigshafen auf, welches die Preußen, von Frankenthal vorrückend, erst bombardirten und dann einnahmen. Als dieselben hierauf auch Mannheim zu bombardiren anfingen, sollen von der Stadt sofort Parlamentäre an sie abgeschickt worden sein, um wegen der Uebergabe zu unterhandeln. Privatbriefe, deren Inhalt wir jedoch noch nicht verbürgen können, melden, daß unser 2. Regiment in Mannheim eingerückt sein soll, während die Preußen von Ludwigshafen aus zugleich eingezogen sein sollen. In Mannheim soll die Jesuitenkirche und einige daran angrenzende Gebäude abgebrannt sein.

Dem „Darmst. Journ." schreibt man unter dem 15. Juni über die Operationen gegen Mannheim, wie folgt: „Von glaubwürdiger Seite her kann ich mittheilen, daß das heute (15.) Morgen hier aufgebrochene preußische Operationscorps in Verbindung mit anderen bereits an der Rheinschanze in ein hitziges Gefecht gekommen ist mit Freischaaren und Badensern. Die von letzteren auf der Brücke nach dem Ludwigshafen erbaute Barrikade, sowie das dabei liegende „deutsche Haus" ist von preußischer Seite beschossen und in Flammen aufgegangen. Die Anzahl der Verwundeten und Todten beläuft sich, nach ziemlich genauen Angaben, preußischer Seits auf etwa vierzig, bei den Freischaaren und Badensern dagegen auf eine bei weitem größere Anzahl. Heute Abend sollen von letzteren mehrere Wagen Verwundeter und Gefangener, sowie Gewehre, Sensen ꝛc. eingebracht werden. Die Kanonade von hier und diesseits von den regulären Truppen auf die Stadt Mannheim dauert fort und soll dieselbe morgen mit Sturm eingenommen werden.

Die provisorische Regierung von Baden gibt in der Karlsruher Zeitung folgenden „Officiellen Bericht über den Kampf vom 15. Juni 1849." „Sieg der Unsern an allen Orten unter dem Oberbefehl des Generals Mieroslawski. Der Kampf begann des Morgens um 10 Uhr gleichzeitig an vier Punkten. Die Feinde griffen am rechten Ufer des Rheins

Ladenburg, Käferthal und Weinheim an, wurden indeß kräftig zurückgeschlagen und über die Grenze gegen Birnm zu verfolgt. Käferthal und Ladenburg wurden im Sturm genommen. Der polnische Oberst Tobiin, der Käferthal an der Spitze stand, commandirte die Unseren ng der gefährlichen Verwundung, die er erhalten, mit ausgezeichnetem Heldenmuthe. Bei Ladenburg blieb auf der feindlichen Seite der verrätherische Officier, frühere badische Oberst Rogbach. Auf dem linken Rheinufer versuchten die Preußen von Ludwigshafen aus über die Brücke nach Mannheim vorzudringen, wurden aber fortwährend zurückgetrieben, und mußten, nachdem der Kampf bis Abends 10 Uhr gewährt, mit großem Verluste weichen. Die Tapferkeit aller unserer Truppen war bewundernswerth; die Artillerie mit der Abtheilung des Volkswehr hat mit großer Sicherheit manövrirt. Der Feind wird die Unseren achten und begreifen lernen, daß die Begeisterung für die Sache der Freiheit die Kräfte verdoppelt und den Sieg gewiß macht. Der Verlust des Feindes an Mannschaften, Pferden, Waffen und Gepäck ist nicht unbeträchtlich; Mecklenburger und Hessen sind gefangen worden. Sie erklärten, daß sie nur gezwungen gegen uns gekämpft haben; noch ein Sieg der Unseren und die Feinde gehen in Masse zu uns über. An Muth und Ausdauer hat es den Gegnern nicht gefehlt; um so kräftiger war daher der Kampf der Unseren.

Die „Karlsruher Zeitung" enthält folgende Berichte:

Karlsruhe, 16. Juni. Ueber die jungen Lorbeern, die General Mieroslawski mit unserm begeisterten Heere am Rhein erworben, sind wir im Stande, noch Folgendes mitzutheilen: Das Dorf Käferthal wurde mit dem Bajonnet genommen, ohne daß ein einziger Schuß fiel; und würde, wenn die Unsrigen hinlängliche Cavallerie gehabt hätten, den Feinde die Flucht abzuschneiden, die ganze dort aufgestellte Truppenabtheilung gefangen worden sein. — Das preußische Corps, welches in Ludwigshafen eingedrungen — worüber wir bis jetzt noch keine ausführliche Nachricht haben —, wurde von dort durch ein wohlgeleitetes Artilleriefeuer vertrieben, und hat nicht nur diesen Ort, sondern auch Frankenthal geräumt, ja, wie man sagt, sich gar bis hinter Worms zurückgezogen. Dagegen ist die Nachricht von der Besetzung Kaiserslauterns durch die Preußen hier eingetroffen, die jedoch von dort aus an weiterm Vordringen behindert sind, indem General Szivaide und die unter ihm commandirenden Führer Schnecke und Schimmelpfennig die Gebirgspässe besetzt halten und daselbst eine Stellung eingenommen haben, die des Angriffs spottet. Zwischen Ludwigshafen und Germersheim sind hinreichende Truppen aufgestellt, um die Preußen bei weiterem Vordringen aufzuhalten, darunter die deutsch-polnische Legion. Der Sieg der Unsrigen macht diese Vorsichtsmaßregeln für jetzt überflüssig. Hier kam heute Vormittag ein Trupp preußischer und mecklenburgischer Gefangenen durch, darunter ein Major und mehrere Offiziere.

* **Karlsruhe**, 16. Juni, 2 Uhr Nachmittags. So eben geht von Heidelberg die Nachricht von einem zweiten glücklichen Erfolg unserer Waffen ein. Diesen Morgen fand unter Laderburg ein Angriff der Unsrigen auf preußische Truppen statt, welcher nach einem hartnäckigen Kampf mit der Flucht des Feindes endigte, welcher von den Unsrigen mehrere Stunden weit verfolgt wurde. Verwundete, die nach Heidelberg in mehreren Wagen gebracht wurden, erzählen voll Siegesfreudigkeit von vielen Gefangenen, worunter sich abermals mehrere Offiziere befinden sollen.

** **Frankfurt**, 18. Juni. Im Lauf des gestrigen Tags und der vergangenen Nacht ist der größere Theil der in dieser Woche hier einmarschirten preußischen Truppen nach dem Kriegsschauplatz zwischen Neckar und Main abgegangen: Reiterei, Infanterie und Artillerie. Hier eingerückt sind gestern früh zwei Schwadronen Kürassiere, ein Jägerbataillon, zwei Bataillone Linie 20er, eine halbe Fußbatterie, ferner: eine Schwadron rothe Husaren, ein Bataillon Landwehr 20er, eine halbe reitende Batterie. Ein Theil dieser nun angekommenen Truppen ist bereits südwärts wieder abgegangen.

Deutschland.

† **Wien**, 13. Juni. Die heutige „Wiener Zeitung" bringt folgenden Bericht über einen bereits gerüchtweise gemeldeten Sieg der Kaiserlichen in Südungarn, bei welchem Jellachich nur zwei, die Magyaren dagegen 1500 Mann verloren (Y):

Der Feldzeugmeister und Ban Baron Jellachich hat, seinem Berichte aus Kovil vom 8. d. M. zufolge, seine Operationen durch einen verhältnißmäßig folgenreichen Sieg über das, nächst den Römerschanzen stärkste, magyarische Corps eröffnet. Vor Tagesanbruch des 5. d. hatte der Feldzeugmeister mit vier Infanterie- und zwei Cavallerieabtheilungen aus dem Lager bei Titel in einem Marsche bis an die Römerschanzen vorgerückt. Der linke Flügel seiner dortigen Stellung war durch Sümpfe und die Donau gedeckt, der rechte Flügel durch den Kanal. Bald etwas gedeckt; zwei Brigaden besetzten die Dörfer Georgewo und Josefshof, wodurch die in der Front sehr haltbare Stellung, deren Centrum größtentheils von Cavallerie mit dem Vortheil des Geschützes gedeckt war, an Stärke gewann. Um ein halb fünf Uhr früh, rückte der Feind mit sechs Bataillonen, drei Escadronen, drei Batterien, zum Angriffe vor. Seine sämmtliche Macht vereinigte ihr Feuer gegen die Mitte unserer Stellung, welch, wegen der höchst zweckmäßigen Aufstellung unserer Schlachtlinie, ohne Wirkung. Bald war die eigentliche Absicht des Feindes zu erkennen, durch eine Umgehung unseres rechten Flügels die Entscheidung des Kampfes zu erzielen. F.-M.-L. Dittmar traf sogleich mit der ihm eigenen viel bewährten Umsicht die geeignetsten Gegenanstalten; er hielt das feindliche Vordringen an der Waldspitze durch kleinere Abtheilungen auf, und leitete nachdrückliche Cavallerieangriffe in beiden Flanken der feindlichen Angriffscolonnen ein. Das ganze reitende Artillerie richtete ihr Feuer gegen die Vertheidigungen in den feindlichen Massen an, bis nach bemerkbarer Auflockerung derselben der günstige Moment für den entscheidenden Choc eintrat. Drei Escadronen Wallmodenkürassiere, eine Escadron Kaiserdragoner und ein Flügel Sachsenkürassiere stießen nun zu gleicher Zeit auf drei verschiedenen Punkten in die feindliche Infanterie ein, und durchhieben deren Mitte, so daß die gewesenen Truppen in wilder Hast den Verschanzungen zueilten. Ein Bataillon Turnky und das 8. Honvedbataillon wurden ganz zusammengehauen; bei 500 Leichen deckten das Feld, 300 meist schwer Verwundete fielen in unsere Hände. Bei der durch die früheren Gräuelscenen hervorgebrachten Erbitterung der Mannschaft waren wenig Gefangene gemacht; mehrere leicht Verwundete retteten sich auf den ihnen von Ressay entgegengesandten Wagen. Ein großer Theil der sich zurückziehenden Truppen wurde durch die rasche Verfolgung von dem Rückzugswege nach Ressay abgeschnitten, und in die Jareler Sümpfe versprengt. Der Verlust des Feindes in Folge dieses Sieges kann auf 1500 Mann angenommen werden. Der in Verhaftung Verwendung der Cavallerie von Seite des Feldmarschall-Lieutenants Dittmar ist es hauptsächlich zu verdanken, daß der herrliche Erfolg mit dem geringen Verluste von zwei Todten und zehn bis zwölf Verwundeten erreicht wurde. Bei der durch diesen Schlag verursachten Bestürzung des Feindes, hielt es der Feldzeugmeister für angemessen, in der folgenden Nacht ein Streifcommando gegen Petrovacz zu entsenden, um in diesem Orte, in welchem die geraubten Vorräthe der umliegenden serbischen Ortschaften aufgespeichert sein sollen, eine Requisition vorzunehmen. Die Brigaden des rechten Flügels gedachte er nach Jarek, Temerin und Gospodinzze vorzuschieben.

Auch das Cernirungscorps von Peterwardein hat in der Nacht von dem vierten neuerdings einen mit an ähnlicher Truppenzahl unternommenen Ausfall der Besatzung zurückgewiesen. Es war den acht Bataillons der Besatzung unter dem Schutze der Finsterniß gelungen, in zwei tief eingeschnittenen Thälern sich den mit zwei Bataillons besetzten Verschanzungen auf den Kuppen des Karagacs und Petrovacz zu nähern. Nach dem rühmlichsten Widerstande des vierten Grenzregiments, welches an Todten und Verwundeten 5 Officiere und 120 Mann verlor, fielen drei Schanzen in den Besitz des auf diesem Punkte an Zahl überlegenen Feindes; — doch nur auf kurze Zeit, denn schon war die Infanteriereserve des Generals Kastik angerückt. Die neunte Linienkompagnie erstürmte mit glänzender Bravour die Redoute des Petrovacz wieder, und warf den in der Flanke vordringenden Feind mit dem Bajonnet zurück; Major Kezniczek umging mit seinem Szluiner Bataillon den Karagacs, und nöthigte den Feind, auch hier die errungenen Vortheile aufzugeben. Nach den Aussagen der Gefangenen hat der Feind in diesem Gefechte bei 60 Todte, 400 bis 450 Verwundete gehabt haben; unser Verlust war an Todten 4 Officiere, 81 Mann, an Verwundeten 3 Officiere, 165 Mann vom Feldwebel abwärts.

Nach diesem Bericht erscheint es sehr wahrscheinlich, daß es die Absicht der Magyaren gewesen, durch die Sprengung des Peterwardeiner Cernirungscorps und Wegnahme der festen Positionen von Bukowic, Kamenic und Carlowic den Ban von Syrmien abzuschneiden und ihn auf dem engen Terrain im Tschaikistendistrict zwischen der Donau und der Theiß einzuschließen — durch Perczel in Syrmien und der Bacska und durch Bem auf dem Banater Theißufer. Diese Annahme erschiene um so wahrscheinlicher, wenn sich das Gerücht bestätigen sollte, daß sich Bem mit starker Macht dem rechten Theißufer nähere, und es spricht dafür auch die Hartnäckigkeit, mit welcher Perczel die Schanzen vor Peterwardein um jeden Preis zu nehmen suchte.

Am 9. d. rückte das 19. Jägerbataillon aus dem Lager bei Stammersdorf zur Besetzung der ungarischen Grenze ab. An demselben Tage fand ein so heftiger Wolkenbruch in jener Gegend statt, daß alle Lagerzelte unter Wasser gesetzt und von den Habseligkeiten der Offiziere nur Weniges gerettet wurde.

Aus **Oberungarn** ergießen sich die Schilderungen über die allenthalben sich darstellenden Gewaltthaten der Magyaren, namentlich in der Erpressung von Recruten. Auch sind alle bis jetzt verschont gebliebenen Güter der Kaiserlichgesinnten geplündert und von einigen sogar, wie von jenen von Stephan Szirmay, das Immobile veräußert worden. Der griechisch-unirte Bischof wird von 12 Guerillas von Dorf zu Dorf herumgeführt, wo er im festlichen Ornate für die Republik predigen muß; gleiche Predigten ist wöchentlich zwei Mal jeder Dorfpfarrer zu halten genöthigt. Außerdem müssen sie mit dem Allerheiligsten den Landsturm gegen die Russen als Feinde der heiligen Religion anführen.

Die Cholera fordert fortwährend viele Opfer im Lager, besonders bei den Russen.

F.-M.-L. Radezky war am 7. d. in Florenz angelangt.

* **Wien**, 13. Juni. Zu Ehren des bayer. Prinzen Luitpold wurde gestern Morgen 8 Uhr auf dem Josefstädter Glacis eine Truppenrevue abgehalten, der, außer dem Kaiser, auch dessen Bruder, der Erzherzog Franz Karl, und die Erzherzoginnen Sophie und Hildegarde beiwohnten. Ausgerückt waren 2 Bataillone Jäger, 7 Bataillone Infanterie 2 Bataillone Grenadiere, 6 Artillerie- und 2 Raketenbatterien, endlich 2 Divisionen Kürassiere. Das auf gestern bestimmt gewesene Seelenamt für die in Ofen den Heldentod Gefallenen der k. k. Armee ist wegen der stattgefundenen Revue der hiesigen Garnison auf heute verschoben worden. Es wurde dazu die Hiezinger Pfarrkirche gewählt. — Der Kaiser besuchte am Sonntag bei Aufführung der Oper „die Krondiamanten" zum ersten Male das k. k. Operntheater, in Begleitung seiner Eltern. Der Empfang war ein freudiger. Das gesammte Gesangspersonal stimmte dabei die Volkshymne an. — Vom 9. bis 11. sind wieder 25 Personen an der Cholera erkrankt, darunter jedoch nur 8 verstorben.

Der „Lloyd" meldet: „Wir vernehmen, daß der Kaiser von Rußland heute in Krakau ankommen und seine Truppen selbst nach Dukla führen wird. Fürst Paskiewitsch soll auch heute in Krakau eintreffen.

Innsbruck, 14. Juni. Durch Estafette traf vom hohen Kriegsministerium die Ordre ein, daß sämmtliche aus Südtyrol und Italien nach Reutte bestimmte Truppen schnellstens nach Vorarlberg zu marschiren haben. (Tirol. B.)

Breslau, 14. Juni, Nachmittags. Die „Schlesische Z." meldet Folgendes: „Nach einer uns so eben zugekommenen directen Mittheilung ist heute früh 5 Uhr Se. Majestät der Kaiser Nicolaus, begleitet von dem Großfürsten Konstantin und dem Fürsten Paskiewitsch, mittelst Separatzuges auf der Eisenbahn von Warschau in Mlawy angekommen und hat seine Weiterreise von da nach Krakau ohne Aufenthalt fortgesetzt. Ob derselbe und wie lange in Krakau bleiben werde, darüber fehlen uns noch bestimmte Nachrichten. Nach dem, was darüber noch gestern Abends in Krakau verlautete, ist anzunehmen, daß Seine Majestät auch nicht in Krakau verbleiben, sondern gleich nach seiner Ankunft von da weiter über Podgorze durch Galizien zur Armee abreisen werde. Auf dem Zuge, auf welchem sich der Kaiser befand, wurden noch fünf kaiserliche Equipagen nachgeführt; welcher Umstand auch ein weiteres Reiseziel vermuthen läßt. In Wien muß man über die Stunde der Ankunft des Kaisers nicht genau unterrichtet gewesen sein, denn es wurde keine irgend hohe Person an der Grenze zum Empfange desselben bemerkt. Erst heute früh 11 Uhr fuhr der Erzherzog Wilhelm auf der Eisenbahn, von Wien kommend, über Kosel in der Richtung nach Krakau hin, um, wie seine Umgebung äußerte, den Kaiser zu empfangen und demnächst zu begleiten."

* **München**, 15. Juni. Der König hat eine Proclamation an die Pfälzer erlassen, in welcher er sie auffordert, die Bahn der Gesetzlosigkeit und des Treubruches zu verlassen und zur Wiederbefestigung der Grundpfeiler der staatlichen Ordnung beizutragen. Die Feinde mögen der verdienten Strafe verfallen, schließt der Aufruf, den Verirrten wird der König zu verzeihen wissen.

*/ **Kaiserslautern**, 16. Juni. Vorgestern, kurz nach Abgang meines letzten Berichtes, sind die Preußen hier eingerückt und zwar ohne alle Störung. Vorher hatte der General Hirschfeld den Bürgermeister vor das Thor rufen lassen und von demselben die Versicherung erhalten, daß nicht der geringste Widerstand geleistet werden würde. Diese Truppen (etwa 3000 Mann, Infanterie vom 26. und 27. Regiment, eine Schwadron Ulanen, eine Abtheilung Jäger und eine halbe Batterie Geschütz) waren von Lauterecken her das Lauterthal herauf gekommen. Heute Morgen sind diese Truppen weiter marschirt durch das Frankensteiner Thal nach Neustadt, und wenn nicht diesen Nachmittag einige Nachzügler eingetroffen wären, hätten wir gar keine Soldaten mehr hier. Die Bürgerwehr versieht nach wie vor den Wachtdienst am Centralgefängnisse. Das enge Frankensteiner Thal, welches mit seinen Höhen eine natürliche Festung bildet, scheint von den Pfälzern verlassen werden zu sein, weil sie fürchten mußten, von allen Seiten eingeschlossen zu werden, sonst hätte es hier voraussichtlich zum Kampf kommen müssen. Die Preußen, welche von Berbach über Homburg einmarschirten und dort ein kleines Gefecht bestanden, scheinen sich über das Gebirg nach Landau gewendet zu haben. Von letzterm Punkt hat man hier gar keine Nachrichten. Viele Eltern sind um das Schicksal ihrer Söhne, welche den Zug mitgemacht haben, aufs ängstlichste besorgt. Es befinden sich junge Leute aus den ersten Familien darunter.

Italien.

* Ueber die Lage der Dinge in **Rom** meldet ein Correspondent der „Independance Belge" Folgendes aus Marseille: „Der den Römern bewilligte Waffenstillstand vom 6. und 7 hat kein günstiges Resultat hervorgebracht; die Belagerungsoperationen mußten am 7. wieder aufgenommen werden. Dieser Tag ist sehr mörderisch gewesen. Ein Brief aus Rom berichtet, daß die Römer einen Ausfall gemacht haben, der ihnen theuer zu stehen gekommen ist. Man gibt mir die folgenden Zahlen an, doch bin ich nicht im Stande, für die Wahrheit der Angaben einzustehen. Die Mazzinisten sollen 1080 Todte, 553 Verwundete und 216 Gefangene gehabt haben, die Franzosen 45 Todte und 122 Verwundete. Das Traurigste ist, daß die Franzosen, welche in den Reihen der Römer fochten, die wüthendsten Anhänger Mazzini's sind. Man versichert, daß acht von ihnen, die gefangen wurden, auf der Stelle erschossen worden sind; auch spricht man von der Gefangennehmung Laviron's, der das französische Corps organisirt hatte; doch das Gerücht ist zweifelhaft. Die academische Legion soll sich durch das Ungestüm, mit welchem sie unsere Truppen angegriffen, ausgezeichnet haben. Am blutigsten scheint es am 7. hergegangen zu sein. Die Hospitäler in Rom genügen nicht mehr für die Aufnahme der Verwundeten. Der erste Laufgraben ist in einer Entfernung von 300 Metres von der Piazza del Popolo eröffnet worden. Am 9. ward an der zweiten Parallele geardeitet und die zahlreichen Belagerungsgeschütze sollten gegen die Mauern donnern, um Breche zu machen." Daß am 9. ein ernsthafter Angriff beabsichtigt wurde, wird auch in andern Blättern versichert.

Frankreich.

** **Paris**, 15. Juni. Paris genießt der vollständigsten Ruhe. In den Departements hingegen ist dies nicht der Fall. Die neue Verzweigung des Complotts, welches am 13. in der Hauptstadt ausgebrochen, kann nicht mehr in Zweifel gezogen werden. In mehreren Städten von Wichtigkeit hat sich am 13. eine große Aufregung kund gegeben; in Lyon ist es nach den neuesten Nachrichten sogar zum Kampf gekommen, so daß zahlreiche Verstärkungen von der Alpenarmee dorthin gesandt werden mußten.

Wie man vernimmt, hat Ledru-Rollin sich nach England eingeschifft. Odilon Barrot habe, sagt man, wegen der früher zwischen ihm und dem Führer des Berges bestandenen Freundschaft seine Collegen vermocht, die Flucht des letzteren nicht zu beunruhigen. Die Polizei ist nur beauftragt worden, sich zu versichern, daß Ledru-Rollin wirklich Frankreich verlassen habe.

Es heißt, daß der Oberst Trapoli, Repräsentant der römischen Republik zu Paris, dem Triumvirat in aller Eile Depeschen zugeschickt hat, worin er ihm die Ereignisse vom 13. Juni und den Fall des Berges mittheilt und worin er demselben den Rath ertheilt, zu capituliren. Die französische Regierung soll ihrerseits Befehle ertheilt haben, damit diese Depesche keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Man versichert, daß nächstens ein Mitglied der Majorität den Vorschlag einbringen soll, die Preßfreiheit auf ein Jahr lang aufzuheben. Die Regierung hat sich geweigert, wie es heißt, selbst ein solches Decret zu beantragen.

Wie verlautet, beabsichtigt man die mobile Gendarmerie (die ehemalige Municipalgarde) mit einem Artilleriebataillon zu versehen. Dasselbe würde die Kanonen der aufgelösten Artillerielegion der Nationalgarde erhalten.

Der „Moniteur" veröffentlicht amtliche Berichte über den Verlauf der Cholera am 11, 12. und 13. Juni, nach denen die Sterblichkeit bedeutend abgenommen hat.

Nach der „Gazette des Tribunaux" war Ledru-Rollin der erste, der sich am 13. durch die gewaltsam eingeschlagenen Parterrefenster flüchtete, wobei er einige Schrammen und Quetschungen davon trug. Später steckte er sich in eine Blouse. Im Conservatorium fand man Pistolen, Musketen

Für Ihre Ehe und Ihre Familiengründung ist es wichtig, daß Sie sich rechtzeitig mit einer Lebensversicherung versehen. Sie sichern sich damit für alle Fälle und erwerben sich ein Kapital, das Ihnen in Ihrer Jugend- und Aufbauzeit sehr zustatten kommt. Wir beraten Sie gern und unverbindlich.

Württembergische Lebensversicherung A.G.

Stuttgart, Gerokstraße 31

Vertreter: Hermann Schmid, Bezirksinspektor, Calw, Bischofstraße 15

Bekanntmachung.

Die Gemeinde Calw hat sich mit Wirkung vom 1. April 1939 an die Württembergische Landes-Elektrizitätsversorgung A.G. in Stuttgart angeschlossen. Wir bitten unsere Kundschaft, sich in allen Fragen, die mit der Lieferung von elektrischer Energie zusammenhängen, an unsere Vertretung in Calw, Bischofstraße 15, zu wenden.

**Württembergische Landes-Elektrizitätsversorg

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Beilage zu Nr. 143.) 18. Juni 1849.

Deutschland.

‡ Wien, 14. Juni. Näheren Berichten über eine in der Gegend von Raab vorgefallene Schlacht oder wenigstens über ein bedeutenderes Treffen wird mit Spannung entgegen gesehen. Man will in der Nacht vom 12. bis 13. d. in der Gegend von Raab ein großes Feuer bemerkt haben; auch soll eine Kanonade in derselben Richtung in Preßburg vernommen worden sein. — Man vernimmt, daß der Kaiser von Rußland am 13. in Krakau angekommen sei, und die Absicht habe, seine Truppen selbst nach Dukla zu führen. Feldmarschall Paskiewitsch wurde gleichfalls an diesem Tage in Krakau erwartet. — Aus Wieselburg wird unterm 12. Juni berichtet: Noch ruhen die Waffen, noch steht die schlagfertige Armee in der Defensivstellung. Altenburg ist das Hauptquartier des Corpscommandanten F.M.L. Schlick. In der Umgebung lagert die Armeedivision Liechtenstein. Die Brigaden Bianchi und Ludwig haben bei Kroatisch-Kimmling ein Lager bezogen; ihre Vorposten stehen bei Baratsfeld; die ungarischen Truppen, die um Hochstraß und Raab stehen, gehören zur Division des ungarischen Generals Pöltenberg. Die Brigade Wyß rückte vor einigen Tagen bis Csorna vor; die kleine Schüttinsel wird von der Brigade Fiedler gedeckt.

Bei Trentschin und Neustadtl haben sich die k. k. Truppen festgesetzt; eine halbe Stunde davon steht die ungarische Vorhut. Bei Szered soll ein Vorpostengefecht stattgefunden haben.

In Konstantinopel scheinen die Magyaren sehr thätig im Anknüpfen von Verbindungen zu sein; ein Baron Splenyi, dessen Vater Hauptmann in der ungarischen Leibgarde war, sucht als ungarischer Gesandter zu figuriren. Er scheint in Verbindung mit einem englischen Offizier Major Brown zu stehen, der kürzlich mit Depeschen für Sir Stratford Canning aus den Donaufürstenthümern anlangte.

Briefe aus Semlin vom 8. d. melden: Eine Truppe Montenegriner, welche ihren Brüdern in der Wojwodina Hilfe eilte, wurde bei Sladar von einer türkischen Truppenmacht angegriffen. Nachdem den Montenegrinern 6 Piper und Pjelopavliti Hilfe nachgesendet worden war, schlugen sie die Türken in die Flucht, und warfen sich gleich in die türkische Festung Sladar, wo sie die weitere Verhaltungsmaßregeln vom Wladika erwarteten. Viele der Türken bedeckten das Schlachtfeld, unter ihnen auch Einige von höherem Range; gefangen wurden zwei.

Das Husarenregiment Prinz von Preußen wird aus Galizien nach Böhmen verlegt, und passirte am 12. d. M. Olmütz.

Sowohl in Wien als in den Provinzen sucht man dem fühlbaren Mangel an Scheidemünze abzuhelfen. Es sind dem Vernehmen nach 12 und 24 kr.-Noten unter der Presse, wodurch es möglich sein wird, die Viertel- und halben Gulden einzuziehen. Andererseits werden täglich seit einigen Tagen für fl. 40,000 Sechser von neuer Ausprägung gemünzt. In Lemberg sind täglich fl. 50 zur Auswechslung von Viertelbanknoten an Taglöhner angewiesen, und für den gewöhnlichen Zahlungstagen fl. 400 an jene Handels- und Gewerbsleute, welche zum Geschäftsbetrieb Scheidemünze unumgänglich benöthigen. — Die heutige „Wiener Zeitung" enthält eine Verwahrung der im „Lloyd" angegriffenen Kübeck'schen Finanzverwaltung, und es wird besonders darin herausgestellt, daß in dieser ganzen Periode nicht nur der Staat von der Bank Nichts geborgt, sondern mehrere Leihen von derselben in Anspruch genommene Credite in einem 20 Millionen übersteigenden Gesammtbetrag getilgt habe. — Es sind hier anwesenden Pester Kaufleuten oder Reisenden kein Visum in ihre Heimat ertheilt. — Die hiesigen Blätter entlehnen nun den Pragern den entschieden ablehnenden Bescheid, welchen der Kaiser in einem Schreiben an den böhmischen Gubernialpräsidenten über das Ansuchen mehrerer böhmischer Gemeinden ertheilte. Bekanntlich trug dieselben an: auf Zurücknahme der octroyirten Verfassung vom 4. März, Aenderung des Ministeriums, Einberufung des Landtags auf Grundlage der von dem Reichstage entworfenen Constitution und schleunige Ausführung der Reorganisirung der Gerichts- und politischen Verwaltung.

Von der galizisch-schlesischen Grenze, 10. Juni. Der größte Theil der im Wadowicer Kreise im Lager gestandenen Truppen hat die ungarische Grenze schon überschritten. Von den 68,000 Russen, welche in den beiden Fürstenthümern Jordanow und Myslenice untergebracht waren, sind die Infanterien über Neumarkt nach Ungarn gezogen und ihre Vorposten waren schon vor mehreren Tagen bei Kudin. Das Lager von Myslenice faßt 26,000 Mann; es erstreckt sich bis Bochnia und soll binnen Kurzem noch weiter ausgedehnt werden, da man nach Privatnachrichten vom 6. und 7. dieses nach einander noch 10,000 und 6000 Mann Infanterie und Artillerie in Bochnia und Umgebung erwartet. General Saß, aus dem Tscherkessenkriege bekannt, befindet sich gleichfalls schon auf ungarischem Boden. Von den Truppen sind die westgalizischen Gebirgskreise ganz entblößt; sie wurden, vielleicht mit Ausnahme von einem Bataillon Fürstenwärther-Infanterie, welches zur Deckung des Magazins nach Neumarkt beordert wurde, alle nach Ungarn dirigirt. Von den eigentlichen Operationen erfährt man nichts, doch müssen Vorpostengefechte schon stattgefunden haben, da die Kosaken zeitweise gefangene Magyaren durch Krakau escortirten. Voraestern soll ein ungarischer General nach Wadowice als Gefangener eingebracht und von da nach Krakau geschickt worden sein. Ueberall, wo russische Truppen sind, versehen sie den Garnisons- und Escortedienst; so in Bochnia, in Wadowice und Seppusch. (C. Bl. a. B.)

Preßburg, 11. Juni. Bei dem gegenwärtigen Mangel an officiellen Berichten über die Bewegungen auf den verschiedenen Punkten, wo unsere Truppen den feindlichen gegenüber stehen, muß auch ein halb authentischer Bericht willkommen sein. Ich beeile mich daher zu einer Mittheilung, wie sie durch einen flüchtigen Beamten aus Apai hierher gelangte. Die kaiserl. Truppen waren bis Schintau (gegenüber von Szered) im Neutraer Comitat vorgerückt, während die Insurgenten in geringer Entfernung bei Sopornya in großer Masse sich concentrirten (man spricht von 70,000 Mann). Am 6. rückte der Feind vorwärts und die Kaiserlichen waren genöthigt der vielfach überlegenen Macht zu weichen. Sie zogen gegen die Waag, wo sie über mehrere Brücken das diesseitige Ufer zu erreichen suchten, was ihnen auch gelang. Die Angabe von Verlust, welchen sie bei dieser Gelegenheit erlitten haben sollen, will ich deßwegen hier nicht wiederholen, da sie mir nicht authentisch erscheint. — Hingegen sind unsere Truppen im Trencziner Comitat im wesentlichsten Vortheil. Das kaiserliche Lager ist in Ban (Banovice), die Ungarn aber zu Ziambokreth. — Die 4000 Russen, welche auf der Sauhaide dahier bivouakiren, zogen es nun vor — da Krankheiten und Sterbefälle bei ihnen überhand nahmen — sich in die benachbarten Ortschaften: Modern, Pöjing, St. Georgen u. s. w. einzuquartieren. (C. Bl. a. B.)

Prag, 12. Juni. In den letzten Tagen oder vielmehr Nächten wurden wieder mehre Haussuchungen und Verhaftungen vorgenommen. Meist betrafen sie Mitglieder der Studentenverbindung Marcomannia. Die Untersuchung ist noch immer in tiefes Dunkel gehüllt. Die Nachricht von der Freilassung des jungen Frye hat sich nicht bestätigt. — Redacteur Pawlicek ist gestern mit dem Abendtrain nach Wien gereist, um sich dort die Erlaubniß zum Wiedererscheinen seines Blattes zu erwirken.

Olmütz, 11. Juni. Endlich wird der Vertheidigungszustand der Festung Olmütz leider zur Wirklichkeit. Neue Kugelpiramiden wurden unter den Festungsmauern errichtet, Kanonen auf die entferntesten Verwälle geführt, die Forts befestigt, izt Bau der Vollendung nahe geführt, die Kanonenschießstätten ausgegraben und vom Gras gereinigt; und das Herz der Bürger klopft immer banger, wenn es an den endlichen vollen Schluß der Stadt denkt. Doch sollen 2—3 Monate zur vollen Herstellung des Vertheidigungszustandes nöthig sein, so ausgedehnt sind die Vertheidigungswerke an der Stelle der meist blühenden Vorstädte. Nicht so sehr gegen Ungarn als gegen Deutschland soll Olmütz bereit gehalten werden. Was von Kriegsmaterial gegen Ungarn aus der Stadt und durch die Stadt geführt wird, ist wirklich enorm; kein Tag vergeht, an dem nicht wenigstens ein Transport abginge. Neulich gingen auch 1500 Bomben für Venedig mit der Eisenbahn ab. — Die wenigen hier liegenden Russen arbeiten fleißig an Patronen und Kugeln. Krankheiten sollen die übrigen für Olmütz bestimmten Russen irgendwo zurückhalten. Das Kloster Hradischer Spital ist schon überfüllt von verwundeten und kranken Kriegern, meist aus Ungarns Kämpfen. Auch in der Stadt mußte eine ganze Kaserne, die sogenannte Schulkaserne, geräumt werden, die nun zum Spitale umgestaltet wird. Das Husarenregiment Prinz Preußen, d. h. die treugebliebenen Reste desselben, sind aus Galizien schon auf mährischem Boden und sollen um Leipnik und Olmütz herum in den Dörfern stationirt werden. (C. Bl. a. B.)

Aus **Triest** vom 11. schreibt man, daß fortwährend Flüchtlinge aus Venedig kamen, die erzählen, daß noch von keiner Uebergabe die Rede sei. — Es werden, wie es heißt, Zimmer für den Kaiser von Rußland, der ebenso, wie Erzherzog Johann, erwartet wird, in Bereitschaft gehalten. In Folge der häufigen Regengüsse hat die Cholera bedeutend nachgelassen; glücklicherweise hat auch fast alle Furcht vor derselben aufgehört. (A. Z.)

♂ **Berlin**, 15. Juni. Aus guter Quelle kann ich Ihnen die Nachricht geben, daß vor wenigen Tagen unser Gesammtministerium bei dem Könige um seine Entlassung nachgesucht und dieses Gesuch mit einer sehr ausführlichen Motivirung begleitete. Dieselbe hat jedoch, wie es scheint, den König nicht von der Nothwendigkeit eines solchen Schrittes überzeugen können, vielmehr ist in der sehr schmeichelhaften ablehnenden Antwort die Ueberzeugung ausgedrückt, daß das Ministerium sich durch seine lange segensreiche Geschäftsführung in so schwieriger Zeit, durch seine kräftige Haltung gegenüber der Anarchie und durch seine aufrichtig constitutionelle und deutsche Gesinnung die dankbare Anerkennung der großen Mehrzahl aller Denkenden im Lande erworben habe. Auf einzelne vorübergehende Mißtrauensvoten sei in so ernster und gefahrvoller Zeit kein großer Werth zu legen, und die gegenwärtige Lage des Vaterlandes erfordere gerade solche Männer, daher ihrem Entlassungsgesuch für jetzt nicht gewillfahrt werden könne. Da sich schon früher die Meinung kundgegeben hatte, das Odium, welches vorzugsweise auf den Namen Brandenburg und Manteuffel hafte, könne einen nachtheiligen Einfluß auf das Ergebniß der neuen Wahlen ausüben, so erklärten die genannten Minister Bereitwilligkeit, sich sofort aus dem Cabinet zurü-

Inzwischen fühlte man, daß der außerordentliche persönliche Einfluß des Grafen Brandenburg auf den König nicht wohl werde zu entbehren sein, und bewog ihn, von der Abdankung abzustehen. Als nun aber Herr v. Manteuffel Ernst machte und allein ausscheiden wollte, berief Graf Brandenburg schleunig noch einen Ministerrath, und das Resultat seiner reiflichen Erwägungen war der Entschluß, die Entlassung des Gesammtministeriums zu fordern. Seiner Ausführung folgte die oben erwähnte königliche Antwort. — Dagegen ist von einer wirklich bevorstehenden Personalveränderung die Rede bei dem schon vielfach erwähnten Regierungsausschuß oder Verwaltungsrath, welcher aus Bevollmächtigten der verschiedenen deutschen Regierungen für ganz Deutschland zusammengesetzt und nach Erfurt verlegt werden sollte. Bisher nämlich war das Präsidium in diesem Ausschusse Herrn von Radowitz bestimmt; derselbe hat jedoch neuerdings auf diese ehrenvolle Function verzichtet, weil er ein Hinderniß seiner Wirksamkeit darin zu erblicken glaubt, daß sich Meinungsdifferenzen zwischen ihm und einem sehr ehrenwerthen anderen Regierungsbevollmächtigten herausgestellt haben, auf welchen eine gewisse Mißstimmung seines königl. Herrn theilweise übergegangen zu sein scheint. Dieser Grad von deutschem Patriotismus, welcher Herrn v. Radowitz zu solcher Entsagung veranlaßt, verdient Anerkennung. Hoffen wir, daß sein Nachfolger im Stande sei, ihn völlig zu ersetzen. — Herr v Radowitz hat soeben eine sehr bedeutsame Denkschrift abgefaßt über den jetzigen Stand der deutschen Frage, über die vorliegenden Folgen der deßfallsigen Ereignisse und über die Constellationen, die sich etwa später noch herausstellen möchten. Wahrscheinlich wird die Schrift demnächst auch zur Oeffentlichkeit gelangen. Eingeweihte, denen es vergönnt war, schon jetzt einen Blick hineinzuwerfen, versichern, daß sie mit außerordentlicher Klarheit und Schärfe die deutsche Frage im Allgemeinen und die besondere Stellung der einzelnen Staaten zu derselben in das rechte Licht stelle und sehr deutlich darthue, daß der von der preußischen Regierung eingeschlagene Weg und namentlich die Aufstellung des neuen Reichsverfassungsentwurfes das einzige und letzte Auskunftsmittel in der kritischen Lage gewesen und in rein deutschem Interesse ergriffen sei.

Mehrere Blätter bringen die Nachricht, das Ministerium werde demnächst wieder ein neues Gesetz octroyiren und zwar ein Disciplinargesetz für Richter und Beamte, nach welchem Ehrengerichte eingeführt werden sollen. Hierin ist viel unrichtig; das Wahre daran ist Folgendes: Es liegen in diesem Augenblick zwei vom Justizministerium vorbereitete Gesetzentwürfe dem Staatsministerium zur Berathung vor. Der eine: über Aufrechthaltung der Disciplin des Richterstandes, und über die unfreiwillige Versetzung von Beamten auf andere Stellen oder in Ruhestand; der andere: über die Disciplin und einige andere Rechtsverhältnisse der nicht dem Richterstande angehörenden Beamten. Keines von beiden Gesetzen soll octroyirt werden, vielmehr sind beide Vorlagen ausdrücklich als „vorläufige Entwürfe" bezeichnet, welche nach der Berathung im Staatsministerium erst den Kammern vorgelegt werden sollen, bevor sie Gesetzeskraft erhalten. Auch ist von einem einzuführenden Ehrengericht in keinem von beiden die Rede. Der erstgenannte Entwurf ist auf Art. 86 der Verfassungsurkunde gestützt und bestellt das Obertribunal und das Appellationsgericht als competente Behörden in dem betreffenden Disciplinarverfahren. Dies Verfahren geht neben der gerichtlichen Untersuchung. Eine Einleitung desselben findet sowohl von Amtswegen, als auf Antrag des Staatsanwaltes statt. Gegenstand des Disciplinarverfahrens ist die Verletzung der Pflichten, welche dem Richter durch sein Amt auferlegt sind, namentlich wenn er außerhalb des Amtsverhältnisses sich ein Verhalten zu Schulden kommen läßt, welches eine Beeinträchtigung derjenigen Achtung zur Folge hat, deren er in seinem Berufe bedarf. Die Voruntersuchung ist schriftlich. Die Strafen bestehen in: Warnung, Verweis, Geldbuße, Suspension bis auf 6 Monate, Versetzung und Entlassung aus dem Amte. Eine Berufung an das Obertribunal steht dem Angeklagten, wie dem Staatsanwalt zu. Eine Verschärfung des Urtheils ist aber auch dann zulässig, wenn der Angeklagte appellirt hat. Die unfreiwillige Versetzung darf nur stattfinden, wenn sie durch das Interesse der Rechtspflege dringend geboten wird, z. B. wenn der Beamte sein Ansehen untergraben hat, so daß ein gedeihliches Wirken nicht mehr stattfinden kann, oder wenn Differenzen zwischen ihm und seinen Collegen ein ersprießliches Zusammenwirken unmöglich machen. Eine unfreiwillige Versetzung in Ruhestand bei Unfähigkeit stattfinden, welche durch [illegible] geistige Gebrechen herbeigeführt ist. [illegible] ruht der zweite Entwurf.

‡ **Berlin**, 16. Juni. Aus [illegible] daß es allerdings gegründet [illegible] hat dies bestätigt und [illegible] auch schon gemeldet [illegible] nisters Dr. v. [illegible] steht. Die [illegible] zur G[illegible] r

werde. — Uebermorgen wird hier bereits der Verwaltungsrath für den engern deutschen Bundesstaat zusammentreten und somit an diesem in der Geschichte unseres deutschen Vaterlandes ohnedem denkwürdigen Tage (18. Juni) die große nationale Schöpfung in ihren ersten Anfängen in das wirkliche Leben treten. Das große nationale Wort wird in die erste Stufe der großen nationalen That treten und Deutschland den entwicklungsfähigen und lebenskräftigen Keim zu begrüßen haben, der zu einem mächtigen Baum voraussichtlich emporwachsen wird, dessen brüderlich verschlungene Zweige über die deutschen Völker und Fürsten ein schirmendes Dach ausbreiten werden. Von preußischer Seite war für diesen Verwaltungsrath Herr v. Radowitz bestimmt. Wegen der gegenwärtigen Gesundheitszustände desselben dürfte indessen einstweilen Herr v. Kanitz an dessen Stelle treten. Die Besetzung dieser so wichtigen Stelle ist für das hiesige Cabinet mit großen Schwierigkeiten verknüpft gewesen. — Die amtlichen Berichte, welche von der preußischen Operationsarmee im Südwesten Deutschlands hier einlaufen, spenden der tapfern Haltung des 24. Regiments das größte Lob. Es ist dies gerade dasselbe Regiment, auf welches die Berliner Demokratie so große Hoffnungen baute! Die vielfachen Verführungsversuche, welche im vorigen Jahre hier angestellt worden sind, haben bei den Soldaten dieses Regiments gerade die entgegengesetzte Wirkung hervorgebracht. Es wird hierher berichtet, daß der Herzog von Nassau sich in das Lager zum Prinzen von Preußen verfügt habe. (Davon wissen wir in Frankfurt nichts.) Die Kunde von dem Mordversuch gegen den preußischen Thronfolger hat beim hiesigen Militär wie bei den Bürgern die obnedem so große Abneigung gegen die demokratischen Bestrebungen noch in einem hohen Grade gesteigert. Was nicht ausbleiben konnte, ist hier bereits eingetreten, daß Viele von Scham ergriffen sind, daß sie je der demokratischen Partei angehört haben. Dieselben suchen jetzt auf alle Weise einzulenken und sich der conservativen Partei anzunähern. Wer sich noch vor späterer Mißachtung retten kann, rettet sich bei Zeiten. — Die sämmtlichen hiesigen conservativen Vereine, die sich, wie bereits früher angedeutet, zu einer bedeutsamen Macht entwickelt haben und mit jedem Tage neue Kräfte gewinnen, haben in der vorgestern hier stattgefundenen Versammlung der Chefs und Vertrauensmänner, deren Anzahl gegen 120 betrug, die Leitung der Wahlangelegenheiten dem Ausschuß des conservativ-constitutionellen Centralvereins in die Hand gegeben. Dieser Centralausschuß hat nun in dem Mittelpunkt der Hauptstadt ein Local mit zwei Sitzungssälen gemiethet, womit ein vollständig eingerichtetes Bureau für die conservative Partei verbunden ist.

† **Berlin**, 16. Juni. Aus Preßburg ist einem hiesigen Banquierhaus die Mittheilung von einem entscheidenden Siege der Magyaren über die Russen und Oesterreicher zugegangen. Dem hiesigen russischen Gesandten wurden Aeußerungen in den Mund gelegt, welche dies bestätigen. Unsere Börse, welche Siegesnachrichten zu Gunsten der Ungarn immer ungläubig aufnimmt, konnte sich diesmal der Wirkung des Gerüchts nicht entziehen. — Der Vertreter Rußlands in Hannover — irren wir nicht, geheime Rath v. Schröder — befand sich gestern hier und conferirte längere Zeit mit Herrn v. Meyendorff. — Ein seit Jahren hier erscheinendes, ursprünglich unter Alexander v. Humboldt's Auspicien begründetes französisches Journal (Courrier français de Berlin) ist jetzt verboten worden. Man weiß nicht, wodurch das Journal, das außer seinem harmlosen belletristischen Inhalt faßt nur eine wörtliche Uebersetzung der selbst in den conservativsten Zeitungen befindlichen Tagesnotizen brachte, sich das Verbot zugezogen haben mag. Früher verfolgte das Blatt, zumal dem frühern Gesandten Herrn Arago gegenüber, sogar entschieden legitimistische Tendenzen.

Einige der bei unsern Kammern beschäftigt gewesenen Stenographen beabsichtigen, sich nach Gotha zu begeben, um, wenn anders dies gestattet wird, Berichte über die Verhandlungen der Congreßmitglieder erscheinen zu lassen. Nach allem, was wir erfahren haben, und was auch sonst bereits in der Presse verlautet, wird eine so ausgedehnte Oeffentlichkeit von Herrn v. Gagern und den übrigen Unternehmern der Versammlung nicht gewünscht.

Der „Staatsanzeiger" enthält heute eine königliche Verordnung, betreffend die Bestrafung der Vergehen gegen die Telegraphenanstalten, die längs der Eisenbahnen von Berlin nach Frankfurt, von Berlin nach Köln und Aachen und von Berlin nach Hamburg hergestellt sind.

Die großen Mehrausgaben für die auf Kriegsfuß gestellte Armee haben vor Kurzem die mannigfachsten Gerüchte über eine bevorstehende Staatsanleihe hervorgerufen. Diesen Gerüchten wird jetzt auf das Bestimmteste widersprochen. Die fließenden Finanzquellen des Staates sollen vielmehr für die gegenwärtigen Verhältnisse völlig ausreichend sein und nur neue und ganz außerordentliche Fälle würden die jetzige Sachlage verändern. (C. Z.)

Oberst Donelson, der seitherige nordamerikanische Gesandte am hiesigen Hofe, ist gestern Abend nach Frankfurt abgegangen. Sein Nachfolger, Hr. Hannegan, wird als ein geschäftskundiger Mann gerühmt. Im Senat, dessen erster Redner er war, hatte er den Vorsitz im Comite für die auswärtigen Angelegenheiten. (C. Z.)

† **Berlin**, 16. Juni. Die hiesige demokratische Partei ist in Bezug auf ihre demnächst zu ergreifende Politik, namentlich was die Wahlen angeht, in neuester Zeit in außerordentlicher Rührigkeit. An Stelle des durch die Verhaftungen gesprengten Wahlcomite's ist bereits ein vollständig neuorganisirter Vorstand getreten und zugleich Vorsorge getroffen, auch diesen zu ersetzen, wenn er das Schicksal seines Vorgängers theilen sollte. Unter Mitwirkung dieses gedachten neuen Comite's und in Vereinigung mit dem Magdeburger Vollsverein ist vornehmlich die große demokratische Versammlung in Köthen zu Stande gebracht, welche dort am vorigen Montag abgehalten wurde. Es ist bekannt, daß hier die schon früher in Anregung gebrachte Frage, ob man sich an den Neuwahlen zur nächsten zweiten Kammer betheiligen solle? mit Einstimmigkeit verneint wurde. An diesen Beschluß knüpfen sich nun alle weiteren Bestrebungen. Es findet zu diesem Behufe morgen eine zweite Versammlung in Frankfurt a. O. statt, auf welcher die gesammte Demokratie der Provinz Brandenburg vertreten sein wird, und zu welcher auch die Stettiner Demokraten eingeladen sind. Von hier gehen zwei Abgeordnete dahin, mit dem gemessenen Auftrage, sich jeder Neigung zur Betheiligung an den Wahlen entschieden zu widersetzen. — Der preußische Gesandte am Petersburger Hofe, Herr v. Rochow, ist aus Petersburg angekommen. Mit demselben gleichzeitig traf der Collegienassessor Herr v. Rudberg als russischer Cabinetscourier hier ein.

△ **Elberfeld**, 15. Juni. Während allem Anscheine nach der bedeutendste Theil der demokratischen Partei in Preußen an den bevorstehenden Wahlen zur zweiten Kammer sich nicht betheiligen will, glaubt doch die freisinnige Partei Elberfelds, in dieser Angelegenheit nicht unthätig bleiben zu dürfen. Nach unserer Ueberzeugung ist diese Ansicht vollkommen begründet. Nur wenn die Wahlverweigerung in so großartigem Maßstabe geschähe, daß wenigstens ganze Provinzen der Wahl sich enthielten, nur dann würde dadurch ein Ministerwechsel, und durch diesen die Wiederherstellung des frühern Wahlgesetzes erzielt werden können. Wie aber die Sachen stehen, ist eine so allgemeine Wahlverweigerung keineswegs zu erwarten, und daraus folgt, daß in jedem Falle Minoritätswahlen stattfinden würden, deren rechtliche Giltigkeit indeß von dem Ministerium schwerlich würde beanstandet werden. Enthält sich die demokratische Partei der Wahlen, so wird sie damit nur ihren Gegnern den größten Dienst leisten. — Die „Elberfelder Zeitung", die vom 1. Juli an eine wahrscheinlich erfolglose Concurrenz an der eben angekündigten „Rheinisch-Westphälischen Zeitung" erhält, wird so viel der Belagerungszustand gestattet, für den freisinnigen Ausfall der Wahlen zu wirken suchen, so wie sie denn überhaupt und grade durch die neue Nebenbuhlerin, die in ihrem Prospectus den Kampf gegen den Constitutionalismus, ja gegen alle Errungenschaften der Gegenwart ankündigt, nothwendig mehr zur Opposition hingedrängt werden wird.

** **München**, 14. Juni. Unter diesem Datum enthält die „Allgem. Ztg." abermals ein Schreiben, in welchem es wiederholt als „reine Erfindung" bezichnet wird, wenn und wo immer die Nachricht verbreitet werde, Bayern habe preußische Hilfe für die Pfalz nachgesucht. Dieser Artikel widerspricht demnach den von unserm Frankfurter +°Berichterstatter in der Beilage zu No. 140 der „O.P.A.-Ztg." gegebenen Mittheilungen, und wir müssen es nunmehr diesem überlassen, für seine dortigen Angaben einzutreten: aber nicht nur andere Münchener Correspondenten der „Allg. Ztg.", sondern auch solche Berliner Blätter und Correspondenzen, die ihre Mittheilungen aus ministeriellen Quellen schöpfen, sind durch den heutigen Artikel der „Allg. Ztg." angegriffen, der folgendermaßen lautet:

„Die Note des bayerischen Gesandten vom 3. d. ist nichts weiter als eine Antwort auf die mehrmals zuerst in Berlin, dann durch eigene Sendung hier in München angebotene, von Preußen angebotene Hilfe. Auch das hat seine Richtigkeit, daß die Anerbietung der preußischen Reichsverfassung mit dem Angebote der Hilfe verbunden war. Die Sache verhält sich so, wie ich Ihnen schon früher schrieb: Bayern wies zuerst die Hilfe gänzlich zurück, und erst als vom Reichsverweser aus die Anordnung der gemeinschaftlichen Pacification Badens und der Pfalz durch die dazu verwendbaren deutschen Truppen kam, unter denen auch preußische sich befinden, gab Bayern das Einrücken preußischer Truppen in die Pfalz zu, wenn dasselbe sich zur Besetzung oder Eroberung der Festungen Landau und Rastatt nothwendig erweisen sollte. Dies mußte in einer eigenen Note nach der früher gänzlich abschlägigen Antwort geschehen, weil natürlich Preußen von Kreuznach und seinen Rheinlanden aus zur Zeit einen nähern Weg nach Landau und Rastatt hat als Bayern, und gemeinschaftlich und nach einem bestimmten Plan gehandelt werden muß. So steht die Sache; auch Diplomaten können sich irren, wenn sie von fremden Orten aus berichtigen wollen. Gerade jene Note vom 3. d. weist auf die Anordnungen und die Autorität des Reichsverwesers hin. Der preußische General Gerlach war bekanntlich früher wieder abgereist.

Die königliche Proclamation an die Pfälzer, deren bereits im Hauptblatt Erwähnung geschehen ist, lautet:

„Pfälzer! Mit tiefem Kummer sieht sich Euer König gezwun die Gewalt der Waffen gegen eine Provinz aufzurufen, welche s Herzen stets theuer gewesen ist und dem Königshause in glückl Tagen unverbrüchliche Beweise ihrer Liebe und Anhänglichkeit ge hat. Der Tage ist es für den Augenblick gelungen, durch Verr gungen und Aufstachelung eines politischen Fanatismus die von Bayern loszureißen, und einer hochverrätherischen Gewal Herrschaft in die Hände zu legen. Das Unglück, welches mit d gesetzlosen Herrschaft über Euer schönes Land hereingebrochen bildet einen beklagenswerthen Gegensatz zu den Segnungen der setzlichen Regierung, unter welcher das Glück und der Wohlstand Volkes sich immer lebendiger entwickelt hatten. Ihr müßt erkennen, Ihr das Opfer einer strafwürdigen Täuschung geworden seid, t Eure Empfänglichkeit für politische Ideen zu verbrecherischen Zw ausgebeutet wurde. Ich weiß, daß die große Zahl der Gutgesi mit Sehnsucht den Tag der wiederkehrenden Ordnung erwartet ist Euch nahe! Die angeordnete Vermehrung des Heeres hat jet Möglichkeit herbeigeführt, ein Armeecorps abzusenden, dessen t schütterliche Treue und Tapferkeit den Gräueln des Bürgerkr jene Hoffnung abschneiden, und dadurch die Schrecken des Bü krieges verhindern wird. Pfälzer! an Euch ist es zu diesem Ziele zuwirken; ich erwarte, daß Ihr dem Rufe Eures Königs folgen, Ihr die Bahn der Gesetzlichkeit und des Treubruches verlassen, Ihr beitragen werdet, die Grundfeiler der staatlichen O wieder zu befestigen. Verstoßt aus Eurer Mitte jene Fremdl welche Eure Wohlfahrt ihren eigennützigen Absichten aufopf Wendet Euch ab von den Verlockungen, welche Euch vorspie möchten, daß ich die meinem Volke gegebenen feierlichen Zu nicht erfüllen, daß ich der freien Entwicklung des Staatslebens gegenstehen könne. Wenn ich bei der Neugestaltung des großen sten Gemeinwesens nicht allen zu momentaner Herrschaft gela Ansichten folgte, so geschah es, weil meine Regentenpflichten mir schafften, das Wohl des Landes den Einbildungen der politi Leidenschaften zu opfern. Glaubt mir, daß ich, von inniglster Lie das gesammte deutsche Vaterland durchdrungen, meine heiligste gabe darin finde, auf dauerhafte Weise die Wohlfahrt, Einigkeit Größe Deutschlands und das Glück der meiner Leitung anvertra Volksstämme zu begründen. Pfälzer, vertrauet den Worten Königs! Er steht in Euch, mit Ausnahme weniger Verführer, Feinde, sondern Verirrte. Die Feinde mögen der verdienten S verfallen, den Verirrten wird er zu verzeihen wissen. München, 10. Juni 1849. Max. Dr. Aschenbrenner. Dr. Ringelmann. Pfordten. Lüder. v. Zweifl."

Aus der Pfalz liegt die „Speyerer Ztg." vom 14. (mit dem Datum 15) vor. Sie enthält noch kein Wort dem Beginn der Feindseligkeiten. Das erste Aufgebot der Pfalz stehe jetzt, 30,000 Mann stark, unter den W fen. Das ist Alles, was sie von der Pfalz im politi Theile ihres Blattes meldet. Unter den öffentlich Anzeigen aber, statt wie bisher an der Spitze der tung, steht eine Proclamation der provisorischen Regier Sie lautet:

„Pfälzer! Brüder! Die Stunde des Kampfes naht. Unser Zeit Feind der Größe und Einheit Deutschlands, steht drohend an u Grenze. Wir erwarten ihn mit dem Muthe, der wahren Mä ziemt; wir erwarten ihn mit dem festen Entschluß, im Kampfe die Unabhängigkeit und Freiheit, die er mit frechem Hohne verm will, zu siegen oder zu fallen. Brüder! Der Feind steht g wir müssen ihn ebenso gerüstet empfangen, sobald er es wagen die Grenzen unserer herrlichen Pfalz zu überschreiten. Wir l euch daher dringend auf, alles was ihr an brauchbaren Ge und sonstigem Metallgut besitzt, schnell an die Militärcom lon einzusenden, damit es zum Kanonenguß verwendet w Jede Gabe, und sei sie noch so klein, ist willkommen, aber nicht, sie für die Rettung unserer Pfalz anbieten. Brüder! bringt. Eilet eure Schuldigkeit zu thun. Kaiserslautern, den 12. 1849. Die provisorische Regierung der Rheinpfalz Fried. K. Schmitt. Herp."

Dresden, 14. Juni. Eine Art Generalstedbr resumirt die vom Dresdner Stadtgerichte bisher gegen Theilnahme am Dresdner Aufstande beschuldigten und tig gewordenen Personen erlassenen einzelnen Steckb deren nun 22 zusammengestellt sind. — Der König dem Staatsminister a. D., ehemaligen Finanzmini dem am 16. März v. J. entlassenen Ministerium, Hei Anton v. Zeschau, die erledigte Function des Or kanzlers für die königl. sächsischen Orden übertragen.

Tharand, 14. Juni. Herr Secretär Frigsche ist nach tägiger Haft am 10. Juni wieder entlassen worden. (D

Hannover, 13. Juni. Das vom hannoverschen gericht gegen den Herausgeber der „Zeitung für deutschland" Theodor Althaus erlassene, von der kanzlei bestätigte Urtheil wird unter den Inseraten Blattes veröffentlicht. Es lautet auf sechs Wochen fängniß und Erstattung der Kosten. In dem Anstr incriminirten Artikels „Verhöhnung der Constitution" das „Verbrechen der beleidigten Amtsehre" gefunden. dem „enthalte der den königl. Ministerialvorstänc machte Vorwurf der glänzenden Anerkennung eine Niederträchtigkeit bezeichneten Handlung Dritter, ein meine Injurie." — (Dieses Strafurtheil bezieht sich gens nicht auf den gegen denselben Verfasser eingel neuesten Preßproceß.) (H. Z.)

Verantwortlicher Redacteur: Dr. O. Ruf

Cours der Staats-Papiere. 14. Juni 1849 (Schluß der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld
Convent.	20 Fl.-Stg. Obligat.	5	73⅓	73
»	dito dito	4	57	56⅔
»	dito dito	2½	39	38⅔
»	Bank-Actien p. D.		1045	1035
»	2 Stück dito à Rthl.		74½	74
»	2 500 » dito		123	122½
»	Rothschild. Obligat.	5½	—	95½
»	dito dito	4	81	—
Preußen	5 Prämienscheine	3½	80⅓	80
»	Prämienanleihe . .		—	102½
Bayern	Obligationen . . .	5½	—	77½
Darmstadt	à 50 Loose . . .		72½	72⅓
»	à 35 dito . . .		32½	32⅓
»	Obligationen . . .	4½	78⅓	78
»	dito	4	64½	64
Baden	Obligationen v. 1845	5½	73½	73
»	à 50 Loose v. 1845		47½	46⅔
»	à 35 Loose		26	25½

Gold.			Silber.		
	fl.	kr.		fl.	kr.
Dukaten	9	59	Geld al Marco .	332	—
Pistolen	9	59	Laubth.-gange .	—	—
Souveraind'or . . .	10	6½	Neues Taler .	—	—
Kaiserl. Ducaten . .	5	40	5 Frankenthaler,	—	—
20 Francsstück . .	9	41	Hiesheilig Silber	21	20
Engl. Souverains .	12	5	Gering o. Silber	21	20

Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Kurhessische Loose . . .	27½	26⅔
Sardinische Loose . . .	24½	—
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Minden	73⅓	73⅓
Ludwigsh.-Berbach . . .	71	70½
Frdr.-Wilhs.-Nordbahn .	35½	35

Wechsel-Cours.

Den 13. Juni.	Usanz.
Amsterdam (K.S. (250 fl. Crt.) (2M.	101½ —
Augsburg (K.S. (100 fl. Crt.) (2M.	— —
Berlin . . (K.S. (80 Thlr.) (2M.	— —
Bremen (S) (K.S.	— —
Rthlr. à L.-Gr. (2M.	— —
Hamburg . (K.S. (150 mk. Bco) (2M.	— —
Leipzig (60 Thlr.) (K.S.	— —
London . . (K.S. (10 Livr. St.) (2M.	— —
Lyon . . . (K.S. (300 Fr.) (2M.	95½ —
Mailand (250) (K.S. Lir. Austr.) (2M.	— —
Paris . . . (K.S. (300 Fr.) (2M.	95½ —
Wien (100 fl. K.S. in 20 Xr. (2M.	— —

Discontirt . . . . . —

A. Silberagio, neues —

Nächster Börsen-Tag: 21. (2M.) — 28. (2M.) — Letzter Einsendungs-Tag: — (K.S.) — (2M.)

Druck von August Osterrieth.

(Nebst Extra-Bei

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

(Abendblatt zu Nr. 183.)

Montag 26. Juni 1848

Handel und Gewerbe. Börse und Marktberichte.

Frankfurt a. M., 24. Juni. Die Aktien der Main-Neckar-Eisenbahn sind heute auf 1 Uhr Mittags mit 1 1/2 Prozent Gewinn gehandelt worden. Die Aktien der Taunus-Eisenbahn sind heute auf 1 Uhr Mittags mit 1 1/2 Prozent Gewinn gehandelt worden. Die Aktien der Hessischen Ludwigsbahn sind heute auf 1 Uhr Mittags mit 1 1/2 Prozent Gewinn gehandelt worden. Die Aktien der Rheinischen Eisenbahn sind heute auf 1 Uhr Mittags mit 1 1/2 Prozent Gewinn gehandelt worden. Die Aktien der Nassauischen Eisenbahn sind heute auf 1 Uhr Mittags mit 1 1/2 Prozent Gewinn gehandelt worden. Die Aktien der Frankfurter

Bek. d. Landesamts f. Arbeitsvermittlung, Berufsberatung u. Lehrstellenvermittlung, betr. Ausführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge vom 16. Juli 1927 (RGBl. I S. 187).

Vom 1. Januar 1931 ab gelten folgende Bestimmungen:

I. Allgemeines.

1. Die Arbeitsämter sind verpflichtet, Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, in Arbeit zu vermitteln, soweit sie dazu imstande sind. Sie haben dabei auf die Belange der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Rücksicht zu nehmen und dürfen keine Arbeitsuchenden vermitteln, wenn dadurch ein Arbeitskampf gefördert wird.

2. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Berufsfragen zu erteilen.

3. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, in Lehrstellen zu vermitteln, soweit sie dazu imstande sind.

4. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Lehrstellenfragen zu erteilen.

5. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge zu erteilen.

6. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Arbeitsvermittlung zu erteilen.

7. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Arbeitsvermittlung zu erteilen.

8. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Arbeitsvermittlung zu erteilen.

9. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Arbeitsvermittlung zu erteilen.

10. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Arbeitsvermittlung zu erteilen.

11. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Arbeitsvermittlung zu erteilen.

12. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Arbeitsvermittlung zu erteilen.

13. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Arbeitsvermittlung zu erteilen.

14. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Arbeitsvermittlung zu erteilen.

15. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Arbeitsvermittlung zu erteilen.

16. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Arbeitsvermittlung zu erteilen.

17. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Arbeitsvermittlung zu erteilen.

18. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Arbeitsvermittlung zu erteilen.

19. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Arbeitsvermittlung zu erteilen.

20. Die Arbeitsämter haben Arbeitsuchende, die sich bei ihnen melden, zu beraten und ihnen Auskunft über Arbeitsvermittlung zu erteilen.

№ 144. Dienstag den 19. Juni 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bereichsgebiet von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bayern fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Postlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — Für England und überseeische Länder: Luysel u. Comp., Nr. 31. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Bogen) mit Patinschrift von einem Raum 3 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; für England und überseeische Länder Luysel & Comp., Nr. 31. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 355; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Die Centralgewalt und ihre Gegner.

(Erster Artikel.)

Der „Deutschen Zeitung" wird niemand bestreiten wollen, daß sie ihre Meinungen mit Eifer verfechte; die in ihr thätige Partei macht aber auch in fast jeder Nummer den Zweifel neu rege, ob jenem Eifer immer die nöthige, in Zeiten wie die unsern so seltne als wünschenswerthe Besonnenheit zur Seite stehe. So fällt sie, denn wir können es nicht anders bezeichnen, wieder in Nr. 165 in zwei Artikeln auf einmal, über die Centralgewalt und das Reichsministerium her. Wenn sie auch nur oft Gesagtes wiederholt, so wollen wir dieses Mal doch die Unbilligkeit ihrer spaltenlangen Beschuldigungen nicht ungerügt lassen. Wir beginnen mit einer Nebensache. „Das Treiben dieses Ministeriums" (des Reichsministeriums), hatte die „Deutsche Zeitung" früher gesagt, „ist eitel Lug und Trug"; und hierauf war ihr in diesen Blättern geantwortet worden, „ob man erwarten könne, daß das Reichsministerium auf derartige ehrenrührige Behauptungen mit etwas Anderm als einer Vorladung vor Gericht antworte?" Wir verstanden dies so, daß das Reichsministerium auf derartige Beschuldigungen gar nicht antworten könne; die „Deutsche Zeitung" aber, nicht zufrieden, ihre Worte sofort implicite zu wiederholen, kommt jetzt nochmals auf die ihr gegebene Antwort zurück und sagt: „Die Drohung — — verachten wir. Eine Vorladung vor die Gerichte haben wir nicht zu scheuen" u. s. w. Wir hätten in der That gedacht, die Leitung würde sich, weniger um des von ihr tief verachteten Reichsministeriums, als um der Höhe willen, die sie selbst einnimmt, auf eine Aeußerung in diesen Blättern, deren Sinn verständlich genug war, minder zu gute thun und besonders die Ausdrücke unter ihrer Würde halten, womit sie auf eine Beschuldigung zurückkommt, welche der gesittete Mann, wenn sie ihm aus Parteileidenschaft entschlüpft wäre, aus Selbstachtung nicht wieder hervorscharren würde. Wir finden auch zwischen einem harten öffentlichen Urtheil", für welches Jeder nur sich selbst verantwortlich ist, und einer öffentlichen Schmähung einen wesentlichen Unterschied und halten es für eben so irrig, daß die von der „Deutschen Zeitung" ausgestandene Drohung mit einem Preßproceß wegen öffentlicher Schmähung eine Lächerlichkeit sein würde, als wir einen Widerspruch und eine Schwäche darin erblicken, daß sie jetzt behauptet, sie sei weit entfernt, einem Mitgliede des Reichsministeriums persönlich" damit „zu nahe treten zu wollen". Die einzelnen Mitglieder des Reichsministeriums haben, wie uns dünkt, persönlich für das Thun und Lassen desselben einzustehen, und die Vielen, welche in allen Theilen Deutschlands zu ihm und der von ihm vertretenen Centralgewalt halten, hängen mit ihrem Urtheil und ihrer Achtung nicht von der „Deutschen Zeitung" ab und alles, was sie dieser gegenüber thun können, ist, daß sie ihr die „Verachtung" gegen Andersgesinnte nicht zurückgeben. Denn was auch unser Urtheil über die „Deutsche Zeitung" und ihre Verfasser von Anfang an, sowohl während ihrer Heidelberger Periode, als seit sie alles Vornehme abgestreift hat, sein möge, sie ist einmal das Organ einer Partei, welche vor 1848 einen sehr beträchtlichen Theil des Volkes leitete, bei dem sie jetzt verhaßt sind, welche durch ihre theoretischen und praktischen Irrthümer den wahrhaft mitleidswerthen Zerfall der Nationalversammlung verschuldet hat, und jetzt, wie wir befürchten, auf dem Wege ist, eine stärkere Auflage alles desjenigen zu erbeizuführen, was früher aus den das Vorparlament veranlassenden Versammlungen hervorging. Denn wenn zu dem sogenannten Gothaer Nachparlament bis jetzt auch nur Männer eingeladen sein mögen, welche jene Partei Conservative nennt, wie lange wird es dem, Staatsmännern so natürlichen Wunsch widerstehen, wieder praktisch zu werden, wie lange wird es also auch diejenigen Männer ausschließen können, mit deren Hilfe die in Frankfurt beschlossene Verfassung zu Stande kam, und die, sobald das Stuttgarter Rumpfparlament sich aufgelöst haben wird, ebensowenig werden müssig sein können und wollen, wie die gegenwärtigen Bestandtheile der nach Gotha projectirten Versammlung. Nicht als wollten wir gegen diese aus einem erneuten Bündnisse mit republikanischen und revolutionären Elementen Verdächtigungen herleiten; aber wie haben schon einmal erfahren, wohin die Erfindung derselben Männer einer „friedlichen Revolution" geführt, und haben im Namen des ganzen Vaterlandes um so größere Furcht vor neuen Anwendungen dieser Erfindung, als dieselbe noch das zweite Mal in noch höherm Grade wie das erste Mal als Wahn und Thorheit ergehen könnte. Duft doch sogar die „Deutsche Zeitung" selbst in ihrem Leitartikel in Nr. 165 aus: „Warnen möchten wir alle die redlichen Männer, welche leichten Herzens (das traute die „Deutsche Zeitung" den redlichen Männern ihrer Partei zu?) die Fahne der Paulskirche verlassen haben und mit klingendem Spiele (wir fragen wieder) zu der Berliner Conferenz übergegangen sind; warnen möchten wir sie, sich vorzusehen, daß sie nicht, in dem Wahne praktisch zu handeln, statt des Wesens einen Schatten haschen." Und einige Zeilen früher: „Noch weniger aber werden wir die Garantien, welche dem Werke der Paulskirche zur Seite standen, gegen jene vertauschen, die der Berliner Entwurf dafür bietet, daß er wirklich durchgeführt werde." Wir meinen, zu diesen „Garantien" oder Bürgschaften, daß das in der Paulskirche errichtete Verfassungswerk auch ausgeführt wäre, wenn es ausführbar gewesen wäre, habe doch vor allen das von dem Reichsverweser ernannte Reichsministerium Gagern gehört; wir begreifen also nicht, wie jetzt der Reichsverweser und sein Ministerium auf einmal für das Hinderniß einer neu zu errichtenden Verfassung gelten können; denn wenn schon die an ihr selbst gescheiterte Verfassung vom 28. März an einem Reichsministerium ihre kräftigste Stütze fand, wie vielmehr würde eben eine die Bedingungen ihres Bestehens in sich selbst tragende Verfassung an einem Reichsministerium eine mittelbare Stütze finden können, welches durch fremde Erfahrung gewitzigt und vor Selbsttäuschungen gewarnt sein muß.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Altona, 13. Juni. Man trägt sich schon seit längerer Zeit mit der Besorgniß herum, der nördliche Theil des Herzogthums Schleswig könnte, in dem bevorstehenden Frieden, von dem südlichen getrennt werden. Abgesehen aber davon, daß es wohl zuvor gründlich untersucht zu werden verdient, ob denn jener Theil auch von dem Herzogthum losgerissen werden will, wenn er auch keine Neigung hat, deutsch zu werden, dürfen wir nicht vergessen, daß die Herzogthümer für die Aufrechthaltung ihres uralten Rechts ungetheilt beisammen zu bleiben, folgende Bürgschaft Preußens besitzen. Nämlich: „Schreiben des Königs von Preußen an den Herzog von Augustenburg. Durchlauchtigster Herzog. Auf Ew. Durchlaucht Schreiben vom heutigen Tage, in Betreff des bedrohlichen Zustandes in den Herzogthümern Schleswig-Holstein eröffne ich Ihnen Folgendes: Ich habe mich der Wahrung der deutschen Sache für die Tage der Gefahr unterzogen, nicht um die Rechte Anderer zu usurpiren, sondern um das Bestehende nach Außen und im Innern nach Kräften zu erhalten. Zu diesen bestehenden Rechten zähle ich dasjenige der Herzogthümer Schleswig-Holstein, welches in den, die Rechte des Königreichs Dänemark in keiner Weise verletzenden Sätzen ausgesprochen: 1) daß die Herzogthümer selbständige Staaten sind, 2) daß sie fest mit einander verbundene Staaten sind, 3) daß der Mannsstamm in den Herzogthümern herrscht. In diesem Sinne habe ich mich bereits beim Bundestage erklärt, und bei diesen bestehenden Rechtsverhältnissen bin ich bereit, in Betracht des Bundesbeschlusses vom 17. Sept. 1846, „die Herzogthümer Schleswig-Holstein gegen etwanige Uebergriffe und Angriffe mit den geeignetsten Mitteln zu schützen." Ich hoffe übrigens, daß der Nationalität der Herzogthümer keine ernstliche Gefahr droht, und bin entgegengesetzten Falls der festen Zuversicht, daß meine deutschen Bundesgenossen, gleich mir, zum Schutze derselben herbeieilen werden. — Mit aufrichtiger Freundschaft verbleibe ich Ew. Durchlaucht freundwilliger Vetter Friedrich Wilhelm. Berlin, den 24. März 1848."

Altona, 15. Juni. Kurz vor Abgang des gestrigen Abenddadnzuges von Kiel ist die Nachricht von Schönberg (in der Probstei) hier eingetroffen, daß man daselbst eine Menge Schiffe bemerkt habe, der großen Entfernung wegen aber weder Flagge noch Anzahl habe unterscheiden können. — Am Morgen war ein Kriegsdampfschiff auf den Eckernförder Hafen zugesteuert, ohne Flagge zu zeigen. Die Batterie hat erst einen blinden, dann einen scharfen Schuß dem Kriegsdampfer entgegengeschickt, worauf derselbe umgekehrt ist, und zwar ohne seine Flagge zu zeigen. In Folge dessen ist sofort die ganze Linie allarmirt worden.

Aus dem Sundewitt, 10. Juni. Heute Abend gegen 8 Uhr kamen von Sonderburg der 20 bei der Affaire von Aarhuus (31. v. M.) in dänische Kriegsgefangenschaft gerathene preußische Soldaten (2 Trompeter und 14 Mann vom 11. Husarenregiment, 3 Soldaten vom 3. Bataillon des 16. Landwehrregiments und 1 Jäger vom 7. Jägerbataillon) in Gravenstein an. Sie saßen 4 Tage in einer Kaserne zu Kopenhagen gefangen und rühmten sämmtlich die gute Behandlung, welche ihnen von Seiten der Dänen zu Theil geworden war. 1 Offizier, 1 Unteroffizier und 2 Husaren, sämmtlich verwundet, befinden sich noch im Lazareth zu Kopenhagen. (K. M.)

Vom nördlichen Schleswig, 14 Juni. Da weder gestern noch heute eine Bestätigung von der Befreiung der kurhessischen Husaren und der Gefangennehmung einer feindlichen Truppenabtheilung eingelaufen ist, so scheint unsere letzte Meldung, so allgemein sie auch hier verbreitet war und für so sicher sie auch ausgegeben wurde, gerechtem Zweifel unterworfen zu sein, und da wir überall nur von Gerüchten leben, so ist es eben nicht wunderbar, daß bei dem fast gänzlichen Mangel an officiellen Berichten sich dann und wann das Fälschliche mit dem Wahren vermischt. (Die gestern mitgetheilte Nachricht von der Ankunft der gefangenen Husaren in Kopenhagen macht allem weitern Zweifel in der Sache ein Ende.) Die von den Dänen aufgehobene Husarenabtheilung war von Horsens aus, auf Requisitionen, nach dem Westen gesandt und wählte ihr Nachtquartier in Nörresunde, einem Dorfe, 4 Meilen westlich von Horsens belegen. Man hielt sie dort für so sicher, daß, wie erzählt wird, auf höheren Befehl keine Aufstellung von Vorposten für nöthig erachtet und demnach nicht befohlen worden war. Von einem Bauern verrathen, fanden die Hessen, als vom Feinde Allarm plötzlich geblasen wurde, die Ställe leer, und so mußten sie sich, ihrer Pferde und Armatur beraubt, übergeben. Derjenige Husar, der sich versteckt gehalten hatte, erbat sich vom Dorfprediger, nach Abzug der Dänen, ein schriftliches Document, zu welchem Zwecke ist uns unbekannt, ließ sich dieses jedoch auf dem Wege nach Horsens ins Deutsche übersetzen und erfuhr daraus, daß es eine Weisung enthielt, den Vorzeiger ungesäumt den Dänen zu überliefern, worauf er sporenstreichs das Weite suchte, Horsens glücklich erreichte und das Vorgefallene meldete. Später soll eine deutsche Truppenabtheilung von Horsens nach Nörresunde aufgebrochen sein; da mag es dem verrätherischen Dorfe eben nicht am besten ergangen sein. Daß übrigens durch dergleichen Unfälle der Mißmuth in der Armee sich steigert und namentlich gegen den General Prittwitz immer lauter werden soll, dürfte ziemlich begreiflich sein. — Es wird erzählt, daß der in Horsens ansässige Oelmüller Schytte, Mitglied der dänischen Nationalversammlung, vom General zu mehreren Sendungen theils nach Fühnen, theils nach Kopenhagen benutzt worden sein soll. Herr Schytte ist ein gewandter Mann und zu solchen Zwecken sehr geeignet. (B.-H.)

Hadersleben, 13. Juni. Wie wir hören, ist ein größeres Commando nach der Dorfschaft, in welcher die kurhessischen Husaren gefangen worden sind, abgegangen, und soll dieselbe angehalten werden, nicht allein die verlorenen Pferde zu ersetzen, sondern auch für jeden Husaren 300 Thlr. preuß. Cour. zu zahlen, und außerdem dem hingesandten Commando bedeutende Lieferungen zu machen.

Veile, 11. Juni. So eben wird von hier der Amtmann Stockfleth als Gefangener nach Rendsburg abgeführt, weil er die befohlene Requisition einer Anzahl jütischer Pferde für die deutschen Truppen nicht autorisiren wollte. Zur Bestrafung der verrätherischen Bauern in Nörresunde, welche die kurhessischen Husaren dem Feinde in die Hände lieferten, ist bereits eine mobile Colonne nach diesem Dorfe aufgebrochen. Wir meinen, die beste Genugthuung dürfte diese sein, daß man den dänischen General Rye baldmöglichst vom Festlande verdränge.

Bei **Aarhuus** war die Stellung auch am 11. Juni unverändert. Die Nachricht der französischen Avisen, daß eine Abtheilung der russischen Flotte bei Alsen angekommen, findet sich nicht weiter bestätigt, und ist wohl verfrüht, wie selbst Fädrelandet meint, obgleich Flyveposten bekanntlich schon von Landungstruppen wußte und die Berlingsche Zeitung einen großen Artikel über die Kosaken durch mehrere Nummern liefert.

Kopenhagen, 14. Juni, Nachmittags. Das Marineministerium hat den Bericht des Commandeurcapitäns Bille über die Affaire vom 4. Juni mit den aus der Weser kommenden deutschen Kriegsdampfbooten erhalten. Die drei Dampfschiffe hätten, aus der Weser laufend, versucht, die Corvette Valkyrien von den übrigen Blokadeschiffen abzuschneiden; diese hielt, bei leichter Kühle aus OND., ihren Cours nach SW. gegen die Fregatte Nota und Thetis und eröffnete 2½ Uhr, in der Nähe von Helgoland, ihr Feuer gegen die in einer Linie liegenden drei deutschen Dampfschiffe, welche sie besonders mit Granaten, allein ohne alle Wirkung, beschossen, bis 4½ Uhr der der Valkyrie zur Unterstützung entsandte Geiser sein Feuer eröffnete und plötzlich die drei Dampfschiffe, gefolgt von der Valkyrie und dem Geiser und durch die Thetis und Nota von der Weser abgeschnitten, flüchteten und, da der Wind für die Fregatten schwach ward, die Elbe erreichten, wobei, wie man sah, das große Schiff eins von den kleineren schleppte. Der Geiser verfolgte sie bis ½ Meile vom Feuerschiff, wo Commandeurcapitän Bille ihn zurückrief. Bille belobt die tüchtigen Manöver des Capitän Poldet von der Valkyrie, der trotz der Ueberlegenheit des Feindes seinen Cours fortgesetzt, ohne um Helgoland herumzusegeln und durch sein wohlgerichtetes Feuer die Dampfschiffe genöthigt, ihre Fahrt gegen ihn innezuhalten (!!). Capitän Poldet belobt dagegen die Haltung, den Eifer und die Tüchtigkeit seiner

Mannschaft und bemerkt, daß er weder an Mannschaft, noch an Rumpf und Takelage das Geringste gelitten.

Vorgestern ist ein russisches Kriegsdampfschiff unter dem Commando des Capitäns Gerschow, eines Sohnes des hiesigen russischen Generalconsuls, hier angekommen. Bei seinem Abgang von Reval war die russische Flotte bereits nach der Ostsee abgegangen. „Fyens Avis" meldet auch aus Odense vom 11. d., daß eine Abtheilung der russischen Flotte vor Alsen erschienen sei, wo sie sich nicht allein mit Lebensmitteln versehen habe, sondern auch mit Sachen, welche darauf hindeuten, daß sie etwas Anderes im Sinne habe, als bloß aus der Ferne zu drohen.

„Flyveposten" will mit Gewißheit erfahren haben, daß der am 6. Juni von Reval abgegangene Theil der russischen Flotte Landungstruppen am Bord habe. (Zuverlässige directe Berichte aus Reval versichern mit gleicher Bestimmtheit, daß die russischen Schiffe keine Landungstruppen an Bord haben.) — Nach telegraphischer Mittheilung aus Fridericia vom 11. Juni, 4 Uhr Nachmittags, war dort Nichts von Bedeutung vorgefallen. — Bei Aarhuus war die Stellung am 9. unverändert.

Nachrichten vom Kriegsschauplatz am Neckar und Rhein.

** Heute früh hat uns der erste Zug der Main-Neckarbahn wiederum die ersten Briefe aus **Weinheim** überbracht, nachdem seit dem 15. weder hier noch in Darmstadt solche eingegangen waren. Deßhalb scheiden sich auch heute erst alle die mannigfachen wahren und unwahren mündlichen Angaben über die Kämpfe am 15. und 16. und es gestaltet sich ein bestimmtes, auf Wahrheit gegründetes Bild von den Vorgängen dieser Tage. Wir verweisen deßhalb auf unsere Weinheimer Briefe. Auch von **Mannheim** läßt sich heute Zuverlässigeres berichten, da die Mannheimer Blätter mit Nachrichten bis zum Samstag Abend vorliegen. Am Sonntag schwieg der Kampf am Neckar, es wurde auf beiden Seiten gerastet; ebenso gestern, Montag, bis zu diesem Augenblick ist an der ganzen Neckarlinie nichts von Belang vorgefallen. Wie wir vernehmen, steht die diesseitige Operationsarmee gerüstet, um heute Mittag um 12 Uhr die Insurgenten anzugreifen.

Gefecht bei Käferthal und Ladenburg.

⊗ **Weinheim**, 15. Juni. Mit dem Anbruch des Tages, der in seiner düstern Stimmung der Spannung glich, die sich nach Aufklärung sehnt, nach der Aufklärung, ob die Gerechtigkeit oder der Verrath siegen sollen, bewegten sich alle die an der hessischen Grenze liegenden Theile der Reichstruppen vorwärts und zogen auf die vorgeschriebene Operationslinie. — Durch Beuchheim, das Hauptquartier, marschirten um 4 Uhr die mecklenburger Dragoner, die hessischen Chevaurlegers, um 8 Uhr zogen die Hessen-Darmstädter, 4tes Regiment, aus, um 9 Uhr zogen die Preußen, 1 Bataillon vom 38. Regiment durch, die frankfurter Linie, von Lindenfels kommend, und die Kurhessen. — Der Angriff begann auf dem rechten Flügel bei Käferthal. Hier stand die Brigade des General v. Wachter. Käferthal wurde mit großer Hartnäckigkeit vertheidigt, aber trotz all' seiner künstlichen Befestigungen gegen Mittag genommen. Die Chevaurlegers hatten hier bereits eine Batterie der Insurgenten erobert, als sich die badische Infanterie gegen sie entwickelte und sie diese Eroberung wieder aufgeben mußte. Bei dieser Affaire wurde dem hessischen Rittmeister v. Jäger das Bein zerschmettert. Ueberhaupt ließ man Käferthal aus dem Grund unbesetzt, da er ein nicht wichtig genug scheinender strategischer Punkt war, und seine Besitzerhaltung nicht im Operationsplane lag. Die mecklenburgische Brigade unter dem Obersten v. Witzleben war von Fürth gegen Weinheim Morgens aufgebrochen und erhielt den Befehl, als sie dort anlam, den Feind so weit als möglich zu verfolgen. 1 Stunde von Weinheim nach Heidelberg zu liegt das Dorf Großsachsen, mit ihm in gleicher Linie Ladenburg und weiter rechts hinauf Käferthal. Großsachsen war vom Feinde besetzt. Der Oberst ließ daher eine kleine Abtheilung seines Corps zurück, um es beobachten zu lassen, mit dem übrigen Theil der Brigade ging er rasch auf Ladenburg los. Beim ersten Angriff wurde die Stadt von der 4. Compagnie des 1. Musketierbataillons Mecklenburger und einer halben Compagnie großh. hess. Truppen mit Sturm genommen. Nachmittags 5 Uhr besetzte der Oberst den Bahnhof und griff die Verschanzungen des Feindes an, welche die Dämme bildeten, die gegen die Ueberfluthung des Neckar schützen. Der Feind hatte hier die vortheilhafteste Position, da außer den Dämmen noch die Eisenbahnbrücke verbarrikadirt war, und hinter diesen Barrikaden und jenen Dämmen das feindliche Geschütz aufgepflanzt stand, so daß von ihm die Eisenbahnlinie in gerader Richtung bestrichen werden konnte. Gegen diese Deckung mußte das mecklenburgische Geschütz auf der Eisenbahnlinie blank auffahren. Durch unser starkes Feuern sprang aus einem Geschütz der Zündstellen heraus. Da der Oberst diese Stellung ohne Verstärkung nicht halten wollte, um seine Truppen nicht unnütz zu opfern, so zog er sich in die Stadt Ladenburg zurück. War seit heute früh bis daher meistens nur Artillerie und Cavallerie im Gefecht gewesen, so kam nun gegen Abend die beiderseitige Infanterie zur völligen Entwickelung. Eine feindliche Colonne von 2 Bataillonen Infanterie, 2 Schwadronen Dragonern und 4 Geschützen kamen am Neckar herunter und griffen die in Ladenburg stehende linke Flanke der Wigleben'schen Abtheilung an. Kurz zuvor setzte der Feind auf der rechten Flanke über den Neckar, hatte weiße Fähnlein, und die Unsrigen, denen es leicht war, sie in den Grund zu schießen, glaubten, sie würden übergehen und ließen sie aussetzen. — Statt dieser Erwartung griffen aber die Feinde nunmehr Ladenburg von zwei Seiten an. Die von dem Obercommandeur zugesagte Hilfe war noch nicht eingetroffen, die Munition der Artillerie, die einen halben Tag ununterbrochen feuerte, war aufgegangen, kurz der Oberst mußte Ladenburg aufgeben. Das Gefecht wurde jedoch mit dem Feinde fortgesetzt. An der Eisenbahnbrücke fiel der mecklenburgische Hauptmann v. Schreeb. Der Lieutenant v. Huth, den zwei Soldaten verwundet durch die Stadt trugen, wurde meuchlerischer Weise von einem Ladenburger aus dem Fenster erschossen, trotzdem, daß in Ladenburg weiße Fahnen ausgesteckt waren. — In Heddesheim setzte sich die Brigade fest, erhielt die erwartete Verstärkung von einem Bataillon Preußen vom 38. Regiment und der tapfere Obrist v. Witzleben behauptete Heddesheim und bivouakirte Nachts in den Straßen. — Das Gefecht hörte erst beim Dunkelwerden auf, nachdem es überhaupt von früh 8 Uhr bis Abends 9 Uhr auf der ganzen Linie gewährt hatte. — Das Resultat des Tages war, daß die vom Obercommandeur, Generallieutenant v. Peucker, der mit dem General v. Schäffer-Bernstein und dem Stabe den ganzen Tag auf dem Schlachtfelde thätig war, zur Eroberung bestimmte Operationslinie in ihrer ganzen Ausdehnung in vollständigen Besitz genommen war, und unsere Truppen mehrere Meilen bereits Terrain gewonnen und behauptet hatten. Das Hauptquartier konnte wegen des siegreichen Vordringens 5 Stunden weiter von Beuchheim nach Weinheim vorgeschoben werden. So nahm denn die Generalität und der Staab Abends Quartier in Weinheim und es lagerten hier mehrere Regimenter. Die Truppen haben 12 Stunden lang in einem Feuer gestanden und ausgehalten, wie es in der neuen Geschichte beispiellos ist, und sind alle so tapfer gewesen, daß alle die gleiche Anerkennung verdienen. Vom Feinde muß gestern eine Macht von 10—12,000, nach manchen Aussagen sogar 15—20,000 M. in den Kampf geführt worden sein. — Der glorreiche Tag vom 16., an dem die unter dem Commando des Generals von Schäffer und unter Führung des Obristen v. Weitershausen stehende Brigade den glänzendsten Sieg erfocht, die Feinde gänzlich in die Flucht geschlagen wurden, soll uns morgen beschäftigen. Heute, Sonntag am 17., läßt sich nirgends ein Feind sehen. Es ist Ruhetag.

Gefecht bei Hirschhorn.

⊗ **Weinheim**, 15. Juni. Gleichzeitig mit den Gefechten bei Käferthal und bei Ladenburg entspann sich im Mainthale und Odenwald auf dem linken Flügel der Armee ein Gefecht von dem dort aufgestellten Observationscorps bayerischer und hessischer Reichstruppen. Die Bayern und Kurhessen, unter dem Commando des Obristen Weiß, gingen von Beerfelden gegen Hirschhorn vor, verjagten die in der rechten Flanke stehenden Freischärler, trieben die Vorposten zurück, und nahmen auch bald mit der Vorhut die ersten Häuser der Stadt. Das Schloß war stark von Hanauer Scharfschützen besetzt, ebenso eine Mühle. Von beiden Punkten wurden die Bayern und Kurhessen von dem Feinde, der vorzüglich gedeckt war, stark beschossen. Die Artillerie stellte sich nun dem Eingang der Stadt gegenüber auf und schoß einige Kugeln in die Mühle, worauf dieser Eingang genommen wurde. Dem muthigen Major v. Stromer gelang es, bis 10 Uhr Abends die Stadt zu nehmen. Die Freischärler, welche in zahlreichen Trupps das hoch gelegene Schloß besetzt hielten, zündeten hierauf Lärmfeuer an, damit die Freischaaren in Eberbach, Brombach Heddesbach und Schönau sich sammeln und zuziehen sollten. In der rechten Flanke der Colonne erschien auch auf der Thalstraße in der zunächst liegenden Höhe ein Trupp Freischärler, feuerte stark, wurde aber durch die bayerische Infanterie bald zum Schweigen gebracht. So im blechenden Besitze der Stadt, und unterrichtet, wie stark hier der Feind sich zeigte, was überhaupt der wesentliche Zweck des ganzen Tages an allen Punkten der Operationen war, und nach einiger Rast nahm das Beobachtungscorps seine alten Quartiere in Beerfelden wieder ein. Ein Theil ging nicht mit zurück, da er den Feind noch verfolgte. Das Corps hatte 2 Todte, darunter den bayerischen Jägerlieutenant Müller und 11 Verwundete. Der Theil des Corps, welcher den Feind verfolgt hatte, kam Nachts 11 Uhr nach Hirschhorn zurück, und behauptete Hirschhorn, besetzte auch das Schloß, aus welchem sich die Freischaaren nach erlittenen großen Verlusten zurückgezogen hatten. Somit ist Hirschhorn in den Händen der bayerischen Vorhut.

⊗ **Weinheim**, 17. Juni. Obrist v. Weitershausen ist zum Stadtcommandanten von Weinheim ernannt.

Das „Mannheimer Journal" enthält folgenden Bericht:

Mannheim, 17. Juni. Ueber den Kampf, der seit vorgestern (Freitag Morgen) zuerst bei Käferthal und später, gegen 12 Uhr, in Ludwigshafen, in der unmittelbaren Nähe unserer Stadt, dort mit den Hessen und hier mit den Preußen, stattgefunden hat, fehlen uns zur Zeit noch alle sichern Details und selbst dasjenige, was wir als Augenzeuge berichten, wird immer nur als Einzelpunkt in diesem ebenso ernsten als reichen Kriegsgemälde gelten können. Der Kampf begann zuerst bei Käferthal, wo die Hessen in starken Colonnen von Fußvolk und Cavallerie und angeblich zwei Stücken Geschütz aus dem Walde hinter Käferthal von der Viernheimer Seite her hervorbrachen. Badischerseits stand ihnen das vierte Regiment und ein Theil unserer Dragoner mit Mannschaft des ersten Aufgebots gegenüber. Die Hessen wurden nach einem lebhaften Angriff ihrer Reiterei auf badisches Fußvolk mit Verlust zurückgeschlagen, und räumten in Folge davon das Dorf Käferthal, welches sofort wieder von unsern Truppen besetzt wurde. Inzwischen rückten von Frankenthal her die Preußen in einer Colonne von circa 1000 Mann, aus Infanterie, Cavallerie und Artillerie bestehend, gegen Ludwigshafen an, das von einem Theil unseres ersten Aufgebots und wenn gem badischen Militär vertheidigt wurde. Die Preußen postirten sich neben und hinter dem Bahnhofe der Pfälzischen Ludwigsbahn, von wo aus sie ihre Tirailleurs gegen den Hafen und die Stadt vorschickten. Nach einem sehr lebhaften Gewehrfeuer, welches von diesseits durch ein Bombardement aus schwerem Geschütz unterstützt wurde, zogen sich unsere Truppen über die Rheinbrücke nach Mannheim zurück, lösten hinter sich ein Brückenjoch ab, worauf Ludwigshafen von den Preußen besetzt wurde. Von da an dauerte das Schießen aus schwerem Geschütz und Büchsen bis zum Anbruch des Abends ununterbrochen fort, wo das Feuer des in Flammen aufgehenden Ludwigshavener Lagerhauses bald auch die benachbarten Häuser ergriff, sodaß gegen 11 Uhr des Abends ganz Ludwigshafen in Brand zu stehen schien, obwohl die eigentlichen, im Theil palastähnlichen Wohngebäude der Hauptstraße dann verschont geblieben sind. Der Anblick dieser brennenden Stadt war schauerlich schön und die ältesten Leute erinnern sich nicht, einen solchen Brand mit angesehen zu haben. Der Rhein glühte weithin im Widerschein der Flammen und selbst das jenseitige Ufer wurde von ihnen bis zur Tageshelle erleuchtet. Die Nacht hindurch war Mannheim illuminirt. Weitere sichere Nachrichten aus der Pfalz fehlen uns gänzlich. Oberst Blenker, der seither mit seinen Freischaren in Frankenthal lagerte, hat sich gegen Neustadt zurückgezogen. Mit Anbruch des folgenden (gestrigen) Tages begann die Kanonade gegen Ludwigshafen von Neurm, was von den Preußen aus schwerem Geschütz erwidert wurde. Im Verlaufe des Morgens sind viele Granaten in unsere Stadt gefallen; ebenso Schrapnellkugeln, Dank der gütigen Versetzung, ohne bis jetzt auch nur den mindesten Schaden gethan zu haben. Das Bombardement hat in dieser Weise bis gegen 5 Uhr Nachmittags gedauert, worauf es zuerst preußischerseits eingestellt wurde. Das Gewehrfeuer dauerte indessen fort bis zum Anbruch der Nacht. Heute Morgen hat das Schießen bedeutend nachgelassen und nur dann und wann erschallt ein Büchsenschuß. Aus schwerem Geschütz ist bis zur Stunde noch nicht gefeuert worden.

Gestern Abend ist sodann folgende Proclamation erschienen:

Soldaten! Wehrmänner! Eure Tapferkeit verdient den Dank des Vaterlandes. Der gestrige Tag hat den Ruhm Eurer Waffen begründet, am Neckar in Ladenburg sieht der Feind, in Ludwigshafen erschöpft er sich in vergeblichen Anstrengungen und verliert sehr viele Leute durch das wohlgezielte Feuer unserer braven Volkswehrartillerie und ihrer tapferen Bedeckung. Soldaten! Offiziere! Das Vaterland spricht Euch seinen Dank aus, Europa blickt auf Euch, Soldaten! Ich empfehle Euch die strenge Aufrechthaltung der Mannszucht, sie ist die Bürgschaft des Erfolgs. Ueberlaßt nicht dem Feinde den Vortheil der Disciplin. Das Uebergewicht, was Eure eifrige Vaterlandsliebe Euch über ihn verleiht, würde sonst dadurch ausgeglichen werden. Mannheim, den 16. Juni 1849. Der Obergeneral Ludwig Mieroslawski.

Rastatt, 16. Juni. Heute sind 11 gefangene mecklenburger Soldaten und 2 ihrer Offiziere, welch letztere verwundet sind, hier eingebracht worden.

⊻ **Karlsruhe**, 16. Juni. In der heutigen Sitzung der constituirenden Landesversammlung berichtete Heunisch über das von der Reichsregentschaft an die provisorische Regierung erlassene Schreiben, worin sie die badische Regierung auffordert, die sämmtlichen Truppen der Reichsgewalt zur Verfügung zu stellen. Die Commission stellt den Antrag: daß der provisorischen Regierung die mitgetheilten Actenstücke zurückgestellt werden, damit dieselbe nach eigenem Ermessen unter einwaiger Berücksichtigung der in diesem Bericht ausgesprochenen Ansichten den ihr sachdienlich scheinenden Beschluß selbstständig fasse. Abg. Reich beantragte die Zurückweisung an die Commission, worauf der Gegenstand verlassen wird. Thiebaut machte der Versammlung die Mittheilung, daß an sämmtliche badische Deputirte bei der Nationalversammlung von der angeblichen großherzoglich badischen Regierung zu Mainz ein Schreiben des Inhalts eingegangen, daß der Großherzog die Reichsversammlung nicht mehr anerkenne und das Mandat der badischen Deputirten für erloschen erkläre. Er beantragte nun die Abfassung einer Erklärung, wodurch diese Verfügung als rechtsungiltig erklärt und die Deputirten aufgefordert werden, auf ihren Plätzen zu bleiben. Brentano machte der Kammer noch die Mittheilung von den neuesten Ereignissen auf dem Kriegsschauplatz, die von ihr mit großem Beifall aufgenommen wurden. Zum Schluß stellte Au den Antrag, die königl. württembergische Regierung aufzufordern, den noch immer verhafteten Bürger Fickler sofort freizugeben.

Die „Karlsr. Ztg." schreibt aus **Karlsruhe**, 16. Juni, Abends 9 Uhr. Die Preußen sind in der Rheinpfalz wieder vorgedrungen. General Mieroslawski forderte die Bewohner von Ludwigshafen auf, sich zu vertheidigen, sie weigerten sich, worauf ihnen der General ankündigte, daß er sich genöthigt sehe, diesen Ort zusammenzuschießen, was denn zum Theil bereits ausgeführt ist, zum andern in Kurzem ausgeführt werden muß, da die Preußen von dort aus den Versuch machten, einige Kugeln nach Mannheim zu werfen, von denen aber nur einzelne die Stadt erreichten. Indessen sind die Preußen bis Speyer vorgedrungen, ohne ein Hinderniß zu finden. Die biedern Speyerer steckten bei ihrer Annäherung sofort weiße Fahnen auf und so sah sich die dort aufgestellte Volkswehr genöthigt, sich über den Rhein ins Badische zurückzuziehen. Sie kamen heute Abend hier an und werden zur Deckung des diesseitigen Rheinufers verwendet. Die Vertheidigung desselben ist dem Obercommandanten der Bürgerwehr, Dell, anvertraut, der noch in dieser Nacht abgehen wird. Der polnische Oberst Raquiller ist besonders mit den gegen Germersheim vorzunehmenden Vorkehrungsmaßregeln beauftragt, und das ganze Rheinufer an der pfälzischen Grenze mit Truppen besetzt. Die nöthige Artillerie wird heute von hier aus dorthin abgesandt. So wird hoffentlich dies vorgedrungene preußische Corps von zwei Seiten aus angegriffen werden, und in kurzem die Pfalz von diesem Besuche wieder gesäubert sein. (Diese Hoffnung hat sich bekanntlich nicht erfüllt.)

In **Heidelberg** ist am 16. Juni folgende „Proclamation" erschienen: Die Operationen unserer in stetem Vorrücken begriffenen Colonnen sind vom glänzendsten Erfolg gekrönt. Die Colonne des Obersten Oborski, welche in Folge unseres letzten Sieges von Mannheim aus vorgerückt war, nahm den Feind in der Flanke, während ihn Oberst Siegel in der Fronte angriff. Die feindlichen Truppen hielten nirgends Stand; es ist nur Schade, daß wir nicht genug Reiterei zur Verfolgung des Feindes haben. Bewohner, seid vollkommen ruhig; ich fordere von Euch nur, daß Eure Opfer denen der Soldaten wenigstens gleich

ommen; denn der Krieger, der für Euch kämpft und blu-
t, verdient gewiß, daß Ihr ihn mit Speise und Trank
inreichend erquickt und ihm zu neuen Anstrengungen Kräfte
ebt. Werden diese und überhaupt alle meine Befehle voll-
ogen, so vermag der Feind nichts gegen uns. Die Stadt
eidelberg wird heute Nacht zur Feier der Siege unserer
eldenmüthigen Kämpfer beleuchtet. Dabei haben die Lich-
r an allen Fenstern die ganze Nacht zu brennen; alle
Birthshäuser sind bis Mitternacht offen zu halten. Haupt-
uartier Heidelberg, 16. Juni 1849. Das Obercommando
er badischen Armee. Der Obergeneral Louis Mieros-
awski.

*„ **Aus dem badischen Oberlande**, 15. Juni. Der
ns drückende Alp wird etwas erträglicher bei der Nach-
cht, daß die Reichstruppen endlich einrücken, um uns von
en Despoten der „Freiheit" zu erlösen. Sie werden mit
ffenen Armen als Befreier aufgenommen werden. Un-
laublich ist es, wie die sogenannte Freiheit jetzt gehand-
abt wird. Es bestehen eigene Spionir-Anstalten, „Sicher-
eits-Ausschüsse" genannt, deren Mitglieder sich überall ein-
hleichen und alle gegen die jetzigen Gewalthaber gerich-
ten Reden auffangen und anzeigen. Die Presse ist ge-
echtet, wie nie zuvor, und, den „Volksführer" an der
pitze, verlangt die Partei Verbot der nicht radicalen
uswärtigen Tagblätter. Im Lande selbst wagt Niemand
ne conservative Zeitung zu schreiben. Die Volksschmeichler
iegen sogar soweit herab, allen Verbrechern freien Paß zu
rschaffen, indem sie unser vortreffliches Gendarmeriecorps,
ls reactionäre bewaffnete Macht, für aufgehoben erklären.
Allein die Gendarmen vermerkten dieses übel, sie zo-
en sich in Karlsruhe zusammen und drohten, im Vereine
it der Bürgerwehr und mit zuverlässigen Soldaten, die
anze Constituante nebst Regierung wegzuputschen, und da
esann man sich anders und beschwor die Gendarmen,
ieder in ihre Stationen zurückzukehren, indem man
nen das Ehrenwort gab, daß sie nicht aufgelöst wer-
en sollten. Hoffentlich wird ihnen Wort gehalten.
ätte dieses Corps, besonders bei der Stimmung des in
arlsruhe befindlichen Militärs, einen Angriff ausgeführt,
würde die Versammlung vielleicht nicht mehr dort tagen.
Dies hat sie auch gefühlt und darum beschlossen, daß sie
uch an jedem anderen Orte außer Karlsruhe ihre Sitzungen
alten könne. Wer die Verhandlungen liest, wird an dem
errschenden Terrorismus nicht mehr zweifeln, besonders
enn er vernimmt, wie ein Abgeordneter sagt: es gebe nur
reunde und Feinde der Revolution, letztere müssen ver-
ilgt werden. — Zwangsanleihen, Kriegszustand, Stand-
echt sind unsere herrlichen Errungenschaften der Neuzeit —
nsere „Reactionäre" können bei diesen Herren in die Schule
ehen.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 19. Juni. Bis auf einige Compagnien
sterreichischer Infanterie und eine halbe Schwadron öster-
eichischer Dragoner war unsre Stadt gestern Nachmittag
on Reichstruppen vollkommen entblößt, und kurze Zeit
aren sogar einzelne Thorwachen nicht von Militär berie-
zt, da alle disponiblen Streitkräfte, die letzten zwischen
in und zwei Uhr, nach Darmstadt und weiter von hier
bgingen. Das war Wasser auf die Mühle unserer
Straßenjungend, Lehrburschenschaft und halbwüchsigen Demokra-
ie. Diese Mühle war ohnehin seit zwei Tagen durch die
annigfachsten Gerüchte von polnischen Aufständen, ungari-
hen Siegen und an der Bergstraße theils verwundeten,
heils vernichteten Legionen des Varus ꝛc. in besten Treiben.
Das durch den Abzug der Truppen ansehnlich verminderte
eben und Weben auf den Hauptstraßen mußte ersetzt wer-
en; daher zahlreiche Gruppen an den Straßenecken, wo
ie „neuesten Nachrichten" in allerlei Gestalt und Plakaten
ngeheftet oder in Flugblättern verkauft zu werden pflegen,
nd Abends auch ein Zusammenlauf an der Hauptwache,
elcher durch eine Demonstration der Wachtmannschaft zer-
reut werden mußte. Gegen Abend wurden auf dem diesseitigen
fer an der Mainbrücke zwei Geschütze aufgefahren, die
sterreichischen Artilleristen standen mit brennender Lunte
aneben. Ueber Veranlassung und Ziel dieser Vorkeh-
ung gingen Sagen aller Art, deren übrigens die wenig-
en auch nur den Schein von Wahrheit für sich hatten.
adessen wuchs die Aufregung der Volksgruppen durch den
nblick dieser blanken ultima ratio, zumal gegen Abend
och zwei andere österreichische Geschütze auf dem Paradep-
atz hinter der Hauptwache sichtbar wurden. Die österrei-
hischen Dragoner patrouillirten deßhalb und fanden einige-
al in engeren Straßen Veranlassung, die Haufen zu zer-
reuen. Ein ernsteres Ansehen haben die Dinge nirgends
ewonnen. Die natürliche Aufregung in unmittelbarer Nähe
es Schauplatzes des unglückseligen Bürgerkrieges und der
höne Sommerabend haben das Ihrige gethan. Um 11
hr erfreute sich unsere Stadt der gewöhnlichen tiefen Ruhe
ieder. Doch sind zur Verstärkung der hiesigen Besatzung
n vergangener Nacht noch einige Compagnien des 40.
reuß. Linienregiments von Mainz hierher gezogen worden.

** **Frankfurt**, 18. Juni. Der amerikanische Bevoll-
ächtigte bei der Centralgewalt, Herr Donelson, ist
eute hier angekommen und hat sein Absteigquartier im
önischen Kaiser genommen.

Wien, 14. Juni. Kaiser Nicolaus ist vorgestern in Kra-
u angekommen, begleitet von den Großfürsten Michael
nd Constantin, die ein Berichterstatter der hiesigen „Presse"
hon vor drei Tagen bei der Heerschau in Wien gesehen
aben wollte. Ob der Czar mit Paskewitsch, der gestern in
rakau eintreffen sollte, auch zur Armee abging oder mit
en Großfürsten, die morgen hier erwartet werden, nach
ien kommt, weiß ich nicht; so viel scheint gewiß, daß der
aiser von Rußland jedenfalls persönlich bei seiner Armee
rscheinen und einige Zeit unter seinen Truppen verweilen
ird. Am linken Flügel der kaiserlichen Armee versuchten
ie Insurgenten bei Szered einen Ueberfall, welcher indessen
urch die Vorsicht eines Insurgententrompeters der nur ge-
wungen in ihrem Dienste blieb, und zeitiger als er sollte das
Alarmsignal gab, mißglückte, indem die kaiserlichen Zeit ge-
wannen sich auf das rechte Waagufer zu werfen, und die Brücke
abzubrechen; die darauf folgende Kanonade blieb ohne Erfolg.
Auf dem rechten Flügel bei Csorna vor Raab scheint der
Ueberfall, welchen die Insurgenten nach der gestern erwähnten
Besetzung dieses Orts durch die Kaiserlichen gleich in der
darauf folgenden Nacht vorgestern versuchten, schlimmere
Folgen gehabt zu haben, denn die Kaiserlichen mußten den
Ort wieder räumen und sich eine Stunde weit zurückziehen,
wobei dem General Wyß ein Unfall zugestoßen sein muß,
da sein Pferd ohne Reiter einhergesprengt kam, er aber
bei Abgang des ersten Berichts vermißt wurde. Im Ganzen
haben diese Gefechte keinen Einfluß auf die Operationen
der Armee unter Haynau, welche die Offensive vor dem
hiezu bestimmten Zeitpunkt (vielleicht bis die Russen an
der Theiß sind) nicht ergreifen kann und daher häufigen
Vorpostengefechten ausgesetzt ist. Auch hat mit 15,000 In-
surgenten Fünfkirchen besetzt, bedroht also Croatien.

Wien, 15. Juni. An das Kriegsministerium ist vom
Generalmajor Standrichy aus Triest folgende telegraph. De-
pesche eingegangen: Aus Malghera langt soeben folgende Nach-
richt vom 13. d. M. an: „Das Feuer auf Venedig und die
Batterien auf der Eisenbahnbrücke wurde um 6 Uhr heute früh
begonnen, unsere Bomben erreichen Venedig, und die Bat-
terie ist bereits bedeutend beschädigt. Das feindliche Feuer
hat uns keinen erheblichen Schaden gebracht." (Wien. Z.)

Aus Preßburg vom 13. Juni wird uns geschrieben, daß
die Einnahme Szereds durch die Magyaren sich nicht be-
stätige. Graf Schlick war nach Wietzelburg abgegangen.
Von der Raaber Straße wollte man am 12. Kanonendonner
gehört haben, und es ging wieder die Rede, Raab sei
besetzt. Sicheres darüber fehlt.

Prag, 14. Juni. Aus ganz zuverlässiger Quelle kann
ich Ihnen Folgendes über die hier schwebenden Unter-
suchungen mittheilen. Die Zahl der Verhafteten beträgt
etwa 36 Personen. Das Einverständniß zwischen Bakunin
und Sabina ist durch einen vorliegenden Originalbrief des
Ersteren außer Zweifel gestellt. Die Absicht der Verschwo-
renen war, eine gewaltsame Schilderhebung zu bewirken
und die rothe Republik durchzusetzen. Daß es beinahe an
reichlicher Handhabung des Schreckenssystems nicht gefehlt
haben würde, brauchen wir kaum zu erwähnen. Es sind
förmliche Verzeichnisse über sowohl hier als auf dem Lande
befindliche Waffenvorräthe gefunden worden. Auch liegen
von den jüngern Verhafteten bereits Geständnisse vor;
einige der hartnäckig Leugnenden werden vermuthlich durch
den bei Kriegsgerichten zulässigen Indicienbeweis überführt
werden. Aus allem bisher bekannt Gewordenen geht her-
vor, daß die ursprünglichen Beweger, größtentheils Polen,
es nur auf eine Diversion abgesehen hatten. Durch Blut-
vergießen sollte Mißmuth im Lande erregt und der ohne-
dies schwer bedrängten Regierung die Nothwendigkeit
aufgedrängt werden, Militärmassen nach der Provinz
zu werfen. An ein Gelingen des eben so gewissenlosen
als tollen Planes war unter keinen Umständen zu denken.
Es konnten sich deßhalb dabei größtentheils nur junge, un-
erfahrene Leute betheiligen, und in der That wurzelte das
Complot lediglich in der Universität, namentlich in den
Verbindungen „Markomannia" und „česko-moravske bratrí"
(tschechisch-mährische Brüder). Erstere vertrat das deutsche,
letztere das slavische Element, und beide hatten sich in den
letzten Monaten zu gleichförmigem Handeln vereinigt. Bei-
nahe gewinnt es den Anschein, als seien die Tschechen
diesmal die Narren der Deutschen, diese aber der Polen
gewesen. Der Belagerungszustand wird im Ganzen mild
gehandhabt; die Zeitungspresse wird jedoch unter schärfster
Controle gehalten. Hawliczek ist nach Wien gereist, um das
über seine Zeitung (Narodni nowiny) verhängte Verbot
rückgängig zu machen. Dies dürfte ihm nur dann gelingen,
wenn er ein befriedigendes Programm aufstellt. (L. Z.)

Magdeburg, 13. Juni. Der Rückmarsch der 2. und 4.
Compagnie des 20. Landwehrregiments bildet eine Reihe
von Excessen, die um so schmachvoller sind, als sie großen-
theils im Auslande begangen wurden. Ueberall haben diese
Compagnien mit den Demokraten fraternisirt und sich zu
Demonstrationen gebrauchen lassen, welche die Demokraten
der Orte, in welchen sie einquartiert wurden, mißliebigen
Personen längst zugedacht hatten, und es ist den unablässi-
gen und eifrigen Bemühungen der Offiziere nicht gelungen,
Ordnung, Gehorsam und Disciplin wieder in diese dem
Vaterlande zur Schande gereichenden Truppen zu bringen.
Unter diesen Umständen sind beide Compagnien am 13.
Morgens auf Anordnung des Kriegsministers bei Wolmir-
städt entwaffnet worden, zu welchem Ende 1 Bataillon des
32. Infanterieregiments, 4 Geschütze und 1 Schwadron dahin
ausgerückt waren, um jeden Widerstand sofort aufs kräftigste
niederzuschlagen. Es ist kein solcher Widerstand versucht worden.
Nur etwa 20 Mann von jeder der beiden Compagnien, welche
sich seit dem Zusammentritt der Bataillone stets tadellos
geführt haben, wurden von dieser in der Geschichte der
preußischen Armee glücklicherweise unerhörten Maßregel
ausgenommen. Die entwaffneten Compagnien marschiren
jetzt unter Escorte von 2 Liniencompagnien und 1 Cavalle-
riecommando mit Umgehung von Berlin nach Stettin
und werden von dort in eine preußische Festung abrücken,
um durch die unnachsichtliche Anwendung der gesetzlichen
Strafbestimmung zur Ordnung zurückgeführt zu werden.
Die 1. und 3. Compagnie befinden sich ebenfalls auf dem
Rückmarsche; ihre Haltung soll etwas besser sein. Auch die
10. und 12. Compagnie hat der General von Hirschfeld
nach Westphalen zurückgeschickt. Untersuchungen der statt-
gehabten Excesse sind bei allen Compagnien im Gange und
werden mit der ganzen Schärfe der Gesetze gegen die Schul-
digen wohl bald ihr Ende erreichen. (C. Ztg.)

München, 17. Juni. Briefe der „Allgem. Ztg." berich-
ten, daß der König am 18. d. auch das Lager bei Nürn-
berg besuchen wolle. Ministerialrath v. Molitor, zum
Civilcommissär für die Pfalz ernannt, war in das Haupt-
quartier des Fürsten v. Taxis abgereist. Die Tumultuanten
des 18. Octobers v. J. wurden zu Gefängniß und Arbeits-
haus zwischen 5 und 18 Monaten verurtheilt. Fürst Lud-
wig v. Wallerstein hat seine Stelle als Kronobersthofmeister
niedergelegt, will, wie es scheint, auch aus den Reichs-
räthen scheiden, und sich als Candidat zur nächsten Wahl
für die zweite Kammer melden.

Scharmbeck, 14. Juni. Gestern fand im hiesigen Flek-
ken die Wahl eines Abgeordneten zur Nationalversamm-
lung für den 18. hannoverschen Wahldistrict statt, da Hr.
Meier aus Bremen auch zu denjenigen gehört, die ihr
Mandat niedergelegt haben. Von den 63 Wahlmännern
waren 32 anwesend; von diesen enthielten sich 9 der Ab-
stimmung, die übrigen 23 wählten einstimmig den Herrn
Gutsbesitzer W. Hornap aus Schönebeck zum Abgeordneten
und den Herrn Advocat Weber aus Stade zum Ersa-
mann. Der Wahlact wurde durch einen Notar aufgenom-
men, da der Wahlcommissär für diesen District, Herr Hel-
termann in Stade, sich geweigert hatte, zu erscheinen. Von
den Wahlmännern wurde dem Abgeordneten aufgegeben,
gleiche Schritte zu thun mit den in Frankfurt
zurückgebliebenen hannover'schen Deputirten
und namentlich sich in dieser Beziehung an Herrn Freu-
dentheil zu halten.

Schwerin, 14. Juni. Die heutige 107. Sitzung der
schwerinschen Abgeordnetenkammer hat nach fast 6stün-
diger Dauer ein Resultat gegeben, wie wir es so gänzlich
nichtsbedeutend nicht vermuthet haben. Das schon an und
für sich so bedeutungslose Majoritätserachten des Ausschus-
ses über die deutsche Frage ist nicht mit geringer Majorität
angenommen, sondern mit 46 gegen 46 Stimmen, nach
lebhafter Debatte, sowie das Minoritätserachten und sämmt-
liche Amendements verworfen worden. Die Abgeordneten-
kammer hat daher in der deutschen Frage so viel wie gar
nichts beschlossen; denn daß sie sich im Allgemeinen für
competent erklärt und einen Antrag des Ausschusses, sie
beschließe, daß sie für jetzt keine Veranlassung zu einer
Rückerinnerung auf die von den großherzogl. mecklenburg-
schwerinschen Commissarien gemachte Mittheilung vom 11.
d., betreffend die Zurückberufung der mecklenburgischen Ab-
geordneten zur deutschen Nationalversammlung habe, bedeu-
tet fast weniger als nichts. Die Regierung hat demnach in
der deutschen Angelegenheit freien Spielraum und sie wird
nach den in diesen Angelegenheiten getroffenen Einleitungen
nicht unterlassen, den Anschluß Mecklenburgs an die preu-
ßisch-hannoverisch-sächsische Reichsverfassung, gleich den übri-
gen kleineren deutschen Staaten, welche die Frankfurter
Verfassung bedingungsweise angenommen hatten, herbeizu-
führen. Und damit wird sie, da kein anderes Heil für
Deutschland zu erwarten ist, wohl thun und dem Lande
endlich diejenige Ruhe und den Frieden verschaffen, nach
welchen die Mehrzahl der Bewohner desselben von Herzen
sich sehnet. (H. C.)

Altenburg, 14. Juni. Nächsten Sonntag findet in Gotha
eine Zusammenkunft von Abgeordneten aller
thüringischen Landtage statt. Zweck derselben ist die
Besprechung eines gemeinsamen Verhaltens hinsichtlich der
deutschen Verfassungsfrage.

Detmold, 12. Juni. Bei der heutigen Constituirung des
zum ersten Mal aus directen Wahlen hervorgegangenen
neuen Landtags des Fürstenthums Lippe ist der Pastor
v. Cölln hierselbst zum Präsidenten und der Syndicus Hau-
mann von Horn zum Vicepräsidenten erwählt worden. Die
feierliche Eröffnung des Landtags wird morgen in der lu-
therischen Kirche stattfinden, in welcher auch die Sitzungen
öffentlich gehalten werden. (H. Z.)

Hamburg, 14. Juni. Die Anleihe für die mecklenbur-
gischen Eisenbahnen ist jetzt in der Art abgeschlossen, daß
Hamburger Häuser für 900,000 pr. Thlr. 4½ pCt. Prio-
ritätsactien unter Garantie der mecklenburgischen Regierung
genommen haben, — wie wir vernehmen zum Cours von 95.
Außerdem gibt die mecklenburgische Regierung die noch zur
gänzlichen Vollendung der Bahnen nöthigen 700,000 Thlr.
al pari ebenfalls zu 4½ pCt. (B.-H.)

Türkei.

Englische Blätter enthalten Nachrichten aus **Konstanti-
nopel** vom 25. Mai, nach welchen die Tscherkessen
einen plötzlichen Angriff auf das russische Fort Sudscha
gemacht haben sollen, welches vorzüglich zur Bewahrung
der Gefangenen dient. Sie sollen 36 Russen erschlagen,
eine große Zahl von Gefangenen nebst 100 Kanonen fort-
geführt, und sich dann wieder in ihre Berge zurückgezogen
haben. (?)

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 18. Juni. Von österreichischen Papieren waren heute 5pCt. Metall. minder fest 73 pCt., 2½pCt. Metall. 36⅝ pCt., Wienerbankactien 1035 fl., 500 fl. Loose 122½ pCt., 250 fl. Loose 74 pCt. Von den übrigen Loosen bleiben Kurhess. 40 Rthlr. Loose 21 Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 25⅛ ⅜ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 2⅛ fl., do. 50 fl. Loose 72⅛ fl., Nassauer 25 fl. Loose 20⅝ fl., Pola 500 fl. Loose 72½, Rthlr. Sämmtliche süddeutsche Obligationen getragter; 3½pCt. Württemberger 74 pCt., do. 4½pCt. 92 pCt., bad. 3½pCt. Obligationen 73 pCt., bad. 5pCt. Obligationen vom Jahr 1847 92½, pCt., Nassauer 3½pCt. Obligationen 89⅝, pCt., do. 5pCt. vom Jahr 1849 100 pCt. Von belgischen Obligationen waren 2½pCt. belg. 42⅞, do. 4½pCt. 82⅜, do. 5pCt. 89. Holländ. 2½ pCt. Integr. 49¾ pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 35 Rthlr., Berbach 70½ pCt., Köln Minden 78⅝ pCt., Taunus 250 fl. 5pCt. int. Spanien etwas schwächer im Cours als gestern 21½, à 24⅛, pCt. Von Wechseln Amsterdam 100⅛, Berlin 105⅛, Leipzig 105⅛, London 121½, Paris 105⅝, Wien 97⅛.

Wien, 15. Juni. 5pCt. Metall. 89⅝. ½. — 4½Ct. 71. — 2½Ct. —. — 3½pCt. 47. — Bankactien 1070. — 500 fl. Loose 149. — 250 fl. Loose 92. — Nordbahnactien 104½. — Gloggnitzer 103. — Mailänder 74½.

Bei lebhaftem Umsatz war für Fonds und Eisenbahnactien eine weichende Stimmung. Geschlossen gegeben und bedeutend gestiegen. Frankfurt 12½, London 12 fl. 37 kr. Amsterdam 174, Paris 2 Monat 147.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Marquardt.

Die Verlautbarungsblätter erscheinen:

Das Amtsblatt der k. k. Landwehr-Inspection in Wien: Jährlich 12 Nummern.

Preis für 12 Nr. 50 kr. ö. W.

Verordnungsblatt

für die

Landwehr.

(XIII. Verordnungsblatt.)

Mit Allerhöchster Entschließung vom 15. Juli 1. J. wurde Allergnädigst zu bewilligen geruht, dass Se. Majestät Allerhöchstihr Leibregiment Nr. 1 Infanterie, Se. Majestät Allerhöchstihr Leibregiment Nr. 2 Infanterie, Se. Majestät Allerhöchstihr Leibregiment Nr. 3 Infanterie, Se. Majestät Allerhöchstihr Leibregiment Nr. 4 Infanterie, Se. Majestät Allerhöchstihr Leibregiment Nr. 5 Infanterie, Se. Majestät Allerhöchstihr Leibregiment Nr.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Dienstag (Beilage zu Nro. 144.) 19. Juni 1849

Bayern und die deutsche Reichsverfassung.

München, 13. Juni. Die „Allg. Ztg." enthält unter diesem Datum folgenden bemerkenswerthen, weil halboffiziellen Artikel: Der Minister v. d. Pfordten geht nach Wien und von dort nach Berlin, um endlich Bayerns Stellung in der deutschen Verfassungsfrage zum entschiedenen Abschluß zu bringen. Wir glauben, es wird diese Reise einen Wendepunkt der Dinge herbeiführen, oder doch wenigstens Klarheit verschaffen, woran man mit Oesterreich ist. Noch ist es vielleicht Zeit für das Wiener Cabinet, sicher aber die letzte Zeit, zu zeigen, daß es seine eigenen deutschen Interessen nicht aufgeben, durch eine Politik des Schweigens und Negirens geradezu verderben wolle. Oesterreich kann jetzt noch solche Bedingungen vorzeichnen, solche Aenderungen der deutschen Verfassung verlangen, wie sie ihm die Lage seiner Staaten, sein Schwerpunkt als Großmacht, seine Rücksichten auf den Osten und Süden zur Nothwendigkeit machen. Der bessere Theil des deutschen Volkes, auch derjenige, der jetzt in Preußen von der nahen Aussicht auf die preußische Hegemonie verblendet ist, wird gewiß mögliche Aenderungen in der Frankfurter und Berliner Reichsverfassung gutheißen, wenn Deutschland dafür die Aussicht auf volle Einheit, auf den Gewinn der herrlichen Länder erhält, die unser natürliches Bollwerk im Osten sind, die einen großen Theil unserer Zukunft bilden, die Deutschland allein im Süden und Südosten den Einfluß einer Großmacht gewähren. Die deutsche Einheit war kein Traum, so lange es eine deutsche Geschichte gab, sie war vorhanden seit den Tagen, wo die deutschen Stämme sich zu einer Verfassung, zu einem Königthum und Kaiserthum mit Beibehaltung ihrer Stammesfreiheiten zusammenschlossen, sie wurde von neuem belebt und verjüngt, gegen den mächtigen Andrang der slavischen Welt, als der Name der Habsburger in die deutsche Geschichte eintrat, und sie war nie ganz verschwunden, auch in den schmählichsten Zeiten des Reichs, trotz der vielen Hunderte von fast selbstständigen Territorien mit Landeshoheits- und reichsunmittelbaren Rechten. Das Verlangen nach deutscher Einheit ist kein revolutionärer Gedanke, sondern ist auch in der neuesten Geschichte wohlbegründeter. Seit dem Lunéviller Frieden, seit dem Reichsdeputationsschluß, seit dem Aufhören des deutschen Kaiserthums, seit der Bildung des deutschen Bundes freuten sich unsere edelsten Männer deutscher Nation ganz vorzüglich darüber, daß man endlich aufgeräumt habe mit den Hunderten von Reichsgrafen, Fürsten, Bischöfen und Aebten, den Blutsaugern unserer nationalen Kraft. Der Wiener Congreß ließ noch 39 Staaten als selbstständige mit beschränkter Souveränetät übrig. Damals wollen selbst so weitsliegende Häupter, so große Herzen wie Stein (le nomme Stein) sich begnügen, wenn es nur zu einer deutschen Verfassung käme, als deren executive Spitze die vier Staaten Oesterreich, Preußen, Bayern und Hannover in einem Directorium hergestellt würden. Stein, der noch als den innigsten Wunsch seines Herzens gern eine Verfassung wieder gehabt hätte, wie sie unter den fränkischen und sächsischen Kaisern gewesen, mit einem Fürstenrathe, erklärte zuletzt: das wahrhaft Staatsmännische bestehe darin, das Mögliche zu wollen und zu schaffen. „Statt des Kaisers und der obersten Reichsverwaltung, deren Wiederherstellung weder als einer Wahl- noch als erblicher Behörde thunlich erschien, besonders seitdem Oesterreich in jenem Feldzuge von 1814 die Sache der Unterthanenrechte ganz aufgegeben hatte, und das in voller Kraft seines Volkes entwickelte Preußen sich weder zu solchen Grundsätzen bekennen, noch der sie aussprechenden Macht unterordnen konnte, schlug Stein die Bildung einer obersten, leitenden, erhaltenden, ausführenden Behörde, ein Directorium vor; dieses sollte, um kräftiger Handlung und Erhaltung der Ordnung gewachsen zu sein, aus den mächtigsten Staaten gebildet sein, Oesterreich, Preußen, Bayern, Hannover. Es sollte den Bundestag leiten, die von demselben gegebenen Gesetze ausführen, die Verfassung und Rechtspflege, die auswärtigen Verhältnisse, sowie die der einzelnen deutschen Staaten und der Fürsten und Unterthanen zu einander beaufsichtigen, und das Recht Krieg und Frieden zu beschließen, mit allen daraus hervorgehenden Folgen besitzen." (Vergl. Pertz, Denkschriften des Ministers Frhrn. von Stein S. 16.) Die Bundesversammlung sollte aber nach Stein nicht allein aus Abgeordneten der Fürsten und Hansestädte bestehen, sondern neben diesen aus Abgeordneten aller Provinzialstände, um eine gleiche Vertretung zu haben. Die Bundesgesetzgebung, die Auflagen für Bundeszwecke, die Entscheidung der Streitigkeiten zwischen einzelnen Bundesgliedern sollten dieser parlamentarischen Vertretung der Staaten und Volksstämme zustehen. Wäre damals diese mögliche Verfassung durchgeführt worden, wir hätten heute keine Revolution. Möge auch die österr. Regierung bedenken, daß Metternich 1814/15 keineswegs einer parlamentarischen Vertretung Deutschlands abgeneigt war, daß diese mehr an dem Widerstande der kleineren Mächte als der Großmächte scheiterte; möge man bedenken, daß Oesterreich damals die Leitung mit Preußen theilen wollte! Aber welch eine klägliche Politik ist es, stets nur von Revolution und revolutionären Gelüsten zu sprechen, und deßhalb aus Haß zu übersehen, daß einem die Thatsachen über den Kopf zusammenwachsen, während das alte Recht verschwindet und das neue sich nach jenem bildet. Wir wollen nicht untersuchen, ob noch im Sommer des Jahres 1848 es möglich gewesen, wenn Oesterreich und Preußen damals mit einem entschiedenen Plane hervorgetreten wären, ein Staatenhaus aus Regierungs- und Volksvertretern zu schaffen, und die letzteren aus den einzelnen Ständewahlen hervorgehen zu lassen. Jetzt ist aber der Gedanke eines eignen Volkshauses neben dem Staatenhause eine Thatsache und, mehr als dies, ein anerkannter Grundsatz geworden, welcher sich nicht negiren oder durch Reaction beseitigen läßt. Was sich noch durch entschiedenen Willen vielleicht ändern läßt, ist, so scheint mir, die Art der Wahl des Volkshauses und die Art des Zusammenhanges des Volkshauses (und deßhalb auch des Gegensatzes) mit den Ständeversammlungen der Einzelnstaaten. Ob da eine enge Verbindung des Volkshauses mit den Einzelnständen nicht nothwendig werden wird, möge die Zukunft und eine ordentliche, gründliche Discussion lehren. Wer sich aber jetzt noch vom Volkshause abwendet, windet sich von Deutschland ab. Der Gedanke der deutschen Einheit und der deutschen Volksvertretung ist ein berechtigter Gedanke, ebenso wie der deutschen Staatenfreiheit. Der deutsche Reichstag, auch in seiner unwillkommensten und ältesten Gestalt, war stets eine Vertretung der deutschen Stämme und des deutschen Volks, und sollte dieses sein. So war es seit den Zeiten der Karolinger bis auf die letzte Zeit des Reichs. Nur was Kaiser und Reich beschlossen, war Gesetz. Wenn die österreichische Regierung sagt, sie könne niemals eine auswärtige Gesetzgebung über der österreichischen anerkennen, so hat dies nur insofern einen Sinn, als man allerdings in der Frankfurter Verfassung das nicht strenge genug geschieden hatte, was des Reiches sein, und was den Einzelstaaten verbleiben sollte. Oesterreich möge hier ganz entschieden dasjenige aussondern, was es als eigne österreichische Sache ansehen muß; es möge aber endlich etwas Positives geben, womit man sich begnügen kann. Soll aber mit jenem Worte gemeint sein, Oesterreich könne seine auswärtige Politik nicht der von Deutschland unterordnen, so bedenke es wohl, daß Oesterreich und Preußen niemals eine feindselige Politik gegen einander oder gegen Deutschland haben dürfen und können, wenn sie in einer Verfassung vereint sind; daß beide mit dem übrigen Deutschland doch ein meist übereinstimmendes Interesse gegen das Ausland haben; daß beide sehr wohl die Leiter unserer deutschen Politik nach außen bleiben können. Zieht sich Oesterreich vorzüglich aus dem Grunde aus Deutschland zurück, weil es rücksichtslos in der auswärtigen Politik verfahren will, so fällt die Hauptleitung der deutschen Politik unwiderbringlich Preußen allein zu, möge die Verfassung beschränkende Formen aufstellen, welche sie wolle. Preußen überwiegt dann dergestalt, daß es seine Kriege mit deutscher Kraft führen, seine Friedensverträge mit deutscher Autorität abschließen kann. Oesterreich bleibt dann keine deutsche Großmacht mehr. Auch verlasse man sich in Oesterreich doch ja nicht über die Gebühr, über alles Maß hinaus, auf Bayerns Stimme und Gewicht. Freilich hat Bayern das größte Interesse dabei, daß Oesterreich in Deutschland bleibe, ja es ist dies fast eine Existenzfrage für Bayern und den deutschen Süden; aber Bayern kann sich unter keiner Bedingung von Deutschland lossagen, selbst wenn dieses außerhalb Oesterreich liegen sollte. Bayerns Volksstämme und Provinzen, Bayerns Handels- und Zollverhältnisse, wie sie sich gegenwärtig ausgebildet haben, die Gesinnung seiner Stämme, seine Lage gegen Frankreich, seine Lage im eigentlichen Herzen Deutschlands, seine finanziellen Verhältnisse, kurz Alles stellt die engste Verbindung mit Deutschland natürlich höher für Bayern als mit Oesterreich. Lange genug — und wahrlich mit einer Aufopferung, die des Erfolges werth wäre — hat Bayern in Deutschland Oesterreichs Sache vertreten; wird es jetzt von Oesterreich verlassen, indem Oesterreich sich selbst verläßt, so muß Bayern entschieden seinen eignen deutschen Gang gehen. Es muß Bayern verlangt, daß Oesterreich das neuzuberufende Volks- und Staatenhaus beschicke, damit die deutsche Reichsverfassung endlich zum Abschlusse komme. Noch einmal kann Oesterreich seine gewichtige Stimme dort vernehmen lassen, den letzten Versuch machen. Es spreche deutlich die Hauptbedingungen aus, unter denen allein es dem deutschen Bundesstaate beitreten kann, es behalte sich die Erfüllung derselben vor. Eine Reichsverfassung für Bundesstaaten kann, nach unserer Ueberzeugung, nie einseitig durch den Ausspruch eines sogenannten Volkssouveräns zu Stande kommen, aber es zeige, daß man Deutschland nicht täusche, indem man sich auf Oesterreich verläßt. Wohl ist dies eine schöne Mission, die Bayern als Vermittler und Versöhner zwischen Oesterreich und Preußen hat, aber sie naht ihrem Ende, wenn Oesterreich hartnäckig schweigt. Möge man dort in dem schönen Lande der Enns wohl erwägen, was es heißt, Bayern jetzt zum Abfall von Oesterreich zu zwingen. Wenn Bayern sich dem preußischen Verfassungsentwurf unter bestimmten Vorbehalten anschließt, so drängt es dadurch Süd- und Mitteldeutschland ebendahin; Bayern muß zwar auch in diesem Falle dahin wirken, daß der Platz für Oesterreich offen behalten werde, aber es kann niemals alle die Bedingungen durchsetzen, oder nur stellen, welche Oesterreich sich selber augenblicklich erwirken könnte, wenn es mit Bayern und Süddeutschland Hand in Hand geht. Der Schweigende, Negirende, bloß Protestirende ist immer im Nachtheil. Ferner erwäge man wohl, daß sich das Verhältniß der Großmächte zu einander sehr bald ändern könnte. Wenn Oesterreich einmal von Deutschland getrennt ist, so muß es mit Rußland Hand in Hand gehen, sich mit Rußland in die Erbschaft des Ostens theilen. England wird, wenn sich ein wesentlich norddeutscher Bund aus Preußen und dem übrigen Deutschland gebildet hat, ganz sicher ein sehr enger Verbündeter und Freund Preußens sein, und Frankreich, das mit Oesterreich nirgends in Zusammenstoß geräth als höchstens in Italien, wird die Gelegenheit wahrnehmen, in europäischen Conflicten durch seine Macht den Ausschlag zu geben, und sich an Süddeutschland zu erholen. Alle alten Verbindungen Oesterreichs werden sich lösen, seine eigene Unabhängigkeit wird gefährdet sein, es wird sein Gewicht im civilisirten Europa großentheils verlieren. Solche Gefahren liegen wenigstens sehr nahe. Bayern kann ohne Oesterreich nur den übertriebenen Anforderungen der preußischen Hegemonie entgegentreten; es muß sich aber dann mit Preußen über die deutsche Frage allein verständigen. Es liegt in der Natur der Sache, daß Bayern dem preußischen Verfassungsentwurf gegenüber das Princip aufstellen muß: „der Beschluß in allen wichtigen Executivmaßregeln müsse im Fürstenrath, die Ausführung als Einheit in der Hand Eines Staates liegen." Dies scheint uns der einzig vernünftige und practische Grundsatz in einem Bundesstaate. Krieg und Frieden, Verträge mit auswärtigen Staaten und Besetzung der höchsten Reichsämter sind viel zu wichtige Lebensfragen, als daß sie Staaten wie Bayern jemals ganz aus den Händen geben könnten, wenn sie sich nicht selbst verrathen wollen. Dabei ist das Volk viel mehr noch interessirt, als es die Fürsten (d. h. die constitutionellen Regierungen) sind. Aber eine bloße Majorität der Repräsentanten der Kopfzahl nach kann da nicht entscheiden; sonst könnten alle Kriege von Kleindeutschland preußische Kriege werden, alle Verträge preußische Verträge, während man zugleich heimliche Erbitterung, Zwietracht und Feindschaft in die Verfassung brächte.

Deutschland.

†* **Frankfurt**, 19. Juni. Die „Deutsche Zeitung" enthielt vor einigen Tagen einen aus Berlin datirten Artikel, wonach durch Mißbrauch des Amtsgeheimnisses im Telegraphenbureau fremde Regierungen eher in den Besitz von wichtigen Depeschen der königlich preußischen Regierung gelangt seien, als die betreffenden Behörden der letzteren. Es kann aus amtlicher Quelle versichert werden, daß bei dem hiesigen Telegraphenbureau eine derartige Indiscretion oder gar Veruntreuung nicht stattgefunden hat.

† **Wien**, 15. Juni. Bem's Hauptquartier befindet sich bei den Herkuleebädern in Mehadia; doch dürfte er sich bald weiter in das Innere des Landes zurückziehen, da General Lüders mit 40,000 Russen gegen Orsova im Anzuge ist. — Die Magyaren scheinen die Waaglinie hartnäckig behaupten zu wollen. Bei Leutschau verrammeln sie alle Pässe, um das Herüber des russischen Generals Sas zu hindern. — Aus Tüel kommt die Nachricht, daß die Brigade Budisav-Gevic Zabaj erstürmt hat und das Gros der k. k. Sudarmee am 7. gegen Neusatz aufgebrochen ist, während Knicanin in Perlaz jenseit der Theiß operirt. Vor Neusatz ist es zu einem furchtbaren Kampfe gekommen, während Generalmajor Namula von Kamenic aus die Festung beschäftigte. Am 8. erschien beim General Kriegern ein Gallopin mit der Nachricht, daß Neusatz erstürmt worden ist. Die Ottochaner Grenzer sollen zuerst in die Stadt eingedrungen sein.

Wie verlautet, hat Kossuth nach seinem Einzuge in Pest die Erbauung eines prachtvollen Invalidenhauses, die Umgestaltung der Margaretheninsel in einen großartigen Volksgarten, die allgemeine Anlegung eines Kanals zur Verbindung von Ueberschwemmungen, eines großen Hafens und Docks zur Sicherung der Schiffe und die Inangriffnahme der Eisenbahn von Szeinok nach Arad und Debrezin angeordnet. — Das Vermögen der Dampfschifffahrtsgesellschaft in Ungarn ist von den ungarischen Machthabern confiscirt worden. — Die Direction der ungarischen Centralbahn erklärt, daß sie außer Stand sei, den Actionären die laufenden Zinsen zu bezahlen. — Die in Ofen gefangen genommene Besatzung ist nicht, wie es anfangs hieß, nach Debrezin, sondern nach Komorn abgeführt worden. — Das von dem ungarischen Cultusminister angeordnete kirchliche Verfahren ist vorzüglich gegen die Ruthenen gerichtet. Am 6. Juni war allgemeiner Buß- und Fasttag. Die Geistlichkeit soll predigen, der Krieg sei nicht mehr politischer, sondern religiöser Natur. Vor dem Feinde solle Alles mit Hab und Gut ins Innere des Landes ziehen. Beim Losbruche des Landsturmes sollen Bischöfe und Pfarrer mit dem Kreuze vorangehen, da es ein Kreuzzug des Landes sei.

Nach Briefen aus Südungarn, welche die errungenen Vortheile des Banus bestätigen, soll derselbe binnen 8 Tagen Temesvar einsetzen wollen. — Gerüchte vom Einrücken der Russen in Orsova und vom Verrücken des F.M.L. Malachowsky gegen Kronstadt circuliren ohne Bestätigung, eben so, daß Bem mit den Russen bereits eine Schlacht bestanden habe. — Durch Briefe aus St. Petersburg erfährt man, daß die Garden Befehl zum Ausrücken erhalten haben. Ihre nächste Bestimmung sei Polen, um die von dort nach Ungarn ausmarschirenden Regimenter abzulösen.

Se. Maj. der Kaiser hat an den Kriegsminister nachstehendes Handschreiben erlassen:

„Ich war bisher nach Möglichkeit bedacht, jeden mir benannten Einzelnen der Offiziere und Mannschaft meiner braven Artillerie, welche, in ihrem schweren Berufe wetteifernd, allerorts, wo sie kämpft, die ereisten Züge von Tapferkeit, Hingebung und Ausdauer an den Tag legte, nach Verdienst auszuzeichnen; doch es ist mein Wunsch, der Gesammtwaffe einen Beweis meiner vollsten Anerkennung dieser ihrer militärischen Tugenden, ihres fortgesetzten Strebens nach höherer Ausbildung und ihrer Leistungen zu geben, und in dieser Absicht erkläre ich mich zum Obersten und Inhaber des ersten Artillerieregiments, welches fortan meinen Namen zu führen haben wird. Schönbrunn, am 12. Juni 1849. Franz Joseph."

Gestern Nachmittag ist die bisher in der Reichsfestung Rastatt gelegene Garnison (Artillerie, Mineure, Sappeurs) unter Commando des Hauptmann Lendl mittelst des Dampfschiffes „Dorothea" in Nußdorf angekommen. Der Kaiser kam mit dem Generaladjutanten Grafen Grünne herangesprengt, stieg vom Pferde und sprach zu der Mannschaft: „Ich komme, um Euch zu sagen, wie sehr mich Euer braves Benehmen erfreut hat." Nachdem der Kaiser sämmtlichen Offizieren die Hand gedrückt und mit der Mannschaft freundliche Worte gewechselt, überreichte er dem Hauptmann Lendl den Leopoldorden, womit Graf Grünne sogleich die tapfere Brust des Offiziers schmückte. Hierauf ließ der Kaiser die Truppen defiliren, welche dann mit der Musikbande der k. k. Artillerie nach der Stadt zog. Das herzliche Benehmen des Kaisers erfreute die versammelte Menge.

Der bayerische Ministerpräsident, Herr Dr. v. d. Pfordten, ist gestern hier in Wien eingetroffen. Die Wichtigkeit der Verhandlungen zwischen Oesterreich und Bayern erhält durch die Ankunft dieses Staatsmannes das gehörige Licht. (D.-D. P.)

Nach Berichten aus Dulla vom 10. d. hatte man dort Nachrichten aus den Bergstädten, nach welchen der polnische Insurgentenanführer Dembinski von den Magyaren seiner Stelle entsetzt und der bekannte Magyarenführer Aristides Desöffy zu seinem Nachfolger ernannt worden war. Letzterer ist ohne alle Praxis und nichts als ein tüchtiger Reiter. Unter den von den Kosaken nach Dulla eingebrachten Anhängern Kossuth's befindet sich auch der famose Deputirte und Stuhlrichter Jekelfalussi, der längs den Karpathen den Landsturm mit Feuer und Schwert zu organisiren bemüht war. (B. Z.)

Ein Wiener Correspondent der „Brsl. Z." bemerkt hierzu: „Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die Zwietracht im magyarischen Heere herrscht. Dembinski ist wirklich zurückgetreten und Desöffi bekleidet nun seine Stelle im Heere. Also die Polen, als deren revolutionärer Repräsentant Dembinski zu betrachten ist, sind mißvergnügt, weil es ihnen nicht gelungen, nach Galizien Streifcorps abzuschicken. Es ist der erste Schiffbruch der magyarisch-polnischen Revolution, daß sie nun wieder ins ungarische Bett zurückgetreten ist. Jetzt läßt sich ihre Besiegung leichter erwarten."

Berlin, 16. Juni. Der Verwaltungsrath der auf Grund des Verfassungsentwurfs vom 28. Mai verbundenen Regierungen wird dem Vernehmen nach in den nächsten Tagen in Berlin zusammentreten und Preußen dabei durch Herrn v. Radowitz, welcher aber seit einigen Tagen erkrankt ist, Hannover durch Herrn v. Wangenheim, Sachsen durch Herrn v. Beust vertreten sein; auch Baden, Mecklenburg und die kleineren beigetretenen Staaten werden durch Vertreter theilnehmen. Die Unterhandlungen wegen des Friedensschlusses zwischen Deutschland und Dänemark werden in Berlin durch den preußischen Bevollmächtigten, Hrn. v. Schleinitz, und den dänischen, Herrn v. Reedz, mit Lebhaftigkeit fortgesetzt; man darf auf ein baldiges Ergebniß hoffen. (D. R.)

Einer der Maigefangenen, Dr. J. Waldeck, ist gestern seiner Haft einstweilen entlassen worden, und zwar auf Befehl des Kriegsgerichts.

Breslau, 14. Juni. Die Wahlbewegung zur zweiten preußischen Kammer nimmt auch in Schlesien bereits den Charakter einer Antiwahlagitation auf eine ziemlich organisirte Weise an. In Breslau haben namentlich die ehemaligen Abgg. Elsner, Stein und Pfücker diese Operation, nicht zu wählen, in die Hände genommen, und es besteht darüber ein auch von hier aus unterhaltener Zusammenhang mit den übrigen Provinzen. Eine gleichmäßige und dadurch allein wirksame Handlungsweise wird aber schwerlich zu Stande kommen, obwol auch die constitutionelle Partei vielfach den Ursprung des neuen octroyirten Wahlgesetzes als keinen verfassungsmäßigen anerkennt. (D. A. Z.)

Von unsern Grenzen erhalten wir die sichere Nachricht, daß der Kaiser von Rußland den Befehl ertheilt hat, alle aus dem Königreiche Polen nach Preußen führenden Wege sofort für Infanterie und Artillerie passirbar zu machen! (?)

Aus **Oels** meldet man, daß der bekannte Röster, ehemaliger Lehrer am dortigen Gymnasium, der neuerdings von Frankfurt a. M. nach Stuttgart als Schriftführer des Rumpfparlaments übergesiedelt ist, nicht mehr nach seiner alten Heimat zurückzukehren gedenke, da er schon die Auction seiner Sachen angeordnet habe. (Schl. Z.)

Schwerin, 14. Juni. Die Abgeordnetenkammer hat heute ihr Votum in der deutschen Frage abgegeben. Fast einstimmig erklärte sie die Regierung für nicht befugt, ohne Zustimmung der Kammer auf die Anträge der drei Könige einzugehen; mit 46 gegen 46 Stimmen lehnte sie es ab, die Regierung zu einem gemeinsamen Verfahren mit den übrigen verfassungstreuen Staaten gegenüber den preußischen Vorschlägen aufzufordern; mit 52 gegen 42 Stimmen beschloß sie, daß sie für jetzt zu einer Rückäußerung auf die letzten Regierungsvorlagen keine Veranlassung finde. In letzterem Votum liegt enthalten, daß die Kammer zwar nicht vom rechtlichen, wohl aber vom politischen Gesichtspunkte aus die Nationalversammlung nicht mehr als Vertreterin von ganz Deutschland ansieht.

Weimar, 15. Juni. Nach mehrtägigen Verhandlungen ist der Landtag heute zu einer Entschließung in der deutschen Frage gelangt. Nach den gefaßten Beschlüssen soll der von der Staatsregierung aufgestellte Grundsatz, daß die Reichsverfassung für das Großherzogthum rechtsverbindlich sei, und eine Aenderung nur mit Zustimmung des Landtags vorgenommen werden könne, anerkannt, dagegen aber die Regierung ersucht werden, im Verein mit den 29 Staaten die Verfassung ins Leben zu führen und den Bundesstaat zu begründen. Es sind sonach die Anträge des Ausschusses angenommen worden. Zu denselben waren von verschiedenen Seiten Zusatz- und Verbesserungsanträge gestellt worden. Die Einen wollten der Staatsregierung in ihrer Wirksamkeit für die Verfassung mehr Spielraum lassen, während Andere eine Aenderung der Verfassung nur durch einen zu berufender Reichstag gestatten wollten. Die anwesenden Regierungscommissäre Staatsminister von Watzdorf und geh. Staatsrath v. Wydenbrugk sprachen gegen die Constituirung eines „kleinsten Deutschlands" und suchten nachzuweisen, daß die Reichsverfassung die Theilnahme aller deutschen Staaten voraussetze, und daß, da diese Voraussetzung fehle, indem die größten Staaten die Reichsverfassung nicht angenommen, dieselbe in der gegebenen Weise unausführbar geworden sei. Mit großer Mehrheit abgeworfen wurde ein Antrag des Abg. Demrich, zu erklären, daß man unter einer Beeinigung auf den preußischen Entwurf eingehen wolle, sowie ein Antrag des Abg. Jäde, die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der auf den 15. August ausgeschriebene Reichstag zusammenberufen werde, damit derselbe einen Reichsstatthalter provisorisch wähle und über die hinsichtlich der Reichsverfassung gemachten Abänderungsvorschläge entscheide. Im Laufe der Sitzung wurde von den Regierungscommissarien die Mittheilung gemacht, daß zwei von den 29 Staaten ihren Rücktritt von der Reichsverfassung angezeigt hätten.

Galizien.

Krakau, 14. Juni. Heute früh, kurz nach 7 Uhr, traf der Kaiser von Rußland mit einem Extrazuge, bestehend aus dem kaiserlichen Wagen, einem Wagen zweiter und einem dritter Klasse, alle eigens für den Kaiser in Warschau erbaut, hier ein. Eine Compagnie vom österreichischen Schönhals-Infanterieregiment war nebst der Musikbande auf dem Perron des Bahnhofes aufgestellt. Der Kaiser nahm, dem Wagen entstiegen, sofort die Ehrenwache in Augenschein und ging, während die Musik die österreichische Nationalhymne spielte, die Front entlang. Die imposante Figur des Kaisers erschien wie früher, auch der Adlerblick des Fürsten fehlte nicht; aber sein Haar ist ergraut und der volle Körper etwas geschwunden. Im Gefolge des Kaisers befanden sich der Großfürst Konstantin (zweiter Sohn des Kaisers), der Fürst Paskewitsch, sehr gealtert, der Graf Orlof, Fürst Mentzikow und eine Menge anderer Generalitäten und Stabsoffiziere. Nachdem der Kaiser sich eine halbe Stunde im Zimmer der 1. Klasse restaurirt, setzte er sich nebst der hohen Suite zu Pferde, besichtigte die im Hofe des Bahnhofes aufgestellte Schwadron der russischen Nadesky-Husaren, begab sich von da zu den in der Nähe von Krakau aufgestellten anderweitigen russischen Truppen (etwa 2000 Mann), nahm die Parade ab und kehrte gegen 10 Uhr nach der Stadt zurück, wo er sein Absteigequartier einnahm. Kurz nach 10 Uhr bestieg der Kaiser, der Großfürst und ein Theil des Gefolges die Postwagen und fuhr nach Dulla ab. Dulla ist ein kleiner Ort, 20 Meilen von Krakau an der Kaiserstraße, nahe der ungarischen Grenze. Dort ist ein russisches Armeecorps von 25.000 Mann concentrirt und dort will der Kaiser persönlich die Truppen anfeuern. Dies der Grund der Reise nach Dulla. Von da aus kehrt der Kaiser nach Krakau zurück, um sich unverweilt nach Wien zu begeben. Von Wien aus, so sagt man, geht er nach Kalisch, wo das Gardearmeecorps sich inzwischen mit dem Grenadiercorps vereinigen soll. Da man über die Intentionen des Kaisers nie Etwas früher erfährt, so ist letztere Angabe allerdings nur eine Vermuthung. Abends spät traf noch der Erzherzog Wilhelm aus Wien hier ein, um den Kaiser zu begrüßen, hat ihn aber, wie natürlich, verfehlt und will er morgen nach Dulla nachreisen; man scheint demgemäß in Wien nicht ganz genau von der Ankunft des Kaisers in Krakau unterrichtet gewesen zu sein. Interessant war es uns, heute bei einer Reise ins Galizische in Wieliczka ein auf dem Marsche sich befindendes russisches Infanterieregiment vorzufinden; die langen Mäntel, die die Truppen freilich etwas zurückschlagen, hindern selbe beim Marsche sehr, es hatte geregnet, die Straße war erweicht und 60 Trainwagen, mit 180 Pferden hintereher, gaben dem Truppenkörper ein allerdings etwas schwerfälliges [illegible] sehen. Ein solcher Train ist für uns etwas noch nie [illegible]ehenes und erinnert an die früheren preußischen Tr[illegible] bei Jena. (B. Z.)

Italien.

Die Nachricht von der Einnahme des Forts Bru[illegible] bei **Venedig** (sagt die „Basl. Z.") war vorreilig. Versuch, dasselbe zu nehmen, mißglückte. Die Hauptan[illegible]gungen sind jetzt gegen die Insel St. Secondo gem[illegible] Die Belagerungsarbeiten gehen langsam, aber sicherer S[illegible]tes vorwärts. In Venedig ist die Noth sehr groß, un[illegible] Stadt wird sich kaum mehr lange halten können.

Bologna, 7. Juni. Heute wurden drei Personen [illegible] rechtlich erschossen, doch nicht wegen politischer Ver[illegible] sondern wegen Raubversuchs mit bewaffneter Hand.

Frankreich.

Straßburg, 13. Juni. Es treffen allmälig Truppenverstärkungen ein; allein dieselben sind noch immer [illegible] so beträchtlich, daß den Nationalgarden ein Theil ihres schwerlichen Dienstes abgenommen werden konnte. [illegible] den Grenzbezirken Hagenau und Weissenburg, so wie die Saar sind Reiterabtheilungen geschickt worden; auch die äußere Grenze des oberrheinischen Departements [illegible] den Truppen beordert. Dieselben versehen einen [illegible] Wachdienst, um theils dem Eindringen von Flüchtlingen vorzubeugen, theils sind aus den oberrheinischen Departements denn auch junge Leute nach Baden und der Pfalz geeilt, um an dem „Befreiungskampfe" Theil zu nehmen. Dr. Eichfeld ist nach ganz kurzem Aufenthalte daselbst wieder nach Baden zurückgekehrt. Der Zuzug von [illegible] Familien aus Deutschland dauert fort. Sehr viele wenden sich auch nach der Schweiz. An der nahen badischen Grenze herrscht übrigens fortwährend Ruhe und Ordnung. (D. [illegible])

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Reiter

Benachrichtigungen.

[1404] **General-Agentur**
für Fremde in London und in den drei vereinigten britischen Königreichen.

Unentgeltliche Auskunft über englische Sitten und Gesetze. Capitalien und Berathung um Patente zu erlangen und auszubeuten. Erfindungen, Entdeckungen, Pläne und literarische Gegenstände. Incasso, Erbschaftserhebungen, Naturalisationen, Heirathen, Käufe und Verkäufe von aller Art Waaren. Capitalanlagen in den englischen Staatsfonds, Lebensversicherungs-Gesellschaften, überhaupt in allen industriellen und Handelsangelegenheiten Englands.

Abonnements und Bekanntmachungen in allen englischen Journalen um sehr mäßige Preise. — Man wendet sich an die Herren **Loysel & Co.**, ältestige officielle Annoncen-Agenten der Preßburger, Frankfurter Oberpostamts-Zeitung und der Eilwagen des Continents in England. Patentirte Fremden- und Geschäfts-Agentur 34 Essex Street Strand in London.

NB. Unfrankirte Briefe werden unbedingt nicht angenommen.

Der Pflanzensaft

des Dr. **Boyveau-Laffecteur**, allein autorisirt, ist um [illegible] licher als der Syrup von Cuisinier, von Larrey, Gall[illegible] u. s. w. Er heilt gründlich ohne Durchfälle Hautausschläge, Stropheln, Folgen der Krätze, Geschwüre und von Unterdrückung von Entbindungen herrührende Uebel, wie auch selbst in veralteten Jahre und der erblichen Schäfe von natürlichen Krankheiten. Als wirksames Blutreinigungs-Mittel ist er für die Athmungsorgane, Hartleibigkeit, für Niedergeschlagenheit und Schwäche der Organe, herrührend von übertriebenen Einspritzungen oder von Sonnenstich, sehr heilsam. Syphilitisches Eigenmittel heilt dieser Saft in kurzer Zeit [illegible] hartnäckige eiternde Hautausschläge, welche sich stets erneuern in [illegible] der Anwendung von Sarsaparille, Kubebe oder von Einspritzungen, [illegible] das Gift zurücktreiben, ohne es unwirksam zu machen. Der [illegible] sche Saft ist heutzutage anzuempfehlen gegen frische, angeerbte oder dem Quecksilber und der Verbindung des Patients [illegible] stehende syphilitische Krankheiten. Der Prospectus über diese Heilung wird gratis und franco denjenigen zugeschickt, welche [illegible] fallsiges Verlangen an Dr. **Girandeau de St. Gervais**, Rue Richer Nr. 12 in Paris, ergehen lassen. Derselbe ertheilt [illegible] Consultationen unentgeltlich durch Correspondenz. — Preis [illegible] 7 Frs. 50 Ct. Zu haben bei nachstehenden Apotheken:

Laurentius, Hauptniederlage und Correspondenz, [illegible] straße in Leipzig; Knoderer in Straßburg; Dr. Gelis [illegible] Mainz; Gebrüder Tripier in Lille; Tipner, [illegible] St. Petersburg; Köhler in Odessa; Burgers, [illegible] 163, in Amsterdam.

Cours der Staats-Papiere. 19. Juni 1849. (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat.	5	73⅛	73
»	dito dito	4	57	56⅞
»	dito dito	2½	39	38⅝
»	Bank-Actien p. St.		1016	1036
»	4.250fl. Loose b. Roth.		74⅛	74⅛
»	4.100 » dito		122⅛	122
»	Bethmann. Obligat.	4½	—	65
»	dito dito	4	61	—
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	80⅝	80⅛
»	Prämienscheine		—	102⅛
Bayern	Obligationen	3½	—	77½
Darmstadt	3. 50 Loose		72⅛	71⅝
»	3. 25 dito		23	22½
»	Obligationen	3½	79	78½
»	dito	4	84⅝	84⅛
Baden	Obligationen v. 1849	3½	73⅛	72½
»	3. 50 Loose v. 1840		47	46⅛
»	3. 35 Loose		26	25⅜
Württemb.	Obligationen b. Roth.	3½	74½	74
»	Neue Württemberg.	4½	92¼	92⅛
Nassau	Obligat. b. Rothsch.	2½	60⅛	60⅛
»	d. 25 Loose		21⅛	21
Frankfurt	Obligationen	3	80	79⅝
»	dito v. 1830	3½	84	83½
»	dito v. 1845	3½	91⅛	91⅛
»	Taunus-Actien		247	246
Kurhess	Integrale	2½	53½	50
»	Holländische	4	—	77½
»	Syndicats	2½	—	78½
Sweden	Actien incl. 16 Cp.	5	—	—
»	Inscrs Sch. neue Obl.	3	24⅛	24⅜
Portugal	Consols Lst. à 8 12.	3	—	—
Polen	fl. 500 Loose Rth.	4	—	97½
»	Obligationen de fl 500	4	72½	72⅜
Russland	in fl. 5 R. Gruz etC.	4	—	81⅛
»	dito b. Stieglitz et C.	4	—	80⅜

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl	kr.
Pistolen	9	59	Geld al Marco	332	—
Dr. Friedrichsd'or	9	59	Laubth., ganze	—	—
Holl. 10 fl. Stücke	10	6½	Preuss. Thaler	—	—
Kais. Ducaten	5	40	5 Frankenthaler	—	—
20 Francsstücke	9	41	Hochhaltig Silber	21	30
Kais. Souverains	12	5	Gering u. schlecht	21	20

Diverse Actien u. Loose.	Brief.	Geld.
Karlsruher Loose	27½	27
Sardinische Loose	24⅛	—
Cöln-Aachen	—	—
Cöln-Minden	79	78½
Ludwigsh.-Berbach	71½	70⅝
Prdr.-Wilhe.-Nordbah	55⅜	55⅛

Auch der Börse: 21/pCt. Met. — 4½ pCt. Span. Int. — Taunus-Bahn-Actien (pr. Cto.) — Ludw.-Berb. — F.-W.-Nordb. — O.

Wechsel-Cours.

Den 19. Juni.	Papier.	Geld.
Amsterdam (K.S. 100 fl. Crt.)	101⅛	—
Augsburg (K.S. 150 fl. Crt.)	—	—
Berlin (60 Thlr.)	—	—
Bremen (50 Rthl. 1 L.-Ger.)	—	—
Hamburg (100 Mk. Bco.)	—	77½
Leipzig (60 Thlr.)	—	79½
London (10 Liv. St.)	—	243⅛
Lyon (300 Fr.)	—	97½
Mailand (450 fl. Lir. Austr.)	—	81½
Paris (300 Fr.)	—	80⅜
Wien (100 fl. im 1. 20 F. Fuss)	—	97
Disconto	—	—

A. Seidhof, Bank-Agent.

Druck von August Osterrieth.

№ 145. —— Mittwoch —— den 20. Juni —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstl. Thurn und Taxis'schen Vereinigungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an: für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — für England und überseeische Länder: Loysel & Comp., Nr. 34. Lower Street, Strand, in London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (¼ Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 34. Lower Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschlag in Wien, Landstraße Nr. 366; 2) das Comptoir der Postzeitungshandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 75.; 3) Hofkommissär G. Florey in Leipzig; 4) Kommissionair Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretair De Noy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

☞ Mit dem 1. Juli 1849 beginnt ein neues Abonnement auf die **Frankfurter Oberpostamts-Zeitung**, welche das **von der deutschen Centralgewalt zur Veröffentlichung ihrer amtlichen Verkündigungen ausersehene Organ ist.** Von allen Blättern zuerst werden in ihr die aus sicherer Quelle ihr zugehenden Nachrichten schleunigst veröffentlicht. Die **Frankfurter Oberpostamts-Zeitung** und das **Konversationsblatt** zusammen werden, wie bisher, zu nachstehenden Preisen vierteljährlich abgegeben: 1. In dem Bestellbezirk von Frankfurt a. M. 2 fl. 30 kr.; 2. in Kurhessen, dem Großherzogthum Hessen, Nassau, den sächsischen Herzogthümern und den Hansestädten 2 fl. 30 kr.; 3. in Wimpfen 2 fl. 38 kr.; 4. in dem Königreich Württemberg, den hohenzollernschen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen 2 fl. 45 kr. — In der preußischen Monarchie, wie in den übrigen Staaten Norddeutschlands, ferner in Bayern und Baden kostet die Zeitung vierteljährlich 3 fl. 8 kr., und in der österreichischen Monarchie 6 fl. 24 kr. C.-M., einschließlich aller Nebenspesen.

Man ersucht um möglichst baldige Bestellung bei den betreffenden Postämtern. — Für Frankreich, England und überseeische Länder nimmt Herr G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und Paris Rue N. D. de Nazareth Nr. 23, Bestellungen an. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (¼ Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 Kreuzer.

Nachrichten aus Württemberg und Baden.

⊙ **Stuttgart**, 16. Juni. Ueber die 235. Sitzung der Nationalversammlung ist zu dem bereits (in der Extrabeilage zu unserer vorgestrigen Nummer) Mitgetheilten noch Folgendes nachzutragen:

Ein Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung über den Antrag Simons aus Trier, die Ergänzung der Nationalversammlung betreffend, wird von Wesendonck erstattet, und nebst den von Levisohn und Umbscheiden vorgeschlagenen Verbesserungsanträgen und einem Minoritätsgutachten von Rösler von Oels anstatt des letzten Satzes von der Versammlung angenommen. Der Beschluß enthält Bestimmungen über Urlaubsertheilen und über Neuwahlen. Sie lauten:

1) Das Bureau hat ein vollständiges Verzeichniß derjenigen Wahlkreise, deren Abgeordnete ausgeschieden sind, ohne daß bereits Stellvertreter oder neugewählte Abgeordnete eingetreten wären, anzufertigen, und jedem fernern Austritt darin zu vermerken; auch der Versammlung hierüber von 8 zu 8 Tagen Bericht zu erstatten; — 2) Als ausgeschlossen sind zu betrachten: a) diejenigen, welche seit dem 25. Mai d. J. ohne Urlaub abwesend waren und bis zum Tage des auf diesen Bericht zu fassenden Beschlusses ihren Sitz in der Nationalversammlung nicht wieder eingenommen haben, — b) diejenigen, welche seit dem 25. Mai d. J. die Nationalversammlung ohne Urlaub verlassen haben, und nicht spätestens bis zum 25. Juni d. J. wieder eingetroffen sind; — c) diejenigen, die künftig ohne Urlaub den innerhalb 14 Tage stattfindenden Sitzungen nicht beiwohnen; — d) diejenigen, die mit Urlaub versehen, nicht spätestens 10 Tage nach Ablauf des auf diesen Bericht zu fassenden Beschlusses, oder insofern ihr Urlaub länger dauern sollte, 10 Tage nach Ablauf ihres Urlaubs wieder eintreten; — e) die Stellvertreter ausgeschiedener Abgeordneten, die nicht spätestens am 20. Tage, nachdem das Bureau, gemäß der Bestimmung sub. 1 über der Vakanz ihrer resp. Vorgänger in der Nationalversammlung Mittheilung gemacht hat, eintreffen; — f) neugewählte Abgeordnete, die ohne Urlaub länger als 10 Tage nach ihrer Wahl den Sitzungen der Nationalversammlung sich entzogen haben; 3) Das Bureau wird aufgefordert, sofort nach jeder Vakanz in einem solchen Land, welches die Verfassung anerkannt hat, die betreffende Regierung zur Einberufung des Stellvertreters beziehungsweise Einleitung einer Neuwahl zu requiriren; in dem Falle jedoch, daß sie nicht innerhalb 14 Tagen, von der Requisition ab gerechnet, von der Anordnung der Wahl in Kenntniß gesetzt sein sollte, so wie sub 4 angegeben worden wird, zu verfahren. 4) Sollte eine Regierung die Vornahme einer Wahl verzögern oder verweigern, so sind die Wähler des betreffenden Bezirks berechtigt, sich selbstständig als Wahlkörper zu constituiren, die Wahl vorzunehmen und dem Erwählten die Legitimation auszufertigen. In einem solchen Falle muß jedoch über den Wahlact und sämmtliche darauf Bezug habende Vorgänge ein genaues und vollständiges Protocoll aufgenommen und dasselbe ungesäumt an das Präsidium der Nationalversammlung eingeschickt werden.

Von Seiten der Regentschaft wird der Entwurf eines Gesetzes zur Bildung der Volkswehr vorgelegt. Derselbe lautet: „In Erwägung der dringenden Gefahr, in der sich das Vaterland befindet, beschließt die Nationalversammlung und verkündet die Reichsregentschaft als Gesetz: Artikel I. Die deutsche Volkswehr besteht: 1) aus dem ersten Heerbanne, dem stehenden Heere. 2) aus dem zweiten Heerbanne. Dieser begreift außer der Landwehr 1sten Aufgebots sämmtliche waffenfähige männliche Bevölkerung im Alter von 18 bis 30 Jahren. 3) Aus dem dritten Heerbanne. Dieser begreift die Landwehr 2ten Aufgebots, sowie die übrige männliche Bevölkerung von 30 bis 40 Jahren. 4) Aus dem vierten Heerbanne, dem Landsturm. Dieser umfaßt die männliche Bevölkerung von 16 bis 18 und von 40 bis 50 Jahren. II. Der erste Heerbann bleibt nach den bestehenden Vorschriften der Einzelstaaten zusammengesetzt. III. Der zweite Heerbann tritt außer der darin enthaltenen Landwehr sofort als Bürgerwehr zusammen. Die Organisation findet nach den für das stehende Heer in den Einzelstaaten bestehenden Reglements statt. Die Bürgerwehr wählt ihre Führer selbstständig. Die Mannschaft der Compagnie wählt die Offiziere bis zum Hauptmann einschließlich. Die Staabsoffiziere werden von sämmtlichen Offizieren des Bataillons gewählt. IV. Für den dritten Heerbann gelten in Beziehung auf die Eintheilung und die Wahl der Führer die für den zweiten Heerbann gegebenen Vorschriften. V. Der vierte Heerbann soll erst dann aufgeboten werden, wenn der dritte zum Reichsdienst verwendet wird. Der Landsturm wählt seine Führer wie der zweite und dritte Heerbann. VI. Bei Mobilmachung des zweiten Heerbannes können Verheirathete, oder solche, welche durch ihre besonderen Verhältnisse daheim unentbehrlich sind, aus dem zweiten Heerbann zeitweise dem dritten überwiesen werden; die Entscheidung hierüber steht dem Bataillonscommando, nach Anhörung der Gemeindebehörde, zu. Die Wehrpflichtigen des dritten und vierten Heerbannes haben das Recht, bei Mobilmachung des zweiten als Freiwillige in denselben einzutreten. VII. Der erste, zweite und dritte Heerbann können im Reichsdienste verwendet werden. Die Reichsregentschaft hat das Recht der Einberufung. VIII. Der vierte Heerbann ist ausschließlich in dem Bezirke, dem er angehört, zu verwenden. IX. Die gesammte Volkswehr ist auf die Reichsverfassung feierlich zu beeidigen. X. Die Entwaffnung des zweiten und dritten Heerbannes ist unstatthaft. XI. (Die Beschaffung der Waffen und des Schießbedarfs ist, sofern dieselbe nicht dem Einzelstaate nach dessen bestehenden Gesetzen obliegt, Sache des Wehrpflichtigen. Für Unbemittelte tritt die Gemeinde ein. Die Ausgleichung der dadurch für einzelne Gemeinden herbeigeführten unverhältnißmäßigen Beschwerung bleibt dem Einzelstaate vorbehalten.) XII. Vorstehendes Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in dem Reichsgesetzblatte in Kraft und gilt bis zur erfolgten Durchführung der Reichsverfassung.

Raveaux sagt dazu: Wenn der Entwurf angenommen sein wird, dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir zur That übergehen werden, wenn anders Deutschland der Freiheit werth ist. Die Verhandlung über die Annahme folgte alsbald. Vischer sagt, die nächste Zukunft erscheine ihm dunkel. Dieses Bürgerwehrgesetz werde nur eine Reihe von Localzusammenstößen hervorrufen, welche die Reaction verstärken. Zu leugnen sei nicht, daß in Baden und in der Pfalz auch unlautere Elemente hervorgewuchert seien, was um so mehr zu beklagen sei, als es das logische Geschick des Volkes mit sich bringe, daß das Volk für ein Unrecht hundertmal büße, bis die Fürsten einmal über Bächen von Blut. Nach dem schönen, edlen Vortrag Vischer's kam Temme, der derlei Verdächtigungen mit Entrüstung zurückwies. Zimmermann, welcher glaubt, mit dem Bürgerwehrgesetz könne man gewisse Ministerien wie Füchse aus ihren Löchern hervorscheuchen, und welcher den Minister Römer als activen Verräther an der Reichsverfassung erklärt, wenn er das Gesetz nicht vollziehe. Klett stellt sich dem entgegen, und sagt, letztere Behauptung hetze nichts anderes, als der Wahrheit in's Gesicht schlagen. Ebenso gab Uhland nicht zu, daß die Landesverräther genannt werden, welche nicht Land und Volk Württemberg willen- und gedankenlos unbedingt der neuen Regentschaft zu Handen übergeben. Württemberg stelle nicht wie jetzt diese Versammlung nur Eine der Parteien dar, in welche Deutschland zerspalten ist. Das vorgelegte Gesetz werde nur den innern Kampf hervorrufen, und dadurch Württemberg unkräftig nach Außen machen. Simon von Trier ereifert sich mit lautem Schreien: Wer hat für die Verfassung etwas gethan als das geschmähte Baden und die Pfalz? Wo hat Württemberg nur einen Finger dafür gerührt? Das württembergische Ministerium thut, was ihm convenirt, ähnlich wie der Zaar, wie Windischgrätz, als er Blum erschoß; es wird sich zeigen, was auf diese Politik folgt, Mord, Entehrung, Blut wie in Dresden. Schoder: Es ist schmerzlich, daß Uhland heute sich von uns trennt, indem er das Recht der Regentschaft nicht anerkennt, ein solches Gesetz zu erlassen. Wenn jetzt unsere Beschlüsse nicht thatkräftig sind, so ist das nicht unsere Schuld, sondern die Schuld derer, die, wie Römer, nicht über schöne Worte hinauskommen. Raunerck kann nicht glauben, daß das württembergische Volk alles Ehrgefühl so baar und ledig sei, um nicht seinen Brüdern in Baden und der Pfalz entgegenzukommen. Sonst wäre dieser Stamm ja der verworfenste auf Erden! Bergmann aus der Pfalz schließt, nach abschweifenden, aus der tiefsten Brust herausgestoßenen Worten: Ich bin ein Pfälzer! ergreifen wir die Waffen, Freiheit oder Tod! Becher mahnt, keine Stunde mehr zu zögern, um der Regentschaft die Mittel an die Hand zu geben. Bei der Abstimmung wird sofort das von der Regentschaft vorgelegte Volkswehrgesetz angenommen. — Zu guter Letzt kommt eine Finanzvorlage der Reichsregentschaft. Vogt verlangt für die Monate Juni und Juli die Summe von fünf Millionen, welche durch Matricularbeiträge beschafft werden soll. Der Ausschuß wird darüber beschleunigten Bericht erstatten. — Von 105 abgegebenen Stimmen werden in den Finanzausschuß Moriz Mohl mit 97, Kolb mit 87, Günther mit 39 Stimmen gewählt. Urlaubsgesuche von Wigard und Schaffrath, von Brentano, Werner und Schütz werden nicht genehmigt. Nächste Sitzung Dienstag, 9 Uhr, im gleichen Local. Präsident: „Wir haben nun doch nicht mehr mit Raum und Zeit zu kämpfen, wie dieses, wenn auch an sich traurige, Local beweist; ich sage den schönen Frauen von Schwaben unsern herzlichen Dank für die Ausschmückung. Ich hatte es für viel anerkennenswerther, wenn man dem Unglücke sich zuneigt, als wenn man dem Sieger entgegenjubelt." — Später fand ein Bankett statt, welches sehr besucht war. Um etwaigen Unruhen entgegentreten zu können, waren die Tambours der Bürgerwehr auf dem Rathhause versammelt.

⊙ **Stuttgart**, 17. Juni. Von dem Abg. Reyscher ist der höchst wichtige Bericht der staatsrechtlichen Commission abgefaßt, in Betreff des Verhältnisses zur Nationalversammlung und zur Centralgewalt, über dessen Beschlußnahme die Parteien in der morgigen Sitzung der Ständeversammlung ihre Kräfte messen werden. Der Bericht führt aus, „daß der Standpunkt der Nationalversammlung und in dessen Folge die Stellung unsers Landes zur Nationalversammlung in neuester Zeit sich geändert hat. Die thatsächliche Aenderung liege darin, daß die Nationalversammlung in dem größten Theile Deutschlands, namentlich in den Hauptstaaten, von den bestehenden Regierungen nicht mehr anerkannt wird, daß sie nur noch aus verhältnißmäßig wenigen Abgeordneten, und zwar meist Mitgliedern derselben Partei, die sich allerdings vorzugsweise die Volkspartei nennt, besteht, indem in den renitirenden Staaten sowohl die nöthig gewordenen Neuwahlen, als auch die Nachsendung von Ersatzmännern (wozu es einer Ermächtigung der betreffenden Regierungen nicht bedurfte), fast durchweg unterblieben ist; daß demnach die Nationalversammlung das deutsche Volk in seinen politischen Verzweigungen und Interessen nicht mehr vollständig vertritt, also auch mit der Volkssouveränetät der That nach nicht mehr bekleidet ist; wie am deutlichsten daraus hervorgeht, daß die Nationalversammlung zur Sicherheit nicht gegen auswärtige, sondern gegen innere Feinde sich veranlaßt fand, ihren Sitz von Frankfurt hinweg weiter nach Süden in die Mitte derjenigen Völkerschaften zu verlegen, welche am frühesten für die deutsche Sache sich erklärt, und noch jetzt, wiewohl nicht alle in gleich aufrichtigem Sinne, zur Reichsverfassung halten. Daß in politischen Dingen die materielle Macht und nicht der Einzelwille den Ausschlag gibt, mag dieser auf einer noch so hohen sittlichen Stufe stehen, jene einer noch so verwerflichen Richtung folgen, ist bekannt. Der in unsere Mitte gerückten Nationalversammlung und ihrer improvisirten Regentschaft das Schwert dieses Landes zu überliefern, um Württemberg in dieselbe Bahn einer gewaltsamen Bewegung zu bringen, welche zum großen Schaden des Reiches einige Theile von Deutschland ergriffen hat, wäre geradezu eine Selbstvernichtung, und zwar ohne das Verdienst der Hingabe an eine große Sache. Es wird hierauf zur rechtlichen Beurtheilung des am 9. Juli von der Minderheit gestellten Antrags auf neue ausdrückliche Anerkennung der Nationalversammlung, und zwar mit Rücksicht auf ihre gegenwärtige Zusammensetzung, als Haupt-

grund geltend gemacht die unzureichende Mitgliederzahl. Die Giltigkeit des Beschlusses der Herabsetzung auf 100 scheint formell nicht beanstandet werden zu können; so könnte es aber bis herab auf 3 Mitglieder gehen, wo ist dann die Grenze? Der Natur der Sache und dem Zeugnisse unserer deutschen Rechtsbücher aber entspreche es, die Mehrheit aller Mitglieder entscheiden zu lassen. Zum Dasein der Nationalversammlung als solcher reiche die gegenwärtige, wenige mehr als 100 mit Sicherheit betragende, Mitgliederzahl hin. Ein weiterer Schritt, der zur Befestigung der Nationalversammlung gleichfalls nichts beigetragen, sondern ihr im Glauben des Volkes und im Vertrauen auf ihre Weisheit und ihre Mäßigung sehr geschadet, sei der rasch gefaßte und alsbald ausgeführte Beschluß, nach Stuttgart zu übersiedeln, also die alte Wahlstadt Frankfurt zu verlassen, wohin sie einberufen und wo auch der Sitz der Centralgewalt, wie früher des Bundestags war. Ebenso sei die Besorgniß eingetroffen, es möchte die Verlegung von einer äußersten Partei für ihre Zwecke benutzt werden. Dadurch sei den deutschen Regierungen, sei der deutschen Centralgewalt ein Grund zur Bekämpfung aller und jeder Thätigkeit der Nationalversammlung an ihrem neuen, einseitig gewählten Sitze gegeben worden. Dabei aber soll keineswegs der hohe Werth verkannt werden, welchen die Fortdauer einer wahrhaften Volksvertretung, zumal unter der gegenwärtigen unglückseligen Spaltung Deutschlands hat, und es wäre daher sehr zu wünschen, daß der zurückgebliebene Theil der Versammlung bald wieder zu der früheren numerischen und politischen Bedeutung anwachse, und damit in den Stand gesetzt werde, aus dem Zustande unfreiwilliger Vertagung in eine neue Thätigkeit zu Frankfurt überzugehen oder aber das Mandat in die Hände des ersten Reichstages niederzulegen, welcher nach Beschluß der Nationalversammlung vom 4. Mai auf Grund der Verfassung am 22. August in Frankfurt a. M. zusammentreten soll."

Nach dieser Ausführung sprechen die Mitglieder Adam, Reyscher, Sautter ihre staatsrechtliche Ueberzeugung in folgender Weise aus:

1) „Die im vorigen Jahre von den deutschen Volksstämmen und deren Regierungen nach Frankfurt berufene Nationalversammlung ist rechtlich nicht als aufgelöst, sondern nur als unfreiwillig vertagt zu betrachten, bis die Zahl ihrer Mitglieder sich wieder auf 350 vervollständigt oder ein von dem Volke anerkannter Reichstag an ihre Stelle getreten sein wird.

2) „Der jetzt in Stuttgart tagende Theil der frühern Nationalversammlung ist nicht berechtigt, die Stelle der Nationalversammlung einzunehmen, und in dieser Eigenschaft die Reichsverfassung und die durch den Reichsverweser verkündigten Reichsgesetze abzuändern oder für einzelne Staaten und deren Unterthanen verbindliche Beschlüsse zu fassen.

Hieraus ergibt sich der Antrag:

„Die hohe Kammer möge beschließen, daß sie dem von der frühern Minorität gestellten Antrag, die Nationalversammlung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung als zu Recht bestehend anzuerkennen, nicht beizutreten wisse."

Ein Minoritätsantrag (Pfäfflin, Stockmaier, Seeger) beharrt einfach bei dem Minoritätsberichte vom 9. Juli auf Anerkennung der Nationalversammlung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung.

Ein Vermittlungsantrag von Zwerger lautet: Die Ständeversammlung möge erklären, sie erkenne die hier tagende Nationalversammlung in ihrem gegenwärtigen Bestande, insofern sie sich innerhalb der Reichsverfassung bewegt, an, unter Festhaltung des gegenüber der provisorischen Regentschaft ausgesprochenen Vorbehaltes des Cognitionsrechts durch die Landesregierung.

Eng damit zusammen hängt der Bericht der gleichen Commission (v. Zwerger, Adam, Reyscher, Sautter gegen Pfäfflin, Stockmaier, Seeger) über den Antrag Schoders, daß die Regierung ungesäumt die württembergischen Bataillone von dem von dem Reichsgeneral v. Peucker commandirten Reichsheere zurückziehen möge. Ausgeführt wird zunächst, daß aus der Nichtanerkennung der Nationalversammlung auch von selbst die Nichtanerkennung der provisorischen Regierung unter dem Titel einer Regentschaft folge, welcher, wäre es eine gesetzliche Gewalt, die Reichsheere unterworfen sein müßten. Die neu eingesetzte Regentschaft sei von keinem Staate anerkannt, in ihr habe man eine deutsche Reichsregierung nicht zu erkennen, sondern nur eine Commission, welche die Durchführung der Reichsverfassung nur auf dem Wege einer Revolution versuchen kann. Das einzige legale Centralorgan, welches derzeit noch in Deutschland besteht, sei die provisorische Centralgewalt in Frankfurt. Die Absetzung des unverantwortlichen Oberhaupts werde durch das inconstitutionelle Verhalten des verantwortlichen Ministeriums nicht gerechtfertigt; durch die unvollständige Nationalversammlung in Stuttgart können die Frankfurter Beschlüsse weder aufgehoben, noch an der Existenz der Centralgewalt etwas geändert werden. Der Erfolg habe das Mißliche dieser Absetzung noch mehr herausgestellt. Die Centralgewalt mit den sich an sie anlehnenden Geld- und Streitkräften bestehe in ihrer Wirksamkeit fort, und man müsse sich nach Lage der Sache hierzu Glück wünschen, indem jetzt Deutschland ohne irgend eine Gesammtleitung wäre, welche die zersplitterten Kräfte nach Möglichkeit verbinden und die zerrüttete Ordnung in den kleinern Staaten noch einigermaßen stützen könnte. Die Beseitigung der Centralgewalt erscheine in der That doppelt ungeschickt und verwerflich in dem Augenblicke, wo dieselbe Centralgewalt den preußischen Forderungen gegenüber eine feste und würdige Stellung eingenommen. Was nun die der württembergischen Regierung nach dem Schoder'schen Antrag anzusinnende Zurückziehung der beiden Bataillone in Hessen betrifft, so sei auch hierzu ein nöthigender Grund nicht vorhanden, denn der nächste Grund ihrer Verwendung im Reichsdienste, der bedrohte Reichsfrieden, bestehe noch in seiner vollen Bedeutung. Württemberg sei weder berechtigt, seine Hilfe einem reichsfreundlichen Staate zu entziehen, noch wäre dies klug, da unser kleines Land ohne Bundesgenossen sich nicht unter allen Umständen erhalten könnte, noch wäre es ausführbar, da der Kampf bereits begonnen. Hierauf gründet sich der Antrag:

„daß dem Antrage des Abg. Schoder auf eine Bitte an k. Staatsregierung um ungesäumte Zurückberufung der in Hessen stehenden zwei württembergischen Bataillone vom Reichsheere keine Folge zu geben sei."

Diese die Politik des Ministeriums Römer nützenden Majoritätsanträge werden voraussichtlich in der morgigen Sitzung der Ständeversammlung eine Mehrheit von 10—15 Stimmen erhalten.

** **Frankfurt**, 20. Juni. Die neuesten Nachrichten von der Bergstraße melden uns die Verlegung des Hauptquartiers und Generalcommandos der Reichsarmee von Weinheim weiter östlich nach Fürth. Die diesseitigen Vorposten stehen bis Heddesheim, das Frankfurter Linienbataillon in Weinheim. Die preußischen Truppen sind auf der Bergstraße von Zwingenberg bis nach Bensheim stationirt; das Hauptquartier des die preußische Heeresabtheilung commandirenden Generallieutenants Grafen von der Gröben war gestern in Zwingenberg.

Gefecht bei Großsachsen.

⊗ **Weinheim**, 16. Juni. Nachdem am ersten Tage das Hauptquartier bis Weinheim vorgerückt war, und die zu fassende Operationslinie von Heddesheim bis Großsachsen in unsrem Besitze war, verhielt sich der Feind bis 6 Uhr Morgens ruhig. Plötzlich rückten gegen unsere vor Großsachsen stehenden Vorposten der Division des Generals v. Schäffer-Bernstein ungefähr 9000 Mann Soldaten und 4000 Freischärler mit vielen, man behauptet 16 Geschützen, aus welch letzteren unsere Infanterie, die nur 1 Geschütz in der rechten Flanke hatte, so heftig beschossen wurde, daß sie sich aus Großsachsen zurückzuziehen und die nöthige Verstärkung abzuwarten genöthigt war. Diese Verstärkung brachte auch der Brigade-Commandant, Oberst v. Weitershausen. Einen Theil davon leitete er in das Gorrheimer Thal, um den von den Bergen kommenden Freischaaren entgegenzutreten, mit einem andern Theile warf er sich auf die Chaussee. Durch seine ermuthigende, ruhige Haltung und seine energischen Anordnungen brachte Oberst v. W. die übrigen Truppen sämmtlich zum Stehen, stellte die Schlachtordnung her, und ließ wieder vorrücken, bis kurz vor Großsachsen, vor dem sich eine Tirailleurlinie setzte. Der Feind hielt hartnäckig in dem Dorf, weßhalb dasselbe mit Granaten und Vollkugeln beworfen wurde. Den Anfang dieses Gefechts hatte der Oberst v. Wizleben in Heddesheim, wo er Nachts zuvor bivouakirte, beobachtet und rückte plötzlich mit 4 Bataillonen Infanterie (2 mecklenburgische, 1 kurhessisches und 1 preußisches 3Ser), 2Schwadronen Cavallerie und 6 Geschützen nicht bloß in die Flanke des Feindes, sondern auch auf dessen Rückzugslinie gegen Leutershausen. Denken wir uns nämlich einen rechten Winkel, in dessen Berührungspunkten der beiden Seiten Großsachsen liegt, so stand Weitershausen am Ende der perpendicularen Seite und Wizleben am Ende der wagerechten Seite etwas rechts abwärts. Das entschiedene Vordringen dieser Brigade in die linke Flanke des Feindes und das dadurch ermöglichte Vorrücken der andern in die Front des Feindes zwang denselben, Großsachsen schleunigst zu verlassen, und sich auf Schriesheim zurückzuziehen. Die Bataillons des 1., 3. und 4. Regiments Hessen waren von dem Herannahen der Wizleben'schen Hilfe so überrascht, und das Zusammenstoßen beider Brigaden im Dorfe so gleichzeitig, daß die Brigade Weitershausen die Brigade Wizleben anfangs für eine feindliche hielt. Der Feind fuhr nun zur Erleichterung seines Rückzuges Kanonen bei Leutershausen auf, aber schon der zweite Schuß des mecklenburger Geschützes, das Hauptmann von Schöpfer richtete, sprengte einen feindlichen Munitionswagen mit Pulver und Granaten in die Luft, so daß Mannschaft, Pferde und Wagen zu Grunde gingen, und der Feind dadurch in eine solche Verwirrung gerieth, daß seine Artillerie fortan gänzlich schwieg. Es wurde nun vor Großsachsen Position genommen. Plötzlich um 11 Uhr kam von Ladenburg der Feind in einer Stärke von 10,000 Mann aller Waffengattungen an, und warf sich in unsere rechte Flanke. Indeß der Obrist Dingelbey das Dorf Großsachsen hielt, eilte der Obrist v. Weitershausen rückwärts mit zwei Geschützen dem Feinde entgegen, stellte sie gegen seine Spitze auf, erhielt aber in demselben Augenblicke in einer Entfernung von einigen hundert Schritt von dem Feinde auf dem Eisenbahndamme zwei volle Lagen Kartätschen, die 4 Pferde der Kanonen, und zwar 3 von einer, niederstreckten. Im gleichen Augenblick drang eine feindliche Tirailleurlinie vor, feuerte auf die Artilleriemannschaft und den Obersten dermaßen, daß an eine Wirkung der diesseitigen Geschütze nicht mehr zu denken war. Der Oberst, je größer die Gefahr, desto besonnener, macht kehrt, sprengt über die Chaussee, wendet sich rechts in die Weinberge und entgeht so der abgeschnittenen Rückzugslinie des Feindes. Dort sammelt er die noch vorhandenen Truppen, schiebt sie auf die Chaussee vor, und eilt zum Obercommandanten, während der Oberst v. Wizleben alle Truppentheile vollständig sammelt und den Befehl über dieselben übernimmt. Er greift den Feind, der 3 Mal so stark war, mit 4 Bataillonen Infanterie, 4 Schwadronen Dragoner und 4 hessischen Geschützen an, und treibt ihn gänzlich in die Flucht, und zwar dergestalt, daß die badischen Dragoner von den Mecklenburgern nicht mehr eingeholt werden konnten und sich der Feind bis heute am 18. nicht sehen ließ. Ein hessisches Geschütz, das bei dem früheren Kartätschenhagel den Unseren genommen, nahm Lieutenant Clar wieder. Major Reithardt wurde verwundet. Dies Bataillon, die mecklenburgischen und die nass. Jäger, das Bataillon Cronebold haben mit einer seltenen Bravour gefochten. Der Ruhm des Tages mußte von den Hessen mit 10 Todten, 50 Verwundeten und von den Mecklenburgern mit 1 Todten und 10 Verwundeten erkauft werden. Der tüchtige Offizier von Stenglin war unter den letztern zehn. Die Preußen hatten 2 Verwundete. Der Generalstabsoffizier Hindersin wurde gestern bei Ladenburg getödtet. Der Geist der Truppen läßt nichts zu wünschen übrig. In ihrem harmonirenden Zusammenwirken sieht man die Einheit Deutschlands wirklich verkörpert. Der eine Stamm wetteifert mit dem andern. Auf der andern Seite erkennen wir hochachtend an, daß der Feind unsere Verwundeten in Ladenburg und Heidelberg gut verpflegt, und so behandelt, wie es völkerrechtlich immer der Brauch war und Recht ist.

Karlsruhe, 18. Juni. Ein officieller Kriegsbericht in der „Karlsr. Ztg." lautet:

„Das Obercommando der badischen und rheinpfälzischen Armee. Hauptquartier Heidelberg, 17. Juni 1849. An die Regierung zu Karlsruhe. Während das auf dem linken Rheinufer operirende preußische Armeecorps vor Ludwigshafen eintraf, und während der rechte Flügel des Generals Peucker unterhalb Käferthal durch Oberstlieutenant Tobias geschlagen wurde, griff das Centrum desselben feindlichen Corps mit großer Erbitterung die Ladenburger Brücke an, und sein linker Flügel drang in die Gebirge um Altenbach vor; Ladenburg und die Brücke, die Anfangs durch Ueberraschung von dem Feinde genommen worden war, wurden von der Brigade des Obersten Beleri wieder zurückerobert, welche dem Feinde großen Verlust beibrachte, und die Hessen und Mecklenburger auf Leutershausen und Großsachsen zurückwarf.

Ich hatte unsern siegreichen Truppen zu Käferthal eine rasche Bewegung in die rechte Flanke des Feindes, der Ladenburg in Besitz hatte, anbefohlen. Oberst Oberkirch, welcher den verwundeten Oberstlieutenant Tobian im Commando dieser Colonne ersetzt hatte, vollführte diese schwierige Aufgabe mit seltener Kühnheit, so daß der zugleich in der Front und in der Flanke angegriffene Feind sich am 16. in großer Unordnung auf Weinheim zurückzog. Um die Concentrirung, welche ich zu Heidelberg angeordnet hatte, auszuführen, stellte ich unsern rechten Flügel auf den Höhen seitwärts Großsachsen, unser Centrum bei Heddesheim, unsern linken Flügel bei Ladenburg auf. Der Generaladjutant Oberst Sigel, Oberst Thoma, Oberst Oberkirch und Hauptmann Mögling haben sich durch die intelligente und tapfere Vollführung meiner Befehle besonders ausgezeichnet; mit nicht weniger Auszeichnung erwähne ich unserer Artillerie. Unser Verlust in allen diesen Gefechten war unbedeutend. Der General en Chef: L. Mieroslawski."

Unerfreulich sind der „Karlsr. Ztg." die Nachrichten aus der Pfalz. „Die Preußen rücken, ohne ernstlichen Widerstand zu finden, immer weiter vor, und stehen bereits in der Nähe des Einganges zum Annweiler Thale (d. h. sie bedrohen Landau, welches sie in diesem Augenblick wohl schon haben). Eine nicht unbeträchtliche Anzahl pfälzischer Volkswehrmänner haben sich über den Rhein zurückgezogen und sind in Karlsruhe angekommen.

Deutschland.

□ **München**, 17. Juni. Der König und die Königin, in dem Gefolge derselben der Kriegsminister, gehen diesen Mittag mit einem Extrazuge auf der Eisenbahn nach Nürnberg. Der Besuch gilt nicht der Stadt, sondern, wenigstens zunächst, dem in der Nähe der alten Reichsstadt aufgeschlagenen Lager. Schon morgen wird die Rückkehr erwartet. — Hier ists so still, wir sind so arm an Ereignissen von nur einigem Belang, daß man es nicht verschmäht, die scandaleuse Aufführung einer weiland hochmächtigen Schauspielerin, die endlich von ihrem Manne aus dem Haus gejagt wurde und von der sorgsamen Intendanz seitdem auch nicht mehr die Erlaubniß zum Auftreten erhalten konnte, zum Hauptthema der Tagesunterhaltung zu machen. — Der Blick aller Politiker ist nach Außen gerichtet. Selbst die Leichtgläubigsten und Erregbarsten haben den letzten Funken von Vertrauen auf einen guten Ausgang der Dinge in Baden und in unserer Pfalz verloren, seit der Briefverkehr wieder etwas regelmäßiger geworden ist und man nothwendig hat erkennen müssen, daß sich die unendliche Mehrheit der Bevölkerung nach den angekündigten Reichstruppen als nach ihren Errettern sehnt. Wenn aber in Baden und in der Pfalz die republikanische Schilderhebung unterdrückt sein wird, wo ist dann schon die Bürgschaft gegeben, daß jene vollkommene Ruhe wiederkehrt, welche einzig und allein aus der einheitlichen Lösung der deutschen Fragen hervorgehen kann. Von Berlin ist wenig die Rede. Man setzt voraus, daß dort nicht auf dem Octroyirungswerke werde bestanden werden, wenn nur von Wien aus für ein geeignetes Surrogat gesorgt wird. Daher sieht man mit Spannung den Erfolgen entgegen, welche die Sendung unsers Ministers des Auswärtigen am kaiserlichen Hofe haben wird. Von der Aufnahme, welche die Vorschläge des Herrn v. d. Pfordten etwa gefunden, kann man noch nicht unterrichtet sein. Frühestens übermorgen können erste Nachrichten einlaufen. Dagegen geht das Gerücht, Prinz Luitpold, der Bruder des Königs, habe aus Wien ausdrücklich geschrieben, daß die Anträge und Vermittelungsvorschläge unserer Regierung, in welche derselbe vor seiner Abreise dorthin officiell eingeweiht worden war, von der kaiserlichen aufs Unvorkommenste aufgenommen werden würden.

Die Truppen des Lagers bei Donauwörth sollen bestimmt sein, im Verein mit österreichischen Truppen den größten Theil der Reichsgrenze gegen die Schweiz zu besetzen, was im Laufe der kommenden Woche zur Ausführung kommen soll; es scheint demnach im Plane zu sein, die Aufständischen in Baden und der Pfalz auch von dieser Seite her einzuschließen, um ihnen auch das Entkommen nach der Schweiz unmöglich zu machen. (N. C.)

Brieflichen Nachrichten zufolge ist der Herzog von Leuchtenberg von Petersburg nach Madeira abgereist, auf welcher Insel er die Wiederherstellung seiner Gesundheit hofft, da die Lunge noch nicht angegriffen sein soll. (Augsb. Abdztg.)

Fürst Ludwig v. Wallerstein hat der „Allg. Ztg." zufolge seine Stelle als Kronoberstpostmeister niedergelegt, will, wie es scheint, auch aus den Reichsräthen scheiden und sich als Candidat zur nächsten Wahl für die zweite Kammer melden.

Augsburg, 16. Juni. Morgen früh haben 600 Mann vom 3. Bataillon des hiesigen 3. Infanterieregiments Prinz Karl vorerst nach Günzburg zu rücken, wohin auch das 1. und 2. Bataillon des Infanterieregiments vom Lager bei Donauwörth bestimmt ist. Diese Truppen bilden also einen integrirenden Theil des neben den beiden fränkischen aufgestellten dritten bayerischen Armeecorps, welches an der Donau und der Iller seine strategischen Stellungen zu nehmen hat. — Wie es heißt, soll das Lager bei Donauwörth unverdings verlängert werden. (Corr. v. u. f. D.)

8 **Mainz**, 19. Juni. Seit mehreren Abenden bilden sich in der Gegend des Fischthores starke Zusammenrottungen, wo von einigen unserer bekannten Wühler die neuesten Lügen vom Kriegsschauplatze vorgelesen, und die vorhergehenden Personen, welche der gemäßigten Meinung opponiren, verhöhnt werden. In ähnlicher Weise verfuhren diese Leute gestern Abend gegen den Großherzog von Baden, als er durch die Rheinstraße ging; sie scheuteten sich gar nicht, selbst die Großherzogin Stephanie, welche in Begleitung des Provinzialcommissärs, Frhrn. v. Dalwigk einen Spaziergang machte, zu beleidigen. Wie lange wird man diesem Treiben noch zusehen?

Rendsburg, 15. Juni. Gestern Abend wurde der Amtmann von Stauderberg, Hans Lindholm, hier als Arrestant eingebracht und auf der Hauptwache einquartiert. Der Amtmann von Ringkjöping, Graf v. Schulin, der sich dem General Prittwitz sagen ließ: „wenn er Ochsen haben wolle, so möge er sie selbst holen", wird heute Abend hier erwartet. Daß es wenigstens uns mit der Fortsetzung des Krieges Ernst ist, sieht man aus der großen Masse Schweren Geschützes, welches täglich von hier nach dem Norden abgeht. Heute Morgen sahen wir von hier abfahren: acht 12pfündige Granat-Kanonen, zwei Vollkugelkanonen von gleichem Kaliber und einen 18-Pfünder. Den Geschützen folgten 20 Wagen mit Ammunition. Die Kanonen und Kugeln des „Christian VIII." und der „Gefion" kommen uns trefflich zu statten, täglich werden zwei Stück Geschütze von Eckernförde hierher transportirt, auch sind direct von dort mehrere Stücke nach den verschiedenen Strandbatterien abgesandt worden. — Unsere Bürgerartillerie hat sich gestern zum ersten Male wieder im Scharfschießen geübt und ihren alten Ruhm als tüchtige Kanoniere aufs Neue bewährt. — Der Taucherapparat arbeitet mit gutem Erfolg im Eckernförder Hafen. Kanonen, Kugeln, Ankerketten, Anker und andere werthvolle Gegenstände von „Christian VIII" sind bereits gehoben, darunter eine große 60 Faden lange Ankerkette und ein Anker von 7000 Pfd. Gewicht. Auch hat man noch einige Leichen gefunden. Ein dänisches Kriegsdampfschiff hat sich gestern im Eckernförder Hafen gezeigt; nachdem ihm aber von der Nordbatterie zwei scharfe Schüsse zugesandt worden, legte es um und suchte die hohe See. (W. g. N.)

Altona, 16. Juni. Mit dem gestrigen Morgen kam der Oberst v. Heeringen vom Bataillon Reuß krank an, und ward gleich nach seiner Ankunft in einem nahen Wirthshause. (A. M.)

Schleswig, 15. Juni. Die heutige Sitzung der Landesversammlung war wiederum kurz und weniger interessant. Der Departementschef für die auswärtigen Angelegenheiten trug der Versammlung vor: Das bereits aus den Zeitungen bekannte Schreiben des Präsidenten des Reichsministeriums an das württembergische Ministerium vom 8. d. M. sei den Bevollmächtigten der neunundzwanzig Staaten in Abschrift mitgetheilt worden; der Bevollmächtigte für Schleswig-Holstein habe die ihm mitgetheilte Abschrift eingesandt. Außerdem sei bei der Statthalterschaft eingegangen ein an die provisorische (!) Regierung Schleswig-Holsteins in Rendsburg gerichtetes Schreiben des Präsidiums der nach Stuttgart übergesiedelten Nationalversammlung, worin die beschlossene Erwählung einer Regentschaft angezeigt worden und welches von einer Abschrift des Wahlprotocolls begleitet sei. Diese Anzeige sei mit Rücksicht auf das Schreiben des Präsidenten des Reichsministeriums ad acta gelegt worden.

Wiesbaden, 18. Juni. Bekanntlich haben von den 6 Russischen Parlamentsabgeordneten nur zwei, Schulz und Löhner, die Reise des jetzt zu Stuttgart als Rumpfparlament tagenden traurigen Restes mitgemacht. Der „Nass. allg. Ztg." zufolge sind nunmehr auch diese beiden Abgeordneten durch die Regierung abberufen und die Diätenauszahlung an dieselben ist sistirt worden.

Bremen, 12. Juni. Der hannoversche Volkstag hat in seinen gestern und heute hier abgehaltenen Sitzungen im Wesentlichen folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Ernennung eines Wahlcomites für die Wahlen zur 2. Kammer, bestehend aus Freudenthal von Lamspringe, Detering (Redacteur des Osnabr. Tagebl.), Cohen-Honrf, Cand. jur. Albrecht und Oppermann in Hoya. 2) Beschluß, die vom Dr. Mensing redigirte Volkszeitung und das Osnabrücker Tageblatt kräftig zu unterstützen. 3) Beschluß, die wegen einer Petition, resp. wegen Theilnahme an einer Volksversammlung zu Arbeitsstrafe verurtheilten Unteroffiziere Emshoff, Meinhard und Lindemann durch freiwillige Beiträge zu unterstützen. 4) Ein Ausschuß von 7 Mitgliedern und ebensoviel Ersatzmännern, der hauptsächlich die Beschlüsse der Nationalversammlung gegen alle Sonderbestrebungen durch alle gesetzlichen Mittel unterstützen, daneben auch die speciellen Landesangelegenheiten im Auge behalten soll. Gewählt wurden: v. Honstedt, Platzner, Gerding, Jul. Meyer, Wyneken in Stade, Bieren und v. Harz; zu Ersatzmännern: Clüssen, Justizrath Schlüter, Mensing, Schwarz (Syndicus in Celle), Westrum, Matthäi, Rosenthal. Nicht alle hier Genannten waren anwesend, deren Entscheidung über die Annahme der Wahl daher noch nicht erwarten ist (Clüssen, Wyneken, Schlüter). 5) Dank und Anerkennung für die Beschlüsse der ostfriesischen Landschaft. 6) Protest gegen den Versuch der verbündeten Regierungen, statt der rechtmäßigen Reichsverfassung eine sogenannte provisorische einzuführen. 7) Beschluß, die Nationalversammlung als zu Recht bestehend anzuerkennen. 8) Antrag an den Ausschuß, die Aufforderung zu Reichstagswahlen seitens der Reichsgewalt zu erwirken u. s. w.

Frankreich.

Straßburg, 18. Juni, 11 Uhr Morgens. Soeben trifft folgende telegraphische Depesche hier ein: Paris, 17. Juni, 2 Uhr Nachmittags. Der Minister des Innern an die Präfecten. Der Rhonepräfect zeigt dem Minister des Innern unterm 16., 9 Uhr Morgens an, daß der Aufstand in Lyon besiegt und daselbst Alles beendet ist. Paris ist vollkommen ruhig.

Großbritannien.

London, 15. Juni. Wie groß und mannigfaltig auch das Unrecht sein mag, dessen sich England Irland gegenüber in früheren Jahrhunderten schuldig gemacht hat, nur böser Wille oder Unverstand kann verkennen, daß das gegenwärtige Ministerium alles, was in seinen Kräften steht, thut, um dem irischen Elende abzuhelfen. Entspricht der Erfolg den allgemein gehegten Wünschen nicht, so fehlt es an der Kraft, die riesigen Schwierigkeiten, mit denen zu ringen ist, zu bewältigen; Wohlwollen und ehrliche Gesinnung sind vorhanden. Gleichviel, ob die scheußlichen Zustände Irlands aus schlechtem Regiment oder aus dem, der Ansicht vieler Engländer nach unverbesserlichen Charakter der celtischen Bevölkerung hervorgehen, es ist eines der tragischesten Schauspiele unserer civilisirten Zeit, ein durch Kühnheit, raschen und lebendigen Geist, Witz und Liebenswürdigkeit im geselligen Umgange ausgezeichnetes Volk in so unendliche Tiefen des Jammers verfallen zu sehen. Mit Recht nennt Freiligrath das grüne Erin „die Niobe der Nationen". Wir in der Ferne sind zu geneigt, wenn wir von Hunderten und Tausenden hören, die des Hungertodes sterben, dies für Uebertreibung zu halten. Leider ist das nicht der Fall. Die Zeitungsnachrichten erreichen das Grauen der nackten Wirklichkeit nicht, und doch ist das, was sie mittheilen, gräßlich genug. Hunger und Krankheit wüthen fürchterlich. Die gestrige „Times" enthält einen Brief aus Ballinasloe, einer verhältnißmäßig wohlhabenden Stadt am Shannon, an der Grenze der Grafschaften Galway und Roscommon. Der Schreiber, ein protestantischer Geistlicher, gibt eine Schilderung des Zustandes der Armenhäuser, deren der Ort, außer dem Hauptgebäude von ungeheurer Ausdehnung, vierzehn hat. In einem derselben, Cholerahospital genannt, befanden sich in einem Zimmer von 32 Quadratfuß mit 29 Betten 62 Patienten. Wir finden Schilderungen, wie die folgende: „Ich sah Knaben beim Mittagessen. Keine Macht der Feder oder des Pinsels wäre im Stande, ihre Erscheinung wiederzugeben, besonders derer, welche erst vor Kurzem ins Haus aufgenommen waren. Eine Krankheit war Dreivierteln von ihnen in Zügen, jedem Auge leserlich, aufs Gesicht gedrückt: der Hunger! — Hunger, den sie so lange ertragen und bekämpft hatten, und dem sie erst dann gewichen waren, als ihnen nur die Wahl zwischen dem Arbeitshause und dem Grabe frei stand. Hätte ich es nicht gesehen, nimmer hätte ich es für möglich gehalten, daß Hunger auf eine solche Weise die Kindheit mit der ganzen äußern Erscheinung des Greisenalters bekleiden könnte. Wäre diese belebte Masse von Haut und Knochen eine seelenlose Masse gewesen, ich hätte niederknieen mögen und zum Himmel beten, daß er ihre Wohnung im Armenhause mit der im Grabe vertauschen möge. Die Nahrung, welche sie dort erhalten, mag freilich für einige Zeit die Lampe des Lebens hell brennen machen, aber es war in den Gesichtern von Hunderten geschrieben, daß ihnen als Erwachsenen das Licht des Lebens nie scheinen werde; Pflege, Nahrung, Reinlichkeit, Obdach kommen für Ihresgleichen zu spät."

Rußland.

St. Petersburg. Die russische Regierung hat an ihre Repräsentanten im Ausland d. d. 27. April folgende Circulardepesche erlassen:

Der Aufstand in Ungarn hat in letzter Zeit solche Fortschritte gemacht, und sich so sehr entwickelt, daß Rußland nicht mehr gleichgültiger Zuschauer davon bleiben kann. In Folge einer augenblicklichen Unzulänglichkeit der Kräfte Oesterreichs, welche auf verschiedenen Punkten vertheilt sind, wo sie die Nothwendigkeit zurückhält, für die Vertheidigung der Grenzen des Reichs zu sorgen, ist das Hauptcorps der Insurgenten nach und nach von der Theiß bis zur Donau vorgerückt. Fast ganz Oberungarn und ganz Siebenbürgen ist in ihren Händen. — In demselben Verhältniß, wie ihre militärischen Operationen sich ausdehnten, hat auch der Kreis ihrer Umstürzungspläne sich vergrößert. — Die ursprünglich magyarische Bewegung hat einen bedeutenden Umfang gewonnen durch die Gegenwart von polnischen Emigranten, welche in dem ungarischen Heere ganze Corps bilden, sowie durch den Einfluß einzelner, die, wie Bem und Dembinski, zu diesen Ehren, und unumschränkte Angriffs- und Vertheidigungsplane entwerfen, ist die ungarische Rebellion die Grundlage einer offenbar in Polen verbreiteten Insurrection geworden. — In Galizien hofft man dieselbe zunächst ausbrechen zu lassen, und dann nach Umständen in unseren Provinzen. — Die Intriguen und Umtriebe dieser Aufwiegler haben deren Saat schon in Galizien und Krakau ausgestreut; von Siebenbürgen aus suchen sie den Türkenzug, die wir gemeinschaftlich mit der Türkei machen, um in den Fürstenthümern die Ruhe zu befestigen, Hindernisse in den Weg zu legen, indem sie dem Unzufriedenen unter den Moldau-Walachen allen möglichen Vorschub und Aufmunterung geben, und auf der weiten Ausdehnung unserer Grenzen bringen sie einen permanenten Zustand von Aufregung und Gährung hervor. Eine solche Lage kann aber unmöglich dauern ohne Gefahr für unsere wichtigsten Interessen: sie trägt den Keim der Verwickelungen in sich, welchen zuvorzukommen und die einfachste Klugheit gebietet. Da die österreichische Regierung ihrerseits der zufälligen Schwierigkeit in diesem Augenblicke nicht eine solche Macht entgegenstellen kann, welche nöthig ist, ohne andere nicht minder wichtige Theile ihres Gebiets zu entblößen: so hat sie Se. Maj. den Kaiser formell darum angesucht, ihr zur schleunigeren Unterdrückung eines Aufstandes behilflich zu sein, der die Ruhe der beiden Kaiserthümer gefährdet. Die beiden Cabinete mußten sich natürlich in diesem wichtigen Punkte begegnen, da er ihr gemeinschaftliches Interesse berührt, und in Folge dieses Uebereinkommens sind unsere Truppen in Galizien eingerückt, um ihrerseits dahin mitzuwirken, daß die Flamme der Revolution auf ihrem Herde schneller erlischt werde. Die Regierungen, welche eben so sehr dabei interessirt sind, wie wir, daß die Ruhe aufrecht erhalten wird, die in Ungarn gänzlich gestört, oder in seinen Nebenländern durch die zügellosesten Demagogie bedroht ist, werden, so hoffen wir, die Beweggründe nicht verkennen, die unsere Handlungsweise bestimmen. — Indem der Kaiser zu seinem großen Bedauern aus der passiven und expectanten Stellung heraustritt, die derselbe bis heute beobachtet hat, bleibt Seine Majestät dem Geiste seiner früheren Erklärungen vollkommen treu. Denn als der Kaiser es aussprach, daß er allen Staaten das Recht zuerkenne, darüber nach ihrer Einsicht zu entscheiden, wie sie sich politisch constituiren wollen, indem er den Grundsatz streng befolge, sich eben so wenig in die Veränderungen mischen zu wollen, die sie mit ihren Regierungsformen, als mit ihrer innern Organisation vornehmen: hat Seine Majestät sich die volle Freiheit des Handelns für den Fall vorbehalten, wenn die Rückwirkung der Revolutionen in der Nachbarschaft seine eigene Sicherheit oder das an den Grenzen seines Reiches bestehende politische Gleichgewicht zu seinem Nachtheile gefährden sollte. Daß aber unsere Sicherheit im Innern des Reiches durch das bedroht wird, was in Ungarn geschieht oder sich vorbereitet, geht klar aus den Plänen und den Bewegungen, die die Insurgenten selbst eingestehen, hervor, und jeder Angriff von dieser Seite gegen das Fortbestehen und die Einheit der österreichischen Monarchie würde zugleich ein Angriff auf den Territorialbesitz sein, den Se. Majestät dem Geiste und dem Buchstaben der Tractate gemäß für nöthig erachtet für das Gleichgewicht von Europa, wie für die Sicherheit seiner eigenen Staaten. Angenommen sogar, daß vorübergehende Ursachen einem unabhängigen Ungarn ein ephemeres Dasein verleihen könnten, so wird es doch Jedem, der die Mittel und Hülfsquellen Oesterreichs kennt, einleuchten, daß es auf die Dauer gar keine Aussicht habe, bestehen zu können. — Aber erhoben, wenn auch nur auf kurze Zeit, auf der Basis der Anarchie, und durchdrungen von dem feindlichen Geiste, der Ungarns Häuptlinge gegen Rußland beseelt, wird uns daher nicht weniger eine große Gefahr bereiten, welcher wir nicht gestatten dürfen, eine unheilvollere Ausdehnung zu gewinnen. Indem der Kaiser also seine polnischen Provinzen und die an der Donau liegenden Länder vor der Geißel einer Propaganda schützt, deren Bestimmung es ist, sie in steter Unruhe zu erhalten, — indem er der österreichischen Regierung auf ihr ausdrückliches Verlangen die Wiederherstellung des Friedens in diesem Theile ihrer Staaten beschleunigen hilft, glaubt Se. Majestät zu gleicher Zeit in seinem eigenen Interesse, und in dem der Ordnung und Ruhe von Europa zu handeln. (Sez.) Nesselrode.

Nachschrift.

†* **Preußisches Hauptquartier zu Neustadt an der Hardt**, 18. Juni. Die Division des Generals von Weber hat gestern bei Rinnthal mit ihrer Avantgarde ein einstündiges Gefecht mit den Insurgenten unter Willich und Schimmelpfennig gehabt. Der Verlust derselben betrug ungefähr 20 Todte, 40 Verwundete und 20 Gefangene, der dieseitige einen Todten und 6 Verwundete. Landau ist jetzt an allen Seiten von preußischen Truppen umgeben, Insurgenten sind nicht mehr in der Nähe dieser Festung.

* **Frankfurt**, 20. Juni. Die Verpflegung des am Neckar stehenden Reichstruppencorps wird täglich schwieriger, und muß daher aus der Ferne bewirkt werden, darum sind heute Nacht wieder 60,000 Portionen Brod, 30,000 Portionen frisches und 20,000 Portionen gedörrtes Fleisch von hier verlangt und abgesandt worden.

Frankfurt, 20. Juni.

Da nachstehende Nachrichten nicht in alle Exemplare unserer gestrigen Beilage aufgenommen werden konnten, so tragen wir sie hier nach.

** **Paris**, 17. Juni. Es werden im „Moniteur" 35 neue Wahlen für den 8. Juli ausgeschrieben. Auf Paris kommen 11 Neuwahlen.

Ein Armeebefehl macht dem ganzen Heere bekannt, daß die gesetzgebende Versammlung in ihrer Sitzung am 15. Juni dem General Changarnier als Retter des Vaterlandes ein Dankvotum zuerkannt habe.

Die Cholera nimmt bedeutend ab.

Die Verhaftungen, Haussuchungen und Ausweisungen dauern fort. Der Arm der Polizei hat sich auch gegen die Mitglieder der republikanisch deutschen Gesandtschaft erstreckt, weil sie mit Ledru-Rollin geheime Zusammenkünfte gepflogen. Es wurden Verhaftsbefehle gegen sie geschleudert, welche nur theilweise ihre Ausführung erhalten konnten. Schütz und Auge sind entschlüpft, aber Karl Blind und noch ein anderer Rothbart, dessen Namen wir nicht erfahren konnten, sind verhaftet.

Von Ledru-Rollin keine Spur. Die Londoner Abendblätter vom 16. Juni melden seine Ankunft in England noch nicht.

Börsenberichte.

†† **Frankfurt**, 19. Juni. Die heutige Börse zeigte eine feste Haltung, die Fonds wichen jedoch im Allgemeinen nur wenig von ihrem gestrigen Standpunkt ab. Von österreichischen Papieren bleiben 5pCt. Metall. 73 pCt. G., 2½pCt. Metall 58½, pCt., Bankactien 1036 fl., 500 fl. Loose 122 pCt., 250 fl. Loose 74½ pCt. Von den übrigen Anlehensloosen waren Kurhess. 40 Rthlr. Loose 27 Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 25½, ½ fl., do. 50 fl. Loose 46½ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 21½ fl., do. 50 fl. Loose 73 fl., Nassauer 25 fl. Loose 21 fl., Poln 500 fl. Loose 72½, Rthlr. Von süddeutschen Obligationen 3½pCt. Württemberger 74 pCt., do. 4½pCt. 92½ pCt., bad. 3½pCt. Obligationen 73 pCt., bay. 5pCt. Obligationen vom Jahr 1848 92 pCt., Nassauer 3½pCt. Obligationen 80½, pCt., do. 5pCt. vom Jahr 1849 sehr gefragt, 103½, ½ pCt. G. Von belgischen Obligationen waren 2½pCt. belg. 42½, do. 4½pCt. 82½, do. 5pCt. 89½, Fr. Ebenso waren holländ. 2½pCt. Integr. sehr begehrt 50 pCt. G. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 35½, Rthlr., Berbach 70½ pCt., Köln-Minden 78½, pCt., Taunus 258 fl. 3pCt. inl. Spanischen 21½, pCt. Von Wechseln bleibt Amsterdam 101, Paris 95¼, G., Hamburg 88½, G., Wien 96½, G., Augsburg 120 G., Berlin 105½, G., Leipzig 105½,. Lange Sichten in sämmtlichen Devisen begehrt, während kurze Sichten eher zu haben waren.

Wien, 16. Juni. 5pCt. Metall. 89½, ½. — 4pCt. 70½. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1080. — 500 fl. Loose 149½. — 250 fl. Loose 93. — Nordbahnactien 105½. — Gloggnitzer 104. — Mailänder 74½.

Zonds unverändert. Wechsel höher. Frankfurt 126, London 2 fl. 44, Amsterdam 2 Monat 175½, Paris 2 Monat 149.

Wien. Sechs und Zwanzigste Verloosung der kurfl. Paul Esterhazischen 40 fl. Loose, (Hauptpreise) als Nr. 124570 40,000 fl., Nr. 95856 8000 fl., Nr. 30468 3000 fl., Nr. 147388, 169631 jede 1500 fl., Nr. 15699, 25461, 30609, 56933 jede 500 fl., Nr. 1553, 3027, 85669, 169159, 171621 jede 400 fl.

Berlin, 18. Juni. Staatsschuldscheine 79½, bez., Seehandlungs-Prämienscheine 100½, bez., Bankantheile 88½, x. 89½, bez., Berlin-Hamburg 65½, x. ½, bez., Köln-Minden 77½, bez., Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 35½, bis 36 bez. u. G., Stettin. 49½, G., Ruff. 4pCt. bei Stieglitz 85 G., Poln. 300 71½, G., Kurhess. Prämienscheine à 40 Rthlr. 27 G., Neue Bad. Anleihe à 35 fl 15½ bez. u. G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Betriebsämter Nr. 1 und 2 hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Die Bedingungen liegen im Bureau der Unterzeichneten zur Einsicht aus und können gegen Erstattung der Kopialien abschriftlich bezogen werden.

Offerten sind bis zum 15. Juli d. J. Vormittags 10 Uhr portofrei und versiegelt mit der Aufschrift „Steinkohlen-Submission“ einzureichen.

Die Eröffnung der Offerten erfolgt in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten.

Berlin, den 1. Juli 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Zur Statistik der Harmonischen und Asymmetrischen Kurven.

Mit Anwendungen auf Fragen der Elektrotechnik. Von Dr. Carl Runge, Professor an der Technischen Hochschule zu Hannover. Mit 12 Figuren im Text. Preis geheftet 3 Mk. Die Arbeit behandelt Fragen, welche sich auf die Zerlegung einer gegebenen Kurve in ihre harmonischen Bestandteile beziehen. Es wird ein Verfahren angegeben, welches gestattet, die Koeffizienten der Fourierschen Reihe, welche eine gegebene Kurve darstellt, mit einer Genauigkeit zu berechnen, die nur durch die Genauigkeit der Ordinatenmessung begrenzt ist. Dieses Verfahren wird auf Kurven angewandt, welche durch Messung mit dem Wattmeter und dem Voltmeter gewonnen sind, und es wird gezeigt, wie man aus diesen Kurven die Phasenverschiebung zwischen Strom und Spannung und den Effektverlust in Wechselstromapparaten berechnen kann.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

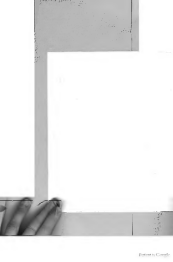
Mathematische Vorlesungen an der Universität Göttingen.

Herausgegeben von den Mitgliedern des mathematischen Seminars. Heft I. Preis geheftet 3 Mk. Inhalt: Über die Entwickelung der Theorie der algebraischen Funktionen in älterer und neuerer Zeit. Von Felix Klein. Mit 1 Figur im Text. — Über die Entwickelung der Theorie der Minimalflächen. Von H. A. Schwarz. Mit 1 Figur im Text. — Über die Entwickelung der Theorie der Oberflächen in neuerer Zeit. Von Sophus Lie. — Über die Entwickelung der Theorie der Reihen in neuerer Zeit. Von Alfred Pringsheim. — Über die Entwickelung der Theorie der Integralgleichungen in neuerer Zeit. Von Ernst Zermelo. — Über die Entwickelung der Theorie der Variationsrechnung und der Differentialgleichungen der Mechanik. Von Adolf Mayer. — Über die Entwickelung der Theorie der Potentialfunktionen und der Randwertaufgaben in neuerer Zeit. Von Carl Neumann. — Über die Entwickelung der Theorie der Gruppen endlicher Ordnung. Von Walther Dyck. — Über die Entwickelung der Theorie der Gruppen kontinuierlicher Transformationen seit Sophus Lie. Von Friedrich Engel. — Über die Entwickelung der Theorie der Gruppen kontinuierlicher Transformationen bis Sophus Lie. Von Eduard Study. — Über die Entwickelung der Theorie der Gruppen kontinuierlicher Transformationen bis Sophus Lie. Von Eduard Study. — Über die Entwickelung der Theorie der Gruppen kontinuierlicher Transformationen bis Sophus Lie. Von Eduard Study.

Heft II. Preis geheftet 3 Mk. Inhalt: Über die Entwickelung der Theorie der algebraischen Funktionen in älterer und neuerer Zeit. Von Felix Klein. Mit 1 Figur im Text. — Über die Entwickelung der Theorie der Minimalflächen. Von H. A. Schwarz. Mit 1 Figur im Text. — Über die Entwickelung der Theorie der Oberflächen in neuerer Zeit. Von Sophus Lie. — Über die Entwickelung der Theorie der Reihen in neuerer Zeit. Von Alfred Pringsheim. — Über die Entwickelung der Theorie der Integralgleichungen in neuerer Zeit. Von Ernst Zermelo. — Über die Entwickelung der Theorie der Variationsrechnung und der Differentialgleichungen der Mechanik. Von Adolf Mayer. — Über die Entwickelung der Theorie der Potentialfunktionen und der Randwertaufgaben in neuerer Zeit. Von Carl Neumann. — Über die Entwickelung der Theorie der Gruppen endlicher Ordnung. Von Walther Dyck. — Über die Entwickelung der Theorie der Gruppen kontinuierlicher Transformationen seit Sophus Lie. Von Friedrich Engel. — Über die Entwickelung der Theorie der Gruppen kontinuierlicher Transformationen bis Sophus Lie. Von Eduard Study. — Über die Entwickelung der Theorie der Gruppen kontinuierlicher Transformationen bis Sophus Lie. Von Eduard Study. — Über die Entwickelung der Theorie der Gruppen kontinuierlicher Transformationen bis Sophus Lie. Von Eduard Study.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Digitized by Google



Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nro. 145.) 20. Juni 1849.

* **Frankfurt**, 19. Juni. In einer sehr anerkennenden, und auch bei einiger Meinungsverschiedenheit, sehr milden Kritik der in der „Hannoverschen Zeitung" vom 6. Juni niedergelegten Betrachtungen über den preußischen Verfassungsentwurf, entwickelt die „Neue Münchener Zeitung" (Beilage zu Nr. 139) ihre Ansichten über die wichtigsten Punkte derselben. Der Artikel trägt das Gepräge der Officialität sowohl nach seiner kategorischen Sprache, als auch nach dem Zusammenhange mit früheren Erklärungen der königlich bayerischen Regierung. Aus diesem Grunde müssen wir unsere Leser auf seinen Inhalt aufmerksam machen. Nachdem das octroyirte Wahlgesetz, einzelne Abänderungen der Grundrechte, die Gleichstellung des Staaten- und Volkshauses in ihren Befugnissen, die Einführung eines Fürstenrathes und die Vorständschaft Einer Macht als Verbesserungen in den Grundprincipien der Verfassung im Einverständniß mit der „Hannoverschen Zeitung" gerügt worden, gibt die dort aufgestellte Meinung, daß dem Fürstenrathe eher zu viel als zu wenig Macht beigelegt worden, Anlaß zu directem Widerspruch. In der Voraussetzung, daß Oesterreich seine Stelle offen gehalten werden solle, und der Verfassungsplan für ganz Deutschland bestimmt sei, macht derselbe gerade den entgegengesetzten Eindruck auf die „Neue Münchener Zeitung", und bringt sie zu der Erklärung, daß sowohl Oesterreich wie Bayern (ja das ganze Süddeutschland) dem Verfassungsplane nie beitreten können, so lange man ihnen nicht solche Rechte zugestehe, die für ihre staatliche Existenz eine sichere Bürgschaft gewährten.

Zunächst zieht die „Neue Münchener Zeitung" in Zweifel, daß es in dem Berliner Entwurf ernstlich mit dem Anschlusse Oesterreichs gemeint sei, und verweist zur Begründung auf § 2 und 3, welche die Bestimmungen der Personalunion enthalten, die, dem hiesigen Verfassungswerk entnommen, den Eintritt Oesterreichs unmöglich machten und der erste Erisapfel für die deutsche Union gewesen seien. Eine Durchsicht der Abschnitte über den Reichsvorstand oder über den Fürstenrath läßt ihr vollends keinen Zweifel, daß dieser, wie sie sagt, recht eigentlich für die exclusive Hegemonie Preußens und für den Ausschluß Oesterreichs zurecht gemacht werden sei. Die Begründung dieser Ansicht enthält die nachstehende Ausführung.

„Nehmen wir einmal an", sagt die „Neue Münchener Zeitung", „Oesterreich trete wirklich dieser Verfassung ohne Aenderung bei, was würde daraus folgen? Preußen hat sich ja den einzigen und absoluten Entscheid über jeden deutschen Krieg und Frieden, über jeden Vertrag mit auswärtigen Mächten, die Besetzung und Leitung der ganzen deutschen Diplomatie vorbehalten. Oesterreich würde also den Charakter als Großmacht, ja es würde die Fähigkeit, als selbstständiger Staat noch irgendwie agiren zu können, verlieren. Auch dem unerfahrensten Politiker muß die Naivetät der Annahme einer solchen Möglichkeit sogleich in die Augen springen. Eine Hoffnung, die darauf beruhte, daß Ungarn, Böhmen, die italienischen Provinzen und die deutschen Erblande Oesterreichs noch ferner bei einem deutschen Staate verbleiben würden, der sich für die wichtigsten Beschlüsse in Lebensfragen gemüthlich dem absoluten Willen eines anderen Staates (Preußen) untergeordnet hätte, gehört denn doch wohl eher in das Fastnachtsspiel des deutschen Michels, als in die wirkliche politische Welt. Aber man wird vielleicht sagen, Oesterreich könne in gleiche Kategorie mit Preußen gestellt werden, es möge das Directorium und die Leitung der Union zwischen beiden Mächten allein getheilt werden; die übrigen müssen sich dem unterordnen. Ueberlegen wir, was daraus entstehen muß, so ist dies nichts anderes, als der alte klägliche Zustand der letzten schwindsüchtigen Tage des weiland heiligen römischen Reiches. Oesterreich und Preußen werden sich in Deutschland theilen. Die Theilung freilich braucht nicht gleich mit einer Länder- und Völkerzulegung, Berrechnung nach Quadratmeilen und Seelenzahl zu beginnen, sondern Oesterreich und Preußen als wechselnde oder gleichzeitige Vorstände des Reichs (gleichviel) werden dann über Krieg und Frieden, auswärtige Verträge und dergleichen zweifältige Beschlüsse nach der preußischen Verfassung nur sich selbst, d. h. ihr respectives Interesse zu befragen haben, um das übrige Deutschland als gehorsamen Diener sich folgen zu lassen. Beweises genug dafür unsere frühere Geschichte. Die Theilung ist dann bereits mit der Verfassung vollzogen, denn wenn alle übrigen auch die größern Staaten ihre Stimme selbst bei jenen wichtigsten Beschlüssen verlieren, so sind sie bereits getheilt, d. h. Einem der größern Staaten untergeordnet. Man hat freilich in Berlin gesagt, und theoretisch im Munde eines Professors klänge dies nicht so ganz verwerflich, die wichtigste Staatsgewalt sei jedenfalls die Gesetzgebung (man hätte richtiger gesagt, nach der Form der Gesetzgebung klassificirt man die Staaten wissenschaftlich); aber derjenige Staatsmann, der sich durch solche Phrasen täuschen ließe, bewiese nur, daß er nie über seine Schulweisheit hinausgekommen; man hat ferner gesagt, die Executive hinge ja doch wegen der Ausführung des Kriegs und Friedens, des Abschlusses der Verträge, der Anstellung der Reichsbeamten u. s. w. stets von dem Beschlusse der gesetzgebenden Gewalten und der Bewilligung der Mittel ab, und daran hätte ja das Fürstencollegium als solches überall seinen Antheil; aber dies ist eine so leere Redensart, und ein solches Mißverständniß der Natur eines Bundesstaates, daß nur blindgeborne oder gelehrte Politiker sich dadurch täuschen lassen können. Hat einmal Preußen den Krieg beschlossen oder hat es einen Friedensvertrag unterzeichnet, so müssen dann hintendrein auch die Mittel von der Nation bewilligt werden, diese Beschlüsse zur Ausführung zu bringen, wenn man nicht in jedem Falle die Ehre der Nation auf das Spiel setzen oder die Einigkeit Deutschlands in Zwietracht bringen will. Preußen könnte dann Deutschland stets für sich ausbeuten, und wie leicht dieser Fall eintreten würde, liegt in der Natur der menschlichen Interessen. Die parlamentarischen Gewalten geben gar keine Bürgschaft gegen diese Besorgniß, weil sie sich erst nach den Beschlüssen geltend machen können; ist der Krieg erst begonnen, so kann man ihn wohl durch Verweigerung der Mittel recht abschwächen und zu einem traurigen Schandflecken des Vaterlands machen, verhindern aber kann man ihn nicht mehr. Geschehene Uebel sind nicht wieder gut zu machen. Ganz ebenso aber steht es mit dem Friedensschlusse und den Verträgen. Die höchsten politischen Fragen sind und bleiben immer Staatenfragen in jedem Bundesstaate, nicht parlamentarische. Weder im Volkshause noch im Staatenhause kann jemals die Gesammtzahl der Repräsentanten des übrigen Deutschlands hoffen, dem bloß einseitigen Interesse einer leitenden Großmacht in Kriegs- und Friedensfragen wirksam entgegenzutreten, wenn diese allein den Beschluß hat; ja die Repräsentanten eines oder mehrerer Staaten werden niemals im Stande sein, das Interesse ihres Volkes oder Staates wirksam zur Geltung zu bringen, denn sie verschwinden vor der Majorität der nach der Einwohnerzahl und dem Gewicht der Einzelnstaaten eingerichteten Repräsentation. Wie wollten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, also das eigentliche Süddeutschland, auch wenn sie z. B. die ganze Last eines Krieges mit Frankreich innerhalb ihrer Länder zu ertragen oder die üblen Wirkungen eines Friedensbruches zu besorgen hätten, jemals im Staaten- und Volkshause auch nur eine geringe Majorität in jenen Fragen sicher gewinnen? Eben das ist die richtig verstandene Bedeutung einer wahrhaft deutschen Verfassung, daß sie die verschiedenen Interessen ausgleichen, mit gebührendem Gewicht versehen, nicht unterdrücken darf. Nicht preußisch, nicht österreichisch soll Deutschland werden, sondern deutsch, ein wirklicher nationaler Bundesstaat, wo jedem Gliede die verhältnißmäßige Gleichberechtigung gewahrt ist. Daß die Executive eine gewisse Einheit innerhalb der Vollziehung haben muß, soll nicht gelenmet werden; sie muß einer Autorität, je einer Macht, die durch die Verhältnisse an die Spitze kommt, anheimfallen; aber der Beschluß muß frei sein, d. h. da ist die Einheit nur in der Majorität der Stimmen zu suchen. Und gehören denn Friedensschlüsse, Kriegserklärungen, Verträge nicht zur Gesetzgebung? Sie sind gerade die wichtigsten Theile der Gesetzgebung in jedem Staatenbunde, der es immer hauptsächlich mit völkerrechtlichen und internationalen Fragen und Verhältnissen zu thun hat. Gerade diese Beschlüsse bilden den Punkt, wo die Gesetzgebung sich auf das innigste mit der Executive vereint. Schon innerhalb eines einzelnen constitutionellen Staates ist es unrichtig, daß die Gesetzgebung die Hauptgewalt sei; deßhalb unrichtig, weil dieselbe von der Executive sich nie vollkommen trennen läßt. Wenn z. B. die Krone und das Ministerium d. h. Executive in England nicht mehr ihre Kriegs- und Friedensschlüsse oder Verträge innerhalb des Parlaments durchführen könnte, sondern das Parlament die Mittel dazu fortlaufend verweigerte, so wäre es sehr bald um die englische Verfassung geschehen. Gerade die Verbindung der Executive mit der Gesetzgebung, die richtige Vertheilung neben der Verbindung in die Grundbedingung des constitutionellen Systems. Um wie viel mehr aber muß man in einem Bundesstaate für eine solche wichtige Vertheilung sorgen, wo das Gesammtinteresse der Einzelnstaaten auch das der gesammten Nation ausmacht, wo man es immer mit Verhältnissen dieser Einzelnstaaten zueinander zu thun hatte. Wurde es wohl jemals den Schweizern einfallen, dem Kanton Bern allein den Beschluß über Krieg und Frieden zu übertragen oder den Nordamerikanern, etwa Virginien mit dieser Gewalt zu bekleiden? Und doch, wo man eine Person durch Wahl der Einheit wegen an die Spitze stellt, wie den nordamerikanischen Präsidenten, würde man sich einen bloß von einer Person gefaßten Beschluß noch viel eher gefallen lassen können, da weiß man, ein solcher kann nur dem Gesammtvaterlande angehören, aber wir haben es in Deutschland nur mit Mächten und ihren Verhältnissen zueinander zu thun. Kurz, wie man auch die Sache betrachtet, theoretisch oder praktisch, fehlt hier der preußische Entwurf gegen das Princip wie gegen das wohlverstandene Interesse Deutschlands. Theoretisch ist es ein Unding, von dem an der Gesetzgebung theilnehmenden Fürstencollegium die wichtigsten Theile der Gesetzgebung ausschließen zu wollen; praktisch ist es unausführbar, die wichtigsten Interessen der einzelnen Staaten dem Beschlusse einer Macht zu überliefern, ohne zugleich Eifersucht, Haß und Zwietracht in die deutsche Verfassung zu bringen; praktisch ist es unausführbar, die Vertretung der Staateninteressen einer Vertretung zu überliefern, welche nach der Volkszahl abgestuft diese nicht wirksam vertreten kann; und theoretisch und praktisch ist es ein großer Fehler, den Fürsten constitutioneller Staaten die Theilnahme an den höchsten Staatsgewalten innerhalb des Bundesstaates versagen zu wollen, die ja doch innerhalb ihres Einzelnstaates gerade ihre constitutionelle Gewalt bildet.

„Wollte man in Berlin nicht principiell verfahren, wollte man so viel wie möglich für Preußen gewinnen, so war es viel eher zulässig, man hätte das Princip eines an der Gesetzgebung theilnehmenden Fürstencollegiums gar nicht ausgesprochen, man hätte den Gesetzvorschlag im Einzelnen dem Reichsministerium und den Mitgliedern des Staaten- und Volkshauses allein überlassen, aber die Beschlüsse über Krieg und Frieden, über Staatsverträge, Besetzung der höchsten Reichsstellen, und die Sanction der beschlossenen Gesetze speciell und ausdrücklich dem Fürstencollegium überliefert; denn dies sind die Punkte, in welchem sich nach jedem wohlverstandenen constitutionellen System praktisch die Gesetzgebung mit der Executive einigen muß; dies sind die Punkte, wo kein Staat als eine Einheit unter den Vielen seine Stimme aufgeben kann, ohne sich selbst zu vernichten; dies sind die Punkte, über welche man sich auch mit Oesterreich zu verständigen hat. Jeder Staat hat ja überdem Gelegenheit genug, einzelne Gesetzvorschläge durch seine Mitglieder im Staatenhause zur Berathung zu bringen. Eine eigentlich gesetzgebende Behörde ist ein Fürstencollegium im constitutionellen Systeme niemals; dazu fehlt ihm schon die Mannigfaltigkeit der Berathung, die Einheit der Herrschaft über die Majorität des Parlaments, die Natur und die Fähigkeit, kurz alle Berechtigung. Das Fürstencollegium sollte seiner Natur nach ein Executivcollegium, aber im constitutionellen Sinne sein, so daß die Ausführung in den Einzelstaaten durch seine Autorität und Verbindung verbürgt erscheint, und zugleich deßhalb in ihm die Sanction der Gesetzgebung, die Einheit für diese, wenigstens ideal vertreten ist. Dann bliebe doch immer die eigentliche Leitung der Executive der auswärtigen Politik, der beschlossenen Kriege, der Friedens- und anderer Verträge der vorzüglichsten Wirksamkeit des Reichsvorstandes überlassen, während nur die Vollziehung im Einzelnen innerhalb der Einzelstaaten der Regierungen derselben unter der Oberaufsicht des Reiches anheimfiele. So aber wären alle Staatsgewalten in ihrem natürlichen Gleichgewicht, so wären alle befriedigt, so hätte man die constitutionellen Principien auch für den Bundesstaat gerettet, der Volksvertretung das ungeschmälert gegeben, was ihr gebührt, während man ihr jetzt das Fürstencollegium mißgünstig zur Seite stellt, und den Regierungen das, was ihnen zukommt."

Wenn die Aeußerungen der „Neuen Münchener Zeitung" über den preußischen Verfassungsentwurf die unwandelbare Ansicht der Regierung aussprechen, so ist es nicht schwer vorherzusagen, daß der preußische Verfassungsentwurf so wenig als die hier beschlossene Reichsverfassung in das Leben treten wird, und daß, so fern die Regierungen sich das letzte Wort vorbehalten, die Berufung eines neuen Reichstages wohl neue Wünsche und Hoffnungen erregen und neue Enttäuschungen bereiten, aber zur Einheit Deutschlands uns nicht verhelfen kann. Es wäre denn, daß man diese in der Verjüngung der Form von 1815 mit Beibehaltung der wesentlichsten Grundsätze des alten Bundes fände. So aber hat Deutschland die Sache bisher nicht angesehen. Alsdann aber können wir das Verlangen Oesterreichs, daß die Vertretung des Volkes in Angelegenheiten des Bundes nicht durch Volkswahlen, sondern nur durch Ausschüsse der Ständeversammlungen erfolge, nur für consequenter, als dasjenige Bayerns erachten, welches ein Volkshaus an die Seite der Bundesregierung stellen will, und müssen eben darum vermuthen, daß im Wege der Transaction die zur Befriedigung der öffentlichen Meinung aufgestellte Forderung des Volkshauses der Consequenz am Ende zum Opfer gebracht werden möchte. Denn wenn die Souveränität, wie der Bundesvertrag von 1815 wollte, und dem Anschein nach auch bei Zugeständniß einer etwas kräftigeren Executive in Bundessachen, jetzt wieder erstrebt wird, in den Particularstaaten, also in der Hand derer Dynastien und Ständeversammlungen beruhen soll, so kann sie nicht noch einmal in der Hand einer Reichsregierung und eines Reichsparlaments liegen. Sie kann nicht zugleich an zwei Orten sein. Dieser Satz ist nicht bloß ein theoretischer, darüber wird man seiner Zeit Erfahrungen machen.

Daß aber das Ringen der Nation in solcher Weise nicht befriedigt oder abgefunden werden würde, darüber sind wir keinen Augenblick zweifelhaft: und eben so wenig verblenden wir uns darüber, daß, wenn das Auseinandergehen der Interessen und Ansichten zur Bildung verschiedener Ländergruppen in dem Vaterlande führen sollte, damit die definitive Zerreißung ausgesprochen wäre, wenn auch ein Band der Consequenz und der Gefahr sie vorerst noch umschlingen würde.

Diese Lösung der Räthsel wäre die unglückseligste, ist aber, wir müssen es leider sagen, von Vielen in genauer Kenntniß unserer Zustände und der wirkenden Triebfedern von Anfang geweissagt worden.*)

Neuestes aus Stuttgart.

Neuer Sieg des Ministeriums Römer in der Ständekammer. Das Rumpfparlament gesprengt!

Stuttgart, 18. Juni. Gestern Abend wurde folgende Erklärung des Gesammtministeriums öffentlich verbreitet:

*) Wir müssen in dieser Sache allen mit Gründen unterstützten Meinungen den Austrag gönnen, ohne gleichwohl die Vertretung derselben zu übernehmen. Red. d. O.P.Z.

Der russische Kriegsgefangene, der gestern Nachmittag in Wiesbaden einen Selbstmordversuch durch Erhängen machte, ist, wie wir hören, gestern Abend im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Der Russe hatte sich in einem Zimmer des Hauses Wellritzstraße 36 an einem Fensterkreuz aufgehängt. Die Hausbewohner fanden ihn und schnitten ihn ab. Der Arzt stellte noch Lebenszeichen fest, doch trat der Tod bald ein.

Wiesbaden, 1. Juli. Der Kaiser hat dem Oberbürgermeister Geheimen Regierungsrat Dr. Glässing in Wiesbaden den Roten Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife verliehen

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Extra-Beilage zu Nro. 145.) 20. Juni 1849.

Aus Stuttgart.

Ueber die Vorgänge in Stuttgart am 18. Juni ist noch Folgendes zu berichten:

Dem Präsidium der Nationalversammlung war von dem württembergischen Ministerium, für welches sich die Abgeordnetenversammlung erklärt hatte, ein Schreiben zugegangen: die Nationalversammlung solle sammt der Reichsregentschaft alsbald den württembergischen Grund und Boden verlassen. Würde dies nicht geschehen, so sähe man sich in die traurige Nothwendigkeit versetzt, die geeigneten Schritte ergreifen zu müssen. Man wisse, daß dies wohl einen blutigen Conflict hervorrufen werde, aber man habe die Ueberzeugung, daß die Feinde des Ministeriums unterliegen würden. Auf diese ohne allen Rückhalt abgegebene Erklärung wollte die Nationalversammlung mit einer entschiedenen Weigerung antworten. Die Reichsregentschaft aber hatte einen Ruf zu den Waffen an das deutsche Volk vorbereitet, in welchem es heißt:

„Wir haben das Gesetz verkündet, welches die deutsche Volkswehr organisirt. Jede Stadt, jedes Dorf wird nach diesem Gesetz die waffenfähigen Männer von 18 bis 30 Jahren sofort unter die Waffen rufen; Schmach dem, der die Kraft hat und sich dem Vaterlande entzieht. Es gilt vor Allem, Baden und der Pfalz die Bruderhilfe zuzuführen. Aus allen deutschen Ländern mögen Freiwillige in Schaaren den Bedrängten zu Hilfe eilen. Deutsche! duldet nicht, daß die Männer, die sich muthig für die Reichsverfassung erhoben, dem Reichsfeinde erliegen. Bedenkt, daß **d e** Niederlage dieser Tapfern auch Euch das Loos der Knechtschaft bringt. Zu den Waffen, deutsches Volk! Es gilt den heiligen Kampf für unsere Freiheit gegen schamlose Unterdrückung. Zeige der Welt, daß Dein Herz groß wie Dein Geist; zeige, daß das Herz Europa's, das man erstorben wähnte, noch in Begeisterung schlage für die Freiheit. **Raveaux, Vogt, Schüler, Simon, Becher.**"

Nachmittags 4 Uhr wurde die Nationalversammlung im Redoutensaal, da eine außerordentliche Sitzung anberaumt war, von Reiterei und Infanterie der Linie umzingelt, während Sapeurs die innere Einrichtung des Saales zerstörten. Mittlerweile versammelten sich die Abgeordneten im Hotel Marquardt und schritten dann im Zug, den Präsidenten Löwe, Ludwig Uhland, L. Simon von Trier, Schott, Titus u. A. an der Spitze, begleitet von zahllosem Volk, längs der langen Straße nach dem Sitzungslocal. In der Nähe der Reutbahn angelangt, stieß der Zug an 2 sich kreuzenden Straßen auf das obengenannte Militär, 2 Stabsoffiziere (der eine angeblich General v. Miller) an der Spitze. Das Parlamentiren war sehr kurz; Löwe protestirte; der eine Stabsoffizier wollte mit Uhland reden, aber das Geschrei des Volkes und die Ausbrüche des Unwillens ließen wenig verstehen, als plötzlich der Infanterie geboten ward, voranzugehen. Sie blieb Gewehr bei Fuß stehen und mußte Kehrt machen, um die Reiter vorzulassen; diese legten die Lanzen ein und nöthigten die Abgeordneten zum Abzug. Die Abgeordneten gingen, von Cavallerie gefolgt, ins Hotel Marquardt zurück, um zu berathen. Die Reiter umstellten das Local, von Bürgerwehr war nichts zu sehen. Einzelne Neckereien fielen vor. Erhebliche Conflicte sind nicht vorgekommen. 14 Kanonen stehen bespannt in der Kaserne. Abends sah man einzelne Bürgerwehrmänner bewaffnet zu den Sammelplätzen eilen. Soviel ist sicher, daß die Nationalversammlung und Regentschaft hier nicht länger weilen kann.

Der „Schwäbische Merkur", der nur bis 4 Uhr Nachmittags berichtet, schreibt: „**Stuttgart**, 18. Juni, 1½ Uhr Nachmittags. Soeben reitet Generallieutenant v. **Miller** mit Gefolge, dabei Oberpolizeicommissär Kegelen, mit weißer Schärpe bekleidet, und einer Abtheilung Feldjäger, auf das Bollwerk vor das Fritz'sche Reithaus. Das 6. **Infanterieregiment** rückt aus, besetzt die angrenzenden **Straßen** und **sperrt** diese, die Garten-, lange Straße ꝛc. ab. Mehrere Banner der **Bürgerwehr** werden herausgetrommelt und sammeln sich auf ihren Sammelplätzen. — 2 Uhr. Eine Abtheilung vom zweiten **Reiterregiment** reitet von der Kaserne vor dem Königsthor im Trab in die Stadt ein.

Stuttgart, 19. Juni. Zur Abwehr gegen die vielen Anschuldigungen und Vorwürfe seitens der radicalen Presse, namentlich des „Beobachters", hat Staatsrath Römer im heutigen „Schwäb. Merkur" eine Erklärung veröffentlicht, in welcher er nochmals die Motive auseinandersetzt, von denen er in seinen Maßnahmen gegen den Rest der deutschen Nationalversammlung geleitet wurde. Die Gründe sind dieselben, welche Römer bereits zum Oestern auf der Tribune der Ständekammer kundgegeben. Der Schluß jener Erklärung lautet: „Die Beschlüsse einer solchen Versammlung (nämlich der Versammlung, welche früher in Stuttgart als Nationalversammlung forttagte) vermag die württembergische Regierung besonders dann nicht anzuerkennen, wenn sie nur durch die Menschen- und Gottkraft des württembergischen Volks vollzogen werden sollen. Daß es aber bei den Beschlüssen der Nationalversammlung vom 6. d. M. ꝛc. zunächst auf Württemberg abgesehen sei, das kann ein Blinder sehen, weil es, außer Württemberg, fast kein Reichsland mehr gibt. Indem indessen die württembergische Regierung die Beschlüsse der Nationalversammlung und sogenannten Regentschaft nicht anerkennt, sagt sie nicht, daß hierdurch die bereits erfolgte feierliche Anerkennung der ganzen Reichsverfassung zurückgenommen werde. Diese Anerkennung bleibt vielmehr in voller Kraft und wird auch bereits bethätigt, soweit dieses, da wir ein deutsches Reich noch nicht besitzen, in einem einzelnen Staate möglich ist. In dem vorliegenden Streite, in welchem sich die radicale Presse durch Entstellungen, Verdächtigungen, Verleumdungen und Lügen auf eine Weise auszeichnet, welche meine Langmuth und Geduld erschöpft hatte, handelt es sich zunächst nun darum: soll sich Württemberg zur Rettung der badischen und pfälzischen Republik in einen Krieg mit dem übrigen Deutschland stürzen?" und diese Frage verneinen Regierung und die Volksvertretung. Fr. Römer."

Deutschland.

Frankfurt, 19. Juni. Die „Frankfurter Zeitung" enthält eine Aufforderung der großdeutschen Abgeordneten zur Reichsversammlung an das Reichsministerium, unterzeichnet von den vier Repräsentanten Buß, Welcker, Hermann Müller und Wuttke. Sie deduciren aus dem Bundesbeschluß vom 30. März den Fortbestand der Reichsversammlung, abgesehen von der Versammlung in Stuttgart, da weder der Zweck ihrer Berufung erreicht, noch eine rechtliche Auflösung eingetreten sei, und durch Beschlüsse und Erklärungen einzelner Regierungen das rechtliche Dasein der Versammlung ebensowenig beeinträchtigt werden könne, als durch einen ungiltigen Verlegungsbeschluß. Sie ersuchen daher das Reichsministerium: „die Erneuerung des bisherigen Reichstages, sowohl mittelst Einberufung aller ursprünglichen oder ersatzweise eingerückten Mitglieder, welche nicht durch ausdrückliche Erklärung oder durch Betheiligung an den rebellischen Acten der Stuttgarter Versammlung ausgeschieden sind, als auch mittelst Anordnung der erforderten Neuwahlen — in kurzer Frist zu veranlassen, im Nothfalle aber eine neue Versammlung für ganz Deutschland zum Zweck der Beendigung des Verfassungswerkes einzuberufen." Sie verbinden damit „eine feierliche Verwahrung gegen jede Beeinträchtigung des der Nation aus den Zugeständnissen und Verheißungen des vorigen Jahres erwachsenen Rechts, insbesondere gegen jede Verletzung der provisorischen Centralbehörden, gegen jeden einseitigen Wechsel der für die ganze Dauer des Provisoriums von der Nation unter Zustimmung und Mitwirkung aller Regierungen gebildeten Vollzugsgewalt des Reiches, gegen jede Anmaßung rechtlicher Vorzüge eines einzelnen Staates auf den alleinigen Grund augenblicklicher thatsächlicher Uebermacht, ferner gegen jedes parlamentarische Nachtagen ausgeschiedener Mitglieder der Reichsversammlung, gegen jede von einzelnen Staaten oder gar von einzelnen **Regierungen** versuchte Sonderbündelei, und endlich gegen jede das Recht der Nation und ihrer Vertreter kränkende Verfassungsoctroyirung, möge diese auch in der Zustimmung einer geographisch und politisch octroyirten sogenannten Reichsversammlung den Schein einer nationalen Entstehung und Begründung erschleichen."

‡* **Frankfurt**, 19 Juni. Die „Neue Münchener Zeitung" vom 17. d. M. greift in lebhafter Sprache einen Artikel der „O.P.A.Z." vom 13. d. M. an. Ohne uns auf eine Kritik der Form jenes Artikels einzulassen, glauben wir doch mehreren darin aufgestellten Behauptungen entgegentreten zu müssen. Das Münchner Blatt findet in jenem Artikel der „Ober-Postamts-Zeitung" die Entstellung offenkundiger Thatsachen. Vor Allem soll eine solche Thatsache entstellt sein durch die Behauptung, daß „von München aus die directe Requisition seitens der bayerischen Regierung um die Hilfe Preußens bei den zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung in der Rheinpfalz nöthigen militärischen Operationen erfolgt sei." In dieser Stunde ist die ganze Rheinpfalz von preußischen Truppen occupirt, sie ist occupirt, wie der General v. Hirschfeld in seiner Proclamation vom 12. Juni d. J. sagt: „auf Befehl des Königs von Preußen, veranlaßt durch die Aufforderung der bayerischen Regierung, die bundesmäßige Hilfe zu leisten." So lange die bayerische Regierung, nicht die „Neue Münchener Zeitung", diese Proclamation officiell und förmlich nicht widersprochen hat, ist das Publikum trotz des parteiischen Zornes, in den der Münchner Correspondent über diese Entstellung der Thatsachen geräth, durch ein amtliches Actenstück berechtigt, an eine Requisition der bayerischen Regierung um preußische Hilfe zu glauben. So steht es mit der ersten entstellten Thatsache; wie nun mit der zweiten? In Bezug auf die zweite hieß es nicht der Wahrheit wissentlich keck ins Gesicht schlagen, wenn man am 13. Juni noch aus Frankfurt schrieb, daß die bayerische Regierung sowie die Centralgewalt auch damals noch nicht, weder in jenem Augenblick, noch in den nächsten Tagen irgendwie Ernstliches gegen den Aufruhr zu unternehmen im Stande gewesen sei. Seit dem 13. Juni bis zum 19. desselben Monats sind 6 Tage verflossen; am 13. rückte General v. Hirschfeld in die Pfalz ein; am 18. hatte man hier die Nachricht, daß die Preußen diese ganze bayerische Provinz besetzt und die Bundesfestung Landau entsetzt hatten, und zur Stunde ist hier noch nicht die Nachricht eingetroffen, daß auch nur Ein Mann des Tarin'schen Corps die bayerisch-pfälzische Grenze überschritten habe. Wenn dieses Corps angelangt ist, so hat es Nichts mehr zu thun, als ein pacificirtes Land in Besitz zu nehmen; ob die „Neue Münchener Zeitung" für diese Pacification denen, welche sie bewerkstelligten, dankbar sein wird, werden wir mit Ruhe und Gleichmuth erwarten. Endlich die dritte Thatsache, die wir entstellt haben sollen, die Selbstständigkeit Bayerns. Wir sind weit entfernt, Bayern, das wir von der „Neuen Münchener Zeitung" trennen, seine Selbstständigkeit abstreiten zu wollen, die ihm als dritten deutschen Bundesstaat gewiß zum Heile des ganzen Vaterlandes inwohnt, und welche aufrecht zu erhalten es ihm gewiß nicht an ehrenhaften Mitteln fehlt. Wir müssen aber, rein uns an die Lage der Dinge haltend, allerdings durchaus die Behauptung in Abrede stellen, daß Bayern in der jetzigen Krisis, die fast ganz Süddeutschland ergriffen hat und mit europäischen Bewegungen in genauer Verbindung steht, allein im Stande gewesen sei, die Pfalz dem gemeinsamen Feinde abzunehmen und auf die Dauer allein zu behaupten. Der beste Beweis dafür liegt in dem Umstande, daß Bayern trotz aller seiner Anstrengungen nicht mehr als angeblich 11,800 Mann hat disponibel machen können. Mit einer so kleinen Macht konnte es doch wahrhaftig niemals daran denken, sich gegen den ganzen süddeutschen, durch alles mögliche europäische Gesindel verstärkten Aufstand zu halten. Die bayerische Regierung hat auch niemals daran gedacht; sie hat anfangs gehofft, daß Oesterreich der Centralgewalt 17,000 Mann zur Disposition stellen würde; sie hat dann gehofft, daß Preußen auf Aufforderung der Centralgewalt einschreiten würde; und erst als alle diese Hoffnungen geschwunden waren, hat sie direct Preußen aufgefordert, „die bundesmäßige Hilfe zu leisten". Jene Selbstständigkeit einer europäischen Großmacht also, wie sie ein ernstliches Unternehmen gegen den süddeutschen Aufstand vorausgesetzt, hat die bayerische Regierung niemals für sich in Anspruch genommen; es hat dieselbe nur in der **Phantasie** jener Leute gelebt, die aus der sicheren Quelle ihrer zuverlässigen Nachrichten gern einen halbamtlichen **Charakter** für sich herausschöpfen mochten. — Diese Bemerkungen **mögen** zugleich als Antwort auf die Correspondenz der „**Allgemeinen** Zeitung", d. d. München den 14. Juni, gelten. Wir **werden** übrigens in dieser ganzen Angelegenheit kein **Wort** mehr verlieren, bis man seitens der bayerischen **Regierung** auf die Proclamation des General von Hirschfeld geantwortet hat. *)

*) Mit Bezug auf die Adresse des hier besprochenen Artikels, welche lautet: „An die Ober-Postamts-Zeitung" darf die Redaction die Bemerkung nicht unterdrücken, daß die von ihr aufgenommenen Aufsätze von einer Seite ihr zugekommen sind, deren Glaubwürdigkeit sie nicht bezweifelt, und der sie ihr Blatt nicht verschließen konnte, weil sie nicht bezweifelt, und aus welchem die „Neue Münchener Zeitung" aus demselben Grunde aus welchem die „Neue Münchener Zeitung" aus ihrem Entstehen aus ähnlichen Quellen ihr zugegangene Nachrichten nicht zurückgewiesen hat. Eben darum darf die Redaction hoffen, von persönlicher maßloser Polemik künftig verschont zu bleiben. Red. der O.P.A.Z.

△* **Frankfurt**, 19. Juni. Ueber die am 18. d. M. durch Zusammenrottungen in den hiesigen Straßen hervorgerufenen militärischen Maßregeln werden theils übertriebene, theils ganz unwahre Nachrichten verbreitet, welche sicher noch vergrößert in die Ferne gelangen werden. Wir wollen daher hier kurz die Thatsachen geben. Die Garnison bestand nach dem Abmarsche der preußischen Truppen aus 6 österreichischen Compagnien, 4 Geschützen und einer Dragonerabtheilung von etwa 70 Mann. Die Infanterie war beispiellos angestrengt, da sie von den am letzten Tage durch- und abmarschirenden Truppen im Wachtdienste nicht mehr unterstützt werden konnte. Die unter gewöhnlichen Umständen ziemlich unnützen Thorwachen waren eingezogen worden (es werden mit Einschluß des Hafens 10 Thore besetzt), um die disponibel bleibenden Truppen, ungewöhnlichen Vorfällen gegenüber, in möglichster Stärke zusammen zu halten. Die Maßregel hat sich als vollkommen richtig bewährt. Unmittelbar nach dem Abmarsche des letzten preußischen Bataillons sammelten sich Volksgruppen auf mehreren Punkten der Stadt, die aufregendsten Nachrichten wurden verbreitet, und überall zeigte sich eine Unruhe, wie sie bisher Schilderhebungen im demokratischen Sinne vorherzugehen pflegte. Am Allerheiligenthore zeigten sich um 4 Uhr Nachmittags einzelne Bewaffnete; in der Nähe des Paradeplatzes hatten sich die Gruppen zu größeren Haufen, in welchen zu handgreiflichen Demonstrationen gegen die hier anwesenden badischen Offiziere (80 bis 100) und zur Befreiung der Gefangenen aufgefordert wurde. Eine halbe Stunde später rückte ein Detachement Infanterie, etwa 100 Mann stark, auf den Paradeplatz, bei welchem sich der Stadtcommandant einfand. Große Volkshaufen umringten dasselbe, und drängten sich dicht an die Front der Soldaten. Der Major **Deez** ertheilte augenblicklich den Befehl zum Laden, ließ den Raum vor der Truppe durch vorgeschickte Soldaten säubern, und entfernte sich sodann, indem er den größten und dichtesten Volkshaufen durchschritt. Hier wurde er mit Pfeifen und Zischen empfangen. Er blieb in der Mitte der Menge stehen, und als sofort eine lautlose Stille eintrat, sprach er mit durchdringender Stimme etwa Folgendes: „Meine Herren, Ihre Ungezogenheiten sind mir gleichgiltig, so lange sie mich allein berühren. Wenn Sie es aber wagen, die Truppen zu verhöhnen, wenn Sie sich die geringste Demonstration gegen dieselben erlauben, so lasse ich Feuer in die dichtesten Massen geben. Sie kennen mich darauf!" Kein Laut antwortete auf diese Rede, und Major Deez ging ruhig weiter. Wir müssen leider hinzufügen, daß in jenen Gruppen sich viele wohlgekleidete, nicht dem Arbeiterstande angehörige Männer befanden. Kurze Zeit darauf rückten etwa 100 Mann Infanterie und 60 Dragoner auf den Roßmarkt, zwei Geschütze und 50 Mann standen an der obern Mainbrücke Sachsenhausen gegenüber, 50 Mann an der untern (Eisenbahn-) Brücke. Während der Aufstellung dieser Truppen hatte eine Volksgruppe die nach Mainz

Kaiserin Auguste Viktoria am Grabe von Kaiser Friedrich. Auf dem Rückwege besuchte Ihre Majestät die Kaiserin Auguste Viktoria die Kapelle, wo Sie eine Andacht verrichtete. Nachmittags 3 Uhr 30 Min. traf Ihre Majestät die Kaiserin Auguste Viktoria wieder in Potsdam ein.

— Der Kaiser hat dem Kommandeur der Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika, Oberst Leutwein, den Kronenorden 2. Klasse mit Schwertern verliehen

№ 146. — Donnerstag — den 21. Juni — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in den Großherzogth. von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in den Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Vereinspostgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — für England und überseeische Länder: Loysel u. Comp., Nr. 36. Kaven Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Bogen) mit Beilegung oder deren Raum 3 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 36. Kaven Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmied in Wien, Landstraße Nr. 396; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78.; 3) Hofcommissär G. Flörke in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

† Die Centralgewalt und ihre Gegner.

(Zweiter Artikel.)

Wir begreifen nicht, wie ein Blatt, welches alle Welt neben sich so gering anschlägt, wie die „Deutsche Zeitung", in Einem Athem solche Widersprüche aussprechen konnte, wie allein in Nr. 165. Außer dem bereits Angeführten wirft sie dem Berliner Entwurf vom 28. Mai Veränderungen des Frankfurter vom 28. März vor, die sie theils für Verschlimmerungen, theils für keine Verbesserungen erklärt, und wenn sie gleich „die Berliner Aufstellung — — immer noch eine höchst ehrenvolle Errungenschaft der deutschen Nation" nennt, und „zum unbedingten raschen Zugreifen rathen würde, wenn nur irgend Aussicht zu einer Vereinbarung" (mit einem neuen Reichstage) „vorhanden wäre", so stellt sie doch „den drei verbündeten Regierungen einen Kampf mit den Ständen" in Aussicht, „der allein schon ihr Werk in Frage stelle", so nennt sie „abgesehen von dieser ersten großen Schwierigkeit das Einverständniß unter den drei Regierungen kein ausrichtiges und probehaltiges." In dieser Weise geht das Sünden- und Schwierigkeitsregister gegen Andere fort, und sie vergißt dabei nur ein einzigesmal pharisäischer Weisheitsgleit. Indem sie es nämlich als einen der vielen Vorzüge der Verfassung vom 28. März hervorhebt, daß die „29 Regierungen sich ihr angeschlossen hatten", indem sie dagegen der preußischen Regierung vorwirft, daß sie den Beitritt Sachsens und Hannovers nur dem Dresdener Aufstande verdanke, und daß „die Aufstände in der Pfalz und Baden noch andere Beitritte gebracht haben möchten", entfallen ihr die wahren gegen beide Aufstellungen, vom 28. März wie vom 28. Mai, gerichteten Worte: „Die meisten (übrigen Regierungen), nämlich alle, denen die Anarchie das Messer nicht an die Kehle gesetzt hat, verhalten sich gegen Preußen, wie sich sämmtliche Regierungen fast ein Jahr lang gegen die Reichsversammlung verhalten haben, schweigend und ausweichend." Und doch führte sie zur Empfehlung der Aufstellung vom 28. März den Anschluß der neunundzwanzig Regierungen an! Und doch hält sie den gegenwärtigen Augenblick für geeignet, daß der Reichsverweser sein ihm von der Nationalversammlung übertragenes, von den Regierungen bestätigtes Amt niederlege! Dies spricht das genannte Blatt unter Ausfällen sowohl auf Preußen selbst, als auf den Reichsverweser und sein Ministerium aus: „Die Kaiserkrone haben sie verschmäht und die Centralgewalt, nach der sie die Hand ausstrecken, können sie nicht erringen. Die hält ein österreichischer Prinz mit seinem schwarzgelben Ministerium fest, das zwar selbst nicht mehr regieren, aber doch verhindern kann, daß Preußen regiere, und welches entschlossen ist, nicht zu weichen, bis entweder der alte Bundestag unter dem Vorsitze Oesterreichs oder das Chaos über das arme Deutschland hereingebrochen sein wird."

An diese Ausfälle nach zwei Seiten hin reiht sie freundliche Worte für die eine und fährt die andere zu verdächtigen fort: „In dieser Lage kann Deutschland nicht bleiben; das verbietet ihm die Ehre, und es ist unmöglich, daß das verpfändete Wort (in dem preußischen Aufruf vom 15. Mai) nicht eingelöst werde. Darum sendet Preußen seine braven Krieger, um den Aufruhr und den Verrath niederzuschlagen, und dadurch die Herzen der Deutschen zu gewinnen. Wir zweifeln nicht" (das sprach die „D. Ztg." seit lange aus, und wir zweifeln, ob mit Weisheit) „daß seine Heere im Kampfe mit leichter Mühe siegen, und wir möchten ihnen bessere Gegner wünschen. Aber schwer wird es ihm werden, die Intrigue zu bemeistern, die auf seinen Tritten lauert und die in dem Maße an Boden und Spielraum gewinnen, in welchem Preußen seine und Deutschlands ehrliche Freunde zurückgestoßen hat."

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 18. Juni. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt werden folgende dringliche Anträge vorgelegt: 1) von Dr. Stein: In Erwägung, daß die Nationalversammlung nicht mehr hier tage und keines Schutzes mehr bedürfe, den Senat zu ersuchen, den Befehl über die Stadtwehr wieder an sich zu ziehen. Die Dringlichkeit wird ausgesprochen. Dr. Jucho will nur bei dem Senat anfragen, wie es komme, daß die Stadtthore unbewacht seien, und ihn ersuchen, dafür zu sorgen, daß dies geschehe. A. May will die Bürgerwehr auffordern, den Dienst an den Stadtthoren zu versehen. Von Dr. A. Friedleben, den Antragstellern, Dr. Mappes, Benkard, Dr. Reinganum und Dr. Behagel werden verschiedene Bemerkungen gemacht und dann der Antrag des Dr. Stein angenommen. 2) von Dr. Schwarzschild: den Senat zu ersuchen, sich dafür zu bemühen, daß das Bataillon Frankfurt so bald als möglich von dem Kriegsschauplatz ab- und hierher zurückberufen werde. Dr. Mappes fügt hinzu: weil es hier nöthiger sei als dort. Dr. Reinganum und Benkard sprechen für den Antrag, Dr. Jucho, der den badischen Aufstand offen mißbilligt und dafür hält, daß die Truppen dort nöthiger seien als hier, was ihm heftige Meinungsäußerungen zuzieht, gegen denselben. Der von Dr. Mappes gestellte Antrag: den Senat zu ersuchen, die geeigneten Schritte zu thun, daß das Bataillon Frankfurt baldmöglichst zurückkehre, da man es nothwendig brauche, wird in namentlicher Abstimmung mit 81 gegen 15 Stimmen angenommen. 3) Von dem Verfassungsausschuß über die Petition des Vereins für das Volksschulwesen, betreffend die Aufnahme der Kinder in die Mittelschule und die Volksschule und die allenfalls nöthige Erweiterung der Schulräume. Dieselbe wird nach Erörterungen zwischen Dr. Supf, Dr. A. Friedleben, Dr. Jucho und Dr. Mappes dem Senat empfehlend überwiesen. 4) Wiederholte Vorstellung der Anwohner an der Stadtallee um Wegräumung der Pferdeställe. Nach einer Debatte zwischen Dr. J. Friedleben, Sen. Kloß, Dr. Kugler und Dr. Stein wird beschlossen: dem Senat den früheren diesseitigen Beschluß dringend in Erinnerung zu bringen. 5) Von Gerber Schmidt, betreffend eine Protestation gegen die beabsichtigte Errichtung eines Militärspitals im deutschen Hause, aus Besorgniß vor ansteckenden Krankheiten; dagegen Antrag an den Senat, kein Opfer zu scheuen, um Lazarethe außerhalb der Stadtthore einzurichten. Dr. Mappes beantragt einfache Tagesordnung; Senator Kloß zeigt an, daß noch kein Ansinnen wegen des deutschen Hauses gestellt worden, und Dr. Reinganum stellt den Antrag, den Senat zu ersuchen, sich dahin zu verwenden, daß in der Stadt und ihrem Gebiete keine Lazarethe errichtet werden. Angenommen. Hierauf geht man zur Tagesordnung über: Fortsetzung der Berathung des Verfassungsentwurfs. Fünfter Abschnitt. Von dem Regierungsrathe. Art. 100: „Wähler ist jeder großjährige Staatsbürger an dem Orte, wo er im Gemeindebürgerrecht steht. Ist er Bürger mehrerer Gemeinden, so darf er nur in einer stimmen, und muß vor dem Wahltage sich darüber erklären, in welcher Gemeinde er sein Stimmrecht ausüben will. Vor der Wahl werden Verzeichnisse der Wahlberechtigten aufgestellt. Die Einrichtung dieser Verzeichnisse und die Bildung der Wahlbehörden wird durch ein Gesetz bestimmt." Angenommen mit einem Zusatze von Dr. J. Friedleben, betreffend die in Art. 67 bezeichneten Ausnahmen. Art. 101. „Der Regierungsrath hat die Wahlen im Laufe des Monats August anzuordnen." Angenommen. Art. 102. Auf den Antrag von Dr. J. Friedleben und nach einigen Bemerkungen von Dr. Binding, Dr. Burkard und Sen. Hesenberg wird dieser Artikel so angenommen: „Wählbar ist jeder Wähler." Nachstehende Artikel werden unverändert angenommen: Art. 103. „Zu einer giltigen Wahl ist die absolute Mehrheit aller Abstimmenden erforderlich. Ergibt sich solche Mehrheit in der ersten Abstimmung für Einzelne nicht, so wird eine zweite Wahl vorgenommen. Wird auch in dieser eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so erfolgt eine dritte Abstimmung, in welcher die relative Mehrheit genügt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos." Art. 104. „Die Amtsdauer des Regierungsrathes ist auf fünf Jahre festgesetzt. Der Antritt des Amtes erfolgt regelmäßig am 1. September des Wahljahres." Art. 105. „Tritt eine Erledigung während der vier ersten Amtsjahre ein, so wird zu einer neuen Wahl für die noch übrige Amtszeit geschritten. Fällt eine Erledigung in das letzte der fünf Jahre, so bestimmt der Vollzug, ob eine neue Wahl vorgenommen werden solle oder nicht." Art. 106. „Die Mitglieder des Regierungsrathes sind nach der Beendigung ihrer Amtsdauer oder nach ihrem Ausscheiden immer wieder wählbar." Art. 107. „Der Regierungsrath verkündet die Gesetze; er vollzieht dieselben und erläßt die nöthigen Vollzugsverordnungen." Art. 108. „Er ernennt diejenigen richterlichen und Verwaltungsbeamten, deren Anstellung nicht verfassungsmäßig oder gesetzlich entweder dem Volke vorbehalten oder andern Staatsbehörden übertragen ist." Art. 109. „Der Regierungsrath hat die Oberaufsicht über die Rechtspflege, gibt den Verwaltungsstellen alle Anleitungen, führt die Oberaufsicht über das Unterrichts- und Erziehungswesen, und handhabt die allgemeinen Staatsgesetze in Beziehung auf die Religionsgesellschaften." Art. 110. „Er verfügt über die bewaffnete Macht nach Außen in Gemäßheit der Vorschriften der Reichsgewalt, und im Innern zur Handhabung der gesetzlichen Ordnung. Er beeidigt die bewaffnete Macht auf Beobachtung und Schutz der Verfassung." Art. 111. „Der Regierungsrath wahrt die Verhältnisse des Freistaates zu dem deutschen Reiche und zu andern Staaten. So weit hierbei nicht lediglich Anordnungen der Reichsgewalt zu befolgen sind, hat der Regierungsrath den Beschluß oder Ermächtigung von dem Volksrathe einzuholen." Art. 112. „Der Regierungsrath legt dem Volksrathe den jährlichen Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben und die dazu gehörenden Gesetzentwürfe vor." Art. 113. „Der Regierungsrath soll dem Volksrath von Zeit zu Zeit einen Gesammtbericht über den Zustand des Freistaates geben, und damit den Vorschlag zu solchen Maßregeln verbinden, die er für das Gedeihen der öffentlichen Verhältnisse nützlich erachtet." Art. 114. „Für die Staatsverwaltung in ihren einzelnen Zweigen werden Abtheilungen eingerichtet, deren Leitung einzelne Mitglieder des Regierungsrathes übernehmen. Die Abtheilungen stehen unter dem Regierungsrathe (nach dem Antrage von Dr. Reinganum: unter dem „gesammten" Regierungsrathe). Das Gesetz bestimmt die Zahl und den Wirkungskreis dieser Abtheilungen. Die Einrichtung und die Obliegenheiten der unter den Abtheilungen stehenden Verwaltungsämter und andern Behörden, so wie die Besoldungsverhältnisse werden durch das Gesetz geregelt." Art. 115. „Gelderhebungen und Auszahlungen aus den öffentlichen Kassen können nur gegen Anweisungen erfolgen, die auf den gesetzlichen Beschlüssen beruhen. Der Volksrath ernennt aus seiner Mitte Bevollmächtigte zu den einzelnen Abtheilungen des Regierungsrathes, so wie zu den Verwaltungsämtern, bei welchen das Gesetz dieses bestimmt. Diese Bevollmächtigten haben den Auftrag, die Verwaltung der Einnahmen und die Ausgaben des Staates zu überwachen. Ohne ihre Gegenzeichnung kann keine der obgedachten Anweisungen vollzogen werden." Dieser zweiten Satz führte eine längere Discussion herbei. Dr. Stein beantragte die gänzliche Streichung desselben; Donner die Rückweisung an den Verfassungsausschuß; Dr. Kugler statt der Bevollmächtigten die Bildung eines Rechnungshofes; Dr. Schwarzschild zu sagen: aus der Mitte der Staatsbürger, anstatt: aus seiner Mitte; Dr. Braunfels: der Volksrath ernennt auf fünf Jahre Rechnungsbevollmächtigte ꝛc. Außer diesen sprachen sich noch aus: Dr. Reinganum, Bürgermeister Cöster, Dr. Mappes, Vogtherr, Benkard, Dr. A. Friedleben und Dr. Goldschmidt. Endlich wird der Artikel nach dem Antrag von Dr. Braunfels abgeändert, und die von Dr. Kugler vorgeschlagene Bildung eines Rechnungshofes als Zusatz genehmigt. Art. 116. „Der Regierungsrath wählt aus seiner Mitte immer auf ein Jahr, welches von dem 1. September an gerechnet wird, einen Präsidenten und einen Vicepräsidenten. Die nämlichen Personen sind auch nach Ablauf des Jahres stets wieder wählbar." Angenommen. Art. 117. „Alle Mitglieder des Regierungsraths erhalten eine Geldentschädigung, welche durch das Gesetz bestimmt wird." Angenommen. Art. 118. „Der Regierungsrath und dessen einzelne Mitglieder sind dem Volksrathe verantwortlich. Ein Gesetz wird die rechtlichen Wirkungen dieser Verantwortlichkeit und die Formen, in welchen sie zur gerichtlichen Geltung gebracht werden kann, bestimmen." Nächste Sitzung Mittwoch den 20. Juni.

† **Berlin**, 18. Juni. Aus dem Correspondenzbureau wird geschrieben: Das mit den Ansichten der hiesigen Hofpartei so wesentlich divergirende Verhalten des Herrn Bunsen in der deutschen Frage, vorzüglich aber sein entschiedenes Eintreten für die Rechtmäßigkeit der schleswig-holsteinischen Bewegung, gegenüber der dänischen Regierung, soll endlich eine von den Gegnern des Gesandten längst vorbereitete Explosion bewirkt haben. Man versichert, Herr Bunsen sei aus London abberufen. Die intimen Beziehungen desselben zu der Person des Königs, welche diese Entscheidung lange aufgehalten haben, sind bekannt. Eben so bekannt aber auch sind die Antipathien, welche Bunsen durch seine Wirksamkeit in dem berühmten Conflicte zwischen der Staatsgewalt und der römischen Kirche sich erregt hat. Es kann nicht überraschen, wenn diese Antipathien gegen einen rücksichtslosen Vertreter der protestantischen Staatsomnipotenz durch eine entscheidende Thatsache sich in einem Zeitpunkt geltend machen, wo einer der Hauptträger jener Abneigung der Quelle der Entscheidung näher steht, denn je.

Auf dem gestern in Frankfurt a. O. stattgehabten Congreß der demokratischen Vereine der Mark Brandenburg waren 17 Städte vertreten: Berlin, Frankfurt a. O., Potsdam, Zehdenik, Buckow, Prenzlau, Seelow, Krossen, Luckau, Küstrin, Zellin, Landsberg, Neudamm, Soldin, Sonnenburg, Bujow, Nieder-Jesa. Die früheren Abg. Pape und Riehl hatten den Vorsitz. Man trat der Erklärung des Köthener Congresses bei, und beschloß hiernach, nach dem Wahlgesetz vom 30. Mai nicht zu wählen, weil 1) das allgemeine Wahlrecht durch das Gesetz vom 8. April 1848 Eigenthum des preußischen Volkes geworden ist und durch dieses Gesetz keinen Unterschied der Stände, keinen Census, keine Klassenvertretung kennt; 2) weil man sich durch die Annahme des octroyirten Wahlgesetzes einer Rechtsverkürzung an unzähligen Mitbürgern schuldig machen würde; 3) weil man sich durch die Beschlüsse einer nach diesem Gesetz verfassungswidrig zusammenberufenen Kammer nicht gebunden erachten wolle und ihr nicht das Recht zugestehen könne, über unser geistiges und materielles Wohl zu entscheiden.

Berlin, 19. Juni. Der „Preußische Staatsanzeiger" bestätigt heute bereits in diesen Blättern Mitgetheiltes durch folgenden halboffiziellen Artikel: Wie aus der seiner Zeit zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Circularnote vom 28. Mai bekannt, ist zwischen den königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover unterm 26. desselben Monats ein Vertrag geschlossen worden, welcher den Zweck hat, die äußere und innere Sicherheit Deutschlands, so wie die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der einzelnen deutschen Staaten, zu erhalten und zu befestigen. Einer Bestimmung dieses Vertrages zufolge soll zur Führung der auf die Erreichung des oben gedachten Zweckes dieses Bündnisses bezüglichen Geschäfte durch Abordnung eines oder mehrerer Bevollmächtigten von Seiten eines Jeden der Verbündeten ein Verwaltungsrath gebildet werden und dieser sofort nach erfolgter Ratification des Vertrages in Berlin zusammentreten. Dieser Bestimmung entsprechend sind, nachdem die Ratification erfolgt ist, die von den drei verbündeten Monarchen ernannten Bevollmächtigten, und zwar von Seiten Preußens der Generallieutenant und Generaladjutant Sr. Majestät des Königs, Freiherr v. Canitz und Dallwitz, von Seiten Sachsens der Staatsminister v. Zeschau, und von Seiten Hannovers der Klosterrath v. Wangenheim, und als militärischer Commissarius der Generalmajor Jacobi hier in Berlin zu einem Verwaltungsrathe zusammengetreten und haben am 18. d. M., unter dem Vorsitze des preußischen Bevollmächtigten, ihre erste Sitzung gehalten.

Königsberg, 13. Juni. Die (demokratische) liberale Partei entscheidet sich hier für Nichtwahl. Um ein einmüthiges Handeln in dieser Frage zu erzielen, wird das Provincialcomite für volksthümliche Wahlen sofort Bezirksversammlungen veranstalten; eben so wird dasselbe einen Provincialcongreß einberufen. Es hat die hiesige Regierung am gestrigen Tage in einer Plenarsession den Beschluß gefaßt, den Wahlbezirk Königsberg so zu bilden, daß vier drei Deputirte gewählt werden; durch diese Maßregel erhält die conservative Partei am Orte Verstärkung aus dem Landkreise und dem Kreise Fischhausen. — Gegen die Theilnehmer am hiesigen Städtetage scheint die Regierung vorschreiten zu wollen; wenigstens hört man, daß die Pillauer Deputirten durch den dortigen Kreislandrath bereits vernommen sind, und daß die Gumbinner Regierung die Tilsiter Stadtverordneten aufgefordert hat, die auf den Städtetag bezüglichen Papiere einzureichen; dieselben haben übrigens beschlossen, diesem Verlangen nur abschriftlich nachzukommen. — Der in dem Vorpostengefecht bei Aarhuus gefallene Husarenoffizier v. Bardeleben, der Sohn eines hiesigen Gutsbesitzers, ist ein Großsohn des verstorbenen Grafen Bülow-Dennewitz. (K. Z.)

‡ **Posen**, 15. Juni. Die hiesigen Polen wollen durch ihre im Innern von Rußland unterhaltenen Verbindungen unausgesetzt die genauesten Nachrichten über die dort entdeckte Militärverschwörung besitzen; sie kennen genau die Zahl der in Petersburg verhafteten Offiziere der verschiedenen Grade, und wissen, daß bereits fünf Executionen daselbst in der Stille stattgefunden; sie haben Kunde davon, daß neuerdings zahlreiche Verhaftungen in den Ostseeprovinzen, wie in Wilna, Grodno, Minsk, überhaupt in Lithauen und Podolien stattgehabt, und daß in der Citadelle von Warschau zur Zeit mehr Russen eingesperrt sitzen, als Polen. Eine Reihe von directen Briefen aus Rußland dagegen will von einer solchen Militärverschwörung gar nichts wissen, ja in einigen wird sogar über die in deutschen Blättern enthaltenen detaillirten Berichte derselben gespöttelt. Man ist daher wohl berechtigt, die ganze russische Conspiration für eine zu bekannten Zwecken gemachte Erfindung einer gewissen Partei zu halten, in welcher Ansicht man noch durch die jetzt stattfindenden Reisen des Kaisers und der kaiserlichen Familie bestärkt wird. Sollte indessen auch etwas Wahres an der Geschichte sein, so hat sie jedenfalls nicht die von den Polen und deutschen Demokraten vorausgesetzten Folgen: in Rußland ist bis jetzt nur noch eine Adelsverschwörung möglich, die bei der großen Masse des Volks durchaus keinen Widerhall findet, und die nur einen rapiden Verlauf nehmen kann. Ihren Erfolg, wenn sie reussirt, brauchen wir nicht näher zu bezeichnen; reussirt sie nicht, so fallen einige Dutzend vornehme Herren ins Zobelland und die Sache ist abgethan; nach vierzehn Tagen spricht im Lande selbst Niemand mehr davon. — Unsere letzten Nachrichten aus dem Königreiche Polen berichten fortwährend von Militärmarschen. Das Kirchdorfer Lager bei Kalisch ist abermals von einem russischen Armeecorps in der Stärke von 12—14,000 Mann mit 40—50 Kanonen bezogen, doch sind dies nicht die erwarteten Garden, sondern Regimenter, die bislang in den südlichen Provinzen Rußlands gestanden und seit 3 Monaten ununterbrochen unterwegs sind. Wahrscheinlich werden sie auch im Kirchdorfer Lager nicht lange bleiben, sondern sobald sie sich von ihren Strapatzen etwas erholt haben, den Marsch nach Krakau und Ungarn fortsetzen. Es sollen in Folge der mangelhaften Verpflegung Cholera und Typhus stark unter ihnen aufräumen. — Daß die Russen rücksichtlich einer neuen Insurrection im Königreich Polen doch nicht so ganz unbesorgt sind, beweist der Umstand, daß die ganze Hauptstadt Warschau, die bekanntlich bereits eine feste Citadelle hat, plötzlich eiligst befestigt wird. Jedermann muß Hand mit anlegen und selbst höhere Beamten gehen 4 Stunden täglich zum Schanzen. — Unsere Garnison beträgt jetzt circa 8000 Mann. Leider ist seit einigen Tagen die böse Cholera wieder bei uns eingekehrt, doch tritt sie bis jetzt noch milde auf und hat erst etwa 10 Opfer gefordert.

□ **München**, 19. Juni. Unser Hof ist gestern ganz unerwartet durch den Besuch des Erzherzogs Ferdinand, des Bruders des Kaisers Franz Joseph, in den Augenblicke überrascht worden, wo schon die Locomotive zur Abfahrt nach Nürnberg geheizt sein mochte. Dieser Ausflug nach Franken wird nicht unterbleiben, ist aber vorläufig aufgeschoben. Der Erzherzog, dessen Aeußeres bei seiner großen Jugend von Gesundheit und Kraft zeugt, hat dem Könige die Insignien des goldnen Vließes überbracht und Sr. Majestät gestern in feierlicher Audienz überreicht. Darauf erfolgten eine Menge von Besuchen und Gegenbesuchen, die vor dem Gasthof zum „goldnen Hirsch", wo der Prinz abgestiegen ist, wiederholt sehr zahlreiche Zuschauerversammlungen veranlaßten. So eben sahen wir den König mit seinem jugendlichen Gaste an der Spitze eines glänzenden Generalstabes ausreiten, um auf dem Marsfelde Truppenschau zu halten. Es ist natürlich, daß dem Besuche des Erzherzogs von vielen Personen eben so eine politische Mission beigemessen wird, wie sie unser Prinz Luitpold nach Wien erhalten hat. Wenn aber schon der letzteren irgend eine besondere Wichtigkeit nicht beigemessen werden darf, so rechtfertigt vollends das ganz jugendliche Alter des Erzherzogs Ferdinand die Annahme, daß er ohne alle und jede politische Motive hierhergekommen sei.

Die Nachrichten von dem Einrücken der Preußen in die Pfalz, so schreibt man nicht nur der „Augsb. Abdztg.", sondern auch dem „Nürnb. Corr.", haben hier in höheren Kreisen aus dem Grunde nicht den günstigsten Eindruck erregt, weil man diese Waffenthaten lieber den bayerischen Truppen gegönnt hätte. Daß ihnen die preußische Armee den Rang ablief, daran soll die Lässigkeit des abgetretenen Kriegsministers Lesuire die Schuld tragen, welcher die Ordre des Ausmarsches nach der Pfalz 5 Tage lang unexpedirt liegen ließ. Dieser Umstand und sein Imstichlassen der Festung Landau soll auch seinen Rücktritt veranlaßt haben; so wollen wenigstens gut unterrichtete Personen wissen.

Donauwörth, 17. Juni. Heute Morgen marschirte ein Bataillon des Leibregiments und eine halbe Batterie von hier nach Obergünzburg, um im Vereine mit einem Bataillon des 3. Regiments eine Vorhut des Observationscorps an der Donau gegen Württemberg zu unter dem Commando des k. Obersten Ermath zu bilden. Die Disciplin und Ruhe hat sich wieder befestigt, und seit den letzten Excessen vom 7. d. M. herrscht Freundschaft und Brüderinn unter den Truppen. (A. Abdztg.)

Nürnberg, 19. Juni. Wie wir aus zuverlässiger Quelle vernehmen, werden JJ. MM. der König und die Königin, nachdem Erzherzog Ferdinand Maximilian morgen von München wieder abgereist sein wird, am Donnerstag die Reise hierher antreten, Abends eintreffen, am Freitag hier verweilen und Samstag früh wieder abreisen.

Leider fiel Sonntag Abends abermals ein Soldatenexceß vor. Vor der Spittlerthorwache fand nämlich, wie es heißt, wegen Verhaftung eines Soldaten, eine Rauferei zwischen Soldaten, aber auch nur zwischen Soldaten, statt. Wie gewöhnlich, sammelten sich viele Zuschauer um die streitenden Theile. Sofort will man den Ruf gehört haben: „Wenn das Civil was sagt, haut sie gleich über die Köpfe." So viel ist gewiß, daß Chevauxlegers plötzlich blank zogen, einhieben und die Fliehenden verfolgten. An dem Gasthofe zum Mondschein zertrümmerte einer derselben, ohne alle Veranlassung, mehrere Fenster des Erdgeschosses, und zwar von außen. (N. C.)

K **Leipzig**, 18. Juni. In einer am Sonnabend den 16. Juni abgehaltenen Versammlung des deutschen Vereins, zu welcher aber auch die Gesinnungsgenossen außerhalb des Vereins eingeladen waren, ward die Stellung erörtert, welche man zu der von Berlin aus dargebotenen Verfassung einnehmen solle. In einleitenden Vorträgen bezeichneten die beiden vormaligen Parlamentsmitglieder Biedermann und Laube theils den Standpunkt der Nationalversammlung bei dem Zustandebringen der Verfassung und der versuchten Durchführung der beschlossenen, theils die gegenwärtige Lage der Dinge und die Bedenken einer unbedingten Ablehnung des Gebotenen bei den so gefahrvollen Verwicklungen unserer innern und äußern Verhältnisse. Die Sätze, welche sodann der Ausschuß der Versammlung als von ihr zu fassende Resolutionen proponirte, lauteten etwa so: 1) keine unbedingte Ablehnung des Berliner Verfassungsprojects! Dagegen 2) entschiedene Zurückweisung des Wahlgesetzes, nach welchem für das Volkshaus zum nächsten Reichstage gewählt werden solle. 3) Aufforderung an die sächsischen Stände, ihre Genehmigung zur Berliner Verfassung (die nach einer königlichen Proclamation ausdrücklich vorbehalten ist) nicht zu ertheilen, äußersten Falls sogar die Wahlen zum Staatenhause zu verweigern, wenn nicht zuvor das Wahlgesetz ihrer Berathung unterworfen worden ist. 4) Gleiche Aufforderung an die Stände, positive Bürgschaften zu verlangen, daß die versprochene „freie Zustimmung des Reichstags" eine Wahrheit, nicht aber durch ein trügerisches System der „Vereinbarung" die ganze Entscheidung wieder den Cabineten anheimgegeben werde. 5) Ersuchen an die Stände, nach Durchsetzung dieser beiden Forderungen von einer speciellen Beschlußfassung ihrerseits über die Verfassung abzusehen, da auf dem Wege einer solchen dreißigfachen Sonderberathung niemals eine Einigung zu erzielen sein möchte. 6) Aussprechen des Wunsches und der Hoffnung, daß bei Betretung des hier unter 2, 3, 4, 5 bezeichneten Weges der zu bildende Bundesstaat alle die Staaten, für die er berechnet sei, ebensowohl die süddeutschen wie die norddeutschen, in sich schließen werde. Die Versammlung nahm diese Sätze an. — Die sächsische Ständeversammlung wird im August zusammentreten und es soll ihr dann die deutsche Verfassungsfrage zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Die Wahlen finden nach dem unveränderten Wahlgesetze vom vorigen Jahre statt. Die Octroyirung eines beschränkenderen Wahlgesetzes, welche einige Minister beabsichtigten, ist an dem festen Rechtsgefühl des Königs gescheitert. — Auf einer gestern abgehaltenen Generalversammlung der deutschen Vereine Sachsens ist ein Landeswahlausschuß von 6 Personen aus der Mitte des Vereins gewählt worden, die sich durch andere 6 Personen aus der constitutionell-monarchischen Partei im Lande verstärken und sodann eine allgemeine Wahlversammlung für das ganze Land ausschreiben soll, um dort von den einzelnen Bezirken Vorschläge zu Candidaten entgegenzunehmen und seinerseits solche zu machen. — Die „constitutionellen Vereine" (deren Richtung strenger conservativer als die der deutschen Vereine, zum Theil fast reactionär ist), haben heute ihr Wahlmanifest erlassen, von Seiten der demokratischen Partei ist dagegen wunderbarerweise ersichtlich noch nichts für die Wahlen geschehen. Fast scheint es, als ob diese Partei durch den Verlust so vieler ihrer Führer sehr zerrüttet sei.

†† **Hannover**, 18. Juni. Es sind hier gestern hannoversche Männer, Mitglieder der constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt, Mitglieder unserer ersten hannoverschen Kammer und Männer aus unserer aufgelösten zweiten Kammer, versammelt gewesen, die in Beziehung auf die preußisch-sächsisch-hannoversche Octroyirte folgende Beschlüsse, nach vorhergegangener interessanter Verhandlung gefaßt haben:

1) Einstimmig beschloß man (es stimmten 34): Die Reichsverfassung vom 28. März 1849 und das Reichsgesetz vom 12. April 1849 sind rechtlich und endgiltig festgestellt. Der von den Regierungen Preußens, Sachsens und Hannovers, so wie von andern deutschen Regierungen dagegen erhobene Widerspruch ist rechtswidrig.

2) Gleichfalls einstimmig: Beide Gesetze können auf ein das Rechtsgefühl des deutschen Volks befriedigende Weise nur abgeändert werden durch einen in Gemäßheit dieser Gesetze zu berufenden Reichstag, und nur in dem durch die Reichsverfassung gebilligten Wege.

3) Mit großer Majorität: Die Versammelten halten es weder für recht noch für rathsam, das Zustandebringen einer Versammlung zu unterstützen, welche, ohne der Reichsverfassung zu entsprechen, über Abänderungen der Reichsverfassung beschließen soll. Indem sie vielmehr die Rechte des Vaterlandes namentlich gegen die Berliner Aufstellungen feierlichst verwahren, werden sie den Maßnahmen welche auf das Zustandebringen einer solchen Versammlung gerichtet sind, oder gerichtet werden könnten, widerstreben. Zu dieser Nro. 3 wurden noch folgende Zusatzanträge des Hrn. K. Nicol mit sehr großer Mehrheit angenommen:

a) Insbesondere erklären sie (die Versammelten): daß sie sich an den Wahlen, welche etwa auf den Grund der von den drei Regierungen einseitig und willkürlich aufgestellten Wahlgesetzes ausgeschrieben werden möchten, in keiner Weise betheiligen werden.

b) Sie fordern das hannoversche Volk auf, sich in unwandelbarer Treue gegen das Verfassungswerk vom 28. März d. J. gleichfalls jeder Betheiligung an solchen Wahlen zu enthalten; bei den bevorstehenden Wahlen zu zweiten Kammer der Landesversammlung aber nur solche Männer zu senden, von denen es sich vorher überzeugt hat, daß sie jede Wahl zum Staatenhause, welche ihnen etwa auf den Grund des octroyirten Wahlgesetzes angesonnen werden möchte, ablehnen.

Vermittlungsanträge, die dahin gestellt würden, daß man bei den Wahlen zum Reichstage der drei vereinigten Regierungen mit Protest wählen möge ꝛc., wurden abgelehnt. Die Ansicht der Mehrheit war: Wir wollen unbedingt auf der Reichsverfassung vom 28. März festhalten, und das Volk, das deutsche Volk, in welchem ein so tiefes Rechtsgefühl lebt, nicht demoralisiren. Aus der Nationalversammlung waren die Herren Bruening, Brackebusch, Lang I., Siemens, Gravenhorst, Grumbrecht, Schmidt und Kaufmann, sodann (Mitglied der frühern zweiten Kammer), Nicol und Wachsmuth in der Versammlung anwesend. Aus unserer aufgelösten zweiten Kammer: Lang II., Hantelmann II., Rumann, K. Gödeke, Kegebus von Nienburg ꝛc.; aus der ersten Kammer: Rosenthal von Osnabrück, Aprens, Hoyer, Honstert, Wyneken ꝛc. — Lang I. leitete die Verhandlungen der Versammlung als Präsident, Wachsmuth als Vicepräsident, Grumbrecht Schriftführer. — Während der Verhandlungen liefen Schreiben von den Herren Ellissen, Thiermann und Mayer in Göttingen, sowie von den Herren Alborn und Harms aus den Provinzen ein, in welchen erklärt wurde, daß man sich persönlich den in Hannover zu fassenden Beschlüssen anschließen werde. — Wir hoffen, daß die oben mitgetheilten Beschlüsse in den Provinzen Anklang finden werden. Heute wird hier das Monument des Generals v. Alten eingeweiht werden. So eben rückt die Artillerie mit den Kanonen durch die Straßen der Stadt hin.

Ulm, 18. Juni. Die Excesse des gestrigen Abends haben sich glücklicherweise nicht wiederholt. Verhaftungen fanden mehrfach statt, namentlich wurden aus den Pöbelhaufen heraus mehrere Bursche in Blousen, mit Sensen bewaffnet, festgenommen, welche zu dem seit einiger Zeit hier projectirten und, wie es heißt, im geheimen bereits organisirten „Freicorps" gehören sollen; auch Mitglieder des „Arbeitervereins" sollen sich unter den auf diese Weise Verhafteten befinden. Nach aus Riedlingen eingetroffenen Nachrichten ist das von hier aus am 16. d. nach Abmarschirte dritte Infanterieregiment, ohne Widerstand zu finden, in die Stadt eingerückt. Die demokratischen Haupthühler und Rädelsführer suchten ihr Heil in der Flucht. Gleichwohl wird dieses Regiment noch einige Zeit in Oberschwaben seine Station behalten müssen, da einerseits die Treiben der demokratischen Faction in jener Gegend immer noch Besorgnisse erregt, andererseits von Seite der badischen Nachbarschaft (Pfullendorf, Steckach, Mößkirch) Einfälle von Freischaaren nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegen.

Karlsruhe, 17. Juni. In der Rheinpfalz steht die Sache schief für die Revolution. Speyer und Neustadt wurden gestern von den „Reichstruppen" besetzt, die Besatzung von Landau und Germersheim ist aufgehoben. Die schlecht bewaffneten und schlecht organisirten Streitkräfte des Aufstandes konnten im Rheinthal, wo das Terrain ihnen gar keine Vortheile wider die stark gerüstete Macht des Gegner bot, nirgends mit Erfolg Widerstand leisten, sie haben daher das östliche Flachland fast ohne Schwertstreich geräumt. Ihre zersteuten und zersprengten Haufen sollen sich in das Haardtgebirg gewerfen, dessen von Nord nach Südwest streichende Kette das Land in zwei ungleiche Theile theilt, und für den Partheigängerkrieg günstig sein. General Sznayde sucht dort sein kleines zerstreutes Heer wieder zu sammeln, und hält den Engpaß besetzt, welcher von Neustadt nach Kaiserslautern durch das Gebirg führt. Ein Theil der Freicorps, welche zwischen Speyer und Germersheim standen, wurde abgeschnitten und mußte über den Rhein nach Baden flüchten. Wir sahen dieses buntscheckige

Corps von etwa 600 Mann gestern Abend in Karlsruhe, wo sie einige Rasttunden hielten, Erfrischung zu sich nahmen, und dann auf der Eisenbahn zur Armee befördert wurden. Außer den Blousen sah man darunter auch ziemlich viele abgetragene bayerische Soldatenröcke. Merkwürdig ist, daß diese Leute ihren Feind nicht einmal genau zu Gesicht bekamen, und daher gar nicht wußten, ob es die Preußen oder das bayerische Corps von Taxis oder andere Reichstruppen waren, welche sich Speyers bemächtigten. (A. Z.)

Der „Allg. Zeitung" schreibt man aus Stuttgart unterm 18. Juni: Die Conducteure, welche diesen Augenblick auf der Heidelberger und Mannheimer Route automen, bestätigen, daß die Preußen von Germersheim aus gegen Karlsruhe operiren und nehmen an, daß letztere Stadt schon von denselben besetzt. Die Truppen seien von dort ausgelaufen.

⨯ **Karlsruhe**, 18. Juni. In der heutigen neunten öffentlichen Sitzung der constituirenden Landesversammlung, die erst um 11 Uhr eröffnet werden konnte, weil die zur Beschlußfassung erforderliche Mitgliederzahl nicht anwesend war, verliest Vicepräsident Stehlin ein Schreiben der provisorischen Regierung, wornach Bürger Werner interimistisch zum Kriegsminister ernannt worden ist. Abg. Reich stellt den dringlichen Antrag, die Zahl von 41 Mitglieder für beschlußfähig zu erklären. Er spricht entschiedenen Tadel gegen die Nachlässigen aus, und will, daß ihre Namen bereits veröffentlicht werden; der Antrag wird angenommen. — Der Minister des Innern wurde von dem Abg. Stay interpellirt, warum der Beschluß des Landesausschusses in Betreff der Freiheit der Presse noch nicht zum Vollzug gekommen sei. Mördes, Minister des Innern, sagt, daß wenn ein Antrag zum Vollzug des Gesetzes gestellt worden wäre, so würde dies von Seite der Executivgewalt gewiß geschehen sein, und dies ist der einzige Grund, warum es nicht geschehen. Stay will in einer der nächsten Sitzungen einige Anträge bezüglich der Preßfreiheit in die Kammer bringen. Pellisier stellt an die Regierung die Anfrage, welche Vorarbeiten von ihrer Seite für die am 15. Juli stattfindenden Wahlen zum Reichstag getroffen seien. Mördes glaubt, es sei dies Sache der Reichsregentschaft. Pellisier: es könne in dieser Reichsgewalt die nämliche Geschäftsanarchie herrschen, wie in dem ehemaligen Landesausschuß. Mördes ist der Ansicht, die Versammlung solle es zu ihrer Sache machen und das Ministerium mit dem Vollzug beauftragen, denn es habe dieses bloß zu thun, was die Versammlung beschließe. Stay stellt nun einen dahin gehenden Antrag, die Versammlung möge das Ministerium des Innern beauftragen, die Vorarbeiten für die am 15. Juli stattfindenden Wahlen zum Reichstag zu machen. Einem Vorwurfe Stay's, im jetzigen Ministerium herrsche der alte Schlendrian, entgegnet Mördes mit Entschiedenheit.

⨯ **Karlsruhe**, 18. Juni, Abends 9 Uhr. Seit heute Mittag rücken fast ununterbrochen Truppen hier ein, Linienmilitär und Volkswehr. Es geschieht dies in Folge eines Befehls des Obercommandanten der vereinigten badischen und pfälzischen Volkswehr, Generals Microslawski, um bei dem demnächst stattfindenden Hauptschlage gegenwärtig zu sein. Bei den hier eingerückten Truppen befinden sich u. A. auch der Chef des Generalstabs General Tochow, General Snayde, Oberstlieutenant Anneke (mit seiner liebenswürdigen Frau Gemahlin, die mit Schleppsäbel, Stiefel mit Sporen, Kreuzbaarenhut und dergl. einen komisch-romantischen Anblick darbietet) Rinkel, Willich ꝛc. Die Stadt ist ganz mit Truppen überfüllt und der Einmarsch dauert fort.

Darmstadt, 20. Juni. Aus dem bisherigen Hauptquartier Weinheim kommen uns vom 18. Abends und vom 19. Mittags Berichte zu, welchen wir Folgendes entlehnen: Auch der 18. ist ganz ruhig vorübergegangen, kein Feind hat sich sehen lassen. Ich besuchte das Birkenauer Thal. In den stattlichen Mühlen liegen Soldaten vom 1 großh. Infanterieregiment, nach Birkenau zu Nassauer, in Birkenau selbst ein Bataillon derselben, zwei Compagnien mecklenburgische Scharfschützen und eine Schwadron mecklenburgische Dragoner, weiter oben im Thal in und bei Zürth die Truppen des zweiten Seitendetachements, ein bayerisches Jäger- und ein kurhessisches Infanteriebataillon. — Die Nacht zum 19. ist ebenfalls ohne Bewegung vorübergegangen. General v. d. Gröben befindet sich im Hauptquartier und conferirte mit Peucker und Schäffer. Im Lager hat sich die Nachricht verbreitet, General v. Hirschfeld habe den Agitator Zitz standrechtlich erschießen lassen; man zweifelt indessen daran und glaubt, der bekannte Großsprecher werde es schon verstanden haben, sich zur rechten Zeit zu salviren und „seiner kommenden Zeit aufzubewahren". Heute (19.) Vormittags begab ich mich an der südöstlichen Seite der Stadt den Kagenlauf hinauf um den Steinbruch zu ersteigen, während in der Stadt bereits Trommeln und Hörner die Truppen zusammenriefen. Ein nassauisches Piket steht auf der Höhe und von dieser, einem der reizendsten Punkte der Bergstraße, überblickt man die ganze Rheinebene bis Speyer und muß man die Gefechte vom Freitag und Samstag wie in einem Theater haben übersehen können. Der Commandant des nassauischen Postens, ein gebildeter junger Unteroffizier, erzählte mir, es seien in der Nacht einige Schüsse gefallen, wahrscheinlich von unsern Vorposten, auch seien am frühen Morgen schon vier Bahnzüge zwischen Mannheim und Heidelberg gegangen. Als ich in die Stadt hinab kam, waren schon alle Truppen in voller Rüstung und Bewegung, Hessen, Frankfurter, Mecklenburger u. s. w. Ich erfahre, daß sie alsbald nach dem Odenwalde aufbrechen, während die Preußen gegen den Neckar gehen. (Dieses ist geschehen; das ganze Peucker'sche Corps hat sich gestern nach dem Odenwald begeben, um von da als linker Flügel zu operiren, während den rechten die preußischen Truppen bilden. Der nunmehr, wie es scheint, vollständig combinirte Angriff dürfte in kürzester Frist erfolgen, oder vielleicht schon erfolgt sein.)

Wie wir auch aus einem andern Briefe aus Heppenheim von heute Morgen ersehen, ist gestern Weinheim, Heppenheim und die ganze dortige Gegend von den unter Generallieutenant v. Peucker stehenden Truppen verlassen worden, nur in Weinheim selbst blieb eine kleine Abtheilung derselben unter General Wachter zurück, welche heute abziehen. Gestern Nachmittag gegen 5 Uhr näherten sich badische Insurgenten von Großsachsen aus; sofort rückten von Weinheim und Heppenheim Truppen aus, welche jedoch den Feind nicht mehr fanden und Nachts zurückkehrten. Die Eisenbahn zwischen Weinheim und Heppenheim ist seit vorgestern wieder fahrbar. Große Quantitäten Brod, Fleisch, Reis u. s. w. kamen gestern und in jüngster Nacht von Darmstadt und Frankfurt in Heppenheim an und werden heute den Truppen in den Odenwald nachgesendet. (Dst. Z.)

Worms, 19. Juni. (M. Z.) Das 1. Bataillon des 13. bayerischen Infanterieregiments mit dem Stab und 12 Geschütze und 1 Escadron Dragoner haben uns heute Morgen wieder verlassen, um in die Pfalz zu gehen. Dafür rückten heute Morgen 2 Escadrons Dragoner, eine reitende Batterie von 8zwölf- und sechspfündigen Geschützen, 1 Bat. vom 10. bayer. Inf.-Reg. und ein Brückentrain hier ein und wurden hier und in der Umgegend einquartiert. — Man erwartet hier mit jedem Tage den Wiederbeginn der Feindseligkeiten in Baden und in der Pfalz; seit ein paar Tagen haben wir keinen Kanonendonner gehört. Man sagt, daß man von preußischer Seite Mannheim zur Uebergabe aufgefordert und ihm eine Frist festgestellt habe, nach welcher ein Hauptangriff von drei Seiten erfolgen würde. Mannheim soll außerordentlich befestigt sein, doch glaube ich, daß man die Stadt bei ihrem eigenthümlichen Baue nicht wird halten können. Etwas Anderes ist es mit Heidelberg, welches einer Festung gleichen soll.

Hamburg, 18. Juni. In der Vorstadt St. Pauli kam es gestern Abend zu einem Straßentumult, veranlaßt durch eine von Unbekannten angestiftete Demonstration gegen Unterzeichner der an die Constituante gerichteten Erklärung für Lebenslänglichkeit des Senats ꝛc. Es wurden Fenster eingeworfen und besonders ein Haus übel mitgenommen, bis es dem Einschreiten der bewaffneten Macht gelang, die Ruhe wieder herzustellen.

Italien.

Nachrichten aus dem französischen Lager vor **Rom** reichen bis zum Morgen des 10. und aus Civitavecchia vom 11. d. M. In der Nacht vom 9. auf den 10. war die dritte Parallele in einer Entfernung von 50 Metres von den Mauern eröffnet worden. In zwei Tagen hoffte man mit Vollendung derselben und mit dem Bau der Breschebatterien fertig zu sein. Wahrscheinlich wird man an der Stelle zwischen den Thoren San Pancrazio und Portese, wo der Monte Giancolo vorspringt, Bresche zu schießen versuchen. In jener Gegend sind viele Gärten, die Häuser stehen vereinzelt, eigentliche Straßen gibt es dort nicht, auch sind keine Barrikaden errichtet. Einmal eingedrungen, würden die Truppen sich daher freier ausbreiten können, als in anderen Stadttheilen, und nicht den Schwierigkeiten eines blutigen Straßenkampfes ausgesetzt sein. Herr v. Harcourt und Hr. v. Rayneval, die, von Gaeta kommend, am 10. in Civitavecchia gelandet waren, wurden am folgenden Tage im französischen Lager erwartet. Der Verlust der französischen Truppen wird auf 120 Todte und 450 Verwundete angeschlagen. Sie hatten im Ganzen ungefähr 500 Gefangene gemacht. Das französische Heer leidet keinen Mangel an Lebensmitteln, ist aber auf die gewöhnlichste Kost beschränkt. Die Campagna liefert Wein in ziemlich reichlichem Maße; Mehl, Fleisch und Gemüse kommt aus Civitavecchia. Die Landbewohner in der Umgegend von Rom leiden weit mehr in Folge ihrer Gewohnheit, sich nie auf längere Zeit mit Vorräthen zu versehen, sondern ihre Lebensmittel wöchentlich aus der Stadt zu beziehen. General Oudinot hat Brod unter sie vertheilen lassen. Der Gesundheitszustand des Heeres scheint befriedigend zu sein, wenigstens hören wir nichts von Krankheiten.

Frankreich.

†* **Paris**, 18. Juni. Wenn Etwas geeignet sein dürfte, das Traurige unserer gegenwärtigen Zustände zu charakterisiren, so sind es die Zwangsmaßregeln, mit denen in Folge der letzten verunglückten Schilderhebung von Seiten der Regierung gegen die oppositionelle Presse verfahren wird. Es ist natürlich, daß nach den grenzenlosen Ausschweifungen, nach den maßlosen Uebertreibungen der demokratisch-socialistischen Blätter, von denen eins mit dem andern um den kläglichen Vorrang der Hirnlosigkeit rang, die Regierung den jetzigen Moment nicht unbenutzt lassen konnte, den Excessen ein Ende zu machen und durch die größtmöglichste Strenge einer Wiederkehr derselben vorzubeugen. Das ist eine Nothwendigkeit, die an sich beklagenswerth sein mag, die aber immerhin gerechtfertigt ist. Wenn aber die Regierung so weit geht, ihre Strenge auch auf Blätter der gemäßigten Opposition, wie die Presse und den Siecle, auszudehnen, wenn diesen anbefohlen wird, keinem Artikel in ihren Spalten Raum zu geben, der nicht mit der Ansicht der Majorität der Nationalversammlung in Einklang steht, so wird dadurch jede Freiheit der Presse, ja selbst der Schein einer solchen Freiheit illusorisch, und was das Schlimmste ist, das Gift dringt, je mehr man es vernichten will, um so tiefer in den ohnehin so morschen Organismus hinein, das Gift, welches nur durch ein Gegengift und dies ist einzig allein in der Presse selbst zu finden, zu paralysiren wäre. Statt jedes weiteren Commentars mag als Beleg für die ausgesprochenen Befürchtungen ein Artikel dienen, welchen das heutige Blatt des „Siecle" an das Publikum richtet und der also lautet: „Die Censur ist wieder hergestellt; sie wird zwar bis jetzt nicht officiell, aber doch officiöser Weise ausgeübt. Ein Polizeicommissär erschien heute in den Redactions- und Expeditionsbureaus des „National", der „Presse" und des „Siecle" und erklärte, daß wenn diese Journale fortführen, das jüngste Votum der Majorität rücksichtlich der Artikel 5 und 54 der Verfassung in ihrem Sinne zu interpretiren, das Ministerium der Majorität vorschlagen würde, die drei Journale unter Sequester zu legen, und die Majorität dies genehmigen würde. Der Belagerungszustand ist erklärt. Der Gedanke ist nicht mehr frei. Wir unterwerfen uns der Gewalt; aber das Publikum soll wenigstens wissen, daß unsere Feder nicht mehr frei ist." Noch bezeichnender sind die Bemerkungen der „Presse" über diese Ausnahmszustände. In seinem ominösen Lakonismus sagt Girardin's Organ: „Der Belagerungszustand ist da. Die extremen Oppositionsblätter sind suspendirt, die politischen Versammlungen unterdrückt. Hunderttausend Mann Bewaffnete sind bereit, jeden Versuch einer Zusammenrottung sofort zu verscheuchen. Eine immense Majorität wartet nur darauf, allen Gesetzen, die das Ministerium ihr vorlegen wird, und die zur Wirkung haben sollen, der Regierung Festigkeit, dem Lande Sicherheit zu verleihen, zuzustimmen. Die Erfahrung wird entscheiden: es wird sich zeigen, was die Regierung mit der Unterdrückung der Freiheit gewonnen haben wird." Girardin's Organ hat schon oft so gesprochen: vor der Februarrevolution, vor den Junitagen und nun jetzt wieder. Die Ereignisse haben seine Vorhersehung noch niemals Lügen gestraft.

Amerika.

Neuyork, 30. Mai. Das „Wochenblatt der deutschen Schnellpost" berichtet heute Folgendes: „Der Kriegsteamer „United States", welcher ohnlängst von der deutschen Centralgewalt hier angekauft wurde, liegt nun zur Abfahrt bereit nahe der Batterie. Er ist vortrefflich ausgestattet und mit 13 Kanonen (10 acht und vierzig und 3 acht und sechzig Pfündern) versehen worden. Am Samstag (26.) wurde eine Versuchsfahrt gemacht, der die angesehensten deutschen Kaufleute unserer Stadt beiwohnten. Die Maschinen arbeiteten sehr gut und es steht zu erwarten, daß der Steamer in kurzer Zeit Southampton erreichen werde. Dort angekommen, wird man die deutsche und preußische (?) Flagge, welche schon am Bord sind, aufziehen und die weiteren Befehle der deutschen Regierungen abwarten."

Nachschrift.

Wien, 17. Juni. Ueber das bereits gemeldete Gefecht der Oesterreicher und Ungarn bei Gjorna geben die heute eingetroffenen Briefe und Zeitungen aus Wien noch Nachträge. Ueber die 64stündige Schlacht mit den 33,000 Mann Todten auf beiden Seiten, der entweder fromme Wünsche oder unerklärliche Leichtgläubigkeit in der Berliner Tagespresse eine Stelle verschafft haben, ist kein Schatten von Gerücht in den Wiener Nachrichten vom 17. zu finden.

Neuestes.

Der Rhein von den Preußen überschritten.

†* Aus dem Hauptquartier Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Preußen.

Graben bei **Bruchsal**, 20. Juni.

Heute mit Tagesanbruch ging die Avantgarde **über den Rhein**. Die Insurgenten hatten in der Nacht ihre günstige Stellung aufgegeben, so daß kein Gefecht stattfand. Auch aus Philippsburg zog der Feind bei Annäherung der Truppen ab. Ein unregelmäßiger Haufe, gegen 400 Mann, wurde von einer Escadron des 9. Husarenregiments angegriffen und mit Verlust gesprengt. Prinz Friedrich Carl von Preußen (Neffe Seiner Maj. Kön.) machte diese Attaque mit und erhielt leider zwei leichte Schußwunden in der rechten Schulter und rechten Hand; außerdem ist leider der Verlust von 3 Offizieren und mehreren Husaren zu beklagen, die vermißt werden und von welchen zu fürchten ist, daß sie geblieben sind. **Das ganze vom Generallieutenant v. Hirschfeld commandirte Corps war bis heute Morgen 9 Uhr über den Rhein gegangen.** Die Insurgenten halten die Neckarlinie besetzt; ein starkes Corps soll bei Bruchsal stehen.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 20. Juni. Die Börse war heute sehr animirt, eine abermalige wirkliche höhere Rentennotirung von Paris vom 19. d. M., welche durch Taubenpost eingetroffen war, sowie das Steigen der Berliner Börse vom 18. d. M. mit allen Fonds und Eisenbahnen, hatte auch hier einen Aufschwung größtentheils in sämmtlichen Partieen zur Folge. Das weitere Steigen des Wechselcourses auf Frankfurt (126) zu Wien wird heute hier unbeachtet, und brachte keine Rückwirkung auf den Stand der österreichischen Fonds hervor. 5pCt. Metall. bleiben 72⅛ 73 pCt., 4½pCt. Metall. 58⅛, 59 pCt., Wienerbankactien 1041 fl., 500 fl. Loose 121½, pCt., 250 fl. Loose 73½ pCt. Von den übrigen Aktiengattungen waren Kurhess. 40 Thlr. Loose 27 Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 26 fl. G., do. 50 fl. Loose 46⅝ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 21½ fl., do. 50 fl. Loose 71⅛ fl., Nassauer 25 fl. Loose 21½ fl., Polen 500 fl. Loose 72⅜, Rthlr. Sämmtliche süddeutsche Obligationen begehrt, 3½pCt. Württemberger 71⅛ pCt., do. 4½pCt. 92½ pCt. G., bad. 3½pCt. Obligationen 73 pCt., bad. 5pCt. Obligationen vom Jahr 1848 92½ pCt., Nassauer 3½pCt. Obligationen 80½ pCt., do. 5pCt. vom Jahr 1849 100⅜, ⅝ pCt. Von beigehen Obligationen waren 2½pCt. beig. 43⅛, do. 4½pCt. 85½, do. 5pCt. 89½ Br. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 36½, Rthlr., Berbach 1pCt. höher 71⅛, pCt., Köln-Minden 79 pCt. Taunus 207 fl. 2pCt. ist Span. sehr begehrt, schließen 21½, à 21⅛ pCt. Von Wechseln war Amsterdam 100⅜, G., Paris 95⅛, G., London 121⅛, G., Augsburg 120, Berlin 105⅛, Leipzig 105⅝, Bremen 99⅛, Wien 96⅛, Br.

Berlin, 19. Juni. Staatsschuldscheine 79⅝, bez., Seehandlungs-Prämien-Scheine 101⅛, bez., Bankantheile 89 u. 89⅛, bez., Berlin-Hamburg 65 bez., Köln-Minden 77⅝, bez., Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 36, 35⅞, à 36⅛, bez., Rhein. 46 G., Thüring. 45⅞, bez., Russ. 4pCt. bei Stieglitz 85⅝, bez., Poln. 4mit 5. Loose 71⅛, G.

Im Fonds- und Actiengeschäft war es heute zwar still, die Course behaupteten sich aber fest, und einige stellten sich noch etwas höher als gestern.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Die Ehre und der Wohlstand eines Mannes hängt oft von einem Worte ab. Wer sich daher vor Verleumdungen schützen will, der lese das Buch: „Der Ehrenmann“ oder Schutz gegen Verleumdung. Dasselbe ist für jeden Mann, der sich vor Verleumdungen schützen will, unentbehrlich. Preis 1 Mk. 50 Pf. Zu beziehen durch Buchhandlungen oder direkt von Ernst Heinrich Moritz Bierey, Verlagsbuchhandlung, Dresden-A.

Ein Lehrling wird per sofort gesucht. Wo? sagt die Exped. d. Bl

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nro. 146.) 21. Juni 1849

Neuestes aus Württemberg.

Ungestörte Fortdauer der Ruhe in Stuttgart. Die Dringlichkeit eines Antrags auf Inanklagestandversetzung des Ministeriums Römer von der Abgeordnetenkammer nicht anerkannt. Die sogenannte Reichsregentschaft der Fünfe hat Stuttgart verlassen.

Durch folgende Proclamation hat das württembergische Ministerium seine Maßregeln gegen das Rumpfparlament und die Regentschaft motivirt:

An das württembergische Volk.

Die Beschlüsse der in Stuttgart tagenden Nationalversammlung haben einen für Württemberg so gefährlichen und feindlichen Charakter angenommen, daß die Regierung bei aller Rücksicht auf den hohen Beruf der Versammlung, welcher auch in einem Bruchtheil geachtet werden wollte, verpflichtet war, dem drohenden unabsehbaren Uebel nachdrücklich zuvorzukommen. Nachdem die Versammlung, ohne vorher zu fragen, sich nach Stuttgart übergesiedelt hatte, hielt sie sich für berechtigt, in der Reichsregentschaft eine Executivgewalt aufzustellen, welcher die gesammte bewaffnete Macht untergeordnet sein sollte. Diese Executivbehörde, die unter den vorliegenden Umständen lediglich für Württemberg berechnet sein konnte, machte auch wirklich Versuche, sich in den Besitz einer Gewalt zu setzen, und verbreitete durch ihr Auftreten vielfache Aufregung. Auf das dringende Ansinnen zur alsbaldigen Entfernung aus Württemberg erklärte die aufgestellte „Reichsregentschaft", sie werde im Lande bleiben. Durch einen weiteren Beschluß vom 16. d. M. wurde derselben das Recht übertragen, nicht bloß das stehende Heer zum Reichsdienste zu verwenden, sondern auch zu gleichem Zwecke die ganze männliche Bevölkerung vom 18. bis 40. Lebensjahre unter die Waffen zu rufen, womit natürlich die Beschaffung der ungeheuren Geldmittel, welche das Aufgebot eines solchen Heeres nöthig macht, in unmittelbarem Zusammenhang steht. Es wurde ferner zur Lähmung der inneren Staatsgewalt und in directer Opposition gegen die Landesregierung der Beschluß gefaßt, die Entwaffnung von Bürgerwehren sei unstatthaft. Die Fortsetzung solcher Handlungen, welche nichts Anderes bezwecken können, als die ganze Last der Durchführung der Reichsverfassung auf Württemberg zu wälzen und die Kräfte des Landes in einem ungleichen Kampfe auf das Rücksichtsloseste aufzuopfern, durfte um so weniger geduldet werden, als durch die Gewalt, welche sich die „Reichsregentschaft" beilegte, zugleich alle Rechtsordnung im Lande aufgehoben würde, und die leidenschaftlichen Verhandlungen der Versammlung nur dazu dienen könnten, den Haag zur Zügellosigkeit zu nähren. Unter diesen Umständen richtete das Gesammtministerium an den Präsidenten der Nationalversammlung ein Schreiben, welches nach Auseinandersetzung der Verhältnisse die Aufforderung enthält, Nationalversammlung und Regentschaft solle ihren Sitz außerhalb Württemberg verlegen und schon jetzt die Vornahme eines jeden weiteren officiellen Acts unterlassen, und damit schloß, daß die Mißachtung dieses Ansinnens die Regierung nöthigen würde, demselben durch Anwendung der geeigneten Mittel Geltung zu verschaffen. Nachdem Staatsrath Römer jenes Schreiben in der Kammer der Abgeordneten verlesen und weiter geäußert hatte: eine Antwort sei ihm noch nicht zugekommen, bemerkte der württembergische Abgeordnete Schoder, welcher zu gleicher Zeit erster Vicepräsident der hier tagenden Nationalversammlung ist: die Antwort kann ich hier sogleich geben, heute Nachmittag 3 Uhr hält die Nationalversammlung eine Sitzung. Durch diese das Ansinnen der Staatsregierung verhöhnende Erklärung wurde die Katastrophe wider unsern Willen beschleunigt. Es mußte die beabsichtigte Sitzung sofort verhindert, und wird auch fernerhin jedem weiteren amtlichen Auftreten der Versammlung und ihrer Regentschaft begegnet werden. Wir legen diesen Sachverhalt dem Volke offen dar und sind überzeugt, im Sinne der überwiegenden Mehrheit desselben zu handeln, welche bei aller Begeisterung für die Einheit der deutschen Nation nicht will, daß Württemberg durch die Beschlüsse der Nationalversammlung und durch die Anordnungen ihrer Regentschaft zu Grunde gerichtet und gerade dasjenige herbeigeführt werde, was so sorgsam vermieden werden soll, nämlich eine Besetzung Württembergs durch nicht-württembergische Truppen. Auf der Volksversammlung in Reutlingen wurde der Beschluß gefaßt, daß zwischen Württemberg, Baden und der Rheinpfalz ein Schutz- und Trutzbündniß eingegangen, d. h. daß dem übrigen Deutschland der Krieg erklärt werde. Dieser Versuch einer unter der Maske der Reichsverfassung operirenden Partei durch die Haltung der Regierung und der Mehrheit der Kammer der Abgeordneten vereitelt worden. Die auf dasselbe Ziel hinführenden Beschlüsse der Nationalversammlung haben das gleiche Schicksal gehabt. Um so erbitterter ist nun Regierung und Kammer sind jetzt diejenigen, welche in Mittel und keine Anstrengung scheuen, die republikanischen Schilderhebungen in Baden und in der Rheinpfalz durchzuführen. In dieser Beziehung hat der sogenannte Landesausschuß in Stuttgart durch die über das ganze Land verbreiteten März- und Volksvereine einen besonders thätigen Einfluß ausgeübt und namentlich die Bürgerwehren und die Jugend für jene Ansicht zu gewinnen gesucht. Vieles ist ihm gelungen durch den von der radicalen Presse gehabten Meinungsterrorismus. Die Bande der Ordnung sind hiedurch an manchen Orten aufgelockert, das obrigkeitliche Ansehen ist mehrfach untergraben worden. Diesen Uebelständen muß durch strenge Handhabung der Gesetze begegnet werden. Wir werden auch fortan die durch die Landesgesetze und die durch die Reichsverfassung verbürgten Freiheiten des Volkes heilig halten. Aber wir fordern sämmtliche Behörden des Landes auf, jedem Uebergriffe ernstlich entgegenzutreten. Durch die gegen die Nationalversammlung getroffene Maßregel haben wir eine schwere Pflicht erfüllt. Sie wird begriffen werden, wenn das jetzt durch Leidenschaft getrübte Urtheil einer ruhigen Ueberlegung gewichen sein wird. Stuttgart, den 18. Juni 1849. Römer. Roser. Duvernoy. Schmidlin. Rüpplin. Goppelt.

Stuttgart, 19. Juni. Se. Maj der König ist diesen Vormittag hier angekommen.

Ueber die Vorgänge am 18. berichtet der „Schwäbische Merkur" ausführlicher, wie folgt: Wir haben mitgetheilt, daß gestern Nachmittag um 2 Uhr das Local der deutschen Nationalversammlung, das Bereiter Friz'sche Reithaus, von Militär besetzt worden, daß General Miller dorthin sich verfügt hatte, und daß die Straßen durch Militär abgesperrt worden waren. Zu der dort aufgestellten Infanterie kam noch die in die Stadt einmarschirte Cavallerie. Auf dem benachbarten Spitalplatz stand das zweite Banner der Bürgerwehr, das Anfangs gleichfalls zur Besetzung der Straßen in der Nähe des Reithauses bestimmt war, aber auf Ansuchen seines Majors und der Mannschaft auf dem Spitalplatz belassen wurde. Die lange Straße sperrte an der Ecke der hohen Straße ein Zug Infanterie und hinter derselben Cavallerie; dort befand sich auch der Regierungscommissär, Oberregierungsrath Camerer U., mit weißer Schärpe bekleidet; die Straße war nicht stark mit Menschen besetzt. Etwa um 3 Uhr bewegte sich der Zug der Reichstagsabgeordneten die lange Straße hinauf, in der ersten Reihe mit dem Präsidenten Löwe von Calbe, Uhland und Schott. Hinter den Abgeordneten war eine ziemliche Anzahl Menschen, welche fortwährend auf die Versammlung Hochrufe ausbrachten. Den Zug empfing O.R.R. Camerer etwa mit den Worten: Ich erkläre Ihnen im Namen des Ministeriums, daß Ihre ferneren Versammlungen in Württemberg verboten sind. Präsident Löwe schickte sich an, Protestation zu erheben. (Nach dem Deutschen Volksblatt waren seine Worte: Ich, der Präsident der deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung, protestire hiermit im Namen der deutschen Nation....). Auch Andere, unter ihnen Uhland, wollten sprechen. Der Regierungscommissär erklärte, keine Erörterung zulassen zu dürfen. Die Trommler schlugen Wirbel, und dadurch, sowie durch die Hochrufe der nachdrängenden Menge wurden die meisten der in der Nähe Befindlichen verhindert, Löwe's u. s. w. Worte genau zu vernehmen. Nun rückte die Cavallerie langsam vor und schob die Dastehenden und die Menge in der Straße bei Seite; die Gerüchte von Verwundungen von Abgeordneten, z. B. Uhland's, sind falsch. Damit war die auf 3 Uhr bestimmte Versammlung im Friz'schen Reithause, aus welchem das Militär die getroffene innere Einrichtung wieder weggenommen hatte, vereitelt. Der Zug der Abgeordneten bewegte sich wieder die lange Straße herab zum Hotel Marquardt, wo, nachdem sich Oberregierungsrath Camerer erkundigt hatte, ob eine Sitzung oder eine bloße vertrauliche Besprechung beabsichtigt sei und letzteres ihm erwidert worden, die Abgeordneten eintraten. Wir hören, es seien erst 96, zuletzt 99 Abgeordnete dort gewesen. In der vertraulichen Besprechung wurde dem Präsidenten die Befugniß eingeräumt, die Mitglieder an jedem Orte und zu jeder Zeit zusammenzuberufen; sodann wurde beschlossen, über die Vorgänge des Tages ein Protocoll aufzunehmen. Die einzelnen Mitglieder wurden aufgefordert, ihre Wahrnehmungen darüber dem Bureau zur Vervollständigung des Protocolls mitzutheilen. Dasselbe soll heute Mittag 1 Uhr im Saal von Emil Werner unterzeichnet werden. — Die Mitglieder der Regentschaft sind gestern Abend abgereist. (Wohin?) — Eine große Menschenmenge bewegte sich Nachmittags durch die Straßen, durch welche starke Militär- und Bürgerwehrpatrouillen zogen. Sechs Kanonen waren auf dem Schloßplatz aufgefahren worden, Reiterei, Infanterie lagerte sich dort. Das fünfte Infanterieregiment, das in den benachbarten Neckarorten lag, rückte in Abtheilungen in die Stadt und stellte sich auf dem Schloßplatz auf. — Um 5 Uhr wurden drei junge Leute mit einem Bügeleisen, auf dem Sensenmann in Stroh eingepackt waren, in der Gegend des Friedrichsthors verhaftet und sie, wie ein Traiteur, ins Gefängniß geführt. Die Truppen auf dem Schloßplatz rüsteten sich zum Bivouak auf den Abend, um 5½ Uhr zogen die sechs Kanonen und eine Schwadron ab, ein Bataillon Infanterie blieb und wurde im Lauf der Nacht abgelöst. Abends 8 Uhr waren die Gruppen vor der Hauptwache sehr aufgeregt. Es waren zwei ohne Ausweis hier befindliche Soldaten vom 8. Regiment dortpin gebracht worden. Die Hauptwache erhielt bedeutende Verstärkung durch Linie und Bürgerwehr. Das zweite Banner der letzteren sperrte eine Zeit lang die Königs- und die Gymnasiumsstraße vor der Hauptwache ab. Nach und nach verlief sich die Menge, und die Linie und das zweite Banner zogen ab. Die Nacht blieb ruhig. Heute früh ist die Garde zu Pferd eingerückt. — Um 4 Uhr soll (s. o.) eine vertrauliche Besprechung der Mitglieder der Nationalversammlung stattfinden.

⊙ **Stuttgart**, 19. Juni. Der Abg. Schoder sah sich in der Lage, in der Ständeversammlung heute folgenden Antrag zu stellen:

„In Betracht, daß das Ministerium mittelst eines von Staatsrath Römer unterzeichneten Schreibens an den Präsidenten der Nationalversammlung, Löwe, letzterem die Vornahme jedes officiellen Actes untersagt, auch diese Drohung am 18. Juni Nachmittags ausgeführt hat durch Absperrung des Sitzungslocals und Zurückdrängung der Abgeordneten; in Erwägung, daß die Minister mit dieser Anstehung gegen das oberste Gesetz der Nation die Verfassung verletzt haben, beschließt die Kammer, gegen die Departementschefs Römer, Roser, Duvernoy, Schmidlin, Goppelt, Rüpplin, Anklage wegen Verfassungsverletzung bei dem Staatsgerichtshofe zu erheben."

Die Dringlichkeit wird dem Antrag nicht zuerkannt, weßhalb er an die Commission gewiesen wird. Federer bemerkt, wie er es nicht mit seinem Gefühle übereinstimmend finden könne, wie einzelne Abgeordnete als Angestellte fortwährend unter einem Ministerium dienen mögen, das sie jeden Tag aufs Aeußerste bekämpfen. Diese Bemerkung zogen die Regierungsräthe Schoder und Seeger und der Finanzrath Zeller auf sich, und antworteten darauf. Die Tagesordnung führte auf die Berathung über die Abänderungen einiger Bestimmungen des Strafgesetzbuchs. Der Gesetzesentwurf, welchem die Kammer nach dem Berichte des Abgeordneten Holzinger beitrat, entfernt die Artikel von dem rechtswidrigen Vorsatz und von der Fahrlässigkeit aus dem allgemeinen Theile des Strafgesetzbuches; die Bestimmungen über den Versuch in seinen verschiedenen Abstufungen, über Urheberschaft, über Complott, über Gehilfen und über unterlassene Verhinderung und Anzeige von Verbrechen und Vergehen werden abgeändert und beziehungsweise aufgehoben. In der andern Richtung werden zu Vollziehung des § 9 der Grundrechte die Todesstrafe und körperliche Züchtigung abgeschafft und wegen Vollziehung der Freiheitsstrafen in den bestehenden Strafanstalten Aenderungen des Strafgesetzbuches vorgeschlagen. Die Wirkungen der Ehrenstrafen für die ganze Lebenszeit des Gestraften werden beseitigt, und endlich werden einzelne Bestimmungen der Strafproceßordnung über concurrirende Verbrechen abgeändert. Der Gesetzentwurf selbst hängt zunächst mit der Einführung der Schwurgerichte und der Grundrechte zusammen.

Ueber die Stimmung der Stadt läßt sich wenig berichten. Stuttgart ist so ruhig als je, aber bei den Meisten läßt sich der peinliche Eindruck nicht verwischen, daß es mit der deutschen Nationalversammlung so weit kommen mußte.

Deutschland.

† **Wien**, 17. Juni. Ueber die Desertion der Palatinalhusaren ergibt sich nun folgendes Resultat. Die erste Abtheilung aus 98 Mann und 110 Pferden bestehend, schlug sich mit einem Verluste von 2 Gefangenen und 18 Pferden durch. Von der zweiten 108 Mann starken Abtheilung wurden 13 Mann getödtet, die übrigen, darunter 19 Blessirte, gefangen genommen. Die dritte Abtheilung, 69 Mann stark, wurde mit einem Verluste von 7 Todten gleichfalls gefangen, nachdem außerdem 10 Mann verwundet worden waren.

Morgen wird wieder beim Finanzministerium eine Conferenz wegen der zu ergreifenden Maßnahmen gegen die immer mehr einreißende Entwerthung der Banknoten abgehalten werden. — Wieder wird in der „Wiener Zeit." eine Reihe von Verurtheilungen veröffentlicht. Am meisten hervorzuheben sind die jener Offiziere, welche am 6. October v. J. die Wache im Kriegsgebäude hatten und bei der Ermordung des Kriegsministers Latour der Pflichtverletzung überwiesen worden sind. Es wurden nämlich Hauptmann Baron Gensau außer Entsetzung zu 5jährigem, Oberlieutenant Baron Grainger zu 3jährigem Festungsarrest und Lieutenant Maroffani zu einfacher Entsetzung von seiner Charge condemnirt.

Die österreichische Armee wird dem greisen Feldherrn Radetzky ihre Liebe und tiefbegründete Anhänglichkeit durch ein sichtliches Zeichen darlegen. Das Symbol dieser Gefühle soll in einem Marschallsstabe bestehen vom reinsten Gold, mit Edelsteinen verziert, von dem Künstler Glanz in Wien verfertigt, der bis zum Herbst vollendet wird. Das Innere des Stabs soll die Widmungsurkunde bewahren, für welche die Unterschrift des betreffenden Ministers und aller commandirenden Generale im Namen der Armee beantragt ist. Die Blätter des den Stab umschlingenden Lorbeerzweiges führen die Namen der Tage besonderer Auszeichnung in dem Heldenleben des Feldmarschalls. Das silberne, von sechs Adlern getragene Postament wird mit den Attributen der Offiziere aller Waffengattungen und Dienstzweige, unterhalb derselben aber mit mittelalterlichen Trophäen reich geschmückt. Das Ganze wird auf einem Gestell von Kanonenmetall ruhen. (L.)

Der Landesverfassungsentwurf für Krain, Görz und Istrien, dann die Wahlordnung für den künftigen Landtag ist bereits der diesfalls gebildeten Commission zu Laibach zur Approbation mitgetheilt worden.

Der Ban ist am 3. Juni sammt seinem Generalstabe von Rama nach Slankamen und von dort nach Titel gegangen. Noch am 31. Mai erhielt er mittels eines russi-

Der Vorstand der Gesellschaft besteht aus einem oder mehreren Mitgliedern. Ist nur ein Vorstandsmitglied bestellt, so vertritt es die Gesellschaft allein. Sind mehrere Vorstandsmitglieder bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Der Aufsichtsrat kann einzelnen oder allen Vorstandsmitgliedern Einzelvertretungsbefugnis erteilen und sie von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.

Die Bestellung von Vorstandsmitgliedern, die Erteilung und der Widerruf der Vertretungsbefugnis sowie die Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erfolgen durch den Aufsichtsrat. Dieser kann auch stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Die Gesellschaft wird durch die Bekanntmachungen im Bundesanzeiger bekanntgemacht.

Die Gesellschaft ist eine Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a HGB

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Donnerstag (Extra-Beilage zu Nro. 146.) 21. Juni 1849.

Deutschland.

§ **Berlin**, 19. Juni. Gestern ward hier der Verwaltungsrath für den engern Bundesstaat durch den Ministerpräsidenten Grafen v. Brandenburg installirt, und ist somit ein bedeutungsvoller Schritt für die angestrebte Einheit Deutschlands geschehen. Preußen wird in diesem Verwaltungsrath einstweilen durch Herrn v. Canitz, Sachsen durch Herrn v. Zeschau und Hannover durch Herrn v. Wangenheim vertreten. Wie wir hören, sind die drei verbündeten Regierungen darin übereingekommen, daß durch die bereits beigetretenen und noch beitretenden deutschen Staaten die Hauptgrundsätze des Entwurfs keiner wesentlichen Aenderung mehr unterliegen können. Namentlich hat Sachsen sich durch seinen Vertreter in der eben angedeuteten Weise ausgesprochen. — In Bezug auf die Haltung, welche das hiesige Staatsministerium, der Gothaer Versammlung gegenüber, beobachten wird, kann ich Ihnen zuverlässig mittheilen, daß dieselbe keine entgegenwirkende sein wird. So viel wenigstens weiß man, daß diejenigen hiesigen Männer, welche auf die an sie ergangene Einladung den Berathungen in Gotha beiwohnen wollen, keine Schwierigkeiten von Seite der hiesigen Regierung zu gewärtigen haben. Denjenigen derselben, welche ein Staatsamt bekleiden, wird der Urlaub insofern gewährt, als sie ihn unter einer Form nachsuchen, welche den Zweck der Reise mehr als einen auf die betreffende Person sich beziehenden erscheinen läßt. Auch darf die Hoffnung gehegt werden, daß unser Staatsministerium der Gothaer Versammlung den Weg zur Anknüpfung gegenseitiger Beziehungen bereitwillig offen lassen werde, insofern diese Beziehungen keinen amtlichen Charakter tragen und auf die geeignete Weise angeknüpft werden. — Die dänisch-deutsche Angelegenheit scheint eine günstige Wendung zu nehmen, so daß der Abschluß eines Waffenstillstandes zu erwarten sein dürfte. Von Seite Dänemarks wird darauf gedrungen, daß zugleich mit dem Waffenstillstand auch die Grundbedingungen für den abzuschließenden Frieden festgestellt werden, so daß während des Waffenstillstandes durch die Unterhandlungen ein bestimmter Erfolg erzielt werden könne. — Unser Magistrat ist mit den Anordnungen für die Klassenwahlen aufs Eifrigste beschäftigt. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, ergibt die Zusammenstellung des Magistrats, daß die Gesammtsumme der von der Hauptstadt an Grund-, Gewerbe- und Miethssteuer entrichteten Steuern 900,000 Thlr. beträgt. Auf jede Wahlklasse fallen mithin 300,000 Thlr. In der ersten Klasse werden hauptsächlich die großen Fabrikbesitzer und die Besitzer der hiesigen großen Gasthöfe wählen, welche zugleich hohe Grund- und Gewerbesteuer entrichten. Von andern Bürgern und Einwohnern wählen in dieser Klasse nur noch solche, welche über 500 Thlr. Miethe zahlen. Die Zahl der in der ersten Klasse Wählenden wird mithin keine beträchtliche sein. Fast sämmtliche Beamte so wie der größte Theil der gebildeten Einwohner Berlins werden der zweiten Wahlklasse zufallen. Man glaubt deßhalb annehmen zu können, daß das Ergebniß der Wahlen dieser beiden Klassen ein der conservativen Partei entschieden günstiges sein werde. Bei dem hiesigen Umschwung der öffentlichen Meinung, welcher sich nicht minder auf die untersten Volksklassen erstreckt, hofft man auch noch in der dritten Klasse auf viele Wahlen im conservativen Sinne. — Von der französisch-preußischen Grenze ist die Nachricht hier eingegangen, daß die französische Regierung diejenigen deutschen Flüchtlinge und Freischärler, welche Mittel für ihren Unterhalt aufzuweisen vermögen, ins Innere von Frankreich abführen, alle Uebrigen aber nach Algier befördern lasse, da sie den Aufenthalt derselben in Frankreich nicht gestatte. — Aus Saarbrücken wir hierher berichtet, daß in dem Grenzgebiet Rheinbayerns ein Ausschußmitglied der dortigen demokratischen Vereine von zusammengeschaarten Frauen körperlich gezüchtigt und von Bürgern gefuchtelt zur Haft gebracht worden sei. So groß sei die Erbitterung gegen die Demokratenführer, daß selbst die Frauen bei dem namenlosen über das Land gebrachten Elend sich nicht im Zaum zu halten vermöchten.

Folgende Schriftstücke sind den Mitgliedern der vertagten ersten Kammer zugestellt:

„Der Ministerpräsident Graf Brandenburg an den Vicepräsidenten der ersten Kammer Herrn Baumstark Hochwohlgeboren hier. Ew. Hochwohlgeboren ermangle ich nicht, beglaubigte Abschrift der durch das heute ausgegebene Stück der Gesetzsammlung publicirten Verordnung über den Termin zur Wahl für die zweite Kammer und die Einberufung beider Kammern unter dem Bemerken ganz ergebenst mitzutheilen, daß es zwar der lebhafte Wunsch des Staatsministeriums gewesen, die rücksichtlich der neuen Wahlen für die zweite Kammer und der Zusammenberufung beider Kammern in der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Fristen inne zu halten, daß dies jedoch leider nicht durchführbar gewesen ist. Als das Staatsministerium im Begriffe stand, die Verordnung wegen Abänderung des Wahlverfahrens für die zweite Kammer Sr. königl. Maj. zu unterbreiten, traten in einzelnen Theilen des Landes Ereignisse ein, welche nicht nur die zur Ausführung des Wahlgesetzes unerläßliche Thätigkeit der geordneten Behörden lähmten, sondern es überhaupt unmöglich machten, mit einer Verordnung hervorzutreten, welche innern Frieden und gesetzliche Ordnung voraussetzen muß. Nach Beseitigung dieser Umstände und nach Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung im Inlande sind die Wahlen für die zweite Kammer sogleich angeordnet worden. Es war indessen thatsächlich nicht möglich, dieselben innerhalb der verfassungsmäßigen Frist ausführen zu lassen. Aus diesem Grunde hat der Zusammentritt der Wähler um sechs Wochen über den verfassungsmäßigen Termin und dem entsprechend der Zusammentritt der zweiten Kammer gleichmäßig hinausgeschoben werden müssen, was nach Art. 76 der Verfassungsurkunde die Folge hat, daß die Vertagung der ersten Kammer so lange fortdauern muß, bis die zweite Kammer ihre Arbeiten beginnt. Das Staatsministerium hat den hierüber an Se. Majestät erstatteten, die Gründe näher darlegenden Immediatbericht in Nr. 148 des „Preußischen Staatsanzeigers veröffentlichen lassen. Ich erlaube mir nun, Ew. Hochwohlgeboren als zweiten Vertreter des Präsidenten der ersten Kammer, hiervon Mittheilung zu machen, indem ich Ihnen die etwa erforderlich erscheinenden weitern Veranlassungen ergebenst anheimstelle." Berlin, den 3. Juni. Der Ministerpräsident Graf Brandenburg."

Der Vicepräsident Herr Baumstark theilt dieses Schreiben mit folgenden Worten mit:

„Vorstehende Mittheilung des Herrn Ministerpräsidenten geht hierdurch den sämmtlichen Herren Abgeordneten zur ersten Kammer zur gefälligen Kenntnißnahme zu, mit dem Bemerken, daß nach meiner Ansicht der im Art. 50 der Verfassungsurkunde vorgesehene Fall hier nicht vorliegt, sondern vielmehr bloß die an sich klaren Art. 49 und 76 (Abs. 2 und 3) derselben in Betracht und Beziehungsweise in Anwendung kommen. Thrand, 14. Juni 1849. Der Vicepräsident der ersten Kammer. C. Baumstark."

Die Moral hiervon ist, daß das Ministerium nicht an § 49, die Kammer aber an § 76 der Verfassung gebunden ist. Nach § 49 mußten am 20. Juni die Kammern zusammentreten; aber nach § 76 darf die erste Kammer nicht gesondert tagen. (D. J.)

□ **München**, 19. Juni. Fürst Ludwig von Wallerstein hat unter dem Vorgestrigen auf die hohe Würde eines Kronoberstjhofmeisters (der ersten Hofstelle) freiwillig Verzicht geleistet, um nicht mit, seiner Ueberzeugung von der unbedingten Gültigkeit der Reichsverfassung und der Grundrechte in Conflict zu kommen. Damit hat der Fürst auch auf seinen lebenslänglichen Sitz in der Reichsrathskammer, sohin zunächst auf jede politische Stellung verzichtet, außer auf diejenige, welche er durch seine Verbindung mit mehreren liberalen Blättern durch die Presse behauptet. Die „Dtsch. const. Ztg.", welche der Feder des Fürsten seit einem Jahre sehr viele gediegene Beiträge verdankt, schließt ihre Anzeige über die betreffende Verzichtleistung in ihrer gestrigen Nummer sehr bezeichnend mit der Hinweisung auf ganz Bayern, welches bei den wiederbeginnenden Wahlen Gelegenheit haben werde, die Thätigkeit des Fürsten für den Landtag zu einer heilbringenden Fundgrube zu machen.

§§ **Nürnberg**, 19. Juni. Unsere demokratische Partei wird nicht müde, ob sie gleich sehen muß, daß sie täglich mehr an Einfluß verliert. Am 17. hat dieselbe wieder einmal eine Volksversammlung veranstaltet, um einen Abgeordneten für das Stuttgarter Rumpfparlament zu wählen. Die Zahl der Versammelten wird auf 3 bis 4000 angegeben, war aber augenscheinlich viel geringer. Die Wahl selbst soll erst später vorgenommen werden — und wird wahrscheinlich ganz unterbleiben; denn außer den Demokraten gibt es in Nürnberg noch eine sehr bedeutende Zahl anderer Urwähler, welche im Stuttgarter Parlament nur noch Repräsentanten der deutschen Republikaner erkennt und einen dorthin gewählten Deputirten nicht anerkennen würde. Vorgestern wurden wir plötzlich durch die Nachricht überrascht, daß der König Max am 18. hierherkommen werde, um die versammelten Truppen zu inspiciren. Der Magistrat erließ ein Placat über dieses bevorstehende Ereigniß, worin die Straßen bezeichnet waren, durch die der König kommen sollte. Die Decoration der Häuser war den Bürgern anheimgestellt. Die städtischen Gebäude waren mit blau-weißen und schwarz-roth-goldenen Fahnen geschmückt; die Regierungsgebäude nur blau und weiß; Privaten hatten sich auch einige zu einer Decoration verstanden, wobei aber nirgends die deutschen Farben fehlten. Von der Landwehr waren zur Parade außer den Offizieren nur einige 30 Mann erschienen; es heißt heute, sämmtliche Offiziere wollten abdanken. Die Demokraten hatten ihrerseits die Absicht, dem Deputirten Schmidt von der Münchener äußersten Linken am Abend der Anwesenheit des Königs einen Fackelzug zu bringen, der aber für diesen Abend untersagt wurde. Nachdem nun sämmtliche Truppen der Umgegend bereits hier versammelt und die Quartierlast sehr vermehrt hatten, auch die Truppen für die Ankunft des Königs schon zur Parade aufgestellt waren, traf plötzlich die Nachricht ein, der König werde wegen eines angekündigten Besuches des Erzherzogs Ferdinand Maximilian in München vor der Hand nicht hierher kommen.

* **Dresden**, 16. Juni. Seit dem 9. Mai sind an ihren im Kampfe gegen den Aufstand zu Dresden erhaltenen Wunden gestorben: ein preußischer Sergeant und drei k. sächs. Soldaten, wodurch der Bestand der Gebliebenen und Verstorbenen auf 35 Mann steigt. Noch liegen 58 Verwundete in den Hospitälern der Garnison. — Die erst am 28. Februar d. J. in ihren Wirkungskreis eingeführten Stadtverordneten — die ersten durch directe Wahl erkoren — nahmen heute in einer außerordentlichen Sitzung mit 28 gegen 26 Stimmen den Antrag ihres Collegen Munz an: das Collegium der Stadtverordneten wolle bei der königl. Kreisdirection seine Auflösung erklären und die sofortige Anberaumung einer Neuwahl beantragen. Mit Spannung sieht man der diesfallsigen Entschließung der königl. Kreisdirection entgegen.

Von **Mosbach**, 15. Juni, schreibt man dem „Schwäb. Merkur": Wie glücklich wir uns fühlen, ersehen Sie daraus, daß eine Abtheilung Heilbronner, 42 Mann stark, welche gestern mit zwei Trommlern hier einrückte anstatt wie sie erwartete, mit Jubel als Freiheitskämpfe empfangen zu werden, nur Neugierde und Mitleiden, durch aus aber keine Sympathien für ihre Sache fanden. Die selben bekamen nur aus Mitleid Quartier, da der Beschluß schon gefaßt war, sie wieder wegzuweisen. In Württemberg scheint der Zeitpunkt nun gekommen zu sein, daß die Friedliebende offen auftritt und Alle sich an einander schaaren, um das gute Vaterland vor dem furchtbaren Unglück welches das arme Baden betroffen und auf lange Jahr zurückwirft, zu schützen. (Heilbr. Tagbl.)

Hohenzollern-Sigmaringen. Das Verordnungsblatt enthält eine Bekanntmachung, die Zurückberufung de diesseitigen (bisher unter General Miller gestandenen) Contingents betreffend.

Bremerhaven, 17. Juni. Die deutschen Kriegsdampfboote „Barbarossa", „Hamburg" und „Lübeck" sind, nachdem sie diesen Morgen 3½ Uhr von Curhaven ausgegangen, um 9 Uhr hier angekommen und auf der Rhede geankert. (Wes.-Z.)

Nachschrift.

** **Paris**, 19. Juni. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung verlas der Präsident Dupin zunächst ein Schreiben Changarniers, worin dieser in seinem und im Namen der Armee für das neuliche Dankvotum rücksichtlich des unblutigen Sieges über die Anarchie vom 13. Juni dankt. Nachdem hierauf Buret angezeigt hatte, daß er am nächsten Montag das Ministerium wegen des Belagerungszustandes interpelliren werde, wurde zum eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung, zur Debatte über das Clubgesetz übergegangen, und dieses mit 373 gegen 151 Stimmen in folgender Fassung angenommen: Art. 1. Die Regierung ist ermächtigt, während eines Jahres, vom Tage der Veröffentlichung dieses Gesetzes an, alle Clubs und andere öffentliche Vereine, welche die öffentliche Sicherheit stören könnten, zu untersagen. Art. 2. Vor Ablauf dieses Jahres soll der Nationalversammlung ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher mit Beibehaltung des Verbots der Clubs die Ausübung des Vereinsrechts regelt. Art. 3. Nach Ablauf dieser Frist wird der Nationalversammlung über Handhabung des gegenwärtigen Gesetzes Rechenschaft abgelegt.

Zum Schluß der Sitzung wurden von der Linken noch zwei dringliche Anträge in Betreff der Aufhebung des Belagerungszustandes und der Erlaubniß, das Ministerium rücksichtlich der Ereignisse im Ausland zu interpelliren, gestellt, diesen aber die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Die Todtenfeier Bugeaud's hat heute im Beisein des Präsidenten Bonaparte und aller Oberoffiziere der Pariser Garnison im Invalidenhofe stattgefunden.

Aus den Departementsstädten laufen zahlreiche Dankadressen an Changarnier und Bonaparte für die glückliche Rettung des Staats und der Gesellschaft am 13. Juni 1849 ein.

Cavaignac's Mutter ist an der Cholera gestorben. Auch der Generallieutenant Pont-le-Roi ist ihr zum Opfer gefallen. Uebrigens ist die Epidemie sehr im Abnehmen.

Die allgemeine Correspondenz bestätigt heute die Verhaftung Blind's mit folgenden Worten: Herr Blind, der Gesandte des Landes Baden, ist gestern arretirt worden. In seinen Papieren soll man einen im Namen der revolutionären Regierung Badens mit Ledru-Rollin abgeschlossenen Vertrag gefunden haben. Die beiden andern Gesandten der Pfalz, die Herren Schütz und Ruge, fügt die allgemeine Correspondenz hinzu, sind bis jetzt noch nicht verhaftet worden. Die lithographische Correspondenz widerruft übrigens die gestern von ihr gebrachte Nachricht von der Verhaftung Ruge's nicht.

Der Minister des Innern veröffentlicht folgende telegraphische Depesche des Rhonepräfecten:

„Lyon, 18. Juni, 11 Uhr Abends. Lyon ist vollkommen ruhig. Man ist damit beschäftigt, Croix Rousse und La Guillotiere zu entwaffnen. Der deßfallsige Befehl wird pünktlich und ohne Widerstreben vollzogen.

Die heute fällige Madrider Post ist hier nicht angekommen.

Börsenberichte.

London, 18. Juni. 3pCt. Stocks 91⅞, ¾. — 5pCt. Span. 17. — Neue 3pCt. 34⅛, 34, 34⅜. — 4pCt. Port. 27⅞. — 2½pCt. Holl. 50⅝.

Paris, 19. Juni. Staab der Rente: 5pCt. 87. 50. — 3pCt. 54. 50. — Neapol. 81. — Neue 3pCt. Span. —. — Inn. Sch. —. — Bankactien 2380. — Bereinsbr. rechtes Ufer 205. — Linkes Ufer 180. — Paris-Orleans 860. — Paris-Rouen 555. — Orleans-Bordeaux 410. — Orleans-Bierzon 325. — Rouen-Havre 260. — Marseille-Avignon 200. — Straßburg-Basel 101. 25. — Nordbahn 436. 25. — Paris-Straßburg 365. — Röm. Anleihen 78. 77½. 77.

In Folge von Gewinnrealisationen ging die Rente heute etwas zurück.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matzen.

Die 24. ordentliche Generalversammlung findet statt:

Am 15. Juni 1907, abends 7 Uhr, im Saale des Restaurants „Zum Bürgerhof“ in Bern.

Bern, den 27. April 1907.

Der Verwaltungsrat.

Tagesordnung:

1. Bericht des Verwaltungsrates über das Geschäftsjahr 1906 und Vorlage der Jahresrechnung pro 1906 und der Bilanz per 31. Dezember 1906.
2. Bericht der Revisoren.
3. Genehmigung der Jahresrechnung und der Bilanz.
4. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
5. Entlastung des Verwaltungsrates.
6. Wahl des Verwaltungsrates.
7. Wahl der Revisoren.
8. Allfällige Anträge.

Die Jahresrechnung, die Bilanz, der Bericht der Revisoren und der Antrag des Verwaltungsrates betreffend Verwendung des Reingewinnes liegen vom 1. Juni an im Bureau der Gesellschaft zur Einsicht der Aktionäre auf.

Die Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien spätestens bis zum 10. Juni 1907 bei der Gesellschaftskasse oder bei einer der folgenden Stellen zu hinterlegen:

Bern	Schweizerische Kreditanstalt	Langnau	Emmentalische Bank
	Schweizerische Volksbank	Langenthal	Bank in Langenthal
	Berner Handelsbank	Lausanne	Banque Cantonale Vaudoise
	Bankverein		Banque Populaire Suisse
	Bank in Bern	Lenzburg	Bank in Lenzburg
	Spar- und Leihkasse	Luzern	Schweizerische Kreditanstalt
	Eidgenössische Bank		Luzerner Kantonalbank
	Banque Populaire Suisse	Neuchâtel	Banque Cantonale Neuchâteloise
Biel	Bank in Biel		Banque Populaire Suisse
	Banque Populaire Suisse	Olten	Bank in Olten
Burgdorf	Bank in Burgdorf	Porrentruy	Banque Populaire Suisse
Delsberg	Banque Populaire Suisse	Schaffhausen	Schaffhauser Bankverein
Fribourg	Banque Populaire Suisse	Solothurn	Solothurner Kantonalbank
Genève	Banque Populaire Suisse	Thun	Bank in Thun
Herzogenbuchsee	Bank in Herzogenbuchsee	Wangen a. A.	Bank in Wangen a. A.
Interlaken	Bank in Interlaken	Zofingen	Bank in Zofingen
Langenthal	Bank in Langenthal	Zürich	Schweizerische Kreditanstalt

Bern, den 27. April 1907.

Der Verwaltungsrat.

Schweizerische Kreditanstalt in Zürich.

Wir beehren uns, unsere Aktionäre zu der

ordentlichen Generalversammlung

auf Samstag, den 15. Juni 1907, vormittags 11 Uhr, im Saale des Restaurants zum Schützenhaus in Zürich einzuladen.

Traktanden:

1. Bericht des Verwaltungsrates über das Geschäftsjahr 1906 und Vorlage der Jahresrechnung pro 1906 und der Bilanz per 31. Dezember 1906.
2. Bericht der Revisoren.
3. Genehmigung der Jahresrechnung und der Bilanz.
4. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
5. Entlastung des Verwaltungsrates.
6. Wahl des Verwaltungsrates.
7. Wahl der Revisoren.
8. Allfällige Anträge.

Die Jahresrechnung, die Bilanz, der Bericht der Revisoren und der Antrag des Verwaltungsrates betreffend Verwendung des Reingewinnes liegen vom 1. Juni an im Bureau der Gesellschaft zur Einsicht der Aktionäre auf.

Die Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien spätestens bis zum 10. Juni 1907 bei der Gesellschaftskasse oder bei einer der folgenden Stellen zu hinterlegen:

Aarau	Bank in Aarau	Lausanne	Banque Cantonale Vaudoise
Basel	Basler Handelsbank		Banque Populaire Suisse
	Bankverein	Lenzburg	Bank in Lenzburg
	Bank in Basel	Luzern	Schweizerische Kreditanstalt
	Banque Populaire Suisse		Luzerner Kantonalbank
Bern	Schweizerische Kreditanstalt	Neuchâtel	Banque Cantonale Neuchâteloise
	Schweizerische Volksbank		Banque Populaire Suisse
	Berner Handelsbank	Olten	Bank in Olten
	Bankverein	Porrentruy	Banque Populaire Suisse
	Bank in Bern	Schaffhausen	Schaffhauser Bankverein
	Spar- und Leihkasse	Solothurn	Solothurner Kantonalbank
	Eidgenössische Bank	Thun	Bank in Thun
	Banque Populaire Suisse	Wangen a. A.	Bank in Wangen a. A.
Biel	Bank in Biel	Zofingen	Bank in Zofingen
Burgdorf	Bank in Burgdorf	Zürich	Schweizerische Kreditanstalt
Delsberg	Banque Populaire Suisse		Schweizerische Volksbank
Fribourg	Banque Populaire Suisse		Bankverein
Genève	Banque Populaire Suisse		Bank in Zürich
Herzogenbuchsee	Bank in Herzogenbuchsee		Spar- und Leihkasse
Interlaken	Bank in Interlaken		Eidgenössische Bank
Langenthal	Bank in Langenthal		Banque Populaire Suisse
Langnau	Emmentalische Bank		

Zürich, den 27. April 1907.

Der Verwaltungsrat.

Schweizerische Kreditanstalt in Zürich.

Wir beehren uns, unsere Aktionäre zu der

ordentlichen Generalversammlung

auf Samstag, den 15. Juni 1907, vormittags 11 Uhr, im Saale des Restaurants zum Schützenhaus in Zürich einzuladen.

Traktanden:

1. Bericht des Verwaltungsrates über das Geschäftsjahr 1906 und Vorlage der Jahresrechnung pro 1906 und der Bilanz per 31. Dezember 1906.
2. Bericht der Revisoren.
3. Genehmigung der Jahresrechnung und der Bilanz.
4. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
5. Entlastung des Verwaltungsrates.
6. Wahl des Verwaltungsrates.
7. Wahl der Revisoren.
8. Allfällige Anträge.

Die Jahresrechnung, die Bilanz, der Bericht der Revisoren und der Antrag des Verwaltungsrates betreffend Verwendung des Reingewinnes liegen vom 1. Juni an im Bureau der Gesellschaft zur Einsicht der Aktionäre auf.

Die Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien spätestens bis zum 10. Juni 1907 bei der Gesellschaftskasse oder bei einer der folgenden Stellen zu hinterlegen:

Aarau	Bank in Aarau	Lausanne	Banque Cantonale Vaudoise
Basel	Basler Handelsbank		Banque Populaire Suisse
	Bankverein	Lenzburg	Bank in Lenzburg
	Bank in Basel	Luzern	Schweizerische Kreditanstalt
	Banque Populaire Suisse		Luzerner Kantonalbank
Bern	Schweizerische Kreditanstalt	Neuchâtel	Banque Cantonale Neuchâteloise
	Schweizerische Volksbank		Banque Populaire Suisse
	Berner Handelsbank	Olten	Bank in Olten
	Bankverein	Porrentruy	Banque Populaire Suisse
	Bank in Bern	Schaffhausen	Schaffhauser Bankverein
	Spar- und Leihkasse	Solothurn	Solothurner Kantonalbank
	Eidgenössische Bank	Thun	Bank in Thun
	Banque Populaire Suisse	Wangen a. A.	Bank in Wangen a. A.
Biel	Bank in Biel	Zofingen	Bank in Zofingen
Burgdorf	Bank in Burgdorf	Zürich	Schweizerische Kreditanstalt
Delsberg	Banque Populaire Suisse		Schweizerische Volksbank
Fribourg	Banque Populaire Suisse		Bankverein
Genève	Banque Populaire Suisse		Bank in Zürich
Herzogenbuchsee	Bank in Herzogenbuchsee		Spar- und Leihkasse
Interlaken	Bank in Interlaken		Eidgenössische Bank
Langenthal	Bank in Langenthal		Banque Populaire Suisse
Langnau	Emmentalische Bank		

Zürich, den 27. April 1907.

Der Verwaltungsrat.

Einladung zur Zeichnung

von 4% Obligationen der Stadt Bern

Serie XXIII, Emission 1907, im Betrage von Fr. 2,000,000.

Die Obligationen sind in Abschnitten von Fr. 1000 und Fr. 500 ausgefertigt und lauten auf den Inhaber.

Sie werden zum Preise von 100 % rein

vom 1. bis 10. Mai 1907

bei folgenden Stellen zur Zeichnung aufgelegt:

Bern	Schweizerische Kreditanstalt
	Schweizerische Volksbank
	Berner Handelsbank
	Bankverein
	Bank in Bern
	Spar- und Leihkasse
	Eidgenössische Bank
	Banque Populaire Suisse
Biel	Bank in Biel
Burgdorf	Bank in Burgdorf
Delsberg	Banque Populaire Suisse
Fribourg	Banque Populaire Suisse
Genève	Banque Populaire Suisse
Herzogenbuchsee	Bank in Herzogenbuchsee
Interlaken	Bank in Interlaken
Langenthal	Bank in Langenthal
Langnau	Emmentalische Bank
Lausanne	Banque Cantonale Vaudoise
	Banque Populaire Suisse
Lenzburg	Bank in Lenzburg
Luzern	Schweizerische Kreditanstalt
	Luzerner Kantonalbank
Neuchâtel	Banque Cantonale Neuchâteloise
	Banque Populaire Suisse
Olten	Bank in Olten
Porrentruy	Banque Populaire Suisse
Schaffhausen	Schaffhauser Bankverein
Solothurn	Solothurner Kantonalbank
Thun	Bank in Thun
Wangen a. A.	Bank in Wangen a. A.
Zofingen	Bank in Zofingen
Zürich	Schweizerische Kreditanstalt
	Schweizerische Volksbank
	Bankverein
	Bank in Zürich
	Spar- und Leihkasse
	Eidgenössische Bank
	Banque Populaire Suisse

Bern, den 27. April 1907.

Der Verwaltungsrat.

№ 147. —— Freitag —— den 22. Juni —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bereiche von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Würzburg fl. 2. 29 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Postvereinsgebiets fl. 2. 20 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Für England und überseeische Länder: Loysel u. Comp., Nr. 64. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/6 Ellle) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Zuschriften für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitungsexpedition. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt solche an: G. L. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 64. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmid in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofbuchhändler C. Flores in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrseldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

☞* Die Centralgewalt und ihre Gegner.

(Dritter Artikel.)

Solcher maßlosen Beschuldigungen, als wir am Ende unseres zweiten Artikels aus der „Deutschen Zeitung" anführten, regnet es nun in derselben Nummer auf das Reichsministerium. Wäre auch nur der Versuch gemacht, diese Beschuldigungen zu beweisen, und irgend ein Scheingrund vorhanden, bei den Mitgliedern des jetzigen Reichsministeriums, unter denen kein einziger Oesterreicher ist, eine österreichische statt einer deutschen Gesinnung vorauszusetzen oder ihrer Politik andere Beweggründe unterzuschieben, als ihrer Vorgänger, nämlich als die Beweggründe, welche in ihrer politischen Ueberzeugung liegen: so möchte jeder gern Urtheil folgen, für welches er die größte Liebhaberei hätte; bloßen, aus leidenschaftlicher Eingenommenheit für die eigene Ansicht hervorgehenden Verdächtigungen wollten wir aber um so weniger Stillschweigen entgegensetzen, je mehr sie durch Wiederholung wirken sollen. Die Vorliebe für die Verfassung vom 28. März sei noch so groß, sei, wollen wir annehmen, noch so gerechtfertigt oder entschuldigt, muß es doch an dieser mit gelegen haben, daß sie unausgeführt geblieben ist. Wenigstens war sie, wie sie war, einer der beiden Parteien recht, welche sich zu ihrer Vollendung in der Paulskirche die feindlichen Hände gereicht, und deren jede über die andere schon in nächster Zukunft den Vortheil davon zu tragen hoffte und das Vaterland durch eine Abänderung der Verfassung in ihrem Sinn neuen Erschütterungen auszusetzen dachte. Die „Disch. Zeitung" wiederholt ja noch in der von uns beachteten Nummer: „Die Mängel der Verfassung vom 28. März hätten auf dem ersten Reichstage verbessert werden können." Indessen, wollten wir von Allem diesem auch absehen, so müßte man jedesfalls zugeben, daß das gegenwärtige Reichsministerium nicht dafür verantwortlich zu machen sei, daß das vorige abtrat, weil es die preußische Regierung nicht zur Annahme der von ihm überzeugungsvoll gehegten Verfassung bewegen konnte. Wie nun die „D. Z." sagen könne: „Das jetzige Reichsministerium biete zu keinem Mittel, einen deutschen Bundesstaat zu bilden, die Hand, sondern suche im Gegentheil allen Weg, der dahin führen könnte, so viel an ihm sei, zu versperren", dies dürfte wohl nur ein blinder Anhänger der „Deutschen Zeitung" — wenn wirklich ein solcher denkbar wäre — begreiflich finden. Denn sie heißt es ja selbst unzweideutig gut, daß das Reichsministerium nicht zu dem Mittel, einen deutschen Bundesstaat zu gründen, die Hand bietet, welches sich in dem Stuttgarter Rumpfparlament aufgethan hat, so wie daß es den Weg nicht billigt, welchen Baden und die Pfalz dazu einschlagen. Dem von Preußen, Sachsen und Hannover geschlossenen Bündniß und dem sich daran knüpfenden Mittel und Versuch, einen deutschen Bundesstaat zu gründen, hat sich das Reichsministerium nicht widersetzt und brauchte sich ihm nicht zu widersetzen, da jenes sich ausdrücklich innerhalb der Grenzen des in der Centralgewalt fortbestehenden deutschen Bundes halten will. Wenn der von den drei Regierungen angebahnte Weg zu einem von Allen ersehnten Ziele führen kann, so wird Niemand mehr als Reichsverweser und Reichsminister ihn segnen; wäre die Centralgewalt aber schon vor diesem bloßen Bündnisse, vor dem bloßen Mittel zum Zweck, gewichen, so wäre dadurch der deutsche Bund in thatsächlich aufgehoben und somit dem Bündnisse der drei Regierungen der Rechtsboden entzogen worden, auf welchen sie sich selbst gestellt haben. Die Centralgewalt besteht durch die Anerkennung aller Regierungen. Würde dieselbe vom Reichsverweser einem Fürsten übertragen, der dazu nicht die Bestimmung aller Regierungen erhielte, der bis jetzt nur die Bestimmung weniger hätte, so würde die deutsche Einheit, wie sie, ob auch noch so unvollkommen, thatsächlich fortbesteht, einem Projecte zu Grab aufgehoben werden, gegen welches die „Deutsche Zeitung" so viele und so große Einwendungen erhebt, daß sie dasselbe in seinem Wahlgesetz noch vor Berufung des darin vorgeschlagenen Reichstages abgeändert wissen will, ja daß sie so weit geht, „nicht die mindeste Bürgschaft" dafür zu erkennen, „daß bei dem Vorschlage der drei Regierungen auch nur der Wille einer Verwirklichung vorhanden sei."

Wir müssen glauben, daß ein Blatt, welches so wahrhaft planlos hin und her redet, selbst nicht wisse, was es wolle, und einer praktischen Ansicht gar nicht fähig sei. Es sagt gegen das Ende seines Leitartikels: „Wir legen daher für die Hoffnung auf einen deutschen Bundesstaat das Hauptgewicht nicht auf den Entwurf vom 28. Mai, sondern auf die möglichst zu beschleunigende Berufung eines Reichstages, welchem der Entwurf zur Berathung und Zustimmung vorgelegt werde." Will es sich denn des Entwurfes nur bedient wissen, um durch ihn einen Reichstag zu erlangen, der sich, ähnlich wie der Frankfurter, welcher die Verfassung verwarf, zu keiner Berücksichtigung des ihm „zur Berathung und Zustimmung" vorgelegten Entwurfes verbunden erachte und dem dies mit Hilfe vielleicht der dann fortgeschrittenen Revolution besser gelinge? Wenigstens wissen wir keinen andern Sinn zu finden in den angeführten Worten, welche uns nochmals in folgender Fassung in demselben Artikel begegnen: „Wir glauben durch diese Ausführung dargethan zu haben, daß die Empfehlung des preußischen Entwurfs zur Annahme und die Begeisterung für das octroyirte Wahlgesetz nicht hinreichen, um die Zweifel zu lösen, welche dem Zustandekommen des deutschen Bundesstaates auf diesem Wege entgegenstehen. Dazu gehört vielmehr die Herstellung einer Grundlage, welche dem Recht und der Sitte entspricht, nämlich ein gesetzliches Organ der Nation durch den Reichstag." Wenn auch nicht dem Rechte, so würde doch der Sitte schon ein neues Vorparlament entsprechen, und da sich der beleuchtete Leitartikel am Schluß in einer mit Rücksicht auf die Oberen beschiedeneren Sprache als ein „Programm für Gotha" verkündet, so könnte ja Gotha vielleicht noch passender als der Berliner Entwurf zur „Herstellung" der angegebenen „Grundlage" dienen.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 20. Juni. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt kam zur Behandlung: 1) Austrittsanzeige von Bürgermeister Müller. 2) Vortrag des Senats, die auf etwa 73,000 fl. sich belaufenden Kosten betreffend, welche durch den Ausmarsch des hiesigen Contingents nach Schleswig-Holstein veranlaßt worden sind. An die Budgetcommission. 3) Bitte des Bürgers C. Roth in Hausen, die Verweigerung der Annahme eines Stimmzettels bei den Ergänzungswahlen am 8. Juni betreffend. An den Petitionsausschuß. 4) Der Petition des Herrn Bachmann-Corbett über angeblich übele Behandlung der badischen Kriegsgefangenen wird die begehrte Dringlichkeit nicht zuerkannt, dagegen 5) einem Antrage von Dr. Reinganum: die Versammlung wolle den Senat ersuchen, dafür zu sorgen, daß badische Gefangene, welche auf das Gebiet von Frankfurt gebracht werden, eine solche Behandlung erfahren, welche nach dem Völkerrechte Kriegsgefangenen gebührt. Dr. Jucho stellt den Abänderungsantrag, daß diese Behandlungsweise nicht bloß auf die badischen Gefangenen beschränkt, sondern auf alle Kriegsgefangenen ausgedehnt werde. Dies führte zu einer heftigen Debatte zwischen Lindheimer, Dr. Mappes, Bürgermeister Cöster, Dr. Reinganum, Dr. Binding, Dr. Schwarzschild und Herwig. Der Antrag von Dr. Jucho wird in namentlicher Abstimmung mit 56 gegen 38 Stimmen verworfen, dagegen der von Dr. Reinganum angenommen. Wegen der Aufregung mußte die Sitzung einige Zeit unterbrochen werden. Von beiden Seiten werden Erklärungen zu Protocoll gegeben. Bei Wiederaufnahme der Sitzung wird 6) die Berathung des Gesetzentwurfes über das Strafverfahren fortgesetzt, und zwar zuerst mit Anträgen der Commission über zurückgewiesene Artikel. Art. 6 über Besetzung des Appellationsgerichts. Art. 10 wird so abgefaßt: Das Appellationsgericht wählt zu Anfang eines jeden Jahres, für die Dauer desselben, aus seiner Mitte die Mitglieder dieser Abtheilungen und den Präsidenten der ersten Abtheilung sowie den Präsidenten der zweiten Abtheilung, letztere in ihrer Eigenschaft als Berufungseinstanz von dem Zuchtpolizeigericht. Der Assisenhof ernennt für jede Assisen den Präsidenten aus seiner Mitte. Art. 118 erhält folgende Fassung: Die Berufung (von Urtheilen des Zuchtpolizeigerichts) muß bei Vermeidung der Erlöschung unter Angabe der Beschwerden innerhalb zehn Tagen nach ergangenem Urtheile entweder zu Protocoll oder mittelst einer Schrift auf der Kanzlei des Zuchtpolizeigerichts angezeigt werden. Der Gerichtsschreiber hat der Gegenpartei von der angezeigten Berufung Nachricht zu geben und innerhalb drei Tagen nach Empfang der Berufung die Akten dem Appellationsgericht einzusenden. In Art. 150 wird die Erlöschung der Ernennung eines Vertheidigers von Amtswegen an die Bedingung geknüpft: wenn der Angeklagte einen Vertheidiger erwählt und dieser die Wahl angenommen hat. Hierauf wird mit dem Entwurfe selbst fortgefahren. Zwölfter Abschnitt. Von den Geschworenen. 1) Bildung der kleinen Liste. Art. 169. Zweiter Satz: „Unter gleichem Rechtsnachtheil sind unfähig zu Geschworenen erwählt zu werden: 1) alle Personen, welche wegen anderer als Preß- und politischen Vergehen von den Assisen verurtheilt worden sind; 2) diejenigen, welche wegen Diebstahls, Betrugs, Fälschung, Unterschlagung, Zinswuchers, Verletzung der Sittlichkeit, Bettelns oder Landstreicherei von dem Zuchtpolizeigerichte verurtheilt worden sind; 3) diejenigen, welche sich wegen eines Vergehens oder Verbrechens in Anklagezustand befinden; 4) gerichtlich erklärte Falliten, so lange sie ihre Gläubiger nicht vollständig befriedigt haben, und 5) Personen, welche unter gerichtlicher Pflegschaft stehen." Angenommen, ebenso die Art. 170 bis 176. 2) Bildung der kleinen Liste. Art. 177. „Zur Aburtheilung über eine Anklage sind bei Vermeidung der Nichtigkeit 12 Geschworne nothwendig." Angenommen. Bei Art. 178, welcher für die kleine Liste 48 aus der Gesammtzahl gezogenen Geschworene vorschreibt, aus denen die kleine Liste gebildet und aus welchen die 12 durch das Loos gezogen werden, will Dr. A. Friedleben nur 18 zulassen, was aber nach einigen Bemerkungen von Dr. Manhayn und Dr. Supf abgelehnt wird. Dr. Reinganum beantragt die Aufnahme einer Bestimmung, daß diejenigen, welche in einem Jahre zu Geschwornen gewählt worden, in dem darauffolgenden nicht wieder wählbar seien, damit die Bürde des Geschwornenamtes nicht immer auf den gleichen Personen laste. An den Ausschuß zur Begutachtung. Art. 179 bis 181 angenommen. 3) Bildung des Schwurgerichtes. Art. 182 angenommen. Art. 183 schreibt vor, daß ein Geschworner, welcher auf Vorladung nicht erscheine, das erstemal mit 100 fl., das zweitemal mit 200 fl., das drittemal mit 300 fl. Geldbuße belegt, und in letzterm Fall auch noch die Unfähigkeit, ferner das Amt eines Geschwornen zu bekleiden, ausgesprochen werden könne. Gegen diese letztere Bestimmung spricht sich Dr. Supf aus, der Artikel wird aber auf die Gegenbemerkungen von Dr. Reinganum und Dr. Rugler unverändert angenommen, ebenso Art. 184 und 185. Bei Art. 186 will Dr. A. Friedleben dem Staatsanwalt das Recht entzogen wissen, Geschworne zu recusiren, nur dem Angeklagten soll es allein zustehen. In der Debatte sprachen sich meistens gegen diesen Antrag aus Dr. Neukirch, Dr. Supf, Dr. Manhayn, Dr. Rugler, Dr. Mappes und Dr. Reinganum. Er blieb ohne Unterstützung. Art. 187. „Vormann der Geschwornen ist derjenige, welcher zuerst durch das Loos zum Geschwornen bestimmt worden ist. Es steht jedoch den Geschwornen frei, in ihrem Berathungszimmer aus ihrer Mitte einen andern Vormann zu wählen." Dieses letztere Recht will Dr. Supf den Geschwornen nicht einräumen, Dr. Manhayn, Dr. Reinganum, Dr. Mappes und Dr. Rugler erläutern aber diese Bestimmung näher, welche folgendermaßen redigirt und angenommen wird: „Nach ihrem Eintritt in das Berathungszimmer haben die Geschwornen einen definitiven Vormann in geheimer Abstimmung zu wählen." Art. 188 angenommen. Bei Art. 189 schlägt der Berichterstatter Dr. Manhayn folgende Fassung vor: „Die Ablehnungen, welche dem Angeklagten und dem Oberstaatsanwalt zustehen, hören auf, sobald in der Urne nur noch so viele Namen übrig sind, als zur Vervollständigung der zwölf Geschwornen nothwendig." Art. 190 bis 195, angenommen. Dreizehnter Abschnitt. Von den Assisen. 1) Amtsverrichtungen des Präsidenten. Art. 196 bis 201 angenommen. 2) Von der Untersuchung und Vertheidigung. Art. 202 bis 206 angenommen. Bei Art. 207 wird im letzten Satze das Wort „immer" eingeschaltet, so daß er nun lautet: „Nur die Verkündigung des Endurtheils, sowie die Freisprechung durch den Präsidenten muß „immer" öffentlich geschehen." Art. 208 bis 220 angenommen. Art. 221 will Dr. Jung hinsichtlich des Rechts der Fragestellung an die Zeugen den Oberstaatsanwalt in die gleiche Kategorie stellen, wie den Angeklagten und seinen Vertheidiger. Auf eine Erörterung zwischen dem Antragsteller und Dr. Supf, und Dr. Goldschmidt und Dr. Manhayn wird der Artikel unverändert angenommen. Art. 222 bis 240 werden mit einer Redactionsverbesserung bei 231 genehmigt. 3) Von der Berathung und dem Ausspruche des Schwurgerichts. Art. 241 bis 256 angenommen. Art 257 lautet in ersten Satze: „Jeder Ausspruch, der zum Nachtheil des Angeklagten gereicht, erfordert eine Mehrheit von mehr als sieben Stimmen." Angenommen; ebenso Art. 258 bis 263. 4) Entscheidung des Assisenhofes. Art. 264 bis 282 angenommen. Nächste Sitzung Freitag, den 22. Juni.

Wien, 17. Juni. Fürst Paskewitsch sollte gestern bereits in Dulla eingetroffen sein, um sich ins russische Hauptquartier zu begeben. Der als k. Commissär delegirte Graf Franz Jichy war demselben aus Preßburg entgegengereist. Sogleich nach dem Eintreffen des russischen Feldmarschalls beginnen die Operationen der vereinigten Armeen gegen das ungarische Insurgentenheer mit allem Nachdruck. — Die Cholera hat zwar seit ein paar Tagen in Preßburg etwas nachgelassen, allein in der Umgegend und vorzüglich unter dem Militär wüthet sie noch mit großer Intensität und rafft zahlreiche Opfer dahin. — Fürst Edmund Schwarzenberg, Brigadier in Oedenburg, beendet sich von seinem Schlaganfall etwas besser. (A. Z.)

Nach der Erzählung eines verläßlichen militärischen Augenzeugen hat der Feldzeugmeister und Ban Baron Jellachich in der Nacht vor dem 12. Juni den in den Verschanzungen von Neusatz stehenden Feind mit drei kleinen Infanteriecolonnen auf eben so vielen Punkten angreifen lassen. Die

Magyaren wurden damit zur Verlassung dieser Befestigungen gezwungen, in denen sie dem Sieger 50 Gefangene und 5 Geschütze überlassen mußten; sie behaupteten jedoch den Brückenkopf. Um 6 Uhr früh am 12. Juni wurde sodann Neusatz aus den Geschützen Peterwardeins so heftig beschossen, daß am Nachmittage ein großer Theil dieser wohlhabenden Stadt in Flammen stand.

Die Banalverwaltung für Essegg aus dem Verőczer Comitat bringt Folgendes unterm 12. d. M. zur Kenntniß:

Diesen Augenblick erhielt die Militärcommandantur von Essegg die dienstliche Anzeige, daß der tapfere Major Stoluca, Befehlshaber von Silos, die Baranyer und Somogyer Rebellen, an der Zahl 8000 Mann, vorgestern mit den tapferen Soldaten des St. Georger Grenzregiments und der Banderialisten angegriffen und zerstreut habe. Das Dorf Toronj, in welchem auf unsere Truppen geschossen wurde, wurde angezündet. Mehrere Rebellen wurden standrechtlich hingerichtet. (Wien. Z.)

Die Berliner „Nationalzeitung" will aus Handelsbriefen, speciell einem Briefe des Hauses Arnstein und Eskeles, die Nachrichten von einer totalen Niederlage der Kaiserlichen erhalten haben. „Endlich — sagt dieses Blatt — soll die langerwartete Hauptschlacht zwischen den Ungarn und der vereinten russisch-österreichischen Armee geschlagen sein. Sie fand am linken Donauufer in der Ebene, welche sich von Karlsburg über Wieselburg bis Raab erstreckt, am 14. und 15. d. M. statt. Sie dauerte 61 Stunden (also müssen die beiden Tage des 14. und 15. in Ungarn länger gewesen sein als andern Orts) ununterbrochen fort; 23,000 Oesterreicher und Russen sowie 8000 Ungarn deckten todt das Schlachtfeld; die österreichisch-russische Armee löste sich in wilde Flucht auf und wurde von zahllosen Husaren- und Csikosenschwärmen bis weit über die Grenze verfolgt und niedergemetzelt. Auf Seite der Ungarn commandirte Arthur Görgey und Guyon; auf Seiten der Kaiserlichen Haynau und Rüdiger. F.M.L. Schlick nebst 8 andern hohen Generalen sind gefallen." — Schon die ganze Fassung dieser Nachricht läßt dieselbe, wenn nicht als ganz mythisch, so doch als ungeheuer übertrieben erkennen. Noch mehr aber steigert sich die Unwahrscheinlichkeit, wenn man die innern Widersprüche ins Auge faßt. Einmal setzt ein Verlust von 23,000 Todten auf dem Schlachtfeld mindestens einen doppelten Verlust an Verwundeten, also jedenfalls ein Heer von einer halben Million Streitern voraus; nun weiß man aber, daß das ganze österreichisch-russische Heer in Ungarn nicht so viel Kampffähige zählt und seiner Hauptmasse nach zwischen der Donau und den Karpathen steht; es ist also völlig unmöglich, daß auf dem rechten Donauufer eine Streitmacht sich befindet, welche auch nur annähernd einen solchen Verlust erleiden könnte. Dann aber wäre eine Schlacht von solcher Bedeutung gar nicht zu verheimlichen; dies müßte aber geschehen sein, da die Wiener Berichte vom 16. und 17. Juni nichts davon melden. Jedenfalls ist die ganze Nachricht nichts als eine ins Ungeheure übertriebene Erweiterung der Schlappe, welche die Brigade Wyß, vom Schlick'schen Armeecorps, am 13. Juni erlitten hat, die, selbst wenn wir annehmen, daß sie geringfügiger dargestellt worden, als sie in der That sein mag, doch noch lange nicht als eine totale Niederlage selbst nur eines Armeecorps sich herausstellen kann.

Die „Bucharester Zeitung" berichtet, daß neuerdings in Kronstadt zwei sächsische Pfarrer von den magyarischen Proconsuln hingerichtet worden seien. — Die Operationen gegen Siebenbürgen von der Bukowina aus sollen nach einem Bericht im „Oesterr. Corresp." aus Czernowitz vom 10. Juni noch im Laufe dieses Monats beginnen. Ein Corps von 12,000 Russen war deßhalb von Czernowitz aufgebrochen und sollte am 17. Juni in Dorna eintreffen. Die Wahl Ghika's zum Fürsten der Moldau, schreibt derselbe Berichterstatter, sei mit großer Befriedigung vernommen worden. Ghika war Finanzminister unter Steurdza, legte aber sein Portefeuille wegen der Willkür des Fürsten in Behandlung der Finanzen nieder.

** **Berlin**, 19. Juni. Seit Wochen ist auf dem dänisch-deutschen Kriegsschauplatz kein Schritt von den Reichstruppen vorwärts gethan. Fridericia wird freilich belagert, aber soeben melden Hamburger Blätter, daß die Beschießung der dänischen Festung für einstweilen eingestellt sei. Seit Wochen ist in der „Hamburger Börsenhalle" in den Kopenhagener Berichten Tag für Tag mit Fettschrift gedruckt zu lesen: „Bei Aarhuus war auch heute die Stellung der Preußen unverändert." Der General Rye, dessen ganze Heeresmacht die Preußen hätten abschneiden können, hat General v. Prittwitz entkommen lassen und zum Dank dafür rasaunen nunmehr die dänischen Blätter von dem Muth, der Energie, der Ausdauer ꝛc. des Oberbefehlshabers ihrer Kriegsmacht in Jütland; 70 und einige hundert sische Husaren sind durch Verrath in dänische Gefangenschaft gerathen, aber „bei Fridericia ist nach wie vor nichts vorgefallen," „bei Aarhuus war auch vorgestern, auch gestern, auch heute die Stellung unverändert, und wird es wohl auch morgen und übermorgen sein." ꝛc. Solche Zusammenstellungen und Betrachtungen machen die Mehrzahl der größeren deutschen Blätter die Köpfe schütteln und indem sie auf energische Fortführung des Kriegs und auf Abschluß eines ehrenvollen, allen Ansprüchen der Herzogthümer gerecht werdenden Friedens zugleich dringen, wird die Politik des preußischen Cabinets von allen Seiten wiederholt und scharf angegriffen. Kein Wunder, wenn die ministeriellen Organe alle Hände voll zu thun haben, sich zu wehren und zu rechtfertigen. Die „D. Z." und die „Constitutionelle Correspondenz" thun in diesem Betreff das Ihrige; die neuesten Nummern der ersteren suchen die öffentliche Meinung zu verständigen und die letztere bringt zu gleichem Zweck heute einen langen Artikel gleicher Bestimmung, den wir nachstehend folgen lassen:

Alle Correspondenzen beschäftigen sich mit dem gegenwärtigen Stande der dänischen Frage. Nach einigen soll der Frieden bereits abgeschlossen sein. Es wird nicht nöthig sein, diese Behauptung als eine durchaus voreilige zu bezeichnen. Andere greifen die Basis an, auf welcher die Friedensverhandlungen geführt werden, wenn diese Basis keine andere sein sollte, als die Selbstständigkeit der Herzogthümer Schleswig. Die „Deutsche Zeitung" nimmt in dem Leitartikel ihrer neuesten Nummer sogar keinen Anstand zu behaupten, diese sogenannte Selbstständigkeit Schleswigs sei ein völliger Unsinn. Man braucht glücklicherweise mit der „Deutschen Zeitung" nicht über den Begriff „Unsinn" zu rechten, da es bekanntlich diesem Journale schon einige Male begegnet ist, Sachen anfänglich für Unsinn zu erklären, in denen sie nach dem Umschwunge der öffentlichen Dinge später sehr wohl einen richtigen Sinn hat erkennen können. Aehnlich könnte es ihr in Betreff der deutschen Friedensfrage ergehen, von welcher wir wenigstens einen günstigen Ausgang nicht anders, als auf den Grund einer solchen Selbstständigkeitserklärung Schleswigs erwarten. Es mag sein, daß es kriegerischen Gemüthern in Deutschland eine größere Befriedigung gewähren möchte, Schleswigs völlige Lostrennung von Dänemark und wo möglich seine Einverleibung in den deutschen Bund ausgesprochen zu sehen; allein das hieße Dänemark mit der Sprache des Siegers die Bedingungen des Friedens vorschreiben, und in solcher Position befindet sich Deutschland im gegenwärtigen Augenblicke Dänemark gegenüber noch nicht. Auch muß man so viel Einsicht in die Lage des europäischen Staatensystems haben, um zu begreifen, daß an der Erhaltung des dänischen Staats in seiner Integrität den Großmächten sehr gelegen ist, und daher deren Einwilligung in eine Zerstückung Dänemarks niemals zu erwarten steht. Dieser Einwand steht auch der von andern Seiten vorgeschlagenen Theilung Schleswigs nach Sprache und Stammverschiedenheit entgegen, abgesehen davon, daß die Demarcationslinie hierfür sehr schwer zu finden sein würde, da die Städte durch ganz Schleswig wesentlich eine deutsche Bevölkerung haben, und diese daher in jedem Falle geneigt sein würden, mit einander in gemeinsamer Verwaltung und Gesetzgebung zu verbleiben. Wenn dagegen die Selbstständigkeit Schleswigs ausgesprochen wird, so scheint damit den beiderseitigen Anforderungen noch am ersten Genüge geleistet, denn dadurch ist so wenig die unbedingte Trennung Schleswigs von Holstein ausgesprochen, daß es vielmehr der künftigen Selbstständigkeit Schleswigs vorbehalten bleibt, neue Gemeinschaften mit Holstein zu knüpfen und bisherige zu erhalten, während auf der andern Seite Dänemark dadurch nicht genöthigt wird, auf sein bisheriges wohlbegründetes Recht in Schleswig ganz zu Gunsten der holsteinischen Forderungen zu verzichten. Friedensunterhandlungen, wenn nicht ein Theil der besiegte ist, bringen es, soll man sich davon einen Erfolg versprechen, einmal mit sich, daß beide Theile von ihren ursprünglichen Forderungen etwas nachlassen, und es kann auf keinen günstigen Ausgang gerechnet werden, wenn man lediglich eine „Ehre Deutschlands" dabei im Auge hat, welche nicht anders als mit der „Unehre" Dänemarks soll gerettet werden können.

Halle, 15. Juni. In diesen Tagen sind hier einige Urtheile zur Publication gelangt, welche in zweiter Instanz von dem Appellationsgerichte zu Naumburg über mehrere bei den Bewegungen des vergangenen Octobers und Novembers Betheiligte gefällt worden sind. Dem Weinhändler Rawald, einer der Hauptanführer der hiesigen weiland republikanischen Partei, der in erster Instanz zu sechs Jahr Festung verurtheilt worden war, ist dieses Urtheil bestätigt worden; eben so dem Prediger Giese, der wegen eines aufrührerischen Gedichtes zu dreiteljähriger Festungsstrafe condemnirt ist. Dagegen ist der sonstige Drucker und Verleger der „Hallischen demokratischen Zeitung", Buchhändler Schmidt, so wie der Factor Ebner, welche in erster Instanz zu einjähriger resp. halbjähriger Festungshaft verurtheilt waren, jetzt freigesprochen worden. Die Unternehmer der „Hallischen demokratischen Zeitung" zeigen an, daß nach Verhaftung ihres neunten Redacteurs es ihnen für die Zukunft unmöglich geworden sei, das bisher noch ausgegebene Beiblatt „Der Wächter an der Saale" ferner zu liefern. Die Abonnenten werden für ihren herben Verlust durch ein demokratisches Tableau entschädigt werden. — Die Cholera nimmt mit jedem Tage in der Stadt mehr ab. Nur auf dem Lande scheint sie jetzt eher noch im Steigen, als im Fallen begriffen zu sein. (D. Ref.)

Breslau, 18. Juni. Gestern Abend ist der Kaiser von Rußland mit dem regelmäßigen Dampfzuge nach Lowicz zurückgereist, um sich demnächst baldigst nach Kalisch zu begeben. Dorthin ist auch der Generallieutenant v. Lindheim von hier abgereist. (Br. Z.)

Düsseldorf, 18. Juni. Gestern und heute kamen wiederholt große Munitionscolonnen hier an, so heute im Ganzen 53 Wagen in 2 Colonnen. Sie werden morgen nach dem Oberlande weiter marschiren. Die Thore sind seit einigen Tagen nicht mehr militärisch besetzt, ebenso die Rheinbrücke, so daß man äußerlich nichts mehr vom Belagerungszustande bemerkt. (K. Z.)

Köln, 19. Juni. Gestern Abend kam der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz mit dem Dampfboote von Düsseldorf hier an, um sich nach Baden zu begeben, und nahm sein Absteigequartier im „Königlichen Hofe". Auch der Prinz Eduard von Sachsen ist hier eingetroffen, um gleichfalls nach Baden zu gehen.

Koblenz, 19. Juni. Am gestrigen Abend beging das hiesige Offizierscorps im Militärcasino die Jahresfeier der Schlacht bei Waterloo, wobei es denn sehr rauschend zugegangen sein soll, als plötzlich Nachts zwischen 12 und 1 Uhr die Nachbarn dieses Casinogebäudes durch ein anhaltendes furchtbares Geschrei nach „Hilfe! Patrouille und Wache!" aus dem Schlafe geweckt und an die Fenster gerufen wurden. In der Dunkelheit der Nacht konnte man denn namentlich durch den Dialekt unterscheiden, daß Offiziere in einem heftigen Streit verwickelt waren. Das Gekirr der auffahrenden Säbelklingen und die darunter ausgestoßenen Verwünschungen und Klagen ließen auf einen argen Kampf schließen. Heute Morgen erfährt man, daß ein hiesiger junger Mann, der früher in Heidelberg Student war, beim Nachhausegehen in der Nähe des Militärcasinos mit mehreren auf der Straße stehenden Offizieren einen Zusammenstoß gehabt, wobei er von einem Säbel, den er bei sich führte, Gebrauch gemacht und die Offiziere solches mit ihren Degen erwidert hatten. Der junge Civilist, welcher nur noch einen oder zwei unbewaffnete Begleiter bei sich hatte, wurde zuletzt schwer verwundet und mit Fußtritten gemißhandelt nach der Hauptwache, von da gegen Morgen jedoch auf einem Sopha nach seiner Wohnung gebracht, indem man mit der nächsten Stunde seinem Ende entgegensieht. Auch drei Offiziere sind schwer verwundet, einem mehrere Finger abgehauen. Die nächste Veranlassung zu diesem unglücklichen Zusammentreffen wird je nach dem Stand der Parteien verschieden erzählt und die Untersuchung wird vielleicht erst nähere Auskunft darüber geben. — Die Rüstungen hierselbst werden aufs thätigste fortbetrieben; die Trainspferde und Mannschaften für das 7. Ulanen-, 4. Dragoner- und 28. Infanterieregiment kamen gestern unter starker Bedeckung hier durch. Die Einberufung der Landwehrcavallerie ist schon theilweise erfolgt. Daß das Simmersche Landwehrfüsilierbataillon vom 29. Regiment hier eingetroffen ist und nach Empfang der Gewehre aus dem hiesigen Arsenale nach dem Oberlande marschiren wird, werden Sie bereits wissen.

Trier, 19. Juni. Nachdem die Operationen in den insurgirten süddeutschen Landen von Seiten Preußens und der Centralgewalt begonnen haben, ist es stiller bei uns geworden. Der vor wenigen Tagen noch so lebhafte Courierwechsel und die häufigen Truppenbewegungen haben aufgehört, und mit gespannter Erwartung harren wir der Nachrichten vom Kriegsschauplatze. Gerüchte mancherlei und mitunter der abenteuerlichsten Art durchkreuzen die Stadt. Bei alle dem glaubt man hier nicht daran, daß es auf die Dauer möglich sein wird, einen erfolgreichen Widerstand im Süden zu leisten. Wir wissen zu gut, welche massenhaften Aufstellungen von gut eingeschulten und kriegstüchtigen Truppen bereit stehen, dem Aufstande mit gewaffneter Hand ein Ende zu machen, als daß große Hoffnungen möglich wären. Die mißglückte Demonstration des Berges in Paris hat sehr deprimirend in gewissen Kreisen hier gewirkt. Man hatte noch immer geglaubt, Frankreich werde den Aufstand im Süden subventioniren, allein die letzten Ereignisse haben die Grundlosigkeit dieser Ansichten auf das Evidenteste herausgestellt. So lange Frankreich nicht durch eine Revolution die Ordnung der Dinge bei sich ändert, wird trotz aller brennenden Kriegslust des Heeres der gallische Hahn den Ruf zum Kampf wohl nicht ertönen lassen. Im Allgemeinen jedoch geben politisch tiefer Blickende auf den letzten Pariser Scandal Nichts und sind nur zufrieden, daß wenigstens kein Blut vergossen wurde. Wenn die dynastische Partei in Frankreich einen Succeß für sich darin erblickt, so irrt sie sich sehr. Sie wird sicher, wenn sie ernsthaft Hand an die republikanischen Institutionen legt, den energischsten Widerstand finden. — Eine Compagnie unseres 30. Landwehrregiments, die seit längerer Zeit in Saarlouis garnisonirte, ist gestern hierher zurückgekehrt und eine andere Compagnie dafür dorthin abgegangen. Die Heimgekehrten werden heute ihren bürgerlichen Verhältnissen wiedergegeben. — In der vorigen Woche hat sich ein Unteroffizier des 35. Regiments auf dem Heiligkreuzberge bei Trier erschossen. Man sagt, er sei dazu veranlaßt worden durch die Aussicht auf Strafe wegen zu liberaler Aeußerungen seinen Cameraden gegenüber. — Die Nachricht, welche die „Trier'sche Ztg." aus Luxemburg von einer Gefechtsverwirrung des Obersten Wigleben brachte, scheint sich nicht zu bestätigen. Wir hören wenigstens, daß derselbe noch dieser Tage einen Besuch hier in der Stadt gemacht hat. — Krankheiten mit choleraartigem Charakter, wie sie an vielen Orten Deutschlands auftauchen, kennen wir in diesem Sommer nicht. Der Gesundheitszustand ist sehr günstig und der Glaube allgemein, daß wir auch bei einem weitern Vordringen der Cholera hier verschont bleiben. Die Lage der Stadt ist sehr gesund und die Temperatur in dem engen Thal fortwährend lebhaft.

München, 19. Juni. Major Cronenbold vom 4. Infanterieregiment (Seckendorff), der bekanntlich bei der Einnahme der Düppeler Schanzen verwundet worden war, hat sich wieder zum Dienst gemeldet und die Commandantschaft Landsberg übernommen.

Heute Morgen fand zu Ehren des hier anwesenden hohen Gastes, des Erzherzogs Ferdinand von Oesterreich kaiserl. Hoheit, große Musterung der sämmtlichen Garnison aller Waffengattungen unserer Haupt- und Residenzstadt auf dem Marsfelde statt. JJ. MM. der König und die Königin, nebst der ganzen Generalität, wohnten den trefflich ausgeführten Manövern der in voller Feldausrüstung ausgerückten Truppen bei.

Aus dem Staatsministerium des Innern erschien folgender Erlaß in Betreff der königl. Beamten in der Pfalz an die einzelnen Regierungspräsidenten Bayerns: „Es ist unumgänglich nothwendig, daß die zum Theil dem Drange der Verhältnisse gewichenen königl. Beamten der Pfalz, so wie die Besetzung ihrer Aemtsitze durch die königl. Truppen erfolgt ist, an Ort und Stelle sich befinden, um ihre ununterbrochene Thätigkeit sogleich wieder aufzunehmen und den unter den obwaltenden Verhältnissen erhöhten Ansprüchen des Dienstes zu genügen. Das königl. Regierungspräsidium wird daher beauftragt, allen etwa in seinem Regierungsbezirke befindlichen königl. Beamten der innern Verwaltung der Pfalz die specielle Aufforderung zugehen zu lassen, sich unverzüglich in das Hauptquartier des commandirenden Generals des westfränkischen Armeecorps Fürsten von Thurn und Taxis zu begeben, um sofort zum Wiedereginne ihrer Thätigkeit bereit zu sein . . ." Den beiden Regierungsdirectoren in der Pfalz, W. Bettinger und M. A. Mark, hat der König das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone, und dem Kreiscontroleur im genannten Regierungsbezirk, Ph. Bender, das Ritterkreuz des Verdienstordens vom heiligen Michael verliehen. Heute Abend ist General Von der Mark wieder hier eingetroffen. (A. Z.)

In **Regensburg** ist am 18., Mittags 11 Uhr, das Theater, die Bibliothek der Harmonie und der große Ballsaal niedergebrannt!

Aus der bayerischen Pfalz, 19. Juni. Nachdem Oggersheim und die umliegende Gegend seit 2 Tagen von unser Einquartierung befreit war, zieht heute Vormittags wieder in Oggersheim eine Masse Truppen ein. Wohin sie sich wenden, wissen wir nicht, da alle Operationen geheim gehalten werden. Wahrscheinlich ist es, daß die Truppenmasse in Ludwigshafen concentrirt wird und dann den Angriff auf Mannheim beginnt, während auf badischer Seite vom Neckar her gegen die Stadt operirt wird. Durch Oggersheim zogen gestern preußische Kanoniere nach Landau, um dort schweres Geschütz zu holen, weil die Preußen in Ludwigshafen noch sehr wenig Geschütz besitzen. Da Mannheim eine gute strategische Lage von den beiden Flüssen gegeben ist, so scheint es, daß man dort mit aller Energie und mit allem kriegerischen Aufwande einschreiten will. (Mz. J.)

An die Einwohner **Ulms** ist ein Aufruf der Militär-, Civil- und Gemeindebehörden in Bezug auf die letzten Unruhen ergangen. Das freiwillige Bürgerwehrcorps wurde für aufgelöst erklärt; Fremde, welche in der Stadt keine Beschäftigung oder „kein ordentliches Unterkommen" haben, müssen die Stadt innerhalb 24 Stunden verlassen. Sollten die Unordnungen fortgesetzt werden, „so müßte zu unserm Bedauern unnachsichtlich der Belagerungszustand für Stadt und Land erklärt werden." Doch würde damit nicht die Entwaffnung der Bürgerwehr verbunden sein, die ihren guten Geist bewährt habe. Die Angabe unserer gestrigen Correspondenz, daß das eingerückte bayerische Militär gemeutert habe, scheint eine irrige zu sein.

Karlsruhe, 20. Juni. Die heutige „Karlsruher Zeitung" gibt über den „Rückzug der pfälzischen Armee" in ihrer Weise folgende Aufschlüsse. In Folge des Planes, welchen der General Mieroslawski für seine militärischen Operationen entworfen hat, ist die Pfalz aufgegeben worden, und hat sich das pfälzische Heer mit dem badischen vereinigt. Gestern kam ein Theil desselben, gegen 8000 Mann, größtentheils vortrefflich (!) bewaffnet und ausgerüstet und von dem besten Geist beseelt, hier durch; die Zahl der wenigen darunter befindlichen Sensenmänner mag eben 100—150 betragen. Ein anderer Theil der pfälzischen Truppen, ebenfalls einige tausend Mann stark, mit einigen zwanzig Geschützen, ist an diesseitigen Rheinufer aufgestellt, wohin auch die hier durchgekommenen bestimmt sind. Aus diesem Plan erklärt sich auch, warum dem Fortschreiten der Preußen in der Pfalz kein ernstlicher Widerstand bis auf einige Scharmützel, wovon eines bei Bellheim und eines im Annweiler Thal zu bemerken ist, entgegengesetzt wurde. Von dem Uebergang bei den Rhein schweigt die „Karlsruher Zeitung".

Heidelberg, 16. Juni. Unter diesem Datum ist von Seiten der provisorischen Regierung und des Obergenerals der badischen und rheinpfälzischen Armee dem Oberkriegscommissär Bürger Schlöffel der strengste Befehl und die unbedingteste Vollmacht gegeben worden, Alles für die Bewaffnung, Bekleidung, den Sold und Lebensunterhalt der badischen und rheinpfälzischen Truppen Erforderliche auf dem schnellsten Wege herbeizuschaffen. Die sich Weigernden sollen allsogleich dem Kriegsgericht übergeben werden.

Darmstadt, 18. Juni. Ungeachtet der in Nr. 126 der „Darmstädter Zeitung" gegebenen Versicherung der Richtigkeit der von dem „Frankfurter Journal" dem Herrn Geh. Rath Zimmermann vindicirten Autorschaft des hessischen Militärstrafgesetzbuchs, muß dennoch bei der in Nr. 42 der „Oberpostamts-Zeitung" gegebenen Berichtigung eben geblieben werden, nach welcher jenes Gesetzbuch nicht das Werk eines Einzelnen war, sondern aus den Entwürfen und Berathungen der hiefür niedergesetzten Commission hervorging. Wer die Tüchtigkeit jener drei diese Commission bildenden Männer kannte, wird es wohl begreiflich finden, daß sie jene so wichtige Arbeit allein ihrem Secretär überlassen haben sollten. Herrn Zimmermann's Arbeit beschränkte sich allein auf die Redaction; die Entwürfe, zum Theil noch in der Urschrift vorhanden, rühren von Lyncker, Schenck und Scriba her. Lynckers Antheil wurde übrigens auch schon in dem bei seinem Abgehen von der „Großh. hess. Zeitung" (Vorgängerin der Darmstädter Zeitung") veröffentlichten Necrologe anerkannt, ohne auch nur den mindesten Widerspruch zu finden.

Darmstadt, 21. Juni. Das Neckarcorps unter G.-L. Pencker ist gestern Morgens um 4 Uhr aus seinem Hauptquartier Zürich über Weschnitz, Hilsenrollingen, Hüttenthal und Heppenheim nach Beerfelden aufgebrochen, wo es um 1 Uhr Mittags anlangt; dies der Weg des eigentlichen Gros, während andere Abtheilungen zugleich wahrscheinlich durch das Finkenbacher und Schönauer Thal vorgeschoben wurden, wie uns dies ein anderer Brief andeutet. Der Hauptzweck der Operationen dieses linken Flügels scheint dahin gerichtet zu sein, Eberbach und badisch Zwingenberg zu nehmen, wovon das erstere sehr stark verbarrikadirt sein soll. Unser Correspondent, dessen Brief von Beerfelden gestern Abend 5 Uhr datirt ist, fügt in einer Nachschrift bei: Soeben hat der Angriff auf Eberbach und Zwingenberg begonnen.

Generallieutenant v. d. Gröben rückt zugleich von Weinheim und Heppenheim heute vorwärts und beginnt die Offensive.

Nachträglich vernehmen wir aus sicherer Quelle, daß von Seiten unseres Ministeriums den nach Stuttgart übergesiedelten fünf hessischen Abgeordneten zur ehemaligen Nationalversammlung durch Einzelreskripte angezeigt worden ist: wie man diesseits nicht gesonnen ist, durch weitere Diätenzahlungen zur Stärkung oder Anerkennung jener Versammlung beizutragen. Herr Vogt soll hierauf in seiner bekannten Weise geantwortet haben, daß er bei andauernder Weigerung sich die Zahlung auf dem Wege Rechtens zu erzwingen wissen werde!

Oldenburg, 18. Juni. Die Landtagswahlen sind beendet und soviel sich im Voraus beurtheilen läßt, werden beide politische Parteien der Zahl nach ziemlich gleich vertreten sein. Auf der linken stehen Mölling (jetzt noch bei der Nationalversammlung in Stuttgart), v. Thünen, Kiel, Bökel, Closter, Ritz, Claußen, v. Lindern, Nieborn, Lueron und andere zum Theil noch weniger bekannte Männer; die conservative Partei hat in Assessor v. Finck, Stadtdirector Wöbken und Auditor Klävemann neue Kräfte in die Schranken gestellt. Wichtig genug wird der Beruf unserer Vertreter sein und rasches Einschreiten gebietet das schwierige politische Verhältniß der verfassungstreuen deutschen Staaten und namentlich des durch seine geographische Lage mehr als andere bedrängten Großherzogthums Oldenburg, in dessen sehr verhängnißvolles Geschick die Staatsregierung ohne landständische Zustimmung nicht eingreifen zu wollen gemeint sein kann. Sollte nichtsdestoweniger, wie Einige glauben, die Eröffnung des Landtags noch nicht in naher Aussicht stehen, so werden dem Vernehmen nach die gewählten Abgeordneten zu einer vorläufigen Berathung über das, was zu thun Noth ist, zusammentreten; denn es muß Jedem klar sein, daß in dem Gewicht, welches die Ständekammern der Einzelstaaten einzulegen haben, die deutsche Nationalkraft jetzt im Wesentlichsten noch beruht. (W. Z.)

Hamburg, 17. Juni. Bevor in der gestrigen Sitzung der Constituante zur Tagesordnung, nämlich zur zweiten Lesung der Verfassung, geschritten wurde, verlas der Präsident den bewußten mit 2203 Unterschriften versehenen Protest der conservativen Partei gegen die vier Cardinalpunkte der Verfassung. Der Präsident resumirte, da dieser Protest nicht die Form einer Petition habe, so wäre nach der üblichen Geschäftsform eine Antwort darauf nicht erforderlich; eine einfache Empfangsbescheinigung wäre hinreichend. Der Abgeordnete Abendroth, der nach dem Präsidenten das Wort nahm, stellte den Antrag, diesen Protest an den Ehrengerichtshof für die Grundbestimmungen der Verfassung zur Berichterstattung zu verweisen, was aber von der Versammlung mit ²/₃ Majorität verworfen wurde. Hierauf wurden die ersten 16 Artikel der Verfassung, außer Artikel 1, wie sie in erster Lesung festgestellt waren, mit nur höchst unwesentlichen Modificationen in zweiter Lesung angenommen. Von Artikel 1, welcher lautet: Der Freistaat Hamburg bildet einen selbstständigen Einzelstaat des deutschen Reichs. Die Bestimmungen der Reichsverfassung, sowie die von den verfassungsmäßigen Gewalten des Reichs ausgehenden Gesetze und Anordnungen haben im hamburgischen Staate unbedingte Geltung, wurde nur der erste Theil angenommen; der zweite Theil wurde in Berücksichtigung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse Deutschlands ganz gestrichen. Wie wir hören, würden die Conservativen den vorgemeldeten Protest in der Montagssitzung in Form einer Petition einreichen. (D. Ref.)

Schweiz.

Bern, 18. Juni. In der 42. Sitzung des Nationalraths wurde das Gesuch des Hrn. Buß, Abgeordneten zur deutschen constituirenden Versammlung in Frankfurt, die Mittheilung einer Copie der sämmtlichen Actenstücke, die schweizerische Bundesverfassung betreffend, um nach deren Muster eine deutsche Reichsverfassung entwerfen zu können, ad acta gelegt.

△ **Basel**, 19. Juni. Seit vorgestern Abend befindet sich der bekannte Dr. Zitz von Mainz in unserer Stadt. Er logirt in einem Gasthause zweiten Ranges und scheint sehr niedergeschlagen. Man versichert, er habe seine Vorkehrungen zur Uebersiedelung nach Amerika längst getroffen, und erwarte jetzt nur die zur Reise erforderlichen Geldmittel, um dieselbe ohne Verzug anzutreten. Sein vor Kurzem erworbenes Eigenthum in Mainz, den Butterhof, soll er zu obigem Zweck unter der Hand schnell veräußert haben.

Italien.

Feldmarschall Radetzky ist von seiner Rundreise in Toscana über Bologna am 12. Juni wieder in Verona eingetroffen.

Neuere Briefe aus **Rom** fehlen, da nach übereinstimmenden Nachrichten in italienischen Blättern die Franzosen die Posten aus Rom zurückschicken. So bleiben also nur die Nachrichten in Genueser Blättern vom 16. Juni. Bis zum 13. Morgens scheint nichts Erhebliches vorgefallen. Die Franzosen zeigten sich in größeren Massen auf dem linken Tiberufer, suchten die Wasserleitungen zu zerstören und den Römern auch von der Südseite alle Zufuhr abzuschneiden. Am 13. Juni 9 Uhr Morgens haben die Franzosen einen Hauptsturm auf die Stadt begonnen. Am 18. wollte man sogar in der Pariser Nationalversammlung schon wissen, daß die Franzosen bereits eingerückt seien. Das „Evenement" versichert, daß der päpstliche Nuntius jene Nachricht als zuverlässig mitgetheilt habe.

Dem österreichischen Kriegsministerium ist vom Generalmajor Standetzky aus Triest folgende telegraphische Depesche zugekommen: So eben kommt Hauptmann Schwarz der österreichischen Kriegsmarine von Ancona hier an und sagt, daß am 14. d. M. die vor Ancona stehenden französischen Kriegsschiffe geflaggt und 21 Victoriaschüsse abgefeuert haben, und angaben, es geschehe zur Feier der Einnahme Roms. — Hierbei sollen die Franzosen jedoch 2000 Mann an Todten und Verwundeten verloren haben. (W. Z.)

Frankreich.

w **Paris**, 18. Juni. Der tolle Streich vom 13., durch welchen die ultrademokratische Partei sich selbst den Hals brach, legt die ganze Rathlosigkeit dieser Männer an den Tag, und beweist, daß sie, wenn sie jemals ans Ruder gelangten, sich keine vierzehn Tage würden erhalten können. So seine ganze Existenz aufs Spiel setzen, wie sie es gethan, ist der baarste Unsinn, der sich nur erdenken läßt; ein Untergang ohne Kampf, aus leidiger Verblendung, anders kann der ganze Auftritt nicht genannt werden, und solche Verblendung ist nicht zu begreifen. Ledru-Rollin soll wirklich von den Clubisten und Factionären zu der kurzen Rolle, die er dabei gespielt, gezwungen worden sein, und sich diesem moralischen Zwange (Andere sprechen sogar von Todesandrohungen) nicht haben entziehen können. Ein Glück, daß die ganze Comödie, denn man möchte geneigt sein das Unternehmen so zu nennen, unblutig ausgefallen ist und nicht so Bedauernswürdiges nach sich gezogen als der Aufstand in Lyon. Mit der Linken ist es für eine Zeit lang rein aus; wenn nur die Sieger jetzt ihren Sieg mit Mäßigung und Vernunft auszubeuten wissen. Die Leidenschaftlichkeit ist auf beiden Seiten längst schon so gewaltig, daß überall das Rechtsgefühl zurücktritt, und sogar, wie wir dies jetzt in Bezug auf die barbarischen Zertrümmerungen in den Druckereien erleben, die eigene Verletzung des Strafgesetzes durch Erinnerung an ähnliche Vergehen der Gegner sich zu rechtfertigen sucht: ein übles, gefährliches Beispiel. Wie gesagt, von der Weisheit der Sieger wird es abhängen, ob der 13. Juni zu den guten Tagen gezählt werden soll oder zu den bösen. Hat auf der einen Seite der Uebermuth sich gerächt, so würde über kurz oder lang auch auf der andern Seite der Uebermuth sich rächen. Im günstigen Falle aber haben wir Grund zu hoffen, daß Gutes aus dem Erlebten erwachsen, die Regierung sich befestigen und endlich Ruhe über das Land kommen werde. Leider macht der Regierung die betrübte römische Angelegenheit, von welcher der unselige 13. ausging, viel zu schaffen, und wird, wie nicht daran zu zweifeln, auch Rom eingenommen, so ist er doch damit noch nicht zu Ende. Eingenommen aber ist es noch nicht; wie das aus Oudinot's letztem Berichte vom 10 hervorgeht. Der Kampf ist auf beiden Seiten ein überaus erbitterter. — Heute um 10 Uhr Vormittags begann in den Invaliden die Leichenfeier des Marschalls Bugeaud. Hinter dem Altare stand ein silbernes Labarum mit des Marschalls Wappen (Schwert und Kanone auf blauem Grund), in der Mitte der Kirche unter reichem Thronhimmel der Sarg auf dem Katafalk, und umher längs der Mauer Trophäen und Namen der erfochtenen Siege. Den Gottesdienst verrichtete der Erzbischof; die Besetzung geschah unter dem Kanonendonner der Invaliden. — Nach argem Wüthen in den ersten 10—12 Tagen dieses Monats läßt endlich die Cholera bedeutend nach; bei der kühlern Temperatur wird sie hoffentlich mehr und mehr abnehmen.

Türkei.

Konstantinopel, 25. Mai. Von einem Sieg der Tscherkessen über die Russen erfährt man Folgendes: Bekanntlich liegt zwischen Anape und Tschubun-Kale die wichtige Festung Ioteha (Mamai), worin die Russen ein großes Lager von Waffen, Munition und Uniformirungsgegenständen haben. Gegen Ende April überfiel ein 12,000 Mann starkes und von Ibrahim Karabatek befehligtes tscherkessisches Corps die Festung, ehe noch die aus 3000 Mann bestehende russische Garnison sich zur Gegenwehr setzen konnte. Ein Drittel davon wurde niedergemacht, die übrigen aber gefangen genommen, um seiner Zeit gegen Eingeborne ausgewechselt zu werden. — Nachdem die Tscherkessen, außer allen Vorräthen, noch 150 Kanonen daraus hinweggenommen, schlugen sie zu Khiza, unweit Sotcha, ihr Lager auf.

Die kriegerischen Vorbereitungen dauern hier fort, d. h. wöchentlich treffen hier irreguläre Milizen sammt Rekruten ein; allein die Wälle von Silistria bleiben seit dem im Jahre 1837 erfolgten Abzuge der Russen zerstört und die Citadelle von Warna ist, sowie der größte Theil der Donaufestungen, im elendesten Zustande. — Auch die Dardanellenschlösser sind ohne gehörige Befestigung, so daß im Falle eines Krieges mit Rußland dem Einmarsche seiner Streitkräfte nichts im Wege stünde.

Börsenberichte.

Frankfurt, 21. Juni. An heutiger Börse zeigte sich wieder eine sehr willige Stimmung, und sämmtliche Fondsgattungen so wie namentlich alle Eisenbahnactien waren zu verbesserten Preisen sehr willig zu placiren. Von österreichischen Effecten blieben 5pCt. Metall. 73⅞ pCt, 2½pCt. Metall. 39½ pCt, Wienerbankactien 1043 G., 500 fl. Loose 122 pCt., 250 fl. Loose 74 pCt. Von den übrigen Anlehensloosen Kurhess. 40 Rthlr. Loose 21½, Rthlr. G., Bad. 35 fl. Loose 26¼, G., do. 50 fl. Loose 46¾, G., Darmstädter 25 fl. Loose 22½, G., do. 50 fl. Loose 71½, G., Nassauer 25 fl. Loose 21¾, G., Polen 500 fl. Loose sehr beliebt 73¾, Rthlr. Sämmtliche süddeutsche Obligationen in steigender Bewegung, 3½pCt Württemb. 75½, pCt., do. 4½pCt. 92½, pCt, bad. 3½pCt. Obligationen 71½, pCt., bad. 5pCt. Obligationen vom Jahr 181- 92½, pCt., Nassauer 3½pCt. Obligationen 80½, pCt., do. 5pCt. vom Jahr 1849 103½, pCt. G. Von belgischen Obligationen waren 2½pCt. belg. 43⅛, do. 4½pCt. 63½, do. 5pCt. 89½, Fr. Holländ. 2½pCt. Integr. zu 50½, pCt. gefragt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 36½, Rthlr., Berbach 72½, pCt., Köln-Minden 79 pCt, Taunus 258 fl. 5pCt. inländ. Eisenbahnactien 21½, pCt. Sämmtliche Wechsel waren ohne Courveränderung mit Ausnahme Wiener, welcher 95½, G. bleibt. (Der Ultimo dieses Monats verfallene Coupon der 5pCt. inländ. Schuld wurde der Pfälzer zu 2 fl. 29 verpandelt.)

Wien, 18 Juni. 5pCt. Metall. 88⅝, 89. — 4pCt. 71. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1075. — 500 fl. Loose 149. — 250 fl. Loose 92½. — Nordbahnactien 105. — Gloggnitzer 104. — Mailänder 74.

Fonds und Eisenbahnen matter, Devisen etwas mehr angeboten, jedoch ohne besondere Veränderung. Frankfurt 125 Bf., London 12 f. 30, 2 Monat. Amsterdam 175½, Bf., 2 Monat. Paris 148 G.

Berlin, 20. Juni. Staatsschuldscheine 79½, bez., Gerhandlungs-Prämienscheine 101½, bez., Bankactien 83 Br., 82½, G., Berlin-Hamburg 61 u. 63½, bez., Köln-Minden 77½, G., Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 36 à 35½, bez. u Br., Rhein. 47 u. 46½, etw. bez. u. Br., Thüring. 45½, etw., 49 à 49½, bez. u. G., Ausl. 4pCt. bei Stieglitz 86 bez. u Br., Poln. 500 fl. Loose 71½ Br., Kurhess. Prämienscheine à 40 Rthlr. 27½, Br., Neue bad. Anleihe à 35 fl. 15½, Br.

Obgleich nicht die Geschäfte von großem Belange waren, so fand doch fast in allen Partieen einiger Umsatz statt, die Course behaupteten sich ziemlich fest, und einige wurden noch etwas besser bezahlt, besonders Rheinische und Thüringer Actien; dagegen stellte sich namentlich Berlin-Hamburger niedriger.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Kriegsanleihe.

Berlin, 15. Dez. (W. T. B.) Nachdem die Kriegsanleihe bereits am 1. Dezember mit 1 Milliarde 100 Millionen Mark überzeichnet war, ist sie jetzt, wie die Reichsbank-Hauptstelle Berlin mitteilt, mit 1 Milliarde 200 Millionen Mark überzeichnet worden. Die Zeichnungen sind noch nicht abgeschlossen.

Die Kriegsanleihe in Amerika.

Berlin, 15. Dez. (W. T. B.) Wie die Blätter aus Washington melden, hat der Bankier Morgan in einer Rede in Boston erklärt, daß die Kriegsanleihe in Amerika ein Mißerfolg sei. Die Zeichnungen seien nicht einmal so hoch, wie die Ausgaben für Munition allein.

Die Kriegsanleihe in Bulgarien.

Sofia, 15. Dez. (W. T. B.) Nach Meldungen aus Philippopel ist die Kriegsanleihe dort 3½fach überzeichnet worden.

Die Kriegsanleihe in Ungarn.

Budapest, 15. Dez. (W. T. B.) Die Kriegsanleihe ist 3½fach überzeichnet worden.

(W. T. B. Nicht amtlich.) Nachdruck verboten.

Kriegstheater.

Z. Großes Hauptquartier, 15. Dez.

Der Generalfeldmarschall Hindenburg.

Großes Hauptquartier, 15. Dez.

Der Kaiser hat dem Generalfeldmarschall von Hindenburg zu seinem Geburtstage folgendes Telegramm gesandt:

Ich gratuliere Ihnen, mein lieber Feldmarschall, zu Ihrem Geburtstage herzlich und wünsche Ihnen Gesundheit und Kraft zu weiterem Wirken. Ich weiß, daß Sie mit mir und meinem Heere Gott danken, daß er Sie uns erhalten hat. Wilhelm.

Der Generalfeldmarschall hat darauf geantwortet:

Ew. Majestät danke ich ehrerbietigst für die Glückwünsche zu meinem Geburtstage. Ich bitte Gott, daß er Ew. Majestät Gesundheit und Kraft erhalte, damit Sie mit Ihrem Heere das Vaterland zu Ehren führen können. Hindenburg.

Der Generalfeldmarschall von Mackensen hat folgendes Telegramm gesandt:

Ew. Majestät bitte ich ehrerbietigst, meine Glückwünsche zu meinem Geburtstage gnädigst entgegennehmen zu wollen. Ich bitte Gott, daß er Ew. Majestät Gesundheit und Kraft erhalte, damit Sie mit Ihrem Heere das Vaterland zu Ehren führen können. Mackensen.

Der Kaiser hat darauf geantwortet:

Ich danke Ihnen, mein lieber Feldmarschall, für Ihre Glückwünsche zu meinem Geburtstage herzlich. Ich weiß, daß Sie mit mir und meinem Heere Gott danken, daß er Sie uns erhalten hat. Wilhelm.

Der Generalfeldmarschall hat darauf geantwortet:

Ew. Majestät danke ich ehrerbietigst für die Glückwünsche zu meinem Geburtstage. Ich bitte Gott, daß er Ew. Majestät Gesundheit und Kraft erhalte, damit Sie mit Ihrem Heere das Vaterland zu Ehren führen können. Mackensen.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Kriegsanleihe-Stücke findet bei der Reichsbank-Hauptstelle Berlin, Reichsbank-Nebenstelle Berlin, Reichsbank-Hauptstelle Frankfurt a. M. und Reichsbank-Nebenstelle Frankfurt a. M. nur gegen Barzahlung statt.

Berlin, den 15. Dezember 1915.

Reichsbank-Direktorium.
Havenstein.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Kriegsanleihe-Stücke findet bei der Reichsbank-Hauptstelle Berlin, Reichsbank-Nebenstelle Berlin, Reichsbank-Hauptstelle Frankfurt a. M. und Reichsbank-Nebenstelle Frankfurt a. M. nur gegen Barzahlung statt.

Berlin, den 15. Dezember 1915.

Reichsbank-Direktorium.
Havenstein.

Allgemeine Zeitung.

Nr. 1 Mittwoch, 1. Januar 1919 Abend-Ausgabe

Nordbayerischer Courierbote.

Preis ohne Trag- und Bringlohn 1 Mk. 1 Pf. — Für Selbstabholer 1 Mk.

Erscheint täglich abends. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle Nürnberg, Hallplatz 1, sowie sämtliche Filialen und Agenturen entgegen.

Fernsprecher: Amt I Nr. 1 und 2. Telegramm-Adresse: Allgemeine Zeitung Nürnberg.

Postscheckkonto: Nürnberg Nr. 1.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mk. 1 Pf. — Vierteljährlich 3 Mk. 3 Pf. — Einzelnummer 10 Pf.

Anzeigenpreis: Die 7gespaltene Petitzeile 30 Pf. — Stellengesuche 20 Pf. — Familienanzeigen 15 Pf. — Die 3gespaltene Reklamezeile 1 Mk. — Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Beilagen: Illustrierte Sonntagsbeilage, Landwirtschaftliche Beilage, Humoristische Beilage, Literarische Beilage, Frauenbeilage, Kinderbeilage, Fahrplan, Briefkasten, Rätselecke, Amtliche Bekanntmachungen.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Wilhelm Schwarz, Nürnberg.

Druck und Verlag der Allgemeinen Zeitung, Nürnberg.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Beilage zu Nro. 147.) 22. Juni 1849.

Deutschland.

Wien, 18. Juni. Wien ist ruhig; die Nachrichten von ... haben zwar einen gewaltigen Eindruck hervorgebracht, waren jedoch nicht im Stande, die Ruhe zu trüben. Es richten sich nun alle Blicke nach den Karpathen, wo ... Nicolaus bereits in Dukla eingetroffen sein soll, um persönlich alle Schwierigkeiten zu ebnen, welche bisher die Operationen erschwert haben. — Wenn die vereinigte Armee den moralischen Schlag, welchen die Unterdrückung des ... Aufstandes auf die ganze Bewegungspartei ausübt, rasch und kräftig benützt, so läßt sich Wichtiges erwarten; denn viele unserer eingefleischtesten Radicalen gestehen, daß sie bereits alle Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang ... lassen. Die vereinigte Armee beläuft sich angeblich auf 200,000 Streiter, während die der Ungarn nominell ... stärker, aber nur in den regulären Theilen den Oesterreichern gewachsen ist. — Merkwürdiger Weise knüpft sich die höchste militärische Auszeichnung — der M. Theresienorden ... an den Sieg von Collin und gerade heute soll durch den Telegraphen ein Sieg angezeigt worden sein, der jetzt ... mehr durch Bulletins, sondern bloß durch die „Wiener Zeitung" zur Kenntniß des Publikums gebracht wird. — Der „Tiroler Bote" will aus ganz sicherer Quelle wissen, daß die Friedensunterhandlung mit Piemont bereits ... Abschlusse gediehen sei und Minister Bruck binnen wenigen Tagen mit der unterschriebenen Friedensvertragsurkunde nach Wien abgehen werde. — Ein heute der „Presse" aus Detenburg zugekommener Brief meldet, daß der tapfere General Wyß ganz zusammengehauen gefunden worden ist.

Ueber den Krieg im Süden verlautet, daß die Truppen ... Ban Neusatz, welches in Flammen stand, räumen mußten. Perczel hat in dem letzten Kampfe ein Bataillon Honveds und ein Bataillon des Regiments Turszky verloren und dann weiter keinen Versuch gemacht, Neusatz zu decken, sondern ist, einen Theil seiner Truppen in die Festung werfend, mit dem Rest nach der Backa gezogen und soll in Szombor angekommen sein.

Kossuth hat dem Baron Haynau bedeuten lassen, daß für jeden hingerichteten Ungar zwei Oesterreicher als Opfer fallen würden, darauf jedoch die Antwort erhalten, daß in diesem Fall für jeden hingerichteten Oesterreicher eine ungarische Stadt geschleift werde. Die Spannung, die zwischen Ungarn und Polen bestand, ist, wenigstens äußerlich, ausgeglichen, wozu der Umstand nicht wenig beigetragen ... daß der von Dembinski beabsichtigte Einfall nach Galizien durch die Dazwischenkunft der Russen sich von ... selbst beseitigte. Auch führt Dembinski das ihm anvertraute Commando nach wie vor. Im Allgemeinen wird die Zahl der in der ungarischen Armee dienenden Polen viel zu hoch angenommen; sie beträgt noch keine 3000 Mann, wobei allerdings in Anschlag kommt, daß verhältnißmäßig viele Offiziere sich darunter befinden. Ebenso irrthümlich ist es, wenn man die eigentliche Superiorität der Magyaren in ihrer Artillerie sucht und ... darin fortwährend komisch klingt der oft wiederholte Satz, Bem habe darin Napoleon nach, daß er die Schlachten hauptsächlich durch Artillerie zur Entscheidung bringe. Bem ist zwar ein sehr geschickter Artillerieoffizier und hat in Ungarn, wie früher in Polen bewiesen, daß er diese Waffe zu gebrauchen versteht: darum kann man aber noch lange nicht sagen, die Ungarn verdanken ihre Erfolge allermeist ihren Kanonen. Jedenfalls sind sie in diesem Augenblick den Kaiserlichen an Geschütz nicht mehr überlegen und ihre Hauptstärke in dieser Waffe beruht am Ende doch nur auf ... deren Unteroffizieren der österreichischen Artillerie. Dagegen ist es ausgemacht, daß die neuesten Pariser Nachrichten auch in den von den Kaiserlichen besetzten Distrikten Ungarns die Hoffnungen der magyarisch Gesinnten ... Neuem gehoben haben. Eine neue Revolution in Frankreich und Ledru-Rollin als Dictator würde in ihren Augen die russische Hilfe reichlich aufwiegen; und ganz Unrecht möchten sie darin nicht haben. Um so unangenehmer ... in den Ohren dieser Leute die Nachrichten aus dem Banat. Peterwardein wird von den Truppen des Banus ... ernstlicher bedrängt; Zellachich bedroht von Norden die Festung, während die Kaiserlichen von der Karlowitzer Seite aus gleichfalls näher angerückt sind. Am 12. ... M.K. Clam-Gallas mit dem Dampfer aus Karlowitz ... Semlin angelangt und wird unverzüglich den Oberbefehl über das in Siebenbürgen operirende Armeecorps übernehmen. Die Südslaven treten seither mit ihren Forderungen immer unverblümter hervor: die „Agramer Zeitung" spricht ... dazu von einem slavischen Oesterreich im Gegensatz zu ... deutsch-magyarischen (!), und fügt drehend hinzu, der ... Krieg werde jedenfalls kommen, wo die slavischen Krieger ... gegen werden, für wen sie denn eigentlich gekämpft haben? Oberstlieutenant v. Keller von Deutschmeisterinfanterie, ... der des Generaladjutanten des Kaisers, ist in Debrezin an der Cholera gestorben. (C. Z.)

Berlin, 20. Juni. Die vor ihrem Erscheinen oft erwähnte Schrift: „Einige Worte zur Verständigung über ... Krieg mit Dänemark, von einem norddeutschen Staatsmanne", hat jetzt die Presse verlassen, und man wird nicht ... gehen, wenn man dieselbe einem Mann zuschreibt, der ... Anbeginn der schleswig-holsteinischen Verwickelungen ... denselben eine bedeutende Stellung eingenommen hat. Der Verfasser hält die Revolution der Herzogthümer für berechtigt, doch ist er für Beendigung des Krieges, da dieser ihm zwecklos und unnütz erscheint. Allein er verlangt — und dies ist wohl der Kern der Schrift — bei Feststellung der Friedensbedingungen nicht unbeachtet zu lassen, daß Dänemark den bestehenden Rechtszustand verletzt und den Frieden gebrochen hat, daß Dänemark im Kampfe stets im Nachtheil gewesen ist, daß Dänemark demnach durch den Friedensschluß keinerlei Vortheile eingeräumt werden dürfen. Diese Gesichtspunkte sind es, welche Herr Bunsen in den diplomatischen Verhandlungen über den Krieg stets im Auge gehalten hat, und der Verfasser des Memorandums führt dieselben weiter aus, indem er bemerkt: „Die Grundlage des Friedens scheint daher sehr einfach zu sein und im Wesentlichen darin bestehen zu müssen, daß Dänemark seine behaupteten Ansprüche an Schleswig unumwunden aufgebe, daß der König von Dänemark zwar seine Rechte als Landesherr der Herzogthümer behalte, so lange der dänische Mannesstamm vorhanden ist, daß er aber die nöthigen Garantien dafür gebe, daß der Rechtszustand der Herzogthümer nicht aufs neue von dänischer Seite gestört werde. Daher muß der König, wenn er wieder in die Regierung der Herzogthümer eingesetzt wird, das Staatsgrundgesetz vom 15. Sept. 1848 anerkennen und damit die staatliche Verbindung Schleswig-Holsteins, dessen Vereinigung mit Deutschland, die agnatische Succession und die eigne Administration zugestehen." Die Erreichung dieser Bedingungen scheint dem Verfasser übrigens nur auf zwei Wegen möglich: „entweder müssen die Dänemark befreundeten Mächte, namentlich Rußland und England, mit Bestimmtheit von Dänemark fordern, daß es von seinen grundlosen Prätensionen abstehe und den Friedenszustand wiederherstelle, oder Preußen muß sich entschließen, den Krieg, ohne sich um diplomatische Einsprache zu kümmern, mit Nachdruck fortzusetzen und Dänemark durch seine überlegene Macht zum Frieden zu zwingen."

Gegen einen der im Mai Verhafteten, den früheren Lieutenant v. Rosentreter, scheint die Untersuchung neue Indicien ermittelt zu haben, welche, unabhängig von dem kriegsgerichtlichen Verfahren, zu einer Anklage bei dem Criminalgericht Anlaß geben dürften. Herr v. R. wurde gestern von der Hausvoigtei an die Stadtvoigtei abgeliefert und sollte heute in die Gefängnisse des Criminalgerichts versetzt werden. Kürzlich hat bei ihm eine Beschlagnahme von Papieren stattgefunden, die mit der Organisation des Bürgerwehrclubs nach Auflösung der Bürgerwehr in Verbindung stehen soll.

Zur Ergänzung des Berichtes über den am 18. Juni in Frankfurt a. d. O. abgehaltenen Congreß wird aus dem Correspondenzbureau noch Folgendes mitgetheilt: „Der demokratische Congreß in Frankfurt a. d. O. hat einstimmig beschlossen: die demokratische Partei betheiligt sich gar nicht bei dem Wahlact; es werden jedoch in die Wahlabtheilungen einzelne zuverlässige Männer (pro Abtheilung möglichst nur einer) von der Partei geschickt, welche die Aufgabe haben, die Zahl der Wählenden, gegenüber der Zahl derer, welche sich der Wahl enthalten, zu constatiren. Zur Organisation der Partei wurde für die Mark Brandenburg ein Provinzialcomite gewählt, welches in Frankfurt a. d. O. seinen Sitz hat. Es hat die Aufgabe, sich an die frühere Wahlorganisation anzuschließen, mit dem Centralverein in Magdeburg und dem Märzverein in Verbindung zu treten und die Beschlüsse des Centralvereins in Ausführung zu bringen."

Stralsund, 18. Juni. Heute Morgen um 2 Uhr ging der gestern Abend spät hier eingetroffene preußische Courier mit wichtigen Depeschen — die, wie in wohlunterrichteten Kreisen angedeutet wird, den Friedensabschluß mit Dänemark betreffen — auf dem eigens dafür engagirten hiesigen städtischen Dampfboote „Stralsund" unter Parlamentärsflagge und in Begleitung des hier fungirenden königl. schwedischen Consuls ab. In Folge dieser hier sich schnell verbreitenden Nachricht sollen bereits von Rhedern und Schiffseigenthümern Vorbereitungen getroffen werden, um, wenn der definitive Frieden wirklich zu Stande kommt, woran man hier gar nicht mehr zweifelt, sofort Ladungen einzunehmen und unverzüglich in See zu stechen, damit doch wenigstens noch etwas in diesem Jahre durch eine Fahrt verdient werde. Wenn der definitive Frieden wirklich und nicht unter gar zu ungünstigen Bedingungen zu Stande kommt, so wird man den Tag desselben hier gewiß freudig begrüßen. (C. Z.)

Frankreich.

* **Lyon**, 17. Juni. Während die demokratisch-socialistische Schilderhebung in der Hauptstadt mit großer Raschheit und ohne viele Schwierigkeiten unterdrückt wurde, hat sie hier zu viel ernstern Folgen geführt. Verhältnißmäßig waren die eben vergangenen Schreckenstage den Pariser Maitagen des vorigen Jahres ebenbürtig. Nachdem der Kampf glücklicherweise beendet ist, wollen wir jetzt noch in kurzer Uebersicht eine Schilderung des Beginns und des weitern Fortgangs der Emeute geben. Am 14. Juni Abends begaben sich mehrere Individuen von der demokratisch-socialistischen Partei zu dem Präfecten Tourangin und verlangten von ihm Mittheilung der telegraphischen Depesche, die er aus Paris erhalten haben müsse und die er nicht veröffentlicht habe. Der Präfect erwiderte unter Vorbehalt des ihm zustehenden Rechts, telegraphische Depeschen zu veröffentlichen oder auch für sich zu behalten, wenn er es für gut finde, daß er keine Mittheilung erhalten habe, was sich auch durch den Zustand der Atmosphäre genügend erkläre. Die Fragsteller, von dieser Antwort nicht befriedigt, behaupteten, daß die eingetroffenen Nachrichten der Regierung ungünstig sein müßten, da der Präfect sie nicht veröffentlichen wollte, und bald verbreitete sich die Nachricht, daß Ledru-Rollin Herr von Paris und Louis Bonaparte nebst den Ministern zu Vincennes seien. Diese Nachricht brachte die größte Aufregung unter den Arbeitern hervor, und umsonst versuchte es der Präfect, die vergebliche Depesche durch einen Anschlagzettel zu widerlegen. Zahlreiche Gruppen bildeten sich in der Croix-Rousse, der Guillotière und der Perrache. Gegen 7 Uhr kam eine Bande von etwa 60 Personen an der Croix-Rousse auf den Platz des Terreaux herab, wo sich eine bedeutende Menschenmenge befand. Vor dem Stadthause standen dichte Gruppen. Um 8½ Uhr näherte sich die Menge der großen Treppe desselben und zeigte die Absicht, in dasselbe einzudringen. Zwei Aufforderungen unter Trommelwirbel reichten hin, sie zurückzuhalten. Nichts desto weniger blieb ein Volkshaufe auf der Treppe und saß in Berührung mit den Soldaten. Mehrere Individuen lasen beim Scheine herbeigebrachter Kerzen gedruckte oder geschriebene Manifeste ab. Man versuchte es, die demokratisch-socialistische Republik zu proclamiren. Dieser Zustand der Dinge dauerte bis gegen 11 Uhr Abends. In diesem Augenblick stiegen die Soldaten von der Treppe herab, bildeten einen Kreis und schlossen so die Gruppen ein, wobei 140 Personen verhaftet wurden. Die Nacht ging in der größten Aufregung vorüber. Bedeutende Gruppen waren in Permanenz auf den Plätzen Bellecour und Louis XVIII. und in der Croix-Rousse. Lärmende Umzüge fanden in verschiedenen Stadtvierteln statt. Am Morgen des 15. Juni von 5 Uhr ab schlug der Appel an der Croix-Rousse: 2—300 Personen sammelten sich um eine rothe Fahne und begaben sich aufs Land nach Caluire zu, in der Absicht, Rekruten zu finden und die Soldaten des Tags zuvor aus der Stadt fortgeschickten und vermeintlich dem Aufstande günstigen 2. leichten Infanterieregiments zum Anschlusse zu verleiten. Da die Meuterer dies Regiment zu Rambert, wo sie es erwarteten, nicht fanden, so zogen sie, vereinzelte Posten entwaffnend, nach Limonest und Saise, wo sie viele Personen bewogen, mit ihnen zu gehen. Nach Lyon zurückgekehrt griffen sie plötzlich die Posten an der Veterinärschule (120 Infanteristen) an und entwaffneten sie. Etwa 30 Soldaten schlossen sich dem Zuge an, die andern hielt man als Gefangene fest. Auch ein großer Theil der Zöglinge trat in die Reihen der Insurgenten; die Mehrzahl aber weigerte sich. Die nun 7 bis 800 Mann starke Schaar eilte nach Croix-Rousse, wo die Bevölkerung sie begeistert empfing. Bis jetzt war die eigentliche Stadt Lyon noch vom Aufstande frei. Man dachte nun daran, eine Verbindung zwischen Croix-Rousse und Lyon herzustellen und zu diesem Zwecke das Bernardinerkloster zu nehmen, welches durch die dort befindliche feste Kaserne gänzlich beherrscht wird. Um 10½ Uhr erreichte die Colonne das Wachgebäude und verlangte freien Durchlaß. Der Offizier wies sie warnend zurück; der Haufe aber schrie: „Es lebe die Linie! Die Armee ist auf unserer Seite!" und drang vor. Der Offizier ließ feuern; 12 bis 15 Insurgenten fielen und der Rest floh nach allen Seiten. Jetzt läutete man die Sturmglocken, in mehreren Stadttheilen erscholl der Ruf zu den Waffen und Barrikaden wurden in verschiedenen Straßen, besonders in der großen Straße, erbaut, größtentheils aber schwach und unzweckmäßig; nur eine in geschützter Lage bei der Kirche St. Denis war furchtbar. Sofort ward von Fenstern, Dächern und Straßenecken die Bernardinerkaserne beschossen, wohin sich der Posten zurückgezogen hatte. Die Soldaten antworteten zuerst mit Gewehrfeuer, hernach aber mit Geschützen, welche gegen die Häuser gerichtet waren und auch die große Straße bestrichen. Die Militärbehörden beschlossen, die Hauptpunkte des Aufstandes, nämlich die große Straße und die Mailstraße, energisch anzugreifen. Gegen 2 Uhr umzingten 2400 Mann Infanterie mit 8 Kanonen unter General Magnan die Croix-Rousse, und stiegen, längs der befestigten Linie ziehend, welche Lyon von der Vorstadt trennt, die Höhe hinan. Als sie diese erreicht hatten, erinnerte Magnan die Soldaten an ihre Pflicht, und sie antworteten mit Vivats für die Republik. Das 17. Regiment, welches die Schmach tief empfand, daß das seinen Leuten anvertraute Fort von den Insurgenten genommen war, bat um Erlaubniß, in der ersten Linie anzugreifen, was ihm gestattet wurde. Der Angriff begann, die Geschütze spielten erst der Reihe nach auf jede Barrikade, die Soldaten stürzten nach und nahmen sie mit dem Bajonnet. Die Insurgenten bedienten sich hier eines scheußlichen Vertheidigungsmittels; sie stellten nämlich die gefangenen Soldaten des Postens an und auf die Barrikaden, indem sie hinter ihnen hervor feuerten. Anfangs leisteten sie entschlossen Widerstand und vertheidigten jede Barrikade, so daß sie meistens mit dem Geschütz vertrieben werden mußten. Zuletzt aber waren sie sichtlich entmuthigt und schrien bang, daß sie betrogen und verrathen seien, da die Armee nicht zu ihnen übertrete, wie versichert worden sei. Gegen 5 Uhr waren sie gänzlich geschlagen, obgleich ihre Freunde aus den Häusern scharf feuerten. Unterdessen war ein Bataillon mit 6 Kanonen von der entgegengesetzten Seite in die große Straße eingedrungen und vereinigte sich bei der Kirche mit der Hauptcolonne. Von jetzt an war aller Widerstand vergeblich; einige In-

surgentenhaufen flohen in das Borcleviertel und errichteten zwei Barrikaden, die aber ein Bataillon nach einigen Salven nahm. Während dies Alles in der Nähe von Croix-Rousse sich begab, warden auch in andern Stadttheilen Barrikaden erbaut; eine derselben, wo ein starker Haufe Meuterer stand, ward nach geringem Widerstand genommen und die übrigen wurden schnell verlassen. Ein Versuch, die Kirche St. Polycarp zu besetzen, ward durch Infanterie vereitelt. Gegen 6 Uhr eilten viele Leute nach Croix-Rousse, wo das Geschütz den Häusern großen Schaden zugefügt hatte, um denselben zu besichtigen. Der Verkehr blieb bis 8 Uhr am folgenden Morgen ungehemmt; man hatte bloß die Versicht getroffen, die Thore der Croix-Rousse zu schließen. Zur erwähnten Stunde ward jeder Verkehr, ausgenommen in Geschäften, untersagt. Man ließ jeden hinaus, aber Niemand herein. Das 17. Regiment benahm sich höchst tapfer und erbeutete über 200 Gewehre. Die gefangenen Insurgenten wurden ihm anvertraut und um 6 Uhr nach dem Stadthause gebracht. Drei gefangene Soldaten des Regiments, die zu den Insurgenten übergegangen waren, wurden sofort von ihren Kameraden erschossen. Die Zahl der getödteten Insurgenten wird auf 150, der gefangenen auf 600 geschätzt; die Linie zählte etwa 60 Todte und Verwundete, worunter 3 todte Offiziere. Während der Nacht nach dem Kampfe war Lyon militärisch besetzt; Cavallerie und Artillerie bewachten die Brücken, Infanterie die übrigen Posten; diese hatten auch die Eckhäuser der Hauptstraßen inne. Die Nacht verlief ganz ruhig und am 16. ließ Alles vermuthen, daß keine Störung der Ruhe mehr eintreten werde. Während des Kampfes versuchte ein Haufen Kerle in Blousen sich der Bank zu bemächtigen, wurde aber durch Dragoner vertrieben. Die Vorstädte Brotteaux und la Guillotiere, sowie die Dörfer um Lyon, blieben den ganzen Tag ruhig. Unter den Gefangenen, die meistens mit den Waffen in der Hand ergriffen wurden, waren 20 Zöglinge der Veterinärschule, 2 Unteroffiziere und 1 Corporal. Die Zahl der Insurgenten wird von 10,000 bis zu 30,000 angegeben. Die Masse der Bevölkerung blieb ruhig und zeigte sich dem Aufstande feindlich. Noch am Abend wurden viele Personen und darunter die Redacteure zweier rothen Journale verhaftet.

Schleswig-holsteinische Angelegenheiten.

Kopenhagen, 17. Juni. Eine russische Fregatte, 2 Corvetten und eine Brigg wurden ehegestern 2 bis 3 Meilen östlich von Falsterbo (an der südwestlichen Spitze Schwedens, ungefähr Kioge und Valö auf Seeland gegenüber) kreuzend gesehn. Eine russische Fregatte und ein Dampfschiff ankerten ehegestern unter Hoirmön und setzten Landungsboote aus. (Das am 18. d. M. in Travemünde angekommene Dampfschiff „Alexandra" hat am 15. Nachmittags bei Dagö eine russische Flotte von 10 Segeln gesehen.)

18 Juni, Mittags. Die im Kriegsministerium ausgelegten Berichte melden aus Fridericia vom 16. Abends nur, daß an diesem Tage einige Bomben in die Stadt geworfen und das Feuer der Festung am 15. den Belagerungswerken nicht unbeträchtlichen Schaden gethan. — Bei Aarhuus war auch am 15. Juni die Stellung unverändert.

Am 15. war von 12 bis 4 Uhr Nachmittags bei Fridericia ein lebhafter Artilleriekampf vorgefallen, in welchem die Dänen 1 Todten und 7 Verwundete hatten; — im Sunderwitt ein kleines Vorpostengefecht in der Nacht vom 14. auf den 15.

Nörre-Vjert, 16. Juni. Gestern Mittag zwischen 1 und 2 Uhr hörte man nach Fridericia zu ein heftiges Geschützfeuer. Anfangs war es mehr in der Richtung der Festung, später, wie man aus dem aufsteigenden Dampfe sah, waren hauptsächlich die Batterie Strüb, sowie indeß auch die übrigen längs der Küste Zühnens angelegten Batterien, namentlich die Snegboi gegenüber gelegenen in Thätigkeit. Das Feuer dauerte mit Heftigkeit etwa bis 4 Uhr, dann folgten nur vereinzelte Schüsse. Von unserer Seite schienen Bomben auf die Strüber Batterie geworfen zu werden. Ueber die Ursache dieser Kanonade längs des ganzen kleinen Belt habe ich bisher nichts erfahren.

Aus Holstein, 19. Juni. Nach mündlichen Mittheilungen des Herzogs v. Augustenburg und eines kurhessischen Majors geschieht noch immer auf dem ganzen Kriegstheater nichts, es ist mehr als Ruhe, und der kurhessische General v. Baner soll, da er mit dieser Art der Kriegführung, welche eine ihm beigebrachte Scharte zu ahnden verbietet, nicht einverstanden ist, um seinen Abschied eingekommen sein. Zwar hat der Convent in Stuttgart dem General Prittwitz ernstlich anzugreifen und die Dänen aus Jütland zu jagen befohlen, doch wird er sich ebensowenig, wie General Müller, darnach richten. Man will unsere Armee besser armiren, zu welchem Zweck in der preußischen Gewehrfabrik Sudl Sachsen bestellt sind, welche eben von unsern Jägern gepolt werden. Die alten Büchsen, die den Jägern nicht eigen gehören, wird man wahrscheinlich für die neue Aushebung oder die zu bildende Volkswehr benutzen. (C. Z.)

Nachschrift.

Aus Württemberg und Baden.

** Auch heute lauten die Nachrichten aus Stuttgart sowohl wie aus dem ganzen Württemberger Land durchaus beruhigend. Die Regentschaft hat vor ihrer Abreise noch ein Lebenszeichen von sich gegeben. In dem von ihr veranstalteten „21. Stück des Reichsgesetzblattes" ist nämlich das von ihr erlassene Gesetz über die Bildung der Volkswehr, wie es vor einigen Tagen in dem Rumpfparlament angenommen und in diesen Blättern bereits mitgetheilt ist, verkündet. Dieses Actenstück, sowie zwei Verordnungen gleichen Inhalts, das Aufgebot des ersten und zweiten Heerbannes betreffend, werden wir morgen, um ihrer historischen Bedeutung willen, denn eine andere haben dieselben nicht, nachtragen.

† **Stuttgart**, 20. Juni. Für den Rest des gesprengten deutschen Parlaments hat sich in Stuttgart sowie im Württemberger Lande überhaupt keine Hand gerührt. Von allen tausend und tausend in Zustimmungsadressen verbrieften Bürgerwehrmännern und demokratischen Vereinsmitgliedern hat sich kein Mann sehen lassen. Einige Thränen der Stuttgarter Frauen, einige Zeitungsseufzer — und Alles ist ruhig! — Die Regentschaft wird sich in diesem Augenblick bereits in Karlsruhe in Sicherheit befinden, so lange dort Sicherheit ist. — Der Rest der Nationalversammlung hielt gestern Abend eine vertrauliche Berathung im Werner'schen Saale, in welcher beschlossen ward, vom 25. d. M. an in Karlsruhe in Baden weiter zu tagen. Von Württembergern wird jedoch wohl nicht einer nach Karlsruhe gehen und der Rest der österreichischen Mitglieder hat vom hiesigen österreichischen Gesandten die abermalige Weisung erhalten, sofort nun nach Hause zu gehen, widrigenfalls ihr Staatsbürgerrecht verloren sei. Ich glaube, daß kaum 3 bis 4 sich weigern werden. Auf diese Weise dürften in Karlsruhe wohl kaum 50 Abgeordnete sich um die vorangegangene Regentschaft schaaren. Die Mitglieder der Nationalversammlung, welche noch hier sind (bis heut noch die meisten), haben übrigens nachträglich vom hiesigen Ministerium die Genehmigung erhalten, sich als Privatpersonen so lange es ihnen beliebt in Stuttgart und Schwaben aufzuhalten. — Die zweite Kammer hielt heute keine Sitzung.

Die „schwäbische Legion" in Baden hat einen Aufruf an ihre schwäbischen Brüder erlassen, der eben hier vertheilt wird. Darin sind viele Grenzorte als Sammelplätze für die zu Hilfe eilenden bestimmt, und die Hilfe bewaffneter Zuzuge in den dringendsten Worten aufgerufen. Auch wird darin gesagt, daß Hecker in Havre gelandet sei. (Y) Die schwäbische Legion soll bereits sehr stark sein. — Die Unruhen in Ulm sind gänzlich beigelegt.

Stuttgart, 20. Juni. Gestern Abend versammelten sich die noch anwesenden Mitglieder der Nationalversammlung zu einer vertraulichen Besprechung bei Emil Werner. Nach 4 Uhr verfügten sie sich in den dortigen Saal, der Raum war von Zuhörern gedrängt voll. Der Präsident Löwe fragte zuerst, ob die Versammlung auf ihrem gestrigen Beschlusse, nur eine vertrauliche Besprechung zu halten, beharren wolle oder nicht: nur im ersteren Falle könne er die Leitung übernehmen. Ein Mitglied wollte, daß zunächst eine Uebersicht der gegenwärtigen Lage gegeben werden solle, und daß dann erst die Zuhörer abtreten sollten. Löwe weigerte sich, auch so den Vorsitz zu übernehmen, und ersuchte bald darauf die Zuhörer, sich zu entfernen, da die Mehrzahl der Anwesenden nur eine vertrauliche Besprechung unter sich wünschte. Die Zuhörer kamen dieser Aufforderung alsbald nach. Eine große Anzahl von Reichstagsabgeordneten ist bereits abgereist. Von Staatsrath Duvernoy ist an Herrn „Doctor Löwe aus Calbe" gestern ein Schreiben ergangen, in welchem derselbe ersucht wird, seine bisherigen Collegen aufzufordern, im Interesse der öffentlichen Ruhe baldmöglichst die Stadt zu verlassen. Heute Mittag wird von einigen Mitgliedern der Nationalversammlung und der württembergischen Ständekammer den fremden Reichstagsabgeordneten und deren Frauen ein einfaches Abschiedsessen auf der Silberburg gegeben. — Der Traiteur und die drei Turner, die am 18. d. verhaftet worden, wurden nach kurzem Verhör wieder frei gelassen, nachdem sie sich ausgewiesen hatten. (S. M.)

Einer Tübinger Correspondenz im „Schwäb. Merkur" zufolge soll die Regentschaft am 19. Juni früh auf ihrer Reise nach der Schweiz durch Tübingen gekommen sein.

Nach eingetroffenen Nachrichten sollen in **Riedlingen**, in Folge der stattgehabten Störungen der Ordnung 800 — nach andern Mittheilungen 1200 — Mann Soldaten eingerückt und viele der kampflustigen Helden, welche noch Tags zuvor Gut und Blut einzusetzen geschworen hatten, geflohen sein. Dagegen sollen die einwohnenden Patrioten aus Waldsee, Ravensburg und Tettnang in ihre Heimath zurückgekehrt sein, wo sie in Frieden unangefochten leben. (S. M.)

Karlsruhe, 19. Juni. Was gestern Mittag mit der Artillerie aus der Pfalz hier ankam, war nur Vortrab; Abends nach 8 Uhr und später kam erst das Hauptcorps, bei 6000 Mann; sie wurden noch in die Umgegend vertheilt und theilweise mit Extrazügen nach Durlach (wohin auch 60 Chevauxlegers kamen), Weingarten u.s.w. befördert. Die letzten Züge gingen sehr spät in der Nacht fort. Die Nachhut unter Willich brachte die letzte Nacht (18.—19. Juni) in Durlanden zu, und zog heute Mittag 12 Uhr in die Stadt ein. Ich sah den Einzug mit an und kann etwas davon beschreiben. Voraus ging ein Freischärler-Zimmermann, es folgten zwei gleichcostümirte Scharfschützen, darauf Willich in weißem Freischärlerhut, großem rothem Bart à la Hecker, blaue Bluse, zwei Pistolen, Gürtel, eine Reitpeitsche in der Hand; er ritt auf einem Schimmel, und Brentano und Meyerhofer begleiteten ihn. Hinter diesen dreien der Generalstab zu Pferd, dann folgten Scharfschützen und Musketiere, abwechselnd mit großen deutschen und rothen Fahnen; auch die Legion Besançon ist in diesem Corps (wie ich aus der mir dritten Fahne sah), zum Schluß Sensenmänner und die Bagagewagen, alles aufs Malerischste. Im Corps ist auch eine junge Amazone mit ihrem Gatten und ihrem Bruder. Sie steht auf dem rechten Flügel in Reih und Glied, trägt ein schwarzes Hütchen mit Feder, Sammtspenzer, lange Handschuhe, kurzen blauen Rock mit rothen Streifen, graue Hosen, im Gürtel zwei Terzerole, in der Hand einen kurzen Stutzer. Der Zug ging auf den Marktplatz, wo wegen der Einquartierung unterhandelt wurde; der Oberbürgermeister wollte in Betracht der bereits gehabten großen Einquartierungslast ablehnen, aber am Ende bekam die Mannschaft Quartierbillete bis 4 Uhr. — Nach diesen Morgen eingetroffener Staffette sind die Preußen bei Germersheim über den Rhein hereingebrochen, ohne Zweifel (wie immer) in großer Zahl. Einem Gerücht zufolge sollen die Preußen auch oberhalb der Kehler Rheinbrücke, die jetzt nicht mehr passirt werden kann, über sein (Y). Die Pfalz ist nun von allen Freischaaren gänzlich frei. Die ganze pfälzische Armee hat sich in die badische zurückgezogen und soll theils am Rhein, theils am Neckar gegen Mosbach hin gegen die von dort heranziehenden Bayern verwendet werden. Ein Befehl des Obersten Mieroslawski soll die Pfälzer herüber berufen haben. (S. M.)

Verantwortlicher Redacteur: Dr. [illegible]

[1687]

Inserat.

Nachdem die deutsche verfassunggebende Reichsversammlung hier in Stuttgart durch ein gewaltsames Attentat am Fortgehen verhindert ist, fordert das Präsidium in Kraft der Ermächtigung vom 30. April und mit Rücksicht auf den Beschluß vom 19. Mai, wonach die Reichsversammlung wieder zum Zusammentritt des ersten Reichstags permanent sein soll, alle Mitglieder, insbesondere die bis jetzt abwesend Gebliebenen hiermit auf, sich nach Karlsruhe zu begeben und sich bis zum 25. d. M. in dem dort eingerichteten Anmeldungsbureau einzeichnen zu lassen.

Sie werden daselbst benachrichtigt werden, wann und wo die nächste Sitzung der Reichsversammlung stattfinden wird.

Stuttgart, am 21. Juni 1849.

Das Präsidium der deutschen verfassunggebenden Reichsversammlung.

Der Präsident: **Löwe.**

Der Schriftführer: Reinstein.

WILDBAD

im Königreich Württemberg.

Die diesjährige Kurzeit hat begonnen. Die Heilkraft der hiesigen Quellen, mit einer natürlichen Wärme von 25½ bis 30° Reaumur, ist längst überall rühmlichst bekannt. Die Bäder zeichnen sich durch zweckmäßige, bequeme Einrichtung und geschmackvolle Ausstattung aus. In Gasthöfen und Privathäusern finden die Kurgäste eine Reihe guter und bequemer Wohnungen und eine in jeder Hinsicht gute Verpflegung. Es bestehen Postcourse und Omnibusfahrten nach allen Richtungen hin.

Hierbei wird bemerkt, daß die Taxe für die Badlins-Bäder festgesetzt worden ist und daß in Wildbad Ruhe und gesetzliche Ordnung herrscht und keine Störungen derselben zu befürchten sind.

Den 26. Mai 1849.

[1931] **Königl. Badaufsichts-Behörde.**

[1512]

Zum Verkaufe.

Das Schloß Greifensee nebst den dazu gehörigen Gütern im Ganzen etwa 11 Jucharten umfassend.

Das solid gebaute und modern eingerichtete Wohnung, mit Oekonomiegebäuden, enthält hinlängliche und bequeme Räume für eine oder zwei Familien. Die besonders anziehende Fernsicht auf die Gebirge der Schweiz, sowie auf einen weiten Kreis der Umgegend, die leichte Postverbindung über Betergelegenheit mit Zürich und Winterthur, welch beiden Städten es nur zwei Stunden entfernt ist, so wie die unmittelbare Nähe eines lieblichen und fischreichen Sees sind Annehmlichkeiten, die für den Geschäftsmann, den Landökonom oder den Freund eines zurückgezogenen Lebens gleich befriedigend sein können.

Zu der Besitzung, welche in Gärten (mit guten Obstsorten), Wein, Wiesen, Aeckern und Torfland besteht, gehört auch eine Trotte und solche Scheune mit Antheil an einer Dorfgerechtigkeit.

Allfällige portofreie Nachfragen beliebt man zu adressiren an mit dem Verkaufe beauftragten

Robert Schultheß,

an der Steinwerkstasse zu Hottingen bei Z[illegible]

Cours der staats-Papiere. 22 Juni 1849 (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat.	5	73⅛	73⅛
»	ditto ditto	4	57⅜	57⅛
»	ditto ditto	2½	39½	39⅛
»	Bank-Actien p. D.		1064	1054
»	1 250 Loose d. Roth.		75	74½
»	1 500 » ditto		123	122½
»	Lothring. Obligat.	5½	—	65½
»	ditto ditto	4	61	—
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	81½	81
»	Prämienscheine		—	102½
Bayern	Anlehen	4½	—	79
Darmstadt	2. 50 Loose		72⅛	71½
»	2 35 »		23	22⅞
»	Obligationen	4½	79½	79⅛
»	ditto	4	55½	54⅝
Baden	Obligationen v. 1845	4½	74½	73½
»	2. 50 Loose v. 1845		48	47½
»	2. 35 Loose		27	26¾

Wechsel-Cours. Den 22 Juni.		Papier	Geld.
Amsterdam	(K.S.		
(100 fl. Crt.)	(2M.		
Augsburg	(K.S.		
(100 fl. Crt.)	(2M.		
Berlin	(K.S.		
(60 Thlr.)	(2M.		
Bremen (60	(K.S.		
Rthlr. LI-der	(2M.		
Hamburg	(K.S.		
(150 Mk. Bco)	(2M.		
Leipzig (60	(K.S.		
Thlr.)	(2M.		
London	(K.S.		
(10 Lstr. St.)	(2M.		
Lyon	(K.S.		
(300 Fr.)	(2M.		
Mailand (450	(K.S.		
Lir. Austr.)	(2M.		
Paris	(K.S.		
(300 Fr.)	(2M.		
Wien (100 fl.	(K.S.		
im fl. 20 F.	(2M.		
Disconto			

Gold.	fl.	kr.	Silber.	fl.	kr.
Pistolen	9	58	Gold al Marco	392	—
Fr. Friedrichsd'or	9	52	Laubth., ganze	—	—
Holl. 10 fl. Stücke	10	6½	Preuss. Thaler	—	—
Rand Ducaten	5	40	5 Frankenthaler	—	—
20 Francsstücke	9	41	Hochhaltig Silber	23	30
Kais. Souvereins	12	5	Gering u. mittelh.	23	20

Diverse Federn u. Loose.	Brief.	Geld
Kurhessische Loose	24⅛	23
Sardinische Loose	24½	—
Cöln-Aachen		
Cöln-Minden	79⅜	78⅝
Ludwigsh.-Berbach	78¾	78¼
Friedr.-Wilhs.-Nordbahn	27	26½

Nach der Börse: 21½ Mex. — Span. Int. — Tannusbahn-Actien (pr. Ult.) —; Ludw.-Berb. —; F.-W.-Nordb. — G.

Druck von August Osterrieth.

№ 148 — Samstag — den 23. Juni — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Für England und überseeische Länder: Loysel u. Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (¼ Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaction dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nehmen Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 236; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Wagl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 72a.; 3) Hofcommissär G. Klorey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

☞ Mit dem 1. Juli 1849 beginnt ein neues Abonnement auf die **Frankfurter Oberpostamts-Zeitung**, welche das **von der deutschen Centralgewalt zur Veröffentlichung ihrer amtlichen Verkündigungen ausersehene Organ ist.** Von allen Blättern zuerst werden in ihr die aus sicherer Quelle ihr zugehenden Nachrichten schleunigst veröffentlicht. Die **Frankfurter Oberpostamts-Zeitung** und das **Konversationsblatt** zusammen werden, wie bisher, zu nachstehenden Preisen vierteljährlich abgegeben: 1. In dem Bestellbezirk von Frankfurt a. M. 2 fl. 30 kr.; 2. in Kurhessen, dem Großherzogthum Hessen, Nassau, den sächsischen Herzogthümern und den Hansestädten 2 fl. 30 kr.; 3. in Wimpfen 2 fl. 38 kr.; 4. in dem Königreich Württemberg, den hohenzollernschen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen 2 fl. 45 kr. — In der preußischen Monarchie, wie in den übrigen Staaten Norddeutschlands, ferner in Bayern und Baden kostet die Zeitung vierteljährlich 3 fl. 8 kr., und in der österreichischen Monarchie 6 fl. 24 kr. C.-M., einschließlich aller Nebenspesen.

Man ersucht um möglichst baldige Bestellung bei den betreffenden Postämtern. — Für Frankreich, England und überseeische Länder nimmt Herr G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und Paris Rue N. D. de Nazareth Nr. 23, Bestellungen an. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (¼ Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 Kreuzer.

Vom Neckar und Rhein.

Stuttgart, 20. Juni. In dem 21. Stück des Reichsgesetzblattes verkündet die Reichsregentschaft das von ihr erlassene Gesetz über die Bildung der Volkswehr. Sodann folgt die Verordnung über die Ausführung des Gesetzes, die Bildung der Volkswehr betreffend. Sämmtliche deutsche Regierungen sind mit Hinweisung auf dieses Gesetz aufgefordert, sofort zur Organisation der deutschen Volkswehr zu schreiten und haben in kürzester Frist der Regentschaft, Abtheilung des Krieges, Bericht über die bereits organisirte Volkswehr zu erstatten, so wie die Vorschläge zu geeigneten Personen für Oberbefehlshaberstellen einzureichen. In denjenigen Landestheilen Deutschlands, wo die Regierungen dieser ihrer Pflicht nicht nachkommen sollten, haben die Behörden der Provinzen, Kreise, Bezirke und Gemeinden unverzüglich obiges Gesetz selbstständig zur Ausführung zu bringen und der Regentschaft, Abtheilung des Kriegs, innerhalb acht Tagen von heute an Bericht zu erstatten. Ueberall, wo sich zur Zeit organisirte Bürger- oder Landwehr befindet, haben die Commandanten der Corps sofort der Regentschaft Bericht über die Stärke, Waffengattung, Bewaffnung, Munition u. s. w. zu erstatten. Stuttgart, den 17. Juni 1849. Die Reichsregentschaft: Franz Raveaux, Carl Vogt, Friedrich Schüler, Heinrich Simon, August Becher. — Ferner eine Verordnung des gleichen Inhalts:

Zur Abwehr der gemeinsamen Gefahr, welche der Durchführung der Reichsverfassung durch den Angriff verfassungsfeindlicher Mächte, insbesondere Preußens, auf die Rheinpfalz und Baden droht, verordnet die Reichsregentschaft nach Maßgabe des Art. 7 des Reichsgesetzes vom 17. Juni 1849, wie folgt: Art. 1. Der erste Heerbann hat zur Bildung eines Reichsheeres unverzüglich folgende Contingente zu stellen: Baden: das gegenwärtig unter den Waffen stehende badische Heer; Württemberg: zur Besetzung der Reichsfestung Rastatt und Landau vier Regimenter, ein Regiment Cavallerie, eine Batterie Artillerie unter dem Commando eines von der königl. württembergischen Regierung zur Ernennung vorzuschlagenden Befehlshabers; Nassau: das gesammte nassauische Linienmilitär als Observationscorps unter dem Commando eines von der herzogl. nassauischen Regierung zur Ernennung vorzuschlagenden Befehlshabers; Frankfurt: das gesammte Linienmilitär des Freistaats Frankfurt, über dessen Verwendung die Regentschaft Art. 2. Der zweite Heerbann wird in Württemberg, in beiden Hessen, Nassau, Frankfurt, Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen als Reserve dieses Reichsheeres aufgeboten. Er wird da, wo die örtliche Lage es gestattet, unverzüglich durch besondere Befehle nach den bedrohten Punkten Badens und der Rheinpfalz dirigirt werden. Art. 3. Wo organisirte Bataillone der Bürgerwehr bereits stehen, sind sie ermächtigt, die badische Grenze, wo sie ihnen am nächsten liegt, als Freiwillige zu überschreiten, dem Kriegsschauplatze zuzuziehen, und haben sich dieselben dem nächsten badischen Commandirenden zur Verfügung zu stellen. Art. 4. Die Landesregierungen sind aufgefordert, in Befolgung des Reichsgesetzes vom 17. Juni 1849 den zweiten Heerbann überall, wo die Bürgerwehr noch nicht vollständig organisirt ist, sofort zu formiren. Art. 5. Versäumen sie dies, so werden bei der Nähe der Gefahr dadurch alle waffenfähigen Männer von 18—30 Jahren, die nicht zum stehenden Heere oder zur Landwehr bereits einberufen sind, aufgefordert, sofort in ihrem Wohnort zu Compagnien von der Stärke derer im stehenden Heere des betreffenden Einzellandes zusammenzutreten. Ist eine Gemeinde nicht groß genug, um eine eigene Compagnie zu bilden, so hat sie sich mit den nächstbarten Gemeinden zu vereinigen, bis die Compagnie gebildet ist. Die so gebildeten Compagnien wählen sofort ihre Führer und vereinigen sich mit den Nachbargemeinden, bis ein Bataillon gebildet. Sämmtliche Offiziere des Bataillons wählen den Bataillonschef. Dieser hat alsbald von der Bildung des Bataillons und dem Standquartier des Bataillonsstabes, von der Anzahl der bereits bewaffneten Mannschaft und der Art ihrer Bewaffnung, sowie der unbewaffneten Wehrpflichtigen des Bataillons an die Reichsregentschaft, Abtheilung des Krieges, Bericht zu erstatten, worauf weitere Verfügung ergehen wird. Art. 6. Jeder Wehrpflichtige, der nicht bereits mit Waffen und feldmäßiger Munition versehen ist, hat hierfür nach Möglichkeit selbst Sorge zu tragen und dabei auf gleiches Kaliber mit seinen Kameraden zu achten. Unbemittelte werden laut Art. 11 des Reichsgesetzes vom 17. Juni 1849 durch die Gemeinden bewaffnet und mit Munition versehen. Art. 7. Sämmtliche Mannschaften sind nach Art. 9 des Reichsgesetzes vom 17. Juni auf die Reichsverfassung feierlich zu verpflichten. Stuttgart den 17. Juni 1849. Die Reichsregentschaft: Franz Raveaux, Carl Vogt, Friedrich Schüler, Heinrich Simon, August Becher.

**** Vom Kriegsschauplatz am Neckar** liegen heute früh außer den Berichten der „Dst. Ztg." genauere Meldungen in den Briefen vor, die wir unten folgen lassen. Sie bestätigen, daß das vom General v. Peucker befehligte Neckarcorps bei Hirschhorn den Fluß überschritten hat und dadurch die Badenser in der Flanke bedroht, während im Rücken derselben das preußische Corps unter General v. Hirschfeld operirt. Wie weit das letztere vorgerückt ist, und ob es wirklich, wie es gestern allgemein hieß, bei Wiesloch steht, darüber fehlen alle Nachrichten. Wir sind von Baden so gut wie abgeschnitten. Bisher gingen uns Briefe und Blätter von dort über Franken zu; heute ist zum erstenmale das officielle Organ der provisorischen Regierung, die „Karlsruher Zeitung" hier und die badische Post gestern auch in Würzburg, wie wir eben aus der dortigen Zeitung ersehen, ausgeblieben. Nur das „Mannheimer Journal" liegt vor uns, das arme Blatt, in welchem aus und über „Land Baden" nicht ein Sterbenswörtchen steht, weil es nicht sagen darf, was es will, und nicht sagen will, was es darf, alles um der deutschen „Reichsverfassung" willen, bis ihm das „fürstliche Söldnerheer" auf der Spitze des Bajonnets die Preßfreiheit wieder bringt. Das „Mannh. Journal" sagt unendlich viel durch sein Schweigen. Die Einnahme der Brücke bei Ladenburg hat sich nicht bestätigt. Von einem uns befreundeten Mann, der gestern bei den Reichstruppen in den Ladenburger Quartieren campirte und Abends hier eingetroffen ist, wurde uns mitgetheilt, daß dieselbe nach dem Urtheil Kriegskundiger mit dem schweren Opfer von 150 bis 200 Mann erstürmt werden könne, daß man aber darauf verzichtet, die Brücke überhaupt zu nehmen, da sie, nur um etwas später, in Folge der Operationen der Corps unter dem General v. Peucker und dem Prinzen von Preußen, von den Badensern werde aufgegeben werden müssen. Uebrigens soll die Brücke unterminirt sein. Die Aufständischen liegen jenseits hinter den Eisenbahndämmen, die ihnen als Verschanzungen dienen, und schießen fleißig herüber nach Ladenburg, Büchsen- und dann und wann auch eine Kanonenkugel. Die Preußen hat diese Unterhaltung bis jetzt einen Todten und ein paar leicht Verwundete gekostet. Die „Darmst. Ztg." hat Berichte aus Weinheim vom 21. Abends. Sie lauten:

Gestern vor 8 Uhr Abends kam die Ordre zum Aufbruche des eigentlichen Gros, welcher bei steter Bereitschaft auch sofort erfolgte, mit Hinterlassung einer tüchtigen Deckung an großherzogl. Infanterie, Chevauxlegers unter Oberstlieutenant Hansen und Mecklenburger Cavallerie, bei welcher letzteren auch die vielbesprochene schöne Regimentstochter. Diese Deckungsmannschaft hatte nach allen Seiten hin stark zu patrouilliren, namentlich nach Schönlenbach, wo die badische Grenze am nächsten und die Lage am besorglichsten ist. Die Bagagen erwarteten jeden Augenblick den Befehl zum Nachrücken, da sehr günstige Nachrichten von den gegen den Neckar vorgegangenen Truppen eingetroffen sind. Die Avantgarde unter General v. Bechtold fand zwar auf den Straßen Barrikaden, diese aber von den Aufständischen verlassen, deren Wachfeuer als einzige Spuren hinterblieben waren. Auch der wichtige Punkt Eberbach war von ihnen geräumt; sie sollen sich gegen Mosbach gezogen haben. — Heute Morgens ist auch das Corps des General Wachter — die frühere Vorhut, nun Nachhut — aus Frankfurtern, Nassauern, Württembergern, hessischer Reiterei und Geschützen bestehend, hier angekommen, nachdem es in Weinheim erst 24 Stunden nach dem Abmarsche des General v. Schäffer von den Preußen abgelöst worden war, mithin diese Zeit über auf einem gefährlichen Posten beinahe exponirt stand. — Ich komme eben (9 Uhr) aus dem Bivouac an der Gammelsbacher Straße. Man hört in der Richtung von Heidelberg eine Kanonade; auch ist heute früh ein Courier hier durchgekommen, welcher in das Hauptquartier nach Eberbach die Nachricht bringt, daß die Preußen heute von Weinheim aus Ladenburg angreifen. Von unserer Colonne, die nach Hirschhorn dirigirt werden, um auch dort den Neckar zu überschreiten, konnte ich gestern Abends nur so viel erfahren, daß die Badischen jenseits Hirschhorn auf den Bergen mit Geschützen (man sprach von 8 Pieren) erschienen seien und das Schloß beschossen hätten. Der daselbst commandirende Oberst Weiß verlangte Verstärkung an Artillerie, die sofort dahin entsendet wurde.

Eine Mittheilung aus **Heppenheim** von halb 6 Uhr Abends enthält Nachstehendes: Die Nachrichten lauten von allen Seiten her günstig. Generallieutenant Peucker hat sein Hauptquartier in Eberbach. Der Brand von Hirschhorn durch Beschießung von jenseits erstreckt sich, wie ich bestimmt versichern kann, nur auf zwei Häuser. Fuhrleute, die während der Kanonade ihre Pferde ausgespannt und eilig davon geritten waren, veranlaßten das falsche Gerücht, selbst die Wagen auf der Straße seien verbrannt. Die ganze Neckarlinie im Odenwald ist von den Reichstruppen besetzt; diese sollten den Neckar auch bereits überschritten haben, wie mit großer Bestimmtheit behauptet wird. Ladenburg ist heute Morgen von den Preußen in Besitz genommen worden. An der Neckarbrücke findet jetzt (4 Uhr Nachm.) ein gegenseitiges starkes Kanoniren statt. Das Hirschfeld'sche Corps soll im Badischen bereits weit vorgedrungen sein; man versichert die, wahrscheinlich kampflose, Besetzung von Karlsruhe und das Vorschieben einiger Abtheilungen bis Wiesloch; zugleich heißt es, daß die badische provisorische Regierung entflohen bis auf Brentano, der in Karlsruhe geblieben sei. In Mannheim soll durch die fremden Schaaren ein furchtbarer Terrorismus ausgeübt worden, und in der Bürgerschaft selbst, wahrscheinlich wegen der Uebergabe, Zwiespalt ausgebrochen sein. Vor einer halben Stunde (5 Uhr) kamen in Weinheim Offiziere von Ladenburg an, welche erzählt haben sollen, daß die Preußen dort über die Neckarbrücke auf das jenseitige Ufer vorgedrungen sind.

Den 22. Heute Morgens eingetroffene Briefe bestätigen die vorstehenden Nachrichten mit Ausnahme der letzten: Das Gröben'sche Corps hat den Neckar noch nicht überschritten; ein Kampf um die Brücke hatte noch nicht stattgefunden; die Einnahme von Ladenburg, welche preußischer Seits erfolgte, veranlaßte eine heftige Kanonade von beiden Seiten, kostete aber den Preußen nur vier Verwundete und keinen Todten.

***** Vom Neckar**, 21. Juni. Um mittelst der wenigen gangbaren Straßen zu den Neckarübergängen von Hirschhorn, Eberbach und Zwingenberg zu gelangen, hatte der General v. Peucker sich entschlossen, durch einen Flankenmarsch gegen Sinsheim vorzudringen, um zur Bewältigung der am Neckar stehenden feindlichen Kräfte mit dem bei Germersheim über den Rhein gegangenen Corps sich zu vereinigen und dem Feinde im Rücken zu agiren. Demgemäß ertheilte Generallieutenant v. Peucker in der Nacht vom 18. zum 19. Juni dem in Fürth stehenden Seitendetachement des Neckarcorps den Befehl, ungesäumt in einem forcirten Marsch das wenige Tage vorher recognoscirte Hirschhorn zu erreichen, Stadt und Schloß zu nehmen, sich des dortigen Materials zum Baue der Brücken zu versichern und daselbst das Neckarthal vollständig abzusperren. — Der unter dem Befehl des Generals Wachter in und um Weinheim stehenden Vorhut des Corps wurde die Wei-

sung ertheilt, bis zum 20. stehen zu bleiben, damit der Flankenmarsch des Corps und dessen Ablösung in der Bergstraße durch das zweite Rheincorps vom Feinde nicht bemerkt werde, sodann aber dem Gros des Corps durch den Odenwald zu folgen, und die von letzterm forcirten Neckarübergänge im Rücken desselben besetzt zu halten, so wie in jenem Terrainabschnitt das Großherzogthum Hessen gegen das Eindringen flüchtiger Schaaren zu schützen. — Am 19., Nachmittags 1 Uhr, trat der commandirende General, nachdem die Vorhut des zweiten Rheincorps zum Einrücken in die von ihm geänderte Position eingeladen worden, den Marsch über Fürth nach Beerfelden an, und erreichte am späten Abend Hüttenthal, wohin auch die Nachhut des Corps von Hemsbach aus in einem zehnstündigen Marsche gelangt war. — In der Nacht vom 19. zum 20. erhielt Generallieutenant v. Peucker die Meldung von dem Oberst von Weiß, daß derselbe Hirschhorn unbesetzt gefunden und den ihm gewordenen Auftrag ungehindert erfüllt habe. — Am 20. Juni, um 6 Uhr Morgens, brach das Corps nach Beerfelden auf und concentrirte sich dort, während Nachrichten über die etwaige Besetzung der beiden andern Neckarübergänge durch feindliche Streitkräfte, über die Sicherheit und Gangbarkeit der dahinführenden Defileen und der vom linken Neckarufer gegen Sinsheim führenden Wege eingezogen wurden. Diese Nachrichten vereinigten sich dahin, daß die nach Eberbach und Zwingenberg führenden Straßen an mehreren Orten verbarrikadirt und ungangbar gemacht, Vorposten gegen Beerfelden ausgestellt worden, und die beiden vorgenannten Neckarübergänge zwar nicht von regelmäßigen Truppen, aber von Freischaaren und Bürgerwehren besetzt seien. Es wurde demzufolge beschlossen: 1) Den Oberst v. Weiß in Hirschhorn sofort mit einem Bataillon zu verstärken und dadurch in den Stand zu setzen, das linke, den Thalweg nach Eberbach und Zwingenberg dominirende, Ufer zu besetzen, gleichzeitig aber 2) durch die Vorhut Eberbach und Zwingenberg in mehreren Colonnen anzugreifen, und eine Brigade als Gros auf dem halben Wege nachfolgen zu lassen, während der Rest des Corps bei Beerfelden stehen blieb. — Die Colonnen fanden auf ihrem Wege mehrere zum Theil aus Eichenholz gezimmerte Barrikaden, welche jedoch von dem durch den schnellen Anmarsch überraschten Feinde verlassen waren, und sogleich beseitigt wurden. — Mit anbrechender Nacht war sowohl Eberbach als Zwingenberg genommen, und es wurde demnächst noch in der Nacht auch der von Beerfelden vorrückende Theil des Corps nach Eberbach gezogen. Dagegen wurde der Oberst v. Weiß in Hirschhorn, von einer zur Besetzung dieses Punktes aus Heidelberg vorgedrungenen Colonne mit überlegener Artillerie angegriffen. Es entstanden in der Stadt und in dem Schlosse durch das Geschützfeuer Brände, die jedoch gelöscht wurden. Sämmtliche Angriffe wurden zurückgewiesen, und der Feind zog sich gegen 11 Uhr Nachts wieder zurück. Nur den übergroßen Anstrengungen des Corps, welches in 30 Stunden von der Bergstraße über Fürth und Beerfelden nach jenen Neckarübergängen vorgedrungen ist, und der dadurch erzielten Ueberraschung des Feindes, dem man in der Besetzung der obern Neckarpositionen zuvorgekommen, ist das eben gemeldete glückliche Ergebniß zu verdanken. Sobald der Brückenbau in Zwingenberg beendet ist, wird der Marsch des Corps unter dem Befehle des Generallieutenants v. Peucker gegen Wiesloch und Sinsheim fortgesetzt werden.

⊗ **Beerfelden**, 21. Juni. Von Weinheim ging vorgestern das Hauptquartier über Fürth nach Beerfelden, wo es vergangene Nacht blieb, heute früh wurde es nach Eberbach verlegt. In Zwingenberg ist ein großer Theil der Armee versammelt, um hier über den Neckar zu gehen. Hier in Beerfelden waren heute früh 1 Bataillon Württemberger, 2 Schwadronen und 1 Bataillon Hessen. General Wachter hat hier sein Hauptquartier. Nassauer, 3 Schwadronen Mecklenburger gehen ebenfalls mit jenen nach Eberbach. Vielleicht geht man auch bei Aglasterhausen über den Neckar.

Auf dem Durchmarsche durch Beerfelden. Gestern Abend war wiederum ein Gefecht bei Hirschhorn. Ein gefangener Spion der Freischärler und ein französischer Freischärler, die dort gefangen, werden hier eingebracht. Es sind mehrere Freischärler erschossen.

⊗ **Eberbach**, 22. Juni. Nach einem langen und beschwerlichen Marsche sind wir endlich gestern Abends um halb 12 Uhr von Beerfelden hier angekommen. — Das Gros der Armee war von Weinheim über Fürth nach Beerfelden gegangen, von hier aus nach Eberbach am Neckar, von wo sich das Hauptquartier, als wir gestern Abend mit der Nachhut hier ankamen, bereits nach Zwingenberg gezogen hatte, um dort über den Neckar zu gehen. — Vor Eberbach war ein großes Biouak geschlagen, in dem Thale Berg mit Bayern und Ruthenen lag. Wachtfeuer brannten hier in den Thälern am Ufer des Neckar weit und breit. — Die mit der Nachhut eintreffenden Truppentheile wurden mit freudigem Hurrah begrüßt. Aus dem Marsche lagen die Württemberger und ein Theil der Nassauer Infanterie. Die hier ruhende Nachhut überhaupt bestand wesentlich aus den Truppen, welche bereits stark im Feuer gewesen waren, also den mecklenburger Dragonern und den hessischen Chevauxlegers. — Vor Ankunft der Truppen hat hier Oesterreich mit einigen tausend Mann Bürgerwehr gelegen, die mit ihm nach Hirschhorn zogen. — Der Oberlieutenant v. Gamm hat hier 2 Kanonen der Freischaaren aufgefunden. — Der Oberst v. Witzleben ist Commandant der hier liegenden Truppen, der Truppen in Hirschhorn, Zwingenberg und Beerfelden.

⊗ **Eberbach** am Neckar, 21. Juni. Heute rückte das aus Frankfurtern, Nassauern und Württembergern bestehende Corps des Generals v. Wachter in Beerfelden ein und bezog die von einem Theil der früher dort versammelten Truppen verlassene Campirung. Es wird jedoch nicht lange in derselben bleiben und wahrscheinlich diesen Abend hier noch eintreffen. Die Generale v. Peucker und von Schäffer überschritten inzwischen den Neckar bei Zwingenberg und wenden sich wahrscheinlich von da nach Aglasterhausen und Sinsheim, um dem von den Preußen auf zwei Seiten gefaßten Feinde den Rückzug gegen Karlsruhe abzuschneiden. Hier und in Beerfelden hörte man den ganzen Tag hindurch aus der Gegend von Heidelberg eine sehr starke Kanonade. Als die Unsern gestern hier einzogen, empfing sie der Bürgermeister und Gemeinderath vor dem Thore und bat den Höchstcommandirenden um Schonung der Stadt, welche auch zugesagt wurde. „Beim ersten Schusse aber, der auf uns fällt, bleibt kein Stein auf dem andern", soll General v. Peucker hinzugefügt haben. Die Entwaffnung der Stadt wurde alsbald angeordnet und heute sah ich schon zahlreiche Gewehre, Säbel, Munition u. dgl. auf dem Rathhause. Als letzter Termin ist heute Abend 6 Uhr angesagt. Wer bei der später erfolgenden militärischen Hausvisitation noch mit Waffen versehen befunden wird, verfällt dem Kriegsrecht. Ich habe mich im Uebrigen überzeugt, daß die Stadt herzlich froh ist, des Unwesens los zu sein. Die Krone davon war eine Pressung der waffenfähigen unverheiratheten Männer von 18—30 Jahren, welche unmittelbar vor dem Abzug der Aufständischen erfolgte. Die Gepreßten bewiesen dabei den größten Unwillen, der sich u. a. dadurch äußerte, daß sie ihre Waffen von sich, theilweise selbst in den Neckar warfen. Sie mußten nichtsdestoweniger mit, sollen jedoch schon mehrfach Gelegenheit gefunden haben, zu entfliehen und hierher zurückzukehren. Außerhalb und innerhalb der Stadt bivouakirten Massen von Truppen im Felde wie auf öffentlichen Plätzen. An einem der Thore sah ich zwei kleine Kanonen, welche man der Bürgerwehr genommen hat. Die Bürger waren hier, wie in Beerfelden sehr mit der Haltung aller Truppen zufrieden. Die Zahl der hier versammelten Truppen mag sich auf 18,000 belaufen.

Heidelberg, 18. Juni, Abends 10 Uhr. Den Gerüchten zufolge ist bereits die ganze Pfalz von den Interventionstruppen besetzt, und die Preußen stehen in Germersheim, wenn nicht gar schon diesseits des Rheins. Die Badischen sind demnach eingekeilt von den drei Seiten, die ich Ihnen neulich angegeben. Also Heidelberg wird die Wahlstatt; die Stadt, die der Kopf der Bewegung war, hält bis zum letzten Ende aus. Der alten Schloßruine werden neue beigefügt werden. Wer jetzt noch flüchten kann, bringt seine Person in Sicherheit; alle Fremden sind fort, Ihr Correspondent bleibt. Wir haben heute gegen 19,000 Mann in unserer Stadt, die bekanntlich nur 15,000 Seelen zählt. Sie können daraus abnehmen, in welchem Maße die Einquartierung auf dem Einzelnen lastet. Der gewöhnlichste Bürger hat 12 bis 24 Soldaten im Hause; so geht das schon seit vier Wochen; Polen, Italiener, Ungarn, Franzosen — Alles kämpft — für die Reichsverfassung! Die badischen Truppen schauen dem Dinge mit Resignation zu; ich habe zwei Mann im Quartier, die in ihrer Ruhe, wie sie ihrem gewissen Tod entgegensehen, bemerkenswerth sind. „Wir haben halt mal die Sauerei gemacht. Jetzt muß es kommen wies kommt. Uebergeb'n thun mer nit, eher sterben." Uebrigens wird noch heute dabei „die Neige der köstlichen Zeit sattsam geschlürft!" „Wenn man jetzt halt das badisch Ländel regieren will, so muß man ein Dach darüber bauen, es gibt ein Zuchthaus," so sagen die Leute halb im Leichtsinn, halb in Verzweiflung. Der ganze Organismus ist so sehr aus allem Rand und Band gegangen, daß an eine gesellschaftliche selbstständige Grundlage kaum mehr zu denken ist. Ich beschränke mich für Sie jetzt nur auf augenblickliche Thatsachen. Ich werde Ihnen später schon unsere „fünftige Tage" pragmatisch darstellen. In der Gegenwart wird so fürchterlich gelogen, daß es ganz unmöglich ist, mehr zu geben, als was das eigene Auge sieht. Morgen soll der Kampf wieder beginnen; Mierosławski ist sehr streng mit den Soldaten; er scheint die Disciplin energisch wiederherstellen zu wollen, so viel sich davon herstellen läßt! Das Volk bildet sich ein, in den nächsten Tagen müsse sein Abgott Hecker kommen, als ob man in fünf Wochen nach Neapoleans hin und herreiste. Die Pfälzer Geographie ist berühmt. Die Bürgerwehr ist heute entwaffnet; für jedes Gewehr erhält man einen Bon — good for nothing. (A. Z.)

Freiburg, 14. Juni. Wir leben in einem höchst peinlichen Zustande. Die öffentlichen Angelegenheiten gerathen nach und nach in Verwirrung (wer etwa daran zweifelt, lese nur die „Karlsruher Zeitung"), da die unsäglichen Subjecte, mit den wichtigsten Angelegenheiten betraut, durch Terrorismus zu ernsten suchen, wo ihnen an Fähigkeiten abgeht. Mit grenzen oder Härte preßt man die jungen Leute zum Kriegsdienst, und wo nach Widersetzlichkeit zeigt, werden die Bürgermeister verhaftet und ihre Stellen durch die verachtetsten Personen ersetzt. Wie man die Staatsgelder verschleudert, darüber können Ihnen die Gerichtsverhandlungen Aufschluß geben, von welchen kürzlich auch Ihr Blatt berichtet hat. Aehnliche Sendungen sollen auch nach andern Seiten hin gemacht worden sein. Schwerlich dürfte die Anzahl derjenigen sehr gering sein, welche behaupten, es seien diese Gelder von den jetzigen Machthabern auf die Seite geschafft worden, um sie sich zu sichern, wenn die Sache in Baden schief gehen sollte. Dafür spricht allerdings die Heimlichkeit der Anordnung. Kein Blatt darf derselben Dinge auch nur andeuten! Nie war die Preßfreiheit schmählicher unterdrückt als in diesem Augenblick. Von verbreiteten in Zeitungen werden alle Nummern zurückgehalten, welche Mittheilungen enthalten. Die „Oberpostamts-Zeitung" bleibt viel häufiger aus*) als das „Frankfurter Journal"; diejenige Nummer des „Frankfurter Journals", welche den Aufruf des Großherzogs an die Soldaten und das Amnestieversprechen enthält, ist unterdrückt worden, die Soldaten haben nichts davon erfahren. Wir haben nur von Basel aus davon gehört.

*) Dies bestätigen mehrfache, direct uns zugegangene Klagen und Reclamationen. Man scheint in Karlsruhe oder Donaueschingen Oberen Orts die Referenten wissen eigen Nummern zu unterdrücken, denn zuweilen hat sich nur das Hauptblatt, ein andermal nur die Beilage, ein drittes Mal nur das Feuilleton in Freiburg eingefunden. Bekanntlich wird auch an der russischen Grenze durch allerlei Maaßregelungen Sorge dafür getragen, daß dem „Volk" durch die Zeitungslektüre der politische Magen nicht verdorben werde. Auf jene Reclamationen können wir nur erwidern: daß die Versendung von hier aus immer regelmäßig erfolgt ist. Die Red. d. D. P. Z.

Kaiserslautern, 21. Juni. Seit acht Tagen waren wir hier so gänzlich von der vordern Pfalz abgeschnitten, daß uns die Nachrichten von da und aus Baden erst durch die dortigen und Mainzer Blätter zukamen. Nunmehr aber sind die meisten Verbindungen wieder hergestellt, und heute ist auch die ganze Eisenbahnstrecke von Berbach bis Neidenfels wieder eröffnet worden. Hier ist es ganz still; außer einigen täglich durchpassirenden unbewaffneten preußischen Landwehrmännern und Rekruten, welche unter geringer Bedeckung dem Hauptquartier zugeführt werden, sieht man kein Militär, ebensowenig junge Leute, da diese, als dem ersten Aufgebote angehörig, dem Volksheer nach Baden gefolgt sind. Viele hiesige Familienväter sind in Person ihren Söhnen nachgereist, um sie zu reclamiren, allein nur äußerst wenige von letzteren sind zurückgekehrt. — Ueber das Treffen bei Rinnthal im Annweiler Thale habe ich einen Augenzeugen gesprochen. Er gibt die Zahl der Todten auf pfälzischer Seite nur auf acht an; er habe die Leichname genau gemustert, um sich zu überzeugen, daß kein Hiesiger dabei sei. Zwei schwer Verwundete seien aber bald darauf gestorben. Von einer andern Seite wird behauptet, unter den Gefallenen befinde sich auch der Adjutant Willich's, ein Neffe des Ministers Manteuffel. Der Verlust der Preußen soll bedeutender gewesen sein, als Ihnen aus dem Hauptquartier Neustadt gemeldet wurde. Mit der größten Spannung sehen wir den Ereignissen der nächsten Tage entgegen.

Kirchheimboland, 19. Juni. Wären die den Pfälzern zu Hilfe gerufenen Freischaaren länger in Kirchheimboland verblieben, so würden sie zwischen zwei Feuer gerathen sein, denn die Bewohner dieser Stadt drohten, bei dem Heranrücken der Preußen die Freischaaren im Rücken anzugreifen, wenn sie nicht sogleich die Stadt verlassen würden. Zitz und Bamberger verließen nicht eher die Stadt, als bis alle Volkskämpfer, mit Ausnahme der kleinen Schaar, welche freiwillig in dem Schloßgarten zurückblieb, und dort den Heldentod starb, aus Kirchheimboland ausgezogen waren. Zitz und Bamberger, welcher Letztere, an und für sich sehr schwächlichen Körpers, ein Fußübel hatte, fuhren aus der Stadt, als bereits die Preußen eingedrungen waren. Wäre ihr Wagen durch die zuerst beabsichtigte Straße abgefahren, so wäre er den Preußen direct in die Arme gekommen, und Zitz und Bamberger waren gefangen. Ich sah beide wegfahren. Zitz rauchte, wie auf dem Spaziergange, ruhig seine Cigarre. (M. Z.)

Deutschland.

†* **Frankfurt**, 22. Juni. Auch der Prinz von Preußen hat nunmehr Baden in Kriegszustand erklärt, nachdem dies zuvor schon auch durch den Großherzog von Baden und durch den General von Peucker geschehen ist. Die Erklärung lautet: „Da die Aufrührer im Großherzogthum Baden fortfahren, sich zum bewaffneten Widerstande gegen die zur Herstellung der rechtmäßigen Regierung im Lande an dessen Grenzen versammelte Armee zu rüsten, auch bereits durch den Kampf selbst derselben entgegen getreten sind, so erkläre ich, als Oberbefehlshaber der zu jenem Zwecke gegen Baden aufgestellten preuß. Armee, das ganze Großherzogthum Baden hiermit in den Kriegszustand. Hiernach verfallen nunmehr alle diejenigen Personen in dem Großherzogthum Baden, welche den unter meinen Befehlen stehenden Truppen durch eine verrätherische Handlung Gefahr oder Nachtheil bereiten, dem Kriegsgericht. Die Corpscommandeure haben hiernach das Erforderliche anzuordnen und sind befugt, die Todesurtheile zu bestätigen. Neustadt a. d. Haardt, den 19. Juni 1849. Der Oberbefehlshaber der preußischen Operationsarmee am Rhein. Prinz von Preußen."

Wien, 16. Juni. Während Hr. v. d. Pfordten in Wien sich aufhält, geben ihm die dortigen Journale täglich einige Lectionen zum Morgengruß. Der „Oester. Corr." nimmt sich Hrn. v. d. Pfordten den Augenblick gelommen, wo Oesterreich durch Vermittlung Bayerns in jene alte Stellung zu Deutschland eintreten soll, und bringt unmittelbar hinterdrein die Mahnung, daß der älteste Bruder des Kaisers, Erzherzog Ferdinand Maximilian nach München abgereist sei, um dem König von Bayern den Orden des goldenen Vließes zu überbringen. Die „Presse", die neuerdings zur Versöhnung und Vermittlung gerathen, will noch immer ein süddeutsches Bündniß möglich halten, mahnt aber, daß den Forderungen der Zeit billige Rechnung zu tragen sei. Die Maximen, mit welchen die „Allg. Ztg." Herrn v. d. Pfordten's Reise begleitete, werden in Wiener Blättern „zur Beherzigung" wiedergegeben. Der Kaiser von Rußland wird vielfach hier erwartet. Am 14. Juni früh 8 Uhr war er, wie schon gemeldet, in Begleitung des Großfürsten Constantin und Fürsten Paskewitsch in Krakau angekommen, und um 10 Uhr gleich weiter gereist. Am Nachmittag passirte er Tarnow mit 15 sechsspännigen Wagen, um selben Weg nach Dukla ein. Das „conv. B. a. B." will wissen, daß Rußland gegen Oesterreich seinen Zolltarif vielfach zu ändern, die abgelaufenen Provisionen ganz aufzuheben und die Zölle überhaupt stark herabzusetzen gedenke.

Pregburg 16. Juni. Heute wurde wieder eine Verretheilung zum Strang publicirt, sie trifft den evangelischen Prediger Razga. Der Unglückliche trug durch seine öffentlichen Reden viel zu der Schilderhebung. Eine Deputation der evangelischen Kirchengemeinde, den Stadtrichter und Superintendenten an der Spitze, begab sich zu F.M.L. Kempen, um für den Unglücklichen um Gnade zu bitten.

Königsberg, 16. Juni. Gemäß der Aufforderung des Provinzialcomite zur volksthümliche Wahlen, welches in Januar die Wahlen leitete, hatten die Vertrauensmänner der damals gebildeten Wahlbezirke gestern eine Besprechung, wie man sich diesmal bei den Wahlen zu verhalten habe. Sie hatten sich sehr zahlreich, es waren 230 anwesend, eingefunden, so daß alle Bezirke der Stadt vertreten waren. Die Debatte war kurz und präcise. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß die Vertrauensmänner

nächst die Urwähler ihres Wahlbezirks zusammenrufen
d ermitteln sollten, wie viele für das Wählen und
chtwählen seien. In acht Tagen wird hierüber Bericht
attet werden. Eine vorläufige Abstimmung, wie die Ver-
uensmänner selbst sich zu dieser Frage verhielten, ergab
s Resultat, daß sich zunächst 220 für Nichtwählen und
r acht für das Wählen entschieden. Wenn man, wie mit
cht, diese Abstimmung der Vertrauensmänner die Stim-
ng der demokratischen Partei, bekanntlich bei weitem die
ebrzahl der Gesammtbevölkerung, zu Grunde legt, so
idt sich hieraus, daß die demokratische Partei hier fast
stimmig nicht zu wählen gesonnen ist. (N. R. Z.)

München, 18. Juni. Ueber die Motive, welche den
rsten L. v. Wallerstein bei Niederlegung seines Amtes
Kronobersthofmeister und der damit verbundenen Reichs-
bowürde leiteten, gibt dessen Organ, die „Deutsche const.
g.“, folgende Aufschlüsse: „Der Fürst, ausgehend von der
chtsgiltigkeit der Grundrechte, hielt es nicht für vereinbar
t seinen Grundsätzen, ein Mandat ferner auszuüben,
sen Quelle (die Standschaft des Adels) eben durch die
undrechte abgeschafft worden ist. Nur der Umstand, daß
on in der Thronrede die Vorlage eines Gesetzentwurfs
er veränderte Formation der Reichsrathskammer war an-
ündigt worden, hatte den Fürsten bis jetzt zu zögern
stimmt; die nun erfolgte Auflösung des Landtags stellt
nes neue Gesetz aber in ferne Aussicht.“

Dresden, 19. Juni. Gestern ist der neuerlich einge-
zene Vorstand des Stadtverordnetencollegiums, Dr.
eidenschnur, auf Handgelöbniß seiner Haft entlassen
rden, nachdem, wie verlauten will, mehre hiesige Bür-
r als Entlastungszeugen für ihn eingetreten sind.

Aus Mitteldeutschland, 18. Juni. Die gothaische
rsammlung hat alle Aussicht auf die erforderliche zahl-
che Betheiligung. Vom mittlern Rheine namentlich ist
e Ankunft des Hrn. Stedmann von Bessellich, aus Köln
d die Hrn. Compes, Mevissen, Bürgers, von Bonn Hr.
eiters, von Düsseldorf Hr. v. Kösterig, von Braunschweig
r. v. Thielau, von Wolfenbüttel Hr. Langerfeld mit Ge-
ißheit zu erwarten. Desgleichen die Hrn. v. Beckerath
s Krefeld, Breusing aus Osnabrück, Wachsmuth aus
annover, Grumbrecht aus Lüneburg, Gabriel Riesser und
lurm von Hamburg. Sind dies auch nur einzelne Namen,
ch deren Erscheinen wir zufällig Gelegenheit hatten, uns
erkundigen, so dürfen wir doch annehmen, daß auch von
dern Seiten und Landschaften her der Eifer nicht gerin-
r sein werde, sich, der neuen Wendung der Dinge im
aterlande gemäß, zu gemeinsamen Maßregeln zu verstän-
gen. (D. Rchz.)

Außer dem deutschen Verfassungsentwurf und dem Wahl-
setze wird jetzt auch die von Gagern, Dahlmann und de-
n Genossen angeregte Zusammenkunft ehemaliger Reichs-
gsmitglieder der gemäßigten Partei in Gotha in der
agespresse vielfach und meist in günstigem Sinne bespro-
en. Die „Weserzeitung“ und die „Deutsche Reichszeitung“
nd der Meinung, daß die Reaction und die Revolution
eich gefährlich für Deutschland seien, und daß ein ge-
alliames Zusammentreffen dieser Extreme und Bürger-
ieg und Anarchie nur durch eine achtdeutsche Reform-
artei, die über beiden stände und von deren Mängeln frei
äre, verhindert werden können. Eine solche Mittelpartei
i in Deutschland zahlreich und zählte die Besten und Ein-
chtsvollsten zu ihren Anhängern, sie sei aber bisher nicht
ganisirt. Von dem Zusammentritte der Centren, die in
ankfurt die Reformpartei gebildet und deren Meinungen
urch die großen Erfahrungen der letzten Zeit von man-
en Irrthümern und Uebertreibungen befreit werden, wäre
e die Organisirung einer wahrhaften Reformpartei Alles
hoffen. Aber das Volk müsse auch bereit sein, zu diesem
ie vielenvereine der edelsten Männer Deutschlands mit aller
acht zu stehen und ihn um keinen Preis fallen zu lassen. Denn
nst werde das Schicksal des Vaterlandes der Entscheidung
rch Waffengewalt überantwortet werden, was, welche der
treuen Parteien auch siegen möge, über Deutschland auf
nge Jahre hinaus grenzenloses Elend zur Folge haben
rde. — Die „Oldenburger Post“ legt dieser projectirten
rsammlung keinen genügenden Werth bei und sagt, daß
ie Blicke Aller, denen es Ernst um die definitive Gestal-
ung Deutschlands ist, sich jetzt auf Gotha richten, wo sich
er Angelpunkt der ganzen deutschen Frage concentriren
erde. — Dem „Lloyd“ wird aus Berlin (9. Juni) geschrie-
en, daß, wenn nicht alle Anzeichen trügen, man sich von
er Gothaer Conferenz wirklich ein Einigungswerk verspre-
en könne. — Das „Constitutionelle Blatt aus Böhmen“
ennt dagegen, daß die von der Gagernschen Partei in
rankfurt begangenen politischen Mißgriffe durch die Be-
rechung in Gotha nicht so leicht wieder gut gemacht wer-
en könnten. Es wäre jedoch nicht unmöglich, daß durch
ese Gothaer Versammlung ein Vereinbarungsterrain ge-
ahnt würde, der die Vermittlung zwischen den ver-
hiedenen Parteien und Interessen übernähme.

Italien.

* Directe Nachrichten aus dem französischen Lager vor
om und vom 14. und aus Civitavecchia vom 15. Juni.
achdem die Belagerungsarbeiten am 1. fertig geworden,
chtete Oudinot am 12. Juni eine letzte Aufforderung
n die Triumvirn, sich zu unterwerfen. Das Triumvirat
ies diese Zumuthung zurück. Oudinot schrieb darauf an
en Präsidenten der National-Versammlung des römischen
olks, der aber eben so wenig auf die Vorschläge einging.
un wandte sich Oudinot in einer vom 13. Juni früh da-
irten Proclamation an das Volk selbst, und forderte es
uf, ihn nicht in die schreckliche Nothwendigkeit zu setzen,
ie Stadt zu erstürmen. Als auch diese ohne Erfolg blieb,
egannen am 13. Juni die Oudinotschen Belagerungsgeschütze ihr Gesammtfeuer gegen die Stadt. Dasselbe dauerte
is zum 14. Nachmittags.

Am Tage des abermaligen Beginns der Operationen
ließ Oudinot folgenden Tagesbefehl an seine Soldaten
richten:

Villa Santucci, 13. Juni.

Soldaten! Gestern haben es Eure Tapferkeit und Ausdauer dahin gebracht, Eure Belagerungsbatterien auf 100 Metres Entfernung von den Wällen Roms zu vollenden. Ehe wir den Platz stürmen, habe ich dem Präsidenten der Constituante folgende Proclamation an die Einwohner Roms zur Vertheilung zugehen lassen: „Einwohner Roms! Wir kamen nicht zu Euch, um Euch Krieg zu machen, sondern um Ordnung und Freiheit bei Euch zu befestigen. Die Intentionen der Regierung der französischen Republik sind mißkannt worden. Die Belagerungsarbeiten haben uns bis vor Eure Wälle geführt. Bisher haben wir dem Feuer Eurer Batterien nur in seltenen Zwischenräumen geantwortet; wir nähern uns aber dem Augenblick, wo die Nothwendigkeiten des Krieges in fürchterlichem Ernst ausbrechen. Haltet Ihr fern von einer Stadt, die an glorreichen Erinnerungen so reich ist. Wenn Ihr aber darauf beharrt, uns zurückzuschlagen, dann trifft Euch die Verantwortlichkeit für unersetzbaren Unglücks allein.“ Dieser Aufruf zur friedlichen Uebergabe der Stadt wurde aber gar nicht an die Mauern der Stadt angeschlagen. Die Regierung, welche die Einwohner Roms knechtet (opprime), hat auf diese Friedensworte durch die Weigerung, einer solchen Sprache der Mäßigung Gehör zu schenken, geantwortet. Soldaten! Wenige Stunden sind verflossen, und schon haben Eure Batterien in die feindlichen Mauern bedeutende Breschen geschossen. Da man uns zwingt, Rom zu belagern, so werden wir unsere Pflicht in ihrer ganzen Ausdehnung erfüllen. Der Erfolg kann keinen Augenblick zweifelhaft sein. Frankreich hat die Augen auf Euch gerichtet. Ihr werdet seine Erwartung rechtfertigen. Zum Zeugniß seiner Zufriedenheit hebt der Obergeneral hiermit alle Strafen für leichte Vergehen auf, die seit dem Gefecht vom 3. Juni begangen wurden.

Die oben erwähnte Zuschrift Oudinots an den Kammerpräsidenten lautet:

Villa Pamfili, 12. Juni, Abends 5 Uhr.

Herr Präsident der römischen Nationalversammlung! Die Ereignisse des Krieges haben, wie Sie wissen, die französische Armee an die Thore Roms geführt. In dem Falle, wo uns der Eintritt in die Stadt fortgesetzt geschlossen bliebe, wäre ich gezwungen, um den Eintritt zu erzwingen, diejenigen Mittel anzuwenden, welche Frankreich zu meiner Verfügung gestellt hat. Ehe ich zu dieser schrecklichen Nothwendigkeit Zuflucht nehme, betrachte ich es als meine Pflicht, einen letzten Aufruf an das Volk, welches für Frankreich unmöglich feindliche Gesinnungen hegen kann, zu erlassen. Die Nationalversammlung wird ohne Zweifel gleich mir der Hauptstadt der Christenwelt blutiges Unheil vermeiden wollen. In dieser Ueberzeugung bitte ich Sie, Herr Präsident, der hier beiliegenden Proclamation die möglichst rasche und größte Veröffentlichung geben zu wollen. Wenn mir 12 Stunden nach Empfang dieser Depesche keine den Intentionen und der Ehre Frankreichs angemessene Antwort zugegangen ist, so sehe ich mich gezwungen, den Platz mit offener Gewalt anzugreifen. Der Obergeneral der französischen Expeditionsarmee. (gez.) Oudinot de Reggio.

Großbritannien.

London, 18. Juni. Ueber die Stellung, welche die großbritannische Regierung zu der römischen Interventionsfrage eingenommen hat, erhalten wir Auskunft durch verschiedene Briefe, die Lord Palmerston in dieser Angelegenheit an den Marquis von Normanby und den Prinzen Capellecala gerichtet hat und welche beiden Parlamentshäusern am vorigen Freitag vorgelegt worden sind. In einem Briefe vom 5. Januar 1849 an Lord Normanby erklärt Palmerston es für wünschenswerth, daß der Papst in Berücksichtigung des großen Einflusses, den er vermöge seiner geistlichen Stellung ausübe, eine unabhängige Stellung als weltlicher Fürst einnehme, um zu vermeiden, daß er das politische Instrument einer europäischen Macht zum Nachtheile der übrigen werde. Es sei jedoch schwierig, beim Kirchenstaate eine Ausnahme des allgemeinen Grundsatzes des Nicht-Einschreitens zu machen. Der Papst unterscheide sich insofern von andern Fürsten, als er nicht Papst sei durch erbliches Recht, sondern durch die Wahl der Cardinäle, einer weder in ihrer Verfassung, noch in der Zusammensetzung ihrer Mitglieder nationalen Körperschaft. Palmerston spricht schließlich seine Meinung dahin aus, der Papst müsse seinen Unterthanen Bürgschaften für eine gute Regierung geben, und ein bewaffnetes Einschreiten zum Zwecke, ihm für die Erhaltung einer schlechten Regierung seinen Beistand zu leihen, sei nicht zu rechtfertigen. In einem Schreiben vom 28. Januar spricht Palmerston seine entschiedene Mißbilligung der Absicht Oesterreichs aus, zum Zwecke der Wiedereinsetzung des Papstes im Kirchenstaate zu interveniren. Die Differenzen zwischen dem Papste und seinen Unterthanen seien nicht der Art, daß man sich nicht der Hoffnung hingeben dürfe, sie auf diplomatischem Wege ausgeglichen zu sehen. Die Interessen Englands würden übrigens zunächst nicht berührt; deßhalb werde dasselbe sich nur beobachtend verhalten und sich in die Frage nicht einmischen. In einem Briefe vom 9. März wird die Hoffnung ausgesprochen, Frankreich möge die Einladung, mit den übrigen katholischen Mächten zusammen zu wirken, nicht ausschlagen; zugleich wird bedauert, daß eine ähnliche Einladung nicht an Sardinien ergangen sei, dessen Theilnahme den fremden Charakter des Unternehmens gemildert haben würde. Es sei der eifrigste Wunsch Englands, daß die streitige Frage auf dem Wege der Verhandlungen und des moralischen Einflusses ohne Anwendung von Gewaltmaßregeln entschieden werde. In einem Schreiben vom 27. März spricht Palmerston seine Ueberzeugung aus, daß eine dauernde Versöhnung zwischen dem Papste und seinen Unterthanen nur möglich sei, wenn den Römern eine constitutionelle und repräsentative Staatsform gesichert werde, und wenn eine bestimmte Scheidung zwischen den geistlichen und den weltlichen Institutionen und Befugnissen stattfinde. (N. Z.)

Rußland.

Petersburg, 12. Juni. Der Kaiser hat an den Fürsten Schwarzenberg folgendes Handschreiben gerichtet:

Die Festigkeit des Geistes und der unermüdliche Eifer, mit welchem Sie bestrebt sind, die legitimen Rechte unseres treuen Verbündeten, Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich, zu vertheidigen und Aufruhr und Anarchie zu unterdrücken, die durch die Ränke der Feinde aller gesellschaftlichen Ordnung um sich greifen, haben Ihnen unsere aufrichtige Hochachtung erworben. Mit dem Wunsche, Ihnen diese zu bezeigen und zugleich damit unser besonderes Wohlwollen gegen Sie darzuthun, verleihen wir Ihnen die mit Diamanten gezierten Insignien des Ordens des Heiligen Alexander-Newski. Wir übersenden sie hierbei und bleiben Ihnen wohlgewogen.

Unterm 21. Mai ist an den Generalmajor Skariatin folgendes kaiserl. Handschreiben ergangen:

Auf das Zeugniß des Commandeurs des 5. Infanteriecorps, Generals der Infanterie, Lüders, über Ihre ausgezeichnete Tapferkeit und die geschickten Kriegsoperationen, die Sie im Kampfe gegen die aufständischen Ungarn in der Zeit bewiesen haben, wo Sie die Ihnen anvertraute abgesonderte hermannstädter Heeresabtheilung commandirten, und in Anerkennung Ihres stets nützlichen und musterhaften Dienstes, ernennen wir Sie allergnädigst zum Ritter des k. k. St. Stanislauer-Ordens erster Klasse, dessen Insignien wir Ihnen hierbei übersenden und Ihnen mit unserer kaiserl. königl. Gnade wohlgewogen verbleiben.

Warschau, 16. Juni. Der Kaiser hat auf Vorstellung des Fürsten Statthalters des Königreichs Polen verordnet:

Der Chef der Ingenieure der activen Armee, Ingenieurgeneral Dehn, ist für die Zeit der Abwesenheit des Statthalters zum Vorsitz im Administrationsrath und in der Generalversammlung der Warschauer Departements des dirigirenden Senats, sowie zur Verwaltung des Civildienstes im Königreiche, jedoch mit Belassung desselben in seinen anderen gegenwärtigen Functionen, berufen.

Der k. preußische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am schwedischen Hofe, Brassier de St. Simon, ist von Petersburg hier angekommen.

Haiti.

Ein am 11. Juni in Rotterdam aus **Haiti** angekommenes Schiff bringt die Nachricht von der gänzlichen Niederlage der haitischen Armee an der Grenze der Republik von Domingo. Die Briefe sind vom 30. April. General Santana griff am 22. April die Haitier mit 800 Mann an und gab keinen Pardon; 600 Haitier sollen geblieben, darunter drei Generale und mehre andere höhere Offiziere. Die Dominicaner fochten heldenmüthig.

Nachschrift.

⊙ **Mainz**, 22. Juni. Das neue badische Ministerium ist nunmehr vollständig. Staatsrath Regenauer, schon früher Präsident des Finanzministeriums, übernimmt die Finanzen, Geheimrath v. Marschall, bisher Director des Wasser- und Straßenbaus, das Innere, Dr. Stabel, bisher Vicekanzler des Oberhofgerichts, die Justiz. Die früheren Ernennungen (Kübler, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, Oberst v. Roggenbach, Präsident des Kriegsministeriums, Staatsrath v. Stengel, Mitglied des Staatsministeriums ohne Portefeuille) sind Ihnen bereits bekannt. In Zeitverhältnissen, wie die gegenwärtigen, ist die Annahme einer Ministerstelle ein Act patriotischer Hingebung, ein Opfer auf dem Altar des Vaterlandes. Bei den zahlreich hier anwesenden Badenern hat die definitive Bildung des Ministeriums eine sehr günstigen Eindruck gemacht.

JW **Schwerin**, 20. Juni. Heute Morgen gingen die Quartiermacher von 2 weitern Jägercompagnien von hier nach Frankfurt ab. Die Truppen selbst sollen am 22. von hier abmarschiren, und am 25. in Mainz eintreffen. Die Reizung der Soldaten, diese Expedition mitzumachen, ist so groß, daß sich von den hierbleibenden Bataillonen fortwährend viele Freiwillige melden, welche bitten, mit ausmarschiren zu dürfen.

Handelsnachrichten.

§ **Mainz**, 22. Juni. Das Geschäft war in dieser Woche etwas belebter; es werden besonders Waizen für den Consume gesucht und gerne mit 9 fl. 30 kr. bezahlt. Vorräthe sind beinahe nicht mehr am Platz. Die Zufuhren sind auch sehr unbedeutend, dadurch dürfte es möglich sein, auch etwas höher zu gehen. Nach Korn ist hingegen nicht so viel Frage und ist dasselbe zu 5 fl. 40 kr. am Markt. Für Oel zeigt sich auch wieder mehr Kauflust und sind effect. 41 fl. geboten, für October 38½ fl. zu lassen, doch bieten sich wenig Verkäufer. Es treffen wieder einzelne Kaufaufträge vom Norden hier ein. In acht Tagen wird bei uns die Kohlrepsernte beginnen, die besonders in der Quantität eine gute werden wird. Reps für Sept. und Oct. 14½ fl. Colonialwaaren sind auch etwas höher, besonders zeigt sich für Reis Frage.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 21. Juni. An heutiger Börse war wieder eine überaus günstige Stimmung vorherrschend, es zeigte sich für Alles viel Kauflust, wodurch sich alle Fondsgattungen sowohl, wie sämmtliche Eisenbahnactien abermals im Course merklich verbesserten. Von österreichischen Papieren blieben 5pCt. Metall. 73⅝, pCt., 2½pCt. Metall 39⅞, pCt., Wienerbankactien 10 9 fl., 500 fl. Loose 122⅝, pCt., 250 fl. Loose 74½, pCt. Von den übrigen Antezipationslosen Kartyek. 40 pCt. Loose 29 Prior., Bad. 35 fl. Loose 26½, fl., do. 50 fl. Loose 47¾, fl., Darmstadter 25 fl. Loose 20¾, fl., do. 50 fl. Loose 71⅛, fl., Nassauer 25 fl. Loose 24½, fl., Poln. 500 fl. Loose 75¾, Kgsl. Sardenische Obligationen gingen merklich im Course in die Höhe, 3½pCt. Würtemb. stiegen seit gestern von 75½ auf 77½ pCt., do. 4½pCt. stiegen um 1pCt von 94½, auf 95½, pCt. Bad. 3½pCt. Obligationen 74½, pCt., bad. 5pCt. Obligationen vom Jahr 1845 92½, pCt., Nassauer 3½pCt. Obligationen 80¾, pCt., do 5pCt. vom Jahr 1849 101 pCt. G. Von belgischen Obligationen waren 2½pCt. belg. 43½, do. 4½pCt. 94, do. 5pCt. 90¾, fr. Von Eisenbahnen blieb Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 38⅝, Rhein, Berbach 1pCt. höher 73½, pCt., Köln-Minden 79½, pCt., Taunus sehr gesucht 293 fl. Für pCt. inländ. Span. setzte sich ebenfalls viel Nachfrage und schließen benannte Fonds 21¾, pCt. Sämmtliche Wechsel wie gestern zu lassen, Paris begehrter 95½, G., Wiener auch höher 97½, G. Abends nach Ausgabe der Pariser Post blieben 3pCt. inländ. Span. in der Effectensocietät 24½, pCt. G.

Wien, 19. Juni. 5pCt. Metall. 88⅜, ⅝, — 1pCt. 71. — 4pCt. —. — 2½pCt. 47. — Bankactien 1060. — 500 fl. Loose 149. — 250 fl. Loose 92. — Nordbahnactien 104⅜. — Gloggnitzer 103. — Mailänder 74.

Fonds und Eisenbahnactien matt. Devisen haben heute einen ansehnlichen Rückgang erlitten, und fanden mehr Geber als Nehmer. Aus Competenten etwas matter, doch wenig verändert. Frankfurt 3 Monat 125½ Bl., London 12 fl. 25 Kr., Amsterdam 172 Br., Paris 2 Monat 146½ Bf.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Mallen.

Wöchentlich 2 Nummern.
Preis vierteljährlich 2 Mark.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten.

Verlagsbuchhandlung
Paul Parey
Berlin SW. Hedemannstr. 10.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten.

LONDON and NEW-YORK.

Illustrirte Zeitung für Jedermann
Illustrirte Zeitung für Jedermann

Verlagsbuchhandlung Paul Parey

Berlin SW. Hedemannstr. 10.

Landwirthschaftliche Bibliothek.

Herausgegeben von Dr. Albert Orth.

Bd. I. Die Bodenkunde. Von Dr. Albert Orth. Mit 3 Tafeln und 10 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. II. Die Lehre von der Düngung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. III. Die Lehre von der Pflanzenernährung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. IV. Die Lehre von der Bearbeitung des Bodens. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. V. Die Lehre von der Bewässerung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. VI. Die Lehre von der Fruchtfolge. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. VII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. VIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. IX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. X. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXXI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXXII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXXIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXXIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXXV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXXVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXXVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXXVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XXXIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XL. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XLI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XLII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XLIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XLIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XLV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XLVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XLVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XLVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XLIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. L. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXXI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXXII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXXIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXXIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXXV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXXVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXXVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXXVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. LXXXIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XC. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XCI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XCII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XCIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XCIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XCV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XCVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XCVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XCVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. XCIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. C. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXXI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXXII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXXIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXXIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXXV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXXVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXXVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXXVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXXXIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXL. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXLI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXLII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXLIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXLIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXLV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXLVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXLVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXLVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXLIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CL. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXXI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXXII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXXIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXXIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXXV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXXVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXXVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXXVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CLXXXIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXC. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXCI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXCII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXCIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXCIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXCV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXCVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXCVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXCVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CXCIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CC. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CCI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CCII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CCIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CCIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CCV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CCVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CCVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CCVIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CCIX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CCX. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CCXI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CCXII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CCXIII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CCXIV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CCXV. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CCXVI. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Bd. CCXVII. Die Lehre von der Bodenbenutzung. Von Dr. Albert Orth. Mit 1 Tafel und 3 Holzschnitten. 1879. 3 M.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Sonntag (Extra-Beilage zu Nro. 148.) 24. Juni 1849.

Aus Mannheim.

** Gestern herrschte hier in Frankfurt eine ganz eigenthümliche Aufregung in denjenigen Kreisen, deren Glauben und Hoffen auf der Insurrection in Baden steht. Nachdem seit gegen Mittag wie ein Lauffeuer, aber in unbestimmter Form die Nachricht durch die Stadt verbreitet hatte, daß Mannheim und Heidelberg dem badischen Aufstand verloren und von den preußischen Divisionen unter dem Prinzen von Preußen und dem Generallieutenant Grafen v. Gröben besetzt seien, halfen wir zuerst durch ein um 1 Uhr ausgegebenes Extrablatt den Zweifeln ab, mit welchen noch hier und da jene Nachricht aufgenommen wurde. „Und es ist doch nicht wahr!“ lautete nun die Parole in jenen Kreisen, denn die Nachricht konnte wirklich zu keiner ungelegeneren Zeit kommen. Wir finden solchen Ungla[u]ben an eine Zeitungsnachricht einigermaßen gerechtfertigt, nachdem wir vor drei Wochen irgendwo die Mittheilung gedruckte, angeblich über Treviso und Venedig hierher gelangte Nachricht gelesen haben: „Venedig sei über und Feldmarschall Radetzky habe mit dem österreichischen Heer seinen Einzug in der Lagunenstadt gehalten.“ Das war, wie dieser Nachricht schon an ihren Farben beim ersten Blick anzusehen war, eine der gewöhnlichen leichtsinnig den Lesern hingegebenen Zeitungslügen; sie mußte als solche folgenden Tags widerrufen werden. — Kein Wunder, daß gestern der Glaube erschüttert war. Auch wir konnten ja heute in den Fall kommen, widerrufen zu müssen. Aber in dieser Berechnung täuschen sich die Ungläubigen von gestern. Die Lügenverbreiter können wir nicht bessern, und jene, die sagen: „Und wenn es auch wahr ist, so glauben wir es doch nicht,“ können wir nicht bekehren. Unsere Nachricht war gestern aus zuverlässiger Quelle und findet heute ihre Bestätigung in folgendem

Extrablatt des „Mannheimer Journal“:

Mannheim, 23. Juni. Der gestrige Nachmittag hat uns endlich die Entscheidung unsres Schicksals gebracht. Nachdem wir 8 Tage hindurch in der höchsten Furcht vor einem Bombardement unsrer Stadt und einem Straßenkampf der terrorisirenden Partei mit den Reichstruppen gelebt hatten, erschien endlich der Augenblick, in welchem der bessere Theil unsrer Bürgerschaft sich ermannte und in einer eben so schnellen als glücklichen Contrerevolution der Schreckensherrschaft ein Ende machte. Die Nachricht, daß der Civilcommissär Trützschler sich mit der Kreiskasse aus dem Staube machen wolle, verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch die Stadt; augenblicklich besetzten einige entschlossene Bürger und die wenigen hier zurückgebliebenen Dragoner das Local der Kreiskasse, mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen, darunter die des Adjutanten von Hindenau, der mit dem angenehmen Geschäft der Kassenentführung beauftragt war. Der Generalmarsch rief die Bürgerwehr unter die Waffen. Herr Trützschler hatte auf einem in Bereitschaft gehaltenen Pferde das Weite gesucht, wurde aber eingeholt und gleichfalls auf die Schloßwache in vorläufigen Gewahrsam gebracht. Eine durch die Schelle verkündigte Bekanntmachung befahl die sofortige Ablieferung der Waffen des ersten Aufgebotes, welcher Aufforderung unverweilt von der ganzen Wehrmannschaft Folge geleistet wurde. Ebenso wurden die Kanonen am Rhein und Neckar schleunigst abgefahren und die außerhalb der Stadt postirte Volkswehr zurückgezogen. Die ersehnte Ankunft preußischer Truppen, welche am Abend einrückten, nachdem vorher der Bahnhof von ihnen besetzt worden war, erlöste uns endlich von der letzten Furcht, daß der Anhang Trützschler's noch einmal die Oberhand in unserer so schwer geprüften Stadt gewinnen möchte. Die Preußen sind in langen Zügen von Käferthal her über die Kettenbrücke eingerückt, Infanterie, leichte Cavallerie und eine beträchtliche Menge Artillerie. Die Stadt war da, wo die Preußen einrückten, illuminirt. Die Truppen bivouakirten auf den Straßen. Wir hören, daß ohne diese glückliche Lösung der Dinge Mannheim am heutigen Tage ein Bombardement bevorgestanden hätte.

Weiter liegt ein Extrablatt der „Darmst. Zeitung“ vor, folgenden Inhalts:

Darmstadt, 23. Juni, 12 Uhr Mittags. Heute Morgen um 9 Uhr passirte durch Heppenheim, an Se. k. Hoh. den Großherzog von Baden in Mainz, ein Courier, welcher die Nachricht von der Uebergabe Mannheims überbringt. Gestern Abend war Mieroslawsky mit dem größten Theil seiner Armee, wie es hieß, dem Corps des Generals von Hirschfeld entgegengezogen. Das zweite Dragonerregiment hatte Befehl zum Aufbruch nach Schwetzingen erhalten, verweigerte jedoch den Gehorsam. Nun erhoben sich die Mannheimer Bürger mit Macht, zumal da Tags vorher das zweite Aufgebot aufgerufen worden war, was entschiedene Verweigerung fand. So kam es zu Umschlag und Contrerevolution. In wenig Stunden war Mannheim frei von den Insurgenten ohne allen Kampf; soviel ihrer noch dort waren, wurden gefangen genommen; unter den Gefangenen wird namentlich Trützschler angeführt. Heute Morgen um 4 Uhr zogen Preußen von Käferthal aus in die Stadt über die von den Bürgern rasch wiederhergestellte Neckarbrücke und wurden dort mit großem Jubel empfangen. In wenigen Stunden verließ jedoch der größere Theil der preußischen Truppen wieder die Stadt, um den ausgezogenen Insurgenten in den Rücken zu fallen. Nachdem die Preußen auch Heidelberg (von Ladenburg aus) ohne Kampf besetzt haben, soll sich Mieroslawsky mit seinen Truppen von da nach der Gegend von Neckarsteinach, also wahrscheinlich gegen das Peucker'sche Corps, gewendet haben.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 24. Juni. Zur Vorfeier des heutigen Namensfestes Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzog-Reichsverwesers hat gestern Abend eine eigens zu diesem Zwecke von Mainz herübergekommene österreichische Regimentsmusik eine Serenade unter den Fenstern Sr. kaiserl. Hoheit ausgeführt. — Heinrich und Max Gagern sind sicherm Vernehmen nach gestern Abend nach Gotha abgereist. Dahlmann und Fr. v. Raumer befanden sich gestern Nachmittag noch hier.

Wien, 19. Juni. Der Kaiser Nicolaus hat in Begleitung des Großfürsten Constantin und des Fürsten Feldmarschalls am 16. in Dukla über das dort aufgestellte Armeecorps Revue gehalten. Sicherem Vernehmen nach beginnen nun die Operationen dieses Truppenkorpers, dessen Stärke auf über 80,000 Mann angegeben wird, in der Richtung auf Kaschau u d Miskolcz, während das Corps unter General Saß, welches bereits ins Arvaer Comitat eingerückt ist, diese Operationen unterstützen wird. Wie man mich versichert, in der russische Kaiser Willens, einige Zeit bei der Armee zu bleiben, jedoch soll er vorläufig hieher kommen und unserm Kaiser einen Besuch abstatten. Man sprach heute sogar, daß man den russischen Kaiser dieser Tage schon hier erwartet. (Daß der Kaiser vorläufig nach Kalisch sich begeben hat, haben wir schon gestern berichtet.)

Die Errichtung einer Genie'armerie im ganzen Reiche ist nun auf Antrag des interimistischen Ministers des Innern vom Kaiser genehmigt worden. — Nachdem die Aufhebung der hiesigen Theresianischen Ritterakademie bereits früher ausgesprochen wurde, ist nun auch die Curatel dieser Akademie, welche bisher unmittelbar Sr. Majestät dem Kaiser unterstand, dem Ministerium des öffentlichen Unterrichts unterstellt worden.

Die morgen zusammentretende Finanzberathungscommission, um die Maßregeln zu prüfen, unsern mißlichen Finanz- und Valutazuständen abzuhelfen, beschäftigt unsere Handelswelt im hohen Grade. Bei einer heute abgehaltenen Vorberathung mehrerer bedeutender Mitglieder dieser Commission hat sich die Ansicht für ein freiwilliges Staatsanlehen (von vorläufig 60 Millionen) ziemlich allgemein ausgesprochen.

† **Wien**, 20. Juni. Abermals hat ein siegreiches Vorpostengefecht zu unsern Gunsten stattgefunden. F.M.L. Reischach hat bei Szerdahely auf der Schütt am 17 d M. einen Angriff gegen ein ungarisches Corps gemacht, wobei mehrere Kanonen und an 60 Pferde erbeutet, so wie viele Gefangene gemacht worden sein sollen.

Aus Preßburg wird unterm 19. d. M. berichtet: Heute marschiren aus hiesiger Umgegend bei 8000 Russen mit 1600 Pferden nach Sörsö, um sich mit den k. k. Truppen zu vereinigen. Seit zwei Tagen kömmt wieder sehr viel Militär, besonders aus Böhmen, hier durch, um nach dem Kriegsschauplatze zu ziehen. Das russische Lager ist jetzt jenseits der Donau in Oberufer mit beiläufig 6000 Mann belegt. Die Sterblichkeit unter den Russen dauert fort, obgleich die Cholera ziemlich verschwunden ist. Die Tyrnauer Bahn ist in den Händen der Unsrigen und die Züge verkehren regelmäßig. Die k. k. Truppen werden um Odenburg, Wieselburg, Tyrnau und in Preßburg concentrirt; doch herrscht über die eigentlichen Operationspläne ein so tiefes Geheimniß, daß selbst die nächste Umgebung des Oberbefehlshabers darüber ganz im Unklaren schwebt. In Raab bauen die Magyaren nach dem Muster der österreichischen Tschaden mit Segeln, welche wahrscheinlich die Dampfboote ersetzen sollen. Raab scheinen die Magyaren halten zu wollen. Sie haben nicht nur das auf der Promenade befindliche Theater, sondern auch das am Wiener Thor stehende Fruchtmagazin, sowie das Wiener Thor selbst in großartigen Vertheidigungsstand gesetzt. Die Brücke vor dem Thore ist zum Wegnehmen eingerichtet. In Raab selbst stehen 10,000 Mann mit 40 Kanonen, von denen 20 gegen die Preßburger Straße zu gerichtet sind. Von der Hauptmacht der Magyaren steht ein Theil zwischen Brückl und Hochstraß unter General Pöltenburg, der andere bei Gönyö und Komern unter General Klapka. Kossuth war einige Tage in Raab, dem Geburtsorte seiner Frau, und hielt eine Anrede an das Volk, das, obschon meistens Deutsche, überwiegend magyarisch gesinnt ist.

Die Türken in Serbien stehen mit den Magyaren in dem lebhaftesten, freundschaftlichsten Verkehr. In Pancsova haben die ersteren förmlich Magazine errichtet. Die Magyaren bezahlen alle Waaren sehr theuer, wodurch auch in Belgrad die Preise aufschlugen. Nach dem „Napredak“ sollen die Magyaren an Sensen allein bei 200,000 Stück durch die Türken aus Serbien erhalten haben. Am lebhaftesten ist der Verkehr auf den Donauinseln, wo beide Theile ihre brüderlichen Zusammenkünfte halten. Die Türken in Smederevo wandern ohne Unterlaß hinüber. Die so oft gemeldete Einnahme Orsova's durch die Russen hat sich noch nicht bestätigt; vielmehr haben die Magyaren daselbst eine drohende Haltung angenommen.

Nachdem der Angriff der Magyaren bei Szered von den östrr. Truppen zurückgeschlagen worden war, wurden die Bewohner aus der Umgegend, welche sich beim Kampfe betheiligt hatten und mit den Waffen in der Hand ergriffen worden sind, standrechtlich erschossen und deren Häuser demolirt.

Gestern war das Gerücht der Uebergabe Venedigs verbreitet, das sich aber bis jetzt nicht bestätigt hat. Die „Wiener Zeitung“ enthält eine ausführliche Darlegung der Schwierigkeiten, welche sich der Bezwingung dieser Stadt entgegenstellen, indem — auch bei dem Besitze des Forts Malzbera — 25,000 Mann gegen die 3 Brückenköpfe und 40,000 Mann, von 12 Kriegsschiffen unterstützt, nöthig wären, um abseitig wirken zu können. Dazu kömmt noch das Erschwerniß, daß das häufig so gefährliche und stürmische Meer die Blokade nicht immer zu unterhalten erlaubt. — F.M. Radetzky ist nach einem 2½tägigen Aufenthalte in Verona am 15. d. nach Mailand abgereist.

Die Südarmee unter Befehl des Feldzeugmeisters und Ban Baron Jellachich ist mit ihrer Hauptmacht nach Soove, Kis-Ker und O-Ker vorgerückt, in welch letzterem Orte am 15. das Hauptquartier war. Während in und bei Neusatz eine zur Verhinderung von Unternehmungen der Besatzung Peterwardeins hinreichende Truppenabtheilung zurückgelassen ist, wurden auch 2 Brigaden nach Földvar und St. Tomas beordert, da der Besitz des ersteren Punktes für Sperrung der Schifffahrt auf der Theiß und dem Kanale von Wichtigkeit ist.

Stralsund, 20. Juni. Heute früh um 6 Uhr marschirte die gleichfalls zur Unterdrückung des Aufstandes in Süddeutschland bestimmte Colonne von hier ab. Der Zug bestand, außer den dazu gehörigen Mannschaften und Pferden, aus 25 wohlverpackten und gut ausgerüsteten Munitionswagen, so wie einer Feldschmiede. Ein paar Tage vor dem Abmarsche wurde mit den verpackten Munitionswagen eine Probefahrt gemacht, um sich sowohl von der Haltbarkeit der Geschirre und Wagen, als von der guten Verpackung der Kartuschen zu überzeugen; es fiel hierbei wie zu erwarten stand, auch nicht die geringste Unordnung und Störung vor. Voraussichtlich wird daher der Zug das Ziel der Reise — Baden — in dem besten Zustande erreichen. (C. Z.)

München, 21. Juni. Nachdem heute der hohe Gast des Münchener Hofes, Erzherzog Ferdinand, seine Rückreise nach Wien über Starnberg, Tegernsee, Salzburg u. s. f. angetreten hat, ist der König Max mit Königin Marie in's Lager bei Nürnberg abgereist; in letzterer Stadt hat der Magistrat eine festliche Ausschmückung der Stadt verordnet. Es heißt, der König werde, wie jüngst in Donauwörth, auch im Nürnberger Lager mehrere Unteroffiziere zu Offizieren befördern; es ist überhaupt als Princip ausgesprochen, künftig bei Beförderungen einzig auf lange treue Dienstjahre zu sehen. Unter dem adeligen Offiziercorps finden übrigens die Beförderungen der Unteroffiziere keinen Anklang; einer der letzteren jüngst in Donauwörth Beförderten hat seinen König lieber um eine Hartschierstelle in der Residenz gebeten. Von den beiden Offizieren der Nürnberger Garnison, die sich jüngst den Tod gegeben, hat Hauptmann v. Berchem, wie man aus sicherer Quelle hört, es wegen erhofftem, aber nicht erfolgtem Avancement gethan und Oberlieutenant v. Haller litt schon seit längerer Zeit an Geistesstörung. Politische Motive, wie vermuthet worden, lagen nicht zu Grunde. Noch gestern fehlte im Kriegsministerium jede amtliche Auskunft über Landau und Germersheim und über die gegenwärtige Lage des bayerischen Truppencorps unter Fürst Taxis. (D. Z.)

Nachdem das bayerische Armeecorps unter Anführung des Generallieutenants Fürsten v. Thurn und Taxis in die Pfalz eingerückt, hat dasselbe zufolge königl. Ministerialrescripts statt der seitherigen Benennung „westfränkisches Armeecorps“ die Benennung „königl. bayerisches Armeecorps in der Pfalz“ erhalten. Se. Maj. der König hat eine eigene Denkmünze gestiftet für die treugebliebenen Offiziere und Soldaten in der Reichsfestung Landau. Dieselbe trägt auf der einen Seite das Bildniß des Königs, auf der andern die Festung Landau mit der Umschrift: „In Treue fest. Landau 1849.“ (A. Z.)

Die Erzherzog Ferdinand ist am 21. Juni von München nach Wien zurückgereist; er hat von Sr. Majestät dem König den Hubertusorden erhalten.

Nürnberg, 22. Juni. Morgen geht unter dem Commando des als Brigadegeneral fungirenden Obersten Rauf vom 11. Infanterieregimente eine Abtheilung des fränkischen Observationscorps, aus zwei Bataillonen Infanterie, einer Schwadron Chevaurlegers und einem Zug Artillerie bestehend, nach Unterfranken ab; die nähere Bestimmung dieses Corps ist noch nicht bekannt.

** **Nürnberg**, 22. Juni. Der König Max hat die bisher beabsichtigte Reise, welche um einige Tage verschoben worden war, nun gestern ausgeführt. Abends gegen acht Uhr kam er mit der Königin hier an. Eine magistratische Deputation war ihm entgegengefahren. Die Häuser in den Straßen, durch welche er kam, waren zahlreicher geschmückt, als vorigen Dienstag, wo er bereits erwartet wurde, doch zeigte kein Haus eine blau-weiße Fahne, neben der nicht auch eine schwarz-roth-goldene gehangen wäre. Unter den Hochrufen des versammelten Publikums fuhren der König und die Königin ein; der Empfang war ein durchaus freundlicher. Unsere Stadt ist bei weitem weniger republikanisch, als ihr Ruf; einige Wortführer der demokratischen Vereine sprechen fortwährend im Namen Nürnbergs oder gar der drei Franken; ihre Volksversammlungen, an denen die von ihnen sogenannte Bourgeoisie, d. h. der Kern

Die Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht Bank für Handel und Industrie, Berlin, hat in der Generalversammlung vom 15. Juni 1931 die Auflösung der Genossenschaft beschlossen. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden.

Berlin, den 15. Juni 1931.

Bank für Handel und Industrie
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
in Liquidation
Die Liquidatoren
Dr. Hans Fürstenberg. Dr. Hans Schäffer.

Die Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht Bank für Handel und Industrie, Berlin, hat in der Generalversammlung vom 15. Juni 1931 die Auflösung der Genossenschaft beschlossen. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden.

Berlin, den 15. Juni 1931.

Bank für Handel und Industrie
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
in Liquidation
Die Liquidatoren
Dr. Hans Fürstenberg. Dr. Hans Schäffer.

Aufgebote

Aufgebot. Der Kaufmann Hermann Wolf in Berlin-Wilmersdorf, Nassauische Straße 15, hat das Aufgebot der Hypothekenbriefe über die im Grundbuch von Wilmersdorf, Band 1, Blatt 1, Abteilung III, Nr. 1 für die Witwe Auguste Wolf, geb. Schmidt, in Berlin eingetragene Hypothek von 1000 Mark beantragt. Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 15. Dezember 1931, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 5, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung erfolgen wird.

Berlin-Wilmersdorf, den 15. Juni 1931.

Amtsgericht Wilmersdorf.

Aufgebot. Der Kaufmann Hermann Wolf in Berlin-Wilmersdorf, Nassauische Straße 15, hat das Aufgebot der Hypothekenbriefe über die im Grundbuch von Wilmersdorf, Band 1, Blatt 1, Abteilung III, Nr. 1 für die Witwe Auguste Wolf, geb. Schmidt, in Berlin eingetragene Hypothek von 1000 Mark beantragt. Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 15. Dezember 1931, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 5, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung erfolgen wird.

Berlin-Wilmersdorf, den 15. Juni 1931.

Amtsgericht Wilmersdorf.

Aufgebot. Der Kaufmann Hermann Wolf in Berlin-Wilmersdorf, Nassauische Straße 15, hat das Aufgebot der Hypothekenbriefe über die im Grundbuch von Wilmersdorf, Band 1, Blatt 1, Abteilung III, Nr. 1 für die Witwe Auguste Wolf, geb. Schmidt, in Berlin eingetragene Hypothek von 1000 Mark beantragt. Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 15. Dezember 1931, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 5, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung erfolgen wird.

Berlin-Wilmersdorf, den 15. Juni 1931.

Amtsgericht Wilmersdorf.

Verschiedene Bekanntmachungen

Bekanntmachung. Die Firma Hermann Wolf, Berlin-Wilmersdorf, Nassauische Straße 15, hat das Aufgebot der Hypothekenbriefe über die im Grundbuch von Wilmersdorf, Band 1, Blatt 1, Abteilung III, Nr. 1 für die Witwe Auguste Wolf, geb. Schmidt, in Berlin eingetragene Hypothek von 1000 Mark beantragt. Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 15. Dezember 1931, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 5, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung erfolgen wird.

Berlin-Wilmersdorf, den 15. Juni 1931.

Amtsgericht Wilmersdorf.

Bekanntmachung. Die Firma Hermann Wolf, Berlin-Wilmersdorf, Nassauische Straße 15, hat das Aufgebot der Hypothekenbriefe über die im Grundbuch von Wilmersdorf, Band 1, Blatt 1, Abteilung III, Nr. 1 für die Witwe Auguste Wolf, geb. Schmidt, in Berlin eingetragene Hypothek von 1000 Mark beantragt. Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 15. Dezember 1931, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 5, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung erfolgen wird.

Berlin-Wilmersdorf, den 15. Juni 1931.

Amtsgericht Wilmersdorf.

Bekanntmachung. Die Firma Hermann Wolf, Berlin-Wilmersdorf, Nassauische Straße 15, hat das Aufgebot der Hypothekenbriefe über die im Grundbuch von Wilmersdorf, Band 1, Blatt 1, Abteilung III, Nr. 1 für die Witwe Auguste Wolf, geb. Schmidt, in Berlin eingetragene Hypothek von 1000 Mark beantragt. Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 15. Dezember 1931, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 5, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung erfolgen wird.

Berlin-Wilmersdorf, den 15. Juni 1931.

Amtsgericht Wilmersdorf.

Die Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht Bank für Handel und Industrie, Berlin, hat in der Generalversammlung vom 15. Juni 1931 die Auflösung der Genossenschaft beschlossen. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden.

Berlin, den 15. Juni 1931.

Bank für Handel und Industrie
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
in Liquidation
Die Liquidatoren
Dr. Hans Fürstenberg. Dr. Hans Schäffer.

Die Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht Bank für Handel und Industrie, Berlin, hat in der Generalversammlung vom 15. Juni 1931 die Auflösung der Genossenschaft beschlossen. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden.

Berlin, den 15. Juni 1931.

Bank für Handel und Industrie
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
in Liquidation
Die Liquidatoren
Dr. Hans Fürstenberg. Dr. Hans Schäffer.

Handelsregister

Berlin, 15. Juni 1931. Amtsgericht Berlin-Mitte. Abteilung 91.

Neueintragungen.

Abteilung A.

Berlin.

Bankhaus Gebrüder Schmidt, Kommanditgesellschaft, Berlin, Jägerstraße 51. Persönlich haftender Gesellschafter: Bankier Hermann Schmidt, Berlin. Kommanditgesellschaft seit 1. Juni 1931. Kommanditist: Bankier Hermann Schmidt, Berlin, mit einer Einlage von 500 000 Mark.

Bankhaus Gebrüder Schmidt, Kommanditgesellschaft, Berlin, Jägerstraße 51. Persönlich haftender Gesellschafter: Bankier Hermann Schmidt, Berlin. Kommanditgesellschaft seit 1. Juni 1931. Kommanditist: Bankier Hermann Schmidt, Berlin, mit einer Einlage von 500 000 Mark.

Bankhaus Gebrüder Schmidt, Kommanditgesellschaft, Berlin, Jägerstraße 51. Persönlich haftender Gesellschafter: Bankier Hermann Schmidt, Berlin. Kommanditgesellschaft seit 1. Juni 1931. Kommanditist: Bankier Hermann Schmidt, Berlin, mit einer Einlage von 500 000 Mark.

Abteilung B.

Berlin.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Berlin, Berlin, Behrenstraße 9. Prokura: Bankdirektor Hermann Abs, Berlin.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Berlin, Berlin, Behrenstraße 9. Prokura: Bankdirektor Hermann Abs, Berlin.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Berlin, Berlin, Behrenstraße 9. Prokura: Bankdirektor Hermann Abs, Berlin.

Die Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht Bank für Handel und Industrie, Berlin, hat in der Generalversammlung vom 15. Juni 1931 die Auflösung der Genossenschaft beschlossen. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden.

Berlin, den 15. Juni 1931.

Bank für Handel und Industrie
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
in Liquidation
Die Liquidatoren
Dr. Hans Fürstenberg. Dr. Hans Schäffer.

Die Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht Bank für Handel und Industrie, Berlin, hat in der Generalversammlung vom 15. Juni 1931 die Auflösung der Genossenschaft beschlossen. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden.

Berlin, den 15. Juni 1931.

Bank für Handel und Industrie
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
in Liquidation
Die Liquidatoren
Dr. Hans Fürstenberg. Dr. Hans Schäffer.

Handelsregister

Berlin, 15. Juni 1931. Amtsgericht Berlin-Mitte. Abteilung 91.

Neueintragungen.

Abteilung A.

Berlin.

Bankhaus Gebrüder Schmidt, Kommanditgesellschaft, Berlin, Jägerstraße 51. Persönlich haftender Gesellschafter: Bankier Hermann Schmidt, Berlin. Kommanditgesellschaft seit 1. Juni 1931. Kommanditist: Bankier Hermann Schmidt, Berlin, mit einer Einlage von 500 000 Mark.

Bankhaus Gebrüder Schmidt, Kommanditgesellschaft, Berlin, Jägerstraße 51. Persönlich haftender Gesellschafter: Bankier Hermann Schmidt, Berlin. Kommanditgesellschaft seit 1. Juni 1931. Kommanditist: Bankier Hermann Schmidt, Berlin, mit einer Einlage von 500 000 Mark.

Bankhaus Gebrüder Schmidt, Kommanditgesellschaft, Berlin, Jägerstraße 51. Persönlich haftender Gesellschafter: Bankier Hermann Schmidt, Berlin. Kommanditgesellschaft seit 1. Juni 1931. Kommanditist: Bankier Hermann Schmidt, Berlin, mit einer Einlage von 500 000 Mark.

Abteilung B.

Berlin.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Berlin, Berlin, Behrenstraße 9. Prokura: Bankdirektor Hermann Abs, Berlin.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Berlin, Berlin, Behrenstraße 9. Prokura: Bankdirektor Hermann Abs, Berlin.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Berlin, Berlin, Behrenstraße 9. Prokura: Bankdirektor Hermann Abs, Berlin.

Die Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht Bank für Handel und Industrie, Berlin, hat in der Generalversammlung vom 15. Juni 1931 die Auflösung der Genossenschaft beschlossen. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden.

Berlin, den 15. Juni 1931.

Bank für Handel und Industrie
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
in Liquidation
Die Liquidatoren
Dr. Hans Fürstenberg. Dr. Hans Schäffer.

Die Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht Bank für Handel und Industrie, Berlin, hat in der Generalversammlung vom 15. Juni 1931 die Auflösung der Genossenschaft beschlossen. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden.

Berlin, den 15. Juni 1931.

Bank für Handel und Industrie
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
in Liquidation
Die Liquidatoren
Dr. Hans Fürstenberg. Dr. Hans Schäffer.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Beilage zu Nro. 148.) 23. Juni 1849.

Heidelberg und Mannheim von den Preußen besetzt.

†* **Frankfurt**, 23. Juni, Mittags. *) Se. königl. Hoh. der Prinz von Preußen hat die Insurgenten gestern bei Wagbäusel geschlagen; das Corps des Generals v. d. Groben ist gestern bei Ladenburg und Mannheim über den Neckar gegangen; Mannheim ist durch die Reservedivision und Reservecavallerie in der Zeit von 9 bis 1 Uhr Nachts besetzt, eben so Heidelberg durch General v. Schack und General v. Cölln. Mehrere Arretirungen von badischen Militärs, sowie des früheren Abgeordneten v. Trützschler haben stattgefunden. Unsere Truppen, von dem besten Geist beseelt, haben überall den größten Eifer bei der Action gezeigt.

*) Unsern südlichen Lesern bereits durch ein Extrablatt mitgetheilt.

† Die Centralgewalt und ihre Gegner.

(Vierter Artikel.)

In dem zweiten Artikel der berührten 165. Nummer sagt die „Deutsche Zeitung": Das Reichsministerium habe Truppen und Geld von Preußen begehrt, die Centralgewalt habe Württemberg angeboten, sofort das Erforderliche anzuordnen, um es von den ungebetenen Gästen (dem Rumpfparlament und der Reichsregentschaft in Stuttgart) zu befreien; aber die Centralgewalt sei eben nicht in der Lage, das Erforderliche anzuordnen. Wenn, antworten wir hierauf, dies wahr wäre, und das gegenwärtige Ministerium der Centralgewalt nicht die erforderlichen Mittel hat, um alles auszuführen, was es zu der einen oder andern Zeit für wünschenswerth hielte, würde das seine Schuld sein, theilte es damit nicht das Schicksal des Ministeriums Gagern und brauchen wir die Fälle aufzuzählen, in welchen das letztere mit den Regierungsbevollmächtigten in Zwiespalt, in welchen es nicht in der Lage war, anzuordnen, was es für erforderlich hielt? Hatte es nicht selbst mehr gewollt, als es erreichen konnte, und dadurch der Centralgewalt Schwierigkeiten bereitet, die es dem jetzigen Reichsministerium hinterließ?

„Die Centralgewalt", fährt die genannte Zeitung nach Schmähungen, die wir übergehen, fort, „verdankt ihre Entstehung bekanntlich dem Gesetze vom 28. Juni v. J. und der Zustimmung sämmtlicher Regierungen, welche die Bundesversammlung ausdrückte, indem sie ihre Rechte und Verpflichtungen dem Erzherzog Johann übertrug. Gegenwärtig besteht weder die Reichsversammlung, welcher das Reichsministerium verantwortlich sein soll, noch die Zustimmung der Regierungen, welche sich nacheinander von der Centralgewalt losgesagt." Hiergegen wollen wir erstlich erinnern, daß nicht das bestehende, sondern das abgegangene Reichsministerium der politischen Partei angehörte, welcher das Zerrinnen der Reichsversammlung zur Last gelegt wird, und daß es zweitens ein Irrthum ist, die Regierungen sagten sich nacheinander von der Centralgewalt los. Eine übereilte Aeußerung Römers in der zweiten Stuttgarter Kammer wird, hoffen wir, keine wichtigen Folgen haben; Preußen aber, wofern die „Deutsche Zeitung" auf dieses anspielt, ist so weit entfernt gewesen, sich von der Centralgewalt loszusagen, daß es vielmehr ihre Rechtmäßigkeit noch in seiner Note vom 28. Mai ausdrücklich anerkannt hat, und sogar geneigt war, sie selbst zu übernehmen. Sollten zwischen der Krone Preußen und der Centralgewalt noch Mißverständnisse obwalten, so kann, wer es mit Preußen wie mit Deutschland gut meint, nur wünschen und hoffen, daß sie je eher je lieber beseitigt werden.

Aus Oesterreich.

Wien, 19. Juni. Der älteste Bruder des Kaisers, Erzherzog Ferdinand Maximilian, ist nach München abgereist, um dem König von Bayern den Orden des goldnen Vließes zu überbringen. Es ist dies eine Gegenartigkeit für die Ankunft des Prinzen Luitpold von Bayern, der dem Kaiser die Insignien des bayerischen Hausordens überbrachte. Alles dies dient zum Beweis, in welchem freundlichen Einverständniß der österreichische und bayerische Hof stehen. — Die Commission, welche gestern im Finanzministerium zusammentrat, war einstimmig der Meinung, daß sofort Etwas geschehen müsse, um die drückende Lage unsers Geldmarkts zu heben. Vier mögliche Maßregeln: 1) ob die neuen Banknoten zu remittiren, 2) ob eine Anleihe — eine Zwangsanleihe oder eine freiwillige — zu veranlassen, 3) ob eine bedeutende Steuer aufzulegen, 4) ob auf die der Bank vom Staate als Sicherheit für ihr Guthaben übergebenen Staatspapiere Geld im Auslande anzuleihen sei, werden zunächst die Aufmerksamkeit der Commission in Anspruch nehmen.

Gestern Nachmittag ist der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg nach Preßburg abgereist, von wo er aber heute noch zurückerwartet wird.

Das Amtsblatt der „Wiener Zeitung" enthält heute ein vom Ministerpräsidenten Fürsten Schwarzenberg contrasignirtes Handschreiben, worin F.Z.M. Haynau, mit Berufung auf die Manifeste vom 6. Nov. und 2. Dec. zum alter ego in Ungarn ernannt wird. Das Handschreiben ist vom 30. Mai, und die späte Veröffentlichung desselben ist um so auffallender, als die Ernennung des Herrn v. Gehringer zum kaiserlichen Commissär in Ungarn glauben machte, daß man von der Idee des alter ego, welche mit Windischgrätz so unglückliche Resultate geliefert hatte, gänzlich abgekommen sei. Es scheint, daß Haynau auf die Veröffentlichung gedrungen habe, da auch die Ernennung Gehringer's in der „Wiener Zeitung" stand. Das Ministerium glaubt, daß neben dem alter ego eine bloß dem Cabinete verantwortliche Civilaministration bestehen könne. In diesem Sinne wird sich ein im heutigen Abendblatte der „Wiener Zeitung" erscheinender Artikel aussprechen.

Das Handschreiben, wodurch der Feldzeugmeister v. Haynau zum alter ego des Kaisers in Ungarn ernannt wird, lautet:

Wir Franz Joseph der Erste (folgt der ganze Titel) haben uns bewogen gefunden, unseren Feldzeugmeister Freiherrn v. Haynau zum Oberbefehlshaber unserer Truppen in dem Königreiche Ungarn und im Großfürstenthume Siebenbürgen zu ernennen, und übertragen demselben hiermit im Sinne der Manifeste vom 6. November und vom 2. December v. J. die Handhabung der Regierungsgewalt in den genannten, im Kriegs- und Belagerungszustande befindlichen Kronländern. Wir befehlen hiermit allen Obrigkeiten und öffentlichen Beamten, sowie überhaupt allen Einwohnern jedes Standes und Ranges in den erwähnten Ländern, den Anordnungen unseres Feldzeugmeisters Freiherrn v. Haynau unbedingten Gehorsam zu leisten und seine Verfügungen pünktlich in Vollzug zu setzen. Gegeben in unserem kaiserlichen Lustschlosse Schönbrunn am 30. Mai im Jahre siebzehnhundert achthundert neun und vierzig, unserer Reiche im ersten. Franz Joseph m. p. (L. S.) F. Schwarzenberg m. p.

Preßburger Briefe schildern den daselbst herrschenden Bestürzung über die Verurtheilung des evangelischen Priesters Paul Nazga als eine allgemein ergreifende. Der Verurtheilte ist als ausgezeichneter Kanzelredner geachtet und beliebt gewesen, er hinterläßt fünf unmündige Kinder. Bis zum letzten Athemzuge behauptete er seine Standhaftigkeit, und endete mit den Worten: ich habe meine Pflicht für das Vaterland gethan. — Verurtheilt wegen fortgesetzter Theilnahme am bewaffneten Aufruhre durch wiederholte öffentlich abgehaltene hochverrätherische und aufreizende Reden — zum Tode durch den Strang, wurde dieses höhern Orts ratificirte Urtheil am 18. Juni um die vierte Morgenstunde in Vollzug gesetzt.

Die am 16. d. an verschiedenen Punkten an der Waag und in der Schütt vorgefallenen Gefechte gestalteten sich sämmtlich zu Gunsten der kaiserlichen Waffen, die Magyaren wurden sowohl bei Bös, als auch bei Schintau gegenüber von Szered, wie auch bei Pered mit großem Verluste geworfen.

Die „Wiener Zeitung" vom 19. d. M. enthält nachstehenden amtlichen Artikel über die letzten Ereignisse auf dem ungarischen Kriegsschauplatz, der im Vergleich mit den Nachrichten aus angeblichen Handelsbriefen des Wiener Hauses Arnstein und Eskeles über die 64stündige Schlacht gelesen zu werden verdient. Er lautet:

„Die magyarische Insurgenten haben am 16. dieses einen allgemeinen Angriff auf die in der Schütt und an der untern Waag stehende k. k. Armeeabtheilung unternommen, welcher von unsern tapfern Truppen auf allen Punkten siegreich zurückgewiesen wurde. Die auf dem rechten Flügel bei Bös stehende Brigade Reischach wurde um 7 Uhr früh von 4 Honvedbataillonen, 3 Divisionen Husaren mit 8 Geschützen angegriffen. Sie warf diese Feinde nach einem heftigen Geschützkampf, in welchem ein feindlicher Munitionswagen in die Luft gesprengt wurde, nach Patasch zurück; unsere kampflustigen Truppen setzten sich auch zum Angriff der bei diesem Orte vom Feinde bezogenen Aufstellung in Bewegung; ihr Anblick genügte aber, um letztere zum weiteren Rückzuge zu bestimmen. Oberlieutenant Peckoray von Cavallerielanzen zeichnete sich in diesem Gefecht rühmlichst aus, indem er mit nur 15 Reitern die Bedienungsmannschaft einer feindlichen Batterie niederhieb, deren Geschütze jedoch durch eine herbeigeeilte Husarenescadron vertheidigt wurden. Zu derselben Stunde drängten 2 Honvedbataillone mit 1 Division Husaren und 12 Geschützen, welche von Guta gegen Radzeg vorrückten, die im letzteren Orte gestandene Compagnie des Regiments Haynau und besetzten auch das Dorf Kiraly Rew. Major Grobois, der mit seinem Bataillon Koudelka von Vasarut aus zur Unterstützung der angegriffenen Truppen auf das linke Ufer des Neudäusler-Donauarmes beordert worden war, griff rasch entschlossen den Feind in Kiraly Rew mit dem Bataillon und der fünfzehnten Raketenbatterie an, und entriß ihm dieses Dorf wieder. Dieser Stabsoffizier, welcher hierbei eben so viel Besonnenheit als Energie bewies, besetzte sodann die über das Schwarzwasser führende Brücke, und vereinigte sich mit der Brigade Pott, welche, bereits seit 10 Uhr früh in Schlachtordnung, die von Guta gegen sie anrückende feindliche Hauptcolonne von 7 Bataillonen Honveds, 4 Divisionen Husaren und 3 Batterien erwartete. Der Herr Reservecorpscommandant, Feldmarschallieutenant Baron Wohlgemuth, hatte aber schon, auf die Kundschaftsnachricht von außergewöhnlichen Truppenbewegungen des Feindes auf der linken Seite der Waag, das Bevorstehen eines Angriffs vermuthet, und daher den General Herzinger mit seiner Brigade am frühesten Morgen von Diozeg nach Pered disponirt. Als nun die Insurgenten den rechten Flügel des Generals Pott mit Uebermacht an Geschütz und Reiterei angriffen, benutzte der General Herzinger den Vortheil seiner verdeckten Stellung in der linken Flanke des Feindes, um gegen denselben mit entscheidendem Erfolge vorzubrechen. Er ließ seine Cavallerie eine Umgehung in der Richtung auf Kiraly Rew ausführen, wodurch nach zwei sehr gelungenen Attaquen zuerst die viel zahlreicheren feindlichen Husaren nach bedeutendem Verluste, und später der ganze linke Flügel des Feindes zum Rückzuge genöthigt wurden. Drei Escadronen Auersperg Kürassiere und eine Escadron Liechtenstein Chevauxlegers eroberten zwei sechspfündige Kanonen, eine Haubitze und einen vollen Munitionsfarren; außer diesen Trophäen brachten sie auch viele Gefangene zurück. Die Erschöpfung der Truppen des Generals Herzieger nöthigte, die weitere Verfolgung des nach dreistündigem Gefechte auf allen Punkten geschlagenen Feindes einzustellen. Da beim Abgehen des Berichtes noch die Verlustseingaben fehlten, so läßt sich vorläufig nur angeben, daß Rittmeister Andrievich und Oberlieutenant Südentop vom Kürassierregimente Auersperg auf dem Schlachtfelde geblieben sind. Zu gleicher Zeit mit diesen beiden Angriffen auf unsere Aufstellung erfolgte noch ein dritter bei Schintau, als eben der Herr Feldzeugmeister und Obercommandant der Donauarmee, Baron Haynau, die dortigen Verschanzungen besichtigte. Die Stärke dieser feindlichen Angriffscolonne wurde auf 8 Bataillone und 2 Cavallerieabtheilungen beurtheilt; ihre 3 12pfündigen Batterien unterhielten von den Schintau gegenüber liegenden Anhöhen ein sehr heftiges Feuer, unter dessen Schutz die magyarische Infanterie zum Sturm des zur Vertheidigung eingerichteten Ortes vorrückte. Der Herr Corpscommandant F.M.L. Baron Wohlgemuth leitete die Gegenangriffe unserer Truppen mit so viel Einsicht, daß nicht nur das Vorhaben des Feindes vereitelt wurde, sondern er sich auch durch die herbeigezogenen Reserven zur Verlassung seiner anfänglichen Stellung genöthigt sah. Oberstlieutenant Baron Koudelka, dessen Eifer und kaltblütige Tapferkeit in dem dienstlichen Berichte gerühmt werden, nahm mit seinem Bataillon vom Regiment Koudelka die Verschanzungen an der Neutraer Straße und beim Schintauer Friedhof mit Sturm. Einer Abtheilung dieses Bataillons gelang es, fünf zwölfpfündige Kanonen zu erobern, wobei sie von dem gegen die feindliche rechte Flanke gerichteten Feuer der halben Raketenbatterie Nr. 26 wesentlich unterstützt wurde."

Ueber die Stellung der beiderseitigen Armeen auf dem ungarischen Kriegstheater theilen wir unsern Lesern zur Orientirung für die bevorstehenden Operationen nach dem constitutionellen Bl. a. B. folgende Darstellung aus Wien, 17. Juni, mit: So viel wir bis jetzt mit einiger Sicherheit wissen, haben die Ungarn die Strecke von den Karpathen bis an die Donau inne. Nehmen wir dazu das Corps Aulich's, welches sich am Plattensee sammelt, und die Verbindung ihrer Donauarmee mit dem Corps Perczel's im Banate und den Streitkräften Bem's in Siebenbürgen herzustellen berufen ist, so stellt sich uns das ungarische Heer in Form eines großen Gürtels dar, welcher die ganze Circumferenz des Landes von innen gegen außen besetzt hält. Einen ähnlichen Kreis von größerm Radius bilden die vereinigten kaiserlichen Heere. Die k. Hauptarmee an der Waag und Donau schließt sich durch das russische Corps und den mährischen Grenzcordon an die russische Hauptarmee im Norden, während das Mittelglied zwischen dieser und dem General Lüders durch das russische Hilfscorps in der Bukowina repräsentirt wird. Das Centrum der ungarischen Donauarmee commandiren Guyon und Danneberg unter Görgey; längs der Waag und der mährischen Grenze hatte Klapka sein Corps staffelförmig aufgestellt, doch soll dieser General jetzt den linken Flügel befehligen, den äußersten rechten Flügel commandirt Dembinsky, nach Andern Dessewfy, worüber wir jedoch durchaus keine Gewißheit haben. Diese beiden concentrischen Kreise haben einander bis jetzt das Gleichgewicht gehalten; es ist die Aufgabe beider, keinen Durchbruch nach innen oder nach außen zu gestatten. Von diesem Gesichtspunkte muß man sich die Stellung beider Heere vergegenwärtigen, um den Operationen mit Verständniß folgen zu können. In dieser Stellung liegt der Plan der kaiserlichen Heerführer schon klar genug ausgedrückt; weniger aber wissen wir die Pläne der ungarischen Generale zu bestimmen, da diese, aller Wahrscheinlichkeit nach, sich plötzlich auf Einen Punkt werfen werden, um den sich fester zusammenziehenden äußern Kreis zu durchbrechen, wenn wir leicht voraussehen, sie dem massenhaften Andrängen von allen Seiten nicht länger widerstehen können. Ihre dermalige Aufstellung gestattet ihnen auch in jedem Augenblick, die gewünschte Concentration an jedem Punkte zu bewerkstelligen, und es wird die Aufgabe der kaiserlichen Generale sein, zu erforschen, wohin der Gegenstoß geführt werden soll — wenn es so weit gediehen ist. — Man schätze ihre Macht nicht zu geringe. Wo unsere Generale an der Waag und an der Donau mit dem Feinde zusammengestoßen sind, hat dieser, nach den Berichten unserer officiellen Blätter, allenthalben eine bedeutende Uebermacht entwickeln können, und wir finden die Angabe der „Preßburger Zeitung" durchaus nicht übertrieben, welche die Totalsumme ihrer Mannschaft auf 128,000 Mann anschlägt, wobei die Stärke jedes einzelnen Bataillons sehr geringe gerechnet, und ihre massenhafte Cavallerie und Artillerie gar nicht gerechnet ist.

Nach den aus Krakau eingegangenen Nachrichten haben die Operationen in Ungarn am 17. d. M. begonnen. Generallieutenant v. Salz ist von Jordanow bis gegen Rosenberg vorgerückt, gefolgt vom Generalmajor Offenberg mit 8 Bataillonen, 4 Regimenter Cavallerie, und 4 Batterien. Der österreichische General Barko steht bei Budatin, ohne Verbindung mit seinem russischen Corps.

Se. Majestät der Kaiser von Rußland wird in Krakau zurückerwartet, um sogleich nach Kalisch weiter zu gehen, und sich dann nach Wien zu begeben. Der Großfürst Konstantin bleibt bei der nach Ungarn einrückenden Armee.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 1000 Stück Kanonenschüssen soll im Wege der Submission vergeben werden.

Die Bedingungen können in der Kanzlei des Unterzeichneten eingesehen werden.

Offerte sind bis zum 15. Juli d. J. einzureichen.

Der Bürgermeister: Dr. Hans Wagner.

Gemeinderatssitzung.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 3. d. M. beschlossen, die Straßenbeleuchtung mit Gas einzuführen. Die Arbeiten sollen bis Ende Oktober vollendet sein.

Verlobung.

Frl. Anna Maria Schmidt, Tochter des Kaufmanns Johann Schmidt in Wien, mit Herrn Dr. Karl Müller, Advokat in Graz.

Graz, im Juni 1873.

Eröffnung.

Ich habe mich als Rechtsanwalt in Graz niedergelassen und meine Kanzlei Herrengasse 12, 1. Stock, eröffnet.

Dr. Karl Müller.

Neue Kurse der Südbahn.

Vom 1. Juli an treten folgende Kurse in Kraft:

Von Wien	Ankunft	Von Graz	Ankunft
6:00 früh	12:30 mittags	5:00 früh	11:45 vormittags
12:00 mittags	6:45 abends	2:00 nachmittags	8:30 abends
8:00 abends	3:15 früh	10:00 abends	6:00 früh

Getreidepreise.

Wien, 5. Juli 1873.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Höchster	9.40	6.80	5.20	3.10
Niedrigster	8.90	6.50	4.90	2.95
Mittel	9.15	6.65	5.05	3.02

Wetterbericht.

Graz, 5. Juli 1873.

Tag	Barometer	Thermometer	Wind	Himmel
1.	27" 8.5'''	+18.2	SW	heiter
2.	27" 8.0'''	+19.0	SW	heiter
3.	27" 7.2'''	+20.1	W	wolkig
4.	27" 6.8'''	+21.3	W	heiter
5.	27" 6.5'''	+22.0	W	heiter

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Hans Wagner. Druck und Verlag der Grazer Zeitungsdruckerei.

№ 149. —— Montag —— den 25. Juni —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23. und bei de Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr 23. — Für England und überseeische Länder: Loysel u. Comp., Nr. 34. Exeter Street, Strand, London. Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Ertlie) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung abzugeben. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 34. Exeter Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hasenmerschmitt in Wien, Landstraße Nr. 336; 2) das Comptoir der Verlagshandlung von L. Mayl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a; 3) Hofcommissär K. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Aus Baden.

Frankfurt, 24. Juni, Abends.

** Seiner Zeit ist in einem amtlichen Bulletin der Rheinübergang der Preußen bei Germersheim mitgetheilt worden; dieser Nachricht folgte mit unerwarteter Schnelle die nicht minder authentische Meldung von der Besetzung Mannheims und Heidelbergs durch die gegen das aufständische Baden operirenden Truppen. Ueber die Vorgänge, welche zwischen diesen beiden wichtigen Ereignissen liegen, namentlich über die Gefechte, welche zwischen dem Armeecorps unter dem Prinzen von Preußen und den Aufständischen nach dem Rheinübergang bei Philippsburg, Waghäusel u. s. w. vorfielen, liegen noch so unvollständige und unbestimmte Berichte vor, daß sie es nicht ermöglichen, ein zusammenhängendes wahrheitsgetreues Bild von dem ganzen Verlauf der Dinge den Lesern vorzuführen. Nach Karlsruher Briefen vom 21. Juni in dem „Schwäbischen Merkur" war der Tags zuvor bei Germersheim erfolgte Uebergang der Preußen über den Rhein in Karlsruhe kaum recht bekannt! Die provisorische Regierung hielt es wohl nicht für gerathen, den Bürgern in bestimmter Form Kunde von diesem Ereigniß zu geben; es gingen nur wirre Gerüchte und Sagen darüber um, bis endlich die „Karlsruher Zeitung" mit einem sehr verschwiegenen Bulletin herausruckte, welches etwa so lautet: „Wir haben gesiegt, aber wir sind geschlagen und auf der Flucht." Nach der „Darmstädter Zeitung" wäre es notorisch, daß der Rheinübergang von denjenigen, die ihn verhindern sollten und konnten, geradezu verschlafen worden ist, und als nun der mächtige Feind mitten im Lande jeden Zusammenhang mit dem Süden abschnitt, scheint der Muth derjenigen, die ihm entgegenziehen mußten, eben nicht gewachsen zu sein. Die Insurrectionstruppen brachen indessen auf, und zwar zogen sie in Karlsruhe am Abend des 20., als an welchem der Rhein von den Preußen überschritten worden ist, befehligt von Sznayde, Willich u. A., darunter auch polnische Führer, rheinabwärts, auch von Heidelberg und Mannheim rheinaufwärts ab, um den Preußen, die bei Waghäusel Position gefaßt hatten, zu begegnen. Der erste Angriff soll nicht unglücklich gewesen und die preußische Avantgarde gedrückt worden sein; als aber das eigentliche Gros der preußischen Armee ins Gefecht kam, war das Resultat so entschieden, daß die Aufständischen total geschlagen und nach allen Seiten auseinandergesprengt wurden. Die den Insurgenten günstigen Vorgefechte veranlaßten denn auch drei Rotomenabendbulletins, unter dem 21. Juni zu verschiedenen Stunden des Tags von dem „Bürger Rosenblum an Bürger Struve" (der also nicht in Basel ist) nach Mannheim gesendet und in der „Mannheimer Abendzeitung" abgedruckt. Als wahr ist in diesem überschwenglichen Bericht wohl nur anzunehmen, daß der Kampf am 21. von Morgens früh 6 Uhr bis Abends 5 Uhr oder vielleicht noch später dauerte. Ob dem Prinzen Friedrich von Baden eine Kanonenkugel den Arm aus dem Schultergelenke gerissen, wie es in diesem Berichte heißt — vielleicht ist die leichte Verwundung des Prinzen Friedrich Carl von Preußen gemeint; daß der Prinz Friedrich von Baden am Kampf Theil genommen haben soll, ist uns neu, — ob ferner eine preußische Compagnie von 300 Mann bis auf 24 Mann aufgerieben worden, ob ein gefangener Offizier in dem Lager der Aufständischen sich über die geringe Zahl der Todten und Verwundeten auf Seite der letztern verwundert habe, darüber wird wie über Anderes die Bestätigung abzuwarten sein, zumal andere Berichte, und sogar die officiellen in der „Karlsruher Zeitung" minder überschwenglich, ja sogar minder zuversichtlich lauten. Wir lassen die verschiedenen Berichte folgen: Ein der Insurrection von Anfang an abgeneigter Berichterstatter des „Schwäb. Merkurs" schreibt aus Karlsruhe, 21. Juni:

Gestern Abend noch zog Willich, ziemlich unerwartet für die Karlsruher, mit seiner Colonne rheinabwärts fort; später kamen noch Flüchtlinge von unten, aus der Gegend von Philippsburg an und wurden in später Stunde hier einquartiert. Um Mitternacht (20.—21. Juni) mußte der Restvorrath bei der großh. Amortisationskasse (126,000 fl.) und bei der Generalstaatskasse (34,000 fl.) gepackt werden und ging heute in aller Frühe angeblich nach Rastatt ab. — Heute in aller Frühe schon war große Bewegung in der Stadt. Im Laufe des Vormittags kam eine große Menge Flüchtlinge verschiedener Corps hier an; Alles fragt sich, was gibt's Neues? und man erfährt endlich, daß etliche Corps zersprengt seien. So das Corps von Zig (der seine Leute im Stich gelassen hat und von ihnen verfolgt wurde); ferner sei das Corps von Willich nach Aussage eines seiner Leute zwischen Philippsburg, Graben und Bruchsal überfallen, mit großem Verluste geschlagen und er selbst gefährlich verwundet worden. Nach anderer Sage soll er selbst gefangen, ja getödtet sein; sein Adjutant wurde verwundet hierher gebracht. Ferner ebenso das Corps von Oberst Blenker, der seine Truppen bis vor den Feind geführt und dann sich davon begeben haben soll. Endlich ein Corps unter einem polnischen Führer, der ebenfalls durchgebrannt sein soll. Mehrere dieser Corps sind als aufgelöst zu betrachten. Uebrigens hat nach mehreren übereinstimmenden Aussagen ein preußisches Husarenregiment durch Ueberfall stark gelitten. — Manche Flüchtlinge haben versucht, hier ihre Waffen um ein Spottgeld zu verkaufen und zu entlehnen; ein hiesiger Israelite, der eine Anzahl solcher Waffen auffaufte, wurde durch Brentano selbst verhaftet, und sein ganzer Vorrath (60—80 Gewehre und Büchsen, Säbel, Patrontaschen, Munition ꝛc. nebst seinen eigenen Waffen) aus seinem Lager wurde aufgenommen und confiscirt. — Der neue Finanzminister, da Mez ausgeschlagen hat, ist Advocat Heunisch; er wollte sich gestern die Räthe des Ministeriums und die Directoren der Branchen ꝛc. vorstellen lassen, allein die Vorstellung wurde abgelehnt. Gerade so ging es auch dem neuen Minister des Innern, Hrn. Florian Mördes, als er sich dieser Tage seine neuen Collegen wollte vorstellen lassen. — Heute Vormittag ging zwar ein Bahnzug abwärts bis Bruchsal oder Langenbrücken, aber heute Nachmittag sind die Fahrten abwärts wieder eingestellt. — Nach einer Sage, die ich jedoch unter unsern Umständen nicht verbürgen kann, sollen gestern Morgen von 3—9 Uhr Preußen über Germersheim eingerückt und zwischen 10—11 Uhr ein Lager zwischen Graben und Friedrichsthal bezogen haben, und heute sollen weitere gefolgt sein. — Kanonendonner will man heute verschiedene Male gehört haben. — Diesen Abend will man wissen, die Preußen zögen sich abwärts, zwischen 5—6 Uhr gehen 4 Kanonen, 2 badische und 2 bayerische, von hier ab. Auch sollen heute noch mehrere Volkswehrcorps von hier abgehen.

Dagegen lautet ein Bericht der officiellen „Karlsr. Ztg.": Von dem Brückenkopf bei Germersheim wurde ein neuer Ausfall gemacht und die Unsrigen zurückgedrängt, so daß die preußischen Vorposten sich bis Bruchsal ausdehnten. Heute Morgen griff die Willich'sche Schaar, einige Hundert Mann stark, den an Zahl weit überlegenen Feind bei Karlsdorf an, drängte ihn mit Beibringung bedeutender Verluste zurück, mußte aber endlich der Uebermacht weichen und zog sich nach Friedrichsthal zurück, wohin unterdessen das Hauptquartier des Generals Sznayde, das gestern Nacht in Blankenloch sich befand, verlegt worden war. Sie zählt keine Todten, nur einige wenige Verwundete. Später wurde Willich nach Weingarten zum Schutz der Eisenbahn detachirt, von wo er gegenwärtig gegen Bruchsal vorrückt, während die Hauptmacht von Friedrichsthal aus den Feind bedroht und eine dritte Colonne am Rheinufer stromabwärts in der Richtung auf Philippsburg dirigirt wird. Mieroslawski, der sein Hauptquartier nach hinreichender Deckung des Neckarufers nach Schwetzingen verlegt hat, operirt von der andern Seite gegen denselben. So sehen wir in Kurzem einer Entscheidung entgegen, welche unter den vorliegenden Umständen als eine günstige zuversichtlich zu erwarten ist.

Nach Briefen aus Speyer vom 21. Nachmittags, fand am Nachmittag dieses Tages ein heftiges Gefecht zwischen der nach Wiesloch vorgeschobenen preußischen Heeresabtheilung und den Badensern statt. Die Preußen wurden anfangs bis Philippsburg zurückgedrängt, später zog sich, wie von den Thürmen aus beobachtet wurde, der Kampf wieder mehr nach Speyer hinauf. Die Preußen scheinen also eine siegreiche Bewegung vorwärts gemacht zu haben. Das Gros der badischen Armee soll sich von Karlsruhe abwärts gezogen haben, und weitere preußische Reiterei bei Germersheim über den Rhein und in den Kampf gezogen sein.

Zur Vervollständigung des Verstehenden möge Folgendes dienen:

Die „Allg. Zeitung" hat unter dem Datum des 20. mehrere Correspondenzen, aus denen wir folgende Stellen entnehmen: In diesem Augenblicke ist die Nachricht hier eingetroffen, daß die Preußen bei Germersheim über den Rhein gerückt sind und bei Philippsburg stehen. Gegg eilte so eben zur Eisenbahn. Der alte Oberst Scherdueli ist mit dem letzten Bahnzug nach Waghäusel abgegangen. Wohl dürfte der heutige Tag eine Entscheidung bringen, nach der sich am Ende beide Parteien sehnen müssen; denn das schwüle Provisorium drückt und lähmt alles. Die constituirende Versammlung hat sich bis zum Freitag vertagt. Gestern sahen wir das Willichsche Freicorps hier, etwa 400 Mann mit einer Fahne, die ein goldenes Kreuz auf rothem Felde mit schwarzem Rande und den Wahlspruch führte: „Deutschland über alles!" Es sind dies die Kämpfer von Kandern und Freiburg, jugendlich blühende Leute und männliche Gestalten bunt durch einander gewürfelt, kecke kühne Gesichter, athletische Körper; sie sind vollkommen geübt in den Waffen und haben in ihren Reihen treffliche Sänger. Eine Amazone im schwarzen Sammtrock und blauen Unterkleid, mit wallender Feder auf dem Calabreserhut, steht mit dem Gewehr in der vordersten Reihe neben langbärtigen Kameraden. Fragt man sie nach ihrem Namen, so lautet die Antwort: „ich bin Robert Blums Tochter, und streite mit diesen Freiheitskämpfern, um meines Vaters Tod zu rächen." (Robert Blum hat, so viel wir wissen, nur jüngere Kinder hinterlassen.) Die Karlsruher, welche diese deutsche Amazone gestern auf dem Marktplatz anstaunten, glaubten ihr aufs Wort, und eine Stunde später konnte man die rührende Geschichte von der Tochter des Märtyrers der Brigittenau in ganz Karlsruhe hören. — Oberst Tobian ist gestern an seiner Wunde gestorben. Er war ein ritterlicher Charakter in den kräftigsten Jahren, ein ächter Pole, der in jeder Bewegung Deutschlands einen Hoffnungsschimmer für sein unglückliches Vaterland erblickte, und daher freudigen Herzens in diesen süddeutschen Revolutionskampf sich stürzte. Ich brachte am Tage vor seinem Abgange zur Armee den Abend mit ihm zu, wo ihn eine seltsame Vorahnung seines nahen Todes befiel.

Ein anderer Berichterstatter sagt: Die Nachricht von dem Rheinübergang der Preußen bei Germersheim hat sich bestätigt. Sie drangen bis Philippsburg vor und bemächtigten sich dieses Fleckens sammt der Schanzen fast ohne Widerstand. Vier Bataillone, welche zwischen Reinsheim, Oberhausen, Waghäusel und Philippsburg aufgestellt waren, zogen sich unter dem Commando des jüngern Sigel (Bruder des Obersten) ohne Schwertstreich zurück und concentrirten sich bei Bruchsal, wohin in aller Eile sämmtliche Reserven und neugebildeten Freicorps, sowie die Ueberbleibsel der pfälzischen Armee mittelst der Eisenbahn befördert wurden. Wahrscheinlich rücken zugleich von Heidelberg bedeutende Truppenmassen heran, und Mieroslawski hegt allem Anschein nach die Absicht, den Preußen bei Philippsburg eine entscheidende Schlacht zu liefern. Diesen Nachmittag sind General Sznayde und Oberst Blenker nach Bruchsal abgegangen, wo Raquillier und Scherdueli sie erwarteten. Vor dem Aufbruch der Truppen von hier versammelte sie Brentano um sich auf dem Marktplatz, hielt eine feurige Rede an sie und stellte ihnen General Sznayde als ihren Anführer vor. Der alte, fette, graubärtige Invalide, der Mühe hat, sich auf den Beinen zu halten, flößte mehr Muthlosigkeit als Siegeszuversicht ein. Indessen begrüßten ihn doch drei donnernde Hoch's und die Dragoner schwangen dabei so lustig ihre Säbel, als wär's ihnen wirklich Ernst um die Sache. Major Willich mit seinen Freiwilligen ist noch hier. Ebenso die provisorische Regierung der Pfalz. Morgen kann ich Ihnen vielleicht von einer Schlacht berichten oder — von dem Einzug der Preußen in Karlsruhe. Die Bürgerschaft dieser Residenzstadt hegt wohl stille Wünsche für das letztere.

Die letzte Correspondenz ist vom 20. Juni, Abends 6 Uhr. Seit heute früh, heißt es darin, vernimmt man rheinabwärts Geschützfeuer. Gestern Abend schon gingen preußische und bayerische Truppen über die Brücke zu Germersheim in den diesseitigen Brückenkopf. Heute früh muß eine Colonne dort herausgebrochen sein, die sich gegen Bruchsal oder Langenbrücken wendete, denn um Mittag kam der nach dem Unterland abgegangene Bahnzug zurück, mit der Meldung, daß er in Bruchsal habe umkehren müssen; die Verbindung mit Heidelberg und der Pfalz ist somit unterbrochen. Daß eine preußische Colonne auch bei Au, zwischen hier und Rastatt, über den Rhein gedrungen sei, ward vielfach versichert, doch ist es mir nicht möglich gewesen, Sicheres darüber zu erfahren. Welch ängstliche Geschäftigkeit hier herrscht, welch Kommen, Gehen, Fragen, welche Fluth von Gerüchten, können Sie sich leicht denken. Um Mittag ward die großh. Gewehrkammer geleert und die meist lesbaren Waffen an eine Compagnie Volkswehr vertheilt. Der eine erhielt eine Büchse mit Radschloß, der andere ein Gewehr mit Luntenschloß; ich sah einen jungen Bauer, dem ein prächtig mit Gold eingelegter Doppelwender zugefallen war; der Mann betrachtete die schöne Wehr mit ungläubiger Miene, bis sein Nebenmann ihn versicherte, die Gewehre würden sämmtlich auf der Stelle pistonirt, und das schien ihn zu beruhigen. Daß für keines der hundertlei Gewehre Munition vorhanden ist, braucht kaum gesagt zu werden. Einige gefangene preußische Soldaten sind eingebracht worden. Die Wehrmänner, welche dieselben geleitet, versicherten uns, daß ein preußisches Husarenregiment, welches vorschnell vorgeritten, fast vernichtet worden sei. Mit welchen Augen der Mann gesehen, wird sich zeigen. Bei der Knielinger Brücke haben die Artilleristen einen muthmaßlichen preußischen Offizier verhaftet, welcher, als Freischärler gekleidet, Notizen niederschrieb. Oberst Sznayde, jetzt hier Mieroslawski's Unterbefehlshaber, hat in der größten Eile das Aufgebot aus allen umliegenden Ortschaften hieher beschieden. Auch das Willich'sche Corps, welches heute früh bereits abmarschiren sollte, weilt noch hier, und zwar in offenbar verdächtiger Absicht. Daß Sznayde sich hier in der ganz offenen Stadt mit den geradlinigen breiten Straßen wehren will, paßt zu der ganzen

wirren Geschichte. Ueber Mieroslawski völlig räthselhaftes Angekleidsein in Heidelberg, während der Feind ihm bereits 14 Stunden vorwärts in der linken Flanke steht, wird wohl der morgende Tag Aufklärung bringen — wer's erlebt! Hat die preußische Colonne zwischen Germersheim und dem diesseitigen Gebirg hinreichende Stärke, so ist unsre Neckararmee abgeschnitten und muß das Gewehr strecken. Im andern Fall könnte jene Colonne selbst in mißliche Lage gerathen. — Nachschrift. Abends 8 Uhr. Das obengenannte Husarenregiment beschränkt sich auf zwei Schwadronen, welche bei Philippsburg stark gelitten haben sollen. Ein Gefangener davon ist hier. Die Preußen bewerkstelligten ihren Uebergang auf drei Brücken, sie haben sich jedoch nicht weiter ausgebreitet, vielmehr gegen den Rhein concentrirt. Eine badische Compagnie des ersten Aufgebots, welche von preußischen Reitern überfallen worden war, ward von diesen nur entwaffnet und die Leute dann wieder entlassen. Doch für Soldaten und fremde Zuzüger soll ähnliche Milde nicht in Aussicht stehen. Starke Massen von Wehrmännern ziehen noch immer durch die Stadt landabwärts.

Frankfurt, 25. Juni.

** Auch die heutige Frühpost hat uns genauere Nachrichten über die letzten Vorgänge nicht gebracht. Aus Mannheim ist uns das unten folgende Schreiben zugegangen; es enthält bereits Bekanntes. Außerdem die Nummern des „Mannh. Journ." vom 22., 23. und 24. Juni und jenes Extrablatt, das uns vorgestern Abend auf dem Privatweg mitgetheilt worden und in unserer gestrigen Extrabeilage abgedruckt ist. In Mannheim selbst ist man ohne genaue Kenntniß der Dinge in der nahen und ferneren Umgebung, denn der ganze politische Text des Journals vom 24. Juni beschränkt sich auf Folgendes:

„Mannheim, 23. Juni. Da alle Postverbindungen gehemmt sind, so sehen wir uns außer Stande, heute ein politisches Blatt erscheinen zu lassen. Die uns zugegangenen Nachrichten aus Heidelberg lauten dahin, daß am heutigen Morgen zwischen 3 und 4 Uhr die Preußen in die von den Mannschaften Mieroslawskis verlassene Stadt eingerückt sind. Noch am Abend glaubte man allgemein an einen hartnäckigen Widerstand; den Einwohnern war aufs Strengste anbefohlen worden, die Häuser von Außen und im Innern während der ganzen Nacht zu beleuchten, und die Hausthüren offen zu lassen. Die Brücke sollte gesprengt werden u. s. w. u. s. w. Wohin sich die Mannschaft Mieroslawskis gewendet hat, darüber weiß man in Heidelberg selbst nichts Bestimmtes."

Hieraus ergibt sich, daß der regelmäßige Post- und Bahnverkehr vorgestern noch nicht hergestellt war. Was die Bergstraße anbelangt, so vernehmen wir, daß die Neckarbahn seit gestern ihre regelmäßigen Züge bis nach Weinheim wieder eröffnet hat und daß von dort nach Heidelberg und Mannheim einstweilen ein geregelter Postverkehr hergerichtet wird. In Heidelberg haben am Samstag Nachmittag eine Anzahl sehr achtbarer Herren von Frankfurt zu Mittag gegessen und zwar in Gesellschaft derjenigen preußischen Offiziere, die wenige Stunden zuvor mit der preußischen Colonne die von den Aufständischen geräumte Stadt besetzt haben. Diese Bemerkung deshalb, weil wir zweifeln, daß die „Mannheimer Abendzeitung" über die Uebergabe von Mann- und Heidelberg an die preußischen Truppen ein Bülletin wird erscheinen lassen. — Die Generale v. Peucker und v. Schäffer standen am Abend des 22. directen Briefen zufolge mit 15,000 Mann bei Aglasterhausen und Neunkirchen, 8 bis 10 Stunden ostwärts von Heidelberg.

⊙ **Mannheim,** 23. Juni. Gestern Nachmittag verlautete, Trützschler wolle fliehen und die Kreiskasse mitnehmen. Da versammelte sich schnell die Bürgerwehr, und einige der Beherzteren versuchten, die Dragoner zu gewinnen. Es gelang; schnell wurde die Verhaftung Trützschler's und seiner Helfershelfer beschlossen und ausgeführt. Die Anhänger der Insurrection waren wüthend, drohten die Stadt anzuzünden und alle Reactionäre niederzumachen. Man schickte daher Parlamentäre nach Käferthal, Feudenheim, Heddesheim, Ladenburg, um die Preußen einzuladen, so schnell als möglich einzuziehen. Diese schienen nicht recht zu trauen, sandten einige Husaren, ließen den Bahnhof besetzen und rückten erst gegen 10 Uhr Abends in Masse ein. Unterdessen waren schon um 8 Uhr etwa 800 flüchtige Soldaten, Freischaaren und dergleichen Leute in die Stadt zurückgekehrt, welche von den Bürgern zur Niederlegung der Waffen beredet wurden; sie sind nächtlicher Weile in ihre Heimath zurückgekehrt. Heute mußten alle Waffen abgeliefert werden, das Kriegsgesetz ist verkündet; aber Alles ist fröhlich und guter Dinge. Man fühlt sich wie von einem Alp befreit, denn die Schreckensherrschaft war unerträglich geworden. Zur Feier des Einzugs der Preußen waren gestern Abend die Hauptstraßen der Stadt erleuchtet. Heute früh wurde Heidelberg ebenfalls ohne Schwertstreich von den Preußen besetzt, ebenso Schwetzingen. Aus Karlsruhe wissen wir nichts.

Schwetzingen. Vom Kriegsschauplatze den 21. Juni. Gestern Morgen wurde unsere Gegend plötzlich mit der Nachricht alarmirt, die Preußen seien über den Rhein gedrungen und hätten die äußersten Vorposten der Badischen weggenommen. Beides bestätigt sich. Während die Badischen der Festung Germersheim gegenüber lagen, und erwarteten, daß die Preußen auf der dortigen Brücke, welche ganz unter dem Schuze der Kanonen der bereits von ihnen besezten Festung ist, den Rheinübergang bewerkstelligen würden, thaten sie dieses weiter unten, gegen Speyer zu bei Rheinhausen, mittelst einer von ihnen geschlagenen Brücke. Nach weiteren Berichten hätten die Truppen, vorzüglich Bürgerwehrmänner, wenig oder keinen Widerstand geleistet. Die Preußen hätten nicht nur Philippsburg eingenommen, sondern hätten ihre Vorposten sogar bis Heckenheim (Heidelberg zu) vorgeschoben. Sogleich wurde Bericht erstattet nach dem Hauptquartier in Heidelberg. Schon früher war zur Besezung des Rheines eine große Truppenmasse in unserer Gegend; diese wurde in kurzer Zeit auf eine beinahe unglaubliche Weise schnell vermehrt. Etwa 5 Bahnzüge, jeder von 60 bis 70 Wagen, brachten von Heidelberg Soldaten und Wehrmänner; alle wurden von Wiesloch und Langenbrücken aus, bis wohin die Eisenbahn sie führte, an den Rhein in die Gegend von Philippsburg gebracht. Gegen Abend kam auch Mieroslawski mit seinem Generalstabe auf dem Kriegsschauplatze an. Von der weiteren Bewegung der Preußen gegen Karlsruhe zu weiß man nichts weiter zuverlässig. — Der Odenwald in der Gegend von Hirschhorn ist nur von Wehrmännern und einigen Geschützen besezt. Linienmilitär ist keins dort. Mieroslawski hat den ganzen Kern seiner Truppen an dem Rhein zusammengezogen. — Eben (Vormittags 10 Uhr) hört man starken Kanonendonner und Kleingewehrfeuer von dem Rheine her. Je länger es dauert, desto dumpfer wird der Schall. Das Gefecht scheint sich aus unserer Gegend etwas zu entfernen.

Beerfelden, 22. Juni. „Der Odenwälder" berichtet: Am 20. früh marschirte eine Abtheilung bayerischer Jäger und kurhessischer Infanterie, welche schon einmal Hirschhorn besezt hatten, mit einigen Geschützen in aller Frühe von Waldmichelbach aus über Ober- und Unterschönmatteuwag und Heddersbach nach Hirschhorn und trieb die dortigen Freischaaren nach kurzem Gefecht über den Neckar, wo sie sich aber wieder festsezten. Einige Granaten und Vollkugeln, welche ihnen nachgeschickt wurden, veranlaßten ihren weiteren Rückzug. Schon bei der Annäherung der Reichstruppen hatten die Freischaaren Boten in die umliegenden Orte, namentlich auch nach Eberbach um Hilfe geschickt. Die in letzterer Stadt stehenden Freischaaren, verstärkt durch eine Abtheilung der Bürgerwehr, zogen alsbald gegen Hirschhorn. Nach 2 bis 3 Stunden erschien jedoch plötzlich die Vorhut der Peuckerschen Armee unter General von Bechtold bei Eberbach, das dessen nicht gewärtig zu einem Widerstande nicht gerüstet war. Der Stadtvorstand eilte den Reichstruppen entgegen, erklärte seine unbedingte Unterwerfung, und bat um Schonung der Stadt, worauf die Truppen ungehindert einzogen und die ganze Gegend besezten. Gestern wurde eine starke Abtheilung des Corps mit dem Brückenirain und zahlreicher Artillerie nach Zwingenberg vorgeschoben, und bewerkstelligte daselbst den Uebergang über den Neckar. Somit ist endlich, nachdem so oft von dem „Uebergehen" des hessischen Militärs erzählt worden, dieses wirklich erfolgt!! Der Nachtrab des Armeecorps unter General Wachter kam ebenfalls gestern hier durch und marschirte nach kurzer Rast nach Eberbach. Hier blieb nur das Frankfurter Linienbataillon zurück.

Stockach, 20. Juni. Heute Mittag 12 Uhr trafen die Mitglieder der Reichsregentschaft in fünf Chaisen und unter Begleitung der Meßkircher Demokraten hier ein und stiegen im Gasthof zum Adler ab. Alsbald zeigte sich ein reges Leben, für die Bürgerwehr wurde Generalmarsch geschlagen, und Böllerschüsse verkündeten das Dasein der Gäste. Unter dem Hinausläuten aller Glocken und nachdem Vogt an die versammelte Bürgerwehr noch eine Anrede gehalten hatte, reiste die Reichsregentschaft in Begleitung der Bürgerwehr und des Gemeinderaths um 2 Uhr nach Engen ab. Wie man sagt, geht die Reise nach Donaueschingen, wo die Nationalversammlung ebenfalls nach und nach eintreffen soll. (S. M.)

Deutschland.

⊙ **Frankfurt,** 22. Juni. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaates Frankfurt kam vor: 1) Austrittsanzeige des Abgeordneten Dondorf. 2) Wahl eines Mitgliedes für den landwirthschaftlichen Ausschuß. 3) Protestation mit angehängter Rechtsverwahrung der evangelisch-lutherischen Gemeinde in Betreff ihrer Dotation. An den Verfassungsausschuß. 4) Rückäußerung des Senats, betr. die Beseitigung der Pferdeställe in der Stattallee. Es wird eine Bewilligung von 3360 fl. zur Erreichung dieses Zweckes und der Errichtung neuer Stallungen beantragt. In der letzten Beziehung ergibt sich eine starke Opposition. Dr. Jucho beantragt für den Abbruch und die Wegschaffung des Materials nur 1100 fl., was angenommen wird. 5) Vortrag des Senats in Betreff der Herstellung des Leinwandhauses für die Schwurgerichte. An den Ausschuß für das Strafverfahren. 6) Fortsezung der Berathung des Verfassungsentwurfs. Sechster Abschnitt. Von der richterlichen Gewalt. Art. 119. „Die richterliche Gewalt ist den Gerichtshöfen und Richtern übertragen. Sie ist getrennt von der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt." Art. 120. „Die richterliche Gewalt wird selbstständig von den Gerichten geübt." Art. 121. „Weder die gesetzgebende noch die vollziehende Gewalt darf Richtersprüche für nichtig erklären." Art. 122. „Keiner dieser Gewalten steht ein Einfluß auf die Rechtsprechung über den besonderen Fall zu. Die Richter dürfen vor Erlassung eines Urtheils nicht die Ansicht einer andern Staatsgewalt einholen." Sämmtlich angenommen. Art. 123. „Die Gerichtsbehörden dürfen nicht allgemeine Anordnungen über das Recht und die Rechtspflege erlassen." Angenommen. Art. 124. „Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich sein. Ausnahmen von der öffentlichen Verhandlung bestimmt im Interesse der Sittlichkeit ein Gesez." Angenommen. Ebenso Art. 125. „In Strafsachen gilt der Anklageproceß mit Staatsanwaltschaft. Schwurgerichte sollen jedenfalls in schwereren Strafsachen und bei allen politischen und solchen Preßvergehen, welche von Rechtswegen verfolgt werden, urtheilen." Art. 126. „Kein Angeklagter soll genöthigt sein, sich selbst zu beschuldigen und Zeugniß wider sich zu geben." Dr. Jucho beantragt die Aenderung des Wortes „sein" in „werden", was nach einigen Bemerkungen genehmigt wird. Art. 127. „In Strafsachen darf der Richter über keine andere Beschuldigung erkennen, als über die aus der Anklage selbst hervorgehende." Angenommen. Art. 128. „Es soll keinen privilegirten Gerichtsstand der Personen oder der Güter geben. Die Militärgerichtsbarkeit ist auf die Aburtheilung militärischer Verbrechen und Vergehen, sowie der Militär-Disciplinarvergehen zu beschränken, vorbehaltlich der Bestimmungen für den Kriegsstand. Auch auf das Verfahren vor den Militärgerichten finden die Bestimmungen der Artikel 124—127 über öffentliches und mündliches Verfahren, Anklageproceß und Schwurgerichte Anwendung." Angenommen. Ebenso Art. 129. „Alle gerichtlichen Urtheile und Verfügungen werden im Namen des Freistaats Frankfurt erlassen und vollzogen." Art. 130. „Jedes Urtheil muß mit Gründen versehen sein und in öffentlicher Sitzung verkündet werden." Angenommen. Ebenso Art. 131. „Die Gerichte können bei der Entscheidung des einzelnen Falles auch die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze oder Verordnungen, die zur Anwendung kommen sollen, prüfen und darüber für den besondern Fall mit erkennen." Art. 132. „Die bürgerliche Rechtspflege soll in Sachen besonderer Berufserfahrung durch sachkundige, von den Berufsgenossen frei gewählte Richter geübt werden. Es sind ein Handelsgericht und Gewerbegerichte einzusezen." Angenommen. Eben so Art. 133. „Rechtspflege und Verwaltung sind getrennt und von einander unabhängig. Die Verwaltungsrechtspflege hört auf. Ueber alle Rechtsverletzungen sowie über Competenzconflicte zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden entscheiden die Gerichte. Den Polizeibehörden und andern Verwaltungsämtern soll keine Strafgerichtsbarkeit zustehen." Nächste Sitzung Montag den 25. Juni.

† **Wien,** 21. Juni. Da es allgemein heißt, daß seit gestern die Offensivoperationen in Ungarn im ausgedehnteren Sinne begonnen haben, so lebt man in der gespanntesten Erwartung. Die von einigen Blättern als bereits erfolgt gemeldete Abreise des Kaisers zur Armee hat sich bisher nicht bestätigt. Auf officiellem Wege wird kundgegeben: die k. russ. Hauptarmee unter dem Befehl des F.M. Paskiewisch hat die ungarische Grenze am 17. und 18. d. in vier von den Generalen Busching, Bielogueff, Rüdiger und Grabbe geführten Hauptcolonnen überschritten. Das Hauptquartier des Feldmarschalls befand sich am 18. zu Bartfeld. Die Reserven, unter dem Commando der Generale Sacken und Saß, stehen vorläufig in Galizien, an der Grenze gegen Ungarn. — An der ganzen Waazlinie hat die k. k. Armee ihre in voriger Woche innegehabten Positionen wieder bezogen. Als Trophäe eines siegreichen Gefechtes wurden 5 Kanonen der Magyaren nach Preßburg gebracht. — Reisende aus und nach Ungarn werden nur nach strengstem Ausweis über die Grenze gelassen. Mehrere Pester Kaufleute werden in Kirchschlag zurückgehalten.

* **Berlin,** 22. Juni. Wieder scheint die deutsche Verfassungsfrage in eine andere und zwar wenig erbauliche Phase gerückt. Wenigstens enthält das heutige Abendblatt der „Constitut. Zeitung", des Hausemann'schen Organs, welches in der Regel gut unterrichtet ist, einen bemerkenswerthen Artikel, den Sie Ihren Lesern nicht vorenthalten dürfen. Er lautet: „In diplomatischen Cirkeln wird viel von einer neuen, etwas wunderlich klingenden Combination gesprochen, die von Hannover aus als Randglosse zu dem Texte des deutschen Verfassungsentwurfs gemacht worden, an dessen Berathung und officieller Verkündigung Hannover selbst einen so entschiedenen Antheil genommen. Wer den scharfblickenden und consequenten Staatsmann kennt, der bei dieser Berathung mit den speciellen Interessen Hannovers zugleich die des gesammten deutschen Vaterlandes wahrgenommen, der wird schwerlich an seine Betheiligung bei einer Combination glauben, die den Grundlagen des preußisch-hannoverisch-sächsischen Verfassungsentwurfs schnurstracks widerspricht. Dieser Combination zufolge würde nämlich die Einheit, die bei der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands vornehmlich im Auge behalten worden, ganz unmöglich gemacht sein, indem die oberste Verwaltung des Reichs Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich übertragen würde, während daneben ein Reichsrath bestehen soll, zu welchem Oesterreich und Preußen jedes ein Mitglied, die übrigen königlichen Regierungen zusammen ein Mitglied und die nichtkönigl. Regierungen endlich ebenfalls ein Mitglied ernennen sollen. Dem gedachten Reichsrath würde, außer der Entscheidung über Krieg und Frieden, sowie der Abschließung von Verträgen überhaupt und der Ausübung des Begnadigungsrechts, die gesammte innere Verwaltung Deutschlands obliegen, und zwar unter Verantwortlichkeit seiner Mitglieder. Wir bekennen, daß wir den constitutionellen Mechanismus, der dieser Combination zum Grunde liegt, nicht recht verstehen und daß uns namentlich ein Reichsrath, der auf der einen Seite den Kammern verantwortlich ist und auf der andern von den verschiedenen Regierungen nach verschiedenen Principien ernannt wird, namentlich bei dem Eintritt einer durch ein Votum der Kammern herbeigeführten Ministerkrise, als etwas ganz Unpraktisches erscheint. In keinem günstigeren Lichte erscheint uns eine andere, eigenthümliche Bestimmung, die den einzelnen Staaten den Umfang anheimstellt, in welchem sie der Reichsverfassung beitreten wollen; welche also in beiden Häusern das Recht des Mitgliedes, sein Votum in einer Angelegenheit abzugeben, daran knüpft, daß der von ihm repräsentirte Staat für das Gebiet jener Angelegenheit auch der Verfassung beigetreten sei. Hiernach würden z. B. österreichische Abgeordnete in Zollvereinsangelegenheiten sich des Votums zu enthalten haben. Das wäre eine ärgere Spaltung, als die des alten deutschen Reichstages in ein Corpus evangelicum und catholicum, und würde uns alle die Widerwärtigkeiten der itio in partes zurückführen."

Man will wissen, es werde in Schlesien ein starkes Armeecorps zusammen gezogen werden, um diese Provinz gegen etwaige Grenzenverletzungen der in Ungarn kämpfenden Parteien zu sichern. Dieses Gerücht steht im Zusammenhange mit einer Bekanntmachung, welche der General v. Lindheim in Breslau erlassen hat und folgendermaßen lautet: „Da die Verhältnisse in Ungarn eine baldige Entscheidung erwarten lassen, in Folge dessen möglicherweise eine Verstärkung der diesseitigen Streitkräfte erforderlich wird, eine zu frühe, vielleicht später als unnöthig sich erweisende desfallsige Maßregel jedoch mit mannigfachen Uebelständen verbunden sein würde, so bin ich mit dem königl. Oberpräsidium übereingekommen, daß alle Vorbereitungen

u einer Erhöhung des augenblicklichen Etats der Landehrbataillone so getroffen werden, daß zwei Tage nach Eingang der Verstärkungsordre die neu berufene Mannhaft eingekleidet sein muß." (C. Z.)

Königsberg, 20. Juni. Die demokratische Partei scheint ie erwarteten Instructionen aus Berlin erhalten zu haben, enn sie publicirt in den gestrigen Zeitungen, daß am 30. M. hier ein Provinzialcongreß der demokratischen Partei stattfinden soll, in dem die weitern in Beeff der Wahlen vorzunehmenden Schritte berathen werden sollen.

Bamberg, 23. Juni. So eben (1 Uhr) sind JJ. MM. r König und die Königin hier angekommen und von den ädtischen Corporationen im Bahnhofe empfangen worden. ie Straßen, durch welche sie fuhren, sind mit den deutchen und bayerischen Fahnen geschmückt. Die Landwehr ziemlich zahlreich zur Parade ausgerückt. (Bamb. Z.)

Würzburg, 24. Juni. So eben trifft die officielle Nachcht hier ein, daß im Laufe des morgigen Tages JJ. MM. r König und die Königin hier eintreffen und hier übernachten werden. (N. W. Z.)

⊙ **Stuttgart**, 21. Juni. Eine Interpellation Säind's, betreffend die an der Nationalversammlung vollgene Execution, nahm fünf Stunden der heutigen Sitzung r Ständekammer in Anspruch. Er theilte das Trauerspiel drei Aufzüge. Der erste Act ist die Demolirung des Jrrn des Sitzungslocals; hierzu sei ein Offizier beordert orden, der zwar die Weisung der Schonung gegeben, aber ch ein vom Maikrawall her bekannter Polizeicommissär, elcher den Soldaten Eile anbefohlen habe. Die Zimmert habe nachhelfen müssen, um die von deutschen Frauen ripendeten Gaben, die Galerien, die Bänke, die Rednerühne, die Vorhänge zu zerstören und zu zerreißen. Wozu ieser Vandalismus? Wozu dieser Eingriff in Privateigenum, welcher jetzt eine Civilklage nach sich ziehen werde? ls zweiten Act bezeichnet er die Mißhandlung der Perseen, vollzogen an den Abgeordneten der deutschen Nation. legen das kleine Häuflein, an dessen Spitze der Präsident öwe mit den zwei besten Bürgern Württembergs, Uhland nd Schott, gezogen, habe man Militärabtheilungen aufgeoten; als sie haben sprechen wollen, sei getrommelt worn. Das Commandowort, durch Reiterei die Straße zu äumen, sei ertönt. Diese sei herangesprengt mit gezogenem äbel, Uhland sei bedroht worden, von den Pferden überitten zu werden. Andre Abgeordnete seien mit flachen Säelhieben bedient worden, einem der württembergischen eichstagsabgeordneten habe man das Bajonnet auf die ruft gesetzt. Zwei andere, es seien zwei der berühmtesten amen, seien in eine Seitengasse gesprengt worden, der ommandirende sei bis an ihre Köpfe hinangedrungen mit em brutalsten Ausruf: Vorwärts, Vorwärts! Unter welch' inern Formen sei die Auflösung der Reichsversammlung n Berlin durch Manteuffel anbefohlen worden! Bei us habe ein Offizier nebst einem Trompeter gerufen: haut in! Bürger, welche die Nationalversammlung hoch leben eßen, haben Kolbenstöße empfangen. Das Ministerium erde es nicht verhindern können, daß künftig in allen auen die schwäbische Gastfreundschaft zum Spottie gemacht werde. Der dritte, dem Ganzen die Krone aufsetzende kt sei der Ausweisbefehl Duvernoy's an den Dr. Löwe. Von vorneherein schon gebe die Wahl des commandirenen Offiziers den bezeichnenden Gesichtspunkt, es sei derelbe General Miller, welchen die Reichsregentschaft abgeetzt habe. Der Interpellant fragt die Minister, ob sie geonnen seien, eine Untersuchung über die Excesse anzustellen und die Schuldigen zu bestrafen und ob sie zur theilosen Sühnung der Schuld offen vor ganz Deutschland erklären wollen, wie sehr sie Ursache haben, die Art dieser Execution aufs tiefste zu beklagen? Auch Schoder entwirft dasselbe Bild, und sagt, wie die Regierung zu der Maßregel der Ausweisung schreiten konnte, und ob die Regierung noch eine Nationalversammlung anerkenne, oder ie württembergischen Abgeordneten abberufen werde? Die Vertreter der deutschen Nation habe man gleichsam auf den Schub gesetzt. Das Anerbieten Römers, als Privatpersonen mit Aufenthaltskarten hier bleiben zu können, haben sie natürlich von sich gewiesen. Vom Ministertisch antwortete zuerst Staatsrath Duvernoy: Die drohende Antwort Schoders an jenem Tage, die Nationalversammlung werde Nachmittags 3 Uhr eine Sitzung halten, habe die Regierung zu Gegenmaßregeln aufgefordert und die Beschleunigung derselben gebeten. Die Wahl der sie vollziehenden Beamten aber nicht anders geschehen können, auch sei General Miller durch seine Entsetzung seitens der sog. Regentschaft wahrlich nicht stark alterirt worden. Alle Schonung und Beobachtung des Anstandes sei den Beamten zur Pflicht gemacht worden. Der Inhaber des Rathauses habe selbst bezeugt, daß man schonend zu Werke gegangen sei. Mißhandlung von Personen sei nicht vorgekommen, nur einmal sei ein Säbel gebwungen worden, vom Bajonnet habe man keinen Gebrauch gemacht, das Militär, durch Drohworte, wie „Volkserräther", gereizt und einigemal zurückgedrängt, sei lange uhig gestanden, und dann erst allmälig vorgerückt. Die Ausweisung sei eine nothwendige Folge des Vorangegangenen, und durch leidenschaftliche Ausbeutung des Ereignisses dürfe man sich nicht irren lassen. Staatsrath Römer, n Beantwortung der Schoderschen Frage, versichert, daß on einer Auflösung der Nationalversammlung nicht die iede sei, und daß die württembergische Regierung sich nicht ür berechtigt halte, die württembergischen Abgeordneten urückzuberufen oder ihnen ihre Diäten vorzuenthalten. Ferner beruft sich Römer vor allen auf eine ruhige Prüung, es werde sich herausstellen, daß bei dem Ereignisse ieles auf einer falschen Auffassung beruhe, und man werde en Ministern recht geben, daß sie nicht vor der Untersuchung das Urtheil abgeben. Die Minister rufen für ihre Ansicht nicht den Terrorismus auf, welcher von der andern Partei geltend gemacht werde. Wenn aber die Untersuchung saubare Thatsachen an den Tag bringe, so werde die Regierung ihre Pflicht thun. Staatsrath Goppelt: Das Dramatische des Ereignisses sei durch die Kunst der Darstellung von Seiten der Oppositionspartei gemacht worden. Meine Herren, sagte er, Sie geben sich vergeblich Mühe, uns als Mord zuzuschreiben, was die Geschichte als Selbstmord bezeichnen wird. Einer Partei, so sehr sie sich anstrengt, wird es nicht gelingen, ihre Pläne durchzusetzen, so lang sich die Nationalversammlung nicht als constituirende, sondern als souveräne Gewalt von Deutschland hinstellt. Holzinger, Veiel, Zwerger, v. Hornstein, Mack sprechen für das Ministerium, indem sie die Beschleunigung des Verfahrens der Regierung darin gegründet erblicken, daß von einer Partei und von einem Mitgliede dieser Kammer selbst zuvor an die Thatkraft des Volkes appellirt worden war, und indem sie sich gegen jeden Antrag erklärten, der jetzt schon ein Urtheil auszusprechen beabsichtige. Deßhalb wurden Suslinds, Schoders, Eisenlohrs Anträge nicht weiter berücksichtigt, und der Antrag Reyscher's, mit dem das Ministerium sich einverstanden erklärte, zum Beschluß erhoben: die Regierung zu bitten, 1) die getroffenen Einleitungen zu Schließung des Sitzungslocals der Nationalversammlung und Entfernung der innern Einrichtung mitzutheilen; 2) die von ihr angeordnete Untersuchung über die Ausführung ihrer Anordnungen schleunig und streng zu führen, und deren Ergebniß der Kammer gleichfalls mitzutheilen. Als Zwischenfälle kamen vor: Süskind's Aeußerung, die ministeriellen Schritte seien eine Politik der Schmach und Schande. Staatsrath Römer, der nicht darauf geantwortet hatte, sagte später: Man weiß ja, daß Süskind extravagante Ansichten hat, deßhalb ich mich nicht für bewogen gefunden, ihm zu antworten; weiter gebührt ihm nichts auf eine solche grobe Invective. Als Schoder fort und fort auf seine Person zu reden kam und von seiner Stellung als früherer und jetziger Regierungsrath und als Appellationsmuglied sprach, bedeutete ihm Römer, daß solche keineswegs von Andern veranlaßten Discussionen nicht in diesen Saal gehören; wolle aber Schoder wissen, was Römer von ihm halte, so wolle er, Römer, es ihm ganz offen sagen, aber anderswo. — Ein Ansinnen der Staatsregierung, sie im Interesse der Humanität und Klugheit zu einem Vorschusse von 60,000 fl. für die Zwecke des Bundesfestungsbaues zu Ulm zu ermächtigen, hatte die Finanzcommission aus politischen Rücksichten abzulehnen beantragt. Der Berichterstatter Pfäfflin sprach sogar vom Säbel- und Bajonnetregiment des rechtsbodenfesten und verfassungstreuen Ministeriums Römer-Duvernoy, wofür er eine Zurechtweisung sich zuzog. Die Kammer aber bewilligte das Ansinnen der Regierung, welches Adam zu seinem Antrag gemacht hatte, mit 48 gegen 29 Stimmen.

⊙ **Stuttgart**, 22. Juni. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung wird über das Ansinnen der Regierung, den Etat für das Jahr 1849—1850 jetzt schon festzusetzen, verhandelt. Aus politischen Rücksichten, und um der künftigen constituirenden Ständeversammlung nicht zum voraus die Waffe der Steuerverweigerung zu nehmen, war die Opposition dagegen. Vier Anträge machten sich geltend: 1) Das Ansinnen der Regierung, für Sicherung des Staatshaushaltes auf die nächsten 12 Monate schon jetzt Vorsehr zu treffen. Wird mit 49 gegen 24 Stimmen abgelehnt. 2) Dörfenbach's Antrag auf Steuerverwilligung auf 10 Monate, d. h. sechs Monate zu verwilligen nebst dem nach § 114 der Verfassung eingeräumten Rechte der Regierung, die Steuern auf vier weitere Monate fortzuerheben. Wird mit 44 gegen 32 Stimmen abgelehnt. 3) Der von Steger unterstützte Antrag der staatsrechtlichen Commission die Regierung zu ermächtigen, auf den Grund des für das, Jahr 1848—49 zu verabschiedenden ordentlichen Etats die in demselben verwilligten Steuern und Abgaben bis zum letzten December des laufenden Jahres, d. h. auf 6 Monate fortzuerheben. Wird mit 54 gegen 21 Stimmen angenommen. Hiermit erledigte sich 4) der Antrag der Finanzcommission, von Schoder, Schweickhardt, Schnitzer unterstützt, dem Ansinnen des Finanzministeriums keine Folge zu geben. — Das Gesetz, betreffend die Ausgabe von Staatspapiergeld, über welches zwischen Regierung und Kammer keine Meinungsverschiedenheit besteht, wird in den nächsten Tagen verkündigt werden. Jeder Zwang zur Annahme des Papiergeldes als Zahlung sowohl von Privaten, als von Staats- und Steuerkassen, wird nicht allein als überflüssig, sondern sogar als höchst nachtheilig ausgeschlossen.

Stuttgart, 22. Juni. So eben geht hier die Trauernachricht vom Tode Franz Raveaux's ein. Er starb gleich nach seiner Ankunft in Baden am Schlage.

Regierungsrath Schott von Ludwigsburg ist als Civilcommissär an die badische Grenze abgegangen, um etwaige Freischaarenbildungen in seiner Gegend zu verhindern. In Knittlingen steht eine Abtheilung Militär. (S. M.)

Kassel, 22. Juni In Rücksicht auf die von den Demokraten ausgeschriebene Volksversammlung bei Marburg ist dem Bezirksdirector daselbst gestern folgender Beschluß von Seiten des Ministeriums des Innern zugefertigt worden: „Dem Herrn Bezirksdirector wird eröffnet, daß Vereine und Versammlungen, welche den Beschlüssen der zu Stuttgart unzuständiger Weise niedergesetzten Regentschaft Anerkennung und Geltung zu verschaffen beabsichtigen, dem durch Ministerialschreiben vom 19. October v. J. bekannt gemachten Reichsgesetze vom 28. Juni v. J., die Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland betreffend, gegenüber, offenbar verbotene Zwecke verfolgen, dazer zu versagen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern sind.

> **Mainz**, 23. Juni. So eben fährt das erste Dampfboot von hier nach Mannheim, um Apotheker und Aerzte, welche zu den dortigen Militärabtheilungen gehören, hinaufzufahren. — In öffentlicher Sitzung des großh. Obergerichtshofs wurde heute das erstemal zur Bildung der Geschwornenliste, nach der neuen Vorschrift, geschritten.

Aus Thüringen, 19. Juni. Dem versammelten Landtage des Fürstenthums Schwarzburg-Sondershausen ist der Entwurf zu einer neuen Verfassung dieses Ländchens vorgelegt worden, welcher das höchste Maß von Freiheit gewährt. Nach diesem Entwurf ist die Regierungsform eine demokratisch-monarchische. Das Fürstenthum ist in seiner Selbstständigkeit durch die deutsche Reichsverfassung beschränkt und der Reichsgewalt unterworfen.

Italien.

Rom, 15. Juni. Die Nacht war sehr unruhig; von Porta S. Pancrazio tönte ein lebhaftes Gewehrfeuer herüber. So viel ich habe erfahren können, waren es nicht die Römer, die angegriffen haben, sondern die Franzosen. Gewonnen haben sie auf keinen Fall dabei, denn wir befinden uns auf demselben Fleck wie gestern. In der Frühe begann wieder gegen die Mauern heftiges Feuern, das jetzt in der Hitze etwas nachgelassen hat. Auch vor Porta del Popolo ist etwas im Gange. Man behauptet, daß ein französisches Corps von 1000 bis 1500 Mann diesseits Ponte Molle sehr in die Enge getrieben sei, und man hoffe, es gänzlich abzuschneiden. Zwar kann ich nicht glauben, daß die französischen Generale sich eine solche Unvorsichtigkeit zu Schulden kommen lassen werden. Aber sollte sich's bestätigen, so würde ich ein Gefühl der Schadenfreude mit vielen Nichtrepublikanern theilen, die an dem Verfahren der Franzosen langst Aergerniß genommen haben. So große Worte und bisher so kleine Thaten verdienen eine Demüthigung. (A. Z.)

Frankreich.

•• **Paris**, 22. Juni. Mit Ausnahme neuerdings im Cabinet und in der Majorität der legislativen Versammlung entstandener Differenzen ist heute nichts zu berichten. Die Nationalversammlung hielt keine Sitzung und die aus dem Hauptquartier vor Rom angelangten Berichte enthalten keine neueren Mittheilungen von Belang. Was nun jene Spaltungen anbetrifft, die im Schooße des Cabinets entstehen zu wollen scheinen, so rühren sie davon her, daß die legitimistische Partei die Resultate des 13. Juni dahin auszubeuten sucht, die republikanischen Elemente aus ihrer Mitte zu entfernen. Die Fraction Dufaure will der legitimistischen Majorität, als deren Hauptrepräsentant im Cabinet Falloux gilt, nun und nimmermehr gefallen. Daß aus einer solchen Spaltung nur die demokratisch-socialistische Partei, die, wenn auch momentan überwunden, doch nichts weniger als vernichtet ist, Vortheil ziehen, und daß sie in ihren weiteren Consequenzen vielleicht abermals zu einem Straßenkampf führen würde, der am Ende das nächste Mal sich nicht so glücklich und so leicht überwinden lassen dürfte, sehen Jene freilich nicht ein. Es ist die Leidenschaft des Parteieifers, welche sie treibt; der gemeinschaftliche Feind kaum überwunden und schon will im eigenen Lager wieder der Hader ausbrechen. Allein noch läßt sich hoffen, daß der gute Genius Frankreichs solch neues Unheil abwenden wird. Es ist einmal der zweideutige Segen republikanischer Institutionen in einem solchen Lande und bei einem solchen Volke, niemals zur Stabilität zu kommen.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 24. Juni. Die Haltung fast sämmtlicher Fonds in heutiger Effectensocietät war wiederum fest, ohne daß jedoch die Course im Allgemeinen merklich von ihrem gestrigen Standpunkt abwichen. Von österreichischen Papieren wurden 5pCt. Metall. zu 73½ ⅝ pCt. verhandelt, 2½pCt. Metall. blieben 39⅝ pCt., Wienerbahnactien 1050 fl., 500 fl. Loose 123⅛ pCt., 250 fl. Loose 75½ pCt., Kurhess. 40 Rthlr. Loose 28½, Nass., Bad. 35 fl. Loose 27½, fl., 4½pCt. Württemb. Obligationen 94⅞ pCt., do. 3½pCt. 77⅞ pCt. Holländ. 2½pCt. Integr. 51 pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37½ ⅛ Rthlr., Berbach minder fest 73¾ pCt., Köln-Minden lebhaft begehrt 80⅞ pCt., Taunus 293 fl. 5pCt. inl. Spar. verkehrten in angenehmer Stimmung und schließen 21½ à 25 pCt.

Wien, 21. Juni. 5pCt. Metall. 88½ — 4½pCt. 70. — 3pCt. —. — 2½pCt. 46½. — Bankactien 1050. — 500 fl. Loose 149. — 250 fl. Loose 91. — Nordbahnactien 103½. — Glogauer 103. — Mailänder 74.

Die Fonds fester und die Börse mehr belebt, worauf auch günstige Gerüchte vom Kriegsschauplatze einwirkten. Comptanten und Devisen sind heute neuerdings bedeutend zurückgegangen, schlossen jedoch etwas fester. Frankfurt 3 Monat 120⅞, Bf., London 12 fl. 8., Amsterdam 2 Monat 170⅝, Bf., Paris 2 Monat 113½ Bf.

Berlin, 23. Juni. Staatsschuldscheine 80 etw. bez. u. Br., Seehandlungs-Prämienscheine 101½, bez., Bankantheile 81½, bez. u. Br., Berlin-Hamburg 63 u. 63½, bez. u. G., Köln-Minden 80 u. 79½, bez., Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37½, ⅜, à ⅝, bez., Rhein. 46⅞, bez., Thüring. 50½, G., Russ. 4pCt. bei Stieglitz 86½, Br., Pols. 500 fl. Loose 72½, bez., do. 300 fl. Loose 99⅝, G., Neue bad. Anleihe à 35 fl. 15½, u. ⅛ bez.

Auch im Laufe der heutigen Börse waren die Course der Fonds und Actien fest, und mehrere wurden abermals besser bezahlt; am Schlusse der Börse blieben jedoch für einige Papiere zu den notirten Coursen Verkäufer.

Amsterdam, 22. Juni. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 49¹¹/₁₆, ⅜. — 3pCt. Schuld 38⅛, ⅜. — 4pCt. do. 76⅝, ⅜. — 3½pCt. do. —. — 5pCt. 11⅛. — do. à 510 Pf. St. 11¹¹/₁₆, ⅜. — 3pCt. inl. à 6000 fl. 24⅛. — 4pCt. Port. 28⅝. — Russ. 4pCt. bei Hope 83½. — do. bei Stieglitz 82½. — 5pCt. Metall. 69½. — 2½pCt. Met. 37½.

Bei sehr lebendigem Geschäft in Integr. waren heute unsre inl. Fonds gut preishaltend. Von fremden Effecten waren Franz. etwas mehr angeboten. In den übrigen war wenig oder keine Variation, und auch der Handel zeigte im Allgemeinen keine besondere Lebhaftigkeit.

Paris, 22. Juni. Stand der Rente: 5pCt. 86 55. — 3pCt. 53. 30. — Rente 3pCt. Span. 34½. — Innere Schuld 25½. G. — Bankactien 2350. — St. Germain-Eisenbahn 370. — Versailles, rechtes Ufer 192. 50. — Linkes Ufer 165. — Paris-Orleans 800. — Paris-Rouen 551. 25. — Orleans-Bordeaux 405. — Ord. aus-Vierzon 317. 50. — Rouen-Havre 255. — Marseille-Avignon 195. — Straßburg-Basel 102. 50. — Nordbahn 427. 50. — Paris-Straßburg 361. 25. — Röm. Anlehen 73.

Die Börse war heute abermals ziemlich schwankend. Die Rente ging zu Anfang etwas herunter, besserte sich aber wieder auf günstigere Nachrichten aus Rom hin. Man wollte wissen, daß im Innern der Stadt eine Reaction eingetreten sei. Banactien waren sehr angeboten.

London, 21. Juni. 3pCt. Stocks 91⅛, ⅜. — 5pCt. Span. 16⅞. — Rente 3pCt. —. — 4pCt. Port. 27½, 28. — 2½pCt. Holländ. 50⅞.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Hallen.

1781 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1782 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1783 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1784 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1785 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1786 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1787 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1788 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1789 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1790 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1791 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1792 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1793 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1794 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1795 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1796 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1797 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1798 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1799 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1800 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1801 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1802 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1803 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1804 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1805 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1806 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1807 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1808 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1809 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1810 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1811 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1812 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1813 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1814 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1815 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1816 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1817 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1818 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1819 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1820 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1821 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1822 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1823 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1824 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1825 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1826 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1827 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1828 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1829 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1830 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1831 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1832 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1833 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1834 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1835 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1836 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1837 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1838 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1839 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1840 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1841 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1842 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1843 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1844 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1845 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1846 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1847 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1848 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1849 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1850 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1851 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1852 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1853 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1854 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1855 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1856 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1857 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1858 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1859 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1860 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Steinkohlen für die Königl. Eisenbahn-Werkstätte hierselbst soll im Wege der Submission vergeben werden.

Lieferungslustige wollen ihre Offerten bis zum 15. Januar 1883, Vormittags 10 Uhr, an uns einreichen, woselbst auch die Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Bromberg, den 29. Dezember 1882.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

1861 **Bekanntmachung.**

Die Lieferung von 1000 Ctr. Stein

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Montag (Beilage zu Nro. 149.) 25. Juni 1849

Aus Baden.

** Der heutige Frühzug der Main-Neckarbahn hat uns eine Reihe von Briefen gebracht, welche über die Bewegungen und Operationen des v. Peucker'schen Corps die schon seit einigen Tagen vermißten Aufschlüsse geben. Wir lassen sie der Reihe nach folgen:

Zweites Gefecht bei Hirschhorn.

⊗ **Eberbach** am Neckar, 21. Juni. Als gestern, am 20., der Oberst Weiß mit 1 Bataillon bayerischer Jäger und 1 hessischen Bataillon Hirschhorn besetzte, zeigte sich auf der Höhe gegenüber, auf dem steilen Neckarufer, dem sogenannten Hungerberge, ein Freischaarentrupp. Andere Haufen wurden in dem dort ausmündenden Thale des Lachebaches sichtbar, welcher von Waldmichelbach herunter kommt, sowie im Neckarthal von Neckarsteinach an aufwärts und Eberbach abwärts. Diese Freischärler sollen unter dem Commando Metternichs gestanden haben. Der Obrist, der mit seinen Truppen hier ruhte, wurde alsbald von den Freischaaren angegriffen, und es entspann sich zwischen den beiderseitigen Ufern ein mehrstündiges Gefecht, welches erst gegen Abend ruhte. Die Kugeln pfiffen auf den Straßen in Hirschhorn, wie Erbsen mit Händen ausgestreut, thaten uns aber keinen Schaden. Einige Kartätschenschüsse wurden von uns hinübergesandt. Im Dunkelwerden zogen die Freischaaren mit Geschützen auf die Spitze des Berges und beschossen das Hirschhorner Schloß mehre Stunden lang wechselsweise mit Granaten, Vollkugeln und Kartätschen, aber ohne Erfolg. Anfangs wurde das Feuer nicht erwidert, als aber die Feinde in Haufen abzogen, wurden ihnen einige Schüsse nachgesendet. Wir haben einige durch Streifschüsse Verwundete bei den Unsern, der Feind hat 20 bis 25 Todte. — In Eberbach sind außer den zwei dreipfündigen Kanonen, die mit vorzüglicher Munition ausgestattet, in einer Scheuer versteckt standen, noch ein Freischaarentransportwagen erbeutet.

Der Uebergang über den Neckar.

⊗ **Aglasterhausen**, 22. Juni. Als wir am Dienstag Nachmittag das Hauptquartier verließen, war den Truppen das Ziel unserer Wanderung nicht bekannt, einer Wanderung, die eben so schön und taktisch erfolgreich ausgedacht, wie romantisch in ihrer Ausführung und friedlich in ihrer Vollendung war. — Von Weinheim marschirte das Gros der Armee desselben Tages nach Fürth, von Fürth gings ununterbrochen nach Eberbach und kam am Donnerstag bei Zwingenberg am Neckarübergange an. — Von Beerfelden begann die eigentliche Gebirgswanderung. Hier war es, wo die Größe der nun vereinten Armee die Einquartierung nicht mehr thunlich machte und die ersten Lager geschlagen wurden. Aus diesem Lager zogen sich die hessischen, die nassauischen und die mecklenburgischen Truppen aller Gattungen, Infanterie, Cavallerie und Artillerie, in herrlicher Haltung durch das Gammelsbacher Thal, vielleicht einem der rauhesten Punkte des Odenwaldes, gegen Eberbach zu. — Die Ordnung und die Ruhe, in der sich Alles fortbewegte, der freudige Geist der Truppen, das Blitzen von Helm und Waffen, deren Glanz durch das frische Grün in einer unabsehbaren Linie weithin leuchtete, machten einen überraschenden, herrlichen Eindruck. — Am Ausgang des Gammelsbacher Thals liegt Eberbach, vor ihm ein großes, prächtiges Lager, das die Bayern und Kurhessen unter Obrist Weiß aufgeschlagen hatten. Den Offizieren waren von der Mannschaft Hütten aus grünen Zweigen und Laubwerk gebaut worden. Abends leuchteten die Pechpfannen weit in's Gebirge hin. Eine Heiterkeit, ein Singen und ein Jubel herrschte hier, der ein neuer Beweis der Einigkeit der verschiedenen Truppentheile war. — Mit einem von dem Echo der Berge beantworteten Hurrah wurde jeder neue Truppeneinzug empfangen. Auf dem Markte der Stadt lagen Württemberger, Bayern. — Von Eberbach zogen wir in das reizend romantische Neckarthal, und gelangten nach 1½ Stunden nach Zwingenberg am Neckar. Hier beherrscht die schöne Gegend die Burg gleiches Namens, jetzt ein Besitzthum der Markgrafen Max und Ludwig von Baden. In der Burg selbst liegen im Augenblick Mecklenburger. Ueber die 110 Fuß lange Brücke, von den hessischen Pontoniers in 3 Stunden erbaut, begann der Uebergang über den Neckar um 3 Uhr am Donnerstag Nachmittag. Die endlosen Züge auf das jenseitige Ufer währten bis in den späten Abend, begannen wieder heute am frühen Morgen und endigten heute Mittag. — Der Anblick dieses Ueberganges war um so eindrucksvoller, als er ohne alle Hindernisse vor sich ging. Die Brücke ruhte auf Schiffen und war von einem Birago'schen Beck unterstützt. Am jenseitigen Ufer mußte die Armee das badische Odenwaldgebirge in einer Höhe von 1357 Fuß ersteigen, die Chaussee geht hier in Schneckenwindungen über das Gebirge. Der Weg eröffnet eine herrliche Aussicht über das herrliche Neckarthal. Stundenlang brachte der Zug bergaufwärts zu, ohne daß Truppen, Munition und Bagage dabei gelitten hätten, und Alles kam endlich heute Abend 5 Uhr in der Hochebene von Neunkirchen an, wo ein unabsehbares Lager geschlagen war. — Jetzt sind wir in Aglasterhausen. — Das strategische Meisterstück ist vollkommen gelungen.

⊗ **Aglasterhausen**, 23. Juni. Bei einer Recognoscirung gegen Sinsheim gestern Abend hat der Major von Bodden den bekannten Freischaarenhauptmann Dietzsch aus Sachsen mit andern Freischärlern gefangen genommen, auch eine kleine Kriegskasse der Aufständischen erbeutet. Es hat darauf ein für uns erfolgreiches Gefecht bis spät in die Nacht stattgefunden. — Dietzschwar verwundet und wurde geschlossen hier eingebracht.

Gefecht bei Sinsheim
am 22. Juni Abends.

⊗ **Sinsheim**, 24. Juni. Als der Major von Bodden mit 40 Mann Cavallerie heute Abend eine Recognoscirung von unserm Lager in Aglasterhausen nach Sinsheim zu machte, und den bekannten Führer der Aufständischen Dietzsch aus Sachsen, vor Waibstadt mit seiner Chaise und Bedeckung gefangen nahm, sagte dieser an, daß sich in Sinsheim nur einige hundert Mann der Aufständischen befänden, wogegen uns von andern Seiten die Kunde wurde, daß Tausende von Feinden auf dem Rückzuge von Heidelberg und Wagbäusel in Sinsheim versammelt seien. Sogleich schickte Major v. Bodien einen Adjutanten zum General v. Bechtold, um Verstärkung zu erbitten, und zog sich mittlerweile mit den wenigen Truppen und den von ihm gemachten Gefangenen in ein waldiges Versteck. Als darauf der General v. Bechtold nach wenigen Stunden selbst mit einigen Bataillonen und 6 Geschützen anrückte, sprengte Bodien mit Cavallerie, die auf drei Punkten in die Stadt rücken wollte, heran, wurde aber von einem so lebhaften Feuer empfangen, daß er kehrt machte, und die Infanterie und Artillerie des General v. Bechtold eröffnete darauf den Kampf. Sofort wurden auf der alten Straße 2 hessische Geschütze unter Lieutenant v. Lynker und 1 Compagnie 3ter Preußen, auf der neuen Chaussee 2 Compagnien 3ter und 4 hessische Geschütze, sämmtliche Artillerie unter dem Commando des tüchtigen Hauptmanns Becker, bekannt vom 18. Sept. in Frankfurt, vorgeschoben. Ebenauriegers und 1 Compagnie 3ter unterhielten die Verbindung. — Ein Tirailleurgefecht begann, und bei der Dunkelheit konnte man nur auf den feindlichen Höhen die Bewegungen unterscheiden. Hauptmann Becker richtete einige Schüsse dorthin, die keine Erwiderung fanden. Jetzt drangen wir bis zu einer Entfernung auf Kartätschenschußweite an jene Höhen vor, in welcher Distance uns ein wirksames Geschützfeuer empfing. Darauf entspann sich ein anderthalb Stunden langes beiderseitig heftiges Kanonenfeuer, während auf dem linken Flügel ein Tirailleurgefecht statt hatte. In die Stadt fielen einige Granaten, der Feind schoß mit Shrapnells, Granaten, Paßlugeln und Kartätschen. Zu derselben Zeit, da dieses Gefecht auf der einen Seite der Stadt war, zogen 2 Compagnien nassauer Jäger auf der entgegengesetzten Seite der Stadt auf und bekämpften von dort die feindlichen Tirailleure und Geschütze. Als bei der einbrechenden Nacht unser Feuer nicht mehr beantwortet wurde, stellten wir solches ein. In der Nacht zog sich der Feind aus der Stadt nach Epping, auf der Rastätter Straße zurück. Als wir die Stadt am 23. besetzten, hingen aller Orten weiße Fahnen aus. Wir haben 5 Verwundete, unter ihnen die Offiziere von Hüllesheim, dessen Bruder am 18. September in Frankfurt fiel, und v. Pannowig, der schon wegen seiner Tapferkeit am 18. September decorirt wurde. Hier in Sinsheim reichten sich das Reichscorps und die Schack'schen Colonnen die Hand, das strategische, vom Generalstab beabsichtigte Meisterstück, den Feind zu umgehen, ist glänzend vollendet. Ladenburg, Mannheim, Heidelberg, Sinsheim in unsern Händen. Heute am 24. sind die Truppen aus Aglasterhausen hier eingezogen. Der preußische Major v. Bodien rühmt die Haltung der hessischen Ebenauriegere außerordentlich. Einer derselben, der badensche Flüchtlinge verfolgte, die sich in den Schwarzbach stürzten, eilt ihnen nach, schwimmt durch und nimmt sie am jenseitigen Ufer gefangen. — Die gestern mit Dietzsch erbeutete Kasse enthält 322 fl., die an die Ebenauriegere, die den Dietzsch gefangen nahmen, vertheilt sind.

⊙ **Mannheim**, 24. Juni. Die Stadt ist ruhig, obschon die Preußen heute nach Schwetzingen abmarschirt sind, und nur ein Bataillon zurückgelassen haben. Man sagt, bayerische Truppen würden von Ludwigshafen herüber kommen. Die Verbindung mit diesem Ort muß durch eine fliegende Brücke hergestellt werden, weil unsere frühern Nachbaher aus Furcht vor den Preußen, die damals in Ludwigshafen standen, die Rheinbrücke verbrannt haben. Flüchtige Soldaten und Wehrmänner des ersten Aufgebots erzählen von einem Treffen in der Gegend von Philippsburg; die Vorhut der Preußen stand in Waghäusel, wurde dort am 21. von Mieroslawski angegriffen und wich zurück. Die Badner drangen um so beherzter vor, bis sie plötzlich von den Kartätschen aus 16 Kanonen empfangen wurden. Da löste sich das erste Aufgebot in wilder Flucht auf; aber Mieroslawski ließ sie durch die Dragoner, welche im Hintertreffen standen, wieder ins Feuer treiben. Die Verluste der Badener sollen sehr groß sein; die Felder seien mit Leichen bedeckt, 50 bis 60 Wagen mit Verwundeten weggebracht worden. Mieroslawski habe sich gegen das Gebirg gewendet, und bei Bruchsal ein zweites Treffen bestanden, wenn er abermals geschlagen worden und dann nach Sinsheim hin entflohen sei. Bei Philippsburg soll der junge Schlöffel gefallen sein; ein Adjutant von Mieroslawski wurde von den Bauern in Heckenheim erschossen. Trutzscholer, von hiesigen Bürgerwehrmännern arretirt, wurde heute der größern Sicherheit wegen nach Schwetzingen gebracht. Unsere Hauptdemokraten haben sich in aller Stille entfernt. Der Belagerungszustand ist erklärt, das Kriegsgesetz verkündet. Man sagt, heute sei der Prinz von Preußen auf Karlsruhe marschirt, wo kaum ein Widerstand zu erwarten ist. Die Landesversammlung tagte dort noch am 22. d., wird aber wohl schon gestern auseinandergegangen sein.

Deutschland.

** **Frankfurt**, 24. Juni. Die heute hier ausgegebene Nummer XXXIV des großherzoglich badischen Regierungsblattes enthält folgende Dienstnachrichten: Se. königl. Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht, durch höchste Entschließung vom 16. d. M. den Oberstlieutenant Frhrn. August v. Roggenbach, unter gleichzeitiger Beförderung zum Obersten, zum Präsidenten des Kriegsministeriums, und ferner durch höchste Entschließung vom 21. d. M. den Staatsrath Regenauer zum Präsidenten des Finanzministeriums, den geheimen Rath und Director des Wasser- und Straßenbaues Freiherrn v. Marschall zum Staatsrath und Präsidenten des Ministeriums des Innern und den Vicekanzler des Oberhofgerichtsraths Dr. Stabel zum Staatsrath und Präsidenten des Justizministeriums zu ernennen.

Ferner nachstehende Bekanntmachung des Kriegszustandes und Standrechts: Leopold, von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Unter Bezug auf das provisorische Gesetz vom 9. d. M., Regierungsblatt Nr. XXXII, den Kriegszustand und das Standrecht betreffend, erklären wir, soweit solches nicht schon auf den Grund des § 1 jenes Gesetzes durch die Militärcommandanten geschehen ist, andurch das ganze Großherzogthum in den Kriegszustand, und zwar mit allen in den §§ 1—6 des erwähnten Gesetzes aufgeführten Wirkungen. Gegeben in unserem Staatsministerium zu Mainz, den 23. Juni 1849. Leopold. A. v. Roggenbach. Stabel.

Wien, 21. Juni. In der gestrigen zweiten Sitzung der Finanzcommission ist dem Vernehmen nach die Unterbreitung folgender Anträge beschlossen worden: 1) Die Emission eines freiwilligen Anlehens vorläufig im Betrage von 60 Millionen. 2) Die gleichzeitige Hinausgabe der 49,379 Reservenoten der österreichischen Nationalbank, um den Bankfond zu vermehren. 3) Die Aufhebung des Verbots der Geldausfuhr. 4) Die von Seite der Staatsverwaltung zu erlassende ausdrückliche Erklärung, daß sie die von Sardinien zu gewärtigende Kriegscontributionsentschädigung ungeschmälert der Bank auf Abschlag und als Abzahlung der ihr bis jetzt entnommenen Vorschüsse überlasse, und unter Einem, daß der Staat in der Folge den Bankcredit nicht in der Weise und in dem Maße wie bisher in Anspruch nehmen werde. — Bei dem Antrag auf eine freiwillige Anleihe wird vorausgesetzt, daß ein guter Erfolg die Umänderung in eine Zwangsanleihe entbehrlich machen werde, wobei die Präcedentien in anderen Staaten zu Haltpunkten dienen. — Die Zweigulden-Banknoten werden zum Umtausch gegen neue (besser angefertigte) eingelöst und dafür der Termin v. 1. Juli bis 31. Dec. d. J. für alle Provinzialhauptstädte, mit besonderer Verlängerung bis Ende März 1850 für Wien, festgestellt. Hierbei werden auch ⅓ und ¼ Noten, die neu zu emittirenden aber nur im Ganzen zur Verwechslung angenommen. Aehnliche Verfügungen stehen in Betreff der Einguldennoten bevor.

Dem Bericht eines eben aus Dulka in Wien eingetroffenen Couriers zufolge hat der Kaiser von Rußland, der, wie gemeldet, in Begleitung des Großfürsten Konstantin und des Fürsten Paskewitsch am 16. Juni in Dulka angekommen war, am folgenden Tage über das dort aufgestellte russische Truppencorps Revue gehalten. Dieses imposante Corps, welches mit Anschluß der unter dem Commando des Generals Saß in Ungarn bereits eingerückten Truppen 87,000 Mann stark ist, soll bestimmt sein, die Operationen in der Zips zu eröffnen, wahrscheinlich also über Bartfeld, Eperies, Leutschau, Käsmark, Kaschau ꝛc. vorzudringen. Sicherm Vernehmen nach rücken großartige Reservemassen nach, um die Operationen der activen Armee zu unterstützen, und wie es heißt, soll der Kaiser von Rußland in eigner Person einige Zeit bei der activen Armee zu verweilen gedenken. (Ll.)

Laibach, 18. Juni. Gestern fuhren zwei k. k. Artillerieoffiziere mit 60 Mann und 300 Luftballons hier durch. Mittels der letztern soll von Malghera aus, wo sie bereits am 20. Juni eintreffen sollen, gegen Venedig operirt werden. Die Offiziere versicherten uns, daß sie auf einer Haide bei Wien vor dem Kaiser Proben von der Ausführbarkeit des Experiments abgelegt haben, indem den Ballons die beliebige Richtung gegeben und die Loslassung und Explodirung der damit in die Luft zu sendenden Bombe von 60 Pfund Gewicht vorherechnet werden könne. Die Offiziere meinen, wenn nur zehn dieser bombenschweren Ballons glücklich über Venedig gebracht würden, der Erfolg nicht ausbleiben dürfte, denn die Wirkung solcher in der Luft zerplatzenden Bomben sei schrecklich. (Lt.)

♀ **Berlin**, 23. Juni. Wie wir hören, ist eine Note der französischen Regierung hier eingelaufen, welche die freundnachbarliche Stellung Frankreichs, Deutschland gegenüber, bei den Bestrebungen zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung in den deutschen Landen auf eine sehr erfreuliche Weise kund gibt. Der Aufstand in den an Frank-

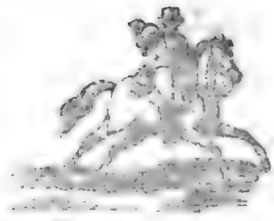
mit gewissen weiteren Rechten und mit allen den Pflichten, welche mit dem Besitze eines Grundstückes verbunden sind, in das Eigenthum der Gemeinde Wien übergehen. Die Gemeinde Wien wird diese Grundstücke zu Gunsten des Fondes für Wohnungsfürsorge verwerthen.

Der Gemeinderath hat ferner beschlossen, dass die Gemeinde Wien für die Verbindlichkeiten, welche der Fond für Wohnungsfürsorge durch Aufnahme von Darlehen eingehen wird, die Haftung übernimmt.

Der Gemeinderath hat endlich

№ 150. —— Dienstag —— den 26. Juni —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Gebietsgebiet des Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23, und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Für England und überseeische Länder: Loysel u. Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/6 Bogen) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 23, und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 396; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 73a.; 3) Kommissär C. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsekretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsekretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Deutschland.

*** **Frankfurt**, 23. Juni. Wenn man auf die in der „Deutschen Zeitung" enthaltenen Andeutungen über die Zwecke der Gothaer Versammlung Gewicht legt, so ist der praktische Zweck derselben nach einer Richtung hin mit dem des Stuttgarter Rumpfparlaments übereinstimmend. Diese Versammlung will, wie das Rumpfparlament, vor allem der Centralgewalt zu Leibe; sie muß also die Auflösung des letztern sowohl deßhalb beklagen, weil sie im Nothfall mit seinen Mitgliedern sich verbünden konnte, als auch durch Sprengung des Rumpfparlaments die provisorische Centralgewalt von Deutschland aufs neue an Kraft und Zustimmung gewonnen hat. Denn nicht nur wurde in dem Berichte der staatsrechtlichen Commission der württembergischen Kammer vom 17. Juni in Betreff des Verhältnisses zur Nationalversammlung und Centralgewalt, dem Rumpfparlament „der rasch gefaßte und alsbald ausgeführte Beschluß, nach Stuttgart überzusiedeln, also die alte Wahlstadt Frankfurt zu verlassen, wohin sie einberufen und wo auch der Sitz der Centralgewalt wie früher des Bundestags war", vorgeworfen, sondern in einem andern gleichzeitigen Berichte derselben Commission gesagt: „Das einzige loyale Centralorgan, welches derzeit noch in Deutschland bestehe, sei die provisorische Centralgewalt in Frankfurt. Durch die unvollständige Nationalversammlung in Stuttgart könnten die Frankfurter Beschlüsse weder aufgehoben, noch an der Existenz der Centralgewalt etwas geändert werden. Die Centralgewalt bestehe in ihrer Wirklichkeit fort und man müsse sich hierzu nach Lage der Sache Glück wünschen, indem sonst Deutschland jetzt ohne irgend eine Gesammtleitung wäre, welche die zersplitterten Kräfte nach Möglichkeit verbinden und die zerrüttete Ordnung in den einzelnen Staaten noch einigermaßen stützen könnte. Die Beseitigung der Centralgewalt erscheine in der That doppelt ungeschickt und verwerflich in dem Augenblicke, wo dieselbe Centralgewalt den preußischen Forderungen gegenüber eine feste und würdige Stellung eingenommen." Die „Dtsch. Ztg.", welche sich eben als das Organ der in Gotha zusammentretenden Partei der ehemaligen Reichsversammlung öffentlich ankündigt, gibt in ihrem Leitartikel in Nr. 168 die provisorische Centralgewalt von Deutschland ausdrücklich als „einen weiteren Gegenstand an, dem die Dringlichkeit wohl zugestanden werden werde", und da sie dieselbe zugleich in ihrer gewöhnlichen Weise für ein Hinderniß jedes Gedeihens, also auch des Gedeihens der Gothaer Versammlung erklärt, so kann man über die Absichten der letztern in dieser Beziehung keinen Zweifel hegen. — Auch über die andern Zwecke der Versammlung gibt dieser Aufsatz die Andeutungen eines Eingeweihten. „Es müssen, sagt er, gewisse Richtpunkte und Schranken von allen Seiten, vom Reichstage und von den Regierungen, anerkannt werden, wenn eine Verständigung möglich werden soll." Diese Richtpunkte und Schranken aufzustellen, hätte sich also die Versammlung in Gotha gleichfalls zur Aufgabe gemacht haben. „Dahin rechnen wir insbesondere den Satz: daß alle diejenigen Bestimmungen, welche in der Frankfurter und in der Berliner Aufstellung, wenn auch nicht dem Wortlaute, doch dem Wesen nach, gleich sind, hier Frage gestellt und, als von der Nation bereits erworben, nicht mehr angetastet werden." Wie also Dahlmann schon in seiner letzten „Mahnung" behauptete, daß alles, was in der Berliner Aufstellung etwas tauge, der Frankfurter Aufstellung entlehnt sei, so will man sich hier auch der erstern nur bedienen, um die zweite zum zweiten Mal durchzusetzen. Sollte eine solche Wiederholung aber möglich und natürlich sein? „Wie daher einerseits die verbündeten Regierungen auf Grund des Entwurfs vom 28. März die Wahlen ausschreiben" (das wollte Nr. 165 nicht gelten), „so darf der Reichstag diesen Entwurf nur in den Punkten zum Gegenstand der Discussion machen, welche von der Verfassung vom 28. März wesentlich abweichen." Das heißt Gothaer Versammlung bleibt an sich bei ihren Grundsätzen stehen, und tritt nur von ihrem Compromiß mit Preußen zurück.

** **Frankfurt**, 25. Juni. Nachträglich theilen wir noch folgende Erklärung des Generals Mieroslawski gegenüber dem Gemeinderath der Stadt Mannheim mit. Diese wurde Wort für Wort von dem Civilcommissär Trützschler verdeutscht: „Das Dorf Käferthal ist heute ohne Blutvergießen mit dem Bajonnet im Sturm von den Insurgenten genommen worden; wir haben dadurch einen glänzenden Sieg erfochten. — Ich, General Mieroslawski, Dictator der Stadt Mannheim und erkläre dieselbe in Belagerungszustand, mit Verkündigung des Standrechts, und leide den Civilcommissär Trützschler mit unbedingter Vollmacht. Durch diese Erklärung müssen wir alle Mittel der Stadt, Häuser, Geld, Lebensmittel, ja Menschen, zur Verfügung gestellt sein. Sollte aber irgend einer meiner Anordnungen keine Folge gegeben werden wollen, und dadurch ein Hinderniß in unserer Operation entstehen, oder sollte durch Verrath und der Sieg vereitelt werden und wir genöthigt sein, die Stadt verlassen zu müssen, so werden vorher die Köpfe fliegen, und sollten es ihrer zehntausend sein, und ich werde Mannheim als einen Aschenhaufen zurücklassen. Ich befehle, daß diesen Abend die Stadt glänzend beleuchtet sein soll." Der Civilcommissär Trützschler fügte hinzu: „Die Anordnungen des Generals Mieroslawski werde ich vollziehen, und füge für meinen Theil noch hinzu: daß ich die Mittel in den Händen habe, denselben den gehörigen Nachdruck zu geben."

Wien, 21. Juni. Allem Anscheine nach dürfte der nächste entscheidende Schlag nicht in der obern Donaubene, sondern in der Abdachung der Karpathen erfolgen. Bereits ist die russische Hauptarmee durch Galizien gänzlich auf ungarischen Boden eingerückt, und hält die Zips, das Liptauer, Thuroczer und den obersten Theil des Trentschiner Comitats besetzt. Paskewitsch befehligt sie persönlich und hatte sein Hauptquartier bei Abgang dieser Nachrichten in Bartfeld, einem Städtchen des Zipser Comitats. Dieser Armee gegenüber steht Dembinski mit höchstens 30,000 Mann. Die 30,000 Mann des Dembinski können natürlich der so weit überlegenen russischen Armee nur sehr schwachen Widerstand bieten, wenn nicht, was voraussichtlich geschehen dürfte, oder schon geschehen ist, bedeutende Verstärkungen aus den untern Donau- und Theißgegenden dazu gezogen werden. In dem Maße aber, als die Widerstandsfähigkeit der Insurgenten in den Gebirgsgegenden vergrößert wird, muß natürlich ihre Kraft an den anderen mit Angriff bedrohten Punkten geschwächt werden. Wollen sie daher nicht die im Norden stehende russische Hauptarmee ungehindert bis in den Knotenpunkt der Insurrection, in die Ebene der mittleren Theiß, vorrücken lassen, so dürften sie bald genöthigt sein, ihre Positionen an der oberen sowohl wie an der unteren Donau zu verlassen; ja es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie das mit so vielem Blute eroberte Siebenbürgen werden aufgeben müssen. Es beruht auch nach der Versicherung verständiger Offiziere die Pointe des Feldzugsplans darin, die Insurgenten wie in eine Falle von allen Seiten einzuschließen, und sodann mit einem großen Schlage der Sache ein Ende zu machen. Bei den ungeheuren Streitkräften, die von allen Seiten entboten worden, ist es gar nicht denkbar, daß die Insurrection, wenn auch in einzelnen Gefechten im Vortheile, sich längere Zeit wird halten können. Freilich sind die klimatischen Verhältnisse auch ein bedeutendes Moment, welches erst die Erfahrung hinreichend würdigen lassen wird. Gibt es doch genug Magyarenfreunde, die fest überzeugt sind, der Sommerfeldzug in Ungarn werde für die Russen so verderbend ausfallen, wie der Winterfeldzug der Franzosen in Rußland 1812.

Der „österreichische Correspondent" theilt in einer eignen Beilage die vom Berliner Cabinet veröffentlichte Denkschrift, welche zur Erläuterung des zwischen Preußen, Sachsen und Hannover vereinbarten Reichsverfassungsentwurfs dienen soll, mit und bemerkt: „Der in dieser Denkschrift entwickelte Gedankengang bietet mit den daraus hervorgehenden Thatsachen insofern etwas Neues dar, als dieselben mit der offiziellen Anerkennung des alten Bundes in offenem Widerspruche stehen und sich nur folgerecht an den wahren und eigentlichen Grundgedanken der so beklagenswerthen und verwerflichen preußischen Politik anschließen, gegen die das Ministerium Brandenburg leider gar keine Bürgschaft bietet. Diese Denkschrift ist die gemeinschaftliche Arbeit des Ministers Stüve und des Generals v. Radowitz. Schon die Einleitung setzt einen Stand der Ohnmacht des alten Bundes voraus, der nur durch das Zusammenwirken preußischer Herrschgier mit der Revolution sich ergeben konnte. Die Revolution hatte nicht den alten Bund umgeworfen, sondern den Bundestag. Preußen übernahm es, den Bund durch Verweigerung aller Pflichten gegen denselben und durch eine thätige Propaganda zu diesem Behuf unter den Regierungen zu demoliren. In dem Artikel „Reich" verdient das täuschende Streben Bemerkung, die propagandistische Aufschrift des Verfassungsentwurfs durch die Rücksicht für den freien Entschluß der Einzelstaaten zuzudecken. Was es mit diesem freien Entschlusse für eine Bewandtniß habe, darüber wissen alle deutsche Regierungen und auch die Völker zu erzählen, und das Sonderbündniß mit Verfagung der bundespflichtigen Hilfe an alle die Staaten, welche dem Berliner Verfassungsentwurfe nicht beitreten, spricht es deutlich genug aus. Daß man sich durch die freiwillige Zustimmung der Regierungen allein nicht gesichert hielt, sondern überdies diejenige der Nationalvertretungen verlangt, mag aus der revolutionären Hoffnung entspringen, durch diese auf jene zu wirken, wird aber wahrscheinlich eine erste Verrechnung im Plane sein. Was die Phrase sagen will, „daß der neue Bundesstaat zu denjenigen Gliedern des bisherigen deutschen Bundes, welche sich ihm noch nicht anschließen möchten, zunächst in dem Verbande der Rechte und Pflichten verbleibt, die aus der Bundesacte vom Jahr 1815 erwachsen", ist völlig unverständlich, wenn mit dem Texte des Sonderbündnisses zusammengehalten, das überdies mit keinem Worte seiner Stellung zum alten Bund erwähnt.

Preßburg, 20. Juni. Es unterliegt nun keinem Zweifel mehr: heute hat der Angriff auf allen Punkten begonnen. Vorgestern wurde ein großer Kriegsrath gehalten, an dem alle Oberoffiziere der beiden Armeen Theil nahmen; Fürst Schwarzenberg war gleichfalls zugegen und außerdem sind alle Anstalten getroffen, um den Rücken der Heere zu sichern. Die Vorbereitungen sind wirklich großartig zu nennen, und Haynau verdient alles Lob, daß er in den 3 Wochen, die seit seiner Erhebung zum Oberbefehlshaber verflossen sind, fast Unglaubliches geleistet hat. Ein Territorialkrieg, wie der ungarische, ist übrigens in der Geschichte auch noch nicht dagewesen, und für den Strategiker hat es ein ganz eigenes Interesse, die Wechselfälle eines Kampfes zu verfolgen, bei welchem ein großes Land auf fast allen Punkten seiner Peripherie zugleich angegriffen und vertheidigt wird. Abgesehen von dem großen Vortheil einer für die magyarische Sache fanatisirten Bevölkerung, unter der selbst Mädchen zu dem Dolche greifen, befinden sich die Vertheidiger schon darum in einer weit günstigern Lage, als die Angreifer, weil sie innerhalb der Operationslinie stehen und auf dem ihnen genau bekannten Terrain leicht größere Truppenmassen concentriren können, um die feindliche Linie zu durchbrechen. Auch haben sie nirgends eine feindselige Bevölkerung hinter sich. Gleichwohl bin ich überzeugt, daß morgen schon die Kaiserlichen vor Neutra und vor Raab stehen, während das Gros der russischen Armee Eperies, Leutschau, Kaschau und die ganze Zips ohne große Mühe in seine Gewalt bekommen wird.

† **Berlin**, 23. Juni. Die öffentliche Gerichtsverhandlung gegen die sogenannten Maigefangenen hat heute vor dem Berliner Kriegsgericht stattgehabt. Die Sitzung begann Morgens 8 Uhr und dauerte bis in die Nacht hinein. Zu dem Augenblick, in welchem wir unsere Mittheilung schließen, sind die Vertheidiger noch in ihrem Plaidoyer begriffen, und sind wir daher für heute außer Stande, das Urtheil mitzutheilen. Folgende Personen sind unter Anklage gestellt: Oberlehrer Dr. Gerke, Justizrath Pfeiffer, Dr. med. Waldeck, Assessor Herzfeld, Buchdruckereibesitzer Behrends, Assessor Gudig, Lehrer Koch, Lehrer Stiede, Rentier Schönemann, Theaterarzt Mellenburg, Baumeister Petersen, Fabrikant Schildknecht, Dr. med. Weiß. Der Gerichtshof besteht aus dem Stadtgerichtsrath Hufeland als Vorsitzendem, dem Stadtgerichtsrath Scheffler als Beisitzendem aus dem Civilstande und den Hauptleuten v. Alvensleben, v. Nagmer und Feller als Beisitzenden aus dem Militärstande. Als Staatsanwalt fungirt der Divisionsauditeur Justizrath Schlutz aus Stettin. Ein großer Theil der Angeklagten vertheidigt sich selbst, die Uebrigen werden von dem Justizrath Martins I. Advocatanwalt Dan und Ref. Meyer vertheidigt. Die Verhandlung begann damit, daß der Auditeur Schlutz das Resultat der bisherigen Ermittelungen vortrug. Mit Erstaunen vernahm man aus diesem Vortrage, daß die Angeklagten, welche offenbar den Kern der sogenannten Berliner Demokratie bilden, in ihrem Treiben so unbegreiflich sorglos und unvorsichtig und auch in ihrem Benehmen in der Voruntersuchung so wenig gewandt und geschickt gewesen waren, daß das gesammte Treiben der Berliner Demokraten bis in die geheimsten Fäden hinein ganz klar und offen vor den Augen der Behörden lag, und daß dieselben sogar in den Besitz mehrerer wichtiger Originaldocumente gelangt waren, welche ganz eclatante Beweisstücke bilden. Aus den ganzen Ermittelungen ergab sich der klare Beweis, daß die demokratische Partei sich auch noch nach dem Martialgesetz vom 10. Mai d. J. vollständig in Form von Vereinen organisirt erhalten hatte, daß die Angeklagten Vorsteher solcher Vereine gewesen waren und sich am Abend des 23. Mai in der Conversationshalle in dieser Eigenschaft versammelt hatten, um dort einen allgemeinen demokratischen Congreß im Interesse der deutschen Reichsverfassung und einer allgemeinen Schuldenerhebung gegen die Regierung zu berathen. Beide Versammlungen wurden bekanntlich aufgehoben und fuhren demnächst die Verhaftungen der Angeklagten herbei. Dieselben leugneten zwar bei der heutigen Verhandlung, eine förmliche Versammlung gebildet zu haben. Es war aber sogar von der Polizei das Circulär herbeigeschafft worden, durch welches der Dr. Gerke die andern Angeklagten zu der Versammlung in der Conversationshalle eingeladen hatte und welches von den meisten Angeklagten unterschrieben war. Der Staatsanwalt deducirte daher, daß die Angeklagten, wenn sie nicht ein schwereres Verbrechen begangen hätten, mindestens Theilnehmer eines durch den Belagerungszustand verbotenen politischen Vereins gewesen wären, und daß sie dafür nach § 6 des Gesetzes vom 10. Mai 1849 eine sechswöchentliche bis einjährige Freiheitsstrafe verwirkt hätten. Außerdem soll Gerke sich noch bei seiner Verhaftung 1848

lich widersetzt haben. Der Staatsanwalt beantragte daher gegen Gerle 2 Jahre, gegen die andern Angeklagten aber 6—9 Monat Gefängnißstrafe, und läßt sich wohl voraussetzen, daß der Gerichtshof dieser Anklage gemäß das Urtheil fällen wird.

München, 23. Juni. Der Prinz und die Prinzessin von Joinville sind am 20. d. von Koburg kommend hier eingetroffen, und haben sich am 21. nach Stain begeben, um Ihrer Maj. der Kaiserin Wittwe von Brasilien, ihrer Mutter und Schwiegermutter, einen Besuch zu machen. In München war der erste politische Proceß vor den Assisen. Die Geschworenen sprachen über den Studenten Verchioni, der wegen eines frechen Artikels im „Gradaus" angeklagt war, Nichtschuldig. Das unerwartete Verdict ward von einem Theil des Publikums im Saal und auf der Straße mit Jubel begrüßt.

Nürnberg, 23. Juni. Man kann sagen, daß in unserm Frankenlande von Tag zu Tag der Constitutionalismus mehr siegreichen Boden über die Demokratie gewinnt. — Gestern kam das ganze Offizierscorps der Bamberger Nationalgarde hierher, um den König zu einem Besuche in ihre Stadt einzuladen — und Bamberg galt bisher für die am meisten republikanische Stadt in Bayern! — Der König und die Königin haben sich in der kurzen Zeit ihres Hierseins viel Popularität erworben; ihr Erscheinen hat einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Man bemerkte aus den Gesprächen des Königs, daß er sich für das Volkswohl auf das Eifrigste interessirt, sich von Allem zu unterrichten sucht und von dem besten Willen beseelt ist. Schon Morgens um 5 Uhr begannen die Audienzen. Auf der Rosenau war der Empfang des Königs von dem Publicum aller Stände wahrhaft herzlich. Es gemirte wenig, daß einige hartnäckige Demokraten die Hüte auf dem Kopf behielten, während der König die Mütze zog; die große Mehrzahl der Anwesenden stimmte enthusiastisch in das Lebehoch ein, das dem königlichen Paare gebracht wurde. — Diesen Morgen ist der König auf der Eisenbahn auf Einladung der Magistrate zuerst nach Fürth, dann nach Erlangen und Bamberg gereist. — Es sind heute von hier abermals einige Bataillone nach dem Rheine abmarschirt.

Landau, 18. Juni. Hier ist folgender Tagesbefehl erschienen: Se. k. Hoheit der Prinz von Preußen haben bei Ihrem gestrigen kurzen Aufenthalte in hiesiger Festung die glänzendste Anerkennung für die ausgezeichneten Dienste, welche die Offiziere und treugebliebene Mannschaft seit mehr als einem Monat zur Erhaltung der Festung Landau mit so vieler Hingebung leisteten, in für die bayerischen Waffen ehrendsten Ausdrücken ausgesprochen, und habe vorzüglich mit Nachdruck hervorgehoben, daß durch diese seltene Treue und Ausdauer die Garnison von Landau sich die Achtung und Bewunderung aller Militärs, namentlich der preußischen Armee, und den Dank des deutschen Vaterlandes erworben habe, und überdies als größten Lohn jeder, der hier seine Pflicht so treu erfüllt, ein höchst erhebendes Bewußtsein im Herzen trage. Freiherr von Jeetze, Generalmajor und Festungscommandant.

Speyer, 22. Juni. Vom Commando des königlich bayerischen westfränkischen Armeecorps sind folgende Kundmachungen erlassen worden:

I. Kundmachung.

Seine Majestät der König haben geruht, den Unterzeichneten zum Oberbefehlshaber des in die Pfalz beorderten Armeecorps zu ernennen und ihm mit der zur Herstellung der Ordnung und des Gehorsams erforderlichen Gewalt auszustatten. In Gemäßheit der mir ertheilten Vollmacht verfüge ich daher Folgendes: 1) Unter Bezugnahme auf eine Bekanntmachung d. d. Oppenheim, den 16. Juni 1849, behalte ich mir vor, im Falle eintretenden Widerstandes für einzelne Districte oder Gemeinden den Belagerungszustand mit den damit gemäß Artikel 53, 101 und folgenden des Decrets vom 24. December 1811 verbundenen Wirkungen zu erklären, wenn die Umstände solches erfordern sollten. 2) Die sogenannte provisorische Regierung, welche sich hochverrätherisch der öffentlichen Gewalt bemächtigt hat, sowie die von derselben für die Landescommissariatsbezirke, Kantone und Gemeinden der Pfalz eingesetzten Behörden sind hiermit aufgehoben und alle Handlungen und Beschlüsse derselben nichtig und wirkungslos. 3) Die gesetzlichen Obrigkeiten, Behörden und Beamten treten sofort wieder in ihre Gewalt und Functionen ein. Die Eidesleistungen und Unterwerfungserklärungen, zu denen sie durch die usurpirte Gewalt gezwungen worden sind, werden für nichtig und unverbindlich erklärt. In Betreff derjenigen Beamten, welche sich eines pflichtwidrigen Benehmens schuldig gemacht haben, sind von Seiten der zuständigen Behörden die geeigneten gesetzlichen Anordnungen zu treffen. 4) Gegen alle Staatsdiener, sowie gegen alle mit irgend einer Function betrauten Personen (Anwälte, Notare, Gerichtsboten rc.), welche sich hinsichtlich der Wiederaufnahme und Fortführung ihres Dienstes säumig erweisen sollten, ohne durch vorschriftsmäßigen Urlaub dazu ermächtigt zu sein, werden die gesetzlichen Maßregeln ergriffen werden. 5) Die königlichen Gerichte werden hiermit aufgefordert, gegen die Urheber und Theilnehmer an der hochverrätherischen Bewegung und an den begangenen besonderen Verbrechen und Vergehen der gesetzlichen Vorschrift gemäß einzuschreiten. 6) Die Vollziehung der von der rebellischen Gewalt und ihren Agenten getroffenen Verfügungen über öffentliches Eigenthum, insbesondere der Veräußerungen und anderen Gegenständen, hat sofort auf und die Behörden sind angewiesen, deßhalb die geeigneten Vorkehrungen zu treffen. Alle hierauf geleisteten oder noch zu leistenden Zahlungen an andere, als die gesetzlich befugten Behörden, sind nichtig. 7) Zur Sicherung der Gelder des Staates, der Gemeinden und Körperschaften haben die vorgesetzten Behörden und in deren Ermangelung die Ortsbehörden, bei Vermeidung persönlicher Haftung, sogleich bei allen Kassebeamten und Verwaltern den Kassasturz vorzunehmen und zur sichern Aufbewahrung der Gelder in den bezüglichen Kassen die erforderlichen Anordnungen zu treffen. 8) In allen Gemeinden des Kreises sind sämmtliche im Besitze der Ortseinwohner befindliche Waffen auf Betreiben der Ortsvorstände einzusammeln und nach den Anordnungen der Militärcommandanten in sichere Verwahrung zu bringen. Hierbei ist für die entsprechende Bezeichnung derjenigen Waffen, welche Privateigenthum sind, Sorge zu tragen. Diejenigen, welche in der für die Ablieferung zu verkündenden Frist der Aufforderung hierzu nicht Genüge leisten würden, haben sich die Unannehmlichkeiten selbst zuzuschreiben, welche durch die Hinwegnahme mittelst militärischen Zwangs veranlaßt werden könnten. Wegen Vertheilung von Waffen wird auf geeignete Weise weiter eingeschritten werden. Die Reorganisation der Bürgerwehr in den einzelnen Gemeinden bleibt spätern Anordnungen vorbehalten. 9) Während der Dauer des Kriegszustandes sind alle Versammlungen zu politischen Zwecken der vorgängigen Genehmigung der königlichen Landescommissariate im Benehmen mit dem Militärcommandanten unterworfen. Jeder Versuch der Zuwiderhandlung wird mit militärischer Gewalt unterdrückt und die Schuldigen werden zur gesetzlichen Bestrafung vor Gericht gestellt werden. 10) Die Militärcommandanten werden hiermit angewiesen, den ordentlichen Obrigkeiten zum Schutze ihrer Wirksamkeit auf ihr Ansuchen die erforderliche militärische Hilfe zur Verfügung zu stellen. Ich werde in thunlichster Bälde zur gleichmäßigen Durchführung dieser Maßregeln die entsprechenden Truppendislocationen eintreten lassen. 11) Die durch Fahnenflüchtige oder andere Individuen entwendeten ärarischen Waffen und sonstige Ausrüstungsgegenstände aller Art, sind innerhalb der in meiner Bekanntmachung vom 16. dieses gegebenen Frist bei der königl. Commandantschaft Speyer einzuliefern, widrigenfalls gegen die Betroffenen gerichtlich eingeschritten werden wird. Ferner haben sich bei der genannten Militärbehörde die zur Fahne freiwillig Zurückkehrenden zu weiterer Verfügung zu melden. Pfälzer! Ihr habt die väterlichen Worte Eures Königs vernommen. Ihr werdet die eingerückten Truppen als Eurer Befreier von einem anarchischen Joche empfangen. Der Sinn für Gesetzlichkeit und Ordnung, wodurch Ihr Euch früher so rühmlich ausgezeichnet habt, wird meine Aufgabe erleichtern, die Herrschaft der Gesetze und der Staatsverfassung wieder herzustellen. Hierbei erwarte ich von allen Gutgesinnten, daß sie nach Kräften dazu mitwirken werden, den bisherigen gesetzlosen Zustand zu beseitigen und die Herrschaft des Gesetzes wieder herzustellen. Es ist unbedingt nöthig, daß alle braven Männer der Pfalz fest zusammenhalten, daß sie kräftig auftreten, daß sie die Gesetze, daß sie ihr Eigenthum, daß sie Hab und Gut und die höchsten Güter des Lebens vor aller Gewaltthat schützen, denn was will eine Partei für eine Aussicht auf Erfolg erwarten, wenn jede Gemeinde, jedes Dorf, jede Stadt fest zusammensteht und dem Gesetze durch ihr männliches Auftreten die wahre Kraft verleiht. Zu diesem Zwecke hat Se. Majestät der König einem jeden Kreis des Reiches eine Anzahl von Waffen verliehen, die hinlänglich gewesen wäre, eine jede revolutionäre Bewegung durch die eigene Kraft des Volkes niederzuschlagen. Diese Waffen sind weder zum Schutze der Regierung, noch zu Eurem eigenen Schutze verwendet worden, sondern Ihr seid einer Gewalt gewichen, die nichts als Euer Unglück wollte. Damit nun solches nicht wieder geschehe, ist meine Absicht, sobald als nur immer möglich, die Bürgerwehr neu zu errichten, und ich werde demnächst denjenigen Bürgern die Waffen wiedergeben, die bereit sind, sie für die unveräußerlichen Rechte des Thrones, der Verfassung und zum Schutze ihrer Rechte und Freiheit zu führen. Speyer, am 22. Juni 1849. Der Commandirende des westfränkischen Armeecorps. Carl Theodor Fürst von Thurn und Taxis, Generallieutenant.

II. Bekanntmachung.

Unter Beziehung auf die Bekanntmachung des unterzeichneten commandirenden Generals vom 16. Juni 1849 wird hiermit weiter zur Kenntniß gebracht, daß derselbe die ihm von Sr. Maj. dem König ertheilte Ermächtigung, den einheimischen Militärpersonen Verzeihung zuzusagen, welche innerhalb der von ihm festgesetzten Frist sich unter seine Befehle stellen, in dem Falle keine Anwendung finden lassen werde, wenn dieselben nach der ihnen zur Kenntniß gekommenen Bekanntmachung vom 16. laufenden Monats noch in den Reihen der Aufständischen fortgedient haben. Hauptquartier Speyer, den 22. Juni 1849. Das Commando des königl. bayerischen westfränkischen Armeecorps. Carl Theodor, Fürst von Thurn und Taxis, Generallieutenant.

Karlsruhe, 22. Juni. In der heutigen Sitzung der constituirenden Versammlung vom 22. Juni erklärte Brentano, der polnische Obrist Mierowski sei, weil er Verrath bei Philippsburg geübt haben soll, verhaftet und gefänglich nach Karlsruhe gebracht worden. Es fehlt schon seit einiger Zeit im Lager der Linken nicht an solchen, die auch in Mieroslawski einen Verräther wittern. Uebrigens war der Plan der Aufständischen, wenn sie vom Rhein und Neckar vollständig zurückgeschlagen wären, auf die Murglinie und in den Schwarzwald sich zurückzuziehen. Indessen scheinen uns die Bewegungen der Preußen, Bayern, Hessen und Mecklenburger von Anfang an so angelegt, daß Mieroslawski jenen Rückzug sich verlegt sehen wird. Er hat ihn sich selbst abgeschnitten, indem er sich nach Schwetzingen statt nach den nahen Auslaufern des Schwarzwaldes zog. Briefe aus Heidelberg, die in diesem Augenblick viel aufklären könnten, fehlen. Hecker — auf den die badische Anarchie wie auf ihren Heiland hoffte — soll geschrieben haben, er wolle noch etwas zuwarten. Er weis aus eigener Erfahrung, wohl Loos die Revolution ihren Führern bereitet, nach Goethe's Spruch:

Antrie du das Zener hundert Jahr,
Fall dann hinein — dich stört's mit Haut und Haar. (A. Z.)

Ueber das Gefecht bei Waghäusel bringt der „Preußische Staatsanzeiger" aus telegraphischen Nachrichten noch folgende nähere Details: Das Gefecht bei Waghäusel ist ziemlich blutig gewesen; vorzugsweise haben daran Theil genommen die Füsilier-Bataillone des 17. und des 30. Infanterie-Regiments, 2 Compagnien der 7. Jäger-Abtheilung und eine halbe Batterie nebst einem Landwehr-Bataillon. Diese Truppen haben den ganzen Vormittag der Hauptmacht Mieroslawski's, bestehend aus 9 Bataillonen Badener Truppen, gegenüber gestanden und circa 40 Todte gehabt; gegen Mittag erhielten sie von ihrer eignen Division Hanneken und am Nachmittag von der Division Brunn Unterstützung, durch welche der Feind vollständig zurückgeworfen wurde. Die Truppen haben sich vortrefflich gehalten. Das Hauptquartier Sr. königl. Hoh. des Prinzen von Preußen war am 23. zu Roth. Se. königl. Hoh. Prinz Friedrich Karl befindet sich so wohl, daß er bald dem Hauptquartier folgen wird. Der Lieutenant von Busch-Münch ist nicht, wie es anfangs hieß, geblieben, sondern nur schwer verwundet. Zwei Hauptleute und ein Lieutenant sind geblieben, ein Hauptmann und ein Lieutenant verwundet.

⊗ **Sinsheim**, 24. Juni. Das Hauptquartier, welches seit gestern Abend hierhin von Aglasterhausen verlegt war, wird heute Abend ebenfalls nach **Eppingen** auf der Straße nach Rastatt vorwärts verlegt. Es heißt, daß die Mitglieder des Generalstabes von hieraus zuvor den in Langenbrücken befindlichen Prinzen von Preußen ihre Aufwartung machen werden. Die ganze Reichsarmee ist bereits abmarschirt auf dem Wege nach Eppingen; überhaupt gehen die Märsche in solcher Eile, daß man weder zum Ruhen noch zum Arbeiten Zeit findet. Die Hauptaufgabe scheint zu sein, den Feind rasch zu verfolgen. — Es ist außer dem Gefecht bei Sinsheim, über das wir berichtet haben, und der Schlacht bei Philippsburg und Waghäusel durch die preußische Armee, nichts weiter vorgefallen. Es trifft eben die sichere Nachricht ein, daß in Eppingen die polnische Legion stehe, hier also Widerstand zu erwarten sein dürfte. Ob man von Eppingen aus gegen Karlsruhe oder Rastatt ziehen wird, ist nicht bekannt. Bei dem Ausrücken des Armeecorps besetzte das 31. k. preuß. Landwehrregiment, von Heidelberg kommend, die Stadt Sinsheim. Ihnen folgen die preußischen Husaren auf dem Fuße. In Mannheim selbst bleiben nur wenige Truppen, da durch den Geist, der die Contrerevolution veranlaßt hat, Ordnung und Ruhe erhalten wird.

JW **Heidelberg**, 25. Juni. Der preußische Major von Welzien vom 31. Regiment ist Commandant der Stadt, die mit einer zahlreichen preußischen Besatzung versehen ist und in welcher der Belagerungszustand zwar mit möglichster Humanität, aber sonst mit größter Strenge gehandhabt wird. Die Nachforschungen nach sich verdeckt habenden Kämpfern und namentlich nach den Anführern der Insurgentenarmee werden überall mit großem Eifer betrieben und da besonders die zahlreiche badische Gensdarmerie, die die gehörige Localkenntniß besitzt, sehr thätig dabei ist, so werden stündlich Gefangene in Menge eingebracht. Viele läßt man in ihre Wohnorte zurückgehen, nachdem man ihre Namen aufnotirt, die besonders Gravirten aber werden strenge bewacht. Sehr trachtet man danach, Mitglieder des sogenannten „Schweizer-Freischaarencorps" einzufangen, gegen welche sowohl Soldaten wie Bürger eine außerordentliche Erbitterung hegen; am Abend des 22. sind diese noch, großentheils im hohen Grade betrunken, mit Pechkränzen in der Stadt herumgezogen und haben dieselbe anzünden wollen. Nur die entschlossene Haltung der Gensdarmerie, der sich einige hundert Bürger beigesellten, und die die Stadt bis auf das Aeußerste vertheidigen wollten, hat dies frevelhafte Beginnen verhindert. Die badischen Soldaten, die sich zu Hunderten freiwillig einfinden, werden entwaffnet, und dann mit einem Zwangspasse vorläufig in ihre Heimatsorte zurückgeschickt. Loben muß man übrigens die Humanität, mit der die preußischen Soldaten gegen die Gefangenen ohne Ausnahme verfahren. Mißhandlungen derselben kommen gar nicht vor, und ich habe im Gegentheil gesehen, daß zwei preußische Soldaten einen verwundeten Freischärler wirklich auf das Sorgsamste pflegten, und denselben, da ihm das Gehen schwer wurde, fortstrugen. Nur ein früherer preußischer Lieutenant ist von den Soldaten desselben Regiments, in dem er früher gedient hat, stark mit flachen Säbelhieben geschlagen worden; dies ist auch der einzige Fall von thätlichen Mißhandlungen, der bisher vorgekommen ist. Von Mieroslawski, mit seiner sehr zusammengeschmolzenen Schaar, weiß man hier nichts. Wahrscheinlich hat er sich bei Karlsruhe in den Schwarzwald geworfen, um sich so nach der Schweiz oder Rastatt durchzuschlagen.

Oldenburg, 20. Juni. Um Durchführung der Reichsverfassung namentlich durch Beeidigung der Staatsbeamten und des Militärs auf dieselbe, waren von vielen Seiten Vorstellungen an das Ministerium eingelaufen. Auf eine derselben aus dem Fürstenthume Birkenfeld ist eine Antwort ergangen, welche unter den dermaligen traurigen Zuständen Deutschlands wohl nicht anders zu erwarten war: Bei Anerkennung und Annahme der von der Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung sei erwartet worden, daß namentlich auch die königl. preuß. Regierung denselben Grundsätzen folgen werde. Dies sei bis jetzt leider nicht in Erfüllung gegangen. So lange die größten, wenigstens alle rein deutschen Staaten, ihr nicht beigetreten, sei es unmöglich, dieselbe unter den übrigen zerstreut liegenden Staaten, zu denen nur etwa der vierte Theil der deutschen Nation gehöre, zu einer lebendigen Thatsache zu machen. Wenn dabei die Zusage gegeben wird, die Regierung werde benützt sein, nach Kräften auf Versöhnung und Einigung des unselig zerrissenen Vaterlandes hinzuwirken, so hegen wir zu den Männern, welche diesen Erlaß gegengezeichnet haben, das feste Vertrauen, daß es damit treu und redlich gemeint sei, können aber nicht übersehen, daß unser kleiner Staat gerade in seiner geographischen Lage in mancher Hinsicht eine recht große Bedeutung in der deutschen Frage gewinnen könnte. (Wes. Ztg.)

Altenburg, 21. Juni. Als Resultat der am 17. zu Gotha abgehaltenen Besprechung von Deputirten der thüringischen Landtage wird der „Deutsche Ref." gemeldet, daß dieselbe in der Hauptsache, nämlich der deutschen Verfassungsfrage, eigentlich gar kein Resultat gehabt hat. Die Versammlung war nicht einmal vollständig beschickt, indem sich nur Abgeordnete von Weimar, Gotha, Altenburg, Meiningen und Koburg eingefunden hatten. Das Ganze trug von vorn herein das Gepräge des Unvorbereiteten und nur durch das ausgezeichnete Geschick des Präsidenten erhielt die Besprechung allmälig einen geordneten Gang und bestimmten Charakter. Es wurden zwei Punkte für die Besprechung aufgestellt, die Bildung eines thüringischen Gesammtlandtags und das Verhalten der thüringischen Staaten in der deutschen Verfassungsfrage. Im Allgemeinen wurde als selbstverständlich angenommen, daß die Beschlüsse nicht bindende Kraft haben, sondern die Anwesenden nur verpflichten sollten, auf den Einzellandtagen für ihre Annahme zu wirken. Merkwürdig genug wurde der Besprechung über die Bildung eines thüringischen Landtags die Priorität vor der Majorität zuerkannt, da gerade diese Frage die Anwesenden, etwa mit Ausnahme der Altenburger

d Koburger, vorzugsweise zu beschäftigen schien. Länger als Stunden wurde darüber verhandelt und endlich die Prinzienfrage dahin entschieden, daß ein solcher Landtag entheidende (und nicht bloß begutachtende, wie von Einigen langt wurde) Kraft haben müsse; dagegen sollte sich seine mpetenz nur auf einzelne Gegenstände erstrecken. Von n 14 hierher gezogenen Punkten heben wir beispielsweise rvor: Civil- und Strafgesetzgebung, Prozeßordnung, Peistrafgesetz- und Polizeistrafprozeßbuch, Wehrverfassung, imatsrecht, Gemeindeordnung, Medicinalverfassung, olksschulwesen ꝛc. Außerdem hielt man an der Idee fest, ß der Gesammtlandtag nicht ein selbstständiger sein, sonrn nur durch Ausschüsse aus den Einzellandtagen gebildet rden solle, sodaß auf 25,000 Seelen ein Abgeordneter mme. Wie sich übrigens der Charakter eines solchen Landges mit „entscheidender Kraft" ohne ein thüringisches Geamtministerium erhalten lasse, möchte eine schwer zu scheidende Frage sein. — Nachdem der ganze Tag mit r Besprechung dieser Frage hingegangen war, sah man d genöthigt, die Verhandlungen zu schließen, ohne daß eselben ein Ergebniß von allgemeinerem deutschen Intere gezeitigen hätten. Schon am nächsten Morgen hatte der größere Theil der Abgeordneten Gotha wieder verlassen.

Schleswig, 21. Juni. In der heutigen Sitzung der ndesversammlung kam der Heibergsche Antrag wegen ufhebung der Personalunion zur Berathung. Der Anagsteller sprach 1½ Stunden. Seine Rede, vorzugsweise t historischem Material angefüllt, ermüdete die Zuhörer hr. Das Resultat war, daß mit 50 gegen 45 oder 46 timmen die Beschlußnahme ausgesetzt wurde, bis der Ausuß über den Volcmannschen Antrag, betreffend die Mitilung der Statthalterschaft am Anfang der jetzigen Diät er die politische Stellung Schleswig-Holsteins zur deutchen Frage, seinen Bericht erstattet haben würde. Dieser ericht wird wahrscheinlich schon morgen erstattet werden. ußerdem ist heute das Beitragsverhältniß Lauenburgs zu en Kosten des Oberappellationsgerichts mit ⅔ von allen esten bestimmt worden. — Nach der Halbinsel Sundeitt geht fortwährend grobes Geschütz, um die dortigen üppeler Schanzwerke damit zu versehen. Es heißt hier llgemein, daß man gegen Alsen hin vielleicht noch die fensive ergreifen werde. Denn die Dänen sollen sich jenus des Als-Sundes fortwährend stark befestigen, und erarten sie stündlich einen Angriff gegen der Brückenkopf.

Hamburg, 22. Juni. Unsere constit. Versammlung hat as allgemeine Stimmrecht auch in zweiter Lesung nd damit definitiv beschlossen. Der Versuch hiesiger Bürer, durch eine gegenstehende „Erklärung" diese Beschlußahme zu verhüten, welcher durch Senator Geffcken in der itzung vom 20. d. M. lebhaft befürwortet wurde, ist demach gescheitert. (Wes. Z.)

= **Frankfurt**, 24. Juni. Der große Nutzen und die ohlthätigen Wirkungen der Lebensversicherung haben ch dieser Tage wieder in glänzender Weise in unserer tadt bewährt. Ein geachteter hiesiger Bürger ließ vor um 15 Monaten die Summe von 10,000 fl. auf sein Leben ei der Frankfurter Lebensversicherungsgesellschaft versichern; im blühenden Mannesalter ereilte ihn or 4 Wochen der Tod, ehe er durch Erwerb oder Erspaung für die Seinigen ein mäßiges Vermögen sammeln nnte. Die versicherten 10,000 fl., wofür an Prämien im anzen fl. 349. 44 kr. entrichtet wurden, sind bereits an die rben des Verstorbenen ausbezahlt worden. Diese unerartete Erbschaft sichert den Hinterlassenen ein sorgenfreies nd unabhängiges Leben, setzt sie in den Stand, ihrem tande und ihren Gewohnheiten gemäß zu leben und entbt sie jeder Besorgniß für ihre Zukunft. Möchte doch die ürsorge des Verstorbenen für die Seinigen, namentlich in iner Zeit, wo die Cholera in vielen deutschen Städten mmer neue Opfer fordert, recht zahlreiche Nachahmer finden!

Italien.

☿ **Rom**, 14. Juni. Etwa jede halbe Stunde nahmen rei Bomben ihren Weg in die Stadt, richteten jedoch bei er massiven Bauart der Häuser nur geringen Schaden an. lles bleibt ruhig. Heute hat die Operation von gestern ieder begonnen. Man arbeitet nicht eben mit großer nergie gegen die Mauern und läßt zuweilen eine Granate über unsern Häuptern zerplatzen. Die Römer bemühen ch dagegen im Innern der Mauern Wälle zu vollenden, m auch nach einem Sturm nicht völlig wehrlos dazustehen. luf diese Weise können noch einige Tage bis zur Beendiung des Kampfes verstreichen.

Frankreich.

* **Paris**, 22. Juni. Nachträglich entlehnen wir dem nsführlichen Bericht des Generals Changarnier über die reignisse am 13. Juni, den der „Moniteur" veröffentlichte, och folgende Stellen: „Die seit einiger Zeit von den einßreichen Mitgliedern der Minorität der Nationalversammlung angenommene Haltung, die unaufhörlichen und jeden Tag wüthender werdenden Herausforderungen der anarchischen Presse, die Ankündigung einer Manifestation, zu der sie in Paris gährenden Elemente der Unordnung eingeladen waren, kurz, alles hatte mir seit dem 10. Juni die Gewißheit gegeben, daß wir bei einer Krisis angekommen seien, und daß die Gesellschaft noch einmal in den Fall kommen werde, für ihre Rettung durch die Gewalt der Waffen zu sorgen. Von diesem Augenblick an waren alle meine Bestrebungen dahin gerichtet, auf die Anarchisten das Gewicht einer jener Zurechtweisungen fallen zu lassen, welche, indem sie bei den Bevölkerungen ein dauerhaftes und heilsames Andenken hinterlassen, der durch die Parteien erschütterten Regierung die Mittel verleihen, sich wieder zu befestigen und ihre Feinde auf lange Zeit im Zaum zu halten. Sie kennen die Streitkräfte, welche zur Vertheidigung von Paris bleibend zu meiner Disposition gestellt worden sind. Benachrichtigt durch das von der Tribune herab gegebene Signal, glaubte ich den Augenblick gekommen, diese Streitkräfte durch Herbeiziehung der nächsten Garnisonen noch zu vermehren." (Hier folgen nun militärische Einzelnheiten.) „Die um das Conservatorium der Künste und Gewerbe vereinigten Insurgenten bildeten die Garde der neuen Regierung, deren Mitglieder sich nun mit Mühe über die ersten Maßregeln verständigt hatten. Unter ihnen befanden sich furchtsame Personen, die schon über eine Rolle in Verlegenheit gerathen waren, die jeden Augenblick gefahrvoller wurde, und andere mehr entschlossene, die vor den äußersten Mitteln nicht zurückweichen wollten: diese letzteren drangen durch und bewirkten den Entschluß, den vorläufigen Sitz des Convents durch Barrikaden zu vertheidigen, die in der That errichtet wurden." (Folgen abermals militärische Einzelnheiten, woraus hervorgeht, daß die Artillerielegion der Nationalgarde mehrere Male auf die Regierungstruppen gefeuert hat.) „So endete dieser Tag (heißt es am Schlusse), „der fast ohne alles Blutvergießen der Gesellschaft einen glänzenderen und vollständigeren Sieg verschafft, als ein erbitterter Kampf gewährt konnte. Dieser Tag hat die Armee für die Beleidigungen der Anarchisten gerächt, welche unausgesetzt Zweifel an ihrer gewissenhaften Treue gegen die Fahne ausstreuten. Die Armee erwartete die Gelegenheit, die Gesinnungen, von denen sie beseelt ist, zu beweisen; die ganze Bevölkerung von Paris hat sich endlich beruhigen können, als sie unsere Soldaten, deren Muth ich zügeln mußte, in der eifrigen Verfolgung der unversöhnlichen Feinde der Gesellschaft begriffen sah. Seit dem Tage ihres Zusammentritts sah die legislative Versammlung in ihrer Mitte eine heftige Partei sich erheben, die, indem sie der Majorität das verfassungsmäßige Recht absprach, das Gesetz zu geben, ohne Unterlaß von deren Entscheidungen an die in den Straßen rebellirte Gewalt appellirte."

Die Cholera nimmt fortwährend in so starken Verhältnissen ab, daß man ihr baldiges gänzliches Aufhören hofft.

Nach dem Wochenbericht der Bank von Frankreich hat ihr Metallvorrath um 1⅞ und die laufende Rechnung des Schatzes um etwa 2 Mill. zugenommen, während der Betrag ihrer umlaufenden Noten um 1 Mill., und ihrer Discontirungen fast um eben so viel vermindert ist. Der Metallvorrath beträgt jetzt 339 Mill. Fr. auf 383½ Mill. umlaufender Noten.

Nach den Lyoner Blättern vom 20. dauerten dort die Verhaftungen und Waffenwegnahmen fort. Unter den festgenommenen Insurgenten soll furchtbares Gesindel sein. Ins Militärgefängniß hat man 22 Soldaten des 17. leichten Regiments gebracht, welche wegen des Anschlusses an die Insurgenten vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen. Der dortige „Censeur" wurde am 19. suspendirt. Der Stadtrath hat zur Unterstützung der verwundeten Soldaten, so wie für die Familien derer, welche bei Bekämpfung des Aufstandes umkamen, eine Subscription eröffnet und für sich 10,000 Fr. unterzeichnet.

Beim Ausbruche des Lyoner Aufstandes war Macon in größter Aufregung, weil die rothe Partei dort eine drohende Haltung angenommen und erklärt hatte, daß 10,000 Bauern bereit seien, beim ersten Läuten der Sturmglocke nach der Stadt zu ziehen. Als Tags darauf der Befehl eintraf, daß das 48. Regiment nach Lyon abgehen solle, sammelte sich ein großer Volkshaufe unter Schreien und Pfeifen; ein Adjutant ward niedergeworfen und mißhandelt. Endlich ward der Haufe so drohend, daß man mehrere Personen verhaften mußte. Dies steigerte die Aufregung der Menge und nur die Entwickelung einer starken Streitmacht machte es möglich, die Verhafteten nach dem Gefängniß zu bringen. Die Nationalgarde war aufgerufen worden; aber von der besitzenden Compagnie erschienen nur 9 Mann, worunter 3 Offiziere, von den andern Niemand. Erst später fanden sich etwa 60 Gardisten ein. Während die Sachen so standen, langte zur großen Freude der Meuterer das 2. leichte Regiment aus Lyon an; ein allgemeiner Aufstand wurde erwartet, auf die jetzt eintreffende Kunde aber von dem Scheitern der Bewegung in Lyon unterblieb derselbe. In mehreren der benachbarten Dörfer hatte man schon die Sturmglocke geläutet.

* **Paris**, 23. Juni. Ein Polizeicommissär hat heute Morgen eine sehr bedeutende Summe, welche aus den badischen Staatskassen herrührt und ohne Zweifel zum Schutze der deutschen Reichsverfassung von der provisorischen Regierung nach Paris geschickt worden ist, mit Beschlag belegt.

Nachschrift.

Karlsruhe von den Preußen besetzt.

** **Frankfurt**, 25. Juni früh. Soeben erhalten wir aus zuverlässiger Quelle die Nachricht, daß gestern Nachmittag Karlsruhe von den Preußen besetzt worden ist. Die Aufständischen hatten sich in Durlach verbarrikadirt und es kam dort zum hartnäckigen Kampf, welcher von Morgens 10 bis Nachmittags 3 Uhr dauerte. Die Aufständischen wurden geschlagen und zogen sich gegen Rastatt zurück.

† **Wien**, 22. Juni. Nach einem heute erschienenen officiellen Berichte wurden die Brigaden Pott und Theising vorgestern in der Schütt mit Uebermacht angegriffen und bis Perod und Alis-Szelly zurückgedrängt; die russische Division Panintin ist heute zur Verstärkung vorgerückt, und so wird morgen die Offensive wieder ergriffen werden. Im Zusammenhang mit diesen Notizen wird angezeigt, daß vom zweiten Corps in der großen Schütt vorgestern die Patonyer Ueberfuhr besetzt, Tökös, Eperies und Nadzeg verstärkt, endlich bei Vasarud, dann über Nyarajd nach Aszod vorgerückt wurde. — Der ungarische Kriegsminister, F.M.L. Görgey, ist am 14. dieses Monats auf einem Dampfschiffe in Pest angekommen; die übrigen Minister haben bereits ihre Bureaus bezogen. Die Abtragung der Ofner Festungswerke schreitet vorwärts; die Materialien sollen zur Errichtung von Citadellen auf dem Ofner Gebirge verwendet werden.

Die „Wiener Zeitung" enthält folgende Nachrichten vom ungarischen Kriegsschauplatz: „Bericht des Herrn F.M.L. Wohlgemuth an den Armeeobercommandanten F.Z.M. Haynau Excellenz! Der Feind hatte vor Pred Stellung genommen, wich zurück, wurde auch aus dem Dorfe vertrieben durch das Gros der Russen und die Brigade Pott. Alis-Szelly war in der Früh vom Feinde besetzt, wurde aber von demselben ohne Kampf verlassen. Zwischen Szelly und Kiraly-Rew entspann sich ein Kampf, der Feind wurde zurückgedrängt und auch Kiraly-Rew genommen, welches die Brigade Theising besetzt hielt, während die russische Colonne gegen Pered dem Feinde in die Flanke manövrirte. In der linken Flanke rückte die Brigade Perin gegen Hatwany vor, hatte aber, wie es scheint, keinen Kampf; ich habe noch keine Meldung von dort. Die beiden Colonnen in der rechten und linken Flanke haben sehr gut zum Erfolge mitgewirkt. Auf dem Felde nächst Pered, 21. Juni 1849, 2 Uhr Nachmittags."

Ferner folgende telegraphische Depesche: „Vom Schlachtfelde Abends 8 Uhr weitere gute Nachrichten. Division Herzinger und die Russen bis Kiraly-Rew und Jsgard, Brigade Pott und Perin bis Farkard vorgedrungen. Die Insurgenten unter Görgey mit 30,000 Mann und 80 Kanonen im vollen Rückzuge über die Waag. Die Originalmeldung des F.M.L. Wohlgemuth folgt mit dem nächsten Train um 10 Uhr 30 Minuten."

Venedig widersteht noch, wird sich aber allen Anzeichen nach nicht lange mehr halten. Am 17. d. M. dauerte das Bombardement noch fort. Der Terrorismus von Seite der Militärherrschaft des Generals Pepe, Bua und Allva, welche an die Stelle des zurückgetretenen Dictators Manin die Zügel der Regierung ergriff, war bereits aufs Höchste gestiegen.

□ **München**, 24. Juni. Der König und die Königin sind gestern Abends von ihrem Ausfluge nach Nürnberg bereits wieder hier eingetroffen. Mit der Haltung der Truppen soll der König wohl zufrieden gewesen sein. Auch ist der Empfang Ihrer Majestäten von Seite der Bevölkerung ein so erfreulicher gewesen, daß durch ihn wohl alle unangenehme Erinnerungen an Vorkommnisse der letzten Tage verwischt worden sind.

Hadersleben, 22. Juni. Endlich geht die Nachricht hier ein von dem abermaligen Vorrücken der Reichstruppen in Jütland, deren rechter aus Preußen bestehender Flügel sich bereits vor einigen Tagen — ob durch oder um Aarhuus herum, wird nicht gesagt — in Marsch gesetzt hat. Das Centrum, sowie der linke aus Bayern bestehende Flügel, ist gestern Morgen aus der Gegend von Skanderborg aufgebrochen, und geht westlich von Aarhuus gegen Randers; die hier verbreitete Nachricht von der Besitznahme letzigenannter Stadt ist wahrscheinlich bis jetzt noch verfrüht. Ob diese Bewegung übrigens in bestimmten, zu dem Zwecke erlassenen Befehlen oder in dem immer fühlbarer werdenden Mangel an Proviant zu suchen sei, lassen wir dahin gestellt sein. Gelingt es dem dänischen General Rye nicht, sich bei Zeiten einzuschiffen, oder noch nördlicher zurückzuziehen, so wäre die Möglichkeit abermals vorhanden, sein Corps abzuschneiden; doch dazu wird es wohl kaum kommen. — Auch bei Fridericia ist man in unablässiger Thätigkeit, und Alles deutet darauf hin, daß man keineswegs gesonnen ist, von seinem Vorhaben abzustehen, die Festung zu nehmen. Einzelne Truppenabtheilungen der Reichsarmee, so wie eine große Menge Reconvalescenten, begeben sich in diesen Tagen aus dem Süden nach dem nördlichen Jütland; auch eine Menge schwerer Geschütze sind wiederum durchpassirt, und ebenso der aus der Haft in Rendsburg entlassene, für Orla Lehmann constituirte, Amtmann Stockfleth aus Veile. Nachschrift. So eben erhalten wir die wiederholte Nachricht von der Besetzung von Aarhuus durch die Bayern, so wie, daß die Preußen in Randers stehen. Wir hoffen, die volle Bestätigung recht bald mittheilen zu können. Als Gerücht heißt es, die Dänen seien auf der Westküste Jütlands (bei Varde) gelandet und beabsichtigen eine Diversion in der Richtung von Kolding zu machen. (Bhlle.)

Bern, 21. Juni. Ich theile Ihnen mit, daß der Chef der Montagne, Ledru-Rollin, mit der Post von Basel hier eingetroffen, auf einige Augenblicke der Sitzung des Nationalraths beiwohnte, dann aber heute Mittags mit der Post nach Genf verreiste. (Z. Z.)

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 25. Juni. Die Börse war heute wieder sehr animirt, es zeigte sich anhaltende Kauflust, sämmtliche Fonds sowie Eisenbahnactien gingen abermals in die Höhe, und schlossen sehr fest im Cours. Von österreichischen Papieren blieben 5pCt. Metall. 73½ pCt., 2½ pCt. Metall 39½ pCt., Wienerbankactien 1055 fl., 500 fl. Loose 124 pCt., 250 fl. Loose 76 pCt., Von den übrigen Antehensloosen waren Kurbeff. 40 Rthlr. Loose 28½ Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 27⅞ fl. G., do. 50 fl. Loose 49⅝ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22½ fl., do. 50 fl. Loose 72½ fl., Nassauer 25 fl. Loose 22 fl., Sardinische Loose 21½ Fr., Poln 500 fl. Loose 73½ Rthlr. Süddeutsche Obligationen sehr gesucht, 3½ pCt Württemb. 77⅞ pCt., do. 4½ pCt. 94⅞ pCt. G. Badische 3½ pCt. Obligationen 76⅜ pCt., bad. 5pCt. Obligationen vom Jahr 1845 94⅛ pCt., Nassauer 3½ pCt. Obligationen 81⅛ pCt., do. 5pCt. vom Jahr 1849 101⅛ pCt. Von belgischen Obligationen waren 2½ pCt. belg. 43⅞ do. 4½ pCt. 84⅛ do. 5pCt. 90⅛ Fr. Sämmtliche Eisenbahnen in lebhafter Bewegung, Friedrich-Wilhelms-Nordbahn bleibt 31½ Rthlr., Berbach 74 pCt., Köln Minden 81⅝ pCt., Taunus 293 fl. 5pCt. inl. Sysm. schließen 25 pCt. Von Wechseln Amsterdam 100⅛ G., Augsburg 120 G., Paris 95½ G., London 121⅝ G., Berlin 105⅛ G., Leipzig 105¾ G., Mailand 100⅜ G., Hamburg 88⅛ G., Wiener begehrt 99⅝ G. Das Geschäft jedoch im Ganzen in sämmtlichen Devisen nicht sehr belebt.

Wien, 22. Juni. 5pCt. Metall. 88½. — 1pCt. 70. — 1pCt. —. — 2½ pCt. 47. — Bankactien 1055. — 500 fl. Loose 145½. — 250 fl. Loose 92. — Nordbahnactien 104. — Gloggnitzer 103. — Mailänder 71.

Fonds etwas angezogen, weil es hieß, daß die Anleihe noch ausgesetzt sei. Devisen sind abermals zurückgegangen, besonders London. Comptanten unverändert. Augsburg und Frankfurt erhielten sich in Frage. Frankfurt 3 Monat 121 G., London 12 fl. 6., Amsterdam 2 Monat 169 Bf., Paris 2 Monat 112 Bf

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Erscheinungen
des Königlich Preußischen Meteorologischen Instituts
zu Berlin.

Meteorologische Beiträge.

Monatlich 2 Bogen. Preis des Jahrganges 3 Mark.

Inhalt: Ueber die Bestimmung der Windrichtung und Windstärke. Von Dr. Wilhelm Schmidt. — Ueber die Bestimmung der Windrichtung und Windstärke. Von Dr. Wilhelm Schmidt. — Ueber die Bestimmung der Windrichtung und Windstärke. Von Dr. Wilhelm Schmidt. — Ueber die Bestimmung der Windrichtung und Windstärke. Von Dr. Wilhelm Schmidt. — Ueber die Bestimmung der Windrichtung und Windstärke. Von Dr. Wilhelm Schmidt. — Ueber die Bestimmung der Windrichtung und Windstärke. Von Dr. Wilhelm Schmidt. — Ueber die Bestimmung der Windrichtung und Windstärke. Von Dr. Wilhelm Schmidt. — Ueber die Bestimmung der Windrichtung und Windstärke. Von Dr. Wilhelm Schmidt. — Ueber die Bestimmung der Windrichtung und Windstärke. Von Dr. Wilhelm Schmidt. — Ueber die Bestimmung der Windrichtung und Windstärke. Von Dr. Wilhelm Schmidt.

Berlin.
Verlag von Asher & Co.
1887.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Dienstag (Beilage zu Nro. 150.) 26. Juni 1849

Deutschland.

[:] **Wien**, 22. Juni. Morgen ergreift F.Z.M. Haynau die allgemeine Offensive, nachdem die Russen am 19. bereits in Ungarn bis Bartfeld und gleichzeitig in Siebenbürgen bis Bistritz vorgerückt sind, die Avantgarde des Banus bis Theresiopel vorgedrungen, sonach der Operationskreis geschlossen, und die Stunde der Entscheidung eingetreten ist. — Vorläufig kämpfte man mit abwechselndem Erfolge auf der Insel Schütt, wo eben die Russen unter Panjutin den etwas zurückgedrängten Brigaden Pott und Theising zu Hilfe eilen. Carlsburg, der einzige Punkt in Siebenbürgen, wo noch die kaiserl. Fahne weht, ist durch den Parteigänger Janko Hera entsetzt worden. Diesem Patrioten war es gelungen, viele treu gebliebenen Romanen in den Gebirgen zu sammeln, und jene Rettung zu vollführen. Man vernimmt, Kaiser Nicolaus habe seine Armee bis auf ungarischen Boden geführt, und sei dann rasch über Krakau nach Kalisch abgegangen.

Das Theresienordenskapitel hat den Helden von Novara, Mortara ꝛc. fünfzig Commandeur- und Ritterkreuze zuerkannt. Es sollen im Ganzen etwa 70 Eingaben vorgelegen haben. — Fürst Paskewitsch ist mit dem Großkreuze des St. Stephansordens in Brillanten decorirt worden. — F.M.L. Fürst Edmund Schwarzenberg, in Ungarn vom Schlage getroffen, befindet sich nunmehr außer Gefahr. — Der Tod des von den Magyaren bei einer Recognoscirung gefangenen kaiserlichen Generals Wyß bestätigt sich.

Neusatz ist ein Schutthaufen. Die Magyaren haben diese blühende Stadt in eine Ruine verwandelt, lediglich um es den Croaten unmöglich zu machen, diesen eroberten Punkt beizubehalten. Indeß scheiterte diese Absicht an der Audauer des k. k. Generals Grammont, der den Feind auslosen ließ und nun, durch die Trümmer noch immer gedeckt, Peterwardein unausgesetzt in Schach hält. — Der Ban gedenkt Theresiopel zu nehmen, sodann nach Szegedin zu ziehen, und hierauf Arad und Temesvar zu entsetzen.

In Pest wird, wie die „Presse" erzählt, eine Kossuthsche Leibgarde von 400 Mann errichtet. Die Säbel für diese Garde wurden in Konstantinopel aufgekauft, und sollen von großem, besonders in ihrer Leichtigkeit und guten Abwägung bestehendem Werthe sein. — Demselben Blatte zufolge wurde am 1. Juni der Finger, welchen Bem im Treffen bei Mühlenbach in Siebenbürgen durch den Säbelhieb eines österreichischen Dragoners verlor, feierlich zur Erde bestattet. Kossuth hielt bei dieser Gelegenheit eine Leichenrede, die Garnison war ausgerückt und feuerte drei Salven ab.

Innsbruck, 18. Juni. Die letzten vor der Hand über Innsbruck nach Vorarlberg instradirten Truppen sollen heute Innsbruck verlassen; es ist eine sechspfündige Batterie mit einer Division Windischgrätz-Cheveauxlegers, welcher vor zwei Tagen eine zwölfpfündige Batterie mit gleicher Begleitung vorauging. Es sind schöne kampfgewohnte Truppen, was so manche decorirte Brust der Mannschaft beweist. Am 19. sollen hier die Palatinalhusaren eintreffen.

Berlin, 24. Juni. Das Urtheil über die Maigefangenen ist vom Kriegsgericht erst tief in der Nacht um 2 Uhr gefällt worden; es erging, wie wir schon gestern vermutheten, dem Antrage des Staatsanwaltes entsprechend, jedoch mit einigen Milderungen. Gehrke wurde auf ein Jahr, die Uebrigen auf 3 Monate zur Gefängnißstrafe verurtheilt, mit Ausnahme von Petersen, Steide und Schildknecht, welche freigesprochen wurden. Die Verhandlungen haben im Ganzen einen trüben Eindruck gemacht. Die Angeklagten verwahrten sich fortwährend gegen die Incompetenz des Gerichts, das sie als einen ungesetzlichen Ausnahmszustand, selbst der octroyirten Verfassung zuwiderlaufend, darstellten. Sie hatten vielleicht Recht; aber sie vergaßen, daß ihr eigenes Beginnen nicht gesetzlicher war, daß es wenigstens theilweise ebenmäßig nur auf erneuerten gewaltsamen Umsturz, auf erneuerte Revolution hinzielte. Es war der Kampf der Extreme, der sich uns in diesen Verhandlungen veranschaulichte.

Köln, 23. Juni. Gegen den dermaligen Reichsregenten Franz Raveaux ist seitens des hiesigen Oberprocurators John folgender Steckbrief erlassen worden: „Gegen Franz Raveaux, Kaufmann von Köln, ist wegen versuchter Bildung eines Complottes, sowie wegen Complottes zum Umsturze, beziehungsweise Veränderung der bestehenden Regierungen und zur Bewaffnung der Bürger gegen dieselben, auf Grund der Art. 87 und 89 des Strafgesetzbuchs ein Vorführungsbefehl erlassen worden. Unter Mittheilung des Signalements des ꝛc. Raveaux ersuche ich die betreffenden Polizeiofficianten, auf denselben zu vigiliren, ihn im Betretungsfalle zu verhaften und mir vorzuführen. Köln, 22. Juni 1849. Der Oberprocurator, John. Signalement. Alter 40 Jahre, Größe 5 Fuß 10 Zoll, Gesicht länglich, Haare schwarz, Stirn frei, Augenbraunen schwarz, Augen braun, Nase und Mund gewöhnlich, Kinn oval, Bart schwarz, Gesichtsfarbe blaß, Statur schlank."

Die „Augsburger Allg. Ztg." ist um Aufnahme folgender Reclamation gebeten worden:

„Der mich verdächtigende Correspondenzartikel der „Deutschen Zeitung", d. d. Köln, 11. Juni, ist auch in Nr. 167 der „Allg. Ztg." übergegangen; ich ersuche Sie, in Ihrem vielgelesenen Blatt als Antwort darauf die Mittheilung machen zu wollen, daß ich schon längere Zeit einen meiner Freunde mit der Regulirung meiner Geschäftsangelegenheiten in Köln beauftragte, namentlich aber in jüngster Zeit, weil meine Abwesenheit vielseitig zu meinem Nachtheil benutzt wird, den Advocatanwalt Hrn. Commer in Köln bevollmächtigt habe, meine beiden in Brühl gelegenen Landhäuser sammt Gärten und Ländereien, sowie mein Geschäftshaus in Köln, überhaupt meinen in Preußen gelegenen Grundbesitz öffentlich versteigern zu lassen und jeden, der eine rechtmäßige Forderung an mich hat, aus den Kaufschillingen auszuzahlen. Stuttgart, 18 Juni 1849. Fr. Raveaux."

‖ **München**, 24. Juni. Von den heftigen Stürmen der letzten Zeit ermattet, haben sich bei uns alle Parteien einem augenblicklichen Schweigen überlassen, und von Außen scheinen alle politischen Bestrebungen auszuruhen. Die großdeutsche Partei will die Resultate der v. d. Pfordtenschen Mission abwarten, die demokratische sieht mit Besorgniß auf das, was in der Pfalz und Baden geschieht, und amüsirt sich in der Zwischenzeit über den „Verräther" Römer loszudonnern. Aber diese augenblickliche Ruhe wird bald einem heftigen Wahlkampf Platz machen, dessen Vorboten schon einzeln auftreten. Alle Parteien sind von der Wahrheit durchdrungen, daß die nächste Kammer in ihrem Schooß die Entscheidung bringen werde; die Majorität, welche die kommenden Wahlen in die Volksvertretung schicken werden, muß die Regierung des Landes in ihre Hände bekommen, denn die Bewilligung des ordentlichen Budgets läßt sich nicht mehr hinausschieben, und ohne eine Zustimmung der Kammer weiß man nicht, wie die enormen Summen gedeckt werden sollen, welche über das ordentliche Kriegsbudget hinaus aufgewendet wurden. Von Seite der Behörden aus wird auch schon die Wählerliste des Vorjahres einer genauen und umständlichen Revision unterworfen, weil man behauptet, es seien viele nicht Wahlberechtigte zu der letzten Wahl gezogen worden, und auch von den Parteien bemühen sich Emissäre zu Einem auf das Zimmer und suchen so eine Statistik aufzunehmen. Auf dem Lande wird ebenfalls nicht wenig gearbeitet und alle Springfedern der Leidenschaft werden in Bewegung gesetzt, wobei freilich bald ein ultramontaner, bald ein demokratischer Sendling bei der naiven Naturwüchsigkeit unserer oberbayerischen Landleute gegen den § 137 der Grundrechte mit Prügeln behandelt wird; doch schön ist es, für seine Ansichten zu leiden. Der erste Preßprozeß, welchen oberbayerische Geschwornen abzuurtheilen hatten, hat mit einer Freisprechung geendet, was die merkwürdigsten Urtheile über das ganze Geschworneninstitut hervorrief, und in den Herzen der hierüber Entrüsteten eine verstärkte Sehnsucht nach dem vom Minister Hrn. v. Kleinschrod der letzten Kammer vorgelegten Preßgesetzentwurf erweckte, nach welchem Gesetze freilich niemals mehr ein Redacteur unbestraft bleiben würde.

Bayerische Blätter enthalten folgende Erklärung:

Die „Augsburger Abendzeitung" und aus derselben der „Nürnberger Correspondent" enthält die Angabe: „der Unterzeichnete als früherer Kriegsminister sei die Veranlassung, daß die preußische Armee den bayerischen Truppen in der Pfalz den Rang abgelaufen hätte, weil er aus „Lässigkeit" die Ordre zum Ausmarsch der diesseitigen Truppen nach der Pfalz fünf Tage unexpedirt habe liegen lassen." Das Wahre an der Sache ist, daß der Marsch diesseitiger Truppen nach der Pfalz am 31. v. M. definitiv beschlossen, die Marschorten am 1. d. expedirt wurden, während der Unterzeichnete am 30. Mai bereits die Führung des Kriegsministeriums abgegeben hatte. Was das in jenem Artikel dem Unterzeichneten ebenfalls zur Last gelegte „Imstichlassen" der Festung Landau anbelangt, so bemerken die im Kriegsministerium liegenden Rapporte, daß die stattgefundenen Verlegenheiten dieses Platzes lediglich durch den Abfall des größeren Theiles der aus Pfälzern bestandenen, der Verführung unterliegenen Infanterie entstanden sind, während deren Haltung und Geist bis zum Eintritt der Ereignisse selbst in allen Dienstmeldungen stets lobend und rühmend aufgeführt, mithin der eingetretene Abfall keineswegs vorauszusehen war. Der Unterzeichnete ersucht um Aufnahme der gegenwärtigen Erklärung auf den Grund der Thatsachen und der Parteilosigkeit der öffentlichen Blätter. München, den 22. Juni 1849. Generallieutenant v. Lerchenfeld.

Dresden, 21. Juni. Ein Befehl an sämmtliche Communalgarden des Landes schreibt vor, daß die gesetzlich vorgeschriebenen Uebungen der Communalgarden, deren Aussetzung mittelst Befehls vom 21. v. M. angeordnet war, in allen Orten, welche sich nicht im Kriegsstande befinden oder wegen deren nicht eine besondere gegentheilige Anordnung an die Corpscommandanten ergeht, wieder zu beginnen haben. Uebrigens werden alle sogenannte Feldmanoeuvres, insbesondere dergleichen mit Pulverpatronen, wie sie im vorigen Jahre häufig, zum Theil über die Ortsbezirke hinaus und oft mit Hintansetzung der allgemeinen gesetzlichen Vorschriften stattgefunden haben, untersagt.

k **Leipzig**, 22. Juni. Der Umschlag in der öffentlichen Meinung Sachsens, der in Folge des unsinnigen Dresdner Unternehmens stattgefunden hat, ist außerordentlich und gibt zu ernsten Befürchtungen wegen Uebertreibungen nach der andern Seite hin Anlaß. Wir sind, was die Gesinnungen in einem großen Theil der Bevölkerung, namentlich den besitzenden und gewerbtreibenden Klassen betrifft, im schönsten Zuge einer Reaction, welche kaum noch vor einem Rücksprunge in die vormärzlichen Zustände zurückscheut. Man will nur Ruhe, Ruhe um jeden Preis, alles Andere ist gleichgiltig. Hier und da macht man wohl eine Faust in der Tasche gegen die Regierung, die, wie man wohl begreift, zum großen Theil an diesem Unheil schuld ist; man ist auch erbittert gegen Preußen, aber man fügt sich doch Allem, läßt Alles geschehen, um nur Ruhe zu haben. Die Regierung scheint zur Zeit noch nicht diese Stimmung des Landes ausbeuten oder mißbrauchen zu wollen, was sie wohl könnte, obgleich es freilich unklug wäre; von eigentlich reactionären Maßregeln im Innern redet man bis jetzt nichts. Zum Theil freilich mag das Unterbleiben derselben weniger der Ehrlichkeit und Klugheit der Minister, als dem strengen Rechtlichkeitssinn des Königs zuzuschreiben sein, der zwar starr gegen Anforderungen weiterer Fortschritte, aber auch ebenso fest in Aufrechthaltung des einmal Bewilligten ist. Man spricht ziemlich zuversichtlich davon, daß es die Absicht der Minister gewesen sei, ein neues Wahlgesetz für Sachsen zu octroyiren, weil man mit dem Braun-Oberländerschen nicht länger regieren zu können meint, daß aber der König einem solchen Verfassungsbruch sich auf das Bestimmteste widersetzt habe und somit der nächste Landtag noch nach diesem Wahlgesetze zusammentreten soll. Ihm wird dann die Revision des Gesetzes, nach Vorschlägen der Regierung, anheimgegeben werden. Ob freilich nicht die Minister noch auf dem Verordnungswege und unter der Form bloßer „Auslegung" und „Aufführung" des Wahlgesetzes die ihnen anstößigen Punkte desselben abzuändern und unschädlich zu machen versuchen werden, müssen wir abwarten. Wenn die Regierung übrigens klug ist, so läßt sie, ohne viel Zuändern und ohne die öffentliche Meinung durch solche kleinliche Rechtskränkungen von Neuem gegen sich aufzubringen, die Wahlen zum Landtage rasch und ungesäumt in Gottes Namen nach dem bisherigen Wahlgesetze vor sich gehen. Es müßte sonderbar kommen, wenn die radicale Partei, die denn doch durch die letzten Ereignisse eine starke Schlappe erhalten hat und durch den Verlust beinahe aller ihrer Führer augenblicklich total desorganisirt ist, bei diesen Wahlen obsiegen sollte. Ob dies aber nicht der Fall sein würde, wenn man ihr Zeit ließe, sich wieder zu erholen und zu organisiren, ist eine andere Frage. Ebenso desorganisirt, wie die radicale, ist leider die gemäßigt liberale und deutschgesinnte Partei der sogenannten Deutschen Vereine. Durch allerhand persönliche und sachliche Mißstände ist es mit diesen dahin gekommen, daß entweder ihr Fortbestand, oder, was schlimmer ist, ihr Princip auf dem Spiele zu stehen scheint. Bei einer am vorigen Sonntag hier abgehaltenen Generalversammlung von Abgeordneten der Deutschen Vereine aus dem ganzen Lande ist zwar die Frage: ob die Deutschen Vereine auch fernerhin fortbestehen sollen? bejaht, dagegen aber sind in Bezug auf das Programm solche Aenderungen vorgenommen und in Bezug auf die zunächst zu ihnenden practischen Schritte solche Beschlüsse gefaßt worden, daß daraus eine offene Spaltung innerhalb der Vereine selbst hervorgeht, indem der eine Theil entschieden nach rechts hin zu drängen, und eine Annäherung, ja wohl gar eine Verschmelzung mit den streng conservativen constitutionellen Vereinen zu erstreben scheint, während ein anderer, der aber am Sonntag in der Minderheit gewesen ist, an den bisherigen Principien des Vereins festhält. Außerdem scheint sich neuerdings noch eine andere, den innersten Kern der deutschen Stämme berührende Meinungsverschiedenheit im Schooße derselben geltend machen zu wollen, indem eines der thätigsten Mitglieder des leitenden Ausschusses der Vereine zu Leipzig, Dr. Schletter — man weiß nicht, ob unter dem Einflusse Wuttkes, oder aus plötzlicher eigner Eingebung — mit einem Male das vom Deutschen Vereine fortwährend festgehaltene Einheitsprincip für die Constituirung Deutschlands in Frage stellt und auf eine Verfassung im Sinne der bayrisch-österreichischen Politik hinarbeitet, wobei er einen eifrigen Gehilfen in dem Dr. Jacobi findet. Den vereinten Anstrengungen dieser beiden Herren ist es am vorigen Sonntag gelungen, die deutsche Frage, d. h. die Frage: wie sollen die deutschen Vereine sich zu dem Berliner Verfassungsentwurfe stellen? gänzlich aus der Debatte fern zu halten, obgleich grade diese Frage ein Hauptmotiv für Berufung der Generalversammlung gewesen war. Man beschloß „aus Mangel an Zeit", die Lösung dieser Frage den einzelnen Vereinen zu überlassen. Aus diesem Grunde soll die Mehrheit des Leipziger Ausschusses, namentlich die HH. Göschen, Haupt, Jahn alle mit dem Plane eines Austritts in Masse aus dem Verein, oder aber einer Auflösung des Vereins selbst umgehen, um diesen nicht zum Werkzeug einer Richtung werden zu lassen, welche der ursprüngliche der Deutschen Vereine so schnurstracks zuwiderläuft. Als Beleg für die Schwenkung nach rechts, die ein Theil der Deutschen Vereine machen zu wollen scheint, ist anzuführen, daß ebenfalls am vorigen Sonntag ein Landeswahlausschuß für Vorbereitung der nächsten Landtagswahlen eingesetzt ward, zu welchem vier entschieden nach rechts sich neigende Mitglieder, und nur zwei von etwas mehr linker Färbung gewählt wurden, daß jene vier noch überdies den Eintritt des einen zugewählten Mitgliedes, als eines „zu links Stehenden", sich förmlich verbaten, und daß sie, behufs der ihnen zur Pflicht gemachten Ergänzung des Comites durch Notabilitäten der Partei außerhalb der Vereine, u. A. drei Mitglieder abgetretener Ministerien, darunter auch ein vormärzliches, in Vorschlag bringen wollten. Daß die eigentliche gemäßigt liberale und deutsche Partei im Lande der Leitung eines solchen Wahlcomites folgen werde, ist kaum zu erwarten, ebendarum aber eine Zersplitterung der Partei und ein Unterliegen derselben gegen die andern Parteien nur um so mehr zu besorgen. Denn je mehr die Mittelpartei auf diese Weise in sich zerfällt, um so fester schließt die äußerste

Rechte, die Partei der constitutionellen Vereine, sich zusammen. Sie hat in den letzten Tagen wieder einen Aufruf erlassen, und hat an ihre Spitze den hiesigen Kaufmann Harkort gestellt, einen Mann von großer Energie und Thätigkeit, der seines tüchtigen Charakters wegen die allgemeine Achtung genießt und verdient, aber sehr conservativen Ansichten huldigt. — Daß Sachsen in dem zu Berlin zusammentretenden Verwaltungsrath der verbündeten Staaten durch Herrn v. Zeschau vertreten werden soll, muß man als ein bedenkliches Zeichen ansehen für die Richtung, die man von hier aus diesem Verwaltungsrathe geben zu müssen glaubte, denn Herr v. Zeschau — alle Achtung seinen diplomatischen und finanziellen Talenten! — war die Seele des durch die Bewegung des März im vorigen Jahre gestürzten Ministeriums; er war ferner früher Bundestagsgesandter — seine Vergangenheit ist also keineswegs von der Art, daß sie für seine Mitwirkung bei einem Organe, welches die Geschicke Deutschlands leiten soll, eine vertrauenerweckende Vorbedeutung abgeben könnte. — Der sächsische Landtag soll, wie man bestimmt hört, im August zusammentreten, und soll demselben die Uebereinkunft mit Preußen in der deutschen Sache zur Genehmigung vorgelegt werden.

Leipzig, 23. Juni. Der hiesige deutsche Verein hat in seiner gestrigen Sitzung mit 42 gegen 39 Stimmen beschlossen, sich aufzulösen. Der Antrag hierzu ging von der Majorität seines jetzigen Ausschusses aus.

Stuttgart, 23. Juni. Heute frühe wurde das Hauptquartier des Generals Miller von hier weg nach Heilbronn verlegt. Ein Bataillon Infanterie wurde heute frühe um 6 Uhr auf der Eisenbahn nach Heilbronn befördert.

Heilbronn, 22. Juni. Vom hiesigen Oberamtsgerichte werden acht des Hochverraths, beziehungsweise des Landesverraths Verdächtige, welche sich der Untersuchung durch die Flucht entzogen haben, steckbrieflich verfolgt. Unter ihnen sind: Apotheker Fr. Mayer, Buchhändler A. A. Lutbrecht, Buchdrucker A. Rueff von hier und der vormalige Unterlehrer Winkle von Dietenheim.

Darmstadt, 16. Juni. Der constitutionell-monarchische Verein dahier in Gemeinschaft mit dem von Arheilgen (einem benachbarten, stark bevölkerten Dorfe) hat nachstehenden Beschluß einstimmig angenommen: 1) Wir verwerfen die in Stuttgart als Nationalversammlung fortlagende Partei sammt allen ihren Beschlüssen und Maßregeln; 2) verwerfen wir namentlich die von ihr eingesetzte Regentschaft, die auf Gehorsam weder ein Recht hat noch verdient; 3) verwerfen wir jede Verwendung öffentlicher Gelder für jene Partei und ihre Regentschaft als schnöden Mißbrauch öffentlichen Guts; 4) richten wir an das Volk in Württemberg und in Stuttgart insbesondere das Ersuchen, der sog. Reichsversammlung und ihrer Regentschaft jede Unterstützung zu versagen und sich unserer Erklärung anzuschließen, welche Aufforderung 5) wir an alle gleichgesinnten Patrioten in ganz Deutschland hiermit ergehen lassen.

Darmstadt, 25. Juni. Die heute erschienene Nr. 45 des großh. Regierungsblattes enthält folgende Bekanntmachung des großh. Ministeriums des Innern, die Verkündigung des Kriegsrechts betreffend. „Die durch höchste Verordnung vom 28. Mai erfolgte Verkündigung des Kriegsrechts in einigen Landgerichtsbezirken der Provinz Starkenburg auf vier Wochen endigt mit dem heutigen Tage. Ein Grund zu ihrer Verlängerung ist glücklicherweise nicht vorhanden; mit Vergnügen spricht die großh. Staatsregierung ihre Zufriedenheit darüber aus, daß kein einziger Fall vorgekommen ist, welcher die Anwendung dieser Verordnung veranlaßt hätte."

Mainz, 25. Juni. Die regelmäßige Dampfschifffahrt zwischen hier und Mannheim hat seit gestern wieder begonnen. Zwei Compagnien mecklenburgische Schützen sind mit dem Dampfboote von Köln heute hier angekommen und bei den Bürgern einquartiert worden; dieselben marschiren Morgen nach dem Badischen. — Heute Morgen wurde ein gefesselter Freischärler von einem großherzogl. hess. Gensdarmen hierhergebracht und dem Platzcommando überliefert, welches denselben in das Gefängniß der Citadelle bringen ließ.

Gotha, 22. Juni. Unsere Landstände haben im Einverständniß mit der Staatsregierung beschlossen, daß die beantragte neue Wahl eines Reichstagsdeputirten für Koburg jetzt nicht zulässig sei, auch drei Deputirte zum Congreß thüringischer Landtagsabgeordneter erwählt, welcher zum Beruf festeren Zusammenschlusses rücksichtlich des Verhaltens in der deutschen Verfassungsfrage am 17. in Gotha stattfinden. — Seit einigen Tagen verweilen hier die Brüder unserer Herzogin, Prinz Friedrich und Wilhelm von Baden. Am 16. kam zugleich mit Prinz August von Sachsen-Koburg und Gemahlin der Prinz Leopold aus England zum Besuche an. — Noch vor Eröffnung der am 26. zu Gotha beginnenden Verfassungsberathung wird auch der Herzog aus Schleswig zurückgekehrt sein.

Sigmaringen, 22. Juni. Das Gerücht, daß die provisorische Regentschaft hier ihre Thätigkeit fortzusetzen beabsichtige, scheint nicht unbegründet gewesen zu sein; wenigstens kamen die Mitglieder derselben hier an, setzten jedoch nach kurzem Aufenthalt die Reise nach Baden fort; von hier bis Mösskirch hatten sie bürgerliche Ehrenbegleitung. — Von Riedlingen hat sich eine Anzahl der bei den letzten Unruhen am meisten Betheiligten hierher geflüchtet.

Hamburg, 24. Juni. Gerüchte, welche heute an der hiesigen Börse im Umlaufe waren und die sich auf Kopenhagener, aus erster Quelle herrührende Berichte stützen sollen, stellen den Eintritt einer Waffenruhe in baldige Aussicht.

Galizien.

⊙⊙ **Lemberg**, 17. Juni. Dukla ist ein kleiner Ort in den Karpathen, durch den die Hauptstraße nach Ungarn führt, von wo der magyarische Anführer Dembinski mit 40,000 Insurgenten, worunter saß ein Drittheil Polen, in Galizien einzubrechen gesonnen scheint. Weil nun in dortiger Gebirgsgegend über 60,000 Russen stehen, so dürfte es höchst wahrscheinlich dort zu einer Schlacht kommen. — In den nächsten Tagen erwarten wir hier den Durchmarsch von 50,000 Russen, meistens Reiterei; die Quartiere sind bereits bestellt. Seit dem 13. Juni (1. Juni russischen Kalenders) besteht hier ein russisches Paß- und Polizeibureau, das seine Spione gut bezahlt und daher auch die Verhaftungen vieler compromittirten Personen und Ruhestörer, nebenbei auch die Abstellung sehr vieler Mißbräuche veranlaßt hat. Der fleißige Landmann und Bürger ist es satt, das Getreide einer polnischen Faction länger zu ernähren, die nur Lug und Trug mit der Wiederherstellung der altpolnischen Adelsherrschaft im Schilde führt, wenn sie auch dieses mit dem Mantel der Demokratie, des Socialismus und Communismus verdecken will. — Es bestätigt sich, daß der russische Kaiser den Generallieutenant Lüders, in der Walachei mit seinem Armeecorps gegen Siebenbürgen vorzurücken und die Städte Brassow (Kronstadt) und Zibin (Hermannstadt) zu besetzen, beauftragt hat. Ueber den Erfolg haben wir noch nichts erfahren. — Das österreichische Kriegsministerium entwickelt eine ungemeine Thätigkeit in Fortsetzung der Kriegsrüstungen; Rekrutirungen dauern fort, Montirungen werden in großer Anzahl angefertigt, und die hier concentrirten 5. Bataillone von 8 galizischen Regimentern sind durch unausgesetzte Waffenübungen so vervollkommt worden, daß man sie vor dem Feinde gebrauchen kann. Es ist an alle pensionirte Offiziere die Aufforderung ergangen, daß sie wieder zu Kriegs- oder Garnisondiensten eintreten mögen, ein Beweis, daß man erfahrene und gediente Offiziere jetzt mehr als je nöthig hat. — Man ist in Galizien dem Heilmittel eines alten Bauers im Gebirge auf die Spur gekommen, mit welchem er sehr viele Cholerakranke in den Ebenen schnell geheilt hat. Es ist dieses nichts anders als die mit Zucker eingemachte Wurzel der kleinen gelben Berghauswurz (Sedum parvum montanum). Dieses Eingesottene wird dem Kranken kaffeelöffelweise alle Stunden gereicht; in der Zwischenzeit muß der Kranke Thee von Feldcamillen trinken.

Dänemark.

Kopenhagen, 21. Juni. Die „Berlingsche Zeitung" macht die Veranstaltungen des Finanzministeriums, betreffend die Vorsichtsmaßregeln und Quarantainebestimmungen, bei der Ankunft der russischen Flotte bekannt. — Das preußische Dampfschiff „Oder", das Depeschen vom Kammerherrn Reedtz über Stralsund aus Berlin gebracht, ist wieder abgegangen, aller Wahrscheinlichkeit nach mit Antwortdepeschen; die Stellung bei Aarhuus war noch am 17. unverändert. Das ist das Einzige, was man vom Stande der Verhältnisse zwischen Preußen und Dänemark weiß. Daß die Friedensunterhandlungen dadurch gestört und verzögert werden, daß ihr Inhalt zugleich eine Lebensfrage des dänischen Ministeriums und eine staatsmännische besonnenere Auffassung der Verhältnisse ohne eine Modification des Ministeriums nicht möglich ist, kommt mehr und mehr zur allgemeinen Einsicht. Das Ministerium hält im Auslande den Frieden damit hin, daß es die conservativen Sympathien der Höfe für sich anruft und mit einer Revolution in Kopenhagen droht, wenn die Friedensbedingungen nicht seinen empörenden Forderungen entsprechen. Und im Inlande sagen seine Blätter von solchen Bedingungen, welche eine baldige und billige Erledigung der Streitfrage verlangen: das sind Minen, um das Ministerium zu sprengen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten

Benachrichtigungen.

[1173] **Bekanntmachung.**

Bei hiesiger Fahrpost-Expedition befinden sich verschiedene im Postgebäude und in den eilwägen zurückgebliebene Passagier-Effecten, als: Handschuhe, Stöcke, Bürzer, Utensilien zum Tabakrauchen, Messer, 1 Flasche, 1 leerer Necessair, Mützen, Sackmäntel &c.

welche Gegenstände unterzeich sechs Monaten von heute an gegen gehörige Legitimation in Empfang zu nehmen sind, weil anfernd in anderweit darüber verfügt werden wird.

Frankfurt a. M., den 23. April 1849.

Fürstlich Thurn u. Taxis'sches Ober-Post-Amt.

1546] **Amtliche Bekanntmachung.**

Um die Aufführung der in der deutschen Wechselordnung in Betreff der Protesterhebung vorgeschriebenen Bestimmungen sowie der Vorschrift des § 10 des hiesigen Einführungsgesetzes vom 27. März 1849 zu sichern, welches lege artis besondere vorschreibt:

„die Proteste werden Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr aufgenommen; die Wechselnotare haben die ihnen zukommenden Aufträge schnell und pünktlich zu besorgen,"

wird, in Uebereinstimmung mit der den hiesigen Wechselnotaren deßhalb ertheilten Instruction, zur allgemeinen Nachachtung bekannt gemacht:

„daß die Ablieferungszeit der ausgefertigten Proteste für alle bis um 12 Uhr Vormittags übergebenen Wechsel spätestens auf den folgenden Tag Vormittags 11 Uhr und für alle Nachmittags nach 2 Uhr übergebenen Wechsel auf den folgenden Tag spätestens Nachmittags 3 Uhr festgesetzt wird;"

und ferner:

„daß zur rechtzeitigen Protesterhebung am letzten Protestationstage die Wechsel bis 12 Uhr Vormittags den Wechselnotaren übergeben sein müssen."

Frankfurt am Main, 30. Mai 1849.

Rechnei- und Rentenamt.

Der Pflanzensaft

des Dr. **Boyveau-Laffecteur**, allein existirt, ist weit vorzüglicher als der Strop von Cuisinier, von Larrey, Sallerat'sche u. s. w. Er heilt gründlich ohne Quecksilber Hautausschläge, Flechten, Skropheln, Folgen der Krätze, Geschwüre und von Ausschlagskrankheiten, von Einbildungen herrührende Uebel, wie auch solche der kritischen Jahre und der erblichen Schärfe von natürlichen Gebrechen. Das wirksamste Blutreinigungs-Mittel ist er für die Ablagerungen der Syphilis, für Niederschlagung und Schwäche der Organe, herrührend von übertriebenen Einsprützungen oder von Sonnen, sehr vortheilhaft. Als syphilitisches Gegenmittel heilt dieser Saft in kurzer Zeit frische oder hartnäckige eiternde Harngangflüsse, welche sich stets erneuern in Folge der Anwendung von Cubebe, Kubebe oder von Einsprützungen, welche das Gift zurücktreiben, ohne es unwirksam zu machen. Der Boyveau'sche Saft ist hauptsächlich anzuempfehlen gegen frische, eingewurzelte oder dem Quecksilber und der Verbindung des Potassiums widerstehende syphilitische Krankheiten. Der Prospectus über dessen Behandlung wird gratis und franco denjenigen zugeschickt, welche ihr desfallsiges Verlangen an Dr. **Girandeau de St. Gervais**, Rue Richer Nr 12 in Paris, ergehen lassen. Derselbe ertheilt ärztliche Consultationen unentgeltlich durch Correspondenz. — Preis des Saftes 7 Frs. 50 Ct. In haben bei nachstehenden Apothekern:

Laurentius, Hauptniederlage und Correspondenz, Dorotheenstraße in Leipzig; Knoderer in Straßburg; Dr. Galette in Mainz; Gebrüder Tripier in Lille; Tixmer, Apotheker in St. Petersburg; Köhler in Odessa; Burgers, Kalverstraat 164, in Amsterdam. [1360]

[1630] **Empfehlung für Brustkranke.**

Schon seit längerer Zeit kämpfte ich mit einem Brustübel, welches von Tag zu Tage schlimmer wurde, so daß ich schon alle Hoffnung verloren, je wieder meine Gesundheit zu erlangen, da ich viele ärztliche Mittel dagegen angewendet ohne den gewünschten Erfolg. — Endlich rieth man mir, das berühmte curative Mittel gegen die Brustkrankheit, Schwind- und Lungensucht zu gebrauchen, welches bei dem Commissionär Herrn **Friedrich Winther**, Schulterblatt Nr. 15, vor Hamburg, die Flasche nebst Gebrauchszettel für einen Holländischen Ducaten und 8 gute Groschen zur Emballage, zu bekommen sei. Sogleich ließ ich mir eine Flasche davon holen und gebrauchte es nachschriftsmäßig; bemerke nach Ausbrauch derselben bedeutende Linderung meines Uebels, worauf ich den Gebrauch noch einige Zeit fortsetzte und nun zu meiner großen Freude veröffentlichen kann, daß es durch diesen herrlichen Trank meine Gesundheit wieder erlangt habe.

Dies zur Nachricht für alle Brustkranke.

Schulterblatt Nr. 6, vor Altona, den 23. Febr. 1849.

Peter Eckhoff, Gastwirth.

Zeugniß.

Die Pflicht der Dankbarkeit fordert mich auf, dem Herrn Commissionär **Friedrich Winther**, Schulterblatt Nr. 15, vor Hamburg, hierdurch öffentlich für das bei ihm in Commission zu habende Heilmittel für Brust- und Auszehrungsleidende ein empfehlendes Zeugniß auszustellen. Die außerordentliche Wirksamkeit desselben hat sich an mir, der ich seit Jahren an den unvermeidlichen Folgen meiner Lebensarbeit, der sogenannten Steinbrecherkrankheit, d. h. Auszehrung, gelitten habe, und die zu heilen alle ärztliche Kunst sich bisher vergeblich bemüht hat, auf die wohlthätigste und heilsamste Weise bewährt. Indem ich daher Herrn Winther meinen innigsten Dank aus der Ferne zurufe, ersuche ich ihn zugleich mit der Bitte, durch Veröffentlichung desselben die Aufmerksamkeit aller meiner an dem Uebel leidenden Mitmenschen auf dieses Heilmittel zu ihrem Wohle hinzuleiten. Der Preis einer Flasche nebst Gebrauchszettel beträgt einen holländischen Ducaten und 8 gute Groschen zur Emballage.

Reichstein, bei Königstein, im Königreich Sachsen, am 17. März 1849.

Traugott Franz, Steinbrecher.

Cours der Staats-Papiere. 26 Juni 1849 (Schluss der Börse.)

		pCt.	Papier.	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	74½	74	Westfal.	Obligationen d. Rothsch.	3½	80⅛	79½
»	dito dito . .	4	59	58½	»	Neue Württemberg.	4½	95½	95½
»	dito dito . .	2½	40	39⅝	Nassau	Obligat. d. Rothsch.	3½	82½	81⅝
»	Bank-Actien à D. .		1063	1058	»	à 25 Loose		22⅜	21⅜
»	250fl. Loose à Rthl.		78½	78	Frankfurt	Obligationen	5	86⅜	85⅜
»	1860 » dito		126	125	»	dito v. 1839	5	91⅛	91⅛
»	Gothaum. Obligat	3½	—	67	»	dito v. 1848	5½	93⅛	92⅝
»	dito dito	4	—	60	»	Taunusbahnactien .		297	294
Preussen	Staatsschuldscheine	3½	83½	82½	Holland	Integrale	2½	51⅛	50⅞
»	Prämienscheine . .		—	102½	»	Holländ. à 20 . .	5	—	78½
Bayern	Obligationen	3½	—	79½	»	Syndicate	3½	—	80
Darmstadt	à 50 Loose		73½	73½	Spanien	Activmch. incl. 16 Cp	5	—	—
»	à 35 dito		23½	23	»	innere Sch. neue Obl	5	25½	25½
»	Obligationen	3½	81½	81	Portugal	Consols Lst. à £ 19	3	—	—
»	dito	4	85	84½	Polen	à 300 Loth. Loos Rth.		—	99½
Baden	Obligationen v. 1842	3½	78½	77½	»	Obligationen de 5 Rbl	5	74½	73½
»	à 50 Loose v. 1845		50	49½	Russland	in S. à 5 R. b. Opm. cct.	5	—	83
»	à 35 Loose		23½	23	»	dito b. Schiegl. in C	5	—	82½

Gold.	R.	kr.	Silber.	R.	kr.	Diverse Actien u. Loose	Brief.	Geld.
Pistolen	9	57½	Geld al Marco .	342	—	Kurhessische Loose . . .	24⅞	23⅞
Pr. Friedrichsd'or	9	39	Laubth., ganze .	—	—	Sardinische Loose . . .	25½	24⅝
Holl. 10 fl. Stücke	10	6½	Preuss. Thaler .	—	—	Cöln-Aachen	—	—
Rand Ducaten . .	5	40	5 Frankenthaler .	—	—	Cöln-Minden	82½	81⅝
20 Francsstücke	9	41	Reichsthaler Silber	24	30	Ludwigsh.-Bexbach . . .	74½	74
Kais. Souverains	12	5	Gulden u. drittel	24	20	Pfälz.-Ludw.-Nordbahn	37½	37½

Auch per diverse: 25½ H. 4-4 — . Je 0 Spanier — Taunusbahn-Actien (pr. Ult.) — Ludw.-Bexb. — P.-W.-Nordb. — 0.

Wechsel-Cours.

Den 26 Juni.		Papier.	Geld.
Amsterdam	k. S.	101⅛	—
(150 S. Crt.)	2M.	—	100⅝
Augsburg	k. S.	—	115½
(100 fl. Crt.)	2M.	—	—
Berlin . .	k. S.	106	—
(60 Thlr.)	8M.	—	—
Bremen (50	k. S.	—	99⅝
Rthlr.) L.-dor	2M.	—	—
Hamburg .	k. S.	85½	—
(150 Mk. Bco)	2M.	—	87½
Leipzig (60	k. S.	103⅜	—
Thlr.) L. d. M.	2M.	—	—
London . .	k. S.	121⅛	—
(10 Liv. St.)	3M.	—	120½
Lyon . . .	k. S.	95½	—
(300 Fr.)	2M.	—	—
Mailand (350	k. S.	—	100⅜
Lir. Austr.)	2M.	—	—
Paris . . .	k. S.	95½	95⅛
(300 Fr.)	2M.	—	—
Wien (100 fl.	k. S.	—	99½
in 2 20 Fl.	2M.	—	—
Disconto . . .		—	3½

A. Seligsbach, beeid. Makler.

Druck von August Osterrieth.

№ 151. — Mittwoch — den 27. Juni — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Für England und überseeische Länder: Leypel u. Comp., Nr. 31. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (¼ Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder Leypel & Comp., Nr. 31. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Wepf u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 75a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

☞ Mit dem 1. Juli 1849 beginnt ein neues Abonnement auf die **Frankfurter Oberpostamts-Zeitung**, welche das **von der deutschen Centralgewalt zur Veröffentlichung ihrer amtlichen Verkündigungen ausersehene Organ ist.** Von allen Blättern zuerst werden in ihr die aus sicherer Quelle ihr zugehenden Nachrichten schleunigst veröffentlicht. Die **Frankfurter Oberpostamts-Zeitung** und das **Konversationsblatt** zusammen werden, wie bisher, zu nachstehenden Preisen vierteljährlich abgegeben: 1. In dem Bestellbezirk von Frankfurt a. M. 2 fl. 30 kr.; 2. in Kurhessen, dem Großherzogthum Hessen, Nassau, den sächsischen Herzogthümern und den Hansestädten 2 fl. 30 kr.; 3. in Wimpfen 2 fl. 38 kr.; 4. in dem Königreich Württemberg, den hohenzollernschen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen 2 fl. 45 kr. — In der preußischen Monarchie, wie in den übrigen Staaten Norddeutschlands, ferner in Bayern und Baden kostet die Zeitung vierteljährlich 3 fl. 8 kr., und in der österreichischen Monarchie 6 fl. 24 kr. C.-M., einschließlich aller Nebenspesen.

Man ersucht um möglichst baldige Bestellung bei den betreffenden Postämtern. — Für Frankreich, England und überseeische Länder nimmt Herr G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28, und Paris Rue N. D. de Nazareth Nr. 23, Bestellungen an. — Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (¼ Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 Kreuzer.

Das Fortbestehen der Centralgewalt

Der Ausgangspunkt für die Entwicklung verfassungsmäßiger Verhältnisse ist jetzt nicht mehr in Frankfurt, sondern in Berlin, Dresden, Hannover, München und Wien. Die Nationalversammlung ist aufgelöst und ihr Werk ist — abgesehen von der Geltung, zu welcher dessen Grundzüge unter andern Formen noch kommen können — gescheitert. Die Verfassung ist Symbol und Wahrzeichen der Anarchie geworden. Die Grundrechte, die die Nationalversammlung leider aus falscher Popularitätssucht auf Herrn Schoders Antrag in das Volk schleuderte und die in manchen Territorien als Gesetze gelten, in manchen nicht, dienen nur dazu, den Rechtszustand statt gleichmäßig verschieden, statt gewiß und sicher, confus und ungewiß zu machen, und dem preußischen Verfassungsentwurfe gegenüber Verlegenheiten zu bereiten. So ist der einheitliche Punkt gesprengt, die gemeinsame, das Ganze repräsentirende Autorität ist geschieden und wir sind eben wieder an die vielen Centren, an Berlin, Hannover, Dresden, München und Wien gewiesen. Der Fehler, bei der Reconstituirung Deutschlands nur eine das Allgemeine repräsentirende Autorität zugelassen, und das besondere Element, die Staaten ausgeschlossen zu haben, hat sich bestraft. Behauptet man, mit acht und dreißig Staaten sei kein Vereinigen möglich, so hat sich nun gezeigt, daß ohne die acht und dreißig Staaten die Bundesstaatsverfassung ein Abstractum ist, der weiter nichts fehlt, als die Staaten, in denen sie gelten könnte. Die Initiative ist daher ganz einfach wieder an die Staaten gekommen. Diese schlagen, da sich die Einigkeit geschwinge denn die Einheit einer Reihe selbstständiger Staaten in friedlicher Weise nicht anders als durch Vertrag und Einigung dieser Staaten erreichen läßt, den Weg des Vertrages ein. Sie kommen darauf zurück, daß auch das föderative Element nicht fehlen dürfe. Kam vor mehr als einem Jahre beim Beginne der Bewegung der beabsichtigte Congreß in Dresden zu Stande, ward er nicht durch übelverstandenen Eifer und Benützung des Argwohns und Mißtrauens gegen Congresse und Staatsmeinigungen hintertrieben, so wären wir wahrscheinlich jetzt weiter, als wir sind.*) Die Staaten sehen aber, daß auch das allgemeine Element nicht zu entbehren ist, daß es nicht bloß auf eine Alliance, sondern auch auf eine Verfassung für Deutschland ankommt, und daß sich diese ohne Repräsentation des gemeinsam deutschen Elements nicht gründen läßt. Deßhalb ist die Berufung eines Reichstags vorgeschrieben.

Mit diesem Reichstage und dem Zustandekommen einer definitiven Verfassung auf dem eingeschlagenen Wege wird es seine Schwierigkeiten haben. Inzwischen, und bis es zu einer Verfassung kommt, scheint uns das Fortbestehen der Centralgewalt eine Nothwendigkeit zu sein. Sie ist das letzte Band, welches ganz Deutschland zusammenhält, der letzte Träger der Rechtscontinuität, der letzte Punkt, in welchem sich das allgemein deutsche Element repräsentirt findet, und an welchen — falls es zu der beabsichtigten Verfassung nicht kommt — wieder angeknüpft werden könnte.

Es liegt jetzt in der Hand der Staaten, ob die Centralgewalt fortbestehen oder verschwinden soll. In Deutschland konnte eine über alle Staaten stehende Centralregierung nur so lange Gewicht und Ansehen haben, als die größern Staaten innerlich zerrüttet waren und theils zum Nachgeben gezwungen wurden, theils in der Centralgewalt einen Schutz gegen die Anarchie fanden. Als sich die Staaten erholt hatten, war aber nur das frühere Verhältniß möglich, die Mächtigen duldeten keine Centralregierung über sich, sondern nahmen selbst die Leitung oder mindestens Theilnahme an der Leitung in Anspruch, die minder mächtigen fanden aber wohl in dem Bestehen einer gemeinsamen, allen vorgesetzten Regierung eine Garantie ihrer Selbstständigkeit, mußten aber in einer Zeit, wo es wesentlich auf Schutz und Hilfe ankommen konnte, diese Regierung mit einer tüchtigen materiellen Macht ausgerüstet zu sehen wünschen. Unter diesen unglücklichen — wenigstens für die Herstellung einer deutschen Einheit unglücklichen — Verhältnissen droht sich Alles aufzulösen. Preußen hat den Beruf, in den gemeinsamen Angelegenheiten einen ganz entscheidenden Einfluß zu üben. Ob aber für diesen Einfluß gerade eine einheitliche monarchische Form der gemeinsamen Regierung die richtige sei, ob sie nicht zu einer Spaltung Deutschlands, zu Verwickelungen mit dem Auslande führt, ist eine Frage, die wir weit lieber durch ein rasches Zugreifen gelöset gesehen hätten, als daß wir uns in Zweifel und Bedenklichkeiten dabei vertiefen. In Süddeutschland kann die Frankfurter Verfassung sammt Grundrechten und Wahlgesetz und der auf diese sich stützende ständische Widerspruch gegen die Berliner Vorschläge sehr wohl ein Grund werden, diesen Vorschlägen nicht beitreten zu können, und wer am Ende über diesen Nichtbeitritt zufrieden oder unzufrieden sein möchte, dürfte wenigstens auf den ersten Blick nicht klar sein.

In dieser trüben und verworrenen Lage kann allerdings nicht davon die Rede sein, daß die Centralgewalt als einheitliche starke Regierung auftrete. Dazu fehlen ihr allerdings die Mittel. Sie hat aber, solange noch nicht alle Staaten dem preußisch-sächsisch-hannoverschen Bündnisse beigetreten sind, zwischen diesem Bündnisse und dem Reste von Deutschland die Einheit zu bewahren, und die Fortdauer der Bundesrechte und Bundespflichten, die zwischen beiderlei Staaten, wenn wir nicht geradezu die Spaltung Deutschlands zulassen wollen, fortbestehen müssen, zu erhalten.

Wahrlich, es ist leichter zu zerstören als aufzubauen. Ist der letzte Punkt der Einheit, der jedenfalls, er mag noch so schwach sein, doch rechtlich die Continuität der Zustände wahrt, vertilgt, so wird es schwer sein, die Einheit herzustellen. Bewahren wir wenigstens die Einheit, die die Bundesverfassung gab, und lassen wir den Spruch le mieux est l'ennemi du bien hier keine Anwendung finden. Es bedurfte großer und schwerer von Außen kommender Gefahren, um in Deutschland wenigstens die — mit vollem Rechte nicht für genügend gehaltene — Einheit des Bundes möglich zu machen. Zählen wir nicht auf gleiche Gefahren. Das Zerfallen Deutschlands in drei oder vier Stücke gäbe ein schlimmeres Resultat als die Bundesverfassung, und wenn in den einzelnen Stücken noch soviel Einheit und Centralisation wäre, so würde man sich doch bald überzeugen, daß diese Einheit nicht das Ziel war, für dessen Erreichung man Opfer bringen wollte.

*) Die „Oberpostamts-Zeitung" muß, wie oft erwähnt, bei der neuen Phase, in welche die Entwickelung unseres Vaterlandes getreten, jeder Ansicht den Ausdruck gönnen. Sie kann sich aber die Aeußerung nicht versagen, daß das Mißtrauen gegen die Ministerconferenz in ihren Früchten wohl volle Berechtigung hatte. Wenn wir durch den Dresdner Congreß ohne Dazwischenkunft des Nationalparlaments weiter sein könnten, so könnten wir auch weiter rückwärts sein.

Red. d. „O.P.A.-Z."

Aus Baden.

** Allmälig gestalten sich die Nachrichten vom Schauplatz des Insurrectionskrieges in Baden zu einem vollständigen, zusammenhängenden Bild, da nunmehr der Verkehr zwischen Karlsruhe und rheinabwärts vollständig hergestellt ist und die neuesten Briefe und Blätter sammt den verspäteten vorliegen. Es läßt sich nicht in Abrede stellen: die Aufständischen haben ihre Fahne mit Muth und Ausdauer, aber nicht mit Glück, und noch weniger mit Geschick vertheidigt; sie ist deßhalb heute schon als verloren zu betrachten, obgleich der Kampf der Verzweiflung südwärts von Karlsruhe, in Rastatt und vielleicht im Oberlande fortgesetzt werden zu wollen scheint. Am 20. sind die Preußen bei Germersheim über den Rhein, am 21. wurden die Badenser bei Wagbäusel, am 22. bei Sinsheim, am 23. bei Ubstadt geschlagen; Mannheim und Heidelberg sind seit dem 22., Karlsruhe seit dem 25. besetzt. Die letztere Nachricht findet heute ihre directe Bestätigung:

Ein Extrablatt zur „Karler. Zeitung" enthält folgende Nachricht: Karlsruhe, 25. Juni, 3 Uhr Nachmittags. Soeben ziehen die königl. preußischen Truppen, von den Einwohnern der Stadt freudig begrüßt, hier ein. Seit heute Mittag 12 Uhr hatte ein kleines Gefecht bei Durlach stattgefunden, in Folge dessen sich alle badischen Truppen und Volkswehren, sowie die Freicorps schleunigst von hier über Ettlingen nach Rastatt zurückgezogen haben.

Heidelberg, 25. Juni, Abends 11 Uhr. Soeben kommt ein Extrazug von Karlsruhe mit einem Courier, der an den Großherzog nach Mainz gesandt wird, um ihm das Einrücken der Preußen in Karlsruhe zu melden. Bei Durlach, das die Insurgenten verbarrikadirt hatten, fand noch nach Mittag ein lebhaftes Gefecht statt. Gegen 3 Uhr rückten die Preußen, von der Bevölkerung mit Jubel empfangen, in Karlsruhe ein. Man hatte in der Residenz von der Niederlage von Wagbäusel, der Uebergabe von Mannheim und Heidelberg keine Kenntniß gehabt; die officiellen Lügenberichte hatten dafür gesorgt, die Wahrheit zu verhüllen. Die provisorische Regierung, die Constituante sammt allen Kassen waren bei Zeiten mit Extrazügen weggeschafft worden; wie man hört, wollen sie sich nach Freiburg wenden. (Dische. Z.)

Ueber die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz während der letzten Tage erfährt die „Deutsche Zeitung" aus zuverlässiger Hand, wie sie sagt, Folgendes. Am 24. Vormittags 11 Uhr drang General v. Hanneken bis Bruchsal vor, schlug die Insurgenten aus der Umgegend zurück und besetzte die Stadt; General v. Peucker erreichte um dieselbe Zeit Langenbrücken und schloß sich mit einem Theile seines Corps der von General v. Hanneken befehligten Avantgarde an. Während diese Heeressäule den Marsch gegen Karlsruhe fortsetzte, dessen Einnahme gestern erfolgt sein muß, suchte der Prinz von Preußen in Verbindung mit der andern Hälfte des v. Peucker'schen Corps die von Mieroslawski angeführten Insurgenten, denen der Durchbruch bei Hilebach gelungen war, von der württembergischen Grenze abzuschneiden. Hart am Rhein auf der Straße von Mühlberg bewegen sich die beiden Corps der Generale von Hirschfeld und v. d. Groben gegen Rastatt vor, um an der Murg eine Stellung einzunehmen und die zwischen Rastatt und Karlsruhe zusammengezogenen Insurgentenschaaren, mit denen sich Mieroslawski zu vereinigen gedachte, von der Festung zurückzudrängen. So weit man die getroffenen Dispositionen kennt, läßt sich erwarten, daß der letzte entscheidende Zusammenstoß bei Pforzheim erfolgen wird. Die Gesammtzahl der noch bewaffneten Aufständischen, deren Muth jedoch vollkommen gebrochen erscheint, läßt sich nach glaubhaften Mittheilungen auf höchstens 20,000 anschlagen. Sie haben bei Ubstadt am 23. verzweiflungsvoll gekämpft und große Verluste erlitten; jetzt ziehen sie sich auf allen Punkten vor jeder feindlichen Berührung zurück und werden sich unterwerfen müssen, wenn ihnen, wie vorauszusetzen, die Zuflucht nach Rastatt nicht übrig bleibt.

Heidelberg, 25. Juni, Vormittags. Die badischen Offiziere der Revolutionsarmee hielten am 22. d. auf dem Rückzug gegen Sinsheim und Eppingen eine Berathung, was jetzt zu beginnen sei. Die Meinung der ältern Offiziere ging dahin, die württembergische Grenze zu erreichen und etwa württembergischen Truppen die Waffen zu strecken, nicht aber sich solchen Truppen zu ergeben, gegen welche man bis zur Stunde gefochten. Die jüngeren und heftigeren Offiziere dagegen stellten den Antrag, sich nach den Standquartieren durchzuschlagen, welche die einzelnen Abtheilungen vor der Revolution inne gehabt; auf diesem Wege solle man nicht angriffsweise verfahren, aber jeden Angriff mit äußerster Energie zurückweisen. Dieser Antrag wurde angenommen. Mieroslawski befand sich am genannten Tage noch bei den Trümmern der Revolutionsarmee; ob und welchen Entschluß er gefaßt, ist nicht bekannt geworden.

Am 22. hörte man Kanonenschüsse in der Nähe von Sinsheim und vermuthete, daß die Schützen der nachrücken-

den Preußen, Hessen ꝛc. auf das badische Corps gestoßen seien. Die Badener hatten noch 24 Kanonen bei sich, aber von Geschützmunition nichts als was sich in den Protzkästen vorfand*), denn die eigentlichen Munitionswagen sollen bei Schwetzingen stehen geblieben sein. Heute erzählt man sich, die Aufständischen hätten sich nach Bruchsal geworfen, welches von den Preußen nicht mehr besetzt war, und wollten sich dort bis zum letzten Mann halten. Möglicher Weise kann es dort noch einmal zu einem ernsthaften und blutigen Kampf kommen, über dessen Ausgang man freilich nicht in Zweifel sein kann.

Ein Heer von Civilcommissären und Abenteurern ist noch bei den badischen Truppen und sucht Gelegenheit zu weiterer Flucht. Schöffel der Alte soll nach Württemberg entkommen sein.

Nachmittag. Am 23. traf das Peucker'sche Corps auf die badische Hauptmacht unter Mieroslawski bei Ubstadt (nahe bei Langendrücken). Die Badischen erkämpften sich mit ungeheurer Anstrengung den Rückzug in der Richtung nach Karlsruhe. Die Aufständischen stehen in diesem Augenblick zwei Stunden unterhalb Karlsruhe; Peucker und Hirschfeld haben sich vereinigt und folgen ihnen auf den Fersen.

Ein Theil des badischen Aufgebots, auch viel reguläres Militär, blieb auf dem Rückzug zurück, lief auseinander oder ließ sich gefangen nehmen. Der Rest aber schlägt sich mit der löwenmuthigsten Tapferkeit und erhält zahlreichen Zuzug aus dem badischen Oberland, wo die Regentschaft alle Anstrengungen macht, um noch Volkswehr herbeizuführen, und wo zahlreiche Emissäre Preußenhaß predigen. Hiernach wird der Kampf noch hartnäckig werden. Die württembergische Grenze ist mit württembergischen Militärpiquets umgeben, welche jeden bewaffneten Flüchtling aus Baden, der sich nähert, entwaffnen und ins württembergische Hauptquartier nach Heilbronn abliefern. Solche Gefangene haben dort ein kurzes summarisches Verhör zu bestehen und werden sodann, je nach den obwaltenden Umständen, in ihre Heimath entlassen oder ferner gefangen gehalten, aber sehr menschlich behandelt.

Sinsheim, 24. Juni, Mittags. Die „Darmst. Ztg." enthält folgende Nachrichten von dem Corps unter dem Oberbefehl des Generals v. Peucker: Heute Morgen um 5 Uhr brachen wir von Waibstadt auf und trafen mit dem Gros um 7 Uhr in Sinsheim ein, das von Truppen unserer Vorhut schon besetzt war. Die Brigade Schäffer bezog ein Bivouac jenseits der Stadt. Diese ist in Bezug auf demokratisches Wühlen eine der berüchtigtsten und würden die weißen Fahnen auf ihren Thürmen sofort wieder mit rothen vertauscht werden, hätte man uns nicht zu fürchten. Die Orte herwärts, obwohl volkreich und wohlhabend, waren fast wie ausgestorben, nirgends mehr eine Spur von Freischärlern, deren man übrigens gestern Vormittag noch einen Haufen in Aglasterhausen gefangen eingebracht hatte. Mein Wirth, ein verständiger und unterrichteter Mann, gab mir folgende Notizen: Am Tage des Philippsburgers Treffens (21.) kamen noch starke Zuzüge, von der württembergischen Grenze her, nach Heidelberg hier durch. Andern Tags änderte sich die Scene; den ganzen Tag dauerte die ordnungslose Flucht der zwischen Philippsburg und Waghäusel Geschlagenen; Mittags traf das Geschütz ein, unter dem pensionirten badischen Rittmeister, jetzt Oberst Beckert, mit einer Schwadron Dragoner. Im Ganzen sollen die Insurgenten hier 21 Geschütze gehabt haben. Abends um 8 Uhr trafen Mieroslawski und Sigel mit ihrem Generalstab ein. Mieroslawski soll sogar noch bis zum 23. Morgens in Sinsheim gewesen sein. Struve traf am 23. Morgens 8 Uhr, mit seiner etwa 400 Mann starken Freischaar, aus Schweizern, Polen und Franzosen, den wüthendsten Demagogen, mit 4 Kanonen hier ein und blieb noch bis 11 Uhr Mittags. Mieroslawski soll sich über Eppingen nach der württembergischen Grenze hin, in der Richtung von Bretten, Struve über Weiler am Steinberg ebenfalls dahin gezogen haben und Becker aus Biel auch dort sein. Gestern hörte man eine Kanonade. Die Freischärler sollen bei Steinsfeld, zwischen Bruchsal und Langendrücken, ein Gefecht mit den Preußen bestanden haben. Der Haupttrupp, unter Mieroslawski, soll noch 5000 Mann zählen, darunter viel badisches Militär, besonders Kanoniere, am wenigsten Reiterei.

Ich setze diesen Brief Abends 10 Uhr in Eppingen fort, wohin unsere Truppen gleich nach dem Einrücken in Sinsheim wieder Marschordre erhalten hatten. Es war beschwerlich, da starker Regen den bisher fast unerträglichen Staub in einen zähen Koth verwandelte; noch empfindlicher ist der Witterungswechsel für das heutige Bivouac vor der Stadt. General v. Schäffer hat das Commando des Neckarcorps übernommen, da General v. Peucker zu dem Prinzen von Preußen abgereist ist. General v. Schäffer wird in rascher Verfolgung des Feindes morgen früh nach Bretten marschiren. Hier in Eppingen fanden wir die Freischaaren nicht mehr, doch hatten sie es kaum verlassen, einzelne wurden noch erwischt. Möglich, daß sie uns so fort bis nach Rastatt führen. Der gefangene Freischärlerhauptmann Diezsch ist unter Bedeckung von Aglasterhausen nach Mainz gebracht worden."

JW **Sinsheim**, 25. Juni. Heute Morgen rückte der General Peucker mit seinem Hauptquartier weiter gegen Eilingen vor, um dort die verschanzten Schaaren des Mieroslawski zu vertreiben. Einzelne kleine Gefechte, in denen die Insurgenten sich theilweise noch mit dem Muth der Verzweiflung vertheidigen werden, wird es noch geben, ernsthaften geregelten Widerstand in Masse wird man schwerlich noch begegnen. Der badische Aufstand ist jetzt als völlig unterdrückt anzusehen, und wird es nur noch Sache der Truppen sein, das Land von den zersprengten Freischaaren zu reinigen. Die allgemeine Entwaffnung findet statt und liefert das Landvolk jetzt mit großer Bereitwilligkeit und sichtbarer Freude seine Waffen ab, obgleich die Meisten glauben, ganz Baden werde jetzt „preußisch". Hier stehen heute noch Mecklenburger, die morgen weiter südwärts rücken. Von allen Reichstruppen sind sie mit dem vierten hessischen Regiment am meisten im Feuer gewesen und haben auch verhältnißmäßig den größten Verlust erlitten. Dennoch sind sie vom besten Geiste beseelt und freuen sich, daß ihnen Gelegenheit geworden, hier im Süden Deutschlands für die gemeinsame Ehre des Vaterlandes ihr Blut einzusetzen.

Von der Enz, 24. Juni. Das badische Hauptquartier und Mieroslawski sollen gestern Abend in Bretten gewesen sein. Die Reste der badischen Truppen ziehen sich, weil die große Landstraße und Eisenbahn in den Händen der Preußen ist, dicht an der württembergischen Grenze von Sinsheim über Eppingen, Bretten, Pforzheim nach Rastatt.

Karlsruhe, 24. Juni. Gestern Abend nach 9 Uhr hörte man lebhaften Kanonendonner in der Nähe; Alles kam in Bewegung, die hier einquartierte Volkswehr mußte ausrücken und der bewaffnete Theil derselben größtentheils fortziehen. Später erfuhr man, daß die bei der Rheinbrücke aufgestellte badische Artillerie auf die gegenüberliegenden bayerischen Häuser feuerte. Als Grund gibt man Muthwillen an. Das Feuer wurde dann bayerischer Seits erwidert. Gestern Abend kamen noch viele verwundete Pfälzer u. A. an von dem Gefecht bei Ubstadt (eine Stunde unterhalb Bruchsal). Wahrscheinlich kam dort das Corps des Generals Schneider, das derselbe von hier aus nachgezogen hat, in Kampf. Auch von da gingen viele Zersprengte fort, und einer der hier angekommenen Verwundeten sagte, daß von seiner Compagnie 50 todt geblieben seien. Ueber die angebliche Verwundung des Neffen des Prinzen von Preußen hört man nichts weiter. (Die „Karlsruher Zeitung" meldet, bei Ubstadt haben am 23. die Preußen, von einer badischen Batterie empfangen, sich zurückziehen müssen.) — Seit heute Morgen in aller Frühe hört man trotz des Südwindes starkes Kanoniren bei Bruchsal aufwärts, das näher rückt und um 11 Uhr (in der Gegend von Weingarten und Eggenstein?) bei eintretendem Regen abgebrochen wurde. Zwischen 9 und 11 Uhr konnte man auch ganz deutlich Pelotonfeuer unterscheiden. — Der Pole Mieroslawski hat nun sein Hauptquartier nach Rastatt verlegt. Von der constituirenden Versammlung sollen noch zehn hier sein, und von der provisorischen Regierung erzählt man, sie werde von der Lahrer Volkswehr nicht fortgelassen, ohne daß sie auch mitgenommen werde. — Nachmittags. Viele zersprengte Soldaten und die Reservemannschaft des ersten Karlsruher Aufgebots kommen hier an. Es heißt, der Rest der Neckararmee sammle sich in Durlach und wolle sich noch einmal aufstellen, um gegen den Feind zu kämpfen. Ferner wird erzählt, Bruchsal sei gestern mit Sturm genommen worden, und die Preußen stünden in Weingarten (3 Stunden von hier) und Eggenstein (2 Stunden von hier). — Unter den bei der großh. Amortisationscasse weggenommenen Papieren befanden sich viele Staatspapiere anderer Staaten, die hier als Depositen lagen. Ich warne nochmals vor unvorsichtigem Ankauf. — In Mannheim soll ein badisches Dragonerregiment und die dortige Artillerie übergegangen sein und die Stadt übergeben haben. (Wird nachträglich von mehreren Seiten bestätigt.) Abends. Mieroslawski soll in Durlach sein, wo man sich, wie es scheint, zu ernstlichem Widerstand noch sammelt. Auch sollen daselbst Barrikaden gebaut werden. — Struve und seine Frau sind hier. Wir erwarten eine unruhige Nacht; viel Volk ist hier. (S. M.)

Der „Allg. Zeitung" zufolge ist in Hamburg eine Summe von mehreren hunderttausend Gulden, die von den Häuptern des badischen Aufstandes nach Amerika geschickt werden sollten, auf Veranlassung des Großherzogs mit Beschlag belegt worden.

Mannheim, 25. Juni. Die preußischen Truppen haben uns gestern sämmtlich verlassen, und sind nach Schwetzingen marschirt. Den ehemaligen Civilcommissär Trützschler nahmen sie zur größern Vorsicht gefangen mit sich fort. An ihrer Stelle sind bayerische Truppen eingerückt. Von dem Kriegsschauplatz bei Bruchsal haben wir heute Morgen die sicher verbürgte Nachricht erhalten, daß gestern ein dreistündiges, sehr heftiges Treffen stattgefunden hat, in welchem die badischen Volkstruppen von den Preußen total geschlagen worden sind. Letztere sollen indessen den Sieg mit großen Opfern erkauft und viele Mannschaft verloren haben. Heute erwartet man mit Bestimmtheit den Einzug der Preußen in Karlsruhe, wohin der Prinz von Preußen das Hauptquartier verlegt.

Ladenburg, 25. Juni. Als ich gestern Mannheim besuchte, bot sich meinem Auge ein schauerliches Bild der Verwüstung dar — ich meine Ludwigshafen. Es war noch wie ausgestorben, und nur durch das hier liegende bayerische Jägerbataillon belebt, das seine Nahrung von Mannheim bezieht; denn alle Einwohner sind mit ihren Habseligkeiten in die nächsten Orte ausgewandert und erst gestern fingen einzelne Familien wieder an, ihre Mobilien zurückzubringen. Die Verbindung mit Mannheim, welche durch das Abbrennen der Schiffbrücke gänzlich gestört war, ist auch seit gestern durch eine fliegende Brücke, welche die bayerischen Pontonniers mittelst Pontons sehr rasch anfertigten, wiederhergestellt, und ebenso waren auch gestern die zwei ersten Dampfschiffe wieder bei Mannheim angelandet, welche einige Reisende mitbrachten. (Darmst. Z.)

*) Die Nachrichten von dem Zusammentreffen bei Sinsheim scheinen dies nicht zu bestätigen.

Deutschland.

† **Wien**, 23. Juni. Aus den gestern Abend kundgegebenen telegraphischen Nachrichten gehen unverkennbare Erfolge der kaiserlichen Truppen, so wie das Ergreifen der Offensive von Seite derselben hervor. Der Feind wurde durch das Gros der Russen und die Brigade Pott aus Pred zurückgedrängt, verließ Also-Szelly, ohne Widerstand zu leisten, und räumte nach einem kurzen Kampfe auch Kiraly-Rew. Die letzte telegr. Depesche von vorgestern Abend 8 Uhr lautet: Die Division Herzinger und die Russen sind bis Kiraly-Rew und Zigard, die Brigaden Pott und Perin bis Farkard vorgedrungen. Die Insurgenten unter Görgey mit 30,000 Mann und 80 Kanonen ziehen sich über die Waag zurück. An diese Nachrichten knüpfen sich die Gerüchte noch bedeutenderer Erfolge, welche unsere Truppen in Verbindung mit den russischen erlangt haben sollen. — In Pest und Debrezin erfährt man die Resultate der vorgefallenen Gefechte mit unglaublicher Schnelligkeit; von Station zu Station sind von der Schütt an über Komorn bis Pest und von da bis Debrezin Estafetten aufgestellt, welche einander durch Hörner Signale geben. Ein verlorenes Treffen wird durch einen gedehnten Ton, ein unentschiedenes durch zwei Töne und ein gewonnenes durch 3 schnell aufeinander folgende schrille Töne bekannt gemacht. — Kossuth besuchte gleich nach seiner Ankunft in Pest die Festung Ofen, deren Anblick ihn gewaltig erschüttert haben soll; darauf ließ er sich das Grab Hengi's zeigen und zog einer aus seiner Begleitung auf den Grabhügel mit den Worten wies: „Hier liegt der Mann!" entgegnete Kossuth: „Hier liegt der Ehrenmann!" An die Honvéds, welche die Erstürmung Ofen's bewerkstelligten, theilte er eigenhändig Kreuze aus und ließ der Besatzung einen achttägigen Sold auszahlen. Auch ließ Kossuth dem Redacteur des „Ungar" die Weisung zukommen, gegenüber dem „Feinde" mit Würde und Besonnenheit aufzutreten; „selbst im Grimme müsse man dem Feinde Achtung abzugewinnen suchen." — Ueber die Donau bei Pest ist eine Nothbrücke geschlagen worden. Die Stadt Komorn hat von der provisorischen Regierung eine verläufige Entschädigung von 200,000 fl. halb in Papier und halb in Silber erhalten. Die ungarischen Banknoten sinken immer mehr im Werthe; dafür soll Gold und Silber in neuerer Zeit häufiger circuliren. Die Banknotenpresse ist noch immer in Debrezin. Auch Kossuths Familie weilt noch immer daselbst. — Aristides Dessewffy und Pöltenberg sind zu Generalen ernannt worden und der wieder genesene General Vetter wird das Commando von der untern Donau übernehmen.

Als Neuestes wird aus Mailand unterm 16. dies. berichtet, daß an das 4. Armeecorps der Befehl ergangen sei, die Festung Alessandria sofort zu räumen. Es geschieht dies auf Veranlassung des Ministers Bruck, um den schnellen Abschluß des Friedens zu erleichtern. Dagegen wird aber Valenza mit 1000 Mann besetzt. Daß österreichischerseits die Besetzung Alessandrias so leicht auf gegeben wird, ist wohl die durch dortige Falschmerber beinahe öffentlich betriebene Anwerbung zur Desertion (es liegen Ungarn und Polen dort) und die so bezinnende oder doch zu fürchtende Demoralisation der k. k. Truppen als ein weiterer Grund zu betrachten.

[:] **Wien**, 23. Juni. Durch nachstehende telegraphische Depesche wird abermals ein entscheidender Sieg der kaiserlichen Waffen gemeldet: „Der russische Obristlieutenant Ullrich kömmt soeben vom Schlachtfelde und bringt die Nachricht, daß der Feind geschlagen, über die Waag zurückgeworfen, und die Brücke bei Negyed zerstört wurde; in der Richtung gegen Gutta werden die Insurgenten noch verfolgt. — Die vereinten russischen und k. k. Truppen haben mit muthvoller Ausdauer gekämpft."

Nachrichten aus Mestre vom 20. Abends zufolge, waren abermals Deputirte aus Venedig, um wegen der Uebergabe zu unterhandeln, erschienen. F.M.L. Graf Thurn hatte in Folge dessen das Bombardement eingestellt und einen Courier mit diesen Unterwerfungsvorschlägen an den Grafen Radetzky nach Mailand geschickt. Es ist aus der Einstellung des Bombardements zu vermuthen, daß die jetzigen Vorschläge bedeutend von den frühern abweichen.

Olmütz, 18. Juni. Der Strafproceß des F.M.L. Grafen Zichy, welcher Venedig feiger und verrätherischer Weise an die Insurgenten übergeben hat, ist endlich zum Ende gekommen. Heute ist demselben vor der Kaserne das Urtheil öffentlich publicirt worden, welches auf zehnjährige mit Fasten verschärfte Festungsstrafe und auf Verlust seines Militärcharakters und des Adels lautete. Er wurde der Ablesung desselben ohnmächtig. (S. M.)

† **Berlin**, 25. Juni. Die Direction des Königsstädtischen Theaters hat folgendes Circularschreiben an die Bühnenmitglieder erlassen:

„Die gegenwärtigen Verhältnisse veranlassen die unterzeichnete Direction, den Mitgliedern des Königsstädtischen Theaters die Theilnahme an politischen Vereinen, welche Farbe und Namen dieselben auch tragen und welchen Zweck dieselben auch verfolgen mögen, auf das Ernsteste und Wohlmeinendste zu widerrathen. Bei einem Institut, wie das unsrige, muß es vor allen Dingen darauf ankommen, den inneren Frieden, die innere Sicherheit aufrecht zu erhalten. Dieser Haltpunkt würde aber zum großen Nachtheil des Ganzen gänzlich verloren gehen, wenn politische Discussionen oder gar politische Anfeindungen die Einigkeit stören, die unumgänglich bei einem Kunstinstitut nothwendig ist. Die unterzeichnete Direction wird ganz besonders und im ausschließlichen Interesse des Theaters darauf halten, daß diesem wohlmeinenden Rathe nachgekommen werde, und Zuwiderhandelnde als Ruhestörer aus dem Darstellenden- oder Dienstpersonale sofort entfernt werden. Berlin, den 23. Juni 1849. Die Direction des Königsstädtischen Theaters."

Dieses Circular soll hervorgerufen sein durch die sich auch auf Musik jener Bühne erstreckenden Bestrebungen des bekannten Treubundes. Von einer ähnlichen Maßregel des Herrn v. Küstner unterscheidet sich die hier erwähnte wesentlich durch das Abraten von der Betheiligung an jedem politischen Verein, welche Farbe er auch trage.

Das Obercommando der Truppen in den Marken hat die „Urwählerzeitung", redigirt von A. Bernstein, in der Stadt Berlin und deren Umkreis von 2 Meilen für die Dauer des Belagerungszustandes verboten.

g* **Aus der Pfalz**, 25. Juni. Daß wir Gott gedankt als wir durch das Einrücken der Preußen von unsern Schreckensmännern befreit wurden, brauche ich nicht zu wiederholen. Arm und reich war herzlich froh, von der unerträglichen Tirannei jener Freiheitsmörder erlöst zu werden, denn man muß den von denselben geübten Terrorismus miterlebt haben, um sich einen richtigen Begriff davon machen zu können. Mehrere wohlhabende Einwohner gingen über die hessische Grenze, weil ihre seit längere Zeit abwesende Söhne zu den Freischaaren herbeigeschafft werden

»Alten, und im Fall jener Eintritt bis zum 15. Juni nicht eschehen sei, größere Summen zu zahlen bedroht waren. Glücklicherweise rückten die Preußen an demselben Tage in und säuberten das Land von Abenteurern und Gesindel ller Nationen. Es war zum Erbarmen, wenn es hieß: die reischaaren kommen! Sogleich sagten die Landleute mit ren Pferden an die hessische Grenze, um diese zu retten, enn 11 Pferde wurden in einem kleinen Orte mitgenommen, und diese unter den besten herausgesucht. Das Zwangsnlehen wurde durch Execution eingetrieben. Wer von den ungen Leuten nicht gutwillig in die Freischaaren sich einhen lassen wollte, wurde des Nachts aus dem Bette geolt. Man wagte nicht zu widersprechen; ja selbst beim chreiben mußte man die größte Vorsicht brauchen, da man icht sicher war, daß die Briefe nicht eröffnet wurden. Der atholische Geistliche in R . . ., ein sehr braver und redlicher Mann, wurde seines Amtes entsetzt. Er mußte sich ndlich, um nicht eingekerkert zu werden, ins Hessische lüchten. Andere Geistliche, sowohl protestantische als katholische, wurden fortgeschleppt und in empörender Weise ißhandelt. Gewiß würde noch Aergeres gekommen sein, ären nicht noch zu rechter Zeit die preußischen Truppen ngerückt, um uns Ordnung, Ruhe und Sicherheit des igenthums wiederzubringen.

Göttingen, 23. Juni. Heute ist hier eine Ansprache on 44 ordentlichen und außerordentlichen Professoren der iesigen Universität an die Professoren Thöl, Waitz und achariä erschienen. Die Ansprache bezweckt, die genannten rei Herren, Mitglieder der Universität, in Kenntniß zu etzen von der politischen Ansicht der unterzeichneten Proessoren über die jetzige Lage der Dinge in Deutschland ur Nachachtung bei ihrem Auftreten in der Gothaer Verammlung. Die Unterzeichner der Adresse erklären, daß sie ie von der Reichsversammlung in Frankfurt beschlossene eichsverfassung „weder als zu Recht beständig, noch als rstrebenswerth" betrachten können, und fordern die drei erren auf, in Gotha darauf hinzuwirken, daß der preußisch-ächsisch-hannoversche Entwurf einer Reichsverfassung zur eltung komme. Ausgegangen zu sein scheint diese Anrache von den Mitgliedern der juristischen Facultät. Ausgeschlossen haben sich die Professoren Ewald, Weber, Hermann (der Philolog), Wieseler I. und II., Müller, Stern, Jensey, Redepenning, Baum, Ulrich und wenige Andere.

Kassel, 25. Juni. Unterm 22. d. M. hat das kurfürstl. Ministerium des Innern durch ein Rundschreiben an sämmtliche Bezirksvorstände denselben eröffnet, daß die unzuständiger Weise zu Stuttgart eingesetzte Reichsregentschaft unterm 18. d. M. einen „Aufruf an die Deutschen" erlassen habe, worin sie zur Organisation der Bolkswehr auf den Grund eines ebenfalls unzuständiger Weise zu Stuttgart beschlossenen Gesetzes auffordert, alle Waffenfähigen vom 18. bis 38. Jahre zu den Waffen ruft und Freiwillige auffordert, in Schaaren den Aufständischen in Baden und in der Pfalz zu Hilfe zu ziehen. Wenn man auch erwarten darf, daß der gesunde Sinn des Volkes einer solchen Aufforderung, welche geeignet ist, das Land in anarchische Zustände zu stürzen und den Aufruhr der badischen Lande auch auf unser Vaterland zu übertragen, Widerstand entgegensetzen wird, so werden die HH. Bezirksdirectoren doch die Nothwendigkeit erkennen, etwaige Bestrebungen, jenem Aufrufe Folge zu verschaffen, mit Aufmerksamkeit zu überwachen, die Verbreitung des Aufrufs durch Plakate und Flugblätter zu verhindern, Irregeleitete durch Belehrung und ernste Mahnung abzuhalten, gegen diejenigen aber, welche dessen ungeachtet an einer aufrührerischen Bewegung sich betheiligen oder dazu auffordern, mit Ernst und Strenge vorzuschreiten und jeden Versuch der wirklichen Ausführung mit allen zuständigen Mitteln zu unterdrücken.

In der am 23. Juni abgehaltenen Generalversammlung des „Vereins für Volksrechte" ist ein Protest gegen den ministeriellen Erlaß an die Bezirksdirectoren vom 22. d. M. beschlossen worden.

Darmstadt, 26. Juni. Heute Vormittags um 11 Uhr wird Se. königl. Hoheit der Großherzog von Baden bei unserem großherzogl. Hofe zum Besuch erwartet.

§ **Altona**, 22. Juni. Wenn ich Ihnen augenblicklich noch nichts von weiteren Operationen auf dem jütischen Kriegsschauplatze und im Sundewitt zu berichten vermag, so glaube ich doch, daß, wenn nicht die ziemlich zuverlässigsten Anzeichen trügen, in Bälde etwas Entscheidendes im Norden geschehen dürfte. Si vis pacem, para bel um scheint auch auf unsere Verhältnisse ernstlich angewendet zu werden, indem trotz der Unterhandlungen sowohl bei Friedericia als bei Düppel neue Geschützstände errichtet werden, wohin viel schweres Geschütz von Rendsburg neuerdings abging. Vorzugsweise auf der Halbinsel Sundewitt bemerkt man ein reges, thätiges Leben; die Höhen von Düppel sind mit Mörserbatterien geschmückt, an den Laufgräben gegen den dänischen Brückenkopf vor Sonderburg wird rastlos gearbeitet. Der Herzog von Nassau hat gestern in Begleitung des Commandeurs der Reservedivision, des Generallieutenant Bauer, die Schanzwerke und die Truppen inspicirt; es ist Alles wohlauf und heiter gestimmt. Die Dänen auf Alsen sind gestern ebenfalls thätig, indem sie den Aufstand am jenseitigen Ufer mit neuen Batterien versehen. Von unseren Kriegsschiffen ist bei Alsen noch keine Spur, wohl aber bei Aarösund auf Fühnen. Die schwedische Escadre ist ebenfalls im Anzegeln und auf erfolgen wird sich Prinz Oskar befinden. Daß es mit dieser schwedischen Demonstration nicht viel auf sich hat, geht einfach daraus hervor, wie gering einestheils die Sympathien für Dänemark in dieser Frage im schwedisch-norwegischen Volke, daß König Oskar im Hinblick auf die Volksstimmung den Storthings keine Vorlage über Rüstungen machen kann und diese Escadre nur zum Schein auf den heimischen Gewässern manövrirt. Mit der Cernirung der Festung Friedericia geht es nunmehr nach mehrtägiger Unterbrechung rüstig vorwärts, so daß jetzt auch der einzige Communicationspunkt mit Fühnen von der Nordseite der Festung der Art bestrichen werden kann, daß von der Ostsee her keine Schiffe mehr, wenn sie sich nicht dem verderblichen Feuer unserer Batterien aussetzen wollen, einlaufen können. Der Dienst der Avantgardenbrigade in der der Festung zunächst gelegenen Schanze ist sehr mühsam und gefährlich, denn, auf Kernschußweite der Festung näher gerückt, bieten die Schießscharten unsrer nächsten Schanzwerke den Kanonen der Festungswälle ein sicheres Ziel, so daß diesseits hierdurch einige Male Kanonen demontirt wurden und nunmehr statt der Kanonen Mörser in die Batterien geschafft worden sind. Die Vorpostenablösung bietet ebenfalls bei der unmittelbaren Nähe des Feindes mitunter nicht geringe Schwierigkeiten dar, und es gehört, wie glaubwürdige Briefe von daher erzählen, viel Vorsicht und Geistesgegenwart dazu, die Mannschaft unbeschädigt hin und von den Schanzen zu führen. Dies mögen diejenigen, die in jeder Weise gegen die nordische Kriegesführung losziehen, besonders erwägen. Eine Verlegung des Hauptquartiers des Höchstcommandirenden von Horsens weiter nördlich steht in naher Aussicht, so daß auch in Nordjütland ein ernsteres Vorgehen zu erwarten ist.

Gotha, 24. Juni, Abends. Der Johannistag, dieser freimaurerische Feiertag, führte von den kaiserlichen Männern ein gutes Theil nach dem lieblichen Gotha. Von Berlin aus kamen Beckerath, Mewissen, Raumer, Graf Keller, Bürgers, Stedmann, Wurm v. Hamburg; von Frankfurt der Esmarch, W. Jordan, Dahlmann, Hergenhahn u. A. Frischer Regen hatte den grünen Wald in und um die heide Stadt mit neuem Frühlingsglanz geschmückt. Herr Becker von Gotha machte bei der Abendtafel im Mohren den Vorschlag, morgen um 10 Uhr eine Vorberathung über Formelles abzuhalten. Sie findet in der Rotunde bei dem Theater statt. Trat nicht vor Ihre Seele das seltsame schreibar Zufällige, daß in der Stadt Goethe's das Parlament anbud; daß nun nach der Heimath Schiller's ein falscher Zug die letzten Vertreter lenkte, und daß nach Thüringen jetzt, wo beide Dichter gemeinsam zur Vollendung sich empor arbeiteten, die ganze Bewegung sich concentrirt hat? Im Mittelpunkte Deutschlands soll es sich erfüllen. Nichtsdestoweniger sind wir ungläubig genug, diese schönen Tage von Aranjuez mit Besorgniß zu betrachten.

Gotha, 25. Juni, Morgens. H. v. Gagern ist bereits hier. Von den aus Berlin zu Erwartenden wird nur auf Veit zu rechnen sein. Von Lette war es zweifelhaft. Kendell, Selasinsky, Schmidt kommen nicht. Georg Beseler hat zugesagt; es ist jedoch noch nicht entschieden, daß er kommt. Den preußischen Beamten, welche als Motiv ihres Urlaubsgesuchs die Conferenz in Gotha angaben, ist der Urlaub verweigert. Wer als Motiv etwa eine Vergnügungsreise angegeben hätte, dem wäre nichts in den Weg gelegt worden! (D. Z.)

Schweiz.

Zürich, 22. Juni. Diese Nacht starb hier Herr v. Kaisersfeld, k. k. österreichischer Gesandter bei der schweizerischen Eidgenossenschaft. — Der kleine Rath von Basel hat durch Beschluß von gestern das gesammte hiesige Contingent auf's Piket gestellt.

Italien.

Venedig, 13. Juni. Heute langte Radetzky auf seiner Rückreise von Florenz nach Verona in Mestre an und sandte sofort, um ferneres Blutvergießen zu verhüten, einen Parlamentär nach Venedig, der unbedingte Amnestie und Fortbestehen der Bürgergarde zugestehen sollte; die Antwort war aber wieder resistere ad ogni costo!

Alessandria, 18. Juni. Der Friede ist mit Sardinien abgeschlossen. Am Samstag Nachmittag brachten 2 österreichische Officiere aber Novara dem General Degenfeld Depeschen. Dieser begab sich unverzüglich zu General de Sonnaz. Am gleichen Abend noch erhielt die österreichische Garnison die Ordre, sich zur Abreise bereit zu halten. Gestern Morgens machte das österreichische Officiercorps dem General Sonnaz seinen Abschiedsbesuch. Diesen Morgen um 4 Uhr übergaben die Oesterreicher ihre innegehabten Positionen in der Citadelle. Ueber die gegenseitigen Stipulationen kennt man nur noch Vermuthungen. (Schwyz. Z.)

§ **Rom**, 15. Juni. Mit den Lorbeern der französischen Armee vor Rom scheint es übel bestellt zu sein. Manches wird heute besprochen, was der französischen Waffenehre eben nicht zum Lobe gereicht. Nach einem nächtliche Kampfe bei Porta Pancrazio befinden sich die Franzosen noch immer vor diesem Thore. Die Römer behaupten, keinen Ausfall gemacht, sondern nur einen Angriff mit Erfolg zurückgeschlagen zu haben. Auf der andern Seite, zwischen Porta del Popolo und Salara, soll sich eine französische Truppenabtheilung von den Römern den Rückzug über Ponte Molle und Salara haben abschneiden lassen. Doch widersprechen sich die Angaben über diesen Punkt und bedürfen der Bestätigung. Inzwischen ist es gewiß, daß Rom nach zwölftägigen Operationen noch immer Widerstand leistet. Das Kanoniren gegen die Mauern dauert fort.

Frankreich.

Paris, 24. Juni. Die Regierung wird nächstens einen Gesetzvorschlag zur Vereinfachung und Beschleunigung des Gerichtsverfahrens in Sachen politischer Vergehen und Verbrechen vorlegen. Das gegenwärtige Gerichtsverfahren in derartigen Angelegenheiten ist so schleppend und verwickelt, daß es die Wirkung der strafenden Gerechtigkeit wesentlich schwächt, indem das Vergehen erst lange, nachdem es begangen worden, gesühnt wird. — Dieser Lage wurde wieder ein deutscher Demokrat, Namens Seiler, verhaftet. Auch unter den Artilleristen der Nationalgarde wurden weitere Verhaftungen vorgenommen. Die siebente Legion der Nationalgarde, deren Oberst, pr. Daupin, bereits verhaftet ist, wird wahrscheinlich aufgelöst werden.

Großbritannien.

London, 23. Juni. Der Schatzkanzler legte gestern dem Hause eine Uebersicht der Finanzlage des Landes vor. Die Einkünfte des verflossenen Jahres, mit Ausschluß der Kornzölle, belaufen sich auf 52,007,731 Pfd. Die Ausgaben betrugen 53,287,110 Pfd.; hiervon sind jedoch verschiedene Summen außerordentlichen Umständen zuzuschreiben, so daß die laufenden Ausgaben nicht über 52,573,403 Pfd. hinausgehen. Der Schatzkanzler veranschlagte die wahrscheinlichen Einkünfte des gegenwärtigen Jahres zu 52,252,000 Pfd. Darunter aus den Zöllen 20,450,000 Pfd.; Stempelgebühren zu 6,750,000 Pfd.; Einkommensteuer 5,270,000 Pfd.; verschiedene Steuern 4,300,000 Pfd.; Posteinnahme 800,000 Pfd.; Kronländereien 180,000 Pfd. Die Gesammtausgaben, darunter 7,021,724 Pfd. für Flotte, Nordpolexpedition und Paketbootdienst, 6,787,683 Pfd. für das Heer, 2,654,270 Pfd. für das Geschützwesen, berechnete er zu 52,157,696 Pfd., so daß demnach noch ein Ueberschuß von 94,301 Pfd. sich herausstellen werde.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 26. Juni. Die heutige Börse hatte ein sehr freundliches Ansehen, es zeigte sich während der ganzen Dauer derselben eine allgemeine Kauflust, wodurch sich sämmtliche Papiere sowie Neue merklich höher im Cours als gestern stellten. Von österreichischen Fonds blieben 5pCt. Metall. 74 pCt G. 2½pCt. Metall 39½ pCt., Wienerbankactien 1058 fl. G., 500 fl. Loose 125½ pCt., 250 fl. Loose 78 pCt. G. Von den übrigen Anlehensloosen waren Kurhess. 40 Rthlr. Loose 28½ Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 28 fl., do. 50 fl. Loose 49½ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 23 fl., do. 50 fl. Loose 73½ fl., Nassauer 25 fl. Loose 22½ fl., Sardinische Loose 21½ fr., Fürstlich Bereins 10 fl. Loose 6½ fl. G., Polnische 500 fl. Loose 74 Rthlr. Süddeutsche Obligationen überaus beliebt, 3½pCt. Württemb. 79½ pCt., do. 4½pCt. 95 pCt. Badische 3½pCt. Obligationen 77½ pCt., bad. 5pCt. Obligationen vom Jahr 1845 95½ pCt., Nassauer 4½pCt. Obligationen 81½ pCt., do. 3pCt. vom Jahr 1849 101½ pCt. Von belgischen Obligationen waren 2½pCt. belg. 44½, do. 4½pCt. 85½, do. 5pCt. 91½ fr. Holländ. 2½ pCt. Integr. 50½ in G. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37½ Rthlr., Berbach 74 pCt., Köln-Minden 81½ pCt., Taunus 294 fl. 4pCt. int. Span. schließen 25½ pCt. G. Von Wechseln Amsterdam 100½ G., Paris 95½ G., London 120½ G., Wien 99½ G., Berlin und Leipzig 105½ G., Augsburg 120, Hamburg 88½ G. Abends nach Ausgabe der Madrider Post blieben 3pCt. inländ. Span. in der Effectenlotterie 25½ pCt. G.

Wien, 24. Juni. 5pCt. Metall. 88½ 89. — 4pCt. 71. — 3pCt. —. — 2½pCt. 46½. — Bankactien 1055. — 500 fl. Loose 149. — 250 fl. Loose 91½. — Nordbahnactien 103½. 104. — Glogauer 103. — Mailänder 71.

In Fonds und Eisenbahnen wenig Leben, die Course jedoch fest. Devisen in weichender Tendenz. Frankfurt 3 Monat 120 G., London 12 fl. 5., Amsterdam 2 Monat 169 Bf., Paris 2 Monat 142 Geld.

Berlin, 25. Juni. Staatsschuldscheine 80 bez. u. Br., Seehandlungs-Prämienscheine 101½ u. ½ bez, Bankantheile 84½ Br., Berlin-Hamburg 63½ bez, Köln-Minden 80 bis 79 bez, Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 38½ bis 37½ bez., Rhein. 47 bez. u. G, Thüring. 51 bez., Aus. 4pCt. bei Stieglitz 85½ bez, Pola. 500 fl. Loose 71½ etw. bez.

Die Course der Fonds waren im Ganzen fest, und von einigen etwas besser, die der Eisenbahnactien aber im Allgemeinen matter, und von mehreren niedriger bezahlt.

London, 23. Juni. 3pCt. Stocks 91½. — 5pCt. Span. 16½. — Neue 3pCt. 33½. — 4pCt. Port. —. — 2½pCt. Holländ. 51.

Madrid, 19. Juni. 3pCt. 25¼ P. — 5pCt. 10½ P.

Frankfurt, 27. Juni.

Da nachstehende Nachrichten nicht in alle Exemplare unserer gestrigen Beilage aufgenommen werden konnten, so tragen wir sie hier nach.

Nachrichten aus **Marburg** vom 24. Juni berichten, daß in der That zu der angesetzten Volksversammlung Zuzüge mit Waffen sich eingestellt hatten, die Bürgerschaft aber gegen eine solche Versammlung Einspruch einlegte, daher in einer vorläufigen Besprechung von Bürgern und Zuzüglern die Volksversammlung überhaupt aufgegeben wurde und die Gäste den Weg in die Heimat wieder antraten.

** **Paris**, 24. Juni. So eben ist folgende telegraphische Depesche aus Toulon, vom 23. Juni 1849, 7½ Uhr Abends, hier eingetroffen: „Civitavecchia, 22. Juni. Der Admiral Trehouart an den Marineminister. General Oudinot schreibt: Im Laufgraben den 22., um 2 Uhr Morgens. Der Sturm hat gestern um 11 Uhr Nachts begonnen. Drei Colonnen haben die in den Basteien Nr. 6 und 7, und in dem beide verbindenden Mittelwall geschossene Bresche erklimmt. Die Truppen sind entschlossen vorgedrungen und haben die Positionen ohne großen Verlust genommen. In dieser Stunde hat unser Feldlazareth erst zwei Hauptmänner und 8 oder 10 Gemeine empfangen. Die Schanzkorbbrustwehr, welche wir in der Bresche der beiden Basteien errichten, ist bereits sehr weit vorgerückt und vor Tagesanbruch werden die Unsrigen dadurch möglichst gedeckt sein. Die Gesammtheit unserer Operationen ist somit höchst befriedigend."

Die französische Regierung hat außer der vorstehenden telegraphischen Nachricht auch noch mehrere Depeschen von dem General Oudinot erhalten. Sie bieten ein gedrängtes militärisches Tagebuch der Belagerung Roms vom 13. bis zum 18. Juni. Wie interessant einzelne dieser Mittheilungen für den Militär von Profession auch sein mögen, gewähren sie der öffentlichen Neugier doch keine besondere Nahrung, und beweisen nur, daß das französische Belagerungscorps beharrlich in seinen Arbeiten gegen Rom fortgewirkt hat.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

[1460]

Inserat.

Das Zusammentreten der Mitglieder der verfassunggebenden deutschen Reichsversammlung in Karlsruhe ist für jetzt unthunlich geworden. Das Präsidium nimmt deßhalb die unterm 20. d. M. ergangene Einladung: sich bis zum 25. dorthin zu begeben, zurück, und behält sich vor, bekannt zu machen, wann und wo eine Sitzung der Reichsversammlung stattfinden soll.

Karlsruhe, den 23. Juni 1849.

Der Präsident: Löwe.
Der Schriftführer: Reinstein.

Offerirung.

Ich habe die Ehre, hiermit anzuzeigen, daß ich mich in Hamburg als Kommissionair etablirt habe und empfehle mich zur Besorgung aller in mein Fach einschlagenden Aufträge. Ich werde mich bestreben, durch prompte und reelle Bedienung das Vertrauen meiner geehrten Freunde und Gönner zu erwerben und zu erhalten.

Hamburg, im Januar 1856.

Heinrich Wilhelm Hoffmann,
Kommissionair,
Neuer Wall No. 30.

Deutsche Versicherungen.

Die Unterzeichneten sind bevollmächtigt, Versicherungen gegen Feuersgefahr zu machen bei der

Deutschen Phönix-Assekuranz-Gesellschaft
in Frankfurt a. M.

Dieselben sind bereit, Versicherungen zu den billigsten Prämien zu machen, und ertheilen jede gewünschte Auskunft

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Mittwoch (Beilage zu Nro. 151.) 27. Juni 1849.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 25. Juni. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaats Frankfurt wird der Austritt des Abg. Franck angezeigt, und dann mit der Berathung des Verfassungsentwurfs fortgefahren. Sechster Abschnitt. Von der richterlichen Gewalt. Ohne Discussion werden angenommen: Art. 134. „Strafen kann nur das Gesetz bestimmen. Es ist untersagt, sie mittelst bloßer Verwaltungsverordnungen festzusetzen, wenn nicht das Gesetz ausdrückliche Ermächtigung dazu ertheilt." Art. 135. „Die Polizeibehörden und andere Verwaltungsämter dürfen niemals unter Androhung besonderer, von ihnen selbst auszehenden Strafen der Gesammtheit oder Einzelnen vorschreiben, eine Handlung vorzunehmen oder zu unterlassen. Sie dürfen nur das vorhandene Strafgesetz auf den Fall, daß die Handlung vorgenommen oder unterlassen werde, in Erinnerung bringen." Art. 136. „Die Richter, sowie die Mitglieder der Staatsanwaltschaft werden von dem Volksrathe auf Vorschlag des Regierungsraths auf Lebenszeit ernannt. Der Volksrath kann den Vorschlag des Regierungsraths ablehnen. In diesem Falle hat letzterer einen weitern Vorschlag zu machen." Art. 137. „Die Bestimmung des vorhergehenden Artikels findet jedoch keine Anwendung auf Ergänzungsrichter und Hilfsrichter, sowie auf diejenigen Bürger, welche von ihren Berufsgenossen nach Art. 132 gewählt werden." Art. 138. „Nimmt ein Richter oder ein Mitglied der Staatsanwaltschaft die Wahl in den Regierungsrath an, so muß er auf die Zeitdauer dieser Berufung seine Thätigkeit bei den Gerichten einstellen." Art. 139. „Alle Gehalte der Mitglieder des Richterstandes und seiner Hilfsbeamten werden durch das Gesetz bestimmt. Ausgenommen sind die Vergütungen an diejenigen Beamten, welche auf Tagegeld gesetzt sind." Art. 140. „Kein Richter und kein Mitglied der Staatsanwaltschaft darf von dem Staate besondere Gehaltszulagen oder sonstige Gratificationen erhalten." Art. 141. „Kein Richter und kein Mitglied der Staatsanwaltschaft darf, außer durch Urtheil und Recht, von seinem Amte entfernt oder im Rang und Gehalt beeinträchtigt werden. Suspension darf nicht ohne Beschluß des zuständigen Gerichts erfolgen." Art. 142. „Kein Richter und kein Mitglied der Staatsanwaltschaft darf wider seinen Willen, außer durch Beschluß des zuständigen Gerichts in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen zu einer andern Stelle versetzt oder in Ruhestand gesetzt werden." Art. 143. „Das Gesetz wird das Nähere über die gerichtlichen Behörden, sowie über deren Organisation, Verfahren und Competenz bestimmen." Sämmtlich angenommen. Siebenter Abschnitt. Von den Religionsgesellschaften. Art 144. „Kirchengemeinschaften werden vom Staate fortan nur als Religionsgesellschaften betrachtet." Art. 145. „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen." Art. 146. „Keine Religionsgesellschaft genießt vor andern Vorrechte durch den Staat; es besteht weder Landeskirche noch Staatsreligion." Angenommen. Art. 147. „Die Verleihung von Dotationen für den Cultus von Seiten des Staates findet fernerhin nicht statt. Die auf den Urkunden vom 2. Februar 1830 beruhenden, dem Cultus gewährten Dotationen bleiben in Kraft, können aber nie vermehrt werden." Ausgesetzt. Art. 148. „Der Staat hat kein Recht, Geistliche oder Religionslehrer oder Beamte einer Religionsgesellschaft vorzuschlagen, zu wählen, zu ernennen oder zu bestätigen." Art. 149. „Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung derselben durch den Staat bedarf es nicht." Angenommen. Art. 150. „Klöster dürfen nie gegründet und geistliche Orden oder mit denselben verbundene Korporationen weder gestiftet noch eingeführt werden." Achter Abschnitt. Von der Erziehung und dem Unterricht. Art. 151. „Das Erziehungs- und Unterrichtswesen steht unter der Oberaufsicht des Staates und bildet einen gesonderten Zweig seiner Verwaltung; es ist der Aufsicht der Geistlichkeit als solcher entzogen." Art. 152. „Für die Bildung der Jugend sorgt der Staat in genügender Weise durch öffentliche Schulen." Angenommen. Art. 153. „Die öffentlichen Schulen sind nicht confessionell. Das Unterrichtswesen ist demnach die confessionelle Religionslehre unter die Gegenstände des Unterrichts nicht aufzunehmen, sondern nur eine reine Sittenlehre. Den Eltern und deren Stellvertretern bleibt es überlassen, für den Religionsunterricht der Kinder außerhalb der Schule zu sorgen." Wird ausgesetzt und die Mitglieder eingeladen, ihre Abänderungsanträge dem Verfassungsausschusse schriftlich einzureichen. Art 154. „Für den Unterricht in den Volksschulen und niederen Gewerbeschulen wird kein Schulgeld bezahlt. Unbemittelten soll auf allen öffentlichen Unterrichtsanstalten freier Unterricht ertheilt werden." Art. 155. „Niemand darf die seiner Obhut anvertraute Jugend ohne den Grad von Unterricht lassen, der für die unteren Volksschulen vorgeschrieben ist." Art. 156. „Eltern und deren Stellvertreter können völlig frei bestimmen, wo ihre Kinder und Pflegebefohlenen erzogen werden sollen." Art. 157. „Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen und zu leiten und an solchen Unterricht zu ertheilen, steht jedem Staatsbürger frei, wenn er der Staatsbehörde seine Befähigung nachgewiesen hat." Art. 158. „Der häusliche Unterricht unterliegt keiner Beschränkung." Art. 159. „Die Lehrer an den öffentlichen Schulen sind Staatsdiener." Art. 160. „Der Regierungsrath stellt die Lehrer der Volksschulen auf Vorschlag des Erziehungsrathes und der Gemeindebehörden aus der Zahl der Geprüften an. Die Anstellung der Lehrer an den andern Unterrichtsanstalten geschieht auf Vorschlag des Erziehungsrathes durch den Regierungsrath." Art. 161. „Ein besonderes Gesetz wird die Gebäude des Erziehungsraths und die Einrichtung des gesammten Unterrichtswesens ordnen." Angenommen. Neunter Abschnitt. Von den Gemeinden. Art. 162. „Der Freistaat Frankfurt umfaßt neun Gemeinden, eine Stadtgemeinde und acht Landgemeinden." Art. 163. „Diese Eintheilung und die gegenwärtigen Grenzen der einzelnen Gemeinden können nur durch ein Gesetz nach Anhörung der Betheiligten abgeändert werden." Art. 164. „Jeder großjährige Staatsangehörige hat das Recht, in jeder Gemeinde nach den Bestimmungen des Gesetzes sich niederzulassen oder das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen." Art. 165. „Jeder großjährige Gemeindeangehörige ist Gemeindebürger." Art. 166. „Jede Gemeinde hat einen Bürgermeister, einen Gemeinderath und einen Gemeindeausschuß." Art. 167. „Der Bürgermeister, der Gemeinderath und der Gemeindeausschuß werden von und aus den Gemeindebürgern unmittelbar gewählt. Ein Bestätigungsrecht oder Verwerfungsrecht hat die Staatsgewalt hierbei nicht." Artikel 168. „Die Gemeinden haben, vorbehaltlich der dem Staate zustehenden, gegen alle Gemeinden gleichmäßig zu übenden Aufsicht, das Recht der selbstständigen Verwaltung ihres Vermögens, so wie der Besorgung ihrer Gemeindeangelegenheiten überhaupt, mit Einschluß der Ortspolizei." Art. 169. „Die Voranschläge über die Einnahmen und Ausgaben, und die Rechnungsablagen sollen jährlich veröffentlicht werden." Art. 170. „Gemeindesteuern können nur kraft eines Gesetzes erhoben werden." Art. 171. „Dieses Gesetz wird von dem Volksrathe erlassen auf Grund eines von den Behörden der Gemeinde in Uebereinstimmung beschlossenen Vorschlags, welchen sie bei dem Regierungsrathe einreichen. Der Regierungsrath legt diesen Vorschlag zur Berathung und Beschlußfassung dem Volksrathe vor; dieser kann ihn nicht abändern, sondern nur annehmen oder verwerfen." Art. 172. „Die Sitzungen des Gemeindeausschusses sind öffentlich." Art. 173. „Es ist eine Gemeindeordnung zu erlassen, in welcher insbesondere die Organisation der Gemeinde, die Befugnisse, die Obliegenheiten und die Anzahl der Gemeindevertreter, die Bedingung der Erwählung derselben, der Erwerb und Verlust des Gemeindebürgerrechts, die Ausnahmen von der Oeffentlichkeit der Sitzungen des Gemeindeausschusses, der Umfang der Aufsicht des Staates über die Gemeinden näher bestimmt werden." Angenommen. Zehnter Abschnitt. Von der Abänderung der Verfassung. Art. 174. „Der Antrag auf Abänderung einzelner Bestimmungen der Verfassung oder auf eine Durchsicht der Verfassung im Ganzen kann nur von dem Volksrathe ausgehen und auch von diesem nur mit wenigstens zwei Drittheilen der Stimmen seiner sämmtlichen Mitglieder beschlossen werden." Art. 175. „Wird ein solcher Antrag beschlossen, so soll der Regierungsrath eine Abstimmung aller großjährigen Staatsbürger darüber veranlassen: 1) ob eine Durchsicht der Verfassung stattfinden solle? und wenn ja: 2) ob die Durchsicht durch den Volksrath oder durch einen Verfassungsrath vorzunehmen sei? Beide Fragen werden in einer Abstimmung erledigt." Art. 176. „Entscheidet die Mehrheit der stimmenden Bürger für einen Verfassungsrath, so wird als solcher ein neuer Volksrath erwählt." Art. 177. „Bei der Berathung des Verfassungsentwurfs wird wie bei der Berathung anderer Gesetzentwürfe verfahren. Das Erinnerungsrecht des Regierungsrathes (Art. 90) findet jedoch hierbei nicht statt." Art. 178. „Der von dem Volksrathe oder dem Verfassungsrathe genehmigte Entwurf wird sämmtlichen großjährigen Staatsbürgern zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt. Zur Annahme ist mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erforderlich." Angenommen. Elfter Abschnitt. Schlußbestimmungen. Art. 179 „Die Aufzählung gewisser Rechte in der Verfassung soll nicht so ausgelegt werden dürfen, als wären dadurch andere nicht ausdrücklich erwähnte Rechte dem Volke versagt, beeinträchtigt oder beschränkt; und alle Sätze der Verfassung sollen im Zweifel nur zu Gunsten der größeren Volksrechte und der bestimmteren Freiheit der Bürger ausgelegt werden." Art. 180. „Alle älteren Grundgesetze und die daraus abgeleiteten Staatseinrichtungen sind aufgehoben." Auf Veranlassung von Dr. Burkard kommen die Art. 161 und 165 nochmals in Berathung, werden aber nach einstündiger Debatte unverändert beibehalten. Schließlich wird der Verfassungsausschuß beauftragt, bis künftigen Freitag einen Bericht über die Art und Zeit der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs einzureichen. Nächste Sitzung Mittwoch 25. Juni.

Wien, 22. Juni. Herr v. Auerswald ist in einer Mission hier angelangt. Er soll den Conflict, der zwischen beiden Regierungen wegen des diesseitigen Gesandten in Berlin, Ritters v. Prokesch-Osten, ausgebrochen ist, vermitteln, den Unterhandlungen zwischen Bayern, Oesterreich und Preußen mehr Nachdruck geben und namentlich zugegen sein, wenn der Kaiser von Rußland, der heute oder morgen erwartet wird, hier eintrifft.

Es ist auffallend, daß sämmtliche Wiener Blätter über die neuesten Vorgänge in Ungarn sich jedes Raisonnements enthalten. Sie beschränken sich darauf, die Bulletins und telegraphischen Depeschen nachzudrucken, wie sie die „Wiener Zeitung" in ihrem amtlichen Theile bringt.

Ein Schreiben in der „Const. Ztg." lautet: Preßburg, 23. Juni. So wäre also die erste Position glücklich gewonnen: Die Waaglinie ist für die Ungarn verloren, Görgey hat sich mit seinen 30,000 M. und 80 Kanonen über den Strom zurückgezogen. Nicht allein haben die Generale der Oesterreicher und der Russen sehr gut manövrirt: die Truppen, besonders die Cavallerie, haben ihrerseits nicht minder anerkennenswerthe Tapferkeit bewiesen. Bei den Ungarn zeigt es sich dagegen immer deutlicher, daß die Taktik des großen Krieges nicht ihre Sache ist; daß sie ebensowenig combinirte Bewegungen auszuführen, als gut berechneten Operationen zu widerstehen vermögen. Den Russen gebührt dabei kein geringer Antheil an dem Erfolg der österreichischen Waffen: namentlich hat ein gelungener Flankenmarsch des Armeecorps Panjutin sehr viel zu dem glänzenden Erfolg des Tages beigetragen. Seit 2 Tagen befinden wir uns demnach mitten im Kriege. Groß war gestern Abend die Spannung der Gemüther, als ein russischer Offizier durch die Stadt in das Hauptquartier sprengte, und beim Bekanntwerden der Siegesbotschaft zeigte sich allerwärts eine freudige Bewegung. Manche Gesichter freilich verdüsterten sich. Indessen darf man die bisherigen Erfolge nicht zu hoch anschlagen: eine Schlacht wurde nicht gewonnen. Der Verlauf ist folgender: Am 20. Juni besetzten die Magyaren unter Görgeys unmittelbaren Befehlen Pered und Also-Szelly und hier war es, wo die Russen der hart bedrängten Brigade Pott zu Hilfe kamen. Der eigentliche Kampf fand zwischen Szelly und Kiraly-New statt. Am letzten Orte stand die Brigade Theißing im Centrum, während die russische Colonne gegen die rechte, die Brigade Perin gegen die linke Flanke des Feindes manövrirte. Sofort setzten sich alle Colonnen gleichmäßig in Bewegung und warfen den Feind auf allen Punkten nach der Waag, wo derselbe mehrere Brücken hinter sich abbrach. Am 21. hat Görgey bewiesen, daß er kein Napoleon ist, und als Feldherr ungefähr eben so hoch angeschlagen werden muß, als Mierosławski. Vermuthlich werden die Ungarn sich nunmehr bei Komorn concentriren. Zunächst kommt es darauf an, was die Kaiserlichen vor Raab ausrichten. Daß von ihnen während der letzten zwei Tage in dieser Gegend gleichfalls glückliche Gefechte bestanden wurden, habe ich aus glaubwürdiger Quelle in Erfahrung gebracht.

Die „Preßburger Zeitung" bringt folgende Bulletins:

„1) Bulletin der Donauarmee. Gestern, den 21. Juni, wurden die Insurgenten, 30,000 Mann mit 80 Geschützen stark, unter Görgey's persönlicher Anführung, von dem Armeecorps unter Feldmarschallieutenant Baron Wohlgemuth, in Verbindung mit der kaiserlich russischen Truppendivision Panjutin, aus der Stellung von Pered zurückgeschlagen und bis Farkasd (an der Waag) verfolgt. Der heftige Kampf, bei welchem die russischen Truppen mit den österreichischen an Muth und Ausdauer einen edlen Wettstreit entwickelten, war um 8 Uhr Abends noch nicht beendet, daher die Details erst später veröffentlicht werden. Der Feind wird verfolgt. Preßburg, 22. Juni 1849. Freiherr von Hannau, Feldzeugmeister und Armeeobercommandant."

„2) Bulletin der Südarmee: Aus dem so eben eingelaufenen Detailbericht Sr. Excellenz des Banus über die Einnahme von Neusatz wird in Ergänzung des am 16. Juni herausgegebenen ersten Bulletins hiermit das tapfere Benehmen der bei dem Sturm auf die Verschanzungen von Neusatz verwendeten Bataillone des Regiments Viret und des dritten Liccaner Bataillons erwähnt gethan. Nach Einnahme der Stadt wurde selbe vom Feinde mit Projectilen aller Art dergestalt überschüttet, daß sie, da viele derselben zündeten, ein Raub der Flammen wurde und achthundert Häuser niedergebrannt sind. Die Insurgenten haben durch Zerstörung dieser Stadt ihre eigenen Lebensquellen versiegen gemacht, und viele Tausende der unschuldigen Bewohner haben die rauchenden Trümmer ihrer Vaterstadt mit ihren besten Habseligkeiten verlassen und sich damit nach Kevil geflüchtet, von wo selbe auf Befehl Sr. Excellenz des Banus mittelst Dampfschiff nach Karlowitz überführt wurden. Derselbe ließ eine angemessene Truppenzahl am linken Donauufer zur Eroirung Peterwardeins zurück, welches am rechten ohnehin eng eingeschlossen ist, besetzte Földvar und St. Thomas, und nahm, Petrzel, welcher bereits über den Franzenskanal gesetzen war, folgend, eine Stellung bei Seove, Ocser und Kis-Ker. Hauptquartier Preßburg, 20. Juni 1849. Freiherr von Hannau, Feldzeugmeister und Armeeobercommandant."

Die magyarische Regierung scheint selbst auf einen längeren Aufenthalt in Pest nicht zu zählen. In den Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat, gesellt sich eine neue in der sich laut machenden roth radicalen Partei, welche das neue Journal „der vierzehnte April" zu ihrem Organ hat. Die Besoldungen, heißt es daselbst, seien die Keime des Sturzes der jungen Republik, und namentlich wird gegen das hohe Gehalt des Präsidenten und der Minister wacker losgezogen. Auch über das Stillschweigen der Regierung in Betreff der Beziehungen der Republik zu andern Staaten und den im Süden erlittenen Niederlagen wird bittere Beschwerde geführt, und gegen alle und jede Amnestie protestirt, weil die Hauptschuldigen noch nicht gehenkt seien. „Jener verkrüppelte alte Pfarrer von Jeczö wurde erschossen, weil er zu Gunsten des Kaisers gepredigt und Hallasly sollte begnadigt werden? Die armseligen Verbrecher in Ofen wurden erschossen und Almasy sollte amnestirt werden? Die frommen Sitten der Moral und des Evangeliums sind für andere schönere Tage vorbehalten: wer eine siegreiche Revolution machen will, der

Wilhelm Gustloff Stiftung
Hamburg-Bergedorf, Schloßstraße 1

Bekanntmachung

Die Wilhelm Gustloff Stiftung hat mit Wirkung vom 1. Januar 1945 die Firma Hamburger Stahlwerke GmbH, Hamburg-Bergedorf, Schloßstraße 1, übernommen.

№ 152. —— Donnerstag —— den 28. Juni —— 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Würtemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bompsen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. A. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28, und besselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Für England und überseeische Länder: Loysel u. Comp., Nr. 34. Kanon Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Strasburg, Brandgasse Nr. 28, und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 34. Kanon Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmied in Wien, Landstraße Nr. 388; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 75a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Die Unterhandlungen mit Dänemark.

Die „Deutsche Reform", welche bekanntlich in einem vertrauten Verhältnisse zum Berliner Cabinet steht, also gut unterrichtet sein kann, entwirft folgende Skizze von dem Gange der Unterhandlungen mit Dänemark: „Die Stellung der europäischen Großmächte zur schleswig-holsteinischen Streitfrage ist etwa folgende: Den entferntesten Antheil hat Frankreich, welches, wie England, das Recht in Anspruch nimmt, für die Berücksichtigung der von ihm 1721 an Dänemark ausgestellten Garantieacte über den von Friedrich IV. eroberten gottorpschen Antheil von Schleswig zu sorgen. Es liegt auf der Hand, daß die junge Republik eine Art Bestiedigung darin finden muß, sich als Protector eines alten europäischen Thrones zu geriren. Gegen Deutschland hat es in der Frage selbst immer eine unfreundliche Stellung eingenommen und sich, wie noch neulich am 6. Juni in der Botschaft Bonapartes, die ungerechteste Beurtheilung der schleswigschen Sache zu Schulden kommen lassen. Der nordische Krieg scheint ihm gar nicht unlieb. England hat außer der Fürsorge für die erwähnte Garantieacte noch ein politisches Interesse. Es wünscht den Frieden wegen seines Handels mit Deutschland. Es wünscht in diesem Frieden aber auch Dänemark nicht geschwächt, damit Rußland es nicht dominire und seinen Einfluß in Dänemark vernichte. Endlich wird es auch bemüht sein, sich in Dänemark sowohl, als auch in den Herzogthümern, einen freien Markt zu sichern, frei vom Zollverein und sonstigem deutschen Einfluß. Rußland hat ein unabweisbares Recht, ein Wort mitzusprechen, weil es eventuell mit erbfolgeberechtigt in den Herzogthümern ist. Seine Politik aber muß ebenfalls darauf ausgehen, Dänemark nicht schwächen, und es nicht von England abhängig machen zu lassen, wodurch es seinen Vorposten in der Ostsee verlöre. Alle drei Mächte haben also, wie sich das aus einem oberflächlichen Ueberblicke ergibt, ursprünglich durchaus eine Neigung gegen Preußen und Deutschland in der Streitfrage, und wir wissen, daß diese Neigung nur bei England im Verlaufe der Sache sich etwas geändert hat. Auf Oesterreichs, des ersten deutschen Bundesgliedes, Stellung haben wir bereits früher hingedeutet, es verhielt sich so, daß es für Preußen nicht nur einen Rückhalt bot, sondern durch seine innige Allianz mit Rußland und seine — um nicht mehr zu sagen — stumme Theilnahmslosigkeit offenbar eine andere Auffassung der Frage an den Tag legte und Preußens Lage schwieriger machte. Denn Preußen hatte anscheinend sogar über die Erbansprüche des russischen Hauses abgesprochen und mit rücksichtsloser Entschiedenheit für Schleswig Partei ergriffen. Seine eigenen Interessen werden durch die Resultate des Krieges gar nicht berührt, wohl aber hat der Krieg selbst seinen Handel zerrüttet, seine Finanzen sowohl durch Ausfälle in den Einnahmen als durch bedeutende Vermehrung der Ausgaben angestrengt. Das Verhältniß der Herzogthümer zu einander ist rechtlich und thatsächlich das der engsten, unauflöslichen Verbindung, welche selbst durch die Theilungen des Landes unter die verschiedenen Zweige des regierenden Hauses nicht alterirt worden ist. Nur im vorigen Jahre durch die Bildung getrennter Provinzialversammlungen wurde der Versuch zu einer Art Auseinandersetzung gemacht, wobei, wohlbemerkt, die Landesregierung und die Hauptbehörden gemeinschaftlich blieben. Eine wirkliche Trennung dürfte bei dem Zusammengehören der Herzogthümer, welches kein äußeres, sondern auf der innersten Natur der Verhältnisse beruhendes ist, überhaupt wohl hinzudemonstriren, nicht aber auszuführen sein, besonders wenn, wie zu erwarten, die Bevölkerung selbst dagegen ist. Dies ist unsere Ansicht von der Sache, und wir glauben, daß Preußen mit Recht die eigentliche Bedeutsamkeit der Frage in der scharfen Bestimmung und Abgrenzung des Unionsverhältnisses der Herzogthümer zu Dänemark findet. Die Politik der Selbstbehauptung in der dänischen Gesammtmonarchie drängte hier zu Uebergriffen in Schleswig, während die Neugestaltung Deutschlands für Holstein die Folgen haben kann, daß es in einer Verbindung mit Dänemark, wie sie bisher bestanden, nicht mehr zu verbleiben vermöchte. Es handelte sich daher vorzüglich darum, den Herzogthümern Garantien für ihre factisch eingetretene Unabhängigkeit von Dänemark und diesem eine Beruhigung bei der Gewährung derselben zu verschaffen. Dahinaus liefen die Friedenspläne vorzüglich. Die durch Großbritannien als vermittelnde Macht vorgeschlagenen Friedensgrundlagen: der Plan der Theilung Schleswigs und derjenige einer politischen Vereinigung der beiden Herzogthümer ohne Aufnahme Schleswigs in das deutsche Reich hatten sich als solche erwiesen, die bei Dänemark durchaus nicht zum Ziele führten. Das hatte die britische Regierung nach vergeblichen Unterhandlungen im October v. J. bereits ausgesprochen, und später, nachdem die provisorische Centralgewalt ihre Bereitwilligkeit erklärt, auf die Erörterung jeder andern Grundlage einzugehen, eine dritte Friedensgrundlage vorgeschlagen. Diese besteht darin, daß Schleswig eine abgesonderte Verfassung erhalten soll, verschieden von der dänischen Verfassung auf der einen Seite und von der holsteinischen auf der andern, und ist am 3. Februar d. J. von der provisorischen Centralgewalt ausdrücklich angenommen worden. Auf Grund dieser Basis der „Unabhängigkeit Schleswigs" hat Ritter v. Bunsen die Friedensunterhandlungen in London geführt. Dänemark, von dem dieser Vorschlag selbst ausging, legte dabei natürlich den größten Werth auf den Art. 1 der Präliminarien, worin es wörtlich heißt: "The duchy of Schleswig shall have a separate Constitution . . . . . leaving intact „the political Union" which connects the duchy of Schleswig with the crown of Denmark." Preußen aber fand gerade in dem Worte „political union" eine für die Interessen der Herzogthümer gefährliche Unbestimmtheit und projectirte sofort eine Declaration dazu, in welcher es heißt: Die Worte, welche festsetzen, daß die „politische Union" zwischen Schleswig und Dänemark unberührt bleibt, dürfen nur so verstanden werden, daß diese politische Union bloß so lange „unberührt" ist, als das regierende Haus in Dänemark nicht im Mannesstamme erlischt. — Jedermann weiß, daß die dänischen Gesandten in London die auf Grund der eigenen dänischen Anträge gemachten Friedensvorschläge Englands nicht unterzeichnen wollten, daß vielmehr die Aufkündigung des Malmöer Waffenstillstandes und der darauf folgende Krieg die Unterhandlungen unterbrach. Ob die obige preußische Reservation der Grund davon war, wissen wir nicht, wohl aber ist es einleuchtend, daß für die Friedensunterhandlungen die von der Centralgewalt genehmigte (den Dänen aber erschlichlich nicht gerade genehme) Basis bleiben mußte, auf welcher Preußen hartnäckig für die Rechte Schleswigs kämpft. Wenn jetzt in den Herzogthümern sich Stimmen für die Theilung Schleswigs erheben, gegen die selbst Art. 1 und 2 der neuen Verfassungsurkunde der Herzogthümer sprechen, so kann es genügen, darauf hinzuweisen, daß eine solche Grundlage von Preußen ebenfalls gewünscht und erstrebt war, daß aber nicht das Gewünschte, sondern das Erreichbare den gerechten Maßstab der Beurtheilung abgibt."

Aus Baden.

Zur Ergänzung der von der einen Seite allzu lakonischen, von der andern ganz verworrenen Berichte über die Kriegsereignisse, können wir diesmal das „Mainzer Journal" benützen. Es heißt darin, vom 26. Juni: „Nach einer so eben hier eingetroffenen officiellen Meldung hat gestern früh bei Durlach von 10 Uhr Morgens bis 3 Uhr Nachmittags ein sehr hitziges Gefecht zwischen den preußischen Truppen, unter persönlicher Anführung Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Preußen, und den Freischaaren, geführt von Willich, stattgefunden. Die Freischaaren bestanden aus den Schweizer Scharfschützen, den Hanauer Turnern und der polnischen Legion nebst badischer Artillerie. Andere badische Truppen waren bei der Affaire nicht zugegen. Die Freischaaren leisteten heftigen Widerstand. Ihre Positionen wurden von der preuß. Infanterie mit dem Bajonnet genommen, wobei besonders ein preußisches Landwehrbataillon nicht unbedeutenden Verlust erlitten hat. Die Freischärler zogen sich nach der Murgposition in die Gegend von Rastatt zurück. Ihre Aufgabe scheint gewesen zu sein, den Rückzug von Mieroslawski in die Gegend von Rastatt zu decken. Sie verloren auf ihrem Rückzuge keine Geschütze. Ihrem Anführer Willich wird auch von preußischer Seite das Zeugniß geschickter und tüchtiger Führung nicht versagt. Um 4 Uhr Nachmittags rückte der Prinz von Preußen in Karlsruhe ein und stieg im dortigen Schlosse ab. Er ließ sofort die Truppen, nebst der Karlsruher Bürgerwehr, welche nicht entwaffnet wurde, defiliren."

Das Weitere berichtet die „Karlsr. Ztg.":

Karlsruhe, 26. Juni. Der Oberbefehlshaber der hiesigen Bürgerwehr, Oberst Gerber, welcher in Begleitung seiner beiden Adjutanten gestern Nachmittag den anrückenden königl. Truppen zur Willkommung entgegengeritten war, wurde von Sr. königl. Hoh. dem Prinzen von Preußen aufs freundlichste aufgenommen und eingeladen, sich an seiner Seite dem Einzug in die Stadt anzuschließen. Die Bürgerwehr wurde darauf mit Erlaubniß des Prinzen durch Generalmarsch zusammengerufen, defilirte auf dem Schloßplatze vor demselben, und erfreute sich der anerkennendsten Aeußerungen des hohen Führers der preußischen Heerschaaren, den ein dreimaliges lautes Lebehoch, in das die zahlreiche Zuschauermenge lebhaft einstimmte, aus allen Reihen der vorüberziehenden Bürgerwehrmänner herzlich begrüßte. Zum Beweise seines Vertrauens und Wohlwollens hat der Prinz die Bürgerwehr eingeladen, die bisher von ihr besetzten Wachtposten gemeinschaftlich mit den königl. preußischen Truppen fortwährend besetzt zu halten. Der Sicherheitsdienst der Stadt geht in dieser Weise im erfreulichsten Einklang mit unsern Befreiern fort. Se. königl. Hoh. der Prinz von Preußen ist mit seinem erlauchten Neffen, dem Prinzen Friedrich Karl, im großherzogl. Schlosse abgestiegen. — Die Hauptagenten und thätigsten Anhänger der provisorischen Regierung, welche hier gewesen, haben zum Theil gestern unsere Stadt verlassen. Andere, welche sich verspätet, sind heute schon festgenommen worden.

× **Karlsruhe**, 27. Juni. Sämmtliche hiesigen Journale sind verboten worden; nur die „Karlsruher Zeitung" darf unter der provisorischen Redaction des Herrn v. Killinger wieder erscheinen. Ebenso ist der Druck von Flugschriften, Tagesblättern, sowie jeder öffentliche Anschlag ohne specielle Genehmigung des k. preußischen Commandanten v. Braudenstein streng untersagt gegen Verfällung der Zuwiderhandelnden in strengste Strafen. — Alle politischen Vereine, Clubs, Versammlungen wurden aufgehoben und verboten. — Das Tragen von Waffen ist nur der Bürgerwehr, mit Ausnahme der Artillerie, gestattet. Sämmtliche Privatwaffen mußten abgeliefert werden. — Die Fremdenpolizei wird aufs strengste gehandhabt. — Die Zahl der im Augenblick hier liegenden preußischen Truppen beträgt gegen 10,000 Mann. — Heute soll der Angriff auf Rastatt erfolgen.

⊙ **Mannheim**, 26. Juni. Die Stadt erfreut sich fortwährend der vollständigsten Ruhe, obgleich die Stimmung der untern Volksklassen, trotz des verkündeten Belagerungszustandes, in sehr drohenden Aeußerungen sich Luft macht. Die Preußen sind sämmtlich in der Richtung nach Karlsruhe, über Schwetzingen, abmarschirt, dagegen ist ein Bataillon Bayern von Ludwigshafen hier eingerückt. Nach einer Bekanntmachung der Eisenbahnverwaltung ist die Verbindung mit Karlsruhe wiederhergestellt, worin wir die Bestätigung finden, daß der Prinz von Preußen dort eingerückt ist. Was jeder Einsichtsvolle vorhersah, ist nun eingetroffen: provisorische Regierung, Landesversammlung, Civilcommissäre, Beichlsbaber, kurz der ganze Apparat des Experimentalregiments ist wie ein Fastnachtsspuk verschwunden; leider wird das Volk noch lange davon die Nachwehen spüren. Es ist für unsere Volksfreunde, Demokraten ꝛc. sehr bezeichnend, daß sie den Kassen eine so große Sorgfalt zugewendet und stets zunächst auf deren Sicherheit bedacht gewesen sind, dagegen ihre bedauerungswürdigen Werkzeuge, die Freischärler, Turner, Soldaten ꝛc. den Kanonen und Zündnadelgewehren überlassen haben. So war es schon früher und so ist es noch jetzt. Die leichtgläubige Menge wird immer betrogen.

Heidelberg, 23. Juni. Mittwoch den 20. hat unser Haus seine Einquartierung bis auf drei Mann verloren. Am Donnerstag Abend bekamen wir wieder sechs von den Freischaaren. Sie hatten eine Schlacht bei Waghäusel mitgemacht, die, wie uns die Soldaten erzählten, furchtbar war. Hunderte von Soldaten und Bürgern sind gefallen, sehr viele Bürgerssöhne von hier. Verzweiflungsvoll gingen die Leute auf das Schlachtfeld, um ihre Söhne zu holen; 3 bis 4 Wagen, die Verwundete brachten, kamen oft auf einmal in unsere Stadt herein; auf dreifachen sind unsere Soldaten angegriffen worden; bei Philippsburg sind die Preußen über den Rhein, bei Ladenburg und bei Hirschhorn sind sie angegriffen worden, auf dem Heiligenberg oben hat man die Bajonnete blitzen gesehen. Ein Angstgeschrei ging zwei Tage durch die Stadt: „Die Hessen kommen, die Hessen kommen! Nein, die Preußen sind's!" Von unsern armen Soldaten, die wir noch hier im Quartier hatten, wollte keiner in dieser Geschichte mehr mitmachen. Sigel forderte sie gestern Morgen mit Hinweisung auf das Standrecht auf, alle bis auf den letzten Mann in den Kampf zu ziehen; es waren ungefähr 800, die sich nun schnell in Civil kleideten; darunter waren auch unsere Soldaten. Bis gegen Abend hat kein Jude mehr ein Stück Kleid gehabt. Jeder Hausbewohner gab an Kleidern, was er konnte. Da liefen nun auf einmal Studenten, Handwerksbursche, Bauern und Hausknechte herum, die eben noch Soldaten gewesen waren. Von der einen Seite war es zum Lachen, von der andern zitterte einem das Herz im Leibe, sie möchten erschossen werden. — Waghäusel wurde ganz zusammengeschossen; unsere Scharfschützen brachten große Stücke Zucker von der Fabrik mit. Vorgestern Abend wurde ausgeschellt, daß man alle Thüren offen lassen solle, jeder Hausbewohner müsse Verwundete aufnehmen, da das Spital voll, die Klinik voll, das Lyceum voll war; die Verwundeten werden von Heidelberger Frauen und Jungfrauen gepflegt. Freitag Abend legten wir uns um 11½ Uhr müde zu Bette, da Alles still war. Aber um 3 Uhr fiel ein so furchtbarer Kanonenschuß, daß die Fenster zitterten, zwei leichtere folgten; mir war, als hätte mich eine Kugel im Bett getroffen; doch da von unserer Seite kein Schuß erfolgte, schlief ich beruhigt wieder ein. Hübsche Militärmusik weckte uns bald wieder auf; ich sprang ans Fenster und mußte rufen: „Ach die

Preußen sind's! Gott, die Preußen!" Nun wollte es mit Militär kein Ende nehmen; viele Artillerie, sechs von unsern alten badischen Offizieren. General Hoffmann logirt im badischen Hof. Wir selbst wurden mit fünf Offizieren, fünf Bedienten, zwei Wagenknechten überrascht, brachten aber alle im Hause unter. Sie sind zufrieden und freundlich.

Pforzheim, 24. Juni. Gestern kamen mehrere hundert flüchtige badische Soldaten von verschiedenen Regimentern und ebenso flüchtige Bürgerwehrmänner verschiedenen unserer Landesgegenden angehörig hier an. Sie erzählten einstimmig, daß sie der jetzt gänzlich zersprengten Neckararmee angehörten, daß sie ganz regellos ihre Flucht fortgesetzt, indem Niemand mehr ein Commando geführt, eine bestimmte Richtung des Rückzuges angeordnet oder einen Sammelplatz bezeichnet habe. Trotzdem, daß diese Leute nach ihrer Aussage sich den ganzen Tag zuvor ohne alle Nahrung zu erhalten, geschlagen und die ganze Nacht hindurch rudelos ihre Flucht fortgesetzt hatten, erklärten sie sich bereit, nach wenigen Ruhestunden ihren Weg gegen Rastatt fortzusetzen und dort sich mit ihren Kameraden wieder zu vereinigen. Diese Leute waren zum Sterben ermattet, halb verhungert, mehrere verwundet, sie waren kaum den mannigfachen Todesgefahren entgangen und schon wieder bereit in neue sich zu stürzen, und doch hörte man keine Klage über ihr eigenes Geschick, welches sie nur durch stumme, irre und verzweiflungsvolle Blicke verriethen, laut aber klagten sie über das Schicksal ihrer gefallenen Brüder, welche haufenweise herumlägen. Während der bessere Theil der Pforzheimer nur Mitleid für diese unglücklichen Krieger fühlte, so wurden die ersten zwei jener Flüchtlinge, es waren zwei Soldaten des 3. bad. Infanterieregiments in vollständiger Bewaffnung, von einer Rotte der hier weilenden württembergischen Legion verhaftet, entwaffnet, in die Mitte des Marktplatzes hereingetrieben, hier in einen Kreis geschlossen, mit allen erdenklichen Schmähungen überhäuft und mit augenblicklichem standrechtlichem Erschießen bedroht, vorgeblich weil sie aus Feigheit desertirt seien und durch Lügen ihre Flucht beschönigen. Dasselbe widerfuhr hierauf noch mehreren kleinen Abtheilungen der Flüchtlinge, welche sogar theilweise von ihrem gegen Rastatt schon eingeschlagenen Weg von den württembergische Legionärs zurückgeholt und im Triumph in unsere Stadt zurückgebracht wurden. Es gelang indessen den Behörden unserer Stadt, die Freiheit der Verhafteten und die Zurückgabe ihrer Waffen (letztere jedoch nur zum größten Theil) zu erwirken. — Abends verließ die Legion Pforzheim, um ein zwei Stunden entferntes neues Standquartier in Tiefenbronn zu beziehen. (S. M.)

F **Sinsheim**, 24. Juni*). Schon gestern war mir in Aglasterhausen die Nachricht geworden, daß Sinsheim genommen sei, doch wagte ich nicht, sie Ihnen als bestimmt mitzutheilen, da andere Gerüchte besagten, daß die Beschießung der Stadt bei einbrechender Dunkelheit hätte enden müssen. Sinsheim wurde während der Dauer der Insurrection beständig von Truppen und Freischaaren durchzogen; nur wenige blieben einquartiert. Die ganze Besatzung des offenen Städtchens betrug zwischen 2500—3000 Mann regulärer Truppen und gegen 1000 Mann Freischärler, fast alle vom schlimmsten Geist beseelt, der in einer Soldatenbrust wohnen kann. Vielleicht läßt sich dieser Geist begreifen, wenn man bedenkt, daß die meisten Truppen schon muthlos durch die Erfolge und das Vorrücken der Reichsarmee waren und daß die Freischaaren großentheils aus Gepreßten bestanden, die nur mit Unwillen die Waffen trugen. Zudem kamen seit dem Treffen bei Wiesloch und Waghäusel ganze Züge von Bürgerwehren und Freischärlern hier an und durch, welche ihre Waffen theilweise auf dem Rathhause abgaben, theils wegwarfen, die alle aber ruhig und nüchtern nach Hause gingen. Die bessern Bürger benutzten diese Stimmung, um Gerüchte vom Anmarsch von Reichstruppen auszusprengen, wonach immer ein Theil der Besatzung sich davon machte. Sie brachten es selbst dahin, daß Hauptmann Bekker (ein avancirter Unteroffizier) sich bewegen ließ, in das Aufstecken der weißen Fahne zu willigen, was die Dragoner besonders gern sahen. Doch wenige Augenblicke nachher langte Metternich an, der sich sehr entrüstet darüber zeigte, die Dragoner Abtrünnige schimpfte, dem Hauptmann Bekker die größten Vorwürfe machte und am Schluß seiner Ermahnung zum Festhalten u. a. rief: „Wir waren bisher überall Sieger und werden es bleiben. Als Besiegte haben wir uns nicht zu betrachten!" Zugleich befahl er, alle schon ausgesteckten weißen Fahnen einzuziehen, was seine Satelliten auch sogleich überall kräftig ausführten. Eine Probe der angeführten Feigheit hatten die Bürger u. a. oben im Stift, wo der Freischaarenhauptmann aus dem Stalle heraus commandirte, und als die Sache anfing, sich drohender zu gestalten, sich auf ein Pferd schwang und Reißaus nahm. — Der Name des eingebrachten Freischärlerhauptmanns ist Heinrich Dietz (nicht Dietzsch); so wenigstens unterzeichnete er die folgende Quittung über zwei Pferde, welche er angeblich auf Requisition holte: „Heute Morge 7 Uhr habe ich 2 Reit Pferd von Herrn Bezirk Förster Wahl nachm Moßbach beordert, welche 10 im Moßbach einstehen müßen Hauptmann Heinrich Dietz. Rekar Scharzach (Schwarzach) den 13/6 49. An Civilsär (Civilcommissär) Löhr im Moßbach." Mit dem Schreiben dieses Documents brachte er, wie mir der Bezirksförster sagte, über eine Viertelstunde zu; v. Löhr wußte jedoch nichts von der Sache und die Pferde warten als Dienstpferde dem Eigenthümer wieder zugestellt. Da ging Dietz hin und versuchte sein Glück im Schloß der Gräfin Schaumburg-Degenfeld, der er 2 Schimmel, jeden im Werth von 80 Louisdor, aus dem Stalle holte und wahrscheinlich verkaufte.

*) Ist uns erst am 27. Abends zugekommen. D. Red.

Deutschland.

†* **Frankfurt**, 27. Juni. Die „Deutsche Zeitung" fährt in ihren bestellten Schmähungen gegen das Reichsministerium fort, weil sie, oder die, welche hinter ihr stehen, die thörichte Hoffnung hegen, dergleichen Schmähungen könnten eine Beseitigung der Centralgewalt und einen Uebergang derselben in andere Hände herbeiführen. In ihrer Nr. 175 greift die „Deutsche Zeitung" das Reichsministerium von Seiten der Finanzverwaltung an. Das Reichsministerium ist, wie wir hören, mit Aufstellung des Budgets beschäftigt, dessen Veröffentlichung die beste Erwiderung auf die Verdächtigungen der „Deutschen Zeitung" sein wird. Wir wünschen nur, daß einmal eine Zusammenstellung derjenigen Summen erfolgte, welche die frühern Ministerien, mit ihrem zahllosen Anhang von Unterstaatssecretären u. s. w. kosteten, und derjenigen Kosten, welche die jetzige Verwaltung verursacht, wo nur ein Minister ohne Unterstaatssecretär ꝛc. die Geschäfte leitet, und außerdem in dem Personal der Kanzleien ꝛc. die größte Sparsamkeit eingeführt ist. Die von der „Deutschen Zeitung" behauptete Verwendung der Marinebeiträge zu anderweitigen Zwecken dürfen wir jetzt schon als eine der gewöhnlichen Unwahrheiten der „Deutschen Zeitung" bezeichnen. Eine andere derartige Unwahrheit ist die Entfernung der preußischen Offiziere aus dem Reichskriegsministerium *); eine fernere endlich der angebliche Inhalt einer an das Berliner Cabinet gerichteten Note ꝛc. ꝛc.

Eger, 22. Juni. Auf dem fürstlich Metternich'schen Schlosse Königswart, in der Nähe von Eger, sind der „Exp. Ztg." zufolge Befehle eingetroffen, welche anzudeuten scheinen, daß der Fürst in nicht allzulanger Zeit nach Oesterreich zurückzukehren gedenkt. Im vorigen Jahre nämlich hatte er Befehl gegeben, einen Theil der reichen Sammlungen, welche in diesem Schlosse aufgestellt sind, einzupacken und nach England zu schicken. Später wurde der Befehl der Absendung wiederrufen, und neuerdings ist der Auftrag eingegangen, die eingepackten Gegenstände wieder in der frühern Weise aufzustellen und einige andere Anordnungen zu treffen, welche auf jene Rückkehr deuten. — Wie sehr das Vertrauen auf Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung bereits wieder hergestellt ist, beweist auch der Umstand, daß die uns benachbarten Brunnenorte Marienbad und Franzensbad jetzt schon wieder eben so stark besucht sind, wie in den Jahren 1846 und 47 um diese Zeit, und doch war in beiden Orten die Zahl der Kurgäste in jenen Jahren so stark wie niemals früher.

Bregenz, 23. Juni. Das schon lange als bestehend angekündigte Armeecorps in Vorarlberg bildet sich nun rasch. An Fußvolk und Reiterei mögen bis jetzt auf der Strecke von Bludenz nach Bregenz, etwa 10 Wegstunden, 8000 Mann aufgestellt sein. Einige weitere Bataillone werden demnächst erwartet; das ganze Corps wird dann 10—12,000 Mann mit 4 Batterien betragen. Munition und Kriegsgeräthe treffen fast täglich ein. Diese Truppen, großentheils aus Italien kommend, an Mühen und Entbehrungen, aber auch an den Sieg gewöhnt, sehen in ihrer trefflichen Ausrüstung kräftig und kriegsmuthig aus. Sie bestehen der aus dem italienischen Kriege rühmlichst bekannte F.M.L. Fürst Karl v. Schwarzenberg, der seinem Rufe als militärischer Führer den eines einsichtsvollen und gerechten, aber auch milden Staatsmannes als Gouverneur von Mailand beigesellte. Die Frage, welche Bestimmung diese Truppen haben, ist in öffentlichen Blättern, vielleicht voreilig, dahin beantwortet worden, daß sie im Großherzogthum Baden einrücken werden. Wir entnehmen einer so eben erschienenen Ansprache des Commandirenden an die Bewohner Vorarlbergs, daß sie einstweilen als Beobachtungscorps aufgestellt sind, und zwar aus Anlaß der theils sich vorbereitenden, theils schon zum Ausbruch gelangten Schilderhebungen in den benachbarten deutschen Bundesländern. Als deutsche Truppen könnten sie wohl auch berufen werden, theilzunehmen an der Wiederherstellung der auf so bedauerliche Weise in der Pfalz und in Baden gestörten Ordnung; es frägt sich nur, von wo aus der Ruf ergehen kann und wird. (A. Z.)

Triest, 20. Juni. Der Dampfer Custozza (Capitän Kewartewsky), der eben aus Ancona hier anlangte, bringt uns die Nachricht von dem Fall dieses festen Punktes der italienischen Revolution, der nach den letzten Bulletins ebenfalls zerstört werden sollte bevor er sich ergeben würde. Am 16. wurde die Stadt von der Land- und Seeseite zugleich angegriffen und vier Stunden lang beschossen. In der Nacht setzte man die Operationen fort, und am 17. Morgens erschien die Deputation mit der Uebergabe. Ein Pulvermagazin flog in der Nacht auf, mehrere Häuser wurden beschädigt, fünf brannten beinahe ganz nieder. Die Oesterreicher, die am 17. um 4 Uhr Nachm. die Stadt und die Festungswerke besetzten, verloren 30 Todte und 90 Verwundete. Die Ergebungsacte enthält wie gewöhnlich deutliche Proben der österreichischen Großmuth. Freier Abzug der Freundenlegionen, Wiederanstellung des päpstlichen Heers, Versprechen von Seite des commandirenden Grafen Wimpffen, eine Amnestie zu erwirken u. s. w. (A. Z.)

ς **Kreuznach**, 26. Juni. Die Truppenmärsche haben aufgehört, die Kurgäste ziehen immer mehr bei uns ein. England und Holland sind besonders stark vertreten. Die Lords Clanwilliam und Darnley ragen durch ihre geistvolle Persönlichkeit hervor. Die badischen Flüchtlinge kehren allmälig in ihre Heimat zurück, voll Anerkennung für unsere braven Truppen und unsere wohlgeordnete Verwaltung. Wir hoffen auf ein ruhiges, aber auch kräftiges Verausschreiten und fürchten kein Abweichen von der betretenen constitutionellen Bahn.

Trier, 25. Juni. Die hiesige Zeitung Nr. 150 enthält zum großen Erstaunen der Stadt folgenden Steckbrief:

„Bürger den unten näher signalisirten Ludwig Simon, geboren zu Saarlouis, wohnhaft zu Trier, ist seitens des königl. Herrn Untersuchungsrichters wegen Betheiligung an dem Verbrechen des Complotts im Sinne der Art. 87, 91 und 89 des rheinischen Strafgesetzbuches ein Verfügungsbefehl erlassen worden. Indem ich dieses zur öffentlichen Kenntniß bringe, ersuche ich alle Civil- und Militärbehörden, auf den ꝛc. Simon zu vigiliren, ihn im Betretungsfalle zu verhaften und dem gedachten Herrn Untersuchungsrichter vorführen zu lassen. Der königl. Oberprocurator (gez.) Deuster."

*) Der königl. preuß. Oberst v. Stavenhagen ist nach wie vor Departementschef in diesem Ministerium.

** **Aus Franken**, 27. Juni. Der König und die Königin MM. haben gestern Abend Würzburg wieder verlassen, unter großen Feierlichkeiten der Stadt, gleich wie beim Empfang. Die ganze Reise des königlichen Paares durch die fränkischen Gauen und Städte glich einem Jubelzug. Unsere Blätter sind deßhalb der Freuden- und Festberichte voll. Es scheint denn also doch mit den in letzter Zeit durch die Blätter gegangenen Berichten über bedenkliche Stimmung in Franken nicht ganz richtig zu sein.

⊙ **Stuttgart**, 26. Juni. In der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung wurde das Gesetz wegen Einführung von Geschwornengerichten, welches 236 Artikel enthält, durch eine einzige Abstimmung angenommen. Die Justizgesetzgebungscommission hatte sich zuvor mit dem Regierungscommissär, Obertribunalrath Hoffacker, über eine Reihe von Punkten, in Beziehung auf welche abweichende Ansichten bestanden, verständigt. Es wird die Errichtung von 8 Assisenhöfen empfohlen, nämlich in Eßlingen, Heilbronn, Tübingen, Rottweil, Ellwangen, Hall, Ulm, Ravensburg. Dieselben umfassen eine Durchschnittszahl von je 185,000—272,000 Einwohnern auf je 27—60 Quadratmeilen. Der Hauptdifferenzpunkt zwischen dem Justizministerium und der Commission der Kammer besteht sich auf die endliche Auswahl der auf die Jahresliste zu setzenden Geschwornen. Die Ausgleichung wurde in der Art herbeigeführt, daß eine Mitwirkung der Staatsbehörde eintritt, so daß der Bezirksausschuß statt auf je 500 Einwohner auf je 400 Einen Geschwornen auszuwählen hat, und daß dann dem Vorstand des Civilsenates eines jeden Kreisgerichts die Befugniß eingeräumt wird, ein Fünftheil der so Vorgeschlagenen zu streichen, und hiernach die Jahresliste eines jeden Bezirkes in der Art zu reduciren, daß auf je 500 Einwohner ein Geschworner kommt. Da das ganze Gesetz provisorischer Natur ist und in Erwägung der schon so langen Dauer des gegenwärtigen Landtages konnte um so mehr auf die Einzelberathung verzichtet werden. — Truppen von allen Waffengattungen marschirten heute hier durch an die badische Schwarzwaldgrenze. Die Bürgerwehr hat wieder die Wachen bezogen. Steckbriefe, namentlich aber freiwillige Entweichungen der Personen, die sich am meisten compromittirt haben, werden in den größern Städten des Landes immer häufiger.

Das Kriegsministerium hat folgende Verfügung erlassen: „Das Vorrücken der preußischen, hessischen ꝛc. Truppen im Rheinthale, wodurch die Operationen der kriegführenden Theile sich näher an den württembergischen Schwarzwald gezogen haben, und ebendamit die Möglichkeit gegeben ist, daß Freischaaren oder bewaffnete Corps die diesseitige Grenze überschreiten, hat die Aufstellung eines Beobachtungscorps zum Schutze der Schwarzwaldthäler in der Gegend von Neuenbürg bis Freudenstadt nothwendig erscheinen lassen. Diese Stellung wird sich nach der fernern Operation in Baden ändern, um unter allen Umständen das diesseitige Gebiet gegen Verletzungen zu sichern."

Hieraus erklären sich die vielen Truppenmärsche, über welche der „Schwäb. Merk." berichtet: das 6. Infanterieregiment marschirte heute früh, später das 2. Reiterregiment nebst einer Anzahl Kanonen von hier ab, wie man vernimmt, in der Richtung von Herrenberg. Im Laufe des Vormittags kam der größte Theil des 3. Infanterieregiments, das in Ulm gelegen und in den letzten Tagen nach Riedlingen marschirt war, hier an, zugleich der Stab der ersten Brigade (General v. Baumbach) und weitere reitende Artillerie. — Gestern Abend erhielt Gouverneur Generallieutenant v. Miller ein Ständchen vom Militär. — Der lithograph. Correspondenz zufolge wäre der württembergischen Regierung eine Note zugekommen, sich ebenfalls an der Pacificirung Badens zu betheiligen. Faßt sämmtliches Militär breche nach der badischen Grenze auf. Ulm und sogar Stuttgart würden, so sage man, von Bayern (?) besetzt werden.

Calw, 25. Juni. Von den am Freitag nach Pforzheim abgegangenen Freischärlern erschienen schon Samstag früh wieder einzelne in der Stille als Rundschafter, und aus den Aeußerungen ihrer hiesigen politischen Freunde war zu entnehmen, daß man von Pforzheim aus einen Zug nach Calw beabsichtige, wobei es auch auf die hier noch vorhandenen Gewehre und Munition abgesehen war. Indessen wurde ein solches Vorhaben der schon bis Neuhausen an der Würm vorgerückten Freischaar zunächst durch das hier gestern (Sonntag) Nachmittags erfolgte Eintreffen eines Bataillons vom ersten Infanterieregiment und einer Schwadron des dritten Reiterregiments vereitelt. Von der am Samstag von hier nach Nagold und Horb abgegegenen Wehrmannschaft kamen einige schon gestern Mittag zurück, da sich in Wildberg Niemand, in Nagold aber anstatt des versprochenen großen Zuzuges nur ein einziger Mann angeschlossen hatte. Die meisten zogen indessen weiter bis Horb, wo sich ihnen wieder ein Mann anschloß. Nach dieser wiederholten Enttäuschung kehrten sie endlich um, und die meisten sind in der verflossenen Nacht und heute beschämt zurückgekommen. Rechtsconsulent Z. trennte sich von den Uebrigen und soll nach Baden entflohen sein. Heute früh verließ das Militär die Stadt wieder, deren Schutz jetzt der Bürgerwehr allein überlassen ist, welche nun alle Vorsichtsmaßregeln zu kräftiger Abwehr eines etwaigen Freischaarenanfalls getroffen hat.

Aus der Vöblinger Gegend, 25. Juni. Mehrere Abtheilungen des ersten Regiments, die Sonntags nach Calw durchzogen, heute, Montag Mittag, wieder hierher zurückkamen, sind so eben, Abends 8 Uhr, durch Estafette wieder gegen Calw zu beordert abgezogen und zwar auf Wägen, weil Freischärler eingefallen seien. Daß die badische Grenze gegen Pforzheim hin davon wimmle, hört man von Privatpersonen.

Tübingen, 23. Juni. Im „Schwäb. Merk." gibt Uhland folgende Erklärung ab:

„Ueber die gewaltsame Abtreibung der deutschen Nationalversammlung von ihrem Sitzungslocal am 18. d. M. hat unmittelbar nachher ein Zusammentritt der Abgeordneten zur Fest-

lung des Thatbestandes stattgefunden. Dieser Verhandlung habe
angewohnt, nicht aber der am Abend des nächsten Tages er-
igten Verlesung und Unterzeichnung des darüber aufgenommenen
d nunmehr in öffentlichen Blättern mitgetheilten Protocolls. Bei
tem Zusammentritt wurden von mir zu dem Berichte des Herrn
Präsidenten Löwe und den Zeugnissen anderer Mitglieder zwei Be-
richtigungen vorgebracht, wovon die eine, vermuthlich weil sie nicht
n Thatbestand der Abtheilung selbst betraf, im Protocoll nicht
halten, die andere nicht richtig aufgefaßt ist. Die erstere war in
n Sinne gemacht, daß ich nicht zu sagen wüßte, ob der Ge-
nke, sich dem Präsidenten und dem Bureau auf dem Gange zum
hungslocal anzuschließen, ursprünglich von mir allein ausgegan-
n sei, indem mehrere zufällig beisammen gestandene Abgeordnete
h alsbald in diesem sehr natürlichen Gedanken begegnet haben.
eine zweite Bemerkung ging dahin, daß ich die Bedrohung des
Präsidenten durch den Ruf: Haut ein! und durch Schwingen der
ibel nicht wahrgenommen habe, was übrigens auch daher kom-
n könne, daß ich durch die verrückende Reiterei von seiner Seite
drängt wurde und erst nach einer Weile ihn wieder aufsuchen
nnte. Der Abgeordnete Pfahler hat, meines Erinnerns, die ange-
hrte Bedrohung hinsichtlich des Präsidenten bestätigt, nicht aber
Bezug auf meine Person, wie ich denn wirklich nicht „zwischen
n Schwertern“ mich befand, wenn auch die Säbel gezogen waren.
schließlich nehme ich Anlaß, über den Vorgang im Allgemeinen
gende Ansichten auszusprechen: Es wäre der Nationalversamm-
ng nicht angestanden, auf die bloße Meldung, daß die Straßen
rch bewaffnete Macht abgesperrt seien, den Ganz nach ihrem
tungslocal aufzugeben, sie war es sich und dem Volke, das sie
vertreten hat, schuldig, thatsächlich und augenfällig festzustellen,
ß sie nur der äußeren Gewalt weiche, und zugleich gegen diese
ewaltmaßregel angemessene Verwahrung einzulegen. Daß hiebei
ei Abgeordnete aus Württemberg zur Seite des Präsidenten mit
der Spitze gingen, war nahezu die einzige Gastfreundschaft,
lche der Versammlung zu Theil geworden ist. Hier kam auch
ht die politische Parteiung in Betracht, sondern einzig das Be-
ßtsein des Zusammengehörens in dem zuletzt noch aufrecht ge-
liebenen Bestande der deutschen Nationalvertretung. In dem ge-
einsamen Zuge lag weder für die Versammlung selbst, noch für
n öffentlichen Frieden eine wahrscheinliche Gefahr. Es war nicht
viel verlangt, wenn man erwartete, der Civilcommissär werde
ter Hinweisung auf die vor uns aufgestellten Truppen den
urchgang verweigern, und sodann den Präsidenten der National-
ersammlung seine Verwahrung entgegennehmen lassen. Damit wäre
r Sache von beiden Seiten Genüge geschehen. Nicht zu erwarten
ar aber, daß die wiederholten Versuche des Präsidenten, seinen
rotest zu erheben, übertrommelt wurden, und noch weniger war
durch die Umstände geboten, daß von der Seite her und vor
n Reihen des Fußvolks die Reiterei heranzog, um, wenn auch
r im Schritte vorrückend, die unbewaffneten Volksvertreter hin-
egzudrängen oder abzuschließen. Dadurch erst war die Gefahr
rvorgerufen, daß, wenn die Entrüstung des obwohl nicht zahl-
ich versammelten Volkes sich Luft gemacht hätte, die Abgeordne-
n mitten in den Zusammenstoß gerathen wären. Die Gerüchte,
ß ich selbst körperlich verletzt worden, sind schon anderwärts
berlegt; die einzige Verletzung, die ich davon getragen, ist das
itere Gefühl der unziemlichen Behandlung, welche dem letzten
este der deutschen Nationalversammlung in meinem Heimatlande
derfahren ist. L. Uhland.“

> **Mainz**, 27. Juni. Heute Abend sind 25 sechsspän-
ge preußische Munitionswagen, begleitet von einer Ab-
eilung des 29. preußischen Landwehrregiments, hier einge-
offen; dieselben werden hier befrachtet und werden mor-
en zur Armee nach Baden zurückkehren. Von der hiesigen
reußischen Artillerie sind heute einige Geschütze, nebst der
zu gehörigen Mannschaft, nach Frankfurt abgegangen.

Gotha, 25. Juni, Abends. Die Nachricht verbreitet sich,
Dänemark habe die vom Kammerherrn Reedtz am 15. d.
. gebilligte Friedensbasis, wovon ich Ihnen aus Berlin
hrieb, verworfen. Es steht wenigstens das fest, daß die
erzogin von Gotha die Reise nach Schleswig angetreten
t, unterrichtet, ihr Gemahl werde jetzt nicht so bald in
r Heimat erwartet werden können. Wenn dies wahr wäre,
erfüllte sich in schlagender Weise, was der norddeutsche
aatsmann, der „einige Worte zur Verständigung über
n Krieg mit Dänemark“ geschrieben hat, von den Dänen
rophezeit. Unterhandlungen führen zu nichts; ihnen muß
iponirt werden. — Simson ist von Karlsbad ange-
mmen.

Gotha, 25. Juni, Vormittags. So eben findet in den
zu eingerichteten Räumlichkeiten des herzogl. Hoftheater-
bäudes die erste Sitzung der hier versammelten
ehemaligen Reichstagsmitglieder statt. Sie ist
ne so vertrauliche, daß außer den eingeladenen Personen
iemand Zutritt zu den Berathungen hat, auch nicht ein-
al als Zuhörer. Auch ist es wahrscheinlich, daß die
nftigen Sitzungen eben so streng abgeschlossen werden.
ür die geselligen Zusammenkünfte bildet der Saal im Gast-
us zum „Mohren“ den Mittelpunkt. Nachdem schon vor-
estern eine Anzahl von Parlamentsmitgliedern und na-
entlich Herr Dahlmann, von dem Hofrath Becker und
n den hiesigen städtischen und Regierungspersönlichkeiten
f das Verbindlichste empfangen, sich eingefunden hatten,
ifen gestern von allen Straßen her und besonders mit
r thüringischen Eisenbahn die erwarteten Gäste ein. Nach-
m sie ihre Wohnungsanweisung erhalten und sich mit
n Quartieren bekannt gemacht hatten, eilten sie in den
Mohren“ zur Begrüßung der dort versammelten Freunde.
as Wiedersehen — denn die kurze Trennung ist durch
e Ereignisse leider zu einer sehr weiten Kluft ge-
orden — war von der herzlichsten Art, die Freude
er das überaus zahlreiche Erscheinen allgemein und
nig. Schon gestern Abend wurden etwa 150 Kar-
n für die heutige Sitzung ausgegeben. Die Versamm-
ng aber darf noch auf mehrfachen Zuwachs rechnen. Das
fest denn doch den Beweis dafür, daß noch frische Le-
skraft und muthiges Interesse in der Partei der soge-
nnten Erbkaiserlichen vorhanden und daß die Hoffnung
ch nicht verloren ist, aus ihr heilsame Beschlüsse und auf
e gemeinsames Ziel hin leitende Maßregeln hervorgehen
sehen. Wir verzichten darauf, schon jetzt ein vollständi-
s Verzeichniß der Versammelten mitzutheilen, da sich ihr
reis noch immer vermehrt. Allein ein gutes Theil, und
wir von unserem Standpunkte dürfen sogar sagen: der
beste Theil des ehemaligen Frankfurter Reichstags ist hier
in Gotha wieder vereinigt. Von den Herren, die dort an
der Spitze des Hauses und der Reichsregierung gestan-
den, erwähnen wir als anwesend: Beide Gagern, Sim-
son, Widenmann, Soiron, Robert Mohl, Mathy,
Beckerath, Duckwitz, Bassermann, Fallati. Von sonsti-
gen Mitgliedern des Parlaments die Herren: Hergen-
hahn, Beseler aus Greifswalde, Waitz aus Göttingen,
Breuning aus Aachen, Brons aus Emden, Breusing aus
Osnabrück, Grumbrecht aus Lüneburg, Duncker, Schweitzer,
Haym aus Halle, Compes, Bürgers und Mevissen aus
Köln, Roß und Wurm aus Hamburg, Esmarch und Kierulff
aus Schleswig-Holstein, Bernhardi aus Kassel, Cetto und
Zell von Trier, Veit von Berlin, Leverkus aus Oldenburg,
Plaß aus Stade, Ostendorf aus Soest, Thielau und Lan-
gerfeldt aus Braunschweig, Schnerr aus Breslau. Von
den Württembergern bemerkten wir bis jetzt nur Herrn
Rümelin. Aus Bayern die Herren Graf Giech, Stahl
aus Erlangen und Haus von Rammer, der Letztere in
der Uniform eines Soldaten vom ersten schleswig-hol-
steinischen Jägercorps, 4. Compagnie. Von den Sachsen
ist Herr Biedermann leider durch Krankheit an der Theil-
nahme behindert; gekommen aber sind aus Leipzig die Her-
ren Koch und Laube, sowie Haldbauer aus Meißen und
Mautsch aus Dippoldiswalde. Auch der alte Turner Jahn
hat nicht ermangelt, das Malerische der Versammlung durch
seine interessante Figur zu ergänzen. Der entfernteste Theil
von Schlesien ist durch den Freiherrn v. Ende, Deutsch-
Posen durch Herrn Göden aus Krotoszyn vertreten. Wir
können aber diese Liste, so lückenhaft wir sie auch nach einer
bloßen flüchtigen Erinnerung zusammenstellen, um den Um-
fang der Versammlung wenigstens oberflächlich anzudeuten,
nicht schließen, ohne eines Mannes zu gedenken, dessen
Gegenwart mit um so größerer Ueberraschung begrüßt
wird, je unverhoffter sie den Meisten ist: wir meinen Ja-
cob Grimm. Nach einer andern Richtung hin verdient be-
merkt zu werden die Anwesenheit des Herrn v. d. Horst;
er ist der einzige der hier versammelten Abgeordneten, welcher dem Rumpfparlamente nach Stuttgart gefolgt war.

Gotha, 26. Juni, Mittags. Die Versammlung hat sich so eben bis 6 Uhr Abends vertagt, um einem Ausschusse Zeit zur Bearbeitung einer anderweiten Vorlage zu schaffen, die den Gegenstand der nächsten Berathungen bilden soll. Der Ausschuß besteht aus nachfolgenden sieben Mitgliedern: HH. Zell, Lang, Koch, Stahl, Beseler, v. Wydenbrugk und Bernhardi. Die Frankfurter Vorlage der Veranstalter der Versammlung ebensowohl als eine von Herrn v. Beckerath heute schriftlich eingebrachte Vorlage sind somit dem Siebenerausschuß als Material für weitere Vorschläge zugewiesen. (D. Z.)

G **Gotha**, 26. Juni. Die heute abgehaltene erste Versammlung ehemaliger Reichstagsmitglieder beschränkte sich darauf, daß man einen Präsidenten in dem Hofrath Becker von hier, welcher auch die Sitzung eröffnet hatte, und einen Vicepräsidenten in dem Herrn Duncker aus Halle erwählte, und einem ehemaligen Secretär der Reichsversammlung die Protocollführung übertrug. — Ferner wählte man eine Commission, die über die verschiedenen eingegangenen Anträge noch heute Abend berichten soll (siehe oben). — Man wird über den Inhalt der zwei sich gegenüberstehenden Verfassungen gar nicht berathen, sondern nur über die Art der Wahl in den nicht zu den drei Königreichen gehörenden Staaten. Dies ist gerade der schwierigste Punkt, da preußische Abgeordnete von Mitgliedern ihres Ministeriums gehört haben wollen, daß dieses eine Abweichung in diesen Staaten nicht zulassen werde. — An ein Festhalten der ganzen Reichsverfassung denkt aber keiner der hier Anwesenden. — v. Binde und Rießer sind eben auch angelangt.

Detmold, 21. Juni. In der gestrigen Sitzung unserer Landstände wurden die Anträge des Commissionsberichts mit 20 gegen 5 Stimmen angenommen; es ist also der Regierung angerathen, im Vereine mit den andern 28 Regierungen zu gehen und ohne Zustimmung der Landstände sich zu keinem Schritte zu entschließen, welcher die Veränderung des bisherigen verfassungsmäßigen Zustandes bezweckte.

Schweiz.

Bern, 24. Juni. Es verlautet, der König von Neapel habe eine drohende Note wegen des Beschlusses in der Capitulationsangelegenheit an den Bundesrath geschickt, worin er mit Repressalien, namentlich Austreibung aller in seinen Staaten etablirten Schweizer, drohen soll.

Italien.

Neapel, 18. Juni. Die hiesige Zeitung „Lampo“ gibt die Streitkräfte in Rom folgendermaßen an: die Legionen Garibaldi 1895 Mann, Masi 950, Galetti 1385, Grazzeni, sogen. Kreuzritter von Vicenza, 850, Zambianchi, Schützen, 382, Melara 1400, Arcioni, die Vaterlandsleisen genannt, 970, Manara, Lombarden, 850, die Universitätslegion 385, Mezzacapa 1900, mobile Nationalgarde 1788, Linientruppen, 4 vollständige Regimenter, 4000, Regiment Rosetti 2600, Dragoner 260, Cavallerie (wovon 200 beritten) 1380, irreguläre Truppen ungefähr 8000, Artillerie 1362, im Ganzen 30,357 Mann. Auf den Wällen Roms, welche einen Umfang von 16 italienischen Meilen haben, stehen 40 Geschütze von schwerem und 182 von leichtem Kaliber, sowohl Mörser als Kanonen.

Wir haben einen Privatbrief von einem sehr wohl unterrichteten Mann aus Mailand, datirt 17. Juni, erhalten. An diesem Tag wurden dort die Gesandten Sardiniens erwartet, wie man glaubt mit dem bestimmten Auftrag, den Friedenstractat mit Oesterreich zu unterzeichnen. (Lloyd.)

Frankreich.

†* **Paris**, 25. Juni. Das Ministerium hat, unmittelbar nach dem Empfang der letzten Depesche des Generals Oudinot, vom 22. d. M., den Befehl nach Toulon geschickt, sofort die nöthigen Vorkehrungen zur Einschiffung von 10,000 bis 15,000 Mann zu treffen, um durch dieselben das französische Interventionsheer im Kirchenstaat bis auf 40,000 oder 45,000 Mann zu verstärken.

Auf Begehren des Großherzogs von Baden hat die französische Regierung eine Summe von 185,000 Franken in die Depositen- und Consignationenkasse niederlegen lassen, welche von einem der Abgeordneten der provisorischen badischen Regierung bei einem Banquier in Paris hinterlegt und zum Ankauf von Waffen bestimmt war. Dieses Geld rührte von den öffentlichen Kassen her, welche in die Hände der badischen Insurgenten seit der Flucht des Großherzogs gefallen waren. Der badische Resident in Paris, Baron v. Schweizer, reclamirte sie officiell von Herrn v. Tocqueville.

Der Kriegsminister, General Rullieres, hat einen Tagsbefehl an das Heer erlassen, worin er demselben für seine Haltung in den letzten Tagen im Namen des französischen Volkes dankt. — Nach dem „Temps“ würde die Regierung strenge Maßregeln gegen die Presse beabsichtigen und dieselbe in den Zustand zurückführen wollen, in welchem sie sich vor der Februarrevolution befand. — Ein Gesetzentwurf über die Reorganisation der Nationalgarde wird die Ausschließung der Arbeiter und aller derjenigen, die ein Dienstbuch haben, beantragen. — General Thiars hat den Auftrag erhalten, von der Regierung des Cantons Genf die Ausweisung des Herrn Ledru Rollin, der sich dorthin gewendet haben soll, zu verlangen. — Es wurde behauptet, General Changarnier habe für die Bekämpfung des letzten Aufstandes in Paris 80,000 Mann Linientruppen zu seiner Verfügung gehabt. Der „Courier français“ erklärt, aus guter Quelle zu wissen, es seien nicht mehr als 42,000 Mann gewesen.

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 27. Juni. Die steigende Bewegung machte an heutiger Börse weitere Fortschritte, größtentheils konnte man wiederum für sämmtliche Papiere sehr willig höhere Course als gestern bezahlen. 5pCt. Metall. blieben 74 pCt. G., 2½pCt. Metall 39¾ pCt., Wienerbankactien 1054 fl., 500 fl. Loose 126 pCt., 250 fl. Loose 79 pCt. Von den übrigen Actienloosen waren Kurhess. 40 Rthlr. Loose 28¾ Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 25½, 28 fl., do. 50 fl. Loose 49½ fl., Darmstädter 25 fl. Loose 23¾ fl., do. 50 fl. Loose 73½ fl., Nassauer 25 fl. Loose 22¾ fl., Sardinische Loose 25½ Fr., Fürstliche Vereins 10 fl. Loose 6¼ fl., Poln. 300 fl. Loose 74 Stybl. Von südteutschen Obligationen 3½pCt. Württemb. 79¾ pCt., do. 4½pCt. 95¾ pCt. Bayrische 3½pCt. Obligationen 77¾ pCt., bad. 5pCt. Obligationen vom Jahr 1848 93½ pCt., Nassauer 3½pCt. Obligationen 82½ pCt., do. 5pCt. vom Jahr 1849 101½ pCt. Von belgischen Obligationen 2½pCt. belg. 44½, do. 4½pCt. 85, do. 5pCt. 91½, Fr. Holländ. 2½pCt. Integr. 51 pCt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 35 Rthlr, Berbach 73½, pCt., Köln-Minden wie zu Berlin 3½ pCt. niedriger, 80½ pCt., Taunus beliebt 298 fl. 2pCt. inl. Span. bei belebtem Handel, schließen 25½ pCt. G. Von Wechseln Wiener begehrter 99¾ G., London 121¼ Bf., Amsterdam 100¾ G., Augsburg 120 G., Leipzig 105¼ G., Berlin 105¾ G., Paris 95¾ G.

Berlin, 26. Juni. Staatsschuldscheine 80 G., Seehandlungs-Prämienscheine 101¾ bez., Bankantheile 87½ bez., Berlin-Hamburg 63½ bis 64½ bez. u. G., Köln-Minden 79½ bez. u. G., Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37½ bis ½ u. ¾ bez., Rhein. 47¾ bis 49 bez., Thüring. 52 u. 53 bez., Ausl. 4pCt. bei Stieglitz 86½ bez., Poln. 300 fl. Loose 73½ bez.

Die Preise der Fonds und Actien erhielten sich fest, und stellten sich zum Theil höher, namentlich wurden Rheinische und Thüringer 2pCt. besser bezahlt; das Geschäft war nicht von großem Umfange.

Amsterdam, 25. Juni, 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 50¼ ⅝ ⅛.— 3pCt. Schuld 59¾. — 4pCt. do. 77½, ⅝. — 3½pCt. do. —. — 5pCt. Anl. 11¼. — do. à 510 Pf. St. 11¼. — 3pCt. inl. à 6000 fl. 24¼ ⅜. — 3pCt. Port. 27. — 4pCt. do. 28¾. — Russ. 4pCt. bei Pope 83½. — do. bei Stieglitz 82¾. — 5pCt. Metall. 69½. — 2½pCt. do. 37¼.

Paris, 25. Juni. Stand der Rente: 5pCt. 87. 10. — 3pCt. 53. 90. — Neue 3pCt. Span. 34¾. 35. 34¾. 35. — Innere Schuld 25¾ pr. comt. — Bankactien 2360. — St. Germain-Eisenbahn 360. — Versailles, rechtes Ufer 195. — Linkes Ufer 170. — Paris-Orleans 800. — Paris-Rouen 560. — Orleans-Bordeaux 402. 50. — Orleans-Bierzon 318. 75. — Rouen Havre 260 — Marseille-Avignon 190. — Straßburg-Basel —. — Nordbahn 430. — Paris-Straßburg 365. — Röm. Anlehen 75. 75½. ⅜. 76.

Madrid, 20. Juni. 3pCt. 25¾ u. d. B. 25¾ ⅛. — 5pCt. 10¼ G.

Frankfurt, 28. Juni.

Da nachstehende Nachrichten nicht in alle Exemplare unserer gestrigen Beilage aufgenommen werden konnten, so tragen wir sie hier nach.

** **Paris**, 25. Juni. Der „Moniteur“ enthält in seinem officiellen Theile ein Circular des Ministers des Innern an die Präfecten in Bezug auf das neue Clubgesetz. Danach ist jeder Club oder jede öffentliche Versammlung, in der Politik verhandelt wird, zu untersagen. Wahlversammlungen dagegen sollen allein kein Hinderniß finden, sondern sogar Aufmunterung.

Graf Molé hat in einer Sitzung des conseil d'état ausdrücklich erklärt, er wolle nicht in das Ministerium eintreten.

Heute Morgen wurde Frau Marrast begraben. Sie war Protestantin. Herr Coquerel hielt die Leichenrede. Ungefähr 200 Personen bildeten das Gefolge. General Cavaignac schien sehr niedergeschlagen.

In den Bureaux begann heute die Prüfung des Gesetzentwurfs über den Primär- und Secundärunterricht.

* **Madrid**, 20. Juni. Unmittelbar nach der heutigen Sitzung des Ministerraths hat sich der Präsident desselben, General Narvaez, zur Königin nach Aranjuez begeben, um, wie man versichert, die Ermächtigung zur Vertagung der Cortes einzuholen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matten.

Kupfer- und Messing-Waaren.

Kupfer- und Messing-Waaren.

Kupfer- und Messing-Waaren.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Donnerstag (Beilage zu Nro. 152.) 28. Juni 1849.

Deutschland.

|| **Frankfurt**, 27. Juni. In diesem Augenblick, wo die Kriegsoperationen in Baden so allgemeines Interesse erregen und man sich allgemein nach ausführlichen Karten des Kriegsschauplatzes umsieht, verdient ein Werkchen des rühmlichst bekannten Panoramamalers F. W. Delkeskamp besonders erwähnt zu werden. Es ist dies der malerische Reiseatlas des Rheins von Basel bis zum Meere, Abtheilung von Basel bis Mainz. Das ganze Terrain der Operationen ist in demselben auf das getreueste in Reliefmanier wiedergegeben, seine Berge, Thäler, Flüsse, Straßen, Eisenbahnen und Städte. Auch befinden sich in demselben die Pläne der größern Städte. Das Werkchen ist Strategen, welche des Terrains unkundig sind, besonders zu empfehlen und ist in allen soliden Buchhandlungen, so wie bei dem Verfasser selbst, zu haben.

‡ **Wien**, 24. Juni. Während sich mit den aufeinanderfolgenden günstigen Nachrichten vom ungarischen Kriegsschauplatze die Hoffnung befestigt, daß hiermit unsern lästigen Valutenverhältnissen, welche allem Verkehr hemmend in den Weg treten, ein Ziel gesetzt werden wird, gewinnt man auch zugleich die Ueberzeugung, daß diese Aufgabe ohne eine neue Anleihe nicht erreicht werden könne. Es wird aber allgemein als weit wesentlicher erachtet, jene Grundlage des öffentlichen Credits vor weitern Erschütterungen und Schwankungen sicherzustellen, als den jetzigen Stand der Staatspapiere behaupten zu wollen, was bisher nur durch die zurückgehaltene Emission neuer Papiere möglich war. — Einen erfreulichen auf Thatsachen gegründeten Beweis der Consolidirung und Besserung der hierortigen Verhältnisse gibt der Ertrag der Grund-, Gebäude- und Erwerbsteuer des Verwaltungsjahres 1849 bis zum 12. d. im Vergleich mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 1848. In der letztern Zeitperiode warfen diese Steuern 1,275,000 fl. ab, während sich heuer ihr Erträgniß auf 1,499,000 fl., also um einen Mehrbetrag von 224,000 fl. steigerte. Der Ertrag der neuen Zins- und Steuerkreuzer in der innern Stadt betrug in demselben Zeitraum die Summe von 105,327 fl. C. M.

Minister Graf Stadion gebraucht die kalten Douchebäder im neuen Schwefelbad zu Baden. Sein Gesundheitezustand hat sich noch nicht wesentlich gebessert.

Die Nachrichten über den begonnenen Feldzug der Russen gegen Siebenbürgen auch von der untern Donau und der Südseite jenes Landes, bestätigt ein Schreiben aus Bukarest vom 12. Juni in dem „Constitutionellen Blatt aus Böhmen", worin es heißt: „Herr von Skariatin, welcher in das Hauptquartier und Hoflager nach Warschau abgegangen war, ist vorgestern mit Courierpferden von dort in dem kurzen Zeitraum von fünf Tagen hier wieder zurückgelangt, und hat die definitive Abmarschordre gebracht. Heute beginnt nun der Aufbruch des Lagers, und morgen soll der Abmarsch sämmtlicher hierzu disponirten Truppen vollzogen sein. Der commandirende General, Herr von Lüders, soll den Colonnen in wenigen Tagen nachfolgen. Wohin? Man spricht zwar, der Einmarsch solle auf mehreren Punkten, in den Téméser, Törzburger, Rothenthurmpaß und auch sogar ins Banat zugleich erfolgen; gewisser scheint es jedoch, daß die Direction zunächst gegen Témés gerichtet ist. Ob die Sekler Stand halten, ob sie abziehen und vor ihrem Abzug das schöne Kronstadt u. s. w. allen Gräueln der Plünderung und Verheerung preisgeben werden? sind die bangen Fragen, welche in wenigen Tagen ihre Lösung erhalten werden. Uebrigens sind die vielen russischen Damen, welche ihren Ehegatten ꝛc. ꝛc. hierher gefolgt waren, gegen die ihr sonst so galanter Czar den strengen Befehl ergehen ließ, daß sie alle unverzüglich in ihre Heimat zurückzukehren hätten. Was mit dem k. k. siebenbürgischen noch immer bei Cserneс lagernden Armeecorps geschieht, wissen wir noch nicht. General Kalliany, selbst der Commandirende, Baron v. Puchner, wurde seit mehreren Tagen stündlich hier erwartet, um sich mit General Lüders zu besprechen. Es ist jedoch Niemand erschienen.

Der Sohn des General Dembinski ist in Krakau gefänglich eingezogen worden. Es geschah auf kaiserlichen Cabinetsbefehl. Der junge Dembinski soll wirklich als Geißel dienen. Der Verhaftsbefehl wurde auf Antrag Rußlands ertheilt. (Dzien. pol.)

Innsbruck, 19. Juni. Heute sind 350 Mann von den Palatinalhusaren, mit einem Major an der Spitze, hier eingerückt. Nur ungefähr 200 waren beritten, die übrigen wurden auf Wagen nachgeführt. Man hat den Verdächtigen in Linz die Pferde abgenommen, um ihnen das Ausreisen zu erschweren. Die Berittenen defilirten vor der Burg, wo Kaiser Ferdinand in Generalsuniform auf dem Balcon stand. Die Unberittenen wurden auf einem Seitenweg in die Stadt gefahren. Das Ganze gewährte einen trüben Anblick. Morgen werden sie hier Rasttag halten, dann setzen sie ihren Marsch über Brixen nach Italien fort. — Seit einigen Tagen befinden sich auch die Thäter des im vorigen Herbst zu Güns an einer Anzahl kroatischer Soldaten verübten grausamen Mordes im hiesigen Stabsfrechause, von wo sie sofort weiter nach Kufstein transportirt werden sollen. Es sind ungefähr 12 oder 14, darunter zwei Geistliche, die übrigen aus der gemeinen Klasse. Gegen zwei der schwerst Gravirten soll bereits auf Todesstrafe erkannt sein, deren Vollstreckung, wie man sich erzählt, die Betreffenen in Kufstein erwartet. — Heute ist dem hiesigen Advocaten und ehemaligen Kremsierer Abgeordneten, Dr. Hasselwanter, vom Justizminister Bach im Wege des Landespräsidiums die Weisung zugegangen, sich unverzüglich nach Wien zu begeben. — Heute wird Erzherzog Ludwig hier erwartet. (C. Bl. a. B.)

Linz, 19. Juni. Vorgestern fand in der Militärkaserne die Beeidigung des Militärs auf die Verfassung statt, ein wichtiger Act, dessen Bedeutung gewiß keinem Staatsbürger fremd bleiben wird. In dem innern Hofraum waren die Artillerie, das Bataillon Großfürst Konstantin, ein Bataillon Hrabowsky, eine Compagnie Pionniere, eine kleine Abtheilung Chevaurlegers und Fuhrwesensgemeine aufgestellt und wohnten der Messe und dem Segen bei. Nach beendetem Gottesdienst bildeten die Truppen im größern Hofraum ein Quarree, in dessen Mitte eine Kanone aufgestellt und die Fahne aufgepflanzt war. Der Hauptmann Auditor verlas nun, nachdem der Major des Bataillons Konstantin einige Einleitungsworte gesprochen, die Eidesformel in deutscher Sprache, welche von Allen nachgesprochen und dann von einzelnen Abtheilungen auch in böhmischer Sprache wiederholt, und worauf die Volkshymne gespielt wurde. Zum Schlusse der Feierlichkeit defilirten die Truppen vor dem F.M.L. Grafen Falkenhayn. Die Nationalgarde war durch ihre Offiziere und viele Garden jeder Charge repräsentirt. (Pr.)

‡ **Berlin**, 26. Juni. Gestern fand eine Berathung des Gesammtministeriums, welcher auch der König beiwohnte, auf dem Schlosse Bellevue statt. Bei der Anwesenheit des bayerischen Ministers Dr. v. d. Pfordten dürfte der Hauptgegenstand dieser Berathung wohl die deutsche Angelegenheit gewesen sein. Für den Beitritt Bayerns, soll vorläufig wenig Hoffnung vorhanden sein, da Dr. v. d. Pfordten bei seinen gemachten Eröffnungen die Directeriumsidee als die eigentliche Grundlage der Unterhandlungen aufzustellen scheint, eine Grundlage, auf welche Preußen sowie die andern verbündeten Staaten einzugehen sich nicht veranlaßt fühlen. Dr. v. d. Pfordten hat sich hier namentlich an Herrn v. Radowitz gewendet, um sich über den Stand der Dinge volle Aufklärung zu verschaffen und die etwa mögliche Vermittelung anzubahnen. Preußen und die verbündeten Staaten werden auch ohne Bayern auf der eingeschlagenen Bahn beharrlich vorschreiten, indem man der Ansicht ist, daß Bayerns Anschluß früher oder später dennoch erfolgen werde. Eine aus Breslau hier angelangte Depesche meldet die dort stattgefundene Verhaftung eines Sendlings der französisch-polnischen Revolutionspartei. Derselbe ist als der Pole Czaplicki erkannt, obgleich sein belgischer Paß ihn als einen Spitzenhändler aus Brüssel, Namens de Beimin, bezeichnete. Aus Allem scheint hervorzugehen, daß derselbe ausgesendet ward, eine Schilderhebung in Posen und im Großherzogthum Posen vorzubereiten, welcher Absicht allerdings die jüngsten Pariser Ereignisse hindernd in den Weg getreten sein mögen. Klar ist indessen, wie weit die beabsichtigte und glücklich vereitelte Pariser Revolution angelegt war, da außerdem vieles darauf hindeutet, daß Czaplicki ungarische Verbindungen gepflogen hat.

Es circuliren seit einiger Zeit die mannigfachsten Gerüchte über einen erfolgten Rücktritt des Herrn v. Radowitz. Durch mehrere Zeitungen und namentlich durch das „Correspondenz-Bureau" wurden diese von den verschiedensten, zum Theil sich widersprechenden Combinationen, aus welchen man auf ein Zerwürfniß schließen wollte, begleitet. Ohne auf diese Gerüchte näher einzugehen, glaubt die „Const. Ztg." die Sache selbst, wie die daraus gemachten Folgerungen als unbegründet bezeichnen zu dürfen. Hr. v. Radowitz soll beabsichtigen, zur Herstellung seiner sehr angegriffenen Gesundheit auf einige Zeit nach Freienwalde sich zu begeben, nachdem die Grundlage für die jetzt zu befolgende Politik in dem Vertrage zwischen den deutschen Regierungen in Betreff der Reichsverfassung gegeben ist. Welche die Absichten dieses Staatsmanns für die Zukunft sind, fügt die „C. Z." hinzu, ist uns unbekannt; man darf aber mit Zuversicht erwarten, daß die ausgezeichneten Talente des Hrn. v. Radowitz bei dem, auf Grund des Verfassungswerks der drei verbündeten Mächte erfolgten Zusammentritt des Reichstags, der königl. Staatsregierung und dem Lande erhalten werden.

Berlin, 26. Juni. Den Berliner Blättern ist vom Kriegsschauplatz in Jütland folgender officielle Bericht zugegangen: „Hauptquartier Kjerbigaard, 22. Juni, Abds. 9 Uhr. In der Absicht, den Feind zur Räumung von Aarhuus zu nöthigen, und den Rayon für die Verpflegung der Truppen zu erweitern, wurden mit der preußischen Division und der bayerischen Brigade am 20. bis 22. folgende Bewegungen ausgeführt: Am 20. Nachmittags, während die 2. preußische Brigade die bisherige Stellung gegen Aarhuus besetzt hielt, rückte die erste Brigade, der das sächsische Gardereiterregiment zugetheilt war, unter Führung des Generalmajor v. Ledebur von Gram am Billing-See die Jeßen auf der Straße von Standerborg nach Randers vor. Am 21. setzte die erste Brigade die Vorbewegung zum Abschnitt zwischen Folby und Nörring fort, während die zweite Brigade näher an Aarhuus heranrückte, auch diesen Ort selbst besetzte, als sie ihn vom Feinde geräumt fand. Die bayerische Brigade folgte von Standerborg aus auf der Straße nach Randers bis Borum. Vom Feinde waren nur kleinere Abtheilungen jenseits Aarhuus in der Nähe des Riisbusches angetroffen worden, ohne daß es jedoch zu einem weiteren Gefecht gekommen wäre. Dagegen war von Seiten der feindlichen Kanonenboote und des Dampfschiffes „Hertha" ein lebhaftes Feuer gegen den nördlichen Ausgang von Aarhuus unterhalten worden, ohne daß es jedoch irgend Schaden gethan. Dasselbe ist jedoch auf die Drohung des Generals v. Hirschfeld, daß er nicht für die Sicherheit der Stadt einstehen könne, wenn das Feuer fortgesetzt würde, eingestellt worden. Am heutigen Tage endlich wurden die erste preußische Brigade, so wie die bayerische Brigade rechts zur Straße von Aarhuus nach Randers vorgeschoben, wo sich die ersteren bei Triege, die letzteren bei Lüeberg aufstellten, während die zweite preußische Brigade über Veilby bis zum Abschnitt der Egaa vorrückte. Durch diese Bewegung ward die engere Verbindung zwischen den drei Brigaden hergestellt, auch der Feind zum weiteren Abzuge aus der Gegend von Aarhuus in der Richtung gegen die Halbinsel Helgenaes veranlaßt. Im Laufe des heutigen Tages sind von feindlicher Seite etwa drei Cavallerieregimenter bemerkt worden, die jedoch nirgends Stand gehalten haben. Von der feindlichen Infanterie sind größere Abtheilungen gar nicht bemerkt worden."

Das Amtsblatt des königlichen Postdepartements enthält eine Verordnung, betreffend das Verfahren mit Zeitungen, welche einer andern substituirt werden. Demgemäß darf künftig keinem durch die Post debitirten Blatte ein anderes neu erschienenes substituirt werden, ohne Genehmigung der Abonnenten einer- und ohne vorherige regelmäßige Debitübernahme der Post andererseits. Eine Ausnahme von dieser Verordnung bildet nur der Fall, wenn die unter einem neuen Namen erscheinende Zeitschrift ausdrücklich als Fortsetzung ihres bisher bestehenden Blattes angekündigt wird. Veranlaßt ist diese Verfügung wohl durch Vorkommnisse, wie jener, daß, als die „neue rhein. Ztg." unterdrückt war, unter dem Namen „westdeutsche Post" ein neues gleichgesinntes Organ erstand, und den Abonnenten jener zugesandt wurde. Eine andere Verfügung des Generalpostamts verbietet den porto- und provisionsweisen Vertrieb der Berichte über die Verhandlungen der Versammlung in Stuttgart.

‡ **Von der polnischen Grenze**, 23. Juni. Unsere letzten Nachrichten aus dem benachbarten Königreich Polen sind von der höchsten Wichtigkeit, da alle Nachrichten aus Warschau und Kalisch darin übereinstimmen, daß Kaiser Nicolaus nunmehr den festen Entschluß gefaßt habe, die bislang wenigstens noch scheinbar bestandene Selbstständigkeit Polens aufzuheben und das Land dem russischen Kaiserreiche völlig einzuverleiben. Der Czar will nun einmal seinen Staat uniformiren und hält den gegenwärtigen Zeitpunkt vorzugsweise geeignet dazu; Widerspruch vom Westen her dürfte er freilich nicht zu besorgen haben, wenigstens keinen thätigen. Was diesen Nachrichten besonders Wahrscheinlichkeit verleiht, ist theils die allgemeine Niedergeschlagenheit der Polen, die wohl einsehen, daß der bloße Name „Königreich Polen" noch von großer Bedeutung war, und theils der Umstand, daß schon die Personen namhaft gemacht werden, welche vom Kaiser zu Gouvernementschefs in den neuen russ. Gouvernements ernannt sein sollen. Der Czar soll mit den Zuständen in Polen keineswegs zufrieden sein, und sich gegenwärtig unausgesetzt selbst mit der politischen Metamorphose dieses Landes beschäftigen; indessen soll dieselbe nicht eher ins Leben treten, als bis der ungarische Krieg gänzlich beendigt ist, was nach der Ansicht der Russen bis spätestens im Monat August der Fall sein wird. Die Polen freilich hegen andere Hoffnungen, sie rechnen mit Zuversicht auf den endlichen Sieg der Magyaren und die gänzliche Vernichtung des russischen Heers; sie verbreiten auch bereits täglich Siegesnachrichten aus Ungarn, die sich aber selten bestätigen. So haben sie unter anderm schon wenigstens ein halb Dutzend Schlachten mit den Russen verfallen lassen, während es unzweifelhaft noch zu keinem Zusammenstoß gekommen ist, indem die russische Nordarmee erst vor wenigen Tagen die ungarische Grenze auf der Straße nach Eperies überschritten hat. Durch Polen ziehen noch immer neue Heeresabtheilungen dem Süden zu, und das Kirchdorfer Lager bei Kalisch ist wiederum stark besetzt, theils um jedes Eindringen des Dembinskischen Corps aus Ungarn zu verhindern, theils um die geheimen Bewegungen im Großherzogthum Posen zu überwachen. Die Polen wollen seit einigen Tagen auch die bestimmte Kunde haben, daß der zwischen den Monarchen von Rußland und Oesterreich abgeschlossene Contract dahin laute, daß nicht nur Krakau und der Weichselstrich von Galizien an Rußland für die Pacificirung Ungarns abgetreten werden sollen, sondern daß auch ein russisches Armeecorps Galizien noch längere Zeit besetzt halten werde. Kaiser Nicolaus soll, um seine neuen Pläne auszuführen, längere Zeit in Polen residiren wollen, und auch seine Gemahlin dahin beschieden haben, die bereits in Warschau erwartet werde. Der Czar ist diesmal von dem polnischen Adel mit außerordentlichen Huldigungsbeweisen empfangen worden, doch soll er sie kalt aufgenommen haben, weil ihm die Motive derselben nicht verborgen seien. — Hier an der Grenze entwickelt die Liga Polska eine ungemeine Thätigkeit: sie hält häufige Zusammenkünfte, wo nur gemeinnützliche Beschlüsse gefaßt werden; indessen weiß jeder, daß insgeheim fortwährend stark agitirt und Alles für die demnächst erwarteten günstigen politischen Chancen vorbereitet wird. Aber die Regierung ist von diesen Umtrieben genau unterrichtet und daher sehr wachsam; es wird be-

Digitized by Google

...ung, Ausgabe von Wertpapieren, Ausübung von Bezugsrechten, Umtausch, Einlösung, Zahlung von Zinsen und Dividenden, Kraftloserklärung, Zusammenlegung, Teilung, Umwandlung, Einziehung, Rückkauf, Pfandfreigabe, Verpfändung, Verkauf, Hinterlegung, Rückgabe, Verwahrung, Verwaltung, Verwertung, Verwaltung von Sicherheiten, Verwaltung von Kreditsicherheiten, Verwaltung von Kreditsicherheiten, Verwaltung von Kredits

№ 153. — Freitag — den 29. Juni — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Gebiete von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bimpfen fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Für England und überseeische Länder: Loysel u. Comp., Nr. 84. Lower Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Quartz) mit Petitschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; für England und überseeische Länder Loysel & Comp., Nr. 84. Lower Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschmidt in Wien, Kantstraße Nr. 388; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Heyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär De Noy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Aus Baden.

Die „Karlsruher Zeitung" gibt folgende officielle Mittheilung über die Ereignisse, welche die Operationen der Rheinarmee bisher begleitet haben, so wie sie Se. k. Hoh. der Prinz von Preußen in kurzem Abriß hat zusammenstellen lassen: „Die Armee, welche unter meinem Commando beordert ist, in der Rheinpfalz und dem Großherzogthum Baden die rechtmäßige Regierung, Ordnung und Gesetz wieder herzustellen, steht nunmehr mit ihren drei Corps in der Gegend von Karlsruhe vereinigt. Diese Thatsache beweist, daß Resultate verschiedener Art bereits vorliegen müssen, über welche das nachfolgende Bulletin eine summarische Uebersicht zu geben bestimmt ist. Das erste Armeecorps der bezeichneten Rheinarmee ist unter dem General v. Hirschfeld am 11. Juni an drei Punkten der pfälzischen Grenze zwischen Kreuznach und Saarbrücken aufgestellt gewesen, und hat am 12. und 13. das preußische Gebiet verlassen, in der Absicht, mit vier Colonnen, unter denen die des linken Flügels die Reichsfestungen Landau und Germersheim baldmöglichst sicher zu stellen bestimmt war, concentrisch gegen Kaiserslautern, den Sitz der sogenannten provisorischen Regierung, vorzugehen. Ich für meine Person hatte mich der Colonne angeschlossen, welche von Kreuznach über Kirchheimboland und Neustadt dirigirt worden ist. Auf dreien der gewählten Straßen haben die Insurgenten zu widerstehen gesucht, sind indeß überall mit leichter Mühe zurückgeworfen, so daß die bei Homburg, Zweibrücken und Kirchheimboland stattgefundenen Gefechte nur unerheblich genannt werden können. Als bedeutender allein ist die Einnahme von Ludwigshafen anzusehen, weil sich an dieselbe die durch 24 Stunden dauernde, von Mannheim aus effectuirte Beschießung des Ortes, sowie die daraus hervorgegangene, fast völlige Zerstörung einer außerordentlich schönen, dem Rheine zugewandten Häuserreihe anschließt. Der Verlust der Truppen ist in diesen Gefechten nicht bedeutend gewesen. Er würde ein weit empfindlicherer haben sein müssen, wenn die Insurgenten, deren Gesammtstärke in den verschiedenen Punkten der Pfalz anfangs auf circa 40,000 Mann und 8 Geschütze angegeben werden ist, von ihren Kräften ernstlichen Gebrauch zu machen versucht hätten. Das Terrain, welches namentlich die Verwendung der Cavallerie fast gänzlich ausschließt, begünstigt die Defensive vorzugsweise. Eben so erfolglos, als mit den Waffen in der Hand, haben die Insurgenten mit Proclamationen gegen den gesunden Sinn der Truppen anzukämpfen versucht. Jeder Soldat hatte sich eine bestimmte Meinung über das verbrecherische Treiben der Rebellen zur Stelle mitgebracht und durch die eigene Anschauung der Verhältnisse nur noch mehr befestigt, so daß es allein den angestrengtesten Benützungen der Offiziere zuzuschreiben ist, wenn im Gefechte überhaupt Gefangene gemacht worden sind. Die provisorische Regierung entwich bereits am 14. aus Kaiserslautern nach Neustadt, zwei Tage später gefolgt von ihrem sogenannten Obergeneral, dem angeblichen Polen Sznayde: am 17. war Germersheim und Landau durch preußische Truppen entsetzt und deren ganzes Corps in der Umgegend dieser beiden Orte concentrirt. Die quasi Regierung mit den Kassen, sowie 5000 M. Freischärler mit 8 Kanonen zogen in unerreichbarer Flucht am 18. über die Brücke von Knielingen nach Baden ab. Die zahlreichen guten Elemente des Landes traten schnell neben den einmarschirenden Truppen wieder zu Tage; Massen gezwungener Freischärler waren in ihre Heimath zurückgekehrt. Der sichtbare Empfang, welcher der so oft verschrienen preußischen Soldateska von der ungleich überwiegenden Majorität der Bevölkerung zu Theil geworden ist, war freudig und von Worten des Dankes für die Befreiung von schlimmen und gefürchtetem Drucke begleitet. Wenn für den Soldaten hierin etwas Wohlthuendes und eine Anerkennung dafür liegen mußte, daß seine Mühe Nutzen geschaffen habe, so ist dies namentlich bei der Begrüßung mit der Besatzung der Festung Landau der Fall gewesen. Mehr noch von Innen durch eine unzuverlässige Bürgerschaft, als durch die wiederholten Angriffe der Freischaaren gefährdet, hatte die brave bayerische Garnison sechs schwere Wochen zu überstehen gehabt. Die Offiziere hatten mit dem Gewehr auf der Schulter den Dienst mit ihren Gemeinen als Posten auf den Wällen getheilt und ich habe es für meine Pflicht gehalten, dem versammelten bayerischen Offiziercorps persönlich auszusprechen, wie hohe Anerkennung die Geschichte jenes Zeitabschnitts in der preußischen Armee gefunden hat. Der erste Theil der uns gestellten Aufgabe war gelöst. Die Pfalz war von Freischaaren gesäubert. Die bayerischen Regierungs- und Gemeindebeamten kehrten zu ihren Functionen zurück, und gleichzeitig rückte Generallieutenant Fürst von Thurn und Taxis mit den nunmehr über den Rhein gegangenen bayerischen Truppen in die Pfalz ein, welchem, auf seinen Wunsch, ein preußisches Bataillon als Verstärkung für Landau zurückgelassen wurde. Das nächste Ziel war nunmehr die Vereinigung des ersten (Hirschfeld'schen) Corps mit dem am 21. am rechten Neckar stehenden zweiten Corps (Graf v. d. Gröben), sowie mit dem schon seit längerer Zeit dort befindlichen dritten Corps (des Generals von Peucker). Zu dem Ende ging das zuerst genannte Corps mit der Bestimmung, den Neckar und die daran aufgestellten feindlichen Kräfte von Süden her anzufassen, am 20. Juni Morgens 3 Uhr über den Rhein, machte am 21. mit seinem größern Theile in der Absicht, einen bei Bruchsal annoncirten, indeß in der Wirklichkeit später nicht vorgefundenen, Feind zu treffen, eine Diversion nach dem letztern Orte, setzte hier die Eisenbahn in Unthätigkeit, stand am 22. Abends 1½ Meilen südlich von Heidelberg, nöthigte durch diese Stellung die noch zwischen ihm und dem Neckar befindlichen Insurgenten zu schleunigem Rückzuge, öffnete solchergestalt die sehr schwierigen Neckarübergänge bei Heidelberg, Ladenburg und Mannheim, und war durch seine Vortruppen am 23. Morgens mit dem zweiten Corps in Heidelberg factisch vereinigt. Diese Bewegungen des ersten Corps haben indeß nur durch die wirkliche Gewalt der Waffen effectuirt werden können. Es hat am 20. ein unbedeutendes Zusammentreffen mit dem Feinde bei Philippsburg stattgefunden, in welches bei einem kühnen Reiterangriff, neben dem Tode zweier ausgezeichneter Offiziere, die Verwundung des Prinzen Friedrich Karl fällt; am 21. aber ist es zu einem ernstern Gefecht bei Waghäusel, vorwärts Philippsburg, gekommen, in welchem es der Heranziehung vier neuer und entfernter stehender Bataillone mit acht Geschützen der vierten Division (Generalmajor v. Brun) bedurft hat, um die zuerst engagirte erste Division (Generalmajor v. Hanneken) gegenüber einem circa 15,000 Mann incl. 18 Kanonen starken, von Mieroslawski befehligten Feinde in ihrer Stellung zu erhalten. Das Erscheinen dieser Verstärkung hat alsdann indeß, bei theilweiser Auflösung mehrerer Freischaarenabtheilungen, den schnellen Abzug der Insurgenten gegen das Gebirge nach Wiesloch und Heidelberg zur Folge gehabt. Am 22. d. M., Abends, ist, wie bereits angedeutet, nicht allein Heidelberg von denselben geräumt, sondern auch Mannheim, in Folge des Uebertrittes dreier daselbst stationirten badischen Escadronen und einer damit zusammenhängenden Contrerevolution der Bürger, den preußischen Truppen friedlich übergeben gewesen. General v. Peucker überschritt den Neckar am 21. drei Meilen oberhalb Heidelberg bei Zwingenberg, dem Feinde in leichtem Gefechte folgend und sich gegen Sinsheim wendend; das Gros des Generals v. Gröben stand am frühen Morgen des 22. in dem sich nicht vertheidigenden Heidelberg. In der somit ausgeführten Vereinigung der drei Armeecorps war der zweite Theil unserer Aufgabe gelöst. Der Feind zog durch das Gebirge gegen Süden auf Karlsruhe und Rastatt zu. Die bis dahin gegen Norden gerichtet gewesene Direction des ersten Corps mußte sich nunmehr demnach mit den ersten beiden andern Corps gleichfalls zu der Richtung gegen Süden vereinigen. Dieselbe hat uns nach einem, am 24. stattgefundenen, nicht unbedeutenden Gefechte bei Ubstadt, einem zweiten am 24. bei Neudorf und Bruchsal, und der gewaltsamen Wegnahme von Durlach am 25., gleichfalls gestern in die vom Feinde verlassene Hauptstadt Karlsruhe geführt. Die provisorische Regierung hat sich nach Rastatt geflüchtet, die Behörden des Großherzogs sind in der Residenz restituirt, und es ist demnach unter den verschiedenen Theilaufgaben, aus welchen unser großer Endzweck besteht, nach den bereits angegebenen beiden Resultaten, nunmehr ein dritter Punkt gelöst worden. Die Bevölkerung der Residenz hat uns mit Jubel als Befreier von täglich gesteigertem Terrorismus empfangen. Die Rebellen haben den starken Arm der Gerechtigkeit in unsern Waffen kennen gelernt; alle treuen Unterthanen der Regierung werden ihre norddeutschen Brüder als zuverlässige Freunde erprobt finden. Die von Hause aus gewonnene Ansicht, daß der Widerstand in Baden ernster, als in der Pfalz sein werde, hat sich bestätigt. Gestützt auf die eidbrüchigen badischen Truppen, namentlich zahlreiche Artillerie und die umfassenden Vorräthe der Festung Rastatt, ist die materielle Widerstandsfähigkeit des Feindes nur bedeutend zu nennen. Aber seine mannigfachen Siegesberichte haben in Folge des fortdauernden Rückzuges der eingetretenen Demoralisation in seinen Reihen nicht wehren können, und mit Gottes Hilfe wird das Endziel hoffentlich auf nicht blutigern Wegen erreicht werden, als es bisher geschehen ist. An der Spitze einer Armee, welche sich fern von jeder politischen Verirrung durch freudige moralische Berufstreue, wie durch Tapferkeit und Ausdauer vor dem Feinde gleich auszeichnet, sehe ich vertrauensvoll in die Zukunft, und beabsichtige, unverzüglich in fortgesetzter Operation gegen Rastatt und den weitern Süden vorzugehen. Hauptquartier Karlsruhe, 26. Juni 1849. Der Oberbefehlshaber der Operationsarmee am Rhein. gez. Prinz von Preußen."

Zur Ergänzung des vorstehenden Actenstückes lassen wir folgende Originalberichte folgen:

Die Vereinigung der Rhein- und Neckararmee.

⊗ **Durlach**, 26. Juni Abds. Als die Neckararmee ihre Operationen mit Recognoscirungen und Scheinangriffen begonnen hatte und das preußische Heer am linken Rheinufer angekommen war, rückte das Centrum des preußischen Corps unter dem Grafen von der Gröben in die Positionen des Neckarcorps. Dieses gab seine Stellung auf, um in Gemeinschaft mit der Rheinarmee wirken zu können, und während es im Begriff war, diese Aufgabe auszuführen, beschäftigte das Gröben'sche Central- und Verbindungscorps zwischen dem rechten und linken Armeeflügel den Feind fortwährend. So wurde es möglich, daß die Neckararmee gleichzeitig sich über Fürth, Beerfelden, Eberbach und Zwingenberg zum Neckar wandte, während die Rheinarmee durch die Pfalz fast in der ganzen Länge dieser Provinz vorgedrungen, bei Germersheim über den Rhein ging und die Neckararmee den schwierigern Uebergang über den Neckar und die Besteigung eines Berges von 1370 Fuß Höhe überwinden konnte. Um sich die Hände zu reichen und dem Feind in den Rücken zu fallen, mochte vielleicht Sinsheim bestimmt sein. Zwischen Sinsheim und Ladenburg mußte, wenn alles nicht täuschte und der Feind Stand gehalten hätte, derselbe erdrückt werden. Die Neckararmee erreichte ihr Ziel mit einem einzigen Treffen zu Sinsheim und mit Streifereien von Hirschhorn. Die Rheinarmee erlangte nur mit größeren Opfern erst ihr Resultat. Gleich nach dem Uebergange zwischen Germersheim und Rheinsheim über den Rhein entspann sich das

Gefecht bei Philippsburg

am 20. Juni. Als die Division unter General Hanneken über den Rhein gesetzt war, zog sich das Hauptcorps gegen Philippsburg, ein schwächerer Theil gegen Hüttenheim, um von dort sich nach der Neudorfer Mühle zu wenden. Philippsburg wurde nach einem hartnäckigen Kampfe genommen. Ein neuer Angriff der Feinde auf Philippsburg wurde zurückgeschlagen, und die 1. Schwadron des 9. preuß. Husarenregiments verfolgte, den jungen Prinzen Friedrich Karl, Sohn des Prinzen von Preußen, an der Spitze, die Feinde, griff sie, als sie sich setzten, von neuem an und sprengte ein feindliches Infanteriecarree gänzlich auseinander. Leider wurde der siegreiche Führer bei diesem Angriffe zwei Mal durch den Arm geschossen; die Wunden sind jedoch nicht gefährlich. Der Adjutant des Prinzen, Lieutenant v. Busch, wurde schwer verwundet, Major Rückert und Lieutenant v. Wuschwig und 4 Husaren blieben auf dem Platze. Der über Hüttenheim vorgedrungene Theil unseres Corps konnte die beabsichtigte Wirksamkeit nicht ausführen, da der allzukühne Angriff der Cavallerie diese unmöglich machte. Der Feind zog sich eiligst zurück, die Unsrigen bezogen ihre Bivouacs bei Wiesenthal, ohne vom Feind beunruhigt zu werden.

Gefecht bei Waghäusel.

Am 21. Juni Morgens um 8 Uhr brach die Division Hanneken von ihren gestrigen Standquartieren auf, wendete sich gegen Waghäusel, um über Schwetzingen nach Mannheim vorzudringen. Kaum hatte die Avantgarde Waghäusel passirt, als aus dem östlich gelegenen Walde heftiges Büchsenfeuer auf uns erfolgte, was den Obersten veranlaßte, sofort den Angriff zu eröffnen. Der Feind hatte die herrlichste Stellung, hinter ihm der Wald, vor ihm der erhöhte Waldsaum. Obgleich der Obrist mit seinen Truppen den Feind bis hinten in den Wald zurücktrieb, und er den vordern Theil behauptet hatte, so hielt er es bei der großen Uebermacht des Gegners dennoch für gerathen, sich geordnet langsam zurückzuziehen. Der Feind hatte 14 Bataillone Infanterie und 26 Geschütze verschiedenen Caliberé, wir hatten nur sechs Bataillone und acht leichte Feldgeschütze. Zwei Fünftel der Feinde mochte badisches Militär sein, drei Fünftel Freischaaren. Obrist von Brandenstein, welcher in Germersheim die Kanonade gehört hatte, war dem Schalle gefolgt, und schloß sich plötzlich mit 1 Bataillon vom 30. Regiment und 4 Geschützen der 8 Artilleriebrigade uns an, nahm noch Theil am Gefecht, bei dem wir uns vor und in Philippsburg festsetzten und behaupteten. Um 4 Uhr Nachmittags trat der Feind seinen Rückzug an. — An demselben Tage soll das Braunsche Corps noch eine Affaire bei Wiesenthal gehabt haben. Bei Waghäusel wird es auch gewesen sein, wo der Graf Solms mit den Ulanen einen Angriff auf die im Korn stehende Flanke des Feindes, der diese mit zwei nicht sichtbaren Flügeln schrägrechts und schräglinks gedeckt hatte, machte, und wo sein Vordringen von den verdeckten Flügeln mit einem solchen Feuer empfangen wurde, daß in dem ersten Zuge die Ulanen sämmtlich verwundet wurden, und nur Graf Solms nebst dem Trompeter seine Wunde erhielt. — Bei Waghäusel tritt der Feind sehr große Ver-

luste; seine Gefallenen wurden in den anliegenden Dörfern zu 50 bei einander beerdigt. Unter den Gebliebenen befand sich auch Schlöffel der Jüngere. Wir selbst haben nicht unbedeutend gelitten, Zahlen sind wir aber noch nicht im Stande mit Bestimmtheit zu geben. — Am 22. Morgens ging die Division gegen Schwetzingen bis Neulußheim vor, bivouakirte dort und sollte, nachdem um 10 Uhr abgekocht war, Schwetzingen nehmen, blieb aber im Lager, da die Nachricht eintraf, daß Schwetzingen bereits vom Feinde verlassen worden sei. Am 23. früh erfuhren wir, daß das von der Gröben'sche Corps Schwetzingen bereits erreicht und besetzt habe, Mannheim passirt sei, um den Feind nach Heidelberg zu verfolgen. Wir bezogen daher Cantonnements zwischen Hockenheim und Waghäusel. Am 24. gingen wir über Wiesenthal und Hambrücken nach Bruchsal und Umgegend. Die Division Richwand hatte bei Bruchsal an diesem Tage ein Gefecht. Das Resultat desselben war, daß der Feind bis Durlach zurückgeworfen wurde.

Gefecht bei Durlach.

Um den Rückzug nach Rastatt in einiger Ordnung bewerkstelligen zu können, setzte sich der Feind eine Stunde vor Karlsruhe, in Durlach, am 25. Juni fest. Die Freischaaren hatten hier Verhaue und Barrikaden über den Eisenbahndamm aufgeführt, und waren dahinter mit Büchsen postirt. Die Feinde schossen gut und vertheidigten sich so hartnäckig an dem Damme hinter der Brücke über die Pfinzbach, daß sie unter dem Oberst v. Brandenstein in dichtesten Kugelregen mit Sturm genommen werden mußte. Gegen die starken Barrikaden wirkten die Paßkugeln mit großem Erfolg. Namentlich richteten sie die vortheilhafteste Position des Feindes, eine Mühle, ganz zu Grunde. In der Mühle, welche mit dem Eisenbahndamme parallel läuft, und vor sich einen Bach hat, in dem die Räder gehen, links von der Mühle die Eisenbahn, rechts eine Brücke, welche gegen die Häuser nach Karlsruhe gerichtet ist, hatten sich die Freischärler vortheilhaft postirt und schossen aus den Fenstern der Mühle auf die Preußen. Die Paßkugeln trafen aber so gut, daß nicht allein rings am Rande das Fensterfachwerk durchschossen ist, sondern die Gefündigten Kugeln so ins Fenster hineintrafen, daß sie Freischärler tödteten und inwendig das ganze Haus zerstörten. Eine Kanonenkugel ging durch das Mühlfenster, durchbohrte zwei Thüren, riß im zweiten Zimmer den Ofen ein und recochetirte an der Wand noch so, daß sie 20 Fuß zurück in die Wand einschlug. Zu verschiedenen Decken der Zimmer sieht man durch das Dach geschlagene Granaten, die sich bis zur Stubendecke heunter gesenkt haben. Nach einem zweistündigen heftigen Kampfe wurde der Feind überall zurückgedrängt, und floh nach Karlsruhe. Auf dem Eisenbahndamme fiel der Eisenbahnwärter, der unvorsichtig genug vor den Barrikaden der Freischaaren vorüber ging, von ihren Kugeln. Uns kostete der Tag 8 Todte, unter denen 2 Offiziere (v. Dziembowski) und 66 Verwundete, unter welchen ein Major. Am 25. Juni, Nachmittags, zogen wir darauf in Parademarsch in Karlsruhe ein. Es ist hier sehr wenig Kriegsmaterial gefunden worden. Hatte die Rheinarmee ihr Terrain vom Rhein aus über Mannheim, Heidelberg nach Karlsruhe bis gestern ausgedehnt, und auf der andern Seite die Neckararmee ihre Kräfte bei Sinsheim vorgeschoben, wo sich die ersten Patrouillen der beiderseitigen Heere begegneten, so schritt nun die Neckararmee unaufhaltsam der Rheinarmee zu. Am Sonntag Mittag den 24. Juni, nachdem die Vorhut der Neckararmee am Sonnabend Sinsheim erobert und besetzt hatte, zog sie, erst am Morgen angekommen, nach Eppingen, hatte hier Nachtquartier, ging am Montag den 25. d. M. nach Bretten, schlug hier Lager auf, und rückte am Dienstag den 26. in Durlach ein. — Durlach war vom 26. preußischen Regimente besetzt, das bei dem Einmarsche der Neckararmee nach Karlsruhe ging. Heute Nachmittag um 5 Uhr sind Bataillone vom 16., 17. und 30. Regimente abmarschirt, ebenso Artillerie. Diese Mannschaften sollen bis Ettlingen marschiren. — So wären denn in diesem Augenblicke die Gros der Rhein- und Neckararmeen so vereinigt, daß das eine immer unmittelbar in die Fußtapfen des andern eingreift. — Der Feind soll beabsichtigen, sich an der Murg setzen zu wollen, wozu er in Rastatt natürlich den Schlüssel sucht. — Von den mecklenburgischen Offizieren, die für todt gehalten wurden, sind die Nachrichten eingegangen, daß Herr v. Huth sich in Heidelberg auf der Besserung befindet, v. Schreeb und v. Klein ebenfalls schwer verwundet in Ladenburg liegen. Major Hinderfin vom Generalstabe soll ebenfalls nicht todt, sondern verwundet in Rastatt sein.

*** **Karlsruhe**, 26. Juni. Nun wissen wir, was Krieg ist und große Retirade, nachdem wir zuvor sechs Wochen lang im Vollgenuß republikanischer Herrlichkeiten geschwelgt. Zwei Tage lang war hier das Hauptquartier des Volksheeres; das bedeutete den Krieg, deutete aber auch, im directem Widerspruch mit den überschwenglichen Siegesbulletins der „Karlsruher Ztg.", auf die im Unterland an allen Punkten geschlagene Insurrection. Die Preußen rückten gegen die Residenz an, das brachte große Bewegung bei Freunden und Feinden der Republik hervor. Schon seit einigen Tagen waren einzeln und in Haufen Versprengte von dem Insurgentenheere bei uns angekommen und einquartiert, im Schloß an die 500 Mann, in den öffentlichen Gebäuden, großen Hotels je bald so viel, wenn nicht noch mehr. Gestern früh wirbelte der Generalmarsch durch die Straßen, Schlöffel befahl erst und erbat dann die Entwaffnung der Bürgerwehr, beides ohne Erfolg. Im Schloßkeller hatte er sich die Nacht zuvor den Muth dazu angetrunken. Die provisorische Regierung trifft noch allerlei Anstalten, die Stadt soll Lebensmittel für die badische Armee beschaffen — da hört man Mittags 1 Uhr plötzlich Kanonendonner — „die Preußen kommen, sie stehen schon in Durlach!" geht es wie ein Lauffeuer durch die Stadt und dem Durlacher Thor herein nimmt die große Retirade der Badenser ihren Anfang, und während es Mann an Mann, Schaar an Schaar von Trümmern der Vellewehr dem Durlacher Thore hereinfluthet, strömt es ebenso wild und verwirrt und kunterbunter zum Ettlinger Thore hinaus. Per Eisenbahn, zu Fuß, zu Roß und zu Wagen ging es da hinaus: nach Ettlingen, Offenburg, Rastatt, provisorische Regierung, Soldaten, Constituirende, Freischärler, Civilcommissäre, Volksmänner, alles durcheinander, Brentano, Ziegler, Struve, Gregg, Schlöffel mitten darunter; malen Sie sich das Bild aus. Und je mehr das zum Ettlinger Thor hinauszog, desto mehr wich der Alp von der Brust unserer Bürgerschaft, und der schwere Stein fiel ihnen endlich ganz vom Herzen, als bald nach zwei Uhr die preußische Vorhut die Thore unserer Stadt und den Bahnhof besetzte und festnahm, was sich von Schuldigen und Verdächtigen noch nicht salvirt hatte. Aber Freude und Jubel in der eben noch so geängsteten Stadt, als um 3 Uhr der Prinz von Preußen an der Spitze von 5000 Mann seines Armeecorps einrückte; die Bürgerwehr paradirte sofort, und bezog dann kameradschaftlich mit den Preußen die Wachen. Abends kamen auch Mecklenburger und alles ist so guter Dinge, daß wir es herausheben: könnte uns gehörigen Ortes die deutsche Einheit ebenso hergestellt werden, wie sich die Einigkeit der Nord- und Süddeutschen in diesem Augenblick hier manifestirt, dann würde es weniger Tinte und noch weniger Blutes bedürfen.

Abends 7 Uhr. Eine Abtheilung Preußen ist von hier nach Rastatt abgezogen, wo bereits Preußen stehen sollen; andere rücken dagegen von Durlach ein. Heute Nachmittag gegen 5—6000 Mann Bayern, Kurhessen und Nassauer durch Durlach nach Ettlingen. Noch diesen Abend wird der Reichsgeneral v. Peucker in Durlach erwartet. — Der Eisenbahndienst abwärts ist wieder eingerichtet, der aufwärts eingestellt.

Heute den ganzen Tag über dauerte der Einmarsch und Wiederausmarsch der preußischen Truppen. Sie haben sich gegen Rastatt gezogen. — Seit gestern Abend sind alle Häuser der Stadt mit roth-gelben (badischen) Fahnen geschmückt; mitunter sieht man auch schwarz-roth-goldene. — Den ganzen Tag über wurden gefangene Freischärler eingebracht.

*** **Karlsruhe**, 27. Juni. Wer im gegenwärtigen Moment die Reise von Frankfurt hierher macht, wird schwer zu glauben vermögen, daß eben die Weingegenden, welche er durchreist, noch vor einigen Tagen der Schauplatz blutiger Kämpfe waren. Mit Ausnahme der Umgebung des Ladenburger und Durlacher Bahnhofes gewahrt man nirgens Spuren einer Zerstörung, und auch bei diesen sind es nur Spuren; überall steht die Frucht unversehrt, und wenn nicht die strengen Maßregeln in Betreff der Legitimation der Reisenden bei der Ankunft in Heidelberg, sowie die in den Städten und Dörfern liegenden Truppen an den Kriegszustand erinnerten, man würde nicht im Stande sein, einen Unterschied zwischen jetzt und der sonstigen Ruhe in vergangenen Jahren zu erkennen. Hier in dem Hauptquartiere des Prinzen von Preußen ist das Kriegsbild am lebhaftesten und buntesten. Preußische Truppen aller Waffengattungen in einer Anzahl von mehr als 15,000 Mann haben die Stadt besetzt und ihr Wogen und Treiben durch die Straßen contrastirt angenehm mit der Stille und Ruhe, die als charakteristisches Kennzeichen von der Physiognomie Karlsruhe's nicht zu trennen ist und trotz des im gegenwärtigen Moment so lebendigen Vordergrunds unverkennbar hervortritt. Morgen sollen die Operationen nach dem Oberlande zu beginnen. Die hier liegenden Truppen werden sie zunächst ausführen und zu dem Behufe morgen früh von hier fortrücken. Zu ihrem Ersatz trifft das Corps des Generals Schack ein, das heute noch zwischen Bruchsal und Durlach stand. Im letztgenannten Orte sah ich heute zwei hessische Infanterieregimenter (das zweite und vierte); sie bilden die Vorposten der Reichsarmee, die sich von Sinsheim nach Durlach zu vorschiebt. Die äußersten Vorposten der Kurhessen stehen bereits in Ettlingen und Malsch. In den nächsten Tagen wird wohl im Oberlande der entscheidende Schlag geschehen. Daß die Freischaaren noch einmal im Stande sein werden, energischen Widerstand zu leisten, glaubt Niemand. Was nun noch speciell die hiesige Stadt betrifft, so herrscht, abgesehen von dem regen soldatischen Leben, die tiefste Ruhe. Man ist froh, endlich aus der peinlichen Ungewißheit der vergangenen Wochen herausgekommen zu sein und hat die Einquartierung preußischer Truppen lieber als die der Blousenmänner. Nicht etwa, weil sich diese schlecht benommen hätten, sie haben im Gegentheil, wie mich conservative Männer versicherten, eine Manneszucht beobachtet, die man von ihnen nicht erwartete, und Karlsruhe hat auch materiell nicht viel gelitten, sondern weil bei weitem die Mehrheit der hiesigen Bürger von Hause aus nicht die geringste Sympathie für die Bewegung hatte. Von den Familien, welche sich nach Lauterburg geflüchtet haben, sind bereits wieder viele zurückgekehrt, und schaarenweise, wie sie ausgezogen, ziehen die Flüchtigen auch von den andern Seiten wieder hier ein. Ueber die sonstigen Ereignisse in der hiesigen Stadt seit dem Einrücken der Preußen werden Sie wohl bereits unterrichtet sein. General v. Brandenstein ist Gouverneur und hat als solcher die durch den Belagerungszustand geforderten Maßregeln zu leiten. Diese haben zunächst die Presse getroffen, deren sämmtliche Organe anfangs verboten wurden. Die „Karlsruher Zeitung" hat seitdem wieder die Erlaubniß des Erscheinens erhalten. Daß ihre Tendenz eine andere sein wird, als sie von der durch die provisorische Regierung eingesetzten Redaction befolgt ward, versteht sich von selbst.

JW **Karlsruhe**, 28. Juni. Fast den ganzen Tag marschirten heute starke Colonnen preußischer Truppen hier durch, um sich theils in der Umgegend zu lagern, theils weiter gegen Rastatt zu ziehen. Das 31. Linienregiment, das 31., 27., 12. Landwehrinfanterieregiment, das 30. und 17. Linienregiment, das 5. Jägerbataillon, das 12. und 9. Husarenregiment und 4 Batterien Artillerie zogen von preußischen Truppen allein hier durch, so daß die Hauptstraße fast den ganzen Tag von den marschirenden Colonnen gesperrt war, dazu kamen am Nachmittag noch 2 Bataillone, 1 Schwadron und 4 Geschütze von den mecklenburgischen Truppen, die durch ihren großen kräftigen Wuchs hier viel Aufsehen erregten. Das Insurgentenheer unter Mieroslawski, was noch eine Stärke von 10,000 Mann haben soll, hat sich nach Rastatt geworfen, dort noch eine verzweifelte Gegenwehr zu versuchen. Von den badischen Truppen kommen fortwährend viele Ueberläufer an, die sie in dem hier errichteten Depot zu melden haben. Was jetzt noch bei Mieroslawski ist, besteht aus den fremden Freischaaren, den Hanauer Turnern und allen den badischen Soldaten, die besonders bei dem Aufstand compromittirt sind, und daher den Kampf der Verzweiflung aufnehmen. Die Ueberläufer sagen: „Die nun noch zurückbleiben, werden kämpfen bis sie todt sind." Uebrigens soll Rastatt noch auf mehrere Wochen verproviantirt worden sein, so daß die Einnahme desselben nicht so leicht sein und noch viele Opfer kosten wird. Hier in Karlsruhe ist die Stimmung sehr conservativ.

Heidelberg, 25. Juni. In Folge des Kriegszustandes ist für die beiden unteren Rheinkreise eine allgemeine Entwaffnung angeordnet, und obgleich schon früher unter Mieroslawski die Bürger Heidelbergs und der Umgegend zur Ablieferung der Waffen aufgefordert worden waren, und diesem Befehle auch, wie man glaubt, allgemeine Folge geleistet wurde, so wird doch in den Häusern, wo man glaubt, daß Waffen und Munition verborgen seien, strenge Nachsuchung gehalten, und diese ist nicht ohne Erfolg. Man findet in manchen Häusern und Verstecken noch Waffen und Munition. Eine große Zahl von Gewehren fand man bei einem als reiher Republikaner bekannten Zeug- und Behrschmied. — Der commandirende General des zweiten Corps der preußischen Rheinarmee, v. d. Gröben, weilt mit einer nicht unbedeutenden Truppenmacht als Oberkriegecommissär in unserer Stadt. Großh. Civilcommissär ist der hiesige Beamte Orff. Alle verdächtigen Personen werden hier, so weit sie nicht bereits sich durch die Flucht in Sicherheit gebracht haben, verhaftet. Ihre Zahl ist in stetem Wachsen. Die Behörden, welche diese Sache zu leiten haben, scheinen sehr gut unterrichtet zu sein, und es möchte jetzt wohl nicht leicht ein Schuldiger mehr entkommen. Alle Thore sind mit Wachen scharf besetzt. — Um dem über Heidelberg hereinbrechenden Ungewitter zu entgehen, hatten sich viele Familien von hier entfernt, um im Auslande eine sichere Zufluchtsstätte zu finden. Seitdem nun die Preußen hier eingerückt sind, treffen auch diese Familien wieder hier ein. Die Zahl der Geflüchteten ist, wie man jetzt erst wahrnimmt, größer als man glaubte. — Heute noch erwartet man bayerische Truppen als Einquartierung. Es sollen 25,000 Mann auf dem Marsche in unser Großherzogthum sein. (S. M.)

Deutschland.

Frankfurt, 28. Juni. Wie wir hören, wird unsere Stadt in kurzer Zeit eine bedeutende preußische Garnison erhalten, deren Kosten die preußische Regierung ausschließlich und in weitestem Umfange trägt. Es soll die Besatzung aus Truppen bestehen, welche sich durch Disciplin in der Armee auszeichnet haben. Man bezeichnet schon das 3. (rothe) Husarenregiment, unter dem Befehl des Prinzen Solms, sowie einige als ganz vorzüglich bekannte Bataillone. Welche Sorge die preußische Regierung gegenwärtig demjenigen Volkstheile widmet, welcher die Macht des Staates (jetzt freilich mehr nach Innen als nach Außen) vertritt, haben wir auf dem Kriegsschauplatz in der Pfalz und in Baden zu bewundern Gelegenheit gehabt. Nichtsdestoweniger trifft noch der Baron v. d. Osten, als außerordentlicher Commissär des Königs von Preußen hier ein, um die Verpflegungsverhältnisse der preußischen Truppen zu revidiren und zu ordnen. Dem Vernehmen nach hat sich derselbe ins Hauptquartier des Prinzen von Preußen begeben; seine Mission wird ihn aber in einigen Tagen wieder nach Frankfurt zurückführen. (Dsch. Z.)

*** **Frankfurt**, 29. Juni. Der bisherige interimistische Bevollmächtigte Preußens bei der deutschen Centralgewalt, Herr v. Kamptz, wird morgen Frankfurt verlassen, um nach Hamburg zu gehen, für welches er bereits seit dem 1. April d. J. als preußischer Bevollmächtigter ernannt ist. Die bisher von ihm interimistisch hier eingenommene Stelle wird nicht wieder besetzt.

Wien, 24. Juni. Vom Kriegsschauplatz in Ungarn sind keine weiteren Nachrichten eingelangt, und über die letzte Schlacht bei Perod zwischen den vereinten kaiserlich österreichisch-russischen Truppen und dem Görgey'schen Corps fehlen noch immer die näheren Details. Dem Vernehmen nach soll der Kampf sehr blutig gewesen sein und der beiderseitige Gesammtverlust wird auf 5000 Mann angeschlagen. 180 Geschütze sollen gegen einander operirt haben, und zwar hundert von Seite der Oesterreicher und Russen und achtzig von Seite der Magyaren. Daß die vereinigten kaiserl. Armeen, wie es gestern hieß, den sich zurückziehenden Feind jenseits der Waag verfolgten, scheint sich, da auch die Brücke bei Negyed zerstört wurde, nicht zu bestätigen. Die Untersuchung gegen die hier in Haft befindlichen compromittirten Generale Mack und Teleky ist nun zu Ende geführt und das über sie gefällte Urtheil wird nächstens bekannt gemacht werden. Hier und in der Umgegend werden häufig ungarische Emissäre aufgegriffen. Selbst in dem als „schwarzgelb" bekannten Baden nächst Wien sind in der letzten Zeit mehrere verdächtige Individuen, unter anderen erst vor ein paar Tagen auch ein Geistlicher, verhaftet worden. (A. Z.)

8* **Köln**, 26. Juni. Ein großes Placat an unsern Straßenecken, unterzeichnet vom Vorstande des Arbeitervereins, lud gestern Abend zu einem Bankett ein, das zur Gedächtnißfeier des vorjährigen Juniaufstandes in Paris gehalten werden sollte und wirklich gehalten worden ist. In Paris hätte man ein solches Bankett wahrscheinlich verboten und verbieten müssen, unsere Behörde behandelte aber dieses Bankett mit der Verachtung, die ihm gebührte; sie ließ es ruhig vor sich gehen und schickte bloß zur Polizeistunde einen Polizeicommissär, der Feierabend gebieten mußte. Die tapfern Banketheiden verhöhnten anfangs den Beamten, als sie indessen vor der Thüre die Bajonnete einer kleinen Infanterieabtheilung sahen, schluckten sie ihr

revolutionäre Begeisterung hinunter, und gingen nach Hause. — Privatbriefe aus dem Oberlande melden uns manche Züge aus den dortigen Vorgängen. Uebereinstimmend sind die Berichte darin, daß die Freischärler in der Pfalz nicht zum Stehen zu bringen gewesen sind, und daß, wo sie sich aufs Feuern einließen, sie auf solche Entfernungen schossen, daß der größte Kugelregen wirkungslos blieb. Anders ist auch der geringe Verlust der Truppen nicht zu erklären. Ueber die echt militärische Stimmung der Truppen sprechen sich alle Berichte übereinstimmend mit großer Anerkennung aus.

* **Mainz**, 26. Juni. Der preußische General und Inspecteur der Besatzung der Bundesfestungen, Herr v. Aschoff, welcher diese Stellung vor einigen Tagen mit der eines Commandanten von Breslau vertauschte, hat durch sein ruhiges, vermittelndes Benehmen in der schwierigen Zeit, welche, wie wir hoffen, jetzt überstanden ist, so wie durch eine strenge Aufrechthaltung militärischer Disciplin sich bei dem denkenden Theile unserer Einwohnerschaft ein bleibendes dankbares Andenken gegründet. Ganz besonders glauben wir, daß die Aufrechthaltung der Ruhe in den Septembertagen v. J., so wie überhaupt die Verhütung solcher Excesse, wie wir sie im Maimonat 1848 zu beklagen hatten, während seiner militärischen Wirksamkeit seinem verständigen und energischen Willen vorzugsweise zuzumessen ist. Ohne diese Strenge auf der einen, und den freundlichen Ernst auf der andern Seite, müßten wir wohl noch sehr weit von der Wiederbegründung des guten Einverständnisses zwischen Garnison und Bürgerschaft sein, die in früherer Zeit so viel zur Annehmlichkeit des Aufenthalts in Mainz beitrug, und die die in der allgemeinen Aufregung entstandenen Verwürfnisse hoffentlich bald in vollkommene Vergessenheit bringen wird. So hoch wir in dieser Beziehung die Verdienste des Herrn Vicegouverneurs und des Herrn Commandanten anschlagen, so sehr fühlen wir uns gedrungen, auch des aus unserer Stadt geschiedenen Herrn v. Aschoff anerkennend und dankend zu erwähnen.

> **Mainz**, 28. Juni. Heute Morgen wurde der hiesigen österreichischen Besatzung, sowie sämmtlichen hier wohnenden österreichischen Beamten auf dem Schloßplatze der Eid auf die österreichische Staatsverfassung abgenommen, worauf die Truppen vor dem Festungscommandanten, Freiherrn v. Jezer, vorübermarschirten.

)(**Bingen**, 28. Juni. Seit einigen Tagen gehen lange Züge preuß. Munitionswagen durch unsere Stadt nach Mainz, gestern aber fünfzig, mit sechs Pferden bespannt. Heute dieselbe Zahl.

§ **Altona**, 25. Juni. Ein beabsichtigter Landungsversuch der Dänen an der Nordwestküste Jütlands, bei Varde, ist gestern von den schleswig-holsteinischen Dragonern zurückgeschlagen worden, wobei eine Anzahl dänischer Bagagewagen in die Hände der Unsrigen fiel. Es ist somit die Absicht des Feindes, Fridericia zu entsetzen, vorläufig gescheitert, und hat man diesen bisher weniger diesseits bestehten, aber durch die Belagerung Fridericia's wichtig erwordenen Küstenpunkt mit einem starken Detachement versehen. Der Generallieutenant v. Prittwitz war einige Tage etwas unwohl, indeß ist derselbe bereits in der Besserung; das Hauptquartier ist von Horsens nach einem diesem Orte westlich belegenen Herrenhof Bygholm verlegt, es dürfte jedoch noch dieser Tage weiter nordwärts verlegt werden. Der Feind hat sich unter den Generalen Rye und Moltke in und um Randers concentrirt, von dem Ersteren theilt ein Theil seines Truppencorps in der Nähe von Aarhuus. Die Schwierigkeiten, welche die Beschaffung von Fourageequisitionen wegen der östern Renitenz der jütischen Aemter darboten, sind durch eine kräftige vom Höchstcommandirenden erlassene Proclamation, die in Horsens und den übrigen Cantonnements theils an den Straßenecken angeschlagen, theils öffentlich verlesen worden, nunmehr gehoben. Es wird jedes jütische Dorf, in welchem deutsche Truppen einquartiert werden, für deren Verbleiben an Ort und Stelle, sowie deren Unverletzlichkeit verantwortlich gemacht. Zugleich wird auch bekannt gemacht, daß man die jütischen Behörden nicht länger zur Ausschreibung der Bedürfnisse des Heeres benutzen, sondern diejenigen mit Patrouillen eintreiben werde. Ueber die Lage vor Fridericia ist die neueste Nummer des „Fyens avis" Aufschluß, wo der wir Folgendes ersehen: „Bei Fridericia werden täglich mit dem Feinde Schüsse gewechselt. Auf eine sehr lustige Weise hat er im Schutz eines Bauerhofes nicht weit von Treller Holz eine Batterie angelegt, um von da die südlich zum Uebergang nach Fühnen angelegten Brücken zu beschießen. Als die Batterie fertig war, wurde der Bauerhof niedergerissen, und es wird nun auch von unserer Seite versucht werden, die Ueberfahrt zu verhindern." Es liegen auf Fühnen, südöstlich von Fridericia, starke dänische Schanzen bei dem Dorfe Strib; im kleinen Belte sieht man beständig einige Kanonenböte, da ist die Hauptbefestigung der Dänen, die mehr durch ihre von der Natur gebotene Lage, als durch künstliche Verschanzungen an Bedeutung gewinnt. Unsere Vorposten stehen noch vor den Hauptschanzen. Die vierte Hauptschanze namentlich, welche dem Dorfe Strib gegenüber liegt, ist den Dänen am meisten gefährlich, und das gegnerische Blatt hat richtig deren Werth erkannt, da dieselbe den Dänen das Uebersetzen nach Fühnen auf der südöstlichen Seite bedeutend erschwert. Wie wir mit dem Abendzug aus sicherer Hand vernommen, war gestern im Sundewitt zwischen den diesseitigen und den dänischen am Brückenkopf aufgestellten Vorposten ein kleines Gefecht, wobei es den Unsrigen, Soldaten vom nassauischen Reichscontingent, gelang, die Dänen aus ihrer guten Vorpostenstellung zu verdrängen und dieselbe einzunehmen und gegen Ausfälle zu verschanzen. Eben so wie die Unsrigen bei Düppel, so sind die Dänen jenseits des Als-Sundes mit Befestigungsarbeiten beschäftigt.

Aus dem nassauischen Feldlager in Schleswig-Holstein geht der „N. Rüg. Ztg." folgende officielle Nachricht zu: Flensburg, 24. Juni. So eben erfahre ich, daß verflossene Nacht 12 Mann von jeder Compagnie des 2. Bataillons Nassau beordert wurden, eine in der Nähe gelegene dänische Feldwache aufzuheben und das Gebäude, in welchem dieselbe lagerte, abzubrennen. Mit Patronentasche, Gewehr und Zeltkappe näherten sich dieselben dem feindlichen Vorposten und stürmten mit lautem Hurrah auf dieselben ein. Die Wache wurde ins Wasser gesprengt und die Ziegelhütte niedergebrannt. Sergeant Weingärtner ist geblieben, ob noch Mehrere verwundet, weiß ich nicht.

Gotha, 27. Juni, Vormittags. Die gestrige Abendsitzung war deßwegen eine kurze, weil sich der Siebenerausschuß mit seiner Vorlage noch nicht ganz im Reinen befand. Die letztere ist darauf heute Morgen den Mitgliedern der Versammlung — und nur diesen — gedruckt übergeben worden. Sie lautet:

„Die schweren Bedrängnisse des Vaterlandes, die Gefahren eines Zustandes, welcher keine Bürgschaft des Friedens im Innern, der Stärke nach Außen bietet, haben es den Unterzeichneten zum Bedürfniß gemacht, in gemeinsamer Besprechung ihr Urtheil über die gegenwärtige Lage der Dinge festzustellen und sich über den Weg zu verständigen, auf welchem jeder Einzelne von ihnen in Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflichten dazu mitwirken kann, daß ein der Nation Einheit und Freiheit gewährender Rechtszustand hergestellt werde. Innig überzeugt, wie wir sind, daß die deutsche Nationalversammlung, als sie am 28. März d. J. die deutsche Reichsverfassung als endgiltig beschlossen verkündigte, derjenigen Stellung gemäß gehandelt hat, welche die Lage der deutschen Dinge ihr auferlang und die Bundestagsbeschlüsse vom 30. März und 7. April v. J. ihr einräumten, dursen wir doch die Augen vor den Schwierigkeiten nicht verschließen, welche die Durchführung der unveränderten Reichsverfassung im Vaterlande gefunden. Dagegen ist in der Verfassungsaufstellung, welche die Berliner Conferenz bietet, neuerdings ein Weg eröffnet, auf welchem sich der verlorene Einigungspunkt möglicherweise wieder finden ließe. Das Betreten dieses Weges nicht zu verschmähen, mahnt uns das von innern und äußern Feinden schwer bedrohte und schon vom Bürgerkrieg zerfleischte Vaterland, eben so dringend aber der werthvolle Inhalt jenes Entwurfs, der, wie entschieden man auch einzelne seiner Bestimmungen verwerfen möge, dennoch den Kern der Reichsverfassung in sich aufgenommen hat. Den Unterzeichneten stehen die Zwecke, welche durch die Reichsverfassung vom 28. März erreicht werden sollten, höher als das starre Festhalten an dem Weg, auf dem, an der Form, unter der man dieses Ziel anstrebte. Sie erkennen an, daß der von den drei Königreichen vorgeschlagene Weg zu dem vorgesteckten Ziele führen kann, wenn dieselben mit allen sich anschließenden Staaten dem Reichstage in den mit ihm festzustellenden Verfassungsfragen in einer, jedem einzelnen Staat dinkenden Form als Einheit gegenüberstehen, und wenn ferner die dargebotene Verfassung von allen den Reichstag beschickenden Staaten jeden Falles als eine der Nation ertheilte unverbrüchliche Zusage betrachtet wird. Hiernach werden alle Verfassungsbestimmungen, welche in der Reichsverfassung vom 28. März und dem Entwurfe vom 26. Mai wörtlich oder wesentlich übereinstimmen, als grundsätzlich feststehend zu betrachten und nur die übrigen Bestimmungen des Entwurfs der Revision zu unterwerfen sein. Wenn es daher als eine gerechte Erwartung des deutschen Volks bezeichnet werden darf, daß die Regierungen der andern deutschen Staaten durch baldigen bindenden Anschluß an jene Verfassungsvorlage die sofortige Berufung eines Reichstags möglich machen, so erwächst auch für die Einzelnen die Verpflichtung, in ihren Kreisen nach ihren Kräften zur Vollendung des großen vaterländischen Werkes beizutragen. In diesem Sinne wird es die hauptsächlichste Aufgabe der Staatsbürger sein, durch die Betheiligung an den Wahlen zum nächsten Reichstage das Zustandekommen desselben zu bewerkstelligen. Wenn nun, was die Wahlen zum Volkshause betrifft, anerkannt werden muß, daß dem in Frankfurt beschlossenen, mit der Durchführung der Reichsverfassung unmittelbar verbundenen Wahlgesetze nicht zu beseitigende Hindernisse entgegengetreten sind, so erfordert es das Wohl des Vaterlandes, daß für die Wahlen eine andere gesetzliche Norm maßgebend werde. In dieser Rücksicht würde es zweckmäßig sein, wenn die verschiedenen Wahlgesetze der einzelnen Staaten die Grundlage für die Beschickung dieses Reichstages bilden könnten; aber auch dann, wenn dies nicht möglich wäre, erscheinen doch die Bedenken gegen das von der Berliner Conferenz aufgestellte Wahlgesetz nicht so groß, daß sie nicht im Wesentlichen dadurch beseitigt werden könnten, daß den Einzelstaaten bei Ausführung desselben die durch ihre abweichenden Verhältnisse gebotenen Modificationen nachgelassen werden. Unter dieser Voraussetzung würde es bei dem schwer bedrohten Zustande Deutschlands in keiner Weise zu rechtfertigen sein, wollte man hieran das Zustandekommen des ganzen Werkes scheitern lassen. Der Ausschuß." (Bernhardi aus Kassel. G. Beseler. Koch aus Leipzig. Lang aus Hannover. Stahl aus Erlangen. v. Wydenbrugk aus Weimar.)

Herr Zell aus Trier, das siebente Ausschußmitglied, ist diesen Vorschlägen nicht beigetreten. Die Berathung darüber ist in diesem Augenblick eröffnet worden. Außerdem ist ein Ausschuß für die Aufgabe, die Partei des Centrums zu organisiren, aus der Mitte der Versammlung gewählt worden.

G **Gotha**, 27. Juni. Die Commission, welche in der Gagern-Dahlmann'schen Versammlung gestern Abend über die deutsche Frage referiren sollte, war noch nicht soweit mit ihrer Arbeit gekommen, weßhalb man jene Frage auf heute vertagte, und sich eine Weile mit Privatangelegenheiten und der Frage beschäftigte, auf welchem Wege man der Partei des Centrum noch mehr Eingang im Volke verschaffen könne. Auch wurden mehrere von constitutionellen Vereinen eingegangene Adressen verlesen. — Die ganze Meine Sitzung dauerte übrigens nur anderthalb Stunden. — gestrige Zuschrift muß ich heute dahin berichtigen, daß die Anzahl der Mitglieder vorgestern Abend nur 128 betragen, etwa 22 sind nachgekommen, welche ich Ihnen morgen namhaft machen werde. Ich lege Ihnen Folgendes bei:

Verzeichniß der Mitglieder der Versammlung in Gotha. (Am 26. Junius anwesend.)

Albert aus Quedlinburg; Bachhaus aus Jena; Bassermann aus Mannheim; Becker aus Gotha; Becker aus Trier; v. Beckerath aus Crefeld; Behnke aus Hannover; Bernhardi aus Kassel; Beseler aus Greifswalde; Böcking aus Trarbach; Brackebusch aus Hannover; v. Breuning aus Aachen; Briegleb aus Coburg; Brons aus Emden; Cetto aus Trier; Cramer aus Kiehm; Dahlmann aus Bonn; Deete aus Lübeck; Degenkolb aus Eilenburg; Droge aus Bremen; Duckwitz aus Bremen; Dunker aus Halle; Eckert aus Bromberg; v. Ende aus Waldenburg; Esmarch aus Schleswig; Fallati aus Tübingen; Fischer aus Jena; Francke aus Schleswig; H. v. Gagern aus Darmstadt; M. v. Gagern aus Wiesbaden; Gerkrath aus Bremen; Graf Giech aus Thurnau; Jacob Grimm aus Berlin; Gref aus Lerr; Grumbrecht aus Lüneburg; Haldauer aus Meißen; Hergenhahn aus Wiesbaden; Hirschberg aus Sondershausen; Hofmann aus Friedberg; Hollandt aus Braunschweig; von der Horst aus Rothenburg; Johannes aus Meiningen; Dr. Jordan aus Berlin; Graf Keller aus Erfurt; Koch aus Leipzig; Lang aus Verden; Langerfeldt aus Wolfenbüttel; Laube aus Leipzig; Leverkus aus Oldenburg; Liebmann aus Meiningen; Loew aus Magdeburg; Loew aus Posen; Mathy aus Karlsruhe; Matthiä aus Greifswalde; Meier aus Bremen; Michelsen aus Jena; R. Mohl aus Heidelberg; v. Moltius aus Jülich; Mertzler aus Frankfurt; Plaß aus Stade; Plathner aus Halberstadt; v. Quintus aus Hallingbostel; Rahm aus Stettin; H. v. Raumer aus Dünkelsbühl; F. v. Raumer aus Berlin; Röder aus Dermum; Reß aus Hamburg; Mauksch aus Dippoldswalde; Rümelin aus Nürtingen; Schlick aus Weißenfels; Schierenberg aus Detmold; Schneer aus Breslau; Schern aus Essen; Schrader aus Brandenburg; Siemens aus Hannover; Simson aus Königsberg; v. Soiron aus Mannheim; v. Stavenhagen aus Berlin; Steinbrf aus Schleswig; Stedmann aus Bessenich; v. Thielau aus Braunschweig; Veit aus Berlin; Versen aus Riesheim; Wachsmuth aus Hannover; Waitz aus Göttingen; Weitenborn aus Eisenach; Wiedermann aus Düsseldorf; Schelten aus Wardt; Wurm aus Hamburg; von Wydenbrugk aus Weimar; Zachariä aus Bernburg; Zell aus Trier; Schwarzenberg aus Kassel; Compes aus Köln; Dammers aus Arenburg; Jordan aus Gollnow; Sprengel aus Waren; Bürgers aus Köln; Fuchs aus Frankfurt; Marcus aus Insterburg; Mevissen aus Köln; Osterdorf aus Soest; Overweg aus Haus Ruhr; Becker aus Schwerin; Benard aus Greiz; Breusing aus Osnabrück; Falk aus Ottolangenburg; Freudenthal aus Stade; Gerdes aus Krotoszyn; Haym aus Halle; Jahn aus Freiburg a. d. U.; Kraß aus Wintersdhausen; Rättig aus Potsdam; v. Sänger aus Grabow; Schreiber aus Bielefeld; Hahn aus Brügleben; Schwarz aus Halle; Schwetschke aus Halle; Stahl aus Erlangen; Jacobi aus Hersfeld; Vandelow aus Kraag; Wiegert aus Minden; Scholz aus Neiße; Karl aus Berlin; Glier aus Mühlhausen; Martens aus Danzig; im Ganzen 128.

Frankreich.

** **Paris**, 26. Juni. In der gesetzgebenden Versammlung am 25. Juni befragte Herr Savoye den Minister des Auswärtigen, was er gethan habe, um den Beschluß der constituirenden Versammlung vom 22. Mai, energische Maßregeln zur Beschützung der europäischen Freiheit zu ergreifen, auszuführen. Herr Tocqueville entgegente: Herr Savoye vertheidigt Baden, weil er sich bei der Revolution betheiligt hat. Als Gesandter Ledru-Rollins, versprach er den deutschen Insurgenten Hilfe von Seiten der Regierung. In Paris habe man die Gesandten der provisorischen Regierung in Baden nicht empfangen, weil die Republik diese revolutionäre Regierung nicht anerkannt habe. Ein Agent dieser Regierung sei nicht als solcher, sondern als Verschwörer arretirt worden. Die Waffen seien weggenommen worden, weil man den Bürgerkrieg nicht befördern wolle. Das saisirte Geld gehöre dem Großherzog. Die Coalition, von der Herr Maugin gesprochen, sei eine Chimäre. England sei Frankreichs Alliirter und Rußland sei Frankreich nicht feindlich. Nur der Socialismus, wäre er am Ruder, würde eine Coalition hervorrufen. Die Demagogie in Deutschland habe die deutschen Mächte gezwungen reactionär zu werden. (6½ Uhr, die Sitzung dauert fort.)

Börsenberichte.

☆ **Frankfurt**, 28. Juni. Die Haltung der heutigen Börse war minder fest, es geschahen mehrfache Realisationskäufe für die morgen bevorstehende Abrechnung vom Monat Juni. Mit Ausnahme österreichischer Papiere, die sich sehr fest auf ihrem Standpunkt behaupteten, stellten sich größtentheils alle übrigen Effecten etwas niedriger im Cours als gestern. 5pCt. Metall. blieben 74½, pCt., 2½pCt. Metall 39½ pCt. Wienerbankactien 1056 fl., 500 fl. Loose 126½, pCt., 250 fl. Loose 76½ pCt. Von den übrigen Anlehenslosen waren Kurzeff. 40 Bthlr Loose 25½, Bthlr., Bad. 35 fl. Loose 27½, fl., do. 10 fl. Loose 49½, fl., Darmstädter 25 fl. Loose 23½, fl., do. 50 fl. Loose 73 fl., Nassauer 25 fl. Loose 22½, fl., Sardinische Loose 25½, Fr., Fürstliche Vereins 10 fl. Loose 6½, fl., Polnische 500 fl. Loose 74½, Mthlr. Von süddeutschen Obligationen waren Württemberger mehr angeboten, da die württembergische Regierung ein neues Anlehen zu contrahiren beabsichtigt. 3½pCt. Württemb. schließen 79 pCt., do. 4½pCt. 95 pCt. Badische 3½pCt. Obligationen blieben 76½, pCt., bad. 5pCt. Obligationen vom Jahr 1848 95½, pCt., Nassauer Obligationen begehrt, namentlich 3½pCt. Obligationen 83½, pCt., do. 5pCt. vom Jahr 1849 101½, pCt. Von belgischen Obligationen waren 2½pCt. belg. 44, do. 4½pCt. 94½, do. 5pCt. 91½, Fr. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn begehrt 38½, Mthlr., Ludw.-Berbach ½, pCt. niedriger 73½, pCt., Köln-Minden 81½, pCt., Taunus wiederum beliebt 296 fl. 5pCt. incl. Spez. anfangs zu 25½, pCt. verhandelt, schließen durch Verkäufe von Karten Gewinnrealisationen 24½, pCt. G. Von Wechseln war Amsterdam 100½, zu haben, Hamburg 88½, Augsburg 119½, G., Wien 99½, G. Berlin 105½, G., Leipzig 105½, Bf, London 121½, Bf, Paris 93½, zu machen, Mailand 100½, G.

Wien, 25 Juni. 5pCt. Metall. 69½, ½. — 4½pCt. 71. — 3pCt. —. — 2½pCt. 46½. — Bankactien 1055. — 500 fl. Loose 119. — 250 fl. Loose 91½. — Nordbahnactien 103½. — 104. — Glogauer 103. — Mailänder 74.

Die Zonds haben sich behauptet. Das Geschäft war darin, sowie in Eisenbahnactien ohne Belang. Complanten und Devisen zu gerichtlichem Protest sehr angetragen und unter Notiz zu haben. Frankfurt 119 Bf, London 11 fl. 58, Amsterdam 2 Monat 105 Bf., Paris 2 Monat 141 Bf.

Berlin, 27. Juni. Staatsschuldscheine 80½, G., Seehandlungs-Prämienscheine 101½, bez, Bankantheile 84½, u. ½ bez. u. G., Berlin-Hamburg 65½, u. 66 bez, Köln-Minden 80 à 81 bez. u. G, Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37½, bis 38½, bez, Rhein. 45½, G, Thüring. 54½, bis 55 bez. u. Br, Rus. 4pCt. bei Zuglig 80½, bez, Pols. 500 fl. Loose 73½, bez. u. G.

Auch heute berichte für Fonds sowohl als Eisenbahnactien eine sehr günstige Stimmung; von ersteren waren besonders Staatsschuldscheine gesucht, von letzteren werden namentlich Berlin-Hamburger, Köln-Mindener merklich besser bezahlt.

Bekanntmachung. Am Sonn- u. Feiertag, 10. Juni, Vorm. 10 Uhr, Predigt: Herr Pastor Dr. Hoffmann. Nachm. 2 Uhr, Predigt: Herr Pastor Dr. Hoffmann. Nachm. 3 Uhr, Predigt: Herr Pastor Dr. Hoffmann. Nachm. 4 Uhr, Predigt: Herr Pastor Dr. Hoffmann. Nachm. 5 Uhr, Predigt: Herr Pastor Dr. Hoffmann. Nachm. 6 Uhr, Predigt: Herr Pastor Dr. Hoffmann. Nachm. 7 Uhr, Predigt: Herr Pastor Dr. Hoffmann. Nachm. 8 Uhr, Predigt: Herr Pastor Dr. Hoffmann. Nachm. 9 Uhr, Predigt: Herr Pastor Dr. Hoffmann. Nachm. 10 Uhr, Predigt: Herr Pastor Dr. Hoffmann. Nachm. 11 Uhr, Predigt: Herr Pastor Dr. Hoffmann. Nachm. 12 Uhr, Predigt: Herr Pastor Dr. Hoffmann. Nachm. 1

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Beilage zu Nro 153.) 29. Juni 1849

Deutschland.

†Wien, 25. Juni. Es sind neuerdings Siegesnachrichten vom ungarischen Kriegsschauplatze in Umlauf, deren Bestätigung indessen noch abzuwarten ist. — Der Ort Bo-Sarany in Ungarn ist auf Befehl des F.Z.M. Haynau in einen Schutthaufen verwandelt worden, weil die Einwohner sich bei dem Ueberfall der Brigade Wyß feindselig bewiesen und auch zuletzt noch bei Herstellung der angeordneten Flußübergänge sich mit Gewalt widersetzten. — Der ungarische Grenzort Wart, welcher der über Pinkafeld flüchtigen Husarenabtheilung bewaffnete Hilfe geleistet, ist durch eine Contribution von 28,000 fl. C.-M. bestraft worden. Die Räuberfahrer hatten sich geflüchtet. — Ein Dampfboot, welches 2 Schleppschiffe mit bedeutenden Ladungen an Munition und Getreide für Knicanin führte, erlitt unmittelbar unter Belgrad einen bedeutenden Schaden durch Explosion, während die Schleppschiffe selbst in die Luft flogen. Das Tabakrauchen der Mannschaft war die Ursache davon. In Semlin blieb von der Erschütterung kein Fenster ganz, und der Pascha von Belgrad ließ eiligst die Kanonen gegen einen vermeintlichen Angriff der Insurgenten verübertrichten. — Von den bei der ungarischen Empörung compromittirten Generalen befinden sich noch sechs hier in Haft; darunter Hrabowsky, Leder, Mayer, Moga, Török. — Nachrichten aus Galizien sagen, daß die Masse der nachrückenden russischen Truppen alle Angaben bei Weitem übertreffe. Immerfort kommen neue Colonnen an und russische Offiziere sollen sich dahin geäußert haben, daß ihre Aufgabe keineswegs allein in Ungarn sei, was auch in dem Umstande an Wahrscheinlichkeit gewinnt, daß um Krakau ungeheuere Militärconcentrirungen stattfinden. — Die Kossuth'schen Emissäre treiben sich noch immer in der Gegend von Oedenburg herum und suchen das Landvolk im Sinne der revolutionären Propaganda zu bearbeiten. Neulich statuirte ein Dorfrichter an einem solchen ein abschreckendes Beispiel: er schnitt ihm die Zunge heraus und nagelte sie an die Thüre des Gemeindehauses; den Emissär schickte er zu seinen Cameraden zurück. Die Insurgenten gebrauchen schreckliche Repressalien und veranlassen das Landvolk zu erneuerten Grausamkeiten. — Man erwartet eine in deutscher und russischer Sprache zu veröffentlichende Convention über die Verpflegung der russischen Truppen, welche gänzlich zur Last der kaiserl. russischen Regierung fällt. — Die für nothwendig befundene strenge Sperre alles ungarischen Grenzverkehrs verursacht sehr viele Reclamationen besonders von Seite der Kaufleute. Man besorgt übrigens, daß die schon überhand genommene Einfuhr englischer Waaren hierdurch noch mehr gefördert wird. — Von den desertirten und gefänglich eingebrachten Palatinalhusaren sind laut kriegsrechtlichem, zu Bruck an der Mur erfolgten Spruche 6 der verzüglichsten Rädelsführer erschossen, alle übrigen aber völlig begnadigt und zur Armee nach Italien abgeschickt worden.

Man erfährt aus Essegg vom 20. d. M., daß die k. k. Truppen in Fünfkirchen eingezogen sind. Auch soll der Temeswarer Festungscommandant F.M.L. Rukavina aus der Festung einen Ausfall gemacht und die Insurgententruppen verjagt haben. Reisende aus Neusatz erzählen, daß dort 7 Magyaren hingerichtet worden sind, die aus den Fenstern auf die k. k. Truppen gefeuert haben. Die Insurgenten sollen sich nach Zombor zurückgezogen haben.

Der Herr F.Z.M. und Armeecommandant Baron Haynau hat aus dem Hauptquartier, Preßburg am 23. Juni, folgenden Armeebefehl erlassen:

Soldaten! Unser Feind ist am 20. und 21. d. M. entscheidend geschlagen worden. Die Truppen des Armeereservecorps unter Führung des muthigen und tapfern F.M.L. Wohlgemuth, nebst der Brigade Pott in Verbindung mit der kaiserl. russischen Division, unter den Befehlen des gleich tapfern und kriegserfahrenen G.L. Panjutin haben das über die Waag gedrungene Rebellenheer Görgey's in wilder Flucht wieder zurückgetrieben. Mit freudigem Hochgefühle gebe ich es der gesammten Armee bekannt, daß sich der kühne Muth und die Hingebung unserer Truppen jeder Waffe, die unwiderstehliche Ruhe und Tapferkeit der russischen Bataillone gegenseitig zu überbieten suchten. Hiermit hat an der Waag eine Reihe neuer Siege begonnen, deren letzter alle Stützen niederträchtigen Verrathes in diesem unglücklichen Lande zu Boden geworfen haben wird. Soldaten! Harret muthig aus im wieder begonnenen Kampfe zur Ehre unseres Vaterlandes, zum fortgesetzten Ruhme der Armee Oesterreichs; der Dank Eueres geliebten Kaisers und der Völker, denen Ihr den ersehnten Frieden bringt, wird Euer schönster Lohn sein. (Wien. Z.)

Eben eingehenden Nachrichten aus Verona vom 22. d. zufolge war der Handelsminister v. Bruck von seiner Reise von Turin, allwo er über die letzten Friedensbedingnisse mit Sardinien verhandelt hatte, über Mailand alldort eingetroffen. Schon am 21. waren die aus Venedig in Mestre angekommenen Deputirten Venedigs, die Herren Pasini und Paradopolo, in Verona angekommen, und warteten Herrn v. Bruck ab, um wegen der Uebergabe Venedigs zu unterhandeln. Hr. v. Bruck und Graf Montecuccoli haben dieselben bereits empfangen, und es wird, wie es heißt, in Gemäßheit der Aufforderung des Marschalls Grafen Radetzky zur Unterwerfung Venedigs eine Frist bewilligt werden, während welcher sich die fremden Abenteurer und Chefs entfernen können.

In ganz Italien haben die Pariser Ereignisse wie ein elektrischer Schlag gewirkt. Eine Umänderung der öffentlichen Meinung zu Gunsten Oesterreichs, das stets ehrlich und redlich erklärte, was es wollte, hat in allen Staaten stattgefunden. Das Landvolk war ohnedies überall verführt. (Wien. Z.)

In allen Salons wird die gestern executirte Ausweisung der Fürstin Marzelina Czartoriska, geborne Radziwil, besprochen und allgemein gebilligt. Sie bewohnte im Sommer ein Landhaus in dem nahen Weinhaus. Seit den unglücklichen Barrikadentagen Wiens, wobei sie Gold in vollen Händen auf die Aula schickte, hatte sie die Hauptstadt nicht verlassen, und wenn man einen Feind Oesterreichs suchen wollte, so durfte man nur ihre Salons betreten.

† Berlin, 27. Juni. Das gestern vom Treubund in Tivoli veranstaltete Concert muß, wie man auch sonst darüber denken mag, als eine Monsterdemonstration im Sinne seiner Richtung, d. h. des exclusiven Preußenthums, erachtet werden. Vom frühen Nachmittage an pilgerten ganze Caravanenzüge von Droschken und Fußgängern durch die Friedrichsstraße dem Kreuzberge zu. Ueberall erblickte man nur die preußischen Farben. Die Damen trugen weiße Kleider mit schwarzen Schleifen, die Männer weiße Beinkleider und schwarze Röcke. Die preußische Cocarde fehlte an keinem Hut. Selten mag Tivoli so viel Gäste gesehen haben. Tausende füllten das Etablissement, Hunderte suchten in den benachbarten Gärten Unterkommen und Hunderte mußten umkehren, weil sie auf dem ganzen Kreuzberge nirgends mehr Aufnahme fanden. Man hatte in den Zeitungen bekannt gemacht, daß das Einlaßbillet an der Kasse 10 Sgr. kosten werde. Da an Ort und Stelle aber nur Eintrittsgeld nach Belieben erhoben wurde, so diente dies den Andrang ins Enorme zu erhöhen, und keine Hitze, kein Staub mehr schreckte die Besucher ab. Die Ausschmückung des Gartens war mit ziemlich bedeutenden Kosten, man spricht von 400—500 Rthlr., bewerkstelligt worden. Am Eingange, in den Gängen des Gartens, auf dem Etablissement, überall wehten zahlreiche preußische Fahnen. Mitten im Garten war aus schwarzem und weißem Flor eine große tempelartige Fronisee aufgerichtet. An derselben befanden sich folgende Inschriften. In der Mitte um das eiserne Kreuz das Motto: „Mit Gott, für König und Vaterland;" rechts „Es lebe der Prinz von Preußen, der Sieger von Wagdäusel;" links „Es leben die treuen tapfern Söhne des biederen preußischen Volkes." Dann sah man auf schwarz-weißem Flordrapement im Halbkreise die Büsten des Königs, des hochseligen Königs, des Prinzen von Preußen, Friedrichs des Großen, Gneisenau's, Bülow's v. Dennewitz, Kleist's, Blücher's und Scharnhorst's. Preußische und bunte Fahnen mit den Jahreszahlen 1813, 14 und 15 zierten die Tempelfronte von beiden Seiten. Im Garten amüsirte man sich mit Glückbuden, Bolzenschießen, Aufsprungen und Musik. Letztere wurde von vier im Garten vertheilten Musikchören executirt. Patriotische Compositionen, besonders das Preußenlied, bildeten den Hauptheil der Aufführungen. Letzteres wurde wiederholt gespielt, gesungen und jedesmal mit endlosen donnernden Hurrahs auf das Königshaus, auf Preußen, seine Kriegsheldenꝛc. beschlossen. Den höchsten Gipfel erreichte aber die politische Begeisterung, als gegen Abend ein Feuerwerk abgebrannt wurde und die vorgedachte Tempelhalle in wirklich imponirender Weise im bengalischen Feuer erstrahlte. Alle Musikchöre wurden vereint und unter endlosen Hurrahs abermals das Preußenlied gesungen und gespielt. Den weitaus größten Theil dieses erregten Publikums bildete der niedere Bürgerstand mit Weib und Kind, der Theil der Bevölkerung, der früher bei keiner oppositionellen, bei keiner deutschthümlichen Demonstration fehlte. Außerdem sah man viele Soldaten und einige Offiziere. Obindeß trotz all dieser Begeisterung die Befriedigung eine allgemeine gewesen ist, wollen wir dahin gestellt sein lassen, die Sache hatte für unsern Geschmack zu viel Gemachtes. Sie sollte ein Volksfest darstellen, und sie war eine politische Absichtlichkeit, deren Rückschläge nicht ausbleiben können und werden, wenn die bekannte Berliner Ueberschwänglichkeit auch hier erst zur Besinnung gelangt. Das sollte man bedenken und die Dinge nicht auf die Spitze treiben. Es läßt sich schon jetzt bemessen, daß der Zeitpunkt kommen muß, wo der Treubund der Regierung nicht weniger lästig werden wird, als einst in seinen Folgen der Tugendbund.

Die „Const. Ztg.", die aus amtlichen Quellen schöpft, enthält heute folgenden bemerkenswerthen Artikel: „Als wir die Ankunft des Herrn Ministers v. d. Pfordten mittheilten, zweifelten wir, daß seine Mission hier von einem Erfolge begleitet sein würde; es konnte ein solcher um so weniger vorausgesetzt werden, als es sich um die Abänderung bereits bestehender und von einer Anzahl deutscher Regierungen anerkannter Verträge handelte. Preußn hätte zu Gunsten Bayerns Punkte zugestehen müssen, welche vor Abschluß des Vertrages mit den übrigen Contrahenten bereits besprochen und erledigt waren. Wir waren damals gleichfalls überzeugt, daß Herr v. d. Pfordten in Wien eben so nichts Positives erreicht hat, denn das wiederbesprochene Gegenbündniß zwischen Oesterreich, Bayern, Württemberg und Kurhessen gehört vereint wohl noch in das Reich der frommen Wünsche einer gewissen Partei. Um so mehr sind wir überzeugt, daß die verbündeten Regierungen mit der Beschleunigung des engeren Bündnisses nunmehr rasch vorschreiten werden. — Der „Schlesischen Zeitung" wird von hier geschrieben: Die von uns erwähnte hannoversche Denkschrift setzt die Erweiterung des Bundesstaates, die Modification der österreichischen Verfassung vom 4. März und den unter diesen Bedingungen möglichen Anschluß Deutsch-Oesterreichs voraus. Wir theilen dieses als Ergänzung der von uns zuerst gemachten Angaben mit."

Als Mitglieder des nach der Absicht der drei Königreiche mit dem 1. Juli ins Leben tretenden Bundesschiedsgerichts in Erfurt werden für Preußen der ehemalige Finanzminister Duesberg, der Oberlandesgerichtspräsident Graf Rittberg und der Gen. Justizrath Professor Dirksen genannt. — Die Unterhandlungen über die schleswig-holsteinische Angelegenheit befinden sich in diesem Augenblicke in einem Stillstand, da die Zustimmung der dänischen Regierung zu den Vorschlägen, welche die preußische Regierung gestellt hat, zurückgehalten wird. — Die Octroyirung des Club- und Preßgesetzes kann als nahe bevorstehend bezeichnet werden. Mit denselben werden die Ausnahmezustände in Berlin und an andern Orten aufhören.

Die Broschüre des „norddeutschen Staatsmannes", mit der sich die politische Welt jetzt vielfach beschäftigt und die man irrthümlich Herrn Bunsen zuschreibt, hat Hrn. v. Rochow, einen Schwager des Hrn. v. Radowitz, zum Verfasser. Sie enthält viel Schätzenswerthes und trägt gewiß dazu bei, das Verständniß der schwierigen dänischen Frage zu erleichtern. Ob die Vorschläge, mit denen sie auftritt, diese lösen können, lassen wir dahingestellt sein; viel Heiterkeit hat es erregt, daß die „Deutsche Reform", welche eine dieser Schrift ganz entgegengesetzte Anschauung vertritt, von Leo darüber quillt und ihr eine außerordentliche Bedeutsamkeit beilegt."

Breslau, 25. Juni. Die „Oberschlesische Locomotive" enthält in ihrer jüngsten Nummer eine Erklärung des Hrn. v. Kuchmann, worin er sich dahin ausspricht: „daß er nach dem octroyirten Wahlgesetze vom 30. Mai d. J. weder wählen, noch eine danach auf ihn fallende Wahl zum Abgeordneten annehmen werde."

Stettin, 27. Juni. Dänische Schiffe sind an unserer Küste lange nicht in Sicht gewesen und unsere Swinemünder Flotte hat daher auch keine Gelegenheit, Heldenthaten zur See auszuführen. Die „Amazone" liegt auf der Swinemünder Rhede, ebenso 20 Kanonenboote (bereits armirt); 10 andere werden hier noch armirt und sind in der nächsten Woche wohl fertig. Die „Amazone" liegt im Hof an den Lebbiner Bergen. Zur Befestigung des Swinemünder Hafens sind unweit den Molenwurzeln zwei Küstenbatterien aufgeführt; die Gesammtkosten der Befestigung belaufen sich bis jetzt auf 80,000 Thlr. Zur Auerüstung der Marine sind hier bereits 34 Vierundzwanzigpfünder von Lüttich angekommen, welche auf dem hiesigen Eisenbahnhofe liegen; ebenso 12 Bombenkanonen, welche in der schwedischen Eisengießerei zu Finspäng unter Aufsicht preußischer dort stationirter Artillerieoffiziere gegossen sind.

Tilsit, 19. Juni. Die demokratische Partei hat sich hier bereits entschieden, an den bevorstehenden Wahlen zur zweiten Kammer nur protestirend sich zu betheiligen. Unsere Stadtverordneten faßten gestern in einer öffentlichen Sitzung mit 23 gegen 7 Stimmen den Beschluß: den Magistrat anzuspornen, sich aller Maßregeln zur Ausführung der Wahl nach dem neuesten Wahlgesetze zu enthalten. Wenngleich es nicht zu erwarten steht, daß der Magistrat diesem Antrage, der nach dem Beschlusse der Stadtverordneten der Regierung mitgetheilt werden soll, beipflichten werde, so bleibt der Ausspruch jedenfalls von Einfluß auf die allgemeine Stimme.

Koblenz, 28. Juni. Gestern Abend wurde mehreren hiesigen Festungsartilleriecompagnien, welche in Betreff der Zahl der Mannschaft bereits auf Kriegsfuß stehen, der Befehl ertheilt, am künftigen Montag nach Rastatt zu marschiren. Gleichzeitig wird ein Belagerungstrain von hier dahin abgehen, zu dessen Mobilmachung heute Mittag 50 Zugpferde mit Trainsoldaten aus Westphalen hier eingetroffen sind. Da nun auch die hiesige Pioniercompagnie nach Rastatt beordert ist, so scheint es, daß eine Belagerung dieser Feste bevorsteht. Ueberhaupt dauern die Kriegsrüstungen ununterbrochen fort und die Regimenter ziehen fortwährend ihre Reserven ein. — Nach dreitägiger Dauer ist der diesjährige Wollmarkt heute beendigt. Es waren etwa 1000 Centner angefahren, welche sämmtlich von 8 bis 12 Sgr. das Pfund verkauft worden sind. Der Durchschnittspreis stellte sich auf 9 Sgr. Durch die günstigen Berichte von auswärtigen Märkten hatte man die Forderungen hier anfänglich etwas hoch gestellt. Die Haupteinkäufe wurden für Häuser in Luxemburg und Verviers gemacht.

°⊙° **Mannheim**, 26. Juni. Die Frankfurter Zeitungen vom 21. bis 25. Juni sind uns erst heute zugekommen; wir sind daher auch heute erst im Stande, eine in der Beilage zu No. 148 der „O.P.A.Z." in dem Artikel □° Frankfurt, 23. Juni, enthaltene gehässige Insinuation, als ob die Beschießung von Ludwigshafen nicht aus rein militärischen Rücksichten stattgefunden habe, zurückzuweisen; nicht als ob wir uns bemüßigt fänden, die militärischen Fähigkeiten der damaligen Dirigenten des Geschützes in Schutz zu nehmen, sondern weil in Frankfurt das Gerücht verbreitet war, die Mannheimer Kaufmannschaft habe aus kleinlichem Brodneid diese Beschießung veranlaßt. Ich weiß nicht, ob diejenigen, welche eine solche Nichtswürdigkeit erfunden oder gedankenlos nachgeplaudert haben, sich der ganzen Schwere der darin enthaltenen Anklage und der unglücklichen Folgen, welche dieselbe für die ganze

Preis 10 Pfg. Nr. 1 Jahrgang 1 Erscheint wöchentlich

Der Kleine Bote

Kinderzeitung für Stadt und Land

Redaktion und Verlag: Berlin W 35, Lützowstraße 33

Fernsprecher: Amt Lützow 6666

Postscheckkonto: Berlin 12345

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,20 RM, einschließlich Postgebühr

Inhalt dieser Nummer

Unser Gruß	1
Der Weihnachtsmann kommt	1
Wie Hänschen Schneider Meister wurde	2
Rätsel	3
Wie Peterchen Weihnachten feiert	3
Lustige Ecke	4

Unser Gruß

Liebe Kinder!

Heute ist unsere Zeitung zum ersten Male da. Wir haben sie für euch gemacht, damit ihr Freude daran habt. Wir wollen euch Geschichten erzählen, Rätsel aufgeben und euch zeigen, wie man Spielsachen selber machen kann. Wir wollen euch auch Bilder bringen, damit ihr sehen könnt, wie es in der Welt aussieht.

Wir hoffen, daß euch unsere Zeitung gefällt. Wenn ihr uns schreiben wollt, was ihr gern lesen möchtet, dann tut es nur. Wir werden euch gern helfen.

Eure Redaktion

Der Weihnachtsmann kommt

Es ist Weihnachtsabend. Die Kinder sitzen im Wohnzimmer und warten auf den Weihnachtsmann. Sie haben ihm einen Brief geschrieben und ihre Wünsche aufgeschrieben. Nun sind sie gespannt, ob er alles mitbringt.

Da klingelt es an der Tür. Der Weihnachtsmann ist da! Er hat einen großen Sack auf dem Rücken und eine Rute in der Hand. Er fragt die Kinder, ob sie auch artig gewesen sind. Sie versprechen es ihm.

Dann packt er seinen Sack aus. Er hat für jedes Kind etwas mitgebracht. Die Kinder freuen sich sehr. Sie bedanken sich bei dem Weihnachtsmann und versprechen, auch im nächsten Jahr artig zu sein.

Der Weihnachtsmann geht weiter zu anderen Kindern. Er hat noch viel zu tun heute abend.

Wie Hänschen Schneider Meister wurde

Hänschen Schneider war ein kleiner Junge. Er ging in die Schule und lernte fleißig. Aber am liebsten spielte er. Er spielte mit seinen Freunden auf der Straße und im Garten.

Eines Tages sagte sein Vater zu ihm: „Hänschen, du bist jetzt groß genug. Du mußt auch arbeiten lernen. Ich werde dich in die Lehre geben."

Hänschen war traurig. Er wollte nicht arbeiten. Er wollte spielen. Aber sein Vater sagte: „Du mußt arbeiten lernen, damit du später dein Brot verdienen kannst."

Da ging Hänschen in die Lehre. Er lernte Schlosser. Er mußte früh aufstehen und abends lange arbeiten. Er bekam nicht viel Lohn. Aber er lernte fleißig.

Nach drei Jahren war Hänschen Geselle. Er ging auf Wanderschaft und kam in viele Städte. Er lernte viele Menschen kennen und sah viel von der Welt.

Nach weiteren drei Jahren kam Hänschen nach Hause zurück. Er hatte seine Meisterprüfung gemacht und war nun selbst Meister. Sein Vater freute sich sehr.

Hänschen arbeitete nun in seiner eigenen Werkstatt. Er hatte viel zu tun und verdiente gut. Er heiratete und gründete eine Familie.

Und wenn er nicht gestorben ist, dann lebt er noch heute.

Rätsel

Ich bin eine Zahl. Wenn du mich durch 2 teilst, bekommst du 5. Wer bin ich?

Lösung: 10

Ich habe vier Beine und kann doch nicht gehen. Was bin ich?

Lösung: Ein Tisch

Was ist schwarz und weiß und rot gefleckt?

Lösung: Ein Zebra mit Masern

Wie Peterchen Weihnachten feiert

Peterchen ist ein kleiner Junge. Er geht in die Schule und lernt fleißig. Aber am liebsten spielt er. Er spielt mit seinen Freunden auf der Straße und im Garten.

Eines Tages sagt sein Vater zu ihm: „Peterchen, du bist jetzt groß genug. Du mußt auch arbeiten lernen. Ich werde dich in die Lehre geben."

Peterchen ist traurig. Er will nicht arbeiten. Er will spielen. Aber sein Vater sagt: „Du mußt arbeiten lernen, damit du später dein Brot verdienen kannst."

Da geht Peterchen in die Lehre. Er lernt Schlosser. Er muß früh aufstehen und abends lange arbeiten. Er bekommt nicht viel Lohn. Aber er lernt fleißig.

Nach drei Jahren ist Peterchen Geselle. Er geht auf Wanderschaft und kommt in viele Städte. Er lernt viele Menschen kennen und sieht viel von der Welt.

Nach weiteren drei Jahren kommt Peterchen nach Hause zurück. Er hat seine Meisterprüfung gemacht und ist nun selbst Meister. Sein Vater freut sich sehr.

Peterchen arbeitet nun in seiner eigenen Werkstatt. Er hat viel zu tun und verdient gut. Er heiratet und gründet

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Freitag (Extra-Beilage zu Nro. 153.) 29. Juni 1849.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 27. Juni. In der heutigen Sitzung der verfassunggebenden Versammlung des Freistaats Frankfurt wurde die Berathung des Gesetzentwurfs über das Strafverfahren fortgesetzt. Vierzehnter Abschnitt. Von dem Verfahren gegen Abwesende, Flüchtige und Nichterscheinende (Ungehorsamsverfahren). Erste Abtheilung. Von dem Verfahren, wenn die Anklagekammer die Haft des Angeklagten verfügt hat (Art. 283 bis 299). Zweite Abtheilung. Von dem Verfahren, wenn die Anklagekammer die Haft des Angeklagten nicht verfügt hat (Art. 300 bis 303). Dritte Abtheilung, wenn nach dem Ungehorsamserkenntniß der Angeklagte erscheint oder ergriffen wird. Erste Unterabtheilung. Von dem Falle, wenn eine höhere Strafe als Geldbuße oder Gefängniß erkannt ist (Art. 304—310) Zweite Unterabtheilung. Von dem Falle, wenn nur auf Geldbuße oder Gefängniß erkannt ist (Art. 311—315). Fünfzehnter Abschnitt. Von dem Verfahren vor dem Cassationshofe. Erste Abtheilung. Von dem Verfahren im Allgemeinen (Art. 316—328). Zweite Abtheilung. Von den Nichtigkeitsbeschwerden (Art. 329). Erste Unterabtheilung. Von der Nichtigkeitsbeschwerde gegen Erkenntnisse der Anklagekammer (Art. 330—333). Zweite Unterabtheilung. Von der Nichtigkeitsbeschwerde gegen Erkenntnisse des Assisenhofs (Art. 334—352). Dritte Unterabtheilung. Von der Nichtigkeitsbeschwerde gegen Erkenntnisse des Zuchtpolizeigerichts und des Rügegerichts (Art. 353—358). Dritte Abtheilung. Von dem Verfahren vor dem Cassationshof als Revisionshof (Art. 359—365). Vierte Abtheilung. Von der Wiederaufnahme des Verfahrens (Art. 366—370). Sechzehnter Abschnitt. Von den strafproceßrechtlichen Zwischenhandlungen. Erste Abtheilung. Von der Ablehnung der Gerichtspersonen (Art. 371—378). Zweite Abtheilung. Von der Anerkennung der Identität verurtheilter Personen (Art. 379—381). Dritte Abtheilung. Von der Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung bei dem mündlichen Verfahren. Erste Unterabtheilung. Von der Handhabung der Ordnung in den Gerichtssitzungen (Art. 382—384). Zweite Unterabtheilung. Von dem Verfahren hinsichtlich der die gerichtlichen Verhandlungen störenden oder hindernden Verbrechen (Art. 385—387). Siebenzehnter Abschnitt. Von den Strafproceßkosten (Art. 388 und 389). Schlußbestimmung (Art. 390). Hierauf wurde die aus 11 Artikeln bestehende Einführungsordnung noch berathen und mit der Abänderung in Art. 9, „daß die in diesem Jahre noch zu wählenden Geschwornen auch für das Jahr 1850 im Amte zu bleiben haben," sowie überhaupt das ganze Gesetz mit unwesentlichen Abänderungen angenommen. — Berathung des Gesetzentwurfs über Polizeiübertretungen und Strafen. Erster Abschnitt. Von den Strafen. Hier wird in Artikel 3 das Minimum der Geldstrafe auf 15 Kreuzer herabgesetzt, und in Artikel 4 bestimmt, daß ein Gulden Geldbuße mit zwölf Stunden Gefängnißstrafe abgetragen werde. Die übrigen Artikel 1—7 werden mit einigen Redactionsverbesserungen angenommen. Zweiter Abschnitt. Von den Polizeiübertretungen und deren Strafen. Diese zerfallen in drei Klassen. Die erste Klasse begreift diejenigen Uebertretungen, welche mit einer Geldbuße von 15 Kreuzer bis 3 Gulden belegt werden. Außerdem können einige Fälle neben der Geldstrafe noch mit einer bis auf höchstens drei Tage gehenden Gefängnißstrafe belegt werden, was in Wiederholungsfällen immer zu geschehen hat. In die zweite Klasse fallen die Vergehen, welche eine Geldstrafe von 3 bis 5 Gulden nach sich ziehen. Auch hier kann in einigen Fällen noch außerdem auf Gefängniß bis zu drei Tagen, und im Wiederholungsfalle muß neben der Geldbuße auf Gefängniß bis zu fünf Tagen erkannt werden. In der dritten Klasse stehen die Vergehen, auf welche eine Geldstrafe von 5 bis 10 Gulden gesetzt ist, und wo auch in gewissen Fällen noch nebenbei eine Gefängnißstrafe bis auf 5 Tage eintreten kann, was bei Rückfällen immer geschehen muß. In allen drei Klassen ziehen einzelne Vergehen auch noch Confiscationsstrafen nach sich (Art. 8—23). Dritter Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen (Art. 24—27). Außer einigen Versetzungen von einer Strafklasse in die andere und einigen Redactionsveränderungen wurde der ganze Entwurf mit der Einführungsordnung angenommen. Da der Verfassungsausschuß mit seinen Vorarbeiten bis zum nächsten Freitage nicht fertig wird, so wird die nächste Sitzung angesetzt auf Montag den 2. Juli.

B **Erfurt**, 26. Juni. Heute ereignete es sich wieder, daß die Polizei beim Anhalten des von Leipzig kommenden Zuges die Reisenden um ihre Legitimation befragte. Wer nicht eine solche aufweisen konnte, und das waren namentlich Deputirte von thüringischen Vereinen, welche nach Gotha zu einer Versammlung reisen, wurde festgenommen und nur diejenigen des Abends wieder freigegeben, welche Bekannte in hiesiger Stadt hatten. Die Ursache dieser auffallenden Maßregel soll ein übrigens aller Begründung entbehrendes Gerücht, wornach eine Anzahl Turner und Studenten die Versammlung ehemaliger Parlamentsmitglieder in Gotha hätte sprengen wollen, gewesen sein. Vermuthlich hat die gedachte Gothaer Versammlung, zu welcher Einladungen nach verschiedenen Seiten hin ergangen waren, jenes Gerücht hervorgerufen.

*** **Karlsruhe**, 28. Juni. Nachdem heute früh eine bedeutende Anzahl preußischer Truppen von hier gegen Rastatt abmarschirt war, ist im Laufe des Vormittags eine neue Abtheilung, in der Stärke von ungefähr 7000 Mann, wieder eingerückt. Die Truppen kamen durch das Mühlburger Thor, die lange Straße hinauf bis auf den Schloßplatz, wo der Prinz von Preußen sie die Revue passiren ließ. Beim Vorbeidefiliren brachten die Soldaten dem Prinzen ein begeistertes Hurrah. Im Gefolge Sr. königlichen Hoheit befand sich der bei Waghäusel verwundete Prinz Friedrich Karl, der zwar noch den Arm in der Binde trägt, aber sonst wieder hergestellt ist. Für den Geist, der unter den preußischen Truppen herrscht, ist wohl der Umstand bezeichnend, daß unter den Regimentern wahrhaft rivalisirt wird, ins Feuer zu kommen. Das 30. Infanterieregiment, das bereits nach dem Oberlande abmarschirt war, ist wieder zurückgekehrt, weil sich andere Regimenter beschwerten, daß jenes schon oft im Gefecht war, während sie bisher weniger Gelegenheit hatten, an dem Kampfe Theil zu nehmen. Von Rastatt hört man, daß die Bürger entschlossen sind, die Thore der Stadt zu öffnen, die dort liegenden Soldaten hingegen es hartnäckig vertheidigen wollen. Die Operationen seitens der vereinigten Armeecorps gegen die Festung werden im Laufe der nächsten Tage beginnen. Ob man sich auf eine bloße Cernirung beschränken, oder ob angriffsweise verfahren werden wird, darüber verlautet noch nichts; wahrscheinlich wird man sich mit dem ersteren begnügen. Das Kriegsgericht, welches über die der Meuterei und des Aufruhrs Angeklagten zu erkennen hat, ist constituirt. Die standrechtlichen Urtheile werden in kürzester Frist erfolgen. — Die „Karlsruher Zeitung" erscheint einstweilen unter der Verantwortlichkeit der Buchdruckerei und redigirt von Herrn v. Killinger. In den nächsten Tagen wird Dr. Giehne wieder die Verantwortlichkeit übernehmen und alsdann Dr. Koffka in die Redaction eintreten. So lange der Belagerungszustand andauert, wird im Wesentlichen wohl nicht viel geleistet werden können, nach Aufhebung jener in der Presse exceptionellen Maßregel aber wird es ihre Aufgabe sein, versöhnend, vermittelnd und belehrend nach allen Seiten hin zu wirken. An der Corruption der hiesigen Verhältnisse, die auf so traurige Weise zum Ausbruch kommen mußte, hat der frühere Zunand der badischen Presse seinen geringen Theil der Schuld. Es hat dieses Feld bisher nicht viel mehr als Unkraut hervorgebracht, tüchtig umgeackert, kann es noch der guten Früchte viele tragen.

> **Mainz**, 28. Juni. Heute Abend sind, von Münster und Wesel kommend, abermals zwei Colonnen preußische Munitionswagen, jede von 50 Stück, sechsspännig, nebst je 2 Pferden als Reserve zur Geschützbespannung bestimmt, in den Ortschaften bei unserer Stadt eingetroffen, wo die Mannschaft einquartiert wurde. Dieselben sind nach dem Großherzogthum Baden bestimmt.

Italien.

Einem Mailänder Schreiben vom 21. Juni entnehmen wir Folgendes: ... Daß die Friedensunterhandlungen mit Piemont wieder angeknüpft sind, und daß gegründete Hoffnung vorhanden ist, sie zu einem baldigen erwünschten Ende geführt zu haben, hat seine Richtigkeit, von einem definitiven Abschluß des Friedens ist jedoch hier bis jetzt noch nichts Bestimmtes bekannt. Wie verlautet, wird sich binnen wenigen Tagen das erste Armeecorps von hier nach Vorarlberg in Marsch setzen. (Dir. Z.)

Verona, 22. Juni. In diesem Augenblick wird hier über die Ergebung Venedigs verhandelt, und zwar von kaiserl. Seite durch den Minister v. Bruck, den Grafen Marzani, ehemaligen Delegaten von Venedig, und mehrere kaiserl. Generale, von Seite Venedigs durch die Parlamentäre, Advocat Calucci und den Gelehrten Pasini. (Dir. Pote.)

Nachschrift.

** Aus **Karlsruhe** gehen uns so eben noch Briefe vom Heutigen (28.) zu. Genauere Nachrichten aus dem Oberlande fehlen daselbst; über Rastatt wußte man gar nichts, nur so viel ist gewiß, daß Offenburg vom General Miller genommen und besetzt ist. Das preußische Hauptquartier ist heute früh in Karlsruhe aufgebrochen; der Anmarsch von gegen 10,000 Mann Preußen dauerte nahezu zwei Stunden.

Stuttgart, 28. Juni. Der „Schw. Merk." meldet aus zuverlässiger Quelle, daß das Wahlgesetz die Genehmigung der königl. Staatsregierung erhalten hat. — Gestern Nachmittag rief die schwäbische Legion, welche seither in und bei Pforzheim stand, in das württembergische Murgthal ein. Vom Hauptquartier des Generallieutenants v. Miller, Nagold, ging auf die Nachricht hiervon zur Verstärkung der bereits in der Nähe stehenden württembergischen Truppenabtheilungen alsbald eine Batterie ab.

Kassel, 28. Juni. Se. königl. Hoheit der Kurfürst ist gestern Abend mit Gefolge nach Hannover abgereist.

Ueber das Vorrücken der Reichstruppen in **Jütland** haben wir heute nähere Berichte. Am 20. verließ die preußische Division die Cantonnirungen, welche sie seit drei Wochen inne gehabt hatte, am 21. rückten zwei Bataillone als Vorhut in Aarhuus ein. Die dänischen Kanonenböte feuerten etwa zwölf Schüsse auf die Colonne, entfernten sich aber, als die Preußen ihre Raketenbatterie auffuhren. Das dänische Ministerium sagt in seinem Berichte, der Feind habe durch einen Parlamentär gedroht, die Stadt in Brand zu schießen, wenn man nicht aufhöre, von seewärts zu feuern. Bis auf Weiteres und so lange der Feind nicht nördlich vordringe, habe man daher die Einstellung des Feuers bewilligt. Das preußische Hauptquartier blieb in Aarhuus; ein Theil der Truppen aber zog am 22. weiter nordwärts nach Syörring, welches auf beiden Wege zwischen Aarhuus und Randers liegt. Die äußersten Vorposten wurden bis auf 2½ Meilen von Randers vorgeschoben. Wie es heißt, sind zwei dänische Bataillone in einem Gehölze hinter Aarhuus auf ihrem Marsche nach Randers von den Bayern abgeschnitten und in ihnen durch die Besetzung von Aarhuus die Flucht auf die Schiffe benommen.

Nach „Randers Avis" hat General Prittwitz am 20. d. sein Hauptquartier von Horsens nach Skanderborg verlegt.

In Wiesbaden ist folgender amtlicher Bericht eingelaufen: In der Nacht vom 23. auf den 24. d. M. hat an den Düppeler Schanzen ein Vorpostengefecht stattgefunden, in welchem die Dänen zurückgedrängt wurden. Wir bedauern den Verlust des Sergeanten Weingärtner von der 5. Compagnie, welcher geblieben ist, sowie zwei Soldaten des Anhalt-Köthenschen Bataillons; verwundet wurde nur ein Mann vom Bataillon Waldeck, von den andern Niemand. Alefeld.

** **Paris**, 27. Juni. Lord Normanby und der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, v. Tocqueville, hatten heute eine Conferenz über die dänischen und römischen Angelegenheiten. Im Elysee war Ministersitzung.

In der heutigen Sitzung der gesetzgebenden Versammlung wurde die Frage über die Fortdauer des Paris betreffenden Belagerungszustandes mit großer Lebhaftigkeit behandelt. Es wurde in Betreff der beantragten Aufhebung des Belagerungszustandes der Hauptstadt eine motivirte Tagesordnung folgenden Inhalts aufgestellt: „Die gesetzgebende Versammlung fordert die Regierung auf, sich von heute an den Vorschriften des Gesetzes über den Belagerungszustand gemäß zu verhalten und geht zur Tagesordnung über." Viele Mitglieder verlangten jedoch den Uebergang zur einfachen Tagesordnung, der auch schließlich durch 353 gegen 162 Stimmen angenommen wurde.

Ein amerikanisches Journal „Neuyork Tribune" vom 13. Juni meldet, daß die Cholera sich immer mehr ausbreite. In Neuyork fanden in letzter Woche 251 Erkrankungen statt, 122 starben. Der Expräsident Polk soll in der Nähe von Nashville an der Cholera tödtlich erkrankt sein. Die Indianer machen noch immer Einfälle in das südliche Texas. Man ist der Ueberschwemmung in Neuorleans noch nicht Herr geworden.

Canada breitet sich zu einem Anschluß an die Vereinigten Staaten vor.

Die Cholera ist fortwährend sowohl in den Spitälern, als in den Privatwohnungen bedeutend im Abnehmen. Hr. Dupin, Präsident der Nationalversammlung, hat 1000 Fr. zur Unterstützung armer Familien hergegeben, die an der Cholera leiden. Die „Presse" berechnet, daß die 1,200,000 Fr., welche die Nationalversammlung am 16. April für die italienische Expedition bewilligte, bis Ende Juni bloß für die zur Heizung der immerwährend hin- und herfahrenden Dampfschiffe verausgabt sein werden.

* **Turin**, 23. Juni. Eine Depesche aus Oporto vom 7. meldet eine Besserung des Gesundheitszustandes Karl Alberts.

* **London**, 26. Juni. Religiöse Unruhen sind auf den jonischen Inseln ausgebrochen. Marquis von Lansdowne erwiderte im Oberhause auf die Interpellation des Grafen Aberdeen, daß Spanien ungeachtet der Bemühungen des Königs der Belgier sein Unrecht oder vielmehr nur seinen Irrthum in Bezug auf den englischen Gesandten, Bulwer, nicht anerkennen wolle. — Ein Journal läßt Ledru-Rollin im Hotel Sablonniere auf Leicester Square zu London ankommen.

Börsenberichte.

Amsterdam, 27. Juni. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 50⅞. — 3pCt. Schuld 58⅝. ⅜. — 4½pCt. do. 77⅛. ⅛. — 3½pCt. do. —. — 5pCt. Anl. 11⅞. — do. à 540 Pf. St. 11¹⁵/₁₆. — 3pCt. inl. à 6000 fl. 24¹⅝. — 5pCt. Port. 27¼. — 4pCt. Por. 28⅜. — Russ. 4pCt. bei Hope 83½. ⅜. — do. bei Stieglitz 82½. ⅛. — 5pCt. Metall. 70½. 71. — 2½pCt. do. 31⅞. 38.

Bei geringem Geschäft waren heute unsere int. Fonds gut preishaltend. Span. und Franz. unverändert. Russ. ein wenig angenehmer. Nach Oesterr. war bei animirtem Umsatz sehr lebendige Nachfrage.

Paris, 27. Juni. Stand der Rente: 5pCt. 86. 80. — 3pCt. 53. 50. — Neue 3pCt. Span. 34½. — Innere Schuld 25⅞. — Bankactien 2285. — St. Germain-Eisenbahn 370. — Paris-Orleans 798. 75. — Paris-Rouen 550. — Orleans-Bordeaux 400. — Orl. ans-Vierzon 317. 50. — Rouen-Havre 255. — Marseille-Avignon 190. — Straßburg-Basel 100. — Rhodan 431. 25. — Paris-Straßburg 363. 75. — Röm. Anleihen 75. 74⅞.

Die Börse war heute fester als gestern, ob zwar im Allgemeinen die Geschäfte noch von keinem Belang waren.

London, 26. Juni. 3pCt. Stocks 91⅞. 92. — 5pCt. Span. 17⅞. 17⅝. — Neue 3pCt. 31¼. — 4pCt. Port. 25. — 2½pCt. Holländ. 51⅞.

Madrid, 24. Juni. 3pCt. 23⅝. G., u. d. B. 23½. G. — 5pCt. 10⅛. P.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Maller.

[illegible] Gemeinde Hochheim, Kreis Worms, [illegible] Gemeinde Hochheim, Kreis Worms, [illegible] Gemeinde Hochheim, Kreis Worms, [

№ 154. — Samstag — den 30. Juni — 1849.

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 kr. — 2) in dem Königreich Würtemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 kr. — 3) in Bayern fl. 2. 38 kr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsgebiets fl. 2. 30 kr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, Spanien, Portugal und überseeische Länder: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33. — Für England und überseeische Länder: Lovell u. Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, London. Die Insertionsgebühren betragen für die Zeile (1/4 Bogen) mit Überschrift oder deren Raum 8 kr.

Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaction dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich und überseeische Länder nimmt Inserate an: C. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 33.; für England und überseeische Länder Lovell & Comp., Nr. 34. Essex Street, Strand, in London; in Deutschland: 1) Dr. Hammerschlag in Wien, Landstraße Nr. 356; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, unter Friedrichsstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär C. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär De Noy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Amtlicher Theil.

Frankfurt, 30. Juni.

Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser hat beschlossen, zur Herstellung seiner Gesundheit sich auf einige Wochen nach Bad Gastein, im Salzburgischen, zu begeben, und hat die Reise dorthin heute angetreten. Während der Abwesenheit des Reichsverwesers vom Sitze der Centralgewalt wird der Reichsminister Generallieutenant Jochmus bei der Person Sr. kaiserl. Hoheit verweilen, um die Verbindung mit dem Ministerium zu unterhalten und die Verfügungen des Reichsverwesers mit der erforderlichen Gegenzeichnung zu versehen.

Nichtamtlicher Theil.

Deutschland.

⊙ **Frankfurt**, 29. Juni. Gestern Abend versammelte sich der Ausschuß des hiesigen Gewerbevereins, um neben andern Gegenständen sich hauptsächlich über eine nochmalige Petition an die constituirende Versammlung in Betreff des Verfassungswerks zu berathen. Diese Petition wurde nach längerer Besprechung angenommen. Sie betrifft folgende Punkte: 1) die Aufnahme der deutschen Grundrechte in die Verfassung, wodurch jene Gefahr laufen, verworfen zu werden, wenn dies das Schicksal der Verfassung bei der Abstimmung sei; oder es könne die letztere zusammenfallen, wenn die deutschen Staaten die Grundrechte nicht als allgemeines Reichsgesetz anerkennen; 2) die Bestimmungen über die Verwaltung des Gemeindevermögens und die Erwerbung des Gemeindebürgerrechts; 3) die Wahlarten für die obersten Landesbehörden und die Vertretung des Gewerbestandes in denselben, und 4) den Schlußartikel der Verfassung, der wegen seiner zu allgemeinen Fassung leicht zu verschiedenen Auslegungen Anlaß geben könne. Am Schlusse der Verhandlung wird, in Beziehung auf die in öffentlichen Blättern erschienene Erklärung „des Montagsklänchens" und des „demokratischen Vereins" eine Gegenerklärung vorgelegt, worin man sich gegen die Anmaßung, als seien diese Vereine der Ausdruck des Willens der Majorität der Frankfurter Bürgerschaft, offen verwahrt. Dieser Antrag wurde zwar mit allgemeinem Beifall aufgenommen, jedoch in Rücksicht der Stellung des Ausschusses beschlossen, den Gegenstand als Privatsache zu behandeln und die Gegenerklärung unter dieser Form zur Oeffentlichkeit zu bringen.

Der „Oesterreichische Correspondent" berichtet aus **Wien** vom 22. Juni: „Seit einiger Zeit verbreiten preußische Blätter das Gerücht, daß Oesterreich, in einer geheimen Verbindung mit der preußischen und Berliner Demokratie, einen Gegenschlag gegen die preußisch-deutschen Einheitsoperationen zu führen beabsichtige, und es damit auf einen Umsturz des preußischen Staats selbst abgezielt habe. Sie fügen hinzu, daß der thätige Vermittler dieser großartigen Intrigue der kaiserliche Gesandte Freiherr v. Prokesch sei, und derselbe in Folge dessen auch bereits in einen unangenehmen Conflict mit der Berliner Polizei verwickelt worden, weil diese geheime preußenfeindliche Verbindungen entdeckt habe, in welche sich Freiherr v. Prokesch eingelassen haben soll. Da diese böswilligen Angaben immer mehr durch die Tagespresse zur Verbreitung gelangen, und die Erfahrung leider schon zu oft gezeigt hat, wie selbst das Absurde und Unglaubliche doch bei Manchen Eingang findet, so sehen wir uns zu einem Worte der Erwiderung veranlaßt. Wie man auch immer inner- oder außerhalb Preußens die Politik der österreichischen Regierung beurtheilen möge, wird man ihr doch die Gerechtigkeit widerfahren lassen müssen, daß sie nie zu Mitteln wie jene, deren sie beschuldigt wird, ihre Zuflucht genommen hat. Sie würde es verschmähen, sich derselben gegen ihre Feinde zu bedienen, da sie die Grundsätze der Ehre und des Rechts selbst gegen diese nie verleugnen wird, und überdies zu besonnen ist, um zu verkennen, daß solche Mittel diejenigen, welche sich ihrer bedienen, unfehlbar in das Verderben ziehen. Wie könnte demnach Oesterreich sich zu derlei Mitteln herabwürdigen und die ihm zur Last gelegten Absichten hegen, einem alten und treuen Bundesgenossen gegenüber, welchen zu erhalten und redlich zu unterstützen ihm im Gegentheil die Klugheit eben so sehr als die Pflicht gebietet? Wir haben schon Bündnisse erlebt, die nicht zu erwarten und daher auch nicht vorherzusehen waren; aber Oesterreich im Bunde mit der Revolution würde wahrlich zu den Zeichen gehören, die den Untergang der Welt verkündigen. Eine eben so schändliche Verleumdung muß es genannt werden, wenn man sich erlaubt, die Ehrenhaftigkeit des kaiserl. Gesandten Freiherrn v. Prokesch anzugreifen und ihn als den Vermittler solcher Pläne zu bezeichnen. Gleich unbescholten und achtungswerth in seiner öffentlichen Stellung wie in seinem Privatleben, ist es mehr als unwürdig, einen Mann wie ihn in solcher Weise zu beschuldigen. Wir hoffen, daß die preußische Regierung Alles aufbieten werde, dem schwer Verletzten die gebührende Genugthuung zu verschaffen. Bei der Stellung, die Preußen nach seiner Ueberzeugung in Deutschland gebührt, muß es den übrigen Staaten vor Allem durch Handhabung der Gesetze im eignen Lande Achtung einflößen, und sollten diese für den gegebenen Fall nicht ausreichen, so müßten wir sie als höchst mangelhaft bezeichnen. Tageblätter, welche, gegen jene Verleumdungen entrüstet, ihre Stimme erheben haben, schreiben diese den Intriguen einer jetzt mächtigen und in Preußens Hauptstadt den Ton angebenden Hofpartei zu. Wir kennen aber keine zu Berlin den Ton angebende Hofpartei, und sollte eine solche auch gegen unsere Ueberzeugung bestehen, so wäre es uns unmöglich, sie irgend einer Betheiligung an den eben besprochenen Angriffen gegen Oesterreich und dessen Gesandten fähig zu halten, da dieselbe doch gewiß nicht daran glauben könnte, daß diese Angriffe irgendwie gerechtfertigt seien, und daher nur wissentlich eine offenbare Verleumdung zu veranlassen, oder zu begünstigen vermocht hätte, dessen wir sie durchaus unfähig halten müßten."

† **Wien**, 26. Juni. Feldzeugmeister Haynau hatte eine Proclamation an die Truppen erlassen, aus welcher klarer als aus den bisher kundgegebenen Nachrichten der vollständige, am 20. und 21. von den vereinigten russischen und österreichischen Truppen über Görgey erfochtene Sieg ersichtlich wird. Oesterreichischerseits kam hierbei das Armeereservecorps des F.M.L. Wohlgemuth, russischerseits die Division Paninin ins Gefecht. Ein neuester amtlicher Bericht stellt die Verwendung der beiden genannten Befehlshaber in ein glänzendes Licht. Aus demselben geht weiterhin hervor, daß sich zwischen der Waag und dem Donauarm kein Feind mehr befindet, die Insurgenten Gutta verlassen, sich mehr gegen die Waag gezogen und die unterhalb der Einmündung der Waag in die Donau bestandene Brücke abgebrochen haben. — Der ungarische General Aulich soll sich nach Weßprim gewendet haben und dort starke Massen um sich sammeln. — Ofsova wird jetzt, wo die russischen Truppen sich ihm immer mehr nähern, von den Ungarn stark befestigt werden. Diese Stadt in ihnen auch der Hauptstapelplatz für den Verkehr mit englischen Waaren. Am 6. sollen nicht weniger als drei englische Dampfer mit Waaren beladen dort angekommen sein.

Dem Banus wurde eine mit 200 Unterschriften bedeckte Adresse im Namen der serbischen Nation überreicht, worin auf Einsetzung einer volksthümlichen Regierung in Kraft der kaiserlichen Verheißungen gedrungen wird, ferner auf Feststellung der Beziehungen des Militärcommandos zur Regierung, und endlich auf Einberufung einer Nationalversammlung unter dem Schutze des Banus, um die Wahl des Wojwoden zu führen. Ein großer Theil der Unterfertigten gehört zu den ausgezeichnetsten Notabilitäten Serbiens.

In Betreff der Convention über die Verpflegung der russischen Armee erfährt man, daß von russischer Seite die Besoldung, von österreichischer die Verpflegung übernommen werden soll.

In Croatien herrscht die Cholera. In Agram soll sie durch einen Transport Verwundeter aus Essegg eingeschmuggelt worden sein. — In Semlin ist die „Belgrader Zeitung" verboten worden. Die verhafteten Redacteure des „Bjesmil" und „Napredak" sind gegen Bürgschaft auf freien Fuß gesetzt, die Blätter selbst sind aber noch nicht wieder erschienen.

Heute sind neuerdings äußerst günstige Nachrichten über das siegreiche Vorrücken der k. k. und russischen Truppen im Umlauf und man erwartet hierüber eine öffentliche Bekanntmachung.

Der Kriegsminister Graf Ginlay hat sich auf den Kriegsschauplatz nach Ungarn begeben. — Von den hier in Haft befindlichen, bei der ungarischen Insurrection compromittirten ehemaligen österreichischen Generalen, ist die gegen den General Moga eingeleitete Untersuchung zu Ende geführt, und wird dessen Verurtheilung nächstens publicirt werden.

Aus dem Entwurf des Ministers Bach über die herzustellenden elektromagnetischen Verbindungslinien geht hervor, daß hierbei beabsichtigt wird 1) Wien als Sitz der Centralgewalt mit den vorzüglichsten Städten der Kronländer in Verbindung zu setzen, 2) eine gleiche Verbindung der gedachten Städte unter sich und den Grenzlinien herzustellen, 3) Secundärlinien zu errichten. Der Gesammtaufwand wird auf circa 1,800,000 fl. veranschlagt. Durch Doppeldrahtleitung soll der Telegraph auch dem Publikum zur Benutzung zugänglich gemacht werden.

Der österreichische Gesandte in Stuttgart hat den daselbst weilenden deutschen Parlamentsmitgliedern aus Oesterreich, Borzek, Hartmann, Hebrich, Kudlich, Pattay, Franz, Raus, Schneider, Stark, Wiesner und Zimmer die Mittheilung gemacht, daß sie binnen 14 Tagen nach Oesterreich zurückzukehren hätten, widrigenfalls ihnen das österreichische Staatsbürgerrecht genommen und die spätere Rückkehr verwehrt werden müßte. Die genannten Deputirten protestirn aber entschieden gegen die Maßregel und verwahren sich gegen die Folgen ihres Verhaltens.

Prag, 25. Juni. Eine Anzahl von Patrioten beabsichtigt Sr. Majestät ein böhmisches Freicorps, aus 3 vollständig equipirten und armirten Infanteriebataillons, dann einem Scharfschützenbataillon bestehend, für die gegenwärtige Kriegsdauer zur Verfügung zu stellen. Zum Inhaber der Infanteriebataillone soll F.M. Graf Radetzky, zum Inhaber des Scharfschützenbataillons F.M.L. Graf Schlick ernannt, und erwirkt werden, daß die anzuwerbenden Freiwilligen bei einer im Laufe der gegenwärtigen Kriegsdauer etwa eintretenden neuen Rekrutirung dem Lande auf dessen Contingent gut gerechnet werden. Die Deputation, welche die Bitte um die allerhöchste Bewilligung zur Errichtung dieses Freicorps Seiner Majestät überreichen, und aus den Herren Albert Graf Nostiz, Ritter von Bohusch Bürgermeister Dr. Wanka, dem Nationalgardeobersten Andreas Haase und J. U. D. Fischer bestehet, geht morgen Abend ab. Das betreffende Majestätsgesuch wird morgen den Tag über aufliegen, wo es Alle diejenigen, welche demselben beitreten wollen, einsehen und mitfertigen können.

§ **Berlin**, 26. Juni. Von dem Staatsministerium wird gegenwärtig ein wichtiges Gesetz zur Vorlage bei den später zusammentretenden Kammern vorbereitet. Es betrifft dieses Gesetz das Disciplinarverfahren gegen pflichtvergessene Beamte. Wie wir hören, soll nach diesem Gesetz ein unabhängiges, eigenes Disciplinargericht für die Beamten niedergesetzt werden. Die beschuldigten Beamten haben vor diesem Gericht zu erscheinen, um sich gegen die erhobene Anklage zu vertheidigen. Das Verfahren bei diesem Gericht soll der freien Zeitrichtung durchaus entsprechend sein, dagegen aber auch die Strafbestimmungen für die als schuldig Befundenen scharf sein. Nach diesem Gesetz sollen auch die höchsten Staatsbeamten zu jeder Zeit bei vorliegendem wichtigen Grunde zur Disposition gestellt werden können, ein Beweis, daß bei Ausarbeitung dieses Gesetzes völlige Unparteilichkeit vorgewaltet und nur die Wohlfahrt und Erhaltung des Staates als einzige Richtschnur gedient hat. Namentlich wird auf den Lehrerstand bei der Wichtigkeit desselben für das Staatsleben ein besonderes Augenmerk gerichtet werden, um Erscheinungen vorzubeugen, wie die Gegenwart sie in beunruhigender Weise aufgewiesen hat. — Der von der demokratischen Partei gefaßte Beschluß, bei den bevorstehenden Wahlen sich nicht zu betheiligen, wird von dem Staatsministerium wie von der conservativen Partei vollständig unberücksichtigt bleiben und alle gegen die Giltigkeit der Wahlen später etwa erhobenen Einsprüche werden von vorneherein als nicht vorhanden betrachtet werden. Uebrigens ist der besagte Entschluß der demokratischen Partei nur die offene Kundgebung ihrer selbstgefühlten Schwäche. Hätte diese Partei Aussicht auf Erfolg, so würde sie nicht zu dem abgenutzten Mittel des passiven Widerstandes schreiten.

Temme wurde bei seiner Anwesenheit vor den Untersuchungsrichter geladen, um dem Vernehmen nach in dem Proceß gegen Waldeck vernommen zu werden. Er ist übrigens bereits nach Münster abgereist, wo er sich mit literarischen Arbeiten beschäftigen wird. Er hatte gewünscht, seinen Aufenthalt in Berlin nehmen zu können, wo er sich mit der Vorbereitung angehender Justizbeamten zu beschäftigen gedachte.

Magdeburg, 26. Juni. Von den 275 Wahlmännern, welche am 23. Jan. d. J. die Abgeordneten zu der im April aufgelösten zweiten Kammer wählten, erklären 192, daß sie an der nach der Wahlverordnung vom 30. Mai bevorstehenden Wahl weder Antheil nehmen, noch eine etwa auf sie fallende Wahl annehmen werden. 22 Wahlmänner theilten diese Ueberzeugung, und 7 sind seit dem Januar gestorben oder weggezogen. Von den 275 Wahlmännern werden also nur 54 an der Wahl sich betheiligen.

München, 27. Juni. Kraft eines diese Nacht eingetroffenen Befehls sind diesen Morgen von hier auf der Eisenbahn die nöthigen Wagen abgegangen für den heute zu bewerkstelligenden Transport einer Truppencolonne von 3 Bataillonen Infanterie zu je 1000 Mann, 2 Schwadronen Chevauxlegers zu je 130 Pferden und 4 Geschützen zu 11 Fahrzeugen und 70 Pferden, aus dem Lager von Donauwörth nach Rastbruern. Auf gleiche Weise wird eine Colonne von 2 Bataillonen, 1 Schwadron Chevauxlegers und 2 Geschützen, von je gleicher Stärke wie die vorigen, von Donauwörth nach Nördlingen ebenfalls heute abgehen. Der Zweck dieser Dislocirung der Truppen ist zwar nicht bestimmt bekannt, doch dürfte derselbe nach den von allen Seiten eintreffenden Nachrichten von einem wahrscheinlichen

Versuche der aus Baden versprengten Freischärlerhorden, in Württemberg einzufallen und sogar einen Handstreich auf Stuttgart zu machen, kaum einer nähern Andeutung bedürfen. (R. M. Z.)

Die „Neue Münchener“ und die „Augsburger Postzeitung“ enthalten eine Denkschrift, dem Kaiser von Rußland übergeben nach der Februarrevolution von einem höheren Beamten im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Diese Denkschrift ist wie natürlich in echt russischem Styl abgefaßt, und „auch die „Neue Münchener Zeitung“ setzte hie und da einige bescheidene Fragezeichen den Behauptungen derselben entgegen. Die deutsche Einheit wird darin folgendermaßen titulirt: „Der lächerliche Bund der künftigen germanischen Einheit, die doch am Ende nie etwas Anderes sein wird, als die Einheit des Chaos.“ Nach dieser Denkschrift hat Rußland, „das Land des Glaubens“, die Mission, die bürgerliche Ordnung zu retten. „Rußland schickt nicht zurück vor der Hoheit seiner Bestimmungen, wird nicht zurückbeben vor der Erfüllung seiner Mission. Gott hat sie mit feurigen Buchstaben an den gewitterschwülen Himmel geschrieben.“ An einer andern Stelle heißt es: „Man kann voraussehen, daß die Propaganden, welche den Osten bearbeitet haben, die katholische Propaganda, die revolutionäre Propaganda, so schroff sie sich auch dem Wesen nach gegenüber stehen, aber innig verbunden von dem gemeinschaftlichen Haß gegen das orthodoxe Rußland, sich alle jetzt mit verdoppeltem Eifer an ihr Werk begeben werden.“ Bei der Besprechung von Böhmen werden die Worte Hanka's von 1841 citirt: „Böhmen wird nicht eher im Besitz seiner selbst sein, bis Rußland in den Besitz Galiziens getreten ist.“ Eine Parallele wird gezogen zwischen Böhmen und Polen. Böhmen, heißt es in derselben, trägt das Joch der abendländischen Kirche nur gezwungen, während das abtrünnige katholische Polen, eine fanatische Schlitin des Occidents, immer bereit war, ihre eigenen Kinder zu verrathen. (Bayer. Bl.)

Nürnberg, 27. Juni. In der verflossenen Nacht um 1 Uhr sind in einem hiesigen Wirthschaftslocale von einem zu diesem Zwecke abgesandten starken Militärpikel eine Anzahl dort aufbewahrter Sensen in Beschlag genommen worden. Auch hören wir von einigen Verhaftungen (man spricht von fünf), die früh Morgens hier und in der Vorstadt Wöhrd stattgefunden. Einer Angabe zufolge sollen die drei Vorstände des hiesigen Arbeitervereins unter den Verhafteten sein. (N. C.)

Nürnberg, 28. Juni. Heute Morgen ist abermals eine mobile Colonne, bestehend aus 1 Bataillon Infanterie, 1 Escadron Chevauxlegers und 1 Zug reitender Artillerie, nach Unterfranken abgegangen.

Die Zahl der gestern Morgen verhafteten Mitglieder des Arbeitervereins wird auf 6 angegeben. Außerdem aber wurden im Laufe des Tags diejenigen Mitglieder des hiesigen Volksversammlungscomite's, welche den bekannten Aufruf an das württembergische Volk „im Namen der drei demokratischen Franken“ unterzeichnet haben, darunter auch der Vorstand dieses Comite's, Herr Dr. Schwarz, auf gerichtlichen Befehl verhaftet. Sieben der Mitglieder sind in Haft; drei wurden nicht zu Hause getroffen. In der Stadt erregten diese Vorfälle natürlich große Sensation, und den ganzen Nachmittag bis Abends waren lebhafte Gruppen in der Nähe des Rathhauses, wo die Verhafteten einstweilen untergebracht waren, versammelt. Doch wurde die Ruhe von dieser Seite nicht gestört. Dagegen fielen Abends wieder Soldatenexcesse vor.

Die verhafteteten Mitglieder des hiesigen Volksversammlungscomite sind: praktischer Arzt Dr. Schwarz, Kaufmann Bauer, Bruttermeister Streng, Porzellanhändler Wiesel, Goldarbeiter Zwanziger, Mechaniker Stich, Kunstgärtner Dentler, Kaufmann G. Meyer. Auf Reisen befanden sich Buchdruckereibesitzer Tümmel und Bierbrauereibesitzer G. Vederer.

Hannover, 21. Juni. Nachstehende Erklärung über den mehrfach berichteten Anschluß Hannovers an den preußischen Zollverein hat der Handelsvorstand in Hannover den Handelsvereinen des Landes zugehen lassen:

„Obschon dem Handelsvorstande in Hannover auf seine Anfrage wegen des befürchteten Anschlusses von den betreffenden Ministerialvorständen jeder die beruhigendsten Versicherungen ertheilt waren, so fand sich derselbe doch neuerdings sowohl durch das darüber in der preußischen „Staatszeitung“, so wie auch in der preuß. Denkschrift Geschehene zu ähnlichen Besorgnissen veranlaßt, wie sie die Erklärung des Vorstandes des Vereins für Handelsfreiheit in Hamburg vom 18. Juni ausspricht. Der unterzeichnete Vorstand hat daher auch seinen Anstand genommen, die dadurch erweckten Befürchtungen dem betreffenden Ministerialvorstande offen vorzulegen, worauf ihm jedoch von demselben die beruhigende Erklärung geworden ist: „daß unter allen Umständen von einem Anschlusse Hannovers an den jetzigen preußischen Zollverband durchaus keine Rede sein könne, indem zwar in dem mit der preußischen Regierung vereinbarten Entwurf zu einer deutschen Reichsverfassung, ein einziges Zoll- und Handelsgebiet mit dem § 33 angenommen sei, man sich jedoch über das dabei zu Grunde zu legende Zollsystem erst zu vereinbaren habe, und überhaupt die dießeitige Regierung bei der getroffenen Vereinbarung durchaus nicht gebunden sei.“ Wir hoffen hiermit der darüber herrschenden Aufregung und den eingegangenen desfallsigen Anfragen zu begegnen. Hannover, den 19. Juni 1849. Der Vorstand des Handelsvereins.“

Hannover, 27. Juni. Am verigen Donnerstag war eine Deputation des Bremer Senats hier, wie wir hören, um mit der hiesigen Regierung sich über die deutsche Verfassungsfrage zu bereden. Die Erklärung der Bremer Herren soll ausweichend gelautet haben, etwa dahin, daß Bremen die Entwickelung der Dinge abwarten werde, bevor es sich entscheide. (Mzztg.)

Rippoldsau, 27. Juni. Heute gingen mehrere Trupp Freischaaren hier durch; die Leute sehen alle matt und traurig aus; sie ließen sich hier im Bade etwas zu essen geben und bezahlten ihre Zeche richtig. Alle klagen über Täuschung und Verrath und scheinen diese Zustände sehr zu bedauern. Die Meisten gingen gezwungen mit und suchen nun ihre Heimat so schnell als möglich zu erreichen. Sie ließen sich den Weg, den sie zu nehmen hatten, auf der Karte zeigen und waren sehr erfreut, als sie hörten, daß sie bis Wolfach eben fort gehen könnten; sie wären, sagten sie, sehr müde und seien an fast senkrechten Bergabhängen hinaufgeklettert, um übers Gebirg zu kommen. (S. M.)

*** **Karlsruhe**, 29. Juni. Heute früh ist das Gros des ersten preußischen Armeecorps (Generallieutenant v. Hirschfeld), ungefähr 15,000 Mann stark, unter Führung des Prinzen von Preußen, der, von einem glänzenden Generalstabe umgeben, an der Spitze der Colonne ritt, auf der Straße nach Rastatt hier abgezogen. Von 6—9 Uhr dauerte der Ausmarsch der Truppen, deren buntgemischter Train und Nachtrab in Sonderheit einen interessanten Anblick gewährte. Einem der Infanterieregimenter folgte eine junge Marketenderin in Uniform, wie ihre mecklenburgische Kriegsgefährtin ein schmuckes Exemplar einer Regimentstochter. Die Dragonerin werden wir wohl auch bald zu sehen bekommen, ihre Landsleute, Garde, Infanterie und Jäger, sind bereits gestern hier eingerückt. Die preußischen Truppen, welche heute weiter zogen, sind des Eifers voll, aber auch der Erbitterung gegen die Freischaaren, nicht minder gegen die badischen Soldaten, gegen diese wegen ihrer Eidvergessenheit. „Ach was,“ entgegnete mir gestern ein preußischer Husar, der zuletzt in Trier in Garnison gelegen hatte, auf meine Bemerkung, daß die badischen Soldaten doch nur als Verführte zu betrachten und als solche weniger schuldig seien, „ach was, man hat auch gegen uns alle möglichen Mittel angewandt, uns zum Treubruch zu bringen, und wir sind doch standhaft geblieben. Ein braver Soldat läßt seinen Kopf, aber er bricht seinen Eid nicht.“ Und ein preußischer Landwehrmann vom zweiten Gardelandwehrbataillon folgte mir heute vor dem Abmarsch: „Sehen Sie, ich bin aus Halle. Einer meiner Kameraden hat erst vor einigen Tagen einen Brief aus der Heimat erhalten, worin ihm geschrieben wird, daß sein Vater, seine Mutter, seine Frau und seine zwei Kinder an der Cholera gestorben sind. Ich selbst habe ein Weib und drei Kinder zu Hause. Mein Weib schreibt mir, daß ich staunen werde, wenn ich nach Hause kommen und so viele meiner Verwandten im Grabe finden werde. Wenn ich nun aber nicht nach Hause komme, wenn ich im Gefechte bliebe und wenn mein Weib auch stirbt, dann sind meine Kinder Waisen. Und wer hat daran Schuld als die Revolutionenmacher?“ Es lag eine erschütternde Tragik in diesen wenigen schlichten Worten; sie waren die Charakteristik dieses traurigen Krieges. Ich drückte dem Mann erschüttert die Hand und sah ihm mit trübem Blick nach, als er abzog.

✕ **Karlsruhe**, 29. Juni. Nachmittags 1½ Uhr. Seit 11½ Uhr hört man in der Gegend von Rastatt heftig kanoniren. — Soeben erfährt man, daß gestern Abend 2½ Stunden von hier, bei Volkersbach ein kleines Gefecht zwischen der Revolutionsarmee und den preußischen Truppen stattgehabt hat. Der Stadtcommandant unter der provisorischen Regierung, Rominger, ist nun ebenfalls verhaftet worden.

Abends halb 6 Uhr. Bei Abgang der Post dauert die Kanonade fort, ohne daß man etwas Bestimmtes vom Kriegsschauplatz weiß. Ich fahre soeben nach Eutlingen (eine Viertelstunde von den preußischen Vorposten) und werde Ihnen mit der ersten Frühpost morgen Näheres mittheilen.

Von der Wiese, 26. Juni. Heute früh 3 Uhr sah man 6 Wagen mit Bewaffneten durch Lörrach gegen Schopfheim ziehen, ohne Zweifel auf Execution. Von Schopfheim ist das erste Aufgebot immer noch nicht aufgebrochen. In Riedlingen bei Kandern soll gestern eine Abtheilung Bürgerwehr unter einem polnischen Offiziere schreckliche Rache für das Gefecht und den Widerstand der Bauern vom Sonntage genommen haben. Alle Fenster, Thuren, Möbel wurden zerstört und zerschlagen. Die Einwohner haben sich in die Wälder geflüchtet. Die wehrpflichtige Mannschaft, die nicht aufbrechen will (und deren ist eine große Zahl) wird als vogelfrei behandelt. Augenzeugen versichern, Bürgermeister Schanzlin von Kandern sei, mit einem Stricke um den Hals, wie ein Schwein, per und hingetrieben und so von Lörrach wieder nach Kandern, Andere sagen weiter in das Unterland gebracht worden. In Thumringen und Rötein wurde am Sonntag Abend der dortige Pfarrer Ludwig, der Bürgermeister von Thumringen, ein Mann aus demselben Orte und ein Flüchtling von Kandern mit gefesselten Händen hinten an Stricken an einen Wagen gebunden. Die Gefangenen mußten mit emporgehobenen Händen dem Wagen nachlaufen, der schnell fuhr. Pfarrer Ludwig wurde später sogar mit gefesselten Händen seitwärts zwischen das Vorderrad und Hinterrad gebunden; so mußten sie bis Kandern laufen. Dort sind 50—60 Gefangene auf einem Kornspeicher zusammengesperrt. Die dortige Einwohnerschaft verhielt sie mit Nahrung. Eine Deputation von Thumringen und Hagen erwirkte gestern die Freigebung des Bürgermeisters.

Kassel, 24. Juni. In der neuesten Zeit hat sich die hiesige demokratische Partei äußerst rührig bewiesen; zumal hat sie seit dem Abzug des Rumpfparlaments, dessen Mehrheit mit ihren Bestrebungen sympathisirt, von Frankfurt nach Stuttgart eine überaus große Thätigkeit entfaltet. Als Grund dafür machte sie die unbedingte Durchführung der von der Nationalversammlung in Frankfurt als endgiltig decretirten und auch in dem amtlichen Gesetzblatt für Kurhessen verkündeten Reichsverfassung geltend. In dem hiesigen öffentlichen Organ der Radicalen, den „Hornissen“, las man wochenlang in jeder erscheinenden Nummer an der Spitze mit großen Buchstaben: „Forderungen an das Gesammtstaatsministerium. Sofortige Beeidigung der Truppen und der Beamten auf die Reichsverfassung. Anerkennung der Nationalversammlung zu Stuttgart durch Aufforderung an die in die Heimat entwichenen oder noch in Frankfurt verweilenden kurh. Mitglieder der Nationalversammlung, sich sofort nach Stuttgart zu verfügen, und Anordnung von Neuwahlen in den Wahlbezirken, deren Abgeordnete sich weigern, ihre Pflicht zu erfüllen. Anerkennung der provisorischen deutschen Regierung in Stuttgart durch Absendung eines Regierungsbevollmächtigten dorthin. Absetzung des geh. Legationsrathes Silvester Jordan von seinem Gesandtschaftsposten in Frankfurt, nachdem derselbe feig aus der Nationalversammlung ausgetreten ist. Sofortige Neuwahl in Nationalversammlung zum Ersatz des ausgetretenen Jordan.“ In gleichem Sinne lauteten fast täglich wiederholte Placate an den Straßenecken. Zahlreiche Volksversammlungen, an denen Tausende Theil nahmen, wurden fort und fort veranstaltet, bald in Kassel, bald an Orten in der Nähe und Ferne, in Wabern, Hornberg, Hofgeismar, Immenhausen, Karlshaven ꝛc., sowie in den Dörfern in der Umgebung der Residenz. In der Stadt Kassel bildeten die Demokraten fünf Vereine, die in beständiger inniger Verbindung stehen und von dem Comite des demokratisch-socialen Vereins geleitet wurden. Dieser Verein war in mehrere Sectionen getheilt, welche die Namen Ledru-Rollin, Hecker, Struve, Franklin, Tell, Winkelried, Vorwärts führten. Alle diese Vereine und Sectionen hatten ihre Local-, worin sie sich versammelten zu Berathschlagungen und Beschlußnahme und zur Änderung der zum Theil stürmischen revolutionären Reden. Kassel war zugleich der Sitz des Vororts der demokratischen Vereine Kurhessens, die besonders in den Städten Marburg und Hanau einen zahlreichen Anhang hatten. Durch das Comite dieses Vororts, an dessen Spitze Dr. G. Kellner, ein durch Redegabe ausgezeichneter junger Gelehrter, stand, wurde die Verbindung mit den demokratischen Vereinen des Auslandes unterhalten. Im Einverständniß des Vororts in Kassel hatten die demokratischen Volksräthe in Hanau und Marburg beschlossen, eine Aufforderung zu einem in Marburg abzuhaltenden Congreß beider Hessen und der angrenzenden Länder zu erlassen. Unterm 17. Juni wurde dieser Plan verwirklicht durch eine öffentliche Bekanntmachung des Vorstandes des Marburger Volksraths, wodurch der 23 Juni zur Eröffnung dieses Congresses und Marburg zum Versammlungsort bestimmt war. Der Vorstand des Vororts der demokrat. Vereine Kurhessens zu Kassel hatte am 18. Juni diese förmlich aufgefordert, zu diesem Congreß ihre Bevollmächtigten nach Marburg zu senden. Gleiche Aufforderungen waren von Darmstadt und Wiesbaden aus an die respectiven demokratischen Vereine ergangen, und auch von Frankfurt wurden Deputirte erwartet. Vieles deutet darauf hin, daß es darauf abgesehen war, für das Kurfürstenthum und das Großherzogthum Hessen, sowie für das Herzogthum Nassau und die ganze Umgegend ähnliche Vereinbarungen zu treffen, wie früher zu Offenburg für das Großherzogthum Baden stattgefunden hatten. Auf den Sonntag Nachmittag, den 24. Juni, war zugleich eine große Volksversammlung in Marburg angekündigt, die überaus zahlreich zu werden schien, da nicht blos aus ganz Oberhessen, sondern auch aus der Wetterau sich Viele einfinden wollten. Man hörte viel von beabsichtigter allgemeiner Volksbewaffnung und Schilderhebung zu Gunsten der republikanischen Bewegung im Badischen und in der bayerischen Rheinpfalz, von Abwehr des Durchzuges preußischer Truppen, von einer anzuordnenden constituirenden Versammlung u. s. w. reden. Man sprach von einem Plan zur Organisirung von Volksaufständen im Rücken der gegen Süddeutschland operirenden Armee. Der Bezirksdirector in Marburg, Regierungsrath Ungewitter, hatte über diese bedenkliche Lage der Dinge nach Kassel berichtet und Verhaltungsbefehle verlangt, zugleich angezeigt, daß ihm bei Mangel an aller militärischen Beihilfe kein Mittel zu Gebot stünde, bei der herrschenden Volksstimmung die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und des gesetzlichen Zustandes zu verbürgen. Gleichzeitig war von dem am hiesigen Hofe accreditirten königl. preuß. Geschäftsträger, geh. Legationsrath v. Thiele, der Staatsregierung eine Aufforderung des Berliner Cabinets mitgetheilt worden, durch Ergreifung kräftiger Maßregeln den Umtrieben der revolutionären Vereine alsbald Einhalt zu thun, und nöthigenfalls die Hilfe preußischer Truppen zugesagt worden. Donnerstag den 21. Juni wurde hierauf vom Kurfürsten die sofortige Absendung einer mobilen Colonne nach Marburg beschlossen. Dieselbe setzte sich Freitags von hier aus unter dem Oberbefehl des Generalmajors und zweiten Commandanten von Kassel, v. Specht, in Marsch, um Sonntags Morgens am 24. Juni an der Lahn einzutreffen. Dieses Corps besteht aus einem Bataillon des 1. Linieninfanterieregiments, welches den Namen Leibregiment führt, 1 Schwadron Husaren, 1 Compagnie Jäger und Artillerie mit 2 Kanonen, zusammen etwa 1200 Mann. Der Kurfürst war von Wilhelmshöhe in der Uniform des Leibregiments in der Residenz angekommen, um dem Abmarsch dieser Truppen beizuwohnen. An demnämlichen Tage erfolgte eine (schon erwähnte) Erklärung des Ministeriums, daß die kurhessische Regierung die unzuständigerweise von der Nationalversammlung in Stuttgart eingesetzte Reichsregentschaft nicht anerkenne. Zugleich ist verfügt worden, daß den vier Mitgliedern der Nationalversammlung aus Kurhessen, die derselben nach Stuttgart gefolgt sind, nämlich Rühl (Oberbürgermeister von Hanau), Förster (aus dem Fuldaischen), Philipp Schwarzenberg (aus Kassel) und Prof. Hildebrand (aus Marburg) keine Diäten ferner ausbezahlt werden sollen. An den Bezirksvorstand in Marburg ist vom Minister des Innern Eberhard die Weisung erlassen und zugleich in Abschrift allen andern Bezirksvorständen in den kurhessischen Landen mitgetheilt worden, daß den Beschlüssen des in Stuttgart versammelten Parlaments keine Folge zu leisten und alle Unternehmungen zu deren Durchführung verboten und bestraft werden sollen. (Daß auf diese Anstalten hin die beabsichtigte Versammlung in Marburg unterblieb, wurde bereits berichtet.) (S. M.)

Kassel, 25. Juni. In diesen Tagen ist hier der noch im Amte stehende Minister Eberhard durch die höchstbesteuerten Wähler des hiesigen Bezirks zum Landtag gewählt worden, es ist dies der erste Fall seit dem 18jährigen Bestand unserer Verfassung, daß die Wahl auf einen Minister fällt. Eberhard gehörte vormals zur Opposition. Uebrigens bewährt sich das Institut der Höchstbesteuerten (von welchen nach dem neuen Wahlgesetz ⅓ der Landtagsabgeordneten gewählt werden, während die Wahl der übrigen ⅔ an einen Census nicht gebunden ist). Es ist bis jetzt noch nicht

ſne Wahl im reactionären Sinne daraus hervorgegangen nd steht auch keine ſolche zu erwarten. Die Wahlen der öchſtbeſteuerten fallen überall auf den gebildeten Mittelſtand, auf bekannte freiſinnige Männer von der vormaligen Oppoſition. Dagegen liefern die freien Wahlen meiſt Männer der radicalen oder republikaniſchen Partei. Das Geſammtreſultat der Wahlen läßt ſich noch nicht vorausſehen.

ψ **Gießen**, 28. Juni. Unſere Univerſität hat ſo eben wei Verluſte erlitten. In der Nacht vom 25. auf den 26. . M. ſtarb der ordentliche Profeſſor der Theologie Dr. erdinand Fleck, geboren im Jahr 1800 in Dresden, n Gelehrter, der durch ſeine Tüchtigkeit und wahrhaft riſtliche Geſinnung ſich die allgemeine Achtung erworben tte, deſſen unerwartet ſchneller Tod daher eine allgemeine rauer erregt hat. Weniger unerwartet und daher mit roßer Faſſung vom Publikum vernommen iſt es, daß der rmalige Reichsregent von Deutſchland und hieſige außerordentliche Profeſſor der Zoologie, Dr. K. Vogt, in gnerer Eigenſchaft von dem Großherzog ſeine Entlaſſung halten hat.

§ **Altona**, 26. Juni. Vom Kriegsſchauplatze aus ütland ſind verläßliche Details über das Vorrücken der ſſiſchen Reichstruppen hier eingetroffen, die ich Ihnen in ürze mittheile. Die preußiſche Diviſion hat am 21. d. ihre it drei Wochen inne gehabten Cantonnements verlaſſen nd ſich vorwärts bewegt. Die Bayern rückten, als den nken Flügel der Operationsarmee bildend, in der Richtung nach Randers zu und umgingen auf ihrem Marſche arhuus, das von der preußiſchen Avantgarde am 22. . Nachmittags ohne Schwertſtreich beſetzt wurde. Es hatn zwar die däniſchen Kanonenböte beim Einrücken in arhuus verſucht, auf die Truppen zu feuern, aber ſie zogen ch eiligſt zurück, als die Raketenbatterie aufgefahren wurde. ags ihr 1½ Meile hinter Aarhuus nordwärts ſtießen die Bayern in einem Gefechte auf die Nachhut des gen Randers zu fliehenden Feindes, und wie verlautet, ſoll es ihnen elungen ſein, zwei däniſche Bataillone theils zu zerſprengen, theils gefangen zu nehmen. Das 12 preußiſche Linienregiment hat bei Gram, an der Straße von Skanderborg nach Randers, bereits Bivouac bezogen, das Hauptquartier der preußiſchen Diviſion befindet ſich in Aarhuus. Daß es die Randers, wo das Gros unſerer Streitkräfte ſich hinwendet, noch zu einem Gefecht kommen werde, ſcheint ir wahrſcheinlich zu ſein, da die Dänen ſich dort in größeren Maſſen concentrirt haben, um das Hauptdepot ihrer Magazine und Fouragevorräthe zu ſichern. Es dürfte ihnen dieſes bei energiſchem und ſchleunigem Vorgehen aber nicht elingen, weil erſt mit der Beſitzergreifung von Randers der weck erreicht, den die Operationsarmee ſich vorgeſteckt. Die letzten mit dem Abendzuge angekommenen Nachrichten aren in dieſer Beziehung unverläßlich und ſich widerprechend, und es iſt mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, aß Randers von den Unſrigen noch nicht beſetzt worden. Was aber dieſes Unternehmen zu beſchleunigen im Stande iſt, iſt der Umſtand, daß die Dänen ſich beeilen, n Rücken der Armee von der Weſtküſte Jütlands her inen Landungsverſuch zu bewerkſtelligen und das nördliche chleswig zu bedrohen. Beiläufig ſei bemerkt, daß das Gerücht von einer bereits ſtattgefundenen Landung der Dänen ei Hjerting, die Wegnahme ſchleswig-holſteiniſcher ransports u. ſ. w. ſich als vollkommen unwahr herausgeſtellt hat; daß die Dänen durch Erſcheinen mit Kriegsſchiffen an der Weſtküſte einen Landungsverſuch im Schilde führen, iſt unzweifelhaft. Auf dieſe Eventualität hin ſind bereits Vorkehrungen getroffen worden, um die bedrohten Punkte vor einem Einfall zu ſchützen. Schließlich noch die Mittheilung, daß der Geſundheitszuſtand des Höchſtommandirenden, Generallieutenant v. Prittwitz, bereits erfreulicherweiſe der Art gebeſſert iſt, daß derſelbe die Operationen beim weitern Vorgehen ſelbſt zu leiten im Stande ein wird. — Für Literaturfreunde diene die aus ſchwediſchen Blättern entnommene Notiz zur Beachtung, daß in einer jüngſt abgehaltenen Sitzung der Geſellſchaft der Wiſſenſchaften in Stockholm vom Vorſitzenden angezeigt worden, daß König Oskar zur Errichtung des Denkmals für den verewigten großen Chemiker Berzelius 3000 Rthlr. Beo. beigetragen hat. Ferner erfahren wir, daß das neue Stockholmer Nationalmuſeum nach dem Plane des Berliner Oberbauraths Stüler, freilich im kleinen Maßſtabe, ausgeführt werden ſoll.

Ueber die etwas räthſelhafte Erſcheinung eines däniſchen Corps bei Hiertting an der weſtlichen Küſte Jütlands finden wir nichts als nachſtehende Notiz im „Altonaer Merkur“: **Hadersleben**, 25. Juni. Die vielen Gerüchte von einer Landung der Dänen bei Hiertting an der Weſtküſte Jütlands, von dem Wegnehmen eines ſchleswig-holſteiniſchen Transports und der Gefangennehmung zweier Dragoner in Barde, von einem Anrücken der Dänen auf Kolding, das durch mehrere Huſaren gemeldet wurde und eine vollſtändige Allarmirung der Beſatzung von Kolding zur Folge hatte u. ſ. w., ſchienen ſich jetzt dahin aufzuklären, daß bei dem nun doch erfolgten Vorrücken der Reichsarmee ein Theil der dän. Armee nach Weſten zu abgeſprengt worden iſt. Was in dieſer Veranlaſſung geſchehen iſt, theilen wir lieber noch nicht mit. Uebrigens ſcheinen die Betreffenden es nicht für unmöglich zu halten, daß das Vorrücken von däniſcher Seite damit erwidert werden könnte, daß irgendwo im Rücken der Armee eine Landung verſucht würde, und wir Hadersleb'ner werden wieder daran erinnert, daß wir im Kriegszuſtande leben.

:< **Oldenburg**, 26. Juni. Ueber die Anweſenheit des Herrn Kerſt, Generalſecretärs im Kriegsmarinedepartement, in hieſiger Stadt erfährt man, daß derſelbe eine Vereinigung mehrerer Nordſeeſtaaten, zum Zweck der einſtweiligen Uebernahme der deutſchen Dampfflotille unterhandle, und bei der oldenburgiſchen und bremiſchen Regierung williges Eingehen in den Plan des Reichsminiſteriums fand. Die Unterhaltung der Flotte im jetzigen Stande koſtet monatlich circa 40,000 Rthlr., und würde wohl ehenſo eingeſtellt werden müſſen, wenn ſich nicht Staatskaſſen von Einzelſtaaten fänden, um das einmal hineingeſteckte Capital zu erhalten, und den nationalen Intereſſen einigermaßen nutzbar zu verwenden. Zugleich iſt unter Mitwirkung des gedachten Commiſſärs von hieſiger Regierung der Beſchluß gefaßt, ein Dryodock, zunächſt zum Zweck der Reparatur der beſchädigten Fregatte „Arcadia“, unterhalb Brake an der Weſer zu erbauen. Ein ſolches Inſtitut von der erforderlichen Größe exiſtirt nämlich an der deutſchen Nordſee nicht. — Unſere Landtagswahlen ſind beendet, da die Birkenfelder wohl nicht wählen werden. Die Phyſiognomie der künftigen Verſammlung war kürzlich in der „Reichszeitung“ gut geſchildert. Durch die Wahlen im Eutin'ſchen iſt die Parteilage wohl wenig verändert. Doch ſind unter den 4 Abgeordneten 3 Advocaten, während das Herzogthum Oldenburg nur einen wählte.

G **Gotha**, 27. Juni. Auch eine Verſammlung von Deputirten ſechzehn politiſcher Vereine Thüringens ward geſtern hier abgehalten. Ihr Zweck war die Gründung eines Thüringer Geſammtbundes behufs gemeinſchaftlichen Zuſammenwirkens in allen deutſchen und Thüringer Angelegenheiten. Der Bund kam auch zu Stande und wird wahrſcheinlich eine große Ausdehnung gewinnen. Die vertretenen Vereine gehören ſowohl der ſogenannten demokratiſchen als gemäßigt conſtitutionellen Richtung an und die Verſammlung ſelbſt endete ganz ruhig und friedlich.

G **Gotha**, 28. Juni. Vater Jahn zu Ehren, der gleichfalls unter den hier anweſenden vormaligen Mitgliedern der Reichsverſammlung ſich befindet, hat die hieſige Turnanſtalt, welche faſt die ganze Jugend von 8—17 Jahren in ſich faßt, eine Parade veranſtaltet, wobei der Geſierte in einfach herzlicher Rede, eines Theils vor dem Mißbrauch der Freiheit warnte, andern Theils aber der Jugend Hoffnung einſprach, daß ihr gewiß die wieder in Frage geſtellten Errungenſchaften werden würden. Die Zahl der ſämmtlichen Mitglieder des hieſigen Nachparlaments iſt nicht über 148 geſtiegen, und ſind die zu den 128, welche ich bereits genannt, noch Hinzugekommenen 20 folgende: Anz aus Marienwerder, Baudelow aus Kranz, Barth aus Kaufbeuren, Biedermann aus Leipzig, v. Buttel aus Oldenburg, Emmerling aus Darmſtadt, Esmeier aus Paderborn, Hoyken aus Oldenburg, Kerſt aus Meſeritz, Kierulff aus Roſtock. Kraffft aus Nürnberg, Mann aus Roſtock, Pinkert aus Zeitz, Pinder aus Wolmowitz, Reh aus Darmſtadt, Rieſſer aus Hamburg, v. Binde aus Hagen, Wichmann aus Stendal, v. Wietzhaus aus Wipperfürth, Zoller aus Chemnitz.

Hamburg, 22. Juni. In der heutigen Sitzung der conſtituirenden Verſammlung wurde der Bericht des Verfaſſungsausſchuſſes über das in unſerm geſtrigen Blatte mitgetheilte Conclusum Senatus (dem ſich, wie aus dem Berichte über die Verhandlungen des Bürgerconvents zu erſehen, erbgeſ. Bürgerſchaft unter dem heutigen Dato angeſchloſſen hat) verleſen, welcher dahin ging, daß der Ausſchuß ermächtigt werde, ohne näheres Eingehen in daſſelbe den Senat um eine erläuternde Erklärung zu erſuchen. Gegen die ſofortige Discuſſion erhoben ſich mehrere Redner, und wurde beſchloſſen, den Ausſchußbericht drucken zu laſſen und auf die nächſte Tagesordnung zu ſtellen.

Hamburg, 24. Juni. In der geſtrigen 50. Sitzung der conſtituirenden Verſammlung, in welcher dieſelbe die Beſtimmungen über die Bürgerſchaft endgiltig feſtſetzte, wurde nachſtehendes Senatsconclusum vom 23. d. vom Vorſitzenden Beromann verleſen: „Aus dem neuerdings veröffentlichten Entwurfe der Verfaſſung des Freiſtaates Hamburg, welcher den jetzigen Berathungen der conſtituirenden Verſammlung zum Grunde liege, habe der Senat erſehen, daß dieſer Entwurf in ſeinem zweiten Abſchnitte unter der Ueberſchrift: „Uebergangsbeſtimmungen“ Verfügungen enthalte, hinſichtlich deren es nicht zweifelhaft ſein könne, daß die conſtituirende Verſammlung, falls ſie dieſelben zum Gegenſtande ihrer Beſchlußnahmen machen ſollte, die Grenzen ihrer verfaſſungsgemäßen Competenz überſchreiten würde. Der Senat müſſe ſich, ſowohl für ſich als in ſeiner Stellung der erbgeſeſſenen Bürgerſchaft gegenüber, veranlaßt finden, ſchon jetzt die conſtituirende Verſammlung hierauf aufmerkſam zu machen, um jeglichen Zweifel über ſeine deßfallſige Anſicht von vornherein zu beſeitigen.“ Gemäß Beſchluſſes der Verſammlung geht dieſes Schreiben an den Verfaſſungsausſchuß zur Berichterſtattung.

Bremen, 26. Juni. Heute um 1½ Uhr iſt der Erzherzog Stephan, ehemaliger Palatinus von Ungarn, mit dem hannoverſchen Dampfzuge hier eingetroffen und im „Hillmanns Hotel“ abgeſtiegen. Der Prinz begibt ſich heute Abend von hier nach Oldenburg.

Schweiz.

Bern, 27. Juni. Der Beſchluß der Bundesverſammlung hinſichtlich der Militärcapitulationen mit Neapel fängt an, ſeine ſchlimmen Wirkungen zu äußern, ehe man von den guten etwas verſpürt. Der König von Neapel hat einen außerordentlichen Geſandten in der Perſon des Grafen Ludolf hieher geſandt, welcher dem Bundespräſidenten Furrer letzten Samſtag ſein Beglaubigungsſchreiben überreichte und dabei das „Bedauern“ ſeiner Regierung über die Beſchlüſſe der Bundesverſammlung ausdrückte, wodurch rechtskräftige Verträge vernichtet werden. „Die königliche Regierung erwarte zuverläſſig, daß dieſelben bis zu ihrem Ablauf geachtet werden. Sollte dieſes nicht geſchehen, ſo werde ſie die eingreifendſten und ſchwerſten Repreſſalien anordnen.“ Auf Unterhandlungen könne ſie ſich gar nicht einlaſſen, da dieſelben zu keinem Zwecke führen.“ Der Bundesrath gab den beiden oberſten Räthen von dieſer Eröffnung Kenntniß und verſicherte zugleich, daß er die gefaßten Beſchlüſſe vollziehe. Ich glaube, man hält an den Beſchlüſſen feſt und gewärtigt, ob der König von Neapel nicht einwilligen werde, die Schweizertruppen nur im Innern ſeines Reiches zu verwenden. Bis das geſchehen iſt, bleiben die Werbungen jedenfalls eingeſtellt. (S. M.)

Baſel, 26. Juni. Die „Berner Zeitung“ will wiſſen, der Bundesrath habe von Seite des preußiſchen Geſandten eine Note bekommen, die verſchiedene Beſchwerden in Beziehung auf Neuenburg enthalten ſoll.

Italien.

Savoyen, 20. Juni. Alle Bemühungen, die von Paris und beſonders von Lyon aus gemacht worden ſind, um in unſern weſtlichen Grenzdiſtricten, zumal in Chambery, am 13. d. Aufſtand und Inſurrection zu bewirken im Einverſtändniß mit allen bedeutenden franzöſiſchen Städten, dieſe perſönlichen und ſchriftlichen Umtriebe ſind an dem klugen und loyalen Sinn der Savoyer geſcheitert. In Turin aber war am 9. und 13. d. mehr Aufregung, Straßenlärm, Tumult, Geſchrei und Gerathewohl, dabei aber iſt es geblieben. Man hat auch die Nachricht verbreitet, daß von Lyon aus die Cholera nach Chambery gekommen wäre — ein Irrthum, der hoffentlich auch einer bleiben wird. In Bad Aix ſind beſonders ſeit den Unruhen in Paris und Lyon aus Frankreich viele vornehme Gäſte angekommen, zumal viele Ex-Größen. (A. Z.)

Großbritannien.

⊙ **London**, 26. Juni. In der geſtrigen Sitzung des Oberhauſes lenkte Lord Aberdeen die Aufmerkſamkeit des Hauſes auf den Stand der diplomatiſchen Verbindungen mit Spanien. Er glaubt, daß ſeit den vor mehr als einem Jahre eingetretenen Mißhelligkeiten in Folge der Fortweiſung des britiſchen Geſandten aus Madrid, die ſpaniſche Regierung wiederholt den Wunſch ausgedrückt habe, England jede mit der Ehre Spaniens verträgliche Genugthuung zu geben, und er ſieht keinen Grund ein, wenn man dieſem Wunſche engliſcherſeits auf geeignete Weiſe entgegenkomme, warum das gegenſeitige gute Vernehmen nicht wieder ſollte hergeſtellt werden können. Es unterliege keinem Zweifel, daß die gegenwärtige Regierung in Spanien gezeigt habe, ſie beſitze die Macht und den Willen, das Land in Frieden und Ruhe während der größten revolutionären Aufregung zu regieren, und ſie ſtehe auf dem Punkt, ihre Zolltarife auf eine für die engliſchen Manufacturen vortheilhafte Weiſe zu reguliren. Marquis von Lansdowne erwiderte: ihm ſei kein von der ſpaniſchen Regierung gemachtes Anerbieten, wie Lord Aberdeen angebe, bekannt. Was die Abänderungen im vorligen Zolltarife betreffe, ſo ſeien ſie die nothwendige Folge der erleuchteteren Grundſätze, welche ſich mit jedem Tage mehr in Europa verbreiten.

Die Königin von Belgien iſt geſtern Morgen in Dover angekommen. J. M. iſt ſofort mit einem Extrazug nach London abgegangen, wo ſie im Buckingham-Palaſt um 3 Uhr eintraf. Der Hof wird London am 2. Juli verlaſſen und ſich nach Osborn-houſe begeben, wo er bis zu Anfang Auguſt bleiben und dann die Reiſe nach Schottland antreten wird.

Rußland.

Der Kaiſer hat nachſtehenden Tagesbefehl an das ruſſiſche Heer erlaſſen:

„Soldaten! Neue Mühen, neue Kämpfe ſtehen Euch bevor! Wir gehen einen Bundesgenoſſen unterſtützen bei der Bewältigung deſſelben Aufruhrs, der, vor achtzehn Jahren in Polen von Euch niedergeworfen, auf's Neue in Ungarn ſein Haupt erhob. Mit Gottes Hilfe werdet Ihr Euch als dieſelben rechtgläubigen Krieger bewähren, als welche die Ruſſen ſich immer und überall zeigten: furchtbar den Feinden alles Heiligen, großmüthig gegen die friedlichen Bürger. Das erwartet von Euch Euer Kaiſer und unſer heiliges Rußland. — Vorwärts, Kinder, unſerem Helden von Warſchau nach — zu neuem Ruhme! Mit uns iſt Gott! Warſchau, den 1. (13.) Juni 1849. gez. Nikolaus.“

Handelsnachrichten.

§ **Mainz**, 29. Juni. Der Markt war heute ſchwach beſuchen; Frucht ſtieg abermals höher, Waizen wurde für den Conſumo bis 10 fl. und Korn bis 6 fl. bezahlt; für letzteres zeigt ſich ſeit einigen Tagen größerer Begehr. Oel auch feſter und für Oct. 39½ fl. geboten, doch ohne Verkäufer; obwohl die Kohl (Raps)-Ernte gut ausfällt, glaubt man an kein Sinken der Preiſe. Effecten wurden zu 41 fl. mehrere Pöckchen verkauft, zu 41½ fl. bleiben Verkäufer am Markt. Für Leinöl zeigt ſich auch mehr Nachfrage und ging mehreres zu 36 fl. um. Mohnöl flau und zu 28 fl. anjebotes.

Börsenberichte.

½ **Frankfurt**, 20. Juni. An heutigem Abrechnungstag für Monat Juni zeigte die Börſe wieder eine feſtere Haltung. Man merkte viel Kaufluſt, namentlich waren viele coulante Käufer am Markt, wodurch ſich auch größtentheils faſt ſämmtliche Papiere ſowohl wie Eiſenbahnactien in mehr oder minderem Grade höher im Cours als geſtern ſtellten. Von öſterreichiſchen Papieren blieben 5pCt. Metall. 74½ pCt. G. 2½pCt. Metall. 39½ pCt., Bienerbankactien 1068 fl., 500 fl. Looſe 126½ pCt., 250 fl. Looſe 76½ pCt. G. Von den übrigen Anlehenslooſen Kurzeſſ. 40 Rthlr Looſe 25⅞ Rthlr., Bad. 35 fl. Looſe 27½ ⅝ fl., do. 50 fl. Looſe 49⅝ fl., Darmſtädter 25 fl. Looſe 23 fl., do. 50 fl. Looſe 73 fl., Naſſauer 25 fl. Looſe 22½ fl., Sardiniſche Looſe 26 Fr., Fürſtliche Berrins 10 fl. Looſe 6½ ⅝ fl., Poln. 500 fl. Looſe 74½ Rthlr. Sämmtliche ſüddeutſche Obligationen mit Ausnahme Würtembergiſcher, worin heute nur ſehr wenig gethan wurde, merklich höher im Cours. Darmſtädter 3½pCt Obligationen 81½ pCt., do. 4pCt. 88⅝ pCt. Bad. 5pCt. Obligationen vom Jahr 1848 90, 95½ pCt., Naſſauer 3½pCt. Obligationen 84 pCt., do. 5pCt. vom Jahr 1849 101½ pCt. Von belgiſchen Obligationen waren 2½pCt. belg. 44, do. 4½pCt. 84⅞, do. 5pCt. 91½, Fr. Holländ. 2½ pCt. Integr. 50⅜, pCt. Eiſenbahnactien waren alle Sorten ſehr beliebt, Friedrich-Wilhelms-Nordbahn ſtieg um 1 Rthlr., auf 35½ Rthlr., Berbach auf 73½ pCt., Köln-Minden wie zu Berlin am 27. d. M. ſehr geſucht 82 pCt., Taunus 296 fl. 5pCt. int. Span. ſchließen 25⅝, pCt. G. Von Wechſeln Amſterdam 100⅛ Wien 100½, G., Augsburg 120 G., Paris 95¾, G., Berlin 105⅝, G, Leipzig 105⅞, G, Hamburg 88⅜.

Wien, 26. Juni. 5pCt. Metall. 89½ ⅛. — 4pCt. 71. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47½. — Bankactien 1057. — 500 fl. Looſe 149½. — 250 fl. Looſe 92½. — Nordbahnactien 101½. — Glogauiger 103½. — Mailänder 74.

Fonds fortwährend bei ſtarkem Mangel an Stücken feſt. Eiſenbahnactien feſter, Donau-Dampfſchiffactien bedeutend geſtiegen, indem günſtige Nachrichten aus Ungarn zunächſt auf ſelbe einwirkten. Coupontanten und Devisen verfolgen ihre weigende Tendenz; nur Wechſel auf Augsburg fehlen Frankfurt 117½, G., London 11 fl. 54 G., Amſterdam 2 Monat 165½, G., Paris 2 Monat 141 G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Kallen.

Bekanntmachung. Nr. 10 der Kundmachungen des Kgl. Bezirksamts Landau a. d. Isar vom 7. März 1914 ist erschienen und kann bei uns eingesehen werden.

Landau a. d. Isar, den 7. März 1914.

Kgl. Bezirksamt Landau a. d. Isar.
Frhr. v. Welden, Reg.-Rat.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Samstag (Beilage zu Nro. 154.) 30. Juni 1849.

Deutschland.

† **Frankfurt**, 27. Juni. Als im Februar des verflossenen Jahres durch die Kunde von der französischen Revolution eine in Deutschland längst und ohne dies Ereigniß vielleicht zu naturgemäßerer und heilsamerer Entwicklung vorbereitete Bewegung zum Ausbruch kam, waren die Losungsworte: „Freiheit und Einheit!“ Es war schon damals jedem Denkenden klar, daß die erstere leichter zu erlangen sei als die zweite; denn die erstere ist mehr negativer Natur, indem sie in der Abwesenheit von Beschränkungen besteht. Hatte man diese beseitigt, so hatte man das Ziel erreicht. Dies geschah in jedem einzelnen Staate Deutschlands; daß dabei hie und da nicht nur Beschränkungen, sondern auch nothwendige Schranken des Gesetzes, der Zucht und Ordnung umgerissen wurden, war nicht zu verwundern. Wie aber stand es mit der Einheit? Hier war Nichts zu brechen, hier war zu schaffen. Der Bundestag, die einzige einheitliche Behörde, hatte sich durch seine antiliberale Geschichte, so wie durch seine mehr völkerrechtliche, also dem dermaligen Drang unentsprechende Verfassung großen Haß zugezogen. Die Nationalversammlung sollte dauernd gründen, wonach die Nation sich sehnte. — Man hatte von Anfang an sorgfältig den Streit darüber vermieden, ob die zu schaffende Verfassung durch die Nationalversammlung allein, oder durch die nachträgliche Zustimmung der Einzelstaaten endgiltig werde, weil Einsichtsvolle wußten, daß dies von der geschaffenen Verfassung selbst bedingt und daß deren Anerkennung mehr Frage der Macht als des Rechts sei. Das Gefühl, daß es leichter sei, die freiheitlichen als die einheitlichen Institutionen zu schaffen, die Furcht vor der Behandlung dieser so schwierigen Frage, wobei sowohl die spätere großdeutsche, als auch die spätere erbkaiserliche Partei einen Theil der Sympathien des ohnehin aufgeregten Volkes verlegen und dadurch der republikanischen Partei in die Hände arbeiten müßte, endlich das warnende Beispiel Frankreichs, wo alle Cultur und Sittlichkeit bedrohende Elemente sich unter dem breiten Deckmantel des hierdurch herabgewürdigten Wortes „Demokratie“ eingenistet, ließen die Nationalversammlung für eine einstweilige kräftige Centralleitung durch eine provisorische Centralgewalt Deutschlands an Stelle des unmöglich gewordenen Bundes sorgen. Unter dem jubelnden Beifall der Nation wurde das Gesetz vom 28. Juni verkündet und die einzelnen Regierungen beeilten sich, durch ihr Organ, die Bundesversammlung, ihre vollste Uebereinstimmung kund zu geben und durch Uebertragung der bisherigen Rechte und Befugnisse des Bundestags auf den Träger der provisorischen Centralgewalt in der Sitzung vom 12. Juli 1848 die sonst schon damals gar nicht allseitig anerkannte Legalität und damit verbundene Continuität in allen vom Bund vertretenen Angelegenheiten herzustellen. — Die Centralgewalt, im Besitz der ihr übertragenen Macht, rettete durch ihr energisches Einschreiten die kleineren Staaten Deutschlands von der täglich um sich greifenden Anarchie. — Die Nationalversammlung debattirte unterdessen über Grundrechte und Verfassungsfragen, schloß durch plötzliches Aufstehen Freundschaftsbündnisse mit Frankreich und den Magyaren, verwarf einen Waffenstillstandsvertrag und genehmigte ihn wenige Tage später. Während der darauf folgenden heftigen Verfassungskämpfe über die Spitze der neuen Verfassung, auf deren, jedem Patrioten peinliche Geschichte wir nicht zurückkommen wollen, verhielt sich der Träger der provisorischen Centralgewalt, welche ja von der Errichtung des Verfassungswerks ausgeschlossen war, nicht nur vollkommen constitutionell, indem er einem, seinen individuellen Verfassungsansichten entgegengesetzten Ministerium, das jedoch die Majorität in der Nationalversammlung hatte, die Leitung der Geschäfte überließ, sondern er übersah es sogar, wenn dies Ministerium gegen das Gesetz vom 28. Juni 1848 in seiner amtlichen Stellung seine Parteirichtung zu fördern suchte. Als endlich durch die am 28. März 1849 eröffnete Aussicht einer Definitivverfassung für ganz Deutschland mit Ausnahme Oesterreichs, dessen Verhältniß zum übrigen Deutschland besonderer Regulirung vorbehalten blieb, der für die Dauer der Centralgewalt festgesetzte Termin in unmittelbarste Nähe gerückt schien, erklärte sich der Träger derselben bereit, sein hohes Amt niederzulegen. Nun aber lehnte Preußen die ihm angebotene Oberhauptswürde und drei andere Königreiche die Annahme der Reichsverfassung ab; 29 kleinere Staaten hatten dieselbe angenommen. — Die Nationalversammlung konnte nur noch durch Abänderung der Anstoß erregenden Punkte oder durch Vermittlung wirken. Merkwürdigerweise aber hatte sich die Majorität dazu verpflichtet, an der Verfassung kein Jota ändern zu lassen, an der Verfassung, von welcher dieselbe Partei noch fortwährend behauptete, sie sei von ihren Gegnern in vielen Theilen verunstaltet worden. Da die Nationalversammlung an der Verfassung absolut nichts ändern wollte, so hatte sie absolut nichts mehr zu thun. — Da aber für constituirende Versammlungen eine gesetzliche Form für die Abschließung ihrer Thätigkeit fehlt, so erwartete der denkende Theil der Nation, daß sie sich selbst auflösen oder durch ein längeres Bestehen selbst vernichten würde. Leider kam es zu Letzterm. Drei Königreiche bieten nun dem deutsche Volke den Entwurf einer neuen Verfassung; 29 Staaten haben die Reichsverfassung anerkannt; Oesterreich und Bayern endlich suchen eine dritte Form der Einigung, und in diesem Zeitpunkt allgemeiner Verwirrung wird von manchen Seiten der Wunsch gehegt, die Centralgewalt zu beseitigen, sie, das einzige Band, das die Einzelstaaten Deutschlands noch verbindet, sie, die allein noch die Continuität in allen Staatsrechtsverhältnissen bewahrt, sie, die allein noch das Pünktchen Einheit erhält, an dem sich möglicherweise dereinst die Freudenfeuer über das errungene Ziel in ganz Deutschland entzünden können. Gegen diese Bedeutung der Centralgewalt kann der Einwand, daß dieselbe nur durch der Nationalversammlung verantwortliche Minister regieren könne, um so weniger aufkommen, als die Nationalversammlung während ihrer ganzen Dauer es verabsäumte, ein Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister zu erlassen und ohne ein solches Gesetz die Verantwortlichkeit der Minister eine bloße Phrase war. Aber auch der gewichtigere Einwand, es sei billig, die Centralgewalt dahin zu übergeben, wo die größte Macht zum Rechtsschutz in Deutschland sich vorfinde, wird dadurch entkräftet, daß der Träger der Centralgewalt die ihm von allen Regierungen mandirte Macht nur mit Zustimmung aller rechtlich weiter übertragen kann, und daß es bekannt ist, daß diese Zustimmung nicht allseitig erfolgen würde. Wahrlich, es wäre traurig, wollten Se. kaiserl. Hoh. der Reichsverweser, persönlichen Neigungen folgend, abtreten und der deutschen Nation den letzten rechtlichen Einigungspunkt rauben, um den sich doch noch immer eine neue Einigung krystallisiren kann, und statt dessen die Reichsfesseln jedem Besitzergreifenden, alle übrigen Rechtsverhältnisse dem Chaos überliefern.

AB **Frankfurt**, 30. Juni. Unsrer Zeit wird man wohl nicht Unrecht thun, wenn man sie die widerspruchsvolle nennt. Sie will der Willkür ein Ende gemacht wissen und achtet selbst kein Gesetz, sie wirft den alten Regierungen vor, daß diese dem Volke gegenüber sich nicht gemäßigt hätten, und ist selbst maßlos über die Maßen; sie will Deutschland groß und mächtig, wie Frankreich, England, Rußland, welche über fremde Nationalitäten herrschen, und schwärmt für die Unabhängigkeit Italiens und Ungarns von einem deutschen Volksstamm und deutschen Fürstenhause; sie will alle Theile Deutschlands enger verbinden und verlangt mit Ungestüm, daß das Band, wodurch Oesterreichs deutsche Bundesstaaten unmittelbar und seine übrigen Theile mittelbar mit Deutschland zusammenhingen, ganz durchschnitten werde. Ja es ist so weit gekommen, daß dieselben Männer, welche in Frankfurt damit anfingen, das ganze alte Deutschland in einer verbesserten Verfassung vereinigen zu wollen und damit schlossen, nur Oesterreich auszuschließen, jetzt in Gotha das einige Deutschland auf die Staaten beschränken, welche sich dem preußisch-hannoverisch-sächsischen Entwurfe, etwa nach den Abänderungen, die Gotha daran vornehmen wird, unterwerfen. Und zum Beweise, daß auch dies wieder auf Sand gebaut ist, geht „als Manuscript gedruckt“ ein „hannoverscher Entwurf zur deutschen Reichsverfassung“, unterzeichnet von Stüve und Wangenheim, zwei hannoverschen Ministern, von Hand zu Hand, welcher den Entwurf der drei Regierungen für unausführbar und dem von Preußen festgehaltenen Vereinbarungsprincip widersprechend, den Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland für keine Nothwendigkeit, aber für eine Unmöglichkeit erklärt und bezweifelt, ob die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments dem Bedürfniß, also dem Wohle des deutschen Volkes entsprochen hätten.

** **Frankfurt**, 30. Juni. Nach einem uns vorliegenden authentischen Actenstück sind wir in den Stand gesetzt, über die bereits gemeldete Beraubung großherzoglicher Staatskassen in Karlsruhe Näheres mitzutheilen. Aus der Amortisationskasse und Eisenbahnschuldentilgungskasse sind diesem Actenstück zufolge in den letzten Tagen vor dem Einmarsch der Preußen unter dem Schutz der Insurrection von dem Anwalt Heunisch und dem Rechtspraktikanten Florian Mördes, hinter welchen deßhalb Steckbriefe erlassen sind, an Werthpapieren über dritthalb Millionen Gulden geraubt worden. Die geraubten Papiere sind

511	Stück	3½pCt. Obligationen	à fl.	1000	= fl.	511,000
828	„	„ „	à „	500	= „	414,000
435	„	„ „	à „	100	= „	435,000
65	„	5pCt. Eisenbahnoblig.	à „	1000	= „	65,000
1884	„	„ „	à „	500	= „	942,000
1080	„	„ „	à „	100	= „	108,000
28	„	3½pCt. fürstl. Fürstenbergische Obligationen	à „	500	= „	14,000
6	„	3½pCt. gräfl. Helmstett'sche Obligationen	à „	500	= „	3,000
109	„	„ „	à „	100	= „	10,900
4	„	3½pCt. fürstl. kein. Obl.	à „	1000	= „	4,000
62	„	„ „ „ „	à „	500	= „	31,000
143	„	„ „ „ „	à „	100	= „	14,300
8	„	4pCt. gräfl. Lein. Neuenahr'sche Obligat.	à „	500	= „	4,000
5	„	3½pCt. fürstl. Lein. Obl. (Faustpfand)	à „	1000	= „	5,000
3	„	„ „	à „	500	= „	1,500
14	„	3½pCt. bad. Rentensch.	à „	500	= „	7,000
			Gesammtsumme		fl.	2,569,700

In unserm nächsten Blatte wird ein genaues Nummernverzeichniß der geraubten Papiere in dem Anzeigeblatt durch das großherzogliche badische Finanzministerium veröffentlicht werden, um diese Papiere nach Möglichkeit in dem Privatverkehr unschädlich zu machen.

** **Frankfurt**, 30. Juni. Gestern sind die hier garnisonirenden österreichischen Bataillone (von den Regimentern Erzherzog Rainer und Palombini) auf die österreichische Reichsverfassung feierlich beeidigt worden.

Wien, 26. Juni. Die Abendbeilage zur „Wiener Zeitung“ berichtet: Nach verläßlichen Nachrichten aus Oedenburg von heute Morgen rückte die k.k. Armee, welche vorgestern Papa erreichte, wobei in dieser Stadt an mehreren Orten Feuer ausgebrochen war, ohne Widerstand vor. Die Magyaren halten dort nirgends Stand und zerstreuen sich nach allen Seiten. Sie fliehen nach dem Plattensee.

Aus dem Hauptquartiere des Fürsten Paskewitsch sind unter dem 22. sehr günstige Nachrichten eingelaufen. Er rückte von Eperies vor. In der Zips haben die Russen das erste siegreiche Gefecht mit den Magyaren bestanden, worauf diese nach allen Seiten fliehen. Im Saroser Comitat und allen nördlichen Comitaten ziehen die Bauern den Russen haufenweise entgegen und bringen ihnen nach nordischer Sitte Brod und Salz. Man betrachtet sie als Befreier. Aus dem südlichen Ungarn melden die heutigen Berichte vom 21., daß der Banus bereits mit Temesvar in Verbindung ist. Von Esseg bis Peterwein herrscht panischer Schrecken unter den Magyaren.

Gratz, 23. Juni. „Sechs Opfer Kossuth'scher Verführungspolitik“, sagt die „Grazer Ztg.“, „sind gefallen. Das Gericht hat über alle die desertirten Husaren, welche in Bruck inhaftirt waren, das Schuldig gesprochen. Eine abtrünnige Truppe, welche zum Feinde übergehen will, fällt nach den Kriegsgesetzen dem Tode anheim. Die Gnade wußte jedoch den Verführer von den Verführten zu sondern, sie hat Alles in Rücksicht gezogen, was mit den Zeitumständen immer nur vereinbar schien. Sie durfte aber nicht aus dem Auge verlieren, daß die Disciplin der Truppen einer der kräftigsten Pfeiler ist, auf dem unser Staatsgebäude derzeit ruht; sie durfte nicht aus dem Auge verlieren, daß, sowie Immoralität im Heere Eingang findet, dem Siege der Umsturzpartei mit ihren sittenzerstörenden Plänen kaum eine Schranke gesetzt werden könnte. Andererseits war man der bewährten Treue der übrigen Armee eine Genugthuung schuldig. Und so fielen denn gestern zu Bruck vier Cocporäle und zwei Gemeine der durch Kriegsrecht erkannten Todesstrafe zu, während alle übrigen dort inhaftirten abtrünnigen Soldaten des Palatiner Husarenregiments straflos wieder in die Truppenkörper eingetheilt werden.“

Breslau, 26. Juni. In der Gemeinde Hasdorf bei Neurode, Grafschaft Glatz, waren am 23. auf Antrag des Kreisgerichts zu Neurode von Glatz aus 2 Compagnien des Jäger-Bataillons (23. Infan.-Regts.) eingerückt, weil die Gemeinde sich der Ausführung einer über sie verhängten Execution nicht fügen wollte. Am 23. und 24. fand das Militär keinen Widerstand bei den vorgenommenen Executionen, am 25. jedoch bewaffneten sich die Einwohner mit Knitteln, empfingen Zuzüge aus der Umgegend und griffen das Militär mit Steinwürfen an. Nachdem die gesetzmäßigen Aufforderungen ohne Erfolg geblieben waren, ließ der Hauptmann v. Boß erst einen Bajonnetangriff und endlich von der Schußwaffe Gebrauch machen. Von den Tumultuanten wurde 1 getödtet und 4 verwundet. Bei dem Militär ist keine erhebliche Verletzung vorgekommen; die Untersuchung ist eingeleitet.

Dresden, 27. Juni. Die neuen preußischen Truppenzüge durch Sachsen finden in der Weise statt, wie bereits mitgetheilt; heute ist das 2. Bataillon des 7. Linieninfanterieregiments hier eingetroffen und defilirte unter klingendem Spiele — das Musikchor dieses Regiments gilt als eines der vortrefflichsten im preußischen Heere — vor dem Obercommandanten v. Schirnding und dem preußischen General v. Howe vorüber. Sie haben ihre Quartiere bis übermorgen bezogen. Morgen rückt das 1. Bataillon und übermorgen das 3. ein, so daß uns das letzte am 1. Juli wieder verläßt.

In den Städten Crimmitschau und Werdau sind neuerdings, der im Allgemeinen getroffenen militärischen und polizeilichen Maßnahmen zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung ungeachtet, Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vorgekommen. Insbesondere lassen die näheren Umstände der binnen kurzer Zeit in Werdau wiederholt entstandenen Schadenfeuer nicht daran zweifeln, daß dieselben von verbrecherischer Hand angelegt worden seien, und die passive Haltung der Einwohnerschaft bei den Löschanstalten ist nicht geeignet, die Besorgnisse zu beseitigen, daß durch gleichen Frevel die Ruhe und das Eigenthum auch ferner gefährdet werden könnte. Zum Schutze des Gesetzes, sowie der Personen und des Eigenthums hat sich daher das Gesammtministerium veranlaßt gefunden, den Amtsbezirk Werdau vom 1 Juli d. J. an in Kriegsstand zu erklären.

G **Gotha**, 29. Juni. In der heutigen Vormittagssitzung beschäftigte sich das Nachparlament mit den zu dem Ausschußberichte über die deutsche Frage gestellten Amendements und übertrug endlich einer Commission die Redaction des zu veröffentlichenden Programms. Dieses, im Wesentlichen nicht von der Ausschußvorlage abweichend, wurde in der Nachmittagssitzung angenommen und hiermit und nachdem man noch einer Commission die Organisation der Partei des Centrums übertrug, der Congreß geschlossen. Von den Protocollen wird nichts veröffentlicht werden. Das Programm, von 132 Mitgliedern unterzeichnet (die Versammlung zählte 148), lautet wörtlich:

„Die schweren Verhängnisse des Vaterlandes, die Gefahren eines Zustandes, welcher keine Bürgschaft des Friedens im Innern, der

Mark, und heute noch, wenn sie in der Heimatstadt von der Kriegszeit sprechen, so ist es immer die Zeit, da Hans Sachs Bürgermeister war. Er hat sich auch in dieser Zeit als ein Mann bewährt, der in Not und Gefahr nicht verzagte, sondern mit Rat und Tat half, wo er konnte. Als Bürgermeister hatte er die Pflicht, die Stadt zu verteidigen, und er hat sie treulich erfüllt. Er hat die Bürgerwehr geführt, die Wachen eingeteilt, die Schanzarbeiten überwacht und selbst Hand angelegt, wo es not tat. Er hat die Stadt mit Lebensmitteln versorgt, die Bürgerschaft beruhigt und ermutigt, wenn sie verzagen wollte, und er hat mit Umsicht und Tatkraft die Verteidigung geleitet. Als die Gefahr vorüber war, hat er sich wieder seinem Amte gewidmet, das ihm mehr Freude machte als das Bürgermeisteramt, und hat in seinem Hause Gäste empfangen, die ihn besuchten, um ihm ihre Verehrung zu bezeugen.

Hans Sachs

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Sonntag (Extra-Beilage zu Nro. 154.) 1. Juli 1849.

Deutschland.

† **Frankfurt**, 30. Juni. Die „Deutsche Zeitung" bringt in Nr. 170 und 175 ihrer Blätter zwei Artikel, welche, neben anderen Angriffen auf das dermalige Ministerium der provisorischen Centralgewalt, auch dessen Finanzverwaltung verdächtigen, dieselbe als eine unverantwortliche Verschwendung, als eine Aussaugung des Markes der Nation bezeichnen und behaupten, das jetzige Ministerium habe dem Ulm-Rastatter Baufond zwei Millionen Gulden entzogen, um sie für unbekannte Zwecke zu verschleudern.

Der Correspondent der „Deutschen Zeitung" muß gut unterrichtet sein, da er weiß, daß noch zwei Millionen Gulden im Ulm-Rastatter Baufond vorhanden sein sollten. Es ist daher wohl anzunehmen, daß er auch weiß, warum sie nicht wirklich vorhanden sind. Wüßte er dies letztere, so mag er sich das Urtheil selbst bilden, das jeder redlich Denkende über seine Behauptung fällen muß, das jetzige Ministerium habe diese Gelder verschleudert.

Der wahre Hergang der Sache ist aber folgender: Bekanntlich hatte das vorige Ministerium für die letzten vier Monate des Jahres 1848 ein Budget vorgelegt und die Nationalversammlung solches genehmigt, worin die verschiedenen Bedürfnisse der Centralgewalt, und insbesondere auch der Aufwand für Reichstruppen und für die Flotte, ersterer mit 1½, letzterer mit 5½ Millionen Gulden vorgesehen waren.

Die Umlagen auf den Grund dieses Budgets gingen nur sehr spärlich, jene für die Flotte speciell aber gerade von den bedeutendsten Staaten Deutschlands gar nicht ein; noch heute stehen die bedeutendsten Beträge aus. Von der Umlage für die Reichstruppen ist fast noch gar nichts eingegangen.

Die Mittel, die in Folge des Ausbleibens dieser Umlagen fehlten, um die Anschaffungen für die Marine festsetzen und die Ausgaben für Reichstruppen bestreiten zu können, glaubte das vorige Ministerium aus den Baarbeständen des Ulm Rastatter Baufonds vorschußweise entnehmen zu können. So wurden nach Anordnungen des obengedachten abgegangenen Ministeriums ungefähr 1½ Million Gulden aus dem Ulm-Rastatter Baufond gezogen.

Andere 700,000 Gulden stehen von verschiedenen Staaten an Matricularbeiträgen zum Ulm-Rastatter Baufond heute noch aus. Damit erklärt sich das Gerücht von den zwei Millionen Gulden, die in diesem Fonds noch vorhanden sein sollten, aber nicht wirklich vorhanden sind.

Aus dieser Darstellung ergibt sich, daß von einer Verschleuderung überhaupt keine Rede ist, am wenigsten aber das jetzige, erst seit einem Monat in Thätigkeit befindliche Ministerium dabei betheiligt sein kann, da die Verwendung obiger 1½ Millionen in die Zeit vor dem Amtsantritt des jetzigen Ministeriums fällt.

Daß aber unter solchen Umständen das jetzige Ministerium die ausstehenden Matricularbeiträge, besonders auch jene für die Marine, einzutreiben sucht, ist erklärlich. Das Ministerium muß suchen, die dem Ulm-Rastatter Baufond entnommenen Vorschüsse wieder zu ersetzen, um die Festungsbauten nicht mit Gefahr und Schmach für Deutschland einstellen und dadurch Tausende fleißiger Hände erwerblos machen zu müssen; es muß suchen für die Marine die gänzlich fehlenden Mittel aufzutreiben, um Deutschland die Schmach zu ersparen, die kaum geschaffene Flotte Angesichts des Feindes abtakeln zu müssen!

Hoffentlich wird die Vaterlandsliebe der deutschen Regierungen diese hochwichtigen Zwecke durch Leistung der rückständigen Beiträge zu fördern wissen, damit nicht die einzigen sichtbaren Zeichen der deutschen Einheit werden durch Mangel an Mitteln leiden müssen.

Was die Ausgaben der Centralverwaltung betrifft, so hat das jetzige Ministerium gleich bei seinem Amtsantritte dieselben wesentlich ermäßigt, indem keine Unterstaatssecretäre mehr angestellt und auch im übrigen Personale bedeutende Reductionen vorgenommen wurden. Ueberall ist somit keine ungehörige Ausgabe, die durch das jetzige Ministerium veranlaßt wäre, und wir sind auch überzeugt, daß dasselbe seine sämmtlichen Ausgaben mit voller Verantwortlichkeit zu vertreten wissen werde.

Wie der Correspondent in Nr. 175 zu der albernen Behauptung kommt, die preußischen Offiziere bei dem Reichskriegsministerium seien „als unbequeme Controleure" auf geschickte Weise entfernt worden, ist nicht zu erklären. Soviel uns bekannt, sind bei dem Reichskriegsministerium 1 bis 3 preußische Offiziere angestellt, keiner derselben aber ausgeschieden, sondern nur zwei derselben auf Ansuchen des Commandirenden der Reichstruppen in Baden diesem vorübergehend beigegeben.

Beide Artikel der „Deutschen Zeitung" sind nach ihrem Tone und ihrer Haltung in unlauterer Absicht geschrieben. Wenn die Presse, wie die „Deutsche Zeitung" sagt, in Wahrheit die oberste Hüterin unserer theuersten Interessen sein soll, so muß sie sich von absichtlichen Entstellungen fern halten. Finden wir Schmähartikel oder Tendenzlügen in Blättern wie z. B. die „Mannheimer Abendzeitung", oder als Erzeugnisse der Winkelpresse an irgend einer Straßenecke, so sind wir darüber nicht erstaunt; aufrichtig beklagen aber müssen wir es, wenn eine Zeitung sich zu deren Aufnahme willig finden läßt, welche zwar Parteiblatt ist, aber einen gebildeten Leserkreis hat, an deren Spitze ferner geachtete Männer aus dem deutschen Gelehrtenstande stehen, und welche den stolzen Namen „Deutsche Zeitung" angenommen hat.

† **Wien**, 27. Juni. Das Hauptquartier des F.Z.M. Haynau soll nach Altenburg verlegt worden sein. Nach verläßlichen Nachrichten aus Oedenburg rückt die k. k. Armee, welche bereits Papa passirte, wobei in dieser Stadt an mehreren Orten Feuer ausgebrochen war, ohne Widerstand vorwärts. In der Zips sollen die russischen Truppen ein siegreiches Gefecht mit den Magyaren bestanden haben. Letztere scheinen sich in der Gegend des Plattensees, dann bei Komorn zu concentriren. — Der russische Generallieutenant Panin in hat in Folge des glücklich bestandenen Gefechtes bei Perod von Seiner Majestät dem Kaiser den Orden der eisernen Krone erster Klasse erhalten. — Aus dem Vorpostenlager der kaiserlichen Truppen wird berichtet: Am 25. begann eine Truppenconcentrirung in der Nähe von Raab. Die 4 Kürassierregimenter Auersperg, Franz, König von Sachsen und Mengen, 8 Batterien, im Ganzen 10,000 Mann mit 48 Kanonen, kamen von Szered, passirten bei Preßburg die Donau und werden über Wieselburg gegen Raab ziehen, wo Görgey mit 30,000 M. und 80 Geschützen Posto gefaßt hat, und wenn nicht alle Zeichen trügen, eine Schlacht anzunehmen bereit ist. Die Waaggegend wird von den Russen besetzt gehalten. Ueber die Freyendorfer Brücke, 3 Stunden unter Preßburg, rücken Grenadierbataillone gegen Raab und bilden die Avantgarde der dort zusammen zu ziehenden Armee, welche 80,000 M. stark sein wird.

Aus Südungarn erfährt man: Die Südarmee rückt am rechten Theißufer gegen Theresiopel; die Brigade Grammont stand am 17. in Tisa-Földvar und bildet die Avantgarde, während Knicanin den wichtigen Theißübergang bei Pertasch deckt. Der größte Theil der Bacska ist demnach von den Magyaren verlassen; am linken Theißufer jedoch hat sich Bem von Temesvar gegen Becskerek gewendet. Neusatz ist von den k. k. Truppen verlassen und wird bloß cernirt. Die Brückenschanze haben die Magyaren selbst geräumt und die Donaubrücke so weit zerstört, daß sie nur für einzelne Personen gangbar ist. Leider fordert die Cholera bei der Südarmee noch namhafte Opfer, darunter auch höhere Offiziere. Oberst Hallapanya erlag, nachdem er die Cholera glücklich überstanden hatte, dem Nervenfieber. Bei Fünfkirchen wurde der Landsturm von 15,000 Mann unter Mathenyi zum Rückzuge gezwungen und die Stadt selbst nach einem kurzen Bombardement wieder am 18. von den k. k. Truppen besetzt.

In Preßburg wurde bereits dreimal, aber stets ohne Erfolg, der Versuch gemacht, die Schiffbrücke in Brand zu stecken.

Aus Venedig erfährt man, daß die durch Minister Bruck neuerdings eröffneten Unterhandlungen abermals sich zerschlagen haben. Man hatte vermuthet, daß die neuesten Nachrichten aus Paris und die Haltung der Franzosen vor Rom die Venetianer andern Sinnes gemacht hätten. Dem ist aber nicht so und Venedig will factisch noch immer nichts von einer Capitulation wissen. Die Matrosen der französischen Kriegsschiffe sind in letzter Zeit sehr übel von den Venetianern aufgenommen worden, und die französischen Commandanten nehmen nun keine Passagiere mehr aus Venedig mit. Die Venetianer erhalten übrigens noch immer Fleisch, wenn sie es gleich theuer bezahlen müssen; dagegen liefert ihnen Chioggia Gemüse und das Meer Fische in hinreichender Menge.

In der unmittelbaren Nähe Turin's sind vor Kurzem mehrere Wagen mit Reisenden, darunter der Herzog Sirra di Falco, von Räubern angehalten und völlig ausgeplündert worden. — Die Rückkehr des Großherzogs von Toscana in seine Staaten wird durch ein leichtes Fieber, wovon er und seine Gemahlin befallen wurden, noch verzögert.

Der Kaiser hat sich nach dem ungarischen Kriegsschauplatz begeben und dürfte wohl acht bis vierzehn Tage dort verweilen.

Noch immer werden kriegsrechtliche Urtheile in ziemlicher Anzahl gesprochen und sofort exequirt, meist wegen Waffenverheimlichung, aufreizender Reden, Schmähworte gegen den Kaiser und die kaiserliche Familie, Versuche, das Militär zu verführen. Erst gestern Abend wieder ist ein Cadettfeldwebel wegen aufreizender Reden und Versuchs, seine Kameraden zum Treubruch zu verleiten, im Stadtgraben vor dem Neuthor erschossen worden.

Der Unterstaatssecretär im Departement der Finanzen Baron v. Stift hat seine Entlassung eingereicht.

Preßburg, 25. Juni. Schon vorgestern circulirte das Gerücht, daß beide Lager in eines umgewandelt werden sollen. Dieses Gerücht scheint Thatsache zu werden. Unzählige Bagagewagen der Russen. Die das jenseitige Donauufer noch nicht betreten haben, passirten schon gestern die Brücke. Heute ziehen von der Tyrnauer Straße her mächtige Truppenkörper, Infanterie und Cavallerie, die über die Donaubrücke setzen und auf der Kittser Haide und den weiten Feldern in der Nähe Lager schlagen. Den seit 11 Uhr Vormittags beinahe vierthalb Stunden andauernden Marsch durch unsere Stadt eröffneten Avantgarden der österreichischen Cavallerie und russische Infanterie. Ihnen folgten die Kürassier- und Chevauxlegeregimenter Auersperg, Waldmeden, Coulenau und Mengen mit einer ungemein großen Menge Kanonen, Haubitzen und Raketen, 2 Musikbanden schritten der Mannschaft voran. Jeder Reiter führt hinlänglich Proviant für sich und sein Pferd mit. Diesem so imponirenden Zuge folgte wieder viel russische Infanterie mit Kanonen vom schwersten Kaliber. Den Schluß bilden 4 Compagnien Sappeurs, die auf vielen Wagen Brückenequipagen mit sich führen. Man schätzt die Zahl der Truppen auf mindestens 35,000 Mann. In Tyrnau bleiben russische Hilfstruppen das österreichische Militär abgelöst, dessen Gegenwart anderswo erfordert wird. Eine große Heeressäule bewegt sich über Wieselburg gegen Raab, die zweite Reservetruppen folgen mit Munition nach. Der 30. d. M. wird als der Tag des Angriffs bestimmt. Von einigen Orten der Schütt haben sich die Ungarn nach Komorn zurückgezogen. Nach ihnen sind die österreichischen Truppen eingezogen.

Prag, 26. Juni. Die „Narodni nowiny" sind wieder erschienen.

Berlin, 29. Juni. Die „Vossische Zeitung" glaubt Gewißheit melden zu dürfen, daß der Anschluß Hessens an die von Preußen entworfene Reichsverfassung jetzt erfolgt ist.

*** **Berlin**, 29. Juni. Der „Preuß. Staatsanzeiger" meldet die Ankunft des hannoverschen Ministers Stüve in Berlin.

Von der preußisch-russischen Grenze, 22. Juni. Ihnen kürzlich von der Ostsee über den jetzigen Aufenthalt des Herzogs von Leuchtenberg berichtet worden, wird von zuverlässigen Personen vollständig bestätigt. Der Herzog ist fürs Erste nach Reval gereist, um das dort befindliche, dem Vernehmen nach trefflich eingerichtete Seebad zur Wiederherstellung seiner Gesundheit zu gebrauchen, da es ihm bei dem Eintritte der ungünstigeren Jahreszeit nicht mehr möglich sein wird, seine Reise nach dem Süden fortzusetzen, darüber läßt sich natürlich jetzt noch nichts genau bestimmen; doch soll sein dermaliger körperlicher Zustand nur sehr geringe Hoffnung dazu übrig lassen. (B. H.)

München, 28. Juni. Gestern Abends nach 8 Uhr trafen JJ. MM. der König und die Königin wieder hier ein, und wurden von dem versammelten Volke festlich empfangen und von dem versammelten mit Hochrufen herzlich begrüßt. — Es heißt, daß Woche die Wahlausschreiben erlassen werden sollen. Wahl der Wahlmänner solle bis zum 16., die der Abgeordneten bis zum 24. Juli stattfinden und der Landtag den 15. August berufen werden.

Bamberg, 29. Juni. Heute früh, wurde Herr Schlimbach, Gemeindevollmächtigter dahier, beerdigt. Eingezogen.

Würzburg, 28. Juni. Heute Vormittag trafen Bataillone vom 11. und 13. Infanterieregiment nebst Escadron Chevaurlegers, sowie zwei Geschütze (vom Observationscorps) hier ein. Sie sind mit Ausnahme einer Compagnie, die in die Gegend von Brückenschiern, zur Deckung der badischen Grenze bestimmt. (N. M.)

*** **Karlsruhe**, 29. Juni. Während des ganzen hörte man heute in der Gegend nach Rastatt hin eine lebhafte Kanonade, die namentlich gegen den mittag an Stärke zunahm. Es ist dies ein Zeichen, nun abermals zum Kampfe gekommen ist, wahrscheinlich zwischen Malsch und Waggensturm. Die Freischaaren dort eine sehr günstige Position inne und wird es Mühe kosten, sie aus den Wäldern zu vertreiben. Hauptquartier des Prinzen von Preußen ist heute in lingen. Der Prinz Friedrich Karl, welcher seinen heute früh begleitete, kehrt heute noch zurück.

Diesen Vormittag wurde im Schlosse großer Staatsgehalten, dem auch der neue Chef des Staatsministeriums Staatsrath Klüber, beiwohnte. Nachmittags hat sich derselbe nach Mainz zum Großherzog begeben.

Die „Mannheimer Abendzeitung", welche trotz des Kriegszustandes ihre der großherzoglichen Regierung feindliche Richtung beibehalten hat, und von den Aufständischen als den „Unseren" spricht, soll dem Vernehmen nach jetzt gänzlich verboten werden.

Nachschrift. Die Kanonade hat bis gegen 6 Uhr gedauert. Um 5 Uhr war sie am stärksten. Wie man hört, sind die Aufständischen von zwei Seiten angegriffen worden, vom Preuder'schen auf der linken, vom Hirschfeld'schen Corps auf der andern. Aus dem Umstand, daß die Kanonade immer mehr sich verzog, läßt sich annehmen, daß die Truppen siegreich vorgerückt sind. Um 6 Uhr war es ganz still.

*** **Karlsruhe**, 30. Juni. Die Kanonade bei Weltzingen, welche gestern Abend um 6 Uhr begann, hatte, fing eine Stunde später, gegen 7 Uhr, wieder an, und dauerte in ununterbrochener Heftigkeit bis in die Nacht hinein. Zwischen 8 und 9 Uhr vernahm man schwere Geschützdonner, der wahrscheinlich von den Wällen Rastatts herrührte. Wie man jetzt hört, hatte der gestrige Kampf jedenfalls der hartnäckigste von allen bisher gewesenen, Vertheidigungen des Preuder'schen Corps über die Murg zur Folge. Die Freischaaren sollen sehr viele Verluste gehabt, aber auch die Truppen nicht wenig gelitten haben. Einer Bekanntmachung des preußischen Gouverneurs, Gen. v. Braudenstein, zufolge, wird unsere Stadt für die nächste Zeit keine Einquartierung mehr, sondern nur eine Garnison von 1600 Mann und 200 Pferde erhalten. Für die Verpflegung der elben hat die Stadt zu sorgen. — Trotz gegentheiligen Angaben einiger Blätter wird die Rückkehr Großherzogs dennoch so bald nicht erfolgen. Jedenfalls soll er nicht, als der Kriegszustand dauert, und dieser wird dann aufhören, wenn die Aufrührer nach der Strenge

Gesetzes gerichtet sein werden. Die Handhabung des Kriegszustands geschieht übrigens hier so mild, daß man, die strenge Fremdencontrole abgerechnet, gar nichts davon gewahr wird.

Nachschrift. So eben höre ich aus sicherer Quelle, daß die Preußen gestern die Außenwerke von Rastatt genommen haben. Die Favorite ist zusammengeschossen worden.

JW **Karlsruhe**, 30. Juni. Unaufhörlich dröhnte gestern von Morgens 10 Uhr bis zur eindrechenden Dunkelheit der Donner des schweren Geschützes, untermischt mit Peletonfeuer. Längs der ganzen Durglinie, besonders aber bei Büschweyer und Malsch, haben die Corps der Generale v. Peucker, v. Hannecken und v. d. Gröben mit den Aufständischen im heftigen Gefecht gestanden. Diese letztern, in der Stärke von 14—15,000 Mann, fochten mit dem Muth der Verzweiflung, und konnten erst nach der hartnäckigsten Gegenwehr zurückgedrängt werden, der Prinz von Preußen selbst ging dem feindlichen Feuer so nahe, daß mehreren Offizieren seines Gefolges die Pferde unter dem Leibe erschossen wurden, und die feindlichen Kugeln stets um ihn herumpfiffen. Auch von Rastatt aus brauchten die Aufständischen schweres Geschütz, an welchem sie unsern Truppen weit überlegen sind, mit großem Erfolg. Dagegen konnten die Preußen von ihrer vielen Cavallerie wegen des bergigen Terrains keinen Gebrauch machen und die preußischen Ulanen mußten von einer beabsichtigten Attaque wieder abstehen. Uebrigens wurden die Insurgenten an allen Seiten zurückgedrängt, und ist der Erfolg des gestrigen Tages als ein für uns günstiger anzusehen. Ueber den Verlust, der auch auf Seite der Truppen nicht unbedeutend sein wird, läßt sich noch nichts Bestimmtes angeben. Mehrere Wagen mit Verwundeten wurden in der Nacht hier eingebracht. Heute Morgen schweigt der Kanonendonner gänzlich, ein Zeichen, daß die Waffen ruhen. Die jetzt hier liegenden Mecklenburger werden wahrscheinlich morgen wieder weiter südwärts vorrücken.

Karlsruhe, 30. Juni, Morg. *) Ueber das Gefecht, das gestern in der Nähe Rastatts stattfand, erfährt man, daß dasselbe in Muggensturm (zwischen hier und Rastatt) war. Es dauerte gegen 12 Stunden und endete mit dem vollständigen Sieg der königl. preußischen Truppen, welche sämmtliche feindlichen Schanzen und Vorwerke mit Sturm nahmen. Das Hauptquartier des Prinzen von Preußen ist in Ettlingen, das des Generals Peucker in Baden-Baden, welcher den Feind umgehen und ihm den Rückzug abschneiden will. Rastatt soll cernirt sein. Ausgezeichnet hat sich besonders das 16. Landwehr- und das 27. Infanterieregiment. — Einer der Volkswehrcommandanten, Kinkel, ist von den Preußen gefangen worden. Er hat eine leichte Wunde am Kopf. — Nach einer Bekanntmachung des Stadtcommandanten v. Brandenstein sind die Truppenmärsche durch hiesige Stadt größtentheils beendet und wird die hier verbleibende Mannschaft nur 1600 Mann und 200 Pferde betragen.

Mannheim, 28. Juni. Trützschler, der immer noch seine Eigenschaft als Reichstagsmitglied geltend machte, wird in diesen Tagen zum Behufe der weitern Untersuchung, aus dem Hauptquartier der Preußen wieder hierher zurückgebracht. Gleiches wird auch mit einem gewissen Sick aus Posen geschehen, der gleichfalls mitgenommen war und dem man hauptsächlich die schenßliche Zerstörung von Ludwigshafen zuschreibt.

Mainz, 30. Juni. (Darmst. Z.) Zitz und Bamberger geben in der „Mainzer Zeitung" eine lange Erklärung ab, Allerdings seien sie weder befähigt, noch gesonnen gewesen, eine militärische Führung zu übernehmen, „aber da sie es waren, auf deren Ruf die Kämpfer sich gesammelt hatten, so bildeten sie sachgemäß den natürlichen Mittelpunkt des Corps, von welchem aus die rheinhessischen Freischaaren in Bewegung gesetzt und zusammengehalten zu werden erwarteten." Weiterhin finden sich Andeutungen über die Untauglichkeit des Führers (Blenker?) und Obercommandanten (Sznaide).

Schwerin, 26. Juni. Gegen die Reichstagsabgeordneten Reinhard (Rector zu Boitzenburg) und Wöhler (Postrevisor zu Schwerin) ist von dem Kündigungsrechte Gebrauch gemacht worden und sind dieselben am heutigen Tage, mit Belassung ihres Gehalts bis Weihnachten d. J., ihres resp. Dienstes entlassen worden. (H. C.)

Hamburg, 27. Juni. In der heutigen Sitzung der constituirenden Versammlung wurde dem Fünferausschusse die nachgesuchte Erlaubniß ertheilt, sich mit dem Senate behufs Interpretation des mehrerwähnten Conclusi in Betreff der transitorischen Bestimmungen in Vernehmen zu setzen. (H. C.)

Schweiz.

Bern, 26. Juni. Vorgestern hat sich Graf Draskovics als Abgeordneter Ungarns bei dem Bundespräsidenten Dr. Furrer eingefunden. Ueber die Audienz berichtet die „Neue Züricher Zeitung": „Der Empfang war, wie wir aus bester Quelle wissen, äußerst originell und herzlich. Während sonst die neu angekommenen Gesandten mit den feierlichsten Bücklingen und mit einem Schwall von Redensarten ihre Creditive übergaben, trat dieser Vertreter seines Heldenvaterlandes mit einem kurzen traulichen Nicken des Hauptes zu dem Bundespräsidenten, bot ihm herzlich die Hand und sagte einfach: „Guten Morgen Herr Präsident! Ich bringe Ihnen einen Gruß von Kossuth und einen Brief von ihm." — Nach einem Briefe, den der schweizerische „Beobachter" aus Neapel erhalten hat, handelt es sich noch nicht gerade um Confiscationen, sondern um folgende Repressalien, welche allerdings schwer genug treffen würden. Es sei nämlich sämmtlichen schweizerischen Handelshäusern im Königreiche notificirt worden, daß sie, sobald die officielle Kunde eines Capitulationsbruches nach Neapel gelange, in 24 Stunden das Königreich zu verlassen hätten. Auch stünden noch weitere Repressalien in Aussicht, so z. B. die Zurückgabe der an diese Häuser ausbezahlten Entschädigungen, unter welchem Vorwand seiner Zeit die bernische Regierung die Werbungen eingestellt habe.

*) Unsern südlichen Lesern bereits gestern nachschriftlich mitgetheilt

Frankreich.

Paris, 28. Juni. Das „Evenement" berichtet über die gestern in den Bureaux stattgehabte Discussion des Preßgesetzes: Mehrere Redner nahmen über diese wichtige Frage das Wort, und die Erörterung war äußerst lebhaft. Im ersten Bureau billigte Herr Benn den Entwurf, und schlug sogar eine Erhöhung der Caution und die Wiedereinführung des Stempels vor. Herr Sauteyra tadelte den Entwurf, weil er vorübergehende Maßregeln dauernd mache. Mole hob die Nothwendigkeit hervor, das Vertrauen zurückzuführen, was man nie erreichen werde, so lange neue Wirren in Aussicht ständen. Er äußerte, daß er das Gesetz aus demselben Grunde, wie das Clubgesetz, genehmige, jedoch nur als vorübergehende Maßregel und zur Vermeidung von Katastrophen. Er wurde zum Commissär ernannt. Im 2. Bureau machte Panat, der einmüthig zum Commissär gewählt ward, auf die Schwierigkeiten aufmerksam, welche mit Ausführung gewisser Bestimmungen des Entwurfs, und namentlich jener, welche die Verantwortlichkeit der Verfasser von Artikeln betreffe, verknüpft sein würden. Im 7. Bureau vertheidigte Heurtier mit Eifer die sämmtlichen Bestimmungen des Gesetzes, welches die Verirrungen der demagogischen Presse nöthig gemacht hätten; es werde die Gesellschaft gegen die Zügellosigkeit schützen und das Palladium der wahren Freiheit sein. Mouchy betheuerte, daß er nur mit Schmerz für so strenge Vorschriften stimmen werde, die er jedoch durch die Dringlichkeiten des Augenblicks theilweise als gerechtfertigt betrachten müsse. Im 8. Bureau hielt Boudet die Bestimmungen des Gesetzes für noch nicht strenge genug; für die durch Art. 2 vorgesehene Aufreizung seien 2 Jahre Gefängniß und 4000 Frcs. Geldstrafe zu gelinde. Auch bei andern Artikeln wollte er die Strafen verschärft wissen. Emile Leroux pflichtete den Hauptbestimmungen des Gesetzes bei, bekämpfte aber die Bondet'schen Vorschläge. Im 10. Bureau erklärte sich Detours entschieden gegen den Entwurf; um keinen Preis werde er Bestimmungen votiren, welche in gewissen Fällen die Suspendirung oder Unterdrückung von Journalen gestatten würden; eben so wenig sei er dafür, daß man die Person des Präsidenten außerhalb des Bereichs jedes Angriffs stelle. Die in den Bureaux ernannten Commissäre sind fast sämmtlich dem Gesetzentwurfe günstig.

⊙ **Paris**, 28. Juni. In der Nationalversammlung sprach man heute von der Einnahme Roms als einer Thatsache; Correspondenzen aus Marseille melden, die französische Fahne wehe auf dem Vatican. Indessen spricht man davon, das Corps des Generals Oudinot bis auf 50,000 Mann zu vermehren. — Die Regierung wird demnächst der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf über die Nationalgarde vorlegen, welcher das Gesetz von 1832 wesentlich modificiren soll. — Ein gewisser Hund der sich für einen Repräsentanten der provisorischen badischen Regierung ausgibt, reclamirt die auf Verlangen des Großherzogs von Baden mit Beschlag belegten Gelder und begehrt die gerichtliche Vorladung des Bankiers, mehrerer Minister und anderer Beamten.

Spanien.

* **Madrid**, 23. Juni. Die Generaldirection der öffentlichen Schuld macht bekannt, daß die halbjährige Zinszahlung der 3pCt. Rente fällig, am 30. d. M., wie früher mit dem 2. Juli beginnen werde.

Großbritannien.

** **London**, 28. Juni. Das Unterhaus hat eine neue Wahl an die Stelle des Herrn L. v. Rothschild angeordnet, welcher das Amt eines Verwalters der hundert Kinder angenommen hat. Man glaubt seine Wiedererwählung gesichert. Die Königin soll beschlossen haben, am 14. August eine Reise nach Irland anzutreten, und sodann nach Schottland zu gehen.

Nachschrift.

✕ **Vom Oberrhein**, 29. Juni. Am vergangenen Sonntag haben wir in unserer Gegend einen nicht unbedeutenden Spectakel gehabt, indem sich viele ordnungsliebende Bürger aus Schopfheim, Müllheim, Lörrach, Säckingen in Bienzen versammelten, um über den gegenwärtigen traurigen Zustand des Landes zu berathen. Auch versammelte sich in Kandern die Mannschaft des ersten Aufgebots dieser Gegend, — die sich der provisorischen Regierung nicht stellen wollte und die nun hierzu gezwungen werden sollte, — um sich zu widersetzen. Als am Tag der Versammlung der provisorischen Regierung in Freiburg diese Versalle bekannt wurden, ordnete dieselbe an, daß sofort von drei Seiten Truppen gegen Kandern zu marschiren hatten. Nicht weit von Kandern, in Riedlingen waren große Schaaren der widersetzlichen Mannschaft des ersten Aufgebots. Als die Revolutionstruppen heranrückten, begrüßten sie die erstern mit heftigem Feuern und leisteten der Aufforderung, die Waffen niederzulegen, keine Folge. Die Truppen mußten sich wieder zurückziehen, erschienen aber bald mit bedeutender Verstärkung wieder, rückten gleichzeitig in Kandern, Riedlingen und Bienzen ein, worauf sich die Widersetzlichen ergeben mußten. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen, darunter auch der Arzt Dr. Barth. Die Straße nach Basel wurde besetzt, und diejenigen, welche dahin flüchten wollten, gefangen genommen. Von Seite der Revolutionstruppen blieb Hauptmann Kelner; auch ein Anführer der Widersetzlichen blieb. Die Ruhe wurde nicht weiter gestört. Die genannten Ortschaften sind seit dem Vorfall stark besetzt.

✕ **Karlsruhe**, 30. Juni. Aus Freiburg geht uns die sichere Nachricht zu, daß sich die provisorische Regierung von Baden daselbst in Thätigkeit befindet. Die „Neue Freib. Ztg." hat in der Person eines gewissen L. Schiffer einen neuen Redacteur erhalten. Dieselbe tischt uns auch bereits großartige Lügen auf; so namentlich, daß die preußischen Truppen die hiesige Stadt hätten verlassen und den Rückzug antreten müssen rc.; verschweigen wird, daß dieselben bereits gestern bis Rastatt vorgedrungen sind. — Die Besetzung Baden-Badens durch die preußischen Truppen unter General v. Peucker fand gestern statt. — Gestern haben auch die Insurgenten von der Festung Rastatt auf mehrere in der Nähe gelegene Dörfer geschossen, wenn sie Preußen vermutheten; mehrere Gebäude, ja ein Dorf ist deinahe abgebrannt. Den ganzen Tag werden fortwährend gefangene Aufständische eingebracht; diejenigen, welche freiwillig sich der Revolutionsarmee angeschlossen hatten, werden in strengem Gewahrsam gebracht, diejenigen vom ersten Aufgebot aber, die gezwungen mitgehen mußten, werden mit Laufpässen in ihre Heimat gewiesen.

Börsenberichte.

Frankfurt, 30. Juni. Die steigende Tendenz hielt auch an heutiger Börse an, für viele Fondsgattungen konnte man wiederum höhere Preise als gestern sehr willig bedingen. Bei österreichischen Papieren blieben 5pCt. Metall. 74⅛ pCt., 2½pCt. Metall. 40 pCt., Wienerbankactien 1065 fl., 500 fl. Loose 122½ pCt., 250 fl. Loose 79½ pCt. Alle übrigen Anlehenslooseen fest im Cours ganz wie gestern. Süddeutsche Obligationen gut preishaltend. Von belgischen Obligationen waren 2½pCt. bei 43¾, do. 4½pCt. 84¾, do. 5pCt. 91¼, Zr. Holländ 2½ pCt. Integr. 50¾ pCt. G. Eisenbahnactien setzten ihre steigende Bewegung fort. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn stieg auf 39⅞ Rthlr., Berbach auf 73½, pCt., Köln-Minden auf 82½ pCt., Taunus 297 fl. 3pCt. inl. Span. auch heute sehr begehrt, ⅛ pCt. höher in Cours als gestern, schließen benannte Fonds 25⅜ pCt. G.

Wien, 27. Juni. 5pCt. Metall. 89⅛ ⅛. ⅜. — 4pCt. 71. — 3pCt. —. — 2½pCt. 47⅛. — Bankactien 1055. — 500 fl. Loose 149. — 250 fl. Loose 92⅛. — Nordbahnactien 106. — Glogauer 103. — Mailänder 76.

In Fonds und Actien wenig Veränderung. Eisenbahnactien höher. Comptanten und Devisen abermals niedriger. Frankfurt 115⅛, London 3 Monat 11 fl. 40, Amsterdam 2 Monat 169 Bl., Paris 2 Monat 138⅛.

Berlin, 29. Juni. Staatsschuldscheine 81⅛ à 82⅛ bez., Seehandlungs-Prämienscheine 101⅛ Br., Bankantheile 81⅛ bez., Berlin-Hamburg 66 bis 66¼, bez., Köln-Minden 82 à 81⅛ bez., Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 39⅛, 39⅜ u. 39 bez., Rhein. 47 Br., 2Pätzig. 56 u. 55½, bez., Rass. 4pCt. bei Stieglitz 88⅛ Br., Poln. 300 fl. Loose 73½, bez.

Die günstige Stimmung der vergangenen Tage steigerte sich heute noch bedeutend; von Fonds wurden Staatsschuldscheine 1⅛pCt., von Eisenbahnactien mehrere etwas, Thüringer 1pCt., Köln-Minden aber 2½pCt. höher bezahlt, und das Geschäft war ziemlich lebhaft; Rhein. allein stellten sich 1⅛pCt. niedriger.

Amsterdam, 28. Juni. 4 Uhr. 2½pCt. Integr. 50⅛ ⅜. — 3pCt. Schuld 58⅛. — 4pCt. do. 77⅛. ⅜. — 3½pCt. do. —. — 5pCt. Anl. 111⅝. — do. à 5% Pf. St. 11⅛. — 3pCt. inl. à 6000 fl. 25, 24⅝. — 4pCt. Port. 28½. ⅜. — Russ. 4pCt. bei Hope 83¼. ⅛. — do. bei Stieglitz 82¾. ⅜. — 5pCt. Metall. 70⅞, 71⅛. — 2½pCt. do. 38⅛. ⅛.

Paris, 28. Juni. Stand der Rente: 5pCt. 87. 25. — 3pCt. 53. 60. — Neue 3pCt. Span. —. — Innere Stand 28 Juli. Zall. — Bankactien 2300. — St. Germain-Eisenbahn 360. — Versailles, rechtes Ufer 195. — Linkes Ufer 170. — Paris-Orleans —. — Paris-Rouen 550. — Orleans-Bordeaux —. — Orleans-Vierzon 325. — Rouen-Havre 247. 50 — Marseille-Avignon 187. 50. — Straßburg-Basel 100. — Nordbahn 430. — Paris-Straßburg 362. 50. — Röm. Anl. 75.

London, 27. Juni. 3pCt. Stocks 92⅛. — 5pCt. Span. 17⅛. ⅛. — Neue 3pCt. 31⅛. — 4pCt. Port. 28⅛. — 2½pCt. Holländ. 51⅛.

Madrid, 23. Juni. 3pCt. 25⅛ p., n. d. B. 25¹¹⁄₁₆. ⅛. G. — 5pCt. 10 G.

Frankfurt, 1. Juli.

Da nachstehende Nachrichten nicht in alle Exemplare unserer gestrigen Beilage aufgenommen werden konnten, so tragen wir sie hier nach.

Hannover, 28. Juni. Der Kurfürst von Hessen ist mit Gefolge heute Morgen hier eingetroffen; er wohnt im britischen Hotel. Graf Montgelas, der bayerische Gesandte am hiesigen Hofe, hat die hiesige Stadt auf einige Monat verlassen; er ist am 20. d. M., zunächst nach Bad Ems abgereist. Stüve soll aus dringenden Ursachen nach Berlin berufen sein. (Mztg.)

** **Paris**, 28. Juni. Ein Brief aus Civitavecchia vom 21. Juni, 5 Uhr Morgens, meldet, daß viel römisches Geschütz durch die französische Beschießung unbrauchbar geworden sei. Die Römer erwiederten den 20. das Feuer nur schwach. Herzog v. Harcourt, Graf Rayneval und Fürst von Ligne nebst andern Personen waren im französischen Lager angekommen, kehrten aber am 21. nach Gaeta zurück. — Der König von Neapel hat seinen ältesten Sohn zum Vicekönig von Sicilien ernannt. — Man behauptet, der Papst werde nach der Einnahme Roms abdanken. — In der heutigen Sitzung der gesetzgebenden Kammen erklärte der Präsident Baroche, daß Anträge zu neuen Untersuchungen gegen mehrere Abgeordnete eingereicht seien, und zwar von den Generalprocuratoren in Paris, Colmar und Bourges. Die betreffenden Abgeordneten sind Bonjat, Baune, Meyer, Kopp, Anstett, in Paris angeklagt. Morgen wird die Commission ernannt, welche den Bericht erstattet. Der zweite Antrag betrifft: Martin Bernhard, Gambon, Jaubert, de Montray, Brives, angeklagt, an geheimen Gesellschaften betheiligt gewesen zu sein.

Berichtigung. In dem in der vorigen Beilage abgedruckten Artikel "** Frankfurt, 27. Juni sind Zeile 45 von oben zwischen den Worten „sonst... schon" die Worte „durch den bloßen Beschluß der Nationalversammlung" zu ergänzen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. H. Matter.

(Nebst Inhalt zum Konversationsblatt fürs 1. Halbjahr 185

Druck von Auguste Osterrieth.

Bayerische Staatsbibliothek München

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google